UGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern ayerns beträgt ohne jeden weitern Postufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., ir das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss d. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts ei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei llen Postämtern, ganzjährig, halbjährig nd auch vierteljährig; für Frankreich n Strassburg bei G. A. Alexandre, in aris bei demselben Nr. 23, rue Notre ame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag Nr. 274. 1 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Main-Weser-Bahn wird am 18 Oct. röffnet. Der Armeebefehl des Prinzen von Preußen und die freie Stadt. Die Frankfurter O.-P.-A.-Ztg. und die Frankfurter Ztg. Schöff-Harniers Rückkehr. Des Prinzen von Preußen kurzes Erscheinen. Bestätiung des Ministercongresses in Wien); München (diplomatische Veraberungen. Einweihung des Bahnhofs und der ganzen Südnordbahn. rklärung der württembergischen Regierung gegen das Dreikönigsbündniß. Das Augsburger Erkenntniß in Sachen der angeklagten Reichstagsmitlieder. Lachner); Stuttgart (Cannstatter Volksfest. Abreise des Königs ach Wiesbaden zur Zusammenkunft mit der Königin von Holland); Ulm ludwig Seeger); Reutlingen (aura popularis); Rastatt und Freiburg standgerichtliche Verurtheilungen. Kinkel); Karlsruhe (Verordnungen ber Ehrengericht und Kriegsgericht. Frhr. v. Türkheim); Donaueschingen Attentat); Worms (Dr. Adler verhaftet); Darmstadt (das Schulwesen); amburg (die erbgesessene Bürgerschaft genehmigt die Anträge des Senats egen die neue Verfassung); Helgoland (Julius Fröbel nach Amerika); eipzig (gute Messe. Wutike's Hoffnungen für eine Zollvereinigung mit Oesterreich); Hannover (die Parteien); Berlin (die letzten Abstimmungen ber das Steuerverwilligungsrecht. Die erste Kammer gegen Amnestie. eußerungen des Königs über Festhalten am Bundesstaat); Erfurt (das eichsschiedsgericht); Schleswig-Holstein (die Ordnungscommission und r trauriges Walten); Wien (bis jetzt für die Anleihe gegen 18 Millionen n Inland gezeichnet. Ergebung Komorns. Aulich und Kiß sollen erschossen seyn).

Großbritannien. Der Hof auf der Rückreise. Cobden. Fre-zike Bremer. Canada. Neu Südwales.

Frankreich. Borelli †. Eindruck der päpstlichen Reform- und mnestiedecrete. Proudhons Voix du Peuple.

Italien. Turin.

Venezuela. Näheres über Paez' Sturz.

Beilage. Zur Geschichte des Telegraphen. — Die Dinge in ürttemberg. — Die österreichischen Finanzmaßregeln. (I.) — Victor ousin. — Die französische Republik. — Italien. (Die radicale Kamer in Turin.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 27; Wien 28; ankfurt 29 Sept.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27 Sept. Am 18 Oct. findet die Eröffnung Main-Weser-Eisenbahn von hier nach Friedberg statt. Von Karlse sind aus der Keßler'schen Fabrik bereits zwei Locomotiven dazu einroffen. Die neue österreichische Anleihe findet bei unseren Capitalisten len Beifall, und die Betheiligung daran mit ziemlich großen Beiträt statt. (D. Z.)

Syndicus Dr. Harnier, welcher als Senatsdeputirter wegen Anschließng Frankfurts an den Dreikönigsbund nach Berlin gesendet wurde, ist n 27 Sept. wieder in Frankfurt eingetroffen. (Fr. J.)

Ⅱ **Frankfurt a. M.,** 28 Sept. Seit vorgestern haben die Durchärsche der aus Baden in die altpreußischen Provinzen heimkehrenden ndwehr begonnen. So sahen wir am Donnerstag das 8te und heute s 12te Landwehrregiment auf der Main-Neckarbahn hier eintreffen, und rch die Stadt ziehend die Landstraße nach Friedberg einschlagen. Auch reußische und Mecklenburger Cavallerie hat auf ihrem Rückmarsch die Umegend Frankfurts berührt. Nicht mit Unrecht erregte es hier Befremen daß in dem letzten Tagsbefehl des Oberbefehlshabers der preußischen rmee am Rhein von preußischen „Occupationstruppen" in Frankfurt a. R. die Rede ist. In Folge wiederholter sehr energischer Vorstellungen es hiesigen Senats ist übrigens, wie wir hören, eine befriedigende Wenang in Betreff der schon längere Zeit andauernden preußischen Einquarerung in nahe Aussicht gestellt. Man sieht näheren Mittheilungen hierber in der kommenden Montag stattfindenden Sitzung der constituirenden ersammlung entgegen.

Das Gerücht über eine bevorstehende Veränderung in der Richtung der O. P. A. Z. (durch Uebergehen in die Hände des Hrn. Bally, der sie im österreichisch-großdeutsche Interesse leiten sollte) wird von der Redaction dieses Blattes für ungegründet erklärt. Dieselbe versichert daß sie fortfahren werde „in voller Unabhängigkeit ihren Lesern die Tagesneuigkeiten mitzutheilen, und soweit es durch die Presse geschehen kann, im Geist der Freiheit, der Ordnung und der deutschen Nationalität zu wirken." Die Frankfurter Ztg. zeigt an daß sie in der bisherigen Weise zu erscheinen aufhöre, und daß ein größeres Blatt an ihre Stelle treten werde.

Ⅱ **Frankfurt a. M.,** 29 Sept. Der Prinz von Preußen traf gestern Abends von Karlsruhe hier ein, ist aber bereits heute Mittag wieder abgereist. Als Befehlshaber der preußischen Truppen in und um Frankfurt ist an die Stelle des zum Commandanten in Mainz ernannten Generals v. Schack der Generalmajor v. Koch hier angelangt. — Gestern Abend waren die Fahrgasse und die umliegenden Straßen wieder der Schauplatz von Soldatenschlägereien. Preußen und Bayern waren mit blanker Waffe aneinander gerathen, einzelne österreichische und Frankfurter Soldaten gesellten sich dazu; es setzte mehrere Verwundungen ab. — Die Nachricht von einem Ministercongreß in Wien, woran Sachsen und Hannover theilnehmen, bestätigt sich.

Bayern. = **München,** 30 Sept. JJ. MM. der König Ludwig und die Königin Therese sind gestern Abend mit Ihrer königl. Hoh. der Frau Großherzogin von Hessen von Berchtesgaden wieder hier eingetroffen, und haben sogleich ihre neueingerichteten Zimmer in dem Wittelsbacher Palast bezogen. Gegen 4 Uhr störte Feuerruf die königl. Familie und die Einwohnerschaft der Stadt aus dem Schlafe. Ein kleines Haus, an die Straße gränzend wo der Wittelsbacher Palast steht, stand in lichten Flammen, und brannte nieder noch ehe die Löschmaschinen die nöthige Hülfe leisten konnten. — Der Gesandte und bevollmächtigte Minister am Wiener Hofe, Graf Luxburg, hat wegen fortgesetzter Kränklichkeit dem König die Bitte um seine Enthebung von diesem Posten und Versetzung in den Ruhestand eingereicht. Unser Geschäftsträger am Hofe von St. Petersburg, Graf Quadt-Wickrad Isny, welcher sich schon seit einiger Zeit hier befindet, soll, wie ich höre, auf seine Bitte um Entlassung aus seinem Gesandtschaftsposten die königl. Genehmigung erhaltenhaben. — Die festliche Eröffnung unseres prachtvollen Bahnhofes und der ganzen Südnordbahn fand heute auf die bereits angezeigte Weise statt. Außer den Ministerien und den königl. Stellen nahmen viele Reichsräthe und Abgeordnete an der Fahrt theil; es dürfte daher vor kommendem Samstag wohl keine Sitzung der beiden Kammern statthaben. Der Bahnhof ist mit Flaggen und Laub- und Blumengewinden festlich geschmückt und wird heute Abend beleuchtet werden. Unsere Sicherheitsbehörden haben alle Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung allenfallsiger Bierexcesse angeordnet, die auf heute Abend befürchtet wurden.

♂ **München,** 30 Sept. Die Neue Münchner Ztg. meldet daß am 26 d. vom Cabinet zu Stuttgart eine Note nach Berlin abgegangen mit der Erklärung der württembergischen Regierung: daß sie dem sogenannten Dreikönigs-Bündniß nicht beitreten könne. Sind wir recht unterrichtet, so hatte bis auf die letzte Zeit Meinungsverschiedenheit im württembergischen Ministerium darüber geherrscht, da die Staatsräthe Duvernoy und Goppelt keineswegs jenes Bündniß so unbedingt von der Hand weisen wollten als Römer, der in dieser Beziehung vollständig der Ausdruck des königlichen Gedankens ist. Die Württembergische Ztg., das Organ des Ministeriums, sehen wir fortwährend in dem Für und Wider schwanken, doch schien das Zünglein der Wage in der letzten Zeit eher für Preußen sich zu neigen, da auf einen Aufsatz gegen Preußen drei für dasselbe kamen. Uebrigens scheint uns, ein Ministerium dem ein so energischer Mann vorsteht, sollte kaum ein so blasses, schillerndes Blatt zum Vertreter haben. Daß Graf Lerchenfeld-Köfering nach Berlin geht, sehen Sie auch in den Berliner Blättern bestätigt. — Nach Berichten aus Altona vom 23 d. waren damals noch sechs Mann von den bayerischen

Truppen in dem dortigen Lazarethe, welche indeß sämmtlich außer Gefahr sind und alsbald zur Heimreise werden entlassen werden. — Künftigen Sonntag kömmt hier eine neue Oper von unserm berühmten Capellmeister Franz Lachner, dem Componisten der „Katharina Cornaro," zur Aufführung. Das Buch dazu ist von einem Franzosen gearbeitet und führt den Titel: „Benvenuto Cellini" oder „der Guß des Perseus."

|| **München**, 30 Sept. Einem eben erschienenen Vortrage des Abgeordneten Rar über die Verhaftung des Abgeordneten Assessor Mayer entnehmen wir den vollständigen Wortlaut des mehrerwähnten Erkenntnisses des k. Stadtgerichts Augsburg, dessen Wirksamkeit indessen durch die vom k. Staatsanwalt ergriffene Berufung gehemmt wurde. Da dasselbe an sich interessant und vielleicht auch präjudiciell für die Art und Weise ist mit welcher die in Bayern „zur örtlichen Veröffentlichung" gebrachten Reichsgesetze zur Beurtheilung kommen können, so theilen wir dasselbe mit. Es lautet: „Augsburg, 14 Sept. Im Namen Sr. Maj. des Königs v. Bayern. Das königliche Kreis- und Stadtgericht Augsburg hat am 14 Sept. 1849 Vormittags 8 Uhr, versammelt in geheimer Sitzung, wobei zugegen waren der königliche Director Dr. Wirschinger Vorsitzender, Dexter und Roth Räthe, Hederer Staatsanwalt und Reſt, Protokollführer, folgendes Erkenntniß erlassen. Nach Anhörung des von dem königlich functionirenden I Staatsanwalte, Kreisrath Hederer in der Untersuchung gegen Thomas Mayer k. Landgerichts-Assessor in Ottobeuren, wegen nächsten Versuchs des Hochverrathes — mündlich gestellten und motivirten Antrages, dahin gehend, die Beschwerde des Thomas Mayer im Hinblicke auf das in dieser Sache bereits ergangene appellationsgerichtliche Erkenntniß v. 7 Aug. laufenden Jahres abzuweisen, und die Fortsetzung der Untersuchung, zu verordnen; nach Anhörung des Vortrages des k. Kreis- und Stadtgerichtsrathes Roth als Referenten, nach Einsicht und Ablesung der wichtigen Actenstücke der Voruntersuchung; nach Ansicht der vom k. Untersuchungsrichter unterm 5 d. M. gestellten Anfrage die wiederholte Beschwerde des Landgerichtsassessors Thomas Mayer vom 1 l. M. bezüglich seiner Verhaftung betreffend; In Erwägung daß das Gesetz v. 30 Sept. 1848 betreffend das Verfahren in gerichtlichen Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Nationalversammlung durch Verordnung v. 19 Dec. 1848 — Regierungsblatt Seite 1282 — zur örtlichen Veröffentlichung bekannt gemacht worden ist; In Erwägung daß zwar nach den nicht aufgehobenen Bestimmungen der Verfassungsurkunde Tit. VII §. 2 allerdings kein bindendes Gesetz ohne ständischen Beirath erlassen werden kann, sofern es die politischen und bürgerlichen Verhältnisse des bayerischen Staates und seiner Angehörigen berührt, daß jedoch die Volksvertretung bei dem deutschen Bunde als solche und formell betrachtet nur ein weiter geschaffenes Organ dieses völkerrechtlichen deutschen Bundes war, daß die Bestimmungen über die Verhältnisse des deutschen Bundes und seiner Organe somit nach staats- und völkerrechtlichen Grundsätzen zu beurtheilen und deßhalb die ihn und seine Organe betreffenden Anordnungen der Particular-Gesetzgebung entrückt sind, und daß eben deßhalb das die inneren Verhältnisse Bayerns nicht berührende allegirte Reichsgesetz vom 30 Sept. 1848 vom staats- und völkerrechtlichen Gesichtspunkte aus betrachtet für Bayern rechtlich bindend und als anerkannt zu erachten ist; in Erwägung daß dieses Gesetz im Art. 4 die Unverletzlichkeit der Mitglieder der Nationalversammlung bestimmt; in Erwägung daß bei der seit den Beschlüssen vom 10 Mai 1849 über den vermeintlichen Reichsfriedensbruch Preußens durch sein Einschreiten in Sachsen; über die Abordnung von Commissären nach Baden, Pfalz, Franken; dem Beschlusse vom 15 Mai 1849 über den Schutz der Bewegung in der Pfalz unter Wahrung aller Interessen; vom 19 Mai d. J. über die neue Wahl eines Reichsstatthalters; vom 24 Mai d. J. wonach die beschlußfähige Zahl von 150 auf 100 herabgesetzt wurde, wobei gerade noch 150 Anwesende stimmten; vom 25 Mai d. J. über die Ansprache an das deutsche Volk von Uhland, immer mehr hervortretenden Zerklüftung der Nationalversammlung am 30 Mai d. J. mit 71 gegen 64 Stimmen der Beschluß auf Uebersiedlung derselben nach Stuttgart gefaßt wurde; in Erwägung daß dort zwar die extremsten Beschlüsse gefaßt worden sind, die allerdings gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassungen und Bürgerkrieg bezweckten. und insofern nicht bloß als incompetent erlassen, sondern als gegenüber den einzelnen Verfassungen sogar zum Theil hochverrätherischer Natur zu erachten seyn würden; daß jedoch die Nationalversammlung bei der Reduction der beschlußfähigen Mitgliederzahl von 150 auf 100 noch formell zu Recht bestanden, und erst nach ihrer Sprengung durch die königl. württembergische Regierung sich factisch aufgelöst und auch die Zahl von 100 verloren hat; in Erwägung daß so ferne nur den Abgeordneten der Nationalversammlung der Charakter der Unverletzlichkeit für ihre Abstimmungen in der Versammlung nach Art. 4 des oben allegirten Gesetzes zukömmt, ein Beschluß der Nationalversammlung, der durch den Vollzug Hochverrath begründen würde, zwar jedenfalls als incompetent erlassen, und der wirkliche Vollzug selbst als strafrechtlich zu erachten, aber dennoch die strafrechtliche Verantwortlichkeit für die einzelnen Abgeordneten für ihre Abstimmungen ausgeschlossen, und zunächst nur die gewaltsame Auflösung der Versammlung begründet wäre, und nur wenn dieselbe durch Versammlungen, Clubs, Reden, außerhalb der National-Versammlung für derartige Beschlüsse oder deren Vollzug gewirkt hätten, in dieser Richtung ein strafrechtlicher Reat gegeben seyn würde; in Erwägung daß durch die gedruckten stenographischen Berichte nicht einmal die Abgabe der Stimmen für diese Beschlüsse mit Bestimmtheit nachgewiesen ist; in Erwägung endlich daß die nach vorliegender Anzeige von dem königlichen Landgerichts-Assessor Mayer vom 27 Jul. heurigen Jahres in dem Wirthshause zu Niederndorf in Gegenwart einiger Personen gemachte Aeußerung daß er die Republik einführe an und für sich und unter den Umständen unter welchen sie vorgebracht wurde, einen strafrechtlichen Reat nicht begründet, dem Untersuchungsrichter aber immerhin unbenommen ist zur Characteristik und Erhebung des Leumundes des königl. Landgerichts-Assessors Mayer hierüber noch nähere Erhebungen zu pflegen: aus diesen Gründen erkennt das königl. Kreis- und Stadtgericht: 1) daß das Strafverfahren gegen Thomas Mayer, k. Landgerichts-Assessor in Ottobeuren, wegen nächsten Versuches des Hochverraths durch Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen des Restes der Nationalversammlung in Stuttgart, sowie wegen der eben genannten Aeußerung einzustellen sey; 2) verordnet zugleich die vorläufige Entlassung des Beschuldigten aus dem Gefängniß; 3) beschließt weiter daß die Acten an den Untersuchungsrichter zurückzugeben seyen um bezüglich der indicirten Betheiligung des Thomas Mayer an staatsverrätherischen Unternehmungen außerhalb der Nationalversammlung und bezüglich der nach vorliegender Anzeige von ihm veranstalteten Volksversammlungen und hierbei gehaltenen Reden weitere Erhebungen zu pflegen. Also geschehen zu Augsburg, wie Eingangs gemeldet. Dr. Wirschinger. Dexter. Roth. Reſt.

Mit der heute am 1 October dem allgemeinen Verkehr eröffneten Eisenbahn von München nach Hof treten folgende Fahrpreise auf nachfolgenden Hauptstationen je von München ein: nach Augsburg (16½ Stunde) I. Classe 2 fl. 30 kr.; II. Classe 1 fl. 39 kr.; III. Classe 1 fl. 6 kr. Nach Nürnberg (62½ St.) I. Classe 9 fl. 24 kr.; II. Classe 6 fl. 15 kr.; III. Classe 4 fl. 12 kr. Nach Bamberg (78½ St.) I. Classe 11 fl. 48 kr.; II. Classe 7 fl. 51 kr.; III. Classe 5 fl. 15 kr. Nach Hof (113½ St.) I. Classe 17 fl. 3 kr.; II. Classe 11 fl. 21 kr.; III. Classe 7 fl. 36 kr. Für die übrigen Stationen stellen sich die Fahrpreise nach jeweiliger Stundenzahl-Entfernung folgend: für die Stunde wird I. Cl. 9 kr.; II. Cl. 6 kr. und III. Cl. 4 kr. berechnet. Nach der jetzigen Eisenbahnfahrordnung werden des Morgens halb 6 Uhr in München Abreisende um 7 Uhr 14 Minuten in Augsburg, um halb 9 Uhr in Donauwörth, um halb 10 Uhr in Nördlingen, um 12 Uhr 23 Min. in Nürnberg (wo der Aufenthalt 47 Minuten dauert), in Bamberg um 2 Uhr 52 Min. Nachm., in Lichtenfels um 3 Uhr 55 Min., in Culmbach um 4 Uhr 49 Min., in Neuenmarkt um 5¼ Uhr, und endlich in Hof Abends 7 Uhr 40 Min. eintreffen. Dasselbe Verhältniß ergibt sich bei den um 11 Uhr und um 4 Uhr München Verlassenden, nur daß beidesmal, im ersten Fall in Bamberg, im zweiten in Augsburg oder Nördlingen übernachtet werden muß. Der Anschluß an die sächsische Bahnstrecke zwischen Hof und Leipzig ist genau geregelt, so daß der Morgens 5½ Uhr in München Abreisende andern Tags um 8¾ Uhr in Leipzig eintrifft, wo ihn die norddeutschen Bahnen empfangen, um ihn im Fluge weiter, und wenn er es will, am dritten Tage an die Nord- und Ostsee zu tragen.

Württemberg. **Stuttgart**, 29 Sept. Begünstigt von dem schönsten Wetter fand gestern das Volksfest auf dem Cannstatter Wasen in üblicher Weise statt. Der Besuch des Festes war noch selten so zahlreich als dießmal; eine unübersehbare Menschenmenge wogte hin und her. Im Vergleich mit dem vorjährigen Volksfeste war der Eindruck den das heurige auf jedermann machen mußte ein sehr wohlthuender; die dunklen Bassermann'schen Gestalten waren zwar noch nicht ganz verschwunden, doch lichter geworden; von dem dazumal auf den Gemüthern gelegenen Alpdrücken war nichts mehr zu verspüren, und — des „kanonischen Schutzes" bedurfte es dießmal nicht mehr. Der Empfang des Königs, dessen Aussehen fast ein jugendliches genannt werden darf, war lebhaft und schwäbisch-bereht genug um den etwa anwesenden „Herren von der andern Seite des Hauses" die Gewißheit nahezulegen daß eine gründliche Vertagung ihrer Lieblingshoffnungen vorderhand das gerathenste seyn dürfte. Soviel wir sahen und hörten, wurde das Fest auch nicht durch den geringsten Unfall oder Mißton getrübt. Das einzige was uns unangenehm berührte, war die Masse von Bettlern aller Farben und Fractionen. (Württ. Z.)

Se. Maj. der König ist am 29 Sept. auf einige Tage nach Wiesbaden abgereist, um dort mit seiner durchl. Tochter, der Königin der Niederlande, zusammenzutreffen.

Reutlingen. Die Bürgerzeitung erzählt, die dortigen Artilleristen (der Bürgerwehr) haben bei ihrem jüngsten Freischießen einen Freischärler auf der Scheibe gehabt, während vor einem Jahr Windisch-Grätz und der König von Preußen darauf gewesen sey. Die Dinge ändern sich und die Menschen mit ihnen.

Ulm. Ludwig Seeger, der „Sohn der Zeit," Abgeordneter des Oberamts Ulm und Redacteur der Schnellpost, ist am 26 Sept. von dem Gerichtshof für den Donaukreis von der Anschuldigung der Majestätsbeleidigung freigesprochen, wegen Schmähung der Ehre der Staatsregierung dagegen zu 6 Wochen Festungsstrafe, 50 fl. Geldbuße und zur Bezahlung sämmtlicher Proceßkosten verurtheilt worden. Seegers Bruder, der bekannte radikale Abgeordnete, hatte ihn vertheidigt.

Gr. Baden. ♁ **Rastatt,** 27 Sept. Die Verhandlungen über den Lieutenant Biesele haben vor dem Standgericht heute nicht stattgefunden. Es scheint daß sämmtliche Officiere mit Ausnahme des Hauptmanns Rupert — dessen Gericht inzwischen auch verschoben wurde — vor den ordentlichen Richter gestellt werden. Heute ziehen von der hiesigen Garnison zwei Bataillone Landwehr in die Heimath zurück; die Ersatztruppen von der Linie werden gleichzeitig eintreffen und sogleich casernirt werden. Der neue Commandant, Cuirassiermajor v. Gansauge, ist schon eingetroffen und mit Uebernahme des Commando beschäftigt. Sonst geht die alte Weise fort: Verurtheilungen minder gravirter Soldaten zu zehn Jahren Zuchthausstrafe, wie vorgestern des Dragoners Schanz, welcher des gleichen Vergehens angeklagt war wie der erschossene Counis; neuer Zugang zu den Gefangenen, neue Muthmaßungen wie es mit der Reorganisation der Truppen gehen werde. Der zum Commandirenden in Baden ernannte General v. Schreckenstein ist durch seinen Heimathort Baden angehörig; er ist der Sohn des als Naturforscher bekannten Besitzers von Immendingen an der Donau, Baron Roth v. Schreckenstein.

♁ **Rastatt,** 28 Sept. Abermals wurde heute gegen zwei Soldaten des Leibinfanterie-Regiments, Risch und Blumenschein, als Anstifter der gräulichen Scenen in Karlsruhe, in Folge deren der Großherzog und die Regierung sich ins Ausland begaben, die Todesstrafe vor dem Standgericht beantragt. Die Zeugenaussagen waren gegen Risch weniger gravirend, weßwegen in der Replik der Staatsanwalt auf zehnjährige Zuchthausstrafe zurückging — gegen beide jedoch wurde die Anschuldigung nicht vollständig erwiesen, da zwölf Zeugen, worunter die am meisten gravirenden, von der Verhandlung weggeblieben waren. Durch einen Entlastungszeugen wurde erwiesen daß auch der mehr gravirte Blumenschein während des Zeughaussturms in seinem Zimmer und Bette gewesen. Das Verdict lautete gegen beide auf zehnjährige Zuchthausstrafe. Dagegen wird morgen der erste der fünf vom preußischen Standgericht zum Tode verurtheilten erschossen; Professor Kinkel, welchen die Zeitungen in Freiburg seyn ließen, erfuhr heute hier die Umwandlung seines Todesurtheils in lebenslängliche, in einer Festung — man sagt Minden — zu erstehende Zuchthausstrafe, Verlust der Nationalcocarde u. s. f. Heute Nachmittag fuhr auf der Eisenbahn ein Bataillon dorthin bestimmter Landwehr vorüber; ihm wurde der Verurtheilte zum weitern Transport übergeben. Der katholische Geistliche für die standrechtlichen Verurtheilten heißt nicht Höntges, wie ich unrichtig angab, sondern Thomes. Morgen wird der erste Bürger, ein Bierbrauer von Bruchsal, vor dem Standgericht stehen.

β **Freiburg,** 28 Sept. Dorl, Sattler aus Köln, früher im schleswig'schen Kriege Freiwilliger im preußischen Heer, dann nach Ausbruch des badischen Aufstandes einer der bekannten Legionäre, und Karl Schroot, bei Düsseldorf zu Haus, sogenannter Rittmeister und Generaladjutant Mieroslawski's, sind vor einigen Wochen zum Tod verurtheilt worden durch das Standgericht für preußische Unterthanen. Dieses wurde gestern beiden eröffnet, worauf beide bei ihrem König um Begnadigung nachsuchten. Die preußischen Truppen marschiren schon seit einigen Tagen abwärts um im eigenen Lande die Friedensgarnisonen zu beziehen; jedoch bleibt immer noch eine bedeutende Anzahl hier.

Der verhaftete Obergerichtsadvocat Dr. v. Weißeneck in Freiburg ist am 25 Sept. wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Donaueschingen, 23 Sept. Wie man sich heute dahier aller Orten erzählt, wurden gestern Abend aus einem Versteck in der Nähe von Hüfingen, nördlich vom altrömischen Bade, auf drei Herren von hier zwei Schüsse abgefeuert, die aber zum Glück nicht trafen. Zwei dieser Herren, die auf einem Spaziergang gerade jenem Städtchen zuliefen, sind Mitglieder der fürstlichen Domänenkammer. Alle Nachforschungen nach den Thätern sollen erfolglos geblieben seyn. (Karlsr. Ztg.)

Karlsruhe, 30 Sept. Das Regierungsblatt meldet die Ernennung des Legationsraths Frhrn. v. Türkheim zum Mitglied des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Dann enthält es ein provisorisches Gesetz das bei den Kriegsgerichten einzuhaltende Verfahren betreffend. Es heißt darin: „Das Kriegsministerium gibt die Bestätigung des Urtheils, doch muß Unsere Genehmigung eingeholt werden 1) wenn gegen einen Officier oder Beamten mit Officiersrang eine entehrende Strafe, 2) gegen andere Militärangehörige oder Kriegsbeamte eine Zuchthausstrafe von wenigstens 10 Jahren erkannt wurde. Das Kriegsministerium ist ermächtigt die ihm zur Bestätigung vorgelegten Urtheile zu mildern." Endlich ist ein provisorisches Gesetz gegeben die Zusammensetzung eines außerordentlichen Ehrengerichts betreffend. Es hat über die Officiere und Kriegsbeamten des aufgelösten badischen Armeecorps zu bestimmen und besteht aus 15 Mitgliedern, vom Generallieutenant bis zum Lieutenant. Die Mitglieder können zur Hälfte aus der Armee eines andern deutschen Bundesstaats genommen werden.

Gr. Hessen. *† **Darmstadt,** 24 Sept. Seit der neuen Organisation unseres Schulwesens im Jahr 1832 bestanden im Großherzogthum Hessen zwei von einander getrennte Mittelbehörden zu Leitung desselben: der Oberschulrath für die Volks- und Realschulen; der Oberstudienrath für die Gymnasien. Die Universität und die Militärschulen gehörten nicht in den Bereich dieser Behörden. Director des Oberschulraths war früher der in Rheinhessen namentlich noch in rühmlichem Andenken stehende Regierungsrath Hesse, ein eifriger Beförderer des Communalschulwesens; später, nach dessen Tod, als wieder das confessionelle Princip vorwaltete, Hr. Knorr, der indessen auf sein Nachsuchen in Ruhestand trat. Den Oberstudienrath leitete der geh. Staatsrath v. Linde und nach ihm Ministerialrath v. Lindelof. Eine großh. Verordnung vom 14 d., die heute publicirt wurde, vereinigt aber beide Behörden zu einer unter dem Namen Oberstudiendirection, und ernennt den nach Auflösung des Ministeriums du Thil im März v. J. pensionirten Ministerialrath Dr. Breidenbach zum Oberstudiendirector. Diese Maßregel des Ministers Jaup hat viel Beifall gefunden, sowohl wegen Vereinfachung der Geschäfte durch Vereinigung beider Behörden in eine, als durch Wiederanstellung eines so tüchtigen Staatsbeamten wie Dr. Breidenbach. War auch der Wirkungskreis dieses ausgezeichneten Rechtsgelehrten bisher ein ganz anderer, so ist doch von dem vielseitig gebildeten und geistreichen Manne zu erwarten daß er auch in dem neuen, in jetziger Zeit doppelt wichtigen bald zu Hause seyn und segensreich wirken wird. Möge er darin von den Männern vom Fach überall kräftig und sachgemäß unterstützt werden. Denn es ist keine Frage daß nach den traurigen Erfahrungen der jüngsten Tage gerade das Schulwesen eine ganz besondere Aufmerksamkeit und richtige Pflege in allen seinen Zweigen erfordert. Der bisherige Director des Oberstudienraths, Ministerialrath v. Lindelof, ist nun definitiv zum Director des Justizministeriums ernannt worden, dem er seit des Justizministers Kilian Abgang schon mit gutem Erfolg vorstand.

Worms, 25 Sept. Der israelitische Prediger Dr. A. Adler, seit lange ein thätiges Mitglied unserer Demokratie, ist heute Morgen verhaftet und sogleich nach Mainz abgeführt worden. (Hess. Bl.)

K. Sachsen. **Leipzig,** 26 Sept. Die Anzahl der Käufer auf unserer Messe mehrt sich von Tag zu Tag. Die meisten Aufträge scheinen die Moldauer, Walachen und Polen, namentlich bei Stickereien und Modewaaren, mitgebracht zu haben. Auch die deutsche Kundschaft zeigt nicht wenig Kauflust, und namentlich zeichnen sich die Bayern darin ganz besonders aus. Tuch fand raschen Absatz, und die Preise gingen in Folge der bisherigen hohen Wollpreise im Anfang etwas höher, sanken aber später wieder. Leder ist ebenfalls sehr schnell abgegangen, ein großer Theil davon hat den Markt gar nicht erreicht sondern ist unterwegs verkauft worden. Auch bei diesem Artikel waren die Preise in den ersten Tagen im Steigen, später dann aber sanken sie. (Schw. M.)

Im Leipziger Tagblatt gibt Hr. Wuttke folgende, doch noch sehr problematisch scheinende Kunde: „Der Leipziger und der ganze sächsische Handelsstand wird die Nachricht gewiß mit Freude begrüßen daß Oesterreichs Zollschranken in Kürze fallen werden. Nach der glaubwürdigsten Versicherung soll eine Handelseinigung allernächstens, vielleicht schon im kommenden Monat erfolgen. Mit welchen Bestimmungen sie eintreten wird, ist hierorts noch unbekannt. Zwei vorzügliche Gewährsmänner gehen auseinander, sie stimmen indeß darin überein daß vom österreichischen Ministerium ein sehr durchgreifender Schritt beabsichtigt werde. Möglich immerhin daß sich noch länger hinausschiebt was zum Heraustreten ins Leben reif scheint, möglich daß sogar rückgängig wird was bereits als fertig dasteht (denn rasche Wandlungen der Dinge sind in der Gegenwart ja nichts unerhörtes): ich habe indeß nicht geglaubt eine Kunde zurückhalten zu sollen die zeitig zu haben manchem Mitbürger vielleicht von Belang ist."

K. Hannover. ** **Vom Harz,** 25 Sept. Der Anschluß an das Dreikönigsbündniß hat hauptsächlich zweierlei Gegner in Hannover. Einmal die althannoverische Partei die auch hierin particularistisch auftritt, und der das Schicksal des deutschen Gesammtvaterlands gleichgültig ist. Sie meint, es werde wieder gehen wie es bisher 34 Jahre hindurch ge-

gangen, der vorjährige Sturm werde vorübergebraust seyn und völlige Windstille sich bald wieder einfinden. Ihr erscheint das Revolutionsjahr lediglich als ein böser Traum mit Alpdrücken, jetzt hofft sie auf eine Restauration mit möglichst wenig „revolutionärem Unrath." Diese Partei hat ihre Hauptvertreter im alten Adel, der es nie verschmerzt daß man seinen bisherigen Bevorzugungen ein Ende gemacht hat; auch ein nicht geringer Theil der höheren Beamten und von den jüngeren alle die welchen die Staatsdieneraussicht über alles geht, stehen auf dieser Seite. Dieser Partei ist Stüve ein Dorn im Auge, sie lassen ihn sich nur bis auf weiteres gefallen; er ist ihnen zu streng, zu bürgerlich-pedantisch, zu sehr auf Ordnung und Form haltend, er respektirt das Leben und Lebenlassen nicht genug, und verlangt von den Beamten viel Fleiß, von den Adeligen sogar dieselbe Pflichtbeflissenheit wie von den Bürgerlichen. Darum halten sie ihn nur für einen Mann des Uebergangs, der sich beseitigen lassen würde wenn der hochbetagte König Ernst August, welcher sich nun an den einst ihm so verhaßten Bürgermeister von Osnabrück gewöhnt hat, die Augen schließt. Der Mann für den jetzigen Kronprinzen, meint diese Partei, werde Hr. v. Lütken seyn, der beseitigte, früher allmächtige Mann, welcher neulich selbst in Osnabrück mit großer Zuversicht aufgetreten ist. Aus diesem Lager kommt die wirksamste Opposition gegen den engern Bund, dem auch Graf v. Bennigsen abhold ist; dieser wie Stüve suchen durch Temporisiren sich aus der Verlegenheit zu helfen, sie sind diplomatisch in hohem Grad thätig, und was von Vorurtheilen oder Abneigungen im Land gegen Preußen herrscht, wird von der Partei dieser Männer stark ausgebeutet. Die unbegreiflichen Blößen welche das preußische Cabinet sich in Schleswig gibt werden vortrefflich benutzt, und kommen ganz gelegen. Denn es empört diese Handlungsweise welche Krieger mit deutscher Cocarde zu Executionsgendarmen in dänischem Interesse gegen heilige deutsche Interessen macht, nach diesem Waffenstillstand und diesen Präliminarien all' und jeden, wenn man auch nicht vergißt daß eine andere Großmacht, die theilweise eine deutsche ist, Oesterreich nämlich, in Kopenhagen niemals aufgehört hat den Dänen gegen Deutschland die Brücke zu treten. Es ist Thatsache daß Preußen wie Oesterreich ohne alles Vertrauen bei uns im ganzen Nordwesten sind; das letztere wird von der aristokratischen Partei nur vorgeschoben und gern benützt um dem Berliner Cabinet ein Paroli zu biegen. Die Demokraten wollen auch von Oesterreich nichts wissen; sie verzeihen ihm das russische Bündniß nicht wie sie den Preußen das Einschreiten in Baden nimmermehr vergeben. Ueber das Resultat der Wahlen ist noch heute kein festes Urtheil zu fällen. Unsere Demokraten sind nicht mit so vielen rheinischen zu verwechseln, sie sind bei weitem nicht so gewissenlos; neun Zehntel meinen es grundehrlich mit ihrem Princip, sie sind ehrenfest und steifen sich auf ihren Rechtssinn. Das geben ihnen auch ihre Gegner zu, wenn auch manche der letzteren vielleicht mit Recht den politischen Verstand der demokratischen Masse sowohl wie der Führer nicht hoch anschlagen, und in dem jüngern Lang, der sich gern als Rivalen Stüve's betrachten lassen möchte, mehr einen sich deplacirt fühlenden Ehrgeizigen als einen erprobten freisinnigen Patrioten sehen. Meinen doch auch viele Demokraten Hr. Lang habe nach dem Umsturz des Staatsgrundgesetzes seinen Frieden in einer Weise gemacht wie es z. B. Hr. Freudentheil und andere Männer dieser Farbe schwerlich gethan hätten. Aber Hr. Lang gilt für die bedeutendste parlamentarische Capacität dieser Partei, und hat jedenfalls viel Redefertigkeit bei einer Gewandtheit in kühner Dialektik, die übrigens bei Advocaten nicht selten angetroffen wird. Die demokratischen Blätter rechnen alle gewählten Abgeordneten welche während der letzten Ständesitzung für die Grundrechte stimmten, zu den ihrigen; doch ist dieser Calcul etwas zu sanguinisch. Uebrigens wird die Partei des Gothaer Programms, also das Centrum, nicht stark vertreten seyn, weil sie im Land zwischen den Particularisten und den sehr gut organisirten Demokraten mitten inne stehend, ihrerseits noch nicht eigentlich organisirt ist, denn bei uns im Norden überlegt man die Dinge gründlich und nimmt sich Zeit. Auch die Demokratie hat sich nur allmählich, aber nun sehr sicher gegliedert. Doch scheint es mir als ob der Sache des Anschlusses an Preußen und den engern Bundesstaat mehr und mehr Anhänger gewinne; großdeutsche Sympathien sind gar nicht vorhanden, man hat für die großdeutschen Pläne gar keinen Sinn und behandelt sie als Tand. Alle Parteien sehen worauf dieselben abzielen. Wäre freilich die Reichsverfassung zur Geltung gekommen, so wäre Hannover ruhig; unsere Demokraten hier zu Lande meinten es ehrlich mit derselben, sie wollten nicht weiter gehen, und wären sicherlich conservativ für jene Verfassung geworden. Was dem Anschlusse an Preußen bei dieser Partei hauptsächlich im Wege steht, ist das Wahlgesetz; der Anschluß an den Zollverein wäre ihr im allgemeinen recht, wenn sie auch einzelne Modificationen wünscht. Bei den Wahlen wird sehr erfolgreich gegen den Anschluß, besonders von den Beamten, dadurch gewirkt daß man im Falle desselben eine Ueberbürdung mit Steuern in Aussicht stellt. Aber im ganzen genommen zahlt man in Hannover ziemlich so viel wie in Preußen, und zwar bei dem jetzigen Tarife. Es hat außer Brennsteuer, Bier- und Salzsteuer etwa 1,730,000 Thaler indirecte Abgaben aufzubringen, und die Hebungskosten verschlingen 483,000 Thaler, ohne jene zu rechnen welche Hannover aus der Zollvereinscasse bezieht. Eine stärkere Besteuerung würde durch den Anschluß nicht bedingt werden. Hannover hat auf 1,800,000 Bewohner reichlich achthalb Millionen Thaler Ausgaben, und das preußische Budget beträgt für etwas über 16 Millionen Seelen ungefähr 54,000,000 Thaler. Bei uns in Hannover wird wenigstens nicht wohlfeiler und sicherlich nicht einfacher regiert oder verwaltet als in unsern großen Nachbarstaaten. Wie dem aber auch sey, in Bezug auf die deutsche Frage schwebt alles in der Luft, und ob sie zum Gedeihen des großen Vaterlands gelöst wird, mag nur der Himmel wissen. Diplomaten und Höfe haben Gelegenheit Verstand und Uneigennützigkeit an den Tag zu legen. Nur das Ende lobt den Meister.

Freie Städte. * **Hamburg,** 25 Sept. Unsre Verfassungsangelegenheit wird durch den bekannten Antrag des Senats ihrem Schluß nahegebracht. Im 180er Collegium erklärte sich die Mehrheit mit jenem Antrag einverstanden, wie es Oberalten und 60er bereits früher gethan, und übermorgen wird er der erbgesessenen Bürgerschaft zur Mitgenehmigung vorgelegt. Diese wird wahrscheinlich annehmen, so sehr sich der Senat auch mit sich selbst in Widerspruch gesetzt, indem er jetzt Bedenken gegen Freiheiten erhebt die er nicht nur der constituirenden Versammlung, sondern schon der Rath- und Bürger-Deputation vom März 1848 zugestanden hatte. In dem damals von ihm angenommenen Programm steht: „allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wählbarkeit" obenan, sowie „Aufhebung der Lebenslänglichkeit und Selbstergänzung des Senats" einen Artikel desselben Programms bildet. Diese vier Punkte sind es gegen welche er und sein Anhang sowie die bürgerlichen Collegien am meisten eifern. Zwar gibt er vor die Selbstergänzung fahren zu lassen. Diese Concession ist aber nur illusorisch, denn er behält sich die Anfertigung der Wahlliste vor. Die Bürgerschaft konnte daher nur aus den von ihm vorgeschlagenen Candidaten wählen, anstatt daß jetzt das Loos entscheidet. Die constituirende Versammlung hatte gestern Abend eine Plenarversammlung, in welcher auf Antrag der am 31 v. M. niedergesetzten Commission beschlossen ward gegen das Verfahren des Senats als verfassungswidrig zu protestiren. Die Anträge von Gallait Mitglieder zu wählen die sich mit den Urwählern in Verbindung setzen sollten, und von Marr sich aufzulösen, weil die Aufgabe der Versammlung gelöst sey, fanden nur sehr wenig Unterstützung, wurden mithin abgelehnt.

* **Hamburg,** 27 Sept. Die erbgesessene Bürgerschaft hat in so eben beendigtem Convent beide Anträge des Senats, nämlich Zwangsanleihe von 450,000 M. B. in Staatsprämien-Lotterie-Obligationen, und die Verfassungsangelegenheit betreffend, angenommen, auch zugleich fünf erbgesessene Bürger gewählt die mit vier Senatsmitgliedern eine Commission bilden sollen, deren Aufgabe es seyn wird eine Vereinbarung mit der constituirenden Versammlung zu versuchen, und wenn ihr dieses gelingt, anderweitige Vorschläge wie die neue Verfassung zu beseitigen sey, zu machen.

Helgoland, 22 Sept. Hr. Julius Fröbel, der sich in Curhaven nicht für sicher hielt und deßhalb seit einigen Wochen hieher geflüchtet hatte, hat sich nun auf ein englisches Dampfboot begeben um über Liverpool nach Amerika auszuwandern. (D. Z.)

Preußen. ♃ **Berlin,** 27 Sept. Wie es mit der Hoffnung oder der Befürchtung steht daß der König von Preußen das Werk seiner Minister in der deutschen Angelegenheit verläugnen und den Gedanken eines deutschen Bundesstaates aufgeben werde, mögen Sie aus folgender Thatsache entnehmen. In einer Zusammenkunft mit dem König machte der Minister des Innern denselben auf die Zweifel und Besorgnisse aufmerksam die in der letzten Zeit hinsichtlich der Durchführung des Verfassungswerkes von Seiten Preußens ausgesprochen worden sind. Der König wurde unwillig und erklärte: er werde in dieser Angelegenheit nicht mehr weichen, auch in dem Falle nicht wenn Hannover und Sachsen Schwierigkeiten machen sollten mit Preußen zu gehen. Daß Hr. v. Bodelschwingh an die Stelle des Hrn. v. Canitz in den Verwaltungsrath berufen wurde, hat man hier als unpolitisch getadelt, weil es den Schein gebe als wolle Preußen durch die Wahl eines Mannes von solchen Antecedentien seine Geneigtheit zu einem Rückschritt in der deutschen Sache andeuten. Wie ich höre, hat aber Bodelschwingh erklärt er werde in dieser Sache treu mit dem Ministerium halten und, wenn er es nicht mehr vermöge, seine Stelle sogleich niederlegen. Unter solchen Umständen soll das Ministerium erwarten daß die bekannte Energie dieses Mannes seinem Plane gerade förderlich seyn werde.

⊽ **Berlin,** 26 Sept. Die zweite Kammer fuhr heute in der Berathung des Titels VIII der Verfassung fort. Zu Art. 98 — „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt" — sind eine Reihe von Zusatzamendements eingegangen, die sich in drei Gruppen sondern lassen: 1) in solche die über die Art und Weise wie die Vereinigung der beiden Kammern herbeizuführen sey, Vorschläge machen; 2) in solche die sich auf die Prolongation des Etats im Fall eines Conflicts und 3) in solche die sich auf die Initiative beziehen. Ein Amendement von Schimmel will daß im Fall eines Conflicts beide Kammern zu gemeinschaftlicher Sitzung sich vereinigen und die Majorität entscheide. Dagegen erklärt sich der Abg. Urlichs als gegen ein Aufgeben des Zweikammersystems und eine Ungerechtigkeit, weil die erste Kammer wegen der geringern Anzahl ihrer Mitglieder im Nachtheil sey. Er empfiehlt sein Amendement, welches lautet: „Wenn eine Kammer dem für die nächste Etatsperiode entworfenen Staatshaushaltsetat ihre Zustimmung nicht ertheilt, so gilt der Etat des laufenden Jahres solange bis auch die andere Kammer denselben für nicht anwendbar erklärt. In diesem Fall, sowie wenn die Feststellung des Etats für die nächste Etatsperiode über den Anfang desselben sich verzögern sollte, bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zur Feststellung des neuen — jedoch höchstens vier Monate — in Kraft. Die bis dahin in dem neuen Etatsjahr erhobenen Annahmen und geleisteten Ausgaben werden auf die Bewilligung des neuen Jahrs angerechnet." Nach längerer Debatte wird ein Amendement von Patow: das ganze Material der Verfassungscommission zu überweisen, verworfen. Das Urlichs'sche Amendement wird in namentlicher Abstimmung mit 156 gegen 154 Stimmen abgelehnt, dagegen folgendes Amendement von Möcke angenommen: „Tritt eine Verzögerung dadurch ein daß sich beide Kammern über den Etat nicht vereinigen können, so werden die bisher bewilligten Steuern solange forterhoben bis die Einigung erfolgt ist." Der Abg. Wegener beantragt die Etatsperiode auf drei Jahr festzusetzen. Er führt an daß auch früher eine dreijährige Finanzperiode bestanden und Preußen sich wohl dabei befunden habe. Dagegen erklärt sich Beckerath. Er bemerkt daß bei einer dreijährigen Finanzperiode die Vereinbarung zwischen Regierung und Volksvertretung schwieriger, weil das ganze Fundament des Budgets ein neues sey. Zum Schluß sagt er: „Beschließen Sie zu dem Möcke'schen Amendement noch eine dreijährige Budgetperiode, dann sehe ich nicht ein was durch den gestern mit so großer Majorität gefaßten Beschluß gewonnen seyn sollte!" Das Amendement von Wegener wird verworfen; auch die Minister stimmen nicht dafür. Auf Antrag der Commission wird die im Art. 103 enthaltene Bestimmung: „Zu Etatsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich" als dritter Satz zu Art. 98 gestellt. Ein Amendement von Keller lautet: „Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Regierung und bis zum Belaufe dieses Antrags erfolgen." Der Antragsteller führt an daß dieser Satz in England feststeht; daß nur die Regierung die zur Initiative nöthige Uebersicht habe; daß den Kammern der Weg der Gesetzgebung immer offen bleibe. Der Referent Camphausen erklärt sich dagegen und die Kammer verwirft den Antrag mit 164 gegen 133 Stimmen. Ein Zusatzamendement von dem Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) will nach Art. 98 eingeschaltet wissen: „Wenn sich die Festsetzung des Staatshaushalts-Etats für die nächste Etatsperiode über den Anfang desselben verzögern sollte, so bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zu dieser Festsetzung — jedoch höchstens vier Wochen — in Kraft." Der Antragsteller bemerkt daß sein Amendement immer noch für die Fälle passe wo eine Stockung durch zufällige Umstände herbeigeführt sey. Die Kammer genehmigt den Vorschlag, nachdem sie einen Antrag von Viebahn, der eine Prolongation auf sechs Monate verlangte, abgelehnt hatte. Der Satz, wornach an die Bewilligung von Steuern keine Bedingungen geknüpft werden dürfen, wird angenommen. Ebenso das Amendement Geßlers den Art. 99 so zu fassen: „Steuern und Abgaben für die Staatscasse dürfen nur erhoben werden, soweit sie in den Staatshaushaltsetat aufgenommen oder nach erfolgter Feststellung desselben durch besondere Gesetze angeordnet sind."

⊽ **Berlin,** 26 Sept. Die erste Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Art. 39 der Verfassung unverändert, den Art. 40 in der Fassung des Centralausschusses an. Bethmann-Hollweg hatte ein Amendement eingebracht und meinte das Princip welches bei der Beschlußfassung über die Fideicommisse in der Minorität geblieben, habe doch eine so bedeutende Minorität erlangt daß man hoffen könne es werde bei der Specialgesetzgebung Anwendung finden! Die Kammer verwarf aber dieses, sowie andere Amendements. In der heutigen Sitzung kamen Berichte der Petitionscommission zur Berathung. Hinsichtlich mehrerer Petitionen wegen einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrechen bemerkte der Minister: die Regierung müsse sich dafür entscheiden jeden einzelnen Fall zu prüfen ob Milderungsgründe vorhanden seyen, und dann die Gnade des Königs nachzusuchen. Die Kammer ging über die Amnestie zur Tagesordnung über. Eine Petition des Vorsteheramts der Königsberger Kaufmannschaft um Entschädigung für die Verluste während des Kriegs mit Dänemark beschließt die Kammer dem Handelsministerium zu übergeben, mit der Empfehlung dieses und das Ministerium des Auswärtigen möchten dahin wirken daß bei dem Friedensschluß Dänemark die Entschädigung bezahle.

⊽ **Berlin,** 27 Sept. Die Constitutionelle Zeitung, das Organ der Auerswald-Beckerath'schen Partei, ist sehr ungehalten über die Annahme des Möcke'schen Amendements zu Art. 98 der Verfassung. Sie sucht in einem Leitartikel zu beweisen daß dieses Amendement thatsächlich in allen den Finanzetat betreffenden Fragen das größere und entscheidendere Gewicht in die erste Kammer lege, und daß es demnach unmöglich sey diese aus andern Elementen hervorgehen zu lassen als die zweite, was in letzter Zeit von den besten und patriotischsten Männern in Erwägung gezogen worden sey. Das ist freilich klar daß der Möcke'sche Satz von dem Gewinn der Abstimmung über das Steuerbewilligungsrecht so gut wie nichts mehr übrig läßt. Man muß annehmen daß manche Abgeordnete nicht wußten was sie thaten als sie sich für diesen Satz erhoben. Die Majorität war auch nicht bedeutend, der Präsident mußte erst genau umhersehen, bevor er die Annahme proclamiren konnte.

Erfurt, 23 Sept. Die Mitglieder des Reichsschiedsgerichts, welche seit dem 10 d. hier Sitzungen hielten, haben uns gestern wieder verlassen. Der Zweck dieser Zusammenkunft war aus dem Provisorium in das Definitivum überzugehen. Es lagen hierauf bezüglich drei Arbeiten zu beschaffen vor, nämlich: die Organisation des Gerichts, die Geschäftsordnung und die Executivordnung. Ueber den ersten Punkt wurde von dem Präsidenten des Schiedsgerichts eine Vorlage gemacht, die zweimal berathen und angenommen, doch aber noch einer dritten schließlichen Berathung vorbehalten wurde. Nach derselben soll das Reichsschiedsgericht aus zwölf Richtern bestehen, von denen sechs die Regierungen und sechs der künftige Reichstag aus den verschiedenen Länderkreisen zu erwählen haben. In Betreff des zweiten und dritten Punktes wurden die denselben zu unterlegenden Grundsätze besprochen und darauf die Ausarbeitung der deßfallsigen Entwürfe, nämlich des der Geschäfts- oder Proceßordnung dem Stadtrichter Francke und des der Executivordnung dem Oberappellationsrath Pape übertragen. Zugleich aber fand das Gericht schon Veranlassung zu richterlicher Thätigkeit, indem mehrere Eingaben eingegangen waren welche die Hülfe zum Recht beanspruchten. Dazu gehört eine Klage des Hrn. Böhme in Berlin gegen die Regierungen von Preußen und Hannover wegen Forderungen aus der westfälischen Domänenangelegenheit, welche den verklagten Regierungen mitgetheilt worden ist um sich darüber vernehmen zu lassen. Dagegen sind einige andere Klagen als nicht vor das Reichsgericht gehörig, und eine Beschwerde von Seite einiger Ritter im Nassauischen über Bestimmungen der dortigen Verfassung aus dem Grunde zurückgewiesen weil dem Gericht noch nicht bekannt war ob das Herzogthum Nassau dem Dreikönigsbündniß wirklich beigetreten ist. (H. C.)

Schleswig-Holstein. **Apenrade,** 24 Sept. Die Zustände fangen an sich für die deutschgesinnten Bewohner Nordschleswigs immer unheimlicher und grauenerweckender zu gestalten, jeder Tag bringt uns dem alten Dänenjoch näher; jeder Erlaß und jede Maßnahme der Landesverwaltung, in der zur Schmach von ganz Deutschland sich ein Deutscher befindet, enthält Beschimpfungen und Beleidigungen derjenigen Bewohner Schleswigs welche treu zu dem heiligen Rechte ihres Geburtslandes gehalten, und dafür gekämpft und die größten Opfer gebracht haben. Alles das was unsere Jugend mit ihrem Herzblut erkauft hat, ist uns durch einige Federzüge entrissen worden. Ein vaterländisch gesinnter Beamter nach dem andern wird entfernt, und durch einen oder den andern verhaßten Renegaten ersetzt. Auch in hiesiger Stadt hat man damit den Anfang gemacht. Mit welchen Mitteln die Dänen kämpfen, davon gibt die hier am 23 d. M. abgehaltene Wahl eines Diaconus wiederum einen Beweis. Zu dieser Wahl hatte das hiesige Kirchencollegium 3 Candidaten präsentirt, darunter den nunmehrigen Diaconus Cand. theol. Hansen, der bereits seit einem Jahr hier als Prädikant fungirt, und sich während dieser Zeit die Achtung der hiesigen Einwohner, was auch seine Wahl bezeugt, erworben hat. Als die 25 — 30jährige Mannschaft zum Dienste des Vaterlandes einberufen wurde, folgte auch Hansen diesem Ruf und stellte sich in Rendsburg, wo er zu den Jägern versetzt wurde, bei denen er noch stand als er hier seine Wahlpredigt hielt. Dieß benutzten die Dänen hieselbst Hansen von der Wahl auszuschließen, indem sie ihn zum „Freischärler" stempelten. Denn plötzlich am 21 d. M., also zwei Tage vor der ange-

setzten Wahl, ging von der Landesverwaltung bei dem hiesigen Kirchencollegium ein Schreiben ein, worin die Wahl vorläufig sistirt wurde auf Grund einer Beschwerdeschrift der hiesigen Dänischgesinnten, worin diese gegen die Präsentation der drei Candidaten protestirten weil sie deutsch, und namentlich weil einer von ihnen, der Candidat Hansen, ein „Freischärler" sey. Nur auf die entschiedene Remonstration des hiesigen Kirchencollegiums hin wurde am 22 d. Abends durch ein Schreiben der Landesverwaltung die Abhaltung der Wahl genehmigt, bei welcher denn am andern Tage der „Freischärler" den Sieg, wir glauben mit 200 Stimmen, davontrug. (Alt. Merk.)

✱ **Schleswig**, 24 September. Die Ultra-Ordnungscommission in Flensburg fährt fort die Ordnungsliebe der Schleswiger auf die Probe zu stellen. Das Staatsgrundgesetz vom 15 Sept. 1848, nach welchem bis zum Frieden zu regieren, die Statthalterschaft im März d. J. von dem Reichsverweser beauftragt worden (zu derselben Zeit da ein preußischer General als Reichsfeldherr den Krieg gegen Dänemark zu führen übernahm), ist nebst mehrern ausführenden Gesetzen, mit Einschluß der deutschen Grundrechte, für das Herzogthum Schleswig außer Kraft gesetzt. Das Staatsgrundgesetz hatte sich vollkommen bewährt, es ist die gesetzliche Ordnung in Schleswig-Holstein nirgend gestört worden, die in demselben garantirten Rechte sind dem Volke als die Bedingung der Selbständigkeit, Freiheit und Verbindung der Herzogthümer über alles werth. Dieses Gesetz ist auf den Fundamenten des alten Landesrechts, im Rechtsgebiete der Monarchie, errichtet, eine Schöpfung des wahrhaft constitutionellen Geistes. Liegt etwa darin, und weil es von 1848 datirt, ein principieller Vorwurf? oder haben die praktisch bewährten Vorzüge für die Befestigung der Ordnung die Commission vermocht dieses nachmärzliche Gesetz (welches übrigens von der gemeinsamen, zuolge der Malmöer Convention von Preußen und Dänemark eingesetzten Regierung im October v. J. bestätigt wurde) im wohlverstandenen Interesse des Herzogthums zu beseitigen? Nur das dänische Interesse, Schleswig schon im Waffenstillstande als eine dänische Pertinenz zu beherrschen, ist in diesem, wie in den früheren Erlassen vorherrschend, durch welche die Commission die wichtigsten vormärzlichen Landesgesetze conventionswidrig aufgehoben hat. In der preußischen Kammer motivirt der Minister des Auswärtigen die Friedenspräliminarien über Schleswigs Trennung von Holstein durch Berufung auf den Art. 2 des Dreikönigsbundes-Verfassung. Soll nun durch die dänisch-preußische Commission dieser Artikel praktisch vorbereitet werden, als bestehe schon die octroyirte Bundesverfassung? Und werden die deutschen Regierungen sich gegen diese petitiv-principii schweigend verhalten? soll etwa das Herzogthum Schleswig erst das Lehrgeld geben, um zu zeigen inwiefern der Art. 2 auszuführen? Die Unausführbarkeit für Schleswig-Holstein tritt mit jedem Versuch deutlicher hervor. Die Städte scheinen zunächst bestimmt unter diesen Experimenten zu leiden. In Husum hält ein preußischer Major mit den von ihm commandirten drei Rathsherren und dem Bürgermeister, der von preußischen Husaren unter Gesang des schleswigholsteiner-Nationalliedes eingeführt wurde, (doch als Däne von ihnen bezeichnet) die Sitzungen des Magistrats — eine tapfere Verbesserung der preußischen Städteordnung 1849. Was der edle Frhr. v. Stein wohl dabei denken würde.

Oesterreich. △ **Wien**, 28 Sept. Aus Pesth vernehmen wir viel von Verurtheilungen. Insbesondere müssen die Seelenhirten der verschiedenen Confessionen ihre Sympathien für die revolutionäre Regierung büßen. Gleichzeitig wurden ein katholischer Decan und ein jüdischer Rabbiner zum Profoßenarrest verurtheilt. Der protestantische Prediger ist einstweilen flüchtig. Die Generale Kiß und Aulich sollen, wie der Lloyd meldet, in Arad erschossen worden seyn. — Nachschrift. Es verbreitet sich soeben das Gerücht daß Komorn denn doch gefallen sey.

§ **Wien**, 28 Sept., 4 Uhr Nachmittag. So eben verbreitet sich die Nachricht daß die Unterhandlungen wegen der Capitulation von Komorn zu einem glücklichen Resultate gediehen und die darauf bezügliche Uebergabsacte bereits unterzeichnet sey. Die officielle Bestätigung dieser Nachricht wird erwartet.

Die Abendbeilage der Wiener Zeitung sagt bloß: die Beschießung von Komorn soll am 27 Sept. begonnen haben. Haynau hatte sich selbst zum Belagerungscorps begeben.

Die A. Z. C. meldet daß die einheimischen Subscriptionen für das neue Anlehen bis zum 28 Sept. 17,424,000 fl. betragen.

Großbritannien.

London, 26 Sept.

Die königliche Familie reist heute (26) von Balmoral ab, und wird am 28 Abends auf der Insel Wight eintreffen. Die Königin läßt durch einen Künstler die malerischesten Punkte von Irland aufnehmen, und diese Bilder sollen ihr bei ihrem nächstjährigen Besuch als Leitfaden dienen.

Die Nachrichten aus Canada, die das Dampfboot „Caledonia" mitgebracht, lauten beruhigender. Der Generalstatthalter Lord Elgin war an die Niagarafälle abgereist, um dort mit Hrn. Taylor, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, zusammenzutreffen.

Die bekannte Schwedin Frederike Bremer, welche die Lesewelt mit so vielen höchst tugendhaften Familienromanen von Präsidenten, deren Töchtern, Nachbarn und Nachbarinnen beschenkt hat, ist in London angekommen. Sie reist nach den Vereinigten Staaten, um (so meint der Sun) dort neue Präsidentenstudien zu machen, weil die schwedischen erschöpft sind.

⁑ **London**, 27 Sept. Cobden tritt in der liberalen Presse gegen die Betheiligung englischer Capitalisten an der österreichischen Staatsanleihe auf! — Nachrichten aus Sydney vom 11 Jun. zufolge war in Neu-Südwales gegen Lord Grey's Plan, das Deportationssystem wieder einzuführen, ein ähnlicher Sturm wie in der Capcolonie ausgebrochen.

Frankreich.

Paris, 27 Sept.

Der Divisionsgeneral Borelli, weiland Murats Generalstabschef im russischen Feldzug, Pair, ist in Paris gestorben. Er war der mütterliche Oheim des jetzigen Ministerpräsidenten O. Barrot.

Die päpstlichen Reform- und Amnestiedecrete vom 12 und 18 Sept. sind jetzt ihrem ganzen Inhalt nach in Paris bekannt. Gestern schienen die Aussichten auf eine friedliche Lösung der Dinge nicht hoffnungslos, heute sind sie wieder völlig getrübt. Das J. des Débats spricht diesen Eindruck in den schärfsten Worten aus. „Die päpstliche Proclamation, sagt es, ist endlich erschienen, aber wie so manche lang ersehnte und erwartete Dinge ist diese Kundthuung eine Täuschung. Wir sind zwischen einem Gefühl der Unzufriedenheit für uns selbst und der Niedergeschlagenheit für das Papstthum getheilt. Wenn das einerseits alles ist was wir erlangen konnten, so ist es wenig befriedigend für unsere Würde; wenn es andererseits alles ist was das Papstthum geben kann ohne fürchten zu müssen einen Selbstmord zu begehen, so ist es kein großer Beweis von Stärke oder Lebenskraft. Alles ist da in ein Netz von Beschränkungen und Vorbehalten gewickelt, das weder das Verständniß noch die Ausführung erleichtern wird." Das Amnestiedecret vergleicht das J. des Débats mit einem Preßfreiheitsgesetz welches erlaubt über alles zu reden, und wo nur die Politik, die Religion, kurz alles ausgenommen ist worüber man zu reden pflegt. „Wir sagen es offenherzig, schließt es, daß diese Lösung, wenn es eine ist, uns für das Papstthum selbst tiefe Betrübniß verursacht. Denn angesichts der unerhörten Anstrengungen die es gekostet hat um diese Scheinreformen zu erlangen, fragen wir uns ob es dem Papstthum wirklich möglich ist mehr zu bewilligen, und ob es nicht die Sorge seiner Selbsterhaltung besser begreift als die welche dasselbe liberaler machen wollen. Wenn es nicht mehr Freiheit ertragen kann, was können wir thun? Wir bitten unsere Regierung darüber nachzudenken." Wenn so die gemäßigte Presse urtheilt, was werden die Radicalen sagen, welchen parlamentarischen Sturm werden sie erregen?

⊙ **Paris**, 25 Sept. Heute ist die Probenummer der Voix du Peuple erschienen. Sie ist eine Fortsetzung des am 13 Jun. verschwundenen Peuple, und wird in der That von Proudhon geleitet, wenn derselbe auch als Verhafteter nicht officiell ihre Redaction übernehmen kann. Das Blatt soll vom 1 Oct. an täglich erscheinen. Ein Manifest an die „Citoyens," welches offenbar aus der Feder Proudhons geflossen, ersetzt das Programm, weil „jedes Programm eine Lüge und die Zeit vorüber ist wo man unter dem süßen Schaukeln des Gedankens und der reinen Wissenschaft einschlafen konnte." Deßhalb gibt Proudhon keine Auseinandersetzung von Principien sondern „eine Bilanz Eurer Lage." „Wer herrscht heute? Gestehen wir es, die Contrerevolution. Im Ausland sowohl wie in Frankreich siegt der doctrinäre Capitalismus auf der ganzen Linie; er ist König in Frankreich, in Italien, in Deutschland, in Ungarn, König überall. Niemals, selbst vor dem Februar 1848 nicht, war die Revolution so schwach, die Contrerevolution so mächtig. Freilich sind die Verträge von 1815 zerrissen, aber es bildet sich eine neue heilige Allianz. Dießmal handelt es sich nicht von einer Ligue der absoluten Könige gegen das republicanische Frankreich; es handelt sich von einer Coalition der Privilegien aller Länder gegen das europäische Proletariat u. s. w." Deßhalb sey es nöthig, meint Proudhon, das Scepter der Revolution wieder zu erobern; die Aufgabe sey: der heiligen Allianz der Männer des Geldes die große europäische Ligue der Männer der Arbeit entgegenzustellen. „Zu uns daher, Freunde der Freiheit von jeder Race und jeder Sprache. Dank den jüngsten Siegen

der Aristokratie — die Solidarität der Völker hat heute nicht mehr bloß die Brüderschaftlichkeit der Racen zur Basis, sondern sie hat ihre Wurzeln in der Uebereinstimmung der Interessen und in der Identität der Rechte. Die Revolution, einig wie die Contrerevolution, wird erst dann dauerhaft und legitim seyn nachdem sie Besitz von ganz Europa genommen haben wird." Die Verfassung verspricht Proudhon zu achten weil sie „der erste Act unserer jungen Demokratie ist." Aus der Beistimmung zur Verfassung leitet Proudhon aber die Pflicht ab sofort an ihrer Revision zu arbeiten. Er verspricht den Bürgern auf diese Weise die Geister so zu bearbeiten daß im Jahr 1852 die bloß demokratische Verfassung von 1848 in eine demokratische und socialistische umgewandelt werde. Der Apostel des Socialismus erklärt vor allen Dingen nöthig: in dem Bewußtseyn des Volkes den gouvernementalen Fanatismus, den Glauben an die Autorität zu zerstören. Auf die Erreichung dieses lobenswerthen Zweckes werden seine Anstrengungen zunächst gerichtet seyn. Denn die Franzosen, meint er, beten die Freiheit an, wissen aber nicht frei zu seyn. Wenn sie sich gegen die Gewalt auflehnen, so geschieht es nicht weil sie dieselbe um ihrer selbst willen hassen, sondern weil sie sie für sich selber wünschen. Niemand wolle Sklave seyn, jeder aber ein Tyrann. Kurz es müsse vor allen Dingen die Gewalt unterworfen werden. Auch die ökonomische Reform wird Proudhon wieder aufnehmen. „Das Proletariat sey überzeugt daß die Arbeit nichts von dem guten Willen des Capitals zu erwarten hat. Aufgefordert durch das Volk auf seine Privilegien zu verzichten hat das Capital geantwortet: Hole sie, und es hat sich hinter die Bajonnette der Contrerevolution verschanzt. Widersprechende Principien opfern sich nicht freiwillig die einen den andern. Nur eine höhere Nothwendigkeit kann sie mit einander in Einklang bringen. Laßt, Arbeiter, das Capital die Wache an den Thoren seiner Bastillen beziehen; denkt nicht daran es anders als durch die Arbeit anzugreifen, ohne Euren Herd zu verlassen. Ihr könnt was Ihr wollt. Die Gelegenheit ist günstiger als je. Wenn Ihr wirklich von dem Wunsch nach der Gleichheit erfüllt seyd, dann könnt Ihr auf einen gewissen Sieg zählen." Proudhon verspricht den Bürgern in diesem Entscheidungskampf als Führer voranzugehen. Jede Werkstätte soll eine uneinnehmbare Burg werden. Die Taktik sey gelehrt und das Resultat gewiß. „Fast ohne daß ihr Euch damit beschäftigt, wird das Capital sich in der Leere erschöpfen, sich selber aufzehren und der Arbeit und der Revolution das Feld räumen."

Italien.

Die Turiner Blätter sind vom 26 Sept. In der Deputirtenkammer fanden, aus Anlaß der im October zu leistenden ersten Fristzahlung von 15 Millionen Lire an Oesterreich, lebhafte Verhandlungen über den Friedensvertrag statt. Die (schon berichtete) Annahme des ministeriellen Gesetzvorschlags bezüglich der Fideicommisse und Majorate erfolgte in der Deputirtenkammer mit 98 gegen 20 Stimmen. Die piemontesischen Blätter melden neuerdings: Pius IX werde seinen Wohnsitz in Loreto nehmen.

Venezuela.

Folgendes sind, nach englischen Berichten, die nähern Umstände hinsichtlich des gemeldeten Sturzes des „Patrioten" Paez: „Als der General bis Vallasito vorgerückt war, bemerkte er daß der Enthusiasmus, den das Volk bei seiner Ankunft in Caro bezeigt, und auf welchen er seine Siegeshoffnungen gestellt, beträchtlich erkaltet. Er hatte in seiner kritischen Lage nur noch 500 Anhänger bei sich. So in seiner Hoffnung auf Verstärkung seiner Streitmacht getäuscht, beschloß er am 14 Aug. sich an General Sylva zu ergeben, der ihm bis auf einen halben Tagmarsch entgegengerückt war. In diesem Sinne schrieb er an General Sylva, und am folgenden Tag ergab er sich in der Stadt Monagas mit seinen zwei Söhnen und mehreren höheren Officieren, namentlich den Generalen Leon Febres Cordero und Domingo Hernandez. Die Gefangenen wurden unter Bedeckung nach Caraccas gebracht, wo Paez als Staatsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollte." — Daily News bemerkt: „Der alte Paez ist geschlagen, und das ist kaum zu bedauern; denn seine Sache war eine schlechte. Allein er war in Gefahr kriegsgerichtlich erschossen zu werden, und dieß ist in der That zu beklagen: erstens weil es bloß elende Rachsucht (mere miserable vindictiveness) ist politische Vergehen, wenn auch noch so schwer, mit dem Tode zu bestrafen, und dann weil der „alte Gaucho der Ebenen", was auch immer seine Apostasie in späteren Tagen gewesen, einst tapfer auf der Seite der Freiheit focht. Was immer sein künftiges Schicksal seyn mag, er und seine Partei sind offenbar für immer gefallen. Monagas triumphirt, die Verfassung ist gerettet, Ordnung und Ruhe im Lande wieder hergestellt. Dieß wird denen die sich um die Angelegenheiten Venezuela's kümmern, und deren gibt es in der englischen Handelswelt nicht wenige, eine willkommene Nachricht seyn. Bei solcher Entfernung vom Schauplatz ist es schwierig diese amerikanischen Streithändel zu verstehen, daher wird eine kleine historische Beleuchtung nicht unpassend seyn. Paez ist aus Caraccas gebürtig, und beim Ausbruch der südamerikanischen Revolutionen im J. 1810 war er ein einfacher „Llanero" der seine Heerden auf den weiten vom Orinoco bewässerten Ebenen weidete. Während der folgenden Kämpfe leistete er an der Spitze seiner Gaucho-Reiterei ausgezeichnete Dienste der Sache republicanischer Unabhängigkeit. Sein Name steht in der südamerikanischen Geschichte verzeichnet, untergeordnet nur dem Namen Simon Bolivars, dessen erklärter und anscheinlich inniger Freund er war. Sie küßten sich so oft sie sich begegneten. Nun, die leitende Idee Bolivars in seinen letzten Jahren war Spanisch-Amerika zu einem großen Reich unter seinem kaiserlichen Scepter zu vereinigen, und es war ihm gelungen mehrere der Provinzen durch ein, freilich ziemlich lockeres, Band unter dem Namen „Republik Columbia" zu verbinden. Venezuela war einer von den Staaten dieser Conföderation, und Paez wurde zu dessen militärischem Befehlshaber ernannt. Aber der alte Gaucho war durch seine großen Kriegserfolge ehrgeizig geworden, und wünschte ein Land für sich zu beherrschen. Unter dem Vorwand also daß Bolivar nach kaiserlicher Gewalt strebe — eine Thatsache wovon er das Volk unschwer überzeugen konnte — bewog er die Venezuelaner mit der Föderation zu brechen und eine unabhängige Republik zu errichten. Dieß geschah demgemäß, und zwar leichtlich, denn da Paez an der Spitze des Heers und in Venezuela allgemein beliebt war, was Bolivar nicht war, so sagte niemand nein. Bevor Bolivar, der sich damals in Neu-Grenada befand, zur Bewältigung des widerspänstigen Staats einen Schlag führen konnte, erkrankte er und starb (im Jahr 1830), und die Republik Columbia und der Kaisertraum starben mit ihm. Die drei Staaten welche die Föderation gebildet, Neu-Grenada, Venezuela und Ecuador, trennten sich in Güte, und jeder bildete sich seine eigene Verfassung, dem Namen nach republicanisch, aber vom ächten Republicanismus in vielen ihrer Grundsätze wesentlich verschieden. Venezuela wählte natürlich den Paez zu seinem Präsidenten, und wählte ihn dann nochmals, worauf Paez, auf guten Rath hörend, sich den Schein gab Washington nachzuahmen und ins Privatleben zurücktrat. Aber wiewohl dem Namen nach nicht länger Präsident, war er nach wie vor der Herrscher Venezuela's. Soublette, sein Amtsnachfolger, war bloß seine Puppe, und durch seinen Einfluß gewählt, was bei seinem früheren Ansehen und bei dem beschränkten Wahlrechte der Republik leicht thunlich war. Hinter diesem Strohmann stand Paez als der eigentliche Regent, und jeder bedeutende Posten im Lande wurde mit seinen Freunden und Parasiten besetzt. Ein wohlbesoldetes Heer ward unterhalten, kleine Tyranneien wurden eine um die andere verübt, und alle Mißbräuche wie sie in einer Oligarchie üblich sind, waren in der Republik Venezuela zu finden. Das Land prosperirte, d. h. nach allem äußern Anschein. Während benachbarte Staaten von Erschütterungen heimgesucht wurden, war Venezuela ruhig, und Handel und Ackerbau schienen zu blühen. Allein diese Nationalwohlfahrt war ein Trugbild, denn es bedeutete — wie das auch anderwärts vorkommt — das Fettwerden der wenigen und das Hungerleiden der vielen, die Freiheit der wenigen und die Knechtschaft der Millionen. Nach Ablauf der Präsidentschaft Soublette's trat Paez neuerdings an das Staatsruder. Er konnte den Wünschen seines theuern Volkes nicht widerstehen, und dann war es so angenehm den Landesbeglücker zu spielen. Aber sein Volk war seiner von Herzen überdrüssig geworden, und alle seine nur allzu dankbar anerkannten früheren Dienste waren unzureichend seine schwindende Popularität zu stützen. Die Venezuelaner hatten ihre Augen auf Monagas geworfen, einen Mann von Grundsätzen und Charakter, der sich großen Ruf erworben. Monagas wurde mit einer triumphirenden Majorität gewählt, und Paez selbst lieh ihm allen seinen Einfluß! Das war auf seiner Seite eine listige Politik. Er suchte dadurch daß er sich auf die populäre Seite stellte sein eigenes verlorenes Ansehen wiederzugewinnen, und zudem wähnte er Monagas gerade so wie Soublette leiten zu können. Aber der neue Präsident war keine Drathpuppe, sondern gleich von vornherein entzog er sich kühnlich seiner Leitung. Paez drohte und fluchte, und seine Creaturen um sich sammelnd proclamirte er Empörung gegen den gesetzlich gewählten Präsidenten des Landes. Er wurde geschlagen und verbannt. Aber er wollte nicht verbannt bleiben, und indem er auf einer der benachbarten Inseln Posto faßte, gelang es ihm durch eine Reihe falscher Darstellungen und patriotisch tönender Proclamationen eine Bande Abenteurer aus allen Weltgegenden um sich zu sammeln. Ein neuer Einfall in sein Vaterland endigte mit einer neuen Niederlage, und dieser Mann, der einst groß dastand, und der den Namen eines Cincinnatus oder Washington hinter sich hätte lassen können, ist jetzt nichts weiter als ein gefangener Rebell. Die Thatsache daß bei seiner letzten Schilderhebung so wenige seiner Landsleute sich zu ihm gesellten, ist ein schlagender Beweis von der geringen Achtung worin er zuletzt stand, und von der Schlechtigkeit seiner Sache."

Handels- und Börsennachrichten.

London, 26 Sept. Da heute ein hebräischer Feiertag ist, so wurden nur wenige Geschäfte an der Börse gemacht. Die Consols schlossen zu $92\frac{7}{8}$. Der Stand der Eisenbahnactien hat sich etwas gebessert. — Der Globe sagt: „Nach unsern Briefen aus Wien ging daselbst das Gerücht daß Rußland vermittelst der Bank in St. Petersburg für 60 Mill. Gulden der neuen österreichischen Anleihe gezeichnet habe. Dieser Stock ward in Frankfurt und Amsterdam günstig aufgenommen, und bei dem jetzigen Stand der Handelsangelegenheiten wird er wohl in den meisten deutschen Staaten willige Käufer finden."

London, 27 Sept. Consols $92\frac{7}{8}$; Bank Stock und $3\frac{1}{4}$proc. Consols seit 14 Tagen geschlossen. Span. 3proc. $34\frac{5}{8}$.

Paris, 27 Sept. 3proc. 56; 4proc. 78; 5proc. 88.80; Bankactien 2337.50; belg. Anleh. v. 1842 $97\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $88\frac{1}{2}$; österr. Loose v. 1834 380; röm. $77\frac{5}{8}$; span. 3proc. 35; innere Schuld $27\frac{5}{8}$; piem. 977 50; Oblig. v. 1849 885; St. Germain E.-B. 415; Vers. rechte 211 25; linke 172.50; Paris-Orleans 755; Rouen 525; Straßb. 351.25; Nordbahn 437.50; Rouen-Havre 265; Mars.-Avignon 218.75; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 303.75; Bordeaux 406.75; Tours-Nantes 292.50; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 116.25.

Amsterdam, 27 Sept. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{7}{8}$; 3proc. $63\frac{11}{16}$; 4proc. 84; Met. 5proc. $86\frac{1}{8}$; Ard. $11\frac{1}{4}$. Curs auf London 12.$12\frac{1}{2}$ f. P. Curs auf Hamburg $35\frac{1}{16}$ f. G.

* **München**, 29 Sept. Die heutige Getreideschranne enthielt im ganzen 10,099 Sch., wovon 9099 Sch. verkauft und 1000 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 39 kr. (gef. um 25 kr.); Korn 6 fl. 38 kr. (gef. um 19 kr.); Gerste 7 fl. 6 kr. (gef. um 3 kr.); Haber 4 fl. 19 kr. (gef. um 12 kr.) Die Reste bestunden in 392 Sch. Weizen, 124 Sch. Korn, 473 Sch. Gerste, 11 Sch. Haber. Umsatzsumme 79,594 fl. Bei der bis jetzt noch herrschenden Ungewißheit über den Ertrag der heurigen Hopfenernte haben die Preise noch keinen verlässigen Standpunkt erlangen können. Landhopfen aus geringen Lagen bezahlte man seit einigen Tagen mit 48 bis 55 fl., aus schwereren Böden und Lagen, als z. B. der sogenannten Holedau, von 55 bis 66 fl. Der erste Hopfenmarkt wird künftigen 5 October abgehalten.

Frankfurt a. M., 29 Sept. Oesterr. 5proc. Met. $92\frac{5}{8}$; 4proc. $76\frac{1}{8}$; 3proc. $56\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$proc. $47\frac{7}{8}$; Bankactien 1392; 500fl.-Loose 157; 250fl.-Loose 110; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $101\frac{1}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldsch. 89; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. $85\frac{1}{4}$; Ludwigcanal 45; Ludwigsh.-Berbach $82\frac{1}{2}$; württemb. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{5}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $83\frac{3}{4}$; bad. 5proc. $97\frac{5}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $80\frac{1}{2}$; Lotto-Anleh. à 50 fl. 54; 35fl.-Loose $32\frac{5}{8}$; darmst. 4proc. $90\frac{1}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{3}{4}$; 50fl.-Loose $73\frac{1}{8}$; 25fl.-Loose $26\frac{1}{4}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $48\frac{5}{4}$; 40Thlr.-Loose $33\frac{7}{8}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $86\frac{1}{4}$; 25fl.-Loose 25; Frankf. 3proc. $80\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{3}{4}$ $90\frac{1}{2}$; Taunusbahn 302; holl. Integr. $54\frac{1}{2}$; span. innere Sch. $27\frac{5}{8}$; poln. 300fl.-Loose 109; 500fl.-Loose 81; sard. 36Fr.-Loose $33\frac{1}{4}$; Disc. $1\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien**, 28 Sept. Die heutige Börse eröffnete ziemlich matt und waren besonders Curse in 5proc. Metalliques, Anlehensloosen und Nordbahnactien flauer, während sich fremde Devisen und Comptanten bei größerer Nachfrage durchgehends höher stellten. Nach der Börse verbreitete sich jedoch die ziemlich verbürgte Nachricht von der bereits unterzeichneten Unterwerfungsacte von Komorn, worauf die Curse sich wieder bis zur Notiz haben. Wir notiren nach nach der Börse ($\frac{1}{2}$4 Uhr): 5proc. Met. $95\frac{1}{8}$–$\frac{1}{4}$, Loose vom J. 1834 $162\frac{1}{2}$–163, Loose vom J. 1839 $113\frac{1}{2}$–114, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien 111–$111\frac{1}{4}$, Mailänder 83–$83\frac{1}{2}$, Pesther $80\frac{1}{2}$–81. London (in l. S.) 10.43–44, Hamburg $156\frac{1}{4}$ B., Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ G., Frankfurt $106\frac{1}{4}$ G., Amsterdam $147\frac{1}{2}$ B., Paris $126\frac{1}{2}$ P. Goldagio für kais. Münzducaten $10\frac{5}{8}$ Proc., Silberagio $5\frac{1}{4}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Zur Nachricht.

Die Besorgung von Inseraten für die Allgemeine Zeitung betreffend.

Die Unterzeichnete entspricht den Wünschen vieler entfernten Freunde der Allgemeinen Zeitung durch die Einrichtung daß die für ihr Blatt bestimmten Inserate an nachstehenden Orten zur Besorgung abgegeben werden können, und zwar:

1) in **Berlin** bei Hrn. **Karl Klemann**, Brüderstraße Nr. 3, und Hrn. **Karl Reimarus**, Firma: Gropius'sche Buchhandlung.
2) in **Bremen** bei Hrn. Buchhändler **Joh. Georg Heyse**.
3) in **Frankfurt a. M.** in der **Joh. Chr. Hermann**'schen Buchh.
4) in **Grätz** bei den HH. **Damian & Sorge**.
5) in **Hamburg** in der **G. Heubel**'schen Buch- und Kunsthandlung.
6) in **Innsbruck** in der **Karl Pfaundler**'schen Buchhandlung.
7) in **Köln** in der Buchhandlung von **Adolph Bädeker**.
8) in **Lindau** bei Hrn. **J. T. Stettner**.
9) in **Linz** bei Hrn. **Vinzenz Fink**.
10) in **London** bei den HH. **Williams & Norgate**, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden.
11) in **Mailand** in der Buchhandlung von **Tendler & Comp.**
12) in **Neapel** bei Hrn. **Albert Detken**, Porticato S. Francesco di Paolo. Nro. 6—7.
13) in **Olmütz** bei Hrn. **Eduard Hölzel**.
14) in **Paris** in der deutschen Buchhandlung von **Friedr. Klincksieck**, 11 Rue de Lille, und bei Hrn. **G. A. Alexandre**, 23, Rue Notre Dame de Nazareth.
15) in **Passau** bei Hrn. Agent **Franz Fruhstorfer**.
16) in **Pesth** in der Buchhandlung des Hrn. **C. A. Hartleben**.
17) in **Prag** bei den HH. **Gottlieb Haase Söhne**.
18) in **Rotterdam** in der Buchhandlung von **Adolph Bädeker**.
19) in **Salzburg** bei Hrn. **A. Lindig**, Firma: **F. X. Duyle**'sche Buchhandlung.
20) in **Straßburg** bei Hrn. **G. A. Alexandre**, Brandgasse Nr. 28.
21) in **Triest** bei Hrn. **H. F. Favarger**.
22) in **Venedig** bei Hrn. **Herm. Fr. Münster**, Piazza S. Marco all' Ascensione Nro. 72, 73 rosso.
23) für die **Ver. Staaten von Nordamerika**, bei Hrn. **Joh. Georg Heyse**, Buchhändler in Bremen.
24) in **Wien** in der Buchhandlung **C. Gerold & Sohn**.
25) in **Zürich** in der **Schulthess**'schen Buchhandlung.

Indem wir diese Einrichtung zur Kenntniß bringen, bemerken wir noch daß vorstehende Herren, nach der mit uns getroffenen Uebereinkunft, erbötig sind alle Anzeigen für die Allg. Zeitung in Empfang zu nehmen, unverzüglich an uns zu befördern und mit den Auftraggebenden Abrechnung darüber zu pflegen. — **Augsburg**, 1849.

Die Expedition der Allgemeinen Zeitung.

Beilage zu Nr. 274 der Allgemeinen Zeitung vom 1 October 1849.

Zur Geschichte des Telegraphen.

‡ Einem so vorzugsweise politischen Werkzeuge wie dem Telegraphen, wendet billig auch die politische Zeitung von Zeit zu Zeit die Aufmerksamkeit ihrer Leser zu. Die Allg. Ztg. hat zuletzt im April d. J. dieser Pflicht genügt, indem es nach dem Pariser Journal „La Presse" eine Beschreibung des elektro-magnetischen Drucktelegraphen von Brett gab. Interessant würde es seyn zu hören ob diese Erfindung in Frankreich sich geltend gemacht, nach den damit damals in Aussicht gestellten Versuchen Boden gewonnen hat. Es scheint nicht so, wenigstens geschieht einer Anwendung der Brett'schen Methode in dem Aufsatz keine Erwähnung, welchen das zweite Augustheft der Revue des deux Mondes über Luft- und elektrische Telegraphie bringt. Als ein kurzer Abriß der Geschichte des fernschreibenden Werkzeugs stellt es einige nicht unwissenswerthe Notizen zusammen. Demnach fallen die ersten Versuche der Telegraphie an das Ende des siebzehnten Jahrhunderts. Diese Anfänge werden als Folgen der Erfindung des Fernglases bezeichnet, und das Verdienst des ersten erfolgreichen Angriffs wird einem französischen Physiker Namens Guillaume Amontons beigelegt. Wir sehen hier den Telegraphen in einfachster Ursprünglichkeit auftreten; die Zeichensprache wird von Männern, in gewissen Zwischenräumen aufgestellt, zugleich geführt, durch Fernröhre beobachtet und so fortgepflanzt; der Zwischenraum bestimmt sich durch die Tragweite der Gläser. Daß bereits damals, ungefähr im Jahr 1690, die Erfindung im größeren Maßstabe erprobt ward, dankt die Geschichte der Telegraphie der Laune einer Mlle. Chouin, einer Freundin des ältesten Sohns Ludwig XIV. Die Möglichkeit Amontons Idee zu artigem Intriguenspiel benutzen zu können machte die gewandte Dame zur Beschützerin des Erfinders. Sie veranstaltete einen Versuch im Garten des Luxembourg vor ihrem versammelten Hofstaat. Aber die glänzende Erscheinung dieser Taufpathenschaft hat den Physiker, der leider stocktaub gewesen ist, so verwirrt und bestürzt daß dieser erste Versuch gänzlich fehlgeschlagen, und nur ein Fest des Kicherns für die spottenden Höflinge geworden ist. Dieß hat Mue. Chouin veranlaßt die Sache der Wissenschaft aus Aerger zu ihrer eigenen zu machen; sie hat einen zweiten Versuch veranstaltet, und dieser ist von den überraschendsten Erfolgen gekrönt worden. Dabei hat es aber auch sein Bewenden gehabt; die Sache ist eben nur als ein Spielzeug angegriffen und wieder bei Seite geworfen worden. Wenige Jahre darauf hat Guillaume Marcel, Marinecommissär in Arles, einen Lufttelegraphen erfunden welcher auch bei Nacht hat arbeiten können. Er hat dem König seine Erfindung in einer Denkschrift dargelegt; aber der große Ludwig war damals schon zu jenen Jahren gekommen wo er sein irdisches Reich über das himmlische vernachlässigte; Colbert stand ihm nicht mehr zur Seite, und dem guten Chamillard machte die europäische Coalition und Madame Maintenon zu viel zu schaffen als daß er mit der Denkschrift des wieder und wieder sollicitirenden Marinecommissärs sich hätte befassen können. So zerbrach endlich der ehrgeizige Mann seine Maschine und warf das Schriftliche in das Feuer; wenige Jahre darauf fuhr er mit seinem Geheimnisse zur Grube. Die nächste Veranlassung zur Wiederaufnahme der Fernschreibung gab erst in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts die physikalische Entdeckung der Elektricität, indem die Fortpflanzungsschnelligkeit des elektrischen Fluidums fast unwillkürlich die Gedanken auf die Möglichkeit einer darauf zu stützenden Zeichensprache hinführte. Georg Ludwig Lesage, ein Genfer Mathematiker, war der erste welcher im Jahr 1760 der Idee ihr praktisches Leben gab. 1774 hat er zu Genf einen elektrischen Telegraphen aufgestellt. Da er einen weit verbreiteten Briefwechsel, unter andern auch mit d'Alembert führte, so mag ihm dieser gerathen haben Friedrich dem Großen die Widmung seiner Erfindung zu machen; dieß ist auch geschehen; Lesage hat aber bei dem großen Friedrich keine bessere Erfahrung gemacht als Marcel bei dem großen Ludwig.

Jetzt folgen die telegraphischen Versuche rascher, ziemlich gleichzeitig von dem Physiker Lomond in Paris, von Reiser in Deutschland, von Betancourt und Franz Salva in Madrid; alle drei glaubten in der Elektricität den Schlüssel für die Erfindung suchen zu müssen, scheiterten aber an den Einflüssen der Atmosphäre auf den elektrischen Strom. Bei Erwähnung der telegraphischen Experimente welche in Deutschland vorzüglich durch den Hanauer Gelehrten Bergsträsser angeregt wurden, erzählt der Verfasser auch folgende einschlägige Anekdote. Als jener Bergsträsser unter andern wunderlichen Einfällen den ausgeführt hatte ein kurfürstlich hessisches Regiment als lebendigen Telegraphen einzuüben, ward ein Baron Buchenröder, Oberst eines holländischen Jägerregiments, über den Ruhm jener Erfindung so eifersüchtig daß er seine Soldaten sofort ebenfalls das telegraphische Exercitium durchmachen ließ. Dieser Dienst scheint aber ungewöhnlich anstrengend gewesen zu seyn; denn sehr bald war die eine Hälfte des telegraphirenden Regiments desertirt, die andere im Spital. Diese letzteren verweigerten nach ihrer Wiederherstellung dem Hrn. v. Buchenröder den Wiederbeginn jenes Dienstes, und als er deßhalb bei dem Kaiser Franz Beschwerde führte, soll ihm dieser in das Gesicht gelacht haben. Der nämliche Jägeroberst hat eine Schrift: „Von der Kunst der Signale" herausgegeben, die im Jahr 1795 in Hanau gedruckt worden ist; darin führt er den Beweis daß der Thurmbau zu Babel keinen andern Zweck gehabt habe als einen Centralpunkt für telegraphische Verbindungen unter den verschiedenen umwohnenden Völkerschaften zu bilden. Ist diese Erzählung mehr als ein nicht allzu fein erfundener Spaß, so beweist sie daß zu jener Zeit eine gelinde Telegraphenmanie grassirt haben muß. Allerdings fiel auch gerade in jene Jahre der überraschende Eintritt des Lufttelegraphen in die Sphäre seiner politischen Wichtigkeit. Claude Chappe aus Rouen hatte sich als jüngerer Sohn dem geistlichen Stande gewidmet, und benutzte die Mittel und die Muße einer reich dotirten Pfründe zu physikalischen Studien. Die französische Revolution raubte ihm zwar jene Stellung, aber sie machte ihn dafür zu dem Erfinder des Lufttelegraphen wie er noch bis jetzt in Frankreich im Gebrauch ist. Chappe ward bei seinen Versuchen namentlich durch einen älteren Bruder unterstützt, welcher im Departement der Sarthe zum Mitglied der gesetzgebenden Versammlung erwählt ward. Während nun die von Claude Chappe in der nächsten Nähe von Paris unternommenen Versuche ihn verdächtigten, ja beinahe ihm einen Staatsproceß wegen versuchten Conspirirens mit dem Tempel auf den Hals gezogen hätten, verwendete der Deputirte seinen Einfluß für den Bruder um seinem Unternehmen das Auge der Regierung zuzuwenden. Mehr als diese Verwendung wohl half das Verständniß des Berichterstatters Romme, welcher in der Chappe'schen Denkschrift ein klar gedachtes und praktisch aufgefaßtes Werk gefunden hatte. Am 4 April 1793 empfahl er dem Convent die Begünstigung des Unternehmens an, und es wurden 6000 Fr. zu einem Versuch verwilligt. Dieser war so befriedigend ausgefallen daß nach dem Berichte seiner Commissäre nunmehr der Convent sofort die Herstellung einer Telegraphenlinie zwischen Paris und Lille anordnete. Sie ward durch eine Siegesnachricht eingeweiht. In der Sitzung am 12 Fructidor 1794 theilte der Kriegsminister Carnot dem Convent die telegraphische Depesche mit daß die von den Oesterreichern besetzte Stadt Condé von der Nordarmee siegreich genommen worden sey; unter lautem Jubel beschloß die Versammlung sofort zurücktelegraphiren zu lassen: „Die Nordarmee hat sich um das Vaterland wohl verdient gemacht." In Folge dieses glücklichen Zusammentreffens wurde den Gebrüdern Chappe in den letzten Jahren der Republik und später während des Kaiserreiches die Anlegung der verschiedenen Telegraphenlinien übertragen welche noch jetzt Frankreich durchkreuzen.

Aber so wenig bei dem elektrischen Telegraphen die störenden Einflüsse der atmosphärischen Luft hatten beseitigt werden können, so unlösbar, obschon vielfach zu lösen versucht, blieb das Problem den Lufttelegraphen bei Nacht arbeiten zu lassen oder das Hinderniß nebeliger Witterung zu beseitigen. Da trat mit der Erfindung der Voltaischen Säule im Jahr 1800 wieder die Möglichkeit in den Vordergrund das elektrische Fluidum dennoch zu dem Telegraphendienst zu zwingen. Nur das eine Mittelglied war noch zu finden: die Aeußerung des Vorhandenseyns der auf eine weite Entfernung fortgepflanzten Elektricität durch eine mechanische oder physische Thätigkeit von ausreichender Erkennbarkeit. Hier griff nun die Entdeckung des dänischen Physikers Oerstedt ein, von der Einwirkung der galvanischen Elektricität auf die Magnetnadel. Obschon nun diese Entdeckung bereits im Jahr 1820 gemacht wurde, so bedurfte es doch noch der wissenschaftlichen Ausbeutung der elektro-magnetischen Erscheinungen, bevor die Benützung jener Kraft welche noch schneller als das Licht sich fortpflanzt, für die Telegraphie erfolgen konnte. Dieß geschah in den Jahren 1837 und 1838 ziemlich gleichzeitig in Amerika durch Morse, in England durch Wheatstone (nicht Westhesone, wie die Revue des deux Mondes schreibt) und in Deutschland durch Steinheil, dessen Name in jenem Aufsatze freilich nicht erwähnt ist; nächst ihm haben bekanntlich Gauß und Weber in Göttingen und Jacobi in Petersburg das meiste Verdienst um die Ausführung des Problems. Gegenwärtig handelt es sich bei dessen Vervollkommnung hauptsächlich um die geeignetesten Apparate für die rasche Reproduction der Depeschen am Zielort, und in dieser Beziehung scheint eben jener Brett'sche Druckapparat am weitesten zu gehen, indem er die Nachricht sofort als typisch fertige ohne menschliche Vermittlung und Mitwirkung darstellt. Doch ist hier nicht der Ort auf die Abweichungen und Vorzüge der verschiedenen An-

wendungen des Elektro-Magnetismus für das Telegraphiren einzugehen; am weitesten zurück sind nach dem vorliegenden französischen Urtheil die Franzosen selbst, am weitesten vorgeschritten die Engländer. Die räumlich bedeutendste Ausdehnung hat die elektro-magnetische Telegraphie nach dem Morse'schen System in Nordamerika, wo zwölf verschiedene Telegraphenlinien über zusammen 1659 englische Meilen sich erstrecken; die weiteste Entfernung darunter ist die von Albany nach Buffalo, 350 englische Meilen. Als die nächste Aufgabe welche der Wissenschaft für Vervollkommnung der elektro-magnetischen Telegraphie gestellt ist, kann man wohl hauptsächlich die Leitung der Drähte unter der Erde und durch das Wasser betrachten.*) Namentlich wird durch die unterirdische Leitung die Einwirkung der freien Elektricität auf die Leitung paralysirt, obschon auch bereits Fälle vorgekommen sind daß, wenn ich nicht irre auf der Berlin-Frankfurter Telegraphenlinie, der Blitz die unterirdische Leitung zerstört hat. Als Isolirungsstoff für unterirdische und Wasserleitung der Drähte ist das Gutta-Percha in Vorschlag gekommen. Daß auch dieses Problem gelöst werden wird läßt sich nicht bezweifeln; dann ist aber auch die Möglichkeit einer unterseeischen Telegraphenlinie zwischen der alternden Mutter Europa und der jugendlich aufblühenden Tochter Amerika eröffnet, und erlebten wir es nicht, so könnten es doch gewiß unsere Kinder erleben daß die Curse in dem nämlichen Augenblick in welchem sie in New-York notirt worden wären, auf der Börse Londons, Hamburgs bekannt würden wenn die Börsenstunden zusammenträfen; doch die Sonne die in Europa schon zu Rüste geht, steigt in Amerika erst noch zum Gipfel des Tags empor.

Die Dinge in Württemberg.

⋈ Da Ihr Blatt gewiß nicht übermäßig viel aus Württemberg berichtet, so bitte ich daß Sie die nachfolgenden Betrachtungen aufnehmen wollen. Sie sind veranlaßt worden durch die ungerechten und maßlosen Angriffe welche Württemberg in jüngster Zeit von gewissen Blättern hat erfahren müssen. Ueberhaupt aber verdient unser kleines Land einige Aufmerksamkeit, nicht nur weil es im Frühjahr und Sommer d. J. dem badischen Aufstand und der Nationalversammlung gegenüber, in einer der schwierigsten Lagen, sich ebenso kräftig als würdig benommen, und lange bevor die Reichstruppen und der Prinz von Preußen sich in Bewegung setzten der Revolution einen Damm entgegengesetzt hat, sondern auch weil heute noch von seiner Haltung in den deutschen Angelegenheiten die Zukunft wenigstens Süddeutschlands mehr oder weniger abhängen wird. Man schlage den Einfluß eines wenn auch kleinen Landes doch nicht zu gering an. Man erinnere sich welchen ungeheuern Werth man bei Ausbruch der badischen Revolution auf Württemberg legte, wie man voraussetzte daß, wenn die Revolution auch in Württemberg durchbräche, sie sich durch den Odenwald und Franken bis an die Elbe ergießen würde. Man erwäge wie anders sich die Dinge gestaltet haben würden wenn Württemberg sich weniger kräftig und besonnen benommen hätte. Endlich vergesse man auch nicht welche Wendung noch im August die deutschen Angelegenheiten hätten nehmen können wenn sich Württemberg dem Dreikönigsbündniß angeschlossen hätte. Also ist das Ländlein von dem ich rede zwar klein, aber interessant.

Wenn man die Dinge in Württemberg recht verstehen will, muß man vor allem sich klar machen daß man es hier mit dem schwäbischen Kernlande zu thun hat. Die schwäbische Mundart ist weit verbreiteter; die Geschichte bezeugt daß die deutsche Schweiz, das Elsaß, wie Baden, Hohenzollern und Bayern bis Augsburg inclusive einst zum Herzogthum Schwaben gehörten. Aber nur Württemberg bewahrt die schwäbische Tradition in ihrer ursprünglichen Reinheit. Schweizer und Elsässer würden sich höchlich beleidigt fühlen wenn man sie heute noch zu den Schwaben zählen wollte. In Baden hat sich viel fränkisches Blut eingemischt, die Bevölkerung gleicht einer Anschwemmung des Rheins, während die ächt schwäbische Bevölkerung Württembergs etwas von der Festigkeit des Urgebirges hat. Wären diese Grundzüge nicht im Stammescharakter, so würden beim letzten Aufstand die badischen Wellen wohl nicht umsonst am württembergischen Felsen angeprallt seyn.

Der württembergische Volksstamm hat seine Bereitwilligkeit sich mit den übrigen deutschen Stämmen unter eine Obergewalt zu fügen bei jeder Gelegenheit bewährt. Er hat von seinem König verlangt sich der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung mit Einschluß der Oberhauptsfrage zu unterwerfen. Man mag über jenen Vorgang im April d. J., den dem König angethanen moralischen Zwang, denken wie man will, das Volk in Württemberg hat damals wenigstens seinen klaren und festen Willen offenbart der Einheit Deutschlands jede andere Rücksicht aufzuopfern. Man hat behauptet, und gewiß mit Recht, der König habe in jenen verhängnißvollen Tagen des April mehr Voraussicht bewährt als Minister, Kammer und Volk. Allein das hindert nicht in den damaligen tumultuarischen, vielleicht thörichten, wenigstens den König unnöthig quälenden Forderungen des Volks dennoch ein Verdienst anzuerkennen, nämlich das Verdienst jeden Particularismus bei Seite gesetzt und nur an das große einige Deutschland gedacht zu haben. Hat damals das Volk sich getäuscht über das Schicksal welches der neuen Reichsverfassung bevorstehe, so ist das nicht seine Schuld, es hat in gutem Glauben seine Pflicht gethan; und wenn alle deutschen Volksstämme gehandelt hätten wie die Württemberger, so wäre die deutsche Einheit wirklich zu Stande gekommen. Wenn auch der Glaube täuscht, wenn alles nur ein Traum wäre: der Spanier, sagt Calderon, muß auch im Traum edel handeln.

Ich kehre mit Absicht die volle Lichtseite dieses Falles hervor, um daraus das Recht herzuleiten welches sich derselbe württembergische Volksstamm andererseits herausgenommen hat seinen Particularismus überall und mit aller Zähigkeit da geltend zu machen wo ihn keine höhere Pflicht gegen das gesammte deutsche Reich mehr bindet. Die Renitenz Württembergs gegen das Dreikönigsbündniß (wie gewiß gegen jeden andern kleindeutschen Entwurf, von welcher Seite er auch kommen möchte) ist vollkommen gerechtfertigt durch den Grundsatz daß nur einem großen und einigen Deutschland, nicht aber der Hegemonie dieses oder jenes Particularstaates Opfer gebracht werden müßten. Staatsrath Römer hat diesen Grundsatz mit classischer Kürze in der sprüchwörtlich gewordenen Phrase ausgesprochen: wir werden die gehorsamsten Deutschen in Deutschland seyn, wenn es aber kein großes und einiges Deutschland geben soll, so werden wir Württemberger bleiben und thun was uns convenirt. Das ist aus der Seele des Volks gesprochen, so denkt die weit überwiegende Mehrheit, wie das Ministerium so der Hof, so die Constitutionellen, so die Demokraten. Die kleine Fraction die das Dreikönigsbündniß empfohlen hat, ist in unscheinbarer Minderheit geblieben. Doch ist diese kleine Fraction höchst achtungswürdig. Sie geht von reinem Patriotismus aus. Beide Pfizer sehen in dem preußischen Vorschlage wenigstens den erreichbaren Theil dessen was mit der Frankfurter Verfassung nicht erreicht wurde. Sie sehen in dem preußischen Deutschland wenigstens ein Surrogat für das ganze Deutschland. Sie wollen, wenn keine Totalität möglich ist, wenigstens eine Centralisation. Sie wollen endlich ein Volkshaus, das ihnen nur noch mit dem Dreikönigsbündniß möglich scheint. Ebenso denkt der wackere, vielgeprüfte Reichstagsabgeordnete Rümelin, welcher nächst Gustav Pfizer der eifrigste Vertheidiger des Anschlusses an Preußen ist. Die Gesinnung und der Muth dieser schwer angefeindeten Männer ist über jeden Zweifel erhaben. Nur praktisch ist ihre Ansicht nicht, weil sie im ganzen Lande nicht getheilt wird, noch werden kann. Nur Großdeutschland, niemals Kleindeutschland kann dem stolzen Stammesgeist einen entsprechenden Werth für das Opfer des eigenen Particularismus entgegenbieten. Ueberdieß war es von Anfang an im höchsten Grad unwahrscheinlich daß es mit dem straffen Bundesstaat Ernst werden würde. Das Gemüth des Königs von Preußen war von jeher jeder Usurpation fremd, die Bundesgenossenschaft Sachsens und Hannovers für Preußen jedenfalls eine nur bedingte und zweideutige, der Widerstand Oesterreichs und Bayerns, die Mißbilligung von Seiten der auswärtigen Mächte welche die Wiener Bundesacte garantirt haben, etwas desto gewisseres. Daß nun Württemberg nicht hat mit sich experimentiren lassen wollen, wer möchte es ihm verdenken!

Die Geschichte wird dem König von Württemberg das Zeugniß nicht versagen daß er sich in den letzten Krisen Deutschlands ebenso ritterlich als volksthümlich benommen, und ohne seiner Würde und bessern Ueberzeugung etwas zu vergeben, dem vernünftigen Volkswillen immer, dem unvernünftigen nur dann nachgegeben hat wenn das Correctiv in nicht zu weiter Ferne lag. Nicht jeder Fürst wird sich in gleich schwieriger Lage mit so viel Klugheit und edler Resignation benehmen. Nur diesen Eigenschaften des Königs ist es zuzuschreiben daß Stuttgart die Ehre und das Glück gehabt hat das Schicksal Karlsruhe's zu vermeiden, ohne das Schicksal Dresdens erfahren zu müssen.

Das Märzministerium, hervorgegangen aus der alten ständischen Opposition, hat den Ruf der Ehrenhaftigkeit und Rechtlichkeit, den diese Opposition vom Jahr 1833 an genoß, in hohem Maß bewährt, indem es eid- und pflichtgetreu in allen Gefahren dem verfassungsmäßigen Regenten zur Seite stand, und die Krone gegen jeden Angriff der Demokratie ebenso einsichtsvoll als muthig schützte. Gleichwohl hat man, und nicht ohne triftigen Grund, dem Ministerium vorgeworfen es habe der Demokratie viel zuviel nachgegeben. Die Sache ist wahr, aber das Ministerium ohne Schuld. So wenig wie der König im April dem Ministerium, so wenig konnte auch

---

*) Wenn ich nicht irre, wurde unlängst im „Ausland" mitgetheilt daß zur Anstellung von Versuchen zur Lösung dieses Problems von der Centralregierung der nordamerikanischen Freistaaten 20,000 Dollars verwilligt worden seyen.

das Ministerium selbst der Kammermehrheit, der Presse, den Volksgesellschaften widerstehen. Es mußte auch seinerseits oft mit Widerstreben nachgeben. Jedem der noch einige Besonnenheit behalten hat, drängt sich die Wahrheit auf daß die demokratischen Forderungen des Jahres 1849 über alles vernünftige Maß gesteigert worden sind, und daß, sofern sie sich in den neuen Gesetzen Geltung verschafft haben, diese Gesetze schlecht sind. Nachdem die Gesetzgebung alles gethan hat um das Recht gegen die Willkür von oben zu wahren, setzten die Demokraten eine neue Fournée von Gesetzen durch um die Willkür von unten gegen das Recht zu schützen, und in diesem zweiten legislatorischen Stadium hat ohne Zweifel das Ministerium zuviel nachgegeben. Aber es ist insofern zu entschuldigen als es selbst nur dem Drange der Umstände, dem was sich als — wenn auch täuschendes Zeitbewußtseyn — unwiderstehlich kundgab, und namentlich der Kammer nachgeben mußte, wenn es nicht sofort abdanken und Württemberg dadurch in das Chaos versetzen wollte. Es war seine heiligste Pflicht auf seinem Posten zu bleiben, weil ein anderes Ministerium nicht möglich war; um aber seinen Posten behaupten zu können durfte es die Kammermehrheit nie verlieren.

Uebrigens sind im ganzen durch die neuen Gesetze mehr alte aristokratische und bureaukratische Mißbräuche abgeschafft als demokratische neu eingeführt worden. Man darf sogar behaupten: das Märzministerium hat mitten in einer Revolution mehr gebaut oder wenigstens erhalten und geschont als das ihm vorangegangene Ministerium, das in einem langen Frieden mit seiner bureaukratischen Omnipotenz und juristischen Marotte eine systematische Unterwühlung des sittlichen und religiösen Lebens zugelassen, ja im Namen der Aufklärung und Wissenschaftlichkeit gefördert hat. Der offene Unglaube den man auf der Landesuniversität und in den Schullehrerseminarien herrschend werden sah; die souveräne Verachtung welche der Jurist und Schreiber den Priester fühlen ließ; die laxe Gesetzgebung durch welche Verbrechen gegen Religion und Sitte fast unbestraft gelassen wurden, während politische Vergehen, und insbesondere Beleidigungen der Amtsehre mit unerhörten Strafen belegt wurden; die Abschätzung guter, alter Volksgebräuche, durch welche bisher noch die Sittlichkeit aufrecht erhalten worden war, als mittelalterliche Barbarei, und als Ersatz dafür eine humane Polizei die das heilige Menschenrecht liederlich zu seyn möglichst achtete, und kaum noch den Eltern eine Züchtigung gottloser Kinder gestattete; das alles und die Folgen davon, die Verwilderung der untern Classen und der Jugend, sind die Erbschaft des früheren Ministeriums, welches überdieß auch die jetzigen Koryphäen der württembergischen Demokratie als Oberregierungsräthe, Kanzleiräthe, sogar Stadtdirectoren am eigenen Busen groß gezogen hat.

Alles was edles und hoffnungsreiches in der Revolution des vorigen Jahres lag, kommt von den Männern her zu denen auch das Märzministerium gehört. Alles aber was die Revolution entweiht hat, ist Folge der Erziehung welche die hoffärtige, ungläubige und kirchenfeindliche Bureaukratie während der letzten dreißig Friedensjahre dem Volke angedeihen ließ. Doch bin ich weit entfernt dem Ministerium Schlayer im Lande Württemberg einen ausschließlichen Vorwurf daraus machen zu wollen. In Baden haben ja Bekk-Nebenius ganz in dem nämlichen Sinn regiert. In Preußen hat der so vielgerühmte Minister Altenstein auf allen Universitäten denselben Unglauben großziehen lassen wie Hr. Schlayer in Tübingen.

Was die württembergische Kammer betrifft, so war der lange Landtag, der am 20 Sept. 1848 begann und am 11 Aug. 1849 endete, dem Märzministerium gleichsam solidarisch verbunden. Sie bestand zum Theil aus alten Oppositionsmännern und persönlichen Freunden der neuen Minister. An sie schlossen sich meistentheils die Ritter und Prälaten an, unter denen sich einige ausgezeichnete Talente befanden, und die insgesammt dem Begräbniß ihrer Privilegien mit würdevoller Resignation anwohnten, was Römer, wie billig, an ihnen geehrt hat, zur Beschämung derer die den in seinen Interessen tiefverletzten Adel noch verhöhnen zu dürfen glaubten. Von den Männern der alten Bureaukratie welche sonst die Mehrheit gebildet hatten, war kaum einer mehr in der Kammer zu sehen. Die von Schlayer großgezogene junge Bureaukratie war allerdings anwesend, saß aber auf den Bänken der äußersten republicanischen Linken. Dann gab es noch ein fluctuirendes s. g. linkes Centrum, welches bei allen wichtigen Abstimmungen entschied, je nachdem es sich der ministeriellen Rechten oder der republicanischen Linken zuwandte. Daher kam es daß der Patriotismus, die Biederkeit und der praktische Verstand des Stadtschultheißen von Ravensburg, hin und wieder aber auch sein Geschmack und seine Laune die Dinge in Württemberg entschieden haben.

Die Verdienste der Kammer um das Land sind nicht gering anzuschlagen, denn sie stand dem Ministerium in allen Gefahren zur Seite, unterstützte es mit ihrem ganzen Ansehen, und trieb es in einigen Fällen sogar noch zu rascherem und entschiedenerem Handeln an. Die Haltung der Kammer als der König genöthigt wurde die Reichsverfassung anzuerkennen, als die stürmischen, schon befehlartigen Forderungen der Reutlinger Volksversammlung mit stolzer Ruhe abgewiesen wurden, und als das Rumpfparlament gesprengt ward, war in gewissen Momenten imposant und eines altrömischen Senats nicht unwürdig. Aber dieselbe Kammer die sich durch den Schutz den sie der Krone gewährte, die Demokratie tödlich verfeindete, war an andern Tagen wieder selbst so demokratisch als möglich, und besonders im Gesetzmachen. Die Inconsequenz der Kammerbeschlüsse ging vom linken Centrum aus, welches die Mehrheit der Stimmen in der Hand hatte. Diese Fraction war allezeit bereit das Ansehen der Regierung im Augenblick der Gefahr zu unterstützen, dasselbe Ansehen aber für alle Zukunft durch eine entschieden demokratische Gesetzgebung zu untergraben. Man sah hier den innern Kampf des Ordnungs- mit dem Freiheitsprincip, einer gemüthlichen Loyalität mit der logischen Schärfe der demokratischen Programme. Man bemerkte wie die Stimmen, an welchen das Zünglein der Wagschale hing, gleichsam um jeden der beiden streitenden Theile zu befriedigen, den Conservativen die Gegenwart, den Demokraten die Zukunft preisgaben. Die neuen Gesetze würden eine Wohlthat für das Land seyn wenn sie, alte Mißbräuche abschaffend und neue Rechte gewährleistend, nicht zugleich ein Versuch wären die demokratische Ueberspannung des Augenblicks zu verewigen. Das Ministerium hat die löbliche Offenheit gehabt bei jeder Gelegenheit die Mängel der neuen Gesetze einzugestehen, die gleichwohl verabschiedet werden mußten weil es unmöglich war es beim alten zu lassen. Kein Vernünftiger kann sich bergen daß auf dem letzten langen Landtag in Württemberg Gesetze gemacht worden sind mit denen keine Regierung auf die Dauer bestehen könnte, und andere die so unpassend für das Volk und dem Volk selber so zuwider sind daß ihre Ausführbarkeit überhaupt in Frage steht. Dieser Widerspruch zwischen dem was die Demokraten verlangten und durchsetzten, mit dem was praktisch und möglich ist, kam der Kammer zum deutlichen Bewußtseyn, und dennoch stimmte das linke Centrum mit der Linken! Bei den Berathungen über das neue Bürgerwehrgesetz z. B. wußte jeder in der Kammer daß das Gesetz gar nicht zur Ausführung kommen könne, und dennoch erhielt jes die Stimmenmehrheit, weil es eine Forderung der Demokratie war der das linke Centrum nun nichts mehr abschlagen zu wollen schien, um sie wieder zu versöhnen, nachdem es gegen die Reutlinger und das Rumpfparlament mit den Conservativen gestimmt hatte.

Aus derselben gemüthlichen Theilungspolitik, welche dem constitutionellen Königthum jedenfalls das Heute vorbehielt, der Demokratie aber dafür das Morgen einräumte, ging auch das neue Wahlgesetz hervor, das nun bereits in den Neuwahlen zur verfassungsrevidirenden Versammlung seine Früchte gezeitigt hat. Indem man das durch die Volksgesellschaften und eine überaus schlechte Presse zugeschulte Proletariat zur Wahlurne trieb, und andrerseits dem Ministerium in einem, wie es scheint, unbewachten Augenblick einen Wahltermin ablistete der gerade in die heißesten Erntetage fiel, also fast den gesammten besitzenden und daher conservativen Bauernstand von der Wahlurne fern hielt, bekam man eine Kammer ungefähr gleich der letzten constituirenden Versammlung in Baden. Vergleicht man diese neue Gesellschaft, deren Discretion die Zukunft des Landes vom Schicksal wie aus Ironie anvertraut worden zu seyn scheint, mit dem letzten demokratischen Programm das durch alle Volksvereine Deutschlands die Runde machte und die Forderungen enthält von denen das Volk nicht abgehen soll, so erkennt man unschwer was für eine Verfassung Württemberg erhalten würde wenn sonst nichts dazwischen käme. Jenes Programm schreibt unter anderm vor man solle darauf dringen daß künftig gesetzlich bestimmt werde: die Wähler hätten das Recht die von ihnen gewählten Abgeordneten wieder abzuberufen sobald es ihnen beliebt. Man kann die Willkürherrschaft von unten nicht weiter treiben. Kein noch so freies Land, keine Republik in der Welt wird ein so unsinniges Gesetz einführen wollen, aber unsere deutsche Demokratie glaubt es vorschreiben zu dürfen. Ich begnüge mich nur diesen einen Punkt aus gedachter Parole der deutschen Demokratie hervorzuheben. Es ist vielleicht nicht nöthig auf das Extrem hinzuweisen, weil die Klugen und Vorsichtigen unter den Neugewählten in Württemberg bereits erklärt haben sie werden das Extrem vermeiden, sie werden gemäßigt auftreten. Man müßte ihnen diese Absicht zutrauen auch wenn sie dieselbe nicht verkündeten, denn wie die Sachen stehen haben sie keine andere Politik mehr als die der Mäßigung, wie wenig dieselbe auch zu ihren Charakteren und Neigungen passen mag. Sie werden alles daran setzen um glauben zu machen daß man mit ihnen auskommen könne, damit man überhaupt mit ihnen anfange. Sie werden die erste herbe Begrüßung so liebreich hinnehmen als möglich, um nur überhaupt ins Geschäft zu kommen. Allein sie haben zu viel gegen sich, am meisten ihre eigenen Antecedentien. Wer mag sich auf Männer verlassen die heute das Ministerium auf Zuchthausstrafe anklagen und ihm morgen wieder schmeicheln und ihre Unterstützung versprechen? die heute jede Mäßigung Verrath nennen und morgen selbst Mäßigung heucheln? die heute offene Atheisten sind und morgen, etwa

um die katholische Bevölkerung zu bethören, fromm thun? die heute über den durchlöcherten Rechtsboden hohnlachen, und morgen sich mit einer Art von Amtsmiene daran anklammern? die heute alle deutschen Staaten in der allgemeinen deutschen oder Weltrepublik aufgelöst wissen wollen, und morgen wieder Stockschwaben sind und sich vor den preußischen Spitzkugeln hinter den Schild mit den drei Hirschhörnern zurückziehen? Nicht nur einmal, sondern schon ein duzendmal hat der Beobachter, das Hauptorgan der demokratischen Partei in Württemberg, von der Galgenleiter herab gepredigt und Buße gethan, den Gemäßigten und Allerunschuldigsten gespielt, und so wie die Actien der Revolution wieder stiegen, hat der Fuchs grinsend die Kutte wieder abgeworfen und die Zähne gewetzt. Es wird sich also am Ende nur fragen ob das Verhandeln mit einer vom Beobachter vorgeschlagenen und durchgesetzten Kammer ein absolut unvermeidliches ist oder nicht? Daß das Volk auch sogar mit dem neuen Wahlgesetz an einem günstigeren Wahltermin anders wählen kann, hat es bei den Gemeinderathswahlen im September bewiesen. Eine gefährliche Bewegung im Lande aber würde nur dann entstehen wenn das Ministerium gewechselt und durch ein reactionäres ersetzt, nicht aber wenn durch neue Wahlen an das Volk appellirt würde. Man hat die Republicaner in Württemberg verspottet daß sie ihren Brüdern in Baden nicht geholfen haben. Allein ich möchte nicht über sie spotten, sondern sie darum loben. Was man ihre Feigheit nennt ist vielleicht ein Ueberrest von Besonnenheit und Gewissensregung. So viel ist aber gewiß: wenn sie damals, als die Pfalz und Baden in vollem Aufruhr waren, als noch weit und breit keine Pikelhaube sichtbar war, als sie einen Theil der einheimischen Soldaten bereits verführt zu haben glaubten, den großen Lärm in Reutlingen machten und das Rumpfparlament nach Stuttgart einluden, wenn sie damals nicht losschlugen, wie sollten sie es jetzt thun?

Nach der Meinung vieler scheint Württemberg demnächst ein Kammer- oder ein Ministerwechsel oder beides bevorzustehen. Die welche der neugewählten Kammer ein längeres Leben wünschen, nehmen die Miene an als müßten sie nothwendig das Ministerium in ihren etwaigen Fall mit hinabziehen, und als sey eine Reaction unterwegs der auch das jetzige Ministerium noch viel zu revolutionär erscheine. In den württembergischen Blättern hat ein fast lächerlicher Streit darüber sich angesponnen ob eine Camarilla existire oder nicht? Der Streit ist lächerlich weil, wenn auch eine Camarilla existirte, sie völlig unmächtig wäre, da die ungeheure constitutionelle Mehrheit im Volk sich mit der demokratischen Minderheit sogleich gegen sie verbinden würde; und weil, wenn es auch keine Camarilla im Lande gäbe, die Reaction gleichwohl von außen hereinbrechen könnte.

Ich begnüge mich mit dieser einfachen Darlegung von Thatsachen, die geeignet seyn dürften manche Vorwürfe welche von Seite der Presse in jüngster Zeit auf Württemberg gehäuft worden sind, zu entkräften. Württemberg hat sich unter der Leitung seines erfahrenen und wohlwollenden Königs wie seines grundehrlichen Ministeriums ohne Zweifel so gut durchzuhelfen verstanden wie irgendein anderer deutscher Staat, ja manchem an politischem Verstand und Tact vorangeleuchtet. Gerade die Verunglimpfungen die es wegen seiner in erster Linie treu deutschen, in zweiter Linie treu württembergischen Politik erfährt, beweisen daß diese seine Politik die allein richtige ist, denn sie gehen von denen aus die entweder nicht das Herz haben treu deutsch zu seyn, oder die sich unterfangen andern einen Particularismus vorzuwerfen dem sie selber ergeben sind.

Die österreichischen Finanzmaßregeln.

I.

— ch. Auf welche Weise wird die österreichische Regierung, nachdem die mit gewaffneter Hand widerstrebenden Elemente des Reichs gebändigt sind, fortan den innern Staat aufbauen? Das ist die Frage welche jetzt alle wahren Freunde des Kaiserstaates auf das ernsteste beschäftigt. Durch welche großartigen, schöpferischen Maßregeln wird sie ihr gutes Recht zur Unterdrückung einer Anarchie bethätigen, deren Quellen wie deren Bestrebungen sich nicht bloß auf den Ehrgeiz einiger Führer zurückweisen lassen? Die Folgen des alten Systems sind zwar in zu schneidender Schärfe hervorgetreten, als daß zu befürchten wäre mit der wiederbefestigten Macht des Gouvernements werde auch die frühere Handhabung der öffentlichen Gewalt aufs neue platzgreifen. Die Bezwingung der aus allen Fugen gewichenen Hauptstadt, der Krieg in Italien und zuletzt der Kampf in Ungarn haben ein zu rasches junges Leben in den großen Körper zurückgebracht, sie haben an zu vielen Stellen die Schäden der Vergangenheit entweder schon ausgebrannt oder doch so schonungslos bloßgelegt daß selbst die größeste Strenge einer unverbesserlichen Partei der alten Gewohnheit jene Maschinerie nicht mehr einzurichten vermöchte, deren Wesen sattsam bekannt ist. Aber haben die Männer welche gegenwärtig an der Spitze des Staates stehen ihre Aufgabe auch in ihrem ganzen Umfang erfaßt, und besitzen sie die Mittel, den Willen und die mannichfaltige Energie dieselbe, so weit es die Bedingungen der menschlichen Natur gestatten, staatsmännisch zu lösen? Werden sie, um jenes Wort des Hrn. v. Beckerath zu gebrauchen, „ihrer Zeit immer um einen Schritt voran seyn?" Oder werden auch sie in einer Berliner Milch- und Wasserpolitik die frischen, jugendlichen Kräfte erschlaffen lassen, die im Volke jetzt, Verwendung harrend, ihnen entgegensehen, und in deren Fülle schöpferisch hineinzugreifen eine Lust gewähren muß wie sie seit Jahrhunderten keiner Generation von Staatsmännern in gleichem Maße geboten worden ist? Die Aufgabe der österreichischen Minister ist eine ungeheure — das wollen wir keinen Augenblick verkennen; aber, gelöst, auch im entsprechenden Verhältniß lohnend. In der Mitte von Europa müssen Geister ersten Ranges die Zügel halten und führen. Besitzt Oesterreich solche Talente? Es läßt sich gewiß nicht in Abrede stellen daß, trotz der wenigen Ruhe welche bisher dem Ministerium zu Theil geworden ist, eine Menge von zeitgemäßen Reformen zu Tage gefördert sind, manche dringende Forderung im Organismus des Staatslebens ihre Befriedigung gefunden hat. Die Lösung der alten an dem Grund und Boden haftenden Feudalfesseln ist zwar an sich ein Machtspruch der Revolution, der aber, wie so viele seines Gleichen im vergangenen Jahre, im Winde verweht wäre, oder gewaltsam realisirt, sicher mehr Schaden als Nutzen hervorgebracht hätte; der jetzige Ablösungstarif dagegen hält seinen Berechtigung fordernden Gedanken fest, und führt ihn in einer Weise ins Leben ein die ohne zu große Verluste auf Seite der bisherigen Berechtigten die ökonomischen Kräfte des Staats bald in ungeahnetem Maße steigern wird. Ueber die theils bereits promulgirten, theils nur erst noch projectirten Verbesserungen im Gerichts- und Rechtswesen sprechen sich competente Stimmen gleichfalls mit überwiegender Zufriedenheit aus; Hand in Hand damit gehen die Verbesserungen im Gemeinde- und Schulwesen, und die neuen Finanzmaßregeln des Hrn. v. Kraus dürfen in ähnlicher Art als ein guter Anfang begrüßt werden.

Bei der Dringlichkeit der österreichischen Finanzangelegenheiten konnte man zwar allerdings erwarten daß mit der Aufhebung des Geldausfuhrverbots auch zugleich der Zeitpunkt für die übrigen nothwendigen Operationen gekommen sey; allein bei der Schweigsamkeit welche der Finanzminister bisher den Angriffen der Presse entgegenzusetzen gewohnt war, kam, wenigstens für uns, die Thatsache dem Gerüchte zuvor. Wir wollen hier nicht untersuchen ob es nicht etwa doch möglich gewesen wäre einige Wochen früher, dem Verlangen mehrerer Wiener Journale gemäß, die nothwendige Abhülfe zu treffen; zu einem wahren Urtheil darüber bedürfte es einer genauern Kenntniß von den Vorgängen im Innern des Cabinets als sie dem entfernteren Auge gestattet ist. Verschiedene englische, aber auch sogar conservative deutsche (!) Blätter haben in der letzten Zeit nicht ohne große Schadenfreude den frühern kaiserlichen Erlaß im Betreff einer schleunigen Negociirung der nöthigen Anlehen dem Abwarten des Hrn. v. Kraus gegenüber gehalten, und damit auf die völlige Creditlosigkeit der österreichischen Regierung bei der europäischen Börsenwelt schließen zu können geglaubt — ihr Parteistandpunkt brachte das so mit sich, und ihre nationalökonomische Autorität erscheint uns nicht groß genug um mit ihnen, zumal bei dem jetzigen, verhältnißmäßig glücklichen Abgang der neuen Effecten, darüber hin und her zu streiten. Uns genügt die Ueberzeugung daß der Anfang wenigstens nicht zu spät gemacht worden ist. Auf die Maßregeln selbst aber wollen wir etwas näher eingehen; bei welcher Betrachtung uns jedoch die so sehr viel Aufsehen erregenden Artikel des alten Lloyd-Journals vom Sommer 1848, welche das Gerücht damals eben dem jetzigen Finanzminister zuschrieb, eines allzu weiten Ausholens überheben.

Wie das alte Frankreich, so verdankt auch das alte Oesterreich zum größern Theil seine kaum beschwichtigte politische Erschütterung der alles Maß überschreitenden Unordnung seines bisherigen Staatshaushalts. Das frühere System verbrauchte einmal zur eigenen Selbsterhaltung ungeheure Summen, welche den Gewerbsbetrieb des Volkes, die Vermehrung seiner Steuerkraft nicht nur in keiner Weise unterstützten, sondern vermittelst des herrschenden, beschränkten Bureaukratismus im Gegentheil noch auf die mannichfaltigste Art in Banden schlugen; und zum andern war bei der geringen Centralisation der Staatsmaschine ein Ueberblick über das gesammte Finanzwesen, oder gar eine Controle so wenig möglich daß das angebliche Wort des Hrn. v. Kübeck: „es gebe keinen Menschen in Oesterreich welcher die einheimischen Geldverhältnisse genau kenne; er selbst, der Finanzminister, beherrsche sie bei weitem nicht ganz", für damals wenigstens, viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Man muß diese eben berührten Umstände ins Auge fassen, man muß sie in ihr Detail zerlegen, wenn man es begreifen will wie Oesterreich in einer Reihe von dreißig kaum unterbrochenen Friedensjahren, bei dem, trotz aller Vernachlässigung von Seiten des Staats, sich beispiellos entwickelnden

Reichthum in seine gegenwärtige Schuldenlast hineingerathen konnte, nachdem es sich erst zuvor durch einen offenen Bankerott der bei weitem meisten Verbindlichkeiten entledigt hatte. Der Geschichtsforschung werden wohl niemals alle Quellen aufgedeckt werden um die Machinationen des Systems bis ins Staatscassabuch hinein verfolgen zu können; allein wer bloß die so ziemlich bekannte, noch kurz vor der Revolution eingerichtete „Börsenpolizei" betrachtet, vermöge welcher der Staat den Curs seiner Eisenbahnactien der unerbittlichen mercantilen Kritik entziehen wollte, und vernimmt daß dieses Experiment ihm die jährliche, völlig nutzlos verwendete Summe von 19 Mill. Gulden kostete, der mag seinen Maßstab für die übrigen derartigen Ausgaben ungefähr ahnen; der mag es ungefähr ahnen in welcher Weise die höhere Börsenaristokratie die ewigen Verlegenheiten des Staatshaushaltes auszubeuten verstand, wie der herrliche österreichische Landeskörper der Anger der aussaugenden Wucherer wurde, die durch die lange Gewohnheit und im Bewußtseyn der Rathlosigkeit des Staats so unbeschränkt die Herren spielten daß unter dem alten Absolutismus, um sie nur einigermaßen abzuwehren, Kübeck sogar einmal ein Niederlegenwollen des Portefeuille's fingiren mußte. Im unverläugbaren Gefühl des après moi le déluge häufte das alte System eine Schuld auf die andere; das stets sich aufs neue ergebende steigende Deficit wurde immer wieder frisch darauf los mit neuen Anlehen gedeckt, deren zu zahlende Zinsen, ganz abgesehen von jeder Abtragung des Capitals selbst, das Loch ja nur stets mehr vergrößern mußten. Man war mit diesem Leben von längst „vorgegessenem Brode" so weit gekommen daß noch am Schlusse des Jahres 1847 August Beidtel (Tebeldi) ohne sichere Kenntniß von dem völligen Umfang der Fäulniß, bloß nach allgemeinen Berechnungen dem System sein wissenschaftliches: „bis hieher und nicht weiter!" zurufen konnte, und der Staat im Publicum ein derartiges Vertrauen genoß daß vierundzwanzig Stunden nach dem Eintreffen der Nachricht von der französischen Revolution zu Triest beim Einwechseln einer Fünfguldennote bereits ein Zwanziger Agio gefordert wurde!

Die Revolution mußte natürlicherweise einernten was vor ihr gesäet war; ja in ihrer Hitze, in der allgemeinen Creditlosigkeit und in dem durch ganz Europa gehenden Stocken von Handel und Gewerbe, schossen die Giftpflanzen aus den seit Jahrzehnten gelegten Summen nur noch um so üppiger hervor. Man darf daher den Männern welche die hinterlassene Erbschaft ohne beneficium inventarii anzutreten hatten, keinen Vorwurf daraus machen daß sie bei den von allen Seiten auf sie einstürmenden Anforderungen, vorderhand zum Theil, zu denselben Mitteln griffen deren Gebrauch sie bisher in geheimer und offener Opposition stets bekämpft. Der österreichische Staat schien eine Zeitlang — von innen und außen bedroht — auf der letzten Uferkante eines bodenlosen Abgrundes zu stehen; hier galt es alles an alles zu setzen! Man darf, sage ich, ihnen während der Revolutionsperiode kein Verbrechen daraus machen daß sie die Notenpresse der Wiener Nationalbank ebenso zur Bestreitung ihrer die Gesammtheit rettenden Ausgaben in Thätigkeit setzten, wie das alte System zur Bezahlung seiner politischen „Maßregeln". Wer sich über das bisherige Verhältniß des österreichischen Staats zu dieser Bank genauer unterrichten, wer die beiderseitigen Operationen mit der mathematischen Schärfe der metaphysischen Nationalökonomie dargelegt vor sich haben will, der hat eben die obenerwähnten Artikel des Triester Lloyd nachzuschlagen. Wir wollen hier mit Hinweisung auf jene ausgezeichnete Arbeit nur daran erinnern daß das alte System, so oft es in seinem Finanzdrang kein öffentliches neues Anlehen aufnehmen und dadurch die Schwäche seines Credits vor aller Augen bloßlegen wollte, unter der Hand sich von der Bank die benöthigte Summe in Noten zustellen ließ, wofür es ihr dann ein solches Scheincapital nach dem jedesmal herrschenden Zinsfuß jährlich verinteressirte. Bei dem Dunkel welches für das Publicum über das Buch der Bank hingelagert war, die ja nicht, wie in England, wöchentlich ihren Status veröffentlichte, konnte ein solches Verfahren für den Augenblick seine argen Folgen wohl verbergen. Solange das Publicum nicht massenweise die Baareinlösung des umlaufenden Papiergeldes von ihr forderte, sondern die Noten nur je nach mehr oder weniger in der Handelswelt motivirtem Bedürfnisse zu ihr zurückkehrten, war die Bank wohl im Stande, dem äußern Anschein nach, ihren eingegangenen Verbindlichkeiten nachzukommen, zumal wenn, im Fall einer vorübergehenden Krise, der bei dem Fortbestand ihres Credits sehr interessirte Staat ihr zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung mit dem vorhandenen Baarvorrath seiner verschiedenen Cassen nachhelfend unter die Arme griff. Daß sich überhaupt die auf Actien gegründete, also dem Namen nach unabhängig dastehende Bank auf dergleichen Dinge einließ, über deren endliche Folgen sich kein Bankdirector täuschen konnte, hat einestheils darin seinen Grund daß der Staat selbst eine beträchtliche Menge Actien besaß, sie also bei seinem überwiegenden Mitstimmen in der Gesellschaft der Actionnäre dem Wesen nach keineswegs unabhängig von ihm war; und zum andern müssen wir die Ursache davon leider in der schon obenerwähnten Verderbniß suchen mit welcher die Börsenwelt die Consequenzen der herrschenden Regierungsmaxime wiederum zu ihrem eigenen Vortheil ausbeutete. Auch die Bank spielte das après moi le déluge; sie wußte daß mit ihr der Staat stand und fiel, und daß sie daher der Staat mit allen Mitteln solange halten würde als es nur immer möglich war. Ihr Eingehen auf die Forderungen derselben war daher ebenso gut eine Verlängerung der eigenen Lebensfrist, als der Betrieb eines Gewinnes, wie ihn Bruder Jonathan nach Aufhebung der amerikanischen Nationalbank durch den alten Hickory nicht besser hätte aussinnen können. Sie gab dem Staate unaufhörlich Papiersummen und ließ sich dieselben nach ihrem Nennwerth von ihm verzinsen, als ob sie ihm wirkliches Capital gegeben hätte. Da die Bank von dem Staate, wenigstens noch äußerlich, die Zinsen ihres Papiercapitals, wenn auch wieder nur in Papier, bezog, war es möglich daß ihre zu 600 Gulden ausgegebenen Actien, trotz der mangelnden Bürgschaft, sich in einem fast doppelt so hohen Curse halten konnten; erst mit der offen dargelegten Unmöglichkeit ihre vom Staat erhaltenen und unter ihren Activis aufgemachten Schuldscheine realisiren zu können mußten diese Nebel verschwinden. Und so wie dieß geschah, war auch die absolute Nothwendigkeit gegeben einen gründlichen Anlauf zum Bessern zu nehmen. Diese Nothwendigkeit hat der Finanzminister erkannt. Davon in einem zweiten Artikel.

Victor Cousin.

Von V. Cousins „Oeuvres littéraires" in drei Bänden ist eine neue Ausgabe erschienen. Der Verfasser begleitet sie mit einem Vorwort, das insofern von allgemeinem Interesse ist als er darin seine Stellung zur französischen Litteratur kennzeichnet. Da seine Hauptaufgabe gewesen sey, sagt er, die cartesische Philosophie als wahren Ausdruck des französischen Denkens an die Stelle der englischen Philosophie Locke's in ihre Rechte wieder einzusetzen, so habe er sich in seinen Vorlesungen in der Normalschule hauptsächlich bestrebt seine jungen Freunde von den Gewohnheiten der glänzenden und erkünstelten Rhetorik J. J. Rousseau's abzubringen, und sie zu dem Geschmack und dem Studium der großen Prosa des siebenzehnten Jahrhunderts zurückzuführen. Die Meisterschaft in der Prosa ist es denn auch welche Cousin für die französische Nation vornehmlich in Anspruch nimmt. England, Deutschland, Spanien und Italien, gibt er zu, hätten gleich große Dichter, und manchmal seyen sie den französischen überlegen, aber keine Nation könne eine solche Zahl von Prosaikern aufzählen. Den Engländern spricht er Prosaiker ersten Ranges überhaupt ab, den Italienern will er nicht einmal Machiavell als solchen gelten lassen, denn der gesunde und kräftige Ausdruck dieses Schriftstellers sey ohne Größe. Selbst den Deutschen erkennt er kein unbestrittenes Muster zu, und bemerkt nur: man nenne mit Ehren Luther und Lessing, und in unsern Tagen Fichte, Jacobi, Schiller, Goethe, Schelling. Bloß bei den Spaniern findet der einzige Cervantes vor diesem Kritiker Gnade, der dagegen keinen Anstand nimmt aus seiner Nation mehr als zwanzig Prosaiker von Genie herzuzählen: Froissard, Rabelais, Montaigne, Descartes, Pascal, la Rochefoucauld, Molière, Retz, la Bruyère, Malebranche, Bossuet, Fenelon, Flechier, Bourdaloue, Massillon, Frau v. Sevigné, Saint-Simon, Montesquieu, Voltaire, Buffon, J. J. Rousseau, wozu er dann noch fast ebenso viel andere aus dem Aermel schüttelt: Amiot, Calvin, Pasquier, Charron, Balzac, Vaugelas, Pelisson, Nicole, Fleury, St. Evremont, Frau v. Lafayette, Frau v. Maintenon, Fontenelle, Vauvenargues, Hamilton, Lesage, Prevost, Beaumarchais, mit dem Bemerken daß sie überall sonst ersten Ranges seyn würden. Kurz, die französische Prosa ist nach Cousin ohne Nebenbuhler im modernen Europa und findet ihres gleichen nur im Alterthum, nicht etwa in der lateinischen Prosa, der sie, wenn man einige Abhandlungen und Briefe Cicero's abrechne, ohne Vergleich überlegen sey, sondern in der griechischen Prosa in ihrer schönsten Periode von Herodot bis Demosthenes. Ja er stellt kaum Platon über Bossuet, und Demosthenes hat nicht einmal den Vorzug vor Pascal. Kann man in der Selbstverherrlichung seiner Nation einseitiger seyn?

Die französische Republik.

┬ **Paris**, 22 Sept. Die Republik war eine Ueberraschung, es gibt in Frankreich keine Republicaner, es handelt sich nur um Geduld: in kurzer Zeit werden wir die Consequenzen der Februarzufälligkeit sich erschöpfen sehen. So hören wir seit bald anderthalb Jahren, und es liegt dieser Vertröstung eine gewisse Wahrheit zum Grunde, denn daß am

24 Februar niemand an den Sprung in die Republik dachte, selbst die eifrigsten Republicaner nicht, ist eine unbestrittene Thatsache. Und dennoch scheint die Republik zäherer Natur zu seyn als allgemein vermuthet werden dürfte. Bis jetzt wenigstens hat sie unter den schwierigsten Umständen sich eher gekräftigt als abgeschwächt; weder die Mißgriffe ihrer Vorkämpen, noch die schlaue Taktik ihrer Gegner haben ihr Abbruch thun können; weder die Schwächen ihrer ersten Lenker und die Schwankungen der ersten Nationalversammlung, noch die mächtige Thätigkeit der Reaction, die Heftigkeit der Demokraten und die Gewalt der Leidenschaften auf beiden Seiten; weder der Sieg der imperialistischen Partei am 10 December und die beabsichtigten und vertagten Staatsstreiche, noch die rückgängigen Bestrebungen der gesetzgebenden Versammlung. Selbst die haufenweise umhergestreuten Tractätchen des Poitiersvereins haben keine nachhaltige Wirkung gehabt, geschweige die Republik stürzen können. Die Mittel zu solchem Sturz sind vorhanden, an Wünschen für das Gelingen fehlt es auch nicht. Warum denn gelingt es nicht? Vor allen Dingen weil Frankreich der Ruhe und Ordnung bedarf, und glücklich ist nach so gewaltigen Erschütterungen wieder eingetreten zu seyn in einen Rechtszustand der dem Lande gestattet frei aufzuathmen und nach allen Seiten die abgerissenen Fäden des Lebensverkehrs wieder anzuknüpfen; weil es nunmehr ein Bestehendes gibt an welches sich das Werdende im Staatsleben wie im bürgerlichen Leben anlehnen kann, eine Autorität als Bürgschaft für das Bestehende, als Schirm und Schutz für die Keime neuer Entwicklungen und für den Aufschwung des so lange unterdrückten Verkehrs in Gewerbe, Handel, Künsten und andern Lebensthätigkeiten des Landes. Mit einem Worte, Frankreich sehnte sich nach einem Normalzustand und wird, da es einen solchen unter anderer Staatsform als der gewohnten endlich erlangt hat, diesen festhalten solange sich das neue Regiment nicht unverträglich zeigt mit den Grundbedingungen seines eigenen Daseyns. Dieß der Hauptgrund des Fortbestehens der Republik. Aber es gibt einen zweiten, und das ist der: daß die Franzosen gar keine so große Abneigung hegen gegen die Republik als man sich bemüht aus dem Nationalcharakter darzuthun oder aus einzelnen Thatsachen und Erscheinungen zu schließen. Ob sie zu solcher Regierungsform reif sind, ist eine andere Frage; welches Volk wäre das von Haus aus ohne einige Uebung und Schulung darin erhalten zu haben? Gewiß die wenigsten. Trägt nicht der Staat wesentlich bei zur Ausbildung volksgeistiger Richtungen, und muß nicht die Zeit die Keime befruchten und die Früchte reifen? Es hat mehr als zwei Jahre bedurft um aus England das constitutionelle Volk zu machen das es jetzt ist, und die bewunderswürdige Achtung vor dem Gesetz, durch welches sich dieß Volk auszeichnet, war das Werk einer Bildung von mehr als einem Jahrhundert. Daß die Franzosen schlechte Republicaner sind, mag zugestanden werden, daß aber durch das ganze französische Volk ein republicanischer Zug durchgeht, ist ebenso wenig zu bestreiten. Die Beweise dafür würden nicht gar schwer aufzufinden seyn. Auch darf dieß eine nicht vergessen werden: das was seit dem 24 Februar Gegenstand allgemeiner Klage, des Hasses und der Verwünschungen war, ist nicht die Republik, sondern die Last die sie zu ertragen hatte, d. h. die Wirren, der Jammer und das Elend das die unvorhergesehene und leider auch von unsern großen Staatshelden nicht geahnte Ueberstürzung mit sich brachte und nach sich zog — ein Vorwurf der viel richtiger und gerechter auf die gestürzte Regierung zurückfiele. Was Ludwig Philipp am Abend des 22 Februar in klügelnder Selbstbethörung frohlockend eine Journée des dupes nannte*), schlug am 24 zu seinem Nachtheil wirklich in eine solche um, aber auch zum großen Schaden des Landes, und solcher Tage, aus welchen am Ende des Spiels stets das Volk als Düpe hervorgeht, hat das Volk eben genug. Und deßhalb will es keine Staatsstreiche, weder von der einen Seite noch von der andern, sondern eine kräftige Regierung und eine redliche Verwaltung. Man ist der politischen Parteien und ihrer Kämpfe, der Schönredner und ihrer Fechterkünste, wie überhaupt aller Politik müde die unter dem Vorwand des Gemeinwohls auf Sesselkrieg und persönliches Interesse abzweckt, wie das so lange der Fall war. Die Republik wird wieder zur Monarchie übergehen können, jedoch nur im Verlauf der Zeit und durch die Macht der öffentlichen Meinung. Bis zur nächsten Präsidentenwahl wenigstens will das Land Frieden haben, und bis dahin werden sich die neuen Verhältnisse gesetzt und der junge Staat befestigt haben können. Das haben die Gegner desselben wohl erkannt und fleißig auf die friedliche Vollziehung der gewünschten Rückwandlung hingewirkt. Nicht ohne Geschick haben sie die Landesvertretung durch Ferien unterbrochen, diese dazu benutzt die Provinz in ihrem Sinne zu bearbeiten und in den Generalräthen gleichsam eine kleine quasilegale Emeute zu erzeugen, deren Stichwort dießmal nicht lautete Reform, sondern Revision. Alles was beunruhigen konnte, war sorgfältig entfernt worden, die Ausdrücke Legitimität, Monarchie, Kaiserthum vermieden, von verschiedenen Parteien war gar nicht die Rede gewesen, alles war verschwunden vor dem inhaltschweren entscheidenden Wort „Stabilität". Aber das Spiel schlug anders aus als man erwartet hatte. Die Stabilität ward als eine wünschenswerthe Anstrebung anerkannt, und zwar als eine auch unter der Republik erreichbare. Suchen wir das jetzt Bestehende stabil zu machen, hieß es, das übrige wird sich finden. Und so hat es sich denn ergeben daß von 86 Departementalconseils 77 sich gar nicht mit der Frage beschäftigt, und von den übrigen neun nur drei die Revision verlangt und vier den Antrag zurückgewiesen haben, während das achte auf die Frage einzugehen sich weigerte und das neunte zur Tagesordnung überging. Drei auf 86 ist eine Minderheit kaum des Nennens werth. Drei Jahre also mindestens, wenn die Parteien uns Frieden lassen, dürfte Frankreich noch republicanisch bleiben.

*) Mit diesem herzlosen Worte trat er händereibend und lächelnd einem bekannten hochangesehenen Staatsbeamten, dessen Namen wir hier verschweigen müssen, entgegen.

Italien.

⊕ **Aus Mittelitalien,** 20 Sept. Die Partei welche Italien ins Unglück gestürzt hat, rastet immer noch nicht, sucht immer wieder den Gouvernements ihre schon unter allen Umständen so schwierige Aufgabe unmöglich zu machen. Vor einiger Zeit schon deutete ich darauf hin wie wichtig der Erfolg der gegenwärtigen Kammersitzung in Turin für die Zukunft der constitutionellen Gestaltung Italiens sey. Die Kammer hat die schlimmsten Befürchtungen wahr gemacht: in der Discussion über das Benehmen der Regierung gegen den General Garibaldi (wenn man dieß eine Discussion nennen kann) hat sie den letzten Schleier von ihren destructiven Absichten weggezogen. Hier bleibt nur Eine Alternative für die Charakterisirung solchen Treibens: es ist Wahnsinn oder Schlechtigkeit. Vielleicht ists beides — die HH. Brofferio, Moja, Chio, Baralis u. a. lassen wirklich die Wahl schwer werden. Das Ministerium Azeglio aber hat nun keine Wahl mehr: es muß eine Kammer auflösen welche nicht den Umsturz des Ministeriums nur, sondern den Ruin des Landes will, welche einen Präsidenten wie Lorenzo Pareto hat, der sich mit der radicalen Partei verbindet, und längst Proben seiner Politik geliefert hat, welche auf den Sturz Azeglio's gerichtet ist wie sie im vorigen Jahr den Sturz Balbo's bezweckte, und überhaupt keine Mäßigung will. Fragt man sich was Leute dieser Gesinnung unter den gegenwärtigen allgemeinen Verhältnissen Italiens eigentlich bezwecken, so hat man freilich keine Antwort dafür. Der Eintritt General Bava's ins Ministerium ist eine gute Vorbedeutung dafür daß man mit Festigkeit den eingeschlagenen Weg verfolgen wird. Betrachtet man alles was vorgeht, so möchte man auf den Gedanken kommen daß die radicale Partei in Italien es darauf anlegt die Unmöglichkeit des constitutionellen Systems praktisch zu beweisen. Das letzte kurze neapolitanische Parlament that in dieser Hinsicht was in seinen Kräften stand: von den constituirenden Versammlungen in Rom und Toscana, wo der Radicalismus so sehr dominirte daß er, wie einst die siegenden Guelfen Toscana's und die meisten siegreichen Factionen, sich in sich selber spaltete, ist es unnöthig weiter zu reden. Und in diesem Augenblick währt solches Treiben fort, wo die piemontesische Regierung redlichen Willen zeigt die Constitution aufrecht zu halten, wo der König eben erst wieder die Versicherung seiner Gesinnungen gegeben, und das toscanische Gouvernement die Wiedereröffnung der Kammern für den Anfang künftigen Jahrs in Aussicht stellt: es ist als wollten die Radicalen beweisen daß der Papst und der König von Neapel recht haben, indem jener die Verfassung abschafft, dieser sie ruhig schlafen läßt. Nur auf eine allgemeine Revolution können solche Leute rechnen, und sie thun ihr mögliches zu deren Herbeiführung, offen und geheim. Vielleicht hoffen sie daß die alten Jung-Italiener, welche wiederum ins Exil gegangen sind, ihnen von der Fremde aus die Arbeit erleichtern werden, während sie sich im Inlande unausgesetzt bemühen, die einen durch Scandal in den Kammern, die andern durch weitverzweigte Verschwörungsprojecte, noch andere durch Mehrung der Schwierigkeiten im Kirchenstaat, die doch schon groß genug sind. Wenn je eine Zeit da war in welcher die Regierungen Kraft und Thätigkeit entwickeln und vorwärts schreiten müssen, um nicht durch schlaffe Unthätigkeit ihren Gegnern neue Waffen in die Hand zu geben, so ist es der gegenwärtige Moment. Aber gerade in letzterer Beziehung zeigen sich in der ganzen südlichen Hälfte der Halbinsel ungünstige Merkmale.

[3469—71]

Kundmachung.

In Folge des Finanz-Ministerial-Erlasses vom 18 September d. J. wird bekannt gemacht daß das Wechselhaus **M. A. v. Rothschild & Söhne** in **Frankfurt a. M.** ermächtigt worden ist, Subscriptionen, Cautionen und Raten-Einzahlungen auf das mit dem Circular vom 15 d. M. ausgeschriebene Staatsanlehen anzunehmen. Bei diesem Wechselhause können daher die Einzeichnungen, der Erlag der Caution und die Raten-Einzahlungen mit dem in den Paragraphen 2 und 9 der erwähnten Bestimmungen bezeichneten Erfolge geschehen. — Wien, den 18 September 1849.

Von der k. k. niederösterr. Landesregierung.

Gustav Graf v. Chorinsky.

(3399)

Verzeichniß der Vorlesungen,

welche im Winterhalbjahre 1849—50 auf der großh. bad. Universität Freiburg vom 2 November 1849 anfangend werden gehalten werden.

I. Theologische Facultät.

v. Hirscher: Christliche Moral. — Staudenmaier: Encyklopädie der theologischen Wissenschaften; Dogmatik I. Thl. — Schleber: Kirchengeschichte; Einleitung in dieselbe und allgemeine Geschichte der christlichen Kirche von ihrem Ursprung an bis auf die Zeiten Gregor VII. — Maier: Erklärung des ersten Briefes an die Corinther; Erklärung des Lucasevangeliums; Archäologie der Hebräer. — Stolz: Erster Theil der Pastoral; Pädagogik. — Weber: Einleitung in das alte Testament; Anfangsgründe der hebräischen Sprache; Erklärung der Propheten Joel, Zephania und Haggai; arabische Sprache. — König: Einleitung in die Schriften des alten Testaments; hebräische Grammatik für solche welche mit den Anfangsgründen schon vertraut sind; Erklärung der Psalmen nach dem Urtext und der Vulgata mit Berücksichtigung ihres liturgischen Gebrauchs.

II. Juristische Facultät.

Fritz: Aeußere Geschichte und Institutionen des römischen Rechts; Geschichte des römischen Civilprocesses. — Baurittel: Encyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften; gemeines und badisches Lehenrecht; Unterricht für Notariatsbeflissene; deutsches Staatsrecht. — Buß: Encyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften; öffentliches Recht des deutschen Reichs und seiner Einzelstaaten; gemeines Kirchenrecht der Katholiken und der Protestanten. — v. Madai: Pandekten; Erbrecht. — v. Woringen: Naturrecht (Rechtsphilosophie); deutsches Privatrecht; Strafrecht. — Mayer: französisches Civil- und badisches Landrecht; Civilproceßpraktikum und Relatorium.

III. Medicinische Facultät.

Baumgärtner: Allgemeine Pathologie und Therapie; medicinische Klinik; Kinderklinik im Spital. — Fromherz: Unorganische Chemie, mit besonderer Rücksicht auf Medicin und Pharmacie; Mineralogie; Repetitorium über Mineralogie. — Schwörer: Theorie der Geburtshülfe; geburtshülfliche Klinik; gerichtliche Medicin und gerichtsärztliches Praktikum. — Werber: Encyklopädie der Natur- und Heilwissenschaften; Anthropologie als vergleichende Naturgeschichte des Menschen; medicinische Poliklinik und Casuistik; Geschichte der Natur- und Heilwissenschaften. — v. Siebold: Zoologie; vergleichende Anatomie; Repetitorium über Zoologie. — Braun: Medicinische Botanik; allgemeine Botanik (2n erter Theil, Anatomie und Physiologie der Pflanzen); Naturgeschichte der Kryptogamen; Repetitorium über Botanik. — Hecker: Chirurgische Nosologie u. Therapie; chirurgische Verband- und Instrumentenlehre; chirurgisch-ophthalmologische Klinik. — Kobelt: Anatomie des Menschen I. Theil; pathologische Anatomie; Leitung der Secirübungen. — Fritschi: Encyklopädie der Natur- und Heilwissenschaften; gerichtliche Medicin mit Uebungen; Privatissima über Medicin oder Geburtshülfe; Geschichte der Medicin. — v. Rotteck: Uebungs-Collegium über physikalische Diagnostik, insbesondere der Brustkrankheiten im Krankenhospital. — v. Babo: Praktische Anleitung zu chemischen Arbeiten; physiologische Chemie; analytische Chemie; Repetitorium über unorganische Chemie. — Fischer: Mineralogie; Repetitorium über Mineralogie und Zoologie privatissime.

IV. Philosophische Facultät.

Deuber: Weltgeschichte; Kaiser Rudolph von Habsburg. — Weber: Anfangsgründe der hebräischen Sprache; arabische Sprache. — Sengler: Anthropologie; Geschichte der Philosophie des Alterthums; philosophische Conversatorien. — Oettinger: Arithmetik und Algebra; Mechanik; Analysis; Repetitorium über einzelne Theile der Mathematik. — Feuerbach: Römische Antiquitäten mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsalterthümer; der Heautontimorumenos und die Adelphen des Terenz; Geschichte der bildenden Künste bei den Griechen und Römern, Fortsetzung. — Baumstark: Geschichte der prosaischen Litteratur der Griechen; Staatsreden des Demosthenes und Isokrates; die Gedichte des Theokritos; Erklärung von Cicero's Brutus und Leitung der philologischen Uebungen; die Charaktere des Theophrastus und Uebungen im griechischen Styl. — Müller: Experimentalphysik; physikalische Repetitorien und praktische Uebungen. — Gfrörer: Geschichte des 13. Jahrhunderts; deutsche Geschichte. — Braun: Grundzüge der allgemeinen Naturgeschichte (Entwickelungsgeschichte und Stufenbau der Natur in ihrem Zusammenhang mit der Geschichte des Menschen; Repetitorien über Botanik. — Eisengrein: Allgemeine Botanik, Morphologie, Anatomie und Physiologie der Pflanzen; Naturgeschichte der kryptogamischen Gewächse; Geschichte und Litteratur der Botanik. — Weiß: Universalgeschichte des Alterthums; politische und Litteraturgeschichte der neueren Zeit; Erklärung der altsächsischen und angelsächsischen Sprachproben. — Singer: Grammatik und Litteratur der deutschen, französischen, englischen und italienischen Sprache; Uebung in diesen Sprachen durch Interpretation classischer Autoren.

(3269—71) Meine Cousine, die verwittwete Regierungsräthin **Friderike Schmidt** zu Coburg, ist am 28 vor. M. dahier mit Hinterlassung eines Testaments verstorben, in welchem sie ihren Sohn **Johann Christian Friedrich Schmidt** zum Universalerben eingesetzt hat. Da dieser letztere seit längerer Zeit von hier abwesend ist, ohne von seinem Aufenthalt Kunde zu geben, so bin ich nach der letztwilligen Bestimmung meiner genannten Cousine demselben zum Abwesenheitsvormund bestellt worden, und fordere ich hiermit meinen gedachten Vetter Johann Christian Friedrich Schmidt auf hieher zurückzukehren, und den elterlichen Nachlaß zu übernehmen.

Coburg, am 11 September 1849.

Christian Friedrich Freiherr v. Stockmar.

(3272—74) **Vorladungs-Edict.**

Auf Ansuchen der Erben werden hiemit alle jene welche an die Verlassenschaftsmasse des am 11 Juli d. J. verstorbenen Handelsmannes Thomas Bargehr von Feldkirch aus was immer für einem Titel eine Forderung zu stellen haben, hiemit aufgefordert ihre diesfälligen Ansprüche

bis 31 October d. J.

um so gewisser bei dem gefertigten Landgericht als Abhandlungsinstanz anzumelden und darzuthun, als ihnen im Unterlassungsfalle an diese Verlassenschaftsmasse, wenn sie durch die Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft worden wäre, kein weiterer Anspruch mehr zustünde, als insofern ihnen ein Pfandrecht gebührt.

Feldkirch, am 14 September 1849.

K. k. Land- u. Criminal-Gericht.

(L. S.) **Händle, Amtsverwalter.**

Baer, Akt.

[3146—48] **Subhastation.**

Das zur Concursmasse des Freiherrn Roberts v. Beust gehörige Allodial-Rittergut Thossell, unweit Plauen im Voigtlande gelegen, soll nebst allen Erntevorräthen und dem ganzen Inventar

den 12 November 1849

öffentlich versteigert werden.

Wer daher auf den Ankauf dieser Besitzung reflectirt, hat sich in diesem Verkaufstermine des Vormittags vor 12 Uhr auf hiesigem Justizamte einzufinden und unter Nachweis der dazu nöthigen Zahlungsmittel seine Gebote zu eröffnen, worauf nach Ablauf der zwölften Stunde zur gesetzlichen Licitation verschritten und solches Gut demjenigen der nach dreimaligem Ausruf das höchste Gebot gethan, überlassen und zugeschlagen werden wird.

Die Erstehungssumme ist, einschließlich des baar zu erlegenden oder sofort genügend zu sichernden zehnten Theiles, zur Hälfte bei der Adjudication oder längstens vier Wochen nach der nächsten Leipziger Ostermesse, zur andern Hälfte in jährlichen nicht über 4, 6, 8 bis 10 Jahr hinauszusetzenden Fristen zu bezahlen, vom Erstehungstage aber mit fünf vom Hundert jährlich zu verzinsen.

Eine nähere Beschreibung dieses mit den vorzüglichsten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden versehenen, mit 9077 Steuereinheiten belegten und mit Berücksichtigung der Abgaben jedoch ohne Inventar und Ernte auf 121,538 Thlr. gewürderten Rittergutes, ist aus der im Amthause, wie in Thossell selbst aushängenden Consignation zu ersehen.

Plauen, am 31 August 1849.

Königl. sächs. Justizamt.

Beyer.

(3229—31) **In Sachen der Ehefrau des Müllers Karl Bernard in Kuppenheim Kl. gegen ihren Ehemann Bekl. Vermögensabsonderung betreffend.**

Beschluß.

Nr. 26097. Die Ehefrau des Müllers Karl Bernard, Luise, geb. Schneider von Kuppenheim, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben, und ihren Antrag durch die über sein Vermögen verfügte Beschlagnahme begründet.

Da der Beklagte sich auf flüchtigem Fuß befindet, so wird derselbe nach Ansicht des §. 272 der P. O. aufgefordert sich in der auf den

Freitag den 12 October d. J. 8 Uhr

festgesetzten Tagfahrt vernehmen zu lassen, widrigenfalls die Thatsachen der Klage für zugestanden und alle Schutzreden für versäumt erklärt würden.

Rastatt, den 2 September 1849.

Großherzogl. Oberamt.

[3428] In allen Buchhandlungen ist à 4 Ngr. oder 12 kr. zu haben:

Der neue schweizerische Zolltarif,

alphabetisch geordnet,

nebst dem Zollgesetz.

Zürich, bei **Orell, Füßli & Comp.**

[3415] **Alle königl. bayerischen Postämter, sowie das fürstl. Thurn und Taxis'sche Ober-Postamt nehmen Pränumeration an auf das in Prag bei Gottlieb Haase Söhne erscheinende**

Constitutionelle Blatt aus Böhmen.

Diese für die Kenntniß österreichischer Zustände sehr wichtige Zeitung erscheint täglich zweimal und zwar früh (mit Ausnahme des Montags) in einem ganzen, Nachmittags (mit Ausnahme des Sonntags) in einem halben Bogen. Auf jenen Postrouten auf welchen von Prag aus die Post zweimal täglich abgeht, wird auch das Const. Bl. a. B. täglich zweimal expedirt.

Der vierteljährige Pränumerationspreis beträgt bei allen königl. bayerischen Postämtern 7 fl. 12 kr. rhn., bei dem fürstl. Thurn und Taxis'schen Oberpostamt 6 fl. 38 kr. rhn.

Inserate werden mit 6 kr. C.-M. für den Raum einer Petitdruckzeile berechnet.

(3411) Zur geneigten Einführung in höhere Schul-Anstalten empfehlen wir nachstehende, als vorzüglich brauchbar und zweckmäßig anerkannte, von der Kritik sehr bevorzugte,

außerordentlich wohlfeile Schulbücher,

welche bereits in sehr vielen Schulen mit dem besten Erfolge angewendet werden:

Elementar-Grammatik der griechischen Sprache. Von Dr. **Robert Enger.** (Gymnasial-Director.) Preis 11½ Sgr.

Uebungsbuch zum Uebersetzen aus dem Griechischen in das Deutsche, sowie aus dem Deutschen in das Griechische für die mittleren Gymnasial-Classen von Dr. **R. Enger.** Preis 12 Sgr.

Schulgrammatik der hebräischen Sprache, enthaltend die Wort- und Formenlehre mit Aufgaben und Uebersetzungsstücken zur Selbstthätigkeit der Schüler und möglichst an Wurst's Sprachdenklehre geknüpft, methodisch bearbeitet von **H. Goldstein.** Preis 10 Sgr.

Hebräisches Lesebuch. Auswahl historischer, poetischer und prophetischer Stücke aus fast allen biblischen Büchern, mit Anmerkungen und einem Wörterbuche, nebst einem Anhange unpunktirter Texte mit rabbinischen Scholien und Erläuterungen zu denselben von Dr. **M. A. Levy.** Preis 24 Sgr. **Partiepreis bei Abnahme von wenigstens 20 Exempl. 17½ Sgr.**

Grammatisch geordnete Stoffsammlung zu lateinischen Memorir-Uebungen von Dr. **J. Spiller.** 2te Aufl. Preis 7½ Sgr.

Leitfaden für den ersten weltgeschichtlichen Unterricht auf Gymnasien und Realschulen. Mit einer Vorrede von Dr. **Wissowa,** königl. Professor, Gymnasial-Director ꝛc., herausg. von **H. J. Seemann.** 2te vermehrte Aufl. Preis 5 Sgr.

Elemente der ebenen Trigonometrie und der Stereometrie. Leitfaden für den Unterricht an Gymnasien, höheren Bürger- (Real-) und Gewerbeschulen, bearbeitet von Dr. **M. Steiner.** Preis 12½ Sgr.

Demonstrative Rechnenkunst für die untern Gymnasialclassen, für Seminarien und höhere Bürgerschulen. 2te vermehrte und verbesserte Auflage. Preis 7½ Sgr.

Lebensspiegel. Ein deutsches Lesebuch für Schule und Haus von Dr. **R. Sartorius.** (Abthl. I. für Elementarschulen, 7½ Sgr.) Abthl. II. **Das Buch der Natur.** 12½ Sgr. Abthl. III **Das Buch der Menschen.** 20 Sgr.

Preußische Vaterlandskunde für Schule und Haus. Von **F. Schmidt.** Preis 18 Sgr.

Naturlehre für Schule und Haus von **F. Schmidt.** Preis 12½ Sgr.

Handbuch beim Unterricht im Gesange für Schüler auf Gymnasien und Bürgerschulen von **Bernard Hahn.** Preis 7½ Sgr.

21 Turnlieder, componirt von **B. E. Philipp.** 1. Heft. 3 Sgr.

24 1-, 2-, 3- und 4stimmige Turnlieder, comp. v. **B. E. Philipp.** 2. Heft. 3 Sgr.

Bestellungen auf vorbenannte Schulbücher nimmt jede Buchhandlung des In- und Auslandes an.

Die Verlagshandlung **F. E. C. Leuckart** in **Breslau.**

(3316) Bei Firmin Didot frères in Paris sind neu erschienen und durch jede solide Buchhandlung zu beziehen:

Quinze ans à Paris 1832—1848. **Paris et les Parisiens** par *Charles Forster.* 2 vols. 4 Rthlr. 15 Ngr.

Histoire de la littérature française par *Nisard*, professeur au Collége de France. 3 vol. 6 Rthlr. 22½ Ngr.

Petits traités publiés par *l'Académie des Sciences morales et politiques*, livr. 1 à 15, chaque livr. — 4 Ngr. (contenant: Justice et Charité par V. Cousin. — De la propriété par M. Troplong. — Des Causes de l'inégalité des richesses par H. Passy. — Bien-être et Concorde du peuple français par Ch. Dupin. — Du droit de propriété par Thiers, 2 livr. — Vie de Franklin par Mignet, 2 livr. — De la vraie démocratie par St. Hilaire. — Des associations ouvrières par Villermé. — L'homme et la Société par Portalis. — Des Classes ouvrières en France, pendant l'année 1848 par Blanqui, 2 livr. — De la providence par Damiron. — De la santé du peuple par Lélut.) —

Etudes d'Economie politique par *Fabre.* 2 Rthlr. 10 Ngr.

Conférences morales à l'usage des écoles supérieures par *M. le Baron de Nyvenheim*, membre secrétaire du comité de surveillance 12 Ngr.

Etudes littéraires du moyen-âge par *Prat.* 1 Rthlr. 10 Ngr.

Rig-Véda ou livre des Hymnes traduit du sanscrit par *Langlois*, membre de l'institut. T. 1. 3 Rthlr.

[3343] In der Osiander'schen Buchhandlung in Tübingen ist erschienen:

Ein neuer Casanova.

Vierzig Jahre

aus dem Leben eines Todten.

(1790—1830).

Hinterlassene Papiere eines französisch-preußischen Officiers.

3 Bände. Gr. 8. brosch. Preis: 6 Rthlr. oder 10 fl. 30 kr. r.n.

Es ist wohl noch kein Buch erschienen das in einem so hohen Grad die anziehendste Unterhaltung gewährt; seltsame Abenteuer und Begebenheiten wechseln mit den malerischsten Beschreibungen merkwürdiger Länder, Gegenden und Städte Europa's, den Sitten und Gebräuchen ihrer Bewohner fortwährend ab. Es ist zu gleicher Zeit eine höchst ansprechende Reisebeschreibung von ganz Italien, Frankreich, einem großen Theil von Spanien, Deutschland, den ionischen Inseln, Albanien u. s. w., und erzählt viele noch wenig oder nicht bekannte, aber äußerst interessante Thatsachen und historische Merkwürdigkeiten aus der französischen Revolution, von Murats Hof, wie geheime Verschwörungen, Hofintriguen, galante Abenteuer in Menge u. s. w. So findet man unter andern die Feldzüge in Calabrien, die Belagerungen von Gaëta und Saragossa, die Eroberung der Insel Capri, den Aufstand am 2 Mai zu Madrid die Gefangennehmung des Papstes Pius VII. ausführlich erzählt. Der Verfasser dieser Denkschriften gerieth nicht selten in die verwickeltsten und verzweifeltsten Lagen, aus denen ihn nur seine Geistesgegenwart und Gewandtheit, wie durch ein halbes Wunder zu retten vermochten. Das Werk ist dabei in einem sehr gefälligen Styl und klarer Sprache ohne allen Schwulst mit der besten Laune und Humor geschrieben, und athmet oft wahre Lebensphilosophie, so daß es die erheiterndste Zerstreuung gewährt.

[3281] **Interessante Neuigkeit.**

So eben erscheint und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Briefe

aus Frankfurt und Paris

1848 — 1849

von **Friedrich v. Raumer.**

Zwei Theile.

Gr. 12. Geh. 4 Thlr.

Leipzig, im September 1849.

F. A. Brockhaus.

[3346] Im Verlage von Vinzenz Fink in Linz ist so eben erschienen und in allen deutschen Buchhandlungen zu haben:

Die Pflege

der Kranken u. Verwundeten,

und die sichersten Schutzmittel

zur Zeit herrschender Epidemien.

Ein gemeinnütziges Handbuch für jedermann, zunächst ein Leitfaden

beim Unterricht für Krankenwärter.

Von **Anton Knörlein,**

Doctor der Medicin, Magister der Geburtshülfe, k. k. außerord. Professor, Primararzte der k. k. Heil- und Versorgungs-Anstalten, der Sanitäts-Commission für Oberösterreich wirklichem, und der Gesellschaft der Aerzte in Wien correspondirendem Mitgliede.

Der Ertrag ist der im Kronland Ober-Oesterreich zu gründenden Invaliden-Versorgungs-Anstalt gewidmet.

12. Linz 1849 in Umschl. cart. 36 kr. C.-M. oder 12 Ngr.

(3412—14) **Weinversteigerung.**

Dienstag den 6 November nächsthin,

Morgens 9 Uhr,

lassen die Erben des verlebten Hrn. Andreas Jordan, gewesener Gutsbesitzer in Deidesheim, in ihrer Wohnung daselbst, die durch den Verlebten hinterlassenen Weine abtheilungshalber versteigern, als:

3	Stück	1811er
1	"	1825er
1	"	1831er
28½	"	1834er
1	"	1835er
1	"	1836er
2	"	1839er
1	"	1840er
8	"	1842er
14	"	1843er
15	"	1844er
25	"	1845er
35½	"	1846er
27	"	1848er

Proben werden inzwischen an den Fässern auf Verlangen verabreicht. Sämmtliche Weine sind in den besten Lagen von Ruppertsberg, Forst und Deidesheim in den eigenen Weinbergen des Verstorbenen gewachsen.

Deidesheim in der Pfalz, den 22 Sept. 1849.

Hessert, Notar.

(3479) Un Cuisinier, garçon de 31 ans, qui est à même de fournir les meilleurs attestats, ayant déjà été chef de cuisine pendant 13 ans dans une des plus grandes maisons, connaissant l'art française et anglaise, chargé bien des fois d'arranger les dîners pour la haute noblesse, excellent par la vitesse au travail et par son économie, convenant donc parfaitement à tout Seigneur ou grand hôtel, cherche une place. On prie de s'adresser sous les chiffres R. B. G. Nr. 3479 à l'Expedition du present Journal franco.

[3421—23] **Antrag.**

In einer fruchtbaren Gegend Böhmens, nicht weit von Prag, ist eine Herrschaft gegen billige Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe besteht aus drei Meierhöfen, welche sammt Feldern, Wiesen, Gärten, Teichen, Hutweiden und Waldungen ein geschlossenes Ganze in einer Gesammt-Area von beiläufig 1765 Morgen bilden. Daselbst befindet sich eine neu aufgebaute zweckmäßig eingerichtete Spiritusfabrik, 1 Bräuhaus auf 40 Eimer, 1 Schloß, zwischen Gärten und einem Park gelegen. Sämmtliche Wirthschafts-, Wohn-, Industrial- und Voluptuar-Gebäude sind im besten Bauzustande.

Die Herrschaft ist mit dem vollständigsten Inventar an Schaf-, Horn- und Zugvieh versehen, indem dieselbe schon im vorigen Jahr ohne alle Rücksichtsnahme auf die Robotverhältnisse der Zug- und Handtage auf das beste instruirt wurde.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Briefe der k. R. Dr. und beeidete Landesadvocat Dr. Emanuel Danzetzt, wohnhaft in Prag Nr. 638/1. an welchen die hierauf Reflectirenden sich gefälligst wenden können.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag Nr. 275. 2 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die unfreie Freistadt. Der preußische Centralgewaltsentwurf); München (der oberbayerische Flottenverein. Der Gesandtenwechsel. Die Erklärung Württembergs in Berlin. Gerücht von Anträgen auf Amnestie); Rastatt (standrechtliche Verhandlung. Zahl der Gefangenen und Kranken); Stettin (Station der Küstenflotte); Berlin (Beckeraths Anfrage wegen der Centralgewalt und des Reichstags); Erfurt (Hr. v. Radowitz über die Bestimmung von Erfurt); Calbe (die Anklage gegen den letzten Präsidenten der Nationalversammlung); Schwerin (Dampfschifffahrt zwischen Rostock und Kopenhagen); Schleswig-Holstein (Notabelnversammlung in Schleswig); Wien (das Armeecorps in Böhmen. Die deutsche Frage. Fast alle Blätter gegen die päpstlichen Erlasse. Schulwesen. Die Militärconferenzen. Strauß und Bauernfeld. Die Capitulation von Komorn bestätigt. Stand der Anleihe); Triest (Cholerastand).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (die Unterwerfung von Komorn).

Spanien. Cuba und die Absichten der Amerikaner darauf.

Großbritannien. John Mitchell. Zahlreiche Hinrichtungen in Cephalonien. Halbjährige Eisenbahn-Statistik.

Frankreich. Die republicanische Feier in St. Pelagie. Weber-Unruhen in Cholet. Die römische Controverse. General d'Astorg †. Eine Anzahl Provincialsynoden in Aussicht. Prinz Albrecht von Preußen in Pau.

Italien. Neapel (die päpstliche Frage); Rom (das päpstliche Manifest. Garibaldi's frühere Stellung in Amerika.)

Schweiz. Die Truppenbewegungen an den Gränzen.

Aegypten. Eine neue Stadt. Die Post durch die Wüste. Marokkanische Prinzen.

Beilage. Berlin. (Erklärungen über die deutsche Flotte. Die deutsche Wechselordnung. Hr. v. Canitz und die Centralgewalt. Ein Bevollmächtigter von Lübeck.) — Cesare Balbo's Storia d'Italia. — Die argentinische Republik, Rosas und die englisch-französische Einmischung. (I.) — Salzburg. (Komorn.) — Hannover. (Bennigsen. Soldatenhändel). — Berlin. (Zeichnungen für die österreichische Anleihe.)

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam, Hamburg 28; Berlin, Wien 29 Sept.; Augsburg 1 Oct.

Deutschland.

△ **Frankfurt a. M.**, 28 Sept. Wenn Sie diesen Artikel aufnehmen, so bitte ich nur ihn nicht unter die Rubrik: freie Städte zu stellen, denn eine freie Stadt ist Frankfurt entweder gar nicht mehr, oder es ist bestimmt zu zeigen wohin Freiheit führe wenn sie nicht mit Macht gepaart ist. Im September v. J. war ein Tag wo eine rasende Rotte aller Obrigkeit den Krieg erklären wollte; im September d. J. genießen wir den Segen vier bis fünf Obrigkeiten zu haben, deren Competenzstreitigkeiten uns theuer genug zu stehen kommen. Wir haben nicht nur einen Senat und eine Constituante, wir haben auch eine Centralgewalt, und eine Centralmacht in verschiedenen Personen, die nur darin einig sind daß sie uns beiderseits mit einer Einquartierungslast beglücken die nachgerade unerträglich wird.

Ainsi dans tous les temps nos Seigneurs les lions
Ont conclu leurs traités aux dépens des moutons.

Wir haben Bayern und Oesterreicher in unserer Stadt, und damit wir den Verdacht nicht in uns aufkommen lassen mögen daß man preußischerseits der Stadt weniger Aufmerksamkeit zuwende, hat man uns so reichlich mit diesen Schaaren überrascht, uns die schöne Tugend der Gastfreundschaft gegen dieselben so gründlich demonstrirt daß wir ein merkwürdig Liedlein zu singen wissen von der deutschen Einheit. Und das möchte immerhin noch seyn. Frankfurt ist die alte Kaiserstadt, und hat ein historisches Recht darauf Kaiser und Gegenkaiser, aufgehende und untergehende Sonnen sich um seine Mauern drängen, in seinen Mauern streiten zu sehen. Mag man immerhin bei uns rufen: Hie Welf, hie Waiblingen, und sogar von unserem Orchester verlangen hier und dort den Tact dazu „auf gemeiner Stadt Kosten" zu schlagen, wenn man uns nur wenigstens die Ehre des Hausrechts ließe. Sehr hart ist es aber für ein patriotisches Frankfurter Herz aus der Proclamation Sr. k. H. des Prinzen von Preußen vom 25 Sept. zu erfahren daß derselbe von Sr. Maj. dem König zum Befehlshaber der Occupationsarmee in Baden, Hohenzollern und Frankfurt a. M. ernannt sey. Eine Occupationsarmee in Baden — dagegen kann kein vernünftiger Mensch etwas einwenden. Sie dient dem kleinen Lande wie dem großen Vaterlande zum Schutz und Hort. Der Großherzog hat sie verlangt, mußte sie verlangen, und dem Rechte steht also die Gesetzlichkeit zur Seite. Hohenzollern — nun da heißt es volenti non fit injuria. Aber wenn Frankfurt aus strategischen Gründen, wegen der Nähe Badens, einer Occupationsarmee bedürfte, so hätte man Hessen-Darmstadt und Nassau diesen Schutz um so weniger entziehen dürfen. Daran ist aber, Gott sey Dank, jetzt gar nicht mehr zu denken. Was ist's also daß man gerade die alte Kaiser-, die jetzt sogenannte freie Stadt gleichsam als erobertes und schwer zu zähmendes Land mit einer preußischen Occupationsarmee belegt? Der Wühler zählt Frankfurt nicht mehr als andere deutsche Städte, sie sind nur minder gefährlich weil es kein Proletariat hat. Beschützt ist Frankfurt nicht minder als andere Staaten, durch Militär aller Waffengattungen, wozu allerdings mit Recht auch eine verhältnißmäßige Anzahl preußische Truppen zu ziehen sind. Daß man Frankfurt etwa bestrafen wolle weil der Abgesandte des Senats in Berlin sich nicht eifrig genug zeige dem Dreikönigsbunde beizutreten — das läßt sich von den loyalen und patriotischen Gesinnungen der preußischen Regierung nicht erwarten; daß es dafür büßen müsse als eine plebejische Republik keine königliche oder fürstliche Verwandtschaft und darum keine einflußreiche Protection zu haben, läßt sich aus denselben Gründen ebensowenig voraussetzen. Was nun gar den Sturm im Glase Wasser, den Streit über die neue Verfassung unseres Duodezstaates betrifft, so ist doch der wahrlich für das Gleichgewicht von Europa oder Deutschland nicht so gefährlich daß wir deßhalb einer Occupationsarmee bedürften! Sagen wir es vielmehr offen: ein großer Theil unserer Bürgerschaft, wozu der Schreiber dieser Zeilen selbst gehört, ist dem preußischen Entwurfe als dem letzten Versuch einer wenn auch zusammengeschrumpften, doch nicht aufgegebenen deutschen Einheit, an sich günstig gesinnt; die Partei des Umsturzes verliert bei uns wie überall alle Tage an innerer und äußerer Kraft — aber es scheint in den Sternen geschrieben zu seyn daß heutzutage jede Partei nur für ihre Gegner arbeiten, und die günstigen Elemente die sie vorfindet, selbst vermindern oder gar zerstören muß.

Die O.-P.-A.-Z. theilt den Gegenvorschlag des preußischen Cabinets für die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt mit, wie solcher vom preußischen Ministerium des Auswärtigen unterm 19 Aug. dem Hrn. v. Biegeleben officiell vorgelegt wurde. Er lautet: Art. 1. Oesterreich und Preußen verabreden ein Interim und legen dasselbe den übrigen Regierungen vor, durch welches die Centralgewalt für den deutschen Bund den genannten beiden Mächten bis zum 26 Mai 1850 anvertraut wird, sofern sie nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann. Art. 2. Der Zweck des Interims ist die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer (wessen?) im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands. (Wiener Schlußacte Art. 1.) Art. 3. Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungsangelegenheit, insbesondere die Bildung eines engeren Bundesstaats, der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Art. 6 der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten. Art. 4. Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungsangelegenheit und insbesondere die auf die Bildung des engeren Bundesstaates bezügliche Verhandlung noch nicht zum Abschluß gediehen ist, so werden die deutschen Regierungen sich über den Fortbestand der hier getroffenen Uebereinkunft vereinbaren. Art. 5. Die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der

Competenz des engeren Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, werden während des Interims einer Reichscommission übertragen, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernennen, und welche ihren Sitz zu Mainz nimmt. Art. 6. Die Reichscommission führt die Geschäfte selbständig unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber. Im Falle der Stimmengleichheit erfolgt die Entscheidung durch Verständigung zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, welche erforderlichen Falls einen schiedsrichterlichen Ausspruch veranlassen werden. Die Geschäfte der jetzigen verantwortlichen Reichsministerien gehen an Abtheilungen über, in deren obere Leitung die Mitglieder der Reichscommission sich theilen. Art. 7. Sobald die Zustimmung der Regierungen zu diesem Vorschlag erfolgt ist, legen Se. kais. Hoh. der Erzherzog Johann die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes als ein für die Gesammtheit der Nation zu bewahrendes Gut (!) in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen nieder. Die O.-P.-A.-Z. bemerkt dazu: „Dieser Entwurf konnte die Billigung der drei dissentirenden Cabinette (Oesterreich, Bayern, Württemberg) darum nicht erhalten weil er eine ausdrückliche Anerkennung des preußischen Verfassungsvorhabens von ihrer Seite involvirt haben würde. Dieser Punkt also, nicht aber die Oberhauptsfrage, wie die öffentlichen Blätter ganz irriger Weise zu versichern fortfahren, bestimmt die heutige politische Controverse in der Sache, wie es denn dieser Punkt auch ganz allein ist der bis zur Stunde eine endliche Vereinbarung über das angeregte neue Provisorium verhindert hat."

Die Fr. O.-P.-A.-Z. sagt: „Zu den vielen Geldsammlungen welche den Beutel aller in Anspruch nehmen, ist dieser Tage noch eine neue gekommen. Der Ausschuß zur Unterstützung deutscher politischer Flüchtlinge in London erläßt einen Aufruf zur Unterstützung der zahlreichen in der Weltstadt sich aufhaltenden Flüchtlinge. Dieser Ausschuß ist in einer am 18 Sept. gehaltenen Versammlung der Bildungsgesellschaft für deutsche Arbeiter und Flüchtlinge gewählt worden und besteht aus folgenden Mitgliedern: Anton Füster, der bekannte Geistliche, gewesene Professor der Theologie an der Universität zu Wien und österreichischer Reichstagsabgeordneter; Karl Marx, ehemaliger Redacteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Köln; Karl Blind, ehemaliger Gesandter der badisch-pfälzischen Revolution zu Paris; Bauer, Schuhmacher in London; Karl Pfänder, Maler."

Bayern. = **München**, 1 Oct. Der seitherige Gesandte am preußischen Hofe, Graf v. Lerchenfeld-Köfering, welcher bereits nach Wien gereist ist, soll den dortigen Gesandtschaftsposten erhalten; der Gesandte am Würtemberger Hofe, Frhr. v. Malzen, als Gesandter nach Berlin, und der Ministerresident am hannover'schen Hofe, Graf Montgelas als Gesandter nach Stuttgart versetzt werden. Der Mangel an katholischen Priestern in unserm Königreiche ist so stark, daß der Bischof von Regensburg sich gezwungen sah den Bischof von Budweis um Ueberlassung von siebenzehn Geistlichen zu ersuchen. Das Kloster Niederschönefeld, welches bekanntlich zum Gefängniß für politische Gefangene umgewandelt werden sollte, soll nunmehr zu einer Kreiscorrectionsanstalt bestimmt seyn. Der Festzug welcher gestern auf unsrer Südnordbahn abgegangen ist, kam erst Nachts halb zwölf Uhr zurück. Derselbe wurde mit Böllerschüssen und von der zahlreichen Volksmenge mit Jubelruf begrüßt.

*** **München**, 30 September. Mitten unter den eifrigen Bestrebungen nach der Einheit Deutschlands sind wir in den Zustand vollkommener Auflösung gerathen, ja selbst ein deutsches Heer, an welches man am längsten geglaubt, existirt nicht mehr seit den preußischen Proclamationen und Armeebefehlen in Schleswig und Baden. Das politische Deutschland besteht in der That in nichts mehr, als einigen wenigen auf dem Meer schwimmenden Brettern, die den Namen der deutschen Flotte führen, und deren Mannschaft, welche, so viel uns bekannt, keinem Sonderbefehl eines unsrer regierenden Fürsten Folge zu leisten hat. Unter diesen Umständen mag eine außerdem geringfügige Nachricht einige Beachtung verdienen. Vom oberbayerischen Flottenverein waren ein Frauenhofer'sches ausgezeichnetes Fernrohr und ein silberner Becher (dem ersten und zweiten Capitän der deutschen Flotte gewidmet) zugleich mit einer Summe von mehr als 15,000 fl. dem Marineministerium eingesendet worden. In Kenntniß gesetzt daß erstgenannte Gegenstände auf der Flotte nicht angekommen seyen, wurde deßhalb vom Vereinsvorstand gehörigen Orts Nachfrage gethan, in Folge deren die Geschenke sogleich an ihre Bestimmung gelangten. Das Reichsmarineministerium benutzte die Gelegenheit dem oberbayerischen Flottenverein und allen bei der verhältnißmäßig großen patriotischen Gabe Betheiligten den wärmsten Dank, aber auch zugleich den Wunsch auszusprechen, „zu erfahren ob es wohl aufgenommen seyn möchte das beste der an der Weser und Elbe erbauten Kanonenboote, welche bisher sämmtlich nur mit Nummern bezeichnet worden seyen, mit einem entsprechenden und das Andenken an die patriotische Gabe der Bayern ehrenden Namen zu belegen, wozu eventuell um die Bezeichnung des Namens ersucht werde." Der Vereinsausschuß hat diesen mit seinem Programm ganz in Uebereinstimmung stehenden Antrag mit Freuden angenommen, und dem in Rede stehenden Kanonenboote zum Taufpathen den Wendelstein gegeben, einen der hervorragendsten Berge von Oberbayern, schön von Gestalt, weithin auch in das benachbarte Niederbayern, Salzburg und Tirol sichtbar, und mit seiner Felsenstirn ein entsprechendes Sinnbild für Widerstandskraft und unwandelbare Treue. Zugleich hat der Vereinsausschuß zur Vervollkommnung seiner Stiftung beschlossen derselben ein Capital von vorläufig 700 fl. hinzuzufügen, und zwar in der Art daß die jährlichen Zinsen dieses Capitals nach einem noch besonders festzustellenden Modus als Belohnung für ausgezeichnete Dienste der Mannschaft des Wendelstein sollen verwendet werden. Wie geringfügig, wie gesagt, der Umstand ist, ich theile ihn gern mit als ein Zeichen des hier im Stillen fortwirkenden Glaubens an Deutschlands Zukunft, vielleicht auch zur Ermunterung für manchen den Verein in seinen vaterländischen Bestrebungen noch fernerhin zu unterstützen.

— **München**, 1 Oct. Einer Ihrer hiesigen Correspondenten hat nicht mit Unrecht einen leisen Zweifel ausgedrückt daß die Ablehnung Württembergs, dem von Preußen vorgeschlagenen Bundesstaate beizutreten, so unbedingt laute wie man nach der in der N. Münch. Z. erschienenen Notiz schließen sollte. In unterrichteten Kreisen will man wissen daß zwar ein vorläufiges Nein gegeben, aber mehrere eventuelle „wenn" beigefügt wurden, auf welche hin Preußen wohl die Unterhandlungen fortsetzen wird. Es herrscht in Württemberg eben dieselbe Gesinnung wie sie in der Adresse der bayerischen Abgeordnetenkammer ausgedrückt ist: man hängt mit Wärme an dem Gedanken der Einheit Deutschlands und ist bereit ihm Opfer zu bringen, aber man will ein freisinnig constituirtes Deutschland. Wenn Minister v. d. Pfordten in der Adreßdebatte jene dunkle Verwahrung gegen den Ausdruck Bundesstaat eingelegt hat, so wird das Ministerium in Stuttgart einem solchen Protest von unbestimmter Tragweite nicht beitreten, nicht beitreten können. Bei den Festen die am 27 Sept. des Königs 69stem Geburtstage gewidmet waren, war eines der feierlichsten das des Bürgermuseums, welches den Kern der Stuttgarter Bürgerschaft einschließt. Da brachte Staatsrath v. Köstlin, unter tausendstimmigem Jubel, den Toast aus: „Der Prediger schließt seine Gebete mit den Worten: dieß alles was wir von Gott erbeten haben, und wofür der ewige Gott gebeten seyn will, schließen wir ein in das Vaterunser. Ich fordere Sie auf alle Wünsche und Gebete die bis jetzt in unsrer Versammlung sich zu vernehmen gaben, die Wünsche für das Heil unsers Königs und des königlichen Hauses, für das Wohl unsrer geliebten Vaterstadt, für das Walten von Gesetzlichkeit und Ordnung in Stadt und Land, für das Gedeihen des Verfassungswerkes auf dem bevorstehenden Landtage, alle diese Wünsche zusammenzufassen in dem einen großen Wunsche, der die Erfüllung aller andern bedingt, in dem Wunsche der glücklichen organischen Vereinigung der deutschen Stämme und Staaten in einen ächten Bundesstaat. Die Einheit Deutschlands lebe hoch!" — Das ist die Stimmung der großen Mehrzahl in Württemberg, was man immerhin beachten muß wenn man Berechnungen über die Zukunft anstellen will. — Es heißt, was ich indeß nicht verbürgen kann, das politische Untersuchungsgericht in Augsburg habe im Einklang mit der dortigen Staatsanwaltschaft ihre Ueberzeugung ausgedrückt daß die große Mehrzahl der eingeleiteten politischen Processe durch ein Amnestiegesetz abgeschnitten werden sollte. Die Gerichte kämen also dem in der Thronrede ausgesprochenen „Zuge des Herzens" entgegen, während im Land die Adressen um Begnadigung sich mehren. — Das Ihnen gemeldete Gerücht von einer Sendung des Grafen v. Yrsch nach Wien beruht auf einem Irrthum.

Gr. Baden. ‡ **Rastatt**, 30 Sept. Bierbrauer Hetterich aus Bruchsal stund gestern wirklich vor Gericht, angeschuldigt beim Sturm auf das dortige Zuchthaus eine hervorragende Rolle gespielt, bei der Mobilmachung der Volkswehr vorzüglich mitgewirkt, beim Auszug gegen die Preußen sich bewaffnet betheiligt zu haben. Die Zeugenaussagen für die ersten Punkte waren zurückhaltend, oft entschuldigend; seinen Auszug mit der Willich'schen Schaar gegen Untergrombach, wo er auch gefangen wurde, bewiesen ganz unverdächtige Zeugen. Der Angeklagte gab seine Vernehmlassung mit einer Sicherheit und einem rednerischen Aufwande, wie sie — mit Ausnahme Corvins — von der Angeklagtenbank noch nicht vernommen waren. Sein ganzes Benehmen aber zeigte mehr als Freiheit und Unbefangenheit: sein Vertheidigungssystem war Beschönigung und Läugnen. Allerdings trat als Entlastungszeuge Bezirksförster v. Girardi vor die Schranken, den er von einem sein Leben bedrohenden Freischärler befreit hatte; aber weder dieses noch die Vertheidigung des Adv. Krämer, welche vorzüglich die Absicht den Preußen durch seinen Auszug zu schaden in Abrede zu stellen suchte, konnte eine Abänderung des Antrags der Anklage, welcher auf zehn Jahre Zuchthaus ging, bewirken. Der Antrag

wurde mit Stimmenmehrheit zum Urtheil erhoben. Mit scharfen Worten und nicht unverdienterweise hatte der Staatsanwalt, Hofgerichtsrath Haas, das Gebahren der meisten Angeklagten getadelt, welche vor den Schranken sich alle mögliche Mühe gäben ihre früher so keck zu Tag gelegte Gesinnung zu beschönigen und abzuläugnen „welche“, wie er sich ausdrückte, „mit dem Heckerhute und Schleifsäbel zugleich ihren Muth abgelegt hätten.“ Die auf gestern erwartete Vollziehung preußischer Todesurtheile hat nicht stattgefunden, dagegen die Aburtheilung über etwa ein halbes Duzend preußischer Staatsbürger die gegen das vaterländische Kriegsheer die Waffen getragen. Sie wurden, wie man vernimmt, sämmtlich zu mehr oder minder langen Freiheitsstrafen verurtheilt. Der Stand der Gefangenen belief sich am Ende der letzten Woche auf 2000, darunter sind zwischen 550 und 600 Kranke; von letztern Typhöse etwa 60.

Preußen. * **Berlin**, 29 Sept. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stellte der Abgeordnete v. Beckerath seine Anfrage: 1) ob die Regierung vorerst eine andere provisorische Centralgewalt zugestehen wolle als eine die zu Erledigung von Verwaltungsgegenständen, namentlich zu Inspicirung der Bundesfestungen bestimmt sey; 2) ob die Regierung sobald als möglich den Reichstag berufen werde. Der Minister des Auswärtigen versprach die Anfrage am 6 Oct. zu beantworten.

Erfurt. Die Frankfurter Ob.-P.-A.-Ztg. vom 29 Sept. hält es für unzweifelhaft daß Erfurt bestimmt ist der Sitz des von den Regierungen des Dreikönigsbundes zu berufenden deutschen Reichstags zu seyn. Diese Nachricht wird bestätigt durch die Antwort des Hrn. v. Radowitz an die Deputation des Sängerbundes, der ihn bei seiner Ankunft mit einem Ständchen begrüßt hatte. Nach der „Deutschen Reichszeitung“ lautete die Antwort folgendermaßen: „Sie sehen mich, meine Herren, aufs tiefste ergriffen von dem so ausgezeichneten wie unverhofften Empfang den Sie mir bereitet haben. Nicht mir aber gilt diese Feier, sie gilt der Sache die ich vertrete, sie gilt meinem König. Sowie es stets meine Ansicht gewesen ist daß diese altberühmte ehrwürdige Stadt der Mittelpunkt seyn müsse von dem die Reorganisation des neuen Deutschlands ausgehen soll, so werde ich um so mehr darin bestärkt da ich die treffliche Gesinnung sehe die mir hier entgegentritt. Denn ich wiederhole es noch einmal, was Sie hier thun, gilt der von mir vertretenen Sache, nicht meiner, Ihnen völlig fremden Person.“ Als hierauf die Deputation Hrn. v. Radowitz als ihren „Mitbürger“ willkommen hieß, erwiederte derselbe: „Ja, meine Herren, ich habe das liebste mitgebracht das ich besitze, um unter Ihnen zu wohnen und dahin zu wirken daß Erfurt zu neuer Größe gelange.“ Hr. v. Radowitz ist nämlich mit seiner Familie gekommen, und übergibt seine Söhne dem katholischen Gymnasium daselbst.

Stettin, 21 Sept. Einem Gesuch des Rathes der Stadt Stralsund entsprechend ist der dortige Hafen zum Stationsorte für die Küstenflottille der Kanonenboote im nächsten Winter bestimmt worden. (Wes. Z.)

Calbe. Das Ausschreiben gegen den letzten Präsidenten der Nationalversammlung Löwe von Calbe fodert denselben auf sich „wegen seiner Theilnahme an den Beschlüssen der aufgelösten Nationalversammlung vom 16 Mai und 6 Juni d. J.“ zu verantworten. Der Beschluß vom 16 Mai ist kein anderer als jene auf Antrag des Abgeordneten Wiedenmann und 49 anderer, größtentheils preuß. Mitglieder beschlossene Erklärung, wonach die Nationalversammlung die Abberufung der preußischen Mitglieder von Seite ihrer Regierung als für dieselben unverbindlich erachtet, und von dem deutschen Patriotismus dieser Abgeordneten ihre fernere Theilnahme an den Verhandlungen der Nationalversammlung erwartet. Diesem Beschlusse haben von 299 anwesenden Mitgliedern 287 beigestimmt. Unter ihnen befinden sich Arndt, Beseler aus Greifswald, Dahlmann, Jordan aus Berlin, v. Saucken, Schwetschke, rc., die also sämmtlich nach der Doctrin der Calber Gerichtsbehörde als Verbrecher gegen den preußischen Staat angeklagt werden müßten! (Beob.)

Gr. Mecklenburg. Schwerin, 22 Sept. In der vorgestrigen Sitzung der Rostocker Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag: daß die Versammlung in Gemeinschaft mit dem Rathe über Maßregeln berathen sollte zum Zweck der Herstellung einer Dampfschifffahrtsverbindung zwischen Rostock und Kopenhagen, mit der Modification angenommen daß die Verbindung nicht auf Kopenhagen beschränkt, sondern noch auf einen oder mehrere andere überseeische Handelsplätze ausgedehnt werden sollte. (Weser Ztg.)

Schleswig-Holstein. Schleswig, 25. Sept. Es findet heute im hiesigen Rathhause eine Versammlung von Deputirten, von Landesbeamten, Magistraten und andern Notabeln statt, welche, wie ich höre, das unter den jetzigen Drangsalen einzuschlagende Verfahren zum Hauptgegenstande der Berathung hat. Die Zahl der Anwesenden beträgt einige 60. Viele Nordschleswiger sollen darunter seyn. Die Stadt flaggt. (N. f. Pr.)

Oesterreich. — Wien, 27 Sept. Nach dem Lloyd würde das böhmische Armeecorps aus zwei Divisionen und jede derselben aus zwei Brigaden, die ganze Truppenmacht aber aus 24 Bataillonen, 16 Schwadronen und 11 Batterien bestehen. Der „Soldatenfreund“ berichtet dagegen daß das böhmische „Observationscorps“ auf 50,000 Mann gebracht werden solle. Das vorarlbergische Armeecorps würde aus 21 Bataillonen Infanterie, 2 Cavallerieregimentern und 11 Batterien bestehen. Die „Presse“ will mit Rücksicht auf die politische Bedeutung zwischen den zwei Aufstellungen unterscheiden. Die im Vorarlberg sey eine politische Nothwendigkeit gewesen „um die kriegerischen Evolutionen Preußens in Deutschland nach Umständen im Schach zu halten und eine nachdrückliche Hand über die Schweizergränze zu breiten.“ Freilich könnte man auch die böhmische Armee als ein „Observationscorps“ ansehen und in der Aufstellung eine „diplomatische Speculation“ finden, allein die „Presse“ ist so durchdrungen von der Nothwendigkeit eines Einverständnisses zwischen Preußen und Oesterreich, ohne welches sie eine Definitive in der deutschen Frage, auf welche Art immer, sich nicht denken kann, daß sie „auch nicht zu früh einer reinen militärischen Dislocation den Charakter einer politischen Demonstration beimessen möchte.“ Endlich erklärt die „Presse“ die Sachlage in der deutschen Frage dahin zu verstehen „daß die Unterhandlungen über die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt österreichischerseits nur die Aufrechterhaltung der staatsrechtlichen Grundlagen Deutschlands bezweckten, und daß Preußen die Ausbildung des Dreikönigsbündnisses, den engeren im weiteren Bund, damit vereinigen zu können und zu müssen glaube! Ist dieß in den bisherigen Vorlagen gescheitert, so wäre es noch nicht die nächste Consequenz daß Oesterreich gegen Preußen oder gegen einen seiner Verbündeten — denn Sachsen würde das nächste Ziel eines Observationscorps in Böhmen seyn — einer militärischen Aufstellung unmittelbar bedürfen sollte!“ Wir dürfen bei dieser Gelegenheit die Bemerkung nicht unterdrücken daß wir seit Wochen, ja seit Monaten uns in der österreichischen Presse nach irgendeinem positiven Vorschlag welcher das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Worten ausdrückte, vergebens umgesehen haben. Freilich ist Oesterreich vorzüglich mit sich selbst beschäftigt, aber die auswärtige Politik ist eben ein Theil des Staates selbst. Wenn die österreichische Denkschrift sagt: „Wer Oesterreichs Stellung in Deutschland angreift, der greift ihm nach dem Leben“, so sollte doch dieser Satz schon seiner Fassung nach ein ernstes Nachdenken erweckt haben. Man hat das Dreikönigsbündniß wacker gezaust und der hegemonielüsternen Berliner Presse, welche ihr grobes und gröbstes Geschütz gegen Oesterreich auffuhr, nach Kräften erwiedert, allein irgendeinen Inhalt wußte man dem Dreikönigsbau nicht entgegenzusetzen. Wenn es im Interesse der österreichischen Diplomatie lag für ihre Vorschläge den günstigen Moment abzuwarten, so hinderte das doch die öffentlichen Stimmen nicht sich darüber klar auszusprechen, wie groß das Bedürfniß einer Annäherung an Deutschland sey und unter welcher Form man es möglich denke.

An den bereits begonnenen Conferenzen über die Armee-Angelegenheiten haben der Feldmarschall Graf Radetzky, die F.Z.M. Baron Haynau, Baron Jellachich und von Heß, der Kriegsminister Graf Gyulai und der General Graf Grünne theilgenommen. Die Eintheilung des Heeres in vierzehn Armee-Corps, welche in der kürzesten Zeit auch mobil gemacht werden können, dürfte demnächst publicirt werden; auch ist beschlossen die Artillerie auf sechs Regimenter, jedes zu vierundzwanzig Batterien und vierundzwanzig Compagnien, zu erhöhen, und derselben das Militär-Fuhrwesens-Corps einzuverleiben.

Wir können wiederholt auf unsere frühere Mittheilung zurückkommen, daß die feierliche Krönung noch im Laufe dieses Jahres stattfinden, und daß die definitive Zeitbestimmung nur noch von der Besetzung Komorns abhängen dürfte. (Presse.)

Wien, 28 September. Das Hinscheiden des Walzer-Componisten wird von den hiesigen Journalen als ein locales Ereigniß angesehen. Trotz des belagerungszuständlichen Verbotes einer Zusammenrottung von mehr als 10 Personen folgten gestern die Wiener dicht gedrängt dem Leichenzug, und auch hier, wie am Paradebette des Maestro, wo man die berühmte Geige mit herabgespannten Saiten neben ihn gelegt hatte, lockte das verwittwete Instrument, welches auf schwarzem Kissen der Leiche nachgetragen wurde, den gutmüthigen Wienern Thränen in die Augen. Von allem was man beim Hinscheiden des Wiener Walzer-Heroen gesungen oder geschrieben ist das bedeutendste ein Gedicht von Bauernfeld im Feuilleton der Ostd. Post. Es trägt die Aufschrift „das Leben ein Tanz, zum 27 Sept.,“ und zieht Parallelen zwischen dem Wien von ehemals und jetzt, anknüpfend an den Begräbnißtag des Schöpfers unvergeßlicher Walzertacte:

Was da singt und klingt und springt,
Alle harmlos freud'ge Lust,
Heute fördern wir's zur Ruh', heut
Wird das alte Wien begraben.

Das alte Wien aber wird geschildert an dem gutwilligen Philister, der sich's im Wirthshaus bequem machte und herzhaft auf den Tisch schlagend verlangte daß es anders werden müsse:

„Und Reformen müssen kommen!
Und die alten Herren sollen
Uns nicht länger cujoniren,
Oder — — Kellner, noch ein Seidel!"

Und das neue Wien?

Scheint's doch fast als wär' das Neue
Dir zu viel, das Alte besser,
Wo Du lebtest selig-froh, halb
Kinderspiel', halb — nichts im Herzen.

Arme Menschlein, die nicht wissen
Was sie wünschen, die nicht wünschen
Was sie sollen, und für die ein
Andrer wollen muß und handeln!

Denn:

. . . Das Leben ist ein Tanz
Und ein Waffentanz mitunter,
Und ein Todtentanz bisweilen —
Ein Charaktertanz gar selten.

Altes Wien, Dir war's ein Walzer,
Der zuletzt im tollen Rasen
Bis zum Veitstanz umgeschlagen —
Und jetzt liegst Du da, ermattet!

Der neue Tanz aber zu dem sich Wien emporraffen müsse, sey kein Springen um das goldene Kalb der Börsenleute, sondern Mignons geheimnißvolle Kunst:

Nein, der neue Tanz ist ernsthaft,
Eine Gattung Eier-Tanzes,
Daß Du nimmermehr zertretest
Junger Freiheit erste Saaten.

Aber nicht bei der Freiheit bloß bleibt der wehmüthige Humor des Dichters stehen, die Leichenrede auf die verstummten Walzer-Melodien erinnert ihn an die höhere Aufgabe:

Neues Wien, drum fasse Muth!
Laß Dich aus dem Kreis nicht schleudern,
Bloß „um zuzuschauen, wie
Die Drei-Königs-Tänzer" meinen.

Nichts da! Du gehörst zum Ganzen,
Ohne Dich wär' eine Lücke,
Und Du sollst mir noch, das schwör' ich,
Ehrlich Deinen Deutschen tanzen.

Die Ostdeutsche Post erhebt gegen die Reformen der österreichischen Gymnasien das Bedenken, ob man wirklich Lehrer finden dürfte die den neuen Studienplan verwirklichen könnten. Man habe im vorigen Jahre viele Berufungen ergehen, aber wenige zu Erfolg kommen lassen, jetzt sey alles still seit einiger Zeit. „Gerade jetzt, fährt die Ostdeutsche Post fort, wo mit allem Ernst für Hebung der Universitäten als einer Pflanzschule für Gymnasiallehrer gesorgt werden muß, wird nur Prag einigermaßen unterstützt, Wien aber auf das stiefmütterlichste vernachläßigt, ja sogar einseitig behandelt; denn während an der hiesigen Universität, der Landesuniversität für Niederösterreich, vier Professoren für slavische Sprachen und Litteratur sich befinden, ist nicht eine einzige Professur für deutsche Sprache und Litteratur geschaffen; Innsbruck, Linz, Gratz, Pesth, Lemberg, Krakau, Hermannstadt u. s. f. werden ganz und gar ignorirt, kurz man geht von einem engherzigen Standpunkte, von dem beschränkten Gesichtspunkt eines bevorzugten Provincialismus aus."

Das Bekanntwerden der päpstlichen Decrete aus Portici veranlaßt die Wiener Journale zu sehr entschiedenen Aeußerungen, da sie das Ereigniß mit der österreichischen Politik in Italien in Beziehung setzen. Bemerkenswerth ist daß von allen Seiten nur ein verdammendes Urtheil über die Staatsgesetze des Papstes gefällt wird, und die Wiener Presse einmüthig dem Cabinet räth jede Verbindlichkeit für dieselben von sich abzuweisen. Die Ostdeutsche Post sagt: „Oesterreich wird in Italien und in Europa nur gewinnen, wenn es jede Theilnahme an den päpstlichen Institutionen desavouiren kann." Und weiter unten: „Oesterreich, welches minder gebildeten, minder culturfähigen Völkern als die Italiener sind ein unvergleichlich größeres „Maß der Freiheit" gegeben, kann solchen Institutionen nicht Beifall gezollt, zu solchen Institutionen nicht gerathen haben." Ebenso schließt der Lloyd seinen Artikel über das römische Ereigniß: „Wir wünschten aufrichtig wenigstens Oesterreich von jeder Verpflichtung befreit zu sehen Institutionen auf fremdem Boden zu erhalten welche es vom eigenen Boden auf immer verbannt hat." Es sey bemerkenswerth, sagt dasselbe Blatt, daß, wenn die Plane von Portici Erfolg haben sollten, es in Europa dann nur drei absolute Staaten geben würde, den Kirchenstaat, die Türkei und Rußland, drei Staaten in welchen das Staatsoberhaupt zu gleicher Zeit Kirchenoberhaupt sey. „Vier katholische Mächte, fährt der Lloyd fort, haben dazu beigetragen dem Papst seine weltliche Herrschaft wieder zu erringen. Sie sind sämmtlich im Besitz constitutioneller Institutionen, und wir können nicht glauben daß irgendeinem derselben ein Gefallen mit demjenigen geschehen ist was der heilige Vater über seine Staaten zu verfügen geruht hat." Noch entschiedner erklärt sich die „Presse", welche von dem „soi-dissant Verfassungsstatut" sagt: „Es ist ein Bankerott in allen politischen Ideen des Jahrhunderts, der sich in diesem gebrechlichen, nüchternen und principlosen Schema einer staatlichen Einrichtung auf eine für uns fast erschütternde Weise ankündigt." Die päpstliche Proclamation wolle die Freiheit der Römer mit der Unabhängigkeit und Souveränität des Papstes in Einklang bringen. „Diese nöthige Freiheit besteht aber hier, wie die Proclamation hinlänglich andeutet, lediglich in der Unterordnung aller Volksfreihei. unter die unbedingte Souveränetät des heiligen Stuhles." Bei der Steuerfrage hätte sich das politische Gewissen des Papstes noch am meisten geregt. Man habe bei dem Finanzstaatsrath an repräsentative Formen erinnern wollen, aber auf eine „illusorische fast ironische Weise." Auch bei den Wahlen zu den Provincialräthen versuche man eine solche Scheinoperation, und zwar nur um desto sicherer jedes verfassungsmäßige Leben zu ersticken. Mit Bezug auf Oesterreich schließt aber das Journal: „Wir werden es unter allen Umständen immer für das schlimmste und gefährlichste halten die verfassungsmäßigen Bedürfnisse der heutigen Völker künstlich zu eludiren. Damit wird auch die wahre österreichische Politik nie ihren Antheil an der römischen Frage erledigen können." Man sieht aus diesen Zusammenstellungen daß man in Wien die österreichische Politik in Italien nicht als einverstanden mit den Projecten der „Schwarzen" in Rom und Portici begreift. Der Pariser Constitutionnel suchte neulich aus der diplomatischen Correspondenz zwischen Wien und St. James im Mai und Junius 1848 nachzuweisen daß Oesterreich sein italienisches Interesse ähnlich verstände wie es der Brief Bonaparte's an Edgar Ney von Seiten Frankreichs ausgesprochen. (Bei dieser Gelegenheit müssen wir beiläufig die Prager slavischen Centralblätter corrigiren, welche kürzlich auf eine feindselige Stimmung Frankreichs gegen Oesterreich schlossen, weil der Constitutionnel als Organ des Hrn. Thiers jene Actenstücke trauriger Erinnerungen für Oesterreich veröffentlichte. Die Actenstücke waren nämlich aus den Londoner Daily News erst in das Pariser Blatt übergegangen.) Daß aber die oben verglichenen Wiener Journalstimmen noch etwas mehr sind als Stimmen einzelner Journale, daß man im ganzen österreichischen Staat nicht daran denkt den Haß der rückgekehrten clericalen Emigration gut zu heißen oder ihn gar zu fördern, sieht man aus einem Schreiben des Triester „Osservatore" welches aus der Romagna vom 18 Sept. datirt ist. „Es ist bekannt, sagt der Bericht, daß der heilige Vater die Ertheilung jener Amnestie für welche der Feldmarschall-Lieutenant Graf Wimpffen seine Verwendung bei Gelegenheit der Uebergabe Ancona's zusagte, wohl im Princip billigte, aber in Praxi für gut fand alle gewesenen Deputirten der römischen Nationalversammlung, sowie alle Präsidenten der in der Hauptstadt und den Provinzen versammelt gewesenen Clubs davon auszunehmen. Gleiches Urtheil traf auch jene Individuen welche, schon einmal amnestirt, sich abermals der Revolution gegen den gesetzmäßigen Herrscher angeschlossen hatten. Die von dem österreichischen Feldherrn zugesagte Amnestie konnte sich natürlich nur auf die in der Stadt und den Forts von Ancona während der Belagerung befindlichen und in der Capitulation mit inbegriffenen Personen beziehen; aus diesem Grund mußte man aber auch erwarten daß die vom heiligen Vater für nöthig erachteten Modificationen sich auch nur auf Individuen erstrecken konnten die, den obenerwähnten Kategorien angehörend, sich in Ancona während der österreichischen Belagerung befunden hatten. Dessenungeachtet hatte der für die Marken bestimmte außerordentliche päpstliche Commissär es für gut befunden, ohne sich vorher mit der k. k. Militärbehörde über eine Angelegenheit zu verständigen welche die von derselben beschützte öffentliche Ruhe und Sicherheit doch so nahe anging, alle jene Exdeputirten und Expräsidenten, die der ersten Aufforderung sich aus den römischen Staaten zu entfernen nicht augenblickliche Folge geleistet hatten, sogleich durch die bewaffnete Polizeimannschaft zwangsweise über die Gränze transportiren zu lassen. Die österreichische, den Angelegenheiten der Marken vorstehende Civil- und Militärbehörde mußte in diesen Maßregeln einen ungebührlichen Uebergriff erblicken, und erklärte daher dem päpstlichen Commissär daß sie, bis auf weitere vom heiligen Vater selbst ausgehende Anordnungen, die erwähnte Verfügung als nicht erlassen betrachte, und daß zu ihrer Ausführung kein österreichisches Militärcommando beitragen würde. Durch diesen Protest wurde die Ausführung jener strengen Maßregel suspendirt, so daß alle von derselben berührt gewesenen Personen ruhig in den Marken bleiben konnten, mit Ausnahme einiger Individuen welche anderweitiger Vergehen halber es vorzogen sich eiligst zu entfernen. Diese Milde erstreckte sich aber auch weiter, und kam sowohl den Bewohnern der Hauptstadt als der Provinz-

bevölkerung zu Gute, obwohl man erwarten konnte daß der seit den ersten Tagen des August zum Minister des Innern und des Polizeiwesens ernannte Monsignor Savelli seine Maßregel bald auf die energischste und umfassendste Weise durchzuführen suchen würde. Am 10 Sept. veröffentlichte die päpstliche Regierungscommission in Rom einen analogen Beschluß, dessen verspätetes Erscheinen französischem Einfluß zugeschrieben werden muß. Von dem Beschluß sind jedoch jene Individuen ausgenommen welche die Mittel nicht besitzen ihren Unterhalt in der Fremde bestreiten zu können, und denen überhaupt keine besondere politische Bedeutung zugeschrieben werden kann, da sie meistens in der Provinz, als der Meuchlerdolch gleich einem Damoklesschwert oberhalb ihren Häuptern schwebte, zu Deputirten gewählt, und in der Hauptstadt unter terroristischem Einfluß zu unfreiwilligen Boten gezwungen waren. Der bezügliche Ministererlaß spricht jedoch den Befehl aus daß alle nicht ins Exil gehen wollenden Individuen sich zur freiwilligen Untersuchungshaft stellen müßten. Gleichzeitig dürfte die Mittheilung nicht ohne Interesse seyn daß die k. k. Militärbehörde in den päpstlichen Staaten jetzt ihren Centralsitz in Bologna aufgeschlagen hat, und auf die Ausführung des erwähnten Ministerialerlasses keinen Einfluß nimmt, sondern dieselbe ganz den päpstlichen Behörden anheimstellt. Oesterreichs weitreichende Plane erfordern schon als Consequenz sich von dem Odium der römischen Reaction ganz rein zu halten. Oesterreich unterhandelt mit Sardinien über einen Handelsvertrag, und es hat Rücksicht zu nehmen auf die verfassungsmäßige Gestalt des wichtigsten der italienischen Staaten. Die humane Behandlung der Venetianer, gegen die man die Befugnisse des Belagerungszustands so wenig wie möglich geltend gemacht, zeigt ebenso deutlich daß Oesterreich jede unkluge und unnütze Gewalt verdammt. Wichtig für die obenerörterte Frage und zur richtigen Erkenntniß der politischen Stellung Oesterreichs den italienischen Staaten gegenüber erscheint uns folgende Notiz der „Austria", welche ihr vom 19 v. M. aus Venedig geschrieben wird. Es heißt daselbst: „Hier schmeichelt man sich mit der Hoffnung die in Wien anwesende Deputation werde von Sr. Maj. den Freihafen wiedererlangen, woran aber doch sehr zu zweifeln bleibt; denn der zu gewärtigende Handelsvertrag mit Piemont würde schon deßhalb nicht zu Stande kommen können, wenn Venedig, Genua gegenüber, Vorrechte haben dürfte." Um auch an ein anderes Verhältniß Oesterreichs in Italien zu erinnern, knüpfen wir an das Vorhergehende eine Nachricht des Oesterr. Corr., die ihm unterm 22 Sept. von Mailand zugekommen ist, nämlich: „Aus Toscana werden noch vor Anfang des Winters 4000 Mann der österreichischen Truppen zurückgezogen, indem vertragsmäßig nur 10,000 Mann im Land bleiben."

△ **Wien,** 29 Sept. Die Wiener Zeitung hat zwar meine gestrige Meldung von der Uebergabe Komorns nicht bestätigt; es wird dieselbe jedoch von allen andern Journalen mitgetheilt. Wie ich erfahre, ist der Courier angekommen und die Insurgenten verlangen nur die Bestätigung der ihnen gewährten Bedingungen durch die Unterschrift des Kaisers in Händen zu haben um sodann die Festung zu übergeben. Daß die Sache übrigens nicht mehr zu bezweifeln ist, ersehen Sie wohl aus der Zeitschrift „Austria", die im Handelsministerium redigirt wird und welche meldet daß morgen bereits das erste Dampfschiff direct nach Pesth gehen werde, ohne sich jedoch in Komorn aufhalten zu dürfen. Ein Gerücht läuft um daß Arthur Görgey von dem Grafen Zichy erschossen worden sey. Die Bestätigung fehlt übrigens; ich glaube nicht daran. — Heute betragen die Unterzeichnungen auf das neue Anleihen 18,615,400 fl. Man hofft daß die größeren Bankiers bis zuletzt sich bedeutende Zeichnungen vorbehalten haben, um so mehr als bekannt wird wie günstig das Anlehen auf den Börsen von Frankfurt, Berlin, Amsterdam (auch London) aufgenommen worden. Ihre Maj. die Kaiserin Mutter, welche sich demnächst von Salzburg nach Ischl begeben will, soll dann mit J. k. Hoh. der Erzherzogin Sophie, die heute nach Ischl zurückkehrt, nach Wien kommen. Am 3 Oct. soll der erneuerte kurze Ausflug des Kaisers stattfinden.

(A. Z. C.) Die Nachricht von der Uebergabe Komorns ist gestern durch den Oberstlieutenant vom Generalstab, Alfred v. Henikstein, hieher gelangt. Ein achtstündiges Bombardement hatte gewüthet; wahrscheinlich trug es bei den starren Trotz der Besatzung zu brechen. Wie wir vernehmen, ist das Document welches die Unterwerfung auf Gnade und Ungnade nach dem Vorgang Görgey's erklärte, bereits hier eingetroffen, auch schon die Einstellung der Feindseligkeiten erfolgt. Es handelt sich nur noch um die Erledigung abgesondert gestellter Wünsche und Bitten, deren Gewährung von der Ansicht des Ministerraths und der Gnade des Monarchen abhängt. Es sollen diese Wünsche und Bitten von den der Besatzung unsererseits gemachten Propositionen nicht einmal wesentlich abweichen, so daß das Publicum mit voller Beruhigung dem Ergebniß der nächsten Tage entgegensehen mag.

Triest, 25. Sept. Gestern 86 Cholerarerkrankungen, und 29 Todesfälle.

Oesterreichische Monarchie.

✡ **Pesth,** 26 Sept. So eben verbreitet sich die Nachricht daß Komorn capitulirt hat und sich morgen ergeben wird. Die Uebergabe-Bedingungen sind dieselben, wie von Venedig. Die Hauptanführer, welche sich in der Festung befinden, müssen die österreichischen Staaten auf immer verlassen. Officiere wie Gemeine sind völlig amnestirt. Das ungarische Papiergeld wird zu 50 Proc. ausgewechselt.

Spanien.

Die Vereinigte-Staaten-Regierung ist, wie berichtet, gegen die beabsichtigte Abenteurer-Expedition die sich Cuba zum Ziel gesetzt, kräftig eingeschritten, hat die im Mississippi liegenden Dampfboote derselben, „Seagull" und „Neworleans", mit Beschlag belegt, und mehrere von den Anführern verhaften lassen. Indessen auf der Insel Cuba herrschte, nach den neuesten amerikanischen Berichten von dort, die tiefste Aufregung auf allen Punkten der Insel. Der Generalcapitän hatte eine Militärmacht von 4000 Mann mobil gemacht, und starke Abtheilungen nach Principe, Trinidad und Santiago de Cuba entsendet, welche Städte angeblich in Aufstand waren. Der englische Consul in Havana hatte nach Jamaica geschrieben, um sich von dem dortigen Statthalter einige weitere Kriegsschiffe zum Schutz der Person und des Eigenthums brittischer Residenten zu erbitten. Der Generalcapitän hatte der Post die Ablieferung New-Orleanser Zeitungen verboten. Indessen die Cubaner Blätter (bemerkt die Times) sagen nichts vom Ausbruch einer Empörung, und setzen die Truppenbewegungen bloß auf Rechnung der bekannten amerikanischen Präsidentenbotschaft und der Besorgniß wegen jener Expedition gegen Cuba. — Daily News bemerkt: „Wenn je eine Colonie die Elemente der Größe besaß, so ist es Cuba. Unter einem tropischen Klima gelegen und auf die Arbeit der Negersklaven angewiesen, steht es einzeln da in der großen Bedingung der Civilisation und der Sicherheit: seine weiße Bevölkerung ist zahlreicher als seine schwarze. Die Million Seelen in Cuba sind mehr als zur Hälfte spanischen Ursprungs — ein Beweis daß es nicht bloß eine Caste von Grundeignern, sondern auch eine Mittelclasse von Gewerbsleuten, ja von Arbeitern europäischen Ursprungs enthält. Diese große Bevölkerung ist überdieß in wenig mehr als einem halben Jahrhundert herangewachsen, und in Folge der Handelsfreiheit welche, trotz der unwissenden Tyrannei des Mutterlandes, die politischen Erschütterungen Europa's für Cuba zuwege gebracht, haben die ausnehmende Fruchtbarkeit der Insel, seine Lage, seine Bedürfnisse und Erzeugnisse, die Leichtigkeit des Verkehrs zu Land und zu Wasser die es besitzt, diese Insel zu dem wahren, von so vielen Abenteurern gesuchten und von keinem gefundenen Eldorado gemacht. Cuba ist das prächtigste Besitzthum das ein europäischer Staat erwerben konnte, und Spanien kann zudem dasselbe leichter behaupten als irgendein anderes Land seine westlichen Colonien. Seine halbe Million spanischer Abkömmlinge inmitten einer beinahe gleich großen Negerbevölkerung würde allein schon ein starkes Band zum Festhalten am Mutterlande gewesen seyn. Vom Ehrgeiz des Volkes der Vereinigten Staaten bedroht, könnte Cuba, als Theil einer alten europäischen Monarchie und des alteuropäischen Systems, den Schutz nicht bloß Spaniens, sondern auch anderer mit Spanien verbündeter. und bei dem Schicksal jener westlichen Inseln betheiligten Staaten ansprechen. Aber bei alle dem ist Cuba keine Barke die sich von einem alten lecken Schiff ohne weiteres ins Schlepptau nehmen läßt. Es besitzt dazu allzu große Elemente der Selbständigkeit, und daß Spanien den Cubanern eine Kopfsteuer aufgelegt hat, das ist eine unerträgliche und verkehrte Maßregel. Anzunehmen daß eine zwischen Jamaica, San Domingo und Florida gelegene Insel mit der dummen Tyrannei eines unverantwortlichen soldatischen Vicekönigs zufrieden bleiben sollte, das ist Wahnsinn. Aber die moderantistischen Generale und „Staatsmänner" welche Spanien regieren, denken nicht daran den Volksbedürfnissen Zugeständnisse zu machen. Unterdrückung, Widerstand, Martialgesetz, Hinrichtungen — das sind die einzigen Maximen ihrer Politik. Wir wissen nicht wie lange noch sie Spanien mit einer solchen Ruthe regieren werden, aber Cuba werden sie ganz gewiß verlieren, wenn sie mit ihrem stupiden „Conservatismus" fortfahren. Es ist schwer zu sagen ob das Regiment solcher Menschen wie Roncali, O'Donnell und Tacon widerlicher ist für die spanischen Cubaner oder für die Negerbevölkerung der Insel. Die schlimmste Form der Sklaverei besteht auf den cubanischen Pflanzungen*); die armseligste und kleinlichste Tyrannei ärgert die europäischen Abkömmlinge in der Havana. Falls nicht freisinnigere und weisere Männer in Madrid zur Gewalt gelangen und die Verwaltung Cuba's von Grund aus ändern, ist es entschieden für Spanien verloren. Wenn es indessen das spanische Joch abschüttelt, so folgt daraus nicht daß es sich das des angelsächsischen Stammes

*) Es ist aber bekannt daß Spanier und Portugiesen unter allen Sklavenhaltern die vergleichsweise mildesten sind, wie Franzosen und Holländer die grausamsten. R. d. A. Z.

der Vereinigten Staaten aufladen muß. Die Weißen auf Cuba bedürfen der Union nicht um sie vor den Negern oder deren allzu plötzlicher Emancipation zu schützen. Sie bilden eine mächtige Körperschaft, reich genug ein zahlreiches Heer zu unterhalten. Sie besitzen alles Material zur Selbstregierung und zur Selbstvertheidigung. Cuba wird nicht wie andere Inseln unter gleichem Breitegrad von speculirenden Fremdlingen ausgebeutet; die Grundeigenthümer leben auf der Insel und versorgen ihre Kinder auf der Insel, nicht auswärts mit Geldsummen die von der Insel gezogen werden. Eine solche Körperschaft mit solchen Interessen dürfte bald die Nothwendigkeit einsehen der ferneren Einfuhr afrikanischer Wilden ein Ziel zu setzen, und mit dem Verbot des Sklavenhandels würde auch eine ganz andere Behandlung der Sklaven eintreten, und Schritte zu ihrer endlichen Emancipation geschehen." In einem zweiten Artikel urtheilt Daily News: Cuba's Schicksal, seine Losreißung von Spanien, sey aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Bekanntlich hat nicht bloß die Republik Amerika, sondern auch England schon manchmal ein lüsternes Auge auf Cuba geworfen, und der sel. Lord George Bentinck schlug einmal im Parlament ohne weiteres vor: England solle zur Schadloshaltung seiner von Spanien unbezahlten Staatsgläubiger Cuba in Beschlag nehmen!

Großbritannien.

London, 27 Sept.

Ein irländisches Blatt will wissen: die Königin habe den Deportirten John Mitchell in Bermuda, aus Rücksicht auf seine Kränklichkeit, in der Art begnadigt daß er nach Europa zurückkehren, jedoch nicht im Vereinigten-Königreich wohnen dürfe. Derselbe werde seinen Aufenthalt in Deutschland nehmen.

Briefe aus Corfu vom 9 Sept. (sagt das Chronicle) melden daß bis zu diesem Tage 17 (siebenzehn) Empörer, worunter mehrere Geistliche, gefangen und sogleich nach dem Kriegsgesetz hingerichtet wurden. Wie es scheint, bestand eine der cephalonischen ähnliche Faction in einigen Dörfern von Corfu, wo, in Folge wiederholter Brandstiftungen, die Polizei genöthigt war mit scharfen Strafen zu drohen. Vice-Admiral Parker, der am 1 Sept. mit seinem Geschwader von Malta abgesegelt, war am 9 Morgens vor Corfu angekommen, und im Begriff einige seiner Schiffe nach Cephalonien zu entsenden."

Während dem letzten Halbjahr fuhren auf den brittischen und irischen Eisenbahnen 28,761,895 Personen. Am 30 Junius d. J. waren 5447½ engl. Meilen Schienenweg dem Verkehr geöffnet — 320 Meilen mehr als am 31 Dec. 1848. 96 Personen wurden während obiger Zeit auf den Bahnen getödtet, 75 mehr oder minder schwer verletzt — die Mehrzahl durch ihre eigene Schuld. So namentlich kamen 31 Bahndiener durch ihre eigene Unvorsichtigkeit um, während nur 12 durch Umstände die außer ihrer Controle lagen das Leben verloren.

Frankreich.

Paris, 28 Sept.

Das Jahresfest der Gründung der (ersten) Republik scheint nur von Seite der politischen Gefangenen in St. Pelagie eine officielle Feier erhalten zu haben. Die Behörde hinderte sie nicht mitten im Gefängnißhof Tafeln zu einem Bankett aufschlagen zu lassen, aber Tischreden zu halten war ihnen untersagt, und sie haben nun dieselben in die Journale eingeschickt, von denen manche sie schon als Merkwürdigkeit mittheilen. So liest man im Constitutionnel eine Liste von 27 Trinksprüchen, und zwar obenan einen auf Kossuth! Andere gehen auf Garibaldi, „die Personification derjenigen Männer welche dem Tod zu trotzen wissen, um ihre Principien zu vertheidigen," auf die allgemeine Republik, auf die Martyrer der Gleichheit und Freiheit, auf „die Türkei die den glorreichen Geächteten der ungarischen Demokratie Gastfreundschaft gewährt hat," auf „die noch unbekannten Männer welche das Volk von allen auf ihm lastenden Tyranneien befreien werden" u. s. f. Der Fanatismus scheint sich jedoch ziemlich ernüchtert zu haben, denn selbst die Ordnung hat einen Toast erhalten, mit dem Beisatz: Die Unordnung ist mehr nehmen als man bringt.

Die Journale sind voll heftiger Polemik über die päpstlichen Erlasse. Der Constitutionnel ist eines der wenigen die sie als einen „großen Schritt zur Versöhnung" betrachten. Wenn das die Meinung seines Patrons, des Hrn. Thiers, ist, so ist der Mann gefunden der die Interventionspolitik auf ihren Rückzug commandiren kann. Für die römische Freiheit wird sich Frankreich nicht aufopfern. Da es in Rom nur zwei extreme Parteien gibt, wie dem J. des Débats aus dem Brief Mazzini's und dem Motuproprio vom 12 Sept. von neuem einleuchtend wird, so wird man sich nicht abmühen um eine gerechte Mitte zu finden, sondern man wird schließlich auf der Seite stehen bleiben die von der Demokratie die entgegengesetzte ist. Daß es niemand einfalle eine constitutionelle Verfassung wie in den Ländern wo eine Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalt stattfindet, vom Papst zu fordern, gesteht dieses Blatt jetzt selbst, denn das hieße dem Papst zumuthen seine eigene Macht zu vernichten. Aber in Bezug auf die Amnestie, meint es, sollten die Ausnahmen namhaft gemacht werden, die französische Regierung könne sich nicht zu einem Werkzeug der Rache gebrauchen lassen, und da appellirt es von dem Papst von 1849 an den Papst von 1846. Die Franzosen haben den Römern die „wahre" Freiheit versprochen, sie werden ihnen vielleicht eine besser kategorisirte Amnestie verschaffen.

Mit dem Bekanntwerden des päpstlichen Motu proprio erneuen sich die Gerüchte von einem Ministerwechsel. La Patrie sagt: dieses Document habe eine lebhafte Sensation in der politischen und in der Finanzwelt hervorgebracht, es sey der allgemeine Gegenstand der Unterhaltung im Conferenzsaal der Nationalversammlung gewesen. Doch glaube man sagen zu können daß die Politik der Regierung keine Veränderung erleiden werde, und daß das französische Cabinet in dieser Hinsicht mit den andern Cabinetten in Einklang sey. Die Anlehensfrage beschäftigt die Finanzcommission, und sie wird wohl in einer der ersten Sitzungen auf die Tagesordnung kommen. Die Mehrheit soll für ein fünfprocentiges Papier seyn.

Die Unruhen in Cholet sind, ohne daß es zur Anwendung von Waffengewalt gekommen ist (25 Sept.), beigelegt. Die Weber hatten eine Lohnerhöhung von 5 Cent. für den Meter Tuch verlangt, mußten sich aber mit 2 Cent. zufrieden geben. Von 24 Verhafteten wurden nur vier den Gerichten übergeben.

Die Pariser Provincialsynode wird heute beendigt, aber das Beispiel wird von den andern Diöcesen nachgeahmt werden. In Besançon wird eine Synode auf künftigen Monat angekündigt. Der Cardinal Bonald wird die seinige im Nov. in der Metropolitankirche von St. Jean halten. Die Erzbischöfe von Reims, von Toulouse werden nicht zurückbleiben.

Der ehemalige Präsident von Hayti, General Boyer, befindet sich seit einigen Tagen in Paris, wo er den Winter zubringen will. — In Nantes ist General d'Astorg gestorben.

Der Prinz Friedrich von Preußen weilt seit einigen Tagen in Pau. Er kommt aus den Pyrenäen-Bädern und reist unter dem Namen eines Grafen v. Ravensberg.

. **Paris,** 27 Sept. Das päpstliche Edict vom 12 Sept. enthält genau die vier Punkte als Grundlagen einer neuen Regierung, die ich Ihnen vor acht Tagen mitgetheilt, nur ist einer dieser Punkte in zwei getheilt, indem er nebst der freien Verwaltung der einzelnen Gemeinden auch noch eine Provinzial-Gemeindeverwaltung einsetzt, den französischen General- oder bayerischen Landräthen entsprechend; so hat das Edict fünf statt vier Artikel, und endlich einen sechsten Artikel der den Grundsatz der Amnestie aufstellt, deren ich nicht erwähnt, die aber wie sie im Decret vom 18 Sept. angewandt wird, auch nicht sehr des Erwähnens werth ist. Wie ich hierin mit dem J. des Débats übereinstimme, kann ich durchaus seine Ansicht über das Edict selbst nicht theilen. Es nennt dasselbe beklagenswerthe Concessionen. Das ist nun ein doppelter Irrthum. Zuvörderst enthält das Edict keine einzige wenigstens der französischen Diplomatie gemachte Concession, und dann finden wir durchaus nichts beklagenswerthes darin. Aber eben weil dieses Decret keine Frankreich gemachten Concessionen enthält, findet das Débats es beklagenswerth und „wenig befriedigend für die Würde Frankreichs." Allerdings nachdem die französische Regierung so viel Lärmens gemacht, nachdem sie dem Papst vor aller Welt den Text gelesen, nachdem sie ihm gedroht mit den Gespenstern die um Marengo schleichen, ist es demüthigend mit dem sich zu begnügen was man vor den Drohungen zurückgewiesen. Das J. des Débats scheint übrigens das Edict nicht bloß darum beklagenswerth zu finden weil man der Würde Frankreichs dabei nicht Rechnung getragen, sondern auch darum weil ein so geringes Maß von Freiheiten eine geringe Kraft und Lebensfähigkeit des Papstthums voraussetze. Wenn dieser Schluß richtig wäre, würde kein einziger Staat in dem Augenblick Kraft und Lebensfähigkeit in Europa haben; denn in welchem Staat gibt es nicht eine Partei die mit dem Maße gesetzlicher Freiheit nicht unzufrieden wäre, und die den angefochtenen Satz auf das Papstthum ebenso gut auf die Monarchie in England oder irgendeine andere Monarchie, und gewiß auch auf die „ehrsame und gemäßigte Republik," deren „legitimer Chef" Ludwig Napoleon ist, anwenden könnte? Hat denn das J. des Débats die Gewißheit daß ein Volk welches Jahrhunderte unter dem Druck priesterlicher Willkür lebte, ohne Gefahr dem „freien Spiel" des Constitutionalismus überlassen werden darf? Das Organ der conservativen Partei liebte sonst nicht besonders die Sprünge im politischen Fortschritt, wie kommt es daß es gerade einer Bevölkerung die nöthige Elasticität zutraut die bereits sich in ihrem Laufe einmal überstürzt hat? Dieser Widerspruch berechtigt wohl zu der Voraussetzung daß das J. des Débats weniger die Lebensfähigkeit des Papstthums als die Lebensfähigkeit des französischen Einflusses in Rom beklagenswerth findet; denn es kann keinem Zweifel unterliegen daß diese Diplomatie gegen das Edict keine Einsprache erhoben, sondern ihre Zustimmung gegeben hat. Insofern also die römi-

sche Frage das künftige Regierungssystem im Kirchenstaat zum Gegenstand hatte, ist sie als diplomatisch gelöst zu betrachten, welche Zweifel auch das J. des Débats dagegen noch haben mag.

Italien.

(Aus der Corresp. der Times.) **Neapel**, 18 Sept. Die indiscrete Veröffentlichung des Präsidentenbriefs an Oberst Ney hat ein Geschwür an die Oberfläche getrieben welches außerdem lange unter diplomatischer Behandlung im stillen fortgeeitert haben würde. In Folge dessen haben wir endlich eine klar und einfach umrissene Stellung. Sie läßt sich wie folgt darlegen. Auf der einen Seite steht Frankreich, durch seine amtlichen Erklärungen verbunden der Regierung des Papstes liberale Staatseinrichtungen für das römische Volk abzupressen, und dafür hat der Präsident öffentlich, wenn auch nicht officiell, sein Wort eingesetzt, und darauf dringt die einhellige Stimme des französischen Volks. Andrerseits sehen wir den Papst entschlossen in der Hauptsache nicht nachzugeben, und die andern drei Mitglieder der Conferenz, Oesterreich, Spanien und Neapel, welche in Gaëta erklärt haben „nimmermehr zuzugeben daß Frankreich allein dem Papste Bedingungen auflegen könne die von den andern Mächten nicht gutgeheißen oder vereinbart worden.“ Ohne die Veröffentlichung des französischen Präsidentenbriefs hätte die so lange in Gaëta gespielte Farce sich noch monatelang in Portici fortsetzen lassen; nun aber ist der Knoten zerhauen, und eine von den ersten Folgen war die Versetzung der beiden Regierungen, der französischen und der päpstlichen, in einen solchen Zustand von Nichtattraction, daß Frankreich nahebei genöthigt ist die diplomatischen Verbindungen abzubrechen. Die Stellung des französischen Heers in Rom ist, scheint es, eine ganz veränderte geworden: dasselbe ist nicht mehr eine Hülfs-, sondern eine beinahe feindliche Macht. Was kann der Papst thun, oder wie kann er sich aus einer so unvorgesehenen Lage loswickeln? Natürlich muß er zunächst seine Zuflucht zu den andern Conferenzmitgliedern nehmen; aber wie wenig Trost findet er da! Neapel und Spanien wagen nicht sich mit Frankreich auf gleichen Fuß zu stellen, und darum wird alles was sie in Portici sagen mißachtet werden, und seit dem 18 Aug. ist in der That nichts gemeinsames mehr geschehen. Oesterreich ist sonach der einzige feste Anker auf den die päpstliche Regierung sich stützen kann. Die österreichische Diplomatie ist, wie ich weiß, in diesem Augenblick in Paris beschäftigt widerstreitende Interessen zu versöhnen und alle vernünftigen Mittel zur Eintracht zu versuchen; gleichwohl ist die Lage nichts weniger als angenehm, und stünden minder fähige Männer am Ruder als Hr. Tocqueville und Fürst Schwarzenberg, so müßte ein Zusammenstoß erfolgen. Alles was ich gesehen habe läßt mich glauben daß das österreichische Cabinet wahrhaft liberal in seinen Ansichten, und daß, was Italien anlangt, es unbedingt nothwendig ist das Volk wenigstens durch die Form repräsentativer Regierung zu versöhnen. Ich bin daher überzeugt daß, obgleich Oesterreich in Portici mit Neapel und Spanien sagt: „Wir können einem souveränen Fürsten keinen Zwang anthun“, es doch in Paris mit Frankreich zusammengehen wird, um den Papst zu solchen Reformen zu bewegen wie sie sein eigenes Interesse und das ganze christliche Europa verlangt. Ich habe in einem hohen Kreis den Wunsch aussprechen hören daß ein europäischer Congreß zur Anordnung der päpstlichen Angelegenheiten berufen werde, und es würde mich freuen wenn er zu Stande käme.

Nach einem neueren Schreiben der Times aus Neapel vom 17 Sept. ging, als Tags zuvor der Papst vom Balcon des Palastes den Segen ertheilte, im Volksgedräng ein Schuß los. Zwei Männer wurden verhaftet, bei denen man ein Pistol und eine Handgranate fand. Man vermuthet daß ein Attentat entweder auf Pius oder auf den König beabsichtigt war. In der folgenden Nacht wurden noch viele Menschen festgenommen, indem man einer geheimen „rothrepublicanischen“ Gesellschaft auf der Spur seyn soll.

Wir haben zwar das päpstliche Manifest inhaltlich schon vor mehreren Tagen mitgetheilt, tragen aber hier eine wörtliche Uebersetzung des Textes nach: „Pius P. P. IX an seine geliebten Unterthanen! Kaum haben uns die tapfern Heere der katholischen Mächte, welche mit wahrhaft kindlicher Ergebenheit zur Wiederherstellung Unserer vollen Freiheit und Unabhängigkeit in der Regierung der weltlichen Besitzungen des heiligen Stuhles herbeteilten, von jener tyrannischen Herrschaft errettet welche in tausendfacher Weise auch euch bedrückte, als Wir nicht nur Unseren tiefgefühlten Dank dem Allerhöchsten abstatteten, sondern auch schleunigst bemüht waren eine aus drei achtungswerthen Cardinälen gebildete Regierungscommission nach Rom zu entsenden, die in Unserem Namen die Zügel der Staatsverwaltung übernehmen, und unter Mitwirkung eines Ministeriums jene zeitgemäßen Maßregeln treffen sollte welche für die Herstellung der Ordnung, der öffentlichen Sicherheit und Ruhe am dringendsten nöthig erschienen. Mit gleichem Eifer haben wir uns mit der Feststellung der Basis jener Institutionen befaßt aus denen für euch, geliebteste Unterthanen, die nothwendigen Freiheiten, für Uns aber die Befestigung jener Unabhängigkeit hervorgehen soll zu deren Aufrechthaltung Wir Uns im Angesicht der Welt verpflichtet fühlen. Um daher jene Gutgesinnten zu ermuthigen welche so sehr Unser besonderes Wohlwollen und Unsere Beachtung verdienen; um die Uebelwollenden und Verblendeten zu enttäuschen, welche sich Unserer Concessionen zum Umsturz der socialen Ordnung bedienten, um alle Welt zu überzeugen daß Uns Nichts so sehr am Herzen liege als die Herstellung einer wahrhaften und dauerhaften Wohlfahrt, so haben Wir aus eigenem Antriebe, aus bestem Wissen und im Vollgenuß Unserer Machtvollkommenheit nachstehendes zu verordnen beschlossen: 1. Es wird in Rom ein Staatsrath (consiglio di Stato) eingesetzt, der sein Gutachten über die Gesetzentwürfe vorlegen soll, bevor dieselben der höchsten Sanction unterbreitet werden; derselbe wird auch mit der Untersuchung aller wichtigen administrativen Angelegenheiten so oft betraut werden als es Uns und Unsern Ministern nöthig erscheint seine bezügliche Meinung einzuholen. Die nöthigen Befähigungen der Räthe, deren Anzahl, die Art ihrer Verpflichtungen, ihre Berechtigungen, die Modalitäten unter denen ihre Berathungen gepflogen werden sollen, und alles sonst für die Regelung der Functionen dieser hochgestellten Körperschaft nöthig erscheinende wird durch ein eigenes Gesetz näher bestimmt werden. 2. für die Verwaltung der Finanzen wird ein eigener berathender Körper (consulta di Stato) eingesetzt. Es wird diese Consulta mit der Untersuchung der Activa und Passiva des Staates, der Einkünfte und Ausgaben desselben beauftragt werden, worüber sie Rechnung zu führen haben wird; ebenso wird sie ihre Meinung über die Einführung neuer Zölle, oder Verminderung der bereits bestehenden derartigen Abgaben aussprechen, die zweckmäßigste Art der Erhebung derselben anzeigen, Mittel zur Förderung des Handels und aller derjenigen Einflüsse vorschlagen welche sich auf die Interessen des öffentlichen Schatzes beziehen. Die berathenden Mitglieder dieser Consulta werden von Uns aus den von den Provincialberathungen hierzu vorgeschlagenen Männern ernannt. Ihre Zahl wird im gehörigen Verhältniß zu jener Unserer Provinzen stehen, und kann durch Personen vermehrt werden deren Ernennung Wir Uns vorbehalten. Die Art in welcher die Mitglieder der Consulta ihre bezüglichen Vorschläge höhern Ortes vorlegen, die Gegenstände dieser Vorschläge, die Normen unter denen die Berathungen gepflogen werden sollen, und alles sonst auf die nöthigen Förderungen dieses so wichtigen Zweiges der staatlichen Administration bezügliche wird ebenfalls durch ein eigenes Gesetz geregelt werden. 3. Die Einsetzung der Provincialberathungen ist hiermit bestätigt. Die Gemeindeberathungen haben uns zu diesem Zwecke geeignete Personen vorzuschlagen, aus denen Wir nach Unserem Gutdünken die Mitglieder der Provincialberathungen ernennen werden. Diese haben die Localinteressen ihrer respectiven Provinz, die von derselben oder mit deren Beihülfe zu bestreitenden Ausgaben und deren Verwaltungsbudget in seinen activen und passiven Beziehungen zu berathen. Die Provincialverwaltung selbst wird von einer Administrativ-Commission geleitet welche die Provincialräthe unter ihrer Verantwortlichkeit zu ernennen haben. Einige Mitglieder des Provincialrathes werden dem Chef der Provinz an die Seite gestellt um ihn in der Ueberwachung der Municipalangelegenheiten zu unterstützen. Ein eigens hierzu zu erlassendes Gesetz wird die Natur der Vorschläge welche diese berathenden Körperschaften zu stellen ermächtigt sind, die nothwendigen Befähigungen und die Zahl der Räthe für jede Provinz feststehen, sowie die Einflüsse näher bestimmen welche die Provincial-Administration auf die allgemeinen Interessen des Staates zu nehmen befugt und verpflichtet ist. 4. Den Municipal-Vertretungen und Administrationen werden alle jene Freiheiten bewilligt werden die nur irgend mit den Localinteressen der Gemeinden verträglich sind. Die Wahl der Räthe wird von einer genügend großen Anzahl Wähler vorgenommen; die Verleihung der activen Wahlberechtigung wird vorzüglich von dem Vermögensstande abhängig gemacht. Für die passive Wahlberechtigung wird außer dem Besitze der überhaupt nöthigen Fähigkeiten ein eigener Census festgesetzt. Die Vorsteher der Behörden werden Wir selbst ernennen; die Gemeindeältesten werden wieder von diesen Vorstehern ernannt welche sich dabei an die von den Gemeinderäthen festgesetzten Normen zu halten haben. Die Befähigungen und die Anzahl der Gemeinderäthe, die zu ihrer Ernennung nöthigen Modalitäten, sowie die Anzahl derselben wird durch ein eigenes Gesetz bestimmt werden, in welchem auch die Art angegeben seyn wird nach welcher der in den Berathungen derselben obwaltende Geschäftsgang mit den Provincialinteressen in Einklang gebracht werden soll. 5. Die vorzunehmenden Reformen und Verbesserungen werden sich auf die Civil- und Criminaljustiz und das Administrationswesen beziehen. Eine eigens hierzu zu ernennende Commission wird sich mit den nöthigen Vorarbeiten beschäftigen. 6. Da unser Vaterherz stets zur Nachsicht und Vergebung bereit ist, so wollen wir auch dießmal Milde gegen jene Verirrten üben welche durch Verführung, durch Unkenntniß und vielleicht auch durch Nachlässigkeit derer die sie überwachen sollten zur Empörung und zum Aufstande verleitet worden sind. Da Wir aber auch die Anforderungen der Gerechtigkeit, dieser Basis jeder Regierung, vor Augen haben, da Wir Uns der vielfachen Eingriffe in eure Rechte und des euch zugefügten Nachtheils erinnern, da Uns die Pflicht obliegt euch vor der Erneuerung dieses Unheils zu schützen, und euch dem verderblichen Einflusse zu entziehen den

die Feinde aller Sittlichkeit und der katholischen Religion, dieses unversiegbaren Quells aller Wohlfahrt und jeglichen socialen Glückes, üben, in dem Unser Ruhm begründet ist, und der besonders euch mit unschätzbaren Gaben überhäuft, so haben Wir verordnet daß in Unserem Namen eine Amnestie für alle jene verkündet werde welche nicht durch besondere Bestimmungen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen werden sollen. Diese zu eurem Besten getroffenen Verfügungen haben Wir im Geiste Unserer Pflichten gegen Gott veröffentlichen zu müssen geglaubt; sie vertragen sich vollkommen mit Unserer Vertretung Christi, und können, nach Unserer besten Ueberzeugung, wenn sie gewissenhaft ausgeführt werden, alle jene Resultate verwirklichen welche in den Wünschen der Weisen und Gemäßigten angestrebt werden. Eure sehnsüchtigen Wünsche nach einem glücklichern Zustande die im Verhältnisse zu dem von euch ausgestandenen Ungemach stehen, sind Uns genügende Bürgen für die Realisirung dieser Zwecke. Vorzüglich aber setzen Wir Unser Vertrauen auf Gott der auch wenn er zürnt seiner Barmherzigkeit nicht vergißt. Gegeben zu Portici nächst Neapel am 12 Sept. 1848, im vierten Jahre Unserer päpstlichen Regierung. Pius P. P. IX.

Im **Cincinnati Journal** findet sich folgende Notiz: „Garibaldi, der General der römischen Republik, hielt vormals ein Wirthshaus in der Stadt Cincinnati, in der Sixth-Street. Seine Speisen und der vertrauliche aber anständige Ton seiner Unterhaltung zogen viele Gäste an. Mit seinem Fleiß und guter Haushaltung erwarb er sich Geld, und als er nach Italien heimkehrte, bemerkte er: mit seinen ersparten 25,000 Dollars werde er in Rom ein wohlhabender Mann seyn. Bei seiner Abreise im J. 1838 versammelte sich eine große Anzahl achtbarer Personen in seinem Haus, und ihre Lebewohl-Adresse ward in den Zeitungen der Stadt veröffentlicht. Schon damals äußerte Garibaldi: „Ehe lange Zeit vergeht wird in Europa eine Revolution ausbrechen, und ich wünsche meine Hand dabei im Spiele zu haben."

Die **Mailänder Ztg.** vom 26 Sept. enthält die Bekanntmachung daß das Appellationstribunal für die venezianischen Provinzen wieder nach Venedig verlegt ist; ferner das Ausschreiben bezüglich einer Staatsanleihe für das Reich.

Schweiz.

*** **Von der Aar,** 28 Sept. Die ansehnliche Vermehrung der österreichischen Streitkräfte im Vorarlberg und an der Gränze von Graubündten und Tessin machen den schweizerischen Staatsmännern mehr Besorgnisse als sie sich merken lassen. Mag auch der schweizerische Consul in Mailand ganz beruhigende Zusicherungen erhalten haben, immerhin hat dieser dichte Cordon von weißen Röcken, der von Val Tellina bis Varese sich herunterzieht und mit jedem Tag compakter wird, kein freundliches Gesicht für die Eidgenossenschaft, deren Gränzen, Dank dem System kleinherziger Sparsamkeit, gegen Süden noch weit weniger geschützt sind als gegen den Bodensee. Die Anhäufung österreichischer Truppen im Vorarlberg wird jetzt sogar von der Basler Zeitung zugestanden, welche bekanntlich jedem unnützen Allarmgeschrei noch abholder ist als die immer beschwichtigende und vermittelnde Neue Züricher Zeitung. Letztere, welche seit Daverio's Tod an Witz und Abonnenten verloren, beachtet die österreichischen Truppenbewegungen noch weniger als die plumpen Drohungen preußischer und badisch reactionärer Blätter, und sucht ihre treugebliebenen Leser damit zu beruhigen daß die Viehausfuhr nach Italien überaus lebhaft sey, und daß auch dem Käsehandel günstige Hoffnungen blühen. — Sämmtliche ungarische Ueberläufer sind wieder nach der Lombardei zurückgekehrt. Man wollte ihnen die Mittel geben nach Frankreich zu gehen und in die Algierer Fremdenlegion einzutreten. Da sie auf diesem Wege keine Aussicht hatten ihr Vaterland wiederzusehen, lehnten sie das Anerbieten ab und zogen die Rückkehr in ihr Regiment vor, obwohl sie trotz der verkündigten Amnestie in Como einen unangenehmen Empfang befürchteten.

Aegypten.

(Corresp. der **Times.**) **Alexandria,** 12 Sept. Abbas Pascha ist so eben von einem Ausfluge nach Unterägypten, wo er Gelder eintrieb und dabei in der Stadt Tantah im Delta an dem Schrein eines berühmten Heiligen betete, nach Kairo zurückgekehrt. Die Angelegenheiten des Landes gehen ihren gewohnten ruhigen Gang, ohne daß man viele Sorge darauf verwendet, denn der Pascha verbringt seine meiste Zeit mit religiösen Ceremonien, und dann mit seinen Hunden, Pferden und Tauben. Die neue Stadt Abbasiyeh, die der Vicekönig in einiger Entfernung nördlich von Kairo bauen läßt, macht Fortschritte, indem Se. Hoh. seine Vornehmen und obersten Staatsbeamten Paläste daselbst zu bauen nöthigt; die Straßen sind bereits ausgesteckt. Der Transit von und nach Indien wird von dem jetzigen Oberpostmeister Khair-eddin Pascha in sehr gutem Betrieb erhalten, und die macadamasirte Straße durch die Wüste zwischen Kairo und Suez, deren Anlage ein griechisches Haus übernommen hat, rückt sehr befriedigend vor. Am 27 Aug. lief hier das brittische Dampfboot „Growler" ein mit zwei Söhnen des Kaisers von Marokko an Bord, die ihre Pilgerfahrt nach Mekka machen. Ein Dampfboot der ostindischen Compagnie wird sie von Suez nach Dschedda auf dem rothen Meer überführen, und bei ihrer Rückkehr wird der „Growler," der mittlerweile an die Küste von Syrien abgesegelt, sie wieder in Alexandria abholen. Am 1 Sept. starb Mehemed Ali's Lieblingsweib, die Mutter Said Pascha's, der auf solche Weise seine beiden Eltern binnen Monatsfrist verloren. In Baumwolle wurden in letzter Zeit gute Geschäfte gemacht, in den letzten zehn Tagen wurden ungefähr 45,000 Ballen umgesetzt, durchschnittlich zu 10 Thalern per Cantar.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 28 Sept. 3proc. 56.10; 5proc. 80.10; Bankactien 2335; belg. 5proc. 97$^5/_8$; Anleh. v. 1842 97; neap. 5proc. 88; span. active 21$^1/_4$; 3proc. 35; innere Schuld 27$^1/_4$; piem. 885; St. Germain E.-B. 415; Vers. rechte 211 25; linke 172 50; Paris-Orleans 745; Rouen 530; Straßburg 351.25; Nordbahn 438.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 301.25; Bordeaux 410; Tours-Nantes 292.50; Mont.-Troyes 115; Bordeaux-Teste 35.

Augsburg, 1 Oct. (5 fl. K. Corr. = 6 fl. i. 24$^1/_2$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83$^3/_4$ P. Hamburg 1 M. 73$^1/_8$ P. Wien in 20ern 1 M. 95$^1/_4$ G. Triest 1 M. 96 G. Frankfurt a. M. 1 M. 99$^7/_8$ P. Nürnberg 1 M. 99$^1/_2$ G. Berlin 1 M. 105$^1/_4$ P. Leipzig 1 M. 105$^1/_4$ P., in die Messe 105$^3/_8$ G. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10.3 G., 3 M. 10.1 G. Paris 1 M. 118$^3/_4$ P. Lyon 1 M. 118$^1/_2$ G. Marseille 1 M. 118$^3/_8$ G. Mailand 1 M. 60$^5/_{16}$ G. Genua 1 M. 52$^3/_8$ G. Livorno 1 M. 61$^1/_2$ G.

Augsburg, 1 Oct. Bayer. 3$^1/_2$proc. Oblig. 85$^1/_2$ G. 4proc. 92 G. 5proc. 100$^5/_8$ G. Bankactien II. Sem. 645 G. Promessen 60 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1120 G. Württ. 3$^1/_2$proc. 84$^1/_8$ P. 4$^1/_2$proc. 94$^1/_2$ G.

Hamburg, 28 Sept. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. 93. Berl.-Hamb. E.-B.-A. 75$^1/_2$. Altona-Kiel 97 P. Mecklenb. 35$^1/_2$. Rendsb.-Neum. 110 P. Glückst.-Elmsh. 26 P. Neue 3$^1/_2$proc. Hamb. Anl. 84$^3/_8$. Hamb. Staats-Präm.-Obl. —. Hann. 5proc. 106. Russ. 5proc. engl. Anl. 105$^1/_4$. Dän. 3proc. engl. Anl. 72 P. Schwed. 4proc. 98$^1/_2$. Norw. 4proc. 99$^1/_4$. Amerik. 6proc. 106.

Berlin, 29 Sept. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. 106$^1/_4$ G. Staatsschuldsch. 80$^1/_2$ G. Prämiensch. 101$^1/_4$ P. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. 91$^1/_2$ G. Berl.-Hamb. 78 P. Berl.-Stett.-Starg. 101 G. Berl.-Potsd.-Magd. 61 bz. Halle-Thüringer 64$^3/_4$ P. Köln-Minden 93$^3/_8$ G. Köln-Aachen 49$^1/_2$ P. Düsseld.-Elberf. 68 G. St.-Vohw. 30 P. Niederschles.-Märk. 84$^1/_4$ P. Oberschl. A. 106 bz. dito B. 103 P. Krakau-Oberschl. 62$^1/_2$ G. Berg.-Märk. 51$^1/_2$ G. Starg.-Posen 84$^1/_4$ G. Magd.-Wittenb. 62$^3/_4$ P.

♀ **Wien,** 29 Sept. In der heute abgehaltenen Generalversammlung der Actionnäre der Kaiser Ferdinands-Nordbahngesellschaft wurden folgende Beschlüsse gefaßt: a) Wurde der Antrag der Direction auf Umstaltung des Oberbaues in einer Strecke von etwa 40 Meilen genehmigt. b) In Betreff der hiezu erforderlichen Geldmittel, welche sich auf nicht weniger als 6 Millionen Gulden belaufen, wurde die Gesellschaft ermächtigt vorläufig 1$^1/_2$ Millionen aufzunehmen, welche Summe der Staat gegen Sicherheit und gegen Verzinsung von 5 Procent der Gesellschaft darzuleihen sich bereit erklärte. c) Dieses Darleihen wird sich den frühern Prioritäts-Obligationen der Nordbahn anschließen. d) Die Umwandlung der schwebenden in eine fundirte Schuld wurde vorerst verschoben. e) Die austretenden Directionsglieder wurden einstimmig wieder zu Directoren gewählt. Aus den Rechnungsvorlagen ergibt sich daß der Geldbedarf der Unternehmung mit den erwähnten 1$^1/_2$ Millionen bis Ende 1850 gedeckt ist, sowie daß die Bahn während des ersten diesjährigen Semesters (Januar bis Julius 1849), ungeachtet daß das Januarerträgniß wegen der heuer stattgefundenen Zerstörung der Donaubrücke nur 1600 fl. netto getragen hat, ein Reinerträgniß von 2 Procent für das erste Semester abgeworfen hat. Diese im ganzen nicht ungünstig aufgenommenen Ergebnisse der Generalversammlung bewirkten eine lebhaftere Kauflust in Nordbahnactien, welche sich bei regem Verkehr um 1$^1/_2$–2 Procent höher stellten. Auch in Pesther sowie in Donaudampfschifffahrtsactien herrschte, in Folge der bestätigten (wenngleich noch nicht officiell kund gemachten) Capitulation Komorns, mehr Nachfrage. Fonds und Devisen variirten wenig, doch schlossen letztere zu Ende der Börse etwas flauer. Comptanten ziemlich unverändert. Wir notiren nach der Börse (3$^1/_2$ Uhr): 5proc. Metall. 95$^3/_8$–$^1/_2$, 2$^1/_2$proc. Banco-Oblig. 50–50$^1/_2$, Loose vom J. 1834 162$^1/_2$–163, Loose vom J. 1839 114$^1/_4$–$^1/_2$, Bankactien 1205–1207, Nordbahnactien 112–112$^1/_4$, Mailänder 84–84$^1/_4$, Pesther 82–82$^1/_4$. London (in l. S.) 10.40 P., Hamburg 156 P., Augsburg uso 108$^1/_2$ P., Frankfurt 108$^1/_2$ P., Amsterdam 146$^1/_2$ P., Paris 126$^1/_2$ P. Goldagio für kais. Münzducaten 10$^1/_2$ Proc., Silberagio 6–6$^1/_2$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Berlin.

♀ **Berlin,** 28 Sept. In der ersten Kammer richtete heute der Abgeordnete v. Ammon eine Interpellation an den Minister des Auswärtigen in Beziehung auf die „Uebungsfahrt der deutschen Flotte nach dem mittelländischen Meer.“ In der Motivirung der Interpellation heißt es im wesentlichen: Die vielfach verbreitete Nachricht daß die in der Weser stationirte deutsche Flotte von der bisherigen provisorischen Centralgewalt den Befehl erhalten hat sich bis zum 15 Oct. segelfertig zu halten, und daß von einer Uebungsfahrt in das mittelländische Meer, resp. von einer Ueberwinterung in dessen Häfen die Rede ist, erregt große Beunruhigung. Die Flotte bildet den Keim einer deutschen Seemacht, sie ist erworben hauptsächlich aus Matricularbeiträgen deutscher Staaten und zum großen Theil Preußens, während Oesterreich keine Beiträge geliefert und sich auch in diesem Punkt isolirt hat. Die zuletzt von Oesterreich wie von der Centralgewalt eingenommene Stellung erregt dringend die Besorgniß daß die Flotte auf immer rechtswidrig ihren Eigenthümern entzogen und dem Dienste Oesterreichs zugewendet werden könnte, umsomehr als die factisch bestehende Centralgewalt sich beeilt hat die Mannschaften der Flotte vereidigen zu lassen, um sie dadurch von ihrem einseitigen Willen abhängig zu machen. Die Vertreter des preußischen Volks sind verpflichtet sich über den Grund der angeregten Besorgnisse und über die eventuell zu ergreifenden Maßregeln Aufklärung zu verschaffen. In seiner Rede führte der Interpellant dieß weiter aus, und mahnte die Regierung dringend in Erhaltung der Flotte, zu deren Errichtung Preußen 4 Millionen Thaler beigesteuert habe, die Ehre Deutschlands und Preußens zu wahren. Der Minister v. Schleinitz antwortete: Die Regierung habe mit der von ihr nicht mehr anerkannten Centralgewalt in Sachen der Flotte nicht in Unterhandlung treten können; dieß sey von Hannover geschehen; die Unterhandlungen schwebten noch, und er müsse sich begnügen zu sagen daß Hannover im Einverständnisse mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten für Erhaltung der deutschen Flotte Sorge tragen werde. Noch habe indeß die Regierung keine authentischen Nachrichten daß der Flotte befohlen sey sich segelfertig zu halten. Trotz der schnellen Vereidigung könne sie nicht glauben daß die Centralgewalt einseitig über deutsches Gemeingut verfügen, und damit einen entschiedenen Treubruch begehen wolle. Sie werde indeß diese Angelegenheit mit Wachsamkeit verfolgen, und die geeigneten Mittel ergreifen um die Rechte Preußens und der verbundenen Staaten zu wahren. Die Kammer nahm außerdem einen Antrag von Ammon an: „dem Staatsministerium die Vermehrung der zur Unterstützung für die Elementarschullehrer für 1849 aus allgemeinen Staatsfonds bestimmten Summe mindestens bis auf die Höhe welche in den Jahren 1846 und 1847 gewährt ward, dringend zu empfehlen.“ Sie genehmigte, nach Anhörung des Commissionsberichts über „die am 6 Jan. erlassene Einführungsverordnung zur allgemeinen Wechselordnung in Deutschland,“ die 9 Paragraphen des Gesetzentwurfs mit Ausnahme des §. 5 (Angabe der allgemeinen Feiertage), dessen Streichung sie beschloß. In der zweiten Kammer wurde heute der Bericht der Commission für die zuletzt gemachten Vorlagen in der deutschen Angelegenheit verlesen. Darin ist unter anderm gesagt: „Es ist freilich ein befremdender Umstand daß der diesseitige Bevollmächtigte nicht für nöthig gehalten hat die von ihm in dem Entwurf vorgenommene Abänderung zur Kenntniß seiner Regierung zu bringen; es ist allerdings eine bedauernswerthe Folge dieser Unterlassung daß die von der Regierung den Kammern gemachte Vorlage von Wien aus eine Berichtigung erfuhr; allein der Regierung fällt bei diesem Vorgange nichts zur Last; es muß vielmehr anerkannt werden daß sie in ihren betreffenden Mittheilungen an die Kammer offen und ohne Rückhalt verfahren hat. Der Unterschied zwischen beiden Entwürfen würde, auch wenn er der Kammer bei den Verhandlungen vom 6 und 7 d. M. bekannt gewesen wäre, weder die Anerkennung des freundschaftlichen Verhaltens der königl. Regierung gegenüber Oesterreich vermindert, noch sonst auf das Ergebniß eingewirkt haben.“ Referent v. Beckerath fügte hinzu: „Die Commission hat sich nicht veranlaßt gesehen mit der Berichterstattung einen Antrag zu verbinden. Ich möchte jedoch Ihre Aufmerksamkeit auf die Stelle der Depesche des Hrn. v. Canitz lenken, wo gesagt wird daß schon im Mai die österreichische Regierung die provisorische Centralgewalt für eine Unmöglichkeit hielt. Es ist gewiß sehr bedauerlich daß sich die Verwaltung deutscher Angelegenheiten in der Hand einer Behörde befindet die von keiner der beiden Großmächte anerkannt wird. Für Preußen und die verbündeten Staaten hat dieß noch den besondern Uebelstand daß die deutsche Flotte, an deren Errichtung diese Staaten den meisten Antheil haben, ebenfalls unter dieser Behörde steht. Die Verständigung über diese Angelegenheit wird indeß um so einfacher seyn als von den Staaten welche dem engern Bündniß nicht beigetreten sind, nur Württemberg zur deutschen Flotte beigesteuert hat. Für jetzt bitte ich nur davon Act zu nehmen daß die österreichische Regierung die Centralgewalt schon im Mai l. J. rechtlich nicht mehr anerkannt hat.“ Die Versammlung ging hierauf zur Berathung des Titel VI der Verfassung über und nahm die Beschlüsse der ersten Kammer größtentheils an.

♃ **Berlin,** 28 Sept. Der Bevollmächtigte Lübecks ist hier angekommen mit der Befugniß den Anschluß der freien Stadt an das Dreikönigsbündniß zu ratificiren. Es ist von ihm nur das Bedenken ausgesprochen worden daß, falls Holstein nicht beiträte, die Handelsinteressen Lübecks leiden würden. Das Ministerium hat ihn aber hierüber zu beruhigen gewußt. Die Nachricht von dem definitiven Zurücktritt Hannovers ist unbegründet. In der letzten Zeit ist überhaupt nichts dem Bündniß ungünstiges vorgefallen. Leider wird aber von traurigen Zuständen in Schleswig gemeldet. Der Graf Eulenburg gibt hauptsächlich Dänemark die Schuld, welches nichts thue die Gemüther zu versöhnen.

Cesare Balbo's Storia d'Italia.

Rt. **Neapel,** Sept. Dieß ist ein Buch von geringem Umfange: ein mäßiger Band umfaßt Italiens ganze Geschichte, von den Ursprüngen an bis zu der Restauration des Jahres 1814. Aber es ist ein schönes und gutes Buch, und das erste in Italien welches diese Geschichte im Zusammenhange und unter einem und demselben Gesichtspunkt dargestellt. Des Verfassers Name ist bekannt genug: Historiker und Philosoph, erhob sich Cesare Balbo stets über den antiquarischen Standpunkt, suchte stets nach dem Zusammenhang zwischen Vergangenheit und Gegenwart; ein christlicher Philosoph, verfolgte er in der Geschichte das Walten der Gotteshand, und verlieh durch das unablässige Streben nach solcher Erkenntniß und der daraus sich entwickelnden Lehre auch der mühsamen Forschung Leben und Farbe. Sein staatsmännisches Wirken in stürmischer Zeit, waren auch dessen Ergebnisse nicht klar und befriedigend wie die litterarischen, hat durch Festhalten an seinen Ueberzeugungen die Achtung vor seinem persönlichen Charakter bewahrt und bekräftigt. Für den aufmerksamen Leser von Balbo's berühmtgewordenem Buche Delle Speranze d'Italia ist es kaum denkbar daß er im Frühling vorigen Jahres wirklich glauben konnte der Augenblick der Losreißung des größten und schönsten Theiles Ober-Italiens von dem fremden Staatskörper sey gekommen: ihm konnte das Unreife der Zustände nicht entgehen. Aber es erklärt sich einem solchen leicht wie er, auch ohne diese Ueberzeugung, dem Drange seines Volkes, von welchem damals gewiß nicht der revolutionäre Theil allein dieser Richtung folgte, seine Mitwirkung nicht versagen konnte noch wollte. Das gegenwärtige Buch, 1845 — 46 geschrieben, ist der oben berührten Zeit vorausgegangen: wie aber „coming events cast their shadows before,“ finden sich in demselben die Keime dessen was die neueste nationale Bewegung Italiens an Wahrem und Gutem hervorgebracht hat, und was der Nation nicht verloren gehn wird, ist es auch momentan vom Unkraut der bösen und zügel- wie maßlosen Leidenschaften überwuchert worden, die es in der Entwicklung hemmten und seine Natur zu fälschen suchten, und dadurch Schmach und Unglück über das Land brachten. Eine doppelte Signatur geht durch das Buch, dem Ganzen wie jedem einzelnen Theile seinen specifischen Charakter gebend: des Verfassers patriotische und katholische Gesinnung leuchtet aus allem hervor, entschieden, aber nicht schroff, stark, aber milde. Seine früheren Schriften ließen dieß erwarten. In ersterer Hinsicht spricht er klar aus: die Summe von Glück und Elend einer Nation liegt ihm in der Erhaltung oder im Verluste der Unabhängigkeit. „In der Geschichte wie in der Wirklichkeit“ sagt er, von den Ottonen und ihrer Zeit redend, „gibt's keinen herbern Schmerz als die Fremdherrschaft mehr denn die einheimische loben zu müssen. Doch über alles die Wahrheit. Aus ihr allein entspringen die guten Lehren: hier die daß im Endresultat eine fremde Regierung, mag sie auch noch so gut seyn, für die Nation verderblicher wirkt als eine noch so schlechte nationale — denn diese geht vorüber und gewährt bessern Geschicken Raum; jene, je weniger schlimm sie ist, macht die fremden Fesseln um so erträglicher und schmiedet sie so fester und fester. Von dem großen und guten Otto an blieb, mit Ausnahme eines so kurzen Zeitraums daß er beinahe wie Rebellion aussieht, die Kaiserkrone 840 Jahre lang den Deutschen; die lombardische Krone gehört ihnen heute noch, und bis auf unsere Tage war die Nation mehr oder minder, doch immer abhängig. Die Städte welche wir bald befreit, bald sich befreien sehen, waren niemals vollkommen frei, selbst nicht dem Namen nach, selbst nicht in den Ansprüchen die sie erhoben: immer erkannten sie die Oberherrlichkeit des fremden Kaisers, und viele Päpste

anerkannten dieselbe und die meisten Fürsten, und die wenigen die sich deß weigerten, litten unter der Uebermacht, was aufs nämliche herauskommt. Hält man dieß nicht fest, so versteht man unsere spätere Geschichte nicht, die verschieden ist von allen gleichzeitigen und glücklicheren. Die Feststellung des größern oder geringeren Grades der Unabhängigkeit einer Nation ist die hauptsächliche Erklärung oder Philosophie ihrer Geschichte, und da man jene vernachlässigt hat, besitzen wir keine einzige befriedigende Geschichte Italiens." Und so verweilt er, mit ernster Hindeutung auf die Fehler, Mißgriffe und Sünden, bei den Zeiten in denen zu einer nationalen Staateneinheit Italiens mit mehr oder minder Aussicht der Grund sich legen ließ, oder selbst wenig daran fehlte daß sie vollständig erzielt worden wäre, bei der Gothenherrschaft zu deren Beurtheilung er nicht die gewohnten Vorurtheile mitbringt, beim Ausgang des fünfzehnten Jahrhunderts, in unsern Tagen. Verdienst und Schuld, wo sie aufs Allgemeine wirkten, werden immer mit dem Maßstab der Independenz gemessen. Dieselbe Consequenz gewahren wir in der katholischen Gesinnung. Von vornherein wird Italiens bevorzugte Stellung hervorgehoben als „Centrum der Christenheit, eine Stellung wie alle dieser Welt mit Rechten und Vorzügen bedacht, mit Pflichten belastet welche unvergängliche wurden." Streng katholisch ist das Urtheil über die lutherische Reformation. „Die Kirchenspaltung brachte der Christenheit weder die politische noch die philosophische Freiheit die wir seit Jahrhunderten hatten; sie brachte nur jene Freiheit des Glaubens welche in einer geoffenbarten Religion unzulässig ist. Diese Spaltung nahm auf mehr denn ein Jahrhundert die Christenheit in Anspruch, entzog ihr die Kraft zu bessern Werken, verhinderte ihre Fortschritte in Deutschland, in Frankreich, in England wo sie heute noch die Einheit vernichtet. Für Italien sodann ward sie der Grund eines damals neuen Uebelstandes, der vielleicht noch nicht gehoben ist. Aus der Reform, aus dem Bedürfniß, ja der Pflicht der Päpste sich ihr in Deutschland in den Weg zu stellen, entsprang ihre Annäherung an die Kaiser, die so im Widerspruch mit den Traditionen, daß sie ohne solchen Grund mit der Natur des Papstthums selbst im Widerspruch stehen würde." (?) „Es wäre naturgemäß und traditionell gewesen daß der Papst sich der Kaisergewalt widersetzt hätte, nachdem dieselbe unter Carl V durch die Erwerbung beider Sicilien zu der Höhe gelangt war auf der sie einst unter den Hohenstaufen gestanden, und noch höher zu steigen drohte wie sie denn wirklich stieg. Weder Leo X noch die feingebildete römische Curie konnten solche Erinnerungen unbeachtet lassen oder deren Wesen verkennen: sie schlossen sich auch anfangs Franz I an. War es aber schon die Einwirkung der neuen geistlichen Politik der Päpste, war es Leo's persönlicher Ehrgeiz: bald verbündete sich dieser mit Carl V. Von diesem Tage an waren, mit wenigen Ausnahmen, die Päpste beinahe alle kaiserlich und österreichisch gesinnt; sie verließen die nationale Sache welche Gregor VII und Alexander III, und die beiden Innocenze als Herrscher und Kirchenfürsten so groß gemacht hatte. Es hat seitdem viele gute Päpste gegeben, bis jetzt aber keinen welchem selbst die kirchlichen Schriftsteller Namen und Lob eines großen Politikers hätten ertheilen können." Dieß ist die politische Auffassung des Pontificats welche, von Balbo selbst wie namentlich von Gioberti anderwärts entwickelt, von einer Partei welche, scheinbar mit ihnen gehend, und sie eine zeitlang täuschend, ganz andere Zwecke verfolgte, auf die Spitze gestellt so viele Irrthümer veranlaßt, so großen Ruin nach sich gezogen hat.

Man muß nicht glauben als ließe sich Balbo durch die Gesinnung, deren Stempel dem ganzen Buche aufgedrückt ist, zu extremen Consequenzen hinreißen. Ueberall zeigen sich schöne Mäßigung, gerader Sinn, Sinn für Recht und strengste Achtung vor dem Moralgesetz. Nichts wird beschönigt, nichts aus principiellem Vorurtheil oder falscher Vaterlandsliebe in unwahres Licht gestellt. Kein Verschweigen der Unehren des Papstthums des 10—11ten, des 15—16ten Jahrhunderts, kein Kokettiren mit der Rebellion, mit den verschiedenen mißrathenen römischen Aufstandsversuchen, bei denen zu leicht etwas Häresie mitunterlief, welche von manchen Neueren mit so großer Indulgenz behandelt wird, kein Ueberschätzen der Zustände der Comunenfreiheit, keine Vergötterung des Cinquecento. „Die heitern, pomphaften, oberflächlichen, leichtsinnigen und bisweilen selbst etwas sorglosen Naturen pflegen im Leben mehr denn andere Glück, nach dem Tode Ruhm zu finden. So war, solches Geschick hatte Papst Leo X, gewiß kein großer Politiker und viel weniger noch ein großer Papst. Nach Alexander VI, der zu verderbt und schlecht um auch nur ein Protector der Künste und Wissenschaften zu seyn, nach dem jähzornigen Julius II, welcher selbst als Protector seine Leidenschaft nicht meisterte, mußte großer Jubel unter dieser Schaar von Litteraten und Künstlern seyn welche, wie Tänzerinnen zwischen Kriegern, unter den rohen fremden Gästen, unter den finstern Politikern und Italiens trauernden Völkern sich umherbewegten. Wer sich ein richtiges Bild dieser seltsamen Zeiten machen will, darf dieß fröhliche Häuflein nicht außer Acht lassen: ein solcher Contrast von Festen und Schmerzen bestand nicht, oder zum mindesten währte nicht, zu Pericles, Augustus', Ludwigs XIV Tagen. Hier war das Vaterland in den Händen der Fremden, und der Fürst dachte nur daran seinen Verwandten in Florenz und Urbino eine Herrschaft zu gründen. Hier erstand der nach Arius größte der Häresiarchen, und der Papst wähnte er sey ein unruhiger Mönch geringer denn Savonarola, und werde wie dieser enden; und fuhr fort bauen und malen und schreiben und Komödien aufführen zu lassen welche das sitteneinfache Deutschland scandalisirten. Kurz, moralisch, politisch und religiös war es, der Ausdruck ist nicht zu stark, ein wahres Civilisations-Bacchanal." Arnaldo da Brescia, Cola di Rienzo, Savonarola werden auf ihren wahren Gehalt beschränkt, das strengste Strafgericht ergeht über die Borgias, und über Venedigs egoistische Staatsklugheit, welche vielleicht zu hart beurtheilt wird, und wie Macchiavell und Guicciardini von der moralisch-politischen Seite den schärfsten Tadel erfahren, so Boccaccio außer in moralischer auch in litterarischer Beziehung. „Anmuthig war er, nützlich nicht in seinen Erzählungen, sowohl weil er diesem Genre nicht die sittlichen und politischen Zwecke unterzulegen verstand, zu welchen später andere und namentlich der größte italienische Romandichter unserer Tage es benutzten und erhoben, als auch weil er es bloßem Vergnügen, oft gemeiner fast immer schlüpfriger Gattung dienen ließ, endlich weil er, der größte Prosaist seiner Zeit aber ein Spaßmacher, vielleicht zum Scherz Nachahmer des runden und geblümten Styls mancher Alten ward und so die italienische Prosa auf den Weg der lateinischen führte, die für unsere Sprache so unnatürlich als widerwärtig ist. Ein großer Nachtheil an welchem unsere Litteratur noch krankt, der Nachtheil daß jener Schriftsteller welcher unsere Prosa bildete und deren erstes Muster ward, ein spaßhafter Novellist war, wie es einer benachbarten Nation zu gleichem Vortheil gereichte daß sie zwei ernste Denker und Mathematiker, Descartes und Pascal, zu Bildern ihres prosaischen Styls hatte."

Die politische Idee welche durch dieß Buch geht, ist die der Föderation der italienischen Staaten. Wie an andern Orten, spricht sie sich bei der Erwähnung der Bestrebungen Lorenzo's de' Medici aus. „Wenn Cosimo der Urheber und Ordner des Bündnisses zwischen Mailand, Florenz und Neapel war, jenes Bündnisses welches einer wahren italienischen Conföderation gleichgalt, so gebührt Lorenzo'n die Anerkennung dasselbe in vielleicht noch schwierigeren Zeiten, jedenfalls mit geringeren ja schlechten Menschen aufrecht gehalten, es vor dem Sturze bewahrt, es wo Aenderung nöthig war erneut zu haben. Und es ist eine Thatsache daß, mögen auch Namen und Einzeldinge je nach Zeit und Umständen wechseln, diese Verbindung von drei großen nationalen Staaten im Norden, im Centrum und im Süden Italiens vielleicht die einzige in Italien mögliche Conföderation, die einzige ist welche jemals die Nationalität der Halbinsel wird retten oder wieder erringen können. Gewiß war sie damals die einzige, und mit Lorenzo's Tode zerfiel sie und ist noch nicht wiedererstanden. Und dann begann das Zeitalter der italienischen Staaten unter fremder Obergewalt, einer Obergewalt die in ihren verschiedenen Erscheinungen bekämpft, mit Geduld ertragen, nach dieser und jener Seite hin ins Gleichgewicht gebracht worden ist, aber jedenfalls gewährt hat und Gott weiß wie lange währen wird." Kaum ein Jahr nachdem dieß geschrieben worden, ward die Wiedererweckung eines solchen Bündnisses angestrebt, mit einem Centrum welches weder Cosimo noch Lorenzo gesucht hatten, welches aber, was auch immer man über politische Utopien spötteln möge, das schönste und natürlichste war, mit dem Centrum in Rom und im Papstthum. Aber das unglückliche Jahr 1848 vernichtete alles, und stellte selbst die Schaffung eines Bundes für bloß materielle Interessen unsicherer Zukunft anheim.

Noch ein anderer politischer Zweck aber hat dem Verfasser dieses Buches vorgeschwebt: die Feststellung der Bedeutung des Hauses und der Monarchie Savoyen-Piemont für Italien. Er äußert sich darüber wo er zur Restauration des Staates durch Herzog Emanuel Filibert (1559) gelangt: „Blickt man auf die italienischen Staaten der Zeit, so gibt sich allerdings ein großer Fortschritt darin kund daß deren Zahl von jener einige 60 Jahre früher bestandenen Menge von Fürsten, Herren und Städten sich, mit Ausschluß der kaiserlichen Feudatare, auf nicht ganz ein Duzend reducirt hatte. Die Fremdherrschaft jedoch wog diesen Fortschritt wieder auf: sie verdarb alles und ließ keinem dieser Staaten freie Bewegung. Italien war oben und unten und in der Mitte gekettet, in der Lombardei, in Neapel, im Papste. Nur das Haus Savoyen konnte sich, Dank der Nähe Frankreichs, von diesen Ketten lösen und lösete sich: in Piemont allein erhielt sich und wiedererstarkte etwas von italienischem Leben. Die vaterländischen Geschichtschreiber, einst Nachahmer der Alten dann der Cinquecentisten, welche Piemont vernachlässigt hatten als es für Italien Null war, fuhren fort es wenn nicht ganz, doch zu sehr zu vernachlässigen. Botta war der erste welcher ihm seine wahre Bedeutung einräumte, wenn-

gleich noch mit einiger Schüchternheit gleichsam als stände es ihm einem Piemontesen nicht gut an die Geschichte Italiens auf wenig mehr als die Geschichte Piemonts zu reduciren." Von jenem Zeitpunkte an bis zu den Revolutionskriegen theilt nun Balbo die Ereignisse auf der gesammten Halbinsel nach den Regierungsjahren der savoyischen Fürsten ein, was besser gerechtfertigt seyn würde, wären alle diese Fürsten wie Emanuel Filibert oder Victor Amadeus gewesen. Es ist schon längere Zeit her seit ich in diesen Blättern, bei Gelegenheit der von F. Carron di S. Tommaso veranstalteten, von L. Scarabelli herausgegebenen Urkundensammlung zur piemontesischen Geschichte, auf die Vergrößerungspläne des savoyischen Hauses hindeutete welche seit den Zeiten Amadeus' VIII, der schon 1434 in die Einsamkeit von Ripaille am Genfersee sich zurückzog, auf die Lombardei gerichtet waren, erst sechzehn Jahre nachdem durch das Aussterben der Piemont beherrschenden Fürsten von Achaia der savoyische Hauptstamm eigentlich Platz genommen hatte unter den italienischen Fürsten. Es war meine Absicht gewesen diesen Gegenstand in einer besondern Abhandlung weiter auszuführen, und die neuesten Ereignisse würden einer solchen Arbeit Interesse verliehen haben: anhaltender Ortswechsel hat mich daran verhindert, und auch jetzt kann ich, Balbo's Geschichterzählung zu Grunde legend, nur einzelne kurze Andeutungen beifügen.

Was jener Amadeus durch Familienvertrag zu erlangen gesucht hatte, indem er die Erbschaft seines Schwiegersohns, des letzten Visconti, anzutreten hoffte (wogegen das schon gleich nach seinem Gründer heillos und rettungslos verdorbene Sforza'sche Haus zum Unglück Italiens emporkam), versuchten seine Nachfolger durch Waffenmacht zu gewinnen. Nicht Emanuel Filibert und die zunächst auf ihn kommenden: jener war durch seine ganze Bildung und Antecedentien zu gut spanisch-kaiserlich gesinnt; diese, namentlich der unruhige Karl Emanuel I (1580 — 1630), hatten zu viel im eignen Hause zu thun und waren zu sehr durch den natürlichen Wunsch in Anspruch genommen durch den Erwerb von Montferrat und Saluzzo die Erbstaaten abzurunden und die gefährlichen französischen Nachbarn aus den letzten Alpenburgen, deren wichtigste Pignerol, zu verscheuchen. Dasselbe Bestreben, dasselbe Ziel veranlaßte im spanischen Erbfolgekriege Victor Amadeus, den größten Herrscher des Hauses, 1703 das französische Bündniß zu verlassen und sich dem Hause Habsburg anzuschließen: er gewann so auf immer Montferrat, aber er hatte keinen besondern Grund sich des Bundesgenossen zu rühmen der ihm später Sicilien entriß, für welches Sardinien schwachen Ersatz bot. (Balbo, so sehr ihm das Interesse Piemonts am Herzen liegt, faßt die italienischen Angelegenheiten zu sehr unter allgemein-patriotischem Gesichtspunkte auf um nicht einzusehn und wiederholt auszusprechen daß die Trennung der beiden südlichen Reiche nimmer Heil bringen kann und ein unnatürliches Verhältniß herbeiführen muß — eine Wahrheit welche die Sicilianer im vorigen Jahr leider nicht erkannten.) Im Utrechter Frieden vergrößerte sich der Staat auf der lombardischen Seite durch den Erwerb des Restes von Montferrat, Alessandria's, der Lomellina und des Val di Sesia, und Piemont trat zuerst in die Reihe der größern europäischen Staaten — eine Stellung welche Victor Amadeus schon im Ryswicker Frieden (1697) geltend gemacht hatte, nachdem er für Italien die Neutralität in dem damaligen Kampf in Anspruch genommen. Die Zeiten seines Nachfolgers Karl Emanuel I (1730 — 1773) haben in mancher Beziehung mit den unsrigen Aehnlichkeit. Als 1733 der polnische Erbfolgekrieg ausbrach, trat Sardinien auf Frankreichs Seite, weil Frankreich den Erwerb Mailands vorspiegelte. Im October nahm der König das ganze Land bis zum Oglio und legte sich den Titel eines Herzogs von Mailand bei: seine Bundesgenossen die Franzosen riethen bis zum Mincio und gegen Tirol vorzudringen, er aber wollte sich mit dem Erworbenen begnügen und ließ den Kaiserlichen Zeit wieder Athem zu schöpfen, und die Folge war daß er im Wiener Frieden 1735 nur Novara und Tortona behielt, „ein kleiner Theil glänzender Hoffnungen." „Des Königs Irrthum, vielleicht der Irrthum seines ganzen Lebens, war diese zuweitgehende Mäßigung und Vorsicht welche die Gränze des Nöthigen zu überschreiten fürchtet: er bedachte nicht daß es im Kriege Zweie zu erobern gilt um eines zu behalten."

Im Sommer 1848 stand der Nachfolger Karl Emanuels am Mincio: Oesterreich von allen Seiten gedrängt bot ihm Mailand um den Frieden; er schlug es aus, weniger wohl weil sein persönlicher Ehrgeiz dadurch nicht befriedigt ward, sondern weil er gerade dem Vorwurf persönlichen Ehrgeizes durch das Ablehnen dieses glänzenden Siegespreises begegnen wollte*). Und das Waffenglück wandte sich entschieden gegen ihn, den Vorwärtsdringenden, wie gegen Karl Emanuel den Stehenbleibenden, und sein Sohn war froh ein Jahr darauf im drückenden, aber ehrenvollen Frieden die Erbstaaten unversehrt zu erhalten, während sie bei jenem Friedensschluß vor hundertundvierzehn Jahren noch durch ein schönes Stück Land vergrößert wurden.

Es ist schwer aus einzelnen historischen Facten praktische Folgerungen zu deduciren. So viel aber läßt sich mit ziemlicher Gewißheit sagen daß wenn überhaupt Piemont eine günstige Gelegenheit geboten war das Haus Habsburg aus Italien zu verdrängen, dieß beim Beginn des österreichischen Erbfolgekriegs der Fall war. Aber in Maria Theresia's größter Noth schloß Karl Emanuel (Febr. 1742) mit ihr den Wormser Vertrag. Man hat gesagt, und auch Balbo wiederholt es, der Grund dieses unter den gegebenen Verhältnissen kaum zu erklärenden Wechsels der Politik sey die Absicht gewesen welche die gegen Oesterreich verbündeten Staaten Frankreich und Spanien durchblicken ließen, die Lombardei nicht Piemont zu geben, sondern dem spanischen Prinzen von welchem die gegenwärtig in Parma herrschende bourbonische Linie abstammt: es mag seyn, aber es ist vom piemontesischen Standpunkt aus immer ein großer Fehler gewesen. Der König schien ihn zu gewahren als er vier Jahre später sich Frankreich wieder zu nähern suchte, und schon ein Vertrag verabredet war nach welchem Mailand an Piemont fallen sollte — der Vertrag kam nicht zu Stande, und Karl Emanuel, im Herzen Oesterreich abgeneigt, schlug sich nach wie vor tapfer für Oesterreich und erhielt im Aachener Frieden von 1748 noch einige Streifen Landes auf lombardischer Seite. Die spätern Zeiten kommen hier wenig in Betracht; kein Mann von bedeutendem Talent saß mehr auf dem sardinischen Thron; als im französischen Revolutionskrieg Sardinien für seine Existenz kämpfte, stand es allein da, und die Geschicke Italiens wurden nicht durch innere Kraft, sondern durch auswärtige Verhältnisse zur Entscheidung gebracht. Wie endlich jene Traditionen des Hauses Savoyen mächtiger denn je in dem Herrscher wiederauflebten welcher, nachdem das Glück ihn zum zweitenmal verlassen, vor wenigen Monden vom Throne stieg, vor wenigen Wochen an gebrochenem Herzen starb, gepriesen viel und viel gescholten, aber vielleicht die einzige wahrhaft bedeutende und historische Gestalt in dieser ganzen italienischen Bewegung — dieß brauche ich hier nur anzudeuten, während es für den der einst in Balbo's Geist die neue Zeit zu beschreiben hat, der fruchtbarste und lehrreichste Gegenstand seyn wird. Nur Einen kurzen Vergleich noch muß ich zwischen der Gegenwart anstellen und jener Zeit wo Karl Emanuel den Degen ruhen ließ wie auf dem Turiner Karlsplatze der bronzene Emanuel Filibert, sein Roß anhaltend, das schwere Ritterschwert in die Scheide steckt. Ein Jahrhundert ist seitdem verflossen. „Seit zweihundert Jahren, sagt Balbo, von jenen Tagen redend, seit Karl VIII und Ferdinand dem Katholischen war es nicht vorgekommen daß ein so geringer Theil italischen Bodens von fremdem Fuß betreten gewesen wäre." Das hat sich geändert: aus dem nicht großen Herzogthum Mailand österreichischen Antheils, welches auf der einen Seite die Piemontesen beschnitten hatten, während auf der andern die Republik Venedig Brescia und Bergamo zu ihrem Gebiete zählte, ist ein großes und reiches lombardisch-venezianisches Königreich geworden mit nahe an 5 Millionen Einwohnern, mit Alpen und Po als Gränze, mit der Herrschaft über das adriatische Meer als Mitgabe. Und Piemont allein, besiegt, aber nicht verzagend, sucht sich, wer weiß mit welchem Erfolg, frei zu halten vom österreichischen Einfluß, der in diesem Augenblick mächtiger und umfassender als je seit 1821.

Dieß Resultat einer Bewegung, die ihr eigenes Unglück verschuldet hat, ließ sich nicht voraussehen als bei ihrem Beginn Cesare Balbo die Schlußworte seiner Storia d'Italia schrieb: „Von dem Restaurationsjahre 1814 an sind zweiunddreißig Jahre verstrichen, der Zeitraum den man ein Menschenalter zu nennen pflegt. Wir hatten eine Zeit allgemeiner unläugbarer Irthümer: jetzt scheint mir eine Zeit neuen Fortschritts anzuheben. Die restaurirten italienischen Fürsten begannen damit mehr oder minder die Regierungen zu restauriren, wie sie dieselben vor 15 bis 16 Jahren gelassen hatten; sie achteten nicht auf die dazwischenliegenden Thatsachen, nicht auf die Menschen, nicht auf Interessen, nicht auf neue Ansichten — das war ein unermeßlicher Irrthum, welchen alle anerkannt haben, mit Ausnahme vielleicht jener wenigen Ueberlebenden welche vertheidigen was sie ins Werk setzten. Da standen die öffentliche Meinung und die volksthümlichen und nationalen Interessen wider die Fürsten auf. Dieser innere Zwiespalt zwischen Italiens Fürsten und Völkern war zu erklären wie zu rechtfertigen; aber er war unselig, um so unseliger als er in Verschwörungen ausartete die immer unmoralisch und verderblich sind. Das größte Unglück aber kam über uns als dieser Zwiespalt zu Aufständen führte die ohnmächtig gegen schwache Regierungen, unverständig gegen zaghafte, ohnmächtig und unverständig im höchsten Grade einem Fremden gegenüber welcher bei ihrer Unterdrückung noch mehr interessirt ist als die einheimischen Fürsten selber. Dieß, sage ich, war eine erste Zeit schlimmer Irrthümer, wobei Fürsten und Völker sich betheiligten, eine

*) D. h. Karl Albert verweigerte den Frieden zu gewähren für die Erwerbung der Lombardei; diese nahm er aber, und das venetianische Gebiet begehrte er dazu.

traurige Zeit von Spaltungen, die den gewohnten alten, uralten mehr oder minder ähnlich sahen. Seit einigen Jahren aber (irre ich, so irre ich nicht bloß unfreiwillig, sondern fleißigstem Forschen zum Trotz) scheint ein zwiefacher Fortschritt mir außer Zweifel, ein Fortschritt der Fürsten und Regierenden welche ihre Regierung nach der Volksmeinung allmählich verbessern, Fortschritt der Regierten welche von Verschwörungen und Aufständen allmählich ablassen. Wir schreiten auf beiden Seiten vorwärts, aber auf beiden Seiten zu langsam. Der eine erkennt und tadelt diese Langsamkeit des andern: ich gewahre und verkünde sie bei beiden. Auf jeder Seite will man daß auf der andern das Vorwärtsschreiten zum Guten beschleunigt werde. Warum beginnt nicht jeder für sich wie er kann? Den einen scheint's sie haben freie Zeit zu Verbesserungen, zur Erweiterung politischer Formen, zum Gewinnen der öffentlichen Meinung; den andern sie haben freie Zeit Verschwörungen und Revolutionen zu Ende zu führen. Wird die Zeit aber frei bleiben? Das ist heute die Hauptfrage. Nicht wenige Ereignisse bezeichnen diese jüngsten zweiunddreißig Jahre, Ereignisse die uns hätten nützlich seyn können, aber nutzlos blieben weil wir uneins waren und unvorbereitet. Andere werden ohne Zweifel kommen in diesem thätigsten aller christlichen Jahrhunderte." Und die Gelegenheit kam — zum mindesten glaubte man in Italien sie sey gekommen. Aber man war wie ehemals uneins und, bis auf Einen Staat, unvorbereitet, und wie ehemals glaubte man sich helfen zu können durch Verschwörungen und Revolutionen, mochten sie die alten Formen beibehalten oder, in ihrem Wesen nach früherer Weise unverständig und unmoralisch, neue Hülle wählen. Wohin sie geführt haben, liegt zu Tage.

Die argentinische Republik, Dictator Rosas und die englisch-französische Einmischung.

I.

A — ee. Die interessanten Reisebriefe Gerstäckers, welche die Allg. Zeitung in diesen Tagen brachte, veranlassen mich die Verhältnisse der argentinischen Republik etwas näher zu schildern. Seit beinahe zwanzig Jahren kommen über die Händel am La Platastrom nur wirre Berichte nach Europa, falsche Darstellungen und Uebertreibungen sind an der Tagesordnung, und die Diplomatie zweier Großmächte, welche im fernen Südamerika keine Lorbeeren geerntet, trägt sicherlich nichts dazu bei die Dinge ins Klare zu setzen. So kann man denn behaupten daß von zehntausend Zeitungslesern nicht ein einziger einen Ueberblick über die dortigen Vorgänge hat, und doch ist eine richtige Darstellung ebensowohl von historischem wie von politischem Interesse. Die amerikanischen Quellen fließen hier weit reiner als die europäischen.

Buenos-Ayres, La Plata oder die argentinische Republik bildete zur Zeit der spanischen Herrschaft ein weit ausgedehntes Vicekönigreich, zu dem auch das heutige Bolivia oder Hochperu und die jetzige Republik Uruguay, die Banda Oriental, gehörten. Paraguay, jetzt ein unabhängiger Staat, gehörte anfangs zur argentinischen Republik, welche ihre Ansprüche auf dasselbe auch heute noch nicht aufgegeben hat. Es erklärte im Jahr 1813 selbständig bleiben zu wollen, und hat nach Francia's Tode 1842 diese Erklärung wiederholt, ohne sich an den Protest der argentinischen Regierung zu kehren. Bolivia trennte sich 1825 auf dem Wege der Uebereinkunft in friedlicher Weise, und die im Süden des obern Pilcomayo liegende Provinz Tarija schloß sich dem neuen Staate freiwillig an. Uruguay oder die Banda Oriental wurde nach Vertreibung der Spanier als Mitglied der argentinischen Republik betrachtet; aber diese Provinz hatte das Mißgeschick unter die Gewalt eines Schmugglerhäuptlings zu gerathen, des Tyrannen Artigas, der für Geld seine Spießgesellen an die spanische Regierung verrieth, dann den Patrioten spielte, Uruguay für unabhängig und sich zum Präsidenten erklärte. Mehrere Jahre lang leistete er den Argentinern erfolgreichen Widerstand, bis er endlich, vom General Ramirez aufs Haupt geschlagen, nach Paraguay flüchtete, wo er bis zu seinem Tode (1826) vom Dictator Francia in einem Kloster gefangen gehalten wurde. Es charakterisirt diesen Artigas und das ganze Treiben am La Platastrom, daß er nicht selten Kriegsgefangene in rohe Häute nähen und sie in der Sonne elendiglich hinschmachten ließ.

Nach der Niederlage des Artigas trat der Kaiser von Brasilien mit Ansprüchen auf Uruguay hervor; die argentinische Republik bestritt dieselben, und es erfolgte der bekannte Krieg zwischen beiden Mächten, der damit endigte daß das bestrittene Gebiet im Jahr 1828 für einen unabhängigen Staat erklärt wurde. Seitdem hat die argentinische Republik fest bestimmte Gränzen: im Norden Bolivia und den Pilcomayo, im Osten den Paraguaystrom, der sie vom Staate Paraguay trennt, und den Uruguay, welcher sie von der gleichnamigen Republik und Brasilien scheidet. Im Südosten strömen der La Platafluß und das Weltmeer, im Süden ist die Republik durch den Rio Negro von dem Lande der patagonischen Indianer getrennt, und im Westen erheben sich als Scheidegebirge gegen Chile die schneebedeckten Andes. Dieses weite Gebiet erstreckt sich über reichlich neunzehn Breitengrade und neun bis zehn Grade der Länge, hat gesunde Luft, ist zum größten Theil ungemein fruchtbar, vortrefflich zur Viehzucht geeignet, reich an Metallen, aber — bei der schwachen Productionskraft des spanischen Stammes und da die Einwanderung bisher ganz unbedeutend war — erst von etwa anderthalb Millionen Menschen bewohnt. Es wäre aber reichlich Platz für hundert Millionen. Die Regierung ist dem Namen nach republicanisch; der Provinzialgeist tritt stark hervor, und die Unitarier sind in starker Minderheit. Um diesen Gegensatz von Föderalismus und unitarischem Streben dreht sich die ganze Geschichte der letzten dreißig Jahre in dieser argentinischen Republik, die wir in kurzen Umrissen schildern wollen.

Im Jahr 1810 begann in Südamerika die Bewegung der Colonien gegen die spanische Herrschaft; das Vicekönigreich Buenos-Ayres erklärte sich auf dem Congreß zu Tucuman am 19 Julius 1816 für unabhängig. Dort wie anderwärts in Südamerika geriethen die Militärhäuptlinge mit einander in bittersten Hader. Gleich im Anfange der Schilderhebung gegen Spanien war entschieden worden daß das Amt des Vicekönigs fortan von einem Präsidenten bekleidet werden solle. Der erste Präsident Saavedra wurde schon 1811 abgesetzt und ein Triumvirat errichtet (Sarratea, Chiclana und Passo), aus welchem alle drei Monate ein Mitglied scheiden sollte. So ging die neue Maschine bis 1812 ruhig fort, bis die Assemblea an Sarratea's Stelle den Bürger Medrano wählte. Diese Ernennung mißfiel den Soldaten, sie sprengten die Regierung und bildeten auf eigne Faust ein aus Pena, Fonte und Passo bestehendes Triumvirat. Am 31 Januar 1813 wurde ein neuer Congreß berufen, die „constituirende Versammlung", um die Staatsverwaltung zu regeln. Man beschloß die höchste Würde einem Oberdirector anzuvertrauen. Die Wahl fiel auf einen den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsenen Mann, Don Gervasio Posadas, der bald zu Gunsten seines Neffen Alvear abdankte. Dieser junge unerfahrne Director gab nach allen Seiten hin zu Mißvergnügen Anlaß, wurde abgesetzt, aus dem Lande gejagt, und an seine Stelle trat General Rondeau, der sich auf die Soldaten stützte, diesen allerlei Uebergriffe erlaubte und deßhalb vom Volke vertrieben wurde. Auch Rondeau's Nachfolger Ramon Balcarce wurde rasch wieder entfernt, weil er ein pflichtvergessener Mann sey, und die Regierung wurde in die Hände einer Commission gelegt, bis der 1816 in Tucuman zum Oberdirector gewählte Juan Martin Pueyrredon nach Buenos-Ayres kam. Zwei Jahre später legte man diesem höchsten Beamten allerlei schwere Dinge zur Last, General Ramirez, derselbe welcher den Artigas besiegt hatte, erhob sich gegen ihn, nahm Buenos-Ayres ein und wurde dort als „Befreier" ausgerufen. Pueyrredon floh nach Montevideo.

Diese einzelnen Angaben sind wichtig, weil sich das System des Dictators Rosas aus allen diesen Schwankungen erläutert. Dergleichen Dinge sind in solcher Weise und in so raschem Wechsel auch kaum je in einem andern Lande vorgekommen. Ramirez rückte mit einer „Heeresmacht" von 2200 Mann gegen General Carrera, einen Chilenen, der im Innern einige Truppen zusammengezogen hatte um sein Heimathland mit einer Revolution heimzusuchen, oder auch, je nach Umständen, mit der Regierung von Buenos-Ayres zu brechen. Aber Ramirez verlor seine „Heeresmacht" bis auf 700 Mann, er mußte zurückweichen, und sein Unterbefehlshaber Echague erhob die Fahne des Aufstandes mit 3000 Mann gegen ihn. So stand Ramirez zwischen zwei Feuer, wurde geschlagen, gefangen und erschossen. Man trennte sein Haupt vom Rumpfe und schickte diese Trophäe durch das Land. Carrera seinerseits wurde auf dem Zuge gegen Chile vom Gouverneur der Provinz Mendoza angegriffen und gleichfalls erschossen. Und so ist Jahr für Jahr dieses argentinische Land ein Schauplatz wilder Verwirrung und Grausamkeiten der abscheulichsten Art, die Rebellion und das Blutvergießen nehmen kein Ende. In der Provinz Salta z. B. erklärt ein ehrgeiziger Gouverneur, General Guemez, Krieg gegen Don Bernivia Arouez, den Statthalter von Tucuman. Der letztere erwehrt sich seines Feindes, aber unter seinen eigenen Leuten bricht ein Aufstand aus, er wird abgesetzt, auf den Marktplatz geschleppt und ohne Recht oder Urtheil erschossen. Denn es gab weder Recht, noch Sicherheit für Leben und Eigenthum. Das Land war eine Beute der zahlreichen Soldaten, welche keine Löhnung erhielten und sich in Räuberbanden auflösten; unter den Provinzen fand keinerlei Zusammenhang statt, es herrschte ein Krieg aller gegen alle, und im Land war niemand der das allgemeine Vertrauen auf sich gelenkt hätte. Durch die Theilnahme der argentinischen Republik an den Streitigkeiten zwischen Uruguay und Brasilien wurde die Verwirrung wo möglich noch gesteigert; sie trat aber nach dem Rückmarsche der argentinischen Truppen aus der Banda oriental in ein neues Stadium.

Nachdem nämlich am 27 Aug. 1828 der Frieden geschlossen worden war, erklärte der argentinische Feldherr Lavalle die Behörden der Repu-

blik für untauglich und ihrer Stellung unwürdig; er wollte zuerst den Gouverneur von Buenos Ayres, Don Manuel Dorrego, absetzen, und rückte am 1 Dec. 1828 mit seinen Truppen in die Hauptstadt ein. Unter dem Klirren der Bajonnette wurde eine neue Wahl vorgenommen und natürlich Lavalle zum Statthalter gewählt. Jetzt tritt zum erstenmal Rosas hervor. Er befehligte damals eine kleine Abtheilung Truppen im Innern, mit welchen er dem Dorrego zu Hülfe zog. Bei der Punta Marcus, etwa vier oder fünf Stunden von Buenos Ayres entfernt, kam es zum Treffen, in welchem die geschulten und von Uruguay her krieggeübten Regimenter Lavalle's den Sieg behaupteten. Dorrego wurde gefangen genommen und, wie herkömmlich, erschossen.

Don Juan Manuel de Rosas ist aus der Stadt Buenos Ayres gebürtig, wurde aber auf dem Lande erzogen, und lebte auf seinen Gütern, deren Umfang nicht weniger als 74 Geviertleguas beträgt. Er ist einer der wenigen Argentiner die neben ausgedehnter Viehzucht den Ackerbau sorgfältig betreiben. Auch Gerstäcker hat es hervorgehoben daß sein Gut in der Nähe der Hauptstadt vortrefflich bebaut ist. Von früh an war er in steter Verbindung mit den Gauchos, jenen unbändigen und die persönliche Unabhängigkeit über alles haltenden Abkömmlingen der früheren spanischen Einwanderer, jenen Rinderhirten die ein nahezu nomadisches Leben führen und zu den besten Reitern und Schützen der Welt gehören. Er befreundete sich mit ihren Sitten, nahm ihre Tracht an, trat als gerechter, wahrheitliebender Schiedsrichter in ihren Streitigkeiten auf, und bildete eine Schaar von mehreren hundert Mann, mit welchen er die Einfälle der wilden Indianer zurückwies. In dieser Schaar herrschte die strengste Mannszucht, und bald war der Name des Landwirthes Rosas weit und breit geachtet. Als einst ein Mann Uebles von ihm sprach, wurde der Schmähende von einem Gaucho auf dem Fleck erstochen. Nach dem Sieg Lavalle's über Dorrego begab sich Rosas zu Lopez, dem Gouverneur von Santa Fé, hob Soldaten aus, führte in den weiten Ebenen einen Guerrillakrieg und schloß dann Buenos Ayres so eng ein daß die Stadt der Hungersnoth preisgegeben wurde. In dieser Bedrängniß verstand Lavalle sich zu Unterhandlungen mit Rosas, zog sich im Julius 1829 nach Montevideo zurück, und der siegreiche Rosas rückte unter dem Jubel der Bevölkerung in die Hauptstadt ein, wo er die Ruhe herstellte und eine Regierung einsetzte. Gleich nachher zog er sich aufs Land zurück, wurde aber nach wenigen Monaten zum Gouverneur von Buenos Ayres, zunächst auf drei Jahre, gewählt. Seitdem hat das Schwanken in Buenos Ayres aufgehört und Rosas alle Angelegenheiten bestimmt. Er ist weder ein so blutdürstiges Ungeheuer wie seine Feinde ihn schildern, noch so rein von Flecken wie seine Freunde sagen; aber er ist in jedem Fall ein ganz ausgezeichneter, hochbegabter und durchaus energischer Mensch.

In den Jahren 1820 bis 1828 handelte es sich im argentinischen Land vorzugsweise um einzelne Männer, deren Ehrgeiz oder Habsucht maßgebend war; seitdem aber Lavalle und Rosas in den Vordergrund treten, kommen verschiedene Principien mit einander in Conflict, und die Parteien schaaren sich um die unitarische oder die föderalistische Fahne. Die Unitarier gingen von einer keineswegs verwerflichen Ansicht aus. Die einzelnen Provinzen standen in einem ganz losen Zusammenhang, sie waren so gut wie unabhängig und die Centralgewalt hatte weder Macht gutes zu thun noch böses zu verhüten. Bei dieser atomistischen Zersplitterung konnte der Staat nicht zu Kräften kommen, war es kaum möglich der Unordnung zu steuern; also lag der Gedanke nahe die einzelnen Theile straffer zu verbinden, die Centralregierung mit größerer Macht auszustatten, und ein dem Volk direct verantwortliches, allen gemeinsames Oberhaupt mit weitgreifenden Befugnissen an die Spitze zu stellen. Dieser unitarischen Partei gehörte Lavalle an, er war ihr Haupt und Leiter; aber seine Gegner warfen ihm vor daß er die Dictatur erstrebe. Dagegen hielt die Föderalistenpartei an der bisherigen Verfassung fest, insbesondere an dem Grundsatz daß die einzelnen Staaten unabhängig seyn sollen, und nur in Betreff der auswärtigen Angelegenheiten und der Nationalvertheidigung ein gemeinschaftliches Organ haben dürfen. Und das Haupt dieser Partei war von Anfang an und ist noch heute Rosas mit ungeschwächtem Eifer, ja mit wilder Wuth. Deßhalb tragen seine Documente den Wahlspruch: „Tod den wilden Unitariern!“ an der Spitze; deßhalb sagen seine Feinde ihm nach, das Leder seines Reitsattels sey aus der Haut seiner angesehensten Feinde gegerbt; man könne ihm kein angenehmeres Geschenk machen als eingesalzene Unitarierohren, und was derlei Märchen weiter sind. Die Mehrzahl der Bevölkerung in den argentinischen Staaten ist föderalistisch gesinnt; wie in Altspanien der landsmannschaftliche Provinzialgeist noch heute mit ungeschwächter Kraft sich geltend macht, so hält auch der Spanier in Buenos Ayres an seinem provinciellen Stolze fest; er mag seine Individualität nicht zu Gunsten einer Gesammtheit opfern. Dabei ist es freilich eine eigenthümliche Erscheinung daß Rosas, der Dictator, ganz nach Belieben schalten darf, und daß dieses anerkannte Haupt der Föderalisten thatsächlich wie der entschiedenste Unitarier handelt. Wer sich ihm widersetzt, gilt ihm für einen Unitarier. Aber die Sache erklärt sich wenn man bedenkt daß 1829 die Unordnung ganz allgemein war; sollten Ruhe und Ordnung geschaffen werden, so mußte der Dictator allerorten mit gleicher Kraft durchdringen, und durfte sich an die Verfassungssätze der einzelnen Staaten nicht kehren. Deßhalb forderte denn auch Rosas, der Föderalist, ehe er die höchste Würde der Republik annahm, die Uebertragung der ganzen und gesammten öffentlichen Gewalt; er wurde absoluter Herrscher und ist es bis heute geblieben. Die Befestigung seiner Herrschaft ist ihm jedoch nur unter großen Anstrengungen möglich geworden.

Denn die unitarische Partei gab sich nicht gleich verloren, obwohl sie in der Stadt Buenos-Ayres nichts mehr zu hoffen hatte; sie versuchte ihr Glück in den Provinzen. General Paz, welchen Lavalle, vor seinem Sturze, mit einer für Südamerika nicht unbeträchtlichen Truppenzahl ins Innere gesandt, machte sich im April 1829 zum Meister von Cordova, und organisirte von dort aus den Widerstand der Unitarier gegen Rosas. Die oberen Provinzen San Juan, Mendoza und Catamarca schlossen sich der unitarischen Bewegung an und die föderalistischen Truppen unter dem durch Tapferkeit ausgezeichneten, aber auch durch Grausamkeit berüchtigten Facundo Quiroga wurden aufs Haupt geschlagen. Paz war Meister der innern Provinzen, nur Buenos-Ayres unter Rosas und Santa Fé unter Lopez hielten noch Stand gegen ihn, und er durfte um so mehr hoffen auch diese zu bezwingen, da Quiroga neuerdings eine Schlacht verloren hatte. Paz und Quiroga trafen im Anfang des Jahres 1830 in der weiten Ebene bei Cordova auf einander; der föderalistische General focht, wie Augenzeugen versicherten, nicht wie ein Mensch, sondern wie ein Teufel; er hatte alle seine Kleider bis auf die Hosen abgeworfen, und wüthete blutbedeckt in den Reihen seiner Feinde. Doch sein Heer wurde auseinandergesprengt, und es mag die argentinischen Zustände bezeichnen daß Paz von den Kriegsgefangenen „aus Gnade und Barmherzigkeit“ nur je den fünften Mann erschießen ließ! Quiroga aber hatte geschworen nach Verlauf von zwei Monaten wieder ein Heer gegen Paz zu führen, und Rache zu nehmen. Er hielt sein Wort, wurde zum drittenmal geschlagen und kam flüchtig nach Buenos-Ayres, wo Rosas eine Proclamation erließ die einen glänzenden Sieg Quiroga's meldete, der dann festlich wie ein glücklicher Feldherr von der Stadt empfangen wurde! Die Binnenprovinzen, und zwar jetzt auch Tucuman und Salta, waren für Rosas verloren, dem nur noch die Küstenlande gehorchten. Paz hatte gegen Ende des Jahres 1830 einen Convent nach Cordova berufen, und von dort aus den Gesandten und Consuln zu wissen gethan daß die argentinische Republik keine Handlungen und Verträge für gültig erachte die Gouverneur Rosas in ihrem Namen abschließe. Jetzt erst rückte dieser persönlich ins Feld, und zwar zunächst gegen seinen alten Feind Lavalle, der im Anfang 1831 Buenos-Ayres erobern wollte. Rosas hatte ein Heer von 8500 Mann eingeübt, und theilte dasselbe in drei Divisionen unter Lopez, Viamont und Quiroga; er wollte eingestandenermaßen das Land „von den wilden Unitariern rein fegen“. Das Glück war ihm hold, da Paz durch einen Zufall, beim Recognosciren, in die Gewalt der Föderalisten gerieth. Als die Unitarier Kunde von diesem Mißgeschick erhielten, gab ihr zweiter Feldherr La Madrid sofort Befehl zum Rückzug nach Tucuman. Quiroga folgte ihm, schlug den Feind und ließ 500 Gefangene über die Klinge springen! Was flüchten konnte, rettete sich nach Bolivia, und überall wurden die föderalistischen Behörden wieder eingesetzt.

Aber das Land war darum noch nicht ruhig; die Parteien wogten noch eine Zeit lang auf und ab. Die Dauer der Amtsführung für Rosas war erloschen, und General Balcarce wurde sein Nachfolger. Die Föderalisten selbst feindeten ihn an, warfen ihm vor er hege ehrgeizige Plane und feindselige Gesinnungen gegen Rosas. Da er überdieß 1833 willkürlich die Wahlen suspendirte, die günstig für die Freunde des Generals Rosas ausgefallen wären, so kam es wieder zu einer Revolution. Siebenzig Bewaffnete ritten aus Buenos-Ayres, erklärten sich gegen Balcarce, zogen das Landvolk an sich und machten so drohend und ernstlich Anstalt Buenos-Ayres auszuhungern, daß jener sein Amt niederlegte und die Flucht ergriff. Statt seiner wählte man den General Viamont; auch dieser konnte sich nur einige Monate am Ruder halten, mehrere Männer denen man die höchste Würde anbot, lehnten ab, und die Repräsentanten sahen sich daher im September 1834 veranlaßt die vollziehende Gewalt ihrem eigenen Präsidenten zu übertragen. Während aber in der Hauptstadt solche heillose Verwirrung herrschte, war Rosas im Süden abwesend, wo die Pampasindianer die Ansiedelungen der Weißen mit Brandfackel und Mord heimsuchten. Während seines einjährigen Feldzuges gegen diese Räuber, von denen er Tausende hinschlachten ließ, bändigte er den gefährlichen Feind, kam mit Hunderten befreiter Landsleute zurück, entließ seine Truppen mit den Worten: Union, Reform, für das Land (union, reme-

dio, al pais), und zog sich auf sein Landgut zurück, von wo aus er den Verlauf der politischen Dinge ruhig aber scharf und aufmerksam beobachtete. Auch in dieser Abgeschiedenheit waren aller Augen auf ihn gerichtet; man sah in ihm den einzigen Mann der retten konnte. Fünfmal wurde ihm die Präsidentenwürde angetragen, und immer schlug er sie aus. Als endlich 1835 die Repräsentanten wiederholt in ihn drangen, erklärte er sich zur Annahme bereit, doch nur unter der Bedingung daß man ihm zeitweilig außerordentliche Gewalt übertrage, Befugnisse dergleichen seine Vorgänger sich willkürlich angemaßt, ohne welche er aber bei der obwaltenden Lage der Dinge die Krisis nicht zu Ende führen könne. Die Repräsentanten übertrugen ihm la suma del poder publico, d. h. sie willigten ein daß er ganz unumschränkt verfahren dürfe; nur für den Föderalismus und die Religion hatten sie Vorbehalte gemacht. Jetzt nahm Rosas die Stelle eines Gouverneurs und eines Generalcapitäns der Provinz an; in der That war er Dictator, und zwar einer der durchzugreifen verstand. Der neue Gewalthaber verfuhr mit unerbittlicher Strenge gegen alle welche Staatsgelder veruntreuten oder verschwendeten, setzte redliche Beamte ein, ordnete die Finanzen, stellte den Credit der Bank her, gründete eine sehr nöthige und wirksame Polizei und führte im Heer strenge Mannszucht ein. Um die argentinische Republik in Bezug auf Getreide von fremden Ländern unabhängig zu machen, suchte er den Ackerbau aufzumuntern. Der Unitarier wurde er allerorten Herr und Meister, gerieth aber in Streit mit seinen eigenen Anhängern, da Quiroga mit ehrgeizigen Planen hervortrat und constitutionelle Bürgschaften verlangte. Auf einer Reise durch die innern Provinzen wurde er bei Cordova überfallen und ermordet, sogar sein Pferd und sein Hund blieben nicht verschont. Die Leiche Quiroga's wurde auf Geheiß des Dictators nach Buenos-Ayres gebracht, man errichtete ihm ein Denkmal, aber die Gegner des Machthabers behaupteten er sey dem Morde nicht fremd gewesen. Ein anderer Föderalist, General Lopez, starb bald nachher, und nun stand Rosas allein; seine einflußreichsten Feinde waren beseitigt worden — gestorben, erschossen, verbannt.

Um diese Zeit kam Rosas zum erstenmal in Conflict mit einer auswärtigen Macht. Die Franzosen in Buenos-Ayres glaubten 1836 die Engländer seyen von der Regierung zu ungebührlich mit Handelsprivilegien begünstigt, und beschwerten sich auch sonst über Beeinträchtigungen. Der französische Geschäftsträger, Vins de Peysac, remonstrirte bei Rosas, starb aber während der Verhandlungen, die dann von einem Consulatsbeamten, Roger, in die Hand genommen wurden. Rosas wollte mit einem Unterbeamten, der obendrein ganz ungeeignet und anmaßend verfuhr, nicht weiter verhandeln. Roger gab ein Ultimatum ein, dessen Beantwortung er in 48 Stunden verlangte. Als Rosas keine Notiz von demselben nahm, verließ jener Buenos-Ayres und ging nach Montevideo, während der Gegenadmiral Le Blanc den La-Platastrom aufwärts segelte, eine Entschädigung von 300,000 Franken für französische Unterthanen und gleiche Handelsvortheile wie sie den Engländern gewährt worden, in Anspruch nahm. Rosas wollte auch mit dem Admiral nicht unterhandeln, der kein Beglaubigungsschreiben und keine Vollmachten habe. Le Blanc erklärte darauf die argentinischen Häfen in Blokadezustand. Nach Ablauf von 25 Tagen beantwortete Rosas das Ultimatum Rogers, und protestirte gegen die Blokade, welche erst 1838 wieder aufgehoben wurde.

Hier ist ein Abschnitt in der Geschichte der argentinischen Republik, denn es beginnen die Streitigkeiten wegen der Banda oriental, welche zu der französisch-englischen Einmischung führen. Wir erörtern diese in mehr als einer Beziehung interessanten Verhältnisse in einem folgenden Artikel.

Neuestes.

Augsburg, 1 Oct.

* **Salzburg**, 30 Sept. Briefe aus Wien von Gutunterrichteten besagen: „So eben trifft die Nachricht ein daß die Festung Komorn sich durch Capitulation an unsere Truppen ergeben hat, und nun die Schifffahrt frei ist."

Hannover, 28 Sept. Es bestätigt sich daß Graf Benningsen (nicht Hr. Stüve) nach Berlin abgereist ist, um — kraft des Vorbehalts — die Umarbeitung des Reichsverfassungsentwurfs zu betreiben. — Seit mehreren Tagen wiederholten sich in der Stadt Hannover schwere Soldatenexcesse — Streitigkeiten der verschiedenen Waffengattungen unter einander.

In Berlin wären, nach norddeutschen Blättern, schon über zehn Millionen Thaler an das neue österreichische Anlehen gezeichnet.

Agricultur- u. Cameral-Chemie, Verein für Physik u. Chemie. — Dr. Böttiger: Statistik, allgem. Geschichte, Geschichte der alten Welt bis zur Völkerwanderung, Geschichte des Königreichs Bayern. — Dr. Döderlein: Uebungen des philolog. Seminars, Germania u. Agricola des Tacitus, röm. Litteraturgeschichte. — Dr. v. Raumer: allgem. Naturgeschichte, über Baco. — Dr. v. Staudt: analyt. Geometrie, Astronomie. — Dr. Fischer: Einleitung in die Philosophie, Logik u. Metaphysik, Religionsphilosophie. — Dr. Nägelsbach: Erklärung des Livius, lat. Stylübungen, einige Staatsreden des Demosthenes, Geschichte der griech. Theologie. — Dr. v. Schaden: Encyklopädie u. Methodologie des gesammten wissenschaftl. Gebietes, Geschichte der griech. Philosophie von Thales bis Proklos, Geschichte der Architektur u. Plastik. — Dr. Fabri: Encyklopädie der Cameralwissenschaft, Polizei, Nationalökonomie. — Dr. Winterling: deutsche Litteratur von Luther bis auf die neueste Zeit, Shakespears Hamlet, englische, italienische u. spanische Sprache. — Dr. v. Raumer: neuere Geschichte Europa's und seiner Colonien vom Abfall der nordamerikanischen Freistaaten bis zur Gegenwart. — Dr. Stahl: Nationalökonomie, Finanzwissenschaft. — Dr. Heyder: Logik u. Metaphysik, Philosophie des Staats (Politik). — Dr. Martius: Pharmakognosie des Thier- u. Pflanzenreichs, Anweisung, die chem. officinellen Präparate auf ihre Reinheit zu prüfen, Examinatorium aus dem Gebiete der Pharmacie. — Dr. Schnizlein: med.-pharmaceut. Botanik, mit Charakteristik der natürlichen Pflanzenfamilien, Kryptogamenkunde, Excursionen, Pflanzen-Geographie.

Die Tanzkunst lehrt: Hübsch, die Reitkunst: Filsner, die Fechtkunst: Quehl.

Die Univ.-Bibliothek ist jeden Tag (mit Ausnahme des Sonnabends) von 1—2 Uhr, das Lesezimmer in denselben Stunden u. Montags u. Mittwochs von 1—3 Uhr, das Naturalien- und Kunstkabinet Mittwochs und Sonnabends von 1—2 Uhr geöffnet.

(3260—61)

Bekanntmachung.

Die Einführung der Gasbeleuchtung betreffend.

Die unterzeichnete Behörde beabsichtiget die Beleuchtung der dahiesigen Straßen und öffentlichen Plätze mit der besten Gassorte einzuführen und dieses Unternehmen in Accord zu geben. Die Bedingungen unter welchen man den Vertrag abzuschließen wünscht, liegen in der diesseitigen Registratur zu jedermanns Einsicht offen.

Wer nun zur Uebernahme dieser Beleuchtung Lust hat, hat seine Anerbietungen

binnen 3 Monaten

anher einzureichen, und sich dabei über seine Tüchtigkeit und Cautionsfähigkeit auszuweisen. — Würzburg, den 11. September 1849.

Der Stadtmagistrat.

I. Bürgermeister **Bermuth.**

(3312—13)

Lebensordnung als Bewahrungsmittel gegen die Cholera.

Man meide die plötzlichen Uebergänge von der Wärme zur Kälte, kleide sich warm und nehme weder zu heiße noch zu kalte Getränke zu sich. In Bezug auf Speise bestehe das erste Frühstück aus starkenden Nahrungsstoffen, als da sind: der Salep, der Arrow-Root oder besser noch der Racahout von Hrn. Delangrenier bereitet. Dieses eben so angenehme als nahrhafte Speisemittel ist bekanntermaßen von der französisch-medicinischen Akademie anerkannt und gutgeheißen worden. Das zweite Frühstück sowie das Mittagessen bestehe in gekochten und gebratenen Fleischspeisen und Fischen, häufiger Gemüsearten aber sowie roher oder schwer zu verdauender Speisen enthalte man sich. Drei Viertelstunden nach jeder dieser zwei Mahlzeiten trinke man eine Tasse Thee mit einem bis drei Kaffeelöffel Rum vermischt. Diese von den vorzüglichsten Pariser Aerzten empfohlene Lebensweise hat den besten Erfolg gegeben und geziemt sich für jedermann, sowohl für Damen als für Kinder.

Special Niederlagen vom **ächten Racahout des arabes** befinden sich in Straßburg bei J. D. Weber; Stuttgart bei C. F. Autenrieth; München bei Angelo Sabbadini; Augsburg bei J. C. Wüst; Ulm bei H. Rübling.

[3403—4]

Die freimüthige Sachsen-Zeitung,

das Organ der streng Conservativen in den sächsischen Ländern, wird mit gesteigerten geistigen und ökonomischen Kräften fortfahren die Revolutionsparteien und die phantastischen Thorheiten der angeblich demokratisch Monarchischen zu bekämpfen, sowie vernünftige Reformen, nicht nur in der deutschen Central- und der sächsischen Landesgewalt, sondern auch in den Staatsbürger-Verhältnissen das Wort zu reden, damit Friede und Wohlstand wieder werde. Die wichtigsten Weltereignisse und künftige Kammerverhandlungen wird sie schleunigst mittheilen. Sie erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage, und kostet vierteljährlich 1 Rthlr. Bestellungen nehmen alle Postämter und Buchhandlungen an. — Dresden, den 22 September 1849. **Die Redaction.**

(3445) Mit dem 1 October beginnt das vierte Quartal der im unterzeichneten Verlag erscheinenden Zeitschrift:

Der Leuchtthurm.

Wochenschrift für Politik, Litteratur und gesellschaftliches Leben,

redigirt von **Ernst Keil.**

Nach wie vor trotz aller Hemmungen und Preßprocesse wird unser Organ die Sache der Demokratie mit Entschiedenheit vertreten, und dabei besonders Oesterreich und Preußen als die mächtigsten und gefährlichsten Träger des feindlichen Princips berücksichtigen. Wenn die Verbreitung einer Zeitschrift für die Trefflichkeit derselben spricht, so mag die Thatsache daß unser Leuchtthurm von allen deutschen Wochenschriften den größten Absatz hat, für uns sprechen.

Der Leuchtthurm erscheint monatlich viermal, und zwar jeden Ersten des Monats 3 — 5 Bogen und die übrigen Wochen 1 — 1½ Bogen stark, und bringt monatlich das vortrefflich ausgeführte

Porträt eines freisinnigen Zeitgenossen

und außerdem wöchentlich als Gratisbeilage das mit so großem Beifall aufgenommene illustrirte Witzblatt

Die deutsche Reichsbremse.

Der Preis pro Quartal ist

nur Ein Thaler.

Leipzig, im September 1849. **Er. Keil & Comp.**

Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

---

[295] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Was ist die Cholera

und wie kann man sich vor ihr am sichersten verwahren?

Nebst Angabe der bewährtesten Heilung derselben.

Von

Dr. J. Ennemoser.

Zweite verbesserte Auflage.

8. brosch. Preis 30 kr. oder 9 Ngr.

Inhalt.

Name und Geschichte. — Kennzeichen der indischen Cholera. — Vorboten, Verlauf und Ausgang. — Ursachen. — Das Wesen der Cholera. — Wie man sich vor der Cholera verwahren kann. — Diätetische Ermahnungen. — Arzneiliche Mittel und Vorkehrungen. — Mittel wider die Ansteckung. — Mittel beim ersten Ausbruch der Krankheit. — Behandlung der Cholerine und der Vorboten.

Stuttgart und Tübingen. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[3433] In meinem Verlage erscheint binnen kurzer Zeit:

Grundzüge

eines

deutschen Strafverfahrens

von

J. D. H. Temme.

Preis, circa 15 Bg. in 8. 1 Rthl. 7½ bis 10 Sgr.

Der Verfasser, dessen frühere criminalistische Werke bekannt sind, hat in dieser Schrift die Grundsätze des öffentlichen und mündlichen Anklageprocesses mit Geschworenen aus dem Wesen dieses Verfahrens zu entwickeln und deren Anwendung und Ausführung bis in alle einzelnen Theile desselben zu verfolgen gesucht. Er hat dabei fortwährend vergleichenden Bezug genommen nicht nur auf den englischen, französischen und bisherigen gemeinrechtlichen, auch preußischen Untersuchungsproceß, sondern auch auf die neueren und allerneuesten Strafproceß-Gesetze und Gesetz-Entwürfe in den verschiedenen deutschen Ländern. Vor allem ist aus der Schrift hervorzuheben daß sie sich auf den Standpunkt eines Strafprocesses für das deutsche Volk, und zwar für das deutsche Volk mit einer wahrhaft freien Verfassung gedacht, gestellt hat. Die Abhandlung wird jedem denkenden Deutschen dem die volksthümlichen Institutionen seines Vaterlandes am Herzen liegen, besonders aber den freisinnigen Mitgliedern derjenigen deutschen Volksvertretung anzuempfehlen seyn die in gegenwärtiger oder nächster Zeit mit einer Revision oder Reorganisation der Strafrechtspflege ihres Landes sich zu befassen haben.

Alle Buchhandlungen Deutschlands und der Schweiz nehmen Bestellungen entgegen.

Arnsberg und Hamm, im Sept. 1849.

H. F. Grote.

[3447] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Catalogue d'une collection rare et precieuse d'Auteurs dramatiques Espagnols formant à peu près 200 Volumes, à vendre par la librairie de Mr. *Ed Leibrock* à *Brunsvic*.

Chaque volume de cette collection se vend séparement et sera delivré au plus offrant jusqu'au 1 Decembre 1849. On donnera cependant la preference à qui voudra acheter la collection entière. S'adresser en lettres affranchies à la librairie nommée ci-dessus.

[3333] Von der

Sammlung griechischer und lateinischer Schriftsteller

mit deutschen Anmerkungen

ist so eben erschienen:

Cicero's

Brutus de claris oratoribus,

erklärt von **Otto Jahn.**

Geheftet. Preis ⅓ Rthlr.

Ausserdem sind von dieser Sammlung bisher fertig geworden:

Ausgewählte Reden des **Lysias**. Erklärt von Dr. *Rud. Rauchenstein*. Preis 10 Ngr.
Ausgewählte Biographien des **Plutarch.** Erklärt von *Carl Sintenis*. 1. Bdch.: Aristides und Cato major. Preis 10 Ngr.
Ausgewählte Reden des **Isokrates**, Panegyricus und Areopagiticus, erklärt von Dr. *R. Rauchenstein*. Preis 10 Ngr.
Cornelius Nepos. Von Dr. *Nipperdey*. Preis 15 Ngr.
Homers Odyssee. Von Prof. *J. U. Fäsi*. 1. Bdch. 1—12. Gesang. Preis 20 Ngr.
Im Herbst werden noch versendet:
Xenophons Anabasis. Von *Hertlein*.
Arrians Anabasis. Von *Sintenis*. 2 Bde.
Sophokles. Von *Schneidewin*. 1ster Bd.: Ajax und Philoktet.

Leipzig, im September 1849. **Weidmann**'sche Buchhandlung.

(3451)

Der allgemeine Theil des Systems des heutigen römischen Rechts

von **F. C. v. Savigny**

ist durch den so eben bei uns erschienenen achten Band (2 Thlr.) nunmehr vollständig abgeschlossen. Das ganze Werk kostet 15 Thlr.

Der besondere Theil des Werkes wird von jetzt an nicht als 9ter, 10ter u. s. w. Band des Systems, sondern unter Specialtiteln erscheinen. Der Hr. Verfasser wird zunächst an die Darstellung des **Obligationenrechts** gehen.

Berlin, im September 1849. **Veit & Comp.**

[3371—73] **Am 1 October beginnt für die in Berlin erscheinende**

Buddelmeyer - Zeitung

zur Belehrung und Erheiterung für Stadt und Land.

Redigirt von Dr. **Cohnfeld** (Aujust Buddelmeyer)

ein neues Abonnement. — **Dieselbe erscheint wöchentlich 2mal und kostet vierteljährlich 20 Sgr.** — **Alle Post-Anstalten des In- und Auslandes, sowie die Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.**

[3303—4] In Commission der **Mayr**'schen Buchhandlung in **Salzburg** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen (Augsburg **M. Rieger**):

Historischer Katechismus,

oder:

Der ganze Katechismus in historisch-wahren Exempeln

für Kirche, Schule und Haus.

Motto: Longum iter per praecepta, breve et efficax per exempla.

Von Johann Ev. Schmid,

Katecheten der Ursuliner-Mädchen-Hauptschule zu Salzburg.

Erster Band.

(Erstes und zweites Hauptstück.)

Zweite Auflage.

23 Bogen. gr. 8. Preis: 1 fl. 10 kr. C.-M. WW. — 1 fl. 24 kr. R.-W. od. 28 Ngr.

Die „katholischen Blätter aus Tirol" brachten unterm 22 Juni d. J. (Nr. 50, S. 1047) eine sehr empfehlende Beurtheilung dieses „historischen Katechismus, als „einer recht freundlichen Gabe, besonders für Katecheten, Lehrer und Erzieher." — Es heißt daselbst unter andern: „Wir begrüßen diese Arbeit mit freudigem Willkomm, überzeugt daß sie allgemeinen Beifall ernten, und großen praktischen Nutzen stiften werde, und können nicht umhin sie vorzüglich unsern Amtsbrüdern in der Schule und auf der Kanzel bestens zu empfehlen."

Die erste Auflage des I. Bandes ward schon in zwei Monaten vergriffen, ohne öffentlich angezeigt, oder in Buchhandel gekommen zu seyn. — Der II. Band (über das dritte Hauptstück) erscheint bis Michaeli d. J., und der III. und letzte Band (über das vierte und fünfte Hauptstück) in den ersten Monaten des kommenden Jahres. Ein am Schlusse beigefügtes alphabetisches Sachregister wird dieses Hülfsbuch für jeden Katechismus brauchbar machen.

(3203)

An die

evangelisch-lutherische Geistlichkeit Deutschlands.

Da an guten Andachtsbüchern keineswegs Ueberfluß ist, so erlaubt sich die unterzeichnete Buchhandlung **die Diener der evangelisch-lutherischen Kirche**, denen es Gewissenssache ist die Glieder ihrer Gemeinde **in der Erkenntniß des Wortes Gottes bis zum kirchlichen Bewußtseyn zu bilden**, auf folgende Andachtsbücher als ganz besonders geeignete Förderungsmittel aufmerksam zu machen und dieselben zur Verbreitung in ihren Gemeinden zu empfehlen:

Pasig, Dr. J. Leop., Evangelischer Haussegen auf alle Tage des Jahres. Aus Dr. Martin Luthers Schriften herausgegeben. 52 Bogen. gr. 8. brosch. 2 Rthlr.

Nikol, Evangelisches Jugendkirchlein. Liturgische Andachten für Schulen und Familien. gr. 8. brosch. 15 Sgr.

Beide Andachtsbücher können von jeder Buchhandlung **zunächst zur Ansicht** geliefert werden, sowie **der an und für sich billige Preis noch um ein Drittel ermäßigt wird**, wenn 6 Exemplare **zusammen** bezogen werden.

J. M. Gebhardt in Grimma.

[3202] In Augsburg in **Kollmann's** Buchhandlung — Stuttgart bei **Neff** — München bei **Lindauer** — Regensburg bei **Montag u. Weiß** — Nürnberg bei **Riegel u. Wießner** (und in allen Buchhandlungen) ist zu haben:

Für angehende Eheleute ist sehr nützlich:

Dr. *Albrecht* (Arzt in Hamburg),

Der Mensch und sein Geschlecht

oder Belehrungen über Entstehung des Menschen, über physische Liebe, Naturzweck, Leitung des Geschlechtsgenusses, über Empfängniss, Schwangerschaft und eheliche Geheimnisse. Nebst neuesten Erfahrungen, die Folgen der Selbstbefleckung und Samenergiessung zu heilen. — Vierte Auflage. Preis 15 Sgr. od. 54 kr.

Lehrbuch

zur sichern Heilung aller

syphilitischen Krankheiten,

oder

von der venerischen Ansteckung, den örtlichen Krankheiten und den Mitteln sie selbst zu heilen. Vom Tripper, Schanker, Geschwüren und Augenentzündungen. Von den venerischen Krankheiten der Schwangern und den vorzüglichsten Heilmitteln gegen diese Krankheiten. Von Dr. **Albrecht**. Vierte Auflage. Preis 15 Sgr. od. 54 kr.

Auch vorräthig in Pesth bei **Hartleben**, **Kilian** — Triest bei **Favarger** — Wien bei **Gerold** — Mailand bei **Tendler u. Schäfer** — Hermannstadt bei **Hochmeister**.

(3282) **Miniatur-Ausgaben**

von

Ernst Schulze's Schriften.

Cäcilie.

Ein romantisches Gedicht in 20 Gesängen.

Zwei Theile.

Elegant gebunden. 3 Thlr.

Die bezauberte Rose.

Romantisches Gedicht in drei Gesängen.

Zweite Auflage.

Elegant gebunden. 1 Thlr.

Leipzig, im September 1849.

F. A. Brockhaus.

[3424] Bei **Orell, Füßli u. Comp.** in **Zürich** ist zu haben:

Diplomatische Actenstücke

zur Beleuchtung

der ungarischen Gesandtschaft

in Deutschland.

Von Ladislaus Szalay,

Bevollmächtigtem der ungarischen Regierung bei der deutschen Centralgewalt im Jahr 1848.

Preis 6 Ngr. od. 18 kr.

(3243—44) **Glück auf!**

Ein im Eisenhüttenfach wissenschaftlich gebildeter Mann, welcher seit 15 Jahren ein größeres Eisenhüttenwerk im deutschen Reichsgebiete zur Gußwaaren- und Stabeisen-Erzeugung eingerichtet, mehrere vollkommen gelungene Anlagen gemacht und der Leitung des technischen Betriebes vorgestanden hat, sucht bei einem ähnlichen Etablissement als technischer Beamter unter annehmbaren Bedingungen Beschäftigung. Derselbe kann sich in jeder Beziehung aufs befriedigendste ausweisen und ist im Stande eine angemessene Caution zu leisten. Portofreie Anfragen mit den Zeichen Z. T. Nr. 3243 befördert die Expedition dieses Blattes.

(3495) Un jeune homme de la Suisse française, ayant fait des langues et des litteratures française et latine l'objet d'études serieuses et approfondies, et ayant, en outre, consacre plus de dix ans à etudier specialement la musique, et à obtenir sur le piano et sur la flûte un haut degré d'expression et de rapidite dans le jeu, desirerait frequenter l'Universite de Berlin ou de quelqu'autre grande ville d'Allemagne, et trouver à se placer dans une maison convenable, où l'échange de quelques leçons, données à un ou tout au plus à deux enfants en bas-âge, lui procurât la pension et le logement. On est prié d'adresser les lettres franco sous l'adresse A. Z. poste restante à Munich.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 16 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Mittwoch — Nr. 276. — 3 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Soldatenhändel); München (der Großherzog von Hessen erwartet. Graf Quadt. Gutzkow und Auersperg. Minister von der Pfordten); Nürnberg (die Eisenbahnfeier); Württemberg (ein Freischärlerbrief); Hamburg (die Verfassungscommission); Dresden (zur Revolutionsstatistik); Detmold (Anschluß an Berlin. Wiederzusammentritt der Stände. Preßproceß); Köln (die städtische Einkommensteuer. Hafenarbeiten. Ueber den Stand der deutschen Frage); Crefeld (Bankcommandite); Berlin (Beckeraths Interpellation. Die gerichtliche Belangung von Beamten. Regulativ zur Benützung der Staatstelegraphen); Schleswig-Holstein (Erklärung der Advocaten. Verstärkung der preußischen Executionstruppen. Krawall in Husum); Wien (Karl Becks Lied an den Kaiser. Gerücht daß der österreichische und der russische Botschafter Konstantinopel verlassen hätten. Die Kossuthnoten. Der Lloyd für einen Reichstag und directe Wahl für das Oberhaus. Die „Presse" für das Dreikönigsbündniß. Komorn am 1 Oct. besetzt. Hr. v. Hübner nach Paris. Hr. v. Thom nach der Schweiz als Gesandte. Anleihezeichnungen); Triest (Abnahme der Cholera).

Spanien. Der übergroße Heerstand und die Finanznoth. Das Armeecorps in Italien. Der Tarif. Einströmen fremder Capitalien.

Großbritannien. Die Königin stündlich zurückerwartet. Keine Sonntagspost in England. Ueber die Unruhen am Cap.

Frankreich. Die „Presse" über die römische Frage. Gerüchte über die bevorstehende Räumung Roms und über einen diplomatischen Bruch in Konstantinopel. Lamoricière und Persigny zurück. Ministerkrisis. Geldverlegenheiten des Präsidenten. Straßburg.

Italien. Rom; Turin.

Schweiz. Die Cholera bis jetzt nicht fortgeschritten. Abreise weiterer Flüchtlinge.

Beilage. Reiseerinnerungen von der sächsisch-bayerischen Eisenbahn. — Die Kölnische Kunstausstellung 1849. — Berliner Gewerbausstellung. — Preußische Kammern. (Die Verhandlungen über Steuerverweigerungsrecht.) — Aus Istrien. (Pirano.) — Die österreichischen Finanzmaßregeln. (II.) — Die Gelehrtenversammlung in Birmingham. — Rom. (Die päpstlichen Erlasse.) — Schweiz. (Die Mission des Hrn. v. Daru.) — Frankfurt. (Die Soldatenschlägereien.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: Madrid 24; Amsterdam 28; London, Paris 29 Sept.; Augsburg 2 Oct.

Deutschland.

△ Frankfurt a. M., 30 Sept. Wer diesen Morgen mit uns auf unsrer schönen Aussicht (dem Kai längs des Mains) die Blutlache gesehen hat welche gestern Abend im Kampfe, oder wenn man lieber will, in den blutigen Raufereien deutscher Krieger gegen deutsche Krieger vergossen wurde, dem eröffnet sich keine schöne Aussicht auf unser neu herzustellendes einiges Deutschland. Die Erbitterung zwischen den hier befindlichen bayerischen und preußischen Truppen wird alle Tage größer, ihre Händel blutiger und allgemeiner. Sie sind hier die Ruhe der Stadt zu schützen, aber unwillkürlich drängt sich die Frage auf: quis custodiet ipsos custodes? Schon vorgestern Abend floß Blut bei diesen Soldatenhändeln auf öffentlicher Straße, gestern Abend setzte es Todte auf preußischer, schwer und leicht Verwundete auf beiden Seiten, viele Schüsse fielen, und, wie wir hören aber nicht verbürgen, sind einige Soldaten im Kampfe in den Main geworfen worden. Daran ist das widrige Verhältniß Schuld, das jetzt in Deutschland vorwaltet. Die Bayern sind eincasernirt, während die Preußen bei den Bürgern einquartiert sind, wo sie es natürlich viel besser haben. Schon früh am Nachmittag zogen Preußen mit Helmen und Sturmbändern, in kleiner Anzahl zwar, an die Mainbrücke. Wollten sie, wie ein öffentliches Blatt berichtet, bayerischen Soldaten den Uebergang über die Brücke nach der Vorstadt Sachsenhausen wehren, wo letztere ihre Caserne haben, oder entwickelte sich der Militärkrawall an einer Zänkerei und Schimpferei, die von beiden Seiten gleichzeitig ausbrach — das ist noch nicht gehörig ermittelt, so viel aber gewiß daß der erbitterte Kampf wohl eine Stunde währte, bis demselben durch zahlreiche Militärpatrouillen ein Ende gemacht wurde. Bei dieser Gelegenheit mußten, wie gewöhnlich, auch viele Militärpersonen und ein Civilist die zufällig der Straße herkamen, und gar keinen Antheil an dem Handel hatten, büßen, indem sie von den im Kampfe begriffenen Soldaten ohne, die Militärpersonen auch mit Absicht von Steinen getroffen, oder sonst verwundet wurden. So zeigt sich im Kleinen wie im Großen was aus der deutschen Einigkeit werden wird, wenn das unglückselige Provisorium nicht bald einem Definitivum Platz macht. Gott verhüte daß der Geist der Zwietracht nicht tiefer in die deutschen Stämme und Heere dringe, so daß endlich gar die Grabesruhe welche wir dem entschlafenen Bundestage verdankten, noch als der verhältnißmäßig bessere Zustand erschiene. Et nunc reges intelligite, erudimini qui judicatis terram!

***† Frankfurt a. M.,** 30 Sept. Zahlreiche Patrouillen durchschreiten am heutigen Sonntag die Stadt, und die Mainbrücke ist stark von österreichischen Truppen besetzt. Der Senat soll der Vorkommnisse wegen heute in Berathung getreten seyn, und man erfährt auch daß beide regierende Bürgermeister Audienz beim Erzherzog-Reichsverweser hatten. Der Prinz von Preußen wird in wenigen Tagen aus Weimar zurückerwartet. Schöff de Harnier ist noch nicht aus Berlin zurück, soll aber abberufen seyn. Frankfurt wird vorerst nicht dem Drei-Königs-Vertrag beitreten.

Die Frankf. O.-P.-A.-Z. gibt als Grund der erneuerten Soldatenhändel an daß man den Preußen verboten habe nach Sachsenhausen zu gehen, während die Bayern doch nach Frankfurt hätten kommen dürfen. Frankfurter Correspondenzen in Stuttgarter Blättern schieben alle Schuld auf die Preußen, die man ungehindert in hellen Haufen mit Pickelhaube und Seitengewehr sich habe versammeln und zum Streite ausziehen lassen. Man möchte eben, fügen sie bei, die bayerische Besatzung ganz aus der Stadt haben und begünstige daher diese Skandale. Das ist wohl ein durchaus unbegründeter Vorwurf; der Gedanke daran ward aber von ministeriellen preußischen Organen selbst geweckt, indem sie schon vor längerer Zeit Bayern das Recht abstritten Truppen nach Frankfurt zu senden, obgleich diese Truppen von der Centralgewalt berufen worden.

Bayern. = **München,** 2 Oct. Se. k. Hoh. der Großherzog von Hessen wird demnächst hieher kommen um seine Gemahlin zurück nach Darmstadt zu geleiten. Karl Gutzkow und Anastasius Grün (Graf Auersperg) befinden sich seit mehreren Tagen in unserer Mitte. Das Gerücht daß der königlich bayerische Geschäftsträger am Hof von St. Petersburg, Graf Quadt-Wickradt-Isny, um seine Entlassung gebeten, erweist sich als völlig ungegründet. Vielmehr wird sich Graf Quadt demnächst auf seinen Posten am russischen Hof zurückbegeben. Ein wegen des am Sonntag ausgebrochenen Brandes der Brandlegung verdächtiges Individuum ist vorgestern verhaftet worden. Ein anderes wurde mit einem brennenden Lunten in einem abgelegenen Winkel des Bahnhofs, wo leicht entzündbare Stoffe sich befinden, ertappt und ebenfalls verhaftet. Wann die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten stattfinden wird, ist noch nicht bekannt. Graf Hegnenberg-Dux und der zweite Secretär Bürgermeister Mayer sind von ihrem Unwohlseyn wieder vollkommen genesen.

Der Regensburger Ztg. wird aus München geschrieben: Wie es heißt, hat Staatsminister v. d. Pfordten auf die ihm außer seinem Gehalt (10 bis 12000 fl.) zustehenden Tafelgelder von jährlich 6000 fl. verzichtet.

Nürnberg, 1 Oct. Gestern Mittag um 12 Uhr traf der erste directe Bahnzug aus München hier ein und führte uns in einer langen, mit Blumengwinden geschmückten Wagenreihe eine große Anzahl Gäste aus der Residenz zu; so namentlich die HH. Minister v. d. Pfordten und Ringelmann, gegen 100 Abgeordnete und verschiedene höhere Beamte. Eine außerordentliche Menschenmenge hatte sich auf dem Bahnhofe und am Frauenthor, das mit bayerischen und deutschen Fahnen decorirt war, versammelt. Auffallen mußte es daß an dem königlichen Bahnhofgebäude ausschließlich nur bayerische und nicht auch deutsche Fahnen ausgesteckt

waren. (In München hatte man, wie der obige Correspondenzartikel zeigt, die deutschen Farben besser in Ehren gehalten.) Ein Theil der Abgeordneten fuhr sofort nach Bamberg weiter, während sich die HH. Minister rc. im bayerischen Hofe und die Abgeordneten im „rothen Roß" und in der „Glocke" zum Mittagsmahle vereinigten. Nachmittags fuhren die HH. Minister rc. nach Fürth und besichtigten dort das Pücker'sche Antiquitätencabinet. Abends besuchten sie mit vielen der Abgeordneten, den Kammervorständen rc. das Museum. Vor Tisch hatte eine Deputation der in diesem Augenblick hier stattfindenden deutschen Lehrerversammlung, bestehend aus den HH. Dr. Albani aus Dresden, Emmerling aus Nürnberg und Höchstädter aus Fürth, bei den HH. v. d. Pfordten und Ringelmann eine Audienz und erfreute sich einer sehr huldvollen Aufnahme. Beide Herren versprachen für die Hebung des Lehrerstandes, „in dessen Händen die Zukunft liege," alles zu thun was in ihren Kräften stehe. Insbesondere versicherte Hr. Minister Ringelmann daß er an den Verhandlungen der Versammlung den lebhaftesten Antheil genommen, und Hrn. Professor Burkhard in München Auftrag ertheilt habe ihm ausführlich darüber zu berichten. Alles das gute was in der Versammlung beschlossen worden sey, werde er durchzuführen suchen. Die erbetene Amnestie betreffend, so werde diese bald erfolgen, und nur die schwerst Gravirten würden davon ausgeschlossen seyn; was die Verdächtigungen anlange die dem Lehrerstand gemacht worden, so würden die Lehrer selbst sie am besten durch ihr Streben und Benehmen zurückweisen können. (Nürnb. C.)

K. Württemberg. Die Württemb. Ztg. theilt folgendes Schriftstück mit, das einen weiteren Beitrag zur Charakterzeichnung der Revolutionshäupter liefert: „Schreiben des Redacteurs des „Eulenspiegels", Ludwig Pfau, an den badischen Dictator Werner. Mein lieber Werner! Um Euch heute nicht mehr persönlich zu drangsaliren, will ich Euch schriftlich ersuchen mir morgen früh sobald als möglich die besprochene Vollmacht auszustellen und mich mit einigen Geldmitteln zu versehen. Gögg hat zwar die beiden Officiere mit je 50 fl. versehen, das hilft aber natürlich mir nichts, und da ich einmal mit Euch die Sache abgemacht hatte, wollte ich mich auch bloß an Euch halten. Ich habe 5 Louisd'or mit ins Badische gebracht, aber alle Ausgaben, auch die welche ich lediglich in Angelegenheiten Mieroslawski's rc. zu machen hatte, aus meinem Beutel bestritten, so daß meine Baarschaft zu Ende ist. Die Vollmacht, meine ich, sollte ungefähr so lauten: „Inhaber dieß, Bürger Ludwig Pfau von Stuttgart, Mitglied des württembergischen Landesausschusses, ist zum Bevollmächtigten der badischen Regierung für die württembergischen Angelegenheiten ernannt. Er ist berechtigt sich der Eisenbahn und Post zu bedienen und Fuhrwerke zu requiriren. Die Civil- und Militärbehörden sind angewiesen denselben mit allen Mitteln aufs kräftigste zu unterstützen. Dictator Werner." Damit will ich auch meinen Württembergern weismachen daß sie von Baden kräftigst unterstützt werden, wenn's gleich nichts ist. Aber helfe was helfen mag. Wenn die Kerl nur einmal im Gang sind. Morgen früh werde ich Euch heimsuchen, indessen schlaft wohl, bestens gegrüßt von Eurem Eulenspiegel. Karlsruhe, 17 Jun. 1849."

F. Lippe. **Detmold**, 26 Sept. Der Regierungspräsident Petri ist vorgestern von hier nach Berlin abgereist, um über den Beitritt unsers Fürstenthums zum engern Bundesstaat förmlich abzuschließen. Mit dem 1 Oct. treten unsere Landstände wieder zusammen, und werden in der Zwischenzeit wohl zu der Ueberzeugung gelangt seyn daß die allzu demokratischen Bestrebungen mit den Ueberzeugungen der Jetztwelt nicht harmoniren wollen. Allen Andeutungen nach wird die Mehrzahl auch andere Saiten aufspannen, und so wird es nicht zu einem Conflict oder zu einer Auflösung kommen, zu welcher letzten sich die Regierung sonst allerdings würde entschließen müssen. In einem Preßproceß lautet das in diesen Tagen vom Criminalgericht gegen den hiesigen Advocaten Otto Dresel erfolgte Erkenntniß auf zwei Jahre Zuchthaus. Er hatte nämlich im Frühjahr d. J. ein sonst elegant geschriebenes Genrebild aufgenommen, in welchem dem Fürsten vorgeworfen wurde daß er bei Besetzung der Auditeursstelle, von einer Hofcamarilla geleitet, die Regierung „düpirt" habe, indem er inconstitutionell genug deren Vorschlag außer Acht gelassen, und hatte den Namen des Verfassers nicht angeben wollen. Die Auditeursstelle war früher in einer hiesigen Familie erblich. Gegen den Litteraten Wolf in Lemgo, der, wegen Ausfällen die er sich gegen den König von Preußen in seinem „Volksblatt" hat zu Schulden kommen lassen, schon einmal zu sechs und zwei Monaten Gefängniß vom Magistrat in Lemgo verurtheilt worden, ist jetzt wieder auf Antrieb der preußischen Regierung ein Preßproceß anhängig gemacht. Er hat nämlich neuerdings eine Vision abdrucken lassen in welcher eine wahrhaft wüste Phantasie mit dem König von Preußen und dem Minister v. Manteuffel umspringt. Wahrscheinlich wird ihn hier eine bedeutendere Strafe als früher treffen, und die Entschuldigung daß der Artikel einem Altonaer Blatt entlehnt sey, wird wenig Beachtung finden. Uebrigens ist zu bemerken daß der Volksfreund hier im Lande nicht gelesen, sondern von Hrn. Rempel in Bielefeld, welcher früher Redacteur desselben gewesen, in seiner Gegend vertrieben wird. (D. A. Ztg.)

K. Sachsen. **Dresden**, 27 Sept. Nicht uninteressant dürfte eine statistische Zusammenstellung derjenigen Personen seyn die in Folge der Maikatastrophe bei dem hiesigen Stadtgericht theils unmittelbar, theils polizeilich zur Anzeige, beziehentlich in Untersuchung gekommen sind. Die uns aus achtbarer Hand zugehenden Notizen reichen bis zum 25 Aug. d. J., und ist seitdem bei dem hiesigen Stadtgericht nur noch gegen eine geringe Anzahl Personen die Einleitung der Untersuchung nöthig geworden. Die Gesammtzahl aller bis zu dem genannten Tag bei dem Dresdner Stadtgericht in Untersuchung gewesenen Personen beträgt 869; von diesen ist gegen 377 die Untersuchung fortgestellt worden, gegen 199 konnte das Verfahren sistirt werden, und 236 sind ihren zuständigen Gerichten von hier abgeliefert worden. Bei 25 war es damals noch unbestimmt ob eine Untersuchung nöthig werden würde, und 32 Personen waren mittlerweile mit Tod abgegangen. Nach ihrem Stand und ihrer Beschäftigung vertheilen sich die genannten 869 Personen folgendermaßen: 177 Handwerksmeister rc., 158 Handwerksgesellen, 126 Handarbeiter, Maurer rc., 12 Bergleute, 43 Kaufleute, Commis rc., 28 Fabrikarbeiter, 35 Kellner, Kutscher rc., 4 Eisenbahnarbeiter, 15 Handwerkslehrlinge, 6 Oeconomen, 3 Ingenieure, 26 Advocaten, Bürgermeister rc., 9 Aerzte, Apotheker rc., 15 Studenten und Seminaristen, 6 Soldaten, 7 verabschiedete Officiere, 10 Gastwirthe, 10 Buch- und Steindrucker, Schriftsetzer, 49 Künstler, Maler, Musiker rc., 23 Schreiber und Expedienten, 18 Litteraten, 13 Lehrer, 1 Pastor, 3 Buchhändler, 2 Professoren, 1 Regierungsrath, 13 niedere öffentliche Beamte, 2 Frauen und 65 Personen von verschiedenen Beschäftigungen. Hinsichtlich des Aufenthaltsorts kommen 477 Personen auf Dresden und die ihm zunächst gelegenen kleinern Städte und Ortschaften, 49 auf Leipzig und Umgegend, 234 auf das übrige Land, wovon jedoch der bei weitem größere Theil auf das Erzgebirg fällt; 105 Personen sind als nicht in Sachsen einheimisch angegeben, und von 4 Personen ist der Aufenthaltsort unbestimmt. Unter den 869 Personen sind aber viele der auf flüchtigem Fuß befindlichen Personen mit aufgeführt, und unter den Soldaten sind zwei der kurz vor Ausbruch des Aufstandes nach Sachsen übergetretenen neun ungarischen Husaren mit einbegriffen. (D. A. Z.)

Hansestädte. **Hamburg**, 27 Sept. Die Propositionen des Senats wurden in allen Kirchspielen angenommen. Zu Ausschußmitgliedern wurden gewählt: Dr. Löhr, Kaufmann Hübner, Kaufmann Kämmerer, Süße und Mefardt, lauter Conservative. Der Senat hat der erbgesessenen Bürgerschaft für ihre Zustimmung gedankt und zu der Commission den Syndicus Amsink, Senator Lutterath-Legat, Senator Kirchenpauer und Senator Geffken ernannt. (Z. f. N. D.)

* **Hamburg**, 28 Sept. Der Zustand in den benachbarten Herzogthümern ist unerträglich und für ganz Deutschland so erniedrigend, daß man kaum begreifen kann daß ein Mann wie Graf Eulenburg, dessen Geburt und Stellung ihn zur Vertheidigung der Ehre seines Vaterlandes berufen, sich zu der Stellung die man ihm angewiesen gebrauchen lassen kann. Obschon der Druck nur auf Schleswig lastet, so wird seine Wucht ebenso sehr in Holstein gefühlt. Beide Länder sind so innig miteinander verbunden! Jahrhunderte haben ihre geistigen und materiellen Interessen so verschmolzen daß dem einen nichts widerfahren kann was nicht das andere ebenso stark berührte. Es ist daher gar nicht abzusehen wie auf den in Berlin unterzeichneten Präliminarien ein Friedensschluß zu Stande kommen kann. Wir haben in den Niederlanden gesehen wie unnütz es war zwei Hälften einer Nation die so lange geschieden waren, wieder vereinigen zu wollen. Noch kürzeren Bestand würde die gewaltsame Scheidung zweier Glieder einer Familie haben die noch länger vereinigt waren. Sie würden sich bald wieder zusammenfinden. Daß Holstein dem deutschen Bunde ohne Schleswig beitrat, war einer der vielen Fehler die beim Wiener Congreß begangen wurden. Dieselbe Anomalie scheint sich wiederholen zu wollen. Wie lange sollen die Völker noch den dynastischen Interessen geopfert werden? Gehören Schleswigs altsächsische und friesische Bewohner nicht unserem Volke an, ja haben sie sich nicht reiner von Beimischung erhalten als die Neusachsen, Märker, Mecklenburger, Pommern und andere Stämme die so viel slavisches Element in sich aufgenommen? Selbst in Nordschleswig ist nur wenig reines dänisches Blut. Aber Dänemark, sagt man uns, könne nicht für sich allein bestehen. Ist dieses wahr, so folgt noch nicht daraus daß Deutschland die Verpflichtung habe es zu stützen. Es lehne sich an die ihm näher verwandten skandinavischen Stämme an und denke nicht ferner an Eroberung der deutschen Nachbarn.

Preußen. 0 **Köln**, 26 Sept. Die Einschätzungscommission für die städtische Einkommensteuer hat ihre mühevolle Arbeit beendigt. Das Ge-

sammteinkommen von 21,942 Personen beträgt 7,037,667 Thlr., darunter sind in einer achtgliederigen Scala 9778 Personen mit einem Einkommen von 80 Thlrn., oder in Summa mit einem Einkommen von 782,240 Thlrn., und 5882 Personen mit einem Einkommen über 300 Thlr. oder in Summa mit einem Gesammteinkommen von 5,287,167 Thlrn. Der Gemeinderath hat nach dem Antrage der Verwaltung bestimmt daß die mit 80 Thlr. Eingeschätzten von der Steuer befreit, die mit 100 Thlrn. mit 1 Thlr., die mit 120 Thlrn. mit 45 Sgr., die mit mehr als 120 Thlrn. Eingeschätzten mit 2 Proc. besteuert werden sollen. Außerdem ist beliebt worden daß für das laufende Jahr nur die Hälfte in Anspruch genommen werden soll. Man kann sagen daß die Commission ihren Auftrag zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt hat. Einzelne reiche Leute haben den glänzenden Patriotismus bekundet, dessen Gefühl mit den Fingerspitzen aufhört, und das Weichbild der Stadt verlassen. Das System der Selbstschätzung fand bei vielen Eingang, es wurden größtentheils gerechte Taxen angegeben, manche aber auch zur allgemeinen Heiterkeit rectificirt. Erregte früher schon der Name der Steuer Schrecken, so hat man sich nach und nach sehr damit versöhnt, und die Bedenken gegen die Ausführbarkeit schwanden mit dem Fortschreiten der Ausführung; die Sache machte sich weit leichter als man sich gedacht hatte. Mit dem in Aussicht gestellten neuen Steuerfond von 120,000 Thlrn. dürfen wir nunmehr getrost in die Zukunft sehen für die Herstellung der bedeutenden Anlagen die im Werk sind. Die großartigen Hafenarbeiten werden rasch gefördert werden können, und mit ihrer Vollendung ist zur Hebung des Verkehrs und des Wohlstandes etwas dauerndes gethan. Die wiedergewonnene Ruhe wird auch das Grundeigenthum bald wieder zu Werth bringen und die Bauthätigkeit beleben, die seit dem vorigen Jahr sehr darnieder liegt. Die öffentlichen Anzeigen wimmeln noch immer von Subhastationen, und in der Regel muß der Subhastat sein Eigenthum aufgeben, weil er selbst bei hinreichendem Werthe desselben nicht im Stande ist ein weiteres Capital zu leihen um das oft geringe Capital zu decken, für welches die Pfändung geschah. Die Errichtung einer Hypothekenbank um diesem Uebelstande abzuhelfen liegt schon seit langer Zeit in Berathung, und dieselbe dürfte mit der Erklärung schließen daß für keines der Projecte eine Verwirklichung zu hoffen stehe.

Crefeld. Die hier neuerrichtete Commandite der preußischen Bank wird am 1 Oct. ihre Thätigkeit beginnen. Diese besteht: 1) in der Ertheilung von Darlehen gegen Unterpfand von preußischen Staats-, Communal- und ständischen Papieren, soliden Wechseln und dem Verderben nicht ausgesetzten leicht verkäuflichen Kaufmannswaaren; 2) in der Discontirung von Wechseln auf andere preußische Plätze, an welchen sich Filialanstalten der preußischen Bank befinden; 3) in der Ausstellung von Anweisungen auf die Hauptbank und deren Filialanstalten in den Provinzen, sowie in der Einlösung der Anweisung dieser Anstalten durch die Bankcommandite; 4) in der Besorgung des An- und Verkaufes von Papieren für Rechnung öffentlicher Behörden und Anstalten gegen die übliche Provision und Courtage und 5) in der Annahme von Geldern öffentlicher Behörden und Anstalten, welche zur fruchtbringenden Anlegung bei dem Bankcomptoir zu Köln bestimmt sind.

Die Köln. Ztg. liefert zur Beurtheilung des wechselnden Standes der deutschen Verfassungsangelegenheit einige neue Materialien. In einer Correspondenz aus Berlin vom 25 Sept. gibt sie folgendes als die Gegenvorschläge an, mit welchen die preußische Regierung die österreichischen Anträge auf Bildung einer provisorischen Centralgewalt erwiedert, und der deutsche Verwaltungsrath sich einverstanden erklärt habe: „Preußen beansprucht mit Recht als die größte reindeutsche Macht den alternirenden Vorsitz, verwirft die Einzelgesandtschaften der übrigen deutschen Staaten als Quelle erschwerter Verhandlungen und vermehrter Verwickelungen, und verlangt eine solche Bestimmung der Obmannschaft die nicht von Haus aus dem österreichischen Einfluß das Uebergewicht sichert, wie die Vorschläge Oesterreichs in der Schiedsmannschaft der übrigen Könige es sich gewahrt hatten. Statt dessen soll die Obmannschaft bei vorkommenden Conflicten alternirend von Oesterreich und Preußen unter allen deutschen Fürsten gewählt werden, indem einmal Oesterreich zwei und Preußen einen, das anderemal Preußen zwei und Oesterreich einen Fürsten als Schiedsrichter zu bezeichnen hätte." Dieses Blatt zweifelt auch nicht daß die beiden deutschen Großmächte zu einem Einverständniß gelangen werden, erblickt aber für dasselbe nur zwei mögliche Grundlagen: 1) die mitteleuropäische Union; 2) die süddeutsche Demarcationslinie. Ein Directorium eines Fürstencollegiums, in welches die deutschen Großmächte den „Schwerpunkt ihrer Politik legten" und dessen Stimmenmehrheit sie sich unterwürfen, hält es nicht nur für eine österreichische, sondern auch für eine preußische Unmöglichkeit, für ein bares Unding, von dem erst nach dem Zerfall von Oesterreich und Preußen die Rede seyn könnte, wenn es dann überhaupt noch deutsche Fürsten gäbe. „Aber ein Interesse, fährt die Köln. Ztg. fort, an der Restauration des alten Bundestags nimmt Oesterreich dennoch schwerlich. Seine eigene Lage läßt es ihm schwerlich wünschenswerth erscheinen in die Entwickelungskämpfe des innern deutschen Staatsrechts zu tief mit hinein verflochten zu werden und durch Antagonismus gegen diese fortan von Preußen anzuführende Entwickelung die neue Revolution selber zu schüren: soviel Liebe hat es weder zu den deutschen Fideicommißbesitzern, noch zu den deutschen Ultramontanen. Oesterreich wird sein vermeintes Interesse viel sicherer durch eine den Antagonismus neutralisirende Demarcationslinie zu wahren wissen." Was daher zweifelhaft ist, scheint ihr nicht mehr das Zustandekommen, sondern nur noch die Gränze des deutschen Bundesstaats zu seyn, und um alles rasch der Entscheidung entgegengeführt zu sehen dringt sie, wie so viele andere Organe der deutschen Presse, auf die Einberufung des Reichstags, die auch, wie ihr aus Berlin vom 27 Sept. geschrieben wird, vom Verwaltungsrath mit Stimmenmehrheit beschlossen seyn soll, trotz der Protestation Hannovers und Sachsens, welche den Grundsatz verfochten daß zu einem solchen Beschluß Stimmeneinhelligkeit erforderlich sey. In Folge dieses Schritts, berichtet die Allg. Z. C., habe Hannover sein definitives Ausscheiden aus dem Dreikönigsbund angezeigt, und die gleiche Erklärung Sachsens sey in den nächsten Tagen zu befürchten. Wenn dieß nicht wieder eines der von den Gegnern ausgestreuten Gerüchte ist, so würde freilich der Reichstag sehr ins Kleine zusammenegeben.

§ **Berlin,** 29 Sept. Von der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer ist nur zu bemerken daß der Abg. Reichensperger den Artikel 91, welcher sagt daß die bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe zu einem einzigen vereinigt werden sollen, zu streichen beantragte. Er brachte gegen diese Vereinigung im wesentlichen dieselben Gründe vor, wie einzelne rheinische Juristen der ersten Kammer; die Versammlung entschied sich aber für ein Amendement von Hartmann, welches die Vereinigung ausspricht und nur hinzufügt daß die Organisation des einzigen obersten Gerichtshofes durch ein besonderes Gesetz erfolge. In der heutigen Sitzung wurde ein Schreiben des Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) verlesen, welcher der Kammer anzeigt daß er mittelst allerhöchster Cabinetsordre vom 24 d. M. im deutschen Verwaltungsrath mit Führung der preußischen Stimme beauftragt worden sey. Da hiermit keine Besoldung oder Beförderung im Staatsamte verbunden sey, so habe er nicht geglaubt sein Mandat niederlegen zu müssen; er stelle die Entscheidung der Kammer anheim. Auf den Vorschlag des Präsidenten trat diese seiner Ansicht bei. Dann wurde die Interpellation des Abg. v. Beckerath wegen der neuen provisorischen Centralgewalt verlesen. Sie lautet: „Von verschiedenen Seiten her wird die Nachricht verbreitet daß die Herstellung einer provisorischen Centralgewalt für ganz Deutschland nahe bevorstehe, und daß derselben die wesentlichen Rechte der alten Bundesversammlung übertragen werden sollen. Diese Nachricht gewinnt an Bedeutung durch die in Beziehung hierauf abgegebene Erklärung des Königs von Bayern in der Thronrede. Allein durch eine solche Macht würde der Bildung des engern Bundesstaates ein wesentliches Hinderniß entgegengestellt werden. Daher richte ich in Erfüllung meiner Pflicht als Abgeordneter wie im Interesse des Landes und des Ministeriums selbst an dieses folgende Fragen: 1) Beabsichtigt die Regierung Sr. Majestät, unbeschadet späterer definitiver Regulirung der Verhältnisse zwischen dem engern Bundesstaate und dem weitern Bunde, der Errichtung jeder provisorischen Centralgewalt ihre Zustimmung zu versagen, welcher andere Functionen zustehen würden als die Erledigung von Verwaltungsgegenständen, namentlich die Inspicirung der Bundesfestungen? 2) Wird die Regierung, nachdem die große Mehrzahl der deutschen Staaten dem Bündniß vom 26 Mai beigetreten, gemäß ihrer Erklärung den Bundesstaat zu erstreben mit allen, mit vielen oder wenigen Staaten, dahin wirken daß sobald als möglich der Reichstag zusammenberufen werden könne?" Der Minister des Auswärtigen erklärt daß er die Interpellation am Freitag (den 6 Oct.) beantworten werde. Dann setzt die Kammer die Discussion des Titel VI der Verfassung fort. Nach Art. 95 ist zur gerichtlichen Belangung der Civil- und Militärbeamten wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Rechtsverletzungen die vorgängige Genehmigung der Behörden nicht nöthig. Die erste Kammer hat an Stelle dieses Artikels einen Verbesserungsantrag angenommen: daß die Bedingungen unter welchen jene Beamten gerichtlich zu belangen seyen, das Gesetz bestimme. Für den Art. 95 sprechen Geppert, Reuter (Tilsit), Referent Geßler; dagegen Kleist-Retzow, der Justizminister, Brauchitsch. Geppert findet die vorherige Genehmigung der Behörden nicht nöthig, weil die Beamten durch die gerichtlichen Formen genug geschützt seyen, er fügt hinzu daß es jedem Rechtsgefühl widerspreche die Verfolgung der Verbrechen nicht von den Gerichten abhängig zu machen. Reuter erklärt: die freie Berufung auf die richterliche Gewalt sey das Hauptprincip eines freien Staats; wenn nicht die Gewähr für Ehre, Freiheit und Recht in Zweifel gezogen werden solle, müsse man den Artikel

annehmen. Die Gegner führen hauptsächlich den einen Grund an: daß die vorgesetzten Behörden am besten beurtheilen könnten ob ein Beamter seine Befugnisse überschritten habe oder nicht. Die Versammlung verwirft die Fassung der ersten Kammer mit 171 gegen 138 Stimmen und nimmt das Amendement des Abg. Bürger an, wodurch die vorgängige Genehmigung der Behörden beseitigt ist. Art. 96 wird unverändert angenommen, Art. 97 in die Uebergangsbestimmungen verwiesen.

Folgende Lucubrationen der Kreuzzeitung bezeichnen das Streben der Ultra-Schwarz-Weißen deutlich genug: „Was wir gefürchtet ist geschehen: die zweite Kammer hat sich als Pflegevater der Krone etablirt, und die Minister werden betteln gehen. „Charte vérité!" ruft Ludwig Philipp aus dem treuen Pommern, „Ebenbürtigkeit" weint Gagern's Prügelknabe; „sie flehen alle des Himmels reichsten Segen auf das Haus Hohenzollern herab," doch in der Tasche müssen sie's behalten. Königlicher als die Krone, preußischer als die Minister — wie bald ist diese schöne Seifenblase zerplatzt, und wie schlimm würde es zum drittenmal um das Staatsoberhaupt stehen, wenn es sich nicht mit der Prioritätskammer der wahren Repräsentanten in einem herzlichen Einverständniß befände. Was schlecht ist bleibt stehen; was gut ist muß heraus; nur bei der Vereidigung des Heeres auf die Verfassung ist die Würde der Krone zu eng mit der persönlichen Sicherheit verschwistert. Wie lange werden unsere Staatsmänner noch kindlich genug seyn ihre lauwarmen Kamme-n als einen Schmelzofen für demokratische Concessionen zu behandeln? Wie lange werden die deutschen Fürsten sich noch der gefährlichen Täuschung hingeben ihr Vertrauen von ihren falschen Freunden mit Zinsen zurückzuerhalten? Nicht die Verfassungen, nein, die Kammern muß man revidiren; hier ist das Seminar in dem der Zeitgeist seine Jünger informirt, und ein zertretenes Basiliskenei wird stets der Wohnsitz einer Schlange. Ja oder Nein; nichts kann uns retten als die schärfste Schärfe; nicht einen Fußbreit königlichen Landes ohne Kampf, und jene Streiter mit dem Schnabel werden bald um Frieden bitten. Wir laufen nicht aufs ungewisse, wir streichen nicht mit unsern Händen in die Luft, ein festes Ziel und ein gewisser Gang ist unseres Sieges sichere Bürgschaft."

Vom Handelsministerium ist ein Regulativ über die Benutzung der electro-magnetischen Staatstelegraphen von Seiten des Publicums erschienen. Danach können vom 1 Oct. ab vorläufig die Telegraphenlinien von Berlin über Braunschweig und Köln nach Aachen, sowie von Berlin über Wittenberg nach Hamburg auch für den Privatverkehr benützt werden. Um die mißbräuchliche Benützung der Staatstelegraphen zu verhüten und dieselben möglichst vielen Correspondenten zugänglich zu machen, darf eine telegraphische Depesche nicht mehr als hundert Worte enthalten. Die Aufgabe der Depesche geschieht auf den Telegraphenstationen, wo die Bureaux täglich von 7, resp. 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet sind. Sämmtliche Telegraphenbeamte sind zur strengsten Geheimhaltung der Depeschen verpflichtet. Was die Preise für die Beförderung der Depeschen betrifft, so setzt der vorläufige Tarif dieselben dahin fest daß z. B. eine Depesche von Berlin nach Aachen und umgekehrt, die ein bis zwanzig Worte enthält, 5 Thlr. 6 Sgr. kostet; für 21 bis 30 Worte 6 Thlr. 15 Sgr.; für 31 bis 40 Worte 7 Thlr. 24 Sgr.; für 41 bis 100 Worte 15 Thlr. 18 Sgr. Eine Depesche von Berlin nach Hamburg kostet von 1 bis 20 Worten 2 Thlr.; bei 21 bis 30 Worten 2 Thlr. 15 Sgr.; bei 31 bis 100 Worten 6 Thlr.

Schleswig-Holstein. **Flensburg,** 26 Sept. Die kürzlich im Itzehoer Wochenblatt veröffentlichte Erklärung der Schleswiger Advocaten ist den hiesigen mit der Einladung zum Beitritt mitgetheilt. Nach dem Inhalt dieser Erklärung erkennen die Anwälte nur die Statthalterschaft als die einzige rechtmäßige Regierungsbehörde dieser Lande an, und verpflichten sich demgemäß an die sogenannte Landesverwaltung und ihre Departements, wie auch an die von der Landesverwaltung ernannten Beamten und Behörden und etwa noch zu ernennenden, keinerlei Eingaben und Vorstellungen für andere zu verfassen und einzureichen, sowie auch in keinem Termine aufzutreten, im Gegentheil das Publicum vor etwa hieraus entstehenden Nichtigkeiten ernstlich zu warnen. Dieser Erklärung sind von hier aus beigetreten: Rönnenkamp, Reuter, Boisen, Thor-Straten, Johannsen jun. und Wolff.

Husum, 26 Sept. Gestern hat hier ein im ganzen nicht bedeutender Krawall stattgehabt. Den Anlaß bot das Eintreffen des von der Landesverwaltung ernannten neuen Postmeisters aus Tönning, von wo derselbe, obgleich von einem dänischen Kammerherrn und dessen Secretär nebst 18 preußischen Husaren begleitet, sich wieder hatte entfernen müssen, da niemand ihn aufnehmen wollte, er und seine Begleiter vielmehr mit Pfeifen und Steinen angegriffen wurden, so daß sie in der preußischen Wache eine Zuflucht suchen mußten. Als diese Herren auf ihrer Rückkehr von Tönning gestern hier ankamen, wurden sie auch hier von einem großen Pöbelhaufen mit Pfeifen und Heulen empfangen und bis vor die Thüre von Thoma verfolgt. Mehrere Bürger drangen nun auf ihre Entfernung, damit die Sicherheit der Stadt nicht durch ihr Verweilen gefährdet werde; es gelang indeß erst sie fortzuschaffen als ein aus dem Wirthshause hervortretender dänisch-gesinnter Mann, Namens Schmidt, durch eine mit Schimpfworten versetzte Anrede an die Pöbelmasse die Wuth derselben auf sich selbst gezogen, und dadurch eine Diversion zu Gunsten jener Herren hervorgebracht hatte. Schmidt, von der Menge verfolgt, erreichte mit Mühe sein Haus (in welchem auch der bekannte Davids wohnt), und der Pöbel rächte sein Entkommen durch Einwerfen der Fensterscheiben. Nun wurde das preußische Militär aufgeboten, und um 10 Uhr war die Ruhe hergestellt. (Börsenh.)

Schleswig, 27 Sept. Nach Tönning ist abermals eine Verstärkung der Executionstruppen von einer Abtheilung Füsiliere des 12ten Regiments von hier abgesandt worden, wozu die Bewegungen in jener Stadt gegen die Einsetzung eines dänischen Postmeisters statt des entsetzten schleswig-holsteinischen Anlaß gegeben haben. Ohne Zweifel wird der Widerstand gebrochen werden; aber die „Landesverwaltung" muß auch zugleich die Ueberzeugung gewinnen daß ihre Regierungsgewalt in dieser Weise nicht von Dauer seyn kann. Seitdem sie erklärt hat daß sie im Namen des Königs von Dänemark handle, ist die Stellung aller einzelnen schleswig-holsteinischen Beamten eine völlig unhaltbare geworden, eine Mitwirkung für die Zwecke der Landesverwaltung unmöglich. Von Seite der Geistlichkeit wird auf gegebene Veranlassung eine wiederholte unumwundene Erklärung erfolgen, welche den dänischen Blättern Stoff zu neuen gehäuften Schmähungen darbietet. (Börsenh.)

Oesterreich. **Wien,** 29. Sept. Der Lloyd bringt heute abermals einen Artikel gegen die Zusammensetzung des Staatenhauses nach dem Modus der Märzverfassung. Unter seinen früher angeführten Gründen betonte er auch vorzüglich den daß eine Berufung des Staatenhauses durch Wahlen aus den Landtagen das endliche Zusammentreten der repräsentativen Körper weit in die Zukunft rücken müsse. Die besondern Statute für die Kronländer müssen zum Theil noch ausgearbeitet werden. Bei den deutschen Provinzen war die Arbeit verhältnißmäßig leicht, man brauchte das bereits Bestehende nur zu reformiren. Aber in Italien, Ungarn, Croatien und Siebenbürgen muß ganz Neues geschaffen werden. Beim besten Willen und größten Eifer ist daher an eine Feststellung irgendwelchen Termins gar nicht zu denken. Der Lloyd greift aber den Wahlmodus zum Staatenhause auch in seinen Grundsätzen an. Er sieht in den Landtagen die Vertretung einer höheren Gemeinde, und wie er für die Gemeinde eine unbeschränkte Selbstbestimmung in den Gränzen ihrer Befugnisse beansprucht, so fordert er dasselbe für die Landtage. Die Befugnisse der Landtage gegenüber der Vertretung bei der centralen Staatsgewalt seyen aber so ganz verschiedener Natur, bewegten sich in so fremden Kreisen daß es ein Fehler sey das Oberhaus aus der Wahl der Landtage hervorgehen zu lassen. Der Lloyd stellt sogar, und nicht unrichtig, den Grundsatz auf daß man sorgfältig jene beiden politischen Körper trennen, jeden Einfluß des einen auf den andern entfernt halten müsse. So gewichtig die angeführten Bedenken seyn mögen, darf man sich aber ihre Tragweite nicht verhehlen. Ist die Märzverfassung anders ein organischer Bau, so würde ein neubeliebter Wahlmodus für das Oberhaus dessen Bedeutung und politischen Charakter derart verändern daß auch die andern Staatsgewalten nach neuen Grundsätzen neu gegliedert werden müßten. Wie gefährlich aber ein Hinundher- und Herumoctroyiren von oben an den eignen staatsmännischen Schöpfungen werden kann, hat Oesterreich an fremden Erfahrungen kennen gelernt.

Die „Presse" erörtert in einem ziemlich umfangreichen Artikel die Nothwendigkeit die Kossuthnoten als „eine Provincialschuld der beim Debrecziner Parlamente vertretenen Comitate zu erklären." Die vernichteten Noten sollten dann in einem mäßigen Verhältniß durch ein Papiergeld ersetzt werden, welches unverzinslich in einer Reihe von Jahren durch besonders aufzulegende Steuern von den betreffenden Comitaten eingezogen werden müßte. Für diese Maßregel sprächen Billigkeit und Zweckmäßigkeit. Denn man könne gut kaiserlich gesinnt und doch Kossuthnotenbesitzer und umgekehrt eifriger Magyar gewesen seyn, und nur im Besitz österreichischer Banknoten. Der Verlust träfe also erstens ganz ungleichmäßig den schuldlosen letzten Besitzer, weßhalb es eben billig sey daß der Verlust auf alle gleichmäßig vertheilt werde. Aber auch staatswirthschaftliche Grundsätze forderten jene Maßregeln. 60 Millionen jener Noten hätten in Ungarn cursirt, und jetzt sey durch Vernichtung derselben das Land fast aller Circulationsmittel beraubt. Die natürliche Folge davon sey daß alle Waaren und Producte tief im Werthe fielen. Nicht allein daß dadurch Handel und Landwirthschaft nach und nach darüber zu Grunde gingen, das Sinken der Preise würde sich nachtheilig auch auf die übrigen Länder verbreiten.

Für die Regulirung der Officiersgehalten soll folgender Vortrag dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt worden seyn: Lieutenant 40 fl. monat-

lich 400 fl. jährlich Pension, Oberlieutenant 60 fl. resp. 600 fl. Hauptmann 80 fl. resp. 800 jährlich.

Der Serbengeneral Knicanin ist von Berlin nach Wien zurückgekehrt und hat also vermieden Prag zu besuchen.

< **Wien,** 29 Sept. Mit der Uebergabe Komorns hat das Schwert seine blutige Mission vollendet, und jetzt wäre wohl der Augenblick gekommen den suspendirten Staat wieder zur Wahrheit werden zu lassen. Gleichwohl zweifeln viele daß der Belagerungsstand schon demnächst sein Ende erreiche. Am letzten October ist es nun schon ein Jahr daß die Militärjustiz in der Hauptstadt des Kaiserreiches waltet. Daß man diesen Zustand in manchen Kreisen liebgewonnen, sich mit ihm befreundet hat, beweist nur daß auch der Belagerungsstand ebenso wie der permanente Krawall die Begriffe zu wirren vermag. Man fürchtet die minder gefesselte Presse, man wittert Arbeiterverschwörungen, und was dergleichen Gespensterseherei mehr ist. Man lasse immerhin den strategischen Schmuck von Bomben und Kanonen auf den Basteien stehen, man gebe Wien eine Garnison von 30,000 Mann, aber man führe wieder die Herrschaft des Gesetzes ein. Man wird es nicht zu bereuen haben; der wieder gewonnene gesetzliche Sinn der Bevölkerung ist Bürge dafür. Das Jahr 1849 neigt seinem Ende entgegen, und noch immer ist die Erfüllung des §. 83 der Verfassung vom 4 März d. J. in weite Ferne gerückt. Es ist gewiß daß die Landtage der einzelnen Kronländer in diesem Jahr nicht mehr ins Leben treten werden. Man scheint zu fühlen daß man sich mit diesen Landtagen die Verlegenheiten vervielfältigt hat.

In der deutschen Frage wiederholt die „Presse" ihre neulichen Lehren die sie Bayern gegeben. Es sey dem Berliner Ministerium Ernst mit seinen deutschen Plänen, „bloß die großdeutschen Insinuationen Bayerns hätten seine Politik verdächtigt, und eine künstliche Verwicklung zwischen den beiden Großstaaten herbeizuführen gesucht." Von dem Dreikönigsbund, dessen Aufrichtigkeit die Presse verbürgen will, sagt sie: „Nur auf dieser Grundlage der Anerkennung wird es möglich seyn die Nationalgestaltung der Deutschen, zu der sich auch Oesterreich nicht länger mehr negativ verhalten kann, zu einem befriedigenden und lebensvollen Abschluß zu führen." Durch die Märzverfassung sey Oesterreichs politische Aufgabe außerhalb Deutschland gerückt, und sein Verhältniß zu dem neuen Bundesstaate finde seine Gränzen in den Verträgen von 1815. Endlich kommt das Blatt am Schluß zu der wenig höflichen Warnung: „Eine Feindschaft zwischen Oesterreich und Preußen für Deutschland oder für irgendetwas ausbeuten zu wollen wäre eine politische Albernheit, zu der nur ein krankhafter Reiz und das Streben nach einer doch ohnmächtigen und zu nichts entschlossener Scheingröße verführen könnte!" Ist das der beste Dank den Bayern für seine Vermittlungsversuche zuletzt in Wien sich versprechen darf? Merkwürdig ist daß auch die Hannoverische Ztg. ganz dieselbe Sprache gegen Bayern redet. Und doch sind beide Blätter ministeriell, und doch versammelt sich ein Diplomatencongreß, in welchem die Repräsentanten von Oesterreich und Hannover neben einem bayerischen Gesandten sitzen. Hannover hat Bayerns Nichtanschluß begierig als Grund oder Vorwand des eigenen Rücktritts ergriffen. Die Presse aber, welche fast das einzige ministerielle Wiener Journal ist, da der Lloyd sich täglich mehr Freiheiten herausnimmt — die Presse hatte noch vor wenigen Wochen Bayern und Württemberg mit einem süddeutschen Bunde, zunächst einem süddeutschen Handelsbunde gelockt, von dem wir freilich damals schon sagten es sey ihr damit kein Ernst. Das bestätigt sich jetzt. Wir bitten die Presse um eine ehrliche consequente Politik gegenüber von Deutschland, mag sie im übrigen ablehnend, oder entgegenkommend seyn.

△ **Wien,** 29 Sept. Als erfreuliches Zeichen einer wiederkehrenden freundlicheren Zeit dürfen wir es betrachten daß die Poesie wieder erwacht, aber eine Poesie aus welcher uns der ganze Ernst der vorübergegangenen Ereignisse anblickt. Seit Jahren hatte Karl Beck geschwiegen; nun bricht er endlich dieses Schweigen um den Gedanken, den jeder patriotische Oesterreicher im Herzen trägt, auszudrücken. Wer fühlt es nicht daß den besiegten und bezwungenen feindselig gestimmten Nationalitäten gegenüber Milde die einzig wahre Politik sey! Karl Beck hat diesen hochherzigen Gedanken in einem Gedichte an Franz Joseph wiedergegeben. Sehr passend hat er zum Motto die bekannte Stelle des Briefes gewählt den der Kaiser an den Fürsten Paskewitsch geschrieben. Sinnig schildert er den nun für Oesterreich eingetretenen Frieden und das Wiedererwachen der bürgerlichen emsig schaffenden Thätigkeit:

Verlornes strebt der rauhe Fleiß
In Haus und Hof zurückzuführen.
Und: „heilig ist das Eigenthum!"
Ist ausgelöscht auf allen Thüren.

Er wendet sich nun an den Kaiser, schildert dessen Mühen und tröstet ihn daß er ein Volk gefunden hat welches auf ihn vertraut:

Das Freie freue sich,
Fort mit dem Schloß an seinem Thor!
Es hängt die Reue dran,
Und Treue sorgt und wacht davor.

Ergreifend ist das Bild welches der Dichter von der Gnade entwirft. Dann fügt er bei:

Mag immerhin des Dichters Lied
Der Mann des Staats belächeln;
Es läßt sich nicht die Fiebergluth
Des Volks mit Blättern fächeln;

Ich aber weiß, und aber weiß:
Es bändigt nicht die Fluthen
Ein Machtgebot, ein Strafgericht
Mit Beilen und mit Ruthen.

Sich dann wieder an den jugendlichen Monarchen wendend, sagt er daß seine Muse ihm in den Tagen des Trübsals kein trügerisches Bild vorgegaukelt, und schmeichelnd nicht die Kraft des Reiches gepriesen: dagegen tritt die Muse jetzt, wo ein Wort des Monarchen wie Schicksal rauschet, mahnend vor ihn hin und beschwört ihn Glauben zu schenken der Poesie, die sich nie entweiht.

„Dich nennt die weite Welt
Gesalbt, von Gottes Gnaden!
Du bist's: Du sahest früh
Den Schmerz auf Deinen Pfaden,
Du fühltest in Geduld
Um's Haupt die Dornen brennen,
Du hast den Kelch geleert —
Du darfst von Gott Dich nennen.
So wirst Du auch, das Dich erkannt,
Mein Saitenspiel erkennen —
Ihm wirst Du glauben, Herr!"

Der Dichter verlangt jedoch keine halben Maßregeln, wie die Geschichte aller Amnestiedecrete sie nur allzu häufig aufweise:

Halb sollst Du nicht
Den Balsam in die Wunden legen.
Leicht wird zum ganzen Fluch
Ein halber Segen.

Der Dichter legt die wärmste Fürbitte ein für sein herrliches Ungarland. Er entschuldigt nicht was geschehen, sondern schildert die traurige Lage des Landes nach dem Kampfe.

Die Schuld ist groß, und dennoch entrolle
Das Bild der Gnade, den Herzen werth,
Und wende das Auge, das seelenvolle,
Vom Recht, das Groll und Strafe begehrt.

Er weist endlich die Schuld jenes frevelnden Beginnens von seinem Volke zurück, und klagt die geisttödtende Politik der vormärzlichen Zeit mit bittern Worten an:

Man ließ so schlau das Kleid des Sklaven
Mit eitel Gold betressen;
Man gab ihm reichversüßte Strafen:
Den Rausch und das Vergessen.

Er schließt seine Ansprache an Franz Joseph mit den Worten:

„Nun kleide Dich festlich zu werben um Minne,
Doch nimmer in Stahl!
Blühender, Brausender, Ununterjochter,
Wirb um die ung'rische Königstochter,
Reich und rosig und feurig im Sinne.
O, schön ist die Freite, herrlich die Wahl!
Du konntest ihr Land mit Helden bekriegen,
Ihr Herz, das mußt Du selber besiegen.

Und wirbst Du getreu mit zärtlichem Triebe,
Dann trifft sie der Gott!
Mag sie, die trotzig erwachsen im Freien,
Scheuen die Fessel, das Leben zu Zweien —
Freie nur! Löst doch beharrliche Liebe
Die Räthsel der sprödesten Turandot.
Doch hüte Dich, willst Du die Ehe schließen,
Aus Eisen den trauenden Ring zu gießen.

Laß singen und sagen: daß wieder die Wilde
Dein Herze verräth!
Traue Dir selbst! Gib Quellen der Güte,
Sonne gib dem geknickten Gemüthe —
Siehe, schon schmückt sie mit Deinem Bilde
Geheim sich die Brust, die jüngst Dich verschmäht.
Bald wird die Besiegte mit seligen Zähren
Dir Liebe gestehn, und Helden gebären."

△ **Wien,** 30 Sept. Für unsern Handelsstand ist es von unberechenbarem Vortheil daß die Donau wieder frei ist. Auf der Sonntagsbörse verbreitete sich das Gerücht daß der österreichische und russische Ge-

sandte Konstantinopel verlassen haben, weil beide Mächte entschlossen sind die Auslieferung der ungarischen Insurgentenchefs um jeden Preis zu erlangen. Die letzten Nachrichten deuteten darauf hin daß die Pforte den Rath des englischen Botschafters befolgt und die Auslieferung versagt habe. Diese Umstände bewirkten einen Rückgang der Curse. Mittlerweile declamiren die englischen Blätter über den Blutdurst von Oesterreich. Auch in Oesterreich findet Haynau's drakonische Strenge wenige Vertheidiger; wenn man aber sieht wie die Engländer auf den jonischen Inseln, deren Schutzmacht sie bloß bilden, auf einen von ihnen sogenannten Krawall hin in 14 Tagen drei bis vier Dutzende von Hinrichtungen vornehmen, so lernt man den Werth ihrer Phrasen schätzen. Die Gefangenentransporte, die hier fortwährend ankommen, zeigen welch eine bedeutende Menge Recruten daraus gewonnen werden. Es wird allgemein behauptet daß viele dieser Leute froh sind der österreichischen Armee einverleibt zu werden; sie werden gewiß tüchtige Soldaten abgeben. Das neue Anlehen wird am Ende doch wenigstens zu zwei Drittheilen im Inland gezeichnet werden; die größern Finanzmänner wollen erst die letzten Tage abwarten. Bis zur Stunde beträgt die Summe der einheimischen Unterzeichnungen 19,431,900 fl. — Zu unserm Gesandten in der Schweiz ist, an die Stelle des verstorbenen Frhrn. v. Kaisersfeld, Hr. v. Thom ernannt, der bisher in Paris als Geschäftsträger fungirt hatte. Die Mission in Paris selbst ist wieder besetzt. Legationsrath Hübner, bis jetzt Generalconsul in Leipzig, geht dahin als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, während die französische Republik Hrn. Gustav v. Beaumont als ihren Gesandten an das kaiserliche Hoflager schickt.

§ **Wien,** 30 Sept. Erst heute veröffentlicht die officielle Wiener Zeitung die Ihnen bereits vorgestern mitgetheilte Nachricht daß der Unterwerfungsact der Komorner Besatzung am 27 d. unterzeichnet worden ist. Der Feldmarschall-Lieutenant Graf Nobili hat sich hierauf am 28 in Begleitung von mehreren Officieren der Artillerie und des Ingenieurcorps, dann eines Feldkriegscommissärs und zweier Militärverpflegsbeamten in die Festung begeben, um die betreffenden Voreinleitungen zur ordnungsmäßigen Uebernahme zu pflegen, was bis morgen (den 1 Oct.) bewirkt seyn wird, wornach sofort die Besetzung der Festung noch an demselben Tage stattfinden soll. Gleichzeitig beginnt auch von morgen angefangen die regelmäßige Donaudampfschifffahrt zwischen hier und Pesth, jedoch vorläufig ohne in Comorn anzuhalten noch daselbst Reisende aufzunehmen. Von den besonderen Bedingungen der Komorner Capitulation ist zwar vorläufig noch nichts zur allgemeinen Kenntniß gelangt, indessen wurde mir aus guter Quelle mitgetheilt daß Klapka und andere Haupttheilnehmer, die sich in der Festung befinden, nebst Pässen ins Ausland auch ein entsprechendes Reisegeld erhalten sollen, daß der sämmtlichen Mannschaft vom Feldwebel abwärts Amnestie zugesichert ist, die Officiere jedoch welche ihrer Fahne untreu wurden, vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollen. Zugleich sollen die in der Festung in Umlauf gewesenen Kossuth-Noten von der Regierung mit der Hälfte ihres Nominalwerthes eingelöst werden. — Das gestern plötzlich verbreitete Gerücht daß Görgey in Klagenfurt vom Grafen Edmund Zichy, Bruder des in der ungarischen Revolution ermordeten Grafen Zichy, getödtet worden sey — wie einige behaupten in einem Pistolenduell — scheint sich nicht zu bestätigen, da heute nichts weiteres darüber verlautet. — Der Erzherzog Ferdinand, Bruder des regierenden Kaisers, welcher vor ein paar Tagen von einem choleraähnlichen Unwohlseyn befallen war, befindet sich wieder ganz wohl. Der Erzherzog Albrecht ist bereits nach Prag, der regierende Herzog von Modena nach Linz und der Großherzog von Toscana nach seinen Staaten abgereist.

In Triest am 26 Sept. 98 Erkrankungen an der Cholera und 23 Sterbefälle; die Epidemie hat also an Heftigkeit bedeutend nachgelassen.

Spanien.

Madrid, 24 Sept. Es heißt Hr. Bravo Murillo, der Finanzminister, habe von einigen Madrider Capitalisten einen Vorschuß von 100 Millionen Realen zu mäßigen Zinsen erlangt.

* **Madrid,** 22 Sept. In diesen Tagen wurde Narvaez von den Bädern in Puerto-Llano zurückerwartet, nun scheint es aber daß er erst Ende Monats in Madrid eintreffen wird. Auch der Kriegsminister braucht Bäder in Grenada, und doch thut es noth daß das Cabinet bald vollständig sey um Fragen von beträchtlicher Wichtigkeit zu berathen und zu entscheiden, wie die der Zolltarife und unserer leidigen Finanzlage. Diese könnte nicht wohl schlimmer seyn, denn außerdem daß in der Staatscasse kein Geld ist, lasten auf ihr auch noch große Verbindlichkeiten von denen man nicht weiß wie man sie decken soll. Das erste sich hier darbietende Heilmittel ist die Minderung des Heers, welches in der That, für den Friedenszustand worin wir uns befinden, über die Maßen zahlreich ist; allein Narvaez kann sich nicht entschließen Reformen in der Armee vorzunehmen, theils weil er sich scheut Unzufriedenheit in ihr zu erregen, und theils weil er die Ansicht hat daß zur Wahrung der Ruhe, und um die Revolution zu zügeln, nothwendig ein großes Heer auf den Beinen gehalten werden müsse. Es ist eben dieselbe, nicht der Krankheit sondern ihren Symptomen begegnende, Casernenweisheit die sich dermalen — Bürger und Bauern spüren's an ihren Taschen — durch ganz Europa breit macht, und über welche ein hiesiges Witzblatt bemerkt: „Die getreuen Heere haben die neue Unordnung niedergeschlagen um die alte Unordnung in integrum zu restituiren." Uebrigens ist seit gestern von der Bildung eines Reservecorps die Rede, welche den Zweck haben dürfte den Bestand der activen Armee einigermaßen zu verkleinern. In einigen andern Zweigen des Staatsdienstes hat man angefangen Reductionen und Ersparungen einzuführen, und im Administrativfach einige in der That ziemlich unnöthige Aemter entweder aufgehoben oder in ihren Salarien beschränkt. Die Minister sehen eben die Angriffe in den nächsten Cortes voraus, und sie wollen sagen können daß sie wenigstens etwas gethan. Die Einberufung der Cortes soll weiter hinausgerückt werden: anfangs hieß es sie würden bis zum 10 Oct. zusammentreten, nun scheint es aber daß es erst bis Ende November geschehen wird. Diese Zögerung kann freilich nicht wunder nehmen, denn es ist für Minister nichts angenehmes sich sagen lassen zu müssen daß sie ihre Versprechungen nicht gehalten, wohl aber das Deficit ohne hinreichenden Grund beträchtlich vermehrt haben. — Die königliche Commission die nach Barcelona gesandt war um neue Erforschungen über den Stand der catalanischen Industrie behufs der Entwerfung der Tarife einzuziehen, ist nach Madrid zurück, und hat bereits mehreren Ministersitzungen beigewohnt die sich ausschließlich mit dieser wichtigen Frage beschäftigten.*) Man glaubt daß in kurzem die neuen Tarife mit erklecklichen Modificationen erscheinen werden. Das Ministerium bereut diesen Gegenstand angefaßt zu haben, der ihm viele und große Verdrießlichkeiten bereitet hat, und den es auf eine anständige und für das Land zuträgliche Weise zu erledigen in Verlegenheit ist. Aber die Nothwendigkeit sich Geld zu verschaffen drängt die Minister die Zollsätze zu erniedrigen, und wäre nicht dieser Umstand, so hätten sie, glaub' ich, diese Reform fahren lassen. Man hat auch daran gedacht das nach Italien geschickte Armeecorps, der großen Kosten wegen die es verursacht, zurückzurufen; allein die eingetretenen Verwickelungen der römischen Angelegenheit verzögern diese Maßnahme, so lange der Papst noch nicht in seine Staaten zurückgekehrt ist. Den Beschluß einen ernstlichen Angriff gegen die Mauren, resp. die Maroccaner, zu unternehmen hat man eben auch aus keinem andern Grund als wegen Mangels an Geldmitteln aufgegeben, und die Regierung hat sich begnügt einige Verstärkungen nach Melilla zu senden und ein Kriegsschiff an der Küste des Rif kreuzen zu lassen. Die öffentliche Meinung tadelt diese halben Maßregeln, und würd' es lieber sehen wenn man eine Flotille abschickte um einige maroccanische Küstenpunkte zu bombardiren und so diesem wilden Volk, das fortwährend unsere afrikanischen Besitzungen beunruhigt, eine derbe Lection zu ertheilen. Allein die Regierung entschließt sich zu nichts dergleichen, und das schadet ihr im Volksurtheil nicht wenig. — Man bemerkt dermalen ein großes Zuströmen baaren Geldes vom Ausland, so daß die Wechsel auf London und Paris sich mit großem Schaden für die Trassanten aus jenen Hauptstädten effectuiren. Wir erinnern uns nicht daß der Curs je so hoch gestanden. Auch circulirt hier viel Gold, wie man es seit drei Jahren nicht gesehen, und die Bankbillete stehen al pari. Die Staatspapiere sind allmählich hinaufgegangen. Die politische Ruhe, deren wir in Mitte der europäischen Stürme genießen, hat gemacht daß viele Leute sich entschließen ihre Capitalien hieher zu ziehen; und wenn wir, wie zu hoffen steht, Frieden behalten, so könnte Spanien sich heben und von den großen Verlusten und Katastrophen erholen, die es seit dem Beginn dieses Jahrhunderts erlitten.

Großbritannien.

London, 28 Sept.

Der Standard berichtet über die königl. Heimreise: „Gestern (27) Morgens 8 Uhr schied die k. Familie von ihrer hochländischen Wohnung in Balmoral, und begab sich bis Cupar-Angus, wo ein besonderer Eisenbahnzug für sie bereit stand. Der Hof fuhr über Perth und Stirling, und erreichte die Greenhill-Station, der Vereinigungspunkt der schottischen Central- und der Glasgow-Edinburger Bahn, bald nach 5 Uhr Abends. Bei Edinburg wurden (der verschiedenen Gleise wegen) die Locomotive und die Wagen gewechselt, und um 7 Uhr fuhr Ihre Maj. an Dunbar vorüber."

*) Einem englischen Blatt zufolge waren die Vorschläge der catalanischen Fabricanten, welche Hr. Orlando nach Madrid gebracht, folgende: 1) feine Kattune welche mehr als 26 Fäden auf den spanischen Viertelzoll enthalten, seyen in Spanien zuzulassen; 2) gemischte Stoffe (aus Seide, Baumwolle und Wolle) sollen ganz verboten seyn; Gewebe aus Baumwolle und Flachs sollen den Durchschnittszoll von 16 Realen auf die Quadratelle zahlen. „Wenn," sagt der englische Correspondent, „das Ministerium diese Vorschläge gutheißt, so ist die Tarifbill ein todter Buchstab."

Victoria und Prinz Albert sind mit ihrer Herbstvilleggiatur in den Bergen sehr zufrieden. Das Wetter war fast immer günstig, Prinz Albert ging fleißig auf die Hühner- und Hasenjagd, der kleine Prinz von Wales fischte, die Königin ritt auf Ponies spazieren und befreundete sich mit den Bäuerinnen der Nachbarschaft, in deren Hütten sie oft eintrat und denen sie sich vielfach wohlthätig erwies.

Lord Brougham, der vor einigen Tagen 71 Jahre alt geworden, hat die Parlamentsferien zur Ausarbeitung einer in Form eines Briefs an Sir James Graham gehaltenen Flugschrift über „Abfassung und Redaction der Gesetze (making and digesting of law)" benützt. Er tadelt darin den bisherigen Mechanismus des brittischen Parlaments, und macht Verbesserungsvorschläge, welche namentlich die Sonderausschüsse betreffen. Der Jurist ist die verdienstvollste Seite des vielseitigen Henry Brougham, welchen der neueste Punch als Tanzmeister mit der Geige in der Hand vorstellt, den ungeschlachten Pächtern von Westmoreland und Cumberland Unterricht ertheilend.

Der ministerielle Globe widerspricht dem Gerüchte daß fortan das Generalpostamt in London an Sonntagen wie an Werkeltagen zur Annahme und Abgabe von Briefen offen seyn werde. — Die M. Post berichtet über eine wesentliche Verbesserung der elektrischen Telegraphen in England durch die HH. Wilmer und Smith. Sie beruht auf der amerikanischen Methode, so zwar daß die telegraphischen Nachrichten unmittelbar gedruckt werden, je 200 Buchstaben in der Minute, und dieß so billig daß das Publicum sich dieser Erfindung wird bedienen können.

Der Standard macht auf den Umstand aufmerksam daß das päpstliche Manifest Frankreichs mit keiner Sylbe erwähnt, und meint: dieses studirte Stillschweigen über den Staat der zunächst die Wiedereinsetzung des Papstes bewirkt, sey nicht geeignet die Differenzen zwischen den beiden Cabinetten zu heilen.

Wir haben wiederholt der Aufregung in der Capcolonie erwähnt, und wie der Statthalter Sir Henry Smith sich genöthigt gesehen derselben insoweit nachzugeben, daß er versprochen bis auf weitere Verhaltungsbefehle aus dem Mutterland keine Sträflinge landen zu lassen. Jetzt berichten die Singapurer Blätter aus Neu-Südwales daß daselbst eine ähnliche Agitation gegen das neue Deportationssystem des Grafen Grey begonnen, die jedoch wahrscheinlich der südafrikanischen nur nachgeahmt ist. Diese Aufregung scheint aber in der That aus einem theilweisen Mißverständniß des ministeriellen Plans hervorgegangen zu seyn. Auch scheinen die „Africanders", wie man die Ansiedler am Vorgebirge der guten Hoffnung nennt, die philanthropische Ansicht über besserungsfähige und in der Besserung begriffene Verbrecher nicht zu theilen, welche Berthold Auerbach in einer seiner Dorfgeschichten so ergreifend befürwortet hat. Der Globe vertheidigt das Colonialamt wie folgt: „Die Leute am Cap gebärden sich über den Vorschlag der Regierung sie mit wohlfeiler und guter Arbeit zu versorgen, deren sie so sehr bedürfen und um die sie so dringend gebeten, äußerst entrüstet, und dieß einfach aus dem Grunde weil die ihnen dargebotene Arbeit so befleckter Art sey daß sie ihnen moralisch mehr schaden als pecuniär nützen würde. Die empfindlichen Colonisten haben deßhalb die ihnen gebotene Wohlthat verworfen, und zwar mit allen Anzeichen beleidigter Würde. „Ekle Leute", sagte Dechant Swift, „haben manchmal sehr garstige Ideen (nice people often have very nasty ideas)", und wir können's uns recht deutlich vorstellen wie ein holländischer Boer, dessen Berührungen mit Hottentotten, Kaffern und emancipirten Sklaven einen gewissen moralischen Zartsinn wesentlich entwickelt haben muß, gleich einer pudica mimosa zusammenschaudert wenn er mit einem gebesserten Sträfling in Contact gebracht werden, mit reuigen Sündern die gleiche Luft einathmen soll. Ernstlich gesprochen, der ungeheure Lärm den die Colonisten über diese Sträflingsgeschichte erheben, als wär' es eine Frage wobei es sich um nichts geringeres als ihr Leben und ihre Freiheit handelte, ist ebenso ungegründet wie possenhaft. Ist es doch, und zwar nicht bloß am Cap, sondern auch unter gewissen Leuten in London welche bei der Sache gar nicht betheiligt sind, ein Geschrei als hätte der Colonialminister den ganzen Inhalt des Criminalgefängnisses Newgate in die Capstadt ausgeleert. Worin besteht aber am Ende das ganze Verbrechen das der Minister am Caplande begangen hat? Einfach darin daß sie ein paar hundert der ordentlichsten Sträflinge, welche die so sehr verbesserte Disciplin unsrer neuen Gefängnisse durchgemacht, unter sich wohnen lassen sollen, von deren Arbeit sie Nutzen ziehen könnten ohne den mindesten Nachtheil für ihren sittlichen, gesellschaftlichen oder politischen Zustand. Gehörten diese Sträflinge zu der verstocktesten und unverbesserlichsten Gattung, während es vielmehr bloße Novizen im Verbrechen sind, die man hauptsächlich deßhalb außer Landes senden will um sie von schlechter Gesellschaft zu befreien und ihre Besserung zu vollenden — dann hätte die Weigerung der Colonisten sie aufzunehmen einigen Schein von Vernunft. So ist es zumeist ein falscher Stolz was das Volk am Cap bewogen hat so gewaltig gegen Lord Grey's wohlgemeinten Plan aufzubrausen."

Frankreich.

Paris, 29 Sept.

Das ostensible Schreiben des Präsidenten an den Obersten E. Ney gewinnt als Anhaltspunkt zur Beurtheilung der päpstlichen Reformdecrete neue Wichtigkeit, und einige radicale Blätter haben es deßwegen wieder abdrucken lassen. Das Cabinet soll die Schmach haben daß jedermann sieht was es gefordert und was es erreicht hat. Diejenigen die zugeben daß der Papst nicht wohl mehr bewilligen konnte, folgern daraus nicht daß es weniger fordern mußte, sondern sie halten sich für berechtigt um so mehr die ganze Expedition zu verdammen, da sich zeigt daß sie in jeder Beziehung ihren Zweck verfehlt hat. Mit besonderer Schärfe spricht La Presse diesen Gedanken aus, indem sie sagt: „Wir begreifen alle Regierungsformen mit den ihnen inwohnenden Folgen; wir begreifen die Monarchie so gut als die Republik, unter dem bloßen Vorbehalt daß Monarchie Monarchie und Republik Republik sey. So begreifen wir auch ganz gut daß der Papst als höchster Ausdruck des Princips der Autorität, selbst wenn er sie nur in seiner weltlichen Eigenschaft ausübt, ganz andere Ideen hat als die welche in den Ländern im Gang sind wo die Freiheit der Tribüne und die Freiheit der Presse herrschen. Daß der heilige Vater weder von der Freiheit der Presse, noch von der Freiheit der Tribüne, noch von einer legislativen Versammlung, noch vom allgemeinen Stimmrecht wissen will, daß er die Vermessenen nicht begnadigen zu können glaubt die sich erdreistet haben in der Ausübung der weltlichen Gewalt seinen Platz einzunehmen und die wesentlichen Bedingungen derselben zu ändern — das alles ist uns hinlänglich verständlich, nicht aber daß ein französisches Blatt sich vor sich selbst so weit erniedrigen kann zu sagen: diese Erlasse seyen ein großer Schritt zur Versöhnung. Was für ein Schritt? Eine Amnestie die niemand amnestirt, kann man das noch eine Amnestie nennen? Um des Charakters des heiligen Vaters willen hätten wir vorgezogen daß er lieber jede Amnestie verweigert hätte als daß er eine bewilligt die wir aus Achtung für das Haupt der Christenheit nicht näher bezeichnen wollen. Man weiß es, wir haben keine übertriebene Vorliebe für deliberirende Versammlungen, wir machen es daher dem Papst nicht zum Vorwurf daß er die römische Assemblea nicht hergestellt hat, aber, in Wahrheit, wir vermögen auch nicht einen Schatten von wirklicher Garantie zu entdecken in der Bildung eines Staatsraths der bloß berufen ist seine Ansicht über die Gesetzentwürfe zu geben ehe sie dem oberherrlichen Entscheid vorgelegt werden. Wenn die Autorität die diesen Staatsrath ins Leben gerufen, die volle Freiheit behält ihn nach Belieben zu verändern und zu stürzen — was wird er seyn? Ebenso, was wird die Staatsconsulta seyn deren Mitglieder aus Listen gewählt werden welche die Provinzialräthe der oberherrlichen Autorität vorlegen, die sich ausdrücklich das Recht vorbehält die Zahl der Mitglieder zu vermehren, die doch aus einer bestimmten Anzahl von Unterthanen von ihr selbst ernannt sind? Heißt das nicht mit der linken Hand wieder nehmen was der rechten Hand zu entfallen scheint? Es wäre in diesem Fall redlicher, würdiger gewesen nicht zu scheinen daß man etwas gebe. Ein jährliches Steuer- und Budgetvotum von einer jährlich gewählten allgemeinen Versammlung die den Ausdruck der Wünsche und Beschwerden der Nation auf die Tribüne bringt — wenn sich der Papst dazu verstehen wollte, so hätte er seine volle Gewalt erhalten und zugleich dem römischen Volk jede Garantie und jede Befriedigung gewährt." Dieses Blatt würde also den ganzen constitutionellen Apparat wohlfeil geben und nur die Verfügung über den Beutel des Volks für die Abgeordneten des Volks in Anspruch nehmen; konnte es glauben daß diese nicht ihre finanzielle Machtvollkommenheit sogleich benützen würden um sich auch alles übrige zu verschaffen, und wie stünde es dann mit der unbeschränkten päpstlichen Autorität?

Das J. des Débats gibt als ein gestern auf der Börse verbreitetes Gerücht daß die römische Angelegenheit ihrer Lösung nahe sey. Die französischen Truppen würden von Rom abziehen und das in Italien befindliche spanische Corps an ihre Stelle kommen, während auf diplomatischem Weg der Versuch gemacht werden solle vom Papst eine umfassendere Amnestie zu erhalten. Was daran ist und ob sich ein solcher Ausgang mit dem Zweck der Expedition, besonders mit dem französischen Nationalstolz vertrüge, ist schwer zu sagen, aber die Geldmänner mögen wohl wünschen daß man sich ungefähr auf diese Art aus der Verlegenheit ziehe. Heute ging ein beunruhigendes Gerücht — die diplomatischen Verhältnisse zwischen Rußland und Oesterreich einer- und der Türkei andererseits hätten in Folge der Weigerung die ungarischen Flüchtlinge auszuliefern aufgehört, und die englische Flotte in Malta habe Befehl erhalten zur Unterstützung des Großherrn nach den Dardanellen zu segeln. Mit einer Bewegung dieser Flotte scheint es nun seine Richtigkeit zu haben, wenn auch die aus dieser Thatsache gezogenen Folgerungen ohne Zweifel voreilig sind. Doch wirkten sie nachtheilig auf die Fonds. Die diplomatischen

Anknüpfungen mit Rußland scheinen noch zu keinem nähern Verhältniß geführt zu haben. General v. Lamoricière sowohl als der Familienbotschafter des Elysée Hr. Fialin de Persigny wird zu der bevorstehenden Wiedereröffnung der Nationalversammlung zurückerwartet. Der letztere ist nicht bis Petersburg gekommen. In Deutschland hat man seiner Reise wenig Aufmerksamkeit geschenkt, aber Charivari erzählt ergötzlich wie er bei den nordischen Höfen herum an den Hof von Hessen-Darmstadt, an den Hof von Hessen-Kassel, an den Hof von Homburg-Roulette gekommen, wie er überall vortrefflich aufgenommen worden, wie er sich seiner Sendung mit glücklichstem Erfolg, wiewohl nicht ohne große Schwierigkeiten entledigt, wie man aber nicht wisse ob er in Heirathsangelegenheiten, oder in Sachen des elektrischen Telegraphen zwischen St. Petersburg und Paris, oder wegen Wiederherstellung des Königreichs Westfalen für den Oheim Jerome reise. In Berlin habe man anfangs geglaubt es komme ein langbärtiger Flüchtling mit rothem Gürtel, der Gesandte habe jedoch alle diese Besorgnisse durch seine Erscheinung niedergeschlagen, und es sey nur Schade daß diese einflußreiche Sendung sich ohne andern Nachtheil für die französische Republik nicht verlängern könne, da sein Beruf als Groß-Fialin ihn nach dem Elysée zurückrufe.

= **Paris**, 28 Sept. Die Verlegenheiten des Ministeriums sowie des Präsidenten der Republik wachsen in dem Maße als man sich mit dem Motuproprio Sr. Heiligkeit durchaus nicht befreunden kann. Die letzten Sitzungen des Ministerraths waren sehr stürmisch. Eine Modification des Cabinets ist unausbleiblich. An der Börse waren mehrere Listen im Umlauf. Das innige Verhältniß in welchem Hr. Leon Faucher zum Präsidenten steht, wird diesen Staatsmann recht bald wieder in die Verwaltung zurückführen. Molé, welcher vor einigen Wochen noch bereit war im vorkommenden Falle das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, ist seit dem Bekanntwerden des römischen Manifestes etwas zäher geworden. Alle Ministercandidaten wollen die ersten Aussprüche der Kammer abwarten, bevor sie definitive Erklärungen abgeben. In der Casse des Präsidenten soll gewaltige Ebbe herrschen. Eine nachträgliche Erhöhung seines Gehaltes ist unerläßlich, wenn die „republicanische" Nation von einem Präsidenten fortan „fürstlich" regiert seyn will. Die Legitimisten von ächtem Schrot und Korn werden sich vielleicht an Ludwig Bonaparte wegen seines Briefes an Ney rächen und gegen eine Vermehrung seines Jahrgehalts stimmen. Ueber die Flüchtlingsangelegenheit hat sich nun unsere Regierung mit der Eidgenossenschaft vollständig geeinigt.

Italien.

* Briefe aus **Rom** v. 25 u. 26 Sept. melden 1) als beglaubigte Sage: daß Pius IX in der ersten Hälfte Octobers von Portici nach Castel Gandolfo (bei Rom) übersiedeln und dann seine nahe Rückkehr in die Hauptstadt ankündigen werde; 2) als gewiß: daß die französische Regierung gesonnen sey ihre militärische Besetzung Roms auf die kürzeste Frist zu beschränken, jedoch unter der Bedingung des gleichzeitigen Abzugs der österreichischen, spanischen und neapolitanischen Truppen aus dem Kirchenstaat. Die provisorische Regierungscommission war darüber in großer Freude.

Turin. La Legge vom 28 Sept. meldet: „In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Kammer der Senatoren das Finanzgesetz, wonach die erste Zahlung der Kriegsentschädigung an Oesterreich zu leisten ist, ohne Discussion an." Das Risorgimento tadelt die Linke der Deputirtenkammer wegen ihres unnützen Geschreies gegen das Ministerium hinsichtlich des Friedensschlusses. — Der Censore will wissen: Garibaldi sey von Tunis zurückgewiesen worden, und wieder auf der Insel Sardinien angekommen.

Schweiz.

△ **Bern**, 29 Sept. Durch Kreisschreiben meldet der Bundesrath den Ständen, er habe beim Herannahen der Cholera den Rath von Sachverständigen eingeholt. Das Stillestehen derselben in Tessin und an der nördlichen Gränze gebe zwar der Hoffnung Raum daß diese Krankheit auch diesesmal wieder die Schweiz verschonen werde; doch sey es angemessen die Gefahr nicht aus den Augen zu verlieren, und die Kantonsregierungen möchten deßwegen die nöthigen Vorsichtsmaßregeln treffen. — Der Justizdirector zeigt dem Bernerischen Regierungsrath an daß nach den eingeholten sorgfältigen Erkundigungen sich im Kanton Bern keine Werbbüreaux mehr vorfinden. — Heinzen ist am 26 d. mit Familie über Havre nach London abgereist; Struve ist am 27 denselben Weg gegangen; Blenker dagegen ist von Genf, Anneke mit Familie von Basel aus nach Amerika gereist. Jacoby verlangt vom preußischen Gesandten einen Paß nach Königsberg um sich den dortigen Gerichten zu stellen; dieser aber erklärt, dieß nicht ohne specielle Instruction von Berlin thun zu dürfen. Aus diesem Grund hat sich Jacoby's Abreise verzögert; er verlangt einen Paß, weil er nicht steckbrieflich verfolgt wird, sondern nur vor die Gerichte citirt ist. Löwe aus Kalbe hat mit seiner Frau eine Wohnung in Bern bezogen; Nauwerck bleibt mit seiner Familie über den Winter in Thun. Raveaux wird den Rest der ihm gegebenen Frist in Bern bleiben und in 14 Tagen abreisen.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 24 Sept. 3proc. $27\frac{3}{8}$ P. Curse: Paris 5.35 P.; London 50.75 G.

London, 29 Sept. Consols $92\frac{7}{8}$.

Paris, 29 Sept. 3proc. 55.80; 5proc. 88.60; Bankactien 2336; belg. 5proc. $97\frac{1}{4}$; neap. 5proc. 86; röm. 78; span. innere Sch. $27\frac{1}{2}$; piem. 890; St. Germain E.-B. 415; Vers. rechte 212.50; links 172.50; Paris-Orleans 745; Rouen 530; Straßburg 351.25; Nordbahn 437.50; Mars.-Avignon 222.50; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 303.75; Bordeaux 408.75; Tours-Nantes 291.25; Dieppe-Fecamp 183; Montereau-Troyes 115; Antwerpen-Gent 225.

Amsterdam, 28 Sept. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{15}{16}$; 3proc. $63\frac{13}{16}$; 4proc. $84\frac{1}{8}$; Syndic. $3\frac{1}{2}$proc. 84; portug. 5proc. $30\frac{1}{4}$; Metall. 5proc. $88\frac{1}{4}$; Ard. $11\frac{1}{4}$. Curs auf London $12.12\frac{1}{2}$ k. P. Curs auf Hamburg $35\frac{1}{16}$ k. G.

Augsburg, 2 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $85\frac{1}{8}$ G. 4proc. 92 G. 5proc. $100\frac{3}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 645 G. Promessen 60 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1120 G. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{8}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beilage zu Nr. 276 der Allgemeinen Zeitung vom 3 October 1849.

Reiseerinnerungen von der sächsisch-bayerischen Eisenbahn.

Es ist schade, sagte mein Reisegefährte, daß in dieser mehr als bedenklichen Zeit diese Eisenbahn noch nicht vollendet ist. Wir standen, als er dieß mit seiner gewöhnlichen Bedächtigkeit sagte, bei Reichenbach an dem merkwürdigen Brückenbau, der dort seit drei Jahren eifrig betrieben wird, um das Geltschthal mit einem wahrhaften Römerwerke zu versehen, welches es allein möglich macht die sächsisch-bayerische Bahn nach Plauen zu führen. Drei Jahre hat man schon daran gebaut, und noch vier oder fünf andere wird man nöthig haben um das bewunderungswürdige Werk zu vollenden. Das Thal ist an dem Punkt wo der Bau geführt wird, 286 Fuß tief und 2400 Fuß breit. Fünf Bogenreihen müssen über einander gesetzt werden, viele Millionen Ziegelsteine und ungeheure Sandsteinblöcke thürmen sich kunstvoll auf- und übereinander; nur um den Grund zu diesen kolossalen Pfeilern und Bogen zu legen, hat man ein Jahr lang die Arbeitskräfte von mehr als 2000 Menschen nöthig gehabt, und wenn man jetzt vor dem halb fertigen Bau steht und an den schwindelnden Gerüsten emporblickt, wenn man diese wimmelnden Ketten von fleißigen Arbeitern betrachtet, die Maschinen welche ihnen Wasser, Mörtel, Sand und Steine zuführen, und die zahllosen Haufen von Ziegeln die längs der Eisenbahn auf eine Stunde Weges bereit stehen um abgeholt und hier verbraucht zu werden, da wird man ganz von der Größe des Werks, das hier als ruhmvolles Gedächtniß unserer Zeit errichtet wird, ergriffen. Es gibt keins in Deutschland das ihm gleich kommt, und niemand der in seine Nähe kommt muß versäumen es zu sehen. In unserer Zeit der Zerrissenheit und der Zerwürfnisse kann man Trost daraus schöpfen daß es dennoch möglich ist so Gewaltiges zu schaffen, solche Brücken über Abgründe zu bauen, mit solchem Kitt Länder und Volksstämme dicht aneinander zu legen, bis endlich dieses Gefühl der Einheit alle künstlichen Trennungen einst überwältigt.

Sehen Sie, sagte der alte Herr, dieser Abgrund ist gewissermaßen der Scheidepunkt zwischen Nord- und Süddeutschland. Mit diesem eisernen Arm umklammern sich Sachsen und Bayern; auch sorgt man für den zweiten, linken, der von Dresden aus durch die steilen Elbberge sich legt und mit seinen Fingerspitzen Prag festhält. Wenn das zehn oder zwanzig Jahre früher geschehen wäre, würden in Bayern und Oesterreich ganz andere Sympathien für Norddeutschland vorhanden seyn als es jetzt der Fall ist, und trotz aller Pfaffen und Junker Gedanken in die Köpfe gefahren seyn die sie etwas aufgeklärt hätten.

Ach, lieber Herr, erwiederte ich, glauben Sie denn wirklich daß die Eisenbahnen uns den Messias und den Völkerfrühling bringen sollen? Wenn's die Cultur nicht thut, erwiederte er, wenn sie uns nicht den richtigen Weg zeigt, wenn vor ihr nicht die Vorurtheile, die Dummheit, die Anmaßungen verschwinden, so gibt es nichts was die Menschen veredeln und erheben kann.

Nun wohl, sagte ich beruhigend, es wird gewiß kommen, und jeder der an die Zukunft der Menschheit glaubt, muß daran festhalten daß auch der Tag erscheinen wird wo die Kinder einer großen Mutter sich nicht mehr wie wilde Thiere hassen, verachten, zerfleischen und morden, wo Versöhnung und Liebe nicht mehr leere Worte sind, die einst ein Heiliger predigte, und welche seit Jahrtausenden weinend durch die Welt irren, wie ausgestoßene Kinder, gleich der Gerechtigkeit, mit verhülltem Antlitz. Dazu werden die Eisenbahnen auch etwas beitragen, aber Vorurtheile, Hochmuth, Ehrgeiz, Habgier, Haß und ach! vor allem die unsterbliche Dummheit, dieses unveräußerliche Erbtheil der Menschen, werden noch unberechenbar lange ihre Begleiter seyn, und erfände man auch Flügel und fände die Siebenmeilenstiefel des seligen Peter Schlemihl.

Der Omnibus der Post wartete auf uns und brachte uns nach Plauen, der letzten sächsischen Stadt, von wo aus die Bahn nach Bayern hinüber führt. Das böhmische Gränzgebirge und das Fichtelgebirge schicken hier überall ihre Ausläufer umher, zwischen denen eine große Menge lieblicher, grüner Thäler liegen, in deren smaragdgrünen Tiefen und an deren sonnigen Abhängen sich das Menschenleben eingenistet hat. Dann und wann kommt ein schöner Rittersitz zum Vorschein, meist aber sind es kleine Häuschen, die oft dürftig genug aussehen. Die Locomotive mit der dunklen Wagenkette fliegt über die Schornsteine fort, an schmalen Waldschluchten hin, über hohe Brücken, an schwindelnden Abgründen vorüber, und während die Wege hier bald tief hinablaufen, bald sich wieder zu den Bergrücken und Fichtenwäldern emporwinden, hat die menschliche Beharrlichkeit für den eisernen Strang eine Ebene gebaut die den natürlichen Hindernissen trotzbietet. Jenseits der Stadt am Hof war man jedoch am Ende mit dieser Kunst; dort senkten sich die Berge auf Meilenlänge, und der Weg windet sich an den Rändern kleiner Thäler in stufenweisen Absätzen so widerspenstig hinunter daß keine Bauwerke helfen konnten; sondern die Bahn in Curven hinabgeführt werden mußte. Das ist die berühmte schiefe Ebene auf welcher die Locomotiven von Hof nach Markt Schorgast hinunter und heraufrollen müssen — eine Operation die gewöhnlich von einem allgemeinen Bangen der Reisenden begleitet wird, obwohl bisher noch nicht ein einziger Unglücksfall vorkam, und bei nöthiger Vorsicht auch nicht leicht vorkommen kann. Es ist die stärkste Steigung die bis jetzt irgendwo versucht und ausgeführt wurde. Die Höhe von welcher die Bahn hinuntergeht beträgt über 400 Fuß. Die Steigung vermehrt sich bis auf 1 zu 40, dennoch aber ist eine einzige starke Locomotive im Stande den ganzen Zug hinaufzuschleppen, was in langsamem, aber stetigem Tempo geschieht. Vor einiger Zeit hatte man, oben angelangt, die Locomotive etwas zu früh ausgehakt, ohne den Punkt erreicht zu haben wo die schiefe Ebene gänzlich aufhört. Plötzlich begannen die Wagen rückwärts zu laufen, zum höchsten Entsetzen der darin Sitzenden, welche laut um Hülfe schrien. Die Conducteure bremsten so viel sie konnten, die Locomotive eilte dem fallenden Zuge nach, und es gelang auch sie wieder einzuhaken, allein die Kraft der Bewegung war zu groß, sie vermochte nicht ihr Einhalt zu thun. So rollte denn der ganze Zug unaufhaltsam hinunter, aber ohne den geringsten Schaden durchlief er die Curven und langte glücklich unten an, den Beweis gebend daß diese Fahrt durch die schiefe Ebene keineswegs so gefährlich ist. Natürlich wird dabei gar keine Dampfkraft angewendet, sondern der Zug seiner eigenen Schwere überlassen, und alle Wagen stark gebremst um die Reibung möglichst zu vergrößern.

Von Markt Schorgast ab sind die Schwierigkeiten dann größtentheils überwunden. Die Bahn läuft an den Abhängen des Fichtelgebirges hin; hier und dort wurden die Felsen fortgesprengt um Raum zu schaffen; wunderschöne Aussichten öffnen sich in die Thäler, welche immer größer und weiter werden, und deren Sohle die Bahn stets näher rückt. Hier ist der Reisende in Franken und im schönsten Theile des berühmten Bierparadieses. Hat Hof schon einen allgemein belobten Gerstentrank geliefert, so ist Kulmbach noch von größerem welthistorischen Rufe. Stattlich steigt das alte Schloß der Markgrafen von Brandenburg-Kulmbach über dem Städtchen auf. Hopfenwälder beginnen hier, und statt des Grüns der Rebe sieht man die welligen Höhen von den dunklen Gewinden der seligmachenden Pflanze bedeckt. Die alten Markgrafen auf ihrer Felsenburg haben sich ein herrliches Plätzchen da oben ausgewählt, gut zum Trinken, zum Leben und zum Lieben, und jener wilde, abenteuerliche Held aus den ersten Religionskämpfen, Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach, der tapfere Gefährte und endlich Feind seines schlauen Nachbars Moriz von Sachsen, hat ohne Zweifel hier oben schon damals manchen vollen Becher vom goldigen Kulmbacher Doppelbier geleert, der seine Streitlust und protestantische Standhaftigkeit vervielfachte. Der Lauf der Bahn führt zur Freude der Dürstenden, aber fortgesetzt bei allen berühmten Bierquellen Bayerns vorüber, und wer es nicht verschmäht überall, in Hof, Kulmbach, Bamberg, Erlangen und endlich in Nürnberg zu kosten, um praktische Erfahrungen zu sammeln wo es ihm am meisten zusagt, wird wenig von der Schönheit Frankens zu erzählen wissen. Aber gewiß ist es ein schönes und gesegnetes Land, voller Fruchtbarkeit und dabei reich an romantischen Reizen. Die Ruinen alter Schlösser auf nahen und fernen Berghäuptern legen Zeugniß ab von jener Zeit wo die fränkische Ritterschaft auf ihrer Bank bei Reichstagen saß und von ihren Burgen herab stolzen Fürsten Widerstand leistete; ebenso aber bezeugen die vielen bethürmten Städte wie das altdeutsche Bürgerthum seine festen Mauern und Wälle baute hinter denen es in Handel und Wandel aufblühte, und als unsere märkischen Wälder und Sandflächen noch voll wilder Heiden steckten, sangen Minnesänger hier das Lob der Schönheit, und an den Höfen der fränkischen Kaiser ritten die Bürgersöhne von Bamberg und Nürnberg einher; Kanzler und Könige, Fürsten und hohe Herren suchten die Freundschaft der mächtigen fränkischen Städte. (Reichsanzeiger der Deutschen.)

Die Kölnische Kunstausstellung 1849.

Die Kölnische Zeitung schließt eine Reihe von sechs Artikeln über die dortige Kunstausstellung mit folgenden Betrachtungen: „Nach diesen Wanderungen wird es natürlich erscheinen daß wir uns einen Rückblick auf den hinter uns liegenden Weg erlauben. Und da muß es denn unsere erste Bemerkung seyn daß wir zwar allerlei hübsche und erbauliche Werke

der bildenden Künste vor unsern Augen gehabt haben, daß wir aber keineswegs einen Vergleich mit den Ausstellungen früherer Jahre wagen dürfen. In welchen Ursachen ist diese Erscheinung begründet? Es dünkt uns allerdings im Interesse unserer Stadt zu liegen diese Angelegenheit zu erörtern und, wenn es möglich ist, derselben eine andere Wendung zu geben. Wir haben in früheren Jahren einen Glanz an Kunstwerken auf dem Gürzenich entfaltet gesehen wie wenige Städte sich dessen rühmen konnten. Wir dürfen uns aber nicht mit den Erinnerungen der Vergangenheit brüsten und beruhigen, wir müssen sorgen daß die Zukunft ihr entspreche.

Man wird vielleicht geneigt seyn den unruhigen Zeiten hauptsächlich die Schuld aufzubürden. Bis zu einem gewissen Grade mag das allerdings wahr seyn, aber die einzige Ursache ist es in der That nicht. Warum hätten alsdann die Ausstellungen anderer Orte nicht ebenso gelitten? Es ist auch in den schlimmsten Tagen der Aufregung und des Streits von den Künstlern gearbeitet worden. Käufer fanden sich damals noch weniger als jetzt, und die Bilder mußten deßhalb noch mehr durch die Welt wandern. Warum aber sollten sie nicht ebenso gut wie anderwärts auch zu uns herübergeschickt werden?

Ich will mich nicht scheuen es auszusprechen. Die blinde Vorliebe der Deutschen für das Fremde hat den Grund zu der Verschlechterung unserer Ausstellungen gelegt. Dieselbe hat sich zunächst im Publicum und dann auch im hiesigen Kunstverein auf eine Weise geltend gemacht die denn doch zuletzt ihre schlechten Früchte trägt. Anfangs schwärmte man nur für die Belgier, man sah, bewunderte und kaufte fast ausschließlich ihre Bilder. Und worauf basirte denn all diese Begeisterung? Auf einigen großen Bildern die das belgische Gouvernement hieher gesandt, und auf einigen andern die an Privatleute unserer Stadt verkauft waren und die in der That zu den Kronen der neueren belgischen Kunst gehören. Beim Licht besehen war alles andere trivial und mittelmäßig. Aber man acquirirte bei den Ausländern weil alles belgisch seyn mußte. Und dennoch lag es sehr nahe daß unsere Nachbarn ihre wahrhaft guten Sachen sehr leicht im eigenen Lande anbringen konnten, und folglich nur diejenigen Bilder über die Gränze schickten welche daheim keine Käufer fanden. Welchen übeln Eindruck aber mußte ein solches Verfahren auf die deutschen Künstler machen! Wie betroffen mußten sich sogar die rheinischen Maler sehen wenn sie erfuhren daß man in Köln eine ausländische Kunst mehr begünstige als eine vaterländische, ja als eine provinzielle, daß man mehr Sympathien für Antwerpen und Brüssel als für die nächste Nachbarstadt habe!

Die Folgen blieben nicht aus. Die Belgier schickten neuerdings, wie früher, eine Menge nichtssagender Werke. Die Deutschen erschienen selten oder sie schickten nur kleinere Sachen. Das Publicum kam von seiner fremdländischen Begeisterung zurück, der Kunstverein verharrte noch zum Theil darin, aber er setzte von nun an immer weniger Actien ab — kurz seine Actien sanken. Das belgische Colorit allein wollte es nicht mehr thun. Mit dem Anschauen von Kunstwerken wuchs der Geschmack. Man wollte Composition und Individualisirung, und machte nun die Entdeckung daß in der Heimath doch etwas mehr Poesie zu Hause sey. Aber die Dinge standen einmal nicht mehr gut, es kam das Mißtrauen hinzu und erfand sogar allerlei Dinge von belgischer Protection bei manchen Mitgliedern des Kunstvereinsvorstandes, die wir nicht nacherzählen wollen.

Vox populi, vox Dei! Nur wenn der Kunstverein die Kunst als nationale Sache anerkennt, wird er sich wieder heben. Denn nur auf diese Weise wird er von allen Seiten wahrhafte Unterstützung finden, sey es daß er sich an die Künstler oder an die Vereine wende. Der Kunstgeschmack ist allerdings kosmopolitisch, die Kunstförderung aber sey vaterländisch. In Rom, in Florenz, in den Niederlanden und noch neuerdings in München hat die Kunst diesen nationalen Charakter gehabt. Und so bleibe Köln auch vor allen Dingen deutsch. Wir haben ja eine rheinische Malerschule! Warum soll diese nicht vorzugsweise im Rheinlande Ermuthigung und Förderung finden, zumal da sie keine Mediceer und Wittelsbacher zu Beförderern hat? Wer die dießjährige Ausstellung mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, der wird überdieß nicht anstehen den Deutschen den Preis zuzuerkennen."

Berliner Gewerbeausstellung.

np. Die Berliner Gewerbeausstellung naht ihrem Ende. Extrazüge der Stettiner und Breslauer, der Halle-Köthen-Berliner, sowie der Magdeburger und der sich daran schließenden Harzbahn führten ihr aus den Provinzen zahllose Bewunderer und Käufer herbei, welche nebenbei sogar die Zuschauerbänke unserer sonst so leeren Kammern füllten. Halberstadt, wo aus jedem Hause jemand nach der doch immer ziemlich entfernten Residenz aufbrach, war die ganze Nacht in voller Bewegung gewesen bis um 4 Uhr Morgens der Extrazug abging. Dort mag freilich die Person des Hauptunternehmers der Gewerbeausstellung diese allein schon merkwürdig gemacht haben. Dieser für das gewerbliche Leben Deutschlands nach allen Richtungen hin so überaus thätige Mann verdient es wohl daß ich Sie in der Kürze mit seiner Person bekannt mache. Es ist der Sohn des Ober-Dompredigers Augustin in Halberstadt, der im ehemaligen Königreich Westfalen eine Rolle spielte. Der jüngere Augustin, welcher in Halberstadt Oberlandesgerichtsrath war, begann seine Unternehmungen und Speculationen zuerst mit einem großen Musikfeste auf dem Domplatz zu Halberstadt, machte dann mit einem großen Spiritusgeschäft bankrott, mußte deßhalb seine Vaterstadt verlassen und das Amt eines Oberlandesgerichtsrathes niederlegen, steht jetzt an der Spitze der durch Hrn. v. Unruh unter besondern Umständen gebauten Potsdam-Magdeburger Eisenbahn und leitet mit großem Geschick die Bestrebungen dieser Gesellschaft, welche dahin gehen eine möglichste Centralisation in der Verwaltung der preußischen Eisenbahnen herbeizuführen, indem sie selbst sich mit mehr credit- als bürgschaftleistendem Capital derselben zu bemächtigen sucht. Diesem Manne also verdanken wir hauptsächlich die dießjährige Berliner Gewerbeausstellung, überhaupt die zweite welche an der Spree gehalten wird. Sie soll minder bedeutend seyn als die erste. Dennoch ist der Eindruck ein gewaltiger, wenn man bedenkt daß die ungeheure Summe von Arbeit welche hier das Auge überblickt, während der Revolution und unter fortwährenden Volksunruhen entstanden ist, an denen Handwerker und Arbeiter einen hauptsächlichen Antheil hatten. Die Herausgeber des Katalogs, Augustin und Stolle, führen im Vorwort folgende Gründe an, welche die polytechnische Gesellschaft zur Veranstaltung der dießjährigen Gewerbeausstellung veranlaßten. „Vorerst schien es ihr nothwendig die Aufmerksamkeit des Publicums, die sich heute beinahe ausschließlich den politischen Angelegenheiten zugewendet hat, wobei die materiellen Interessen des heimathlichen Bodens fast zu sehr in den Hintergrund geschoben werden, durch eine Kraftanstrengung der Industrie auch wieder einmal für letztere in Anspruch zu nehmen, um so mehr als durch die Bedrängniß der heutigen Zeit die Wohlfahrt unserer noch vor kurzem so herrlich aufblühenden Industrie mit jedem Tag mehr gefährdet wird und zu ernsten Betrachtungen und ernsten Maßnahmen auffordert. Durch eine solche Schaustellung der preiswürdigsten Producte wird überdieß auch stets die Kauflust gereizt, und somit hoffentlich ein anderer Zweck erreicht, der nämlich, insbesondere unsern kleinen Gewerben eine jetzt mehr als jemals noththuende Unterstützung zufließen zu lassen. Ein dritter Grund lag in der traurigen Erfahrung daß jenes engherzige Vorurtheil als könne nur das Ausland schöne und billige Fabricate liefern, auch bei vielen unserer Landsleute noch so mächtig sey daß manche unserer vorzüglichsten industriellen Erzeugnisse zur Stunde noch ihren vaterländischen Ursprung verläugnen müssen um an den Ufern der Spree einen willigen Käufer zu finden, ein Uebelstand der mindestens unserm Nationalgefühl nicht gerade zur Ehre gereicht."

Jedenfalls ist die Ausstellung bedeutend genug um uns staunen zu machen, ebensowohl über die breite Mannichfaltigkeit der Zwecke welche im Lebensgenusse zu Tage kommen als der Mittel dieselben zu befriedigen. Von dem profansten Gegenstande des alltäglichen Lebens bis zu der Altar- und Kanzelbekleidung ferner Landkirchen hin erstreckt sich die Gewerbthätigkeit, und überall strebt sie die Sinne mit heiterm Behagen zu erfüllen. Neben dem Gefühl behaglicher Befriedigung aber das sie uns verleiht, eröffnet sie uns zugleich den Blick ins Unendliche. Was der schwäbische Sänger vom Frühling sang: „Man weiß nicht was noch werden mag," das gilt auch wenn man die sinnigen Gebilde von Menschenhand und die Erfindungen des Menschengeistes mustert. Namentlich die Maschinen verweisen uns auf eine Vermehrung der menschlichen Kraft und Fähigkeit ins Unendliche. Während die Locomotive durch die Felder braust, schwebt auch der Luftballon über ihr dahin, und wer könnte glauben daß er für immer ein Spiel der Winde zu bleiben bestimmt sey? Vielleicht noch ein Jahrhundert und er trägt unsere Lasten ebenso sicher aber millionenmal schneller zum Ziele als der leicht zu handhabende Schiffernachen der von Linz bis Wien die Donau hinabschwimmt.

Vorderhand aber haften wir noch an der Scholle, und der stattliche Reisewagen der von muthigen Rossen von einer Stadt zur andern gezogen wird, nimmt sogar, sehr zahlreich vorhanden und überaus mannichfaltig und glänzend ausgeführt, den meisten Raum auf der Gewerbeausstellung ein. Doch ich will der Reihe nach einiges Bemerkenswerthe aus dem Kataloge hervorheben. Wir finden zunächst eine große Anzahl von pharmaceutischen, chemischen und physikali·en Apparaten, meist aus dem Magazin von Hoffmann und Eberhard; zweckmäßige Kochapparate von W. F. Haack; chemische Gesundheitspräparate von C. W. Spilinger; Apparate für chemische und magische Zauberkunstleistungen von J. A. Martin; zwei kleine elektrische Telegraphen, erfunden von Siemens, ausgeführt von Halske; eine Anzahl verschiedener physikali·cher Instrumente von C. Schober und einen Patentgaszähler auf nassem Wege mit constantem Wasserniveau von

F. Eister. Wir finden ferner „Berliner-Kölnisch-Wasser" von Louis Möllinger. An kunstvollen Bernsteinarbeiten darf es auf einer Gewerbeausstellung in der Hauptstadt Preußens nicht fehlen, wir finden ein Jagdstück aus Bernstein von F. W. Feinholz. Bronzewaaren sind zahlreich vorhanden. Ebenso Bücher und Buchbinderarbeiten, auch einige Schriftproben. Auch die Champagnerfabrik, Spandauerstraße 58, hat sich mit ihren Fälschungen des edlen Rebentrankes hervorgewagt. Berliner Conditorwaaren durften nicht fehlen. Das Handwerk Dr. Martin Luthers, die Drechslerkunst, ist zahlreich vertreten. Dr. W. Keller stellte das Modell einer Haupteinrichtung aus welche zur Betreibung einer Kartoffelbierbrauerei nach der von ihm befolgten Methode erforderlich ist. Daneben stehen im Katalog die militärischen Epauletten aufgeführt. L. Knoevenagel stellte Feuersteinschreibfedern aus. J. G. Schulze jun. Frostheilwasser. F. L. Möhring, Otto Müller, Winkelmann u. Comp. und F. Böhm stellten galvanoplastische Gegenstände aus. Mit Hüten, einem der Gegenstände die man in Berlin noch fast durchgehends aus Paris zu beziehen liebt, haben sich nichtsdestoweniger neun Fabricanten auf die Ausstellung gewagt. Lichtbilder finden wir nur von O. Graff; Mikroskope und mikroskopische Apparate nur von J. Bénéche und Dr. A. F. Oschatz. Aus der Fabrik von C. Goldtammer sind ein paar französische Mühlsteine, aus französischen Mühlsteinstücken nach englischem System zusammengefügt, ausgestellt. Musikinstrumente sind zahlreich und von ausgezeichneter Güte vorhanden, ferner Reliefarbeiten von A. Ritsche, A. Bate, A. Fechter, G. Eichler, E. Freiberg und C. Hettler. Am zahlreichsten sind die Erzeugnisse des Tischlerhandwerkes vertreten, welches durch die zahlreichen Neubauten und Wohnungseinrichtungen in Berlin eine ungeheure Ausdehnung erlangt hatte, seit der Revolution freilich im Sinken begriffen. Die Kunststopferei, ein in Deutschland fast unbekanntes Gewerbe, ist durch S. Sieratzky vertreten, der dieß nützliche Gewerbe hier mit seinem Bruder allein betreibt, und aus Warschau nach Berlin gekommen ist.

Dieß wenige ist es was ich nach wiederholtem Besuch der Gewerbeausstellung mir an diesem Ort hervorzuheben erlaube. Wieviel des Trefflichen dabei unberücksichtigt geblieben seyn muß, könnte dem Leser gewiß schon ein aufs Gerathewohl in den sechs Druckbogen umfassenden Katalog gerichteter Blick sagen. Die Gewerbeausstellung wird im Kroll'schen Locale abgehalten. Sie ist am 12 Aug. eröffnet und wird am 30 Septbr. geschlossen.

Preußische Kammern.

∸ **Berlin**, 27 Sept. Die Kammerverhandlungen sind sich rasch gefolgt, und mit den gewichtigsten Entscheidungen. Ist der Zweifel damit gelöst daß die Kammern, aus solcher Wahl hervorgegangen, nichts anderes seyn könnten als obligate Instrumente, um durch ihre Zustimmung den Willen der Regierung zu sanctioniren? Die Furcht daß sie nichts anderes seyn könnten, haben wir nicht getheilt, und ebenso wenig gaben wir der andern Raum daß diese Kammern, allmählich, im Verlauf der Verhandlungen, und wider Willen, in die Opposition hineingerissen werden würden, wie das die Erfahrung bei gesetzgebenden Versammlungen lehre. Das Resultat der letzten Verhandlungen kann auch nicht scheinweise diese Ansicht rechtfertigen. In den beiden wichtigen Punkten der Verfassunggebung, der Frage über das Bestehen der Lehne und Familienfideicommisse und des Steuerbewilligungsrechts, waren die einzelnen Abgeordneten wahrscheinlich schon von Anbeginn der Meinung welche sie am Dienstag durch ihr Votum sanctionirt haben. Wären diese Fragen früher zur Debatte gekommen, so würden die Kammern nicht anders gestimmt haben, höchstens daß die Zahlen der Majoritäten etwas variirt hätten. Aber minder erfreulich ist der Schein, der schwerlich ganz abzuwenden ist, weil hinter ihm eine Wahrheit sich verbirgt daß die Kammern sich willfähriger in den minder wichtigen Fragen zu Anfang gezeigt, um ihre ganze Kraft für die wichtigeren aufzubewahren. Das ist vielleicht politisch, human und höflich, sie wollten den Unterschied einer loyalen Kammer von dem Renommistentrotz der Nationalversammlung zeigen, welche, um Opposition zu machen jede Gelegenheit aufgriff, während sie die Opposition sich aufsparten bis zum Augenblick wo sie unerläßlich war. Doch hätte es vielleicht eine höhere Politik gegeben, welche die Kammer gelehrt auch in jenen Fragen ihre Würde und ihren Willen ohne Eigensinn zu zeigen, und dadurch von vornherein Vertrauen zu erwecken, was viel werth gewesen wäre, denn es hätte allgemeines Vertrauen erzeugt. Die Ansicht im Publicum daß man nur allmählich zur Selbständigkeit sich heraufgetrieben, wird nicht überall unterdrückt bleiben, oder aber die entgegengesetzte sich geltend machen, daß man ein Spiel gespielt um durch jene Schritte zu überraschen. Beides ist falsch. Weder durch besondere Talente, durch große Redner, noch durch Intriganten ist die zweite Kammer in der Hauptfrage zu der Thatäußerung hingerissen welche viele in Erstaunen setzt, sondern einfach durch die Natur der Verhältnisse. Wer es sich klar gemacht worin das Wesen eines constitutionellen Königthums liegt, und wer es mit der Constitution und mit dem Königthum ehrlich meinte, mußte das unbeschränkte Steuerbewilligungsrecht der Kammern aufrechterhalten wollen. Es wurden gute Reden, glänzende Gründe dagegen und für den Verfassungsparagraphen angeführt, nach welchem die bisher bestehenden Steuern ohne weiters fortdauern sollten. Es bedurfte aber kaum der Gegenreden der gewiegtesten Männer in der Kammer, die freilich den Nagel auf den Kopf trafen, um die Versammlung zu überzeugen daß sie ein heiliges Verfassungsrecht nicht aufgeben dürfe ohne die Verfassung selbst zum Spiel der Winde zu machen. Graf Arnim-Boitzenburg zeigte sich in seiner Vertheidigungsrede von neuem als ein Staatsmann aus der vergangenen Zeit, der die Gegenwart begreift und noch immer zu einer Ehrenrolle in unserm constitutionellen Leben berufen ist. Seine Gründe dießmal waren aber mehr sophistischer Natur. Es wäre eine Verkehrtheit sich in wenn nicht allem, doch in so vielem auf Englands Vorbild zu berufen um eine deutsche Verfassung aus den Zeitstrudeln und Chimären an den Strand der Wirklichkeit zu retten, das Wesen aus der englischen, das Steuerbewilligungsrecht, aber zu streichen, weil es auf unsere Verhältnisse nicht passe! Von schlagenderem Moment war Manteuffels Einwand, wie es die praktische Natur dieses Ministers charakterisirt. Preußens Stärke besteht mit vorzüglich in seinem geordneten Finanzsystem, in seinem Credit; darum dürfe man nicht daran lockern. Und die kräftigste Unterstützung fand das Ministerium in den Vorangängen, in dem Steuerverweigerungsversuch der Nationalversammlung. Aber daß dieser Revolutionsversuch nicht gerechtfertigt oder vertheidigt werden solle, indem man jenen §. streiche, ward durch mehrere Redner zur Evidenz herausgestellt, insofern es dieser Deduction überhaupt bedurft, wo die Thatsache vorliegt daß das ganze Land, mit wenig Ausnahmen, jenen Versuch mit Unwillen verwarf. Der Kampf war hier ein rein principieller. Von der ungeheuern Majorität der 212 welche für die Streichung gegen die kleine ministerielle Minorität von 93 gestimmt, wird es keinem einzigen in den Sinn kommen die bestehenden Steuern zu streichen, und dem Staat dadurch seinen Credit zu rauben; im Gegentheil sind alle, um den Staat zu retten, auch zu größern Opfern, zu neuen Steuern bereit. Aber hingehen lassen eine Bestimmung die praktisch ohne Bedeutung, sich gleichsam unschuldig in die Verfassung vom 5 Dec. eingeschlichen, hieß entweder aus Fahrlässigkeit das erste Recht eines freien Volkes hingeben, oder jenem Princip zueilen mit welchem Metternichs Politik den deutschen Constitutionalismus paralysirte. An den bestehenden Steuern dürften die Stände der deutschen Staaten nicht rütteln, damit war ihre Wirksamkeit und Natur oft auf den Stand gebracht wo die Umsturzpartei sie mit Recht als eine große Lüge denunciren konnte. Die zweite preußische Kammer hat mit der Verwerfung des §. auch eine heilige Pflicht gegen das Königthum selbst erfüllt. Sie hat es vor dem Vorwurf bewahrt daß es unter constitutionellen Formen direct zum alten Absolutismus zurücksteuere. Indem sie ihre eigene Autorität rettete, hat sie vielleicht das Königthum vor einer neuen Revolution gerettet. Nicht daß diese etwa, wie die Demokratie glauben macht, schon vor der Thür gestanden, aber sie sammelt die Brosamen von den Tafeln der Reichen zu einer Mahlzeit für die Armen. Leider fallen der Brosamen viele ab, und eine preußische Verfassung in der die Volksvertreter an den Steuern nicht rütteln dürften, hätte ein übervolles Maß Unzufriedenheit auf jene Tafel geschüttet.

Vor diesem kommenden Uebel hat das Kammervotum uns beschützt. Ob es den Blinden die Augen geöffnet hat, die noch immer nur zwei Parteien sehen, und von der großen deutschen Partei nichts wissen wollen welche den demokratischen Wahnsinn zwar bekämpft hat, aber ebensowenig das Heil des Staats und der Nation allein in der Kräftigung der alten Regierungsgewalt erblickt, sondern an den wahren Errungenschaften der Revolution festhält, ob jene Blinden in der ungeheuren Majorität einer durchaus conservativen Versammlung gegen den Paragraphen endlich ein Zeichen sehen werden daß sie im Irrthum sind, weiß ich nicht, bezweifle es aber. Auch der §. 105 wird fallen, auch der Versuch, nachdem man die Lehne preisgab, wenigstens die Familienfideicommisse zu halten, ist gefallen (dieß jedoch aus ganz andern Gründen, und durch das Zusammenwirken ganz anderer Parteien), aber weil man so viel fallen ließ, wird man aus Gegen-Gefälligkeit auch den Eid der Soldaten auf die Verfassung fallen lassen. Wir konnten weder vor diesen Resultaten, noch können wir nach ihnen dieß Compromiß billigen. Gälte es nach diesen Siegen für die Volksrechte die Krone zu kräftigen, so wäre gegen diese Mäßigung im Siege nichts einzuwenden, aber wo wird sie denn gekräftigt wenn ihr muthwillig der Verdacht angeheftet wird, daß sie die Soldaten nicht schwören lassen wolle um sie gelegentlich wieder zu benutzen wenn ihr die Verfassung nicht mehr gefällt, und die Volksvertreter nicht mehr zu Willen reden. Solchen verderblichen Argwohn nicht aufkommen zu lassen und dahin zu wirken wäre die heiligste Aufgabe dessen

der ernsthaft ein starkes Königthum will, ein Königthum getragen vom Volkswillen. Das Ministerium unterlag nicht nach solchen Schlägen, das ist ein merkwürdiges aber ein erfreuliches Zeichen. Das sollte doch endlich den Blinden die Augen öffnen darüber was die wahre Nation will. Sie will die Revolution geschlossen, Ehre für den der sie schließt, aber eine trotzige Stirn dem der uns zurückführen will zum Punkt von wo sie ausging.

Aus Istrien.

A **Pirano**, 23 Sept. Die Allgem. Zeitung hat schwerlich viele Correspondenten hier in Pirano, und auch mich hat nur die Cholera hieher gebracht. Von vorgestern auf gestern erkrankten in Triest 192 Personen, wovon 46 starben; in jeder Straße begegnete ich Geistlichen mit dem Sterbesacramente, Särgen oder Krankenbahren — das wurde mir zu arg, um so mehr als ich mich selbst nicht wohl fühlte. Auch die Gesündesten verspürten allgemein leichte undulirende Krämpfe im Unterleibe, die dem Geschäftsmanne im Getreibe der Arbeit nicht auffielen, bis bedeutendere Symptome sich einstellten; wer aber bloß auf einer Erholungsreise in Triest war, mußte sich doppelt unbehaglich fühlen. Wohin? Nach Istrien, in die reine frische Seeluft, etwas antichità, etwas Pitoreskerei — was will man mehr nach den Stürmen des Jahres 1848 und dem obligaten nachherigen Katzenjammer! Der Entschluß war schnell gefaßt, aber kein Dampfboot geht ab, der Vetturin nach Capo d'Istria hat keinen Platz mehr, denn alles flüchtet, zehn Gulden verlangt der Fiaker dorthin — „fahren Sie nach Pirano, das Traghetto geht in einer Stunde fort, Pirano ist reizend und gesund gelegen." Das Schiff war schnell gefunden, nur zwei Zwanziger die Person, in zwei Stunden sind wir dort, heißt es. Wir eilen zum Hafen, das überflüssige Gepäck dem braven und lang bekannten Fachino im Hôtel National ci-devant Metternich übergebend, aber peinliche Stunden vergehen, und erst 7½ Uhr Abends lichtet die nette kleine Brazzera die Anker, denn zwanzig Passagiere hatten sich gemeldet und fast alle ließen warten. Also eine Nachtfahrt, im reizenden Dämmerlichte des halben Mondes. Auch gut, da ein günstiger Greco-Levante alle drei Segel schwellt. Es war wirklich eine reizende Fahrt; auf der Höhe von Isola wurde der Wind stärker, und wir bekamen eine kleine Maretta, die ihre Wirkung auf ein paar Frauen nicht verfehlte. Unser Schiffchen hatte keine drei Fuß Bord, etwas mehr Wellen hätten jedenfalls ein Fußbad gegeben, denn die Ladung Kohlköpfe im Schiffsraum war nicht einladend sich dort zu bewegen. Eine Stunde auf dem Meere und wir fühlten uns neugeboren; die Cholera war vergessen, und ein deutsches Lied zollte der erfrischenden Adria dankbarsten Gruß.

Um 10 Uhr waren wir in Pirano, und rasch füllte der Molo sich mit Neugierigen um Nachrichten von Triest. Hr. Nicolai wird es sich müssen gefallen lassen daß ich eine entschiedene Vorliebe für die Italiener habe. Wenn man sie zu behandeln weiß, sind es die liebenswürdigsten Menschen. Die Mannschaft wetteiferte in Artigkeit, die Passagiere nicht minder, und der Capitano verpflichtete sich bereitwilligst uns nach einer guten Locanda zu bringen. Indeß wurden wir in der ersten zu seinem größten Aerger abgewiesen und erhielten nur mühsam beim „weißen Rößel" (Cavallin) Unterkunft, und zwar verstohlen wegen der andern Passagiere. Man wollte eben der Cholera willen keine Triester aufnehmen. Gestern waren in allen Straßen des Städtchens Feuer angezündet worden um die Luft zu reinigen. Einmal aufgenommen, waren wir aber so gut bedient als hier möglich.

Pirano liegt ungemein malerisch auf einer schmalen, langen Klippe ins Meer hinausgestreckt, auf der Höhe der Dom und die Ruinen des Castells. Weiter einwärts steigen üppige Wein- und Olivengärten hinan; überall die Aussicht auf die klare Fluth. Eine Compagnie Deutschmeister liegt hier und einige Mannschaft vom dritten Artillerieregiment aus Olmütz in den drei Küstenbatterien. Die Leute hatten die herzlichste Freude jemand aus Wien zu sehen. Ich werde hier einige Tage im behaglichsten beschaulichen Leben verbringen.

Auf einem Ausfluge auf die Triester Höhen fand ich die Beobachtung bestätigt die ich in der Herfahrt gemacht, daß der Karst seit einigen Jahren bedeutend grüner geworden sey. Meine Freunde bekräftigten die Thatsache — Graf Stadion hatte das Weiden der Ziegen strenge verboten, und die Wirkung ist augenfällig. Man ist überzeugt daß in dreißig Jahren der Karst sich bereits mit Wald bestocken könne, wie er auch urkundlich einst bewaldet war, und damit würde auch die Bora bedeutend abnehmen. Würden auch die Römer sich an einem Orte angesiedelt haben der ohne sichern Hafen der Wuth dieser Stürme ausgesetzt ist?

Die Wiener „Presse" überraschte uns mit der Nachricht daß der Kaiser nach Triest kommen werde um den Grundstein zum Bahnhof zu legen. In Triest weiß kein Mensch etwas von Vorarbeiten, und ich sprach Personen die amtlich davon unterrichtet seyn müßten. Allerdings war davon die Rede daß der Bahnhof zwischen der Werfte Pamfili und dem Lazareth angelegt werden müsse. Dieser Raum ist aber bis heute noch von der See eingenommen, und ein bedeutender Hügel ist bezeichnet dessen Abtragung das Material zum Ausfüllen erst liefern muß. Bis jetzt ist kein Spaten angerührt und noch keinerlei Anordnung getroffen. Jedenfalls aber beweist die Wahl des Platzes daß vorläufig die Bahn nicht über den Karst geführt werden soll, sondern wahrscheinlich von Laibach nach Idria und längs der Idria an den Isonzo, oder vielleicht über die erste Terrasse des Karst von Oberlaibach in das Wippacher Thal. Die Triestiner sind viel zu gute Rechner als daß der Umstand ernstlich in Betracht käme daß Triest nur eine Flügelbahn besitzen würde, aus der großen Laibach-Görz-Venetianischen ausmündend; die Stunde Umweg welche dadurch bedingt wird, kommt nicht in Betracht gegen die Millionen welche der Bau über den Karst kosten würde, von wo am steilen südlichen Abhange nur auf großen Umwegen gegen S. Andrea die Bahn nach Triest geführt werden könnte.

Die österreichischen Finanzmaßregeln.

II.

—ch. Mit dem Eintritt der österreichischen Revolution und noch mehr in dem weiteren Verlaufe derselben unterlag die Wiener Bank einer doppelten Chance, von denen eine schon hinreichte sie zu Grunde zu richten, wenn man nicht von Seiten der Regierung in solchen Ausnahmszuständen eben auch zu außergewöhnlichen Mitteln seine Zuflucht genommen hätte. Bei der Schuldenlast die auf der Brust des österreichischen Staates liegt, handelte es sich nämlich einmal um einen offenen Bankerott des Finanzwesens, welcher natürlicherweise den der Bank, als seiner größten Gläubigerin unfehlbar nach sich gezogen haben würde, zum andern gar um die Weiterexistenz des bisherigen Kaiserreiches selbst. Daß unter solchen Verhältnissen die umlaufenden Noten in nicht zu befriedigender Menge zur Bank zurückkehrten um ihre Einlösung gegen baares, alle politischen Gefahren überdauerndes Geld zu verlangen, versteht sich von selbst; wie es in gleicher Art klar ist daß die Bank, welche selbst das für gewöhnliche Zeiten nöthige Drittel von der Summe ihres cursirenden Papiers an Münze nicht in ihren Kellern gehalten hatte, schon der absoluten Zahlungsunmöglichkeit gegenüber ihre Schalter verschließen mußte. Dazu kommt aber noch ferner daß der Staat in seiner bedrängten Lage und bei seinen eigenen leeren Cassen neue bedeutende Summen zu Erhaltung seines Fortbestandes bedurfte. War er nun schon in seiner bisherigen Verwaltung an dem übeln Zustande der Bank allein schuld, und hätte er schon aus diesem Grunde dieselbe demgemäß mit seiner Macht unterstützen müssen, so lag es jetzt noch vielmehr in seinem Interesse durch die Gutheißung einer Bankrestriction den ausgegebenen Noten eine Art Zwangscurs zu verleihen, um selbst durch neue Notenemission seine Bedürfnisse decken zu können, da für ihn eine in einem derartigen Momente vorgenommene Steuererhöhung nicht nur eine große Steigerung der bereits schon allzu großen politischen Gefahr in sich schloß, sondern auch bei der augenblicklichen Zerrüttung seines Mechanismus sogar eine technische Unmöglichkeit war.

Otto Hübner macht in seinem übrigens verdienstvollen statistischen Werke über die gegenwärtige österreichische Finanzlage Friedrich v. Gentz einen Vorwurf daraus daß derselbe eine auf solchen Boden hin unternommene Ausgabe von Papiergeld für eine neue „Besteuerung des Volkes" ansieht; allein wir müssen eingestehen, so entfernt wir auch davon sind der laxen Moral jenes bedeutenden publicistischen Talents im geringsten das Wort reden zu wollen, daß hinsichtlich des *Wesens* dieser finanziellen Operation die Gentz'sche Anschauung die allein richtige ist. Mit einem Nichts, mit einer Münze die gar keinen durch Steuern oder Anlehen etwa aufgebrachten wirklichen Werth repräsentirt, kauft der Staat bei einer vorgenommenen Notenemission die wahren Sachgüter des Volkes an sich; durch den Eintritt derselben aber in die Reihe der Repräsentanten vorhandenen Reichthums vertheilt sich dann der ursprüngliche Verlust des ersten Verkäufers an den Staat über die Gesammtheit. Das Verfahren an sich ist für den Augenblick ein vollkommen luftiges, solange der Staat nicht die fest begründete Absicht hat seinen auf solche Art entstandenen Verpflichtungen später auf die gewissenhafteste Weise nachzukommen. Allein die Geschichte lehrt daß in dem Augenblick der Gefahr kein Finanzminister, sey er vom revolutionären oder reactionären Princip, vor diesem Mittel zurückgebebt ist. Waren die französischen Assignaten oder die Kossuth-Noten etwas anderes, oder repräsentiren etwa die jetzt in Baden projectirten Noten, in dem Moment wo sie der Staat in Curs setzt, einen wirklich vorhandenen Werth? Wir wollen hier nicht weiter in die Geldmetaphysik eintreten; es genügt zur Beurtheilung der jetzigen österreichischen Minister daran zu erinnern daß England während seines Kampfes gegen Frankreich

zwanzig lange Jahre den cursirenden Noten der englischen Bank einen Zwangswerth verlieh, durch die unsichtbare Besteuerung der in Umlauf gebrachten neuen Staatseffecten fortwährend das Capital des Volkes angriff, um das Volk selbst zu retten, bis endlich nach überwundener Gefahr wieder Ordnung in das Geld- wie Finanzsystem hergerichtet werden konnte.

Die deutsche Presse hat seiner Zeit dem Ministerium die lebhaftesten Vorwürfe über das fast anderthalb Jahre dauernde Geldausfuhrverbot gemacht. Ihr Hauptangriff bestand in dem historisch wie speculativ weit ausgeführten Satz daß dasselbe dem Schmuggel gegenüber wirkungslos sey. Die Journalistik scheint bei ihrer gepachteten Erbweisheit anzunehmen daß man im Finanzministerium über dergleichen erste Elementarsätze der Nationalökonomie noch im unklaren oder der Minister nicht wenigstens ebenso klug sey — „als ein Mensch!“ Daß jenes Verbot weit mehr eine legislatorische Consequenz als eine ökonomische Maßregel war, das zu erwägen ist ihr freilich nicht eingefallen. Wollte das Ministerium nicht gesetzlich ein Agio zwischen Papier und Cash festsetzen — was bei dem schwankenden Curs eine reine Unmöglichkeit war — sollte also vor dem Gesetz der Gulden Münze dem Gulden Papier gleich seyn, so mußte, selbst wenn es nichts genutzt hätte, ein Ausfuhrverbot stattfinden. Und daß dasselbe am Ende denn doch nicht so ganz nutzlos war, das Ausland vielmehr gehörig in Mitleidenheit gezogen wurde, darüber haben die vielfachsten Klagen aus dem „Reiche“ keinen Zweifel mehr übrig gelassen; und die Aufsicht an der Gränze wurde mit solcher Strenge gehandhabt daß ich selbst im vorigen Jahr nur vermöge meiner augenblicklichen Eigenschaft als Courier der Gefahr entging eine Summe Theresienthaler, die ich in der Eile zu Wien nicht mehr hatte wechseln können, einzubüßen. Durch die gleichzeitige Aufhebung des Ausfuhrverbots mit dem Eintritt der neuen Finanzedicte erhält die eben mitgetheilte Auffassung desselben vollends ihre Bestätigung; widmen wir aber nun nach der kurzen geschichtlichen Einleitung den Maßregeln selbst unsere Aufmerksamkeit.

Die Einleitung welche der Finanzminister seinem Vortrage vorausschickt, beweist daß er die Schäden des bisherigen Finanz- wie Geldwesens in Oesterreich nicht nur in ihrem ganzen Umfang erkannt hat, sondern auch die einzig richtige Bahn einzuschlagen gesonnen ist auf welcher man zu einer endlichen Heilung des Uebels zu gelangen vermag. Mit dem Satze: „die Einkünfte die der Staat zu einer ruhigeren Zukunft zu erwarten hatte, und der Zuwachs an Kraft den Oesterreich durch die beharrliche und siegreiche Bekämpfung seiner innern und äußern Feinde zu vermögen gewiß war, mußten in der Gestalt der vermehrten umlaufenden Creditseffecten vornhinein in Anspruch genommen und verwerthet werden“, zeigt Hr. v. Kraus daß er jene oben erwähnte Notenemission bloß im Hinblick auf die spätere Rückzahlung unternommen habe. Freilich vermag dieselbe ihrem Wesen nach nur durch Rückgabe des Volks an sich selbst, d. h. durch Vermehrung der an den Staat zu leistenden Abgaben, bewerkstelligt zu werden; allein von der bisherigen Verwaltungsart zu diesem offenen Darlegen der Verhältnisse ist ein Schritt gethan der zu den besten Hoffnungen berechtigt. An das ehrliche Bekenntniß des bisher von Seite des Staates mit der Bank getriebenen pecuniären Unwesens knüpfen sich dann sogleich die Maßregeln zur Abhülfe wie sie der Augenblick gestattet. Der Staat zahlt vorläufig durch die Ueberweisung der 25 Millionen fl. sardinischer Kriegssteuer an die Bank derselben einen Theil seiner Schuld ab. Diese wird dadurch in den Stand gesetzt für den Betrag der so erhaltenen Summe Noten einzuziehen, und so das Verhältniß ihres Umlaufes zu ihrem Baarvorrath um ein bedeutendes zu verbessern. Der gleiche Zweck liegt der Ueberweisung des neu negociirten Anlehens an die Bank zu Grunde. An sich wird dadurch die Lage der Staatscasse nicht verändert. Für ihre bei der Bank stehende Schuld mußte das Aerar ebenso gut, ja vielleicht noch weniger Interessen bezahlen als jetzt an die einzelnen Besitzer der neu ausgegebenen Staatseffecten; aber die Lage des Landes, vor allem in seinen auswärtigen mercantilen Beziehungen, wird durch diese Maßregel eine völlig andere. In einem total isolirten Staate wäre es ganz gleichgültig ob derselbe sich als Circulationsmittel einzig des Papiers oder jedes andern gesetzmäßig geformten und bezeichneten Stoffes bediente; aber der historischen Thatsache gegenüber daß die gesammte Welt die edlen Metalle als Geld gebraucht, muß in jedem wirklichen Staat ein bestimmtes Verhältniß zwischen der in ihm cursirenden Summe des Papier- und Metallgeldes herrschen. Und dieses durch die letzten Jahre in Oesterreich ausnehmend gestörte Verhältniß für ihren Theil wiederherzustellen, bezweckt gleichfalls jene zweite Ueberweisung, die an sich, wie gesagt, nur die Heimzahlung einer alten Schuld durch die Contrahirung einer neuen ist. Denn auch für den Betrag des ihr überwiesenen neuen Anlehens wird die Bank alsbald ihren Umlauf verringern; und dieselbe Richtung hat endlich die dritte Verfügung im Auge, daß die bisher zurückgehaltenen 60,000 Bankactien fortan eingezahlt werden sollen. Auf dem Wege Rechtens läßt sich diese hie und da getadelte Maßregel in keiner Weise angreifen. Bei der Gründung der Ferdinandsbank waren die 60,000 Actien gleichfalls festgesetzt, aber bisher zum großen Theil deßwegen leider nicht eingezahlt worden um den übrigen Actionnären ihren Gewinn nicht zu schmälern. Wir haben oben darauf hingewiesen welch eine Schwindelei bisher von der Bank getrieben wurde; sie ließ sich auf Kosten des Landes Summen verzinsen deren Anschaffung ihr nur den Druck der Noten kostete. Dadurch allein trieb sie ihre Actien auf die doppelte Höhe des anfänglichen Curses selbst noch zu einer Zeit hinauf wo die Existenz ihres Schuldners, des Staates, auf dem Spiel stand. Es versteht sich von selbst daß mit der Regulirung des Verhältnisses von Bank und Staat diese Speculationen aufhören müssen, daß dem Publicum die reelle Sicherheit wird sein Papiersystem auf einer festen Metallbasis begründet zu wissen. Beklagen können sich dem gegenüber allein diejenigen Besitzer von Actien welche dieselben zu einem ihrer Verzinsung und der Gefahr entsprechenden Curse später gekauft haben; und selbst diese nicht einmal, weil dem Vernehmen nach ein jeder von ihnen eine Actie zu 600 fl. und 100 fl. für die Participation am Reservefonds erhalten kann; ganz abgesehen davon daß der nunmehrige rechtliche Gewinn auf der vergrößerten Operationsbasis der Bank noch gar nicht als kleiner angenommen werden darf. Denn der Finanzminister steht gegenwärtig im Begriff der österreichischen Nationalbank ihre rechte Stellung anzuweisen.

Die Gelehrtenversammlung in Birmingham.

** **Birmingham**, 22 Sept. Ich bin hierher gekommen dem wissenschaftlichen Congreß anzuwohnen, da ich nie einen in England erlebt hatte, und habe dabei viel gesehen was mir gefallen hat, bin aber im ganzen sehr unbefriedigt geblieben. Die Stadt hatte uns die Schulen, die philosophische Institution, die Zeichenschule und den großen Saal des Stadthauses eingeräumt, und für das Materielle der Versammlung sehr genügend gesorgt, die Manufacturen standen großentheils den Besuchern offen, die Bewohner hatten Hunderte von Logis zur Verfügung des Congresses gestellt, Lord Dudley und Ward hatte eine große Beleuchtung seiner Kalkbergwerke versprochen und hat auf eine prachtvolle Art Wort gehalten. Wir sind in fünf großen Canalbooten Sonnabend von Birmingham nach Dudley gefahren, dort von den Beamten der Bergwerke empfangen und in die Werke geführt worden. Diese unterhöhlen den Berg auf dem Dudley-Castle steht, und bilden hohe Gewölbe, die eine Länge von drei englischen Meilen haben, und einen unterirdischen Canal enthalten auf dem der Kalk herausgeführt und an die ungeheuern Oefen gebracht wird wo er gebrannt und verschifft wird. Lord Dudley zieht jährlich 70,000 Pf. St. aus diesen Werken. Die Höhlen waren mit Hunderttausenden von Lichtern erleuchtet und von vielleicht 10,000 Menschen gefüllt, denen Sir Roderic Murchison durch ein Sprachrohr eine Rede hielt um die geologische Natur des Felsens und der umliegenden Kohlenwerke zu erklären. Er stand auf dem Vorsprung eines Felsens, phantastisch mit einem grünen Hut angethan, und erinnerte einen an Rübezahl und dergleichen Kobolde in dieser feenartigen Umgebung und den Tausenden von Lichtern, die in langen Reihen sich an den Felsen hinaufzogen und von dem Wasser im Canal zurückgeworfen wurden. Sir Roderic liebt eben leider viel von sich selbst zu reden, und „meine Reisen, mein System, meine silurischen Felsen“ u. s. w. kamen etwas kleinlich vor in der Mitte dieses prachtvollen Hörsaals. Nachdem er geendet hatte, zwang er den französischen Gesandten, der neben ihm stand, auch zu sprechen; der arme Mann spricht mit Schwierigkeit englisch, und hatte gar nichts über die silurischen Felsen zu sagen, zog sich aber mit einigen Worten über die Macht und Energie von England glücklich aus der Sache. Hierauf zog die ganze Masse wieder ans Tageslicht heraus, und begab sich auf einen steilen Hügel, genannt Rentsnest, wo Sir Roderic wieder anfing zu reden und sich und die umstehenden Geologen zu rühmen, diese antworteten in gleichem Ton, und dieses gegenseitige Bewerfen mit Zuckerwerk ging am Ende so weit daß der Bischof von Oxford Sir Roderic zum König des silurischen Bodens erklärte. Dieß ist die schwächste Seite der englischen Congresse, denn das Lobhudeln nimmt gar kein Ende. Die Vorlesungen in den Sectionen, besonders in den geologischen und den statistischen, waren zum Theil interessant, doch kam, soweit ich sie gehört habe, nichts besonders wichtiges vor. Allein es sind so viele Sectionen die zu gleicher Zeit sitzen daß niemand weiß was jeden Tag vorkommt, und wer das Athenäum liest, erhält einen viel bessern Begriff von den wissenschaftlichen Vorträgen als wer dem Congreß beiwohnt. Das große Essen in dem Saal des Stadthauses war das Hauptstück des Congresses; der Saal ist ein schöner Raum von großer Höhe, und sieht fast aus wie eine Kirche; der Hintergrund ist von einer Orgel ausgefüllt auf die man hier sehr stolz ist, und welche die größte in der Welt seyn soll, mit Ausnahme der Harlemer; in der Hälfte der Höhe des Saales

läuft eine Galerie, und über dem Eingang eine große Emporkirche mit aufsteigenden Sitzen. Diese waren von Damen angefüllt, die gekommen waren die Löwen füttern zu sehen und die Reden zu hören. Die Tische füllten den Saal an und waren gedrängt voll, es mögen 7 bis 800 Personen gespeist haben; unter der Orgel ist eine Art von Estrade, wo die Präsidenten der Sectionen saßen mit den fremden Gesandten, den Bischöfen und dem Fürsten von Canino.*) Nach dem Essen fingen die Toaste an, die von dem Präsidenten Professor Robinson von Edinburg vorgeschlagen, und von dem dessen Gesundheit getrunken ward mit einer Rede beantwortet wurden. Der französische Gesandte und Hr. Bunsen sprachen im Namen der Fremden, der Bischof von Oxford im Namen der Universitäten, der Mayor von Birmingham im Namen der Stadt, Sedgwick im Namen der Geologen u. s. w. Im allgemeinen waren die Reden zu lang, sie dauerten im ganzen drei Stunden, wurden aber von der Gesellschaft mit vielem guten Humor und großem Beifallrufen angehört. Dieß ist überhaupt die gute Seite dieser Versammlungen daß die Förmlichkeit des englischen Lebens für eine Zeitlang aufhört, und man mit seinem Nachbar redet als ob er ein natürlicher Mensch wäre, ohne ihm vorgestellt zu seyn. Der wissenschaftliche Nutzen ist nicht sehr groß, aber sie haben ihren Werth hier wo die Wissenschaft im Staat gar nicht vertreten ist, und wo die Geld- und Adelsaristokratie nicht so leicht ihre Rechte vergißt.

Ein großer Vortheil bei den englischen Congreßsitzungen ist daß die Städte wo sie gehalten werden alle ihre Schätze, Sammlungen, Anstalten, Fabriken selbst ihre Privathäuser den Besuchenden fast ohne allen Rückhalt öffnen, und man sie in ihrem Innersten sehen kann wie sonst nie. Dieß war im hohen Grad in Birmingham der Fall, und ich habe die Stadt industriell und moralisch weit über meine Erwartung interessant gefunden. Birmingham ist eine verhältnißmäßig neue Stadt, welche ihre Größe und ihren Reichthum dem Mangel an Corporationen verdankt. Alle Gewerbe welche sich in andern Städten von Zunftrechten unterdrückt und beengt fanden, kamen nach Birmingham, wo sie volle Freiheit fanden, und so hat sich in nicht langer Zeit eine Stadt von beinahe 200,000 Einwohnern gebildet, welche mannichfaltigere Waaren fabricirt als wohl irgendeine Stadt in der Welt. Sie enthält keine der unermeßlichen Etablissements welche die Spinnerei und die Eisenfabrication in andern Städten in England hervorgerufen haben, und man findet in ihr auch nicht die kolossalen Reichthümer der großen Häuser von Manchester und Leeds, dagegen ist aber die Stadt auch nicht den großen Krisen ausgesetzt unter denen jene leiden, und die große Verschiedenheit der Gewerbe macht daß die Arbeiter eines leidenden Zweigs leichter sich in ähnlichen Zweigen Unterkommen verschaffen. Meistens haben die Fabriken klein angefangen, ein Arbeiter setzt sich auf eigene Rechnung, nimmt nach und nach Gehülfen an, und wenn er Glück und Intelligenz hat, breitet sich sein Geschäft aus und wird zur Fabrik; wenn er Unglück hat, sucht er wieder selbst Dienst. Die Natur und die Vielfältigkeit der Fabrication von Birmingham erleichtert dieß sehr, und das Local der Fabriken zeigt meistens von selbst an daß sie nach und nach aus kleinen Ursprüngen hervorgegangen sind; sie bestehen aus einem Labyrinth kleiner Gebäude die allmählich angebaut oder angekauft worden sind, und durch Treppen und hölzerne Galerien zusammenhängen; sie haben nichts architektonisches und großartiges, und sind von Luxus in Bauwesen und Einrichtung so entfernt als möglich. Wie aufmerksam sie auf die geringste Aussicht sind ihren Waaren Absatz zu verschaffen, davon habe ich bei einem Metallknopffabrikanten ein sonderbares Beispiel gesehen. Er zeigte mir eine Reihe von Denkmünzen über die letzte französische Revolution, die er bei jedem neuen Ereigniß schneiden und schlagen ließ, und in Fässern nach Frankreich verschickte, Cavaignac, Napoleon Bonaparte, der Erzbischof von Paris u. s. w. fanden sich darunter in den verschiedensten Formen und Metallen, und er war gerade beschäftigt eine große Lieferung sehr häßlicher Köpfe zu schlagen, von denen man kaum geglaubt hätte daß sie in der Republik Absatz finden könnten. Politisch ist Birmingham ein großer Sitz der Reformpartei, besonders in socialen Fragen, die Verbindung von Kirche und Staat und alles was damit zusammenhängt, hat keine eifrigeren Feinde, ebenso das ganze aristokratische System, die Erziehung auf den Universitäten, das alte Steuersystem u. s. w. Die thätigern Geister in der Stadt gehören wesentlich zu der neueren Schule die alles nach moralischen Grundsätzen zu regeln sucht, und ein abgesagter Feind des alten englischen Herkommens ist. Whigs und Tories sind ihnen gleich zuwider, aber sie sind darum nicht revolutionär, ihr Bestreben ist die Reform der großen Masse, so daß von ihr aus die Reform nach oben ausgehen könne, und ihre Bemühungen in dieser Hinsicht sind bewundernswürdig. Aber dieses Thema erfordert einen eigenen Brief, ich kann nicht am Ende von diesem die Wichtigkeit einer geistigen Bewegung zeigen welche überall in England unter der alten verhärteten Oberfläche sich rührt und in einiger Zeit einen tiefen und vielen gänzlich unerwarteten Einfluß auf dieses Land und die Welt ausüben wird, denn sie ist keineswegs auf eine Stadt beschränkt und ist der größten Beachtung und Nachahmung werth, sie ist die wahre Schule der künftigen Zeit.

*) Die Times scherzt darüber daß der Mann der noch unlängst Präsident der ephemeren römischen Republik gewesen, sich jetzt in ein so harmloses Stillleben der Wissenschaft zurückgezogen. Fürst Canino las nämlich in der zoologischen Section eine Abhandlung über den Unterschied zwischen der spanischen und der siberischen kleinen blauen Meister!

Rom.

⊔ **Rom,** 24 Sept. Daß die Römer in ihren politischen Wünschen sehr bescheiden geworden sind, beweist der Umstand daß bei Veröffentlichung des päpstlichen Manifestes vom 12 d. M. keine Klage sich erhob, weil der vor dem 16 Nov. waltenden Verfassung nicht die mindeste Erwähnung geschieht und diese ganz in das Reich der Vergessenheit gefallen zu seyn scheint. Darüber war man schon ganz resignirt, nur hoffte man wenigstens einen Staats- und Finanzrath mit einigen bedeutenden Vollmachten von der Regierung eingesetzt zu sehen, und die Täuschung dieser einzigen Hoffnung erweckte in der Bevölkerung ein allgemein schmerzliches Gefühl. Ueber die Nichtigkeit des Staatsraths im Art. 1 hätten sie sich noch getröstet, aber daß der Finanzrath, der über das Vermögen des Landes und über dessen Einkommen zu bestimmen hätte, auch bloß rathen darf, und Hab' und Gut nun wieder wie vor Zeiten der Willkür einer Regierung preisgegeben wird deren Habsucht nur allzu bekannt ist, dieß schien zu hart. Der liberale Anschein, den man der Bildung der Gemeinde-, Provinzial- und Finanzräthe dadurch zu geben glaubt daß die ersten dieser Räthe von einem Wahlcollegium ernannt werden, verschwindet gänzlich auf dem langen Wege vom Gemeinde- bis zum Finanz-Staatsrath, und die Römer, die das Manifest mit großer Aufmerksamkeit und nicht minderem Mißtrauen untersuchen, wollen in dem Worte „Eigenschaften" (qualità) welches sowohl bei den Bedingungen der Provinzialräthe als des Finanzraths gebraucht wird, das Mittel sehen wodurch die Regierung diejenigen Personen von den Räthen entfernt halten kann deren Unabhängigkeit in politischen Meinungen ihr unwillkommen wäre. Man darf nur, sagen sie, die Bedingung setzen daß, um wählbar zu seyn, der Candidat von den politischen und geistlichen Behörden Zeugnisse vorzuweisen habe welche seine Religiosität und loyalen Gesinnungen bestätigen, und alle ausschließen welche entweder solche Zeugnisse nicht stellen könnten oder überwiesen würden auf irgendeine Weise bei der revolutionären Bewegung betheiligt gewesen zu seyn, so fällt alsbald die ganze Opposition aus der Zahl der Wählbaren heraus, und es bleiben bloß die mit Leib und Seele Ergebenen noch möglich. Wenn nun endlich die Candidaten durch das dreifache Sieb der Gemeindewahlen und der Provinzial- und Finanzraths-Candidaturen durchgerüttelt sind und ihr politisches Apogäum erreicht haben, so kommt ihnen erst kein deliberatives, sondern ein consultatives Votum zu, und ihre Beschlüsse sind bloße Gutachten, welche die Regierung keineswegs binden. Um jedoch auch hier, im möglichen Falle daß trotz aller angewandten Vorsicht die Ansichten der Regierung im Rath einigem Widerspruch begegnen könnten, den Schein zu vermeiden als wolle man dem Gutachten des Raths nicht Folge leisten, so ist im zweiten Absatz des zweiten Artikels dafür gesorgt daß der Regierung die Majorität nie fehlen kann. Nachdem gesagt worden die Anzahl der Finanz-Staatsräthe würde im Verhältniß mit den Provinzen gestellt werden, so heißt es dann: Diese Anzahl kann durch eine bestimmte Hinzufügung von Personen, die Wir Uns zu ernennen vorbehalten, vermehrt werden. (Questo numero potrà essere accresciuto con una determinata addizione di soggetti che ci riserbiamo di nominare). Kurz, es wird zuerst so schwer als möglich gemacht daß Oppositionsmänner in die Consulta eindringen können, und sollte es dennoch geschehen, so steht das Mittel in Bereitschaft diese zum Schweigen zu bringen oder wenigsteens sie zu überschreien. Der fünfte Artikel findet auch wenig Gnade im Publicum, denn da früher auf Pius' IX Befehl alle fähige Juristen an einer Revision des Codex gearbeitet haben, nun aber durch ihre mehrere oder wenigere Betheiligung an der revolutionären Bewegung unmöglich sind, so bleiben zu diesem Behuf nur noch Unfähige oder der Reaction völlig Ergebene übrig, von deren Thätigkeit niemand gutes oder vernünftiges erwartet. Ueber die Amnestie ist den in meinem frühern Briefe enthaltenen Bemerkungen noch hinzuzufügen daß die in diesem Document bezeichneten Ausnahmskategorien auf eine Bevölkerung von $2^1/_2$ Millionen Menschen mehr als 2000 Individuen treffen, während die österreichische Amnestie für das lombardische Königreich, vor dem Fall Venedigs, bei einer Bevölkerung von fast fünf Millionen nur 82 ausnimmt. Das Damokles-Schwert welches über dem Haupte aller Beamten und Angestellten noch schwebend bleibt, ist Ursache daß man sich fragt: wem denn in der Amnestie verziehen worden?

Schweiz.

Ueber die Mission des Hrn. Daru, Vicepräsidenten der gesetzgebenden Versammlung der französischen Republik, wird dem „Alsacien" geschrieben: sie sey eine rein versöhnliche gewesen, seine Aufgabe sey es gewesen der Schweiz die Gefahren vorzustellen welche aus dem den politischen Wühlern gewährten Schutz für ihre Ruhe und Unabhängigkeit entstehen könnten. Hr. Daru habe sich dieses Auftrags mit ebenso großer Gewandtheit als günstigem Erfolg entledigt. Die bei den letzten Unruhen in Frankreich comprommittirten Wühler seyen theils ausgewiesen, theils internirt worden. „Gegenwärtig ist die Schweiz wieder in die Stellung eines ordentlichen Staates zurückgetreten, sie hat aufgehört eine ihre Nachbarn bedrohendes Zeughaus der Demagogie zu seyn. Die durch den Aufenthalt gefährlicher Leute herbeigeführten Verwicklungen sind nicht mehr zu fürchten, die schweizerische Neutralität ist gesichert und wird geachtet werden." (Basl. Ztg.)

N e u e s t e s.

Augsburg, 2 Oct.

|| **Frankfurt a. M.**, 30 Sept. Die vorgestrigen Schlägereien unter den Soldaten wiederholten sich gestern Abend in sehr bedenklicher Weise. Am Wollgraben und später an der Sachsenhäuser Brücke kam es zu einem förmlichen Gefecht zwischen Preußen und Bayern, wobei mehrere durch Säbelhiebe und Bajonnetstiche arg zugerichtet wurden. Als eine bayerische Patrouille einen Preußen verhaften wollte und dieser entsprang, fiel ein Schuß, der jedoch statt des Soldaten einen jungen Mann vom Civilstande in den Schenkel traf. Später eilten Officiere mit starken Patrouillen herbei; die nach Sachsenhausen (wo die Bayern im „deutschen Hause" casernirt sind) führende Brücke wurde abgesperrt, und der Rest des Abends verlief ruhig. Heute früh hatten sich Bayern und Oesterreicher wieder in großer Anzahl an der Brücke und in den anliegenden Straßen versammelt; es kam wieder zu einzelnen Conflicten mit Preußen. Gegen Mittag zogen sich die Bayern auf Zureden ihrer Officiere in die Caserne zurück, während Oesterreicher und Preußen durch Patrouillen Frankfurter Linienmilitärs getrennt, einige widerspänstige Preußen aber auf die Hauptwache gebracht wurden. Die Bayern sind jetzt (Nachmittags) in Sachsenhausen consignirt, österreichische Posten an der Brücke aufgestellt, die weder von Bayern noch Preußen passirt werden darf; in den Hauptstraßen der Stadt wird stark patrouillirt. Mehrere Todte und an 30 Verwundete sollen das traurige Resultat der vorgestrigen und gestrigen Kämpfe seyn; doch ist letztere Angabe vielleicht übertrieben. Wahrscheinlich werden diese fortwährenden Reibungen einen theilweisen Garnisonswechsel zur Folge haben. — Nachschrift. 6 Uhr Abends. Es ist alles ruhig.

Personal-Nachrichten.

Diplomatisches Corps. K. Württemberg. Durch k. Entschließung vom 9 Sept. sind die bis daher quiescirten vormaligen Gesandten in Paris und Wien, Grafen v. Mülinen und v. Mandelslohe, in Pensionsstand versetzt; durch k. Entschließung vom 15. Sept. wird dem nordamerikanischen Consul in Stuttgart, K. L. Fleischmann aus Washington, das Exequatur ertheilt.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Der Gen. Major K. Ritter v. Mertens ist als Commandeur des kais. östr. Leopoldordens, und der pens. Landrechts-Präsident Dr. F. Pohlberg als Ritter des k. östr. Ordens der eisernen Krone 2ter Cl., den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Freiherrenstand des östr. Kaiserstaats erhoben; deßgleichen der Hptm. beim Karlstädter Art. District, J. Gerlich, mit dem Prädicat Edler v. Gerlichsburg in den Adelsstand.

Ordensverleihungen. Der Kaiser von Oesterreich hat dem Rittm. L. Prarizzi von der lomb. Gendarmerie für sein Verhalten in Brescia, deßgl. dem Hptm. Fr. Graf v. Wolkenstein den Orden der eisernen Krone 3. Classe verliehen; ferner dem Unterstaatssecr. im Just. Ministerium F. Edlen v. Stolzhammer denselben Orden. 2. Classe, dann den Just. Minist. Räthen A. Frhrn. v. Pratobevera, Gg. Ritter v. Mitis und L. Edlen v. Fliesser das Ritterkreuz des östr. kais. Leopoldordens; sodann dem Art. Oberlt. Scherpon für tapferes Benehmen im Gefecht bei Aco, und dem Hptm. Th. Arsente dieselbe Auszeichnung; ferner dem Rittm. Frhrn. v. Fleißner, dem Hptm. C. Fakler, dem Oberlt. Fr. Hübel, dem Lieut. Fr. Höfer und dem Lt. Gr. Botta den Orden der eisernen Krone 3. Classe; ferner dem kais. ruß. Gen. Gouverneur von Podolien, D. Ritter v. Bibikoff und dem k. ruß. Cav. Major M. Posniak, ersterm das Großkreuz, letzterm das Ritterkreuz des Leopold-Ordens; dem Kreishauptm. Hammerer und dem Kreis-Commissär Strehle des Botzner Kreises; dann dem Gutsbesitzer A. v. Röggla in Kaltern und dem Hofger. Adv. Dr. Gredler den Orden der eisernen Krone 3. Classe; dem Feldmarschall-Lt. Frhr. v. Berger das Commandeurkreuz des Leopoldordens; dem Corvetten-Cpt. Baron Lewartowsky den Orden der eisernen Krone 3. Cl.; dem Sect. Rath im Fin. Minist. Dr. M. Fränzl dieselbe Ordensclasse; dem Oberlt. J. Edler v. Grafern und dem Oberlt. K. Schubert dieselbe Ordensclasse; dem Bischof von Neutra C. v. Palugyai das Comthurkreuz des St. Stephansordens; dem Major Stokucha das Ritterkreuz des Leop. Ordens, dem ruß. Stabscapitän Prschewsky, dann dem Oberlt. Taranoff den Orden der eis. Krone 3. Classe; dem Minister des Handels, K. L. Ritter v. Bruck den Orden der eisernen Krone 1. Classe; dem Feldmarschall-Lieut. Grafen Caboga das Commandeurkreuz des Leop. Ordens; dem Feldmarschall-Lieut. Baron Rukawina (der unterdessen an der Cholera gestorben,) den Orden der eisernen Krone 1. Cl.; dem Feldmarschalllieut. Fürsten Fr. v. Liechtenstein denselben Orden 1. Classe; den Gen. Majoren Gusau v. Hauslab und L. Graf Pergen dens. Orden 2. Classe; dem Oberlt. F. Hößler und dem Ober-Kriegs-Commissär Fr. Braunitzer v. Braunthal dens. Orden 3. Classe; Fremde Orden erhielten: Der Feldzeugmeister J. Freiherr v. Haynau den Russisch kais. St. Andreas-Orden in Brillanten; der Oberst F. Ritter v. Wallemare den russisch kais. St. Annen-Orden 2ter Classe in Brillanten; die Majore C. Freiherr Baselli v. Süssenberg den russisch kais. St. Wladimir Orden 4ter Classe mit der Schleife; J. Weber und A. Freiherr Cabalini v. Ehrenburg den russisch kais. St. Annen-Orden 2ter Classe; J. Prouvy Chev. Dumenil et Flassigny den russisch kais. St. Annen-Orden 3ter Classe mit der Schleife; C. Graf v. Wrbna den k. preuß. rothen Adler-Orden 4ter Classe mit den Schwertern; der Hauptmann M. Thom den russisch kais. St. Annen-Orden 2. Classe; die Rittmeister F. Graf Kiebelsberg, F. Ritter Brogow-Rogoisky, F. Amolowicz, Hermann Ramberg, die Oberlieutenante R. Graf Thun, F. Freiherr v. Tunkl, G. Graf Pachta, und der Unterlieutenant Gr. Podstatzky-Liechtenstein den russisch kais. St. Annen-Orden 3ter Classe mit der Schleife.

---

[296] **Humboldt's Ansichten der Natur. 3te Auflage.**

In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt worden:

Ansichten der Natur

von

Alexander v. Humboldt.

Dritte verbesserte und vermehrte Ausgabe.

2 Theile. 8. brosch. Preis 4 fl. 30 kr. od. 2 Rthlr. 20 Ngr.

Bald nach seiner Rückkehr aus der neuen Welt, wo er durch erstaunliche wissenschaftliche Thätigkeit den Grund zu seinem Ruhm gelegt, gab Alexander v. Humboldt seine Ansichten der Natur heraus, ein Buch das eine Reihe der anziehendsten Naturbilder in der edelsten Sprache enthielt, wo bei jedem Abschnitt wissenschaftliche Erläuterungen beigegeben waren. Humboldt verfolgte dabei den doppelten Zweck: „die Phantasie zu beschäftigen, und durch Vermehrung des Wissens das Leben mit Ideen zu bereichern." Er wollte nicht nur eine geistreiche Lectüre bieten; er wollte, indem er der belebten Schilderung einzelner Landstriche und Naturerscheinungen die wissenschaftlichen Belege beifügte, den Leser mit dem wahren Wesen der auf strenge Beobachtung gegründeten Wissenschaft bekannt machen; er wollte ihm durch die Einsicht in die durch die ganze Natur herrschende Gesetzlichkeit eines der reinsten und kräftigsten Bildungsmittel an die Hand geben. Seit der ersten Ausgabe dieses vortrefflichen Buchs ist fast ein halbes Jahrhundert verflossen. Mit dem Rufe des großen Naturforschers haben sich seitdem alle Zweige der Wissenschaft mächtig ausgebreitet, eine Menge ganz neuer Begriffe und Anschauungen sind zur Geltung gekommen, und so erwarb sich der kein geringes Verdienst, der ein Buch, das seiner Zeit für die deutsche Cultur von nicht geringer Bedeutung gewesen, nach den heutigen Standpunkten umarbeitete. Daß es aber dem hochverehrten Verfasser nach mehr als einem Menschenalter vergönnt seyn sollte dieß noch selbst zu vollbringen, das erscheint uns als die wunderbare Krönung des reichsten und fruchtbarsten Lebens. Kaum hatte der Achtzigjährige mit seinem Kosmos dem gebildeten Europa das werthvollste Geschenk gemacht, so griff er mit Liebe zum bedeutenden Werk seiner Jugend, um es zum Genuß eines neuen Geschlechts zu verjüngen. Die neue Ausgabe ist fast um die Hälfte stärker als die zwei früheren; mehrere Abschnitte sind ganz neu, die wissenschaftlichen Erläuterungen sind fast alle ergänzt oder durch neue inhaltreichere ersetzt; die den ältern unserer Zeitgenossen so werthen „Ansichten der Natur" sind nach dem heutigen Stande des Naturwissens und nach dem Bedürfnisse der Zeit völlig umgeschmolzen. Humboldt selbst spricht es im Vorwort aus daß die Verbindung eines litterarischen und eines rein wissenschaftlichen Zwecks eigenthümliche Schwierigkeiten darbiete. Schwerlich mochte einer der jetzt Lebenden eine solche Aufgabe glücklicher lösen als der Mann bei dem sich, was so selten ist, der höchste wissenschaftliche Scharfsinn und das ausgebreitetste Wissen mit dem bedeutendsten schriftstellerischen Talent vereinigt finden. Dieses Buch ist für alle Bildungslustigen von größter Bedeutung, und wer es genossen und darüber der wirren Gegenwart Deutschlands vergessen hat, der mag Trost aus dem Gedanken schöpfen, auf welcher Höhe ein Volk stehen muß, aus dessen Geist solche Werke geboren werden.

Stuttgart und Tübingen, im September 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[3365—67] **Für Auswanderer!!**

Größer als je mag im nächsten Jahr die Zahl der Europamüden seyn, welche jenseit des Weltmeeres eine neue Heimath suchen und finden werden. Es gilt daher im Herbst und Winter zu diesem Schritte sich vorzubereiten, welchem Zwecke die im dritten Jahrgang stehende, unter Mitwirkung der HH. Dr. **Büttner** und **Tr. Bromme** von **G. M. v. Roß** redigirte

Allgemeine Auswanderungs-Zeitung

entspricht. Dieselbe erscheint im Verlage des **Allg. Auswanderungs-Bureau** in Rudolstadt (Leipzig, bei F. G. Beyer) wöchentlich zweimal und kostet vierteljährlich nur 14 gGr. oder 1 fl. 3 kr. rhein.

Bestellungen nehmen alle Posten und Buchhandlungen an. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert.

[3351] Leipzig, Verlag von Carl B. Lorck.

So eben erschien:

Geschichte der Februar-Revolution in Frankreich.

Nach Alphons de Lamartine.

Mit dem Portrait Lamartine's in Stahl gestochen.

30 Bogen 8. Preis 1 Thlr. Elegant gebunden 1 Thlr. 10 Ngr.

Dieses Werk bildet zugleich den zwölften Band der historischen Handbibliothek, herausgegeben von Professor Dr. Bülau, worüber ausführliche Prospecte in allen Buchhandlungen zu haben sind.

[3332] In unserm Verlage ist so eben erschienen:

Das erste deutsche Parlament.

Von

Heinrich Laube.

Zweiter Band.

8. geh. Preis 1 Rthlr. 15 Ngr.

Mit dem demnächst erscheinenden dritten Bändchen ist das Werk geschlossen.

Leipzig, September 1849. **Weidmann'sche Buchhandlung.**

[3391—93] **Freiwillige öffentliche Versteigerung von circa 45 Centnern Kobaltnickelerzen.**

Dienstag den 30 October 1849 werden in der Stadt Riemerstraße Nr. 816 zu ebener Erde eine Partie verschiedener **Kobalt-** und **Kupfernickel-Schliche, grauer Speisekobalt, Scheid-** und **Erdkobalterze**, unter denen sich sehr entsprechende Sorten **für Schmaltebereitung-** und **Blauglasfabrication** befinden, die überdieß einen bedeutenden Kupfernickelgehalt nachweisen, an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung licitando verkauft, wozu die HH. Kauflustigen mit dem Bemerken eingeladen werden daß die betreffenden Proben von heute an in obigem Local täglich von 9 bis 5 Uhr, mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen, eingesehen werden können.

Wien, den 21 September 1849.

(3439—40) **Avis.**

Les personnes qui seraient dans l'intention d'envoyer dans la Suisse française de jeunes demoiselles pour y achever leur education, ou y apprendre le français, sont informées qu'elles trouveront dans la maison de Mesdames Mermoud à Lausanne, capitale du canton de Vaud, tous les moyens d'instruction desirables, soit en prenant des leçons dans la maison même, soit en frequentant l'excellente école superieure, dans laquelle toutes les leçons sont données par des professeurs distingues.

Mademoiselle Mermoud, ayant été elevée à Paris, où elle a passé 25 ans, est parfaitement à même de donner un bon accent et d'enseigner un français pur.

Les jeunes personnes confiées à ces dames, sont pour elles l'objet d'une sollicitude tout maternelle. L'emplacement, avec cour et jardin, est aussi sain qu'agreable. Le prix de la pension est de 25 louis de Suisse, soit 400 fr. de Suisse par an, non compris les leçons; elle se paye par trimestre et d'avance.

Chaque demoiselle doit apporter un couvert d'argent pour son usage.

Ces Dames reçoivent les jeunes personnes depuis l'âge de neuf ans.

(3368—70) Si dans une bonne maison d'éducation ou particulière l'on désire une Institutrice française (de Genève, Suisse), reconnue capable d'enseigner très-bien sa langue et le Piano par principes, et même à des elèves bien avancees, l'on peut s'adresser à une personne qui se chargera de donner des renseignemenes à ce sujet. Franco à l'Expedition de cette feuille, sous les chiffres A. Z. de B. Nr. 3368.

(3477) **Fremden Familien** welche sich einige Zeit in der Schweiz aufhalten wollen, wird auf einem schön gelegenen Landsitz am Zugersee, am Fuße des Rigi, eine meublirte Wohnung, bei welcher Bäder, Fischerei, und alle Annehmlichkeiten des Landlebens sich finden, angetragen. Die Expedition ertheilt auf frankirte, mit Nr. 3477 bezeichnete Briefe die Adresse.

(3452—53) **Ein Zeug-Druckerei-Etablissement im Königreich Sachsen,** welches für mannichfaltige Artikel vollständig eingerichtet ist, soll **verkauft** oder **vermiethet** werden. Auf mündliche oder frankirte schriftliche Anfragen ertheilt Hr. *Johann George Schmidt* in *Leipzig* nähere Auskunft.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag **Nr. 277.** **4 October 1849.**

Uebersicht.

Datum der Börsen: Paris 30 Sept.; Wien 1; Augsburg 3 Oct.

Deutschland.

Ein Schreiben aus **Frankfurt** vom 30 Sept. (im Stuttgarter Deutschen Volksblatt) sagt: „Nach so kurz aufeinander folgenden blutigen Excessen konnte man von einer umsichtigen, wirklich bemühten Commandantur erwarten daß anderen Tags die umfassendsten Vorsichtsmaßregeln getroffen und mit Energie alles veranlaßt würde was nöthig um derartigem Unfug gänzlich zu steuern. Allein war es den Preußen möglich gelassen vorgestern in großen Haufen auf längere Zeit unangetastet die Brücke bei Nacht zu sperren, so legte man ihnen gestern bei hellem Tage nichts in den Weg alle Vorbereitungen zu treffen um neue Excesse hervorzurufen. Es ist Thatsache daß dieselben gestern schon gegen 5 Uhr Nachmittags vor den Augen der Frankfurter Bürger in der Fahrgasse und den nach der Brücke führenden Straßen sich in größeren Haufen gruppirten, und daß diese Haufen schon bei Tage eine Gestalt annahmen die über die Absicht neuen Skandal hervorzurufen auch dem Blindesten keinen Zweifel ließ. Die Preußen hatten alle ihre Pickelhauben auf und die Sturmbänder heruntergelassen. So ließ man ruhig die Nacht herbeikommen, wo denn die verschiedenen Gruppen plötzlich und gemeinschaftlich aus allen Straßen nach der Brücke eilten, sich dort concentrirten und jeden ankommenden Bayer anfielen und mißhandelten. Ich selbst sah einen bayerischen Oberjäger, dem der Kopf gespalten und der Achselknochen durchgehauen war und der aus sieben Wunden blutete, zu einem Arzte tragen. Diesen Unglücklichen begleiteten Bürger, die alle laut bezeugten daß dieser Mann allein, ruhig gehend und ohne alle Veranlassung von einer Masse Preußen angegriffen und so rettungslos mißhandelt worden sey. Schwer waren auf diese Weise ungefähr sieben Bayern verwundet worden; da griffen dieselben von der Sachsenhäuser Seite unter Hurrahruf im Sturmschritt die Preußen an und jagten sie sofort gegen 7 Uhr in die Flucht. Jetzt endlich erschienen starke gemischte Patrouillen. Später fielen in verschiedenen Wirthshäusern noch weitere Schlägereien zwischen Preußen und Oesterreichern in Folge dieser gereizten Stimmung vor, einer Stimmung die auch bei den Bürgern und namentlich im Volke auf eine bedenkliche Höhe gestiegen ist. Bayerischerseits hörte ich äußern daß man diese Skandale absichtlich veranlasse, um Grund zu haben die Bayern aus hiesiger Stadt zu entfernen und noch mehr Preußen hieher zu verlegen. Ich hörte Officiere ganz bestimmt die Aeußerung thun daß der Stadtcommandant, Major Deetz, schon frühzeitig von den bedenklichen Symptomen in Kenntniß gesetzt wurde. Bemerkenswerth ist es daß sich nicht ein einziger preußischer Artillerist bei den letzten Streitigkeiten betheiligte, und daß diese Truppe eine musterhafte Disciplin innehält, wie wir sie hier bei den Bayern und Oesterreichern zu sehen gewohnt sind.“

ff **Frankfurt a. M.**, 30 Sept. Als ein trauriges Zeichen am gewitterschweren Himmel der deutschen Einheit müssen unter andern auch die Eifersüchteleien und Abneigungen angesehen werden die zwischen den Truppen der verschiedenen deutschen Staaten bestehen und sich bald da bald dort in blutigen Raufereien Luft machen. Seit einigen Abenden haben wir hier an der Brücke, Frankfurter Seite, zwischen den Bayern und zum Theil Oesterreichern einerseits und den Preußen andererseits, also zwischen den Truppen Groß- und Klein-Deutschlands förmliche Schlachten. Gestern wurden wieder mehrere Verwundete besinnungslos vom Kampfplatz getragen. Man spricht selbst von Todten, förmlich Zerhackten, aber niemand sah sie. Auch ein Schuß soll bayerischerseits im Gedränge gefallen seyn und eine Civilperson verwundet haben. An Uebertreibungen läßt es die Straßen- und Wirthshausfama in Verbindung mit dem grassirenden Preußenhaß natürlich nicht fehlen. Diese Schlägereien fanden statt, obschon die Bayern und Oesterreicher gestern um eine Stunde früher als gewöhnlich in ihre Casernen consignirt waren. Starke, aus Oesterreichern und Preußen gemeinschaftlich gebildete Patrouillen, jede von einem österreichischen und preußischen Officier befehligt, durchstreiften die Straßen des dem gewöhnlichen Kampfplatz zunächst liegenden Quartiers, namentlich die auf die Brücke stoßende Fahrgasse und das enge Gassengeschlinge um den Domplatz. Eine Masse Volks, wie sich denken läßt meist Republicaner vom reinsten Wasser, also muthwillige Schusterbuben, lungernde Gesellen und Arbeiter, verkommene Handwerker, verdächtiges Weibsvolk, dazwischen modisch gekleidete und bartumstarrte Commis, diese Ladenhüter der Freiheit, die unentbehrliche Cigarre im Munde, natürlich auch viel edelfühlende israelitische Jugend, jene Zierde und Hauptstütze der annoch in nicht ganz saubere Windeln eingewickelten deutschen Republik, ergoß sich bald da bald dorthin, hinter und vor den Patrouillen begierig auf einen zweiten Aufzug des Schauspiels, das so drastisch ist und doch so wohlfeil. Alle Wirthschaftshöhlen hatten sich geöffnet und die Blüthe des jüngsten Deutschlands für eine Weile in die Gassen der alten Reichsstadt ausgespieen. Die Freude war allgemein daß ihr gemeinsamer Feind sich nun untereinander zerfleischte, daß diejenigen welche nach Frankfurt gelegt sind um Emeuten zu verhindern, nun eine so schöne Emeute eigener Erfindung zum Besten gaben, daß die, welche verpflichtet sind die Anarchie in der Stadt niederzuhalten, ein so interessantes Beispiel einer keineswegs gemüthlichen Anarchie mitten in der Stadt aufstellten. Viele wünschten laut und aufrichtig, und mit aller der Leichtgläubigkeit welche derlei Volk auszeichnet, hielten sie es sogar für möglich daß der Tag nicht mehr fern sey wo sich die Soldaten, ähnlich den Münchhausen'schen Bären, untereinander selbst auffressen würden. Gruppen umstanden einzelne Soldaten und schürten die Leidenschaften. Allerdings nahm die unterste Masse viel mehr die Partei der Bayern als der Preußen, doch muß ich es dem Urtheil gewiegter Stimmführer der specifisch bayerischen Presse überlassen, ob man den bayerischen Blauröcken aufrichtig hierzu Glück wünschen darf. Was unsere Demokraten der Gasse betrifft, so lassen diese gegenwärtig eine unverhohlene Zuneigung für die tschechischen Weißröcke gegen die Preußen blicken, obschon die Demokratie vergangenen Mai die tschechischen Hiebe fühlbar genug kennen gelernt hat. Auf meiner Wanderung bei der Brücke angekommen, fand ich sie diesseits von Preußen, jenseits von Bayern besetzt, preußische Schildwachen schritten auf der Frankfurter, Bayern auf der Sachsenhauser Seite die Brücke entlang. Es sah aus als ständen sich zwei feindliche Heere gegenüber, von denen das eine Frankfurt, das andere Sachsenhausen behauptete, jedes mit Begier auf den

Augenblick wartend wo der Befehl gegeben wird auf einander loszustürzen. Zwei Bayern, Pfälzer denk' ich, eilten mit raschen Schritten auf ihre Casernen in Sachsenhausen zu. „Die Preußen müssen noch alle verrecken“, sagte der eine. Zu diesen wilden Leidenschaften hüben und drüben bildete der Friede der Umgebung, der reine blaue Himmel, der zwischen Sachsenhausen und der prächtigen Häuserreihe am Mainkai sanft sich hinschmiegende breite Strom, in dessen Krystallfluth die Mondsäule wie flüssiges Silber zitterte, einen eigenthümlichen Contrast. Man fragt sich woher dieser tödliche Haß der die Truppen zum blutigen Gemetzel gegen einander treibt! Die nächsten Beweggründe hiezu sind sehr gewöhnlicher Art. Bayern und Oesterreicher glauben sich gegen die Preußen zurückgesetzt, indem diese nicht casernirt sind, daher nach Gefallen ihre Wirthshaussitzungen verlängern können, auch auf den Tanzböden bei den Mädels mehr Glück zu machen scheinen, vielleicht einfach darum weil sie in ihren sonst einfachen Waffenröcken so sauber und zierlich aussehen; denn so ein Tanzbodenschätzchen sieht beim Soldaten nicht aufs Herz, sondern auf die Uniform. Diesem Uebelstande, wenn er einer ist, wäre mithin leicht abgeholfen wenn man die Bayern, wenigstens die Gemeinen, neu und geschmackvoll kleiden wollte, obschon deßhalb die ritterlichen Raufereien um eine Dirne natürlich noch kein Ende nehmen werden. Zu den großartigen Klopfereien der letzten Tage wirken aber noch ganz andere Einflüsse mit. Als es im Mai den Demokraten galt, hielten Oesterreicher und Preußen gute Cameradschaft, jene holten diese bei blutigen Wirthshausconflicten zu Hülfe und die Preußen klopften getreulich mit. Jetzt stehen die Oesterreicher, wo sich Gelegenheit bietet, den Bayern gegen die Preußen bei, und es müßte uns alles täuschen wenn hierbei nicht auch Umtriebe und Aufreizungen, wenn vielleicht auch nur indirecte, seitens einer gewissen politischen Partei, nicht bloß der demokratischen, im Spiele wären. Hat doch eine Zeitung im Dienste dieser Partei ihre unverhohlene Freude über die Soldatenrauferei in Oberrad ausgedrückt und den schließlichen Rückzug der von Oesterreichern, Bayern und Oberrader Bauern in Gemeinschaft angegriffenen Preußen im Ton eines großdeutschen Siegsbülletins gefeiert! Ohne einzelne von den Preußen begangene Rohheiten irgend in Schutz nehmen zu wollen, wird man ihnen eine gewisse gereizte Stimmung gerne nachsehen wenn man Gelegenheit hatte Zeuge zu seyn wie man ihnen an öffentlichen Orten Dinge anzuhören gibt die ein ächtes Soldatenblut allerdings zum Aufkochen bringen müssen. An den Oberen liegt es der Erneuerung solcher Blutscenen welche die Kluft zwischen den verschiedenen Truppencontingenten immer tiefer reißen müssen, aufs ernstlichste vorzubeugen, oder sie würden es sich selbst zuzuschreiben haben wenn man sie im Verdacht haben sollte daß sie von der einen wie von der andern Seite diesen Geist der Zerrissenheit zu particularistischen Zwecken künstlich und geflissentlich unterhalten. Man hat nicht mit Unrecht gesagt daß in sehr gefährlicher Zeit die Einheit der österreichischen Monarchie nur noch im Radetzky'schen Heerlager dargestellt war. Wie aber ist die deutsche Einheit im deutschen Heerlager zu Frankfurt und anderwärts repräsentirt? Es ist leider nicht zu viel gesagt wenn man behauptet daß im Falle eines innern Kriegs Preußen und Bayern im gegenwärtigen Augenblick wahrscheinlich mit größerer Erbitterung gegen einander losgehen würden als gegen einen auswärtigen Feind. Im Mund derer welche an dieser Feindschaft heimlich vielleicht sogar ihre Freude haben, werden die heiligen Worte deutsches Vaterland und deutsche Einheit zur Blasphemie. — Nachschrift. 1 Oct. Am gestrigen Tag, der ohnehin etwas regnerisch und mithin für Klopffechtereien unter freiem Himmel nicht sehr einladend war, fand erzwungene Waffenruhe statt. Oesterreicher sperrten die Brücke gegen beide Theile. Die Väter der Stadt haben endlich ernstlich reclamirt, damit diesem bedenklichen Unwesen ein Ende gemacht werde. Die Bayern klagen daß die seitens der Stadtcommandantur getroffenen Maßregeln nur dazu gedient hätten die Erbitterten nicht aus-, sondern aneinander zu bringen. Es verdient vielleicht bemerkt zu werden daß das preußische 30ste Infanterieregiment aus Mannschaften des Trierer Regierungsbezirks besteht. Auf preußischer Seite beläuft sich die Zahl der Verwundeten im Lauf einer Woche auf 15.

*† **Frankfurt a. M.**, 2 Oct. Der Prinz von Preußen ist heute, von Weimar kommend, hier eingetroffen und wird morgen hier verweilen. Die außerordentlichen Sicherheitsmaßregeln dauern noch an, doch wurde die Ruhe der Stadt durch die Soldaten nicht weiter gestört. Heute hieß es, ein österreichischer General (Feldmarschall-Lieutenant Jezer?) sey zum Oberbefehlshaber der hiesigen Reichstruppen bestimmt, und der preußische Major Dertz werde das Stadtcommando in die Hände des Frankfurter Obristlieutenants Busch niederlegen. Der Erzherzog-Reichsverweser hielt gestern bei der Heerschau über die Reichstruppen eine eindringliche Ansprache an das um ihn versammelte Officiercorps. — Schöff Harnier ist gestern Abend zurückgekehrt. Es begreift sich leicht daß unter der obwaltenden Stimmung gegen Preußen die Nachricht von dem Abbruch der Unterhandlungen hier nur eine günstige Aufnahme fand.

Bayern. = **München**, 3 Oct. Gestern machten die Minister, die k. Stellen, der Generalstab und das Officiercorps Sr. Maj. dem König Ludwig ihre Aufwartung. — Der Commandirende in der Pfalz, Fürst v. Thurn und Taxis, und der außerordentliche Gesandte am badischen Hof, Frhr. v. Verger, sind auf Befehl Sr. Maj. des Königs von den königl. Staatsministerien des Aeußern und der Justiz beauftragt worden ungesäumt die Auslieferung aller bayerischen Staatsangehörigen welche sich beim badisch-pfälzischen Aufstande betheiligten und gegenwärtig dort in der Gefangenschaft sind, zu verlangen; ferner sollen die badischen Behörden sogleich ersucht werden speciell anzugeben welcher Verbrechen sich die Gefangenen schuldig gemacht haben um die betreffenden bayerischen Gerichte denen sie zur Aburtheilung zugewiesen werden, hierüber instruiren zu können. Ueber diejenigen die allenfalls schon standrechtlich zu Gefängniß- oder Zuchthausstrafen verurtheilt seyn sollten, hat sich der König das Recht der Amnestirung vorbehalten. — Die Abgeordneten von Ludwigshafen, die schon mehrere Tage hier verweilen, wegen Ersetzung des Schadens welchen das Bombardement verursachte, sind endlich dahin beschieden worden daß dieser Schaden im Betrag von 270,000 fl. von der Staatscasse, vorbehaltlich des Regresses, ersetzt werde. (?)

Die Cholera macht in den Rheinstädten keine Fortschritte, doch scheint sie auch noch nicht überall dem Erlöschen nahe. In Mannheim sind vom 29 bis 30 Sept. wieder 15 erkrankt, und der Stand an dem letztern Tag war: Gesammtzahl der Cholerafälle seit 24 Aug. 500; gestorben 255, geheilt 131, in Behandlung 114. In Mainz sind an demselben Tage 7 Personen neu erkrankt, 5 genesen und 4 gestorben. In Kassel ist ein Erkrankungsfall vorgekommen welcher tödtlich ablief. In Köln und Trier verschwindet die Seuche.

K. Sachsen. ‡ **Dresden**, 29 Sept. Es ist nicht uninteressant die Wahlcommissäre des Ministeriums Oberländer mit denen des Ministeriums v. Friesen zu vergleichen. Von den 75 vorigjährigen sind nur 17 mit dem wichtigen Amte wieder betraut worden, von denen nur 6 dem Staatsdienste angehören, während die übrigen 11 größtentheils städtische Verwaltungsbeamte sind. Von den vorjährigen Wahlcommissären sind wenigstens 11 in die Untersuchungen über den Mai-Aufstand verflochten, zwei davon landesflüchtig. Von den vorjährigen Wahlcommissären standen 16 im Staatsdienste, die neuernannten zählen 39 Staatsdiener unter sich, während 32 Vorstände von Patrimonial- und Municipalgerichten, städtische Verwaltungsbeamte sind. Ueberblickt man die Namen der neuen Rolle, so kann man bei einiger Personalkenntniß immerhin nicht behaupten daß eine tendentiöse Restauration das leitende Princip der Zusammensetzung gewesen sey; vielmehr sind viele der neuen Namen solche welche bisher nicht unter einer besondern Parteifarbe bekannt geworden sind. Die gebotene Restauration der Wahlcommissariate ist durchaus nicht zu einer reactionären Demonstration ausgefallen, was mancher rechtwärts geflogene Vogel im blinden Parteieifer bedauern wird.

Hansestädte. **Hamburg**, 28 Sept. Die Weser Ztg. schreibt: „Die gestern niedergesetzte Verfassungscommission hielt heute bereits ihre erste Sitzung; man vermuthet daß sie Hrn. Dr. A. H. Heise den Vorsitz übertragen habe; mindestens wurde heute in einer öffentlichen Empfehlung die nach mehrfachen Merkzeichen Hrn. Dr. Knauth zugeschrieben werden kann, das erwähnte Mitglied der Commission als besonders befähigt für jenen Vorsitz bezeichnet; bisher war es Norm ihn bei den Verhandlungen von Rath- und Bürgerdeputationen dem jedesmaligen ältesten Senatsmitglied zu übertragen. Die kritische Lage in welcher die constituirende Versammlung sich befindet, führt entweder zu einer Selbstauflösung (wozu jedoch am wenigsten Aussicht vorhanden), oder zu einer neuen Vertagung auf unbestimmte Zeit um als geschlossene Körperschaft für alle Eventualitäten bereit zu seyn; an Vereinbarung wird von dieser Seite her nicht gedacht, aber auch auf der andern ist es den Leuten keineswegs Ernst damit, nur soll der Schein von Entgegenkommen und von vermittelnder Bestrebung noch eine Zeitlang beibehalten werden. Hie und da rückt man aber auch bereits ganz offen mit der Sprache heraus: die von der Constituante geschaffene Verfassung müsse als ein gar nicht Vorhandenes betrachtet werden.“ Es mag zwar immerhin gern zugegeben werden daß weder die Frankfurter noch die Hamburger Constituante geeignet war eine zweckmäßige Verfassung auszuarbeiten; dagegen läßt sich auf der andern Seite gewiß auch nicht leugnen daß in dem Auftreten des Senats in dieser Angelegenheit sehr viel — diplomatisches Streben nach der unverbesserten „guten alten Zeit“ liegt. Von der Schuld den neulichen Crawall provocirt zu haben scheint er nicht frei zu sprechen!

Von der Elbe. Am 28 treffen 600 Mann preußischer Recruten in Hamburg ein, um ebensoviele ausgediente Soldaten abzulösen, die indessen erst Sonntag abmarschiren. Eine eigentliche Vermehrung der preußischen Garnison scheint nicht beabsichtigt zu werden, dagegen unterliegt es

kaum einem Zweifel daß sie bis zur Beendigung der schleswig-holsteinischen Wirren (und der Hamburger) da bleibt. Der durchgekommene dänische Cabinetscourier Sick soll die neuesten Vorschläge Lord Palmerstons nach Berlin überbracht haben. Trotz der Unwahrscheinlichkeit einer Erneuerung der Feindseligkeiten mit Dänemark spürt der Hamburger Handelsstand doch schon wieder Besorgnisse, und in die Chartes-parties werden Clauseln wegen einer eventuellen Blokade aufgenommen. Es handelt sich dabei zunächst um Frachtcontracte, denn die Assecuradeure machen noch nicht die mindeste Schwierigkeit. (Kieler Wochenbl.)

< **Bremen,** 28 Sept. An die Stelle der beiden kürzlich verstorbenen Senatoren Droste und Gildemeister werden allem Anschein nach Hr. Duckwitz und Hr. Feldmann gewählt werden. Ersterer, bekanntlich vor seiner Stellung als Reichshandelsminister, schon Mitglied unseres Senats, letzterer ein einfacher aber sehr geachteter begabter Schullehrer, dessen Wahl den großen Umschwung documentiren wird der sich seit der Revolution in unserem politischen Verhältnissen kundgegeben hat.

K. Hannover. **Hannover,** 28 Sept. Eine Aenderung des Stimmenverhältnisses für den nächsten Reichstag, soweit solche durch das einstweilige Zurückbleiben von Bayern und Württemberg erforderlich scheint, in Verbindung mit einer besseren Stellung der schleswig-holsteinschen Frage, würde auf die hiesigen Widersacher des Dreikönigsbündnisses einen gewinnenden Einfluß äußern. Man sieht zwar den preußischen Adler ungern über unserem Rosse aufsteigen, man begreift nicht daß für die untrennbare staatliche Verbindung von Holstein mit ganz Schleswig nicht eine Gewähr zu finden war welche dem Feinde keine Handhabe zur Erreichung aller seiner Zwecke bot; und obgleich Hannover durch den Dänenkrieg nicht so viel gelitten hat wie die preußischen Ostseeprovinzen, weil wir die ostfriesischen und die benachbarten holländischen Häfen zur Aushülfe hatten, so hätte doch niemand von Preußen erwartet daß es sein Recht das Schwert Deutschlands zu seyn für ein Linsengericht verkaufen und den dänischen Waffenstillstand auf die Rechnung der deutschen Einheitsbestrebungen setzen würde. Allein es wird auch allgemein empfunden daß ein Heilmittel für die Wunden des Vaterlandes an seinem Recht und seiner Ehre nur auf einem neuen Reichstag zu suchen ist; überdieß mahnen die neuesten Vorgänge in den Kreisen der Diplomatie ohne Zeitverlust den Weg zu gehen welcher zur Berufung eines Reichstags führt. Von einer Einberufung der Stände auf 1 Nov. weiß man hier noch nichts. Die Reise des Grafen Bennigsen nach Berlin beweist vielmehr daß man nach dem erklärten entschiedenen Rücktritt Bayerns von ferneren Verhandlungen über das Dreikönigsbündniß Gelegenheit nehmen will eine Umarbeitung des Entwurfs vom 28 Mai zu erlangen, nicht bloß in Ansehung des Stimmenverhältnisses der Abgeordneten zum nächsten Reichstag, sondern auch der Oberhauptsfrage, welche zu Gunsten Oesterreichs gewendet werden soll. Man bildet sich noch immer ein daß Oesterreich alsdann zur Mitbeschickung des Reichstags bewogen werden könne. Sollten sich die Verhandlungen darüber bis zum Ablauf des Bündnisses am 26 Mai 1850 hinziehen, so würde der Wiederherstellung des alten Bundestags unter Oesterreichs Vorsitz nichts mehr im Wege stehen. Dieß ist die Hoffnung unserer deutschen Gleichgewichts- und Stillstandsmänner. Im Volke dagegen wird ein Fürstencongreß, ein Wiederzusammentritt der heiligen Allianz, eine neue Wiener Ministerconferenz mit Haß und Mißtrauen angesehen. Solche Erscheinungen werben dem Dreikönigsbündniß zahlreiche Truppen aus dem Kerne des Volks. (Deutsche Z.)

Preußen. **Berlin,** 29 Sept. Heute Morgen hat hier eine Sitzung des Gesammtstaatsministeriums stattgefunden, in welcher, wie sich vermuthen läßt, hauptsächlich die deutsche Angelegenheit der Gegenstand der Berathung gewesen ist. Was die Angabe öffentlicher Blätter anbelangt daß Hannover bereits die bestimmte Erklärung seines Ausscheidens aus dem Dreikönigsbund hier abgegeben habe, können wir versichern daß noch wenige Stunden bevor wir dieß schreiben, einem unserer bedeutendsten Staatsbeamten davon nichts bekannt war. Sollte aber Hannover eine Erklärung der Art abgeben, so wird die Angelegenheit dem Bundesschiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden, da Preußen von der Ansicht ausgeht daß Hannover die Befugniß nicht besitzt schon jetzt ausscheiden zu können. Preußen soll entschlossen seyn mit aller Entschiedenheit in dieser Angelegenheit aufzutreten und selbst durch einen Abfall bisheriger Bundesgenossen sich in keiner Weise irre machen zu lassen. (Fr. O.P.A.Ztg.)

Der neulich vom Minister v. Manteuffel in der ersten Kammer angefochtene Handwerkerverein hat gestern eine Sitzung gehabt, in welcher der Vorstand und die Lehrerschaft eine Erklärung beschlossen haben, deren thatsächlicher Inhalt dem Minister ein sehr bedenkliches Dementi gibt. Unter anderm wird behauptet, der Seminardirector Diesterweg habe niemals einen Vortrag gehalten, wohl aber dessen Sohn, ein Dr. medicinae, jedoch nur über folgende Themata: Mineralquellen, Wiederbelebungsversuche, Cholera und Molkencur. Den Namen Zenker, den der Minister auf der Lehrerliste gefunden, habe er absichtlich genannt, um durch die Erinnerung an ein gleichnamiges Mitglied der Nationalversammlung die Vorstellung zu erwecken, das Lehrercollegium sey revolutionär. Der Zenker auf jener Liste sey ein Kammergerichtsreferendarius von entschieden conservativer Gesinnung. Die Verbindung mit auswärtigen Handwerkervereinen bestehe lediglich in der Auswechselung der Jahresbrichte. Von einem Zusammenhange mit Vereinen in Wien und Warschau versichert der Vorstand nicht das mindeste zu wissen. Daß vorzugsweise die Geschichichte der französischen Revolution vorgetragen werde, nennt der Vorstand eine Unwahrheit. Im letzten Jahre sey daneben noch Geschichte der Entdeckungen, der Perserkriege, der Reformation und des 30jährigen Krieges gelehrt worden. (Wes. Ztg.)

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 28 Sept. Mit dem heutigen Tag müssen sämmtliche Wahlmännerwahlen im Lande beendigt seyn. Was wir bis jetzt weiter darüber erfuhren, ergibt folgendes Resultat: Kreis Oldenburg: Edewecht, Elsfleth, Oldenbrok und Wardenburg gemäßigt-conservativ; Hatten demokratisch. Kreis Neuenburg: Westerstede und Bookhorn convativ. Kreis Delmenhorst: Delmenhorst demokratisch; Berne conservativ. Kreis Jever: Neuende und Heppens gemäßigt; Schortens conserservativ; Hohenkirchen, Sande und Tettens demokratisch. Kreis Vechta: Vechta, Dinklage und Damme demokratisch. Ueberhaupt sind die Münsterländer meist gegen den Anschluß an das Berliner Bündniß, und es möchten deßhalb von da aus nur solche Abgeordnete gewählt werden welche gegen den Anschluß stimmen. (Wes. Z.)

Schleswig-Holstein. **Kiel,** 28 Sept. Gestern Abend lief der Kriegsdampfer „Bonin" von hier aus, um bei dem Herumbringen der Reichsfregatte „Eckernförde" in den hiesigen Hafen behülflich zu seyn. Derselbe ist indessen diesen Morgen allein zurückgekommen, weil er bei seiner Ankunft an der Eckernförder Brücke das dort stationirte preußische Bataillon aufmarschirt gefunden hat, um in Gemäßheit der Befehle der Landesverwaltung das Wegbringen des Schiffes zu verhindern. (Nach einer Mittheilung in der N. f. P. hat der preußische Commandant von Eckernförde erklärt: „Die „Gefion" müsse als Eigenthum des Königs von Preußen betrachtet werden, und jeder eigenmächtige Versuch dieselbe von Eckernförde zu entfernen würde einer Kriegserklärung gegen Preußen gleichgeachtet werden." Man vergleiche übrigens die Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in der ersten preußischen Kammer, welche genügende Gründe dafür zu bieten scheint daß Preußen die „Gefion" wenigstens vorläufig unter seine Obhut nimmt, wenn auch nicht als sein ausschließliches Eigenthum.) (H. C.)

= **Schleswig,** 27 Sept. Die dänisch-preußische Landesverwaltung fährt in ihren Bestrebungen das Herzogthum Schleswig zu danisiren unausgesetzt fort und bedient sich zur gewaltsamen Durchführung ihrer Beschlüsse derselben preußischen Truppen welche gerade unter den ersten im Kampfe für unsere Sache gewesen sind. Auf solche Weise müssen die Begriffe dieser Truppen über Recht und Unrecht in einen unauflöslichen Widerspruch gerathen, und vielfach hört man die bitteren Klagen dieser treuen Soldaten über die doppelseitige Rolle welche sie hier spielen müssen. Jetzt sollen diese Truppen durch andere — Pommern und Märker-Regimenter — ersetzt werden, welche an unserm Kampfe nicht theilgenommen haben. Indeß ist der Mißgriff etwas zu spät erkannt worden. Für die Herzogthümer ist es ein sehr großes Mißgeschick daß von Preußen in dem Grafen Eulenburg ein unserer Verhältnisse, ja unserer Frage selber durchaus unkundiger, an Willenskraft schwacher Beamter als Commissär zu uns gesandt ist, welcher den schlauen Dänen eine leichte Beute wird. Die Berliner Kreuzzeitung ist daneben unablässig bemüht uns als Rebellen und unsere Erhebung als eine verbrecherische zu stempeln. In den Kreisen wo dieß Blatt herrschend ist, scheint man bisher nicht den Willen gehabt zu haben sich eines bessern zu belehren. Unser Generalsuperintendent Nielsen, bekanntlich als Kanzelredner und orthodoxer Geistlicher sehr angesehen und von angenehmen Formen, hat indeß neulich eine Reise nach Berlin gemacht, und in den Kreisen wo die Kreuzzeitung etwas gilt, eine richtigere Vorstellung über unsere Zustände zu bewirken gesucht. Sein Zweck ist im wesentlichen erreicht worden. Eine gleichzeitig in Berlin anwesende Deputation aus dem nördlichen Angeln jenseits der Demarcationslinie hat von dem Minister des Auswärtigen und von dem König die bestimmte Zusicherung erhalten daß, wenn im Frieden mit Dänemark das Herzogthum Schleswig getheilt werden würde, die sieben Kirchspiele Angelns, deren Interesse die Deputation vertrat, dem südlichen Schleswig zugetheilt werden sollen. Diese Deputation soll auf den König den günstigsten Eindruck für unsere Sache gemacht haben. Es verlautet daß zwischen Preußen und Dänemark über die Deutung der Worte in der Waffenstillstandsconvention im Namen des Königs von Dänemark ein Notenwechsel stattfindet. Preußen erklärt daß diese Worte nur so zu verstehen daß darunter der König

als Herzog von Schleswig gemeint sey. Mittlerweile fährt die „Landesverwaltung“ doch fort durch Wort und That zu manifestiren daß sie für den dänischen König regieren wolle, und scheucht damit auch die friedsamsten Beamten fort welche, wenn sie ihre Posten behaupten wollen, ins feindliche Lager übergehen müßten. Graf zu Eulenburg ist sehr verstimmt und mißmuthig, und seine Abberufung dürfte nothwendig werden. Inzwischen stehen selbst die Mitglieder unseres Justizcollegiums unter der Androhung seitens der Landesverwaltung daß sie nur bis weiters ihre Geschäfte fortsetzen dürfen, und daß ihre Entlassung eigentlich ausgesprochen, indeß noch nicht vollzogen ist. So eben geht eine Bekantmachung der Landesverwaltung ein, wornach der Landkriegscommissär in Schleswig, v. Stemann, seines Amtes entlassen, und allen ausgehobenen Soldaten verboten wird der Einberufung der Statthalterschaft Folge zu leisten. Die junge Mannschaft wird aber dennoch zu den Waffen eilen, sobald der vorzugsweise im Heer sehnlich erwartete Aufruf zum Kampfe gegen die Dänen erfolgt seyn wird. Die Stimmung ist namentlich im Herzogthum Schleswig sehr kriegerisch; in dem unmittelbar weniger betheiligten Holstein sehnt der Landmann sich im allgemeinen mehr nach Ruhe.

Flensburg, 27 Sept. Endlich sind die letzten der von den Dänen eingezogenen und nach Dänemark geschleppten schleswig-holsteinischen Civilpersonen in Kopenhagen freigegeben. Sie sind diesen Morgen mit dem Dampfschiff „Caroline Amalie“ zu Sonderburg angekommen. Es ist ihnen niemals gesagt worden weßhalb sie inhaftirt worden; sie sind in den 28 Wochen ihrer Gefangenschaft nicht in Verhör genommen, um welches sie doch oft angehalten, kurz es ist mit ihnen so willkürlich und rücksichtlos verfahren worden als wären sie Gefangene in den Raubstaaten. (Alt. M.)

Oesterreich. **Wien.** Der Lloyd brachte unlängst einen gegen die frühere Haltung dieses Blattes seltsam verstoßenden Artikel, worin nichts mehr und nichts weniger gefordert wurde als die tiefgreifendste Verfassungsänderung, nämlich die directe Wahl für das Staatenhaus, welches bekanntlich als Vertretung der Provinzen aufgefaßt aus der Wahl der einzelnen Landtage hervorgehen sollte. Letztere Bestimmung wurde vom Lloyd „als der größte politische Fehler“ der Märzconstitution bezeichnet, ja das ehedem so sanfte Blatt vergaß sich so weit den sonst auf den Händen getragenen octroyirenden Ministern einen „Unsinn“ vorzuwerfen, den es darin findet ganze Provinzen als einzelne Wahldistricte für das Oberhaus anzusehen. Die heutige „Presse„ hält dem Lloyd seine Unarten in gesperrter Schrift vor, indessen will auch sie die Uebelstände jener Verfassungsbestimmung nicht verkennen, indem sie ihr politisches Glaubensbekenntniß als orthodox centralistisch wiederholt: „Wir gehören bekanntlich nicht zu den unbedingten Bewunderern des Cabinets, wir haben aber nie daran gezweifelt daß die ganze Organisation der Kronländer, der Landtage und des aus ihnen hervorgehenden Oberhauses eine wohldurchdachte war, und als eine Concession betrachtet werden sollte welche die Minister den Anhängern des Föderalismus machen zu müssen glaubten. Wir waren aber stets fest überzeugt daß die Regierung in die Verfassungen der Landtage, in die Statuten von Ungarn und Italien die Mittel legen werde diese Uebelstände wieder auszugleichen. Den Verfassern der Charte vom 4 März eine fundamentale Aenderung derselben und ein solches Selbstgeständniß der Unfähigkeit zuzumuthen bevor man noch den ersten Versuch damit gemacht hat, würden wir nicht einmal zu träumen gewagt haben.“

Die Wiener Ztg. enthält einen Vortrag des Unterrichtsministers nebst der kaiserlichen Genehmigung, worin mit Bezug auf den gedruckten Entwurf der neuen Gymnasialordnung der Unterricht nach den darin enthaltenen Grundsätzen „einstweilen“ eingerichtet werden solle. Als Grund der Verzögerung eines definitiven Entschlusses gibt der Unterrichtsminister an: „Ich befinde mich noch nicht in der Lage ihn (den Entwurf) der allerhöchsten Genehmigung Ew. Maj. zu empfehlen, theils weil die bevorstehende allseitige Beleuchtung desselben noch zu mancher Verbesserung führen dürfte, theils auch aus dem Grunde weil er in einem wesentlichen Punkte unvollständig ist.“ Man will nämlich bezüglich des Religionsunterrichts die ministeriellen Verhandlungen über die Anträge der Wiener bischöflichen Synode noch abwarten. Bei dieser Gelegenheit verdient eine charakteristische Anekdote Erwähnung, die dem constitutionellen Bl. a. B. von Wien geschrieben wird. Die Zöglinge der Leopoldstädter Pfarrschule verzichteten auf alle Prämien und Auszeichnungen, mit dem Bedeuten daß der entfallende Betrag — der übrigens nicht unbedeutend ist — der Radetzky-Stiftung zugewandt werde.

Das Gerücht wegen der Ermordung Görgey's bestätigt sich nicht. Briefe aus Klagenfurt vom 29 erwähnen mit keiner Sylbe davon, und ebenso falsch ist es daß Graf Edmund Zichy dort war, denn er befand sich am 27 noch in Pesth.

△ **Wien,** 1 Oct. In den Straßen Wiens zeigt sich wieder jene fröhliche Rührigkeit die sonst so wohlthuend auf den Fremden wirkte. Die armen Fußgänger müssen bedächtig nach rechts und nach links schauen um mit den schnell dahinrollenden Wagen nicht in zu nahe Berührung zu kommen. In den Gasthäusern spricht sich der alte lebensfrische österreichische Humor in gewohnter Derbheit aus, ohne sich gerade durch den Gedanken an anwesende Spitzel sehr beängstigen zu lassen: kurz, es herrscht die heiterste Stimmung. Die Theater machen wieder glänzende Geschäfte und locken durch die ausgesprengte Nachricht daß Radetzky kommen werde, das ganze schaulustige Wien in ihre Räume. Vorgestern mußte ihm zu Ehren Wallensteins Lager gegeben werden. Beckmann führte uns den Capuziner in köstlicher Weise vor. — Heute erfolgt die förmliche Uebergabe von Komorn an die k. k. Truppen. Dem Vernehmen nach sind die der Besatzung gewährten Zugeständnisse in demselben Geist abgefaßt wie die der venezianischen Garnison.

Die Wiener Allg. Ztg. Corresp. will wissen, Graf Stürmer, der Internuntius in Konstantinopel, habe seine Enthebung von diesem Posten erhalten. Daß Graf Stürmer um diese Enthebung längst nachgesucht, ist bekannt. Eine Abberufung in diesem Augenblick aber wäre eine Verläugnung seiner Schritte beim Divan, und diese Verläugnung kann man jetzt nicht voraussetzen. Der Lloyd versichert, die Flotte in Triest werde gerüstet und solle die Dardanellen „berühren.“ Aber wenn diese Flottille Venedig gegenüber wenig vermochte, so wäre sie gegen die stark verschanzten Gestade der Dardanellen und gegen die immerhin nicht zu verachtende türkische Flotte ganz unmächtig, abgesehen davon daß sie auf dem Weg nach Konstantinopel an der englischen Mittelmeer-Flotte vorüber müßte, die ihr den Weg verlegen würde. Russische Kriegsschiffe aber könnten vom schwarzen Meer innerhalb zweimal 24 Stunden vor der türkischen Hauptstadt seyn, während die englischen Schiffe von Korfu dazu immerhin 6 bis 7 Tage brauchten. Ihr beiderseitiges Erscheinen im Marmorameer und im Bosporus wäre der offene Krieg. Kaum kann man annehmen daß der in in den Wünschen Englands oder Rußlands läge. Die Pforte wird wohl noch die letzten Ausgleichungsversuche machen. Einer davon ist daß man die ungarischen und polnischen Flüchtlinge auffordern ließ zum Islam überzugehen. Nach einem directen Schreiben aus Belgrad vom 26 Sept. das wir heute erhalten, haben Bem, Kmeti, Stein und noch 20 andere Officiere sich dazu entschlossen, wohl in der Hoffnung in den Reihen der türkischen Armee ihren Verzweiflungskampf fortsetzen zu können. Kossuth habe es abgelehnt den Glauben abzuschwören. Alle diese Flüchtlinge befänden sich noch in Widdin. Das Gerücht, sie seyen auf englischen Schiffen von Konstantinopel abgefahren, ist also falsch.

Triest, 29 Sept. Das vorgestrige Cholera-Bulletin weist abermals eine Abnahme der Krankheit nach. Es erkrankten 65 und starben 21 Personen. Gestern erkrankten 96 und starben 25 Personen. Seit dem Ausbruche der Epidemie sind 1718 erkrankt, und 598 gestorben. (In Venedig hat die Cholera ganz aufgehört. Sie wich dem frischen Herbstwind und den gesunden Nahrungsmitteln.)

♀ **Prag,** 30 Sept. Gestern traf hier Erzherzog Albrecht ein, um den Oberbefehl über das Armeecorps das soeben in Böhmen an der westlichen Gränze zusammengezogen wird zu übernehmen. Unser Bürgermeister kündigt öffentlich an daß der Stadtrath, für den Fall daß Kaiser Franz Joseph, wie allgemein verlautet, gegen Mitte October Prag mit seiner Anwesenheit beehren würde, auf die Illumination der Stadt hinzuwirken und noch andere Festlichkeiten zu veranstalten beschlossen habe. Dieß werde deßhalb veröffentlicht, damit jene Bewohner Prags welche ihre loyalen Gesinnungen durch eine mehr als gewöhnliche Illumination zu bethätigen wünschen, die nöthigen Anstalten in geeigneter Zeit treffen könnten. In dem jetzt veröffentlichten Entwurf der Gemeindeordnung von Prag ist die sonderbare Bestimmung daß unter andern auch jene das active Wahlrecht ausüben können welche bereits durch zwei volle Jahre einen Wohnungsmiethzins von jährlichen 200 fl. C. M. entrichten. An der neuen Staatsanleihe betheiligt sich der hiesige Handelsstand mit vier Millionen. Mehrere größere Handels- und Wechselhäuser haben auch angekündigt daß sie Privatpersonen die Betheiligung daran ermöglichen wollen, indem sie Beträge bis zu 85 fl. C. M. (Einlage für Eine Staatsschuldverschreibung) annehmen. Gegen den neuen Schulplan soll sich besonders unter den ältern Gymnasiallehrern viel Opposition zeigen. Die alten Herren sollen nun neue Schulbücher studiren, sich mehr als sonst mit classischer Philologie, besonders mit dem fatalen Griechischen befassen — sie hätten lieber lauter realistische Studien! Es ist aber einmal an der Zeit daß der Schlendrian über Bord geworfen werde und die altclassischen Studien, die Grundfeste aller neuern Bildung, zu Ansehen auch in Oesterreich gelangen! Vor einigen Tagen ist Professor Curtius, der treffliche Philologe, hier angekommen. Wir hoffen daß er bei den jüngern Lehrcandidaten Interesse für classische Philologie hervorrufen werde. Die medicinische Facultät hat bereits ihren Lectionskatalog veröffentlicht. Er bewährt ihren alten Ruf; für die speciellsten Zweige der Medicin sind Vorträge angezeigt und die wichtigsten Fächer mit mehrern Professoren besetzt — wor-

unter treffliche Kräfte. Auch im vergangenen Jahr haben 79 Ausländer, darunter viele Doctoren, die medicinischen Vorträge an unserer Universität gehört. Prof. Kurzak wird im nächsten Semester auch Vorlesungen über Physiologie in böhmischer Sprache halten. Der Professor der vergleichenden slavischen Philologie, Tschelakowsky, wurde nach Wien berufen um den Berathungen über Abfassung böhmischer Gymnasialschulbücher, deren Redaction ihm anvertraut ist, beizuwohnen.

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth,** 29 Sept. *) Victoria! Komorn geht über. Das gestern Nachmittags nach vier Uhr von Almas angekommene Dampfschiff brachte bereits die Nachricht daß die Garnison dieser gewaltigen Festung capitulirt habe. Es befand sich ein ungarischer Stabsofficier auf demselben, der jene nunmehr nutzlos gewordenen zwei Couriere (Honvedofficiere) zurückberufen sollte die man aus der Festung nach Peterwardein abgesendet um sich die Ueberzeugung von dem Fall dieses ebenbürtigen Bollwerks zu verschaffen. Die freudige Botschaft lief wie ein Lauffeuer durch die Hauptstadt und ward, mit Ausnahme weniger, mit Jubel aufgenommen. Namentlich frohlockte die hiesige Kaufmannschaft. Sind doch auf den obern Stapelplätzen, namentlich in Preßburg, unermeßliche nach Pesth bestimmte Waarenvorräthe aufgespeichert. Die Communication zu Land war, Dank dem heillosen ungarischen Straßenbau, immer mit unendlichen Kosten und großem Zeitaufwand verbunden; so brauchten zum Beispiel die Bücherballen von Leipzig nach Wien kaum die Hälfte Zeit die sie von der Kaiserstadt nach Pesth-Ofen benöthigten.

Preßburg, 30 Sept. Also heute haben wir die Taube mit dem Oelzweig erblickt; um halb 10 Uhr Vormittags kam das Dampfboot Nador direct von Pesth hier an. Die Wasserstraße wurde gleich nach abgeschlossener Uebereinkunft freigegeben, die Festung Komorn aber wird erst morgen von den kaiserlichen Truppen besetzt werden. Heute weht noch die ungarische Tricolore von der Festung, und magyarische Vorposten sind weit und breit ausgestellt. Die Capitulation soll denn doch durch Vermittlung des Marschalls Radetzky auf Grundlage derselben Bedingungen erfolgt seyn die Venedig erhalten hat. Von den beiden Feldherren Radetzky und Haynau erzählt man sich folgende charakteristische Anekdote, die aber wahrscheinlich bloß gut erfunden ist. „Die Bestürmung Komorns", bemerkte Haynau im Kriegsrathe, „würde vielleicht 30,000 Menschen kosten." „Und ich", erwiederte Radetzky, „werde es mit dreien einnehmen, mit einem Trompeter und zwei Parlamentären!" Die Palme gebührt demnach dem Helden von Custozza. Vorräthe sollen im Werthe von 1,600,000 fl. C. M. in der Festung vorgefunden worden seyn.

Großbritannien.

London, 28 Sept.

Am 26 Sept. celebrirte Dr. Wiseman, der apostolische Vicar in London, in der sardinischen Capelle, auf Lincoln's Innfields, ein feierliches Todtenamt für den König Karl Albert von Sardinien, wobei ein Theil von Mozarts Requiem ausgeführt wurde. Mehr als hundert katholische Priester assistirten der Feier in pontificalibus. Fürst Moriz v. Montleart, Halbbruder des Verstorbenen, der sardinische Geschäftsträger Baron v. Isola mit dem übrigen Gesandtschaftspersonal, Chevalier Heath, der sardinische Generalconsul, der französische, belgische und brasilische Gesandte, dann eine beträchtliche Anzahl Italiener waren anwesend. Die Aufschrift des mit den sardinischen Wappen und Insignien geschmückten Cenotaphs in der ganz schwarzbehangenen Kirche drückte den Gedanken aus der jetzt in Italien so hundertfach in Vers und Prosa variirt wird: „Zum Andenken des frommen, edeln und tapfern Karl Albert, des Königs, Soldaten und Bürgers, begünstigt von Gott und geliebt vom Volke, im Glück gemäßigt, im Unglück stark; der aus diesem Leben schied zu Oporto am 18 Jun. 1849. Betet für seine ewige Ruhe."

Hr. Richard Cobden ist, wie schon kurz erwähnt, vom Standpunkte der „Freunde des Friedens" gegen die Betheiligung englischer Capitalisten an der österreichischen Staatsanleihe aufgetreten, und will, scheint es, ein besonderes Meeting in diesem Sinne veranlassen. Er erinnert — uneingedenk daß seine englischen Landsleute so eben in Folge des kleinen Aufstands in Cephalonien 17 Gefangene auf einmal haben aufhängen lassen — an die kriegsgerichtlichen Executionen in Italien und Ungarn, an die „Gräuel von Brescia", und fragt am Schlusse seines in der Daily News veröffentlichten Schreibens: „Gibt es einen Juden in London der sich nicht beeifern wird einer solchen Versammlung beizuwohnen, um jede Verbindung mit der projectirten Anleihe von sich zu weisen, und die Urheber jener an seinen Glaubensgenossen in Buda Pesth verübten Grausamkeiten öffentlich anzuklagen — Grausamkeiten in denen der österreichische Heerführer alles übertroffen was seit den Judenverfolgungen des Mittelalters vorgekommen?" Daily News stimmt in diesen Ton mit ein; die Times aber findet die Diatribe des großen Friedens- und Freihandelsapostels geradezu lächerlich, und erinnert daran daß die österreichische Anleihe nicht zu Kriegs- sondern eben zu Friedenszwecken bestimmt, und eine reine Bank- und Handelsangelegenheit sey. Die Capitalisten der City, getaufte wie ungetaufte, scheinen auch die Cobden'sche Warnung nicht im geringsten zu beachten.

(Times.) Die französische Regierung hat ihren Gesandten am Plata-Strom, Admiral Leprédour, der zugleich das französische Geschwader in jenem Gewässer befehligte, durch den Contre-Admiral Romain Desfossés ersetzt, der seine Flagge auf der Fregatte „Pandore" aufgepflanzt hat und alsbald von Brest absegeln wird. Man hat Grund zu fürchten daß diese neue Ernennung auf Seite des französischen Cabinets die Mißbilligung des von Leprédour unter dem Beistand Hrn. Southerns mit Rosas abgeschlossenen provisorischen Vertrags andeutet, daß folglich der Krieg mit Buenos-Ayres unter französischer Leitung erneuert werden und die Wiederherstellung des Friedens in den Plata-Staaten so fern seyn dürfte wie immer. Und das ist nicht alles; denn wenn wir recht berichtet sind, so bemerkte Hr. Leprédour seiner Regierung bei Uebersendung jenes Vertrags nach Europa: daß, was sie auch von dessen Bestimmungen denken möge, sie nur die Wahl habe entweder ihn anzunehmen, oder eine neue und stärkere Expedition zur Vertheidigung Montevideo's auszurüsten. Wenn also die französische Regierung die friedlichere Alternative verwirft, so nimmt es uns nicht Wunder daß sie 4000 Mann nach dem Plata-Strom bestimmt — eine größere Truppenmacht als noch je daselbst erschienen ist. Wird dieses Vorhaben verwirklicht, und votirt die Nationalversammlung die dazu nöthigen Gelder — ohne welche das Cabinet die Verantwortung für ein solches Unternehmen wohl ablehnen würde — so mögen die Angelegenheiten des Silberstroms noch lange fortfahren unsere Staatsmänner in Verlegenheit und unsere Kaufleute in Verzweiflung zu versetzen.

Die Cholera nimmt mehr und mehr ab; die neueste Liste gibt für London, ganz England und Schottland nur 641 Todesfälle. Die Königin-Wittwe ist mit 200 Pf. St. an die Spitze der Geldzeichnungen zur Unterstützung von Wittwen und Waisen der an der Seuche verstorbenen Armen getreten.

Frankreich.

Paris, 30 Sept.

Die Journale melden daß der bevollmächtigte Minister von Uruguay, General Melchor Pacheco y Obes bei dem Präsidenten der Republik eine Audienz hatte, worin er sich also vernehmen ließ: „Hr. Präsident! Die Regierung der Republik von Uruguay hat mir die ausgezeichnete Ehre erwiesen bei der Regierung von Frankreich, der Sie so würdig vorstehen, mich zu beglaubigen um die Gerechtigkeit für mein Vaterland anzurufen welche die mit seinem Feinde kürzlich verabredeten Vertragsentwürfe ihm verweigern. Mein Vaterland wie seine Regierung haben keinen Augenblick gezweifelt diese Gerechtigkeit zu erlangen, weil sie wußten daß Frankreich eine große Nation ist, und daß an der Spitze seiner Regierung ein Namen erscheint der mit allem was nicht die Größe, die Gerechtigkeit und Ehre Frankreichs ist, unverträglich wäre." Hr. L. Bonaparte bezeugte dem Gesandten sein lebhaftes Wohlwollen, beschränkte sich aber auf folgende Antwort: „Ich habe kein anderes Interesse als das der Franzosen, wo sie sich auch in irgendeinem Theil der Welt befinden, und ich werde stets für die Ehre und Würde Frankreichs alles thun was von mir abhängt." Damit war die Audienz zu Ende, und das Publicum mag nun seine Divinationsgabe anstrengen um zu errathen was Frankreichs Politik am Platastrom seyn werde.

Die Journale zeigen die Abreise des Hrn. G. de Beaumont nach Wien an. Er hatte vorher noch eine sehr lange Unterredung mit dem Präsidenten der Republik. Die verwittwete Großherzogin von Baden, Stephanie de Beauharnais, Base des Präsidenten, wird in Paris erwartet.

Die Angeklagten vom 13 Jun. sollen in den ersten Tagen des Oct. nach Versailles gebracht werden. Sie haben jetzt die Proceßacten, mit Ausnahme der Anklageacte, deren Druck noch nicht beendigt ist, zugestellt erhalten. Einer der flüchtigen Angeschuldigten, F. Pyat, hat einem seiner Freunde in Paris geschrieben daß er sich am 10 Oct. vor dem Staatsgerichtshof stellen werde. Die Flüchtlinge in London haben einen entgegengesetzten Entschluß gefaßt.

Die Blätter enthalten bereits die Tagesordnung für die Nationalversammlung, sie wird mit Namensaufruf eröffnet werden, dann wird die Verloosung der Bureaux stattfinden, auch erwartet man mehrere Regierungsmittheilungen von Gesetzentwürfen die während der parlamentarischen Ferien ausgearbeitet worden sind, ferner die Ankündigung von Interpellationen, Anträgen u. dgl. Da Hrn. Dupins dreimonatliche Voll-

*) Uns erst heute zugekommen.

macht am Ablaufen ist, so steht auch eine Präsidentenwahl bevor. Die Finanzcommission, unter dem Vorsitz des Hrn. Gouin, hatte seit dem 17 Sept. tägliche Sitzungen gehalten um die Budgets der einzelnen Departements zu prüfen, sie ist mit der Justiz, dem öffentlichen Unterricht, den auswärtigen Angelegenheiten, den öffentlichen Arbeiten, dem Innern und dem Handel bereits fertig und hat jetzt auch die Budgets des Kriegs und der Marine vorgenommen. Erst wenn sie den ganzen Staatshaushalt mit steter Rücksicht auf mögliche Ersparnisse durchgemustert hat, wird sie über die neue Einkommensteuer, die Herstellung der Getränkesteuer und die andern schwebenden Finanzfragen Beschluß fassen.

* **Paris**, 27 Sept. Die italienischen Angelegenheiten und die Finanzfragen sind die beiden Gegenstände über denen die Majorität der bald wieder zusammentretenden Versammlung sich spalten wird: obwohl es aber möglich ist daß bei Gelegenheit der Debatten über die erstere der eine Theil des Ministeriums, und zwar vermuthlich Falloux und Rulhière, austritt, so bietet der andere Punkt doch noch die größten und kaum zu besiegenden Hindernisse dar. Daß Passy's Finanzplane in der Budgetcommission und selbst in der Mehrzahl der Generalräthe keinen sehr günstigen Empfang erhielten ist bekannt, was aber geschehen soll um die Lücken zu stopfen, darüber hat noch niemand genügende Auskunft gegeben. Der Vorschlag von Thiers alle vorhandenen Steuern um 5 Procent zu erhöhen ist unausführbar, denn er würde an mehreren Orten auf gewaltsamen Widerstand stoßen, und Thiers soll dieß jetzt selbst gestehen. Das Project einer Einkommensteuer wird wohl fallen, und die Getränkesteuer wird aus Noth wohl bleiben, aber sicherlich nicht für lange Zeit. Hr. Girardin soll ein neues Finanzsystem ausgearbeitet haben, und seine Freunde sprechen mit Enthusiasmus davon; inzwischen bis auch die übrige Welt es mit gleichem Erstaunen aufnimmt, erzählt man sich, Girardin sey sehr entmuthigt, und erkläre Frankreich könne nicht in die Länge mehr als 1200 Millionen aufbringen, während das jährliche Budget bisher mit all seinen Supplementär- und Complementärcrediten auf 17 bis 1800 Mill. stieg. Nehmen wir aber auch nur 1600 Mill. an, so übersteigt das die jetzigen Kräfte Frankreichs, und Girardin soll entschieden auf Verminderung des Militärs um 200,000 Mann dringen; die Altersclasse von 1842 ist auch bereits entlassen, was jedoch das gewöhnliche Verfahren im siebenten Dienstjahr ist, aber auch die von 1843 soll demnächst entlassen werden, und dieß wäre schon eine ungewöhnliche Ersparung, obgleich es noch keineswegs eine Reducirung der halben Million Soldaten auf 200,000 betrüge. Dieß wird von Girardin und mehreren andern als unerläßlich gefordert, und die dadurch erzielte Ersparniß auf 200 Mill. angeschlagen. Gibt man dann noch die sehr uneigentlich sogenannten Reservefonds und die Dotation der Amortisationscasse auf, so ließe sich das Budget auf 1250 Mill. ermäßigen, freilich die öffentlichen Arbeiten ungerechnet. Es müssen also, soll geholfen werden, noch andere Ersparnisse eintreten, und diese könnten nur die kostspielige Verwaltung treffen, welche beinahe 200 Mill. mehr kostet als die englische, obgleich die Beamten meistens gar nicht übermäßig besoldet sind. Was die Verwaltungskosten betrifft, so ist es einer der größten Vorwürfe die man der Regierung Ludwig Philipps macht, daß sie die Zahl der Beamten um 40,000, und die Masse der Besoldungen um 63 Mill. vermehrt habe. Hier ist es am Platze in Kürze des Kriegs zu erwähnen der sich über die Finanzwirthschaft der vorigen Regierung erhoben hat. Sie kennen die Angriffe welche Passy bei der Vorlegung des Budgets gegen dieselbe richtete, und die so ziemlich die gleichen sind welche Garnier Pagès seinerseits vorgebracht hatte. Dumon, der letzte Finanzminister Ludwig Philipps, hat den Handschuh aufgenommen, und eine Darstellung der Finanzwirthschaft unter der Juliusmonarchie kürzlich in der Revue des deux Mondes (15 Sept.) gegeben; sie ist sehr lehrreich für den Gang der Finanzwirthschaft, gibt eine lichtvolle Uebersicht, zeigt aber doch daß die Juliusmonarchie in financieller Beziehung eine höchst gefährliche Bahn eingeschlagen hatte, eine Bahn die ihr freilich zum Theil durch die Umstände aufgedrungen war. Passy, gegen den mehr als ein giftiger Pfeil darin abgeschossen ist, soll die Absicht haben ihm umständlich zu antworten, was nicht eben schwer seyn wird, denn abgesehen von der lichtvollen Darstellung der Finanzen ist der Artikel Dumons eine pomphafte Lobrede auf die Juliusmonarchie, und man darf sich nur der finanziellen Debatten vom Frühjahr 1847 erinnern, um zu wissen daß die gefährliche Lage der Finanzen schon damals, und zwar von jetzigen Mitgliedern der Majorität, wie Ach. Fould, sehr richtig gewürdigt worden ist. Indeß ist dieser Streit für die jetzige Lage der Dinge ziemlich irrelevant, und wenn Hr. Dumon hervorhebt daß die Juliusmonarchie innerhalb drei Jahren sich festgesetzt hat, so könnte allenfalls die Republik sagen man möchte ihr auch nach anderthalb Jahre Zeit lassen. Gerade das aber hat der Juliusmonarchie die Arbeit der Festsetzung erleichtert und ihr erst später den Ruin bereitet, daß sie den alten Schlendrian bestehen, ja das Unkraut sich noch weiter ausbreiten ließ, während jetzt die Republik mit ihrem allgemeinen Stimmrecht ungestüm Erleichterungen des Volks und Verbesserungen fordert, obgleich sie das öffentliche und Privatvermögen ohne allen Vergleich mehr als die Juliusrevolution erschüttert hat. Der Streit über die ehemalige Finanzwirthschaft ist also gewissermaßen ein Streit über Ursachen und Folgen der Revolution, und dieser ist jetzt sehr überflüssig. Die Revolution ist gekommen, sie mag so viel oder so wenig Berechtigung gehabt haben wie möglich, und man muß sich jetzt mit ihren Folgen und den von ihr geschaffenen Zuständen vertragen. Wenn die Regierung Ludwig Philipps ein gefährliches Spiel mit ihren unaufhörlichen Anlehen spielte, so spielt die jetzige republicanische Regierung ein Spiel das sich unmöglich lange fortsetzen läßt. Passy unterhandelt gegenwärtig fortwährend mit der Bank und mit den Bankiers über das jedenfalls unerläßliche Anlehen von 200 Mill.; bis jetzt aber scheint nichts zu Stande gekommen, außer vielleicht mit der Bank, denn diese hat durch die Erklärung daß sie wieder gegen Deponirung von Staatspapieren Anlehen gewähren werde, den Fonds einen Aufschwung gegeben; aber wenn auch die Bank dem Staate gegen 5proc. Obligationen 150 Mill. vorschießt, was sie leicht kann da sie gegenwärtig über 400 Mill. baar Geld hat, so darf man nicht vergessen daß sie dem Staate bereits 100 Mill. vorschoß, und daß sie vom Staate und Privaten schon 86 Mill. Staatspapiere besitzt, somit auf eine gefährliche Weise überbürdet werden könnte, abgesehen davon daß die Börse fortdauernd fürchten muß daß diese Papiere von der Bank je nach Bedürfniß an den Markt gebracht, somit alle Börsenberechnungen nichtig gemacht werden können. Indeß es muß etwas, und zwar bald, geschehen, denn die Regierung ist durch die freigebig an den Markt gebrachten Schatzkammerscheine in Verlegenheit, indem deren während der Monate November und December mindestens 70 bis 80 Mill. fällig werden. Die Capitalisten hatten nämlich das Geld welches sich bei ihnen anhäufte, namentlich auf die kurzlaufenden Schatzscheine geworfen, so daß die Regierung, hiedurch beunruhigt, am 21 d. die Zinsen für dreimonatliche Schatzscheine auf nur 4 Proc., die halbjährigen auf 5 und die ganzjährigen auf 6 Proc. festsetzte, augenscheinlich in der Absicht daß die Kauflust von den nur 4 Proc. tragenden 3monatlichen Scheinen ab- und auf die ein ganzes Jahr laufenden gelenkt werden. Sie ersehen daraus daß die Lage des Schatzes nichts weniger als günstig ist, und daß die Regierung zum mindesten auf Bezahlung der gegen Ende des Jahres fälligen Schatzscheine denken muß, was kaum anders als durch ein Anlehen, unter welcher Form dieß nun auch gemacht werde, geschehen kann. Der Stand der Fonds ist gegenwärtig besser als diese Aussichten rechtfertigen, dazu tragen aber manche Umstände bei, nicht nur das Interesse der Regierung und der Bank die Fonds in gewisser Höhe zu erhalten, sondern auch das Interesse einer sehr großen Compagnie, welche die Eisenbahn von Paris nach Avignon übernehmen will, ihre Actien aber sicherlich bei einem tiefen Stand der Fonds nicht an die Börse bringen kann. Die Fonds ertragen gegenwärtig 5½ Proc., und haben im vorigen Jahr 6 bis 7 Proc. ertragen; dadurch ist ein ungeheures Capital das sonst in Handel und Industrie verwendet worden wäre auf die Börse gewandert, für alle Unternehmungen aber, namentlich für den Ackerbau, das Geld unmäßig vertheuert worden. Man berechnet das Netzwerk der französischen Eisenbahn auf 5,525 Kilometers, welche zu einem Durchschnittspreis von 372,000 Fr. auf den Kilometer 2053⅓ Mill. kosten sollen; 2883 Kilometer sind dem Verbrauch übergeben, 2642 sind im Bau oder wenigstens im Plan. Beinahe 1220 Mill. sind ausgegeben, und der Rest mit 833 Mill. ist noch zu verausgaben. Man schlägt die Bruttoeinnahme sämmtlicher Bahnen auf 180 bis 200 Mill., die Nettoeinnahme auf 90 bis 100 an, so daß die Eisenbahnen durchschnittlich 4½ bis 5 Proc. abwerfen würden. Es ist aber ganz natürlich daß man, namentlich nach den ungeheuren Verlusten welche die Eisenbahnspeculationen herbeigeführt haben, sein Geld nicht in diese steckt, wenn man weniger damit gewinnt als mit den Staatspapieren, die man jeden Augenblick wieder losschlagen zu können hofft. Passy's Finanzplane beruhen zum Theil darauf daß Compagnien den Bau der Eisenbahnen fortführen, denn wenn es diese nicht thun so muß es der Staat thun, weil sonst das ungeheure bereits hineingesteckte Capital brach liegt. Passy sieht ein daß bei dem jetzigen Stande der Fonds niemand sein Geld auf die Eisenbahnen wenden wird, und daß also die Mühe und die Kosten der Herbeischaffung der nöthigen Summen dem Staate zur Last fallen werden. Daher seine Plan besondere Staatseisenbahnobligationen nach dem laufenden Zinsfuß auszugeben, ein Plan den man für ziemlich unausführbar hält, den man aber wahrscheinlich mit Hülfe der Bank ins Werk wird setzen müssen; schießt aber die Bank die Gelder für den Eisenbahnbau vor, so kann sie nicht auch zugleich die Lücken in den laufenden Ausgaben des Staats stopfen. Man wird also nothgedrungen zu sehr ernsthaften Ersparungen schreiten müssen, obwohl die Minister bis jetzt nur immer nach Mitteln gesucht haben die Ausgaben zu decken, nicht aber sie zu vermindern.

• **Paris**, 29 Sept. Sie kennen bereits den Eindruck welchen das päpstliche Edict hier hervorgebracht, soweit dieser Eindruck in den Tagesblättern hervortritt. Wiewohl man sich oft täuschen würde wenn man stets in denselben den Spiegel der öffentlichen Meinung sehen wollte, läßt sich doch in der vorliegenden Frage nicht in Abrede stellen daß, mit Ausnahme der legitimistischen Partei, niemand mit den octroyirten Freiheiten Pius IX zufrieden ist. Diese Unzufriedenheit trifft jedoch diese Freiheiten als solche weniger denn vielmehr als Ergebniß der französischen Diplomatie. Vor einem Monat würde es minder aufgefallen seyn, wenn der heilige Vater nach dem erfahrnen Undank seine Unterthanen nicht für geeignet hielt andere Reformen als diejenigen zu ertragen welche die vier Mächte 1831 in dem bekannten Memorandum angerathen haben. Allein nach den Drohungen im Brief des Präsidenten der Republik glaubte das ganze Volk der Spießbürger hier, der Papst könne jetzt den Römern nichts weniger als eine Art Charte von 1830 gewähren. Die O.-Barrots, die Tocquevilles, die Tracys xc. haben den Spießbürgern so oft seit siebenzehn Jahren gesagt: daß die französische Regierung im Ausland nur laut zu sprechen brauche damit Frankreich gehört und mit Achtung gehört werde; wenn Frankreichs Wünsche im Ausland unbeachtet bleiben, so komme dieß daher daß seine Minister nicht laut im Namen Frankreichs sprechen. Nun sind die O.-Barrots, die Tocquevilles, die Tracys an der Gewalt, und haben unter ihrer Verantwortlichkeit den legitimen Chef des Staats laut sprechen lassen, der Spießbürger erwartete also mit der größten Zuversicht daß die Stimme des Präsidenten der Republik, daß die Stimme Frankreichs gehört werde. Denken Sie sich nun die Verblüfftheit dieses Spießbürgers in seinem siebenzehnjährigen Glauben sich getäuscht und so arg getäuscht zu finden! Er mag, er kann es daher nicht glauben daß die römische Angelegenheit schon zu Ende, schon gelöst sey. Das Motuproprio, sagt er, ist nur eine kleine Abschlagszahlung auf unsre gerechten Forderungen, die Hauptsache, die römischen Cardinalfreiheiten werden erst nachkommen. Hier täuscht sich der arme Spießbürger abermals. Die Sache ist aus, völlig aus; die französischen Truppen werden Rom räumen, und den spanischen ihre Mission überlassen. Wohl bleiben die Franzosen noch so lange auf päpstlichem Gebiet als die Oesterreicher; allein das spanische Armeecorps wird nach und nach bedeutend vermehrt werden und bleibenden Dienst beim Papste nehmen, so daß die Franzosen wie die Oesterreicher sich aus dem Kirchenstaat werden zurückziehen können. Dieß ist das Uebereinkommen das bereits zwischen den vier intervenirenden katholischen Mächten getroffen ward, und nächstens seine Ausführung erhalten wird. Es ist das ein Glück für das Ministerium, denn je mehr die Angelegenheit sich in die Länge gezogen hätte, desto mehr wäre die Anzahl diplomatischer Schlappen und Niederlagen angewachsen.

Belgien.

• **Brüssel**, 30 Sept. Zwischen meinem letzten und dem heutigen Brief liegt eine Reihe von Feierlichkeiten, die zusammen das ausmachen was man hier unter dem Namen der Septemberfeste begreift. Eine ins einzelne gehende Beschreibung derselben liegt wohl außer dem Bereich meiner Aufgabe; verschweigen darf ich aber kaum die Momente der Festlichkeiten, in denen sich das Bewußtseyn dessen kundgibt was als ein sociales Bedürfniß von sämmtlichen Regionen des Gemeinwesens erfaßt und erstrebt wird. Dieses Bewußtseyn eben ist es was dem Festgepränge womit die belgische Hauptstadt das Andenken des vor neunzehn Jahren gefochtenen Freiheitskampfes feierte, seine Weihe und höhere Bedeutung gab. Als solche hervorstechende Festmomente erwähne ich vor allem die vom Minister feierlich vollzogene Grundsteinlegung zum ersten belgischen, nach Sanitäts- und Moralitätsrücksichten errichteten Arbeiterviertel — dann die öffentliche Vertheilung von Prämien an Leute jeden Standes die sich durch irgendeine edle Aufopferung ausgezeichnet haben — die erstmalige Betheiligung der Regimentsschulen an der Preisvertheilung welche alljährlich mit Bezug auf den Concurs für Universitäts- und Gymnasialzöglinge in der Augustinerkirche erfolgt — endlich das große Schulfest vor dem königlichen Palast, an dem die Schüler sämmtlicher Primärschulen Brüssels und der Umgegend, ferner die im schönsten Flor befindliche Anstalt für Soldatenkinder in Lierre theilnahmen, und bei dem gleichfalls die Sieger in verschiedenen Schulkämpfen, sowie die der Regierung besonders namhaft gemachten Volksschullehrer von den Mitgliedern der königlichen Familie ihre Belohnung entgegennahmen. Sie sehen wie mitten aus dem Prunke der Aufzüge, dem Gewimmel der Volksspiele, dem Glanze der Feuerwerke, der Beleuchtungen und Truppenmusterungen, den Belustigungen der Tänze unter freiem Himmel und in den Localen der Gesellschaften immer wieder das eine mahnend hervortauchte: Volkserziehung, Anstrengung der Kräfte, Sittlichkeit. Ueberall strahlte aber auch hier, wie vor acht Tagen in Antwerpen, wie im Laufe des Sommers in Gent, Lüttich und Mecheln, wie es morgen und übermorgen in dem gleichfalls im Festornate prangenden Namur strahlen wird, das Gefühl der Freude und des Stolzes über das kräftige, täglich neue Blüthen treibende Leben unserer Nationalität; überall ertönte ein tief empfundenes Jauchzen gegen den lebendigen Vertreter dieses Volksthums, gegen den König und seine Familie, die fast keine Feierlichkeit ohne den Reiz ihrer Gegenwart ließen, und dem Volk mannichfach kundgaben daß sie sich glücklich schätzen an seiner Spitze zu stehen und, ohne die bittere Rückerinnerung verletzter Rechte, gekränkter Würde, seine Schicksale zu leiten. Zwei Regierungshandlungen verdienen noch bemerkt zu werden die das Datum der Septemberfeste tragen, nämlich die Beschlußnahme: dem Nationalcongreß von 1831, erster Quelle des Guten dessen wir jetzt genießen, auf dem Platz vor dem Schärbecker Thor ein Monument zu errichten, und dasselbe während der Septemberfeste des nächsten Jahrs einzuweihen; dann die Vergebung des Leopoldkreuzes an vier verdienstvolle Schullehrer, deren lange Laufbahn ausführlich im Amtsblatt dargelegt wird, und wovon einer, der dem obenerwähnten Schulfeste beiwohnte, diese Auszeichnung aus den Händen des Königs empfing. Prinz Albrecht von Preußen, dem zu Ehren vorgestern große Tafel bei Hof gehalten wurde, ist gestern wieder nach Deutschland abgereist. Die königliche Familie hat sich heute nach Namur zu den dortigen Festen begeben, unter Begleitung der Minister, mit Ausnahme des Finanzministers und des Kriegsministers, der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit eine längere Reise nach Deutschland, Italien und Frankreich unternommen hat. Man erwartet täglich die Ankunft des Prinzen Callimachi, der als türkischer Gesandter bei der hiesigen Regierung beglaubigt werden soll.

Italien.

* **Rom**, 24 Sept. Die constitutionelle oder Mamiani'sche Partei im Kirchenstaat (deren Organ und Ausdruck dermalen zumeist das Florentiner Statuto und die Turiner Legge sind) ist über das unerwartet veröffentlichte Motuproprio des Papstes man weiß nicht ob mehr betrübt, oder mehr erstaunt. Und in der That ist dieses Manifest eine feierliche Erklärung des heiligen Vaters daß er das repräsentative Princip von der Regierung seiner Staaten ausschließt. Dasselbe wurde von dem wenngleich abwesenden Papst in seiner Hauptstadt inmitten einer Besatzung von 26,000 Mann Franzosen, Angesichts der französischen Militärbehörden und der französischen Diplomatie — denn Hr. v. Corcelles ist schon seit einigen Tagen unter und zurückgekehrt — verkündigt, und dieß beweist wohl daß die französische Verwendung für eine römische Volksvertretung beim Hof von Gaëta nur den Zweck hatte den Schein zu retten, und daß die französische Regierung im Grund geneigt war die von Sr. Heiligkeit beliebte Regierungsform sich gefallen zu lassen. In der That weiß ich aus guter Quelle daß Hr. v. Corcelles sich mit dem Motuproprio Sr. Heiligkeit zufrieden bezeigt, und am Ende, glaub' ich, wird die französische Diplomatie nicht bloß damit zufrieden seyn, sondern sich dieses Ergebniß auch noch zur Ehre anrechnen. Noch betrübter über das Manifest als die Mamianisten sind natürlich die Republicaner, welche gehofft hatten mittelst der Volkswahlen eine demokratische Mehrheit in der Kammer zu erhalten und so allmählich wieder zur Macht zu gelangen. — Die römische Municipalität beschäftigt sich mit der Bildung von sechs Arbeitercompagnien aus Proletariern, deren jede aus 500 Köpfen bestehen soll. So wird 3000 Vagabunden Arbeit und Brod verschafft, aber dieses Unternehmen wird die Communalcasse gegen 250,000 Scudi jährlich kosten. — Ein gewisser Trabalza, der den französischen Priester Rodes ermordet, ist kriegsgerichtlich zum Tod verurtheilt worden, aber er hat sich an den Präsidenten der französischen Republik um Begnadigung gewendet. Der Belagerungsstand der Stadt, heißt es, werde nächstens aufhören, und die französische Behörde sich dann ganz von ihrer Betheiligung an den politischen Angelegenheiten des Kirchenstaats zurückziehen. — Heute Morgens sind von Neapel einige Erläuterungen über das Amnestiedecret eingegangen, dessen Interpretation unser Criminalistencollegium in nicht geringe Verlegenheit setzt.

* **Rom**, 26 Sept. In hohen Kreisen läuft das bedeutsame Gerücht um, und findet mehr und mehr Glauben: der heilige Vater werde sich nicht mehr nach Velletri, wohl aber zur Villeggiatur nach Castel Gandolfo begeben, und zwar schon in den ersten Tagen Octobers. Von dort aus werde er dann durch ein neues Manifest seine Rückkehr in die Hauptstadt ankündigen, mit dem Beifügen: die fremden Truppen im Kirchenstaat seyen dazu bestimmt zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe mitzuwirken und die Vollziehung der päpstlichen Regierungsmaßregeln zu unterstützen, jedoch ohne irgend in die politischen oder Verwaltungsangelegenheiten mit einzugreifen zu dürfen. Nach Veröffentlichung dieses Actes würde Pius nach Rom zurückkehren, seine Wohnung aber im Vatican nehmen, nicht im Quirinal, als welcher Palast noch nicht hinreichend von den Gräueln der Revolution und der Mazzini'schen Regierung gereinigt ist. Thatsache ist es daß man selbst im Polizeiamte ganz laut vom Aufhören der französischen Militärregierung als einer ausgemachten Sache spricht. Verbür-

gen kann ich Ihnen diese Angabe zur Stunde nicht, aber jedenfalls ist sie nicht aus der Luft gegriffen. So möchte der Brief Ludwig Bonaparte's an Edgar Ney am Ende kein anderes Resultat geliefert haben, als daß er die Lösung der sogenannten römischen Frage in einem von der ministeriellen Majorität Frankreichs nicht gewünschten Sinne beschleunigte, und mittelbar für die Rückkehr des h. Vaters in seine Hauptstadt die Wege ebnete. Jener Brief selbst aber gehört nur noch in das Archiv der geschichtlichen Curiositäten des 19ten Jahrhunderts. — Man arbeitet jetzt an der Wiederherstellung des Ponte Molle (pons Milvius), von welcher Brücke die republicanische Regierung einen Bogen hatte sprengen lassen. Die Villa Pinciana des Fürsten Borghese an der flaminischen Straße ist leider noch ein wirrer Trümmerhauf. — Der Abbate Rosmini und der Pater Ventura haben sich der Entscheidung der Congregazione dell' Indice reumüthig unterworfen und ihre Irrthümer widerrufen. Rosmini befindet sich in Albano bei dem Cardinal Tosti, Ventura ist nach Montpellier ausgewandert. Die Grafen Gabriele und Luigi Mastai, der eine Bruder, der andere Neffe des Papstes, haben diesen nicht nach Portici begleitet, sondern wohnen zu Neapel im königlichen Palast. Es scheint daß irgendein geheimer Einfluß die innigliche Verhältnisse der Verwandten zu lockern suche. (In meinem Brief vom 29 Aug., Allg. Ztg. Nr. 253, wo von den Alaungruben bei Tolfa die Rede ist, lese man Pius II anstatt IX.)

*† **Rom,** 26 Sept. General Rostolan erschien gestern in Eile bei den drei Cardinälen der provisorischen Regierungscommission, um ihnen eine eben auf außerordentlichem Weg aus Paris eingegangene wichtige Depesche einzuhändigen. Die Cardinäle wurden durch ihren Inhalt aufs angenehmste überrascht. Es heißt daß die Depesche das Provisorium der französischen Garnison in Rom, vielleicht auch in den übrigen Cantonnirungen, auf eine Frist beschränkt die unter Umständen ein Minimum werden könnte. Letzteres in Bezug auf den in Paris gewünschten gleichzeitigen Rückmarsch der Oesterreicher, Neapolitaner und Spanier. Die Entfernung des französischen Militärcommandos aus Rom würde die Restaurationsmänner in ein von ihnen lange und heißersehntes Freiheitselement versetzen, dessen sie sich jetzt nur dem Schein nach erfreuen. Aber ist denn die Fluth auf der das Schifflein Petri aufs neue fahren soll, wirklich schon so beruhigt und spiegelglatt daß es der Hülfe erfahrner und kräftiger Ruderer nicht weiter bedarf? Hat nicht das gewaltsam zerstreute Gewitter überall schwarze Wolken zurückgelassen, die sich jeden Augenblick zu einem neuen Sturm zusammenzuziehen drohen?

Schweden.

* **Stockholm,** 21 Sept. Der dänisch-schwedische Streithandel läßt uns immer noch nicht los, und man folgt mit gespanntem Interesse dem Gang der Dinge in Schleswig, wo jetzt unsere Truppen stehen. Die anfänglichen Briefe lauteten durchaus dänisch gesinnt, aber schon gibt sich eine Umstimmung kund welche in Gothenburg und überhaupt im südlichen Schweden nicht unbedeutenden Wiederhall findet. Hiezu kommt noch die Behandlung welche den schwedischen und norwegischen Freiwilligen von Seiten des dänischen Kriegsministeriums zu Theil wurde, welche wie ein kaltes Bad auf den Skandinavismus vieler Leute wirkte. Sämmtliche Freiwillige haben auf einmal den Abschied erhalten, und sind mit einem Reisegeld von 10 Rthlr. heimgeschickt worden. Man könnte dieß vielleicht mit der Noth des dänischen Schatzes entschuldigen, aber zu gleicher Zeit sind im dänischen Heere sehr zahlreiche und nicht gerade nöthige Beförderungen vorgenommen worden, und alle Anträge der Regimenter in denen schwedische und norwegische Freiwillige dienten, und die solche zur Beförderung vorgeschlagen hatten, wurden bei Seite gesetzt und nicht einer befördert. Man kann sich denken daß sich über ein solches Verfahren sehr bittere Stimmen erheben, und wenn — was man hier nicht für unmöglich hält — der Krieg noch einmal ausbrechen sollte, so wird man gewiß keine Freiwillige mehr nach Kopenhagen strömen sehen. In unserer innern Angelegenheiten bleibt vorerst alles beim alten, man fängt aber an zu glauben daß nächstes Jahr ein außerordentlicher Reichstag einberufen werde.

Türkei.

Das J. d. Débats enthält Nachrichten aus **Konstantinopel** vom 17 Sept., wodurch die zwischen der Pforte und den beiden Großmächten die sie zu Nachbarn hat, eingetretene Spannung bestätigt wird. Der Diwan hatte auch auf das Handschreiben des Kaisers Nikolaus und das Memorandum des Grafen Nesselrode ablehnend geantwortet, und zugleich den Fürsten Radziwill, Ueberbringer dieser Staatsschriften, in Kenntniß gesetzt daß Fuad-Effendi unmittelbar nach St. Petersburg abgesandt werden solle um dem Kaiser über die Weigerung Erklärungen zu geben. Die Gesandten von Rußland und Oesterreich waren mit dieser Antwort nicht zufrieden, und überreichten dem Diwan am Morgen des 16 Sept. ein Ultimatum welches drohte daß am Abend des 17 d. die Verhältnisse würden abgebrochen werden wenn die Pforte auf ihrem Entschluß beharrte. „Die Ansichten des Diwans," heißt es in der Correspondenz, „scheinen durch dieses Ultimatum nicht verändert, und so wäre ein Bruch unvermeidlich. Die Gesandten von Frankreich und England geben sich alle Mühe die Pforte in dieser Stimmung zu bestärken." Bei Abgang der Post war noch keine Antwort erfolgt. Aus derselben Quelle erfährt man daß Bem und Kossuth sich noch in Widdin befinden. Eine Correspondenz des Constitutionnel behauptet die Pforte habe in der Nacht vom 14/15 insgeheim ein Dampfboot nach Varna abgeschickt um die ungarischen Flüchtlinge nach Konstantinopel zu führen, von wo sie leicht nach England gebracht werden könnten.

△ **Konstantinopel,** 19 Sept. Wie ein Blitz aus heiterem (freilich aber schon lange elektrisch gespanntem) Himmel, so ist die Auslieferungsfrage der magyarisch-polnischen Flüchtlinge auf uns herabgefahren und hat unsere politische Atmosphäre hier plötzlich in einen gewitterähnlichen Zustand versetzt. Was ich Ihnen vor acht Tagen nur als ein Gerücht mittheilte, ist seither zur Wirklichkeit geworden. Die ausweichenden Erklärungen mit welchen die Pforte die Gesandten Oesterreichs und Rußlands durch mehrere Wochen hingehalten hatte, haben diese endlich, nach Ankunft der letzten Wiener Post, veranlaßt Ali Pascha ein Ultimatum zu übergeben und innerhalb einer Frist von zweimal vierundzwanzig Stunden auf eine bestimmte Antwort zu dringen, bei deren Verweigerung sie ihre Verbindungen mit der Pforte bis auf weiteres abbrechen würden. Der Großwessier berief sogleich die Mitglieder des Divans zu einer Rathsversammlung, zu welcher, dem Vernehmen nach, auch die Repräsentanten Englands und Frankreichs beigezogen wurden, und noch vor Ablauf des gegebenen Termins wurde dem österreichischen und russischen Gesandten eine Antwort zugefertigt, die, wenn ich anders recht unterrichtet bin, dahin lautete „daß die Pforte gewichtige Gründe habe ihrem Begehren nicht zu willfahren und sich zu deren Auseinandersetzung unmittelbar an die beiden Kaiserhöfe wende; daß übrigens ein solches Verfahren nicht wohl als gleichbedeutend mit Verweigerung gelten könne, und ihr daher der Fall für welchen mit Abbrechung der Verbindungen gedroht worden, nicht eingetreten zu seyn scheine." Daß Graf Stürmer und Hr. v. Titow in eine solche ächt türkische Spitzfindigkeit nicht eingingen, sondern die abschlägige Antwort der Pforte ohne weiteres mit dem Abbruch ihrer Verbindungen erwiederten, kann der Logik dieser Herren nur zur Ehre gereichen. Auch Fürst Radziwill, der die Antwort des Sultans dem Kaiser Nikolaus überbringen sollte, wartete nun keinen Augenblick länger und schiffte sich, ohne die langen Formalitäten von Abschiedsaudienzen und Abschiedsbesuchen, auf dem eben abgehenden Odessaer-Dampfboote ein. Die Aufregung und Spannung die nun unter dem hiesigen Publicum herrscht, können Sie sich leicht vorstellen. An allen Orten hört man die nahen Kriegs-Eventualitäten mit größter Geläufigkeit besprechen, und ich kenne selbst österreichische und russische Unterthanen, denen — wenngleich ihre Geschäfte nach wie vor besorgt werden, indem die beiden Gesandtschaften nur ihre diplomatischen Verbindungen mit dem türkischen Ministerium abgebrochen haben, der Aufenthalt hier zu Lande nicht mehr recht geheuer dünkt.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 30 Sept. (Kleine Börse.) 5proc. 88.40–88.

Augsburg, 3 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $85\frac{1}{2}$ G. 4proc. 92 G. 5proc. $100\frac{3}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 645 G. Promessen 60 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1120 G. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{8}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien,** 1 Oct. Sowohl im gestrigen Sonntagsgeschäfte des Börsenkaffeehauses als an der heutigen Börse beschränkte sich der Verkehr zunächst in Nordbahnactien, welche in Folge von Contreminedeckungen bei lebhaftem Umsatz heute bis auf $114\frac{1}{4}$ gestiegen waren und zu Ende $113\frac{1}{4}$–$\frac{1}{2}$ schlossen. In andern Linien sowie in Fonds wenig Veränderung. Fremde Devisen und Comptanten schlossen bei geringem Verkehr im ganzen etwas flauer zur Notiz. Wir notiren nach der Börse ($3\frac{1}{2}$ Uhr): 5proc. Metall. $95\frac{1}{4}$–$95\frac{3}{8}$, Loose vom J. 1834 $162\frac{1}{2}$–163, Loose vom J. 1839 $114\frac{1}{2}$–$114\frac{3}{4}$, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien $113\frac{1}{4}$–$113\frac{1}{2}$, Gloggnitzer $108\frac{1}{2}$–$109\frac{1}{2}$, Mailänder 84–$84\frac{1}{4}$, Pesther 83–$83\frac{1}{2}$. London (in l. S.) 10.36–10.38, Hamburg 154 P., Augsburg uso $105\frac{3}{4}$–106, Frankfurt 105 P., Amsterdam 146 P., Mailand 100 P., Livorno 103–$103\frac{1}{2}$, Genua 123 P., Paris $124\frac{1}{2}$ P., Marseille $124\frac{1}{4}$ P. Goldagio für kais. Münzducaten 10–$10\frac{1}{4}$ Proc., Silberagio $5\frac{3}{4}$–6 Proc. Die Subscription auf das neue Anlehen beläuft sich mit den neu hinzugekommenen Beträgen aus Triest und Lemberg bereits auf 21 Millionen.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Preußen und Deutschland.

ff. **Frankfurt** a. M., 29 Sept. Es ist noch keineswegs genügend erklärt und nachgewiesen worden woher es kommt daß Preußen mit all seinem Thun und Lassen, seinem Wollen und Nichtwollen, seinem Vollbringen und Nichtvollbringen es im Grunde niemanden recht macht, niemandes Herz erobert, niemandes Vertrauen auf die Dauer gewinnt. Von der preußischen Pickelhaube an, die in unsern illustrirten Spottblättern eine so stereotype lächerliche Rolle spielte, und die trotzdem so gut wie die Revolution und die Cholera die Reise um die Welt machen wird, bis zum preußischen Verfassungsentwurf für den ungebornen deutschen Bundesstaat wird alles was von Preußen ausgeht von Hinz und Kunz bekrittelt, auf die Goldwage gelegt, auf dem Reibeisen einer haarscharfen Kritik kleingerieben. Was Preußen verfehlt, schreibt man ihm auf dem Schuldbrett deutscher Nation mit doppelter Kreide an; wenn es das Richtige zu thun unterläßt, so weiß man dafür sofort die schlimmsten Beweggründe und Absichten; wenn es das Richtige thut, so sind Undank und Mißdeutung sein Lohn. Hätte Preußen, als man ihm die kaiserliche Oberhoheit über Deutschland förmlich an den Hals warf, in der Person seines Königs rasch und ohne Zögern zugegriffen, was es nach der Meinung sehr gescheidter Leute hätte thun sollen, so würden die Preußenfresser, absolutistische und demokratische, revolutionäre und reactionäre, ultramontane Gläubige und socialistische Ungläubige, wie mit einem Munde ausgerufen haben: Seht da die Unersättlichkeit Preußens, vor der wir euch so oft warnten! Seht, wie es sich eilt seine Beute, nach der es schon lange lüstern war, in seine Fänge zu fassen! Gebt Acht wie man euch nun preußisch zurichten, eure Kinder unter preußische Regimenter stecken, eure Beamten durch preußische austreiben, euch in protestantische Ketzer verwandeln und vielleicht selbst euern kleinen Schulbuben den Berliner Jargon eintrichtern wird! Als aber Preußen durch seinen König eine ablehnende Bewegung machte, so riefen dieselben Leute: Seht da den fürchterlichen Hochmuth Preußens! Wir, die deutsche Nation, legen seinem Könige die deutsche Kaiserkrone zu Füßen, und er stößt sie voller Verachtung mit dem Absatz von sich! Ist das nicht eine schnöde Beleidigung die gesühnt werden muß? Der König von Preußen hat in die deutsche Reichsverfassung ein Loch gerissen, stopfen wir es mit Blut! Der König von Preußen hat dem souveränen Volke den Handschuh hingeworfen, heben wir ihn auf! Und man hob ihn auf in der bayerischen Pfalz und in Baden, wohin er eigentlich gar nicht gefallen war; man improvisirte jene seltsame Insurrection, an welcher theilzunehmen alle Liebhaber der Wanderemeute, die Barrikadenmiliz aus aller Herren Ländern, die propagandistische Crême aller Völker eingeladen waren um für die „Durchführung der deutschen Reichsverfassung“ schleppsäbeln zu helfen.

Preußen, nachdem es bereits in der Dresdener Straßenschlacht den Bestand des Königreichs Sachsen und das Daseyn des sächsischen Königshauses retten helfen, nahm sich vor dem schwarz-roth-goldenen Carneval in Baden mit einem imposanten Aufgebot militärischer Kräfte ein Ende zu machen. Es rückte mit Macht in die Pfalz ein und geradenwegs auf den Hauptherd der Revolution los, rettete und erhielt durch den bloßen Durchmarsch die Pfalz dem Hause Wittelsbach, stellte nach einigen Scharmützeln das Haus Zähringen wieder in Baden her, und bewahrte durch seine gefürchtete Nähe das Haus Württemberg und wahrscheinlich auch noch mehrere souveräne Häuser in der badischen Nachbarschaft vor einem ähnlichen Umsturz wie er in Baden und der Pfalz stattgefunden. Das Reich, daß Gott erbarm', hätte diesen Umsturz im Südwesten unmöglich auf die Dauer aufhalten können, da die dritte deutsche Macht vollkommen gelähmt schien, und zwar große Redensarten in den Zeitungen, aber keinen großen und verläßlichen Truppenkörper gegen die Pfalz auf die Beine brachte, während nicht zu läugnen ist daß seit Mieroslawski's Ankunft sich in den militärischen Angelegenheiten des aufständischen Badens eine Energie spüren ließ, die, wenn sie gleich anfangs entwickelt worden, den umliegenden hinlänglich unterwühlten deutschen Staatsgebieten sehr verderblich werden und den Krieg Deutscher gegen Deutsche bis in das Herz Germaniens tragen konnte. Und so vielen Dank man den wackern darmstädtischen Männern schuldig ist die durch Treue und Standhaftigkeit die erste und vielleicht gefährlichste, wenn schon schlecht geleitete Offensivbewegung des badischen „Volksheeres“ bei Heppenheim zurückwiesen, und dadurch die provisorischen Machthaber in Karlsruhe für eine Zeitlang scheu und stutzig machten, so hat sich doch an den spätern Operationen des sogenannten Reichsheeres von neuem zur Genüge gezeigt wie wenig ein so zusammengeflicktes Truppencorps, bei aller Tapferkeit der einzelnen Bestandtheile, im Stande ist für sich Großes zu leisten, schnell und zur rechten Stunde und am rechten Orte auf dem Kriegstheater einzutreffen, die Niederlage des geschlagenen Feindes zu vervollständigen und im Kampfe selbst durch den Geist der Brüderlichkeit und des gemeinsamen Ehrgefühls zu tüchtiger, in einandergreifender Waffenthat fortgerissen zu werden. Das Reichsheer hat im badischen Feldzug die Schmach erlebt ein Geschütz an den Feind verloren zu haben. Das Geschütz war ein mecklenburgisches, die welche es decken sollten waren Nassauer. Zu den Nassauern stand dieses Geschütz in einem Verhältniß etwa wie ein angenommenes Kind zu seinen Adoptiveltern, es war gewissermaßen nicht ihr Fleisch und Gebein; die, wenn man so will, specifisch nassauische Soldatenehre war dabei weniger betheiligt. Dergleichen wird bei so zusammengesetzten Truppenkörpern immer vorkommen. Von der Schlacht bei Roßbach bis zum Gefecht bei Oos haben alle Treffen wo sogenannte Reichstruppen die Entscheidung mit herbeiführen sollten, aufs deutlichste dargethan daß bei so bunt zusammengewürfelten, aus lauter kleinen Contingenten bestehenden Heeren nichts recht klappen will, daß nichts gefährlicher ist als im entscheidenden Augenblick sich auf ihre eingreifende Mitwirkung zu verlassen, daß es daher gerathen erscheint sie je eher je lieber, je fester je besser mit den Heeren größerer Staaten zu verschmelzen.

Alles in Allem genommen hat mithin Preußen allein im südwestlichen Deutschland Ruhe und Ordnung wieder hergestellt, so weit auf Ruhe und Ordnung in einem Landstrich auf die Dauer zu rechnen ist der von den unweisen Staatsweisen des Wiener Congresses, man möchte sagen wie im wüsten Traume eines Fieberkranken, in lauter kleine Stücke und Enclaven ver- und zertheilt wurde, nicht nach den nächstliegenden Gründen der Zusammen-, sondern der Unzusammengehörigkeit. Doch sind selbst diejenigen die es zunächst angeht, weit davon entfernt Preußen für seine Hülfeleistung aufrichtig Dank zu wissen. Man wirft ihm vor seine Hülfe nur aus eigennützigen Rücksichten gewährt zu haben, um seinen Einfluß auszubreiten, Südwestdeutschland zu verpreußen und Baden zu Preußens Vortheil unter Sequester zu stellen. Von dem „pfiffigen“ Preußen ist das ja nicht anders zu erwarten. Wie aber, wenn Preußen dem Brande in des Nachbars Hause, selbst auf die Gefahr hin zuletzt selbst von dem Brande erfaßt zu werden, ruhig zugesehen hätte, ohne seine Hand zu rühren? Würden die Vorwürfe gemäßigter, die Mißdeutungen harmloser gewesen seyn? Würde man in diesem Falle nicht gesagt haben: es wünsche daß in Süddeutschland kein Stein auf dem andern bleibe, damit es zuletzt wenigstens die ausgebrannten Trümmer in Besitz nehmen und zum Bau eines Hauses nach preußischem Zuschnitt verwenden könne? Und dieselben Leute welche vor noch nicht langer Zeit für Deutschland einen Messias in der Verkörperung eines Gewaltherrschers herbeiwünschten der den Muth, das Genie und die Entschlossenheit habe die mannichfaltigen Bestandtheile Deutschlands in einen und denselben Schmelztiegel zu werfen und sie in eine compact einheitliche Masse zu verwandeln, diese Verfechter der deutschen Einheit um jeden Preis geriethen doch außer sich bei dem Gedanken daß es Preußen sich beikommen lassen könne Baden als herrenloses Gut zu einer preußischen Provinz zu machen. Preußen aber, wenn es nicht für die legitime Regierung Badens sein Schwert gezogen hätte, würde es überhaupt nicht gezogen haben; es hat die Verwirrung in der südwestlichen Ecke Deutschlands ebenso wenig als die schlimme Lage der österreichischen Monarchie im Augenblick ihrer höchsten Noth in einer Weise benützt die es auch nur von fern dem Verdacht einer gewaltthätigen usurpatorischen Politik aussetzen könnte. Preußen nennt sich mit Vorliebe das Schwert Deutschlands, aber in einer andern Richtung als das Sardinien Karl Alberts das Schwert Italiens hieß.

Gegen die deutsch-dänischen Herzogthümer kam Preußen genau in dieselbe Lage wie gegen Süddeutschland, es befriedigte niemand, es sah seine Opfer und Wohlthaten mit Undank belohnt, und seine Fehler und Versäumnisse von Wühlern jeder Art dazu benützt Abneigung und Haß gegen Preußen in alle Furchen Deutschlands zu säen. Wir wollen hier nicht zum hundertsten Male wiederholen was neunundneunzigmal Unschmeichelhaftes für Preußen in dieser Angelegenheit gesagt worden ist, wir geben zu daß der Krieg gegen Dänemark in der Weise wie er von Seiten Preußens geführt wurde, eigentlich keiner dabei betheiligten Partei zu gute gekommen ist, weder Preußen noch Deutschland, weder dem König von Dänemark noch der Bevölkerung der Herzogthümer, weder der Legitimitäts- noch der Revolutionspartei, am meisten wohl noch den Britten, die jetzt in Schleswig durch ihren Obmann wieder ein höchst günstiges Terrain für ihre sattsam bekannten Handelsintriguen gefunden haben. Ein mehr als menschliches Vertrauen müßte es genannt werden wenn man von einem politischen Agenten Englands erwarten wollte er würde,

sein Vermittlungsgeschäft unparteilich und nicht einseitig zu Gunsten Englands betreiben.

Aber es ist unbillig die wirklichen nicht geringen Opfer welche Preußen im Laufe dieses Krieges gebracht hat für gar nichts anzuschlagen, es ist unbillig jetzt mit einemmal zu vergessen daß die Schleswig-Holsteiner, ohne die militärische Hülfe Preußens, nach dem unglücklichen Treffen von Bau verloren gewesen wären, es ist unbillig zu verkennen was Preußen für die militärische Organisation und dadurch auch für die innigere Verknüpfung beider Herzogthümer gethan hat; es ist unbillig wenn man so nicht bloß die Leistungen Preußens absichtlich verkennt, sondern auch für alle in diesem Kriege und bei der Abschließung des Waffenstillstands begangenen Sünden und Fehler Preußen allein auf das Armesünderbänkchen setzt, wohin vielmehr auch noch so ziemlich alle übrigen deutschen Regierungen gehören möchten. Oesterreich hat bekanntlich für Dänemark stets eine zärtlich vetterliche Gesinnung im Herzen getragen, und wenn andere Cabinette öffentlich über den Waffenstillstand eine Entrüstung heuchelten von der ihr Inneres nichts wußte, so erscheint dieß nur um so kleinlicher oder treuloser. Mit eben derselben etwas weitgehenden Resignation ladet Preußen gegenwärtig als Mandatar der gesammten süddeutschen Reactionspartei die Gehässigkeit der standrechtlichen Maßregeln in Baden auf seine Schultern, und die großdeutsch-ultramontane Partei macht, in wunderlicher Begriffsverwirrung und arger Verblendung, Chorus mit der socialdemokratisch-heidnischen, um gegen den „Reichsfeind" ein zum Ueberdruß oft gehörtes Lied anzustimmen vom Basler Frieden, mit dem der dänische Waffenstillstand beim Licht der historischen Kritik besehen doch nur eine sehr entfernte Aehnlichkeit hat, während gewisse Freunde Oesterreichs mit langgestreckten hagern Fingern und schadenfrohem Lächeln auf die beklagenswerthen Blutspuren in Baden hinweisen, damit das deutsche Volk erkenne wie grausam, gewaltsam und blutdürstig der Staat sey den es sich zu seinem leitenden auserkoren. Aber die Standgerichte in Baden haben doch nur gegen solche auf den Tod erkannt die den Truppen mit den Waffen in der Faust gegenübertraten und eingestandenermaßen Hauptschürer des Brandes, oder Revolutionäre nicht bloß ihres Glaubens sondern auch ihres Handwerks waren, nicht aber gegen einen halbbewußten Schwärmer, wie Jellinek, der die bloß theoretischen Sünden seiner Feder mit seinem Blut büßen mußte — insofern der vielleicht einzige wirkliche Märtyrer seines Glaubens in jüngster Zeit.

Man hat immer gesagt die Deutschen besäßen keine politische Komödie. Jetzt haben sie eine in welcher Preußen und Oesterreich die Hauptrollen spielen, während die übrigen deutschen Staaten bald als jesuitische Intriganten, bald als polternde Alte, bald als Murrköpfe, bald als dupirte Tölpel und bloße Figuranten in das Stück mit eingreifen, und ein in seiner Art ausgezeichnetes Ensemble bilden. Das Publicum selbst theilt sich in verschiedene Parteien, deren jede ihren Liebling hat welchen sie beklatscht, während sie den Liebling der Gegenpartei auszischt und mit faulen Eiern wirft. Die Kritiker in den Zeitungen raufen sich dieser politischen Komödie wegen mit demselben Eifer wie die journalistischen Klopffechter zu der Zeit wo die Bühne noch die einzige öffentliche Anstalt war an der man selbst zur Zeit des herbsten Censurzwangs, wenigstens außerhalb Oesterreichs, ungestraft und nach Herzenslust sein Müthchen kühlen und seine Galle auslassen konnte. Damals durfte man ziemlich unverhohlen äußern daß dieses oder jenes Theaterjournal gewissen Börseneinflüssen nicht unzugänglich sey, von dieser oder jener politischen Zeitung welche sich gegenwärtig mit der Kritik der jetzt abgespielten politischen Komödie abgibt, drückt man sich ein wenig feiner aus: sie sey subventionirt. Wer aber hinter die Coulissen und in den Souffleurkasten blicken könnte, würde vielleicht über die Wahrnehmung erstaunen daß drei oder vier Hauptdarsteller als Verfasser und Mitverfasser der Intrigue allein in den Gang des Stücks eingeweiht sind, während die übrigen Mitspieler, hierunter selbst Minister und ganze Cabinette, und das Publicum glauben alle diese feierlichen Declamationen seyen wirklich ehrlich gemeint, die Hauptdarsteller seyen in der That begierig einander todtzuschlagen, die Darsteller zweiten und dritten Ranges könnten durch ihr Spiel am Gange des Stücks wirklich etwas ändern, und das Publicum durch Zeichen des Beifalls oder der Unzufriedenheit etwas zur Lösung des künstlich geschürzten Knotens beitragen.

In dieser politischen Komödie spielt Preußen vielleicht die Rolle des halb ehrlichen, halb schlauen, bald aufbrausenden, bald in sich brütenden, zwischen Handeln und kritischer Betrachtung getheilten Hamlet, aber nicht die des stürmischen Liebhabers, noch die des begeisterten Helden. Vielleicht wär' es unbillig von ihm zu verlangen daß es sich der Revolution, wozu es übrigens einmal auf dem besten Wege war, ohne Bedingung hätte in die Arme werfen sollen, um als Preußen an diesem Experiment zu Grunde zu gehen, während doch gerade in diesem Fall das Zustandekommen eines kräftigen, allen Eventualitäten gewachsenen deutschen Reichs mehr als zweifelhaft war. Nun hat sich aber Preußen — wenn uns unser Urtheil nicht trügt — die Aufgabe gestellt, mit Verläugnung der Revolution, ja stellenweise sogar mit ihrer Bekämpfung zu Gunsten der Legitimität, die Früchte der Revolution auf dem gesetzlichen, aber langsamen und allen möglichen Zwischenfällen preisgegebenen Umwege der Vereinbarung mit den legitimen Regierungen zu pflücken, wobei allerdings nicht außer Acht zu lassen daß Preußen, ohnehin durch die allgemeine Weltlage eingeengt, sich mehr gefürchtet und geachtet als aufrichtig geliebt weiß, daß es daher seinerseits auch ohne Liebe und wirkliche Hingebung die deutsche Angelegenheit wie ein bloßes Staatsgeschäft betreibt, welches wohl oder übel endlich doch einmal abgewickelt werden muß. Wenn es Hohenzollern, wie man ihm vorwirft, nur um eine neue Verklärung und Erhöhung im bloßen dynastischen Interesse zu thun gewesen wäre, so ließe sich nicht wohl erklären warum Hohenzollern nach einem so glänzenden und verführerischen Geschenke wie die deutsche Kaiserkrone nicht alle zehn Finger hätte ausstrecken sollen. So ist es vielleicht erlaubt den Act der Ablehnung im günstigsten Sinn zu erklären, im Sinn und Begriff der preußischen Monarchie selbst, die ihren Schwerpunkt in den militärischen und dynastischen Traditionen von Potsdam und Sanssouci, in der vielleicht nüchternen, aber auch um so durchsichtigeren, von allen Vorurtheilen möglichst abgeklärten Bildung der preußischen Hauptstadt, vor allem aber in den wissenschaftlich reichen und geistig freien Strömungen hat die von der Phalanx der preußischen Hochschulen aus fortdauernd nach allen Richtungen nicht bloß der preußischen Monarchie sondern auch Deutschlands sich ergießen. Diesen Schwerpunkt dadurch zu schwächen daß Berlin mit Frankfurt theilte, und die Reichsgewalt mit ihren fortan halb preußischen und halb deutschen Organen zwischen beiden zu Rivalen gewordenen Städten wechselte, konnte auf den ersten Blick allerdings bedenklich erscheinen, man konnte einen zwitterhaften, unausgegohrenen Zustand von langer Dauer befürchten, der nicht Fisch und nicht Fleisch, nicht deutsch und nicht preußisch war, ein eifersüchtiges Ringen zwischen beiden Theilen, zwischen der alten preußischen Monarchie die nicht geneigt gewesen seyn würde ihre Individualität als Großmacht aufzugeben, und zwischen dem Conglomerat der übrigen deutschen Staaten, namentlich der südwestdeutschen, deren Trachten darnach geht sich großstaatischer zu gestalten und ihren gemeinsamen Interessen Geltung und wo möglich Uebergewicht zu verschaffen. Dieser zwitterhafte Zustand, durfte man befürchten, könnte wieder den vielen inneren Feinden, den dynastischen Sonderinteressen, der Eifersucht Oesterreichs und gar den ausländischen Mächten, denen jedes festere Zusammenschließen Deutschlands ein Gräuel ist, fortdauernd Gelegenheit geben Unkraut unter den eben aufgehenden Weizen der deutschen Einheit zu säen.

Aber allerdings hatte sich Preußen durch seine Versprechungen und Declamationen in ein Netz verflochten, aus dem es wohl nicht wieder mit Ehren sich loswickeln konnte ohne einen bestimmten Entschluß zu fassen und Deutschland ein großes Opfer zu bringen. Es wäre nicht das erste Opfer in der Weltgeschichte welches sich reichlich belohnt hätte. Die preußische Bildung hat so viel Assimilationskraft und so viel geschmeidige Feinheit neben einer gewissen Zähigkeit, daß viel mehr Aussicht für Süddeutschland war allmählich bis zu einem gewissen Grade von diesem Geiste durchdrungen zu werden, als für Preußen an die noch mit vielem sinnlichen Naturstoff versehene Bildung Süddeutschlands viel von seiner zwar mühsam aber auch ehrenvoll erworbenen Cultur abgeben zu müssen. Ob für Preußens Ruhm und Heil auf dem Wege einer unsicher hin- und hertastenden, ängstlich bald an diese bald an jene Thüre klopfenden Politik etwas gewonnen ist, läßt sich bezweifeln. Den großen geschichtlichen Augenblick gilt es mit Entschiedenheit zu packen. Mit der Gelegenheit läßt sich kein Vertrag abschließen, man muß sie am Schopfe fassen, selbst auf die Gefahr hin daß sie ihn fahren läßt. Dem Kühnen, wenn er glücklich ist, gehört die Bewunderung der Welt und mit ihr diese selbst, wenn er sie haben will. Der Kühne kann unglücklich seyn, aber der Schüchterne, selbst wenn er aus den edelsten Beweggründen schüchtern ist, ist es fast ohne Ausnahme. Friedrich der Große war, wenn man will, eine Art Reichsfeind, freilich nur als Gegner gegen das in seiner Weise nicht minder reichsfeindliche Oesterreich, trotzdem schlugen ihm Millionen Herzen in demselben Deutschland zu dessen Truppencontingente gegen ihn im Felde standen. Man muß Schubarts Selbstbiographie gelesen haben, man muß die betreffenden Stellen in Goethe's Dichtung und Wahrheit aufsuchen, um zu begreifen mit welcher Macht Friedrichs Politik und Genius gerade in die Herzen der Tüchtigsten und Begabtesten einschlug. Persönlich waren Maria Theresia und ihr Gemahl in Frankfurt unendlich beliebt, Frankfurt war die Stadt der Cäsaren, und doch bildete sich sehr bald eine enthusiastische preußische Partei, die in vielen, namentlich protestantischen, Familien sich bis jetzt fortgepflanzt zu haben scheint. Goethe erzählt uns wie der brandenburgische Gesandte, Baron v. Plotho, unter allen Krönungsgesandten, unter denen doch manche waren die sich durch eine imposantere Persönlich-

keit oder größern Luxus auszeichneten, in den Augen der jungen Frankfurter Welt alle übrigen in Schatten stellte. In seinem ironischen Lachen, selbst in der kecken Art wie er sich zu Pferde setzte, wollte man jenen Plotho wiederfinden welcher in Regensburg den Notar April, der ihm die gegen seinen König ergangene Achtserklärung zu insinuiren gedachte, mit den Worten: Was! Er insinuiren? die Treppe hinabwarf. So, ohne Zweifel im Sinn und Geist Friedrichs des Großen, durfte Plotho handeln, und er hatte dafür die Anerkennung der Deutschen, deren Reich die Acht über den König von Preußen verhängt hatte.

Und noch jetzt, obschon kein Fridericus Magnus in Preußen waltet, wendet sich in Frankfurt die Aufmerksamkeit des großen Publicums — von einzelnen Kreisen spreche ich hier nicht — vorzugsweise den preußischen Gästen vom Civil und Militär zu. Es war schon so zur Zeit der Paulskirchen-Versammlung. Preußens Abgeordnete lenkten vielleicht weniger durch blendende Rednergabe und sprudelndes Talent, als durch einen gewissen nationalen Corpsgeist, der sie namentlich in großen entscheidenden Augenblicken als geschlossene Masse erscheinen ließ, durch ein systematisches und geordnetes tactvolles Verfahren, durch eine geschulte Intelligenz, durch ein hervortretendes Selbstbewußtseyn die Aufmerksamkeit auf sich. In den süddeutschen Rednern war vielleicht mehr Fleisch und Blut, das zum Theil ins Ueppige wuchert, in den preußischen mehr fester, streng gegliederter Knochen. Der süddeutsche Redner trachtete häufig durch wetterleuchtende Kernphrasen zu glänzen und zu blenden, und durch sinnliche Ausdrucksweise auf das Publicum zu wirken; der preußische sprach mit persönlicher Selbstverläugnung nur seiner Aufgabe getreu, im Dienste derer die ihn gesandt hatten, im Dienste seines preußischen und dadurch — wie er überzeugt war — auch im Dienste des großen deutschen Vaterlands seine Pflicht zu thun. So verhielt es sich im allgemeinen, die Ausnahmen hüben und drüben, unter andern auf süddeutscher Seite ruhig besonnene Redner wie Mathy und Bassermann abgerechnet. Die norddeutschen Abgeordneten unter denen die sächsischen Demagogen, wenn man sie überhaupt zu Norddeutschland im strengern Sinn rechnen will, eine Anomalie bildeten — gingen meist mit den Preußen in geschlossener Reihe, und vertraten der Mehrzahl nach nicht bloß dieselbe politische Richtung, sondern auch dieselbe geistige Bildung. Denn Berlin, nicht das des Berliner Jargons, sondern das aus allen Theilen Deutschlands wie ein Krystall zusammengeschossene wissenschaftliche Berlin ist allerdings die „Metropole der norddeutschen Intelligenz," eine Bezeichnung die man ebenso oft mit Recht, wenn auch mit verletzendem Eigendünkel gebraucht, als mit Unrecht bespöttelt hat.

Nicht eine hervorstechende Genialität oder Charaktereigenthümlichkeit machte es den jetzigen preußischen Ministern möglich Preußen vor der ihm drohenden Auflösung von innen heraus zu retten, und es für Deutschland und dadurch, genau genommen, Deutschland sich selbst zu erhalten, sondern jener in ihnen verkörperte, zwar knappe, steife, vielleicht in gewissem Sinn sogar etwas pedantische, aber dabei tüchtige, disciplinirte, selbstbewußte, pflichtergebene und im ganzen redliche Geist, der im allgemeinen dem Preußen theils von Natur, theils und noch mehr in Folge der staatlichen Einrichtungen und des geschichtlichen Herkommens eigen ist. Auch möge man in den kleinern Staaten es weder dem Preußen noch dem sonst vielfach ganz verschieden von ihm gearteten Oesterreicher verargen, wenn sich das preußische und österreichische Nationalbewußtseyn nicht so leicht in der Retorte einer alles gleich- und alleinseligmachenden, jedes historische Gedächtniß verflüchtigenden Demokratie in einen unterschiedslosen Duft auflösen läßt, als ein nassauisches, darmstädtisches, waldeckisches oder irgendein anderes großherzogliches, herzogliches oder fürstliches Bewußtseyn in dem großen Ländergallert Süd- und Mitteldeutschlands. Nur indem das gegenwärtige preußische Ministerium diesen preußischen Geist im Volk wieder zu beleben wußte und selbst in dieser Richtung consequent handelte, konnte es ihm gelingen jene imposante Truppenmacht an Linie und Landwehr aufzubieten durch die Preußen in Deutschland wieder als wirkliche Großmacht auftrat, während es sich trotz dieser außergewöhnlichen Anstrengungen, trotz der vorhergegangenen inneren Kämpfe rühmen konnte daß seine Finanzen vergleichsweise in der besten Ordnung seyen. Man frage jetzt selbst in den preußischen Rheinlanden nach ob nicht der intelligente, besitzende und thätige Theil seiner Bevölkerung — denn die Lungerer und die zungenfertigen Revolutionshelden der Bier- und Weinstube kommen hierbei nicht in Betracht — um vieles günstiger für Preußen gestimmt ist als je vorher, da er erkannt haben muß daß Preußen mehr als irgendein anderer deutscher Staat, mehr als das Rheinland durch eigene Kraft im Stande ist seinen Interessen und Besitzthümern gegen äußere und innere Feinde Schutz zu gewähren. Jederzeit findet die Regierung die meisten Anhänger und die loyalsten Unterthanen die sich in kritischen Zeiten, wo es sich um das Mein und Dein, um den Bestand der Gesellschaft selbst handelt, durch Redlichkeit Zuneigung, durch Machtentfaltung Achtung, durch strenge Gerechtigkeit Ehrerbietung und durch sparsame Haushaltung Vertrauen zu erwecken weiß, ohne die Unterthanen durch unbillige Forderungen zu schikaniren und im Gebrauch ihrer natürlichen Freiheiten und Rechte unnöthig zu beschränken.

Dabei darf man gern zugeben daß der altpreußische Geist nicht viel liebenswürdiges hat, und auch gar keinen Anspruch darauf macht daß andere ihn liebenswürdig finden. Nur komme man nicht mit dem zum Ueberdruß oft gehörten Vorwurf daß der Preuße und der Norddeutsche überhaupt gemüthlos sey. Das ist der Norddeutsche wahrhaftig nicht, ebensowenig wie der Süddeutsche darum die Gemüthlichkeit als Monopol besitzt und der Inbegriff aller menschenmöglichen Liebenswürdigkeit ist, weil er sich durch sein bequemes Sichgehenlassen im öffentlichen Leben bei denen in den Ruf der Treuherzigkeit und Gemüthlichkeit gebracht hat welche Süddeutschland auf flüchtigen Besuchen nur von dieser Seite kennen lernten. Es ist nicht immer derjenige der Reichste der mit seinen paar Kupferkreuzern in der Tasche klimpert. Eine bewußte Gemüthlichkeit welche sich auf sich selbst etwas zu gute thut, ist in sich ein Widerspruch, wie die Unschuld um den schönsten Theil ihrer selbst kommt wenn sie sich erst ihrer bewußt wird. Doppelt wünschenswerth, ja nothwendig erscheint es unter diesen Umständen daß die Volksstämme sich mehr miteinander mischen, ihren Vorurtheilen, die im Süden übrigens unendlich zahlreicher und stärker sind als im Norden, gegen einander entsagen und ihre gegenseitigen Vorzüge austauschen lernen, daß der Norddeutsche unter andern mehr äußerlich bequeme Formen, ein größeres Maß Standesgleichheit, hier und da etwas mehr Bescheidenheit und raschere Hingebung, der Süddeutsche mehr Ruhe, Nachhaltigkeit und im ganzen auch mehr geistige Vielseitigkeit für den geselligen Verkehr wie für das Beurtheilen menschlicher Dinge überhaupt gewinne. Fast lächerlich bleibt es aber wie dieselben Leute in Süddeutschland welche sogar die angebliche preußische Gemüthlosigkeit als Grund gegen die preußische Obmannschaft in Deutschland geltend zu machen suchen, doch gelegentlich selbst gegen die Gemüthlichkeit der Deutschen als ein Haupthinderniß für unsere politische Entwicklung eifern, und nicht im geringsten verlegen sind für das Heilverfahren in politischen Dingen oft sehr ungemüthliche Mittel anzurathen und auch wohl selbst anzuwenden.

Die Schifffahrt und der Handel der Donau.

Einer Reihe von geistreich geschriebenen Artikeln „aus Süddeutschland", mit denen die Austria gegenwärtig einen süddeutschen Handelsbund anzubahnen versucht, und auf die in ihrer Gesammtheit später zurückzukommen sich uns wohl Gelegenheit bieten wird, entnehmen wir vorläufig den Vien Aufsatz über den Handel und die Schifffahrt der Donau.

Die Zeit ist gekommen daß der Osten wieder eintritt in die Strömungen des Welthandels, und wenn wir Deutschen unser gutes Vorrecht nicht gebrauchen, so werden es andere Völker seyn die uns den Rang ablaufen. Rußland ist bereits im vollen Zug der Thätigkeit. Odessa regiert als Hauptmarkt auf dem schwarzen Meere, sein Waarenverkehr erreichte 1847 die Summe von 46 Millionen Silberrubel. Man begreift daher wohl daß es den Donauhandel und zumal den Aufschwung der Seehäfen Galacz und Ibraila nicht mit allzu günstigem Auge betrachtet. Der Friede von Adrianopel hat Rußland in den Mitbesitz der Donaumündungen, insbesondere der größten und besuchtesten derselben, der Sulinamündung gesetzt. Bei der animosen Stimmung die gegen Rußland vieler Orten besteht, sind die dringendsten Anklagen laut geworden, daß seitdem die Schifffahrt immer schwieriger werde, die Mündung mehr und mehr versande, und die russische Handelspolitik darnach trachte sie gänzlich unfahrbar zu machen. Ich bin nun keineswegs gemeint alle diese Anklagen zu widerlegen, einmal weil ich die Absichten der russischen Handelspolitik nicht kenne, und sodann weil ich zugeben muß daß jeder sich selbst der nächste ist, und mir daher die Vorliebe Rußlands zu Odessa und der Krim sehr gerechtfertigt erscheint. Allein die Wahrheit verlangt die Anerkennung daß Rußland soweit den Bestimmungen des Adrianopeler Friedens nachkommt als diese ihm die Erhaltung des status quo der Schifffahrt auferlegen. Es unternimmt daher von Zeit zu Zeit Baggerungen und versieht die nöthigen Feuersignale. Das ist freilich nicht viel, aber man muß dann dem Friedensinstrument schuldgeben daß es nicht deutlicher spricht und ein mehreres vorschreibt. Soviel steht fest daß die Sulinamündung durchaus nicht zu allen Zeiten von schwerbeladenen, tiefer als 10 Fuß gehenden Schiffen passirt werden kann, daß daher häufig ein Theil der Ladung gelichtet werden muß. Indeß verschlimmert hat sich der Zustand auch nicht, von Alters her war die Fahrt über die Donaubarre schwierig, gleichwie sich dieselbe Erscheinung bei den meisten großen Flüssen wiederholt, und auf ganz natürlichen Ursachen beruht. Gewiß soll und kann hier die Erfindung und Arbeit der Menschen nachhelfen, und es ist zu bedauern daß Oesterreich bei den letzten Verträgen versäumt hat sich den Einfluß an den Donaumündungen zu sichern, welcher ihm eine unabhängige Wahrung seiner

Interessen gestattet. Allein man muß darum nicht gleich alles verloren geben. Es sind Aussichten vorhanden zu einer gründlichen Abhülfe und Beseitigung dieses letzten Hindernisses der Donauschifffahrt in einer nicht allzu fernen Zeit. Vertrauen wir auf die gegenwärtige Regierung Oesterreichs daß sie in einer Frage von so unermeßlicher Wichtigkeit ihre Pflicht im vollen Maß erkennen und darnach handeln werde.

Aber noch eine andere Macht, fast gefährlicher als Rußland, welches in seiner Lage nothwendig auf den östlichen Handel verwiesen ist, erscheint mit jährlicher Steigerung auf dem schwarzen Meer und in der Donau selbst. Ich meine England. Seine Flagge zählte im Jahr 1848 in Galacz als die dritte (70 Schiffe ein-, 75 ausgelaufen) und ebenso in Ibraila (101 Schiffe ein-, 114 ausgelaufen). Aber als zweite unmittelbar nach der österreichischen zählt sie, wenn man auf den Werth der Einfuhren sieht. Derselbe betrug im letzten Jahr 3,527,832 fl., der Werth der österreichischen Einfuhren dagegen 7,544,094 fl. Allein man muß von letztern abziehen 1) den Werth der Transitogüter nach Konstantinopel, Odessa, Trapezunt u. s. f., und 2) die durch die Dampfschiffe versendeten Geldgruppen. Dann reducirt sich die Zahl der österreichischen Einfuhr auf eine mit der englischen beinahe gleiche Zahl. Sodann übersehe man nicht daß die englische Einfuhr ausschließlich aus englischen Fabricaten besteht. Der im Artikel IV angeführte Consularbericht erwähnt ausdrücklich der „fortwährend steigenden Zunahme der Einfuhr englischer Fabricate in die Donaufürstenthümer." Allein unter brittischer Flagge wurden 1848 Belange von 3,127,000 fl. C. M. in beide Donauhäfen eingeführt. Außerdem waren die unter jonischer, griechischer, walachischer und Moldauer Flagge ausclarirten Manufacturwaaren englischen Ursprungs. Das englische Eisen beherrscht ausschließend den levantinischen Markt. Auch bei Eisen- und Stahlwaaren gewinnen die englischen Erzeugnisse immer mehr Raum und verdrängen die Siebenbürger und Steirer Waaren. Ebenso geht es bei englischen Twisten, glatten und bedruckten Baumwollgeweben, gemischten Wollwaaren und hauptsächlich auch Linnen, wo die deutsche Waare mehr und mehr in Hintergrund tritt. Die Geschäfte mit englischen Fabricaten werden im großen vorzüglich durch ein Hamburger und jonisches Haus betrieben; letzteres hat die Detaillisten und Hausirer in allen Städten und Dörfern der Moldau durch bewilligte Credite in seinen Händen, und dehnt seinen Absatz dergestalt aus daß das ganze Land durch seine Commissionäre wie mit einem Netz umgarnt ist. Die Aufhebung der englischen Korngesetze war mehr als ein Act der Humanität für die armen Classen, war zugleich ein bewundernswerther Act handelspolitischer Klugheit. Den Donauländern ist allerdings damit eine lohnende Absatzquelle ihrer reichen Getreideproduction eröffnet, und sie haben vor zwei Jahren auch ein ansehnliches Contingent auf den englischen Markt geliefert. Die Zahlung aber will England nicht mit Geld, sondern mit seinen Manufacten leisten, und man muß gestehen daß die ersten Versuche in kurzer Zeit wohl gelungen sind. Allein die Rechnung ist nicht so gleich wie sie aussieht. Der Unterschied liegt darin daß in England nicht alle Jahre Mißernten sind, und deßhalb die Donauländer nicht alle Jahre einen sichern Absatz dahin finden werden; während, wenn einmal die englischen Artikel Feld gewonnen haben, sie nicht nur einen regelmäßigen Bedarf befriedigen, sondern auch bisher gewohnte herkömmliche Verkäufer verdrängen.

Die deutsche Industrie hat diese Erfahrungen schon verschiedenemal gemacht, sie wird also endlich wissen welcher Energie und Intelligenz es bedarf um den Wettkampf zu bestehen. Auf dem innern Markt mag der Schutzzoll ausreichen, aber auf dem auswärtigen entscheidet die bessere Leistung. Wir haben in dem Donau- und Levante-Handel gegen die Engländer natürliche Vortheile voraus, so daß, wenn wir auf diesem Felde geschlagen werden sollten, wir niemand anders anklagen mögen als uns selbst. Aber freilich bedarf es unermüdlicher Aufmerksamkeit, rastloser Thätigkeit, fortschreitender Bestrebnisse. Man glaube nicht weil etwas geschehen daß nun alles vollbracht sey, und man mit Ruhe des Besitzes genießen könne. Stillstand ist Rückgang. Es schadet gar nichts, wenn unsere Fabricanten den Sporn der Concurrenz immer ein wenig fühlen. Die welche sich in den großen Industrieländern umgeschaut haben, werden wissen was es heißt mit England, Belgien und Frankreich gleichen Schritt halten; und die welche nichts davon kennen gelernt, müssen eben durch die Noth dazu gezwungen werden. Man erinnere sich was der Consul in Galacz schreibt von der geringen Beachtung welche die deutschen Fabricanten von dem Geschmack und den Bedürfnissen ihrer dortigen Kunden nehmen. Der Engländer läßt sich in solchen Sachen auch nicht den leisesten Wink entgehen, er benutzt ihn sofort und schlägt damit seinen Rivalen aus dem Felde.

Es würde mich zu weit führen in dieses Thema tiefer einzugehen. Auch weiß ich sehr wohl daß in Deutschland noch andere äußere Ursachen, woran der Fabricant keine Schuld trägt, auf die freie, vollkommene Entfaltung des Gewerbfleißes drückend einwirken. So z. B. ist die Klage daß englisches Eisen und englischer Stahl das steierische Product mehr und mehr in den Donauländern verdränge, gewiß nicht an die Tüchtigkeit der steierischen Werke, sondern an die beschränkende und dem Betrieb hinderliche Montangesetzgebung und die hohen Roheisenpreise zu adressiren. Beständen diese Verhältnisse in England, so würde dessen Eisen-Industrie die österreichische gewiß von keinem Markte verdrängen.

Darum soll auch an die deutschen Regierungen das Anliegen ergehen Reformen welche das Nationalwohl in so weitem Umfange begreifen, ihre volle Mitwirkung zu gewähren, sey es auch um den Preis gewisser Hoheitsrechte und Monopole. Hier handelt es sich nicht um Sicherung der Macht oder Theilung der Gewalten, hier handelt es sich um eine Vermehrung des öffentlichen Reichthums, um eine Fülle neuer Erwerbe und Verdienste. Welcher Monarch wird nicht lieber über ein sich bereicherndes Volk, dessen Beschäftigungen und Erwerbsweise in möglich größter Blüthe stehen, als über ein verarmendes, in seinen Hülfsquellen sich erschöpfendes Volk herrschen? Und welche Minister werden, wenn ihnen die Mittel und Wege zu der ersten Wahl geboten sind, sie verschmähen und sich für die zweite entscheiden?

Das österreichische Gouvernement hat die nationalen Interessen seiner Länder mit besonderer Vorliebe schon zu einer Zeit gepflegt wo seine staatlichen Institutionen noch keine constitutionellen waren. Man darf also wohl erwarten daß es jetzt nach Umwandlung der Regierungsform gerade auf dem Gebiete der Volkswirthschaft die zeitgemäßen Reformen unternehmen wird; die größte, die Befreiung des Bodens, ist bereits ins Werk gesetzt, andere werden und müssen folgen, um sich mit ihr zu einem ganzen, festen System nationaler Handelspolitik zu vereinigen. Diese Aufgabe ist um so schöner als sie die Wunden des Krieges heilt mit den Segnungen des Friedens, und wesentlich in Länder fällt welche der Kampfplatz waren, und mit der Verbesserung ihres materiellen Looses für die Monarchie gewiß am sichersten gewonnen und in die Cultur des deutschen Lebens aufgenommen werden.

Die deutsche Mission Oesterreichs nach dem Osten hängt mit unserem Gegenstande so innig zusammen daß an den geeigneten Stellen wiederholt daran erinnert werden muß. Ich habe schon angegeben was für Triest geschehen ist; auch der Donau dürfte von nun eine größere Fürsorge zugedacht seyn. Einzelne Maßregeln sind bereits angeordnet, z. B. in Bezug auf die Quarantäne, deren lästige und meist nutzlose Bestimmungen dem Levantehandel vielfache Störungen und Aufenthalt bereiteten. Die österreichische Regierung war hier die erste welche wesentliche Erleichterungen eintreten ließ, und damit nicht zufrieden, hat sie eine ärztliche Commission auf Reisen geschickt, um nach deren Rückkehr eine Totalreform der Sanitätsanstalten vorzunehmen. Die Hauptquarantäne für die Donau ist Orsova, allein sie wird für Personen mehr dem Namen als der That nach ausgeübt. Für Waaren und Briefschaften ist das Verfahren allerdings etwas umständlich, steht aber, wie gesagt, einer umfassenden Umgestaltung entgegen.

Auch der Donau geht es wie unsern andern deutschen Strömen, sie ist trotz der Wiener Congreßacte noch nicht völlig von Zöllen und Abgaben befreit. Soviel Oesterreich in Frage kommt, bestehen sie noch unter vierfacher Gestalt. Aber auch hier ist die Abhülfe nahe. Das Gesetz welches jene verschiedenen Abgaben auf eine reducirt, ist dem Vernehmen nach bereits in Bearbeitung. Ueberhaupt ist der Ertrag dieser Zölle und Abgaben von so geringer Bedeutung daß hiermit nur ein kleiner Theil der Ausgaben für Uferbauten und Verbesserungen des Fahrwassers gedeckt wird.

Allein ich glaube daß dieß nur ein wenig erheblicher Bruchtheil der auf die Donau zu verwendenden Mühen und Kosten sind, soll dieselbe anders ihren weltgeschichtlichen Beruf erfüllen, soll ihr Handel über Deutschland und Oesterreich jene Früchte tragen wozu er fähig ist, die aber nicht ohne Aussaat und Pflege gewonnen werden können.

Es versteht sich von selbst daß hier nicht von dem Werke eines Jahres, sondern einer Reihe von Jahren die Rede ist. Ein so durch Jahrhunderte verwahrlosster, an vielen Uferstrecken beinahe noch von der Wildheit umgebener Strom wie die Donau bedarf zuvor der genauesten detaillirtesten Kunde, ehe über seine Behandlung bestimmte Entschließungen getroffen und in Angriff genommen werden. Ich glaube daher daß die Ernennung einer sachkundigen Commission, von Ingenieuren, Wasserbaumeistern, Schiffern, Kaufleuten und Nationalökonomen gebildet, der erste Schritt nach dem Ziel seyn müßte. Diese Commission wäre zu beauftragen den Strom in seiner ganzen schiffbaren Länge zu bereisen, und über alle in die verschiedenen Fächer einschlagenden Vorkommnisse an Ort und Stelle Forschungen einzuziehen, Karten zu entwerfen und Berichte zu erstatten. Wenn die englische, französische, ja sogar die belgische Regierung wohlausgerüstete Expeditionen aussenden zur Erforschung fremder Flüsse, wie der Nil, Niger, Indus u. s., um wieviel mehr ist hier für den einheimi-

schen Fluß, selbst wenn er für das Reich von weniger Lebensbedingung wäre, zu erwarten?

Verhehlen wir uns nicht, die Summen welche eine durchgehende gründliche Behandlung der Donau verlangt, werden groß, sehr groß seyn. Man kann vielleicht jahrelang Millionen in dem Budget fortführen, ohne damit die Aufgabe zu erschöpfen. Dieß darf aber den weitblickenden Staatsmann nicht abschrecken wenn er ganz erfüllt ist von der folgenreichen Größe des Unternehmens und ferner wirken will als auf die zeitgenössische Generation. Oesterreich, das durch die ganze Länge seines Gebiets von Norden nach Süden eine der großartigste Eisenbahnlinien die auf dem Continent existirt nahezu vollendet hat, sollte sein herrlichstes Naturgeschenk, die Donau, welche die Monarchie in den beiden andern Richtungen zusammenhält, vernachlässigen oder schlechter behandeln? Das gute Recht und die Stärke seines Schwertes haben ihm soeben jene Länder wiedergewonnen deren ganzes materielles Leben von der Arterie der Donau ausströmt. Es gilt nun dieselben in die neue Weltstellung der österreichischen Gesammtmonarchie mit zuverläßigen Garantien einzufügen. Auf die Stürme des Kriegs sollen die Segnungen des Friedens folgen. Soweit ich in dieser Sache zu urtheilen vermag, erscheint mir in der Reorganisation Ungarns die Donau nicht den kleinsten Antheil zu verlangen. Wenn es gelingt längs ihrer öden Ufer den Anbau zu verbreiten, Städte und Dörfer zu gründen, und in dem Volk den Geist des Handels und Gewerbfleißes zu erwecken, so werden die Interessen festere Einheit schließen als Parlamente und pragmatische Sanctionen."

Lombardei-Venedig.

Die in Botzen erscheinende Südtirolische Ztg., welche im wesentlichen dieselbe Bahn wie die Innsbrucker Ztg. verfolgt, sagte neulich: Die „Presse" macht in einem ihrer jüngsten Leitartikel auf den Unterschied aufmerksam der zwischen der Stimmung des Volkes in der Lombardei und im Venezianischen bestehe, und folgert aus dem unbeugsamen Geist und dem Haß der gebildeten Stände gegen Oesterreich dort, wie aus dem milderen Volkscharakter hier, daß die Verfassungsformen im venezianischen Gebiet früher als im lombardischen eingeführt werden könnten. Neben den Ansichten des Lloyd, der es offen ausgeführt Oesterreich vermöge nicht die Lombardei sich allein regieren zu lassen, sind diese Aeußerungen eines weitverbreiteten Blattes von nicht geringer Bedeutung. Es erschiene uns indessen von sehr bedenklichen Folgen wenn die Meinung der „Presse" auch die Ansicht der Regierung wäre. Nicht genug daß die Vorenthaltung verfassungsmäßiger Formen in einem Kronlande überhaupt nicht mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationalitäten in Einklang stünde, würde durch die Befolgung dieser Rathschläge unfehlbar der Same schädlicher Zwietracht und Eifersucht in einer und derselben Nationalität ausgestreut — ein Same aus dem unmöglich Liebe und Vertrauen, selbst nicht bei dem bevorzugten Theil, erwachsen kann. Unsere Zeit hat ohnehin des Hasses und der Entzweiungen genug, und zu viele Klüfte sind zu heilen als daß man jetzt an die Begründung einer neuen denken oder wohl gar aus ihr Heil erblühen sehen dürfte. Jene Politik die im gegenseitigen Kampfe der Theile eine Stärkung des Ganzen zu finden glaubte, hat nun so manches Dementi erhalten daß hoffentlich eine Annäherung an ihre Principien nicht wohl im Ernst angestrebt wird. Oesterreich hat ein gleiches Interesse an der Erhaltung der Lombardei wie des Venezianischen, sollte es durch eine Begünstigung des letztern die Abneigung der erstern noch steigern, die Kluft noch vergrößern wollen! Die Zeit der Erfüllung gemachter Reformverheißungen ist da, und manche Stimmen werden fragen wann die Regierung an die Stelle der Ausnahmszustände in Italien die Norm freiheitlicher Organisation treten zu lassen gedenke. Wenn überhaupt der Grundsatz ein richtiger ist daß bei Einführung von politischen Reformen sehr viel auf die Bemessung des rechten Zeitpunktes ankomme, so kann nicht stark genug hervorgehoben werden wie dringend es sey ihn bei der Organisation der italienischen Provinzen nicht vorübergehen zu lassen. Die Wohlthat gesetzlicher Institutionen, die der Entwicklung vernünftiger Freiheit des Einzelnen wie dem Schutze des Rechtes und der moralischen und materiellen Interessen eines Volkes förderlich sind, kann in Italien nie so tief und dankbar gefühlt werden als so lange der gesetzlose Zustand unter der Herrschaft der Revolution, mit seinem Gefolge von willkürlichen Erpressungen und Bedrückungen aller Art, noch frisch im Gedächtniß ist. Niemals werden die Segnungen des Friedens so sehr anerkannt als nach der opfervollen Zeit des Krieges. Der italienische Bauer, der während der Zeit des Aufstandes seine Ernte vernichtet, sich und seine Söhne zum Kriegsdienst gezwungen, seine Lasten auf eine drückende Höhe gesteigert sah, kann nur mit Freuden eine Zeit begrüßen wo seine Abgaben auf das richtige Maß zurückgeführt werden, und eine freisinnige Gesetzgebung ihm die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit und volksfreundlichen Gesinnung der Regierung beibringt. Selbst die gebildeteren Stände, der Handelsmann wie der reiche Gutsbesitzer, der Bürger und der Adelige, in denen sonst der eigentliche Herd der illoyalen Gesinnung zu suchen ist, sind von den Geldopfern welche ihnen die Revolution auflegte zu empfindlich getroffen worden, als daß ihnen nicht der Zustand der wiederkehrenden Ordnung wünschenswerth erscheine, wenn sie denselben von Zeichen des Vertrauens der Regierung, von der Gewährung verfassungsmäßiger Rechte und Freiheiten, vom Schutze ihrer nationalen Interessen begleitet sehen. Sie alle werden sich versucht fühlen einen Vergleich anzustellen zwischen dem was ein unbestimmtes Gefühl ihnen vorgespiegelt, das sie aber mit all ihren Anstrengungen nicht erreichen konnten, und dem gesicherten Maße einer Freiheit die sie auf die gleiche Stufe mit den politisch am weitesten fortgeschrittenen ihrer italienischen Brüder hebt, und der Vergleich kann nur günstig für die Regierung ausfallen. Das Mißtrauen das unter den Gründen der obwaltenden Entfremdung der Gesinnung des italienischen Volkes noch immer eine große Rolle spielt, kann nun einmal nicht anders gehoben werden als durch das aufrichtige Eingehen in das System der zeitgemäßen Freiheit das unsere Staatsverwaltung im ganzen beseelt, und das früher oder später auch auf Italien angewandt werden muß. In je kürzerer Zeit man sich dazu entschließt, desto werthvoller erscheint die Gabe, denn jeder Aufschub den man noch eintreten läßt, könnte auf die Regierung den Schein des Widerwillens gegen ihre Versprechungen werfen, oder wenigstens den Zeitpunkt versäumen in dem noch ein Weg zum Herzen des Volkes offen steht. Kann es auch nicht geläugnet werden daß die Aufhebung des Ausnahmszustandes in Italien noch immer von einiger Gefahr begleitet sey, so muß man es doch nicht minder gefährlich finden durch eine lange Handhabung desselben das Gefühl der Furcht und den Glauben im Volke wurzeln zu machen daß man sich nicht für stark genug halte um mit den gewöhnlichen Mitteln regieren zu können. Weder eine gänzliche Vorenthaltung der Freiheit noch die Scheidung des Landes in einen begünstigten und nichtbegünstigten Theil ist das Mittel den Besitz Oberitaliens zu einem dauernden, ihn aus einem physischen auch zum moralischen zu machen. Es handelt sich auch hier wie überall darum das Volk zum Bewußtseyn und Verständniß der Freiheit und seines wahren Vortheils zu erheben. Man reiße es daher empor aus der Unmündigkeit in der es jedem zur Beute ward der seine Leidenschaften geschickt zu benützen wußte, gebe ihm die Autonomie in den Angelegenheiten die es zunächst betreffen, schaffe einen Gemeindeverband in dem sich der Einzelne als Glied eines organischen Ganzen fühlt und die Nothwendigkeit des Wirkens für das Wohl der Gesammtheit, wie den Zusammenhang des letztern mit seinem eigenen Wohle erkennen lernt. Die freie Gemeinde ist nach dem Ausspruch des Gesetzgebers die Grundlage des Staates, die freie Gemeinde wird auch in Italien die Grundlage werden, auf der sich der Neubau dieses Theiles der Monarchie erhebt, und derselbe zum schönen, dauernden Verein mit der Gesammtheit geführt wird.

Frankreich.

⌗ **Straßburg**, 29 Sept. Ein Theil der Altersclasse 1842 verläßt bereits morgen unsere Stadt um sich nach der Heimath zu begeben. Die Truppen welche die Verabschiedeten ersetzen treffen am 2 Oct. dahier ein. Die politischen Gefangenen unserer Stadt, welche am 15 k. M. vor den Assisen in Metz erscheinen, sollen morgen in Zellenwagen nach diesem Bestimmungsort gebracht werden. Der Andrang von deutschen Flüchtlingen welche aus der Schweiz kommen und sich nach Havre begeben, ist seit einigen Tagen sehr stark. Brentano weilt ebenfalls hier und erwartet seine Familie sowie mehrere Freunde aus Mannheim, mit welchen er in den nächsten Tagen seine Reise nach der neuen Welt fortsetzt. Thiebaut und Ziegler begleiten ihn. Die Abtheilung der Paris-Straßburger Eisenbahn von Epernay nach Chalons wird schwerlich vor Ende Octobers dem allgemeinen Verkehr übergeben werden können. Die Beförderung der Pariser Mallepost auf diesem Schienenweg dürfte sich wahrscheinlich ebenfalls bis um jene Zeit verzögern. Mehrere Handelskammern haben sich über diesen Verzug beschwerend an die Generaldirection nach Paris gewendet. Die Cholera hat in den letzten Tagen nur wenige Opfer gefordert. Von vorgestern auf gestern ist weder eine Erkrankung noch ein Todesfall vorgekommen. Sehr viele Bewohner unserer Stadt, welche vor mehreren Wochen aus Angst auf Reisen gegangen, kehren bereits wieder hieher zurück. In Rappoltsweiler hat der böse asiatische Gast während der letzten Woche sehr arg gehaust.

Niederland.

Aus dem Haag, 26 Sept. Die Deputation der ersten Kammer der Generalstaaten hat heute dem König die Antwortsadresse auf die Thron-

rede überreicht. Der König sprach aus daß er dieselbe mit großer Befriedigung empfange, und sich der Bereitwilligkeit der Kammer freue zu dem was die Ausführung des Grundgesetzes und das Wohl des Vaterlandes erfordern mitwirken zu wollen. Seinerseits werde er alles anwenden was die innige Uebereinstimmung unter den Factoren der Gesetzgebung anbahnen könne. In der zweiten Kammer der Generalstaaten ist die Antwortsadresse heute berathen und angenommen worden. Die §§. 1 bis 3, welche sich der Thronrede anschließen, wurden nach kurzer Besprechung votirt. ebenso §. 4, welcher lautet: Wir sind, Sire, weit entfernt das Gute zu verkennen welches sich bei dem Anblick unserer innern Lage darbietet. Wir können aber nicht verhehlen daß dieser Zustand auch seine Schattenseite hat, und daß außer den zeitweiligen Unfällen, deren Abwendung außer dem menschlichen Bereiche liegt, andere ungünstige Erscheinungen unsere Besorgniß wecken, und uns die Gelegenheit doppelt wünschenswerth machen uns, mit größerm Nachdruck als es bisher möglich gewesen ist, mit der Erwägung der Mittel zur Hebung der materiellen Interessen der Nation zu beschäftigen. Länger hielt man sich auf bei §. 5: Zur Beherzigung dieser materiellen Interessen, zu erneuerter Ordnung unsers Finanzhaushalts, zur Errichtung der Institutionen welche das reformirte Staatsgrundgesetz erfordert, nehmen Sie, Sire, unsere ernstliche und einmüthige Mitwirkung in Anspruch. Niemals fand eine fürstliche Stimme willigere Ohren und Herzen als die Ihrige bei uns. Ist der Erfolg der Thätigkeit des vorigen Landtags unter dem Maßstab dessen geblieben was wir wünschten und was das Staatsgrundgesetz verlangt, so schmeicheln wir uns daß ein Hauptgrund dieser getäuschten Erwartung, der Mangel an Uebereinstimmung zwischen den verantwortlichen Rathgebern der Krone und dieser Kammer, jetzt hinweggenommen ist, um durch eine Einstimmigkeit ersetzt zu werden welche das Unterpfand seyn wird für die kräftige und schnelle Erreichung Ihrer hohen volks- und vaterlandsliebenden Absichten. Wie wünschenswerth es ist daß die gegenwärtige Ungewißheit nicht ohne Noth verlängert werde, und wie wichtig daß die Krone in unserer Mitte, wenn möglich, auf eine Weise vertreten werde welche das Zusammenwirken aller Zweige der gesetzgebenden Gewalt verbürgt, brauchen wir nicht näher zu begründen; wir brauchen uns nur auf Ihr königliches Gefühl und Urtheil zu berufen." Es wurden mehrere Amendements beantragt, und auch der Minister des Innern sprach gegen den dritten Satz des Paragraphen, indem er nicht zugeben könne daß der vorige Landtag mit seinen Erfolgen hinter den Forderungen des Grundgesetzes und hinter dem Gewünschten zurückgeblieben, und daß Mangel an Einstimmigkeit zwischen den Räthen der Krone und der Kammer davon die Ursache sey. Der Paragraph wurde jedoch mit Ablehnung aller Amendements durch 44 gegen 12 Stimmen angenommen, und nach Erledigung der beiden übrigen Paragraphen die ganze Adresse mit 49 gegen 5 Stimmen votirt. Sie wird heute noch dem König überreicht.

General Paez.

< **Bremen**, 1 Oct. Die in meinem letzten Briefe an Sie ausgesprochenen Befürchtungen daß General Paez zu frühzeitig gegen seinen und des venezolanischen Landesfeind Monagas losgebrochen sey, haben sich leider seitdem, den neuesten Nachrichten zufolge, vollständig bestätigt. Der General ist geschlagen, gefangen, und steht nun nach dem alten Worte: the event is the right vor den Regierungsgerichten als Verbrecher da. Ich würde heute nicht wieder auf diesen Gegenstand zurückkommen, wenn nicht die großen Entstellungen über die venezolanischen Verhältnisse von Seite der Daily News die Berichtigung der Wahrheit erforderten. Dieses sonst allerdings selten in den bekannten engherzigen selbsüchtigen Ton der Engländer einstimmende Blatt sagt nämlich von vorneherein: „der alte Paez ist geschlagen, und das ist kaum zu bedauern, denn seine Sache war eine schlechte", und sucht eine solche Anschauung durch einen kurzen historischen Ueberblick der letzten dreißig Jahre von Columbia zu beweisen. Der Artikel scheint irgendeinem Conversationslexikon entlehnt zu seyn, sonst würde er wohl schwerlich so viele Unrichtigkeiten enthalten. Oder sollten die Daily News etwa den englischen Ministerresidenten zu Caracas, Mr. Wilson, einen würdigen Collegen von Consul Wood zu Patras, als Correspondenten gehabt haben? Es würde mich zu weit führen wenn ich Ihnen jenem englischen Bericht gegenüber eine andere geschichtliche Zusammenstellung hier geben wollte. Denjenigen Ihrer Leser der sich etwa dafür interessirt, verweise ich auf eine Reihe von Aufsätzen in dem früheren Sonntagsblatte der Weserzeitung, Junius 1847; nur auf die neuesten Ereignisse will ich noch einmal mit wenigen Worten eingehen. Es ist allerdings richtig daß nach der Besiegung des „Mannes vom Westen" Monagas der „Mann vom Osten" triumphirt; allein damit ist keineswegs „die Verfassung gerettet und die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt." Paez hatte 1847 Monagas, seinen alten Feind, durch seinen Einfluß zum Präsidenten gemacht, weil ihm alles darauf ankam die Weißen gegen die revolutionären Schwarzen eng aneinander zu schließen; es war ihm auch damals geglückt diese mit domingischer Barbarei hervorbrechenden Schaaren zu bändigen und ihren Anführer, einen ehrgeizigen ganz verworfenen Weißen, Antonio Guzman, einen früheren Secretär Bolivars, unschädlich zu machen. Allein Monagas, einmal Präsident geworden, verließ diese Politik und suchte sich aus reinem Egoismus des mächtigen Paez zu entledigen. Daß durch seine Intriguen fünf der angesehensten Congreßmitglieder in der Sitzung selbst von der Gegenpartei erdolcht wurden, davon erzählen die Daily News nichts, wie sie ebensowenig etwas davon sagen daß von der Verfassung bei der Willkürherrschaft des Präsidenten gar keine Rede mehr war. Gegen solche Zustände hatte Paez zu den Waffen gegriffen, es galt seine eigene wie des Landes Vertheidigung. Daß er unglücklich gewesen ist verdankt er nicht der „Schlechtigkeit seiner Sache" oder der „geringen Achtung worin er stand", sondern einzig „der elenden Feigheit der Creolen" für die er focht. Monagas gegenüber, der Guzman augenblicklich zum Staatssecretär erhob und dadurch für den Moment auch über die Streitkräfte der Neger gebot, hatte Paez, als die Weißen passiv zusahen, keine hinreichende Macht mehr zu entbieten, so treu auch seine Llaneros an ihm hangen. Derselbe Mann der im Januar 1847 von dreitausend Reitern aus den ersten Familien bei seiner Rückkehr aus dem Negerkriege nach der Hauptstadt eingeholt wurde, läuft jetzt Gefahr als armer Gaucho auf deutsche Weise standrechtlich behandelt zu werden. England mag aus der Zerrüttung Venezuela's wohl Vortheil haben, das will ich nicht bestreiten; allein es wäre doch zu viel von uns verlangt daß wir uns die Geschichte nach brittischen Interessen zuschneiden sollten, wenn wir auch fürs erste noch darauf verzichten müssen daß bei auswärtigen Vorgängen unsere eigenen Interessen gewahrt werden.

Neuestes.

Augsburg, 3 Oct.

‖ **Frankfurt a. M.**, 1 Oct. In Folge der vom Militärcommando angeordneten Vorbeugungsmaßregeln, denen gestern Abend ein tüchtiges Regenwetter zu Hülfe kam, sind wir von weiteren Militärexcessen verschont geblieben. Der Senat hielt gestern Mittag aus Anlaß der die Ruhe und Sicherheit der Stadt gefährdenden Vorfälle eine außerordentliche Sitzung, in welcher nachdrückliche Vorstellungen an das Reichsministerium und die preußischen Militärbehörden beschlossen wurden. Wie man hört, geht die bestimmte Forderung des Senats dahin daß sowohl das preußische 30ste Regiment als das bayerische 3te Jägerbataillon von hier entfernt und nicht wieder ersetzt werden. Dadurch würde auch die vielbesprochene preußische Einquartierung beseitigt, welche einerseits die Bürger belästigt und mißmuthig macht, andererseits aber gegen die in Bürgerhäusern untergebrachten Preußen bei andern Truppentheilen Neid und Eifersucht hervorruft. — Noch täglich kommen preußische aus Baden nach der Heimath ziehende Landwehrbataillone hier durch. — Auf der Eisenbahnstrecke von hier nach Friedberg finden demnächst die Probefahrten statt; die förmliche Eröffnung dieser Bahnstrecke soll am 18 Oct. vor sich gehen. — Nachschrift. 6½ Uhr. Die constituirende Versammlung hat so eben beschlossen an den Senat das Verlangen zu stellen daß derselbe ihr Auskunft darüber ertheile: 1) welche Schritte er wegen Entfernung der hier garnisonirenden Truppen anderer Staaten (bezüglich auf einen schon vor sieben Wochen gestellten Antrag), dann wegen des im jüngsten Tagsbefehl des Prinzen von Preußen gebrauchten Ausdrucks: „preußische Occupationstruppen in Frankfurt a. M." gethan; 2) wer den Befehl zur Einquartierung der Preußen ertheilt habe. Im Lauf der Debatte erklärte Bürgermeister Cöster daß der Senat die Fortdauer der Einquartierung während des bevorstehenden Winters entschieden abgelehnt, auch sich gegen die mögliche Unterstellung einer Occupation schon früher feierlichst verwahrt habe.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Für die vor dem Feind in Siebenbürgen erworbenen Verdienste ist Major Wlad. Graf Daun zum Obrstlt., der Major K. Wiesner zum überzähligen Oberstlt., Hptm. Wagner zum Major in der Linie und Oberlt. J. Helmer zum Hptm. 2ter Classe ernannt. Einer Anzahl anderer Officiere ist hiefür die kaiserliche Zufriedenheit ausgedrückt worden. — Veränderungen bei der k. k. Armee. C. Ritter Gorczkowski von Groczkow, General der Cavallerie, wurde Civil- und Militär-Gouverneur von Venedig. A. Freiherr Schütte v. Warensberg, Feld-

marschall-Lieutenant, wurde prov. Festungs-Commandant in Temeswar, und A. v. Howiger, General-Major, prov. Festungs-Commandant in Arad. J. Kohn Edler v. Rohnau, Oberst vom Ing.-Corps, wurde Festungs-Commandant in Ferrara. Th. Graf Coudenhove, Oberstlieutenant von Dragoner-Reg. Nr. 2, wurde Interims-Regiments-Commandant. Befördert wurden: Zum Feldzeugmeister der Feldmarschall-Lieutenant V. Freiherr v. Augustin, beim Art.-Hauptzeugamte, in seiner Anstellung. Zu General-Majoren P. Graf Morzin, General-Major ad honores, in seiner Anstellung bei dem Erzherzog Johann; G. Jablonsky, Oberst vom Inf. Reg. Nr. 61, als Brigadier. Zu Obersten die Oberstlieutenante Fr. Ritter v. Henikstein, vom Hus.-Reg. Nr. 7, beim Kür.-Reg. Nr. 1.; G. Frhr. v. Lauingen, vom Chev.-Reg. Nr. 2; A. Graf Alberti de Poya, vom Chev.-Reg. Nr. 7; J. Gaupp Ritter von Berghausen, vom Kür.-Reg. Nr. 3; C. Mollinary, vom Brooder Gränz-Inf. Reg. Nr. 7; C. Teuchert, vom Inf. Reg. Nr. 21; P. Kral, vom Kür.-Reg. Nr. 6; J. Habermann Edler v. Habersfeld, vom Inf. Reg. Nr. 13; J. Algyay v. Algyeß, vom Kür.-Reg. Nr. 7; J. Freiherr v. Gorizutti, vom Chev.-Reg. Nr. 1; J. Herzmanovsky, vom Inf. Reg. Nr. 24; R. v. Bosits, vom Pal.-Hus.-Reg. Nr. 12, alle im Reg., und J. Liubimiresko v. Siegberg, Commandant des 5ten Jäger-Bat., in seiner Anstellung. Zu Oberstlieutenanten die Majore W. Müller, Flügel-Adjutant bei dem Kaiser, in seiner Anstellung; C. Walheim, vom Kür.-Reg. Nr. 3; C. Graf Neipperg, vom Chev. Regiment Nr. 2; Fr. Freiherr v. Vorberg, vom Chev.-Reg. Nr. 7; Fr. Freiherr v. Roden, vom Kür.-Reg. Nr. 7; B. Csch von St. Katolna, vom Hus.-Reg. Nr. 7, alle im Reg., letzterer als Interims-Reg.-Commandant; A. Deskovich Edler v. Oltra, Commandant des 10ten Jäger-Bat., in seiner Anstellung, und J. Sechstel, vom venetianischen Garn.-Art.-Districte, zum Commandanten dieses Districts. Zu Majoren die Hauptleute und die Rittmeister R. Weymann, vom illyrisch-banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 13, General-Commando-Adjutant im Banat, in seiner Anstellung; G. Lippert, vom Inf. Reg. Nr. 37; F. Edler v. Junker, vom Inf. Reg. Nr. 61; C. Freiherr v. Geusau, vom Chev.-Reg. Nr. 2; J. Kliment, vom Chev.-Reg. Nr. 7; F. Nowatschek vom Kürassier-Reg. Nr. 7; M. Edler v. Andrée, vom Dragoner-Reg. Nr. 2, alle im Reg.; C. Edler v. Schofulan, vom 18ten, zum Commandanten des 4ten Jäger-Bat.; Fr. Hruschka, vom lombardischen, beim venet. Garnisons-Art.-Districte; F. Kuhn v. Kuhnenfeld, vom General-Quartiermeisterstabe, im Corps; L. Libert v. Paradies, vom Marine-Art.-Corps, im Corps und zum Director der Dampfmaschinen; H. Freiherr Lewartow v. Lewartovsky, vom Inf. Reg. Nr. 29, zum Commandanten des slovakischen Frei-Bataillons, und J. Freiherr v. Ripperda, in Pension, zum Platzmajor in Szegedin. In Pensionsstand wurden versetzt die Feldmarschall-Lieutenante J. Malkowsky Edler v. Dammwalden; H. Graf Castiglioni und Ph. Freiherr von Bechtold; die Obersten Joseph Pöltinger Edler v. Plauenbruck und G. Poschacher v. Poschach, beide mit General-Majors-Charakter und Pension; der Oberstlieutenant C. Kugler, Commandant des venet. Garnisons-Art.-Districts, mit Obersten-Charakter und Pension; die Majore M. Edler von Scherb, Commandant des Banater Garn.-Art.-Districts, mit Oberstlieutenants-Charakter und Pension; J. Waßich, vom Inf. Reg. Nr. 37; die Hauptleute W. Hilgers v. Hilgersberg, vom Inf. Reg. Nr. 63; C. Cronöster v. Cronenwald, vom Inf. Reg. Nr. 59; M. Rzesnitzek, vom 3ten Art.-Reg., und P. Heller, vom 5ten Garn.-Bat. mit Majors-Charakter und Pension. Fr. Georg Fürst Lobkowitz, Oberstlieutenant in der Armee, erhält Obersten-Charakter ad honores. Fr. Mach v. Palmstein, J. Kopetschny, Fr. Anders Ritter v. Borodin, und A. Marherr, Hauptleute in Pension, erhielten den Majors-Charakter ad honores.

Berichtigungen. In dem Aufsatze: „Bei Gelegenheit d. gänzl. Vollendg. d. Eisenbahn zw. Augsburg u. Nürnberg" (Beilagen z. Allg. Ztg. Nr. 265 u. 267) sind folgende, hauptsächlich von Schreibfehlern herrührende Verbesserungen erforderlich:

Seite 4101, 2. Spalte, Zeile 18 von unten lese man konnte statt konnten. — Seite 4102, 2. Sp. Z. 4. v. ob. l. m. Durchfurchung st. Durchführung. — Ebd. 2. Sp. Z. 28 v. ob. Aufträgen st. Auftragen. — S. 4103. 1. Sp. Z. 25 v. u. Förderung st. Förderungen. — Ebd. 2. Sp. Z. 30 v. o. 454 F. st. 602 F. — Z. 22. v. u. erhält st. behält. — Z. 16 v. u. erhobenen st. erhabenen. — S. 4104. 1. Sp. Z. 35. v. o. andererseits den st. andererseits für den. — S. 4135. 2. Sp. Z. 18 v. u. Einsteighalle (beide noch herzustellen). — 2. Sp. Z. 1 v. u. jene st. jede. — S. 4136. 1. Sp. Z. 1 v. o. Strecke st. Strecken. — 1. Sp. Z. 16 v. u. 610 F. st. 621 F. — 2. Sp. Z. 40 v. o. 340 F. st. 366 F. — Z. 45 v. o. 208 F. st. 320 F. — Z. 1 v. u. hier sehr große st. hier so große. — S. 4137. 1. Sp. Z. 9 v. o. 450,5 F. st. 550,5 F. — Z. 15 v. o. gefordert st. gefördert. — Z. 19 v. o. 626 F. st. 689. F. — Z. 20 v. o. 52 F. st. 51 F. — Ebd. fünf st. sieben. — Z. 21 v. o. südlichster st. nördlichster. — Z. 22 v. o. 76,8 F. st. 56,8 F. — Ebd. nördlichster st. südlichster. — Ebd. 74,5 F. st. 53,5 F. — Z. 27 v. o. zureichendes st. zureichenderes. Z. 4. v. u. der Länge st. die Länge. — 2. Sp. Z. 13 v. o. Bahnstrecke st. Landstrecke.

(3536) **München,** den 2 October 1849. Gestern den 1 d. fand die feierliche Beerdigung des Cuirassier-Obersten, Thomas v. Stetten, eines der ausgezeichnetsten Officiere und edelsten Männer der bayerischen Armee statt, bei welcher Gelegenheit sich die allgemeine Liebe und Verehrung für den zu früh Dahingeschiedenen aus allen Ständen kundgab. Innig war die Trauer bei seinem Regimente, das ihn wegen seines edlen, humanen Benehmens hoch verehrte. Friede seiner Asche und Ehre seinem Andenken.

(3515)

Erklärung.

Veranlaßt durch das Inserat in Nr. 264 der Allg. Zeitung erkläre ich daß ich es gegen meine Pflicht halte jenen Artikel zu beantworten. Gegen Anschuldigungen in Betreff meiner Dienstesverhältnisse werde ich mich nur meiner vorgesetzten Dienstesstelle gegenüber, nie aber in öffentlichen Blättern vertheidigen.

Arzheim bei Landau, den 28 September 1849. Frhr. v. Jeetze, k. b. k. v. Generalmajor.

(3512)

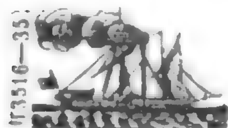
Römische Bank.

Nachdem die römischen Wirren beendigt sind, hat sich der höhere Rath der römischen Bank beeilt, von den Befugnissen Gebrauch machend welche ihm durch Art. 55 und 56 der Statuten beigelegt sind, nicht allein den gegenwärtigen Stand der Bank, sondern auch das Verfahren des Verwaltungsraths zu untersuchen, und hat zu seiner Befriedigung gefunden daß durch die Bemühungen desselben das Interesse des Actien-Inhabers vollkommen geschützt worden ist. — Um indessen das Zutrauen zu der Bank immer mehr zu erhöhen und um für deren fortschreitende Wohlfahrt zu sorgen, hat der höhere Rath in der Sitzung vom 15 Sept. a. c. nach Art. 58 §. 20 der Statuten beschlossen eine außerordentliche Generalversammlung der Actien-Inhaber einzuberufen und den Verwaltungsrath mit der Veröffentlichung dieses Beschlusses beauftragt, hoffend daß der größere Theil der Actien-Inhaber sich einfinden werde, um mit ihren Einsichten und mit ihrer Zustimmung an der Erfüllung des obigen Zweckes zu arbeiten.

Es werden also hiemit alle Inhaber von Actien der römischen Bank benachrichtigt daß in Folge der von dem Verwaltungsrath getroffenen Vorkehrungen die Eröffnung der angeordneten Generalversammlung am 7 k. Decembers um 12 Uhr in dem Local der Bank statthaben wird, und es werden dieselben eingeladen ihre Titel im obigen Local laut Art. 93 der Statuten vorzuzeigen oder vorzeigen zu lassen.

Beschlossen im Rathsaal der römischen Bank.

Rom, den 20 September 1849. Der General-Administrator A. Feoli.



Erste k. k. priv. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Fahrten im October 1849.

Von Linz nach Wien und zurück täglich.
Von Wien nach Preßburg und Pesth und zurück täglich.
Von Pesth nach Semlin (mit Berührung von Esseck und Tittel) Montag und Freitag.
Von Pesth nach Orsova Sonntag und Donnerstag.
Von Orsova nach Galaz in Verbindung mit Constantinopel Mittwoch (und zwar den 10 und 24 auf der wallachischen, den 3 und 17 auf der türkischen Seite.
Von Sisseck auf der Save nach Semlin jeden Sonntag.

(3457—88) **Anzeige.** Das unterzeichnete Commissions-Büreau ist in den Stand gesetzt, allen welche bis spätestens den 31 October d. J. deßhalb in frankirten Briefen bei ihm anfragen (also das geringe Porto nicht scheuen), ein nicht außer Acht zu lassendes Anerbieten unentgeltlich zu machen, welches für den Anfragenden schon im nächsten Jahre ein jährliches Einkommen bis zu **10,000** Mark, oder viertausend Thaler preuß. Crt. zur Folge haben kann.

Lübeck, im September 1849. Commissions-Büreau, Petri-Kirchhof Nr. 308.

(3474) Vom ersten Weinmonat nächstkünftig an wird das in französischer Sprache geschriebene Blatt

„La Suisse"

in der Stämpflischen Buchdruckerei in Bern unter der bisherigen Redaction in gleicher äußerer Form und zu dem nämlichen Abonnementspreise (sechs Schweizerfranken pr. Semester, 35 Batzen pr. Quartal) wie bisher erscheinen. Die „Suisse" wird auch fernerhin die Verhandlungen des Nationalrathes und des Ständerathes den gleichen Tag zur Kenntniß des Publicums bringen.

Die große Verbreitung der „Suisse" sowohl in der Schweiz als im Auslande sichern den Inseraten und Anzeigen die Vortheile schneller und ausgedehnter Veröffentlichung.

Die resp. Postämter und diejenigen Personen, welche sich direct bei der Expedition abonniren wollen, sind gebeten solche Abonnemente welche vom 1 October an ihren Anfang nehmen sollen, mit möglichster Beförderung einzusenden.

Alles was die Abonnemente und die Inserate betrifft, ist frankirt an Büreau der „Suisse," Stämpflische Buchdruckerei in Bern zu adressiren.

[3457] In der Hallberger'schen Verlagshandlung in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Der deutsche

Pilger durch die Welt.

Volkskalender

für alle Länder deutscher Zunge.

Auf das Jahr 1850.

Neunter Jahrgang.

Herausgegeben von einer Gesellschaft von Volks-Schriftstellern

mit Beiträgen von

Ludw. Bechstein, Friedr. Berge, Ch. Beyttenmüller, Ed. Duller, Just. Kerner, Theob. Kerner, Heinr. König, Hauptm. A. Pach, Herib. Rau, Pfarrer Weil und vielen Andern.

Mit sehr vielen Original-Holzschnitten von anerkannten Meistern.

Lexikonformat, auf schönem Velinpapier. Elegant geheftet.

Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

[3431] **Warnung vor Täuschung!**

In der C. Berger'schen Verlagshandlung sind kürzlich erschienen:

Neue

Dorfgeschichten

nach

Berthold Auerbach.

Format, Lettern und Ausstattung dieses Buches sind denen in welchen Auerbachs Dorfgeschichten erschienen sehr ähnlich, und der kleine Druck des Wörtchens „nach", sowie das Verschweigen des wahren Verfassers machen es möglich, daß ein Theil des Publikums die unter obigem Titel abgedruckten Erzählungen, welche früher schon unter dem Titel „So lebt das Volk" von Schlönbach erschienen seyn sollen, als Auerbach'sche Dorfgeschichten kauft.

Vor solcher Täuschung wird hiemit gewarnt.

Bassermann'sche Verlagshandlung in Mannheim.

(3460) **Für Gymnasien und Lyceen**

erschien soeben bei Metzler in Stuttgart:

Grundriß der empirischen Psychologie und Logik von Dr. Joseph **Beck**, Mitglied des Studienraths in Karlsruhe. Dritte verb. Auflage 8. geh. 1 fl.

Dieses in einer Reihe von Lehranstalten eingeführte Buch hat zugleich den weitern Titel: „Philosophische Propädeutik, erster Theil." Der zweite Theil der Philosophischen Propädeutik wird unter dem besondern Titel:

Encyklopädie der theoretischen Philosophie von **Jos. Beck**. 8. 1 fl. 12 kr.

ebenfalls einzeln abgegeben. — Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands, der Oestr. Monarchie und des Auslands.

(3500—2) Leichtfaßliche theoretisch **Cither-Schule.** praktische Anleitung die Schlagcither in kurzer Zeit spielen zu lernen. Enthaltend 45 methodisch fortschreitende Uebungsstücke: Ländler, Schnadahüpfeln, Walzer, Volks- und Alpenlieder, Choräle, Etuden u. s. w., sowie 7 Musikstücke für 2 Cithern. 5 Bogen kl. 8. mit einer die Besaitung der Cither und die Haltung der Hände erläuternden Tafel. Brosch. Preis 1 fl. 12 kr. od. 21 Ngr.

München. Verlag von **Christian Kaiser.**

(3493) **Interessante Anzeige für Liebhaber und Sammler von Stammbüchern.**

In der unterzeichneten Handlung steht zum Verkauf eine sehr seltene Sammlung von mehr als 300 Stammbüchern aus der Zeit von 1554—1790 mit Inschriften von fürstlichen Personen, Gelehrten, berühmten Männern, Künstlern rc. aus Deutschland, Frankreich, England, Holland, Italien rc. Theilweise sind die Stammbücher mit meisterhaften Malereien, Zeichnungen, Wappen, Trachten, Turnieren, Stickereien rc. reichlich ausgestattet. Ueber die ganze Sammlung ist ein sehr ausführlich geschriebenes Verzeichniß da, das den Namen des ehemaligen Besitzers eines jeden Stammbuches, die Jahreszahlen, die Anzahl der Inschriften, die merkwürdigsten derselben und die artistischen Ausstattungen angibt. Am liebsten würde man die Sammlung im ganzen verkaufen, obwohl der Einzelverkauf nicht ausgeschlossen ist. Auf frankirte Briefe wird die unterzeichnete Handlung jedem Liebhaber die erwünschte Auskunft so weit als möglich mit Vergnügen ertheilen.

Ellwangen (im Königreich Württemberg), den 1 October 1849.

J. Heß, Buch- und Antiquariatshandlung.

[3125—26] Im Verlage von J. Scheible in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Bibliothek

der

Zauber-, Geheimniß- und Offenbarungs-Bücher

und der

Wunder-Hausschatz-Literatur aller Nationen

in allen ihren Raritäten und Curiositäten,

insbesondere:

Aeromantie, Alchemie, Astrologie, Ceromantie, Chiromantie, Crystallomantie, Dämonologie, Fantasmagorie, Geomantie, Infernalische Monarchie, Kabbala, Magie, Magiologie, Magnetismus, Mantik, Metoposcopie, Necromantie, Phrenologie, Physiognomie, Pneumatologie, Prognostikon, Prophetie, Somnambulismus, Steganographie, Sympathie, Theomantie, Theosophie, Theurgie, Vampirismus, Ventriloquismus, Visiomantie, und andere Materien des Mysteriösen und Uebernatürlichen.

Mit Einschluß der medicinischen und naturhistorischen Sonderbarkeiten.

☞ **Mit 146 illuminirten Tafeln**

5 Theile 1 fl. 12 kr. oder 22 Sgr.

[1282—87] **Edictalladung.**

Georg Leonhard Albrecht, geboren am 31 Januar 1779 in Neustetten, k. Landgerichts Ansbach in der bayerischen Provinz Mittelfranken, Sohn des Bauern Georg Leonhard Albrecht daselbst und dessen erster Ehefrau geb. Krauß, wurde am 2 December 1806 in das damalige 14. Infanterie-Regiment zu Bayreuth eingereiht, vom 29 März 1807 an aber in demselben vermißt. Seit diesem Tage ist von seinem Leben und Aufenthalte nichts mehr bekannt geworden.

Unterm 23 Februar 1849 haben einige Verwandte des Abwesenden bei dem unterfertigten Gerichte den Antrag gestellt, daß derselbe für todt erklärt und ihnen sein väterliches dermalen in 583 fl. bestehendes Vermögen ausgehändigt werden möge.

Da nun erwähnter Albrecht bereits das 70ste Lebensjahr überschritten hat, so wird derselbe oder dessen zurückgelassene unbekannte Erben hiemit aufgefordert sich binnen 9 Monaten und spätestens

am 1 Februar 1850

bei dem k. Landgerichte persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls Albrecht für todt erklärt und sein Vermögen an die sich legitimirenden Erben ausgehändigt werden würde.

Ansbach, den 28 März 1849.

Königliches Landgericht.

D. a.

Feldbaum.

(3417—19) **Amortisations-Edict.**

Der Anna Huber, Bauerswittwe beim Hainzl zu Garkofen d. G., ging bei dem in des Nachbars Behausung entstandenen Brand, wodurch auch ihre Wohn- und Oekonomie-Gebäude zerstört wurden, eine 3½ % auf ihren Namen lautende Staatsobligation mit Cat. Nr. $\frac{18282}{11632}$ ddo. 1. Mai 1842 auf 1000 fl. lautend, mit den Coupons von Ziff. VII bis XVIII, zu Verlust.

Es werden daher alle diejenigen aufgefordert welche davon Kenntniß haben oder im Besitz derselben seyn sollten, sich

binnen 6 Monaten

mit ihren Rechtsansprüchen auszuweisen, außerdem selbe nach Ablauf dieses Termines für amortisirt und kraftlos erklärt würde.

Ebersberg am 17. Sept. 1849.

Kgl. Landgericht Ebersberg.

Der kgl. Landrichter

Liebl.

[3509] Ein Pharmaceut der das bayerische Staatsexamen bestanden hat, sucht ein Provisorat oder eine Gehülfenstelle; er würde jedoch auch Rücksicht nehmen, wenn ihm ein geehrtes Vertrauen eines chemischen Herrn Fabrikbesitzers oder ein sonstiges seinen Kenntnissen angemessenes Anerbieten zukäme.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 278 5 October 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 1; Wien 2; Frankfurt 2; Augsburg 4 Oct

Deutschland.

** Hin und wieder taucht auch in den Noten der Diplomaten eine Spur jener Ansicht der gegenwärtigen Verhältnisse auf die man in gewissen Kreisen den liberalen Publicisten aufs äußerste verdenkt. Die zur höchsten Vorsicht und zur besonnensten Thätigkeit auffordernde Lage der Regierungen den Völkern gegenüber wird z. B. in der preußischen Note an den bayerischen Minister des Aeußern offen anerkannt: das preußische Cabinet gibt zu daß, wenn auch für diesen Augenblick die offene Revolution mit Waffengewalt besiegt ist, doch, wenn die Nation in ihren Hoffnungen sich von neuem getäuscht sehen sollte, neue und größere Krisen und Erschütterungen bevorstehen. Hr. v. d. Pfordten findet dieß letztere zwar nicht wahrscheinlich, glaubt aber doch sagen zu müssen daß, wenn die Nation Bürgschaft und Pfand dafür verlange daß es den Regierungen mit ihren Bestrebungen für die Einheit Deutschlands Ernst sey, die bayerische Regierung diesem Verlangen am besten dadurch zu entsprechen glaube daß sie in den Begriff der Einheit das gesammte Deutschland aufnehme. Nun, eine Einheit Deutschlands wünscht das Volk allerdings, es ist das ein Wunsch der nicht erst im März 1848 entstanden ist, auch nicht von 1815 erst datirt er. Dieser Tage fiel mir in Schlözers 1804 gedruckter Theorie der Statistik folgende merkwürdige Stelle auf, die wie für diesen Augenblick geschrieben scheint: „Und wer wird es wagen das Wohl oder Wehe eines Volkes abzuwägen ohne seine Staatsverfassung (Regierungsform) in Anschlag zu bringen? Polen, ein Staat von zwölf Millionen Menschen und andern großen Grundkräften, ging in unsern Tagen unter — einzig und allein seiner Regierungsform wegen. Deutsche (als eine Einheit geträumt), eine der drei großen Nationen, fester als die französische, cultivirter als die russische, sind bei ihrer ungeheuren Masse von Kräften in den letzten zwei Jahren der Spott von Europa geworden — einzig und allein wegen ihrer Regierungsform! Exoriare aliquis nostris.... oder müssen auch wir, die Nation, uns einen Corsen zum Retter von Schaden, Schmach und Schande wünschen?" So ein Professor der Georgia Augusta vor fünfundvierzig Jahren.

Aus Frankfurt a. M., 29 Sept. schreibt man der D. A. Ztg.: „Die Unterhandlungen wegen Bildung eines provisorischen Centralorgans sind in Wien dahin gediehen daß nur über einige Modificationen noch unterhandelt wird; es sind, wie man uns versichert, nur noch einige wenige Punkte zu regeln, so daß man die Einsetzung eines neuen provisorischen Centralorgans wohl in ganz kurzer Zeit erwarten könnte. Von Seite Preußens ist unter anderm die definitive Zustimmung dazu ertheilt worden daß die interimistische Reichscommission ihren Sitz in der alten deutschen Kaiserstadt Frankfurt nehme; nicht nur Oesterreich und die süddeutschen Königreiche, sondern auch eine Anzahl der bedeutendern norddeutschen Staaten bestanden auf der Wahl dieses Orts als auf einem Capitalpunkte. Die Conferenzen der Gesandten deutscher Staaten in Wien werden, sicherm Vernehmen nach, im Laufe Octobers den Kreis ihrer Berathungen noch wesentlich ausdehnen und die definitive Regelung der deutschen Frage zum Gegenstand haben. Hannover und Sachsen und auch Preußen werden sich an diesen Unterhandlungen betheiligen. Das Project eines kleindeutschen engern Bundesstaats ist in diesem Augenblick mehr als jemals von seiner Verwirklichung entfernt."

§§ **Frankfurt a. M.**, 3 Oct. Die Steuerverwilligungsfrage, welche jetzt in den Berliner Kammern verhandelt wird, würde ohne die Vorgänge im November v. J. und was unmittelbar darauf gefolgt ist, nicht die Bedeutung erlangt haben welche sie augenblicklich hat. In England, in Frankreich und in Belgien, dessen Verfassung der preußischen zum Muster gedient hat, ist die Steuerbewilligung ein unbeschränktes Recht der Volksvertretung. Andererseits ist es gewiß daß die Steuerverweigerung die Existenz des Staats bedroht. Sie ist das beste Mittel welches die Repräsentation besitzt um eine nach ihrer Meinung mit den Rechten des Volkes unverträgliche Regierung zu beseitigen. In den großen constitutionellen Staaten finden wir kaum jemals daß von diesem äußersten Rechte Gebrauch gemacht worden wäre. Es gibt dort andere Wege um der Krone zu erkennen zu geben daß die gegenwärtigen Inhaber der Gewalt das Vertrauen des Volkes nicht genießen. In England ist dieß ein allfälliges Votum bei irgendeiner wichtigen Frage, welche in das Programm des Ministeriums mit welchem es die Zügel übernommen hat, eingreift oder zu erkennen gibt daß die Partei aus welcher das Ministerium hervorgegangen ist, sich nicht mehr im Besitze des öffentlichen Vertrauens befinde. In Frankreich ist es in ähnlicher Weise, und bis zur Februarrevolution war die Bewilligung der geheimen Fonds der Prüfstein ob das Ministerium fortregieren könne oder zurücktreten müsse. In beiden Staaten hat sich eine gewisse Etikettenform für die Behandlung dieses Gegenstandes gebildet. Wäre in Preußen nicht die Erfahrung gemacht worden daß des erklärten Mißtrauens der Kammern ungeachtet ein Ministerium am Ruder bleiben kann, wäre also das Vertrauen auf den wirklich constitutionellen Gang ein tiefer begründetes, hätte das Ministerium die Ueberzeugung gewonnen daß die Zeit der außerordentlichen Maßregeln vorüber, und daß es sicher im Stande seyn werde mit den gewöhnlichen Regierungsmitteln auszureichen, so könnte die Hartnäckigkeit mit welcher das Steuerbewilligungsrecht beschränkt, und die Betroffenheit mit welcher der parlamentarische Kampf aufgenommen wird, schwer erklärt werden. Das constitutionelle Leben ist noch sehr jung in diesem Staate, und wird zu seiner Ausbildung und Befestigung noch vieler Zeit und Erfahrung benöthigen. Man kann und muß das zur Entschuldigung anführen. Aber es läßt sich nicht verschweigen daß kein günstiges Licht auf die inneren Zustände dadurch geworfen wird daß der Grundpfeiler aller Repräsentativverfassung in Frage gezogen, und damit zum mindesten von dem Ministerium ein Mangel an Selbstvertrauen gezeigt wird der Verhältnisse von nun an stets im ordentlichen Wege Herr zu bleiben.

Bayern. ♀ **München,** 4 Oct. II. MM. der König und die Königin werden übermorgen Abends von Egern wieder hier eintreffen um dem Beginn des landwirthschaftlichen Festes auf der Theresienwiese beizuwohnen. Wie alljährlich, so sind auch heuer wieder schon im Laufe dieser Woche die Wirthschaftsbuden auf der Festwiese geöffnet und locken bei der durchschnittlich schönen Herbstwitterung zahlreiche Gäste an. Im Laufe des morgigen Vormittags werden in der Stadtpfarrkirche zum h. Ludwig von früh 6 Uhr anfangend bis Mittag Messen gelesen für die Seelenruhe des verstorbenen Königs Karl Albert von Sardinien. Prinz Luitpold wird demnächst nach der Pfalz abreisen um dort die Artillerie der Festungen Landau und Germersheim zu besichtigen. Einem in diesen Tagen vom Staatsministerium des Krieges an die einzelnen Regimentscommandos ergangenen Rescript zufolge haben von nun an in allen Cantonnirungen und in solchen Garnisonen wo ein die gewöhnliche Höhe überschreitender Präsentstand von Truppen ist, sämmtliche Officiere vom Obersten abwärts täglich bei dem üblichen Verlesen der Mannschaft gegenwärtig zu seyn. Durch diese Neuerung beabsichtigt man die Officiere mit ihrer Mannschaft in häufigere Berührung zu bringen und durch die persönliche Einwirkung auf letztere den Geist der Insubordination, welcher sich in jüngster Zeit so oft gezeigt hat, allmählich zu bannen. — Dienstlichen Nachrichten von Seite der in den Militärhospitälern in Schleswig-Holstein zurückgebliebenen Officiere und Sanitätsbeamten zufolge haben unterm 21 v. M. wieder 7 genesene bayerische Soldaten den Rückweg in die Heimath angetreten. — Der für den 12 d. erwartete königl. Armeebefehl wird sichern Mittheilungen nach erst am 15 oder 16 d. erscheinen.

Württemberg. Stuttgart, 3 Oct. Die in voriger Woche nach Berlin abgegangene Note bezeichnet, wie wir hören, den Nichtbeitritt Oesterreichs und Bayerns zum Dreikönigsbunde als den Hauptgrund der Württembergs Anschluß unmöglich mache. Zugleich bemerkt sie daß der Verfassungsentwurf der drei Königreiche Bestimmungen enthalte welchen Württemberg, wenn sie nicht beseitigt würden, nicht zustimmen könnte, wie z. B. den Entwurf des Gesetzes über die Wahlen zum Volkshause, die in Aussicht gestellte Wiederherstellung der Adelsvorrechte, die Verhältnisse des Fürstencollegiums 2c. Würden diese Bestimmungen angemessen abgeändert werden, Bayern und Oesterreich sich anschließen, so würde, wie sich von selbst versteht, auch Württembergs Anschluß keinem weitern Anstand unterliegen. Von der Ministerconferenz welche nach öffentlichen Blättern zur Berathung der deutschen Frage in Wien zusammentreten, und namentlich auch von Hannover und Sachsen beschickt werden soll, ist hier nichts bekannt. Der Ministerrath hat gestern die Berathung des Entwurfs der in der Verfassung vorzunehmenden Aenderungen beendigt. Derselbe wird nun Sr. Maj. dem König vorgelegt und ohne Zweifel einer Begutachtung des Geheimenraths unterworfen werden. Die Zeit der Einberufung der verfassungrevidirenden Versammlung kann unter diesen Umständen noch nicht genauer bestimmt werden. Indessen liegt der Regierung selbst alles daran daß die innern Verhältnisse Württembergs bald geordnet werden, damit man dann Zeit und Kraft der deutschen Sache um so ungestörter widmen könne. (Würt. Ztg.)

Gr. Baden. Die Karlsruher Ztg. enthält die Vollzugsverordnung über die nähern Einrichtungen des außerordentlichen Ehrengerichts über die badischen Officiere. Die Hälfte des Gerichts besteht aus preußischen Officieren welche der Prinz von Preußen ernennt, die andere Hälfte aus badischen welche von den nichtcompromittirten großherzogl. Officieren und Kriegsbeamten die im Lande sind gewählt werden. Das Ehrengericht entscheidet selbst über solche badische Officiere welche von den Gerichten nicht ihrer Stellen entsetzt werden konnten: ob der vor dasselbe gestellte Officier oder Kriegsbeamte einer solchen Verletzung der militärischen Standesehre und Standespflichten sich schuldig gemacht daß er aus dem Militärdienst entfernt werden muß. Der Angeschuldigte kann die Entfernung einzelner Mitglieder des Ehrengerichts, wenn er triftige Gründe dafür anzugeben weiß, verlangen. Die Abstimmung geschieht von unten nach oben in der Weise daß der an Rang und Dienstalter der Jüngste die seinige zuerst, der Vorsitzende die seinige zuletzt abgibt. Der Spruch erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit. Aber auch die Meldungen über die Erlebnisse aller andern nicht compromittirten Officiere werden dem Ehrengericht vorgelegt, und dasselbe entscheidet: ob das Benehmen des Officiers vorwurfsfrei sey, oder noch eine nähere Untersuchung seines Verhaltens stattzufinden habe. Man geht jetzt mit Ernst an die Reorganisation des badischen Armeecorps. Die Karlsruher Ztg. gibt folgende Andeutungen: man wird das preußische Wehrsystem, allerdings bloß allmählich, einführen. Das Princip der allgemeinen Wehrpflicht wird streng und consequent durchgeführt, dem sich das Institut der Landwehr anschließt, damit man das Resultat erreiche: so viel Bürger, so viel Soldaten. Das neugebildete Armeecorps, bestehend aus den Recruten und den ausgeschiedenen bloß verführten alten Soldaten, wird in preußische Garnisonsplätze verlegt werden, die Strafcompagnien kommen auf preußische Festungen. — Der Bürgermeister von Donaueschingen erhielt, mit dem Postzeichen Aarau 25 Sept., folgendes Drohschreiben eines Flüchtlings: „Hr. Gall! Durch Zufall habe ich erfahren daß Sie sich gegen meine Mutter in Betreff meiner aufs schändlichste benommen haben, ja sogar noch die Frechheit hatten ihr zu bemerken ich sey nicht mehr werth als man solle mich erschießen. Wir kommen wieder zusammen, und wahrscheinlich eher als Sie es vermuthen oder wünschen können. Dann werde ich aber Buben Ihres Gelichters nicht erschießen, sondern erhängen lassen. Anton Rindler, Hauptmann der freiwilligen zwölfpfünder Batterie Mannheim.“

** **Heidelberg,** 2 October. Von der Zerrissenheit der Meinungen die gegenwärtig in Baden herrscht, macht man sich anderwärts schwerlich eine rechte Vorstellung. Was der eine am meisten fürchtet das wünscht der andere am sehnlichsten herbei; dieser sieht in den Preußen seine Retter, jener seine Unterdrücker. Nur darin stimmen fast alle, mit Ausnahme einer gewissen, jetzt wieder überlauten Classe von Beamteten, wenn auch aus verschiedenen Gründen, überein daß der badische Staat keine Gewähr seiner Dauer in sich selber trage, und daß er unter den bisherigen Verhältnissen nicht fortbestehen könne. Die äußere Ruhe ist erzwungen, künstlich, das Werk der Bajonette; unter der Asche glimmt die glühende Kohle fort, die ein Windzug im Nu wieder lichtloh anfachen kann. Und zu dem alten Brandstoff sammelt sich schon wieder neuer an — Dank den übereifrigen Werkzeugen militärischer Gewalt, Dank der Verblendung und der Beschränktheit. Die badischen Zustände sind seit Jahrzehnten zerrieben, zerwühlt, das Volk demoralisirt worden — und nun erntet man wie man gesäet hat. Die Schuld trägt nicht die eine Partei allein, sondern alle Fractionen und Parteien ohne Ausnahme, von der absolutistischen bis zur rothrepublicanischen. Auch war keine der badischen Parteien in den Mitteln bedenklich die dem Ziele zuzuführen schienen. Kein Badener hat die Zeit vergessen wo der alte Welcker, vom Oppositionsfieber geschüttelt, in den Wirthshäusern von den Tischen herab den Umsturz aller Dinge und die Verjagung der Fürsten predigte, wo auch Hr. Bassermann jedes Mittel zur Bekämpfung der Regierung für erlaubt hielt, gewisse Leute mit Bier und Wein tractirte und ganz solche Künste übte wie später im großen Styl die Demokraten, seine damaligen Bundesgenossen. Wie gesagt, keine Partei hat hier der andern gerade viel vorzuwerfen, die Schuld ist eine allgemeine und muß auch allgemein gebüßt werden, nur daß die einsichtsvollern Männer früher als die übrigen zur Besinnung kamen, nun allmählich umlenkten und dem ganzen Vaterlande die gebührende Rechnung trugen. Wenn man gesehen hat bis zu welcher Schwäche die badische Regierung gekommen war ehe sie vor den kopflosen Beschlüssen der Offenburger Versammlung und einer ganz führerlosen Soldatenemeute völlig zusammenbrach, so muß man sich nur wundern daß dieß Ereigniß nicht schon weit früher eingetreten ist. Nur ein Beispiel von jener Schwäche. In Heidelberg war ein sehr ehrenwerther Staatsbeamter den Demokraten und gewissen Behörden verhaßt, weil er seine Pflicht erfüllte und mit dem wilden Strome nicht schwimmen wollte. Diese Behörden berichten an die Regierung, wie das häufig geschehen, jener Beamte müsse entfernt werden, oder man könne vor den Ausbrüchen der Volkswuth nicht einstehen. Und was thut das Ministerium Bekk? Es ersucht den Beamten sich doch freiwillig zu entfernen um der Verlegenheit aus dem Wege zu gehen, und der redliche Beamte muß zum Spott seiner unehrlichen Feinde nächtlich mit Schimpf und Schande die Stadt verlassen. Was Wunder daß der kleine, der machtlose Staat hier in gänzliche Mißachtung gesunken und rettungslos verloren ist. Jedermann fühlt daß nur die preußischen Bajonnette den Staat noch zusammenhalten, und daß er völlig auseinanderfallen wird in dem Augenblick wo der preußische Schutz, der für viele allerdings sehr drückend ist, dem Lande entsteht. Die Hoffnungslosigkeit ist um so größer, als die Maßregeln der großherzoglichen Regierung fast ohne Ausnahme ganz verkehrte sind, und beweisen daß man auch in jenen Regionen nichts gelernt und nichts vergessen hat. So erklärt es sich daß in vielen badischen Familien der Wunsch immer reger wird das ganze Land möge mit den Hohenzollern an Preußen übergehen, nur so könne es dauernd gerettet und allen Kräften darin ein entsprechender, ein weiter Spielraum geöffnet werden. Ich habe diese Ansicht oft auf die lebhafteste und leidenschaftlichste Weise äußern und kaum von einer andern Seite bekämpfen hören. Dagegen will man von einer Vertheilung Badens an die Nachbarstaaten gar nichts wissen, und namentlich zeigt man sich empört wenn von einem Anschluß an Bayern die Rede ist — das abzuwehren, hörte ich ausrufen, werde noch jeder Badener zum Schwerte greifen. Viele hassen auch Preußen, doch niemand verachtet diesen Staat, was sich von andern nicht sagen läßt. Die Truppendurchzüge durch Heidelberg erneuern sich fast täglich, und vermehren die große Einquartierungslast für die Einwohner. Die preußischen Landwehrbatail-

lone ziehen wieder ihrer Heimath zu. Die Hoffnungen welche die Wühler auf sie gesetzt hatten sind zu Schanden geworden, und dennoch gibt es Leute genug welche sich einbilden im nächsten Jahre werde sich das badische Schauspiel wilder Soldatenmeuterei in Preußen wiederholen, und dann die Republik ihre Hand über ganz Deutschland breiten. — Von der Frequenz der Universität im nächsten Semester hegt man keine glänzende Erwartung. Die Professoren und Docenten haben sich bereits so ziemlich alle wieder eingefunden. Dr. Höfken steht im Begriff nach Wien überzusiedeln, einem Rufe dahin folgend. Wie wir hören, wird er nicht nur an der einer neuen Organisation entgegengehenden Wiener Universität docieren, sondern namentlich auch im österreichischen Handelsministerium einen praktischen Wirkungskreis und eine seinen bisherigen Bestrebungen entsprechende Thätigkeit finden. Für Höfkens Hauptfach muß Wien unter den gegenwärtigen Umständen allerdings unendlich mehr bieten als Heidelberg.

⩰ **Rastatt,** 3 Oct. Im gestrigen Standgericht wurde Metzgermeister Comlossi von hier, obgleich die Zeugenaussagen im ganzen nicht so ungünstig schienen, zu zehn Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Sein Vertheidiger war Advocat Joachim von Bruchsal, welcher umsonst gegen das äußerst ungünstige Zeugniß des hiesigen Gemeinderaths ankämpfte. Dieses und die öffentliche Stimmung gegen den Verurtheilten scheint die Richter bei ihrem einstimmigen Verdict geleitet zu haben. Wenn die in nächster Woche vorzunehmende Verhandlung gegen Bürgermeister Sallinger und Advocat Grether über das Wirken einiger hiesigen Bürger zur Demoralisirung der Truppen nicht deutlichern Aufschluß gibt, so dürfte ein großer Theil des Jammerns über diesen Gegenstand in das Gebiet leerer Declamationen zu rechnen seyn, wie ich früher bei Schilderung unserer Mai-Ereignisse behauptet habe. Der in gleicher Sitzung abgeurtheilte Joh. Heinrich Ulrich von Zürich, ehemals französischer Schweizerofficier, und auf die Aufforderung der provisorischen Regierung Reisläufer für ihre Sache, wurde vor die ordentlichen Gerichte gestellt, wie sein Vertheidiger Strauß beantragt hatte. Ebenso der in der heutigen Sitzung vor Gericht gestandene Kaufmannsdiener **Baumann**, welcher den Kampf für die „Reichsverfassung" in Baden mitmachte, um — wie er sagte — eine Entschädigung von 600 und etlichen Gulden für seine Haft in der Struve'schen Sache zu erhalten. Sein Vertheidiger, Professor Eisinger, wies übrigens dessen untergeordnete Betheiligung beim badischen Aufruhr, insbesondere bei der Verhaftung des Pfarrers Sprenger nach, welcher in Folge seiner Einkerkerung durch die provisorische Regierung wahnsinnig wurde. Dagegen ward in der gleichen Sitzung der Fourier Kellermann, schon zur Zeit des Hecker'schen Aufstandes als Redner gegen seine Vorgesetzten 8 Monate lang im Zuchthause, zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt. Er nahm mit leichtfertigem Lächeln die Verkündigung des Spruchs auf, und wurde sofort nach Bruchsal abgeführt. Dort drohte inzwischen ein Auflauf zur Befreiung des Bierbrauers Hetterich, in Folge dessen dieser in das Zuchthaus zu Freiburg, die Befreiungslustigen aber ins Gefängniß gebracht wurden. Die Untersuchung wird das nähere zeigen; sollte sich das Gerücht bestätigen, so gälte wohl die mosaische Ansicht daß dieses Geschlecht vergehen müsse ehe es besser werden könne. Aus der Schweiz sind heute bei 40 Gefangene eingetroffen; die Schilderung dessen was sie erlitten kehrt einem das Herz um.

Freiburg. Ueber Kinkel ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Der ehemalige Professor und Wehrmann in den Freischaaren, Johann Gottfried Kinkel aus Bonn, wurde, weil er unter den badischen Insurgenten mit den Waffen in der Hand gegen preußische Truppen gefochten, durch das zu Rastatt angeordnete Kriegsgericht zu dem Verluste der preußischen Nationalcocarde und, statt zur Todesstrafe, nur zur lebenswierigen Festungsstrafe verurtheilt. Zur Prüfung der Gesetzlichkeit wurde dieß Urtel von mir dem königl. Generalauditoriate übersandt, und von demselben als ungesetzlich Sr. Maj. dem König zur Aufhebung überreicht. Allerhöchstdieselben haben jedoch aus Gnaden die Bestätigung des Erkenntnisses mit der Maßgabe zu befehlen geruht daß der v. Kinkel die zuerkannte Festungsstrafe in einer Civilstrafanstalt verbüße. Diesem allerhöchsten Befehl gemäß ist von mir das kriegsrechtliche Erkenntniß dahin bestätigt: daß der v. Kinkel wegen Kriegsverraths mit dem Verlust der preußischen Nationalcocarde und mit lebenswieriger, in einer Civilstrafanstalt zu verbüßenden Festungsstrafe zu bestrafen, und zum Vollzug des Erkenntnisses die Abführung des Verurtheilten nach dem Zuchthause angeordnet worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird. Hauptquartier Freiburg, den 30 Sept. 1849. Der commandirende General des ersten Armeecorps der königl. preußischen Operationsarmee am Rhein. v. Hirschfeld."

Hansestädte. **Hamburg,** 30 Sept. Gestern ist die letzte Nummer der „Deutschen Handelszeitung," die zuerst als „Freihafen" sich hier aufthat, und vor kurzem erst aus einem Wochenblatte in eine tägliche politisch-commercielle Zeitung sich verwandelte, erschienen. Dem Vernehmen nach werden die Freihandelsinteressen fortan in einer wöchentlichen Beilage zur „Börsenhalle" vertreten werden; diese Beilage würde dann unter einer vom Hauptblatt ganz gesonderten Redaction erscheinen. (Wes. Ztg.)

K. Hannover. **Hannover,** 30 Sept. Die meisten der hiesigen und selbst der Berliner Tagesblätter scheinen über den Zeitpunkt und Zweck der Sendung des Grafen Bennigsen sehr mangelhaft unterrichtet. Selbst die Zeitung für Norddeutschland scheint dem Gerüchte wenig Gewicht beizulegen, indem diese Zeitung in ihrer 268sten Nro. sagt: „der Hamburger Correspondent wittert neue Wiener Ministerconferenzen." Und doch ist diese Nachricht ganz unzweifelhaft. Wir halten uns nun hinlänglich unterrichtet um sowohl die Ministerconferenz als die Sendung des Grafen Bennigsen zu derselben nach Wien als unbezweifelte Thatsache bezeichnen zu können, und bemerken nur noch, den Berliner Blättern gegenüber welche den Grafen Platen in Gemeinschaft mit dem Grafen Bennigsen reisen lassen, und geneigt scheinen demselben eine Assistenz des letzteren zu vindiciren, daß dieser Heer-Capitän und Flügeladjutant in der Armee ist, allem diplomatischen Verkehr bisher fern stand und, indem er einen 14tägigen Urlaub in Wien verleben wollte, zufällig in die Reisegesellschaft des Grafen Bennigsen gelangte. (Wes. Z.)

Preußen. Es herrscht jetzt eine unerfreuliche Zänkerei in den wichtigsten Organen der deutschen Presse, wo Sophisterei, Rabulisterei, Entstellung von Thatsachen und Actenstücken gewöhnliche Anklagen sind womit die Parteien einander bedienen. Die Leser der Allg. Ztg. haben gesehen wie selbst die österreichische Publicistik Pfeile nach dem großdeutschen Süddeutschland herüberschickt, aber noch hitziger ist die Polemik die von Berlin aus in der Deutschen Reform gegen die halbofficiellen Organe von Hannover und München geführt wird. Diese beiden werden dort als Verbündete behandelt, und was man dem einen sagt gilt nicht selten auch dem andern. Einer der Hauptvorwürfe gegen die Hannoverische Zeitung ist daß sie eine Stelle aus der Instruction des Hrn. v. Canitz vom 10 Mai falsch citire, um behaupten zu können daß Preußen von Anfang an unverholen anerkannt habe die Lösung der deutschen Verfassungsfrage hänge von dem Einverständniß mit dem kaiserlichen Cabinet ab, und der Gedanke des engern Bundes sey erst später aufgetaucht. Ein anderer Vorwurf ist daß Hannover auf der einen Seite dem preußischen Entwurf beitrete, auf der andern Seite aber hinterher sich freue daß man österreichischerseits Zeit gewinne, und daß andere Staaten Sonderstellungen nehmen könnten. Der Unterschied der bayerischen und hannoverischen Politik würde nur darin bestehen daß, während beide im angeblichen Interesse der Rechte und Bedürfnisse der deutschen Volksstämme auf den völkerrechtlichen Bund lossteuern, Hannover das alte Stimmenverhältniß beizubehalten suche, hingegen Bayern entweder durch Territorialvergrößerung oder an der Spitze eines Bundes der kleinern Staaten nach einem vermehrten Einfluß und einer bedeutsamern Stellung zwischen den beiden Großmächten trachte. Daher es auch bei den Berliner Verhandlungen lediglich die Wahrung oder Erwerbung dynastischer Rechte als Ziel verfolgt, im übrigen wie in Frankfurt und sonst sich auf der Negative gehalten habe. Bestimmter formulirt sich die Polemik der Deutschen Reform gegen die bekannten (nicht officiellen) „Erläuterungen" über den Stand der deutschen Frage, in der Abwehr einiger Anschuldigungen die gegen Preußen daselbst gemacht worden. Erstens wird es für unwahr erklärt daß Preußen mit der Note vom 23 Jan. eine Verständigung mit Oesterreich abgeschnitten habe, eben als die Unterhandlungen dem Schluß nahe waren und Oesterreich Volkshaus und starke Repräsentation wollte; es wird erinnert wie sich das Programm des Ministeriums Schwarzenberg vom 27 Nov. 1848 auf dem Reichstag von Kremsier ausgesprochen: „daß erst, wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seyen, es möglich seyn werde ihre gegenseitigen Bestimmungen staatlich zu bestimmen," wie in der österreichischen Note vom 4 Febr. nichts vorkomme als das Vorschweben von einem festen, mächtigen, starken, freien, organisch gegliederten und doch einigen Deutschland, auf einer in Aussicht zu stellenden Grundlage, auf welcher auch alle deutschen Landestheile Platz finden sollten, wie die am 9 März nach Erlassung der österreichischen Centralverfassung erschienenen Einigungsvorschläge allerdings auf Eintritt des Gesammtösterreichs in den deutschen Bund mit einer Staatenvertretung in sieben Gruppen, worin Oesterreich 38, das ganze übrige Deutschland 32 Stimmen führen würde, aber ohne „lähmendes" Volkshaus lauten, wie aber nur zu verwundern sey daß ein solcher Plan bei bayerischen Staatsmännern hätte Beifall finden können, da derselbe doch eine völlige Vernichtung der Bundesverhältnisse von 1815 mit sich brächte, während jene schon die Bildung eines engeren Bundesstaats als eine Verletzung des Bundes von 1815 bekämpften und deßhalb europäische Congresse herbeiwünschten. Zweitens wird es als unwahr zurückgewie-

sen daß die preußische Regierung durch die Circularnote vom 10 März nicht nur dem österreichischen Plan beigetreten sey, sondern auch die andern Regierungen zum Beitritt eingeladen habe, da, wie aus der wörtlich mitgetheilten Note erhellt, die Note nichts besage als daß es der königlichen Regierung zum Vergnügen gereiche daß nun auch Oesterreich den Weg der Verständigung betreten habe, und daß man bereit sey diese Vorschläge einer reiflichen Erwägung zu unterziehen. Wenn endlich drittens die „Erläuterungen" nun aus diesen Prämissen ein „höchst sonderbares und zweideutiges Benehmen" der preußischen Regierung sowohl gegen Oesterreich als ganz Deutschland folgern, indem sie in einer und derselben Zeit mit den österreichischen Vorschlägen sich einverstanden erklärt, und mit den Gegnern dieser Vorschläge im Reichsministerium und in der Nationalversammlung über andere Vorschläge Unterhandlung angeknüpft habe, so wird dem letzten Theil der Anschuldigung mit der Versicherung begegnet: mit den Gegnern der österreichischen Vorschläge in der Nationalversammlung habe die preußische Regierung und ihr Bevollmächtigter nie und in keiner Weise unterhandelt. Wohl aber habe es eine großdeutsche Coalition gegeben die mit einem außerparlamentarischen Verfassungsentwurf nach Wien gereist sey. Ohne Zweifel wird die bevorstehende Verhandlung der deutschen Frage in den bayerischen Kammern diesem unerquicklichen Streit ein Ende machen. Deutschland wird sich überzeugen daß Bayern nicht bloß zu verneinen weiß, daß der Aufschub keine Tergiversation war und die Frage bei Regierung und Ständen zur Reife gefördert hat.

§ **Berlin**, 1 Oct. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer erbat sich, nach Verlesung des Commissionsberichts über die zuletzt gemachten Vorlagen in der deutschen Sache, der Abg. v. Canitz zu einer thatsächlichen Bemerkung das Wort, und erklärte: von dem Augenblick an wo er eine Möglichkeit habe aufdämmern sehen der Regierung eine Verlegenheit zu bereiten, habe er auf den ihm anvertrauten Posten Verzicht geleistet. Der Veröffentlichung weiterer Actenstücke sehe er ohne alle Prätension, aber auch ohne die geringste Besorgniß entgegen. Die Kammer trat dem Antrag der Commission bei: das Verfahren der Regierung für genügend aufgeklärt und die Prüfung der letzten Actenstücke für geschlossen zu erklären. Der vom Grafen Itzenplitz verlesene Bericht über Tit. II, Art. 11 bis 23 der Verfassung ergibt daß der Ausschuß in den Verfassungsbestimmungen viele Veränderungen zu machen für nöthig befunden. Zu Art. 11, der die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung ausspricht, schlägt der Ausschuß den Zusatz vor: „Die Religionsgesellschaften welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen." Außerdem sind Verbesserungsanträge eingegangen von Nitzsch, Ritter, Daniels, Ammon, Wachler, Walter, Rath, Stahl, Goldtammer und Gerlach. Walter beantragt die Zusätze: a) Jede Religionsgesellschaft welche auf den Schutz des Staats Anspruch macht, ist verpflichtet ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen Gott, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen alle Mitbürger einzuflößen; b) die christliche Religion in ihren Hauptbekenntnissen wird als die Religion der großen Mehrheit der Bewohner des Staats anerkannt, und als solche in den Einrichtungen desselben, unbeschadet der Religionsfreiheit der Andersglaubenden, berücksichtigt. Der Abg. Stahl schlägt die Bestimmung vor: „Das Christenthum bleibt maßgebend für alle öffentlichen Einrichtungen die mit der Religion im Zusammenhang stehen. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche behalten ihr öffentlich nationales Ansehen im Staate." Das Amendement Gerlachs, wornach die Religionsverhältnisse durch ein Gesetz zu regeln sind, wird nicht hinlänglich unterstützt; der Antragsteller hält sich schadlos durch einen Angriff auf die Verfassungsbestimmungen. Er sagt: „Die Sätze des Artikels 11 sprechen die Trennung der Kirche vom Staat aus. Die deutsche Nation, in der Kirche geboren, soll als Nation keinen Glauben, keinen Gott mehr haben — sie soll ihn verläugnen, weil in Paris eine Februarrevolution gewesen ist. Das hieße ein wahres Grundrecht verlieren, und ich fordere in diesem feierlichen Augenblick die Regierung auf dafür zu sorgen daß es uns nicht genommen werde! Der Ausschuß erkennt an, die Tragweite dieses und der folgenden Paragraphen lasse sich nicht berechnen; gleichwohl hat er kein besseres Gesetz aufgestellt, dessen Tragweite zu berechnen wäre. Sein Hauptgrund ist: diese Bestimmungen seyen ein fait accompli, sie seyen kaum rückgängig zu machen. Allein was das Rückgängigmachen betrifft, so haben wir in der letzten Zeit gute Erfahrungen gemacht. Die Nationalversammlung und so manches andere waren auch Thatsachen die kaum rückgängig zu machen schienen, und doch ging es trotz des passiven Widerstandes. Die Aufgabe Preußens in seiner jetzigen siegreichen Stellung der Revolution gegenüber ist gerade: die verderblichen Dinge, die kaum rückgängig zu machen sind, dennoch rückgängig zu machen. Die Märzverheißungen können uns nicht im mindesten binden; kein fait accompli ist so heilig daß es sich unsrer Prüfung zu entziehen vermöchte, am wenigsten die Ereignisse jener schmachvollen Epoche. Die Schule soll eine Anstalt des Staats werden, der erklärt keinen Gott zu haben — kann es einen größern Gewissenszwang geben? Und warum sollen die höchsten Güter der Nation in Frage gestellt werden? Leuten zu gefallen die an ihrem Glauben Schiffbruch gelitten haben! Wir werden noch statt des Kreuzes die Hahnenfeder aufgerichtet sehen; auf den Universitäten wird es einen Lehrstuhl des Atheismus geben, und die Zeiten wo man die Tempel der Venus bekränzte, dürften wiederkehren. Der Staat ist eine Person, der constitutionelle mehr als jeder andere; er muß als Person eine Religion haben, und besonders der christlich gewesene Staat kann in der Religion nicht neutral bleiben. Wer nicht für mich ist der ist wider mich. Ich glaube daß die Trennung der Kirche vom Staat in Preußen unmöglich ist, daß durch sie der Staat vernichtet wird, und hoffe daß Evangelische und Katholiken gegen diese Trennung einig seyn werden." Der Minister v. Ladenberg antwortet Hrn. v. Gerlach in einer mehrfach von Beifall unterbrochenen Rede. Er sagt: „Könnten die in der eben gehaltenen geistreichen Rede geschilderten Folgen eintreten, sie reichten hin eine Verwaltung der Verachtung preiszugeben die solche Vorlagen machen kann. Wir wollen keine Entchristlichung des Volkes, Staat und Kirche sollen auch ferner Hand in Hand gehen, aber wir wollen Gewissensfreiheit. Der Grund dieses Artikels ist nicht die Februarrevolution, die Ursachen liegen viel weiter zurück. Nie ist Preußen eine Maschine in Frankreichs Händen gewesen, nie wird sie es werden. Die Regierung wollte der Zeit Rechnung tragen, sie ist in diesem Gesetz der Fassung der Nationalversammlung gefolgt, um zu zeigen daß sie den Wünschen des Volkes Gerechtigkeit widerfahren läßt. Sie vertraut daß die Kammern das Gegebene dem wahren Bedürfniß des Volkes anpassen werden. Wenn das Volk der Regierung vertraut, so werden die Folgen nie eintreten die hier in so schmachvollen Bildern vorgeführt wurden." Es sprachen noch Scheller, Nitzsch, Burmeister, Daniels und Gierke. Burmeister bemerkt: „Christenthum und christliche Kirche sind ganz heterogene Wesen. Der höchste Satz der christlichen Lehre ist: Liebet eure Feinde! Wo hätte aber die Kirche jemals ihre Feinde geliebt? (Zur Rechten hin:) Ihr Schweigen beantwortet meine Frage am besten. Die Andersglaubenden dürfen nicht anders verfolgt werden als durch die Lehre, die Ueberzeugung schafft." Die Debatte wird auf morgen vertagt.

* **Berlin**, 2 Oct. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer beantragten bei Art. 1 der Verfassung die polnischen Abgeordneten einen Zusatz: es solle ein organisches Statut zur Erfüllung der den Polen gemachten Verheißungen erlassen werden. Es fielen heiße Reden; ein Pole rief: „wenn uns alles täuscht, wenn das civilisirte Europa uns zurückstößt, dann werden wir uns erinnern daß wir Slaven sind! Wir werden dann unsre Nationalität mit denen retten die Barbaren genannt werden!" Die Kammer hörte die Klagen und die Drohungen ungerührt an; eine große Mehrheit verwarf das Amendement.

Schleswig-Holstein. **Flensburg**, 28 Sept. Die HH. Graf zu Eulenburg und Oberst Hodges sind heute von hier südwärts gereist. Man will wissen daß ersterer ehestens aus der Landesverwaltung zu treten beabsichtige. (O. T.)

= **Schleswig**, 30 Sept. Der dänische Druck wird von Tag zu Tag unerträglicher und die Gefahr der Anarchie immer größer, da keine Landesbehörde mehr besteht, indem die Landesverwaltung gar keinen Einfluß selbst auf die Beamten auszuüben vermag. Eine sehr große Mißstimmung erregt es daß die Postämter überall mit Dänen unter Entfernung der schleswig-holsteinischen Postmeister besetzt werden, da Verletzungen des Briefgeheimnisses zu besorgen dringende Anlässe vorliegen. In den Städten wird der passive Widerstand bis aufs äußerste geübt werden. Vorgestern ward der von der Landesverwaltung ernannte Amtmann für Tondern, welcher den dortigen schleswig-holsteinischen Amtmann Hansen ersetzen sollte, von der Bevölkerung wieder zur Stadt hinausgetrieben. Dasselbe geschah gestern unter persönlichen Mißhandlungen dem Beauftragten der Landesverwaltung, dem Dänen Etatsrath Kornerup Borch, hier in Schleswig, welcher abgesandt war das bei dem Stempelpapierverwalter Shedens hieselbst vorhandene gestempelte Papier mit einem dänischen Stempel zu versehen. Das preußische Militär kam zu spät zum Schutz des Dänen, und da dasselbe ihn auf dem Rückweg nach Flensburg wieder einholte um ihn geschützt nach Schleswig zu bringen, verweigerte Hr. Kornerup zu folgen. Alle Freunde der Ruhe und Ordnung können unter diesen Zuständen des Landes nur die Erneuerung des Krieges wünschen. — Das einberufene schleswig'sche Militär hat von der Landesverwaltung nicht verhindert werden können sich nach Holstein zu begeben und dort unter die Waffen zu treten. Eine entschiedenere Stimmung als im Herzogthum Schleswig kann nicht gewünscht werden.

Oesterreich. Hr. A. Hübner, bisheriger österreichischer Generalconsul in Leipzig ist, wie bereits gemeldet, zum bevollmächtigten Minister nach Paris designirt worden. Die „Presse" widmet diesem Vorfall einen umfangreichen Artikel, und begrüßt die Ernennung als willkommenes Merkmal des neuen und bessern Oesterreich; es ist nämlich der erste Fall wo ein Bürgerlicher ohne vorausgegangene Adelung einen solchen diplomatischen Posten erlangt hat. Indessen erklärt sich die „Presse" gegen die Ernennung selbst, weil Hr. Hübner zwar Verstand, Geschmeidigkeit und trefflichen deutschen Styl besitze, während ihm höhere diplomatische Fähigkeit, der Ueberblick über die europäische Politik und die politische Weltlage abgehe. Nach dem Bericht dieses Blattes kam Hr. Hübner auf Verwenden eines der ausgezeichnetsten vormärzlichen Journalisten in die geh. Haus- und Hofkanzlei, wurde dann nach Mailand, von dort nach Neapel geschickt, wo er zuerst von dem jetzigen Ministerpräsidenten bemerkt wurde. Später kam Hr. Hübner als Generalconsul nach Leipzig, wo er das wenig beneidenswerthe Amt eines geheimen Beaufsichtigers des deutschen Büchermarkts übernahm und mit vielem Fleiß und großem Geschick alles staatsgefährliche denuncirte. Im Jahr 1846 nach der Einverleibung von Krakau bezog er den französischen Journalen gegenüber denselben Wachtposten, und wurde hierauf mit demselben Charakter in die Lombardei geschickt als im Jahr 1847 die Wolken tiefer zu gehen begannen. So die „Presse."

Das Schwarzenberg'sche Armeecorps in Vorarlberg wird nach dem „Oesterr. Corr." aus 28 Bataillonen, 12 Schwadronen und 11 Batterien bestehen, es ist eingetheilt in zwei Divisionen, von denen jede wieder in zwei Brigaden zerfällt.

Cholerabülletin: Am 25 Sept. blieben 175 Kranke in Behandlung, bis zum 28 sind zugewachsen 78, also 19 bis 20 täglich, gesundet sind 87, gestorben 29, also 7 bis 8 täglich. Die Epidemie hat sich also an Ausdehnung und Heftigkeit gemindert. Unter den neu Erkrankten fanden sich allein 28, unter den Gestorbenen 9 Militärs.

× **Wien**, 30 Sept. Wenn auch die Frage über die ungarischen Flüchtlinge geeignet ist bedeutende Differenzen zwischen den beiden Regierungen hervorzurufen, so hängen doch zu große Interessen, ja der Fortbestand des allgemeinen Friedens von dem guten Einvernehmen der Pforte mit Oesterreich ab, als daß ich glauben könnte durch eine solche im Grund untergeordnete Frage könnte ein offener Bruch zwischen den beiden Mächten entstehen. Gewiß ist daß Graf Stürmer schon vor längerer Zeit seine Abberufung von Konstantinopel nachgesucht hat, welchem Verlangen aber bisher von dem Ministerium des Auswärtigen nicht entsprochen wurde. Die Ursache warum unser Ministerpräsident die so gerechte, auch von der öffentlichen Meinung unterstützte Bitte des Hrn. v. Stürmer nicht erfüllte, mag in der augenblicklichen Verlegenheit liegen einen passenden Nachfolger für diesen so wichtigen Posten zu finden. Hr. v. Prokesch, welcher früher immer als der Internuncius der Zukunft angesehen wurde, ist an seiner gegenwärtigen Stelle unentbehrlich, und der Consul Mihanowich, der von österreichischen Blättern als Candidat eines der bedeutendsten Gesandtschaftsposten genannt wurde, ist in der diplomatischen Welt gänzlich unbekannt. In der That ist Oesterreich in diesem ereignißvollen Moment so arm an tüchtigen Diplomaten, namentlich an solchen welche mit der Politik und den Zuständen des Orients gründlich vertraut sind, daß es schwer zu sagen ist wer geeignet wäre Oesterreich in diesem Augenblick in Konstantinopel würdig zu vertreten. Als einer der am meisten Berufenen wäre nach unserer geringen Ansicht der General v. Philippovich, der, obschon so unglücklich im ungarischen Kriege, dennoch früher als Agent in einem der Donaufürstenthümer Proben von hervorragenden diplomatischen Talenten und einer seltenen Charakterstärke gegeben hat. Es wäre zu wünschen daß die früher so berühmte k. k. orientalische Akademie bald reorganisirt und, ihrer eigentlichen Bestimmung entsprechend, wie die St. Petersburger, zu einer wahren Pflanzschule für orientalische Diplomaten gemacht würde. — Wie Sie aus der heutigen Wiener Ztg. ersehen haben, ist der ehemalige Generalconsul in Leipzig, Alex. Hübner, zum k. k. Gesandten in Paris ernannt worden. Auch dieses ist ein Zeichen daß Oesterreich, nachdem es die gewaltige Erschütterung des vergangenen Jahres bestanden, nun erst in die Phasen der innern Revolution getreten und ernstlich an die Umwandlung aller seiner staatlichen Verhältnisse geht. Ein einfacher Bürgerlicher, der vor einigen Jahren noch Official in der Staatskanzlei gewesen, wird mit einemmal zu einem Gesandtschaftsposten ernannt, der bisher immer ein ausschließliches Eigenthum der berühmtesten Diplomaten und glänzendsten Namen der Monarchie — Kaunitz, Metternich u. a. — gewesen zu seyn schien! Wenn selbst die geheiligte, undurchdringliche und auserwählte Körperschaft der hohen Diplomatie nicht mehr frei ist vor bürgerlicher Beimischung, was gibt es dann noch bleibendes und reines auf Erden? Die heutige „Presse" bringt eine nicht uninteressante Biographie unseres neuen Gesandten in Paris, an die sich manche Betrachtungen anknüpfen ließen, und die wir mit vielen neuen Daten bereichern könnten, wenn wir nicht unser Urtheil über die Befähigung des Hrn. Hübner bis dahin aufschieben wollten bis wir Gelegenheit haben werden seine Leistungen auf dem Schauplatz der großen Politik zu beobachten, auf den er durch die Revolution gestellt wurde. Bei der Erwähnung der „Presse" fällt uns ein daß in der Allg. Ztg. letzthin der Rücktritt des allerdings sehr talentvollen Hrn. Landsteiner von der Redaction derselben als ein fast unersetzlicher Verlust für dieses einflußreiche Blatt bezeichnet wurde. Diese Ansicht, glauben wir, beruht auf einer Unkenntniß der innern Verhältnisse und leitenden Kräfte der „Presse", deren bewegendes Princip und eigentlicher Schöpfer Hr. Zang ist. Dieser merkwürdige Mann, der als Dilettant in der Journalistik von den Leuten des Handwerks etwas scheel angesehen wird, ist nichtsdestoweniger ein eminenter Kopf von durchdringendem praktischen Verstand, verbunden mit einer Energie des Geistes die fähig war eine Revolution in der Wiener Journalistik hervorzurufen und mit geringen Mitteln ein bedeutendes Organ in schwierigster Zeit zu gründen. — Die Nachrichten von der Beschießung von Komorn oder von einem Ausfall seiner Besatzung waren alle falsch. Nach langwierigen Unterhandlungen hat sich die Festung gegen die Bedingung vollständiger Amnestie auch der Anführer ergeben, die letzteren aber haben das Land zu verlassen, wozu sie von der Regierung sogar mit den nöthigen Geldmitteln versehen wurden. Auch die Ermordung Görgey's durch Graf Zichy gehört in das Reich der Fabeln oder der frommen Wünsche jener Partei welche dem unglücklichen Insurgentengeneral seine bethätigten russischen Sympathien noch immer nicht verzeihen kann.

(**Austria.**) Die Reform des österreichischen Postwesens hat einen wichtigen Schritt vorwärts gethan durch Vereinfachung und theilweise Herabsetzung des Briefporto's, Einführung der Frankirung durch Briefstempel und wesentliche Vereinfachung des Fahrposttarifs. Unter allen Staaten des europäischen Festlandes hat Oesterreich zuerst den Weg einer durchgreifenden Reform des Postwesens betreten. Wenige Jahre nachdem auf Anregung des Hrn. Rowland Hill die großbritannische Regierung von einem sehr hohen und vielfach abgestuften Briefportotarif zu dem gleichförmigen Penny-Porto übergegangen war, hat die österreichische Staatsverwaltung den siebenfach von 2 bis 14 kr. abgestuften Portosatz aufgehoben, und an dessen Stelle mit dem Regulativ vom Jahr 1842 nur zwei Portogebühren eingeführt, und zwar von 6 kr. bis einschließlich 10 Meilen und von 12 kr. für jede weitere Entfernung. Das Gewicht des einfachen Briefs wurde mit ½ Loth festgesetzt, und bei größerem Gewicht die steigende Progression des Portosatzes bis zu dem Gewicht von 5 Pfd. bestimmt. So wichtig diese Tarifsänderung auch war, so wurde sie doch von der Staatsverwaltung nur als der erste Schritt zu einer weiteren Erleichterung des Briefverkehrs bezeichnet. Da der erste Tarifsatz von 6 kr. sich zu hoch erwies, wurde schon im Jahr 1843 der Rayon für denselben von 10 auf 20 Meilen erweitert. Noch immer war aber der Uebelstand der zu hohen Portotaxe nicht gehoben; es fand sich die Staatsverwaltung daher veranlaßt im Jahr 1848 eine Portotaxe von 3 kr. bis auf die Entfernung von 10 Meilen einzuführen, und im Jahr 1849 dem Publicum eine weitere Erleichterung dadurch zu gewähren daß die Entfernung innerhalb welcher die Taxe von 6 kr. zu entrichten war, von 20 auf 30 Meilen ausgedehnt wurde. Diese letztgedachte Maßregel kann gleichsam als Uebergang zu der gegenwärtig zur Ausführung gelangenden weiteren Erleichterung und Vereinfachung angesehen werden. Die Verwirklichung dieser Maßregel mußte umsomehr angestrebt werden als auch in anderen Staaten eine gleichförmige Brieftaxe und die Frankirung der Briefe mittelst verkäuflicher und aufgeklebter Stempel eingeführt wurde. Das Handelsministerium hat die in andern Ländern eingeführten Reformen des Postwesens genau im Auge behalten und dieselben unsern Verhältnissen anzupassen getrachtet. Als erster Schritt hiezu mußte die einzuführende Frankirung der Briefe mittelst Briefstempel angesehen werden, diese aber bedingte die größtmögliche Vereinfachung der Taxen wie der Progressionen, welcher Anforderung der bisherige Portotarif nicht entsprach. Es wurde demnach als die den hierländigen Verhältnissen angemessenste Gewichtseinheit das Wiener Loth angenommen und die Gewichtsprogression von Loth zu Loth festgesetzt, bei welcher sich das Porto um die einfache Brieftaxe erhöht. Der Verkehr und die demselben zu Grund liegenden Verhältnisse sind in Oesterreich noch nicht auf jener Stufe der Ausbildung daß sie die Einführung einer einzigen Portotaxe nach dem bisherigen niedrigsten Satz von 3 kr., somit das eigentliche Penny-Porto im ganzen Umfang der österreichischen Monarchie gestatten. Andererseits würde aber die Aufhebung des Satzes von 3 kr. und die allgemeine Einführung eines höheren Satzes mit Recht als ein Rückschritt erkannt werden und Unzukömmlichkeiten mannichfacher Art herbeiführen. Da es sich zunächst um einen Fortschritt auf der eingeschlagenen Bahn der Reformen handelte, so erschien die Feststellung eines Portotarifs von zwei Sätzen, nämlich von

3 kr. bis einschließlich 10 Meilen, und von 6 kr. über 10 Meilen als eine wesentliche Erleichterung des Briefverkehrs, wodurch auf dem Gebiet der Postanstalt den Anforderungen der Staatsbürger möglichst Rechnung getragen würde. Es ist zwar nicht in Abrede zu stellen daß die Beseitigung der Taxe von 12 kr. mindestens in der ersten Zeit einen nicht unerheblichen Ausfall für die Posteinnahmen zur Folge haben werde; allein die in andern Ländern gewonnene Erfahrung berechtigt zu der Hoffnung daß die Zunahme der Correspondenz diesen Ausfall binnen nicht zu langer Zeit ausgleichen werde. Mehr noch als das Briefpostwesen bedurfte der Fahrposttarif einer durchgreifenden Reform. Die Sendungen mit der Fahrpost unterlagen nicht nur nach ihrem Werth und Gewicht, sondern auch nach der Entfernung des Orts ihrer Bestimmung und nach ihrem Inhalt, je nachdem Geld und geldvorstellende Effecten, Gold, Silber, Kupfergeld, Waaren, Schriften und Drucksachen, Bücher u. s. w. versendet wurden, einer verschieden, jedoch nicht gleichmäßig abgestuften Portobehandlung, welche den Parteien eine Selbsttaxirung und bezügliche Controlirung der Postbeamten unmöglich machte, da selbst diese der Zuhülfenahme umfangreicher Tabellen bedurften um die Fahrpostsendungen zu taxiren. Ueberdieß begünstigte der Tarif fühlbar die großen Sendungen auf Kosten der kleinen, welcher Umstand zu vielen Klagen Veranlassung gab. Bei der Reform des Fahrposttarifs handelte es sich nicht so sehr um die Herabsetzung der Gebühren, da die Beförderung von Fahrpostsendungen kein Gegenstand des Staatsvorbehalts, sondern jedermann freigegeben ist; es war vor allem dessen Vereinfachung erforderlich, damit jede Partei ihre Sendung mit Leichtigkeit selbst taxiren und die Portobemessung controliren könne; ferner erschien die gleichmäßigere Vertheilung der Portolast, endlich die Verfügung geboten daß die Sendungen auf große Entfernungen, bei welchen das Publicum mehr an die Postanstalt gewiesen ist, nicht allzusehr erschwert werden, während bei kurzen Entfernungen dem Publicum häufig Privatgelegenheiten zu Gebot stehen. Zugleich mußte man auch Sorge tragen daß der Postanstalt vorzugsweise die kleineren und leichteren Sendungen, für welche sich der gewöhnliche Frachtentransport weniger eignet, zugewendet werden. Nachdem die Gegenstände dieser beabsichtigten Reformen durch eine Versammlung von Fachmännern in reifliche Erwägung gezogen worden, erstattete der Handelsminister an Se. Maj. den Kaiser die bezüglichen Anträge, welche mit der allerhöchsten Entschließung vom 25 Sept. genehmigt wurden. Die hierin enthaltenen Bestimmungen lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen: 1) die Frankirung der Briefe mittelst aufzuklebender Stempel wird allgemein, einschließlich der Stadtpost in Wien und an andern Orten, eingeführt; 2) bei der Briefpost gilt das Porto mit 3 kr. bis inclusive 10 Meilen, und mit 6 kr. über 10 Meilen für den einfachen Brief; der Portosatz von 12 kr. fällt ganz weg. Das Stadtporto in Wien bleibt auf 2 kr. festgestellt; 3) das Gewicht des einfachen Briefs wird mit 1 Loth Wiener Gewicht und die Taxprogression dahin bestimm. daß für jedes Loth Mehrgewicht die Taxe für den einfachen Brief mehr einzuheben ist; 4) Sendungen ohne Werth müssen bis zum Gewicht von inclusive 6 Loth bei der Briefpost aufgegeben werden. Bei dem Gewicht von mehr als 6 Loth kann man sie entweder bei der Brief- oder bei der Fahrpost aufgeben; sie müssen aber im letzteren Fall nebst dem Fahrpostgrundporto solange die für einen Brief von 7 Loth entfallende Brieftaxe entrichten bis die Behandlung nach dem Fahrposttarif einen höheren Portobetrag ergibt; 5) alle Sendungen mit angegebenem Werth, ohne Rücksicht auf das Gewicht derselben, gehören zur Fahrpost; 6) das Fahrpostporto ist nach dem Tarif, und nebst demselben ist von jeder einzelnen Sendung ohne Rücksicht auf Gewicht, Werth und Entfernung das Grundporto von 10 kr. einzuheben; 7) bei Fahrpostsendungen ohne angegebenen Werth findet die Taxirung lediglich nach dem Gewicht, bei Sendungen mit Werthangabe aber sowohl nach dem Werth als nach dem Gewicht statt; 8) ein angegebener Werth unter 50 fl. bleibt vom Werthporto frei, erst von 50 fl. angefangen bildet der Werth ein Element der Taxirung; 9) Werthsendungen von geringerem Gewicht als 6 Loth müssen außer dem Grundporto die nach dem Gewicht entfallende Brieftaxe, und nur wenn die Behandlung nach dem Fahrposttarif ein höheres Porto angibt, das letztere entrichten; 10) Werthsendungen von mehr als 6 Loth Gewicht unterliegen nebst dem Grundporto so lange der Brieftaxe von 7 Loth bis die Taxe nach dem Fahrposttarif höher entfällt; 11) liegt einer Geldsendung ein Brief von mehr als 1 Loth Gewicht bei, so ist für das Uebergewicht das dafür nach dem Briefportotarif entfallende Porto zu entrichten; 12) alle für Schriften und Documente, Gold- und Silbergeld, Papiergeld, Waaren, Pretiosen, Bücher und Broschüren, Musikalien, Geflügel, Fische und Austern bestehenden Porto-Moderationen und Ausnahmen haben aufzuhören, nur für rohe Seide wird eine Portolimitation beibehalten, welche jedoch für die einzelnen Aufgabsorte in Südtirol und dem lombardisch-venetianischen Königreich speciell und verschieden festgesetzt werden wird; 13) alle durch obige Bestimmungen nicht aufgehobenen oder modificirten Anordnungen des Portoregulativs von 1842 bleiben in Kraft; 14) um das Publicum in Stand zu setzen selbst die Taxirung seiner Fahrpostsendungen vorzunehmen, ist in allen größeren Postorten nicht nur der Fahrposttarif, sondern auch der Meilenweiser des Orts verkäuflich zu halten, an kleineren Postorten beides zur bequemen Benützung des Publicums im Postlocal ersichtlich zu machen. Um diesen Grundsätzen der vereinfachten und erleichterten Benützung der Postanstalt Eingang in weiterem Kreis zu verschaffen und den Werth derselben für die Betheiligten noch mehr zu erhöhen, wurden die Postverwaltungen der deutschen Staaten eingeladen einen neuerdings in Dresden abzuhaltenden Postcongreß mit ihren Abgeordneten zu beschicken, und sich auf Grundlage der früheren daselbst stattgefundenen Vereinbarung über weitere gemeinsam auszuführende Verbesserungen im Postwesen zu berathen.

△ **Wien,** 2 Oct. Die orientalische Frage tritt früher in den Vordergrund als man es erwarten mochte. Man war seit dem Beginn der russischen Intervention in Ungarn gefaßt daß Oesterreich sich zu Concessionen verstehen werde, wenn Rußland im Orient zur Realisirung alter Pläne schreiten sollte. Doch erwartete man nicht daß die Dinge im Hintergrund sich so schnell entwickeln werden. Und dabei sieht die Sache noch aus als leiste Rußland hier Oesterreich nur einen weitern Dienst als Verbündeter. Die gegenwärtige Lage Oesterreichs gebietet eine friedliche Politik. Wie anders sollen die Wunden des schrecklichen Bürgerkriegs geheilt werden? Die Ostdeutsche Post, die diesen hochwichtigen Gegenstand sehr ausführlich bespricht, betrachtet es für eine Calamität wenn Oesterreich die Pforte schwäche um Rußland zu gefallen. Sie weist auf die Politik des Fürsten Metternich, der stets die Partei der Türkei nahm, aber leider zu wenig Energie zeigte die Mission Oesterreichs thatkräftig durchzuführen. Jetzt ergreifen Frankreich und England diese Rolle. Ihre Unterstützung wird die Pforte theuer zu stehen kommen. Sie wird sich erinnern wie das letztere bei Navarin ihre Flotte zusammengeschossen hat, während das erstere seit 50 Jahren ihr manchmal eine nutzlose Allianz, aber nie eine wirksame Hülfe bot. Der einzige Vermittler wäre Oesterreich, in dessen Interesse es liegt daß Konstantinopel so wenig von russischer als von englischer Freundschaft erdrückt, sondern mit der ganzen Levante durch die natürliche Entfaltung von Dampfschifffahrt, Handel und Verkehr mehr und mehr wieder in den Kreis des europäischen Lebens gezogen werde. Freilich, sowie die Dinge sind, dürfen wir nicht hoffen daß die Verwicklungen in Byzanz zuletzt eine andere Lösung finden als durch den Mund der Kanonen. — Der Kaiser geht morgen nach Ischl. Feldmarschall Radetzky ist in Preßburg.

Eine uns eben aus **München** zugehende Mittheilung sagt: „Die Gesandten Rußlands und Oesterreichs, v. Titoff und v. Stürmer, sind von Konstantinopel abberufen. Es ist somit Palmerstons und Stratford Cannings Bemühungen gelungen in kürzester Zeit den Krieg mit der Türkei ausbrechen zu sehen.“ Auch die meisten Wiener Berichte nehmen die Abberufung und die Abreise als eine ausgemachte Thatsache an; indessen gehen die Briefe aus Konstantinopel nur bis zum 19 Sept., und diese melden bloß die Abreise des Fürsten Radziwill, nicht die der HH. v. Stürmer und v. Titoff.

In Böhmen haben sich die Militärbehörden im Städtchen Humpolec (Czaslauer Kreis) eine große Willkür zu Schulden kommen lassen, und der Fall wird ziemlich gleichlautend vom Lloyd und Const. Bl. aus Böhmen so erzählt: Alle vagabundirenden Individuen die sich nicht legitimiren können, sollten gesetzlich ohne weiteres unter die Recruten gesteckt werden. Am 19 Sept. war in obengenanntem Orte Markttag, plötzlich erschienen einige Schergen, wie es in den Berichten heißt, und fingen 28 Personen ein, welche als Marktbesucher und Paßlose mit Berufung auf die angeführte gesetzliche Bestimmung als Recruten abgeführt wurden. Ein ähnlicher Fall wird von einem Czernowitzer Correspondenten des Const. Bl. aus Böhmen erzählt. Kürzlich war nämlich im „Soldatenfreund“ die Beschreibung eines Treffens bei Bojano Stampi gegeben worden, die sich später als muthwillige Erfindung ergab. Die Czernowitzer Garnison fühlte sich durch diesen Scherz so beleidigt daß das dortige Platzcommando durch die Polizei auf den Verfasser fahnden ließ und ihn in einem juristischen Anwalt entdeckten. Dieser Mann sollte denn ohne jede Procedur gleichfalls unter das Militär gesteckt werden, ohne Rücksicht daß er verheirathet und Vater von zwei Kindern war. Glücklicherweise war er untüchtig. Die ebengenannten Blätter verlangen nun ganz billig entweder eine Widerlegung jener Thatsachen oder ein Einschreiten gegen die Licenz der Militärbehörden, und allerdings, da Oesterreich jetzt ein Recrutirungsgesetz hat, ist es ganz unerläßlich daß gegen Gesetzlosigkeiten wie die angeführten rasche Hülfe von oben folge; denn wenn die Behörden nicht den höchsten Willen achten, was darf man dann vom Volke selbst ver-

langen? Um so erfreulicher ist es ein anderes Actenstück zu erwähnen, welches in der D. Ztg. aus Böhmen abgedruckt wurde. Die evangelischen Consistorien ermahnen die Superintendenten dafür zu sorgen daß von der Kanzel communistische und überhaupt aufrührerische Tendenzen bekämpft, vor dem Verderblichen und Verführerischen solcher Lehren gewarnt werde, in diesem Sinne wären nämlich die evangelischen Superintendenten von dem Ministerium „mit der Bitte in Anspruch genommen worden." Wir sagen erfreulich, weil wir hier einen Beweis finden wie richtig die Regierung ihre Aufgabe erkannt. Es ist als klängen hier die Grundsätze des Unterrichtministers durch wie sie in dessen „Betrachtungen" erörtert werden, die wir schon bei anderer Gelegenheit anzuführen Veranlassung hatten. Die Aufgabe oder Befugniß des Staats gegenüber der Kirche kann nur eine negative seyn, er kann verbieten daß man von der Kanzel Theorien verbreite die gegen sein Bestehen gerichtet sind, aber er darf und soll nicht gebieten daß dieß oder jenes gepredigt werde, er kann darüber nur „die Bitte" äußern. Die Neutralität der Staatsgewalt gegenüber allen Dingen die rein geistiger Natur dem menschlichen Gebote weder mit Erfolg unterzogen werden können noch sollen, war aber der klar festgestellte Satz in der Broschüre des Grafen Leo Thun.

* **Triest,** 27 Sept. Der böse Gast der uns mit dem ersten Dampfboot aus Venedig heimgesucht hat, die Cholera, ist, wie wir hoffen, im Scheiden, nachdem sie unter dem Militär verhältnißmäßig die meisten Opfer hinraffte; der Schrecken war in der ganzen Stadt groß und wohl über 5000 Personen haben sich geflüchtet; die Zahl wäre noch größer gewesen, wenn nicht der Gewinn, die bedeutenden Geschäfte, der Aufschwung des Handels viele abgehalten und die Furcht besiegt hätte. Die Aufhebung des Freihafens von Venedig trägt das seinige zur vermehrten Thätigkeit bei, und die Ueberzeugung daß es bei dieser Maßregel trotz der Deputation bleiben wird, ermuthiget den Handelsstand zu gewagteren Speculationen; hiebei können wir aber nicht umhin die Ueberzeugung auszusprechen daß der Freihafen keine Bedingung zur Wohlfahrt Triests ist. Mit großer Befriedigung hat man hier die Aufhebung des Geldausfuhrverbotes und die neue Anleihe vernommen und zollt dem Finanzministerium, im Gegensatz zu den Wiener Bankierhäusern, die gerechte Anerkennung, während diese in ihrem Unmuth von Staatsbankerott sprechen, weil der durchaus ehrenhafte Hr. v. Kraus seit Jun. das Anleihen nicht abschließen wollte und dadurch dem Staat sechs Millionen erspart hat mit denen jene ihre Cassen gefüllt hätten. Die Festigkeit mit welcher der Finanzminister den egoistischen Einflüsterungen einiger Bankiers entgegentritt und sich so vor Abhängigkeit verwahrt, kann nur zum allgemeinen Besten führen trotz der unsinnigen Angriffe des Lloyd, hinter denen wir mehr den Zopf als Privatabsichten sehen wollen. Unser Gesammtministerium das mit so viel Muth, Energie und Redlichkeit unermüdlich in seinen Bestrebungen ist, deren Früchte wir jetzt schon genießen, wird sich durch dergleichen Klagen nicht irre machen lassen, und daran halten wir fest; wir anerkennen die Schwierigkeiten mit denen es zu kämpfen hat, da wo alles zu reorganisiren, wo der eingewurzelte Geist des Pedantismus und der Formen unserer alten Bureaukratie auszurotten ist; wir bewundern daher dessen Geduld und Ausdauer und wünschen und hoffen daß es der Last der Arbeit nicht unterliege. Das Dampfboot welches gestern aus Dalmatien kam, bringt die Nachricht daß unter den Truppen des Vezirs von Mostar die Cholera ausgebrochen sey und große Entmuthigung im Heere (30,000 Mann?) sowie der Glaube herrsche daß die Brunnen vergiftet wurden. Dalmatien selbst ist von dieser Seuche noch frei. Dort erwartet man noch im Laufe des Monats den Ban, sowie wir uns hier schmeicheln daß Se. Maj. unser junger und ritterlicher Kaiser uns mit seiner Gegenwart bald beglücken wird. Unsere Flotte liegt noch immer ruhig auf der Rhede, ein Theil der Schiffe soll zur Reparatur nach Venedig und ein Theil in Station nach Pola. Unter den Officieren und Mannschaften soll viel Mißmuth herrschen. Aus Venedig nichts neues; auch da die Cholera im Abnehmen, die Bevölkerung in die alte Apathie und Indifferenz zurückgesunken, vielleicht auf der Welt nichts gleiches zu den sogenannten guten Venezianern. Diejenigen welche kürzlich in ungeheuern Calabresern mit der dreifarbigen Cocarde und mit einem fünf Schuh langen Schwert herumstolzirten, sieht man nun in rundem Hut, mit geschorenem Gesichte die Dandies spielen und sich als die getreuesten Unterthanen betheuern. Man lernt dieß Volk verachten, wenn man es näher kennt und weiß daß es morgen, wenn der Wind anders ginge, zur selben Komödie zurückkehren würde.

Oesterreichische Monarchie.

△ **Vom Neusiedlersee,** 30 Sept. Gestern zogen die kaiserlichen Truppen in Komorn ein, und das russische Corps unter Grabbe marschirte nach Neutra um unter Ungarisch-Hradisch dann auf der Nordbahn nach Rußland zu eilen. Die Insurgenten-Besatzung erhielt sammt den übrigen Rebellen in der Festung Amnestie, welcher zugleich das Versprechen beigefügt wurde daß auch die übrigen schon als Gemeine assentirten Honvedofficiere entlassen werden sollen; für die in den Händen der Besatzung befindlichen Kossuthnoten wurde eine Entschädigungs-Pauschale von 500,000 fl. bewilligt. Major Dumont, ein Frankfurter, der mit einer Gräfin Batthyany vermählt ist, war der Parlamentär des Grafen Nugent, eines in Ungarn persönlich beliebten und die Gemüther durch sein Benehmen gewinnenden Generals, dessen Unterhandlungen Marschall Radetzky in Wien kräftig unterstützte. Das durch den einstigen Kossuth'schen Finanzminister Duschek eingelieferte Gold und Silber wird dem ganzen durch die Cameralverwaltung sonst in Ungarn während anderthalb Jahren erzeugten Metallertrag gleichgeschätzt. In Kremnitz und Schemnitz ist die Grubenverwaltung ohne den geringsten Nachtheil für die Krone und ohne Störung der beschlossenen Arbeiten geführt worden. Die in Komorn durch die Insurgenten ausgeführten Festungsarbeiten sollen den Werth der halben als Entschädigung für die Kossuthnoten bewilligten Million weit übertreffen. Im Eisenburger Comitat hat sich ein Deputirter des Rumpfparlaments, Hettyei, der seinen Collegen nach Debreczin nicht folgte und deßhalb von seinen radicalen Meinungsgenossen verfolgt wurde, in einem Anfall von Melancholie erschossen. Der Kossuth'sche Cultusminister Horvath ist mit dem Paß eines Weinhändlers unbemerkt entflohen, nur in Großhöflein (an der Gränze bei Eisenstadt) gab er sich dem dortigen Pfarrer zu erkennen, der ganz erschrocken Lärm schlug, während dessen Horvath durch ein Gärtchen entschlüpfte. Marschall Radetzky wurde heute in Preßburg zum Besuch seiner Tochter Gräfin Wenkheim erwartet.

Großbritannien.

Am 29 Sept. fand in der geschmückten Guildhall zu London die übliche Wahl eines neuen Bürgermeisters (Lord Mayor) statt, da diese höchste gemeindliche Würde alle Jahre wechselt. Die einstimmige Wahl der „Liverymen" — so heißen die Wahlbürger — fiel auf einen allgemein geachteten Mann, den Alderman und Talglichterzieher (tallow-chandler) Thomas Farncomb Esq., welcher sofort durch den gemeindlichen Scepterträger oder Pedell (mace-bearer) mit einer neuen güldenen Kette geschmückt wurde, für seine Wahl dankte und gute Amtsführung versprach. Der abgetretene Lordmayor ist der von Ihrer Maj. geritterte Sir James Duke. Gleichzeitig erfolgte die Wahl der drei neuen Sheriffs (Landvögte) für die Grafschaft Middlesex. Das Wort stammt von dem angelsächsischen scyre gerefa, d. h. Grafenschreiber.

‡ **London,** 1 Oct. Die königliche Familie, welche die Rückreise aus Schottland zu Land vollführte, traf gestern Nachmittag auf der Eisenbahn zu Gosport ein, und setzte von da sogleich nach der Insel Wight über. — Die Berichte aus Konstantinopel haben die Fonds gedrückt.

Frankreich.

Paris, 1 Oct.

Vor den Assisen der Seine standen in diesen Tagen mehrere Zöglinge der Secundärschulen, meist von guter Familie, und zwei sogenannte Professoren, Paulus und Depaulis, sämmtlich theils der Fälschung öffentlicher Urkunden, theils der Mitschuld angeklagt. Die beiden letztern hatten nämlich ein eigenes Geschäft errichtet wo Candidaten falsche Schulzeugnisse sich ausstellen ließen um zu den Prüfungen für das Baccalaureat es lettres zugelassen zu werden, und Paulus, selbst ein junger Mann von 22 Jahren, ließ sich gegen ein ansehnliches Honorar als Examinandus dingen, und, um nicht von den Lehrern wieder erkannt zu werden, wechselte er des Tags oft zwei- dreimal seine Verkleidung. So gelang es ihnen diese Industrie ziemlich lang unentdeckt zu treiben. Vom Schwurgericht wurden die Schüler als Verführte freigesprochen, Paulus aber und Depaulis, jedoch mit mildernden Umständen, für schuldig erkannt, und beide mit je 100 Fr. gebüßt, außerdem ersterer zu fünfjährigem, letzterer zu dreijährigem Gefängniß verurtheilt. Ein anderer nicht weniger merkwürdiger Proceß wurde vor dem Tribunal der correctionellen Polizei verhandelt, er betraf den Chef der Ikarier Hrn. Cabet, der des Betrugs und des Mißbrauchs des Vertrauens gegen die von ihm gebildete Communisten-Auswanderungsgesellschaft angeklagt war. Viele Enttäuschte die aus Amerika zurückgekehrt, traten als Zeugen auf, der Hauptangeklagte, der sich noch in der neuen Welt befindet, wurde in contumaciam des Betrugs schuldig erkannt und in eine zweijährige Gefängnißstrafe nebst einer Buße von 50 Fr. und fünfjähriger Einstellung der bürgerlichen Rechte verfällt.

Nach beendigten Ferien ist die gesetzgebende Versammlung heute wieder zusammengetreten. Sie war noch ziemlich unvollzählig, dem Namensaufruf entsprachen 486 Mitglieder, und zugleich wurden 53 Urlaubsgesuche angemeldet. Indeß sämmtliche Cabinetsmitglieder befanden sich auf ihren Bänken, und nachdem die ersten Geschäftsförmlichkeiten abge-

than waren, erhoben sich nach einander die Minister der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs und der Marine um Creditforderungen für die römische Expedition einzubringen, vorläufig in mäßigen Beträgen, mit der Bitte alle diese Ausgaben (beziehungsweise 140,000, 6,817,000 und 1,945,000 Fr.; auf der Börse sprach man von 40 bis 50 Millionen, welche nachkommen würden) zur Begutachtung an eine besondere Commission zu verweisen. Hr. v. Tocqueville gab die Erläuterung: die Lage der Dinge erlaube die Zurückberufung der Expeditionsarmee noch nicht. Die Expedition sey glorreich gewesen; wenn auch ihr Zweck noch nicht erreicht sey, so lasse doch der Stand der Unterhandlungen hoffen daß die jetzige Lage nur vorübergehend seyn werde. Eine vierte Exigenz, betreffend die Ausbezahlung des der Herzogin v. Orleans gesetzlich gebührenden Witthums, wurde von dem Finanzminister nächst zwei Gesetzentwürfen über den Stempel bei Handelseffecten und über eine fünfjährige Revision der Patentgesetze vorgelegt. Noch stellte Hr. Malardier den Minister des Innern wegen eines Falls zur Rede, wo er sich über die Handhabung der Gefängnißordnung im Nièvredepartement beklagen zu können glaubte. Es war ihm nämlich von dem Unterpräfecten der Besuch eines wegen eines Preßvergehens verurtheilten Freundes verweigert worden. Der Minister fertigte ihn jedoch kurz ab: in der Verwaltung müßte man viel dem Ermessen der Localbehörden überlassen. Der Fall sey ihm nicht näher bekannt, er glaube aber es habe sich darum gehandelt einem politisch Verurtheilten einen Triumph zu bereiten. Er könne es daher nur billigen daß der Unterpräfect von Chateau-Chinon sich dagegengesetzt habe. Um halb 4 Uhr war die Sitzung bereits aufgehoben.

Italien.

Turin, 30 Sept. Hr. James Rothschild, das Haupt der Bankiersfamilie dieses Namens, ist in Turin angekommen, was man mit Anleiheprojecten der Regierung in Verbindung bringt. In der über den Gang der Regierung verdrießlichen Deputirtenkammer zeigt sich nachgerade eine politische Apathie, und viele Deputirte suchen um Urlaub nach. In Genua sind die demokratischen Bankette wieder an der Tagsordnung.

Venedig, 28 Sept. General Gorzkowsky hat den Handel mit geistigen Erzeugnissen, Schriften oder bildlichen Darstellungen aus der Periode vom 22 März 1848 bis 28 Aug. 1849 verboten. Drucker, Kupferstecher, Buch- und Kunsthändler müssen binnen fünf Tagen obenbezeichnete Gegenstände als in ihrem Besitz bei der Censurabtheilung der Polizei anzeigen, ebenso alle Instrumente, wie Lithographiesteine, Prägstöcke für Medaillen, typographische Sätze rc. Man kann die Lithographien wegschleifen, die Typen auseinanderlegen, ob man aber damit die Erinnerung selbst wegzuwischen vermöchte, darüber kann die „Direction der öffentlichen Ordnung" (wie man sich modern für Polizei ausdrückt) doch wohl schwerlich im unklaren seyn. — Die Cholera ist in Venedig gänzlich verschwunden. Gestern hat die neapolitanische Fregatte „Ruggiero" die Batterie eingeschifft welche General Pepe gegen Willen des Königs von Neapel nach Venedig bringen ließ, und die von den Oesterreichern jetzt herausgegeben wurde. (Ven. Bl.)

China.

(M. Herald.) Folgendes ist eine Zusammenstellung der letzten Nachrichten d. d. Victoria auf Hongkong 25 Jul. Von hier ist über diesen Monat wenig zu berichten. Das Wetter war anhaltend schwül, und während die nördlichen Bezirke China's durch Ueberschwemmungen litten welche an vielen Orten die junge Saat zerstörten, ist der Süden ungewöhnlich trocken gewesen, so daß der Reis durch den Mangel an Feuchtigkeit Schaden litt. Ungeachtet der Hitze ist die Colonie ziemlich gesund; im vorigen Jahr verlor das 91ste englische Regiment vom 1 Jun. bis zum 20 Jul. 31 Mann, und gegen 200 Mann lagen im Julius im Spital. In diesem Sommer kamen bis jetzt nur wenig Todesfälle vor, und die Zahl der Kranken im Spital ist unter dem Durchschnitt. Das ist sehr befriedigend, und läßt uns glauben daß die vorjährige Krankheit keine periodische, sondern eines von jenen bösartigen Fiebern war welche gelegentlich in allen tropischen Klimaten erscheinen. — In Macao erregt die gewaltsame Befreiung des von dem portugiesischen Statthalter Amaral verhafteten Missionärs Summers durch Capitän Keppel fortwährend großes Aufsehen, und viel wird darüber geredet und geschrieben. — In Canton haben die Hoffnungen auf Besserwerden des Handels sich nicht verwirklicht, und die trübseligen Marktberichte welche diese Post nach England überbringt, enthalten keine Aufmunterung die Waarenverschiffungen hieher fortzusetzen. Man fürchtet daß unter den chinesischen Gilden eine geheime Verabredung, jedoch mit Vorwissen und Gutheißung des Vicekönigs, besteht, und daß der auswärtige Handel in Canton factisch monopolisirt ist. Der Theemarkt wurde mit Kongous ordinärer Qualität zu hohem Preis eröffnet, und als bessere Sorten kamen, steigerten die Theeverkäufer ihre Forderungen sehr beträchtlich. Schwere Ladungen werden verschifft, im Austausch für englische Waaren welche fast ohne Ausnahme die Kosten nicht decken. Der politische Stand der Angelegenheiten in Canton war die letzte Zeit über den Geschäften höchst ungünstig; Capitalisten haben sich aus der Stadt zurückgezogen, und wie zur Strafe für unsere thörichte Invasion im Frühjahr 1847 ward unser Handel mehr und mehr geheimen Beschränkungen unterworfen. Dazu nehme man die enormen Einfuhren seit Eröffnung der fünf Häfen — enorm im Vergleich mit unseren früheren Geschäften, wiewohl klein im Verhältniß zur Bevölkerung; aber im Orient ist die bloße Seelenzahl kein richtiges Kriterium für die Handelsressourcen eines Landes — und die den Bedarf übersteigende Theeausfuhr, um nur die eingeführten englischen Waaren zu einem nominellen Profit abzusetzen, so hat man Ursache und Wirkung auf einen Blick. In den chinesischen Gewässern kreuzt fortwährend eine beträchtliche englische Flottille. (Die Nachrichten von Labuan, der kleinen englischen Besitzung in der Nähe von Borneo, reichen bis zum 26 Jul. Das Eiland ist, nicht bloß für Europäer, sondern auch für ostindische Sipahis so ungesund, daß man es schwerlich in die Länge wird behaupten können. Ein Singapurer Blatt nennt es deßhalb „Klein-Sierra Leone." Sir James Brooke befand sich in Sarawak, seinem Fürstenthum an der Küste von Borneo, fortwährend mit Verfolgung der seeräuberischen Sakarraner und Seribianer beschäftigt.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 1 Oct. Die Consols gingen heute um $^{1}/_{8}$ Proc. herab, erholten sich aber wieder, und standen um 2 Uhr auf 92$^{5}/_{8}$.

Paris, 1 Oct. 3proc. 55.25; 4proc. 69; 5proc. 87.80; Bankactien 2325; röm 77$^{3}/_{4}$; span. 3proc. 35; piem v 1849 870; Vers. C.-B. rechte 210; Paris-Orleans 745; Rouen 525; Straßburg 352.50; Nordbahn 431.25; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 406.25; Tours-Nantes 291.25; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 1 Oct. 2$^{1}/_{2}$proc. 53$^{15}/_{16}$; 3proc. 63$^{5}/_{8}$; 4proc. 84$^{1}/_{4}$; Syndic. 3$^{1}/_{2}$proc. 64$^{5}/_{8}$; portug. 5proc. 30$^{1}/_{4}$; Metall. 5proc. 86$^{5}/_{8}$; Ard. 11. Curs auf London 12.12$^{1}/_{2}$ l. S. Curs auf Hamburg 35$^{1}/_{16}$ l. S.

Augsburg, 4 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. 1. 24$^{1}/_{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83$^{5}/_{8}$ B. Hamburg 1 M. 73$^{3}/_{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. 94$^{1}/_{2}$ G. Trieß 1 M. 94 G. Frankfurt a. M. 1 M. 99$^{7}/_{8}$ P. Nürnberg 1 M. 99$^{1}/_{2}$ G. Berlin 1 M. 105$^{1}/_{4}$ B. Leipzig 1 M. 105$^{1}/_{4}$ B. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10 3 G., 3 M. 10.1 G. Paris 1 M. 119 B. Lyon 1 M. 118$^{5}/_{8}$ B. Marseille 1 M 118$^{5}/_{8}$ G. Mailand 1 M. 99$^{1}/_{4}$ G. Genua 1 M. 52$^{9}/_{8}$ G. Livorno 1 M. 61$^{1}/_{2}$ G.

Augsburg, 4 Oct. Bayer. 3$^{1}/_{2}$proc. Oblig. 88 G. 4proc. 92 G. 5proc. 101 B., 100$^{3}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 646 G. Prämeffen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 B. Württ. 3$^{1}/_{2}$proc. 84 B. 4$^{1}/_{2}$proc. 94$^{1}/_{2}$ G.

Karlsruhe, 30 Sept. Bei der heute hier stattgehabten 15ten Gewinnziehung der großh badischen 35fl.-Loose sind auf nachstehende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nr 28546 50,000 fl.; Nr. 248369 15,000 fl.; Nr. 54280 5000 fl.; Nr. 321078, 185419, 249009, 84264 à 2000 fl.; Nr. 144150, 351588, 303851, 54291, 77746, 221693, 378018, 197168, 365338, 78464 181995, 351600, 40741 à 1000 fl.

Frankfurt a. M., 2 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. 91$^{1}/_{4}$; Bankactien 1375; Ludwigcanal 45$^{1}/_{2}$; Ludwigsh.-Berbach 82$^{5}/_{8}$; Taunusbahn 302; Disc. 1$^{3}/_{4}$.

* **Hamburg,** 1 Oct. Der Monatsschluß an der Fonds- und Actienbörse, der dießmal stärker war als vielleicht je zuvor, ist ungeachtet des stattgehabten großen Schwankens der Curse gehörig in Ordnung gegangen. Die aufs Fallen speculirt hatten, mußten große Opfer bringen ihren Verpflichtungen nachzukommen, wodurch ihre Errungenschaften vom vorigen Jahre bedeutend gesunken sind.

♀ **Wien,** 2 Oct. Die bereits vorgestern Abends bekannt gewordenen Differenzen mit der Pforte wegen der Auslieferung Kossuths und der andern auf das türkische Gebiet geflüchteten ungarischen Insurgentenchefs blieben auf die Börse ohne Einwirkung, und schlossen Fonds bei übrigens mattem Geschäfte fast wie gestern. Von Eisenbahnen waren Nordbahnactien heute wieder weichend. In fremden Devisen und Valuten geringer Umsatz und Curse etwas niedriger. Gold und Silber mehr angeboten und ersteres um 1 Proc. billiger. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 95$^{5}/_{8}$-$^{1}/_{2}$, Loose vom J. 1834 162$^{1}/_{2}$–163, Loose vom J. 1839 114$^{1}/_{2}$–115, Bankactien 1195–1200, Nordbahnactien 112$^{1}/_{2}$–$^{5}/_{8}$, Gloggnitzer 108$^{1}/_{2}$–109$^{1}/_{2}$, Mailänder 84–84$^{1}/_{2}$, Pesther 82–82$^{1}/_{2}$, Dampfschiffactien 445–550. London (in f. G.) 10 35–36, Hamburg 153$^{1}/_{2}$ B., Augsburg uso 105$^{1}/_{2}$ G., Frankfurt 104$^{1}/_{2}$ B., Mailand 99$^{1}/_{2}$ B., Paris 124$^{1}/_{2}$ B., Marseille 124$^{1}/_{2}$ B. Goldagio für kais. Münzducaten 9$^{1}/_{8}$ Proc., Silberagio 5$^{3}/_{8}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Elgers Lichtgemälde.

** Wien. Das Neueste was die Wiener haben ist eine überaus hübsche Kunsterscheinung, die auf solche Weise noch nicht dagewesen, und in ihrer Art als eine neue Erfindung der genußsinnigen Donaustadt erkannt werden muß. „Haben Sie doch Elgers Lichtgemälde schon gesehen?“ rief mir gestern, als ich durch die Kärnthner Straße ging, ein Freund zu, der eben mit der Miene aus dem großen Thore des Bürgerspitals heraushüpfte als ob er dort einen Treffer im Lotto eincassirt hätte. „Nein, und was ist das.“ „Ach, das ist was herrliches, das müssen Sie sehen, ich gehe mit Ihnen gleich noch einmal hinein“ — nahm mich am Arm und führte mich zurück wo er eben herkam, in ein Zimmer dessen Fenster mit Gemälden verstellt waren, und welche die Tageshelle derselben so auffingen daß sonst kein anderes Licht ins Zimmer dringen konnte. Im ersten Augenblick, in die Ursulastraße zu Lavalette auf Malta versetzt, wußte ich nicht gleich welcher Kunstzauber mich festnahm; ein Gemälde, frisch wie das Bild einer Dunkelkammer, ergoß Farben und Leben vor mir her, wie ich ähnliches an Naturwahrheit noch nie gesehen hatte. Es war ein Gemälde auf einer Glasfläche, in Lasurfarben ausgeführt; hinter dem Glase befand sich eine Art Oelpapier, und durch beides wurde, ohne weitere Veranstaltungen, das Tageslicht der Fenster geleitet. Die Wirkung war unbeschreiblich lieblich und wohlthuend. Sie war es, indem sie eine ohne alle Vergleichung höhere Naturwahrheit gab als irgendeine andere bekannte Malerei zu liefern im Stande ist. Brussa mit dem Olymp im Hintergrunde, die Felsenpartie von Gibraltar, von Algestras aus gesehen, stehen mit wundervollem Effecte vor den Augen des Beschauers. Fernsichten die auf Oelgemälden immer entweder hart oder verschwommen erscheinen, stellen sich hier mit einer Schärfe und Milde zugleich dar, ganz wie es ein gutes Auge bei klarem Himmel in der Natur selbst erblickt, und wie es kein Pinsel wiederzugeben vermag. Wir kennen die Reize welche gelungene Glasmalerei über uns übt. Etwas ähnliches, nur ungleich vollendeteres, sind Hrn. Elgers schöne Arbeiten. Sie beruhen darauf daß hier wie dort das Licht durch die Farben hindurchbringt, und dadurch gefärbt zu dem Auge des Beschauers gelangt, während bei einem gewöhnlichen Oelgemälde auf Leinwand der Beschauer nur den Reflex des auf dasselbe auffallenden Lichtes zu Gesichte bekömmt. Ueber die Glasmalerei aber erhebt sich die Elger'sche Methode dadurch ohne allen Vergleich daß sie ihren Pinsel nicht erst der Gluth und Feuerprobe des Glasofens auszusetzen braucht, sondern, sowie der Oelmaler, ohne durch mechanische Schwierigkeiten behindert und eingeschränkt zu seyn, ihre Arbeiten fertigen, bessern und ausfeilen kann; Elgers Farben sind nämlich alle durch eine eigene chemische Composition in Lasurzustand gebracht, in welchem sie das Licht durchlassen. Das Kunstwerk wird durch diese Anordnung hier nicht in reflectirtem, sondern in durchgelassenem Lichte genossen, wodurch es unendlich an Leben, an Kraft und an Wahrheit über alle andere Malerei sich erhebt. Man darf sich dabei auf keine Weise an die sogenannten Nebelbilder unserer HH. Döbler, Schuh, Robin rc. erinnern, deren Erzeugnisse von vornherein verfehlt waren, und darum auch am Ende überall im öffentlichen Urtheil untergingen. Diese Leute die selbst vorweg keine Künstler waren, ließen erst große bekannte Gemälde ins Kleine copiren; dabei konnte es ohne unzählige Fehler und Verzerrungen nicht abgehen; dann dehnten sie wieder ihre Miniaturbilder auf den ungeheuern Raum eines Theatervorhanges aus, lieferten also die erzeugten Copienfehler alle dem Beschauer durch das Vergrößerungsglas gar noch vervielfältigt; es konnte also unmöglich etwas anderes herauskommen als ein glänzendes, ungeheures Zerrbild das keinen Kunstkenner befriedigen konnte, und sofort ohne allen Kunstwerth war. Ganz anders aber ist es bei Hrn. Elger. Das Kunstwerk unmittelbar, wie es aus der Hand des Künstlers hervorgeht, wird hier von dem Beschauer empfangen, empfunden und genossen. Nie in meinem Leben hat irgendein Bildwerk solche Täuschungsmacht über mich geübt als hier Elgers tausend und eine Säule bei Konstantinopel; einem Betrunkenen gleich, war ich nicht im Stande mich aus dem Sinnenwahne herauszuwinden als habe ich in der That Gewölbe und Steinschäfte vor mir.

Es wird uns hiebei durch Hrn. Elger auch ein neuer edler Luxuszweig eröffnet, der einer schönen Fensterverzierung. Bis jetzt sind unsere Fenster von innen noch aller höhern Verschönerung bar. Jetzt können wir sie mit den herrlichsten Tableaux schmücken überall wo sie nur Licht liefern und nicht zum Durchschauen dienen sollen, zumal alle Scheiben die höher als das Auge stehen. Mit welcher Pracht und Herrlichkeit vermag sich nun damit ein kunstsinniger Reichthum seine Umgebungen zu verschönern!

Möchte der stille, bescheidene Elger überall unmittelbar nach der Natur selbst malen, und an seiner schönen Erfindung nicht bloß Wien, sondern das ganze gebildete Europa theilnehmen lassen. Der Dank würde ihm gewiß nicht vorenthalten bleiben.

Zur Geschichte des deutschen Parlaments.

☉ Aachen, 30 Sept. Die von der Rheinischen Volkshalle oft angezeigte Schrift des Professors J. W. Braun zu Bonn über die deutsche Frage ist endlich hier bei J. Hensen und Comp. erschienen. Sie führt den Titel: „Deutschland und die deutsche Nationalversammlung“, und enthält einundzwanzig Briefe an die Wähler auf 173 Octavseiten. Der Verfasser erklärt in der Vorrede daß er, um die Herausgabe nicht noch weiter hinauszuschieben, mehreres, namentlich Charakteristiken hervorragender Persönlichkeiten aus der Paulskirche und die Darlegung der Motive seiner Abstimmungen in wichtigen Dingen zurückgezogen habe, und macht aufmerksam auf ein demnächst erscheinendes Werk von Jürgens, worin die innere Geschichte des Parlaments mit ausgezeichneter Sachkenntniß ans Licht gezogen sey, und auf eine Schrift des Dr. Wuttke, welche das Verhältniß der österreichischen Regierung zur Nationalversammlung besonders hervorheben werde. Die Schrift enthält wenig wesentlich neues, ist leidlich geschrieben, etwas weit und breit, pedantisch, von Anspielungen und Citaten wimmelnd. Hr. Braun ist Professor, und zwar Professor der katholischen Theologie, und in dieser Eigenschaft bekannt als einer der „letzten Hermesianer.“ Nichtsdestoweniger ist sie bedeutend, namentlich in Rücksicht auf den katholischen Klerus der Rheinprovinz und Westfalens, der ziemlich durchgehends großdeutsch oder gar österreichisch gesinnt ist. Eine besondere Mühe hat der Verfasser angewandt die sogenannten Ultramontanen und die Mitglieder des Pariser Hofs zu rechtfertigen, und Hrn. v. Gagern und Radowitz zu tadeln. Ein ernstes Wort von Johannes v. Müller schließt die Briefe. „Deutsche Männer von der Eider bis an den Lisonz, von der Morawa bis an unsern Rhein, habt ihr nie etwas von Aetolien und Achaja, von Philipp und Antiochus vernommen? Habt ihr schon vergessen wodurch die schweizerische wie die holländische Eidgenossenschaft gefallen, und wie es kam daß ein gleichsam durch den Ruhm seiner innern Kraft heilig und in Erinnerung alterworbener Hoheit römisch genanntes Reich, von der neunhundertjährigen Gränze schmählich zurückgedrängt, schmählicher in seinem Innern sich das Gesetz hat müssen vorschreiben lassen! Welcher Oesterreicher, welcher Preuße, welcher Deutsche einen der Vereinigung deutscher Kraft widerstrebenden Laut von sich gibt ist, wenn auch sonst vortrefflich, hierin des Vaterlands Feind; Ausländern ist es nicht zu verargen, sie wissen was sie damit wollen.“

Schriften zur Geschichte und Kritik der Revolutionen.

III.

AB. „Deutsch oder russisch? die Lebensfrage Oesterreichs,“ überschreibt Franz Schuselka seine neueste Broschüre, und einer der Einleitungsätze lautet: „Ein großes und mächtiges Oesterreich bestand, aber frei und einig war es nicht.“ Dieß darum weil dem Kaiserbau vom Anbeginn die feste Grundlage fehlte. Die deutsche Kaiserstellung war diese Grundlage, ihre innere Bedeutung lag in der historischen Kaiseridee, „aber die österreichischen Fürsten verkannten und übersahen dieselbe, weil durch ihr eigenes Versäumen und Verschulden die äußere Macht der deutschen Krone immer unbedeutender geworden war.“ In der Täuschung Oesterreich sey ein selbständiger Staatsorganismus, „während es in der That doch nur in der Verbindung mit Deutschland organisch belebt war,“ schied sich Oesterreich immer mehr vom Reichsorganismus, ohne durch eine freisinnig schöpferische Politik die Hauslande nach und nach zu einem organischen Staat zu machen. Mit Verachtung auf die deutsche Kleinstaaterei blickend, übersahen besonders Kaiser Franz und Metternich „daß in Deutschland ungeachtet der Vielstaaterei doch nur Ein Volk und dieselbe geschichtliche Erinnerung, in Oesterreich dagegen ungeachtet der Einherrschaft verschiedene Völker mit widerstrebenden geschichtlichen Erinnerungen.“ Metternich war es welcher das Princip der Unterscheidung zwischen einer europäischen und einer deutschen Stellung Oesterreichs bis zu der Spitze hinauftrieb daß Oesterreich in Deutschland den Einfluß „einer feindlich fremden Macht“ übte und seine althistorische Basis verlor. „Plötzlich hörte man nicht nur außer sondern selbst in Oesterreich das Urtheil: ein Kaiserthum Oesterreich sey eine bloße Fiction, es existire nur bureaukratisch, es könne und dürfe nicht politisch-national existiren. . . . Was noch niemals in irgendeinem Staate geschehen war, trat in Oesterreich hervor: der größte Theil der Opposition

arbeitete geradezu für die Auflösung der Monarchie. Ihr Werk schien ihr erleichtert zu werden durch den „Mangel eines österreichischen Staats- d. i. politischen Nationalbewußtseyns.“ „Da ergriff endlich die Gegenrevolution das Ruder, octroyirte einen österreichischen Gesammtpatriotismus, anticipirte ein durch ein und dasselbe Grundgesetz centralisirtes Kaiserreich.“

Dieß die leitenden Gedanken von denen der Verfasser ausgeht. Er anerkennt das Großartige des organischen Grundgedankens der Verfassung vom 4 März, so sehr er auch die Mittel und Wege der Gegenrevolution tadelt, glaubt jedoch „das in dieser Verfassung constituirte Reich einstweilen noch ein bloßes Reichsproject“ nennen zu müssen. Und „während die Verfassung von der Beziehung Oesterreichs zu Deutschland keine Erwähnung macht, soll das durch diese Verfassung projectirte Reich mit Hülfe Rußlands aufgebaut werden.“ Hier stehe man an Oesterreichs Lebensfrage: deutsch oder russisch? Es ist eine mannichfach schon erwiesene Behauptung, welche dann des weitern ausgeführt wird, „daß Oesterreich auf dem Schauplatz der Weltpolitik nicht isolirt handeln kann, daß es keine streng österreichische Weltpolitik, daß es in den großen Lebensfragen Europa's keinen specifischen Austriacismus gibt.“ Zur Bundesgenossenschaft bleibt ihm aber unter den vier europäischen Großmächten nur die Wahl zwischen Rußland oder Preußen mit Deutschland. Die beiden Hauptelemente der Bevölkerung Oesterreichs bedingen eine Wahl, ohne Entscheidung für die eine oder andere Seite bleibt das bisherige Wechselsystem der österreichischen Großpolitik. Allerdings scheint die Frage bereits praktisch entschieden; aber sie ist es nicht nothwendig für die Dauer: „die Sachlage widerspricht der Behauptung Rußlands nicht daß es durch seine Hülfe nichts anderes bezwecke als die Unterdrückung einer Revolution, durch welche es in der That in seinem eigenen Bestande gefährdet ist.“ War nun aber bereits diese Russenhülfe ein Unglück für Oesterreich, so wäre ein Russenbündniß der Untergang der österreichischen Großmacht. Damit ist die Lebensfrage kategorisch beantwortet, es bleibt nur noch übrig im einzelnen die Richtigkeit der Antwort nachzuweisen. Diese Ausführung leitet sich mit dem Satze ein daß, trotz fortdauernd freundlichen Verkehrs mit den österreichischen Staatsgewalten, Rußland „der natürliche und nothwendige Gegner Oesterreichs“ ist, weil Rußlands politischer Ehrgeiz, sein ostkatholisches Hegemoniebestreben und der Gedanke an die Vereinung aller Slavenstämme zu einem Weltreiche Oesterreichs Cultur- und politischer Aufgabe schnurstracks entgegensteht. „Mit Metternichs Sturze schien der alte böse Zauberbann (einer Coalition mit dem russischen Absolutismus) der auf Oesterreich gelastet, gebrochen. Die Irrthümer und Fehler welche aus der langen Entfremdung Oesterreichs von Deutschland, und aus dem oft beklagten Mangel eines österreichischen Staatsbewußtseyns entsprangen, waren jedoch Ursache daß die deutsche Bewegung in und für Oesterreich verderblich wurde. . .“ Deutschland „vergaß gänzlich daß ein bloß aus den alten Erbländern bestehendes Oesterreich nicht Oesterreich an und für sich, noch weniger jenes Oesterreich wäre welches Deutschland für seinen politischen Bestand zwischen Frankreich und Rußland, sowie für seine künftige Entwicklung nothwendig brauchte.“ Man sympathisirte mehr mit der altoppositionellen Tendenz der Vernichtung der Monarchie, als mit der Erhebung und Befreiung Gesammtösterreichs. „Zu diesen Fehlern der Deutschen in und außer Oesterreich kamen die der Regierung. Als man sah daß die gepriesene Gemüthlichkeit der ersten Freiheitswoche bald in offene Feindseligkeit gegen die Existenz Oesterreichs umschlug, verlor man einerseits den Kopf, andererseits begann man im geheimen die Reaction.“

Der Gang der Ereignisse in und außer Oesterreich vollendete den Bruch mit Deutschland. „Von Deutschland losgerissen und zurückgestoßen, ja von Preußen beinahe kriegerisch bedroht und gleichzeitig in zweien seiner wichtigsten Provinzen mit einem verhängnißvollen Bürgerkriege ringend, sank Oesterreich, das freie Oesterreich zum Schützling Rußlands herab.“ Rußland wird fortwährend geltend machen: ohne meine Hülfe wärst du zu Grunde gegangen; die Thatsache der russischen Hülfe ist vollendet. Es fragt sich was kann nach ihr geschehen, was muß vor allem vermieden werden? Zunächst ist das Mißtrauen der öffentlichen Meinung gegen ein dauerndes Bündniß mit Rußland zu entfernen; der beste Beweis gegen dessen Existenz ist die ehrliche Fortbildung der Staatsentwicklung auf constitutioneller Bahn. Aber auch durch seine äußern Beziehungen wird Oesterreich naturnothwendig von einem bleibenden Bündniß mit Rußland weggedrängt. Es würde dadurch völlig getrennt von Deutschland, „gibt dadurch ein wichtiges Recht auf, verletzt eine heilige Pflicht und verläßt den ihm von der Geschichte vorgezeichneten Beruf.“ Als russischer Bündner schlüge Oesterreich, weil dann nothwendig ein Gegner des deutschen Elements, seinem innern Staatsleben die tiefsten Wunden. Denn es müßte die deutsche Bewegung, das deutsche Element Oesterreichs, „die Bedingung des Lebens der Monarchie“ unterdrücken.

„Wie das deutsche, so widerstrebt ferner auch das slavische Element Oesterreichs einem Bündniß mit Rußland“, während andererseits solches Bündniß einer mit Rußland sympathisirenden Partei offenbar in die Hände arbeitet, und „es geschehen könnte daß sich plötzlich mitten in Oesterreich ein förmliches Rußland erhöbe“, wozu außer den nationalen besonders auch die kirchlichen Elemente sich vorfinden, „und was das Ministerium ohnehin schon bei seiner Schöpfung Rutheniens sehr zu fürchten hat.“ Eine besondere Beachtung findet noch Oesterreichisch-Polen. Wie sehr auch durch dieses ein Fernhalten Oesterreichs von einem russischen Bündniß bedingt werde, faßt sich schließlich in dem Satze zusammen: „Da die Polen nur deßhalb österreichisch bleiben wollen, damit sie nicht russisch werden, so muß, im Fall Oesterreich selber russisch würde, jede Sympathie der Polen für Oesterreich erlöschen. Dann werden immer mehr und mehr Polen von der Idee ergriffen werden, die schon jetzt eine sehr mächtige Propaganda bildet, nämlich die Idee daß die Polen sich mit entschiedener Energie in die Arme Rußlands werfen sollen, um dadurch, wenn auch nicht zur Herstellung des alten Polenreichs, so doch zur geistigen Herrschaft über Rußland selbst zu gelangen.“ Außerdem würde auch Oberitalien mit solchem Bündniß nur immer entschiedener Oesterreich entfremdet werden, wodurch dieses „sich der Gefahr aussetzt endlich seine italienische Stellung doch zu verlieren, und zwar auf die gefährlichste Art, nämlich an Frankreich.“

Es bedarf nach dieser Aushebung der bezeichnenden Sätze des Schuselka'schen Buches keine weitere Anführung der selbstredend daraus hervorgehenden Schlußfolgerungen. Sie fassen in bestimmt angewandte Sätze zusammen was im europäischen Publicum als allgemeine Ueberzeugung lebt, sey diese logisch und historisch begründet, oder das Ergebniß einer fast instinctiven Abneigung und Scheu vor Rußlands Bestrebungen gegen Westeuropa und dessen politische Entwicklung. Neues bleibt da wenig zu sagen, der Grundsatz daß Rußland und die Revolution die beiden Kampfmächte Europa's, steht fest. Die Frage der Zukunft ist nur ob die Gewalt des Zeitgeistes stärker als jene des Absolutismus, ob besonders der Absolutismus innere Kraft genug hat aus einer Defensive gegen die politischen Neugestaltungen im nichtrussischen Europa in offene und erfolgreiche Offensive überzugehen, oder ob endlich die Revolution auch nach Rußland dringen und aus einer Umgestaltung des socialen Lebens der Umsturz der politischen Bestände entwickeln wird. Diese letztere Annahme ist die verbreitetste unter denen welche Rußland kennen. Die allgemeinen Culturzustände der russischen Bevölkerung, der Nationalcharakter ihrer verschiedenen Stämme, die noch äußerst anfängliche Entwicklung eines Bürgerstandes, der beinahe gänzliche Mangel von der Regierung unabhängiger Bevölkerungsschichten, die principielle Verflechtung der persönlichen Interessen der höhern Stände mit der heutigen Staatsform, die Zusammenhanglosigkeit der mehr in Gruppenanhäufungen als in gleichmäßiger Vertheilung über das Land verstreuten Bevölkerung, endlich auch die Untrennbarkeit des Staats und der Staatskirche — dieß alles sind Thatsachen welche die Möglichkeit einer allgemeinen politischen Umwälzung in Rußland auf fernste Zeiten zu vertagen scheinen. Näher liegt dagegen die Möglichkeit einer socialen Revolution. Dieß wird auch in Rußland sehr wohl empfunden; und wenn nicht schon vielfache andere Zeichen dafür sprächen, so dürften wir es aus dem Umstande abnehmen daß die westeuropäische Erhebung, besonders während der ersten Monate ihrer Erscheinung, in den russischen Tagesblättern nur als eine social-communistische ihre abschreckende Schilderung finden durfte.

Die Lombardei und die Lombarden.

...i... **Brescia**, 22 Sept. Wenn ein Reisender in Desenzano den Gardasee bewundert, und mitten in seinen Wellen die merkwürdigen Wolkenbildungen und Lichteffecte des nordischen Himmels an den Gipfeln der Alpen, und dann wiederum die durchsichtige Klarheit und Ruhe des italienischen Himmels der sich über der südlichen Ebene wölbt, betrachtet hat, sollte man meinen derselbe hätte keine Zeit noch auch Lust auf die Festungswerke von Peschiera und die Schanzarbeiten von Brescia einen Blick zu werfen. Allein die österreichische Regierung entwickelt in allen Punkten des Kaiserstaates eine so ungeheure militärische Thätigkeit, daß sich einem neben dem Angenehmen das Nützliche, wenigstens das nützlich Seynsollende selbst wider Willen aufdrängt. Ich habe einen bedeutenden Theil des Kaiserstaates durchreist, und erinnere mich nicht eine einzige größere Stadt gefunden zu haben wo nicht entweder schon vorhandene Forts fester gemacht, oder in Verfall gerathene Schlösser und Burgen kunstgerecht in Castelle umgewandelt worden wären. Schon in diesem Augenblick ist ganz Oesterreich mit einem Netz solcher Castelle überzogen, die vollkommen ausreichen um den unruhigen Theil der städtischen Bevölkerungen im Zaum zu halten und künftig zum Ausbruch kommende revolutionäre Zettelungen schon im Keime zu ersticken. Dieses Schutz- und Trutzmittel bewährt sich um so mehr, da durch dasselbe kostspielige Garnisonen erspart werden. Wo die

Einwohner keiner revolutionären Gesinnungen verdächtig sind, überläßt man der Bürgerwehr die militärische Bewachung der Stadt, und besetzt die Forts mit einigen Kanonen und der dazu erforderlichen Mannschaft, deren es bedarf um einen Handstreich abzuwehren und, wenn es noth thun sollte, durch eine wirksame Beschießung böse Gelüste zum Schweigen zu bringen. Für diesen Zweck kommt der Regierung das ungeheure Material an Geschützen, das sie in Italien und Ungarn (?) eroberte, außerordentlich zu statten, und es soll in der Absicht des Kriegsministeriums liegen mehrere neue Artillerieregimenter zu schaffen, die viele Mannschaft bei andern Waffengattungen entbehrlich machen würden. Ohnedieß ist die österreichische Artillerie die beste Waffe in der kaiserlichen Armee, und wahrscheinlich die beste Europa's. Man begreift dabei was eine Armee von etwa 600,000 Mann vermag. In diesem Augenblick ist daher auch Oesterreich unstreitig die gewaltigste Militärmacht, und wir wollen nur hoffen und wünschen daß die österreichische Politik durch das Vertrauen auf ihre siegreichen Armeen nicht in eine schiefe Stellung geräth.

Was Italien insbesondere betrifft, so sind die in den diesseitigen Provinzen getroffenen Anstalten zur Abwehr des Revolutionsfiebers ganz ungeheuer; namentlich braucht man auf die Befestigungen Verona's nur einen Blick zu werfen, um sich sogleich zu überzeugen daß die letztes Jahr von den italienischen Zeitungen vor der Schlacht von Custozza allgemein ausgesprochene Behauptung, die Piemontesen seyen im Begriff gewesen die Festung zu stürmen, nichts war als eine lächerliche Rodomontade. Verona ist keine Festung im gewöhnlichen Sinn des Worts, vielmehr eine ungeheure militärische Position, die den Italienern noch lange nicht in die Hände fiel, selbst wenn es ihnen — was übrigens höchst unwahrscheinlich — gelang vom Süden her in die Stadt einzudringen. **Radetzky** und sein Generalstab wußten dieß sehr wohl und konnten daher ohne alle Gefahr das meisterhafte Manöver wagen, während der Feind auf Kanonenschußweite von Verona lag, ganz gemächlich nach Vicenza zu marschiren, und den Feind im Rücken ihrer eigentlichen Offensiv- und Defensivstellung aus allen wichtigen Punkten zu vertreiben und in Venedig einzuschließen. Jetzt erst konnte der Hauptschlag bei Custozza nach strategisch richtigen Grundsätzen erfolgen. Wie Verona wird auch Peschiera noch fortwährend fester gemacht; nicht genug daß man den durch die Beschießung der Italiener angerichteten Schaden bereits vollständig wieder hergestellt hat, mit großer Thätigkeit wird unmittelbar an der Straße nach Brescia an einem neuen Werke gearbeitet, durch welches die Linien der Festung ungemein an Umfang und Wichtigkeit gewinnen. Das Castell von Brescia würde selbst einer feindlichen Armee zu schaffen machen, und Vicenza wird durch die auf dem Monte Berico zum Theil neu angelegten Werke vollständig beherrscht. Unter dem bloß militärischen Gesichtspunkt betrachtet, läßt die Sicherheit des venetianisch-lombardischen Königreichs somit um so weniger etwas zu wünschen übrig, da wie in Venedig, so auch in den andern Städten die Bevölkerung im höchsten Grade des Revolutionirens müde ist. Eine neue Schilderhebung ernster Art gehört, solange der Impuls dazu und zwar ein gewaltiger Impuls nicht von außen kommt, geradezu unter die Unmöglichkeiten, namentlich auch in Mailand, und es wäre in der That zu wünschen das Ministerium in Wien würde dieser Thatsache, für deren Richtigkeit ich meinen Kopf einsetzen wollte, die ganze Aufmerksamkeit welche sie verdient zuwenden. Ich meine die Regierung würde sich dadurch in der Lage sehen von der Strenge die sie fortwährend üben zu müssen glaubt, nachzulassen und das Volk freier athmen zu lassen.

Wenn ich recht sehe, ist die österreichische Verwaltung des lombardisch-venetianischen Königreichs in zwei Voraussetzungen befangen, deren unheimlichen Eindruck sie nicht los werden und von deren irrigem Scheine sie sich nicht trennen kann. Zunächst meint die Regierung — und ich glaube daß ihre militärischen Berichterstatter nicht wenig daran schuld sind — in Italien werden fortwährend neue Complotte geschmiedet, gegen die man auf seiner Hut seyn müsse; die unruhigen Köpfe seyen jeden Augenblick bereit von neuem loszuschlagen, und gegen solche — Demokraten helfen nur Soldaten. Diese Vermuthung halte ich, wie ich gesagt, für durch und durch grundlos; in der Lombardei denkt, wenige unverbesserliche Hitzköpfe abgerechnet die sich überall finden, niemand an das Revolutioniren; die Leute beklagen auf das tiefste, viele mit Thränen in den Augen, ihr Mißgeschick, und dieß nur weil sie jede Hoffnung auf eine gewaltsame Trennung von Oesterreich aufgegeben haben. Gerade deßhalb aber wär' es im Interesse Oesterreichs gelegen den Augenblick, wo namentlich auch in Ober-Italien die Erbitterung gegen Frankreich wegen der römischen Expedition ganz ungeheuer war, zu benutzen, und durch Milde sowie durch die Hoffnung auf bessere Zustände die Gemüther zu gewinnen. Allein auf der einen Seite wagte, auf der andern wollte man es nicht, um nicht den Schein der Nachgiebigkeit und der Schwäche auf sich zu laden. Man wollte der revolutionären Partei keine Concessionen machen, denn man ist in Wien — **und dieß halte ich für den zweiten, gefährlicheren Irrthum — noch immer** der Ansicht, bei einem großen, ja bei dem größeren und hauptsächlich in Anschlag kommenden Theile des italienischen Volkes finden sich wirkliche Sympathien für Oesterreich, und die angebliche Aufregung der Gemüther sey nur künstlich, in der Lombardei durch den Adel erzeugt. Meiner festen Ueberzeugung nach gibt es in den italienischen Provinzen keine österreichische Partei im eigentlichen Sinn des Worts. In den östlichen Districten mögen hin und wieder Sympathien vorhanden seyn, allein sie sind äußerst dünn gesäet, und fast ohne Ausnahme nicht das Ergebniß einer innern aus dem Herzen stammenden Zuneigung, vielmehr hervorgegangen aus egoistischen und materiellen Beweggründen. Die ländliche Bevölkerung ist Oesterreich nur darum und in soweit zugethan als dieselbe den Revolutionen und ihren für den Erwerb nachtheiligen Folgen abgeneigt ist, und zu ihren Geschäften Ordnung und Ruhe wünscht. Im übrigen wäre der Bauer einer jeden Regierung die ihm Schutz, Sicherheit und gute agrarische Gesetze gewähren könnte, mehr zugethan als der österreichischen. Namentlich steht die Napoleonische Herrschaft auch beim Landvolk in sehr guter Erinnerung; überall finden sich Hinweisungen auf den „kleinen Corporal," dessen gar nicht zu gedenken daß Mailand fast mehr als irgendeine nicht zu Frankreich gehörende Stadt einen französischen Zuschnitt hat. Selbst der Beamtenstand, soweit er aus Italienern besteht, ist weit mehr gegen als für Oesterreich eingenommen, und es traf sich sogar daß unter den Tumultuanten, die neulich in Mailand kraft kriegsrechtlichen Erkenntnisses geprügelt wurden, mehrere Angestellte sich befanden. Für jetzt wenigstens besteht zwischen Italienern und Oesterreichern eine noch immer unausgefüllte Kluft, und die Meinung die Revolution behufs Abschüttelung der österreichischen Herrschaft sey bei der Mehrheit des Volks selbst unpopulär, bloß das Werk einer radicalen Partei gewesen, entbehrt allen und jeden Grundes. Je mehr man sich Mailand nähert, desto fühlbarer, ich möchte sagen, handgreiflicher wird diese Kluft. Soldaten und Bürger gehen an einander vorüber als ob sie in gar keiner Beziehung zu einander stünden, und wenn sich Abends von 6 Uhr an hier in Brescia die Kneipen mit Soldaten füllen, die daselbst ihr Abendbrod einnehmen, kann man versichert seyn daß nur ausnahmsweise ein Bürgerlicher sich einfindet. Der Lombarde haßt die österreichische Uniform, der österreichische Soldat verachtet den Italiener, schon weil er in ihm einen Feigling sieht. Nach den zahllosen Beschimpfungen und Mißhandlungen welche die österreichischen Truppen in den venetianischen und lombardischen Städten erfuhren, wird man es leicht erklärlich finden daß sie nunmehr, im stolzen Gefühl der von ihnen mit Ausdauer und Tapferkeit erfochtenen Siege, gerade auch nicht mit Socken auftreten; einen ganz besonders übeln Eindruck aber hat es gemacht daß in vielen Fällen gerade die besuchtesten, mit herrlichen Kunstschätzen geschmückten Kirchen zu militärischen Zwecken gebraucht wurden. Wir sind der Ansicht daß zu diesem Auskunftsmittel, wodurch offenbar der zarteste Punkt am Menschen, das religiöse Gewissen, in vielen Fällen belästigt wird, nur im äußersten Nothfall geschritten werden sollte. Hier kann man allerdings lernen wie der Krieg sich vom Krieg ernährt. Alles zusammengenommen kann die österreichische Regierung sich auf keine Partei in ihren italienischen Provinzen entschieden verlassen; ihre Macht in diesem Land beruht auf ihrem Heer. Wenn die officiellen Zeitungen aus Mailand, Verona und Venedig berichten es seyen feierliche Tedeums wegen der ungarischen Siege begangen worden, so kann dieß fast nur auf die fungirenden Priester und die anwesenden Soldaten bezogen werden, die Italiener selbst kümmerten sich wenig oder nichts darum, wie ihnen überhaupt alles was in Wien geschieht und auf Wien Bezug hat, nur zu gleichgültig ist.

Schweden.

Die Auswanderungsangelegenheit ist in Schweden Sache des Staats geworden. Die schwedische Regierung hat, um der Auswanderungslust in ihren Landen nach der westlichen Hemisphäre in humaner Weise entgegenzukommen, in Südamerica 19,000 Acres Land angekauft, welches zu geringem Preise unter diejenigen losgeschlagen werden soll die ihr Heil in der neuen Welt bei einer zweckmäßigen Beschäftigung suchen wollen. Durch ein von der Regierung niedergesetztes Comité, das die Auswanderungssache zu regeln und die Auswanderer mit den Anordnungen und Verhältnissen America's bekannt zu machen hat damit sie gegen Betrügereien geschützt werden, wird die Ueberschiffung geleitet, und das Comité hat sich dieserhalb an einige hiesige Schiffsrheder gewendet um über die Ueberfahrtspreise zu unterhandeln. Die Fahrten werden im nächsten Frühling beginnen, und jedem Schiffe wird ein königlicher Commissär zugetheilt, dessen Verhältniß zu den Passagieren nicht ein überwachendes, sondern freundschaftliches und in mißlichen Umständen aushelfendes seyn soll.

Serbien.

Die geflüchteten Ungarn und Polen.

△ **Belgrad,** 26 Sept. Der Aufstand in Bosnien hat bis jetzt hier noch immer keinen Wiederhall gefunden, obgleich alle Gemüther durch den Einfluß einer mächtigen Partei gegen den Fürsten eingenommen und das Volk nicht eben gut gestimmt ist. Man begnügt sich hier vorderhand die Fremden zu necken. So wurde vorige Woche allen eingewanderten, doch bereits durch längere Zeit ansässigen Handwerkern die Alternative gestellt entweder sich das serbische Indigenat mit einer Steuer von jährlichen zwölf Thalern anzukaufen, oder den Wanderstab zu ergreifen und in einem andern Lande Brod und Unterkunft zu suchen. Zwei Tage lang war unter den Schneidern und Schuhmachern eine große Gährung — doch das Ungewitter zog an der M a s s e der eingewanderten Arbeitenden vorüber und alles blieb beim Alten. Man wollte durch diesen Schritt von Seite der Regierung an Popularität gewinnen und V u c s i c s, den serbischen Agitator zu Gunsten der vertriebenen Obrenowitsche, in dessen Gehirn diese menschen- und gastfreundliche Idee entsprungen, einigermaßen befriedigen. Für Serbien wäre eine Bewegung gegen den jetzigen Fürsten von unendlichem Nachtheil, denn weder die Pforte noch die Nation würden durch solch einen zwecklosen Aufstand gewinnen, sondern abermals wäre es das mächtige Rußland das Vortheil aus den Wirren zöge. Das europäische Gleichgewicht scheint doch bereits durch Rußlands Uebermacht und seine neuen Triumphe hinreichend gestört zu seyn — warum dasselbe gänzlich aufheben? Mit dem Fall Serbiens durch eine Bewegung würden die Donaufürstenthümer für immer an Rußland fallen und die Civilisation, nach der die Slaven hier streben, und die glückliche Urfreiheit in der sie unter den Türken leben, auf lange Zeit erstickt.

In diplomatischen Kreisen herrscht hier seit einigen Tagen wegen der u n g a r i s c h e n Flüchtlinge, die sich noch immer zu Widdin in Haft befinden, eine große Aufregung. Rußland und Oesterreich haben, wie Sie wohl wissen, mit aller Energie die Auslieferung Kossuths, Bems, Dembinski's, Mészaros's, Perczels' und des Grafen Casimir Batthyanyi gefordert. Als die Pforte den ersten Sturm glücklich mit einer Verneinung abgeschlagen, kam von Seite Rußlands ein Handschreiben des Kaisers, das die einst mächtige Pforte dermaßen in die Enge trieb daß sie die Rücksicht auf Gastfreundschaft wie auf ihre selbständige Stellung über Bord zu werfen bereit war, um sich aus dieser verwickelten Lage ziehen zu können. Reschid und Ali Pascha wendeten ihren ganzen Einfluß an, um einen Schritt zu verhindern der vom eigenen Volke sowie von Europa mißbilligt werden konnte. Vergebens! Das Staatsconseil entschied mit bedeutender Majorität für d i e A u s l i e f e r u n g d e r E m i g r i r t e n. Das Ministerium, in Uebereinstimmung mit dem Sultan, beharrte bei seiner frühern abschlägigen Entscheidung. Die Gesandten Titoff und Stürmer stellten plötzlich von russischer und österreichischer Seite jeden diplomatischen Verkehr mit der Pforte ein. Von Seite Englands durch Sir Stratford Canning, von Seite Frankreichs durch General Aupick geschahen bei diesem zweifelhaften Stand der Dinge die kräftigsten Gegenvorstellungen, und der Beschluß des Staatsconseils vom 9 und 10 d. M. bestimmte die beiden genannten Gesandten zu der Erklärung die Sache der Emigrirten zur ihrigen zu machen, worauf die Pforte mit um so größerer Beharrlichkeit bei ihrer abschlägigen Antwort beharrte. Ja das Conseil entschied sich am 17 in einer stürmischen Nachtsitzung den beiden verbündeten Mächten ausdrücklich zu erklären: „daß die Pforte sich durchaus nicht verpflichtet fühle die Emigrirten auszuliefern, daß sie in diesem ihren Beschluß durch England und Frankreich unterstützt werde und daß sie ihre betreffenden Gründe durch einen besondern Curier Sr. Maj. dem Kaiser von Rußland durch F u a d E f f e n d i zusenden werde, aber einem bloßen Abgeordneten gegenüber, wie General Radziwil, sich zu keiner Antwort verpflichtet fühle."

Die Zeit dieser bewegten Ungewißheit, in der man die Flüchtlinge zu Widdin von dem Beschlusse des Staatsconseils in Kenntniß setzte, benützten die Feinde Reschid Pascha's zu Intriguen der gemeinsten Art. Man spiegelte den Unglücklichen vor daß ihnen nur ein Mittel übrig bleibe sich vor dem Tode am Galgen zu retten — nämlich der Uebertritt zum mohammedanischen Glauben. Ein Emissär erschien unter den Geflüchteten und brachte diese Alternative als einen Bescheid der Pforte. Die Wahl war für die Heimathlosen eine schreckliche: entweder sich ausgeliefert zu sehen, um in Ungarn gehängt zu werden, oder ihre ganze Vergangenheit abzuschwören und sich dem Koran in die Arme zu werfen. Fünftausend flüchtige Christen sollten keine andere Wahl haben um das nackte, armselige Leben zu retten? Es handelt sich ja im Interesse der Ruhe Oesterreichs nicht darum Menschen zu vertilgen die an der Revolution theilnahmen. es handelt sich bloß darum dieselben unschädlich zu machen. Oesterreich und Rußland hätten durch die Forderung: die Emigrirten von der Gränze Oesterreichs zu entfernen und ihnen einen Aufenthalt im Innern der Türkei anzuweisen, denselben Zweck erreicht den sie durch eine allenfallsige Auslieferung derselben erreichen würden. Im Gegentheil, das Schauspiel des Märtyrerthums selbst für vermeintliche Freiheit und Gleichheit ist eben nicht geeignet das Volk abzuschrecken. Eingeschüchtert durch die Vorstellungen der Türken ließen sich die Generale B e m, K m e t i, S t e i n und noch zwanzig andere Officiere dazu bewegen zum mohammedanischen Glauben überzugehen, um handelnd gegen jene auftreten zu können die sie zu diesem verzweifelten Schritte gezwungen. Die Türkei hat durch diese Officiere für ihre Truppen Anführer gewonnen, und die Forderungen Rußlands sowohl als Oesterreichs haben Menschen die sie vernichten wollten, durch allzu großen Eifer einer neuen Wirkungssphäre übergeben, in der sie Oesterreich und Rußland mehr schaden können als sie es im thatlosen Exil vermocht hätten. Kossuth gab ohne Zögerung eine abschlägige Antwort, ebenso die Mannschaft, die lieber sterben als ihren Glauben ändern will. Wird durch den Beschluß der Pforte und das Einschreiten Frankreichs und Englands diesen Wirren und Bekehrungsversuchen flüchtiger Christen ein Ende gemacht? Rußland und Oesterreich brauchen wahrlich nicht das Blut einiger Emigrirten um sich in ihren eroberten Provinzen Macht und Ansehen zu sichern.

Türkei.

△ **Konstantinopel,** 19 Sept. Die große Mehrheit klatscht den Türken Beifall zu daß sie so wackeren Widerstand geleistet, und trotz russischer General-Adjutanten und trotz der kräftigsten austro-russischen Noten auf einer Weigerung beharrten zu der sie durch eine allgemeine völkerrechtliche Uebung berechtigt sehen. In der That ist es eine schöne Sache um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Diwans, und wer möchte seinem Streben sie eifersüchtig zu wahren die gebührende Anerkennung versagen? Nichts natürlicher als daß er so manche Scharte der letztverflossenen Jahre auszuwetzen trachten möchte, wo er es gewiß jetzt noch bereut in der syrischen wie in der serbischen Angelegenheit, in dem Hader mit den österreichischen Trapezunter-Booten wie in den Forderungen der Engländer an die Regentschaft von Tripolis oder gar in der von Sir Stratford Canning betriebenen Renegatenfrage sich durch Drohungen zum Nachgeben haben bestimmen zu lassen. Am meisten aber wurmte die jetzigen Minister das frische Andenken an General Grabbe's Mission, durch die sie nicht eben sehr willig zu dem engsten Einverständniß mit Rußland in Bezug auf die Donaufürstenthümer hingelenkt wurden, und ich selbst glaube Ihnen mein Bedauern darüber ausgesprochen zu haben daß es damals zu einer immerhin unläugbaren Schlappe für den Diwan kommen mußte. Wenn er aber jetzt, um sich für die Vergangenheit zu entschädigen, den beiden Kaiserhöfen gerade dort entgegentritt wo sie geheiligte, durch das Blut vieler Generationen erkaufte Tractate zu wahren haben; wenn er durch den eifrigen Schutz den er den flüchtigen Rebellen gewährt, Sympathien verräth welche — mit Grund oder Ungrund — von der Umsturzpartei in Europa sicher werden ausgebeutet werden, und sie vielleicht in der Hoffnung bestärken das im Westen verlorene Terrain für ihre Umtriebe im Osten weit besser wiederzufinden: dann möchte das Verdienst für den Augenblick durch Festigkeit und Unabhängigkeit des Charakters geglänzt zu haben in einem trüberen Licht erscheinen. Die eben bezeichneten Tugenden im Verkennen tractatmäßiger Verpflichtungen zu suchen wäre eine gefährliche Theorie, und trotz der Haltung welche der englische und französische Botschafter in der vorliegenden Frage hier eingenommen haben, scheint es schwer glaublich daß die Pforte auf dieser Bahn in die Länge bei den Regierungen Englands und Frankreichs Unterstützung finden sollte. Die Türken schmeicheln sich damit, und manche unter ihnen hegen wohl vielleicht gar im stillen die Hoffnung, gestützt durch die Seemächte und im Bunde mit dem europäischen Radicalismus, an ihren beiden Nachbarn im Norden, die einst den Strom osmanischer Herrschaft brachen und in sein jetziges Bett eindämmten, für die Schläge vergangener Zeiten Revanche nehmen zu können. Die beiden Kaiserhöfe, und insbesondere Oesterreich, dessen Repräsentant gleich bei der ersten Nachricht von der Aufnahme magyarischer Rebellen auf türkischem Boden mit seinen energischen Einschreitungen hervortrat, wollen sich, wie es scheint, versichern ob sie von der Pforte eine hinlänglich treue Erfüllung der Tractate erwarten können, um die Ruhe ihrer Staaten, nach der neuesten Wendung der Dinge in Europa, nicht gerade durch revolutionäre Umtriebe von dieser Seite her am meisten gefährdet zu sehen. Es handelt sich nicht darum ob der Arm der strafenden Gerechtigkeit mit seinen positiven Gesetzen jene Schuldigen erreiche, für welche der Diwan jetzt als Kämpe der Humanität auftritt, sondern es soll vor allem verhütet werden daß sie, als lockendes Beispiel für Gleichgesinnte, hierzulande festen Fuß zu fassen im Stande seyen. *)

---

*) Illi mihi disseruisse videntur de poena eorum qui patriae, paren-

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

Taylor. Die geheime Expedition von Mexico. Ungarn.

* **New-York**, 11 Sept. General Taylor hat sich nicht sowohl seiner Gesundheit, als dringender Arbeiten halber genöthigt gesehen seine Heimreise von den Fällen so zu beschleunigen daß er Albany, New-York und Philadelphia eben nur so weit es nöthig war berührt hat. Für New-York, wo er am 7 September früh nach 6 Uhr ankam und zwei Stunden darauf schon wieder weiterging, war dieß so unerwartet daß die Durchreise des Präsidenten fast gar nicht bemerkt wurde, und er ganz ungestört in einem Privathause frühstücken konnte. Tags vorher hatte der Vereinigte-Staaten-Anwalt drei für die „Secret Expedition“ bestimmte Schiffe durch Vereinigte-Staaten-Seeleute und Marinesoldaten anhalten lassen, welche er, da der Commodore M'Keever einzuschreiten keinen formellen Grund hatte, in seiner öffentlichen Stellung zur Ausführung seiner Anordnungen requirirte. Das eine dieser Schiffe, der Dampfpropeller Sea-Gull, war bereits außerhalb der innern Bay, und wurde, da es vor Anker lag und nicht bemannt war, mit Seeleuten besetzt und nach der Navy-Yard zurückgebracht. Man fand Gewehre und Munition für 1000 Mann darin, sonst aber weiter keine Ladung, was, da das Schiff nach Curaçao ausclarirt worden war, die vermuthete Absicht seiner Ausrüstung nur bestätigen konnte. Die andern beiden Schiffe, das Dampfschiff New-Orleans und der Propeller Florida, wurden noch im hiesigen Hafen mit Beschlag belegt und durch Vereinigte-Staaten-Seeleute besetzt. Die Nachrichten welche über die Ausrüstung dieser Schiffe nach Washington gekommen, waren so bestimmt daß der Vereinigte-Staaten-Districtsanwalt die Verantwortlichkeit eines solchen Einschreitens mit Hülfe requirirter Militärgewalt ohne Bedenken auf sich nahm; es scheint der Zweck der Ausrüstung auch keineswegs geläugnet zu werden, da man es als ausgemacht ansieht daß unser Präsident zwar jede bewaffnete Intervention, jeden Neutralitätsbruch mit Ernst und Nachdruck verhindern, die Theilnehmer an solchen Expeditionen aber nicht zur gesetzlichen Strafe ziehen lassen wird. Der Präsident selbst hat sich hierüber auch während seines kurzen Hierseyns mit seiner gewohnten Bestimmtheit ausgesprochen. Daß die hiesigen Expeditionen nach Cuba bestimmt sind, wird so vielfach versichert und durch die baaren Zahlungsmittel welche dabei verwendet werden so wahrscheinlich daß es kaum bezweifelt werden kann. Weder Mexico noch irgendein anderer Central- oder südamerikanischer Staat hat Geld oder Credit, es kann also nur von den wohlhabenderen Cubanos kommen daß die „Secret Expedition“ wenigstens in unserer Stadt so ausgestattet wird. Die angeworbenen Soldaten wissen übrigens selbst nicht wohin sie sich verlaufen, und dieß soll die Ursache gewesen seyn warum die Mannschaft der Sea-Gull dieselbe verlassen hat, da sie wenigstens am Bord des Schiffes auf Enthüllung des Geheimnisses gerechnet hatte. In Cuba selbst ist alles in großer Aufregung, und es kommt der dortigen Regierung sehr wohl zu statten daß sich die Angel unserer Politik gegenwärtig so sehr um die Sklavenfrage dreht. Denn da bei dieser Frage die Annexation von Cuba einer der Popanze ist mit welchem die abolitionistischen und Freesoilblätter die Gegner der Sklaverei schrecken und wach erhalten, so wird auch die nach Cuba angeblich bestimmte Secret Expedition vielseitig und scharf bewacht, was bei einer bloßen Digression nach Tampico oder Yucatan (wo die frühern amerikanischen Söldlinge noch einen Theil ihres Lohnes und die Erfüllung aller ihrer außerdem gemachten Versprechungen zu erzwingen haben) auf keine Weise der Fall gewesen seyn würde. Es ist übrigens auch für Europa nicht ohne Interesse dieses Dämpfen unserer Interventionsgelüste von Seiten unserer Regierung zu betrachten, da unsere Demagogen die Intervention immer mehr in ihre politischen Glaubensbekenntnisse aufnehmen, natürlich aber allemal „in majorem libertatis gloriam“, denn ohne diese rettende Clausel sind selbst unsere Hitzköpfe viel zu vernünftig um an ihre Berechtigung zu Eingriffen in fremde Staatsrechte zu glauben. Ein weniger besonnenes Cabinet könnte mit dieser Geneigtheit zu Eingriffen uns nicht wenig compromittiren, und die Geschichte des Neutralitätsgesetzes von 1818 wird dem erst klar der diesen sorgfältig und dauernd aufgestachelten Interventionsdrang aus eigener Erfahrung kennen lernte. General Taylor ist nun wieder in Washington und dürfte das weiße Haus vor Anfang der nächsten Congreßsitzung wohl kaum wieder verlassen.

Der Fall Ungarns hat hier wie überall einen tiefen Eindruck gemacht, und wenn viele diesem Falle noch keinen Glauben beimessen wollen, so ist auf der andern Seite eine Mehrzahl davon überzeugt daß Ungarn von Rußland Bedingungen erlangt haben wird welche es von Oesterreich entweder nicht erhalten konnte oder nicht annehmen wollte. Jedenfalls sehen selbst die Bewegungsleute ein daß es gut ist wenn manchen sogenannten Volksbeschlüssen nicht sofort Folge gegeben wird, und die Anerkennung Ungarns ist mit der Gesandtschaftsstelle nach Ungarn dem unermeßlichen Reiche der unerfüllten Wünsche zugefallen.

libus, aris atque focis suis bellum paravere. Res autem monet cavere ab illis magis quam, quid in illos statuamus, consultare. (Sall. Bell. Cat. Cap. LII.)

trifft. Unter seiner Behandlung sind bisher die verschiedensten Verkrümmungen und Entstellungen jugendlicher Körper in kürzester Zeit und in wahrhaft überraschender Weise beseitigt, und viele Leidende welche in verschiedenen orthopädischen Anstalten als unheilbar aufgegeben wurden, sind durch ihn vollkommen hergestellt worden. Dabei zeichnet sich seine Heilmethode, die in der Anwendung äußerst beweglicher Apparate, welche von ihm mit der umsichtigsten Individualisirung der speciellen Fälle den physikalischen Gesetzen gemäß construirt werden, besteht, vor den übrigen bisher bekannten auch vorzüglich dadurch aus daß die Patienten nicht eingepanzert und in Streckbetten eingeschnürt, wie überhaupt nicht belästigt und geplagt werden, und daß bei vollständiger Erhaltung der Kräfte die Entwicklung der Natur ungehemmt vor sich geht, so daß sich die jungen Leute sowohl während als nach der Behandlung einer guten Gesundheit und eines blühenden Aussehens erfreuen. In der jüngsten Zeit gründete Hr. Wildberger eine förmliche orthopädische Heilanstalt dahier, um die Patienten unter seine unmittelbare Aufsicht und Pflege nehmen zu können. Dieß mußte um so erwünschlicher seyn, als in Privatwohnungen die Aufsicht und Pflege nicht immer so gehandhabt wird wie es die verschiedenen Zustände der Gebrechlichen erfordern, und Hr. Wildberger alle Eigenschaften in vollem Maße besitzt durch welche das Vertrauen zu einer solchen Anstalt bedingt ist. Derselbe ist der unterzeichneten Behörde als ein Mann von Bildung, Sittenreinheit und Ehrenhaftigkeit, wie als ein guter Familienvater bekannt, von dem mit Gewißheit anzunehmen ist daß er die eingehenden Verpflichtungen getreulich erfüllen, und für die ihm anvertraute Jugend mit größter Gewissenhaftigkeit sorgen werde.

Die Localität, in welcher Hr. Wildberger seine Anstalt eben so hübsch als zweckmäßig eingerichtet hat, ist sehr schön gelegen, und gewährt sowohl von den Zimmern als vom Garten aus die reizendste Aussicht auf einen großen Theil der Stadt, sowie auf das Main- und Regnitz-Thal.

Die Anstalt desselben erscheint in jeder Beziehung als eine Muster-Anstalt und kann daher Jedermann bestens empfohlen werden.

Bamberg, den 15 Juli 1849.

(L. S.) Der Stadt-Magistrat.

Barlet, d. l. i. Busch.

Legalisirt von der königl. Regierung von Oberfranken.

Bayreuth, den 6 August 1849. In Abwesenheit des Regierungs-Präsidenten.

(L. S.) Frhr. v. Rotenhan. Malz.

Das unterzeichnete Staatsministerium bestätigt die Aechtheit der überstehenden Unterschrift und Fertigung der königl. Regierung von Oberfranken, K. d. Innern.

München, den 20 August 1849.

Königl. bayer. Staats-Ministerium des Innern.

(L. S.) Zwehl.

Le soussigné Secrétaire général au Ministère des affaires étrangères de Bavière certifie l'authenticité de la signature et du sceau apposés ci-dessus.

Munich, ce 26 Août 1849. (L. L.) Rappel.

Die k. k. Gesandtschaft beglaubigt die Aechtheit vorstehender Fertigung des königl. bayer. Ministeriums des Aeußern.

München, den 27 August 1849.

Der k. k. österr. Gesandtschafts-Secretär.

(L. S.) Zwierzina.

Vu à la Légation de France en Bavière pour légalisation de la signature de Mr. Rappel, Secrétaire général au Ministère des aff. étrangères de Bavière.

Munich, le 27 Août 1849. *Le chancelier de la Légation.*

(L. S.) Ullon.

Die Aechtheit der zur Seite stehenden Ausfertigung des General-Secretärs des königl. bayer. Ministeriums des Aeußern wird hiemit beglaubigt.

München, den 28 August 1849. Königl. preuß. Gesandtschaft.

(L. S.) Frhr. v. Rosenberg.

Munich, ce 28 Août 1849.

Vu à la Légation de S. M. B. pour Légalisation de la signature de Mr. Rappel, Secrétaire général au Ministère des Affaires étrangères.

(L. S.) J. L. Elliee.

---

[297] Im Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Postämter sowie durch alle soliden Buchhandlungen fortwährend zu beziehen:

Morgenblatt

für gebildete Leser.

Redigirt von Dr. Hermann Hauff.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Monat September 1849.

Inhalt: Gedichte. Zwischen den Garben. Von F. Freiligrath.

Erzählungen. Schwäbische Geschichten.

Aufsätze gemischten Inhalts. Nach Genua. — Skizzen aus dem Fürstenthum Lüneburg. — Episoden aus der badisch-pfälzischen Revolution. — Die Carricatur seit dem 24 Februar. — Bilder aus Rom. — Aus den Briefen eines deutschen Officiers in der Armee des Banus von Croatien. — Das nächtliche Leben im Urwald. Von A. v. Humboldt. — Vom hohen Alter der Bäume. Von A. v. Humboldt. — Goethe als Befreier. Von Th. Creizenach.

Correspondenz. Frankfurt a. M. — Elberfeld. — Berlin. — Bern. — Paris. — Como. — Dresden. — Straßburg. — Aus Oberösterreich. — Baden-Baden.

Verhältnisse welche ihre Ursache einzig in den auch auf dem litterarischen Verkehr schwer lastenden Zeitumständen finden, veranlaßten uns vom 1 Juli ab

das Kunstblatt und das Litteraturblatt

aufhören zu lassen.

Nähere Nachricht für Leser und Mitarbeiter dieser beiden Blätter, ob und wie mit dem kommenden Jahre 1850 das Morgenblatt Zweck und Aufgabe dieser seiner beiden Beiblätter in seinen Rahmen wieder aufnehmen werde, behalten wir uns für später vor.

Das zweite Semester des Morgenblattes kostet daher nur 7 fl. oder 4 Rthlr.

Sämmtliche Buchhandlungen und Postämter nehmen Bestellungen auf diese Zeitschrift an. Letztere liefern sie täglich, erstere von 8 zu 8 Tagen, oder, je nach dem Wunsche der Abonnenten, auch in monatlichen Heften.

Stuttgart und Tübingen, October 1849. J. G. Cotta'scher Verlag.

[3504]

Königreich Sachsen.

Liste der Land-Rentenbriefe,

welche in der 26. Ziehung Michael 1849 ausgelooset worden sind, und in Folge dessen im Termine Ostern 1850 fällig werden.

Lit. A. zu 1000 Thlr. Capital.	Lit. B. zu 500 Thlr. Capital.		Lit. C. zu 100 Thlr. Capital.			Lit. D. zu 50 Thlr. Capital.	Lit. E. zu 25 Thlr. Capital.	Lit. F. zu $12\frac{1}{2}$ Thlr. Capital.
Nummer	Nummer		Nummer			Nummer	Nummer	Nummer
196	42	3979	1138	7790	12941	169	27	164
412	664	4078	1176	7842	13729	219	279	373
628	896	4437	1341	7950	13773	570	338	448
1015	1263	4595	1364	8429	13837	656	438	673
1049	1268	4604	2068	8611	13857	1137	704	1040
1329	1279	4937	3122	8768	13871	1258	1128	1382
1668	1464	5067	3144	8790	14323	1481	1348	1600
1801	1749	5538	3527	8832	14414	1720	1623	1677
2039	1798	5798	3648	9008	14659	1972	1687	2032
2050	1943	5922	3958	9073	14935	2073	2026	2177
2474	2006	6495	4026	9117	15218	2272	2243	2226
2728	2063	6876	4356	9208	15268	2316	2361	2289
2729	2182	6968	4675	9442	15564	2472	2603	2751
3092	2275	7043	4693	9623	15579	2596	2720	2782
3387	2324	7406	4873	10141	15741	2715	2972	3005
3465	2623	7488	5171	10673	15777	3054	3004	3063
3855	2656	7553	5400	11015	15783	3440		
4010	2888	7624	6079	11041	15794	3461		
4107	2899	7809	6107	11228	15957	4161		
4223	3827	8182	6220	11699	16018	4203		
4275			6315	12250	16030	4301		
4383			6688	12418	16041	4502		
4578			6770	12571	16222			
4719			6900	12595	16484			
4775			7153	12604	16494			
			7185	12689	16498			
			7231	12849	16527			
			7627	12907				

Die im Termin Ostern 1849 ausgeloosten, jetzt fälligen Capitalien sind von dato an bei der Landrentenbank abzuheben. Zugleich werden die Inhaber der nachbemerkten, bereits in früheren Terminen fällig gewordenen, Landrentenbriefe nochmals erinnert die Capitalien unverweilt bei der Bank resp. baar oder in unausgeloosten Rentenbriefen in Empfang zu nehmen, als:

Lit. A. Nr. 1743. 3576. 4398.
- B. - 158. 233. 880. 1760. 1979. 2673. 2955. 5056. 5835. 6829. 7128. 7145. 7334. 7906.
- C. - 127. 149. 180. 323. 521. 1833. 2197. 2306. 2686. 2756. 3131. 3371. 3488. 4003. 4139. 4838. 4916. 5761. 6068. 6583. 6660. 6791. 7088. 7963. 8344. 8519. 8919. 8949. 9169. 9482. 10180. 10257. 10407. 10651. 10819. 10901. 11236. 11663. 11785. 12572. 12585. 12972. 13293. 13438. 13450. 13711. 13716. 14013. 14040. 14186. 14282. 14543. 15114. 15144.
- D. - 232. 338. 584. 1231. 1620. 1672. 2078. 2199. 2327. 3257. 3833. 4055.
- E. - 202. 849. 1196. 1206. 1231. 1281. 1510. 1596. 1751. 1797. 1957. 1962. 2114. 2156. 2345. 2348. 2736. 2799.
- F. - 292. 418. 494. 512. 619. 621. 744. 843. 978. 1354. 1524. 1624. 1683. 1868. 2155. 2306. 2584. 2772.

Uebrigens liegen diese Listen bei allen Bezirkssteuereinnahmen des Landes zu Jedermanns Einsicht aus.

Dresden, am 25 September 1849.

Königl. Landrentenbank-Verwaltung.

(3498) **(Billiges Bücher-Offert.)** Die C. H. Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen offerirt von ihrem antiquarischen Lager nachstehende Bücher zu den beigesetzten Preisen:

Lutheri, M., opera lat. 7 vol. Witt. 1545—60. Schw. fol. 90 fl. — Luthers sämmtl. Schriften. 22 Bde. Leipzig 1730. Prgt. fol. 30 fl. — Dasselbe 12 Bde. Witt. 1550—60. Schw. fol. 22 fl. — Dasselbe, 8 Bde. Jena 1550—60. Schw. fol. 16 fl. — Zwingli, H., opera omnia. 4 vol. Tig. 1545. Schw. (1 Blatt schriftlich ergänzt.) fol. 50 fl. — Pierers Real-Encyklopädie 2te Aufl. 34 Bde. Altenburg 1848. br. 32 fl. — Okens Naturgeschichte mit Atlas 14 Bde. Stuttgart 1836. Pp. 30 fl. — Schlossers Geschichte d. 18. und 19. Jahrhunderts. 7 Bde. Heid. 1836—49. (f. 42 fl.) 33 fl. — Chrysostomi, J., opera ed. Duc. gr. et lat. XII. vol. Paris 1636. Prgt. fol. 48 fl. — Weimanni herbarium (mit fein color. Kupfern) 4 vol. Ratisb. 1730. Ldr. fol. (f. 90 fl.) 25 fl. — Gerhardi, J., loci theolog. ed. Cotta XX. vol. Tüb. 1760. R. Eck. 4°. 22 fl. — Gerhardi, J., Loci theolog. 3 vol. Fkt. 1660. Prgt. fol. 15 fl. Schröckh's Kirchengeschichte fortgef. v. Tzschirner. 45 Bde. Leipz. 1790—1812. Pp. 30 fl. — Montfauconii, Antiquitates gr. et rom. (m. schönen Kpfrn.) edit. II. X vol. Paris 1722 in 10 schönen Frzbdn. gr. fol. 70 fl. — Schlossers Weltgeschichte u. Mitwirk. v. Kriegk. 8 Bde. Fkt. 1848. Pp. 12 fl. — Gieseler, Lehrbuch der Kirchengeschichte 3te Aufl. 5 Thle. Bonn 1830—40. br. 15 fl. — Cornelius a Lapide commentar. in sacr. scripturam 11 vol. Lug. 1730. Schw. fol. 33 fl. — Hungari's Predigten. 20 Bde. Fkt. 1840—48. Pp. neu. 22 fl. — Stolberg, Religionsgeschichte Jesu, fortgesetzt von Kerz. 44 Bde. Wien u. Mainz, 1820—46. Pp. 40 fl. — Poli, synopsis etc. V vol. Fkt. 1680. Prgt. 4°. 15 fl. — Corpus jur. civilis deutsch 7 Bde. Leipz. 1830. (f. 54) 16 fl. 12 kr. — Becker's Weltgeschichte. 14 Bde. Ber. 1836. Pp. 13 fl. 30 kr. — Goethe's sämmtliche Werke 55 Bde. Stuttgart 1824. br. 12. 22 fl. — Neanders Kirchengeschichte. 7 Bde. Hamburg 1830—40. Pp. 12 fl. — Prosaiker griech. u. römische. 390 Bde. Stuttgart 1830—46. br. 12. (118 fl.) 30 fl. — Lehrgebäude der Diplomatik von der Congreg. St. Mauri m. Kpfr. 9 Bde. Erf. 1768. R. E. 4°. 15 fl. — Ludens Geschichte der Deutschen. 12 Bde. Jena 1824—30. 18 fl. — Mebold, Welt-Gemälde-Gallerie. m. Kpfrn. 12 Bde. Stuttgart 1835—40. br. 12 fl. — Menaea graecae ecclesiae gr. 3 vol. Ven. 1738. Schw. 4°. (selten) 25 fl. — Speculum Vite humane. Reutl. Zainer 1471. R. E. fol. 10 fl. — Winckelmanns sämmtl. Werke. 12 Bde. m. Atlas. Donauesch. 1824. br. 9 fl. — Blackwell herbarium m. fein color. Kupfrn. 6 Bde. Nbg. 1750. fol. 27 fl. — Virgilii opera ed. Heine. 8 vol. Lps. 1800. hlbfrz. 14 fl. — Ambrosii opera stud. St. Mauri. VIII vol. Ven. 1781. br. 4°. 16 fl. — Bedae opera. IX vol. Col. 1688. Schw. fol. 36 fl. — Athanasius, Alex., opera gr. et lat. 2 vol. Paris 1627. Ldr. fol. 18 fl. — Originis opera gr. et lat. 1—12. Würzb. 1788. br. 10 fl. 48 kr. — Hieronymi, St., opera. IX vol. Bas. 1516. Schw. fol. 12 fl. — Herders sämmtliche Werke. 60 Bde. Stuttgart 1824. Pp. 12. 20 fl. — Lessings sämmtliche Werke 32 Bde. Ber. 1820. Hlbfrz. 19 fl. — Scheuchzers Physica sacra mit 750 Kpfr. 4 Bde. Augsb. 1730. Ldr. fol. (Schreibp.) 22 fl. — Biblia polyglotta. 8 vol. Antv. 1572. Schw. fol. 60 fl.

[3246—48]

Deutsche Reform,

politische Zeitung für das constitutionelle Deutschland.

Mit dem 1 October d. J. beginnt ein neues Abonnement auf diese **täglich zweimal** erscheinende Zeitung, deren **Abendblatt** bereits mit den um 4½ Uhr Nachmittags von hier abgehenden Eisenbahnzügen versandt wird. Alle Postämter nehmen Bestellungen an; der Preis für das Quartal beträgt in ganz Preußen 2 Rthlr. Porto eingeschlossen.

Die Deutsche Reform kann sich das Zeugniß geben daß sie ihren Lesern schnelle und zuverlässige Nachrichten mittheilt; der größere Theil der deutschen Tagespresse bestätigt dieses Zeugniß durch häufigen Abdruck der Original-Artikel aus der Deutschen Reform.

Die Aufgabe des Blattes ist, die Grundsätze der wahrhaft constitutionellen Monarchie zu vertreten. — Berlin, im September 1849.

[3448] In der Buch- und Kunsthandlung von **Franz Nöldeke** in **Karlsruhe** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands zu beziehen:

Porträt- und Costüme-Galerie

aus der badisch-pfälzischen Revolution von 1849,

enthaltend

die Abbildungen der merkwürdigsten Personen in ganzen Figuren, treu nach der Natur gezeichnet und sorgfältig colorirt.

Erste Lieferung. Preis 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

(Inhalt der 1sten Lieferung: **Böning aus Wiesbaden, Anführer der Schweizer Legion. Willich, Germain Metternich, Mieroslawski, Madame Blenker** (als Amazone), **Frau v. Struve.**)

[3380] In **G. F. Heyers** Verlag in **Frankfurt a. M.** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

H. F. Paulitzky,

königl. preuß. Landphysicus des Kreises Wetzlar,

Anleitung zu einer vernünftigen Gesundheitspflege, worin gelehrt wird wie man die gewöhnlichen Krankheiten durch wenige und sichere Mittel, hauptsächlich aber durch ein gutes Verhalten verhüten und heilen kann. Ein Hausbuch für Geistliche, Wundärzte und verständige Familienväter, zumal in Gegenden wo keine Aerzte sind. Zehnte vermehrte und verbesserte Auflage, besorgt durch den Sohn Dr. F. C. Paulitzky. 36 Bogen. gr. 8. Maschinenpapier. brosch. 1 Rthlr. od. 1 fl. 48 kr. rhn.

Landgeistliche, Wundärzte und verständige Hauswirthe, zumal in Gegenden wo keine Aerzte sind, machen wir auf das für sie bestimmte Paulitzky'sche Hausbuch:

„Anleitung zu einer vernünftigen Gesundheitspflege"

aufmerksam. Es zeichnet sich vor den meisten populären sogenannten „Selbstärzten" aufs vortheilhafteste aus durch die Richtigkeit des zu Grunde liegenden Princips, durch das Hinweisen auf die Ursachen der meisten Krankheiten, auf eine die Gesundheit erhaltende und Uebel verhütende Lebensart, und durch strenge Angaben der Gränzen wo die Selbstbehandlung mit der Nothwendigkeit ärztlicher Hülfe zusammentrifft, durch Reichhaltigkeit und zweckmäßige Gruppirung des Materials und durch Klarheit der Darstellung.

[3354—56]

Staatsanlehen.

Anlehensloose als: Badische à 50 fl. u. 35 fl.; Darmstädter; Kurhessische à 40 Rthlr. u. à 20 Rthlr.; Hamburger à 100 B. M.; Sardinische à 36 Fr.; Nassauische; Fürstl. Vereinsloose à 10 fl. ꝛc. sind zu beziehen durch

Schneider-Hoff in Frankfurt a. M.

NB. Auf frankirte Anfrage wird von demselben über das Schicksal von Anlehensloosen berichtet und sonstige wünschenswerthe Auskunft gratis ertheilt.

[3847—48]

Kauf- oder Pachtung eines Landgutes.

Man sucht ein passendes Landgut, vorzugsweise in den südlichern Gegenden Deutschlands, oder in den südlichen Provinzen Oesterreichs zu kaufen, oder nach Umständen eine größere Herrschaft zu pachten. Der Käufer oder in Pachtnehmende ist ein in der rationellen Betreibung des Ackerbaues und den damit verbundenen Industriezweigen erfahrener Mann, hat vielseitige kaufmännische Kenntnisse und ausgedehnte commercielle Verbindungen. Den etwaigen Anerbietungen beliebe man die Beschreibung des Gutes und dessen Lage, sowie die Angabe des Flächeninhalts an Ackerland, Wiesen, Wald ꝛc., des Preises und der Kauf- oder Pachtbedingungen beizufügen. Man wünscht jedoch mit den Eigenthümern direct, ohne Unterhändler zu verkehren. **Frankirte Briefe** unter der Chiffre S. T. F. werden durch das Handlungshaus **Jacob Humbert** in Frankfurt a. M. befördert.

(3189)—91 **Edictalladung.**

Wallrab Christian Heinrich (Bernhardt) Bloß aus Remda, geboren am 7 Januar 1780, welcher vor länger als 10 Jahren sich von hier entfernt und während eines zehnjährigen Zeitraums von seinem Leben keine Nachricht gegeben hat, wird auf Antrag seiner hier lebenden Verwandten hierdurch aufgefordert,

den 8 Januar 1850,

Vormittags 10 Uhr, persönlich oder durch gerichtlich legitimirten Bevollmächtigten, oder auf unzweifelhafte Weise schriftlich beim hiesigen Patrimonialamte sich zu melden, um über sein bisher hier verwaltetes Vermögen selbst verfügen zu können und zwar unter dem Rechtsnachtheile, daß er außerdem in dem auf

den 18 Januar 1850

anberaumten Bescheidstermine für todt werde erklärt und der Nachlaß, wenn der zu ertheilende Bescheid die Rechtskraft beschritten, ohne Caution an seine Vertrags-, Testaments- oder Intestaterben, oder an die sonst dazu befugten Personen werde ausgeantwortet werden.

Zugleich werden alle Erb-Prätendenten hierdurch geladen in dem anberaumten Anmeldungstermine zu erscheinen, sich gehörig zu legitimiren, und ihre Erbansprüche auf den Nachlaß des Verschollenen anzugeben unter der Verwarnung daß, ohne auf die Ausgebliebenen Rücksicht zu nehmen, der Nachlaß in Gemäßheit des die Rechtskraft beschreitenden Erkenntnisses denen welche ein Erbrecht oder sonst einen rechtlich begründeten Anspruch angemeldet und bescheinigt haben, werde ausgeantwortet werden.

Remda am 17 August 1849.

Großherzogl. S. geab. Patrimonialamt.

K. Schultze.

(3475—76) **Gerichtliches Inventar.**

Ueber den Nachlaß des Grafen Christian Ernst v. Bentzel-Sternau, Staatsminister im ehemaligen Großherzogthum Frankfurt, seßhaft gewesen in Mariahalden, Gemeinde Erlenbach im Kanton Zürich in der Schweiz, ist von dem Bezirksgerichte Meilen auf Ansuchen der Intestaterben das gerichtliche Inventar bewilligt; daher sowohl die Gläubiger als die Schuldner des Verstorbenen aufgefordert werden,

binnen acht Wochen,

vom 5 September 1849 an gerechnet, beziehungsweise ihre Ansprachen oder Verbindlichkeiten an die unterzeichnete Notariatskanzlei einzugeben, unter der Bedrohung daß Schuldner oder auch im Besitze von Faustpfändern befindliche Creditoren, die ihre Eingaben zu machen unterlassen, Ordnungsbußen, säumige Ansprecher aber (die Grundversicherten jedoch nur mit Bezug auf die verfallenen Zinsen) den Verlust ihrer Forderungen in dem Fall zu gewärtigen hätten, wenn der betreffende Nachlaß auf Grundlage des gerichtlichen Inventars angetreten würde.

Kanzlei des Notariatskreises Küsnach-Erlenbach im Kanton Zürich.

R. Brunner, Notar.

[3382—83] **Stuttgart.**

Aufforderung.

Um die Verlassenschaft des kürzlich gestorbenen Johann Jakob Reinecker, Dosenfabrikanten hier, mit Sicherheit vertheilen zu können, werden dem Anrufen der Erben gemäß etwaige Gläubiger des Verstorbenen aufgefordert, ihre Ansprüche

binnen 30 Tagen

bei dem königl. Stadtgerichts-Notariat bei Gefahr ihrer Nichtberücksichtigung anzumelden und zu erweisen.

Den 19. Septbr. 1849.

Die Theilungsbehörde.
vdt. Stadtgerichts-Notariat.

Hölder.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich im Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend | Nr. 279. | 6 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Centralgewalt und das Dreikönigsbündniß); München (die Verständigung in Wien und die Händel in Frankfurt); Rastatt (Kommlossy. Die Bundesfestung einem preußischen Gouverneur und einem preußischen Commandanten übergeben. Die Verlängerung des Belagerungszustands); Mainz (Versammlung der Land- und Forstwirthe); Leipzig (Messe); Berlin (Conjecturen über die politische Lage. Die Verwerfung der polnischen Anträge. Die Conservativen und das Steuerverweigerungsrecht. Buchdruckercongreß. Anerkennung der Religionsfreiheit); Wien (der Lloyd über das Oberhaus. Journalurtheil über das Zerwürfniß in Konstantinopel. Des Kaisers Reise nach Ischl. Reform der Theresianischen Ritterakademie. Günstiger Stand der Anleihezeichnungen).

Großbritannien. Eindruck der Kunde aus Konstantinopel. Eine Canalflotte zum Auslaufen beordert. Ueber die bayerisch-preußische Fehde. Die schwindende Cholera.

Frankreich. Napoleon Bonaparte's Antrag auf Aufhebung der Verbannungsdecrete gegen die Bourbons und Amnestirung der Juniusinsurgenten. Besoldungsangelegenheit des Vicepräsidenten der Republik. Lamoriciere. Der türkische Zwist.

Niederland. Die Ministerkrisis.

Italien. Neapel (Unruhen in Sicilien wegen Wiedereinführung der Mahlsteuer); Turin (ein Gesetzvorschlag zur Abschaffung der Zehnten. Neue Schwierigkeiten der Deputirtenkammer wegen der Entschädigungsgelder an Oesterreich).

Schweiz. Mieroslawski.

Griechenland. Anschuldigungen gegen Christides.

Türkei. Englische und französische Berichte über das russisch-türkische Zerwürfniß.

Südamerika. General Baez.

Beilage. Die Eisenbahnplane zur Verbindung von München, Salzburg und Innsbruck. — Aus dem schwäbischen Oberland. — Rastatt. (Die Lage der Gefangenen.) — Reiseeindrücke im österreichischen Kaiserstaat. (I.) — Die österreichischen Finanzmaßregeln. (III.) — Die Russen in Ungarn. (Eine Antwort aus Rußland.) — Abenteuer eines deutschen Schiffcapitäns. — Frankfurt. (Schöff Harnier nicht zurückberufen.) — München. (Verständigung zwischen Wien und Berlin über eine provisorische Centralgewalt.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 2; Wien 3; Frankfurt 3; Augsburg 5 Oct.

Deutschland.

ff Frankfurt a. M., 2 Oct. So lange auch die amtliche Verkündigung der neuen provisorischen Centralgewalt für Deutschland wegen Erfüllung der Beitrittsformen hingehalten wird, so ist doch das Wesen von den Frankfurter Blättern ganz richtig mitgetheilt worden. Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands ist der Begriff der zur Ausdehnung und zum Einschrumpfen nach den Umständen gebraucht werden kann. Das Uebergewicht Oesterreichs und Preußens in der Bundesversammlung, welches bei aller Gleichheit der Rechte factisch bestand, wird dadurch aus dem Reiche der Intrigue in das des Rechts verpflanzt. Wenn es nun ums Intriguiren gilt, so werden die zwei präponderanten Mächte das gegen einander üben, und in dieser Hinsicht bleiben wir auch beim Alten. Viel wichtiger als die Frage von der Leitung der deutschen Angelegenheiten statt des Bundestags und statt der ihm nachgefolgten provisorischen Centralgewalt ist daß überhaupt etwas neues, eine Centralgewalt, durch die Fürsten geschaffen werden konnte: es liegt darin die ganze Wiederaufnahme des Grundsatzes von 1815. Wird die Verkündigung der neuen Autorität nicht zugleich das Grabgeläute für das Dreikönigsbündniß seyn? Es ist kein Geheimniß daß, als vor kurzer Zeit der preußische Vorsitzende des Verwaltungsrathes, General v. Canitz, die Berufung des Reichstages auf den Grund des von den drei Kö[n]igen octroyirten Verfassungsentwurfs in Antrag brachte, der sächsische und der hannoverische Bevollmächtigte eine Menge Gründe gefunden haben um den Vorschlag für jetzt abzulehnen, der denn auch alsbald zurückgezogen worden ist. Seitdem ist die entschieden weigernde Erklärung Bayerns eingelaufen, und damit der Fall wirklich eingetreten für welchen Sachsen und Hannover sich den Rücktritt vorbehalten hatten. Obgleich das Statut der neuen Centralgewalt die Eingehung von Bündnissen in Aussicht stellt, also deren formelle Zulässigkeit anerkennt, so darf man nicht übersehen daß der Zeitpunkt dieser Anerkennung von den Gegnern des preuschen Entwurfs gewählt werde. In den preußischen Kammern ist die Meinung ausgesprochen worden daß, wenn Deutschland nicht auf Preußen die Anziehungskraft ausüben werde, Preußen dieselbe auf Deutschland üben könne. In unserer neuesten Geschichte liegen viele Warnungen, und darum ist es auch bedenklich aus der Gegenwart die künftige Bestimmung Preußens für Deutschland ableiten zu wollen. Wäre es der Fall, so würde die Mehrzahl darin schwerlich eine große und segensreiche erblicken wollen. In Berlin vergißt man ganz was noch vor wenigen Monaten in aller Welt Munde war. Im übrigen Deutschland hat man ein treueres Gedächtniß. Das gegenwärtige preußische Ministerium hat sich außerhalb der Verfassung stellen, die Nation entmündigen und von einer Octroyirung zur andern schreiten müssen, ehe es auf den jetzigen Standpunkt gelangt ist. Wenn es jetzt den Beifall der Volksvertreter erntet, so weiß man im übrigen Deutschland nicht wie viel davon auf Rechnung der Macht, der Furcht, der vollendeten Thatsachen und der Minoritätswahlen, und wie viel auf Rechnung der politischen Einsicht und der Vaterlandsliebe zu setzen ist. Auf Rechnung eines durchgebildeten constitutionellen Staatslebens setzt man nichts. Man hat von gewichtigen Stimmen vernommen, dieses Ministerium habe die Civilisation von Preußen gerettet. Dafür gebührt ihm Dank, wenn die Sache so war, obwohl man sehr bezweifeln muß daß der Berliner Pöbel die Civilisation von 17 Millionen Menschen bedrohen konnte. Aber in Deutschland kennt man die Sache nicht von der Seite, und hält also mit dem Dank und mit dem ihm entsprießenden Vertrauen zurück. Im Gegentheil gibt es viele welche in dem Dreikönigsbündniß einen Versuch zu einer zweiten Auflage des nordischen Fürstenbundes erblicken, der von Friedrich dem Großen erdacht, also gewiß nicht durch Sympathien für die deutsche Volkssache eingegeben war. Ist aber die Macht der Thatsachen so groß, daß sie in wenig Wochen Verfassungsbruch, Gewaltmaßregeln u. dgl. vergessen machen, und diejenigen in Verehrer umwandeln kann welche das verletzte Recht des Volkes gegen die Inhaber der Macht mit den schärfsten Worten vertheidigen zu wollen schienen, so kann man den Erfolg, die Geschicklichkeit der Führer, wenn man will die Bildsamkeit der Masse bewundern, aber das Vertrauen auf politische Bildung und Reife kann unter solchem Schatten nicht wachsen. Das ist das Urtheil eines großen Theils der Gebildeten und der Gemäßigten in Deutschland, der Grundton welchen die Demokratie bis zur Ekstase variirt. Das hat den Planen Preußens mehr Hindernisse bereitet als alle österreichischen und bayerischen, dynastischen und ultramontanen Intriguen. Auch diese Anschauung wird sich ändern. Der vitiöse Anfang wird vergessen werden, wenn sich Preußen nach und nach in das constitutionelle Wesen einlebt. Aber wenn man meint das sey bereits geschehen, so begeht man eine Sünde gegen den gesunden Menschenverstand.

Bayern. — **München,** 5 Oct. Die neue Centralgewalt wäre also bestellt; am 30 Sept., gerade um die Zeit als die welfische und ghibellinische Journalistik im „Reich“ sich lebhafter als je über das Zustandekommen des geheimen Werkes stritt, während die deutschen Soldaten in Frankfurt die Polemik von der Feder auf den Säbel übertrugen, haben Preußen und Oesterreich sich die Hände gereicht, und die übrigen deutschen Staaten werden wohl thun Ja und Amen zu sagen. Möge das Verständniß auch auf all das andere sich ausdehnen was Verständigung verlangt! Sind wir recht unterrichtet, so ist man in Oesterreich gar nicht so abgeneigt, als man gewöhnlich wähnt, die Handelseinigung mit dem übrigen Deutschland anzubahnen und selbst die Bildung eines engeren constitutionellen Bündnisses unter Preußens Namen und Schirm zuzugestehen, sowie nur die historische und natürliche Stellung Oesterreichs dabei gewahrt bleibt. Da das eine und das andere gegenseitige Vorbedingung der Bildung einer neuen Centralgewalt war, so wird man sich wohl die nöthigen Bürgschaften gegeben haben, damit die Stunde der Einigung nicht zum

Ausgangspunkt neuen Zerwürfnisses werde. Es ist hohe Zeit daß man aufhöre sich vergiftete Anklagen zuzuwerfen; schlage jeder an seine Brust, denn keiner ist frei von Vorwurf. Wenn die N. Münchn. Ztg., mehr als nöthig war, von der Garantie der europäischen Mächte sprach, so geht jetzt die **Kölnische Ztg.** so weit das Dreikönigsbündniß für geborgen zu halten, weil — Frankreich und England es unterstützen, es für ein Bedürfniß des europäischen Gleichgewichts halten. Sie versichert auch, das Reichsministerium habe die deutsche Flotte nach Triest entführen wollen. Sollte Hr. v. Bally die Kanonenboote in Sack stecken und über die Alpen tragen? Oder sollte General Jochmus und Hr. Merk sie vom deutschen Meer ins biscayische und durch die Straße von Gibraltar nach dem adriatischen Golf bringen? Dergleichen Erzählungen mögen gut seyn um gutmüthige Zeitungsleser einen kleinen Augenblick die Krawall- und Executionsscenen in Schleswig vergessen zu machen, aber sie halten nicht lange vor, da leider jeder Tag neue Scenen dieser Art bringt. Den betrübendsten Eindruck machen dabei die Soldatenhändel in der Mainstadt. In Jütland haben die preußischen und bayerischen Truppen in herzlichster Waffenbrüderschaft gelebt, und in der alten deutschen Krönungsstadt schlagen sie sich die Köpfe wund! Hoffentlich werden die beiderseitigen Cabinette die Oberofficiere, unter deren Augen dieß geschah, zur strengsten Rechenschaft ziehen. Auf dem Kriegsschauplatz an der Ostsee ist nicht Ein Exceß dieser Art vorgekommen, obgleich auch dort die Zeitungen vieles sagten was die Eifersucht der beiderseitigen Truppen hätte rege machen können, und obgleich unter dem bayerischen Armeecorps ein ganzes Regiment Pfälzer sich befand — das von Oberst v. Heilbronner geführte Chevaulegersregiment, das den pfälzischen Aufstand gerade erfuhr als es vor dem Feinde stand. Und das Regiment hat, besonnen und verständig von seinen Officieren behandelt, keinen Augenblick in seiner Treue gewankt, und sich tapfer geschlagen wie alle übrigen. In einem wahren Triumphzuge ward es durch die Herzogthümer geleitet, in denen die rückkehrenden Preußen nur finstern Mienen begegneten. Wer in **Frankfurt** recht oder unrecht hatte, wird sich schwer entscheiden lassen; aber wir hoffen zu den beiderseitigen Regierungen daß sie selbst den Weg der Verständigung suchen werden, den ihre Länder wünschen.

Gr. Baden. Aus **Rastatt** vom 2 Oct. wird der Deutschen Ztg. über Kommlossi's gestern erwähnten Proceß berichtet: „Vor dem heutigen Standgericht erschien zum erstenmal ein bei der Revolution in hohem Grade betheiligter hiesiger Bürger, der Metzgermeister Kommlossi, der gleich seinem geflüchteten Bruder, welcher Schirmfabricant war, oder doch wenigstens beinahe in demselben Grade, nicht nur der Anstiftung zur Revolution beschuldigt zu werden verdient, sondern auch während der Zeit des Aufstandes die Bewohner hiesiger Stadt auf eine unglaubliche Weise zu terrorisiren versuchte. Kommlossi ward angeklagt und überwiesen daß er aufwieglerische Redensarten gegen die Soldaten geführt, sich an den gewaltthätigen Durchsuchungen der Eisenbahnzüge betheiligt, und selbst noch während der Revolution mit dem Schneidemesser oder Strohstuhl, einer Art Guillotine, gedroht habe, um die Jesuiten und Aristokraten wegzuschaffen. Daß hierunter alle gutgesinnten Einwohner begriffen waren, bedarf wohl keiner Erläuterung. Kommlossi selbst läugnete alles ab mit einer Frechheit, die früher kaum in diesem Maß vor dem Standgericht gehört ward. Die Untersuchung dürfte etwas mangelhaft genannt werden; zum wenigsten wurden Zeugen aufgefordert die als Belastungszeugen geladen waren und nichts gegen den Angeklagten anzugeben vermochten, mithin also mehr Entlastungszeugen waren. Außerdem war bemerkbar daß Kommlossi's Gegenwart auf viele Zeugen einen so einschüchternden Eindruck machte daß sie mit Ueberwindung nur das nothwendigste, was ihr Eid ihnen gebot, gegen ihn anzugeben wagten. Sie dachten wohl an die Zeit in der Kommlossi, aus dem Zuchthause wieder frei, sie das ganze Gewicht seiner Rache werde fühlen lassen. Aber auch insofern schien die Führung der Untersuchung unvollständig, als eine der am schwersten gravirenden Handlungen Kommlossi's gar nicht erwähnt wurde. Nämlich in der Nacht vom 13 auf den 14 Mai wurde plötzlich Generalmarsch hier geschlagen und das Gerücht ausgesprengt, die Preußen kämen. Dieser Maßregel lag damals die Absicht der Ermordung der hiesigen Officiere zu Grund, welche von vielen schlechtgesinnten Bürgern gehegt ward, und Kommlossi forderte vom Rathhausbalcon herab die Soldaten dazu auf. Zum Glück war trotz vielen Mißtrauens noch nicht alle Anhänglichkeit der Soldaten an ihre Officiere verschwunden, und sie unternahmen nichts gegen diese. So läßt sich nicht läugnen daß die Untersuchung vor dem Standgericht und die Aussage der Zeugen der Art war daß Kommlossi eigentlich dem ordentlichen Richter hätte zugewiesen werden müssen. Der Staatsanwalt trug auf zehn Jahr Zuchthaus an, was vom Gericht einstimmig beschlossen wurde.

Die Ernennung des preußischen Generallieutenants v. Scharnhorst zum Gouverneur, des preußischen Majors v. Gansauge zum Commandanten, und des preußischen Hauptmanns Hoffmann zum Artillerieofficier vom Platze der Bundesfestung Rastatt ist erfolgt.

Die **Deutsche Ztg.** glaubt daß die kürzliche Erneuerung des Kriegszustandes nicht die letzte seyn wird. „Denn noch befinden sich Angeschuldigte genug im Untersuchungsverhaft, die ebenso gravirt sind als andere welche von den Standgerichten abgeurtheilt wurden. Auch scheint man sich damit gar nicht besonders eilen zu wollen. Während nämlich das Publicum erwartet hatte daß nach vollendeter Pacificirung des Landes die nicht entwichenen Hauptpersonen der Revolution oder in deren Ermangelung die Haupttheilnehmer zweiten Ranges rasch nacheinander vor das Ausnahmegericht gestellt, der verbleibende Rest solcher aber welche, wie viele nicht Verfolgte, mit dem Strom geschwommen, an die ordentlichen Gerichte verwiesen worden wäre, schleppen sich die Todesurtheile und die Urtheile auf zehn Jahre Zuchthaus mit bedeutenden Zwischenräumen wie eine lange, schwere Krankheit fort; und während bei einer Besatzung von wenigstens 20,000 Mann der treuesten, bestgeführten preußischen Truppen, bei dem großen Abscheu welchen die drei badischen Revolutionen und besonders die letzte gegen alles revolutionäre Treiben hervorgerufen haben, eine Störung von Ruhe und Ordnung nicht mehr zu befürchten steht, ist der Kriegszustand und das Standrecht nur wegen des Standrechts unentbehrlich geworden, welches noch geübt werden soll. Auf solche Weise wird der kranke Staat nicht geheilt."

Gr. Hessen. Mainz, 2 Oct. Die zwölfte Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe zählt bis heute 125 Mitglieder, darunter auch Heinrich v. Gagern. Württemberg ist nur sehr schwach, Baden noch schwächer vertreten. In der heutigen allgemeinen Sitzung erschien der Erzherzog Johann nebst Gemahlin, welcher von dem ersten Vorstande mit folgender Ansprache begrüßt wurde: „Innige Freude erfüllt die Versammlung den Reichsverweser von Deutschland in ihrer Mitte zu sehen, den Mann der in einer schwierigen Zeit Deutschlands Geschicke zu lenken berufen war, der die schwere Aufgabe übernommen die Einheit Deutschlands zu vermitteln und dadurch vieles Unheil von Deutschland abzuwenden. Die Erscheinung dieses deutschen Mannes in unsrer Versammlung ist ein Licht- und Glanzpunkt für dieselbe, der durch die Ungunst der Zeitverhältnisse so vieles entgegensteht." — Zur Berathung kam heute die wichtige Frage welche nützlichen Beschäftigungen für das Landvolk, zu der Zeit wo der gewöhnliche landwirthschaftliche Betrieb nicht genug Stoff zur Arbeit darbietet, zu empfehlen seyen? Als solche Beschäftigungen wurden namentlich empfohlen: 1) der Seidenbau; 2) die Flachsbereitung; 3) die Correction der Flüsse und Bäche; 4) das Strohflechten; 5) die Holzschnitzerei. Beide letztere Industriezweige seyen namentlich mit vielem Erfolg von der badischen Regierung im Schwarzwalde eingeführt worden, und auch die Bernerische Regierung habe denselben ihre ganze Aufmerksamkeit zugewendet. Nachmittags fand ein Ausflug nach Gonsenheim statt, berühmt durch seinen ausgedehnten Gemüsebau im freien Felde. Von da zog die Gesellschaft nach der Ludwigshöhe. (Schw. M.)

K. Sachsen. Leipzig, 30 Sept. Auf gegenwärtiger Michaelismesse sind in den meisten Artikeln so großartige Geschäfte, und zwar durchschnittlich zu so guten Preisen gemacht worden daß man schon jetzt da die eigentliche Großmesse vorüber ist, mit Fug und Recht diese Messe als eine der besten bezeichnen kann die wir seit langer Zeit gehabt haben. Wie heilsam ein solches Resultat, abgesehen von allen übrigen Beziehungen, namentlich für die ziemlich darniederliegende sächsische Industrie ist, ist wohl nicht erst zu erörtern, es sey nur die politische Seite erwähnt, und auf den schwerlich ausbleibenden höchst wohlthätigen Rückschlag hingedeutet den es auf die zahlreichen Arbeiter in unsern übervölkerten Fabrikgegenden ausüben muß. Die gänzliche Stockung in allen Zweigen des Handels und der Gewerbe, die im vorigen und auch in diesem Jahr so unendlich drückend auf den industriellen Classen lastete, hat sehr viel zu den demokratischen und andern Bewegungen, Unruhen, Putschen 2c. beigetragen, durch die sich gerade das sonst so fleißige Erzgebirge und das heitere aber ruhige Voigtland auszeichneten; die sichere Aussicht auf Arbeit und Verdienst während des bevorstehenden Winters wird die getäuschten und wieder zur Besinnung gekommenen Arbeiter lehrreiche Vergleiche anstellen lassen zwischen Zeiten des äußern und innern Friedens und zwischen Zeiten allgemeiner Unruhe. Das Ergebniß solchen Nachdenkens wird hoffentlich auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen einen für die gemäßigte Partei günstigen Einfluß ausüben. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Preußen. Ueber den Stand der deutschen Verfassungsangelegenheit wird der **Köln. Ztg.** aus **Berlin** vom 30 Sept. geschrieben: es sey in einem Cabinetsrath am Tag zuvor beschlossen worden auf der Berufung des Reichstags preußischerseits zu beharren, und gegen Hannover nöthigenfalls das Schiedsgericht anzurufen. „Die Stellung zu Bayern," sagt die Correspondenz, „ist fortan seit dessen definitiver Erklärung klarer und sicherer hingestellt. Es ist kein Grund mehr zu gereizter Polemik.

Der engere Bundesstaat hat kein Interesse mehr Bayern zum Eintritt zu drängen: des Bundesstaats Existenz und seine Lebensfähigkeit hängt nicht mehr vom Zutritt zweier süddeutschen Staaten ab, seitdem die englische und französische Politik sich unverkennbar dahin neigt das Zustandekommen des engern Bundes unter Preußens Vormundschaft als eine entscheidende Frage des europäischen Gleichgewichts zu betrachten." Dasselbe Blatt enthält eine Correspondenz aus Wien (28 Sept.) worin es heißt: „Während die norddeutschen Blätter dunkle Andeutungen bringen daß die Centralgewalt die deutsche Flotte heimlich ins Mittelmeer entführen wolle, kommt von einer ganz andern Seite her, von Triest, für jene Andeutungen die Bestätigung. Triester Briefe erzählen daß in dem dortigen Hafen Vorbereitungen zur Unterbringung der deutschen Flotte getroffen werden. Leider sind also jene beschämenden Gerüchte doch nicht erfunden, und das Reichsministerium hat sich einer Handlung schuldig machen wollen die Angesichts der Verwicklungen im Norden sehr wenig entfernt vom offenen Landesverrath ist." Wenn indeß die Köln. Ztg. das Zusammenziehen von Armeecorps im Vorarlberg und Böhmen als Drohungen gegen Preußen betrachtet, ist die Deutsche Reform geneigt in diesen kriegerisch aussehenden Maßregeln keine ernstlich gemeinte Demonstration zu sehen, sondern mehr einen „guten Vorwand die Stärke der Armee, trotz der beendigten Kriege in Ungarn und Italien, trotz des immer steigenden Deficits in der Staatshaushaltung, nicht zu verringern," denn vorzüglich in Böhmen hätten sich in der letzten Zeit allerlei verdächtige Symptome gezeigt, die es wünschenswerth erscheinen lassen ein starkes Corps daselbst stationirt zu haben.

Sonntag den 30 Sept. trat in Berlin der „erste deutsche Buchdrucker-Congreß" zusammen. Derselbe wurde nach 11 Uhr von Hrn. Jaffé eröffnet. Der Versammlungssaal war geschmackvoll decorirt, zahlreiche Fahnen und besonders eine schwarz-roth-goldne mit der Inschrift „Freie Presse" prangten an den Wänden. Die bekränzte Büste Gutenbergs fehlte nicht. Der Präsident wies zunächst auf die Nothwendigkeit hin Statuten festzustellen. Für viele Gegenden Deutschlands sind Vertreter der Principale erschienen. Die Vollmachten sind als vorläufig gültig anerkannt worden, eine Geschäftsordnung ist berathen. Am Montag findet die zweite Sitzung des Congresses statt, an dem von Berliner Principalen u. a. die HH. Reichardt, Brandes, Lindow theilnehmen. Ein Abgeordneter zu dem Congreß, Hr. Lechner aus Mecklenburg, ist von der Polizeibehörde ausgewiesen worden. Der Vorstand des Congresses hat bereits Schritte gethan um diese Maßregel rückgängig zu machen; es wird dieß möglich seyn da der humane Polizeipräsident, Hr. v. Hinkeldey, gewiß nicht gewillt ist dem der Politik durchaus fernstehenden, nur materielle Interessen verhandelnden Congreß irgendwie Hindernisse in den Weg zu legen. (Berl. Bl.)

∸ **Berlin**, 1 Oct. Wenn man den Aufschrei des Entsetzens aus dem Gros unsrer Conservativen über das Votum in der Steuerverwilligungsfrage hört, könnte man in Versuchung gerathen sich den Männern der Kreuzzeitung zu nähern, um in bessere Gesellschaft zu kommen. Die schreien zwar ebenso laut Zeter und Wehe, aber sie sind sich consequent; sie haben eine Idee hinter sich. Ihr von Gott unmittelbar gemachtes und eingesetztes Königthum Preußen, an dem sie, ihr Auge gegen die Geschichte zudrückend, festhalten, verträgt sich nun einmal nicht mit dem Rechte des Volkes Steuern zu verweigern. Sie können und dürfen in den Kammern nichts sehen als ein Parlament, einen Volksrath, berufen zum Mitsprechen als prud'hommes; was darüber ist vom Uebel. Wer auf dem Standpunkt sich festgerannt hat, dagegen läßt sich nichts sagen. Die jetzige laute Masse der Conservativen weiß aber weder von einem göttlichen Recht der Könige, noch ist sie von einer Idee beseelt. Die Angst vor der Demokratie allein hatte sie buntscheckig zusammengetrieben, als Masse immer achtbar gleich der Bürgerwehr; ihre Theile aber haben keine Haltung, ihr Princip ist ein negatives. Wir geben zu daß von den jetzt Entrüsteten einige von der alten Liebe zum Königthum erfüllt sind, die Mehrzahl sieht in ihm nur ein Vehikel um die Ordnung herzustellen. Ihre Augen tragen nicht weiter um neben und außer ihnen andere moralische Gewalten zu erkennen, von denen die Zukunft dieser Ordnung abhängt, oder gar zu gewahren daß sie verloren seyn könnten, wenn sie blind auf diese eine sich stützen. Ists doch zuweilen als hörte man die Placatensprache der Demokratie aus den vorjährigen Hundstagen, und es sollen Volksstimmen seyn, gerichtet gegen sogenannte Uebergriffe einer überloyalen Kammer. Da wird nach Aerzten gefragt beim schwankenden Gesundheitszustande beider Kammern; ein gelehrter Thebaner beweist daß die Engländer zwar das Steuerverwilligungsrecht hätten, jedoch nur weil sie eine Pairie besitzen, und ein sonst so vortreffliches Wahlrecht; von andern sieben weisen Meistern hat jeder einen besondern Beweis, weßhalb das Recht, über dessen Besitz das Volk so entsetzt ist als wären es Hessens unglückliche Pantoffeln, zwar anderswo, aber gerade nicht für Preußen sich schicke. Was frommt es solche Ansichten zu bekämpfen! Die Manteuffel'sche Vertheidigung des Verfassungsparagraphen, eigentlich eine Bitte: laßt uns die Steuern wie sie sind, weil darauf Preußens Credit beruht, bleibt die einzige die sich hören ließ. Wer sich aber von Graf Schwerins Erklärung, warum das Volk auf diesem Recht bestehen müsse, nicht aufklären ließ, der ist überhaupt nicht aufzuklären. Es sind viele Eulenstimmen, aber sie bleiben vereinzelte. Fragt Mann für Mann, ob sie dienen möchten unter einem Ministerium Gerlach, oder einem Bismark-Schönhausen? Und andere Führer finden sie nicht, denn selbst von der Mehrzahl unsrer Minister glaube ich daß sie in ihrem Herzensgrunde der Opposition Recht geben. Sie haben sich gezwungen constitutionell seyn zu wollen. Wer A gesagt, muß B sagen. In der Kammer scheiden sich jetzt die Parteien, behauptet man; lassen wir das einstweilen dahin gestellt, im Volke draußen ist diese Scheidung noch nicht klar. Gern glaube ich daß viele dieser sogenannten Conservativ-Constitutionellen, um nur aus den Klauen der Demokratie loszukommen, sich damals dem Absolutismus verschrieben hätten, unter welcher Gestalt es sey; und warnen die welche vorhin in Bürgerkreisen die liberalen Raisonneure und Frondeurs gespielt. Sie nennen sich jetzt constitutionell, weil es das Losungswort ist, ohne sich viel um den Begriff zu kümmern, der bei dem Worte seyn soll. Aber diese Gedankenlosen, die nur die eine negative Vorstellung haben: fort und bei Seite mit allem und allem, was und wer uns aufs neue in Unruhe stürzen könnte, also auch mit der Chimäre des einigen Deutschlands, sind nicht in der Mehrzahl, und wenn sie es wären, ist es eine Masse ohne Organismus, ohne leitende Seele, die nur Bedeutung erhält wenn geschickte Führer sich ihrer bemächtigen, eben wie es mit dem Proletariat geschah. Dessen hatten sich einzelne intelligente Köpfe zeitweilig bemächtigt, und gefährlich wurden sie nur weil es Männer waren die keine Rücksichten kannten. Solche fehlen der Partei, die sich jetzt das Ansehen geben möchte daß sie die Majorität der Nation sey. Wer folgte der Fahne die das Junkerthum, das Muckerthum oder die Bureaukratie aufpflanzte? Denn unter einer dieser Farben müßte das reine Königthum auftreten. Aber auch wenn das verwandelte Berlin, die ganzen Marken und Pommern sich darum schaarten, könnten sich diese länger als einen Augenblick der Illusion hingeben daß sie das Königreich Preußen wären! In den Kammern, trotz ihrer Mangelhaftigkeit, ist die Intelligenz des Gesammtstaats vertreten. Die Abstimmungen in den wichtigsten Fragen haben uns gezeigt daß die Majorität nicht mit dem Worte Constitution zufrieden ist, daß sie an dem Begriff festhält, daß sie ihn ins Leben gesetzt sehen will. Diese Majorität ist ansehnlich. Die Kammer hat von der Nationalversammlung gelernt nicht zu handeln wie diese. Die neuen Abstimmungen beweisen daß sie durch das Geschrei von draußen sich nicht irre machen, nicht von ihrem Wege abbringen läßt. Ueber die mannichfachen Verunglimpfungen geht sie mit Stillschweigen weg. Und welche Macht von außen könnte es wagen in die legislatorischen Befugnisse einer solchen loyalen Kammer einzugreifen — einer Kammer welche mehrmals das Ministerium besiegt hat und doch sein Abtreten nicht fordert, welche alles thut das Ansehen der Krone zu wahren, der Regierung die Wege zu ebnen, und gegen die nur der eine Vorwurf laut geworden daß sie, allzu besorgt Ruhe und Ordnung zu erhalten und die Verfassung zu vollenden, nicht die Kraft entwickelt welche die Nation von ihren Vertretern erwartete. Daß geheime grollende Mächte auch gegen sie conspiriren möchten, weil sie den Erwartungen derer nicht entspricht die in ihrem Wahnsinn die Revolution mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen, streiten wir nicht ab, von dem Ministerium der rettenden That ist aber am wenigsten ein Angriff zu erwarten, auch wenn nicht ganz Deutschland Wache stünde und Preußen nöthigte einig zu bleiben.

§ **Berlin**, 2 Oct. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer fanden die polnischen Abgeordneten Gelegenheit alle ihre Klagen und alle ihre Forderungen wieder auszusprechen — ohne Erfolg. Der Art. 1 der Verfassung kam zur Berathung, und der Abgeordnete Janiczewski stellte das Zusatzamendement: „Für das Großherzogthum Posen wird mit dieser Verfassungsurkunde ein organisches Statut erlassen welches die durch den Wiener Tractat und die königlichen Verheißungen vom Jahr 1815 demselben gewährleisteten Rechte in Ausführung bringt." Es sprachen dafür der Antragsteller, Pokrzywnicki, Stablewski und Lisiecki. Janiczewski's Rede dauerte eine ganze Stunde. Er forderte für die Polen das Recht der nationalen Selbständigkeit unter dem Scepter Preußens; denn dieß sey ihnen zugesichert durch die Wiener Verträge und die königlichen Verheißungen. Die Polen seyen nichts ohne nationale Existenz, auch mit freien Institutionen könne ihnen nicht gedient seyn, wenn sie zugleich eine andere Form des Lebens annehmen sollten. Der Redner erklärt, er berufe sich ungern auf die Wiener Verträge, denn sie hätten ihnen nur die elende Existenz gelassen; aber man sey bestrebt gewesen ihnen auch diese zu nehmen. Ein Oberpräsident habe gestanden daß er zehn Jahre

sich bemüht habe die Polen zu denationalisiren. Die Demoralisirung derselben, die Verwüstung ihres Wesens sey systematisch betrieben worden. Die Verschwörungen und Unordnungen in Posen seyen nichts als die natürlichen Früchte der ausgestreuten Saat, und die Regierung habe in ihnen nur ihre eigenen Thaten verflucht. (Der Präsident fordert den Redner auf sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen.) Es sey die höchste Zeit den Polen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die ihnen zugesicherte politische Selbständigkeit herzustellen. Der Redner schließt mit den Worten: „Wir werden alle Leiden ertragen die über uns verhängt werden mögen; denn wir haben dulden gelernt. Aber bei Gott, glauben Sie daß das was uns schadet, Ihnen keinen Segen bringen wird!" Stablewski rief aus: „Wenn uns alles täuscht, wenn das civilisirte Europa uns zurückstößt, dann werden wir uns erinnern daß wir — Slaven sind. (Aufregung.) Wir werden dann, durch die Verhältnisse gezwungen, der Despotie anheimfallen, werden unsere Nationalität retten bei denen die Barbaren genannt werden. Daher lautet die Alternative: entweder Polen als Freunde, oder Slaven als Feinde." (Bewegung, Aeußerungen des Unwillens.) Der Minister des Innern antwortete auf beide Reden. Er machte der Versammlung bekannt daß die Regierung über die Regelung der Verhältnisse des Großherzogthums umfassende Entwürfe vorlegen werde. Die Anklagen der polnischen Abgeordneten wies er als ungerechte zurück; wenn auch im einzelnen gefehlt sey, im ganzen könne der Regierung kein Vorwurf gemacht werden. Die Wiener Congreßacte (der Minister las die betreffenden Artikel) spreche die unbeschränkte Vereinigung Posens mit dem preußischen Staat aus, und wisse nichts von einer Personalunion. Im Huldigungseid von 1815 komme nichts vor, woraus ein besonders staatliches Bestehen des Großherzogthums zu folgern wäre. Ein Revers, wonach die Polen zum zweitenmal bei ihrer Nationalität Treue zu schwören gehabt hätten, sey vom Staatskanzler nicht genehmigt worden. Auf den Provinciallandtagen sey Posen wiederholt für einen integrirenden Theil des preußischen Staats, ebenso wie jede andere Provinz, erklärt worden. Auf das Schlußwort Stablewski's bemerkte der Minister: er danke dem Redner für diese Aufrichtigkeit; aber seine Tendenzen würden nicht in die preußische Verfassung eingeschrieben werden, am allerwenigsten würden preußische Abgeordnete durch Drohungen sich dazu bewegen lassen. (Lauter Beifall.) Gegen das Amendement Janiczewski's sprach namentlich der Abgeordnete Hirsch aus der Stadt Posen, der nachzuweisen suchte daß das Nationale der Polen in Sitten, Sprache rc. niemals angetastet, vielmehr gepflegt worden sey. Bei der Abstimmung erheben sich für das Amendement nur die wenigen polnischen Deputirten. Der Art. 1 bleibt unverändert.

* **Berlin,** 3 Oct. Die gestrigen und heutigen Verfassungsbeschlüsse der zweiten Kammer sanctioniren die Gleichheit vor dem Gesetz, die persönliche Freiheit, die Auswanderungsfreiheit und die Religionsfreiheit. Auch die erste Kammer stimmte zu daß der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte unabhängig von dem religiösen Bekenntniß sey.

In **Brandenburg** wurde am 1 Oct. das Erinnerungsfest an die 900jährige Stiftung des Bisthums Brandenburg mit der Wiedereröffnung der neuhergestellten Domkirche, in Gegenwart des Königs und der Königin, des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern, des Oberbefehlshabers in den Marken Generals v. Wrangel rc. feierlich begangen. Der Bischof Neander sprach das Dankgebet, der Oberdomprediger Dr. Schröder hielt die Predigt. „Herr Gott Dich loben wir" wurde im Wechselgesang zwischen Chor und Gemeinde ausgeführt. Dr. Schröder hatte durch eine kleine Schrift: „Zur Geschichte des Bisthums Brandenburg" das Publicum zur Betheiligung bei der Jubelfeier eingeladen. Die Stiftungsurkunde des Kaisers Otto des Großen vom 1 Oct. 949 ist noch im Original vorhanden.

Oesterreich. **Wien,** 2 Oct. Der Abbruch des diplomatischen Verkehrs mit der Pforte von Seite Oesterreichs und Rußlands hat verhältnißmäßig wenig Eindruck auf die Presse, fast gar keinen auf die Börse gemacht. Die Wiener Journale drucken den Bericht der Wiener Zeitung über die Vorgänge in Konstantinopel nach, welcher mit unsern früher mitgetheilten Nachrichten ganz übereinstimmt. Nur die Ostdeutsche Post hat bereits Zeit gewonnen das Ereigniß zu beleuchten. Indessen sieht auch sie die Sache nicht als sehr gefährlich an, sie vergleicht die Demonstration der beiden Diplomaten mit dem Aufstellen der Armeecorps in Vorarlberg und Böhmen, und meint, der bon sens, der heutzutage zur Herrschaft gekommen werde jede Uebereilung verhüten. Oesterreich habe zwar nicht Unrecht wenn es von der Pforte verlange daß sie einigen tausend abenteuerlichen, verwegenen Insurgenten an der österreichischen Gränze kein Asyl gewähre, allein auch das wäre weniger gefährlich als ein Bruch mit der Pforte. Die Ostdeutsche Post erwartet daher von dem österreichischen Cabinet „daß es wenigstens nicht die guten Traditionen der Metternich'schen Politik hintansetzen wird." Fürst Metternich hat alles zu vermeiden gesucht was die Pforte schwächen könnte. Man hat zur Zeit des philhellenischen Fanatismus die österreichische Politik tief angefeindet, weil sie die Pforte gegen die Hellenen unterstützte. Allein das damalige Cabinet ging von dem Grundsatz aus daß jede Verringerung der türkischen Macht eine bedrohliche Vergrößerung der russischen sey. Die Erfahrung hat die Richtigkeit jenes Princips bestätigt, und wir glauben nicht einen Augenblick daß Fürst Schwarzenberg diesen Erfahrungssatz verkennt. Bei einem Kriege gegen den Moslim würde Oesterreich nur die Rechnung Rußlands machen."

Der Lloyd fährt fort gegen den Wahlmodus zum Oberhaus des österreichischen Reichstags zu schreiben. Es sey genug wenn man das passive Wahlrecht an höheres Alter und Besitz knüpfe, und überflüssig noch die indirecte Wahl zu verlangen. An und für sich schon unbeliebt, würde sie es noch mehr wenn sie statt von Wahlmännern von einem Landtage ausginge, was nicht viel besser sey als wollte man sie von einem Gemeindecollegium vornehmen lassen. Endlich trifft der Artikel den Kernpunkt der Frage mit folgenden bemerkenswerthen Sätzen: „Das österreichische Volk will vor allem österreichisch seyn, und wir dürfen uns auf das aus ihm hervorgehende Unterhaus getrost verlassen. Ob aber die Partei welche auf dem mächtigsten der österreichischen Landtage die Mehrheit der Stimmen zählen wird, dasselbe Ziel im Auge hat, das wagen wir zu bezweifeln. Wir könnten leicht das sonderbare Schauspiel erleben ein gouvernementales Unterhaus neben einem die Regierung bitter anfeindenden Oberhaus zu finden. Es würde freilich nicht radical seyn im gewöhnlichen Sinne des Wortes, weder agrarischen Gesetzen noch communistischen Doctrinen huldigen, aber doch dürfte es in anderer Weise eine radicale Politik verfolgen welche entweder seine eigene Existenz, oder die des Staates in Frage stellen kann." Diese Behauptung des Lloyd gewinnt noch tieferen Grund wenn man die concreten Verhältnisse einzelner Kronländer ins Auge faßt. In Böhmen würde namentlich ein seltsames Wahlresultat für das Staatenhaus erzielt werden. Zahlenberechnungen in der Politik werden gewöhnlich von den kommenden Ereignissen verspottet, allein man kann immer daran das Princip prüfen. Der böhmische Landtag hat zum Staatenhaus soviel Mitglieder zu wählen als die Hälfte der Unterhausmitglieder beträgt, die das Kronland nach Wien schickt. Der böhmische Landtag besteht nun zu einem Drittel aus den höchst Besteuerten, also vorzüglich aus den größeren adeligen Grundbesitzern des Landes. Diese wählen jedenfalls conservativ, und wenn sie auch slavische Mitglieder in das Staatenhaus schicken möchten, so werden es doch nicht Föderalisten seyn, eben weil der höhere Besitz und der Grundbesitz namentlich im eigenen Interesse einen festeren Staatsverband wünschen muß. Vertheilt man nun die übrigen zwei Drittel, nämlich die städtischen und die landschaftlichen Wahlen, nach den statistischen Zahlen 5 : 3, wie sich die tschechische Bevölkerung numerisch zur deutschen verhält, so kämen drei Zwölftel Deutsche und fünf Zwölftel Tschechen in den böhmischen Landtag. Die Deutschen wählen natürlich keine Föderalisten ins Oberhaus, und wollte man auch annehmen daß jene fünf Zwölftel Tschechen die hitzigsten Föderalisten wären, so ständen sie doch, wenn sich die Deutschen, wie es beider natürliche Politik verlangt, mit den Höchstbesteuerten über eine Candidatenliste vereinigten nur als die Minorität, nämlich wie 5 : 7 auf dem Landtage. Damit soll eben bloß bewiesen werden zu welchen wunderlichen Zahlen man kommt wenn man nach einem künstlichen Wahlgesetz diese oder jene Wahrscheinlichkeitsberechnung anstellt. Nun ist aber soviel gewiß daß das Wahlgesetz so beschaffen seyn muß daß es eine sichere Majorität im Geiste der Verfassung liefert, sonst geht die Verfassung oder das Wahlgesetz darüber zu Grunde. Das angeführte Exempel, wenn es besonders viel bewiese, würde im einzelnen Falle für das Gesetz beweisen, aber wie steht es in Oberitalien, wie in Ungarn? Der Lloyd hat also Recht wenn er auf ein einfaches Wahlprincip dringt, welches mehr Bürgschaft für eine conservative Majorität (in diesem Falle eine nicht föderalistische) im Staatenhaus gewährte. Ob für solches in ganz Oesterreich ein Princip gefunden werden könnte, wer möchte das bestimmt bejahen? Ein hoher Census würde in den deutschen Provinzen und in den südslavischen Ländern wahrscheinlich Stimmen für die Märzverfassung als Resultat geben, wie aber in Ungarn, Galizien, Italien?

§ **Wien,** 3 Oct. Die Subscriptionen auf das neue Anlehen gehen sehr günstig von statten. Heute Mittags beliefen sich dieselben bereits auf über 30 Millionen, und man hofft daß sie bis Morgen, mit Inbegriff der aus den verschiedenen Kronländern einlaufenden Beträge, die Summe von 40 Millionen überschreiten werden. Die Häuser Rothschild und Sina, die ihre Subscription noch vorbehalten haben, sollen dem Vernehmen nach bereit seyn den zur Completirung der Emmissionssumme restirenden Betrag zu übernehmen. Es bestätigt sich daß Bem zum Islam übergetreten ist; er soll sich in der Türkei befinden. Der feierliche Ein-

marsch der kaiserlichen Truppen in Komorn ist auf morgen, als das Namensfest Sr. Maj. des Kaisers, festgesetzt.

△ **Wien,** 3 Oct. Die Börse theilt die Ansichten und Befürchtungen der heutigen Morgenblätter über die möglichen Verwicklungen im Orient nicht, und glaubt vielmehr an eine freundliche Lösung dieser Schwierigkeiten. Im Anfang zeigten sich zwar auch die Anbeter des goldenen Kalbes in der Rauhensteingasse etwas erschrocken; seitdem jedoch das neue Anlehen einen ziemlich raschen Aufschwung genommen, vertrauen sie wieder auf das alte Glück Oesterreichs. Der „Lloyd“ anerkennt das Recht der österreichischen Regierung eine Auslieferung so gefährlicher Elemente zu verlangen, und tadelt die Politik der englischen Regierung, welche durch ihre Einflüsterungen die Pforte in die Lage versetzt gleichzeitig mit zwei solchen Mächten zu brechen. Die „Presse“ gibt der Regierung den klugen Rath: höchstens die Entfernung jener Individuen vom türkischen Gebiet zu verlangen und sich nicht in einen Streit einzulassen der keinenfalls vortheilhaft für Oesterreich seyn könnte. Auch die Ostdeutsche Post warnt vor einer Politik die uns von England entfernt, und glaubt daß Oesterreich sich durch die persönlichen Gehässigkeiten Lord Palmerstons keineswegs beirren lassen darf. Welche Vortheile bietet die Gefangennahme Kossuths und Genossen, wenn sie durch eine, wenn auch moralische Schwächung der Pforte erkauft werden soll! Oesterreich ist überdieß nichts weniger als kriegerisch gesinnt; es verlangt nach Ruhe um das constitutionelle Staatsleben in Wirklichkeit treten zu sehen. Der Kaiser hat sich nach Ischl begeben um seinen Namenstag im Kreise seiner Familie zu feiern. Die Ansicht daß der Belagerungszustand aufgehoben werde, findet immer weniger Glauben; die Militärbehörden finden die Aufhebung desselben noch nicht an der Zeit. Wir haben übrigens nur eine sehr gelinde Form des Kriegszustandes; selbst die Journalistik bewegt sich ziemlich frei. Die Regierung scheint auch in Ungarn eine versöhnendere Politik befolgen zu wollen; es werden dort nur selten Todesurtheile mehr gefällt. Den Juden des Banats ist die Kriegssteuer zwar noch nicht förmlich erlassen, doch finden keine Auspfändungen statt wenn nicht gezahlt wird. Der Haupturheber des Mords am Grafen Lamberg, der Mann der den ersten Schlag geführt, ist gefänglich eingezogen worden. Graf Radetzky ist wieder hier angekommen. Ein Gerücht geht: der Kaiser habe sich entschlossen selbst nach Ungarn zu gehen, und zwar sey die Abreise auf den 7 festgesetzt. Manche meinten daher die Reise nach Ischel sey aufgegeben. Andere versichern dieß sey keineswegs der Fall, umsoweniger als einige hohe Personen gleichzeitig in Ischl eintreffen sollen. Wir werden bald Aufschluß darüber erhalten. — Jeder Tag bringt eine Reform. Die Theresianische Ritterakademie wird fortbestehen; dagegen wird festgesetzt daß auch Nichtadelige darin aufgenommen und der damit verbundenen Stiftungen theilhaftig werden sollen; auch wird nicht ferner der Piaristenorden die Leitung haben.

Großbritannien.

London, 1 Oct.

Die Hauptorte welche Königin Victoria auf ihrer Rückreise berührte, waren Edinburg und Birmingham. Die Bahnhöfe waren daselbst auf das glänzendste geschmückt, besondere Tribünen für die loyale Neugier errichtet, und einige Adressen wurden in der Geschwindigkeit überreicht und huldvollst beantwortet.

Bemerkenswerth ist der gegen Rußland feindselige Ton in welchem nicht bloß die liberalen, sondern auch die torhistischen Blätter die Vorgänge in Konstantinopel besprechen. So namentlich der Standard, welcher unter anderm bemerkt: „Selbst wenn der ungarische Krieg die schnödeste und gottloseste Rebellion gegen gesetzmäßige Autorität gewesen, so hat der Czar zu einer solchen Forderung an die Türkei nicht mehr Recht als der König von Dahomey. Beistand im Felde für seinen österreichischen Bundesgenossen ist eines, aber ein anderes und sehr verschiedenes Ding ist es einen Kreuzzug zu unternehmen um die Insurgenten gegen österreichische Herrschaft aus jedem neutralen Staat hinauszuhetzen. Die Polen haben dadurch daß sie gegen Oesterreich fochten ihre Unterthanentreue gegen ihren russischen Souverän nicht verletzt, und welche Macht über Leben und Tod kann denn Rußland gegen österreichische Unterthanen ansprechen? Aus allen Umständen ist aber offenbar daß ein so lächerlicher Anspruch nur erhoben worden um einen Hader mit der Pforte vom Zaune zu brechen. Wahrlich, wir werden nächstens neue Ausgaben von Grotius, Watel und Pufendorf nöthig haben, denn die alten reichen nicht mehr aus für dieses Zeitalter des Fortschrittes. Das Gerücht geht: der englische und der französische Gesandte in Konstantinopel hätten beide nach den Flotten ihrer Staaten geschickt, und alles scheint anzudeuten daß die Krisis eine so ernstliche ist wie wir vor zehn Tagen voraussagten daß es kommen würde.“ — Gleichzeitig meldet die United Service Gazette daß, unter Commando des Capitän W. F. Martin vom „Prince Regent,“ demnächst ein neues „Canalgeschwader“ gebildet werden soll, welches sich bei Lissabon sammeln werde. Cap. Martin ist bereits von Neapel dahin berufen. Die Flottille wird bestehen aus dem Linienschiff „Prince Royal“ von 120 Kanonen, 5 Segelfregatten von je 50, 3 Schrauben-Dampffregatten von 60, 46 und 24 K. („Lattogue,“ „Arrogant,“ „Termagant“) und zwei kleineren, „Encounter“ und „Terrible“ (letzteres ein Schaufeldampfboot) von 12 und 21 Kanonen. Diese Schiffe führen zusammen etwas über 5000 Mann. Da es nicht gewöhnlich ist so spät im Jahr noch Uebungsgeschwader auszusenden, so darf man wohl annehmen daß diese Maßregel mit der Verwickelung der Dinge am Bosporus zusammenhängt.

Als eine Probe wie die jetzige Spannung zwischen Berlin und München vom Auslande beurtheilt wird, entnehmen wir einem Schreiben der Daily News d. d. Berlin 27 Sept. folgende Stelle: „Diese Fehde zwischen dem nord- und dem süddeutschen Hof hat wenigstens das Gute daß er dem deutschen Volke zeigt welche Ergebnisse es zu erwarten hat solange seine Angelegenheiten durch die diplomatischen Canäle nebenbuhlerischer Dynastien geleitet werden. Die preußische und die bayerische Regierung speien Feuer und Flammen gegeneinander, seitdem Graf Lerchenfeld die Mitunterzeichnung des Dreikönigsbundes verweigert. Ohne Zweifel besteht auch eine Eifersucht zwischen den nord- und süddeutschen Stämmen; aber wenn, anstatt diese Eifersucht zu beschwichtigen, die beiderseitigen Regierungen vielmehr alles thun dieselbe zu schüren, so beweisen sie dadurch daß ihr Ziel nicht die Einigung, sondern die Veruneinigung Deutschlands ist (their object is not the union, but the disunion of Germany). Minister von gewöhnlichem common sense und gewöhnlicher Temperamentsruhe in München und Berlin, welche wirkliche Minister und nicht bloß besoldete ministerielle Diener wären, würden niemals zwei Länder sich so in die Haare gebracht (set by the ears) haben“ wie die Ministerien Manteuffel und von der Pfordten es mit Preußen und Bayern gethan. Offenbar ist die Eifersucht im Grunde nur eine dynastische. Weder die Schutzzöllner in Bayern noch die Freihandelsmänner in Preußen sind so stark, daß sie die natürliche Hinneigung zur Annäherung und Freundschaft zwischen zwei Volksstämmen überwiegen welche die nämliche Sprache reden und dieselben deutschen Namen mit Liebesstolz aussprechen. Noch einmal sey es gesagt: einen klareren Beweis von der trübseligen Ordnung der Dinge die jetzt in Deutschland waltet gibt es nicht als das unanständige Billingsgate *) -Gezänke welches jetzt zwischen den ministeriellen Organen von München und Berlin hin und hergeht. Der Ton worin die „Deutsche Reform“ und die „Neue Münchener Zeitung“ sich täglich bedienen, erinnert an nichts so sehr als an die Keifereien zweier boshaften alten Kaffeeschwestern. Warum müssen arme preußische Bauern- und Handwerkersöhne in bespitzten Pickelhauben, die mit bayerischen Bauern- und Handwerkersöhnen in spitzenlosen Helmen die Besatzung einer und derselben deutschen Stadt bilden, einander die Bajonnette in den Leib rennen, einander zerfetzen und tödten in traurigen des Mittelalters würdigen Raufereien? Einfach darum weil diese armen Bursche — Deutsche die einen wie die andern, und als solche von der Natur zu brüderlicher Eintracht bestimmt — wissen daß ihre Herren in Zwietracht sind, und weil man ihnen auf der einen und der andern Seite den in den Hauptquartieren waltenden feindseligen Geist einflößt. Nicht Preußen und Bayern sind Feinde, sondern die Höfe von München und Berlin. Pfordten und Schleinitz, Deutsche Reform und Neue Münchener Zeitung, der Pickelhaubenträger und der Helmträger, das sind bloß die Werkzeuge des dynastischen Kriegs, ob er nun mit Protokollen, Zeitungen oder Bajonnetten geführt wird; sie sind aber keineswegs der ächte Ausdruck des Nationalgefühls auf der einen und der andern Seite. Wären sie's aber auch, so würde das nur beweisen daß die beiden Regierungen einen tadelnswerthen Weg eingeschlagen, denn eine Regierung muß dahin trachten solche widersinnige und unheilvolle Tendenzen zum Bürgerkrieg zu zügeln, nicht anzustacheln.“

Die neueste Cholera-Liste meldet: für London und Umgegend 70, England und Wales 295, Schottland 47 Todesfälle. In Dublin soll die Seuche fast ganz aufgehört haben.

⁝ **London,** 2 Oct. Die Nachricht daß die englische Flotte unter Parker von den jonischen Inseln nach den Dardanellen abgesegelt sey, wird von den heutigen Londoner Blättern bloß gerüchtsweise nach der Genueser Zeitung gegeben. — Eine westindisch-mexicanische Dampfpost ist eingelaufen, ohne erhebliche Nachrichten.

Frankreich.

Paris, 2 Oct.

In der heutigen Sitzung waren dreizehn neue Urlaubsgesuche angemeldet, eine Nachwahl legitimirt und vom Minister des Innern ein Gesetzentwurf in Betreff der Abführung der auf Belle-Isle festgehaltenen Juniusinsurgenten nach Algerien eingebracht worden, als zur Erneuung des Bureau (Wahl des Präsidenten, der Vicepräsidenten und Secretäre)

*) Billingsgate heißt der Londoner Fischmarkt.

geschritten wurde. Das Ergebniß der Abstimmung war bei Abgang der Post noch nicht bekannt. Schon gestern war von Hrn. Napoleon Bonaparte ein Antrag auf dem Präsidialbureau niedergelegt worden, wornach die Verbannungsgesetze gegen die Bourbons beider Linien (vom 10 April 1832 und 26 Mai 1848) aufgehoben, dann, unter Aufhebung des Decrets vom 27 Jun. 1848, die ohne Urtheil und Recht deportirten Juniusinsurgenten in Freiheit gesetzt werden sollen. Eine Eingebung, wie es scheint, des Hrn. E. Girardin, dessen intriganter Geist sie erfunden hat um den leitenden Männern der verschiedenen Parteien Verlegenheiten zu bereiten, und der daher diesen Antrag auch in seinem Blatt höchlich anpreist, den Präsidenten der Republik bedauert daß er sich hier zu einer ebenso politischen als populären Maßregel die Initiative habe entgehen lassen, und beweist daß der Antrag durchgehen müsse weil man doch nicht annehmen könne daß die HH. Berryer, Nettement, Larochejaquelein gegen den Herzog von Bordeaux stimmen würden, oder die HH. Thiers, de Broglie, Molé gegen die ganze Familie Ludwig Philipps, gegen die fromme Königin Amalie die täglich zu Gott bete sie ihre Tage in Frankreich beschließen zu lassen, gegen den Grafen von Paris, der durch seine Erziehung im Exil nichts zu gewinnen habe. Ein anderer Antrag, von 35 Mitgliedern unterzeichnet, betrifft die Bewilligung eines jährlichen Gehalts von 48,000 Franken nebst 52,000 Fr. für häusliche Einrichtung an den Vicepräsidenten der Republik, der den früher bewilligten Gehalt nicht bezieht, weil die Opposition die Verwerfung des Repräsentationsaufwands durchgesetzt hätte. Viele glauben daß diese Geldfrage mit der Absicht zusammenhänge den Gehalt des Präsidenten L. Bonaparte auf 2 Mill. zu erhöhen. Ein dritter bemerkenswerther Antrag ist von Hrn. Barry: derselbe verlangt daß künftig bei allen Eisenbahnbauten die Verbindlichkeit aufgelegt werde auf Brücken und Viaducten für Fußgänger einen unentgeltlich zu benützenden Pfad anzulegen.

La Patrie meldet in einem gestern im Elysée gehaltenen Ministerrath sey der Zwist zwischen der Türkei, Rußland und Oesterreich hauptsächlich Gegenstand der Berathungen gewesen, und General v. Lamoricière sey von St. Petersburg abgereist. Die letztere Nachricht wird im Moniteur für unrichtig erklärt. Wahrscheinlich ist sie nur voreilig, denn es scheint kein Zweifel daß die Sendung des Generals als eine mißlungene zu betrachten ist. Mehrere Blätter gestehen daß damit nichts erreicht wurde als die Absendung eines Mannes der dem Kaiser Nikolaus nicht persönlich unangenehm war.

. **Paris**, 1 Oct. Wie man beim Erscheinen des Briefes an den Obristen Ney gleich einen Krieg mit Oesterreich als Folge der Verwickelungen in der römischen Angelegenheit besorgte, so besorgen wenigstens dieselben Leute jetzt einen allgemeinen Krieg in Europa als Folge des Ultimatums welches Rußland und Oesterreich der Pforte überreicht haben. Diese Besorgnisse sind heute nicht gegründeter als sie am 7 Sept. dem Tage waren wo der neue ins Wasser gefallene Brief im Moniteur erschienen ist. Die beiden Ereignisse — der Brief vom 18 August ward ein Ereigniß genannt, und warum sollte man das Ultimatum Rußlands und Oesterreichs nicht auch ein Ereigniß nennen? Die beiden Ereignisse haben eine gewisse innere Aehnlichkeit, die man nicht übersehen kann. Ludwig Bonaparte hoffte durch Drohungen den Papst einzuschüchtern. Oesterreich und Rußland hoffen die Pforte durch Drohungen einzuschüchtern. Ludwig Bonaparte hatte so wenig Recht vom Papste zu verlangen was er verlangt hat, als Oesterreich und Rußland das Recht haben die Auslieferung der ungarischen und polnischen Flüchtlinge, wovon die ersten keine Unterthanen Rußlands, die andern nicht als Unterthanen gegen die russische Regierung gekämpft haben, folglich so wenig die einen als die andern in die Kategorie der Unterthanen, deren Auslieferung Rußland und die Pforte sich gegenseitig im Art. 2 des Vertrags von 1774 zugesichert haben, zu setzen sind. Die Drohungen Ludwig Bonapartes sind ohne Wirkung geblieben, sie haben keinen Krieg herbeigeführt und werden keinen herbeiführen; die Drohungen Rußlands und Oesterreichs werden ohne Wirkung bleiben und werden keinen Krieg, höchstens ein Abbrechen der diplomatischen Beziehungen dieser Mächte mit der Pforte herbeiführen, und das schon darum weil keine Macht mehr als Oesterreich dabei betheiligt ist daß es zu keinem Kriege zwischen der Türkei und Rußland komme, Oesterreich also nicht Hand in Hand mit Rußland ginge, wenn ein Krieg die Folge der verweigerten Auslieferung seyn könnte.

Niederland.

× **Haag**, 29 Sept. Man beschäftigt sich noch immer mit den Ursachen unserer Ministerkrisis. Die einen schreiben sie der Wahl zu welche die zweite Kammer für ihr Präsidium traf, während andere Gerüchte sie mit dem Budget für 1850 in Zusammenhang bringen. Beide Vermuthungen sind etwas weit geholt. Denn einige Tage nach der Demission reichte der Finanzminister das Budget ein, und ich entnahm aus seiner Rede daß die im November-Programm versprochene Ersparung von zwei Millionen, keine Chimäre war, indem jetzt bereits für 17 Tonnen Goldes Reductionen eingetreten sind. Das Deficit für 1848 besteht in zehn Millionen, während man 1849 auskomme und vom Jahr 1850 selbst auf Ueberschüsse rechnen könne. Der wirkliche Grund der Abdankung ist also anderwärts zu suchen, und zwar ganz einfach darin daß das Cabinet den Kammern kein Vertrauen einflößte. In dem Brief an den König, den die Minister ihrem Entlassungsgesuch beilegten und der heute officiell bekannt wurde, ist auch ungefähr dasselbe ausgesprochen. Eine sonderbare Scene lieferten die Debatten in der zweiten Kammer über die Adresse. Diese drückte unter andern den Wunsch aus: die für den constitutionellen Staat unentbehrliche Uebereinstimmung der Gewalten eingeführt zu sehen. Vergeblich sprach der Minister des Innern dagegen. Der Paragraph wurde mit einer überwiegenden Majorität angenommen. Die Hauptschwierigkeit des Augenblicks liegt, wie ich schon früher gemeldet, darin Nachfolger zu finden, über deren Wahl sich noch immer nichts bestimmtes sagen läßt. Verschiedenen Personen sollen Portefeuilles angeboten seyn die sie zurückgewiesen hätten. Hätte man das Haupt, die Glieder würden sich leichter finden. Man spricht von einem Ministerium Thorbecke, von einem Ministerium van Hall, ja man combinirt selbst ein Cabinet Thorbecke-van Hall. Thorbecke besitzt das größte Verdienst um die Verfassungsreform, und wenn jemanden, wird es seiner Energie gelingen deren Vervollständigung durchzuführen.

Italien.

Neapel, 24 Sept. Nächsten Freitag wird der Papst in Portici ein geheimes Consistorium halten. Ein königl. Decret hebt das Verbot der Gold- und Silberausfuhr aus dem Königreich auf. In Sicilien macht die Wiedereinführung der drückenden Mahlsteuer eine sehr böse Stimmung, und nicht bloß in San Michele bei Catania ist es darüber zu blutigen Unruhen gekommen.

Turin. Das Risorgimento schreibt: „Nachdem die Majoratsfrage erledigt ist, ward in der Sitzung der Deputirtenkammer vom 26 Sept. ein Gesetzvorschlag eingebracht zur Abschaffung der Kirchenzehnten (decime ecclesiastiche) welche bis jetzt in Sardinien entrichtet werden. Die Abschaffung dieser Auflage, womit alle Deputirten im Princip einverstanden sind, wurde von Hrn. Gulio, dem Urheber des Gesetzvorschlags, lebhaft betrieben, und der Gegenstand allseitig und gründlich von ihm erörtert. Da alle von der Nothwendigkeit dieser Anomalie, oder vielmehr diesem Anachronismus abzuhelfen überzeugt sind, so wurde die Berathung des Gegenstandes mit übergroßer Mehrheit beschlossen. Endlich las der Deputirte Ricardi den Bericht über den vom Finanzminister geforderten neuen Credit, welchen in der vorgestrigen Sitzung die Majorität alsbald zu bewilligen Anstand genommen. Die Commission beschränkte sich auf den Vorschlag daß die Zahlung des Wechsels von 15 Millionen an Oesterreich gesetzlich autorisirt werde, ohne jedoch einen neuen Fonds zur Bewerkstelligung dieser Zahlung zu bewilligen. Daraus würde für den Finanzminister die Nöthigung folgen den größten Theil der Staatseinnahmen von 1,800,000 L. zu obiger Zahlung zu verwenden, und sofort direct mit auswärtigen Häusern zu unterhandeln.“ (Daß Hr. James Rothschild in Turin angekommen war, haben wir gestern gemeldet.) — Die Mailänder Zeitung citirt fleißig aus einem in Turin erscheinenden Witzblatt Lo Smascheratore (der Entlarver), welches, mit kühler und hintennach ziemlich wohlfeiler Philisterei, die ganze italienische Nationalbewegung als eine Thorheit darstellt.

Die Times meldet d. d. Turin 25 Sept. ausdrücklich: „Hr. v. Rothschild befindet sich jetzt hier behufs einer Anleihe zur Deckung der an Oesterreich schuldigen 75 Millionen Lire, aber die Deputirtenkammer macht einige Schwierigkeiten, denn sie will, scheint es, für jetzt bloß zur Baarzahlung von 15 Millionen die Ermächtigung geben. Der übrige Theil der Schuld soll vierteljährlich mit Raten von je 5 Millionen Renten bezahlt werden und, um die Anleihe zu bewerkstelligen, müssen die an Oesterreich gegebenen provisorischen Wechsel gegen definitive Bons ausgetauscht werden, was die Kammer zu thun zögert. Man vermuthet daß die Kammer deßhalb wird aufgelöst werden.“ So werde, bemerkt der Standard, Rußlands Bündner dem Repräsentanten der Londoner Altstadt die Mittel zur Fortsetzung seiner Feldzüge zu verdanken haben, und Hrn. Cobdens Drohung werde zunichte.

Die Luccheser Riforma will wissen: die toscanische Regierung habe ihre Anleihe mit einem holländischen Hause zu 95 abgeschlossen.

Schweiz.

Es wird berichtet Mieroslawski habe am 30 Sept. Bern und die Schweiz verlassen. Vor seiner Abreise erließ er noch eine Erklärung, in welcher er die Behauptung er habe sich für Uebernahme des Obercommando's hohe Summen bezahlen lassen, für ungegründet erklärt, er habe für sich nicht mehr als 1700 fr. Fr. erhalten; die Erklärung schließt: „Ich wüßte nicht wie man 3000 Preußen wohlfeiler aus der Welt schicken könnte. Die Mörder Trützschlers und die Correspondenten der royalisti-

schen Zeitungen werden für ihre Mühe besser bezahlt.“ Die N. Zür. Z. nennt das „soldatische Nonchalance,“ es dürfte eher rohe Renommisterei genannt werden, wie sich solche bei gewerbsmäßigen Revolutionsmachern so leicht findet. Die Sage von den hohen Summen die Mieroslawski erhalten, ist übrigens, wie wir aus bester Quelle wissen, keineswegs von badischen Royalisten, sondern von Männern ausgegangen die dem Finanzwesen der badischen Dictatoren sehr nahe gestanden. Es bleibt dahin gestellt wer Recht hat. Auch Willich hat nun die Schweiz verlassen. Gegen die HH. Goegg und Sigel, deren Aufenthalt unbekannt ist, sollen Ausschreibungen erlassen seyn. Die Auslieferung des in die Schweiz verschleppten deutschen Kriegsmaterials soll, wie es heißt, demnächst statthaben. (Basl. Z.)

Griechenland.

In **Athen** ist großer Skandal. Die Oppositionsblätter hatten (wie das J. des Débats berichtet) einen gleichzeitigen Angriff auf Christides ausgeführt: sie versicherten einen vor mehreren Jahren von Kolletti geschriebenen Brief zu besitzen, welcher den gegenwärtigen Minister des Innern zweier Verbrechen beschuldigt, einer Fälschung und eines Mords. Wegen des erstern sey Hr. Christides unter der Verwaltung des Grafen Capo d'Istria förmlich verurtheilt worden, und gegen den Verdacht der Mörder eines Vetters zu seyn habe er sich nie vollkommen rechtfertigen können. Da Christides nichts that diese Anklagen zu widerlegen, so hatte der Senat in der Sitzung vom 16 Sept. die Frage auf seine nächste Tagesordnung gesetzt: ob die legislativen Körper mit einem theils so verurtheilten theils verdächtigen Mann nicht jeden Verkehr abbrechen sollten?

Türkei.

Smyrna, 24 Sept. Das so eben von Konstantinopel hier eingetroffene Dampfboot brachte die Nachricht mit daß die Hauptstadt in großer Aufregung sey, und aufrührerische Placate an den Straßen zu lesen wären, so daß die Pforte einen Theil der in der Walachei befindlichen Truppen zurückberufen habe, wovon bereits 2500 Mann Cavallerie in der Hauptstadt eingetroffen seyen. (Presse.)

Ueber das Auftreten Rußlands und Oesterreichs gegen die Pforte äußert sich eine Correspondenz des J. des Débats aus **Konstantinopel** vom 15 Sept. also: „In meinem vorigen Schreiben habe ich Sie von den ersten Forderungen in Kenntniß gesetzt welche hier die Minister von Rußland und Oesterreich abgefaßt hatten um vom Diwan die Auslieferung der ungarischen und polnischen Flüchtlinge zu erlangen. Diese Frage hat von Anfang einen unbestreitbaren Charakter von bedenklichem Ernst gehabt und seitdem ist sie zu drohenden Proportionen angewachsen. Die Pforte hatte auf die ersten Noten der Minister von Rußland und Oesterreich noch keine Antwort ertheilt, als man einen Adjutanten des Kaisers von Rußland, den Fürsten Radziwil, ankommen sah, der den Weg von Warschau nach Konstantinopel in acht Tagen zurückgelegt hatte. Dieser Adjutant überbrachte zwei Schreiben, das eine vom Kaiser, welches verlangte der Sultan solle seinen Ministern befehlen die nach Widdin geflüchteten ungarischen Rebellen auszuliefern, das andere vom Grafen Nesselrode, eine drohende, sehr lange, sehr drängende Auseinandersetzung der Bestimmungen der angerufenen Verträge wo zum voraus ein Einwand widerlegt wird den die Pforte aus dem europäischen Völkerrecht schöpfen konnte, das principiell und zumal herkömmlich annimmt daß die politischen Flüchtlinge nicht ausgeliefert werden, wogegen sich aber Hr. v. Nesselrode auf das bei den Unruhen in Baden und der Pfalz von Frankreich selbst gegebene Beispiel beruft. Es ist überflüssig auf die Schwäche und Unredlichkeit dieses Arguments hier erst hinzuweisen. Europa bemerkt ohne Zweifel die Neigung des Kaisers Nikolaus Konstantinopel durch seine Adjutanten zu regieren. Bei der ersten Schwierigkeit die sich ergibt, darf man darauf rechnen einen Militär mit einem Schreiben des Kaisers ankommen zu sehen. Der Vertrag von Hunkiar-Iskelessi, die serbische Angelegenheit, die Vereinbarung über die Fürstenthümer Moldau und Walachei haben uns solche Besuche verschafft. Der Adjutant kommt die Taschen vollgestopft mit Gold, man setzt hier den Bann und Afterbann der geheimen Agenten in Bewegung, und die Fragen werden durch List, Bestechung, Drohungen gewaltsam durchgesetzt. Der Diwan, sich selbst überlassen, gibt nach, und Europa erfährt mit demselben Courier den Zwist, die Absendung des Proconsuls und den diplomatischen Sieg Rußlands. Ich glaube nicht daß die Türkei einen einzigen Souverän gehabt hat der so glücklich begabt war wie der jetzige Sultan. Er besitzt ohne Zweifel viel Festigkeit und Patriotismus, aber die vorherrschenden Eigenschaften sind Güte und Edelmuth. Sehr verschieden von den meisten seiner Vorgänger hat er Abscheu vor Blut, ein besiegter Feind ist ihm ein begnadigter Feind. Kur Hussein-Bey, der mit den Waffen in der Hand gefangene Rebelle von Adschara, Bederhan-Bey und sein Vater, die kurdischen Rebellen, gleichfalls nach einem blutigen Kampf mit den Waffen in der Hand gefangen, die albanischen Rebellen, zweimal besiegt und zweimal begnadigt, zeugen von seiner Güte und seiner Humanität. Sie alle leben frei und mit einer Pension aus dem Schatz. Wenn der Sultan an der europäischen Civilisation Geschmack findet, so ist es besonders an ihrer philosophischen und humanen Seite. Oberhaupt einer tapfern und für den Krieg gebornen Nation fürchtet er diesen äußersten Ausweg nicht, aber er ist besonders in Sorge wegen der Uebel die derselbe mit sich bringt, und seine Herzensgüte macht ihn, um den Krieg zu vermeiden, geneigt zu allen Anstrengungen, allen Concessionen die mit der Würde seines Throns verträglich sind. Rußland weiß dieß wohl, und es sind immer die großmüthigen Gefühle des Sultans an die es sich wendet wenn es die Verwirklichung seiner Bedrückungs- und Uebergriffsplane sucht. Allein dießmal handelte sich's nicht um ein bloß politisches Ansinnen, um eine bloße Interpretation der Verträge, man verlangte von ihm daß er vierzig bis fünfzig Personen denen kein Mann von Herz seine Achtung versagen kann, die ihr Loos in seine Hände gelegt und die Gastfreundschaft seines Landes angesprochen haben, dem Henker überliefere. Ein solches Begehren hat das Herz des Sultans empört, und am ersten Tag war sein Entschluß gefaßt — dieses Begehren nicht zu erfüllen. Wir wissen nicht was Frankreich und England thun werden um die Pforte unter diesen Umständen zu unterstützen, wir nehmen aber Anstand zu glauben daß man in Paris und London, trotz der allerlei Präoccupationen der beiden Länder, nicht lebhaft empfinden werde was das Betragen des Sultans edles und hochherziges hat. Was uns anlangt, wir können es nur bewundern. Am Tag nach seiner Ankunft wurde der Fürst Radziwil vom Sultan empfangen. Diese Audienz beschränkte sich auf die übliche Begrüßung. Zwei Tage nachher versammelte sich der Rath. Die Sitzung war sehr stürmisch, die Ansichten getheilt, aber die große Mehrheit, fast all die einflußreichsten Mitglieder, namentlich der Großwessier, der Seriasker und der Schech-ül-Islam waren für die Verweigerung. Jeden Tag umlagerten die Dragomane Oesterreichs und Rußlands den Großwessier und den Minister der auswärtigen Angelegenheiten um eine schnelle Antwort zu erhalten. Endlich am Samstag war eine Conferenz in Balta-Liman zwischen dem Großwessier, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Gesandten von Rußland und Oesterreich und dem Fürsten Radziwill. Die Conferenz war lang. Von der einen wie von der andern Seite wurden alle Argumente erschöpft. Da erhob sich Hr. v. Titoff und sagte: „Dann ist es eine Weigerung.“ „Nein,“ erwiederte der Großwessier, „wir bitten euren Kaiser, weil unser Gewissen uns nicht erlaubt diese Menschen auszuliefern, daß er sie unserer Bewachung anvertraue, und der Sultan verpflichtet sich sie treulich aufzubewahren daß sie nie eine Gefahr für die Ruhe seiner Staaten werden können.“ Die Conferenz wurde abgebrochen, und in diesem Sinn den Gesandten von Rußland und Oesterreich die Antwort übermacht. Heute hat der Fürst Radziwil seine Abschiedsaudienz. Es ist davon die Rede einen Beamten der Pforte in außerordentlicher Mission mit Schreiben des Sultans an die Kaiser von Rußland und Oesterreich abgehen zu lassen. Die Gesandten dieser beiden Mächte haben gedroht ihre Verhältnisse abzubrechen wenn die Pforte auf ihrer Weigerung beharrt. Sie werden aber wohl diese Maßregel nicht ergreifen vor der Abreise des Fürsten Radziwil, die übermorgen statthaben soll.*) Montag ist eine große Truppenmusterung, und am Dienstag soll der Sultan Konstantinopel verlassen um einen kleinen Ausflug nach den Inseln des Archipels und nach Smyrna zu machen. Bem, der nach der Ergebung Görgey's den Krieg noch fortgesetzt hat, ist am 28 Aug. in Widdin angekommen. Graf Zamoyski befindet sich ebenfalls dort, er ist mit einem französischen Paß versehen und unter den Personen deren Auslieferung verlangt wird. Oesterreich und Rußland haben der Pforte erklärt das Entkommen eines einzigen dieser Menschen würde ein Kriegsfall seyn.“

Der Correspondent der Daily News in Konstantinopel meldet: der Sultan sey über den brusken Ton des vom Fürsten Radziwil überreichten Brief des Czaren sehr unwillig gewesen, und habe in Wort und Gebärde sein Mißfallen deutlich zu erkennen gegeben, indem er sich zu seinem Minister des Auswärtigen mit den Worten gewandt: „Sage diesem Manne daß er in einem oder zwei Tagen eine Antwort haben soll.“ Als der Sultan gehört daß Fürst Radziwil ein Pole ist, habe er es gräulich gefunden daß derselbe eine Sendung übernommen welche den Zweck habe seine Landsleute dem Henker zu überliefern. „Dieser Mann“, habe der Sultan in französischer Sprache ausgerufen, „ist mehr ein polisson als ein Polonais.“ (?) Der Correspondent fährt fort: „Wie sich denken läßt, sind Sir Stratford Canning und der französische Gesandte seit der Ankunft des kaiserlich russischen Adjutanten nicht müßig gewesen. Sie haben all ihren Einfluß aufgeboten um die Pforte zum Widerstand gegen die Forderungen Rußlands zu bewegen, zugleich aber dem Divan gerathen keinen Ton anzunehmen der zu ernsthaften Folgen führen könnte. (!) Der brittische

*) Sie haben es aber gethan.

Gesandte, sagt man, wünscht die Sache an ein Schiedsgericht gebracht, und hat London als den geeigneten Ort zur Ausgleichung der Frage bezeichnet. Ich weiß nicht ob die Pforte dieser Empfehlung Sir Stratford Cannings beigestimmt hat, aber Fuad Effendi ist als ihr Bevollmächtigter nach St. Petersburg abgegangen. Fürst Radziwils Sprache in Privatkreisen lautet sehr kriegerisch; er redet von einer russischen Armee von 50,000 Mann welche die Gränze zu überschreiten bereit stehe. Das hiesige Publicum harrt der Entwickelung dieser Sache mit großer Spannung. Jedermann scheint eine feindselige Demonstration auf Seite Rußlands zu erwarten. Der Sultan, das weiß ich aus sehr guter Quelle, ist entschieden an seinem ursprünglichen Entschluß festzuhalten und den Zumuthungen Rußlands in keinem Fall nachzugeben. Uebermorgen (18) wird er seine zahlreiche jetzt bei Konstantinopel versammelte Armee mustern. An Fußvolk, Reiterei und Artillerie sind es mehr als 100,000 Mann.... In der Geschichte civilisirter Nationen hat niemals eine Regierung der andern eine solche Beleidigung geboten, und nie hat ein Gesandter den Souverän an dessen Hof er beglaubigt worden so insultirt wie Fürst Radziwill den Padischah des osmanischen Reichs. Radziwil gestand offen daß sein Gebieter der Kaiser Nikolaus gesonnen sey die ungarischen und die polnischen Flüchtlinge, sobald er sie in seine Gewalt bekomme, hängen zu lassen. Schon ein Gefühl der Menschlichkeit hat den Sultan und seine Minister abgehalten sich zu Mitschuldigen einer solchen Grausamkeit zu machen. Kein Vertrag berechtigt Rußland das Blut dieser unglücklichen Männer zu fordern, und was Antecedentien betrifft, so sprechen diese ganz zu Gunsten der Türkei. Fürst Hangerly, ursprünglich ein griechischer Rayah, war mit seinem Vater in eine Verschwörung gegen die türkische Regierung verwickelt. Nach Entdeckung derselben flüchteten Vater und Sohn nach Rußland, und als die Pforte deren Auslieferung verlangte, verweigerte das Petersburger Cabinet diese nicht nur, sondern machte den Sohn zu einem russischen Unterthan und schickte ihn als obersten Dragoman der russischen Gesandtschaft nach Konstantinopel zurück. (Ein anderes, von diesem verschiedenes Antecedens wäre vielleicht die Auslieferung des unglücklichen Rhigas von Seiten Oesterreichs im J. 1798.) Oesterreich hat zwar in einigen Noten die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge verlangt, aber es geschah mehr dem Wunsche Rußland zufolge als aus eigenem Antrieb des österreichischen Cabinets, welches sich leider seit der unseligen Bundesgenossenschaft in Ungarn nur allzu willfährig gegen die Moskowiter zeigt... Man glaubt allgemein daß der Internuntius Graf Stürmer sich gern mit der türkischen Regierung in dieser Frage verständigen würde, wenn er nicht genöthigt wäre sich dem russischen Willen zu fügen. — Nach Briefen aus Bucharest liegt der Handel der Walachei in völligem Stocken, und überdieß ist wegen Dürre die Kornernte gänzlich mißrathen. Die Einkünfte dieses Donaufürstenthums sind heuer um die Hälfte geringer als in den vorausgegangenen Jahren. Das ist die Folge der enormen Ausgaben welche die russische Intervention dem Lande verursacht hat.*

Südamerika.

* **Puerto Cabello,** 3 Aug.*) Ich befinde mich, Gott sey Dank, ganz wohl, jedoch in der wahrhaft erbärmlichsten Lage: denn von San Esteran mußten wir bereits vor drei Wochen hieher flüchten, da das ganze Land durch General Paez, der wiederum von Curaçao mit einem Trupp in Coro gelandet, in Aufruhr ist, und namentlich die Fremden, wenn Paez nicht siegt, auf das schlimmste sich gefaßt machen müssen. Aller Handel liegt hier schon seit Monaten darnieder, von Geschäften ist gar keine Rede mehr, noch weniger von Geld, da die jämmerliche Regierung alles aussaugt. Kurz, so herrlich die Natur hier ist, so traurig sind die Verhältnisse. Ungeheuere Contributionen werden den Einwohnern auferlegt, so z. B. mußten unbemittelte Viehtreiber 300 Rthlr. jeder bezahlen, und die dieß nicht sogleich konnten, wurden ins Gefängniß gesteckt, wo sie so lange sitzen mußten, bis das Geld herbeigeschafft war. Auf diese Art kam es daß sämmtliche hiesige Handlungshäuser von den Kaufleuten in Valencia, mit denen sie die meisten Geschäfte machen, die Nachricht erhielten daß sie nicht bezahlen können, was nicht geringe Bestürzung verursachte. Paez rückt so eben mit 600 bis 1000 Mann gegen Puerto Cabello um es zu nehmen und soll sich im Augenblick in Palito, 4 Leguas (Stunden) von hier, befinden. Bei Calabozo war bereits ein Treffen, die gefangenen Paez'schen Officiere wurden geköpft und drei der Köpfe hier auf den Straßen per Bando (öffentlichen Ausruf) mit militärischem Aufzug vorgezeigt. Sollte Paez nicht Sieger werden, so hat Präsident Monagas seinen Soldaten erlaubt als Belohnung die Stadt zu plündern. Dabei hat Monagas das Gesetz erlassen daß, wer dem andern schuldet, nicht früher als nach sieben Jahren bezahlen und auch dann noch zwei Jahre Frist verlangen darf, für letztere zwei Jahre aber Zinsen bezahlen muß. Dieß und noch vieles andere sind das Charakteristische einer südamerikanischen Republik. Puerto Cabello ist nun in festen Vertheidigungsstand versetzt, die Straßen sind verbarricadirt und Kriegsschooner liegen dicht an der Stadt um sie sofort zu beschießen, da Paez die Außenstadt, die auch wir im Hause des Dr. Lamé bewohnen und die nicht befestigt werden kann, sogleich besetzen wird.

*) Obgleich die Ereignisse welche diese Briefe besprechen, schon aus den englischen Blättern bekannt sind, theilen wir die Briefe dennoch mit, schon weil viele sich für den Reisenden selbst, Hrn. Appun aus Böhmen, interessiren. Zugleich geben sie eine deutsche Anschauung gegenüber den englischen Berichten. Die HH. Appun und Gernäcker werden die Freundlichkeit haben der Allg. Ztg. fortlaufende Mittheilungen über ihre Reisebeobachtungen zu machen.

* **Puerto Cabello,** 18 Aug. Die schnelle Abfahrt des Paketschiffes nach Europa erlaubt mir nur Ihnen in aller Kürze zu melden daß die neueste Revolution in Venezuela bereits als beendet zu betrachten ist. General Paëz, der am 22 Jun. von der holländischen Insel Curaçao aus mit wenig Getreuen nochmals das hiesige Land betrat um sich in seine verlorene Würde als erster Präsident Venezuela's wiederum einzusetzen und sein Hauptquartier in Coro nahm, wurde als er mit wenigem Anhang und unter den größten Mühsalen, welche die gerade herrschende Regenzeit aufs höchste steigerte, gegen Valencia rückte, in einem Treffen welches zwischen Valencia und San Carlos am 15 d. stattfand, von den venezuelanischen Generalen Lamort und Sylva geschlagen, und er selbst nebst seinen Generalen und den meisten seiner Truppen gefangen genommen. Von Valencia, wo er sich gegenwärtig befindet, soll er nebst den andern Gefangenen hieher und dann zur See nach La Guayra gebracht werden, um dann in Caracas sein Urtheil zu hören. Der Haß seiner Gegner, namentlich der Schwarzen, gegen ihn und seine Anhänger, zu denen alle Fremden ohne Unterschied gezählt werden, ist gränzenlos und es steht für uns alles zu befürchten; einen kleinen Beweis davon gab uns die Nacht des 16 Aug., in welcher die Siegesbotschaft hier eintraf: man versuchte die Thüren der von Fremden bewohnten Häuser unter dem fortwährenden Rufe »mueran los oligarques, mueran todos estrangeros« zu erbrechen, und bei verschlossenen Thüren und Fenstern haben wir jetzt die schönste Gelegenheit über den Charakter eines halbcivilisirten Volkes nachzudenken. Der Himmel gebe daß sich hier nicht auch ähnliche Scenen wie früher auf St. Domingo wiederholen! Mit dem nächsten Paket dürften Sie einem speciellen Bericht über diese Revolution entgegensehen.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 27 Sept. 3proc. 28 P. Curse: Paris 5.33 P.; London 50.70 G.

London, 2 Oct. Consols $92^{5}/_{8}$; Schatzscheine 41 Sh. Präm. Span. 3proc. $34^{1}/_{4}$. Die türkischen Angelegenheiten äußerten auch heute ihre Einwirkung auf die Börse.

Paris, 2 Oct. 3proc. 55.60; 5proc. 88.30; Bankactien 2327.50; belg. 5proc. $97^{1}/_{8}$; österr. Loose v. 1834 380; röm. $77^{3}/_{4}$; span. 3proc. 35; innere Sch. $27^{5}/_{8}$; Hayti 195; piem. 975, Oblig v. 1849 870; Vers. E.-B. rechte 210; linke 170; Paris-Orleans 745; Rouen 525; Straßburg 351.25; Nordbahn 433.75; Rouen-Havre 263.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 407.50; Tours-Nantes 290; Dieppe-Fecamp 180; Antwerpen-Gent 225.

Amsterdam, 2 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{13}/_{16}$; 3proc. $63^{7}/_{8}$; 4proc. 84; Synd. $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$; Metall. 5proc. 86; Ard. $10^{7}/_{8}$. Curs auf London 12.10 f. P. Curs auf Hamburg $35^{1}/_{16}$.

Augsburg, 5 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 88 G. 4proc. 92 G. 5proc. 101 P., $100^{3}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 848 G. Promessen 82 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ G.

Frankfurt a. M., 3 Oct. Bei der heutigen Ziehung der sechsten Classe 116 hiesiger Stadtlotterie sind auf folgende Nummern die beigesetzten Hauptpreise gefallen: Nr. 15138 und 19549 jede 1000 fl.; Nr. 5748, 6518, 12299, 13445, 15358, 20500 und 21488 jedes 300 fl.

♀ **Wien,** 3 Oct. An der heutigen Börse hieß es ziemlich allgemein daß die Differenzen mit der Pforte bereits beigelegt seyen. Ungeachtet das Geschäft im ganzen von keinem großen Belange war, zeigten Curse in Fonds, namentlich aber in 5proc. Metalliques eine große Festigkeit und schlossen letztere um $^{3}/_{4}$ Proc. höher gegen gestern. In Eisenbahnen, so wie in Wechseln wenig Veränderung, doch blieben fremde Devisen zur Notiz mehr angeboten, während Gold und Silber flauer waren. Der Geldmangel war übrigens heute ziemlich fühlbar, da die Cautionen für das neue Anlehen bedeutendere Summen vom Markt absorbiren. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95^{1}/_{4}$–$95^{3}/_{8}$. $4^{1}/_{2}$proc. Met. (neues Anlehen) $85^{1}/_{4}$ gem., Loose vom J. 1834 $182^{1}/_{2}$–183, Loose vom J. 1839 $114^{1}/_{2}$–$114^{3}/_{4}$, Bankactien 1195–1198, Nordbahnactien 112–$112^{1}/_{4}$, Gloggnitzer 109–110, Mailänder (etwas höher) $84^{3}/_{4}$–85, Pesther 82–$82^{1}/_{4}$. London (in l. S.) 10.31–10.32, Hamburg $153^{1}/_{4}$ P., Augsburg uso $105^{1}/_{2}$ P., Frankfurt (kurz) $103^{1}/_{2}$ P., (lang) $104^{1}/_{2}$ P., Amsterdam 146 P., Mailand 100 P., Livorno 104 P., Genua $123^{1}/_{2}$ G., Paris $124^{1}/_{2}$ P., Marseille $124^{1}/_{4}$ P. Goldagio für kais. Münzducaten $8^{3}/_{4}$ Proc., Silberagio $5^{1}/_{2}$–$^{3}/_{4}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Die Eisenbahnplane zur Verbindung von München, Salzburg und Innsbruck.

. **München,** 2 Oct. Der Maffei'sche Gedanke die bayerische Hauptstadt sofort durch eine Eisenbahn mit Salzburg zu verbinden, hat auch bei den Tirolern vielen Anklang gefunden. Kaum war die Nachricht von diesem zukunftvollen Unternehmen nach Innsbruck gebracht worden, als schon am 3 Sept. der große Bürgerausschuß dieser Stadt sich versammelte, und den einstimmigen Beschluß faßte eine Bahn durch das Innthal zum Anschluß bei Rosenheim mit allen gegebenen Mitteln zu erstreben. Ohne Aufschub wurde auch ein Bevollmächtigter, Rechtsanwalt Dr. Widmann, nach Salzburg entsandt, der, mit allgemeiner Freude dort aufgenommen, sich mit Hrn. Bürgermeister Gichnitzer auf den Weg nach München begab. Beide sind hier vor einigen Tagen eingetroffen, um die eifrigste Mitwirkung ihrer Städte zu diesem nationalen Unternehmen kundzugeben. Sie fanden sowohl bei dem Ministerium als bei dem Bürgerstande die zuvorkommendste Aufnahme, und gewannen die sichere Aussicht daß der Bau bei dem guten Einverständniß mit dem benachbarten Kaiserstaat in nächster Zeit beginnen werde, wie denn auch die Zeichnungen zur Theilnahme an dieser Linie in Bayern den erfreulichsten Fortgang nehmen. Die genannten Abgeordneten waren auch zu der vorgestern statthabenden feierlichen Eröffnungsfahrt auf der Bahn von München nach Hof geladen, und hörten mit freudiger Erregtheit wie Hr. v. d. Pfordten, die Rede des Bürgermeisters von Nürnberg im dortigen Bahnhof beantwortend, von der nahen Zukunft sprach wo die große deutsche Eisenbahnlinie durch Tirol bis ans adriatische Meer vollendet seyn und der Handel jener gewerbfleißigen Stadt, wie im Mittelalter, durch Italien und in der Levante wieder erblühen würde. Ebenso großes knüpft sich an die Verlängerung der Salzburger Bahn, wenn selbe einmal bei Bruck mit der von Wien nach Triest zusammenstoßen wird. Indessen mag, bis dieß erreicht ist, wohl noch längere Zeit dahin gehen, wogegen die München-Innsbrucker Bahn, die wenigstens von Rosenheim an keine erheblichen Schwierigkeiten bietet, in drei bis vier Jahren fertig werden kann. Die Gegend durch die sie zieht, gehört gewiß zu den schönsten die von Eisenbahnen durchschnitten werden. Blühende Städte und Dörfer, großartige Berglandschaften liegen am Wege. Wenn man auch in München bisher sich fast ausschließlich mit der Bahn nach dem Norden beschäftigte, so haben doch die Innsbrucker schon lange mit Sehnsucht an eine solche Verbindung mit München gedacht. Dr. Stotter, der so früh verstorbene patriotische Naturforscher zu Innsbruck, arbeitete noch vor dem März eine kleine Schrift aus, angeblich über die Niveauverhältnisse am Brennerpaß, jedoch mit Berücksichtigung des ganzen Innthales bis Rosenheim. Diese Arbeit mußte damals als ein Beitrag zur Geologie von Tirol erscheinen, weil es unter dem vorigen Regiment in Tirol wie wahrscheinlich auch da und dort im übrigen Oesterreich nicht erlaubt war über Eisenbahnen öffentlich zu schreiben, da hiedurch, nach Behauptung der Censurstellen, nur eitle Leidenschaften aufgeregt und unsichere Hoffnungen erzeugt würden.

Aus dem schwäbischen Oberland.

• **Vom Lech,** Mitte September. Die günstige Gelegenheit seit ein paar Monaten mit der Einwohnerschaft des schwäbischen Oberlandes nähern Umgang zu pflegen, verschaffte uns, ohne Vorwitz von unserer, noch ohne absichtliche Mittheilsamkeit von ihrer Seite, einige Bekanntschaft mit den Meinungen und Empfindungen dieser Leute über den Gang der Dinge in Deutschland. Es befremdet vielleicht wenn wir bei einfachen Bauern und Käsemachern, bei Holzflößern und Webern politische Urtheile und Stimmungen gefunden haben wollen, und obendrein solche die wir weder für Citate aus der Kemptenerzeitung noch aus dem Volksboten, auch nicht für Gedächtnißproben aus genossener Märzvereins- oder constitutionell-monarchischer Rhetorik halten konnten, sondern als eigenes Gewächs der ländlichen Köpfe und Gemüther. Wir haben es aber schon einmal bei anderer Gelegenheit nicht verhalten daß wir dem Völklein zwischen Bodensee und Lech die Befähigung nicht nehmen können auf eignen Füßen sich im „ewigen Umgang" der Zeitläufte irgendwo hinzustellen und von dem Platz aus sich geschehenes und kommendes zu besehen mit eignen gesunden Augen — ohne rothe oder blaue Brillen, noch weniger mit geschwärzten Sonnenfinsternißscherben, deren beste Wirkung in einem berußten Gesicht des Schaubeflissenen besteht. Am Ende denkt jeder den der Regen durchnäßt nach, warum er solches im Freien erleide wenn er ein Obdach in der Nähe weiß, und sollte es denn so unmöglich seyn daß die Wetterunbilden die wir seit etlichen und dreißig Jahren durchmachen, und die Traufe unter die wir seit anderthalben gerathen, auch bei einer Bauernhaut durchgehen? So viel ist gewiß daß hier die Menschen im Zwilchrock sich um die politische Witterung redlich kümmern, und wohl verspüren daß ihr Bestand und Gedeihen davon so gut abhänge wie der Wachsthum ihrer Wiesen und Aecker von der physischen. Verstanden wir sie recht, so ist der Hauptsatz ihrer selbstgemachten Kalenderweisheit daß es in Deutschland mit allem was man im Märzsonnenschein des vorigen Jahres, ohne auf unbilliges und unmögliches sich einzulassen, endlich gewonnen meinte, fürs erste einmal vorüber sey. „Es wird alles wieder wies war und vielleicht noch schlechter, auf keinen Fall besser", so hörten wir hundertmal sagen. Es wollten sich wohlfeile Propheten aufthun die schon beim Beginn dieses Ende vorausgesagt hätten, man glaubte nachträglich so wenig an ihre Mission als damals, denn man gesteht daß man auf ein solches Ende keinesfalls gefaßt war. Bei den vielen Mißgriffen und Uebereilungen, bei den reichen Entwicklungen fast allgemeinen Irrthums und ebenso verbreiteter Eigensucht und Leidenschaft glaubte man redlich an endliche Läuterung und Mäßigung, an Verständniß und guten Entscheid. Man denke nicht daß die Veranlasser und Förderer solcher heilloser Verwicklung und Zerwürfniß nicht herausgefunden seyen. Ueber das Warum und Was unserer fruchtlosen Bemühungen und Gewaltanstrengungen hörten wir von einfältigen Bauern kurzgefaßte Urtheile, die uns manche aus sehr langen und sehr trefflichen Leitartikeln erholte Einsicht überflüssig machten, und Charaktere beleuchteten die uns bei allen Licht- und Schattenbildern immer etwas unklar blieben. Die Frankfurter paulinische Weisheit und die wasserdichten Vorfechter der Republik im Seekreis, die Volksbeglücker aller Titel und die Versprechungsstarken aller Range fanden ihre Zeichner unter den Leuten mit schwieligen Händen, und die Umrisse waren häufig sehr überraschend wahr. Daß die Sache verdorben werden mußte scheint ein Zugeständniß das man ihr bereits nach der Kaiserwahl, vielleicht schon früher machte, aber dennoch hoffte man auf eine erträgliche Wendung durch jene Kräfte die sich, unter der Versicherung es besser zu verstehen, eifrig um die Verhinderung des Guten verdient machten. Auch hierin ließ die vollendete Rath- und Trostlosigkeit und die um vieles kleinlichere Parteibeflissenheit keine Aussicht mehr übrig. Die Aufregung für die „Reichsverfassung" war bei diesen Leuten das Zusammenraffen ihrer letzten Hoffnungen, Wünsche und Versuche in einer Angelegenheit die sie nicht beiseite werfen wollten wie ein Kinderspielzeug oder eine Schwindelspeculation. Die Zuthat an Niedertracht und Gewaltthätigkeit, die badischen und Pfälzer Vorgänge machten bei den besonnenen Schwaben allen Absichten ein Ende, mit welchen etliche Weiterwollende, Schelme und Betrogene, bislang weislich hinter dem Berge hielten. Man verzichtete auf den Verfolg des Ziels um der gefährlichen Mittel willen, und hielt nun ruhig und gelassen an dem Wegzeiger an auf dem man entschloßnen Blicks das „Rückwärts" liest. Hat das laute Vorwärts auch bei unsern Mannen keinen Beifall mehr finden können, da es schlüßlich als Signal des Ueber- und Umsturzes erscholl, so hat dennoch die Devise der neuesten Bewegung der meisten deutschen Gemeinwesen keinen besondern Anklang gefunden. Man steht still, man sucht einen festen Boden.

Die allgemeine Stimmung des hier gemeinten Volks im Allgäu und am obern Lech erschien uns nicht eine apathische gegen Politik, vielmehr eine antipathische gegen die gesammte Art und Haltung heutiger Agitation, ob sie von oben oder unten kömmt, von rechts oder links. Den unverhaltensten, rundesten und körnigsten Tadel und Mißmuth vernahmen wir über die Schlecht- und Mattherzigkeit, den nackten, niedern Eigennutz und die gemeine Rachgier die sich in allem bloßstellt was seit Monaten gethan wird Namens der Freiheit und Einheit des Vaterlands, Namens des Gesetzes und der Ordnung. Wer sollte es glauben, aber aus bäuerischem Munde ohne Phrase hörten wir das Urtheil: „Das wahre Christenthum ist von denen gewichen welche um diese Sache sich annehmen, niemand will verzeihen, niemand sich begnügen, und das Wahre ist den Heiden eine Thorheit, den Juden ein Gräuel." Man erläuterte auch wer als Heide und Jude gilt. Lächeln Sie, aber die moralische Entrüstung des Landvolks, wie sie uns in bemessener Aeußerung vielfach vorgekommen, ob der heutigen Behandlung der heiligsten Rechtsfragen eines Volks war seit langem der einzige kräftigste Trost der einem deutschen bekümmerten Herzen zu Theil geworden ist. Die vielfach religiöse Färbung solcher Ausbrüche tiefen Unwillens erinnerte uns unwillkürlich an Form und Haltung jenes gewaltigen Naturschreis des Volksgefühls der dem Ausbruch des Bauernkriegs vorausging. Wie unsere Männer, so haben der „Kropf von Luibas", „Walter Bach von Sonthofen" und wie sie sonst heißen, die Häupter der „christlichen Vereinigung im Allgäu" gesprochen, ehe den armen Leuten der Faden der Geduld riß. Vor diesem endlichen abermaligen Zerreißen er-

schracken wir im Innersten wenn wir bedachten wie noch immer keine Lösung der Wirrsale sich zeigen will. Ja, es ist eine Pause eingetreten, ein Stillstand, ein Widerwille gegen alle Theilnahme am Treiben und Schleichen der Weltordner, Tausende rufen nach Ruhe; aber unter ihnen glauben nicht zehn an den Bestand der augenblicklichen Abspannung, und die übrigen verfolgen die Entwicklung welche die Sache ohne sie nimmt. Es ist uns als Thatsache in die Hand gekommen daß wirklich das Volk, wo es überhaupt sich betheiligt hat, die Befriedigung der großen anerkannten Bedürfnisse Deutschlands den Regierungen und Regenten übergeben hat. „Sie sollen es ausmachen, weil sie die Macht haben und das Rechte wissen wollen“, heißt es allenthalben, meist aber mit dem bitter belächelten Nachsatz: „so wissen wir doch gewiß daß nichts draus wird.“ Es darf nun einmal nicht abgeläugnet werden dieses fertige durchsättigte Mißtrauen auf eine Sicherstellung und Schlichtung der Dinge in Deutschland durch die Cabinette und Fürsten. In jeder andern Sache mag mehr Glaube zu finden seyn für den guten Willen und die ehrliche Absicht der Machthaber als in dieser. Daß im einzelnen da und dort gutes gegeben werden könnte, hörten wir zugestehen, nur das eine und nöthigste — Grund und Halt des Ganzen — Ein Recht und Eine Freiheit nach innen, Eine Kraft und Eine Ehre nach außen hält man für unmöglich unter der Constellation von heute. Niemand rechnet jedoch deßhalb voreilig weiter daß unter diesen Zweifeln der Wunsch ersticke und das Bedürfniß sich aufhebe. „Es kommt doch noch wozu es kommen muß“, ist Trost und Zuversicht unserer Männer im alemannischen Gebirg, bei welchen wir zwar nie das Wort Vaterlandsliebe gehört haben, aber uns dennoch ein gutes Stück solchen Gefühls an Tag zu schürfen getrauten.

Beachtenswerth schien auch die Abstufung solcher Ab- oder Zuneigung für die einzelnen Vorgänger auf den Wegen welche die Regierungen eingeschlagen. Hier tritt die große Klarheit und gesunde Berechnung, die wir sonst wahrnahmen, vor einer wärmern Gefühlsentscheidung zurück, die ihre Begründung und vielleicht auch Berechtigung in Stammeseigenthümlichkeiten und geschichtlichen Erinnerungen findet. Die Leute bekreuzten sich gerade nicht vor dem Gedanken einer preußischen Oberleitung, aber sie konnten sich nie zu einem eigentlichen Glauben an die Aufrichtigkeit einer solchen erwärmen. Das in Baden geflossene Blut hat die Herzen erkältet bis zum Schrecken und Abscheu. Das Volk hält sich am liebsten an Persönlichkeiten, für die Begebnisse will es Träger und Verantwortliche, die Schwankenden sind ihm am Ende die Verwerflichsten. Es liest die Lob- und Dankgebete der preußischen Ordnungsstifter, und legt sie bei Seite wie die Verheißungen und Projecte der Diplomaten. Schmähungen hörten wir selten, aber kaltes, vertrauensloses Absprechen für alles was von Norden kommt. Oesterreich hat seinen Stein im Brett zehnmal voraus. Die meisten dieser Landschaften stunden unter Herrschaft oder Schutz der Habsburger, auch gelten diese als Vertreter vom Kaiser und Reich. Die Nachbarschaft ist österreichisch, und genießt in Vorarlberg und Tirol viel altgewohntes Recht, und eine Erinnerung an ein freies Gemeinwesen wie es den Bewohnern dieser Gebirge am besten zu Leib saß und wieder säße. Es war eine überraschende, aber aufrichtigste Freude zu erkennen, als in Ungarn und Venedig die günstige Wendung eintrat. „Nun können sie sich rühren, die Oesterreicher,“ ging's von Mund zu Mund. Man traut ihrem Einspruch in der deutschen Sache so viel gutes zu als man überhaupt noch erwartet. Die Nachbarn möchte man um keinen Preis verloren wissen, und die Zollschranken bräch' man sogern als es die drüben thäten. Abermals phantasirt man auch mit der Person des jungen, ritterlichen Kaisers. Alle Jugend hilft der Hoffnung zu neuem Grün.

Für die eigene bayerische Regierung wird's, so zeigt sich's allgemein, dem Volk am schwersten einen bündigen Spruch zu thun. Das Zusammengehen mit Oesterreich wird insoweit gern gesehen als es nicht zu einem Bruch führt mit den andern Theilen und die Hemmnisse nicht mehrt. Doch ist eine Ahnung unausweichbarer Abhängigkeit vorhanden, ohne große Abneigung dagegen. Macht findet allzeit Zutrauen, wo das Alleinstehen unmöglich scheint oder ist. Was weiteres belangt, möchten wir ein schweigsames, scharfes Beachten an diesem Volke wahrgenommen haben für alles und jedes was in München beschlossen und versucht wird. Die ganze Haltung zeigt ein Zuwarten. Man sehe keine Schmeichelei darin, aber es scheint fast als wollten diese Leute — die Verdächtigten — ihre Gegner widerlegen durch ein Innehalten alles Urtheils vor dem Ausgang. Vielfach hörten wir dagegen Zugeständnisse von jener christlichen Billigkeit die bei niemanden einen bösen Willen voraussetzt.

Rastatt.

Rastatt, 24 Sept. Es dürfte nicht uninteressant erscheinen, ja eine wahre Beruhigung seyn für die Angehörigen der in der Festung Rastatt verhafteten Militärs und Freischaaren, auch irrigen sehr übertriebenen Ansichten begegnen, zu erfahren welches Schicksal dieselben dermalen zu bestehen haben, wie sie wohnen, verpflegt und beschäftigt werden, und welche Fürsorgen bei herannahemdem Spätjahr und Winter getroffen worden sind. Wir erfahren deßfalls von einem zuverläßigen Augenzeugen folgendes: Von 5600 Gefangenen welche bei der Uebergabe der Festung vorhanden waren, sind noch etwa 2600 vorhanden, und diese wohnen jetzt nur noch im Fort A (Leopold) und in Bastey 12 des mittlern Anschlusses. Die hiezu in Anspruch genommenen Räume sind bombenfreie, gewölbte, mit Fenstern und Oefen versehene, 10—12′ hohe Casematten. In einer solchen befinden sich je nach Verhältniß der Größe oft 150 Mann. Auf gediehlten Böden liegt genügendes frisches Stroh, oder dünne Stroh- und Spreuersäcke als Lagerstätte. Hie und da sind Pritschen angebracht. Jeder Mann ist mit Tuchkleidern und einem Mantel versehen, sehr viele haben außerdem noch wollene Decken. Diejenigen Leute die von Hause keine Wäsche oder Fußbekleidung erhalten, fassen solche unentgeltlich. Das Essen besteht Morgens aus einer Suppe, Mittags deßgleichen oder aus Gemüse und 2 Pfund Brod des Tags. Ueber den andern Tag wird Fleisch und Branntwein gegeben. Die Gefangenen können sich des Tags wenigstens 1½ Stunden im Freien ergehen, zudem werden sie zu allen Arbeiten verwendet. Die Besorgung der Menage und die Instandhaltung der Gebäude und Wohnräume liegt allein ihnen ob. Alles ist eingerichtet wie in einer Caserne, deren es viele gibt die nicht in Vergleich zu bringen sind mit den Wohnräumen der Gefangenen. Schreiner, Zimmerleute, Schuhmacher, Schneider, Maurer u. s. w. arbeiten alle auf ihrer Profession, und erhalten, wenn die Arbeit eine ständige ist, des Tags 6 kr., ist sie eine schwierige oder sehr anstrengende 12 kr. Den bei letzterer Beschäftigten wird überdieß noch des Abends warmes Essen gereicht. Gleichfalls ist den Leuten das Rauchen und Schreiben gestattet. Auf Verlangen werden Gesangbücher und Bibeln, sowie andere Bücher moralischen Inhalts gegeben. Der Gesundheitszustand ist besonders in letzter Zeit sehr befriedigend, und der Krankenstand beträgt ungefähr 12 Procent. Die Kranken liegen in gut eingerichteten, mit Betten versehenen Spitälern und genießen der besten ärztlichen Behandlung. Ueber den großen Krankenstand, besonders der ersten Zeit (von 5600 Mann waren 1009 Kranke der höchste Stand), wird man sich durchaus nicht wundern, wenn man weiß daß an dem ersten Tag nach dem Einmarsche der preußischen Truppen sogleich über 500 Mann an den häßlichsten Krankheiten in die Spitäler gebracht werden mußten, wenn man von Augenzeugen die Lebensart schildern hört der sich die Besatzung von Rastatt überlassen hatte.“ (Wochenblatt für Baden.)

Reiseeindrücke im österreichischen Kaiserstaat.

I.

* **Aus Oesterreich,** im Herbst. Wie rasch und zahlreich auch die Mittheilungen der Presse in unsern Tagen, wie unendlich beschleunigt und vervielfältigt die Communicationsmittel sind: dennoch bleibt die lebendige eigene Wahrnehmung, auf wie kurze Zeit sie sich beschränke, ein unvergleichbar sichererer Weg sich von den Zuständen eines Landes eine klare Anschauung zu verschaffen. Jenes ist der Buchstabe der Erkenntniß, dieses das ächte Leben derselben!

Bei den ungeheuren Erschütterungen und Bewegungen welche seit anderthalbjähriger Frist in Oesterreich vorgegangen sind, blieb es uns daher ein fortdauerndes Bedürfniß einmal mit eigenen Augen zu schauen wie sich die Dinge in dem habsburgischen Staate gestalteten, welche Keime der Umwälzung dort Wurzel fassen möchten, welche als gesunde Triebe, welche als wüst, unheilvoll und giftig wucherndes Unkraut zu betrachten seyen. Deßhalb unternahmen wir einen Herbstausflug nach verschiedenen Richtungen des Kaiserreiches, eine Rundschau, die — wie kurz und gedrängt sie uns nur gestattet war — uns doch vieles zum lebendigen Bewußtseyn, zur klaren Anschauung gebracht hat was aus der Ferne her immer mit verdunkelnden Nebeln bedeckt geblieben wäre.

Wir durchstreiften Böhmen, einen Theil von Mähren, Oesterreich selbst, Steiermark bis nahe an die ungarischen und slavischen Gränzmarken, und warfen auch einen Blick in Ungarn selbst hinein, so weit es die Verhältnisse und Paßlicenzen gestatteten. Freilich mußten wir hier am Rande des Kraters stehen bleiben, in welchem eben der vulcanische Ausbruch zum Schweigen gebracht war; denn das unübergebene Komorn sperrte noch die Donau- wie die große Landstraßenverbindung zwischen Wien und Pesth. Doch auch diese Gränzbeobachtung gestattete uns lohnende Blicke, die manches uns bis dahin Verworrene aufhellten. Im nachfolgenden wollen wir versuchen die gewonnenen Eindrücke und Anschauungen zu einem Bilde zusammenzustellen, welches auch dem entfernten Leser vielleicht einiges in seinen Vorstellungen über die gegenwärtigen Zustände im alten Kaiserreich ergänzen mag.

In Böhmen fanden wir im allgemeinen eine sehr beruhigte Stimmung; die wilde Gährung des verwichenen Jahres war vorüber, nur die Zeitungen, dieses leider oft so ganz verfälschte Echo der öffentlichen Stimme, suchten dieselbe zu erhalten. Wo niemand agitirte, war in sich selbst alles ruhig. Doch zwei Hauptwahrnehmungen stellten sich heraus. Während in Deutschland die Städte hauptsächlich den Herd der Gährungsstoffe bildeten, ist es in Böhmen viel eher das Landvolk wo man den mißliebigen Geist trifft — begreiflicherweise, da hier vorzugsweise das Verhältniß zwischen dem reichen Grundbesitzer und dem fast Leibeigenen der kleineren Scholle heraustritt. Dann war, wenngleich nicht jene Erbitterung zwischen der tschechischen und deutschen Nationalität die im vorigen Jahr entflammt wurde, doch noch eine Spaltung, ein Riß, eine tiefe kenntliche Narbe dieser großen Wunde des Landes vorhanden. Das Tschechenthum ist in die Mode gekommen. Viele Leute die vor zwei Jahren nicht daran dachten einen feindseligen Unterschied zwischen Böhmen und Deutschen zu machen, die deutsch als natürliche Sprache redeten, böhmisch unvollkommen sprachen, weil sie es eben nur erlernt hatten, setzten jetzt etwas darein sich der letztern Sprache zu bedienen, und ihr Böhmenthum oder, wie der beliebtere Ausdruck ist, Tschechenthum gewissermaßen wie einen Adelsbrief wieder hervorzusuchen, das Deutschthum dagegen zu verläugnen. Vormals bezeichneten eben diese Personen einen solchen Haß gegen das Deutsche als eine Beschränkung der urslavischen Stämme die sich nur in den untersten Volksschichten, insbesondere auf dem Lande, geltend mache. Indessen erscheint auch jetzt diese Stimmung keineswegs in den tiefer glühenden Farben der Leidenschaft, sondern eben nur als eine Laune des Tages. Es prägt sich darin nicht eine Nationalphysiognomie aus, sondern wir erblicken nur eine vorübergehende Tracht. Da auch, am wenigsten durch die neuesten Bewegungen, gar keine Ursache zu einer stärkeren Spaltung der beiden Nationalitäten in Böhmen herausgetreten ist, so konnte eine solche Stimmung auch keine tieferen Wurzeln haben. Der Grund ihres Vorhandenseyns aber ist der: für die slavische Nationalität ist agitirt worden, und wird noch agitirt; für die deutsche nicht. Nachbarstämme, die allerdings stärkere Ursache haben ihre slavische Urkraft gegen den deutschen sie überwachsenden Einfluß der Bildung und Industrie zu stämmen, haben in den tschechischen Bevölkerungen Bundesgenossen zu werben gesucht, ebenso wie später in den magyarischen.

Tiefer begründet ist der obenerwähnte erbitterte Geist des Landvolkes. Es hat im Jahr 1848 einen Theil seiner Abhängigkeitsverhältnisse zerbrechen sehen. In Böhmen, wie überall, hat aber die Gewährung von vielem nicht Dank und Befriedigung, sondern Durst nach mehrerem erzeugt. Ein Begriff ist dem Landmann fast ganz verschwunden — der daß er auch Verpflichtungen habe; er betrachtet, zu einem Halbbewußtseyn (das Dämmerlicht ist immer das kläglichste von allem) gelangt, jede Verpflichtung jetzt als einen Druck schwerer Ungerechtigkeit. Wagt er es jetzt auch nicht gerade offen damit hervortreten, weil die Kraft der Regierungen, des Gesetzes, sich wieder organisirt und befestigt hat, so macht er doch aus seiner Gesinnung kein Hehl. Eins ist ihm genommen: der Glaube, und mit ihm Liebe, Ehrerbietung, Anhänglichkeit; aber er hat für den Glauben nicht die ächte Erkenntniß gewonnen, und so hat die gährende Erschütterung der Zeit ihm, was sie auch äußerlich an Vortheilen für ihn herbeigeführt habe, doch das beste geraubt was er hatte: die Zufriedenheit, in wenn noch so enger Begränzung. Ehemals leistete er das Schwerere gern, in dem Glauben es sey Pflicht, Nothwendigkeit, Tugend; jetzt wird ihm das viel Leichtere schwer, in dem Wahn es werde Tyrannei, Bedrückung gegen ihn geübt.

Ihr, die ihr die Völker glücklich machen zu wollen vorgebt, selbst wenn ihr es redlich meint, wenn ihr an euren eigenen guten Willen glaubt, lernt wenigstens wie schwer es ist, wie vorsichtig ihr dabei seyn müßt! Ihr möchtet es leichter haben jedem muntern Johann dem Seifensieder eine Truhe mit Gold als auch nur den hundertsten Theil davon zugleich damit Glück und Zufriedenheit, nicht zu gewähren, sondern nur zu lassen was er davon besaß!

Das sind die Beobachtungen die wir unter dem böhmischen Landvolk, bei vielen Spaziergängen, mancherlei Verkehren mit demselben, überall gleichmäßig, gemacht. Sie traten oft in recht bitter grollenden Aeußerungen hervor. Wir wollen hoffen daß, wenn gleich viele, wie nicht abzuläugnen, so empfinden und denken, es doch nicht alle, sondern nur die Ausnahmen sind.

Im Herzen Böhmens, in Prag, dünkte uns eine ungleich günstigere Stimmung vorherrschend. Der einsichtige, der besitzende Bürgerstand hat die Gewaltsamkeit der vorjährigen Bewegungen nur mit Grauen gesehen. Die Juniustage sind dem übrigen Europa in ihrer Gegenwart nur mittelst der verfälschendsten und vergrößerndsten Hohlspiegel gezeigt worden. Dort, wie überall jener Zeit in Deutschland, herrschte freilich eine große Gährung der Gemüther; allein zu gewaltsamen Katastrophen war, nach dem was in Wien geschehen, nicht der mindeste Grund vorhanden — das gestehen jetzt alle ein. Allein die Saaten der Zwietracht, die kadmischen Drachenzähne, wurden mit äußerster Absichtlichkeit gestreut. Einen unbestreitbaren wesentlichen Antheil hatten auch hier die Polen daran, welche die leidenschaftlichen Richtungen des Tschechenthums, besonders die fanatische Erhitzung der Jugend, für sich auszubeuten suchten, um ihre Zwecke, die Gründung eines polnischen Reiches, auf den Trümmern aller andern Staaten Deutschlands, zu verfolgen. So vereinten sie sich mit der Swornost; es kam auf einen Anlaß, einen Vorwand zum Kampf an. In den Vorberathungen, denen 60 bis 70 fanatische Polen beiwohnten, wurde der Beschluß gefaßt den commandirenden General, den Fürsten Windisch-Grätz, direct zu beleidigen. Man zog mit Getümmel nach seinem Palast; der Fürst war (gewiß mit Absicht) benachrichtigt; ein Militärcommando hinderte den Andrang der Tumultuanten. Das eben wollte man. Es kam zu Thätlichkeiten zwischen einem der Verschwornen und einem Officier der Truppen; dieser zog den Säbel — jetzt rief man: „Blut! Rache!" Die Lunte war ins Pulverfaß geworfen. Das erkaufte Proletariat, der terrorisirte Bürger wurden, wie überall, in den Kampf gerissen. Fanatismus, Täuschung, Wahn, Verblendung — und Terrorismus brachten das Volksheer zusammen.

Tiefere Motive fehlten ganz. Daher endete der Kampf auch, ohne irgendein erhebliches Gefecht, ohne irgendeinen Sieg, fast nur durch einige in Brand gelegte Mühlen, welche dem Bürgerthum die Besorgniß beibrachten es könne der Stadt ebenso ergehen. Eine wirkliche Gesinnung im Volk, das heißt in dem bewußten Theil desselben, wäre so schnell nicht erloschen. Aber das künstliche Strohfeuer brannte ebenso rasch in sich zusammen als es emporgelodert war!

Unter solchen Anschauungen und Belehrungen über den Kampf durchwandelt man jetzt die Stätten desselben. Mit schmerzlicher Entrüstung weilt der Beobachter aber da wo ein schweres Verbrechen jenen düstern Tagen ein Denkmal gesetzt hat, das noch lange hinaus zu ernster Mahnung dienen mag. Es ist die Stätte der Ermordung der Fürstin Windisch-Grätz. Ermordung, anders läßt sich die That nicht bezeichnen. Der Schuß fiel aus einem dem Palast gegenüber liegenden Hause, das völlig von seinen Bewohnern geräumt war. Nur ein einzelner Verwegener hatte, wahrscheinlich unterm Dachgeschoß, sich verborgen, und er that den Schuß, in Haß, Rache, oder allgemeiner Ruchlosigkeit — wahrscheinlich das letztere. Er ist geflüchtet, über die Dächer der Nachbargebäude wie man glaubt; er ist entronnen — dem äußern Richter, doch nicht der Verurtheilung die ihm das Brandmal ausdrückt, das er nur durch ewige Namenlosigkeit zu verhüllen vermag.

Und jetzt? Die wundervolle Hauptstadt Böhmens prangt stolz, lebenreich wie zuvor! Das Vergangene ist ihr ein düsterer grauenhafter Traum. Vergebens sucht man jetzt nach irgendeiner Möglichkeit zu solchem Ausbruch. Nicht das mindeste Element dazu ist vorhanden. Selbst die Scheidung des Deutsch- und Tschechenthums, sie bringt höchstens abgesonderte Lager, keine feindseligen hervor. Böhmen ist in seiner innersten, wahrhaften Gesinnung ein unabtrennbarer Theil des österreichischen Kaiserthums. Es hat einen warmen, freundnachbarlichen Zusammenhang mit Deutschland; aber es wird diesen nie vorwalten lassen, wo es auf eine Wahl zwischen ihm und dem Staate dem es nun seit so langen Jahrhunderten angehört, ankäme. Noch weniger aber wird es je sein Tschechenschwert in die Wagschale zu Gunsten eines slavischen Brennus werfen. Es wird bleiben was es ist — ein Edelstein der habsburgischen Krone, strahlend durch eigenen Werth und Glanz, der sich aber mächtig erhöht durch die Stelle die er im kaiserlichen Diadem einnimmt.

Die österreichischen Finanzmaßregeln.

III.

—ch. Bei der Ausführung der Plane welche jetzt im Finanzministerium hinsichtlich der neuen Stellung der Nationalbank gehegt werden, ist wohl anzunehmen daß das reiche Material an Erfahrungen benützt wird welches sich in England während des fast zweihundertjährigen Bestandes einer Creditanstalt ersten Ranges aufgehäuft hat. Solange die Ferdinandsbank fast ausschließlich den Schatzmeister des Staates ausmachte, solange sie den andern Bedürfnissen des Landes nur nebenbei, wie aus Gnade, ihre Aufmerksamkeit zuwandte, konnte es angehen daß ihre Directoren den einseitig gebildeten Finanzmännern entnommen wurden. Soll sie jedoch, dem Projecte des Hrn. v. Kraus gemäß, den Forderungen der Handel- und Gewerbetreibenden wirklich entsprechen, soll sie der große Regulator des gesammten Güterlebens von Oesterreich, ja bei ihrer Lage

in der Mitte unseres Erdtheils von ganz Europa werden,*) so bedarf freilich die bisherige Direction einer ansehnlichen numerischen wie intellectuellen Erweiterung. Dann allerdings muß die Leitung eines Geld- und Borgsystems von dem Umfange sich auf ein mit den besten Köpfen besetztes gewerbliches Parlament stützen, in welchem nicht nur die Bekanntschaft mit den verschiedenen producirenden Erwerbszweigen, sondern auch das Interesse jedes Einzelnen derselben nach Verhältniß beständig vertreten ist. Der Form nach besteht zwar ein derartiger legislativer Körper neben dem executiven der Direction in London bei der Bank nicht; allein dem Wesen nach bildet eigentlich die ganze City in England einen solchen Beirath. Aus dem Umstande nämlich daß die Stellen der Direction der Bank of England meistens mit den Söhnen der ersten Häuser der Fabrik- und Handelswelt besetzt werden, ziehen sich eine Menge Fäden von dieser Verwaltungsbehörde zu den verschiedenen industriellen wie mercantilen Interessenten herüber, an denen sich die leiseste Veränderung in dem pecuniären Pulse der Zeit der leitenden Hand leicht kundgibt, und die Bankdirection ruht so stets in einer sicheren weitern Einfassung kaufmännischer wie staatsmännischer Erfahrung, deren Einwirken auf die Führung ihrer Geschäfte eine besondere Form zu geben bei dem alten festbegründeten Herkommen dort nicht mehr nöthig geschienen hat. Die Wiener Bank jedoch wird bei ihrem Abscheiden aus dem bisherigen Verbande mit dem Staate und demgemäßen Einnehmen einer eigenen unabhängigen Position schwerlich die Elemente eines derartigen Beiraths in der Residenz beisammenfinden. Die österreichische Monarchie ist zu groß als daß sie in dem feinverflochtenen industriellen Geäder sich von einer Stadt übersehen ließe die bisher wenigstens nicht in gleichem Maße Knotenpunkt des Verkehrs wie der Regierung gewesen ist, selbst wenn es sich annehmen ließe daß sich in Wien ein in den ökonomischen Verhältnissen hinreichend unterrichteter, mehr oder weniger gut organisirter und zugleich unabhängiger Bürgerstand zur alleinigen sich von selbst gestaltenden Besetzung der von uns bezeichneten berathenden Behörde an der Bank vorfände. Deßhalb scheint uns zur Begründung derselben auf die eine oder andere Weise eine künstliche Form geschaffen werden zu müssen, und wir möchten diesen Gedanken der vom Finanzminister zu berufenden Commission zur Beachtung dringend ans Herz legen. Ohne eine solche Beihülfe wird es der Bank niemals gelingen ihre Aufgabe, die Entfesselung aller im Kaiserstaate noch latenten ökonomischen Kräfte durch Gewährung von Credit in Wahrheit zu lösen.

Aber auch in politischer Rücksicht bedarf unserer Ansicht nach der Staat eine derartige der Bankdirection beigesellte Aufsichtsbehörde, sobald er die Bank wirklich unabhängig hinstellen will. Bei der großen Macht welche nämlich in der Hand der verhältnißmäßig wenigen Bankdirectoren dann liegen wird — einer Macht die zu begeifen der Idealpolitik allerdings schwer fallen muß, wird es durchaus für ihn zur Nothwendigkeit eine sichere Bürgschaft gegen augenblicklichen Mißbrauch dieser Gewalt zu besitzen. Vermag doch ein zu rechter Zeit um 1 Procent erhöhter Disconto in einer Weise in die Weltgeschichte einzugreifen von der sich die Philosophen nichts träumen lassen! Bei der Unabhängigkeit ihrer Stellung jedoch ist es ihm nicht mehr gestattet je nach Gefallen die Thätigkeit der Bank zu modificiren. Nur auf dem langsamen legislativen Wege wird er mit wahrhaft eingehaltenem Constitutionalismus bei ihr seinen Willen geltend zu machen im Stande seyn. Allein während der Minister nach empfundenem Bedürfniß einen deßfallsigen Gesetzesvorschlag für den Reichstag vorbereitet und ihn zur Annahme bringt, besitzt er ohne einen solchen Beirath keinen Hebel um den ihm vielleicht absichtlich feindlichen Machinationen der absolut regierenden Bankdirection Einhalt zu gebieten. Wochen, ja Monden können vergehen, ohne daß er auf verfassungsmäßige Weise sein Veto einzulegen vermag, sobald er sich einer Indemnitätsbill nicht aussetzen will. Gegen eine solche Gefahr muß er geschützt seyn, und dazu wird ihm, vorausgesetzt daß die Unabhängigkeit des Instituts gewahrt werden soll, schwerlich ein anderes Mittel bleiben als den Absolutismus der Geldregierung durch das constitutionelle Princip eines Beirathes in seinen Auswüchsen zu beschneiden. In England sind, wie gesagt, die Verhältnisse in dieser Beziehung anders. Die einzelnen brittischen Staatsmänner die von vornherein stets nur sich auf den handelspolitischen Boden stellen, kommen dort in ganz anderer Weise mit den verschiedenen mercantilen Sommitäten in Berührung als es in Deutschland jetzt schon der Fall seyn kann. Die Bankdirection steht der Form nach für sich allein da, und muß demgemäß, „so ehrenwerthe Männer ihre Mitglieder auch immer sind“, wie vor zwei Jahren Lord Ashburton spottete, „stets die Schuld einer jeden Krisis auch allein auf sich nehmen“, indem dann der thatsächliche Beirath sich natürlich dem Auge des Publicums entzieht. Wir haben diesen Vorschlag ohne weitere Formulirung nur vorläufig in die Presse hineinwerfen wollen, um die Aufmerksamkeit competenter Behörden in die angedeutete Richtung zu lenken; damit für die zusammentretende Commission bei der von ihr vorzunehmenden Organisation der Bank in den Journalen die öffentliche Meinung ihre dahin einschlagenden Wünsche abklären und gestalten könne.

Ein zweiter, ebenfalls nur vorläufig von uns angeregter Punkt möchte die Frage seyn ob bei der Wiener Bank eine Nachahmung der Peel'schen Bankbill vom 29 Junius 1844 gleichfalls stattfinden solle oder nicht, das heißt ob der österreichische Staat, ebenso wie der englische, der Bank für die Ausgabe der Notensumme eine Gränze setzen und wenigstens annähernd das Verhältniß bestimmen darf nach welchem sie die Bullions ihrem Umlauf gegenüber in ihren Kellern zu halten habe. Diese in England von den ersten Nationalökonomen auf das mannichfachste und gründlichste ventilirte Frage der Zweckmäßigkeit einer Restriction ist bekanntlich noch keineswegs unangefochten beantwortet. Sir Robert, „der Nationalökonom vom reinsten Wasser“, zählt zu ehrenwerthe Gegner in der brittischen Presse wie im Parlament, als daß seine Autorität allein genügen könnte bei gleichen Verhältnissen dieselbe Maßregel ins Leben zu führen. Wir haben in dem vorhergehenden Artikel bereits von der nothwendigen Proportion gesprochen in welcher das nationale Tauschmittel, das Papiergeld, zum kosmopolitischen, zum Metallgeld, stehen muß, wenn eine Nation ungestört ihren internationalen Beziehungen nachgehen soll. Aber die zeitweise Bestimmung dieser Proportion und die daraus herzuleitende Beschränkung der Bankthätigkeit, für die das häufigere Zurückkehren der Noten an sich durchaus keinen sicheren Maßstab bildet, kann unserer Ansicht nach nur, wenn nicht ein bloßes Experimentiren, Sache einer langjährigen empirischen Berechnung seyn. Dazu werden sich jedoch in den ersten zwanzig Jahren für die Wiener Bank keine Anhaltspunkte bieten, so wünschenswerth es auch seyn dürfte die außerösterreichische, hoffentlich einst bedeutende Thätigkeit derselben durch eine derartige feste Begründung ihres Credits anzubahnen.

Wenden wir endlich den verschiedenen Richtungen unsere Aufmerksamkeit zu in welchen fortan die Bank operiren soll, so können wir uns gleichfalls mit dem vom Ministerium gehegten Plane einverstanden erklären. Wenn die Grundursache der letzten Revolutionen nicht in dem Haschen nach dem bunten Flittertande poetischer Ideen, sondern in dem allen nüchternen Menschen nur zu nahegelegten Bedürfniß nach ökonomischen Verbesserungen in der Staatsverwaltung, nach handelspolitischen Schöpfungen die den gebannten Reichthum freimachen bestand, so gehört die der Bank zugewiesene neue Berufsthätigkeit zu denjenigen Mitteln die, in ganz anderer Weise als Pulver und Blei, zur wahren, nachhaltigen Beruhigung der aufgeregten Massen beitragen. Der Handelsminister hat die Befreiung des Grundes und Bodens von den alten Feudallasten angeordnet; diese Maßregel würde jedoch in der Luft stehen, wie nur je ein „staatsmännischer“ Act der Frankfurter Germanistenversammlung gethan hat, sobald nicht die Bank durch ein Netz von Filialcomptoiren den Landleuten überall die nöthigen hypothekarischen Mittel zur Verwandlung ihrer bisherigen Lieferungen und Dienste in eine jährlich zu vermindernde Geldschuld an die Hand gäbe. In Frankfurt hat man es seiner Zeit natürlicherweise versäumt, obgleich wirklich politische Köpfe den Gegenstand in Anregung brachten, durch eine vernünftige, an das Reich zu zahlende Ablösung der jetzt weggeschenkten Reallasten sich einen gewaltigen Fonds zur Bestreitung der vielen nöthigen Ausgaben und dadurch eine völlige Unabhängigkeit von den Matricularbeiträgen der particularistisch renitenten Regierungen zu verschaffen. Die Idealpolitik zog es vor ein Compendium über deutsche Grundrechte parlamentarisch auszuarbeiten und dann drucken zu lassen, als durch organisatorisches Eingreifen in „alles wirklich Mächrige“ — wie Heinrich Laube sagt — die Grundrechte ins Leben einzuführen; dafür verbleibt ihr ja auch jetzt der Trost zur Abwehr der allmählich gegen sie erwachenden ernsten Angriffe sich in den zerrissenen Mantel ihrer familienväterlichen Moral hüllen zu können; die vielgeschmähten österreichischen Staatsmänner dagegen legen zuvor den Grund für das constitutionelle Staatsgebäude, um dann auf demselben den Bau selbst emporwachsen zu lassen. Bei ihnen zieht ein Stein den andern nach sich — der befreite Boden Oesterreichs wird eine feste Stütze für den Bestand der Monarchie bilden, und die Fäden welche die in Wien bestehende Bank mehr oder weniger an jedes einzelne Grundstück knüpft, die verschiedenen Nationen des Kaiserstaats weit mächtiger an den einen Concentrationspunkt fesseln, als alle noch so schönen Redensarten die Individuen des einen deutschen Volkes an Frankfurt gebunden haben! Die sonstigen mercantilen Thätigkeiten der Bank, das Discontogeschäft, das durch sie bald hoffentlich noch an mehr Plätzen als zu Wien, Triest und Mai-

*) Hierbei verweise ich auf meine von ** Bremen datirten einleitenden Briefe über das Project eines „norddeutsch-österreichischen Handelsbündnisses“ (Allg. Zeitung vom 9 August und 5 — 10 September), in welchen die in Wien sich treffenden Handelslinien unsers Erdtheils darzulegen versucht ist. D. Eins.

land erweckt werden wird, das Leihen auf dauerhafte, leicht zu veräußernde Waaren u. s. w. versteht sich zu sehr für ein Institut welches fortan den Interessen des Landes dienen soll von selbst, als daß wir hier darüber noch viel Worte zu verlieren brauchten. Nur dürfte es sich fragen ob es nicht gerathen wäre an den einzelnen Filialstellen zugleich die verschiedenen Assecuranzen einzurichten, deren das heutige gewerbliche Leben benöthigt ist. Abgesehen davon daß die durch die weitere Actienausgabe geschädigten Actionäre in diesem Fall wohl schwerlich einen Verlust aufzuweisen im Stande seyn möchten, abgesehen selbst von der durch diese Maßregel gewiß geförderten politischen Concentration, legt sich dadurch am leichtesten, und hoffentlich auch am sichersten ein bedeutender Zweig des Handels und Wandels in eine Hand. Die parlamentarische Legislation erhält somit eine weit ausgedehntere Möglichkeit der Beaufsichtigung, und die umfassende Zahl der Interessenten wird ohne Zweifel eine viel niedrigere Prämie gestatten als es bei einer provincialen Privatgesellschaft möglich ist. Auch diesen Punkt wollten wir der Commission zur Beachtung bestens empfohlen haben.

Die Russen in Ungarn.

Antwort aus Rußland.*)

* **Moskau**, 11 Sept. Es ist ein Fehler oder eine Tugend der Russen daß sie nie die mehr oder weniger beleidigenden Artikel der ausländischen Presse beantworten. Ob der Grund davon in der dem Volkscharakter eigenthümlichen Unbekümmertheit zu suchen, oder in übermäßigem Stolze, mag ich nicht entscheiden; in eigener Sache ist man schlechter Richter. Freilich genügt meist auch schon die offenbare oder nur leicht verschleierte Böswilligkeit im Ton der HH. Journalisten, um den Anschuldigungen derselben den wahren Ernst, die wirkliche Schärfe zu benehmen, denn am Ende weiß jedermann was er von einem Libell zu halten. Wenn dennoch ein Russe die Feder ergreift um diese Zeilen an Sie zu richten, so suchen Sie den Grund nur darin daß der mit dem Correspondentenzeichen 8 begleitete Artikel, datirt aus dem Hauptquartier Temeswar vom 19 Aug., in der Nr. 242 Ihrer Zeitung, mit größerer Mäßigung geschrieben ist als sie sonst den Zeitungscorrespondenten eigen zu seyn pflegt. Mir scheint derselbe durchaus in gutem Glauben geschrieben zu seyn, wie das auch bei sonstigen Artikeln desselben Correspondenten der Fall gewesen, und mich däucht von hier aus den Widerstreit erkennen zu können in welchem sein eigenes gutes Naturell mit der Bitterkeit und den Verdächtigungen seiner Umgebungen gestanden haben muß. Weder er noch ich sind Heerführer, deren Wetteifer in Eifersucht umschlagen könnte, und wenn ihm seinerseits das Erstaunen und die üble Laune der ihn Umgebenden bemerkbar geworden, so kann ich meinerseits ihn versichern daß auch bei uns das Erstaunen nicht weit davon ist in üble Laune überzugehen. Obschon wir hier dem Kriegsschauplatz fern sind, und kaum einen der Generale kennen über die man sich dort beklagen zu müssen glaubt, so wissen wir doch sehr gut wie sich die Sachen verhalten haben, und ohne mich auf die innersten Gefühle der handelnden Personen des großen Drama's einlassen zu können, glaube ich im Stande zu seyn einige Irrthümer Ihres Correspondenten nachweisen oder vielmehr auf die einfachste Weise von der Welt einige Zweifel desselben lösen zu können.

Was erstens das Benehmen des Generals Rüdiger und der russischen Officiere gegen ihre Gefangenen betrifft, so wird dasselbe niemand verwundern der mit unserem Charakter und unseren Sitten vertraut ist. Es liegt auch hier wieder ein der Nation eigenthümlicher Mangel oder Vorzug zu Grunde, wie man es eben nennen will: eine großmüthige Unbedachtheit oder eine unbedachte Großmuth, die uns immer das an sich ganz edle Gefühl den Feinden vergeben zu wollen übertreiben läßt. Wir können nun einmal uns einer ganz besondern überströmenden Vorliebe für diejenigen nicht erwehren mit denen wir Tags vorher gekämpft, vorausgesetzt freilich daß wir sie besiegt. Der Magyare Görgey den man vor zwei Monaten in dem slavophilen Moskau haßte, dessen Niederlage, dessen Schmach, dessen Vernichtung man ersehnte, er ist nunmehr der Löwe des Tages geworden, den tausend Gerüchte bald bei uns erscheinen lassen wollen, damit man ihm ja Bewunderung und Feste in die Wette darbringen könne. Er gilt uns jetzt nicht nur für einen geschickten Feldherrn, was er bewiesen, sondern auch für einen Ritter ohne Furcht und Tadel, ja für einen exaltirten Royalisten der immer die Entsetzungsacte verabscheute u. s. f. Dieß alles geschieht dem Lieblingssprüchworte der Russen zu Ehren: „Den zu Boden Gefallenen schlägt man nicht.“ Ich, meines Orts, denke wie das Sprüchwort; aber ich begreife daß der fremde Zuschauer höchlichst erstaunen muß, wenn er sieht wie man nicht nur „den zu Boden gefallenen Feind nicht schlägt,“ sondern ihn leidenschaftlich bis zum Erdrücken umarmt. Mich, den an diese Eigenthümlichkeit Gewöhnten, mich hat es gar nicht verwundert daß Görgey an der Tafel des Grafen Rüdiger gespeist. Eher hätte es mich Wunder nehmen können daß der Graf Rüdiger nicht, mit der Serviette unterm Arm, ihn bei Tische bedient, wie weiland der Schwarze Prinz den König Johann. Wenn österreichische Officiere weniger gefeiert werden, so kann dieß seine tausend Ursachen haben, deren vorzüglichste ohne Zweifel darin zu suchen daß die Oesterreicher die freien Verbündeten und Freunde der Russen sind, man sich also gegen sie nicht zu besondern Demonstrationen verpflichtet glaubte, sie kein Unglück, keine Demüthigung vergessen zu machen hatte.

Zweitens, was die paar Schwadronen betrifft die (sagt man) sich nicht mit dem Corps von Görgey ergaben, und die wir sollen haben entwischen lassen, so muß ich dem österreichischen Hauptquartier zwei Fragen vorlegen: einmal, wie sollten wir so genau die Zahl aller Truppen kennen die Görgey bei sich hatte, und im voraus alle seine Husaren-Schwadronen gezählt haben? dann aber, sollte man etwa die Uebergabe eines Corps von 30,000 Mann, mit dem sich im Namen ganz Ungarns unterwerfenden Dictator an der Spitze, abweisen, um nur ja nicht ein paar Abtheilungen Widerspänstiger, selbst wenn sie „bis zur Stärke einer ganzen Schwadron zählten,“ entkommen zu lassen?

Drittens, was das Material und die 20 oder 30,000 Gefangenen anbelangt, welche die Russen nach Großwardein gebracht haben, so erscheint die Erwähnung dessen wohl mehr als ein lapsus linguæ oder calami Ihres Hrn. Correspondenten. Wohin, zum Teufel, wollte er denn daß man sie bringen sollte? Arad hatte sich noch nicht ergeben, und es war wohl einfacher das Material inmitten unserer Truppen in Sicherheit zu bringen, als unsere gesammte Armee nach Villagos zu führen, bloß um dort diese Menschen, Waffen und Munition zu überwachen.

Doch, ich wiederhole, Ihr Correspondent scheint mir so durchaus guten Glaubens geschrieben zu haben daß ich diesen letzten Satz nur für ein Flüchtigkeitsversehen ansehen kann. Er fügt hinzu daß unter den österreichischen Officieren die Loyalität des Kaisers von Rußland nicht dem mindesten Zweifel unterliege, und er hat nicht unrecht solche Verwahrung einzulegen. Die Empörtheit ganz Rußlands würde keine Gränzen kennen wie die Sprache keine Worte fände, um diejenigen genügend zu brandmarken die inmitten des treuen österreichischen Heeres den Herrscher zu verdächtigen wagten der gleich seit den ersten Unruhen des Jahres 1848 seine warme Theilnahme für diese Armee gezeigt, sie nach ihren Unglücksfällen ermuthigte, sie nach ihren Erfolgen mit Achtungsbeweisen überhäufte — Ermuthigungen und Achtungsbeweise die nicht zu verachten seyn konnten, wenn sie durch den hochherzigen Repräsentanten von 60 Mill. gegeben wurden, und das dem aufrührerischen halben Europa gegenüber, welches die treuen Truppen in Italien und vor Wien mit Schmähungen und Haß verfolgte! Nein, wir haben alle zuviel Achtung, zuviel Bewunderung für die loyale österreichische Armee, als daß wir auch nur für einen Augenblick zugeben könnten sie hätte einem so unwürdigen Verdachte, einem so unaussprechlichen Undanke Raum gegeben gegen den der mit seinem mächtigen Einfluß die gute Sache der Monarchie in Oesterreich gestützt, ja, der selbst das Blut seiner geliebten Unterthanen geopfert, das Leben seines Sohnes in Gefahr gesetzt für den Sieg dieser guten Sache!

Es bleiben nun noch die Klagen zu betrachten über den Mangel an Tact und Benehmen seitens der russischen Generale. Ohne des Mangels an äußern conventionellen Formen zu erwähnen, der allerdings sich bei einigen dieser Herren (die ich übrigens, wie gesagt, persönlich nicht kenne) finden mag, muß ich noch sagen daß, weil wir ja Barbaren, noch nicht nothwendig folgt daß wir eines aller Reizbarkeit baren Gemüthes seyen. Man möge sich daher erinnern daß die Klagen und Kritiken aus dem Preßburger Hauptquartier über die langsamen Operationen unserer Armee, die Diatriben und Spöttereien über die Geschichte bei Waitzen, das Defilée von Ipoly-Sagh, nicht bloß unsern Generalen in aller Umständlichkeit zugetragen worden, sondern auch bis zu uns nach Moskau gedrungen sind, und daß wenigstens wir hier gemeint haben daß es denn doch kein Uebermaß an Tact und Schicklichkeit bekunde, Freunde und Alliirte so unüberlegt, so mißgünstig zu beurtheilen. Gesagt hat man nichts auf diese Anschuldigungen, wohl aber mit Thaten geantwortet, und gerade seit jener für so unglücklich geltenden Geschichte bei Waitzen, ist es daß Görgey einsah wie die Sache des ungarischen Aufstands unwiederbringlich verloren. Bei uns hat niemand bezweifelt die Ungarn möchten unmöglich den vereinten Kräften Oesterreichs und Rußlands wiederstehen können. Man erwartete

*) Dieses uns aus Rußland zugekommene Schreiben wandte sich an die Unparteilichkeit der Redaction mit den Worten: „Ich bitte Sie und glaube mich berechtigt darauf zu hoffen daß Sie in einer nächsten Nummer Ihrer Zeitung beifolgenden Artikel aufnehmen, als Antwort auf einen in Nr. 242 enthaltenen Artikel über die russischen Militäre Ich rechne dabei auf Ihre Unparteilichkeit in solcher Weise beide Seiten der Frage zeigen zu wollen, und bitte Sie den Ausdruck der Hochachtung rc.“ Wir ändern kein Wort an dem Briefe, weil es gut ist die Stimmung in höhern russischen Kreisen unverschleiert kennen zu lernen.

aber daß es einen Todes-, einen Verzweiflungskampf kosten werde, diesen letzten Zufluchtsort, diese Veste der europäischen Revolution zu bezwingen. Ich versichere Sie wir sind nicht weniger als andere erstaunt gewesen als wir den friedlichen, glänzenden Schluß dieses kurzen Feldzugs erfuhren. Von Sr. Maj. dem Kaiser Nikolaus herunter bis zu den alten verabschiedeten Soldaten, den Bauern um Moskau herum, herrschte bei allen der eine und selbe Gedanke vor: „Nur Gottes allein sey die Ehre, wir aber wollen uns nicht unseres Ruhmes überheben." Schon waren wir versucht die Geschichte von Villagos nur als einen uns gewordenen Glücksfall zu betrachten, als die in allen Zeitungen erschallende Ankündigung Haynau's über die Uebergabe Görgeys, ohne zu sagen an wen sie geschehen, allgemein glauben machte er verstehe darunter es sey an ihn, und da wir gerade seit Waitzen das Heer Görgey's verfolgt hatten, so sah es sehr darnach aus als ob man sagen wolle daß wir ihn abermals entschlüpfen lassen. Allerdings erschien es etwas kleinlich von dem Kritiker Paskewitschs nicht gleich die Wahrheit vollständig herausgesagt zu haben, es blieb indessen fast unbemerkt. Erst als das berühmte Bulletin von Temeswar erschien, erst als der Hr. General Baron v. Haynau officiell erklärte daß die russischen Truppen, nachdem sie Görgey „bei Waitzen hatten entschlüpfen lassen" und darauf „ein Arrière-Garde-Gefecht bei Debreczin bestanden," gerade zu rechter Zeit bei Villagos angekommen seyen um die Uebergabe des Dictators entgegenzunehmen, während „es die Armee des Generals Haynau ist" welche durch sechs geordnete Schlachten die Uebergabe herbeigeführt, erst als besagter Feldherr in dem folgenden Bulletin hinzufügte wie es dem von ihm entsandten Ramberg'schen Corps zu verdanken daß das Banat und „Siebenbürgen" gereinigt worden! dann und erst dann hat sich unser Nationalstolz geregt, und haben wir uns gefragt: wozu hat denn russisches Blut fließen müssen, wenn es so sehr an Hrn. v. Haynau und seinem Armeecorps genügte um alles zu beenden?

Einige Zeitungen die wahrscheinlich dachten es habe nunmehr wieder Haynau an Tact gemangelt, haben versichert daß es eine Vergeltung seinerseits habe seyn sollen, ein Gegenbulletin, um Paskewitschs Phrase: „Ungarn ist zu den Füßen Ew. Majestät" zu beantworten. Abgesehen davon daß obige Worte eine in Gewohnheit übergegangene Phrase sind (!), gaben sie in dem vorliegenden Fall nur die einfache Darstellung dessen was sich mit Görgey begeben; er unterwarf sich im Namen ganz Ungarns, das ihm alle Gewalten übertragen. Soll hier jemand durchaus geprahlt haben, so war es Görgey, denn wie es scheint gehorcht ihm nicht ganz Ungarn, da Komorn und Peterwardein sich noch halten.

Aber warum hat Görgey sich den Russen ergeben, fragt man? Je nun, meine Herren, fragen Sie ihn selbst darum; des Menschen Herz ist nicht so leicht zu ergründen. Wenn er sich nicht der Donauarmee ergab, war es etwa um nicht auf Befehl Haynau's füsilirt zu werden? War es um sich nicht vor der legitimen Gewalt zu demüthigen? War es um günstigere Bedingungen für sein Vaterland zu erwirken? War es ganz einfach um bei dem Grafen Rüdiger zu speisen, der vielleicht einen sehr ausgezeichneten Koch hat? Alle solche Hypothesen drängen sich einem auf, und überdieß noch folgende: war es nicht vielleicht in der Hoffnung daß die Geschichte von Villagos ein Zankapfel für die alliirten Mächte werden könne? Es ist nicht zu läugnen daß Hr. v. Haynau sich nach Kräften müht diese letztere Hypothese wahr zu machen. Wollte er nun durchaus an Paskewitsch eine edle Vergeltung üben, gut; aber wofür hatte es Lüders zu vergelten, der sich mit dem Grafen Clam sehr gut vertragen, und selbst die Partisanchefs genannt hatte, öffentlich erklärend wie er ihnen die Vertheidigung der Berggegenden verdanke? Er ahnte freilich nicht daß es das dritte Corps der Donauarmee gewesen die alles dieß vollbracht! Setzen Sie jenen überraschenden Bulletins das Manifest des Kaisers Nikolaus gegenüber, in dem man leicht eine auf den Gegenstand dieses Briefes bezügliche Stelle finden wird: „Die feindlichen Kräfte aus Norden und Osten von uns, aus Süden und Westen von den Oesterreichern gedrängt" —. Der Kaiser von Rußland schreibt also den allendlichen Triumph den Anstrengungen „beider" Mächte zu, und vergißt nicht daß den Magyaren sich noch ein Hemmniß entgegengestellt hatte in der tapfern wenngleich wenig zahlreichen Armee des Südens, sowie in jener heroischen Slavenbevölkerung der Militärgränzen, deren beider Hr. v. Haynau im Siegesbewußtseyn zu gedenken vergißt.

Ich frage Sie nun, wem hat es an Tact gemangelt? In einer Armee, wie die österreichische, die den Ruf hat ein durch den Geist der Ritterlichkeit und Courtoisie ausgezeichnetes Officiercorps zu besitzen, wird es, denke ich, nicht so viele nachtragende Gemüther geben als Hr. v. Haynau.

Ich schließe einen vielleicht schon allzulangen Brief, indem ich noch erwähne daß es durchaus ehrenhaft ist wenn ein Mann, dessen Haus von Räubern angegriffen wird, einen Freund zu Hülfe ruft der ihm die Hand reicht. Sind aber die Räuber geflohen als sie die Hülfe nahen sahen, so sagt man seinem Freunde nicht: es ist gut, ich habe mir allein aus der Noth geholfen, die Schramme die du davon getragen, lohnt die Mühe des Dankens nicht.

Die diplomatische Verwicklung in Konstantinopel.

Das J. des Débats bringt wieder drei Briefe aus Konstantinopel, sie sind vom 15, 16 und 17 Sept. Sie bestätigen die definitive Weigerung der Pforte, und daß Fuad-Effendi unmittelbar nach St. Petersburg abgehen sollte. Vorausgegangen war eine Unterhandlung zwischen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Ali-Pascha und den Gesandten von Frankreich und England. Die Pforte hatte ihnen am Morgen des 16 Sept. in einer Note folgende Fragen gestellt: 1) Geben die Verträge von Rustschuk-Kainardschi und Passarowitsch den beiden Mächten (Rußland und Oesterreich) das Recht die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge zu verlangen? 2) Wird die Weigerung der Pforte diese Flüchtlinge auszuliefern einen Vertragsbruch bilden? 3) Können die beiden Mächte in Folge dieser Weigerung der Pforte den Krieg erklären? 4) Wenn diese Mächte der Pforte den Krieg erklärten, würden Frankreich und England die Pforte mit bewaffneter Hand unterstützen? 5) Sind die von Rußland reclamirten Flüchtlinge russische Unterthanen? 6) Im Fall daß die Weigerung der Pforte ein Abbrechen der Verhältnisse zwischen dem Diwan und den Ministern der zwei reclamirenden Mächte und einen mehr oder weniger sich verlängernden Zustand der Kälte und des Uebelwollens dieser zwei Mächte gegen die Türkei nach sich zöge, würden Frankreich und England bei den zwei Mächten ins Mittel treten um die Verhältnisse auf den alten Fuß herzustellen? Kaum hatten die Gesandten von Frankreich und England diese Mittheilung erhalten, so traten sie zu einer Conferenz zusammen und beschlossen in einer Collectivnote zu antworten, welche noch an demselben Tag durch die ersten Dragomane der beiden Gesandtschaften, die HH. Cor und Pisani, an Ali Pascha übergeben wurde. Auf die erste Frage: Nein, die Verträge von Rustschuk-Kainardschi und Passarowitsch geben Oesterreich und Rußland dieses Recht nicht. Auf die zweite Frage: Nein, die Weigerung der Pforte würde einen Vertragsbruch nicht bilden. Auf die dritte Frage: Es ist nicht anzunehmen daß durch diese Weigerung eine Kriegserklärung erfolgen könne, und eine solche Erklärung, wenn sie statthätte, wäre nicht zu rechtfertigen. Auf die vierte Frage: Die beiden Gesandten könnten der Pforte die Unterstützung der bewaffneten Heere Frankreichs und Englands nur kraft specieller Instructionen verbürgen. Auf die fünfte Frage: Es ist möglich daß einige der von Rußland reclamirten Flüchtlinge Unterthanen dieser Macht gewesen sind oder noch sind, aber im allgemeinen ist es unbestreitbar daß die Flüchtlinge, deren Auslieferung man verlangt, keine russischen Unterthanen sind. Auf die sechste Frage: Ja, Frankreich und England würden sich bei Rußland und Oesterreich thätig ins Mittel legen um das gute Vernehmen und die guten Verhältnisse zwischen diesen zwei Mächten und der Pforte herzustellen. Durch diese Note wurde die Pforte in ihrem Entschluß bestärkt, und es ist wohl nicht zu zweifeln daß man in London und Paris die Haltung der Gesandten gutheißen wird. In Paris hat besonders die perfide Insinuation in dem Memorandum des Grafen Nesselrode gewurmt, welcher dem Einwurf der Pforte daß das europäische Völkerrecht die Auslieferung politischer Flüchtlinge ausschließe, damit begegnet daß er behauptet Frankreich habe bei den Unruhen in Baden und der Pfalz das Beispiel der Auslieferung selbst gegeben. Gegen diese Verunglimpfung protestirt das J. des Débats feierlich: „Wenn wir, die wir als Bürger in einem freien Land unser freies Urtheil aussprechen, manchmal sagen konnten die Gewalt in Frankreich sey nicht immer in solche Hände gefallen die wir für die würdigsten hielten, so könnten wir heute, da wir zu Europa reden, nicht anders denn versichern daß von allen Regierungen die wir bei uns gesehen, auch die schlimmste einer so schmählichen Schwäche nicht fähig war."

Abenteuer eines deutschen Schiffcapitäns.

☽ **Alexandria,** 10 Sept. Ich theile Ihnen die folgende Erzählung des Capitän F. A. Müller von Königsberg mit, welche eine Skizze aus dem Leben der Beduinen am mittelländischen Meere zwischen Tripolis und Alexandria liefert.

„Am 8 Aug. d. J. verließ ich mit dem von mir geführten Schiffe „Wiedersehen" den Hafen von Alexandria um mit einer Ladung Salz nach Königsberg zurückzukehren. Während der Reise hatte ich immer Gegenwind, und am 22 Aug. überfiel uns ein so starker Sturm aus Nordwest daß das Schiff bedeutend zu schlängern, und als der Sturm gegen Abend in einen Orkan ausartete zu wraken begann; die Stangen und Mastbäume drohten jeden Augenblick zu brechen. Gegen 4 Uhr Nachmittags bekam das Schiff einen Leck, so daß beide Pumpen im Gang bleiben mußten; allein dessenungeachtet war der Unterraum des Schiffes um 4 Uhr Morgens am 23 Aug. schon bis 2 Fuß unter dem Zwischendeck mit Wasser angefüllt. Wir befanden uns unterm 33° 36′ nördlicher Breite und 22° 30′ östlicher

Länge von Greenwich. Da die Mannschaft des Wassers nicht Meister werden konnte und das Schiff bereits zu sinken begann, so flüchtete ich mit 14 Mann mich in das große Boot, das beim Ueberbordsetzen so stark beschädigt worden war daß zwei Mann das eindringende Wasser nicht herauszuschöpfen vermochten. Mehrmals war das Boot dem Sinken nahe, da es von den ungeheuern Sturzwellen öfter ganz angefüllt war. Der Zwieback ward von dem Seewasser in einen ungenießbaren Brei verwandelt, und bald war die Mannschaft so entkräftet daß sie die Ruder nicht mehr führen konnte. Unser Schiff „Wiedersehen“ war verschwunden und hatte seinen Namen in Nimmersehen verwandelt. Wir banden vier Hemden zusammen die ein Segel abgaben, in welches der Nordwind wacker blies um uns der Küste Afrika's näher zu bringen, wo wir nach 36stündiger Fahrt glücklich landeten. Vergebens suchten wir Trinkwasser an der sandigen Küste. Nachdem wir eine Strecke gegen Osten gegangen, trafen wir einige Beduinenzelte, wurden jedoch mit unserm Verlangen nach Wasser abgewiesen. Zwei Beduinen legten die Gewehre auf uns an, um uns sammelte sich im Nu eine größere Anzahl, die alle mit angelegten Gewehren sich uns gegenüberstellten. Da sie jedoch bemerkten daß wir zur Gegenwehr unfähig waren, nahmen sie uns unsre Axt, eine Säge und einen Stangenbohrer ab, und wir wurden genöthigt unter freiem Himmel und unter starker Bewachung zu übernachten. Am folgenden Morgen machten sie mir verständlich wie viel Geld sie verlangten um uns nach Alexandria zu bringen. Ich bewilligte ihnen die geforderte Summe die ich ihnen in Alexandria auszahlen würde. Hierauf wollten sie sich nicht einlassen, sie brachten mich allein in ein Zelt, und wiederholten mit aufgehobenen Prügeln und gespannten Pistolen ihre Forderung. Ich zeigte ihnen mein Schiffspatent mit dem in einer Kapsel verwahrten Siegel, und gab ihnen zu verstehen daß ich hierfür in Alexandria Geld erhalten würde. Unterdessen hatten sich die benachbarten Beduinen in großer Masse eingefunden; sie wollten alle gleichen Antheil an uns armen Schiffbrüchigen haben, und jede Partei hatte eine andere Absicht mit uns: die eine wollte uns nach Tripolis, die andere nach Tunis, die dritte nach Derna u. s. w. bringen, wo sie uns besser zu verwerthen hofften. Sie kamen zu hartem Wortwechsel und fast zu Schlägereien; nachdem sie uns $2\frac{1}{2}$ martervolle Tage lang in Ungewißheit über unser Schicksal gelassen indem sie beständig stritten, behielt die stärkere Partei, die für Alexandria stimmte, die Oberhand und machte sich mit uns auf den Weg. Obgleich ein Kameel mit großer Leichtigkeit zwei Personen trägt, so erlaubten uns doch unsere Führer in den Morgenstunden nicht ein Kameel zu besteigen, so daß nach einigen Tagen meine Mannschaft wegen der großen Anstrengung, die der Marsch in der brennenden Sonnenhitze auf glühendem Sande verursachte, und wegen der dürftigen Nahrung — die Morgens und Abends aus einer Handvoll in Asche von Kameelmist gerösteter Gerste und einem Trunk halbfaulen Wassers bestand — gänzlich erschöpft war. Allein dieser traurige Zustand kümmerte die Beduinen wenig; sie zogen immer weiter, wenn einer der Unserigen ermattet niedersank, so stießen sie ihn mit Füßen um ihn zum Weitergehen zu ermuntern. Wir zweifelten daran Alexandria zu erreichen. Oefters wurden wir von bewaffneten Arabern angehalten, allein unsere sechs wohl bewaffneten Führer vertheidigten uns und ließen sich ihre Beute nicht abjagen. Zwei Tagreisen von Alexandria schickte man mich mit zwei Führern voraus um das versprochene Geld auszuzahlen, und behielt die Mannschaft als Bürge. Einige Meilen vom sogenannten Thurm der Araber wurden wir nochmals von 6 Beduinen verfolgt, denen wir jedoch glücklich entgingen, Dank der Schnellfüßigkeit meines Dromedars und der zwei Führer. Am 8 Sept. Morgens kam ich hier an, zahlte das schuldige Geld, und Hr. Franke, Secretär des preußischen Consulats, ein biederer deutscher Landsmann, schickte augenblicklich einen Janitscharen meiner zurückgebliebenen Mannschaft entgegen, die dann theils gegen Abend, theils am folgenden Morgen sich einfand und von Hrn. Franke mit größter Fürsorge behandelt wurde.“]

Neuestes.

Augsburg, 5 Oct.

Frankfurt a. M., 3 Oct. Wir werden aus unmittelbarer Quelle davon in Kenntniß gesetzt daß die Nachricht von der Rückberufung des Schöffen Hrn. Harnier aus Berlin — die wir übrigens brachten, nachdem hiesige Blätter sogar schon dessen Wiedereintreffen in Frankfurt gemeldet hatten — durchaus unbegründet sey; vielmehr nehme die Verhandlung über den Beitritt ihren Fortgang. Auch sey den Besuchen der HH. Bürgermeister bei des Erzherzogs kais. Hoh. eine andere Bedeutung nicht zuzumessen als daß sie mit demselben über nächstliegende Verhältnisse verkehrt hätten, namentlich über Maßregeln zur Verhütung fernerer blutiger Reibungen unter den hier garnisonirenden Truppen. (D. Ztg.)

München, 4 Oct. Die N. Münchener Ztg. meldet daß die Verhandlungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt am 30 September in Wien zu einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen geführt haben. Die Vorschläge über die man übereingekommen, würden nun dem Erzherzog Reichsverweser und den übrigen deutschen Regierungen zur Abgabe ihrer Erklärungen vorgelegt werden. Die Hoffnung sey wohl begründet daß von dieser Seite kein Hemmniß mehr zu befahren sey.

(3580)

Todes-Anzeige.

In seiner Schwester (v. Schad) Hause dahier, welches auf der Rückreise von Carlsbad zu erreichen ihm noch vergönnt war, verschied am 1 October Vormittags halb 10 Uhr, im 42sten Lebensjahre, an einem langwierigen schmerzhaften organischen Magenleiden unser geliebter Bruder

Carl Ludwig August v. Baldinger,

kgl. württemberg. Oberamtsrichter in Sulz am Neckar, Abgeordneter der Ritterschaft des Donaukreises zur letzten Ständeversammlung.

Diese Anzeige widmen allen Verwandten, Freunden und Bekannten des Verstorbenen mit der Bitte um stille Theilnahme

Ulm, den 3 October 1849. **die hinterbliebenen Geschwister.**

(3578)

Todes-Anzeige.

Eine schwere Prüfung wurde uns wieder von der Vorsehung auferlegt. Unsre liebe treue Gattin und Mutter

Henriette, geborne **Merck,**

wurde gestern nach 3wöchentlichem Krankenlager im Alter von 45 Jahren von dem Herrn in eine bessere Welt abgerufen. Unser Schmerz ist groß und nur der Glaube an eine ewige Bestimmung vermag Trost in unsere tiefgebeugten Herzen zu bringen.

Die Selige erwarb sich viele Freunde und die sie gekannt haben, werden unsern gerechten Schmerz mit stiller Theilnahme mit uns theilen. — Schweinfurt, den 2 October 1849.

Heinrich v. Berg, mit seiner Tochter Marie.

[3541]

Bekanntmachung.

Das Winterhalbjahr 1849/50 beginnt an hiesiger Universität am **19 October**, von welchem Tag an die Anmeldungen zur Immatriculation unter Beibringung der vorschriftsmäßigen Zeugnisse innerhalb der durch die §§. 1—3 der Vorschriften festgesetzten Frist vor dem k. Universitäts-Secretariat zu geschehen haben. — München, den 29 September 1849.

Dr. v. Bayer, z. Z. Rector. Dr. **Richter**, Secr.

(3581)

Bekanntmachung.

Aus Auftrag des Secretariats der Kammer der Reichsräthe des Königreichs Bayern wird hiemit bekannt gemacht daß die gedruckten Verhandlungen der genannten Kammer bei der hiesigen königlichen Oberpostamts-Zeitungs-Expedition zu 1 fl. 12 kr. für je 100 Bogen bezogen werden können, wohin man sich mit allenfallsigen Bestellungen wenden wolle.

München, den 1 October 1849.

Die Kanzlei-Direction der Kammer der Reichsräthe.

[298] Im Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Zwischen den Garben.

Eine Nachlese
älterer Gedichte
von
Ferdinand Freiligrath.

8. brosch. Preis 1 fl. 45 kr. oder 1 Rthlr.

Freiligrath, den alten Freiligrath, dem die Tendenzdichtung noch fremdes Gebiet ist, werden die Freunde der Poesie in dieser Nachlese wieder erkennen. Es ist ganz der mächtige Künstler, der zunächst nur die Sprache auf dem Amboß gestalten zu wollen scheint, und dem unter den Hammerschlägen wie ein Wunder der schimmernde Gedanke, der funkelnde Witz, das strahlende Bild, ja der ganze Organismus des Gedichtes sich erzeugt. Aus Aegypten, aus der Krim, von der Nordsee, vom heiligen Lande und vom heimischen Rhein zwingt er die Gestalten in seinen Zauberkreis, und die Dichter Frankreichs und Großbritanniens müssen seine eigenthümliche Kraftsprache reden. Alle diese Lieder sind fremd, sie sind neu, aber immer gesund und wohlthuend. Das Fieber der Zeit zuckt noch nicht in ihnen. So vermögen sie auch in der Gluthatmosphäre der Gegenwart, in der wir leben, uns zu erquicken.

Stuttgart und Tübingen, September 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[3379] In G. F. Heyers Verlag in Frankfurt a. M. ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Actenmäßige Darstellung merkwürdiger Verbrechen

von **Anselm Ritter v. Feuerbach.**
Dritte unveränderte Auflage.
Mit einer Einleitung
von Professor Dr. **C. J. A. Mittermaier.**
Preis 2 Rthlr. od. 3 fl. 36 kr. rhn.

Die Einleitung ist auch aparte zu haben zu dem Preise von 10 Ngr. oder 36 kr.

Die Feuerbach'schen Criminal-Rechtsfälle, von welchen so eben die 3te Auflage erschienen ist, erfreuen sich schon lange eines wohlverdienten Rufs und sind besonders jetzt bei der Umgestaltung unserer Criminal-Justiz für jeden Juristen von höchstem Interesse.

(3506) Durch alle Buchhandlungen ist auf feste Bestellung zu erhalten:

3000 Anekdoten in 12 Theilen

mit Prämie von 12 feinen Stahlstichen.

a) Anekdoten von Regenten, Feldherren, Staatsmännern und andern historischen Personen. 4 Theile mit dem Bildniss Peters des Grossen.
b) Anekdoten von Gelehrten, Schriftstellern, Aerzten. 4 Theile.
c) Anekdoten scherzhaften Inhalts. 4 Theile.

Diese Sammlung von 12 Theilen enthält über Dreitausend der allerinteressantesten Anekdoten, namentlich in der ersten Abtheilung über Napoleon, Friedrich II., Joseph II., Friedrich Wilhelm II., Peter den Grossen, Katharina II., Ludwig XIV., Prinz Louis von Preussen, Maximilian I., Ludwig IV. von der Pfalz, Karl XII., Wallenstein, Suwarow u. A.

In der zweiten Abtheilung von Schiller, Wieland, Hoffmann, Kästner, Zinkgräf, Voltaire, Fontenelle, Boerhave, Lessing, Rousseau, Malherbe u. s. w.

In der dritten Abtheilung der scherzhaften Anekdoten (über 1000) sind besonders die von Klau und Rau ergötzlich, ferner zahlreiche Wiener und Berliner Witze, viele Schauspieler-Anekdoten, desgleichen von Juden, und von allen Ständen; fast alle aber bieten Stoff zur Erheiterung und zum Lachen, und sind besonders zum Wiedererzählen in fröhlichen Kreisen geeignet.

Der Ladenpreis der drei Abtheilungen betrug bisher 3 Thlr., wird aber jetzt auf 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr. ermässigt, wobei ausserdem, jedoch nur bei sogleich baarer Zahlung, eine Zugabe von 12 versiegelten Stahlstichen *(Galérie amusante 4te Lief.)* stattfindet, was man bei der Bestellung beachten wolle.

Verlag von **Heinrich Köhler** in Stuttgart.

[3508] Im Verlag von B. Beck u. Sohn in Schaffhausen ist erschienen und durch sämmtliche Buchhandlungen Deutschlands und der Schweiz zu beziehen:

W. M. L. de Wette
und
die Bedeutung seiner Theologie
für unsere Zeit.

Zum Andenken an den Verewigten
von Dr. Daniel Schenkel.
8. brosch. 48 kr. od. 14 Ngr.

Der Herr Verfasser dieser Schrift hat es in derselben übernommen ein kurzes, übersichtliches und lebendiges Bild des theologischen Systems eines der berühmtesten und geistvollsten deutschen Theologen, des unlängst in Basel gestorbenen Professors Dr. De Wette zu entwerfen. Je mehr der Herr Verfasser als vertrauter Schüler und langjähriger Freund des berühmten Gelehrten geeignet war die Bedeutung seiner Theologie zu würdigen, desto eher dürfen wir auch hoffen daß diese Schrift Vielen willkommen seyn werde, um so mehr als sie so geschrieben ist daß auch gebildete Nichttheologen über die wichtigen Zeitfragen darin vielfache Aufschlüsse finden können.

[3538–40]

Verkauf

einer Gemälde-Sammlung, Antiken, Statuen, Basreliefs und anderer Kunstgegenstände von Elfenbein, Bronze, Marmor etc.

welche im ganzen oder theilweise verkauft werden in Graz (Steiermark) in der Herrengasse im Graf Lamberg'schen Hause Nr. 211 im 2ten Stocke und täglich von 10 Uhr Vormittags bis 5 Uhr Abends besichtigt werden können. Auch liegt der Katalog in der Expedition der Allg. Zeitung in Augsburg zur Einsicht.

[3337–38] **Versteigerung einer Kunstsammlung.**

Die von dem verstorbenen herzogl. Hofmarschall Adolph von Minutoli weiland allhier hinterlassene, zu dessen Concursmasse gehörige Kunstsammlung, bestehend aus Antiken, Elfenbein- und Bernsteinsachen, Bronzen und Metallgeräthen, mehreren orientalischen Waffen, Uhren und Kunstmöbeln; ferner aus Gruppen, Figuren, Vasen, Tellern, Tassen und Schalen von europäischem und chinesischem Porcellan, Terracotten und Glassachen; Werken der plastischen Kunst in Marmor, Gyps, Holz 2c., Statuen, Statuetten, Büsten, Gruppen, Reliefs und zahlreichen Consolen; endlich Stahlstichen, Kupferstichen, Handzeichnungen, Aquarellen und werthvollen Oelgemälden, meist in Goldrahmen von älteren und neueren Künstlern, soll

Montag den 29. October d. J.

und die folgenden Tage meistbietend gegen baare Zahlung dahier verstrichen werden.

Daran schließt sich die Versteigerung der Bibliothek aus fast allen Litteraturfächern.

Die in den nächsten Tagen gratis auszugebenden Kataloge sind durch Herrn Buchhändler Blum allhier zu beziehen, werden auch an die Buchhandlungen aller bedeutenderen deutschen Städte versendet werden. Zur Uebernahme von Commissionen haben sich bereit erklärt: Herr Buchhändler Blum und Herr Kaufmann Frenkel allhier.

Meiningen, den 14. September 1849.
Herzogl. S. M. Kreis- u. Stadtgericht daselbst.
F Rückert.

[3407–8] Man sucht einen Erzieher für zwei Knaben von 9 und 10 Jahren, vorzugsweise einen Geistlichen und Deutschen; nur sehr ausgezeichnete, durch erprobte Leistungen bewährter Eigenschaften könnten hievon absehen machen. Gründliche katholische und wissenschaftliche Bildung, Neigung und Talent zur Erziehung selbst, feste Gesundheit sind Haupterfordernisse; Kenntniß fremder Sprachen sowie der Musik oder des Zeichnens ist erwünscht, jedoch nicht bedungen.

Allenfallsige Anträge wolle man an die unten folgende Adresse richten — dieselben müssen begleitet seyn von einer kurzen Darlegung der Erziehungsgrundsätze, der Angabe bis zu welchem Alter man der moralischen und wissenschaftlichen Erziehung der Knaben gewachsen ist, dem hiebei beabsichtigten Studienplane, Anführung derjenigen Fächer in welchen man den Unterricht selbst zu ertheilen vollkommen befähigt, endlich genauer Nachweisung der bisherigen Verhältnisse und Namhaftmachung solcher Personen deren Zeugniß von Gewicht seyn kann. Ueber die pecuniären Bedingungen, welche man selbst zu stellen bittet, wird man sich nach Maßgabe der Persönlichkeit leicht verständigen.

An Graf Bernhard Arco Hohenburg
in München, Wittelsbacher Platz Nr. 1.

[3385–87] **Für eine renommirte Maschinenfabrik, mit Eisengießerei verbunden, im österreichischen Kaiserstaat, wird zur größern, durch deren günstige Geschäftsverhältnisse bedungenen Ausdehnung ein Compagnon mit einer Capitaleinlage von 40 bis 50,000 fl. gesucht.**

Lusttragende belieben sich in frankirten Briefen mit der Chiffre N. R. Nr. 3385 bezeichnet an die löbl. Expedition dieses Blattes zu wenden.

[3510] Ein junges Frauenzimmer, welches vorzügliche musikalische Kenntnisse besitzt und auch schon längere Zeit im Clavierspielen Unterricht ertheilte, auch französisch spricht, wünscht in einer guten Familie katholischer Religion Unterkommen zu finden, und würde mehr auf gute Behandlung als auf ein hohes Honorar Rücksicht nehmen. Portofreie Briefe mit Nr. 3510 befördert die Expedition der Allg. Zeitung.

[3360–62] Ein junger wissenschaftlich gebildeter Mann, der längere Zeit Universitäten besuchte, in Schrift und Sprache der neuern Sprachen bewandert ist und eine vorzügliche Hand schreibt, wünscht zu seiner Ausbildung eine Stelle in dem Comptoir eines achtbaren Handlungshauses, und beansprucht für seine Thätigkeit einzig freie Kost und Wohnung. Darauf bezügliche Offerte unter F. M. Nr. 3360 franco an die Expedition d. Bl.

[3394–95] In einem Erziehungs-Institute wird ein junger unverheiratheter Lehrer der französischen Sprache gesucht. Bewerber welche allenfalls noch Hülfsunterricht in der Mathematik ertheilen können, würden den Vorzug erhalten. Hierüber unter der Adresse Z. B. einlaufende Anträge und Erkundigungen ermittelt die Expedition der Allg. Ztg.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strasburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag — Nr. 280. — 7 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Bundesstaat oder Staatenbund? Zusammentreffen des Königs von Württemberg und des Prinzen von Preußen); Würzburg (Mahnung an die Fragmente einer Eisenbahn nach Frankfurt); Heidelberg (Erklärung von Gervinus und Häusser über die Deutsche Ztg.); Freiburg (die Verhaftung von eilf Bauernmädchen); Dresden und Leipzig (die Landtagswahlen); Köln (Hr. v. Biegeleben und der Centralgewaltsentwurf); Berlin (Kammerverhandlungen über Religionsfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und Personenfreiheit. Der nahe Geburtstag des Königs. Das Fest in Brandenburg. Verhaftung des dortigen Bürgermeisters. Auflösung des Buchdrucker-Congresses); Schleswig-Holstein (neue Scenen von Reaction, Gewalt und Verwirrung); Wien (Journalurtheile über den türkischen Conflict. Der Lloyd und das Oberhaus. Klagen über die Fortdauer der provisorischen Zustände; Reformen. Anerkennung der Studien auf fremden Hochschulen. Die Post und der Zeitungsstempel).

Großbritannien. Die neuen Bischöfe von Norwich und Madras. Fälscher russischer Banknoten verhaftet.

Frankreich. A. de Vigny. Guy-Coquille's Denkmal.

Niederlande. Bali (Ordnung des Rechtswesens in Indien. Kurze Vertagung der Generalstaaten. Eröffnung des Luxemburger Landtags).

Italien. Genua (die Leiche Karl Alberts).

Neuestes. Frankfurt. (Die deutsche Flotte.) — München. (Rückkehr II. MM. zum Octoberfest. Interimistischer Geschäftsträger in Berlin. Abermalige Verhandlung der Kammer der Abgeordneten über die verhafteten Abgeordneten.) — Rastatt. (Standgerichtliche Urtheile. Hinrichtung.) — Berlin. (Die Ausschreibung der Wahlen für den Reichstag soll bevorstehen. Beschlüsse der ersten Kammer über die Stellung der Kirche.) — Wien. (Der Kaiser nach Prag. Der türkische Gesandte verläßt die Hauptstadt. An der Anleihe 47 Millionen gezeichnet. Die polytechnische Schule.) — Czernowitz. (Durchreise eines außerordentlichen türkischen Gesandten nach Petersburg.) — London. (Sehr ernste Auffassung der türkischen Frage. Sir J. Franklin.) — Paris. (Dupin wieder Präsident. Ueberhaupt durchaus conservative Wahlen. Die römische Frage. Auslaufen der Flotte von Toulon.) — Bern. (Das badische Kriegsmaterial wird ausgeliefert.) — Puerto Cabello. (Paez.) — Ostindien. (Mulradsch zur Deportation verurtheilt. Cholera.)

Beilage. Schriften zur Geschichte und Kritik der Revolution. (IV. v. Rechenberg-Linten. Sporschil.) — Reiseerinnerungen im österreichischen Kaiserstaat. (II.) — Die Goethefeier in Weimar und die Vorschläge zu einer Goethestiftung. — Dresden. (Die Flüchtlinge.)

Datum der Börsen: London, Paris 3; Wien 4 Oct.

Deutschland.

§§ **Frankfurt a. M.,** 3 Oct. Auch die württembergische Regierung hat nunmehr gesprochen und den Zutritt zu dem Dreikönigsbündniß versagt — die Form in welcher dieß geschehen, wird dem Mindereingeweihten oder dem sanguinischen Politiker noch einige Aussicht lassen. Nur weil Preußen so entschieden auf Antwort dringe, und doch noch nicht alle Hoffnung verloren sey auch Oesterreich für ein engeres Bündniß zu gewinnen, weil der größere Nachbarstaat Bayern mit der Weigerung vorangegangen, und Würtemberg, der vielfach verschlungenen Verhältnisse wegen, sich von diesem nicht abscheiden könne, müsse die Ablehnung erklärt werden. Dabei ist denn auch von Nationalität, Bereitwilligkeit dieselbe mit allen Opfern zu erkaufen, die Rede, und von der Hoffnung auf Deutschlands Glück und Größe. Dem nüchternen Beobachter bleibt keine Möglichkeit der Täuschung. Die mittlern und kleinern Königreiche klammern sich fest an Oesterreich, nicht um ein einiges und mächtiges Deutschland, wie es durch ein Volksleben bedingt wird, dadurch zu begründen, sondern um den Rückzug zur Bundesacte von 1815 und zu der darin ausgesprochenen Staatenselbständigkeit zu sichern. Man ist zu keiner Zeit reicher an patriotischen Lucubrationen als jetzt gewesen: diese Verbrämung war aber immer ein Bedürfniß wenn die That ausbleiben sollte. Werfen Sie einen Blick auf die Erklärungen von 1805 und 1806, auch sie strotzen von vaterländischen Gefühlen. Wohl mag man sich die Frage stellen ob der Hunger auch zu stillen sey wenn man Steine reicht statt Brodes; aber man darf nicht vergessen, und darauf könnte gerechnet seyn, daß der Hunger auch verschwinden kann, und daß in solch glücklichem Falle derjenige sich nichts vergeben hat welcher nichts gegeben hat. Mit der württembergischen Erklärung hebt eine neue Periode für die preußischen Gestaltungsversuche an. Ich habe Ihnen früher geschrieben daß von vielen Seiten her nicht einmal an eine ernsthafte Fortführung geglaubt wird. Das ist auch jetzt die Ansicht der Männer der alten Schule. Man will die Erfahrung gemacht haben daß dem Oberhaupt des preußischen Staats nicht mit den Hindernissen, welche seinen Planen entgegentreten, auch die Flügel wachsen, im Gegentheil führt man Beispiele an wo Bedenken selbst von minderm Belange zur Abschwächung früherer Projecte bis zur Unkenntlichkeit oder zu gänzlichem Aufgeben hingereicht haben. Man rechnet darauf daß die nationale Regung in Widerstreit treten werde mit der dynastischen Gewissenhaftigkeit. Wenn man sich, trotz alle dem und alle dem, in Berlin entschlösse den Reichstag für die 28 beigetretenen Staaten zu berufen, so würde von der abermaliger Bewegung, welche die Geister ergreifen wird, wohl früher oder später eine Nöthigung für die renitirenden Staaten zu erwarten seyn; man fürchtet dieß von einer Bewegung, die in dem Maße stärker und hinreißenden seyn könnte als einerseits die Entwickelung des Bundesstaates befriedigender ausfiele, andererseits die eben erwähnten Staaten fester in ihrer Abgeschlossenheit verharren, und die Sympathien ihrer Unterthanen ersticken wollten. Wenn Oesterreich, Bayern und Württemberg, wie es den Anschein hat, ihre volle Souveränetät bewahren, folgeweise die festere Einigung zu einem Ganzen verhindern wollen, und consequenterweise auch müssen, so wäre für sie eine organische Verbindung von 25 Millionen Deutschen mit Oberhaupt, Volks- und Staatenhaus eine gefährliche Nachbarschaft. Man hofft darauf daß der König von Preußen, aus Pietät gegen diese Fürsten, sein dem Volke gegebenes Wort zurücknehmen könne, und zweifelt nicht daran daß der König von Hannover ihm die Wege ebnen werde. Die Ernennung des Ministers v. Bodelschwingh zum Präsidenten des deutschen Verwaltungsrathes bestärkt in solchen Voraussetzungen, und wird als eine Schwenkung zum specifischen Preußenthum ausgedeutet. Es ist dem Mann oft zu nahe getreten worden, und es ist dieses allem Anschein nach wieder der Fall. Gegen seinen Charakter hat noch kein Tadel begründet werden können. Was man ihm vielleicht nicht mit Unrecht vorwirft, ist daß die Persönlichkeit des Königs einen größern Zauber auf ihn geübt habe als der Staatsmann aus Pflichtgefühl geschehen lassen soll. Der König war bis zum März 1848 gewohnt seine Minister aus seinen Freunden zu wählen, und als seine Freunde seine Minister zu behandeln, darum wohl auch das Aufgeben der eigenen Ueberzeugung als Freundschaftsbeweis zu fordern, oder wenigstens eine Meinungsverschiedenheit als eine solche Verschiedenheit in Grundansichten und Gefühlen zu betrachten daß die Minister einer so liebenswürdigen Persönlichkeit auf alle Weise jede Verstimmung ersparen zu müssen glaubten. Da der König auch fast keine Blätter liest, ohnedieß in der gedachten Periode nur ein sehr geübtes Auge das Wahre aus ihnen erkennen konnte, und damit ebenfalls nur zweifelhafte Andeutungen, keinen Ueberblik gewann, so würde über diese erwähnte Schwachheitssünde, an welcher alle Minister mehr oder minder gelitten haben sollen, die Geschichte dereinst ein hartes Urtheil sprechen können. Wenn aber Hr. v. Bodelschwingh solchem Einflusse nicht widerstehen konnte, so haben sich doch jetzt die Umstände geändert, und es wird ihn nichts abhalten die wahrhaft deutsche Gesinnung, welche ehrenwerthe Männer an ihm rühmen, unverhüllt und energisch an den Tag zu legen. Ich kann daher die obenerwähnte Vermuthung nicht unterschreiben, erinnere mich im Gegentheil so vieler Beweise von Kraft und Energie daß, wenn ein Mann hier entscheidend einwirken kann, die Sache durch Bodelschwinghs Zutritt nur gewinnen wird. — Die Pietätsrücksichten welche dem Könige angemuthet werden, führen natürlicherweise zur Betrachtung was da werden würde wenn er ihnen nachgäbe, eine Betrachtung welcher auch diejenigen nicht ausweichen können die ursprünglich die von Preußen eingenommene Stellung nicht gebilligt haben. Die Rückkehr zum Staatenbunde würde, die Sophisterei mag sich in Gegendeductionen erschöpfen wie sie will, eine Rückkehr zu dem System von 1815 seyn: also so viel Particularsouverainetät wie möglich, so wenig Gemeinsamkeit als möglich, und

diese auf dasjenige beschränkt was kleinen Fürsten die Ruhe sichert in der sie ungenirt walten können, großen den Einfluß. Vom Volke wird und kann da nur wenig die Rede seyn. Was wäre das auch wenn Delegirte der Ständeversammlungen mitzuberathen und zu beschließen hätten über die Matricularbeiträge zum Bau der Bundesfestungen, über das Reichsarchiv und dergleichen! Und wenn auch das Statut etwas besseres in Aussicht stellt, so wissen wir ja was der Reichthum an Inhalt in der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 effectuirt hat, und sehen jetzt das leidige Beispiel wie schwer es hält unabhängige Regierungen unter Einen Hut zu bringen, wenn auch das Rollen des Donners ihnen ein nahes Gewitter prophezeit, oder an das eben entladene erinnert. Wir kehren eben damit zu den Bedingungen unseres Unglücks zurück. Daß die Gemeinsamkeit eine hohle Form war, ist der Grund gewesen weßhalb alle politischen Fragen in den kleinsten Territorien in Regierung und Kammern abgehandelt werden mußten. Die spanische Frage, die Polenfrage, die Niederlassung in der neuen Welt, der überseeische Handel — das sind Dinge die das große Volk der Deutschen wohl angehen, die aber zur Caricatur wurden wenn wir sie in den Kammern von Kassel, Darmstadt und Wiesbaden verhandeln hörten. Das Gefühl des Fruchtlosen und Lächerlichen hat aber zugleich das Gefühl der Bitterkeit erzeugt, und weil dasselbe sich irgendwie Luft machen mußte, so hat es sich gegen die einheimische Regierung gewandt. So ist das Opponiren zu etwas verdienstlichem geworden, hat nach und nach alle Bande der Ordnung und des Gehorsams aufgelockert, und das Regieren fast unmöglich gemacht. Man wirft der badischen Opposition vor daß sie es eigentlich sey welche das Mißgeschick über jenes schöne Land heraufbeschworen, daß sie in beständiger Negation und Verketzerung jede Regierung untergraben habe, und sich mit Unrecht wundere wenn das von ihr in Bewegung gesetzte Rad weiter laufe als sie es zu treiben beabsichtigt. Es liegt darin etwas wahres, sowie es auch gewiß ist daß das meiste was geschieht gegen den Willen seiner Urheber geschieht. Wenn dieß die badische Opposition zu ihrer Rechtfertigung anführen kann, so bedürfen die Lenker der deutschen Geschicke seit 1815 und in der Gründung des Staatenbundes von 1815 dieser Entschuldigung in noch viel höherem Grade. Denn sie sind es welche, billigen Ansprüchen auf politische und nationale Stellung feindlich entgegentretend, die Thätigkeit von der Peripherie in das Innere zurückgedrängt und damit den Anlaß zur Zerstörung des Vertrauens, der Treue, der Anhänglichkeit und des Gehorsams gegeben haben. Geht die Erfahrung wieder verloren, wird dem Nationalgefühl wieder nicht Genüge geleistet, siegt abermals das dynastische und particuläre Interesse, dann wird die gleiche Folge nicht ausbleiben; nur wird man nicht 33 Jahre zu warten haben, und schwerlich zum zweitenmale in der glücklichen Lage seyn mit den Geschicken der Nation die eigenen fügen und bergen zu können. Diese Alternative kommt daher, als Gegengewicht gegen die Unbequemlichkeit und selbst gegen die Gefahr welche die im Sinne der Nation zu gründende Ordnung den außerhalb bleibenden Staaten droht, in sorgfältige Erwägung, und wird, wie gutunterrichtete Personen versichern, das preußische Cabinet bestimmen so lange auf der eingeschlagenen Bahn fortzuwandeln als noch einige Hoffnung des Gelingens bleibt, und sie erst dann zu verlassen wenn es der Welt erweisen kann daß alles von ihm, aber alles umsonst gethan worden um dem Drange nach nationaler Einigung die mögliche Realisation zu verschaffen. — In dem Reichsministerium — in partibus infidelium — herrscht, ohne daß man wüßte warum, viel Thätigkeit. Couriere gehen und kommen. Die Stellung zu Preußen ist unverändert dieselbe. Die politischen Abneigungen spiegeln sich nach und nach auch in den geselligen Verhältnissen ab. Hie Welf, und hie Waiblingen! Die Gereiztheit der preußischen und bayerischen Truppen gegen einander wächst, so daß man an Aufhebung glauben sollte.

Frankfurt a. M., 4 Oct. Gestern Nachmittag fuhr der Prinz von Preußen auf der Taunuseisenbahn nach Wiesbaden, um der Königin der Niederlande, welche daselbst verweilt, einen Besuch zu machen. Der Prinz traf bei der Königin auch deren Vater, den König von Württemberg, und die hohen Gäste nahmen das Diner, bei dem auch die verwittwete Frau Herzogin von Nassau erschien, zusammen ein. Der Herzog war durch Unwohlseyn verhindert zu erscheinen. Der Prinz von Preußen kehrte noch gestern Abend hierher zurück. (D. Z.)

Bayern. **Würzburg**, 3 Oct. Die Eröffnung der ganzen Bahnstrecke von München nach Bamberg hat uns wieder lebhaft an die noch immer unvollendete Bahnstrecke zwischen Bamberg und Frankfurt erinnert. Wir wollen hier kurz anführen was bereits dafür geschehen ist. Für die ganze Bahnstrecke sind Bausectionen gebildet, die zwar im vorigen Jahr auf eine geringere Anzahl reducirt wurden, aber dennoch fortbestehen und Eisenbahnbau-Sectionen sind, ohne daß sie den Bau einer Eisenbahn zu leiten haben. Die ganze Bahn ist ferner vermessen, und es liegen die gründlichsten Vorarbeiten für jede einzelne Section vor. Große Erddurchstiche, wie der am faulen Berge bei Würzburg, sind in Angriff genommen; ebenso ist der Tunnel von mehr als 3000 Fuß Länge bei Hain gegraben, aber leider noch immer, anstatt gewölbt zu seyn, mit bloßen Balken gestützt, die bereits zu faulen anfangen und bald durch neue ersetzt werden müßten. Endlich ist Grund und Boden der Eisenbahn zum allergrößten Theil bereits nicht bloß angekauft und baar bezahlt, sondern die Eisenbahnfläche ist bereits mit Steinen vermarkt, so daß man überall Marksteine mit K. B. E. (königl. bayer. Eisenbahn), aber nirgends eine Eisenbahn selber zu sehen bekommt. Für diese Vorarbeiten sind gewiß an zwei Millionen Gulden, wenn nicht mehr, verausgabt worden, die, wenn die Eisenbahn nicht bald in thätigen Angriff genommen wird, noch lange als todtes, nicht zinstragendes Capital für den Staat verloren bleiben werden. Entsteht dadurch schon ein Ausfall von wenigstens 60,000 fl. an Zinsen, so entgeht noch überdieß der königl. Postanstalt nach zuverlässigen Angaben jährlich an 80 bis 90,000 fl. Transitportogebühren des Verkehrs zwischen Oesterreich und Frankreich, da jetzt alle Briefe und Zeitungen auf den nördlichen Eisenbahnen um Bayern herum zwischen Wien und Paris befördert werden, die aber sogleich wieder ihren Weg über Bayern nehmen würden, wenn die Eisenbahn von Frankfurt bis Hof vollendet wäre. Aus allem diesem ergibt sich daß unsere Eisenbahnstrecke gewiß zuerst in Angriff genommen zu werden verdient, da durch ihre Verzögerung der Staat einen jährlichen Ausfall in seinen Einnahmen von mindestens mehr als 150,000 fl. jetzt schon erleidet und noch ferner im vergrößerten Maßstabe erleiden wird, wobei noch zu bemerken daß bereits vor vier Jahren von den Eisenbahnbau-Sectionen Steinbrüche auf zehnjährige Benutzung gekauft und bezahlt wurden, die, wenn sie nicht benutzt werden, nach sechs Jahren aufs neue und zwar zu viel höheren Preisen angekauft werden müssen. Möchte daher diese Eisenbahn sogleich begonnen, und zwar mit denjenigen Bauobjecten der Anfang gemacht werden deren Vollendung voraussichtlich drei Jahre erfordern wird, unter die wir die Wölbung des Tunnels bei Hain, die große Main-, Sinn- und Saale-Brücke bei Gemünden und die Durchstiche bei Würzburg rechnen dürfen. Die übrigen Arbeiten, deren Vollendung wenige Zeit erfordert, könnten immerhin erst nach einem oder zwei Jahren begonnen und ausgeführt werden. So könnten wir doch Hoffnung haben daß diese wichtigste und bei weitem einträglichste aller bayerischen Bahnen in drei bis vier Jahren vollendet werde. Mit dem gewöhnlichen Budget wird man freilich nicht ausreichen können, es wird dazu die Aufnahme eines eigenen Eisenbahn-Anlehens erforderlich werden. Die unterfränkische Bahn wird gewiß Credit haben, denn sie wird sich sicher zu 4 Procent, wenn nicht höher rentiren. (A. P. Z.)

Gr. Baden. In Sachen der Deutschen Ztg. werden wir um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: „In der Deutschen Ztg. vom 27 v. M. findet sich ein Artikel (Frankfurt, 26 Sept.), der den Hrn. Mitzenius wegen eines uncollegialischen Schrittes angreift, der in der Veröffentlichung einer von uns abgegebenen Erklärung gelegen seyn soll. Unsere Freunde Kruse und Mitzenius hatten schon vorlängst, da wir zeitweilig von unserem Wohnort entfernt waren, unsern Auftrag erhalten und übernommen jene Erklärung im Fall ihres Rücktritts von der Redaction der Deutschen Ztg. abzugeben. Der Vorwurf der Uncollegialität müßte also auf uns zurückfallen. Begreiflich handelt es sich bei einem Schritt dieser Art nicht um Rücksichten, sondern um Grundsätze. In dieser Hinsicht wird jede „Erörterung" über unser beider Verhältniß zur Deutschen Ztg. einfach dadurch erledigt werden daß wir uns beide, wie von Anfang an so auch jetzt, nicht sowohl mit den Zielen als mit den Wegen der Partei, in deren Händen jetzt die Deutsche Ztg. ist, nicht einverstanden erklären. In dieser Erklärung liegt so wenig persönliche Feindseligkeit oder Rechthaberei, daß wir vielmehr von ganzem und von ganz aufrichtigem Herzen wünschen die Erfolge möchten uns unrecht geben. Heidelberg, 3 Oct. Gervinus. L. Häusser."

Freiburg, 27 Sept. Vorgestern wurden hier elf Bauernmädchen aus einem Nachbardorfe eingebracht und in strengen Verwahrsam gesetzt, weil sie nämlich die drei Gräber der beim Dorfe Wiehre standrechtlich von den Preußen Erschossenen mit Blumen geschmückt haben sollten. Daß man Leute einsteckt die Pfeifenköpfe mit Blums oder Heckers Portrait feil bieten, die es wagen einen Freischärlerhut oder ein Abzeichen, sey es Band oder Feder, zu tragen, oder gar das Heckerlied zu singen, dagegen läßt sich insofern nichts einwenden als diese Demonstrationen verboten, und zwar durch große an allen Ecken angeschlagene Placate verboten sind. Daß man aber einige Dorfdirnen sofort einsperrt, und zwar in das Stadtgefängniß, weil sie die Gräber dreier jungen Männer mit Blumen bekränzten welche mit ihrem Tode dem Gesetze genuggethan, und in den Handlungen welche sie zum Tode brachten keine Verbrechen sahen, darin finde ich einen Mißbrauch der Gewalt. Man soll den Haß nicht über das Grab hinaus tragen. Im Süden Deutschlands ist es

eine schöne Sitte die Gräber seiner Lieben mit Blumen zu schmücken, dem Friedhofe selbst auf diese Weise seinen finstern Ernst zu nehmen. Diesen frommen Dienst wollten die Mädchen drei jungen Männern erweisen die fern von den Ihrigen den Tod durch Pulver und Blei starben, die sonst keine Lieben in der Nähe hatten welche ihre Gräber zieren konnten. In solchen unschuldigen Demonstrationen, wenn es als eine solche betrachtet werden soll, suche man nur ja die Keime der Revolution nicht; diese liegen in Baden viel tiefer in allen Schichten der Gesellschaft, und werden ohne die gründlichsten Reformen im Militär, in der Staatsverwaltung, der Bureaukratie, in Kirche und Schule nicht ausgerottet, trotz aller standrechtlichen Executionen und Occupationsheere. (Köln. Ztg.)

K. Sachsen. ‡ **Dresden,** 3 Oct. Die in Gang kommenden Wahlen nehmen von Tag zu Tag das Interesse aller mehr in Anspruch. Von der conservativ-liberalen Partei ist in dem Bezirk der innern Stadt für den bereits aufgestellten Candidaten Methe, welcher die Wahl im voraus abgelehnt hat, Professor Dr. Wagner empfohlen worden. Er gehört zu den ruhigen, gewiegten Charakteren, und ist vielleicht nicht dreikönigsbündnerisch „unter allen Umständen." Sein Gegner wird der Liebling Ihres ☒ Parlamentscorrespondenten, Prof. Wigard, seyn. Für die erste Kammer sind in Dresdener Wahlbezirken die früheren Staatsminister v. Carlowitz und Georgi aufgestellt worden, natürlich nur von Seiten der Conservativ-Liberalen. Die reichhaltigste Parteischattirung finden wir bei den für die Leipziger Bezirke genannten Candidaten. Einigen sich die verschiedenen Fractionen nicht über bestimmte Candidaten, so wird das Zufallsspiel von Minoritätswahlen nicht ausbleiben. In der Meißner Gegend sollen, wie man hört, viele Wähler entschlossen seyn dem — irre ich nicht — noch immer verhafteten und suspendirten Bürgermeister Tzschucke von Meißen ihre Stimmen zu geben, und warum? damit der Mann endlich wieder auf freien Fuß komme, und das müsse doch geschehen. Die Wahl nach Frankfurt habe ja bei dem Advocaten Erbe aus Altenburg auch geholfen. Solche Wahl-An- und Absichten sind zu bezeichnend als daß man sie nicht aufzeichnen sollte. Im heutigen „Anzeiger" werden für die „Volkspartei" der Dresdener Wahlbezirke empfohlen als Candidaten für die erste Kammer: der vormalige Staatsminister Oberländer, Prof. Dr. Richter (wegen Theilnahme am Maiaufstande noch verhaftet), Gutsbesitzer Haden (Mitglied der aufgelösten Kammer) und Advocat Höring; für die zweite Kammer, außer Wigard, Arzt Dr. Seidenschnur und Advocat Blöde (Mitglied der aufgelösten zweiten Kammer und in derselben der gemäßigten Linken angehörend, jetzt ebenfalls Maigefangener) und in dem militärischen Bezirk der frühere Abgeordnete, jetzt verabschiedete Oberlieutenant Müller. Bezeichnend ist die Wahlempfehlung; sie lautet: „Wähler der Volkspartei! Nach sorgsamer und gewissenhafter Erwägung der Umstände werden euch die vorgenannten Männer zu Landtagsabgeordneten empfohlen. Sie bedürfen keiner Anpreisung, ihre Namen sind bekannt. Stehet nun auf, Wähler, zum Wahlkampf! Wahret euer Recht vor dem drohenden Vorrecht! Alles was ihr errungen habt, steht auf dem Spiele. Versäume keiner seine Wählerpflicht, damit er nicht dereinst sich vorwerfen müsse den Untergang der guten Sache mit verschuldet zu haben."

† Leipzig, 3 October. Sachsen rüstet sich zu den Wahlen für seinen Landtag. Sachsen wählt noch einmal nach demselben allgemeinen Wahlgesetz aus dessen Urnen zwei Kammern hervorgegangen, die man ziemlich allgemein als Pöbelkammern bezeichnet hat. Die Errungenschaft des allgemeinen Wahlrechts ist ungeschmälert geblieben; es stellt sich somit in Frage ob die Demokratie, der zu Liebe dieß Wahlgesetz verliehen wurde, besonnen genug seyn werde um der Welt zu beweisen sie sey im Stande dem Volk diese Errungenschaft zu erhalten. Die Frage, ob das Volk reif dazu sey, möchten wir nicht stellen; wohl aber die Frage ob die Demokratie welche als Partei für das Volk eintreten will, Halt, Bewußtseyn und Kraft der Entsagung genug besitze dem sächsischen Staat diese ausgedehnteste Form freier Vertretung zu erhalten. Allerdings steht die sogenannte Demokratie jetzt in dem eigenthümlichen Falle conservativ seyn zu müssen; deutsche Grundrechte und allgemeines Wahlrecht sind zu conserviren, und wir konnten uns des Lächelns nicht erwehren als neulich in einer Sitzung des hiesigen Volksvereins, der den verbotenen Vaterlandsverein ersetzen möchte, die durch den Drang der Noth wo nicht klug, doch schamhaft gewordene Demokratie sich in der That zum verschrieenen Conservatismus öffentlich bekannte. Daß es darauf ankomme was man conserviren wolle, daran dachte vor kurzem als jener Begriff zu den Schimpfwörtern gehörte noch niemand. Soviel Selbstironie liegt im Wandel der Dinge, auch in dem Gedankending das sich Demokratie nennt! Ob die Partei dieses Namens jetzt im Stande seyn werde zum Besten des Volkes und in Hoffnung auf dessen zukünftige Reife die deutschen Grundrechte und das allgemeine Wahlgesetz zu conserviren: dieß ist das Interesse das sich an die dießmaligen sächsischen Wahlen knüpft. In dem Eifer der kleinen Presse, die Gemäßigten bürgerlich, moralisch und politisch zu verdächtigen, regt sich bereits von neuem jener furor teutonicus, jene blinde Wuth des sich selbst schlagenden Fanatismus, der hier zu Lande sich dahin verstieg der Dynastie den Krieg zu erklären. Als ob es noch eine sächsische Existenz gäbe, wenn die Dynastie aufgehört hätte zu existiren! Als ob Sachsen mit dem Dresdener Aufstande nicht hinreichend bewiesen wie reif es seyn würde zu einer preußischen Provinz! Der Dresdener Aufstand kann durchaus für die letzte Ausgeburt und das Endziel dessen angesehen werden was die Demokratie in Sachsen seit Jahren gewollt. Nur den Bethörten, nicht den Führern diente dabei die deutsche Fahne als Panier. Ist es nicht wunderbar daß die sächsische Demokratie mit ihrem historisch begründeten, physisch unausrottbaren Preußenhaß dem gefährlichen Nachbar recht eigentlich in die Hände arbeitet, statt sich und das Land sammt der Dynastie vor ihm zu wahren? Diese Blindheit derer die sich Volksbeglücker nennen, würde tragisch seyn wenn sie nicht lächerlich wäre. — Von hiesigen Vereinen welche die Wahlen gleichsam vormundschaftlich zu leiten suchen, hat der constitutionelle, der einzige der keinem Wandel unterlag, bereits seine Candidaten vorgeschlagen. Der deutsche Verein löste sich auf als die preußisch-deutsche Fraction desselben mit dem Obmann Göschel allzu entschieden das Gagern'sche Programm selbst in der Gothaer Fassung festhalten zu wollen beschloß. Der Vaterlandsverein, mehrfach in sich selbst zerworfen, wurde wegen seiner mit dem Dresdener Aufstande in Berührung befundenen Tendenzen vom jetzigen Ministerium aufgehoben und verboten. Statt dieser ehedem mit großem Eifer und ansehnlichen Kräften gepflegten festen Clubs haben sich zur Leitung der Wahlen zwei Vereinigungen gebildet die sich je nach ihrem preußisch-deutschen oder mehr großdeutschen Glaubensbekenntniß feststellten; neben ihnen in festeren geschlossenen Formen der schon erwähnte Volksverein der die deutsche Frage noch nicht in dem Stadium sieht wo sie ihre Lösung zu gewärtigen habe. Ueber die Candidaturen dieser drei Parteigruppen hat noch nichts verlautet. Nur der constitutionelle Verein machte seine Vorschläge: für Stadt und Dorfschaften Prof. Harleß, Gustav Harkort, Bürgermeister Koch als Mitglieder der zweiten Kammer. Der erste wird sich, da er als Theolog nur eine Minderheit für sich hat, auch schwerlich in politischen Dingen einer Mehrheit erfreuen. Der zweite dieser Candidaten ist entschiedener Royalist und ebenso entschiedener Freihandelsmann. Der dritte gehört von Frankfurt her zu der preußisch-deutschen Partei Gagerns. Für die erste Kammer schlägt der constitutionelle Verein zwei schon landständisch bewährte Männer der Stadt vor, Kramermeister Poppe und Buchhändler Heinrich Brockhaus, welcher letztere früher mit vorherrschend preußischen Sympathien, jetzt zur großdeutschen Partei mehr Neigung zu verrathen scheint. Bedauerlich ist daß der constitutionelle Verein, der auf diese Weise die Schattirungen der öffentlichen Meinung in Vorschlag bringt, keinen Gewerbtreibenden zur Candidatur ausfand. Für Gewerbfreiheit stehen mehrere seiner Candidaten ein, soweit wir ihre Vergangenheit kennen. Wieweit der gedachte Verein der richtige Vormund in Sachen der Wahlen, muß der nahe Erfolg lehren.

Thüringen. **Weimar,** 30 Sept. Mit dem 1 Oct. wird mit der Umgestaltung des Staatsdienstes im Gebiete der Verwaltung ein wichtiger Schritt geschehen, indem mit diesem Tage die Landesdirection, das Landschaftscollegium, die Kammer und das Oberconsistorium beider Abtheilungen aufgehoben und die Functionen dieser Behörden den verschiedenen Departements des neuorganisirten Staatsministeriums zugewiesen werden. Zur völligen Umgestaltung der Verwaltung gehört nun noch die Einführung der neuen Gemeindeordnung, des neuen landräthlichen Instituts und der Kreisausschüsse, welche aber erst bis zum 1 April k. J. bewirkt werden kann. Gleichzeitig ist auch unser Staatsministerium vervollständigt worden durch die Ernennung des bisherigen geh. Regierungsraths Thon zum Chef des Finanzdepartements, welche Wahl bei der anerkannten Tüchtigkeit und Fähigkeit dieses Beamten als eine sehr glückliche bezeichnet werden kann. Aus der Weimarischen Zeitung vernehmen wir daß der geh. Staatsrath Dr. v. Wydenbrugk, welcher im März v. J. unter der Bedingung in das großherzogliche Staatsministerium eintrat daß ihm, wenn die erregten Gemüther sich beruhigt hätten, der Rücktritt gestattet würde, sein überreichtes Entlassungsgesuch auf den Wunsch des Großherzogs wieder zurückgenommen hat und seine Kräfte ferner dem Staat widmen will. Mit dem 1 Oct. tritt unser Landtag wieder zusammen, nachdem in der Zwischenzeit verschiedene Ausschüsse die Vorlagen zur Berathung vorbereitet haben. Die noch übrigen Theile der neuen Organisation des Staatsdienstes, namentlich die Gerichtsverfassung und Strafgesetzgebung, werden den Landtag zunächst beschäftigen. (D. A. Z.)

Preußen. Die Köln. Ztg. schreibt über den in der „O.-P.-A.-Z." veröffentlichten preußischen Entwurf vom 19 August, der Hrn. v. Biegeleben in officieller Weise mitgetheilt worden wäre: „Man versichert uns Hrn. v. Biegeleben sey überhaupt keine officielle Eröffnung seitens der preußischen Regierung geworden. Der Entwurf vom 19 Aug. aber scheint

veraltet, denn der Gegenentwurf Preußens war am 14 Sept. in einem Ministerrathe festgestellt und wenige Tage darauf nach Wien geschickt. Diesem Entwurfe zufolge würde Preußen sich jedenfalls im Protokoll als Vertreter des Bundesstaates einzeichnen. Das Schiedsrichteramt würde so ausgeübt werden daß abwechselnd jede Macht drei Schiedsrichter unter allen Fürsten bezeichnet und die andern einen. Die Fürsten ernennen natürlich Commissarien. Preußen und Oesterreicher alterniren im Präsidium von einem zum andern Monate, oder von drei zu drei Monaten. Mainz ist der Sitz der Commission. Die Einzelstaaten ernennen keine Gesandten mehr. Man muß wissen daß Schwarzenberg sich gegen die förmliche Anerkennung des Bundesstaates entschieden ausgesprochen hat. Aber Preußens Reserven im Protokoll wurden dadurch nicht für immer abgewiesen. Diese Reserven aber sind die Hauptsache und staatsrechtlich genügen sie.

☿ **Berlin**, 2 Oct. Die erste Kammer beendigte heute die Debatte über den Art. 11 der Verfassung. Der protestantische Bethmann-Hollweg protestirt dagegen den Staat zur abstracten Rechtsanstalt zu machen, oder gar zu einer bloßen Anstalt des irdischen Wohls. Das Christenthum habe das schöne Vorrecht Gastfreundschaft zu üben gegen andre Religionsgesellschaften; gewisse Aemter, Municipalämter könnten den Gliedern derselben eingeräumt werden, namentlich den Juden; aber diese zu Staatsämtern und gesetzgebenden Corporationen zuzulassen, halte er für unzweckmäßig, und stimme daher für das Amendement von Nitzsch. Der katholische Walter erklärt sich für unbedingte Beibehaltung des Art. 11; denn nur bei der Freiheit des Bekenntnisses werde das Christenthum das moderne Heidenthum überwinden und der Menschheit das werden was es ihr einst war. Der Domherr Ritter hofft daß die Geistlichkeit, aus den Fittichen des Staats entlassen, umsomehr Thätigkeit zeigen werde den Geist des Unglaubens zu überwinden; er ist für den ersten Theil des Art 11. Wenn sich im Lauf der Zeit an den kirchlichen Einrichtungen Schmutz angesetzt habe, so könne man ihr das nicht zum Vorwurf machen; auch unter den Jüngern des Herrn habe sich ein Judas befunden. Die Inquisition sey von der weltlichen Macht eingeführt — die Hexen seyen nicht von Priestern verbrannt worden, sondern von Juristen. Sein Amendement habe er gestellt, weil er der Ansicht sey jeder Staatsbürger solle zwar seine Religion wählen dürfen, der Staat aber solle dem Atheismus keine Ehrenpforte bauen. Der Abg. Brüggemann hält dem Abg. Burmeister, der von der Lieblosigkeit der Kirche gesprochen, die Frage entgegen: ob jemals eine Kirche in Vereinen und Institutone n solche Werke der Liebe geübt habe wie die christliche! (Beifall.) Das Verhältniß zwischen Kirche und Staat soll nach dem Redner ein freies werden, aber eine Trennung beider soll nicht stattfinden. Er ist für den Paragraphen mit Auslassung der Bestimmung wornach der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte auch von der „Theilnahme an einer Religionsgesellschaft“ unabhängig seyn soll, d. h. für das Amendement von Ritter. Nachdem noch Du Vignau, Triest, Hülsmann und Referent Graf Itzenplitz gesprochen, wird der erste Satz des Art. 11 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Im zweiten wird die Streichung der Worte: „und der Theilnahme an einer Religionsgesellschaft“ mit 104 gegen 19 Stimmen beschlossen. Der dritte Satz wird in der Fassung des Ausschusses angenommen; ebenso der vierte mit einem Zusatz von Ammon. Der Art. 11 lautet nun: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften nach Maßgabe des Art. 28 und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird anerkannt. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen. Die Religionsgesellschaften sowie die geistlichen Gesellschaften welche keine Corporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.“

♃ **Berlin**, 3 Oct. Aus der gestrigen Verhandlung der zweiten Kammer ist nachzutragen daß der Abg. Geßler in einem Zusatzamendement für den „nicht zum deutschen Bunde gehörigen Theil des Großherzogthums Posen eine getrennte Verfassung, Regierung und Verwaltung“ verlangt hatte; Graf Dyhrn dagegen: daß die endgültige Regelung der Verhältnisse jenes Theils vorbehalten werde. Geßler zog sein Amendement in Folge der Ankündigung ministerieller Vorlagen zurück. Graf Dyhrn hatte seinen „Hinausschiebungs-Antrag“ gestellt, weil nach seiner Ansicht diese Frage nur nach Aufrichtung des deutschen Bundesstaats entschieden werden könnte. Auf die Bemerkung des Referenten Simson daß die deutschen Ansprüche durch den Art. 111 der preußischen Verfassung geschützt seyen, zog auch er sein Amendement zurück. — In der heutigen Sitzung fuhr die Kammer in der angefangenen Berathung fort. Die Art. 2 und 3 bleiben unverändert. Die beiden ersten Sätze des Art. 4 — „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt“ — will der Abg. Kleist-Retzow gestrichen wissen, da sie auf der einen Seite überflüssig, auf der andern nicht ganz richtig seyen und man ihre Tragweite nicht berechnen könne. Sein Antrag wird nicht unterstützt. Der dritte Satz lautet in der Fassung der Commission: „Die öffentlichen Aemter sind für alle unter Einhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen dazu Befähigten gleich zugänglich.“ Breithaupt (Havelberg) bekämpft diese Fassung, der Abg. v. Griesheim sucht dagegen ihre Nothwendigkeit zu beweisen indem er bemerkt: der Art. 4 der Verfassung habe im Unterofficierscorps die Besorgniß erregt als ob den Unterofficieren dadurch das Recht genommen wäre nach zwölfjähriger Dienstzeit eine Anstellung ansprechen zu können; die Fassung der Commission trete dieser Mißdeutung entgegen, und er bitte daher die Kammer sie anzunehmen. Nachdem der Kriegsminister dem Redner beigestimmt, geschieht dieß beinahe einstimmig. Art. 5 lautet in der Fassung der Commission: „Die persönliche Freiheit ist gewährleistet.“ Das Gesetz bestimmt die Bedingungen und Formen unter welchen eine Verfassung zuläßig ist. Abg. Claessen will noch hinzugefügt wissen: „Mit Ausnahme der Betretung auf frischer That kann niemand anders als kraft eines richterlichen Befehls verhaftet werden.“ Reichensperger erklärt sich der Sache nach für dieses Amendement und schlägt nur noch eine genauere Bestimmung vor. Er will die Freiheit des Einzelnen durch eine Verfassungsbestimmung geschützt wissen, da Gesetze durch die Majorität gemacht würden und diese es sich möglicherweise beikommen lassen könnte die Minorität in ihren Rechten zu verkürzen, was ja in der französischen Revolution geschehen sey. Auch der Abg. Wentzel hält es für nothwendig festzustellen daß Verhaftungen nur auf Grund eines richterlichen Befehls erfolgen können. Der Justizminister ist für die Fassung der Commission, gibt übrigens dem zweiten Satz nach der Fassung der ersten Kammer den Vorzug. Die „Betretung auf frischer That“ sey kein bestimmter Begriff, hier müsse die Gesetzgebung eintreten. Die Regierung werde ein Gesetz vorlegen worin an die Stelle jenes Begriffs thatsächliche Bestimmungen gesetzt seyen, und sie halte es nicht für gerathen eine Terminologie in die Verfassung aufzunehmen wodurch die Gesetzgebung ungebührlich beschränkt würde. Art. 5 wird in der Fassung der ersten Kammer angenommen. Ebenso Art. 6. Bei Art. 7 werden aus der Fassung der ersten Kammer die Worte entfernt: „soweit sie nicht durch diese Verfassungsurkunde für zuläßig erklärt worden sind“ (nämlich: finden Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen nicht statt). Art. 8 und 9 bleiben unverändert. Art. 10 wird in der Fassung der Commission angenommen, wo er lautet: „Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur auf die Wehrpflicht beschränkt werden. Abzugsgelder finden nicht statt.“ In der morgenden Sitzung wird die Präsidentenwahl stattfinden. — Die erste Kammer berieth heute die eingegangenen Zusatzanträge zu Art. 11. Nach einer langen Debatte, aus der ich Ihnen morgen eine Anthologie charakteristischer Aussprüche geben werde, nahm sie folgende Sätze von Walter (einschließlich eines Amendements von Bornemann) an: „11a. Jede Gesellschaft welche als Religionsgesellschaft auf den Schutz des Staats Anspruch macht, ist verpflichtet ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen Gott, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen alle Mitbürger einzuflößen. 11b. Die christliche Religion in ihren Hauptbekenntnissen wird als die Religion der großen Mehrheit der Bewohner des Staats bei den religiösbürgerlichen Einrichtungen desselben, unbeschadet der Religionsfreiheit der anders Glaubenden, zum Grunde gelegt.“ Baumstark, Kisker, Kühne, Milde, Hansemann und Kupfer stimmten dagegen!

* **Berlin**, 2 Oct. In vierzehn Tagen tritt der Geburtstag unsers Königs ein. Er wird dießmal mit einer Ausdehnung und Festlichkeit begangen werden wie vielleicht nie zuvor. Schon im vorigen Jahr war dazu ein Comité von dreißig Bürgern zusammengetreten, welche der patriotischen Gesinnung in einer solchen Feier einen Anhaltspunkt zu geben trachteten; dieselben Männer haben sich auch in diesem Jahr zum gleichen Zweck vereinigt, und wird das Festmahl im Kroll'schen Saal stattfinden, der gegen 2000 Tischgäste aufnehmen kann. Gestern hat in der neun Meilen von hier entfernten Stadt Brandenburg ein Fest seltener Art stattgefunden, nämlich die 900jährige Feier der Erbauung des dortigen Doms. Der König und die Königin wohnten dieser Festlichkeit bei. Es ist nöthig daran zu erinnern daß dieser Dom im verwichenen Herbst zur Aufnahme unserer unseligen Nationalversammlung eingerichtet wurde. Der Umbau, um das Gebäude der Kirche zurückzugeben, ist jetzt vollendet, und diese Rückgabe mit jener neunten Säcularfeier verbunden worden. Dieselbe bot einen herzerquickenden Anblick dar. Die alte Liebe zum Königshause, welche täglich mehr wieder erwacht, bethätigte sich allseitig. Die ganze Stadt war mit Blumen und Kränzen geschmückt; sie glich einer einzigen mit Guirlanden und Festons gezierten Halle. Drei große Ehrenpforten prangten an drei verschiedenen Stellen, am Eingang der Stadt, in der

Mitte, und am Dom. An der Mittelpforte empfing der Magistrat, die Geistlichkeit und eine Schaar weißgekleideter Mädchen mit Blumenkränzen im Haar den König. Letztere überreichten ihm ein Gedicht, das er jedoch mit freundlichen Worten der Königin, welche nach ihm kommen werde, zuwies, indem er selbst zu Pferd in dem Gedränge es nicht an sich nehmen könne. Ein tausendstimmiger Jubelruf, aus allen mit Zuschauern überfüllten Fenstern, begrüßte den Monarchen da er durch die Pforte ritt. Auch der General Wrangel, der wenige Minuten zuvor in die Stadt geritten war, wurde mit der ganzen Begeisterung empfangen die dieser populäre Greis und Krieger stets erregt. Zwei Stunden später traf die Königin ein, welche in ganz ähnlicher Weise begrüßt wurde, und darauf begann die kirchliche Feier mit Gebeten, Kirchenmusik und Predigt. Mittags 3 Uhr gab der König ein großes Mahl im Saal der dortigen Ritterakademie. Zwei Tage zuvor ist der als Abgeordneter und Hauptdemokrat so bekannt gewordene Oberbürgermeister der Stadt Brandenburg, Ziegler, des Hochverraths angeklagt und verhaftet worden. Sonst hätte er an diesem Festtage amtlich fungiren müssen, was ihm freilich seltsam genug angestanden haben würde, wiewohl seine ganze vormärzliche Lebensbahn der eifrigsten Hingebung gegen die höchsten Personen und Verhältnisse gewidmet war.

Die Vossische Zeitung sagt über die erwähnte Verhaftung: Der Oberbürgermeister von Brandenburg, Hr. Ziegler, bekannt als Abgeordneter Berlins zur zweiten Kammer und zur Frankfurter Nationalversammlung, ist am 29 Sept. zu Brandenburg plötzlich verhaftet und unter Ermangelung eines andern passenden Gefängnisses im Militärarrestlocal untergebracht worden. Die Verhaftung ist auf Beschluß der Anklagekammer des Appellationsgerichts zu Brandenburg erfolgt, und soll die Anklage auf Hochverrath lauten. Wahrscheinlich stützt sich dieselbe auf die Thätigkeit des Hrn. Ziegler in der Stuttgarter Versammlung. Sollte dieß der Fall seyn, so würde sein Proceß identisch seyn mit dem der HH. Temme, Löwe aus Calbe und mehrerer anderer Abgeordneten derselben Kategorie. Es kann bei diesen Processen leicht der Fall eintreten daß das eine Geschwornengericht einen der Angeklagten freispricht, daß das andere aber den andern wegen genau derselben Handlung als Hochverräther zum Tode verurtheilt. Bei dem früheren Gerichtsverfahren war eine solche Verschiedenheit der Urtheile nicht möglich, da bei diesem alle Processe welche aus derselben Handlung entsprangen bei einem einzigen Gerichtshofe vereinigt werden mußten.

Der Buchdrucker-Congreß in **Berlin** ist am 2 Oct. aufgelöst worden. Es war der Vorschlag gemacht worden den Entwurf der Statuten en bloc anzunehmen, um durch die Berathungen über Formalien nicht den Hauptzweck zu beeinträchtigen. Da erklärte der anwesende Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst, weil eine Bestimmung der Statuten die Besorgniß erwecke daß Arbeitgeber und Arbeiter entzweit werden sollten. Die Versammlung will sich nun an den Minister des Innern wenden. Schwerlich wird dieß indeß von Erfolg seyn, da der Befehl den Congreß wo möglich zu verhindern schon vor seinem Zusammentreten aus dem Ministerium des Innern ergangen wer. (Berl. Bl.)

Schleswig-Holstein. * Wenn auch gegenwärtig keine bedeutenden Verschiebungen in der schleswig-holsteinischen Frage stattfinden, welche eine größere Aufmerksamkeit des übrigen deutschen Publikums wie bisher auf dieses mit den Waffen wie mit dem Rechte gleich muthig kämpfenden Landes zu richten im Stande wären, so wird der Blick des entfernten Zuschauers durch eine Menge von kleinen Ereignissen gefesselt, in denen sich der tüchtige Geist des Volkes, zum Troste der vielleicht schon verzweifelnden Vaterlandsfreunde, energisch ausspricht. Das Schooßkind zweier Meere liefert gegenwärtig den unwiderleglichen Beweis daß man ein Land wohl mit Bajonetten bepflanzen, aber nicht wider seinen Willen regieren kann; ein Beweis welcher leider anderswo gänzlich verloren zu seyn scheint. Die Gewaltmaßregeln der von Preußen unterstützten sogenannten Landesverwaltung gegen das gute Recht der Schleswig-Holsteiner machen überall Fiasco; die arme Behörde lädt, wo sie sich eingreifend blicken läßt, den Fluch der Lächerlichkeit auf sich, welcher sie um so mehr moralisch vernichtet als der Norden eine weit feinere tiefer schneidende Spottlust durchgängig besitzt wie der Süden. Die Eigenthümlichkeit der plattdeutschen Sprache leistet dieser Neigung den mannichfachsten Vorschub; die schleswig-holsteinischen an Shakespear erinnernden Teufelssprüchwörter sind berühmt. Wie oft mag es jetzt wohl, bei den vergeblichen Versuchen der octroyirten R.gierung ihre Zwecke zu erreichen, an der Eider heißen: „Veel Geschree und wenig Wulle, sä (sagte) de Duvel (Teufel) und scher sick en Swin!" Wir wollen in nachfolgendem die neuesten Nachrichten von der Ostsee kurz zusammenstellen. In Eiderstedt waren am 27 Sept. die Prediger der Propsteien Eiderstedt, Husum und Bredstedt in Tetenbüll zu einer Besprechung zusammengetreten. Es war jedem einzelnen der Weg den er zu gehen habe zu klar von Pflicht und Gewissen vorgezeichnet, als daß eine verschiedene Ansicht sich hätte geltend machen können. Der einstimmige Beschluß fiel dahin aus: 1) Die Verordnungen der Verwaltungs-Landescommission nicht zu publiciren, 2) einen etwanigen neuen, an Kaup's Stelle eingesetzten Oberstaller nicht anzuerkennen, 3) eine Aenderung im Kirchengebete nicht vorzunehmen. Es wurde beschlossen von diesen Beschlüssen die Prediger der anderen Propsteien in Kenntniß zu setzen. Wünschenswerth schien es vielen zu seyn, ein öffentliches Urtheil der Amtsbrüder in Holstein über das Auftreten der schleswigschen Prediger zu erlangen. Die freudige Zuversicht daß Gott und Sieg mit der gerechten Sache seyn werde, sprach sich im Schlußworte des verehrten Vorsitzenden aus und fand vollen Anklang in aller Herzen. Neben diesem energischen Auftreten der einzelnen Beamten opponirt das Volk der Landesbehörde in seiner Weise: Herr v. Plessen, der von selbiger zum Amtmanne des Amtes Tondern ernannt und der vor einigen Tagen von Flensburg nach dem Ort seiner Bestimmung abreiste, ist bereits nach ersterer Stadt zurückgekehrt; er ist im eigentlichsten Sinne des Wortes aus Tondern hinausgeworfen worden.

Aus **Schleswig** schreibt die Hamburger Börsen-Halle vom 30 Sept. Die „Landesverwaltung" hatte gestern Morgen dem Stempelpapierverwalter für das Herzogthum Schleswig, Thedens hierselbst, die Mittheilung zugehen lassen, daß das gestempelte Papier welches nach unserer Märzerhebung mit dem schleswig-holsteinischen Wappen ausgegeben ist, wieder mit dem in einer frühern Verordnung vom Jahre 1834 vorgeschriebenen Wappen der „dänischen Monarchie" versehen werden solle. Gestern Nachmittag erschien im Auftrage der „Landesverwaltung" der dänische Etatsrath Kornerup-Borch welcher, im März v. J. Amtsverwalter im Osteramte Hadersleben, sich von seinem Amte entfernt und nach Dänemark in seine Heimath begeben hatte, um das bei dem Stempelpapierverwalter vorhandene gestempelte Papier noch mit dem früher gebräuchlichen Stempel zu versehen. Kaum war der Beauftragte in die Wohnung des Stempelpapierverwalters eingetreten, als sich eine immer mehr wachsende Menschenmenge dort versammelte, welche es an lauten Aeußerungen des Unwillens nicht fehlen ließ. Einige Bürger begaben sich in das Haus und forderten den Etatsrath Kornerup-Borch auf sogleich die Stadt zu verlassen, da sein längeres Verweilen für ihn mit der größten persönlichen Gefahr verbunden seyn würde. Er fügte nach einigem Widerstreben sich der unverkennbaren Nothwendigkeit und begab sich in das Gasthaus wo er abgetreten war, begleitet von Bürgern welche nicht ohne eigene Gefahr bemüht waren ihn gegen die aufgeregte Menge zu schützen. Es war nicht zu verhindern daß ihm bei dem Einsteigen in den Wagen die Kleider zerrissen wurden. Er war bereits in größter Eile fortgefahren, als das preußische Militär erschien um ihn zu schützen. Ein Cavallerie-Detachement ritt dem Beauftragten der Landesverwaltung nach um ihn hieher zurück zu geleiten, während Infanterie die Straßen besetzte. Einen ähnlichen Sturm meldet das Husumer Wochenblatt aus **Tönning** vom 27 Sept. In Folge der Erklärung des hiesigen Postmeisters Karstens, gegenüber der Landesverwaltung, daß er nach wie vor an die Statthalterschaft gerichtete Schreiben unter D. S befördern werde, traf am Montag den 24 d. der Kammerherr v. Holstein mit zwei anderen Individuen hier ein, um einen derselben als Postmeister hieselbst, nachdem unser Karstens seine Entlassung bekommen hatte, zu constituiren. Mit einem Steinregen wurden sie empfangen, und nur mit Mühe gelang es ihnen das Posthaus zu erreichen. Als v. Holstein unserm Postmeister seine Entlassung ankündigte, erklärte derselbe nur der Gewalt weichen zu wollen, und als ersterer drohte sich an den Magistrat zu wenden, versetzte Karstens: „da kommen Sie gerade bei den Rechten." Sie bekamen denn auch weder Magistrat noch Rathhaus zu sehen, sondern mußten sich schleunigst auf und davon machen. Am Dienstag, Vormittags zwischen 10 und 11 Uhr, trafen die Tags zuvor expedirten Gäste abermals ein, und zwar von sechs Husaren und einem Unterofficier escortirt. In einem Nu waren 4 bis 500 Menschen versammelt, und ein furchtbarer Steinregen begann aufs neue. Am Markt bei J. H. Schmidt, woselbst ein Husarenlieutenant logirt, machten sie Halt, allein die Thür war verschlossen — beim Gastwirth Lexow, wohin sie sich nun begaben, ging's ebenso, und wollten die Herren nicht den Steinwürfen erliegen, so mußten sie in die Wache flüchten. Es wurde Generalmarsch geschlagen und geblasen, und nach etwa 2 bis 3 Stunden begaben sie sich, nachdem das Militär scharf geladen, unter dessen Schutz abermals zum Postmeister Karstens, und mußte derselbe, da er jetzt Bajonette sah und die Gewalt vor der Thüre stand, von seinem Amte zurücktreten. Da nun aber der Quasi-Postmeister erklärte keinenfalls die Stelle annehmen zu wollen, so verließen die drei Herren zu Fuß die Stadt und bestiegen erst auf der Straße den ihrer harrenden Wagen. Trotz aller Befehle der Officiere, trotz der Drohung daß Feuer commandirt werden würde, trotzdem daß dieses Commando in der That erfolgt seyn soll, hörte das Steinwerfen

nicht auf und erfolgte kein Schuß. Wenn man bedenkt wie in Schleswig-Holstein verfahren wird, so kann man dergleichen Ausbrüche des Volksunwillens wenn auch nicht billigen aber doch begreifen. Ein Husumer Correspondent schreibt der Börsen-Halle, in welcher Stadt Graf Eulenburg den Bürgermeister Thomsen abzusetzen versuchte und die Senatoren mittelst Handschreiben eines preußischen Majors von ihren Aemtern suspendirt sind: „Wir hätten bis heute folgendes erreicht: einen durch Machtspruch abgesetzten Magistrat — octroyirten Bürgermeister, Stadtsecretär und Polizeimeister — eine gepreßte interimistische Verwaltungscommission — Justitium — militärische Execution — Ohnmachtserklärung der obersten städtischen Behörde — Theilnahme des Garnisonscommandanten an den Verhandlungen des Deputirtencollegiums — Uebertragung der Polizei an selbiges Collegium — und abermals Execution! Mit Einem Wort: es geht alles so gut wie es kann, und wenn's zu arg wird, läßt man — scharf schießen. Ich vermag diesen Zustand nicht viel erträglicher zu finden als den wirklich erklärten Belagerungszustand, wo denn doch die Form des standrechtlichen Verfahrens inne gehalten wird, während wir zur Zeit gar kein Recht haben." — Auch das Oberappellationsgericht für beide Herzogthümer in Kiel hat Anlaß gehabt der „Landesverwaltung" zu erkennen zu geben daß dasselbe in den von letzterer herbeigeführten factischen Zuständen einen Rechtsbestand nicht erkenne, und nur sofern das Interesse streitender Parteien es erheische jene thatsächlichen Zustände beachten werde.

Oesterreich. **Wien,** 3 Oct. Erzherzog Ferdinand, zweiter Bruder des Kaisers, ist von einem heftigen Cholera-Anfalle genesen. — Nach einem am 2 Jun. abgeschlossenen Vertrage ist der Herzog von Parma der zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem Herzog von Modena am 23 Jan. 1848 abgeschlossenen Convention beigetreten, und diese hat am 1 Sept. 1849 Gültigkeit erlangt. — Auch die Wiener Ztg. bringt Nachricht vom Uebertritt Bems und Dembinski's zum Islam.

Die drei großen politischen Journale Wiens, Presse, Ostd. Post und Lloyd, haben sich über die türkische Angelegenheit ausgesprochen, die ersten beiden zum Frieden, der Lloyd zum Beharren auf der Auslieferung der Flüchtlinge rathend. Wir gaben schon das gestrige Urtheil der Ostd. Post, und haben aus ihrem heutigen Artikel nur folgende Warnung nachzutragen: „Trotz aller mathematischen Beweise die im vorigen Jahr geführt wurden daß Frankreich, wenn es im Innern Ruhe finden will, in einen Krieg nach außen sich stürzen müsse, trotz der verführerischen Gelegenheiten die es in Italien dazu fand, hat Frankreich doch den gefährdeten Wohlstand, die Zustände seiner Finanzen sich tiefer zu Herzen genommen als die Furcht vor jenen stürmischen Elementen. Es hat die Nationalversammlung zusammenberufen und mit Strenge und mit Nachsicht den innern Frieden zu organisiren gesucht. Und es gelang ihm! Frankreich hat den Zustand seiner Finanzen bedacht — und die Pariser Bank hat um ein Drittheil mehr Silber in ihren Kellern als sie Noten circuliren läßt. Wir aber kennen eine Bank ...." Die „Presse" bezweifelt zuerst ob aus den Verträgen sich wirklich ein Recht auf Auslieferung der Flüchtlinge herleiten lasse, und erinnert an die Oesterreich entgegenstehenden präjudicirenden Fälle der griechischen, serbischen, bosnischen Aufstände. Sie verwundert sich „über das engste Einvernehmen" mit Hrn. v. Titoff in Konstantinopel: „Wir können keinen Augenblick glauben daß man in unserm auswärtigen Ministerium Fragen welche leicht in verderblichen Zwiespalt mit unserer naturgemäßen orientalischen Politik gerathen könnten, von dem Gesichtspunkte des St. Petersburger Cabinets betrachtet." Ein Krieg im Orient würde die erlöschende demagogische Leidenschaft in Europa neu anfachen: „Oesterreich an der Seite Rußlands würde in einem solchen unnatürlichen Kampfe ganz Europa, die Meinung der gebildeten Welt und auf seinem eigenen Boden die kaum unterdrückte Revolution sich gegenübersehen, und würde in den günstigsten Wechselfällen nur der ungeheuren Macht und dem Riesenkörper seines Feindes zur Unterlage dienen." Man solle sich billig erinnern wie 1831 Rußland weder von Preußen noch von Oesterreich die Auslieferung polnischer Flüchtlinge verlangt, weßhalb die „Presse" das gerechte Maß der österreichischen Forderungen an die Pforte nur darin findet die augenblickliche Entfernung der Insurgenten von türkischem Gebiete zu verlangen. Der Lloyd dagegen weist die Meinung entschieden zurück als hätten die beiden kaiserlichen Botschafter nur eine Demonstration machen wollen. Sie beriefen sich, zwei Großmächte, auf das Recht der Verträge. „Nachdem Rußland und Oesterreich soweit gegangen wie sie sind, werden sie weiter gehen müssen. Die beiden Mächte können nicht, ohne daß ihrer Forderung ein Genüge gethan wird, wiederum zu freundschaftlichen Verhältnissen mit der hohen Pforte zurückkehren. Die Politik welche das englische Cabinet in Konstantinope verfolgt, scheint uns nicht eine wohlüberdachte zu seyn. Der englische Botschafter hätte sich, im eigenen Interesse Großbritanniens, fern halten sollen von jeder Einflußnahme auf die Angelegenheit welche die hohe Pforte mit ihren beiden mächtigen Nachbarn entzweit. Es ist nicht eine Frage in welcher fremde Mächte irgend ein Interesse haben, oder an den Tag legen dürfen. Die hohe Pforte, unbeirrt von fremden Einflüssen, hätte nach aller Wahrscheinlichkeit einen andern als ihren jetzigen Weg eingeschlagen. Die schlechteste Politik für eine Macht die in der Erhaltung der jetzigen Gränzen der Türkei so sehr wie Großbritannien interessirt seyn muß, ist die hohe Pforte zu veranlassen zu gleicher Zeit mit den zwei Mächten zu brechen von denen allein eine ernste Gefahr ihr drohen kann. Die leidenschaftliche Parteinahme für die Personen welche an der Spitze revolutionärer Umtriebe in Europa gestanden sind, kleidet das englische Cabinet besonders schlecht, welches in Canada, in Irland und auf den jonischen Inseln mit so großer Strenge, ja mit Grausamkeiten gegen die wider die eigene Herrschaft Aufständischen eingeschritten ist. In Folge jener Sympathien für fremde Aufrührer dürften jetzt für England alle Früchte jahrelanger, mühsamer und kluger Bestrebungen mit Einem Schlage verloren gehen. Wir wollen jedoch hoffen daß die hohe Pforte in einer Angelegenheit welche ihre eigene Wohlfahrt am nächsten betrifft, mehr den Eingebungen eigener Klugheit als denen fremder Aufreizer Gehör schenken wird. Eine Katastrophe könnte sodann vermieden werden welche den europäischen Frieden tief erschüttern würde."

Wir haben die Artikel im Lloyd gegen den verfassungsmäßigen Wahlmodus zum Oberhaus ihrem wesentlichen Inhalt nach wiedergegeben. Die „Presse" warnt heute mit sehr ernsten Worten vor den Sätzen des Lloyd. Conservative Ultras wollten die öffentliche Meinung aushorchen, was man etwa zu einer Aenderung der Verfassung sagen möchte. Man gebe sich dabei einen liberalen Anschein, indem man behaupte eine Aenderung der Verfassung, die dem Volk ein Recht mehr gebe, sey erlaubt. Aber conservative „Staatsstreiche" müssen ebenso entschieden bekämpft werden als radicale, und die „Presse" erklärt sich entschieden gegen jene Ideen die auf Umsturz berechnet seyen. Noch bleibe ein Ausweg übrig ein Oberhaus, wie man es haben müsse, ohne Verfassungsverletzung zu erhalten. In Ungarn solle man in einzelnen Districten wählen lassen. „Bei den Landtagen der übrigen Provinzen könnten die Oberhauswahlen so angeordnet werden daß eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern des Landtages je ein Oberhausmitglied zu wählen hätte, und zwar mit gänzlicher Beseitigung jedes Zwanges bei der Bildung der Abtheilungen. Hierdurch wären auch die kleinsten politischen Fractionen im Oberhaus vertreten, und damit eine der bedeutendsten Besorgnisse auf ganz legalen Wegen beseitigt." Dasselbe Blatt bringt einen ziemlich scharfen Artikel gegen die Verzögerung einer Definitive in der ungarischen Frage: „Wie soll die Partei des einigen mächtigen Oesterreich erstarken, wenn Oesterreich selbst sich nicht zu ermannen versteht? Es ist für jeden Wohlmeinenden schmerzlich die Urtheile zu hören die man hierzulande über Oesterreichs Regierung vernimmt, und zwar nicht von den Kossuthianern etwa, sondern auch von solchen welche sich nach Ordnung und geregeltem Staatsleben sehnen. Wenn in Ländern wo das Justizwesen in gewohnter Regelung, die Administration in geschäftskundigen und thätigen Händen ist, wo das Schulwesen nicht gänzlich darniederliegt, der Schritt zum Bessern mit Vorsicht gethan wird, wer dürfte solches nicht gutheißen? Wenn aber in einem Land welches durch achtzehnmonatliche Anarchie, durch einen alle Schichten der Bevölkerung aufwühlenden Revolutionskrieg in seinem ganzen Leben verwirrt ward, in der Herstellung der Ordnung Energielosigkeit sich bemerkbar macht, so kann es niemand wundernehmen wenn die österreichische Partei, entmuthigt von Tag zu Tag, sich verringert." Aehnliches beklagt die Ostdeutsche Post bei dem ganzen Kaiserstaate. Das lange Zögern habe den Glauben an die constitutionellen Absichten der Regierung entkräftet: „Im Grunde weiß niemand woran er sich halten soll. Seit einem Jahr wartet man mit ängstlicher Spannung daß ein Entscheidendes kommen soll. Die Verfassung vom 4 März brachte etwas das den Charakter eines Definitiven an sich trug. Zu ihrer Vollendung fehlten aber vor allem die Provinciallandtagsordnung, die Herstellung der gewöhnlichen gesetzlichen Ordnung nach vollendeter Pacification Ungarns." Ueberall in den Winkelblättern wagten sich Absolutisten hervor das Ministerium zu Gewaltmaßregeln aufzufordern, und die Lloydartikel hätten nicht minder Befremden erregt. „Die Regierung verhält sich dabei ganz passiv. Als im Cabinet die Verhängung des Belagerungszustandes ausgesprochen wurde, dachte man ihn im März, im April aufheben zu lassen; nun ist März und April gekommen, der Herbstnebel lagert sich schon in dichten Wolken über Thal und Berge, Komorn ist gefallen, und die Regierung hält sich in einer Reihe provisorischer Gesetze, die größtentheils erst ihre praktische Ausführung erwarten, schwebt zwischen Furcht und Hoffnung, und ist in diesem Schweben unschlüssig, oft ohne Vertrauen auf die öffentliche Meinung, auf die moralische Kraft ihrer eigenen Institutionen. Die Partei der Constitutionellgesinnten wartet auf Schritte der Regierung welche den Glauben an die Kraft und die Möglichkeit der constitutionellen Formen durch

die That bewähren sollen. Die Regierung aber schweigt, und jeder fragt besorgt: warum? — ohne die Frage beantworten zu können."

Bauernfeld hat ein neues Lustspiel „Franz von Sickingen" geschrieben; es wurde aber von der Intendanz des Hofburgtheaters zurückgewiesen, wie das Const. Bl. a. B. berichtet. Der Dichter wandte sich an das Ministerium des Innern, welches sich in dieser Sache incompetent erklärte, und jetzt soll er die Entscheidung in dieser Sache von dem Monarchen selbst zu erbitten beabsichtigen.

Die Cholera hat wieder etwas zugenommen. Am 30 Sept. verblieben 186 Kranke, bis mit 1 Oct. zugewachsen: 59, also täglich 20, wovon 37, also täglich 12 starben. Das Verhältniß der Todesfälle zur Gesammtzahl ist demnach 19 Procent.

gg **Wien**, 3 Oct. Neben den vielen schwankenden und zweifelhaften Dingen welche im österreichischen Kaiserstaat neue Bahnen von der Verwaltung erwarten, ist es erfreulich dasjenige ins Auge zu fassen was bereits mit Energie festgestellt, dahin den Blick zu richten wo bereits Resultate vorliegen. Ich habe Gelegenheit Ihnen demnächst einige umfassendere Mittheilungen über die Reformen zu machen welche in der Organisation des Unterrichts- und Universitätswesens bereits jetzt in Wirksamkeit treten. Für heute nur so viel daß von jetzt an der Besuch deutscher Universitäten dem Oesterreicher nicht nur freisteht (factisch fand dieser schon seit 1½ Jahren statt), sondern daß die auf deutschen Universitäten zugebrachte Studienzeit fortan auch gesetzlich zum Staatsconcurs befähigt. Nur für einen sehr geringen Theil der Studienzeit wird der Zwangsbesuch einer österreichischen Universität beibehalten werden. Ebenso sind alle Collegienprüfungen abgeschafft und nur ein Staatsexamen für diejenigen welche dem Staatsdienst sich widmen wollen, angenommen worden. Mit ebenso kräftiger Hand trifft man Reformen im Postwesen, das mit der intellectuellen Entwicklung des Volks in ebenso naher Berührung steht wie mit der industriellen. Der neue Briefposttarif, wonach ein einfacher Brief der die ganze Länge der Monarchie durchläuft nur 6 kr. C.-M., bei geringeren Entfernungen nur 3 kr. kostet, ist Ihnen bereits bekannt. Für Sie wichtig ist besonders der billige Zeitungstransport. Im neuen Quartal wird mit allem Ernst der Grundsatz der Dresdener Postconferenz für den Zeitungsdebit vom Jahr 1846, wonach die Zeitungen mit 25 Proc. Aufschlag durch die Post verkauft werden sollen, durchgeführt. Die bayerische Postanstalt hat denselben so verstanden daß sie 25 Proc. von ihrem dem Publicum berechneten Verkaufspreis, also 33 Proc. vom Ankaufspreis, als Versendungsgebühr berechnet. Die österreichische Postanstalt ist darin liberaler, sie berechnet nur 25 Proc. auf den Ankaufspreis. Dieser, so wie ihn die bayerische Post berechnet, ist 14 fl. 10 kr. C.-M. (eigentlich sollte er nur 13 fl. 18 kr. seyn). Hiezu der Aufschlag von 25 Proc. für die österreichische Post (incl. Schreibgebühren) von 3 fl. 40 kr. und der vom Stempelamt auferlegte Aufschlag von 12 fl. 10 kr. (2 kr. für die Nummer) ergibt sich jetzt der Preis Ihrer Zeitung für das ganze Gebiet der österreichischen Monarchie, Ungarn ausgenommen, zu 30 fl. jährlich, oder 7 fl. 30 kr. vierteljährlich, wovon nur der Ankaufspreis von 14 fl. 10 kr., resp. 3 fl. 33 kr. in Silber zu zahlen ist. In ganz Ungarn, wo der Stempel nicht eingeführt ist, kostet die Allg. Ztg. von jetzt an nur etwa 18 fl. jährlich.*) Dort wird sie also nicht viel theurer seyn als die inländischen Journale, die „Presse" ausgenommen. Die meisten dieser Journale kosten nämlich außerhalb Wien 16 fl. Ich glaube Ihren österreichischen Abonnenten und auch der hiesigen obersten Postbehörde einen Dienst zu erweisen wenn ich auf diese den besten Quellen entnommenen Ziffern aufmerksam mache. Noch immer besteht, den Intentionen der Behörde zuwider, eine ungleiche Berechnung Ihres Blatts in den Provinzen. Vor kurzem als ich noch in Prag war, wurde dort Ihre Zeitung mit 38 fl. jährlich berechnet und sollte auch im neuen Quartal noch 34 fl. kosten. Es scheint daß man dort den Aufschlag von 25 Proc. auf den Ankaufspreis inclusive des Stempels berechnet hat. Nach genauer Erkundigung hier ist das entschieden falsch, und kein Abnehmer braucht es sich gefallen zu lassen. **)

Großbritannien.

Auf den durch Tod erledigten Bischofssitz von Norwich ist Dr. Hind ernannt, vormals Hauscaplan des Grafen Clarendon, ein Freund und theologischer Meinungsgenosse Dr. Hampdens, dessen Ernennung zum Bischof von Hereford vor einigen Jahren einen solchen Sturm bei der hochkirchlichen Partei erregt. Auch dem verstorbenen berühmten Historiker Dr. Arnold war Dr. Hind sehr nahe befreundet. Derselbe ist Verfasser mehrerer theologischer Schriften, welche ebenso von freierer Gesinnung als gründlicher Gelehrsamkeit zeugen. Es heißt übrigens der neue Bischof werde nicht eher auf die Bischofsbank des Oberhauses berufen werden als bis ein Sitz derselben in Erledigung kommt. — Erzdechant Dealtry, der schon früher viele Jahre in Indien gelebt, ist für den erledigten anglicanischen Bischofssitz in Madras ernannt.

In Portsmouth wurden am 1 Oct. zwei fremde Juden, Namens Marcus Levin und Heyum Lipschütz, festgenommen, bei denen man eine ansehnliche Summe gefälschter russischer Banknoten (von der Warschauer Bank) vorfand. Lipschütz soll früher vom russischen Consulat in London zur Entdeckung solcher Fälschungen verwendet worden seyn, und diese Stellung benützt haben um selbst dieses betrügerische Geschäft mit Erfolg zu treiben. Als derselbe in Portsmouth sich von der Polizei verfolgt merkte, gab er ein Päckchen mit 353 Banknoten einer Bäckerin, bei welcher er ein Brod kaufte, „zum Aufheben;" aber die Polizei war noch schlauer, und die Gauner wurden glücklich sammt dem corpus delicti erwischt.

Frankreich.

Hr. Alfred de Vigny ist auf drei Monate zum Director der französischen Akademie gewählt. — In Decize hat am 23 Sept. die Einweihung der Statue eines berühmten Juristen des 16ten Jahrhunderts, Guy-Coquille stattgehabt. Die Einsegnung eines neuen Hospizes in dem alten Schloß von Decize war der Hauptfeierlichkeit vorausgegangen, die durch die Anwesenheit der Administrativ- und gerichtlichen Behörden des Nievredepartements, Ausrücken der Nationalgarde und verschiedener Handwerksgilden verherrlicht wurde. Die Festredner waren der Präsident Dupin und Hr. Manuel, Landsleute des alten Juristen, und es ist bekannt daß namentlich der erstere jede Gelegenheit gerne benützt das Ansehen des Richters- oder Advocatenstands zu heben.

Italien.

Die Genueser Blätter vom 2 Oct. melden die in der vorigen Nacht erfolgte Ankunft der Dampfboote „Goito" und „Monzambano" mit der Leiche Karl Alberts.

Niederland.

⊖ **Amsterdam**, 1 Oct. Nach den Berichten aus Indien haben die holländischen Truppen Ende Jun. Bali verlassen. Die einheimischen Fürsten hatten sämmtlich ihre Unterwerfung angeboten, und man schloß mit ihnen Verträge, wobei die meisten Häupter wieder in ihre Staaten eingesetzt wurden. Die südbalinesischen Fürsten kamen zu diesem Zwecke mit einem Gefolge von 30,000 Mann nach Badong. Man hatte einige Mühe um sie zur Abschaffung des Strandrechts, und besonders den Radja von Tabanan zum Verbote des Sklavenhandels zu bestimmen. Sämmtliche Häupter schickten auch Gesandte an den Gouverneur-General um Frieden zu schließen. Sie ersehen hieraus daß die ungünstigen Berichte der englischen Blätter, namentlich der Daily News, über den Erfolg der Expedition unwahr oder doch sehr übertrieben sind. Jedenfalls hat sich die niederländische Herrschaft über Bali wieder für einige Zeit befestigt, ob für lang wird eine andere Frage seyn. So hatte man nicht gewagt dem letzten Befehl des sterbenden Generals Michiels zufolge Klongkong zu bekriegen, aus Mangel an Truppen und Proviant. Das Oberhaupt von Klongkong behielt sogar seine Würde, nachdem es sich unterworfen. In Komring (im Gebiete von Palembang) waren wegen Steuern und gezwungener Arbeit Unruhen ausgebrochen welche ernstlicher Art zu seyn scheinen, da man 3 Kriegsschiffe mit 1000 Mann von Batavia aus dahin beorderte. Auch nach Neu-Guinea ging eine Expedition ab um sämmtliches Land im Westen des 140sten O. L. für das niederländische Gouvernement in Besitz zu nehmen. Vom Generalgouverneur ist eine Commission zur Ordnung des Rechtswesens in den ostindischen Besitzungen außerhalb Java's und Madura's ernannt. Die Generalstaaten haben ihre Arbeiten vorläufig bis zur Bildung eines neuen Ministeriums suspendirt. Prinz Heinrich ist nach Luxemburg gereist, um im Namen des Großherzogs den dortigen Landtag zu eröffnen. Unserer Diplomatie ist es gelungen der niederländischen Flagge in den Häfen Portugals und seiner Colonien gleiche Rechte mit der einheimischen zu verschaffen.

Neuestes.

Frankfurt a. M., 5 Oct. Die Frankf. O.P.A.Z. bezeichnet, in einem halbofficiellen Artikel, das Gerücht daß man die deutsche Flotte habe ins Mittelmeer führen wollen, als eine „plumpe Lüge."

|| **München**, 6 Oct. Nach langer Pause hielt heute die Abgeordnetenkammer wieder eine Sitzung. Die Tagesordnung führte hauptsächlich zu der wiederholten Reclamation des Abg. Mayer. Die Ansicht daß durch die Entscheidung des Stadtgerichts Augsburg, das die Untersuchung einstellte, die frühere Frage entschieden, die Berufung des Staatsanwalts dagegen eben als neue Verhaftungsfrage zu behandeln sey, blieb in der Minderheit, und diese Ansicht wie die Reclamation ward mittelst Namensaufruf durch 79 gegen 34 und 73 gegen 34 Stimmen abgelehnt.

*) In Konstantinopel nur 24 fl., in Wien 30.

**) Auch aus anderen österreichischen Provincialstädten kommen uns ähnliche Klagen zu über Mehrberechnungen von Seite der Localpostbehörden. Wir machen daher unsere geehrten Abonnenten auf den obigen gesetzlichen Preis aufmerksam.

♀ **München,** 6 Oct. König Max und Königin Marie sind diesen Abend 9 Uhr von Egern hier eingetroffen um dem morgigen Octoberfeste beizuwohnen, zu dem bereits ungewöhnlich viele Fremde aus allen Gauen Bayerns hier eingetroffen sind. — Dem seitherigen Legationssecretär am württembergischen Hofe, Freiherrn v. Niederer, ist interimistisch die Leitung der gesandtschaftlichen Geschäfte am Hofe zu Berlin übertragen worden.

* **Rastatt,** 5 Oct. Gestern wurde Soldat Bauer vom dritten Regiment standgerichtlich verurtheilt und noch Abends erschossen. Heute wurden zwei andere Soldaten dem Standgericht vorgeführt: der eine ward zu zehnjährigem Zuchthaus verurtheilt, der andere vor das ordentliche Gericht verwiesen.

* **Berlin,** 4 Oct. Heute berieth die erste Kammer einen wichtigen Paragraphen der Verfassung, über die Stellung der Kirche. Er lautet: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Viele Amendements wurden gestellt aber alle verworfen, mit Ausnahme des von Ammon vorgeschlagenen, das die kirchliche Selbständigkeit in engere Gränzen weist. Danach lautet nun der Beginn des Paragraphen: „Die Kirche ordnet und verwaltet ihre innern Angelegenheiten selbständig, ihre äußern unter gesetzlich geordneter Mitwirkung des Staats und der bürgerlichen Gemeinden." Und nach Fonds wird beigefügt: „so weit sie darauf ein Recht hatte und erwirbt."

△ **Berlin,** 4 Oct. Es bestätigt sich vollkommen daß binnen kurzem die Ausschreibung der Wahlen für den Reichstag stattfinden wird. In diesem Sinn wird morgen der Minister des Auswärtigen die Interpellation Beckerath's beantworten. Ver Fassung dieses wichtigen Beschlusses sollen im Schooß des Ministeriums große Kämpfe stattgefunden, die entschiedene Meinung eines der thatkräftigsten Minister jedoch endlich die Oberhand gewonnen haben, da man die Nothwendigkeit erkannte daß Preußen nach so vielen Versprechungen endlich handelnd vorgehen müsse. Von dem österreichischen Cabinet sind neuerdings Eröffnungen angekommen, worin in mancher Hinsicht den Wünschen Preußens nachgegeben wird.

*** **Wien,** 4 Oct. Der türkische Gesandte ist heute Vormittag abgereist. — Se. Maj. hat sich nach Prag begeben, man will aber wissen daß die Reise sich bis Pillnitz erstrecken werde. — Die Studien im polytechnischen Institut beginnen nächsten Montag; es haben sich schon über 500 Schüler gemeldet. — Man erwartet nächstens den Reorganisations-Entwurf des Universitätswesens. — Bis heute 12 Uhr waren schon 47 Millionen auf das neue Anleihen gezeichnet.

△ **Wien,** 4 Oct. Der Streit mit der Pforte soll dahin geschlichtet werden daß Oesterreich nur auf die Entfernung der ungarischen Insurgentenchefs, keineswegs jedoch auf ihre Auslieferung dringt. Andre wollen wissen daß die Pforte große Rüstungen vornehmen lasse. Der Kaiser ist nicht nach Ischl, wie es anfangs beschlossen war, sondern nach Prag gereist.

Czernowicz, 25 Sept. Heute langte eine türkische Gesandtschaft hier an um über Warschau nach Petersburg zu reisen. An ihrer Spitze steht Fuad-Effendi als außerordentlicher Botschafter. In seiner Suite befanden sich der Ingenieuroberst Tschepek Bey, der Major der türkischen Leibgarde Latif Aga und der Gesandtschaftssecretär Ramsi Effendi. (Diese Gesandschaft bezieht sich bekanntlich auf die Auslieferungsangelegenheit.)

London, 2 Oct. Der englische Leopard, in den letzten zwei Jahren ein fast frommes Thier, stellt sich ernsthaft zum Sprung. Die Times rührt die große Trommel gegen Rußland für Englands „ältesten Alliirten," und gibt zu bedenken daß an Englands Haltung in der jetzigen Frage nicht bloß das nächste Schicksal der Türkei hänge, sondern mittelbar wohl auch das Schicksal Indiens und Englands selbst. Der ministerielle Globe, der übrigens zunächst noch an keinen Krieg glaubt, äußert: „Wir können zwar nicht voraussehen was der Cabinetsrath, der heute zusammentritt, hinsichtlich des halben Bruchs zwischen Rußland und der Türkei beschließen wird; aber dieß behaupten wir kühnlich: die brittische Regierung darf entschieden auf die Unterstützung des brittischen Volks rechnen, wenn sie gegen dieses beispiellos übermüthige Hinwegsetzen Rußlands über das Völkerrecht des civilisirten Europa's die möglichst entschiedene Stellung nimmt." — Von dem verschollenen Nordpolfahrer Sir J. Franklin soll endlich eine Spur entdeckt seyn. (Morgen näheres.)

** Auch die Londoner Blätter vom 3 Oct. beschäftigen sich vorwiegend mit der türkischen Verwickelung. Dem frommen Czar aller Reußen werden dabei Dinge gesagt die sich eben nur englisch sagen lassen; denn die Sprache ist wie gemacht zur göttlichsten Grobheit. Obenein sollen wegen der Sache Volksversammlungen im ganzen Lande berufen werden. Eine Newyorker Post vom 19 Sept. ist eingelaufen, ohne erhebliche Nachrichten, als daß in Florida die Indianer wieder gegen die Weißen wüthen. Canada war ruhig.

Paris, 3 Oct. Die Nationalversammlung ist von keinem außerordentlichen Geschäftseifer beseelt. Nachdem sie gestern das Bureau erneut oder vielmehr das alte (Präsident: Dupin; Vicepräsidenten: Baroche, Daru, Benoist d'Azy, Bedeau; Schriftführer: Arnaud, Lacaze, Peupin, Chapot, Heeckeren, Berard) einfach beibehalten hat, setzt sie heute aus. Genug daß sie gezeigt daß die Majorität noch dieselbe ist. Die Opposition die bei der Präsidentenwahl ihre Augen auf Hrn. Michel (de Bourges) geworfen, konnte nur 107 Stimmen vereinigen, gegen 339 die Hr. Dupin erhielt. In demselben conservativen Sinn sind auch die Wahlen bei Neubildung der Abtheilungen, dann der Commissionen zur Begutachtung der Anträge aus parlamentarischer Initiative, zur Prüfung der einlaufenden Petitionen und der Urlaubsgesuche ausgefallen. In die Commission zur Prüfung der Creditforderungen für die römische Expedition sind bis jetzt die HH. Hubert de Isle, Janvier und General Oudinot gewählt. Bei der vorausgegangenen Discussion äußerte sich eine stark vertretene Meinung daß man die Freiheit des Papstes nicht beschränken dürfe, denn die Herstellung seiner weltlichen Souveränität sey der Zweck der Expedition gewesen, daß Frankreich zwar seiner eigenen Würde Rücksichten schuldig sey, daß man aber suchen solle so schnell als möglich von Rom fortzukommen. Auf der Börse haben die Nachrichten aus der Türkei nachtheilig gewirkt. Nach Berichten aus Marseille vom 1 Oct. sollte die Mittelmeerflotte an diesem Tag die Rhede von Toulon verlassen — eine Bewegung die vielleicht auch mit den Verwicklungen in der Türkei zusammenhängt.

Bern, 3 Oct. Der Bundesrath hat die Ablieferung des badischen Kriegsmaterials beschlossen.

* Wir erhalten heute wieder directe Briefe aus **Puerto Cabello** vom 1 Sept. Es hieß, die Provinzen Maracaybo, Truxillo und Merida hätten sich für Paez erklärt, und Obrist Codazzi sey von Merida gegen Monagas in Anmarsch. Paez ward noch in Valencia gefangen gehalten und soll krank seyn. (Wir bemerken bei dieser Gelegenheit daß die gestrige Bemerkung, als rührten diese Briefe aus Puerto Cabello von Hrn. Appun her, auf einem Irrthum der Redaction beruhte. Hr. Appun wird uns Berichte über seine Reiseforschungen senden, sie werden aber nicht die Tagespolitik berühren, für die sich ein anderer Berichterstatter in Venezuela gefunden hat.)

Ostindien. Abermals ist eine Ueberlandpost über Marseille angekommen d. d. **Bombay,** 4 Sept. Ganz Brittisch-Indien und ebenso das Pendschab waren in tiefer Ruhe. Die gegen den weiland Fürsten von Multan erkannte Todesstrafe ist in lebenslängliche Deportation über See verwandelt — die schwerste Strafe für einen Hindu. In der Präsidentschaft Bombay trat die Cholera sehr bösartig auf, und namentlich viele englische Officiere sind ihr unterlegen! Der Handel ziemlich schwunghaft.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 3 Oct. Die Fonds fortwährend gedrückt wegen der türkischen Angelegenheit. Die Consols gingen auf 92 herunter, standen aber um 2 Uhr wieder zu $92\frac{3}{8}$.

Paris, 3 Oct. 3proc. 55.40; 5proc. 87.90; Bankactien 2310; belg. 5proc. $97\frac{1}{8}$; röm. $77\frac{1}{2}$; span. innere Sch. $27\frac{5}{8}$; piem. Oblig. v. 1849 870; Vers. E.-B. rechte 210; linke 170; Paris-Orleans 740; Rouen 525; Straßburg 350; Nordbahn 432.50; Rouen-Havre 280; Mars.-Avignon 218.75; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 295; Bordeaux 406.25; Tours-Nantes 290; Dieppe-Fecamp 180; Montereau-Troyes 115.

♀ **Wien,** 4 Oct. Ungeachtet der schlechteren Pariser Notirung und der von dort berichteten ungünstigen financiellen Verhältnisse behauptete sich unsere Börse sehr fest, und vorzüglich waren heute wieder die 5proc. Metalliques sehr gefragt und höher bezahlt. In anderen Fonds und Industriepapieren wenig Umsatz und Veränderung. Devisen und Comptanten fast zur gestrigen Notiz. Wir notiren nach der Börse (halb 4 Uhr): 5proc. Metall. $97\frac{1}{8}$–$97\frac{1}{4}$, Loose vom J. 1834 $162\frac{1}{2}$–163, Loose vom J. 1839 $114\frac{1}{2}$–$114\frac{3}{4}$, Bankactien 1195–1198, Nordbahn-Actien $112\frac{1}{4}$–$112\frac{1}{2}$, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder $84\frac{1}{2}$–85, Pesther $81\frac{1}{2}$–$81\frac{3}{4}$, London (in l. S.) 10.34–10.36, Hamburg $153\frac{1}{2}$ B., Augsburg uso 105 G., Frankfurt $104\frac{1}{2}$ B., Amsterdam 146 B., Mailand 100 B., Livorno 103 G., Genua $123\frac{1}{2}$ G., Paris $124\frac{1}{2}$ B., Marseille $124\frac{1}{4}$ B., Goldagio für kais. Münz-Ducaten $8\frac{3}{4}$ Proc., Silberagio $5\frac{1}{4}$ Proc. Die Subscription auf das neue Anlehen welche heute geschlossen wird, betrug Mittags 43 und bis 2 Uhr Nachmittags bereits 47 Millionen, wobei die Subscriptionen der Häuser Rothschild und Sina noch nicht mitbegriffen waren. Rothschild soll mit 10 Millionen subscribiren. Das Haus Arnstein und Eskeles hat heute ebenfalls für 4 Millionen gezeichnet. Bis heute Abends dürfte die ganze Emissionssumme gezeichnet seyn.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Schriften zur Geschichte und Kritik der Revolution.

IV.

AB. Hören wir nun auch auf die wenigen aus Rußland herüberklingenden Stimmen, deren eine Hr. Ernst v. Rechenberg-Linten in dem Büchlein „Westeuropa und Rußland in Beziehung auf die Verschiedenheit ihrer Verhältnisse und die gegenwärtigen Zeitereignisse“ abgibt. Man muß die Art russischer (d. h. zunächst unter russischer Censur auftretender) Publicistik in Bezug auf fremde Zustände erst gewohnt seyn um nicht fortwährend in den Fall zu gerathen anstatt einer Beurtheilung sich zu Widerlegungen hinreißen zu lassen. Denn während für die eignen Zustände überall deren gesetzliche Normen und Theorien als Wahrheit und Wirklichkeit hingestellt werden, stellt man daneben jede Abweichung von der Norm, jede weiteste Verirrung von der gesetzlichen Form im nichtrussischen Europa als eigentliche Lebensgewohnheit. Auch Hr. v. Rechenberg-Linten geht diesen Weg. Die Noth der arbeitenden Classen ist ihm einziges Bewegungsprincip der Revolution in Frankreich und Deutschland. Von politischen und nationalen Bedürfnissen ist im ganzen Buche keine Rede, von Fehlern der Regierungen nur dann wenn diese allgemeinen Forderungen und volksthümlichen Nothwendigkeiten nachkamen. Wenn dagegen der Dienstmädchenverein in Leipzig „ein zweimaliges unbedingt zu gestattendes Ausgehen in der Woche“ beantragt, so liegt hierin ein Beweis „der großen Anforderungen an die Dienstbeflissenheit der untern Classen.“ Nach Hrn. v. Rechenberg-Linten wird „der revolutionäre Zustand nicht eher aufhören“ bis entweder die durch die Maschinen und die Uebervölkerung — die ihm ebenso fraglos in ganz Westeuropa wie das Maschinenwesen alleinherrschend ist — entbehrlich oder überflüssig gewordenen Menschenkräfte durch verheerende Kriege und Krankheiten oder systematisch organisirte Auswanderungen aus Europa weggeschafft sind, oder die Maschinerie „durch die Gewalt der Umstände“ auf ein solches Maß reducirt seyn werde daß den jetzt darbenden Arbeitern wiederum genugsame Beschäftigung und Verdienst zu Theil, dabei aber auch zugleich ein ganz anderer Werth der Erzeugnisse „und ein mehr ausgleichendes Verhältniß des Erwerbs der besitzenden und arbeitenden Classen herbeigeführt werden kann.“ Da stünden wir also nach einer gegebenen Zeit wieder am Ende des Anfangs! Der fördernde Einfluß welchen „die gebildeten und wohlhabenden Classen“ auf die Entstehung der Revolution übten, bestand darin daß sie „in neuerer Zeit nur einen Zweck verfolgten, Erwerb von Reichthum und Befriedigung aller daraus entstehenden Gelüste.“ Welch glückselige Zustände dagegen in Rußland! Sein Mangel an Bevölkerung gibt jedem einzelnen die Möglichkeit sich geschäftlich aufs weiteste auszubreiten, die ständische Gliederung seiner Bevölkerung weist jedem einzelnen den bestimmtesten Kreis an für Leben und Bedürfnisse. „Die Entwicklung des russischen Fabrik- und Manufacturwesens beruht auf ganz andern Grundlagen als diejenige der westlichen Länder, und hängt mit der Eigenthümlichkeit des Landes zusammen,“ was natürlich weder in Deutschland noch in Frankreich der Fall ist. Nur ganz beiläufig hören wir: wenn das Zoll- und Handelsschutzsystem für die innere Industrie bei allen übrigen Staaten gehoben und dadurch „ein anderes und zwar natürlicheres Productions- und Handelsverhältniß in ganz Europa und auch in Rußland sich bilden würde, so dürfte in vielen Gouvernements durch die gößere Nachfrage des Auslands und den erhöhteren Preis die Production der Rohproducte zu-, und die jetzige Fabrikindustrie in den Gouvernements wo sie mit der Wohlfeilheit und Güte der ausländischen Manufacturwaaren nicht concurriren konnte, abnehmen.“ Uebrigens „leidet auch Rußland, wie das übrige Europa, an Mehrproduction als Consumtion, aber nicht an Industrie- und Manufacturwaaren, sondern an den zur Erhaltung der Menschen und Thiere unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen. In allen Provinzen des großen Reichs hat der Mensch noch ein ungeheures Feld seiner Thätigkeit ꝛc., weder kann die übergroße Concurrenz der Menschen wie im Westen, noch der Mangel an Objecten zur Beschäftigung und zum Verdienst in vielen Generationen die ernste Aufmerksamkeit des Staats auf sich ziehen, noch viel weniger seine Ruhe erschüttern. Von dieser Seite kann er also die Ausgleichung der Arbeiterinteressen nur seinen Unterthanen getrost selbst überlassen, und der Entwicklung dieser Frage im Ausland als eines in Rußland gar nicht vorhandenen Gegenstandes ebenso ruhig zusehen.“

Man erlaubt uns wohl über einige der folgenden dieser langathmigen Sätze wegzuspringen. Sie sollen uns zeigen wie der Standesvorzug in Rußland nur auf Bildung und Dienstpflicht, sein materieller Bestand auf Grundbesitz gebaut ist. Der Vorzug eines mangelnden Mittelstandes besteht darin daß „in dem russischen Adel der in den westlichen Ländern Europa's schroff vom Adel getrennte, durch höhere Bildung sich auszeichnende Mittelstand, der dortige Träger der Wissenschaft und Cultur vereinigt ist, während der (natürlich nicht zu den Trägern der Cultur gehörige) Kaufmann und Gewerker hier wie dort (?) besondere Corporationsverhältnisse bilden. Während im Ausland die besondere Rivalität zwischen dem Adel und dem Bürgerstande in der eigentlichen Classe der Literaten ihre Wurzel hat, und jetzt dem deutschen Adel auch wirklich den letzten Schein der Bevorzugung mit Ausnahme des Titels entwunden hat, so kann in Rußland nach dem obgedachten Standesverhältniß gar keine feindliche Rivalität dieser Classen, sondern nur eine dem Staate nützliche, d. h. eine solche die sich einen höhern Rang durch Diensteifer zu erwerben strebt, stattfinden. Es kann also der Adel nach dem russischen Institut niemals aufhören das amtlich bewegende Princip der ganzen Staatsmaschine zu seyn, und daher den Einfluß als nothwendig gebildete erste Classe der bürgerlichen Staatsgesellschaft auf die übrigen zu bewahren.“ Wir müßten es im Interesse der Cultur bedauern wenn die westeuropäische Bewegung nicht sofort nach Durchlesung des Rechenberg-Linten'schen Buches ihre Richtung auf Erstrebung russischer Gesellschaftszustände nähme; und was den politischen Einheitsgedanken Deutschlands anbelangt, so erfahren wir aus diesem schätzbaren Beitrag zur Kritik der europäischen Gegenwart daß „das was Deutschland zu begründen strebt, die Einheit einer großen stammverwandten Nationalität durch eine concentrisch wirkende Kraft, in Rußland durch die Einheit der Staatsregierung bereits vollendet ist.“ Wollte aber Deutschland in seiner Abneigung gegen Rußland auch trotz der schließlichen Strafrede des Hrn. Verfassers beharren, so möge es wissen daß „eine solche einseitig und ohne alle Veranlassung hervorgerufene Animosität eines Volks gegen das andere einem für beide seither so nützlichen, vielseitigen Verkehr schadet, die Nationalitäten noch mehr von einander absondert und selbst aus den sprachverwandten Provinzen Rußlands immer mehr die Sympathien der Abstammung entfernt. Deutschland täuscht sich! Es wird den alten Waffengefährten von 1813 ꝛc. verlieren, und den damaligen Feind als Freund nicht gewinnen.“

Wir mögen solche grundverkehrte, fragmentarische und vielleicht auch absichtlich verwirrende Auffassungen der europäischen Revolution belächeln, trotzdem dürfen wir sie nicht unterschätzen. Sie bezeichnen in Rußland keine isolirte Parteimeinung, sondern die von der Regierung — man denke an die verschiedenen Proclamationen und Aufrufe seit dem März 1848! — alleingültig hingestellte Wahrheit. Wir mögen nicht glauben daß Hr. v. Rechenberg-Linten die eben charakterisirte Schrift in höherem Auftrag verfaßte, wie man gern bei jeder derartigen Erscheinung voraussetzt, und wofür im vorliegenden Fall durch die amtliche Stellung des Verfassers im baltischen Gouvernement noch ein Vermuthungsgrund mehr gegeben wäre. Denn obgleich die Schrift offenbar auf Deutschland berechnet ist, erschiene sie doch als ein gar zu plumper und kenntnißloser Nachfolger der ehemals desavouirten „Pentarchie“. Dagegen dürfen wir nicht vergessen daß Rußland von denselben Grundgedanken über das Wesen der Revolution seine Stellung zur europäischen Bewegung bedingt und gerechtfertigt erachtet. Allerdings ist diese, selbst bei der ungarischen Intervention, wenn wir dem Wortlaut der Proclamationen und Circularnoten folgen, eine rein defensive. Allein wir dürfen auch weiter fragen: ob nicht diese Defensive sich in ihrer Consequenz zur Offensive gestalten muß? Die allgemeine Stimme hat darüber entschieden, sie bezeichnet die ungarische Intervention nur als erste äußere Erscheinung der mit diplomatischen Kampfmitteln bereits in Oesterreich siegreich begonnenen und Land für Land weiter zu tragenden Offensive des absoluten und dynastischen gegen das constitutionelle und volksthümliche Princip. Die öffentliche Meinung, in der Machtlosigkeit solchen diplomatischen Angriffen mit Erfolg entgegenzustehen, tröstet sich mit dem „Koloß auf thönernen Füßen“. Wer Rußland kennt, kann diesem Troste wenigstens nur bedingt beistimmen, vor allem aber nicht das gläubige Vertrauen hegen daß in der russischen Bevölkerung wie Regierung die eigne Ueberzeugung von einer moralischen Nichtberechtigung zum Kampfe gegen die bewegenden Ideen Westeuropa's dessen rücksichtslosestem Unternehmen entgegenstehe. Die Zusammenstellung dieser angeblich historisch wie politisch begründeten Berechtigungen Rußlands finden wir vielmehr in einem von zwar sehr schreibseliger und befangener Feder geschaffenen, doch eben jetzt und in dieser Beziehung nicht interesselosen Schriftchen unter dem Titel: „Die Weltstellung Rußlands in der Gegenwart“ von J. Sporschil. Man erläßt uns gewiß die nähere Bezeichnung der langen Einleitung welche sich mit großer Emphase auf jene Zeit beruft da „in den glorreichsten Tagen der Erhebung Deutschlands Deutsche und Russen neben- und füreinander auf denselben Schlachtfeldern ihr Blut verspritzten.“ Wir übergehen auch die noch hierher gehörigen Abschnitte, in denen Rußland gegen jedes Eroberungsgelüste vertheidigt

und uns versichert wird was bisher in solchem Lichte habe erscheinen können, sey nur „nach dem Gesetz der Nothwendigkeit“ erfolgt, ein Gesetz welches unsers Wissens noch bisher jeder Eroberer zu seiner Rechtfertigung citirt hat. Dennoch heißt es hernach kurzweg weiter: „Wenn nun die Furcht, diese fruchtbare Mutter des Hasses, die Furcht Rußland strebe nach weiterer Ausdehnung gegen Westen weil es bis an und über die Weichsel vordrang, einen stichhaltigen Grund nicht hat, aber dennoch in Deutschland eingewurzelt zu seyn scheint, so läßt sich für sie kaum eine andere Ursache auffinden als daß man das russische Reich fürchtet weil es mächtig ist.“ Hierauf folgen einige Gänge für die Vortrefflichkeit der czarisch-absolutistischen Staatsform, schließlich wird dann aber wieder im Gegensatz zu der eben angeführten Phrase erwiesen daß der Haß gegen Rußland „keineswegs in der Furcht vor einer Ausdehnung Rußlands an oder über die Oder“ begründet sey, sondern nur dahinging Deutschland deßhalb in einen Krieg mit Rußland zu verwickeln, „damit das Reich der Polen, welche seit langer Zeit, statt auf Gott zu bauen, sich mit der Revolution verbündet haben, in seinem alten Umfang wiederhergestellt werde, und das große Kaiserreich Rußland zurücksinke und einschrumpfe in ein moskowittisches Großfürstenthum.“

Die Abneigung Deutschlands gegen Rußland ist also versteckte Eroberungslust? Daß Rußland als erbitterter Feind der Freiheit dargestellt wird, beantwortet der Verfasser mit der Gegenfrage: „Wo hat denn Rußland bei den Völkerschaften, über denen es jetzt herrscht, Freiheit gefunden?“ Er kennt also, von allen Eroberungen und Gewinnungen zu schweigen, die Thatsache nicht daß in Moskowien selber der czarische Absolutismus an die Stelle eines ständisch beschränkten Monarchismus getreten ist. Dagegen will er zur Rechtfertigung des absolutistisch uniformirenden Princips geltend machen: „daß außer dem Selbstzweck des Staates (?) alle christlichen Staaten ein gemeinsames Höchstes anerkennen, zu dessen Verwirklichung sie von der Vorsehung Gottes in das Leben gerufen sind. Dieses Höchste ist alleinige Herrschaft des Rechts. Wenn man die Staaten von diesem erhabenen Standpunkt betrachtet, so wird man auch in Rußland eines der wesentlichen Glieder der christlichen Staatsfamilie ehren müssen. Wenn es die unumschränkte Herrschaftsform ist durch welche bei der eigenthümlichen Beschaffenheit des russischen Reichs dieser Zweck am sichersten der Verwirklichung nahe gebracht wird, was hat da der Abendländer den großen Monarchen des Ostens zu tadeln daß er sie übt, daß er sie als sein heiligstes Attribut ansieht? Sucht er doch keinem andern unabhängigen Staat diese Herrschaftsform aufzudringen, und ehrt allenthalben diejenige welche zu Recht besteht.“

Diese Aufstellungen, für deren Schlußsatz namentlich den Ostseeprovinzen, Finnland, Polen und die Kosakenländer Zeugniß ablegen, bilden den Uebergang zu dem Beweise daß zwar Rußlands Aufgabe keineswegs bloß gen Asien gerichtet sey, daß es aber auch „nicht das Abendland zu erobern gesucht hat, sondern von dorther im Jahr 1812 sein Sturz durch Napoleon versucht worden ist.“ Der Kern der russischen Macht liege in Europa, Rußland könne also auch nicht zur Ausführung seiner asiatischen Aufgabe schreiten „wenn es nicht im Kerne seiner Macht, in Europa, vollkommen gesichert und in den Angelegenheiten dieses Welttheils fortwährend ein gewichtiges Wort zu sprechen in der Verfassung wäre.“ Das nöthige „Recht der Intervention“ gab ihm das auf dem Troppau-Laibacher Congreß festgestellte Princip der Intervention. Könnte etwas klarer seyn als solcher Beweis für Rußlands Berechtigung zu allen ihm dienlich erscheinenden Einmischungen in nichtrussische Gestaltungen? Hat nicht besonders noch neulich jene Denkschrift des auswärtigen Ministeriums zu Petersburg diese Berechtigung in eine Pflicht des christlichen Staates verwandelt, indem sie erwies daß die westeuropäische Revolution nur eine Folge weitverbreiteter Irreligiosität sey, an deren Stelle Rußland die Fahne des Glaubens aufpflanzen müsse? Geht nicht christliche Liebe durch alle neuen diplomatischen Einflüsse Rußlands auf die Gestaltung Europa's? Wer möchte darum Hrn. Sporschils Begeisterung stören, womit er die heilige Allianz begrüßt? „Es bildet einen eigenthümlichen Gegensatz, ruft er, zu den Vorwürfen der Barbarei und Unchristlichkeit daß gerade die edelste und menschenfreundlichste aller Urkunden, diejenige in welcher seit Anbeginn der Geschichte zum erstenmal von den Fürsten der Erde in feierlichem Vertrage der Grundsatz ausgesprochen wurde: daß die europäische Staatenwelt nur eine Familie bilde, in welcher für die Fürsten wie für die Unterthanen christliche Bruderliebe als höchstes Gesetz gelten müsse — daß, sage ich, gerade diese Urkunde von dem russischen Autokraten ausgegangen ist.“ Daß dieser Vertrag nicht in jenem Sinne zur Ausführung kam, verschuldeten wieder nur die „zu wild gährenden Leidenschaften der europäischen Menschheit.“ Und solcher unsinnig gährenden Leidenschaftlichkeit gegenüber entstand der Congreß zu Verona, dessen Circulardepesche ausdrücklich sagt daß die Monarchen entschlossen seyen „die Maxime der Rebellion, an welchem Ort und in welcher Gestalt sie sich auch zeigen möchte, zurückzuweisen.“ Daß trotzdem Alexander „unumschränkter Herrscher, wie er war“, dem griechischen „Aufruhr“ gegenüber nicht weiter gehen durfte „als bis zur Verdammung desselben auf dem Congreß zu Verona, geschah aus Rücksicht auf die Gefühle seines Volks.“ Daß sich endlich Rußland mit England und Frankreich „zu Gunsten der Griechen einmischte“, hat „die Mäßigung“ wieder gut gemacht „mit welcher Kaiser Nikolaus nach den glücklichen und großen Erfolgen des Feldzugs von 1829 in Schließung des Friedens von Adrianopel sich benahm.“ Freilich habe das Princip der Intervention, geht dann die Erörterung weiter, jene Probe nicht bestanden auf welche es durch den Ausgang der Juliusrevolution 1830 gestellt worden sey, denn die Großmächte „sahen die binnen drei Tagen vollbrachte dritte Vertreibung der ältern Linie der Bourbonen als unwiderrufliche Entscheidung des Schicksals an.“ Ziemlich dasselbe Verhältniß herrsche auch jetzt gegenüber der gesammten westeuropäischen Revolution. Rußland habe ebenfalls durch seine Proclamationen bewiesen daß es sich auf dem Boden der Neutralität zu halten gedenke. Trotzdem sey damit das Princip der Intervention von Rußland nicht aufgegeben, sondern nur auf das richtige Maß zurückgeführt worden; „es hat von jeher als völkerrechtlicher Grundsatz gegolten daß jedem unabhängigen Staate das Recht zustehe auch außerhalb seiner Gränzen alles zu beseitigen was den gesetzlichen Zustand in seinem eigenen Innern auf irgendeine Weise gefährdet.“ Darum hat Rußland „ausdrücklich für den Fall als es in Europa im Gefolge der Umwälzungen zum Kriege käme, wie es in der Natur der Dinge liegt, sich vorbehalten nach seinem nationalen Interesse zu entscheiden ob und bis zu welchem Grade es an den Streitigkeiten von Staat zu Staat, von Volk zu Volk theilnehmen werde. Es hat ferner erklärt daß es niemals eine Veränderung des politischen und territorialen Gleichgewichts dulden werde welche gegen seine Ansicht erfolgen sollte.“ Die Bildung eines deutschen Bundesstaates könne es vor allem nicht dulden. Denn „nicht von den Völkern geht dieses Experiment aus, sondern von den Fürsten, von einer der europäischen Großmächte. Das schneidet zu tief in die Verträge von 1815 ein, das rührt zu gewaltig an die Grundlagen auf welchen seit dieser Zeit das mitteleuropäische Staatensystem beruhte, als daß Rußland ein gleichgültiger Zuschauer bleiben könnte. In der That, die Weltstellung Rußlands ist von der Art daß nach der in kurzer Zeit zu erwartenden Darniedertretung des ungarischen Aufstandes es als mindest betheiligte und am festesten stehende Continentalmacht berufen erscheint durch seine vermittelnde Dazwischenkunft die Wirren zu lösen, welche in einen Knäuel zusammengeballt sind den die Gewalt des Schwertes zwar zerhauen, aber nur hohe Staatsweisheit, vollendete Uneigennützigkeit und erhabene Menschenliebe in wohlthätiger und befriedigender Art wieder in einen knotenlosen reinen glänzenden Faden verwandeln können.“

Mit diesem edlen Bilde von Rußlands politischem Charakter schließt dieß Buch, welches allerdings weder in litterarischer Hinsicht noch seiner Ursprungsquelle nach, wohl aber als symptomatische Erscheinung dessen was uns von östlicher Seite droht für wichtig zu erachten. Rußland hat sich „nach seinem nationalen Interesse“ die Entscheidung darüber vorbehalten „ob und bis zu welchem Grade es an den Streitigkeiten von Staat zu Staat, von Volk zu Volk theilnehmen werde.“ Diese Erläuterung der Petersburger Zeitung zum Manifest vom 26 März 1848 gegen die Helden ist wichtiger als jener später zurückgenommene Zornesausbruch selbst. Er bezeichnet Rußlands Wollen in seinem ganzen Umfang.

Reise-Eindrücke im österreichischen Kaiserstaat.

II.

* **Aus Oesterreich,** im Herbst. Wir haben in der ersten Mittheilung einige Blicke auf Böhmen und die dortigen Zustände geworfen. Unser Weg führt uns jetzt in das Herz des Kaiserstaates, in das eigentliche Oesterreich, die deutscheste seiner deutschen Provinzen und deren Hauptstadt, Wien. Wir können nicht umhin dabei das Wie unserer Reise in Betrachtung zu ziehen, indem darin ein gewichtvolles Zeugniß für die industriellen und financiellen Zustände des Reiches liegt. Auf der Eisenbahn werden wir von Prag nach Wien geführt, größtentheils eine Staats-Eisenbahn; doch weniger kommt der vollendete Theil jetzt in Betrachtung als dessen Ergänzung in nördlicher Richtung, nach Dresden. Diese noch im Bau begriffene Strecke, und die welche wir befahren über Brünn, gehören beide einer Bahn an, und sind auch durch einen prachtvollen Bahnhof in Prag vereinigt. Von diesem aus führt auf der Dresdner Strecke sogleich ein Viaduct nebst einer Brücke über die Moldau und durch das Thal derselben — ein Viaduct welcher an Ausdehnung und imponirender Aeußerlichkeit schwerlich seines Gleichen auf den deutschen Bahnen hat. In 92 hohen, aus Quadern construirten Bogen zieht er sich über Strom und Thal hin, und bildet so ge-

wissermaßen das Triumph-Eingangsthor zu einem der kolossalsten Bauwerke unseres Vaterlandes, eben jener noch nicht ganz vollendeten Bahn zwischen Prag und Dresden. Es ist dieß ein Werk welches sowohl auf sächsischer als auf böhmischer Seite eine Kette von äußersten Hindernissen zu überwinden gehabt hat. Fast der ganze Bahnkörper, von Pirna (bei Dresden) ab bis Raudnitz in Böhmen, an der Elbe, wo die Bahn im Elbthal hinläuft, bildet einen kolossalen Steindamm, in Sachsen nur von *Quadern* ausgeführt. Von Raudnitz an verläßt die Bahn das Elbthal und durchschneidet das Land, um jedoch sehr bald das Moldauthal wieder zu gewinnen, um dieses ebenfalls auf fast ununterbrochen fortlaufendem Steindamm zu verfolgen. Die Dämme wechseln ab mit Felsabsprengungen, Tunneln (z. B. bei Tetschen), prächtigen Brücken, über die Eger, Moldau, Wila, und Viaducten über tiefere Thaleinschnitte. Oft ist der Bahndamm fortlaufend durch Schwiebbogen gestützt; hochgemauerte Wasserdurchlässe, um den Bergströmen Ausmündung zu geben, sind in großer Menge vorhanden, und nicht selten hat auch noch der Druck des Gebirgs zur Seite, durch Futtermauern von 20 und mehr Ellen Höhe, und 7 — 8 Ellen Stärke im Fuß, abgewehrt werden müssen. Die Kosten dieses ungeheuern Werks müssen diesen Bauten entsprechend seyn, doch — es wird ein Schleier des Geheimnisses darüber gebreitet. Die Abschätzung dürfte aber die Herstellung der Meile wohl auf 1,200,000 Gulden Silber, vielleicht noch höher annehmen lassen.

Aber eben diese Kosten sind es die dem Werk für unsre Betrachtung jetzt eine so große Bedeutung geben! Ein Staat der einen solchen Bau in solchen Zeiten wie die Jahre 1848 — 49 nicht stocken läßt, sondern mit Energie fortführt, und dabei noch in andern Landestheilen (wir werden später darauf kommen) ähnliches gleichzeitig ausführt, muß ein unerschöpflich zu nennendes inneres Lebensmark haben. Was hat Oesterreich seit anderthalb Jahren überwunden! Eine vulcanische Eruption in der Residenz die in den Märztagen des Jahres 1848 alle Glieder des Reiches auseinandersprengte, Wiederholungen dieser Explosionen in Mailand, Prag und Wien selbst. Ein Flammenmeer des Kriegs und Aufruhrs in Ungarn, ein zweites jenseits der Alpen. Unabsehbare Belagerungen — Venedig und Komorn — welche ganze Heertheile paralysirten, Kriege wo die vaterländischen Heere auf eigenem Grund und Boden wie auf unterhöhltem Lavaboden standen — zweifache Flucht des Regentenhauses — Nothwendigkeit die eigene Hauptstadt wieder zu erobern — und dennoch heut steht es, Dank seinem beharrlichen Muth, in gesammelter Kraft da, geehrt nach außen, kraftvoll nach innen. Unter solchen Umständen ist es allerdings bemerkenswerth daß man auf einer noch in der Fortsetzung begriffenen Eisenbahn, die auf das reichste mit Betriebsmitteln versehen ist, sich der lebenvollsten Frequenz erfreut, den Weg von Prag nach Wien zurücklegt. Auch an sich bietet diese Strecke durch die Großartigkeit des Baues vieles höchst merkwürdige dar; so namentlich die letzten beiden Stationen vor Brünn, die ein reizendes Thal mittelst einer Reihe von Tunneln durchschneiden. Auch ernste geschichtliche Mahnungen empfangen wir, indem wir das Schlachtfeld von *Kollin* kreuzen, später zur Linken nach Preßburg zu, das *Marchfeld* überschauen, endlich kurz vor Wien über die Kampffelder von *Wagram* hinfliegen.

Doch die noch in frischen Erinnerungen lebenden Bilder der neuesten Zeit drängen jene ferneren zurück. Schwer ist das Gefühl zu schildern mit welchem wir die erste Donaubrücke überschreiten die in den Octobertagen mit zu den Hauptkampfsplätzen gehörte! Es war die erste Mahnung an jene Tage des Schreckens die dem sonst so lebensheitern Wien, in dem die harmloseste Bevölkerung wohnt die vielleicht jemals eine große Stadt belebte, einen Stempel aufgedrückt haben dessen düstre Spuren ewig unverlöschlich seyn werden — Tage des Schreckens welche es in eine Bahn und Richtung werfen die so außerhalb der innersten Natur und Gesinnung seiner Bewohner liegt daß, ohne eine unnatürliche, gewaltsame Einimpfung fremder Elemente in das ursprünglich österreichische Blut, diese wilde Gährung etwas rein unmögliches gewesen wäre! — — Doch hat uns nicht die ganze deutsche Lebenswelt in den letztverwichenen anderthalb Jahren solche psychische Räthsel aufgegeben? Unsere Zeit ist eine so schauerliche Sphinx daß die thebanische dagegen wie ein harmloses Reh erscheint, mit dem man das leichte Spielwerk gefahrlos treiben kann.

Es war ein Sonntag, verschönt durch das heiterste, mildwarme Septemberwetter, in den Vormittagsstunden wo wir Wien wieder begrüßten, das von allen früheren Besuchen her nur Erinnerungen an seinen Glanz, seine Schönheit, seine harmlosen Freudenzustände zurückgelassen hatte. Das äußerlich heitere Antlitz, die glänzende Sonntagstracht in der es sich auch jetzt darstellte, konnte die düstern Contraste nur erhöhen wenn wir das innere Auge auf die jüngst verflossenen Zustände richteten. Die *Jägerzeile*, an welcher der Bahnhof liegt, war belebt von Spaziergängern und Wagen die dem Prater zueilten; zwar nicht jene durch Ueberfülle und Pracht fast drückend imponirenden Praterfahrten von vordem, doch immerhin ein reges, heitres, lebenvolles Verkehren. Der Omnibus führte uns durch diese bunte, bewegte Welt zu einem verhängnißvollen Punkt, dem *rothen Thurmthor*, das mit am schärfsten vertheidigt worden. Ueberhaupt war dieses ganze, jetzt so lebensprudelnde Stadtgebiet mit das des heftigsten Kampfes! Der heitere Anblick erregte fast Schauer; einzig der finstre Stephansthurm blickte so ernst wie die Zeit es verlangt, herüber aus dem Herzen der Stadt auf die leichtsinnig vergeßliche Vorstadt, und von seiner Spitze wehte ein ungewohnter Schmuck, eine *schwarzgelbe* Fahne! — —

Es war mein erster Weg diesen Schauplatz der Bürgerkämpfe, den ich rasch durchfahren, nun genauer zu beschauen, von einem Führer angewiesen der mich zu den einzelnen bedeutsamsten Punkten leitete. Es konnte mich nicht Wunder nehmen daß die Jägerzeile, wo die Schlacht am unablässigsten gebraust, die Schrecken der Flammen am heftigsten gehaust, fast keine Spuren der Verwüstung mehr zeigte. Hatte ich doch Dresden, das erst im Mai die grauenvollen Schrecken politischer Wahnsinnsgährung, und im Verhältniß zu dem kleineren Gebiet viel furchtbarer erfahren, *schon am nächsten Mittag* nach der Uebergabe ohne alle Barricade noch sonstiges Verkehrshinderniß gesehen, und im Julius bereits, mit Ausnahme der Theater- und Zwinger-Ruinen, so völlig hergestellt gefunden daß keine einzige Narbe der tausendfältigen Wunden mehr zu entdecken war! Allein mein Führer zeigte mir doch gar manches Haus wo an der Neuherstellung die Verwüstung zu messen war, und einige wo es den Besitzern muthmaßlich an Geld gefehlt, boten im Innern noch die traurig schweigenden Stätten der Zerstörung dar. „Wir werden es an andern Stellen," — sagte er, denn jetzt durchwandelten wir nur die Jägerzeile, — „schon anders finden!"

Wir standen am Prater. Hier war halbmondförmig die größte Barricade errichtet, und mit vier Kanonen besetzt gewesen. Dennoch ist sie kaum vertheidigt worden, und die Schaaren der Aufständischen zogen sich bis auf die Hälfte der Jägerzeile zurück, wo an der Johanniskirche eine zweite kleinere Barricade ebenfalls nur momentan gehalten wurde. Sobald der wirkliche ernste Angriff geschah, warf sich alles in die innere Stadt, hinter den Donauarm und die starken Mauern zurück.

In den Seitenstraßen der Jägerzeile, außerhalb, in der Franzensallee, stehen noch viele zerstörte Gebäude als Trauerdenkmale der Kampfzeit da. So eine große Zuckersiederei, und nach der andern Seite das vielgenannte Gebäude des *Odeums*. „Es war ein furchtbarer Anblick am 28 October," sprach mein Führer, „als hier rings und auch an der andern Linie der Stadt alles in Flammen stand! die Nacht war hell wie der Tag!" — Und die Seelen düster wie die Nacht, setzte ich innerlich hinzu! — Es war mir darum zu thun das Wort eines schlichten Mannes aus dem Volk gerade über die Zerstörung des Odeums zu hören. Bekanntlich wurden dort die Vorträge über den Deutsch-Katholicismus gehalten (der späterhin von seinen Hauptverkündigern geradehin als eine Verlarvung rein politischer Tendenzen bekannt worden ist) und zwar nicht in jener Weise wie er vor drei, vier Jahren auftrat, mit Mäßigung und Besonnenheit, so daß er sich Anhänger unter den Besten im Lande erwarb, sondern in einem Geist des Zelotismus, der Zerstörung, der wildesten Wuth und Anfeindung der gar kein Maß und keine Gränzen in sich selbst kannte. Der Saal, ursprünglich einer der vielen großen Tanzsäle Wiens, bot dazu den förderndsten Raum, da er 10 — 12,000 Menschen gefaßt haben soll; eine Angabe die ich indessen doch bezweifle, obgleich seine 20 ausgebrannten Fensterhöhlen in *einer* Linie einen großen Maßstab für die Geräumigkeit darbieten. Indem ich durch die Ritzen des absperrenden Zaunes die Trümmer betrachtete, fragte ich einen älteren Bürger: „Weßhalb ist denn gerade dieses Gebäude so gänzlich zerstört worden, da doch hier kein Kampf stattgefunden haben kann!" — „O lieber Herr," erwiederte er in seiner treuherzigen österreichischen Mundart, das *mußte* wohl zerstört werden! Dort haben sie gar zu lästerliches Zeug getrieben! Es graut einem nur davon zu sprechen!" — „Ich meinte," entgegnete ich, „die dort gehaltenen Vorträge hätten vielen Beifall gehabt, und das Volk ihnen namentlich mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört." — Der Bürger schüttelte den Kopf. „Hingelaufen sind sie! Sie wollten's doch mit eigenen Ohren hören, und mit eigenen Augen schauen was man keinem Menschen glauben mochte! — Aber es war grauenvoll! — Sagen durfte das zu der Zeit niemand; aber daheim in den Häusern da haben die Frauen die Hände gerungen, und alle Guten und Vernünftigen bitter geseufzt daß solcher Gräuel getrieben wurde. Das mußte wohl Unheil bringen!" — „Die Croaten haben das Gebäude zerstört? Nicht wahr?" fragte ich. — „Und wenn es die Croaten nicht zerstört hätten, das hätten wir selbst zerstört, da durfte kein Stein auf dem andern bleiben!" — Der Glaube und wenn er irrt — und welcher hätte die Wahrheit allein? — bleibt ein unantastbares Gut der Völker! Rühret nicht daran! Vollends mit so frevler Hand, mit einstürmender Wuth! Im vollsten Verstandesrecht bleibt ihr

doch im vollsten Unrecht der That! Möchte das Schicksal des Odeums der Zeit eine Lehre seyn die an so vieles die bilderstürmerische Art gelegt was dem geheiligten Gebiet des **Glaubens** angehört, wenngleich nicht immer dem des religiösen! Der Glaube der Völker an die Könige ist auch ein Heiligthum des Herzens! Ihr wollt ihn ausrotten — aber sehet zu was Ihr besseres dafür bieten möget, sonst kann die Schneide eures scharfen Vertilgungsschwertes urplötzlich mit zweifacher Schneide auf Euch zurückschlagen! — —

Wandern wir weiter, in dem — schönen Wien!

Die Goethefeier in Weimar und die Vorschläge zu einer Goethestiftung.

⊃ **Weimar.** In den meisten Gegenden des Vaterlandes hat die Feier von Goethe's Geburtsjubiläum, wie sie überhaupt die edleren Besinnungskräfte unseres Volkes in einen fast unverhofften heilsamen Schwung setzte, auch auf die bildende Kunst mit Recht, da sie ja des Dichters halbes Leben war, eine erfreuliche Wirkung geäußert. In Berlin und Dresden, in Leipzig und Frankfurt, in München und Düsseldorf hat das Fest theils nur zu seinem Schmuck erschienene, theils der Erinnerung und längerem Genuß geeignete Kunstwerke hervorgerufen. Ein Ueberblick über alle solche Leistungen auch an andern Orten könnte zugleich so ziemlich zum Maßstab der Verbreitung und Regsamkeit des Kunstgeistes im Vaterlande dienen. Als ein Beitrag hierzu möge die Erwähnung von Hervorbringungen gleichen Bezugs in Goethe's zweiter Heimath **Weimar** die freundliche Aufmerksamkeit Ihrer Leser finden.

Blätter welche Bildnisse des Dichters erneuten oder in verschiedenen Altersstufen zusammenstellten, übergehend nenn' ich zuerst ein großes Oelgemälde von **Martersteig**, das den Saal der Festtafel schmückte. In der Mitte, erhöht und im hellsten Lichte, die Wiege, der zunächst die Musen der Dichtung sich anschließen, enthält es zu den Seiten hervor in dichter Gruppirung die Hauptgestalten der Goethe'schen Schöpfungen, während oberhalb im Dämmerlicht andere seiner Phantasien, in zwei Hauptgruppen von lebhafter Bewegung getheilt, einander entgegenschweben. Der Reichthum der Vorstellung und die entschiedene Haltung und Wirkung im ganzen, im einzelnen die plastische Gruppirung der Göttinnen an der Wiege, würde überall Anerkennung und muß Bewunderung erregen, wenn man zudem weiß daß der Künstler, der nur kurz vor dem Fest eintreffen konnte, das energische Werk binnen vier Tagen vollendet hat. Die Festkarte, gezeichnet und radirt von **C. Thon**, hob über Stufen, woran hier die Stadt, die Ilm und Fama, dort Bewundernde jedes Geschlechts und Alters ruhen, über bezeichnend geschmücktem Cippus Goethe's Büste zwischen den schwebenden Figuren der Poesie und Wahrheit empor. Beiderseits in Lüften, zum leichten Geistertanz verwebt, die kenntlichen Kinder seiner Phantasie in mannichfachen Bewegungen. Der Dichter selbst plastisch in ganzer Gestalt, nach Rauchs Statuette überlebensgroß ausgeführt von **Hütter**, auf dem Platz vor seinem Haus erhöht, war am offenen Tag und bei festlicher Abendbeleuchtung allen ein erfreulicher Anblick. **Luise Seidler**, wohlbekannt dem deutschen Künstlerkreise, der in Rom die neuere Erhebung unserer Geschichtsmalerei vorbereitet hat, auch Goethe's Verehrern durch die Briefe die er mit ihr wechselte, wohlbekannt, konnte diesen Gedächtnißtag nicht ohne ein Zeichen des anregenden Verhältnisses lassen in welchem sie bei Leben des Dichterkönigs zu ihm zu stehen das Glück hatte. Die Zeichnung die sie wählte, ist durch ihre allegorische Natur geeignet an das Thema mancher Unterhaltungen Goethe's mit ihr zu erinnern, da er sie gern auf die Schwierigkeit, die Mittel und Gränzen sinnbildlicher Darstellungen lenkte, die Künstlerin auch zu Entwürfen der Art veranlaßte, an die sich sodann weitere Besprechungen knüpften. Der Gegenstand stellt die in Goethe's Lebensbild und in seiner Kunstthätigkeit einig unterschiedenen und getrennt vereinigten Potenzen **Dichtung** und **Wahrheit** in anschaulichem Gegensatze dar. Die Gestalt der Wahrheit, eine Distel zur Seite, im Rücken blühende Saat, Garben vor den Füßen, nach der Linken den Spaten, in der Rechten, die im Schooße ruht, Spindel und Wocken, blickt auf zur Dichtung, die geflügelt, den Stern über dem Haupte, mit beiden Händen Blumen streuend, vor ihr frei schwebt über dem Spiegel der Bucht, deren malerische Ufer den Hintergrund bilden. Dort die Ruhe auf dem Boden der Arbeit, hier Schwung und Hebung sind in den Gewändern um so sicherer ausgeführt als die Künstlerin denselben Gegenstand früherhin im großen Carton durchgebildet und in ähnlicher Fassung in einem Gemälde dargestellt hat. Hier in mäßigem Umfang (Klein-Folio), gestochen von **Andorf**, dürfte sich das Blatt, wohlfeil vervielfältigt, als Erinnerung an die Säcularfeier und Goethe's Beziehung zur Kunst seinen Verehrern und den Mappen der Kunstfreunde empfehlen.

Endlich erregte noch in der Festausstellung zu Weimar, die eine Mannichfaltigkeit durchaus auf den Dichter bezüglicher Gegenstände vereinigte, besondere Aufmerksamkeit eine plastische Skizze, die zwar nicht hier, sondern in Berlin durch **Rauch** entstanden, aber auf Anregung des Erbgroßherzogs von Weimar beschleunigt und hieher gesendet war. Es ist der Entwurf einer statuarischen Gruppe von Schiller und Goethe. Die Schwierigkeit zwei höchst individuelle Gestalten, deren jede so selbständig bedeutend ist, plastisch zu combiniren, hat Rauch in dieser Anlage auf ungezwungene Weise gelöst, ja zur besondern Charakteristik gewendet. Daß es Dichter, zum mindesten daß es Männer der Begeisterung, und durch diese Begeisterung Verbundene sind, müßte der Gruppe selbst der ansehen dem die Züge der Urbilder, ihr Wirken und ihre Freundschaft unbekannt wären. Und doch sind die Attribute aufs mäßigste beschränkt. Einfachreiche antike Gewandung, aber keine Zweige im Haar, keine Leier, nur eine leichtgeöffnete Schriftrolle in Schillers, ein Kranz in Goethe's Hand, und zwischen beiden sichtbar werdend ein Altar, vor dem sie stehen. Aber das Motiv welches die Weihe, die der Altar andeutet, aus den Gestalten reden läßt, verknüpft dieselben in einem lebendigen Moment dergestalt daß das eine Attribut das Schiller, und das andere das Goethe hält, sich kreuzend, beide zu gemeinsamen, dem einen sowohl als dem andern Dichter, jedoch in charakteristischer Unterscheidung angehörigen Symbolen werden. Schiller nämlich, dessen Gestalt und Antlitz in einer Erhebung begriffen ist, der auch die Linke etwas aus dem Gewande herauf bewegt, reicht mit der Rechten, als träte er eben mit seinem Werk vor die Oeffentlichkeit, das Manuscript hervor, und diesen Arm faßt, bei der Handwurzel hebend, ermunternd, theilnehmend der ältere Dichter mit seiner Rechten, der, in anschließender Stellung, mit ernstem Wohlwollen das Antlitz neigt und die Linke mit dem Kranz auf Schillers Schulter ruhen läßt. Zwischen beiden also schwebt der Kranz: der eine hat ihn, doch so daß er nicht für sich, sondern für den andern ihn bereit zu halten scheint; und beide sind, in diesem Augenblick des Kranzes vergessend, mit der Geistesgabe beschäftigt die der eine darreicht, die aber herauszuheben auch der andere mit anfaßt, so daß nicht minder das Symbol der Thätigkeit beiden zugehört. Die Entfaltung der Seele deren Ausdruck in Schillers Bewegung, die mildgeschlossene Festigkeit die in Goethe's Haltung überwiegt, wie sie den innern Unterschied ihrer Genien andeuten, und den zeitlichen, daß der eine schon in seiner vollen Reife stand als der andere sich in dessen Nähe zur seinigen hob, wirken zugleich, als vertrauende Wendung Schillers und als zustimmender Herantritt Goethe's, zum sichtbaren Zusammenschluß, zum Ausdruck der Freundschaft. Die Männer sind nach ihrer Eigenheit und durch sie in schöner Vereinigung begriffen; es ist ebenso sehr ein Moment der Freundschaft als der Poesie den sie darstellen, und dieser ist ebenso fühlbar geöffnet nach außen, indem das wovon beide ergriffen erscheinen, durch ihr verbundenes Streben hinausgerichtet wird an die Welt, an die sie mit Innigkeit und mit Würde sich wenden. Deßwegen war auch das ideale Costüm hier allein passend; denn es handelt sich nicht um bloße Bildnisse, wenn schon die von jedem Schmuck freien Häupter den ungestörten Eindruck der individuellen Züge völlig geben können; aber es ist der ideale Beruf und die ideale Freundschaft, wie sie gegenseitig sich steigern, um deren Ausdruck sich's handelt; und wohl darf man daran erinnern daß es gerade der Begriff des Classischen, des Freischönen in griechischem Geiste war dessen Anerkennung und thätige Wiedergeburt diese großen Seelen einander in neidlosem Wetteifer befreundete und in ihrer Freundschaft die Lebenswärme fand. Als reine Priester also, im Gewand sowohl als im Motiv brüderlicher Begeisterung, treten sie vor das Volk, dem ihre Weihe sich mittheilt. In Wahrheit, die edeln Charaktere dieser zwei herrlichen Deutschen und die edle Natur ihres Bundes sind hier in einen seelenvollen Moment, in einen einfach plastischen Gedanken gefaßt. Man kann ihn nicht wahrnehmen ohne den lebhaften Wunsch daß er doch schon durchgebildet im Großen mit Rauchs Feinheit und Ausdauer öffentlich dastände als Ehrendenkmal für die Männer, als Denkmal des erlaubtesten Stolzes für die Nation. Gibt es doch in unserer ganzen Bildungsgeschichte keine zweite Erinnerung, so schön, so rein, so groß, als daß wir diese zwei Dichter hatten und haben, jeder für sich so gewaltig und ächt, daß sie getrennt zu besitzen schon herrlich wäre, und dazu nun beide groß auch im Verhältniß zu einander, als Musterbilder edler Männerfreundschaft. Welches andere Volk hat ein solches Heroenbild aufzuweisen?

Gewiß, das Wachsthum deutscher Bildung und deutscher Kunst mußte es mit sich bringen daß Schillers Denkbild in der Hauptstadt seines Geburtslandes, Goethe's Statue in seiner Vaterstadt steht; wie überhaupt von der Dankbarkeit und Selbsterkenntniß der Nation die immer noch sich mehrenden Standbilder unserer geistigen Fürsten in allen Gegenden des Vaterlandes zeugen; aber wenn irgendein persönlich geistiges Gedächtniß, verdient der Dioscurenbund Goethe's und Schillers ein eigenes Monument, da er dem Rückblick eine herrliche Gipfelung der Nationalcultur, dem Vor-

blick ein Prototyp der Einigkeit des schaffenden Nationalgeistes vor die Seele stellt.

Wenn nun die einzelnen Statuen dieser zwei Dichter ihre passenden Stellen gefunden haben, so ist wohl gewiß daß die Gruppe dahin wo sie zusammen lebten, zusammen wirkten, nach Weimar gehört. Die Meinung die öffentlich verlautet hat als wolle die Stadt Weimar diese Gruppe errichten, war daher natürlich genug. Allein um dieß Denkmal in geziemender Größe in Erz aufzustellen, reichen bei allem guten Willen weder die Kräfte der Bürgerschaft einer so begränzten Stadt, noch selbst der ganzen, wenig über das Nothwendige hinaus begüterten Landschaft hin. Nicht einmal vom Fürstenhause möchte es angemessen scheinen mehr als einen erheblichen Beitrag zu erwarten bei einem Werke an dem, um der Bedeutung selbst willen, billig ganz Deutschland theilhaben sollte. Nun hat aber in Berlin höchst erfreulich ein freier Verein einen öffentlichen Aufruf ergehen lassen zu einer Goethestiftung. Die Absicht diese in Weimar zu errichten hat er ausgesprochen; auch daß sie Beziehung zur Kunst habe, für das angemessenste erklärt. Theilnahme hat sich bereits da und dort geregt; doch sind die Vorstellungen über das Auszuführende noch getheilt und schwankend. Manche denken an eine Kunstakademie. Soll diese dem weimarischen Lande gelten, so ist zu bemerken daß in Weimar vor 68 Jahren unter Goethe's Einfluß eine freie Zeichenschule von seinem fürstlichen Freunde Karl August gestiftet worden, an die sich eine mit begünstigte Malerschule schließt, auch an zwei andern Orten des Landes freie Zeichenschulen bestehen, so daß man im nächsten Kreise das Bedürfniß für gedeckt ansehen kann. Soll es aber eine Akademie werden die ganz Deutschland merklich zu gut komme, so stellen sich große Bedenken entgegen. Sie würde einen Fonds erfordern, größer als ihn die bestausgestatteten Anstalten dieser Art in den größten Städten des Vaterlandes haben, weil ihr in dem beschränkten Weimar die reichlichen Nebenvortheile abgingen die jenen in den bedeutenden Städten aus der unmittelbaren Nähe verwandter Institute und einer mannichfaltigen materiellen und geistigen Betriebsamkeit von selbst zufließen. Wenn man nun auch vertrauen will ein so ungemeiner Fonds könne zusammenkommen, ist es denn Bedürfniß, ist es nur wünschenswerth neben so vielen kleineren und mehreren umfassenden Kunstakademien in Deutschland noch eine große zu haben? Darüber ist man aus Erfahrung einig daß Akademien weder die Schöpfungskreise noch die Areopage der Kunst sind, daß man aber doch Akademien haben muß um die exoterische Tradition der Kunst zu erhalten, und Sammelpunkte zu sichern mit deren finanziellen Mitteln man Meister, mit deren Lehr- und Uebungsmitteln Schüler stützen könne. Nachdem aber solche da und dort in Deutschland vorhanden sind, haben sich der Gründung neuer schon vor Jahren wackere Künstler mit dem Angstschrei entgegengesetzt, man wolle Bettler erziehen. Und in der That, man erleichtert es vielen geringen Talenten sich aufs Künstlerhandwerk zu legen, man reizt sie mit Vorstellungen großer Aufgaben und hoher Ideale, und wenn sie, entlassen, zu Werken schreiten wollen, kommt ihnen kein volkthümlicher Kunstbedarf, kein ständiger Erwerbsquell entgegen, und viele bleiben theils auf Irren und Abenteuern, theils auf gemeinen Modedienst, theils auf mechanisches Kleintreiben angewiesen, die in andern Berufswegen nützlicher und glücklicher hätten werden mögen. Nein, keine Akademien mehr wenn man die Kunst heben will, sondern die Mittel die man hat, gleich auf Werke, öffentliche und private, gewendet! Wenn erst die Kunstsitte bei den Bezahlenden wächst, wird es an Talenten und Schulen nicht fehlen!

Vielleicht in ähnlicher Erwägung, und dann weil eine Stiftung zu Goethe's Ehren doch am natürlichsten der Dichtkunst zugewendet werde, haben andere die Gründung eines Preises für Dichter vorgeschlagen. Man täuscht sich wenn man von solchen Prämien geistige Erfolge hofft. Das entgegenschimmernde Geld kann keinen Dichter erwecken; vielmehr sind schon jetzt die betriebsamsten Tagspoeten kernfaul, weil sie zuerst an Effect und Geld denken. Poesie ins Große geht überall nur hervor im Schwung gewisser Culturübergänge; dann findet der Dichter an verbreiteter Gleichstimmung was ihn hebt und trägt. Ist aber die Zeitstimmung nicht dichterisch, so lockt auch äußerlicher Vorschub nichts hervor was Leben und Folge hat. Man sichere das geistige Eigenthum, man mache ein billiges Gesetz der Tantième in Deutschland allgemein, und es wird genügen wirklichen Dichtern einen hinreichenden äußern Boden zu bieten, sobald der innere Boden, ohne den poetische Keime nicht wachsen können, vom Zeitgeist gelegt und gehegt ist. Und wenn man obenein den Besten Preise gönnen möchte, wer kann die Männer nennen die über den Werth mitlebender Dichter sicher entscheiden? Und wenn es solche Männer gäbe, wie viele würden ihr Urtheil anerkennen? Man constituire den Gerichtshof wie man wolle, seine Erkenntnisse werden die Poesie nicht, gewiß aber eine Menge kleiner Leidenschaften nähren.

Auch eine Theaterschule ist als Gegenstand der Goethestiftung in Vorschlag gekommen. Bedeutend für Bildung kann eine solche nur seyn wenn dramatische Dichtung im Schwung ist. Setzen wir dieß Glück voraus, so ist zur Leitung ein Mann unentbehrlich der mit mehrseitiger Bildung und mit Begeisterung für das Schöne eine große Gabe der Disciplin und eine himmlische Geduld verbindet. Solche Männer sind selten, und die seltenen kaum zu finden weil es keine Aemterfolge gibt, auf deren Stufen sie werden und sich erproben könnten. Es ist also gleich sehr Sache des Glücks daß der wahre Meister gewonnen werde, wie daß er etwas würdiges zu thun finde. Und auf Glücksfälle muß man keine Anstalt berechnen.

Noch andere haben endlich eine Erziehungsanstalt von wesentlich sittlichem Zweck in Aussicht genommen. Ich bescheide mich hier die nähere Gestalt des Plans zu beurtheilen. Nur zweierlei muß gesagt werden. Zum ersten verschwindet bei gerade solcher Natur der Anstalt denn doch die Beziehung auf Goethe's Gedächtniß und eigentliches Wirken, als dessen Fortsetzung und Weiterspiegelung ein Erziehungsinstitut für Kinder oder Mütter nicht erscheinen wird. Man hat wohl sonst schon einen Namen der sich außerdem auf die fernere Nachwelt nicht bringen würde, dadurch erhalten daß man ihn mit irgendeiner bleibenden guten Anstalt verband. Das ist aber hier nicht der Fall. Goethe's Name bleibt durch sich selbst allbekannt und sinnvoll; und eben darum würde die Willkürlichkeit der Verknüpfung gerade dieser Anstalt mit ihm jedem offen liegen. Aber, sagt man, wir ehren ihn aufs schönste indem wir unter seinem Namen etwas höchst wohlthätiges, etwas großes fürs ganze Volk wirken. Lieben Freunde, wenn Ihr im Besitz einer so trefflichen und verbreitsamen Methode seyd, im Volke fruchtbar könnt Ihr sie mit einer Anstalt nicht machen, sondern Ihr müßt, um diesem Zweck nahe zu kommen, die Anstalten in allen deutschen Landen verbreiten, und sie müssen Sache der Staaten, will's Gott, des Bundesstaats werden. Gelingt Euch dieß — und Gott gebe seinen Segen dazu — dann gebt Ehre wem Ehre gebührt, nennt die Musteranstalt nach dem der die weise Methode erdacht oder der sie aufs kräftigste ins Leben geführt hat, nicht aber nach Goethe, aus dem Ihr sie nicht geschöpft habt und dessen Gestalt und Größe an ihren praktischen Resultaten nicht erscheinen kann. Treten sie ein, so thut Ihr wohl was Gutes, aber ihn ehrt Ihr nicht mit einem Eigennamen der ein uneigentlicher ist.

Ich meine, eine Goethestiftung muß ein Zeichen für die Nachwelt seyn daß das nächste Geschlecht nach dem großen Dichter den vollen Begriff von seiner einzig schönen Bedeutung hatte; sie muß ein dauernder Ausdruck dieses Begriffs seyn. Wollt Ihr zeigen daß Euch der Dichter heilig ist, so müßt Ihr dem Schönen opfern können. Nicht dürft Ihr durch Unterschiebung eines Nützlichen, wie löblich es sonst sey, das Gegentheil documentiren daß Ihr an den Werth des Schönen als solchen keinen Glauben habt. Dieser absolute Werth des Schönen, so gewiß das Gute niemals in seinem Geleite ausbleibt, dieser sein Werth war Goethe's frohe Botschaft, und für sie gerade hat er keinen ebenbürtigern, keinen treueren Bruderpropheten gehabt als Schiller. Das Vollbewußtseyn dieses Berufs, die redliche und himmelheitere Absicht, diese Idee in unsere Wirklichkeit zu pflanzen, fällt in seinem Leben in Eins mit seiner Freundschaft, seiner thätigen Verbindung mit Schiller. Und der reine Sinn mit dem Goethe in gewissen Bezügen sich gegen Schiller zurückstellte, die Triumphe des jüngeren Genossen, obschon sie auf der Bühne die seinen überstrahlten, thätig mitförderte und statt eigener aufnahm, ist nach der Seite des menschlichen Gefühls das schönste Zeugniß daß es ihm um die Idee galt und er gegen sie keinen Gegensatz seines so mächtigen Selbstgefühls kannte. Darum wird kein Denkmal Goethe's Wesen bezeichnender und seinen priesterlichen Beruf historisch bestimmter und menschlich beredter aussprechen als das seine wahre Gestalt an der Seite Schillers und in einträchtiger anerkennender Verbindung mit Schillers Begeisterung darstellt. Dieß Denkmal wird für die Errichtenden ein bleibendes Zeugniß seyn daß sie Goethe's ganze Größe kannten, daß sie ihn durch das zu verherrlichen wußten was er selbst war; und es wird für die Nachgebornen ein ächtes Ruhmbild nationaler Größe und eine Mahnung seyn wie das Streben nach dem Allgemeinen das reinste Band unter Menschen, die Weihe des Geistes Eins mit der segensreichen Weihe der Eintracht sey. Der Aufwand für ein solches Monument ist ansehnlich genug um auf eine vielseitige Theilnahme zurückzudeuten, aber so enorm nicht als der für eine bedeutende Kunstschule oder eine Volksbildungsanstalt seyn müßte. Es wäre also eine bezeichnende und ausführbare Goethestiftung; ausführbar um so gewisser als Rauchs glücklicher Gedanke den ächt monumentalen, so faßlichen als lautern Ausdruck des edeln Begriffs verheißt. Möge er, durch entschiedene Theilnahme zum Werk gefördert, das wirkliche Reich des Schönen in unsern Gränzen vermehren!

Dresden.

Dresden, 24 Sept. Ueber die Schicksale und den Aufenthaltsort der zahlreichen sächsischen politischen Flüchtlinge sind uns theils durch Briefe, theils durch Mittheilungen von Reisenden welche aus der Schweiz zurückkehren, folgende sichere Nachrichten zugegangen. Geheimerath Todt lebt auf einem Landgute ganz in der Nähe von Zürich in vollständiger Zurückgezogenheit, und hofft noch immer daß die besondern Umstände unter denen er in die provisorische Regierung eintrat, sowie sein Verhalten in derselben, die sächsische Regierung zu seiner Amnestirung veranlassen werden. Seine zahlreiche Familie befindet sich in ziemlich dürftiger Lage noch immer in Dresden. Tzschirner hat sich von Zürich nach Liestal gewendet, hat das Bürgerrecht für Basellandschaft erworben und erfreut sich als immatriculirter Fürsprech schon einer bedeutenden Praxis, welche ihn bald für die in Bautzen aufgegebene entschädigen wird. Auf sein in Sachsen zurückgelassenes nicht unbedeutendes Vermögen ist Beschlag gelegt worden. Köchly, welcher von hier aus sich nach Brüssel begab, hat angeblich neuerdings einen Ruf als Professor an die Universität Zürich erhalten; diese Nachricht beschränkt sich jedoch unsers Wissens nur auf die ihm privatim von einem berühmten Züricher Philologen zugegangene Zusicherung seine Ansiedelung an der Züricher Hochschule unterstützen zu wollen. Dagegen bestätigt sich die Habilitation des ehemaligen Dresdener Advocaten Marschall von Bieberstein als Privatdocent an der Züricher Universität für das Fach der Nationalökonomie. Urtheilsberechtigte Personen, welche ihn näher kennen, sprechen ihm jede Befähigung zu dieser Stellung ab, und nennen als einzige Frucht seiner Studien in diesem Fach zwei unbedeutende Aufsätze im Dresdener Journal. In Zürich leben außerdem Bürgermeister Lincke von Werdau, Jäkel, der berühmte Abgeordnete aus Leipzig, und die beiden Redacteure der Dresdener Zeitung, Ludwig Wittig und v. Lindemann, sowie der Gerichtsdirector Gruner von Beelitz; letzterer hat sich von der radicalen Partei gänzlich losgesagt. Bürgermeister Haußner von Plauen, der Vater des in Dresden gebliebenen Dr. Haußner von Pirna, ist soeben aus Zürich nach seiner Heimath freiwillig zurückgekehrt und hat sich dem Gerichte zur Untersuchung gestellt: von einer Verhaftung desselben ist nicht die Rede. Dörstling ist in Paris, und es ist zu hoffen daß das Untersuchungsgericht den gegen ihn erlassenen Steckbrief außer Kraft setzen und ihm so die sehnlichst gewünschte Rückkehr möglich machen wird. Seine Betheiligung an dem Aufruhr scheint mehr als zweifelhaft zu seyn; in der Kammer zeigte er sich immer sehr besonnen und gemäßigt. Bürgermeister Helbig von Borna, einer der Zügellosesten aus der Tzschirner'schen Partei, ist in London; das von ihm zurückgelassene Schuldenwesen beläuft sich auf 87,000 Thlr. Capellmeister Richard Wagner, der in der Umgegend von Paris an der Vollendung einer Oper arbeitete, hat sich durch eine kürzlich bei Otto Wigand erschienene Broschüre: „die Kunst und die Revolution,“ in welcher das Aufblühen der Kunst von dem Erlöschen des christlichen Lebens abhängig gemacht wird, aufs neue als ganz überspannten Kopf gezeigt. Professor Semper hält seine Rückberufung nach Dresden, auf die er in London wartet, für unausbleiblich; er findet sich dabei im vollständigsten Irrthum. Das traurigste Loos ist unstreitig dem in der Kammer als „Ideenschleuderer“ bekannten Bürgermeister Fincke von Crimmitzschau zugefallen, der, von den New-Yorker Demokraten als „reactionär“ verhöhnt und ausgepfiffen, sich kümmerlich als Colporteur nährt. Gelegentlich sey hier bemerkt daß Eisenstuck aus Chemnitz sich eine Auswanderungsurkunde hat ausstellen lassen und seinen bleibenden Aufenthalt in Brüssel nehmen wird. (Bresl) Z.)

N e u e s t e s.

Augsburg, 6 Oct.

Ein Schreiben aus **Wien** vom 1 Oct. (in der Berliner Deutschen Reform) kündigt mit Bestimmtheit an, sowohl die ungarische als die deutsche Frage hätten die Meinungsverschiedenheiten im Wiener Cabinet zum Ausbruch gebracht, Fürst Schwarzenberg und Hr. Bach hätten ihren Rücktritt in Aussicht gestellt, und ein Courier sey an den Grafen Colloredo-Wallsee, den österreichischen Gesandten in London, abgegangen. Es werde zugleich versichert, Hr. v. Schmerling werde die Bildung eines neuen Cabinets übernehmen; dieß würde auf ein entschieden großdeutsches Programm des neuen Cabinets schließen lassen. Die directen Wiener Berichte — um zwei Tage neuer als jener Brief des Berliner Blattes — sagen kein Wort von einer solchen Aenderung. Es heißt nur, Oesterreich und Preußen hätten sich über abwechselnden Vorsitz in der deutschen Centralgewalt geeinigt.

[3593]

Bekanntmachung.

(Den Gütertransport-Tarif auf der königl. bayer. Eisenbahn betreffend.)

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

Durch allerhöchste Entschließung wurde der Tarif für den Gütertransport auf der königl. bayer. Eisenbahn festgesetzt, wie folgt:

für die I. Classe	auf $1\frac{1}{5}$ kr.		per Zollcentner und Bahnstunde.
„ „ II. „	„ $\frac{3}{4}$ „		
„ „ III. „	„ $\frac{1}{2}$ „		

Gegen die Entrichtung dieser Taxe wird das Verladen der Güter auf die Eisenbahntransport-Wagen und das Abladen von denselben, nicht aber auch das Abholen der Gegenstände in der Wohnung des Versenders, noch die Bestellung in die Wohnung des Empfängers von der Verwaltung übernommen.

Außerdem werden auf Verlangen jedem Versender von Gütern und Gegenständen vierrädrige und sechsrädrige Transportwagen zu einem ermäßigten Frachtsatze zur Disposition gestellt.

Der ermäßigte Frachtsatz beträgt:

a) für einen vierrädrigen Wagen

bei Belastung mit Gütern	I. Classe	1 fl. 21 kr.	per Bahnstunde,
„ „ „ „	II. „	— „ 54 „	
„ „ „ „	III. „	— „ 36 „	

b) für einen sechsrädrigen Wagen

bei Belastung mit Gütern	I. Classe	2 fl. 2 kr.	per Bahnstunde.
„ „ „ „	II. „	1 „ 21 „	
„ „ „ „	III. „	— „ 54 „	

Die Belastung darf jedoch das Gewicht von 80 Centnern für einen vierrädrigen und das Gewicht von 120 Centnern für einen sechsrädrigen Transportwagen nicht übersteigen, auch muß das Auf- und Abladen auf die Eisenbahntransportwagen und von denselben von dem Versender beziehungsweise Empfänger bewirkt werden, und wird nur auf ausdrückliches Verlangen durch das Personal der Verwaltung gegen Erhebung einer besondern Gebühr von Einem Kreuzer per Zollcentner besorgt.

Unter die I. Tarifs-Classe werden eingereiht:

Frachtgüter und Gegenstände, welche mit dem zunächst abgehenden Wagenzuge befördert werden sollen (Eilgüter).

Unter die II. Tarifs-Classe:

Frachtgüter und Gegenstände mit gewöhnlicher Lieferzeit.

Unter die III. Tarifs-Classe folgende Ausnahms-Artikel, als:

Abfälle von der Landwirthschaft (Treber, Trester, Branntweinspülig ic.); Dünger: thierische und andere Düngungsmittel (Guano, ausgelaugte Asche, Kalkäscher, Knochenmehl, Knochenschaum und Zuckererde, Düngesalz ic.), auch Haderlumpen.

Brennmaterialien: Brennholz, Holzkohlen, Torf, Torf- und Lohkuchen, Braunkohlen, Steinkohlen, Coaks.

Consumtibilien: Bier, Essig, Fleisch, Wildpret, Fische (lebende), Käse, Schmalz, Butter, Mehl und Brod, auch Mineralwasser.

Erde, Erze, Steine: Lehm, Mergel, gewöhnlicher Sand, Glassand, gewöhnlicher Töpferthon; Gyps, Kalk, Mühlsteine, Schiefer, Schleifsteine (grobe), Ziegel- und Backsteine, überhaupt nicht namentlich genannte Steine im unbehauenen und behauenen Zustande; Braunstein, Blei-, Eisen-, Kupfer- und andere nicht besonders genannte Erze.

Feldfrüchte und Gartengewächse: Getreid- und Hülsenfrüchte, auch Malz; Meerrettig, Weißkraut, Kartoffeln, Cichorien (frische), Krappwurzeln, Rüben, Hopfen, Flachs, Hanf, Werg, Tabakblätter (rohe unverpackt).

Gartengewächse, Obst (frisches).

Holz: Bau- und Nutzholz, Faßholz (Dauben) und alles andere vorgearbeitete Nutzholz, Sägewaaren, Rinden, Reisigbesen, leere gebrauchte Fässer und Packkisten.

Metalle: Roheisen aller Art (Masseln), altes Brucheisen, Eisenfeile, Hammerschlag.

Für Gegenstände welche im Verhältnisse zum Gewicht einen großen Raum einnehmen, als: Bäume, Betten, Federn, Hausgeräthe, Hüte, Mützen, Korbwaaren, Korkholz, Randkarden, Strauchwerk, Wasch- und Meerschwamm, Watte ic. wird die Taxe für die I. Tarifs-Classe, und wollen diese Gegenstände als Eilgut aufgegeben werden, die doppelte Taxe der II. Tarifs-Classe berechnet.

Wenn für die Benützung ganzer Wagen der Frachtsatz nach der II. Tarifs-Classe entrichtet wird, so können dieselben mit voluminösen Gegenständen allein oder vermischt mit solchen und mit Gütern der zweiten und der dritten Tarifs-Classe belastet werden.

Sämmtliche Eisenbahnbehörden sind angewiesen gegenwärtige Bestimmungen vom 10 October d. J. an in Vollzug zu setzen.

München, den 3 October 1849.

General-Verwaltung der königlich bayerischen Posten und Eisenbahnen.

[3516—35]

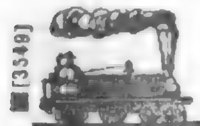


Erste k. k. priv. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Fahrten im October 1849.

Von Linz nach Wien und zurück täglich.
Von Wien nach Preßburg und Pesth und zurück täglich.
Von Pesth nach Semlin (mit Berührung von Essek und Tittel) Montag und Freitag.
Von Pesth nach Orsova Sonntag und Donnerstag.
Von Orsova nach Galaz in Verbindung mit Constantinopel Mittwoch (und zwar den 10 und 24 auf der wallachischen, den 3 und 17 auf der türkischen Seite.
Von Lisfek auf der Save nach Semlin jeden Sonntag.

[3548]



Königl. bayer. concessionirte pfälzische Ludwigsbahn.

Da für nachbezeichnete 27 Actien-Interimsscheine

Lit. B. Nr. 1105. 1106. 1107. 5453. 5454. 5459. 5722. 5723. 5973. 6540. 6541. 6542. 6748. 6749. 7051. 7269. 7270. 7271. 7272. 7273. 7274. 7275. 7276. 7277. 7278. 7279. 7280

die auf den 1 Junius vorigen Jahrs ausgeschriebene zehnte und letzte Einzahlung bis jetzt noch nicht geleistet worden ist, so werden die Besitzer dieser Interimsscheine auf den Grund des §. 33 der Gesellschaftsstatuten der bereits gezahlten Einschüsse zum Besten des Gesellschaftsvermögens verlustig, und die betreffenden Interimsscheine hiemit für ungültig erklärt.

Ludwigshafen, den 28 September 1849.

Das Directorium der pfälzischen Ludwigsbahn.
Jäger.

(3582) **Gute Belohnung** demjenigen der dem Unterschriebenen genaue Auskunft ertheilen kann über das Ableben des hundertjährigen Greisen, Namens **Edmé René Hubert de Bourgneuf St. Croix en France**, gewesener **Graf**, und aus dem Département de la Sarthe gebürtig; obiger Greis soll den 13 April 1843 in einer kleinen Stadt der Schweiz oder Deutschlands gestorben seyn. Sich an Hrn. **J. H. Hubert, rue Peauquet, 3bis. Chaillot Champs Elysées à Paris** zu wenden, und um die Belohnung zu erhalten an Hrn. **Ancelle**, notaire à Neuilly (Seine).

[3473] In der Litterarischen Anstalt in Frankfurt a. M. sind folgende Werke erschienen:

Ueber den Werth und die Bedeutung der Schwurgerichte,

und die Mittel, dieselben criminalrechtlich zu vervollkommnen.

Von Dr. J. Dernburg,
Generaladvocat am großherzogl. hessischen Cassationshofe.
$\frac{1}{2}$ Thlr. oder 54 kr. rhn.

Abhandlungen aus dem Gebiete des gemeinen und französischen Civil- und Proceßrechtes

in vergleichender Darstellung.

Von demselben Verfasser.
$1\frac{1}{2}$ Thlr. oder 2 fl. 42 kr. rhn.

Beiden Werken des Verfassers, der früher als Advocat und Ergänzungsrichter in Mainz, sodann als Lehrer des französ. Rechts in Gießen und jetzt als Generaladvocat am hessischen Cassationshofe seinen hohen Beruf glänzend bewährte, hat die wissenschaftliche Kritik bereits das lebhafteste Lob und eine vorzügliche Stelle in der juristischen Litteratur zuerkannt.

(3545) Bei G. A. Grau in Hof ist erschienen und in allen Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu haben:

Wolfram, C. Chr. A., Kubiktafeln, welche nach theoretisch-praktischen Untersuchungen und Erfahrungen den Inhalt runder Hölzer durchschnittlich am genauesten angeben. Mit 1 Abbildung. gr. 8. cart. 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr.

Die obigen Tafeln sollen den Inhalt der Bäume durchschnittlich am genauesten angeben und beziehen sich vorzugsweise auf die von Cotta darüber angestellten Untersuchungen, aus denen sich wohl ergeben dürfte daß die Form des abgestumpften Kegels als Normalform angenommen werden kann, wenn auch bekanntlich die Formen der Hölzer nach Gattung, Alter u. s. w. im einzelnen ziemlich verschieden ausfallen. Bei der fortdauernden Steigerung der Holzpreise wird es aber wohl immer wichtiger genauere Tafeln zu erhalten, da namentlich die sogenannten Walzentafeln als ungenügend zu betrachten sind. Der Verfasser hat daher versucht diesem erwiesenen Mangel nicht nur zu begegnen, sondern sein Augenmerk war auch darauf gerichtet dem Geschäftsmann das zeitraubende Rechnen so sehr als möglich zu erleichtern, zu welchem Behufe die Tafeln bis auf **100 Fuß** fortlaufend ausgearbeitet und auch nur auf eine Decimalstelle berechnet wurden.

Wolfram, C. Chr. A., Hülfstafeln, zur Berechnung der Holzpreise bei verschiedenen Taxen in Guldenwährung. gr. 8. cart. 6 Ngr. od. 21 kr.

Es wird gewiß nicht nur jeder Forstmann, sondern überhaupt jeder Geschäftsmann der mit Holzkaufen zu thun hat, dem Verfasser dieser Tafeln Dank wissen daß ihm dadurch eine Menge Zeit und Rechnung gewonnen wird. Der Käufer erspart nämlich dadurch alle bei diesen Rechnungen sonst vorkommenden Multiplicationen und Divisionen, und hat es bloß mit einer ganz einfachen Addition zu thun. Was aber diese Tafeln vor allen der Art auszeichnet, ist ihre ganz eigenthümliche Einrichtung, welche es möglich gemacht hat dieselben beinahe auf einige Druckbogen zu beschränken, während sie bei den verschiedensten Preisen, die von 3 kr. bis 1 fl. von $\frac{1}{2}$ zu $\frac{1}{2}$ kr. aufwärts steigen, Holzkäufe von 1 — 100,000 Kubikfußen umfassen.

[3365—67] **☞ Für Auswanderer!! ☜**

Größer als je mag im nächsten Jahr die Zahl der Europamüden seyn, welche jenseit des Weltmeeres eine neue Heimath suchen und finden werden. Es gilt daher im Herbst und Winter zu diesem Schritte sich vorzubereiten, welchem Zwecke die im dritten Jahrgang stehende, unter Mitwirkung der HH. Dr. **Büttner** und **Tr. Bromme** von **G. M. v. Roß** redigirte

Allgemeine Auswanderungs-Zeitung

entspricht. Dieselbe erscheint im Verlage des **Allg. Auswanderungs-Bureau** in **Rudolstadt** (Leipzig, bei F. G. Beyer) wöchentlich zweimal und kostet vierteljährlich nur 14 gGr. oder 1 fl. 3 kr. rhein.

☞ Bestellungen nehmen alle Posten und Buchhandlungen an. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert.

[3371—73] Am 1 October beginnt für die in Berlin erscheinende

Buddelmeyer - Zeitung

zur Belehrung und Erheiterung für Stadt und Land.

Redigirt von Dr. **Cohnfeld** (Aujust Buddelmeyer)

ein neues Abonnement. — Dieselbe erscheint wöchentlich 2mal und kostet vierteljährlich 20 Sgr. — **Alle Post-Anstalten** des In- und Auslandes, sowie die Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

(3463) **Für Landwirthe**

erschien soeben bei Metzler in Stuttgart:

Populäre Anleitung

zum ländlichen Gartenbau,

als Mittel

zu Erhöhung des Wohlstandes und zur Landesverschönerung. Im Auftrag der k. Centralstelle für Landwirthschaft bearbeitet v. **Ed. Lucas**, Lehrer an der Akademie Hohenheim. Mit 3 Plänen und 22 Abbildungen. gr. 8. geh. 54 kr.

Vom gleichen Verfasser erschienen früher:

Lucas, Ed., die Lehre von der Obstbaumzucht, auf einfache Grundsätze zurückgeführt. Mit 3 Tafeln Abbildgn. gr. 8. geh. 30 kr.

Lucas, Ed., der Gemüsebau, praktisch dargestellt für Landwirthe, Gärtner und Gartenfreunde. Mit dem Grundriß eines Gemüsegartens. 4. geh. 1 fl. 12 kr.

Zu erhalten durch alle Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

[3579] **Gastwirthschafts-Empfehlung.**

Der gehorsamst Unterzeichnete beehrt sich, sein neuerbautes, nahe an dem Nördlinger Eisenbahnhofe stehendes Gasthaus mit der Firma:

„Hôtel Wüst“

allen verehrlichen Reisenden unter Zusicherung promptester, reellster und billigster Bedienung hiemit bestens zu empfehlen. — Nördlingen, den 27 Sept. 1849.

Christian Wüst, Gastwirth und Restaurateur.

[3482—84] **Bekanntmachung.**

Auf gläubigerschaftliches Andringen wird der Gasthof zum goldenen Hirschen dahier dem gerichtlichen Zwangsverkauf nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98—101 des Proceßgesetzes vom 17 Nov. 1837 unterstellt.

Derselbe besteht aus dem Hause Nr. 18 an der Theatinerstraße und dem rückwärts von diesem befindlichen Hause Nr. 3 an der Salvatorstraße. Das erstgenannte Haus ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerke hoch, mit gewölbten Kellern versehen, und enthält links und rechts in dem anstoßenden Hofraum ein Seitengebäude, jedes 4 Stockwerk hoch. Der Hofraum ist rückwärts mit einem mit Erdgeschoß 5 Stockwerk hohen Querbau abgeschlossen.

Das Haus Nr. 3 an der Salvatorstraße (Wohngebäude) ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerk hoch, enthält einen 4 Stockwerk hohen Seitenbau und einen Hofraum. Beide Häuser sind durch Durchfahrt verbunden.

Im Hofraume des ersten Hauses ist laufendes Wasser und im Seitenhofe rückwärts ein Pumpbrunnen. Das Gesammtanwesen ist mit 60,000 fl. gegen Brand versichert, mit 19,000 fl. Ewiggeld und mit 125,510 fl. Hypothekcapitalien belastet und auf 84,500 fl. durchschnittlich gewerthet.

Termin zur erstmaligen Versteigerung ist auf **Donnerstag den 29 November 1849,**

Vormittags von 11—12 Uhr,

im Gerichtszimmer Nr. 9 angesetzt.

Hievon werden Steigerungslustige, welche sich erforderlichen Falls über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt daß die Gasthofgerechtsame real und als besonderes Hypothekobject eingetragen ist.

Concl. am 31 Julius 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director: **Danhauser.**

Pfeufer.

(3513—14) **Oeffentliche Vorladung.**

Der Vormund des von Magdalena Seefelder aus Reichau am 26 Sept. 1848 außerehelich gebornen Kindes hat beim unterfertigten Gerichte am 12 d. gegen Anton Schwerz von Osterberg wegen Vaterschaft und Kindesernährung Klage gestellt.

Es wird sofort zum Versuche der Sühne und für den Fall daß sie mißlingen sollte, zugleich zur Verhandlung dieser Klage im gewöhnlichen Verfahren auf

Freitag den 21 December d. J.,

früh 9 Uhr,

Tagfahrt dahier anberaumt, und wird hiezu Beklagter, da sein Aufenthalt nicht bekannt ist, öffentlich unter dem Rechtsnachtheil vorgeladen daß er, wenn er bei der bezeichneten Tagesfahrt nicht erscheinen sollte, in die Kosten derselben verurtheilt würde.

Zugleich wird Beklagter aufgefordert bis zu obiger Tagsfahrt am Gerichtssitz um so gewisser eine Person, welcher die Erlasse zugestellt werden sollen, zu ernennen, als sonst dieselbe für zugestellt erachtet werden würde. Die Klage kann von Beklagtem jederzeit bei Gericht eingesehen werden.

Illertissen, den 22 September 1849.

Königl. bayer. Landgericht.

Ott.

[3478] **Bekanntmachung.**

Verschollenheit des Ignaz Gradl von Kaufbeuren betreffend.

In der Verschollenheitssache des Joseph Ignaz Gradl von Kaufbeuren wurde von dem unterfertigten Gericht erkannt:

„daß Joseph Ignaz Gradl von Kaufbeuren für verschollen zu erklären sey.“

Dieß wird mit dem Bemerken bekannt gemacht daß die Entscheidungsgründe in der dießseitigen Amts-Registratur eingesehen werden können.

Kaufbeuren, den 25 September 1849.

Königlich bayer. Landgericht.

Vorstand beurl.

Schuster, Assessor.

[3547] **Verschollenheits-Erklärung.**

Nachdem sich weder Joseph Neumaier, Metzgerssohn von Pfaffenberg, noch eine allenfallsige Descendenz desselben innerhalb der durch Edictalladung vom 31. Jänner l. Js. vorgesehten dreimonatlichen Frist gemeldet hat, so wird der genannte Joseph Neumaier mit dem Anhange als verschollen erklärt, daß dessen Vermögen nunmehr an seine nächsten Verwandten gegen Caution ausgeantwortet werde.

Am 24. September 1849.

Königliches Landgericht Mallersdorf.

Eberle, Landr.

[2171—73] **Edictalladung.**

Der ledige Büttner- und Bierbrauergeselle Sebastian Schulz von hier hat sich zu Anfang des Jahres 1824 in das Ausland auf die Wanderschaft begeben und seit dieser Zeit nie etwas von sich hören lassen.

Auf Antrag seiner nächsten Verwandten ergeht nun an Sebastian Schulz oder dessen etwaige Leibeserben die Aufforderung sich

binnen sechs Monaten

dahier zu melden, widrigenfalls er für verschollen erklärt, und sein nach der letzten Vormundschaftsrechnung in 4957 fl. 55¾ kr. bestehendes Vermögen seinen nächsten Verwandten gegen Caution ausgehändigt werden wird.

Dettelbach, den 23 Junius 1849.

Königliches Landgericht.

Jörg, Ldr.

Stettner.

(3272—74) **Vorladungs-Edict.**

Auf Ansuchen der Erben werden hiemit alle jene welche an die Verlassenschaftsmasse des am 11 Juli d. J. verstorbenen Handelsmannes Thomas Gargehr von Feldkirch aus was immer für einem Titel eine Forderung zu stellen haben, hiemit aufgefordert ihre dießfälligen Ansprüche

bis 31 October d. J.

um so gewisser bei dem gefertigten Landgericht als Abhandlungsinstanz anzumelden und darzuthun, als ihnen im Unterlassungsfalle an diese Verlassenschaftsmasse, wenn sie durch die Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft worden wäre, kein weiterer Anspruch mehr zustünde, als insofern ihnen ein Pfandrecht gebührt.

Feldkirch, am 14 September 1849.

K. k. Land- u. Criminal-Gericht.

(L. S.) **Händle**, Amtsverwalter.

Baer, Adj.

(3229—31) **In Sachen der Ehefrau des Müllers Karl Bernard in Kuppenheim Kl. gegen ihren Ehemann Bekl. Vermögensabsonderung betreffend.**

Beschluß.

Nr. 26097. Die Ehefrau des Müllers Karl Bernard, Luise, geb. Schneider von Kuppenheim, hat gegen ihren Ehemann eine Klage auf Vermögensabsonderung erhoben, und ihren Antrag durch die über sein Vermögen verfügte Beschlagnahme begründet.

Da der Beklagte sich auf flüchtigem Fuß befindet, so wird derselbe nach Ansicht des §. 272 der P. O. aufgefordert sich in der auf den

Freitag den 12 October d. J. 8 Uhr

festgesetzten Tagfahrt vernehmen zu lassen, widrigenfalls die Thatsachen der Klage für zugestanden und alle Schutzreden für versäumt erklärt würden.

Rastatt, den 2 September 1849.

Großherzogl. Oberamt.

[3421—23] **Antrag.**

In einer fruchtbaren Gegend Böhmens, nicht weit von Prag, ist eine Herrschaft gegen billige Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe besteht aus drei Meierhöfen, welche sammt Feldern, Wiesen, Gärten, Teichen, Hutweiden und Waldungen ein geschlossenes Ganze in einer Gesammt-Area von beiläufig 1765 Morgen bilden. Daselbst befindet sich eine neu aufgebaute zweckmäßig eingerichtete Spiritusfabrik, 1 Bräuhaus auf 40 Eimer, 1 Schloß, zwischen Gärten und einem Park gelegen. Sämmtliche Wirthschafts-, Wohn-, Industrial- und Voluptuar-Gebäude sind im besten Bauzustande.

Die Herrschaft ist mit dem vollständigsten Inventar an Schaf-, Horn- und Zugvieh versehen, indem dieselbe schon im vorigen Jahr ohne alle Rücksichtsnahme auf die Robotsverhältnisse der Zug- und Handtage auf das beste instruirt wurde.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Briefe der k. k. Dr. und beeidete Landesadvocat Dr. Emanuel Danzezek, wohnhaft in Prag Nr. 638/1, an welchen die hierauf Reflectirenden sich gefälligst wenden können.

(3577) Une demoiselle sachant parfaitement le français et l'allemand désire se placer comme gouvernante avec une famille, pour voyager ou restant en Munic, c'est égal. Munic Dienersgasse Nr. 21/4 au quatrième étage.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 15 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag — Nr. 281 — 8 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Besuch des Königs von Württemberg und der Königin der Niederlande. Die Wiener Uebereinkunft in Betreff der Centralgewalt bestätigt. Die preußischen und bayerischen Truppen); München (Octoberfest. Soldatenexcesse gegen die Redaction der Leuchtkugeln. Kammerverhandlungen über die verhafteten Mitglieder des Stuttgarter Reichstags. Die Waffenrückgabe von Seite der Schweiz. Die Ansinnen an Baden); Augsburg (Adresse um Amnestie); Rastatt (die jüngsten standgerichtlichen Verurtheilungen); Hamburg (Waarenconsignationen); Bremen (Duckwitz); Berlin (Vage ministerielle Erklärungen über die Centralgewalt und die Berufung des Reichstags. Kammerverhandlungen über die Stellung der Kirche. Der aufgelöste Buchdruckercongreß); Wien (die Unterzeichnungen für das Anlehen überschreiten weit den Betrag. Wiederholtes Gerücht von Ermäßigung der Forderungen in Konstantinopel. Dr. Fischhof); Triest (die englische Humanität auf den jonischen Inseln).

Oesterreichische Monarchie. Preßburg (die milden Uebergabsbedingungen von Komorn); Vom Neusiedler See (Erläuterung über die Kossuthnoten. Wünsche der Ungarn).

Spanien. Abgang des amerikanischen Gesandten. Unsicherheit der Heerstraßen.

Großbritannien. Die türkische Frage. Irland. Cap. Cunnigham. Sir J. Franklin. Malta.

Frankreich. Der Ausbau des Louvre beschlossen. Zerwürfniß mit den Vereinigten Staaten. Proudhons Programm. Lamennais. Boichot. Erklärung der flüchtigen demokratischen Chefs.

Niederland. Neue Ministerliste.

Italien. Rom (die Lichtseite der päpstlichen Zugeständnisse); Turin.

Hayti. Der Präsident Soulouque zum Kaiser ausgerufen.

Beilage. Beobachtungen und Phantasien über Menschen, Natur und Kunst auf einer Reise durch Spanien. Von J. G. v. Quandt. — Der Gothaische genealogische Hofkalender von 1763 bis 1850. — Der Leipziger Büchermeßkatalog für Michaeli 1849. — Reiseeindrücke im österreichischen Kaiserstaat. (III.) — Meran. — Der englische Sonntag und die englische Post. — Dänemark. (Kjöbenhavnsposten über „die rechte Gränze des Reichs“).

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 4; Wien 5 Oct.

Deutschland.

*† **Frankfurt a. M.,** 5 Oct. Gestern stattete die in Wiesbaden weilende Königin der Niederlande bei dem Erzherzog-Reichsverweser einen Besuch ab, nachdem sie denselben in Wiesbaden empfangen hatte. Die Königin nahm in Begleitung des Erzherzogs auch die Paulskirche in Augenschein. Morgen sind der König von Württemberg, die Königin der Niederlande und der Graf und die Gräfin v. Neipperg die Gäste des Erzherzogs. Heute bezogen (statt gestern) die Bayern wieder die Wachen, auch dürfen sie nun wieder Frankfurt, die Preußen aber noch nicht Sachsenhausen besuchen. Die angemuthete Verlegung des bayerischen Jägerbataillons wies der Erzherzog-Reichsverweser von der Hand.

Frankfurt a. M., 5 Oct. Der Vertrag zwischen Preußen und Oesterreich wegen Bildung eines neuen inzwischenlichen Bundesorgans ist am 30 v. M. von dem Grafen v. Bernstorf und dem Fürsten v. Schwarzenberg in Wien abgeschlossen, und dabei den beiden betreffenden Regierungen eine zehntägige Ratificationsfrist vorbehalten worden. Der Vertrag gründet sich in allen wesentlichen Punkten auf den preußischen Entwurf, so daß die scharfe Competenzbegränzung der Bundescentralcommission jede Einschwärzung von Befugnissen des früheren Bundestags unmöglich macht. Die Errichtung eines deutschen Bundesstaats auf Grundlage des Dreikönigs-Entwurfs erscheint durch den Vertrag auch von der Seite gesichert, daß Oesterreich einer derartigen innern Umgestaltung Deutschlands die Berechtigung thatsächlich zugesteht. (D. Z.)

Bayern. ∸ **München,** 6 Oct. Fünfte Sitzung der Abgeordnetenkammer. Endlich folgte heut am Wochenschluß die fünfte Sitzung der Abgeordnetenkammer der inmitten voriger Woche abgehaltenen vierten, und die Tagesordnung sah wirklich aus als sey überhaupt die ganze Sitzung angesetzt nur um ein Zeichen vom Fortbestehen des Landtags zu geben. Der Grund dieser Sitzungssparsamkeit liegt darin, wie man heut beiläufig durch einige Bemerkungen des Hrn. Fürsten Wallerstein erfuhr, daß noch keine der Commissionen über irgendeine ihrer Aufgaben Bericht erstattet hat. Hr. Vicepräsident Dr. Weiß leitete, da Hr. Graf Hegnenberg noch immer krank, die heutige Sitzung, welche sich mit einigen Mittheilungen von geringerem Interesse nach der Verlesung des Protokolls einleitete. Jedoch bemerken wir daß sich unter diesen Mittheilungen auch die befand daß Hr. Dr. Schüler, nachdem das Einberufungsschreiben an ihn gelangt, dem Präsidium angezeigt hat wie er, sich für die Wahl in Homburg entscheidend, mit nächstem seinen Platz in der Kammer einnehmen werde. Folgt der erste Punkt der Tagesordnung: Vortrag des ersten Secretärs Abg. Nar über die Bitte des Abg. Thomas Mayer von Ottobeuren um Haftentlassung und Einberufung in die Kammer. Indem der Referent sich bei dieser Frage, wie das erstemal als sie in Verbindung mit dem F. Kolb'schen ähnlichen Antrag auftrat, auf dem streng rechtlichen Standpunkt hält, beantragt er: die Kammer möge sich im Hinblick auf §. 26 Tit. VII der Verfassungsurkunde, sowie auf die §. 45 bis 62 des Gesetzes vom 10 Nov. 1848 in den Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuchs von 1813 „für nicht competent erklären, dem Antrage des Abg. Mayer zu entsprechen.“ Bevor noch die Discussion eröffnet wird, kommt ein Antrag des Abg. Tafel zur Vorlesung, wonach, insoferne gegen den Abg. Mayer nichts vorliege als die Theilnahme an der Nationalversammlung zu Stuttgart, die Kammer an die betreffenden Ministerien die Anforderung stellen soll seine Freilassung zu verfügen. Indem Hr. Tafel diesen Antrag motivirt, entwickelt er auf das ausführlichste von neuem was wir schon von derselben Seite in der zweiten, über Kolbs und Mayers Einberufung verhandelnden Sitzung entwickeln hörten: wie nämlich das Reichsgesetz vom 30 Sept. die Unverletzlichkeit jedes Parlamentsglieds wegen seiner parlamentarischen Thätigkeit feststelle, das Parlament bis zuletzt zu Recht bestanden sey u. s. w. Nebenbei erfahren wir daß eigentlich erst in Stuttgart das Parlament von allen ihm bis dahin anhangenden Schlacken gesäubert dagestanden habe. Als später im Verlauf der Debatte Hr. Lassaulx bemerkt, Hr. Tafel habe bei dieser Gelegenheit gesagt es habe das Parlament seine faulen Glieder von sich geworfen, nimmt letzterer diesen Ausdruck bereitwillig zurück. Wir müssen bemerken daß wir ihn gar nicht vernommen haben. Auf Hrn. Tafel folgt der Cultusminister Ringelmann: Die specielle Rechtsfrage, sagt er, sey zu seinem Bedauern auf das allgemeine Feld der Frage über die Rechtsbeständigkeit des Parlaments nach seiner Verlegung nach Stuttgart übertragen worden, ein Streitfeld wo keine Einigung durch Debatte zu erzielen. Diese Discussion sey aber um so weniger in diesem Augenblick zu wünschen gewesen als theils eben keine Vereinbarung möglich, theils aber auch die Justiz soeben sich mit Lösung dieser Frage beschäftige, und die Verhandlungen der Kammer über dieselbe wenigstens sicher nicht ohne schwerwiegenden moralischen Eindruck auf die justiziellen Entscheidungen seyn möchten. Jedenfalls, auf welcher Seite man auch stehe, sey doch gewiß sehr fraglich ob das Parlament in Stuttgart noch im Recht gewesen, als Parteiversammlung habe es sich jedenfalls offenbart. Unter diesen Verhältnissen seyen die verschiedenen Departementschefs gewiß im Recht gewesen sich zu versichern ob bei den ihnen untergebenen Theilnehmern des Rumpfparlaments eine strafrechtliche Thatsache vorliege. So seyen, angeregt durch das Ministerium des Innern und das des Cultus, allerdings Untersuchungen gegen diese Theilnehmer, aber nur gegen die Beamteten, eingeleitet worden; und daraus sey das Gerücht entstanden gegen alle Theilnehmer am Rumpfparlament sey Untersuchung eingeleitet. Minister Kleinschrod spricht sich in einigen folgenden Worten besonders entschieden dagegen aus als ob das Ministerium sich mit Cabinetsbefehlen Eingriffe in die Thätigkeit der Staatsprocuratoren erlaube, schließt aber mit der Bemerkung, wie auch nicht der Kammer eine Beaufsichtigung der Rechtspflege zustehe, sondern die Richter eben nur Gott und ihrem Gewissen verantwortlich seyen. Auch

später findet der Justizminister nochmals für nöthig sich gegen die Annahme zu verwahren, als könne er für gewisse Fälle dem Staatsanwalt oder den Richtern bestimmte, ihr Handeln bedingende Befehle geben. Abg. Fürst Wallerstein thut dagegen dar wie das Ministerium als solches die Untersuchung gegen die Theilnehmer am Stuttgarter Rumpfparlament provocirt. Wenn ferner der Justizminister seine Competenz bei den Staatsanwälten diesseits des Rheins noch geringer als bei denen jenseits des Rheins erachte, wo französisches Gesetz herrsche, so weist er auf einer Reichsrathsverhandlung nach wie der damalige Justizminister Heintz erklärt habe daß allerdings die Staatsanwälte gebunden seyen die Befehle der Minister zu vollziehen; allein wenn sie nicht damit übereinstimmten, so könnten sie einfach dem Gericht den Auftrag darlegen, ohne ihn weiter zu unterstützen. Uebrigens gestehe er (Fürst Wallerstein) daß er die Staatsanwaltschaft, weil sie kein Theil des Richterstandes, vom Ministerium abhängig wissen wolle. So seyen sie politische Beamte. Im vorliegenden Fall hätten ein paar Minister die Untersuchung provocirt, aber eine Trennung dieser aus dem Ministerium heraus sey nicht in einem constitutionellen Staate möglich, also bestehe auch eine solidarische Verantwortlichkeit des Gesammtministeriums für diese Maßregel, dadurch werde sie zur politischen Maßnahme, und könne auch nur in diesem Sinne parlamentarisch behandelt werden. Minister Ringelmann glaubt das Ministerium gegen die Solidarität entschiedenst verwahren zu müssen, falls ein Minister die Provocation einer Untersuchung für nöthig befinde. Abg. Fürst Wallerstein: Vor dem März 1848 sey wohl ein Ministerium ohne Gesammtverantwortlichkeit möglich gewesen, jetzt aber nicht mehr. Abg. v. d. Pfordten, nachdem er von seinem Nummerplatz an den Ministertisch getreten: Aber eine Gränze der Solidarität müsse doch bei den Geschäften der Minister vorhanden seyn. Wäre im vorliegenden Fall die Untersuchung gegen alle Theilnehmer am Stuttgarter Rumpfparlament gerichtet gewesen, so habe allerdings eine Solidarität des Ministeriums eintreten müssen, denn dann wäre es eine politische Maßregel gewesen. Aber bloß das Ministerium des Innern mit dem des Cultus haben gegen ihre Beamten verfahren, also sey solche Solidarität des Gesammtministeriums durchaus unnöthig. Uebrigens erkläre er persönlich daß, wenn er in seinem Ressort Veranlassung zu gleichem Einschreiten gefunden haben würde, er auch ganz in gleicher Weise gehandelt hätte, und er sey bereit die Solidarität für diesen Fall mit zu übernehmen. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld entgegnet dem Abg. Tafel auf die Geschichtserzählung die er von der Reichsversammlung gegeben: er habe vergessen beizufügen welche Beschlüsse in Stuttgart gefaßt worden seyen, Beschlüsse extremster Art welche — nachdem der Reichsverweser für abgesetzt erklärt worden — alle bestehenden Verfassungen hätten über den Haufen werfen und Bürgerkrieg hervorrufen wollen. Diese Beschlüsse mögen in den Augen derjenigen welche erklären daß in Stuttgart die dreifarbige Fahne zerrissen, und nur noch die rothe übriggeblieben sey, als ganz legal und gesetzlich erscheinen, er glaube aber daß die Mehrzahl der deutschen Nation anders darüber urtheile, und daß sie ihr Urtheil dadurch hinlänglich documentirt habe daß sie die Zersprengung der Versammlung theilnahmslos hingenommen. Solle das Gesetz vom 30 Sept. auf den Abg. Mayer seine Anwendung finden, so sey es immer nur der Richter der darüber zu erkennen habe. Jede Einmischung von Seite der Kammer in die Thätigkeit der Gerichte wäre die Zumuthung einer Cabinetsjustiz. Niemand werde läugnen daß der Staatsminister für die Befehle die er den Staatsanwälten gebe, verantwortlich sey. Der Justizminister sey verpflichtet für die Aufrechthaltung der Gesetze zu wachen. Es sey aber im vorliegenden Fall nicht im mindesten constatirt daß der Justizminister dem Staatsanwalt den Befehl ertheilt habe zu appelliren. Der Staatsanwalt sey keineswegs das willenlose Organ des Ministers. Es bestehen darüber Beschlüsse des Cassationshofs, welche ausdrücklich aussprechen daß der Justizminister keinem Beamten befehlen könne einen gestellten Antrag zurückzunehmen. Wenn also der Staatsanwalt die Berufung ergriffen hätte ohne Wissen und Willen des Ministers, wenn sogar der Minister mit dieser Berufung nicht einverstanden gewesen wäre, so habe er nicht die Befugniß diesen Act des Staatsanwalts zu annulliren, er könne die Berufung nicht zurücknehmen. Die Sache sey durch die Berufung an die höhere Instanz gewiesen, diese habe nunmehr darüber zu entscheiden. Wenn übrigens jene Herren der Ansicht seyen daß der Justizminister seine Pflicht im vorliegenden Falle nicht erfüllt habe, in der einen oder andern Beziehung zu weit gegangen sey, so stehe es ihnen ja frei gegen den Justizminister Anklage zu erheben und die Kammer zur Entscheidung darüber zu veranlassen; in keiner Weise aber könnte daraus geschlossen werden daß nunmehr die Kammer selbst eine tumultuarische Justiz in der Art üben müsse daß sie in den unabhängigen Gang der Gerichte eingreife. In demselben Sinne spricht sich auch der Abg. Hirschberger aus, welchem Abg. Kirchgeßner mit der uns nicht genau verständlichen Motivirung des Antrags folgt: die Kammer möge beschließen den Abg. Mayer einzuberufen. Etwas müde hört man ferner des Abg. Forndran Beweisführung daß es sich hier nur um die Anwendung eines unzweifelhaften Gesetzes handle, daß man das Ministerium nicht anklagen dürfe weil die Staatsanwaltschaft selbständig gehandelt. Auch Rulands strenge Worte: wo sichs um Recht handelt, solle die Politik, solle das Gemüth schweigen, die Annahme eines Antrags wie Tafels werde durch Verwirrung des Rechtsbegriffs im Volk das Land ins Unglück ziehen rc., erregen nur geringe Aufmerksamkeit. Nachdem der Abg. v. Hermann noch deducirt hat wie das von Tafel angeführte Reichsgesetz vom 30 Sept. der bayerischen Kammer durchaus kein Recht zum Einschreiten gebe, erhebt sich nochmals Minister Kleinschrod. Wo solche Fragen, bemerkt er, auf das Feld der Politik gezogen werden, trete stets das Recht in den Hintergrund. Erst habe man dem Justizminister den Vorwurf gemacht daß die Staatsanwaltschaft mit jenen Untersuchungen beauftragt worden; nun sich herausstelle daß dieß nicht der Fall gewesen, schmäle man ihn deßhalb daß er den Richtern nicht die Freistellung der Abg. anbefehle. Als dann nach einigen Worten des Abg. Morgenstern lebhaft zum Schluß gerufen wird, erhebt sich Abg. Fürst Wallerstein mit Entrüstung dagegen, indem er zugleich darauf hinweist wie solch Abbrechen der Verhandlungen allerdings stets Gewohnheit der Mehrheiten sey die schon zu ihrem Votum entschlossen. Man habe wahrlich nicht zu viel gearbeitet, und werde wieder Ferien haben da keine Vorlagen da seyen, man möge also die Frage ob ein College aus dem Gefängniß hierher gerufen werden solle, nicht übers Knie brechen. Dieß hat die Wirkung daß bei der Frage auf Schluß der Debatte die Antwort verneinend fällt. Zunächst sprechen noch Abg. Arnheim für den Kirchgeßner'schen Antrag, Abg. Lang für den Nar'schen, und darauf nimmt der Abg. Fürst Wallerstein abermals das Wort um die Tafels Antrag unterstützende Gruppe des Hauses gegen die Annahme zu verwahren als wolle sie die Selbständigkeit der Gerichte alteriren; nein, nur der Kammer das Recht wahren ihre Meinung auszusprechen. Und darauf faßt Fürst Wallerstein wirklich nochmals zusammen was er und seine Freunde schon gesagt haben. Abg. v. d. Pfordten meint dagegen, solche Protestation gegen einen Willen dem die That widerspreche könne man nicht annehmen. Denn allerdings sey durch die Discussion auf die Justiz eingewirkt worden, da man keineswegs bloß über die Integrität der Kammer discutirt, sondern die eingeleitete Untersuchung selbst angegriffen habe. Die Discussion einer gewaltigen Körperschaft wie diese Kammer sey aber eine Macht die wohl durch ihr moralisches Gewicht auf die Entscheidung der Justiz wirken könne. Abg. Fürst Wallerstein: Nicht die debattirenden Stimmen der Einzelnen, sondern nur die Abstimmung der Mehrheit kann dieß Gewicht üben. Noch meint schließlich ziemlich kurz der Abg. v. Lassaulx: die Abgg. Tafel, Fürst Wallerstein und andere Mitglieder der Versammlung „welche ihrer Gesinnung nach einander anzugehören die Ehre haben," hätten die Sache auf das politische Feld gespielt um den Standpunkt zu verrücken, während der des Abg. Nar der einzig richtige sey, dem er beistimme. Der Referent Nar kommt dann nun endlich zum Schlußantrag, welchen er sehr kurz faßt. Als zur namentlichen Abstimmung des Tafel'schen und Kirchgeßner'schen Antrags geschritten wird, verwirft man erstern mit 79 gegen 34, letztern mit 73 gegen 40 Stimmen, worauf der Nar'sche Antrag durch Mehrheit angenommen wird. Die noch folgende Nummer der Tagesordnung, eine Wahlreclamation gegen eine Urwahl betreffend, erscheint uns von minder allgemeinem Interesse. Das Ergebniß ist die Annahme eines Antrags wonach die Kammer die Reclamation in der angebrachten Weise verwirft, aber den Wunsch ausspricht die Regierung möge den Wahlcommissären genaue Einhaltung der äußern Formen bei der Wahlhandlung bestens anempfehlen.

8 **München,** 7 Oct. Der Beginn des heutigen Octoberfestes fand diesen Nachmittag wieder in der gewöhnlichen Weise mit Preisvertheilung, Festzügen und Pferderennen unter dem Zuströmen einer ungewöhnlich großen Zuschauermenge statt, in der namentlich weit mehr Fremde bemerkbar waren als je früher. Die neueröffnete Eisenbahnverbindung zwischen hier und Nürnberg ist die Ursache dieser erfreulichen Erscheinung. Auch der königliche Hof war auf der Festwiese erschienen, und JJ. kk. MM. wurden von den versammelten Tausenden mit lebhaften und langdauernden Hochrufen empfangen. Se. k. Hoh. Prinz Luitpold begibt sich demnächst zur Inspection der Artillerie nach Augsburg, und wahrscheinlich nicht nach der Pfalz, wohin bereits vor einigen Tagen General Weishaupt zur Inspection abgereist ist. In einer der letzten Nächte wurden dem Eigenthümer und Redacteur der „Leuchtkugeln" Emil Roller von einigen reitenden Artilleristen die Fenster eingeworfen, und sogar weitere Zerstörung seines Hauses und Gartens versucht; die Dazwischenkunft von Gendarmen und Militärpatrouillen machte indeß den Excessen bald ein Ende. Die Veranlassung scheint ein Ausfall gegen genannte ehrenwerthe Waffengattung in den „Leuchtkugeln" gewesen zu seyn.

⊕ **München**, 7 Oct. Die Waffenrückgabe von Seite der Schweiz an Bayern und Baden ist durch die eifrigen Bemühungen der bayerischen und badischen Delegirten und unter Vermittlung des bayerischen und des französischen Gesandten in Bern nunmehr zu Ende gebracht worden. Was von Bayern speciell reclamirt worden, hat es erhalten; alles übrige Kriegsmaterial, insofern es nicht als Gemeinden oder Privaten angehörig erkannt wurde, ist an Baden gegen Revers ausgehändigt worden. Die französische Regierung hat, wie sie auf ihrem eigenen Gebiet sogleich die unbedingte Waffenrückgabe verfügte, auch bei dem schweizerischen Bundesrath in gleichem Sinn gewirkt. Ueber die auch in Ihrem Blatt jüngst berührte Angelegenheit der Auslieferung bayerischer in badische Kriegsgefangenschaft gerathener Landesangehörigen hoffe ich Ihnen nächstens Sicheres melden zu können. Was bis jetzt die öffentlichen Blätter darüber enthalten, ist sehr ungenau. Bayern hat schon vor Monaten, und nicht erst jetzt, die Auslieferung seiner an der Insurrection in Baden betheiligten Unterthanen durch den im Monat Jun. nach der Pfalz entsendeten Civilcommissär in Anspruch genommen, und als dieser hieher zurückkehrte, seine Bemühungen durch den commandirenden Fürsten Taxis seitdem fortgesetzt. Es stützte sich dabei auf die Rechtsansicht daß ein fortgesetztes und zusammenhängendes Attentat mit Prävention in der Pfalz stattgefunden habe. Das großherzoglich badische Kriegsministerium hat nunmehr auch vor kurzem die Auslieferung der bayerischen Kriegsgefangenen mit Ausnahme der Schwerstgravirten zugesagt, und dieselbe dürfte in diesen Tagen bewirkt werden.

Augsburg, 7 Oct. Folgende an Se. Maj. den König gerichtete, von einem Comité entworfene Adresse liegt seit vorgestern auf dem hiesigen Rathhause zur Unterzeichnung auf: „Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Eure königliche Majestät sind — zuerst unter allen deutschen Monarchen — einem tiefgefühlten Volkswunsch entgegengekommen, indem Sie, dem Zug Ihres landesväterlichen Herzens folgend, in Allerhöchstihrer Thronrede eine Amnestie für politisch Verirrte zusichern, und zu diesem Ende die Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Anspruch nehmen wollen. Allgemein ist die Freude darüber in den bayerischen Landen. Auch wir, die allerunterthänigst Unterzeichneten, können nicht umhin dieses Gefühl dem Throne gegenüber auszusprechen, sowie die Ueberzeugung daß, je umfassender und bälder dieser Act königlicher Gnade erfolgt, desto inniger der Dank des Volkes seyn werde nach so stürmevoller Zeit welche das Bedürfniß der Versöhnung jedem Gemüthe doppelt fühlbar macht. In dieser Gesinnung, im Hinblick auf so viele vom Schicksal ihrer Angehörigen schwer betroffene Familien drängt es uns zu der allerehrfurchtsvollsten Bitte an unseren geliebten König, den Erben jenes unvergeßlichen „besten" Herzens: „Geben Eure Majestät möglichst umfassende, insbesondere möglichst baldige — geben Eure Majestät eine *königliche* Amnestie, und besiegeln Sie damit aufsneue den heiligen Bund zwischen Fürst und Volk!" In allertiefster Ehrfurcht Euerer königlichen Majestät allerunterthänigst treugehorsamste. (Folgen die Unterschriften.) Augsburg den 4 October 1849.

Gr. Baden. ⚲ **Rastatt**, 5 Oct. Ich habe Ihnen schon wieder ein Todesurtheil zu berichten. Soldat *Bauer* vom 3ten Regiment stund gestern vor dem Standgericht, angeschuldigt zu den Hauptanstiftern der Militärmeute von Rastatt (12 Mai) zu gehören, selbst einen Dragonerofficier mit bewaffneter Hand am Rückzug aus der Festung verhindert zu haben. Er war von der Ausscheidungscommission schon entlassen gewesen als der begleitende Gendarm ihn am Bahnhof erkannte und in das Gefängniß zurücklieferte. Sein Vertheidiger O.-G.-Adv. Gutmann bot vergebens alles auf seinen Clienten in milderes Licht zu stellen; das Todesurtheil erfolgte mit allen Stimmen gegen eine; Genehmigung war vom Kriegsministerium nicht vorbehalten. Verzweiflungsvoll wälzte im Gefängniß nach der Verkündigung der Verurtheilte sich am Boden. Den Tröstungen des Geistlichen Hrn. Thomes gelang es ihn wieder soweit aufzurichten, daß er des Abends noch gefaßt zur Richtstätte ging und mit den Worten: „Es ist Dein Wille, Herr, in Deine Hände empfehle ich meinen Geist" das Leben aushauchte. — Heute erschien ein ganz neues Standgericht auf der Estrade; das letzte hatte sich in Folge von Meinungsverschiedenheit über das Stattfinden einer Berathung vor der Abstimmung aufgelöst. Es sollten drei Soldaten des Leibregiments erscheinen, da aber einer derselben im Haftslocal nicht gefunden wurde, auch der Hauptzeuge ausgeblieben war, wurden die beiden andern, *Rombach* und *Wießler*, dem Gerichte vorgeführt. Ihr Vertheidiger war Prof. Fickler. Gegen die Anschuldigung sie wären Hauptanstifter der Meuterei in Bruchsal gewesen, kam der Zeugenbeweis nicht auf; er zeigte nur daß sie im Trunke „Hecker hoch" gerufen und mit ungeladenem Gewehr einen Unterofficier bedroht hatten. Der erstere hatte noch — freilich durch Zwang aus der Heimath herbeigebracht — an einem Gefechte Antheil genommen. Diesen verurtheilte das Gericht einstimmig nach dem Antrag des Staatsanwalts zu zehn Jahren Zuchthausstrafe, der andere wurde nach dem Antrag des Vertheidigers vor die ordentlichen Gerichte gewiesen. In Folge von Excessen der Besatzung in einigen Wirthshäusern wurde seit gestern die Polizeistunde für jedermann auf 10 Uhr Abends festgesetzt.

Hansestädte. **Hamburg**. Die Commerzdeputation hat folgende Bekanntmachung erlassen: „In Folge einer officiellen Mittheilung an den hansischen Consul zu Paris, werden die beim Handel nach Frankreich Betheiligten darauf aufmerksam gemacht daß nach Vorschrift der französischen Zollgesetze in den Manifesten Manufacturwaaren nicht unter einer allgemeinen Benennung, wie z. B. »Marchandises,« aufgeführt werden dürfen, sondern speciell anzugeben sind. Wenn bisher auch bei der häufig vorgekommenen Nichtbeachtung dieser Vorschrift Nachsicht geübt worden, so soll doch künftig bei Contraventionsfällen dieser Art die gesetzliche strenge Strafe eintreten."

Bremen, 2 Oct. Hr. Senator Duckwitz hat der nach einem Beschluß des Senats und der Bürgerschaft an ihn gerichteten Aufforderung zum Wiedereintritt in sein Amt Folge geleistet. Gestern begab sich eine Deputation des Senats und der Bürgerschaft mit den Präsidenten dieser beiden Körperschaften an ihrer Spitze zu Hrn. Duckwitz, um ihn von dem gefaßten Beschluß in Kenntniß zu setzen. Hr. Duckwitz antwortete in kurzer Rede, in welcher er seine Einwilligung erklärte dem Wunsche des Staates zu entsprechen, und zugleich warnend vor den Verirrungen der Zeit sich über den Weg aussprach auf welchem allein Bremens Wohl gesichert seyn werde. Der Senatsversammlung, welche darauf um 12 Uhr stattfand, hat Hr. Senator Duckwitz bereits wieder beigewohnt. (Wes. Zeitung.)

Preußen. ⚭ **Berlin**, 3 Oct. Unsre Zustände im Innern bessern sich mit jedem Tage, an dem wir uns der Ruhe erfreuen. Die Leipziger Messe ist äußerst günstig ausgefallen; dieß wirkt auf unsre Industrie, unsern Verkehr zurück, den auch die jüngst geschlossene Gewerbeausstellung nicht unbedeutend belebt hat. In allen unsern Fabriken, besonders in den Woll- und Seidenmanufacturen ist jetzt Arbeit vollauf, so daß neue Bestellungen oft erst nach mehrmonatlicher Frist begonnen werden können und die Arbeiter mangeln. Auch an andern Orten scheint dieß der Fall zu seyn, so daß rheinische Fabrikstädte Deputationen hiehergeschickt haben um sich Arbeiter hier zu holen. Welch ein Wechsel gegen 1848! — Nur eine tiefe moralische Zerrüttung ist uns als Hauptübel noch vom vorigen Jahre zurückgeblieben, und wird durch eine nichtsnutzige Presse und durch die mißbräuchliche Ausübung des Versammlungsrechts fortdauernd genährt. Es ist dieß ein leidiger innerer Wurmfraß an dem Gesammtkörper des europäischen (wenigstens deutsch-französischen) Menschengeschlechts. Namentlich sind unsre Handwerker tief vergiftet. Die Regierung schreitet energisch in allen Einzelfällen ein; dieses Uebel aber, aus einer bösen Saat entsprossen, will auch an der Wurzel ergriffen seyn. Der Handwerkerverein hieselbst ist gestern zum zweitenmal von der Polizei in seiner Versammlung aufgelöst worden. Dießmal war die Ursache die verweigerte Zulassung des als Beaufsichtiger angestellten Beamten. Diese Leute haben eine unglückselige Stellung. Sie werden durch Stichel- und Stachelreden, durch Geberden, Blicke, Witzworte, Gelächter ꝛc. fortdauernd gereizt, so daß mehrere schon erklärt haben sie wollten lieber ihres ganzen Dienstes verlustig gehen als diese Aufgabe länger aushalten. Auch der Buchdruckercongreß ist gestern aufgelöst worden. Man hat sich überzeugt daß derselbe keineswegs auf eine bloße Regulirung der Verhältnisse der Arbeit, des Lohnes ꝛc. hinaus wolle, sondern daß er eine demokratische Verbrüderung in Masse beabsichtige, welche über jede andere Richtung eine unbedingte Herrschaft ausüben sollte. So sollte dem Vorstande die Vollmacht gegeben werden jede Druckerei die den Statuten entgegenhandle, in Verruf zu erklären, so daß sämmtliche Gehülfen die zum Verein gehören, dort nicht arbeiten dürften. Man nennt einen berüchtigten flüchtigen Demokraten, der jetzt in der Schweiz verweilt, als Hauptverfasser des Statuts und Betreiber der ganzen Congreßangelegenheit. So schleicht überall das Gift der Unterwühlung in sorgsam vorbereiteten Adern und Canälen, und jede Freiheit und Gewährung wird von dieser Partei nur als Mittel betrachtet alles was sonst noch hält und besteht damit zu untergraben!

⚲ **Berlin**, 4 Oct. Die gestern in der ersten Kammer zu Art. 11 der Verfassung angenommenen Amendements von Walter wurden sehr entschieden angegriffen und vertheidigt. Die Gegner — Tamnau, v. Kathen, Sägert u. a. — erklärten: diese Amendements seyen Präventiv-Maßregeln; der Art. 11 selbst werde dadurch wieder umgestoßen, und eine Inquisition in Aussicht gestellt welche Revolutionen hervorrufen würde; durch sie werde kein christlicher, vielmehr ein jüdischer Staat mit germanischem Aufputz geschaffen. *Milde* sprach den Wunsch aus: es möchten nicht Zustände über das Land kommen wie die Bourbonische Restaura-

ken. Dagegen bemerkte **Walter**, sein erster Zusatz verlangt daß wenigste was man von einer Religion im allgemeinen fordern müsse, und sein zweiter wolle dem Christenthum nur ein Recht zuerkannt wissen, ohne welches es auch keinen König von Gottes Gnaden mehr gebe. **Bornemann** gab zu bedenken daß sich ohne den ersten Satz jeder Club den Namen einer Religionsgesellschaft beilegen könnte. **Stahl** führte aus daß weder Reaction noch Concessionen die Revolution schließen können, sondern allein die Herstellung eines innigen Bandes zwischen Kirche, Staat und Schule. Der Cultusminister sagte: „Die Regierung hat es für eine ewige Wahrheit gehalten daß eine Religion Ehrfurcht gegen Gott, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und Sittlichkeit zu lehren habe, und hat daher nicht geglaubt dieß in die Verfassung aufnehmen zu müssen. Fürchtet aber das Land daß die Regierung dem Indifferentismus huldigt, so bin ich nicht dagegen daß in die Verfassung ein Artikel aufgenommen werde der ihm zur Beruhigung dienen kann.' (großer Beifall). Später — durch die Debatte eines bessern belehrt — erklärte er sich positiv für die Aufnahme eines Artikels „der die lautgewordenen Zweifel heben könne." Der Staat müsse die christliche Religion begünstigen, denn er sey auf sie gegründet. Die Rechte des Christenthums in Bezug auf bürgerliche Einrichtungen müßten gesichert werden. In der heutigen Sitzung berieth die erste Kammer den Art. 12 der Verfassung, welcher lautet: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Es waren wieder eine Reihe von Amendements eingegangen — von Bennecke, Heffter, Uhden, Milde, Ammon, Rönne und Hülsmann. Abg. v. **Ammon** sagt: „Gestern ist der Staat der Kirche untergeordnet worden, heute soll die Kirche dem Bereich des Staates gänzlich entzogen werden. Bleibt der Art. 12 unverändert, wie die Commission will, so wird die Kirche ihre Güter veräußern dürfen und den Erlös nach Rom oder nach Olmütz schicken können. In Belgien hat die Regierung eine bedeutende Macht über die Kirche: hier ist das Kirchenbudget dem Gemeinderath unterworfen. Durch Annahme des Artikels würden sie namentlich der Rheinprovinz einen schlechten Gefallen thun. Ich empfehle Ihnen mein Amendement: „Die Kirche ordnet und verwaltet ihre innern Angelegenheiten selbständig, ihre äußern unter gesetzlich geordneter Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinde" — und meinen Zusatzantrag, nach „Fonds" zu setzen: „soweit sie darauf ein Recht hatte und erwirbt." Walter erklärt den Art. 12 für den besten der Verfassung, für eine wahre Perle! Der Staat habe von der Selbständigkeit der Kirche nichts zu fürchten; je mehr er in sie Vertrauen setze, desto strenger werde er Uebergriffe zu strafen wissen. Brüggemann stellt die Freiheit der Kirche noch höher als die Freiheit der Presse, und ist der Ansicht die freie und schöne Fassung des Artikels verdiene es daß er nicht durch Zusätze beschränkt werde. Ritter wundert sich daß man die Kirche auf der einen Seite frei machen, auf der andern unter Curatel stellen wolle. Die Freiheit welche die Kirche durch Art. 12 erhalte, sey nur ein geringer Zins für die Dienste welche sie dem Staate geleistet habe. Der Abg. Milde gibt dagegen der Kammer anheim ob diejenigen welche das Volk belehren sollen, ebenso geeignet seyn werden Geldangelegenheiten zu ordnen wie Laien welche dieses Geschäft zur Aufgabe ihres Lebens machen. Nach Art. 12 würde die Hierarchie in ihrem ganzen Absolutismus und ein Mangel an Organisation der Kirchengemeinden eintreten. Der Redner beschwört die Rathgeber der Krone der Partei, welche in Haller ihren Apostel sehe, keine weitern Zugeständnisse zu machen. Hr. v. Gerlach erklärt: „Ich befinde mich in der ungewohnten Lage einmal für einen Artikel der Verfassung mich erklären zu können, namentlich für den Anfang desselben als für ein Element wirklicher positiver Freiheit im Gegensatz zu einer rein negativen Schrankenlosigkeit." Der Redner dankt dem Minister v. Ladenberg für seine gestrigen Aeußerungen, welche durch seine erste Rede veranlaßt seyen. Die Kammer verwirft alle Amendements mit Ausnahme der beiden von Ammon; den Art. 12, durch die letztern vervollständigt, nimmt sie an.

∇ **Berlin**, 4 Oct. Die zweite Kammer wählte heute wieder den Grafen Schwerin zum Präsidenten, die Abgeordneten Simson und Lensing zu Vicepräsidenten. Schwerin erhielt 230 Stimmen (57 fielen auf den Grafen Arnim), Simson 198 (Graf Arnim 76), Lensing 252. Der zum drittenmal und damit für die ganze Dauer der Session erwählte Präsident sagte unter anderm: „Lassen Sie uns fest und unverrückt unser Ziel verfolgen, unbeirrt von den Anfeindungen die von den verschiedensten Seiten auf uns geschleudert werden. Lassen Sie uns unser Ziel verfolgen in dem Bewußtseyn daß wir arbeiten zum Heile des Vaterlandes." Simson: „Ich mache es für ein glückliches Vorzeichen für das Gelingen der hohen und heiligen Aufgabe die diese Kammer für Preußen und durch Preußen für Deutschland zu erfüllen hat, daß sie an die Spitze derselben einen Mann haben stellen wollen dessen Name seit einem Jahrhundert als einer der schönsten in unserm Vaterlande dasteht. Ich schätze mich glücklich meinen edeln Freund in seinem Amte unterstützen zu können, würde es jedoch am liebsten sehen wenn er niemals genöthigt seyn sollte der Kammer die milde und freundliche Leitung zu entziehen an die wir seit dem Zusammentritt dieser Versammlung gewöhnt sind." Diese Anerkennung hat ihre Bedeutung. Von der rechten Seite war in den lauten Beifall über das erste Wahlergebniß „Ruhe" gerufen worden. Die Kammer ertheilte sodann zwei Verordnungen, über die verlängerte Zahlungszeit der Wechsel in Elberfeld und Barmen, und über die Bestrafung der Vergehen gegen Telegraphen — die nachträgliche Genehmigung.

* **Berlin**, 5 Oct. Alles drängte sich heute in die zweite Kammer um zu hören was der Minister des Auswärtigen auf Hrn. v. Beckeraths Anfrage wegen der provisorischen Centralgewalt und wegen Berufung des Reichstags antworten werde. Hr. v. Beckerath motivirte seine beiden Anfragen noch umständlicher und wärmer als zuvor. Die Antwort des Ministers aber war geeignet wieder einmal alle Welt zu enttäuschen und abzukühlen. Die Frage über das Centralorgan sey noch Gegenstand einer schwebenden Unterhandlung, daher noch nicht reif zu Mittheilungen. (Und doch wollte die N. Münchener Ztg. behaupten, schon am 30 Sept. sey in Wien die Einigung erfolgt. War dieß falsch, oder wollte der Minister es den Kammern, auf welche diese Mittheilung ungünstig wirken mußte, verschweigen?) Die Regierung sey indeß fest entschlossen auf ihrem Wege zur Begründung des Bundesstaats unbeirrt weiterzugehen, und könne versichern daß ihre Schritte Erfolg hoffen lassen. In Bezug auf die Anwendung des Wahlgesetzes für den Reichstag seyen Einleitungen getroffen. Der Entwurf einer Geschäftsordnung für den künftigen Reichstag liege dem Verwaltungsrath vor. Die Regierung werde dahin wirken daß bald die Zeit für die Ausschreibung der Wahlen bestimmt werde. Ueber das Resultat der schwebenden Verhandlungen werde sie seiner Zeit Mittheilungen machen. Die Kammer ging zur Berathung des Art. IX der Verfassung über und die Zuschauerräume begannen sich zu leeren.

Oesterreich. Wien, 4 Oct. Die Börse scheint dießmal Recht zu behalten daß sie sich von dem Wetterleuchten über dem goldenem Horn nicht einschüchtern ließ. Die Journale welche gestern kriegerische Signale gaben, schweigen heute still, und die „Presse" versichert Oesterreich hätte seine Forderungen darauf beschränkt die augenblickliche Entfernung der Flüchtigen von türkischem Gebiete zu verlangen. Dabei triumphirt die „Presse" über den Lloyd, der mit etwas erhitzter Sehergabe eine demüthigende Niederlage Englands prophezeit hatte. „Ein Krieg Rußlands und Oesterreichs mit der Türkei und die darauf etwa folgende Zerstückelung dieses Reiches wäre für England allerdings verderblich, aber nur durch die Gefahren womit der Eroberer von Konstantinopel in der Zukunft Asien bedrohen könnte. Für Frankreich aber welches Ansprüche auf die Herrschaft des Mittelmeeres macht, für Oesterreich welches dadurch von Rußland ganz umschlungen würde, für ganz Europa dessen Gleichgewicht dadurch gestört würde, wäre ein solcher Krieg mit augenblicklichen Gefahren verbunden. Und darum wird auch kein Besonnener an dessen Ausbruch glauben." Diese Conjecturen und Oesterreichs traditionelle Politik in der orientalischen Frage vor Augen erklärt die „Presse" den österreichischen Minister des Auswärtigen für „zu besonnen als daß er in Fragen wodurch der europäische Friede so leicht compromittirt werden könnte, sich zu übereilten Entschlüssen hinreißen lassen sollte, und auch Reschid Pascha kennt die wahren Interessen des osmanischen Reiches und die gegenwärtige Weltlage zu gut als daß er nicht wissen müßte welche Rücksichten er einem so bewährten und nothwendigen Bundesgenossen der hohen Pforte wie Oesterreich schuldig ist. Die Haltung der türkischen Regierung in den wesentlichsten Fragen, gegenüber der letzten ungarischen Revolution, hat bewiesen daß der Divan die Aufrechthaltung und die Stärke der österreichischen Monarchie auch als eine der Grundbedingungen für den Fortbestand des türkischen Reichs anerkannt hat." Der Gebrauch der elektrischen Telegraphen wird dem Publicum nächstens gestattet und der Tarif auf 12 fl. für 100 Wörter und verhältnißmäßig festgesetzt werden.

Wien, 5 Oct. Der Zudrang zur Nationalbank, um noch auf das neue Anlehen zu zeichnen, war gestern Abend so bedeutend daß die Einzeichnungen bis um 12 Uhr in der Nacht fortgesetzt wurden. So viel ich zu bemerken Gelegenheit hatte, gehören viele der Einzeichnenden zu den nicht handeltreibenden Classen. Der tapfere General Benedek ist von seiner Krankheit bereits wieder hergestellt. Unsere Vorstadtbühnen wetteifern an Darlegungen ihrer patriotischen Gesinnung durch „gutgesinnte" Schaustücke. Wenn auch die Verse und der andere literarische Zubehör gewöhnlich herzlich schlecht sind, so ist dagegen für das Auge trefflich gesorgt. Ich habe Ihnen vor einiger Zeit angezeigt daß Dr. Fischhof ab

instantia freigesprochen wurde. Das Apellationsgericht sollte über dieses Urtheil erkennen. Der Referent trug auf gänzliche Lossprechung an. Nun wurde aber andererseits eine Revision des Processes in Antrag gestellt, um die Wirksamkeit Fischhofs als Präsident der Reichstags-Permanenz zu prüfen. Wenn dieses Gerücht sich bestätigt, so könnten sehr angesehene Staatsbeamte in diesen Proceß verwickelt werden, weil sie in verschiedenen amtlichen Beziehungen zur Reichstags-Permanenz gestanden sind. Vergleicht man das geschäftige rege lebenslustige Treiben Wiens, wie es sich insbesondere seit einiger Zeit wieder kundgibt, mit der Aufregung die gerade heute vor einem Jahr dem Ausbruch der October-Revolution voranging, so denkt man unwillkürlich an das felix Austria. Damals konnte ein sardinischer Minister auf der Tribüne Oesterreich ungestraft einen tollen Hund nennen, und heute ist Oesterreich wieder eine geachtete Macht, welche einen entscheidenden Einfluß auf die Lage der Dinge in Europa ausübt. Es verlautet daß das böhmische Observationscorps Befehl erhalten hat nach Croatien zu marschiren, um sich an der türkischen Gränze aufzustellen. Der neue französische Gesandte Hr. v. Beaumont ist bereits angekommen.

Die A. Z. C. wiederholt die Angabe der „Presse" daß Graf Stürmer seine ursprüngliche Forderung in Betreff der ungarischen Flüchtlinge dahin ermäßigt habe daß sie alsbald entfernt werden sollten. Bestimmteres scheint darüber nicht vorzuliegen, und da ein eigener türkischer Gesandter zu Kaiser Nikolaus sich begeben hat, so wird wohl von dort und von Wien, nicht von Graf Stürmer, welcher schwerlich auf eigene Faust vorgehen durfte, die Entscheidung kommen. Die uns zuerst aus Belgrad gemeldete Nachricht daß ein Theil der Geflüchteten zum Islam übergetreten sey, läuft nun durch alle Wiener Blätter. Auch aus Semlin wird uns heute dieses Gerücht geschrieben.

♀ **Wien,** 5 Oct. Die Subscriptionen auf das neue Anlehen, deren Schlußtermin mit dem gestrigen Tage abgelaufen ist, haben einen so günstigen Fortgang genommen daß sie die vom Finanzminister festgesetzte Emissionssumme von 60 bis 72 Millionen weit übersteigen werden. Gestern Abends betrug die Subscriptionssumme hier in Wien bereits 59 Millionen, und sie beläuft sich mit Inbegriff der aus den Bankcassen der verschiedenen Provinzen eingelaufenen Subscriptionen auf 66½ Mill. Die Häuser Rothschild und Sina haben jedes mit 5 Millionen gezeichnet. Da man nun auch die weiteren Subscriptionen des Auslandes auf etwa 25 bis 30 Millionen anschlagen darf, so wird wohl eine Reduction der einzelnen Subscriptionsbeträge stattfinden müssen.

Aus **Triest** wird der Wiener „Presse" geschrieben daß der Lord Obercommissär 14 der jonischen Aufrührer habe erschießen und 63 mit Ruthen peitschen lassen. (Vorher schon war eine Anzahl hingerichtet worden, darunter zwei Priester.) Das Wiener Blatt druckt die Ruthenexecution mit gesperrten Lettern, und knüpft daran folgende Betrachtungen: „So handelt eine brittische Behörde! Wir haben bisher kein Wort davon gehört daß in dem menschenfreundlichen, von den buntesten Sympathien überströmenden England Meetings veranstaltet worden wären, um gegen die wahrhaft empörende Grausamkeit ihres Satrapen zu eifern und zu agitiren. Wir glauben, dieser Vorfall könnte die bibelfesten Tartüffes von Altengland an den evangelischen Spruch von Splitter und Balken erinnern."

Oesterreichische Monarchie.

= **Preßburg,** 3 Oct. Einer neueren Bestimmung zufolge wird die Uebergabe Komorns erst morgen am 4 Oct., dem Namenstag Sr. Maj. des Kaisers, bewerkstelligt werden. Die Bedingungen unter welchen die Unterwerfung vor sich gegangen, sind nach einer halbofficiellen Mittheilung unserer Localzeitung folgende: 1) Freier Abzug der Garnison ohne Waffen, die Säbel der Officiere bleiben ihr Eigenthum. Denjenigen Officieren die früher in der k. k. Armee gedient haben, werden Pässe in das Ausland verabfolgt; denjenigen denen solche nicht entsprechen, wird die freie Entlassung in ihre Heimath gestattet — mit Ausnahme jener die sich bereitwillig stellen. Den Honvedofficieren, d. h. denjenigen die früher nicht gedient haben, wird der freie Aufenthalt in ihrer Heimath ohne Reservation ihrer künftigen Verwendung gestattet. Die Mannschaft der k. k. Regimenter wird amnestirt, und sie, wie jene Individuen welche inzwischen zu Officieren befördert wurden, ebenfalls freigelassen, und findet für alle hier Betheiligten keine weitere gerichtliche Verfolgung statt. 2) Pässe in das Ausland werden allen jenen ertheilt welche solche innerhalb 30 Tagen ansprechen. 3) Eine monatliche Gage für die Officiere und eine zehntägige Löhnung für die Mannschaft der Garnison wird in österreichischen Nationalbanknoten nach dem österreichischen k. k. Kriegsgebrauche verabfolgt. 4) Zur Ausgleichung der verschiedenen, von der Garnison durch Kriegscassenanweisungen eingegangenen Verpflichtungen wird die Summe von 500,000, sage fünfmalhunderttausend Gulden C. M. österreichische Banknoten ausgezahlt. 5) Versorgung der in Komorn liegenden verkrüppelten, in den Spitälern kranken Krieger. 6) Mobiles und immobiles Privatvermögen wird im allgemeinen beibehalten. 7) Ort, Zeit und Weise der Waffenablegung wird nachträglich bestimmt. 8) Alle Feindseligkeiten werden beiderseits sogleich eingestellt. 9) Die Festung wird nach Kriegsgebrauch und nach erfolgter beiderseitiger Ratification übergeben. Sig. Pußta Herkaly, 27 Sept. 1849. Haynau m. p. Feldzeugmeister. Takats m. p. Hauptmann. Gaspareh, Hauptmann. Mednyansky, Oberstlieut. Joh. Prágay, Oberstl. Steph. Rutkay, Oberstl. Gr. Otto Zichy, Oberst. Paul Gr. Esterhazy, Oberst. Joh. Janik, Oberst. Sigm. Szabo, Oberst-Platzcommandant. Jos. v. Kaßonyi, Oberst. Franz Assermann, Oberst-Festungscommandant. Klapka, Festungs- und Truppenobercommandant. Dem Orginal gleichlautend. Komorn, 29 Sept. 1849. Szillanyi, Oberstl., Chef des Generalstabs. — Se. Maj. der Kaiser soll im Laufe der nächsten Woche auf seiner Durchreise nach Pesth hier eintreffen. Zugleich wird auch der Besuch des Feldmarschalls Radetzky erwartet.

△ **Vom Neusiedlersee,** 30 Sept Eine allgemeine Amnestie mit Ausschluß der berüchtigten Rädelsführer kann nun nach der Uebergabe Komorns nicht ausbleiben; doch wäre jede Schlußfolgerung auf eine Entschädigung für die Kossuthnoten sehr irrig, ja unheilbringend. Ich will die Mißgriffe nicht entschuldigen welche zur Zeit der ersten Emission im Jul. und August v. J. die Circulation der vom Wiener Ministerium einmal desavouirten, das andremal geduldeten Kossuthnoten ermöglichten, während ein bestimmtes Verbot für die österr. Provinzen sie in kurzer Zeit sicher entwerthet hätte; soviel aber ist gewiß daß keine Maßregel während der noch legalen Regierung des ungarischen Ministeriums so sehr das offene Gepräge des Hochverrathes trägt als eben die Noten-Emission, welche nicht einmal im ungarischen Ministerrathe beschlossen, sondern von Kossuth als Finanzminister, ohne Billigung des Palatins, willkürlich unternommen, dann in einem königlichen Erlasse vom August, sowie in einem durch die ungarischen Zeitungen selbst veröffentlichten Handschreiben vom 14 Sept. als null und nichtig verdammt wurde. Das ganze Land wußte es daß diese Noten, gegen die Gesetze von 1848 selbst erlassen, von der österreichischen Regierung nie anerkannt werden können. Obgleich die Verordnung des Fürsten Windischgrätz in Hinsicht der Ein- und Zweiguldennoten eine Ausnahme machte, so hat doch eben diese Ausnahme die Nichtanerkennung der übrigen noch mehr bestätigt. Diese Noten bildeten den Haupthebel des bewaffneten Aufstandes. Man kann den irregeführten Insurgenten Verzeihung ertheilen; mit dem Mittel der Kriegsführung kann jedoch keine Regierung transigiren. Die Nichtanerkennung, die Vernichtung der Kossuthnoten ist für Ungarn das wirksamste Mittel der Revolution den Kopf zu zertreten. Hier wird die Macht Geld zu schaffen als ein ausschließliches Attribut der Krone betrachtet; in diesem Glauben beirrte Kossuth die Ungarn; es ist eine wenn auch harte, doch unabweisliche Nothwendigkeit den Glauben wieder herzustellen, und hiedurch die Landleute handgreiflich zu überzeugen daß Kossuth ein Rebell war, der sich die Macht Geld zu schaffen hochverrätherischerweise angemaßt hatte. Diese Radicalcur ist allein im Stande die Bevölkerung gegen künftige Annahme von Geldnoten die der König nicht bewilligt zu verwahren. Mir sind die Schwierigkeiten nicht unbekannt welche durch die Vernichtung des in manchen Gegenden fast ausschließend circulirenden Geldmittels im täglichen Verkehr entstanden sind, doch in keinem Lande wird diese Verlegenheit früher und mit geringern Opfern gehoben werden als eben in Ungarn, wo der Landmann die Masse der Bevölkerung bildet, die weder baares Geld noch Capitalien besitzt und an Tauschhandel für die erste Zeit leicht gewöhnt wird. Nebst dem minder zahlreichen christlichen Handelsstand sind es die Israeliten die von jener Maßregel am härtesten betroffen werden, unter ihnen jedoch eben diejenigen die selbst unter Fürst Windischrätz das meiste zur Geltung der verrufenen Kossuthnoten beitrugen und durch Wucher sich bereicherten. Es werden sich wohl auch andere minderschuldige Opfer finden, die jedoch in dem außerordentlichen Falle, wo starre Strenge gegen alle Kossuthnoten viel Unheil für die Zukunft verhüten kann, der Rücksicht für das allgemeine Wohl sich willig unterordnen müssen. Meiner Erfahrung nach hat die Verordnung gegen diese Noten bei den Grundbesitzern keine Mißstimmung erregt, und der Handelsstand übt in Ungarn keinen besondern Einfluß auf die öffentliche Stimmung. Der Bauer, der Bürger, der Edelmann lebt meist vom Grundertrag, welcher, in letzter Zeit durch den gestiegenen Preis der Feldfrüchte erhöht, ihn für etwanigen Verlust entschädigt. Die Handwerker in den größern Städten leben vom täglichen Erwerb, welcher durch obige Verordnung nur augenblicklich gestört wurde. Größern, ja den entscheidendsten Einfluß auf die öffentliche Stimmung wird die politische Organisation Ungarns äußern, wenn sie, wie der Wiener = Correspondent in der Allg. Ztg. vom 22 Sept. sehr richtig bemerkt, „mit einer dauernden Ausgleichung verbunden wäre, welche mit den ehrlichen aber irregeführten Massen nur durch jene Partei versucht werden

kann die das Heil Ungarns in der offenen, freien und aufrichtigen Verbrüderung mit Oesterreich sieht.“ Damit sie aufrichtig sey, muß Ungarn die Ueberzeugung gewinnen daß ihm für einen seinen eigenen Kräften entsprechenden Beitrag eine imposante politische Macht und Kriegsgewalt zum Schutze seiner Integrität, seiner Institutionen, seines nationalen Lebens zu Gebote steht, welche Kraft Ungarn nicht allein aus seinem Innern schöpfen kann. Gewährt Oesterreich diesen Schutz nicht, so kann eine Armee die Verschmelzung erzwingen, aber eine Verbrüderung weder erzielen noch erhalten. Jeder besonnene Ungar weiß daß er von dem Volksstamme welcher sein Geschick bisher leitete, kein großes nationales Reich zu erwarten habe; daß vielmehr seine Zukunft innerhalb des Provincialbandes mit Oesterreich liege, dessen Culturstand und materielles Wohl nur begünstigend auf Ungarn zurückwirken kann. Ungarn ist mit seinem magyarischen Stamme auf das deutsche Element angewiesen, und die natürlichen Einigungsbande wird der Fortschritt Ungarns in seiner Cultur nur noch enger knüpfen, wenn Oesterreichs Staatsmänner dieses Land nicht im voraus durch Maßregeln entfremden welche das Vorurtheil erzeugen als ob die provincielle Selbständigkeit Ungarns in Wien eben so verhaßt sey als früher, und man lieber die Suprematie des slavischen Elementes anbahnen als mit den Magyaren sich versöhnen wolle. Auf die durch Ihren = Correspondenten gestellten 7 Fragen hat meine jüngste Aufklärung der Stimmung in Ungarn im voraus geantwortet. Wir verlangen keine Sonderstellung, sondern dieselbe Selbständigkeit für alle Provinzen, und von der alten Comitatswirthschaft nur die Grundzüge der Municipalverwaltung. Ein vom König ernannter Obergespan leite die Verwaltung des ganzen Comitats, nach dessen Bevölkerung die Zahl der zur Comitatsversammlung einzuberufenden Repräsentanten bestimmt werden möge, die, nicht unter 120 und nicht unter 80, von den befähigten Wählern auf sechs Jahre (nach Art der französischen Departementalräthe) gewählt, jedes Jahr viermal unter Vorsitz des Obergespans sich in öffentlicher Sitzung versammeln, über ihre innern Angelegenheiten und über die Art des Vollzuges der höhern Befehle (nicht wie bisher über den Vollzug selbst) sich berathen, und während der sechs Jahre einmal von den durch den Obergespan candidirten Individuen den Localmagistrat auf sechs Jahre wählen. Die richterlichen Beamten einmal gewählt, unterliegen keiner fernern Wahl. Ueber die Rechtspflege, Gerichtsordnung und das Privatrecht möge das Ministerium einen neuen Coder dem nächsten Provincial-Landtag zur Durchsicht vorlegen, und versichert seyn daß wie in dieser Hinsicht der ungarische Landtag an die Cultur der deutschen Provinzen sich anschließen, er eben so denselben den geeigneten Weg zeigen wird den deutschen Bureaukratismus, diesen Alp des öffentlichen Lebens, zu beseitigen. Die Steuerfreiheit des Adels haben die Ungarn selbst über Bord geworfen, und wenn sich das ungarische Ministerium gegen das Ansinnen des Pillersdorff'schen Ministeriums 200 Millionen Staatsschulden als ein Pauschale zu übernehmen wehrte, hat es wider seinen Willen der österreichischen Monarchie einen großen Dienst geleistet, da Oesterreich hiedurch die völlige Trennung Ungarns selbst anerkannte, und die zurückgewiesene Anerkennung nun Klagen nicht zuläßt, wenn Ungarn, allmählich gehoben, die Interessen einer größern Summe zu decken im Stande seyn wird. Neu und noch wenig befestigt ist das öffentliche Leben in dem constitutionellen österreichischen Kaiserstaat, in der trüben Mischung der ungleichartigen Nationalitäten haben sich die politischen Parteien noch nicht geschieden. Nur in Ungarn stehen zwei durch parlamentarische Kämpfe geformte, ganz ausgebildete Parteien sich gegenüber, die nach ausgesprochenen Grundsätzen die Regierungs- und die Oppositionspartei bilden. Mit der letztern kann das Ministerium auch in dem Falle, wenn dieselbe, allen Separationsgelüsten entsagend, sich den übrigen Radikalen Oesterreichs unbedingt anschließen wollte, nicht gehen; eine dritte Partei existirt nicht, also muß es sich jener anschließen die unter gewissen Bedingungen das Ministerium zu unterstützen, das constitutionelle Leben Oesterreichs, die politische Freiheit im monarchischen Sinne zu begründen bereit ist. Ohne aufrichtige Unterstützung dieser Partei kann kein österreichisches Ministerium sein Amt zur Befestigung des Throns und der constitutionellen Freiheit üben. Oder könnten österreichische Staatsmänner blind für die Gefahr, für die Kämpfe seyn welche die gewaltsame Vereinigung beider Parteien in den Fragen der Nationalität, der Municipal-Institutionen mit sich führt? Gegen diese letztern will man immer den Einwurf der ministeriellen Verantwortlichkeit geltend machen, ohne zu bedenken daß die Minister in Nordamerika und England z. B. sehr froh sind für die Localverwaltung nur in dem Maße verantwortlich zu seyn, als sie sich direct in dieselbe zu mischen gezwungen sind. Jetzt ist es in Ungarn nicht damit gethan das widerstrebende Volk in die äußerliche Form einer neuen Verfassung zu zwingen oder es dem siegenden Oesterreich durch die eisernen Bande der Waffen anzuvertrauen; es kommt darauf an die Wurzel alter Vorurtheile auszureuten und einen hartnäckigen Widerwillen gegen eine engere Verbindung zu besiegen, einen Widerwillen der durch die langsam wirkende Kraft von Jahrhunderten in seine Sitten, seine Sprache, seine Gesetze gepflanzt worden war, und bei dem fortdauernden Einflusse der geträumten Unabhängigkeit in ewiger Uebung blieb. Befriedige Oesterreich die gerechten und historischen Wünsche Ungarns, und es wird unüberwindlich durch die Gewalt der Liebe für diese Verfassung, des Heimischen, des Rechtes, der Treue, unüberwindlich gegen die Ansprüche jeder rechtlosen Macht.

Die **Preßburger Ztg.** läßt sich unterm 29 Sept. von **Wien** schreiben: „Ein aus Mad (Zempliner Comitat) dieser Tage angekommener Grundbesitzer entwirft ein ungemein trauriges Bild von den Gräueln und Verwüstungen die der unselige Bürgerkrieg in jener weingesegneten Gegend angerichtet hat. Nebst den Insurgenten sollen die Kosaken besonders arg gehaust haben; jeder zweite oder dritte Mann derselben war zugleich mit einer Sense bewaffnet, womit er noch das unreife Getreide überall wo er hinkam, abmähte und es seinem Pferde als Futter darreichte. Die weltberühmten Weingebirge sind kläglich zerstört, von einer Fechsung gar keine Rede. Arbeiter um Taglohn sind nirgends zu bekommen, und wer auch selber Hand anlegen wollte, wurde hierin durch das alldort vorzugsweise herrschende Kriegsgetümmel verhindert oder gestört; noch jetzt bietet man zwei fl. C. M. und darüber Taglohn umsonst für die Bearbeitung der Aecker und Weingärten, der rüstigen Hände gibt es sehr wenige, und Noth und Mangel drohen im fürchterlichen Maße einzubrechen. Gegen 72.000 Russen sollen durch das Zempliner Comitat über Galizien bereits nach Polen abgezogen seyn, sie führen eine ungemein fette Beute mit sich und requirirten hierzu Fuhrleute aus den entferntesten Comitaten, sobald diese nur Pferde und Zugvieh hatten; dabei wurden nicht viele Umstände gemacht: stand ein Vieh um oder zerbrach die Achse oder das Rad eines Wagens, so mußte in dem Ort wo der Unfall sich ereignete, das Fehlende allsogleich ersetzt werden, ob es gerade eine Kutsche oder ein Leiterwagen, ein Pferd von edler oder gemeiner Race war, welches man hiezu gebrauchte, darnach wurde nicht viel gefragt. Einen eigenthümlichen Anblick gewährten die zahllosen Rüstwägen welche mit Effecten aller Art übervoll angepackt waren, auch sah man schwere Ladungen von Büchern und Schriften. Die mit den Russen gezogenen Honved waren weniger niedergeschlagen als man erwartete, und schienen mehr deren Begleiter als Gefangene zu seyn. Viele von ihnen, besonders Officiere, sollen schon damals russische Dienste angenommen haben, die übrigen werden als Kinder eines nachsichtigen Vaters behandelt. Görgey wird allgemein des Verraths beschuldigt, eine Beschuldigung womit der Magyare während der Dauer der Empörung sehr freigebig gegen alle war die ihn durch ihre vielfachen Niederlagen aus seinen utopischen Träumen von glänzenden Siegen und dergleichen mehr etwas unsanft aufschreckten. Die verlorene Schlacht vor Debreczin, wo Nagy Sandor sich sehr hitzig über drei Stunden gegen die drei bis vierfach überlegenen Russen vertheidigte, und wo letztere dann ein furchtbares Blutbad unter den Honved anrichteten, soll nach Aussage dieser bloß der Unthätigkeit Görgey's zuzuschreiben seyn, der zwei Stunden vom Kampfplatz entfernt, mit einer Armee von 40.000 Mann, wie eingewurzelt stehen blieb, und die von Nagy Sándor abgeschickten Couriere kaum einer Antwort würdigte. Debreczin soll sehr stark mitgenommen seyn, die durch den verzweifelten Widerstand der Insurgenten im höchsten Grad erbitterten Russen haben wenig Schonung bewiesen. Obercommissär im Zempliner Comitat ist Graf Csaky, und die neue Beamtenwahl mit Draveczky an der Spitze ist bereits vor sich gegangen.“

Spanien.

Madrid, 27 Sept. Gestern hatte der Gesandte der Vereinigten Staaten Audienz, um der Königin seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Ihre Maj. sagte ihm (mit Bezug auf die neulichen Vorgänge hinsichtlich Cuba's): sie freue sich daß Präsident Taylor so bestrebt sey gute Verhältnisse zwischen Amerika und Spanien aufrecht zu halten; eben dieß sey ihr aufrichtiger Wunsch. Der päpstliche Nuncius verkehrt viel mit Hrn. Pidal, dem Minister des Auswärtigen. — Die Unsicherheit der Umgegend Madrids wird immer größer; am 26. Morgens wurde die von der französischen Seite kommende Diligence ganz nahe an der Stadt von 12 Räubern angehalten und rein ausgeplündert.

Großbritannien.

London, 4 Oct.

Die Times enthält einen zweiten heftigen Artikel gegen Rußland, in dessen Eingang sie bemerkt: der Umstand daß in dieser ungewöhnlichen Zeit des Jahrs Ihrer Maj. Minister plötzlich durch besondere Einladung Lord Palmerstons aus verschiedenen Theilen des Landes zu einem Cabinetsrath nach London beschieden worden, sey ein hinreichender Beweis für die von jenem Minister den Vorgängen in Konstantinopel beigelegte Wichtigkeit. Wahrscheinlich werde auch schon in den nächsten Stunden ein

Eilbote nach der türkischen Hauptstadt abgehen mit der nachdrücklichsten Versicherung an Sir Stratford Canning: daß, wenn Rußland seinen drohenden und ungerechten Forderungen drohendere und ungerechtere Handlungen folgen ließe, England entschlossen sey zu zeigen daß solche Vorwände übelgewählt seyen zur Verdeckung eines Uebergriffs gegen die Unabhängigkeit der Pforte. Allein unter allen Londoner Blättern scheint nur die M. Post sich einigermaßen auf Rußlands Seite zu stellen, indem sie behauptet: Fürst Radzivil habe nur die Auslieferung der polnischen Flüchtlinge, insofern sie russische Unterthanen seyen, nicht der ungarischen verlangt, der Sultan aus Rücksichten der Humanität diese zwar verweigert, hingegen die Alternative angeboten dieselben entweder ins Innere seines Reichs bringen zu lassen oder von der Türkei auszuweisen. (Damit stehen indessen alle Briefe aus Konstantinopel in Widerspruch, als welche übereinstimmend melden daß Rußland die Auslieferung sämmtlicher politischen Flüchtlinge aus Ungarn gefordert habe.) Zudem, fährt die Post fort, sey auf jene Antwort des Sultans hin bloß Radzivil abgereist, der russische und der österreichische Gesandte aber hätten zwar den diplomatischen Verkehr mit der Pforte abgebrochen, seyen aber in Konstantinopel geblieben ohne ihre Pässe zu verlangen. Der Zwist werde hiernach allem Anschein nach gütlich ausgeglichen werden, und die Kriegsgerüchte, die ein Theil der Londoner Presse so eifrig verbreite, seyen nichts weiter als ein blinder Lärm. — Der türkische Gesandte arbeitete am 2 Oct. Nachmittags auf dem auswärtigen Amt.

Der Standard hat einen Brief aus Malta vom 26 Sept. Er meldet ebenfalls das in Konstantinopel vorgekommene Zerwürfniß, sagt aber nichts davon daß Sir W. Parker mit seiner Flotte nach den Dardanellen gesteuert. Wenigstens am 21 Sept. kreuzte das Geschwader noch vor den jonischen Inseln. Vor Cephalonia — welches noch immer unruhig war, und wo zwei von den Haupträdelsführern des Aufstands trotz des vom Lord-Obercommissär auf ihren Kopf gesetzten Preises von 1000 Thalern noch nicht eingefangen waren — lagen das Dampfboot „Sharpshooter" und die Brig „Racer". Das Flaggenschiff „Caledonia" hatte viele Kranke. Der interimistische Statthalter von Malta, Oberst Jones, zeigte sich sehr menschlich gegen die im Lazareth untergebrachten, fast von allem entblößten italienischen Flüchtlinge. General Pepe von Venedig, deßgleichen Manin mit Familie (wenn der letztere Name nicht verschrieben ist) waren auf Malta gelandet. Man behandelte sie artig, deutete ihnen aber an daß sie auf der Insel nicht bleiben könnten.

Der Sun sagt: „Die von der neuesten amerikanischen Post überbrachte Nachricht daß die Regierung in Washington den französischen Gesandten, wegen eines von diesem an jene gerichteten unhöflichen Schreibens, seine Pässe angeboten (s. unten), hat Aufsehen in der City erregt. Es ist eine sonderbare Aehnlichkeit zwischen diesem Fall und einem andern der sich zur Zeit der ersten französischen Republik zugetragen. Bürger Genet war der erste französische Gesandte bei den Vereinigten Staaten, und beleidigte irgendwie den General Washington. Dieß führte zu seiner Abberufung; aber er kehrte niemals nach Frankreich zurück, da er die Tochter Hrn. Clintons, des Vicepräsidenten der Union, geheirathet."

Der Dubliner Correspondent der Times schreibt: „Die thätigsten Nachforschungen sind im Gang über das System geheimer Verbindungen im Süden, welche namentlich in einem Theil der Grafschaften Tipperary, Waterford und Limerick eine furchtbare Ausdehnung zu haben scheinen. Einer von den Hauptaussendlingen von Dublin, der bei dem Angriff auf die Polizeicaserne zu Cappoquin in Tipperary die Hand im Spiele hatte und überhaupt dieses verbrecherische System im Süden förderte, soll sich aus Furcht vor der Polizei nach den Vereinigten Staaten eingeschifft haben. Einer von den Verhafteten, bei welchem man militärische Plane gefunden haben soll, ist mit einer sehr angesehenen Familie nahe verwandt. Pächteraustreibungen finden leider noch immer im Süden und Westen in großer Ausdehnung statt, und in demselben Maße, sagt man, tauchen geheime Gesellschaften auf. Dem Limerick Examiner zufolge wurden bloß in dem Armenbezirk (union) von Kilrush in der am 15 Sept. abgelaufenen Woche nicht weniger als 582 Pachtleute verjagt. Die Aussichten des Landes für den bevorstehenden Winter sind allerdings düster genug, und die Privatbriefe lauten noch trauriger, zumal die Kartoffelfäule sich häufiger zeigt als man anfangs geglaubt. Viele vermuthen daß die Verschwörung gegen den Grundzins Theil eines sehr weit verbreiteten und planvollen Systems sey. So kommt es daß zahlungssäumige Pächter gleich bei dem übrigen Landvolke Beistand finden, welches hingegen die ihren Grundzins entrichtenden verfolgt. Diese neue agrarische Bewegung dehnt sich rasch nach Westen aus. Die Unterstützung der nicht zahlenden Pächter durch die Verschworenen geschieht namentlich dadurch daß man ihnen ihre Feldfrüchte fortführen hilft um sie anderwärts zu verkaufen, wobei denn der Gutsherr das Nachsehen hat. Bei einer solchen Getreidewegführung geschah es aber auch neulich daß ein widerspänstiger Pächter von seinem Gutsherrn erschossen wurde. Die Dubliner Regierung hat nun ein alt Statut entdeckt — diese drollige Redensart kommt in der Rumpelkammer des englischen Civilrechts öfter vor — welches einem Grundherrn das Recht gibt zwanzig Tage lang Eigenthum jeder Art zu verfolgen welches von zahlungssäumigen Pächtern beiseite gebracht worden um der Auspfändung wegen Grundzins zu entgehen." Mittlerweile hat Graf Clarendon, der Lordstatthalter, einen großen Theil der Insel bereist, und wurde überall von der katholischen wie von der protestantischen Gentry (d. h. der gebildeten Volksclasse) gleich freundlich empfangen, so namentlich in Kerry, der heimathlichen Grafschaft der Familie O'Connell. John O'Connell soll, unter den obigen Umständen, die Absicht haben die Repeal-Agitation wieder ins Leben zu rufen; aber die Sache ist, nach dem englischen Ausdruck, eitel „Mondschein," und wären selbst die Elemente zu dieser abgestandenen Bewegung vorhanden, so wäre jener schwächliche Epigone des entschlafenen Agitators nicht der Mann der sie leiten könnte. Uebrigens ist gegen etwaige Rebellionsgelüste in Irland trefflich vorgesehen, denn die Besatzung der Insel besteht dermalen aus nicht weniger als 30,000 Mann Linientruppen, ungerechnet 12,700 Polizeiconstabler und 21,800 enrolirte Pensionäre. Von dem Gedanken die Besatzung um mehrere Regimenter zu vermindern, der bald nach dem Besuche der Königin in Dublin verlautete, ist man schnell zurückgekommen. — Es geht die Rede von einem Plan: neben der Dubliner Dreifaltigkeits-Universität, welche wie Oxford und Cambridge eine ausschließliche hochkirchliche Anstalt ist, eine „freie" Hochschule nach dem Muster der Londoner zu errichten.

Schon bei Gelegenheit einer Anzeige der Wilson'schen Fortsetzung von Mill's Geschichte Brittisch-Indiens haben wir der strengen Censur erwähnt welcher die ostindische Compagnie die Schriften ihrer Beamten unterwirft. Ein Beispiel wie diese kaufmännische Fürstlichkeit Umgehungen dieser Censur bestraft, liefert folgender mit der neuesten indischen Post bekannt gewordene Fall. Capitän J. D. Cunningham hat eine Geschichte der Sikh geschrieben, welche für die beste gilt; kaum war aber das Werk in England erschienen, so wurde der Verfasser seiner Stelle als politischer Agent in Bhopal (Provinz Malwah) entsetzt, „weil er ohne Vollmacht officielle, ihm als Beamten anvertraute Urkunden benützt habe." Die anstößigste Stelle des Buchs scheint Cunninghams Behauptung, resp. Nachweis, gewesen zu seyn daß Lord Hardinge seinen schnellen Sieg im ersten Pendschab-Kriege dem Verrath der die Khalsa (d. h. die Hauptmacht der Sikh) befehligenden Sirdare zu verdanken hatte.

Frankreich.

Paris, 4 Oct.

Die Republik hat eine Anzahl königlicher Schlösser zum Vermiethen, aber im Bauen scheint sie hinter der monarchischen Prachtliebe nicht zurückbleiben zu wollen — die Nationalversammlung hat die Vollendung des Louvre beschlossen. Nach dem ursprünglichen Regierungsplan handelte es sich zunächst um die Herstellung eines Verbindungsbaues zwischen diesem Palast und den Tuilerien, wodurch man Räumlichkeiten gewonnen hätte in welchen dann die Bibliothek, die Industrie- und Kunstausstellungen untergebracht werden sollten. Die Commission schlug die Verlängerung des Hauptbaues an der Rivolistraße vor, und dafür wurden 6,400,000 Fr. (1,600,000 Fr. auf das Budget von 1850) bewilligt, natürlich bloß ein Anfang von Ausgaben, da man den ganzen Aufwand zu mehr als 30 Mill. berechnet, wovon indeß die Stadt Paris einen Theil übernehmen wird, die ein eben so großes Interesse hat als der Staat daß eine Masse ansäßiger Arbeiter Beschäftigung bekommt. Das Gesetz wurde mit 310 gegen 239 Stimmen genehmigt. Größeres Interesse als dieser Bauplan und ohne Zweifel als die verschiedenen Versuche der parlamentarischen Initiative die nachher zur Verhandlung kommen sollten, erregte eine Nachricht die das Dampfschiff „Niagara" aus New-York vom 19 Sept. gebracht hat. Wie der Präsident Jackson nach der Julirevolution die Verlegenheiten einer neuen Regierung benützte um von Frankreich 25 Mill. Entschädigung für Verluste aus der Zeit der Continentalsperre zu ertrotzen, so tritt der jetzige Präsident mit Forderungen auf die sich von der Blokade von Vera-Cruz während des französisch-mexicanischen Kriegs herschreiben. Der französische Gesandte Hr. Poussin scheint nicht recht auf die Sache habe eingehen zu wollen, und zwischen dem Drängen einer- und dem Ablehnen andererseits wurde der Streit so ernsthaft daß die Regierung der großen westlichen Republik dem Repräsentanten ihrer republicanischen Schwester im Osten die Pässe anbieten ließ. In Folge dieses Zwists waren die amerikanischen 6proc. um 2 Proc. gefallen.

Das neue Journal des Hrn. Proudhon, la Voix du Peuple, ist am 1 Oct. erschienen. Er gibt sich aber nur für einen Mitarbeiter, nicht für den Herausgeber aus, denn ein Journalist im Gefängniß sey wie ein Adler dem die Flügel beschnitten seyen. Sein Programm lautet sehr

friedfertig: die Volksstimme soll ein Blatt der Discussion, nicht des Kampfes seyn, doch geht er gleich darauf zur Offensive über und warnt vor einer bancokratischen Verschwörung. In Verbindung mit Hrn. Proudhon, aber unter der besondern Redaction des Hrn. Joligneaux, Mitglieds der Nationalversammlung, soll in nächster Zeit ein ausschließlich für die Landbevölkerung bestimmtes Wochenblatt, La Feuille du village, erscheinen. Die Redaction der Réforme hat Hr. Lamennais übernommen. Da er als Redacteur des Peuple Constituant den Socialismus bekämpft hatte, so fragt der Constitutionnel: ob die Réforme nun wohl aufhören werde socialistisch zu seyn, oder ob Hr. Lamennais es geworden? Einer von den flüchtigen Juniusdemagogen, der Sergent Boichot, hat, auf französische Einsprache von Genf ausgewiesen, auf der Reise nach Lausanne mit einem spanischen Officier Händel bekommen, indem er sich sich höchst unehrerbietige Aeußerungen über die Königin Isabelle erlaubt und zuletzt gesagt haben soll: die Spanier würden noch die Lola Montes auf den Thron setzen. Darüber kam es zu einem Pistolenduell, in welchem der Spanier am Hals, Boichot aber gefährlich an der Hüfte verwundet worden. Die HH. Ledru-Rollin, Et. Arago, Martin Bernard, Landolphe, Rattier, Ribeyrolles, Ed. Madier und Montjau haben jetzt aus London eine Erklärung veröffentlicht daß sie sich zu dem Proceß vom 13 Jun. nicht stellen werden, da sie als Vertreter der europäischen Demokratie ihre Waffen nicht ausliefern dürfen.

Niederland.

⌣ **Amsterdam,** 3 Oct. Nachdem in den letzten Tagen das Gerücht Thorbecke den Eintritt ins Cabinet bald unbedingt ablehnen, bald nur dann annehmen ließ wenn ihm die Bildung des ganzen Cabinets freistände, circulirt heute Morgen in sehr unterrichteten Kreisen die folgende Ministerliste: Thorbecke (an der Stelle de Kempenaers) Inneres; General Knoll Krieg; Zevenstern (Procureurgeneral in Groningen) Justiz. Van den Bosch und Baud, jener für Marine, dieser für Colonien, sollten wieder eintreten, während van Bosse, Lightenveld, Heemstra und Mütsaers ihre Portefeuilles behielten.

Italien.

= **Rom,** 29 Sept. Es ist nicht mehr als billig daß, nachdem ich in meinem letzten Briefe die schlimmen Seiten des päpstlichen Motu proprio vom 12 d. M. hervorgehoben habe, nun auch das gesagt werde was zu dessen Gunsten von seinen Vertheidigern vorgebracht wird, und die hohe Wichtigkeit dieses Documents, von dessen Auslegung und Anwendung vielleicht Krieg oder Friede, jedenfalls aber das Glück von nahe an drei Millionen Menschen abhängt, verdient wohl daß es von seinen verschiedenen Seiten angesehen werde. Unläugbar bleibt freilich daß das Motu proprio als Grundlage der Verfassung oder des Statuts das der heilige Vater seinem Volke schenken will, ein Rücksprung bis zur Consulta di Stato vom 15 Oct. 1847 und in manchen Stücken noch hinter diese ist, daß die Verfassung vom 14 März 1848 dabei völlig unbeachtet übergangen wird, und es also als ein wahres Monument der Reaction zu betrachten ist. Will man es aber als ein Fait accompli ansehen (obgleich es noch nicht gewiß ist daß die französische Republik es als ein solches anzunehmen geneigt ist), so bleibt nun zu untersuchen was man sich gutes daraus versprechen kann, und ob es denn wirklich so schlimm ist als es allgemein dargestellt wird. Und in der That, wenn es von den Ministern Sr. Heiligkeit ehrlich und wohlmeinend ausgeführt wird, wie gewiß Pius IX selbst es sich gedacht hat, so kann nicht in Abrede gestellt werden daß noch manches Gute daraus hervorkommen könnte. Treffen nämlich die Gemeinderäthe eine gute Wahl in den Candidaten für die Provinzialräthe und diese eine ebenso gewissenhafte für die Candidaten zum Finanz-Staatsrath; legt die Regierung nicht hinterlistig den Gemeindewahlen Hindernisse in den Weg und läßt sie ihre Wahl unter den vorgeschlagenen Candidaten zum Finanzrath auf die fähigsten und ehrlichsten Männer fallen; will sie auf die Meinungen und Vorstellungen dieses Rathes das gehörige Gewicht legen und darin den Ausdruck der Wünsche und Bedürfnisse des Landes sehen und ehren; ernennt sie als Mitglieder der Commissionen zur Bildung der aus dem Grundgesetze zu fließenden organischen Gesetze tüchtige und verständige Männer, ohne allzustrenge Rücksicht auf deren frühere politische Meinungen zu nehmen; sucht sie weder in den Wahlen noch in den Candidatenlisten durch Ränke und Einflüsse die Unabhängigen, Uneigennützigen zu verdrängen; thut sie alles dieß wie es die Verfechter des Motu proprio versprechen und proclamiren, so wäre allerdings an einem guten Erfolg und an einem leidlichen Zustande noch nicht zu verzweifeln. Aber kann man hoffen daß die Umgebung des Papstes, deren Intoleranz sich seit der Restauration nur allzu deutlich gezeigt hat, nun ihrer Leidenschaften genug Herr seyn wird um die wiedererlangte Gewalt zu diesen edlen Zwecken anzuwenden, statt der Stimme der Rache und des Hasses Raum zu geben? Das ist die große, die Lebensfrage. Gesetzt nun aber dieser unerwartet glückliche Erfolg werde erlangt, so steht schon die nicht minder schwer zu beantwortende Frage auf: wird es dann auch so bleiben? Wer bürgt der Nation dafür daß diese Gesetze nicht wieder zurückgenommen werden, wenn eben jene Umgebung im jetzigen Augenblick durch politische Rücksichten gezwungen nach einiger Zeit sich mächtig genug fühlen sollte sie umstoßen zu dürfen? Und geschähe dieß bei Pius IX Lebzeiten nicht, was verhindert seinen Nachfolger es zu thun? Dieß wären die Zweifel welche auch in der vortheilhaftesten Hypothese nicht zulassen würden daß die Gemüther sich beruhigen und Vertrauen in ihre Zukunft fassen könnten. Das Motuproprio als Fundamentalgesetz betrachtet gibt dem Lande keine Garantie, und den Glauben an ihrer Machthaber gute Gesinnungen und Absichten haben die Römer schon längst und aus guten Ursachen verloren.

Turin, 4 Oct. Vor zwei Tagen ist Marchese Brignole Sale, sardinischer Gesandter am österreichischen Kaiserhof, nach Wien abgereist. In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Senatorenkammer den Gesetzvorschlag zur Schaffung einer neuen Rente von 600,000 Francs zur Zahlung der Kriegsentschädigung an Oesterreich ohne Discussion an.

Hayti.

Nach Berichten aus **Port au Prince** vom 29 Aug. hat der Präsident Soulouque, nachdem er eine Anzahl Mulatten welche die vornehmsten Stellen bekleideten, hatte erschießen lassen, den Kaisertitel angenommen. In Ermangelung einer goldenen Krone war in der Nacht zuvor eine aus vergoldetem Pappendeckel verfertigt worden, die der Senat dem Nachfolger Dessaline's und Christophs anbot und die derselbe als provisorischen Schmuck auf sein Haupt setzte. Die Krönung soll mit demselben Ceremoniell wie die des Kaisers Napoleon stattfinden, und zu dem Ende sind bereits Kaisergewänder, Krone, Scepter, Reichsapfel, Thron u. s. f. in Paris bestellt. Se. kaiserl. Maj. scheint nicht nur den Kaiser Napoleon sondern auch den General Garibaldi und den Dictator Robespierre zu seinen Lieblingen zu zählen, und wird sich deßhalb (wenn nicht anders das J. des Débats sich mit dieser Nachricht einen Spaß machen will) unter dem Titel: Garibaldi Robespierre Napoleon Soulouque krönen lassen. Wegen dieses hocherfreulichen Ereignisses hatten es einige gewagt sich für seinen ehemaligen Günstling Similien zu verwenden, aber die kaiserl. Antwort war: di sortir de prison il poussera de la mousse en premier, und da der unglückliche General vorstellte seine durch das Drücken der Fesseln geschwollenen Beine würden den Brand bekommen, so versetzte sein gewesener hoher Freund: das dürfe ihm keinen Kummer machen, man werde ihn dann am Hals anbinden. Für die Kaiserplane L. Bonaparte's ist diese Kaiser-Caricatur wohl nicht sehr empfehlend.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 4 Oct. Consols $92^1/_2$.

Paris, 4 Oct. 3proc. 55.55 4proc. 69; 5proc. 88.10; Schatzscheine 6; Bankactien 2315; belg. 3proc. 34; röm. 78; span. 3proc. $34^5/_8$; innere Schuld $27^1/_4$ piem. v. 1849 870; Vers. linke U.-B. 171,25; Paris-Orleans 740; Straßburg 350; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 250; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 295; Bordeaux 407.50; Tours-Nantes 288.75; Dieppe-Fecamp 185.

Amsterdam, 4 Oct. $2^1/_2$proc. $53^3/_4$; 3proc. $63^9/_{16}$; 4proc. $83^5/_8$; Synd. $3^1/_2$proc. 84; Metall. 5proc. $86^1/_4$; Ard. $10^9/_{16}$. Curs auf London 12.10 k. P. Curs auf Hamburg $35^1/_{16}$ k. G.

* **Wien,** 5 Oct. Die heutige Börse war in Folge der schlechteren Notirungen aus Paris und Frankfurt sehr matt und sowohl Fonds als Actien weichend, während Devisen und Comptanten sich höher stellten. Wir notiren nach der Börse ($^1/_2$4 Uhr): 5proc. Metall. $95^7/_8$–96, Bankactien 1185–1190, Nordbahnactien 110–$110^1/_4$, Mailänder 84–$84^1/_2$, Pesther $79^1/_2$–80. London (k. k. G.) 10.38–10.40, Hamburg 154–$154^1/_2$, Augsburg uso $105^1/_2$ G., Frankfurt 105 B., Amsterdam $146^1/_2$ G., Paris 125–$125^1/_2$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 10 Proc., Silberagio $5^3/_4$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beobachtungen und Phantasien über Menschen, Natur und Kunst auf einer Reise durch Spanien.

Von J. G. v. Quandt. Leipzig. 1850.

** Es ist so selten ein billiges und unbefangenes und dabei gründlich motivirtes Urtheil über fremde Länder und Völker zu lesen, so selten als die Eigenschaften des Reisenden sind welche diese Vorzüge des Urtheils bedingen. Der Parteimann, der Pedant, der Ueberschwängliche, der hinter allem mit einer sentimentalen Phrase her ist, stellen uns alles in ein einseitiges oder geradezu falsches Licht. Wenn aber ein Mann von Werth und Würde und, mit dem Dichter zu reden, der vieler Menschen Städte und Sitten gesehen, und die Besonnenheit des reifern Alters mit aller Wärme jugendlichen Gefühls für das Schöne und Edle verbindet, in den höhern Kreisen einheimisch und für alle offnen Herzens, mit den klaren und im Detail schauenden Augen des Kunstfreundes, ein unbefangener Denker von vielseitiger wissenschaftlicher Bildung, und in allem was die bildende Kunst betrifft ein bewährter Kenner, uns in vertraulichen Briefen an Frau und Freunde zu lesen gibt was er auf fremder Erde gesehen, gefühlt und gedacht, so begrüßen wir diese Gabe mit Freude, und lassen den Geist der von Krieg und Kriegsnoth und von der Noth der Patrioten und Diplomaten ermüdet ist, gerne auf den heitern, anziehenden und anmuthigen Bildern ausruhen die sie enthält. Hrn. v. Quandts Buch ist eine solche Gabe. Heiter und genau schildernd, belehrend, urtheilend führt er uns erst in Barcelona umher, wir machen mit ihm einen Ausflug nach Tarragona und begleiten ihn dann über Valencia, Malaga und Granada nach Sevilla, von da nach Madrid und auf der Heimreise bis an die Bidassoa. Spanien sieht sich in der Nähe ganz anders an als es aus der Ferne sich darstellt, und die Spanier sind besser als sie von vielen geschildert werden, dieser Satz ist der Grundton seines Buches. Damit meint er nicht bloß jene hohlen und prätentiösen Urtheiler die mit einigen dictatorischen Sätzen über den Charakter von Länder und Völkern die Sache abgethan meinen, sondern auch die Unterrichteteren, die in vorgefaßten Meinungen das Urtheil des Lesers irre zu leiten geeignet sind. Eine gute Meinung von den Spaniern tritt ihm schon auf dem Schiffe entgegen auf welchem er seine Ueberfahrt von Marseille nach Barcelona macht. Freundliche, heitere Spanier sieht er da um sich her, die vortheilhaft gegen einen deutschen Landsmann abstechen, der während der ganzen Zeit der Ueberfahrt stumm auf dem Verdeck auf- und abwandelt. Ein Zufall kommt ihm zu Hülfe, der ihn noch näher an die Spanier bringt: der Obersteuermann findet an ihm eine wunderbare Aehnlichkeit mit seinem verstorbenen Vater, und fühlt sich dadurch zu ihm hingezogen. Ein spanischer Knabe nimmt sich mit der uneigennützigsten Dienstfertigkeit seines Gepäckes an, das dem armen Jungen unter Mißhandlung von rohen Lastträgern abgenommen wird. Diese Lastträger aber sind Deutsche. Da könnte es nun scheinen als ob unser Reisender in den Fehler mancher Anfänger im Reisen verfalle, die das Fremde vor dem Vaterländischen in paradoxer Eitelkeit hervorheben. Es ist dem aber ganz und gar nicht so, sondern erklärt sich ganz einfach. Welchem Deutschen der viel gereist ist, ist es nicht schmerzlich aufgefallen wie viel dem Deutschen im Ausland nicht bloß der Mangel einer nationalen Vertretung, sondern besonders auch die vielen schlechten Subjecte schaden die unser Vaterland ins Ausland wirft, und an denen dann die Mehrzahl den deutschen Charakter mißt. Nicht bloß der Irländer Swift wundert sich daß ein Deutscher ein Genie seyn könne, und der Engländer spricht fortwährend von clumsy germans; es ist noch nicht lange her daß ein französischer Kritiker Goethe's Wahlverwandtschaften mit den Worten empfing: encore un roman sorti des brouillards de l'Allemagne; wie die Russen über unsere Befähigung denken, wissen wir aus Gentz' Briefen, selbst bei den Schweden ist die Redensart sprüchwörtlich geworden: hvad gör inte Tysken för penningar? (was thut der Deutsche nicht ums Geld?). Deutsche die zu solchen Ansichten und Aeußerungen Anlaß gegeben haben, sind auch in Spanien die Rufverderber ihrer Landsleute. Gehen wir aber zu dem Verfasser zurück und stellen die Züge zusammen aus denen seine Schilderung der Catalanen besteht, jenes edlen Stammes bei dem der französische Troubadour Giraud Riquier von Narbonne die vortrefflichsten Eigenschaften vereinigt findet, Artigkeit, Verdienst und Muth, Frohsinn und Anmuth, Höflichkeit und Geist, Wissenschaft und Ehre, Geselligkeit und Liebe und Klugheit. Betrachten wir mit ihm die schönen promenirenden Frauen, durchaus in schwarzer Kleidung mit der in einen Spitzenschleier verwandelten Mantilla; erfreuen wir uns mit ihm an der Höflichkeit von Männern und Frauen, an ihrer Gewandtheit sich gegenseitig im Auf- und Abgehen auszuweichen, was eine nothwendige Eigenschaft der Bewohner großer und belebter Städte ist, und hören wir dann wie hier in Barcelona und so in Spanien überhaupt alles mit lebhaften sinnlichen Vorstellungen verbunden wird: da sind die zweiräderigen Karren mit bunten Blumen bemalt, auf den Wagen die das Seewasser in die Stadtbäder fahren sind Sirenen, ein ungeheurer buntbemalter Theaterzettel hängt am großen Opernhause, einem der prächtigsten in Europa, und die schrecklichste Scene des Staats ist darauf abgebildet. Dabei ist es ein mäßiges Volk. Ich will es nicht loben daß es sich bei seinem Tanze an den Lustorten des Sonntags mit heulender Musik begnügt, aber es öffnet einen günstigen Blick in den spanischen Charakter wenn wir die Leute vom Volk in den Schenken unter dem Monjuï mit äußerster Mäßigkeit essen und trinken, und die eigentliche Lust, bei spärlichem Genusse von Zuckerwerk, in lebhafter Unterhaltung bestehen sehen. Die Art zu trinken, das bekannte Eingießen des Weins in den Mund aus Schläuchen, ist der Trinkbehaglichkeit in der That zuwider, es fällt aber auf daß der Spanier der das Trinkgefäß nie mit dem Mund berührt, ohne allen Anstoß die angerauchte Cigarre dem andern als Freundschaftszeichen bietet. Eben das Rauchen läßt uns auf einen andern Charakterzug der Spanier, auf die eigenthümlichen Verhältnisse der Stände schließen. Der gemeinste Mann zündet seine Cigarre an der des vornehmen Rauchers an, beide sind Spanier, das vermittelt hohen und niedern Stand. Setzt ja doch jeder Spanier das Don vor seinen Namen, und betitelt den andern Señor; wer ein paar ganze Stiefel hat, sagt v. Quandt, heißt Caballero, wobei wir uns des Signor Cavaliere erinnern, das jedes Bändchen im Knopfloch in Italien unvermeidlich nach sich zieht. Dieß Gefühl ein Spanier zu seyn und dadurch etwas zu bedeuten ist der Nationalstolz, der, wie der Verfasser beherzigenswerth bemerkt, auf jede Weise anzuempfehlen ist, und von dem man insbesondere den Deutschen etwas mehr wünschen muß, die lieber für Franzosen und Engländer gehalten seyn wollen, und sich freuen wenn man sie nicht gleich als Deutsche erkennt. Die Kirchen in Barcelona findet der Verfasser fast immer leer und meist nur von Frauen besucht, er versäumt aber nicht auf jene innige Andacht hinzuweisen die sich an den im stillen Gebete versunkenen Frauen, die außer der Messe in den Kirchen knieen, zu erkennen gibt. Wandeln wir durch die fast durchaus sehr engen Straßen Barcelona's, so fällt uns die Goldschmiedsstraße und in ihr die Masse jener langen Ohrringe auf die von allen Frauen getragen werden; wir freuen uns des guten reinlich gehaltenen Pflasters, und sehen an den in der offenen Hausflur arbeitenden Handwerkern daß wir im Süden sind. Wir sehen mit heiterm Behagen die hübsche Galerie um den ersten Stock eines Hauses, und freuen uns der genialen Anordnung schlanker Säulen und Spitzbögen zu diesem Zweck, ein Gefühl von Heiterkeit und Leichtigkeit belebt uns indem wir dieses zierliche Bauwerk beschauen. Begeben wir uns aufs Land, so erkennen wir den eigenthümlichen Reiz südlicher Landschaften, der wenigen Künstlern klar geworden ist, es dringt sich uns auf daß dieser Reiz in dem Verhältniß der warmen gelblichten Lichter und des reinen Himmelsblau besteht, die sich gegenseitig fordern und steigern. Wir machen diese Bemerkung auf der Fahrt nach Tarragona, wo uns die grandiosen Trümmer der ungeheuren alten Wasserleitung auffallen. Man erzählt uns wie ein Officier der spanischen Wallonengarde gewettet auf einem Bogen dieser Brücke von einem Ende zum andern zu reiten, wie dem Reiter, dem mitten auf dem Weg das Pferd stürzt weil sich eine Lücke in dem Bogen zeigt, wie er aber dem Pferde die Augen verbindet, es über die Lücke hinüberspornt und die Wette gewinnt.

Auf dieser Fahrt berichtigt sich uns auch ein anderer Irrthum über die Spanier: man hält dieß Volk für faul. Nun wir sehen mit Augen den Fleiß dieser spanischen Bauern. Die steilen Aecker müssen behackt werden weil der Pflug da nicht zu gebrauchen ist; sie bringen die Erde auf große Haufen, unter denen das Unkraut verfault; später breitet man die Erde wieder auf, so wird der Boden locker. Wir sehen die Spanier sind nicht so unthätig als man sie schildert; das Unnöthige allerdings thun sie nicht. Folgen wir dem Reisenden weiter an der Küste nach Alicante, so werden wir da auf die Pracht der Farben der wollenen Decken, dieses unentbehrlichsten Kleidungsstückes der wohlhabenden Landleute, und auf die Sorgfalt in der Fabrication der Fächer, eines gleichfalls Unentbehrlichen für die Frauen aufmerksam, erfahren aber auch wie die Seuche des Actienschwindels, die das übrige Europa durchschleicht, Spanien nicht verschont hat. Unverkennbar erwacht in Spanien eine schöne Thätigkeit, aber die Industrie fängt mit dem Ende an, weil sie fertig, wie sie ist, aus andern Ländern nach Spanien sich einschlich, man präludirt auch dort schon auf jene Melodie: nicht verdienen und erwerben, sondern spielen und gewinnen! Eine Eisenbahn von Madrid ans Meer gehört auch in dieses Capitel. Wie viel hätte von Herstellung der Communicationswege im Innern diesem

Unternehmen vorangehen müssen, wenn es sich als zweckmäßig bewähren sollte.

Auf dem Schiffe übrigens auf dem unser Reisender an der Küste Spaniens hinfährt, fühlt er sich in der herrlichsten Gesellschaft, und neben zwei lieblichen Repräsentantinnen spanischer Frauenschönheit bieten die auftretenden Männer verschiedene Nuancen des spanischen Charakters. Die Lieder die da gesungen werden, haben, wie der größte Theil der spanischen, auch wenn sie heitere Worte aussprechen, etwas melancholisches, oft sind sie verfänglichen Inhalts, aber das gibt in einer spanischen Gesellschaft keinen Anstoß.

Malaga ist uns vor kurzer Zeit erst geschildert worden, der Verfasser sagt uns daß diese Schilderung dort nicht wohl gefallen habe. Wenn die Handelsreisenden Malaga als einen sehr gefährlichen Ort ausschreien, so hat der Verfasser wenigstens das nicht gefunden; er fand das Volk sehr freundlich, und gibt davon höchst anmuthige Beispiele aus eigenen Erlebnissen. Da er unsichern Trittes die glatte Domtreppe hinaufsteigt, bemerkt dieß ein Bauer von der Gasse aus, läßt seinen beladenen Esel stehen, springt zu und führt ihn hinauf, und entläuft dann eiligst daß ihn kaum das gracias des Unterstützten erreicht. Die Kleidung der wohlhabenden Landleute wenn sie in die Stadt kommen ist sehr prächtig, Gamaschen und enge Beinkleider von grünem Sammet mit silbernen Knöpfen auf der Seite geknöpft, die Weste oft mit Gold besetzt, um den Leib eine feuerrothe Binde, grüne Sammetjacke mit silbernen Kettchen und Knebeln anstatt der Knöpfe, dazu der andalusische Hut, der in ganz Spanien mit Ausnahme von Catalonien gebräuchlich ist, mit seinem wie eine Dachrinne gebogenen Rande und der dem Andalusier wie dem Schweizer der Kuhreigen im Ausland das Heimweh erregt. Die arbeitsame Thätigkeit der Spanier zeigt sich auch zwischen Malaga und Granada: dort haben sie das Gebirge, wo nur immer möglich, zum Ackerbau benützt, wo er zu steil ist haben sie seit einigen Jahren Weinstöcke angepflanzt. Wenn diese Pflanzungen tragbar werden, kann sich, sagt v. Quandt, ganz Europa in Malagawein baden. Neben den Wein stellt sich ganz gut die Chocolade, die man in ganz Spanien vortrefflich findet, und weil man zu beiden sich setzt, so wollen wir hier gleich der Rohrstühle gedenken, deren außerordentliche Niedrigkeit man von der Sitzweise der Araber mit übergeschlagenen Beinen herleitet.

Man hält die Spanier in der Regel für unreinlich. v. Q. sagt uns daß die Wäsche der Spanier immer reinlich sey, wenn auch die Kleider nicht prächtig seyen, ebenso finde man auch in der kleinsten Fonda reines Tisch- und Bettzeug und die Zimmer geweißt. Die weiße Wolle ist nicht höher geschätzt als die naturfarbige, weil höhere und mittlere Stände meist schwarzes, die niedrigen aber wollbraunes Tuch tragen. Von Granada erwähnt Quandt einer Sitte die an das alte schiedsrichterliche Verfahren erinnert. An Sonn- und Feiertagen verweilen nämlich die Aeltesten der Gemeinde nach beendigtem Gottesdienst unter der Vorhalle der Kirche und entscheiden sogleich mündlich die Beschwerden die von den streitenden Partejen vorgetragen werden, und die Entscheidung wird ohne Widerrede hingenommen. Es scheint dieß wunderbar wenn die gewöhnlichen Vorstellungen von dem leidenschaftlich heißen und rachsüchtigen Charakter der Spanier gegründet sind. Diesen Vorstellungen liegt aber vielfach Mißverstand zu Grunde. v. Quandt erzählt einige Fälle woraus sich dieß ergibt. Es ist ein gewöhnlicher Scherz in Granada sich mit kleinen Steinchen zu bewerfen (was an die Confetti beim römischen Carneval erinnert), einige junge Fremde die diesem Steinchenregen ausgesetzt wurden, hielten es für einen Mordanfall, und haben das wohl so weiter erzählt. v. Quandt sah von seiner Wohnung in eine Tischlerwerkstätte wo die Gesellen in Abwesenheit des Meisters zum Scherz mit den scharfen Instrumenten unter dem größten Lärm aufeinander losgingen, bis das Spiel mit großem Gelächter endigte. Arme Leute lagen auf Stellen des Trottoirs die vor dem kalten Zuge von der Sierra Nevada her geschützt waren, v. Quandt wollte in die Straße ausweichen, die Leute litten es nicht, sie machten Platz daß er auf dem Trottoir fortgehen konnte. Ein alter Mann der Granada nicht verlassen hatte, sagte ihm: es würde das schöne Land (Spanien) noch schöner seyn wenn es sich in den Händen eines gebildeten Volks befände! Das Volk in Granada ist freundlich, geschwätzig, lernbegierig, die spanischen Handwerker überhaupt in hohem Grade anstellig. Ein bei den spanischen Bergwerken angestellter Deutscher sprach dem Verfasser mit Bewunderung von der Intelligenz dieser Leute, die, ohne alle polytechnische Bildung, im Stande sind nach Zeichnungen und Beschreibungen alles zu machen was man im Bereiche ihres Gewerbes von ihnen fordert. Es zeugt dieß zugleich von einer großen Vorurtheilslosigkeit in Bezug auf das Fremde, und in der That ist der Spanier von Natur geneigt, trotz aller Anhänglichkeit an eigenthümliche Gewohnheiten die er nicht aufgibt, und bei großer Vorliebe zu seinem Vaterland doch Fremdes mit Enthusiasmus auf- und anzunehmen. In Sevilla findet der Verfasser die Männer außerordentlich schön (nicht die Frauen), und leitet diese überraschende Schönheit (ich weiß nicht ob er mit dieser Herleitung viel Beifall finden wird) von der phönicischen Abstammung der Sevillaner her. Dort sieht er auch ein Stiergefecht, das ekelt ihn an, und er ist in Verlegenheit wie er sich die Freude eines gemüthlichen und heitern Volks an diesem abscheulichen Schauspiel erklären soll. Die Spannung auf den Ausgang scheint ihm das einzige genügende Motiv dieses leidenschaftlichen Behagens an einem an sich abstoßenden Spiel. Die höhern Classen in Sevilla zeigen wenig Luxus im Aeußern, man sieht wenig Equipagen, und unter diesen keine prächtige; im Betragen findet v. Quandt diese höhere Classe zuvorkommend, jedoch übertrieben ceremoniös. Es gibt ihm dieß Gelegenheit zu der Bemerkung daß die Spanier sich selbst im gesellschaftlichen Verkehr witzig und poetisch ausdrücken, jede Höflichkeit und Schmeichelei müsse bei ihnen geistreich seyn und die Natur eines Impromptu haben, man finde da keine fertigen Redenkarten, keine platte Artigkeit, wie wohl anderswo. Strenge aber würden die gesellschaftlichen Formen gehandhabt, die Besuche z. B. schnell und auf das gewissenhafteste erwiedert.

Begnügen wir uns mit diesen Andeutungen aus dem reichen Inhalt dieses Buches. Ich überlasse den kunstkennerischen Theil desselben den betreffenden Zeitschriften zur Besprechung; die von jeder Befangenheit freien Urtheile eines Meisters vom Fach werden jedenfalls Interesse, wenn auch nicht überall Zustimmung finden. Nur einige allgemein interessirende Bemerkungen will ich nicht übergehen. Spanien hat eine eigene Kunst vor dem Einfluß der italienischen gehabt. Die eigenthümlich, sozusagen ursprünglichen spanischen historischen Gemälde werden durch das Individuelle charakterisirt, sie sind nicht symbolisch wie bei den Italienern, sondern die Personen (Heilige besonders sind hier gemeint) in ein bestimmtes individuelles menschliches Verhältniß zu einander gesetzt. Selige z. B. begegnen einander im Himmel und zeigen einander die Siegeszeichen die sie auf der Erde duldend erworben. Der Verfasser erklärt sich gegen den Aberglauben der die spanischen Künstler verehrt, seine eigenen Gemäldebeschreibungen aber zeigen welche Fülle herrlicher Bilder ersten Ranges sich in Spanien finden, und niemand wird die vortreffliche Schilderung der Himmelfahrt Mariä von Murillo lesen die sich in Sevilla befindet, ohne die Sehnsucht zu empfinden zum Anschauen dieses hohen Meisterwerkes zu gelangen, das der Verfasser an Schwung des Gedankens für das höchste aller spanischen Bilder erklärt. In Beziehung auf Architektur will ich nur noch die einzige Bemerkung hinzufügen „daß der Spitzbogen schon sehr früh seines materiellen Nutzens wegen angewendet wurde, daß es aber den deutschen Baumeistern des 13ten Jahrhunderts vorbehalten geblieben sey aus seiner die Schwere überwindenden Kraft einen Baustyl zu entwickeln der die Erlösung vom irdischen Drucke mit materiellen Mitteln versinnlicht, der die Phantasie zum freien Aufschwung entfesselt, und innerhalb einer strengen Gesetzmäßigkeit eine zwanglose Geistesthätigkeit möglich macht." Ich will nicht von den einzelnen die Politik betreffenden Bemerkungen sprechen welche einen Gottlob vorübergehenden Zustand bezeichnen, da die Edelsten der Nation auch dort sich zurückzogen als die Glücksritter sich herandrängten, nichts von den Andeutungen über die Zuflüsse die den Reichthum der Königin Christine anschwellten und ähnliches, sondern ich will mit einer Wahrheit schließen die jedes Volk in dieser trüben und kalten Zeit sich gesagt lassen seyn darf: „Dem jetzigen Culturzustand fehlen die beiden Elemente durch welche der Staat zur menschlichen Gesellschaft wird und allein seine höchste Aufgabe erfüllt, Religiosität (gleich entfernt von Aberglauben und Freigeisterei) und Wohlwollen." „Nicht an Raum, ruft der Verfasser in Bezug auf Auswanderung aus, fehlt es den Europäern, sondern an Erweitung des Gemüths!"

Der Gothaische genealogische Hof-Kalender von 1763 bis 1850.

δ Der soeben erschienene Gothaische Hof-Kalender für 1850 kündigt sich als 87sten Jahrgang an, und ich habe bei der Gelegenheit die ganze Reihe dieser kleinen Almanache einmal durchblättert. Ich will nicht behaupten daß wenn mir für Kerker oder Exil nur ein Buch vergönnt wäre, ich gerade diese Bändchen mit ihren Genealogien zu meinen Begleitern in die Einsamkeit wählen würde, aber wie Gemmen und Medaillen habe ich sie betrachtet, die ihr Jahr charakterisiren. Welch ein Unterschied zwischen dem Kalender von 1763 und dem für 1850 nicht bloß in der Ausstattung und dem Umfange! Die frühesten Jahrgänge zeigen nur was die erhabensten Regionen der Gesellschaft als Hauptsache betrachteten: das Verzeichniß der regierenden Häupter in Europa, ihre Geburtstage, ihren Regierungsantritt, ihre Descendenz ꝛc. In der Zeit wo Franzosen an der Tafel des sächsischen Kurfürsten ganz unter sich waren, indem sie den Kurfürsten selbst als den einzigen Fremden unter sich bemerkten, war es von Wichtigkeit daß der Kalender deutsch und französisch erschien. Eine zierliche Abhandlung, connaissance des pierres prétieuses, war die dem Geschmack entsprechende Zugabe zur Genealogie der Höfe. Allmählig wuchsen die inter-

nationalen Beziehungen und traten aus den Cabinetten schneller und unmittelbarer an die Oeffentlichkeit, die Werkzeuge der Regierungen wurden selbständiger und wichtiger; die Genealogie that's nicht mehr allein, die Diplomatie nahm Platz im Almanach. Die thatsächliche Macht der Machthaber wollte ferner bewiesen werden und die Statistik trat hinzu: die bewaffnete Macht, die Geldmacht, das Volk in der Volkszahl. Die Chronik verzeichnete sodann die Macht der Ideen, die Macht der Ereignisse im jedesmal verflossenen Jahr. Der französischen Republik von 1792 verweigerte der Almanach die Anerkennung und unter der Rubrik „Frankreich" erschien Ludwig XVII als König. Dagegen wurde Napoleon 1805 sogleich als Kaiser genannt; 1808 mußte fichs der Verleger gefallen lassen daß die ursprüngliche Auflage des Almanachs vernichtet und daß in Paris eine neue gedruckt wurde, weil die Sachs. Ernestinische Linie alter Gewohnheit gemäß die Genealogie eröffnete und Anhalt dann alphabetisch folgte, während jetzt Kaiser Napoleon, der Protector des Rheinbundes, mit den Rheinbundfürsten allen übrigen vorangestellt zu werden verlangte. Außerdem hatte der Herausgeber den Fehler gemacht einzelne Mediatisirte, wie die Aebtissin von Quendlinburg, noch unter den Regierenden aufzuführen. In den folgenden Jahren brachte der Kalender nur die Porträts von Hieronymus Napoleon, König Maximilian Joseph, König Friedrich August, und erst als die Restauration gesichert war, erschien das Bildniß des Prinz-Regenten von England und wurden von der Chronik die Siege der Allirten verzeichnet. Von jetzt an erweiterte sich der Almanach mehr und mehr. Die diplomatischen Nachrichten wurden umfassender und erstreckten sich bis auf die Staaten von Südamerika. Die neueren Jahrgänge sind sogar als sehr werthvoll zu bezeichnen, indem wohl nicht leicht an einem andern Orte und auf so engem Raume die Uebersichten der Staatsverfassungen, der Einwohnerzahl, der Einnahmen und Ausgaben und Schulden, der Heere und Heeresabtheilungen der größeren, wie kleineren Staaten nach den neuesten Angaben der unmittelbaren Quellen beisammen gefunden werden.

Der Jahrgang 1850 führt bei dem Präsidenten und Vicepräsidenten der französischen Republik zugleich die Paragraphen der Verfassung an, auf deren Grund sie gewählt wurden. Die Schweiz finden wir in ihrem neuen Gewande. Die deutsche Nationalversammlung, deren Mitglieder und Institute der Jahrgang für 1849 brachte, wiederholt sich nicht; dagegen finden wir die Keime des Drei-Königbündnisses. Der Almanach nennt die Kronländer Oesterreichs nach der Verfassung vom 4 März 1849, nach Flächeninhalt und Einwohnerzahl mit den Angaben über das Racenverhältniß. Wir finden die österreichischen Staatsvoranschläge von 1849 und die Uebersicht der Schulden nach Hübner's Buch „für die Gläubiger Oesterreichs." Die mäßige Schuldenlast Preußens contrastirt damit beträchtlich. Natürlich sind die Artikel nicht gleich an Genauigkeit, und Werth und wohl sind die Nachträge bis zur Beendigung des Drucks (12 Sept. 1849) zu beachten. Es entbehren die südamerikanischen Verhältnisse, bei der Schwierigkeit der Quellenforschung, der Vollständigkeit und Genauigkeit, die bei Nordamerika bemerkbar ist. Die italienischen Staaten sind in ihrer complicirten Bewegung klar und deutlich; die französische Ausgabe enthält eine Zusammenstellung der sardinischen Ministerien, wie sie wohl nirgend weiter zu finden ist, die aber für die deutsche Ausgabe zu spät gekommen zu seyn scheint. Bei Schweden und Norwegen machen wir auf die Finanzangaben, bei Norwegen auf die neue Bevölkerungsangabe aufmerksam. Bei Rußland begegnet uns eine sehr ausführliche Darstellung der Landmacht, und auch bei Spanien erscheinen die Personalien vollständiger als früher. Sehr sorgfältig ist die Chronik vom 1 Jul. 1848 bis zum 30 Jun. 1849 fortgeführt. Sie füllt dießmal nicht weniger als 130 Seiten und die vorgenommene Sichtung der Thatsachen beruht auf historischem Tact. Unter den Porträts findet sich das Franz Joseph's, Louis Napoleon Bonaparte's und Radetzky's.

Der Leipziger Büchermeßkatalog für Michaeli 1849. Die Universitätszeitung.

□ **Leipzig**, 3 Oct. In dem eben erschienenen Büchermeßkatalog für Michaeli 1849 nehmen die Schriften über die deutschen Revolutionen des vorigen und des gegenwärtigen Jahres und über die daraus hervorgegangenen Verfassungs- und Gesetzgebungsarbeiten begreiflicherweise eine bedeutende Stelle ein. Außer einer Menge von Monographien über die Kämpfe und Erhebungen in einzelnen Ländern, besonders Baden und Sachsen, umfassen folgende Werke das Ganze des großen Revolutionsdrama's oder doch die hervorragenden und ausschlaggebenden Partien desselben, wie die Kämpfe zu Wien und Berlin. Dahin gehören Adolf Carl (Streckfuß): „Die Staatsumwälzungen der Jahre 1848 und 1849" und „Die Berliner Freiheitskämpfe", 1½ Thlr., Berlin, Sacco, in Heften zu 3 Ngr.; „Deutsche Chronik des Jahres 1848", Berlin, Hayn, 1½ Thlr.; „Illustrirte Chronik des Jahres 1849", Leipzig, Weber, zwölf Hefte zu 6 Ngr. Elß, „Rückblick auf die Maitage Wiens", Wien, Schaumburg, 4 Ngr. „Enthüllungen aus Oesterreichs jüngster Vergangenheit", von einem Mitglied der Linken des aufgelösten Reichstags (Violand), Hamburg, Hoffmann und Campe, 1½ Thlr.; Fröbel, „Briefe über die Wiener Octoberrevolution", Frankfurt a. M., Meidinger, 12 Ngr.; J. Günther, „Die Ereignisse des Jahres 1848", Jena, Maucke, in Heften zu 7½ Ngr.; „Die Gegenwart" (eine Fortsetzung des Conversationslexikons der Gegenwart), Leipzig, Brockhaus; „Genesis der Revolution in Oesterreich", Leipzig, Fr. Fleischer; Gneist, „Berliner Zustände vom 18 März 1848 bis dahin 1849", Berlin, Besser, 20 Ngr.; Held, „Geschichte der Berliner Revolution", Berlin, Expedition der Locomotive, das Heft ¼ Thlr.; „Das Jahr 1848", Nürnberg, Endler, 8 Ngr. — Dasselbe, Bautzen, Helfer, 18 Ngr.; Schreber, „Buch der Revolutionen des Jahres 1848", Leipzig, Fritzsche, 6 Ngr.; Ad. Stahr, „Die preußische Revolution", Oldenburg, Stalling, 1 Thlr.; Steinmann, „Geschichte der Revolution in Preußen", in Heften zu 3½ Ngr.; „Wiens Octobertage", St. Gallen, Scheitlin, 1 Thlr.; W. Zimmermann, „Die deutsche Revolution", Karlsruhe, Kunstverlag, ⅔ Thr. Ferner sind dahin zu rechnen die Schriften welche einzelne Seiten dieser Kämpfe oder Persönlichkeiten behandeln, wie: Streckfuß, „Organisation der Volkspartei in Berlin", Berlin, Gerhard, 5 Ngr.; Steinmann, „Waldeck", 12 Ngr.; „Temme", 20 Ngr.; Ruge, „Gründung der Demokratie in Deutschland", Leipzig, Verlagsbureau, 12 Ngr.; „Revolutionsbibliothek", enthaltend dreißig Schriften von Jacoby, Temme, Waldeck u. s. w., Berlin, Stargardt, 1⅓ Thlr.; „Mysterien der Berliner Demokratie", Berlin, Springer, ½ Thlr.; dasselbe, Meißen, Göschen, ⅔ Thlr. Und von der entgegengesetzten Seite: Levin Schücking, „Heinrich Gagern. Ein Lichtbild."

Auch der geschichtliche Roman hat sich des Revolutionsstoffs bemächtigt; hier sind namentlich hervorzuheben: Sternberg, „Neupreußische Zeitgeschichten", zwei Bände (erster Band die Royalisten) und Belani, „So war es." Beide Romane spielen während und nach den Berliner Märzereignissen. Die Vorgänge in Baden von diesem Jahre behandeln: „Blicke auf Rheinbayern und Westfalen", Leipzig, Matthes, 2 Ngr.; Mieroslawski, „Feldzug in Baden", Bern, Jenny, 8 Ngr.; die in Sachsen: Ed. Bauer, „Die Demagogie in Sachsen" (antiradical); Hirschel, „Sachsens jüngste Vergangenheit" (radical); „Das Dresdener Blutbad"; „Die treuen Bürgerwehren Sachsens"; „Enthüllungen über die Maiereignisse in Dresden"; Krause, „Der Aufruhr in Dresden"; deßgleichen von Meisel, „Rückblicke auf die jüngste Vergangenheit", von einem Sachsen; Sievert, „Der Kampf in Dresden"; „Sündenregister der sächsischen Kammern von 1849" u. a. m. Das erste deutsche Parlament ist natürlich Gegenstand verschiedener Schilderungen und Beurtheilungen geworden. Die meisten derselben sind aus der Mitte dieser Versammlung hervorgegangen und haben deßhalb mehr oder weniger einen memoirenartigen Charakter. Zum Theil gilt dieß selbst von Laube's „Erstem deutschen Parlament", obgleich dieses auf drei Bände angelegte Werk (zwei Bände sind erschienen, Leipzig, Weidmann'sche Buchhandlung, der Band 1½ Thlr.) sich äußerlich als eine wirkliche pragmatische Geschichtsdarstellung gibt. In noch höherm Grade ist dieß der Fall bei dem „zweiten Parteibericht aus dem rechten Centrum" von R. Haym, Berlin, Amelang, 1½ Thlr. (der erste erschien bereits im vorigen Jahr), und den persönlichen Rechenschaftsberichten von Rießer (Bonn, Marcus) und Veit (Berlin, Veit), sodann bei den „Briefen aus Frankfurt und Paris" von Fr. v. Raumer (zwei Bände, 4 Thlr., Leipzig, Brockhaus) und den „Erinnerungen aus der Paulskirche", von Karl Biedermann, Leipzig, G. Mayer, 1½ Thlr. Ein sehr werthvolles Material versprechen die unter der Presse befindlichen „Protokolle des Verfassungsausschusses", herausgegeben von Droysen, Leipzig, Weidmann'sche Buchhandlung, 2 Thlr. Alle diese Schilderungen sind, nach den Namen ihrer Verfasser zu urtheilen, vom Standpunkt des Centrums oder der sogenannten Weidenbuschpartei geschrieben. Vom großdeutschen Standpunkt weist der Katalog keine Darstellung dieser Art auf; vom Standpunkt der Linken wäre nur etwa Roßmäßlers „die Nationalversammlung in Stuttgart", Hechingen, Egersdorff, ¼ Thlr. zu erwähnen, eine Schrift die freilich dem Titel nach einen ganz andern Zeitabschnitt als jenen vorgenannten behandelt. Bloß statistischen Werth hat der „Parlamentskalender" von Rößler von Oels. Von außerhalb des Parlaments Stehenden haben über dasselbe geschrieben: Bruno Bauer „der Untergang des Frankfurter Parlaments", Berlin, Gerhard, 1½ Thlr.; Kampz: „Die deutsche Nationalversammlung vor der Kritik des Staatsrechts", Berlin, Decker'sche Buchhandl., 22½ Ngr. Meyer: „Fünf Vierteljahre Volkssouveränetät", Gotha, Stollberg, 2½ Ngr. (gegen H. v. Gagerns Rechenschaftsbericht an seine Wähler, welcher letztere nicht in den Buchhandel gekommen zu seyn scheint). Ueber das Verfassungswerk des Parlaments speciell handeln (die vielen Ausgaben und Commentare der Verfassung

und der Grundrechte ungerechnet): das bekannte, in 7 Auflagen erschienene Schriftchen von Hansemann, Berlin, Schneider, 1/3 Thlr.; Fr. Rohmers Sendschreiben an die bayerische Regierung wegen Annahme der Frankfurter Verfassung; Stahl (über die deutsche Reichsverfassung nach der Frankfurter und der Berliner Aufstellung), Berlin, Besser, 12 Ngr. Die Geschichte des ersten österreichischen Reichstags hat geschrieben Ebeling (Wien, Jasper, in Heften zu 12 Ngr.), die der preußischen Kammern Ferd. Fischer (Mitglied der jetzigen ersten Kammer), Berlin, Duncker u. Humblot; auch eine des hannöverischen Landtags und des Ministeriums Stüve ist erschienen, Hannover, Pockwitz, 1/6 Thlr. Die vielen Monographien über einzelne Gegenstände der Gesetzgebung, die zahlreichen amtlichen und nichtamtlichen Ausgaben mit und ohne Commentar, von Gesetzentwürfen aller Art hier aufzuführen würde zu weitläuftig seyn. Bemerkenswerth ist daß auch die Verfassungen fremder Länder, ihre Darstellung und Vergleichung, besonders mit der deutschen Reichsverfassung, mehrfach ein Gegenstand theils wirklich wissenschaftlicher Bearbeitung, theils bloß buchhändlerischer Speculation geworden sind. Zur erstern Classe gehören vor allem M. Chevaliers Studien über die nordamerikanische Verfassung (deutsch von Engel, Wien, Beck, 24 Ngr.) und Mittermaiers „die englische Verfassung in ihrer Entwicklung", Heidelberg, Mohr, 1/6 Thlr., sodann noch Bromme: „die Verfassungen Nordamerika's, Englands, der Schweiz rc., verglichen mit der deutschen Reichsverfassung", Stuttgart, Hoffmann, 2/3 Thlr., woneben eine ähnliche Zusammenstellung in Berlin bei Weyl (1/2 Thlr.) erschienen ist. Endlich sey noch einiger interessanten Schriften und Schriftchen über die sociale Frage Erwähnung gethan, so: Proudhon „Die Volksbank", Frankfurt a. M., litter. Anstalt, 1/6 Thlr.; „Das Recht auf Arbeit", Leipzig, Verlagsbureau, 12 Ngr.; Michelet „Die Lösung der gesellschaftlichen Frage", Frankfurt a. M., Trowitzsch, 1/2 Thlr.; derselbe: „Die gesellschaftliche Frage und der Freihandel", Berlin, Gerhard, 3 Ngr.; Thiers: „Das Eigenthum", Breslau, Gosohorski, 1 1/2 Ngr.; „L. Blanc und Thiers über die sociale Frage", Breslau, Schumann, 1/3 Thlr.; Ketteler (katholischer Priester): „Die sociale Frage der Gegenwart"; Predigten, Mainz, Kirchheim, 7 1/2 Ngr.; Cosmann: „Beitrag zur Lösung der socialen Frage", Koblenz, Bädeker, 1/4 Thlr.; „Theorie des Socialismus", Leipzig, Dyk, 1/4 Thlr.

Bei dieser Gelegenheit und mit Rücksicht auf den eben jetzt beginnenden neuen Abschnitt im deutschen Universitätsleben sey hier noch einer litterarischen Erscheinung gedacht, die zwar nicht wie die oben erwähnten sich unmittelbar an die Bewegungen des öffentlichen und namentlich politischen Lebens anschließt, vielmehr die Wissenschaft in ihrer selbständigen Entwicklung und deren Pflegerinnen, die Universitäten, zum Gegenstande hat, doch aber insofern ebenfalls nicht unberührt ist von der allgemeinen Bewegung als sie die auch im Reiche der Wissenschaft und Universität zum Durchbruch gekommenen Reformideen vorzugsweise zum Zielpunkt ihrer Betrachtungen macht. Es ist dieß die in Leipzig erscheinende, von den Professoren Vangerow in Heidelberg, Lang in Würzburg und Schletter hier herausgegebene Deutsche Universitätszeitung, welche, insbesondere durch die ihr am unmittelbarsten zugewendete Redactionsthätigkeit des zu dritt Genannten und dessen bekannten Eifer in allen solchen Geschäften, einen immer lebendigeren Aufschwung nimmt. Dieß bezeugt Geist und Inhalt der neuesten Hefte, deren größere leitende Artikel Gegenstände des gegenwärtigsten und prägnantesten Interesses behandeln. So die „Gutachten der preußischen Universitäten über Universitätsreform", so der sehr beherzigenswerthe Aufsatz von E. M. in Königsberg „über den Wegfall der akademischen Gerichtsbarkeit" (dafür); so eine Abhandlung: „Der österreichische Gymnasialplan", woran sich wieder eine andere über „die Habilitationsbedingungen und die Stellung der Privatdocenten an den österreichischen Universitäten" anschließt, endlich eine Beleuchtung des „Projects einer freien akademischen Universität". Dazu kommt eine ziemlich reiche Mannichfaltigkeit von Correspondenzen und Notizen über die verschiedenen deutschen Universitäten, Lectionsplane, zuletzt einschlagende Litteratur. Gewiß verdient diese Zeitschrift recht sehr die lebhafte Unterstützung des lesenden, und ebenso des schreibenden Universitätspublicums.

Reise-Eindrücke im österreichischen Kaiserstaate.

III.

• **Aus Oesterreich**, im Herbst. Wir streiften noch an andern Punkten vorüber wo der Kampf heftig entbrannt war. Ueberall hörte ich, nächst den Berichten meines Führers, auch die Leute aus dem Volk, und unterwarf später ihre Mittheilungen der Prüfung anderer; darunter Männer von der klarsten Einsicht, der ruhigsten Beurtheilung deren Carakter auch die sicherste Bürgschaft gab. Wie schwer es seyn mag für den Fremden sich ein klares Bild der Ereignisse und der Stimmungen aus denen sie hervorgegangen zu verschaffen, zu einigen sicheren Grundzügen glaube ich doch gelangt zu seyn. Es scheint mir — und die spätere Geschichte wird darüber die vollste Aufklärung geben — daß der zweite große Aufstand in Wien, der Herbstaufstand, nichts anderes war als der Seitensprößling des ungarischen Krieges. Welchen Ton auch die damaligen demokratischen Blätter angeschlagen haben, welche Betheuerungen, Phrasen, Proclamationen sie enthielten, wie die Clubs- und Straßenredner, wie die Straßenecken selbst, durch ihre Placate gesprochen — es war nicht die deutsche Sprache die sie redeten, es war die magyarische, und diese zum Theil wenigstens eine Uebersetzung aus dem Polnischen. Selbstständig aus dem Geist und Sinn des Wiener Volkes ist die Bewegung nicht hervorgegangen; wie überall in den großen Städten, war ein Theil der untersten Schichten, der nichts zu verlieren hatte, für die Umsturzpartei gewonnen. Und diese organisirte Hefe beherrschte die ganze übrige Masse, die — selbst, der kämpfend mitwirkende Theil — mindestens zu drei Vierteln, aus Terrorisirten bestand. Denn jedes Urtheil, jede Aeußerung die man aus dem Volke hört, geht dahin. Es scheint unglaublich daß der kleinere Theil so den größeren beherrschen sollte; aber haben wir dasselbe nicht in allen deutschen Hauptstädten gesehen wo der Aufruhr eine Zeitlang die Herrschaft geübt? Das ist das Geheimniß der Organisation! Es waltet hier dieselbe Ursache ob die es einem Ferdinand Cortez möglich machte mit einer Schaar die sich wie ein Punkt in dem ungeheuren Mexico verlor, das ganze unermeßliche Reich zu erobern und zu beherrschen. Der organisirte Aufruhr ist dann auch stets dem besser, strenger organisirten Angriff gewichen, trotz der Mehrzahl der Insurgenten. Das Mittel wodurch der Aufstand gesiegt, war stets auch das wodurch er besiegt wurde. Dazu kommt in den meisten der Fälle auf die hier hingedeutet worden, freilich auch noch das mächtige Element des Rechts und der Pflicht. Wie hochtönend die Freiheitsphrasen erschollen, überall war man sich des hohlen frevelhaften Beginnens doch zu bewußt um auf die elektrische Flamme der Begeisterung zählen zu können. Die wenigen Funken eines an sich selbst glaubenden, wenn noch so verirrten Fanatismus mußten bei den deutschen Aufständen erlöschen in dem bodenlosen Schlamm der Nichtswürdigkeit, aus dem die beute- oder höchstens rachgierigen Umsturzunternehmungen heraufgewühlt worden.

Allerdings zeigt sich in Wien, wie in allen großen Städten, auch jetzt noch, bei einem Theil der Massen eine innere Unruhe, eine Unzufriedenheit, eine Hoffnung auf bessere Zeiten durch Veränderungen in der Staatsverwaltung: wer wollte das nicht erkennen und begreifen? Es ist der fanatischen, der wühlenden Presse gelungen den Massen einen getrübten, trügerisch gefärbten Lichtschimmer zukommen zu lassen, der ihnen jetzt alle Weltverhältnisse falsch darstellt. Der Glaube hat sich verbreitet (bei vielen ist er indeß doch schon einer bessern Einsicht gewichen) daß eine Umwälzung aller bisherigen Staatsformen urplötzlich die Sonne des Glücks für diejenigen scheinen lassen werde die bisher nur einen dunkeln Wolkenhimmel des Lebens über sich gesehen. Wie sollten also nicht viele ihre Hoffnungen an dieses Traumbild hängen, zumal wenn ihnen die Lüge geflissentlich wiederholt wird: „Hätten wir nur gesiegt, wäre nur die tyrannische Gewalt unser nicht mächtig geworden, ihr würdet jetzt die Früchte eures Kampfes genießen, in Glück und Behaglichkeit!" Solchem Sirenengesang widersteht der Urtheilslose schwer, und wir wundern uns fast nur darüber daß die Massen nicht noch viel einiger und compacter diesen Verheißungen entgegengestürzt sind. Mehr aber als auf diesem trügerischen Wege ins Volk dringen, ihm von Unzufriedenheit einerseits, von fanatischem Eifer andererseits eingeimpft werden kann, ist in den Bewohnern Wiens gewißlich nicht vorhanden gewesen; und hier eher noch weniger als in Berlin und andern Städten, da der Boden der naiven Herzlichkeit und Treue mit welcher der Oesterreicher seinen Kaiser liebt und ehrt, doch nicht so schnell in dem Grade umzuwühlen war, als dieß in einem Theil Süddeutschlands der Fall war, wo seit dreißig Jahren eine gehässige Opposition (die immer neben der gerechten und ehrenwerthen bestand) alle natürlichen Bande zwischen Volk und Fürsten gelockert, und so die Volkssittlichkeit die sich hauptsächlich auf diesen Naturtrieb in den Vaterlandsverhältnissen stützen muß, gänzlich untergraben hat. Wo einem Volk das Herz, das Gemüth geraubt ist, wehe da den öffentlichen Zuständen! Denn was eine Masse ist in welcher dunkle Begriffe von Recht und Freiheit gähren, die in diesen Regionen nie zur Klarheit kommen können (ist es doch schon in denen der höhern Bildung so selten), das hat uns die französische Revolution zum ewigen Schreckbild für die Weltgeschichte gelehrt! Deßhalb erquickte es uns wahrhaft in der Wiener Bevölkerung doch nur leichte Narben jener geimpften Uebel zu treffen. Das Gift ist nicht in die Tiefe gedrungen, hat nur einzelne Theile angenagt; der Kern des Volks ist gesund geblieben; es wird sich mit leichtem Zügel wieder zum Rechten und Guten führen lassen. Möge man nur dieses Ziel nie aus den Augen verlieren!

Meran.

✱ **Meran**, 30 Sept. Lassen Sie mir für dießmal das Behagen Ihnen von nichts anderm zu berichten als den Herbstfreuden, und den Genüssen einer wonnigen Weltabgezogenheit wie sie hier sich selbst dem ex professo Malcontenten tröstlich aufdringen. Ich weiß Ihnen von keiner Stimmung zu sagen als von jener welche mildester Lufthauch und warmer Sonnenschein, farbige Laub- und Fruchtfülle und allenfalls ein edler Trunk aus den Kellern zu Lebenberg und Winkel hervorrufen; alle „Zustände" zeigen sich bis heute als die erträglichsten. Diese Ansicht scheint einer allgemeinen Geltung sich zu erfreuen, denn der Theilnehmer an diesem öffentlichen Wohlbefinden sind hier mehrere Hunderte und zwar aus allen Theilen des tiefverstimmten Europa's und aus allen Fractionen der politischen Disharmonie. Man weiß Meran und seine freundliche Nachbarschaft in Obermais noch nie so lebhaft und unausgesetzt besucht wie in den heurigen Sommer- und Herbstmonaten. Oft hielt es schwer ein Plätzchen zu finden für einen gerne Verweilenden. Und doch ist Meran noch immer kein Curort, noch widersagt es standhaft dem High life und aller seiner Hoffahrt, allem Comfort und allen „kleinen Vergnügungen," und fertigt seine Verehrer ab mit der einfachen, anziehenden, ungebundenen Sprödigkeit einer etschländischen Schönen. Die Welt und das Wetter sind schön über Bedarf und Wunsch, und der Meraner erwartet deßhalb mit Zuversicht von den Gästen ein schwärmerisches Hinweggehen über irdische Mangelhaftigkeiten. Somit findet man wirklich hier fast lauter Befriedigte, und den Unfügsamen stehen zuvorkommend sehr viele Entfernungsmittel zu Gebot, so daß die allgemeine Gemüthsruhe keine Störungen erleidet. Wollten Sie unsere Curlisten einsehen (zu Ihrer Beruhigung sey bemerkt daß solche thatsächlich nicht vorhanden sind), so würden Sie Namen und Personen finden denen es nicht an Bedeutung gebricht. Einige Damen höchsten Ranges beziehen in diesen Tagen unsere elegantesten Wohnungen, z. B. die Fürstin von Hechingen, die Prinzessin Wasa ꝛc. In bescheidener Ländlichkeit ruht auch — unsern den Nachtigallen des grünen Naifthales — die „Nachtigall aus Schweden," Sie wissen wohl wen die schönredende Journalistik also nannte. In aufrichtiger Verehrung für die Künstlerin brachte ihr jüngst eine kleine Sängerschaar von Meran als Abendgruß ein paar Lieder dar. Jenny Lind erwiederte sie in aller Freundlichkeit mit dem Vortrage einiger Arien. Wir rechnen übrigens noch auf Zuspruch für den „Altweiber-Sommer," und fordern Sie auf zur Beförderung einer Colonie von Ueberwinterern die wir hier gründen wollen, in Erwartung der verschiedenen „Frühlinge" der politischen, unpolitischen, lyrischen ꝛc., die denn doch nicht ausbleiben können.

Der englische Sonntag und die englische Post.

* **London**, 30 Sept. Rowland Hill hat unternommen einem der größten Mißbräuche in der englischen Post zu steuern, und dadurch ein solches Hornißnest von Andächtelei und Heuchelei auf sich gezogen daß er wird nachgeben müssen, wenn ihn nicht der Generalpostmeister, Lord Clanricarde, mit der äußersten Macht vertheidigt. Bekanntlich ist nämlich in England der Sonntag ein dies non, d. h. es wird gar kein öffentliches Geschäft irgendeiner Art versehen; und diese allgemeine Regel aller christlichen Staaten wird hier mit einer sonst nicht gewöhnlichen Strenge durchgeführt. Daher werden Sonntags keine Briefe vertheilt, und so weit wäre die Regel und die Praxis sehr zu ertragen, obgleich auch darüber gar viel zu sagen ist, indem in einem verwickelten Leben wie das unsrige einmal ist, der Empfang eines Briefes für die geistige Ruhe und Pietät einer Familie viel wichtiger seyn kann als das Hören aller Predigten in der Welt. Allein mit dem Nichtvertheilen der Briefe ist es in Postsachen nicht gethan, aus dem einfachen Grunde daß die größere Zahl an dem Tage an dem sie auf die Post gegeben wird, gar nicht vertheilt werden kann. Soll die Post einen gänzlich freien Sonntag haben, so dürfen auch keine Briefe für die Montags Frühpost angenommen werden, und alle Felleisen die vom Sonntag auf ihrer Reise unterwegs getroffen werden, müssen bis Montag liegen bleiben. Diese Schwierigkeit hat die englische Post auf die inconsequenteste Art gelöst. Es gehen nämlich von London Sonntags keine Posten ab, und so viel als möglich hat man ihre Ankunft verhindert, so daß von 650 Felleisen die eigentlich Sonntags bei der Post in London ankommen sollen, nur zwölf ankommen und dann liegen bleiben. Dagegen werden in den Provinzen die Briefe die Sonnabends von London abgehen und in der Nacht von Samstag auf Sonntag an ihrem Bestimmungsort ankommen, am Sonntag ausgetheilt. Die Folge ist daß man in den Provinzen Sonntags Briefe erhält, aber Montags keine. Ich habe nie begriffen wie die Post diesen Unsinn duldet, und dagegen ist Hills neue Ordnung gemacht. Er will nämlich daß künftig die Felleisen in London ankommen, die Briefe zwar weder vertheilt noch expedirt, aber doch sortirt werden um Sonntag Abends oder mit den Frühposten Montags befördert werden zu können. Dazu gehört aber eine gewisse Anzahl Beamten die einige Stunden von ihrem Sonntag hergeben müßten, und dieß ist der ganzen Betschwesterei von England ein Gräuel. Die Journale sind mit Briefen der Postbeamten, mit Aufrufen von Geistlichen und frommen Seelen, mit Ankündigungen von Versammlungen, mit Bittschriften und einer künstlichen Agitation angefüllt, als ob man sie alle plötzlich zu Heiden machen wollte. Das allgemeine Geschrei ist daß Postbeamte auch eine Seele zu retten hätten, als ob man ihnen unmöglich machen wollte die Kirche zu besuchen. Aber man hat aus dem Sonntag oder, wie alle Gläubigen hier sagen, dem Sabbath, einen wahren Popanz gemacht, und es vergeht den Leuten aller Menschenverstand wenn sie darauf kommen. Die humane Absicht bei der Einführung des Ruhetags ist ihnen etwas ganz fremdes geworden, und sie sehen gar nicht daß sie selbst in hundert Fällen Ausnahmen machen, die sie mit Entsetzen erfüllen würden wenn sie nicht daran gewöhnt wären. Daß eine Menge Menschen, wie Bäcker, Fleischer, Wirthe, am Sonntag nothwendig arbeiten, scheint ihnen nie einzufallen, und noch weniger daß sie selbst am Sonntag ihr Essen wie an jedem andern Tag verlangen, obgleich ihre Köchinnen „auch eine Seele zu retten haben." Wie man durch das Verbieten jeder unschuldigen Unterhaltung die untern Classen in die Branntweinhäuser drängt, und überhaupt wie man durch eine stupide Pedanterie diesen Tag der Ruhe zu einem Uebel gemacht hat, davon wäre viel zu sagen, aber ich muß mich auf die Post beschränken. Die nothwendige Folge der Nichtbeförderung der Briefe in London ist daß jedermann seine Briefe, anstatt am Samstag, am Sonntag schreibt, indem ja bekanntlich niemand einen Brief schreibt ehe er weiß daß er auch fortkommt; aber das alles ist den Eiferern ganz gleichgültig, solange nur ihr Fetisch officiell unangetastet bleibt. Aber es ist nun einmal ein unerträgliches Uebel daß das ganze Geschäft einer thätigen Nation wegen der Sonntagsfeier auf der Post den ganzen Montag gestört und gehindert seyn soll, und wenn die Pharisäer erlaubten ein Schaf das am Sabbath in einen Brunnen fiel, herauszuziehen, so könnten sie auch erlauben daß die Briefsäcke Sonntags reisen, und daß die Briefe sortirt werden dürften. Viele Leser werden sich der Geschichte erinnern wie die Herzogin von Sutherland vor einigen Jahren in Edinburg die Nachricht erhielt daß ihr Vater todkrank liege; nun reist man in Schottland Sonntags nicht auf den Eisenbahnen, aber die Post geht in einem Extrazug, und die Herzogin die keine Postpferde finden konnte, weil die Posten an den Bahnlinien hin aufgehört haben, bat mit dem Postzug reisen zu dürfen. Man hätte glauben sollen daß sogar die Fetischanbeter hätten begreifen sollen daß die Herzogin ja doch niemand von seinem Sonntag abhalte, indem die Post jedenfalls ging, ob sie mitging oder nicht, und der Zweck ihrer Reise hätte so frommen Seelen einiges Interesse einflößen sollen, aber sie haben es ihr verweigert, und sie fand den nächsten Tag ihren Vater todt. Es machte Aufsehen, weil der Fall gar zu gräulich war, und weil er eine so hohe Dame betraf, aber ähnlich harte Fälle kommen täglich bei Geringeren vor, allein sie werden bei dem allgemeinen Geschrei der Fetischdiener nicht zum Wort gelassen. Ich habe jedoch nie gesehen daß auch die fanatischsten unter diesen verlangt hätten daß die Schildwachen Sonntags nicht an öffentlichen Gebäuden ausgestellt, und noch weniger daß die Polizei, die ihre Häuser gegen Einbruch schützt, Sonntags zu Hause bleibe. Es gibt einmal Dinge deren gänzliche Unterbrechung während eines Tages die menschliche Gesellschaft nicht dulden kann, und darunter gehört in unserer Zeit die Post. Wenn ein Kaufmann Wechsel auf den Montag erwartet die ihn vor Ruin und Entehrung bewahren sollen, welche Entschädigung hat ihm der Staat zu geben wenn er sie am Montag Abend oder Dienstag erhält, wo es zu spät ist, weil es der Post gefallen hat das französische Felleisen, das Sonntag Morgens in Calais ankommt, dort liegen zu lassen, und es erst am Montag abzuholen? Ist es ein hinlänglicher Grund für den Ruin des Mannes und aller derjenigen die von ihm abhängen, daß man den Briefsortirern nicht einige Stunden von ihrem Sonntag nehmen will? Ich hoffe daß Rowland Hill gegen das bigotte Geschrei aushält, und daß ihn das Ministerium unterstützt; er wird einen harten Stand haben, aber er hat für sich eine fast absolute Nothwendigkeit, denn in dieser Zeit wo ein Mann auf die Minute hin berechnet in der er in Edinburg oder in Berlin oder Wien ankommen wird, ist es unerträglich geworden daß er zwei Tage in der Woche nicht auf die Besorgung seiner Briefe rechnen kann.

Dänemark.

„Kjøbenhavnsposten" enthält einen Artikel unter dem Titel „die rechte Gränze des Reichs," der sich mit der Theilungsfrage beschäftigt. Diese Frage wird von zwei Ausgangspunkten aus besprochen. Gehe man von dem Punkte aus daß der bisherige noch bestehende Staat

Dänemark noch bestehen bleiben solle, so werde aus der gefürchteten Theilung Schleswigs nichts als ein ebenso einfacher als kluger Administrationsact, der mit der Politik oder des deutschen Reiches etwaniger Umbildung nichts gemein habe. Könne man aber auf einen solchen Ausgangspunkt keine feste Rechnung machen, und solle Holstein-Lauenburg unter dem einen oder dem anderen größeren deutschen Bund eingezogen werden, so stelle sich die Frage über die Abtrennung einer schleswigschen Landstrecke ganz anders, denn in diesem Falle komme man auf einmal zu dem Plane Christians IV, zur Vertheidigung des Landes zurück und zu den Wünschen der Frankfurter Versammlung in Betreff der Wiederherstellung der Herrlichkeit der alten Hansa als Flottenhalterin und Seebeherrscherin. So gelangen wir zu der einfachen aber unerschütterlichen Erklärung Friedrichs VII vom 24 März vorigen Jahrs zurück daß je mehr Deutschland Holstein an sich ziehen wolle, desto mehr Dänemark Schleswig heranziehen müsse, so wie man im entgegengesetzten Falle sagen könne daß je mehr Deutschland Holstein fahren lasse, desto eher Dänemark es einzuräumen wagen dürfe daß letzteres Schleswig nicht nur an seiner Seite behalte, sondern es auch mit sich in mehreren näher zu bestimmenden Punkten verbunden seyn lasse. Es wird dann auf einen Brief Christians IV verwiesen, wonach der Reichsrath zur Sicherung gegen die deutsche Gränze auf die Wichtigkeit der Ober- und Unter-Eider hingewiesen hatte, worunter derselbe Rendsburg und die Stelle wo jetzt Friedrichsort liegt verstand. Auch sey aus dem Schreiben ersichtlich daß die vier zur Anlegung von Friedrichsort gekauften Güter für die „Krone" und nicht für das Fürstenthum Schleswig gekauft worden seyen. Damit soll denn natürlicherweise zu verstehen gegeben werden daß Friedrichsort speciell der Krone Dänemark gehört. Die Wichtigkeit dieser Festung werde auch, heißt es dann weiter, von den deutschen Flotten- und Einheitsfreunden erkannt; und um dieses zu zeigen, werden Aeußerungen des bayerischen Gesandten beim Reichsverweser, v. Closen, und ein kürzlich in die „Allg. Ztg." aufgenommenes Schreiben aus Kiel angeführt, in welchem letzteren gesagt wird daß Friedrichsort um keinen Preis aus den Händen gegeben werden dürfe. Es leuchte also den Deutschen ein daß ihre Plane gegen Friedrich VII unmöglich durchgesetzt werden könnten, wenn nicht der Süden von Schleswig abgeschnitten werde. Daher möchte Dänemark bis aufs äußerste auf das ganze ungetheilte Schleswig halten, und ein Echo des königlichen Wortes: „Das soll nicht geschehen!" durch ganz Dänemark, ja durch den ganzen Norden ertönen. Sollte es aber dennoch nach dem Willen der Vorsehung geschehen, so sey der Skandinavismus die einzige Rettung für das Zurückbleibende, der an sich selbst als politische Idee nichts als die Poesie des Zornes, schön, rührend und hinreißend, aber nicht philosophisch oder historisch weise sey.

[299] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die landwirthschaftlichen

Lehranstalten Europa's,

ihre Geschichte, Organisation und Frequenz

von

William Löbe,

Redacteur der landwirthschaftlichen Dorfzeitung.

8. broschirt. Preis 1 fl. 45 kr. oder 1 Rthlr.

Der Hr. Verfasser stellte sich die Aufgabe, die in Zeitschriften, Broschüren, Programmen zerstreut liegenden Materialien über die große Anzahl höherer und niederer landwirthschaftlicher Lehranstalten zu sammeln, zu sichten und zu ordnen, und daraus ein Ganzes zu bilden. Die so entstandene Schrift dürfte in literarischer, pädagogischer und statistischer Hinsicht von Werth und Interesse seyn, zumal sie noch als die einzige ihrer Art dasteht, und nicht nur sämmtliche landwirthschaftliche Lehranstalten Deutschlands, sondern auch der außerdeutschen Staaten umfaßt.

Stuttgart und Tübingen, September 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[3442] So eben erschien im Verlage der Unterzeichneten:

Die siebente neue ganz umgearbeitete und vermehrte Auflage von

Dr. L. Wagenfelds,

allgemeinem Vieharzneibuche,

ein gründlicher und leichtfaßlicher Unterricht die Krankheiten der Hausthiere zu erkennen und sicher zu heilen.

Mit einem Atlasse von neun Tafeln Stahlstiche in Folio, von denen 3 colorirt sind.

Preis cartonnirt 1 Rthlr. 22½ Sgr.
„ roh 1 Rthlr. 15 Sgr.

Verfasser und Verleger sind fortwährend bemüht gewesen dieß Werk durch wesentliche Verbesserungen bei jeder neuen Auflage immer mehr einer möglichst großen Vollkommenheit entgegen zu führen und somit den Ausspruch aller Recensenten:

daß das obengenannte Buch ein vortreffliches, nicht genug zu empfehlendes Werk sey,

immer mehr zu rechtfertigen und zu verdienen.

Eine besondere Empfehlung dürfte noch darin liegen: daß in einer nicht langen Reihe von Jahren sechs sehr starke Auflagen vergriffen wurden und jetzt die siebente erschienen ist.

Diese siebente Auflage zeichnet sich nun wieder von den früheren dadurch aus:

1) daß der Text durchweg neubearbeitet und vermehrt worden ist,
2) derselbe auf bei weitem besserem, feinem Papier gedruckt ist,
3) sind die Kupfertafeln bedeutend vermehrt und verbessert worden. Taf. 3 hat vier neue Abbildungen erhalten; Taf. 5 ist neu gezeichnet und gestochen, auch sind die Abbildungen auf derselben vermehrt worden;
4) enthält der Atlas anstatt früher eine, jetzt drei colorirte Abbildungen.

Vorräthig ist obiges Werk in jeder Buchhandlung und wird eine nähere Ansicht und Prüfung Obengesagtes bestätigen.

Ferner ist so eben fertig geworden;

Das sicherste Mittel

nur große und gut ausgebildete Pferde zu erziehen,

nebst einer Anweisung zu ihrer Vorbereitung zu künftigen Dienstleistungen.

Ein auf lange Erfahrung gegründeter guter Rath an Pferdezüchter

von **G. G. Ammar,**

Inspector des k. preuß. Hauptgestüts zu Bebra.

Zweite sehr vermehrte Auflage.

Geheftet. Preis 7½ Sgr.

Diese kleine wohlfeile Schrift auch für Bauern und kleine Besitzer bestimmt, leistet vollkommen was der Titel verspricht.

Königsberg, den 1 October 1849. **Gebrüder Bornträger.**

[3554] Im J. C. Hinrichs'schen Verlage in Leipzig erschienen so eben:

Handbuch der Geographie und Statistik

für die gebildeten Stände

begründet durch

Dr. C. G. D. Stein und **Dr. Ferd. Hörschelmann.**

Neu bearbeitet

von Dr. **J. E. Wappäus,**

a. o. Professor an der Universität zu Göttingen.

Siebente Auflage.

1. Lieferung. [Erster Band. Bogen 1 — 14.]

Allgemeiner Theil.

Astronomische, physische und politische Geographie.

Lex.-8. Preis: 28 Ngr.

Diese gänzlich umgearbeitete 7. Auflage soll den Umfang von 120 Bogen in größtem Octav, von denen jeder 2 Ngr. kosten wird, nicht überschreiten, und in zwanglosen Heften von je mindestens 10 Bogen ausgegeben werden. Die Eintheilung in 3 Bände ist auch bei dieser Auflage beibehalten worden, nur hat die Anordnung der Zeitverhältnisse wegen eine Veränderung erleiden müssen, indem nämlich der I. Thl. außer der allgemeinen Geographie als Einleitung die specielle Beschreibung von Amerika, Australien, Afrika und Asien, der II. die der europäischen Staaten außer Deutschland, und der III. die der deutschen Staaten enthalten soll.

Der Druck des ganzen Werkes wird hoffentlich in den nächsten zwei Jahren vollendet werden.

Dr. C. G. D. Steins

kleine Geographie

oder

Lehrbuch der Erd- und Länderkunde für Schule und Haus.

In erneuter Gestalt zum drittenmale herausgegeben

von Prof. Dr. **K. Th. Wagner.**

Dreiundzwanzigste Auflage.

gr. 8. (25¼ Bogen) ⅔ Thlr.; cartonirt ¾ Thlr.

(3334) Im Verlage von Jm. Tr. Wöller in Leipzig erschien und kann durch jede Buchhandlung des In- u. Auslandes bezogen werden:

Die

Unterleibskrankheiten

nach ihrer Entstehung, Verhütung, Linderung und Heilung.

Gemeinfaßliche Belehrung für Nichtärzte über die Unterleibsorgane und deren Verrichtungen, die **Krankheiten des Magens, des Darmcanals, der Leber, der Milz, der Gekrösedrüsen, die Hämorrhoiden, Hypochondrie, Hysterie u. s. w.;** deren Verhütung, Linderung und Heilung durch zweckmäßige Diät und Arzneimittel. Für alle Altersstufen, Lebensverhältnisse und Stände bearbeitet von **Dr. K. A. Koch**, prakt. Arzt. Preis 16 gGr. = 20 Ngr. od. Sgr.

Der Verfasser ist als populär-medicinischer Schriftsteller seit beinahe einem Vierteljahrhundert so rühmlich bekannt, daß diese Schrift besonderer Empfehlung wohl nicht erst bedarf. Um so mehr muß aber darauf aufmerksam gemacht werden daß noch eine Schrift über denselben Gegenstand von einem gleichnamigen Verfasser existirt, weshalb um gefällige Beachtung gebeten wird: daß die von dem durch seine schriftstellerischen Leistungen längst ehrenvoll anerkannten Dr. K. A. Koch verfaßte

in Leipzig bei Jm. Tr. Wöller

erschienen ist.

[3153—58] Bei Ignaz Klang, Buchhändler in Wien, ist so eben erschienen:

Pillersdorf

und

die Wahrheit,

oder

Beleuchtung seiner Rückblicke

auf die politische Bewegung in Oesterreich in den Jahren 1848 und 1849.

Von **M. K.**

8. Wien 1849. 32 Seiten stark, brosch.

16 kr. C. M.

Die vorstehend genannte Schrift beleuchtet mit Schärfe und unverkennbarer Wahrheitsliebe die Pillersdorf'schen „Rückblicke" auf die Revolution des Jahres 1848 und 1849, und weiset den Gang und Verlauf derselben in den unverzeihlichen Verwaltungsfehlern jener neuen Epoche unseres Staatslebens mit großem Freimuth nach. Sie dürfte daher zur Würdigung der „Rückblicke" nicht entbehrt werden können, auch allen eine willkommene Gabe seyn, denen Wahrheit mit Hintansetzung jeder andern Rücksicht das Höchste ist.

[3374—76] Bei A. Franck in Paris 67 rue Richelieu ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Paris.

Ein Reisehandbuch

von **E. Kolloff.**

brosch. 1 Thlr. 6 Ngr. elegant in engl. Leinen cart. 1 Rthlr. 15 Ngr.

Neuester und vollständigster Fremdenführer, unentbehrlich für jeden Reisenden der Paris in kurzer Zeit kennen lernen und sich vor Schaden bewahren will.

Der durch seine „Schilderungen aus Paris" bereits bekannte Verfasser, seit einer Reihe von Jahren in Paris lebend, gibt die genauesten Mittheilungen über das Leben, die Kunstschätze, die Geschichte dieser Weltstadt.

(3441) In allen Buchhandlungen ist vorräthig:

Bernhardi, Dr. K., Sprachkarte von Deutschland, 2te Auflage, unter Mitwirkung des Verfassers besorgt und vervollständigt von Dr. W. Stricker. Imp. fol. Mit Text in gr. 8. geh. 1½ Thlr.

Verlag von J. J. Bohné in Cassel.

[3600] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Taschenbuch
der
englischen und deutschen Umgangssprache
von
Carl Eulenstein.
8. broschirt. Preis 24 kr. oder 9 Ngr.

Dieses Werkchen ist zunächst für solche bestimmt welche in einer möglichst kurzen Zeit das nöthigste der englischen Sprache erlernen wollen, und deren Hauptzweck es ist es bald zum Sprechen zu bringen. Um diesen Zweck am leichtesten zu erreichen sind alle veralteten Ausdrücke sorgfältig vermieden, und nur solche Wörter und Phrasen gewählt worden welche im gewöhnlichen Leben häufig vorkommen. Auch sind die Gespräche so eingerichtet daß sie ganz allmählich vom Leichten zum Schwereren fortschreiten, wodurch sie gleichsam einen Cursus der englischen Sprache bilden. Die am Ende des Werkchens gegebene Sammlung idiomatischer Ausdrücke enthält nur solche Phrasen welche von gebornen Engländern fortwährend gebraucht werden.

Stuttgart und Tübingen, September 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[3564] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel und Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben und

als ein schätzbares Hausbuch, wodurch jede Krankheit geheilt werden kann, zur Anschaffung jedem Familienvater zu empfehlen:

Der Leibarzt oder **500 der besten Hausarzneimittel**
gegen 59 der gewöhnlichsten
Krankheiten der Menschen.

Als: Magenschwäche, — Magenkrämpfe, — Diarrhöe, — Hämorrhoiden, — Hypochondrie, — Gicht, — Rheumatismus, — Engbrüstigkeit, — Verschleimung des Magens und des Unterleibes, — Harnverhaltung, — Verstopfung, — Kolik, — venerische Krankheiten, wie auch Ausschlag, alle Hautkrankheiten; ferner 24 allgemeine Gesundheitsregeln, die Kunst ein 100jähriges Alter zu erreichen und

Hufelands Haus- u. Reise-Apotheke.

Achte Auflage. Preis nur 12 gGr. oder 54 kr.

NB. Ein solcher Hausdoctor sollte billig in keinem Hause, in keiner Familie fehlen; denn mit einem einfachen, guten Hausmittel kann man in den meisten Fällen die Krankheiten heben.

Auch bei Credner und Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest — Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[3551] So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Neue Dorfgeschichten
nach
Berthold Auerbach.
Preis 24 Ngr.

Leipzig, den 27 September 1849. **Bergers Buchhandlung.**

[3552] Bei E. Götschel in Riga sind nachstehende Werke erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben:

Beiträge zur Heilkunde
herausgegeben von der
Gesellschaft praktischer Aerzte zu Riga
I. Band. Erste Lieferung.
Mit einer lithographirten Tabelle. brosch. gr. 8. 1 Rthlr. 6 Ngr.

Die Cholera in Riga
im Jahre 1848.
Mit einer lithographirten Tabelle: Vergleichende Uebersicht der Cholera in Riga in den Jahren 1831 und 1848.
Preis brosch. gr. 8. 24 kr.

Beide Werke dürften wegen der vielen darin mitgetheilten Erfahrungen über Behandlung der Cholera auf allopathischem und homöopathischem Wege für die Aerzte Deutschlands von großem Interesse seyn.

[3563] Bei *B. G. Teubner* in *Leipzig* ist soeben vollständig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

LEX ROMANA
VISIGOTHORUM.

AD LXXVI LIBRORUM MANU SCRIPTORUM FIDEM RECOGNOVIT, SEPTEM EIUS ANTIQUIS EPITOMIS, QUAE PRAETER DUAS ADHUC INEDITAE SUNT, TITULORUM EXPLANATIONE AUXIT, APPENDICIBUS, PROLEGOMENIS
INSTRUXIT
GUSTAVUS HAENEL
LIPSIENSIS.
EDITIO POST SICHARDUM PRIMA.
Fol. (Cum quattuor tabulis in lapide pictis.)
Preis 12 Thaler.

[3288] So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Protestantismus
nach seiner geschichtlichen Entstehung, Begründung und Fortbildung.
Von
F. A. Holzhausen.
Zweiter Band:
Die geschichtliche Begründung des Protestantismus.
gr. 8. geh. 4 Thlr. 15 Ngr.

Der erste Band dieses Werkes erschien 1846 und kostet 2 Thlr., der dritte Band bildet den Schluß und wird im nächsten Jahre herauskommen.

Leipzig, im September 1849.

F. A. Brockhaus.

[3438] **Handbuch der Pastoralmedicin für Seelsorger auf dem Lande.** Bearbeitet mit besonderer Rücksicht auf die in den südd. Staaten geltenden Sanitätsgesetze und Verordnungen von Pfarrer Dr. Britzger. Mit einem empfehlenden Vorwort des Hrn. Prof. Dr. v. Ottl in München. Ulm, 1849. Wohler'sche Buchhandlung. gr. 8. brosch. 2 fl.

Dieses Werk ist schon in mehreren Zeitschriften sehr gelobt, z. B. in der alten Sion, kath. Hausfreund, Linzer Monatsschrift u. a., und wird die hochw. Geistlichkeit in vielen Fällen praktischen Rath darin finden. Namentlich ist es auch zum Studium sehr zu empfehlen.

(Zu haben in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs rc.)

[3499] Bei Chr. Kaiser in München ist erschienen:

Verhandlungen des Schwurgerichtshofes von Oberbayern im zweiten Quartal des Jahres 1849. Nach stenographischen Aufzeichnungen redigirt von praktischen Juristen, enthaltend 16 Verhandlungen. 32 Bogen, gr. 8. brosch. Preis 2 fl. 36 kr. od. 1 Rthlr. 18 Ngr.

(Aus diesen einzeln zu haben:
Anklage gegen Aug. Rey Vecchioni, Redacteur des Gradaus, wegen Majestätsbeleidigung. Preis 24 kr. oder 8 Ngr.)

[3611] In der v. Jenisch u. Stage'schen Buchhandlung in Augsburg ist so eben erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Der Sublimat in seinen physiologischen Wirkungen, in Verbindung mit einem Vereine homöopathischer Aerzte untersucht u. bearbeitet von Dr. J. Buchner (in München). gr. 8. geh. Preis 18 Ngr. oder 1 fl.

Praktische Anleitung zur pathologischen Chemie für Aerzte. Aus eigenen Erfahrungen nach Hellers Methode zusammengestellt von Dr. E. Gerster. gr. 8. geh. Preis 9 Ngr. od. 30 kr.

Beide Werke sind Abdrücke aus Dr. Buchners und Rufferts Allg. homöop. Zeitung und von höchstem Interesse.

[3427—28] In einer der größern Städte Süddeutschlands ist eine Sortiments-Buchhandlung zu verkaufen. Der Preis ist billig. Passiva sind keine vorhanden. Bei der Schätzung des bedeutenden festen Lagers wird den Zeitverhältnissen Rechnung getragen. Portofreie Briefe (mit den Zeichen W. G. Nr 3427) befördert die Expedition.

[3576] Ein Publicist, der mehrere Jahre Redacteur und Mitarbeiter verschiedener Blätter war und zur Zeit in Stuttgart lebt, wünscht für die Dauer des bevorstehenden Landtags über dessen Thätigkeit in Zeitungen zu berichten, und zwar am liebsten in objectiver Weise. Anfragen in dieser Beziehung befördert unter dem Zeichen H. Fr. Nr. 3576 die Expedition der Allg. Zeitung.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Dienstag | Nr. 282. | 9 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (ein österreichischer General an die Spitze der Reichstruppen gestellt. Die Dienste der preußischen Telegraphen. Paul Delaroche. Die arme deutsche Flotte); München (Reichsräthever-handlungen über Ministerverantwortlichkeit. Aufhören der Deutschen Constitutionellen Zeitung); Karlsruhe; Rastatt (wieder acht standgerichtliche Urtheile. Ueber 500 Bayern noch gefangen. Rückkehr des Kriegsmaterials aus der Schweiz); Freiburg (Urtheilsmilderung); Mainz (die Land- und Forstwirthe); Hamburg (ein Plan die Hansestadt in preußische Hände zu legen); Sachsen (die Wahlen und das große Truppenaufgebot); Berlin (Beckeraths Interpellation. Erbschaft der Armendirection); Von der Saale (Florencourt); Mecklenburg (der Verfassungsstreit); Schleswig (ein förmlicher Aufstand gegen einen aufgedrungenen dänischen Beamten); Flensburg; Wien (das türkische Zerwürfniß. Das Oberhaus. Bankausweis. Jahrestag der Revolution. Dr. Rieger); Meran (Medaillenvertheilung).

Oesterreichische Monarchie. Klagebrief einer Frau.

Großbritannien. Die Times über die türkische Verwicklung. Der französisch-amerikanische Zwist als geringfügig beurtheilt. Sir J. Franklin.

Frankreich. Die römische Frage und die Parteien. Collectivnote nach St. Petersburg. Ein neuer Gesandter nach Washington ernannt. Der Titel: Citoyen abgeschafft. N. Bonapartes Antrag von der Commission verworfen. Straßburg (Mieroslawski's Rechnung).

Italien. Rom (die Mitglieder der constituirenden Versammlung unter französischem Geleit ins Exil geschickt).

Türkei. Das Zusammentreffen von Bewegungen und Aufständen an verschiedenen Orten. Smyrna. Die Abreise der beiden Botschafter von Konstantinopel bestätigt.

Beilage. Proletariat und Arbeit. — Zustände in Baden. — Südtirol. — Die Gutsbesitzer und die Bauern in Galizien. — Madrid im December 1846. (Aus v. Quandts Beobachtungen auf einer Reise durch Spanien.) — Rom. (Archäologisches.) — Schweiz. (Raveaux und Itzstein. Das eidgenössische Budget. Werbungen nach Neapel.) — Dänemark.

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam, Hamburg, Berlin 5; Wien 6; Augsburg 8 Oct.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 6 Oct. Die seit dem Abgang des großherzoglich hessischen Generals v. Bechtold erledigt gewesene Function eines Obercommandanten der hier liegenden Reichstruppen ist jetzt dem österreichischen General v. Schirnding aus Mainz übertragen. Nach jetziger Lage der Sache jedoch sind unter der Kategorie der „Reichstruppen" die preußischen nicht inbegriffen, denen ein besonderer Commandeur in der Person des preußischen Generalmajors v. Koch gesetzt ist. Die von der Centralgewalt ressortirende Stadtcommandantschaft — welcher sämmtliche Truppen im Dienst untergeordnet sind — befindet sich nach wie vor in den Händen des preußischen Majors v. Deetz. Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte von einem Personenwechsel bei dieser Stelle scheinen sich nicht zu bestätigen. Durch die Freigebung der Berlin-Kölner Telegraphenlinie für den Privatgebrauch sind wir in die seltsame Lage gerathen die wichtigsten Nachrichten aus Berlin zuerst durch die „Kölnische Zeitung" zu erfahren. Noch ist nicht bekannt wann die längst vollendete Telegraphenlinie von Berlin (über Kassel) hieher dem Publicum zum Gebrauch überlassen werden wird. In politischer sowohl als commercieller Beziehung ist zu wünschen daß es möglichst bald geschehen möge. Der berühmte französische Maler Paul Delaroche ist von einer Reise nach Eisenach (zum Besuch der Herzogin von Orleans), Dresden und Weimar wieder dahier angekommen. An allen diesen Orten wurde ihm die zuvorkommendste Aufnahme zu Theil. Hier in Frankfurt besuchte er die Ateliers der Maler Veit, Steinle, Müller, Lunteschütz, Schäffer, Frank, der Bildhauer Launitz, Morgenstern, Rennert u. s. w., deren Werke ihm große Befriedigung gewährten. Besondere Bewunderung sprach der französische Künstler für Veit und Steinle aus, zugleich mit dem Bedauern daß der Ruf dieser Künstler bis jetzt noch nicht nach Frankreich gedrungen sey. Bei einem Gastmahl welches die hiesigen Künstler ihrem Pariser Collegen gaben, brachte Veit den Toast auf Delaroche aus, den dieser in eben so angemessener als bescheidener Weise erwiederte.

Die Frankf. O.-P.-A.-Ztg. gibt über die Berliner Interpellation in Betreff der deutschen Flotte Aufschlüsse, womit die Sache als erledigt betrachtet werden kann. Das gegenwärtige Reichsministerium hatte durch Bericht des damaligen Generalsecretärs des Marinedepartements, Hrn. Kerst (vom 20 Mai), erfahren daß die Mannschaft der Flotte noch unbeeidigt sey. Da nun die Beeidigung sowohl aus Rücksichten des Dienstes überhaupt als insbesondere wegen der Bestrafung von Ausreißern und um in Kriegsgefangenschaft gerathenen Seeleuten eine ordentliche Behandlung zu sichern unerläßlich schien, so wurde dem Commodore Brommy schon unterm 12 Jun. der Befehl zugefertigt die Beeidigung vorzunehmen. Dieselbe verzog sich jedoch aus nicht näher angegebenen Gründen bis zum 7 und 8 Aug., wo sie endlich in Folge wiederholter Weisungen vom 16 und 31 Jul. zu Stande kam. Die Eidesformel wurde so gewählt daß dem künftigen Definitivum, selbst wenn der Berliner Entwurf ins Leben treten sollte, nicht vorgegriffen wäre. Sie lautet daher allgemein auf das Reich und dessen Regierung. Die O.-P.-A.-Ztg. wundert sich einigermaßen daß der Minister v. Schleinitz von diesem Hergang nicht näher unterrichtet gewesen sey. Aufsehen macht die Bemerkung der O.-P.-A.-Ztg. daß das Reichsministerium an einen belgischen Hafen zur Ueberwinterung der deutschen Flotte denke! In Bremerhaven könne sie nicht überwintern. Und sonst findet sich also für diese Flotte, für die Deutschland geschwärmt, kein sicherer Hafen an deutschen Gestaden? Sie an der belgischen Küste bergen sieht aus wie eine Satire.

Bayern. || **München,** 8 Oct. Die Kammer der Reichsräthe trat heute wieder in Thätigkeit. Sie nahm ein Gesetz über das Ewiggeld Institut ohne Debatte an. Der Entwurf über den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklagen gegen Minister hatte eine längere Berathung zur Folge, bei welcher die Minister und Graf Reigersberg die äußerste Linke repräsentirten. Daß eine Kammer allein einen Minister in Anklage solle setzen können, erregte starken Widerspruch von Seite der HH. Graf Seinsheim, Fürst Wrede und Frhr. v. Freyberg, und das Endergebniß war daß die Majorität dieß zwar zugab, jedoch zugleich bestimmte daß in einem solchen Falle die Suspension des angeklagten Ministers nicht eintreten müsse. Die Debatte war interessant in ihrer Art.

Die Deutsche Const. Ztg. hat mit dem 7 Oct. zu erscheinen aufgehört, wie man sagt weil die Abonnentenzahl den Mitteln die das Blatt in Anspruch nahm, nicht entsprach. — Robert Lecke hat eine lithographirte Correspondenz über die Landtagsverhandlungen begonnen.

Gr. Baden. **Freiburg,** 4 Oct. Das standrechtliche Erkenntniß, durch welches der Buchdruckerlehrling J. P. Jahnle aus Schwäbisch-Hall zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, hat die Bestätigung des großherzoglichen Kriegsministeriums nicht erhalten. Es wurde vielmehr in Rücksicht auf das jugendliche Alter des Verurtheilten zu fünf Jahren Arbeitshaus gemildert. (Freib. Z.)

Karlsruhe, 3 Oct. Mit Vergnügen melde ich Ihnen daß von den Staatsgeldern welche die Häupter des Aufstands nach Frankreich verschleppt hatten, 80,000 fl. wieder beigebracht wurden. Auch soll eine bedeutende Anzahl von Gewehren welche von Agenten der sogenannten provisorischen Regierung in französischen Fabriken aufgekauft und nach der Schweiz versendet worden, an Baden ausgeliefert werden. Generallieutenant v. Scharnhorst hat die Stelle eines Gouverneurs der Festung Rastatt nicht angenommen; man sagt, er habe die Absicht ausgesprochen aus dem Dienst zurückzutreten. (Freib. Z.)

‡ **Rastatt,** 6 Oct. In der gestrigen Sitzung des Standgerichts wurde über das Schicksal von nicht weniger als acht Soldaten verhandelt welche zu den meuterischen Scenen des zweiten Regiments mitgewirkt hatten. Vorsitzender des neuen Standgerichts ist Major v. Schmidt welcher durch die gute Handhabung seines Amtes — er frägt die Zeugen

und Angeklagten selbst über dunkle Punkte, erlaubt letztern eine Frage an die Zeugen zu stellen — ebenso sehr die Billigung der Ankläger als Vertheidiger besitzt. Obgleich die Scenen um welche es sich handelte, mit der eigentlichen Revolution in keinem organischen Zusammenhang sich zeigten, sondern nur weitere Beweise der allgemeinen Zuchtlosigkeit waren, trug der Staatsanwalt, Hofgerichtsrath Haas, dennoch bei drei Angeklagten auf Tod, bei den übrigen auf zehnjährige Zuchthausstrafe an. Die Verhandlungen dauerten neun Stunden. Die Vertheidiger, die Advocaten Krämer und Strauß und Professor Fickler, suchten die geringere Schuld und die unverhältnißmäßigen Strafanträge außer den Zeugenaussagen auf verschiedene Weise darzuthun. Die Theilnahme an Gefechten sey ein illusorischer Belastungspunkt, weil Tausende die in gleichem Fall sich befinden freien Fußes umhergehen. Die Anstiftung zur Revolution sey nicht erwiesen, weil aller Zusammenhang zwischen den Reden der Angeklagten und den Handlungen der Meuterer fehle. Die Soldatenversammlungen und ihr Auftreten für die Firma der Grundrechte seyen durch die Proclamationen der vom Staat protegirten vaterländischen Vereine mehr als entschuldigt. Die Auflösung militärischer Disciplin rühre nicht von den Angeklagten her, sondern sey thatsächlich schon im vorigen Jahr vorhanden gewesen, es habe dazu nicht bloß die wollene Säbelquaste, sondern auch der schwarze Frack ebenso gut als die Blouse und der goldgestickte Kragen wie die volle Epaulette beigetragen. Das Land endlich, ja nicht nur Deutschland, sondern Europa sey müde dieser Bluturtheile und solcher Handhabung und Verlängerung des Kriegszustandes. Gegen letztere Ansicht nun kämpfte die öffentliche Anklage mit aller Macht; doch wurde der Antrag auf Tod bei einem der Angeklagten (Feldwebel Kopf) zurückgenommen. Das Urtheil lautet auf Tod gegen Feldwebel Kilmarx mit 4 gegen 2, gegen Soldat Kohlenbecker mit 5 gegen 1. Auf zehnjährige Zuchthausstrafe einstimmig gegen Feldwebel Kopf und Soldat Schneider; mit fünf Stimmen gegen eine gegen die Soldaten Strobel, Schilling, Kuhner. Corporal Trautwein wurde mit fünf Stimmen gegen eine vor die ordentlichen Gerichte gewiesen. Heute wurden ein Mühlenbesitzer und ein Gastwirth aus dem nahen Dorfe Niederbühl wegen Wortwechsel mit Thätlichkeiten gegen preußische Soldaten in die Casematten gesetzt. Auf der Eisenbahn passirten 50 Stück Feldgeschütz und Material aus der Schweiz nach Karlsruhe. Die Auslieferung war in Folge einer sehr peremtorischen Note der österreichischen Regierung gegen Aufrechnung von 6000 fl. Unkosten, und mit dem Verlangen der Auslieferung der Schweizer Bürger die noch in den Casematten sitzen, erfolgt. Ueber Auslieferung der bayerischen Gefangenen war schon vor drei Wochen Beschluß gefaßt worden, ohne daß seither das Festungscommando eine Weisung vom Kriegsministerium erhalten hätte. Die Zahl dieser Gefangenen beläuft sich auf mehr als 500. Die Tagesordnung der nächsten Woche ist mit standrechtlichen Verhandlungen so besetzt daß es nöthig seyn wird über mehrere zugleich zu berichten. Unter andern kommen Peters, Heinsius, mittel- und norddeutsche Litteraten, an die Reihe.

Gr. Hessen. *† **Mainz**, 2 Oct. Die numerische Theilnahme an der Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe ist wohl gegen frühere Jahre gering, was bei den traurigen politischen Verhältnissen Deutschlands und der wie an so vielen andern Orten auch hier aufgetretenen Cholera nicht anders zu erwarten war. Doch sind Vertreter aus den meisten Gegenden Deutschlands anwesend, und die Verhandlungen gestalten sich wegen der geringeren noch nicht 200 Mitglieder betragenden Zahl um so besser und führen um so eher zu befriedigenden Resultaten. Auch sind die Ausstellungen von Maschinen, Geräthen, Producten rc. sehr interessant, letztere besonders verschönert und vermehrt durch die herrliche Ausstellung des Mainzer Gartenbauvereins. Heute Vormittag besuchte der Reichsverweser Erzherzog Johann die Versammlung. Er sah alle ausgestellten Gegenstände, fuhr selbst zu der Untersuchung einer Dreschmaschine hinaus, besuchte alle Sectionssitzungen und die Hauptsitzung, indem er fünf Stunden, von 8 bis 1 Uhr, hiezu verwandte, sich überall mit Interesse und wahrer Sachkenntniß äußernd. Seine Gemahlin, die Gräfin Brandhof, befand sich als Zuhörerin auf der Galerie. In den nächsten Tagen erwartet man auch einen Besuch vom König von Württemberg, gegenwärtig mit seinen Töchtern, der Königin der Niederlande und der Gräfin v. Neipperg, in Wiesbaden. Der König ist bekanntlich ebenso ein Kenner und eifriger Beförderer der Landwirthschaft wie der Erzherzog, und man sieht darum seinem Besuch mit gleichem Interesse entgegen. Von politischen Notabilitäten welche der Versammlung anwohnen, bemerkt man Heinrich v. Gagern, bekanntlich als Gutsbesitzer in der Provinz Rheinhessen, zu Monsheim unweit Worms, ansässig und Präsident des landwirthschaftlichen Vereins derselben. Er hat auf den 4 d. eine Viehausstellung bei Oppenheim angeordnet, um den Theilnehmern der Versammlung auch von diesem Zweige der so blühenden rheinhessischen Landwirthschaft eine Anschau zu geben.

K. Sachsen. × **Von der sächsisch-bayerischen Gränze**, 6 Oct. Die sächsischen Wahlen die jetzt im Gange sind, lenken unsre Blicke wieder aufmerksamer den Nachbarn zu; hier von der Gränzscheide des Gebirgs sieht man auch manches mit klarerem Blick als sie es unten an der Pleiße und gar an der Elbe mögen erkennen können. So haben wir uns gewundert daß wir von dort bis jetzt so wenig über Sachsens Kriegszustände, d. h. nicht über die im Amtsbezirk Werdau und in den einigen Quadratmeilen um Dresden, sondern über die kriegsschwangere Vermehrung der sächsischen Truppenmacht gelesen haben. Oder findet man es so selbstverständlich daß von allen Beschlüssen in der Paulskirche keiner so bereitwillige Ausführung gefunden hat als gerade der den Bestand der stehenden Heere auf 2 Procent der Bevölkerung zu erhöhen? Diese Peucker'sche Kriegsruthe ist nun auch am sächsischen Himmel ausgesteckt worden, der nicht eben „voller Geigen" hängt, wie die Leute im Erzgebirge sagen. Sachsen hat über 30,000 Mann Kriegsvolk „aufs Piket gestellt;" diese Ziffer haben wir hier wenigstens nennen hören. Wozu? Um jenem Beschluß der vielgescholtenen Nationalversammlung nachzukommen! Einen Grund von solcher Naivetät in die Tasche zu stecken wird uns selbst der sächsische Kriegsminister nicht zumuthen wollen. Also vielleicht nach dem Spruche: Si vis pacem para bellum. Dieser bewaffnete Friede ist selbst für große Staaten oft zu theuer erkauft, kleine erdrückt er. Wir glauben nicht daß diese seit den Maitagen aufgestellte Truppenmacht eine Demonstration gegen friedliche Nachbarn seyn soll, die sich bedenken dem Dreikönigsbündniß beizutreten; denn die sächsische Regierung hat sich den Vorbehalt des friedlichen Zusammentritts gemacht. Droht also kein Krieg nach außen, so kann man sich nur gegen den Feind im Innern gerüstet haben, nach dem königlich preußischen Sprüchlein: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten." Wie lange aber dieser bewaffnete Frieden anhalten wird, das ist zur Zeit nicht erprobt; jede Herrschaft der Gewalt erhält ihren Rückschlag, da sie ein unnatürlicher Zustand ist. Wäre die innere Zerrüttung Sachsens in der That soweit gediehen daß nur die eiserne Drohung, stets bereit sich fühlbar zu machen, einen Wiederausbruch des Aufstands niederhalten könnte, dann wäre es vielleicht immer rathsamer freundnachbarliche Bundeshülfe vorübergehend in Anspruch zu nehmen, als die schweren Kosten der eigenen Aufstellung und Ausrüstung einer verhältnißmäßig so bedeutenden Truppenmacht sich aufzubürden. Nicht sich, aber den Steuerpflichtigen. Das Militärbudget das die nächsten sächsischen Kammern vorgelegt erhalten werden, dürfte von einem großartigen Charakter seyn; schon nach den vielen Militärbeförderungen und Pensionirungen welche in neuerer Zeit die amtlichen Nachrichten der Leipziger Zeitung gemeldet haben, läßt sich ein kleiner Ueberschlag des Plus machen welches hier nicht gemacht ist, sondern zu verwilligen seyn wird. Namentlich aber sind es jene Pensionirungen welche sich immer an die Beförderungen hängen, wie der Katechismus der militärischen Ehre es mit sich bringt, böse Blutegel der Staatscasse. Das Ehrenpostulat des Rücktritts bei einer Zurücksetzung klappt nicht mit der Staatsökonomie; und daß es doch nur eine kostspielige Einbildung ist sehen wir am Civilstaatsdiener, den man mit großen Augen ansehen würde wenn er in ähnlicher Lage erlittener Ueberspringung behaupten wollte seine Ehre verbiete ihm dem Staate fortzudienen. Was aber werden die sächsischen Kammern zu jenen inmittels vollendeten militärischen Thatsachen sagen? Würden sie nach preußischem Wahlgesetz gewählt, so würden sie das Dankvotum vielleicht als erste Kammerpflicht betrachten; da nicht — nicht. Sachsen hat für seine weitaus dankenswertheren, industriellen Unternehmungen schon so schwere Summen aufzubringen daß wir ihm zu der Mai-Errungenschaft seines Militärbudgets wenig Glück wünschen können.

Hansestädte. **Hamburg**, 2 Oct. Es ist vor kurzem ein unsere Stadt betreffendes, gar eigenthümliches Exposé, als Handschrift gedruckt, von hier aus nach Berlin geschickt und dort in vielen Exemplaren vertheilt worden, namentlich unter die Mitglieder beider Kammern. Diese Denkschrift will nichts geringeres anbahnen als — Hamburg preußisch machen. Sie enthält eine von Entstellungen nicht freie, aber doch in manchen Punkten wahrheitsgemäße Schilderung Hamburgischer Verhältnisse seit dem Brande; in der Geschichte unserer Bewegung werden die Bestrebungen der Demokratie zwar nichts weniger als schmeichelhaft behandelt, jedoch die Constituante ungleich schonender behandelt als der Senat, gegen den die schwersten Anklagen in Menge erhoben werden; mit der beißendsten Lauge wird aber die Hamburgische Finanzverwaltung gewaschen, die Unfähigkeit der Kaufleute von denen sie geführt wird, soll die Denkschrift, wie es scheint, vorzugsweise klar machen, wenn auch ihrem guten Willen Gerechtigkeit widerfährt. Unmöglich werden Sie errathen worauf das Exposé hinausläuft und uns vielleicht eines unziemlichen Scherzes fähig halten, wenn wir anfügen daß Hr. David Hansemann zum Regenerator, Dictator oder Administrator Hamburgs gemacht werden soll.

Die Stadt hätte ihre Souveränetät aufzugeben, in jeder Hinsicht preußische Institutionen und preußische Ordnung einzuführen; statt des eigenen Militärs (das vermuthlich in die preußische Armee eintritt), erhalten wir 3000 Mann fremder Truppen als stehende Besatzung, die Bürgergarde wird aufgelöst und statt ihrer eine Landwehr eingerichtet. Die Denkschrift enthält des Absonderlichen noch vieles, das wir jedoch hier auf sich beruhen lassen müssen. Der Vicepräsident unserer constituirenden Versammlung brachte von einem neulichen Besuche in Berlin ein Exemplar mit nach Hamburg. Gestern Abend wurde sie in einer Versammlung des deutschen Clubs verlesen, wo sie gleichzeitig Staunen und Heiterkeit verbreitete; die letztere dürfte in Veranlassung dieses Actenstücks bei unseren Behörden eben nicht eintreten. Daß eine kleine närrische spezifisch-preußische Partei in Hamburg sey, wußten wir freilich, daß sie aber bereits den Zeitpunkt für gekommen erachtet wo sie in dieser Art für die Verwirklichung ihrer auf Vernichtung unserer staatlichen Selbständigkeit abzielenden Wünsche thätig seyn könne, das überraschte uns in der That. Wir hoffen Ihnen schon in den nächsten Tagen dieses seltsame Mémoire mittheilen zu können. (Wes. Z.)

Die Berliner Deutsche Reform läßt sich aus Hamburg schreiben: „Die kürzlich von hier aus nach Berlin stark verbreitete Denkschrift ist, wie wir aus guter Quelle zu erfahren Gelegenheit hatten, von einer Anzahl wohlhabender, intelligenter Kaufleute angefertigt und verbreitet; dieselben haben in der preußischen Finanzverwaltung eine Umsicht und Geradheit bemerkt, sowie in den Justiz- und Verwaltungsbehörden eine Pünktlichkeit, Genauigkeit und Schnelle, die bei dem Umstand daß Hamburg durch den Dreikönigsbund schon in ein ziemlich nahes Verhältniß zu Preußen gebracht ist, die Idee zu dieser Denkschrift hervorbrachte; und ist die darin entwickelte Ansicht einer Administration Hamburgs durch Preußen in Militär, Justiz, und Finanzen wirklich die einer nicht kleinen und in merkantiler Beziehung einflußreichen Partei, welche besonders die preußische Intelligenz sehr hoch zu schätzen weiß.“

Diese merkwürdige Denkschrift, welche Hamburg in preußische Hände legen will, erscheint schon dadurch im Zusammenhang mit Berlin daß die ministerielle constitutionelle Correspondenz von Berlin die umständlichsten Auszüge aus ihr gab, noch ehe sie im Publicum erschienen war. Das Attentat auf die rückkehrenden Preußen wird darin als ein Hauptmotiv benützt. Am Schlusse heißt es: „Kurz, die Zustände sind heute folgendergestalt: Die Regierung ist ohne Macht die bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten, und ohne den ernsten Willen Reformen, welche natürlich auch in ihre Prärogative eingreifen müssen, einzuführen. Sie wird das Princip ihrer Politik bewahren den Status quo aufrecht zu erhalten oder, mit welchen Mitteln es sey wiederzugewinnen. Keine ihrer Versicherungen kann deßhalb Glauben finden, keine ihrer Handlungen wird aufrichtig seyn. Die Verwaltung, größtentheils aus Kaufleuten ohne Fachcarriere und ohne politischen Tact, wie er Geschäftsleute größerer Staaten vortheilhaft auszeichnet, unbekannt mit ihren Functionen, ist obenein in die Hände von Unterbeamten gefallen, die nach Gutdünken schalten und walten. Die Finanzen sind in desolatester Lage und der Staat geht thatsächlich die Straße des Bankrotts. Solange aber die ganze Staatsregierung in ihrer Kostspieligkeit und Unfähigkeit nicht angegriffen wird, können sich die Finanzen nie erholen; das Militär gibt keine Garantie mehr für die Sicherheit des Staats; kurz der Zustand ist augenblicklich verzweifelt. Ob eine Veränderung dieser Verhältnisse auf friedlichem Wege oder im Wege des Aufruhrs eintreten soll, hängt allein davon ab ob Preußen sich zu entscheidenden Schritten entschließt.“

Preußen. ‡ **Berlin,** 5 Oct. Da auf die heutige Tagesordnung der zweiten Kammer die Motivirung und Beantwortung der Interpellation Beckeraths gestellt war, so hatte sich eine große Zuschauermenge in den Tribünen eingefunden. Auch die Gesandten- und Hofloge waren gefüllt. In der Tribüne für die Abgeordneten der ersten Kammer saß Camphausen mit mehrern Collegen, obwohl die erste Kammer Sitzung hatte. Beckerath erhielt das Wort und sagte: „Zur nähern Begründung meiner Interpellation habe ich drei Punkte zu beweisen: 1) daß die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt mit den Befugnissen des alten Bundestags ein Hinderniß ist für die Errichtung des Bundesstaats; 2) daß die preußische Regiernng nicht verpflichtet ist zur Bildung einer solchen provisorischen Centralgewalt ihre Zustimmung zu geben; 3) daß die feste Durchführung der von der Regierung bisher befolgten Politik nunmehr entschiedene Schritte zur Einberufung des Reichstags erfordert. Die beiden bis jetzt bekannt gewordenen Entwürfe zur Bildung einer provisorischen Centralgewalt stimmen darin überein daß Oesterreich und Preußen mit je zwei Stimmen die Leitung der Centralgewalt übernehmen, und daß diese nicht die Befugnisse des Plenums der Bundesversammlung, wohl aber die des engern Raths erhält. Demnach würde die provisorische Centralgewalt das Organ seyn für Schließung des Friedens, für Annahme und Abordnung von Gesandten, für Erhebung von Matricularbeiträgen rc. Daß ein solches Organ mit den Zwecken des Bundesstaats collidiren müßte, ist klar. Es würde nicht die Macht haben zum Heile des Vaterlands etwas zu schaffen, wohl aber Schöpfungen zu verhindern; es würde ein Mittelpunkt werden für dynastische und und particularistische Bestrebungen. Die verbundenen Regierungen können daher unmöglich ihre Zustimmung dazu geben solange der Bundesstaat nicht errichtet ist; denn ein Vorbehalt für den Bundesstaat würde hier nichts helfen. Oesterreich ist seit dem Bestehen der provisorischen Centralgewalt seinen Bundespflichten nicht nachgekommen, es hat keine Beiträge gezahlt, kein Contingent gestellt. Wenn es erreichte was es anstrebt, wie könnte es bei seinem überwiegenden Einfluß die Hülfsquellen der deutschen Staaten mißbrauchen, besonders wenn der Centralgewalt auch keine deutsche Volksvertretung zur Seite stünde! Ich mache Oesterreich keinen Vorwurf daraus daß es sich von Deutschland abgeschlossen — weder Oesterreich noch Preußen können sich einem fremden Willen unterwerfen; aber das mache ich ihm zum Vorwurf daß es jetzt seinen Arm ausstreckt die Selbständigkeit Deutschlands zu brechen. (Beifall.) Was die Frage betrifft ob Oesterreich das Recht hat die Bildung einer solchen Centralgewalt zu fordern, so ist darauf zu erwiedern daß auf den Antrag Oesterreichs selbst die Bundesversammlung verfassungsmäßig aufgehoben worden, daß ihre Befugnisse auf die provisorische Centralgewalt übergegangen sind, daß diese mit der Auflösung der Nationalversammlung ihren rechtlichen Bestand verloren hat und die Bildung eines neuen Centralorgans mithin von der freien Zustimmung der einzelnen Staaten abhängt. Es ist die Rede davon gewesen daß die deutsche Frage durch einen Congreß der Mächte entschieden werden solle welche die Wiener Tractate unterzeichnet haben. Allein dazu haben diese nicht das Recht. Als im Jahr 1834 auswärtige Gesandte Einspruch erhoben gegen die Occupation der Stadt Frankfurt, erklärte der Bundestag feierlich daß den auswärtigen Mächten eine Einmischung in die innern Angelegenheiten Deutschlands nicht zustehe. Wenn dieß der so geringgeschätzte Bundestag that, um wie viel mehr werden es jetzt nicht die verbündeten Regierungen thun müssen, welche eine kräftige Entwickelung der deutschen Verhältnisse wollen! Ueber den dritten Satz brauche ich nicht ausführlich zu seyn. Preußens Ehre ist verpfändet, es darf nach so deutlichen Erklärungen keinen Rückschritt thun und keine Bedenklichkeit zeigen. Die verbündeten Staaten können nicht widerstreben. Sollten aber die Königreiche zurücktreten, so wären noch 25 Millionen Deutsche bei dem Reichstag repräsentirt, und die Wirkung dieses Anfangs würde nicht ausbleiben: auch die süddeutschen Staaten würden von diesem Mittelpunkt angezogen werden. Bayern und Württemberg würden von der Verbindung mit Oesterreich nur Nachtheil haben. Bayern bezieht 6—7 Millionen Gulden aus den Zolleinnahmen, es würde durch die Vereinigung mit Oesterreich ein Drittel verlieren. Preußen muß seinen Weg gehen. Als es im Jahr 1813 die Fahne der Freiheit erhob, standen Bayern und Württemberg ihm mit den Waffen in der Hand entgegen — bald aber sammelten sich alle unter dieser Fahne. Wenn es jetzt die Fahne Deutschlands erhebt, wird dasselbe geschehen. Großes wird der preußischen Regierung zugemuthet; aber die Regierung des Staates Friedrichs des Großen wird ihre Aufgabe zu erfüllen wissen.“ (Lauter Beifall.) Unter allgemeinster Aufmerksamkeit erhebt sich der Minister des Auswärtigen, aber nur um in der Hauptsache die gespannt Horchenden zu enttäuschen. (Wir haben seine Antwort schon gestern mitgetheilt.)

Die Armendirection der Stadt Berlin hat eine große Erbschaft gemacht. Die dortige Präsidentin v. Scheve, eine durch ihre übertriebene Sparsamkeit wie ihre große Wohlthätigkeit gleich bekannte Dame, ist so eben mit Tod abgegangen und hat die Armendirection zur Universalerbin ihres Vermögens eingesetzt. Dasselbe besteht aus etwa 370,000 Thlrn. hypothekarischen und Staatspapieren, aus einem schuldenfreien Hause in der Friedrichsstraße und 90,000 Thlrn. Fideicommißgeldern. Dieser Nachlaß ist indeß testamentarisch auf eine Höhe von 106,000 Thlrn. mit Legaten, theils Capitalzahlungen, theils Jahresrenten, belastet, und nachdem davon 20,000 in Codicillen wieder zurückgenommen sind (worunter auch 10,000 Thlr., welche ursprünglich dem Friedrich-Wilhelms-Gymnasium, der Realschule und Elisabethschule legirt waren) noch mit 60,000 Thlr. Die Jahresrenten sind 28 Personen legirt und absorbiren 6400 Thlr. Nach dem Tode der gegenwärtigen Legatoren ernennt die Armendirection neue, und ist außerdem befugt die auf Höhe von 2 bis 3000 Thlrn. festgesetzten Jahresrenten später nach Belieben zu zerstückeln und dadurch zu vermehren. Das Haus in der Friedrichsstraße ist auf ewige Zeiten zu einer Stiftung für 10 adelige oder bürgerliche Mädchen über 30 Jahre bestimmt, welche darin bis zu ihrem Tode oder ihrer Verheirathung Wohnung und eine Monatssumme von 7 Thlrn. erhalten. Nach dem Tode der gegenwärtig eingesetzten Stiftsdame hat auch hier die Armendirection die

Ernennung. Ein genaues Reglement bestimmt die Hausordnung, nach welcher z. B. ein nach 10 Uhr zu Hause kommendes Stiftsmitglied dem Portier 6 Pfennige bezahlt. (Köln. Z.)

Von der Saale, 3 Oct. Hr. v. Florencourt scheint nun doch in Rostock verbleiben und mit seinem „Norddeutschen Correspondenten" stehen und fallen zu wollen, denn er hat jetzt die Redaction des von dem bekannten Pastor v. Lippelskirch in Giebichenstein begründeten „Volksblatts für Stadt und Land", in welchem Professor Leo in Halle noch immer dann und wann eine Lanze bricht, niedergelegt. Auch wird er seit kurzem nicht mehr als Herausgeber seines in Naumburg erscheinenden Wochenblatts „Der deutsche Bürger" genannt. Redacteur des Volksblatts ist gegenwärtig ein gewisser Nathusius. In Weißenfels hat sich vor kurzem eine freie Gemeinde aufgethan, die seit dem 1 Oct. unter der Redaction C. Leschners und unter Mitwirkung mehrerer Lehrer eine eigene Zeitschrift herausgibt. (D. A. Z.)

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 2 Oct. „Die Wirren (heißt es in der Nordd. fr. Pr.) mehren sich bei uns von Tag zu Tag. Ich kann Ihnen aus zuverlässiger Quelle melden daß der nächste Agnat unsers großherzoglichen Hauses, der Prinz Wilhelm, gegen die Verfassung protestirt hat! Einen besonderen Grund soll er in der Abtretung der Domänen an den Staat gefunden haben. Trotzdem soll der Großherzog noch fest entschlossen seyn an der Verfassung zu halten, und manche meinen sogar daß sie in den nächsten Tagen veröffentlicht werde.

Die Mecklenburger Ztg. ist in den Stand gesetzt einen dem Großherzog von den neuen Ministern v. Lützow, Stever, v. Liebeherr und Meyer übergebenen Vortrag vom 30 Sept. in Betreff der Gültigkeit des mit der Abgeordnetenkammer vereinbarten Staatsgrundgesetzes zu veröffentlichen. In diesem ausführlichen Promemoria werden zuerst die Gründe der Gegner des Staatsgrundgesetzes vorgeführt und sodann die bisher entgegengesetzte Regierungspolitik in folgenden Sätzen ausgeführt: 1) Ritter- und Landschaft haben auf das Recht der Landesvertretung auf dem Frühjahrslandtag 1848 definitiv zu der Folge verzichtet daß künftig nur gewählte Repräsentanten die Ständeversammlung bilden; die gewählte Abgeordnetenkammer war daher die wahre Landesrepräsentation; 2) die von Ritter- und Landschaft gestellten Bedingungen sind resp. erfüllt, oder doch deren Erfüllung für die weitere Entwicklung der Verfassung gesichert worden. Das letztere steht dem ersteren nach Lage der Sache gleich; 3) die Union hat keinen wesentlichen Inhalt mehr, ist daher nur noch ein Name und kann nach dem ganzen Verlauf aller staatsrechtlichen Verhandlungen der Rechtsgültigkeit des diesseits vereinbarten Staatsgrundgesetzes nicht im Wege stehen; 4) wäre dennoch das vereinbarte Staatsgrundgesetz ungültig, so würde es, wenn man den Rechtsboden nicht verlassen will, nur Einen Weg geben die Verhandlungen zu erneuern: die Einberufung einer gemeinschaftlichen Abgeordnetenkammer auf Grund des 1848 mit Ritter- und Landschaft vereinbarten Wahlgesetzes. Am Schluß der Ausführung dieser Sätze heißt es dann: „Sonach läßt sich in Ueberschauung der Gesammtlage des Landes kein Mittel finden welches auf gesetzlicher Grundlage die verschiedenen Bestrebungen zu vereinigen vermöchte. Die vorgetragene Rechtsüberzeugung wird daher aller Unzuträglichkeiten ungeachtet ihre Folgen haben müssen, wenn das bis dahin angestrebte Ziel erreicht und der Gerechtigkeit Genüge geschehen soll. Wegen der zu ergreifenden Maßregeln erbitten Unterzeichnete die Erlaubniß weitere Vorschläge machen zu dürfen."

Schleswig-Holstein. ✠ **Schleswig,** 4 Oct. Seit diesem Morgen lagern große Trupps hiesiger Einwohner außerhalb der Stadt an der Flensburger Chaussee, um den von dorther erwarteten neuen Postmeister gebührend zu empfangen, d. h. ihm die Lust zum Einzug zu vertreiben. Neben der Post ist ein Detachement Husaren in Bereitschaft und Infanterieposten sind in diesem Stadttheil aufgestellt. Es hieß daß auch der am 29 Sept. von hier vertriebene Däne, Kornerup (langjähriger Steuerbeamter in Holstein und später in Hadersleben), den die Commission gesandt, um das gestempelte Papier mit dem dänischen Wappen zu zieren, heute wiederkehren werde. Bis 8 Uhr Abends ist indessen niemand eingetroffen.

Die Polizei zu Flensburg hat das Casino daselbst geschlossen, weil eine Versammlung stattfinden sollte um eine Deputation an den König von Preußen zu schicken. Die Mitglieder haben sich der Gewalt gefügt, indeß wird die Deputation doch wohl zu Stande kommen. (Wes. Z.)

Oesterreich. **Wien,** 5 Oct. Nur eine vereinzelte Stimme läßt sich noch in den Journalen über die türkischen Zerwürfnisse vernehmen. Aus dem Ton überdieß womit die Wiener Publicistik den Vorfall beurtheilte, konnte man schon abnehmen daß man in Wien weit entfernt war an einen ernsthaften bedrohlichen Ausgang zu glauben. Die heutige Ostdeutsche Post kann nicht wohl annehmen daß Graf Stürmer in allzugroßer Hast seine Instructionen überschritten habe, dagegen behauptet sie mit größter Entschiedenheit: „ein Krieg dieser Art, ein Krieg so vom Zaun gebrochen, ein Krieg der um eine verhältnißmäßig untergeordnete Sache Oesterreichs bedrängtes Finanzwesen in neue unberechenbare Krisen stürzen würde, ein solcher Krieg würde von der öffentlichen Meinung in ganz Oesterreich verurtheilt werden." Die Ostdeutsche Post sieht überhaupt in der Flüchtlingsfrage ein „auf die Spitze treiben" und zweifelt nicht daß wenn auch die ungarischen Anführer zum Islam nicht übertreten würden die Sache anderswie auszugleichen sey, „wenn die Leidenschaft nicht dominire."

Die vom Lloyd in unsere Zeitung übergegangene Nachricht als seyen die magyarischen Generale Kiß und Aulich zu Arad kriegsrechtlich erschossen worden, wird von dem Lloyd selbst auf Autorität der Pesther Ztg. widerrufen.

„Presse" und Loyd setzen den Journalkampf über ein zu octroyirendes neues Wahlgesetz für das Oberhaus fort. Die „Presse" welche die Verletzung der Verfassung auf keine Weise zugestehen will, sagt von dem Loyd: „Wenn unser Gegner von allgemeinem Jubel spricht, mit dem eine solche Aenderung aufgenommen würde, so müssen wir ihn und seine Gönner bitten, die Provinzjournale mit mehr Aufmerksamkeit zu lesen, um sich im Gegentheil zu überzeugen daß noch keine der Extravaganzen dieses Blattes mit so allgemeiner Entrüstung aufgenommen worden ist als diese ächt aristokratische Laune dem Volke en passant „neue Rechte geben zu wollen." Am entschiedensten treten die Prager slavischen Centralblätter gegen den Lloyd auf, wobei es besonders bemerkenswerth daß durch die Vorschläge des Lloyd für die Sache welche jenes Journal vertritt, ein erheblicher Vortheil erwachsen würde, denn bei directer Wahl für das Oberhaus würde sicher eine größere Majorität Slaven hineingewählt werden, aber man fürchtet eine Aenderung der Verfassung, selbst wenn sie Gewinn wäre, bloß um der Unantastbarkeit willen. Die Centralblätter fragen: „Wie kommt es denn daß der Lloyd und seine Actionäre so plötzlich in die Radicalität geriethen, und directe Volkswahl des Oberhauses befürworten? Es kommt ganz einfach daher, weil man meint es werde gewissen Personen leichter seyn als übermächtige und geldkräftige Mitglieder der zu gestaltenden Gemeinden ihre Wahl durch Corruption und Wahlumtriebe zu erschleichen, durch Drohung und Zugeständniß, durch schmutzige Mittel durchzusetzen; man fürchtet sich vor der Ehrlichkeit und dem politischen Scharfblick der Landtagsversammlungen, man fühlt daß in diesen Corruption und Terrorismus nicht anwendbar seyn werden, daß aus den Landtagen auch Bürger welche 500 fl. Steuer zahlen in das Oberhaus gewählt werden könnten, daß also dieses Oberhaus nicht lauter Vollblut beherbergen wird; man zittert vor der bürgerlichen Gesellschaft, und wagt es sich aus purer Vollblut-Furcht gegen die octroyirte Verfassung aufzulehnen."

Nach dem Bankausweis für Monat September hat sich die Banknotenemission seit dem 2 Sept. um 924,649 fl. verringert. Der Silberschatz ist von 27,510,966 fl. auf 27,384,024 fl., also um die verhältnißmäßig geringfügige Summe von 126,942 fl. gefallen. In dem Stande des Wechselportefeuille haben sich auch dießmal keine wesentlichen Veränderungen ergeben, dagegen ist die Summe der Vorschüsse auf Staatspapiere wieder um 3 Millionen gestiegen. Der Staat schuldet der Bank jetzt 221 Millionen, davon sind 83½ Mill. unverzinslich, 138 Mill. verzinslich, und zwar zu 2, 3, 4 und 5 Proc., durchschnittlich aber etwa 3⅓ Proc.

△ **Wien,** 6 Oct. Wien ist heute am Jahrestage so denkwürdiger Ereignisse vollkommen ruhig; die Behörden haben nicht einmal nöthig gefunden besondere Vorsichtsmaßregeln anzuordnen. Die zahlreichen Fremden welche seit einiger Zeit wieder hieher strömen, beleben mit der aus den Landaufenthalten rückkehrenden Bevölkerung die Straßen. Die Fiaker allein sind mit der Octroyirung — ihrer Fahrtaxe nicht zufrieden. Sie leisten jedoch bloß passiven Widerstand, und schimpfen tüchtig ehe sie sich in ihr Schicksal ergeben. Die Fremden werden es dem gegenwärtigen Stadthauptmann Dank wissen daß er mit solcher Energie den Prellereien der Fiaker Einhalt zu thun strebt. Eine andere Einrichtung die mit dem 15 Oct. ins Leben tritt, wird auf den Briefverkehr sehr wohlthätig wirken. Die Aufgabefrist wird nämlich wieder um eine halbe Stunde verlängert; es werden daher Briefe bis 6 Uhr Abends angenommen. Die Bahnzüge gehen um halb 8 Uhr ab, und es bedarf anderthalb Stunden die Briefe zu sortiren. Merkwürdig ist daß die süddeutsche Post sehr regelmäßig eintrifft, während die norddeutsche häufig verspätet oder gar nicht ankommt. Mit gerechtem Stolz mag Hr. v. Kraus auf das Resultat des von ihm emittirten Anlehens blicken; denn noch immer melden sich neue Subscribenten. Obgleich Hr. Cobden den Juden zur Gewissenspflicht macht an diesem Anlehen keinen Theil zu nehmen, so zeigen doch die Listen der betheiligten Bankierhäuser daß Israel sich reichlich eingefunden. Bemerken muß ich dabei daß ein Theil der Einzeichnungen mehrerer Bankiers auf Rechnung wohlhabender Privaten erfolgt ist. Die Börse

fürchtet durchaus keine Störung der friedlichen Beziehungen Oesterreichs zur Pforte, und hat hoffentlich Recht. — Aus Pesth vernehmen wir wieder die Verurtheilung zweier bekannten Personen. Prof. v. Balassa und der Graner Domherr Jaros sind zu einem mehrwöchentlichen Profoßenarrest verurtheilt worden.

Die Angelegenheit des Dr. Rieger wird immer pikanter. Der Oesterreichische Correspondent veröffentlichte bekanntlich unlängst das Protokoll einer Sitzung der magyarisch-slavischen Propaganda beim Fürsten Czartoryski in Paris, worin Riegers Name genannt war. Es fehlte bald nicht an Journalstimmen welche Hrn. Rieger schwer verurtheilten. Vor kurzem erklärte nun ein Dr. Gabler in Prag das ganze Protokoll für apokryph und erbot sich nöthigenfalls zu gerichtlichem Beweise. Das Const. Blatt aus Böhmen vom 4 d. enthält nun weiter einen offenen Brief des Dr. Gabler an den Oesterreichischen Correspondenten, worin jener behauptet den Dr. Rieger beim Fürsten Czartoryski eingeführt und an der einzigen Unterredung zwischen beiden Herren theilgenommen zu haben. Der Zeuge sagt darüber: „Das Gespräch drehte sich um die magyarische Insurrection. Fürst Czartoryski kam bald auf seine in dieser Angelegenheit eigenthümliche Versöhnungspolitik zu sprechen, nach welcher ein Ausgleich zwischen den Slaven und Magyaren schon im Interesse der Civilisation als wünschenswerth erscheine, und welcher zufolge eben die Polen eine Aussöhnung zu bewerkstelligen bemüht seyen. Hierauf erwiederte ihm Dr. Rieger: daß die Magyaren durch ihre schreienden Ungerechtigkeiten gegen die Slaven diese gegen sich dergestalt aufgebracht hätten daß bei dem jetzigen Stande der Dinge an eine Versöhnung nicht mehr zu denken sey. Die Plane der Polen betreffend äußerte sich Rieger dahin daß dieselben das was sie eigentlich wollen, nie mehr erreichen würden, daß ein Polenreich, wie es die Polen wünschen, bereits unmöglich geworden sey. Letztere Aeußerung aus dem Munde Dr. Riegers machte den Fürsten sichtlich betroffen und er entgegnete: das dürfen Sie keinem Polen sagen, denn jeder Pole lebt nur dafür. Sehr lebhaft erinnere ich mich daran daß Dr. Rieger länger gesprochen hatte, und in steigendem Eifer jene obenerwähnten Worte zum Schluß seiner Rede aussprach mit einem Tone der mich nicht daran zweifeln ließ daß er hier seine innigste Ueberzeugung ausspreche. Ich muß gestehen daß diese von Dr. Rieger mit so entschiedenem Tone gerade dem Fürsten Czartoryski gegenüber ausgesprochenen Worte auf mich selbst einen bedeutenden Eindruck machten. Wir verließen bald darauf den Fürsten ohne daß des Dresdener Aufstandes in der ganzen Unterredung gedacht worden wäre."

* **Meran**, 4 Oct. Heute am Namenstag des regierenden Kaisers wurden hier wie in ganz Tirol die Medaillen vertheilt welche für die im verflossenen Jahr aus den zum hiesigen Landgericht gehörenden Ortschaften zur Landesvertheidigung ausgezogenen Schützen und Landleute bestimmt wurden. Nachdem in der geräumigen Pfarrkirche ein feierliches Hochamt gehalten worden war, zog die rüstige Mannschaft — meist kräftige Bursche und Männer, hie und da wohl auch ein schon bejahrter Mann — in ihren schönen Landestrachten, geführt von den selbstgewählten Hauptleuten, Hüte und Gewehre mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, auf den geräumigen mit Fahnen festlich verzierten Platz nächst der Brücke über die Passeyer. Die Vertheilung selbst wurde dort durch den zur Herstellung seiner Gesundheit eben hier anwesenden Obersten Grafen Degenfeld, welcher von den Behörden darum ersucht worden war, vorgenommen. Die Anzahl der vertheilten silbernen Medaillen betrug über 300. Dieselben zeigen auf einer Seite das Bildniß des Kaisers, auf der andern die Worte: „Mit Gott für Kaiser und Vaterland. Dem Tiroler Vaterlandsvertheidiger 1848." Außerdem erhielt einer der Hauptleute welcher sich besonders auszeichnete und eine feindliche Fahne eroberte, die goldene Medaille. Dem Kaiser, dem Marschall Radetzky und dem Commandirenden in Tirol wurden vielstimmige Lebehoch gebracht, während Musikbanden aufspielten und der Donner der Geschütze auf den nahen Höhen mit lautem Echo weithin durch die Berge ertönte. Die Feierlichkeit brachte bei den zahlreich versammelten Zuschauern einen sehr erhebenden und wohlthuenden Eindruck hervor. Wir genießen jetzt hier prächtige Herbsttage. Frische Morgen, milde Abende und italienische Mondnächte. Süden und Norden vereinigen sich hier auf so wohlthuende Weise wie kaum an irgendeinem andern Ort. Die Weingärten prangen voll der schönsten Trauben, und die eben begonnene Weinlese verspricht an den meisten Orten eine ergiebige zu werden. Die Anzahl der hier zum Theil der Traubencur wegen verweilenden Fremden ist ziemlich bedeutend und scheint von Jahr zu Jahr immer mehr zuzunehmen. Vor kurzem wurde das im benachbarten Ultenthal befindliche Bad ein Raub der Flammen. Das Feuer war durch Unvorsichtigkeit während der Nacht ausgebrochen, und soll die größtentheils aus Holz erbauten Gebäude beinahe ganz verzehrt haben. Die Anstalt lag ziemlich vereinzelt, so daß schnelle hinreichende Hülfe wohl nicht möglich war.

Triest, 4 Oct. Gestern sind in der Stadt sammt Gebiet an der Cholera 82 Personen erkrankt, und 24 gestorben. Seit dem Ausbruch der Epidemie 2193 Erkrankungen und 840 Todesfälle.

Oesterreichische Monarchie.

Der „Wanderer" enthält nachstehenden Brief, für dessen Aechtheit er bürgt: „Ruskby, 18 Sept. Ich werde Ihrem theilnehmenden Herzen die Schicksale meines Hauses erzählen mit kalter Ruhe, denn mein Herz ist zu Stein geworden. In unserer nächsten Nähe übergab sich eine Armee der Ungarn, 10,000 Mann mit 40 Kanonen. Zwei Tage später rückten die kaiserlichen Truppen, eine Abtheilung Liechtenstein-Chevaulegers mit einem Rittmeister .... aus .... gebürtig in Ruskby ein. Ich mag wohl durch mein großes beneidenswerthes häusliches Glück mir Feinde in Ruskby gemacht haben, die sich vorgenommen es zu zertrümmern, denn keiner andern Schuld bin ich mir bewußt. Zwei Familien, gemeine ungebildete Familien .... und .... vereinigten sich mit obenbesagtem Rittmeister das Gräßliche zu beginnen. Genug, ich wurde aus den Armen meines Gatten, aus dem Kreise meiner Kinder, aus den heiligen Mauern meines geehrten Hauses gerissen, ohne Klage, ohne Verhör, ohne Richter in einem Carré von Militärs, in meinem eigenen Orte, angesichts der Bevölkerung die gewohnt war mich zu ehren, nicht weil ich ihre Herrin, sondern mein Wandel es verdient, mit Ruthen gepeitscht. Sehen Sie, ich schreibe dieses Wort nieder ohne zu sterben! Aber mein Mann gab sich den Tod. Aller Waffen beraubt, erschoß er sich mit einem Böller. Ein Schrei des Entsetzens erfüllte die Luft. Ich wurde weiter nach Karansebes geschleppt. Das Volk wollte die Urheber dieser Gräuel tödten, nur der Schutz des Militärs rettete ihr Leben. Mein älterer Sohn wurde mit der Görgey'schen Armee gefangen und als Gemeiner nach Italien gesandt, und so ist das Maß meines Elendes voll. Können Sie sich einen Begriff meiner Gemüthsstimmung machen? Sie kannten meinen Gatten nicht. Ich sage Ihnen, es gibt und wird nie einen edleren, erhabeneren, anbetungswürdigeren Charakter geben als er war. Die Werke seines Geistes sind bekannt, er ist der Erfinder der eisernen Bogenbrücken, an ihm hat die Welt verloren. Mein Unglück ist gränzenlos, und ohne Beispiel sind die Qualen die ich ausgestanden. Mein Leiden wird ewig seyn. Sie werden begreifen daß ich an nichts zu denken vermag als an mein Unglück. Nur der Wunsch meinen Sohn zu befreien belebt mich noch. Er ist nach Graz transportirt, haben Sie Bekannte dort, o so gedenken Sie meines armen achtzehnjährigen Sohnes. F. v. Maderspach." Die „Presse", welche den Wortlaut des Schreibens wiedergibt, begleitet es mit folgendem Urtheil: „Jeder gebildete, ja jeder mit Herz und Gefühl begabte Mensch muß bei der Lesung obiger Zeilen sich tief erschüttert fühlen. Die Familie welcher die Dame angehörte, ist uns bekannt; für die Aechtheit des Schreibens bürgt uns die Redaction des Wanderers. Selbst wenn die Unglückliche, welche das furchtbarste Verhängniß in der Gestalt des Corporalstocks traf, sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht hätte, so kann solche Strafe doch nur als ein Act empörender Barbarei angesehen werden, die wir mit ebenso gerechter Scham als Entrüstung als einen der unliebsamsten Beiträge zur Geschichte unserer Tage registriren."

Großbritannien.

London, 4 Oct.

Im Ministerium des Auswärtigen und auf der Admiralität herrscht große Thätigkeit. Letztere Behörde läßt unter anderm in Liverpool Erkundigung anstellen: wie viel unbeschäftigte Matrosen sich in diesem Seehafen befinden.

Folgendes ist einer von den inhaltlich berührten Artikeln der Times über die türkische Frage: „Der Ausgang des ungarischen Kriegs hat Folgen nach sich gezogen auf die wir ganz unvorbereitet waren, und welche, wenn nicht den Frieden Europa's, mindestens die freundlichen Verhältnisse der westlichen Höfe zu dem von St. Petersburg zu stören drohen. Ueber Rußlands Benehmen gegen die Türkei in diesem Fall ist es kaum nöthig in weitere Erörterungen einzugehen. Es kann darüber nur eine Meinung seyn, man mag es vom Standpunkt internationaler Lebensart oder von dem des Völkerrechts betrachten. Rußland verletzt beides, tritt beides mit Füßen; es bricht die bestehenden Regeln welche den Verkehr civilisirter Länder untereinander bisher geleitet haben. Es gefährdet den Frieden Europa's während es seine Gesetze verhöhnt. Wir dürfen also von der russischen Politik um so mehr sprechen, als wir dieselbe unlängst während der Controvers über den ungarischen Krieg unterstützt haben. Wir betrachteten — wie wohl jeder mit dem Zustand des östlichen Europa's irgend Vertraute — die drohende Zerstückelung des österreichischen Kaiserstaats als eine von den schwersten Trübsalen welche die Christenheit möglicherweise treffen könnte. Sie würde sich weit und breit in der ganzen civilisirten Welt fühlbar gemacht haben. Sie hätte alle Ordnung, alles Gesetz, alle politische Wissenschaft — alles was nur einer Regierung oder bürgerlichen Gesellschaft ähnlich sieht, in jenen zerstreuten Bruchstücken deren Zusammenhang das vereinigte Oesterreich bil-

det, mit der Wurzel ausgerissen. Was immer auch die Fehler und Sünden Metternichs oder die Gebrechen der Centralregierung in Wien gewesen seyn mögen, sie waren klein und geringfügig im Vergleich mit den furchtbaren Calamitäten welche die Auflösung jenes Staats hervorgebracht haben müßte. Sie hätte den widersinnigsten Eifersuchten und den abenteuerlichsten Entwürfen Thür und Thor geöffnet, Projecte phantastischer Republiken und unmöglicher Nationalitäten, innere Zerwürfnisse, Tumulte und fast unaufhörliche Kriege nach sich gezogen. Die Verhütung einer solchen Katastrophe war so wünschenswerth für andere Staaten wie für Oesterreich selbst, und mit allen Freunden vernünftiger und gemäßigter Freiheit waren wir der Ansicht daß selbst nöthige und gerechte Reformen in den Einzelheiten des österreichischen Staatswesens weislich noch verschoben würden bis nach Bewältigung der Anarchie welche das Daseyn des Reichs bedrohte. Das Insmitteltreten Rußlands unter solchen Umständen war nicht nur in Einklang mit den gewöhnlichen Rechten einer befreundeten Macht, sondern wurde wirklich von der Sicherheit Europa's gefordert. Aber das jetzige Auftreten Rußlands ist etwas ganz anderes. Es erscheint in einem Charakter welcher, wenn er auch nicht ohne Beispiel wäre, doch keineswegs zu rechtfertigen ist. Mit der jetzt an die Pforte gerichteten Forderung behauptet Rußland ein Recht der Einmischung welches noch niemals einer Nation gegen die andere eingeräumt worden. Es verlangt von der Türkei geradezu die Verletzung einer allgemeinen Satzung des Völkerrechts. „„Der Souverän““, lehrt Vattel, „„darf Fremdlingen den Eintritt in seinen Staat nicht zu dem Zwecke gestatten sie in eine Schlinge zu locken; sobald er sie zuläßt, macht er sich verbindlich sie wie seine eigenen Unterthanen zu schützen und ihnen, soviel an ihm liegt, vollkommene Sicherheit zu gewähren.““ (Buch 2, Cap. 8.) *) Ausnahmen von diesem allgemeinen Gesetz müssen durch besondere Verträge festgesetzt seyn. Aber erstens betreffen solche Verträge meistens gemeine Verbrechen, deren Bestrafung im Interesse aller bürgerlichen Gesellschaften liegt, und nicht politische Vergehen, über welche ein fremder Staat sich kaum als Richter aufwerfen kann. Zweitens bedingen sie Gegenseitigkeit, so daß, wenn die Türkei russische Flüchtlinge auszuliefern gehalten wäre, Rußland die gleiche Verbindlichkeit zur Auslieferung türkischer Flüchtlinge an die Türkei hätte; denn ohne diese gleichheitliche Berechtigung stünde die Türkei zu Rußland nicht im Verhältniß eines Bundesgenossen, sondern eines Abhänglings. Bestünde nun aber auch ein solcher Auslieferungsvertrag zwischen Rußland und der Türkei, so würde er nur dann gelten wenn die Flüchtlinge, welche die türkische Gränze überschritten und dort ihren Aufenthalt genommen, russische Unterthanen wären. Aber in welchem Verhältniß erscheinen die zwei Mächte zu einander, wenn die Exilirten deren Personen Rußland verlangt fremde Staatsangehörige sind? Wenn eine Macht ein Recht hat die Auslieferung ungarischer Flüchtlinge zu verlangen, so ist es Oesterreich, und auch Oesterreich könnte sie nur kraft besonderen Vertrags fordern. Der Kaiser von Rußland hat dazu nicht mehr Recht als der Kaiser von China, er müßte sich denn auf eine Clausel des Vertrags von Hunkiar Iskelessi stützen, oder vielmehr auf die Schwäche und Hülflosigkeit der Türkei die dieses sonderbare Pactum dictirte. Dieß ist die wahre Lösung des Problems; Rußland ist stark, die Pforte schwach. Rußland macht Zumuthungen mit der Absicht entweder servile Willfährigkeit zu erlangen, oder einen ungleichen Kampf zu provociren. Die Antwort der Pforte war ihrer voreinstigen Größe würdig. Die Moralität des Moslem beschämt die Ruchlosigkeit einer sogenannt christlichen Moral. Die ungarischen Flüchtlinge sind geschlagene, besiegte Männer. Sie sind Fremdlinge die sich an den gastlichen Herd eines Volkes gesetzt welchem Gastfreundschaft ein Religionsartikel ist. Diese Schutzflehenden zu verlassen wäre ebenso eine Handlung der Impietät wie der Unmenschlichkeit. Die Pforte will aber die Männer die sich auf ihr Gebiet geflüchtet nicht ausliefern, selbst nicht auf das Gebot eines Machthabers der 700,000 Soldknechte ins Feld stellen kann. Fast aller ihrer Macht beraubt, mit wenig mehr als den Traditionen ihres ehemaligen Glanzes die ihr noch übrig sind, im Innern zerrüttet und von außen bedroht, hält die Türkei doch noch fest an der edelsten Satzung ihres Glaubens, und streckt diese wie einen Schild über den Hülflosen und Gedemüthigten gegen den Autokrator des mächtigsten Militärstaats in der Welt. Und die Macht welche so edel handelt ist Englands alter Bundesgenosse. Zwar wir haben uns gegen die Türkei nicht immer mit der Redlichkeit oder Liebe von Bundesgenossen betragen; es kamen leidige Ereignisse („untoward events“) in unsern Verhältnissen zu ihr vor, welche wir bei erster Gelegenheit gut machen sollten. Die Türkei ist auch die Bündnerin Frankreichs, und auch Frankreich hat ihr gegenüber einen guten Ruf wiederherzustellen. Die beiden Länder haben viel declamirt und geprahlt von Aufrechthaltung der Freiheiten und der Civilisation der Welt. Jetzt ist die Zeit gekommen wo diese Versprechungen gehalten, diese Ruhmredigkeiten gerechtfertigt werden müssen. Die Frage ist: sollen wir einen alten Bundesgenossen aufgeben oder nicht, sollen wir uns mit bitthaften Protestationen und friedlichen Jeremiaden begnügen? An unserem Entscheid und unserer Handlungsweise hängt unmittelbar das Schicksal der Türkei, und vielleicht das künftige Geschick Indiens und Englands selbst.“ — Der **Globe** zieht, gemäß der übeln Stimmung Lord Palmerstons, bei Besprechung der Sache Oesterreich mehr in Mitleidenheit, und bemerkt: „Rußland beruft sich auf den Vertrag von Rustschuk Kainardschi von 1774; aber der erste Einwand gegen dessen Anwendbarkeit auf den vorliegenden Fall ist der Umstand daß die ungarischen Flüchtlinge wenigstens keine russischen Unterthanen sind. Fürst Radzivil hatte Lust das ehrenvolle Amt des Meister Hämmerling (Jack Ketch) für die österreichische Regierung gegen Männer zu spielen welche, wenn sie malgré eux nicht als österreichische Unterthanen zu betrachten sind, nur als russische Kriegsgefangene betrachtet werden können. Die türkische Regierung, war sein Verlangen, sollte sich an Hinrichtungen welche das Kriegsgesetz nicht erlaubt, mitschuldig machen durch einen Bruch des Völkerrechts. Ehre der türkischen Regierung, welche dazu Nein gesagt hat! Die Pforte durfte sich wohl dispensiren von einer übertrieben strengen Beobachtung des Vertrags von Rustschuk-Kainardschi, angesichts der Rücksichtslosigkeit womit Rußland zu wiederholtenmalen eben diesen Vertrag, namentlich zur Zeit der griechischen Revolution, gebrochen hat. Aber die Wahrheit ist: Rußland hat es in diesem Falle kaum der Mühe werth gefunden seine Herrschsucht unter der Maske eines Vertrags zu verstecken. Sic volo, sic jubeo, stet pro ratione voluntas. Es war in der That hohe Zeit daß der Ukasenstyl der Autokratie nicht überall unbedingten Gehorsam fand. Der Czar kann nicht mehr Recht haben als Hr. Lamartine hatte, proprio motu Europa ein neues Völkerrecht vorzuschreiben. Die vorausgesetzte Schwäche der Widerstand leistenden Macht kann das große der Frage inwohnende Princip nicht berühren. Es hieß auf diese Schwäche hin sich zuviel herausnehmen, indem Rußland das forderte was ohne Unehre nicht zugestanden, was aber verweigert werden konnte ohne einen gegründeten Anlaß zu feindseligen Maßregeln zu geben. Würde die Verweigerung solcher Forderungen als Vorwand zu einem Bruch benützt, so hieße dieß Europa ankündigen daß Rußland aufgehört hat die Türkei als eine unabhängige Macht zu betrachten. Aber die Integrität des türkischen Reichs ist von ganz Europa anerkannt, und nicht eine oder nicht zwei Mächte können berechtigt seyn die türkische Abhängigkeit von ihnen als ein fait accompli anzunehmen. Wir müssen erst noch lernen daß die europäische Meinung jetzt in der Politik gefahrloser mißachtet werden kann als in früheren Epochen. Napoleon fiel weil er die moralischen Kräfte in der Politik geringschätzte, die er gleichwohl als ein Hauptelement des Erfolgs im Krieg anerkannte; und dasselbe allgemeine Gefühl Europa's welches jenen großen Mann zunächst stürzte, würde sich jetzt offenbaren wenn die Türkei von seinem herrschsüchtigen Nachbar unter einem solchen Vorwand angegriffen würde.“

Der Zwist zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten wird vom **Chronicle** als ein ziemlich unbedeutender Handel — „a very trumpery quarrel“ — beurtheilt, der gewiß den Weltfrieden nicht gefährden werde; wie denn überhaupt ein ungeschickter oder persönlich unbeliebter Gesandter heutzutage bei weitem nicht mehr soviel Unheil stiften könne wie vormals.

Der Correspondent der **Times** in Neapel theilt in diesem Journal einen diplomatischen Briefwechsel mit, welcher im vorigen Monat zwischen dem brittischen Gesandten in Neapel, Hr. William Temple, im Auftrage Lord Palmerstons, und dem neapolitanischen Minister des Auswärtigen, Ritter Fortunato, in Betreff Siciliens stattgefunden. **Times** und **Chronicle** rügen es scharf daß Palmerston, nicht zufrieden mit den traurigen Folgen seiner früheren Einmischung in die sicilischen Angelegenheiten, diesen Gegenstand unberufen noch einmal anfasse. (Wir werden die Actenstücke nachtragen.)

Eine nordschottische Zeitung, das **John o'Groat Journal**, hatte gemeldet: in Kirkwall sey an Bord eines dänischen Schiffs Capitän Paterson mit 30 Mann angekommen, welche vormals zu den in der Davis-Straße gescheiterten Schiffen „Jane“ und „Prince of Wales“ gehörten; Paterson besitze eine an die Admiralität gerichtete versiegelte Flasche von Sir John Franklin, welche von den Eingebornen aufgefischt worden. Nach dieser Notiz hatte man gehofft endlich einige Kunde von dem langeverschollenen Nordpolfahrer zu erhalten; allein der **Standard** versichert: das in der Flasche eingeschlossene Schreiben sey vom 30 Jun. 1845, also von einem älteren Datum als die letzten Nachrichten von Sir J. Franklins Schiffen gewesen. Die vorwiegende Ansicht ist daß die Expedition spurlos zu Grunde gegangen. — Hingegen bringt der neueste **Standard** folgende an ihn gerichtete Zuschrift des Admiralitätssecretärs. „Nach einer heutigen Mittheilung an die Admiralität vom Herausgeber der Mercantile and

*) Vgl. **Heffters** „Europäisches Völkerrecht der Gegenwart.“ S. 113 ff.

Shipping Gazette hegt man einige Hoffnung daß die von Capitän Parker, vom „Truelove“, der aus der Davisstraße in Hull angekommen, mitgebrachte Nachricht: Sir John Franklins Schiffe seyen noch im März d. J. im Prince Regent's Inlet von Eis eingeschlossen gesehen worden, nicht ohne Grund sey. Aus derselben Quelle sind uns Gerüchte zugekommen daß Sir James Roß' Schiffe sich auf der Südseite von Prince Regent's Inlet befinden, und daß die Fahrzeuge beider Expeditionen wohlerhalten sind. Diese Hoffnung wird einigermaßen verstärkt durch eine seitdem an die Admiralität gelangte telegraphische Botschaft vom Mayor von Hull.“

Frankreich.

Paris, 5 Oct.

Was gestern noch nach der Louvreangelegenheit vorkam, war unerheblich; es bestand darin daß die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung eines Mitglieds, des Hrn. Leo de la Borde, wegen eines Duells mit Hrn. Gent verweigert, und vier Propositionen (über die Naturalisation Fremder, über die Bestrafung des Rückfalls, über den Anbau von Gemeindegütern, über Concessionen zu öffentlichen Bauten) zur Verhandlung zugelassen wurden. Dieß alles ohne eigentliche Debatte. Heute war die Tagesordnung bald erschöpft und nur eine ganz kurze Sitzung. Zu erwähnen ist daß Hr. Mathieu darauf aufmerksam machte daß der Titel: Bürger aus dem Moniteur verschwunden sey. Eine Stimme links rief: Hr. Dupin habe diese Veränderung gemacht, und der Präsident nickte zweimal bejahend. Die Versammlung nahm diese Reactionsmaßregel mit Lachen auf. Der Bericht über den Antrag des Hrn. N. Bonaparte wegen Aufhebung der Verbannungsdecrete gegen die Bourbons wurde bereits auf dem Bureau niedergelegt: er lautet auf Verwerfung. Eine kleine Debatte entspann sich noch über das Witthum der Herzogin v. Orleans. Die Bergpartei verlangte die Vorlegung des Heirathsvertrags, der sich in den Archiven der ehemaligen Pairskammer befindet; dann die Niedersetzung einer speciellen Commission zur Prüfung. Die Versammlung wollte jedoch von diesen Weitläuftigkeiten nichts, und der bezügliche Gesetzentwurf wurde bloß an die Commission für Begutachtung der Ergänzungscredite verwiesen.

Der amerikanisch-französische Streitfall ist noch nicht ganz aufgeklärt. Berichtigt werden muß daß nicht die amerikanische Regierung es ist welche Forderungen erhebt, sondern die französische wegen des letzten mexicanischen Kriegs, in welchem Franzosen Verluste erlitten haben sollen im Betrag von etwa 2 Mill. Dollars. Die Unterhandlung darüber scheint schon länger zu dauern, und das Washingtoner Cabinet soll vor einiger Zeit in Paris über das Benehmen des Gesandten Beschwerde geführt haben, die jedoch nicht berücksichtigt worden. In Folge einer in beleidigendem Ton abgefaßten Note wurden ihm dann seine Pässe zugestellt. In Paris ist man beeilt den Zwist auszugleichen, und der Abendmoniteur zeigt die Ernennung des Hrn. Sain de Bois-le-Comte zum Gesandten in Washington an, der auf seinem bisherigen Posten in Turin durch Hrn. Lucian Murat ersetzt wird.

Ueber den russisch türkischen Zwist berichtet der Constitutionnel: „Die Regierungen von Frankreich und England sind darin einverstanden das Verhalten der Gesandten der beiden Länder zu billigen. Man versichert daß sie eine Collectivnote nach St. Petersburg geschickt und ihre Antwort auf die von den Gesandten für den — glücklicherweise wenig wahrscheinlichen — Fall eines gewaltsamen Bruchs zwischen der Türkei und Rußland solange vertagt haben, bis sie die Antwort der russischen Regierung auf die an sie gerichteten Vorstellungen zu Gunsten der Unabhängigkeit der osmanischen Pforte erhalten haben werden.“ Ein besonders energisches Auftreten von Seiten Frankreichs, das ganz mit sich selbst beschäftigt ist, steht nicht zu erwarten.

. **Paris,** 4 Oct. Wie die Vorberathung in den Bureaux über die römische Angelegenheit und die Wahl der Commissäre voraussehen lassen, ist man in der Majorität so ziemlich eins über die nachsichtige Haltung welche man dem Ministerium gegenüber zu beobachten hat. Die Veröffentlichung des Briefes vom 18 Aug. allein dürfte nicht auf der ganzen Linie der Rechten eine und dieselbe Würdigung finden; da jedoch diejenige Seite die gegen den Brief und besonders die Veröffentlichung desselben vieles einzuwenden hat, um so befriedigter seit dem Manifest des Papstes ist, so mag sie besagten Brief für keine Todsünde der Regierung behandeln. Nichtsdestoweniger läßt es sich nicht in Abrede stellen daß auf der rechten Seite keine geringe Anzahl Mitglieder sitzen die große Lust haben die Veröffentlichung dieses Briefes zum Vorwand einer Ministerkrisis zu benützen. Es ist ihnen jetzt nicht so sehr darum zu thun den Papst für den Mangel an Rücksichten seitens der französischen Regierung zu rächen, als vielmehr das Cabinet in ein Abbild der Majorität umzugestalten. Die Majorität, sagen diese Leute, ist nicht homogen, darum könne auch das Ministerium nicht homogen seyn, allein nach diesem Grundsatz müßte wenigstens die stärkste Fraction auch am stärksten im Cabinet vertreten seyn; während jetzt gerade die schwächste Fraction sieben und die beiden zahlreichsten Fractionen jede nur einen Vertreter im Cabinet haben; diese Verkehrtheit müsse aufhören. Anstatt dem sogenannten Tierspartei, der jetzt die meisten und wichtigsten Portefeuilles inne hat, die leitende Macht in Händen zu lassen, will man sie den Orleanisten im Bunde mit den Legitimisten übergeben und dem constitutionellen Cirkel höchstens ein Portefeuille gewähren. Wiewohl sich vom Standpunkt der Billigkeit nichts gegen diese Absichten einwenden läßt, so ist man doch noch weit entfernt die arithmetischen Exponenten als maßgebend für die Zusammensetzung des Cabinets anzusehen und darum allein eine Ministerkrise jetzt herbeizuführen. Die Ungeduldigen abgerechnet, erkennt eine Masse der Majorität daß der Mißstand eines oder des andern mißliebigen Ministers im Cabinet bei weitem nicht so groß als die Gefahr eines Ministerwechsels, der immer auf die Schwäche der Regierung hindeutet, in dem Augenblick seyn könnte wo die anarchischen Parteien auf Spaltungen, auf Zerwürfnisse und Ministerwechsel als auf ihre Erlöser lauern. Darum können wir die Besorgnisse der Revue des deux Mondes nicht theilen, wir glauben daß, nachdem die römische Angelegenheit einmal gelöst ist, sie auch zu keiner Ministerkrisis Anlaß noch Vorwand geben wird; denn eben weil keine Partei Anspruch hat dieser Lösung als eines Werks Frankreichs sich zu rühmen, werden alle Parteien (der Majorität) sich gegenseitig Indemnitätsbills gewähren.

Straßburg, 3 Oct. Als Beitrag zur finanziellen Geschichte der badischen Revolution, die bereits so viele Erklärungen hervorgerufen, mag auch folgende Berichtigung, die General Mieroslawski im „Courrier du bas Rhin vom Stapel laufen läßt, dienen. Ich könnte, so versichert der Oberbefehlshaber der badischen Insurrectionstruppen, streng genommen behaupten daß ich mich unentgeltlich geschlagen habe, denn ich habe nie die Besoldung meines Grades verlangt noch erhalten, ja nicht einmal gekannt. Da ich jedoch auf Kosten der Revolution gereist bin und gegessen habe, wird es vielleicht nicht ohne Interesse seyn dem Publicum die Durchschnittzahl dieser Art von Ausgaben kund zu thun. Nachdem ich aus Sicilien mit dem Reste der Hälfte der 50 Unzen (600 franz. Franken), womit man auf dem Boot „Indepedenza“ meine und meines Bruders Dienste in diesem Lande bezahlt hat, zurückgekommen war, besaß ich kein Geld mehr um meine Reise nach Deutschland zu unternehmen. Ich habe also um diese Reise mit sechs Officieren zu machen und uns zu equipiren, die Summe von 6000 franz. Franken verlangt. Die Wechsel-, Sendungs- und sonstige Kosten verminderten die Summe auf 5000 Fr., welche uns von den HH. Schütz und Blind, Gesandten der badischen Regierung in den ersten Tagen des Monats Junius zu Paris, Savoiestraße, Hôtel Havre im dritten Stock vorn heraus (der General ist in seinen Angaben außerordentlich juridisch) zugestellt wurden. Ich gestehe ein daß ich als Obergeneral einige Kosten mehr als meine sechs Gefährten machen mußte, und mir daher den Löwenantheil, d. h. 1100 Fr., aneignete. Aber das Land, von dem ich sie hatte, hat dabei nichts verloren (?), denn ich habe die ganze Summe bis auf den letzten Kreuzer gewissenhaft ausgegeben, so zwar daß als ich in Ermangelung einer Armee in Offenburg am 1 Jul. meine Entlassung gab, ich mich nicht herauszuziehen gewußt hätte, wenn nicht der „Kriegsminister“ so rücksichtsvoll gewesen wäre aus eigenem Antrieb für alle ausgetretenen Officiere eine Summe zu bewilligen, wovon mir 300 fl. zukamen. Ich erhielt also im ganzen 1700 Fr. Endlich um nichts auszulassen sind noch etwa 15 Mahlzeiten hinzuzufügen, welche von der Generalstaatscasse in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Rastatt bezahlt wurden, ferner ein altes Pferd und ein altes Fuhrwerk, welche mir der Kriegsminister bei meiner Abreise zur Verfügung stellte.“ So Mieroslawski! Vielleicht weiß man in Baden die Kosten welche der General verursacht, höher anzuschlagen.

Italien.

†* **Rom,** 1 Oct. Gestern haben sich alle noch im Staate befindlichen weiland Mitglieder der römischen Constituente nach Civitavecchia begeben um dort auf einem französischen Kriegsdampfer sich einzuschiffen, der sie unentgeltlich nach Marseille bringen soll, wo ihnen ein Asyl gegeben wird. Den Unbemittelten, und es sind deren nicht wenige, wenigstens für den Augenblick, wird vom französischen Consul in Civitavecchia auf Befehl seiner Regierung eine Unterstützung von je 100 Francs ausgezahlt. Die französische Diplomatie hat alles mögliche angewendet um für die weniger betheiligten und der mäßigen Partei gehörigen eine Ausnahme, für manche nur einen Verschub zu erwirken, aber umsonst; die Regierungscommission blieb unerbittlich. Seit gestern heißt es wieder der Papst komme bald nach Rom zurück, doch kann dieß nur ein falsches oder wenigstens sehr voreiliges Gerücht seyn. Auf jeden Fall würde hier die Aufnahme äußerst frostig ausfallen. Ein seltsames Document wird seit einigen Tagen auf den Straßen ausgeschrien und verkauft, nämlich eine förmliche Widerrufung des berühmten Predigers, des Thea-

tiner-Paters Ventura, aller Lehren, Maximen, Ausdrücke und Worte welche sich in der vom heiligen Vater in den Index der verbotenen Bücher gesetzten „Orazione pei morti di Vienna“ finden, und von der Sacra congregazione als mit den Lehren der katholischen Kirche im Widerspruche verdammt wurden. Er sagt in dem Brief: er sey zu dieser Widerrufung von niemand gezwungen oder berathen worden, sondern er thue sie aus völlig freiem Willen und Ueberzeugung. Diese Erklärung hat hier Aufsehen erregt, sie wird aber dem Pater Ventura eigentlich bei niemanden viel Ehre machen, und beweist in ihm einen gänzlichen Mangel an Grundsätzen und Charakter. Entweder war er von der Wahrheit der in seiner Predigt enthaltenen und vertheidigten Grundsätze überzeugt, oder nicht. War er es, in seinem Alter und mit seinen Kenntnissen, wie kann er nun auf die bloße Verdammung seines Buchs von der Congregation seine Doctrinen als schädlich und verderblich erkennen? war er es nicht, wie konnte er predigen was gegen seine Ueberzeugung war?

Türkei.

Der Wiener „Presse“ geht ein Schreiben aus Smyrna vom 24 Sept. zu, worin auf die verschiedenen revolutionären Bewegungen im Orient aufmerksam gemacht wird. So deutet der Artikel auf die Aufstände in Bosnien, auf Samos, auf Cephalonien, auf neuerliche Empörungen in mehreren Theilen von Syrien und Aegypten, in Persien, in Griechenland, und kommt dann auf die Unruhen in Smyrna selbst zu sprechen: „Auch hier haben wir in der vergangenen Woche eine Revolution oder vielmehr vorläufig den Anfang einer Revolution erlebt, deren Hergang ich Ihnen, da sie in ihren Folgen bedeutender werden kann als es auf den ersten Anblick scheint, und da sie Veranlassung zu wichtigen Enthüllungen geben dürfte, umständlicher mittheile. Die hier wohnenden Hellenen *) zahlten auf Requisition ihres Consuls eine jährliche Steuer von 100 bis resp. 3000 Piaster, je nach dem Stande oder dem Geschäfte des Steuerpflichtigen, auf die Erklärung des Consuls daß diese Steuer theils die türkische, theils die griechische Regierung zu beziehen habe. Nach Angabe der Betreffenden beläuft sich die seit der griechischen Constitution auf diese Weise entrichtete Steuer auf 700,000 P., ungerechnet zwei Beträge von 70 und resp. 40,000 P, wovon der erstere aus der Casse, letzterer auf dem Transport in Verlust gerathen seyn soll, und die durch Nachzahlungen wieder eingebracht werden mußten. Seit längerer Zeit hatte sich unter den hiesigen Hellenen das Gerücht verbreitet der Consul bezöge diese Steuer im Auftrag keiner andern Behörde als der seiner eigenen Willkür, und theile die Einnahme mit dem hiesigen Civilgouverneur. In Folge dieses Gerüchts verweigerten die Hellenen die dießjährige Steuerzahlung, verfertigten eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Beschwerdeschrift an die griechische Regierung, und deponirten diese Schrift am 16 in dem Local wo sie ihre deßfallsigen Berathungen gehalten hatten (einem Kaffeehause), um sie folgenden Tags, den 17, mittels des französischen Dampfers nach ihrem Bestimmungsort Athen zu befördern. Am Abend des 16 wurde, angeblich auf Befehl des griechischen Consuls, Haussuchung bei dem Besitzer des Versammlungslocals gehalten, unter dem Vorgeben er sey im Verdachte der Falschmünzerei. Der Wirth öffnete willig alle seine Räumlichkeiten, und als der Untersuchende, der Sohn des Consuls, an den Kasten kam in welchem die Beschwerdeschrift lag, verlangte er deren Auslieferung, die der Wirth als ihm anvertrautes Eigenthum beharrlich verweigerte. Es kam zu einem heftigen Auftritt, in Folge dessen die Schrift weggenommen und der Wirth ins Gefängniß, d. h. nicht ins griechische Consulat, sondern in den Gewahrsam des türkischen Pascha's gebracht wurde. Des andern Tags begab sich eine Deputation der Betheiligten zu ihrem Consul, und verlangte von ihm die Freilassung des Gefangenen, wie die Herausgabe ihrer Schrift; beides wurde verweigert. Rasch verbreitete sich der Erfolg der verfehlten Sendung, und in kurzer Zeit waren vor dem Consulat gegen 2000 Personen versammelt, von denen ein Theil in das Consulat drang und mit Ungestüm die Gewährung der bereits vorher durch die Deputation ausgesprochenen Wünsche begehrte. Da die Anzeichen immer drohender wurden, fand es der Consul gerathen sich durch die Hinterthüre seines Hauses zu entfernen und zu Wasser in das türkische Quartier zu eilen, um den ihm befreundeten Civilgouverneur zu vermögen bei der Militärbehörde Hülfe gegen die Aufständischen zu verlangen. Diese wurde gewährt und einige Compagnien Soldaten rückten gegen das Consulatsgebäude. Es kam zwar zu einigen Rippenstößen und Verwundungen, allein die Officiere ließen keinen Gebrauch von den Waffen machen, da sie hiezu von oben herab keinen Befehl hatten. So standen Soldaten und Bürger sich von Morgens bis zum Abend einander gegenüber, und da der türkische Commandant nicht zu Gewaltmaßregeln greifen, die Menge auch nicht gutwillig auseinandergehen wollte, kam es endlich am Abend zu einer Capitulation, in welcher der Consul die Freilassung des Gefangenen für den nächsten Morgen verspra . Am 18 früh versammelte man sich aufs neue vor dem Consulat, nahm den inzwischen dorthin gebrachten Wirth jubelnd in Empfang und — die Revolution ist scheinbar beendigt. Aber nur scheinbar. Denn sogleich wurde eine neue Beschwerdeschrift mit Hinzufügung der letzten Ungebührlichkeiten angefertigt, unterschrieben und mittels Expressen nach Athen gesandt um der dort versammelten Deputirtenkammer vorgelegt zu werden. Von der Entscheidung dieser Behörde wird es nun abhängen inwieweit die Hellenen mit der Zahlungsverweigerung im Recht waren, und man ist sehr gespannt zu erfahren ob die bis jetzt entrichteten Abgaben rechtlich erhoben und abgeliefert worden oder theilweise in den Säckel des Consuls gewandert sind. Der gewaltsam verhaftete Wirth, dessen Schwägerin von den Vorgängen so angegriffen wurde daß sie in Folge des Schreckens gestern gestorben ist, hat sich ebenfalls klagend nach Athen gewandt, und sieht seiner Genugthuung entgegen.“

*) Hellenen sind solche Griechen welche, aus ihrem Vaterlande kommend, hier längere Zeit verweilen oder auch für immer einen festen Wohnsitz in der Türkei nehmen aber als griechische Unterthanen unter der Protection des griechischen Consulats stehen, wogegen diejenigen Griechen welche in der Türkei unter türkischem Schutz wohnen, Rajahs genannt werden, und für diesen Schutz eine Abgabe an den Gouverneur zu zahlen haben.
D. Eins.

Nach einem in Berlin eingegangenen Schreiben des hansischen Consuls in Konstantinopel vom 21 Sept. sind der österreichische wie der russische Gesandte (die HH. Stürmer und Titow) wirklich von dort abgereist. So meldet die Weserzeitung. Die letzte über Wien gekommene Post aus der türkischen Hauptstadt ging bekanntlich nur bis zum 19 Sept.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 5 Oct. 3proc. 55.55; 4proc. 69; 5proc. 88; Bankactien 2315; belg. 5proc. 97; Anl. v. 1842 97; $2\frac{1}{2}$proc. $49\frac{1}{8}$; röm. $77\frac{3}{4}$; span. 3proc. $34\frac{1}{2}$; Hayti 195; piem. 970; Vers. E.-B. rechte 210; linke 171.25; Paris-Orleans 730; Rouen 525; Straßburg 348.75; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 250; Mars.-Avignon 213.75; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 402.50; Tours-Nantes 287 50.

Amsterdam, 5 Oct. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{5}{8}$; 3proc. $63\frac{1}{2}$; 4proc. $83\frac{7}{16}$; Handels-Maatschappy 163; Metall. 5proc. 86; belg. $2\frac{1}{2}$proc. $46\frac{1}{4}$; Ard. $10\frac{5}{8}$. Curs auf London 12.10 k. S. Curs auf Hamburg $35\frac{1}{16}$ k. S.

* **Brüssel**, 4 Oct. Die belgische Regierung fängt an von ihren Ansichten hinsichtlich der Goldwährung abzugehen; zur Umwechslung der auf den Curs 25 Fr. 50 C. fixirten Sovereigns ist ein sehr kurzer Termin festgestellt worden. Andere Maßregeln werden und müssen folgen, denn man fängt an das Zuströmen von Gold lästig zu finden; man spricht sogar davon daß die Regierung einen Gesetzentwurf ausarbeiten lasse um den seit drei Jahren bestehenden festen Geldcurs wieder aufzuheben. Nach dem Vorgang Hollands dürfte auch der belgischen Regierung, sowie jeder andern auf dem Continent, kaum ein anderer Ausweg bleiben.

Augsburg, 8 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{3}{8}$ P. Hamburg 1 M. $73\frac{3}{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. 95 P. Triest 1 M. 95 P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{1}{2}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10 3 G., 3 M. 10.1 G. Paris 1 M. 119 P. Lyon 1 M. $118\frac{1}{2}$ G. Marseille 1 M. $118\frac{5}{8}$ G. Mailand 1 M. $60\frac{5}{16}$ G. Genua 1 M. $52\frac{3}{8}$ G. Livorno 1 M. $61\frac{3}{8}$ G.

Augsburg, 8 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 88 G. 4proc. 92 G. 5proc. 101 P., $100\frac{5}{8}$ G. Bankactien II. Sem. 650 P., 646 G. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

Hamburg, 5 Oct. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. 95. Berl.-Hamb. E.-B.-A. $77\frac{1}{2}$ Magd.-Wittenb. $64\frac{1}{2}$. Altona-Kiel $96\frac{1}{2}$. Mecklenb. $35\frac{1}{2}$. Rendsb.-Neum. 110 P. Glückst.-Elmsh. 25 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anl. $84\frac{3}{8}$. Hann. 5proc. $105\frac{3}{8}$. Russ. 5proc. engl. Anl. 104. Dän. 3proc. engl. Anl. $72\frac{1}{2}$ P. Schwed. 4proc. $98\frac{1}{2}$ P. Norw. 4proc. $99\frac{1}{4}$. Amerik. 5proc. 105.

Berlin, 5 Oct. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $105\frac{5}{8}$ G. Staatsschuldsch. $88\frac{1}{2}$ G. Prämiensch. 106 gem. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. $91\frac{3}{4}$ bz. Berl.-Hamb. 77 G. Berl.-Stett.-Starg. 101 bz. Berl.-Potsd.-Magd. $60\frac{3}{4}$ G. Halle-Thüringer $65\frac{1}{4}$ G. Köln-Minden $94\frac{1}{4}$ bz. u. G. Köln-Aachen 49 G. Düsseld.-Elberf. 88 P. St.-Vohw. 36 P. Niederschles.-Märk. $83\frac{3}{4}$ bz. Oberschl. A. $106\frac{1}{4}$ G. dito B. $103\frac{3}{4}$ G. Krak.-Oberschl. $63\frac{1}{2}$ bez. Berg.-Märk. $51\frac{1}{2}$ P. Starg.-Posen $84\frac{5}{8}$ bz. Magd.-Wittenb. 65 G.

♀ **Wien**, 6 Oct. Die Curse in Fonds und Actien haben sich im Laufe der heutigen Börse wieder etwas gehoben. Das Geschäft war jedoch von keinem großen Belange und beschränkte sich zunächst auf den Verkehr in 5proc. Metall. und Nordbahnactien, welche letztere in Folge des günstigen Erträgnißausweises für den verflossenen Monat um 1 Procent gestiegen sind. Auch in Obligationen des neuen $4\frac{1}{2}$proc. Anlehens haben heute mehrere Umsätze (auf Lieferung) zum Emissionscurse bis $85\frac{1}{8}$ stattgefunden, was bei dem überaus günstigen Erfolge der Subscription gewiß auffallend erscheinen muß. Denn entweder sind die Subscriptionen reell, d. h. in der Ueberzeugung gemacht worden daß diese neuen $4\frac{1}{2}$proc. Obligationen zum Curse von 86 wirklich preiswürdig sind, und in diesem Falle ist die Prämie von $\frac{1}{8}$ Proc. gewiß weder verhältnißmäßig noch entsprechend; oder aber sind die Subscriptionen bloß auf die armselige Speculation hin gemacht worden, um die vom Finanzminister den größeren Subscribenten zugestandene Provision von $\frac{1}{4}$ Proc. zu erhaschen. Der Patriotismus, welcher sich solchergestalt in großen Subscriptionsziffern breit zu machen gesucht hätte, würde da dem österreichischen Credit einen schlechten Dienst erwiesen haben. Fremde Devisen und Comptanten zu Anfang der heutigen Börse steigend und gesucht, schlossen zu Ende wieder zu ermäßigten Notiz. London wurden bis 10.42, Augsburg bis $105\frac{3}{4}$, Hamburg bis $155\frac{1}{2}$. Gold bis $10\frac{1}{4}$ Proc. bezahlt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $96\frac{1}{16}$–$\frac{1}{8}$. Loose vom J. 1834 162–163. Loose vom J. 1839 114–$\frac{1}{2}$. Bankactien 1198–1203. Nordbahnactien $111\frac{1}{8}$–$111\frac{1}{4}$. Mailänder $84\frac{1}{2}$–$84\frac{3}{4}$. Pesther $80\frac{3}{4}$–81. London (f. l. S.) 10.40 P, Hamburg 155 G., Augsburg uso $105\frac{1}{2}$ G, Frankfurt 105 P., Amsterdam 147 P, Paris 126 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $9\frac{3}{4}$ Proc., Silberagio 6–$6\frac{1}{4}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Proletariat und Arbeit.

* **Vom Lech**, im September. Dem sehr reichhaltigen Augustheft von Höfkens Monatschrift für politische und sociale Reform „Volkswohl", welches unter anderm einen Rückblick auf Deutschlands Neugestaltung und Noten zu dem Schreiben eines Hamburgers über den Welthandel bringt, entnehmen wir aus einem Artikel „Proletariat und Arbeit" überschrieben das Folgende um so lieber, als derselbe auch den Gegenstand der bayerischen Preisfrage von einem wichtigen Standpunkt aus behandelt: „So lange nicht jeder Proletarier ein Stück Land hat, wird es mit unsern Zuständen sich nicht bessern!" Nein, sagen wir, um alles Elend zu verstopfen, kömmt es nur auf gesicherte Arbeit an. Ausreichende Arbeit und den menschlichen Bedürfnissen angemessener Lohn ist die Losung und das gerechte Verlangen der weit zahlreichsten Classen.

Zur Ausübung der Bodenwirthschaft ist nicht jeder gut genug, und jedem Proletarier ein Stück Land geben hieße der ländlichen Bevölkerung auch die müßigen Arbeiter der Städte auf den Hals laden und den Grundbesitz in Atome zersplittern. Aber man soll immerhin neue Dörfer bauen und ländliche Ansiedlungen in Gemeindeverbänden gründen, wo und wie man kann. Anbaufähiger Grund und Boden ist in Deutschland fast noch überall, vorzüglich in den östlichen Provinzen Preußens, in Bayern und zumal Oesterreich in Hülle und Fülle vorhanden. In österreichischen Landen harren noch gegen zwanzig Millionen Morgen öden Landes der fleißigen Hand, und selbst in Bayern finden noch hunderttausend Familien, jede auf zwanzig bayerische Tagwerk, ihr Unterkommen (s. Hofgärtner: über Proletariat, Landwirthschaft und Auswanderung, Augsburg 1849). Sind die zu vergebenden Oedungen vorher anbaufähig zu machen, wie z. B. das Lechfeld, so übernimmt dieß Geschäft mit dem größten Vortheil der Eigenthümer, zumal der Staat selbst, nicht der einzelne kleine Colonist. Das auf die Urbarmachung im Großen verwendete Capital bringen die höhere Grundsteuer und der größere Zins binnen zwei Jahrzehnten wieder ein, und alsdann bleibt die weit höhere unbelastete Rente. Es ist berechnet worden daß der bayerische Staat z. B. auf das Tagwerk des Lechfeldes, das er jetzt mit etwa zwei Kreuzer versteuert, wenn er im Großen auf dessen Urbarmachung fünf Gulden verwendete, dann sehr wohl sechs Kreuzer Grundsteuer und zwölf Kreuzer (ablösbaren) Kornbodenzins legen könnte.

Auswanderung erscheint nur dann ein wirksames Linderungsmittel des Proletariats, wenn dieses wirklich die Folge von Uebervölkerung ist, was schwer nachweisbar. Sonst ein zweideutiges Förderungsmittel der Wohlfahrt daheim, darf sie doch nie gesetzlich gehemmt werden. Aus vielen Gründen wird die Organisation der deutschen Auswanderung dringend gefordert. Aus reiner Humanität soll der Staat sich namentlich um Unterbringung der ärmern Auswanderer am Ort der Uebersiedelung bekümmern. Doch läßt sich dieses humane Interesse mit nationalen Zwecken verbinden, ja gerade durch eine nationale Auswanderungspolitik, wie das gewöhnlich ist und wir an Englands Beispiel sehen, mehr als durch irgendanderes fördern, wo nicht allein erreichen.

Die Leitung der Auswanderung im ganzen soll Sache des Reichs seyn. Die Privatthätigkeit dafür soll sich vornehmlich in Vereinen äußern, die sich auf Liebesgaben und Vaterlandsliebe stützen, und über alle Gemeinden auszudehnen suchen. Die großen Vereine scheiden sich weniger nach den deutschen Ländern als nach dem Land der Uebersiedelung, auf welches sie ihre Kräfte vereinen; auch haben sie ganz besonders für Verfuhr und Beistand am Bestimmungsort zu sorgen. Uebersetzte oder grundarme Gemeinden haben ein großes Interesse sich bei der Auswanderung zu betheiligen. Noch besser, die Auswanderung wird Sache der Gemeindeverbände oder engern Kreise und wird durch die Kreisvertretung geordnet und gemeinsam fundirt. Mit diesem Fond könnte der Kreis bei starker Auswanderung selbst in einer gelegenen Colonie des In- oder Auslandes, z. B. in der deutschen Texascolonie, später auch in Ungarn oder einem andern Donauland, durch die Hand eines der großen Auswanderungsvereine eine oder mehrere Quadratmeilen Landes ankaufen und seine Auswanderer dorthin lenken, gleichsam in Töchtergemeinden, deren Glieder sich wie zu Hause wiederfinden. Diese Gedanken wären vom Reiche leicht zu verwirklichen, und so einfach sie sind, so groß würde die Wirkung davon seyn.

In seiner Armengesetzgebung findet England ein weiteres wirksames Mittel zur Linderung seines Proletariats. Indeß bildet dieselbe dort ein Correctiv der ganzen feudalen, agrarischen und Handelsgesetzgebung Englands. Unsere Verhältnisse sind anders, und in dieser Hinsicht Gottlob einmal besser. Wer übrigens glaubt das Proletariat mit bloßen Almosen abweisen und befriedigen zu können, täuscht sich bitter.

Dagegen hat England in seinem Selfgovernment, der Selbstbestimmung des Volks durch alle Stufen seiner Gliederung, einen beneidenswerthen Vorzug vor den meisten, bureaukratisch verwalteten Ländern des Festlands, und zwar einen doppelten. Denn einmal kostet unsere Beamten- und Schreiberwirthschaft das Volk unendlich viel, und zweitens lähmt sie durch Druck und Bevormundung in allen Kreisen dessen active Natur, hält die besten Anlagen, die productivsten Kräfte zu Gunsten der Mittelmäßigkeit und Nichtigkeit nieder. Auf dem Standpunkt den die deutsche Nation im ganzen errungen hat, erscheint der bureaukratische Mechanismus nur noch ein Hinderniß der frischen Volksentwickelung, und namentlich im Bunde mit dem schmählichen Pantoffelregiment besonders der kleinern Staaten ein Hauptbeförderer des deutschen Proletariats, wie der Trägheit, des falschen Luxus, des Schmarotzerthums, der Suffisanz. Mit dem Pantoffelregiment der Frau Base, mit einer Beamtenkaste und ihrem Nepotismus verträgt sich noch weniger als mit Geburtsaristokratie wahres Verdienst und Talent, Fleiß und Geschick, und das politische wie das volkswirthschaftliche Leben der Nation entbehrt dabei eines Hauptstachels und Antriebes freier, d. i. sich selbstbestimmender Völker. Im Staat soll jeder gleichsam als Proletarier anfangen, doch auch ebenmäßig im Stande seyn sich zu Besitzthum wie zu den höchsten Aemtern und Würden aufzuschwingen.

Welche Vorurtheile sind über und gegen das Capital unter uns noch geläufig! Aber gerade der noch vorhandene Mangel an Capital und Credit bildet einen Hauptgrund unsers wachsenden Proletariats. Wer die Arbeit gegen das Capital aufhetzt, wie jetzt so gewöhnlich ist, der mindert die Arbeit und vermehrt das Proletariat. Die ganze steuerbare Einnahme derjenigen welche in Großbritannien die Einkommensteuer zahlen, erläuft auf 71 Millionen Pf. St., welche auf eine Bevölkerung von 26 Millionen vertheilt auf jeden Kopf 3 Pf. gäbe. Die Folge dieser Zersplitterung wäre aber die vollständige Auflösung des Handels und der Hungertod der Arbeiter. Die Capitalmacht ist nicht auflösend, im Gegentheil bei gesunder Wirthschaftspolitik organisirend. Das Capital befruchtet die Arbeit und macht sie lohnender. Zerstört ihr das Capital und treibt es aus durch Willkür oder durch gesetzlose Zustände, so wird bald die Arbeit fehlen und die Ernte. Ein Land ohne Capital gleicht einem kräftigen Arbeiter ohne Werkzeug. Wer es wohl meint mit den arbeitenden Classen und das Proletariat lindern will, der schaffe Capital ins Land.

Ausreichende Arbeit und genügenden Lohn zu schaffen — darin liegt das Geheimniß um Elend in Wohlfahrt zu verwandeln. Freizügigkeit (§. 2 der Grundrechte) ist zwar eine Grundbedingung einer bessern Zukunft für die Arbeiterclassen. Nicht genug aber daß jeder das Recht hat überall Arbeit zu suchen, sie muß auch zu finden seyn. Zu der Freiheit überall dahin die Thätigkeit tragen zu dürfen wo man am ersten Anerkennung und Lohn sich verschaffen kann, muß Aufmunterung und Vervielfältigung der Arbeit sich gesellen. Wenn Louis Blanc die Concurrenz eine Versteigerung der Arbeit an den Mindestfordernden nennt, wenn Proudhon in der Concurrenz das Princip der Gleichheit und wiederum das Monopol findet, so liegt darin nur daß auch die Concurrenz um der Gleichheit und Gerechtigkeit willen Beschränkungen unterliegen kann. Sonst gehört auch Freiheit des Mitbewerbs, wie Freizügigkeit und Bodenfreiheit, zu den Grundbedingungen der freien Arbeit, in welcher das Bürgerthum allein gedeihen kann. Um aber die verderblichen Wirkungen der Concurrenz auf Wohlfeilheit und Monopol zu mäßigen, gibt es wirksame Mittel in der Organisation der Arbeiter nach innen und in der Handelspolitik nach außen. Eine gute Gewerbeordnung ist diejenige welche das Princip der Freiheit der Arbeit zwar durchweg entschieden festhält, der einseitigen Concurrenz in der Wohlfeilheit aber durch Förderung der Concurrenz in der Güte mit ihren Anordnungen entgegentritt, die Geschicklichkeit des Handwerks also gleichsam gegen die Uebermacht des Capitals in Schutz nimmt. Ein gutes Handelssystem aber wirkt durch Zügelung des fremden Mitbewerbs auf dem heimischen Markt, durch Aufschließung fremder Märkte, durch Schutz und Aufmunterung vor allem dahin viel Arbeit für guten Lohn zu schaffen, so daß sie durch die Concurrenz der Arbeitsucher gleichsam dem Meistgebot zufällt. Kurz ausgedrückt gehen Gewerbeordnung und Handelssystem dahin: die Arbeit zu sichern und zu mehren.

Und wahrlich noch ist in Deutschland ein ungeheures bisher gebundenes Arbeitscapital freizumachen, und nachhaltende, folgerecht auch gut lohnende Arbeit zu schaffen. Nicht ob das Handwerk, ob die Fabrikindustrie, ob Landbau, ob Schifffahrt und Handel vor einander zu begünstigen — die Frage ist wie jede von diesen gleichwichtigen Bedingungen der Nationalwohlfahrt zu fördern seyn wird, daß eine die andere stützt und belebt,

daß sie gemeinsam auf alle Arbeitsverhältnisse günstig einwirken und das möglichst große Arbeitscapital frei machen zur immer reicheren Entwickelung jenes Bürgerthums in welchem jedem Staatsangehörigen das Auskommen ohne Aufreibung der Kräfte, vielmehr zu deren Ausbildung und Auslebung gesichert erscheint. Wenn unter einem kräftigen Handelssystem und einer verständigen Gewerbeordnung in einem Lande wie Deutschland mit 40 Millionen fleißiger Bewohner, bei Freiheit des Bodens und der Arbeit, bei tüchtigen Anstalten zur Unterstützung des Credits, bei sparsamem Staatshaushalt und einem gerechten Steuersystem, erst alle productiven Kräfte lohnende Verwendung finden werden, dann wird nicht allein eine richtige Vertheilung der Arbeitskräfte verhindern daß sie unverhältnißmäßig, es sey aufs Handwerk oder auf die Industrie oder auf den Landbau sich werfen und die Löhne herabziehen, sondern es wird auch das Nationalcapital sich rasch vermehren, und dadurch daß Wohlstand und Bildung immer mehr in allen Schichten sich verbreiten, unser schönes Vaterland vor dem traurigen Zustand eines um sich fressenden Proletariats bewahrt werden. Deutschland einige sich unter einer constitutionellen Verfassung und reformire seine Einrichtungen durch sein Parlament, und bald wird es das wohlhabendste, freieste und mächtigste Reich auf Erden seyn!

Zustände in Baden.

Aus **Karlsruhe**, 2 Oct. schreibt man der Karlsr. Ztg. Wiewohl der Einsender dieses im allgemeinen nicht dafür ist die Ehre der Erwiederung den unzähligen Beschuldigungen zu Theil werden zu lassen denen das jetzige badische Ministerium in den Tagblättern aller Farben und jeden Ranges, bei jeder seiner Handlungen oder auch wegen Unterlassung von solchen ausgesetzt ist, so glaubt er doch eine Ausnahme machen zu müssen mit einem Artikel des conservativen „Deutschen Volksblattes," datirt aus Karlsruhe vom 23 Sept., der auch in die Allgemeine Ztg. übergegangen ist. Der Verfasser desselben, vielleicht ein Mann von früherem Einfluß, spricht in wenig Zeilen viele Verdammungsurtheile aus. Zuerst klagt er über langsame Justiz in Rastatt. Ist eine Justiz langsam in ihren Arbeiten wenn sie seit der Uebergabe Rastatts, an diesem einen Ort, durchschnittlich fast täglich 40 Gefangene zu Protocoll nimmt und aburtheilt? In dritthalb Monaten wurde ungefähr über 3000 Gefangene Recht gesprochen; wo ist im Verhältniß zu den Kräften unseres Landes eine schnellere Justiz? Der Correspondent des Deutschen Volksblattes glaubt durch schleunige Deportation abzuhelfen. Etwa durch Deportation ohne vorhergegangnes Urtheil? Doch wohl nicht. Also kann die vorgeschlagene Maßregel den Gang der Untersuchung nicht beschleunigen, sondern sie betrifft nur die Vollziehung des Urtheils; darin aber war noch keine Verzögerung. Ferner, heißt es, errege die Last der Einquartierung viel Unmuth. In Karlsruhe ist bereits die Caserne von preußischen Truppen bezogen; in andern Städten werden dieselben in den nächsten Tagen hergerichtet seyn, und wo keine sind, ist man angelegentlich bemüht passende Locale aufzusuchen. Wußte dieß der Karlsruher Correspondent nicht? Zum Schluß wird noch eingestimmt in die so vielseitig gehörten Klagen über die Vermögens- und Capitalsteuer. Doch worin besteht der Vorwurf gegen das badische Ministerium? Es habe die von einer — revolutionären Kammer beschlossenen Steuern ausgeschrieben. Welche Kammer? Soll damit die Brentano'sche constituirende gemeint seyn? Allein von ihr ist ja bekannt daß sie sich nur an den baaren Vorrath hielt, und keine derartigen Gesetze in Berathung zog. Oder soll die badische zweite Kammer, die sogar eine vormärzliche war, welche, verfassungsmäßig einberufen die ministeriellen Vorlagen geprüft und mit wenig Abänderungen genehmigt hatte, soll diese Kammer eine revolutionäre genannt werden? Revolutionär weil sie die Capitalisten zur Besteuerung beizieht, damit die Vermögenslosen erleichtert werden können? Wenn freilich conservative Blätter mit sonst intelligenten Correspondenten in solche Begriffsverwirrungen gerathen daß sie gesetzgebende Körper für revolutionär erklären, wie soll da der schlichte Mann in dem Revolutionären stets einen Gegner des Gesetzes erblicken. Daß die Vermögens- und Capitalsteuer im ganzen Lande viel Unmuth erzeugt hat, ist allerdings wahr, und wir hätten gerne gesehen daß das Ministerium der Finanzen durch einfache, leicht faßliche, übersichtliche Darstellung des nunmehr zusammenhängenden Steuersystems zur Belehrung des Volkes nachgewiesen hätte daß die Gerechtigkeit sogar eine Capitalsteuer fordere. Das Steuersystem, d. h. der Inbegriff unserer einzelnen Steuern hat die Absicht das reine Einkommen der Steuerpflichtigen zu treffen. Da dieß nicht leicht zu ermitteln ist, so hat man die Quellen des Einkommens, die einzelnen Vermögenstheile und die Arbeit besteuert; nur wurde ohne Zweifel aus zu großer Aengstlichkeit, der Credit möchte leiden, der Fehler gemacht einen Vermögenstheil, nämlich das Capital, von der Steuer zu befreien. Um nun den ursprünglichen Besteuerungsgrundsatz consequent durchzuführen und um keine anerkannt steuerfähige Güterquelle unbelastet zu lassen, war die Einführung der Capitalsteuer durchaus nöthig und für jeden Gerechtigkeitliebenden erwünscht. Daß dieselbe, wie jede neue Steuer, vieles gegen sich hat, ist kein Beweis für ihre Verwerflichkeit. Auch greifen die Gegner dieser Steuer weniger das Princip an welches derselben zur Grundlage dient, als vielmehr erheben sie Klagen über einzelne unwesentliche Punkte der Ausführung. Wird diese Steuer erst in unsern Nachbarländern eingeführt seyn, so werden die Wirkungen spurlos an uns vorübergehen.

* **Aus Baden**, Anfang Octobers. Während noch immer jeden Tag einzelne preußische Truppencolonnen unser Land verlassen um in die Heimath zurückzukehren, werden zugleich die Vorbereitungen getroffen die preußische Occupationsarmee in bestimmte Garnisonsorte zu vertheilen und wo möglich durch Einkasernirung die drückende Last der Einquartierung, die einzelne Städte auszusaugen droht, zu erleichtern. Man hofft daß um die Mitte dieses Monats diese Veränderung allgemein eingeleitet seyn wird; das ganze Land wird dann gleichmäßig die Occupationskosten bestreiten müssen, statt daß bisher einzelne Gegenden, namentlich die bedeutenderen Städte, eine übermäßige Last allein zu tragen hatten. Wir dürfen erwarten daß diese Aenderung vortheilhaft auf die Stimmung wirken wird; wenigstens wird ein etwas besserer Zustand statt des bisherigen eintreten, der nachgerade anfing unerträglich zu werden. Die Wühler von Profession und das kleine städtische Bürgerthum, das den großen Haufen der Revolutionsmänner ausmachte, waren bald ausgesogen und mußten sich an vielen Orten für unfähig erklären länger die Einquartierungslast zu tragen; so fiel denn die ganze Auflage fast ausschließlich auf den ruhigeren und conservativeren Theil der Bevölkerung, der durch das Regiment der vierzig Tage schon gehörig in Anspruch genommen war, und nun die Aussicht hatte in der Restaurationsperiode vollends ausgepreßt zu werden. Daß dieß Verhältniß auf die Stimmungen nicht günstig wirkte, läßt sich denken; und die Stimmungen sind eben trotz allem was Blindheit und halbofficielle Wohldienerei vom Gegentheil sagen mag, noch immer schlecht genug. Es ist wahr, es lassen sich die alten vormärzlichen Stimmen wieder lauter vernehmen und führen in unserer Presse allein das Wort, da den andern der Mund zugebunden ist; ja sie gebärden sich bisweilen, nachdem sie im März 1848 rasch die neuen Farben aufgesteckt um sie später ebenso rasch wieder abzulegen, als hätte ihre Weisheit und ihre Consequenz allein noch das Capitolium des Staats retten können. Gleichwohl wird kein verständiger Mann nach diesen zudringlichen Stimmen die allgemeine Physiognomie des Landes beurtheilen wollen; so wenig als wir in dem tactlosen Servilismus des politischen Philisterthums, wie er sich jetzt bisweilen kundgibt, einen Umschlag der öffentlichen Meinung in Baden erblicken möchten. Derselbe Troß, der sich jetzt bis zum Ekel in Lobeserhebungen preußischer Herrlichkeit und Größe erschöpft, hat vor 18 Monaten den wildesten Adressen an den „gekrönten Wütherich" in Berlin zugestimmt, im stolzen Bewußtseyn auf badische Größe und Selbgenügsamkeit hundertmal dem „bornirten Preußenthum" den Fehdehandschuh hingeworfen, und erst später durch den Augenschein sich überzeugt „wie groß Preußen eigentlich sey." Auf denn schwankenden Flugsand dieser politischen Gesinnungslosigkeit wird man hoffentlich den neuen Bau in Baden nicht aufrichten wollen; man wird in dem wieder dreister werdenden vormärzlichen Servilismus und der nachmärzlichen Piepmeierei nicht die öffentliche Meinung erblicken wollen, deren Unterstützung zu dem schwierigen Werk vor allem nothwendig ist. Die Masse derer — das muß man so öfter wiederholen, je eifriger es die Restaurationsleute zu vergessen suchen — die den großen Haufen unserer Revolutionsmänner ausgemacht haben, ist gerade so verständig wie zuvor; sie sind eines geordneten staatlichen Zustandes und der politischen Zucht gerade so entwöhnt wie vor der Restauration. Die Furcht und der Schrecken hält die bösen Gelüste im Zaum, aber sie sind nach wie vor vorhanden. Die Putschgedanken sind noch keineswegs überwunden, die zur andern Natur gewordene Gewohnheit der kleinen Wühlerei und Hetzerei läßt sich trotz Kriegszustand und Standrecht keineswegs ganz bewältigen. Erst in jüngster Zeit haben einzelne Fälle wieder bewiesen daß man im Lager der Rothen die Hoffnung keineswegs aufgibt auch mit der neuen Besatzung dieselben Experimente der „Aufklärung" vorzunehmen wie mit der alten. Diese Dinge haben sich unter dem Kriegszustand nicht gebessert; es sind nur momentan die Ausbrüche der Zügellosigkeit niedergehalten worden. Um so näher liegt für jeden der sich durch Sentimentalität ebensowenig als durch Rachegefühl bestimmen läßt, die ernste Frage: ob eine längere Fortdauer der Ausnahmszustände überhaupt die Dinge besser machen wird? Unsere Angstpolitiker sind freilich keinen Augenblick im Zweifel daß Belagerungszustand und Standgerichte die unentbehrlichen Garantien der öffentlichen Ordnung in Baden sind — aber sie müssen sich gleichwohl selber gestehen daß von den moralischen Wirkungen dieser radicalen Restaurationsversuche bis jetzt wenig zu spüren ist, und das öffentliche Urtheil, wenigstens die Unbefangenen und Aufrichtigen, die längere Fort-

dauer der Blutgerichte mit Widerwillen statt mit Genugthuung betrachtet. Zudem sprechen so gewichtige Bedenken gegen die Verlängerung der jetzt herrschenden Ausnahmszustände daß es im Interesse der Restauration selbst dringend geboten scheint ein Ziel zu setzen. Diese Zustände schrecken, aber sie bessern nicht — diese Erfahrung könnte man in den letzten drei Monaten doch gemacht haben. Diese Ausnahmsgesetze verewigen den unnatürlichen innern Kriegszustand einer Staatsgesellschaft, die man denn doch heilen und restauriren will. Sie ziehen im Volke eine Verbissenheit und eine Tücke groß, die nur um so stärker ausbrechen wird je länger die Elemente der Gährung gewaltsam niedergehalten waren. Sie schüchtern ein, ohne auch nur irgendwo gesetzlichen Sinn und gesunde Begriffe von staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung wieder zu erwecken. Im Gegentheil, das Regiment der Willkür und Ausnahmsgesetze kann die politische Demoralisation nur befördern, und muß die Rückkehr zu einem geordneten Zustand von Tag zu Tag mehr erschweren. Eine der wichtigsten Ursachen unserer badischen Katastrophe war ja eben die gewesen daß unser Volk nie recht gewöhnt worden war die Herrschaft des Gesetzes kennen und achten zu lernen. Wir hatten schon vor 1848 eine Menge vortrefflicher und freisinniger Gesetze, aber wir hatten daneben eine unaufrichtige Regierungspolitik und eine von ihr beherrschte Bureaukratie, welche diese trefflichen Bürgschaften wieder illusorisch machte. Das wohlthätige einer regierenden Gewalt, die Nothwendigkeit polizeilicher Ordnung und Strenge hat unser Volk nie kennen lernen, weil seit Jahren die Thätigkeit der Regierung und Verwaltung, wo sie nicht schon durch die Schreiberei absorbirt war, in kleinen Pascha-Chicanen und Polizeiappalien ganz willkürlicher Art aufging. Als wir nach dem März 1848 eine constitutionelle Regierung erhielten, fehlte es an den mittleren und untern Gliedern der Verwaltung um eine solche Regierung zu kräftigen und zu stützen, und es folgte jene Periode der Auflösung, die von gouvernementaler Willkür vorbereitet, von demagogischer Gesetzlosigkeit vollendet war — für die aber jetzt, wir wissen nicht ob mehr aus Unverstand oder aus bösem Willen, einzig und allein das im Mai gestürzte constitutionelle Ministerium verantwortlich gemacht zu werden pflegt. So ist unser unglückliches Land von dem bureaukratischen Willkürregiment zum revolutionären vorbereitet und großgezogen worden; wir glauben nicht daß es unter der Zuchtruthe der Martialgesetze und militärischen Willkür genesen wird. Vielmehr scheint es uns eine unvermeidliche Bedingung jeder innern und gründlichen Restauration zu seyn daß man sobald wie möglich den Uebergang zu gesetzlichen Zuständen wieder einleite, und je eher je besser das Volk an die straffe aber willkürlose Herrschaft legaler Formen zu gewöhnen suche. Wir wissen es, dieser Versuch ist außerordentlich schwer, aber wir haben auch die feste Ueberzeugung daß er je länger man ihn hinausschiebt, die Schwierigkeit desto größer werden wird. Die Vorliebe für Martialgesetze, die wir jetzt vielfach unter der ruhesüchtigen Bevölkerung laut werden hören, hat nur dann einen Sinn wenn man diesen Zustand der Dinge in Baden verewigen will; ist dieß nicht der Fall, so wird jede Rückkehr zu normalen Zuständen um so gefährlicher, je länger man die Bevölkerung von gesetzlichen Verhältnissen entwöhnt hat. Der Uebergang wird schwierig seyn, aber einmal muß er erfolgen; verzweifelt man an der Möglichkeit ihn mit den vorhandenen Mitteln, die im Lande und Volk liegen, anzubahnen, so müßte man lieber den Versuch ganz aufgeben einen badischen Staat als solchen zu restauriren.

Südtirol.

△ **Vom Gardasee,** Ende Sept. Mache es einer den Menschen einmal Recht! Das neue Gemeindegesetz und die in der Geburt begriffene Organisation der Behörden nach den freiesten Mustern hat hier die Meinung erweckt, das Ministerium wolle durch alsbaldige Belebung dieser neuzeitlichen Institutionen die märzlichen „Errungenschaften" ad absurdum treiben und den Völkern den demokratischen Katzenjammer methodisch beibringen. So bizarr diese Idee seyn mag, bezeichnet sie mit großer Deutlichkeit die hierländische Auffassung der letzten Bewegung in und außer Oesterreich. Man kann hier auf tausend Seelen kaum einen ächten Constitutionellen rechnen: es gibt nur Welsch- und Deutschgesinnte, Italiani und Tedeschi wie man sie im gemeinen Leben, Progressisti und Retrogradi wie sie die eine Partei sehr listig, oder Narren und vernünftige Leute wie sie die andere sehr anmaßend nennt. An Gesetze welche der Willkür und der Anarchie in gleichem Maße steuern, an eine wahrhaft freie, würdige Vertretung denken wenige. Die einen werfen mit den abgenützten Redensarten von Nationalität, Gleichheit und Brüderlichkeit um sich, ohne auch nur beiläufig deren Tragweite zu ermessen; die andern möchten heute lieber als morgen in den alten Stall, an die gewohnte Krippe, zum gesunden, seit den erlebten Stürmen auf offener Weide gar werth gewordenen Metternich'schen Futter zurückkehren. Ueber das neue Gemeindegesetz, das Schooßkind Stadions, kann nur der Erfolg richten. Eines ist gewiß: schlechtere Früchte als das jetzt bestehende, worin allgemeines Stimmrecht und bureaukratisches Commando, Proletariat und Mandarinenthum sich brüderlich die Hand reichen, wird es sicherlich nicht tragen. Mit der neuen „Gliederung" der Gerichte und der verkündeten politischen Verwaltung haben wenigstens die Beamten nicht Ursache unzufrieden zu seyn, denn sowohl ihre Zahl als die Gehalte werden vermehrt statt vermindert, und die Titel sind sogar vollklingender als bisher. Darüber ist großer Jubel in Israel, und die Spießbürger der Städte fangen allmählich an sich mit dem Ministerium Schwarzenberg auszusöhnen. Was das Land dabei gewinnt ist eine andere Frage. Wir hatten an den vorhandenen Beamten mehr als genug, und hofften durch die neue Ordnung der Dinge sogar einiges daran zu ersparen. Vermehrung der Ausgaben ist unbedenklich wenn die Einnahmen in gleichem Verhältnisse steigen. Hr. v. Krauß hat schon vor 15 Monaten verkündet die Monarchie habe ungeheure Hülfsquellen, man brauche sie nur „fließend" zu machen. Versteht der Finanzminister darunter die Aufgabe jeder vernünftigen Verwaltung dem Bürger den Absatz seiner Erzeugnisse wenigstens nicht zu erschweren, so werden die unsrigen lange nicht „fließen." Nicht genug daß die tauben Ohren der vormärzlichen Mächte gegen unsere Jeremiaden über Unverkäuflichkeit der Weine auf die nachmärzlichen ungeöffnet übergingen, sendet uns der Himmel noch den Aufschlag in Kollmann, den glorreichen Frieden mit Sardien, und den Handelsvertrag mit Parma und Modena, lauter Dinge wodurch Südtirol vom Regen in die Traufe kommt. Die Zoll-Linie an der Gränze der Weincultur haben wir unserm Landtag zu verdanken, der, von Südtirolern nicht beschickt, leicht faßlicher Weise sich um die Interessen der „Rebellen" nicht viel kümmerte. Der Olymp hinter dem Berg Isel wird zwar seit bald einem Jahre mit Vorstellungen bestürmt, mag aber eher an seine Bequemlichkeit als an das Wohl und Weh der „selbigen Welschen" denken. Sardinien erntet jetzt billiger Weise den Lohn seiner freundnachbarlichen Gesinnung, und führt den Wein unter einem kaum nennenswerthen Zolle in die Lombardei ein. Dadurch wird das Product der venetianischen Provinzen zurückgestaut in unsere an Wein schon überreichen Thäler. Dieselbe Wohlthat erzeugen uns die lieben Nachbarn von Modena, und wir haben von den „Errungenschaften" einstweilen nur das Ringen mit dem Vacuum in unseren Säcken. Das tiefe Ungarn allein, wo man zwar Republiken aber keine Straßen zu bauen versteht, und das Getreide zeitweise in den Speichern verfaulen läßt, liefert ein Gegenstück zu unserem unglücklichen Winkel der, hart an der Gränze rebenloser kornreicher Ebenen, im Weine schwimmend verhungert. Wie sollen nun unsere Hülfsquellen „fließen"? Hr. v. Krauß lebt zwar auf dem besten Fuße mit dem Volke Gottes, ein Moses aber ist er nicht, und wenn es eine Weile so fortgeht, so wird nur eines unversiegbar „fließen", nämlich Thränen. Weil ich von Thränen spreche, erlauben Sie mir einige auf das frische Grab der nach achtmonatlicher kümmerlicher Existenz an Mangel der nothdürftigsten Nahrung allzufrüh verblichenen Gazzetta di Trento fallen zu lassen. Von 400 Abonnenten blieben ihr im zweiten Halbjahr nur 180 treu, und so hatte sie wenigstens den Trost gleichzeitig mit der vielgeliebten Venezia, nicht den Keulenschlägen der Gewalt, wohl aber dem bösen Hunger zu erliegen. „Das ist das Loos des Schönen auf der Erde"!

Die Gutsbesitzer und die Bauern in Galizien.

* **Aus Galizien,** im Sept. Gottlob unsere Ernte ist bis auf weniges eingebracht, und unsere bösen Ahnungen, die immer mehr zu Tage tretende Böswilligkeit und Trägheit der Landleute dürften das Zugrundegehen großer Fruchtmassen zur Folge haben, sind nicht in Erfüllung gegangen. Freilich mußten erst diese Trägheit und diese Unwillfährigkeit unserer Bauern überwunden werden durch übermäßig hohe Arbeitslöhne, an denen selbst eine Regelung der Arbeit nach socialistischen Principien wohl wenig mehr zu bessern fände; freilich hatte auch der von unserm Landeschef noch unterm 12 Jul. erlassene Aufruf bereits hie und da seine Wirkung gethan, so daß die in Folge der Ministerialverfügung vom 28 Jul. ergangene Erläuterung desselben, wonach die angedrohten Zwangsmittel in keinem Fall angewendet werden dürfen, auf die bereits in Angriff genommenen Arbeiten wenig störend einzuwirken vermochte, sonst stünde es schlimm um unsere Ernte. Dennoch müssen wir es beklagen daß viel überreife Feldfrucht allzulange auf den Halmen gestanden, viel gemähte allzulange in Schwaden liegend, den Regengüssen und der Verschleppung ausgesetzt bleiben mußte. Man tröstet sich leicht wegen eines erlittenen kleinen Schadens, wo ein größerer zu befürchten stand; und so würden auch wir den unsrigen leicht zu verschmerzen wissen, wenn wir uns nur irgendwie überreden könnten daß er unvermeidlich, daß er eine absolute Nothwendigkeit gewesen. Dem ist aber nicht so. Man hat es unserm Landeschef und den Dominical-Grundbesitzern zum Vorwurf gemacht daß

sie, mit der Stimmung des Landvolkes vom vorigen Jahr her bekannt, nicht in Zeiten für die Bergung des heurigen Feldertrages in anderer Weise Sorge getragen, etwa durch Schließung förmlicher Verträge mit den einheimischen Bauern oder durch Herbeiziehung solcher aus den benachbarten Provinzen oder Staaten. Dieser Vorwurf stellt sich bei gehöriger Würdigung der hierländigen Verhältnisse als ganz ungerecht heraus. Es ist leichter gesagt als gethan unsere Bauern zu bewegen ihre Namen oder ihre Kreuzzeichen unter einen Vertrag zu setzen bei welchem die weiland Grundherrschaft der andere paciscirende Theil ist, und kamen auch hie und da dergleichen Verträge zu Stande, so weigerten sich die Bauern hinterher hartnäckig denselben nachzukommen, so daß gegen dieselben erst im Wege Rechtens der Proceß angestrengt werden mußte, und da würden die Kläger schön ankommen, wenn sie mit der Ernte bis zur Entscheidung all dieser Rechtshändel warten müßten! Gleich wenig praktisch ausführbar erweist sich das auf dem Papier nicht minder gut sich ausnehmende zweite Auskunftsmittel: die Herbeiziehung fremder Arbeiter aus den angränzenden Provinzen oder Staaten. Mit erstern können wohl nur Ungarn und Schlesien, wie mit letztern nur Rußland gemeint seyn. Rußland ist aber lange nicht so reich an Arbeitskräften um solche ohne dringende Noth vermindern zu wollen, und wenn auch — da dort noch die Zwangsrobot besteht — die Grundherren durch eine unverhältnißmäßige Vergütung bewogen werden könnten ihre Leute von der heimischen Arbeit weg und über Land zu schicken, so würde doch die russische Regierung, die ihren andern Unterthanen nur ungern, den Bauern aber niemals auch nur einen zeitweisen Aufenthalt im Auslande gestattet, diesen am wenigsten unter den gegenwärtigen Umständen erlauben bei hierländigen polnischen Grundbesitzern und Pächtern Arbeit zu nehmen. Die nöthigen Feldarbeiter aus Ungarn kommen zu lassen hätte sich, in diesem Jahr wenigstens, keiner beikommen lassen, während Schlesien allein — da seine armen Weber und sonstigen zum Feldbau unanwendbaren Fabrikarbeiter hier nicht in Rechnung gebracht werden können — die erforderliche Anzahl Hände, zumal nach dem bei hundert Meilen entfernten Osten Galiziens, der eigentlichen Kornkammer des Landes, zu liefern gewiß nicht im Stande wäre. Bei der geringen Anzahl von Wohngebäuden die unsern Grundherren gewöhnlich zur Verfügung stehen, wäre es überdieß fast unthunlich so viele Gäste zu beherbergen, auch dürften Conflicte zwischen diesen fremden und den einheimischen Bauern unvermeidlich und von den bedenklichsten Folgen seyn, und wollten sie sich gar bleibend hier niederlassen, so würden wir, bei hoffentlich wiederkehrender Arbeitslust unseres Landvolkes, ein Proletariat zur Last haben, dessen fortwährende Beschäftigung und Ernährung unserm industriearmen Lande keine geringen Verlegenheiten bereiten würden. War es nun bei so bewandten Umständen und nachdem die Gefahr einmal da war, nicht die Pflicht der Staatsverwaltung vermittelnd und helfend einzuschreiten? Und dazu hätte, unserer Ueberzeugung nach, der erwähnte Aufruf unseres Landespräsidiums, ohne daß die angedrohten Zwangsmittel wirklich in Anwendung zu kommen brauchten, vollkommen ausgereicht, wenn dessen Wirkung nicht theilweise gelähmt worden wäre durch die nachgefolgte Erläuterung. Beide, Aufruf und Erläuterung, oder die der letztern zu Grunde liegende Ministerialverfügung, sind von der öffentlichen Presse (Wiener Presse vom 31 Jul. und 8 August, Allg. Zeitung vom 4 August, Ostdeutsche Post vom 9 d. M.) vielfach, doch unseres Dafürhaltens nirgends erschöpfend und vom rechten Standpunkt aus besprochen worden. Es sey uns daher erlaubt den eigentlichen Kern der Frage, die Zwangsandrohung, nach ihren vierfachen Gesichtspunkten, dem der *Nothwendigkeit*, des *Rechtes*, der *Politik* und des *Constitutionalismus* zu beleuchten.

Daß die Maßregel *nothwendig* war, liegt klar am Tage. Denn da durch die ungeheuren Getreideausfuhren theils für die Armeen in Ungarn, theils aus Speculation ins Ausland alle Vorräthe im Lande fast ganz aufgeräumt sind, und sich auch Spuren einer sporadischen Kartoffelfäule hie und da zu zeigen anfingen, so mußte, um einem im Lande selbst schon fühlbar werdenden Mangel und dem in andern von der Natur in dieser Beziehung minder gesegneten, oder in Folge des Krieges mit namhaften Ausfällen heimgesuchten Provinzen des Kaiserstaates drohenden Nothstand abzuhelfen, dann im Hinblick auf die für die Integrität des Kaiserreiches kämpfenden Armeen bei Zeiten auf die Sicherstellung der Ernte Bedacht genommen werden.

Ob die Maßregel *gerecht* war, muß nach dem Staatsrecht bejaht werden. Der Genuß aller Rechte und Vortheile eines Staatsbürgers bedingt nothwendig die gleichmäßige Erfüllung aller Pflichten und Tragung aller Lasten welche das Staatswohl erheischt. Nun stehen aber die derzeitigen Leistungen der Landleute in Vergleich mit denen anderer Reichsbürger durchaus in keinem Verhältniß zu ihrem Besitz und Erwerb. Eine durch die Umstände gebotene, zudem nur temporäre und entgeltliche außerordentliche Leistung wie die fragliche, steht daher zum mindesten in gleicher Reihe mit Expropriationen zu Gunsten privatlicher Eisenbahn- und Canalbauunternehmungen, insofern sie gleich diesen mittelbar zur Förderung von Staatszwecken beiträgt; insofern aber der Staat selbst mit einem seiner wichtigsten Interessen, mit der Erhaltung seiner Wehrkraft, dabei betheiligt und Gefahr am Verzug ist, dürfte eine derartige Leistung füglich der Einquartierung, Vorspannsleistung und sonstigen in Staatsnothfällen mit Recht so oft beanspruchten Naturalprästationen gleich zu achten seyn. In dieser Hinsicht könnte unser Landvolk, wie schon ein Correspondent der Ostdeutschen Post richtig bemerkt hat, um so weniger über ungleichmäßig und ungerechte Inanspruchnahme klagen, da die galizische Landesregierung bei dem plötzlichen und dringenden Anmarsch der russischen Hülfstruppen sich veranlaßt gefunden den nöthigen Mund- und Futterbedarf um karg bemessene Preise gegen und künftige bis dato nicht erfolgte Abzahlung aus herrschaftlichen, nicht aber aus den Rusticalvorräthen im Requisitionswege herzuschaffen.

Vom *politischen* Standpunkt betrachtet kann die Verfügung nur gebilligt werden. Der galizische Landmann ist erst vor kurzem aus dem Zustande der tiefsten Abhängigkeit heraus in den Vollgenuß bürgerlicher Freiheit getreten, auf einmal Herr seiner Zeit und seiner Handlungen geworden. Auf der niedrigsten Stufe der Gesittung stehend, ohne alle Erziehung, ja ohne die Mittel der Erziehung ist er außer Stande von den ihm so unerwartet zugefallenen kostbaren Gütern den rechten Gebrauch zu machen. Unbekannt mit den feinern Genüssen cultivirterer Stände, reich an Mitteln seine einfachen Bedürfnisse mit geringer Anstrengung vollauf zu befriedigen, von Natur träge, und darin durch die leicht erklärliche Renitenz gegenüber seinem ehemaligen Grundherrn, dem einzigen Arbeitgebenden im Orte, bestärkt, entbehrt er aller innern und äußern Nöthigung zur Arbeit. Es frägt sich nun ob es politisch räthlich wäre so viele Arbeitskräfte des Staates feiern zu lassen, zumal in so dringenden Augenblicken wie die zur Zeit der Ernte waren? Ja ob es nicht vielmehr geradezu gefährlich wäre diese jedes sittlichen Halts entbehrende, dem verthierenden Branntweingenuß aufs leidenschaftlichste ergebene zahlreichste Classe der Bevölkerung so ganz sich selbst dem Müßiggang und all den Lastern und Ausschweifungen in dessen Gefolge zu überlassen und preiszugeben? Zum mindesten scheint uns dieß gefährlicher als die von der „Presse" befürchteten Folgen des angedrohten Zwanges, welcher zwar ohne Gefahr angewendet werden könnte, aber, wie bereits angedeutet, nie wirklich in Anwendung zu kommen brauchte, indem der galizische Bauer, bei all seinen sonstigen Mängeln, eine so aufrichtige Ergebenheit und Anhänglichkeit gegen die Regierung an den Tag legt daß ein Widerstand gegen deren Befehle von seiner Seite in den Bereich des Unmöglichen gehört. Der Aufruf des Landespräsidiums hätte demnach außer der Erreichung des Hauptzweckes, auch die wohlthätige Folge: dem Landmanne würde dadurch die wichtige Lehre lebhaft vor Augen geführt daß Arbeit in seinem Berufe zwar ein Act des freien Willens, doch ein sittliches Gebot sey, dessen Beobachtung unter gewissen Umständen auch von der Staatsverwaltung überwacht werde.

Inwiefern die Maßregel mit dem Constitutionalismus collidire, will uns am wenigsten einleuchten. Da es feststeht daß die Einbringung der Ernte heuer fast unmittelbar die wichtigsten Interessen des Staates berührt, so ist nicht einzusehen warum die hiezu nöthigen Kräfte nicht ebenso zwangsweise aufgeboten werden könnten wie zur Landesvertheidigung, Vorspann, Straßenbau ɔc. — Leistungen welche die Praxis in allen constitutionellen Staaten als mit den constitutionellen Grundsätzen recht wohl vereinbar gelten läßt.

So sehr uns aber auch der von unserm mit den Zuständen und Bedürfnissen dieser Provinz wohlbekannten Landeschef in gerechter Würdigung der Zeitverhältnisse und im wohlverstandenen Interesse des Staates erlassene Aufruf nach dem Vorstehenden vollkommen gerechtfertigt erscheint, so müssen wir doch, den vom Ministerium dagegen erlassenen Widerruf und den uns daraus zugegangenen Schaden als ein fait accompli hinnehmend, die wohlmeinende Absicht des Ministeriums anerkennen und demselben wenn auch nicht der Sache, doch des Princips wegen warmen Dank zollen für den aus Anlaß des ihm durch den bezogenen Aufruf gefährdet scheinenden „Grundsatzes der Gleichstellung aller Staatsbürger und jedes Grundes und Bodens" bethätigten Ernst und Eifer, womit es entschlossen ist einzustehen für die Wahrung und Aufrechthaltung der Grundsätze der Gleichberechtigung, und Europa zu überzeugen *daß in Oesterreich die Constitution eine Wahrheit geworden*.

H. A.

Madrid im December 1846.

(Aus v. Quandts Beobachtungen ɔc. auf einer Reise durch Spanien.)

— Noch aus Sevilla schrieb ich von blühenden Rosen, und bald darauf sah ich in Madrid einige Schneeflöckchen vom Himmel herabschweben;

worüber sich jedermann entsetzte. Es ist hier alles anders als in den übrigen Hauptstädten Spaniens, und wie ich es fand, will ich versuchen zu schildern. Man steht hier viel später auf, und um Mittag einen Besuch zu machen ist unanständig früh. Die ersten Wagen welche durch die Straßen rollen, gehören den Aerzten, und nach deren großer Anzahl möchte man Madrid für einen sehr ungesunden Ort halten. Andere Personen machen vor 3 Uhr keine Besuche, und da jedermann diese Gewohnheit beobachtet und die ganze Stadt auf den Straßen herumfährt, so findet man niemand zu Hause und tauscht nur Visitenkarten für Visitenkarten ein, worin vor Weihnachten die Madrider Geselligkeit besteht, denn nur der französische Gesandte sieht Gesellschaft und der Bankier Salamanca, die andern Häuser öffnen sich erst zum Carneval. Doch es ist eben 2 Uhr, und es ist Zeit sich ins Herz von Madrid zu begeben um diese Stadt am schnellsten kennen zu lernen, ich meine nach der Puerta del Sol, einem Platze wo die Straßen aus allen Gegenden der Stadt hinführen, und von wo aus sich aller Verkehr verbreitet. Ehe man zu demselben kommt, findet man an beiden Seiten der Calle di Carmine elegante Läden voll der prachtvollsten Stoffe von Seide, besonders Tücher von chinesischem Krepp mit den seltsamsten Stickereien. Auf der Puerta del Sol selber ist nichts von einem Thor zu sehen. Unter den vielen Straßen die hier zusammenlaufen fallen die von Alcalà, von S. Geronimo und die Calle Farreta besonders in die Augen. Die breiteste und regelmäßigste ist die von Atocha, länger ist die von Alcalà, auch lebhafter und reicher an Prachtgebäuden, die Akademie der bildenden Künste z. B., die Mauth, das Haus der Peninsula und der Generale, und das prächtige Schweizer Kaffeehaus, und da die heitern Blicke der jungen Königin alles mit neuem Muth beleben, so werden in der ganzen Stadt, und besonders in dieser Straße neue Häuser gebaut. Wenn man nach den Beobachtungen im übrigen Spanien urtheilen dürfte daß es in diesem Lande keine langweiligen Menschen gebe, so muß man dieses Urtheil in Madrid widerrufen. Die ganze linke Seite der Alcalà ist mit vornehmen und geringen blasirten Menschen bedeckt, welche man recht eigentlich Sonnenbrüder nennen könnte, weil sich hier wohl Tausende im Sonnenschein wärmen. Eine Lotteriebude steht daselbst am rechten Orte, sie macht das Gedränge an dieser Straßenecke unausstehlich. Ein gefälliges Ausweichen und gewandtes sich aneinander Vorüberschmiegen wie in andern spanischen Städten findet hier nicht statt, jeder steht wie angewurzelt, bis die Sonne sinkt und es kalt wird. Um 3 Uhr hören wir ein Geräusch wie von fernem Donner. Ein Piket Cuirassiere mit funkelnden Helmen, strahlenden Harnischen und blanken Schwertern stürmt vorüber. Diesem folgt ein mit acht Maulthieren bespannter offener Wagen, so schneidend die Luft auch seyn mag, und in diesem ist die Königin. Sie grüßt freundlich nach allen Seiten, und ihr heiterer Blick hat etwas sehr einnehmendes. Sie ist nicht schön, aber sehr hübsch, und hat einen feinen Teint, was in Madrid eine Seltenheit ist. Dann folgt ein zweiter offener Wagen, und in diesem befindet sich der König. So beweglich wie die Königin ist, ebenso starr ist Se. Maj. der König; er beobachtet eine senkrechte Linie. Die Königin scheint in einem ewigen Frühling zu leben, denn sie ist immer sehr leicht gekleidet; der König aber repräsentirt den Winter und ist ganz boutonné. An jeder Seite des Wagens reiten vier Stallmeister. Es folgen nun mehrere Wagen mit Herren des Hofs, und ein zweites Piket schließt den Zug welcher pfeilschnell vorüberrauscht. Bei schönem Wetter ist ein Gewirr von Reitern und Wagen auf der Alcalà daß fast die zehn Wagen breite Straße zu eng wird. Alles strömt nach dem Prado und Buen Retiro. Dieß war zu den Zeiten des geistreichen, aber sorglosen Philipps IV der Sammelplatz der Gelehrten, Künstler und Dichter. Jetzt ist der sogenannte Salon de las Reynas eine Rumpelkammer für altes Gerölle. Der Prado, welcher bei der Puerta de Recoletos seinen Anfang nimmt, an Buen Retiro und dem königlichen Museum vorüberführt und bei der Puerta Atocha endigt, ist ein an vielen Stellen aus sechs Alleen bestehender Spaziergang. Die Beobachtungen welche man in der sehr gemischten Gesellschaft die sich in diesen Alleen auf und abbewegt, zu machen Gelegenheit hat, sind überaus unterhaltend. Erst ist es der Nationalstolz des Castiliers, und sodann der individuelle Stolz jedes einzelnen welche in Collision kommen, und die wunderbarsten Zustände herbeiführen. Jeder Castilier hält sich dem andern für ebenbürtig, und besucht daher am Sonntag den Prado, wenn er nicht zu dürftig ist daß er durch seine Kleidung als Bettler erscheinen würde; allein ein jeder möchte sich gern noch persönlich auszeichnen und über den andern erheben. Die Reichen lassen ihre Equipagen auf und abfahren, indeß sie selbst in den Alleen auf herbeigebrachten Stühlen sitzen und die Spaziergänger betrachten, wodurch sie sich das Ansehen geben als wären sie bloß Zuschauer, aber nicht fungirende Personen. Wer jedoch keine Stühle bekommen konnte, nimmt mit den Marmorsophas vorlieb welche diesen kolossalen Salon möbliren, und es ist zu verwundern wie die Damen en paruro es bei scharfem Wind und kaum 2 Grad Wärme aushalten können. Zwischen diesen Sophareihen wogt nun ein Schwarm von eleganten jungen Herren hin und her, und zwischen den Wagenreihen eine Reihe von Reitern welche nach Belieben ihrer Pferde sich einherbewegen. Auch die Mutterliebe macht sich im Prado bemerkbar, denn die jungen Damen in Madrid wetteifern in der Auswahl der schönsten Ammen für ihre Kinder, und putzen diese Landmädchen mit Beibehaltung von deren Nationalkleidung auf das prachtvollste heraus. Sie tragen meist schöne seidene Kopftücher statt der Mantille der Städterinnen, knapp anliegende Corsets von hellgrünem Sammt und feurrothe Röcke von dem feinsten Kaschmir, unten mit Streifen von goldnen Tressen und schwarzem Atlaßband besetzt. Die vielfarbige seidene Schürze ist mit Gold gestickt, und golddurchwebte Bänder mit welchen sie gebunden ist, hängen bis auf die Fersen herab. In Spanien betteln die Armen höchst selten; sie erwarten daß man ihnen gibt. In dieser Erwartung stand täglich auf der Alcalà ein armes Kind. Das Mädchen war kaum zehn Jahre alt, und schon hatte die Noth den jungen Zügen einen Ausdruck von tiefem Kummer eingeprägt. Diesem Kinde war ich gewohnt täglich einige Cuartillos zu geben, ich griff mechanisch in die Tasche, in welcher ich die Kupfermünzen hatte, und gab sie hin ohne sie anzusehen. Einmal kam mir das Kind nachgelaufen und sagte: „Ew. Herrlichkeit geben mir täglich einige Cuartillos, aber heute befand sich aus Versehen zwischen dem Kupfer ein großes Silberstück. Hier haben Sie es wieder."

Die armen Kinder erinnern hier an die Weihnachtsfreude. **El mercado de la buena noche** (Christmarkt) ist ein wahres Armkinderfest. Noch ist dieser Markt in Madrid in seiner völlig unschuldigen kindlichen Freude. Die Verkündiger dieses Festes sind die Gallipavos. Heerden von vielen hundert Truthünern kommen schon acht Tage vor Weihnachten nach Madrid gezogen. Der Brennpunkt der Weihnachtsfreuden aber ist ein kleiner unregelmäßiger Platz am Anfang der Atochastraße. Die Waaren sind hier alle auf dem Straßenpflaster ausgelegt, und das theuerste Stück kostet höchstens einen Real. Man verläßt diesen Ort betäubt von dem Gebrüll der Zambombas und dem Geklätscher der Castañetas. Die Plaza mayor bietet Genüsse anderer Art dar. Dieser von Säulenhallen eingeschlossene große Markt liegt voll goldener Berge (Orangen); unter den Colonnaden stehen die Bänke der Zuckerbäcker aus ganz Spanien, welche die gewürzhaftesten Marzipane und die süßesten Marmeladen darbieten, die, fest eingesotten, in Schachteln versendet werden. Hinter hellen Spiegelscheiben erblickt man schön angeputzte Enten, fette Kapaunen, reizende Poularden, entzückende Perlhühner, niedliche Wachteln, jedes Stück wohl gerupft und zu Braten fix und fertig, Schinken von der zarten Röthe der schönsten Wangen, Würste wie Marmor, Käse so goldgelb wie Ambra, Stücke frischer Butter, welche in crystallenen Schalen schwimmen. Die Zeit des Mittagessens ist 5 Uhr. Dabei lernen wir die spanische Kochkunst kennen. Soweit auch Madrid von den Küsten entfernt ist, so sind doch Seefische der Triumph einer vorzüglichen Küche, welche frommen Gourmands Freitags nicht fehlen dürfen. Nach Tisch, gegen 8 Uhr, die zweite Visitenzeit. Man sitzt beisammen um ein leicht transportables Kamin von Blech oder ein Brasero. Diese großen Kohlenbecken geben den Damen Gelegenheit ihre Füßchen bewundern zu lassen, weil es Sitte ist solche auf den hölzernen Rand der Kohlenbecken zu setzen. Bei sehr reichen Leuten sind die Braseros ein Gegenstand des Luxus, denn man sieht dergleichen von Silber. Uebrigens ist das Ameublement nicht sehr kostbar, weil es an geschickten Tischlern fehlt. Man findet viele geschnitzte und vergoldete Möbeln, was nicht so theuer ist als von kostbaren Holzarten, weil die Mode oft wechselt. Auch liebt man sehr die Wände mit goldenen Rahmen zu behängen, und darum werden hier Bilder zu den Rahmen, aber nicht Rahmen zu den Bildern gefertigt. Ein großer Luxus wird mit Fußteppichen getrieben. Gegen 10 Uhr pflegt man ins Theater zu gehen. Es gibt deren hier für alle Tagszeiten und Volksclassen. Die kleinern Theater sind die besuchtesten, die große italienische Oper unbedeutend und wenig besucht; im Theater del principe ernste Schauspiele und Calderon an der Tagesordnung, man muß Wochen zuvor einen Platz bestellen für Calderon'sche Stücke Hier auch politische Dramen, in denen jede die Castilier preisende Stelle lebhaft beklatscht wird. Die Königin kommt oft, aber immer erst in der Mitte des Stücks. Eine herrliche tragische Schauspielerin die an die Wolf erinnert. Zum Schluß immer ein Nationaltanz. Es ist in aller Stille ein Ministerialgebäude abgebrannnt. Die Compagnien der Pompiers waren augenblicklich mit allen Löschgeräthschaften bei der Hand, aber niemand commandirte sie zum Löschen. Erst am andern Nachmittag zog in schönster Ordnung die Feuerwache ab, als man überzeugt war daß das Gebäude ausgebrannt und keine Gefahr für die Nachbarhäuser sey. Es ist nämlich zu bemerken daß der Justizminister am Abend vorher seinen Abschied gefordert und erhalten hatte. In Spanien hält man dieß für den hergebrachten Modus der Rechnungsablegung.

Rom.

∸ **Rom**, 29 Sept. So wenig sich im letzten Jahr die Archäologie wissenschaftlicher Pflege bei den Römern zu erfreuen gehabt hat, so günstig ist ihr doch das Geschick gewesen, indem gerade da wo man es am wenigsten erwartete, neue Schätze der Kunst und des Alterthums aus dem Boden Roms ans Licht förderte. Was damals der Zufall brachte oder wenigstens andeutete, das ist man jetzt, wo die Ruhe wiederkehrt, beschäftigt mehr systematisch auszubeuten. Es ist schon früher gemeldet wie wenige Tage vor dem Angriff der Franzosen in Trastevere ein fast lebensgroßes Pferd aus Bronze gefunden ward, welches damals die Aufmerksamkeit jenes Stadttheils fast mehr auf sich zog als der Feind vor den Thoren. Es ist jetzt im Capitolinischen Museum aufgestellt, freilich sehr beschädigt daß eine vollständige Restauration kaum möglich ist; aber namentlich der gut erhaltene Kopf läßt sowohl an äußern Kennzeichen, wie der kurz geschorhen Mähne, als an der Lebendigkeit der Bewegung und Feinheit des Styls die Hand eines griechischen Künstlers nicht verkennen. Jetzt wird man die Ausgrabungen an seinem Fundorte wieder aufnehmen, und da schon mit dem Pferde einige kleinere jetzt abhanden gekommene Bronzesachen, ein Faun, ein Candelaber gefunden wurden, so ist die beste Hoffnung daß man keine vergebliche Arbeit unternehmen wird. Ein wirkliches Ergebniß hat die Fortsetzung an einer andern Stelle bereits geliefert. In der Nähe von S. Maria Maggiore stieß man im letzten Winter beim Neubau eines Hauses zufällig auf antike Wandgemälde, deren mythologischer Inhalt das Lästrygonen-Abenteuer des Odysseus in drei Bildern war. Das vierte jetzt ganz, und das fünfte theilweise aufgedeckte Bild zeigen allbereits daß im Alterthum hier eine vollständige Odyssee gemalt war; wir erkennen in ihnen den Aufenthalt bei der Circe und die Fahrt zur Unterwelt. Der Anfang der Bilderreihe ist leider verloren, von der Fortsetzung aber sicher noch einiges erhalten. Bedeutend ist sie besonders durch das Vorherrschen der Landschaft, welche sich, unbekümmert um die architektonischen Gliederungen welche Bild von Bild trennen, aus dem einen in das andere hinüberzieht. Wir sehen hier recht deutlich wie Vitruv die Verbindung von Topie, Landschaft und Megalographie, historische Malerei verstanden wissen will, für die er unter andern gerade auch die Irrfahrten des Ulysses als Beispiel anführt. Für die Geschichte der Malerei werden sich bei genauerer Untersuchung bedeutende Resultate aus dieser Entdeckung ergeben, die uns eine ganz neue Classe derselben vor Augen führt. Man ist jetzt mit Abnahme der Bilder beschäftigt die bei zwei, schon im Capitol ausgestellten, vortrefflich gelungen ist. Ebenfalls dem Zufall verdankt man die Ausgrabungen an einer dritten Stelle, der südöstlichen Längenseite der Basilika des Trajan. Man fand bei Ausbesserung einer Wasserleitung zwei Inschriften, deren wichtigere ein Diplom der Kaiser Theodosius und Valentinian über Wiederherstellung der Ehren des Nicomachus Flavianus enthält, außerdem große Marmorfragmente. Diese gehören dem südlichsten der drei Eingänge, welche die Basilika auf dieser Seite hatte, an, zu dessen Freilegung jetzt gegründete Hoffnung gegeben ist. Auf dem Forum Romanum ist die Ausgrabung der Basilica Julia, die unter der Republik eifrig begonnen ward, noch immer nicht vollendet. Topographisch ergibt sich bis jetzt als Resultat die Richtigkeit der von Canina in seinem letzten Werke über das Forum aufgestellten Ansicht über die Lage dieses Gebäudes. Von Sculpturen ist nichts, von Inschriften einiges, namentlich ein nicht unbedeutendes Fragment der Fasten eines Priestercollegs gefunden, das seine Versammlungen im Tempel des Jupiter Propugnator auf dem Palatin hielt. Die Verzögerung dieser Ausgrabung hat ihren Grund nur in einem schlecht abgeschlossenen Contract. Das regste Leben herrscht dagegen auf den übrigen Theilen des Forums. Die Municipalität hat einem Theil der brodlosen Arbeiter, deren Unterstützung ihr obliegt, auf diesen Punkt beordert; und damit diese öffentlichen Arbeiten nicht eine Schule des Müßiggangs würden, haben die französischen Militärbehörden die Aufsicht übernommen. Das dolce far niente, wie man es an der frühern, manchem Reisenden gewiß unvergeßlichen Beneficenza studiren konnte, hat damit freilich ein Ende. Dafür ist aber jeden Abend ein sichtbarer Fortschritt der Arbeit zu bemerken, und auf diese Weise kann im nächsten Winter die ganze Fläche des Forum offen gelegt werden. So dankenswerth nun im Interesse der Wissenschaft dieser Beistand der Franzosen ist, so wünschenswerth wäre es daß sie auch für eine würdige Erhaltung der längst offenliegenden Denkmäler gleiche Sorge trügen. Leider ist dieß nicht überall der Fall. Der Fußboden des Tempels der Venus und Roma ist durch die in dem anstoßenden Kloster von S. Francesca Romana casernirten Franzosen in einen der größten unter den schon hinlänglich berüchtigten Immondezzaj Roms verwandelt. Von den schönen Fragmenten granitner Säulen in derselben Gegend haben mehrere gelitten, indem man Massen Stroh neben ihnen angezündet hat. Die untern Räume des Tabularium sind nicht mehr zu betreten. Sie sind im strengsten Sinn des Worts eine Mistpfütze; das gewiß solide Mauerwerk dieses Baues aus der Republik ist nicht im Stande die Feuchtigkeit abzuhalten welche sichtbar äußerlich herausdringt. Die oberen Räume welche im Mittelalter zu Salzmagazinen verwendet waren, zeigen zur Genüge wie sehr der Peperin durch feuchte und ätzende Substanzen leidet, so daß nicht bloß archäologische Empfindlichkeit, sondern die Sorge für die Erhaltung des Gebäudes hier Abhülfe verlangt; die betreffenden römischen Behörden, deren Pflicht es wäre ihr Augenmerk hierauf zu richten, scheinen sich indessen um nichts zu kümmern.

Schweiz.

△ **Bern**, 4 Oct. Heute sind Raveaux und Itzstein, der vor wenigen Tagen seinen 74jährigen Geburtstag feierte, von hier abgereist um in einem andern Lande ein Asyl zu suchen. Die Flüchtlinge wollten ihnen noch ein Ständchen bringen; allein um eine solche Demonstration zu vermeiden, gingen die Scheidenden auf den Kornhausboden, wo gegen 400 Flüchtlinge eincasernirt sind, und nahmen dort Abschied von ihren Unglücksgefährten. Noch immer schwebt über der Ausweisung Raveaux' ein geheimnißvolles Dunkel, und obwohl es jedermann bekannt ist daß ihm Druey nur noch einen dreiwöchentlichen Aufenthalt in der Schweiz gestattete und einen mit dem 21 d. ablaufenden Paß ausstellte, der von dem französischen Gesandten nach Colmar visirt worden, wo ihm dann ein Zwangspaß zur Durchreise durch Frankreich eingehändigt wird — trotz diesem bekannten Sachverhalt hat noch kein Schweizer Blatt auch nur ein Wort über diese Thatsache mitgetheilt. Wie mir scheint ist bei dieser Angelegenheit vor allen Dingen in der Form gefehlt worden, und zwar gegen den unzweideutigen Wortlaut des von der Bundesversammlung sanctionirten Ausweisungsbeschlusses vom 16 Junius. Nachdem nämlich in Artikel 2 dieses Beschlusses in lit. a und b diejenigen politischen und militärischen Chefs mit Namen genannt sind welche sogleich ausgewiesen werden sollen, unter denen sich aber Raveaux nicht befindet, fährt lit. c. fort: „Ausgewiesen werden ferner andere Männer welche eine höhere oder einflußreichere Stellung bei der Regierung oder bei der Armee der Aufständischen eingenommen haben, und deren Namen der schweizerische Bundesrath später bekannt machen werden wird." Die Ausweisung von Raveaux konnte also nur in Folge einer vom Bundesrath vorher erfolgten „Bekanntmachung" vollzogen werden, welches aber nicht geschehen ist. Sollte vielleicht Hr. Druey hierbei ganz auf eigne Faust, ohne Beschluß des Bundesraths gehandelt haben? Itzstein hat zwar einen Paß bekommen welcher auf zwei Monate lautet, aber auch er muß sich in Kolmar stellen. Jacoby ist nach Königsberg abgereist. Willich hat, bevor er die Schweiz verließ, einen Abschiedsgruß an seine Kampfgenossen veröffentlicht, in welchem er die feste Hoffnung eines baldigen frohen Wiedersehens ausspricht. — In Betreff des eidgenössischen Budgets bemerke ich Ihnen: daß die Einnahmen zu 4,171,108 Fr. berechnet sind, wovon die Zölle für neun Monate den Hauptbetrag mit 1,025,000 Fr. abwerfen, indessen nur Rohertrag, welcher durch die Verwaltungskosten im Betrage von 2,574,600 Fr. und die Vergütung an die Kantone mit 745,000 Fr. gerade absorbirt wird. Die Ausgaben sind auf 4,822,524 Fr. berechnet, von denen die Militärausgaben die hauptsächlichsten sind; somit ist ein Deficit von 44,815 L. vorhanden. Die Staatsrechnung des Kantons Bern von 1848 stellt sich auch sehr ungünstig heraus. Die Einnahmen waren 145,000 Fr. geringer als im Budget berechnet worden war; die Ausgaben beliefen sich 622,000 Fr. höher als das Budget vorgesehen hatte. Der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen beträgt im Ganzen 1,036,000 Fr. — Am vergangenen Sonntag fanden in unserm Kanton die Wahlen in das eidgenössische Geschwornengericht statt. Bern hat 408 zu wählen; in der Stadt gingen alle Candidaten der Conservativen durch, vom Lande fehlen noch die genauern Nachrichten. Im Ganzen zeigte sich eine große Theilnahmlosigkeit. — Schon einigemal wurde von der Presse darauf hingedeutet wie trotz des Werbungsverbots fortwährend unter den Augen der Bundesbehörden Werbungen nach Neapel stattfinden und Recrutentransporte abgehen; sogar der Führer dieser Transporte wurde genannt. Im heutigen Tagblatt macht nun ein gewisser Stettler den deutschen Flüchtlingen bekannt daß er von seiner Reise mit ihren Cameraden nach der lombardischen Gränze zurückgekehrt und bereit ist denjenigen die es interessiren mag, heute noch in seiner Wohnung von seiner zweiten Abreise nach der lombardischen Gränze Auskunft zu ertheilen, und auch neuerdings Reiseaccorde dorthin abzuschließen; es hätten sich bereits mehrere zur Abreise gemeldet, mit denen auch Contracte abgeschlossen worden seyen.

Dänemark.

Kopenhagen, 27 Sept. Während die Gemäßigten im Lande, und dazu rechnen wir mit Recht auch das jetzige Ministerium, den Frieden

dringend wünschen und zur definitiven Erlangung desselben zu einer Theilung Schleswigs geneigt sind, unter der Bedingung jedoch daß das nördliche Schleswig als Provinz mit Dänemark vereinigt wird, beanspruchen unsere Ultras auf das heftigste die alte Eidergränze und machen in der Presse entscheidend die Ansicht geltend die Friedenspräliminarien vom 10 Jul. dürften auf keine Weise die Grundlage des abzuschließenden Friedens seyn, da die besondere Verfassung, die darin Schleswig vorbehalten wird, von neuen Vereinbarungen zwischen den Kronen Dänemark und Preußen abhängig gemacht und der letztgenannte Staat also gerade zum Schiedsrichter zwischen Schleswig und Dänemark bestellt sey, so daß jede in der schleswigischen Verfassung und Organisation späterhin von Dänemark vorzunehmende Veränderung von Preußen als ein Bruch des Vertrags angesehen werden könne, für den Preußen berechtigt sey Dänemark zur Rechenschaft zu ziehen; durch einen solchen Tractat würde Dänemark aus der Reihe der selbständigen und unabhängigen Staaten scheiden, weßhalb denn diese Partei darauf dringt, „wenn nicht Schleswig ganz und und ungetheilt zur dänischen Provinz gemacht werde, vom ersten Artikel der Waffenstillstandsconvention Gebrauch zu machen, d. h. den Waffenstillstand zu kündigen und den Krieg von neuem zu beginnen." Wir hoffen jedoch daß die Gemäßigten mit ihrer Ansicht durchdringen und dieser für alle Parteien mit so großen Verlusten verbundene Krieg seine Endschaft erreicht hat. (Lüb. Ztg.)

(3606)

Todes-Anzeige.

Unsern entfernten Verwandten und Freunden ertheilen wir auf diesem Wege die schmerzliche Nachricht von dem am 4 October früh nach nur 10tägigem Krankenlager erfolgten Tode unseres geliebten Gatten und Vaters

Joh. Friedr. B. Voß,

großherzogl. Baurath in Freiburg im Breisgau.

Freiburg im Breisgau.

Luise Voß, geb. Engler.
Marie Ecker, geb. Voß.
Alexander Ecker, Prof. in Basel.

(3269—71) Meine Cousine, die verwittwete Regierungsräthin Friderike Schmidt zu Coburg, ist am 28 vor. M. dahier mit Hinterlassung eines Testaments verstorben, in welchem sie ihren Sohn Johann Christian Friedrich Schmidt zum Universalerben eingesetzt hat. Da dieser letztere seit längerer Zeit von hier abwesend ist, ohne von seinem Aufenthalt Kunde zu geben, so bin ich nach der letztwilligen Bestimmung meiner genannten Cousine demselben zum Abwesenheitsvormund bestellt worden, und fordere ich hiermit meinen gedachten Vetter Johann Christian Friedrich Schmidt auf hieher zurückzukehren, und den elterlichen Nachlaß zu übernehmen.

Coburg, am 11 September 1849.

Christian Friedrich Freiherr v. Stockmar.

[3516—35]



Erste k. k. priv. Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft.

Fahrten im October 1849.

Von Linz nach Wien und zurück täglich.
Von Wien nach Preßburg und Pesth und zurück täglich.
Von Pesth nach Semlin (mit Berührung von Esseк und Tittel) Montag und Freitag.
Von Pesth nach Orsova Sonntag und Donnerstag.
Von Orsova nach Galaz in Verbindung mit Constantinopel Mittwoch (und zwar den 10 und 24 auf der wallachischen, den 3 und 17 auf der türkischen Seite.
Von Sisseк auf der Save nach Semlin jeden Sonntag.

[3619]



Main-Dampfschifffahrt.

Tägliche Fahrten der Main-Dampfboote im October 1849.

Von Würzburg nach Aschaffenburg	Morgens 5½ Uhr.
„ Aschaffenburg nach Mainz	„ 5½ „
„ Frankfurt nach Mainz	„ 9½ „
„ Mainz nach Frankfurt	Mittags 1 „
„ Frankfurt nach Wertheim *)	Morgens 5½ „
„ Wertheim nach Würzburg	„ 3 „

*) Nach Ankunft des Schiffes in Wertheim gehen alsbald bequeme Wagen und Omnibus nach Würzburg ab.

Würzburg, am 6 October 1849.

Die Direction.

(3610—11)

Deutsche Zeitung.

Für das Vierteljahr vom 1 October bis 31 December werden Bestellungen auf die **Deutsche Zeitung** baldigst erbeten. **Preis:** im Gebiete der Thurn- und Taxis'schen Post drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 4½ Sgr.; in Sachsen 2½ Thlr.

Als Centralorgan der Partei welche den deutschen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze und Nationalvertretung erstrebt, erscheint die **Deutsche Zeitung** unter unmittelbarer Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses: Heinrich v. Gagern, Max v. Gagern, Hergenhahn, Mathy und Reh. Sie erhält aus allen Theilen des Vaterlandes zuverlässige Nachrichten und Beurtheilungen der Ereignisse und Zustände.

Die **Deutsche Zeitung** eignet sich zur Aufnahme von Inseraten jeder Art. Sie ist in allen Theilen Deutschlands gelesen, wie sie sich auch im fernsten Auslande findet, wo sich irgend Sammelpunkte deutschen Lebens gebildet haben. Für Anzeigen, bei denen es um weite Verbreitung zu thun ist, kann sie daher ganz besonders empfohlen werden. Der Raum einer dreispaltigen Petitzeile wird mit 7 kr. oder 2 Sgr. berechnet.

Frankfurt a. M.

Expedition der Deutschen Zeitung.

[3555] So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Handbuch
des deutschen Staatspapier- und Actienhandels.

Zum Gebrauche
für Capitalisten, Staatsbeamte, Kaufleute und Geschäftsmänner überhaupt.

Von **Ernst Schick.**

Nebst einer Beilage:
Die Verloosungsplane der Staatslotterie-Anleihen.

Gr. 8. geh. 1⅓ Rthlr.

Leipzig. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

[3437] In der Hallberger'schen Verlagshandlung in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig (Augsburg in der K. Kollmann'schen Buchhandlung):

Für Stadt und Land.

Von **Carl Spindler.**

2 Bde. Erzählungen. Preis: 3 fl. 30 kr. oder 2 Rthlr.

[3443] **Für alle Bergleute.**

So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Rittinger, P., der Spitzkastenapparat oder Einführung der Stetigkeit bei der nassen Aufbereitung. Mit Abbild. gr. 8. brosch. (Freiberg, bei Craz u. Gerlach). 18 Ngr.

[3571] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — bei Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Das beste aller Gesellschaftsbücher:

Neuestes Gesellschaftsbuch

für fröhliche Kreise

Enthaltend: **60 Fest- und Gelegenheitsgedichte, — 16 Festreden, — 45 komische Deklamationsstücke, — 68 neue Gesellschaftsspiele, 13 Karten- und Würfelspiele — 45 magische Belustigungen, — 30 Kartenkunststücke, — 140 Charaden und Räthselfragen zur gesellschaftlichen Unterhaltung;** ferner **60 Tisch-, Trink- und Gesellschaftslieder.**

Zu häuslichen Festlichkeiten von Felix Engelmann.

Preis 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

NB. Diess ausgezeichnete Gesellschaftsbuch bietet die Mittel, um Gesellschaftskreise zu erheitern, — Familienfeste zu erhöhen und Scherze und Heiterkeit in traulichen Stunden hervorzurufen.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold u. Sohn in Wien, vorräthig.

[3646] Bei G. A. Grau in Hof ist erschienen und in allen Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu haben:

Steger, B. St., die protestantischen Missionen und deren gesegnetes Wirken. III. Theil 1. Abtheilung. gr. 8. brosch. $7\frac{1}{2}$ Bog. 14 Sgr. oder 48 kr. rhn.

Die erste Abtheilung dieser Schrift unternimmt es vor allem den traurigen, elenden und bejammernswerthen Zustand der Heidenwelt, wie er sich überall findet, in gedrängter Kürze zu beleuchten und zur Anschauung zu bringen. Dadurch daß dieser dritte Theil in zwei Abtheilungen erscheint, wird auch unbemittelteren Lesern der Ankauf dieses Buches erleichtert, und vielleicht erreicht daß die Bekanntschaft mit dem gesegneten Werke der Mission und ihrer Wichtigkeit für die Kirche Christi immer mehr verbreitet werde.

Von diesem Werke ist in demselben Verlage der

1. Theil in 2. Auflage à 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr. rhein.
2. Theil à $17\frac{1}{2}$ Sgr. oder 1 fl. rhn.

und außerdem

Steger, B. St., die evangelische Juden-Mission in ihrer Wichtigkeit und ihrem gesegneten Fortgange. gr. 8. brosch. 15 Sgr. oder 54 kr. rhn. erschienen.

[3444] In allen Buchhandlungen zu haben:

Geinitz, Dr. H. B., das Quadersandsteingebirge oder Kreidegebirge in Deutschland. I. Hälfte mit 6 Tafeln Abbild. gr. 8. brosch. (Freiberg, bei *Craz u. Gerlach*). 25 Ngr.

[3469] Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die schöne Geschichte

vom

neuen Eulenspiegel,

oder:

Eulenspiegel = Perückenmacher.

Auch unter dem Titel:

Der neue Eulenspiegel, oder Deutschland vor hundert Jahren und jetzt. Beschrieben von Eulenspiegel Vater und Sohn, und herausgegeben von Ferd. Röse. 1ster Abschnitt: Eulenspiegel-Perückenmacher. Mit 1 Titelblatt. Kl. 8. br. 48 kr. od. 15 Ngr.

Motto: Die Wirthsleut und die Mädel,
Sagen all zwei beid: „O Weh!"
Die Wirthsleut, wenn ich komme,
Die Mädel, wenn ich geh!

Wer sich in dieser trüben Zeit recht herzlich aufheitern will, der lese den Eulenspiegel. Seite um Seite jagt hier ein Schwank den andern, einer noch lustiger, harmloser, frischer als der andere; ein tüchtiges Gegengift wider alle durch zu viel Politisiren erzeugte Galle.

[3425] Bei Orell, Füßli u. Comp. in Zürich ist soeben erschienen:

Ueber die schweizerische

Münzeinheit.

Von Leonhard Pestalozzi,

8. brosch. 4 Ngr. oder 12 kr.

[1268—73] ***Eau de Cologne Double***

von Carl Anton Zanoli,

k. k. Hoflieferant. 92. Hochstraße in Köln a. Rh.

Goldene Medaille 1848.

(2974—3006) **Brustreiz-Krankheiten.**

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Redlinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

Silberne Medaille 1843.

[3449] Bei G. Reimer in Berlin ist nun vollständig erschienen:

Jean Paul's ausgewählte Werke.

16 Bände. Geh. 8 Thlr.

Inhalt: 1. 2. Die unsichtbare Loge. — 3. bis 6. Hesperus. — 7. Quintus Fixlein. — 8. 9. Siebenkäs. — 10. bis 12. Titan. — 13. 14. Flegeljahre. — 15. Katzenbergers Badereise. — 16. Aus Jean Paul's Leben. Angefangen von ihm selbst. Fortgesetzt von Ernst Förster. Mit Bildniß und Handschriften.

In demselben Verlag erschienen:

Ludwig Tieck's Schriften.

20 Bände. Früherer Preis 24 Thlr. Herabgesetzt auf 10 Thlr.

Anzeigen mit ausführlichem Inhaltsverzeichniß sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

(3461—62) **Für Bibelfreunde**

erschien so eben bei Metzler in Stuttgart:

Reise in das Gelobte Land

von Dr. Phil. Wolff,

Stadtpfarrer zu Rottweil.

Mit einem neuen Plane von Jerusalem.

Taschenformat, geh. 1 fl. 45 kr.

Jeder Bibelfreund wird diese schmucklose und treue Schilderung eines Geistlichen, der nach gewissenhafter Vorbereitung seinen langjährigen Wunsch einer Reise ins Gelobte Land im J. 1847 ausführte, mit hohem Interesse lesen und vielfache Belehrung daraus schöpfen. Wer selbst nach Jerusalem reisen will, dem werden die eingewobenen Winke und Notizen über Entfernungen, Kosten, Reiseerfordernisse, Reisegelegenheiten rc. noch von besonderem Werthe seyn. — Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

(3548) **Ankündigung.**

Allgemeines Zeitungs-Comptoir.

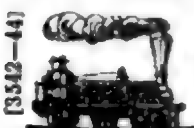
21 Catherine Street, Strand, London.

Ankündigungen werden eingerückt und alle Zeitungen und periodischen Schriften, welche in Großbritannien, Irland und Schottland erscheinen, nach allen Theilen der Welt mit aller möglichen Schnelligkeit und Billigkeit befördert durch WILLIAM THOMAS in seinem Allgemeinen Zeitungs- und Ankündigungs-Comptoir, 21 Catherine Street, Strand, London.

Bibliotheken werden ergänzt. Alle Briefe müssen frankirt seyn.

[2582—601] Ueber die **Privat-Entbindungs-Anstalt zu Ahrweiler** in Rheinpreußen, welche alle Garantien bietet, ertheilt auf portofreie Anfrage nähere Auskunft Dr. Preußer, Districtsarzt zu Ahrweiler.

[3542—44]



Schweizerische Nordbahngesellschaft.

Die Direction und der Ausschuß der schweizerischen Nordbahngesellschaft haben beschlossen, denjenigen Actionären welche alle vier statutengemäß ausgeschriebenen Einzahlungen im Gesammtbetrage von Frcs. 175 de France geleistet haben, auf Rechnung des bis 30 Juni d. J. erhaltenen reinen Betriebsergebnisses eine Dividende von 2 Proc. oder Frcs. 3. 50 de France per Actie auszubezahlen.

Diese Dividende wird vom 1 bis 3 und 5 bis 10 November ausschließlich in Zürich im Bureau der Gesellschaft im Bahnhofe täglich von 9 bis 11 und 2 bis 5 Uhr ausbezahlt. Die zum Behuf des Bezuges derselben erforderlichen Scheine können vom 15 bis 20 October entweder im Bahnhofe in Zürich oder bei nachfolgenden HH. Bankiers bezogen werden:

in Wien	bei Hrn.	v. Wertheimstein sel. Sohn,
Leipzig	„ HH.	C. Hirzel & Comp.,
Frankfurt a. M.	„ „	B. Metzler sel. Sohn u. Cons.,
Augsburg	„ „	Erzberger & Söhne,
Mannheim	„ „	W. H. Ladenburg & Söhne,
Paris	„ Hrn.	Auguste Dassier,
Mailand	„ „	Tealdo Reymond & Comp.,
Genf	„ „	P. T. Bonna & Comp.

Auf jedem Scheine ist durch die Inhaber der Interims-Actien deren Anzahl, Nummern und der Gesammtbetrag der Dividende in Francs de France auszusetzen und dessen Empfang durch ihre Unterschrift zu bestätigen.

Die bei den auswärtigen HH. Bankiers bezogenen Scheine müssen unter Vorweisung der bezüglichen Interims-Actien denselben übergeben und durch sie der Direction eingesandt werden, welche dagegen die betreffenden Beträge zum gesetzlichen Tarif von Frcs. 5 de France für fl. $2\frac{1}{3}$ in Ld'or à fl. 10 hier zu ihrer Verfügung halten wird.

Diejenigen Inhaber welche die Dividende im Bahnhofe in Zürich beziehen wollen, müssen daselbst ihre Interims-Actien zur Vergleichung mit den Scheinen vorweisen. — Zürich, den 1 October 1849.

Die Direction der schweizerischen Nordbahngesellschaft.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch Nr. 283 10 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (die Gasbeleuchtung und die Kunst. Die politischen Untersuchungen. Der Ausschuß für die deutsche Frage. Gesetzesentwürfe. Ein freiwilliges Anlehen von sieben Millionen. Plan einer Telegraphenverbindung zwischen München und Salzburg, resp. Wien); Regensburg (Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands); Mannheim (standrechtliches Urtheil); Darmstadt (Assisenverhandlungen. Preßproceß. General Schäffer); Hamburg (Verständigung von Rath- und Bürgerschaft); Bremen (Senatorwahl); Dresden (Rabenhorst. Wahlagitation. Die deutsche Zolleinigung); Berlin (Bankerlaß. Vorbereitungen für Berufung eines deutschen Reichstags); Oberschlesien (österreichische Pferdeeinkäufe); Husum; Wien (Journalurtheile über die deutschen Verhältnisse. Für die Anleihe sollen über 100 Millionen gezeichnet seyn. Gerücht von der Hinrichtung mehrerer Häupter des Aufstands. Verordnung über das Universitätswesen); Von der Etsch (das Schützenfest in Meran).

Großbritannien. Die türkische Frage. Die Times über Deutschland. Ueber Humboldts 80sten Geburtstag. Neue amerikanische Post. (Blutige Händel in Montreal).

Frankreich. Reclamationen gegen die Abschaffung des Titels „Citoyen." N. Bonaparte's Antrag in neuer Form eingebracht. Das Melodram „Rom" verboten. Cholera. Bestrafung eines feigen Arztes. Marseille (die Flotte. Monaco).

Italien. Turin (Errichtung einer Bank).

Schweiz. Die Flüchtlinge. Mieroslawski.

Beilage. Shakspeare von Gervinus. (Dritter Band.) — Deutsche Kunst. (Moriz Rugendas. Herderdenkmal.) — Freienwalde. (Badeleben.) — Berlin. (Ministerium und Kammern.) — Die Dinge in Schleswig-Holstein. — Aus Istrien. (Reiseeindrücke.) — Lombardei. (Steuerwesen.) — Großbritannien. (Die türkische Frage. Ernteergebniß. Baumwollenmanufactur.) — Dänemark. (Frhr. v. Pechlin. Die dänischen Emissäre in Paris.) — Berlin. (v. Radowitz aus Erfurt berufen. Berathungen über die neue Centralbehörde.) — Paris. (Depeschen an Lord Normanby in Betreff der Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 6; Wien 7; Augsburg 9 Oct.

Deutschland.

Bayern. *** **München,** 8 Oct. Die Gasröhren sind nun trotz Widerwärtigkeit und Widerstand größtentheils in die Erde gelegt, und die Hauptstadt Bayerns wird, wenn auch erst nach einigen Mondwechseln, Gasbeleuchtung haben. Dämmerlicht und Nacht sind der Phantasie günstig, und so empfehle ich die Zwischenzeit unsern Künstlern, namentlich Architekten, Bildhauern und Erzgießern, sich vorzubereiten das neue Licht würdig zu begrüßen. Wo in Italien Gasbeleuchtung eingeführt wurde, da sah ich sogleich die Künstler thätig neue schöne Formen zu erfinden das glänzende Licht zu fassen; auch in Paris sah man eine Menge neuer Leuchter- und Candelaberformen. In Rom, ich glaube im Garten des Caffè delle belle arti, sah man zur Nachtzeit prachtvolle Blumensträuße in Vasen oder auch Blumengebüsche, aber die Blumenblätter waren Gasflammen, oder die Kelche glühten im Gaslicht; in einer Grotte brannten Gasblumen unter einer Wasserglocke oder hinter Wasserschleiern. An den Wegen standen Statuen, eine jede auf sinnige Weise zum Träger einer Gasflamme gemacht, so Amor mit der Fackel, Psyche mit der Lampe, der Schlaf und Tod mit Fackeln u. s. f. Gewiß brennt ein Gaslicht nicht heller in der Hand der Kunst als in der Industrie; aber die Seele wird heller, freier, heiterer, wenn sie über die Region des Ebennurnützlichen emporgehoben wird. Darum wollte ich unsere Künstler an die Gelegenheit erinnern die ihnen sich darbietet die Stadt der Kunst mit neuen Werken ihrer Phantasie zu bereichern. Es werden Laternen und Candelaber an öffentlichen Plätzen, vor öffentlichen Gebäuden nöthig; die Mannichfaltigkeit der Plätze und Gebäude gibt mannichfache Motive an die Hand; beim Kriegsministerium wird einem etwas anders einfallen als beim Rathhaus. Es werden aber auch Lichtträger nöthig werden im Innern der Gebäude, auf Treppen und Hausfluren, in Sälen und Zimmern, große, kleine, einfache und vervielfachte. Welch anreizende Veranlassungen zu Gestalten und Gruppen! Und wieviel Motive bieten Mythologie und Sage, Märchen und Dichtkunst überhaupt! Wie reich ist der Stoff in der Thier- und Pflanzenwelt! Man sehe nur nach Pompeji! Nicht ein Metzgergewicht, nicht eine Kohlpfanne hatten die Alten ohne daß die Kunst den Stempel der Schönheit und Phantasie darauf gedrückt; kein Raum war zu klein und zu niedrig daß sich nicht ein Gedanke darauf niedergelassen. Möge diese kurze Andeutung genügen künstlerische Kräfte in Bewegung zu setzen! Mögen aber dann auch die Bewohner Münchens von dem Schönen das ihnen geboten werden wird, einen Gebrauch machen wie man ihn am Mittelpunkt der neuen deutschen Kunst zu erwarten berechtigt ist!

München, 6 Sept. Der Ausschuß für die deutsche Frage hat in seiner gestrigen Sitzung den Abg. v. Link zu seinem Berichterstatter ernannt. (Link war bekanntlich früher Staatsrechtslehrer an der Universität in Würzburg. Er gehört der großdeutschen Partei an.) Hr. v. d. Pforten machte dem Ausschusse Mittheilungen über die von Seite Bayerns mit Oesterreich gepflogenen Verhandlungen. Es soll aus denselben hervorgehen daß das bayerische Ministerium ernstlich darauf gedrungen habe daß von Seite des österreichischen Cabinets endlich positive Vorschläge im Betreff der deutschen Frage gemacht würden. Auch sollen die bayerischen Noten die Volksvertretung am Bunde entschieden festhalten. Da die Verhandlungen mit Oesterreich noch in der Schwebe sind, so verlangte der Minister daß die Eröffnungen die er dem Ausschuß gemacht als vertrauliche betrachtet würden. (Bamb. Ztg.)

∨ **München,** 8 Oct. Die politischen Gefangenen in Bayern theilen sich dem Vernehmen nach in zwei Kategorien, in die Mitglieder des ehemaligen Rumpfparlaments zu Stuttgart, und in Leute welche zur Durchführung der Reichsverfassung entweder die Waffengewalt angewendet, oder durch Reden in Volksversammlungen zur Ergreifung der Waffen aufgefordert haben sollen, was insbesondere den Märzvereinen nachgesagt werden will. Was die erstere Kategorie anbelangt, so hat der Special-Gerichtshof zu Augsburg in jüngster Zeit seinen Beschluß dahin gefaßt daß in der bloßen Anwesenheit beim Parlament zu Stuttgart, und in den dort geäußerten Ansichten das Reat einer strafbaren Handlung nicht liege. Hat auch die Staatsbehörde diesen Beschluß der höhern Entscheidung unterstellen zu müssen geglaubt, so wird — mit Rücksicht auf die gesetzliche Gründlichkeit obigen Beschlusses, dann im Hinblick auf die Conformität der Ansicht der rheinbayerischen Staatsanwaltschaft und des rheinpreußischen Gerichtshofes — kaum eine Abänderung zu befürchten, sohin die baldige Freilassung der Rumpfparlamentsmitglieder zu erwarten seyn. Offenbar leitete den Special-Gerichtshof der Grundsatz daß es nicht darauf ankomme ob die von jenen Parlamentsmitgliedern geäußerten Ansichten richtig seyen oder nicht, sondern darauf daß sie als Parlamentsmitglieder gehandelt haben, und als solche für ihre Ansichten und Abstimmungen nicht verantwortlich seyen. Was die zweite Kategorie der Verhafteten anbelangt, so stehen deren Reate, wenn sie auch als strafbar angesehen werden wollten, zur Zeit isolirt. Insofern nun diese Männer schon lange mit Gefährdung ihrer Familien und ihrer sonstigen Personalverhältnisse gefangen gehalten werden, so befremdet es jeden Unbefangenen, ja selbst jeden nichtbetheiligten Juristen in hohem Grade warum, im Falle Ungrundes der Anklage, ihre Freilassung noch nicht verfügt, oder warum selbe, im Fall eines zweifelhaften oder hinreichenden Anklagegrundes, noch nicht der öffentlichen Verhandlung und Aburtheilung unterstellt wurden. Wie man allgemein vernimmt, wird für diese Verzögerung der negative Grund angegeben: weil zur Zeit noch nicht hergestellt sey ob diese einzelnen Reate nicht allenfalls mit einer allgemeinen und förmlich constituirten Verschwörung in Deutschland zur gewaltsamen Durchführung der Reichsverfassung, zum gewaltsamen Umsturz bestehender Dynastien u. dgl. zusammenhängen. Würde obiger negative Grund allein bestehen, so verstieße dieses gegen alle Theorie und Praxis der Criminaljustiz und würde zu Eventualitäten führen die mit Schrecken begleitet wären. Der Richter hat nur über bestimmte, oder doch wenigstens in dringendem Verdacht schon vorliegende Thatsachen zu

erkennen; bloße Wahrscheinlichkeiten oder Möglichkeiten sind seinem Bereich entrückt. Um einen Complicen anzunehmen, muß doch vorher schon das Complot oder die Verschwörung vorhanden und bewiesen seyn. Umgekehrt zu urtheilen wäre ein Absurdum. Einen Gefangenen wegen eines einzelnen Reats der öffentlichen Verhandlung zu entziehen, in der Hoffnung einer erst hinterher möglicherweise zu entdeckenden Verschwörung wäre eine offenbare Ungesetzlichkeit. Wollen wir übrigens vertrauen daß eine allgemeine Amnestie es überflüssig mache diese Erörterungen weiter zu führen.

München, 9 Oct. Die HH. Staatsminister der Finanzen, des Innern und der Justiz haben heute der Kammer der Abgeordneten eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt. Darunter befindet sich 1) einer wegen Aufnahme eines 5proc. Anlehens von 7 Millionen im Wege freiwilliger Subscription zur Deckung der im Laufe des Jahres erwachsenen außerordentlichen Ausgaben, besonders für den erhöhten Militäretat; 2) Nachträge zum Budget für 1849/51; 3) einer wegen provisorischer Forterhebung der directen Steuern (mit Ausnahme der Capital- und Einkommensteuer) im Jahr 1849; 4) einer über die Verpflichtung zum Ersatz des bei Aufläufen diesseits des Rheins verursachten Schadens; 5) einer über das Versammlungs- und Vereinigungsrecht.

— **München**, 9 Oct. Die Ankündigung eines neuen freiwilligen Anlehens von 7 Millionen hat — so wie die Sachen stehen — kaum überrascht. Wir wollen aber hoffen daß diese Opfer nicht bloß gefordert werden um vergangenes zu decken, sondern daß man für die nächste Zukunft nichts unberücksichtigt lassen werde was geeignet ist die Wunden der Gewerbswelt zu heilen und den Verkehr zu heben. Preußen und Oesterreich — sonst in so vielen Richtungen feindlich — schritten gemeinsam voran in Vollendung der Eisenbahnen und in allen Erleichterungen des Verkehrs. Von Berlin, ja von Köln gelangt man rascher und bequemer nach Wien als von München! Der Telegraph bringt mit Windeseile seine Berichte von den Hauptstädten der österreichischen und preußischen Monarchie nach den entferntesten Punkten. Die Versendung der Briefe und Zeitungen hat die größten Erleichterungen erfahren, vor allem in Oesterreich. Für die Briefe ist ein einfacher Portosatz von 3 oder 6 Kreuzer für das große Gebiet von 12.000 □Meilen festgestellt; Zeitungen zahlen der Post nur 25 Proc. vom Ankaufspreis, während sie in Bayern, auf einem Gebiet von 1400 □Meilen, 33 Proc. bezahlen. Und doch ist in Bayern der Verkehr von Zeitungen und Briefen ein verhältnißmäßig viel größerer und lohnenderer als in Oesterreich! Zu unserer Freude hören wir daß einleitende Schritte gethan sind um in Bayern dieselben Erleichterungen für den Briefverkehr herbeizuführen, und die Telegraphenverbindung, die bis Salzburg vollendet ist, bis München herzustellen. Der k. k. Postrath Herz, welcher früher in England und Belgien die umständlichsten Nachweisungen in den Beziehungen der öffentlichen Communicationen gesammelt hatte, ist vor einigen Tagen hier eingetroffen um dieselben Erörterungen zu pflegen. Wir hoffen daß Bayern den österreichischen Verbesserungen sich anschließe. Hat man uns ja doch schon so lange Annäherung an Oesterreich in Aussicht gestellt! Die Herstellung der Telegraphenverbindung kostet nur 800 fl. für die geographische Meile. Von Salzburg nach München wird die Aufrichtung also nur 12 bis 14,000 fl. kosten — eine Kleinigkeit gegenüber den großen Zwecken die dadurch erreicht werden. Schon für die Börsen von Augsburg und München ist diese Verbindung eine unbedingt nothwendige, wenn sie nicht noch mehr als bisher von den andern deutschen Handelsplätzen überflügelt werden wollen.

Regensburg, 5 Oct. Heute Mittag schloß die Generalversammlung des katholischen Vereins Deutschlands, die seit dem 1 Oct. Abends hier getagt hatte, ihre Sitzungen. Mit der Herausgabe der Verhandlungen dieses dritten katholischen Congresses sind die HH. Prof. Dr. Reischl aus Amberg, Prediger Bram, Domprediger Ziegler, Prof. Dr. Ritter, Pfarrer Eberhard und Advocat Dr. Gehring, sämmtlich von hier, durch die Generalversammlung betraut worden. (Augsb. Postztg.)

Gr. Baden. * **Mannheim**, 6 Oct. Heute wurde Theaterbilleteur Rumbach zu 10 Jahren Zuchthaus standgerichtlich verurtheilt.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt**, 2 Oct. Gestern Morgen wurden die Assisen des vierten Quartals für die Provinz Starkenburg eröffnet. Nicht weniger als 20 Fälle, denen vielleicht noch weitere folgen, sind in der Rolle eingetragen. Drei Anklagen gehen auf Majestätsbeleidigung, andere sind auf Preßvergehen gerichtet. Am 22 d. M. und den folgenden Tagen wird die wichtige Anklage wegen der Demolirung der Main-Neckar-Eisenbahn bei Weinheim im September v. J. verhandelt. Die Zahl der Angeklagten beträgt nicht weniger als 69, für welche zehn Anwälte als Vertheidiger auftreten. In der heutigen Sitzung bemerkte das Publicum zwei württembergische Rechtsgelehrte, denen der Assisenpräsident einen Ehrenplatz der Gerichtstafel gegenüber in der Nähe des Vertheidigers eingeräumt hatte. Das neue württembergische Gesetz zur Einführung des Schwurgerichts ist dem unsrigen nachgebildet, und so mögen die beiden Männer zur Erfüllung einer Mission hieher gekommen seyn, darin bestehend durch Selbstanschauung die Gestaltung des Gesetzes durch die Praxis kennen zu lernen. Sie folgten mit gespannter Aufmerksamkeit der Entwickelung des politischen Drama, obgleich der Fall — ein ausgezeichneter Diebstahl — sowohl in rechtswissenschaftlicher wie in psychologischer Beziehung kein besonderes Interesse darbot.

*** **Darmstadt**, 5 Oct. Die in publicistischer Beziehung wichtigste Verhandlung vor dem seit dem 1 d. M. fungirenden Assisenhof war die von gestern und heute. Das Publicum sah gestern morgen vier junge Männer auf der Bank der Angeklagten, von denen einer, ein geschickter Holzschneider, dem Mittelstand angehört, die andern drei Taglöhner, Proletarier sind. Aus dem Anklageact vernahm die zahlreich versammelte Hörerschaft, unter welcher sich wieder die beiden württembergischen Rechtsgelehrten befanden, daß die Angeklagten beschuldigt seyen am 18 Sept. v. J. versucht zu haben hier solche Unruhen zu entzünden daß die Behörden sich veranlaßt finden sollten die nach Frankfurt zur Dämpfung des dortigen Aufruhrs gesendeten Truppen zurückzurufen, damit die dortigen Militärkräfte zu Gunsten der Aufständischen geschwächt würden. Die Vernehmung der vielen Zeugen und zuletzt der Angeklagten dauerte bis zum Abend, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Heute morgen wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen, und erst am späten Abend erfolgte das Verdict der Geschwornen: Nichtschuldig! Die Verhandlungen, welche darlegten daß das Ganze nur ein roher Krawall war, freilich mit einem Anstrich von Aufruhrstiftung, ließen einen tiefen Blick in unsere Zustände werfen, und sind jedenfalls ein Blatt in der Geschichte des verhängnißvollen 18 Sept. Morgen wird die Anklage gegen den Redacteur der „Neuen Deutschen Zeitung," wegen Verletzung der Amts- und Dienstehre des Ministers Jaup durch einen Artikel in dieser seiner Zeitung, verhandelt.

*** **Darmstadt**, 7 Oct. Die gestern verhandelte Anklage gegen den Redacteur der „Neuen Deutschen Zeitung," Dr. Otto Lüning, den das Publicum auf der Bank der Angeklagten erblickte, gewährte in mehrfacher Beziehung ein publicistisches Interesse. Viele Stimmen, auch in der zweiten Kammer der Stände, verlangten im vorigen Sommer die Auflösung der Ständeversammlung und die Wiedereinberufung derselben auf Grundlage eines octroyirten demokratischen Wahlgesetzes. Dagegen beschränkte sich der Ministerpräsident Jaup auf die Vertagung der Stände. Diese Täuschung der Hoffnungen nannte ein Artikel in der genannten Zeitung aus Mainz, den zu vertreten der Redacteur sich bereit erklärte, eine „gelungene Prellerei." Darin erblickte der Minister eine Verletzung seiner Amts- und Dienstehre. Darum Anklage. Der Staatsanwalt bemühte sich diese Anklage zu begründen, nachzuzeigen daß jener Ausdruck ehrverletzend sey, während der Vertheidiger des Angeklagten und dieser selbst darzulegen versuchten daß jener Ausdruck, im eigentlichen Sinn einen unrechtmäßigen materiellen Vortheil bezeichnend, hier nur ein erlaubtes Urtheil in sich trage. Das sehr zahlreich versammelte Publicum, vorzugsweise aus Männern der Intelligenz bestehend, vernahm freudig das Nichtschuldig und so die Freisprechung des Angeklagten. Wie es scheint, galt es dem würdigen Minister darum einen Ausspruch der öffentlichen Meinung, repräsentirt durch das Schwurgericht, zu erwirken. Er wird damit zufrieden seyn daß man der Meinung war seine Ehre sey nicht verletzt.

*† **Darmstadt**, 3 Oct. Der Großherzog hat vorgestern den bereits seit mehrern Monaten zum Kriegsminister designirten Generallieutenant Frhrn. v. Schäffer-Bernstein nunmehr definitiv dazu ernannt, unter Beibehaltung des Commando's der großherzogl. Division, so daß nun beide wichtige Stellen in einer Person vereinigt sind. Frhr. v. Schäffer, der Sohn eines gleichfalls ausgezeichneten Generals, 1790 geboren, ist ein Mann von Kopf und Herz, und hat als Militär wie als Diplomat eine gute Schule gemacht. In den Feldzügen von 1807 in Preußen, 1809 und 1810 in Spanien, 1812 in Rußland und 1813 in Sachsen, wo er bei Lützen schwer verwundet wurde, diente er mit Auszeichnung und ward hierauf von dem als tüchtiger General rühmlichst bekannten tapfern Prinzen Emil von Hessen zum Adjutanten erwählt, in welcher Eigenschaft er den Feldzügen von 1814 und 1815 in Frankreich beiwohnte und später den Prinzen nach Wien, nach Aachen rc. begleitete. Von 1834 bis 1848 war Hr. v Schäffer als großherzogl. Geschäftsträger in Berlin, zuletzt zum General befördert und in der Eigenschaft eines wirklichen Gesandten. Er leistete auf diesem für das Großherzogthum sehr wichtigen Posten seinem Lande gute Dienste und genoß von Seite des Königs und der preußischen Regierung viel Wohlwollen und Beachtung. Wie sehr man seinen Werth allseitig erkannte, geht daraus hervor daß er bald nach Aufhebung der

hessischen Gesandtschaften, also auch derer in Berlin, mit der so schwierigen und gefährlichen Sendung als Reichscommissär zur Festsetzung der Demarcationslinie in Posen betraut wurde, die er an Ort und Stelle mitten im Winter glücklich vollzog. Eine zweite außerordentliche Mission für Baden und Hessen rief ihn hierauf nochmals nach Berlin, nach deren Erledigung ihn das Vertrauen des Großherzogs zum Oberbefehl der gegen die gleich nach seiner Rückkunft ausgebrochene badische Insurrection rasch zusammengezogenen hessischen Truppen berief. Welche wesentlichen Dienste diese braven, ihrem Eide treuen und tapfern Truppen, von General v. Schäffer umsichtig und kräftig geführt, dem deutschen Vaterlande dadurch leisteten daß sie dem so rasch und gefährlich um sich greifenden Aufstande sofort Stillstand geboten und ihn hernach zu bewältigen halfen, ist bekannt.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 5 Oct. Je näher die Wahlentscheidung rückt, desto reichlicher laufen Nachrichten über die aufgestellten Candidaten aus allen Theilen des Landes ein. Wir begegnen dabei wohl hie und da einem Namen aus den letzten Kammern, aber verhältnißmäßig am meisten werden homines novi genannt. Daß von der radicalen Partei nur wenige aus der Vierfünftelmajorität des vorigen Landtags wieder aufgestellt werden, hat seinen Grund theils in der Flucht, theils in den Suspensionen welche die nichtflüchtigen Mai-Compromittirten getroffen haben, insoweit sie ein öffentliches Amt bekleideten; doch kann man darin wohl auch ein stillschweigendes Geständniß der Partei finden daß die letzten Männer ihrer Wahl nichts weniger als Blüthen der Intelligenz waren, wenigstens zum großen Theile, obschon man oft und laut genug während der Blüthenzeit jener Kammern sich angepriesen hatte. Während nun nach unserm Wahlgesetz „alle von öffentlichen Aemtern entsetzten und von der juristischen Praxis removirten Personen, ingleichen die suspendirten, solange die Suspension dauert" nicht wählbar sind, ist der Anklagestand wegen eines Verbrechens kein Wahlbeanstandungsgrund; denn nur „diejenigen welche wegen solcher Vergehen die nach allgemeinen Begriffen für entehrend zu achten, vor Gericht gestanden haben und schuldig befunden worden sind" haben Stimmberechtigung und Wählbarkeit verloren. Mithin sind unsre Mai-Angeklagten, insoweit sie nicht zu den entsetzten Beamten oder suspendirten Advocaten gehören, sämmtlich wählbar, denn Urtheilssprüche sind in nächster Zeit über die Mai-Untersuchungen kaum zu erwarten. Wo aber Untersuchungshaft zu dem Anklagestand hinzutritt, da liegt die Entscheidung, ob der Gewählte den Kammersitz einnehmen kann, lediglich in der Hand des Untersuchungsrichters, und fällt sie für jenen günstig aus, so tritt er in die Kammer ein, da eine Staatsanwaltschaft nicht besteht, welche durch ein für den Staat ergriffenes Rechtsmittel die Zulässigkeitsfrage zur Entscheidung der höheren Justizbehörden bringen könnte. Ich erwähne diese Verhältnisse um deßwillen, weil nach einer Nachricht Röckel, der nicht allein der hauptsächlichen Vorbereitung des Aufruhrs, sondern auch der thätigen Mitwirkung bei den Brandstiftungen angeklagt ist, in einem Wahlbezirke, dem viele Fabrikdörfer der Chemnitzer Gegend angehören, als Candidat aufgestellt wird. Und leider! läßt sich nicht weniger als bestimmt sagen: eine solche Wahl ist unmöglich! Eine andere Wahrnehmung gibt, allerdings nach ganz entgegengesetzter Seite, nicht weniger Stoff zum Nachdenken. Unter all den hier und dort, im Voigtlande und in der Lausitz aufgestellten Candidaten finden wir keinen unsrer jetzigen Minister; nicht einmal der Kriegsminister ist in dem Bezirk in welchem die militärischen Stimmen voraussichtlich überwiegen werden, von den Truppen aufgestellt worden. Rasch wird die Demokratie mit dem Stichwort fertig seyn: weil es keine Volksmänner sind! Aber hinter diesem hausbackigen Worte vorjähriger Ueberschwänglichkeit sehen wir eine Wahrheit liegen, auf welche bereits im März d. J. von einem unsrer vormärzlichen Staatsminister hingedeutet ward: es ist die Schwierigkeit einer Durchführung des streng parlamentarischen Princips in den kleineren Staaten Deutschlands. Hr. v. Wietersheim sagt darüber in seinem Schriftchen „Die Demokratie in Deutschland": „Wir halten dieß (die Durchführung parlamentarischer Regierung) in den kleinen Staaten Deutschlands, zumal in Verbindung mit dem allgemeinen Geiste deutscher Opposition für schlechterdings unerreichbar, daher die reinparlamentarische Monarchie in solchen überhaupt für unmöglich. Um Minister aus der Opposition wählen zu können, muß diese eine genügende Zahl dafür geeigneter Persönlichkeiten darbieten. Nicht Intelligenz aber und Rednergabe allein reichen dafür aus, auch allgemein anerkannte Würde des Charakters, Directorialtalent, und wenn auch nicht gerade bureaukratische, doch eine gewisse Geschäftsbildung und Arbeitsthätigkeit sind dafür unabweisbar erforderlich." Ob aber gerade das allgemeine Wahlrecht vorzugsweise geeignet ist die etwa im Volk vorhandenen Elemente einer wahrhaft staatsmännischen Opposition in den Kammern zu vereinigen, das ist überall da sehr zweifelhaft, wo der durchschnittliche Grad der allgemeinen politischen Bildung nicht schon ein hoher ist. Denn nur dann, wenn der politische Sinn bei der überwiegenden Mehrzahl der Wahlberechtigten zum klaren Bewußtseyn der zweckmäßigen Bestimmung des Staatslebens und der in seinem Bereich erreichbaren Möglichkeiten gelangt, wenn das politische Urtheil so weit gereift ist daß es auf eigenen Füßen stehen und deßhalb das Gängelband der agitirenden Factionen zurückweisen kann, wird das Staatsleben zu jener idealen Höhe aufsteigen für welche in neuester Zeit zwar viel geschwärmt, aber sehr wenig von jener unerläßlichen Grundlage aufgefunden worden ist. Wenigstens war es nicht die „breiteste, demokratische." Je kleiner also der in die parlamentarische Form gebrachte Staatskörper ist, um so rascher wird in demselben die gegebene Möglichkeit einer parlamentarischen Regierung, eines Oppositionsministeriums sich ableben. Ist dieß geschehen, so bleibt nur die Wahl zwischen einer Oppositionsregierung quand même, die durch ihre Unfähigkeit bei dem redlichsten Willen „für das Wohl des Volkes" den Staat an den Rand seiner Existenz führen wird, und dem pis-aller des Scheinconstitutionalismus, in welchem geschickte Departementschefs die Rollen von parlamentarischen Personen zu übernehmen haben. „Welches Ergebniß aber", fährt Hr. v. Wietersheim fort, „gewährt die Musterung vieler Oppositionen kleiner Landesversammlungen in solcher Hinsicht! Sieht es damit nicht selbst in denen mittlerer Staaten oft sehr mißlich aus? (Die Schrift wurde in Sachsen im März 1849 veröffentlicht!) Dieß Sachverhältniß scheint uns übrigens so wichtig daß wir darin den entscheidendsten Grund erblicken nicht zwar für Aufhebung der Selbständigkeit der kleinen Staaten, wohl aber für Beschränkung der Wirksamkeit solcher auf ein mehr innerlich administratives Leben, das sowohl von den Fragen allgemeiner Politik und Gesetzgebung weniger berührt wird, als auch für alles wo Zusammenwirken erforderlich, einer größern Gemeinschaft sich anschließt." So wird hier das Zusammenschießen größerer staatlicher Krystalle als ein Postulat parlamentarischer Lebensfähigkeit deducirt. Dieselbe drängende Nothwendigkeit war früher in einer andern Richtung anerkannt worden; die Frucht dieses Erkenntnisses war der preußische Zollverein. Zwar hat das „Memorandum", welches die Allg. Zeitung neulich mittheilte, die politische Bedeutsamkeit jenes Zollvereins in den Genitiv gestellt zu dem Main-Linien-Riß durch Deutschland, mit dessen Probabilität sich beschäftigt wird. Allein gesetzt auch sein Vorhandenseyn, sein Hinabreichen an Deutschlands äußerste Südwestmarken würde von der Diplomatie ignorirt, wie heutzutage so manches von der Diplomatie ignorirt wird — so fragen wir: ist der vorhandene Zollverein mit seinen greif-, fühl- und genießbaren Vortheilen aus dem Bewußtseyn der ihm angehörigen Theile der Nation zu streichen? Sind seine greif-, fühl- und genießbaren Früchte so leicht in den Budgets der zollvereinigten Staaten zu missen? Man kann kühn behaupten daß, so wenig der deutschen Nation die Frucht von 1848 wieder entrissen werden kann, sie die Volksvertretung bei der Reichsregierung als ein nothwendig zugewachsenes Organ ihrer Existenz betrachtet, ebensowenig der in Fleisch und Blut der Verbündeten übergegangene Zollverein aus dem dicht verwebten Organismus wieder herausgeschnitten werden wird. Die materiellen Bande sind die festknüpfenden, und so darf man, so lange das lebendige Blut frisch in den Adern des Zollvereins pulsirt, und den Herzkammern der Zollcassen ab- und zuströmt, die gedrohte Mainlinie wohl als ein hohlwangiges Gespenst betrachten. Und wenn nun Heinrich Wuttke doch richtig vorhergesagt hätte daß Oesterreich die Zollschranken fallen läßt, und jenem Verein sich anschließt um dem politischen Formalismus ein materielles Paroli zu biegen? Wäre damit der geringste Gewinn der felix Austria erzielt? Ich meine man würde darüber mehr jenseits als diesseits des Canals auf die Lippen beißen, und erinnere daß man vom Feinde Politik lernen soll. Wie will man sich aber die Feldzüge des deutschen Handelsfeindes gegen die Paulskirche, wie die Ungarn-Meetings erklären, wenn man nicht den Hintergedanken hervorholt daß die innere Befriedigung und Einigung Deutschlands um jeden Preis verkümmert werden müsse? Deutschland entbehrt seine Einigung auf Kosten seiner Freiheit und seines Wohlstandes. Lasse man uns als Sklaven einig werden, und wir werden bald stark genug seyn die schwersten Ketten zu brechen. Daß aber diese Reflexionen auch einer sächsischen Wahlperiode nicht fremd sind, wird jeder einsehen der weiß daß die Interessen von Sachsens Handel nicht die geringsten seiner staatlichen Existenz sind.

⁑ **Dresden,** 7 Oct. Indem das Dresdener Journal heute die demokratischerseits gegen den Wortlaut des Wahlgesetzes prätendirte Wählbarkeit der Suspendirten bestreitet, gibt es über die Zahl der letzteren einige statistische Notizen. Danach ist die Suspension im ganzen über 131 an dem Mai-Aufstande Betheiligte verhängt worden; über 40 vom Justizministerium, 47 vom Ministerium des Innern, 39 vom Cultusministerium (worunter 11 von kirchlichen Aemtern) und 12 vom Finanzministerium. Bei 7 ist doppelte Suspension erfolgt, sowohl vom Justiz-

als vom Ministerium des Innern. Von den Suspendirten gehörten, soviel mir erinnerlich, 20 den Kammern von 1848 an. — Ob das in den letzten Tagen hier lautgewordene Gerücht: der Kriegsminister Rabenhorst habe seine Entlassung angeboten, damit zusammenhängt daß unser König Bedenken tragen soll einige gegen maibetheiligte Militärpersonen gefällte Todesurtheile zu bestätigen, läßt jenes Blatt dahingestellt seyn.

Hansestädte. **Hamburg,** 5 Oct. Heute bin ich bereits im Stande Ihnen die „erfreuliche" Nachricht mitzutheilen daß man sich im Schooße der von Senat und Bürgerschaft zum Octroyirungsgeschäfte niedergesetzten Commission über die Grundzüge der neuen Verfassung in Ruhe und Friedfertigkeit geeinigt hat. Diese Punkte sind: 1) Lebenslänglichkeit der Senatswürde, 2) das Recht der Selbstergänzung in der Form daß der Senat 3 Candidaten vorschlägt, aus welchen dann die Bürgerschaft den glücklichen, lebenslänglichen Senator zu wählen hat; 3) der jetzige Senat wird beibehalten, jedoch auf 16 Mitglieder beschränkt; 4) statt der auf einem Census des Grundvermögens beruhenden erbgesessenen Bürgerschaft wird eine Legislative nach den bekannten königl. preußischen drei Wahlclassen gewählt. (Z. f. N. D.)

Bremen, 6 Oct. Die Bürgerschaft ist heute zur Vornahme der Wahl eines neuen Senators versammelt. Nach der verfassungsmäßigen Vorschrift hat der Senat drei Wahlmänner, und die Bürgerschaft deren zehn zu erwählen. Senator wurde ein Candidat der demokratischen Partei, Lehrer Feldmann. (Weserztg.)

Preußen. Der Staatsanzeiger enthält eine Circularverfügung des Chefs der preußischen Bank vom 27 v. M. an sämmtliche Comptoire und Commanditen derselben, worin letztere angewiesen werden bei der mit der Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung eingetretenen ausgedehnten Wechselfähigkeit, durch Discontirung oder Ankauf der durch Kauf oder Verkauf von Waaren aller Art entstandenen, also auf solidem Grund beruhenden Papiere und Wechsel, den soliden Verkehr in dergleichen möglichst zu befördern, ohne dabei zu bedenklichen Wechseloperationen, insbesondere nicht zur Beschaffung dauernden Betriebscapitals die Hand zu bieten. Laut Verfügung vom 20 Februar d. J. ist bereits die Gleichstellung des Disconto für Wechsel auf alle Orte wo sich Bankstellen befinden, mit dem für Platzwechsel festgestellt, wodurch Wechsel auf Berlin, Aachen, Breslau, Bromberg, Köln, Köslin, Coblenz, Crefeld, Danzig, Düsseldorf, Elberfeld, Elbing, Erfurt, Frankfurt a. d. O., Königsberg, Liegnitz, Magdeburg, Memel, Minden, Münster, Oppeln, Posen, Stettin, Stolpe, Stralsund, Thorn, Tilsit und Trier ohne weitern als den gewöhnlichen Zinsverlust an all' diesen Orten verwerthet werden können, und ist nun außerdem noch der Provisionssatz für Zahlungsanweisungen der Bankanstalten unter einander auf $^1/_{10}$ Procent ermäßigt, welche Anordnungen besonders geeignet seyen den Geldumlauf des Landes zu erleichtern und die Creditmittel desselben in ungefährlicher Weise zu vermehren.

Berlin, 6 Oct. Dem Minister v. Bodelschwingh als preußischem Bevollmächtigten beim Verwaltungsrath ist gestern Abend von unserer Regierung die Weisung zugegangen sofort Anträge auf Vorbereitung zur Einberufung des Reichstages zu stellen. (C. C.)

Die Bresl. Ztg. berichtet aus **Oberschlesien** 25 Sept. Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir daß in der ganzen Provinz Schlesien seit einiger Zeit sehr bedeutende Pferde-Einkäufe gemacht werden, und zwar auf Rechnung Oesterreichs. Die Agenten Oesterreichs zahlen die höchsten Preise, wie 100 bis 120 Rthlr. für kräftige und starke Ackerpferde und haben auf diese Weise bereits an 12,000 Stück Pferde außer Landes geführt. Daher die allgemeine Klage über den großen Mangel an Ackerpferden und die verhältnißmäßig hohen Forderungen der Bauern.

Schleswig-Holstein. **Husum,** 4 Oct. Die Nordd. fr. Presse enthält nachfolgende preußische Bekanntmachung, die ein wenig an das englische Protectorat auf den jonischen Inseln erinnert: „In Folge der wiederholten Tumulte und Insulte in den Städten des Herzogthums Schleswig gegen von der Landesverwaltung eingesetzte Beamte ist dem hier commandirenden Officier der in Schleswig zurückgebliebenen preußischen Truppen nachstehende Instruction ertheilt: 1) Bei Ankunft solcher Beamten wird fernerhin mit unnachsichtlicher Strenge verfahren werden wenn die Einwohner auf die eine oder andere Weise diesen Beamten durch Krawall in ihrer Function hinderlich werden sollten; 2) die commandirenden Officiere werden ausdrücklich autorisirt mit gewaffneter Hand vorkommendenfalls das Volk auseinander und zur Ruhe treiben zu lassen. Die gesetzlichen Vorschriften darüber daß vorher mit Signalen bekannt gemacht werden soll was erfolgen werde, ist nicht zu versäumen, dann aber ohne Zaudern aufs ernstlichste einzuschreiten, und jedes Unglück das erfolgt hat die Behörde und haben die Einwohner der Stadt zu verantworten die es herbeigeführt haben; 3) kommen fernerhin Unordnungen vor, so müssen Arretirungen stattfinden damit die Schuldigen bestraft werden können — welche hiedurch auf Verlangen zur Nachricht und Nachachtung zur öffentlichen Kunde gebracht wird. Husum, im Polizeiamt, den 2 Oct. 1849. Davids const."

Oesterreich. Der Lloyd bringt einen Artikel über die deutsche Frage, der ihm dem Inhalt und dem Ausdruck nach ganz eigenthümlich ist. Die Artikel im Lloyd tragen stets den Ton leidenschaftlicher Polemik, der sehr oft ins Persönliche überzugehen beliebt. Während die Wiener Presse seit der kurzen Zeit ihrer Freiheit sich zu einer Bedeutung entwickelt hat die man bewundernswerth nennen muß, wenn man bedenkt daß früher ein politisches Leben in Oesterreich kaum existirte und in den letzten Jahren die höchsten politischen Probleme wie vielleicht in keinem andern Staat zu keiner andern Zeit zu lösen waren, so klingt doch in ihr die aufgeregte Leidenschaftlichkeit, die gehässige Anfeindung von Persönlichkeiten nach, wie es freilich und leider nach einer durchlebten Revolution nicht zu verwundern ist. Kein Wiener Blatt spricht von der Meinung eines andern anders als im spöttischen Tone. Es versteht sich von selbst daß aus den Journalerörterungen Scherz und Satire nicht verbannt seyn soll, aber Schimpf und Hohn gewiß, denn das lesende Publicum wird dabei nur verstimmt, da ihm die Namen der Blätter ganz gleichgültig sind, und man hinter der Journalbitterkeit unwillkürlich das widrigste was es für dritte geben kann, den Handwerksneid sucht. Die Presse schadet ihrer Sache dadurch selbst, denn was gibt das Publicum auf die öffentliche Stimme, wenn diese in die Hausthüre tritt um die Nachbarin gegenüber über die Straße in Scheltwörtern zu überbieten? Wenn in Gesellschaft zwei politisch Andersmeinende sich begegnen, so erzeigen sie der andern Meinung diejenige Achtung die der Gebildete der andern Persönlichkeit nach den Regeln der Höflichkeit schuldet, umsomehr sollte dieß vor dem großen Publicum geschehen. Man könnte dann am besten zeigen daß die freie Presse auch eine feine Presse wäre. Die Wiener Presse in ihren bessern Organen hat nichts von dem blasirten Doctrinarismus vieler preußischen Blätter; sie ist frischer, grüner, erquicklicher, auch natürlich stoffreicher, aber wenn man in ihrer Polemik unter einander nicht selten jene Schattenseite beklagen muß, so ist der Ton den einige Zeitungen manchmal gegen die Strebungen des übrigen Deutschlands anstimmen, wenig bemessen zu versöhnen und zu vermitteln, wo Versöhnung und Vermittlung doch so nöthig wäre. Die Blätter im Reiche bleiben natürlich nichts schuldig: der Nürnberger Correspondent beantwortet den Hohn der „Presse" mit gleichem Hohn, und die Weserzeitung spricht von dem Holzhauerstyl des Lloyd. Der erwähnte deutsche Artikel im Lloyd behauptet nun: man habe von zwei Seiten in Deutschland die wirklichen Verhältnisse ignorirt um sie den Lieblingsplanen der politischen Parteien anpassen zu können. Die großdeutsche Partei habe in Oesterreich nur die deutschen Provinzen gesehen, sich sehr viel um die freie Fahrt durch die Dardanellen und den Isthmus von Suez gekümmert, dabei aber nichts weniger gewollt als den östlichen Völkern in Frankfurt Politik dictiren. Die kleindeutsche Partei dagegen habe gar nicht gesehen daß Oesterreich in Deutschland liege, sie habe es aus den Bundesfestungen verdrängen, Oesterreich schwächer, Preußen stärker machen wollen und ihm ein Bündniß angeboten mit der Argumentation daß es gar nicht nöthig sey Oesterreich in Deutschland aufzunehmen, da Oesterreich auch getrennt von Deutschland für Deutschland kämpfen müsse. Die eine Partei hätte daher auf die Einfalt der östlichen Völker, die andere auf die Einfältigkeit der österreichischen Regierung speculirt. Dabei habe man Wahrheiten vergessen welche der Lloyd den Deutschen ins Gedächtniß zurückzurufen sich lebhaft angeregt fühlt, nämlich: „Ein Theil Oesterreichs liegt in Deutschland und kann durch keine Macht außerhalb Deutschlands versetzt werden. Oesterreichs deutsche und nichtdeutsche Theile bilden Einen Staat, besitzen Eine Volksvertretung, und es ist nicht wünschenswerth, noch möglich — wäre es wünschenswerth — ihnen eine zweite zu geben. Eine Volksvertretung ist genügend um dem französischen Volk seine Freiheiten zu gewährleisten und eine Volksvertretung wird nach diesem Beispiel auch für Oesterreich hinreichen. Und wenn für Oesterreich, für Frankreich, für England, so wüßten wir nicht warum dieselbe nicht auch für Preußen, für Bayern, für Hannover u. s. w. genügen sollte." Das heißt mit dürren Worten: seitdem die einzelnen deutschen Länder verfassungsmäßig regiert werden, ist an eine parlamentarische Construirung des deutschen Bundes nicht mehr zu denken, bleibt also nur der Staatenbund mit einem diplomatischen Collegium. Daher ruft der Lloyd aus: „Wem die Sache, ein einiges, freies Deutschland am Herzen liegt, der hat jetzt keine Ursache verzagt zu seyn; wer aber den Inhalt nur in der Form sucht, wer die Befriedigung seines Geschmackes anstatt die seines Bedürfnisses will, der mag sich ärgern über die Gestaltung welche die Dinge jetzt annehmen müssen." Es ist unlängst in

der Allg. Ztg. die schlagende Wahrheit hingestellt worden daß der Constitutionalismus in kleine Dosen auf die winzigen Territorien der deutschen Staaten vertheilt zur Grimasse ausarte und nur die republicanische Ideen fördern müsse; wenn also z. B. in Baden zwei Revolutionen den Wohlstand des Landes auf Jahre vernichteten, ja überhaupt die Möglichkeit einer territorialen Regierung in Frage stellten, so erklärt der Lloyd die Sehnsucht aus der Kleinstaaterei, die keine Garantie ihrer Existenz mehr bietet, herauszukommen, für Geschmackssache! Geschmackssache wird es dann eben auch von Seite der deutschen Staaten eine Form zu suchen, die den Gelübden der Fürsten und den Bedürfnissen der Völker entspreche, auch wenn diese Form nicht nach dem Geschmack des Lloyd wäre. Um so mit Deutschland reden zu dürfen, müßte der Leiter des Lloyd besser mit deutschem Wesen und Leben bekannt, müßte, kurz gesagt, ein Deutscher seyn. Einem Fremden fehlt dazu das „Herz für unser Volk", und mit ihm auch die Einsicht. Die österreichischen Minister sind Deutsche, und an den Namen des Mannes an ihrer Spitze knüpfen sich gewaltige vaterländische Erinnerungen. Ein Blick auf dieselben mag jenes Wort der österreichischen Staatsschrift eingegeben haben: daß Oesterreichs Lebensbedingungen in Deutschland wurzeln.

Eigen genug nimmt sich neben obigem Urtheil des Lloyd das der ministeriellen „Presse" aus, welche sagt: „Man wird sich endlich entschließen müssen der Aufrichtigkeit und dem festen Gang des preußischen Staatsministeriums in den Angelegenheiten Deutschlands und des Drei-Königs-Bündnisses auf allen Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nur auf dieser Grundlage der Anerkennung wird es möglich seyn die Nationalgestaltung der Deutschen, zu der sich auch Oesterreich nicht länger mehr negativ verhalten kann, zu einem befriedigenden und lebensvollen Abschluß zu führen. Die großdeutschen Insinuationen Bayerns haben vornämlich dazu beigetragen die Consequenz der preußischen Politik zu verdächtigen und dem Verhältniß zwischen Preußen und Oesterreich eine künstliche Verwicklung zu bereiten. Für die österreichische Politik ist es von nicht geringerer Wichtigkeit als für die preußische den natürlichen Boden festzuhalten auf dem überhaupt nur die staatliche Neugestaltung Deutschlands dauernd und organisch abgeschlossen werden kann. Diese natürlichen Bedingungen bestehen auf der einen Seite aus den staatsrechtlichen Grundlagen von 1815, auf der andern Seite aus den neuen Forderungen und Berechtigungen des deutschen Nationalgeistes. Nur aus beiden Factoren zusammen wird das neue Deutschland in einer lebensfähigen und wirklich einheitlichen Gliederung aufgeführt werden können. Die noch im Werk befindlichen Unterhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über eine neue provisorische Centralgewalt enthalten auf beiden Seiten die Anerkennung der natürlichen und staatsrechtlichen Nothwendigkeit dieser Sachlage."

Auf welche Gedanken man im fernen Wien bei der Nachricht von den Soldatenschlägereien in Frankfurt gekommen, davon gibt der nachstehende Artikel der „Ostd. Post" einen überraschenden Beweis. Er betrachtet von vornherein die Aufstellung der Preußen von Frankfurt an aufwärts als eine militärische Demonstration des Dreikönigsbundes, und fährt dann fort: „Je stärker sich Preußen in Rastatt festsetzt, desto wichtiger wird für Oesterreich Ulm. Es ist der Schlüssel zum Donauthale und Oberösterreich. Der Himmel bewahre Oesterreich und Deutschland vor einem Bürgerkrieg. Das Herannahen eines solchen scheint jedem Vernünftigen unwahrscheinlich. Wir erklären bloß die gegenwärtigen Truppenstellungen, ohne daß wir besorgen sie seyen zum Ernste berufen. Mainz und Ulm sind, wie gesagt, nur Vorposten, vorgeschobene Posten. Eine Hauptarmee concentrirt sich im Rücken dieser Festungen an verschiedenen Punkten. Vorerst sind Böhmen und Vorarlberg der Sammelplatz der Armeecorps, das böhmische Corps mit der Richtung gegen Frankfurt und Mainz, das vorarlbergische ist zugleich gegen Ulm und die Schweiz verwendbar. Sollte eine unglückliche Politik kriegerische Entscheidung in der deutschen Frage nöthig machen, so dürften bei Olmütz und Ried zwei andere Armeecorps aufgestellt werden; sollte hingegen die Schweiz in den Bereich des Kampfes gezogen werden, so würden die Armeecorps in Vorarlberg und um Lecco und Vigevano dem Schauplatz der Ereignisse sich nähern. Dieses im Auge behaltend, hassen wir die Straßenkämpfe der Bayern und Preußen entweder als Vorspiel eines Kampfes zwischen der groß- und kleindeutschen Partei, oder als Nachspiel jener Hetzereien welche die officiellen und halbofficiellen Blätter der nord- und süddeutschen Höfe und ihre Verbündeten, die Piusvereine und Ultramontanen auf der einen, und die Treubündler und protestantischen Pietisten auf der anderen Seite, in zärtlicher Besorgniß für Aufrechthaltung der Grundsätze christlicher Nächstenliebe und moderner Legitimität veranstalteten. Merkwürdigerweise sind die bayerischen Soldaten, wie zu Tilly's Zeiten, die heftigsten, leidenschaftlichsten Träger eines großen Princips, ohne die Kraft zu haben auf eigenen Füßen zu stehen, mit eigenen Mitteln es durchzusetzen." Nun sind diese Besorgnisse freilich sehr übertrieben, und kein Besonnener in Deutschland denkt an solche Eventualitäten, indessen mögen die Officiere der Frankfurter Garnisonen sich die Lehre daraus ziehen wie das Betragen ihrer Soldaten zu den unseligsten Mißverständnissen Veranlassung geben kann, und daß sie dann vorzüglich verantwortlich werden.

Der amtliche Theil der „Wiener Zeitung" bringt zwei neue Gesetze von denen das erste von tiefgreifender Wirkung die neue Organisation der Universitäten provisorisch auf vier Jahre feststellt. Es heißt im Eingang daß die alte Verfassung die österreichischen Universitäten „zu dem Range von Schulen herabgedrückt" hätte. Die Tendenz des Gesetzes geht darauf die Wissenschaft ganz in die Hände der Lehrer zu übergeben. Die Leitung der Fachstudien ruht in einem Facultätscollegium, welches zur Mehrzahl aus ordentlichen Professoren besteht, jedoch auch den außerordentlichen, aber beschränkt, Sitz und Stimme, den Privatdocenten wenigstens das erstere einräumt. (Wir tragen den Wortlaut des ganzen Gesetzes nach.) Die andere Verordnung betrifft die Regulirung der Berggerichtsbarkeit, welche von der Verwaltung des Berg- und Hüttenwesens vollständig zu trennen sey, und zwar der Art daß montanistische Senate den betreffenden gewöhnlichen Gerichten beigeordnet werden. Solche Senate sollen bestehen für Oesterreich u. E. beim Landgerichte zu St. Pölten, für Oesterreich o. E. zu Steier, für Salzburg in Salzburg, für Steiermark zu Leoben, Laibach und Cilli, für Kärnthen zu Klagenfurt, für Krain zu Laibach, für Tirol zu Innsbruck und Trient, für Böhmen zu Brüx, Pilsen und Kuttenberg, für Mähren und Schlesien zu Olmütz.

§ **Wien**, 7 Oct. Das neulich schon verbreitete Gerücht von der Verurtheilung und Hinrichtung der ungarischen Insurgentengenerale Damjanics, Aulich, Kiß und Pöltenberg wird heute wiederholt; ja es heißt sogar daß auch der ehemalige Premierminister Graf Louis Batthyany gestern in Pesth hätte hingerichtet werden sollen. Indessen scheint weder über die ersteren noch über den letzteren etwas sicheres bekannt. Möchte es sich nicht bestätigen! Feldzeugmeister Haynau ist gestern hier eingetroffen um dem Kaiser die Schlüssel Komorns zu überreichen. Die officielle Wiener Zeitung beobachtet indessen über die (am 27 v. M.) abgeschlossenen und bereits in Vollzug gesetzten Capitulationsbedingungen noch immer ein unerklärliches Stillschweigen. Se. Maj. der Kaiser wird von seinem Ausflug nach Ischl (also nicht nach Prag) heute zurückerwartet. Das vor einigen Tagen einen Augenblick in Umlauf gekommene Gerücht von der Abreise des türkischen Gesandten zeigte sich gleichbald als falsch. Die Subscriptionen auf das neue Anlehen sollen gestern Abends mit den verschiedenen auswärtigen Zeichnungen bereits nahe an 102 Millionen betragen haben.

△ **Wien**, 7 Oct. Der Finanzminister hat alle seine früheren Gegner durch den glänzenden Erfolg des Anlehens zum Schweigen gebracht; seine Appellation an den Patriotismus hat sich glänzend bewährt. Das allgemeine Zutrauen wird durch keinen Zweifel an der Fortdauer des Friedens getrübt. Handel und Industrie nehmen einen raschen Aufschwung und die Fremden strömen wieder so zahlreich zu als sonst. Seit langer Zeit haben die Vorstadtbühnen keine so reichen Einnahmen erzielt als jetzt. Scholz und Nestroy die schon gänzlich vernachlässigten Lieblinge der vormärzlichen Zeit, sind wieder in Gnaden aufgenommen. Um keine der politischen Parteien zu beleidigen, werden in den Stücken in der Regel beide Parteien ein wenig mitgenommen. Die Grundidee der Stücke ist immer eine sehr „gutgesinnte;" aber hie und da singt Nestroy ein radicales Couplet und da zeigt sich daß auch das radicale Element in respectabler Anzahl vertreten sey. Als Curiosum theile ich Ihnen mit daß der gestrige Tag doch zu einer kleinen Demonstration benützt wurde. An mehreren Straßenecken waren Placate vom 18 Mai v. J. mit den Unterschriften von Tausenau, Becher, Löbenstein angeheftet. So berichtet die vom Rechnungsrath Weis redigirte Volkszeitung. Der Oesterr. Corresp. veröffentlicht heute einen Befehl des Kriegsministers an die Corpscommandanten, worin ihnen vorgeschrieben wird in welcher Weise die von der Insurrection überkommenen Soldaten und Officiere behandelt werden müssen. Die ganze Instruction ist sehr human abgefaßt, besonders erscheint der Umstand wichtig daß die Regierung die Wichtigkeit tüchtiger Unterofficiere anerkennt und den Corpsführern eine sorgfältige Wahl derselben zur besondern Pflicht macht. Insbesondere in Oesterreich wo der Sprachunterschied den Officier nur allzuhäufig seinen Untergebenen entfremdet, kann der Corporal welcher mit den Soldaten in der Muttersprache verkehrt, einen bedeutenden Einfluß gewinnen, es ist daher begreiflich daß er ein zuverlässiger Mann seyn muß. Aus Mailand vernehmen wir daß Graf Montecuccoli im Einverständniß mit dem Ministerium einen Aufschlag von 50 Proc. zu den Steuern angeordnet um einerseits den andern treuen Provinzen eine Erleichterung für die gebrachten Opfer, und andererseits um den Privaten welche in Folge der Kriegs-

ereignisse in Italien Schaden gelitten einen Ersatz zu gewähren, endlich um durch den Steueraufschlag die Treforscheine zu amortisiren. Diese Bestimmung gilt auf die nächstfolgenden drei Jahre.

* **Von der Etsch**, 5 Oct. Gestern an des Kaisers Namensfest fand im ganzen Land Tirol die Vertheilung der Denkmünzen statt an alle jene Männer die seit dem Beginn des lombardischen Aufstands zur Gränzvertheidigung ausgezogen waren. Wir sahen diese Handlung zu Meran, bei den Wehrmännern des Burggrafenamts — es war ein schönes Fest. An der Mariensäule „am Sande" — einem Denkmal aus früheren Kriegstagen in welchen sich tirolische Treue und Vaterlandsliebe erprobt hatte, wurde die Austheilung der Ehrenzeichen vorgenommen. Im weiten Viereck stunden unter ihren Fahnen die Compagnien von Obermais, Gargazon, Partschins, Natturns und das Häuflein Meraner das beim ersten Einbruch der Wälschen übers Wormserjoch unverweilt dem Feind entgegengezogen war, unter dem Standbild der „heiligen Jungfrau vom Siege", umgeben von Eichen- und Blumengewinden, von Fahnen- und Waffenbündeln, nahmen die Behörden Platz, welche mit der Amtshandlung betraut waren, bei ihnen eine zahlreiche Schaar kaiserlicher Officiere, theils als Gäste, theils am Durchmarsch hier anwesend. Das Manifest des Kaisers über die Vergabung dieses Erinnerungszeichens wurde verlesen, das Kaiserlied erschallte unter Geschützdonner, einige Worte wurden gesprochen, und laute Hoch ausgebracht auf den Kaiser, auf Tirol, die Armee, auf Radetzky &c. Die Hauptleute empfingen ihre Denkmünzen aus den Händen des ausgezeichnetsten Anwesenden, und sie selbst vertheilten sie an die Mannschaft, die am Schluß mit klingendem Spiel durch die Stadt zog. Ein eigenthümlicher Schmuck der Schützenschaar war die mitgetragene verwitterte Fahne wälscher Crociati mit dem W. Pio IX und W. L'Italia im weiß-roth-grünen Feld, auf eiliger Flucht am Nonsberg vergessen. Wir wissen nicht ob viele dabei sich erinnerten daß solche Fahnen damals nicht allein gegen des Kaisers Herrschaft in Italien, daß sie gegen das gesammte Volk der Deutschen erhoben wurden und auf deutschem Boden die neue Gränze des Lombardenreichs bezeichnen sollten. Der Name Deutschland war nicht zu vernehmen bei dem festlichen Vorgang; im verflossenen Jahr, in der Bedrängniß und Gefahr, hörten wir ihn öfter. Tirol kann nicht klagen daß man seinen Nothruf überhört und seine mannhafte Erhebung „draußen" nicht anerkannt habe. Die Schützen von Tirol scheinen auch diese Vergeßlichkeit nicht zu der ihren machen zu wollen — es fehlten in ihren stattlichen Haufen nicht die Farben die der edle Held Radetzky aufpflanzen ließ an den Gränzen ihrer Heimath — will sagen zwischen Wälsch- und Deutschland.

Großbritannien.

London, 5 Oct.

Heute Nachmittags saß wieder ein Cabinetsrath auf dem auswärtigen Amt, ohne Zweifel über die türkische Frage (s. den Brief in der Beilage). Morgen werden die Minister nach der Insel Wight abgehen, um dort einer Geheimenrathssitzung unter dem Präsidium der Königin beizuwohnen. Es handelt sich um die weitere formale Vertagung des Parlaments vom 9 Oct. an. — Der Standard bemerkt: „Der Stand der europäischen Angelegenheiten nimmt die öffentliche Aufmerksamkeit sehr in Anspruch. Indessen kann man nicht sagen daß die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Kriegs in den Köpfen unsers Volks Wurzel geschlagen habe, ungeachtet der eiligen Rüstungen der türkischen Regierung für mögliche Fälle. Gewiß ist daß alle hiesigen Parteien den wärmsten Wunsch hegen die osmanische Pforte in ihrem menschenfreundlichen Entscheid hinsichtlich der ungarischen Flüchtlinge zu unterstützen, und manche glauben, wenn erst die aufrichtige Mitwirkung Frankreichs mit England gesichert wäre, so würde die muthmaßliche Folge seyn daß die russische Regierung den diplomatischen Weg einschlüge um ihre Verhältnisse zur Türkei wiederherzustellen." Diese aufrichtige Mitwirkung Frankreichs wird aber vom Chronicle noch sehr bezweifelt, indem dieses Blatt daran erinnert daß Frankreich, unter den verschiedenen Staatsformen die es seit der Schlacht von Waterloo durchlaufen, vielfach mit Rußland und einem russischen Bündniß geliebäugelt habe, aus dem einfachen Grunde weil Frankreich in der Masse seiner Bevölkerung noch immer das „treulose Albion" als seinen Hauptfeind zu betrachten gewohnt sey, an welchem es früher oder später Rache zu nehmen hoffe. Zudem erblicke Frankreich in einem Bündniß mit Rußland größere Vortheile in Bezug auf Territorialerweiterung an seinen deutschen und italienischen Gränzen. Habe doch eben erst Lamartine in seiner „Geschichte der Revolutionen von 1848" den Gedanken ausgesprochen: Frankreich habe, um ein „französisches System" zu bilden, nur die Wahl: entweder sich mit Oesterreich gegen Rußland und England, oder sich mit Rußland gegen England und Oesterreich zu verbünden. Also jedenfalls gegen England! Uebrigens glaubt das Chronicle: die türkische Verwickelung werde ihre friedliche Lösung darin finden daß man türkischer- und russischerseits den Flüchtlingen gestatten werde Widdin in der Stille zu verlassen und sich auf einem englischen, französischen oder amerikanischen Schiff im Bosporus einzuschiffen. Melden ja doch die letzten Berichte aus New-York daß Bem und Dembinski daselbst erwartet werden.

Die Times hat in letzter Zeit wiederholt anerkannt daß, wie die Sachen in Deutschland stehen und sich namentlich zu Oesterreich gestellt haben, eine, wenigstens annähernde, Verwirklichung dessen was die edelsten und besten Deutschen in der Frankfurter Reichsversammlung gewollt, nur mittels der preußischen Hegemonie, auf dem Wege des Dreikönigsbündnisses zu hoffen wäre, und daß ein politischer Thor seyn müßte wer da nicht einsähe daß die großdeutschen Redensarten gewisser Regierungen nichts weiter seyen als eine Maske für particularistische Selbsucht, welche, weit entfernt der Nation zur Einheit zu helfen, oder auch nur helfen zu wollen, auf die Restauration des alten Frankfurter Bundestags lossteuert. Das gesteht die Times in Correspondenzen und leitenden Artikeln, bekennt aber zugleich naiver Weise daß eine ächte, straff einheitliche Zusammenfassung Deutschlands keineswegs im Interesse Englands liege, sondern daß diesem mehr gedient wäre mit einem bloß norddeutschen Bundesstaat der seine Gränze am Main fände. Sollte nicht in diesem Geständniß eine beherzigenswerthe Lehre für Süddeutschland liegen? — Also schreibt die Times, nachdem sie die Eintracht der preußischen Kammern mit der preußischen Regierung gelobt: „Es ist nachgerade offenbar daß Preußens Militärmacht, die Mannszucht seiner Soldaten, die Zahl und Energie seiner Landwehr und die Besiegung und Züchtigung der demokratischen Partei für die Sache preußischer Hegemonie mehr gethan als die fruchtlosen Debatten in Frankfurt oder die unerfüllten Verheißungen des vorigen Jahrs. Etliche zwanzig von den kleineren Fürsten Süd- und Mitteldeutschlands sind bereits selbstmediatisirt, denn sie sehnen sich einer souveränen Unabhängigkeit, welche sie zu schützen nicht die Macht haben, los, und wieder das zu werden was sie ursprünglich waren — die Pairs eines deutschen Reichs. Oesterreich, Bayern und Württemberg allein haben Mittel ergriffen ihre Unabhängigkeit zu wahren. Hingegen Norddeutschland wird unwiderstehlich in die preußische Sphäre gezogen, und eben diese Veränderung ist für Englands Handels- und politische Verhältnisse, bei unsrer Verbindung mit Hamburg, Hannover und den Staaten der Nordküste, die bedeutsamste. Gleich von der Gründung des preußischen Zollvereins an waren die Bestrebungen des Berliner Cabinets auf Hereinziehung der Hansestädte und jener Staaten welche natürlicher Weise im Besitz des deutschen Seehandels sind, gerichtet. Während daher Preußen von seinen Handelsverbündeten im Süden fortwährend gedrängt wurde bei einem System hoher Zölle und Schutztarife zu beharren, wurden seine Einladungen in seiner näheren Nachbarschaft immer zurückgewiesen, so lange sie von Bedingungen begleitet waren welche den Handel Hannovers und der Hansestädte offenbar mit Nachtheil für ihren auswärtigen Handel bedrohten. Jetzt scheinen politische Ereignisse die Wahrscheinlichkeit eines Uebereinkommens vergrößert zu haben; aber die politischen Ereignisse haben die dauernden Interessen dieser Staaten und Städte nicht verändert, und wenn Preußen sie von sich abhängig zu machen hofft, muß es um so sorgsamer jene Grundsätze der Handelsfreiheit beachten die ihre Unabhängigkeit bisher gesichert hat." So die Times. Wir brauchen kaum zu bemerken daß dieses Journal auf die von ihm vorausgesetzte Eventualität falsche Hoffnungen baut, denn Preußen würde auch dann von einem mäßigen Zollschutzsystem nicht abgehen, und nicht abgehen können; aber dieses englische Raisonnement verdient jedenfalls Beachtung.

Das Sonntagsblatt Spectator schließt eine Anzeige von der achtzigsten Geburtstagsfeier Alexander v. Humboldts mit den Worten: „Wenn es je einen typischen Mann gegeben, so ist es dieser noch unter uns lebende Zeitgenosse, dessen neue Gaben noch immer mit gespannter Dankbarkeit erharrt werden. Er hat den Kosmos, das wunderbare Universum in all seiner Schönheit den Menschen seinen Brüdern eröffnet — nicht bloß ihrer Erkenntniß, sondern auch ihrer Liebe. Er hat nachgewiesen daß das politische Schicksal des Menschen, was seinen wesentlichen Fortschritt betrifft, auf den unwandelbaren Gesetzen des Universums beruht; und er hat in seiner Person gezeigt daß die Weisheit des Sehers und die Stellung des Staatsministers sich vereinigen läßt mit anspruchsloser Herzensgüte und praktischer duldsamer Mannestugend. Sein Lebensgang beleuchtet seine Philosophie: es ist ihm mit kleinen Dingen geglückt ohne den Erfolg in großen zu verwirken; er hat seine Rolle im täglichen Leben gespielt ohne das Ewige zu vergessen; er hat Königen gedient, und zugleich den Niedrigsten und Gedrücktesten Trost gespendet durch Verkündung der Gesetze denen die Könige unterthan, und durch Entdeckung des Freibriefs der Menschheit in der Weltordnung."

‡ Das wichtigste was die Londoner Blätter vom 6 Oct. melden ist ein blutiger Zusammenstoß zwischen der Tory- und der liberalen Partei in Montreal (Canada), der am 19 Sept. vorgefallen. Dem Militär gelang es endlich die Ruhe herzustellen. Diese Nachricht ist durch das Dampfboot „Washington" angelangt, welches auf der Fahrt nach Bremen in Southampton anlegte. Es war am 20 Sept. von New-York abgegangen. Die New-Yorker Börse hatte sich von dem ersten Schrecken über die Entlassung des französischen Gesandten wieder erholt. — Die Wahrscheinlichkeit der Rettung Sir John Franklins und seiner muthigen Gefährten im Polarmeer erregt allgemeine Freude. — Der eben erschienene amtliche Handelsbericht über den am 5 Sept. abgelaufenen Monat zeigt abermals eine beträchtliche Zunahme des englischen Ausfuhrhandels.

Frankreich.

Paris, 6 Oct.

Die Abschaffung des Bürgertitels konnte von der Opposition nicht so stillschweigend hingenommen werden, sie erhob heute durch den Mund des Hrn. Thouret eine förmliche Reclamation. Der Präsident Dupin gab eine begütigende Erläuterung: Es besteht kein Gesetz, keine Verordnung welche vorschreibt daß man sich in der Anrede des Worts Citoyen bediene statt Monsieur. In der Versammlung hat man abwechselnd beide Ausdrücke gebraucht ohne daß eine Erinnerung dagegen gemacht worden ist. Wenn die Mitglieder der Linken die sie heute machen, uns in den Gängen begegnen, grüßen sie uns nicht Citoyens, einige in ihren Zusendungen an den Moniteur bedienen sich selbst des Monsieur, und sie haben dazu ein Recht das ihnen niemand streitig machen wird. Ja einige Personen haben sich über die Anhängung des Citoyen an ihre Namen beschwert. Dieß, setzte der Präsident hinzu, sey die Ursache der Abänderung im Moniteur. Wenn jemand damit nicht zufrieden sey und einen Antrag stellen wolle, so sey er bereit ihn zur Abstimmung zu bringen. Hr. P. Leroux, unter einem heftigen Ausfall auf die Reaction die mit Zurückführung der monarchischen Namen gegen die Republik selbst einen Schlag beabsichtige, stellte hierauf den Antrag: „In Betracht daß Frankreich sich als Republik constituirt hat, verordnen wir daß alle Mitglieder der französischen Gesellschaft den Titel Bürger annehmen." „Die Vorfrage!" rief man rechts, und mit 304 gegen 155 Stimmen wurde der Antrag verneint. Diese ganze Verhandlung wurde unter der Rubrik: Berichtigung des Protokolls geführt. Diese Rubrik benützte auch Hr. N. Bonaparte um seinen Antrag wegen Aufhebung der Verbannungsdecrete zu modificiren. Da die Commission als Hauptgrund dawider geltend macht daß darin drei verschiedene Fragen vermischt seyen, so erklärte er jetzt seinen Antrag in drei Propositionen zu theilen, wovon die eine die Aufhebung des Verbannungsdecrets gegen die Bourbons der ältern Linie, die zweite die Zurücknahme des Deportationsdecrets, die dritte die Zurückberufung der jüngern Linie zum Gegenstand hat. In dieser Form ging der Antrag an die Abtheilungen zurück. Die Verhandlung welche die Versammlung nun vornahm, betraf wieder diese Gesetzgebungsexperimente, die Propositionen. Eine welche den Arbeitern wohlfeile Wohnungen verschaffen und deßwegen das Expropriationsgesetz abändern will, fiel gleich durch, und eine zweite, über ein neues Jagdgesetz, dürfte dasselbe Schicksal haben.

In der römischen Frage scheint ein sehr gemäßigter Mittelweg eingeschlagen zu werden. Was die Journale aus den Besprechungen bei der Wahl der Begutachtungscommission für den durch Verlängerung und Ausdehnung der Expedition nothwendig gewordenen Mehraufwand mittheilen, läuft darauf hinaus daß Frankreich sich mit den päpstlichen Zugeständnissen so ziemlich zufrieden geben wird. In die Commission sind theils entschiedene Ultramontane, theils Politiker ernannt welche es mit dem Versprechen der „wahren Freiheit" nicht zu genau nehmen. Es sind die HH. Thuriot de la Rozière, de Montalembert, Hubert-Delisle, General Oudinot, Beugnot, Janvier, Thiers, V. Hugo, Chaper, de Lagrené, de la Moskowa, de Casabianca, General d'Hautpoul, Molé und de Broglie. Mehrere von ihnen hatten den Brief des Präsidenten unumwunden gemißbilligt, und es dürften sogar dem Ministerium Vorwürfe nicht erspart werden daß es erklärt hat der Brief sey zwar außerhalb der Unterhandlungen geschrieben, die Unterhandlungen jedoch ganz in diesem Sinn geführt worden. Hr. Thiers äußerte sich mit großer Offenheit dahin daß die Expedition keinen andern Zweck haben konnte als die Herstellung des Papsts, daß das Motuproprio vollkommen befriedige und die darin enthaltenen Freiheiten die einzigen seyen welche für das römische Volk passen. Dieser Meinung mag wohl auch Hr. Molé seyn, nur hüllte er sie in einen Ausdruck des Bedauerns daß man nicht im Anfang die Kühnheit gehabt habe den Zweck der Expedition unumwunden zu gestehen, so hätte die Regierung die jetzigen Verlegenheiten vermieden. Der alte Staatsmann, den die Commission zu ihrem Präsidenten erkoren hat, vergißt freilich daß die Expedition zu einer Zeit beschlossen wurde wo die Revolution noch nicht so besiegt war daß es anging der Nationalversammlung ohne weiteres die päpstliche Restauration aufzutragen. Jetzt steht die Sache so daß man wird um jeden Preis sich herausziehen wollen. Die Legitimisten und die Ultramontane sind eine Macht der man auf alle Art gefällig zu seyn bemüht ist. Eines der kleinen Theater, das von Porte St. Martin, hatte ein neues Melodram: Rome auf die Bühne gebracht. Die Behörde hatte an den mancherlei Anzüglichkeiten gegen die hohe Geistlichkeit die das Stück enthält, namentlich daran daß Pius IX selbst in Scene gesetzt ist, nichts Arges gefunden und die Aufführung erlaubt, kaum aber machen die Organe der Partei Lärm, so wird die Erlaubniß zurückgenommen und es darf nicht mehr gegeben werden, obgleich die Direction in diesen ohnehin nicht glänzenden Theaterzeiten bitterlich über den Verlust eines beliebten Cassenstücks klagt, und die Regierung mit einer Entschädigungsforderung bedroht

Die Cholera hat im allgemeinen in Frankreich von ihrer Heftigkeit sehr nachgelassen, in vielen Gegenden ist sie am Erlöschen. In Paris wurde in den beiden ersten Octobertagen nur ein einziger Cholerakranker in die Spitäler aufgenommen. Noch hat die Seuche im Süden ihre Schrecken nicht ganz verloren, und in Toulon ist ein Fall ärztlicher Feigheit vorgekommen der an das Betragen der italienischen Aerzte erinnert bei dem erstmaligen Erscheinen der Cholera in Neapel. Ein Hr. Frebault, Oberchirurg im Militärspital zu Toulon, verließ seinen Posten und zog sich aufs Land zurück, mit der Erklärung er besitze ein Vermögen von 10,000 Fr., habe ein Dienstesalter das ihm erlaube seine Pensionsrechte geltend zu machen, und sey es sich und seiner Familie schuldig nicht durch allzugroße Hingebung seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Diesen Mangel an Pflichtgefühl fand der Kriegsminister einer exemplarischen Ahndung würdig, und der Moniteur enthält einen Bericht vom 3 Oct. an den Präsidenten der Republik, wornach der Chirurg Frebault neben der Entlassung eine monatliche Gefängnißstrafe zu erstehen hat, welche dadurch geschärft ist daß sie der Armee durch Tagsbefehl bekannt gemacht werden soll.

⊤ **Paris,** 5 Oct. Der Prüfungsausschuß hat sich gestern Mittag versammelt und die Erklärungen Napoleon Bonaparte's über seinen auf Rückberufung der verbannten Königsfamilien und Amnestirung der Juniusgefangenen gestellten Antrag entgegengenommen. „Durch die Rückkehr der Prinzen in die Heimath, hat er unter anderm gesagt, treten sie als Bürger und Landeskinder in die Gesellschaft ein, während die Verbannung sie zu Prätendenten stempelt. Es gibt überdieß kein anderes Mittel ihre Anhänger im Lande zu entwaffnen." Hr. Desjobert ist in dieser wichtigen Frage zum Berichterstatter ernannt worden. Die „Presse" gibt diesem Antrag ihren vollen Beifall und unterstützt ihn eifrigst. Sie gewahrt in der Annahme desselben eine günstige Aussicht für die Familie Orleans. Die legitimistische „Opinion publique" stimmt dagegen und wundert sich über die Unterstützung des Girardin'schen Organs. Die Verwunderung der „Opinion publique" überrascht uns keineswegs, bemerkt die „Presse"; dieß Journal erblickt gern in der Verstrickung der Frage ihre Lösung, weil es in der verwickelten Schwierigkeit den Triumph seines Princips hindurchschimmern zu sehen glaubt. Das aber ist ein Irrthum. Schon mehr als einmal haben sich die legitimistischen Blätter gewaltig getäuscht. Sie hofften die Verfassung vom Jahr 1848 würde der Bestätigung des Volks unterworfen werden, und erlebten eine Täuschung. Sie rechneten darauf die erste Handlung der gesetzgebenden Versammlung werde seyn gegen den verdächtigen Ursprung der Constituante und gegen die siegreiche Insurrection vom 24 Febr. zu protestiren, und hatten sich abermals getäuscht. Sie hatten sich eingebildet die Generalconseils würden den Muth haben zu unternehmen was die Legislative nicht hatte unternehmen dürfen, nämlich daß unter dem Vorwand der Verfassungsrevision alles seit dem 24 Febr. Geschehene in Frage gestellt werden würde, und irrten zum drittenmal. Heute nun bilden sie sich ein es müsse in nächster Zeit irgendein Vorfall sich ereignen, in Folge dessen eines schönen Morgens Frankreich mit dem Rufe erwachen werde: „Nieder mit der Constitution und der Republik! Es lebe die Monarchie und die Legitimität!" Wir aber sind der Meinung daß die Organe der Legitimität wiederum in Irrthum befangen sind und abermals einer bittern Enttäuschung entgegengehen. Wir werden so gut oder so schlecht es geht uns bis zum Zeitpunkt hinschleppen wo die gesetzliche Revision der Constitution wird vorgenommen werden dürfen. Sobald die Nationalversammlung in das dritte Jahr ihrer Tagung, das letzte ihrer Befugnisse wird eingetreten seyn, im Junius 1851, wird sich die ernste und kitzliche Frage einstellen, ob sie, die für volle drei Jahre erwählte, ihre Existenz abkürzen und vor dem 13 Mai 1852 sich auflösen dürfe. Eine an sich schon gar mißliche Interpretationsfrage. Setzen wir die bejahende Entscheidung voraus und ebenso die angetragene Modificirung der Consti-

tution. Der Art. 111 spricht sich bestimmt und deutlich aus: „Der von der Versammlung ausgesprochene Wunsch wird erst nach drei, jedwede nach einmonatlichem Zwischenraum, aufeinanderfolgenden Verhandlungen bei drei Viertheilen der abgegebenen Stimmen zum definitiven Beschluß erhoben werden können. Die Zahl der Abstimmenden ist auf mindestens 500 festgesetzt.“ So jener Artikel. Mindestens 376 Stimmen also werden nach einem Zeitraum von drei Monaten und nach ebenso viel, je eine alle vier Wochen, aufeinander folgenden Deliberationen erklären müssen daß eine Revision der Verfassung wünschenswerth sey. Das ist gesetzliche Bestimmung und unerläßlich, unumgänglich nothwendig. Läßt sich wohl, frägt die „Presse“, mit einiger Gewißheit behaupten die Stellung der Parteien in der Versammlung werde sich bis dahin nicht in solcher Weise verändert haben daß die Furcht der einen vor der andern nicht die Lähmung aller und mithin den unveränderten Fortbestand der Verfassung zur Folge haben werde? Schließen wir von der Vergangenheit auf die Zukunft, so ist solche Behauptung nicht statthaft, wohl aber unsere Voraussicht begründet. Alles vertagen und nichts zur Abwickelung kommen lassen ist nachgerade eine so eingefleischte Gewohnheit bei uns geworden daß es schwer halten wird sie abzuschütteln. Der Fall aber wo die Rivalität der Parteien auf die Erklärung einer zu vertagenden Revision auslaufen sollte, ist eine Eventualität der man ins Auge blicken muß. Da in diesem Fall der jetzige Präsident erst nach einem Zeitraum von vier Jahren wieder wählbar wäre, so hätte Frankreich 1852 eine neue Präsidentenwahl vorzunehmen. Wie könnte dem anders seyn? Es gibt unsers Wissens nur zweierlei Wege aus dem Hause zu kommen: entweder durch die Thür oder durch das Fenster. Aus der Verfassung durch das Fenster springen hieße so viel als durch einen Staatsstreich oder durch eine Insurrection herausgelangen wollen. Beides ist nicht zu befürchten; für letztere würde General Changarnier sorgen; ersterer ist nach des Präsidenten eigenen Worten undenkbar. Mithin steht nur dreierlei in Aussicht: entweder erfolgt 1851 mit 376 Stimmen der Beschluß der Verfassungsrevision, oder die uneinige Versammlung erklärt die Frage für eine unzeitige; oder aber sie erklärt sich 1852 für Beibehaltung der Verfassung. Im ersten Fall gehen wir vom Bekannten zum Unbekannten, und es ist nicht vorauszusagen noch vorauszusehen in welchem Sinn die Revisionsversammlung erwählt werden, und welch Schicksal sie dem jetzigen Präsidenten der Republik bereiten wird. Im ersten und im zweiten Fall wird Ludwig Bonaparte dem Beispiele Cavaignacs folgen müssen und nichts weiter zu thun haben als bis zur Wahl des neuen Präsidenten die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das sind die von der Verfassung vorhergesehenen Eventualitäten. Diesen Eventualitäten darf das legitimistische Blatt freilich nun seine Hoffnungen unterschieben, aber Wünsche und Hoffnungen sind keine Beschlüsse der Vorsehung. Hier heißt es nicht wünschen, sondern möglichst richtig voraussehen. Wir sehen und setzen also den möglichen Fall voraus wo die Revision mangels erforderlicher Stimmenmehrheit nicht beschlossen würde, und blicken um uns her nach einer wahrscheinlichen und zugleich möglichen Präsidentenwahl. Wer sind die Bewerber? Wir fragen: warum hat Ludwig Bonaparte über Cavaignac gesiegt? Weil er als Erbe des Kaisers ein Uebergang war von der Republik zur Monarchie. Diesem zu begegnen gab es nur ein Mittel: Ernennung eines absetzbaren Präsidenten des Ministerconseils zur executiven Gewalt durch die Nationalversammlung. Das war der Inhalt des Grevy'schen Amendements, das mit 643 gegen 158 Stimmen verworfen wurde. Für wen aber wird im oben vorausgesetzten Falle Frankreich am liebsten stimmen? Der volksthümlichste Name ist unstreitig der des jungen Admirals der aus St. Helena Napoleons Asche nach Frankreich zurückbrachte. Wir sprechen hier keinen Vorzug aus, sondern eine Thatsache. Und darum stimmen wir laut und unverhohlen für die Annahme des Antrags Napoleon Bonaparte's. Zu früh! ruft man uns zu; wir antworten: Nicht früh genug. Späterhin wird das Volk in der Maßregel einen Fingerzeig erblicken; jetzt nur eine Erweiterung des Wahlkreises und weiter nichts. Die Annahme ist dringlich; nur Blinde werden dagegen stimmen. So die „Presse.“ Man sieht hieraus daß sie wenigstens aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht!

* **Marseille**, 3 Oct. Die französische Flotte, welche schon seit einigen Tagen den Befehl erhalten hat die Rhede von Toulon zu verlassen, wurde durch Gegenwinde zurückgehalten und hat erst gestern Morgen die Anker gelichtet, um sich nach den Inseln von Hyères zu begeben. Im übrigen bemerkt man keine besondere Bewegung auf der Rhede. Die Auswanderung wegen der Cholera hat auch in Toulon sehr überhandgenommen. Eine Petition unterzeichnet von 166 der angesehensten Einwohner von Menton (Fürstenthum Monaco) vom 26 Sept. an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris gerichtet, ersucht die französische Regierung um ihren Beistand den Fürsten v. Monaco aufs baldigste wieder in Folge der Verträge vom Jahr 1815 in seine Rechte einzusetzen. Gestern sind 22 Personen in Marseille an der Cholera gestorben.

Italien.

Rom. Monsignor Garibaldi, bisher päpstlicher Nuncius am neapolitanischen Hof, ist in gleicher Eigenschaft nach Paris ernannt. — Die kleine Republik San Marino, eine Enclave des Kirchenstaats, hat die politischen Flüchtlinge von ihrem Gebiet ausgewiesen.

Die Turiner Blätter vom 5 Oct. berichten über die Trauerfeierlichkeiten womit die Leiche Karl Alberts in Genua gelandet worden, sowie über die bevorstehende große Leichenfeier in der Hauptstadt. Die sardinische Deputirtenkammer hat mit 77 gegen 30 Stimmen die Unabsetzbarkeit der Richter beschlossen. Die amtliche Zeitung enthält eine k. Bekanntmachung über Errichtung einer Bank in Turin zur Unterstützung des Handels und des Ackerbaues, welche „la banca d'Italia“ heißen soll. — Das amtliche Blatt des Herzogthums Parma motivirt die neulich verkündigte Aufhebung des Benedictinerordens im Herzogthum mit dem Nachweis daß derselbe mehrfach die Sache der Revolution unterstützt.

Schweiz.

*** **Von der Reuß**, 5 Oct. Alle hervorragenden Führer welche in der badisch-pfälzischen Revolution eine Rolle gespielt, haben die Schweiz verlassen; in den letzten Tagen des Septembers auch Mieroslawski, Struve, Heinzen, welche vom Bundesrath Reisegeld verlangt und erhalten haben. Nur Werner und Sigel scheinen noch verborgen unter falschem Namen im Innern der westlichen Kantone zu leben. Von Mieroslawski haben Sie wohl die Erklärung gelesen, worin dieser polnische „Heerverderber“, dessen Name nur durch seine Niederlagen in Posen, Sicilien, Baden berühmt geworden, sich gegen den allverbreiteten Verdacht rechtfertigt als habe er den deutschen Boden mit vollen Koffern verlassen. Die Wahrheit ist daß General Mieroslawski vor seiner Abreise von Paris erklärte den Oberbefehl in Baden nur gegen die Summe von 150,000 Franken übernehmen zu wollen. Diese Forderung wiederholte er später in Karlsruhe für sich und seinen Stab, mit dem Bemerken daß er in Sicilien die gleiche Summe erhalten habe. In Betracht des kläglichen Zustandes der badischen Staatscasse ließ sich der Pole mit einer geringeren Summe vorläufig abspeisen, welche, mit Inbegriff einer späteren Nachsendung, etwa den zehnten Theil des Verlangten betrug. Mieroslawski mußte damit allerdings auch die polnischen Abenteurer die ihn umgaben, worunter Oborski und der immer betrunkene Mniewski, bezahlen. Wieviel er von den empfangenen Geldern mit über die Gränze genommen, ist uns nicht bekannt. Obige Angaben haben wir aus ganz sicherer Quelle geschöpft.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 6 Oct. Consols $92^{1}/_{2}$; Schatzscheine 42 Sh. Präm. Span. 3proc. $34^{1}/_{4}$; 5proc. 17.

Paris, 6 Oct. 3proc. 55.25; 5proc. 87.60; Schatzscheine 5; Bankactien 2315; belg. 5proc. 97; $2^{1}/_{2}$proc. $49^{1}/_{8}$; österr. Loose v. 1834 380; röm 78; piem. v 1849 870; St. Germain E.-B. 416; Vers. rechte 207.50; linke 170; Paris-Orleans 730; Rouen 525; Straßburg 347.50; Nordbahn 425; Rouen-Havre 250; Mars.-Avignon 210; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 290; Tours-Nantes 286.25; Mont.-Troyes 115; Bordeaux-Teste 35.

Amsterdam, 6 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. 54; 3proc. $63^{3}/_{4}$; 4proc. $83^{5}/_{8}$; Handels-Maatschappy 165; Metall. 5proc. $86^{1}/_{2}$; belg. $2^{1}/_{2}$proc. $46^{5}/_{16}$; Ard. $10^{11}/_{16}$.

* **München**, 6 Oct. Die heutige Getreideschranne enthielt im ganzen 10,192 Sch., wovon 9423 Sch. verkauft und 1769 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 34 kr. (gef. um 5 kr.); Korn 6 fl. 43 kr. (gest. um 5 kr.); Gerste 7 fl. 1 kr. (gef. um 5 kr.); Haber 4 fl. 21 kr. (gest. um 2 kr.) Die Reste bestunden in 289 Sch. Weizen, 2 Sch. Korn, 1413 Sch. Gerste, 65 Sch. Haber. Umsatzsumme 76,579 fl. Auf dem ersten diesjährigen Hopfenmarkt waren die Mittelpreise für Mittel-Landhopfen 59 fl., für vorzüglichere dergleichen 66 bis 70 fl.

Augsburg, 9 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. 92 G. 5proc. 101 P., $100^{3}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 650 P., 646 G. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ G.

♀ **Wien**, 7 Oct. Die heutige Sonntagsbörse war sehr fest und die Curse haben etwas angezogen In Obligationen des neuen $4^{1}/_{2}$proc. Anlehens fanden heute mehrere Umsätze bis $85^{5}/_{8}$ statt und schlossen selbe $85^{1}/_{2}$–$^{5}/_{8}$. Die 5proc Metall. $96^{3}/_{16}$–$^{1}/_{4}$. Nordbahnactien $111^{1}/_{4}$–$^{1}/_{2}$. In andern Effecten war kein Verkehr.

Verantwortliche Redaction:
Dr. **Gustav Kolb**. Dr. **A. J. Altenhöfer**. Dr. **C. A. Mebold**.
Verlag der **J. G. Cotta**'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Shakspeare von Gervinus.

Dritter Band.

‡ Dieser so eben versendete Band umfaßt die dritte Periode der dramatischen Dichtung Shakspeare's, welcher Gervinus folgende Stücke zutheilt: „Wie es euch gefällt“, „Viel Lärmen um nichts“, „Was ihr wollt“, „Maß für Maß“, „Othello“, „Hamlet“, „Macbeth“, „König Lear“, „Cymbeline“. In der Einleitung werden wir darauf hingewiesen wie dieser Abschnitt bereits über die schlankeren und flacheren Gestalten der Mantel- und Degenkomödie hinaus ist, und den Gegenständen und Interessen nach zwar weiter auseinandergehend, dagegen nach dem gewachsenen Gesichtskreise des reifenden Mannes in noch tiefere Probleme des Lebens schärfer forschend und auflösend eingeht. Während in den Stücken der früheren Perioden häufige Beziehungen zu den gleichlaufenden Lebensschicksalen des Dichters sich aufsinden lassen, stehen diese späteren Meisterwerke meist frei da von jenen Gerüstreminiscenzen. Nur bei einem derselben glaubt Gervinus einen pathologischen Antheil des Dichters vermuthen zu können: es ist Hamlet, den er mit dem Tode von Shakspeare's Sohn Hamnet in Verbindung bringt. Danach wäre bereits im Jahr 1596 der elegische Keim jenes Drama gelegt worden, dessen Entstehen Gervinus in die Jahre 1600 bis 1602 stellt. Er deutet dabei auf den Einklang der Motive des berühmten Hamlet-Monologs mit dem 66sten Sonett *) hin, welches in der Zeit jener trüben Stimmung des Dichters nach dem Verluste seines Kindes geschrieben seyn mag. Wie nun der Charakter des Hamlet selbst entwickelt wird, wie die negative Handlung des Drama mit all seinen Gegensätzen sich Faser für Faser vor uns auseinanderlegt, ist in der That bewundernswürdig. Nicht daß hier neue Hypothesen aufgekünstelt, daß auf ein Mäkeln an der scenischen Oekonomie eingegangen würde — ein neues Ganze reflectirt sich uns aus dem Spiegel in dem uns Gervinus den Helden unserer Zeit zeigt, wir lesen nicht von dem stubble-land at harvest home einer splitterrichtenden Kritik disjecta membra postae zusammen. Stelle ich daneben die Goethe'schen Expositionen über Hamlet im Wilhelm Meister, so möchte ich sie eine Handzeichnung, Gervinus' Bild aber die Marmorbüste Hamlets nennen. Der Charakter, wie er hier entwickelt wird, erscheint gewissermaßen als das rückwärtsblickende Antlitz des Januskopfes, dessen vorwärts schauendes Profil dem Percy oder Prinzen Heinrich angehört. Das Verhältniß beider Charaktere bestimmt Gervinus nach jener Sentenz:

> Wahrhaft groß seyn heißt:
> Nicht ohne großen Gegenstand sich regen,
> Doch eines Strohhalms Breite selbst verfechten
> Wenn Ehre auf dem Spiele ist.

„Aber Hamlet kann diesen Grundsatz nur sagen, ein Meister der Einsicht; nicht ausführen, wie jener Heinrich, der Meister des Lebens und Handelns, gethan hat.“ Wie aber hat Gervinus, der politische Charakter, der nach der politischen Havarie der jüngsten Tage von dem traurigen Wrack sich ganz abwenden zu wollen scheint, die politische Seite des Hamlet-Charakters aufgefaßt? Er hat gethan was er nicht lassen konnte. Er erinnert an Freiligraths: Deutschland ist Hamlet! Dieses Gedicht ist in der Sammlung: „Ein Glaubensbekenntniß“ enthalten und im April 1844 entstanden. Da heißt es in der 6ten und 7ten Strophe:

> Bei den Erschlagnen, die sein Haß
> Preisgab der Schmach und dem Verderben.
> Liegt er entseelt, und Fortinbras
> Rückt klirrend ein das Reich zu erben.
>
> Gottlob, noch sind wir nicht so weit!
> Vier Acte sahn wir spielen erst!
> Hab' Acht, Held, daß die Aehnlichkeit
> Nicht auch im fünften du bewährst!

Nun im Jahr 1849 schreibt Gervinus, an jenes: Deutschland ist Hamlet! anknüpfend: „Und dieser Ausspruch ist in der That kein geistreiches Spiel mit Worten oder verworrenen Vorstellungen. Denn ganz so wie Hamlet sind wir ja bis zu dieser letzten Zeit hin zwischen einer hart an uns rückenden Aufgabe rein praktischer Natur und einer herkömmlichen Entwöhnung vom Thun und Handeln gestellt gewesen. Ganz so waren wir ja in der Beschäftigung des Geistes und in der Bildung des Gemüths tief versenkt gewesen bis zur Vergessenheit der äußern Welt; ganz so lag uns Wittenberg und seine Vermächtnisse mehr am Herzen als Polenkämpfe und Ehre und Macht; ganz so füllte uns das Leben und Weben im Gedicht und Schauspiel aus, und auf dem Theater die Aufgabe der Zeit zu spielen, uns an Worten und an einem Wortheldenthum zu freuen, gefiel uns mehr als eine gelassene und gesetzte Vorbereitung für den Ernst der Zeiten. Waren nicht in jenen ersten Tagen unserer politischen Erhebung aus dem französischen Joche die Geister unserer Väter mahnend heraufgestiegen und freuten sich unserer raschen Entschlossenheit? Aber bald ließen wir den Eifer sinken und auf vorübergehende kleine Anfälle der Leidenschaft ließen wir die Flügel in Taubengeduld ermattet hängen. Beispiele, massig wie der Erdball, gingen auch an uns auffordernd und spornend vorüber, aber wir ließen sie unbeachtet. Ganz so wie Hamlet verloren wir die Freude an unserer Existenz, und flüchteten aus dem realen Leben in das Reich der Ideale; wir schadeten dem sichern Tact des instinctiven Lebens durch allzu viele Geistesübung und Reflexion und der gewissen Erkenntniß des Wirklichen durch chimärische Phantasien. Ganz so verbitterten wir uns skeptisch an Welt und Leben und Menschheit, und wühlten uns in Menschenhaß, mit so viel Anlage des Menschen Werth zu achten, und in einen passiven Weltschmerz, mit so viel Beruf die Welt thätig zu bebauen.“ — „Und wie? Indem wir unsere Seelen so mit der Verekelung an der Welt verdarben, vergaßen wir nicht ganz, wie Hamlet, das Nächste über dem Entferntesten? Wir meinten, jeder Einzelne, den Schmerz des ganzen All ertragen und sein Heiland und Retter werden zu müssen, ohne je an uns Einzelne selber zu denken. Jeder rief mit Hamlet sein Weh darüber daß die Welt aus den Fugen sey, und jeder meinte sich berufen sie einzurichten! Dieser Hamlet hatte einen nahen und leichten Beruf zu erfüllen, das war eine kleine Welt einzurichten; war es ihm dennoch zu schwer, so galt es zunächst sein eigenes Ich in die Fugen zu bringen und sein eigener Reformator zu werden. Das sah er nicht. Und in diesem Fall sind die tausend Reformatoren bei uns. Sie dehnen den Verdruß an kleinen Erfahrungen, wie Hamlet, auf die ganze Menschheit aus, und einen engen Beruf zum weitesten; der ungeheuerste Egoismus, eine Frucht die das bloß geistige Leben so leicht einträgt, läßt sie alles auf sich selber beziehen, als ob jeder Einzelne der Vertreter der Welt wäre, und läßt sie gleichwohl keiner Anforderung genügen. Wenn diese Schwäche ihrer selber inne wird, dann kehrt sich Selbstverachtung auch gegen sie, und Hamlet höhnt sich selbst daß solche Kerle wie er zwischen Himmel und Erde kriechen müßten.“ Dann zu dem Treffen der jüngsten Zeit übergehend, schließt Gervinus seine bittere Parallele: „Was die Aehnlichkeit unseres öffentlichen Charakters mit Hamlet auf die Spitze treibt: wie ideal und edel alles was wir in Worten und Wesen kundgethan haben, uns bisher kleidete, an dem Punkte des Ueberganges von Grundsätzen zu Thaten erschien unsere Volksnatur plötzlich versehrt und angefressen. Der Augenblick des Handelns überfiel uns unversehen; dann übernahmen wir uns in der leidenschaftlichen Hitze, und verfehlten das Ziel das wir nicht weise ermessen hatten. Und dabei trat dann plötzlich die unerfreuliche Veränderung des Nationalcharakters zu Tage. Was wir zur Zeit jener ersten großen Erhebung zu äußerer und innerer Freiheit noch als bieder, treu, offen, wahrhaft und gutartig gekannt hatten, das geht jetzt auf verborgenen Wegen treulos, eidbrüchig, aller Ehre bar und aller Güte verlustig. Da die Helden der Worte endlich zum Wirken und Handeln berufen wurden, zu dem sie sich so lange vermessen hatten, da brach die Vergiftung des Innern in ekelm Eiter aus, und Grausamkeit, Rachsucht, Blutgier und Meuchelmord befleckten den deutschen Namen, wo niemand mitten im Flor der Geistesbildung und der häuslichen Sitte diese grelle Verwilderung in uns geahnt hatte.“ Und wenn wir statt des Amen zu dieser harten Strafpredigt mit Polonius sagen müßten: 'tis true, 'tis pity; And pity 'tis, 'tis true — dann wollen wir auch fragen: ist es recht dem Vaterland in solchen Nöthen kalt den Rücken zu kehren?

Das Rückblatt des Umschlags sagt daß der vierte und letzte Band des Werkes, welcher die übrigen Stücke und eine Charakteristik Shakspeare's enthält, zu Ostern 1850 erscheinen soll.

---

*) Nach Rast des Todes wein' ich voll Verlangen,
Müde zu sehn die reinste Treu' verschworen,
Und dürft'ges Nichts mit heiterm Schmuck behangen,
Und das Verdienst zum Bettelstab geboren,
Und goldne Ehren schmählich falsch vergeben,
Und jungfräuliche Tugend roh geschändet,
Und ganz entwerthet alles rechte Streben,
Und Kraft an lahmes Regiment verschwendet.
Und Kunst im Zungenzaum der Obrigkeit,
Und Geist mit alberner Censur behaftet,
Einfache Treu mißnannt Einfältigkeit,
Und Gut von Bös' gefangen und verhaftet.
Müde von all dem wäre Tod mir lieb,
Nur daß mein Freund dann einsam hinterblieb.

Deutsche Kunst.

Moriz Rugendas. Herderdenkmal.

*** **München**, 5 Oct. Ein Gemälde von Moriz Rugendas, welches seit der verflossenen Woche in unserm Kunstverein ausgestellt ist, hat mit Recht allgemeine Theilnahme und großes Lob gefunden. Es ist eine jener für uns durchaus fremdartigen Scenen aus dem Süden America's welche in den Erinnerungen des geistvollen Reisenden, und zwar mit bewundernswürdiger Frische fortleben. Indianer von Arauco, und Indianer der Pampas von Buenos-Ayres (Peguencher) bewaffnet mit langen Rohrspießen, halbbekleidet (während ihre Frauen über und über in Gewande gehüllt sind) begegnen sich mit argentinischen Reisenden, unter denen wir unsern Künstler und noch eine wenigstens halbeuropäische Gestalt erkennen, an der Gränze von Chile in der Cordillera de los Andes im Paß von Antuco. Der Künstler benutzt diese Begegnung die Personen und Gruppen zu zeichnen, wodurch der ganze Zug ein einheitliches Interesse gewinnt, indem alles auf diese für die Meisten höchst wunderbare Thätigkeit gespannt ist. Nur eine Anzahl Kinder, sonst die neugierigsten Kunstfreunde, halten sich abgesondert bei erlegtem Wild verschiedener Gattung. Die Landschaft zeigt in der Ferne den schneebedeckten Vulcan von Antuco, und den See Laguna de la Laja. Das Bild ist mit Rugendas' lebendiger Phantasie gedacht und gezeichnet, und zeichnet sich auch als Malerei durch freie und sichere Technik und eine schöne Haltung aus. Soviel mir bekannt, gehört dasselbe dem Fabrikherrn Forster in Augsburg. — Sie haben vor kurzem einen Wunsch in Betreff des Herderdenkmals veröffentlicht. Es wird Sie freuen zu hören daß er nicht vergebens war. Der Guß der Statue ist jetzt angeordnet, und meines Wissens haben die Vorarbeiten dafür in unsrer Gießerei bereits begonnen. Die vorhandenen Mittel reichen dafür aus; dagegen verlangt die Beschaffung des Fußgestells noch weiterer Beihülfe, weßhalb die Freunde und Verehrer Herders gebeten werden dieß rühmliche Unternehmen im letzten Stadium der Ausführung nicht zu verlassen. Der Münchner Herder-Verein ist zur Annahme und Beförderung von Beiträgen ermächtigt und erbötig.

Freienwalde.

∴ **Freienwalde** an der Oder, 5 Oct. Meine letzten Briefe gegen Ende Septembers waren vom Fuße des Fichtelgebirges und der Nähe des Böhmerwaldes, heute schreibe ich am Unterlaufe der Oder, nicht sehr weit von der Küste der Ostsee, und wieder aus einem Curort eigenthümlichster Art. Ich bin nicht „der letzte der Tribunen" oder „der letzte der Barone", aber ich bin der letzte der Curgäste, und da ich als solcher meine Aufmerksamkeit nicht auf die Geschichtchen, Geselligkeit und Toilette der Mitgäste zu zersplittern brauche, so bleibt sie mir ungetheilt für Beobachtung der hiesigen Zustände, die in viel nähere Berührung mit dem Interesse der Leser gebracht werden können als sonst die Zustände eines Städtchens von 5000 Einwohnern es vermögen. Freienwalde, am Eingang des gesegneten Oderbruches liegend, bildet mit seiner Umgebung von einigen Stunden eine Oase in der großen märkischen Sandwüste, und es ist mehr als poetische Wahrheit wenn Dichter es als die märkische Schweiz preisen. Hohe waldige Berggruppen, von den schönsten Thälern durchschnitten, wechseln mit den lachenden Feldern und Wiesen am Ufer der Oder ab, und wer die schönsten Eichen- und Buchenwälder bewundern will, der findet sie hier. Dieser seiner malerischen Lage wegen, nicht des eisenhaltigen Brunnens wegen, ist es der Lieblingsort der vornehmen und reichen Berliner, deren viele nicht bloß einige Curmonate des Sommers hier verleben, sondern sich für immer hier niedergelassen haben. Namentlich sind es in Ruhestand versetzte Militärs und bürgerliche Staatsbeamte die sich hier ankaufen, und gegenwärtig wohnen drei Generale hier. Während des Sommers lebten die Minister v. Savigny, Rintelen und v. Radowitz hier, und von letzterm, dem der König sein hiesiges Schloß eingeräumt hatte, rühmen die Einwohner mit Stolz daß er in ihrer Mitte, bis Morgens 4 Uhr am Schreibtisch arbeitend, seine hochwichtigen Staatsschriften schuf und Rathschläge durchdachte. Mit anderm Stolz und mit Liebe spricht das Volk von Professor Valentini aus Berlin, der sich hier an die Spitze eines Verschönerungsvereins gestellt und auf eigene Kosten bewaldete Berge in prachtvolle Anlagen verwandelte. Seltsam, während viele Berliner in Rom und dessen Nähe Malaria und Dünste der pontinischen Sümpfe einsaugen, hat Valentini, der geborene Römer, sich mitten in der Mark Brandenburg angekauft, und den Orten in der Nähe Freienwalde's nicht bloß neuen Reiz, sondern auch neue und zwar heimathliche Namen gegeben! Wer hätte am Ufer der alten Oder eine „Casa rivera", einen „Monte caprino" und ein „Tenbolerina" gesucht? Was seine Heilquellen betrifft, so hat das Städtchen kaum den bescheidensten Anspruch mit einem der bekannten Curorte zu rivalisiren, und der sogenannte Gesundbrunnen hat nur die Tradition für sich daß der große Kurfürst ihn begünstigt, und daß die Gemahlin Friedrich Wilhelms II lange Zeit in seiner Nähe gelebt. Neben diesem, jetzt städtisches Eigenthum gewordenen Brunnen ist noch ein anderer von gleichem Gehalt im Besitz des Hauptmanns Voight, der aber damit eine großartige Kaltwasser-Heilanstalt verbunden hat, zu deren Gebrauch eigentlich die Curgäste kommen. Merkwürdig genug sind die Brunnenbesitzer nicht bloß durch den gewöhnlichen und oft ersprießlichen Wetteifer getrennt, sondern auch durch politische Grundsätze. Der Hauptmann Voight ist ein entschiedener und lauter Demokrat, während auf der andern Seite ein Magistrat ist, und der Schutz des Landraths Grafen v. H. Die Nähe der Stadt ist reich an neu entstandenen Werken der Betriebsamkeit. So hat der von der deutschen Nationalversammlung her bekannte H. v. Rappard kurz vor dem Antritt seiner parlamentarischen Thätigkeit mehrere Braunkohlenlager entdeckt, die mit großem Gewinn ausgebeutet werden, und eine starke Stunde von hier liegt Karlswerk, eine der großartigsten Fabriken Deutschlands, wo namentlich Gußstahl bereitet wird, der dem englischen nichts nachgibt. Ganz in der Nähe liegt das königliche Alaunwerk, welches aber in kläglichen Verhältnissen ist und mit nächstem eingehen wird.

Berlin.

∴ **Berlin**, 4 Oct. Unser Ministerium trat als stiller, resignirter Dulder auf, während es mit emsiger und geräuschloser Thätigkeit gegen die Revolution operirte. Ungehindert und unbekümmert um die Schläge und Stöße von allen Seiten, ging es langsam und ruhig auf sein Ziel los. Man kann das bis heute von ihm sagen, es ist nicht in Feuer für die Majorate, nicht in edlen Zorn wegen des Steuerverweigerungsrechts gerathen, es fügt sich in das was ein mächtigerer Wille will, so weit es mit seiner Ueberzeugung verträglich, die dann freilich, elastisch, sich ausdehnen läßt, es ertrug die plumpen Schläge und Giftpfeile der Demokratie, wie es jetzt die feinen Streiche und giftigen Mißlien der Ultrareaction von sich abschüttelt, es erkannte im Festhalten an der deutschen Frage den allermächtigsten Willen an, muthig die Aprilschauer des Zorns von Mächtigen und Mächtigeren darum auf sich nehmend. So gleitet sein Schiff dahin in immer sichrerem Fahrwasser, sicher nicht um deßwillen weil es nicht mehr auf Strudel und Untiefen stößt, sondern weil es seinen Kiel und seine Last so eingerichtet hat um beide zu passiren. Es hat viele seiner Feinde beschwichtigt, wo nicht überwunden, und sich eigentlich keine neuen gemacht, weil es keine scharfen Ecken und nichts herausforderndes zeigt. Es wird für die Folgezeit eine interessante Aufgabe der Geschichte seyn den Vergleich zwischen dem Restaurationsministerium Manteuffel und dem Restaurationsministerium Schwarzenberg aufzustellen. Segelt das eine, das Deck so überlastet von anscheinender Willenskraft daß es davon an passenden Stellen über Bord wirft wie Ballast, so führte das andere seinen Vorrath in den innern Räumen, wohl verpackt und verschlossen, um davon als guter Oekonom nur auszugeben wo es nöthig ist. Das eine steuert mit aufgeblähten Segeln, immer mit vollem Winde, und wohin der Wind es treibt, dahin scheint der Steuermann steuern zu wollen. Er streicht den Knebelbart und ruft dem Schiffsvolk zu: so geschieht mein Wille. Es ist ein keckes und ein gefährliches Spiel, wo niemand weiß von woher der Wind morgen kommen wird. Das andere Schiff muß laviren, weil es ein festes Ziel im Auge behalten will; darum ist die Arbeit der Steuermänner nicht weniger schwierig, wo die Phantasie der Schiffspatrone in der Fata Morgana so manchesmal festes Land erblickt. Wir haben in der populären Sprache einen Ausdruck, der kaum in der Schriftsprache erlaubt ist, aber er ist bezeichnend: „drucksen." Unser Ministerium entwickelt eine drucksende Thätigkeit. Aber weil sie besonnen, und von einem ehrlichen Willen geleitet wird, sind wir des Vertrauens daß sie ihr Ziel doch erreichen wird. Nur eines paßt dazu nicht; es paßt nicht zu seiner Ehrlichkeit, nicht zu seiner Klugheit, nicht zu seinem Zwecke, noch zu seinen Mitteln — die politischen Verfolgungen. Ein Ministerium das die Revolution schließen will, dadurch daß es auf die unabweisbaren Forderungen und Fundamente welche der Gährungsproceß hervor und zu einer consistenten Festigkeit rief, das neue Staatsgebäude aufführt, ein solches Ministerium darf nicht mit der Angelruthe umhergehen und alle während des großen Gährungsprocesses begangenen Verbrechen aufsuchen wollen um sie zur Strafe zu ziehen. Die einfachste Klugheitsregel verbietet, wenn man versöhnen will, vernarbende Wunden aufzureißen, Thaten vor Gericht zu stellen über welche Erfolg und Meinung schon gerichtet haben. Hier ruht ein trauriges Geheimniß. Von *diesem* Ministerium können diese Verfolgungen nicht *ausgehen*, es ist zu klug und zu gut — aber apathisch, wie man will, um sein Rachegefühl zu kühlen. Der Minister Manteuffel wird nicht dem Verfasser des schmutzigen Gassenliedes: „Wer ist der größte Sch—" nachspüren lassen, ein Lied in dem der überkochende Grimm der Demokratie ohnmächtig zum letzten-

mal aufspritzte. Das Lied blieb ohne Wirkung, wenn es nicht zur entgegengesetzten umschlug. Wer ist nun die verborgene Macht die nach jeder während der ganzen Revolution begangenen Majestätsbeleidigung Nachsuchung hält? Die Executionen in Baden haben viele auch hier geschmerzt, aber es sind nur wenige die sie nicht für nothwendig hielten. Pflichtvergessene Bürger des Staats, eidbrüchige Militärs die mit Waffengewalt die Revolution fortsetzen wollten nachdem sie zum Abschluß gekommen, die Nation sie gerichtet hatte, mußten gestraft werden, oder der Staat gab sein Richtschwert aus der Hand. Aber wo war die gleiche Nothwendigkeit jedes übereilte gehässige Wort vor Gericht zu stellen, das in jener Zeit allgemeiner Aufregung gegen König und Königin erhitzten Menschen über die Lippen fuhr? Welche Klugheit, welche Vernunft, ja wir fragen welches Gerechtigkeitsgefühl gebot, wie ein unerbittlicher Gläubiger das Schuldbuch nachschlägt um längst vergessene Reste grausam einzuklagen, euch, Zug um Zug die Thaten vor Gericht zu ziehen, welche in der äußersten Krisis welthistorischer Begebenheiten begangen werden. Wäre der Umschlag anders gefallen, so stünden die jetzt richten wollen als Angeschuldigte vor den Schranken; die jetzt Angeschuldigten wären Heroen. Wer war in jenem Augenblick sich klar was Recht war, Recht nicht nach dem Buchstaben des zerbrochenen Gesetzes, sondern nach dem neuen das in der Ueberzeugung von Tausenden und Millionen sich gebildet, das auch formal bekräftigt schien durch feierliche Zusicherungen. Selbst ein Irrthum darüber war mehr als verzeihlich. Die Politik, heißt es, gebot die in Stuttgart fortagenden Frankfurter vor Gericht zu stellen. Wir sind des Vertrauens daß die Gerichte die Politik zurechtweisen werden, ohne damit im geringsten den ohnmächtigen Dünkel des Stuttgarter Reichstages zu vertheidigen. Die Gerechtigkeit gebot, heißt es, die Steuerverweigerer der Nationalversammlung gerichtlich zu verfolgen. Und doch zauderten Gerichte und Staatsanwälte lange bis sie ihre Zweifel bekämpft, ob das alte Gesetz auf die neuen Dinge passe, die weit hinausragen über das gemessene Maß des alten Gesetzes. Und wenn die Justiz in Zweifel war, welche Vertheidigung steht dem Nichtjuristen zur Seite. Welche Sprache wird, muß die Vertheidigung in diesen Processen führen! Wenn man auf der einen Seite Irrthum und Aufwallungen auf die Goldwage legt, wird sie schweigen können von der Schuld auf der andern. Nachdem wir eben die betrübende Nachricht gelesen daß ein ganzes Rathscollegium im Städtchen Muskau wegen Steuerverweigerung im November zur Untersuchung gezogen und verhaftet worden, überrascht uns die Kunde daß in den Tagen wo der König zur Feier des Domfestes nach Brandenburg ging, der dortige Oberbürgermeister Ziegler als Steuerverweigerer verhaftet worden. Zieglers Antecedentien sind nicht der Art unsere Sympathie zu erregen. Man weist ihm einen Act des Servilismus von seiner Thätigkeit in der Nationalversammlung nach, welcher mit dieser in grellem Abstich ist, und am wenigsten für den Charakter des Mannes zeugt; aber auf Sympathien und Zustimmung kann diese späte Verfolgung nur bei denen rechnen welche nicht, wie unser Ministerium, darauf bauen, sondern alles niederreißen wollen was während der Revolution ins Leben trat, die eine ganze Zeit wegrasiren möchten um den alten Rechtsstand herzustellen. Kann auch das Ministerium Manteuffel, welches das nicht will, die Auslieferung des Schullehrers Rößler verlangt und gewünscht haben? Was soll es mit der Richtung und Bestrafung einer Persönlichkeit über die es doch wahrhaftig nicht nöthig schien in ernsthafter Sitzung den Stab zu brechen? — Mit nächstem wird auch über Waldeck gerichtet werden. Das schien freilich ein ganz anderer Fall. Wenn aber wirklich die Klage nur auf Wissenschaft und Nichtangeben hochverrätherischer Plane gerichtet ist, eine Maus aus einem Berge, welchen Vortheil wird die Regierung im glücklichsten Falle aus einer Verurtheilung ziehen? Eine neue Märtyrerkrone, und das Mitleid selbst solcher die nicht zu seiner Partei gehörten, für einen Mann der, längst unschädlich, ohne diese Verfolgung in Vergessenheit gesunken wäre. Das Laviren hat die Lenker unsers Staatsschiffs in diesem Punkte auf Untiefen geführt die es mit Willenskraft vermeiden können. Noch wird es auch hier durch laviren, weil die Luft still ist, doch mit manchen Havarien, die erst später an den Tag treten. Aber etwas kann es auch davor retten, eine Hülfe die von außen kommen muß, ein — Richterspruch, wie unsre Gerichtshöfe in alter Zeit deren so manche gethan, zur Ehre der preußischen Justiz die sich vor keiner Meinung beugte. Nicht in Sachen Waldecks, meinen wir, sondern in Sachen gegen die Steuerverweigerer und die Stuttgarter Deputirten. Fast möchten wir nun deßhalb wünschen daß diese Processe nicht vor ein Geschwornengericht, sondern vor unsre alten Gerichtshöfe gezogen würden, damit sie mit einer leuchtenden, rettenden That ihre ruhmwürdige Laufbahn schlössen!

Die Dinge in Schleswig-Holstein.

* **Altona**, 3 Oct. Die Reibungen welche im Schleswig'schen in vielfachen Orten stattfinden zwischen den neuen Beamten der „Landesverwaltung“ und der treuen frommen Bevölkerung des von Preußen und Schweden besetzten Landes, können gar leicht in den höchsten Regionen so dargestellt werden als ob die Schleswiger verstockte Insurgenten wären. Aber die Wahrheit ist daß die Schleswig-Holsteiner weder so dumm noch so schlecht sind um sich wie verstockte Insurgenten zu betragen. Die Quelle ihrer Renitenz ist, gerade umgekehrt, treue Anhänglichkeit an dem Recht des Herrscherhauses und frommes Vertrauen, erstlich zu Gott, dann zu den Mächtigsten der Erde.

Sind die Schleswig-Holsteiner Insurgenten? Nein, zehntausendmal nein. Der Kaiser von Rußland, Nikolaus Paulowitsch, nennt sich selbst Herzog von Schleswig und Holstein. Von Rechtswegen, denn das Haus Gottorp hat eventuelle Erbrechte in Schleswig-Holstein. Nun, so wenig der Kaiser, weil er sich Herzog von Schleswig und Holstein nennt, Usurpator genannt werden darf, ebensowenig sind die Schleswig-Holsteiner Insurgenten. Sie bezeugen und bekräftigen durch ihre Handlungen eben dasselbe was der Kaiser Nikolaus aussagt, indem er sich Herzog von Schleswig und Holstein nennt: das Erbrecht des Mannsstamms. Ein altes Wort sagt: es gebe Zeiten wo die Wahrheit Knechtsgestalt annehmen müsse. Um ihres Vaterlands willen möchten gern manche fromme Schleswig-Holsteiner als Supplicanten erscheinen im Vorgemach des Kanzlers Nesselrode und des Fürsten Schwarzenberg. Aber es würde Frevel seyn an dem eventuellen Erbrecht des Kaisers, wenn man den leisesten Zweifel aussprechen wollte daß der Kanzler Nesselrode, der Fürst v. Schwarzenberg, der Hr. v. Schleinitz nicht die Rechte des Kaisers vollkommen kennen sollten, welche in diesem Fall identisch sind mit den Rechten der Herzogthümer Schleswig und Holstein.

Die Dänen, d. i. die Kopenhagener, d. i. die Mitglieder des Casinoclubs, zogen im vorigen Jahr nach dem Christiansburger Schloß und bewirkten durch Geschrei und Drohungen daß ein „volksthümliches“ Ministerium ernannt wurde. Das Ziel dieses Ministeriums war und ist die Vernichtung der legitimen Erbfolge in den Herzogthümern, die unrechtmäßige Einführung der weiblichen Linie in die Herzogthümer. Also das dänische, Kopenhagener Ministerium ist revolutionär; die Erhebung der Schleswig-Holsteiner für die eventuellen Erbrechte des oldenburgischen Mannsstamms ist legitimistisch. Wer soll sich denn künftig für die Throne schlagen wenn die Schleswig-Holsteiner von obenherab „Insurgenten“ gescholten werden! Daß Hr. v. Schleinitz einen Tractat mit dem revolutionären Ministerium in Kopenhagen unterzeichnet hat, worin es heißt: erstlich solle der Friede geschlossen werden, zweitens solle über die Erbfolge in den Herzogthümern verhandelt werden, ist gewiß eine der merkwürdigsten Thatsachen in der Geschichte der Diplomatie. Umgekehrt muß es seyn! Erstlich und vor allen Dingen ist das Successionsrecht in den Herzogthümern von den Großmächten festzustellen! Dann wird es sich vor aller Welt zeigen wer revolutionär war im Jahr 1848, ob das Kopenhagener Casino oder der treue, schlichte, fromme schleswig-holsteinische Landmann, der den Tirolern an die Seite gesetzt zu werden verdient.

Aus Istrien.

A. **Pirano**, im Sept. Ich habe es auf allen meinen Wanderungen durch die österreichischen Länder zur Genüge erfahren daß je weiter vom Mittelpunkte um so größer die Klagen über die Beamtenwirthschaft waren, aber so entsetzliche Dinge wie man in Istrien über das ancien régime zu hören bekommt, hätte ich kaum für möglich gehalten. Stadion lebt hier im gefeiertsten Andenken, weil er zuerst — als Gouverneur des Küstenlands — dem Unwesen steuerte. Uebrigens wurde ich noch jetzt in Wien vor Istrien gewarnt, wie man keinen Fuß vor ein Stadtthor setzen könne ohne erschlagen zu werden u. s. w., und was es denn, fügte man bei, in Istrien interessantes gebe? Ich schied aber von dieser merkwürdigen Halbinsel mit dem festen Vorsatz nächstens und auf länger wiederzukehren, und empfehle Ihren Lesern einen Ausflug von Triest hierher als reich belohnend. Eine Reihe pittoresker alter Städte zieht sich von Triest an der Küste herab, Capo d'Istria, Isola, Pirano, Parenzo, Rovigno, und bis nach Pola, darunter vor allem Parenzo mit dem herrlichen Dom Otto des Großen, seinen uralten Mosaiken u. s. w. Außer der Punta von Salvore und einigen andern Partien des sogenannten Istrianer Karstes ist die Küste üppig mit Olivenwäldern und Weinbergen bedeckt, reizende Landschaft wechselnd mit Felsgestade. Die Städter sind durchaus Italiener und zwar Venetianer in Sitte und Art, die sie von ihrer einstigen Gebieterin angenommen. Die Höflichkeit des Venezianers ist aber sprüchwörtlich, und man findet sie hier wieder. Das Landvolk ist slavisch mit allen Vorzügen und Schattenseiten dieses großen Volksstammes. Was die italienische Culturart für ein Labyrinth aus Olivenhainen und Weinbergen schuf ist bekannt, dazu kommt an der Küste von Istrien noch die Nothwendigkeit Terrasse auf Terrasse zu thürmen. In diesen Irrgängen

streich ich halbe Tage lang allein umher, ohne auf etwas anderes zu stoßen als etwa einen erstaunten Colonen, der mit der größten Höflichkeit mich beschied. Mancher sprach mich wohl selbst an ob ich mich nicht verirrt habe; so und nicht anders fand ich die verschriene Bevölkerung so weit ich kam, und vorurtheilsfreie Leute stimmten mir bei. Auch mit dem Radicalismus ist es nicht so arg. Ich fand daß die Leute recht wohl im Gedächtniß haben was die Republik Venedig für Istrien gethan, und wie Oesterreich namentlich für Schulen gesorgt. Die Hauptklage theilt Istrien mit der ganzen Monarchie — über den zu hohen Salzpreis. Es ist wirklich unbegreiflich daß darin noch immer keine Abhülfe geschieht. In Istrien klagt man aber nicht allein über den zu hohen Preis, sondern auch darüber daß die Salinen nicht einmal so viel erzeugen dürfen als sie können. Aus beiden Ursachen müssen ganze Barken voll Sardellen u. dergl. wieder ins Meer geworfen werden, weil man sie nicht einsalzen kann. Das Meer ist überreich an Fischen, und die Leute erwarten eine ergiebige Quelle des Einkommens aus dem jetzt möglichen Transport über Triest auf der Laibacher Bahn, wenn der Salzpreis herabgesetzt würde. Ein anderer Hauptübelstand sind die schlechten Straßen. Pirano selbst z. B. hat auf seinem Weichbilde wirklich musterhafte Communal-Chausséen, aber darüber hinaus kann man den Hals brechen. In Istrien reitet zwar alles, aber für den Reisenden ist diese Sitte unbequem. Das Land selbst ist einer weit höhern Cultur fähig, und veredelter Weinbau — vielmehr bessere Pflege des Weins — müßte außerordentliches leisten in einem Lande wo der Wein nur 4 Kreuzer die Maß kostet, aber ausgetrunken werden muß da er sich nicht verführen läßt. Ueberhaupt sollte man hierher ziehen um zu ersparen, es ist beispiellos wohlfeil, selbst in den Gasthöfen, besonders im Vergleich mit Triest. Wohlfeiles Salz, gute Landstraßen, und das Arsenal aus Venedig nach Pola — das sind die Hauptwünsche der Istrier. Der letztere dürfte am frühesten erfüllt werden, denn bekanntlich kann wegen Seichtigkeit keine Fregatte aus dem Venediger Arsenale heraus oder hinein, das Räumen der Canäle aber würde halb soviel kosten als die Anlegung des Arsenals in Pola, dessen Hafen weltberühmt ist. Die dadurch hervorgerufene Cultur wird die Wechselfiebersümpfe bald verdrängen. Der Fremde aber hat für Istrien noch zwei Wünsche: Waldcultur um jeden Preis, und ein Ende dem unseligen Colonensystem (Pachtung). In einem Lande wo das Erdreich durch die Sommerhitze halbe Klafter weit auseinander reißt, wo die Karstnatur ohnedieß allen Niederschlag schneller absorbirt als anderswo, ist Waldcultur nöthiger als irgendwo. Ich habe in meinem letzten Schreiben darauf hingewiesen wie das Verbot der Ziegenweide selbst dem Triester Karst schon zu gute kam. Das Pachtungssystem ist aber ebenso schädlich wie in ganz Oberitalien. Weder Grundherr noch Pächter haben genug Mittel um selbst die nöthigen Reparaturen anzubringen, geschweige denn Verbesserungen vorzunehmen — was aber Landwirthschaft ohne Betriebscapital ist, sieht man erst hier recht wo der Boden Fleiß und Hände braucht. Betriebscapital! Der große Krebsschaden Oesterreichs, man mag hinblicken wo immer, man stößt auf dieses Grundübel; wird die neue Zeit uns davon Erlösung bringen durch ihre neuen Institutionen? Es scheint leider nicht.

Lombardei.

..i.. **Mailand**, 5 Oct. Unter den Beschwerden welche die lombardischen Independenten gegen die österreichische Regierung erhoben und worüber kurz vor Ausbruch der Mailänder Märzrevolution de Boni unter dem Titel: Lo straniero in Lombardia ein besonderes Buch geschrieben hat, wurde namentlich auch die außerordentlich hohe Besteuerung aufgeführt. Wahr ist es, in der Lombardei trifft die Grund- und Bodensteuer den Kopf mit 9 Zwanzigern, während in dem nach den italienischen Provinzen am höchsten besteuerten Oberösterreich auf den Kopf nur 6.14, und in dem am niedrigsten besteuerten Tirol bloß 2.28 Zwanziger kommen. Allein mit Rücksicht auf die Ertragsfähigkeit des lombardischen Bodens und im Verhältniß zu andern Staaten Europa's war dieser Steueransatz offenbar nicht zu hoch gegriffen, wie denn überhaupt in Oesterreich die Steuerlast in keiner Weise allzudrückend genannt werden kann, und die oft vernommene Berechnung, wonach die österreichische Regierung, ohne die Kosten für Erhebung, Rechtspflege, Militärwesen, Wasser- und Straßenbau, Wohlthätigkeitsanstalten und Schulen in Anschlag zu bringen, Jahr um Jahr 57 bis 58 Millionen aus der Lombardei zog, ungefähr ebenso richtig ist als die Zahlenwerthe welche seinerzeit Kossuth im ungarischen Unterhause zum Beweis für die Ungunst geltend machte womit Ungarn in finanzieller Beziehung von Wien aus behandelt werde. Nun aber hat der während der Revolutionszeit eingetretene Ausfall in den Finanzen des lombardisch-venezianischen Königreichs und die Nothwendigkeit dem vermehrten Geldbedürfniß zu genügen eine neue Belastung nöthig gemacht; denn gestern wurden die Mailänder in einer Bekanntmachung davon in Kenntniß gesetzt daß unter dem Namen einer außerordentlichen Besteuerung die Grundsteuer für die Cameraljahre 1850, 1851 und 1852 um 50 Procent habe erhöht werden müssen, so daß also während dieser Periode und vermuthlich auch nachher statt der bisherigen 9 Zwanziger 13.50 Zwanziger auf den Kopf kommen. Diese Vermehrung der Abgaben ist nun allerdings für viele Grundbesitzer sehr drückend, da namentlich von den Häusern die Einnahmen sich während der letzten Zeit wesentlich vermindert haben. In dem Erlaß wird gesagt der Zuschlag sey nothwendig um den Ausfall in den Einnahmen zu decken, die Interessen für die ausgegebenen Schatzbillette zu bezahlen, diejenigen zu entschädigen welche nach dem März 1848 ohne eigene Verschuldung durch die militärischen Operationen an ihrem Eigenthum Schaden genommen, um das Heer in erforderlicher Stärke zu erhalten, die unterbrochenen Straßen-, Brücken- und Dammarbeiten wiederaufzunehmen, und endlich denjenigen Provinzen des Reichs die in der letzten Zeit die ganze Last der Staatsausgaben getragen einige Erleichterung zu Theil werden zu lassen. Fünfundzwanzig Procent der Grundsteuer sind zur Bezahlung der Interessen für die Schatzscheine und zu deren allmähliger Amortisation bestimmt. Außerdem wird eine Einkommensteuer in Aussicht gestellt, und diejenigen die unter der provisorischen Regierung so bittere Klage darüber führten daß der Adel viel zu sehr geschont, und sein Reichthum im Interesse der Revolution lange nicht so in Anspruch genommen werde wie die Unabhängigkeit Italiens es wünschenswerth, ja nothwendig mache, können sich nunmehr zufrieden geben. Diese Genugthuung ist ihnen in der Verbannung zu Theil geworden. Ueber die Modalitäten der Einkommensteuer werden später die nöthigen Mittheilungen gemacht werden. Gewerbe- und Personensteuer werden in der bisherigen Weise erhoben: dagegen sind die Gemeinden von den drückenden außerordentlichen Requisitionen befreit. Von der römischen Constitution ist es in Mailand völlig stille: wer sich darüber äußert, meint in der Regel dieselbe werde keinen längern Bestand haben. Mit besonderm Eifer greift der Mailänder nach den Pariser Journalen, denen er namentlich auch in Betreff seiner einheimischen Angelegenheiten allein Glauben schenkt.

Großbritannien.

⁂ **London**, 4 Oct. Wer die gründlich apathische und indolente Politik Großbritanniens gegen alle fremden Staaten während der großen Kämpfe des vorigen Jahrs mit Verwunderung, vielleicht mit Niedergeschlagenheit beobachtet hat, den mag die auf die Kunde von Konstantinopel plötzlich angenommene Haltung dieses Landes fast erschreckt haben. Hätte Fürst Radziwil die Auslieferung der polnischen und ungarischen Flüchtlinge an den Thoren von Whitehall anstatt an denen des Serails verlangt, so würde seine Forderung kaum mit größerer Entrüstung aufgenommen worden seyn. Die Cabinetsminister wurden augenblicklich aus allen Theilen des Landes, wo sie ihre Herbstvilleggiatur genossen, nach London beschieden. Wenn die in ihrem vorgestrigen Cabinetsrath gefaßten Maßregeln auch nicht des nähern verlautet haben, so weiß man doch so viel daß einmüthig beschlossen worden dem Sultan sogleich die bestimmtesten Versicherungen brittischer Unterstützung zugehen zu lassen und an dem bereits von Sir Stratford Canning eingeleiteten Verfahren streng festzuhalten. Die englische Flotte im Mittelmeer besteht aus sieben Linienschiffen und mehreren ansehnlichen Fregatten. Dieses Geschwader wird wahrscheinlich nach der Propontis segeln oder sich vor die Insel Tenedos am Eingange des Hellespont legen, um nöthigenfalls sogleich den Vorschriften des brittischen Gesandten gemäß handeln zu können: und man hofft (wiewohl darüber nichts sicheres bekannt ist) daß das französische Geschwader bereit sey mit der brittischen Seemacht zusammenzuwirken. Ich darf versichern daß, wenn die russische Regierung unbesonnen genug seyn sollte ihre Kriegsdrohung gegen die Pforte unter so frivolem Vorwande zur Ausführung zu bringen, Großbritannien gerüstet und entschlossen ist die Unabhängigkeit und Integrität des osmanischen Reichs mit aller Kraft zu vertheidigen. Hat doch England schon die russische Besetzung der Donau-Fürstenthümer mit Mißfallen gesehen, und die, leider von Oesterreich erbetene, Intervention Rußlands in Ungarn hat noch stärkere Gefühle des Widerwillens in unserem Volk erregt. Oesterreich hat mit Hülfe jener Macht einen Sieg gewonnen dessen Nachwehen es lange und schwer empfinden wird, und wenn irgend, so gilt hier das Sophokleische: „Des Feindes Gab' ist keine Gabe, kein Gewinn." Darauf dürfen Sie sich verlassen: die brittische Regierung und das brittische Volk gehen in dieser Frage Hand in Hand, und der kräftigste Entschluß des Cabinets wird von dem Geiste der Nation getragen. So läßt sich wohl auch mit Zuversicht erwarten daß die Gefahr, welche jetzt im Osten den Weltfrieden bedroht, verschwinden werde sobald die russische Regierung inne wird welchen Eindruck ihre Praktiken in London hervorgebracht.

Morgen wird ein zweiter Cabinetsrath über diese Frage sitzen, worauf alsbald Eilboten mit Depeschen an verschiedene Höfe abgehen werden. Es ist Zeit dem mit christlichen Redensarten verbrämten russischen Uebermuth — Redensarten die in dieser Verbindung wahrhaft zur Lästerung werden — endlich ein Halt zuzurufen.

*** **London**, 3 Oct. Es ist seit langen Jahren ein Gegenstand lebhaften Interesses gewesen das Ergebniß der Ernte zu studiren und sich über das wahrscheinliche Maß der Einfuhr klar zu werden. Das darf nicht Wunder nehmen, wenn man erwägt wie sehr die Geldverhältnisse des Landes damit zusammenhängen, und welche ungeheure Capitalien durch eine starke Einfuhr von Getreide in Bewegung gesetzt werden. Einen neuen Anstoß haben die jedesmaligen Untersuchungen durch das unglückliche Eingreifen der Regierung in den Kornhandel am Ende des Jahres 1845 und im Laufe des Jahres 1846 erhalten, wo sie, durch das Auftreten der Kartoffelkrankheit erschreckt, an vielen Orten aufkaufen ließ, und so die Preise auf eine Art in die Höhe trieb die sich nicht halten konnten, wodurch sie dem Lande im Jahr 1847 ungeheure Verluste zuzog. Seit dieser Zeit hat man sich um die Statistik des Ackerbaues mehr bekümmert, und namentlich Porter hat für die Irlands sehr viel geleistet, so daß man jetzt mit einem festen Boden solider Angaben seine Berechnungen macht, obwohl natürlich noch immer manches höchst unsicher bleibt, da der Ertrag sich selbst nach eingebrachter Ernte nicht genügend schätzen läßt. Indeß ist immerhin vieles gewonnen, und so behauptet man jetzt zuversichtlich daß die Ernte dieses Jahres, namentlich was den Weizen betrifft, fast um ebensoviel über eine Durchschnittsernte sey als er im vorigen Jahre hinter einer Durchschnittsernte zurückgeblieben. Die Einfuhr im verflossenen Jahre war, wie das Bedürfniß es auch mit sich brachte, sehr bedeutend: an Weizen allein wurde vom September 1848 bis dahin 1849 über 5 Millionen Quarter eingeführt, und im Ganzen genommen über 11 Mill. Quarter Getreide, die man nach einem mäßigen Anschlag auf 15 bis 16 Mill. Pfd. St. Werth anschlagen kann, wovon natürlich der Weizen allein die größere Hälfte wegnimmt. Nur dieser starken Einfuhr ist es zuzuschreiben daß die Weizenpreise sich nicht lange über 50 Sh. erhielten, und bald zwischen 40 und 50 stehen blieben. Was werden nun die Preise in dem begonnenen Jahr 1849/50, und wie groß werden die Einfuhren seyn? Das läßt sich freilich nicht mit Bestimmtheit, doch mit annähernder Sicherheit sagen. England wird sicherlich nicht über, eher unter 2 Millionen Quarter Weizen bedürfen, was darüber eingeführt wird, muß den Preis drücken, und zwar um so bedeutender, je besser das heurige Getreide im Vergleich mit dem vorjährigen ist; letzteres hat im allgemeinen wegen seines geringen Werths die Durchschnittspreise gedrückt, was man kaum unter 10 Proc. oder 4 Sh. anschlagen kann, wenn also die Durchschnittspreise dieses Jahr noch unter die vorjährigen gehen, so ist der Abschlag viel bedeutender als es auf den ersten Anblick scheint. Die Wahrscheinlichkeit geht dahin daß die Preise sich schwerlich über 42 Sh. heben, aber auch kaum viel unter 40 herabgehen dürfte. Die Gründe dafür liegen einerseits in dem reichen Ertrag Englands und großentheils des Continents, anderntheils in der, wie von verschiedenen Seiten und wohl kaum mit Zuverlässigkeit behauptet wird, zu erwartenden geringen Zufuhr aus Amerika. Ein Punkt läßt sich freilich dabei gar nicht schätzen: England hat im verlaufenen Getreidejahr sehr viel Weizen aus Frankreich erhalten, da man der dortigen Geldnoth durch starken Verkauf von Getreide zu Hülfe kam; dauert dieß auch in diesem Jahre fort, dann dürften die Durchschnittspreise auf 35 bis 36 Sh. fallen; freilich ist dabei in Berechnung zu ziehen daß ein solcher Preis seinerseits die Zufuhr aus der Ostsee bedeutend ermäßigen könnte, wie denn diese bereits jetzt nicht so stark ist als man erwartete und nach der Erfahrung früherer Jahre zu erwarten berechtigt war. Für die Pächter ist dieß Jahr jedenfalls ein gutes: denn wenn sie auch keinen hohen Preis für ihr Getreide erhalten, so haben sie doch im Allgemeinen sehr viel geerntet, und der Durchschnittspreis ist selbst unter dem frühern Korngesetz auch zeitenweis, z. B. im Jahr 1836, unter 40 Sh. gesunken. Dieß führt man auf Seite der Gegner der Korngesetze gewöhnlich an, um zu zeigen daß die Korngesetze das Fallen des Getreides nicht hindern konnten, allein diese Leute überlegen einen für den englischen Ackerbau wesentlichen Punkt nicht: im Ganzen genommen wird in England zu viel Weizen gebaut, und die Gutsherren haben vielfach ihre Pächter genöthigt einen gewissen Theil des Bodens mit Weizen zu bepflanzen; kam nun ein sehr günstiges Jahr, was trockene Jahre in England gewöhnlich sind, so war die Weizenerzeugung unmäßig groß, in minder günstigen Jahren hatten sie entweder viel schlechten oder wenig guten Weizen; in beiden Fällen war den Pächtern mit den Korngesetzen gedient: bei wenigem aber gutem Weizen mußten die Preise steigen, und fiel dann auch der Zoll, so hatten sie ihr Getreide sehr vortheilhaft angebracht; gab es viel aber geringen Weizen, so blieben die Durchschnittspreise ziemlich niedrig, aber der Zoll stand hoch, und somit erlösten sie doch einen verhältnißmäßig sehr guten Preis. Diese beiden Vortheile sind ihnen jetzt entzogen, und somit muß der Weizenbau nothwendig in England abnehmen, d. h. er muß sich auf den dazu besonders geeigneten Boden beschränken. In Irland hat sich dieß bereits gezeigt, denn es sind in dem letzten Getreidejahr ungefähr 180,000 Acres weniger mit Weizen angebaut worden als früher. Geschieht dieß in England nicht in kurzer Zeit gleichfalls, so wird die Schuld nur an den Pachtbedingungen liegen, und die nächste Folge wird seyn daß der Pächter, der aus seinen Erzeugnissen um ein Viertheil oder ein Drittheil weniger löst, den kostspieligen Anbau nicht länger bestreiten kann und künftig weniger ernten wird. Es fehlt den Pächtern bei den jetzigen Pacht- und Zeitverhältnissen an Geld, und Disraeli hat ganz recht, wenn er den Pächtern sagt daß sie auf alle Weise suchen müßten sich Geld zu wohlfeilen Preisen zu verschaffen, aber sein Mittel wird keiner gut heißen der die Verhältnisse kennt; denn wenn es auch gelänge durch einen Kunstgriff die Consols auf Pari zu treiben, so würde darum das Geld noch nicht den Pächtern zuströmen, sondern die jetzigen Geldleute würden noch reicher und noch mehr im Stande gesetzt werden die Gutsbesitzer auszukaufen. Darum haben Leute die selbst gute Protectionisten sind und in dieser Beziehung mit Disraeli übereinstimmen, ihm bei Gelegenheit seiner neulichen Pächterrede unverblümt gesagt: er solle sich nicht mit den Geld- und Creditverhältnissen des Landes abgeben, denn er verstehe nichts davon. In unsern Pachtverhältnissen muß, ehe es besser werden kann, eine wesentliche Veränderung vorgehen: die jährlichen Pachte müssen aufhören, und damit der politische Einfluß der Grundherren, der häufig vorbehaltenen Jagdrechte ganz zu geschweigen. Erst wenn durch eine längere Pachtzeit die Pächter unabhängiger gestellt sind, dann werden auch Leute mit unabhängigem Vermögen sich in größerer Zahl dem Pächtergeschäft widmen. Diese Veränderung wird aber nicht so schnell vor sich gehen, und bis dahin wird manche Noth und manche Klage sich vernehmbar hören lassen. — Von dem Ackerbau wende ich mich zur Baumwollenmanufactur, deren Lage in diesem Augenblick von nicht geringer Wichtigkeit ist; der Verbrauch an Baumwolle war noch nie so stark als in diesem Jahre, denn er belief sich in den acht ersten Monaten dieses Jahres auf 34,465 Ballen wöchentlich; auch die Baumwolleneinfuhr war nie größer, denn sie belief sich vom 1 September 1848 bis 1 September 1849 auf mehr als zwei Millionen Ballen, eine nie erreichte Höhe. Dennoch ist der Vorrath von Baumwolle in den drei Haupthäfen London, Liverpool und Glasgow am 1 September d. J. nur um 48,000 Ballen höher gewesen als am 1 September 1848. Die Zufuhr bis zum Ende des Jahres kann nicht viel über 300,000 Ballen betragen, was mit den vorhandenen 717,400 etwas über eine Million Ballen ausmacht. Nimmt man nun auch an daß in den letzten vier Monaten dieses Jahres nur 30,000 Ballen wöchentlich verbraucht und nach Verhältniß der bisherigen Ausfuhr 66 bis 70,000 Ballen ausgeführt werden, so wird der Vorrath am Ende dieses Jahres wenig über 440,000 Ballen betragen, ein geringerer Betrag als seit 8 Jahren. Hierzu kommt daß alle Nachrichten aus Amerika darauf hinauslaufen die Baumwollenernte als wahrscheinlich nicht sehr günstig zu schildern, und daß, wenn man auch solche Berichte stets mit Mißtrauen aufnehmen muß, doch so viel gewiß ist daß die außerordentlich große Ernte des vorigen Jahres — sie betrug um 350,000 Ballen mehr als je früher — sich dieß Jahr nicht wiederholen wird. Ich müßte in diese Einzelnheiten eingehen um den Wahrscheinlichkeitsbeweis zu führen daß die Preise der Baumwolle, welche jetzt schon um 25 Procent den freilich sehr niedrigen Preis des vorigen Jahrs übersteigen, noch höher gehen werden, was auf die Fabrication und die Hunderttausende die davon abhängen einen höchst nachtheiligen Einfluß ausüben kann. Von der stärkern oder schwächern Beschäftigung der Baumwollendistricte, d. h. von ihrem stärkern oder schwächern Verdienst hängt bis zu einem gewissen Grad der Colonialwaarenmarkt in Liverpool und London, und der Ausfall der Staatseinnahmen ab, noch mehr aber die Beschäftigung unserer Schifffahrt: Zwei Millionen Ballen Baumwolle erfordern zum Transport 1000 Schiffe von 500 Tonnen, und die Versendung unserer Baumwollenwaaren, deren Ausfuhr einen Werth von 26 Mill. Pf. St. hat, nimmt wiederum viele Hunderte von Schiffen in Anspruch. Mit mannichfacher Besorgniß betrachtet man deßhalb die Aussicht auf ein weiteres Steigen der Baumwollenpreise und den Stand des Baumwollwaarenhandels: die Ausfuhr der letztern war im vorigen Monat viel schwächer, und wäre nicht der einheimische Begehr bedeutender als gewöhnlich gewesen, so wäre ein halber Stillstand in das Geschäft gekommen. Die Ausfuhr nach China läßt bedeutend nach, denn sie hat in den letzten Jahren zu große Verluste ergeben, Indien ist überführt und man wagt bis auf weiteres keine weitern Verschiffungen. Speculanten wollen zu den jetzigen Preisen nicht kaufen, die Manufacturisten wollen noch nicht von den vorigen Preisen lassen, was sie auch in der That kaum thun können, und so fangen in einigen Arten von Waaren, namentlich in den gröbern, die Vorräthe sich

zu häufen an; feinere Stoffe halten sich besser. Das ist ein um so bedenklicherer Umstand als die Nebenbuhlerschaft Amerika's sich immer mehr entwickelt, und zwar vorzugsweise in diesen gröbern Stoffen: die Amerikaner verbrauchen bereits über 500,000 Ballen jährlich, und dieß gewinnt jetzt dadurch noch an Ausdehnung daß man in neuester Zeit angefangen hat die Baumwollenmanufactur in den südlichen Staaten zu betreiben. Man glaubt die südlichen Staaten werden es in kurzem, wenigstens hinsichtlich der Quantität der Waaren, mit den nördlichen Staaten aufnehmen, besonders da sie das Rohmaterial vor der Nase haben, und somit weit wohlfeiler arbeiten. Viele betrachten dieß im Hinblick auf die brittische Ueberlegenheit jetzt noch mit ziemlich gleichgültigen Augen, aber der Handel mit gröbern Stoffen dürfte uns, wenn die Sachen so fortgehen, in weniger als zehn Jahren völlig entrissen seyn.

Dänemark.

Man hört jetzt auch von hiesiger Seite daß Baron v. Pechlin nach Berlin bestimmt ist, um dem Kammerherrn v. Reedz in den Friedensunterhandlungen zur Seite zu stehen (und wahrscheinlich, wenn das Princip der Theilung Schleswigs zu Grunde gelegt wird, ihn demnächst zu ersetzen). Hr. Baron v. Plessen ist auf der Rückreise von Tondern hier eingetroffen. Gleichzeitig ist Flyveposten von „verschiedenen Seiten und in Privatbriefen“ unterrichtet daß die üble Behandlung welche den Baron v. Plessen veranlaßt hat Tondern zu verlassen, keineswegs als der Ausdruck der Meinung der Bevölkerung zu betrachten, sondern das Ergebniß „niederträchtigen Ränkespiels“ sey; es soll nämlich eine nachweisbare Thatsache seyn daß die Machthaber in Holstein 2 bis 300 Mann Freischärler und niedrigsten Pöbels gemiethet, die sich, sobald die Flensburger Regierungs-Commission einen Beamten eingesetzt, in dem Amtssitze einfinden um ihn zu insultiren und den Pöbel aufzuhetzen. Wenn diese Leiter ergriffen und nachdrücklich bestraft würden, so würde es bald mit dem passiven Widerstand vorbei seyn, allein vielleicht solle dieser durch die passive Haltung des preußischen Militärs begünstigte passive Widerstand in den Friedensunterhandlungen benutzt werden, u. s. w. Der hier angekommene General Bülow ist leicht erkrankt. Faedrelandet berichtet bei Gelegenheit der Besprechung einer von dänischer Seite besorgten französischen Uebersetzung der Wegner'schen Schrift über die Thätigkeit der Agenten des Herzogs in Paris, des Hrn. Duquet (Sohn eines später beim Herzog von Augustenburg angestellten französischen Sprachlehrers in Kopenhagen), der im Journal des Débats geschrieben, Reinganum (aus Frankfurt) der in der Réforme geschrieben, und des Hrn. Oppert (deutschen Professors an einem Collège) der Steins bekannte Schrift trefflich übersetzt und durch einen Buchhändler der Rue de Lille vertheilen lassen. Dabei kömmt denn die außerordentlich zudringliche und nicht sehr skrupulöse Thätigkeit der dänischen Agenten ans Licht. Hr. Orla Lehmann erschien in Paris, es wurde die Aufnahme antidänischer Artikel hintertrieben und dänische Artikel an ihre Stelle gesetzt; es wurde Beschwerde geführt daß Hr. Bertin, mit dem die dänische Regierung sich in Beziehung gesetzt, sich so wenig für die dänische Sache interessire; ein ernstes Auftreten gegen Hrn. Duquet beseitigte denselben, und Hr. Lehmann machte auch die rothe Réforme zu einem Fürsprecher der dänischen Sache. Ein Hr. Borring schrieb sogleich gegen Stein und vertrieb diese Widerlegung gratis in alle 1300 Lesecabinette, an alle Zeitungen (5 bis 10 Exemplare an jede), an die Minister, die Abgeordneten, die Gesandten, die Gelehrten; wo in einem Lesecabinet ein Exemplar wegkam, brachte er wieder eins hin; allein in Galignani's Lesezimmer legte Borring 50 Exemplare von seinen fünf Broschüren hin, von denen die erste für einen Sou in 5000 Exemplaren in den Straßen von Paris verkauft wurde; den Ertrag bekamen die Ausrufer. Bei den Buchhändlern Le Doyen, Amyot, Dessedarte u. s. w., die in den besuchtesten Stadttheilen (Palais National, Rue de la Paix, Passage des Panoramas u. s. w.) wohnten, mußten die Fenster beständig mit Borrings Schriften bedeckt seyn, und sobald hier und auf den Boulevards die Broschüren verkauft waren, schleppte er mehrere Exemplare herbei. Durch Artikel in der Presse, J. des Débats, Démocratie Pacifique, Événement, Liberté, Crédit u. s. w. sorgte er dafür daß die öffentliche Aufmerksamkeit auf seine Broschüren hingelenkt ward. Auch in der Jahresversammlung der „Société de Géographie“ betrieb Borring sein Geschäft und las eine Abhandlung über die Südgränze der dänischen Monarchie. (H. Börsenh.)

Neuestes.

Augsburg, 9 Oct.

⁑ **Berlin**, 6 Oct. Die plötzliche Berufung v. Radowitz, welcher gestern aus Erfurt angelangt ist, hängt mit dem Eintreffen der österreichischen Antwort auf Preußens Gegenvorschläge vom 14 Sept. über die neue Centralbehörde zusammen. Das Cabinet ist in eifriger Berathung über die derselben zuzustehenden Befugnisse begriffen, und Hr. v. Radowitz natürlich dabei aufs innigste betheiligt. Oesterreich ist darauf eingegangen seine Ansprüche auf den Vorsitz in dieser Centralbehörde fallen und die Frage selbst ganz auf sich beruhen zu lassen. In der That scheint bei der Zahl von vier Commissarien diese Formfrage rücksichtlich des Geschäftsganges ziemlich müssig; man wird ihre Erledigung der Commission selbst überlassen. Ferner ist Oesterreich davon abgestanden den Vorschlag über die Begründung der neuen Behörde allen Regierungen einzeln vorzulegen, worin man preußischerseits ein Ignoriren der Thatsache des engeren Bundes gesehen hätte. Vielmehr benimmt sich Oesterreich darüber mit seinen Bundesgenossen, Preußen mit den zum engeren Bunde vereinigten Regierungen. Endlich hat Oesterreich Preußens Vorschlag für das Schiedsgericht gut geheißen. Demnach wählt jede der beiden Großmächte einen Schiedsrichter aus der Reihe aller Bundesfürsten, die beiden Gewählten aber vereinigen sich über den noch zu wählenden dritten. Noch hat der Verwaltungsrath seine den Reichstag betreffenden Vorlagen den Regierungen nicht überreicht, sie sind jedoch der Beendigung nah, und die einzelnen Mitglieder haben sich bereits darüber mit den von ihnen vertretenen Regierungen in schriftlichen Verkehr gesetzt. Preußen hat die rasche Berufung des Reichstags überall dringend bevorwortet.

. **Paris**, 5 Oct. Lord Normanby hat heute Depeschen aus London erhalten, denen zufolge die englische Regierung den Ansichten der Pforte beipflichtet, daß nämlich weder Rußland noch Oesterreich berechtigt seyen die Auslieferung der ungarischen und polnischen Flüchtlinge zu verlangen, und die Pforte ihren vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Oesterreich genüge wenn sie die Flüchtlinge verhindere nach Oesterreich zurückzukehren, sey es indem sie sie verwahrt, sey es indem sie sie von ihrem Gebiet entfernt. Keineswegs aber könne dieser Gegenstand Rußland zu einem casus belli berechtigen, und England werde im Fall eines Krieges der Pforte den bewaffneten Beistand nicht versagen, den sie ansprechen würde. Diese Erklärungen sind in Noten an den englischen Botschafter in Konstantinopel und St. Petersburg gerichtet. Lord Normanby erhält abermals den Auftrag die französische Regierung zu gleichlautenden Noten an ihre Vertreter in St. Petersburg, Wien und Konstantinopel einzuladen. Wir haben gegen das Verfahren Lord Palmerstons dießmal nichts einzuwenden als daß er sich in ziemlich oberflächlichem Aufwand eines edeln Eifers setzt, da von vornherein die ganze Angelegenheit nicht die Gefahren eines Krieges in sich einschloß, aus Gründen wie wir schon früher angedeutet haben. Lord Normanby hat sofort Hrn. v. Tocqueville diese Depeschen mitgetheilt.

Personal-Nachrichten.

Deutsche Reichsmarine. Preußen. Se. kais. Hoh. der Reichsverweser hat zu Schiffsfähndrichen ernannt: J. Ch. K. Möller, L. H. Lahmeyer und G. Rodewald.

Ordensverleihungen. Der König von **Württemberg** hat dem Oberst v. Reinhardt Erlaubniß ertheilt zur Annahme des Commenthurkreuz 2ter Cl. des groß. hess. Ordens Philipps des Großmüthigen. Deßgl. der Großh. von **Baden**: dem Obersten v. Röder und dem Oberstlt. Hilpert für den k. pr. RAO. 3. Cl. mit den Schwertern; dem Kriegsministerial-Oberrevisor Block für das Ritterkreuz des Sachs. Ernest. HO. (Coburg). — Der König von **Hannover** hat Sr. k. Hoh. dem Prinzen Albert von Sachsen das Großkreuz des k. Guelphen Ordens verliehen; dem Rittm. Senfft v. Pilsach, Adjutanten des Prinzen Albert, das Ritterkreuz dieses Ordens. — Der König v. **Preußen**: dem Obersten v. Stegmansky den RAO. 2ter Cl. mit Eichenlaub; dem Geh. Reg. Rath Biewald zu Oppeln den RAO. 3ter Cl. mit der Schleife; dem Kreisrath K. F. Kirchhoff zu Königsberg, so wie dem Erbscholtisei-Besitzer Jerchel zu Klein-Ellguth, Kr. Oels, den RAO. 4ter Classe; ferner dem General-Lieutenant und Commandeur der 3ten Division, v. Stülpnagel, den Stern zum Rothen Adler-Orden 2ter Classe mit Eichenlaub; dem Geh. Justiz- und Appellationsgerichts-Rath Hoyer zu Königsberg in Pr. den Rothen-Adler-Orden 2ter Classe mit Eichenlaub; dem Major v. Dechen, Inspecteur der 1sten Pionier-Inspection, die Schwerter zum Rothen-Adler-Orden 3ter Classe mit der Schleife; dem Appellationsgerichts-Rath K. W. G. Seydel zu Frankfurt a. d. O. und dem Divisions-Auditeur, Justizrath Schlitte, den Rothen-Adler-Orden 4ter Classe, so wie dem Justizrath Fr. A. W. v. Dewitz zu Stettin den St. Johanniter-Orden; dem k. sächs. Rittm. à la suite der Armee Senfft v. Pilsach den St. Joh. Orden. Endlich hat der Flügeladj. Major v. Boddien Erlaubniß erhalten zur Annahme des Commandeurkreuzes

2ter Cl. des Sachsen-Ernest. Hausordens. Deßgleichen ist dem Gen. Lieut. v. Neumann die Annahme des russ. Weißen-Adler-Ordens gestattet. —

Militärdienstnachrichten. Württemberg. Hptm. v. Sußdorff, vom 2. Inf. Reg., ist zum Major befördert. — **Preussen.** A. Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen: Seidler, Major a. D., zuletzt im 2. Inf. Regt., der Char. als Oberst-Lieut. beigelegt. v. Suter, Major vom 29., zum 20. Inf. Regt., Köhlau, Major vom 20., zum 29. Inf. Regt. versetzt. B. Thümen, Major u. dienstl. Adjut. beim Gouvernement in Breslau, tritt zum Garde-Hus. Rgt. zurück. v. Drouart, Hauptm. aggr. dem 15. Inf. Regt., zum Major u. Combr. des 3. Bats. 23. Ldw. Regts. ernannt. v. Schrötter, Major vom 4. Inf. Regt., als Comdr. des 1. comb. Res. Bats. commandirt. Frhr. Hiller v. Gärtringen, Major u. Flügel-Adjut., zum wirkl. Major ernannt; v. Scheel, Oberst, tritt auf seinen Posten als Insp. der 3. Pion. Insp. zurück; Hergaß, Oberst, aggr. dem 27. Inf. Regt., von dem Commando des 4. comb. Res. Bat. entbunden; v. Sellentin, Major vom 27. Inf. Regt., als Combr. dieses Bats. commandirt; Busch, Hauptm., aggr. der Garde-Art. Brig., zum Major unter Belassung als aggr. bei der Garde-Art.-Brig., Walbaum, Hauptm. von der Garde-Art.-Brig., zum etatsm. Major. B. Abschiedsbewilligungen: v. Rimpisch, Major vom 34. Inf. Regt., mit Pension.

Civildienstnachrichten. Württemberg. Die Stelle eines Staatsanwalts beim Ober-Tribunal ist dem Ober-Trib. Rath Bockshammer übertragen. — Großh. **Hessen.** Reg. Rath Schmitt in Mainz ist zum Mitglied u. Vorsitzenden der Reg. Commission des Reg. Bez. Heppenheim ernannt. — **Preussen.** Der Geh. Ober-Finanzrath Costenoble u. der Geh. Leg. Rath v. Le Coq sind zu Mitgliedern des Gerichtshofs zur Entscheidung der Competenz-Conflicte ernannt; deßgl. der seitherige Ober-Ger.-Rath Dr. Riedel in Greifswald zum Reg. Rath; der seith. Landrath v. Reimann in Eupen zum Reg. Rath; der Kreis-Physicus Dr. Behn zum Reg.- u. Med. Rath in Bromberg u. der Med. Rath Dr. Tourtual zum Reg.- u. Med. Rath in Münster.

Wissenschaft und Kunst. Der a. o. Professor an der Universität Halle, Dr. Hankel, ist zum ord. Professor der Physik an der Universität Leipzig ernannt. — Der Geh. Rath, Domcapitular und Professor Dr. Staudenmaier in Freiburg im Breisgau ist aus Anlaß des Jubiläums der Universität Prag von dieser zum Ehrenmitglied ernannt; auch der Prof. der Theologie Dr. Welte in Tübingen hat bei dieser Gelegenheit das Diplom eines Ehrenmitglieds erhalten.

Consulate. K. Sachsen. Der an die Stelle Hrn. Achille de Cobrika's zum französischen Consul in Leipzig ernannte Hr. E. de Méjan ist in dieser Eigenschaft anerkannt.

(3615)

Todes-Anzeige.

Ellwangen. Von tiefstem Schmerz ergriffen ertheilen wir allen unsern Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht daß unser geliebter Gatte, Vater und Bruder,

Oberjustiz-Procurator Pflaum

hier, am 5 d. M., in dem Hause seiner Verwandten zu München während eines Besuches dort in Folge eines nervösen Schleimfiebers in dem kräftigen Lebensalter von 36 Jahren verschieden ist. Wer den Verblichenen und seinen ehrenhaften Wandel hienieden kannte, wird unsern herben Schmerz über diesen großen Verlust zu würdigen wissen. Es bitten um stille Theilnahme

die trauernde Wittwe mit ihrem Söhnchen und die Geschwister zu München und Pflaumloch.

(3622)

Großherzogl. badische Eisenbahn-Schuldentilgungs-Casse.

Die Listen der am 29 September stattgehabten 15ten Gewinnziehung der großherzogl. bad. Eisenbahn-Lotterie-Loose à 35 fl. sind bei dem unterfertigten Bankhause gratis zu beziehen.

Augsburg und München, den 8 October 1849.

Joh. Lor. Schaezler.

(3623—24) Nachdem bereits seit dem 1 dieses Monats die directe Eisenbahn-Verbindung zwischen **hier**, Nürnberg-Hof und weiter dem Geschäftsbetrieb übergeben, und ein neuer den Güter-Transport sehr erleichternder und fördernder Frachten-Tarif von der General-Verwaltung der königl. bayer. Posten und Eisenbahnen verfügt wurde, so wiederhole ich meine früheren öffentlichen Anerbietungen, die Güter-Spedition auf den Eisenbahnen betreffend, indem es mein sorgfältiges Bestreben bleiben wird alle mir hier übergebenen, oder mir in Versand zukommenden Frachtgüter, Gepäcke ꝛc., welche für **Haupt- und Nebenplätze** auf der ganzen Bahnstrecke bestimmt sind, rasch und billig zu befördern.

Zum schnellen Weitertransport von hier pr. Achse nach allen Richtungen, insbesondere nach **Oesterreich, Italien,** der **Schweiz, Württemberg** und **Baden,** habe ich die zweckdienlichsten Vorkehrungen getroffen, und werde ich jedem mir zu Theil werdenden Auftrag Genüge leisten.

Augsburg, den 8 October 1849.

Chr. Wilh. Wagenseil.

(3487—88) **Anzeige.** Das unterzeichnete Commissions-Büreau ist in den Stand gesetzt, **allen** welche bis spätestens den 31 October d. J. deßhalb in frankirten Briefen bei ihm anfragen **(also das geringe Porto nicht scheuen),** ein **nicht außer Acht zu lassendes Anerbieten unentgeltlich zu machen,** welches für den **Anfragenden** schon im nächsten Jahre ein **jährliches** Einkommen bis zu **10,000** Mark, oder viertausend Thaler preuß. Crt. zur Folge haben kann.

Lübeck, im September 1849.

Commissions-Büreau, Petri-Kirchhof Nr. 308.

---

[202] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Armuth und Christenthum.

Bilder und Winke zum christlichen

Communismus und Socialismus.

Von Dr. **Heinrich Merz.**

8. Broschirt. Preis 1 fl. oder 20 Ngr.

Wenn allein die rettende Liebe, welche der Ursprung, das Wesen und die Aufgabe des Christenthums ist, den klaffenden Wunden einer durchwühlten Zeit und eines entsittlichten Geschlechtes Heilung und Hülfe zu bereiten vermag, so werden die Bilder und Winke welche ein geistreicher Schriftsteller über „Armuth und Christenthum“ aus der Geschichte der Vergangenheit und unter den ernsten Bestrebungen der Gegenwart gesammelt und in einer ebenso anziehenden als gemeinfaßlichen Form vorgetragen hat, vielen willkommen seyn die sich über die tieferen Ursachen und über das dauernde Heilmittel des gesunkenen Wohlstandes und der aufgelösten Ordnung und Sitte zu verständigen wünschen. Das vorliegende Buch ist daher ein wichtiger Beitrag zu dem neuerwachten großen Werke der inneren Mission, und dürfte besonders geeignet seyn das Interesse dafür unter den gebildeten Kreisen zu verbreiten.

Stuttgart und Tübingen, im October 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[3586] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

50 Original-Liebesbriefe,

oder die Kunst in kurzer Zeit Liebesbriefe schreiben zu lernen. Eine unerschöpfliche Quelle eleganter Wendungen, schöner Redensarten und überraschender Gedanken. Zweite Auflage. Preis 11½ Sgr. od. 40 kr.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold und Sohn in Wien vorräthig.

[3458] Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung (Laupp u. Siebeck) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das

Geschwornengericht,

für **Nichtjuristen** dargestellt von

C. Reinhold Köstlin,

Doctor und Professor der Rechte.

14 Bogen. gr. 8. broschirt. 1 fl. 30 kr. oder 27 Ngr.

Je wichtiger das Recht ist welches das deutsche Volk durch die Einführung des Geschwornengerichts erhalten hat, um so wünschenswerther ist es für einen jeden der auf der Geschwornenbank zu sitzen hoffen darf, von einem mit der Sache vertrauten Rechtskundigen Mittheilungen über das Wesen und die Geschichte dieses Instituts, über den wahren Sinn der Aufgabe des Geschwornen, über seine Stellung zu den rechtskundigen Mitgliedern des Gerichts, über die Natur der von ihm zu verrichtenden geistigen Thätigkeit, über alle Punkte, worauf er achten muß, insbesondere aber auch über die nothwendigen Gränzen seiner Aufgabe, und die Fehler wovor er sich zu hüten hat, zu erhalten. Hier erhält er sie gedrängt in allgemein faßlicher Form, aber nicht bloß von der Oberfläche geschöpft, sondern als Ergebnisse solider wissenschaftlicher Forschung. Wir hoffen einem allgemeinen Bedürfnisse entgegenzukommen, indem wir diese Darstellung aus der Feder des scharfsinnigen Verfassers dem Publicum darbieten.

[3575] In Carl Gerolds Verlagsbuchhandlung in Wien ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Soldaten-Büchlein.

Der österreichisch-italienischen Armee gewidmet

von

Zedlitz.

Dritte Auflage. Miniatur-Ausgabe. Mit Radetzky's Bildniß.

kl. 8. 1849. In gepreßte Leinwand gebunden, mit Goldverzierung und Goldschnitt. 27 Ngr.

Der Inhalt des Soldaten-Büchleins ist hinreichend bekannt als ausgezeichnete poetische Darstellung der Hauptmomente des glorreichen österreichisch-italienischen Feldzuges. Gegenwärtige Miniatur-Ausgabe entspricht durch Druck, Papier und äußere Ausstattung allen Anforderungen an diese jetzt so beliebten niedlichen Ausgaben. Radetzky's Porträt ist nach der neuesten und getreuesten Abbildung des Heldengreises in Stahl gestochen, das Aeußere des Bändchens mit militärischen Emblemen in Golddruck verziert.

Mit der dritten Auflage in Taschenformat sieht sich die Verlagshandlung veranlaßt zugleich auch die **vierte Auflage** in 8. zu versenden. Somit sind seit dem ersten Erscheinen des Soldatenbüchleins innerhalb neun Monaten 8000 Exemplare dem Publicum übergeben worden, was jede weitere Erwähnung überflüssig macht.

[3557] In Commission bei **W. Langewiesche** in **Barmen** ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Höllenrath,

eine unterweltl[illegible]eichsrathssitzung; oder: Die Quelle der Verwirrungen in ge[illegible]wärtiger Zeit. Nebst einem Anhange über die Gerichtssitzungen in der himmlischen Welt.

Zweite Auflage,

mit einer Zugabe: Acht Seligkeiten für unsere Zeit.

Elegant geheftet Preis 3 Sgr.

Der ersten Auflage dieses Büchleins, welche sehr schnell vergriffen wurde, folgt hiermit eine zweite, durch eine Zugabe bereicherte, nach. Die Kraft der ungeschminkten, ernst christlichen Wahrheit welche in seinen einfachen Worten liegt, wird ihm ferner bei denen welche die Wahrheit lieben, eine gute Aufnahme sichern. Durch die wichtigen Enthüllungen die es macht über die tiefern Ursachen der Bewegungen unserer Zeit und über das gefährliche Treiben einer im Finstern schleichenden Propaganda, durch die Aufschlüsse die es gibt über den endlichen Ausgang der Verwirrung und über das zweckmäßigste Verhalten während derselben, wird es vielen zur Lehre und Warnung, zur Stärkung und Aufmunterung gereichen.

[3561] So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Moriz Graf Strachwitz — Neue Gedichte.

Zweite (Miniatur) Ausgabe. 16. Elegant gebd. mit Goldschnitt und 1 Stahlstich. Preis $1\frac{1}{3}$ Rthlr. Verlag von **Eduard Trewendt** in **Breslau.**

[3556] ☞ So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Ein Frühlingsmärchen. Gedicht von **Adolf Böttger.** Zweite Aufl. (11 Bogen.) Elegant brosch. Preis 18 Ngr.

Leipzig, im September 1849. **Otto Klemm.**

[3587—92] Bei **Otto Wigand,** Verlagsbuchhändler in **Leipzig,** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kossuth

unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.

gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

[3550] So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Vollständiges Handbuch

der praktischen Mühlen-Baukunst

mit den neuesten und wichtigsten Erfindungen vermehrt,

nebst

Anweisung gewöhnliche Mahlmühlen nach dem amerikanischen System leicht einzurichten.

Dritte verbesserte Auflage mit 638 Abbildungen.

Herausgegeben von **Carl Friedrich Schlegel.**

Preis 6 Rthlr.

Dieses neueste vorzügliche Werk empfehlen wir Mühlenbauern, Müllern und Technikern ganz besonders.

Leipzig, den 20 September 1849. **Bergers Buchhandlung.**

[3583—85] **Für thätige Geschäftsleute**

bietet sich durch den Commissions-Verkauf eines überall gangbaren Artikels günstige Gelegenheit zu einem **bedeutenden** Verdienste. Näheres unter B. et H. poste restante in **Mainz** (franko).

[3607—9] In dem ganz neu auf das zweckmäßigst eingerichteten

Commissions- und Informations-Bureau

von **N. Freyler** in **Basel** befaßt man sich hauptsächlich mit folgenden Gegenständen als:

Mit Dienstanschaffungen vom Hauslehrer und der Gesellschaftsdame abwärts bis zu dem Knecht und der Magd.

Mit Verpachtungen, An- und Verkäufen von Häusern und Gütern.

Mit Uebernahme von Commissions-Artikeln aller Art.

Mit Incasso und Betreibungen und mit Anschaffung von Capitalien gegen Hypothek.

Mit ähnlichen Bureaux im In- und Auslande wird man gerne in gegenseitige Geschäftsverbindung treten.

Nichtfrankirte Zuschriften werden streng refutirt.

(3446) ☞ Soeben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Adolf Böttger, Gedichte Fünfte Auflage. Mit Porträt, brosch. Preis 2 Thlr. Elegant gebunden Preis $2\frac{1}{3}$ Thlr.

Leipzig, im Septbr. 1849.

Otto Klemm.

[3586] So eben sind erschienen und können durch alle soliden Buchhandlungen bezogen werden:

Gesammelte kleine Schriften. Von August Boden. Frankfurt a. M., bei C. B. Lizius. $22\frac{1}{2}$ Bog. gr. 8. Preis: 2 fl. 42 kr. oder 1 Thlr. 15 Sgr. preuß.

Diese Schrift enthält mit Ausschluß alles Juridischen eine Auswahl dessen was der Verfasser seit Jahren in andern Fächern geschrieben hat. Den Beschluß macht „Politisches," und dieses erstreckt sich bis auf die neueste Zeit, wo der an der Küste der Nordsee geborne Verfasser im Einklange mit der Ansicht vieler, wenn nicht der mehrsten seiner dortigen Landsleute sich in Zeitungen und Zeitschriften oft und entschieden gegen einen Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland, in welcher Art er geschähe, ausgesprochen hat.

(3480—81) **Edictalladung.**

Die Erben des kurfürstl. Kammerdieners Philipp Paul Niklas Birchinger, welchen ein auf dem Gasthofe zum goldenen Hirschen dahier (Theatinerstraße Nr. 18. und Salvatorstraße Nr. 3.) ruhendes Hypothekcapital zu 1400 fl. verpfändet, und deren Aufenthalt völlig unbekannt ist, oder deren Rechtsnachfolger werden hiemit in Kenntniß gesetzt, daß der benannte Gasthof auf creditorschaftliches Andringen dem gerichtlichen Verkaufe nach §. 64. des Hypothekengesetzes und §§. 98 bis 101. des Proceßgesetzes vom 17. November 1837 unterstellt und erstmaliger Versteigerungstermin auf

Donnerstag den 29. November 1849,
Vormittags von 11 — 12 Uhr,
im Gerichtszimmer Nr. 9, angesetzt ist.

Zugleich wird bemerkt daß wenn dieselben an diesem Termine weder selbst erscheinen noch einen Bevollmächtigten zu ihrer Vertretung benennen würden, von Gerichtswegen für sie ein Anwalt aufgestellt und zu den weitern Verhandlungen beigezogen werden wird.

Beschlossen am 31. Juli 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der kgl. Director

Danhauser.

[3146—48] **Subhastation.**

Das zur Concursmasse des Freiherrn Roberts v. Beust gehörige Allodial-Rittergut Thossell, unweit Plauen im Voigtlande gelegen, soll nebst allen Erntevorräthen und dem ganzen Inventar

den 12 November 1849

öffentlich versteigert werden.

Wer daher auf den Ankauf dieser Besitzung reflectirt, hat sich in diesem Verkaufstermine des Vormittags vor 12 Uhr auf hiesigem Justizamte einzufinden und unter Nachweis der dazu nöthigen Zahlungsmittel seine Gebote zu eröffnen, worauf nach Ablauf der zwölften Stunde zur gesetzlichen Licitation verschritten und solches Gut demjenigen der nach dreimaligem Ausruf das höchste Gebot gethan, überlassen und zugeschlagen werden wird.

Die Erstehungssumme ist, einschließlich des baar zu erlegenden oder sofort genügend zu sichernden zehnten Theiles, zur Hälfte bei der Adjudication oder längstens vier Wochen nach der nächsten Leipziger Ostermesse, zur andern Hälfte in jährlichen nicht über 4, 6, 8 bis 10 Jahr hinauszusetzenden Fristen zu bezahlen, vom Erstehungstage aber mit fünf vom Hundert jährlich zu verzinsen.

Eine nähere Beschreibung dieses mit den vorzüglichsten Wohn- und Wirthschaftsgebäuden versehenen, mit 8077 Steuereinheiten belegten und mit Berücksichtigung der Abgaben jedoch ohne Inventar und Ernte auf 121.638 Thlr. gewürderten Rittergutes, ist aus der im Amthause, wie in Thossell selbst aushängenden Consignation zu ersehen.

Plauen, am 31 August 1849.

Königl. sächs. Justizamt.

Beyer.

[3509] Ein Pharmaceut der das bayerische Staatsexamen bestanden hat, sucht ein Provisorat oder eine Gehülfenstelle; er würde jedoch auch Rücksicht nehmen, wenn ihm ein geehrtes Vertrauen eines chemischen Herrn Fabrikbesitzers oder ein sonstiges seinen Kenntnissen angemessenes Anerbieten zukäme.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag Nr. 284. 11 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (zweite Lesung des Verfassungsentwurfs der Freistadt); München (die Reichsräthe über Ministerverantwortlichkeit. Der Gesetzentwurf über eine neue Anleihe. Der Entwurf über eine provisorische Centralgewalt vom Reichsverweser anerkannt); Augsburg (die Amnestie-Adresse); Mannheim (Standgericht); Rastatt (abermals zwei Hinrichtungen. Flucht von 16 Gefangenen); Karlsruhe (das Frankfurter Journal wieder zugelassen); Mainz (die Land- und Forstwirthe wählen für nächstes Jahr Magdeburg); Bremen (ein deutsches Kriegsdampfschiff); Leipzig (über Sachsens Rücktritt vom preußischen Bündniß); Coblenz (wie man in Luxemburg das Deutschthum versteht); Berlin (die zweite Kammer über Religionsgesellschaften und Civilehe. Die erste Kammer über Lehrfreiheit. Entlassung des Präsidenten v. Patow); Königsberg (Edictalladung gegen Jacoby); Halle (Hr. v. Radowitz. Journallitteratur); Stralsund (Anlegung eines Kriegshafens); Schleswig-Holstein (Rücktritt des Kriegsministers. Erneuerte Kriegsaussichten); Wien (in Arad und Pesth einige Insurgentenchefs hingerichtet. Widersprechende Gerüchte über Graf Ludwig Batthyany. Der Lloyd ein ganzes Blatt über die Auslieferungsfrage, die Ostdeutsche Post über die Fortdauer der Ausnahmszustände. Pfand für die sardinische Kriegsentschädigung. Ein sardinischer Gesandter); Prag (Journalurtheile über das Ministerium und die deutschen Verhältnisse. Aufhören der Cholera.

Oesterreichische Monarchie. Brody (Durchmarsch der letzten russischen Truppen); Agram (Urtheil über das Zerwürfniß mit der Türkei); Pesth (Fekete hingerichtet. Graf Ludwig Batthyany macht, auf dem Weg zum Tode, einen Entleibungsversuch).

Spanien. Eine carlistische Adresse an den russischen Kaiser.

Großbritannien. Der neue Parteihader in Canada. (Die Indianer in Mexico und in den Vereinigten Staaten.) Sir John Franklin.

Frankreich. Näheres über das amerikanische Zerwürfniß. Stellung zur orientalischen Frage. In Turin die 15 Millionen österreichische Kriegsgelder verworfen, die Kammer aufgelöst und eine Verfassungsrevision eingeleitet.

Italien. Turin (Anleihe. Die Kammer).

Südamerika. Paez begnadigt.

Beilage. Ansichten der Natur, von Alexander v. Humboldt. — Deutsche Kunst. (Die Wandgemälde im Dom zu Speyer.) — Verhandlungen der bayerischen Kammer der Reichsräthe. — Die Neugestaltung Oesterreichs. (I.) — Die Rebellen in Schleswig-Holstein. — Venezuelanische Zustände. (I.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: New-York 20 Sept.; Paris 7; Wien 8; Frankfurt 9; Augsburg 10 Oct.

Deutschland.

÷ **Frankfurt a. M.**, 8 Oct. Heute fängt in unserer Constituante die große Verfassungsschlacht an, welche, da die Erscheinungen im Großen überall im Kleinen sich abspiegeln und doch wieder auf eigenthümliche Weise modificiren, auch für das große Publicum, selbst abgesehen von der eigenthümlichen Bedeutung unserer Stadt, nicht ohne Interesse seyn dürfte. Der bei der heute beginnenden zweiten Lesung von dem (ausschließlich aus Mitgliedern der Majorität bestehenden) Verfassungsausschusse vorgelegte Entwurf unterscheidet sich nur in wenigen Punkten von dem bereits zum erstenmal durchgegangenen, doch stellt er ein Alter von 25 (statt wie früher von 21) Jahren zur Wählbarkeit in den Volksrath auf, ertheilt letzterem nicht mehr unbedingt das Begnadigungsrecht, und erklärt die öffentlichen Schulen nur, wie recht ist, für unconfessionell, ohne den Religionsunterricht in den denselben, wie früher, zu untersagen. Auch läßt er die früher in die grundrechtlichen Bestimmungen aufgenommenen Spatz'schen und Trützschler'schen Excentricitäten größtentheils weg. Die Minorität der Constituante hat hingegen einen Gegenentwurf vollständig ausgearbeitet und zum Drucke befördert, welcher zwar, ohne allen Zweifel, in der constituirenden Versammlung verworfen, aber doch nicht ohne großen Einfluß auf die Bürgerschaft bleiben wird, welcher die definitive Abstimmung über die neue Verfassung zusteht. Es ist derselbe von 32 Mitgliedern unterzeichnet, wozu die sämmtlichen Senatoren gehören welche zur Constituante gewählt wurden, dann noch 11 Rechtsgelehrte (worunter unser ehemaliger Reichstagsabgeordneter Dr. Jucho), Dr. Souchay, Dr. Gualta der Jüngere, Dr. Binding I, Dr. Burkard (Deutsch-Katholik), Dr. Mauhayn und Dr. Goldschmidt (Israeliten), welchem letzteren die Ausarbeitung des Entwurfs größtentheils zugeschrieben wird. Dann sind noch vier Aerzte, mehrere reiche Handelsherren und ein Künstler (Prof. Hessemer), alle Mitglieder der Versammlung, unter dem Entwurfe unterzeichnet. Man muß zur Ehre dieser Männer sagen daß von dem was man mit Recht Reaction nennt in diesem Gegenentwurf keine Spur zu bemerken ist. Die Grundrechte, und zwar die rechten und ächten wie sie von unserer deutschen Nationalversammlung angenommen und schon lange für uns proclamirt worden, sind unverkürzt beibehalten, mit Ausnahme jedoch des Passus welcher keine Stellvertretung beim Heere zuläßt. Das allgemeine und zwar directe Wahlrecht bleibt darin unverkümmert, nur daß dasselbe, wie recht und billig, nur den Staatsbürgern, nicht den Staatsangehörigen zuerkannt ist die sich nicht in den Bürgerverband aufnehmen ließen. Wenn also den allgemeinen Grundsätzen nach ganz der Neuzeit angehörig, so sucht der Entwurf doch in Beziehung auf die specielle Einrichtung unseres Freistaats alte und neue Zeit auf sehr sinnreiche, vielleicht nur etwas zu künstliche und complicirte Weise zu verbinden. Wenn der Entwurf der Majorität die Souveränetätsrechte mehr oder weniger der Volksvertretung unter dem Namen des Volksrathes überträgt, so ertheilt der Gegenentwurf wesentliche, vielleicht die wesentlichsten Attribute derselben einem großen Rathe, in welchem die Volksrepräsentanten (der gesetzgebende Körper), die Executivgewalt (der Senat), die Mitglieder der Gerichte und sogar eine Art Oberrechnungshofes (des Bürgerausschusses) gemeinschaftlich tagen, und welchen die definitive Entscheidung zusteht wenn die Volksrepräsentation die von der Executive vorgeschlagenen Gesetze mit ihrem Veto belegte, sowie wenn wegen Krieg oder Aufruhr die grundrechtlichen Bestimmungen über Verhaftung, Haussuchung und Versammlungsrecht auf länger als drei Tage und zwar bis vier Wochen suspendirt werden sollen, wie nicht minder über Staatsverträge und Staatsanlehen. Dieser große Rath soll nun auch, wie das bisher bei der gleichnamigen, aber andere Functionen ausübenden Behörde der Fall war, von dem Bürgermeister, dem Vorsitzenden der Executive, präsidirt werden, was allerdings von dem Standpunkte der Theorie aus viele Einwendungen zuläßt. Ganz entschieden müssen wir uns gegen die Bestimmung erklären daß diesem großen Rathe auch das Recht zuerkannt werden soll Gesetzesvorschlägen des Senats welche die gesetzgebende Versammlung verworfen hat, dennoch die Sanction zu ertheilen. Ob die Executivbehörde (der Senat) ganz oder nur zum Theil aus lebenslänglich functionirenden Mitgliedern bestehen soll, darüber zerfällt die Minderzahl, von welcher der Gegenentwurf ausgeht, selbst wieder in eine Majorität und Minorität. Ueber diese zum Theil an die neue Bremer Verfassung erinnernden Bestimmungen mögen nun die Meinungen verschieden ausfallen, und namentlich dürfte die Theorie der Neuzeit manches dagegen zu bemerken haben. Aber unbedingte Billigung verdient nach unserer Ansicht der besonnene und ruhig abwägende Geist welcher dem Entwurfe in dessen allgemeinen Zügen zu Grunde liegt, die Eintheilung der Stadt in Wahlbezirke, im Gegensatz zu dem Monsterwahlcolleg des Entwurfs der Majorität, sowie daß die Wahl der Mitglieder zur Executiven, nicht wie in jenem aus directen allgemeinen Wahlen hervorgeht, was gegen alle Principien ist, da es sich bei diesen Wahlen nicht bloß um Redlichkeit und politische Grundsätze, sondern um specielle Befähigung handelt. Was aber diesem an sich so gemäßigten Entwurfe der Minorität bei einem Theil der Bürgerschaft im voraus schadet, das ist daß sich jetzt auch bei uns eine Partei gebildet hat die für alles wüthet was sie Mäßigung nennt, und täglich in Localblättern mit Schmutz und Galle für Ordnung und Gesetz eifert. Ganz besonders erfreuen wir uns einer Litteratur über, von, für und gegen die Juden welche an die schönste vormärzliche Zeit erinnert. Es hilft ihnen bei einem Theil unserer Conservativen nichts daß die Hälfte der aus ihrer Mitte zu Constituirenden gewählten Abgeordneten (drei von sechs) den Minoritätsentwurf zur neuen Verfassung mit unterzeichnete und einer ihn sogar großentheils entworfen

haben soll. Einige 12- bis 13jährige Judenbuben haben für die Schweizer Flüchtlinge mit einem Motto im Geschmack von Schillers Räubern unterzeichnet, und darüber ist ein Gesalbader in den Blättern unserer Intelligenz und Nichtintelligenz, daß vernünftigen Leuten die Ohren davon gellen. Das schlimmste aber ist daß hierdurch zum Theil hervorgebracht was falsch vorausgesetzt wird, und die zahlreichen conservativen Mitglieder der hiesigen jüdischen Gemeinde dadurch abgeschreckt werden sich mit ihren politischen Gesinnungsgenossen zu verbinden, weil ihnen diese als Antagonisten in einer andern Beziehung entgegentreten.

Bayern. || **München**, 9 Oct. Die Kammer der Reichsräthe setzte heute ihre gestern abgebrochene Berathung über den Proceß bei Ministeranklagen fort. Graf Armansperg griff in die gestrige Debatte zurück, indem er zwei Modificationen beantragte, deren eine dahin ging daß den Anklagebevollmächtigten der Kammern alle Befugnisse des Staatsanwalts und insbesondere die Ablehnung von Geschwornen ausdrücklich zugesprochen werde, während die zweite die Anwesenheit des Staatsanwalts als Wächter des Gesetzes verlangte. Die Debatte hierüber war eine ziemlich unklare; Präsident Heintz hat das besondere Verdienst sie mit seiner bekannten hellen Auffassung und Darstellung geläutert zu haben. Minister Kleinschrod bezeichnet die zweite Modification als zweckmäßig und fast sich von selbst verstehend; Präsident Arnold und Graf Reigersperg sprechen sich in gleichem Sinn aus; Präsident Heintz beleuchtet dagegen den Unterschied in der Stellung des Staatsanwalts als partie principale oder als partie jointe und folgert hieraus sein Votum gegen die Modification. Die Discussion endet damit daß von den beiden Armansperg'schen Modificationen die erste in allgemeinerer Fassung angenommen, die zweite aber abgelehnt wird. Lebhafte Debatte erregt sodann der letzte Paragraph des Gesetzes; er lautet: „Gegen die von dem Staatsgerichtshof erlassenen Urtheile findet kein Rechtsmittel statt.“ Referent und Ausschuß beantragen eine Modification, wonach die Wiederaufnahme der Untersuchung nach den allgemeinen strafrechtlichen Normen offen bleiben soll. Graf Armansperg gibt zu daß ein angeklagter Minister schlimmer daran sey als ein anderer Angeklagter, ist aber doch im Vertrauen auf die Strafverhandlung für den unveränderten Paragraphen. Präsident Heintz und Minister Kleinschrod sprechen in demselben Sinn; allerdings werde gegen die Minister weder die Voruntersuchung noch die Frage der Anklage von unparteiischen Richtern geführt; allein eine Berufung wäre gegen das Princip der Schwurgerichte, eine Cassation wäre unpassend weil der Cassationshof derselbe Gerichtshof wäre, und in der Wiederaufnahme der Untersuchung, die sich nur auf falsche Zeugenaussagen stützen könnte, läge doch nur ein nothdürftiges Rechtsmittel. Präsident Arnold befürwortet in längerer Rede die Streichung des Artikel, und Graf C. Seinsheim findet hierin das beste Mittel den rechtskundigen Freunden eines Verurtheilten und der künftigen Gesetzgebung die Möglichkeit zu belassen ein Rechtsmittel ausfindig zu machen. Frhr. v. Freyberg will Wiederaufnahme und Nichtigkeitsbeschwerde ermöglichet sehen. Schließlich wird der Art. 20 des Entwurfs mit sämmtlichen Modificationen, wie es Graf Seinsheim wünschte, verworfen, und darauf das ganze Gesetz mit 18 gegen 9 Stimmen (Graf Seinsheim, Prinz Adalbert, Erzbischof Urban, Graf Sandizell, Graf Arco-Valley, Fürst Wrede, Frhr. v. Gumppenberg-Pöttmes, Frhr. v. Ponikau, Frhr. v. Freyberg) mit den beschlossenen Veränderungen angenommen. Minister Kleinschrod legt ein Gesetz über die Gerichtsverfassung, Trennung der Justiz von der Administration, vor, und bemerkt daß dasselbe von dem früheren Entwurf nicht unwesentlich abweiche. Schließlich wählt die Kammer zwei Mitglieder zur Untersuchung des Archivs: Graf Castell und Präsident Arnold.

|| **München**, 9 Oct. Die gestern von den Reichsräthen angenommenen Paragraphen des Proceßgesetzes für Ministeranklagen bestimmen außer dem schon mitgetheilten: Der Landrath jedes Kreises hat bei seinem nächsten Zusammentritt aus der allgemeinen Geschwornenhauptliste fünfzig Geschworne für den Staatsgerichtshof durch absolute Stimmenmehrheit zu wählen. Landraths- und Landtagsmitglieder sind nicht wählbar, und die so hergestellte specielle Liste ist gleichzeitig mit der allgemeinen zu berichtigen und zu ergänzen. Eine eigene Bestimmung bringt die pfälzische Gesetzgebung mit den diesseitigen Verhältnissen in möglichen Einklang. Wird die Zusammenberufung des Staatsgerichtshofs nöthig, so werden bei dem Appellationsgericht jedes Kreises aus der speciellen Liste 5 Geschworne — sohin im ganzen 40 — durch das Loos bestimmt, von dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs in ein Hauptverzeichniß zusammengestellt, und dieses mindestens acht Tage vor Eröffnung der Sitzung den Anklagebevollmächtigten sowie den Angeklagten eröffnet. Eben diesen beiden Theilen wird auch ein Mitgliederverzeichniß des obersten Gerichtshofs zugeschlossen, um eine Ablehnungserklärung — je 6 Mitglieder können ohne Angabe eines Grundes abgelehnt werden — binnen drei Tagen abgeben zu können. Statt des abgelehnten oder verhinderten Präsidenten tritt das im Range nächstfolgende Mitglied ein. Die sechs Richter und zwei Suppleanten werden nach der Reihenfolge des Dienstalters berufen. Von Seite der Angeklagten dürfen ohne andere Beschränkung in der Wahl so viele Vertheidiger gewählt werden als Anklagebevollmächtigte gegenüberstehen. Der Tag der Gerichtssitzung wird 14 Tage vorher durch den Präsidenten in den Amtsblättern der Kreise bekannt gemacht. Zeugen und Sachverständige werden nur insoweit geladen als der Antrag darauf von den Anklagebevollmächtigten und Angeklagten mindestens acht Tage vor Eröffnung der Sitzung gestellt wurde. Bleibt der Angeklagte trotz gehöriger Vorladung bei der Sitzung aus, so geht gleichwohl die Verhandlung und Aburtheilung vor sich. Wenn nicht mindestens 30 von den geladenen Geschwornen erscheinen, werden die Ausgebliebenen um Geld und um die Kosten der vereitelten Sitzung bestraft; das gleiche gilt für solche Geschworne die sich vor dem Schluß der Sitzung eigenmächtig entfernten. Die erwachsenen Acten werden in das Archiv des obersten Gerichtshofs abgeliefert; wenn jedoch gegen den Angeklagten wegen zusammentreffender gemeiner oder Amtsverbrechen ein weiteres Strafverfahren eingeleitet oder ein Entschädigungsanspruch erhoben wird, so können sie an die ordentlichen Gerichte hinausgegeben werden.

o **München**, 10 Oct. So eben vernehme ich daß der Erzherzog Reichsverweser seine Zustimmung zu dem neuen Interim gegeben habe, welches bis zum 1 Mai l. J. dauern soll. Die Verhandlungen sind noch einmal nach Berlin zurückgegangen, und hierauf soll von Oesterreich und Preußen die Annahme des Interims den einzelnen deutschen Regierungen vorgeschlagen werden. Da an dieser kaum zu zweifeln ist, so könnte der 18 Oct. d. J. ein neuer Tag der Einigung für Deutschland werden. — Se. Maj. der König hat sich wiederholt nach Egern am Tegernsee begeben, und wird daselbst nach vorläufiger Bestimmung bis Ende d. M. verweilen.

Gesetzentwurf über die Erweiterung und resp. Fortsetzung der Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription nach dem Gesetz vom 12 Mai 1848 betreffend. Art. 1. Die Ermächtigung welche durch das Gesetz über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription vom 12 Mai 1848 (Gesetzblatt Seite 29) dem Staatsminister der Finanzen zur Aufnahme eines verzinslichen Anlehens von 7,000,000 fl. ertheilt worden ist, wird unter den in obigem Gesetz enthaltenen Bestimmungen auf die weitere Anlehenssumme von sieben Millionen Gulden mit der alleinigen Modification ausgedehnt daß die über diese Anlehenssumme laut Art. 2 des mehrgedachten Gesetzes auszufertigenden Staatsschuldscheine je nach Umständen und Bedürfniß auch auf höhere Beträge als 100 fl. lauten können, und daß der im Art. 4 daselbst in den Jahren 1850/51 und 1851/52 anberaumte Einlösungs- und resp. Verlosungstermin für diesen weitern Anlehenstheil auf die Jahre 1852/53 bis 1854/55 hinausgerückt sey. Art. 2. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt.

Augsburg, 11 Oct. Die an Se. Maj. den König gerichtete Adresse um Ertheilung einer Amnestie wird heute, mit mehr als 1700 Unterschriften aus allen Classen und Parteien der hiesigen Bürgerschaft versehen, nach München abgehen. Nur der Wunsch den Ausdruck der Gesinnung der großen Mehrzahl der hiesigen Stadt nicht länger zurückzuhalten führte zu dieser beschleunigten Absendung, ohne welche die Zahl der Unterschriften ohne Zweifel noch bedeutend sich vermehrt hätte.

Gr. Baden. **Karlsruhe**, 8 Oct. Durch Verfügung vom gestrigen ist das Verbot des Frankfurter Journals für das ganze Großherzogthum durch den großh. Generalcommissär beim Generalcommando der Bundestruppen wieder aufgehoben worden. (Karlsr. Ztg.)

Mannheim, 7 Oct. Gestern haben die standgerichtlichen Verhandlungen unter dem Vorsitz des preußischen Majors Paskow wieder begonnen. Eine hier sehr bekannte Persönlichkeit, Briefträger Rumbach, später Thürsteher bei dem Theater, erschien unter der Anklage der Theilnahme an dem letzten Aufstand. Amtmann v. Hillern begründete die Anklage in einem sehr lichtvollen Vortrag, Assessor Gärtner leitete die Verhandlungen, Advocat Esser vertheidigte den Angeschuldigten. Zwei Thatsachen sind es vorzüglich die diesem zur Last fallen. Am 15 Jun. führte er als Hauptmann der Bürgerwehr seine Mannschaft über den Neckar, angeblich auf Patrouille; da aber an diesem Tage das Treffen bei Käferthal stattfand, Rumbach selbst mit Büchse und Patronen versehen war, und die Mannschaft wenigstens zum Theil ebenfalls Patronen hatte, so lag die Vermuthung nahe es sey damals auf eine Theilnahme am Kampf abgesehen gewesen. Am 16 Jun. betheiligte er sich bei einem bewaffneten Zug

gegen den Rhein, zur Zeit als die Preußen bereits Ludwigshafen besetzt hatten. Etwa 17 Legionäre waren bei dem Rückzug dadurch daß die Brücke zu früh abgeführt wurde, abgeschnitten worden, und hatten sich in Brückenkähnen verborgen. Zu ihrer Rettung hatten sich mehrere Schiffer erboten. Rumbach geleitete sie unter großem Zulauf an den Rhein; die ganze deutsch-ungarische Legion schloß sich an die vermeintliche Expedition; die Beschießung von Ludwigshafen wurde verdoppelt. Polizeicommissär Hoffmann gab den allein vernünftigen Rath einen Parlamentär nach Ludwigshafen zu senden, und die Anzeige zu machen daß 17 Legionäre schon seit 36 Stunden das Feuer von beiden Ufern in einem zerbrechlichen Kahn aushielten und geneigt seyen die Waffen zu strecken. Gesagt, gethan. Die 17 wurden gerettet. Rumbach dagegen ist zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. (K. Z.)

⚥ **Rastatt,** 9 Oct. Die Todesurtheile gegen Feldwebel Kilmarx und Soldat Kohlenbecker sind vollzogen; seit gestern deckt die Erde ihr schmuckloses Grab. Das Kriegsministerium hatte die Scrupel nicht welche zwei der Richter zu haben schienen; es will den gemeinen Soldaten die Strafe nicht mildern, sie sollen „zum abscheulichen Exempel" seyn. Heute wurde Heinsius, ein geborner Preuße, Adjutant Mieroslawski's und Major in Tiedemanns Generalstab, zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt, ebenso Bloch, ein getaufter Jude, von Schmieheim. Keiner hatte sich durch die Waffen besonders hervorgethan; das Urtheil war desto unerwarteter, und schien doppelt herb weil heute die milden Bedingungen bekannt wurden unter denen Komorn capitulirte, und Tiedemann hatte bekanntlich gesagt: Rastatt sollte das deutsche Komorn werden. Unter diesen Umständen sind Fluchtversuche der Gefangenen, selbst solcher welche, wie die Bayern, Hoffnung auf baldige Erlösung haben, erklärlich. Ein merkwürdiger fand gestern aus einem Blockhause des Fort A statt, wo die Gefangenen in einen Minengang ausbrachen und von diesem sich durch einen fünfzehn Fuß langen Schacht auf die Oberfläche der Erde hinauf, am Rand des Glacis gegen Niederbühl durchgruben. Umsonst tönten, nachdem durch das Gedränge der Nachfolgenden Lärm entstanden war, die Lärmkanonen. Fünfzehn Gefangene aller Länder, vorzüglich aus Bayern, sind entronnen; die Nachricht daß zwei erschossen worden seyen, welche Sie in einigen Blättern lesen, ist falsch. Vergeblich dagegen war der Fluchtversuch welchen zwei Gefangene des Forts A heute Nacht machten. Sie wurden bemerkt und eingeholt. Der Commandant hat den Gefangenen das Rauchen untersagt.

Gr. Hessen. **Mainz,** 5 Oct. Die heutige allgemeine Sitzung der deutschen Land- und Forstwirthe beehrte der König von Württemberg, von Wiesbaden kommend, mit seiner Gegenwart. Er lehnte den für ihn bestimmten Ehrenplatz ab, nahm vielmehr Platz unter den übrigen Mitgliedern. Zur Verhandlung kam die Frage über die Herstellung eines einheitlichen Maßes und Gewichts in Deutschland, und Prof. Fresenius von Wiesbaden schlug vor: in wissenschaftlicher Beziehung wo Zahlen angeführt würden, außer dem landesüblichen Maße und Gewichte auch noch in Parenthese das französische Maß und Gewicht anzuführen, weil dasselbe ein Weltmaß sey, und weil dann erst wissenschaftliche Schriften welche sich auf Zahlen stützten, auch in England, Amerika ꝛc. verstanden würden und so dort von Werth wären. Die Versammlung einigte sich auch dahin das französische Maß und Gewicht in der angegebenen Ausdehnung in Deutschland einzuführen. Eine andere allgemein wichtige Frage für welche sich Se. Maj. der König von Württemberg sehr zu interessiren schien und sich darüber vielfache nähere Aufschlüsse erbat, war die „Entwässerung des Ackerlandes", für welche namentlich die nassauische Regierung auf dem hohen Westerwalde sehr viel, und zwar mit dem lohnendsten Erfolge, gethan hat. Die Zahl der Mitglieder der Versammlung ist noch bis auf 150 angewachsen. Zum Bedauern namentlich der Auswärtigen haben sowohl die großh. hessische Regierung als auch die Centralstelle des großh. hessischen landwirthschaftlichen Vereins die Versammlung der deutschen Land- und Forstwirthe ganz ignorirt. Die Gesellschaft hat Magdeburg zum Sitze der nächstjährigen Versammlung bestimmt. (Schw. M.)

K. Sachsen. Ein bemerkenswerther Berliner Artikel der Leipziger Ztg. ist folgenden wesentlichen Inhalts: Nach der Unterdrückung des Dresdener Aufstands habe die Regierung die Nothwendigkeit gefühlt daß etwas geschehe um dem Drängen des Volkes nach größerer nationaler Einheit Genüge zu leisten; sie habe daher freudig die dargebotene Hand Preußens, das nach demselben Ziele strebte, ergriffen und das Bündniß vom 26 Mai geschlossen. Da aber die Voraussetzung daß der Süden Deutschlands beitrete, nicht eingetroffen und Sachsen für diesen Fall die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung des Entwurfs sich vorbehalten, so könne die Regierung jetzt nichts anderes thun als das Streben nach dem edeln Zweck festhalten, das Mittel aber aufgeben. Allerdings habe das Ministerium in seiner Proclamation vom 30 Mai ausgesprochen daß der eingeschlagene Weg der einzige sey der zu dem ersehnten großen Ziele führe, allein das sey damals so gewesen, jetzt habe sich die Lage geändert; jener Weg führe vom Ziele ab, und deßwegen gehe das Ministerium nicht weiter auf demselben vor.

Hansestädte. **Bremen,** 5 Oct. Gestern ist das deutsche Kriegsdampfschiff „Cora" von Bristol in Bremerhaven angekommen. (Börsenh.)

Preußen. **Koblenz,** 5 Oct. Aus dem „Luxemburger Wort" ersehen wir daß die großh. Regierung den Bruder des König-Großherzogs, Prinz Heinrich der Niederlande, der am 2 d. M. zur Eröffnung der Ständeversammlung nach Luxemburg gekommen war, unter Aufpflanzung neben der Landesfahne auch der deutschen Fahne feierlich empfangen hat, aber gleich nachher die letztere, schwarz-roth-goldene, wegnehmen und auf des Prinzen Geheiß durch die holländische ersetzen mußte. Uebrigens hat der Prinz die Sitzung in deutschem Lande mit einer französischen Rede eröffnet. Demnach sind dort so ziemlich alle politischen Staatsfarben, selbst die kleine holländische, nur nicht — die großdeutsche, vertreten. (Rh.- u. M.)

♀ **Berlin,** 5 Oct. Die heutige Sitzung der ersten Kammer wurde nach 10 Uhr eröffnet, die Verhandlung konnte aber erst gegen 11 Uhr beginnen, weil die Kammer erst um diese Zeit beschlußfähig wurde! Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ergriff das Wort um den in der gestrigen Debatte laut gewordenen Vorwurf zurückzuweisen daß die Regierung einer gewissen Partei Concessionen mache. Er wisse nicht worin diese Concessionen bestehen sollten. Die Regierung stehe über den Parteien und werde ihre Zusagen zu erfüllen wissen. Sie könne aber auch irren und dürfe nicht Anstand nehmen den erkannten Irrthum einzugestehen und zu verbessern. In Bezug auf die bekannte Denkschrift der katholischen Bischöfe erklärte der Minister, er habe die Bischöfe aufgefordert sich mit der Regierung zu berathen; statt der Antwort sey ihm jene Denkschrift zugesandt worden, nachdem sie schon im Buchhandel erschienen war. Er habe den Bischöfen erwiedert: die Regierung unterhandle mit den Würdenträgern der Kirche nicht auf dem Wege des Buchhandels. (Lauter Beifall.) Zuletzt bemerkte er in Bezug auf eine Aeußerung Gerlachs: die Regierung warte mit nothwendigen Erklärungen nicht bis sie provocirt werde — der ehrenwerthe Redner habe ihn nur genöthigt früher zu sprechen als es seine ursprüngliche Absicht gewesen. (Beifall auf der Linken.) Die Kammer erledigt die Artikel 13—16 der Verfassung. Art. 13, 14 und 15 werden in der Fassung des Ausschusses angenommen, wo sie lauten: „Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Obern ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen. Ueber das Kirchenpatronat und die Bedingungen unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergehen. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zusteht und nicht auf dem Patronat oder besondern Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Auf die Anstellungen von Geistlichen beim Militär und öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung." Für den letzten Satz — Zusatz des Ausschusses — erklärte sich der Cultusminister, weil es vorgekommen sey daß ein Bischof die erledigte Stelle eines Militärgeistlichen ohne Zuziehung der Regierung besetzt habe, diese aber ihre Rechte wahren müsse. Der Art. 16 soll nach dem Antrag des Ausschusses lauten: „Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe wird durch deren Abschließung vor den dazu bestimmten Civilstandsbeamten bedingt. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilactes stattfinden. Die Standesbücher werden von der bürgerlichen Behörde geführt." Der Abg. Stahl verwirft den Artikel als einen reinen Professoren-Gedanken. Er will daß kein Zwang stattfinde die Civilehe vor der kirchlichen Trauung zu schließen, und stellt ein Amendement wornach die Wahl zwischen beiden Formen freistehen soll. Nach Hrn. v. Gerlach ist auch dieser Art. ein Sieg der Revolution, wodurch die Kirche einen Schlag ins Gesicht erhalte und dem Lande durch die nöthigen Civilstandsbeamten neue Kosten verursacht würden. In Frankreich sey die Civilehe zuerst mit der rothen Mütze aufgetreten. (Lachen.) Der Redner möchte den Art. am liebsten gestrichen sehen, will aber auch dem Amendement von Stahl beitreten. Dieses wird indeß mit andern Amendements verworfen und der Ausschuß-Antrag angenommen. Die zweite Kammer berieth nach der Antwort des Ministers v. Schleinitz auf die Beckerathsche Interpellation den Art. 104 der Verfassung, der von den Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden handelt. Zu dem zweiten Satz, nach welchem die Vorsteher der Provinzen, Bezirke und Kreise vom König ernannt, die der Gemeinden von diesen gewählt werden sollen, stellte Geppert ein Amendement welches der Regierung die Bestätigung der Gemeindevorsteher zuspricht. Die-

ses Amendement, wofür die Minister sich erhoben, wurde verworfen, dagegen ein anderes angenommen, nach dem die Regierung das Recht der Bestätigung in den Fällen haben soll welche die Gemeindeordnung bestimmt. Die übrigen Sätze wurden nur mit einer geringen Veränderung angenommen. Die Kammer ging noch an die Berathung des berühmten Art. 105, erledigte aber nur den ersten Satz: „Gesetze und Verordnungen sind verbindlich wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. Ein Zusatzantrag: daß die Erörterung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen nur den Kammern zustehe, wurde verworfen. Die nächste, ohne Zweifel sehr interessante Sitzung wird am 9 d. stattfinden.

⊻ **Berlin**, 6 Oct. Die erste Kammer setzte heute ihre Berathung des Titel II der Verfassung fort. Den Art. 17: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei,“ will der Ausschuß gestrichen wissen. Gegen die Streichung sprechen Burmeister und v. Vincke. Der letztere schlägt den Zusatz vor: „Die Bestimmungen gegen den Mißbrauch dieser Freiheit bestimmt das Unterrichtsgesetz.“ Der Minister des Cultus bemerkt: „Der vorliegende Artikel verdankt seinen Ursprung den Klagen über frühere Bedrückungen, und ich muß mich für Beibehaltung desselben erklären, da seine Weglassung das Land beunruhigen würde. (Beifall.) Werden die gesetzlichen Schranken überschritten, so wird die Regierung ihre Rechte zu wahren wissen.“ Der Abg. Ritter sagt: „Ich hätte mich früher für die Streichung ausgesprochen, aber die Ereignisse haben mich eines bessern belehrt. Ich erkläre den Art. 17 für ein Palladium der katholischen Kirche.“ Der Art. wird mit dem Zusatz Vincke's angenommen. Art. 18 lautet in der Fassung des Ausschusses: „Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.“ Hansemann stellt ein Amendement worin das Wort „Volksschulen“ vermieden ist, weil man dem Vorurtheile als ob nur die niederen Classen das „Volk“ wären, entgegentreten müsse! Auf die Bemerkung des Ministers daß das Unterrichtsgesetz hierüber sich deutlich aussprechen werde, zieht er das Amendement zurück, und die Fassung des Ausschusses wird genehmigt. Art. 19 (Freiheit, Unterricht zu ertheilen) wird unverändert angenommen, nachdem der Minister bemerkt hat daß die Fassung des Ausschusses etwas überflüssiges und zugleich etwas bedenkliches enthalte, insofern darin etwas ausgesprochen werde was die Industrie des Unterrichtertheilens in einzelnen Häusern begünstige. Den Art. 20 schlägt der Abg. Brüggemann vor so zu fassen: „Alle öffentlichen und Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufsicht eigener vom Staat ernannter Behörden.“ Andere Amendements wollen daß bei Volksschulen welche für eine Religionsgesellschaft bestimmt sind, Vertreter derselben an der Schulbehörde theilnehmen. Der Minister sagt: „Ich muß dem Staate das Oberaufsichtsrecht über alle Schulen ohne Ausnahme vindiciren. Bei dem Religionsunterricht hat auch die Kirche mitzuwirken. Die Schulen müssen unter einer Localaufsicht stehen, bei welcher der Staat, die Kirche und die Gemeinde ihren Vertreter haben muß. Die innern Angelegenheiten verwaltet im Auftrage des Staats der Schulvorstand. Ich hoffe daß das Unterrichtsgesetz alle Wünsche zufriedenstellen wird. Auch den Confessionen wird genügend Rechnung getragen werden.“ Das Amendement Brüggemanns wird angenommen. Die Discussion über die Art. 21—24 wird eröffnet, bald aber bis zum 8 d. vertagt.

Die neueste Nummer des Justizministerialblatts enthält in ihrem amtlichen Theil eine allgemeine Verfügung vom 2 d. M. über das Verfahren in Untersuchungssachen bei Prüfung des Antrags über die Versetzung des Angeschuldigten in den Anklagestand. Der Justizminister spricht darin seine Ansicht dahin aus daß es nothwendig sey die Beschlüsse der Gerichte über die Versetzung in den Anklagestand jedesmal durch Gründe zu motiviren, daß es jedoch in Bezug auf den Rechtspunkt genüge wenn nur das Verbrechen genau bezeichnet und das Strafgesetz, nach welchem dasselbe zu beurtheilen sey, angegeben werde. Außerdem enthält dasselbe Blatt ein interessantes Erkenntniß des königlichen Gerichtshofs zur Entscheidung der Competenzconflicte, worin ausgeführt wird daß gegen Militär- und Civilbeamte wegen solcher Handlungen welche sie nach dem Urtheil ihrer vorgesetzten Dienstbehörde innerhalb der Gränzen ihrer Dienstbefugnisse vorgenommen haben, keine Entschädigungsklage bei den Gerichten angestellt werden könne, daß vielmehr der Rechtsweg in solchen Fällen unzulässig sey. Endlich wird noch eine Entscheidung des königl. Obertribunals mitgetheilt, in welcher drei wichtige Rechtsgrundsätze als maßgebend aufgestellt werden, nämlich: 1) daß den Geschwornen darüber ob das von dem Angeklagten verübte Verbrechen einen Mangel an patriotischer oder ehrliebender Gesinnung documentire, keine Frage vorgelegt werden dürfe, daß diese Frage vielmehr lediglich zur Beurtheilung des Gerichts gehöre; 2) daß die Verweisung einer Sache an ein neues Schwurgericht nur dann gerechtfertigt sey wenn die Geschwornen sich bei Beurtheilung der Sache selbst geirrt haben, und 3) daß auch gegen freisprechende Erkenntnisse der Schwurgerichte eine Nichtigkeitsbeschwerde zulässig sey, wenn bei dem vorangegangenen Verfahren wesentliche Verletzungen der Gesetze vorgekommen sind.

Großes Aufsehen erregte in Berlin die Genehmigung des Entlassungsgesuchs des Oberpräsidenten v. Patow. Derselbe hatte in einer der jüngsten Sitzungen gegen die Ansicht des Ministeriums gestimmt, worüber er vom König, beim Dombaufest in Brandenburg, einige herbe Worte hören mußte: von seinen Dienern könne er erwarten daß sie nicht gegen seine Minister stimmen.

Königsberg, 3 Oct. So eben hören wir aus sicherster Quelle daß morgen von Seite der Criminaldeputation des hiesigen Stadtgerichts eine Edictalcitation gegen Dr. Jacoby erlassen wird, in welcher derselbe zur Voruntersuchung wegen der gegen ihn auf Hochverrath eingeleiteten Anklage auf Grund des §. 75 der Verordnung vom 3 Jan. d. J. vor den Obergerichtsassessor Meier auf den 5 April 1850 geladen wird. Die Edictalcitation ist vom 27 Sept. datirt und von dem Stellvertreter des Stadtgerichtsdirectors unterzeichnet. (Königsb. Z.)

πρ **Halle**, 6 Oct. Von einer kleinen Erholungsreise, die ich nach Thüringen unternommen um wieder Herbstesrauschen und Blätterfallen zu hören, das ich im vergangenen Jahr, eingeschlossen in den Mauern von Wien, versäumte, werden Sie schwerlich einen Brief erwarten. Da indessen die Berliner Journalisten einmal eine so große Aufmerksamkeit haben für jeden Tritt und Schritt des Hrn. v. Radowitz, so will, ich um nicht ganz aus der Art zu schlagen, Ihnen schreiben daß der außerordentliche Mann gestern von Erfurt nach Berlin zurückgereist ist. Auf mich, der ich im vergangenen Jahr, auf dem Bahnhof zu Naumburg stehend, „zwei Wagen Parlament“, wie die Aachner Ztg. es nannte, vorbeiziehen sah, mußte es einen eigenthümlichen Eindruck machen, als mir jetzt, nachdem ich schon hier eine Anzahl preußischer Landwehr mit einem Extrazuge aus Baden hatte zurückkehren sehen, der Schaffner meinen Platz in dem Coupé anwies, wo der Mann welcher durch seine Rede in der deutschen Angelegenheit die zweite preußische Kammer zu elektrisiren verstand, eifrig die „Geschichtschreiber der deutschen Vorzeit“ studirte. Welcher Contrast! Damals hatte Robert Blum die Fäden der deutschen Bewegung in Händen, der auf meine bescheidene Anfrage: wie lange denn das Vorparlament dauern werde, erwiederte: ich denke, wir bleiben ganz dort. — Naumburg ist in letzterer Zeit durch die litterarischen Kräfte wichtig geworden, welche Florencourt dort hingezogen hatte und die ihn, der bekanntlich nach Rostock ging, dort vertreten. Sein „deutscher Bürger“, ein Naumburger Kreisblatt, redigirt sein Freund, der ehemalige Pädagog Palm; das Volksblatt für Stadt und Land dagegen Ph. E. Nathusius, der Sohn und Erbe des Begründers der Fabriken in Althaldensleben bei Magdeburg, unter dessen Dach Hoffmann von Fallersleben sowohl als Geibel in frühern Sommern die gastfreundlichste Aufnahme fanden. Das Volksblatt, welches unter Florencourts Redaction mehr einen publicistischen Charakter trug, stellt sich jetzt als Organ der inneren Mission hin und nimmt wieder den Charakter eines Erbauungsblattes an. Uebrigens hat Leo in demselben wieder seine historischen Monatsberichte begonnen.

Stralsund, 30 Sept. Vor wenigen Wochen erhielten einige Mitbürger unserer Stadt von dem Prinzen Adalbert persönlich die Zusage, er wolle, soviel in seinem Vermögen stehe, dazu beitragen daß die Anlegung eines Kriegshafens in Stralsund bewerkstelligt werde. Jetzt ist eben dieserhalb der definitive Beschluß gefaßt; General Wrangel hat sich bei seiner Anwesenheit über die vorzügliche Lage des Dänholms als Arsenal- und Hafeninsel ausgesprochen, und im nächsten Frühling soll das Werk ernstlich in die Hand genommen und der erste Spaten eingestochen werden. Es dürfte sich nur fragen ob das Urtheil eines Reitergenerals in Marineangelegenheiten ebenso competent ist als in Belagerungszuständen.

Gr. Mecklenburg. **Schwerin**, 4 Oct. Die gestrige Nummer der Mecklenburgischen Ztg. theilt einen Vortrag der designirten Minister an den Großherzog mit, worin nachfolgende vier Sätze weitläufig ausgeführt werden: 1) Ritter- und Landschaft haben auf das Recht der Landesvertretung auf dem Frühjahrslandtag von 1848 definitiv zu der Folge verzichtet daß künftig nur gewählte Repräsentanten die Ständeversammlung bilden; die gewählte Abgeordnetenkammer war daher die wahre Landesrepräsentation; 2) die von Ritter- und Landschaft gestellten Bedingungen sind resp. erfüllt, oder doch deren Erfüllung für die weitere Entwicklung der Verfassung gesichert worden. Das letztere steht dem

ersteren nach Lage der Sache gleich; 3) die Union hat keinen wesentlichen Inhalt mehr, ist daher nur noch ein Name und kann nach dem ganzen Verlauf aller staatsrechtlichen Verhandlungen der Rechtsgültigkeit des diesseits vereinbarten Staatsgrundgesetzes nicht im Wege stehen; 4) wäre dennoch das vereinbarte Staatsgrundgesetz ungültig, so würde es, wenn man den Rechtsboden nicht verlassen will, nur einen Weg geben die Verhandlung zu erneuern: die Einberufung einer gemeinschaftlichen Abgeordnetenkammer auf Grund des 1848 mit Ritter- und Landschaft vereinbarten Wahlgesetzes. Der Vortrag schließt mit den Worten: Sonach läßt sich in Ueberschauung der Gesammtlage des Landes kein Mittel finden welches auf gesetzlicher Grundlage die verschiedenen Bestrebungen zu vereinigen vermöchte. Die vorgetragene Rechtsüberzeugung wird daher, aller Unzuträglichkeiten ungeachtet, ihre Folgen haben müssen, wenn das bis dahin angestrebte Ziel erreicht und der Gerechtigkeit Genüge geschehen soll.

Schleswig-Holstein. = **Schleswig**, 5 Oct. Die von der Opposition seit längerer Zeit geforderte Entlassung des Kriegsministers Jacobsen, welche von der Statthalterschaft von Monat zu Monat aufgeschoben ward, ist dem Vernehmen nach nun definitiv erfolgt, und der patriotische Mann dadurch von einer Bürde befreit worden welcher er, bisher Civilbeamter, nicht gewachsen war. Als Nachfolger wird ein General Schmidt in kurhessischen Diensten genannt. Man wird in dieser Ernennung einen Grund mehr für die Ansicht finden daß die Statthalterschaft die längere Fortdauer der bisherigen factischen Waffenruhe nicht rathsam halte, und von ihrem Rechte die Feindseligkeiten zu jeder Zeit wieder zu beginnen Gebrauch machen werde. In der That sind auch die Zustände im Herzogthum Schleswig der Art daß sie nicht länger ertragen werden können, und die Statthalterschaft handelt im Sinne der Bevölkerung wenn sie baldigst dem Unwesen welches die Verwaltungscommission treibt, ein Ende macht. Unser junges Heer — durch die Aushebung aller 26 bis 30jährigen, und aller 20jährigen jungen Männer neulich sehr verstärkt — brennt vor Kampfbegier. Ein Friede welchen die Herzogthümer sich gefallen lassen könnten, ist nach den obwaltenden Umständen durchaus nicht zu hoffen, und da der Kampf also doch wieder beginnen muß, so ist es besser daß dieß jetzt als später erst geschehe.

Oesterreich. **Wien**, 6 Oct. Am 3 d. ist der Staatssecretär der auswärtigen Angelegenheiten von Sardinien, Chevalier Jocteau, hier eingetroffen und hat der österreichischen Regierung 60 Millionen auf dem großen Buch von Sardinien haftender Inscriptionen als Pfand für die zu leistenden Kriegsentschädigungen überbracht, wogegen ihm die provisorischen Schuldverschreibungen seiner Regierung zurückgestellt wurden.

Wien, 7 Oct. Die Ostdeutsche Post fordert in immer entschiedenerem Tone das Aufhören des Ausnahmezustandes. So sagt sie heute: „Wir unsererseits glauben von den Regierungsmännern daß sie recht große constitutionelle Talente sind. Wir können es aber nur glauben; ihre Fähigkeiten kennen zu lernen war bisher nur durch eine Reihe von Gesetzen möglich deren Ausführbarkeit wir noch nicht würdigen können, weil die Ausführung — nicht gestattet wird! Mit Regeln und Gesetzen auf dem Papier und Ausnahmszuständen in der Wirklichkeit kann jedermann regieren. Wir erinnern uns nicht daß der Belagerungszustand uns irgendwo als System versprochen wurde, er nennt sich selbst nur eine Ausnahme. Die Regel des österreichischen Regierungssystems verheißt Landtage, Reichstag, Nationalgarde, Schwurgerichte für die freie Presse. In diese Regel einzutreten, recht bald einzutreten sind unsere Minister ihrem eigenen Rufe schuldig. Um so erstaunter ist die Welt daß sie ihrer eigenen Regel nicht trauen und ohne Noth im tiefsten Frieden bei der Ausnahme beharren!“

Das glänzende Zustandekommen des neuen Anlehens veranlaßt die Journale ihrer Freude und patriotischem Stolze Luft zu machen. So weist die „Presse“ darauf hin daß Frankreich vergebens beim Hause Rothschild eine fünfprocentige Anleihe von 200 Mill. Franken zu 86 Proc. versucht habe, und auch in Turin habe der beliebte Curs von 83 Proc. bei fünfprocentiger Verzinsung keinen Anklang gefunden. Der Lloyd, der nach seinen frühern Angriffen dem Finanzminister „um so freudiger Glück wünscht“ zu dem außerordentlichen Erfolg, sagt am Schluß seines Artikels: „Es ist nicht leicht den Erfolg dieses Anlehens, weil es im Wege freiwilliger Subscription gemacht worden, zu überschätzen. Der Vortheil welcher jetzt errungen worden, ist nicht ein vorübergehender, er verbleibt für alle Zeiten. Die Oeffentlichkeit welche ihr Recht gefunden, das helle Tageslicht welches eingelassen worden um die Finanzoperationen des Staates zu beleuchten, schützen den Staat vor jeder Uebervortheilung und die Staatsmänner vor jedem Verdacht. Das Beispiel welches unsere Finanzverwaltung der Welt gegeben, wird zweifelsohne von Frankreich und von andern europäischen Staaten nachgeahmt werden. Man wird in der Geschichte dieses Jahrhunderts einst lesen können: „fünfunddreißig Jahre hat die Herrschaft der großen Bankiers in Europa gedauert und nicht länger.“

In der Auslieferungsfrage sagt der heutige Lloyd: „Obgleich wir weit davon entfernt sind die zwischen Rußland und Oesterreich jetzt mit der hohen Pforte bestehenden Differenzen anders als von einer sehr ernsthaften Seite aufzufassen, so haben wir doch aus guter Quelle die Beruhigung geschöpft daß die hohe Pforte dasjenige bewilligen wird was Rußland und Oesterreich wirklich ein Recht haben zu verlangen. Von unserem Standpunkte aus erscheinen uns jetzt die Gefahren eines Krieges nicht so groß wie die Artikel in französischen und englischen Journalen vermuthen lassen sollten. Im Gegentheil halten wir uns überzeugt daß eine friedliche Ausgleichung jener Zwistigkeiten nicht lange wird auf sich warten lassen.“ Uebrigens sey es nicht recht passend sich auf das internationale Recht und auf Vattel zu berufen. „Man vergißt dabei daß die Türkei niemals ganz in das Bereich jener civilisirten und christlichen Staaten gezogen worden auf welche diese völkerrechtlichen Vorschriften Anwendung gefunden haben. Sie konnte schon aus dem einfachen Grunde keinem Unterthan eines andern europäischen Staates das Asylrecht gewähren weil kein christlicher Staat ihr auf dem eigenen Gebiete das Recht einräumte über seine Angehörigen die Gerichtsbarkeit auszuüben, weil jeder europäische Staatsangehörige in der Türkei nicht die Landesbehörde, sondern seine Gesandtschaft als die Autorität erkennen muß welche allein ihn zur Verantwortung für seine Vergehen ziehen kann.“ Der Lloyd kommt daher nach dem Vorausgeschickten zu folgendem Schluß: „Das türkische Cabinet hat das Zugeständniß welches es den europäischen Mächten machen mußte, Jurisdiction über ihre eigenen Unterthanen innerhalb des Gebietes des Großherrn zu üben, sehr unbequem gefunden, und ohne Zweifel ist es bei der Weigerung die ungarischen Flüchtlinge auszuliefern auch von dem Wunsche geleitet worden ein lästig gewordenes Vorrecht der europäischen Staatsangehörigen für die Zukunft zu beseitigen. Wird den türkischen Autoritäten principiell das Recht eingeräumt zu entscheiden welche europäische Unterthanen es der Gerichtsbarkeit der betreffenden Gesandschaften ausliefern, welche es ihnen nicht ausliefern will, so ist deren Jurisdiction thatsächlich gebrochen, weil deren Rechte dann gänzlich von dem Gutdünken der türkischen Behörden abhängig gemacht wären.“

Das in Graz erscheinende Konstituzionelle Blatt aus Steiermark enthält folgendes Urtheil, das wir als Probe der freien Bewegung der Provincialpresse mittheilen: „Wenn Oesterreich und Rußland die Entfernung eines Haufens geschlagener Verbrecher und Abenteurer begehren, weil es wie Kossuth Menschen sind in deren Hirn jeder Gedanke zur Brandrakete wird, so sind diese Mächte im unbezweifelten Rechte: sie können und dürfen die Möglichkeit geheimer Machinationen, welche so nahe der Gränze sich fortspinnen lassen nicht zugeben, und wo eben das Recht für sie spricht, da ist kein Nachgeben möglich, da ist es das höchste Interesse es zu behaupten. Der Einfluß, die Macht der beiden Großmächte wären durch den coup de main eines englischen Staatsmannes in Frage gestellt, wenn sie ihre gerechte Forderung nicht geltend zu machen vermöchten. Aber ist denn diese Frage gleichbedeutend mit dem Verlangen der Auslieferung, nur damit die Verbrecher gestraft werden? Allerdings hat der Staat das höchste Interesse diejenigen welche sich gegen seinen Bestand, gegen die Ordnung der Gesellschaft verschworen haben, zu strafen; das Gesetz würde aufhören Gesetz zu seyn wenn es nicht so wäre. Ganz anders aber wird das Verhältniß wenn der Verbrecher der die staatliche Ordnung bedrohte, durch ein günstiges Ungefähr sich aus dem Bereich der gesetzgebenden und strafenden Gewalt zu entfernen gewußt hat. Bestehen in einem solchen Fall nicht besondere Verträge, so hört das Recht auf die Auslieferung zu fordern; aber auch das Interesse der Staatsgewalt ist nicht mehr betheiligt. Der eigentliche und höchste Zweck der Strafe, durch den sie allein geheiligt wird, fällt weg, denn ihm ist Genüge geschehen, weil der Umstand der Flucht das Selbstvertheidigungsrecht der Gesellschaft, die Nothwehr des Staats, aufhebt. Einen Krieg anfangen weil man Verbrecher nicht hinrichten kann, würde ein Zeichen von Wuth und Rache, nicht mehr der Gerechtigkeit seyn. Und dennoch sollen die Völker von neuem dem namenlosen Elend eines allgemeinen Kriegs preisgegeben, soll der Wohlstand von Millionen geopfert, der nicht ohne die ungeheuerste Anstrengung eben erkämpfte Fortbestand der Monarchie von neuem in Frage gestellt werden? Denn es ist gar kein Zweifel, ein solcher Krieg brächte für Oesterreich abermal die Gefahr des Untergangs. Seine Völker werden nicht geneigt sein, bloß weil die Cabinette es wollen, ihr Gut und Blut wieder zu opfern. Man kann die Regimenter commandiren und Geschütze abfeuern lassen, aber das Gefühl des Volks Werkzeug zu seyn wird im Innern alles wieder aufrütteln, und der Same der Zwietracht, der kaum mit Strömen Bluts durch Tausende eingeäscherter Wohnungen, ja durch die Hand des Henkers erstickt worden ist, würde wieder wachsen, und

wer wollte so kühn seyn das Ende abzusehen? Rußland allein kann ein Interesse haben diesen Umstand als einen Vorwand zu benützen um seine lang genährten Plane der Reife näher zu bringen. Will es sich den Weg nach den Thoren von Byzanz kürzen, und kann Oesterreich in seiner jetzigen Lage ihm nicht entgegentreten, wohlan, es wage den Wurf! An Albions Küste, an den Ufern der Seine, jenseits des Oceans wird das tausendstimmige Halt erdonnern. Aber Oesterreich für Rußlands Hegemonie im Osten Europa's kämpfend, wäre das sichere Zeichen daß es zum willigen Gehülfen des Nachbarkolosses geworden. Darum glauben wir nicht an ein solches Ereigniß, die drohende Sprache kann uns nicht schrecken. Wir glauben nur an das Mögliche; das Undenkbare überlassen wir seinen Feinden zur Ausführung. Oesterreichs Herrscher und die Räthe der Krone halten wir weder für so kurzsichtig noch so unmächtig um sich den Planen jener überliefern zu wollen."

Wien, 8 Oct. Seit gestern circulirt das Gerücht in der Stadt daß Graf Louis Batthyany nebst mehreren am Aufruhr in Ungarn betheiligten Männern am 6 Oct., der erstere zu Pesth, die anderen zu Arad, die Todesstrafe erlitten hätten. Unsere Briefe aus Pesth melden ausführliches über das Schicksal des Grafen Batthyany. Nachrichten von Arad vom 6 d. M. können nicht angelangt seyn. Jedoch vernehmen wir daß von den zu Arad befindlichen Gefangenen Nagy Sandor, Aulich, Pöltenberg, Leiningen, Balogh und Damianich von dem Kriegsgericht zum Tode durch den Strang, Kiß, Lazar und Török aber zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt worden, und daß der Oberbefehlshaber der Armee in Ungarn sämmtliche Urtheile bestätigt hat. — Se. Maj. der Kaiser ist gestern von Ischl wieder in Schönbrunn angelangt. II. MM. Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna werden heute Ebenzweyer verlassen und sich über Wels nach Prag begeben, wo sie am 11 einzutreffen gedenken. Der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Nesselrode, hat von Sr. Maj. dem Kaiser das Großkreuz des St. Stephansordens in Brillanten erhalten. Briefe aus Turin melden die Abreise des Marchese Brignole Sale nach Wien, um hier seinen Posten als Gesandter Sardiniens am österreichischen Hofe anzutreten. In Ofen wird auf den Wunsch Sr. Maj. des Kaisers ein großartiges Monument zum Andenken der dort unter General Hentzi gefallenen tapferen Krieger errichtet werden. Dem Vernehmen nach soll auf der Biberbastei ein neues Reichstagsgebäude errichtet werden. Es bestätigt sich die Nachricht daß Bem mit vielen andern Flüchtlingen zum Islam übergetreten ist. (Lloyd.)

△ **Wien,** 8 Oct. Ein unheimliches Gerücht von Hinrichtungen die in Arad und Pesth stattgefunden haben sollen, hat hier vielen Glauben und große Verbreitung gefunden. Man erwartete mit Spannung die nähern Nachrichten aus Pesth. Soviel wir nun erfahren hat Feldzeugmeister Haynau die Todesurtheile der bekanntesten Insurgentenchefs bereits unterzeichnet. Auch Graf Batthyany sollte durch den Strang hingerichtet werden. Das Todeswerkzeug war schon des Opfers gewärtig als ein Aufschub erfolgte. Graf Batthyany hat sich mit einer Nadel bedeutend am Halse verwundet, weßhalb der ebenfalls in Haft befindliche Dr. Balassa zu seiner Hülfe herbeigerufen werden mußte. Soweit der einfache Thatbestand, dessen Tragweite leider unberechenbar ist; denn Graf Louis repräsentirte mehr das Magyarenthum als Ludwig Kossuth selbst. In ihm war das aristokratisch-ritterliche Magyarenthum personificirt, und seine Verurtheilung wird der österreichischen Regierung viele Feinde machen. Wie ich höre, ward er durch vorgefundene Briefe sowie durch Zeugenaussagen als Mitwisser der unseligen Ermordung Latours compromittirt; doch ist dieß bloß ein Gerücht, welches nur mit großer Vorsicht aufgenommen werden kann. Nachschrift. 5 Uhr. Die entsetzliche Kunde soll leider nur zu wahr seyn, wie ich so eben erfahre wäre Graf Louis um halb 6 Uhr desselben Tags am Abend erschossen worden.

Prag, 6 Oct. Das Gerücht eines Ministerwechsels, welches von der Deutschen Reform schon mit allen Details gegeben wurde, scheint man in Wien von vornherein als erfunden betrachtet zu haben. Wiener Blätter schweigen sämmtlich darüber und nur in Prag, fand sich die Nachricht, jedoch als wenig Glauben verdienend, bezeichnet. Die Deutsche Reform hatte bekanntlich behauptet Hr. v. Schmerling würde das neue Cabinet nach den Grundsätzen eines großdeutschen Programms bilden, welches wesentliche Modificationen der Kremsierer Verfassung zur Folge haben würde. Das Const. Bl. a. B. erwiedert darauf: „Dieser Schluß scheint uns denn doch zu gewagt, und wenn er sich bewahrheiten sollte, dann wäre er nur ein unglücklicher zu nennen. Die Verfassung vom 4 März ging von dem richtigen Grundsatz aus, Oesterreich müsse, wenn es bestehen soll, ein einiges conformes Staatenganze bilden, es müsse, um nicht zu wanken, seinen Schwerpunkt in sich und nicht wo anders finden. Ein Fahrenlassen dieses Grundsatzes, und wäre es auch nur ein „theilweises", ist ein gewagtes Spiel; es hieße das was nach unsäglichen Mühen an Boden gewonnen wurde, wieder aufgeben und eine neue Stelle für den Aufbau der österreichischen Staatsmacht suchen wollen. Wir sprechen es darum offen aus, wir glauben nicht daran daß Oesterreichs Politik sich nun selbst untreu und nach alter, bereits gerichteter Tradition wieder eine bloß deutsche werden wolle." Ebenso aus der Luft gegriffen sey die Behauptung der Nationalzeitung als hätte die böhmische Truppenaufstellung den Zweck bedenkliche revolutionäre Elemente in Böhmen niederzuhalten, oder eine andere Version nach welcher man aufrührerische Ausbrüche daselbst befürchte wenn das Wiener Cabinet in der deutschen Sache sich entscheiden sollte. Die Prager Blätter sind noch unzufriedener in ihren Wiener Berichten über die Fortdauer des Belagerungszustandes daselbst als die Wiener selbst, so daß von dort unterm 4 Oct. der Deutschen Ztg. aus Böhmen geschrieben wird: „Ein Tag voll getäuschter Erwartungen. Keine Spur von einer, wenn auch nur theilweisen Amnestie, keine Spur von der Aufhebung des Belagerungszustandes, und doch hat nicht der geringste und wohl auch nicht der schlechtestgesinnte Theil der Bevölkerung mit einiger Zuversicht gehofft der Namensfesttag des Kaisers werde durch derlei Entschlüsse ausgezeichnet werden. Die Amnestie, heißt es, käme zu bald, und die Aufhebung des Belagerungszustandes hänge von dem frühern Erlasse zweier Gesetze ab, die erst in einigen Tagen sanctionirt werden könnten! Also Geduld, noch weitere Geduld!" Etwas gemäßigter läßt das Const. Bl. aus Böhmen einen Wiener Correspondenten bei Gelegenheit der nicht erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes äußern: „Die bei weitem größere Mehrheit der öffentlichen Meinung hat aufgehört sanguinisch zu seyn, und hörte man früher die Freunde der Ordnung und Gesetzlichkeit sprechen: Wir tragen den Belagerungsstand weil er ein nothwendiges Uebel ist, so hört man sie nun sagen: Wir tragen ihn fortan mit Resignation wie irgendein anderes Mißgeschick, und wir warten mit Gleichmuth des Tages an welchem die Regierung einsehen wird daß mit dem Inslebentreten der wahren Ordnung nnd Gesetzlichkeit, das ist jener wie sie die Verfassung gewährleistet, schon heute keinerlei Gefahr verbunden ist. Nicht unbekannt ist es geblieben daß sich eine der am höchsten gestellten Heeres-Autoritäten dahin ausgesprochen habe daß es ihr an der Zeit scheine vom Ausnahmszustande das Abkommen eintreten zu lassen. Nicht unbekannt aber auch blieb es daß mehrfache Gründe dagegen geltend gemacht wurden." Nach dem Lloyd hat in Prag die Cholera fast gänzlich aufgehört, in der wöchentlichen Periode bis 30 Sept. kamen nur 19 Erkrankungen und 4 Todesfälle vor. Am 2 Oct. ist zum erstenmal ein Theil der Kleinseite mit Gas beleuchtet worden.

Oesterreichische Monarchie.

Nicht unwichtig dürfte es seyn zu erfahren wie „die Völker weit hinten in der Türkei", die bei Ausbruch eines orientalischen Krieges als die ersten ihre Haut zu Markt tragen müßten, über das diplomatische Ereigniß in Stambul sich äußern. So sagt die Agramer südslav. Zeitung, welche streng nationale und föderalistische Zwecke verfolgt, in ihrem Blatt vom 4 Oct.: „Der Friede in Oesterreich ist endlich mit so vielen Opfern seiner Völker erkämpft worden, der Staat wankt noch jetzt in allen Fugen ob der ungeheuern Erschütterung die er bestanden, und kann sein Glück nur in einem anhaltenden Frieden finden. Die Völker sind des Kampfes müde und sehnen sich nach Ruhe mehr denn je. Gesetzt auch den Fall, die Pforte könnte ihr Asylrecht durch diplomatische Verwendung geltend machen und die Insurgenten blieben auf türkischem Gebiet — was wir übrigens nicht glauben — so sehen wir durchaus keine Gefahr für Oesterreich; denn die causa victa wird bei uns schwerlich einen Cato mehr finden der sie hegen und pflegen wollte, nachdem die Insurgenten wirklich auf die leichtsinnigste Art ihr va banque ausspielten und etwaige Agitationen schon dadurch unfruchtbar machten. Wir fragen daher: kann der Staat bloß um Rache an einer verlornen Sache zu üben sich selbst wieder in neues Unglück stürzen, wo noch die alten Wunden bluten, die selbst nach Jahren nicht leicht vernarben werden."

Dem Const. Bl. aus Böhmen wird aus **Brody** vom 30 Sept. geschrieben daß bis zum 7 Oct. der letzte Durchmarsch russischer Truppen angesagt ist, so daß am 8 die Russen das österreichische Gebiet ganz geräumt haben würden.

:: **Pesth,** 6 Oct. Gestern Nachmittags erzählte man sich geheimnißvoll daß der frühere Premierminister Graf Louis Batthyany heute, am Jahrestag der Ermordung des österreichischen Kriegsminister Latours, aufgeknüpft werden solle. Der Galgen ward in der That hinter dem Neugebäude auf dem sogenannten Holzplatz aufgepflanzt. Die Pesther Zeitung mußte nach spät Abends erfolgter Weisung Raum für drei kriegsrecht-

liche Urtheile belassen. Am Morgen kam jedoch der Befehl nur die Urtheile über den Grafen Stefan Karolyi und den Guerrillachef Fekete stehen zu lassen,*) jenes über den ehemaligen Premier aber aufzuheben, da die Execution verschoben worden. Ueber diesen Aufschub gehen hundert Gerüchte. Thatsache ist es daß der Henker bereit stand, Grenadiere Spalier bildeten und der Graf hinausgeführt wurde, gewiß auch daß sich dieser zu entleiben suchte. Ob die Wunde tödlich, ob nicht, ob er sich mit einer Nadel die Kehle aufgerissen oder mit einem Dolch eine Wunde versetzt habe, darüber wechseln die Angaben. Officieller Bericht fehlt, und selbst die Pesther Zeitung enthält — sie erschien erst nach 11 Uhr Vormittag — nichts weiteres.

Spanien.

(Corresp. des M. Chronicle.) **Madrid,** 25 Sept. Das hiesige Carlistische Organ la Esperanza (die Hoffnung) hat gestern ein Curiosum gebracht, nämlich eine spanisch und französisch abgefaßte „Adresse von vierzehn Millionen spanischer Monarchisten" — das wäre also von der ganzen spanischen Bevölkerung — an den Kaiser Nikolaus. Die besagten 14 Millionen wünschen dem Selbstherrscher aller Reußen zuerst Glück zu seinen Siegen in Ungarn „als worüber ganz Europa von Jubel wiederhalle", und flehen ihn sofort an mit seinen Wohlthaten nicht inne zu halten bis er die Revolution in Frankreich niedergeschlagen und den Thron dieses Landes seinem rechtmäßigen Souverän wiederhergestellt habe. Die Adresse bezeichnet die Julirevolution von 1830 als die Quelle aller Staatsumwälzungen des vorigen Jahrs, spielt auf des Kaisers Abneigung gegen die Familie Orleans an, denuncirt ganz Frankreich als wesentlich irreligiös, ja „heidnisch", welchen Ausdruck Kaiser Nikolaus selbst nach den Februarereignissen von den Franzosen gebraucht habe. Nikolaus wird beschworen die jetzige günstige Gelegenheit nicht zu verabsäumen, und weder zuviel auf seine eigene Kraft noch auf die Berichte seiner Gesandten zu vertrauen, unter denen einer genannt werden könnte „der Sr. Maj. vielleicht vorgeschlagen hätte den Garibaldi und den Barbès anzuerkennen, wenn Garibaldi und Barbès Meister von Rom und Paris geblieben wären." (Dieß ist wohl ein Anspiel auf einen russischen Diplomaten der geneigt war die Zwecke der Sendung des Generals Zarco de Valle zu unterstützen.) Die Adresse fährt dann also fort: „Niemals, Sire! was sich auch ereignen mag, werden Ew. kais. Maj. günstigere Umstände finden als die jetzigen in Frankreich den Zustand wiederherzustellen in die es die Siege der Alliirten im Jahr 1814 hätten versetzen sollen (d. h. den reinen Absolutismus, denn die Esperanza ist einer octroyirten Charte ebenso abhold, wie einer auf der Volkssouveränetät beruhenden Constitution). Es ist dieß ein Werk ohne welches alle damals und jetzt gebrachten Opfer, um Frankreichs unheilvollem Einfluß zu widerstehen, nur eine ephemere Sicherheit gewähren können. Umgeben von einer zahlreichen Armee, welche mit ihrer musterhaften Loyalität und furchtlosen Tapferkeit den Enthusiasmus frischen Siegs verbindet; verbündet mit dem Kaiser von Oesterreich, der auf ein nicht minder treues und kriegerisches Heer baut; sicher endlich der Unterstützung aller Fürsten, Truppen und Völker von Deutschland und Italien(!) — so ist es unmöglich daß Frankreich, bald gefesselt von seinen Stockjobbers, bald mit Lethargie geschlagen von seinen Rhetorikern, bald verwirrt von seinen Doctoren, und bald geschreckt von seinen Arbeitern, Ew. Maj. auch nur einen so kräftigen Widerstand leisten könnte wie die neuliche Revolution in dem strengen und einfachen Ungarn." Dabei wird aber der Kaiser ermahnt: vor dem Beginn dieses neuen Kreuzzugs möge er sich durch eine feierliche Erklärung verpflichten daß er keine Gebietsvergrößerung auf Kosten einer christlichen Macht bezwecke. Endlich erinnert die Adresse an das „von Spanien in Vertheidigung der guten Sache gegen die westeuropäische Revolution 41 Jahre lang vergossene Blut, weßhalb Se. Maj. dieser Bitte von vierzehn Millionen Spaniern ein geneigtes Ohr leihen möge. — Die meisten der übrigen spanischen Zeitungen behandeln dieses Actenstück mehr als einen lächerlichen denn als einen ernsten Gegenstand. Der halbofficielle Heraldo bemerkt: dasselbe lasse klärlich den Wunsch durchblicken daß der Czar, nach Einsetzung Heinrichs V in Paris, einen ähnlichen Liebesdienst einem andern fahrenden Prinzen in Madrid erzeigen möge. In der That hört man von verschiedenen Theilen Spaniens daß, in Folge des vermehrten Einflusses Rußlands auf die europäischen Angelegenheiten, die Hoffnungen der Carlisten wieder einigermaßen gestiegen sind, zumal da Rußland die Anerkennung Isabellens bisher hartnäckig verweigert. Die Reforma will wissen: die in der Esperanza veröffentlichte Adresse sey derselben aus Wien zugekommen. Die Esperanza ist ein ernstes und gut geleitetes Blatt, so daß man annehmen möchte es habe diese Demonstration nicht ohne hinreichenden Beweggrund gemacht.

*) Karolyi ist zu zweijähriger Festungshaft und 150,000 fl. Geldstrafe, Fekete zum Tode verurtheilt.

Großbritannien.

Die günstigen Berichte über Sir John Franklin haben weitere Bestärkung erhalten, und auf der Admiralität scheint man sie kaum mehr zu bezweifeln. Dazu kommt daß dieselbe Hellseherin zu Bolton, welche neulich einen Umstand in Bezug auf den Indicienbeweis in dem Mordprocesse der Eheleute Manning verkündigte, nun auch ausführliches über das Schicksal jener Nordpolfahrer ausgesagt hat! Sie hätten viel gelitten, und viele Leute von der Expedition seyen erlegen; aber Sir J. Franklin sey wohl, und werde binnen neun Monaten glücklich nach England heimkehren.

Die gestern kurz berührte Nachricht d. d. Montreal (Canada) 19 Sept. lautet das nähere also: „Am 15 d. M. beriefen die Reformer in Bytown eine Versammlung, zu dem Zweck dem Lord Elgin eine Glückwunschadresse zu übersenden. Die Tories fanden sich sehr zahlreich ein, und es gelang ihnen den Vorsitzenden vom Stuhle zu drängen und das Meeting zu sprengen. Beide Theile waren bewaffnet, und im Handgemenge wurden 7 bis 8 Personen schwer verwundet, zwei darunter tödlich. Nachdem die Tories sich des Saals bemächtigt, faßten sie einen verdammenden Beschluß gegen Lord Elgin und sein Ministerium. Da rückte endlich das Militär aus, und mit beträchtlicher Schwierigkeit wurde die Ruhe wiederhergestellt." Die Lage dieser wichtigen Colonie wird immer schwieriger und bedenklicher. — Das Dampfboot „Washington," welches d. d. New-York 20 Sept. diese Notiz nach England überbracht, meldet wenig aus den Vereinigten Staaten. Dem Zwiste zwischen der Washingtoner Regierung und dem französischen Gesandten schien auch in New-York keine große Bedeutung beigelegt zu werden, wiewohl die Kunde davon anfänglich die Fonds sehr gedrückt hatte, so daß die meisten derselben um ½ Proc. fielen. Sie erholten sich jedoch schnell wieder. Ein New-Yorker Blatt will wissen: vor drei Monaten sey ein Agent der amerikanischen Regierung nach Ungarn abgereist, um in Auftrag des Präsidenten je nach Lage der Umstände die selbständige ungarische Regierung zu begrüßen und sie in der Reihe der Staaten willkommen zu heißen. — Die Regierung entsendet Truppen nach Florida, um die Weißen, deren viele aus diesem Staate flüchten, vor den Grausamkeiten der wieder aufgestandenen Indianer zu schützen. Auch in Texas und auf vielen Punkten von Mexico, namentlich auf der Halbinsel Yucatan, sind die Rothhäute gegen die Bleichgesichter in Bewegung, und in Californien haben die Goldgräber blutige Fehden mit ihnen zu bestehen.

Frankreich.

Paris, 7 Oct.

Die conservative politische Welt hatte sich geschmeichelt daß es in der Türkei nicht einmal zu einem diplomatischen Bruch kommen werde, und sie ist etwas verblüfft als die Patrie nun die Abreise der Gesandten anzeigt. Doch dürfte Frankreich schwerlich im Fall eines sehr entschiedenen Auftretens Englands mit diesem ganz Hand in Hand gehen, und das J. des Débats weiß von keiner Collectivnote beider Mächte, sondern nur daß die englische Note dem französischen Cabinet mitgetheilt wurde, von dem es im voraus überzeugt ist daß seine Entschließung nicht weniger fest seyn werde, umsomehr als, wie es meint, nichts zu riskiren sey. Nur eins scheint ihm unbegreiflich in dieser Sache, nämlich was Rußland bestimmen konnte keck soweit vorzugehen auf einem Feld wo es darauf rechnen mußte daß es genöthigt werden würde zurückzugehen. Wird man jetzt vielleicht weniger zuversichtlich diese Voraussetzung aufstellen? Eine andere nicht minder wichtige Neuigkeit hat die Patrie aus Turin ohne Datum gebracht — die Verwerfung der fünfzehn Millionen zur Bezahlung des ersten Theils der österreichischen Kriegssteuer, und in unmittelbarer Folge davon Azeglio's Entschluß die Kammer aufzulösen und eine Verfassungsrevision einzuleiten. In Paris scheint man auf solche Entwicklungen der italienischen Frage zu warten, denn die Verhandlung in der Nationalversammlung über die Nachexigenzen dürfte schwerlich vor Mitte Monats beginnen.

Es ist so ziemlich die allgemeine Meinung daß die Wegschickung des französischen Gesandten in Washington keinen Bruch nach sich ziehen wird. Frankreich hat seine Empfindlichkeit unterdrückt. Es grollt nicht einmal wie England im Fall Bulwers durch Unterbrechung der diplomatischen Verhältnisse. Es gibt der amerikanischen Regierung Recht indem es Hrn. Wilhelm Tell Poussin zurückruft, den improvisirten durch einen wirklichen Diplomaten ersetzt. Ob es diesen Beschluß gefaßt hat ehe die entscheidende Maßregel des Präsidenten Taylor in Paris bekannt seyn konnte, wie die Regierungspresse glauben machen will, darüber wird man sich nicht streiten. Genug daß das Betragen des französischen Repräsentanten officiell mißbilligt wird. Mehr kann die ameri-

kanische Regierung nicht verlangen, denn ihre Beschwerde betrifft nicht den Grund oder Ungrund der Forderung, sondern die Art wie dieselbe formulirt worden ist. Das J. des Débats gesteht daß mehrere von Hrn. Poussin überreichten Noten in einem Ton abgefaßt waren welchen die französische Regierung so wenig als die amerikanische anständig (assez peu convenable) fand, es behauptet nur, und darin weicht es von den amerikanischen Blättern ab, daß die Abberufung nicht auf amerikanisches Anbringen sondern aus eigenem Antrieb geschehen sey. Wundern muß man sich daß ein Mann wie Hr. Poussin, der seit 1815 in Amerika gelebt und selbst 15 Jahre als Adjutant des General Bernard in dem Corps der Ingenieur-Topographen in Diensten der Union gestanden hat, den amerikanischen Charakter nicht kennt um zu wissen daß man so nicht auftreten darf wenn man etwas ausrichten will. Bei seiner Anstellung durch die provisorische Regierung hatte er sich in Frankreich befunden, er war im Norddepartement als Candidat für die verfassunggebende Nationalversammlung aufgetreten, und soll die Hoffnung gehegt haben Minister der öffentlichen Arbeiten zu werden, war aber durchgefallen. Die Reclamation hatte er in der letzten Zeit der Verwaltung Polks bei Hrn. Buchanan gemacht, der sie höflich entgegennahm ihn jedoch bald an seinen Nachfolger, Hrn. Clayton, verwies. Die Summe um die sich's handelt wird zu 2,150,000 Dollars angegeben. Einem Franzosen Namens Porte war während des mexicanischen Kriegs eine Ladung Tabak von den Amerikanern weggenommen und zum Theil verkauft worden. Die Sache wurde nachher von Obrist Childs untersucht, der den Tabak, soweit er noch vorhanden war nebst dem Erlös zurückgeben ließ, eine Maßregel welche eine aus amerikanischen Officieren gebildete Commission guthieß. Damit war aber der Franzose nicht zufrieden, und Hr. Poussin verlangte eine nach der Differenz zwischen dem Kauf- und Verkaufpreis berechnete Entschädigung. Eine neue Untersuchungscommission in Washington, vor der Hr. Childs als Zeuge erschien, erklärte die Forderung für ungegründet, und Hr. Clayton bestätigte den noch unter seinem Vorgänger gefaßten Beschluß. Auf die Mittheilung hievon antwortete Hr. Poussin, der sich gerade in New-York aufhielt, in den hochfahrendsten Ausdrücken, legte Hrn. Childs die gemeinsten Triebfedern unter, nannte ihn einen Meineidigen u. drgl. Hr. Clayton schrieb ihm zurück er möchte nach Washington kommen, und da er sich bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten einfand, ließ ihm dieser die Wahl entweder seinen Brief zurückzunehmen, ihn zu modificiren oder unverändert zu lassen. Auf eine Erörterung des Gegenstands ging der Minister nicht ein, er bemerkte der Präsident wolle die Sache bloß als eine Etikettefrage behandeln. Da Hr. Poussin den Brief zurücknahm und einige der beleidigendsten Ausdrücke ausstrich, so schien der Zank beendigt. Da kam ein neuer Zwist. Der amerikanische Capitän des „Truxton," vom Blokadegeschwader vor Vera-Cruz, Hr. Carpenter, hatte nach seiner Aussage ein auf ein Riff gerathenes französisches Fahrzeug „l'Eugenie" gerettet und von dem französischen Befehlshaber Rettungskosten verlangt die dieser verweigerte, worauf der Amerikaner auf seine Forderung verzichtete und das dreißig Stunden lang angehaltene Schiff zurückgab. Nach der Aussage des Franzosen hatte Hr. Carpenter die französische Flagge gröblich beleidigt, und Hr. Poussin drang auf Bestrafung dieses Officiers. Der Marineminister, Hr. Clifford, ließ sich von Hrn. Carpenter Bericht erstatten und billigte dann dessen Betragen. Hierüber schrieb Hr. Poussin wieder einen Brief in den beleidigendsten Formen, warf unter anderm der amerikanischen Regierung vor daß sie „die Würde und das Interesse ihrer Marine so wenig begreife." Jetzt wurde auf Befehl des Präsidenten die ganze Correspondenz an Hrn. Rush, den Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris, übermacht, mit dem Auftrag sie dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten und dem Präsidenten L. Bonaparte vorzulegen, und sie zu fragen ob sie die Sprache ihres Gesandten billigten. Hr. Rush sollte weder einen Tadel gegen Hrn. Poussin aussprechen noch eine Genugthuung verlangen, man rechnete darauf daß diese würde von freien Stücken angeboten werden. Hier behaupten nun die amerikanischen Quellen, das Journal of Commerce vom 17 und eine Correspondenz des Morning Herald vom 19 Sept., Hr. v. Tocqueville habe in einer Depesche erklärt die französische Regierung sehe keinen Grund sich in eine Sache zu legen wo auf beiden Seiten unnütze Gegenanschuldigungen und offenbare Fehler gemacht seyen. General Taylor aber habe beim Empfang dieser Depesche befohlen jeden amtlichen Verkehr mit Hrn. Poussin abzubrechen, und ihm die Pässe zuzustellen. Zugleich sey an Hrn. Rush ein Schreiben abgegangen mit der Weisung Hrn. v. Tocqueville zu benachrichtigen daß man nicht sein Urtheil über das Benehmen der amerikanischen Regierung, überhaupt einen Beschluß und keine Kritik von ihm erwartet habe, und daß Hr. Poussin, ehe eine Antwort kommen könne, seine Pässe erhalten haben werde. Letzteres geschah am 15 Sept. Ein englisches Blatt, das Morning Chronicle vom 4 Oct., will noch einen weitern Grund dieses Zerwürfnisses auch in der Ernennung des Hrn. Rives zum Gesandten in Paris sehen. Hr. Rives ist der Verfasser einer unter der Regierung Ludwig Philipps erschienenen Schrift über die Entschädigung von 25 Mill., in der die französische Regierung nicht aufs zarteste behandelt wird. Hr. Poussin soll daher über diese Anstellung an den Staatssecretär Clayton geschrieben haben, und zwar in so beleidigendem Styl daß der Präsident der Vereinigten Staaten den Brief an die französische Regierung übersandte mit der Bitte den Unterzeichneten abzuberufen. Da diesem Ansinnen keine Folge gegeben worden, so habe der Gesandte seine Pässe erhalten, aber die erste Nachricht von dieser Entschließung der amerikanischen Regierung in den New-Yorker Zeitungen gelesen. Die ganze Geschichte ist abermals ein Beweis daß Frankreich keine Diplomaten hat, und daß seine Repräsentanten sich mehr in die Brust werfen als die bescheidene Stellung ihrer Regierung erlaubt. Kaum wird es ein anderes Land geben das in so kurzer Zeit soviel mit Skandal verunglückte Missionen aufzuweisen hat — Hr. Lesseps in Rom, Hr. Nap. Bonaparte in Madrid und jetzt Hr. Poussin in Washington!

Italien.

Turin, 5 Oct. Gestern kehrte der Prinz von Carignan, der die königl. Leiche in Oporto abgeholt, nach Turin zurück. Hr. James Rothschild ist nach Paris abgereist; er soll mit der sardinischen Regierung über eine Anleihe von 36 Millionen Francs abgeschlossen haben. Die Lucheser Riforma meldet daß Oberst Kerrich, ein Engländer, im Auftrag der toscanischen Regierung nach London abgereist um dort eine Anleihe zu negociiren. Hiernach wäre die neuliche Nachricht von Abschluß mit einem holländischen Haus ungegründet gewesen.

Turiner Blätter vom 6 Oct., die wir so eben erhalten, melden nichts von erfolgter Auflösung der Kammer, wiewohl eine solche Maßregel allerdings nichts unwahrscheinliches hätte. Die Zeitungen beschäftigen sich zumeist mit der bevorstehenden königlichen Leichenfeier.

Südamerika.

La Guayra, 6 Sept. Die Regierung hat ein Amnestiedecret erlassen, wonach General Paez so lange festgehalten werden soll bis die Ruhe des Landes es erlaubt ihn nach Europa zu verbannen; seine Gefährten sollen auch theils lebenslänglich, theils für einen gewissen Zeitraum verbannt werden. Paez sitzt noch im Gefängniß von Valencia, die übrigen Gefangenen wurden in die hiesigen Casematen einquartiert, die nun überfüllt sind. Die Unglücklichen wurden in Caracas vom Pöbel auf schmähliche Weise insultirt und mißhandelt. Die edelsten Söhne des Landes, die besten Bürger dieser Republik sitzen jetzt gefangen in den hiesigen Festungswerken — es ist die Elite der Bevölkerung. (H. N.)

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 20 Sept. Curs auf London $109\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$; Paris 5.25; Hamburg $35\frac{1}{4}$; Bremen $78\frac{3}{4}$.

Paris, 7 Oct. (Kleine Börse.) 5proc. 87.20–35. Wenig Geschäfte. Noch tieferes Fallen wird befürchtet

Augsburg, 10 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. 92 G. 5proc. 101 P., $100\frac{3}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 650 P., 646 G. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt a. M., 9 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{1}{8}$; Bankactien 1337; preuß. $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldscheine $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $87\frac{1}{2}$; Ludwigsh.-Berbach $81\frac{7}{8}$; württ. $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{7}{8}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{5}{8}$; bad. 5proc. $97\frac{7}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc 80; darmstädt. 5proc. —; 4proc. $90\frac{1}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{7}{8}$; nass. 5proc. 102 P.; $3\frac{1}{2}$proc. 85; Frankfurt 3proc. $80\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{3}{4}$, $90\frac{1}{4}$; Disc. $1\frac{3}{4}$.

♀ **Wien,** 8 Oct. Die Börse war heute im ganzen etwas matter, die Variation in Fonds- und Actiencursen jedoch unerheblich. Dagegen stellten sich fremde Devisen und Comptanten höher und waren bis zum Schlusse der Börse ziemlich gefragt. Das Goldagio ist gegen die letzte Notirung um $1\frac{1}{2}$, das Silberagio um 1 Proc. gestiegen. Der Umsatz in Fonds beschränkte sich zunächst auf 5proc. Metalliques und Obligationen des neuen $4\frac{1}{2}$proc. Anlehens welche bis $85\frac{3}{8}$ bezahlt wurden. Die Geldverhältnisse zeigten sich übrigens heute minder günstig. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $96\frac{1}{16}$–$96\frac{1}{8}$, $4\frac{1}{2}$proc. Metall. (neues Anlehen) $85\frac{1}{4}$–$\frac{3}{8}$, Loose vom J. 1834 162–163, Loose vom J. 1839 114–$\frac{1}{2}$, Bankactien 1208–1210, Nordbahnactien $111\frac{1}{4}$–$111\frac{1}{2}$, Gloggnitzer 109–110, Mailänder $84\frac{3}{4}$–85, Pesther $80\frac{1}{2}$–$80\frac{3}{4}$, London (l. l. S.) 10.40–10.41, Hamburg 155 G., Augsburg uso $106\frac{1}{2}$–$106\frac{3}{4}$, Frankfurt $105\frac{1}{2}$–$105\frac{3}{4}$, Amsterdam 147 G., Mailand $99\frac{1}{2}$ P. Livorno $104\frac{1}{2}$ G., Genua 125 G., Paris $126\frac{1}{2}$ P., Marseille 126 G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $10\frac{3}{4}$ Proc., Silberagio $7\frac{1}{4}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Ansichten der Natur, von Alexander v. Humboldt.

Zwei Bände.

* Während es sonst Sitte ist daß derjenige beschenkt wird der seinen Geburtstag feiert, hat Alexander v. Humboldts Humanität das Verhältniß umgekehrt, und derselbe hat zur Feier seines 80jährigen Geburtstages die Welt mit einem neuen Werke seines reichen Geistes beschenkt. Die dritte Ausgabe der Ansichten der Natur ist von Humboldt mit alldem ausgestattet worden was die Wissenschaft der Gegenwart in Bezug auf die behandelten Gegenstände herausgearbeitet hat, so daß neben dem ewig gleich bleibenden und gleich werthvollen ästhetischen Theil, dem naturbeschreibenden, der wissenschaftliche, naturerkennende uns einen sichern Blick in den Fortschritt der Naturwissenschaft und deren gegenwärtigen Stand gewährt. Der doppelte Zweck: des erhöhten Naturgenusses und der Vermehrung des Naturwissens, soll dadurch erreicht werden; und er wird erreicht! Wir kennen diese Sprache und diese Art zarter und inniger Behandlung der Natur, es ist die Sprache Goethe's, es ist die Art des gebildeten, freien, humanen 18ten Jahrhunderts. Alexander v. Humboldt ist fast der einzige noch Ueberlebende aus diesem Kreis, den uns ein gütiges Geschick erhalten hat, damit wir uns seiner freuen und die Früchte seines Geistes genießen können. Jene Menschen, und darin liegt der Zauber ihres Wesens, besaßen die Harmonie des universalen Geistes, sie waren universell und damit auch harmonisch, der ordo idearum ist bei ihnen derselbe als der ordo rerum, und deßwegen ist ihr allumfassender Geist ein Abbild der ruhigen Natur. Der Entwicklungsgang der Wissenschaft fordert vielleicht in seinem Verlauf eine gewisse Einseitigkeit um die einzelnen Seiten vollständig zu erschöpfen; Humboldt stammt aus einer Zeit in welcher die einzelnen Zweige des Naturwissens noch nicht so aus einandergingen, und was noch mehr ist, in welcher sie mit der Wissenschaft des Geistes und der Geschichte in innigem Verkehr waren, und er auch begründet die Hoffnung für uns dieses alte Verhältniß wieder hergestellt zu sehen: er war ja zu jeder Zeit ein Großwürdenträger im Reiche der einen und untheilbaren Wissenschaft! Für ihn culminirte ja stets die Natur im Menschenhaupte, und die Stoffe steigerten sich bis zum Geist dessen Körper sie sind, so daß auch er den Menschen stets anerkannte als σύνδεσμος ἁπάντων.

Der Bruder Wilhelm v. Humboldts konnte am wenigsten das Verhältniß von Naturwissenschaft und Geschichtswissenschaft vernachläßigen, und in der That enthält auch das vorliegende Buch dankenswerthes genug für den Geschichts- und Sprachforscher. Der Inhalt des Buches ist in sieben Abhandlungen und ebensoviel erläuternden Abtheilungen enthalten, und betrifft: die Steppen und Wüsten, die Wasserfälle des Orinoco, das nächtliche Thierleben im Urwalde, die Physiognomik der Gewächse, den Bau und die Wirkungsart der Vulcane, die Lebenskraft und das Hochland von Caramarca. Diese Form der einzelnen Abhandlung, welche den Gegenstand zugleich wissenschaftlich erschöpfend und ästhetisch schön darstellt, ist es in welcher Humboldt Meister ist, und welche aus der eigenthümlichen Organisation seines Geistes hervorgeht; verläugnet ja doch selbst der Kosmos nicht diese Art der Darstellung, vielleicht etwas zu wenig für ein Werk das die Natur in ihrer Gesammtheit umfassen soll. Hier, in der Darstellung einzelner großer Naturgegenstände, sind die Resultate herrlich, und der Zweck: die Liebe zur Natur zu erhöhen und zu ihrem Studium zu reizen, wird in hohem Grade erreicht. Humboldt hat, wie jeder große Geist, einzelne Gegenstände die ihn vorzugsweise beschäftigen und gleichsam für ihn feste Ideen werden, die oftmals wiederkehren. Dahin gehört nun vor allem die Ansicht über die Tropenwelt. Die Größe und Herrlichkeit dieser Gegenden der Erde ist für unser „dogmatisches Halbwissen und vornehme Zweifelsucht" auf wahrhaft Nicolaische Weise beeinträchtigt worden durch die philisterhaften Vorstellungen von Hitze, Sand, Mosquitos, Klapperschlangen, gelbem Fieber und schwarzem Erbrechen, welche für uns das Wesen der Tropen ausmachten. Humboldt schildert mit glänzenden Farben das wahrhafte Wesen dieser herrlichen Gegenden, und hilft ihnen so zu ihrem Recht für die Vollendung der Erde anerkannt zu werden, in welchen Theilen auch die Menschheit ihre Vollendung erreichen wird. Denn hier entwickelt die Natur den üppigsten Pflanzenwuchs in den baumartigen Gräsern und in den Palmen, diesen Königinnen der Pflanzenwelt, die zum Theil mit goldfarbenen und purpurrothen traubenartig gereihten Früchten geschmückt sind. Vorzüglich aber macht Humboldt in oft wiederkehrender Weise auf die Uebereinanderschichtung der Klimata unter den Tropen aufmerksam. „Die außerordentliche Höhe zu welcher sich unter den Wendekreisen nicht bloß einzelne Berge, sondern ganze Länder erheben, und die Kälte welche Folge dieser Höhe ist, gewähren dem Tropenbewohner einen seltsamen Anblick. Außer den Palmen und Pisanggebüschen umgeben ihn auch die Pflanzenformen welche nur den nordischen Ländern anzugehören scheinen. So hat die Natur dem Menschen in der heißen Zone verliehen, ohne seine Heimath zu verlassen, alle Pflanzengestalten der Erde zu sehen: wie das Himmelsgewölbe von Pol zu Pol ihm keine seiner leuchtenden Welten verbirgt. Diesen und so manchen andern Naturgenuß entbehren die nordischen Völker. Viele Gestirne und viele Pflanzenformen, von diesen gerade die schönsten (Palmen, hochstämmige Farren und Pisanggewächse, baumartige Gräser und feingefiederte Mimosen), bleiben ihnen ewig unbekannt. Die krankenden Gewächse welche unsere Treibhäuser einschließen, gewähren nur ein schwaches Bild von der Majestät der Tropenvegetation.

Wie in der Natur die Tropenwelt als die herrlichste von Humboldt mit stets erneuter Liebe geschildert wird, so ruht das Auge seines Geistes in offenbarer Weise in der Geschichtswelt öfter und länger vor allem auf zwei Gestalten, auf dem „Stagiriten" und dem „Admiral", auf Aristoteles und Columbus den Großen. Nun, es darf uns nicht wundern, Goethe hat es ja gesagt, und der wußte es: es winken sich die Geister aller Jahrhunderte. Die reichen Verbindungen Humboldts mit den gelehrten Männern aller Nationen sind bekannt, das vorliegende Werk enthält neueste Entdeckungen und Vermessungen in reichlicher Zahl, welche Humboldt auf diese Weise erhielt. Es ist ein wohlthuender Anblick diese rastlose Thätigkeit der Wissenschaft zur Erforschung der Natur sich so in einem Manne concentriren zu sehen wie dieß bei Humboldt der Fall ist. Vom Nordpol und vom Südpol, aus Innerasien und vom Orinoco erhält er sogleich die Nachrichten neuer Entdeckungen. Eine Bemerkung von praktischer Wichtigkeit für die Gegenwart ist die über die Höhenbeschaffenheit der Landenge von Panama; er macht auf das völlig ungenügende unserer bisherigen Kenntniß derselben aufmerksam, und hält die Behauptung der Unmöglichkeit eines Canals zur Verbindung beider Oceane für durchaus ungerechtfertigt; er dringt auf Veranstaltung genauer Vermessungen, hinzufügend: „man wird dann mit dem aufhören womit man, meinem Rathe folgend, hätte beginnen sollen." Wie er von Epicharmus sagt, dem griechischen Weisen, welchen er uns in der Erzählung „der rhodische Genius" vorführt: „Er beschäftigte sich unabläßig mit der Natur der Dinge und ihren Kräften, mit der Entstehung von Pflanzen und Thieren, mit den harmonischen Gesetzen nach denen Weltkörper im großen und Schneeflocken und Hagelkörner im kleinen sich kugelförmig ballen"; so kann er auch von sich sagen und wörtlich hinzufügen: „Sechzig Jahre lang habe ich über die innern Triebräder der Natur, über den Unterschied der Stoffe gesonnen!" Und wie dieser kann er sich der Liebe seines Volkes erfreuen, das weiß daß der große Gelehrte auch stets ein Freund der „edlen Bürgerfreiheit" gewesen ist. Einem Geiste wie seinem liegt auch die Zukunft des Menschengeschlechts offen vor Augen, und er weiß vielleicht davon mehr als er zu sagen für gut befindet. Wir legen dankbar das Werk aus der Hand das des Schönen in solcher Fülle bietet, und erinnern zum Vergleich an das Wort Luthers über die Bibel: es ist kein Büschchen drin aus dem nicht, wenn man dran klopft, goldne Früchte fielen. Möge die Mutter Natur die Lebenskraft des Greises noch lange stark erhalten, damit wir noch viele der Früchte seines Geistes genießen können, und er in der Liebe der Völker und in dem Fortschreiten der Wissenschaft eine süße Befriedigung erhalte. Sind ja doch die neuen Erwerbungen der Wissenschaft für ihn fast nur die zukommenden Zinsen des Capitals, das er selber herausgearbeitet hat.

Deutsche Kunst.

Die Wandgemälde im Dom zu Speyer.

*** **München,** 5 Oct. In der Beilage zu Nr. 247 der Allg. Ztg. hat einer Ihrer HH. Correspondenten bei Gelegenheit seines „Ausfluges in die Rheinpfalz" neben seinen patriotischen Betrachtungen über bayerische und preußische Soldaten, über Polizei und Politik u. d. m., auch Zeit gefunden der Kunst einen Blick und ein Wort zu schenken, indem er in Speyer den Dom und die neuen Frescomalereien besucht. Zwar thut er es, wie gesagt, nur beiläufig und gibt sich als Laien (denn er spricht von einem „Vorgänger des Speyerer Domes," welcher letztere ihm „gar wenig gefällt;" er weiß nicht ob ein Confessor ein „Bekenner oder ein Beichtvater ist" u. s. w), aber er nimmt die Feder voll und drückt derb auf. Zwar hat ein Autor dem „das Verdienst der Jungfernschaft der (im Dom zu Speyer gemalten) H. Ursula bei der stumpfen Schafmüthigkeit dieser faden, lymphatischen Natur äußerst zweifelhaft wird," ein abgeschlossenes Publicum; es sind die Leute die bei einer Unglücklichen zuerst fragen: ist

sie hübsch? bei einem Verbrecher: hat er Geist? die sich in der Kirche amüsiren wollen, und denen Pergolese und Fiesole langweilig sind. Vor solchen Leuten würde ich vergeblich reden. Allein der Autor hat in der Allg. Ztg. gesprochen, und darum glaube ich im Interesse des trefflichen Künstlers, und der ruhmwürdigen Unternehmung zu welcher ihn König Ludwig berufen, jetzt nachdem ich einen großen Theil der Zeichnungen für den Speyerer Dom gesehen habe, das Wort zur Entgegnung ergreifen zu müssen. Johannes Schraudolph ist nicht ein Künstler von überströmender Phantasie, überraschender Originalität und weitgreifender philosophischer Bildung; aber er hat nichtsdestoweniger seine ausgezeichneten und sehr besondern Verdienste, ohne welche die ihm übertragenen Aufgaben nicht zu lösen sind. Johannes Schraudolph hat einen klaren und richtigen Sinn für die Kunst in ihrer Verbindung mit der Kirche und der kirchlichen Architektur, und hat ihn in langer Gemeinschaft mit seinem Meister H. Heß zu großer Sicherheit entwickelt. So sehen wir ihn schon in seinen Leistungen in der Allerheiligen-Hofcapelle, so in den Gemälden aus dem Leben des Bonifacius in der Basilica, wo er dazu was Technik betrifft stellenweis die neue Frescomalerei zur höchsten Vollendung gebracht hat. Im Dom zu Speyer war ihm in Beziehung auf den Stoff eine dreifache Aufgabe gestellt: Gegenstände die der kirchlichen Kunst lange schon angehören, Gegenstände aus dem Leben späterer Heiligen und Gegenstände aus der Geschichte. Eine Steigerung in Betreff der Stimmung unter ihnen ist damit insofern an die Hand gegeben daß ein Bild wie die Krönung Mariä, als das Symbol der Seelen-Unsterblichkeit und als Gemälde der Chornische, einen höhern lyrischen Schwung verlangt als eine Scene aus der Geschichte des Doms in einem untergeordneteren Raum. Dennoch sind auch unter den letztern solche die durch Wärme und Wahrheit der Empfindung hinreißen, wie z. B. S. Bernhard im Gebet, umgeben von Rittern und Geistlichen, obschon die ganze Anordnung und die gemäßigte Haltung der Darstellung uns daran erinnern daß wir uns in der Kirche befinden, was denn auch von jenen Heiligen gilt welche dem Berichterstatter „wie österreichische Grenadiere in Reih' und Glied aufgepflanzt" erschienen sind. Von großer Schönheit ist die Begegnung des Kaisers Konrad mit dem heiligen Bernhard vor dem Dom; von bedeutenderer Wirkung der heilige Stephanus vor dem Hohenpriester; aber überaus herrlich und reich an neuen Motiven ist das Begräbniß Mariä. Wenn aber, wie dieß bei einem Werk an dessen Ausführung mehrere auch minder begabte Künstler sich betheiligen, einzelne Abtheilungen andern nachstehen, so ist doch das Ganze vom Geist des Meisters zusammengehalten, und sein Vorzug einer feinen und edlen Formengebung und Charakteristik, einer schönen, festen Zeichnung und einer der Aufgabe entsprechenden mehr oder minder strengen, aber von klarem architektonischen Gefühl durchdrungenen Anordnung, ist auch an den schwächern Leistungen unverwischt sichtbar. Ob die Farben „matt" wie der Berichterstatter sagt, oder kräftig sind wie die mir bekannten Farbenskizzen vermuthen lassen, wird hauptsächlich von der Ansicht über das Maß der Stärke abhängen welches man für Wandgemälde verlangt. Es ist das Verdienst der neuen deutschen Kunst, trotz des Geschreies des Dilettantismus, an dem Grundsatz der alten italienischen Meister festgehalten zu haben daß Wandgemälde, um ihrer Bestimmung gemäß organisch mit der Architektur verbunden zu wirken, möglichst im Lichtton gehalten seyn müssen. Schraudolph gehört dieser Schule an.

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Reichsräthe.

|| **München,** 8 Oct. Die Kammer der Reichsräthe vereinigte sich heute nach längerer Unterbrechung auch wieder zu einer Sitzung, welcher 28 Mitglieder, darunter drei königliche Prinzen, beiwohnten. Die Tagesordnung führte zuerst zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Entscheidung über Recurse in Ewiggeldsachen betreffend. Dieses der Stadt München eigenthümliche Institut, der alt-deutsche Rentenkauf, soll dadurch eine Vervollkommnung erhalten daß die bisher nur durch das Ministerium im Oberaufsichtswege praktisch den Obergerichten überwiesene Berufung der betreffenden Justizstelle förmlich überwiesen wird. Das Gesetz ward nach kurzer Debatte mit geringen Aenderungen angenommen, und dabei nur der Wunsch durch den Referenten Graf Reigersberg und Hrn. v. Niethammer ausgesprochen daß dieser dem Credit so förderliche Rentenkauf weitere Ausdehnung und Entwicklung erfahre. Graf Reigersberg, der unermüdliche thätige Nestor dieser Kammer, referirt sodann über den vom vorigen Landtag schon bekannten Gesetzentwurf: „den Staatsgerichtshof und das Verfahren bei Anklagen gegen Minister betreffend," welches dem Gesetz vom 4 Jun. 1848 über Ministerverantwortlichkeit zur Vervollständigung und Durchführbarkeit dienen soll. Der heutige Entwurf weicht von dem früher vorgelegenen nur in wenigen Punkten in der Art ab daß damit einigen ständischen Anträgen und Bestimmungen des Schwurgerichtsgesetzes Berücksichtigung wird. Wir beziehen uns in Bezug auf den Inhalt des Gesetzes auf die specielle Debatte, und erwähnen aus der allgemeinen nur daß Graf C. Seinsheim es sehr bedenklich fand daß eine Kammer eine Ministeranklage erheben und so allein schon die Ehre eines hochgestellten Staatsbeamten angreifen und die gleichmäßige Fortführung der Verwaltung hemmen könnte; auch sey es bedenklich wie verurtheilten Ministern gar kein Rechtsmittel gegen das von den Geschwornen ausgesprochene Schuldig zustände. Der Artikel 1 bilden den über Ministeranklagen urtheilenden Staatsgerichtshof bei dem obersten Gerichtshof aus dem Präsidenten, 6 Räthen, 1 Gerichtsschreiber und 12 Geschwornen; derselbe verfährt nach den allgemeinen processualen Bestimmungen für die ordentlichen Schwurgerichte, soweit nicht in diesem Gesetze selbst Ausnahmen bestimmt sind. Artikel 2 bestimmt daß die Anklagepunkte genau zu bezeichnen und in jeder Kammer durch einen besondern Ausschuß zu prüfen, und zum Zweck dieser Prüfung die Ausschüsse ermächtiget seyen mündliche oder schriftliche Gutachten von Sachverständigen zu erheben, Zeugenvernehmungen durch den ordentlichen Richter und Erläuterungen von den Staatsministerien zu verlangen. Diese beiden Artikel werden unverändert und ohne bemerkenswerthe Debatte angenommen. Artikel 3 erweckt eine anziehende Discussion; er lautet im ministeriellen Entwurfe: „Nach Prüfung der Anklagepunkte und Vernehmung des betheiligten Ministers mit seiner schriftlichen Verantwortung haben die besondern Ausschüsse den Kammern über das Ergebniß Bericht zu erstatten. Vereinigen sich beide Kammern über die Anklage, so bringen sie ihren Beschluß an den König, welcher denselben dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs mittheilen läßt. Kömmt eine solche Vereinigung nicht zu Stande so hat die auf der Anklage beharrende Kammer mit ihrem Beschlusse zugleich die ihr von der andern Kammer zugekommene Ausführung der gegentheiligen Ansicht an den König zu bringen. In jedem Fall haben die zur Einreichung und Vertretung der Anklage gewählten Mitglieder der einen — oder beider Kammern (Anklagebevollmächtigte) dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs die Anklageschrift nebst den gepflogenen Erhebungen zu übergeben und den Antrag auf Zusammenberufung des Staatsgerichtshofs zu stellen. Der Präsident läßt den betreffenden Kammerbeschluß und die Anklageschrift dem Angeklagten zufertigen und veranlaßt sogleich die Bildung des Staatsgerichtshofs." Frhr. v. Freyberg bringt die von Graf Seinsheim schon berührte Modification, mittels welcher eine Vereinigung beider Kammern zu einer Ministeranklage nothwendig bleiben und nicht künftig schon jede Kammer für sich allein hiezu berechtigt seyn soll. Hr. v. Freyberg führt für seine Modification, die eine Aenderung einer Verfassungsbestimmung abwenden will, an daß eine Verfassungsrevision ohnedieß in Aussicht stehe, und gibt gegen Graf Reigersberg, der in der Fassung des Entwurfes den Einklang mit Art. XII §. 187 der deutschen Reichsverfassung hervorhebt, zu bedenken daß diese jetzt in ein ganz anderes Stadium eingetreten sey, daß wenn auch früher das Ministerium diese Frankfurter Bestimmung nicht beanstandet habe, damals zu erwägen war wie das Zustandekommen jener Verfassung so wenig als möglich erschwert werde, und daß es überhaupt bedenklich sey aus einer sogenannten Musterverfassung Einzelnes aufzunehmen, ohne auch das zu erhalten was zur Vervollständigung oder Milderung dessen nothwendig ist. Auch könnte es aufregend wirken wenn Anklagen so oft durchgeführt werden müßten, als vielleicht der Beschluß einer hierin sehr beharrlichen Kammer darauf geben würde. Der Redner unterstützt seine Bedenken mit einigen Worten Dahlmanns. Graf Armansperg nimmt sich dagegen des Entwurfs an, und hebt hervor daß das Ministerium selbst die Initiative zu diesem Gesetz und zu der Verfassungsrevision ergriffen habe; da aber letztere doch nur in längerer Zeit zu erwarten stehe, so sey kein Grund mit der angeregten Verfassungsabänderung auf diese zu warten. Man prüfe gleich und mache die in sich abgeschlossenen Bestimmungen über die Ministeranklagen fertig. Der Redner widerlegt glänzend die Darlegung des Vorredners der innere Widersprüche der deutschen Verfassungsentwürfe darzulegen suchte, und macht seinerseits aufmerksam wie gerade das jetzt jeder einzelnen Kammer einzuräumende Recht im Frankfurter und im Dreikönigsentwurf, hiemit materiell in ganz Deutschland und auch in der königlich bayerischen Proclamation vom 15 Mai d. J. anerkannt sey. Man säume nicht mindestens das zuzugestehen was nicht dem Staats- und Stammesleben widerstreitet. Frhr. v. Zu-Rhein spricht in gleichem Sinne; er weist aus der Verfassung nach daß mit der neuen Bestimmung das Zweikammersystem nicht angegriffen werde. Aber auch die Räthlichkeit, ja selbst die Nothwendigkeit spreche für die Zustimmung zum Entwurfe. Durch das vorjährige Gesetz ist die Ministerverantwortlichkeit eine weit größere als früher geworden; die entfesselte Presse, die lebhaftere politische Theilnahme sind früher nicht dagewesene Controllen; erhöhte Animosität spricht sich vielseitig in und außer den Kammern aus; sie bedrohen häufig die Möglichkeit jeder Verwaltung. Diese Fluctuationen zum Abschluß zu bringen — dafür liege die Möglichkeit im Art. 3 des Entwurfs. Das Erkenntniß eines Staats-

gerichtshofs wird den besten Schlußstein bilden; es wird dem freigesprochenen Minister als Schild dienen, dem verurtheilten aber das wirksame Echo eines einfachen Mißtrauensvotums werden. Graf C. Seinsheim beginnt die Entwicklung seiner entgegenstehenden Ansicht mit der Bezugnahme auf den Geist der Verfassung von 1818; avis au lecteur. Man bedenke daß sich, wie man in Frankfurt gesehen, auch die entgegengesetztesten Parteien zu einer Anklage vereinigen könnten, wie wenig Vertrauen auf die Geschwornen in politischen Untersuchungen zu setzen sey: z. B. die Verurtheilung des jetzigen französischen Präsidenten und die Freisprechung seiner Complicen, die früheren Wahrsprüche in Baden; man erwäge daß sich die bayerische Regierung unabhängig von den beiden deutschen Verfassungsentwürfen gehalten, und auch einzelne Bestimmungen derselben nie directe sondern nur indirecte anerkannt habe; der Entwurf würde häufige Suspensionen und Ministerwechsel nach sich ziehen, und wenn nicht längere Zeit in einem System fortregiert werde, könne für das Land nichts ersprießliches erwachsen. (Der Hr. Redner dachte hiebei wahrscheinlich ganz unbefangen an die Jahre 1837 bis 1847, und an die damalige Möglichkeit in allem und namentlich in der Finanzverwaltung consequent zu bleiben.) Graf Armansperg entgegnet diesen Einwürfen hauptsächlich mit Einbringung einer Modification, wonach die Suspension eines Ministers in dem Fall nicht eintreten soll wenn nur eine Kammer die Anklagestellung desselben beschließt. Ohnedieß sey das vorjährige Gesetz darum zu streng weil es trotz der weitläufigen und complicirten Gesetzgebung jede Gesetzesverletzung zur Ministeranklage werden lasse. Wer aber in seinem Beruf über dem Volk stehe, der müsse in jedem Fall auch von dem Volk, Geschwornen, abgeurtheilt werden. Eine weitere Modification die dieser Redner nunmehr einbringt, geht dahin daß zur Anklagerhebung in einer Kammer die Anwesenheit von drei Viertheilen der Mitgliederzahl und eine Majorität von zwei Drittheilen nothwendig sey; kömmt eine Anklage nicht auf diese Weise zu Stande, so soll angenommen werden daß eine Freisprechung vorliege. Endlich soll ausdrücklich die Führung einer gerichtlichen Voruntersuchung und die Nothwendigkeit eines förmlichen Verweisungserkenntnisses beseitiget werden. (Diese Modification wird später zurückgezogen.) Präsident Arnold spricht für den Entwurf und die Armansperg'schen Modificationen, und schließt mit einer warmen Lobrede auf die Aufopferungsfähigkeit dieser hohen Kammer welche wahren und gerechten Volkswünschen insbesondere im vorigen Jahr nie entgegengetreten sey. Fürst Wrede schließt sich ganz den Ansichten des Grafen Seinsheim an; die gegentheiligen Ansichten könne man zwar der Theorie nach anhören, aber in der Praxis erweisen sie sich als unhaltbar. Man möge an die Parteileidenschaft der vorigen zweiten Kammer denken die sogar trotz ihres Eides keine Vorlagen mehr habe prüfen wollen; eine künftige ähnliche Kammer könnte gar leicht Anklage über Anklage erheben. Das Gute der alten Verfassung müsse festgehalten werden, diese Kammer müsse das Gute zu erhalten suchen, und sein Grundsatz gegenüber Abänderung solcher Bestimmungen sey: fiat justitia pereat mundus. Hr. v. Niethammer und Graf Montgelas schließen sich der Ansicht des Grafen Armansperg an; Hr. v. Niethammer besonders mit Hinweisung auf die ministeriellen Vorlagen, zu denen die Kammer selbst ihre Beistimmung erklärt habe; der §. 3 wie das ganze Gesetz sey nur eine Durchführung der gegebenen und angenommenen Zusagen. Nachdem noch einiges weniger Bedeutende gesagt war, spricht vom Ministertisch aus Hr. v. Kleinschrod, er adoptirt die Gründe welche für den Entwurf in der Debatte laut wurden, bemerkt aber daß die Regierung die Existenz des Entwurfs nicht von der Annahme dieses Paragraphen abhängig mache. Die Armansperg'schen Modificationen sieht der Hr. Minister als Verbesserungen des Entwurfs an, und glaubt nur daß der Zusatz welcher die Voruntersuchung und Verweisung durch ein Gericht ausdrücklich beseitigt, überflüssig sey. Graf Reigersberg, als Referent, wünscht daß der Entwurf unverändert angenommen, oder noch einmal dem Ausschuß überwiesen werde; die Frage der Suspension sollte jedenfalls nur von dem Staatsgerichtshof entschieden werden. Präsident Heintz ist dagegen; besonders da der Staatsgerichtshof sich erst bilde, wenn sofort über Schuld oder Nichtschuld entschieden werden könne. Die Kammer beschließt sogleich zur Abstimmung zu schreiten. Der Freyberg'sche Antrag wird mit 17 gegen 11 Stimmen verworfen; da mehrere Mitglieder trotz der etwas langweiligen Abstimmungsdebatte sich beim Votiren geirrt zu haben schienen, entsteht nun ein unerquicklicher Streit, ob da eine Verfassungsveränderung vorliege, ein Beschluß vorliege oder nicht. Das Abstimmen beginnt nun aufs neue mit dem Regierungsentwurf, dessen Fassung gegen 3 Stimmen, Heintz, Reigersberg und Zu-Rhein abgelehnt, dagegen die Fassung mit den Armansperg'schen Modificationen gegen 4 Stimmen angenommen wird. Nachdem hiemit der streitigste Punkt des Gesetzes entschieden war, wird erst der Eingang des Entwurfs mit der Modification angenommen daß das Gesetz nur insofern als Verfassungsgesetz bezeichnet wird als es auch einer einzigen Kammer die Anklagestellung gestattet. Ohne Debatte werden hierauf die Art. 4 bis 19 einschlüssig angenommen. (Wir kommen auf deren wesentlichen Inhalt zurück.) Da Art. 20, der jedes Rechtsmittel gegen die vom Schwurgerichtshof erlassenen Urtheile ausschließt, eine längere Debatte in Aussicht stellt, so wurde die Sitzung nach vierstündiger Dauer um $2^{1}/_{4}$ Uhr geschlossen und deren Fortsetzung auf morgen anberaumt.

Die Neugestaltung Oesterreichs.

I.

Ein Beitrag.

H Wir setzen als Axiom voraus, die österreichische Regierung werde, wie Klugheit gebietet, eine versöhnende Stellung zu Deutschland wie zu ihren eigenen Völkern einzunehmen und diese durch Zugeständnisse und Reformen zu gewinnen suchen welche den Bedürfnissen derselben entsprechen, und zugleich die Wohlfahrt und Macht der Monarchie zu mehren geeignet sind. Denn ohne das Eintreten dieser Voraussetzung wird nie etwas kluges, reifes, die Kritik vertragendes begründet, nie dauerndes ins Leben geführt, sondern nur den fremden rivalisirenden Nachbarn vorgearbeitet werden. Wir setzen ferner voraus daß die österreichische Regierung entschlossen sey zwar an dem großen organischen Grundgedanken der Verfassung vom 4 März unerschütterlich festzuhalten, dieselbe sonst aber nur nach ihrem Wesen, also mit freier Auslegung ihrer Bestimmungen, allmählich ins Leben einzuführen, dabei auch selbst nicht vor Aenderungen zurückzuscheuen wenn solche durch die Verhältnisse und eine gereiftere Einsicht geboten werden. Das erklärte letzte Ziel der Regierung ist aber die organische Einigung aller Provinzen und Staaten des Kaiserreichs unter einer auf das Princip freier und gleicher Vertretung gegründeten Verfassung und Verwaltung, welche jedoch Rechtsverschiedenheiten neben der Machteinheit zuläßt. Es würde Täuschung seyn zu denken ein solches Ziel sey mit einem frischen Anlauf, mit einem kühnen Sprung zu erreichen. Aenderungen von so gewaltigem Umfang wie sie darin vorliegen sind gewöhnlich mehr das Werk der Jahrhunderte als der Menschen, und können nur durch unausgesetzte und ungewöhnliche Anstrengungen der letztern in Betreibung der Reformen, in Ausrottung der Vorurtheile beschleunigt werden. Doch wenn die Regierung die Kraft und Entschlossenheit besitzt an einem wohldurchdachten und das Höchste erstrebenden Plan festzuhalten, und wenn alle Vaterlandsfreunde sie darin wetteifernd unterstützen, so kann, dünkt uns, in einem Vierteljahrhundert Oesterreich politisch neugestaltet und die Wohlfahrt und Macht des Reichs unabsehbar gefördert seyn.

Hierbei sind lediglich zweierlei Verhältnisse in Betracht zu ziehen: einmal die innern der eigenen Völker, sodann die Beziehungen zu Deutschland. Die deutsche Stellung Oesterreichs ist von so hohem Gewicht daß sie, wenigstens bei sonst gleichen Vortheilen, für den Weg der Neugestaltung den Ausschlag geben muß welcher ihr selber am innigsten entspricht.

Bezüglich der innern Verhältnisse sind fürs Zusammenwirken beim Neubau vornehmlich drei Factoren zu berücksichtigen: das Princip der Nationalität, das durchaus positiver Natur ist und von weit größerer Tragweite als ein bloßes Oppositionsferment, wenn es als ein solches vorzüglich bisher auch in Oesterreich erschien; sodann die Reichseinheit und der Constitutionalismus. In der zweckmäßigen Verbindung und Verschmelzung dieser Principien liegt die Schwierigkeit, denn eine Verfassung welche das eine oder andere zurücksetzt oder negirt, also in den Gegensatz drängt, wird das Problem der Neugestaltung nimmermehr lösen. An und für sich wird die Verfassung für das Kaiserreich die beste seyn welche alle drei Principien zur Anerkennung bringt, und so miteinander verbindet daß sie sich gegenseitig zur kräftigsten harmonischen Entfaltung unterstützen. Eine Staatseinheit z. B. welche nicht im Constitutionalismus wurzelt (oder die das nationale Princip wesentlich verletzt), kann keine Dauer und keine Zukunft haben. Da gerade dieser Satz in Oesterreich noch am meisten bestritten werden dürfte, so wollen wir dafür einige innere und äußere Gründe beibringen.

Der Gedanke verfassungsmäßig regiert zu werden ist in das Fleisch und Blut aller gebildeten Völker beider Erdhälften unwiederbringlich übergegangen, und gehört zu den Ueberzeugungen welche Thatsache geworden sind. Nur durch den aufrichtigen Constitutionalismus kann das Vertrauen der Völker wiederhergestellt und bewahrt werden, jenes Band welches sie untereinander und mit der Gesammtregierung fester verbindet als Druck und Gewalt. Oesterreich wird die Aufgabe seinen vielgestaltigen Ländercomplex mit Sicherheit zu regieren nicht anders lösen können als dadurch daß es seinen verschiedenen Ländern eine ihrer Natur und Geschichte möglichst entsprechende Verfassung gibt, und den Weg findet sie zugleich alle mehr und mehr zu einer allgemeinen freien Wirksamkeit als Ganzes zu verbinden,

und die einzelnen durch verfassungsmäßige Verwaltung gekräftigten Theile in dieser Kräftigung und weitern Gliederung dem höhern Ganzen dienen zu lassen. Der Constitutionalismus wird allmählich den stärksten Kitt der Monarchie bilden, einen Kitt der nicht bloß einzelne Interessen und Einrichtungen, sondern das ganze Leben der Völker umfaßt. Nur darf man ihn nicht gleich vollendet wollen von der einzelnen Gemeinde bis zur Reichsgemeinde, man muß ihm Zeit gönnen sich zu entwickeln und die Stämme organisch zu verbinden; man muß ihn nicht voreilig oder gar durch Zwang auf allen Stufen der Gliederung ins Leben rufen wollen. Ungeduld ist unter Umständen ebenso gefährlich als bloße Passivität, und man darf am wenigsten gleich mit dem Ende und dem Dach beginnen, solange die materiellen Grundmauern und Kellergewölbe noch nicht gelegt sind. Daß der bureaukratische Absolutismus in keiner Weise zur Verkittung der verschiedenen Bestandtheile des Reichs ausreicht, das haben doch die Erfahrungen des vorigen Jahrs sattsam bekundet. „Solange", sagte unlängst die Times, „die österreichische Regierung die Formen und den Geist einer unbeschränkten Monarchie bewahrte, während Ungarn noch die Rechte einer aristokratischen Verfassung besaß, so lange war namentlich die praktische Union dieser beiden Haupttheile des Reichs unmöglich, die Folge war vielmehr wegen des innern Gegensatzes eine immer tiefer gehende Zerklüftung zwischen Oesterreich und Ungarn, Lähmung auf beiden Seiten, endlich völlige Unmacht der Regierung selbst. Erst jetzt wo Oesterreich die Formen und den Geist constitutioneller Regierung annimmt und die Bahnen der Reform entschieden betritt, erst nun verschwindet diese innere Unverträglichkeit zwischen Absolutismus einer- und einer mittelalterlichen Verfassung andrerseits; die alten Gegensätze finden ihre Vermittlung in der höhern Form des Constitutionalismus, die beiden Bruderstaaten begegnen sich auf gemeinsamem Feld und unter gleichmäßigen Bedingungen."

Der aufrichtige Constitutionalismus ist endlich auch von entscheidender Bedeutung für die Stellung Oesterreichs auf der einen Seite zu Deutschland und Italien, auf der andern zu Rußland. Er wird allerdings eine principielle Scheidewand zwischen Rußland und Oesterreich von neuem aufrichten und das russisch-österreichische Bündniß rasch lockern helfen; allein dafür wird er auch nur um so bälder die Scheidewand zwischen Oesterreich einer-, Deutschland und Italien andrerseits völlig hinwegräumen und das Kaiserreich nur um so mehr befähigen die Cultur donauabwärts zu tragen und die junge Freiheit der dortigen Völker zu beschützen. Der Absolutismus würde in allen diesen Beziehungen ein unübersteigliches Hinderniß bilden und Oesterreich an die Schleppe Rußlands fesseln. Je aufrichtiger und entschiedener Oesterreich den Constitutionalismus in allen Richtungen durchführt, desto mehr wird es in Italien, in Deutschland, an der untern Donau und in Europa gewinnen. Namentlich haben die neuern päpstlichen Institutionen, die ein so geringes Maß der Freiheit bieten, Oesterreich noch einmal die günstigste Gelegenheit dargeboten die freie Initiative für Herstellung eines verfassungsmäßigen Zustandes in Italien zu ergreifen und den Einfluß Frankreichs auf diese ebenso schöne als wichtige Halbinsel für immer zu paralysiren. Hr. v. Bruck hat das Verdienst in dieser Beziehung für Italien die Bahn gebrochen zu haben, sowohl in Rücksicht auf die Unterhandlungen mit Sardinien und die Verträge mit verschiedenen norditalischen Staaten als in Rücksicht auf die humane Behandlung der Venetianer. Eine einigende Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse Italiens wird die Grundlage für die politische Wiedergeburt dieses Landes bilden.

Die Rebellen in Schleswig-Holstein.

φ **Schleswig**, 4 Oct. Kann mein Arm dem lieben Schleswig nicht mehr mit dem Degen dienen, so will ich die Feder versuchen. Vielleicht gewähren Sie eine Stelle um die Stimme des gerechten Schmerzes hören zu lassen. Voriges Jahr kämpfte ich im großen deutschen Heer, sah an unserer Spitze den General Wrangel, den General Prittwitz, den General Halkett, den Herzog von Coburg, Bruder des Prinzen Albert in England, den Thronfolger in Sachsen, den Herzog von Nassau, den Prinzen von Altenburg u. s. w. In diesem Sommer haben die Preußen und Schleswig-Holsteiner einen großen Theil Jütlands genommen, die besten Schiffe der dänischen Flotte besiegt; und dennoch soll die Sache Schleswigs, die bis zum Waffenstillstand eine glorreiche war an allen deutschen Höfen, jetzt eine schlechte Sache seyn. Jetzt soll die Sache der Schleswig-Holsteiner die Sache des Aufruhrs seyn. Unsere Sache ist dieselbe geblieben seit dem 24 März vorigen Jahrs. Aber die äußern Umstände haben sich verändert. Die Verleumdung hat gesiegt. Die Schleswig-Holsteiner sollen Rebellen seyn! Wer sagt das? Hr. v. Reedtz sagt es, der trotzige und listige dänische Abgesandte in Berlin. Unmöglich kann Hr. v. Schleinitz so wenig preußisches Herz haben daß er die Verleumdungen des Dänen glaubt. Habe Hr. v. Schleinitz den Muth die Wahrheit gerade herauszusagen. Das wird die beste Politik seyn für die Dänen, für Petersburg und für Wien. Die Wahrheit ist: daß die Schleswig-Holsteiner die Vertheidiger des Princips der Legitimität sind, die Vertheidiger der Erbrechte des oldenburgischen Mannsstammes in den Herzogthümern. Der Krieg dieser guten Herzogthümer ist ein reiner Vertheidigungskrieg. Der Angriff geschah von Kopenhagen aus, von dem Casinoministerium, revolutionären Ursprungs. Möge es den Höfen in Petersburg und Wien gefallen ihren Gesandten in Kopenhagen zu befehlen daß sie die volle Wahrheit über Frederik VII berichten. So wird erhellen daß derselbe weder herrscht noch regiert, daß das revolutionäre Casinoministerium mit seinem Schweif allein regiert, allein die Herzogthümer bekriegt und verleumdet, und allein, ohne Wissen und Willen des Königs, die legitime Erbfolge in den Herzogthümern geändert wissen will. Hat man je gehört daß die tapfern Landleute der Vendée, die für die Rechte ihres Königshauses gegen „die Blauen" kämpften, an den europäischen Höfen für Insurgenten und Jakobiner gehalten wurden? Nie, bei Gott, ebenso wenig sind die guten Schleswig-Holsteiner, welche für die Erbrechte des oldenburgischen Mannsstammes, also eventuell für die Erbrechte des Gottorp'schen Hauses kämpfen, Insurgenten und Jakobiner. Manche von den hohen Herren welche jetzt das Geschick der braven Herzogthümer in ihrer Hand halten, haben ohne Zweifel an dem Felsgestade alle Empfindungen gehabt wo der sterbende Löwe die erfolglose Tapferkeit der treuen Schweizer am 10 August feiert. Erinnert euch, ihr edlen Herren, des Tages wo ihr vor dem Löwen standet, und dann blickt hieher, auf ein treues Landvolk, welches mit allen seinen Beamten, mit dem ganzen Adel Hand in Hand geht, und jeden Tag wieder bereit ist die Waffen zu ergreifen und für die Rechte des Landes, die identisch sind mit den Rechten des regierenden oldenburgischen Hauses, das Leben einzusetzen. Wer hat je an die Blasphemie gedacht die tapfern Schweizer die auf der Schwelle der Tuilerien am 10 August fielen, Insurgenten zu nennen? Nun wahrlich, es ist gerade solche unsinnige Verleumdung, ja ich darf sagen, Blasphemie, wenn die listige Brut der Verleumder, von Kopenhagen her, die treuen Schleswig-Holsteiner als Insurgenten hinstellt. Wir vertheidigten und vertheidigen die Erbrechte des oldenburgischen Mannsstammes gegen das revolutionäre Casinoministerium. Sind wir dafür schuldig, wohlan, so wollen wir fallen wie die Schweizer am 10 August.

Ein verwundeter Militär a. D.

Venezuelanische Zustände. *)

I.

* Es war der unglückliche Ausgang des Seetreffens bei Maracaybo, der den General Paez, diesen für sein Vaterland alles aufopfernden Helden, zwang nach der holländischen Insel Curaçao zu fliehen, um sich der Rache seines Gegners, des jetzigen Präsidenten der Republik Venezuela, Monagas, zu entziehen. Drei der Söhne des Generals Paez wurden in obigem Treffen zu Gefangenen gemacht und nach Caracas gesandt, sowie seine bedeutenden Besitzungen und Reichthümer confiscirt. Die Revolution wurde damit für beendigt angesehen, die Kriegsgefangenen später sämmtlich freigelassen und der Präsident Monagas von seinem Liebling, dem Vicepräsidenten Guzman, unterstützt, konnten in ihren Bestrebungen die schwarze Bevölkerung des Landes gegen die Weißen aufzureizen und die Fremden so sehr als nur möglich in ihren Handelsunternehmungen zu hemmen wiederum ungestört fortfahren.

So entstanden im letzten Congreß zu Caracas (am 20 Januar bis Ende Aprils d. J.) neue Gesetze, die diese Maximen auf das deutlichste hervortreten ließen — Gesetze die, anstatt den zerrütteten Verhältnissen des Landes wiederum aufzuhelfen, nur den Ruin desselben nach sich ziehen müssen. Ich führe von diesen Gesetzen nur das ley de espera an — ein Gesetz so nichtswürdig wie wohl nirgends eines in einem Staat existirt. Es betrifft dasselbe die Verhältnisse der Gläubiger zu ihren Creditoren, und stellt jedem Schuldner frei von seinem Creditor eine Zahlungsfrist von sechs Jahren ohne Zinsberechnung zu verlangen, nach deren Verlauf diese Frist, wenn der Schuldner nicht zahlen kann oder will, noch auf zwei Jahre, ohne weitere Zustimmung des Creditors, verlängert werden muß. Was nun aber dieses Gesetz in dem jämmerlichsten Licht erscheinen läßt, das ist die rückwirkende Kraft desselben, indem es nicht allein von dem Tage der Gesetzgebung in Kraft tritt, sondern auch für alle bereits vorher abgeschlossenen Geschäfte gilt! Die Venezuelaner selbst werden von den unglücklichen Folgen eines solchen Gesetzes am wenigsten getroffen, da der größte Theil des Volkes in Armuth und Dürftigkeit lebt, und die einheimischen Kaufleute, namentlich im Innern des Landes, ihre Geschäfte nicht direct mit Europa, sondern mit den im Lande wohnenden Fremden ab-

*) Aus Venezuela eingesandt.

schließen, und letztere allein sind es welche die unheilbringenden Folgen dieses so harten Gesetzes zu tragen haben. Die meisten und wahrlich nicht unbedeutenden Geschäfte mit den einheimischen Kaufleuten wurden von den hiesigen Handelshäusern auf vier- bis sechsmonatlichen Credit abgeschlossen, und kraft jenes Gesetzes muß dieser Credit in vielen Fällen nunmehr auf neun Jahre erweitert werden!

Gegen eine solche Härte der Regierung hat bis jetzt nur ein europäischer Staat protestirt und die Regierung verantwortlich gemacht für den Schaden der seinen hiesigen Unterthanen daraus entspringt, und zwar England, weil es Kriegsschiffe besitzt um einen solchen Protest nöthigenfalls wirksam unterstützen zu können; der bei weitem größte Theil der fremden Kaufleute in Venezuela aber besteht aus Deutschen, die völlig schutzlos dastehen, weil eine deutsche Flotte bis jetzt nur ein Phantasiegebilde geblieben und in Venezuela's Häfen die deutsche Flagge ebenso unbekannt ist als im lieben Deutschland der rechte Begriff von Einheit!

Um auf alle mögliche Weise Geld zu erpressen, begnügte sich die venezuelanische Regierung nicht damit den früher schon bedeutenden Eingangszoll für ausländische Waaren um 10 Procent vom Werthe zu erhöhen, sondern sie legte auch auf auszuführende Landesproducte einen nicht geringen Zoll (z. B. auf Kaffee 3 Procent, Indigo und Cacao 6 Proc., ja sogar auf Naturalien, wie ausgestopfte Thiere ꝛc., 4 Proc.), unbekümmert ob, wie es hierbei der Fall ist, dem eigenen Lande dadurch Nachtheil erwächst oder nicht, da natürlich bei den Ankäufen von Kaffee, Cacao, Indigo, Baumwolle, Tabak ꝛc. diese Steuer den Plantagenbesitzern von den Kaufleuten in Abzug gebracht wird.

In Folge dieser Intriguen fing bereits eine bedeutende Stockung aller Geschäfte fühlbar zu werden an, die durch den Krieg Deutschlands mit Dänemark leider noch mehr unterstützt wurde, da die nach hier segelnden Schiffe aus deutschen Häfen nicht auslaufen konnten, und die hier vor Anker liegenden Hamburger Schiffe ihre Ladungen in England löschen mußten, was die Frachtsätze ungemein erhöhte und den hiesigen Handelshäusern wenig oder keine Rechnung ließ.

Da landete am 22 Junius mit einer Anzahl von 60 Getreuen der vertriebene General Jose Antonio Paez von Curaçao in Puerto Belo, um das von ihm wahrhaft geliebte Vaterland, das seine großen Verdienste und Aufopferungen zu schätzen bereits längst vergessen, von den Fesseln in denen es schmachtete, zu befreien und den Präsidenten Monagas zu stürzen. Die von seinen Anhängern vorbereiteten und mit seiner Landung verbundenen Plane mißlangen; ein Anschlag auf das Leben des Präsidenten Monagas wurde in La Guayra von einem Mitwisser verrathen, und ein damit beabsichtigter Aufstand in Caracas in seinem Entstehen durch energische Mittel gedämpft. Zahlreiche Einkerkerungen der dabei Betheiligten waren die Folgen dieses verunglückten Unternehmens. Ebenso wurde Paez von seinen in Venezuela lebenden Anhängern, die ihn zu dem nochmaligen Landungsversuch verleitet und ihre eifrigste Unterstützung dabei zugesichert hatten, im Stich gelassen. Er aber ließ sich durch all dieses Mißgeschick in seinem Vorsatz nicht wankend machen, sondern berief die wenigen Getreuen um sich, stellte ihnen die Hindernisse vor die sich ihm entgegenstellten und forderte diejenigen auf ihn zu verlassen die in irgendeiner Weise an dem glücklichen Erfolg seines gewagten Unternehmens zweifelten. Nicht ein einziger, selbst nicht die Kranken die sich unter seiner Schaar befanden, wollten von ihm weichen, und dieses kleine Häuflein war es mit dem er die Stadt Coro in Besitz nahm und daselbst sein Standquartier aufschlug. Schrecken verbreitete die Kunde von der erfolgten Landung des Generals Paez unter dessen Gegnern, um so mehr da man die Zahl seiner Mannschaft im höchsten Grad übertrieb. Verhaftungen aller derer die man irgend im Einverständniß mit ihm glaubte, wurden fortwährend vorgenommen, sowie alle zum Kriegsdienst verpflichteten und tauglichen Venezuelaner sofort eingezogen; alle die sich dieser Willkürlichkeit durch die Flucht entzogen, wurden verfolgt, und wenn man ihrer habhaft werden konnte, mit Stricken gebunden eingebracht.

Venezuela theilte sich in drei politische Parteien: in Oligarcas (Anhänger von Paez, unter die man alle fremden Weißen ohne Unterschied rechnet), in Liberales (Anhänger von Monagas und Guzman) und in Pasteleros (Leute die sich zu keiner dieser Parteien zählen und stets auf die vom Glück begünstigte Seite neigen); die beiden erstern Parteien intriguirten gegen einander mit dem größten Haß und allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln.

Hier in Puerto Cabello herrschte die größte Aufregung; eine Anzahl fremder Familien, namentlich Frauen, flüchteten nach Curaçao oder St. Thomas, und die Haciendas der Ausländer in der Umgegend wurden von ihren Bewohnern verlassen, die sich in die Stadt begaben, um dort ihr Eigenthum zu vertheidigen oder sich selbst vor der Erbitterung des aufgeregten Volkes zu sichern.

Da es der venezuelanischen Regierung für die Zurüstung zu diesem Krieg an den nöthigen Geldmitteln, wie immer, fehlte, so fand sie sich veranlaßt von ihren Unterthanen Geld zu erpressen, so zwar daß auf die willkürlichste Weise alle wohlhabend scheinenden Bürger, namentlich die sich zur Partei der Oligarcas bekannten, gezwungen wurden Summen von 300 bis 600 Thlr. herzugeben. Sich dieser Gewaltthätigkeit Weigernde wurden ohne weiteres so lange ins Gefängniß gesteckt bis sie die bestimmte Summe aufgebracht hatten.

Auf ebenso schändliche Weise wurden in hiesigem Ort an hundert der jüngeren Oligarcas, meist Söhne angesehener Bürger, auf Befehl des Commandanten des Castillo, Gevarra, eines Schwarzen, eingezogen und auf das Castillo transportirt, von wo sie Gevarra mit dem Bemerken „er wolle ihnen zeigen wie man gegen Paez fechten müsse“, sofort auf Booten nach dem im Hafen liegenden Kriegsdampfboot bringen, und ohne zu erlauben daß sie von ihren Verwandten irgend noch eine Unterstützung erhalten, ohne weiteres nach Maracaybo, als zum Kriegsdienst bestimmt, einschiffen ließ.

Da man vermuthete Paez würde zuerst Puerto Cabello angreifen, so wurde die Stadt, die auf einer Landzunge ins Meer hinausgebaut ist, sowie das Castillo, das auf Büchsenschußweite von der Stadt entfernt im Meere liegt, in Vertheidigungsstand gesetzt. Die Zugänge zu den Straßen der Stadt verbarricadirte man auf die plumpste Weise mit Baumwollsäcken, Thierhäuten, Flechtwerk ꝛc., und richtete die Kanonen des Castillo sowie dreier Kriegsschooner, die sich längs der westlichen Seite der Stadt in eine Linie vor Anker gelegt hatten, nach der aller Vertheidigung beraubten Außenstadt, die sich unmittelbar von der Küste nach der Savanne hinzieht, welche die Gränze zwischen dem Meer und den Anden bildet. Gevarra beabsichtigte sofort die Außenstadt zu beschießen, im Fall Paez, was ohne einen Schwertstreich geschehen konnte, dieselbe besetzt hätte. Die Stadt sowie die Umgegend, namentlich der sich westlich von der Stadt hinziehende Meeresstrand, von welcher Seite man den Feind erwartete, war mit Schildwachen und Patrouillen übersäet, und es ward Befehl gegeben daß niemand, außer Militär, den Strand passiren dürfe, wenn er nicht sich den scharfen Schüssen der Kriegsschiffe oder der aufgestellten Schildwachen aussetzen wolle.

Allgemein wurde es besonders von Ausländern für rathsam erachtet während dieser kriegerischen Zustände so wenig als möglich seine Wohnung zu verlassen, namentlich jeden Ausflug in die Umgegend der Stadt zu vermeiden. Länger als 14 Tage hatte ich bereits in diesem Zustande der Unthätigkeit zugebracht, und müde dieses lästigen Zwanges wollte ich den Versuch wagen einen Ausflug den Meeresstrand entlang bis zur Mündung des Rio Guaiguaza zu machen, um einige dort vorkommende seltene Krabbenspecies und Conchylien sammeln zu können. Ich glaubte nicht daß man eine solche Excursion eines völlig unbewaffneten Menschen mißdeuten würde. Ohne Störung hatte ich bereits den Rio Estevan und den Guaiguaza durchwatet und befand mich der Insel Guaiguaza gegenüber — einer Stelle wo die Brandung des Meeres unter furchtbarem Getöse sich an den Korallenriffen bricht. Meine Gedanken waren so ganz mit der Erreichung meines Zweckes beschäftigt, daß ich erschreckt auffuhr als ein lautes Geschrei aus der Nähe mir zu Ohren drang. Dicht bei einer alten Hütte am Strande standen drei Soldaten die ihre Gewehre auf mich anlegten und ihr „Quien es?“ mit starker Stimme mir zuriefen. Bei dem tobenden Gebrüll der Brandung hatte ich ihre erste Frage „Quien vive?“ nicht gehört, und um ihre Anfrage eindringlicher zu machen, wollten sie dieselbe auf eine für mich sehr unangenehme Weise unterstützen.

Da ich von der Entschlossenheit und dem Muthe des venezuelanischen Militärs bereits vieles rühmliche gehört, besonders wenn sie, wie hier, zu drei gegen einen stehen, so winkte ich ihnen schnell zu und beeilte mich eine entschiedene Kehrschwenkung auszuführen, zum Beweis daß ihre tapfere Haltung bei mir die vollste Anerkennung finde. Sobald ich ihnen außer Schußweite war, begann ich meine Aufmerksamkeit wieder den Seethieren zuzuwenden, hatte aber nicht gar lange meine Beobachtung einigen schnell dahineilenden Krabben gewidmet, als ich zwei mit Flinten bewaffnete Soldaten gegen mich anrücken sah, so daß ich es für äußerst rathsam fand, bevor sie mir auf Schußweite sich näherten, meine weiteren Forschungen aufzugeben und einen den mißlichen Umständen angemessenen schnelleren Schritt anzunehmen, der mich denn auch bald ein Gebüsch von Coccoloba uvifera erreichen ließ, worin ich unbemerkt diesen der Naturforschung so wenig geneigten Helden entwich. Doch zurück zur Hauptsache.

General Paez hielt sich längere Zeit in Coro auf um seine Mannschaft zu verstärken, was ihm allein in dieser Gegend gelingen konnte da er in den Provinzen Maracaybo, Truxillo und Merida stets den meisten Anhang gehabt hatte. Er besetzte die von Coro östlich gelegene Küste bis zum Rio Yaracui, an dessen rechtem Ufer die venezuelanischen Truppen standen. Hier kam es öfter zu kleinen Scharmützeln, in denen die Venezuelaner stets die kürzern zogen, und viele derselben sowohl von Paez'schen

Soldaten als auch von den Bewohnern der am linken Ufer des Yaracui liegenden Ortschaften erschossen wurden. Noch von der Revolution von 1846 her hatten letztere auf die Monagas'schen Soldaten ihren Haß geworfen weil diese ihnen damals die Malojofelder, *) sowie die Pisang- und Bananenpflanzungen geplündert hatten. Da das rechte Ufer des Yaracui unfruchtbar ist, so machten die venezuelanischen Truppen auch dießmal Streifzüge nach dem linken Ufer um von dort Früchte und Malojo zu holen, indeß wurden viele derselben bei Uebersetzung des Flusses von den erbitterten Einwohnern erschossen. Hier in Puerto Cabello wurden in dieser Zeit täglich die fabelhaftesten Gerüchte von erfochtenen glänzenden Siegen der Venezuelaner über Paez durch Bando verkündet. Ein solcher Bando besteht in einem öffentlichen Aufzug, dessen Hauptperson, ein Verleser, bei derartigen freudigen Ereignissen von einer Anzahl Soldaten und Musik begleitet ist, und Regierungsberichte jeglicher Art zur Kenntniß des Publicums bringt, indem er sie an den geeignetsten Stellen der Stadt abliest. Diese Vorlesungen enden dann stets mit dem Ausruf: viva el presidente Monagas! viva la constitucion, viva la libertad!« etc., wobei Musik einfällt, mit freudigem Pfeifen und Schreien der Zuhörer.

Die in dieser Zeit publicirten Bandos trugen stets das Gepräge ungemeiner Renommisterei; einer derselben war geeignet das Herz mit Abscheu zu erfüllen; es war das durch Bando dem Volke öffentlich gethane Versprechen des andern Mittags die Köpfe dreier Anhänger von Paez vorzuzeigen. Es hat dieß glücklicherweise hier nicht stattgefunden, aber die Ermordung war leider Thatsache.

Von Caracas waren nämlich 100 der angesehensten Bürgerssöhne ausgezogen um Paez in Calabozo Anhang zu verschaffen; sie wurden von 800 Mann venezuelanischen Truppen unter General Sotillo, einem Schwarzen, angegriffen und ergaben sich ihm auf Gnade und Ungnade. Sotillo ließ eine Anzahl davon niederhauen und 30 die Köpfe abschneiden, die er, in Salz gelegt, nach Caracas zum Beweise seines Sieges sandte.

Nach Puerto Cabello kam in dieser Zeit der Vicepräsident Guzman um dem Kriegsschauplatze näher zu seyn, und nöthigenfalls die Vertheidigung der Stadt zu leiten. Früher Sklave und Feind der Ausländer, trachtet der schlaue Guzman darnach die Schwarzen und Zambos gegen die Weißen auf jede mögliche Weise zu erbittern. Und man kann nicht leugnen, seine Machinationen haben nur zu viel Erfolg. Um seinen Charakter zu bezeichnen führe ich hier ein paar Worte an die er gegen einige seiner Anhänger hier öffentlich, in Gegenwart mehrerer Deutschen, äußerte: »Amigos! es la necesidad que hoy esta mandando, y si el hombre pobre no tiene con que vivir, los ricos tienen bastante para dar, y si no lo dan voluntariamente, con fuerza lo deben dar.« **) Communistische Ideen eines Vicepräsidenten von Venezuela. Wie es meist bei intriganten Personen der Fall ist, ist Guzman feig, und während seines hiesigen Aufenthalts brachte er die Nächte auf dem Castillo, wo er sich vom Militär beschützt wußte, zu, obgleich er in der Innenstadt ein Wohnhaus besaß.

Jeder der noch irgend zum Kriegsdienst tauglich war wurde jetzt eingezogen, so daß man noch ansehnliche Truppenverstärkungen dem venezuelanischen Heere nachsenden konnte. Es übt auf einen Europäer der an den Anblick einer geregelten Truppenmacht gewohnt ist, einen eigenthümlichen Eindruck das Militär hiesigen Landes, namentlich während des Marsches, zu sehen. Den Kopf deckt eine Bekleidung wie sie eben jeder für sich am passendsten findet: abgetragene schmutzige Stroh- und Filzhüte, oft nicht mehr in den Farben zu erkennen, wechseln mit Tutumen (ausgehöhlten Früchten der Crescentia cujete) und der eigentlich hier militärischen Kopfbedeckung, der Cachucha (einer vieckigen baumwollenen, mit roth, gelb und blauen breiten Streifen versehenen Mütze ohne Schild), die aber wenig getragen wird, sondern meist nur als Zierde auf den Hüten oder an den Flinten befestigt ist. Der Körper ist einfach mit einem Hemd bekleidet, unter dem eine nur bis an die Knie reichende Hose getragen wird. Die Waden und Füße sind bloß, Schuhe werden als überflüssige Gegenstände betrachtet; Säbel, Patrontasche und die Cubija (ein roth und blau gefärbter Filzmantel) hängen um die Schultern, in der einen Hand wird eine langläufige Flinte mit Feuerschloß, in der andern in der Regel ein langes Stück Zuckerrohr, woran sie kauen, oder ein Bündel Camburis (Früchte des Pisang) getragen. Darin besteht die Ausrüstung eines venezuelanischen Soldaten. Die Officiere tragen fast ebenso wenig Abzeichen, sie gehen nach Belieben gekleidet, und als Waffe tragen sie einen Säbel oder Degen.

Die Lanceros bilden die Cavallerie. Ihre Kleidung ist ebenso willkürlich. Ihre Waffen bestehen in einem Trabuco (langem Gewehre mit weiter Mündung, aus dem viele Kugeln zugleich abgeschossen werden) und einer Lanze, an der eine kleine Fahne in den venezuelanischen Farben flattert. Nach der Musik einiger Trommeln und einer Trompete marschiren diese braunen und schwarzen Gestalten zu zwei und zwei, ohne Schritt und Tritt, lärmend einher. Von irgendeiner Disciplin ist nicht das geringste zu gewahren. Trotzdem sind sie gar nicht üble Soldaten im Felde, besonders als Guerrillas, und daran gewöhnt große Strapazen leichter als es in diesem heißen Klima von europäischen Truppen geschehen könnte, auszuhalten.

Hiemit will ich einstweilen meinen Bericht schließen um mit dem nächsten Paketschiffe Ihnen den weitern Verfolg des Kriegs, sowie den unglücklichen Ausgang desselben für Paez mitzutheilen. Einige Bemerkungen über die durch diesen Krieg noch mehr gesunkenen traurigen Handelsverhältnisse Venezuela's mögen folgen.

C.

*) Malojo werden die noch unreifen Maispflanzen, die hier allgemein als Viehfutter gebraucht werden, genannt. D. Eins.

**) „Freunde, die Nothwendigkeit ist's die jetzt gebietet, und haben die Armen nichts zu leben, die Reichen haben genug zu geben; thun sie es nicht freiwillig, so müssen sie es mit Gewalt."

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Oesterreich. Oberstlieutenant Freiherr v. Jellacic vom Banderial Husaren-Regimente erhielt, in Anerkennung seines muthigen Benehmens zur Rettung des Dampfers „Debreczin," den Orden der eisernen Krone. Fremde Orden erhielten: Der Feldzeugmeister J. Freih. v. Haynau das Großkreuz des han. Guelphen-Ordens; der Feldmarschall-Lieutenant Fr. Landgraf zu Fürstenberg den russisch-kaiserl. St. Annen-Orden erster Classe, und der Major M. Graf O'Donnell, Flügel-Adjutant bei dem Kaiser, den russisch-kaiserl. St. Annen-Orden zweiter Classe in Brillanten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Veränderungen bei der k. k. Armee. J. Kempen v. Fichtenstamm, Feldmarschall-Lieutenant, Militär-Districts-Commandant in Pesth, wurde General-Inspector der gesammten Gendarmerie in allen Kronländern. G. Graf Wallmoden-Gimborn, Feldmarschall-Lieutenant und Divisionär, wurde Commandant des 1sten Armee-Corps in Ungarn. A. Graf Waldstein-Wartenberg, Oberst von Huf.-Reg. Nr. 2, wurde Commandant des Kür.-Reg. Nr. 4; A. Schönberger, Oberst vom Chev.-Reg. Nr. 3, wurde Commandant des Husaren-Reg. Nr. 3; J. Edl. v. Berger, Oberst vom Kür.-Reg. Nr. 8, wurde Commandant des Chev.-Reg. Nr. 3; und T. Graf Festetits de Tolna, Oberstlieutenant des Chev.-Reg. Nr. 4, wurde Interims-Regiments-Commandant beim Hus.-Reg. Nr. 7. Befördert wurden zu General-Majoren die Obersten: F. Edl. v. Arster, Commandant des 4ten Art.-Reg.; Fr. v. Sonnenmayer, Commandant des Bombardier-Corps, und A. Pointner, Commandant des 5ten Art.-Reg., alle als Art.-Brigadiers. Zu Obersten die Oberstlieutenante: M. Barion v. Zellthal, vom Feuerwerks-Corps, im Corps; J. Pittinger, vom 2ten, beim 4ten Art.-Reg.; W. Niemetz v. Eibenstein, vom 3ten Art.-Reg., im Reg.; A. Fürst, vom Inf.-Reg. Nr. 4, im Reg.; B. Fiy, vom Bombardier-Corps, in der Art.; G. Lazar v. Cisla, vom Hus.-Reg. Nr. 1, beim Kür.-Reg. Nr. 6; W. Faber, vom Chev.-Reg. Nr. 5, beim Uhl.-Reg. Nr. 2; Fr. Freih. Pongratz v. St. Miklos und Ovar, vom Kür.-Reg. Nr. 1, beim Hus.-Reg. Nr. 6; G. Sauer, vom Kürassier-Reg. Nr. 5, beim vac. Husaren-Reg. Nr. 9; J. Freiherr v. Smola vom Inf.-Reg. Nr. 16, bei der Art.; M. Graf Palffy, Interims-Commandant des Gendarmerie-Reg. in Ungarn, beim Hus.-Reg. Nr. 1; W. Cseh von St. Katolna, vom Hus.-Reg. Nr. 7, beim Hus.-Reg. Nr. 2; J. Ritter v. Ebner, vom Ingenieur-Corps, im Corps; G. Freih. Buday de Valor, Commandant des Marine-Inf. Bataillons, in seiner Anstellung; L. Benbaj und Ivanoffich v. Küstenfeld, Fregatten- zu Schiffs-Capitänen. Zu Oberstlieutenanten die Majore: J. Rehiba, vom Inf.-Reg. Nr. 62; G. Ruppenau, J. Brechler Ritter v. Troskovich, beide vom Inf.-Reg. Nr. 31, ersterer in seiner Anstellung als Professor in der Wiener-Neustädter Militär-Akademie; Fr. Freydhofer v. Steinbruck, vom Chev.-Reg. Nr. 5; C. Ritter v. Brezany, vom Chev.-Reg. Nr. 1, alle im Reg.; C. Freiherr Caselli v. Süssenberg, vom Uhl.-Reg. Nr. 1, beim Kürassier-Reg. Nr. 5; J. Wopaterny de Cadem, vom Hus.-Reg. Nr. 8, zum Commandanten des 4ten vac. Husaren-Reg.; Wl. Graf Daun, vom Inf.-Reg. Nr. 24; Fr. Kunich v. Sonnenburg, vom Inf.-Reg. Nr. 41; A. Freih. v. Heydte, vom General-Quartiermeister-Stabe; E. Inkey de Pallin, vom Uhlanen-Reg. Nr. 1; L. Edler v. Enhuber und A. Dierzer, vom Ingenieur-Corps, im Corps; M. Salvini, C. Gyujto v. Sepsi Martonos, A. Freiherr Bourguignon v. Baumberg und L. Graf Karoly v. Nagy-Karoly, Corvetten-, zu Fregatten-Capitänen; A. Behrmann, vom Fuhrwesen-Corps, im Corps; C. Horwathowic, Platz-Commandant in Fiume, zum prov. Militär-Commandanten allda. Zu Majoren die Hauptleute und die Rittmeister: Th. Robaglia, vom Inf.-Reg. Nr. 51, zum Commandanten des vac. Gren.-Bataillons Uracca; J. Op-

penauer, vom Inf. Reg. Nr. 58; beide im Reg.; P. Lazavitza, vom Inf. Reg. Nr. 31, beim Inf. Reg. Nr. 27; M. Vessics, vom Otočaner Gränz-Inf. Reg. Nr. 2, beim Deutsch-Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 12; A. Freih. v. Fürstenwärther, vom Inf. Reg. Nr. 56, beim Inf. Reg. Nr. 62; C. Moser, vom Inf. Reg. Nr. 32, beim Inf. Reg. Nr. 38; J. Wagner, vom General-Quartiermeisterstabe; J. Ratkovich, vom Inf. Reg. Nr. 31; Fr. Friedrich v. Stromfeld, vom Inf. Reg. Nr. 63; J. Rosner, vom 1sten Buccowiner Cordons-Bat.; Fr. Graf Albert de Bova, vom Chev.-Reg. Nr. 3; Fr. Freih. Wesselenyi v. Hadat, vom Hus.-Reg. Nr. 2; H. Freih. v. Eicherich, vom Hus.-Reg. Nr. 10; D. Marquis Pallavicini, vom Hus.-Reg. Nr. 4; G. Freih. v. Hammerstein, vom Hus.-Reg. Nr. 3; C. Graf Pongratz v. St. Miklos et Ovar, Second-Wachtmeister der k. ung. adeligen Leibgarde; J. Edler v. Gaizler, A. Ritter v. Merkel, F. Froschmayer Ritter v. Scheibenhof und G. Conrad, vom Ing.-Corps, im Corps; J. Rubelli, J. Scovinich, A. Müller v. Mühlwerth, A. Wissiak und B. v. Müllersdorf, Schiffslieutenants, zu Corvetten-Capitänen; J. Ritter v. Mehoffer, vom Gendarmerie-Reg. in Ungarn, im Reg.; L. Stevens, in Pension, zum Platzmajor in Fünfkirchen. J. Schwarz v. Sonnenwald, Major in Pension, wurde Commandant der Thalsperre in Kärnthen nächst Malborghetto und Predill. In Pensionsstand wurden versetzt: Der Feldmarschall-Lieutenant J. v. Gedeon, Militär-Districts-Commandant in Preßburg. Der Oberst J. Hödl, Commandant des 3ten Artillerie-Reg., mit Generalmajors-Charakter und Pension. Der Oberstlieutenant Ferdinand Schiffner v. Schiffensee, vom Uhl.-Reg. Nr. 2. Der Major J. Schwartz, vom Inf. Reg. Nr. 27, und der Rittmeister G. Großmann, vom Inner-Oesterr. Beschäl- und Remontirungs-Departement, mit Majors-Charakter und Pension. H. Graf zu Ortenburg, Rittmeister in der Armee; G. Mubrovchich und J. Csavoschky v. Heldenstreit, Hauptleute in Pension, erhielten Majors-Charakter ad honores.

(3391—93) **Freiwillige öffentliche Versteigerung**
von circa 45 Centnern Kobaltnickelerzen.

Dienstag den 30 October 1849 werden in der Stadt Riemerstraße Nr. 816 zu ebener Erde eine Partie verschiedener **Kobalt- und Kupfernickel-Schliche, grauer Speisekobalt, Scheib- und Erdkobalterze**, unter denen sich sehr entsprechende Sorten für **Schmaltebereitungs- und Blauglasfabrication** befinden, die überdieß einen bedeutenden Kupfernickelgehalt nachweisen, an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung licitando verkauft, wozu die HH. Kauflustigen mit dem Bemerken eingeladen werden daß die betreffenden Proben von heute an in obigem Local täglich von 9 bis 5 Uhr, mit Ausnahme von Sonn- und Festtagen, eingesehen werden können.

Wien, den 21 September 1849.

(3454—56) **Definitiv-Erkenntniß.**

In Sache der Sabina Hammer dahier, Klägerin gegen ihren Ehemann Franz Hammer von hier, Beklagten „Ehescheidung betreffend" wird, nachdem Beklagter der in den Beilagen zu Nr. 133, 146 und 152 der Allgemeinen Zeitung des Jahres 1849 veröffentlichten Aufforderung vom 28. April l. Js. nicht entsprochen hat, hiemit zu Recht erkannt:

Es trete das im Decrete vom 28. April d. Js. ausgesprochene Präjudiz in Wirksamkeit, und sey sohin Klägerin wegen böslicher Verlassung ab Seite ihres Ehemannes von diesem von Tisch und Bett zu scheiden, und Beklagter schuldig sämmtliche Kosten zu tragen, die aber wegen notorischer Armuth desselben anmit niedergeschlagen werden.

Von Rechtswegen

Würzburg, am 22. Sept. 1849.

Consistorium des Bisthums Würzburg.

Pörtner.

[3599] **Gesuch**
einer Stelle als Verwalter, Rechnungsführer, Secretär oder Gesellschafter.

Ein Mann mittlern Alters, katholischer Religion, von gesunder, kräftiger Körperbeschaffenheit, sucht eine Stelle als Verwalter, Secretär oder Rechnungsführer bei einer Familie auf dem Lande, oder als solcher, Rathgeber und Gesellschafter bei einer Wittwe. Er würde sich bei guter Behandlung eine sehr billige Besoldung gefallen lassen. Beförderliche postfreie Anfragen unter Chiffre R. Nr. 3599 besorgt die Expedition dieses Blattes.

(3594—95) **Stelle-Gesuch**

Es wird für ein junges gebildetes Frauenzimmer von guter Familie eine Stelle als Vorsteherin einer Haushaltung oder Beschließerin bei einer Herrschaft gesucht, wobei vorzüglich auf gute Behandlung gesehen wird, der Eintritt könnte auf Mitte November stattfinden. — Näheres in Anträgen und Auskunft ermittelt die Exp. d. Allg. Ztg.

[3360—62] Ein junger wissenschaftlich gebildeter Mann, der längere Zeit Universitäten besuchte, in Schrift und Sprache der neuern Sprachen bewandert ist und eine vorzügliche Hand schreibt, wünscht zu seiner Ausbildung eine Stelle in dem Comptoir eines achtbaren Handlungshauses, und beansprucht für seine Thätigkeit einzig freie Kost und Wohnung. Darauf bezügliche Offerte unter F. M. Nr. 3360 franco an die Expedition d. Bl.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag | Nr. 285 | 12 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die neue Centralgewalt und die angeblich nahe Berufung eines Reichstags); München (Plan eines Eisenbahn-Anschlusses von Hannover an die bayerische Nordbahn. Die Reichsräthe über Competenzconflicte. Schüler soll verhaftet werden. Aus dem Vortrage des Finanzministers über die neue Anleihe); Stuttgart (Benedict); Freiburg (neue Zeitung von Buß); Bremen (die demokratische Senatorwahl); Leipzig (die großen Thal-Ueberbrückungen); Thüringen (die Metamorphose der Oberbehörden in Weimar); Berlin (Entschuldigung von Hamburg. Die erste Kammer über Volksschulen. Zollverein. Der bayerische Antheil. Polizeiliche Wiederherstellung der öffentlichen Moral); Mecklenburg (Beitrittserklärung von Schwerin); Wien (die Journale der Hauptstadt und der Provinzen. Die Stellung der Beamten. Croatien und die Woiwodina. Einladung zu einem deutschen Postcongreß. Ludwig Batthyany's Hinrichtung bestätigt. Der Lloyd für eine umfassende Amnestie. Die deutschen Sympathien).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (Graf Ludwig Batthyany's letzte Augenblicke).

Großbritannien. D. Callaghan †. Das Assembly-Haus auf Jamaica. Humboldts Ansichten der Natur. Die Industrie-Ausstellung im Jahr 1851. Neue Post: Meeting gegen die österreichische Staatsanleihe. Zwist zwischen England und Amerika wegen des Mosquito-Gebiets.

Frankreich. Die Vorbereitungen zu dem großen Staatsproceß. Polizeimaßregeln gegen Verbreitung falscher Nachrichten.

Italien. Rom (das neue Papiergeld. Abermaliger Brand des Jesuitencollegiums. Trübe Stimmung); Parma (Beehrung Radetzky's); Turin (Frechheit der Presse); Mailand (Merighi †).

Plata-Staaten. Der alte Zustand.

Beilage. Die Dinge am Bosporus. — Die Neugestaltung Oesterreichs. (II.) — Prag. (Commissionen zur Grundentlastung. Organisation der politischen Behörden. Errichtung einer böhmischen Realschule. Sprachliche Gleichberechtigung auch auf der Bühne. Trebnitz.) — Die preußischen Kammern. — Schleswig. (Das Schalten der Landesverwaltung.) — Schweiz. (Die Flüchtlinge.) — Ostindien. (Die Cholera. Meuterei der Sipahis. Einwanderung der Sikh-Soldaten in Kaschmir. Oeffentliche Arbeiten. Ernteaussichten. Eisenbahnen). — Konstantinopel 26 Sept. (Die Flüchtlingsfrage nicht weiter gerückt. Wachsende Opposition gegen das Ministerium.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 8; Wien 9; Frankfurt 10; Augsburg 11 Oct.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 10 Oct. Sicherem Vernehmen nach ist der Vertrag vom 30 Sept. über eine neue provisorische Centralgewalt von Sr. kaiserl. Hoheit dem Erzherzog Johann bereits ratificirt worden. Gestern wird auch in Berlin die Ratification erfolgt seyn welche Hr. v. Schleinitz der Anfrage des Abgeordneten v. Beckerath noch nicht als vollendete Thatsache gegenüberstellen konnte, weßhalb die Antwort eine ausweichende seyn mußte. Im Verwaltungsrathe haben mit Ausnahme von Hannover und Sachsen alle Mitglieder für den Antrag Nassau's auf Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage gestimmt. Von diesen zehn Stimmen waren neun auch für die gleichzeitige Festsetzung eines Termins zur Eröffnung des Reichstags, nur Mecklenburg stimmte mit Hannover und Sachsen dagegen; die Verhandlung kann übrigens noch nicht als geschlossen betrachtet werden. Voraussichtlich wird jeder Schritt vorwärts auf dem Wege zur Berufung des Reichstags einen Protest von Seiten Oesterreichs hervorrufen. Daß Preußen sich dadurch in dem Vorschreiten zum Bundesstaate nicht beirren lassen wird, kann als ausgemacht angenommen werden. — So versichert die Deutsche Ztg.

Bayern. || **München,** 10 Oct. Die Kammer der Reichsräthe ist heute wieder, 25 Mitglieder stark, versammelt, darunter bemerkt man Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, wohl bekannt von dem vorletzten Landtag her, bei welchem er mehreremal mit viel Takt und Wissen auftrat. An der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf über die Competenzconflicte — ein Gesetz das im Jahr 1828 nach langem Warten vorgelegt wurde, aber zwischen Ständen und Regierung nicht vereinbart werden konnte. Nach 21 Jahren kehrt es endlich in verbesserter Form wieder. Hr. v. Maurer ist Referent. Der erste Abschnitt handelt von den Competenzconflicten zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden, und bestimmt daß zu deren Entscheidung bei dem obersten Gerichtshofe ein Senat gebildet werde, der aus einem Vorstand und drei Räthen des obersten Gerichtshofes, dann aus drei vom König von Jahr zu Jahr bezeichneten höhern Verwaltungsbeamten besteht. Verschiedene Vorschläge tauchen auf um die Wahl der Oberappellationsräthe gegen Willkür zu schützen und möglichst nach Maßgabe des Vertrauens der Mitglieder des Gerichtshofes selbst zu regeln. Justizminister Kleinschrod, der Referent, und Frhr. v. Freyberg wollen nur dahin eine Bestimmung passend finden daß die ältesten Räthe zu dieser Function bestimmt seyen. Indessen wird ein Vorschlag des Präsidenten Arnold angenommen, wonach der oberste Gerichtshof sechs Mitglieder wählt, welche nach Anciennetät zur Thätigkeit berufen werden. Bezüglich der Verwaltungsbeamten beantragt der Referent daß Ministerialräthe ausgeschlossen werden; denn „je mehr das constitutionelle Princip bei uns gang und gäbe wird, destomehr werden die Ministerialräthe Creaturen der Minister werden.“ Frhr. v. Freyberg will auch die Regierungsbeamten, Graf Seinsheim keine von beiden Kategorien ausgeschlossen wissen. Der Justizminister gibt zu erkennen daß wohl jeder Verwaltungsbeamte in einer gewissen Abhängigkeit sich befinde und daß wenn man die genannten Kategorien ausschließe, man am Ende Oberposträthe u. dgl. berufen müßte. Frhr. v. Zu-Rhein will den betreffenden Verwaltungsbeamten eine eigenthümliche selbständige Stellung mit dem Rang von Centralräthen und pragmatischen Rechten gleich den Richtern schaffen. (Man könnte diese Herren „Competenzconflictsräthe“ nennen, und ihnen wohl auch die Beaufsichtigung der öffentlichen Spaziergänge und Vergnügungen übertragen.) Graf Seinsheim erblickt mit Sachkenntniß in einem solchen Institut eine bloße Sinecure; der Justizminister bestätigt dieß mit der Anführung daß in den letzten beiden Jahren nur 18 und 15 Competenzconflicte zur Entscheidung des Staatsraths kamen. Frhr. v. Zu-Rhein glaubt daß sie sich mit der neuen Organisation mehren werden. Graf Armansperg beantragt den zur Function berufenen Verwaltungsbeamten die pragmatischen Rechte der Oberappellräthe zu gewähren. Graf Reigersperg erinnert an die Verwendung unabhängiger Staatsräthe (es war dieß im Jahr 1828 beabsichtigt), da ja doch von Aufhebung des Staatsrathes nichts verlaute. Endlich beschließt die Kammer keine andere Beschränkung als die daß die Function nicht auf Jahresdauer, sondern insolange geübte werde als der Gewählte als Verwaltungsbeamter in seiner Stellung in München verbleibt. Für die Pfalz wird die Bestimmung beigefügt daß bezüglich dortiger Conflicte die richterlichen Mitglieder dem pfälzischen Cassationshof entnommen werden. Die weiteren Paragraphen, über welche die Debatte nichts besonderes bot, bestimmen worin und wie Competenzconflicte von Gerichten und gegen Gerichte, falls diese noch nicht rechtskräftig erkannt haben, durch die vorgesetzten Stellen, und zwar auch auf Antrag des Staatsanwaltes, eingeleitet werden. Diese Einleitung hat Sistiren des Verfahrens in der Hauptsache bei Vermeidung der Nichtigkeit zur Folge. Die Entscheidung des Conflicts erfolgt in öffentlicher Sitzung und nach mündlichem Vortrag; der Staatsanwalt stellt und begründet seinen Antrag. Die Entscheidung wird im Regierungsblatt veröffentlicht. Wenn die Zuständigkeit von Behörden verschiedenen Ressorts abgelehnt wurde (verneinender Competenzconflict), entscheidet der Gerichtshof nach Anregung durch die Parteien. Der zweite Abschnitt behandelt die Competenzconflicte zwischen diesrheinischen Gerichten unter sich und schließt sich im allgemeinen den bisherigen Anordnungen mit Rücksicht auf den neuen Proceß an. Eine Abänderung des Entwurfes wird dahin beschlossen daß in Strafsachen auch in diesem Stadium schon die Oeffentlichkeit eintreten solle. (Eine offenbar unzweckmäßige Anordnung, da hier der objective Thatbestand, sohin auch Anhaltspunkte für den subjectiven an die Oeffentlichkeit gebracht werden können,

während die Voruntersuchung selbst gehemmt ist. Die erst später berufene Anklagekammer beschließt dann in geheimer Sitzung!) Der dritte Abschnitt über Conflicte zwischen Gerichten dieß- und jenseits des Rheins gibt deren Entscheidung einem Senat von sechs Mitgliedern des Gerichtshofs, darunter drei des pfälzischen Cassationshofes, anheim. Gegen die erwähnten Entscheidungen findet kein Rechtsmittel statt.

m **München.** Der Eisenbahn-Ingenieur Dr. Hellrung in Duderstadt (Königreich Hannover), welcher schon längst die Verbindung der Nordsee mit dem adriatischen Meer mittelst Anknüpfung der hannoverischen an die bayerische Nordbahn angeregt hatte, hat von dem hier zur Ausführung kommenden Projecte einer Eisenbahn nach Salzburg mit einer in Aussicht stehenden Zweigbahn über Kufstein nach Verona Veranlassung genommen hieher zu schreiben und seinen wärmsten Beifall wie seine ganze Theilnahme für dieß Unternehmen auszudrücken. Derselbe glaubt daß die demnächst zusammentretende allgemeine Ständeversammlung in Hannover gewiß alles aufbieten werde um durch eine mit verhältnißmäßig sehr geringen Kosten herzustellende hannoverische Südbahn bis an den Harz durch die Thüringischen Fürstenthümer nach Gotha sich an die bayerische Nordbahn über Coburg und Lichtenfels anzuschließen, und hiemit für die hannoverischen Küstenländer, wie für die drei freien Städte, die alte Hansa-Reichsstraße durch Bayern wieder zu eröffnen, sie auf eine Entfernung von 40 Stunden zu reduciren und so den Weltverkehr aus der Levante, Aegypten u. s. w. theils über Bruck und Triest, theils über Venedig wieder zu beleben und beschleunigen. Es kann keine Frage seyn daß dieser Linie nach ihrer Vollendung eine auch in Tirol wohl begriffene glänzende Zukunft bevorsteht, und sie hat jedenfalls eine weit höhere Bedeutung für den Norden als die Richtung von Hannover nach Frankfurt und der Schweiz, wie die einfachste Betrachtung der beiden südlichen Endpunkte nachweist.

|| **München,** 11 Oct. Wie ich aus guter Quelle vernehme, befindet sich unter dem jüngsten Einlaufe der Abgeordnetenkammer ein Schreiben des Justizministeriums, worin dieser Kammer das Ansinnen gestellt wird in die Verhaftung des Abg. Schüler aus der Pfalz, der erst jüngst sein baldiges Eintreffen anzeigte, zu willigen. Ursache der Untersuchung und Verhaftung Schülers soll aber nicht dessen Theilnahme an dem Stuttgarter Parlament seyn, sondern ein Aufruf des Clubs vom Donnersberg zur Zeit der beginnenden Pfälzer Erhebung. Schüler war Mitglied dieses Clubs, und sein Name figurirte unter dem damals vielbesprochenen Actenstück, dessen Veröffentlichung auch mehrfache Preßuntersuchungen veranlaßte. Indessen dürfte dieß dasselbe Actenstück seyn, bezüglich dessen später einige Mitglieder der Frankfurter äußersten Linken erklärten daß die Unterschriften der übrigen ohne deren Wissen beigesetzt worden seyen.

Der Vortrag des Staatsministers der Finanzen über das neue Anlehen besagt: „Die durch die Zeitereignisse gebotene Mobilmachung des bayerischen Heers und die mit dessen Unterhaltung in der erforderlichen Stärke unzertrennlich verknüpften außerordentlichen Ausgaben und vermehrten Kosten haben bereits auf dem Landtag des J. 1848 die Nothwendigkeit auferlegt behufs der Bestreitung dieser außergewöhnlichen Ausgaben durch das Gesetz vom 12 Mai 1848 auch außerordentliche Geldaushülfe zu eröffnen, und es sind demzufolge von der in diesem Gesetze bewilligten Anlehenssumme von 7,000,000 fl. (nach Abzug und Hinwegrechnung der für die Ludwigs-Eisenbahn in der Pfalz und zu Unterstützungen der inländischen Industrie 2c. ausgesetzten Beträge von 600,000 fl. und 1,000,000 fl.) mit Berücksichtigung der zur Zeit noch nicht vollends bekannten Anlehenskosten ungefähr 5,000,000 fl. zu obigen Zwecken für das Militär bestimmt und resp. verfügbar geblieben. Diese Summe ist inzwischen vollständig realisirt und ihrer Bestimmung gemäß auf die außerordentlichen Zuschüsse, welche die Erfüllung der mehr bezeichneten militärischen Zwecke im Verlaufe des Jahres 1847/48 und in der ersten Hälfte des gegenwärtigen Etatsjahres 1848/49 erheischten, verwendet worden, so daß sie von den solchfallsigen Anweisungen bis zum Schlusse des Monats März 1849 aufgezehrt war. Eine Reduction des Heeres und resp. Verminderung der bayerischen Truppenmacht erschien aber damals unter den gegebenen Verhältnissen ebensowenig als seither bis zum jetzigen Momente als thunlich und ausführbar. Die dadurch fortdauernden vermehrten Ausgaben der Kriegscassa und unvermeidlichen Zahlungsleistungen für die über den sonst gewöhnlichen Präsenzstand aufgestellten Truppen, wozu zunächst auch die für das schleswig'sche Corps gehörten, konnten jedoch ohne die Fortsetzung der außerordentlichen Zuschüsse nicht bestritten werden, weßhalb die Nothwendigkeit für die Herbeischaffung der vom Monat April l. J. an und sofort weiter erforderlichen Mittel auf verfassungsmäßigem Wege Sorge zu tragen den betheiligten k. Staatsministerien schon damals keineswegs entging. Allein die wirkliche Einbringung des zu diesem Behuf während der vom 7 März bis 15 Mai l. J. andauernden Vertagung der Kammern vorbereiteten Gesetzentwurfs wurde durch die unterm 11 Jun. 1849 eingetretene Auflösung des Landtags vereitelt. Bei dieser Sache blieb nichts anders übrig als alle Hülfsquellen welche die Einnahmen des laufenden Dienstes und das verwendbare Vermögen der Staatscassenbestände zur Benützung darboten, auf das sorgfältigste zu Rath zu ziehen, und es ist hiedurch und mittels eines durch zeitweilige Hinterlegung der zu den Beständen und dem Verlagscapital der Centralstaatscasse gehörigen Effecten und resp. Obligationen abgeschlossenen Leih- und resp. Depotgeschäftes mit der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank zum Betrag von 1,543,000 fl. bis hieher gelungen den gesteigerten Anforderungen an die Staatscasse, ohne zu strenge Belastung der Abgaben- und Zahlungspflichtigen, denen bei gesunkenem Credit besonders in Bezug auf die ausständigen bedeutenden Holzgelder, nothwendig Schonung und Nachsicht gegeben werden mußte, gewachsen zu bleiben, so daß neben der vorschußweisen Befriedigung des außerordentlichen Aufwandes auf das Heerwesen, wofür die vom Monat April bis zu Ende Augusts l. J. bei der Centralstaatscasse erfolgten Zuschußanweisungen und resp. Zahlungen an die k. Hauptkriegscasse die Summe von 2,500,000 fl. beziffern und neben namhaften Vorauszahlungen an denjenigen unaufschieblichen Leistungen und Ausgaben, wofür die Deckungsmittel in dem eingangserwähnten auf dem letzten Landtag unerledigt gelassenen Gesetzentwurf über Erhebung von Steuerpflichtigen 2c. flüssig gemacht werden sollten, dennoch jede Stockung der Zahlungen auch in den übrigen Zweigen des Staatshaushaltes fern gehalten werden konnte. Nunmehr aber ist die Herbeischaffung der Deckungsmittel für den außerordentlichen Militäraufwand und resp. Bedarf in den Monaten April bis September l. J. und zugleich für die in dem mehrgedachten Gesetzentwurf vom 24 Febr. 1849 aufgezählten Kostenbeträge dringend geboten. Nach der zu diesem Behufe bei dem k. Kriegsministerium aufgestellten Berechnung der beiläufigen Kosten, welche sich in Folge der Vermehrung und größeren Aufstellung der Armee mit ihren Attributen gegen den frühern Stand beziffern und als außerordentliche Ausgaben über das Budget herausstellen, beträgt ausschließlich der Eisenbahntransportkosten für das in Schleswig gestandene Corps mit etwa 140,000 fl. das Postulat für einen Monat durchschnittlich 800,000 fl., sonach mit Einschluß obiger Transportkostenforderung für die sechs Monate April bis September 1849 in runder Zahl 4,940,000 fl." . . .

Württemberg. **Stuttgart.** Ein Schreiben aus London sagt, aus Anlaß eines neulichen Musikfestes in Liverpool: „Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit noch die Musikfreunde in Deutschland auf die neuesten Leistungen unseres berühmten Landsmanns Capellmeister Benedict aufmerksam zu machen. Seine Festouvertüre in D dur für das neulich unter seiner Leitung abgehaltene „musical meeting" in Liverpool eigens componirt, hat den einstimmigen Beifall der Kenner wie des großen Publicums eingeerntet. Es ist dieselbe eine ebenso glänzende als lebendige Composition, voll neuer interessanter Melodien und trefflich verstandener Instrumentation. Obgleich in einzelnen Partien tief gedacht, entwickelt sich doch alles klar, und die Orchester-Effecte sind mit einer Sicherheit gehandhabt die an die größten Meister deutscher Musik erinnert. Auch über die Kraft und Präcision der Leitung war in den englischen Blättern nur eine Stimme des Lobes."

Gr. Baden. **Freiburg,** 7 Oct. Von dem hiesigen Prof. Buß wird eine neue Zeitung herausgegeben. Die Probenummer ist bereits erschienen. Das Blatt heißt: „Katholischer Vereinsbote für das deutsche Reich", und wird das Organ der Pius- und Bartholomäusvereine seyn. In politischer Hinsicht wird dasselbe natürlich in großdeutschem, österreichischem, etwas absolutistischem Sinne wirken. Sein Hauptaugenmerk wird es jedoch auf den Zustand der Kirche lenken; und zwar wird es dahin streben daß dieselbe völlig selbständig und unabhängig sey. Daß dann auch der Protestantismus sich wieder regen würde, liegt auf der Hand; und so käme denn der alte religiöse Zwiespalt wieder, der glücklicherweise so viele Jahre schlummerte. Man könnte Buß mit Struve vergleichen. Denn auch er ist geeignet gerade das zu Grunde zu richten dem er seine Kräfte weiht. Beide haben auch ganz dieselbe geistige Organisation, d. h. dieselbe täuschende Lebhaftigkeit der Einbildungskraft, dieselbe Einseitigkeit, aber auch gerade deßwegen dieselbe Energie. Ebenso hat „der Präsident der verfassunggebenden Versammlung der katholischen Vereine Deutschlands" ganz dieselbe Entwickelung durchgemacht, nur in entgegengesetzter Richtung wie der eventuelle „Präsident der deutschen Republik." (Schw. M.)

K. Sachsen. **Leipzig,** 1 Oct. Vorgestern erfolgte unter den entsprechenden Feierlichkeiten die Legung des Schlußsteins zu dem untern Hauptbogen der Göltzschthal-Ueberbrückung. Dieser Act schließt gewissermaßen die erste Hälfte dieses großen Baues ab. Von den vier über einander stehenden Bogenreihen aus denen derselbe besteht, ist die unterste vollständig, die nächste größtentheils fertig, und letztere wird voraussichtlich noch vor Eintritt der strengeren Jahreszeit beendigt. Der große Mittelbogen, der am 29 Sept. geschlossen ward, geht in einer Wölbungsstärke von zwei Ellen und in einer Breite von 40 Ellen des Durchmessers durch beide untere Stockwerke hindurch. Zu den obern Stockwerken ist auf dem Bergabhange bereits der Anfang gemacht und das Gerüst übersteigt schon durchweg die Mitte der dereinstigen Gesammthöhe des Baues. Die freilich nur halb so lange aber nahebei gleich hohe Elsterthal-Ueberbrückung ist um ein we-

niges weiter vorgeschritten; hier wurden die untern Bogen schon vor einigen Wochen geschlossen, und man schreitet zu der obern der beiden Bogenreihen aus denen dieses Bauwerk bestehen wird. (Leipz. Ztg.)

Aus Thüringen vom 4 Oct. Die eben verstorbenen weimar'schen Oberbehörden sind nach drei Tagen wieder unter den Lebenden erschienen: es prangen nämlich die Mitglieder derselben, da man ihnen doch ihre Besoldung lassen mußte, auf der jetzt veröffentlichten Personalliste unseres Ministeriums als vortragende, technische, außerordentliche Räthe u. dgl., und zwar so daß sie fast ganz die frühere Stellung einnehmen, indem kaum mehr als die Namen gewechselt sind. Was z. B. früher die Landesdirection geheißen, wird jetzt die dritte Abtheilung des ersten Ministerialdepartements genannt und hat dieselbe Stellung zu dem Gesammtministerium wie einstmalen die Landesdirection zu dem ihr vorgesetzten Staatsministerium, so daß im Grunde (und abgesehen von dem um etwas erleichterten Geschäftsgang) alles beim Alten geblieben ist. Nur hat das Ministerium eine großstaatliche Physiognomie bekommen, indem es außer den drei Departementchefs noch 26 Mitglieder zählt. Von jenen sind dem Staatsrath v. Wydenbrugk die Justiz und der Cultus, dem Staatsrath Thon das Finanzfach und dem Minister v. Watzdorf die übrigen Geschäftszweige nebst dem Vorsitz im Gesammtministerium zugetheilt. (Sächs. Bl.)

Hansestädte. Bremen, 5 Oct. Die Wahl des neuen Senators, die erste welche nach der Reform unserer Verfassung vorzunehmen war, ist, wie sich das nicht anders voraussehen ließ, im Sinn der demokratischen Majorität der gegenwärtigen Bürgerschaft ausgefallen. Es ist nämlich der hiesige Lehrer Hr. Chr. Fr. Feldmann, der bisherige Präsident der Bürgerschaft, heute zum Senator erwählt worden. „Wenn man bedenkt," so lautet ein Schreiben aus Bremen, „daß bisher niemand in Bremen Senator werden konnte der nicht Senatorsblut in den Adern hatte, indem dieses die einzige Forderung zur Amtsbefähigung ausmachte; wenn man ferner bedenkt daß in Altbremen eine Senatorstelle das Endziel menschlichen Strebens ist, die kühnsten Hoffnungen der Mutterherzen für ihre Söhne sich nicht darüber erheben, so kann man sich eine Vorstellung von dem Entsetzen machen das jetzt unter den alten Senatoren und noch mehr unter den alten Senatorinnen über den Sohn eines Nobody herrscht, der ihnen jetzt von der demokratischen Bürgerschaft gegen alles Herkommen aber mit allem Recht octroyirt wird. Hr. Feldmann ist übrigens nicht allein ein durchaus achtbarer Mann, sondern auch viel begabter als eine Reihe Senatoren, deren Namen zu nennen wir Ihnen ersparen wollen."

Preußen. Der Pr. Staatsanz. enthält aus Berlin, 8 Oct., eine Erklärung welche die „Pflicht erfüllt es öffentlich auszusprechen wie vollständig die Erwartungen welche die königl. Regierung in Betreff einer Genugthuung für die Ehre der königl. Truppen nach den in der Nacht vom 13/14 Aug. in Hamburg gegen sie begangenen Excessen hegen mußte, befriedigt sind." Es wird anerkannt daß der ehrenw. Kern der Bürgerschaft sowohl als der Senat ihre Gesinnung auf eine Weise bethätigt haben welche der altbefreundeten Nachbarstadt höchlich zur Ehre gereicht. Die Purificirung und Umgestaltung der Hamburgischen Bürgerwehr, von der sich viele in jener Nacht als Aufreizer und Leiter betheiligt hatten, war eine unerläßliche Forderung der k. Regierung. Deßgleichen die Maßregeln welche der Senat für nöthig erachtet hat „um die freie Presse und das Vereinsrecht, ohne sie zu unterdrücken, doch in denjenigen Gränzen zu halten welche nicht überschritten werden dürfen wenn nicht die Sicherheit des Staats nach innen und außen gefährdet werden soll." Wenn auch jetzt noch eine „geringe Anzahl" k. Truppen in Hamburg bleibt, so geschieht es nur aus militärischen Rücksichten auf die Nothwendigkeit der Verbindung mit den in den Herzogthümern befindlichen Streitkräften. Beigefügt ist ein von dem Bevollmächtigten bei dem deutschen Verwaltungsrath, Hrn. Syndicus Banks, überreichtes Schreiben des Senats: „Sr. Maj. Friedrich Wilhelm IV, König von Preußen ꝛc. Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, allergnädigster König und Herr! Die vielfachen Beweise königlicher Huld welche unser Staat von Ew. Maj. bisher zu empfangen das Glück gehabt hat, machen es uns zu einer ganz besonderen Pflicht Ew. Maj. den tiefen Schmerz ehrerbietigst auszusprechen von dem wir über die unwürdigen Excesse erfüllt sind welche am 13 des vorigen Monats gegen einen Theil der in die Heimath zurückkehrenden k. Truppen in unserer Stadt begangen wurden. Die gerechte Entrüstung welche mit uns die ganze rechtliche Bevölkerung Hamburgs über diese Frevel einer aufgereizten Menge empfindet, mußte noch um so mehr gesteigert werden als die unter der größten Aufregung bewahrte Mäßigung und besonnene Haltung der k. Truppen allein unsere Stadt vor unabsehbarem Unglück bewahrt hat. Möge es uns vergönnt seyn zu hoffen daß Ew. Maj. diese Verletzung der heiligsten Rechte der Bundesfreundschaft durch einzelne Frevler nicht unserem ganzen Staat zum Vorwurf anrechnen, und uns nicht das allerhöchste Wohlwollen entziehen werde welches uns in den Tagen des Brandunglücks ein leuchtender Stern geworden ist, und uns und alle unsere Mitbürger für immer zu unvergeßlicher Dankespflicht, sowie zu den Gefühlen der tiefsten Ehrerbietung verbindet, mit welchen wir verharren Ew. k. Maj. allergehorsamste der Senat der freien und Hansestadt Hamburg. (gez.) H. Kellinghusen, Dr., präsidirender Bürgermeister. (gez.) Ed. Schlüter, Dr., Secretarius. Hamburg, den 11 Sept. 1849."

∸ **Berlin**, 8 Oct. Heute ist nur ein Gegenstand des Gesprächs in Berlin, die geforderte und angenommene Entlassung des Oberpräsidenten v. Patow. Die Aengstlichen hatten an manche Folgen gedacht die dem Brandenburger Domfest entspringen könnten; diese lag außer dem Bereich der Vermuthungen. Der Hergang selbst wird verschieden erzählt. Daß Hr. v. Patow nicht zur Tafel gebeten oder geflissentlich zurückgesetzt worden, ist unwahrscheinlich, es stimmt in keiner Art zu einem Charakter der zwar Aufwallungen unterliegt, aber unfähig ist kleinliche Kränkungen gegen Persönlichkeiten vorzubereiten deren Wesen und Auftreten seine Mißbilligung erregt. Wahrscheinlicher ist die andere Version, daß das Zusammentreffen in Brandenburg ein zufälliges gewesen, und in der Lebendigkeit des Augenblicks die rügenden Worte entschlüpft sind, in deren Folge der Oberpräsident sofort um seine Entlassung gebeten. Hierauf erfolgte noch nichts, wahrscheinlich ward die Bitte überhört. Hr. v. Patow kam darauf schriftlich ein, und heute ist nicht allein die Entlassung angenommen, sondern es wird auch schon ein Nachfolger genannt. Da die Sache ohne Zweifel zu Ungunsten Preußens in jeder Art ausgebeutet werden wird, wäre es wohl zu wünschen daß die Worte welche den hohen Beamten zu dem Entschluß bewogen, genau bekannt würden, denn auch hierüber gibt es zwei Versionen. Nach der einen hätten sie gelautet: „Es hat jeder Deputirte das Recht seine freie Meinung zu sagen und zu stimmen wie er will, aber von meinen Dienern erwarte ich daß sie mit meinen Ministern, und nicht gegen sie stimmen." Nach der andern wäre dem Vordersatz der Nachsatz gefolgt: „aber von meinen Dienern erwarte ich daß sie nicht heute nein und morgen ja stimmen." Die erste Version wird mehr geglaubt. Es wird nicht an Stimmen fehlen die aus dem Vorfall den bündigsten Beweis ziehen werden wie weit ab unser Staatswesen von einem wahren Constitutionalismus stehe, wie dieser unmöglich sey, solange die geheiligte Person des Monarchen in die Debatten und Controversen sich ziehen lasse oder selbst dahin hinabsteige, des Schweifs von absolutistischen Bezichtigungen nicht zu gedenken. Die doctrinär Constitutionellen werden zugeben daß ein constitutioneller Monarch einen Staatsdiener entlassen könne, wenn er als Kammermitglied gegen das Ministerium votirt, aber er dürfe ihm deßhalb nicht einen Vorwurf machen, weil dieser das Individuum in seiner Eigenschaft als Volksvertreter treffe, wo er eben auf keinen andern Vorwurf zu achten hat als den seines Gewissens oder höchstens eines Mißtrauensvotums. Wir läugnen nicht daß wir noch auf einer frühen Entwicklungsstufe des constitutionellen Lebens stehen, und daß dagegen noch viel traditionelles, naturwüchsiges und personelles ankämpft, auch noch lange ankämpfen wird, wie das eben in jeder Natur liegt, eines Staates wie eines einzelnen Menschen, wenn beide noch Lebenskraft in sich spüren; aber wir können in dem Vorfall weder etwas schreckhaftes für den Augenblick, noch etwas gefährliches für die Zukunft erblicken. Wer die Verhältnisse, die Naturen wie sie sind ins Auge faßt, und ihre weit in die Vergangenheit reichenden Wurzeln, wird in der Begebenheit eben nichts finden als von dem er sich gestehen muß, er hätte es erwarten können. Würde man es einer minder hochgestellten Person verargt haben, wenn sie im Zelotismus für den Thron jene Worte zu einem Beamten gesprochen hätte? Trotz aller Insinuationen welche die Kreuzzeitung seit einer Reihe von Monaten gegen Hrn. v. Patow vorbringt, und der unverkennbaren Manöver welche die Coterien in Potsdam gegen ihn spielen lassen, würde der König doch schwer dazu zu bestimmen gewesen seyn einem so hochgestellten Staatsdiener um deßhalb den Abschied zu geben weil er einigemal anderer Meinung gewesen als seine Minister. Trotz des vorliegenden Disciplinargesetzes ist die preußische Tradition doch noch mächtig genug daß ein Beamter seine eigenen Meinungen haben darf. In diesem Fall übte also die hohe Person das mildere Recht daß sie als Mensch zum Menschen ihre Rüge aussprach. Auf den Leisten des Constitutionalismus gelegt paßt das freilich nicht, aber es müßte schlimm um eine Constitution stehen, wenn sie schon durch das Impromptu einer warmblütigen Menschennatur erschüttert würde. Gefahr droht nur dann wenn die andern Menschennaturen so schwach wären daß sie sich dadurch in ihrer Ueberzeugung einschüchtern ließen. Wenn das wäre, so fragte sich wieder ob denn für eine solche Nation eine Constitution überhaupt tauge, was man doch von der preußischen nicht sagen wird, und wenn unsere Geschichte nicht andere Beispiele von freisinnigen und selbständigen Beamten aufzählte, so sähen wir an Hrn. v. Patow's Benehmen daß er die Pflicht und Aufgabe eines solchen begriffen hat. Daß die Rechte in unserer Kammer, daß auch die Minister über das Factum betroffen sind, daß man selbst höher hinaus vielleicht bald zum Wunsche kommt es möchte nicht geschehen seyn, begreift sich; aber ein Factum bleibt ein Factum. Dann bleibt es nur Aufgabe

der Wohlgesinnten die möglichst guten Folgen daraus zu ziehen. Eine Interpellation in der Kammer, von der man spricht, würde übel ärger machen, das Ministerium in eine schiefe Stellung bringen und es nöthigen Principien aufzustellen welche die Constitution beeinträchtigen könnten, wohingegen es jetzt eben nichts ist als eine einzelne Thatsache, über die man als fait accompli leicht hinweggehen kann. Einen gehässigen Schein hat sie eben nur weil die Partei deren Symbol und Organ die Kreuzzeitung ist, schon seit länger gegen Hrn. v. Patow das Feuer angeschürt hat, es also den Anschein haben könnte als wäre sein Sturz eine voraus abgekartete Sache, bei welcher alsdann der hohen Person, die jedenfalls aus dem Spiel gelassen bleiben müßte, sowohl aus royalistischem als aus constitutionellem Respect, eine üble Rolle zugetheilt wäre. Daß dem nicht so ist, weiß hier ein jeder. Die Kreuzzeitung scheut sich indeß nicht, auf die Gefahr einer solchen Auslegung hin, über den Ausgang zu triumphiren, der nur ihrer eigenen Partei selbst verderblich werden kann. Die Person des Hrn. v. Patow bleibe hier ganz aus dem Spiel. Die Demokraten lächeln ihn als einen Märtyrer liberaler Gesinnung büßen zu sehen; seine Buße ist leicht, sein Ruf hat dadurch nur gewonnen. Aber die Folgen die wir zu fürchten oder zu hoffen haben, werden sich erst bei den nächstfolgenden Wahlen kundgeben. Wenn bis dahin kein einleitender Schritt geschieht, werden voraussichtlich wenig oder keine Beamte mehr in die Kammern gewählt werden. Wie soll man von Wahlmännern erwarten daß sie die zu Volksvertretern ernennen von denen gefordert wird daß sie nur mit der Regierung stimmen, die Wahlmänner müßten denn selbst von vornherein ihre Ansicht derjenigen der Regierung unterwerfen. Was aber bei den letzten Wahlen, wo es nichts galt als die Demokratie vom Kampfplatz fortdrängen, gegolten, wird nicht immer gelten. Wenn wir den Fall also von der schlimmen Seite auffassen, führt er doch unmittelbar zur guten Folge, zur Erweckung und Stärkung des constitutionellen Bewußtseyns.

² **Berlin**, 8 Oct. Heute wurde in der ersten Kammer ein Schreiben des Grafen Bülow verlesen, welcher anzeigt daß er zum Gesandten in Hannover ernannt sey. Er erhält Urlaub auf vier Wochen, und die Wahlprüfungscommission wird untersuchen ob diese Ernennung als eine Beförderung im Staatsdienst anzusehen sey! Die Kammer fährt in der Berathung des Art. 21 der Verfassung fort. Dieser soll nach dem Ausschuß lauten: „Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschule an. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften." Der Abg. Brüggemann ist für Streichung dieses wie der nächstfolgenden Artikel und Verweisung derselben in das Unterrichtsgesetz, eventuell stellt er das Amendement statt des Art. 21 zu setzen: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschule sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den Religionsunterricht und die religiös-kirchliche Erziehung der Jugend in der öffentlichen Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften, welchen daher auch eine Mitaufsicht über diese Schulen zusteht." Der Antragsteller sagt: „Man hat Sie aufgefordert die Paragraphen anzunehmen aus Rücksicht für die Lehrer: ich bitte Sie mein Amendement anzunehmen zur Beruhigung der Familien. Die Schule ist nichts weiter als die in einer Richtung ins Leben hinaustretende Familie; der Lehrer ist gleichsam der gemeinsame Vater der ihm zur Erziehung anvertrauten Kinder. Die religiöse Erziehung in der Familie muß daher in der Schule fortgesetzt werden. Wollte man in dieser den Unterricht von der Erziehung trennen, so hieße das so viel als die Kräfte des Geistes zerlegen. Alles dieß spricht für confessionelle Schulen. Nehmen Sie die Artikel wie sie dastehen an, so greifen Sie in die Rechte der Eltern ein und heben die Freiheit des Unterrichts auf. Leges sine moribus vanae — ihre Bestrebungen die Schule von der Kirche zu trennen würden auch erfolglos seyn. Die Kirche würde keinem Geistlichen gestatten an confessionslosen Schulen Religionsunterricht zu ertheilen! Geben Sie den Eltern was den Eltern, der Kirche was der Kirche zukommt. Dem Staate muß die Aufsicht, der Kirche die Mitwirkung bei der Volksschule verbleiben!" (Beifall.) Auch Stahl und Gerlach sprechen für die confessionelle Schule und gegen den allgemeinen Religionsunterricht. Gerlach will den Artikel gestrichen wissen. Der Cultusminister ist gegen die Streichung, weil jede Zurücknahme des schon Zugesagten Unruhe errege, und weil die Rechte und Pflichten in dieser Beziehung festgestellt werden müßten. Was das Amendement betreffe, so kenne er die hohe Befähigung des Antragstellers aus eigener Erfahrung; er halte es aber für unnöthig die Berücksichtigung des confessionellen Unterschiedes ausdrücklich auszusprechen, ohne etwas dagegen zu haben. (Beifall.) Nach dem Unterrichtsgesetz werde die Gemeinde unter Mitwirkung des Schulvorstands drei Candidaten vorschlagen, unter welchen der Staat wähle. Bei der Abstimmung wird der erste Satz der ursprünglichen Fassung („die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschulen steht der Gemeinde zu"), der Commissionsantrag und der erste Satz des Brüggemann'schen Amendements angenommen. Der zweite Satz desselben wird mit 65 gegen 48 Stimmen verworfen. Der Art. 22 wird mit einem Amendement von Hansemann angenommen und lautet nun: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Fall des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staat aufgebracht. Die auf besondern Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Den Kindern unbemittelter Eltern wird der erforderliche Elementarunterricht unentgeltlich ertheilt." Der Abg. Kühne hatte die Verpflichtung des Staats zu kühn gefunden; der Cultusminister antwortete, er finde es noch viel kühner zu verlangen daß die Bildung des Volks zurückgehe oder stillstehe! (Beifall.) Die Artikel 23 und 24 werden in der Fassung des Ausschusses mit einem Amendement von Hansemann angenommen.

Die Berliner Nationalzeitung schreibt: „Da seit Aufhebung der Bordelle in Berlin die davon gehegten Erwartungen nicht bestätigt, und die Sittenlosigkeit nicht vermindert worden, sondern vielmehr gestiegen ist, so sind die Behörden gegenwärtig darauf bedacht die öffentlichen Häuser wiederum einzuführen. Dem Vernehmen nach soll das Ministerium seine Einwilligung hierzu ertheilt haben, und die ehemaligen Bordellwirthe bereits vor einigen Tagen auf dem Polizeipräsidium in dieser Angelegenheit vernommen worden seyn."

Aus **Berlin** wird der Mecklenburgischen Ztg. geschrieben: „Es konnte nicht ausbleiben daß die Mißverhältnisse in welche Preußen mit Bayern gekommen ist, allmählich anfangen auf den Gang der wirklichen Ereignisse einzuwirken, wie wir dieß z. B. in den wiederholten Auftritten in Frankfurt a. M. zwischen den Soldaten beider Länder gesehen haben. So ist hier jetzt ein Staatsministerialbeschluß gefaßt worden die Steuerquote, welche für Bayern mit dem 1 Oct. aus den Einnahmen des Zollvereins fällig wurde, ihm nicht auszuzahlen, sondern sie auf die Liquidation wegen der Unkosten Preußens für den pfälzischen Feldzug in Abrechnung zu bringen. Dieser Beschluß Preußens, so natürlich er ist, hat in München ein großes und unerwartetes Erstaunen hervorgebracht. (Ist die Angabe überhaupt wahr?) Wie nöthig es wäre endlich mit unseren großen politischen Fragen aufs reine zu kommen, um sich mit den wirklichen Volksinteressen nachhaltig beschäftigen zu können, zeigt unter anderm auch die Lage unseres Zollvereins. Schon im vergangenen Jahr wurde am 26 Oct. in Frankfurt beschlossen den bestehenden Tarif auf unbestimmte Zeit zu verlängern, zugleich aber wurde eine Conferenz auf den Jun. 1849 anberaumt. Er ist ohne sie vorübergegangen, denn Preußen mußte Rundschreiben ergehen lassen bei der jetzigen Lage Deutschlands die beschlossene Conferenz abermals zu vertagen. Wer nun berechnen kann wie wichtige Interessen dabei leiden, wie die bedeutendsten Fragen, z. B. die über die Baumwollengespinnste, unerledigt immer wieder hinausgeschoben werden müssen, der wird unser ganzes Bedauern theilen daß die unfruchtbaren politischen Streitigkeiten alle Kräfte des Volks in Anspruch nehmen, und es nicht an die Ordnung seiner materiellen Angelegenheiten kommen lassen, die doch am Ende allein Arbeit, Brod und Verdienst gewähren."

Gr. Mecklenburg. **Schwerin**, 6 Oct. Das officielle Wochenblatt veröffentlicht in seiner heutigen Nummer den zwischen den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover am 26 Mai d. J. abgeschlossenen Vertrag und zugleich folgende Bekanntmachung. „Friedrich Franz, von Gottes Gnaden Großherzog von Mecklenburg rc. Nachdem Wir, unter Zustimmung der Abgeordnetenversammlung, nunmehr für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin dem Vertrag beigetragen sind welcher zwischen den k. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover am 26 Mai d. J. zu Berlin zum Zweck der Erhaltung der äußern und innern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit der einzelnen deutschen Staaten abgeschlossen worden ist, wird solcher Vertrag hierneben öffentlich kundgemacht. Gegeben durch Unser geheimes Ministerium, Schwerin, 28 Sept. 1849. Friedrich Franz. L. v. Lützow."

Oesterreich. **Wien**, 7 Oct. In Folge des Sonntags herrscht heute zu Wien Ruhe in der journalistischen Welt; fast bloß die verschiedenen Provinzialblätter vom Schluß der letzten Woche liegen uns vor. Die Angelegenheiten der mehr oder weniger ihrer politischen Fortbildung nach selbständigen Theile erhalten auf diese Weise einen Tag der besondern Aufmerksamkeit, die ihnen an den übrigen Wochentagen im Hinblick auf die durch die Blätter der Hauptstadt fast allein getragene große Politik des Gesammtreiches nur spärlich nebenbei abfällt. Es ist allzu natürlich daß in einem einheitlichen Staate die öffentlichen Organe der Hauptstadt ebenso gut das gesammte journalistische Leben in sich zusammenfassen, als diese selbst, trotz der großen Centrifugalkraft der verschiedenen Nationalitäten wie in Oesterreich, am Ende doch alle Linien des Staats in ihren Knotenpunkt zusammenzieht. Und wir dürfen die Nothwendigkeit mit welcher die einzelnen Krystallmodelle sich schließlich einachsig formen, nicht wegen der dadurch vernichteten, vielleicht das Gemüth des Beobachters anziehenden Individualität der Bestandtheile beklagen. Nur so entsteht ein fester Kör-

per, nur so ist es möglich durch Jahrzehnte, ja durch Jahrhunderte hindurch eine constante auswärtige Politik zu verfolgen, und dem Einzelnen die Segnungen für seine Existenz zu Theil werden zu lassen, welche allein durch eine richtig gefaßte Position den andern Völkern gegenüber zu erlangen sind. Die „gothische Mannichfaltigkeit der Besonderheiten", von der man in Deutschland so gern spricht, und hinter welcher das höhere Beamtenthum der verschiedenen Provinzstaatchen deutschthümlich seine Stellungen wie Gehalte zu verschanzen sucht, ist für eine Politik die über den Agriculturstaat hinausgehen will, ein ebenso großer Unsinn als das rhetorische Bild, der gothische Baustyl, das bei derartigen particularistischen Bestrebungen stets in dem Gibeldreieck stehen muß, unrichtig aufgefaßt wird. Gerade der gothische Dom kennt in seinen Motiven am wenigsten die partielle Selbständigkeit, vom Boden an ordnet sich jede kleine Wölbung der höheren unter — aber was wissen unsre Beamten von Politik und von Baustyl! Sie brauchen dergleichen freilich auch nicht kennen zu lernen, aber das sollen sie endlich begreifen daß sie nicht den Staat ausmachen, sondern nur kleine Räderchen in dem großen Maschinenwerke abgeben, und in dieser Beziehung kann man dem österreichischen Ministerium nicht Strenge genug anrathen. Die constitutionelle Freiheit beruht nicht in der Unabhängigkeit, sie fordert die Abhängigkeit der Beamten. Das beweisen die absolutistischen Staaten im Vergleich zu England und Frankreich. Je mehr der Selbstregierung des producirenden Volkes Eingang verschafft werden soll, um so mehr muß der Staatsdiener das willenlose Werkzeug des Ministeriums werden, versteht sich nur in soweit als er die Livree trägt. Wer sich dazu nicht geeignet fühlt, der trete fortan nicht in den Staatsdienst, der Staat ist nicht das Euter an dem die halbgebildeten Classen sich nähren können. Das österreichische Ministerium hat freilich in dieser Beziehung nicht weniger herculische Arbeiten vor sich, wenn es die constitutionelle Freiheit zur Wahrheit machen will, als ein deutscher Reformator; wir wollen hoffen daß ihm dazu auch die herculische Kraft nicht fehle! — Die Südslavische Ztg. enthält aber in der eben berührten Richtung einen Leitartikel, welcher die Stellung Croatiens zum Gesammtstaat bespricht. Im Namen der Regierung soll der Ministerrath Lasser den croatischen Vertrauensmännern die Alternative gestellt haben: ob sie es vorziehen daß alle jene Angelegenheiten welche die octroyirte Reichsverfassung nicht speciell der Centralregierung zuweist, in den Bereich der croatischen Landesgewalt gezogen werden, oder aber ob sie bloß jene Angelegenheiten welche durch die Verfassung als Landesangelegenheiten bezeichnet sind, für Croatien in Anspruch nehmen. Der Artikel gesteht der Regierung zu daß sie dadurch die Provinzialrechte berücksichtigte, und die Erfüllung des §. 68 der Reichsverfassung, welcher die nationale Gesetzgebung über das bürgerliche Recht, die Gerichtsverfassung, das Strafrecht und das Gerichtsverfahren garantirt, anstrebte, was durch Annahme der ersten Proposition geschehen wäre. Aber die Vertrauensmänner entschieden sich sämmtlich, mit Ausnahme von Ivan Mazuranic, für die zweite Alternative, welche die Autonomie zufolge des Abschn. V §. 35 der Reichsverfassung auf das möglichste Minimum reducirt. — Anders ist die Haltung der Vertrauensmänner aus der serbischen Woiwodschaft, deren territoriale Bestimmung keinem Zweifel unterliegt. Die Regierung wünscht eine selbständige — d. i. mit Croatien in keiner Verbindung stehende — Vojvodina, welcher sie eine weit größere Ausdehnung geben will, damit Magyaren, Rumänen und Deutsche den Serben an Zahl, wenn nicht überlegen, doch wenigstens gleich seyen. Die meisten Vertrauensmänner sind gegen diesen Plan, während einige aus Furcht vor der croatischen Suprematie die Vojvodina von Croatien unabhängig gestellt sehen wollen. Jene welche eine Verschmelzung des gesammten österreichischen Südslaventhums verlangen, wollen diese Vereinigung in dieser Art realisiren daß jeweilig der Ban-Vojvoda einmal ein Croat römischer Kirche, der nächstfolgende aber ein Serbe griechischer Kirche seyn solle, welcher Turnus nach dem Tode jedes Ban-Vojvoda sich wiederholen würde. Ebenso müßte bei den obersten Administrations- und Justizstellen im Lande die Hälfte der Beamten Serben, die andere Hälfte Croaten seyn, was beiden Brudervölkern hinlängliche Garantien gewähren würde; was das Territorium der Vojvodschaft betrifft, sind sie für die ethnographischen (sprachlichen) Gränzen, weil durch Aufnahme anderer Völker in deren Gebiet der nationalen Regierung zu viel fremde Elemente aufgebürdet werden. Die nächste Zukunft wird über diese Frage entscheiden; es läßt sich gewiß nicht verkennen daß das Ministerium in den Eifersüchteleien der verschiedenen Stämme einen weitwirkenden Hebel für seine Centralisationsplane besitzt. Die Menschen die sich unter einander um ein Sachgut streiten, geben dasselbe leicht einem gewandten Dritten preis. Liest man nämlich unmittelbar nach dem hier in Kürze gezogenen Artikel der südslavischen Zeitung den Leader der Agramer Zeitung vom 6 Oct., so zeigen sich die Ansatzstellen für diesen Hebel in der größten Offenheit. Die nunmehrige Selbständigkeit von Ungarn ist der Punkt den das genannte Blatt bei der Besprechung der Reichsverfassung am meisten hervorhebt. Die Autonomie des Landes gilt ihm freilich auch sehr viel, allein es hält derselben die projectirte ökonomische Einigung des Gesammtstaats entgegen. „In Folge des früheren Verbandes mit Ungarn war Croatien ausgeschlossen von den Wohlthaten eines freien Handelsverkehrs mit den übrigen Provinzen Oesterreichs, oder wenigstens darin bedeutend beschränkt. Die Fabrication stand zur Urproduction in dem ungünstigsten Verhältnisse. Handel und Gewerbe konnten nie jenen wünschenswerthen Aufschwung nehmen zu welchem Croatien durch seine Lage und reiche Productivkraft berufen ist. Diesem allgemein gefühlten Bedürfniß wird durch §. 7 der Reichsverfassung vollkommen begegnet. Dieser Paragraph erklärt das ganze Reich für Ein Zoll- und Handelsgebiet und hebt alle Binnenzölle auf." Ein Politiker vom rechten Centrum der Paulskirche würde freilich dazu die Achseln zucken, wenn statt der Ideen solche Fäden das Gewebe des Staats schützen sollen. Daß an die Stelle einer vagen Begeisterung das stille staatsmännische Schaffen treten muß, daß die „brennenden ökonomischen Fragen" gegenwärtig gerade in Oesterreich durch ruhiges Aufbauen beantwortet werden müssen, davon hat man freilich nichts in dem blauen Himmel idealer Phrasenmacherei.

An Nachrichten von Thatsachen sind jetzt die Provinzialblätter äußerst arm. Die Agramer Ztg. berichtet vom 5 Oct. aus Agram: „Der leitende Ausschuß des Agramer Comitats hat heute die Magyarone Ivancic, Joh. Stivalic, Klincic und Th. Terstenjak verhaften und nach Ungarn abschieben lassen. Dieses energische Verfahren des Comitats erfreut sich der allgemeinen Anerkennung. Der Abendausgabe des Lloyd zufolge aber hat ungeachtet dieses Beschlusses der Banalstellvertreter v. Lentulaj nicht nur die Fortschickung dieser Individuen untersagt, sondern auch ihre sofortige Freilassung anbefohlen. Das erstere wurde befolgt, das letztere jedoch bis zur nächsten Sitzung des Comitatsausschusses verschoben.

Die Austria berichtet: „Eine wichtige Verfügung ist so eben von der kais. russischen Regierung erlassen worden. Dieselbe hat die am Pruth befindlich gewesene Quarantäne gegen die Moldau und die Walachei aufgehoben. Diese Verfügung wird insbesondere dem Donauhandel zu großem Vortheile gereichen, da jene Quarantäne einer raschen Handelsverbindung oft sehr hemmend im Wege stand.

Selbst der neueste Lloyd ruft nun um Gnade und Milde für Ungarn. „Der Circularbefehl des Kriegsministers an die verschiedenen Commandanten der zu reorganisirenden ungarischen Truppen ist ein Document welches eine allseitige Würdigung verdient. Die Strenge des militärischen Befehlshabers ist in demselben auf eine höchst glückliche Weise mit der Humanität des Philanthropen und der Klugheit des Staatsmannes verwoben. Graf Gyulai will die Soldaten welche in der Armee der Aufständischen gedient haben, zuvörderst als Verirrte die ihren Fehler eingesehen haben behandelt sehen, und damit die der Mannschaft von dem Monarchen ertheilte Amnestie eine Wahrheit werde, soll die Vergangenheit mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckt bleiben. Streng wird anbefohlen keinen dem Sieger nie wohlanstehenden Hohn gegen die Besiegten laut werden zu lassen, noch die beruhigten Gemüther durch übel angebrachten Vorwurf oder allgemeine Beschimpfungen wieder aufzuregen, und so die Gehässigkeit und den Parteigeist aufs neue zu entflammen, anstatt eine gänzliche Versöhnung und Vergessenheit allmählich anzubahnen.... Wir können uns jetzt dem beruhigenden Glauben überlassen daß dieselbe Milde welche der Kriegsminister beschlossen hat gegen die ungarischen Soldaten walten zu lassen, auch in Bezug auf das gesammte ungarische Volk eintreten wird. Es ist nicht das Militär allein dem es wohl thun wird die letzte Vergangenheit mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckt zu sehen. Die ritterliche Schonung des Besiegten ist auch andern als dem Kriegsminister eine Pflicht. Jeder von uns muß dahin streben eine gänzliche Versöhnung anzubahnen um „die Gehässigkeit und den Parteigeist nicht aufs neue entflammen zu lassen." Bei einem Aufstand, so allgemein wie der ungarische, ist es nicht möglich alle Straffälligen zu bestrafen. Die Auswahl derjenigen welche wegen ihrer Vergehen vor die Richter gestellt werden sollen, muß durch eine feste Norm, nicht durch den Zufall bestimmt werden. Wenn hundert Menschen sich gleich strafbar gemacht haben, so ist es nicht recht 99 von ihnen zu begnadigen und den hundertsten zu verdammen. Weil die Gnade so allgemein geübt wurde, so muß sie noch allgemeiner geübt werden. Die Gerechtigkeit welche nur gegen den hundertsten wirksam gemacht wird, ist keine Gerechtigkeit mehr. Sie gilt uns als blinder Zufall den man nicht regieren lassen darf, oder als arge Grausamkeit welche ohne Billigkeit den einzelnen zum Opfer auserwählt. Man nennt es nicht Gnade mehr wenn von 50 gleich Schuldigen 49 der Strafe entlassen werden; man nennt es Härte daß man den einzelnen unter ihnen nicht gleichfalls verschont hat. Trotz der Gnade welche man in Ungarn hat walten lassen, ist die Classe der von ihr Ausgeschlossenen noch eine viel zu große als daß irgendein Verständiger selbst die physische Möglichkeit zugibt allen derselben den

Proceß zu machen. Das Damoklesschwert schwebt über zu vielen Häuptern. Es ist nicht die Humanität allein, es ist auch die Staatsklugheit welche verlangt daß ein weit engerer Kreis als der bisher gezogene gezeichnet werde, in welchem Frieden und Sicherheit nicht wohnen sollen. Die erschütternde Kunde gelangt soeben zu uns daß mehrere der Führer des Aufruhrs ihre Vergehen mit dem Leben gebüßt haben — erschütternd auch dann wenn wir die Gerechtigkeit des Urtheilsspruchs nicht in Zweifel ziehen können. Es sind nur noch wenige Männer am Leben welche gleich strafbar wie die Gerichteten sind. Wenn der Gerechtigkeit noch nicht Einhalt gethan werden darf, so möge sie sich hinfort nur in jenem engen Kreise bewegen, dem die Hauptleiter des Aufstands angehören, aber über dessen Gränzen nicht hinausschreiten. Der Kriegsminister hat mit dem Erlaß seines Circularbefehls eine edle und staatsmännische That vollführt. Die unglücklichen Männer welche in Ungarn noch dem Spruch der Gerichte entgegenharren — sie auch haben ein Anrecht auf sein Mitgefühl, sie dürfen auch die Hoffnung auf sein mächtiges Fürwort nähren. Der Minister kann nicht das unglückliche Land vergessen dem sein Geschlecht entstammt, er, der einzige geborene Vertreter desselben im Rathe der Krone, hat ein besonderes Anrecht am Born der Gnade für sie das Wort zu führen — das Recht der Liebe zu dem engern Vaterlande. Wir kennen das Gewicht der Fürsprache eines solchen Mannes vor dem Throne und im Rathe seiner Collegen, eines Mannes der Oesterreich in einer stürmischen Zeit durch die seinem Charakter eigene Mischung von Kraft und Milde so unvergeßliche Dienste geleistet hat. Die Stimme des Grafen Gyulai kann nicht ihre Wirkung verfehlen. Wenn er es vermag durch das volle Maß der kaiserlichen Gnade den Frieden Ungarns vollends zu besiegeln, so wird es kein Herz in Oesterreich geben welches ihm nicht freudigen Dank zollen wird."

△ **Wien,** 9 Oct. Der Grundzug des Wiener Volkscharakters ist und bleibt jene seltene Gutmüthigkeit die den innigsten Antheil an dem Glück und dem Schmerz des Nebenmenschen nimmt. Graf Louis Batthyany wird von allen Classen der Bevölkerung außerordentlich beklagt. Man erinnert sich der Zeit als der männlich schöne ritterliche Magnat an den öffentlichen Orten, im Prater und im Burgtheater gern gesehen wurde und sich in seinem aristokratischen Glanze so gern zeigte. Die Theilnahme für ihn ist daher die edle Regung eines humanen Volkes; selbst wenn man sich gestehen muß daß die Anstifter des Bürgerkrieges eine ebenso harte Strafe verdienen als so viele Verführte, die ihre Fehler bereits mit dem Tode gebüßt haben. Graf Louis war ein edler, wenn auch schwacher und seine persönlichen und geistigen Vorzüge überschätzender Mann. Er starb, nach übereinstimmenden Berichten, mit männlicher Fassung. Es klingt zwar wunderbar daß man hier in Wien schon Nachrichten von den am 6 in Arad stattgefundenen Hinrichtungen Kunde haben konnte; indessen behauptet man daß Feldzeugmeister Haynau die sämmtlichen Todesurtheile hier unterzeichnet und die Hinrichtung für den 6 angeordnet habe. Eine Huldigungsdeputation von Mantua ist angekommen. Der Gemeinderath von Triest widerspricht in einer Zuschrift an die „Presse" dem Gerüchte als ob die Fedelissima, zur Zeit als Admiral Albini die Stadt bombardiren wollte, Couriere um Hülfe nach England und nach Frankfurt geschickt habe. Die schwarz-roth-goldene Fahne sey bloß auf Anordnung der Behörden aufgesteckt worden, während wir hier in Wien träumten daß Triest ebenfalls in deutscher Begeisterung erglühe! So sind wir armen Deutschen wieder um eine Hoffnung ärmer! Solange die deutsche Einheit den Schein der Wirklichkeit besaß, waren die schwarz-roth-goldenen Farben gar lieb und geehrt, während man sie jetzt über die Achsel anblickt, und doch werden deutsche Sprache und deutsche Sitte ihre Herrschaft über die weiten Gauen des Kaiserreiches ausdehnen und stets dessen edelsten Kitt bilden. Nur darin sehen wir Heil für die zahlreichen Stämme der Donau, nicht in der jämmerlichen Zersplitterung in kleine Sprachinseln. Hat Böhmen eine andere Wahl als dem Deutschthume sich immer enger anzuschließen? In Mähren hat das Slaventhum in den gebildetern Volksclassen wenig Anklang gefunden. Alle Agitationen der Slovanska Lipa scheiterten, weil hier die deutsche Sprache mächtig Wurzel gefaßt hat. — Die zweite Auflage von Karl Becks Gedicht an Franz Joseph ist vergriffen; es scheint daß diese herrliche Gabe unsers Dichters nach unten wirksamer als nach oben war.

⊙ **Wien,** 4 Oct. Die gute Zeit der Conferenzen nach altem Schnitt ist wieder für alle Zweige des deutschen Staatslebens gekommen. Man wird sich erinnern daß im Jahr 1847, am glorreichen Jahrestag der deutschen Befreiungsschlacht, ein Congreß zur Herstellung der deutschen Posteinheit in Dresden zusammengetreten ist. Nachdem sich dessen Verhandlungen mühsam bis zum Februar 1848 fortgeschleppt hatten, löste sich die Versammlung mit dem Beschlusse auf daß vorerst — nichts beschlossen sey, daß bloß ein — natürlich auf ächt deutsch im particularistischen Sinn viel verclausulirter — Meinungsaustausch stattgefunden habe, welcher als Grundlage späterer Verhandlungen für Gründung des deutschen Postvereins anzusehen sey. Wenn man dabei die Hoffnung aussprach bis zum Monat Julius diese Postvereins-Verhandlungen eröffnet zu sehen, so hatte man ohne den März gerechnet. Vom Monat der Errungenschaften an war in der That vom zweiten Congreß für die deutsche Posteinheit so lange keine Rede mehr als für Erringung der deutschen Staatseinheit überhaupt noch ein Hoffnungsschimmer glänzte. Jetzt aber zieht sich die Staatsmaschine wieder in dem alten gewohnten Geleise dahin, und so konnte es nicht fehlen daß auch das Post-Congreßproject wieder aufgetaucht ist. Wie mir aus guter Quelle mitgetheilt wird, hat unsere Regierung in der That den deutschen Regierungen die Einladung zur Beschickung des zweiten Postcongresses zugesandt.

Oesterreichische Monarchie.

: : **Pesth,** 7 Oct. Sie wissen aus meinem gestrigen zweiten Briefe daß sich Graf Ludwig Batthyany gestern Morgen vor dem Gang zur Hinrichtung mit einem Dolch eine Halsader aufriß, welche alsogleich unterbunden wurde. Die Hinrichtung wurde nach 6 Uhr Abends vollzogen. Das kriegsrechtliche Urtheil in der heutigen Pesther Zeitung, das ich hier als hochwichtiges Actenstück zum Abdruck beischließe, lautete: „Ludwig Graf Batthyany, aus Preßburg gebürtig, 40 Jahre alt, katholisch, verheirathet, theils geständig, theils rechtlich überwiesen in seiner frühern Eigenschaft als Premierminister Ungarns solche Beschlüsse gefaßt, vollzogen, oder deren Vollzug gestattet zu haben, durch welche das in den Märzgesetzen gewährte administrative Verhältniß Ungarns bei weitem überschritten, der durch die pragmatische Sanction festgestellte gesetzliche Verband zwischen Ungarn und den k. k. Erbstaaten gelockert und die bedrohlichsten Gefahren für gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung herbeigeführt wurden — sowie auch nach Resignation seiner Ministerstelle am 3 Oct. v. J. durch seinen Eintritt in die Insurgentenreihen — durch seinen öffentlichen Aufruf zum bewaffneten Widerstand und durch Wiedereintritt in den von Sr. Maj. aufgelösten Reichstag die Revolutionspartei gekräftigt und unterstützt zu haben — wurde wegen Hochverrath — bei Verfall seines sämmtlichen Vermögens zur Entschädigung des Staatsschatzes — zum Tode durch den Strang verurtheilt, und diese Sentenz nach erfolgter Bestätigung und Kundmachung heute in Vollzug gesetzt. Pesth, am 6 October 1849. Vom k. k. Kriegsgericht." Diese Sentenz wurde aber keineswegs durch den Strang vollzogen. Es war eine Abtheilung Jäger nach dem sogenannten Holzplatze hinter dem Neugebäude beordert worden. Reiterdetachements hielten den Platz abgesperrt, doch hatten sich viel weniger Zuschauer eingefunden als es sonst bei solchen Gelegenheiten der Fall zu seyn pflegt. Der Graf, so weit gestärkt daß er den Weg zum Hochgericht antreten konnte, schritt, von dem Abbé des Grafen Stephan Karolyi am Arm geführt, den Beistand des beigehenden Arztes auf der andern Seite ablehnend, aus der Stube, und wankte die Treppe des Neugebäudes herab. Er war (verzeihen Sie diese Detailschilderung, die gewiß für jeden Ungarn von Interesse seyn wird) schwarz gekleidet, mit weißer Weste und lackirten Stiefeln. Sein sonst so schöner rother Bart hing halb ergraut um sein blasses verkümmertes Antlitz. Ein lichtblaues Käppchen mit Silber gestickt bedeckte sein bekanntlich fast ganz kahles Haupt. An der Stätte angelangt wo die hiesigen Seiler zu arbeiten pflegen, also näher an der Mauer des Neugebäudes als am Morgen der Galgen aufgerichtet war, nahte sein letzter Augenblick. Es wurden ihm daselbst die Augen mit einem Battisttuch, das der erwähnte Abbé trug, verbunden, die Jäger marschirten vor und schossen, mit den Mündungen der Büchsen kaum eine Spanne von der Brust des Grafen entfernt, so daß der Unglückliche in demselben Moment ohne Lebenszeichen in seinem Blute lag. Seine letzten, deutlich vernehmbaren Worte vor den Schüssen lauteten: „Allez! Allez! Jäger!" Seine hiesigen Anhänger wollten behaupten, er sey mit dem Rufe „Eljen a haza" (es lebe das Vaterland) gestorben. (Auch der Lloyd enthält diese Angabe.)

Großbritannien.

Aus einer Notiz im Sun erhellt daß die große Kunst- und Industrie-Ausstellung in London, welche auf das Jahr 1851 vorbereitet wird, nicht vereinzelt dastehen, sondern periodisch alle fünf Jahre wiederkehren soll. Die Deputation welche im Auftrag des Prinzen Albert die bedeutendsten Fabrikstädte bereist um die Ansichten der vornehmsten Fabricanten über den Plan zu vernehmen, war zuletzt in Bristol, und fand daselbst wie überall den vollsten Anklang. Man berechnet die Kosten der nächsten Ausstellung auf 250,000 Pf. St., und glaubt daß ein eine englische Meile langes Gebäude zur Aufnahme aller Gegenstände nöthig seyn werde.

Hr. Daniel Callaghan, Unterhausmitglied für die Stadt Cork und ein gemäßigter Anhänger der Repeal, welcher er anfangs entgegengewesen, kein Redner, aber ein fleißiges und bei seiner Kenntniß der irischen Verhältnisse sehr nützliches Mitglied in den Ausschüssen, ist 64 Jahre

alt gestorben. Er war seit O'Connells Tod das älteste katholische Parlamentsglied, da er im Jahr 1829 gleich nach erfolgter Emancipation für Cork gewählt worden.

Die frühere Nachricht daß die Wahlen für das neue Versammlungshaus (assembly) in Jamaica der Regierung eine Majorität versprächen, ist durch die neue westindische Post nicht bestätigt. Der Examiner sagt: „Der Triumph der Land- (d. h. Pflanzer-) Partei im Assembly-Haus von Jamaica ist entschieden, und man erwartet ein gutes Ergebniß von den Ersparungen in der Verwaltung der Insel, auf welche sie dringen wird. Auf die Rede, womit der Statthalter die Session eröffnet, votirte das Haus eine Antwort welche klärlich zeigt daß sie entschlossen ist an derselben Politik festzuhalten welche den früheren Bruch herbeigeführt. Die der Regierung günstigen Mitglieder thaten ihr mögliches um eine mildere Adresse zu substituiren, welche die ordentlichen Revenüen der Colonie zu erhöhen versprach, aber ihr Amendement unterlag mit 24 gegen 14 Stimmen. In der neuen Assembly sitzen 1 Schwarzer, ein gewisser Hr. Price, und 8 Juden. Die Lords in England besorgen die Entchristlichung eines Parlaments das in seinem volklichen Zweig aus 655 Mitgliedern besteht; aber das Parlament einer englischen Colonie läßt 8 Juden zu in einem Hause von nur 47 Mitgliedern!" — In Brittisch-Westindien reist dermalen ein Israelite, Namens Cohen, der unter seinen Glaubensgenossen Geld sammelt zum Wiederaufbau des Salomonischen Tempels in Jerusalem. Indessen an der Stelle des alten steht bekanntlich eine von den Moslem sehr heilig geachtete Moschee.

Von derselben Mistreß Sabine (Gemahlin des Obersten Sabine), die unter Leitung ihres Gemahls die beste englische Uebersetzung von Humboldts Kosmos geliefert, ist jetzt auch eine neue Uebertragung der „Ansichten der Natur" erschienen, welche von den Londoner Litteraturblättern als ebenso treu, kräftig, leicht und fließend gerühmt wird. (London, bei Longman und Murray).

† **London,** 8 Oct. Gestern fand in der London Tavern wirklich eine ziemlich zahlreiche Versammlung gegen die Betheiligung englischer Capitalisten an der österreichischen Staatsanleihe statt; indessen waren die Standredner keine Capitalisten, sondern die wohlbekannten Herren: Cobden, Lord Dudley Stuart, Hr. Williams, und zwei anglicanische Geistliche Namens Pye Smith und John Barnet. Bemerkenswerth ist daß der Palmerston'sche Globe mit diesen Herren Chorus macht. — Abermals ist eine New-Yorker Post eingelaufen, die bis zum 25 Sept. reicht. Auch mit England ist das Washingtoner Cabinet in Zwist gerathen, und zwar, wie man vorausgesehen, wegen des Mosquito-Gebiets. (Morgen näheres.) Das Einströmen deutscher und irischer Auswanderer ist unermeßlich. In einem einzigen Monat landeten in New-York 8000 Deutsche.

Frankreich.

Paris, 8 Oct.

In Versailles sind alle Vorbereitungen für den großen Staatsproceß beendigt und schon die Kisten mit den Acten angekommen. Da die Huber'sche Sache die beiden ersten Sitzungen ausfüllen wird, wenn anders diese Zeit reicht, so wird der neue Proceß nicht vor dem 12 Oct. anfangen. Die Gefangenen sind noch in Paris, werden aber heute oder morgen nach Versailles gebracht werden. Sie haben die ihnen vom Präsidenten vorgeschlagenen Sachwalter auf den Rath eines von der Partei aufgestellten Vertheidigungsausschusses zurückgewiesen, dagegen durch die wiederholten und dringenden Vorstellungen Proudhons sich bewegen lassen auf die Erörterung der Frage der Verfassungsverletzung zu verzichten. Proudhon soll sie überzeugt haben daß ihnen dieses Vertheidigungsmittel nichts helfen, sondern nur eine Mißstimmung der Geschwornen gegen sie hervorbringen würde. Die Besatzung der Stadt ist nicht verstärkt worden, sie besteht aus 5 bis 6000 Mann Fußvolk, Reiterei und Artillerie. Während der Sitzungen des Staatsgerichtshofs wird General Changarnier das Commando führen. Für den eigentlichen Polizeidienst, der sich auf alle Straßen und Eisenbahnen in der Nähe erstreckt, sind die verschiedenen Gendarmeriebrigaden des Bezirks aufgestellt.

In der gesetzgebenden Versammlung hat die eigentliche Geschäftsverhandlung noch immer nicht angefangen, und die Zeit wird mit Propositionen ausgefüllt, deren Urheber in der Regel zufrieden seyn müssen wenn ihr legislatorisches Werk die Ehre der Besprechung erhält. Heute handelte sich's um Abänderung eines Artikels des Strafcodex, der die Bestrafung der Verletzung von Grabstätten betrifft, den der Antragsteller geschärft will, dann um eine Milderung des Seecodex, weiter um nähere Bestimmungen über die Präventivhaft, welche dahin gehen daß Bürger die in diesem Fall sind, nicht mit verurtheilten oder rückfälligen Verbrechern zusammen eingesperrt, überhaupt daß sie human behandelt und nicht unnöthig beschränkt werden sollen. Die beiden ersten Propositionen wurden nach dem Vorschlag der Commissionen alsbald verworfen, die letztere gab Anlaß zu einer längern Debatte, ohne ein anderes positives Resultat als daß die Behörde auf die hier lautgewordenen Beschwerden und Wünsche vielleicht einige Rücksicht nehmen wird. Im Anfang der Sitzung war von Hrn. v. Persigny eine Interpellation über die Absetzung öffentlicher Beamten angekündigt und nach dem Verlangen des Ministers des Innern dafür der Mittwoch anberaumt worden. Die beunruhigenden Gerüchte welche auf die Fonds gedrückt, sind wieder verschwunden. Die Octroyirung in Piemont hat sich nicht bestätigt. Den Neuigkeitskrämern der Börse, die es als eine förmliche Industrie betreiben die Speculanten mit Nachrichten und Gerüchten zu versehen, mit deren Glaubwürdigkeit sie es nicht zu genau nehmen, hat der Polizeipräfect bedeutet daß wenn sie ihr schmähliches Gewerbe nicht aufgäben sie aus der Stadt müßten. Diese Art Industrieller sollen meistens fremde Flüchtlinge seyn. Wer wird aber die Presse vor falschen Nachrichten bewahren?

Italien.

Neapel, 29 Sept. Die Blätter berichten über den Besuch welchen Papst Pius IX am 27 Sept. im Incurabeinhaus und andern wohlthätigen Anstalten der Hauptstadt abstattete. Darauf besuchte er die verschiedenen Klöster der Stadt — keine kleine Aufgabe — und zwar mit seinem Gefolge zu Fuß, was zu desto größerer Erbauung der Gläubigen gereichte. „Ueberall," schreibt der Omnibus, „konnte der heil. Vater wahrnehmen wie er mit Inbrunst und Andacht aufgenommen wurde, und die heiligen Ceremonien des Fußkusses und der päpstlichen Benediction erleichterten die Uebel (alleviarono i mali) und beruhigten die feurigsten Geister unter denen die das Glück hatten zu diesem Segen zugelassen zu werden. Sechs Stunden verwendete Se. Heiligkeit auf diesen Besuch, indem er um halb 11 Uhr Vormittags das Hospital betrat, und erst um 5 Uhr Abends nach Portici zurückkehrte."

Die Turiner Legge schreibt aus Rom: „Wir sind in die tiefste Betrübniß versenkt, und die Aussicht auf eine bessere Zukunft scheint uns auf lange hinaus verschwunden. Der berühmte Rosmini wohnt in Albano, in den Studien Trost suchend über die verlorenen Hoffnungen des Vaterlands; die päpstliche Censur, welcher er sich christlich unterworfen, hat die Heiterkeit seiner Seele nicht getrübt. Die Staatsmänner auf welche das Land sein Vertrauen gesetzt hatte, sind alle zerstreut, werden aber auch in der Ferne mit Argwohn verfolgt. Die Priester-Reaction verabschiedet die besonnenen Constitutionellen, die muthigen Gegner der Mazzinischen Thorheiten, noch mehr als die Republicaner, und läßt sie nicht aus den Augen. Pantaleoni ist in Maurata, Recchi in Piemont, Pasolini und Lovatelli in Florenz, Minghetti und Montanara zu Bologna. Verhaftungen, Ausweisungen, Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Man spricht fortwährend davon daß der Papst nächstens nach Velletri kommen werde, und zwar bis etwa Mitte Octobers. Auch scheint gewiß daß nicht mehr als 8 bis 10,000 Mann Franzosen in Rom bleiben werden. Das spanische Armeecorps im Kirchenstaat, heißt es, werde auf 2000 Mann vermindert." Andererseits wird dem Florentiner Nazionale aus Rom geschrieben daß die Franzosen durchaus keine Lust zeigen das päpstliche Gebiet so bald zu räumen. Sie befestigen sich in Civitavecchia, Todi und Rocca di Strettura, und zu Forli lassen sie Stallungen für 700 Pferde herrichten.

Der Herzog von Parma hat durch Handschreiben vom 28 Sept. dem Feldmarschall Grafen Radetzky das Großkreuz seines St. Ludwigsordens in Brillanten verliehen. Ob der greise Held wohl für all diese Zeichen fürstlicher Dankbarkeit auf seiner Brust noch Platz findet?

∸ **Rom,** 4 Oct. Endlich ist die Emission des neuen Papiergeldes officiell angekündigt. Es sollen für 2,692,000 Scudi Boni del Tesoro in sostituzione für den gleichen jetzigen Werth des circulirenden republicanischen Papiers ausgegeben werden in Zetteln von 1, 5 bis 50 Scudi. Für die Amortisirung sind jährlich 300,000 Scudi von 1850 an festgesetzt. Verringert kann die Masse des Papiers noch dadurch werden daß die Besitzer desselben es bis Ende dieses Jahrs in Consolidati umsetzen können. Für die Moneta erosa soll kleines Silbergeld von 5, 10, 20 Bajocchi geprägt werden. Ueber das ältere päpstliche Papier sollen nächstens Bestimmungen erlassen werden. Die Gerüchte über eine mit Rußland abgeschlossene Anleihe scheinen demnach nicht hinlänglich begründet zu seyn; man würde sonst nicht die Circulation des Papieres auf etwa neun Jahre hin verlängert haben. Von besonderer Wichtigkeit ist dieser Erlaß deßhalb, weil die allerwärts geglaubten Angaben über die Masse des republicanischen Papiers, das man auf 16 Millionen schätzte, widerlegt werden. Bedenkt man nun wie die Reduction der 4 Millionen dem Staat nur einen Gewinn von etwa 1,400,000 Scudi gebracht hat, so muß man stark zweifeln ob diese erste Maßregel der restaurirten Priestergewalt politisch war. Eine so geringe Vermehrung der Staatsschuld würde reichlich durch die Erhaltung des Credits aufgewogen worden seyn, der jetzt gänzlich ruinirt ist. Die daraus hervorgegangenen Verluste belaufen sich vielleicht ebenso hoch als das was durch die Reduction verloren gegangen ist.

*† **Rom**, 4 Oct. Die Jesuiten sollen nicht zur Ruhe kommen. Wo im abgelegensten Winkel des Collegio Romano, den Hintergebäuden des Palazzo Simonetti gegenüber, der Backofen steht, loderten heute früh Schlag halb 8 Uhr (also genau um dieselbe Zeit wie das erste- und zweitemal) unter dickem Qualm lichte Flammen empor, die sehr bald das Gebälk des untersten Raums der Sternwarte verkohlten. Das Feuer verbreitete sich mit Windeseile im östlichen und südlichen Seitenflügel durch die Zimmer auf ebener Erde, wurde jedoch nach vierstündiger außerordentlicher Anstrengung der Pompieri bewältigt. Absichtliche Brandstiftung ist auch dießmal außer Zweifel. Man will nun einmal die Väter Jesu aus Rom „hinausschwefeln." Ein Circular des Generalpostmeisters Principe Massimo kündigt eine allgemeine Reform des Postwesens an, und stellt eine beschleunigtere Communication in Aussicht. — General Rostolan hat in Folge mehrerer neuen Mordversuche gegen französische Soldaten eine sehr strenge Bekanntmachung gegen das Waffentragen des Volks erlassen.

Turin. Der Bildhauer Marochetti in Mailand ist mit Ausführung der Figuren an dem Mausoleum beauftragt welches dem vielbetrauerten König Karl Albert in Superga, der Begräbnißstädte der Könige von Piemont, errichtet werden soll. — Nach einem eben veröffentlichten Verzeichniß lasten auf dem sardinischen Staatsschatz nicht weniger als 2705 Pensionen, welche jährlich 3,724,481 Lire kosten. — Als Beweis wie in Piemont hin und wieder die Preßfreiheit verstanden und ausgeübt wird, führt die Mailänder Zeitung (nach dem conservativen Turiner Blatt Smascheratore) folgende Aeußerung eines sardinischen Provincialblattes, der zu Cuneo erscheinenden Fratellanza (welches sich, wohl mißbräuchlich, ein amtliches Organ nennt) an: „Der Papst ist in Neapel damit beschäftigt sich die Schuhe lecken zu lassen (a farsi leccar le scarpe), und ist bis auf den Punkt gelangt daß er seine Seele dem Teufel verschreibt (di dar l'anima al diavolo), so gut sind seine Absichten." — Zu Rochette in Savoyen wurden am 1 Oct. um Mitternacht zwei starke Erdstöße verspürt. — Aus der Schweiz wird berichtet daß Mazzini, in Folge des Ausweisungsbeschlusses der Schweizer Tagsatzung, wieder nach London übersiedeln werde.

In **Mailand** starb am 29 Sept. der berühmte Violoncellspieler Vincenzo Merighi.

Plata-Staaten.

In England hat man eine Post d.d. Montevideo 20 Jul., Buenos-Ayres 1 Aug. In den politischen Dingen hatte sich wenig verändert, und der Handel stockte fast vollständig. Hr. Southern war von Rosas noch immer nicht in seiner amtlichen Eigenschaft empfangen, suchte sich aber möglichst beliebt zu machen. Die Kunde von der Verhandlung in der französischen Nationalversammlung über die Montevideanische Subsidie hatte alle Hoffnung auf Annahme des von Admiral Leprédour vorgelegten Vertrags zunichte gemacht; hingegen hatte dieselbe große Hoffnungen in Montevideo auf wirksamere Hülfe aus Frankreich erregt. Damit scheint es aber nun nichts zu werden.

Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 10 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{1}{8}$ Bankactien 1344; preuß. $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldscheine $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 87; Ludwigsh.-Berbach 82; württ. $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$; bad. 5proc. $97\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc $79\frac{3}{4}$; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 90; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{2}$; nass 5proc. $101\frac{3}{4}$ P.; $3\frac{1}{2}$proc. 85; Frankf. 3proc. $80\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{3}{4}$, $90\frac{1}{8}$; Disc. $1\frac{3}{8}$.

Augsburg, 11 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{5}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{3}{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. 95 P. Triest 1 M. 95 P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 119 P. Lyon 1 M. $118\frac{1}{2}$ G. Marseille 1 M. $118\frac{5}{8}$ G. Mailand 1 M. $60\frac{1}{8}$ G. Genua 1 M. $52\frac{1}{8}$ G. Livorno 1 M. $61\frac{3}{8}$ G.

Augsburg, 11 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. $92\frac{1}{2}$ G. 5proc. 101 P. Bankactien II. Sem. 650 P., 645 G. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien**, 9 Oct. Die vom Auslande einlangenden Berichte über die Subscriptionen auf das neue Anlehen entsprechen bei weitem nicht den Erwartungen die man sich in dieser Beziehung hier gemacht hat. Dem Vernehmen nach hat Frankfurt mit einer Million subscribirt. Aus Amsterdam fehlen noch die nähern Angaben, da die heute fällige Amsterdamer Post beim Schluß der Börse noch nicht eingetroffen war. Die Zeichnungen in Berlin sollen so gering ausgefallen seyn daß deren Betrag kaum des Erwähnens werth erscheint. — Die heutige Börse war übrigens sehr matt und geschäftslos. Fonds schlossen im ganzen matter, während Wechsel und Comptanten zu höhern Preisen gefragt blieben. Bankactien behaupteten sich fest. Eisenbahnen ohne wesentliche Veränderung. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95\frac{15}{16}$–96, $4\frac{1}{2}$proc. Metall. (neues Anlehen) $85\frac{1}{4}$–$\frac{3}{8}$, Loose vom J. 1839 114–$\frac{1}{4}$, Bankactien 1212–1215, Nordbahnactien $111\frac{1}{4}$–$111\frac{3}{8}$, Mailänder $84\frac{1}{2}$–$84\frac{3}{4}$, Pesther $80\frac{1}{2}$–$80\frac{3}{4}$. London (i. l. S.) 10.43–10.45, Hamburg $155\frac{1}{2}$ P., Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ G., Frankfurt $106\frac{1}{2}$ P., Amsterdam $147\frac{1}{2}$ G., Mailand 99 P., Livorno $105\frac{1}{2}$ G., Genua 124 G., Paris $126\frac{3}{4}$ G., Marseille $126\frac{1}{2}$ G., Bucharest (31 Tage S.) 260–262, Konstantinopel (31 Tage S.) 430–432. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $10\frac{3}{4}$ Proc., Silberagio $6\frac{3}{4}$–7 Proc.

London, 8 Oct. Consols $92\frac{5}{8}$.

London. Der am 5 Oct. veröffentlichte amtliche Handelsbericht über den am 5 Sept. abgelaufenen Monat zeigt eine bemerkenswerthe Zunahme des brittischen Ausfuhrhandels. Der erklärte Werth der Exporte stellt sich also:

Für die am 5 Sept. verflossenen acht Monate 1849	39,203,322	Pf. St.
Für dieselbe Periode 1848	31,633,214	„
Zunahme	7,570,108	Pf. St.

Für den betreffenden Monat ist die Zunahme noch größer, nämlich:

August 1849	6,323,457	Pf. St.
„ 1848	4,507,462	„
	1,815,995	Pf. St.

Aus nachstehender Tabelle erhellt daß dieser Aufschwung des Ausfuhrhandels kein einseitiger war, sondern, mit Ausnahme des Salzes und der Butter in welchen Artikeln eine geringe Abnahme stattfand, sich über alle Zweige der Fabrikindustrie erstreckt:

	1848	1849.	Zunahme.	Abnahme.
Alkali	16,671	35,365	18,694	
Bier und Ale	18,524	25,170	6,646	
Butter	19,621	10,980	—	8,641
Kerzen	4,068	5,830	1,762	
Käse	1,242	2,443	1,201	
Kohlen	96,458	132,916	36,458	
Seile und Taue	10,521	15,306	4,785	
Kattune	1,400,166	1,850,045	449,879	
Baumwollgarn	646,117	1,016,803	370,686	
Irdene Waaren	64,680	75,489	10,809	
Fische	49,967	95,323	52,356	
Glas	18,248	21,247	2,999	
Kurze Waaren	84,058	120,566	36,508	
Messer und Stahlwaaren	159,795	224,405	64,610	
Leder	36,023	50,780	14,757	
Leinwand	194,717	308,519	113,802	
Leinengarn	27,051	74,646	47,595	
Maschinen	99,321	106,529	7,208	
Metalle	674,859	828,354	153,495	
Oele	11,424	26,396	7,972	
Malerfarben	18,827	19,864	1,037	
Salz	28,784	26,416	—	2,368
Seidenzeuge	50,036	96,450	46,414	
Organsinseide	936	5,735	4,799	
Seidentwist	1,371	8,542	7,171	
Seife	15,279	15,618	339	
Bildhauerarbeit	20,252	33,821	13,569	
Raffinirter Zucker	42,451	45,492	3,041	
Wolle	19,141	68,775	49,634	
Wollenzeuge	770,188	611,486	158,702	
Wollengarn	65,298	164,445	99,147	
Summe	4,507,462	6,323,457	1,827,004	
Mit Abzug der Abnahme	. . . . . .	. . . . . .	11,009	
Zunahme für den Monat	. . . . .	. . . . . .	1,815,995	Pf. St.

Die Getreideinfuhr im Monat 5 Aug. bis 5 Sept., und in den ersten acht Monaten des Jahrs war, im Vergleich mit den entsprechenden Perioden 1848, wie folgt:

Artikel.		Am 5 Sept. abgelaufener Monat.		Die acht Monate	
		1848	1849.	1848.	1849.
Weizen	Quarter.	181,077	279,151	967,985	2,795,873
Gerste	„	104,184	137,036	464,090	856,857
Haber	„	165,226	181,522	543,565	782,964
Roggen	„	613	44,133	4,862	206,330
Erbsen	„	10,853	21,448	53,629	114,586
Bohnen	„	32,384	21,870	340,543	369,663
Mais	„	105,002	263,297	873,946	1,732,744
Weizenmehl	Centner.	88,098	320,973	474,020	2,449,976
Habermehl	„	261	5,064	2,009	30,135
Roggenmehl	„	869	2	11,896	16,243
Maismehl	„	5,431	6,366	167,150	95,148

Paris, 8 Oct. 3proc. 55.15, $4\frac{1}{2}$proc 77, 5proc. 87.40; Bankactien 2315; belg. 5proc. 97; Anleh. v. 1842 97; $2\frac{1}{2}$proc. $49\frac{1}{8}$; belg. Bank 88; österr. Loose v. 1834 380; röm 78; span. 3proc. 34; innere Schuld $27\frac{1}{8}$; Hayti 195; piem. v. 1849 875; Vers. E.-B. rechte 207.50; Paris-Orleans 727.50; Rouen 520; Straßburg 345; Nordbahn 425; Rouen-Havre 245; Mars.-Avignon 211.25; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 287.50; Bordeaux 402.50; Tours-Nantes 282.50; Dieppe-Fecamp 175.

Amsterdam, 8 Oct. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{15}{16}$; 3proc. $63\frac{13}{16}$; 4proc. $83\frac{1}{2}$; portug. 5proc. $30\frac{15}{16}$ Metall. 5proc. $86\frac{7}{8}$; Ard. $10\frac{11}{16}$ Curs auf London 12.10 f. G. Curs auf Hamburg $35\frac{1}{16}$ f. G. Curs auf Frankfurt 99 6 W.

Verantwortliche Redaction:

Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Die Dinge am Bosporus.

—ch. Während der letzten dreißig Jahre hatte sich in Europa nicht nur eine solche Masse revolutionären Zündstoffes aufgehäuft daß bei dem „ersten Kanonenschuß“ so ziemlich der ganze Erdtheil auflodern zu wollen schien, sondern die Cabinette selbst haben in dieser langen Friedensfrist, wo in ihrem Schachspiel kaum hie und da ein Bauer genommen wurde, durch ihre diplomatischen Hin- und Herzüge eine so große Menge von politischen Fragen angeknüpft und im unsichtbaren Spiele staatsmännischer Intrigue verwebt und verwickelt, daß auch für sie die französische Revolution eine Reihe von Lösungen, eine Kette von Explosionen nach sich führen wird. Die Furcht durch ihr eigenes Geschütz das im Volke ruhende Pulver zu entzünden, die bisher ihre Hände lähmte, kann jetzt keinen Einfluß mehr auf ihre Entschließungen ausüben; die Umsturzpartei darf um so eher gegenwärtig für vernichtet angesehen werden, je mehr man die Reformpartei von oben herunter begünstigt, und die Cabinette haben nun die Arme zum Handeln frei. Dem Anschein nach soll die orientalische Frage den Reigen eröffnen. Zwar hatten die beiden Hauptspieler bei derselben, England und Rußland, bisher für sich selbst wohl am wenigsten den lauernden Radicalismus zu fürchten, allein auch für sie konnte in demselben eine Macht von nicht zu berechnender Intensität und Tragweite liegen; auch sie hüteten sich daher bei dem heutigen so vielfach in einandergreifenden Leben der Völker bis dahin jenen ersten Schuß zu thun. Jetzt ist er geschehen — in Europa's Geschichte bekommen wieder die Feldherren eine Hauptrolle; die vielfachen neuen Entdeckungen der Chemie und Mechanik, welche bisher nur die ökonomischen Linien der Staatensysteme veränderten, werden nun in den Schlachten das Aufhören von Staatsexistenzen decretiren; auch auf dem Gebiet des Mars werden die Maschinen ihre überwiegenden Kräfte zur Geltung bringen — sie die bisher nur still in den Zeughäusern der Zukunft harrten.

Wenn man den vorsichtigen, sicheren, sich nie exponirenden Gang bedenkt welchen die russische Diplomatie stets eingehalten hat, so läßt sich schon aus diesem Umstande mit einiger Sicherheit der Schluß herleiten daß die jetzigen Vorgänge in Konstantinopel eine weiter gehende Bedeutung in sich bergen als wir sie bis dahin, eben in der Friedenszeit, von diplomatischen Differenzen vorauszusetzen gewohnt waren. Die Auslieferungsforderung, die dem Wortlaute der zwischen der Türkei und Oesterreich bestehenden Verträge nach wohl schwerlich vor den Schranken eines internationalen Staatsgerichts siegreich durchzuführen wäre, und deren Gegenstand an sich auch eigentlich nicht für jene zwei Mächte von einer so großen Gewichtigkeit ist, als daß er sich nicht auf irgendeine andere der künftigen Sicherheit Ungarns hinreichende Garantie darbietende Art erledigen ließe, wird als genügender Vorwand zum endlichen Angriff alter Projecte benutzt; er bildet speciell, wie die Unterwerfung Ungarns überhaupt, die Rolle von welcher die nun gedämpfte revolutionäre innere Bewegung auf die internationalen Verhältnisse übergeführt werden soll. Daß dieselbe bei dieser Transversion eine ganz andere wird, versteht sich von selbst. Die vielfachen, poetisch schäumenden Wellen des Volksgeistes, die unten ihr erstes Triebrad in Bewegung setzten, werden in den oberen Stockwerken, in welchen sie fortan thätig seyn soll, nicht mehr bemerkt; ihr verticaler Gang ist horizontal geworden. Sie dient fortan nur noch den Gesammtinteressen von natürlich oder unnatürlich zusammengefügten Länderconglomeraten; der Hinblick auf dieselben aber, wie sie am Gestade des Bosporus von den verschiedenen Seiten her feindlich auf einander treffen, muß uns vollends in der oben geäußerten Ansicht bestärken daß auf dem europäischen Schachbrett der Kampf der Cabinette mit dem Seraskierthurme beginnen wird.

Rußland hat die unglücklichsten geographischen Bedingungen von allen vier Großmächten: sein einziges offenes Meer wird ihm durch das Eis verschlossen; die übrigen Küsten liegen hinsichtlich ihrer Ausmündungen in die Oceane unter den Kanonen von Helsingör, Bujukdereh und Gibraltar. Die natürliche Folge davon ist daß es in seiner jetzigen politischen Gestaltung niemals die Rolle durchzuführen im Stande seyn wird auf die es seit einem Jahrhundert sich im geheimen vorzubereiten scheint; denn, wie schon Bacon sagt, die Seeherrschaft ist die Quintessenz der Weltherrschaft! Solange der Schwerpunkt dieser großen östlichen Ländermasse ungebrochen in Petersburg lag, mußte die Politik des russischen Cabinets naturgemäß hauptsächlich darauf gerichtet seyn sich der beiden Wächter des Ostseesundes zu versichern; und die Geschichte des vorigen Jahrhunderts beweist es daß dasselbe diese Richtung in keiner Weise verkannt hat. Sobald jedoch die Küsten des schwarzen Meeres sich ihrer Stellung bewußt zu werden anfingen, und somit der zweite Flügel des russischen Körpers in Lebensthätigkeit gerieth, erfolgte mit derselben Nothwendigkeit der Kampf gegen die ähnlichen Fesseln, die auch hier seine mercantilen wie überhaupt maritimen Schwingungen lähmen; der vorwiegende Zug der auswärtigen Geschichte des Czarenreiches ging fortan nach dem Süden. Hier haben nun zuvor die türkischen Symplegaden das diplomatische Zauberwort zu vernehmen, ehe die russische Flotte sich in die Angelegenheiten des Mittelmeeres zu mischen vermag, und dadurch Rußlands bisheriges bloß moralisches Uebergewicht eigentlich erst concret wird. Wäre es das Osmanenreich allein welches überwunden werden müßte um die Bahn frei zu haben, so würde vielleicht schon vor dem Anfange der dreißiger Jahre der Kaiser Nikolaus die wunderschönen Mosaikbilder der Aja Sofia haben losdecken können, die jetzt Fossati für die Zukunft mit leichtem Kalke wieder neu verdeckt hat, und die Kosaken „tränkten bereits ihre zottigen Pferde in den blauen Fluthen des Bosporus“ (wie die Redensart heißt, obgleich weder das Vieh Meerwasser säuft, noch der Spiegel zwischen Scutari und der Spitze vom Serai über das Seegrün des brittischen Canals hinausgeht). Allein hinter der Pforte steht England — England das auf der Straße von Gibraltar, Malta und Kairo zu seinem Ostindien hin keinen mächtigen Wegelagerer zu haben wünscht, der jeden Augenblick im Stande wäre die Communication zwischen London und Calcutta zu unterbrechen und sich dann piratenartig rasch in die sichere Höhle seines schwarzen Meeres zurückzuziehen. Hinter dem Divan steht ferner in zweiter Linie Frankreich. Man hat seit den letzten zwanzig Jahren erst zu Paris eingesehen daß Frankreich im Mittelmeere sich zurückerwerben müsse was es am Ausgange des Jahrhunderts in beiden Indien verloren. Soll deßwegen dem in Algier liegenden Anfang dieser seiner neuen Politik nicht ein Halt geboten werden, indem das neu hinzutretende Rußland auch in den südlichen Gewässern das System des politischen Gleichgewichts zwischen den vier Großmächten aufstellte, so muß es einmal Rußland auf den Pontus Euxinus zu beschränken suchen, und zum andern Englands wohlbefestigtes Uebergewicht innerhalb der Meerenge des alten Thurms von Tarik so weit wie nur immer möglich zu schwächen trachten; selbst wenn dadurch auch das dann mehr losgetrennte Ostindien in die Bahn der Vereinigten Staaten getrieben werden könnte!

Zwischen England und Rußland mit seinen Interessen in der Mitte stehend, ist Frankreich gegenwärtig der treueste Freund der Türkei. So sehr dem Pariser Cabinet, wenn es seinen eigenen Vortheil gehörig zu verfolgen weiß, auch damit gedient seyn mag daß ein Krieg zwischen Rußland und Großbritannien um das Türkenreich entsteht, ebenso sehr muß ihm daran gelegen seyn daß nach einer entsprechenden Abschwächung beider Theile die Pforte schließlich unversehrt aus dem Streit hervorgehe. Wir sehen zwar gegenwärtig General Aupick mit Stratford Canning Hand in Hand arbeiten, allein sicher mit dem Hintergedanken die Parteien vorläufig nur zu engagiren, um sich dann in die ihm nicht bloß durch seines Landes zerrütteten Finanzen zugewiesene Neutralität bis zur Abschließung eines späteren Friedens zurückzuziehen. Vielleicht gar daß der Präsident Bonaparte für persönliche zukünftige Aequivalente seine Parole von der Newa wenigstens insofern erhalten hat als es gilt England zum Losschlagen zu verlocken, und dann den Continent gegen dasselbe aufzubringen. Weder Rußland noch England dürfen am Bosporus herrschen, wenn Frankreichs levantinische Beziehungen die alten bleiben sollen — aber eine Wiederholung der Continentalsperre dürfte das neue Frankreich seiner eigenen ökonomischen Regeneration wegen gar nicht ungern sich entwickeln sehen.

Oesterreichs Interessen in der vorliegenden Frage sind zu klar, als daß es nöthig wäre dieselben ausführlicher darzulegen. Bei den innigen Beziehungen welche gegenwärtig zwischen dem Hause Habsburg-Lothringen und dem Hause Romanoff herrschen, bei den Verpflichtungen die dem schwankenden Staate durch den mächtigen russischen Arm neuerdings auferlegt sind, darf wohl um so eher angenommen werden daß es mit dem russischen Cabinet im Einklang verbleiben wird, als jetzt vor allem andern die Augen seiner Staatsmänner auf die so nöthigen inneren Organisationen hingewiesen sind. Im Innern bis in den tiefsten Grund hinein neu gekräftigt, wird dann der verjüngte Kaiserstaat um so leichter im Stande seyn diejenige Stellung nach außen einzunehmen welche ihm naturgemäß gebührt. Daß er in diesem Augenblick den russischen Anforderungen an die Pforte, beziehungsweise Vorwänden, nicht fremd bleibt, gebietet schon eine dankbare, geschweige eine weise Politik, welche Oesterreich gelehrt hat sich in Acht zu nehmen vor Lord Palmerston und allen seinen Schützlingen. Zwar würden auch Oesterreichs Finanzen es ihm mehr gerathen erscheinen lassen sich nicht so sehr am Kampf activ zu betheiligen, und die noch nicht hinreichend gesicherte innere Ruhe dürfte ebenfalls die Entfernung größe-

rer Heeresmassen nicht zulassen; es müßte sich darauf beschränken Rußland dadurch seine Freundschaft zu beweisen daß es die früher von Fürst Metternich befolgte Unterstützung der Pforte aufgäbe, und gegen genügende Garantien einer freien Donauschifffahrt seinem Verbündeten durch seinen moralischen Einfluß zum Gelingen der von ihm gehegten Plane verhülfe. Kann doch ein Kampf gegen England für Oesterreich nur dazu dienen sich in allen seinen Theilen der Stellung bewußt zu werden zu welcher es berufen ist, und sich demgemäß zur Erreichung dieses Standpunkts nach den entsprechenden Richtungen hin die Wege zu ebnen. Die Gefahr welche das österreichische Cabinet bei einer solchen Politik läuft, ist nicht so groß daß nicht die Chancen auf der andern Seite ihr das vollkommene Gegengewicht hielten.

Der „abenteuerliche" Londoner Brief der „Deutschen Zeitung" spricht davon daß Rußland beabsichtige vermittelst Serbiens sich an der Küste des adriatischen Meeres einen Kriegshafen zu erwerben, und somit nicht nur die Dardanellen zu umgehen, sondern auch an den dalmatinischen Gestaden die Aufsicht der Adria allmählich zu übernehmen. Eine solche schmale Landzunge wäre auf die Dauer von Petersburg aus gar nicht zu halten. Ebenso wenig kann Rußland darauf ausgehen die Türkei zu erobern. Kaiser Nikolaus soll einst in einem Gespräche geäußert haben: „Ich werde mich wohl hüten Konstantinopel zu besetzen, sonst würde mir kein Adeliger mehr in Moskau und Petersburg verbleiben." In dem Moment wo ein siegreiches russisches Heer auf dem Gran Campo erscheint, hat Rußland selbst seinen Schwerpunkt verloren. Die kaiserliche Familie kann sich ein neues Reich im Mittelpunkt zweier Welten mit den Kräften ihres jetzigen Landes zusammenerobern, sie kann zu Byzanz wieder den alten Reichthum der römischen Kaiserzeit erwecken, aber dann wird das bisherige Rußland so gut zu einer Provinz wie einst Italien nach Uebersiedelung der römischen Imperatoren an den Bosporus. Und das weiß man zu St. Petersburg, das weiß die altrussische Partei zu gut als daß sie mehr von der Türkei jemals verlangen sollte denn einen freien Durchzug der Flotte durch den schönsten Meeresfluß der Erde. Im Interesse seines eigenen innern Zusammenhaltes liegt für Rußland das Weiterbestehen des Osmanenreiches unter dieser Bedingung. Diese Bedingung jedoch kann, wenn auch nicht für die Pforte selbst, aber für das hinter ihr stehende Großbritannien ein Anlaß zu einem Kampf auf Leben und Tod werden. Die Bewegung die von dem revolutionären Ungarn durch die Cabinette auf die Türkei übergeleitet ist, wird von da sich endlich ausschließlich gegen das weltbeherrschende England wenden und seine Suprematie brechen.

Die Neugestaltung Oesterreichs.

II.

H Legen wir nun die Principien der Nationalität, der Reichseinheit und des Constitutionalismus als Maßstab zur Beurtheilung der Hauptsysteme an, wie sie für die Neugestaltung Oesterreichs sich geltend zu machen gesucht haben. Zuerst trat im nothwendigen Gegensatz zu dem alten Staat, dessen bureaukratisch-mechanischer Halt auseinandergebrochen war, jenes System hervor welches man in Frankfurt das der bloßen Personalunion genannt, und das dort, namentlich bei der ersten Berathung des deutschen Verfassungsentwurfs, unter den Oesterreichern selbst begeisterte Fürsprecher gefunden hat. Auf einem solchen lockern österreichischen Föderativstaat mit bloßer Personalunion seiner Hauptbestandtheile beruhten lange Zeit die wärmsten Hoffnungen deutscher Einheitsfreunde: Deutsch-Oesterreich sollte dadurch in die Lage kommen sich wie alle andern Bundesgebiete dem deutschen Bundesstaat fest anzuschließen, in Ungarn sah man den ersten und innigsten ewigen Bundesgenossen der Deutschen, den Kern eines neuen Oesterreichs, das unter dem Hause Habsburg-Lothringen die Donauvölker vereinigen sollte. Ob nun diese losere föderative Form im deutschen Interesse wirklich lag oder nicht, sie ward als ein für den Bestand der Monarchie zu gefährliches Experiment gänzlich beseitigt, hauptsächlich mit durch die Uebertreibungen der Wiener Demokraten, die alles preisgaben was sich von der Monarchie ablösen wollte. Darauf zurückzukommen ist jetzt noch weit unmöglicher als es die Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung erscheint, denn sie verletzt gerade am empfindlichsten das Princip der Einheit des Kaiserreichs, das ein natürlicher Rückschlag nun in den Vordergrund drängte. Dieses zweite, jenem entgegengesetzte System, nämlich der straffe constitutionelle Einheitsstaat, gab, mit Energie ergriffen, in Rückwirkung auf Deutschland den Ausschlag für das Zustandekommen der erbkaiserlichen Verfassung zu Gunsten Preußens, und drohte in seinen weitern Folgen Deutschland entzweizuspalten. Obwohl das in der Verfassung vom 4 März constituirte Reich bisher wesentlich noch ein Reichsentwurf geblieben ist, so hat die Märzverfassung doch die hohe Bedeutung daß sie den Ausgangspunkt einer neuen principiellen Politik bildet, sowohl für die Neugestaltung Oesterreichs als für dessen Beziehungen zu Deutschland. Gegenüber den anarchischen Bestrebungen für die Auflösung der Monarchie und dem Mangel eines gesammtösterreichischen Staatsbewußtseyns geht von ihr das Princip einer organischen Einheit des Kaiserstaats und eines österreichischen Gesammtpatriotismus in aller Schärfe aus. Wie sich diese Schärfe und Einseitigkeit, die namentlich das nationale Princip häufig verletzt, aus den Umständen der Entstehung erklärt, so werden die wirklichen Verhältnisse auch, zumal die nationalen Potenzen, schon vermöge des Gesetzes der Trägheit die Märzverfassung bei ihrer Durchführung fortwährend modificiren, so daß am Ende die verwirklichte Verfassung sich vielfach unterscheiden wird von der octroyirten. Es scheint nothwendig zu seyn daß ein allgemeines neues Staatsprincip immer in größerer Schärfe als das Bedürfniß im Grunde heischt auftrete, weil ein Particularwiderstand auf tausendfachen Wegen es ohnehin mit der Zeit zu mäßigen und abzuschwächen sucht. So sprach sich auch das Bedürfniß der deutschen Einheit in dem ersten Verfassungsentwurf der Siebzehner am strengsten aus; die Verfassung der Nationalversammlung bezeichnet schon ein zweites Stadium, mit mehr Rücksicht auf das föderative Princip; der Dreikronenentwurf ein drittes, worin das Einheitliche des deutschen Staats schon so weit abgeschwächt ist daß ein Schritt weiter in den alten Kreis des Staatenbundes zurückzuführen scheint, dieser entgegengesetzten gefährlichen Gränze. Ebenso, dünkt uns, ist die Verfassungsfrage auch in Oesterreich schon in ein neues Stadium eingetreten und der Einheitsstaat in der Straffheit, wie eine strenge Auslegung der Märzverfassung ihn bedingte, bereits entschieden aufgegeben.

Für unsern dreitheiligen Maßstab erscheint diese Wendung eine ebenso natürliche wie glückliche. Denn nur eine mäßige Staatsform mitten inne zwischen jenen beiden Extremen, nicht Staatenbund und auch nicht Bundesstaat, sondern allerdings ein Einheitsstaat nur mit föderativer Gliederung seiner Haupttheile, kann den Bedürfnissen der österreichischen Völker und zugleich den Gesammtzwecken des Kaiserreichs genügen. Eine schroffe Centralisation könnte für Oesterreich nicht organisch und constitutionell, sondern nur mechanisch und absolutistisch seyn im russischen Sinn. Wie reizend sie auch in dem magischen Spiegel einer bureaukratisirenden Phantasie erscheinen mag, sie hat nicht nur mit einer wahren organischen Staatseinheit nichts zu thun, sondern steht sogar in Widerspruch zu derselben. Nur die Gegenstände der Verwaltung welche die Einheit der Monarchie bedingen, müssen auf eine für alle Provinzen gleiche Art und Weise im Mittelpunkt des Reichs entschieden werden, und die Stellung der Provinzen zur Reichsgewalt muß für sie alle dieselbe seyn. Die Gegenstände aber welche nicht den Complex des ganzen Kaiserstaats berühren, können und sollen durch die Organe der einzelnen Provinzen in constitutionellem Wege entschieden werden. Diese Gegenstände müssen durchaus der Selbstverwaltung der einzelnen Theile überlassen werden, wenn man wirklich das Ziel einer organischen Einheit erreichen und nicht von neuem einem lähmenden Verwaltungsmechanismus verfallen will.

Weit zweckmäßiger als ein ideales Einheitsmuster richterlicher und polizeilicher Provinzialverwaltung zu erstreben, ist es die jeder Provinz innewohnenden Eigenthümlichkeiten auf der historischen Basis so auszubilden daß hierdurch die Harmonie des Ganzen nicht gestört, sondern wesentlich gefördert werde. Auch hat die Reichseinheit nichts zu schaffen mit der Einförmigkeit der Municipalverfassung, die vielmehr jeder Provinz, unbeschadet aller Reformen, eigen bleiben mag. So soll man die Municipalverfassung Ungarns, die wegen des Princips der Oeffentlichkeit schon den Vortheil bot daß die ungarische Verwaltung nie zu einer Beamtenhierarchie einschrumpfte, beileibe nicht aufheben, sondern nur verbessern, indem z. B. die zu ausgedehnte Selbständigkeit und Willkürlichkeit der Gespanschaften einzuschränken und die richterlichen von den politischen Functionen der Comitatsbeamten zu scheiden wären. Wenn die Regierung die Reform des vormärzlichen ungarischen Systems und der thatsächlich ganz ungebundenen alten Comitatswirthschaft kräftig durchführt, wenn sie an die Stelle der Rechtlosigkeit, der Unterdrückung, des Unterschleifs, der Zügellosigkeit das Gesetz, die Ordnung und die Verantwortlichkeit einführt; wenn sie den Grundbesitz von allen Aviticitätsfesseln befreit, den Credit emporhebt und den Unternehmungsgeist spornt, so auf den wirthschaftlichen Verbesserungen die politischen wesentlich begründet, wenn sie dieß möglichst mit Beibehaltung einer wohlfeilen, nur reformirten raschen Administration, an welcher die begüterten Söhne des eigenen Landes wesentlich theilnehmen, nicht mit Hülfe einer theuern fremden und pedantischen Beamtenhierarchie durchzuführen sucht: wahrlich, dann dürfte bald nur noch eine kleine Minderheit eine ganz autonome Verwaltung Ungarns, unabhängig von den für die übrige Monarchie geltenden constitutionellen Bedingungen, verlangen. Der Autonomie muß überall die Möglichkeit abgeschnitten werden wieder Zustände herbeizuführen oder aufrechtzuhalten welche der Entwickelung des Ganzen hinderlich seyn, die Rechtspflege hemmen, den Boden und die Arbeit wieder in Fesseln schlagen, den Credit

untergraben, die Einwanderung und Colonisation lähmen müssen. Der Selbstverwaltung müssen alle Mittel und Wege belassen und erleichtert werden Verbesserungen einzuführen und die Wohlfahrt des Landes zu fördern; nur dort wo sie sich und dem Ganzen schaden könnte, müssen ihr Schranken gestellt werden.

Der Einheit, der Freiheit und der Nationalität gleichermaßen Rechnung tragend, kommen wir also zu einer Form welche die organische Staatseinheit mit föderativer Gliederung der Haupttheile verbindet. Dieß, scheint uns, muß das oberste Gesetz der Neugestaltung bilden. Unbeschadet der einheitlichen Leitung der Reichsgeschäfte durch ein verantwortliches Gesammtministerium wird die communale und provinzielle Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der verschiedenen Stämme und Völker festgehalten oder neubegründet auf liberaler und ihre Gleichberechtigung sichernder Grundlage, in allen Angelegenheiten nämlich welche nicht verfassungsmäßig dem Reich und der Krone bestimmt zugewiesen sind. Wie uns die Sache vorschwebt und in der Natur der wirklichen Verhältnisse begründet zu seyn scheint, so würde diese Selbstverwaltung in vier Hauptspitzen auslaufen, d. h. sie würde sich in vier Landesvertretungen zur Seite je einer Statthalterschaft concentriren, und zwar nach den beiden großen Ländercomplexen für Deutsch-Oesterreich und Ungarn, und den beiden kleinern für Italien und Galizien. In diesen vier Landesvertretungen zur Seite einer die Krone stellvertretenden Gewalt, also in dem deutschen, dem ungarischen, dem galizischen und dem italischen Landtage, wäre allen historischen Rechten und Erinnerungen, zugleich dem nationalen und dem constitutionellen Princip, Rechnung getragen. Die Reichseinheit würden sie nur dann gefährden können wenn die wichtigsten allgemeinen Angelegenheiten getheilt in den Händen dieser Landtage lägen; keinesfalls jedoch wenn gerade diese, wie es seyn muß, ihrer directen Zustimmung und Genehmigung entzogen sind, wenn namentlich das Heer, die Marine, die Zölle, die Staatsschuld, die ganze auswärtige Vertretung und Politik lediglich Sache des Reichs sind.

Hierin zeigt sich indeß gerade daß der constitutionelle Organismus des Reichs mit der Gestaltung jener vier Landesvertretungen nicht erschöpft und vollendet seyn kann, daß diese vielmehr eben nur eine Uebergangsstufe bilden. Als solche aber halten wir sie für unerläßlich. Der hauptsächlichste praktische Mangel der Märzverfassung scheint uns darin zu liegen daß sie auf eine solche Uebergangsstufe, wo zunächst die von Natur mehr zusammengehörigen Ländergruppen parlamentarisch vereinigt, in sich gestärkt und einer noch höheren Einigung zugeführt werden sollen, gar keine Rücksicht genommen hat. In ihrer Einseitigkeit des staatseinheitlichen Princips verfährt die Märzverfassung vollkommen folgerichtig, sie setzt gleich die Anfangs- und Endpunkte der einstigen Gliederung des organischen Einheitsstaats fest, die Gemeinde-, die Kreis- und die Reichsvertretung, allein sie anticipirt diese ganze Gliederung und überspringt gewaltsam mehrere Uebergangsstufen der Entwicklung, was sich in der Wirklichkeit unmöglich so machen kann.

Die kühnsten, die bedeutendsten Neuerungen der Märzverfassung sind unbestreitbar einmal die Kreis- oder Departementaleintheilung, sodann der allgemeine Reichstag. Beide hangen untereinander und mit dem constitutionellen Einheitsstaat aufs innigste zusammen, und wenn dieser einmal gebildet werden soll, so sind sie im Princip auch vollkommen folgerichtig und gerechtfertigt. Wenn dereinst der organische Staat Oesterreich anstatt des frühern mechanischen völlig durchgebildet dastehen wird, dann glauben auch wir werden die meisten Zwischenstufen der Gliederung die eigentliche Provinzialverwaltung und selbst jene Landesvertretungen überflüssig seyn und wiederhinwegfallen können, dann wird nur noch eine gegliederte Vertretung wie sie die Märzverfassung bereits setzt, als Gemeinde-, Kreis- und Reichsvertretung wesentlich seyn, und vielleicht allen Bedürfnissen entsprechen. Bis dahin aber ist noch ein langer und mühsamer Weg der Entwicklung zu durchschreiten, der mit Besonnenheit und Umsicht zurückgelegt werden will, wenn nicht jeden Augenblick das ganze Werk der österreichischen Staatsreform in Frage gestellt werden soll. Die Uebergangsstufen können in der Entwicklung der Reiche nicht übersprungen werden, und wenn der wenig staatsmännischen Ungeduld selbst die Macht zweier Welttheile zu Gebote stünde, sie könnte dennoch die Natur der Dinge damit nicht ändern; die Völker brauchen Zeit um sich ineinanderzuleben, und eine Staatsform hat nur Bestand die wirklichen Volksbedürfnissen entspricht. Darum glauben wir auch daß einem allgemeinen Reichstage, soll derselbe Dauer gewinnen, nothwendig (vereinigte) Landtage der größern Ländergruppen vorhergehen müssen, auf denen der parlamentarische Geist sich schult, abklärt und concentrirt. Können sich doch die wenigsten kaum noch eine rechte Vorstellung von einem Reichstag machen auf dem die Volksvertreter der Ungarn, der Polen, der Italiener, der Deutschen gleichermaßen erscheinen!

Um jedoch auch für jetzt nicht bei den einzelnen großen Landtagen stehen zu bleiben, und um die constitutionelle Lücke bei der Reichsregierung auszufüllen, würden wir zum Uebergang vorschlagen entweder aus den vier Landesversammlungen oder zweckmäßiger wohl aus den Kreisvertretungen gleich vereinigte Ausschüsse, doch nur in einer sehr mäßigen Anzahl von Mitgliedern zu berufen. Dieser Senat oder Reichsrath (Oberhaus) hätte das Zustimmungsrecht zu dem Reichs-Budget und die Controle über die Verwendung der allgemeinen Einkünfte; auch wäre das Reichsministerium ihm mit verantwortlich. Das sich über das ganze Territorium gleichmäßig ausdehnende Reichs-Budget, von der Regierung nur in Uebereinstimmung mit den vereinigten Ausschüssen festzusetzen und zu verändern, umfaßte die Staatsschuld, Heer, Marine, auswärtige Vertretung die Zoll- und Steuerverwaltung und die Reichsregierung; diese Ausgaben würden gedeckt durch die Zölle und Schifffahrtsabgaben, durch die sämmtlichen Productions- und Verbrauchssteuern, eingeschlossen die Regale soweit sie bestehen bleiben, und sollte das noch nicht ausreichen, durch eine Classen- oder Vermögen-Einkommensteuer. Außer der Controle hierüber und ihrer mitgesetzgebenden Thätigkeit hinsichtlich der Handelsgesetzgebung hätten die Ausschüsse nur noch die Natur eines Reichsraths, der bei allen wesentlichen Veränderungen in der Verwaltung, selbst bei wichtigen Personalien mit seinem Rath gehört werden müßte.

Neben dem Reichs-Budget gäbe es demnach noch Einzel-Budgets für Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Italien und Galizien, festgesetzt auf deren Landtagen, namentlich zur Bestreitung der innern Verwaltung, Polizei, Rechtspflege, Bauten 2c., was alles der eigenen volksgemäßen Gestaltung überbleibt; dabei wird indeß die Einheit der Steuerverwaltung schon der Sicherheit, der Einfachheit und des Ersparnisses wegen festgehalten. Die oben nicht genannten Steuern, namentlich auch die Grundsteuern, solange solche nicht verallgemeint worden wären, unterlägen lediglich der Controle und vollen Zustimmung der Landtage und dienten, je nach den örtlichen Bedürfnissen, zur Deckung der Einzel Budgets. Hierbei bleibt es der Regierung natürlich unbenommen auf Gleichmäßigkeit der Principien hinzuwirken, und die Erfahrungen in dem einen Land auch für die andern Theile nützlich zu machen. Somit erlangen die Landtage einen umfassenden Wirkungskreis und eine weit höhere constitutionelle Bedeutung als bloße Provinzialvertretungen, sie können im wahren Sinn eine nationale Thätigkeit und Schwungkraft entwickeln, ohne doch der organischen Reichseinheit hinderlich zu seyn. Würde den Landesvertretungen wie den vereinigten Ausschüssen das Recht gegeben vor einem dazu bestellten ganz unabhängigen Reichsgerichtshof directe förmliche Klage gegen das Reichsministerium und andere Beamtete zu erheben, so würde ihre constitutionelle Bedeutung durch eine solche ministerielle Verantwortlichkeit vor ihnen nur noch gewinnen. Ihre Wichtigkeit erhöhte sich auch dadurch fürs Ganze wenn sie, wie wir jedoch nicht befürworten würden, die Mitglieder zu den vereinigten Ausschüssen wählten. Wenn es grundsätzlich richtig ist daß, weil die Befugnisse der Landtage gegenüber der Vertretung bei der centralen Staatsgewalt verschiedener Natur sind, die Reichsvertretung möglichst aus unmittelbaren Wahlen hervorgehen soll, und wenn man in der Folge zu diesem Schritt auch übergehen muß, so scheint doch als Uebergangsstufe eine Delegation das zweckmäßigste zu seyn, jedoch nicht aus den großen Landtagen, sondern aus den kleinern oder den Kreisvertretungen, an deren Organisation in allen Landestheilen sofort Hand gelegt werden sollte. Ebenso läßt die Märzverfassung das Oberhaus aus der Wahl der Landtage hervorgehen, die deutsche Verfassung das Staatenhaus wenigstens zur Hälfte. Wenn auch die besondern Statuten für die Kronländer zum Theil noch ausgearbeitet werden müssen, so kann doch die baldige Durchführung der Kreisvertretung keine große Schwierigkeit bieten; nur in Italien, Ungarn, Croatien muß dafür ganz Neues geschaffen werden.

Prag.

♀ **Prag**, 7 Oct. Kürzlich brachten unsre Zeitungen die Namen der Mitglieder der 82 Commissionen welche das höchst schwierige Geschäft haben werden die Grundentlastung in unserm Lande zu bewerkstelligen. Jede Commission besteht aus einem leitenden Commissär, einem Rechtsconsulenten, einem Oekonomen und einem Actuar. Der Präsident, Ministerialrath Kleczansky, hatte eine Zahl von 100 Commissionen vorgeschlagen, aber unsre Finanzen vertragen so große Auslagen auf einmal nicht. Man rechnet daß die kleine Anzahl der Mitglieder vor vier Jahren mit ihrer Aufgabe nicht zu Ende kommen dürfte — müssen sie ja von Gemeinde zu Gemeinde wandern! — Die Organisation der politischen Behörden soll nach der Anordnung des Ministeriums schon am 1 Jan. 1850 ins Leben treten; wir bezweifeln daß dieß möglich sey. Für die Justizstellen sollen sich 15 000, für die Staatsanwaltstellen allein 400 Candidaten gemeldet haben! Der Hr. Minister des Unterrichts hat die Errichtung einer vollstän-

digen Unterrealschule mit Anwendung der böhmischen Sprache beim Unterricht angeordnet und die Leitung derselben dem Professor an der ständischen Realschule Jos. Wenzig, einem in jeder Beziehung hiezu geeigneten Mann, anvertraut. Der erste Jahrgang tritt binnen kurzem ins Leben, er ist insbesondere zur Aufnahme der Schüler aus der im vergangenen Jahre gegründeten böhmischen Hauptschule bestimmt. Die deutsche Sprache, Gesang und Gymnastik werden als freie Lehrgegenstände behandelt, und den Eltern der Schüler bleibt es anheimgestellt, ob sie ihre Söhne wollen daran theilnehmen lassen. Der hiesige Handelsstand will eine uns so nothwendige Handelsschule errichten, die Kosten sind nur auf 35,000 fl. veranschlagt, bis jetzt sind aber noch nicht volle 19,000 fl. eingekommen! Auch unsre Theaterdirection thut alles mögliche um das Princip der Sprachgleichberechtigung durchzuführen. Von jetzt an wird wöchentlich ein Abend ausschließlich den böhmischen Vorstellungen gewidmet; an Sonn- und Feiertagen wird wie früher böhmisch und deutsch gespielt, auch soll nächstens eine selbständige böhmische Oper ins Leben treten. Wir müssen bemerken daß die vorigen Donnerstag gegebene erste böhmische Vorstellung beinahe ganz leer war, während die Arena, wo man die schon sehr oft gegebene Posse „Gervinus“ spielte, zahlreichen Besuch hatte. — Es sollen bereits Schritte geschehen seyn das Gut Trebnitz im Berauner Kreise, das Stammgut der Familie Radetzky, dem jetzigen Besitzer abzukaufen und dem Helden zu verehren. Fortwährende Truppenzüge kommen an und gehen ab, theils zum Corps an der westlichen Gränze, theils zur Verstärkung der Festungsgarnisonen. Sämmtliche Stallungen Prags werden zur Einquartierung conscribirt werden. Zu den kriegsrechtlichen Urtheilen ist so eben eines hinzugekommen: der Buchdrucker C. W. Medau wurde als verantwortlicher Herausgeber des Abendblattes (Beilage zu seiner Const. Ztg. aus Böhmen) wegen eines kleinen Gedichts das die österreichischen Farben verspottete, zu vierwöchentlichem Profoßenarrest verurtheilt. Einen Tag ließ die Expedition diese Beilage in anderm Format erscheinen, mußte aber sogleich die Herausgabe einstellen. — Zur Illumination bei Ankunft des Kaisers werden die glänzendsten Veranstalten getroffen.

Die preußischen Kammern.

∸ **Berlin**, 5 Oct. Stahls Rede hat in der Kirchenfrage einen Eindruck hervorgebracht den man abzuläugnen sich umsonst bemühen würde, und der nach dem verfehlten Aufkochen des Gerlach'schen Ingrimms kaum zu erwarten stand. Die in der ersten Sitzung verlorene Schlacht ward dennoch in der zweiten Sitzung der ersten Kammer so ziemlich wieder hergestellt. Das Gesetz sagt: alle sind gleich; das Zusatzamendement: aber das Eine geht allen andern voran! Gerlach griff nicht weniger als alles an, die Demokratie, die Revolution, die preußische Geschichte, den Staat und das Ministerium. Um Succurs zu haben, da er fühlte daß er allein steht, rief er die Katholiken für die evangelische Kirche, ja sogar die Juden an. Er gab seine Sache von vornherein auf, indem er seinem Zorn daß es so ist, Zaum und Zügel schießen ließ, und präsentirte endlich den offenen Hut um etwas Mitleid einzusammeln. Das ist nicht um zu überzeugen und zu siegen. Stahl zeichnete mit einer Gewalt der Rede die wir an ihm noch nicht kannten, den Stand der Dinge; mit kurz und plastisch hingeworfenen Zügen entwarf er ein Bild das jedem ins Auge sprang, wie Kirche und Staat so, wenn auch nicht einig, doch zäh in einander verwachsen sind daß die absolute Lösung beider von einander eine Auflösung, wenn nicht der Kirche, doch des Staates wie er ist, nach sich ziehen müsse. Auch er sprach im Zorn, das subjective Gefühl absorbirte aber nicht das Object, er verwundete nicht, und indem er durch die Wärme und Gewalt seiner Darstellung mit sich fortriß, wußte er geschickt die Mängel seiner Ausführung und das was er zu viel forderte dem Auge zu verbergen. Gerlachs Rede machte die Schlacht verloren, trotz des Bravo das seine Partei ihr zollen mußte, sie rief das Ministerium selbst gegen ihn in die Schranken. Stahls stellte das Treffen wieder her, denn auch die Gegner wurden durch die Macht der Darstellung fortgerissen, und erschraken über die Zerstörung welche er ihnen zeigte. Mit dieser Zerstörung hätte es nun in Wirklichkeit nicht ganz so übel ausgesehen als er sie malte, denn jeder Druck erzeugt von selbst den Gegendruck, die Rede des Ministers Ladenberg gegen Gerlach, die Hinweisung auf die Motive der Verfassung hätten die Gemüther schon beruhigen können, aber Stahl operirte als geschickter Redner, indem er nichts unterließ was den Schrecken lebendig erhielt; und das ist erlaubte Taktik. Alle Consequenzen des §. 11, wenn sie von einer demokratisch socialistischen und atheistischen Regierung geübt würden, sind allerdings unberechenbar. In das ganze Getriebe unseres Lebens würden Risse und Spaltungen treten die selbst die eifrigsten Verfechter des Princips sich nicht im voraus klar gedacht haben mögen, und das ist Stahls unbestreitbares Verdienst daß er sie scharf und klar herausgestellt hat. Aber auch selbst eine so gedachte Regierung, wenn sie für Preußen eine Möglichkeit wäre, wäre nimmermehr bis zu diesen Consequenzen gelangt. Hätte sie die Sonntage und christlichen Feiertage abschaffen können? die specifisch christliche Eidesformel? der Trauung durch den christlichen Priester die Beglaubigung nehmen? den christlichen Predigern die Würde öffentlicher Diener, das Recht der Beglaubigung ihrer Acte? Dieß und vieles andere hätte allerdings auf dem Papier dictirt werden können; wäre es aber damit zur Ausführung gekommen, wo der Sinn des Volkes in seiner Mehrheit, wenn auch nicht aus Bewußtseyn, sondern durch die träge Macht der Gewohnheit ihm widerstrebte? Nur in der kurzen Schreckenszeit — wie jeder Terrorismus nur von kurzer Dauer seyn kann — war es in der französischen Revolution möglich Gesetzen der Art äußerliche Geltung zu verschaffen, und auch dieß nur um den Widerstand desto mehr zu kräftigen. Wir sahen mit welcher Kraft der Katholicismus nachmals wieder in die Höhe schnellte, nur um dann wieder zu sinken als unter der Restauration die Heuchlerherrschaft die Gemüther aufs neue empörte. Trotz aller lichtfreundlichen und freien Gemeinden, und aller atheistischen Vereine in einzelnen Städten hängt die Masse, aus wahrer Religiosität oder aus stumpfer Gewohnheit, an den Einrichtungen wo Kirche und Staat sich die Hand reichen; ein absolutes Zerreißen und Verlöschen war daher unausführbar, der Zelotismus und die Apathie würden sich von selbst dagegen gesträubt haben, und wo von 16 Millionen 15 und eine halbe dem Namen oder der Wirklichkeit nach Christen sind, hätte es als Thorheit gelten können auszusprechen daß der Staat kein christlicher sey, wenn es nicht ein Princip gegolten, das noch mächtiger ist als jene Macht, welches die Toleranz nicht mehr will, weil sie so schmählich gemißbraucht worden, und wenn nicht eine Geschichte dicht hinter uns läge die, vermöge ihrer traurigen Erfahrungen, unerbittlich den Ausspruch jenes Princips forderte. Dieß war der Fehler der Gegner jener Amendements, welche die Christlichkeit wieder in den Staat hineinbringen wollten, daß sie den historischen Gesichtspunkt, namentlich für Preußen, nicht mit derselben Schärfe hervorhoben wie Stahl den seiner Freunde. Ja, anerkennen durften und mußten sie daß die germanischen Staaten aus der christlichen Kirche und mit der christlichen Kirche erwachsen seyen; aber dann lag ihnen die Aufgabe ob zu zeigen wie das Verhältniß sich von selbst geändert, eine geschichtliche Darstellung, wie das freie Bewußtseyn sich allmählich und lange schon vor der Revolution entwickelt und Forderungen aufgestellt die sich zum Theil von selbst erfüllt, zum Theil verweigert wurden wo sie dringende Nothwendigkeit waren. Wer läugnet heut noch daß die übelverstandene Sorge welche der protestantische Staat für die Reinheit der Lehre übte, den Boden auflockerte, und wie die politische Revolution, wie sie Preußen erlebt, allein auf diesem Boden möglich war. Dieß war ein Factum welches deutlicher als alle Reden den Satz vertheidigte den die Verfassung nur ungeschickt ausspricht, weil sie in der Eile abgefaßt ist. Warum sprach das niemand aus? Weil man am ersten Tage nach der Gerlach'schen Rede seines Sieges sich gewiß dünkte, weil am zweiten die Stahl'sche Rede die Versammlung überrumpelte. Das Resultat, das Durchgehen des Amendements, ist an sich nicht vom Uebel, es scheint uns aber nach dem oben ausgesprochenen nicht unabweisbar nothwendig um der christlichen Kirche ihr Ansehn zu retten. Denn hier kommt alles auf die Ausführung an; daß die Regierung aber atheistische Tendenzen verfolgen könne, dafür ist in der preußischen Monarchie vorgesehen. Eben deßgleichen sind die Bedingungen unter welchen das neue Gesetz neue Religionsgesellschaften nur anerkennen will, zwar gut gemeint, und die ausgesprochene Ansicht: von Gesetzeswegen nichts zu thun um eine Zersplitterung und neue Secten zu fördern, zwar zu billigen, beides aber scheint uns unnöthig. Die Bedingungen sind so vag gehalten daß es immer auf die Zeitstimmung ankommen wird ob und wie sie durch die Dogmen der Gesellschaft jene Bedingungen für erfüllt hält; andrerseits ist aber der beste Schutz gegen Sectirerei daß es keine herrschende Kirche gibt die sie verfolgt. Seit unsere nicht mehr herrscht, oder vielmehr nicht mehr vom Staat gezwungen wird eine herrschende Rolle zu spielen, verkümmern die freien Gemeinden. Wohin ist Rupps Gemeinde? Wie groß ist noch Uhlichs Ansehen? Ist der Deutsch-Katholicismus zu der gefürchteten Größe angewachsen, und wie dürftig schleicht sich das Reformjudenthum fort? Gegen die fruchtbarste aller Secten, die des Indifferentismus, aber gibt es gar keine gesetzlichen Mittel.

Stahl forderte über das Maß, sagen wir, aber es fiel nicht auf, weil die Zuvielforderungen in seinem überwältigenden Redefluß mit den nothwendigen Forderungen mitliefen. Für die Universität wollte er keine Lehrstühle andern Theologien gestatten als die der bis jetzt anerkannten Kirchen. Wir überlassen den Männern der Wissenschaft dagegen zu protestiren. Er forderte für die christlichen Prediger eine politische Stellung durch Vertretung in den Kammern — eine Forderung die gegen alle un-

sere Wahlgesetzgebungen anstrebt, sie setzt das Princip der Interessen und der Ständevertretung voraus. Wir sind darin nicht seine Gegner, indem wir die Interessevertretung für die approximativ vollkommenste halten; um dahin zurückzukommen, dürften aber noch Jahrzehnte ruhiger Entwicklung gehören. Ergreifender Art waren die Gründe welche Stahl für die Aufgabe und Pflicht des Staates anführte: das Christenthum lebendig zu erhalten; wenn nur der geführte Beweis für die Pflicht auch ein Beweis dafür wäre daß die Mittel die richtigen sind! Nur eins soll nach ihm den Krater der Revolution schließen können, der christliche Staat und die christliche Schule. Darin aber müssen wir ihm unbedingt Recht geben daß die Reaction es nicht vermag, weil auch der welcher sie am besten und energischsten zu leiten wußte, Metternich, an ihr unterging. Stahl rief nicht direct, wie Gerlach, die Katholiken um Hülfe an; aber unwillkürlich zog seine Rede viele zu ihm. Eine Theilung in ihren Reihen war natürlich. Durch das Gesetz das die Freunde des christlichen Staats verletzt, muß nach deren Ansicht der Staat untergehen, aber die katholische Kirche kann, nach der Ansicht ihrer eifrigsten Freunde, unter den Ruinen bestehen, vielleicht zu noch höherer Glorie.

Schleswig.

*** Schleswig,** 4 October. Die Flensburger gemischte Commission ist bis jetzt nicht ermüdet wie fast in allen übrigen Städten so auch hier Bewegungen zu veranlassen und die ruhige Bevölkerung, die nicht einmal versteht einen Krawall zu machen, darin zu üben. Hr. v. Eulenburg hat auf die von 60 angesehenen Grundbesitzern ihm zugestellte Adresse unter andern Belehrungen auch die apostolische Ermahnung einfließen lassen: „Seyd unterthan der Obrigkeit die Gewalt über Euch hat" und entschuldigt die Maßregeln der Commission damit daß in mehreren Städten jene Lehre nicht befolgt sey. Er vergißt aber daß der Apostel wohl nicht an eine feindliche Gewalt dachte, sondern an die rechtmäßige auf Gesetz und Recht haltende Obrigkeit; es wird verschwiegen daß die Commission zuerst alle Schranken der Ordnung überschritten welche die Convention vom 10 Jul. und die zu beobachtenden Landesgesetze ihr vorzeichneten, und daß sie durchaus willkürlich und despotisch verfahren, auch die Beamten welche ihre unbefugten Erlasse ohne die bestehenden Gesetze zu übertreten nicht befolgen konnten, mit Beiseitesetzung des gesetzlichen Verfahrens entlassen, und Personen an ihre Stelle gesetzt welche keine Achtung genießen, ja als Ueberläufer und Renegaten allgemein verhaßt sind. Hr. v. Eulenburg gibt in seinen sonst dargelegten staatsrechtlichen Ansichten große Blößen, die nicht bloß auf Unkunde unserer Verhältnisse deuten. Weil der König von Preußen Schleswig-Holstein selbständige Staaten genannt, soll kein Einheitsstaat begründet seyn. Dabei übersieht er daß sie auch eng verbundene Staaten genannt sind und der König sich dabei auf die Fundamentalrechte der Herzogthümer bezieht. Diese Verbindung war auch seit 1460 so eng als sie nur gedacht werden kann, bis 1712 gemeinschaftliche Landtage, seitdem ruhte die ständische Vertretung, ist aber nie aufgehoben. Seit 1834 zwar als Provisorium getrennte Stände, aber nur berathende; dahingegen blieb die Gesetzgebung durchaus gemeinschaftlich, indem alle Gesetze nach wie vor in Jahrhunderten, für Schleswig und Holstein gleichmäßig, in demselben Exemplar verfaßt und publicirt wurden. Der Art. III des Protokolls vom 10 Jul. über die Friedenspräliminarien sagt: daß die nichtpolitischen Bande in den materiellen Interessen zwischen beiden Herzogthümern erhalten werden sollen. Zu diesen materiellen Interessen gehören vornehmlich die Finanzen. Die Commission schaltet aber als wären die Finanzen schon getrennt; sie fordert alle Steuern ein, die nach vormärzlichen unantastbaren Landesgesetzen an die gemeinschaftliche Landescasse in Rendsburg zu zahlen sind, statt daß sie nur die zu den Staatsausgaben in Schleswig nöthigen Summen von der gemeinschaftlichen Steuercasse begehren könnte; sie will sogar Kriegssteuern erheben, die nur zu den außerordentlichen Rüstungen gegen Dänemark bewilligt sind. Diese Commission will aber nur erheben, nicht zahlen, denn sie hat die am 1 d. M. fälligen Gagen und Pensionen dem Beamtenstande nicht ausbezahlt; dahingegen sollen Gelder nach Kopenhagen eingesandt seyn. Die Convention ist freilich so vag abgefaßt und öffnet aller Willkür Thür und Thor; sie wird aber auch mit ebensovieler Fügsamkeit des preußischen Commissärs in die dänischen Prätensionen ausgeführt als man bei der Abfassung preußischerseits in den wichtigsten Theilen auf unbegreifliche Weise denselben nachgegeben hat. Die Unausführbarkeit eines auf solchen Basen beruhenden Friedens zeigt sich mit jedem Tage. Wie will man eine Regierung möglich machen welcher das gesammte Volk mit geistlichen und weltlichen Beamten einmüthig entgegentritt? Hier gilt was der Kaiser von China noch vor kurzer Zeit den Engländern bei Ablehnung des verlangten Eintritts in Kanton hatte antworten lassen: „Eine Regierung kann nicht bestehen die gegen den entschiedenen Willen des Volks handelt." Wenn auch chinesische Staatsweisheit Schleswig-Holstein das Wort reden würde, darf es umsomehr von dem einigen Deutschland hoffen. Mit dem größten Interesse hat man die bayerischen Bemerkungen und Vorschläge zum preußischen Entwurf der Reichsverfassung hier gelesen, namentlich Art. 1 wegen ausdrücklicher Erwähnung des Herzogthums Schleswig und Art. 2 wegen Verbindung deutscher mit nichtdeutschen Staaten. Diese Aenderungen des preußischen Entwurfs (welcher für Schleswig-Holstein bisher so ungünstig) erregen hier neue Hoffnungen daß aus dem Süden auch durch die Staatsmänner Beistand werde, wie wir ihn durch die braven Truppen vor sechs Monaten erlangten. Es ist hier in dankbarer Erinnerung wie schnell die Bayern hier anrückten, wie kampfbegierig, wie sie ächt deutsche Gesinnung hier kundgaben; und sie bewährten bei Düppel ihre Zusage. Die Reichstruppen zeigten ein schönes Bild der Einheit Deutschlands; in einmüthigem Sinn zogen alle verschiedenen Truppentheile ohne alle Eifersucht von hier gen Norden. Daß sie nicht so wiederkehrten, war nicht die Schuld der Truppen, sondern der Diplomatie. Diese hat viel wieder gut zu machen, nicht nur gegen Schleswig-Holstein — es ist ein kleiner Fleck — aber gegen das gesammte Deutschland, das seine Söhne so bereitwillig hergegeben, wo es galt deutsche Lande und Rechte gegen einen übermüthigen auswärtigen Feind zu schützen. Hier vertraut man immer noch dem guten deutschen Geiste der auch über die Diplomaten kommen kann, wie er längst im deutschen Heere waltete.

Schweiz.

△ Bern, 8 Oct. Nachdem nun in Folge des in meinem letzten Briefe erwähnten Bundesrathsbeschlusses ein Theil des Baden und Bayern gehörenden Kriegsmaterials am 6 d. von Basel aus abgeliefert worden ist, hoffte man mit Zuversicht auf Beseitigung der vielen Hindernisse welche man noch fortwährend, nicht nur von Seite der französischen, sondern auch von den deutschen Regierungen der Rückkehr der weniger gravirten deutschen Flüchtlinge in den Weg legt. So kann namentlich die Rückkehr derjenigen Flüchtlinge aus Frankreich und der Schweiz welche in der Pfalz ihre Heimath haben, nicht mehr unbedingt stattfinden. Für dieselben ist die einzige Eintrittsstation der Ort Schweigen bestimmt. Von dort werden sie mit militärischer Escorte nach Bergzabern transportirt. Das königliche Landescommissariat hat dann über die Auslieferung der ankommenden Flüchtlinge an die betreffenden Civil- oder Militär-Untersuchungsbehörden, oder über ihre sofortige Entlassung in die Heimath zu entscheiden. Der Durchzug durch die Pfalz ist solchen Flüchtlingen welche andern deutschen Staaten angehören nicht gestattet. Rheinbayerische und rheinpreußische Flüchtlinge können daher nicht über Basel, Straßburg und durch die bayerische Pfalz in ihre Heimath gelangen. Schon hört man Stimmen welche sagen: wenn die weniger gravirten Flüchtlinge mit einer kurzen Untersuchungshaft in Baden durchkommen, so solle ihnen der Bundesrath zuerst den Rath, und wenn das nicht helfe die Weisung geben sich in ihre Heimath zu verfügen. Die Angelegenheit mit Raveaux gibt hier viel zu reden, und man streitet sich darüber ob er wirklich ausgewiesen sey oder nicht. Druey soll auf eine Anfrage in dieser Beziehung geantwortet haben: bevor Raveaux einen Paß verlangt, habe ihm niemand das Asyl verweigert; nachdem er aber einmal einen Paß gefordert habe, verstehe es sich von selbst daß er sich auch den mit der Ausstellung eines Flüchtlingspasses verbundenen Consequenzen fügen müsse, nach welchen ihm zum ferneren Aufenthalt in der Schweiz nur ein kurzer Termin gestattet werden könne. Die französischen Flüchtlinge sind nun auch ins Innere gebracht worden, so daß sie alle Genf verlassen und sich ins Waadtland begeben mußten. Tzschirner aus Dresden, der sich schon in Baselland häuslich niedergelassen hatte um dort mit Bewilligung des Obergerichts den Beruf eines Advocaten auszuüben, ist in Folge des Internirungsbeschlusses in Bern angekommen und wird, wie man hört, hier bleiben.

Ostindien.

(Aus der Corresp. der Daily News.) **Bombay,** 1 Sept. Seit meinem letzten Schreiben hat kaum etwas wichtiges in Indien verlautet. Leider aber war während dieser Zeit ein großer Theil der Präsidentschaft Bombay schwer von der Cholera heimgesucht, und aus amtlichen Berichten der Revenüen-Commissarien ist ersichtlich daß in einigen Landbezirken die Reyots (d. h. Zinsbauern) zu Hunderten weggerafft worden. In Puna sind viele Soldaten des 10ten Husaren- und des 64sten und 83sten Fußregiments an der Seuche gestorben. In Bombay war sie, was die europäische Bevölkerung anlangt, zumeist auf die Matrosen der indischen Flotte, besonders an Bord des ganz verrotteten und höchst schmutzigen Aufnahmeschiffs „Hastings" beschränkt. Auf den Handelsschiffen kamen nur ein paar

Erkrankungsfälle vor. Die Armee-Todtenliste zählt viele Officiere auf, sowohl in Bombay als in der Präsidentschaft Madras. — Sir Charles Napier, der mit dem Generalstatthalter Marquis v. Dalhousie und Lord Gough noch in Simla weilt, wird das Pendschâb und die Provinz Peschawer im October besuchen, und dabei seinen Weg über Rabul Pindi nehmen. Auf dieser Station waren unlängst zwei bengalische Regimenter eingeborner Infanterie kurze Zeit in einem Zustand der Meuterei wegen ihres Soldes. Nach der Einverleibung des Fünfstromlandes hörte dasselbe natürlich auf unter der Rubrik des „ausländischen Dienstes" geführt zu werden, und die Feldzulage („Batta", Corruptel von Bhatha, was im Hindi und der Maharatta-Sprache besondere Zahlung heißt) von 2 Rupien monatlich für den im Pendschâb dienenden Sipahi wurde gestrichen. Als nun den indischen Soldaten ihr verkürzter Sold ausgezahlt werden sollte, weigerten sie sich ihn anzunehmen. Man suchte sie über den Grund der Reduction zu verständigen, aber eine Zeitlang hörten sie nicht auf ihre Officiere, und in den Regimentern liefen geschriebene Zettel um welche die Soldaten aufreizten nicht weniger als 12 Rupien (= 14 fl. 24 kr.) monatlich anzunehmen. Die Regimenter in denen dieß vorfiel waren das 13te und das 22ste; kein Officier und Unterofficier nahm an der Meuterei theil, aber es ist zu vermuthen daß die Soldaten von einigen derselben insgeheim aufgemuntert worden. Am 18 Aug. gaben sie endlich nach und baten um den ihnen angebotenen geringeren Sold; ihre Dienstpflichten hatte die Mannschaft mittlerweile nicht im geringsten vernachläßigt. Man sagt Sir C. Campbell, der Befehlshaber jener Station, habe mit den Widerspenstigen einen Vergleich getroffen; ist dieß der Fall, so wird der bekanntlich in Sachen der Mannszucht äußerst strenge Napier ihn nicht schonen, so wenig als die Rädelsführer der Meuterei. — Die Thatsache daß Soldaten der aufgelösten Sikharmee so zahlreich nach Kaschmir strömen, wird von der Delhi Gazette dahin erörtert: diese Soldateneinwanderung habe stattgefunden mit Zustimmung der brittischen Regierung auf Ansuchen Gulab Singhs, als welcher geltend machte: er brauche jetzt, um sein ausgedehntes Reich in Ordnung zu halten, eine viel größere Armee als früher. Die D. Gazette sagt uns zugleich: Gulab Singhs Artillerie sey weit zahlreicher und stärker als man bisher gewußt, und er vermehre sie fortwährend. Woher bekommt er seine Kanonen? Ehe spätestens das Jahr 1850 vorübergeht, werden wir erfahren zu welchem Zweck er sich mit all diesem Kriegszeug versorgt hat. Gulab Singh haßt alles Englische, und so mögen Sie eines Tags ohne Verwunderung hören daß er gegen uns ins Feld gerückt. Höchst wahrscheinlich werden wir noch einen, einen dritten blutigen Feldzug zu bestehen haben bevor unser Besitz des Pendschâb gesichert seyn wird. Man sagt das Directorium der ostindischen Compagnie habe den Plan örtliche Sikh-Corps zum Schutze des Landes zu errichten mißbilligt; wenn dieß der Fall ist, so hat es bloß gesunden Menschenverstand gezeigt, was bei Fragen die den Säckel berühren selten der Fall ist. Wir brauchten wenigstens sechs weitere europäische und noch zwanzig bengalische Sipahi-Regimenter, wenn die Dienstpflichten dieser Armee ordentlich gethan werden sollen. Sir Charles Napier soll auf Bildung einiger neuen europäischen Regimenter dringen. Die brittische Verwaltungsbehörde im Pendschâb scheint ihrem Berufe treulich nachzukommen, und bereits sind in dieser Provinz viele Verbesserungen im Gang. Der Generalstatthalter hat auf ihre Empfehlung eine jährliche Ausgabe von 50,000 Pfd. St. für gemeinnützliche Werke, die Anlage von Straßen, Canälen, Brücken, Brunnen und Teichen, genehmigt. In den südlichen Bezirken des Pendschâb rechnet man auf eine reichliche Indigo-Ernte, die Qualität desselben ist aber eine geringe. Alle Hemmnisse des innern Verkehrs der Provinz, insoweit sie gesetzliche waren, sind aufgehoben. Der abgesetzte Fürst von Multan ist zu lebenslänglicher Deportation nach Singapur verurtheilt — eine Strafe in Vergleich mit welcher ein guter Hindu den Tod für nichts achtet, als welcher vor dem Gedanken über das Kara Pâni — das schreckliche Meer — zu schiffen schaudert. Er soll seinen Schmerz darüber ausgedrückt haben daß die brittische Regierung das ursprünglich gegen ihn gefällte Todesurtheil nicht lieber habe vollziehen lassen, was ihm das schmachvolle Elend erspart haben würde. Sein abgeändertes Strafurtel ward ihm am 31 Jul. auf dem Fort von Lahor verkündigt. — Die Sommerhitze im Pendschâb war außerordentlich, und vier englische Officiere sind in Folge derselben am Schlag gestorben. Es ist im ganzen Lande reichlicher Regen gefallen, und die Erntaussichten, besonders in dem fruchtbaren Drâb Dschellindhir, sind sehr günstig. Dasselbe gilt von der Provinz Sind, in welcher die letzte Zeit über durchaus nichts neues vorgefallen. — Zu Heyderabad im Nizamsstaat ist der Weisir, oder Premierminister, Schums-ul-Umra, zurückgetreten, weil er verzweifelte in seiner Lage etwas gutes für das zerrüttete Land wirken zu können. Man glaubt daß der Nizam seinen früheren Weisir Suradsch-ul-mulk, so sehr er ihn auch bisher gehaßt, wieder berufen werde. Suradsch scheint die Gunst des brittischen Residenten gewonnen zu haben. — In den Präsidentschaften Bengal und Madras herrscht tiefe Ruhe. Sir W. Gomm befindet sich fortwährend in Calcutta, und rechnet, scheint es, darauf dem Sir Ch. Napier, welcher im März k. J. sicher nach England heimkehren wird, im Obercommando der indobrittischen Heere nachzufolgen.

Bei der Schwierigkeit das weite brittisch-ostindische Reich mit einem umfassenden Eisenbahnnetz zu überziehen, und bei der Länge der Zeit und dem ungeheuren Geldaufwand den dieses Unternehmen jedenfalls erfordern würde, hat jetzt der Civil-Ingenieur John Bourne in Manchester der ostindischen Compagnie einen Plan vorgelegt: mittels einer neuen Art besonders flacher Dampfboote, welche die HH. Boulton und Watt in Manchester zu bauen sich erbieten, mehrere tausend englische Meilen Flußschifffahrt in Indien dem Handelsverkehr zu eröffnen. Auch die seichtesten Flüsse sollen mittels dieser Schiffe, welche Maschinen von 300- bis 350facher Pferdekraft führen, und mit Waarenladungen von 250 Tonnen 15 engl. Meilen in der Stunde zurücklegen würden, befahren werden können.

Neuestes.

Augsburg, 11 Oct.

△ **Konstantinopel**, 26 Sept. Bei dem Stillstand der in der Flüchtlingsfrage eingetreten ist, haben wir nun einen Augenblick der Ruhe, der wohl — ich wünschte mich zu täuschen — der Windstille vor dem Sturm am meisten ähnlich seyn dürfte. Das der Pforte unbequeme Factum des Abbruchs der Verbindung von Seiten der österreichischen und russischen Mission wird von ihren halbofficiellen Organen, dem Journal und Courrier de Constantinople gänzlich mit Stillschweigen übergangen. Wir erfahren daraus nur daß Fuad Efendi den Auftrag erhalten habe sich von Bucharest nach Warschau zu begeben, um der russischen Regierung die Antwort der Pforte auf das von ersterer gestellte Begehren zu überbringen. Durch den Kriegsdampfer „Eregli" wurde ihm nebstbei ein Handschreiben des Sultans zur Uebergabe an den Kaiser Nikolaus zugeschickt, welches als Antwort auf den vom Fürsten Radziwil überbrachten Brief des Autokrators dienen soll. Die Sendung des russischen Generaladjutanten wird in den obgenannten Blättern ganz einfach als beendigt (terminée) bezeichnet. Wohlunterrichtete Personen glauben daß Fuad Efendi's Mission, vorderhand wenigstens, an einer alten tractatmäßigen und von Rußland stets aufrecht erhaltenen Praxis scheitern dürfte, nach welcher kein osmanischer Abgesandter ohne vorhergegangene Einwilligung des russischen Hofes die Staaten desselben betreten darf. In gleicher Weise wie Kaiser Nikolaus durch Fuad Efendi soll der Kaiser von Oesterreich, wie man sagt, durch Schekib Efendi, den gewesen Botschafter in Wien, beschickt werden. Ob die Pforte zur Durchführung ihrer Absichten mehr auf die Persönlichkeit und Beredsamkeit ihrer beiden Abgesandten oder mehr auf englischen oder gar englisch-französischen Beistand rechnet, wage ich nicht zu entscheiden. Die englische Hülfe wollte man dieser Tage schon in Gestalt einer imposanten brittischen Seemacht von Malta aufgebrochen, ja selbst in den Dardanellen angekommen wissen. Bei näherer Beleuchtung zeigte sich indeß daß dieselbe zwar in der That von Malta aufgebrochen, aber in den jonischen Gewässern erschienen war, wo man ihrer der auf Cephalonia ausgebrochenen Unruhen wegen bedurfte. Ueber die dortigen Vorfälle sind Sie ohne Zweifel auf directem Wege besser als wir hier unterrichtet, und wissen daher bis zu welchem Grade die aus Italien gekommenen revolutionären Flüchtlinge dabei die Hand mit im Spiel gehabt haben mögen. Jedenfalls scheinen die hieher gelangten officiellen Proclamationen des Lord Obercommissärs zu beweisen daß dem brittischen Löwen zur Bezwingung blutiger Aufstände eben auch keine magischen Zaubermittel zu Gebote stehen. Nebst der englischen Hülfe sind es die Flüchtlinge in Widdin und die Stellung des jetzigen Ministeriums welche, wie es in Momenten gespannter Erwartung zu gehen pflegt, tagtäglich zu den widersprechendsten Gerüchten ausgebeutet werden. Nach denselben wären z. B. die Flüchtlinge längst insgeheim mit englischen, französischen oder sardinischen Pässen durch Konstantinopel durch und über Smyrna ins Weite expedirt worden, was jedoch von glaubwürdigen Reisenden die von der Donau kommen, bestimmt als falsch erklärt wird, und es ist in der That nicht wahrscheinlich daß der Divan, während er mit den beiden Kaiserhöfen in directe Unterhandlung tritt, sein bisheriges Benehmen durch einen solchen hinterlistigen Vorgang geradezu in das seltsamste Licht stellen sollte. Uebrigens wird der fortdauernde Aufenthalt der Flüchtlinge in Widdin durch die hiesigen Journale selbst bestätigt, welche in Correspondenzartikeln aus jener Festung nicht genug von der zarten Aufmerksamkeit zu erzählen wissen, womit der Pascha sie umgebe und den Werth orientalischer Gastfreundschaft in ihren Augen zu erhöhen bestrebt sey. Die Gerüchte über einen ernsten Kampf, den die Hauptpersonen des jetzigen Ministeriums zur Stunde mit ihren Collegen oder mit ihren der Regierung fernstehenden Gegnern zu bestehen haben, sind vorzüglich durch

die plötzlich erfolgte Absetzung des Medicinalchefs Abdülhak Efendi, eines mit dem Serail des Sultans enge verbundenen Ulema's, rege geworden. Man vergesse nicht daß das Ministerium Reschid Pascha unter den orthodoxen Muselmännern nie recht populär werden konnte, und auch jetzt werden unter ihnen, wie man mich versichert, immer mehr Stimmen laut welche seinen Widerstand gegen die Forderungen Oesterreichs und Rußlands durch nichts gerechtfertigt finden. „Wegen ein paar Rebellen," hört man manchen Alttürken sagen, „sollen wir uns etwa gar in einen Krieg verwickeln?!" — Zum Nachfolger Abdulhak Efendi's wurde ein junger türkischer Arzt, Salich Efendi, ernannt, der seit ein paar Jahren als Professor der Botanik an der medicinischen Schule zu Galata Serai angestellt war. Vor zehn Jahren trat er daselbst als Schüler ein, erhielt dort seine ganze wissenschaftliche Ausbildung, über die sich nur rühmliches sagen läßt, und insofern wäre seine Ernennung — wenn anders hierzulande derlei Motive je bei irgendeiner Maßregel zu Grunde lägen — allerdings eine für die Lehranstalt der er vorsteht ehrenvolle Wahl.

(3616) **Edictalladung.**

Christina Beck, Wittwe von Wittershausen, eine geborne Löser, hat gegen Thomas Konrad, ledig, von Holzhausen, welcher dem Vernehmen nach sich nach Nordamerika begeben hat, unterm 30 Jun. d. J. eine Klage auf Ersatz der Kosten für Verpflegung ihrer zwei mit solchem außerehelich erzeugten Kinder eingereicht und zugleich auf Beschlagnahme dessen elterlichen Vermögens angetragen.

Zur Rechtfertigung des unterm Heutigen verfügten Arrestes und zur Verhandlung über die Klage in der Hauptsache im gewöhnlichen Verfahren wird Termin auf

Freitag den 16 November l. J.,
früh 9 Uhr,

festgesetzt, wobei Beklagter entweder in Person zu erscheinen oder durch eine legal bevollmächtigte geeignete Person sich unter dem Bedrohen vertreten zu lassen hat, daß im entgegengesetzten Fall der Arrest für justificirt erachtet und resp. der nicht erscheinende Theil in die Kosten verurtheilt wird.

Das Duplicat der Klage wurde heute am Gerichtsbrett angeschlagen, auch sollen künftig alle Verfügungen in dieser Sache statt Insinuation am Gerichtsbrett angeschlagen werden.

Aub, den 26 September 1849.
Königlich bayer. Landgericht.
Herr, Landrichter.

(3631) **Verschollenheitserklärung.**

Mathias Harl, Gütlerssohn von Lintach, Gemeinde Rigelsbach d. G., welcher als Soldat der königl. bayer. Armee den russischen Feldzug im Jahre 1812 mitmachte, ist seit dieser Zeit vermißt und besitzt ein Elterngut von 5[illegible]0 fl.

Derselbe oder dessen allenfallsige rechtmäßige Descendenz werden aufgefordert sich

binnen 3 Monaten a dato

bei diesseitigem Gerichte zu melden, außerdem dessen Vermögen an seine Erben ausgeantwortet werden wird.

Am 29 September 1849.
Königl. Landgericht Abensberg.
Henneberger, Landrichter.

[3600—2] **Bekanntmachung.**

Die Verlassenschaft des Franz de Paula Kräer betreffend.

Auf dem von den Relicten des Säcklers Mathias Burger zu Laufen durch Kauf an den Uhrmacher Piracher dahier übergegangenen Anwesen ist für die Erben des verstorbenen Stadtrichters Kräer ein Capital v. 400 fl. in I. Hypothek eingetragen, worauf der am 19. Juni 1841 zu Marseille verlebte Commis Franz de Paula Kräer ausschließenden Anspruch gehabt haben soll.

Auf dieses Capital macht nun die Stadtrichters-Tochter Katharina Kräer zu Salzburg, zweibändige Schwester des zu Marseille kinderlos, jedoch mit Hinterlassung seiner Ehefrau Margaretha Caruso, von welcher aber bisher ungeachtet der angestellten Recherchen keine Spur aufzufinden war, Anspruch. Es werden demnach die Wittwe des Franz de Paula Kräer oder alle diejenigen welche auf dieses Capital Anspruch machen zu können glauben, aufgefordert ihre Ansprüche

binnen drei Monaten

von heute an hierorts um so gewisser geltend zu machen, als außerdem in vorliegender Verlassenschaft weiter verfahren, und das bei der k. Staatsschuldentilgungscassa München angelegte Capital von 400 fl. der Katharina Kräer, welche sich als Erbin bereits legitimirt hat, ausgefolgt werden würde.

Laufen, am 17. Sept. 1849.
Königliches Landgericht Laufen
D. l. a.
v. Speckner, Assessor.

[3621] **Präclusivbescheid.**

Die Gant des Fabrikanten Eugen Kiener dahier betreffend.

Nr. 31,439. Werden alle Gläubiger welche in heutiger Tagfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, von der vorhandenen Masse hiermit ausgeschlossen.
V. R. W.

So geschehen Freiburg den 24. Sept. 1849.
Großh. bad. Stadtamt
Meier.

[3628—30] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

An Franz Joseph. Gedicht von **Karl Beck.**

Motto: „Sie haben mir Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem Sie einräumten, daß je umfangreicher ich Milde könnte walten lassen, desto vollkommner mein Glück seyn wird.“

Der Kaiser von Oesterreich an den Fürsten von Warschau.

3¹/₄ Bogen in Umschlag brosch. 24 kr. C.-M. oder 9 Ngr.

---

[305] In der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen:

Dinglers
Polytechnisches Journal.

Dreißigster Jahrgang.

Zweites Septemberheft.

Inhalt. Bemerkungen über Hochdruckdampfmaschinen, meine neueren Beobachtungen, Erfahrungen, Versuche, Erfindungen und Verbesserungen auf dem Felde derselben berührend; von Dr. Ernst Alban in Plau. Mit Abbild. (Schluß.) — Apparat zur Regulirung des Druckes in Dampfkesseln, von Dunn. Mit Abbild. — Maschine zum Reinigen des Getreides und des Mehls, von Ashby. Mit Abbild. — Hjorth's elektromagnetische Rotationsmaschine. Mit Abbild. — Löthlampe mit Terpentinöl-Dampf. Mit Abbild. — Einfacher Apparat zum Auswaschen der Niederschläge; von Gummers. Mit Abbild. — Ueber die Darstellung des reinen Kobaltoxyds und des Thenard'schen Blaues; von Louyet. — Ueber schmiedbares Messing; von Dr. Elsner. — Ueber eine Verunreinigung des Chloroforms, welche es zum Einathmen ungeeignet macht; von Soubeiran und Mialhe. — Ueber das Leimen des auf der Maschine gefertigten Papieres; von Dr. Müller. — Ueber die Bereitung des Feuerschwamms; von Reclus. — Ueber eine neue Milchconserve; von de Lignac. — Ueber die Einführung zweier Nährpflanzen, der Picquotiane (Psoralea esculenta) und der Apios tuberosa in Frankreich; Bericht von Gaudichaud. — Miscellen. Eisendraht mit einem Zinkamalgam überzogen, als Leiter des elektrischen Fluidums. — Bewährte Metalllegirungen für Locomotiven. — Bemerkenswerthes Verhalten des legirten Silbers beim Gießen. — Bemerkenswerthes Verhalten des legirten Silbers beim Gießen. — Einfache Bereitungsweise des zu zahnärztlichen und andern Zwecken dienenden Kupferamalgames. — Verfahren zum Reinigen des kohlensauren und des unterschwefligsauren Natrons mittelst Krystallisation. — Verfahren zum Bereiten von Jodcalium. — Verfahren zur Bereitung reinen Stickgases; von Corenwinder. — Verbesserung in der Darstellung der Orseille aus Flechten; von Chaudois. — Verfahren zur Seifenfabrication, von Riede. — Ueber die Bereitung und Anwendung der Harzbeize; von Hardenack. — Vorschriften zur Bereitung von Siegellack; von Pottinger. — Ueber die Gährung des äpfelsauren Kalks.

Von diesem alle Zweige der Technik umfassenden Journal erscheinen auch ferner wie bisher monatlich zwei Hefte mit Abbildungen. Der Jahrgang, aus 24 Heften mit etwa 30 Tafeln Abbildungen und im Text abgedruckten Holzschnitten bestehend, mit einem vollständigen Sachregister versehen, macht für sich ein Ganzes aus und kostet bei den Buchhandlungen und allen k. bayerischen Postämtern nur 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. In das Abonnement kann nur für den ganzen Jahrgang eingetreten werden.

Die Verlagshandlung kann vom

Polytechnischen Journal

noch einige ganz vollständige Exemplare, welche sie aufgekauft hat, und zwar 1sten bis 29ster Jahrgang oder Band 1 bis 110 zu 464 fl. oder 270 Rthlr. 20 Ngr. anbieten. Einzelne Jahrgänge sind fortwährend zum Preise von 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. zu haben.

[3587—92] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kossuth
unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.

gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

[3625—27] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Uebersicht

der Maaße, Gewichte und Währungen

der vorzüglichsten Staaten und Handelsplätze

von Europa, Asien, Afrika und Amerika,

mit besonderer Berücksichtigung **Oesterreichs** und **Rußlands.**

Von **Carl Rumler,**

Custosadjuncten am k. k. Hof-Mineralien-Cabinette 2c.

Die Hälfte des Rein-Ertrages ist dem mährischen Invaliden-Fonde gewidmet.

gr. 8. mit steifen Deckeln broschirt 1 fl. 24 kr. C.-M.

Unter allen ähnlichen Werken zeichnet sich gewiß vorstehendes durch seine außerordentliche Richtigkeit aus, und namentlich verdienen die beigegebenen Tabellen über die Vergleichung aller Fuß-, Meilen-, Feld-, Ellen-, Getreide-, Flüssigkeitsmaße, sowie über die Gewichte und Währungen ganz besondere Beachtung. In solcher Vollständigkeit wurden sie noch nie geliefert. **Für jeden Geschäftsmann ist das Buch unentbehrlich.**

[3562] ☞ **Trewendts Volks-Kalender 1850.** ☜

In allen Buchhandlungen zu haben:

Deutscher Volks-Kalender für 1850.

Sechster Jahrgang. Mit Beiträgen von Franz Hoffmann, Karl v. Holtei, A. Kattner, Max Ring, W. Scharenberg, Ferd. Stolle u. a.

Mit acht vortrefflichen Stahlstichen. 8. 15¹/₂ Bogen. Preis brosch. 12¹/₂ Sgr. Gebunden und mit Papier durchschossen 15 Sgr.

☞ Gediegener Inhalt bei anerkannt schöner Ausstattung werden diesem Kalender gewiß die günstige Aufnahme sichern, welche bereits seinen frühern Jahrgängen zu Theil wurde.

Eduard Trewendt in Breslau.

[3507] Im Verlage von Heinrich Köhler in Stuttgart ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Der Feldzug der Oesterreicher in der Lombardei unter dem G. F. M. Graf Radetzky im Jahre 1848. Zweite Lieferung mit einer color. Karte der Lombardei. Eleg. brosch. Preis 48 kr. oder 15 Sgr.

(Die erste Lieferung mit dem Bildniß Radetzky's kostet 27 kr. od. 8 Sgr., die dritte und letzte erscheint Ende des Jahres.)

Der Kampf der österreichischen Waffen gegen die Lombarden und Piemontesen wird in obigem Werk ausführlich geschildert, welches durch Benutzung der Berichte des k. k. Generalquartiermeisterstabes einen besondern Werth erlangt.

Die kais. österr. Verfassungsmanifeste vom 4 März 1849. Hoch Quart. Elegante Ausgabe. Preis 15 kr. od. 4 Sgr.

Dieselbe mit dem schönen Bildniß des Kaisers Franz Joseph. 30 kr. od. 9 Sgr.

Dieß Actenstück kann kein deutscher Staatsmann entbehren, und ist für die schwebenden Verhandlungen über die deutsche Frage von größter Bedeutung.

Karte der Umgegend von Wien, im Umkreis von 12 Stunden. Preis 21 kr. od. 6 Sgr.

Karte des venetianisch-lombardischen Königreichs. Color. 12 kr. od. 4 Sgr.

[3603] Stuttgart. Bei uns ist erschienen und in jeder Buchhandlung zu haben:

Weihnachtsblüthen. Ein Almanach für die Jugend auf das Jahr 1850. In Verbindung mit anderen herausgegeben von Dr. G. Plieninger. 13ter Jahrgang. Mit vielen Bildern. Prachteinband in Leinwand mit reicher Goldverzierung. 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

Den Nestor der deutschen Jugendschriftsteller, Christoph v. Schmid, an der Spitze, arbeiten an diesem Almanach die berühmtesten u. beliebtesten Jugendschriftsteller Deutschlands. Der allseitige Beifall den das treffliche Taschenbuch im Laufe von 13 Jahren allmählich in allen Gauen des großen Vaterlandes unter allen Confessionen sich erworben hat, macht es uns möglich dasselbe ohne Erhöhung des Preises nun in einem Prachteinband mit reicher Goldverzierung erscheinen zu lassen. Eine schöne und belebende Zugabe sind die vielen gelungenen Bilder von J. Risle, und das Ganze kann als schönstes Fest- und besonders Weihnachtsgeschenk für die Jugend allen Eltern empfohlen werden. Jeder Jahrgang bildet für sich ein Ganzes.

Chr. Belser'sche Buchhandlung.

(3412—14) **Weinversteigerung.**

Dienstag den 6 November nächsthin,
Morgens 9 Uhr,

lassen die Erben des verlebten Hrn. Andreas Jordan, gewesener Gutsbesitzer in Deidesheim, in ihrer Wohnung daselbst, die durch den Verlebten hinterlassenen Weine abtheilungshalber versteigern, als:

3	Stück	1811er
1	„	1825er
1	„	1831er
23¹/₂	„	1834er
1	„	1835er
1	„	1836er
2	„	1839er
1	„	1840er
8	„	1842er
14	„	1843er
15	„	1844er
25	„	1845er
35¹/₂	„	1846er
27	„	1848er

Proben werden inzwischen an den Fässern auf Verlangen verabreicht. Sämmtliche Weine sind in den besten Lagen von Ruppertsberg, Forst und Deidesheim in den eigenen Weinbergen des Verstorbenen gewachsen.

Deidesheim in der Pfalz, den 22 Sept. 1849.

Hessert, Notar.

---

[256] **Nachricht für Erfinder.**

Erfinder, welche in Oesterreich, Frankreich und England Patente zu erhalten oder ihre Erfindungen zu verkaufen wünschen, belieben sich zu wenden an das Comptoir der Asphaltunternehmung, Leopoldstadt, Stadtgutgasse Nr. 386 in Wien.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Heurietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend Nr. 286. 13 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Erzherzog-Reichsverweser soll die Abdankungsurkunde bereits unterzeichnet haben. Die O.-P.-A.-Ztg.); München (Armeebefehl. Der Antrag gegen Schüler. W. Kaulbach. Die Centralgewalt. Die neuen Universitätssatzungen. Anträge wegen des Anschlusses der österreichischen an die bayerischen Eisenbahnen. Das Briefporto in Bayern); Stuttgart (Rösler von Oels. Jacoby); Aus Süddeutschland (die öffentliche Stimmung); Vom Neckar (die Lage von Preußen); Karlsruhe (Denkmal); Rastatt (Standgerichtsverhandlungen); Freiburg (die verhafteten Bauernmädchen); Mannheim (Hinrichtung); Kassel (Rittmeister Grau); Dresden (Flucht des Bürgermeisters Meier); Leipzig (Dr. Franck entflohen); Trier (Eisenbahn); Berlin (die zweite Kammer verwirft mit großer Mehrheit die Beeidigung des Heers auf die Verfassung. Die Uebereinkunft über die neue Centralgewalt ratificirt. Sachsen und Hannover vor das Bundesschiedsgericht verwiesen. Neue Executionstruppen nach Schleswig. Rechenschaftsbericht des deutschen Verwaltungsraths über den Stand der Verfassungsfrage. Fortlaufende Berichte versprochen); Stettin (Kinkel); Altona (diplomatische Bewegung. Bonins mißglückte Sendung); Wien (Verordnung über die Deutsch-Katholiken. Stimmung über Batthyany's Hinrichtung. Die Kossuthnoten sollen vergütet werden. Klapka's Abschied. Radetzky-Stiftung. Urtheile über die Verwickelung in Konstantinopel).

Großbritannien. Ein Abgesandter nach Konstantinopel.

Frankreich. Verhandlungen über Pelletiers Vorschläge zur Organisation der Arbeit. Boichot. Frapoli.

Niederlande. Das Ministerium noch immer nicht definitiv gebildet.

Italien. Rom (die Cholera in Bologna und Rimini).

Dänemark.

Rußland und Polen. Der Auslieferungsartikel im Vertrag von Rustschuk Kainardschi. Achulko erstürmt.

Ver. Staaten von Nordamerika. Der Text von Poussins Brief. Der kleine Zwist mit England wegen Nicaragua's. Die Einwanderung. Californien. Die Indianer.

Beilage. Reisebilder aus Südamerika. (II. Die Landreise von Buenos-Ayres nach Valparaiso.) — Eine österreichische Depesche über die Beziehungen Deutschlands zu Italien. — Graf Ludwig Batthyany und die ungarische Revolution. — Sachsen und Deutschland.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 9; Wien 10; Frankfurt 11; Augsburg 12 Oct.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 7 Oct. Der Erzherzog Johann hat bereits eventuell urkundlich abdicirt. Nach wiederholten langen Berathungen mit seinen Ministern wurde die Abdicationsurkunde vorgestern Abend ausgefertigt und gestern Morgen vollzogen. Ihr wesentlicher Inhalt ist folgender: Nachdem zwischen den beiden Großmächten Preußen und Oesterreich unterm 30 v. M. zu Wien der Vertrag wegen Bildung eines neuen provisorischen Bundesorgans abgeschlossen worden, lege der Erzherzog Johann, bei erfolgter Ratification und unter Voraussetzung der Zustimmung sämmtlicher deutschen Regierungen, sein bisher verwaltetes Amt in die Hände Sr. Maj. des Königs von Preußen und Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich nieder. Diese Erklärung ist, wie wir hören, schon auf dem Weg nach Wien und Berlin. Man nimmt hier mit Bestimmtheit an daß die Ablösung des Erzherzogs durch die Centralcommission schon zu Ende dieses Monats stattfindet. Seit einigen Tagen befindet sich der Reichscommissär v. Bally wieder hier, wiewohl mit sehr trüben Mienen, da die Geldspenden der Ultramontanen wie der übrigen „großdeutschen" Fanatiker noch nicht ausreichten den Handel wegen der Ober-Post-Amts-Zeitung abzuschließen. Dennoch darf ich versichern daß das genannte Blatt sich unter reactionärer Obhut glücklich verpuppt hat, um am 1 Jan. k. J. als schwarzgelber Schmetterling seinen Ausflug beginnen zu können. Die Gelder gedenkt man inzwischen aufzutreiben, nur — an den Lesern einer Bally-Obermüller'schen Zeitung wird es bei dem guten Geschmack des Publicums fehlen." — So meldet die Weserzeitung. Wir lassen die letzten Sätze nur stehen um zu zeigen daß das Bremer Blatt nun selbst, und zwar mit giftigsten Ausfällen, anzeigt was die Allg. Ztg. vor einigen Wochen als einfache Thatsache berichtet hatte, worauf die Weser Zeitung meinte das scheine Brodneid. Wir beneiden den Frankfurter Blättern wahrlich ihr Brod nicht, und wissen auch gar nichts dagegen einzuwenden wenn am Sitz der gemischten Centralgewalt neben den preußischen und demokratischen Organen auch ein Blatt erscheint das die österreichischen Interessen vertritt.

Bayern. ♀ **München,** 12 Oct. Heute als am Namensfest Sr. Maj. des Königs Max II fand der gewöhnliche Gottesdienst in den Pfarrkirchen sowie die üblichen Militärparaden der Garnison und der Landwehr statt. Zugleich erschien diesen Mittag der erwartete Armeebefehl. Derselbe ist datirt vom 9 d. M. und eingeleitet mit einigen Dankesworten welche der König dem 3ten Jägerbataillon für seine Mannszucht, Tapferkeit und Ausdauer im Reichskriegsdienste während dieses Jahrs im Odenwalde, am Neckar, am Rhein und im Schwarzwald, ferner den Führern der bayerischen Brigade und ihren Truppen für ihr Verhalten „im nunmehr beendeten Reichskriege gegen Dänemark," endlich den in der Pfalz ihrer Fahne und ihrer Pflicht Treugebliebenen der Festungsstäbe, der Gendarmerie, des 6ten und 9ten Infanterieregiments u. s. w. ausspricht. Hierauf folgt der Inhalt der seit dem letzten Armeebefehl inzwischen erschienenen Rescripte über die neue Formation des Heeres in zwei Armeecorps, über seither geschehene Ordensertheilungen, Ernennungen, Beförderungen, Versetzungen 2c. Aus den nun folgenden neuesten Bestimmungen hebe ich Ihnen nachfolgendes hervor. Pensionirt wurden: die Generalmajore L. Frhr. v. Zandt, Generaladjutant, und Jakob v. Fritsch, Commandant der 3ten Infanteriedivision, letzterer auf ein Jahr. Ernannt wurden zu Regimentscommandanten die Oberstlieutenants J. v. Hake vom 13ten Infanterieregiment, im 15ten Infanterieregiment, Anton Jäger vom 10ten Infanterieregiment im 14ten Infanterieregiment, und Philipp Schönhammer vom 8ten Infanterieregiment im 11ten Infanterieregiment; zum Artilleriedirector in Ingolstadt der Major Fr. v. Register; zu functionirenden Majoren 14 Hauptleute; zum Director der Gewehrfabrik der Hauptmann und bisherige Inspector dieser Fabrik J. Waldmann. Befördert wurden zu Generalmajors und Brigadiers der Infanterie die Obersten Frhr. Haller v. Hallerstein von 14ten Infanterieregiment bei der 3ten, und K. Winther von 15ten Infanterieregiment bei der 2ten Infanteriedivision; zu Obersten: die Oberlieutenants Karl Gößmann, Max v. Schlägel, Fr. Ritter v. Reck, Aloys Margreitter, L. Frhr. v. Reichlin-Meldegg und Th. Ritter v. Hildebrandt; zu Oberstlieutenants die Majore: Passavant, Benj. Hermann, Phil. Fries, Max Feder, Phil. Kohlermann, Gg. Frhr. v. Hettensdorf, Heinr. v. Claus, Phil. Wigard, K. Ritter v. Geuter, Gg. Frhr. Stromer v. Reichenbach, Edm. v. Ißstein, J. Lehmus, Alb. Spieß und Karl Macco; zu Majoren: die Hauptleute und functionirenden Richtungsmajore: H. Mallet, J. B. Klein, Gust. Herzog, Gg. Unkelhäuser, M. Jörgens, M. Adam, Steph. Lick, dann die Hauptleute: Rich. Molitor und H. Butz. Zu Hauptleuten I. Cl. Zwanzig Hauptleute II. Cl. und 15 Oberlieutenants, zu Hauptleuten II. Cl. 21 Oberlieutenants, zu Oberlieutenants 50 Unterlieutenants, zu Unlieutenants 25 Junker und 35 Unterofficiere u. s. w. — Der hannover'sche Gesandte am bayerischen Hofe, Frhr. v. Knesebeck, ist von seiner Reise nach Hannover wieder hier eingetroffen.

|| **München,** 12 Oct. Der Antrag des Ministeriums auf Einleitung strafrechtlicher Untersuchung und auf Verhaftung des Abgeordneten Schüler stützt sich, wie ich heute höre, nicht nur auf den Aufruf des Donnersberg vom 5 Mai, sondern auch auf jene Erklärungen desselben Clubs welche den Austritt aus den Märzvereinen und die Agitation gegen die von Preußen abgelehnte Erbkaiserwürde und gegen particularistische Bestrebungen Bayerns verkündeten. Ferner wird aus der verzögerten Erklärung Schülers über seine Erwählung in den Landesvertheidigungsausschuß und in die provisorische Regierung der Pfalz eine Beförderung oder Begünstigung der dortigen Bewegung, dann aus dessen Theilnahme an der Reichsregentschaft und deren Beschlüssen Theilnahme an Bestrebungen zum Umsturz der bestehenden Regierungen und zur Erregung des Bürgerkriegs gefolgert. Advocat Rudhart hat im ersten Ausschuß das Referat über diese Angelegenheit erhalten; dessen Erstattung soll beschleunigt werden. Man glaubte vielseitig daß heute als am Namensfest

des Königs das Amnestiegesetz in Vorlage kommen werde; es geschah nicht. Nächste Woche soll ein Gesetz für eine sehr beschränkte Amnestie an die Kammer gelangen. Indessen erschien heute ein ziemlich umfassender Armeebefehl.

Die N. Münchener Zeitung schreibt: „Wie wir vernehmen, haben die neuen Universitätssatzungen, für deren Revision am Anfang des vorigen Monats im Ministerium des öffentlichen Unterrichts eine Commission von Ministerialräthen und Professoren der drei Landesuniversitäten zusammengetreten war, nunmehr die allerhöchste Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten und werden mit Beginn des Wintersemesters zum Vollzug gelangen. Die wichtigste Abweichung dieser Satzungen von den Statuten des Jahres 1842 besteht darin daß die Studienzeit von fünf auf vier Jahre reducirt wird (§. 21), und daß während derselben fortan keine akademischen Zwischenprüfungen mehr stattfinden (§. 36). Das Princip der Lernfreiheit ist in der Art proclamirt daß es den Studirenden frei gegeben wird welche und wie viele Vorlesungen, und bei welchem Lehrer sie dieselben hören wollen (§. 29). Nur in Bezug auf das Studium der allgemeinen Wissenschaften ist vorgeschrieben daß in den ersten zwei Jahren des akademischen Studiums wenigstens acht philosophische Vorlesungen gehört werden müssen (§. 23); jedoch ist auch hier die Wahl der Vorlesungen der freien Erwägung eines jeden anheimgegeben, und es können sogleich im ersten Jahre Fachcollegien gehört werden. Der Besuch auswärtiger deutscher Universitäten ist an keine andere Bedingung geknüpft als daß den Bestimmungen des Conscriptionsgesetzes Genüge geleistet wird. Nur der Besuch nichtdeutscher Universitäten bedarf der landesherrlichen Genehmigung, wenn die dort zugebrachte Studienzeit eingerechnet werden soll (§. 28). In dem Capitel von den Disciplinarstrafen hat die Strafe der Dimission und Relegation eine andere Festsetzung erhalten, indem die erstere als temporäre Ausschließung von den Universitätsstudien aufgefaßt wird, daher auch auf andere Universitäten fortwirkt, die letztere dagegen nicht mehr temporär, sondern als schwerste akademische Strafe, für immer erkannt wird, sohin die Unfähigkeit je einer deutschen Universität anzugehören nach sich zieht (51, 52). Den Studirenden ist das Vereins- und Versammlungsrecht, unter gehörigen Garantien gegen den Mißbrauch, eingeräumt. Auch finden sie einen ständigen Vertreter ihrer Interessen und Wünsche in einem Ausschusse, welcher am Anfang jedes Semesters aus ihrer Mitte in der Art gewählt wird daß auf je hundert Studirende und auf eine die Hälfte hievon übersteigende Bruchzahl ein Vertreter kömmt (§. 63—68). Sehr detaillirte und zum Theil neue Bestimmungen finden sich auch über das Honorarienwesen (§. 69—80). Das an mehreren norddeutschen Hochschulen übliche Institut der Honorarienstundung, welches während der kurzen Zeit seines Bestandes die öffentliche Meinung in Bayern nicht gewinnen konnte, ist in die neuen Satzungen nicht aufgenommen worden.

*** **München**, 9 Oct. Kaulbach ist von Berlin nach zweimonatlicher Abwesenheit zurückgekehrt. Er hat während der Zeit mehrere Cartons für seine großen Wandgemälde im dortigen neuen Museum gezeichnet, namentlich die Gestalten der Sage und der Geschichte, ferner Moses und Solon, welche neben das alttestamentliche und neben das griechische Bild zu stehen kommen. Außerdem hat Kaulbach einen Carton gezeichnet der für die neue Petrikirche in Berlin (das schöne Werk des Architekten Strack) als Glasgemälde ausgeführt werden wird. Seine nächste Aufgabe wird, außer den Entwürfen für den Bilderschmuck der neuen Pinakothek in München, der große Carton zum Gemälde des Homer für Berlin seyn.

Ein Schreiben aus **München** vom 10 Oct. im Nürnb. Correspondenten sagt: „Die Details welche uns die heutige Beilage der Allg. Ztg. über die zwischen den beiden Großmächten getroffene Uebereinkunft bezüglich der neuen provisorischen Centralgewalt aus Berlin brachte, haben hier nichts weniger als beruhigt. Abgesehen davon daß die Organisation dieser Centralgewalt dem alten Bundestag kaum vorzuziehen seyn dürfte, soll Uebereinkunft nicht den einzelnen deutschen Regierungen als Gliedern des deutschen Bundes zur Genehmigung vorgelegt, sondern jede Großmacht soll mit ihren „Bundesgenossen“ sich darüber verständigen. Also in preußische „Bundesgenossen“ und österreichische „Bundesgenossen“ zerfallen die Glieder des deutschen Bundes nach der großen Nationalerhebung von 1848.“

Wir erhalten ein Schreiben aus **München** worin gegenüber einer jüngsten Correspondenz von dort darauf aufmerksam gemacht wird daß in Bayern bereits seit dem Julius d. J. der neue Brieftarif von 3 und 6 Kreuzer ausgeführt sey, der in Oesterreich erst beschlossen aber noch nicht verwirklicht worden. Wir werden das Schreiben morgen folgen lassen, und bemerken nur daß jener Münchner Correspondent, wie wir ihn verstanden, die ersehnte Erleichterung des Brief- und Zeitungsverkehrs darin sah, daß die niedern Postsätze auf das ganze Gebiet von Deutschland ausgedehnt würden wie die Dresdener Conferenzen es hatten hoffen lassen. Wir verkennen darum nicht welche erfreulichen Fortschritte das bayerische Post- und Eisenbahnwesen in den letzten Jahren gemacht hat. Mit Vergnügen ersieht man in der Wiener Zeitung und in der Austria die Meldung daß die österreichische Staatsverwaltung sich entschieden habe die bayerische Regierung zu der Vornahme des Baues einer Eisenbahn von München bis an die Gränze von Salzburg, und einer Zweigbahn von Rosenheim bis Kufstein zu bestimmen, mit der Erklärung daß in diesem Fall die Eisenbahn österreichischerseits weiter bis Linz geführt werden solle.

Württemberg. **Stuttgart**, 9 Oct. Heute wurde Rösler von Oels gegen eine Caution von 800 fl. frei: die gründlichste Widerlegung des Gerüchts daß er an Preußen ausgeliefert werde. — Dieser Tage reiste Jacoby von Königsberg hier durch, um sich, wie er versprochen, den Gerichten seiner Heimath zu stellen. (Beob.)

Aus Süddeutschland. Je länger sich die Entscheidung der deutschen Frage hinauszieht, desto chaotischer gehen die Meinungen und Bestrebungen in Süddeutschland auseinander. Bald werden die Stimmführer selbst nicht mehr die eigentliche Stärke ihrer Schaaren kennen. Die Parteien lockern und zerfahren sich; die Elemente der öffentlichen Meinung treten in jene chemische Spannung in welcher sie zu neuen Umsetzungen bereit sind. Von Baden kann hier nicht die Rede seyn; seine Verhältnisse sind in jeder Hinsicht zu gewaltsam. Aber auch in Bayern, in Württemberg zeigt sich von Tag zu Tag mehr der Mangel des politischen Schlagwortes für die Scene die eben spielt. Die welche Preußens Einheitsvorschlägen sich zuwenden möchten, zweifeln ob Preußen nicht noch zurücktreten könne. Die welche entschieden antipreußisch, sind uneins was dem Dreikönigsentwurf entgegenzusetzen sey. So leicht es ist zu gruppiren solange es sich um Particularismus oder Einheit, links oder rechts, Preußen oder Oesterreich handelt, so nutzlos sind jene Gruppen solange es nicht entschieden ist ob nicht Preußen und Oesterreich alles durch eine einfache Halbirung ausmachen. Dieser unbehagliche Zweifel nimmt selbst den Entschiedensten ihre Frische. In Württemberg ist freilich die Mehrheit des jetzt revidirenden Landtags unbedingt antipreußisch. Das Programm dieser Partei ist bestimmt — in der Negation. Man will nicht preußisch werden, sondern, die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung festhaltend, sich mit Oesterreich zu einem Schutz- und Trutzbund und einem Zollanschluß vereinigen. Damit scheint sowohl der Wunsch des Königs als die Mehrheit des Ministeriums Hand in Hand zu gehen. Es mag dahin gestellt bleiben inwieweit diese Ansicht den nahenden Ereignissen gegenüber die Mehrheit des Volks hinter sich habe, und auf wie lange; aber abgesehen davon läßt sich aus zwei Gründen der praktische Boden, das ist die Möglichkeit vollständige und reine Thatsache zu werden, absprechen. Der einzige Punkt wo sie diesen Boden überhaupt betritt ist die Negation gegen Preußen. Das ihr zu Grunde liegende Princip aber, die Festhaltung der zu Frankfurt beschlossenen Verfassung, bleibt offenbar in der Luft. Die Weltgeschichte ist kein juridischer Proceß. Sie hat nicht die Civilwohlthaten der Verwahrung, der Wiedereinsetzung, und hat erst die Hälfte Deutschlands wirklich einen Reichstag zu Erfurt, so ist die Frankfurter Verfassung leider eine historische Urkunde. Somit ist man in dieser Hinsicht nicht weiter; das ist aber nicht alles. Es ist eine eitle Chimäre zu glauben man könne sich in rein negativer Stellung halten gegen Preußens Octroyirung durch ein Schutz- und Trutzbündniß mit Oesterreich. Dem gewaltigen Zug und Druck eines norddeutschen Bundesstaats gegenüber würde, das liegt auf der Hand, ein bloßes Schutz- und Trutzbündniß ohne jeden andern politischen Kitt ein viel zu schwaches Gegenstück bilden. Wollend oder nicht würde man bald die Nothwendigkeit fühlen dem völkerrechtlichen Verband durch staatsrechtliche und politische Aehnlichkeit Kraft zu geben. Oesterreich müßte sich entweder durch politische Formen den süddeutschen Staaten nähern oder diese ihm. Welcher Fall der wahrscheinlichere braucht keine Erläuterung. (Deutsche Z.)

*) **Vom Neckar**, 6 Oct. Preußen erntet jetzt reichlich ein, was es, freilich nicht weniger reichlich, gesäet hat. Es hat seine Freunde mit der Berlin eigenthümlichen kalten Selbstgenügsamkeit von sich gestoßen ohne seine Feinde im geringsten versöhnt oder besiegt zu wissen; es hat die ihm beispiellos in der Geschichte dargebotene große Gelegenheit, statt sie mit starker Hand zu ergreifen und festzuhalten, in diplomatischem Spiel zu zerstückeln versucht, um sie sich so klein zuzuschneiden als es einer Politik die ihre Zeit nicht zu begreifen im Stande ist, einer Politik ohne Muth und Charakter, passen mag, und das ist ihm allerdings gut gelungen! Die Männer welche die Wiedergeburt ihres Vaterlandes, die Fixirung des neuen Geistes, selbst mit der Abtrennung Oesterreichs zu erkaufen nicht zu theuer fanden, sie haben, soweit sie noch Mannesstolz in der Brust hegen, mit dem gerechten Zorn getäuschter Hoffnung der früher angestrebten preußischen Hegemonie den Rücken gekehrt — großartige Anforderungen

und Erwartungen von Preußen noch zu nähren hat man im Volke, sicher nicht ohne Schmerz, sich allmählich abgewöhnen müssen. Allein damit ward auch zugleich ein großer Theil der Kraft, es ward die moralische Macht ihm vernichtet, ohne welche das constitutionelle Preußen sich noch weit weniger in Deutschland wie in Europa als selbständiger Staat behaupten kann als das frühere absolutistische. Schon jetzt, wenige Monden nach der Ablehnung der Kaiserwürde, sieht sich der Staat der „Intelligenz" von kleinen und großen, offenen und heimlichen Feinden umlagert; denn selbst Dänemark ist zu egoistisch um im Falle der Noth Preußens dankbaren politischen Freund abzugeben. Während die Großmächte Preußen, ohne daß es dieses Experiment zu begreifen scheint, nach und nach aus der Pentarchie zu drängen im Begriff stehen, während ihm jedes Mitsprechen in den europäischen Angelegenheiten, in Italien und der Türkei abgeschnitten scheint, hängen sich ihm die kleinen deutschen Staaten überall hindernd an die etwa noch freien Arme; denn zusammen machen unsere „zweiunddreißig" Fürstenthümer doch immer ein schweres „Pfund". Während der Norden in innerer Erbitterung über die schleswig-holsteinischen Vorgänge kocht — Preußen somit alle Sympathien an der ihm so nothwendigen Nordseeküste verscherzt und dadurch den dynastischen Interessen Hannovers wieder den weitesten Spielraum geöffnet hat, sagt sich sogar das kaum von ihm beruhigte Sachsen vom Dreikönigsbündniß los, und hat der Süden, mit Ausnahme des viel Truppen kostenden Badens, so gut wie jede politische Communication mit ihm abgebrochen. Die Centralgewalt ist durch Preußens Nichtmehranerkennung ein mächtiger Vorposten Oesterreichs geworden; Preußens Truppenaufstellung in Frankfurt entbehrt jeden vernünftigen Vorwandes; abgesehen davon daß seine jetzt mittelst Hannovers mit der Centralgewalt über die deutsche Flotte gepflogenen Unhandlungen an die heitere Scene aus Gutzkows „Zopf und Schwert" erinnern, wo Friedrich Wilhelm I gleichfalls mit dem anwesenden englischen Gesandten, Ritter Hottom, durch das Medium Grumkow's in demselben Zimmer sich verständigt! Was man bei solcher selbstverschuldeten Constellation sich zu Berlin bei dem Worte denkt „daß man trotz alledem energisch an der deutschen Sache festhalten wolle", ist mit dem besten Willen nicht abzusehen; läßt sich doch sogar nicht einmal begreifen was dasselbe etwa als Phrase zu bezwecken vermöchte.

Gr. Baden. **Karlsruhe,** 9 Oct. Heute Abend 5 Uhr hatte auf dem hiesigen Friedhofe eine erhebende Feier statt: es wurde der Grundstein zu einem Denkmal gelegt welches die Preußen, und an ihrer Spitze ihr königlicher Feldherr, den gefallenen und hier begrabenen Waffenbrüdern, 48 an der Zahl, setzen lassen. Eine Anzahl Gräber waren geebnet worden, und in der Mitte gelangte man in eine Vertiefung zum Grundstein. Um 5 Uhr kam Se. k. Hoh. der Prinz von Preußen in Begleitung des Prinzen Friedrich von Baden auf dem Kirchhofe an, wo er von dem katholischen, einem protestantischen Stadtpfarrer und dem Rabbiner, sowie von einer Abordnung des Gemeinderaths empfangen und zur Weihestätte geleitet wurde. Hier war preußisches Militär aufgestellt, in der Mitte viele Officiere und um dasselbe hatte sich eine große Menschenmenge versammelt. Der würdige Feldprediger schilderte in einer ergreifenden Rede den Zweck des Vorhabens, erflehte den himmlischen Segen dazu. Darauf wurde, unter Begleitung von Trauermusik, zur Legung des Grundsteins geschritten. voran der Prinz von Preußen und der Prinz Friedrich von Baden, denen der Generalstab und von jeder Militärgattung und Charge zwei, der älteste und der jüngste, folgten. Auch mehrere Verstümmelte an Krücken und Einarmige wohnten der Feier bei. Nach einem Schlußgebet war die Feier gegen 6 Uhr beendet. (Schw. M.)

Mannheim, 9 Oct. Eine ungewöhnliche Bewegung in der Stadt kündigt an daß etwas außerordentliches vorgeht. Valentin Streuber, früher Gemeinderath und Mehlwagmeister, steht heute vor dem Standgericht. Der Zudrang des Publicums ist außerordentlich. Um 9 Uhr erscheint das Gericht; der Angeklagte wird vorgeführt; sein Aussehen ist krankhaft; von Amtsverwalter Babo über Name, Stand rc. befragt, antwortet er übrigens kräftig und gefaßt. Amtmann v. Hillern begründet die Anklage in einem wohldurchdachten Vortrag, worin er die Thätigkeit des Angeklagten seit dem Jahr 1830 darstellt, seine Theilnahme an dem April-Aufstand des vorigen Jahres nachweist, ihn als einen der rührigsten Demagogen schildert, und gegen ihn als Mitglied des hiesigen Sicherheitsausschusses und Beirath von Trützschler die Todesstrafe beantragt. Es werden nun Urkunden verlesen, unter denen das Protokoll der ersten Sitzung des Sicherheitsausschusses großes Aufsehen erregt. Sodann beginnt die Einvernahme der Zeugen, von denen bis um 2 Uhr erst 14 vernommen sind; um diese Zeit wird die Sitzung bis 3 Uhr ausgesetzt. Man erwartet den Schluß erst gegen Abend 8 Uhr. Morgen ist wieder Sitzung. Soldat Zöller von hier, der Meuterei, des Treubruchs und Hochverraths angeklagt, wird dort erscheinen, vertheidigt von Advocat Ladenburg. — 10 Uhr Abends. Um halb 10 Uhr wurde das Urtheil gegen V. Streuber verkündet. Es lautet mit 4 gegen 2 Stimmen auf Tod. (Karlsr. Z.)

Mannheim, 11 Oct. Soldat Karl Zöller wurde gestern von dem Standgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Heute Morgen wurde das Todesurtheil gegen V. Streuber vollzogen.

Freiburg, 5 Oct. Die Bauernmädchen von St. Jörgen, die auf das Grab der erschossenen Republicaner Blumen streuten, sitzen noch immer in Haft. (Schw. M.)

* Unsere neuesten Briefe aus **Rastatt** vom 11 Oct. bringen abermals und abermals Standgerichtsverhandlungen, deren Ende man leider noch nicht absieht. Ein Soldat und ein Bürger (Strumpfweber Kunz) wurden zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt, ein Unterofficier ward vor die ordentlichen Gerichte verwiesen.

Kurhessen. Der Deutschen Ztg. schreibt man aus **Kassel:** „Rittmeister Grau, traurigen Andenkens von dem Ueberfall in Hörre-Snöde her, ist alsbald nach seiner Rückkehr hieher verhaftet und in Untersuchung gezogen worden. Wie man jedoch hört, wird er wegen seiner von allen Cameraden einstimmig anerkannten groben Dienstversäumniß (er hatte keinerlei Wache ausgestellt) schwerlich zur Strafe gezogen werden können, weil sich in unsern Kriegsartikeln keine Strafbestimmung für solcherlei Dienstvergehen vorfindet. Dagegen gedenkt man ihm als „Deserteur" den Proceß zu machen, weil er nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft das Corps eigenmächtig verließ und allein nach Kassel vorausreiste. Dieß scheint er aber durchaus nicht mala fide gethan zu haben, sondern nur deßhalb weil es ihm drückend war von seinen Cameraden über die Achsel angesehen zu werden. Den erlittenen Verlust an Pferden und Waffen schlägt man auf 10,000 Thlr. an."

K. Sachsen. **Dresden,** 8 Oct. Heute gegen Abend ist der hier inhaftirte ehemalige Bürgermeister Meier aus Treuen aus dem hiesigen Krankenhause an der sogenannten Viehweide durch einen Sprung über die Gartenmauer, trotz der anwesenden Wache, entwichen. Obschon die benachbarten Straßen und Gassen sofort von dem Militär umstellt wurden, ist man doch des Flüchtlings nicht wieder habhaft geworden. (D. A. Z.)

Leipzig, 9 Oct. Gestern Abend ist es dem im Stockhause hier inhaftirt gewesenen Dr. Franck aus Wien bei Gelegenheit einer ihm gestatteten Unterredung mit seiner Frau gelungen die Flucht zu ergreifen. (D. A. Ztg.)

K. Hannover. Die Hannoversche Zeitung polemisirt in ihrer Weise gegen das neue Centralgewaltsbündniß, wie sie dem Drei-Königs-Bündniß den Boden abzugraben suchte. Sie sagt: „Endlich nach fünf Monaten kommt man dennoch zusammen; etwa wie man vor fünf Monaten es gekonnt und also gesollt hätte. Klar will freilich auch jetzt noch die Sache nicht werden. Man redet von Vorbehalten, von Ratificationen die ertheilt oder verweigert werden könnten. Wir wollen nur wünschen daß die Punkte über die man streitet, nicht in solcher Weise hervortreten daß man meinen könnte: es habe in den Worten ein anderer Sinn gelegen als der offen eingestandene; es sey in den Worten eine Ueberlistung beabsichtigt. Aber wenn die unauflöslich vereinigten Häupter des Bundes ihre Versöhnung mit doppelsinnigen Worten zu bewerkstelligen suchten, dann möchte der letzte Bruch schlimmer seyn als der erste. Wir hoffen also Besseres; aber dennoch bleibt uns die Sorge übrig, wenn wir sehen wie das preußische Ministerium seinen Ständen gegenüber in demselben Momente wo es den Abschluß des Vertrags ins Ungewisse stellt, sich dahin ausspricht daß es jenen engern Bundesstaat unbeirrt verfolgen und die Zeit zur Berufung des Reichstags baldigst bezeichnen wolle. Das verstehen wir nicht. Ist denn nicht schon zu Anfang Julius, als die Vermittlung Bayerns fehlschlug, eben dieser engere Bundesstaat, dessen Anerkennung man an dieses Provisorium knüpfen wollte, der Stein des Anstoßes gewesen? Hat denn Oesterreich nun darüber nachgegeben? Oder, wenn das nicht der Fall, wird denn nicht doch diese Einigung zu einem bloßen Spiel mit Worten, unter denen jeder einen andern Sinn birgt? Wir haben vormals ein solches Verfahren wohl diplomatisch nennen hören; stecken wir denn wirklich noch in dieser Diplomatie? Das Jahr 1848 sollte sie ja ausgerottet haben. Da wäre ja der dreihundertjährige Spott vom „Interim mit dem Schalk hinter ihm" erneuert. Aber wenn das wirklich Preußens wahrer Wille ist, und wenn wir dabei Oesterreichs Widerspruch einmal gänzlich bei Seite stellen, wie steht es da mit dem Bündniß vom 26 Mai? Vor acht Tagen haben wir gesagt — und wir bleiben dabei — dieß Bündniß kenne keinen engern Bundesstaat ohne Zustimmung sämmtlicher Glieder des deutschen Bundes. Ist denn diese Vorbedingung erfüllt? Ist denn nicht der ganze Entwurf vom 26 Mai nach seinem eigenen Inhalt, nach dem Vorbehalt der Stellung Oesterreichs, nach dem ursprünglichen Plan Preußens der den Entwurf an die Union knüpfte, und nach der Rede des Hrn. v. Radowitz, welche das Bundesverhältniß für die nicht Beitretenden beibehalten zu wollen und zu diesem Ende umgestalten zu müssen

erkennt, ein bloßes Bruchstück? Ist es nicht ein Hysteron-Proteron, dieses Fragment des engern Bundesstaats so in den alten Bund hineinschleudern oder herausreißen zu wollen ehe man an die nothwendigen Aenderungen gedacht hat? Oder ist das nicht die Absicht; will man wirklich sich erst mit den Bundesgliedern einigen, woher denn dieses Drängen auf einen Reichstag, das an demselben 5 Oct. im Verwaltungsrath den Bruch nahe herbeigeführt, wenn auch nicht entschieden hat? Gewiß hier liegen der Fragen und Besorgnisse zu viele als daß wir diese Einigung mit Oesterreich schon zu begreifen vermöchten; und dennoch sind diese Fragen von preußischer Seite bei weitem nicht die einzigen. Betrachten wir die Stellung Oesterreichs, so ist dort ebensowenig Klarheit. Diese Bundescommission muß doch einen Grund haben, sie muß doch auf einer Bundesverfassung ruhen; sonst wäre sie ein Widerspuch. Sie beruft sich ja auch ausdrücklich auf die Bundesgesetze, sie setzt ein Plenum nach der Bundesacte Art. 6 ausdrücklich voraus. Will denn nun Oesterreich zum alten Bunde wirklich zurückkehren? Will es seine Verfassung vom 4 März, die mit jenem Bunde in vollem Maße ebensowenig zu vereinigen scheint als mit dem Bundesstaat, aufgeben? Oder will es den Bund noch lockerer machen? Hat vielleicht seine Weigerung sich durch die Union aus Deutschland drängen zu lassen nur den Sinn gehabt daß es selbst nicht bei Deutschland bleiben, aber dann auch Preußen dieses nicht verstatten wolle? Auch das sind Zweifel die uns schwer bedrängen und deren Lösung wir nicht wissen. So hängen denn die Wolken noch tief; und weder die Eintracht noch die Absichten der großen Staaten sind klar. Was sollen nun die kleinen thun? Uns scheint der Weg für sie einfach vorgezeichnet zu seyn. Einigung ist für sie ein Bedürfniß, engere Einigung als der deutsche Bund sie gewährt. Aber auch Einigung von ganz Deutschland... Dem Rechte können jene sich nicht versagen; und sein Recht verliert niemand als der es aufgibt; indem sie am Recht der Verträge halten, haben sie eine unüberwindliche Stärke dem gegenüber der diese Verträge im eigenen Nutzen abändern will. Fühlen sie sich dazu nicht mehr stark genug, nun dann ist es freilich Zeit für sie alle Selbständigkeit abzugeben. Aber dann rathen wir auch es ganz zu thun, nicht die unglückselige Mittelstufe der Mediasirten — gleich verderblich für Völker und Fürsten — durchzumachen, sondern sofort auf die der größten Eigenthümer, der Pairs des neuen Reichs, herabzusteigen. Das allein kann ihnen und dem Ganzen frommen.

Preußen. Trier, 30 Sept. Wie wir aus guter Quelle erfahren, scheinen sich für die Ausführung einer Eisenbahnverbindung von Brüssel über Namur, Arlon, Luxemburg, Trier — zum Anschluß an die Saarbrück-Verbacher Bahn — günstige Aussichten vorzubereiten. (Leipz. Z.)

4 **Berlin,** 9 Oct. Wie man erwartete, haben die Vertreter Hannovers und Sachsens in der erwähnten Sitzung des Verwaltungsraths ihre Zustimmung zur baldigen Ausschreibung der Wahlen zum Reichstag nicht gegeben, und überdieß erklärt daß ihre Staaten für den Fall daß man dennoch dazu schritte, von ihrem Vorbehalt Gebrauch machen würden. Preußen stellt aber das Recht dieses Vorbehalts in Abrede; die Sache wird daher vor das Bundesschiedsgericht gebracht werden. Die übrigen Staaten sind dem Antrag des preußischen Bevollmächtigten auf Ausschreibung der Wahlen beigetreten; der Vertreter des Großherzogthums Hessen-Darmstadt hat nur den Wunsch ausgesprochen daß eine Verständigung mit Sachsen und Hannover erfolgen möge. Graf Eulenburg hat eine Verstärkung der preußischen Truppen in Schleswig verlangt, die Regierung hat sie bewilligt, die Holsteiner wollen aber die Truppen nicht ins Land lassen. Im Fall eines ernstlichen Widerstands würde die Regierung die preußischen Officiere aus der schleswig-holsteinischen Armee abberufen. Der Rücktritt des Oberpräsidenten v. Patow erfolgte aus Anlaß einer schon länger bestehenden Spannung zwischen ihm und der Regierung. Das Ministerium glaubte einige Stellen in der früher von ihm veröffentlichten Ansprache an seine Wähler über die Grundsteuerfrage rügen zu müssen. Der König war gegen ihn verstimmt weil er gegen eine, seiner Meinung nach, ungesetzliche Volksversammlung in Potsdam nicht eingeschritten war. Bei der Domfeier in Brandenburg fragte ihn der König auf welcher Seite er in der (ersten) Kammer sitze. Patow antwortete: auf der rechten. Der König fand es seltsam daß der Oberpräsident rechts sitze und links stimme, und fügte hinzu, er hätte erwartet daß ein Beamter in seiner Stellung nicht gegen das Ministerium Opposition machen werde. Daraufhin war das Verbleiben Patows im Amte freilich nicht mehr möglich.

⁝ **Berlin,** 9 Oct. Der Verwaltungsrath hat mit großer Majorität den Vertrag über die Centralbehörde, welcher ihm vom preußischen Cabinet vorgelegt worden, genehmigt, nur drei Stimmen waren bedenklich dabei, Darmstadt, Meiningen und Kurhessen. Sonach kann Preußen bereits als Gerant der Regierungen des engeren Bundes betrachtet werden, denen es übrigens auch freisteht besondere Bevollmächtigte bei der Centralcommission zu haben. Es leuchtet indessen ein daß dieselben keinen eigentlichen Zweck haben können, da Preußen in abnormen Fällen doch immer auf den Verwaltungsrath zurückgehen würde. Die Ratification des Vertrags ist heute oder morgen zu erwarten,*) und es wird derselbe sodann von beiden Großmächten im Verein den sämmtlichen Bundesgliedern vorgelegt werden. Die Befugnisse der Centralcommission sind genau die der provisorischen Centralgewalt. Nur der Reichsverweser fällt weg (er legt in wenigen Tagen seine Würde in Oesterreichs und Preußens Hände nieder) und es tritt somit ein Ministerium des Reiches ein, welches eine factische Gewalt hinter sich hat. Wiewohl jede Betheiligung an der Verfassung selbst verständlich dem Forum dieser Commission fernliegt, so ist doch noch ausdrücklich durch einen Paragraphen des Vertrags diese Beschränkung ausgesprochen. Die Entwicklung der Verfassung soll auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen den Regierungen, den Preußen betreten hat, fortgeführt werden. Hr. v. Radowitz, welcher die Modificationen im Entwurf vom 26 Mai ausgeführt hat, die nach Bayerns und Württembergs, Homburgs und Liechtensteins erklärtem Zurückbleiben nöthig waren, wird in wenigen Tagen Berlin wieder verlassen. Die Vorlage die er dem Verwaltungsrath gemacht, wird wahrscheinlich noch im Laufe dieser Woche genehmigt, und es werden nach den gemachten Veränderungen (sie sind nur numerischer Natur, oder beziehen sich auf Bezeichnungen) die Vorbereitungen für den Reichstag getroffen werden.

4 **Berlin,** 10 Oct. Gestern um 1 Uhr ist in Potsdam die Uebereinkunft wegen der neuen Centralgewalt ratificirt worden. Die neue Gewalt besteht aus einem preußischen, einem österreichischen und einem Bevollmächtigten der übrigen Staaten. Die zweite Kammer beschloß heute mit 192 gegen 91 Stimmen daß eine Beeidigung des Heeres auf die Verfassung *nicht* stattfinde.

Der Preuß. Staatsanz. zeigt, Berlin vom 10 Oct., an daß der deutsche Verwaltungsrath in der Sitzung vom 5 d. M. beschlossen hat dieses Blatt als Organ zu benützen um das Hauptsächliche seiner Thätigkeit *in fortlaufenden übersichtlichen Berichten* darin niederzulegen. Es wird nun der jetzige Stand der Verfassungsfrage dargelegt, woraus erhellt daß dieselbe nicht bloß von der Zustimmung der Regierungen, sondern des Reichstags abhängig gemacht wird, der *ausschließlich* zu dem Zweck der Vereinbarung einberufen werden soll. Jede der verbündeten Regierungen hat das Recht daselbst Modificationen vorzuschlagen, aber so daß die Nichtannahme keineswegs zum Rücktritt berechtigt und daß der Entwurf bleibt wie er ist, sofern keine allseitige Zustimmung zu einer Abänderung erreicht wird. In Bezug auf das Wahlgesetz für den Reichstag ist den concreten Verhältnissen der einzelnen Länder Rechnung getragen, die Regierungen behalten insoweit „freie Hand als nach der Eigenthümlichkeit ihrer Gesetzgebung und Besteuerung unerläßlich, und zugleich mit dem Geist des Wahlgesetzes verträglich zu seyn scheint," und sind nur gehalten die Ausführungsverordnungen dem Verwaltungsrath zur Prüfung zu übergeben. Den nicht beigetretenen Staaten bleibt der Eintritt jeder Zeit offen. Abgelehnt haben, außer Bayern und Württemberg, auch Limburg und Hessen-Homburg; der Beitritt von Sachsen-Meiningen und Lippe ist erklärt, aber noch nicht ratificirt; die Geneigtheit zum Beitritt von Seiten Luxemburgs angemeldet aber noch keine weitere Entschließung erfolgt, und mit den Städten Frankfurt und Lübeck, und den Fürstenthümern Schaumburg-Lippe und Waldeck wird noch unterhandelt.

Stettin, 8 Oct. Gottfried Kinkel kam heute auf der Eisenbahn in einem verschlossenen Wagen, begleitet vom Constabler-Hauptmann Patzke und vom Lieutenant v. Neumann, hier an, um ins Zuchthaus nach Naugardt abgeführt zu werden. Dichter, Geistlicher, Lehrer, Kriegsgefangener — alles Titel um ihm wenigstens eine schimpfliche Strafe zu ersparen — und Zuchthaussträfling! Die Abführung geschah in einem anständigen Reisewagen durch drei Musketiere und zwei Gendarmen. Die Behörden bemühten sich sichtlich in dem Gefangenen Bildung und Humanität und somit sich selbst zu ehren. (Ostf.-Z.)

Schleswig-Holstein. Altona, 8 Oct. Unsere Diplomatie scheint in großer Bewegung zu seyn. Vorgestern ging der Departementschef des Auswärtigen Hr. v. Harbou, von Berlin kommend, nach Kiel. Mit dem heutigen Morgenzuge kam Hr. v. Schleiden, der indeß schon heute Nachmittag wieder nach Kiel zurückkehrte. General Bonin, dessen Anwesenheit in Berlin wohl kaum durch bloß private oder bloß militärische Zwecke bedingt war, ist gleichfalls am Sonnabend nach Hamburg zurückgekehrt und begab sich gestern Morgen sofort nach Kiel. Kaum dort angelangt, ward er zu einer Berathung der Statthalterschaft zugezogen, welche bereits seit 9 Uhr Morgens dauerte. Man sagt daß der General Bonin der Ueberbringer „guter Nachrichten" von Berlin sey.**) Wir müssen leider gestehen daß uns bei diesen von Berlin kommenden sogenannten „guten Nachrichten" immer ein leises Frösteln anwandelt. (Nordd. fr. Pr.)

*) Sie ist am 9 erfolgt.

**) Der Weser Ztg. zufolge soll der Zweck der Reise des Hrn. v. Bonin verfehlt und nur zu viel Wahrscheinlichkeit da seyn daß die preußischen Officiere in schleswig-holsteinischen Diensten nur als Exercirmeister, nicht aber als Führer zum und im Kampf verwendet werden sollen.

Oesterreich. — Wien, 9 Oct. Die **Ostdeutsche Post** berührt heute mit wenigen würdigen Worten den in der Presse ganz still vorübergegangenen Jahrestag des 6 Oct., der Blick muß dabei nothwendig auf die neuesten Vorgänge in Ungarn fallen, und hier gesteht sie ein daß sie abzuwarten habe um das Todesurtheil über eine der bekanntesten Persönlichkeiten des Kaiserreichs in seinen Motiven begreifen zu können. „Wir sind in einer friedlichen Zeit groß gewachsen; 35 Friedensjahre haben uns nicht gewöhnt bei Todesurtheilen in Masse sogleich auf jene mehr als menschliche Höhe uns zu stellen, von welcher aus man solche Thatsachen für nothwendig und der Geschichte des Landes zuträglich hält.“ Der gewaltige Ernst des politischen Lebens tritt in solchen Momenten mit seiner ganzen Wucht an das Gemüth des Einzelnen hinan, der in kleinen Kreisen des Daseyns sich schaudernd freut daß das Schicksal ihn verschont hat „zum Wohl der Gesammtheit“ zu solchen Entschlüssen und Mitteln greifen zu müssen. Was die Todesurtheile in Arad betrifft, so circulirt nämlich heute folgende Liste: zum Strang: Aulich, Damianich, Lahmer, Leiningen, Knesich, Nagy Sandor, Pöltenberg, Schweidel, Török, Vecsey. Zu Pulver und Blei: Ernst Kiß, Aristides Dessewffy, Lazar. Nur dann können Oesterreichs jetzt herrschende Staatsmänner diese fürchterliche Strenge vor der Welt verantworten, wenn segensreiche Schöpfungen einst in derselben bei ihnen die Liebe zum Vaterland bewähren. Die Presse erklärt heute der Allg. Ztg. gegenüber daß sie kein ministerielles Organ sey, und behauptet, gegen den Vorwurf der inconsequenten Politik, stets an ihrem Programm festgehalten zu haben. Wir wollen mit der Redaction dieses Journals nicht darüber rechten, ob das Gesammtministerium oder nur ein oder einige Minister sich seiner Spalten bedienen, umsoweniger als bisher leider das österreichische Ministerium selbst kein compactes Ganzes gebildet hat; allein sie wird die obligaten Fäden die sich von ihr zu einzelnen Portefeuilles hinziehen wohl umsoweniger verbergen wollen als ihr Streben ja von Anfang an offen darauf gerichtet war ein gouvernementales Blatt zu seyn. Bei **diesem** Streben konnte der Austritt des frühern talentvollen Leiters — Dr. Landsteiner — allerdings weniger von Bedeutung seyn als wenn die Zeitung darauf Anspruch machte unter allen Umständen eine und dieselbe Tendenz zu verfolgen. Mit großer Freude ersehen wir übrigens gleichfalls aus der neuesten Nummer der Presse daß auch die Wiener Journalistik die Position gegen England erkennt. Ihr Leitartikel welcher die türkischen Wirren bespricht, und ihre friedliche Lösung hofft, faßt die verschiedenen am Bosporus sich gegenüberstehenden Interessen und nicht die Moral des Vorwandes ins Auge, und sagt in Beziehung darauf: „Die englische Presse hat sich bereits der Flüchtlingsfrage mit der ihr eigenthümlichen Kraft und Leidenschaft der Sprache bemächtigt. Liest man die kühnen und rücksichtslosen Angriffe der Times gegen Rußland und seinen Czar, so glaubt man sich in die Zeit von 1829 oder 1834 zurückversetzt. Ja man könnte leicht befürchten ein allgemeiner europäischer Krieg wäre dem Ausbruch nahe, und die orientalische Frage, welche so lange alle Geister beschäftigt und das Schreckbild der Zukunft gewesen, solle endlich mit den Waffen entschieden werden. Aber man kennt die Uebertreibung der englischen Blätter, namentlich in der Beurtheilung auswärtiger Angelegenheiten. Sie sind die getreuen Wächter der englischen Nationalgröße und Unabhängigkeit welche bei der geringsten Gefahr die, wenn auch in weitester Ferne, ihrem Vaterland droht, das Lärmhorn in jenen lauten und grellen Tönen erschallen lassen welche geeignet sind auf die stählernen Nerven ihrer Landsleute zu wirken.“ England hat es allerdings stets verstanden das Muckergewand der Moral mit großer Ostentation zu tragen, wenn es sein — Vortheil so erheischte, und die deutschen Liberalen sind immer gutmüthig genug gewesen den Fuchs im Mönchsgewand mit Hingebung zu bewundern.

Die **Presse** bemerkt ferner: „Wir sind noch immer der festen Ueberzeugung daß die zwischen unserer Regierung und der Pforte in Bezug auf die ungarischen Flüchtlinge entstandene Streitfrage binnen kurzem auf eine beide Theile befriedigende Weise gelöst, und der leider durch Uebereilung auf einen Augenblick unterbrochenen diplomatischen Verkehr zwischen den beiden so befreundeten Höfen wiederhergestellt werden wird. Die neuesten zuverlässigen Nachrichten aus Konstantinopel scheinen diese unsere von Anfang an ausgesprochenen Ansichten bald verwirklichen zu wollen. Man spricht in den bestunterrichteten Kreisen der türkischen Hauptstadt bereits von einer Ministerveränderung. Aber selbst im Fall sich Reschid erhält, so läßt sich doch mit Bestimmtheit annehmen daß ihm dieß nur durch eine wesentliche Concession in der Flüchtlingsangelegenheit gelingen werde. Wir hoffen daß unsere Regierung im letztern Fall sich mit der unverzüglichen Entfernung der Flüchtlinge vom türkischen Gebiet begnügen wird. Kein türkischer Machthaber, wie beschränkt auch sein Gesichtskreis in der allgemeinen europäischen Politik seyn möge, wird irgendje vergessen daß das osmanische Reich, in allen Gefahren welche seine Zukunft bedrohen können, in ganz Europa sowohl in Hinsicht auf die geographische Lage als auf die ausdauernde Kraft der Hülfsmittel und der Gemeinschaftlichkeit der Interessen, keinen treuern, uneigennützigern und werkthätigern Alliirten haben wird als Oesterreich. Aber auch in unserem Land wird es hoffentlich nie einen Staatsmann von Einfluß und von gesunder Anschauung geben, der einen Augenblick den ersten Grundsatz unserer auswärtigen Politik außer Acht lassen könnte, den Grundsatz nämlich daß der Bosporus und die bosnischen Provinzen in andern Händen als in türkischen von unmittelbarer und drohender Gefahr für Oesterreich wären. Von solchen Ansichten geleitet, wird man keinen Augenblick zweifeln können daß die Flüchtlingsfrage bald auf eine friedliche Weise geschlichtet seyn wird. Wenn nun die Macht welche im Grund doch nur allein wesentlich und unmittelbar in der Flüchtlingsangelegenheit betheiligt ist, sich darüber freundschaftlich mit der Pforte verständigt, so läßt sich wohl kein vernünftiger und ehrenwerther Grund denken der das Petersburger Cabinet bewegen könnte diese Sache auf die Spitze zu treiben und jeden Vermittlungsvorschlag von sich zu weisen. Man müßte die russische Regierung nur für so thöricht und übermüthig halten daß sie diese Angelegenheit absichtlich zum völligen Bruch führen und daraus mit Vorbedacht eine Kriegsfrage machen wolle. Rußland war in dem politischen Erdbeben welches im vorigen Jahr die europäischen Staaten erschütterte, durch seine isolirten Zustände in der Lage eine imposante Stellung einzunehmen. Es hat sie in den wesentlichsten Thatsachen mit ehrenwerther Mäßigung benutzt. Wie soll man nun annehmen daß diese Macht, deren Schritte mit so eifersüchtigem Auge von ganz Europa bewacht werden, plötzlich alle Gesetze der Vorsicht und alle Maximen einer weisen Politik von sich werfen, und durch die Terrorisirung und Unterdrückung eines schwächern Nachbars den Haß, die Vorurtheile und die Kräfte der ganzen civilisirten Welt muthwillig herausfordern sollte!“

Der **Freihafen von Triest** urtheilt über die Verwicklung in Konstantinopel: „Die hohe Pforte verweigert den österreichischen und russischen Cabinetten die Auslieferung der politischen Flüchtlinge, deren Plan kein anderer war als der: die österreichische Monarchie durch völlige Losreißung Ungarns und seiner Nebenländer ihrem Zusammenbruch zuzuführen, und dann durch eine allgemeine polnische Insurrection mit ungarischer Hülfe auch dem russischen Kaiserthum ein gleiches Schicksal zu bereiten. Das türkische Cabinet, sey es von England, dessen freundschaftlichem Einfluß wir jetzt überall begegnen, angestiftet oder um seine Zukunft besorgt, die es durch die Sympathien mit den Männern der Revolution besser zu sichern hofft als durch ein gutes Einverständniß mit den Nachbarregierungen, von denen allein seine künftige Existenz abhängt, ruft die Gefahr eines orientalischen Krieges hervor, welcher die Katastrophe des Zerfalls des osmanischen Reiches nur beschleunigen könnte. Sollten diejenigen Recht haben welche behaupteten diese ganze europäische Krise werde zuletzt in einer orientalischen Verwicklung ihren Ausgangspunkt finden? Die Engländer haben bereits eine Seemacht im mittelländischen Meer vereinigt, die für die Dämpfung des Aufstandes in Cephalonien etwas überflüssig erscheint. Die Türkei hat eine zahlreiche Armee in einem Uebungslager versammelt, und auch in ihrer Flotte lassen sich verdächtige Bewegungen wahrnehmen. Wir wollen noch immer hoffen daß auch diese Wolken sich zerstreuen werden, ohne sich zu entladen, doch darf dieses nie auf Unkosten der Ehre und Sicherheit Oesterreichs geschehen. Beide erfordern daß nicht auch der Orient zum Tummelplatz und Brennpunkt von Umtrieben gemacht werde welche die Integrität unserer Monarchie bedrohen. Wir sind leider schon von mehreren solchen revolutionären Herden umgeben, und müssen uns wenigstens den Rücken frei zu erhalten suchen. Das österreichische und das russische Cabinet müssen in dieser Beziehung ganz in Einklang handeln; sie müssen gegenüber der Türkei ebenso Hand in Hand gehen wie gegenüber von Ungarn... Eine friedliche Lösung der neuen orientalischen Frage wird jedem Oesterreicher erwünscht seyn. Wir brauchen Frieden um unsere inneren Angelegenheiten zu ordnen, unsere Finanzen zu regeln, und überall die Verbesserungen einzuführen die zur Förderung unseres intellectuellen und materiellen Wohles, zur Erstarkung und Befestigung unseres Staates nothwendig sind; wir dürfen aber dabei nicht Gefahr laufen unsere Ruhe und Sicherheit gefährdet oder unsern ohnehin so bescheidenen Einfluß im Orient noch mehr gedemüthigt zu sehen. Freimüthig, und ohne sich im geringsten Zwang anzuthun, sprechen die englischen und französischen Politiker immer von ihrem Einfluß und ihren Interessen im Ausland, wenn auch Lord Palmerston, der größte politische Tartuffe der je einem Cabinet vorgestanden, die Maske festhält die seine gewinnsüchtige Politik verbergen soll. Und man hat sich so sehr daran gewöhnt, und findet diese Anmaßungen so natürlich daß sich bei uns die wenigsten Stimmen dagegen erheben. Uns aber wird der geringste Einfluß im Ausland streitig gemacht. Bescheiden und zahm schließen wir uns, wie die Schnecke in ihr Haus, in unsere Gränzen ein, und wir dürfen nicht einmal innerhalb dieser unsere Rechte ausüben, wir dürfen nicht einmal innere, vom Ausland angeregte Aufstände unterdrücken, ohne daß

sich gleich die fremden Cabinette und die fremde Journalistik hineinmengen und unsere innere Politik den feindseligsten, schärfsten, brandstifterischen Auslegungen unterziehen. Von auswärtigem Einfluß, von einer Geltendmachung unserer Interessen darf schon gar keine Rede seyn. Das muß anders werden. Auch wir haben Interessen und Einfluß im Ausland zu wahren. Mehr als gastfreundlich öffnet England Oesterreichs erbittertsten Feinden seine Häfen, Herzen und Beutel. Die es nicht aufnehmen will, möchte es gern in der Türkei eingenistet sehen, damit wir in das angenehme Kreuzfeuer der giftigen Angriffe dieser Agitatoren genommen werden. Es wird die Türkei gegen uns in Schutz nehmen, um dann doch bei Gelegenheit den besten Theil davon zu verspeisen. Wir wünschen den Fortbestand des türkischen Reiches, wenn es auf der Bahn der Gerechtigkeit, Duldung und Humanität schreitet; aber für die Eventualität einer Auflösung desselben fordert es unser Interesse daß wir bei einer etwaigen Theilung nicht leer ausgehen. Oesterreich hat die Theilung Polens weder ausgesonnen noch veranlaßt; als sie aber unvermeidlich war, mußte es aus politischen Rücksichten einen Theil desselben annehmen, und wir sehen daß das Volk — das eigentliche Volk, nicht der hochmüthige Adel, der die Gewohnheit angenommen hatte seine Könige zu beherrschen — mit dem Tausche sehr zufrieden ist. Dieselben Umstände könnten über kurz oder lang im Orient eintreten, und Oesterreich darf auch dort seine Interessen nicht außer Acht lassen. Oesterreich steht dort zwischen England und Rußland. Mag auch Rußlands Politik von vielen eine selbstische (was am Ende eine jede ist und seyn muß) und schlaue genannt werden, so verhält sie sich doch zur englischen wie der Schüler zum Meister."

In Betreff der Deutsch-Katholiken in Oesterreich sind zwei definitive Verordnungen erschienen. Die katholischen Pfarrer haben sich von nun an, im Falle ihre Taufregister gleichzeitig Geburtsregister sind, nicht zu weigern die Geburten der Kinder von deutsch-katholischen Eltern in diesen Büchern einzutragen. Bei Sterbfällen haben aber die Geistlichen keiner „anerkannten Confession" zu interveniren, wenn dieß nicht begehrt wird. Jedoch ist der Sterbfall der Civilbehörde anzuzeigen. Die Beerdigung geschieht im Stillen. Der Fall also daß Leichen Deutsch-Katholischer so lange unbegraben liegen bleiben bis die Behörde den Conflict zwischen deren Angehörigen und den Priestern entschieden, kann nicht mehr eintreten.

△ **Wien**, 10 Oct. Noch immer bildet das tragische Ende des Grafen Ludwig Batthyany sowie das traurige Geschick seiner Hinterlassenen den Gegenstand aller Gespräche. Mit männlichem Muthe haben die Ostdeutsche Post und die „Presse" die Gefühle, welche in diesem Momen-Wien so traurig stimmen, ausgesprochen. Die „Presse" rügt die Inconsequenz welche die im Felde kämpfenden Rebellen bestraft, während Klapka, der doch den Widerstand so lange fortgesetzt hat, mit der Komorner Garnison frei abziehen darf. Zugleich äußert die „Presse" ihre Zweifel über die Competenz des Kriegsgerichts in einem so hochwichtigen Falle wie die Aburtheilung des politischen Processes des Ministerpräsidenten Batthyany, und fragt ob Hr. v. Schmerling die moralische Verantwortlichkeit für eine solche Procedur auf sich nehme? Meine frühere Mittheilung daß der Graf durch Aussagen eines Fiakers bedeutend compromittirt sey, wird zwar allgemein und auch von der Ostdeutschen Post bestätigt, im Todesurtheile findet sich jedoch keine Spur daß er in Folge dieser Inzichten gerade am 6 Oct. gerichtet wurde. Die letzten Proclamationen Klapka's an die Garnison von Komorn liegen vor mir; es spricht sich in denselben die wehmüthigste Stimmung aus. Er geht mit vielen Waffenbrüdern nach Amerika. Dem Vernehmen nach hatte Klapka alle in der Festung befindlichen compromittirten Civilpersonen zu verschiedenen militärischen Aemtern ernannt, damit sie unter dem Schutz der sehr humanen Capitulation das ferne Ausland erreichen können. Nachrichten aus Arad melden gerüchtweise daß eine größere Anzahl Insurgentenchefs vor der Hinrichtung ausgesetzt (?) worden seyen. Der Lloyd will mit Bestimmtheit wissen daß ein Uebereinkommen mit den Besitzern ungarischer Kossuth-Noten getroffen werden soll. Die Ein- und Zweiguldenstücke würden ohne Abzug gegen österreichisches Papiergeld eingewechselt, die größern Noten mit 25 bis 50 Proc. Verlust vergütet werden. So dringend nothwendig sich eine solche Maßregel täglich mehr herausstellt, so darf sie doch nicht ganz auf Kosten der österreichischen Finanzen geschehen. Die ungarischen Zwangsnoten wären das geeignetste Mittel diese Umwechselung durchzusetzen und dieselben auf die ungarischen Landeseinkünfte zu fundiren. — Die Radetzky-Stiftungen haben bereits ein Gesammtcapital von 54,000 fl., wovon 40 Stiftungsplätze creirt worden sind. Die wohlwollendsten Absichten der Regierung werden oft durch Parteileidenschaft vereitelt. Einige Anhänger des Magyarenthums in Croatien kamen in ihrer Heimath an, wo sie auch von der obersten Behörde, dem Banalrath, nicht beirrt wurden; das Comitat ordnete ihre Verhaftung an, mußte sie aber auf Anordnung des Banalrathes wieder entlassen; darüber ist nun ein ärgerlicher Streit voll Bitterkeit.

Großbritannien.

London, 8 Oct.

„Capitän Adolphus Slade von der königl. Flotte," meldet das neueste Chronicle, „ist beordert unverweilt nach Konstantinopel abzureisen, und hinsichtlich der zwischen der Pforte und andern Nationen schwebenden Frage mit dem brittischen Gesandten in Verkehr zu treten." Die Haltung der Presse in dieser Angelegenheit bleibt sich gleich: England dürfe und werde keinen Fußbreit weichen. Die Times betrachtet die Kriegsgefahr als ziemlich drohend: wegen des „ungestümen und excentrischen Charakters" des Kaisers von Rußland, der sich bisher eben nur durch kräftige Fassung selbst bemeistert; wegen des durch den raschen Sieg in Ungarn mächtig erregten Geistes der russischen Armee und des russischen Volks; wegen der jetzigen Stellung Oesterreichs, welches sich von Rußland halb abhängig gemacht habe, und zugleich (meint die Times) nichts dagegen haben würde sich dafür durch einige türkische Provinzen zu entschädigen; endlich wegen der Stimmung der christlichen Bevölkerung in der Türkei, die, an sich schwierig, seit lange von russischen Aussendlingen trefflich bearbeitet werde. Der Kaiser selbst möge den Frieden gewahrt wünschen, aber es gebe Lagen in denen auch ein russischer Selbstherrscher dem Willen seiner Nation nachgeben müsse, und Konstantinopel sey die alte russische Losung. — Uebrigens enthält dieselbe Nummer der Times ein Schreiben aus Wien welches den Fortgang der österreichischen Anleihe als glänzend schildert, mit dem Beifügen: der neuliche Brief Cobdens gegen diese Finanzoperation habe an der Wiener Börse ein herzliches Lachen auf dessen Kosten verursacht. Gleiche Wirkung hat das eben abgehaltene Meeting (s. die gestrige Allgemeine Ztg.) in der Londoner City hervorgebracht.

Frankreich.

Paris, 9 Oct.

Unter den in der gestrigen Sitzung abgehandelten und zurückgewiesenen Propositionen ist noch eine vierte zu erwähnen, der es nicht besser erging — sie betraf eine Anweisung von 3 Mill. Fr. für öffentliche Arbeiten, ohne Angabe von Ort und Zeit, lediglich zum Zweck der Armenbeschäftigung. Eine fünfte endlich, von Hrn. Pelletier, welche sich nichts geringeres als Erlösung von aller Noth und Abschaffung des Proletariats zur Aufgabe genommen hatte, einmal wieder eine Schaustellung des Socialismus, spielte in die heutige Sitzung herüber. Die Rechte hatte große Lust den neologischen Philosophen nicht zum Wort kommen zu lassen, sie gab sich jedoch zur Ruhe auf die Bemerkung des Präsidenten daß das Anhören den Vortheil gebe diese Theorie entwickeln zu lassen und darauf zu antworten. Hr. Pelletier will unter anderm, um die Arbeit und den Credit zu organisiren, 3000 Localbanken gründen, nämlich 2847 in jedem Kantonalhauptort und 153 sonst, damit mehrere auf die großen Städte und einige Departements kommen wo die Hauptorte von einzelnen Gemeinden zu entfernt sind; mit diesen Anstalten verbindet er 3000 Magazine oder Bazars, 3000 Hallen oder Entrepôts — alles auf Kosten der Kantone und Departements mit einem Aufwand den er zu 467,868,000 Fr. berechnet, den er aber wieder durch eine Einnahme von 487 Millionen deckt, so daß sich noch ein Ueberschuß von 19,132,000 Fr. ergibt. Hr. Ch. Dupin, der Statistiker, war der Berichterstatter und nahm es auf sich in einer ausführlichen Rede dieses national-ökonomische Phantom, eine neue Auflage der Volksbank, in sein Nichts aufzulösen. Er argumentirte so: erstlich müßte man sich aller Communalgüter des Königreichs (links: zur Ordnung den Monarchisten! Der Präsident entschuldigte seinen Bruder und erinnerte daß dieß auch einmal Hrn. L. Blanc auf der Tribüne begegnet sey, ohne daß man den Ordnungsruf verlangt habe) .... der Republik bemächtigen, hernach wenn diese nicht zureichten, käme man an den Staat und forderte neue Steuern — wie es denn kein System des Socialismus gebe das nicht auf Spoliation hinauslaufe. Diese Banken würden höchstens zu 2½ Proc. ausleihen können, während der Zinsfuß 5 Procent sey, wie das möglich? Bei Abgang der Post hatte Hr. Savoye die Tribüne inne um zu beweisen daß die Fluth des Socialismus steige, und daß nur die socialen Reformen dieselbe aufhalten können.

Hr. Frapoli, weiland Abgesandter der römischen Triumvirn, ist in seiner Wohnung verhaftet worden. Er soll einer der Verfasser des Aufrufs an das französische Volk zu Gunsten der römischen Republik seyn, welcher einer der Anklagepunkte in dem bevorstehenden Proceß vom 13 Jun. ist. Doch erscheint der Name des Hrn. Frapoli nicht unter den dem Staatsgerichtshof zugewiesenen Beklagten. Aufgefallen ist daß der Generalprocurator Baroche, der in Versailles die Anklage vertreten wird, unmittelbar vor Eröffnung dieser Proceßverhandlungen mit dem Officierskreuz der Ehrenlegion bedacht wurde. — Eine große Ordenspromotion hat der Präsident der Republik dem Geschwader an der westafrikanischen Küste wegen zweier glücklichen Gefechte (von Groß-Bassam und Rio-Nuñez) bewilligt. Der Befehlshaber, Schiffscapitän Bouet-Willaumez,

ist zum Commandanten der Ehrenlegion ernannt. — Die jüngst von Civita-Vecchia angekommenen Transportschiffe haben den größten Theil des Belagerungsmaterials der Armee von Italien und eine beträchtliche Menge unverwendet gebliebener Wurfgeschoße zurückgebracht. Die Geschichte von dem Duell Boichots mit dem spanischen Obrist, die zuerst in dem Courrier de Lyon erzählt war, wird jetzt von diesem selbst in einem Brief aus Lausanne, 2 Oct., für eine lügnerische Erfindung erklärt. Die demokratische Presse macht den Organen der andern Partei jetzt häufig den Vorwurf daß sie gerne Verleumdungen verbreiten. — Das Souterrain von Bussang, auf der Höhe der Vogesen, an der Straße von Epinal nach Thann, ist dem Verkehr übergeben. Dasselbe hat eine Länge von 246 Meter, eine Breite von 8 und eine Höhe von 6½ M. Es ist darin soviel Helle daß leicht zwei Wagen einander ausweichen können. Auf beiden Seiten sind Pfade für die Fußgänger angebracht. — Von der Eisenbahn von St. Quentin wurde die Section bis Chauny am 7 October eingeweiht.

Niederland.

⌒ **Amsterdam,** 8 Oct. Wir leben noch immer in der Ministerkrisis. Wenigstens ist die Bildung des Coalitionsministeriums, dessen Mitglieder ich Ihnen jüngst mitgetheilt, bis jetzt weder officiell bestätigt noch widerrufen. So viel steht jedoch fest daß der freisinnige Thorbecke Haupt oder Seele dieses Cabinets wird, das aus liberalen Elementen bestehen muß. Je länger man zaudert und das Interregnum fortgehen läßt, desto mehr und desto entschiedener spricht sich die öffentliche Meinung in diesem Sinne aus. Fast täglich finden Conferenzen im Haag statt, und man gibt sich bereits der Erwartung hin daß auch Nedermeyer van Rosenthal und Storm, die Hauptführer der Opposition nach Thorbecke, Portefeuilles annehmen. Sicher ist daß weder de Kempenaer, noch Donker-Curtius wieder eintritt; Kammern und Presse vergeben dem ersteren nicht daß seine Thaten nicht ganz mit seinen frühern Worten im Einklange stehen, während letzterer zu wenig Energie gezeigt hat. Thorbecke macht übrigens Schwierigkeit in der Annahme eines Portefeuille, solange er seine Collegen nicht selbst wählen kann oder überzeugt ist von ihnen nicht paralysirt zu werden. Und mit Recht, da nur ein wenigstens in den Grundprincipien homogenes Ministerium auf die Dauer existiren und die Wohlfahrt des Landes fördern kann. Allein noch mehr als den Liberalismus fürchten die Anhänger des Ancien-Regime die Energie Thorbecke's. Man weiß daß unter seinem Ministerium Zopf und Perücke empfindlich leiden werden, und daß für viele Mißbräuche die letzte Stunde geschlagen hat. Daher erklärt sich auch warum ein rein oligarchisches Blatt alle möglichen Schmähungen gegen diesen Mann aufbietet, ja selbst eine, gelinde gesprochen, sehr unelegante Sprache über ihn führt. Bald wird sein Talent in Zweifel gezogen, bald möchte man den Leuten weiß machen er sey Communist und dergleichen abenteuerliche Dinge mehr, obgleich Thorbecke's Talente in den frühern Generalstaaten schon schimmerten, obgleich die Verfassungsreform und somit der jetzige Constitutionalismus hauptsächlich durch sein rastloses Streben zu Stade kamen, obgleich er sich immer consequent blieb und seine Forderungen sehr gemäßigt sind;, und nur darauf hinausgehen keine halben Maßregeln zu nehmen, sondern auf dem Grundstein der neuen Verfassung weiter zu bauen. Man verspricht sich durchgreifende Vereinfachung des Verwaltungssystems, Abschaffung einiger Ministerien (wir zählen deren jetzt neun), Verminderung des Kriegsbudgets u. s. w., worüber bei einer andern Gelegenheit mehr.

Italien.

= **Rom,** 5 Oct. Keine Veränderung im politischen Zustand, und bevor die Verhandlungen in der französischen Repräsentantenversammlung über die römische Frage werden stattgefunden haben, hofft man auf keine Lösung derselben. Officielle und Privatnachrichten melden von Bologna daß dort die Cholera zuerst in den Militär-Hospitälern, und dann auch in der Stadt ausgebrochen sey. Ein Croaten-Officier war das erste Opfer, und von den 24 am ersten Tag erkrankten Soldaten sollen 19 gestorben seyn. Auch von Rimini wird geschrieben daß schon mehrere Fälle dieser furchtbaren Seuche sich gezeigt und ihre Opfer gefordert haben. Wir können sie also bald auch in Rom gewärtigen. Man versichert nun von neuem, und zwar, wie es scheint, mit mehr Gewißheit als vor 14 Tagen, daß das spanische Hülfscorps nächstens abgehen wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 6 Oct. Die Sendung des Barons Pechlin wird von Fädrelandet, welches den Hrn. Reedy ertheilten Urlaub als eine Abberufung ansieht, nicht ohne Besorgniß betrachtet, und noch weniger scheint es mit der Sendung des Grafen Karl Moltke zufrieden, da der eine früher in Frankfurt nicht die gehörige Energie für Dänemark gezeigt, und beide nicht geeignet erscheinen entschiedenen Widerstand zu leisten wenn die Mächte die Unterhandlungen wieder zu den alten vormärzlichen Verhältnissen hinleiten. Der bekannte vor der Kündigung des Waffenstillstands in Frankfurt unterhandelnde Ulysses Dirckinck-Holmfeld soll mit einer Sendung an die norddeutschen Höfe betraut seyn. Heute als am Geburtstag des Königs ist Ordenstag für die Elephantenritter und Großkreuze des Dannebrog. Mittags 12 Uhr ist Cour für die drei ersten Rangclassen. (Hamb. Börsenh.)

Rußland und Polen.

Russische Blätter melden die Einnahme der Festung Achulko, der Hauptstadt Schamils. Am 17 Aug. mit Sonnenaufgang begann der Sturm und das Bombardement aus allen Batterien. Der Verlust der Tscherkessen mußte bedeutend seyn, denn Schamil ließ, nachdem auch sein Mitanführer Surchaja gefallen war, die weiße Fahne aufpflanzen und sandte seinen ältesten Sohn in das russische Lager. Nach dreitägigen fruchtlosen Unterhandlungen begann der Angriff von neuem und dauerte bis zum 29 Aug.; jeder Schritt, jeder Winkel mußte mit den Waffen in der Hand genommen werden. Wälle und Gräben waren mit Leichen angefüllt. Der Verlust der Tscherkessen wird von den Russen, außer den Verwundeten, auf 1000 Todte geschätzt; 900 wurden gefangen. Schamil selbst war verschwunden. Die Belagerung von Achulko hat 11 Monate gedauert, während welcher die Russen 22 Officiere und 422 Soldaten verloren, die Verwundeten ungerechnet. Außer Schamil hat sich nur einer seiner Söhne und eine seiner Frauen gerettet; die zweite Frau und sein ältester Sohn sind getödtet und der dritte Sohn ist gefangen worden. Schamil selbst ist von einer Flintenkugel im Arm verwundet.

Der zweite Artikel des Friedenstractats zwischen Rußland und der Pforte von Rustschuk Kainardsch vom 10 (21) Jul. 1774 auf welchen Rußland sich bei seiner Forderung beruft, lautet: „Wenn nach Abschluß dieses Friedens und Auswechselung der Ratificationen Unterthanen der beiden Reiche, welche irgendein Capitalverbrechen begangen oder sich des Ungehorsams oder des Verraths schuldig gemacht haben, bei einer der beiden Mächte sich verbergen oder ein Asyl suchen wollten, so werden sie — weit entfernt Schutz zu finden — von denselben unter keinem Vorwand aufgenommen; sie werden vielmehr auf der Stelle ausgeliefert oder zum wenigsten aus den Staaten der Macht verjagt zu welcher sie sich geflüchtet haben, damit solche Uebelthäter kein Erkalten der Freundschaft, noch irgendeinen unnützen Streit zwischen den beiden Reichen veranlassen können; ausgenommen sind jedoch diejenigen welche in Rußland die christliche oder im osmanischen Reich die mohammedanische Religion annehmen werden. In gleicher Weise müssen die christlichen, sowie die mohammedanischen Unterthanen der beiden Reiche, wenn sie irgendeine Missethat oder ein Vergehen — aus welchen Gründen es auch sey — begangen haben und aus einem Reich in das andere übergehen, auf Verlangen sofort ausgeliefert werden."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „Europa" hat (wie gestern kurz erwähnt) eine New-Yorker Post vom 25 Sept. nach Liverpool überbracht, welche also um eine Woche neuer ist als die vorige. Ueber den diplomatischen Zwist zwischen dem Washingtoner Cabinet und dem brittischen Gesandten, der gewiß ebensowenig wie der mit dem französischen, zu ernstlichen Folgen führen wird, sagt der New-York Weekly Herald in seiner für Europa bestimmten Ausgabe: „Unsre Leser wissen ohne Zweifel daß die Regierung von Nicaragua einer Gesellschaft amerikanischer Bürger gewisse Privilegien zum Zweck der Verbindung des atlantischen mit dem stillen Meer bewilligte. Diese Gewährung wurde für ungültig erklärt von der brittischen Regierung, welche durch ihren hiesigen Consul den bei jener Gesellschaft betheiligten Gentlemen amtlich erklären ließ: die Regierung von Nicaragua habe dadurch sich eines Uebergriffs in die Rechte des Königs von Mosquitia schuldig gemacht, dessen Gebiet England diesem „erhabenen Souverän" gewährleistet habe. Die amerikanische Regierung aber und das amerikanische Volk waren keine müssigen Zuschauer des englischen Thuns in Nicaragua. Die Washingtoner Regierung wurde von Nicaragua aus wiederholt um Schutz gegen jene Umtriebe angerufen, trat aber erst dann handelnd auf als Englands Ansichten ganz unzweideutig zu Tage kamen. Als die amtliche Mittheilung des brittischen Consuls in New-York erschien, nahm die Frage eine solche Gestalt an daß sie nicht mehr übersehen werden konnte. Nicht nur war die von Madison aufgestellte und seitdem von allen amerikanischen Präsidenten festgehaltene Doctrin (daß kein europäischer Staat fortan neues Gebiet in Amerika erwerben dürfe) verletzt, sondern auch das Recht amerikanischer Bürger angetastet. Sofort entspann sich eine Correspondenz zwischen dem amerikanischen Staatssecretär des Auswärtigen und dem englischen Geschäftsträger Hrn. Crampton. Soviel verlautet, hat dieser Briefwechsel einen ziemlich gereizten Ton angenommen, indem beide Theile fest auf ihren Ansichten beharren: die englische Regierung will den einzigen Punkt controlliren auf dem sich ein Wasser-

verkehr, bestimmt eine Hochstraße der Welt zu werden, errichten läßt (d. h. wie früher in der Allg. Ztg. erwähnt, England spricht die ausschließliche Schifffahrt auf dem San Juan an), und diese Forderung wird von der amerikanischen Regierung nicht anerkannt." — Die französisch-amerikanische Streitfrage scheint mittlerweile keinen Fortschritt gemacht zu haben. Nur bemerkt der Bericht der Londoner Daily News, welchem wir folgen: „Allem dem liegt ein Geheimniß zu Grund; es ist eine Katz' im Mehlfaß. Wie ich aus sehr guter Quelle höre, ist es nicht sowohl die jungfräuliche Ehre der französischen Republik welche Hr. Poussin so ritterlich zu vertheidigen bestrebt ist, sondern es handelt sich dabei um ein ganz anderes Frauenzimmer, nämlich die Frau Gemahlin des französischen Gesandten, welche aus gewissen Gründen von den Präsidenten- und Ministereinladungen in Washington ausgeschlossen worden. Daher die gereizte Epistolographie ihres Gemahls. Freilich wär' es nicht das erstemal daß durch einen kleinen Funken ein großer Brand entstünde. »Fuit ante Helenam mulier teterrima belli causa,« und auch wir Amerikaner, so geschichtlich jung wir sind, hatten schon Gelegenheit den Einfluß des schönen Geschlechts auf die Politik kennen zu lernen.*) Der neue nach Konstantinopel bestimmte Gesandte ist auf seinen Posten abgereist. — Der innere Stand der politischen Angelegenheiten der Union ist so ziemlich der alte. Der Whig-Convent für den Staat New-York sollte am 26 Sept. in Syrakus zusammentreten; indessen man glaubte daß er milder ablaufen werde als der frühere in Rom. (Syrakus und Rom, und Yankees dazu — das erinnert fast an ein Herwegh'sches Epigramm über das neue Athen.) In St. Louis wird ein zahlreiches Meeting über die Frage der Telegraphen- und Eisenbahn-Verbindung mit dem stillen Meer erwartet. In Folge der ungeheuer zunehmenden Einwanderung von Europamüden, besonders Irländern und Deutschen, bilden sich Gesellschaften deren Zweck ist die neuen Ankömmlinge, die nicht selten einer gewissenlosen Speculation verfallen, mit Rath und That zu unterstützen. Wandern aber die Europäer in Haufen ein, so wandern dagegen goldlustige Abenteurer in immer zahlreicheren Schaaren nach Californien aus. Das Dampfboot „Ohio" ging am 20 Sept. mit Regierungsdepeschen nach San Francisco ab. — Dem Mobile Herald vom 13 Sept. zufolge wäre der Plan eines Privatunternehmens gegen Cuba, trotz aller Maßregeln der Regierung zur Verhinderung desselben, nicht aufgegeben. Auf dem Round Island lagen noch immer gegen 400 für diese Expedition angeworbene Abenteurer, welche ihrem Auslaufen entgegensehen. — Die Regierung hat neuerdings den Sioux-Indianern, in Folge Vertrags mit ihren Häuptlingen, eine große Strecke fruchtbaren Landes abgekauft. Hingegen werden aus Florida neue Ueberfälle und Verheerungen von Plantagen durch Indianer berichtet. — Aus Canada nichts neues als daß in Quebec wieder eine große Feuersbrunst stattgefunden, welche etliche 30 Wohnungen in Asche legte. Man rechnet daß in Montreal und Toronto seit den Märzunruhen dieses Jahrs für 650,000 Dollars Eigenthum verbrannt oder sonst zerstört worden. Gleichwohl ist der Zustand der englisch-amerikanischen Colonien im ganzen ein blühender, und die Production dieses Jahrs zeigt eine beträchtliche Zunahme im Vergleich mit der vorjährigen. Die Cholera war hier, wie in der nachbarlichen Republik, überall im Schwinden. — Die New Yorker Blätter erlustigen sich nicht wenig über den neuen Negerkaiser auf Hayti und seine schockweise neugebackenen Herzoge, Grafen und Barone. „Da sieht man", sagt der New-York Herald, „wie leicht diese europäischen Herrlichkeiten sich produciren lassen; selbst ein Neger vermag das." Der östliche, oder spanische Theil der Insel ist „Republik" geblieben, und ein gewisser Baez wurde daselbst feierlich als Präsident eingesetzt.

*) Das corpus delicti selbst, Hrn. Poussins Brief, ist von der Washingtoner Regierung auf halboffizielle Weise veröffentlicht worden, und lautet also: „Französische Gesandtschaft, 30 Mai 1849. Mein Herr! Ich erhielt am 28 d. M. das Antwortschreiben womit Sie noch am demselben Tage meine Note beehrten, worin ich die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert das Verfahren des Commander Carpender vom amerikanischen Dampfschiff „Iris" gegen das am Ufer des Riso am Ankerplatz von Antonio Lizardo auf den Strand gelaufene französische Schiff Eugène, von Havre, zu desavouiren. Die vom Commander Carpender gegebenen Erörterungen, Hr. Staatssecretär! sind nicht der Art daß sie des Mißvergnügen heben welches sein Verfahren meiner Regierung erregt hat. Er habe den Fall, sagt er, als einen Bergungsfall betrachtet, und betrachte ihn noch als solchen, so daß die von ihm als Berger des Schiffs erworbenen Rechte ihn ermächtigten dasselbe so lange zu behalten bis seine übertriebenen Forderungen vollständig befriedigt wären. Indessen seine Ansichten haben wenig Gewicht in unsern Augen, insofern wir Anlaß haben sein Betragen zu verdammen. Ich forderte, Hr. Staatssecretär! das Washingtoner Cabinet im Namen der französischen Regierung auf diesem Officier der amerikanischen Flotte einen strengen Verweis zu ertheilen, damit der von ihm, in einem Punkte welcher die Würde Ihrer Nationalmarine berührt, begangene Fehler nicht etwa wiederholt werde. Ihre Antwort, Hr. Staatssecretär! läßt mich leider glauben daß Ihre Regierung die sonderbaren von Commander Carpender bekannten Doctrinen guthieß, und mir übrigt jetzt nur im Namen meiner Regierung gegen diese Doctrinen Verwahrung einzulegen. Ich habe die Ehre mit ausgezeichneter Hochachtung zu seyn Ihr gehorsamer Diener Poussin."

Handels- und Börsennachrichten.

London, 9 Oct. Consols $92\frac{1}{2}$.

Paris, 9 Oct. 3proc. 55.85; 4proc. 69; $4\frac{1}{2}$proc. 77.50; 5proc. 88; Schatzsch. 6; Bankactien 2317.50; belg. $4\frac{1}{2}$proc. $88\frac{5}{8}$; österr. Loose v. 1834 380; neap. 5proc. 88; röm. 87; span. 3proc. $34\frac{1}{2}$; piem. 960; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 173.75; Paris-Orleans 735; Rouen 525; Straßburg 347.50; Nordbahn 430; Rouen-Havre 245; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 101 25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 402.50; Tours-Nantes 285; Montereau-Troyes 112.50; Antwerpen-Gent 240.

Amsterdam, 9 Oct. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{7}{8}$; 3proc. $63\frac{7}{8}$; 4proc. $83\frac{9}{16}$; port. 5proc. $30\frac{3}{4}$; Met. 5proc. $86\frac{1}{2}$; Ard. $10\frac{5}{8}$. Curs auf London $10.07\frac{1}{2}$ l. S. Curs auf Hamburg $35\frac{1}{16}$ l. S.

Augsburg, 12 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 88 G. 4proc. $92\frac{1}{2}$ G. 5proc. 101 P. Bankactien II. Sem. 650 P., 645 G. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1140 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt a. M., 11 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{3}{8}$; Bankactien 1340; preuß. $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldscheine $88\frac{1}{4}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86; Ludwigsh.-Berbach 82; württemb. $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. 94; bad. 5proc. $97\frac{5}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc $79\frac{1}{2}$; darmst. 5proc. —; 4proc. $89\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{3}{4}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{8}$ P.; $3\frac{1}{2}$proc. 85; Frankfurt 3proc. $80\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{3}{8}$, 90; Disc. $1\frac{1}{2}$ P.

♀ **Wien**, 10 Oct. Die Börse war heute in Folge der ungünstigen Berichte in Betreff der auswärtigen Geldverhältnisse und zunächst jener aus Paris, sehr gedrückt und waren sowohl Fonds- als Actiencurse weichend, während Wechsel auf fremde Plätze sowie Comptanten um 1 Proc. höher gingen und sehr gesucht waren. In Obligationen des neuen Anlehens wurde heute mehreres zu 85 umgesetzt und theilweise für Rechnung des Auslandes gekauft. Aus Amsterdam fehlen noch genauere Details über die auf das neue Anlehen daselbst gemachten Subscriptionen. Nach einigen soll sich der Betrag derselben bei dem Hause Hope auf nur zwei, nach andern auf sieben Millionen belaufen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95\frac{1}{2}$–$95\frac{5}{8}$, Loose vom J. 1834 $161\frac{1}{2}$–$162\frac{1}{2}$, Loose vom J. 1839 113–$113\frac{1}{2}$, Bankactien 1202–1205, Nordbahnactien $110\frac{5}{8}$–$110\frac{7}{8}$, Gloggnitzer $108\frac{1}{2}$–$109\frac{1}{2}$, Mailänder 84–$84\frac{1}{2}$, Pesther $79\frac{3}{4}$–80. London (l. l. S.) 10.48–10.50, Hamburg $156\frac{3}{4}$ G., Augsburg uso $107\frac{1}{4}$ G., Frankfurt $106\frac{3}{4}$ G., Amsterdam $149\frac{1}{2}$ G., Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno 106 G., Genua $125\frac{1}{2}$ G., Paris $127\frac{1}{2}$ G., Marseille $127\frac{1}{4}$ G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $11\frac{1}{2}$ Proc., Silberagio $7\frac{1}{4}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Reisebilder aus Südamerika.

II. Die Landreise von Buenos-Ayres nach Valparaiso.

* **Valparaiso**, 28 Jul. 1849. An Bord des Talisman, auf dem ich mich nach Californien eingeschifft hatte, war mehreremale das Gespräch auf eine Landreise von Rio-Janeiro oder Buenos-Ayres aus nach Valparaiso gekommen, und keiner von allen Passagieren wußte etwas darüber oder erinnerte sich je einen genauen Bericht darüber gelesen oder gehört zu haben. In Rio-Janeiro waren die Gerüchte darüber nun erst ganz verworren: einige sagten es sey wohl mit Karawanen möglich, aber sehr gefährlich; andere sprachen dem Weg sogar die Möglichkeit ab, und ich wurde, da nach und nach der Entschluß in mir gereift war es unter jeder Bedingung selber zu versuchen, zuletzt so verwirrt daß ich gar nicht mehr wußte was und wem ich glauben sollte. Von Rio-Janeiro aus hätte mich aber die Reise, so viel merkte ich bald, weit mehr Zeit gekostet als ich daran verwenden konnte, und da ein Schooner gerade zufällig, nach Buenos-Ayres bestimmt, im Hafen lag und eben absegeln wollte, entschloß ich mich kurz dazu, und will nun dem Leser der sich dafür interessirt (und deren werden es viele seyn, denn die Fahrt um das Cap Horn ist oft mit vielen Unannehmlichkeiten verknüpft) einen kurzen und treuen Bericht der Reise und Kosten geben wie ich sie gefunden habe.

Die Fahrt von Rio-Janeiro bis Buenos-Ayres ist übrigens eine höchst ungewisse und oft nichts weniger als angenehme Seereise; sie kann in fünf bis sechs Tagen zurückgelegt werden, kann aber auch der häufigen Pamperos (Stürme) wegen wochenlang dauern, und wir selber waren siebzehn Tage auf dem Wasser, ehe ich in Buenos-Ayres ans Land springen konnte. Wer also in seiner Zeit beschränkt ist, darf zu dieser Fahrt von Brasilien bis zur Hauptstadt der argentinischen Republik nicht weniger als durchschnittlich vierzehn Tage annehmen — kommt er früher hin, desto besser, es kann aber auch länger dauern. Die Kosten der Reise sind jedenfalls zwischen 30 und 40 Dollars. Noch mache ich aber auf etwas aufmerksam (und ich spreche aus eigener Erfahrung), was die Reise länger aufhalten kann als man im Anfang gedacht. In Rio-Janeiro hat jeder Fremde, der sich selbst nur von einem Schiff auf das andere überschiffen will (wozu er wieder einer besondern Erlaubniß bedarf), die größten Weitläuftigkeiten zu überwinden, und der Reisende thue dazu ja in Zeiten und erkundige sich bei seinem Consul nach den nöthigen Formalitäten, oder er könnte sich im letzten Augenblick noch, wenn er alle Hindernisse schon beseitigt glaubte, aufgehalten sehen. Besondere Schwierigkeiten wird er finden wenn er ein Gewehr überschiffen will, was er gar nicht erlaubt bekommt wenn er es nicht zuvor ans Land schafft und versteuert (ich glaube mit 40 Procent), und selbst dazu sind nur wieder gewisse Stunden am Tage bestimmt in denen das geschehen kann. Am besten ist's, er erwähnt gar nichts vom Gewehr — es ist in der Regel das sicherste.

Von Buenos-Ayres nun geht allmonatlich ein Correo oder Postcourier nach Mendoza (der westlichen Gränzstadt der argentinischen Republik, am Fuße der Cordilleren) ab, und ich bin mit diesem Correo geritten. Es ist auch, glaub' ich, das beste was ein vollkommen Fremder thun kann, obgleich ich jetzt, nachdem ich das Land einmal kenne, wohlfeiler und schneller reiten wollte, wenn ich allein Postpferde nähme. Man weiß aber freilich nie wie lange man dann auf den einzelnen Stationen, wo die Pferde erst meistens eingefangen werden müssen, aufgehalten wird, und ist man gar der Sprache nicht mächtig, so sieht man sich in jeder Station den Prellereien der Eingebornen preisgegeben, während der Reisende, reitet er mit dem Correo, von diesem nur einmal, und dann im Verhältniß doch immer mäßiger geprellt wird — denn geprellt wird er. Ich habe dem Correo mit dem ich ritt vier Unzen, nach Buenos-Ayreder Geld damals 64 spanische Dollars bezahlt, dann hatte ich mich weiter um gar nichts zu kümmern, er stellte mir Pferde und Kost (Pferde gut, Kost schlecht). Die Entfernung von Buenos-Ayres bis Mendoza beträgt 319 Leguas (eine Legua ist mehr als eine halbe deutsche Meile), und die einzelnen Poststationen sind die folgenden.

1. Provinz Buenos-Ayres.

	Leguas.
Al Puente de Marquez	7
Cañada de Escobar	6
— de Rocha	7
— del Sauce	4
San Antonio de Areco (ein Städtchen)	7
Areco (Fluß)	5
Chacras de Ayala	5
Arrecifes (Fluß und Städtchen)	7

Hier wohnt ein Amerikaner, ein sehr liebenswürdiger Mann Namens Tebbets, dem Reisenden der nicht spanisch und nur englisch versteht, gewiß sehr willkommen.

Fontezuelas	8
Ramallo	6
Arroyo del Medio	6
	68

2. Provinz de Santa Fé.

Arroyo de Pavon	6
Cerillos	7
Saladillo de la Orqueta	7
Candelaria	5
Desmochados	6
Arequito	4
Guardia de la Esquina	5
	40

3. Provinz de Cordoba.

Cruz alta (ein Städtchen)	4
Cabeza del Tigre	4
Esquina de Labaton	5
Saladilla de Ruiz Diaz	5
Barrankas	4
Zangon	4
Fraile Muerte (ein Städtchen)	4
Tres Cruces	4
Esquina de Medrano	4
Arroyo de San José	8
Cañade de Lucas	6
Totoral	4
Tambillo	10
Chukul	7
Villa del Rio quarto (ein Städtchen)	5

Hier wohnt ein Deutscher, ist aber ganz „verspaniert" und spricht kaum noch deutsch — er ist Hutmacher und heißt Hüter.

Arroyito o'Lagunilla	5
Ojo de agua	4
Achiras	11
	96

4. Provinz de San Luis.

Morro	12
Rio quinto	12
San Luis (Stadt)	12
Represa	7
Desaguadero (kleiner Fluß)	15
	58

Das Land ist von hier an eine förmliche Sandwüste, mit Dorn und Myrtenbüschen, und kein Wasser, kein lebendes Thier zu sehen — schon von Represa beginnt es und geht bis Pescara o rodeo Chacon.

5. Provinz Mendoza.

Acoro corto	12 (sind 16)
A la Dormida	10
Pescara ó rodeo Chacon	10
Retamo	11
Rodeo del Medio	7
Mendoza	5
	55

An jedem dieser Orte werden mit der Post frische Pferde genommen, und die Reise geht fortwährend im Galopp, selbst mit den Packthieren, dennoch kommt man nicht so rasch von der Stelle als man hiernach wohl vermuthen sollte, da der Aufenthalt auf den Stationen oft zu sehr das Vorwärtskommen verzögert.

Geht man nicht mit dem Correo, und nimmt man nur einen Postpaß von Mendoza mit, dann kann man so schnell oder langsam weiter kommen als man will, da es einem vollkommen freigestellt ist wie lange man sich auf den einzelnen Stationen aufhält.

Von Buenos-Ayres findet sich aber auch sehr häufig Gelegenheit mit „Maulthierzügen," und dann zwar bedeutend billiger aber auch langsamer, nach Mendoza zu kommen. Mir wurde es angeboten, und ich hätte für 16 Dollars mitgehen können, wofür ich ein Maulthier und meine Provisionen auf dem Weg gestellt bekommen hätte, mir lag aber daran schnell an den Ort meiner Bestimmung zu kommen, und ich schlug es aus. Ehe man sich

übrigens mit Maulthierzügen einläßt, erkundige man sich wohl nach dem Charakter der Leute mit denen man gehen will, und ob sie in der Stadt auch bekannt sind, man könnte sonst übel fahren. Noch gehen außer diesen Maulthierzügen Ochsenwägen-Caravanen nach Mendoza, und die Reise mit diesen ist fast stets sicher und billig, dauert aber auch gewöhnlich mehrere Monate, und man muß sich solange in den Pampas herumschlagen.

Geht man mit Post oder Maulthieren, so muß man sich jedenfalls seinen eigenen Sattel und Zaum stellen, und den thut man am besten erst in Buenos Ayres, wo man ihn nach der Landessitte bekommt, und wo möglich alt zu kaufen — ein alter Sattel ist nicht nur billiger als ein neuer, es reitet sich auch besser darauf. Ich habe für den meinigen, mit Zaum, etwa 7 Dollars gegeben. Doch wollt ich dem Reisenden noch rathen ehe er aufbricht seinen Sattel einmal ein paar Stunden auszureiten, und zu sehen wie er mit Steigbügeln und allem übrigen auskommt — ist er erst einmal unterwegs, dann möcht es zu spät seyn Verbesserungen vorzunehmen, und er hat einen langen Ritt vor sich!

Durch die Pampas ist dabei jedenfalls die Winterreise die gerathenste; die Flüsse sind niedrig und die Sonne brennt nicht so heiß, obgleich es nachher durch die Berge desto schlimmer ist. Es mag sich aber auch keiner durch die tollen und abenteuerlichen Berichte abschrecken lassen die er in Buenos-Ayres und besonders von Deutschen über eine Winterreise hören möchte. Die Leute werden ihm von mörderischen Gauchos, unpassirbaren Strömen, Schneegebirgen in denen die Menschen erfrieren oder doch wenigstens erblinden, etwas vorschwatzen. Sie wissen eben nicht was sie reden. Die Reise ist möglich, und macht sich der Reisende auf einige Beschwerden, viel Unreinlichkeit im Lande selbst, und in den Gebirgen auch hie und da auf Gefahren — aber keineswegs unüberwindliche gefaßt, so mag er in Gottes Namen die Reise antreten.

Der Aufenthalt in Buenos-Ayres ist nicht sehr theuer, man kann mit $1\frac{1}{2}$ Dollars durchschnittlich sehr gut auskommen, und sich, bleibt man länger dort, auch noch billiger einrichten.

Selbst das ist möglich, obgleich es mir in Buenos-Ayres von allen abgestritten wurde, die Reise ganz allein und ohne Begleiter zu machen, denn reist man mit der Post, so bekommt man stets einen des Wegs kundigen Peon mit der das Pferd wieder zurücknimmt, und geht man langsamer auf einem eigenen Pferd, so kann man sich — nur nicht in der späteren Sandwüste — seinen Provisionsbedarf mit leichter Mühe schießen; es gibt sehr viel Wild dort, besonders Geflügel, doch wäre es dann wohl nöthig daß der Reisende etwas spanisch spräche, er hätte sonst mit zuviel Unannehmlichkeiten zu kämpfen. Möglich wär's aber immer; die Leute unterwegs sind keineswegs Raubgesindel, sondern größtentheils freundlich mit dem Fremden, aber entsetzlich unreinlich, und darein muß man sich finden.

Noch will ich dem Reisenden der ein Gewehr auf dem Pferd mitnehmen will, die passendste Art angeben es zu transportiren, denn ich habe alle Arten durchprobirt. Die beste ist mit einem schmalen aber starken Ledergürtel, und zwar an der linken Seite, den Lauf nach unten, der beim Reiten auf den linken Schenkel zu liegen kommt; der Riemen geht dann unter dem Bügel des Gewehres durch, und hält es, dicht an den Körper geschlossen, vollkommen fest; es darf aber kein hölzerner Bügel, und er muß überhaupt sehr stark, sonst bricht er ab, wie das bei mir der Fall war. Es ist da besser ein Tuch um den Lauf dicht vor die Schlösser zu binden, in diesem ruht dann das ganze Gewicht, und kann dem Gewehr selber nichts schaden. „Sicherheit" am Gewehr ist, so sehr ich ihr auch sonst feind bin, beim Reiten höchst zweckmäßig.

Gepäck nehme man so wenig wie möglich mit, und lasse sich dazu eine Satteltasche, am besten von ungegerbtem Leder machen — nur nichts leicht zerreißbares — man bedenke daß der Ritt in einem fortwährenden Galopp geht, und daß dabei alles zerreißt was nicht niet- und nagelfest ist. Ebenso sehe man sich mit Brieftasche, Messer und Pistolen vor; es verliert sich gar leicht etwas vom Pferd herunter, und die Brieftasche besonders sey gut verwahrt. Auf dem Sattel habe man dabei eine gute wollene Decke, denn Betten sind nirgends unterwegs zu finden, und der Reisende muß auf dem was er in seinem Sattel bei sich führt schlafen. Pferde sind in Buenos-Ayres ungemein billig, man kann ein recht gutes kräftiges Thier für 5 bis 10 Dollars kaufen und im Land auch wohl hie und da vertauschen. In Chile sind sie etwas theurer.

Ist er glücklich nach Mendoza gekommen, so gibt es hier ebenfalls verschiedene Gelegenheiten über die Berge zu kommen. Im Sommer ist es nur ein Spazierritt, im Winter aber mit Schwierigkeiten und Gefahren verknüpft und deßhalb theuer. Im Winter geht der Correo, wenn er nicht durch einen Sturm aufgehalten wurde, ziemlich regelmäßig durch den Schnee nach Chile hinüber, und mit diesem kann man die Reise für drei Unzen — etwa 50 Dollars — wenn man nicht viel Gepäck hat, machen; muß man aber, wie es bei mir der Fall war, einen eigenen Führer nehmen, so kostet es mehr. Ich habe für fünf Unzen accordirt. Billiger könnte man es sich stellen wenn man gar keinen besondern Führer weiter nimmt, sondern nur mit Leuten die des Weges kundig sind accordirt das Gepäck hinüberzutragen, und dann Maulthiere bis zur Schneegränze selber miethet, dazu müßte man aber nothwendig der Sprache mächtig und auch in Mendoza bekannt seyn, jedenfalls tüchtige Empfehlungen an Eingeborene haben. Sicherer ist es immer einen Führer zu nehmen — noch sicherer, wenn das gerade mit der Zeit stimmt, mit dem Correo zu gehen.

Der Marsch durch den Schnee ist nicht so entsetzlich wie er geschildert wird, doch muß man sich im günstigsten Fall auf drei bis vier Tage gefaßt machen, und Lebensmittel auf wenigstens 14 Tage mitnehmen, denn wird man von einem Schneesturm überrascht und sieht sich in die dort für solche Fälle errichteten Casuchas oder Steinhütten getrieben, so kann es kommen daß man zwei, ja drei Wochen in diesen durch den Schnee eingeschlossen bleibt. Doch sind das eben nur außergewöhnliche Fälle und man darf sich nicht zu sehr vor ihnen fürchten.

Was man übrigens alles auf solcher Reise durch den Schnee mitzunehmen hat, wie die Einzelnheiten desselben, erfährt man am besten in Mendoza, oder kommt man von Valparaiso, in San Felippe am Fuß der Berge, wo es viele Leute gibt die Reisende hinüberschaffen. Man braucht auch vor dem so entsetzlich geschilderten Erblinden keine große Angst zu haben, ich bin beim hellsten Sonnenschein hinübergegangen, und habe die grüne Brille die ich der Vorsicht halber in der Jagdtasche trug, nicht ein einzigesmal vorgethan.

Der Aufenthalt in Mendoza ist sehr angenehm und äußerst billig. Deutsche möchte der Reisende aber wohl schwerlich mehr dort finden, denn die wenigen die jetzt da wohnen ziehen das Frühjahr sämmtlich nach Californien. Ist er erst einmal über die Berge hinüber in Chile, so hat er weiter mit keinen Schwierigkeiten zu kämpfen, auch ist die Entfernung bis Valparaiso nicht mehr so sehr groß. Sie wird von der Schneelinie aus etwa 50 Leguas betragen.

Hiemit habe ich ihn denn mit alle dem bekannt gemacht was sich als oberflächliche Andeutung nur über den Weg sagen läßt; die Einzelheiten muß er selber auffinden und beseitigen; mein Zweck war aber der nach mir kommende Reisende wenigstens über die Möglichkeit und die Kosten der Reise aufzuklären, daß sie sich im voraus einen Ueberschlag machen können, und nicht, wie ich es war, gezwungen sind ins Blaue hineinzureisen, wo dann jede und jede Erfahrung mit schwerem Geld erkauft werden muß.

Fr. Gerstäcker.

Eine österreichische Depesche über die Beziehungen Deutschlands zu Italien.

Vom Rhein, 7 Oct. Pariser Blätter brachten kürzlich eine Reihenfolge diplomatischer Correspondenzen über die italienische Frage, welche im Sommer des verflossenen Jahres gewechselt worden seyn sollen. Ihre Veröffentlichung erregte großes Aufsehen, schon deßhalb weil sie ihrem Inhalt wie ihrer Form nach einen so vertraulichen Charakter tragen daß die Hände, welche deren Mittheilung allein bewirkt haben konnten, sich dem Vorwurf aussetzten nicht nur das ihnen bewiesene Vertrauen gemißbraucht, sondern auch die Gebräuche des diplomatischen Verkehrs verletzt zu haben. Um so mehr wird es von Interesse seyn das folgende Actenstück, eine Depesche welche im November v. J. von Seiten des österreichischen Cabinets an den kaiserlichen Bevollmächtigten zu Frankfurt ergangen ist, und die einen beziehungsreichen Commentar zu jenen Actenstücken bietet, kennen zu lernen, die mitzutheilen wir zufällig in der Lage sind. Die darin behandelten Fragen sind zwar längst entschieden; des greisen Feldmarschalls Schwert hat sie gelöst und hierdurch die um Oesterreichs Wohlfahrt und Zukunft so besorgten Staatsmänner an der Themse wie am Main dieser Sorge überhoben, und diese Depesche ist mehr ein Beitrag zur Geschichte unserer Lage. Allein dieser Beitrag erhält sein großes Interesse dadurch daß er darthut wie das österreichische Cabinet in den seinem Gesandten ertheilten Weisungen die italienische Frage treffender, als dieß unseres Wissens bisher irgendwo geschehen, vom deutschen Standpunkt aus beurtheilt.

„An Frhrn. v. Menßhengen in Frankfurt a. M. Olmütz, am 25 Nov. 1848. Oeffentliche Blätter berichteten unlängst von einem Entwurf zur Befriedung Italiens, welcher in Turin durch den Bevollmächtigten der provisorischen Reichscentralgewalt dem sardinischen Cabinet mitgetheilt worden sey, und im wesentlichen darin bestehe daß Oesterreich auf den Besitz der Lombardei zu verzichten und der Mincio in Zukunft als Gränzlinie zu dienen habe. Obgleich diese Notiz uns nur auf dem Wege der Tagespresse und aus keiner amtlichen Quelle zugekommen ist, so benutzen wir doch gern diesen Anlaß, um uns gegen das Reichsministerium über die italienischen Angelegenheiten mit rücksichtsloser Freimüthigkeit auszu-

sprechen. Es wäre überflüssig hier auf eine Erörterung der Verhältnisse einzugehen welche den Umschwung der Dinge in ganz Italien und den Aufstand im lombardisch-venezianischen Königreiche herbeigeführt haben. Ebenso wohl können wir uns einer geschichtlichen Darstellung der späteren Ereignisse enthalten. Sie hatten begonnen zu Mailand mit dem Ausbruch der lange vorbereiteten Empörung und dem bewaffneten Einfall eines eidbrüchigen Verbündeten; sie endigten fünf Monate später am Tessin mit der Unterdrückung des Aufstandes, der Wiedereroberung der italienischen Provinzen Oesterreichs und der Vertreibung der piemontesischen Armee. Und wenn die kaiserlichen Waffen ihre Vortheile nicht weiter verfolgten, wenn der Treubruch der italienischen Fürsten und Völker damals ungestraft blieb, wenn der Führer unsers siegreichen Heeres den Waffenstillstand dem darum bittenden Feind in Mailand gewährte, statt ihm den Frieden in Turin zu dictiren, so geschah dieß aus Gründen höherer Art, im Interesse des bereits bedrohten Weltfriedens, aus Rücksicht auf die Lage der damals im Innern zerrütteten Monarchie. Ein Opfer der Mäßigung und der Staatsklugheit, gebracht im Augenblick entscheidender und glänzender Erfolge, in ein freiwilliges Aufgebenwollen geheiligter Rechte umzudeuten lag ganz in dem Wesen einer Partei deren letztes Ziel der Umsturz ist, und die von Recht und Besitz des Einzelnen wie der Staaten gleichmäßig absieht. Einer solchen Partei konnte es nicht schwer fallen an den Sieger die unerhörte und unglaubliche Forderung zu stellen daß er den Preis seiner Anstrengungen, nämlich sein zurückerobertes Besitzthum, dem Besiegten zum Geschenk mache, oder vielmehr darauf, kraft einer ihm obliegenden Pflicht, zu Gunsten des überwundenen Feindes Verzicht leiste. Es war erlaubt zu schweigen und zu lächeln solange man dergleichen Ansinnen in den Organen der radicalen Partei oder in den Traumbildern politischer Ideologen las. Aber groß war die Verwunderung, nicht minder die Entrüstung aller Vernünftigen und Wohlgesinnten in Oesterreich als dieselben Zumuthungen auch von anderer Seite sich erhoben, und das gute Recht der ersten Macht Deutschlands im Schooße deutscher Versammlungen zu Frankfurt, zu Wien selbst, zu Berlin und anderwärts in Frage gestellt ward.

„Die Feuerreden der Apostel der neuen Staatsrechtslehre von der ausschließlichen Geltung der Nationalitäten fanden nicht nur in den Volkskammern, sondern auch im Publicum einigen Anklang; sie drangen sogar über die Gränzen Deutschlands hinaus, und blieben nicht unbeachtet in Turin, in Paris und London. Schon die revolutionäre Regierung in Mailand hatte es gewagt, während noch das Straßenpflaster jener Stadt die Blutspuren der meuchlings überfallenen und hingemordeten deutschen Krieger trug, sich in einer Ergebenheitsadresse nach Frankfurt zu wenden und die Sympathien des neuen Deutschlands für die italienische Revolution in Anspruch zu nehmen — ein Ansinnen welches übrigens dort die gebührende Aufnahme fand. Auch in Turin baute man auf die unächte Begeisterung Deutschlands für Italien und überhaupt für das neue Nationalitätsprincip, und wußte sich dieses Hebels, als man die Vermittelung Frankreichs und Englands in Anspruch nahm, mit Erfolg zu bedienen. Denn die beiden Seemächte würden schwerlich dem kais. Cabinet die Aufgebung eines Theiles der italienischen Provinzen zugemuthet haben, wäre diese nicht von einem Theil der deutschen Presse und deutschen Volksvertreter, als eine Sache die sich von selbst verstände und als ein unabweisbares Zugeständniß an die neue Nationalitätslehre, seit Monaten gepredigt und als der Ausdruck der öffentlichen Meinung hingestellt worden. So tiefe Wurzeln hatte diese Meinung geschlagen daß zu Frankfurt sogar in der höchsten Sphäre die Ansicht Geltung zu finden schien als ob der Kaiser, selbst nach Wiedereroberung seiner italienischen Provinzen, zu ähnlichen Opfern bereit, eine fremde Vermittelung auf solcher Grundlage zulassen würde. Um so mehr hält die Regierung Sr. Majestät es für ihre Pflicht das Reichsministerium von dem wahren Sachverhalt zu verständigen.

„Daß König Karl Albert, besiegt in einer Reihe von Schlachten, vertrieben durch die eigenen Anhänger aus den Mauern der Stadt welche ihn zu Hülfe gerufen hatte, des Verraths beschuldigt an der italienischen Freiheit, und bedroht sogar in seinem Lande durch den Kampf der Parteien, in dieser großen und äußersten Gefahr, widerstrebend aber nothgedrungen, anderwärts als in den eigenen jetzt gebrochenen Kräften nach Schutz und Beistand suchte, liegt in der Natur der Dinge und bedarf keiner Erörterung. Er rief die bewaffnete Dazwischenkunft Frankreichs, und als diese verweigert ward, die diplomatische Vermittelung dieser Macht und Englands an. Beide Cabinette, schon längst darauf vorbereitet, kamen seiner Aufforderung mit Bereitwilligkeit entgegen. Es ist hier nothwendig die englische und französische Politik in Italien einer näheren Beleuchtung zu unterziehen. Die englische Regierung hat in früheren Jahren sowie in neuester Zeit, seit die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in die Hände Lord Palmerstons zurückgekehrt ist, von ihren Sympathien für die Sache der Bewegung in Italien kaum ernstlich ein Hehl gemacht. Die Begünstigung, deren sich das Haupt und die Agenten der italienischen Verschwörung im auswärtigen Amt zu erfreuen hatten, war für niemanden ein Geheimniß. An der Lebensfähigkeit des alten Verbündeten Englands zweifelnd, ging man in London mit dem Plan um unter brittischem Patronat einen neuen Großstaat, zunächst ein großes oberitalienisches Reich, zu schaffen, welches man sodann als Gegengewicht einer andern Großmacht, statt des zerfallenden Oesterreichs, in die europäische Wagschale zu legen gedachte. Wir überlassen dem Urtheil der Welt zu entscheiden ob die Ereignisse den Erwartungen des englischen Cabinets entsprochen haben. Wenn je ein Unternehmen im rechten Augenblick und mit voller Gunst der Zeitumstände begonnen wurde, so war es der lombardische Aufstand. Ganz Italien, vom Po bis an den Faro, stand in Flammen, Sicilien in Aufruhr, Piemont bereitete sich seine männliche Bevölkerung über unsere Gränzen zu wälzen. Der Papst selbst, so ward behauptet und gern geglaubt, trat an die Spitze der Bewegung und verlieh ihr kirchliche Weihe. Die übrigen Fürsten Italiens folgten willig oder gezwungen der Strömung. Die ganze Halbinsel hatte derselbe Gedanke erfaßt und bis in die untersten Schichten aufgewühlt. Der seit Cola di Rienzi's Zeiten als geheime Losung unter wenigen vererbte Traum eines einheitlichen und weltbeherrschenden Italiens war mit einemmal das Gemeingut aller geworden. An seiner Verwirklichung zweifelte dort niemand mehr.

„Hinzu trat im übrigen Europa ebenso plötzlich als unerwartet ein unermeßlicher Umschwung. In Frankreich die Republik, in Deutschland eine Revolution, zwar unblutig, aber tiefer eingreifend als irgendeine politische Umwälzung früherer Jahrhunderte, in Oesterreich der Sturz des herrschenden Systems, überall aber, wirklich oder scheinbar, der nach ausschließlicher Geltung ringende Grundsatz der nationalen Berechtigung zur politischen Selbständigkeit. Man kann sagen daß die italienische Revolutionspartei, als sie den lange vorbereiteten Schlag führte, alle Umstände für sich hatte. Durch beinahe ganz Europa die Springfluth der allgemeinen Welterschütterung, auf der Halbinsel die Begeisterung der Massen und die den Fürsten bereits entrissenen Mittel und Hülfsquellen der Regierungen, jenseits der Alpen die Sympathien der damals siegreichen Partei des Umsturzes, überdieß den, wenn nicht officiellen, doch offenkundigen Beistand zweier Großmächte. Dagegen hatte sich die Ungunst des Augenblicks in vollem Maße gegen Oesterreich gekehrt. Mit den Vortheilen welche eine seltene Verkettung von Umständen in die Hände der italienischen Bewegungsmänner gelegt hatte, lassen sich an Umfang und Tiefe nur die Verlegenheiten der kaiserl. Regierung vergleichen. Nichtsdestoweniger ereignete sich zur nicht geringen Ueberraschung des großen Publicums und des brittischen Staatssecretärs was Kenner der italienischen Zustände vorausgesehen hatten. Die ganze Bewegung besaß nur Kräfte der Zerstörung. An den Mitteln zu bauen und zu schaffen, ja selbst nur mit Anstand und Würde zu unterliegen, gebrach es ihr gänzlich. Die innern Verhältnisse der Halbinsel in jener Epoche boten einen kläglichen Anblick dar. Einheit, Gleichheit und Bruderschaft waren das Losungswort des neuen Italiens. Aber die Einheit bestand im Bürgerkrieg (zwischen Neapel und Sicilien), die Gleichheit in einer täglich steigenden Erbitterung der Volkspartei gegen den Adel und die Besitzenden, die Bruderschaft in dem Aufleben tausendjähriger Fehden zwischen benachbarten Städten. Selbständigkeit ward gepredigt und, um sie zu gründen, der bewaffnete Beistand des Auslandes von dem Gesandten der Macht angefleht welche in dem sogenannten Befreiungswerke das Schwert zu führen übernommen hatte. Das einige Italien erwies sich als ein Phantom. Nach der Besiegung des piemontesischen Heeres, der einzigen wirkenden und wirklichen Kraft in jenem großen Staatsexperiment, zerfiel es in und durch sich selbst. Denn nicht allein durch die Erfolge unserer Armee, auch durch Verhältnisse welche tief in dem Wesen der italienischen Zustände liegen und gleich einem Naturgesetz mit innerer Nothwendigkeit wirken, ward jene Katastrophe herbeigeführt welche Oesterreich seine verlorenen Provinzen zurückgegeben, Italien aber und Lord Palmerston mit einer großen Erfahrung bereichert hat.

„Dem Anschein nach dieselbe Richtung, in der That aber ein gänzlich verschiedenes Ziel, verfolgt die französische Regierung. Es ist die alte Politik, die sich gleich blieb inmitten der Umgestaltung der andern Verhältnisse: das überlieferte Bestreben Frankreichs nach Schmälerung und Vernichtung des österreichischen Einflusses in Italien. Durch ältere und engere Beziehungen zu der Halbinsel mehr als England mit den italienischen Zuständen vertraut, weiß das französische Cabinet daß es die Erstehung eines großen und wirklich selbständigen Staatskörpers in Italien nicht zu befürchten hat, und daß jeder uns nachtheilige Umsturz der Dinge in jenem Lande nur zu Gunsten des französischen Uebergewichts ausschlagen kann. Wenn man daher in Paris den Bemühungen Lord Palmerstons bereitwillig die Hand bot, so geschah dieß ohne Zweifel in richtiger Wür-

digung seiner wahren Absichten, und in der Voraussicht daß die Uebergriffe der englischen Diplomatie in Italien in der Natur der dortigen Verhältnisse einen Damm finden würden. Von so verschiedenen Punkten ausgehend, begegneten sich die beiden Cabinette in dem Erbieten durch ihre Vermittelung den Frieden zwischen Oesterreich und Sardinien wieder herzustellen, und die italienischen Wirren im allgemeinen ohne weiteres Blutvergießen zu lösen. Mit dem ausdrücklichen Rückhalt daß die Annahme der Mediation die Frage selbst in keiner Weise präjudicire, ging Oesterreich auf das Anerbieten der beiden Seemächte ein.

„Es ist nicht dieses Orts die Gründe zu prüfen welche unsere Vorgänger im Amte unter den damals obwaltenden Verhältnissen zur Annahme einer Dazwischenkunft dritter Mächte bei einem Friedenswerke vermocht haben welches am einfachsten und natürlichsten unmittelbar zwischen den beiden kriegführenden Theilen gepflogen und vollendet worden wäre. Aber wenn auch über die Zweckdienlichkeit jener Annahme Zweifel vorwalten können, darüber besteht keiner daß uns die Art der Annahme, in Betreff der Grundlage auf der verhandelt werden soll, in keiner Weise gebunden hat. Von der Ueberzeugung ausgehend daß, sowie die Dinge sich gestaltet haben, der eigentliche Gegenstand einer Vermittlung fehlt, es müßten denn die von Sardinien zu leistenden Kriegskosten als solcher gelten, fest entschlossen die Rechte des Kaisers und die Integrität der Monarchie bis auf das äußerste mit allen uns zu Gebot stehenden Mitteln zu wahren und festzustehen auf dem Gebiet der Verträge, sehen wir in der That nicht ab in welcher Weise England und Frankreich ihre uns wohlbekannten Absichten hinsichtlich Italiens auf dem Weg friedlicher Unterhandlung zu erreichen hoffen. Dessenungeachtet sind wir bestimmt die von dem letzten Cabinet Sr. Maj. eingegangene Verbindlichkeit nicht von uns zu weisen, es müßten denn die beiden Seemächte, verständigt von dem unwiderruflich gefaßten Entschluß des Kaisers und seiner Regierung in keine Gebietsabtretung einzuwilligen, es selbst vorziehen von der unter andern Verhältnissen, und als sie die Absichten des österreichischen Hofs noch nicht kannten, angebotenen Vermittlung zurückzutreten und das Friedensgeschäft den unmittelbar Betheiligten zu überlassen.

„Die Regierung Sr. Maj., indem sie zu diesem Entschlusse gelangte, verbarg sich nicht die ernste Bedeutsamkeit desselben. Sie verhehlte sich nicht daß er die baldige Befriedung Italiens verzögern, überhaupt den europäischen Frieden bloßstellen, und zu den innern Kämpfen an denen der Continent leidet, noch die Wechselfälle eines politischen Kriegs möglicherweise hinzufügen kann. Rücksichten höherer Art bestimmten sie dessenungeachtet und im Angesicht so ernster Bedenken den oben bezeichneten Weg einzuschlagen. Wenige Worte werden dieß erläutern. Der Vorschlag des englischen Cabinets beruft sich auf eine von einem österreichischen Diplomaten zu London in den ersten Monaten des italienischen Feldzugs, ohne Instruction seines Hofs, vorgelegte und nie von uns anerkannte Denkschrift, welche die Freigebung der Lombardei in Aussicht stellt. Mit dem englischen Ansinnen dürfte sich auch Frankreich bei den bevorstehenden Conferenzen einverstanden erklären, wie denn auch, falls die Zeitungen wahr gesprochen haben, der Plan des Hrn. Heckscher damit im wesentlichen übereinstimmt.

„Ganz abgesehen von der Unzulässigkeit einer Zumuthung welche weder in den Verträgen von 1815 noch in dem Ausgang des letzten Feldzugs begründet ist, kann die kaiserl. Regierung, ohne die ersten und wichtigsten Interessen der Monarchie und Deutschlands bloßzustellen, und ohne die öffentliche Meinung in Oesterreich auf das tiefste zu verletzen, in ein solches Ansinnen nicht eingehen.

„Worauf gründet sich denn dieses überhaupt, da der Wortlaut der Verträge klar, der Erfolg des Kriegs für uns war? Auf die willkürliche Annahme einer tiefen und unbesiegbaren Antipathie des Italieners gegen die österreichische Herrschaft, und auf die, zwar nicht gegen uns, aber an anderm Ort laut ausgesprochene Behauptung daß am letzten Ende einer jeden Nation, den Verträgen und der Weltordnung zum Hohn, das Recht zustehe sich zu einem selbständigen Staatskörper zu gestalten. Beide Behauptungen weisen wir auf das bestimmteste zurück. Wir stellen in Abrede jene angebliche Antipathie Italiens, die nur in einem Theile der höheren Classen aus andern als nationalen Gründen wirklich besteht, während das Volk sie keineswegs theilt. Und wäre dieß auch jetzt, in Folge einer Verwaltung welche wir weder fortzusetzen noch zu rechtfertigen gedenken, wirklich der Fall, so hat die glänzende Regierungsepoche der Kaiserin Maria Theresia, deren Andenken in den Herzen der Lombarden als ihr goldenes Zeitalter noch heute fortlebt, den Beweis geliefert daß ein befriedigender Zustand unserer italienischen Provinzen unter Oesterreichs Scepter nicht in das Reich der Unmöglichkeit gehört. Noch weniger aber kann jene andere Behauptung von der nationalen Berechtigung zu politischer Selbständigkeit zugelassen werden. Sie ist in unsern Augen die Berechtigung zum Umsturz aller staatlichen Verhältnisse, und wohl zu unterscheiden von der freien Entwicklung der Nationalitäten. Es ist klar und bedarf keines Beweises daß, ohne die Auflösung der Monarchie selbst zu decretiren, die österreichische Regierung sich zu diesem Grundsatz nicht bekennen darf."

„Aber auch zugegeben dieses Recht und jene Antipathie, so würden wir doch, und mit uns jeder unbefangene Beurtheiler, in dem vorgeschlagenen Auswege den Mincio oder die Etsch als Gränzlinie anzunehmen nur ein ungenügendes Auskunftsmittel erkennen müssen, eingegeben von dem ängstlichen Bestreben sich der Unzukömmlichkeit des Augenblicks rasch zu entledigen, aber ohne alle Rücksicht auf die daraus mit Nothwendigkeit entspringenden Uebelstände, ohne alle Bürgschaft für die Zukunft. Oesterreich soll eine der schönsten Perlen seiner Krone von sich werfen um ein halt- und bestandloses Provisorium zu begründen. Denn im Ernste wird doch niemand meinen daß es uns auch nur auf einige Jahre möglich wäre das venetianische Gebiet, Wälschtirol, Istrien mit Triest und das dalmatinische Küstenland zu halten nach der Losgebung der Lombardei; dann würde eintreten was man uns jetzt fälschlich in Aussicht stellt; dann würde die österreichisch gebliebene italienische Bevölkerung als die geknechteten Parias, welche allein ihre Selbständigkeit zu erringen nicht verstanden, dem Hohn und der Verführung des übrigen Italiens preisgegeben, der fremden Intrigue ein weites Feld eingeräumt seyn. Dann würde in der That jede Hoffnung schwinden in unsern italienischen Provinzen einen geordneten und haltbaren Zustand zu begründen, und es bliebe uns nur übrig sie in ein ständiges Feldlager umzuwandeln, oder sofort und ohne ferneres Zögern aufzugeben. Sind die Völker berechtigt sich willkürlich als Staaten zu gestalten, ist jene unüberwindliche Antipathie des Italieners gegen uns eine Wahrheit, dann fürwahr ist kein Grund vorhanden die Scheidelinie, wie man uns vorschlägt, der Etsch oder dem Mincio entlang zu ziehen; sondern die künftigen Gränzmarken zwischen uns, d. i. Oesterreich und Deutschland, und zwischen der neuen feindlichen Macht, Italien, werden unfehlbar der Brenner und der Karst bilden, Frankreichs neue Schützlinge und Bundesgenossen die Alpenpässe in unserm Süden besetzen, ihre Flotten den Seeweg nach dem Orient abschneiden, Venedig sich zum Kriegshafen der neuen Seemacht verjüngen, Triest, das große Emporium Italiens, ein Stapelplatz der englischen Industrie viel wahrscheinlicher als der deutschen werden, das adriatische Meer ein italienischer, oder, um die Dinge bei ihrem wahren Namen zu nennen, ein französischer See seyn. Ein Krieg mit Frankreich würde sodann, statt am Mincio, am Isonzo oder am Fuß der kärnthnerischen Alpen beginnen, Deutschlands linke Flanke, Baden, Württemberg und Bayern mit Invasion bedroht seyn. Selbst ein Laie in der Kriegswissenschaft wird diese Gefahr erkennen. Und zu einem solchen selbstmörderischen Werk sollte Oesterreich die Hand bieten, ohne früher nicht alle, selbst die äußersten Mittel des Widerstandes erschöpft zu haben? Die Wahl zwischen der Erfüllung einer ernsten aber heiligen Pflicht gegen den Kaiser, die österreichische Gesammtmonarchie und gegen Deutschland, dessen Interessen in keiner Frage mehr als in der italienischen mit denen Oesterreichs dieselben sind, und zwischen muthlosem Zurückweichen von Gefahren die wir nicht verkennen, aber denen entgegenzutreten unter solchen Umständen unvermeidlich ist: diese Wahl kann keinem Zweifel Raum geben. Wir rechnen daher mit Zuversicht auf die volle Uebereinstimmung des deutschen Reichsministeriums. Bereit wie wir den Frieden zu wahren, wird es doch den Einflüsterungen einer Deutschland und Oesterreich gleich feindseligen Politik fremder Cabinette, ebensowenig als den Hirngespinnsten politischer Träumer in der Heimath Gehör geben. Es wird nicht einen Zustand begründen helfen der kein wahrer Friede wäre, und bezahlt werden müßte mit der Ehre und den Lebensinteressen des gemeinsamen Vaterlands. Ew. 2c. wollen von Vorstehendem dem Reichsministerium Mittheilung machen und empfangen 2c."

Graf Ludwig Batthyany und die ungarische Revolution.

Die folgende Schilderung entfloß der Feder eines dem Kaiserhause unerschütterlich treugebliebenen ungarischen Edelmannes, und war wohl in der Hoffnung geschrieben das öffentliche Urtheil über den Grafen zu mildern. Der Brief traf — da er nicht direct abgeschickt war — erst ein als schon die Kunde vom Tode des einstigen Premierministers verbreitet war. Das für sein Leben bestimmte Plaidoyer wird also zu seinem Nekrolog. Die Farben des Gemäldes sind — da ein Maghar sie aufgetragen — licht gewählt. Trifft den Grafen, dessen Partei die ungarischen Dinge bis zum Abgrund geführt, wo sie freilich kein Mensch mehr aufhalten konnte, größere Schuld, *) — und uns scheint, diese trifft ihn allerdings — so hat er sie mit seinem Tode gebüßt. Nichts aber kann abhalten auch die mildernden Umstände hervorzuheben, die wenigstens zur Versöhnung mit dem ungarischen Volke dienen können, das von seinen Führern blind in den unseligen Kampf gerissen und in jahrelange Leiden gestürzt wurde,

*) Wir verweisen auf das mitgetheilte Urtheil des Kriegsgerichts.

während die meisten jener Führer sich über die Gränze retteten um dort neuen Krieg zu schüren.

: **Pesth,** 1 Oct. Von allen Gefahren denen sich Männer aussetzen die in einer bewegten Zeit am öffentlichen Leben theilnehmen, ist keine die mehr dazu geeignet wäre die bessern von dieser Bahn zurückzuschrecken als jene: sich in der öffentlichen Meinung mit Menschen verbunden zu sehen mit denen sie nichts gemein haben als daß sie eine Zeitlang zur selben Partei gehört oder in gewissen Fragen mit ihnen zusammengestimmt haben. Hyde und Falkland sind lange Zeit von der Partei der englischen Cavaliere so gehaßt worden wie die äußersten Vorkämpfer des Puritanismus; so haben auch die französischen Emigranten Barnave und Lafayette an die Seite Robespierre's gestellt; in Deutschland wird an gewissen Orten behauptet: alles Unglück das in der letztern Zeit über Deutschland gekommen, sey weniger Hecker, Struve, Blum und Consorten, als Männern wie Gagern, Dahlmann zuzuschreiben. Es darf uns daher nicht wundernehmen wenn wir in Ungarn dieselbe Erscheinung wahrnehmen, und wenn man von vielen Seiten bemüht ist eine Solidarität der Verantwortlichkeit zwischen Kossuth und der ganzen Partei der er vor Jahren angehört, besonders zwischen Kossuth und dem Grafen Ludwig Batthyany aufzustellen, der doch bekanntlich im September 1848 alles, selbst mit Gefährdung seines Lebens gethan um die Ausgleichung der Differenzen zwischen Ungarn und Oesterreich zu ermöglichen und so jeglicher Revolution vorzubeugen.

Beide Männer haben früher derselben Partei angehört. Batthyany war es der Kossuths Wahl zum Deputirten im Pesther Comitat durchgesetzt hatte, freilich zu einer Zeit wo man noch die unschuldige Gravaminalpolitik getrieben und die Möglichkeit einer Revolution und eines Kriegs mit Oesterreich niemand geahnt hatte; beide waren Mitglieder eines freilich legalen, nur bis zum Ausbruch der Revolution fungirenden Ministeriums — warum sollte man sie nicht in einem und demselben Urtheil zusammenfassen, wenn auch Kossuth beinahe allein die Revolution erregt und geführt und Batthyany sich ganz negativ verhalten hatte! Batthyany war allerdings das Haupt jener Partei die jahrelang für die Aufhebung der adeligen Privilegien und die Gleichstellung aller Staatsbürger gekämpft hatte; es gibt daher viele Ursachen um seine politische Thätigkeit verhaßt zu machen, vor allem bei jenen die an diesen Zuständen mit ganzer Seele hingen und sie in alle Ewigkeit zu erhalten gedachten. Es gibt aber in unserer Zeit eine Macht welche ihre Urtheile nicht nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs regelt — es ist dieß die öffentliche Meinung. Da man nun Batthyany vor diesem Forum anklagt — da man es für gut findet die Verantwortlichkeit für alles was in der letzten Zeit in Ungarn geschehen — bis zur Losreißung Ungarns von Oesterreich, bis zum Beschluß wodurch das Haus Oesterreich des Throns verlustig erklärt wurde, auf ihn auszudehnen, trotzdem daß Batthyany zu der Zeit wo dieß geschehen, im Gefängniß saß, möge uns erlaubt seyn durch eine kurze Darstellung ungarischer Verhältnisse darzuthun inwiefern jene Recht haben die dem Grafen Batthyany antidynastische Absichten zutrauen und zwischen ihm und Kossuth eine absolute Solidarität der Verantwortlichkeit darzuthun bemüht sind.

Das Verhältniß in welchem Ungarn vor den Märzereignissen des vorigen Jahrs zu den übrigen Theilen der Monarchie gestanden, war nach der Ansicht aller die an den öffentlichen Angelegenheiten in Ungarn theilgenommen, das der Personalunion. In absolut regierten Staaten kann das Princip einfacher Personalunion bestehen, ohne daß daraus irgendeine Gefahr für die Einheit des Staats oder seine Macht nach außen hervorginge. Alle größern Staaten Europa's wurden auf dieser Basis gegründet, ohne daß für die betreffenden Dynastien und ihre Regierungen irgendein Nachtheil daraus entstanden wäre. Die Schaaren die zur Vertheidigung des Throns in den Tagen Maria Theresia's zu Felde zogen, kämpften darum nicht weniger tapfer weil ein Theil derselben nicht für den Beherrscher Oesterreichs, sondern für den König von Ungarn sein Schwert gezogen hatte. Anders verhält es sich mit der Personalunion in constitutionellen Staaten. Wo constitutionelle Formen bestehen, ist jenes Princip nicht genügend die Einheit zu erzeugen deren ein großer Staat in seiner Stellung nach außen bedarf. Will man daß die einzelnen Theile nicht verschiedene Richtungen verfolgen, so muß für ein Band gesorgt werden welches die Kräfte derselben wenigstens in den wichtigsten Zweigen des Staatslebens zu gemeinsamem Handeln vereinigt. Da nun aber Ungarn eine Constitution besaß, mußte man auch in der österreichischen Monarchie auf Mittel bedacht seyn wodurch die im Interesse ihrer äußern Stellung nothwendige Einheit erreicht werde. Man ließ die selbständige Stellung des Landes, seine constitutionellen Formen und besondere Verwaltung zwar fortbestehen, aber man suchte alle jene Zweige des öffentlichen Lebens welche auf die Stellung der Monarchie nach außen einen Einfluß ausüben konnten, außer den Bereich der constitutionellen Gesetzgebung zu stellen. Ungarn gerieth daher in einen Zustand wo seine constitutionelle Sonderstellung die Einheit der Monarchie zwar nicht gefährdete, wo den Staatsbürgern jedoch jene Garantien fehlten welche man durch constitutionelle Formen in jedem andern Land zu erreichen strebt. Wenn man die Lage Ungarns vor den Märzereignissen betrachtet, so findet man in derselben einen Gegensatz zwischen dem historischen Recht und der wirklichen Lage der Dinge. Vermöge seiner Verfassung konnte Ungarn alle Rechte eines constitutionellen Staats in Anspruch nehmen — wenigstens war ein großer Theil der Nation davon überzeugt, in der Wirklichkeit aber stand das Land in den wichtigsten Angelegenheiten praktisch unter einer absoluten Regierung. Wo das Recht mit dem bestehenden Zustand in Widerspruch steht, muß sich alles politische Leben um die Frage drehen welchem von beiden bei der Ausgleichung, die endlich nothwendig erfolgen muß, der Sieg bleiben wird. Und so mußten in Ungarn der Natur der Dinge nach zwei Parteien entstehen, deren eine die Verwirklichung der Constitution in allen ihren Consequenzen, die andere die Ergänzung der bestehenden Zustände und die Sicherung derselben gegen jeden Angriff welcher im Namen der Verfassung gemacht werden könnte, zum Zweck wählte. Da nun die Einheit der Monarchie dadurch bedingt war daß die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens unter einer nicht constitutionellen Verwaltung standen, so mußte das Streben der einen Partei — der Opposition — wenn es einerseits auf constitutionelle Freiheit gerichtet war, andrerseits für die Einheit der Monarchie gefährlich scheinen. Die andere Partei — die der Conservativen — obwohl sie nur darauf bedacht war daß das Band welches Ungarn mit der Monarchie verband, nicht gelockert werde, mußte nothwendigerweise eine absolutistische Färbung erhalten, da dieses Band eben in der absolutistischen Form der wichtigsten Zweige der ungarischen Verwaltung bestand.

Durch die Märzereignisse des Jahres 1848 wurde die Stellung der ganzen österreichischen Monarchie, namentlich das Verhältniß Ungarns zu Oesterreich verändert. Wenn früher die constitutionelle Sonderstellung Ungarns auf die Stellung der Monarchie nach außen keinen nachtheiligen Einfluß ausgeübt hatte, so lag die Ursache wie gesagt in dem Umstand daß die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens durch eine ganz absolute Regierung centralisirt geleitet wurden. Mit dem Fall des Absolutismus in Oesterreich war jenes Mittel der Einheit vernichtet und mußte durch andere Einrichtungen ersetzt werden. Daß dieß nicht geschah bildet ohne Zweifel die größte Quelle des Unglücks das die Monarchie später betroffen, und die Ursache davon ist nicht bloß in Preßburg und Pesth, sondern auch in Wien zu suchen.

Der Bestand eines starken Oesterreichs ist eine politische Nothwendigkeit für ganz Europa. Sollte dieses fortdauern, so mußte, nachdem der Absolutismus gebrochen war, für Institutionen gesorgt werden, wodurch in jenen Zweigen des Staatslebens von welchen die Stellung der Monarchie nach außen abhing, die nothwendige Einheit erzeugt worden wäre. Alle diejenigen die dieß zu thun versäumten, nicht nur den Grafen Ludwig Batthyany, sondern alle Staatsmänner sowohl Ungarns als Oesterreichs, trifft eine schwere Verantwortlichkeit.

Die Ausgleichung der gemeinsamen Verhältnisse zwischen dem constitutionellen Oesterreich und dem constitutionellen Ungarn konnte definitiv nicht durch die ungarische Gesetzgebung allein geregelt werden. Alles was Ungarn thun konnte war die Feststellung eines gewissen Provisoriums, wobei viele wichtige Fragen unentschieden blieben, und man muß gestehen daß die Gesetze vom Jahr 1848 sowie die gleich nach deren Sanction gegen dieselben in Croatien angebahnte Reaction nicht dazu geeignet waren eine spätere Ausgleichung zu erleichtern. Es fragt sich nur ob es im Monat März in der Macht irgendeines Individuums gestanden andere Gesetze durchzuführen als jene welche später zu so traurigen Folgen geführt haben? Parteien können im Augenblick des Siegs ihr eigenes Programm nicht aufgeben, sondern es höchstens modificiren. Die Majorität in der sich die Opposition am Landtag von 1848 befand, war unbedeutend; nach den Märzereignissen ist jedoch die große Minorität der Gegner verschwunden. Ohne Zweifel hätt' es die Klugheit erfordert daß die Opposition sich selber Schranken gesetzt hätte. Viele einflußreiche Mitglieder der Partei erkannten dieß. Wann ist aber eine ganze Partei im Augenblick des vollkommenen Siegs klug gewesen? Wann ist es irgendeinem Mann gelungen Vernunftgründen, den Leidenschaften eines Volks gegenüber, Geltung zu verschaffen?

Die Gesetze die im Jahr 1848 in Ungarn eingeführt wurden kann man nicht gutheißen. Im Drang des Augenblicks verfaßt, trugen sie den Keim aller spätern Uebel in sich. Man wird aber zugeben müssen daß, bei der allgemeinen Aufregung in welcher sich Ungarn befand und der niemand entgegenwirkte, bei der vielmehr die conservative Partei verschwand, ja selbst die höchsten Behörden in Ofen im strengsten Sinne des Worts abdicirten — es nicht in der Macht des Grafen L. Batthyany oder irgendeines Mitglieds der Opposition stand andere Gesetze zu beantragen und durchzusetzen. Man mußte sich damit begnügen durch Erwähnung einzelner Gegenstände, über die später eine Vereinbarung getroffen werden sollte,

...aus durch die Erklärung an den Bestimmungen der pragmatischen Sanction festhalten zu wollen, die Vereinbarung anzubahnen. Alles übrige mußte der Zukunft überlassen bleiben, jener Zeit wo auch Oesterreich durch seine Vertreter an der definitiven Entscheidung theilnehmen konnte. Für die Ministerien, sowohl für das ungarische als für das österreichische, entstand die Aufgabe die Ausgleichung vorzubereiten.

Um das Verhältniß Ungarns zu Oesterreich dauernd zu ordnen und die Einheit der Monarchie auf dem constitutionellen Weg sicher zu stellen gab es zwei Wege: entweder mußte ein Verhältniß festgestellt werden wie jenes welches der Verfassung vom 4 März zu Grunde liegt, d. h. die Einheit der Monarchie mußte dadurch gesichert werden daß man jene Geschäfte, bei denen die Einheit nothwendig ist — Krieg, Finanzen, auswärtige Angelegenheiten, Handel — einem gemeinsamen Ministerium und einem gemeinsamen Reichstag übertrug; oder man mußte zwischen beiden Ländern ein ähnliches Verhältniß feststellen wie das zwischen Schweden und Norwegen.

Das erste wäre ohne Zweifel sowohl im Interesse der Freiheit als der Einheit der Monarchie wünschenswerther gewesen; auch sind wir überzeugt daß bei einer Verfassung dieser Art — wenn nur der autonomen Thätigkeit der einzelnen Theile der Monarchie ein gehöriges Feld gelassen wird — alle vernünftigen Ansprüche auf nationale Selbständigkeit zu befriedigen sind. Um aber ein solches Verhältniß anzubahnen wäre das größte Einverständniß zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium, und der ernste Wille wenigstens eines Theils der Monarchie ein solches Verhältniß einzugehen nöthig gewesen. Wie konnte aber das gewünschte Einverständniß zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium nach den Wiener Ereignissen — in deren Folge das österreichische Ministerium geändert wurde und die kaiserliche Familie die Hauptstadt verließ — erzielt werden? Ist wohl zur Zeit wo Oesterreich sich als einen Theil des einigen Deutschlands betrachtete, die Organisation der Monarchie auf der Grundlage der Verfassung vom 4 März von Seite der österreichischen Provinzen gewünscht worden? War dieß überhaupt möglich solange die Einheit Deutschlands als eines constitutionellen Staats unter einem Oberhaupt das größte Resultat der Bewegung des Jahrs 1848 schien werden zu sollen?

Der Begriff eines großen einigen Oesterreichs mag als eine Nothwendigkeit der jetzigen Lage Europa's betrachtet werden; wir selbst sind dieser Ansicht. Die Realisirung dieses Begriffs setzt aber vor allem voraus daß kein Theil Oesterreichs etwas anderes seyn wolle als Oesterreich. So lange eine Hälfte der Monarchie als integrirender Theil eines andern Staats betrachtet wird, und in den wichtigsten Angelegenheiten von den Entscheidungen einer Majorität abhängt die nicht aus ihren eigenen Vertretern besteht, so kann zwischen diesem Theile der Monarchie und den übrigen kein anderes Verhältniß als das einer Personal-Union bestehen.

Vorausgesetzt selbst daß das ganze ungarische Ministerium einstimmig einen Zustand wie den durch die Verfassung vom 4 März festgestellten herbeigewünscht hätte, und daß die Durchführung jeder darauf abzielenden Maßregel nicht auf den Widerstand gestoßen wäre der dabei zu erwarten war, so war es doch bei der damaligen Stellung Oesterreichs zu Deutschland unmöglich diesen Weg einzuschlagen, und es schien dem ungarischen Ministerium nichts übrig zu bleiben als die entgegengesetzte Richtung zu befolgen, d. h. das Verhältniß zwischen Ungarn und Oesterreich nach den Grundsätzen der einfachen Personal-Union aufzufassen. Wie Schweden und Norwegen bei vollkommener Selbständigkeit beider Theile unter demselben König vereint sind, nur so wollte man unter den damaligen Verhältnissen die Stellung Ungarns zu Oesterreich sich denken. Im Falle die Einheit Deutschlands zu Stande gekommen und die Kaiserkrone dem Hause Oesterreich zu Theil geworden wäre, würde Ungarn als eine vom deutschen Reich unabhängige Krone dieselbe Stellung eingenommen haben in welcher sich Spanien unter Karl V befand. Wir sind weit entfernt den Weg der in dieser Beziehung sowohl in Oesterreich als in Ungarn eingeschlagen wurde gutzuheißen. Der größte Theil des Unglücks welches über Ungarn und die Monarchie gekommen, wäre vermuthlich vermieden worden wenn man die Einheit derselben auf constitutionellen Grundlagen vom ersten Augenblick als Ziel verfolgt hätte. Das damalige österreichische Ministerium hat jedoch, ohne sich Deutschland gegenüber in der Art auszusprechen wie es später das Ministerium Schwarzenberg gethan, wodurch die Lösung der österreichisch-ungarischen Frage möglich gemacht wurde, einfach das Begehren gestellt: Ungarn solle sein Kriegs-, Finanz- und Handelsministerium aufgeben. Der bewaffnete Angriff von Seiten Croatiens, welcher im Namen der Integrität der Monarchie unternommen wurde, die feindlichen Bewegungen der Serben, und anderes der Art kann als Folge jener Politik betrachtet werden, die den höchsten Grad der Aufregung erzeugte, und eine Revolution möglich machte deren traurige Folgen sowohl die Monarchie als Ungarn lange tief beklagen wird. Es fordert jedoch die Gerechtigkeit offen zu erklären daß die Verantwortlichkeit diese Politik ergriffen zu haben weder auf dem ungarischen Ministerium noch auf dem Grafen L. Batthyany allein lastet, da sie vielmehr vor allem dem unglücklichen Zusammentreffen der Nothwendigkeit der Reconstituirung der österreichischen Monarchie mit der Frage der Einheit Deutschlands zuzuschreiben ist. (?)

Es wäre um so unangemessener ihn einer Theilnahme an den revolutionären Tendenzen Kossuths zu beschuldigen, als er vielmehr vom ersten Augenblick an wo Kossuth solche Tendenzen zu erkennen gab, fortwährend mit ihm in Opposition gestanden ist, wovon nicht nur die Protokolle der Ministerconferenzen, sondern selbst offene, jedermann bekannte Handlungen Batthyany's den klarsten Beweis liefern.

Wir wollen nur einige Fälle erwähnen. Vom ersten Augenblick an wo die serbischen Unruhen ausbrachen, wollte Kossuth den in Italien kämpfenden Theil der ungarischen Armee zurückrufen; Batthyany widerstand diesem Verlangen. Kossuth war schon im Monat Junius mit einer polnischen Legion in Verhandlung getreten, und suchte im Ministerrath — unter dem Vorwand der von Croatien drohenden Gefahr — durchzusetzen daß diese Legion in Ungarn aufgestellt und bewaffnet werde. Batthyany verweigerte mit dem größern Theil seiner Collegen die Einwilligung. Als es sich darum handelte die ungarische Armee die österreichischen Farben ablegen und die tricolore Kokarde aufnehmen zu lassen, hatte sich in der gemeinschaftlichen Conferenz der beiden gesetzgebenden Kammern Batthyany dagegen ausgesprochen. Es ist auch allgemein bekannt daß von dem Augenblick an wo Kossuth bei Verhandlung der Adresse seine Sympathien für den Aufstand in Italien dargelegt hatte, Spaltung im Ministerium eintrat. Batthyany und der größere Theil seiner Collegen ward vom förmlichen Austritt nur abgehalten weil ein Ministerwechsel den Ausbruch der Revolution, die man auf jede Art verhindern wollte, beschleunigen mußte.

Es ist durchaus nicht meine Absicht eine Rechtfertigung aller Maßregeln zu unternehmen welche durch das ungarische Ministerium im Laufe seiner Amtsführung ergriffen wurden. Die Zukunft wird über die Ereignisse des Jahres 1848 richten, und jedem das Maß der Schuld welches ihm zukommt mit strenger Hand zumessen. Ein Ministerium welches das Unglück gehabt einer Revolution voranzugehen bei der Tausende und Zehntausende gelitten, kann von der Gegenwart nicht freigesprochen werden, und wie es ohne Zweifel viele geben mag welche die Wiener Ereignisse vom 6 Oct. v. J. jenen zuschreiben welche die Regierung Oesterreichs seit dem März geleitet hatten, so kann es niemanden wundernehmen wenn gegen die Amtsführung jenes Ministeriums, dessen einflußreichstes Mitglied Batthyany gewesen, die schwersten Klagen sich erheben. Ebenso wenig aber als irgendjemand mit Recht die Minister Oesterreichs aus jener Zeit anklagen kann bei der Octoberrevolution persönlich betheiligt zu seyn, ebenso wenig kann man dieß in Ungarn jenem Ministerium gegenüber thun. Billigkeit kann von der Gegenwart schwerlich jemand erwarten, Gerechtigkeit soll aber niemanden verweigert werden.

•

Die im Bureau der Wiener Presse verfertigte Allg. Zeitungs-Correspondenz bringt folgende biographische Skizze des Grafen Ludwig Batthyany. Ludwig Batthyany war einem der angesehensten Geschlechter aus Ungarn entsprossen. Mit Glücksgütern reichlich gesegnet und den Stempel der vollendetsten Cavaliernoblesse in seinem ganzen Wesen tragend, war er ein Aristokrat im ächtesten Sinne des Worts. Seine politische Gesinnung war vielleicht weniger radical als vielmehr antiösterreichisch. Auf mehreren der zu Preßburg abgehaltenen Landtage machte er sich als Führer der Opposition im Magnatenhause bemerkbar. Von der Natur nicht eigentlich zum Redner befähigt, wußte er doch seinen Vorträgen durch das Gewicht seiner Stellung stets besonderes Interesse zu verleihen. Als es sich im Herbst des Jahres 1847 darum handelte die Wahl des Abgeordneten des Pesther Comitats zur Ständetafel zu bewirken, machte die vormärzliche Regierung Ungarns unerhörte Anstrengungen um sie in ihrem Sinne zu lenken. Die Opposition hatte Kossuth als Candidaten aufgestellt, und ihren Bemühungen gelang es richtig ihn durchzusetzen. Man versichert daß zum Gelingen dieser für Oesterreich so verhängnißvoll gewordenen Wahl nebst dem jetzt zu Widdin befindlichen Grafen Casimir auch Ludwig Batthyany wesentlich beigetragen habe. Als die Märzrevolution in Wien ausgebrochen war, betheiligte sich Graf L. Batthyany bei jener unglücklichen Deputation welche die bekannten Märzconcessionen von Wien holte. In einem Moment gänzlicher Rathlosigkeit entschloß sich die Krone zur Gewährung derselben wider das Interesse des österreichischen Gesammtstaates. Unterrichtete behaupten der Graf habe auf eine höhere, über ihm stehende Person ebensosehr Einfluß zu üben gewußt als Kossuth wieder ihn bei seinem ferneren Verhalten zu leiten verstand. Die Politik welche das ungarische Ministerium im vorigen Jahre verfolgte, ist bekannt.

Von der Wiener Regierung wurden mehrfache Versuche gemacht die Ungarn zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Bereits im August v. J. ward eine Staatsschrift nach Buda-Pesth gesandt, welche die Zurückgabe der ohne Berechtigung ertheilten Märzconcessionen forderte. Als der Kaiser die dem Erzherzog Stephan beinahe unbeschränkte, aber nur zeitlich übertragene Regierungsgewalt zurückgezogen hatte, traf in Wien eine massenhafte Deputation, an deren Spitze sich Graf Batthyany befand, ein. Sie wünschte daß der Monarch mehrere auf dem Buda-Pesther Reichstag ausgearbeitete Gesetzentwürfe sanctionire, worunter sich auch das verhängnißvolle Credit- und Rekrutengesetz befand. Der Erfolg dieser Schritte ist zu bekannt als daß es hier einer weitern Auseinandersetzung bedürfte. Im letzten Augenblick des äußern Friedens welcher zwischen Oesterreich und Ungarn geherrscht hatte, im ersten Augenblicke des Kampfes um Leben und Tod entsagte Graf Batthyany der Ministerwürde, trat als gemeiner Soldat in ein Husarenregiment und nahm an den Maßregeln des Landesvertheidigungs-Ausschusses keinen Theil. Als Fürst Windisch-Grätz vor Pesth rückte, wurde ihm eine Deputation, bestehend aus dem Grafen Batthyany, Erzbischof Lonovics und Deak entgegengesendet, um Schonung für die Stadt zu erbitten und eine Pacification des Landes anzubahnen. Graf Batthyany wurde sogleich verhaftet und ist seitdem fortwährend in der Gefangenschaft geblieben.

Sachsen und Deutschland.

⁑ **Dresden**, 9 Oct. Die Leipziger Zeitung hat in den letzten Tagen mehrere Leitartikel gebracht in denen man die Aufschlüsse über die Stellung der Regierung zu der deutschen Frage finden kann. Wenn dabei der Vorbehalt wegen des definitiven Beitritts zu dem Dreikönigsbündnisse wiederholt pointirt, wenn hervorgehoben wird daß die sächsische Regierung dadurch vor der Eventualität eines ohne Bayern, Würtemberg und Baden abzuschließenden norddeutschen Bündnisses „ob dem Main" von Anfang sich habe verwahren wollen, so zeigt sich daran einerseits daß jene motivirte Beitrittserklärung allerdings entscheidendere Bedeutung gehabt hat als derselben bei ihrem Bekanntwerden im Monat Julius d. J. beigelegt werden wollte, andrerseits daß Sachsen, immer im Sinne des Gagern'schen Programms, das anerkannte Ziel des Bundesstaates nicht mit einer preußischen Hegemonie über Deutschland nördlich der Mainlinie als erreicht, den Zweck der Einigung des gemeinsamen Vaterlandes nicht mit der traurigen Palinodie: Ein Oesterreich, ein Preußen, kein einiges Deutschland! (wie die Leipziger Zeitung sagt) als erfüllt ansieht. So sehr man im speciellen sächsischen Interesse mit dieser Politik einverstanden seyn kann, so sehr sie Wünschenswerthes mit Möglichem einigend, das Omne tulit punctum zu erreichen scheint, so darf man sich doch nicht verhehlen daß ihr Standpunkt zur Zeit wieder ein negativer und demnach für die Dauer nicht haltbarer geworden ist. Die Gegner dieser Politik, nicht nur die Radicalen welche doch alles nur nicht ministeriell seyn können, sondern auch die Männer des unbedingten Festhaltens am Dreikönigsbündnisse, werden aus jener Negativität den bereits hin und wieder laut gewordenen Vorwurf des Zauderns, der Unentschlossenheit herleiten und demselben insofern wohl Nachdruck geben können als eine positive Entscheidung Sachsens, wenn auch nicht von entscheidendem, so doch von erheblichem Einflusse auf die Zukunft des norddeutschen Bündnisses wird. Doch ließe sich wohl erwarten daß, wenn die conservativ-liberale Partei die Majorität der Kammern stellte, diese Mehrheit zugleich jene Politik des Ministeriums in der deutschen Frage halten würde, weil sie eben das Mögliche und den tiefberechtigten Zweck der Märzrevolution, die Einigung Deutschlands zu einem Bundesstaate, wenn auch leider mit der Einbuße durch die Charte vom 4 März, fest im Auge hat. Aber freilich ist, bei dem directen Wahlmodus im Zusammentreffen mit dem Mangel politischer Bildung bei einem großen Theil der Stimmberechtigten, der Ausfall der Wahlen so ungewiß daß eine Vorausberechnung über die Chancen der ministeriellen Politik in der deutschen Frage bis jetzt aller festen Grundlage entbehrt. Daneben ist das Interim aliquid fit noch ein Trost, wenn auch ein leidiger; er läßt aber zugleich unwillkürlich den frommen Wunsch laut werden daß allen den Auserwählten, mögen sie äußerst rechts oder äußerst links stehen, gütige Götter die hohe Gabe verliehen der werdenden Ereignisse Tragweite erfassen und ihre Schwerkraft erwägen zu können, damit sie nicht in die Sackgassen von Principien welche durch vollendete Thatsachen überwundene Standpunkte genannt werden, sich verrennen, um endlich vor Leibnitzens Warnungstafel: Cave a consequentiariis! sich wiederfinden und sagen zu müssen: daß ihre Staatsklugheit der Macht der Dinge nicht ebenbürtig gewesen ist.

Neuestes.

Augsburg, 12 Oct.

Nach unsern Briefen aus **Berlin** vom 9 October hat der deutsche „Verwaltungsrath" den Vertrag über die neue Centralbehörde genehmigt. Der Reichsverweser wird in wenigen Tagen seine Würde in Oesterreichs und Preußens Hände niederlegen. Die Vorbereitungen zum Reichstage sollen getroffen, die Protestationen von Sachsen und Hannover vor das Bundesschiedsgericht verwiesen werden.

(3610—11)

Deutsche Zeitung.

Für das Vierteljahr vom 1 October bis 31 December werden Bestellungen auf die Deutsche Zeitung baldigst erbeten. Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'schen Post drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 4½ Sgr.; in Sachsen 2½ Thlr.

Als Centralorgan der Partei welche den deutschen Bundesstaat mit einheitlicher Spitze und Nationalvertretung erstrebt, erscheint die Deutsche Zeitung unter unmittelbarer Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses: Heinrich v. Gagern, Max v. Gagern, Hergenhahn, Mathy und Reh. Sie erhält aus allen Theilen des Vaterlandes zuverlässige Nachrichten und Beurtheilungen der Ereignisse und Zustände.

Die Deutsche Zeitung eignet sich zur Aufnahme von Inseraten jeder Art. Sie ist in allen Theilen Deutschlands gelesen, wie sie sich auch im fernsten Auslande findet, wo sich irgend Sammelpunkte deutschen Lebens gebildet haben. Für Anzeigen, bei denen es um weite Verbreitung zu thun ist, kann sie daher ganz besonders empfohlen werden. Der Raum einer dreispaltigen Petitzeile wird mit 7 kr. oder 2 Sgr. berechnet.

Frankfurt a. M.

Expedition der Deutschen Zeitung.

[3565] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Sehr interessante Revolutions-Anekdoten enthält:

Knallerbsen,

oder: Du sollst und musst lachen.

256 Anekdoten der neuesten Zeit

und 39 Räthsel und Charaden zur Aufheiterung auf Reisen, bei Tafel und in geselligen Kreisen. Für Kaufleute, Künstler, Gelehrte und fürstliche Personen. Achte Auflage. Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

Mit Vergnügen wird man in diesem witzreichen Buche lesen und über die naiven Einfälle baucherschütternd lachen müssen.

Ueber **21,000** Exemplare wurden bereits davon abgesetzt.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold und Sohn in Wien vorräthig.

[3464—66] **Bedeutende Preisermäßigung.**

Zur Erleichterung der Einführung in Gymnasien und Lyceen des als das gediegenste, vollständigste und beim Componiren den reichsten Stoff darbietende Lexikon in vier Auflagen bewährten Werkes:

Dr. F. K. Kraft,

Deutsch-lateinisches Lexikon.

Zwei Bände. 187 Bogen. Gr. Lex.-8.

4te umgearb. und verm. Ausgabe.

wird der schon bisher höchst billige Preis von 9 fl. für unbestimmte Zeit ermäßigt auf

5 fl. 50 kr.

Da ein deutsch-lat. Lexikon, das zunächst beim Componiren dient, und ein lat.-deutsches, das bei der Lectüre der Classiker benützt wird, völlig unabhängig von einander sind, so steht nichts entgegen daß die Schüler zum Kraft'schen deutsch-lateinischen ein beliebiges lat.-deutsches Lexikon sich anschaffen. — Zu erhalten durch alle Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

(3644) ***The weekly News & Financial Economist.***

Politisches, staatswissenschaftliches und literarisches Wochenblatt, kann durch die königl. preussischen Postämter zu folgenden Preisen bezogen werden:

Jährliches Abonnement . . . . 10 Rthlr.
Halbjährliches dito . . . . 5 „
Vierteljährliches dito . . . . 2 „ 15.

Anzeigen und Mittheilungen besorgen die Herren **A. Asher & Comp.** in Berlin.

17 Upper Wellington St. London 21. Sept. 1849.

Die Redaction.

[3354—56] **Staatsanlehen.**

Anlehensloose als: Badische à 50 fl. u. 35 fl.; Darmstädter; Kurhessische à 40 Rthlr. u. à 20 Rthlr.; Hamburger à 100 B. M.; Sardinische à 36 Fr.; Nassauische; Fürstl. Vereinsloose à 10 fl. rc. sind zu beziehen durch

Schneider-Hoff in Frankfurt a. M.

NB. Auf frankirte Anfrage wird von demselben über das Schicksal von Anlehensloosen berichtet und sonstige wünschenswerthe Auskunft gratis ertheilt.

[3637] **Bekanntmachung.**

In der Verlassenschaftssache des früheren Landstands und k. Obertaxators Leonard Blaß von Proselsheim werden am

Montag den 29. October d. J. Mittag 1 Uhr

anfangend und den folgenden Tag fortgesetzt nachverzeichnete ganz gut gebaute und rein gehaltene Weine in loco Proselsheim gegen baare Zahlung dem öffentlichen Striche ausgesetzt, wozu Steigerungslustige geladen werden.

Faß Nr.	Gewächs	Jahrgang	Eimer	Faß Nr.	Gewächs	Jahrgang	Eimer
1	Astheimer	1846	36	14	Köhlerer	1846	36
2	Astheimer	„	36	15	Köhlerer	„	36
3	Köhlerer	„	36	16	Astheimer	„	30
4	Astheimer	„	50	17	Astheimer	„	9
5	Astheimer		36	18	Köbelseeer	1834	15
6	Eschernborfer	1834	30	19	Wilchling	„	12
7	Dettelbacher	„	30	20	Astheimer	1846	36
8	Eschernborfer	„	30	21	Nordheimer	1842	9
9	Eschernborfer	„	30	22	Mainstockheimer . . .	1783	2
10	Eschernborfer	„	30		Im II. Keller		
11	Eschernborfer	1846	36	1	Astheimer	1846	18
12	Eschernborfer	„	48	2	Astheimer	„	30
13	Eschernborfer	„	45	3	Astheimer	„	36

Dettelbach, den 6. October 1849.

Königliches Landgericht
Jörg, Landrichter.

[3249—51] Lucas Grufek, der am 17. October 1812 geborne eheliche Sohn des Bürgers und Taglöhners Benedict Grufek und der am 5. Mai 1849 verstorbenen Barbara Huf von Kürzell, seit acht Jahren in Nordamerika an unbekannten Orten abwesend, wird hiermit aufgefordert sich

binnen drei Monaten

dahier zur Empfangnahme seines Erbtheils aus der mütterlichen Vermögensmasse um so gewisser zu melden, als sonst der letztere denjenigen zugewiesen wird welchen solcher zugefallen wäre, wenn der Vorgeladene zur Zeit der Erbschaftseröffnung nicht mehr gelebt hätte.

Lahr, den 12. September 1849.

Großh. badisches Amtsrevisorat.

Blater.

[3421—23] **Antrag.**

In einer fruchtbaren Gegend Böhmens, nicht weit von Prag, ist eine Herrschaft gegen billige Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen.

Dieselbe besteht aus drei Meierhöfen, welche sammt Feldern, Wiesen, Gärten, Teichen, Hutweiden und Waldungen ein geschlossenes Ganze in einer Gesammt Area von beiläufig 1765 Morgen bilden. Daselbst befindet sich eine neu aufgebaute zweckmäßig eingerichtete Spiritusfabrik, 1 Brauhaus auf 40 Eimer, 1 Schloß, zwischen Gärten und einem Park gelegen. Sämmtliche Wirthschafts-, Wohn-, Industrial- und Voluptuar-Gebäude sind im besten Bauzustande.

Die Herrschaft ist mit dem vollständigsten Inventar an Schaf-, Horn- und Zugvieh versehen, indem dieselbe schon im vorigen Jahr ohne alle Rücksichtsnahme auf die Robotverhältnisse der Zug- und Handtage auf das beste instruirt wurde.

Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Briefe der k. k. Dr. und beeidete Landesadvocat Dr. Emanuel Danieżek, wohnhaft in Prag Nr. 638/1, an welchen die hierauf Reflectirenden sich gefälligst wenden können.

(3439—40) **Avis.**

Les personnes qui seraient dans l'intention d'envoyer dans la Suisse française de jeunes demoiselles pour y achever leur éducation, ou y apprendre le français, sont informées qu'elles trouveront dans la maison de Mesdames Mermoud à Lausanne, capitale du canton de Vaud, tous les moyens d'instruction désirables, soit en prenant des leçons dans la maison même, soit en fréquentant l'excellente école supérieure, dans laquelle toutes les leçons sont données par des professeurs distingués.

Mademoiselle Mermoud, ayant été élevée à Paris, où elle a passé 25 ans, est parfaitement à même de donner un bon accent et d'enseigner un français pur.

Les jeunes personnes confiées à ces dames, sont pour elles l'objet d'une sollicitude tout maternelle. L'emplacement, avec cour et jardin, est aussi sain qu'agréable. Le prix de la pension est de 25 louis de Suisse, soit 400 fr. de Suisse par an, non compris les leçons; elle se paye par trimestre et d'avance.

Chaque demoiselle doit apporter un couvert d'argent pour son usage.

Ces Dames reçoivent les jeunes personnes depuis l'âge de neuf ans.

[3385—87] Für eine renommirte Maschinenfabrik, mit Eisengießerei verbunden, im österreichischen Kaiserstaat, wird zur größern, durch deren günstige Geschäftsverhältnisse bedungenen Ausdehnung ein Compagnon mit einer Capitaleinlage von 40 bis 50,000 fl. gesucht.

Lustragende belieben sich in frankirten Briefen mit der Chiffre N. R. Nr. 3385 bezeichnet an die löbl. Expedition dieses Blattes zu wenden.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag Nr. 287. 14 October 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: Paris 10; Wien 11 Oct.

Deutschland.

Bayern. Der Nürnb. Corresp., ein Organ der großdeutschen Partei, das stets das Dreikönigsbündniß bekämpft hatte, urtheilt: „Einen der wichtigsten Theile der in jüngster Zeit durch die N. Münchn. Z. veröffentlichten Actenstücke über die deutsche Frage bilden unstreitig die Abänderungsvorschläge des Ministers v. d. Pfordten zu dem Berliner Verfassungsentwurf und die darauf erfolgten Erwiederungen der preußischen Regierung, insofern man durch sie zum erstenmal ein klares Bild von dem Bundesstaate erhält wie ihn Hr. v. d. Pfordten sich vorstellt, und zugleich Kunde von den Zugeständnissen bekommt welche Preußen in äußerstem Falle an seinem Verfassungsentwurf zu machen sich verstehen würde. Hr. v. d. Pfordten will, wie aus seinen Vorschlägen hervorgeht, einen Bundesstaat in welchem die denselben bildenden Einzelstaaten ihre eigene diplomatische Vertretung, ein fast unbeschränktes Recht zur Abschließung von Sonderverträgen, ein gesondertes Heerwesen, ein eigenthümliches strategisches System (vgl. den Pfordten'schen Vorschlag zu §. 15 der Berliner Verfassung über die Festungen), das Recht Binnenzölle zu erheben und dergleichen Befugnisse mehr haben sollen — kurz einen Bundesstaat in welchem nichts fehlt als eben die Einheit. Welches Bedürfniß für all diese Cautelen und Reservationen vorliegen soll, ist um so weniger abzusehen als Bayern für die Reichsregierung die Form der Collectivmonarchie, das Directorium, verlangt, durch welche die Selbständigkeit der Einzelstaaten — wenigstens der größeren unter ihnen — und die Würde ihrer Fürsten ohnehin zur Genüge gewahrt ist; das aber ist einleuchtend daß bei so unbeschränkter Autonomie der Einzelregierungen weder ein kräftiger Bundesstaat noch überhaupt eine andere als bloß scheinbare Einheit denkbar ist. Hr. v. d. Pfordten war also in Berlin nicht sowohl Vorkämpfer der großdeutschen Idee als der Sonderinteressen der Einzelregierungen. Denn wäre es ihm in der That bloß darum zu thun gewesen eine solche Verfassungsform zu erzielen welche die Einigung des gesammten Deutschlands möglich machen, d. h. für Oesterreich den frühern oder spätern Eintritt offen halten sollte, so würde er nicht Forderungen gestellt haben die mit diesem Zweck in gar keinem nothwendigen Zusammenhang stehen, sondern eben nur aus dem Bestreben erklärlich sind die von den Einzelstaaten, d. h. hier zunächst Bayern, dem Ganzen zu bringenden Opfer auf das geringstmögliche Maß zu reduciren und ihnen so ihre Sondersouveränetät ungeschmälert zu erhalten. Dieser deutlich ausgesprochene Charakter der Pfordten'schen Vorschläge mußte ihren Träger bei den Verhandlungen in Berlin nothwendig in eine schiefe Stellung bringen. Wäre er den preußischen Diplomaten als ein wahrhaft „großdeutscher" Staatsmann begegnet, so würde ihm jenes moralische Uebergewicht zu statten gekommen seyn welches eine große Idee ihrem Vorkämpfer über die Vertreter kleinlicher Interessen verleiht. So aber trat er den preußischen Particularisten als bayerischer Particularist gegenüber und hatte damit auf jene höhere moralische Stellung und den Nachdruck den sie seinen Vorschlägen geben mußte, von vornherein verzichtet, ja sogar der preußischen Regierung den unverdienten Vortheil in die Hand gegeben sich als Beschützerin der deutschen Einheit geriren zu können. Daß man die Mission des Hrn. v. d. Pfordten zu Berlin in diesem Sinn aufgefaßt hat, geht aus den Erwiederungen hervor die man ihm auf seine Vorschläge ertheilte. Alle Concessionen zu denen sich das preußische Cabinet geneigt zeigte, sind lediglich darauf berechnet einer widerstrebenden Sondersouveränetät die darzubringenden Opfer weniger fühlbar und das Eingehen auf den Berliner Entwurf geläufiger zu machen. Man will den Reichsvorstand bei dem Abschluß von Verträgen und Bündnissen an die Zustimmung, bei Fragen über Krieg und Frieden, bei dem Erlaß organischer Verordnungen an das „Einvernehmen" (freilich ein sehr unbestimmter Begriff) des Fürstencollegiums binden, und was dergleichen Einräumungen mehr sind; kurz man ist bereit die Vorrechte des Reichsvorstandes zu Gunsten der Particularsouveränetäten thunlichst zu beschränken; von solchen Concessionen und Aenderungen aber wodurch die Ausschließung Oesterreichs vermieden würde, ist keine Rede; im Gegentheil wird an allen Bestimmungen des Berliner Entwurfs durch welche diese Ausschließung bedingt ist, mit größter Beharrlichkeit festgehalten, zum sichern Beweise daß man in Hrn. v. d. Pfordten nach der Natur seiner Vorschläge nur den Vertreter Bayerns, nicht Großdeutschlands erblickte. Was die preußischen Gegenvorschläge betrifft, so haben wir sie theilweise schon in vorstehendem charakterisirt: sie suchen den widerstrebenden Einzelstaat durch bestimmte, zum Theil nicht unwichtige Zugeständnisse zu locken, halten aber an dem Grundgedanken der preußischen Politik: „ausschließliche Hegemonie Preußens über Deutschland" fest. Noch in einem andern Punkt gibt sich in diesen Vorschlägen der eigenthümliche Charakter der preußischen Politik kund, darin nämlich daß sie nicht ehrlich gemeint sind, wie deutlich aus dem Umstand hervorgeht daß Preußen sich weigerte die Aenderungen über die man sich einigen würde als integrirende Bestandtheile in den dem Reichstag vorzulegenden Entwurf aufzunehmen, und sie nur als Instructionen der Regierungscommissäre gelten lassen wollte — augenscheinlich in der nicht unbegründeten Hoffnung sie durch eine gothaisch-gesinnte Majorität verworfen zu sehen."

○ **München,** 11 Oct. Nach einer Unterbrechung von einigen Tagen haben in der Kammer der Abgeordneten wieder zwei öffentliche Sitzungen stattgefunden. Beide waren, außer der Einbringung mehrerer wichtigen Gesetzentwürfe von Seite der Minister, auch dadurch interessant daß Fürst Wallerstein in denselben Gelegenheit nahm sich neuerdings wieder als einen ächten Mann des Volkes darzustellen. Namentlich war es in der letzten Sitzung eine Petition wegen Aufhebung des königlichen Leibgeheges, welche dem Fürsten Veranlassung gab zu zeigen „wie warm sein Herz für die In:eressen des Volkes schlägt." Freilich hätte es scheinen mögen als wäre eine Besprechung jener Angelegenheit im gegenwärtigen Augenblick völlig überflüssig, weil bekanntlich bereits von Seite des Ministeriums ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Leibgeheges vorgelegt ist, dessen Annahme wohl nicht dem geringsten Zweifel unterliegt. Wenn übrigens der Abgeordnete Fürst Wallerstein jene Gelegenheit benützen zu müssen glaubte um über die Säumig-

keit womit die Ausschüsse ihre Arbeiten erledigten, sowie darüber zu klagen daß „jene Seite des Hauses welcher er anzugehören die Ehre habe,“ in denselben nicht genügend vertreten sey, so wäre demselben denn doch ins Gedächtniß zu rufen mit welcher Rücksichtslosigkeit während des vorigen Landtags die Linke ihre Majorität dazu benützte sämmtliche Ausschüsse ausschließlich mit Mitgliedern ihrer Partei zu besetzen, während dießmal kein einziger Ausschuß gewählt wurde ohne daß auch die Linke in demselben ihre Vertretung gefunden hätte (obgleich in keinem durch Fürst Wallerstein.) Ebenso glauben wir auch daß eine unparteiische Vergleichung hinsichtlich der Raschheit und Gediegenheit der Ausschußarbeiten des gegenwärtigen Landtags mit jenen des vorigen eben nicht zum Nachtheile des erstern ausfallen würde.

c **München,** 12 Oct. Es ist eine gewöhnliche Erscheinung daß Regierungsmaßregeln, auch die wohlthätigsten Einrichtungen, im eigenen Lande unbeachtet bleiben oder Tadel finden, während man sich immer nur bemüht Fremdes als Muster aufzustellen, ohne auch oft von der Sache selbst nähere Kenntniß genommen zu haben. Bezügliche öffentliche Erörterungen lohnen in der Regel die Mühe nicht, doch möchten einige berichtigende Worte immerhin dann am Platze seyn wenn auf Verkennung der Thatsachen so unverdiente Vorwürfe begründet werden wollen, wie dieß in einem Artikel d. d. München 9 Oct. in Nr. 283 der Allg. Ztg. bezüglich der bayerischen Postverwaltung geschehen ist. Unter anderm heißt es nämlich hier: die Versendung der Briefe und Zeitungen habe in andern deutschen Staaten die größten Erleichterungen erfahren, vor allem in Oesterreich; man höre zwar daß einleitende Schritte geschehen um in Bayern dieselben Erleichterungen für den Briefverkehr herbeizuführen rc. Eine neue Brieftax-Reform (3 und 6 kr. C.M.) ist allerdings in Oesterreich neuerlich beschlossen, aber noch keineswegs ausgeführt; während in Bayern bekanntlich schon seit dem 1 Jul. d. J. der neue Brieftarif (3 und 6 kr. rhein.) ins Leben getreten ist — ein Tarif welcher an Einfachheit und Billigkeit in Haupt- und Nebenbestimmungen zur Zeit seines Gleichen in Deutschland noch nicht hat, auch den projectirten neuen österreichischen Tarif hierin übertrifft. Die Zeitungstaxe anbelangend, ist zunächst zwischen dem System des Portozuschlags und jenem des Rabats zu unterscheiden, und nicht zu übersehen wie das österreichische Regulativ mit ersterem System auch ein Taxminimum verbindet, welches allein schon die Postspeditionsgebühr in Bayern für eine Mehrzahl von Blättern übersteigt; daß ferner in Oesterreich außer der Speditionsgebühr noch Stempeltaxen bestehen, welche z. B. für die Allg. Ztg. den Gesammtaufschlag ungefähr auf den vierfachen Betrag der Abgabe in Bayern erhöhen. Eine ebenmäßige Behandlung der Zeitungen in Bayern möchte daher wohl schwerlich erwünscht seyn. Thatsache ist es hingegen daß von allen deutschen Staaten Bayern zuerst auf möglich einfachen und billigen Grundlagen die Reform des Zeitungstarifs, der Fahrpostaxen und endlich des Briefporto wirklich durchgeführt hat, daß erst später einige wenige deutsche Postverwaltungen in Bezug auf Zeitungs- und Fahrpostporto nachgefolgt sind, der bayerische Brieftarif aber zur Zeit in Deutschland noch allein steht. Die in dem fraglichen Artikel erwähnte Anwesenheit eines österreichischen Postcommissärs hat auch, dem Vernehmen nach, unter anderm wesentlich den Zweck die Einrichtungen der bayerischen Brieftaxreform an Ort und Stelle kennen zu lernen und hieraus für die seinerzeitige Durchführung der gleichen Reform in Oesterreich Erfahrungen zu sammeln. Die in dem Correspondenzartikel noch ausgesprochenen Wünsche und Hoffnungen bezüglich möglichst rascher Ausdehnung des Eisenbahn- und Telegraphenwesens theilen auch wir vollkommen. Billigerweise darf aber nicht außer Acht bleiben daß im Laufe dieses Jahres 35 Stunden Staatseisenbahnen dem Verkehr übergeben worden sind — ein Fortschritt der den Vergleich mit dem was während derselben Zeit anderwärts geschehen, nicht zu scheuen hat.

Die Redaction der Allg. Ztg. hat gestern, wie schon oft, gern anerkannt daß im bayerischen Post- und Eisenbahnwesen in den letzten Jahren die erfreulichsten Fortschritte geschehen sind. Indessen die Zerrissenheit der deutschen Dinge macht sich eben auch hier schmerzlich fühlbar. Daß die bayerische Verwaltung in liberaler Regelung des Briefporto und des Zeitungsverkehrs vorangegangen, verdient den besten Dank und hat ihn auch gefunden. Aber die Hoffnungen die sich an die Dresdener Conferenzen von 1847 geknüpft hatten, sind so lange nicht erfüllt als nicht für ganz Deutschland eine gleichmäßige Feststellung billiger Tarifsätze für Briefe und Zeitungen und eine durchaus gleichmäßige Behandlung eingetreten ist. Und in dieser Beziehung sind die Einleitungen allerdings erst zu erwarten.*) In diesen Tagen sagte die Wiener Presse: „Gewiß ist daß, wenn ein unserem neuen gleiches Princip im Postwesen in Mitteleuropa angenommen werden sollte, einer der wichtigsten Hebel des internationalen Verkehrs auf eine allen Betheiligten zusagende Weise umgeschaffen wäre. Wir können daher nur wünschen die Begrüßung der österreichischen Regierung an die übrigen deutschen Staaten zur Beschickung des zu erneuernden Dresdener Postcongresses möge eben so schnelle als liberale Erledigung finden.“ Der ungeheure Erfolg der Pennypost in England hat gezeigt wie die Zahl der Briefe fast in demselben Verhältniß stieg in welchem die Versendungsgebühren herabgesetzt wurden. Der gleich günstige Erfolg wird jene in Oesterreich in der Ausführung begriffene Reform lohnen, obgleich es in einer Monarchie die über 12.000 Quadratmeilen umfaßt, schwieriger ist solche Sätze eintreten zu lassen als in Ländern die nur ebensoviel hunderte oder noch weniger Quadratmeilen zählen. Was die Zeitungen betrifft, so lastet auf den auswärtigen Blättern in Oesterreich, neben der auf 25 Proc. vom Ankaufspreis ermäßigten Versendungsgebühr,**) noch ein Stempel von zwei Kreuzer täglich. Die wenigen vormärzlichen Zeitungen daselbst, die schon wegen der Annoncen in einem Pachtverhältniß zur Regierung stehen, sind nur mit einem Kreuzer Stempel belastet, und alle seit dem Frühjahr 1848 neu entstandenen Blätter, darunter solche welche 10 bis 16,000 Abonnenten haben, zahlen gar keinen Stempel. Die Zeitungsstempelabgabe ist also dort noch gar nicht geordnet; geschieht dieß, so können grelle Widersprüche, wie die angeführten, nicht bestehen bleiben, und nach dem liberalen Geist der neuesten Regelungen ist zu hoffen daß die Stempelabgabe von allen Zeitungen genommen werde, wie schon jetzt vielleicht vier Fünftel derselben davon befreit sind.

Ueber den Anschluß der österreichischen und bayerischen Eisenbahnen bringt die Wiener Ztg. aus der Austria folgenden Artikel: „Bei der Gründung des Systems der österreichischen Staatsbahnen wurde die Verbindung mit Süddeutschland, und zunächst mit Bayern, mittelst einer Westbahn bereits ins Auge gefaßt. Rasch ward der Bau der Süd- und der Nordbahn, welche von den Interessen der Monarchie am dringendsten gefordert waren, begonnen und weiter geführt. Auch mit Bayern wurden die Unterhandlungen behufs des Anschlusses der österreichischen Staatsbahn an die bayerische eingeleitet, die eingetretenen welterschütternden Ereignisse jedoch waren nicht geeignet den Fortgang derselben zu fördern. Nach wiederhergestellter Ruhe schien der Zeitpunkt gekommen wo die österreichische Regierung neuerdings ihre volle Aufmerksamkeit dieser belangreichen Verhandlung zuwenden konnte. Inzwischen hatte sich die öffentliche Meinung in den hiebei zunächst betheiligten Städten dieses Gegenstandes bemächtigt, und in richtiger Würdigung der großen Vortheile welche durch einen Anschluß an die österreichischen Bahnen dem Verkehre Süddeutschlands und der österreichischen Gränzstädte zugehen müssen, auf das Zustandekommen der in der Richtung gegen Oesterreich auf bayerischem Gebiete gelegenen Bahnstrecken hingewirkt. Die bayerische Regierung konnte hierin Veranlassung und Aufforderung finden den Bau eines Schienenweges zunächst in der Richtung von München nach Salzburg in Angriff zu nehmen. Der günstige Erfolg dieses Unternehmens war jedoch durch die Betheiligung der österreichischen Regierung mittelst der Fortsetzung dieser Bahn auf diesseitigem Gebiete bedingt, weßhalb die bayerische Regierung hierüber die Anfrage stellte. Wie wir eben vernehmen, hat nunmehr, den rechten Moment erfassend, die österreichische Staatsverwaltung sich entschieden die bayerische Regierung zu der Vornahme des Baues der Eisenbahn von München bis an die Gränze von Salzburg durch die Erklärung zu bestimmen daß in diesem Falle die Bahn österreichischerseits weiter bis nach Linz geführt werden würde. Diese Zusage ward je-

---

*) In Bayern zahlen z. B. Drucksachen unter Kreuzband, wenn sie bei der Aufgabe gleich bezahlt werden, die gleichförmige Taxe von einem Kreuzer für jedes Loth Zollgewicht, ohne Unterschied der Entfernung; aber sowie sie das bayerische Gebiet verlassen, tritt ein theilweise sehr hohes Porto ein. Was das Briefporto betrifft, so heißt es im §. 9 der Verordnung vom 5 Jun. 1849: „Bezüglich der internen Brieftaxen für die aus Bayern nach andern Postgebieten abgehende und für die aus letzteren nach Bayern einlangende Correspondenz bleiben vorläufig die dermaligen Taxbestimmungen nach Maßgabe bestehender Vertragsverhältnisse in Anwendung, bis in solcher Richtung ebenmäßige Taxmoderationen nach dem Verhältniß der Reciprocität bewirkt werden können.“ In den mittleren und kleineren deutschen Staaten, welche weit über das Verhältniß ihrer Dimensionen hinaus geistigen Verkehr pflegen, stößt man also jeden Augenblick auf Schranken und Ungleichheiten, deren Wegräumung von Seite der deutschen Regierungen längst hätte erfolgen sollen.

**) Die einheimischen Zeitungen zahlen in der ganzen österreichischen Monarchie nur fünfzehn Procent Versendungsgebühr. Dieser Tarif böte also die Vergleichung mit der in Bayern noch bestehenden ungleich höhern Abgabe.

doch an eine — gewiß von bayerischer Seite bereitwillig zu erfüllende — Bedingung geknüpft, welche die Vortheile dieser wichtigen Bahnverbindung auch einem anderen Kronlande zuwendet. Es begehrte nämlich die österreichische Regierung daß Bayern bei der Führung der erwähnten Bahnlinie von München nach Salzburg, welche Rosenheim berührt, von dort eine Zweigbahn bis an die nahe tirolische Gränze bei Kufstein anlege, welche die österreichische Regierung sich sohin verpflichtet, durch das Innthal nach Innsbruck fortzusetzen. Es bedarf keiner weiteren Erweisung wie folgenreich die Ausführung dieses Doppel-Bahnbaues für die Belebung des Verkehres von Süddeutschland und von Oesterreich sich gestalten werde. Drei handelsthätige Städte, Salzburg, Linz und Innsbruck, treten dadurch in unmittelbare Eisenbahnverbindung mit einem großen Theile von Deutschland, deren Wirkungen der Lauf des Donaustromes bis nach Wien und Ungarn erstreckt. Aber noch sind Innsbruck und Linz nicht die gegebenen Endpunkte des großen deutschen Bahnnetzes. Die Gewalt der Dinge und der drängende Impuls der Interessen strebt die allseitige Verbindung Süddeutschlands mit dem Gestade des adriatischen Meeres, dem wahren Ausgangspunkte des Welthandels, an. Bald werden, wir zweifeln nicht mehr daran, die stillen Thäler Tirols von der dampfschnaubenden Locomotive durchbraust werden, bald wird letztere den Weg über oder durch die Alpen finden, sowie sich die natürliche, kaum durch bedeutende Hindernisse erschwerte Verbindung der Salzburg-Linzer Bahnstrecke mit der großen südlichen Staatsbahn von selbst bilden muß. So knüpft sich an jene bedeutsame Erklärung der österreichischen Regierung und an das Entgegenkommen der bayerischen eine Reihe froher Hoffnungen für die Vollendung einer der größten Aufgaben unseres Jahrhunderts, der Besiegung von Raum und Zeit und der friedlichen Eroberung auf dem Gebiete des Verkehrs mittelst der Herstellung des über ganz Mittel-Europa gespannten Eisenbahnnetzes. Damit sich aber diese Hoffnungen verwirklichen, ist es unerläßlich daß Ulm mit den bayerischen Bahnen in Verbindung gesetzt werde, und der Anschluß der württembergischen Bahn an die badischen erfolge; dann, erst wenn die große Bahnverbindung Deutschlands das Becken des Rheines im Süden erreicht, wie es im Norden bereits geschehen ist, sind die Interessen Süddeutschlands gehörig gewahrt, und die Zwecke des Bahnnetzes vollkommen ererfüllt."

Württemberg. Stuttgart. Während der Schwäb. Merkur seit einiger Zeit Artikel bringt worin der deutsche Zollverein gegen die Angriffe einer Partei vertheidigt wird die für eine bloße Möglichkeit — die ungewisse Eventualität einer engern Handelsverbindung mit Oesterreich — den wirklichen Besitz, den Zollverein, aufgeben würde und gern mit dessen Auflösung droht, während dieser Barometer der öffentlichen Meinung in Württemberg sich unverkennbar nach der sogenannten kleindeutschen Seite neigt, scheint ein anderes Blatt, dessen nähere Verbindung mit dem Ministerium kein Geheimniß ist, mehr und mehr in dieselbe Richtung einzulenken. Die Württembergische Ztg. vom 10 Oct. schließt einen Aufsatz: Die deutsche Einheit und Württembergs Stellung, mit folgenden Betrachtungen: „Der Gedanke Deutschland aus seinem Zerfall in der Weise wieder aufzurichten daß zunächst zwei verbündete Großstaaten aus dem bisherigen deutschen Bunde gebildet würden, kann innerhalb Deutschlands eigentlich nur von zwei Parteien einen ernstlich gemeinten Widerstand finden, nämlich von den Republicanern und den Particularisten. Erstere sagen: Wir wollen weder diese Neubildung, noch die alte Zersplitterung; für uns gibt es noch ein drittes, nämlich vermittelst der Zerstörung Oesterreichs und Preußens die Bildung eines großen, einigen, republicanischen Deutschlands. Hiezu ist aber das unentbehrliche Erforderniß daß die Macht Oesterreichs und Preußens zerstört werde, und zwar entweder von den Kleinstaaten aus, was vielleicht manche kürzlich durch den badischen Aufstand zu bewirken hofften, oder durch den eigenen Willen der Oesterreicher und Preußen, ihre Staaten selbst aufzulösen zum Vortheil Deutschlands und der Republik. Zu glauben daß eine solche Lust bei Oesterreichern und Preußen im ganzen und großen wirklich vorhanden sey, dazu gehört freilich die überschwängliche Phantasie eines — Republiners! Daß der Particularist die Unterordnung der deutschen Länder und Ländchen unter einen der Großstaaten bekämpft, das ist natürlich; denn er will eben vor allem die Erhaltung der bisherigen Krähwinkelei. Dieß wagt er aber nicht offen einzugestehen, nennt sich daher einen Großdeutschen, steckt sich hinter die deutsche Einheit und will in ihr um keinen Preis weder Oesterreich noch Preußen missen, weil er weiß daß der gleichmäßige Beitritt beider die deutsche Einheit unfehlbar zu Grunde richtet und dem Particularismus den Sieg verleiht. Wenn nun aber Oesterreich und Preußen, ob auch verbündet, doch getrennt bleiben, und es sich fragt welchem von beiden Staaten die südwestdeutschen Länder sich anschließen und einordnen sollen, so kann die Antwort doch offenbar nicht anders ausfallen als so: 1) dem der sich auch an uns anschließen, und der uns aufnehmen will und kann; 2) dem der uns größere Vortheile als der andere bietet. Daß beides nur auf Preußen paßt, ist schon oft nachgewiesen, bedarf aber gar keiner Nachweisung, weil es schon durch die Thatsache allgemein anerkannt ist daß von einem engeren Bunde mit Oesterreich gar nirgends die Rede ist. Aber trotz allem und allem will man dennoch den Verein mit Preußen nicht, weil er nicht ausschließlich nur Vortheile, sondern auch Nachtheile oder Gefahren mit sich zu bringen scheint. Die Verwerflichkeit eines solchen Standpunktes ist schon am Anfang dieses Artikels angedeutet. Uebrigens sollte man auch folgendes nicht übersehen: Was uns an der preußischen Regierung mißfällt, mißfällt auch einem großen Theil des preußischen Volkes, und wir werden gemeinsam mit ihm und mit andern wackern Deutschen an der Beseitigung der Uebelstände arbeiten. Das wird uns mehr Ehre und Vortheil bringen als wenn wir fortfahren in unserer Absonderung zu verkümmern, und die Schuld die wir selber tragen in ohnmächtigem Ingrimm auf andere zu werfen. Was nun das Verhalten Württembergs betrifft, so hat auch Staatsrath Römer seine Ueberzeugung ausgesprochen daß Oesterreich nie Preußen, Preußen nie Oesterreich sich unterwerfen werde. Ist er nun weder Republicaner, noch Particularist, und theilt die württembergische Regierung mit ihm diese Gesinnungen, so muß man sich fragen was ihr dann noch anders übrig bleibt als — Anschluß an Preußen?"

* **Ulm,** 12 Oct. Das heutige Namensfest Sr. Maj. des Königs von Bayern wurde in unserm nachbarlichen Neu-Ulm auf solenne Weise durch einen auf geräumigem Platze innerhalb der Festungswerke abgehaltenen Feldgottesdienst gefeiert, an welchem außer der bayerischen Besatzung von Neu-Ulm und der dortigen Bürgerwehr das gesammte Officiercorps der Reichsfestung und Abtheilungen aller Waffengattungen der in Ulm garnisonirenden württembergischen und österreichischen Truppen in Parade theilnahmen. Auch das Officiercorps der Ulmer Bürgerwehr war durch eine Deputation vertreten. Der Gottesdienst wurde nach protestantischem und katholischem Ritus abgehalten. Nach beendigter kirchlicher Feierlichkeit defilirten die sämmtlichen Truppen in schönster Haltung vor dem Gouverneur und Commandanten der Reichsfestung. Mittags fand ein insbesondere auch von den k. württembergischen Militär- und Civilbehörden Ulms zahlreich besuchtes Festmahl statt. Zur Erhöhung der Feier war von Günzburg eine halbe Batterie in Neu-Ulm eingerückt, welche zum erstenmal von den Wällen der auf bayerischem Gebiete befindlichen Festungswerke ihren ehernen Geschützesgruß donnernd in die Thäler der schwäbischen Donau und Iller sandte. So schroff auch da und dort, zum Leidwesen jedes Vaterlandsfreundes, die deutschen Stämme einander gegenübertreten, und so trüb die Aussicht in die Zukunft zur Zeit scheint, so hofft man doch daß unsere Staatsmänner die Märzstürme des vorigen Jahres nicht vergessen werden, da, wenn nicht die Sehnsucht des deutschen Volkes Befriedigung findet, wenn nicht eine wahrhafte bundesstaatliche Einheit Deutschlands hergestellt wird, die im Schooße der Zukunft ruhenden Gewitterstürme weit gefährlicher und furchtbarer für alles Bestehende werden würden als der Frühlingssturm des Jahrs 1848.

Gr. Baden. § **Rastatt,** 11 Oct. Gestern war ein Dragoner, Schlageter, vor dem Standgericht, angeklagt an allen Phasen der Rastatter Meuterei als Anstifter und Hauptkrakeeler theilgenommen zu haben. Doch war die Zeugenaussage mangelhaft genug, so daß in der Duplik der Staatsanwalt Oberamtmann Fecht selbst zu schwanken schien, ob er bei dem Antrag auf Todesstrafe beharren sollte oder nicht. Diesen Umstand ergriff mit Geschicklichkeit der Vertheidiger — Advocat Trefurt, wenn wir nicht irren ein Sohn des alten Staatsrathes — und sagte zum Schlusse einige derbe Wahrheiten, die genug Stoff zum Nachdenken gaben. Das Gericht solle den Angeklagten vor die ordentlichen Gerichte weisen. Wenn jetzt noch die Regierung bloß durch die Stütze der Bajonnette sich halten könne, dann wäre der Staat unhaltbar. Man habe die Preußen ins Land gewünscht, nicht um ihrer selbst willen, auch nicht aus allgemeiner Liebe zum monarchischen Princip, nicht einmal ausschließlich aus Liebe zum Regentenhaus, an welches ein großer Theil des Landes seit kurzer Zeit erst durch die Gewohnheit des Gehorchens geknüpft sey, sondern weil man von ihnen die Rückkehr von factischen Zuständen zum geregelten Gesetze erwartet habe, welchem ja gerade durch dieses Standgericht der Angeschuldigte entzogen werde. Das Urtheil lautete auf 10jährige Zuchthausstrafe. Sodann wurde dem in einer der letzten Sitzungen verurtheilten Fourier Neckermann die Bestätigung seines Urtheils vorgelesen. Heute kam wieder ein Rastatter Bürger, Strumpfweber Kunz, vor die Schranken des Gerichts. Ihn vertheidigte gegen die Anschuldigung „Aufstiftung zur Meuterei" Advocat

Heimerdinger aus Karlsruhe. Der Mann sah wahrlich nicht aus als ob er Revolutionen machen könne; doch ging das Zeugniß mehrerer Gendarmen, dieser gefürchteten Zeugen, ganz klar und bündig: er habe die Soldaten aufgefordert größere Löhnung zu verlangen und ihr Recht selbst zu suchen. Das Urtheil erging mit fünf Stimmen gegen eine, nach dem Antrag des Staatsanwalts Haas, auf 10 Jahre Zuchthaus. Bei der Verkündigung stürzte der Verurtheilte ohnmächtig zusammen. Nach kurzer Unterbrechung erfolgte die Verhandlung über einen Scharfschützenofficier des 1sten Regiments, Messingkopf. Er war einer der ausgezeichnetsten Unterofficiere des Regiments gewesen, hatte sich im Gefecht bei Staufen durch Bravour hervorgethan, und wurde nur durch die Zeugenaussage belastet daß er am letzten Abend der Bewachung Struve's sich unwillig über diesen Dienst geäußert habe, indem doch kommen werde was hereinbrechen müsse. Denn gleich nach Ausbruch der Revolution hatte er sich entfernt, und erst als er ein Patent als Officier in seiner Heimath erhielt, sich auf ein Bureau in Heidelberg, später in Rastatt begeben. Um so auffallender schien es daß der Staatsanwalt — Hofg. Rath Amman debütirte zum erstenmale als solcher — auf dem Antrage auf 10jährige Zuchthausstrafe, mitunter nicht ohne Verdrehung der Zeugenaussagen und ungerechtfertigte Insinuationen, beharrte. Das Gericht verwies den Angeklagten einstimmig vor die ordentlichen Gerichte, und es würde uns nicht in Erstaunen gesetzt haben wenn völlige Freisprechung erfolgt wäre. Doch hierauf hatte der Vertheidiger, der übrigens seine Sache in klarer lichtvoller Weise führte, nicht angetragen.

Preußen. 0 **Köln**, 9 Oct. In der verflossenen Woche wurde das neue Justizjahr eröffnet. Die statistischen Notizen welche der Generalprocurator Nicolovius in seinem Vortrage gab, hatten für das hiesige Landgericht und für das hiesige Handelsgericht ein besonderes Interesse. Beide Gerichte sind mit Processen so überhäuft daß die besten Kräfte das Material nicht mehr bezwingen können, und es ist unausbleiblich bald ein zweites Landgericht und ein zweites Handelsgericht zu schaffen. Insbesonders ist das Instructionsamt zu sehr bedrückt, und es liegt nicht an der Saumseligkeit der Richter wenn die Criminalia nicht so rasch zur Erledigung kommen als die Angeklagten es fordern. Augenblicklich haben wir wieder Assisen. Unter den vorkommenden Sachen sind einige von der Redaction der Westdeutschen Zeitung in der Person des sogenannten rothen Becker geübte Majestätsverbrechen und ein freiwilliger Todtschlag. Aus dem südlichen Deutschland sind zum Studium des Verfahrens einige Juristen anwesend. Der Appellationshof hat in Folge der Wahlen zur Nationalversammlung den dritten Senat eingehen lassen; das Personal ist zu sehr zusammengeschmolzen: in Berlin befinden sich die Appellationsräthe von Ammon, Broicher, Schmitt, Reichensperger, Bürgers und Bleibtreu. Die Verhandlungen der ersten und zweiten Kammer erregen nur von Zeit zu Zeit einige Theilnahme. Mehr oder minder nur mit belletristischem Behagen achtet man auf die frommen und kühnen Reden der Apologeten des christlich-germanischen Staates — den Weiterblickenden liegt in diesem Treiben die ganze Calamität verborgen welche Preußen in die Wirren des März führte, und vielleicht noch einmal in gleiche Verwirrung bringt. Die politische Apathie liegt theilweise auch sehr in unserer Choleranoth begründet. Die schauderhafte Krankheit hat in den letzten Tagen die unterste Schichte der Gesellschaft verlassen, und in der Mitte der Stadt in vermögenden und mäßig lebenden Familien manches Opfer gesucht. Als merkwürdige Thatsache läßt sich berichten daß bis dahin nur in einem Gefängnisse ein einziger Mann gestorben ist, und noch niemand in den Casernen. Rücksichtlich der Beurtheilung und Behandlung schwören fast alle Aerzte zu den Ansichten die Gendrin in seiner Monographie über die Epidemie in Paris niedergelegt hat. Die Sanitätscommission der Stadt hat diese Schrift übersetzen lassen, und sie befindet sich in aller Händen.

Berlin. Die vor acht Tagen ausgesetzte Entscheidung des rheinischen Cassationshofes in der Criminaluntersuchung gegen den Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung, Hrn. Bernbach, wurde am 9 Oct. unter dem Vorsitz des geheimen Revisionsrathes Graun verkündet. Das Cassationsgesuch des Generalprocurators gegen das die Anklage verwerfende Urtheil des Appellhofes in Köln ist für begründet erklärt und die Anklage vor den Assisenhof in Köln gewiesen, auch die Abführung des Angklagten in das Justizarresthaus in Köln angeordnet worden. Der Cassationshof hat die Formfrage, auf welche die Vertheidigung ein besonderes Gewicht gelegt hatte, seiner Beurtheilung gar nicht unterzogen. Das Cassationsgesuch ist ohne weiteres für zuläsig erachtet, und die Begründung desselben in dem von dem Generaladvocaten hervorgehobenen Umstande gefunden worden daß die Nationalversammlung nach Frankfurt berufen und gewählt war, die Fortsetzung der Berathungen in Stuttgart mithin nicht zu den in ihrem Mandate liegenden, durch das Gesetz vom 30 Sept. v. J. geschützten Handlungen zu zählen ist. In einer andern vor acht Tagen gleichfalls verhandelten politischen Criminalsache wurde das Cassationsgesuch gegen ein den Angeklagten freisprechendes Urtel verworfen. Der Angeschuldigte, ein rheinischer Pfarrer, hatte Regierungsacte und hohe Personen einer beleidigenden Kritik unterzogen. Der Cassationshof sprach ihn frei. (C. C.)

∇ **Berlin**, 9 Oct. Ueber die gestrige Sitzung der ersten Kammer noch ein paar Worte. Der Art. 23 lautet in der Verfassungsurkunde: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt.“ Der Ausschuß will daß der erste Satz einen besondern Artikel (24) ausmache, der zweite aber laute: „Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein den Localverhältnissen angemessenes Einkommen.“ Der Abg. Bockum-Dolffs beantragt im Artikel hinter „Volksschullehrern“ einzuschalten: „gleich den Staatsbeamten.“ Nach Hansemann soll der Artikel gefaßt werden: „Die Volksschullehrer erhalten ein den Localverhältnissen angemessenes Einkommen.“ Um diese Punkte dreht sich die Debatte. Der Abg. Sägert ist für das Amendement von Bockum-Dolffs. Er theilt der Kammer mit daß von 23,000 Lehrerstellen $^1/_6$ unter 50 Thlr., $^5/_6$ zwischen 50 und 100 Thlrn. eingetragen. In den östlichen Provinzen verdiene ein gewöhnlicher Taglöhner 80 Thlr., während es noch 1830 bei Königsberg eine Lehrerstelle mit 14 Thlrn. Einkommen gegeben habe. Hr. v. Gerlach findet es seltsam daß man die Lehrer privilegiren wolle in demselben Augenblick wo man die Geistlichen ihrer Privatindustrie überlasse. Alle niederen Beamten beklagten sich mit ihrem Gehalt nicht auskommen zu können. Der Beweis der Nicht-Auskömmlichkeit sey nicht eben schwer, und jetzt werde durch die Verfassungsurkunde gleichsam eine Prämie darauf gesetzt (Heiterkeit). Dieß sey ein Recht das von den Lehrer auf den Barrikaden erobert worden sey. Man möge doch die Lehrer der Fürsorge der Regierung überlassen! Bei dem großen Antheil den der Hr. Minister ihnen bewiesen, hieße es Mißtrauen zeigen wenn die Kammer auf dem Art. 23 bestehen wollte! Der Cultusminister ist gegen die Streichung des Artikels. Für die bedrängten Lehrer müsse etwas geschehen. Ein Redner habe in Folge einer durch die Praxis erworbenen Uebung den Artikel auf das Gebiet des Scherzes gezogen. Dahin könne er ihm in seiner Stellung nicht folgen. Die Regierung könne überhaupt nicht wünschen daß ihre Vorlagen hier Objecte des Witzes werden. (Lauter Beifall.) Der Art. 23 verdanke nicht der Barrikade seinen Ursprung, so wenig wie die ganze Verfassung, sondern der Ueberzeugung der Regierung (vielseitiges Bravo). Wie gemeldet, wurde das Amendement von Hansemann und der neue Art. 24 angenommen. Zu bemerken ist daß in den letzten Sitzungen mehrfach große Unaufmerksamkeit herrschte und ziemlich laute Privatgespräche geführt wurden. Ein Theil der Abgeordneten scheint das Geschäft der Verfassungsrevision sehr beschwerlich zu finden. Die Zeit der nächsten Sitzung wurde nicht bestimmt.

∇ **Berlin**, 9 Oct. Die zweite Kammer entschied heute über den zweiten Satz des Art. 105 der Verfassung nach mehr als fünfstündiger Debatte, die aber nicht so interessant, wenigstens nicht so dramatisch lebendig war als man wohl erwartet hatte. Die Commission beantragte statt jenes Satzes dem Art. 60 die Bestimmung hinzuzufügen: „Nur in dem Falle wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Nothstandes es dringend erfordert, können, insofern die Kammern nicht versammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatministeriums, Verordnungen die den Bestimmungen der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kammern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.“ Der Graf Dyhrn stellt das Amendement: den Satz der Verfassung zu streichen, ohne etwas an seine Stelle zu setzen. Andere Amendements wollen zu dem Commissionsantrag die Beschränkung hinzugefügt wissen: daß solche Verordnungen nur in Bezug auf Umstände erlassen werden können die nach dem Schlusse der Kammern eintreten; daß sie, abgesehen von der Verfassung, auch der in derselben vorbehaltenen Gesetzgebung und den organischen Gesetzen nicht zuwiderlaufen. Eines ist gegen die Beschränkung auf Verordnungen die der Verfassung nicht entgegen sind! Der Berichterstatter Camphausen orientirt die Versammlung über die Verhandlungen der Commission. Nach ihm erhält der Minister des Innern das Wort. Er berührt die Angriffe welche der Artikel von verschiedenen Seiten her erfahren, und sucht gegen sie die Nothwendigkeit desselben zu beweisen. In jedem Staate, namentlich aber in Preußen, müsse das Ministerium in dringenden Fällen solche Verordnungen erlassen können. Wäre Preußen auf dem gegenwärtigen Standpunkt wenn es nicht möglich gewesen wäre durch rasche Maßregeln die Staatsmaschine aus der Gefahr zu befreien? Was die Cautelen der Commission anlange, so möchte er davor warnen daß man sich gegenseitig mit Vorsichtsmaßregeln verschanze und mit Stacheln sich schütze, die im Moment der Entscheidung doch gebrochen würden oder

unnütz verwundeten. Werde die Kammer wohl glauben daß das Ministerium von der Besorgniß zu solchen Verordnungen leichtsinnigen Gebrauch mache? Es sey keine geringe Sache vom Lande desavouirt zu werden; und er könne sagen daß ihm nichts peinlicher geworden sey als der Erlaß der vorläufigen Gesetze. Der Minister findet den Artikel, wie er ihn auch betrachten möge, klar und unschädlich. Der Abg. Geppert ist der Meinung daß eine derartige Bestimmung in der Verfassung seyn muß. Würde die Staatsgewalt ein vorläufiges Gesetz erlassen ohne sich auf die Verfassung berufen zu können, so würden die Einzelnen nicht glauben, sich dem Gesetz unterwerfen zu müssen. Unter die zwei von der Commission gewählten Bezeichnungen ließen sich übrigens alle dringenden Fälle subsumiren, er sey daher für den Commissionsantrag. Die weitern Cautelen findet der Redner unnöthig oder kleinlich. Graf Dyhrn motivirt sein Amendement, indem er sagt, er denke darin ganz wie der Minister daß ihm alle Cautelen unnütz vorkämen; auch möchte er ihm die Pein, vorläufige Gesetze erlassen zu müssen, ersparen. Bis jetzt sey der Art. 105 der bedeutsamste von allen gewesen, dieß beweise seine stattliche Nachkommenschaft — das Viertelhundert Gesetze die er zur Welt gebracht habe (Lachen). Allein ihm sey das Dringliche so mancher dieser Gesetze nicht recht klar geworden. Der Redner kritisirt einzelne Verordnungen und erwähnt daß nur die französische Verfassung der Restauration, die zur Juliusrevolution geführt, einen Art. 105 gehabt habe. Seiner Ansicht nach ist es in den meisten Fällen Zeit die Kammern einzuberufen; wo dieß aber nicht der Fall sey, da müsse das Ministerium mit wahrer Verantwortlichkeit das Nothwendige vollbringen. Dadurch werde das constitutionelle Princip aufrecht erhalten. (Beifall links.) Der Abg. Wentzel fordert die Kammer auf bei dem Art. 105 fester zu seyn als bei der Entscheidung über das Steuerbewilligungsrecht. Hier handle es sich um die ganze Bedeutung der Verfassung. Die Verantwortlichkeit der Minister sey zwar einer der Pfeiler der Verfassung und eine Bürgschaft gegen verfassungswidriges Handeln; wenn aber jemand zuviel Bürgschaften übernehme, so könne er leicht zahlungsunfähig werden. (Heiterkeit.) Der Redner geht die vorläufigen Gesetze durch und sucht nachzuweisen daß sie einerseits mangelhaft seyen, andererseits die Kammern verhinderten bessere an ihre Stelle zu setzen. Der Justizminister nimmt sich der angefochtenen Verordnungen über Gerichtsorganisation an, durch die mehrere Paragraphen der Verfassung lebendig ausgeführt worden seyen und die auch immer mehr Anerkennung gefunden hätten. Er erinnert daran daß im vorigen Jahr eine Umgestaltung vieler Verhältnisse eine Nothwendigkeit gewesen sey. Die Regierung sey auch nicht gegen die Verbesserung ihrer Verordnungen, sondern nehme sie gern an. (Bravo.) Der Abg. Simson ist für den Commissionsantrag. Es sey nicht entschieden, ob in England ein Analagon des Art. 105 verfassungsmäßig bestehe; allein zwei bedeutende Autoritäten, Lord Chatam und Dahlmann, nähmen es an, und was diese für constitutionell erklärten, das werde es wohl auch seyn! Für eine solche Befugniß der Regierung spricht seiner Meinung nach auch der Umstand daß das häufige Einberufen der Kammern zur Genehmigung außerordentlicher Maßregeln den Abgeordneten viele Zeit nehmen würde und eine Antipathie gegen den Constitutionalismus erzeugen könnte. Die Kammer verwirft die Amendements (das des Grafen Dyhrn mit 237 gegen 63 Stimmen!) und nimmt den Commissionsantrag mit großer Majorität an.

ɣ **Berlin,** 10 Oct. Bevor die zweite Kammer heute an die Tagesordnung ging, traf sie eine liberale Entscheidung. Der Staatsanwalt von Breslau forderte sie in einem Schreiben auf zur Erhebung der Anklage gegen den Schlossergesellen Breithaupt in Hirschberg, der die Mitglieder der beiden Kammern in halb angetrunkenem Zustande Bluthunde genannt habe, ihre Ermächtigung zu ertheilen. Auf die Bemerkung des Abg. Wentzel daß wer sich nicht getroffen und beleidigt fühle auch nicht beleidigt sey, beschloß die Kammer beinahe einstimmig die Genehmigung nicht zu ertheilen. Dann erledigte sie zwei wichtige Paragraphen der Verfassung — 106 und 107. An die Stelle des Art. 106 will die Commission gesetzt wissen: „Die Verfassung kann abgeändert werden wenn eine Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder in jeder Kammer die Aenderungen beschließt, und wenn an diesem Beschlusse mindestens zwei Drittel der Mitglieder jeder Kammer theilnehmen. Wenn eine solche Stimmenmehrheit nicht erreicht werden sollte, und wenn alsdann beide Kammern aufgelöst werden, so soll in den neu einberufenen Kammern die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügen um die Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung ändern zu können." Die Amendements wollen die Aenderung theils schwerer theils leichter machen. Das von Sattig enthält nichts dem zweiten Satz der Commission analoges. Der Abg. Keller schlägt vor: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden; doch muß jedes Verfassungsgesetz von beiden Kammern in zwei auf einander folgenden Jahressitzungen unverändert angenommen seyn, und es kann keine Abänderung der Verfassung anders als durch ein auf solche Abänderung besonders gerichtetes Verfassungsgesetz geschehen." Die Abg. Ebert und Fock wollen statt: „in zwei aufeinanderfolgenden Jahressitzungen" gesagt wissen: „in zwei Abstimmungen zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens acht Tagen liegen muß." Breithaupt schlägt statt dieser acht Tage vier Wochen vor. Der Abg. Urlichs will die Aenderungen abhängig gemacht sehen von absoluter Stimmenmehrheit. Das Amendement Riedels kommt dem Commissionsantrag am nächsten, und wird auch von dem Referenten Camphausen, der die übrigen bekämpft, gebilligt. Die Debatte dauert verhältnißmäßig nicht lang. Urlichs und Keller vertheidigen ihre Amendements. Jener hebt hervor daß in der Verfassung noch manches enthalten sey dessen Abänderung man später sehr wünschenswerth finden möchte; man solle daher nicht einem Drittel die Macht geben die Verbesserungen zu hindern. Keller sagt: die Kammer hätte tiefere Einschnitte in die Verfassung gemacht wenn sie sich nicht auf das nothwendigste hätte beschränken, und den künftigen Versammlungen auch etwas überlassen wollen. Durch die Commission sey der Regierung ein Vorsprung gegeben den er in ihrem und des Landes Interesse nicht für nützlich halten könne. Wie die Gegenwart nicht der Vergangenheit, so sollte auch die Zukunft nicht der Gegenwart dienstbar gemacht werden. Der Abg. Riedel sieht in der Verfassung die Basis der Gesetzgebung, die nothwendig feststehen müsse, namentlich in einer Zeit wo eine so große Beweglichkeit des Geistes herrsche. Besser es seyen in der Verfassung einige Bedenken erregende Artikel, als diese selbst sey den wechselnden Majoritäten preisgegeben. Jene Artikel würden im Laufe der Zeit durch den Geist der Verfassung von selber geändert werden. Die Kammer genehmigt mit ziemlich großer Mehrheit das Riedel'sche Amendement, welches lautet: „Die Verfassung kann im Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wenn in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von wenigstens zwei Drittheilen der anwesenden Mitglieder, welche zugleich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Gesammtzahl ausmachen, die Aenderung beschließt. Wenn eine solche Stimmenmehrheit nicht erreicht werden sollte, und wenn alsdann beide Kammern aufgelöst werden, so soll in den neu einberufenen Kammern die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit genügen, um die von den aufgelösten Kammern oder von einer derselben verworfenen Aenderungen der Verfassung auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung zu beschließen." Der Art. 107 lautet: „Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten haben dem König und der Verfassung Treue und Gehorsam zu schwören." Die Commission hat mit einer Stimme Majorität den Zusatz beschlossen: „Eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt." In der Debatte erhebt sich niemand für die Vereidigung des Heeres. Die Abgeordneten Claessen, v. Seckendorf und Beckerath sind gegen den Zusatz, weil durch eine solche ausdrückliche Negation einer königlichen Verheißung das Ansehen der Krone geschwächt werde; weil man auf die deutschen Staaten wo das Heer auf die Verfassung vereidigt sey, und auf die Schwachen im Lande Rücksicht nehmen müsse; weil der Zusatz bewirken könne daß der Armee die Verfassung weniger theuer sey. Seckendorf stellt das Amendement: die Kammer erklärt 1) zu Protokoll daß sie den Eid des Heers auf die Verfassung nicht für erforderlich halte, 2) sie gibt dem Artikel 106 folgende Fassung: „Die Mitglieder der beiden Kammern, die Minister und alle Civilbeamten schwören rc." Die Abgeordneten General v. Reyher und Oberst v. Kleist-Retzow bemerken dagegen, der Zusatz diene zur Beruhigung der Armee, gegenüber den offenen Forderungen der demokratischen Partei müsse die entschiedene Erklärung der Kammer aufgestellt werden. Der Kriegsminister bemerkt: die Vereidigung des Heers auf die Verfassung sey in dem Patent vom 5 December verheißen worden, weil man damals diese Gewähr für den Ausbau des constitutionellen Staates bieten zu müssen glaubte. Man habe es aber in der Hoffnung gethan daß diese Garantie in ruhigerer Zeit nicht werde angenommen werden. (!) Jetzt habe man gesehen was durch eine Armee ohne den Eid geleistet und mit demselben verbrochen werden könne. Die Vereidigung auf die Verfassung sey unnöthig, denn die Verfassung selbst biete die Garantie gegen Verletzung ihrer Bestimmungen; in England und Nordamerika bestehe sie nicht, in Frankreich sey sie wieder abgeschafft worden; sie widerspreche den klaren Verfassungsbestimmungen vom Oberbefehl des Heers, von dem Verbot einer Berathschlagung der bewaffneten Macht, und sie könne Verführern zum Vorwande dienen das Heer zum Treubruch zu verlocken. Die Kammer nimmt den Commissionsantrag an mit 192 gegen 91 Stimmen. Simson, Beseler, Auerswald stimmten mit Nein.

Oesterreich. **Wien,** 9 Oct. Während die „Ostdeutsche Post" heute noch nicht die Sammlung gefunden hat die sie gestern zur Besprechung einer so ernsten Thatsache wie die Hinrichtung des Grafen

Batthyany für sich verlangte, enthält die „Presse" einen Leitartikel der entschieden diese blutige Maßregel mißbilligt. „Wir haben uns, sagt sie, zu oft und zu energisch gegen die Sache der Rebellen ausgesprochen um eine Mißdeutung unserer Worte fürchten zu dürfen. Zu einer Zeit wo der Ausgang des Kampfes noch manchem zweifelhaft schien, riefen wir: Ueber dem Grabe Oesterreichs können sich die Mitglieder einer Föderativrepublik die Hände reichen zur Versöhnung, für das besiegte Ungarn hat Oesterreich nur Verzeihung. Jetzt wo die Rebellion vernichtet, wo auch der letzte Widerstand gebrochen ist, glauben wir unsere Ergebenheit für den Monarchen, unsere Vaterlandsliebe am besten zu beweisen wenn wir offen und unumwunden unser Bedauern über das Fehlschlagen unserer Verheißungen ausdrücken." Dieser Tadel tritt dann gleich noch schärfer hervor, indem auf das Schicksal Görgey's hingewiesen wird. „Wenn man nach beendigtem Kampfe nicht verzeihen wollte, so hätte man vielleicht nach der Waffenniederlegung bei Vilagos den Russen sagen können: Wir wollen dem einzelnen nicht verzeihen! Wenn Görgey in unsere Hände fällt, möge das Kriegsgericht über sein Schicksal entscheiden. Die Russen würden, um ihr Versprechen zu halten, Görgey vermuthlich nach dem Auslande gebracht haben. Der Arm der Gerechtigkeit blieb dann unbehindert. Wenn man nicht verzeihen wollte, so mußte Komorn mit Sturm genommen werden oder sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Von dem Augenblick aber wo man den Weg der Capitulation einschlug, und den Rebellen welche sich am hartnäckigsten und am längsten vertheidigten volle Amnestie ertheilte, schien auch das Schicksal der übrigen gefangenen Rebellen entschieden. Oder gibt es wirklich einen Grund zu glauben daß ein Rebell welcher in freiem Felde die Waffen streckt, sträflicher ist als der welcher sich zufällig in einer Festung befindet, und nach der allgemeinen Pacification noch sechs Wochen den Widerstand fortsetzt?" Dann heißt es weiter: „Man denke sich einen ehemaligen Premierminister Ungarns, eines Landes, welches die verwickeltsten politischen Rechtsverhältnisse aufzuweisen hatte, vor einem Kriegsgerichte, und angeklagt „das in den Märzgesetzen gewährte administrative Verhältniß Ungarns bei weitem überschritten, den durch die pragmatische Sanction festgestellten gesetzlichen Verband zwischen Ungarn und den k. k. Erbstaaten gelockert und damit die bedrohlichsten Gefahren für gewaltsamen Umsturz der Staatsverfassung herbeigeführt zu haben." Wir sind gewiß die letzten welche die Vertheidigung des Grafen Batthyany gegen diese Anschuldigungen übernehmen möchten. Wir, für unsern Theil, zweifeln keinen Augenblick daran daß wenn man ihn vor seine natürlichen Richter oder vor einen obersten Gerichtshof gestellt hätte, das Schuldig über ihn erkannt worden wäre. Allein eine wirkliche Anomalie schien es uns eine solche Anklage welche das ganze Wissen der höchsten politischen und juridischen Capacitäten in Anspruch genommen hätte, vor ein Gericht zu bringen dessen Zusammensetzung nicht die hinreichenden Bürgschaften für eine erschöpfende Beurtheilung solcher Fragen zu bieten scheint." Die „Ostdeutsche Post," macht in einer Correspondenz aus Pesth auf verschiedene bei der Execution vorgefallene Eigenthümlichkeiten aufmerksam. „Uebersehen Sie nicht, heißt es in diesem Briefe, daß die „Pesther Zeitung" das Urtheil als durch den Strang vollzogen meldet. Freilich heißt es, es sey dieß ein Versehen in der Druckerei, oder wie andere behaupten, es sey zu spät gewesen die Stelle abzuändern. Dieß alles scheint wenig plausibel, und gibt vielmehr zu andern Gerüchten Anlaß. Sie werden bemerken daß die Verurtheilung bloß auf Hochverrath lautet. Nichtsdestoweniger hieß es hier allgemein, Batthyany werde auf Betheiligung am Morde Latours verhört und verurtheilt. Hierfür sprach auch der Umstand daß die Execution gerade auf den 6 October anberaumt war. Man erzählte in dieser Beziehung bestimmte Thatsachen. Graf Batthyany ist an dem unglücklichen 6 Oct. v. J. Mittags aus Wien abgereist, während die gräßliche Mordthat an dem Kriegsminister erst Abends verübt wurde; aber der Kutscher, der Fiaker, oder sonst ein ähnlicher Mensch, wollte gehört haben daß Batthyany, als er Abends in Oedenburg ankam, zu einem andern Cavalier Worte gesagt haben soll die zu einem schweren Anklagepunkt wider ihn wurden. Andere erzählen daß in dem Gasthause in welchem Batthyany in Wien gewohnt hatte, ein Zimmer neben dem seinigen von einem Gaste bewohnt war der ein Gespräch gehört haben wollte welches in der Nacht in Batthyany's Salon geführt wurde, und das mit dem 6 October in Zusammenhang stehen soll. Lassen wir dieß alles unerörtert, die Thatsache ist: Batthyany wurde am Jahrestage des 6 Oct. hingerichtet ohne daß sein Todesurtheil ihn auch nur des mindesten Zusammenhangs mit dem unglückseligen Wiener Ereignisse anklagt." Dieselbe Correspondenz beantwortet auch die bereits gerichtlich verfolgte Frage woher der Graf das Instrument zum Versuch des Selbstmordes erhalten, dahin, die Gräfin Batthyany habe selbst erklärt daß sie den kleinen Dolch unter der frischen Wäsche versteckt hatte, für die sie die Erlaubniß erwirkt sie ihrem Gatten als letzten Liebesdienst zusenden zu dürfen. Als in der Moldauischen Revolution im Frühlinge 1848 die jungen Bojaren zu Galatz gefangen saßen, wußte ebenfalls die Frau eines derselben ihrem Manne ein Messer unter dem Hutfutter versteckt zukommen zu lassen; in den östlicheren Regionen Europa's hörte die deutsche Sentimentalität auf. Wie sehr überhaupt Milde in Oesterreich noth thut, das zeigt die überall herrschende gedrückte Stimmung. Dem Lloyd wird aus Pesth geschrieben: „Wiener Blätter haben die Mittheilung gebracht, als gedenke Se. Maj. im Laufe dieser Woche uns zu besuchen; allein so groß auch die Sympathien sind welche der kaiserliche Thron hier hat, der gegenwärtige Moment dünkt mir ihrer Manifestation keineswegs günstig. Selbst eine Amnestie würde in diesem Augenblick keinen Enthusiasmus erregen. Die Herzen stehen still, und sind für keine Freude empfänglich. Denn daß der Belagerungszustand sammt seinen häufigen Nachtpatrouillen doch nicht im Stande ist die Ruhe wieder gründlich herzustellen, beweisen die vielen Mordanfälle, von denen Pesth jetzt heimgesucht wird. Was soll erst in den langen Winternächten aus uns werden? schließt der Correspondent seinen trüben Brief."

Die Wiener Journale sind fast alle sehr verwundert über den Bundesgenossen, als welchen sich ihnen die Berliner „Reform" durch die Veröffentlichung des ungarisch reichsministeriellen Briefwechsels darstellt. „Jene Actenstücke, sagt die „Presse", „welche das preußisch-ministerielle Organ in dieser Angelegenheit veröffentlicht, werfen ein grelles Streiflicht auf die in Ungarn genährten Tendenzen. Leider figurirt auch in dieser Episode des ungarischen Separationsdrama's der Name des Erzherzogs Stephan; wir wünschten ihn so schwach und unselbständig nennen zu dürfen daß sich damit auch seine Unzurechnungsfähigkeit erweisen ließe." Indessen ist bekannt daß Erzherzog Stephan zurücktrat, so wie er sah daß die von ihm erstrebte Vermittlung unmöglich geworden sey.

Einen weiteren Beweis des neuen politischen Geistes in Oesterreich liefert der Lloyd, der gleichfalls, wie gestern die „Presse", in einer geeigneten Darstellung der Stellung Englands seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er sagt: „Drei diplomatische Zwiste sind fast zu gleicher Zeit ausgebrochen, zu Konstantinopel, zu Washington und zu Neapel. Die Antwort welche der englische Gesandte am letzteren Hofe auf seine Note in Betreff der Lage von Sicilien erhalten, ist eine eclatante Schlappe welche die Politik Lord Palmerstons erlitten hat. Kein europäischer Staat ist während dieses Jahrhunderts England zu so vielem Dank verpflichtet gewesen als gerade Neapel. Das englische Cabinet fand an jenem Hofe wie an dem zu Madrid seinen Einfluß auf einer festen Basis begründet, den ihm die wesentlichen, jenen Ländern geleisteten Dienste geschaffen hatten. Es hat verstanden die Früchte so vieler Opfer an Menschen und Geld in der kürzesten Zeit gänzlich einzubüßen. Großbritannien mußte die Erhaltung seines Einflusses im mittelländischen Meere als eine der wesentlichsten Aufgaben seiner auswärtigen Politik betrachten. Seitdem Algier in die Hände der Franzosen gefallen, seitdem Aegypten die Brücke bildet welche Europa mit Ostindien verbindet, seitdem die kolossale Macht Rußlands ihre Schatten immer drohender über den Bosporus wirft, ist ein freundliches Verhältniß Englands zu den drei Mächten des Mittelmeers, zu Oesterreich, Spanien und Neapel, jener Macht mehr als je zu einer Nothwendigkeit geworden. Der Notenwechsel zu Neapel liefert einen neuen Beweis von den üblen Folgen welche das Auftreten der englischen Diplomatie in fremden Ländern für die Macht und Größe ihres Staats haben muß."

Großbritannien.

Fürst und Fürstin Metternich mit Familie beabsichtigten den „alten Palast" in Richmond, wo sie seit dem Frühjahre gewohnt, Ende Octobers zu verlassen und für den Winter wieder nach Brighton überzusiedeln.

Daily News veröffentlicht ein Schreiben Kossuths d. d. Widdin 20 Sept. an Lord Palmerston. Es beklagt das Schicksal seines Vaterlandes und verweist auf Hrn. Franz Pulszky in London, als welcher umfassende Aufschlüsse über den Sturz der ungarischen Nationalsache in Händen habe, und beauftragt sey sie dem brittischen Minister vorzulegen. Doch nicht Ungarn allein sey gefallen, sondern auch Oesterreich sey durch diesen mit Hülfe Rußlands gewonnenen Sieg vom Rang einer Weltmacht auf den einer zweiten Macht herabgedrückt. Hierauf kommt Kossuth auf den eigentlichen Zweck seines Schreibens, die russische Auslieferungsforderung, und ruft dagegen für sich und seine Genossen den mächtigen Schutz Englands an. Dieselbe Nummer der Daily News gibt (muthmaßlich aus Pulszky's Feder) eine ausführliche Biographie Kossuths, als Gegenstück zu der neulich in der Allgem. Ztg. aus der Feder eines Ungarn mitgetheilten, und aus der Allgem. Ztg. in die Times übergegangenen Lebensbeschreibung des weiland ungarischen Dictators.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 8 Oct. Der Finanzminister begründet sein Creditansinnen zu Gunsten der Herzogin von Orleans auf die Achtung „welche man den

öffentlichen Verbindlichkeiten schulde, sobald diese Verbindlichkeiten, ihren Einfluß auf Civilacte ausdehnend, zu deren Existenz beigetragen haben." Hierdurch gibt Hr. Passy, ohne es zu beabsichtigen, denen Recht welche der Ansicht sind daß die Herzogin von Orleans den verkehrten Weg einschlug als sie ihre Ansprüche direct durch die Nationalversammlung zur Geltung zu bringen suchte. Ludwig Philipp hatte bekanntlich bei seiner Thronbesteigung der Form nach auf sein Vermögen zu Gunsten seiner Söhne mit Ausschluß des ältesten verzichtet, um auf diese Weise Anrechte auf eine Civilliste zu erwerben. Es versteht sich von selbst daß unter diesen Umständen auch dem Herzog von Orleans eine Apanage von Seiten des Staates ausgeworfen werden mußte. Am 18 April 1837 wurde der Deputirtenkammer die officielle Anzeige von der projectirten Vermählung des Kronprinzen mit der Prinzessin Helene gemacht, am 7 Mai der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt welcher der zukünftigen Gemahlin des Herzogs von Orleans, für den Fall daß sie als Kronprinzessin Wittwe werde, ein Jahrgeld von 300,000 Franken versichert, und am 29 Mai die Ehe vollzogen. Ohne Zweifel würde die Verweigerung des Jahrgeldes die Prinzessin Helene nicht vermocht haben auf ihre Verbindung mit dem Herzog von Orleans zu verzichten, nichtsdestoweniger aber war ihr Witthum eine Matrimonialconvention, deren Ausführung der Staat nicht bloß verbürgte, sondern selbst — vorkommenden Falls — übernahm. Aus diesem Gesichtspunkte betrachtet, sind die Ansprüche der Herzogin vollkommen begründet, und deßhalb darf man sich darüber verwundern daß sie den Staatsschatz nicht auf dem Wege der Assignation aufforderte seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es unterliegt keinem Zweifel daß auf diesem Wege die Sache keine Schwierigkeiten gefunden hätte. Statt dessen aber wendet sich die Herzogin (oder ihre Geschäftsträger, Rathgeber gleichviel) an die Nationalversammlung, so die Frage auf das Gebiet der Politik übertragend. Sie reclamirt nicht bloß eine Schuldforderung, sie zwingt auch die Nationalversammlung sich über Rechte auszusprechen welche die Februar-Revolution in der öffentlichen Meinung vernichtet hat, und wenn man auch annehmen darf daß die Kammer den geforderten Credit am Ende bewilligen wird, so ist es doch gewiß daß er zu heftigen Erörterungen Veranlassung geben muß. Denn die Gegner des Ministers werden nicht verfehlen an die ministeriellen Reden zu erinnern worin das beantragte Witthum so dargestellt wurde als habe es das nationale Interesse und die Würde des Thrones zum Zwecke, sie werden mit leichter Mühe beweisen daß es sich damals (im J. 1837) nicht von Privatbedürfnissen der zukünftigen Kronprinzessin, sondern von einem aus der Gründung eines Thrones hervorgehenden Acte handelte, und den Schluß ziehen daß weil der Thron und die Dynastie keine Rechte mehr geltend zu machen, keine Pflichten mehr zu erfüllen haben, auch die aus diesem doppelten Grunde gemachten Zugeständnisse verschwinden. Hierauf siegreich zu antworten dürfte dem Minister schwer werden, und darum ist es im Interesse der Herzogin zu bedauern daß man der Angelegenheit einen politischen Charakter gegeben hat — vorausgesetzt daß es sich hierbei nur um ein Jahrgeld und um nichts anders handle. Das ist aber die Frage, wenigstens darf man es den Gegnern der Familie Orleans nicht verübeln wenn sie diese dynastischer Hintergedanken zeihen. Die Herzogin von Orleans steht so hoch in der öffentlicher Meinung daß man nicht begreift wie es ihr mit ihrer Würde verträglich erscheinen konnte eine Geldsumme von der Republik zu reclamiren, und es gereicht ihr zur Ehre daß sie damit etwas höheres — etwa ein dynastisches Präcedens — zu bezwecken verdächtigt wird. Das ist auch der Grund weßhalb die Legitimisten in dieser Frage mit der Linken votirten. Es geschah dieß nicht, wie einige politische Mückenfänger behaupten, aus einem kleinlichen Grolle gegen das Haus Orleans, sondern um den Legitimisten die Möglichkeit vorzubehalten in den Debatten die eigentliche Bedeutung des Gesetzvorschlages hervorzuheben. Sie werden nicht gegen die Auszahlung des in Rede stehenden Jahrgeldes stimmen, wohl aber gegen die Ansicht protestiren die Anrechte der Herzogin von Orleans auf jenes Jahrgeld seyen politischer Natur. Dieß hätten sie natürlicherweise nicht gekonnt wenn das Creditansinnen wie Hr. Dupin, welcher bekanntlich der Geschäftsagent der Firma Orleans ist, es wollte, direct an die Commission der Supplementarcredite gewiesen worden wäre. Fassen wir nun, um nicht mißverstanden zu werden, das Gesagte zusammen: entweder ist es der Herzogin von Orleans nur um ihr Jahrgeld zu thun, dann war sie schlecht berathen als sie einen andern Weg als den des gemeinen Rechts einschlug. Indem sie sich direct an die Nationalversammlung wendete, gab sie ihrer Forderung einen politischen Charakter. Oder aber sie wollte dieß, in der Absicht aus der Bewilligung ihres Jahrgeldes durch die Kammer früher oder später gewisse Schlußfolgerungen ziehen zu können, und dann haben die Gegner der Orleanisten, sowohl die Weißen wie die Rothen, vollkommen wohl daran gethan daß sie die Verweisung des Gesetzvorschlags an die Creditcommission unmöglich machten. Das ist die Meinung aller Unparteiischen, und nicht wenig bestärkt werden sie darin durch das verdächtige Stillschweigen der orleanistischen Blätter.

♂ **Chalons** (Saone et Loire), 6 Oct. Die Republik hat durch ein neues Municipalgesetz die Gränzen der Centralisation etwas enger gezogen, und aus den unheilvollen Ereignissen des vorigen Jahres ist ohne alle Anwendung künstlicher Mittel ein Geist des Mißtrauens und der Empörung gegen das revolutionäre Paris entstanden. Daß aber die Macht der tyrannischen Hauptstadt wirklich gebrochen und ihr Einfluß auf die Provinzen wesentlich verringert sey, davon merkt man hier zu Land wenigstens nichts. Im Gegentheil hat die Centralisation durch den Umsturz des Julithrons bedeutende Erleichterungen für die Anwendung desjenigen ihrer Werkzeuge gefunden mit dem sie die wirksamsten Schläge führt, und tiefer als in das Maschinenwerk der Verwaltung, in das Gemüth der Nation selber eingreift. Die Abschaffung des Stempels und die Ermäßigung der Postgelder machten den Pariser Zeitungen eine Wohlfeilheit möglich die ihre Verbreitung in der Provinz wesentlich beförderte. Man bezieht sein Wissen, seine Meinung und seine Vorurtheile aus Paris wie man sich aus Paris einen Schmuck oder eine Perrücke verschreibt, und wenn die Provinz bisher so geduldig ertragen hat was Paris alles in dem wilden Tanze seiner Launen sich beigehen ließ, so kommt dieß unter anderm auch daher daß die Provinz, ich meine die politisirende Provinz, bearbeitet durch ihre Pariser gedruckten Rathgeber, in dem Augenblick wo Paris einen tollen Sprung macht, schon halb und halb so denkt wie Paris handelt. Dieß war schon vor dem Februar der Fall, und erklärt zum Theil den fast widerstandslosen Erfolg der Revolution; die sogenannte Vierzigfrankenpresse, durch die Zugabe unterhaltender wenn auch noch so abgeschmackter Erzählungen mit verdoppelter Zugkraft ausgerüstet, hatte die Geister, mehr als seitdem behauptet wurde, auf einen Umschwung vorbereitet, und seit diesem Umschwung hat, wie gesagt, die Macht des Pariser Journalismus eine noch größere Ausdehnung als zuvor gewonnen. Von den Pariser Blättern hat wohl keines seit der Februarkatastrophe seinen Absatz so bedeutend vermehrt als Girardins Presse. Das Departement der Saone und Loire ist, wie Sie wissen, ein radicales Departement, und Girardin steht bei der Masse nichts weniger als in Credit, sein Liebäugeln mit der Linken in der neuesten Zeit hat ihm das Zutrauen der Rothen nicht verschafft; sie eignen sich hie und da zwar seine Argumente, und zwar am liebsten seine schlechtesten Argumente an, allein sie betrachten ihn doch als einen falschen Bruder, und wollen im Ernste nichts von ihm wissen. Daher ist sein Blatt auch in den wenigsten der zahlreichen Kaffeehäuser von Chalons anzutreffen, und man behauptet sogar die Mehrheit der hiesigen Kaffeewirthe sey übereingekommen Girardins Presse nicht zu halten. Dagegen hatte sich dieser räthselhafte Parteigänger durch sein freies und energisches Auftreten gegen die provisorische Regierung, und später durch seine offene Sprache gegen republikanische Willkür bei denen welche die Gründung der Republik mit Widerwillen oder Mißtrauen sahen, großes Ansehen erworben. Man findet daher seine Presse in vielen Privathäusern, und eine Zeitlang galt dieselbe für ein unfehlbares Orakel. Allein das ist jetzt auch vorbei. Girardins Coketterie mit den Demagogen wurde von vielen Abonnenten übel aufgenommen. Manche haben das Blatt schon aufgegeben, und andere sprechen davon sich nicht mehr zu abonniren. Man will sich seine Belehrung aus Paris kommen lassen, die Pariser Köche bereiten die Enten und andere Zeitungsgerichte schmackhafter zu als die Köche der Provinz, aber man will auch daß diese Pariser Belehrung den eingewurzelten Ansichten, Neigungen und besonders den Interessen die man hat, nicht schnurstracks zuwiderlaufe. Was Girardin besonders geschadet hat, ist die unbesonnen wohlwollende Anwendung des Wortes Socialismus. Hätte er seinen angeblichen Ideen die Form und den Namen conservativer Pillen gegeben, die Freunde der Ordnung hätten sie als etwas sehr heilsames verschluckt, so aber ist er gleich mit der Thüre in das Haus gefallen, und da sind die Leute scheu geworden. Jetzt sind sie nur in Verlegenheit durch welch anderes Blatt sie die Presse ersetzen sollen. Es geht ihnen hiemit wie mit der Republik selbst: sie hätten sie gerne los, aber sie wissen nicht was sie an die Stelle setzen sollen.

Neuestes.

|| **München**, 13 Oct. In einer heute abgehaltenen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde über das Gesetz wegen Abschaffung einiger Strafen und wegen Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer Bericht erstattet, so daß in den nächsten Tagen Berathung und Schlußfassung darüber folgen kann. Ein Vortrag des ersten Secretärs über den Rechenschaftsbericht des Landtagsarchivars erweckte die alten Klagen und Wünsche in Bezug auf Localität, Bibliothek, Functionszulagen u. dgl. Die Debatte war ebenso lang als breit; mehrere dii minorum gentium erfaßten die Gelegenheit sich für einen schönen Augenblick in den Vordergrund zu stellen.

♃ **Rastatt**, 12 Oct. Heute früh ging ein Zug mit 150 Mann Gefangenen unter Bedeckung nach Ettlingen und Bruchsal ab. Man glaubt mit Sicherheit annehmen zu dürfen daß eine große Zahl Ihrer Landsleute sich darunter befunden habe. Und wie ich so eben vernehme, wird morgen wieder ein Zug, über 100 Mann stark, an Bayern abgeliefert werden. Kanonier Gilg wurde heute vom Standgericht zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Berlin, 11 Oct. Der ratificirte Vertrag zwischen Oesterreich und Preußen über Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt ist gestern nach Wien expedirt worden. Die Nachricht der Spener'schen Ztg. daß dieser Vertrag für das Provisorium eine Trias begründe, die von Erzherzog Johann, dem Prinzen von Preußen und dem Prinzen Luitpold von Bayern repräsentirt werden würde, ist völlig unbegründet, vielmehr bekannt daß die neue Centralgewalt nur aus zwei österreichischen und zwei preußischen Commissarien bestehen wird. So meldet die Const. Correspondenz. Nach einer Berliner Mittheilung der Köln. Ztg. hätte 1) Oesterreich darauf verzichtet die Vorsitzfrage ausdrücklich zu seinen Gunsten entschieden, und 2) Preußen darauf verzichtet die Berechtigung zur Bildung des innern Bundesstaats von Oesterreich anerkannt zu sehen; zugleich wäre 3) die Obmannschaft für den Fall der Nichtübereinstimmung der beiden Großmächte mehr nach preußischem Antrage und wenigstens mit Beseitigung der scheingroßen Particularisten geordnet, indeß 4) Oesterreich in Bezug auf die Zulassung von Einzelgesandtschaften der übrigen deutschen Staaten soviel nachgegeben hätte daß dieselben „keine ständigen“ seyn sollen. — Das wichtigste in dieser Sache ist die im neuesten Staatsanzeiger veröffentlichte, am 5 Oct. stattgehabte Verhandlung des deutschen Verwaltungsraths über Berufung eines allgemeinen Reichstags. Der nassauische Bevollmächtigte trug nämlich darauf an daß als äußerste Frist für die Wahlen zum nächsten Reichstag der 15 Jan. 1850 festgestellt werde. Eine solche Feststellung würde zeigen daß die Regierungen des neuen Bundes des redlichen Willens seyen auf der betretenen Bahn bis zur Constituirung des deutschen Bundesstaats fest und entschlossen vorwärts zu gehen. Der königl. sächsische Bevollmächtigte bemerkte alsbald daß er den Antrag für zu frühzeitig und für ungeeignet halte. Indessen erhoben sich nach einander die Bevollmächtigten von Hamburg, den thüringischen, hessischen und mecklenburgischen Staaten, die von Oldenburg und Baden um den Antrag mehr oder minder warm zu unterstützen. Der Repräsentant von Baden fügte den weitern Antrag bei daß sofort eine besondere Commission mit gutachtlichem Antrag darüber beauftragt werde, wie die als Gesammtheit constituirten Verbündeten ihre enge und unlösbare Verbindung mit den übrigen deutschen Bundesgenossen fortan am geeignetsten fortzusetzen haben, wie deren fernerer Anschluß an den Bundesstaat herbeizuführen und die im §. 1 vorbehaltenen Bundesverhältnisse mit Oesterreich in Vollzug zu setzen seyen. Der hannoverische Bevollmächtigte protestirte gegen die Annahme als ob die verbündeten Regierungen sich bereits in einem constituirten Bundesstaat befände, oder in der Constituirung eines solchen begriffen seyen (!) und in dieser Beziehung eine Separatstellung im deutschen Bunde einnähmen. Sachsen und Hannover hätten sich darüber verständigt daß sie einem Antrag auf rücksichtsloses Vorschreiten zur Bildung eines engeren Bundesstaats nicht beitreten könnten, solange die große Mehrzahl des deutschen Südens den Beitritt verweigere. Hierauf verlas der sächsische Bevollmächtigte die dießfällige umständliche Erklärung. Der preußische Vorsitzende (Minister v. Bodelschwingh) aber trat im Namen seiner Regierung dem nassau'schen Antrag bei und motivirte es in ausführlicher Rede. Diese schloß mit der Versicherung er lege auf die Verständigung mit Oesterreich — das sich übrigens vorerst aus dem neuen Bundesstaat selbst ausgeschlossen — den höchsten Werth, er wünsche im Interesse des gesammten Vaterlands nichts sehnlicher als daß das alte Band mit Oesterreich fester und unauflöslicher als je geknüpft werde; er gebe zu daß man um diesen Preis Opfer bringen und mit Selbstverläugnung zu Werke gehen müsse, aber nie und nimmer werde er einer Connivenz das Wort reden die so weit gehe daß sie die Realisirung des Bundesstaates von der Genehmigung Oesterreichs abhängig erkläre. Wenn die gemeinschaftliche Aufforderung der Regierungen von Sachsen, Hannover und Preußen einmal ergangen sey, müsse — das sey seine Ueberzeugung und der feste Entschluß seiner Regierung — auf dem bezeichneten Wege fortgegangen werden, unerschüttert was die übrigen deutschen Regierungen, unerschüttert was die äußere Politik dazu sage. Die Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen machten noch verschiedentliche Einwürfe, welche Gegenbemerkungen hervorriefen, bis am Ende die Fortsetzung der Discussion auf den 9 Oct. bestimmt wurde.

Die Briefe aus **Wien** vom 11 Oct. beschäftigen sich noch immer mit der Hinrichtung des Grafen Batthyany und überhaupt mit Ungarn, ohne daß eine wesentlich neue Thatsache gemeldet würde. Erzherzog Leopold war aus Petersburg, Erzherzog Ferdinand d'Este aus Eberzweier eingetroffen, während Erzherzog Albrecht nach Prag abgereist war. — Aus **Pesth** vom 9 Oct. wird die Hinrichtung eines katholischen Geistlichen gemeldet. Er hatte als Feldcaplan sich bei der Revolution betheiligt, und ward erschossen. Ueber die Hinrichtungen die in Arad vorgenommen worden seyn sollen, hatte man in Pesth wie in Wien bis dahin nur Gerüchte.

London, 9 Oct. In der in Osborne-Haus abgehaltenen Geheimenrathssitzung wurde das Parlament pro forma weiter bis zum 20 Novbr. prorogirt. Der Hof ist jetzt nach Windsorschloß übergesiedelt. — Fürst und Fürstin Metternich reisen heute nach Brüssel ab, wo sie einen längern Aufenthalt beabsichtigen. Die Herzoge v. Cambridge und Wellington machten ihnen gestern Abschiedsbesuche. — Lord Bloomfield, Gesandter in St. Petersburg, ist nach längerem Urlaub auf seinen Posten zurückgekehrt. Gestern saß der dritte Cabinetsrath über die türkische Frage. — Eine neuere Corresp. der Daily News aus Widdin bestätigt daß Bem, und ebenso einige andere Generale zum Islam übergetreten; Bem heißt nun „General Amurath.“ Kossuth, Dembinski, Graf Zamoyski und der Engländer Guyon haben es verschmäht Christum zu verläugnen. — Die vierteljährigen englischen Revenüen-Tabellen zeigen ein sehr günstiges Ergebniß.

Paris, 10 Oct. Die Debatte über den socialistischen Antrag des Hrn. Pelletier ist mit persönlichen Ausfällen ausgegangen. Hr. Savoye hatte der Majorität vorgeworfen daß sie das Schaffott wiederhergestellt und die Minorität unterdrücke, wofür er sich eine scharfe Zurechtweisung von Seiten des Ministers des Innern, Hrn. Dufaure, zuzog. Der Antragsteller wollte dann die Proposition zurücknehmen, es war zu spät, die Bergpartei enthielt sich der Abstimmung und sie wurde mit 433 gegen 5 Stimmen verworfen. Heute sollte Hr. Persigny die angekündigten Interpellationen wegen der massenhaften Absetzung von Beamten vorbringen, er erklärte aber zur allgemeinen Heiterkeit der Versammlung daß er für jetzt davon abstehe, weil er denen die er vertheidige dadurch zu schaden fürchte. Nun kam die Exigenz für den Vicepräsidenten der Republik (52,000 Fr. Repräsentationsaufwand rc.), die dießmal ohne besondere Opposition durchging. Im weitern Verlauf wurden wieder Propositionen verhandelt (über die Herstellung von Fußpfaden an den Eisenbahnen, eine erweiterte Oeffentlichkeit der Sitzungen der Nationalversammlung, die Ermächtigung der Departemental- und Municipalverwaltungen, der Directionen von Hospitälern und andern Wohlthätigkeitsanstalten mit den Patronen- und Arbeitervereinen Accorde über Bauwerke unter 30,000 Fr. abzuschließen) und theils wieder zurückgenommen und vertagt, theils verworfen. Heute hat der Staatsproceß in Versailles seinen Anfang genommen. Der Präsident Berenger und die andern Mitglieder des Staatsgerichtshofs, der Generalprocurator Baroche und die Generaladvocaten Royer und Levesque sind schon vorgestern dahin abgereist. Die Gefangenen wurden gestern Abend um 7 Uhr in fünf Wagen aus der Conciergerie unter Cavalleriebedeckung auf der großen Straße nach Versailles abgeführt. Der Präsident L. Bonaparte hat seinen Sommersitz St. Cloud verlassen und wohnt wieder im Elysée.

* Aus **Marseille**, 8 Oct. schreibt man uns von Gerüchten die sich nach Ankunft der Dampfschiffe Tartare und Tenare aus Civita-vecchia verbreitet hatten. Man sprach von einer Insurrection die in Neapel ausgebrochen seyn und sogar die Ausrufung der Republik zur Folge gehabt haben sollte. Die Nachricht ist schon deßwegen unwahrscheinlich als sie wohl auf directem Weg früher nach Deutschland gekommen seyn würde.

Handels- und Börsennachrichten.

(M. Chronicle.) Die gesammte Brutto-Einnahme des Eisenbahnverkehrs der vorigen Woche zeigt, im Vergleich mit dem vorigen Jahr, einen Abfall von 54 auf 46 Pf. St. für die englische Meile. Die Zahl der dem Verkehr eröffneten Meilen ist 5048, während es am Schlusse des Jahres 1848 4167 Meilen waren. Namentlich auf allen von der Hauptstadt auslaufenden Schienenwegen zeigt sich eine Abnahme des Verkehrs, mit Ausnahme der London-Brightoner Bahn, wo derselbe vielmehr beträchtlich gestiegen ist.

Paris, 10 Oct. 3proc. 55.60; 5proc. 87.75; Bankactien 2340; röm. 78; span. active $21\frac{1}{2}$; passive $3\frac{1}{4}$; 3proc. $34\frac{1}{4}$; innere Schuld $27\frac{1}{2}$; piem. v. 1849 960; Vers. rechte U.-B 205; Paris-Orleans 735. Rouen 525; Straßburg 348.75; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 245; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 402.50 Tours-Nantes 286.25; Mont.-Troyes 112.50. Das Gerücht im Toulonnais vom Ausbruch einer Revolution in Neapel hatte die Fonds gedrückt.

♀ **Wien**, 11 Oct. Die Börse eröffnete auch heute ziemlich matt und die Fondscourse konnten sich auf der gestrigen Höhe nicht behaupten — 5proc. Metalliques wichen auf $85\frac{1}{2}$, das neue Anlehen auf $84\frac{3}{4}$ und k. k. Anlehensloose vom J. 1839 auf $112\frac{1}{2}$ à 113; wogegen Wechsel auf fremde Plätze sowie Comptanten sich abermals höher stellten. Besonders war heute die Nachfrage für Devisen auf Amsterdam und Hamburg sehr groß, und wurden erstere bis 150 und letztere bis $158\frac{1}{2}$ bezahlt. Augsburg war bis $107\frac{3}{4}$, London bis 10.55 zu lassen. Auch Gold stark begehrt und bis $12\frac{1}{4}$ Proc. Agio gemacht. Gegen das Ende der Börse wurden Fondscourse wieder etwas fester und schlossen die Notirungen bei übrigens beschränktem Umsatze (um 3 Uhr): 5proc. Metalliques $95\frac{7}{16}$–$95\frac{1}{2}$, $4\frac{1}{2}$proc. Metalliques (neues Anlehen) $84\frac{3}{4}$–$\frac{7}{8}$, Loose vom J. 1834 $161\frac{1}{2}$–$162\frac{1}{2}$, Loose vom J. 1839 $112\frac{1}{2}$–113, Bankactien (fest) 1205-1208, Nordbahnactien $110\frac{3}{8}$–$110\frac{5}{8}$, Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12 Proc., Silberagio $7\frac{1}{4}$ Proc. Neueren Berichten zufolge belaufen sich die Frankfurter Subscriptionen auf das neue Anlehen auf 1 Million 200,000 fl.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Badische Zustände.

* **Aus Baden**, 8 Oct. Wir haben in einem früheren Briefe auf die Nothwendigkeit hingewiesen mit der Begründung gesetzlicher Zustände in Baden nicht länger zu säumen; denn je schwieriger es ist nach langer Zerrüttung Gesetz und Achtung vor dem Gesetz neu zu befestigen, um so mehr sollte man sich bedenken das fast ausschließliche Regiment militärischer Gewalten und militärischer Gesetze allzusehr zu verlängern. Ein Land das von bureaukratischer Willkür durch das Medium der „gemüthlichen Anarchie" zur Herrschaft revolutionärer Gewalt fortgetrieben worden ist, wird durch Martialgesetze zwar momentan in Schranken gehalten, aber nicht auf die Dauer zu Zucht und Ordnung zurückgeführt. Man muß dieß um so nachdrücklicher wiederholen, je näher die Gefahr liegt daß dem einen Extrem ohne alles Maß das andere folge. Ist doch unser politisches Philisterthum, das vor einem Jahr und noch bis zum Mai nicht satt werden konnte an Freiheitsforderungen, und dem wir damals alle als entsetzlich „reactionär" galten weil wir zur friedlichen Befestigung „der neuen und vollständig genügenden Errungenschaften" mahnten, ist doch dasselbe Philisterthum wenigstens zum Theil nun ebenso begierig nach rücksichtsloser martialischer Strenge, möchte es doch den Frieden und die Glückseligkeit des Martialgesetzes auf ewige Zeiten ausgedehnt wissen! Sind doch viele von den gesinnungstüchtigen Leuten die bei dem großen Sturm gegen Regierung und Kammern mitschrieen, und in das unsinnige „Kreuziget ihn!" gegen den abgetretenen Minister Bekk wacker miteinstimmten, jetzt schon so weit bekehrt daß sie dem neuen Regiment der Bajonnette bereits ihr wohlfeiles Hosianna zurufen, und nach allen den so oft wiederholten Versicherungen von der Mündigkeit des badischen Volks nun schließlich zu der Einsicht gelangt sind „daß Baden für die constitutionelle Freiheit noch nicht reif sey." So rasch und jählings ist dem Paroxysmus des souveränen Unverstands das Fieber des souveränen Schreckens gefolgt, daß wie vor einem Jahr in möglichst unsinnigen Proben von Gesinnungstüchtigkeit, so jetzt in möglichst starken Zeugnissen reactionärer Gesinnung bisweilen eine Art von Wetteifer sich kundgibt.

Eine verständige und patriotische Regierung wird diesem Fanatismus für Ordnung und Ruhe nicht viel mehr Gewicht beilegen als dem frühern Unverstand, dem wir die Zerrüttung und Auflösung verdanken. Sie wird begreifen daß der noch gesunde Theil des Volks die Zustände der Gewalt und Ausnahmsmaßregeln erträgt, weil er in ihnen den Uebergang zu festen, geordneten und legalen Verhältnissen erblickt. Sie wird sich nicht verhehlen können daß mit den Ultras rechts und links in Baden so wenig als anderwärts eine heilsame Restauration eingeleitet werden kann; daß sich dieselbe vielmehr auf die Bedürfnisse und Stimmungen desjenigen Theils der Bevölkerung stützen muß in welchem die Grundbegriffe gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung noch nicht verwischt sind, und der in dem Chaos der letzten Zeit die Tramontane nicht ganz verloren hat. Die Regierung hat jetzt was ihrer Vorgängerin fehlte: Erfahrungen die an der Bevölkerung doch nicht ganz spurlos vorübergehen können, und die Stütze einer thatsächlichen, materiellen Gewalt, die jeden Rückfall in die alte Krankheit fürs erste zurückweisen kann. Sie hat wenig Hindernisse zu fürchten, wenn sie die innere Verwaltung von Grund aus neu aufrichten, und den Gesetzen eine andere Gewähr geben will als sie unter bureaukratischer Willkürherrschaft und demagogischem Clubterrorismus zu erschaffen war. Das mächtigste Hinderniß einer dauernden inneren Genesung — die Kleinheit des Staats selbst — wird freilich erst dann beseitigt werden können, wenn einmal die Hoffnungen auf die Gründung eines deutschen Gesammtstaates ihre lange verzögerte Erfüllung finden.

Die Einberufung der Stände, welche in den Zeitungen auf Mitte Novembers angesagt ward, ist bis jetzt weder durch eine officielle noch halbofficielle Kundgebung angekündigt worden; die Regierung selbst scheint mit sich noch nicht im reinen zu seyn welchen Weg sie einschlagen will. Zunächst mag das financielle Bedürfniß sie zu einem Schritt drängen zu dem sie schwerlich innern Trieb und Neigung in sich spürt — wir würden ihr diese Gesinnung nicht verargen, da in Lagen wie die gegenwärtige ist, die Anwesenheit berathender Versammlungen einen mindestens nur zweifelhaften Werth hat. Wenn sich die financielle Nothwendigkeit umgehen ließe, würde es der Natur der Sache wohl am meisten entsprechen wenn die Regierung frisch ans Werk der Organisation und Wiederherstellung ginge, ihre Arbeit rasch und ungestört vollendete, und dann vor die Kammern träte um Rechenschaft abzulegen. Die Verschiebung der bevorstehenden Landtagssitzung würde durch die exceptionelle Lage der Dinge vollkommen entschuldigt; für das vollendete und gelungene Werk der Reorganisation würde jede halbwegs verständige Versammlung bereitwillig eine nachträgliche Indemnitätsbill ertheilen. Der Weg wäre ungewöhnlich, aber er würde, scheint uns, directer und weniger schwierig zum Ziel führen als jeder andere.

Die badische Regierung ist bei jeder Berufung der Stände in einer ganz absonderlichen Lage. Noch ist eine Ständeversammlung vorhanden die bis jetzt weder aufgelöst noch vertagt, noch förmlich beurlaubt ist, die nur seit dem 14 Mai ihre Sitzungen unfreiwillig hat unterbrechen müssen, die aber jeden Augenblick durch ihren Präsidenten zusammenberufen werden kann. Daß es bis jetzt nicht geschehen ist, wird durch die Verhältnisse wie sie sind vollkommen gerechtfertigt. Es ist dieß dieselbe Kammer gegen die sich der stürmische Andrang der revolutionären Partei mit wahrer Berserkerwuth richtete, die man durch Mißtrauensvoten, Schmähungen, Verdächtigungen hat von ihrem Platze zu verdrängen, durch den Austritt der äußersten Linken hat beschlußunfähig zu machen gesucht — dieselbe Kammer die sich des ehrenvollen Hasses der Rothen in einem kaum zu beschreibenden Maße erfreute, und gegen die jetzt der ebenso erklärliche, aber lange Zeit verhaltene Haß der vormärzlichen Restaurationsmänner allmählich anfängt sich Luft zu machen, dieselbe Kammer die jüngst selbst ein sehr conservativer Correspondent dieser Blätter, der seinen Ingrimm gegen die Wühler sonst kaum bändigen konnte, sondern einige fast namentlich der Acht und Aberacht preisgab, als „eine der öffentlichen Meinung längst verfallene" bezeichnet — ein Beweis daß auch die ganz vormärzlichen Politiker es unter Umständen genehm finden sich auf die Stimmen der Volksvereine als auf die „öffentliche Meinung" zu berufen.

Noch mehr: in dem Organ der Regierung, der Karlsruher Zeitung, wurde ihr jüngst der unbeschreiblich naive Vorwurf gemacht, sie habe am 14 Mai ihren Platz verlassen statt die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Im Moment wo die revolutionäre Partei, die nicht leicht eine Person oder eine Körperschaft bitterer haßte als diese Kammer, an der Spitze trunkener und zügelloser Soldaten in die Hauptstadt einzog, wo Hof, Regierung und Officiere entflohen waren, die höchsten Beamten den verächtlichen Haufen die sich als provisorische Regierung gerirten, Gehorsam schworen, das Heer in Auflösung begriffen, die Masse der „Gutgesinnten" ganz eingeschüchtert und willenlos war — in diesem Moment hätte ohne Zweifel ein Versuch jener Versammlung das Staatsruder zu ergreifen einen ganz außerordentlichen Erfolg gehabt! In der That ein wohlbegründeter Vorwurf! Und wie fein ist in dem eignen Organ der Regierung damit dem Großherzog, dem Hof und den Officieren der viel schwerere Vorwurf *ihrer Flucht* vorgehalten! Wie zart und doch wie bitter ist damit angedeutet welch schwere Verantwortung sie durch ihre Desertion auf sich nahmen! Und da die Kammer weil sie ihren Posten preisgab, nachdem alles bereits desertirt war, fortan unbrauchbar seyn soll, wie nahe ist die Folgerung gelegt daß auch alles andere was damals zur Flucht das *Beispiel gab*, fortan unhaltbar und unbrauchbar sey! Fürwahr wir haben allen Grund den Tact und den taciteischen Freimuth des Hof- und Regierungsorgans in gleich hohem Maße zu bewundern!

Auch von verständigeren Leuten, die sich so alberner Vorwürfe weislich enthalten werden, hören wir indessen häufig die Anklage, es sey jene Kammer in ihrer Mehrheit zu schwach und zu Concessionen zu bereitwillig gewesen. Der Vorwurf läuft ungefähr auf dieselbe Anklage hinaus die man jetzt fast täglich und allerwärts gegen das abgetretene Ministerium Bekk erheben hört, und die häufig gedankenlos genug von Leuten welche die Dinge besser beurtheilen *könnten*, gläubig nachgesprochen wird. Man kann zugeben daß in einzelnen Fällen Regierung und Kammer mehr Energie hätten entfalten können, aber im allgemeinen trifft der Vorwurf die nicht gegen die er zunächst gerichtet seyn soll. Man klage die Kleinheit und Schwächlichkeit des badischen „Staates" an sich an, man verdamme die Cabinetspolitik die fast zehn Jahr lang diesen schwächlichen Staat untergraben half, und ihn kurz vor den Märztagen einem liberalen Ministerium der Concessionen vollständig zerrüttet überließ, man bringe die Auflösung und Ohnmacht des badischen Beamtenwesens, die Zerrüttung des Heeres (die nicht erst vom Mai 1849 datirt) in Rechnung, man vergesse nicht die Krisis des Jahrs 1848 gehörig ins Gewicht zu legen — und wenn man dieß alles überschlagen hat, dann mag man auch der Regierung und Volksvertretung, die bis zum Mai 1849 bestanden hat, ihren Antheil an der allgemeinen Schuld zur Last schreiben. Sind doch Staaten von ganz anderer Schwere und Lebenskraft — sollen wir an Preußen, an Oesterreich erinnern — momentan der revolutionären Krisis unterlegen, haben doch selbst sie lange genug sich unter das Gassenregiment elender Demagogen, Bummler und Abenteurer widerstandlos beugen müssen. Wieviel weniger konnte einer solchen Krise Baden widerstehen, dem auch nicht entfernt die geschlossene und feste Heeresmacht, die einsichtige und zuverlässige Verwal-

tung Oesterreichs und Preußens zu Gebote stand! Das Uebel das Baden unterwühlt hat, kann nach der Reihe alle kleineren deutschen Staaten ergreifen, wenn nicht durch eine feste Ordnung der allgemeinen vaterländischen Dinge der Ohnmacht und Hülflosigkeit der Kleinstaaten begegnet wird. Württemberg befand sich eine Zeitlang in ganz ähnlicher Gefahr wie Baden, und sein liberales Ministerium hat wahrhaftig lange genug im Laviren, Concediren und Geschehenlassen die Bedingungen seiner Erhaltung suchen müssen. Daß Fehler im einzelnen gemacht worden sind, daß hie und da die Sachen anders hätten angefaßt werden können, kann man zugeben, ohne deßhalb für eine Krisis, die lange vorbereitet war und deren Quellen nicht in den badischen Verhältnissen allein und vorzugsweise zu suchen sind, ein Ministerium und eine Kammer verantwortlich zu machen. Eine Naivetät ganz eigener Art liegt namentlich darin, wenn dieselben Leute die in den Zeiten der Krisis nur das Bild der Entmuthigung und Desorganisation boten, statt die Stützen einer achtunggebietenden Gewalt zu seyn, der abgetretenen Regierung vorwerfen sie habe keine Energie entwickelt. Es ist ebenso naiv wie wenn Lobredner und Schmeichler der gegenwärtigen Gewalt in diesen Vorwurf mit vollen Backen einstimmen, und ganz vergessen aus wessen Hülfsmitteln die Energie der neuen Regierung zusammengesetzt ist. Mit 30 000 Mann Preußen, ohne Presse, ohne Vereine, hinter dem gewaltigen Schild des Kriegszustandes, mit einer Bureaukratie die neben solchen Subsidien natürlich wieder Muth und Selbstvertrauen gefunden hat — läßt sich freilich schon eher „Energie" entwickeln als es einem parlamentarischen und scrupulös legalen Ministerium gegenüber einer zügellosen Presse und einem organisirten Clubwesen, ohne zuverlässige Beamte und Soldaten jemals möglich war.

Die Kammer von 1848 und 1849 suchte unter den Umständen wie sie waren noch zu leisten was zu leisten war. Von dem souveränen Unverstand der in unsern kleinen deutschen Kammern fast allerwärts als bezeichnendes Symptom des Krankheitszustandes hervortrat, war sie frei, auch wenn sie in Concessionen an die demokratische Zeittendenz sehr weit ging. Aber sie hielt an Lebenspunkten mit einer Zähigkeit und Hartnäckigkeit fest die wir der constitutionellen und conservativen Partei hätten überall wünschen mögen. Sie ließ sich in Zeiten wo viele jetzt wieder beredt gewordene Leute ganz stumm waren, oder wo die kurzsichtige Beschränktheit des politischen Philisterthums sich von dem Lärm der Volksvereine einschüchtern ließ, durch alle die Mittel des demagogischen Terrorismus, die damals angewandt wurden, nicht bewegen vor dem Feind den feigen Rückzug anzutreten. Selten ist wohl eine Körperschaft mehr wider Willen an ihrem Platz geblieben als die letzte badische Kammer; sie sehnte sich nach dem Tag ihrer Auflösung, aber sie wollte sich die Beschleunigung dieses Termins von demagogischer Frechheit nicht abtrotzen lassen. Vergeblich waren die Adressen- und Proteststürme der Volksvereine, vergeblich der Austritt der Linken und die Renitenz ihrer Wahlbezirke — die Kammer ließ sich in der Lösung ihrer Aufgabe nicht irre machen, und sie hatte höchstens noch eine Woche zu tagen als die Rastatter und Offenburger Auftritte ihr den Lebensfaden zerschnitten. Ein wesentliches war indessen erreicht: statt daß man den Aufruhr in eine legale Form kleidete und, wie es Brentano's Absicht war, mit Hülfe einer „constituirenden Versammlung" das erreichte was nachher um viel höhern und gefährlichern Preis zu Rastatt und Offenburg erlangt ward, war die revolutionäre Partei gezwungen die Maske abzunehmen und, statt der legalen Heuchelei, es mit dem offenen Aufruhr zu versuchen. Dieß war ein Glück für Baden; denn so schlimm die Dinge geworden sind, es gab noch ein schlimmeres: wenn sich der Krankheitsstoff, statt mit einemmale zu dem nothwendigen Ausbruch zu gelangen, noch eine Zeitlang im Körper festsetzte und vollends alle gesunden Theile angriff. Dieß geschah wenn die demagogische Intrigue der gewissenlosen Anführer gelang, wenn man unter der Form einer legal berufenen Versammlung und eines aufgedrungenen Ministeriums das Regiment der Volksvereine und Volksausschüsse auf den Thron setzte, die Demagogen schrankenlos und mit dem Freibrief angeblich gesetzlicher Zustände schalten und walten ließ, und so das Land materiell und sittlich bis ins innerste Mark vergiftete und verdarb. Der Ausgang, eine militärisch gewaltsame Reaction, blieb immer derselbe; aber der Preis war dann noch höher und unberechenbarer als der den Baden jetzt entrichtet hat. Durch die Renitenz der Kammer wurde die Advocatentaktik durchkreuzt; man hatte Minister werden wollen, und mußte sich nun in Gottes Namen zur trübseligen und gefährlichen Rolle eines revolutionären Dictators bequemen — und das war ein arger Rechnungsfehler.

Recht badisch wäre es gewesen und hätte ganz zu unserer politischen Art gepaßt, wenn die Kammer, ärgerlich über den Lärm der Rothen und angeekelt von der feigen Entmuthigung der eigenen Partei, den Rückzug angetreten, der Partei Brentano friedlich das Feld geräumt und sich mit dem stoischen Trost des „après nous déluge" ins Privatleben zurückgezogen hätte. Das war, wie gesagt, ächt badisch, und insofern handelte die Kammer, indem sie heroisch blieb, ganz gegen die einheimischen Ueberlieferungen; der Grundsatz: man müsse, um dem Lärm ein Ende zu machen, gegen besseres Wissen und Gewissen Chamade schlagen, man müsse gegenüber den Schreiern und Krakeelern lieber als Klügster nachgeben, dieser Grundsatz war nicht bloß häufig in den regierenden Regionen, sondern namentlich unter den Parteien die sich constitutionell, liberal oder conservativ nannten, die vorherrschende Maxime. Acht badisch war auch die Altweiberpolitik, die im Momente des Aufruhrs noch meinte man müsse lieber mit ein paar zahmeren Revolutionsmännern es „probiren", d. h. in einem heuchlerischen und durch und durch unwahren Compromiß den Staat vollends ruiniren lassen. Lieber eine schleichende, langsam vergiftende Krankheit als eine mächtige, erschütternde Krisis auf Leben und Tod, lieber Palliativen, die nicht zum Leben und nicht zum Sterben sind, als gründliche Radicalcuren — darüber werden bei uns Leute von den verschiedensten Parteien ganz einig seyn.

Hat die letzte Kammer durch ihre Renitenz gegen die Revolution sich den ehrenhaften Haß der Rothen in einem sehr bemerkenswerthen Grade erworben, so fehlt es auch nicht an hinreichenden Gründen ihr die tiefe Abneigung ganz entgegengesetzter Meinungen zu verdienen. Haben wir von dem Mai allen Schmutz und alle Gemeinheit der anarchischen Presse auf die Kammer häufen sehen, so gibt sich jetzt die vormärzliche Restaurationsweisheit alle Mühe ihre souveräne Mißachtung an den Tag zu legen. Vor dem 14 Mai schwieg diese Partei; denn damals war die Kammer noch eine Schranke gegen das Andrängen der Rebellion, und es waren damals noch nicht die dreißigtausend Pickelhauben im Lande, unter deren deckendem Schirme man jetzt viel aufrichtiger mit seiner innersten Herzensmeinung hervorrücken kann. Vor dem Mai mußte man noch sehr an sich halten; man stimmte zu allem was die im tiefsten Innern sehr verhaßte Kammer beschließen mochte, wie man denn auch die friedliche Agitation für die ebenso verhaßte Reichsverfassung vom 28 März damals mitzumachen sich bequemen mußte. Wozu sich aber jetzt noch Zwang anthun, nachdem mit Hülfe der preußischen Bajonnette sich die Aussicht bietet alles wieder in vormärzliche Restaurationsphasen zurückzuführen?

Wie gesagt, der Haß den diese Partei gegen die jüngste Landesrepräsentation hegt, ist ganz wohl motivirt. Die Kammer war zwar nichts weniger als roth, aber die ganze Gesetzgebung die sie mit dem Ministerium Bekk vereinbart hat, ist von dem freisinnigsten Geiste dictirt. Noch kein Landtag seit dem Bestehen der Verfassung hat so viele liberale Gesetze zu Stande gebracht — nur schade daß inzwischen schon die Kraft verloren gegangen war diese Gesetze zu handhaben. Es sind darunter auch einzelne legislative Werke die sehr kenntliche Mängel haben, aber im allgemeinen sind die „Märzerrungenschaften" und die „Grundrechte" kaum in irgendeinem deutschen Staate vollständiger mit der Landesgesetzgebung in Einklang gebracht worden als auf dem letzten badischen Landtage. Eine Reihe von Gesetzeswerken die von ebenda ausgegangen sind, athmen eine tiefe Abneigung gegen alle Bureaukratie, andere wieder gehen auf der Bahn demokratischer Selbstregierung sehr weit vor, weiter wohl als es Baden und seine Bevölkerung vertragen kann. Auch war die Kammer entschieden bundesstaatlich und erbkaiserlich gesinnt — ein neues Verbrechen in den Augen der nicht einflußlosen Partei, der zwar jetzt die Preußen als Ordnungsstifter in Baden sehr willkommen sind, die sich aber durch Sympathie und politische Ansicht entschieden mehr zu den Epigonen Metternichs und der ihnen vorschwebenden Restauration des Bundestags hingezogen fühlt. Kein Wunder daß jetzt, wo der Tadel der Rothen verstummt ist, die Vormärzlichen ihrem conservativen Abscheu gegen eine Versammlung Luft machen die in ihren Augen im Grunde ebenso jacobinisch angesäuert war wie die berüchtigte „prostituirende" Brentano's. Sie machen ihrem Groll um so ungestümer Luft, je länger ihnen die Pein auferlegt war zu schweigen und gutzuheißen was von dort ausging. Sie nehmen als ausgemachte Sache an daß, wenn man in dieser wie in jeder andern Beziehung wo möglich die vormärzlichen Erinnerungen zurückführe, die Reorganisation Badens gesichert sey. Gelernt haben sie nichts, aber von den Erfahrungen welche die jüngste Zeit in blutigen Zügen unserer Erinnerung eingrub, das meiste schon wieder vergessen. Wenn die halbofficielle Presse versichert das Land sey ruhig und bekehrt, die Bureaukratie ihre vormärzlichen Künste, die noch vor kurzem dem revolutionären Civilcommissär zu Diensten gewesen, nun auf die Weisung preußischer Majors und Obersten recht con amore repetirt, die wichtige Function des Ceremonienmeisters mit größerer Scrupulosität als je geübt wird, in allem übrigen alles bleibt wie es weiland war, so ist jene Partei beruhigt über die Zukunft Badens — wenigstens so lange die preußische Besatzung bleibt. Dieser Partei ist auch das gegenwärtige Ministerium bei weitem nicht vormärzlich genug; sie zittert wahrhaft vor Ungeduld nach Staatsstreichen und octroyirten Verfassungsverletzungen. Ihre poli-

tische Thatenlust, die achtzehn Monate brachliegen mußte, scheint sich in der unfreiwilligen Pause wieder recht gestählt zu haben; wie sie vor dem März von oben den Demagogen das Beispiel der Rechtsverletzungen gab, so möchte sie auch nach dem Mai wieder den Revolutionärs einer ferneren Zukunft Vorläufer und Exempel werden. Sie erwartet von der Wiedereinführung der Stockprügel wahre Wunder der moralischen Wiedergeburt, und hat sich gegen bestehende Gesetze und Gerichte bereits mit so frivolem Uebermuth ausgelassen daß ernstlich davon die Rede seyn konnte ein Staatsanwalt werde gegen das Organ der Regierung Klage erheben wegen Herabwürdigung der gesetzlich bestehenden Gerichte. Diese Partei erwartet, bei der Frage ob und wie man mit der Landesvertretung verfahren solle, alles Heil von einem Staatsstreich. Darüber in einem nächsten Brief.

Die Neugestaltung Oesterreichs.

III.

H In der Organisation, wie wir sie vorschlagen, wird nicht nur den Principien der Einheit, der Nationalität und des Constitutionalismus gebührende Rechnung getragen zur harmonischen Entfaltung des Ganzen, sondern uns dünkt, die ungarische Frage werde dabei auch eine angemessene Lösung finden. Ungarn kann dann in seinen alten Gränzen bleiben, und dennoch können die wirklich inhaltvollen Eigenthümlichkeiten innerhalb derselben ihren lebensvollen Ausdruck finden. Kaiser Ferdinand gab im tumultuarischen März den Ungarn als ihr König was er als Kaiser von Oesterreich nicht geben durfte, sogar ein selbständiges Ministerium. Die Magyaren beuteten zu ihrem eigenen Unheil diese Errungenschaft in nationaler und staatlicher Weise aus. Im Strudel der Erhebung wiesen sie alle Forderungen des Gesammtstaats mit Geringschätzung ab, in der stolzen Hoffnung ein selbständiges Reich mitten in Europa aufrichten zu können. „Oesterreich ohne Ungarn", sagte dieser Tage die Times, „ist eine secundäre Macht; das in sich selbst zerrissene Ungarn aber ohne Oesterreich ist ein Fangball zwischen Türken, Slaven und Russen, welch letzteren es anheimfallen muß. Die staatsmännischen Führer des erregten Volks wußten dort auch kein Maß zu halten in ihrem Bestreben für das Magyarenreich, ihre Fehler wie ihr Vergehen waren national, sie übersahen im Taumel daß nur im Anschluß an Oesterreich der mächtige Schutz für das Emporblühen ihres heißgeliebten Vaterlands zu finden war." Die Gemäßigten, an deren Spitze früher Graf Szechenyi stand, sowie die ultraconservativen Magyaren sind zwar jetzt noch der völligen Verschmelzung der beiden Länder so abhold wie es Kossuth selbst war; allein die durchgreifenden Reformen, die Abschaffung der feudalen Mißbräuche, die politische Berechtigung der Bürger und Bauern, endlich selbst die Gleichstellung in dem Beitrage zu den Reichs- und Staatsbedürfnissen — diese ökonomische Umgestaltung wird auch bald eine andere politische Anschauung bedingen. Schon gestehen die sogenannten Altconservativen der Märzverfassung alle nothwendigen Consequenzen einer einheitlichen Verwaltung und Gesetzgebung zu, und beanspruchen dagegen in voller Ausdehnung die provinzielle Selbstbestimmung, wie sie in den §§ 73, 74, 75 zugesichert ist. Ihre Hoffnung beruht dabei auf dem Staatenhause, einer Institution die als Delegation der einzelnen Provinzen wesentlich conservativ für die Provinzialverfassungen wirken werde. Die kleinern Kronländer aber, die ihre Existenz eben den centralistischen Bestrebungen verdankten, würden in diesem Sinn das Staatenhaus oder die Vereinigten Ausschüsse nicht beschicken. Will man also Ungarn die Integrität der provinziellen Gränzen gern bewahren und sich doch nicht der Gefahr aussetzen sämmtliche in die Vereinigten Ausschüsse oder später ins Oberhaus Delegirte Ungarns von einer oppositionellen Mehrheit am Landtage wählen zu sehen, die mit den Polen und Italienern vereint gegen die Deutschen stehen möchte: so übrigt eben nichts als innerhalb der ungarischen Gränzen analog den diesseitigen auch Kreise herzustellen mit dem Rechte zu Abordnung in das Staatenhaus, die allgemeinen ungarischen Angelegenheiten aber durch einen ungarischen Landtag entscheiden zu lassen.

So würde sich auch die Frage über die Slovakei von selbst lösen, ob es ein abgesondertes Kronland bilden solle oder nicht. Einer vollständigen Trennung der autonomen Slovakei von Ungarn können wir nicht das Wort reden, weil es die Aufgabe in Oesterreich nicht ist eine möglichst große Zahl von abstracten Nationalitäten isolirt nebeneinander zu stellen. Aber man gewähre und sichere der Slovakei als einem Kronlande eine eigene Justiz und Civilverwaltung unter einer tüchtigen Provinzialvertretung, und bringe sie wieder in Verbindung mit Ungarn, indem man sie zugleich für allgemeine ungarische Angelegenheiten an dem ungarischen Landtage theilnehmen läßt. So ist den Slovaken geholfen, die Integrität der ungarischen Gränzen gewahrt und zugleich dem centralistischen Princip eine weitere Gewähr geboten.

Wer freilich die sofortige völlige Assimilirung Ungarns mit den übrigen Kronländern durch eine ungebrochene Verwaltung und durch einen Reichstag für praktisch ausführbar hält, der wird auch unsere vermittelnde Ansicht zurückweisen. Wir meinen, in der Gesammtpolitik Oesterreichs müsse, wenn auch mit weiser Mäßigung, dem föderalistischen Princip Rechnung getragen und die geschichtlich herausgebildete Individualität dürfe nicht geknickt werden, damit sich die Zukunft des Reichs auf naturgemäße Weise an die Vergangenheit der einzelnen Provinzen anknüpfen lasse und jähe Sprünge vermieden werden. Der organische Körper hat seine Lebendigkeit an der freien Regung der einzelnen Glieder, und dem Provinzialismus selbst dürfen nicht die Adern unterbunden werden wenn man überall die Pulsader des Staatsorganismus frisch schlagen hören soll.

Und warum denn auch eine nicht zu rechtfertigende Ungeduld für politische Centralisation, solange die ökonomische Grundlage dafür noch gar nicht gelegt ist, nicht gelegt seyn kann? Wahrlich, ein schöpferisches organisatorisches Eingreifen in dieses, das wirklich Mächtige, ist wichtiger und dringender als das idealpolitische Experimentiren. Will Oesterreich auf einmal ein philosophischer Staat der Abstraction werden? Zuerst hat Oesterreich nach allen Dimensionen den wirthschaftlichen Grund für das constitutionelle Staatsgebäude zu legen um dann auf demselben den Bau selbst emporwachsen zu lassen. Um der politischen Einheit sicher zu seyn, muß die ökonomische Einheit vorher begründet werden; die Einigung des Kaiserstaats in Zoll und Handel ist die dringendste Maßregel, die festbindenden Kitt in tausenderlei Verhältnisse und alle Lebensfugen gießen wird. Die gewaltigste Centralisationskraft (eine unendlich höhere und wohlthätigere als in der gesammten Bureaukratie der Welt zusammengenommen) liegt in der Industrie und dem beweglichen Vermögen sowie in der freien Entfaltung beider, und wo man solche Hebel großartig ansetzen kann, da braucht man um eine andere Centralisation nicht besorgt zu seyn. Das beweist ja England, Belgien, selbst Frankreich und die neue Welt — alles Länder mit den verschiedenartigsten Volksbestandtheilen, deren politische Einheit aber wesentlich auf ihrer ökonomischen beruht. Und wie unendlich größere Mittel sind dafür in Vergleich mit frühern Zeiten der unsrigen geboten, unserer Zeit mit ihren Eisenbahnen, ihren Dampfmaschinen, ihren wunderbaren Verkehrseinrichtungen, ihren großen Bankanstalten, welche die Fäden abgeben um den befreiten Boden und die befreite Arbeit — an sich selbst schon neugewonnene feste Stützen für den Bestand des Reichs — um jedes einzelne Grundstück und jedes Gewerbe an das gemeinsame öffentliche Interesse und an das Centrum des Staats zu knüpfen! Durch die Entwickelung seiner Creditanstalten allein kann Oesterreich mehr centralisiren als durch sein ganzes Beamtenthum, und ein solches Centralisiren zu Gunsten der Volkswirthschaft trägt dem Staat, statt Kosten, nur Segen ein.

Die Russen in Ungarn.

* **Steiermark**, 9 Oct. Die Correspondenz aus Moskau vom 11 Sept. wäre jedenfalls besser ungeschrieben geblieben. Sie dient zu nichts als eine kleine vorübergegangene Empfindlichkeit, die sowohl durch die öffentlichen Erlasse der beiden Kaiser als durch die überall laut gewordene Stimme der Heere und ihrer Führer bereits längst beschwichtigt war, wieder aufzufrischen und die Narbe zu reizen. Keine noch so gewandte Logik wird behaupten können daß es nicht ein etwas verletzender lapsus calami gewesen sey, wenn die (nun schon historischen) Documente des Marschalls Paskewitsch das eroberte Ungarn dem russischen Kaiser zu Füßen legen, ohne der österreichischen Heere auch nur Erwähnung zu thun. Feldzeugmeister Baron Haynau hat, in richtiger Würdigung des dadurch allerdings verletzten Selbstgefühls des Heers, diesem Rechnung getragen, indem er auf jene unläugbaren siegreichen Schlachten der österreichischen Truppen hinwies, welche das ungarische Corps unter Görgey gezwungen hatten sich bei Vilagos den russischen Truppen zu ergeben, denen es zugetrieben wurde. Hiermit waren die Thatsachen hergestellt, und die indirecte Verletzung des eigenen Heeres ebenso indirect abgelehnt worden. Wie wenig die Oesterreicher gemeint sind die Verdienste der Russen zu unterschätzen, wie herzlich sie sich ihres wohlverdienten Ruhmes freuen, ihre Tapferkeit anerkennen, ihre Mannszucht ehren, darüber liegen hundert öffentliche Belege vor. General Panlutine, unser unmittelbarer Gefährte, wird in dem eigenen Heere nicht höher gestellt als in unserm, und ebenso wissen wir recht gut daß dem tapfern General Lüders und seinen Truppen und ihren ausgezeichneten Führern das Hauptverdienst der Eroberung Siebenbürgens gebührt. Die österreichische Armee würde von dem hohen Standpunkt auf den sie ihre Tapferkeit gestellt hat, herabsteigen wenn sie auch nur entfernt das gleiche Verdienst irgendeiner andern Armee mit dem kleinsten Neide betrachten könnte, zumal einer die mit ihr brüderlich und in einträchtigem Wetteifer auf den gleichen Schlachtfeldern gekämpft, und ihr ritterliche Hülfe zu einer Zeit geleistet hat wo wir numerisch nicht im Stande waren überall unsern zahlreichen Feinden zu gle

cher Zeit die Stirne zu bieten. Es wäre daher, wie uns dünkt, weise gethan diese brüderliche Eintracht auf dem Schlachtfelde nicht außer demselben zu trüben. Daß in diesem Kriege die größte Aufgabe den Oesterreichern zufallen mußte und zugefallen ist, daß das russische Hülfsheer schon durch sein bloßes Erscheinen schnell Schwierigkeiten gelöst hat, die sonst noch lange Zeit zu ihrer Lösung gebraucht hätten — alles das erkennt man hier mit bereitwilligem Danke; es würde aber dem russischen Verdienst keinen Abbruch thun wenn Moskauer Correspondenten auch nicht unnütz an diese Verpflichtung mahnten. Mahnen wir doch auch die Florentiner, die Modenesen, den Papst nicht daran, die alle in demselben Verhältniß zu uns stehen wie wir zu den Russen. Wir hoffen auch innerhalb Rußland unsre Ansicht gebilligt, unnütze Reibungen der Eitelkeit vermieden zu sehen, und daß auch in dieser Beziehung das Beispiel des Kaisers von Rußland maßgebend für alle seyn werde.

Großbritannien.

Der Globe wiederholt die Versicherung daß, wenn der Kaiser von Rußland auf seiner Auslieferungsforderung beharren sollte, England den von ihm der Türkei hingeworfenen Handschuh aufheben würde, selbst auf die Gefahr eines allgemeinen Kriegs (even at the cost of a general war). Ueber diese eventuelle Nothwendigkeit seyen alle Staatsmänner in England einig, in Anbetracht der Rechte der Humanität, der Ansprüche eines alten Bundesgenossen, und drittens — dieses dritte ist wohl die Hauptsache — der künftigen Sicherheit des brittisch-asiatischen Reichs. Sofort bekämpft die ministerielle Zeitung das M. Chronicle und die Pariser „Assemblée Nationale", welche beide unpatriotischer Weise bestrebt seyen die englisch-französische Freundschaft zu verdächtigen und Frankreich als vielmehr zu Rußland gegen England hinneigend darzustellen (s. Nr. 283 der Allg. Ztg.), und geht dann daran Rußlands und Oesterreichs Militärkräfte gegen die englisch-französischen abzuwägen; denn der Globe setzt voraus daß im Fall eines Kriegs Oesterreich, als Rußlands „ganz willenloser Vasall", jedenfalls in dessen Heerbann mitziehen würde. Da wird denn vorerst Oesterreich von dem Palmerston'schen Organ wahrhaft geringschätzig behandelt. In seinem Innern glimme noch immer der Funke der Revolution, und dieser würde bei dem ersten Kanonenschuß der vor Triest oder am Rheine fiele, wieder in hellen Flammen ausschlagen, denn von allen Völkerschaften des Kaiserstaats sey nur (!) noch Tirol den Habsburgern treugesinnt. In Deutschland dürfe dasselbe zwar auf die Freundschaft zweier Königshöfe rechnen, aber das Volk, selbst in Bayern (!) und Württemberg, sey ihm entgegen, und im Norden stehe Preußen mehr als je auf sein altes politisches Ziel gerichtet den Nebenbuhler im Süden zu demüthigen und Berlin zur Metropole Deutschlands zu machen. Aus Italien aber würden die Franzosen das österreichische Heer in einem einzigen Feldzug hinausfegen. *) Dann der mißliche Stand der österreichischen Finanzen, welcher schon nach dem ersten Feldzug sicherlich zu einem Staatsbankerott führen müßte. **) Dieß seyen so ernstliche, so erschreckende und so unvermeidliche Gefahren, daß Oesterreichs Staatsmänner wohl bedenken mögen ob es nicht sogar jetzt noch, in dieser elften Stunde, besser wäre der äußersten Wuth des Czaren ein- für allemal zu trotzen als durch Hingebung an seinen Willen (his lawless will and his insane tyranny) ihr Vaterland für immer zu Grunde zu richten. Was dann die russische Macht betreffe, so sey diese zwar beachtenswerth im Vergleich mit der ihres Alliirten, aber Rußland selbst sey von einer Bevölkerung umgeben die bereit sey in offenen Krieg auszubrechen und es von allen Seiten her in seinen Steppen zu zermalmen („to crumple her up" — der nachgerade berühmt gewordene Cobden'sche Ausdruck). Habe doch das auf sich allein beschränkte Ungarn den vereinigten Heeren Oesterreichs und Rußlands zwei Monate lang widerstanden. Polen aber habe Rußland zwei Jahre lang Trotz geboten, und seit zwanzig Jahren werde ein russisches Heer um das andere abgeschickt um in den Schluchten des Kaukasus sein Grab zu finden. Und die Donau-Fürstenthümer werden durch die widerstrebende Mitwirkung der türkischen Behörden nur in zweifelhafter Ruhe erhalten. „Wie sehr wir auch Ursache haben (fährt der Globe fort) die Entschiedenheit und Besonnenheit Sir Stratford Cannings während der jetzigen Krisis zu loben, so liegt doch wohl sein Hauptanspruch auf den Dank seiner Landsleute in der Wachsamkeit womit er seit zwei Jahren den Eifer der Türkei Feindseligkeiten gegen Rußland zu beginnen im Zaume gehalten hat. (!) Und während die letztere Macht in Friedenszeit genöthigt war jeden Nerv anzustrengen um auch nur diesen elenden und gefährlichen status quo zu erhalten, was, fragen wir, kann sie erwarten wenn erst die verschiedenen Bevölkerungen, die wir aufgezählt, von französischen und englischen Officieren militärisch organisirt, mit englischem und französischem Gold unterstützt (subsidised), mit unsern Fabricaten versorgt, und unter unserer Allianz vereinigt werden? Die bloße Erwähnung dieser Möglichkeiten sollte den Czar aus seinem stolzen Traume wecken, und mindestens seine Räthe wahrnehmen lassen wieviel sie aufs Spiel setzen wenn sie, aus Furcht oder um ihres augenblicklichen Interesse willen die vorsichtige und traditionelle Politik ihrer Nation der Herrschbegier ihres jetzigen Machthabers hintanstellen." Eine heftige Diatribe gegen Betheiligung Englands an den von Oesterreich und Rußland (?) gesuchten Staatsanleihen macht den Schluß des Artikels. „Es ist kein Wunder", sagt der Globe, „daß die russische und die österreichische Gesandtschaft, wie wir hören, so ängstlich bemüht sind die allgemeine Spannung hinsichtlich der Nachrichten aus der Türkei zu beruhigen. Wir hoffen und glauben aufrichtig daß die jetzige Krisis nicht zur Waffenentscheidung wird gedrängt werden. Aber die verhängnißvolle Stellung, worein man Oesterreich gedrängt hat, wird eigenthümlich beleuchtet durch den Umstand daß seine Finanzverlegenheiten durch die bloße Voraussetzung erschwert werden daß Rußland die Macht habe dasselbe zur Mitwirkung in jedem seiner Entwürfe zu nöthigen, wie ungerecht sie auch an sich und wie national unpolitisch sie für Oesterreich seyn mögen." *)

*) Doch wohl nicht ohne einen Napoleon? — Und auch mit einem Napoleon möchte die Sache nicht so leicht seyn.

**) Der österreichische Staatsbankerott ist seit einiger Zeit eine Lieblingsphrase der englischen liberalen Presse; aber der glänzende Fortgang der österreichischen Anleihe ist wohl eine thatsächliche Widerlegung dieser Unglücksprophezeiung.

*) Wir verweisen auf die Urtheile unter Oesterreich gegenüber diesem Aufsatz, der freilich in den Endzielen so wenig eines Commentars bedarf als die ganze Palmerston'sche Politik, mit ihrer tückischen Feindschaft gegen Englands „ältesten" Alliirten und ihrer trüglichen Freundschaft gegen ihren „allerältesten" Bundesgenossen.

Diplomatische Correspondenz über Sicilien.

Die erwähnten zwischen dem brittischen Gesandten in Neapel, Hrn. W. Temple, und dem neapolitanischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Fortunato, über die sicilischen Angelegenheiten gewechselten Schreiben lauten: 1) An Se. Exc. den Ritter Fortunato. Neapel, 16 Sept. Der Unterzeichnete, Ihrer britannischen Maj. außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, hat die Ehre Se. Exc. den Ritter Fortunato, Minister-Staatssecretär, Conseilspräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, in Kenntniß zu setzen wie er von seiner Regierung angewiesen worden Sr. Exc. kund zu thun: daß der Antheil welchen die brittische Regierung bei verschiedenen Umständen, auf die wiederholte Einladung der neapolitanischen Krone, und erst neuerdings wieder, an den sicilischen Angelegenheiten genommen, und das aufrichtige Interesse welches Ihrer Maj. Regierung für die Wohlfahrt und das Gedeihen des Königreichs beider Sicilien fühlt, Ihrer Maj. Regierung veranlassen sich bei gegenwärtiger Gelegenheit an die neapolitanische Regierung zu wenden, in dem vollen Vertrauen Se. Maj. der König und dessen Regierung werden den freundschaftlichen Gefühlen welche diese Mittheilung eingegeben Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die diplomatischen Agenten der brittischen Krone wurden letztes Jahr von Sr. sicil. Majestät dringend aufgefordert: als Vertreter der brittischen Regierung ihre guten Dienste anzuwenden zur Herbeiführung einer freundschaftlichen Ausgleichung der Weiterungen welche damals unglücklicherweise zwischen Sr. Maj. Regierung und seinen sicilischen Unterthanen obschwebten. Die brittischen Agenten wurden von Ihrer Maj. Regierung ermächtigt dem Ansuchen Sr. sicil. Maj. zu willfahren. Allein die brittischen Agenten und Ihrer Maj. Regierung wußten wohl daß die unter den Siciliern herrschende Unzufriedenheit, die zu den in Sicilien ausgebrochenen Ruhestörungen Anlaß gegeben hatte, tiefgewurzelt, allgemein und von altem Datum sey; daß der Grund derselben darin liege daß eine lange Reihe von Jahren hindurch vielfache praktische Mißbräuche vorgeherrscht, welche ihre Existenz wie ihre Fortdauer der Aufhebung der alten Verfassung Siciliens verdankten, wie sie im Jahr 1812, unter den Auspicien der brittischen Regierung und mit königlicher Sanction und Annahme, abgeändert und revidirt worden war. Die brittischen Agenten wollten daher ihre guten Dienste, wie Se. sicil. Majestät sie gefordert, nicht anwenden, wenn man sie nicht ermächtige den Siciliern die Zusicherung zu ertheilen daß die Verfassung Siciliens, wie sie im Jahr 1812 revidirt worden, mit gewissen vorgeschriebenen Modificationen wieder in Kraft treten solle. Sie wußten wohl daß wenn dieß nicht geschehe, sich nicht absehen ließ wie die wohlbegründete Unzufriedenheit, welche jene Ruhestörungen veranlaßt hatte, je aufhören könne. Eine Menge Umstände, die der neapolitanischen Regierung wohlbekannt sind, machten die Anstrengungen nutzlos durch welche zu verschiedenen Perioden, in den Jahren 1848 und 1849, die brittische Regierung auf die oben-

erwähnten Grundlagen eine Wiederversöhnung Sr. sicil. Majestät mit seinen sicilischen Unterthanen zu bewirken suchte. Es genüge, wenn ich sage daß bei der letzten Gelegenheit, im verflossenen März, Ihrer Maj. Regierung, in Verbindung mit der Regierung Frankreichs, den Sicilern die Annahme der Bedingungen empfahl welche ihnen der König in seiner aus Gaëta unterm 28 Februar erlassenen Proclamation anbot, obgleich Ihrer Maj. Regierung nicht verkennen konnte daß die in dieser Proclamation erwähnten Anordnungen weit hinter den Bestimmungen zurückblieben die in der Verfassung von 1812, welche die feierliche Sanction und Zustimmung der Krone von Neapel erlangt hat, enthalten sind. Unglücklicherweise war in jenem Augenblick die Erbitterung welche die im vorigen September zu Messina stattgehabten Ereignisse erzeugten, in den Gemüthern derer die zu Palermo die Leitung der Geschäfte in Händen hatten, noch so groß daß die in der Gaëtaer Proclamation vorgeschlagenen Anordnungen zurückgewiesen und Anstalten getroffen wurden Palermo bis aufs äußerste zu vertheidigen. Es gereicht Ihrer Maj. Regierung zu großer Befriedigung zu wissen daß einerseits das Blutvergießen und der Verlust an Menschenleben welche der Angriff und die Vertheidigung Palermo's sowohl den königlichen Truppen als dem Volke von Palermo verursacht haben würden, andererseits die schweren Drangsale die ein solcher Zusammenstoß höchst wahrscheinlich den Einwohnern der Stadt zugezogen hätte, durch die freundschaftliche Vermittelung eines brittischen Unterthanen, sowie durch Ihrer Majestät Civil- und Marine-Beamte abgewendet, und daß durch sie die Autorität des Königs in Palermo auf friedliche Weise und ohne Vergießung eines einzigen Tropfen Blutes wiederhergestellt worden. Allein das Volk von Palermo unterwarf sich der Autorität des Königs darum so friedlich, weil man ihm die Zusicherung ertheilt hatte der König werde das mit seinem königlichen Worte verbürgte Versprechen daß seinen sicilischen Unterthanen eine allgemeine Amnestie bewilligt werden solle, treulich halten; und in Erwägung des Antheils welchen brittische Officiere an dem Zustandebringen dieser friedlichen Ausgleichung gehabt, hielt sich Ihrer Maj. Regierung für berechtigt ihre vertrauensvolle Hoffnung auszudrücken das königliche Versprechen werde nicht gebrochen, und die Amnestie, auf deren Heilighaltung hin die Palermitaner sich unterwarfen, von der Regierung Sr. sicil. Majestät geachtet werden. Ueberdieß kann Ihrer Maj. Regierung, eingedenk des Antheils den Großbritannien an der Abfassung der sicilischen Verfassung von 1812 zu nehmen berufen war, nicht umhin Sr. sicilischen Majestät und dessen Regierung die Erwägung anheim zu geben daß das sicilische Volk sein altes und anerkanntes Recht auf diese Verfassung rechtlich nicht verwirkt haben könne durch die Anstrengungen die es gemacht um den praktischen Genuß derselben wieder zu erlangen. Ihrer Majestät Regierung möchte ferner zu erwägen geben daß durch die fortgesetzte Suspendirung dieser alten und unbestreitbaren Rechte des sicilischen Volkes nothwendig jene offenbare Unzufriedenheit welche Sicilien kürzlich zum Schauplatz so unheilvoller Zusammenstöße gemacht, verewigt und vergrößert würde, und daß sonach die Verbindung Siciliens mit Neapel durch innere oder äußere Ereignisse gelöst werden könnte — Ereignisse auf deren mögliches Eintreten hinzudeuten die Weisheit der neapolitanischen Regierung es Ihrer Maj. Regierung unnöthig machen muß. Der Unterzeichnete benützt diese Gelegenheit Sr. Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. William Temple.

II. Erwiederung. Neapel, 20 Sept. Mein Herr! Ich habe die Note vom 16 d., womit Ew. Exc. mich beehrt, erhalten und sie, meiner Pflicht gemäß, meinem erhabenen Souverän zur Erwägung vorgelegt. Se. Majestät hat uns beauftragt Ew. Exc. in einem kurzen Resumé die Umstände ins Gedächtniß zurückzurufen welche den gegenwärtigen Zustand der Dinge herbeigeführt haben. Was die guten Dienste der englischen Diplomatie zum Zwecke der Beendigung der Rebellion in Sicilien sowohl als zur Herbeiführung von Veränderungen in der auf die Verfassung von 1813 gegründeten Regierung betrifft, so habe ich die Ehre Ew. Exc. zu bemerken daß dieser Gegenstand, sowie jeder andere damit in Verbindung stehende, bereits sehr umständlich erörtert, vollständig geprüft, und endlich anerkannt worden daß ihm weder Gewicht noch Werth beizulegen sey. Zugleich werden Sie mir erlauben Sie daran erinnern zu dürfen daß die hochherzigen Zugeständnisse welche Se. Majestät in seinem aus Gaëta vom 28 Februar datirten souveränen Act machte, an folgende Bedingungen geknüpft waren. „Alle diese Zugeständnisse sind als nicht verheißen und nicht gemacht anzusehen, wenn Sicilien sich nicht sofort der Autorität seines gesetzmäßigen Souveräns unterwirft. Falls das königliche Heer genöthigt seyn sollte zum Zwecke der Wiederbesetzung dieses Theils der königlichen Besitzungen militärisch einzuschreiten, wird die Insel alle Folgen des Krieges zu tragen haben, und die Vortheile verwirken welche ihr in gegenwärtiger Urkunde geboten sind.“ Ew. Excellenz können die von den beiden Admiralen — Parker und Baudin — gethanen fruchtlosen Schritte nicht unbekannt seyn, noch können Sie die gleich darauf gefolgten Anstrengungen Ew. Excellenz und des Grafen v. Rayneval außer Acht lassen, als Sie sich zusammen nach Palermo begaben um die Aufständischen zu bewegen die wohlwollenden Zugeständnisse und die hochherzige Verzeihung ihres Souveräns anzunehmen. Auch werden sich Ew. Excellenz wohl noch der insolenten Antworten und der Kriegsrufe erinnern mit denen man Sie und jene ausgezeichneten Personen verfolgte — Rufe welche von einigen hundert Menschen erhoben wurden die zu diesem Zwecke von denen bezahlt waren die so lange den Frieden des unglücklichen Siciliens gestört hatten; auch können Sie jenen Ausdrücken keinerlei Werth beilegen, außer als besten Beweis den man jetzt bieten kann von einem irrthümlichen Eindruck welcher so viele ungesetzliche und übelberathene Schritte hervorrief. Wirklich drückten Ew. Excellenz und Graf v. Rayneval, voll Kummer über die Erfolglosigkeit Ihrer vereinigten Bemühungen die Pacification Siciliens zu Stande zu bringen, der eine am 28, der andere am 30 März, der Regierung Sr. Majestät schriftlich Ihr herzliches Bedauern darüber aus daß Ihre Anstrengungen sich als frucht- und nutzlos erwiesen. Endlich können Ew. Excellenz, so weise und erleuchtet wie Sie sind, nicht zweifeln daß, gemäß den von allen Regierungen der Welt aufgestellten Grundsätzen, die Regierung Sr. Majestät, eines unabhängigen Souveräns, das Recht besitzt die innere Verwaltung ihres eigenen Landes nach der Eingebung ihres Gerechtigkeitssinnes zu ordnen, ohne dadurch für andere Nationen ein Präjudiz zu schaffen. Kurz, nachdem ich die Ehre gehabt die Grundsätze darzulegen welche die Lage aller Nationen regeln, und zu zeigen daß die Anstrengungen der sicilischen Insurgenten zunichte wurden vor den siegreichen Waffen meines erhabenen Herrn wie vor der Biederkeit des größten Theils der Bevölkerung, habe ich die Genugthuung beifügen zu können: daß Se. Majestät annoch aus eigenem freien Willen sehr geneigt ist solche Verwaltungsformen einzuführen wie sie für diesen Theil des Königreichs passen, und die Einwohner selbst sie wünschen. Alle Maßregeln welche Fürst Satriano seit der Unterwerfung Palermo's in seiner Weisheit ergriff, haben den Geist der Menschlichkeit und vollständiger Vergessenheit des Vergangenen stets im Auge behalten. Kein Gedanke der Rache hat Platz gegriffen im Schooße der auf der Insel eingesetzten Regierung Sr. Majestät, und Ew. Excellenz werden wissen daß bis zu dieser Stunde keine Hinrichtung politischer Vergehen halber stattgefunden, und die Strenge des Gesetzes bloß Mörder und Störer der öffentlichen Ruhe getroffen hat. Obgleich Se. Majestät vollständig auf dem Princip verharrt: daß keine auswärtige Regierung ein Recht hat sich in die innere Verwaltung anderer Länder zu mischen, so kann ich mich doch des Vergnügens nicht berauben der Regierung einer verbündeten und freundlich gesinnten Macht zu erklären daß Sicilien in diesem Augenblick einer vollkommenen Ruhe genießt; daß die Einwohner sich glücklich fühlen unter den Schutz ihres gesetzlichen Souveräns zurückgekehrt zu seyn, und wenn kein auswärtiger Agent den gegenwärtig auf der Insel herrschenden Frieden zu stören sucht, so ist Se. Majestät überzeugt daß alle seine Unterthanen ein unauflösliches Band der Liebe und Loyalität um ihren gesetzmäßigen Souverän schlingen werden. Ich habe die Ehre rc. Fortunato.“ (Wie schon erwähnt, wird Lord Palmerston wegen dieser neuen Einmischung in die sicilischen Angelegenheiten von den Toryblättern, ingleichen von der Times und dem Chronicle hart getadelt.)

Beitrag zur europäischen Rechtspflege im Orient.

⊃ Alexandria, 19 Sept. Seit langer Zeit hat kein Vorfall in Alexandria ein solches Aufsehen gemacht als die von dem k. k. österreichischen Generalconsulat vorgenommene Verhaftung eines entlassenen Verwalters und Vormundes einer sehr bedeutenden österreichischen Verlassenschaft. Derselbe weigerte sich stets die schuldige Rechnung über seine Verwaltung abzulegen, da er in zwei Jahren nicht weniger als 40,000 Thlr. veruntreut hatte.

Dieser Vorfall ist besonders geeignet einen tieferen Blick in die Rechtsverhältnisse des Orients zu gewähren, und dürfte darum für manchen Ihrer Leser von Interesse seyn.

Der erwähnte Vormund suchte sich auf alle Weise der österreichischen Jurisdiction zu entziehen; zuerst stellte er sich unter sardinischen Schutz, da vermöge eines Rescripts welches der sardinische Consul zur Zeit des Kriegs zwischen Oesterreich und Sardinien erlassen, alle mit der österreichischen Regierung Unzufriedenen unter sardinischen Schutz genommen wurden. Allein da die Verhältnisse zwischen Oesterreich und Sardinien sich unterdessen zum Vortheil Oesterreichs geändert, so hielt es der sardinische Generalconsul für angemessen sein Gerechtigkeitsgefühl vorwalten zu lassen, indem er dem ungetreuen Haushalter seine Protection versagte. Dieser nun suchte einen andern Ausweg, und hatte sich durch Bestechun-

gen und großartige Schenkungen zum Günstling der einflußreichsten Mitglieder der ägyptischen Regierung emporgeschwungen, was ihm um so leichter ward da die römische Regierung schon längere Zeit vorher ihn zum Ritter vom St. Sylversterorden und zum Marquis erhoben hatte, und er wegen Schenkung von Steinen zum Bau der neuen katholischen Kirche die Aussicht hatte römischer Generalconsul zu werden. Als er eben unter dem Schutz dieser Herren sich vor jedem Schritt des österreichischen Generalconsulats schon sicher dünkte, ward er am 10 d. M. bei Sonnenaufgang von einem Consulatsofficier in seiner Wohnung aufgesucht und mit dem Arrestmandat, welches die Punkte seiner Beschuldigung enthielt, begrüßt. Er, statt ruhig zu folgen, ward wüthend, erklärte sich Rajah (ottomanischer Unterthan) und sandte augenblicklich seine Bedienung an den Minister des Auswärtigen um als Rajah ihn um Hülfe zu bitten; zu gleicher Zeit machte er Miene in das Zimmer seiner mit einem Sardinier verheiratheten Schwester zu entkommen, wohin ihm der österreichische Officier nicht folgen konnte, und wo er die Hülfe der Localbehörde abzuwarten gedachte; allein die im Vorzimmer aufgestellten, zu dieser Handlung von einem österreichischen Schiffe requirirten Matrosen packten ihn und führten ihn mit Gewalt im tiefsten Morgennegligé auf die Straße, wo ein bereit stehender Wagen ihn zum Consulatsgefängniß brachte. Der italienische Janhagel ergriff die Gelegenheit um seinen Groll gegen die österreichische Regierung an dem hiesigen Generalconsulate zu beurkunden, indem er drohte den Verhafteten mit Gewalt zu befreien. Der ägyptische Minister benutzte diese Stimmung, und reclamirte seinen Schützling, indem er zuerst durch seinen Dragoman, dann durch eine derbe Zuschrift den k. k. Generalconsulatsverweser benachrichtigte daß er für Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe nicht stehen könne wenn der Verhaftete, welcher ottomanischer Unterthan sey, nicht augenblicklich seiner Haft entlassen würde. Der österreichische Generalconsulatsverweser aber ließ sich durch dergleichen levantinische Schreckschüsse nicht einschüchtern, hielt fest an den Attributionen seines Amtes, und wandte sich in einer Note an alle Generalconsulate, indem er, mit scharfer Auseinandersetzung der Thatsache, unter die Garantie der europäischen Vertreter sein Consulat, dessen Attributionen und seinen Gefangenen setzte. Die meisten Consulate, an deren Spitze Europäer stehen, erklärten sich auf die befriedigendste Weise zur Garantie bereit; der preußische Generalconsulatsverweser, ein Levantiner, der mit dem ungetreuen Hausbälter unter einer Decke steckt, schrieb ebenfalls er werde zur Aufrechthaltung der Ruhe sein möglichstes beitragen, dagegen tadelte er öffentlich das Verfahren des österreichischen Generalconsulats, und gab sich alle mögliche Mühe für seinen Freund zu interveniren, so daß ihm bemerkt wurde seine Regierung werde durchaus nicht zufrieden seyn wenn sie erführe daß ihr hiesiger Repräsentant sich so warm eines offenbaren Schurken annähme. Einem Deutschen thut das Herz weh einem Levantiner die Vertretung einer deutschen Großmacht anvertraut zu sehen, während Preußen so viele wackere Männer besitzt die mit Würde ihre Nation zu vertreten vermöchten. Doch zur Sache! Ohne daß die geringste Ruhestörung vorkam instruirte das österreichische Generalconsulat den Proceß, indem es dem Verhafteten die auf Betrug, Unterschleif und Fälschung lautende Anschuldigung kundgab. Dieser erklärte sich im Lauf der Untersuchung, statt Gläubiger von 25,000 Thlrn. in Folge einer mit dem großjährig erklärten Erben hinterlistig abgeschlossenen Transaction vielmehr Schuldner von 19,155 Thlrn., und verzichtete freiwillig auf alle Ansprüche die er noch gegen die Verlassenschaft geltend machen könnte. Zu gleicher Zeit stellte ein Hehler für 8 bis 10,000 Thlr. Waaren zurück die in den falschen Bilanzen, die der Vormund der Pupillarbehörde vorgelegt, nicht aufgenommen worden waren, so daß den Pupillen in Zeit von acht Tagen an 30,000 Thlr. erhalten wurden.

Da der großjährig erklärte Erbe sich zu einer freundschaftlichen Beilegung der Angelegenheit verstand als ein großes hiesiges Handlungshaus 12,000 Thlr. in Baarem garantirte, so ward der instruirte Criminalproceß von dem k. k. Generalconsulate suspendirt, der Inculpirte gegen persönliche Caution auf freien Fuß gesetzt und die ganze Verhandlung zur Genehmigung der hohen k. k. Internunciatur in Konstantinopel vorgelegt, welche dieselbe um so weniger versagen wird als nunmehr die Interessen der Pupillen gewahrt sind, und eine weitere Verfolgung der Angelegenheit die höchstgestellten Personen der ägyptischen Regierung compromittiren würde.

Dieß energische und weise Verfahren des k. k. Generalconsulatsverwesers wird von denjenigen in seinem ganzen Umfang anerkannt werden welche die Verhältnisse des Orients kennen.

[3572] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel und Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

(Für das bürgerliche Leben ist sehr brauchbar:)

G. W. Campe, gemeinnütziger Briefsteller

für alle Fälle des bürgerlichen Lebens, oder Briefe und Aufsätze nach den bewährtesten Regeln schreiben und einrichten zu lernen.

Dieser ausgezeichnete Briefsteller enthält **180** vorzügliche Briefmuster zur Nachahmung und Bildung, und **100** Formulare zur zweckmäßigen Abfassung von Eingaben, Gesuchen und Klageschriften an Behörden, Kauf-, Mieth-, Pacht- und Lehrcontracten, Vollmachten, Anweisungen und Wechsel. — Zwölfte Auflage. Preis nur 15 Sgr.

NB. Es ist diess ein Haussecretair wie er seyn soll.

Auch bei Credner und Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest — Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

(3617)

Neue Kunstmythologie.

Im deutschen Kunstverlage in Paris erscheint gegenwärtig:

Mythologisches Cabinet. Eine Sammlung der schönsten Statuen und Gemälde des Alterthums und der modernen Kunst. In Lieferungen von 4 Blättern Stahlstichen in groß Octavformat mit erläuterndem Texte. Preis jeder Lieferung 36 kr. rhn. oder 1/3 Thlr. baar.

Inhalt I. Amor und Psyche, Venus, Apoll, Mars und Venus, die drei Grazien.
II. Leda, Herkules, Venus, Bachus und Faun, Pan, Minerva, Venus, Merkur.

Diesen Darstellungen werden die schönsten Antiken und die Meisterwerke großer Maler zu Grunde gelegt. Dieselben sind keine bloßen Umrisse, sondern ausgeführte Blätter mit reizenden Landschaften. Die meisten der in obigen beiden Lieferungen dargestellten Statuen sind der großherzoglichen Galerie in Florenz entnommen, und werden die folgenden nach und nach das vorzüglichste der europäischen Cabinette bringen, so daß diese Sammlung der Inbegriff der größten Meisterstücke werden soll.

Wir können diesen Artikel nicht im Buchhandel in Commission versenden, und laden Liebhaber ein durch Bezug eines Heftes sich von der künstlerischen Schönheit wie von dem archäologischen Werthe zu überzeugen. Es findet Subscription statt, aber ohne alle Verbindlichkeit auf den Fortbezug.

Alle Buchhandlungen liefern das Werk auf feste Bestellung und baare Zahlung.

[3635] Im Verlag von J. Veith in Karlsruhe ist erschienen:

O r n a m e n t i k

in ihrer Anwendung auf verschiedene Gegenstände der Baugewerke

ausgeführt, oder zur Ausführung entworfen

von Professor **F. Eisenlohr.**

3tes Heft. 13. Giebelblumen in Stein. 14. Pfeiler-Capitäle in Sandstein. 15. In Thon gebrannte Verzierung an einem Rosettenfenster. 16. Ausgeschnittene Füllungen zwischen Pfosten, Pfetten und Bügen, in Holz. 17. Ausgeschnittene Verzierung unter geraden Durchzügen, oder unter Bolenbögen, in Holz. 18. Schlüssel-Schilde in Metall.

Subscriptionspreis 2 fl.

Diese — hauptsächlich für technische Schulen bearbeitete — Sammlung von der großherzogl. bad. Regierung in allen Gewerbeschulen des Landes eingeführt, unterscheidet sich vor vielen andern wesentlich dadurch daß sie eine aus dem gegenwärtigen Leben hervorgehende Schöpfung des begabten Verfassers, nicht aber eine Zusammenstellung bereits bekannter Ornamente ist.

Die praktische und auf das Einzelne gehende Richtung des Ganzen, sowie die Darstellung in großem Maßstab, meist in natürlicher Größe, mit Durchschnitt-Grundriß versehen, setzt dabei jeden Techniker in Stand die Gegenstände selbst auch in Anwendung bringen zu können. — Es werden daher auch Subscriptionen auf die einzelnen Fächer: A. Holz — B. Thon und Gyps — C. Sandstein — D. Metall — E. Gemalte Verzierungen — angenommen per Blatt à 24 kr.

[3558—60] Bei Schmidt u. Leo in Wien ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Der Kampf Italiens gegen Oesterreich im Jahre 1848.

Bericht über die Operationen dieses Feldzugs

vom Generallieutenant **Bava,**

Commandant des ersten Corps der sardinisch-lombardischen Armee.

Aus dem Italienischen übersetzt

mit Beifügung vieler wichtigen Documente und eigener Bemerkungen von einem k. k. österr. Militär.

8. eleg. geh. Preis 1 fl. C.-M. — 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr. rhn.

Die vorstehende Schrift liefert einen interessanten Beitrag zur Geschichte dieses für Oesterreichs Waffen so glorreichen Feldzugs, und dürfte bei dem großen Interesse welches das Publicum an den Kämpfen unserer tapfern Armee in Italien genommen hat, eine willkommene Erscheinung seyn. Der italienische General Bava gibt hier eine kurze Geschichte des Feldzugs vom Jahre 1848 vom italienischen Standpunkt aus und vertheidigt sich gegen vielfache Angriffe. Ein k. k. Militär knüpft als Augenzeuge daran Bemerkungen, Berichtigungen und Ergänzungen, welche von militärischer Bedeutung sind und dem Werk einen großen Vorzug vor jeder andern Bearbeitung verleihen. Keiner der HH. Officiere wird das Buch deßhalb auch ganz unbefriedigt aus der Hand legen.

(3320) **An den Handels- und Fabrikstand Deutschlands.**

Die Buchhandlung von J. M. Gebhardt in Grimma erlaubt sich die bei ihr erschienenen und in allen Buchhandlungen vorräthigen

handelswissenschaftlichen Werke

des um die Handelswissenschaften hochverdienten Hrn. A. Schiebe, Director der Handels-Lehranstalt zu Leipzig, beim Beginn des Winterhalbjahres als die besten Handbücher zum Privatstudium für die Handlungsbeflissenen zu empfehlen, und zwar:

Die Contorwissenschaft im engern Sinne. 3. Aufl. Geb. 3 Rthlr. 17½ Sgr.

Die kaufmännische Correspondenz mit franz. und engl. Uebersetzung. 6. Aufl. Geb. à 3 Rthlr. 7½ Sgr.

Die Lehre von der Buchhaltung. 3. Aufl. Geb. à 3 Rthlr. 7½ Sgr.

Diese 3 Werke zusammen bilden das Lehrbuch der Contorwissenschaft.

Die Lehre von den Wechselbriefen. 3. Aufl. Geb. à 2 Rthlr. 7½ Sgr.

Auswahl deutscher Handelsbriefe. Brosch. 15 Sgr.

(3660) **Leipziger Bücher-Auction.**

Bei T. O. Weigel erschien so eben und ist durch alle Buch- und Antiquar-Handlungen zu beziehen:

Verzeichniß der von den HH. Regierungsrath v. Hake und Regierungsrath Klewitz hinterlassenen Bibliotheken, welche nebst mehreren anderen bedeutenden Büchersammlungen sowie einer grossen Anzahl von Pracht-, Kunst- und Kupferwerken, Stahl- und Kupferstichen, Atlanten ꝛc. am 5 November 1849 zu Leipzig versteigert werden sollen.

Es ist dieß ein reichhaltiger Katalog, der das Werthvollste und Vorzüglichste aus allen Wissenschaften liefert, und deßhalb mit Recht allen Litteraturfreunden angelegentlich empfohlen werden kann.

[3636] Bei J. C. B. Mohr in Heidelberg sind folgende Journalfortsetzungen erschienen:

Heidelberger Jahrbücher der Litteratur, unter Mitwirkung der vier Facultäten. XLIIster Jahrgang. 1849. Viertes Doppelheft. Preis des Jahrgangs von 6 Doppelheften 6 Rthlr. 16 gGr. od. 12 fl.

Inhalt. Wachler: Die Eisenerzeugung Oberschlesiens. — Haidingers Berichte über die Naturwissenschaften. Von *v. Leonhard* — Plinii Historia Nat. ed. Sillig. — Sillig: Quaestiones Plinianae Spec. II. Von *Bähr.* — Georges: Lateinisch-deutsches Wörterbuch. Von *Moser.* — Raabe: Die Differential- und Integralrechnung. Von *Schnuse.* — Cornelius: Die Naturlehre. Von *Seyffer.* — Precis de jurisprudence musulmane par Perron. — Reinaud: Memoire sur l'Inde. Von *Weil.* — Mémoires de Roverea par Tavel. T. III. IV. — Tillier: Geschichte der Eidgenossenschaft. — Fetscherin: Process des Seckelmeisters Frischherz. Von *Kortüm.* — Hahn: Auswahl von Ulfilas. Von *Hahn,* und kürzere Anzeigen von 12 verschiedenen Werken.

Archiv für die civilistische Praxis. Herausgeg. von *Francke, v. Linde, v. Löhr, Mittermaier, v. Vangerow* und *v. Wächter.* XXXII. Bd. 2. Heft. Preis des Bandes von drei Heften 2 Thlr. oder 3 fl.

Inhalt. VI. Zur Lehre von der Ersitzung. Von H. Dr. Stephen zu Göttingen. — VII. Beiträge zur Lehre von der Negotiorum Gestio. Von H. Ruhstrat, Regierungsassessor in Oldenburg. — VIII. Ueber die Interdicte: „ne quid in loco publico vel itinere fiat.“ Von H. Reinhard, Regier. u. Obergerichtsrath in Braunfels. — IX. Ueber Einzelnrichter. Von H. Gerau, Hofgerichtsrath in Darmstadt. — X. Die Fragen über die Umgestaltung der deutschen Gerichtsverfassung nach den neuesten Ergebnissen der Gesetzgebungsarbeiten. Geprüft von Mittermaier. — XI. Die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Civilprocessgesetzgebung und die Grundrichtung in derselben. Dargestellt von Mittermaier. — XII. Ueber das Princip des SC. Velleianum. Von H. Dr. Windscheid, ord. Professor in Basel.

[3652] Von Friedr. Henze, Buchhändler in Leipzig, sowie durch jede andere Buchhandlung ist zu beziehen:

Die Geheimnisse der Ehe.

Nebst einem Anhange:

Eine garantirte Anleitung, das Geschlecht der zu erzeugenden Kinder willkürlich vorher zu bestimmen. Neuvermählten sowie allen Ehegatten gewidmet. Dritte Auflage. Broschirt. 1 Rthlr. (1 fl. 48 kr. rhn.) oder 1 fl. 30 kr. C.-M.)

Wir finden hierin den wohlmeinendsten Rath über so manches was oft erst durch die unangenehmsten Erfahrungen erkannt wird, und in viele Familien ist durch dieß Buch lang gestörtes Glück und häusliche Zufriedenheit eingekehrt!

[3656] Bei mir ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Amtlicher Bericht über die am 28/29 August 1849 zu Breslau stattgehabte siebente Hauptversammlung des Gustav-Adolph-Vereins. Preis 3 Ngr. oder 12 kr.

Darmstadt, den 26 September 1849.

C. W. Leske.

[3653—55] *** Wichtige Neuigkeit. ***

Bei Jonas Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Die europäische Kriegs- und Friedensfrage.

Von

Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlage. 7½ Sgr. oder 27 kr. rhein.

☞ Auf diese wichtige Schrift wird ganz besonders aufmerksam gemacht!

[3587—92] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kossuth

unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.

gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

(3618) **Verloosung**

von Altarbildern und andern religiösen Gemälden.

Unterzeichneter ist im Besitz einer Anzahl zum Theil sehr werthvoller Oelgemälde alter Meister, die sich ebensowohl zum Schmuck für Kirchen und Capellen, als für Galerien und Liebhaber eignen. Um dieselben nun jedermann leicht zugänglich zu machen, sey es für eigenen Gebrauch oder behufs einer Stiftung für eine Kirche oder Capelle, lade ich alle Liebhaber ein sich bei folgendem Plan zu betheiligen, bei dem niemand weder eine Einbuße noch eine Täuschung erleiden kann, wie es bei gewöhnlichen Lotterien der Fall ist. Ich gebe nämlich jedem Käufer einer der folgenden drei gleich werthvollen Jugendschriften ein Gratis-Loos, von welchem auf jedes ohne Ausnahme ein sicherer hübscher Gewinn fällt.

1) Prof. **Braun**, historisch-malerische Wanderungen in Griechenland. 400 Seiten Velinpapier mit 12 prächtigen Stahlstichen. Gr. 8. Eleg. geb.
2) 22 Feenmärchen und 20 Märchen aus 1001 Nacht. 4 Thle. 500 Seiten mit 4 hübschen Kupfern. Eleg. geb.
3) Taschenbuch der Blumensprache oder deutscher Selam. Inhalt: 1) Interessante botanische Aufsätze; 2) Poetischer Blumengarten, 300 der schönsten Gedichte auf die Pflanzenwelt (darunter allein 55 auf die Rose!), mit 4 color. Bouquets. Eleg. geb.

Jedes dieser drei Bücher eignet sich zu einer werthvollen und nützlichen Weihnachtsgabe, deren Ankauf schon an sich vollkommen befriedigen würde. Der Preis eines jeden Werkes nach freier Auswahl beträgt 1½ Thlr. oder 2 fl. 42 kr., und jeder Käufer erhält — jedoch nur bei baarer Bezahlung — ein Gratis-Loos, auf welches einer der folgenden Gewinne fällt:

I. Achtzehn Oelgemälde.

1) Die Auferstehung Christi von Caspar de Crayer, ein herrliches Altarblatt, 13 Fuß hoch und 8 Fuß breit. (Hauptgewinn Werth 1000 Thlr.)
2) Der Tod des Apostels Thomas, von H. Caracci, 8 Fuß hoch und 6 Fuß breit.
3) Die Grablegung Christi, von H. Holbein dem Aeltern, 4 Fuß hoch und 4 Fuß breit.
4) Ein Apostelkopf, von Spagnoletto, 4 Fuß hoch und 3 Fuß breit.
5) Altspanischer Christuskopf auf Goldgrund.
6) Ecce homo, von Zurbaran.
7—18) Zwölf alte Gemälde: heilige drei Könige, heilige Familien, Madonnen, theils altdeutsch, theils altitalienisch.

II. Nebengewinne.

24 kleine Kunstwerke aus Marmor, darunter antike Basreliefs.
125 Bilder in Farbendruck zur Zimmerverzierung, jedes 2 Fuß hoch, darstellend: Mutterliebe, Flora, Pomona, Glaube, Liebe, Hoffnung, in Gold und Farben.
800 Albums, jedes mit 6 bis 12 Stahlstichen und Lithographien, religiöse Bilder, Landschaften, Genrebilder, Porträts, Carricaturen u. s. w.
200 Stück Reisespiel durch die Schweiz mit 60 Abbildungen und Text.

Die Verloosung erfolgt Anfangs December, weßhalb die Theilnehmer sich bald melden wollen. Sämmtliche Gemälde sind wohlerhalten in Goldrahmen und können in meiner Kunsthandlung besichtigt werden.

Aufträge auf die genannten Bücher übernehmen unter obigen Bedingungen alle Buchhandlungen Deutschlands, in Stuttgart der Eigenthümer

Heinrich Köhler.

[3641] Bei V. Fink in Linz ist erschienen:

Phantasie-Blüthen.

Neuere Dichtungen

von **Gustav Fobbe.**

Preis 1 fl. 20 kr. C.-M.

[3638—40] Im Verlage der Unterzeichneten erschien:

Neueste gründliche und leichtfassliche theoretisch-praktische

Zither-Schule

als Leitfaden zum Selbst-Unterrichte auf der 20 — 30saitigen Zither.

Enthält eine kurze allgemeine Musiklehre, dann eine kurze Anleitung zum Zitherspielen und zum Stimmen der verschiedenen Zithern, nebst praktischen Uebungs- und angenehmen Unterhaltungsstücken in den gebräuchlichsten Dur- und Moll-Tonarten verfasst von **Wilh. Moralt**. Mit 2 Tafeln. Preis 1 fl. 30 kr. od. 25 Ngr.

München.

Jos. Aibl, Musikalien-Handlung.

[3633] **Interessante Schrift.**

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Zur Bibel.

Naturhistorische, anthropologische und medicinische Fragmente

von ***J. B. Friedreich.***

gr. 8. 2 Theile, elegant broschirt. Preis 3½ Thlr. oder 5 fl. 30 kr. rhn.

Inhalt.

Erklärung von Thiernamen. — Vom Versehen der Thiere. — Zur Heilquellenkunde. — Zur Nahrungsmittelkunde. — Die Speisegesetze. — Die ägyptischen Plagen. — Zur Geburtskunde. — Von der Pflege der Neugebornen. — Unreinheit der Menstruirenden und Wöchnerinnen. — Ueber Päderastie und Sodomie. — Zur Geschichte der Aphrodisiaca. — Die angeblich hohe Lebensdauer der Altväter. — Traumbilder. — Krankheiten und Missbildungen. — Das Bild des Greisenalters. — Vom Selbstmorde. — Die Beschneidung und der Epispasmus. — Die Castration. — Wiederbelebung Scheintodter. — Bemerkenswerthe Todesfälle. — Vom Einbalsamiren der Leichen.

Dieses Werk, welches bereits in mehreren Zeitschriften sehr günstig recensirt wurde, bietet dem Leser, welcher Wissenschaft er auch angehören mag, grosses Interesse.

[3374—76] Bei W. Franck in Paris 67 rue Richelieu ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Paris.

Ein Reisehandbuch

von **E. Kolloff.**

brosch. 1 Thlr. 6 Ngr. elegant in engl. Leinen cart. 1 Rthlr. 15 Ngr.

Neuester und vollständigster Fremdenführer, unentbehrlich für jeden Reisenden der Paris in kurzer Zeit kennen lernen und sich vor Schaden bewahren will.

Der durch seine Schilderungen aus Paris bereits bekannte Verfasser, seit einer Reihe von Jahren in Paris lebend, gibt die genauesten Mittheilungen über das Leben, die Kunstschätze, die Geschichte dieser Weltstadt.

[3482—84] **Bekanntmachung.**

Auf gläubigerschaftliches Andringen wird der Gasthof zum goldenen Hirschen dahier dem gerichtlichen Zwangsverkauf nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98—101 des Proceßgesetzes vom 17 Nov. 1837 unterstellt.

Derselbe besteht aus dem Hause Nr. 18 an der Theatinerstraße und dem rückwärts von diesem befindlichen Hause Nr. 3 an der Salvatorstraße. Das erstgenannte Haus ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerke hoch, mit gewölbten Kellern versehen, und enthält links und rechts in dem anstoßenden Hofraum ein Seitengebäude, jedes 4 Stockwerk hoch. Der Hofraum ist rückwärts mit einem mit Erdgeschoß 5 Stockwerk hohen Querbau abgeschlossen.

Das Haus Nr. 3 an der Salvatorstraße (Wohngebäude) ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerk hoch, enthält einen 4 Stockwerk hohen Seitenbau und einen Hofraum. Beide Häuser sind durch Durchfahrt verbunden.

Im Hofraume des ersten Hauses ist laufendes Wasser und im Seitenhofe rückwärts ein Pumpbrunnen. Das Gesammtanwesen ist mit 60,000 fl. gegen Brand versichert, mit 10,000 fl. Ewiggeld und mit 125,510 fl. Hypothekcapitalien belastet und auf 84,500 fl. durchschnittlich gewerthet.

Termin zur erstmaligen Versteigerung ist auf **Donnerstag den 29 November 1849, Vormittags von 11—12 Uhr,** im Gerichtszimmer Nr. 9 angesetzt.

Hievon werden Steigerungslustige, welche sich erforderlichen Falls über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt daß die Gasthofgerechtsame real und als besonderes Hypothekobject eingetragen ist.

Concl. am 31 Julius 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director: Dauhauser.

Pfeufer.

(3643) **Für Lehrer!**

Für die Privat-Irren-Anstalt zu Bendorf bei Coblenz wird ein Lehrer gesucht der die Erziehung schwach- und blödsinniger Kinder zu leiten und einzelnen Irren Unterricht zu ertheilen hat. Qualificirte Bewerber erfahren auf portofreie Briefe das nähere.

Dr. Erlenmeyer.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 20 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Montag — Nr. 288. — 15 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Centralcommission. Großherzoglich hessisches Anlehen. Die Homburger Obligationen); München (der Dank Sr. Maj. des Königs an die verschiedenen Heeresabtheilungen. die Kammerprotokolle. Ernennungen im Heer. Ordensverleihungen. Schraudolph. Anfrage wegen der Kosten der preußischen Intervention in der Pfalz); Stuttgart (Rückkehr Sr. Maj. des Königs. Die Württembergische Ztg. gegen Betheiligung an dem von Preußen auszuschreibenden Reichstag); Baden (die Verfassungsfragen des Landes. Mieroslawski's Gelderhebungen); Mannheim; Bremen (die demokratische Senatorwahl. Hr. v. Gagern erwartet. Die deutsche Flotte); Berlin (v. Radowitz mit der Darlegung der Verhandlungen mit Oesterreich beauftragt. Die Wahlen zum Reichstag sollen vorbereitet werden); Königsberg; Schleswig-Holstein (eine Einmischung Rußlands. Marschbefehl der Preußen. Geburtstagsfeier des König-Herzogs. Die Session); Wien (der französische Gesandte. Gerücht von der Berufung R. Mohls und Wachsmuths. Beschluß die Triest-Laibacher Eisenbahn über den Karst zu führen. Die Ostdeutsche Post und der Wanderer suspendirt. Die Piaristen und der Unterricht. Die Hinrichtungen in Arad bestätigt. Cianv in Pesth gehenkt. Stand der neuen Anleihe); Triest (die englische Flotte vor Corfu. Wiederzunahme der Cholera); Laibach (auch hier die Cholera).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (Gräfin Batthyany. Hinrichtung eines katholischen Priesters. Weitere Urtheile erwartet.

Spanien. Veröffentlichung des Tarifs.

Großbritannien. Admiral Owen †. Anson †. Lord Roden.

Frankreich. Thiers Berichterstatter über die römische Frage. Frapolli ausgewiesen. Huberts Proceß. Versailles (der Staatsgerichtshof).

Niederland. Die Ministercombination wieder gescheitert.

Italien. Neapel (die neuen Einmischungen Lord Palmerstons. Die Ruhe nicht gestört); Turin (die Stimmung des Landes); General Pepe in Genua.

Schweden und Norwegen. Rückkehr des Königs nach Stockholm. Eine neue Oper.

Türkei. Englischer Bericht aus Widdin. Konstantinopel, 29 Sept. Spannung auf die Antwort von Rußland.

Ver. Staaten von Nordamerika. New-York, 25 Sept.

Beilage. Der deutsche Verwaltungsrath. — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London 10; Paris, Amsterdam 11; Wien 12; Frankfurt 13 Oct.

|| **Frankfurt,** 12 Oct. Ueber die Personalbesetzung der neuen provisorischen Bundescommission sind hier verschiedene Vermuthungen im Schwung. Als ziemlich gewiß nimmt man an daß jedenfalls Graf v. Rechberg (bisher österreichischer Gesandter bei der provisorischen Centralgewalt) und Hr. v. Radowitz zu den vier Mitgliedern der Commission gehören werden.*) Der Staatsprocurator Hecker v. Düsseldorf ist nun definitiv zum hiesigen Ober-Staatsanwalt ernannt. Von einem Amtsantritt desselben kann jedoch noch keine Rede seyn, da das Gesetz über Einführung der Schwurgerichte die Sanction des Senats noch nicht erhalten hat. Die auf hiesigem Platze für das neue österreichische Anlehen stattgehabten Unterzeichnungen sollen sich auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 Millionen Gulden belaufen. Gestern wurde das von den Häusern Philipp Nikolaus Schmidt dahier, Hohenemser und Ladenburg in Mannheim übernommene $4\frac{1}{2}$procentige hessen-darmstädtische Anlehen von $1\frac{1}{2}$ Mill. Gulden zum Preise von $92\frac{1}{2}$ Procent zur Unterzeichnung aufgelegt und war bereits vor Schluß der Börse vollständig abgesetzt. Heute fanden zu $92\frac{3}{4}$—93 Umsätze in diesen neuen Effecten statt. Die vor einigen Monaten eingetretene Einstellung der Zinszahlungen für die Hessen-Homburger Obligationen wurde bekanntlich damals in öffentlichen Blättern zur Höhe eines hessen-homburgischen Staatsbankerotts hinaufgeschraubt. Die vorübergehende Differenz welche zu jener Sistirung Anlaß gab, ist indessen jetzt geordnet, und die Zinszahlungen für Rechnung der Homburger Regierung werden nächsten Montag bei dem Bankierhaus Rothschild wieder aufgenommen werden.

*) Die Deutsche Ztg. sagt, von Oesterreich sollen bestimmt seyn: General Haynau und Hr. v. Werner, von Seite Preußens General v. Peucker und der frühere Minister v. Alvensleben. Der Nürnberger Correspondent spricht von Erzherzog Stephan und Hrn. v. Schmerling einerseits, dem Prinzen von Preußen und Hrn. Eichhorn andrerseits. Alle diese Namen erscheinen mehr oder minder zweifelhaft.

Bayern. ○ **München,** 10 Oct. Wohl jeder der am Beginn des gegenwärtigen Landtages den endlos langen Verhandlungen über den Druck der stenographischen Protokolle angewohnt hat, wird für die dabei ausgestandene Langeweile in der Hoffnung Trost gesucht haben daß die fraglichen Berichte wenigstens sehr rasch und vollständig erscheinen, und somit dem beabsichtigten Zwecke entsprechen würden. Leider aber ist diese Hoffnung bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen. So enthält z. B. das neueste Heft der stenographischen Berichte welches uns vorliegt, erst die Verhandlungen der vierten öffentlichen Sitzung vom 25 Sept., während nach den in der Kammer festgesetzten Bedingungen bereits die Protokolle der fünften und sechsten Sitzung erschienen seyn sollten. Bei dem Interesse welches das Land an den Kammerverhandlungen nimmt, scheint uns dieser Uebelstand wichtig genug um das Augenmerk des Directoriums der Kammer auf sich zu ziehen, damit wo möglich Abhülfe geleistet werde. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch einer eigenthümlichen Erscheinung Erwähnung thun, welche sich uns bei der Durchsicht der bisherigen stenographischen Berichte aufgedrängt hat: es ist dieß die auffallende Verschiedenheit mancher Reden wie sie hier gedruckt vorliegen von jenen welche wir in der Kammer gehört zu haben uns erinnern. Wir waren bisher der Meinung die fraglichen Protokolle seyen dazu bestimmt die in den Sitzungen stattgefundenen Verhandlungen, die gehaltenen Reden u. s. f. vollkommen getreu und vollständig wiederzugeben: nun aber haben wir zu unserm nicht geringen Erstaunen die Bemerkung gemacht daß in denselben nicht bloß der Abdruck von wirklich gehaltenen Reden, sondern auch von solchen Reden erscheint welche offenbar nicht gehalten wurden, was zuweilen so weit geht daß die von andern Abgeordneten vorgebrachten Berichtigungen nicht mehr passen, weil eben gerade die Stelle in dem Votum des Vorgängers welche widerlegt werden sollte, hinweggelassen ist. Da sich von der gewiegten parlamentarischen Gewandtheit jener Männer bei deren Reden das erwähnte Verfahren hauptsächlich zu bemerken ist, wohl voraussetzen läßt daß sie es verschmähen werden erst nach dem Schlusse der Sitzungen neue verbesserte Auflagen der gehaltenen Reden für den Druck zu veranstalten, die Reden selbst auch stets so durchdacht, und deren Gründe so stichhaltig zu seyn pflegen daß dieselben wohl kaum mehr einer Verbesserung fähig seyn möchten, so bleibt nur der Verdacht übrig daß irgendein Unberufener sich derlei Abänderungen erlaubt habe, und wir sind überzeugt daß in dieser Beziehung nächstens in der Kammer Reclamationen erhoben werden, was um so nothwendiger seyn möchte als sonst irgend ein Reactionär leicht auf den Gedanken kommen könnte daß die betreffenden verehrlichen Abgeordneten selbst das Bedürfniß empfinden an ihren Reden so bedeutende Aenderungen vorzunehmen, um die allenfallsigen Blößen zu verdecken und sie so dem Publicum genießbar zu machen. So ausgedehnte Arbeiten ließen sich freilich wohl kaum in dem für die Correctur festgesetzten Zeitraume von zwei Stunden bewerkstelligen, und es liegt vielleicht hierin der Schlüssel zu dem Geheimniß warum die stenographischen Berichte so verspätet erscheinen, wodurch offenbar dem damit beabsichtigten Zwecke „diametral" entgegengewirkt wird.

9 **München,** 14 Oct. Der vorige Kriegsminister Generallieutenant v. Lesuire, der bisher in Quiescenz sich befand, ist reactivirt und zum Commandanten des fränkischen Observationscorps ernannt worden. Genanntes Corps wird mit Ausnahme der am untern Main detaschirten Brigade in diesen Tagen die Linie zwischen Schweinfurt und Ochsenfurt besetzen. Generalmajor Damboer übernimmt als Divisionsgeneral wieder das Commando der vierten Division zu Würzburg. — Se. Maj. der König hat dem königl. preußischen Staats- und Legationsrath v. Raumer und dem seitherigen kurhessischen Geschäftsträger am hiesigen Hof, v. Baumbach, das Commenthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen. Maler Johann Schraudolph, der Zeit zu Speyer, wurde zum Professor der Historienmalerei an der Akademie der bildenden Künste ernannt. — Das Collegium der Gemeindebevollmächtigten hiesiger Hauptstadt trat in seiner letzten öffentlichen Sitzung den vom Magistrat schon vor eini-

ger Zeit entworfenen Bestimmungen hinsichtlich der Vereinigung der Gemeinden der Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing mit der Stadt München bei. — Der herzliche Dank den der König an die Truppen gerichtet, welche in Schleswig und anderwärts ihre Treue und Tüchtigkeit bethätigt haben, hat allerwärts guten Eindruck gemacht, obgleich sonstige Auszeichnungen oder Beförderungen namentlich aus der Zahl der höheren Officiere, die in Schleswig so rühmlich sich bewährten, mit einer oder zwei Ausnahmen nicht stattfanden. Die Finanzzustände machen Ersparnißrücksichten nothwendig. In welch gutem Andenken unsre braven Truppen in Schleswig-Holstein stehen, zeigen noch immer Briefe und Blätter von dort.

Der am 12 Oct. ausgegebene, vom 9 datirte Armeebefehl enthält am Eingang folgende Danksagung des Königs an verschiedene Heeresabtheilungen: „Ich sage Meinen Dank dem 3ten Jägerbataillon für seine Mannszucht, Tapferkeit und Ausdauer im Reichskriegsdienste während dieses Jahres im Odenwald, am Neckar, am Rhein und im Schwarzwald; dem Generallieutenant Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg, Hoheit, und dem Generalmajor und Brigadier Christian v. Schmalz für die einsichtsvolle Führung der ihnen im Reichskriege gegen Dänemark übertragen gewesenen Commando's; allen dort verwendet gewesenen Stabsofficieren, Officieren und Militärbeamten des Divisions- und des Brigadestabes für ihren bewiesenen pflichtgetreuen Diensteifer; dem 2ten Bataillon des 4ten Infanterieregiments Gumppenberg, dem 1ten Bataillon des 7ten Infanterieregiments Karl Pappenheim, dem 1ten Bataillon des 8ten Infanterieregiments Seckendorff, dem 2ten Bataillon des 13ten Infanterieregiments Herrling, dem 2ten Jägerbataillon, dem 5ten Chevaulegersregiment Leiningen, der Sechspfünder-Batterie Stiglitz des 1ten Artillerieregiments Prinz Luitpold, und der Zwölfpfünder-Batterie Fahninger des 2ten Artillerieregiments vacant Zoller für ihr tapferes und in allen Beziehungen lobenswerthes Verhalten im nun beendeten Reichskriege gegen Dänemark in Holstein, Schleswig und Jütland; und endlich den in der Pfalz ihrer Fahne und ihrer Pflicht treu Gebliebenen der Festungsstäbe, der Gendarmerie, des 6ten Infanterieregiments vacant Herzog Wilhelm, des 9ten Infanterieregiments Wrede, des 2ten Jägerbataillons, des 5ten Chevaulegers-Regiments Leiningen, der 5ten, 8ten, 9ten, 10ten, 11ten, 12ten, 14ten und 15ten Compagnie und der Fuhrwesens-Abtheilung des 2ten Artillerieregiments vacant Zoller, der Zeughausverwaltungen zu Landau und Germersheim, des Ingenieurcorps, und endlich der ersten und 2ten Compagnie des Genieregiments. Ich erkenne mit Freude und Wohlgefallen daß diese tapferen Truppen selbst nach dem langen Frieden der jüngst vergangenen vierunddreißig Jahre die kriegerischen Tugenden der Väter und deren Treue an das angestammte Herrscherhaus sicher bewahrt haben, und bin überzeugt daß, wie sie, auch die übrigen Abtheilungen Meines Heeres die durch Jahrhunderte bewiesene Kriegstüchtigkeit der Bayern in allen Zeiten und Verhältnissen unerschütterlich treu zum Ruhm und Heil des Vaterlandes bewahren werden."

○ **München**, 13 Oct. Bei der Sensation welche die in öffentlichen Blättern verbreitete Nachricht, es habe die preußische Regierung auf die Bayern treffende Rate der Zollvereins-Einnahmen im Betrage von etwa anderthalb Millionen Gulden zur Entschädigung für die in der Pfalz geleistete militärische Hülfe Beschlag gelegt, allenthalben sowohl im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage Bayerns, als namentlich durch die politische Tragweite eines solchen Factums, hervorrufen muß, wird man es der Kammer Dank wissen wenn von derselben diese Gerüchte zur Sprache gebracht und deßfallsige Aufschlüsse vom Ministerium verlangt werden. Wie wir hören, hat auch bereits in der heutigen Kammersitzung der Abg. v. Lerchenfeld dem Präsidium eine Anfrage angekündigt, welche er im Verein mit mehreren anderen Abgeordneten in einer der nächsten Sitzungen an das Ministerium stellen wird.

Württemberg. **Stuttgart.** Se. Maj. der König ist am 11 Abends von seiner nach dem Rhein unternommenen Reise glücklich in Stuttgart wieder eingetroffen. Die ministerielle „Württembergische Ztg.", welche eine Zeitlang vorzugsweise Preußen günstige Artikel gebracht, warnt plötzlich wieder in einem eigenen Redactionsartikel vor der Lockung die in dem Worte Reichstag liege; auch für den Württemberger sey dieses Wort ein großer Magnet, nur verstehe er darunter einen allgemeinen deutschen Reichstag, keinen Dreiviertelsreichstag. Noch könne Württemberg ein nicht unbedeutendes moralisches Gewicht in die Wagschale des ganzen Deutschlands werfen! — Die bekannte Actienbrauerei ist nach zwanzigjährigem Bestand in Gant gerathen. — Der seiner Haft entlassene Rösler von Oels hält bereits wieder Reden.

Gr. Baden. Die Karlsruher Zeitung berechnet die an Mieroslawski ausbezahlten Summen folgendermaßen: Vor und bis zum 19 Jun. d. J. sind aus der Kriegscasse dahier bezogen worden: a) auf Anweisung der sogenannten provisorischen Regierung vom 16 Jun. durch Bürger Brentano zur Absendung an General Mieroslawski 10,000 fl.; b) auf Anweisung derselben Regierung vom 17 Jun. für Sattelzeug, Waffenrock und Hosen des Generals 138 fl. 14 kr.; c) laut Anweisung vom 15 Jun. für Sättel desselben 216 fl.; zusammen also 10,354 fl. 14 kr. oder 22,187 Fr. 64 Cent.

* **Aus Baden**, 11 Oct. Wir haben in unserm letzten Briefe das Wort genommen für die zweite badische Kammer, gegen die sich jetzt der reactionäre Groll ebenso ungeduldig Luft macht, wie früher der radicale Unverstand; wir sprachen dabei die Hoffnung aus daß die Regierung nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und, abgesehen von den nothwendigen Umgestaltungen, die durch die Herstellung eines gesetzlichen Zustandes geboten werden, sich nicht dazu fortreißen lassen möge auch alles das über Bord zu werfen was uns neben den bittern Erfahrungen der letzten Jahre als einzige wirkliche und werthvolle Errungenschaft bleiben soll. Das Verhältniß der Regierung dazu muß sich indeß bald aufhellen: in der erwarteten Zusammberufung der Kammern und in der Stellung die sie zu der Landesvertretung einnehmen werden. Die Frage wie der neue Landtag gebildet werden soll, ist so verwickelt wie alle unsre Verhältnisse; die Revolution hat auch hier die Uebergänge abgebrochen, und die Lage zu einer ganz exceptionellen gemacht. Die Kammern die bis zum 14 Mai getagt haben, bestehen noch; sie sind gesetzlich nicht aufgelöst, ja man scheint unter dem Drange der Geschäfte in den ersten Tagen der Restauration auch vergessen zu haben sie zu vertagen. Sie befinden sich also in dem Zustand unfreiwilliger Beurlaubung, und es könnte dem Präsidenten der einen wie der andern Kammer nicht verwehrt seyn sie eines Tages zu Fortsetzung ihrer Geschäfte wiedereinzuberufen. Zugleich ist aber der Termin nicht mehr fern wo sie zu einem Viertel erneuert werden muß — wenn die Regierung es nicht vorziehen sollte eine Auflösung und vollständige Erneuerung eintreten zu lassen. Sie hat demnach die Wahl zwischen verschiedenen Wegen: sie kann die bestehenden Kammern einberufen, mit ihnen die nothwendigsten Gesetze noch erledigen und sie dann verabschieden; sie kann den Landtag schließen und Ergänzungswahlen ausschreiben, sie kann ihn aber auch auflösen und neue Wahlen anberaumen. Es ist nicht leicht so auf den ersten Blick hin zu sagen welcher Rath der zweckmäßigste und beste sey. Der schlimmste Rath wurde dem Ministerium jüngst in seinem eigenen Organ, der Karlsruher Zeitung, gegeben: ein Wahlgesetz zu octroyiren, und darnach eine neue Kammer zu berufen. Es wäre in der That das verkehrteste Mittel uns aus den Nachwehen der revolutionären Zeit durch eine kolossale Rechtsverletzung, einen unzweideutigen Verfassungsbruch, zu „gesetzlichen Zuständen" zurückzuführen. Unser Volk ist durch die Willkür der bureaukratischen Politik vor dem März und durch die revolutionäre Willkür nach dem März zur Genüge verwirrt und corrumpirt worden; es wäre endlich an der Zeit zu Begründung fester Rechtszustände von oben vorzuschreiten, statt mit revolutionärer Cabinetspolitik zu revolutionärer Parteitaktik von neuem ein aufmunterndes Beispiel zu geben. Verlangt man vom Volke Loyalität und gesetzlichen Sinn, so muß man selber mit dem guten Beispiel der gewissenhaften Achtung vor Gesetz und Recht vorangehen; jede Abweichung ermuntert zu neuen Retorsionen, und stößt uns immer weiter in die unglückselige Bahn von Gewalt gegen Gewalt, Rechtlosigkeit gegen Rechtlosigkeit, um so unser bürgerliches und sittliches Leben immer gründlicher zu zerrütten. Unser Wahlgesetz, das wie alle unsre Institutionen auf einer sehr breiten demokratischen Grundlage beruht, war zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Parteien nicht genehm; im Jahr 1846 war es den Ultramontanen, 1848 den Radicalen nicht genehm — den Beifall der vormärzlichen Staatsweisheit hat es nie gehabt. Ein einseitiges Vernichten dieses Verfassungsgesetzes würde aber die ehrlichen und gesetzlichen Leute aller Parteien zum Widerstande aufrufen, und einen neuen Gährungsstoff den kaum eingeschüchterten Factionen als erwünschte Nahrung hinwerfen. Der Erfolg würde wahrscheinlich der Absicht keineswegs entsprechen: die Wahlen würden oppositionell ausfallen, weil entweder das gekränkte Rechtsbewußtseyn oder die verstimmte Zurückhaltung aller conservativeren Elemente viel mächtiger wäre als die so schwache und prekäre Schranke einer minder demokratischen Wahlordnung. So eng auch die badische Restauration mit der preußischen Politik verflochten ist, und so sehr sie von ihr abhängen mag — das Octroyirunggelüste möge die badische Regierung von der preußischen doch ja nicht allzu bereitwillig annehmen! Wenn man in den verschiedensten Theilen des deutschen Vaterlandes unter den aufrichtigsten Freunden des Bundesstaats so viele Zweifler und Mißtrauische findet, die weder an die friedliche constitutionelle Zukunft Preußens noch an die ehrliche Durchführung des Drei-Königs-Entwurfs glauben wollen, so vergesse man ja nicht daß es die Willkür des Octroyirens, Umstürzens und erneuten Octroyirens, daß es die Dehnbarkeit des preußischen Constitutionalismus ist die das Mißtrauen großgezogen hat. Wer wie die preußische Regierung innerhalb sechs Monaten ein Verfassungswerk mit Gewalt eingeführt,

das kaum eingeführte wieder umgeworfen und nach Bedürfniß neu zugeschnitten hat, der verlange ja nicht daß man in die rechtliche Beständigkeit solcher Staatsschöpfungen ein zu großes Vertrauen setze. Liegt doch der Gedanke zu nahe, daß die Gewalt die statt des Rechts seit 10 Monaten in Preußen alles geschaffen und umgestaltet hat, auch im gelegenen Momente es genehm finde das eigne Werk, das Deutschland als Verfassung geboten worden ist, wieder umzuschmelzen oder umzuwerfen. „Vertrauen erweckt wieder Vertrauen“ — haben wir oft vom Throne und den Ministerischen aus in Preußen sagen hören, das Vertrauen zur eigenen Aufrichtigkeit und Tüchtigkeit zu wecken, ist aber eine Aufgabe welche die preußische Politik erst noch zu lösen hat. Es ist zu hoffen daß das badische Ministerium sein Restaurationswerk nicht mit einer rettenden That dieser Art beginnen wird. Fürchtet es von einer freigewählten Volksvertretung in seiner Regierungsarbeit mehr gehemmt als gefördert zu seyn, und glaubt es sich genöthigt von der gesetzlichen Norm abzuweichen, so berufe es lieber keine Kammer, als daß es durch eine Verfassungsverletzung die Wahlen vornherein zu rechtswidrigen und gefälschten mache. Das noch vorhandene Rechtsbewußtseyn im Volke wird es eher ertragen daß man den gesetzlichen Termin des Landtags hinausschiebt, als daß man durch eine Hinterthür angenehme Wahlergebnisse zu erschleichen sucht. Ohnedieß bedingt eine neue Wahl die Aufhebung der Ausnahmszustände; will man dieß vermeiden, so bringe man mit der noch vorhandenen Kammer die unabweisbaren Geschäfte, namentlich Finanzsachen in Ordnung, erspare dem Lande eine neue Wahlbewegung, vollende das Werk der gesetzlichen Reorganisation und trete dann zur Rechtfertigung vor neu gewählte Kammern hin. Trägt das Werk in seinen Früchten den Beweis daß es ein gelungenes sey, so wird es auch an der Zustimmung der Volksvertretung nicht fehlen und dem ungewöhnlichen Schritt wird die gesetzliche Indemnitätsbill nicht versagt werden. Viel eher würden wir darin eine rettende That erblicken, als in der Berufung einer Versammlung die ihrem Ursprung nach schon eine ungesetzliche ist und uns in das System der Unwahrheiten zurückwirft, welches dem constitutionellen Wesen in Deutschland die schwersten Wunden versetzt hat. Wir glauben indessen nicht daß die Regierung entweder jenen Wünschen der ungeduldigen Partei, die im Hintergrunde steht, so leicht nachgeben oder zu einem ungewöhnlichen Schritt dieser Art sich entschließen wird; eher wird man in der Berufung einer Ständeversammlung sich eine materielle und moralische Unterstützung suchen. Wie diese Berufung geschehen wird, darüber sind bis jetzt nur Vermuthungen laut geworden; es scheint daß man in dem Kreise der Regierenden selbst noch nicht einig darüber geworden ist. Mit der vorhandenen Ständeversammlung kann nur noch der Rest der unerledigten Geschäfte fertig gemacht, namentlich das Finanzgesetz erledigt werden. Das kann in einer, höchstens zwei Wochen geschehen, und damit wird die Mission dieser Versammlung erfüllt seyn. Ein Budget für die folgende Periode (1 Julius 1849—1851) bewilligen kann diese Kammer nach der ausdrücklichen Bestimmung der Verfassung nicht. Es muß wenigstens ein Viertel der Mitglieder durch Ergänzungswahlen erneuert werden. Möglich daß dieser Weg der gegenwärtigen Regierung der passendere scheint. Der Rest der nicht herausgeloosten Mitglieder besteht fast ausschließlich aus Vertretern des gemäßigten Liberalismus, die früher in der Opposition waren und später das Ministerium Bekk unterstützten; es bliebe also bei einer Partialerneuerung ein Grundstock zurück der auf die künftige Physiognomie der zweiten Kammer einen sehr wesentlichen Einfluß üben würde. Zwanzig bis dreißig Vertreter (unter 63), die dem Unsinn der Rothen ebenso abhold sind als den ungeduldigen Gelüsten der vormärzlichen Restaurationsmänner, würden zurückbleiben — und wie auch die Ergänzungswahlen ausfallen mögen, man könnte mit ziemlicher Gewißheit voraussagen daß die nächste zweite Kammer der politischen Richtung angehören würde die das Ministerium Bekk eingehalten hat. Die Gefahr daß mit der jüngsten Katastrophe auch alle wirklichen und werthvollen Errungenschaften über Bord geworfen würden, wäre damit von selbst beseitigt, und Besorgnisse vor einem Ueberwiegen der Extreme rechts oder links würden nicht aufkommen können. Man kann weiter geltend machen daß mit einer solchen Partialerneuerung die Wahlbewegung nicht so allgemein und über das ganze Land ausgedehnt werden wird, und mag vielleicht aus dieser conservativen Rücksicht sich lieber dazu verstehen daß eine Partei, für die man sonst wenig Sympathien hat, auch in die künftige Kammer ziemlich zahlreich übergeht. Gleichwohl scheint uns eine Auflösung und allgemeine Erneuerung der Kammer unbedenklich der bessere Weg zu seyn. Wir halten die Wahlbewegung, die dadurch nothwendig würde, für nicht viel größer als die bei einer partialen Erneuerung. Es sind außer den 16 herausgeloosten Stellen noch elf durch Austritt erledigte zu besetzen; letztere, ausschließlich solche wo die Rothen die Mehrheit hatten und vielleicht der alte Hader der Wahlverweigerungen sich wiederholen könnte, gegen die man wohl gewaltsame aber nur unzureichende gesetzliche Mittel hat. Wir sehen keinen großen Unterschied darin ob 27 oder ob 63 Wahlen vorgenommen werden, zumal da jene 27 nicht auf einen Theil des Landes beschränkt sind, sondern sich sporadisch von Mannheim bis an den Bodensee hin vertheilen, und also durch sie immerhin das ganze Land in Bewegung gesetzt würde. Die Lage der Dinge ist aber von der Art daß, wenn man sich einmal entschließt die Stimme des Landes einzuholen, dieß nur durch eine allgemeine Appellation geschehen sollte. Wir treten in einen neuen Abschnitt unserer Geschichte; es gilt jetzt mit vereinten Kräften aufzubauen und zu reorganisiren — soll dieß mit ständischem Beirath geschehen, und zieht man es nicht vor die Wahlen ganz auszusetzen bis die Zustände befestigt und die Stimmungen geklärt sind, so haben nur allgemeine Wahlen einen vernünftigen und aufrichtigen Sinn. Die Regierung wird, wenn sie durch allgemeine Wahlen ans Land appellirt, durch diesen Beweis ihrer ehrlichen constitutionellen Gesinnung einen bessern Eindruck machen und an der neuen Versammlung aller Voraussicht nach eine festere moralische Stütze erhalten als wenn sie auf einem Umweg sich eine conservative Majorität zu sichern sucht. Hegt man Besorgnisse vor der noch unsichern, aufgeregten und wenig beruhigten Stimmung, so läßt man besser überhaupt nicht wählen; denn eine Partialerneuerung, wobei der zurückbleibende Rest conservativ, die Neugewählten in der Mehrheit roth sind, wäre eine sehr geringe Unterstützung für das Ministerium. Drum entweder allgemein wählen lassen oder gar nicht wählen lassen; alles andere was außerhalb dieser Alternative liegt, führt zu halben und deßhalb verkehrten Mitteln. Auch scheinen uns die Besorgnisse übertrieben die den allgemeinen Wahlen entgegengehalten werden. Thun die ehrlichen Leute aller Parteien ihre Pflicht, so dürfen wir die Hoffnung hegen daß die Gefahr neuer Verwicklungen abgewendet werden wird. Das „rechts“ und „links“, das „ministeriell“ und „liberal“ sind zu lange die Stichwörter gewesen womit man in unser kleines Land eine Agitation warf die es nicht ertragen konnte; dergleichen Firlefanz sollte einmal aufhören, die Prätension daß in der badischen Kammer die deutsche und europäische Politik gemacht werde, sollte für immer begraben seyn. Die aufrichtigen Patrioten aller Meinungen sollten sich die Hände reichen zu dem Programm: die häuslichen Angelegenheiten aus tiefer Zerrüttung wiederherzustellen, ohne Gespreiztheit und kleinstaatlichen parlamentarischen Dünkel die materiellen und sittlichen Wunden des Landes zu heilen, eine freisinnige und zugleich feste Ordnung der Dinge auf gesetzlichen und rechtlichen Grundlagen aufzubauen. Ist es wahr daß Unglück die Menschen besser und verständiger macht, so dürfen wir auch erwarten daß der alte Hader einmal ende, und sich eine Partei im Lande bilde die durch ächte conservative Gesinnung beweist daß die bittern Erfahrungen der jüngsten Zeit nicht fruchtlos waren, und die doch zugleich an wahrer Freisinnigkeit keinem der gerühmtesten badischen Landtage nachsteht. Aber freilich dazu gehört die vereinte Thätigkeit aller derer die den Sinn und die Fähigkeit für politische Ordnung und bürgerliche Freiheit noch nicht verloren haben. Bleiben die „ordentlichen Leute“ wie gewöhnlich hinter dem Ofen, lassen sie sich wie bisher von Buben und Abenteurern ihre Politik machen, geben sie sich der alten Täuschung hin daß mit bequemem Stillsitzen die errungene Freiheit zu behaupten oder die verlorene wieder zu erringen sey, wird die Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten wieder wie bisher den Factionen auf Discretion überantwortet — dann sind allgemeine Wahlen ein Versuch dessen Gefahren wir nicht verkennen wollen. Es wäre denn ein Griff in einen Glückstopf, von dem es ganz ungewiß ist ob er mit Hülfe des Kriegszustandes und des militärischen Schreckens eine blinde reactionäre »chambre introuvable« oder eine verstockte Majorität voll demagogischen Unsinns zu Tage fördern wird. Beides abzuwehren liegt aber im Interesse aller denen die Wiederherstellung unseres tief zerrütteten Landes am Herzen liegt.

Mannheim, 12 Oct. Am 17 d. findet die standgerichtliche Verhandlung über Hauptmann J. Ruppert statt. Es sind bei 100 Zeugen geladen. Am 19 d. wird sodann Mögling vor dem Standgericht erscheinen. Auf diese Verhandlung ist man besonders gespannt, weil es heißt, Mögling werde seine Ansichten ganz offen darlegen. So wird man denn endlich einmal einen überzeugungstreuen Republicaner unter dem Schwarm von Maulhelden erblicken. (Karlsr. Z.)

Kurhessen. **Kassel,** 10 Oct. Die Ständeversammlung ist auf den 22 d. wieder zusammenberufen. Die Ministerwechselgerüchte tauchen immer wieder auf.

Hansestädte. ** **Bremen,** 7 Oct. Unser kleiner Staat hat gestern ein Ereigniß erlebt welches freilich in den inhaltvollen Spalten Ihres Blatts sich ziemlich unscheinbar ausnehmen wird, für die alte Hansestadt aber bedeutsam genug ist um eine Aufzeichnung in Ihren Spalten zu beanspruchen. Gestern hat zum erstenmal unsere Märzdemokratie, welche bis jetzt von Belagerungszuständen und Repressivmaßregeln noch verschont geblieben ist und im vollsten Flor sich erhalten hat, die erste Bresche

in die altehrwürdige Burg eines hohen Senats geschossen, dessen Personal bis dahin unberührt von allen Märzwandelungen in ursprünglicher „Respectabilität“ geblieben war. Früher durch Cooptation ergänzt, hatte diese Körperschaft, ohne daß sie je sich auf eine eigentliche Geschlechterherrschaft stützte, doch stets alle Elemente von ihrem geheiligten Kreise ausgeschlossen, die nicht durch eine bedeutsame äußere Stellung, sey es durch Reichthum, kaufmännisches Ansehen oder geistige Ueberlegenheit, den Mangel an Familienverbindungen zu ersetzen wußten, und wenn wir keine senatorische Familien hatten, so besaßen wir doch sehr scharf abgegränzte senatorische Classen, denen angehören oder in die sich hineinarbeiten mußte wer Ansprüche auf die Ehren des curulischen Sessels machen wollte. Wir können nicht sagen daß die bremischen und die durch Bremen vertretenen deutschen Interessen übel gefahren sind bei dieser Art der Exclusivität, die wenigstens nie gehindert hat daß auch sehr zahlreiche Emporkömmlinge sich das Recht erwarben ihr Wappen in die Rahmen der alterthümlichen Rathhausfenster einfügen zu lassen. Vielmehr war unser vormärzlicher Senat ganz entschieden der intellectuelle Brennpunkt unseres politischen Lebens und Strebens, namentlich in allen Unternehmungen welche den Handel zu fördern und zu organisiren berechnet waren. Zum erstenmal seit der Verfassungsänderung machte im dießjährigen September der Tod Neuwahlen für den Senat nach demokratischem Modus nothwendig. Die Cholera raffte den Senator Droste dahin, welcher in den Annalen der peinlichen Rechtspflege bekannt geworden ist als Untersuchungsrichter in dem Processe der Giftmörderin Gottfried; an seine Stelle trat auf den Wunsch der Bürgerschaft der ehemalige Reichshandelsminister Hr. Arnold Duckwitz wieder in den Rath ein. Ein weit schwererer Verlust traf die Stadt wenige Tage später, als eine schwere Krankheit den Senator Gildemeister dem Gemeinwesen raubte, einen Mann von gründlichster Gelehrsamkeit, umfassender Bildung und unerschütterlicher Ehrenhaftigkeit, dessen Verdienste um die handelspolitischen Beziehungen Bremens diesseits und jenseits des Oceans ihm unmittelbar neben Smidt seine Stelle anwiesen. Die durch seinen Tod entstandene Lücke auszufüllen hat gestern die Bürgerschaft einen Privatlehrer, Hrn. Feldmann, zum Rathsherrn erwählt, einen der Wortführer der demokratischen Partei, von dessen politischer Bildung Sie sich einen Begriff machen können, wenn Sie erfahren daß er im vorigen Jahr in einer Druckschrift Schwurgerichte verlangte welche mit Angabe der Entscheidungsgründe urtheilen sollten! Von den Kenntnissen abgesehen, soll der Neuerwählte der gescheidteste Mann seiner Partei seyn. Die Unzufriedenheit unserer Kaufmannschaft mit der Herrschaft des demokratischen Absolutismus, dem es bei uns platterdings an allen redeeming features fehlt, ist durch diese Wahl wieder zu frischer Lebhaftigkeit gelangt, und allgemein hört man in vertrauteren Kreisen den Wunsch nach einer baldigen Aenderung dieses Zustandes aussprechen. Ueber das Wie ist man denn freilich sehr im unklaren. Nächste Woche erwarten wir Hrn. v. Gagern zum Besuche hier; ein kolossaler Neu-Orleansfahrer welcher in diesen Tagen vom Stapel läuft, soll den Namen des berühmten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung erhalten, und die Kaufmannschaft unserer Stadt wird diesen Anlaß wahrnehmen dem gefeierten Manne durch ein großartiges Fest ihre Hochachtung zu bethätigen. Ueber das Schicksal der deutschen Flotte, von welchem die Zeitungen so viel Redens machen, kann ich Ihnen, obwohl sie nur wenige Meilen von uns entfernt liegt, nichts bestimmtes mittheilen. Vorderhand liegt sie still in der Weser vor Anker, und Hr. Brommy fordert in den Blättern auf Rechnungen für die weiland Hamburger Marinecommission bis Ende Novembers an die Seezeugmeisterei zu Bremerhaven einzusenden, woraus hervorzugehen scheint daß bis zu diesem Termin wenigstens die Flotte hier bleiben wird. Ein Volksgerücht dagegen sagt daß die Kriegsschiffe am 15 October in See gehen würden um an Oesterreich ausgeliefert zu werden. Hoffentlich ist dieses Gerede unbegründet, denn es läßt sich nicht leugnen daß — wenn das Reichsministerium mit derartigen Gedanken umginge — niemand in Deutschland mächtig genug seyn würde um diese ohnmächtige Schattenregierung an der Ausführung des Anschlages zu hindern. Oder sollte Hannover etwa mit Landdragonern die kanonenstarrenden Wasser-Riesen „Hansa“ und „Barbarossa“ auf der Weser zurückhalten? In Berlin scheint man so etwas zu glauben.

Preußen. ♃ **Berlin,** 11 Oct. Die Vertreter in der Bundes-Central-Commission — diesen Namen soll die provisorische Centralgewalt führen — werden nach Instructionen ihrer Regierungen handeln. Die Befugnisse der Commission sollen scharf begränzt und in der That der Art seyn daß der engere Bundesstaat nicht durch sie beeinträchtigt wird. Der hannoverische Bevollmächtigte hat dem Verwaltungsrath eine Denkschrift übergeben worin die Gründe dargelegt werden aus welchen Hannover die Ausschreibung der Wahlen beanstandet. Die Einleitungen zur Ausschreibung der Wahlen werden übrigens getroffen. In den nächsten Tagen wird der Prinz von Preußen hier eintreffen *). Er soll sich alle Empfangsfeierlichkeiten verbeten haben und nur kurze Zeit hier bleiben wollen. Die Prinzessin von Preußen hat vorgestern ihren Palast unter den Linden wieder bezogen. Die Deutsche Reform bringt heute ein Schreiben Beckeraths, worin derselbe die unrichtige Angabe in ihrem Bericht über die gestrige Verhandlung der zweiten Kammer als ob er sich für die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung ausgesprochen habe, zurückweist, und hinzufügt „er habe sich nur der Aufnahme der negirenden Bestimmung in die Verfassung widersetzt, weil er es als eine Schmähung des Ansehens der Regierung betrachte wenn eine Maßregel, die sie vor noch nicht langer Zeit wiederholt verheißen, mithin für ausführbar und heilsam gehalten habe, als ein so großes Uebel behandelt werde daß dagegen, wie gegen die Strafe der Vermögensentziehung, des bürgerlichen Todes und gegen die Einführung der Censur, Vorkehrung in der Verfassung selbst getroffen werden müsse.“ Man muß allerdings gestehen daß die Kammer bei dieser Gelegenheit in ihrem loyalen Eifer zu weit gegangen ist und daß sie sich schon mit der Annahme des Seckendorf'schen Amendements hätte begnügen können.

: **Berlin,** 12 Oct. General v. Radowitz verläßt morgen, jedoch nur auf wenige Tage Berlin, um nach Erfurt zurückzukehren. Er hat neuerdings den Auftrag erhalten die seit den letzten Eröffnungen in den Kammern vom 25 Aug. verfolgte Politik der Regierung in der deutschen Frage weiter zu vertreten, namentlich über die letzten Verhandlungen mit Oesterreich Rechenschaft abzulegen. Das nunmehr einzusetzende Interim findet seine besondern Gegner — auf der äußersten rechten Seite der Kammern. Die große Majorität der Abgeordneten, dieß ist jetzt schon ersichtlich, erblickt in der Einsetzung desselben eher ein Förderungsmittel als ein Hinderniß der mit der Begründung des engeren Bundes durch Preußen begonnenen deutschen Verfassungsreform. Man zieht sogar ein günstiges Präjudiz von diesem Interim auf das Definitivum, da der Dualismus welcher dem engern und weitern Bunde zu Grunde liegt, offenbar im Interim ausgesprochen ist. Das preußische Unionsproject ist lediglich auf einen andern Boden, d. h. den des Bundesgebiets gerückt. Nicht das ganze Oesterreich ist der eine zu verbindende Factor, sondern Oesterreichs deutsche Bundeslande mit Bayern, Württemberg u. s. w., während auf der andern Seite der sich krystallisirende Bundesstaat steht.

Königsberg, 8 Oct. Der Graf v. L., Referendarius und Landwehrlieutenant ist wegen reactionärer Wühlereien in erster Instanz zu 14tägigem Gefängniß verurtheilt. Derselbe ist überführt in Insterburg für Geld Leute gedungen zu haben, um in der Wohnung eines Demokraten die Fenster einzuwerfen. (Königsb. Ztg.)

Schleswig-Holstein. **Altona,** 9 Oct. Die Preußen haben ehegestern Befehl erhalten sich nach Schleswig marschfertig zu halten. Zugleich ist bei der Altonaer Eisenbahndirection angefragt ob sie das Militär stündlich befördern könne, was verneinend beantwortet wurde, da die Statthalterschaft den Truppentransport untersagt habe. — Der Commandeur der Gefion hat von der Centralgewalt Depeschen über den künftigen Ankerplatz des Reichsschiffes erhalten. — In Flensburg soll die dänische Geburtstagsfeier doch nicht ohne blutige Köpfe abgegangen seyn. Beurlaubte schleswig-holsteinische Soldaten, die mit der schwarz-roth-goldnen Fahne einrückten während die Danemanen mit dem Danebrog flaggeten, geriethen mit letzteren bald in Streit, und es entspann sich eine Schlägerei bei der sich jede Partei den Sieg zuschreibt. Auch in Husum und Tondern sollen einige der wenig Dänisch-gesinnten Schläge bekommen haben. Die Festlichkeiten in Hadersleben und Apenrade werden als sehr kümmerlich geschildert; von den Hunderten von Wagen auf denen die Gäste vom Lande einziehen sollten, fanden sich etwa 30 ein. (Z. f. Nordd.)

Aus Holstein, vom 10 Oct., wird der Norddeutschen freien Presse geschrieben: „Darf man einer Nachricht trauen deren Glaubwürdigkeit uns außer Zweifel scheint, so ist die Statthalterschaft auf der Stufenleiter ihres Verhaltens zum Berliner Waffenstillstand gegenwärtig auf einer neuen Sprosse angelangt. Man erfährt nämlich — und es wird dieß regierungsseitig als eine „bessere Wendung unserer Sache“ gerühmt — daß Rußland jetzt energisch verlangt habe, und daher (!) wolle es auch Preußen, daß die Landesverwaltung fürder im Namen des Königs „als Herzogs von Schleswig“ regiere, und sich über die gehörige Verwaltung des Landes bis zu Ende des Waffenstillstandes mit der Statthalterschaft in Verbindung setze. Diese letztere soll demnach der Landesverwaltung auch schon geschrieben und eine Zusammenkunft in Schleswig vorgeschlagen haben. Es läßt sich natürlich noch nicht bestimmen welches das Resultat dieser Zusammenkunft seyn werde, die Gefahr liegt indeß augenscheinlich nahe daß die Enthaltung vom thatsächli-

*) Der Prinz ist am 12 Oct. auf der Eisenbahn von Potsdam nach Berlin gekommen, aber nach zwei Stunden Aufenthalt dahin zurückgekehrt.

chen Widerstand gegen die Landesverwaltung in die Leistung eines thatsächlichen Beistandes übergehe." Sollte Rußland am Sund Ruhe schaffen wollen um am Bosporus ungestörter arbeiten zu können.

△ **Wien**, 12 Oct. Die neuesten Nachrichten aus Pesth bestätigen die Todesurtheile in Arad. Dreizehn mehr oder minder bekannte ungarische Oberofficiere sind theils durch den Strang, theils durch Pulver und Blei hingerichtet worden. Auch in Pesth wurden die bekannten Regierungscommissäre Csany und Jessenak durch den Strang vom Leben zum Tode gebracht. Ersterer ist berüchtigt durch seine Wirksamkeit in Siebenbürgen, wo er eine unselige Energie im Sinne Kossuths entwickelte. Der zweite war Regierungscommissär in der Slowakei, und selbst Slave übte er einen großen Terrorismus aus gegen seine Landsleute. Dem Vernehmen nach wurde der Gräfin Batthyany bedeutet Ungarn in kürzester Frist zu verlassen. An der heutigen Börse wurde das neue Anlehen bereits unter Pari angeboten, was im größern Publicum unnöthige Besorgnisse erregt; denn ist einmal die officielle Darstellung dieser Finanzmaßregel erschienen und das Publicum erfährt genau die Summe der Einzeichnungen, so stellt sich wohl das Gleichgewicht rasch her. Der wahrscheinliche Grund dieses unvermutheten Fallens liegt in dem Umstande daß sehr viele Privatleute größere Summen gezeichnet als ihre Umstände gestatteten, weil sie eine größere Betheiligung des Auslandes erwarteten, und hoffen durften daß der Finanzminister nicht soviel in Anspruch nehmen werde. Wie die Sachen stehen, wird der Finanzminister vielleicht alle gezeichneten Beträge in Anspruch nehmen, wodurch begreiflicherweise viele Speculanten zum Ausbieten ihrer Certificate genöthigt werden. — Graf Zichy berichtigt in einem Schreiben an die „Presse" die über ihn und Görgey verbreiteten Nachrichten, und erklärt sich mit diesem nie schlagen zu wollen. — Feldmarschall-Lieutenant Radetzky dürfte im Lauf der nächsten Woche Wien verlassen. — Der Kaiser hat genehmigt daß die Eisenbahnlinie von Laibach nach Triest über den Karst geführt werde. Die 18 Meilen dieser Strecke voll tausend Schwierigkeiten soll in drei Jahren dem Verkehr übergeben werden können. — Nachschrift. Soeben verbreitet sich das Gerücht daß die Militärbehörde die beiden Blätter „Ostdeutsche Post" und „Wanderer" unterdrückt habe. Möge es sich nicht bestätigen! Wäre es dennoch der Fall, so läge der Grund in den scharfen Artikeln dieser Journale über die neuen Hinrichtungen in Ungarn brachten, welche letztere über die heitere Stimmung Wiens ihren Schatten geworfen. *)

§ **Wien**, 12 Oct. Wie ich höre, wird der Baron Neumann, früher Gesandter in Florenz, den Gesandtschaftsposten in Brüssel an die Stelle des durch Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Grafen Woyna übernehmen. Auch soll der Graf Colloredo sich von seinem Botschafterposten in London zurückzuziehen beabsichtigen. Die heutige Pesther Zeitung bringt die officielle Mittheilung der über die magyarischen Insurgentenchefs: Graf Vecsey, Aulich, Török, Lahner, v. Pöltenberg, Nagy-Sandor, Knezich, Graf Leiningen v. Westerburg, Damjanics, Kiß, Schweidel, Dessewffy und Lazar gefällten Todesurtheile, in Folge deren die ersteren neun durch den Strang und die letzteren vier durch Pulver und Blei am 6 in Arad hingerichtet wurden. Klapka befindet sich heute in Wien um sich Wechselbriefe nach Amerika (wohin er sich begibt) zu verschaffen.

Die Allg. Z. C. sagt: Die türkische Differenz, welche in der letztern Zeit die publicistische Welt so vielfach beschäftigte, dürfte so gut wie beigelegt seyn. Der Wortlaut der Tractate auf die man sich österreichischer und russischerseits berief, soll sich über diese Controverse nicht klar genug aussprechen, andererseits sich die türkische Regierung auf den Präcedenzfall mit dem Fürsten Ypsilanti berufen, welcher seiner Zeit in österreichischer Gefangenschaft nach Theresienstadt (Munkacz) abgeführt wurde. Es dürfte sich also diese Angelegenheit nicht mehr in dem düsterm Lichte zeigen in welchem man sie von so vielen Seiten zu betrachten beliebte.

Gratz, 9 Oct. Das Constitutionelle Blatt aus Steiermark sagt: Der Hr. Minister des Unterrichtes hat durch seine Verordnung über die Prüfungen der Gymnasial-Lehramtscandidaten die Freiheit der Concurrenz beschränkt, und die Lehrkanzeln größtentheils, wie wir früher bemerkt, den geistlichen Körperschaften neuerdings überlassen, ohne die Garantie einer durchgängigen Lehrfähigkeit bei den Gliedern dieser Corporationen wie bei den Weltlichen als erste Bedingung zu verlangen. Jedenfalls wäre in dieser Beziehung ein befriedigender Nachtrag nicht unerwünscht, welche Controle derselbe auch immer vorschriebe. Bei den Piaristen wird aber, um unseren Zeitansprüchen wenigstens einerseits Rechnung zu tragen, nebst dieser Bürgschaft auch eine Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse eintreten müssen. Wir hoffen man werde, da man im Kriegs-, Handels- und Justizministerium die erforderlichen Neuerungen schon begonnen hat, den Unterricht überhaupt und die Lehrer insbesondere nicht vergessen. Ueber die weltlichen Professoren, deren Besoldung jener eines Präsidialdieners gleichkommt, haben wir uns bereits geäußert; daß auch der Piarist als Lehrer berücksichtigt werden müsse, dieß zu begründen ist unsere heutige Aufgabe. Während der Abt eines Stiftes im Ueberflusse lebt, darbt der Piarist, wenn nicht die Mildthätigkeit der Schüler zur Erleichterung seines Looses etwas beiträgt. Das fixe Jahreseinkommen desselben besteht in zwanzig bis fünfundzwanzig Gulden C. M. Kleidungsgeld. Es ist kaum hinreichend um damit eine zur Noth ehrbare Gewandung zu bestreiten. Hiebei muß aber bemerkt werden daß die erwähnte Summe auch noch von der Einsicht des jeweiligen Collegienvorstandes abhängt, ein Punkt über welchen sich hie und da Stoff zu einer chronique scandaleuse sammeln ließe! Um einigermaßen seine Lage erträglicher zu machen, schreitet der Piarist zur Reluition des Bieres, und gewinnt daraus einen Erlös, der abermals, je nach dem Gutdünken des Rectors, jährlich dreißig bis sechzig Gulden Wiener Währung beträgt. So hätten wir denn die ganzen Einnahmen des „frommen Vaters" erschöpft, und erhalten nach der gewissenhaftesten Addition als Endresultat im glücklichsten Falle die Summe von 122 fl. 30 kr. W. W. Der Piarist hat Mittag- und Abendmahlzeit vom Hause, nebst diesem und den zum Wohnen erforderlichen Behelfen bezieht er nichts weiter. Frühstück, Schreibmaterialien, Bücher, kurz natürliche sowohl als künstliche Bedürfnisse muß er aus seinem schwindsüchtigen Säckel erschwingen. Wer das Leben und was hiezu erforderlich ist nur im entferntesten kennt, wird die angeführten Dinge nicht kleinlich finden und in ihnen die Ursache von so manchem Vorwurfe, der dem Piaristen entgegengeschleudert wird, entdecken. Die Pädagogen empfehlen jedem Lehrer Heiterkeit des Gemüthes; im Princip haben die gelehrten HH. Theoretiker nicht unrecht; allein in dem dürren Boden der Praxis verkümmert selbst die gesundeste Pflanze. Das mürrische, folternde Benehmen des Pedanten tritt an die Stelle der Freundlichkeit und Humanität. Der weltliche Lehrer kann seinen Groll im Umgang mit Menschen sänftigen, für den Piaristen hat Frhr. v. Knigge sein Buch nicht geschrieben. Daher rührt auch die so häufig erscheinende Ueberspanntheit in den Forderungen an die Jugend. Vom Wege der Erfahrung abgeschnitten, fehlt dem Piaristen die Kenntniß des menschlichen Herzens; für ihn gibt es nur eine klösterliche, von Neid und Ränken bewohnte, und keine bürgerliche, für Mittheilung empfängliche Welt. Allein gesetzt auch daß diese ihm offen stünde: darf er sich in sie hineinwagen? Muß er nicht den gesalbten Parasiten spielen der für ein Gunstlächeln, für eine Tasse Thee die Launen der Kinder nicht bemerken darf? Ewig abhängig von fremder Gewogenheit, verläugnet er zuletzt sein besseres Selbst, und wird zum Bekenner des Favoritismus. Solange unsere Schule an solchen Uebeln krank liegt, solange läßt sich ein dauernder Friede, eine feste Ordnung nimmer begründen. Der Lehrer arbeite den Staatslenkern in die Hände; solange der Piarist den Unterricht mitbesorgt, mache man ihn zum Diener des Staates, besolde ihn aber auch als solchen auf eine des mächtigen Oesterreichs würdige Weise. In seiner jetzigen Lage kann er für Selbstbildung, deren Nothwendigkeit jedem einleuchtet, nichts thun, ohne seine Würde gegenüber den Eltern der Schüler zu verletzen. Die Klosterbibliotheken zeichnen sich durch Armuth aus; ihre Vermehrung hängt von dem Hinscheiden der Einzelnen ab; die Rectoren können von dem Dotationscapital auf neue Werke nichts verwenden, zum Theil fehlt ihnen auch der Wille, ein Umstand der nicht selten sogar in der Kost bemerkbar ist. Von einigen Seiten hat man wohl zur Verbesserung des Piaristenschicksals Vorschläge gemacht, von denen wir zur Verhütung den unsichersten hervorheben. Man meinte nämlich, durch eine Erhöhung der Collegienfonde die Klagen beschwichtigen zu können. Selig diejenigen die da glauben und nicht gesehen haben! Dadurch würde das Rectorat zur Prälatur erhoben, und diesem gegenüber der einzelne Lehrer zum förmlichen Bettler herabgedrückt. Die Erfahrung hat gelehrt daß oft gerade in den bestbedachten Häusern der Mittagtisch armseliger bestellt ist als in den dürftigsten Residenzen. Nur wenn der einzelne Ordensmann seinen Sold selbst empfängt läßt sich eine, wenn überhaupt mögliche Besserung erzielen. Wir hoffen von dem Minister des Cultus Berücksichtigung unserer bescheidenen Meinung; ein vollkommenes Gedeihen des Unterrichtes wird erst dann möglich seyn wenn die Privilegien der Klöster aufhören und eine unbedingte Freiheit in der Concurrenz allen Befähigten, ob sie nun dem geistlichen oder weltlichen Stande angehören mögen, den Weg zur Lehrkanzel öffnet."

Triest, 9 Oct. Der Lloyd-Dampfer „Vorwärts," welcher vorgestern aus der Levante zurückkehrte, traf vor Corfu das englische Mittelmeergeschwader unter den Befehlen des Admirals Parker; man erwartete stündlich die Rückkehr der nach Konstantinopel beorderten Dampffregatte. Zwei Linienschiffe und eine Segelfregatte waren eben im Begriff nach Cephalonia zu gehen.

*) Uns ist die Ostdeutsche Post heute nicht zugekommen, was leider die obige Nachricht zu bestätigen scheint.

Triest, 10 Oct. Das gestrige Cholerabülletin weist leider wieder eine bedeutende Zunahme der Epidemie aus. Es erkrankten 154, und starben 57 Personen. Seit dem Ausbruch der Epidemie 2693 Erkrankungen und 1013 Sterbefälle.

Laibach, 10 Oct. Auch hier ist die Cholera aufgetreten, jedoch sehr mild, und da die kältere Jahreszeit mit raschen Schriten naht, so dürfen wir uns der Hoffnung hingeben daß die Krankheit keine Ausdehnung gewinnen werde. Seit dem 21 v. M., also in 20 Tagen, sind im Bürgerspitale neun Kranke aufgenommen worden, und von denselben zwei gestorben. Im Militärspital waren 32 Krankheits- und 17 Sterbefälle. Im Stadtgebiet erkrankten 17 und starben 5 Personen.

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth,** 9 Oct. Die Wittwe des unglücklichen Grafen Ludwig Batthyany zog sich mit ihrer Schwester, der Gräfin Georg Karolyi, nach dem bei Palota an der Waitzener Eisenbahn gelegenen, mit einem herrlichen Park versehenen Schloß des Grafen Stefan Karolyi zurück. Beide Gräfinnen gehören zu dem alten Geschlecht der Zichy, und zwar zu einer seiner reichsten Linien. Ihr väterliches Erbe betrug an 7 Mill. Gulden Conventionsmünze. In der höheren Gesellschaft herrscht natürlich große Bestürzung; durch die sonst so heitere Kreise der Aristokratie geht ein finsterer Geist. Soll doch dieser Tage die Verurtheilung zweier ungarischen Reichsbarone, des ehemaligen Präses der Magnatentafel Sigmund Perenyi wie des Kossuth'schen Commissärs in der Slowakei Jessenak erfolgen. Auch Csanyi, Stuller (Kossuths Secretär) und J. Madarasz, Bruder des berüchtigten Polizeiministers, werden nächstens abgeurtheilt werden. Gestern Morgens ward Johann Gonzeczky, der Feldcaplan des k. k. Militärgestüts, zu Mezöhegyes wegen Mitschuld am Hochverrath nach priesterlicher Entweihung durch Pulver und Blei hingerichtet. Sein Urtheil hatte auf Tod durch den Strang gelautet. Der Feldcaplan ging sehr entschlossen in die Ewigkeit hinüber, und bat man möge ihn mit unverbundenen Augen sterben lassen. Komorn ist nun wirklich von den kaiserlichen Truppen besetzt worden. Zwischen dem 1 und 3 erließ Klapka den Scheideruf, am 5 Oct. ward dann ein Erlaß des k. k. Generals Nobili als Festungscommandant angeschlagen, kraft dessen kein Mann der frühern ungarischen Garnison, die Kranken ausgenommen, noch länger in der Festung verweilen darf. Der berüchtigte Commissär Ujhazy, noch vor der Capitulation Komorns zum Major bei der Honved ernannt, hat einen Reisepaß nach Nordamerika angesucht und erhalten. Der israelitische Prediger aus Ofen, Einhorn — der sich gleichfalls in Komorn befand — bekannt durch den Fanatismus mit dem er in den Mai- und Juniustagen d. J. Kossuth als zweiten Messias proclamirte, ist mit einem Geleitschein versehen hier eingetroffen. H. E. Hazay, der Redacteur des in Pesth erscheinenden deutschen Journals „Der 14 April", das diesen Sommer über der republicanischen Regierung manchen empfindlichen Nadelstich beibrachte, hat sich über Wien ins Ausland geflüchtet. Der hiesige Kunsthändler Wagner ward eingezogen. Viele hiesige Kaufleute haben durch die Ausfälle aus Komorn im verflossenen August großen Schaden erlitten. Namentlich haben mehrere Tabakhändler Pesths große Vorräthe an auswärtigen Cigarren eingebüßt.

Großbritannien.

London, 10 Oct.

Admiral Sir Edward Owen ist am Montag, 83 Jahre alt, gestorben. Deßgleichen meldet die M. Post den plötzlichen Tod des Hrn. G. E. Anson, vormaligen Privatsecretärs bei Viscount Melbourne und dann, auf dessen Empfehlung, bei dem Prinzen Albert, zuletzt Hofzahlmeisters und Privatcassiers der Königin. Er ist nur 38 Jahre alt geworden, und sein früher Tod wird von der königlichen Familie sehr beklagt.

Die irländische Verwaltung hat sich plötzlich zu einer strengen Maßregel ermannt: Graf v. Roden, der sich in der mehrerwähnten Art an der blutigen Parteirauferei zu Dolly's Brae am 12 Jul. d. J. betheiligt, ist seines Amtes als Friedensrichter in den Grafschaften Down und Louth entsetzt, und dasselbe ist hinsichtlich der orangistischen Magistrate HH. Francis und William Beers geschehen. Die Times mißkennt nicht die Gerechtigkeit dieser Maßregel, meint aber: sie werde nur die Folge haben in der Orangistenpartei einen Sturm der Entrüstung, bei den Katholiken ein Triumphgeschrei hervorzurufen, und so den bittern Parteien- und Sectenhader von neuem zu entzünden. — Hr. John O'Connell hat wirklich, nachdem er ein Sendschreiben in diesem Sinne an das „irische Volk" erlassen, die aus den Tagen seines Vaters her wohlbekannte „Versöhnungshalle" in Dublin zur Wiederaufnahme der Repeal-Agitation eröffnet, es fanden sich aber nur sehr wenige Theilnehmer ein, und darunter kein einziges angesehenes Mitglied der alten Repealpartei. Das Unternehmen ist ein Fehlschlag von vornherein.

Frankreich.

Paris, 11 Oct.

Hr. Thiers ist zum Berichterstatter über die römische Frage erwählt. Damit ist der Stellung welche die französische Politik gegenüber den päpstlichen Zugeständnissen einnehmen wird, vorausbezeichnet. In den Verhandlungen der Commission waren sich zwei Meinungen gegenüber getreten, die eine von Hrn. Thiers verfochten, die andere von Hrn. V. Hugo. Um beide hatten sich die übrigen Mitglieder gereiht. Hr. Thiers erkannte als Basis der in Rom zu befolgenden Politik das päpstliche Motuproprio, und erklärte daß er mit demselben vollkommen zufrieden sey. Um das was die Nationalempfindlichkeit in dieser Nachgiebigkeit verletzendes finden könnte durch einen patriotischen Eindruck zu verwischen, überhäufte Hr. Thiers die Expedition mit Lobsprüchen, und verglich die Einnahme der Bastei Nro. 8 mit den Waffenthaten von Arcole und Lodi, das durch die Unterhandlungen in Gaëta erlangte Resultat mit den Erfolgen der Verträge von Campo Formio und Tilsit. Wenn das nicht in einem so ernsthaften Blatt wie dem J. des Débats zu lesen wäre, so könnte man glauben irgendein Schalk habe dem Historiker der Republik und des Kaiserreichs diese Hyperbeln in den Mund gelegt. Hr. V. Hugo, der sich sonst gerne als politischer Phantast benimmt, spielte dießmal den Nüchternen. Er nimmt den Präsidialbrief zum Ausgangspunkt, und ist der Ansicht daß eine Vergleichung desselben mit dem Motuproprio maßgebend sey, daß die Nationalversammlung das Cabinet im Sinn der Festigkeit, nicht der Schwäche unterstützen müsse, ihm nicht durch ein schüchternes Votum die Entschuldigung an die Hand geben dürfe um Rückschritte zu thun, daß sie namentlich zu bedenken habe daß es gefährlich wäre wenn in einer so wichtigen Frage zwischen dem Präsidenten und der Majorität eine Spaltung entstände. Bloß zwei Mitglieder, die HH. de la Moskowa und Casabianca, stimmten dieser Ansicht bei, während die HH. Molé, Montalembert, Janvier sich mit Hrn. Thiers einverstanden bekannten und General Oudinot vertrauliche Mittheilungen gab. Nach den Aeußerungen des Ministerpräsidenten und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu schließen wird die Regierung einen Mittelweg einschlagen, sie wird sich nicht zufrieden zeigen mit dem Motuproprio aber es vorläufig annehmen, mit dem Versprechen neue Concessionen zu verlangen, und wenn diese, wie vorauszusehen, verweigert werden, nachträglich auch zufrieden seyn. Daraus scheint man von Seiten der Regierung kein Geheimniß zu machen daß die Quasi-Amnestie eine solche Unzufriedenheit in Rom erzeugt hat daß es gefährlich wäre die Expeditionstruppen jetzt schon abzuberufen.

Die Verhandlungen der Nationalversammlung sind wieder sehr unerheblicher Art. Zuerst ein Duzend Localgesetzentwürfe, die Ermächtigung verschiedener Departements zur Aufnahme von Anlehen für öffentliche Arbeiten, wozu ohne Widerspruch die Zustimmung ertheilt wird. Dann eine längere Debatte über einen Antrag betreffend die Abschaffung dreier Artikel des Strafcodex gegen die Coalitionen. Der Antrag des Hrn. N. Bonaparte scheint die Parteien sehr zu beschäftigen, und wenn er nichts weiter wollte als eine Spaltung unter den Conservativen hervorrufen, so dürfte er diesen Zweck erreichen. In dem Staatsrathsverein (weiland Verein der Poitiersstraße) wurde gestern Abend die Maßregel ebenso lebhaft von den HH. Berryer und L. Faucher bekämpft als von den HH. Desmousseaux de Givré und Bezins unterstützt. Ein Beschluß war noch nicht gefaßt, und man glaubte daß das Ministerium den Ausweg nehmen werde die Frage vertagen zu lassen.

Hr. Frapoli, der Ex-Repräsentant der römischen Republik, der am 6 Oct. verhaftet wurde, ist unter Gendarmeriebegleitung nach Boulogne gebracht und daselbst eingeschifft worden. Er ist, wie der Abendmoniteur bemerkt, in der Anklage-Acte von Versailles als die Quelle der falschen Nachrichten bezeichnet welche zu dem Attentat des 13 Jun. beigetragen haben.

In Versailles hat der Proceß Hubers gestern begonnen. Die erste Sitzung war nicht besonders pikant — der Angeklagte wollte seine Vertheidigung gegen die angebliche Verleumdung der HH. Raspail, Blanqui und Monnier daß er Polizeispion sey, zur Hauptsache machen, der Generalprocurator Baroche verweigerte aber die Vorladung der beiden erstern, weil es sich nicht um einen Streitfall zwischen Huber und ihnen, sondern um eine Anklage wegen eines Attentats gegen die Sicherheit des Staats handle. Huber weigerte sich anfangs einen von Amtswegen bezeichneten Sachwalter anzunehmen, da man ihm jedoch das Erscheinen Monniers bewilligt hat, so erklärte er sich vertheidigen lassen zu wollen. Daß er am 15 Mai 1848 die Auflösung der Nationalversammlung ausgesprochen, diesen Hauptpunkt der gegen ihn erhobenen Anklage gab er zu, entschuldigte sich aber mit der Verwirrung des Augenblicks und versicherte seine tiefe Reue. Morgen werden die Zeugen vernommen werden.

† **Versailles**, 8 Oct. Obgleich von einem stets so anziehenden Springen unserer großen Wasserkünste keineswegs die Rede ist, ausgenommen von den größern himmlischen dort oben, deren Ergüsse wir seit einigen Tagen zu genießen haben, so gewahrt man doch auf den Straßen unserer weitläuftig gebauten und kargbevölkerten vormals königlichen Residenzstadt, deren Einwohnerschaft seit dem großen Ludwig, da sie in ihrem Glanze stand, von hunderttausend auf 35,000 herabschmolz, seit kurzem ein ungewöhnliches neues Leben. Das thut die bevorstehende Eröffnung des Juniusprocesses, welche jetzt die allgemeine Theilnahme in Anspruch zu nehmen beginnt, und den Zulauf vieler Fremden, und namentlich Engländer, die sich für die Dauer der Verhandlungen einmiethen um dem Verlaufe des Schauspiels bequem beiwohnen zu können. So sahen wir denn mit Freuden die Fremden bei uns einziehen, und hießen sie, gleichviel ob sie heiter oder finster, ob mit langen oder kurzen Bärten, breiten oder spitzen Hüten, engen oder weiten Beinkleidern, ohne Unterschied willkommen, und freuten uns, wir guten Versailler in unserer Unbefangenheit des bißchen Verkehrs den sie uns zubrachten, als wir plötzlich durch einen Schreckschuß aus unserm behaglichen Gefühl gerissen wurden. Derselbe war aus der Officin des alten Geistersehers gefallen, dem es seit den Hundstagen des vorigen Jahrs gewaltig im Hirne spukt und drum zu thun ist der öffentlichen Meinung seine Gespenstergeschichten und Märchen aufzubinden. Der „Constitutionnel" hatte sich in aller Stille aufgethan und, vom Dachfenster aus sein großes Fernrohr auf Versailles anlegend, bemerkt wie neben den zartfühlenden Menschenkindern mancher gar Bösgesinnte einherwandele, und finstere Miene, lange Bärte, spitze Hüte und weite Beinkleider sichere Kennzeichen seyen, woran Demagogen, Clubbisten, Socialisten und geheime Gesellschaften zu unterscheiden. Bum! ... Da fiel der Schuß, und uns die Schuppen von den Augen. Nun wurden wir es denn doch auch gewahr daß mancher Fremde uns unheimlich erschien wenn wir ihn schärfer betrachteten, verdächtiges an ihm entdeckten, entweder finstere Miene oder einen langen Bart oder einen spitzen Hut oder besonders weite Beinkleider. Der Alte hat Recht. Und nicht allein die Hosen sind ihm (und jetzt auch uns) verdächtig, sondern auch und ganz vorzüglich die Hosenträger darin, die, wenn auch nicht Arm in Arm, doch Bein in Bein mit ihnen umherschlendern, sich die Straßen und Märkte, gewisse Orte der Stadt!, Kirchen, Denkmäler, Schloß und Museum mit auffallend prüfendem, nachdenklichem Auge betrachten, weßhalb er sie auch bereits der besondern Aufsicht der Polizei anempfohlen. Wer weiß ob selbst diese Engländer nicht alles verkappte Franzosen sind die etwas zum Vortheil der Inculpaten im Schilde führen. Das hat aber nichts zu bedeuten, wir sind vollkommen ruhig, und die 5 bis 6000 Mann Besatzung werden mit Hülfe unserer Nationalgarde und der Gendarmerie hinreichen um die Ruhe zu sichern. Unsere Nationalgarde hatte gar sehr gewünscht bei dieser seltenen Gelegenheit durch Veranstaltung eines glänzenden Einzugs des höchsten Gerichtshofes ihre Achtung und Ergebenheit dem Gesetz, der Ordnung und dem Eigenthum öffentlich kund zugeben und an die große Glocke zu hängen, doch wurde ihr diese leider nicht bewilligt; die Behörde war der Meinung es sey unter Umständen gerathen das Läuten zu unterlassen. So werden denn die Mitglieder des höchsten Gerichtshofes nicht in corpore mit Pauken und Trompeten einziehen, sondern einzeln in aller Stille sich einstellen, was uns die Freude ein weniges verdirbt. Aber wir müssen uns mit den Fremden trösten die ihrerseits auch das Vergnügen einbüßen die Häupter der Verschwörung vor Gericht zu sehen. Die beiden Schloßflügel stehen seit einigen Tagen schon zu Wohnungen für das Gerichtspersonal eingerichtet bereit. Auch ist der Gerichtssaal im Justizpalast vollendet, und in der Gerichtsstube liegen seit vorgestern die in Kisten verschlossenen Actenstücke. Die beiden ersten Sitzungen werden der Hubert'schen Angelegenheit, dem Bodensatz des Processes vom 15 Mai gewidmet; am 12 beginnt die unexplodirte Juniverschwörung. Das Nichterscheinen der vorzüglichsten und bekanntesten unter den Verschworenen wird, wie gesagt, dem Interesse der Sache großen Abbruch thun, und leider kann man die saubern Herren nicht zwingen ihr durch Sinnesänderung das auf ihrer Flucht mit davongenommene Interesse wieder zu geben, ein wahrer Socialistenraub am neugierigen Publicum.

Niederland.

Amsterdam, 10 Oct. Man betrachtet die Ministercombination mit Hrn. Thorbecke an der Spitze als gescheitert. Es sind gegenwärtig mit der sogenannten gemäßigten Partei der zweiten Kammer zur Bildung eines Cabinets aus ihrer Mitte Verhandlungen eingeleitet.

Italien.

(Corresp. der Times.) **Neapel**, 25 Sept. Man weiß jetzt allgemein daß Lord Palmerston daran ist die sicilische Frage wieder zu einer offenen zu machen, und das wird, besorg' ich, der hiesigen Regierung sehr verdrießlich seyn. Neue Verschwörungen werden nun auftauchen, und das „junge Italien" hier und in Palermo sein Spiel wieder beginnen. Wie ich höre, hat der König eine Abschrift der Note (s. die gestrige Beil.) und seiner Antwort an die verschiedenen europäischen Höfe gesendet, und es ist seine Absicht, wenn er in Ausübung seiner Souveränitätsrechte weiter beirrt werde, an die andern Monarchen Europa's zu appelliren. Das Publicum hat seinerseits die Sache aufgenommen, und fragt, unter Hinweis auf die eben in Cephalonien vollzogenen Hinrichtungen, mit welchem Rechte Lord Palmerston sich über Ausübung der königlichen Autorität in Sicilien beklage, während er selbst Rebellen auf den jonischen Inseln hängen lasse. Mit Vergnügen kann ich melden daß die Angelegenheiten der Insel Sicilien nahebei geordnet sind. Das Volk wird vorzugsweise begünstigt. Es erhält eine von der neapolitanischen getrennte Verwaltung, eine Consulta (oder Kammer), gewählt von den Gemeindekörpern, und der Fürst v. Casano, der in der Schwefelfrage die englische Partei gegen den König unterstützte, ist zum Vicekönig ernannt. General Filangieri, der jetzt hier ist, kehrt in wenigen Tagen nach Palermo zurück um all das ins Werk zu richten, und kommt dann wieder nach Neapel um die Ministerpräsidentschaft sammt dem Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen. Ich zweifle nicht, wenn das englische Cabinet die hiesige Regierung ruhig gewähren läßt, so wird Sicilien eine gemäßigte, seinen Bedürfnissen angemessene Verfassung bekommen. Hält man hingegen die Hoffnungen der Republicaner wach, und reizt den Argwohn der Regierung immer von neuem, so kann nichts gutes noch freisinniges versucht werden. Man wird hier das Beispiel Oesterreichs in Norditalien befolgen, und von den guten Absichten des Fürsten Schwarzenberg haben wir fast directen Beweis.

Genueser Blätter haben Nachrichten aus **Neapel** bis zum 4 October. Bis zu diesem Tage war die Stadt vollkommen ruhig. General Guiglelmo Pepe ist von Malta, wo er nicht bleiben durfte, in Genua angekommen, welches mehr und mehr ein Sammelplatz italienischer Flüchtlinge wird. In Athen sollen deren über 500 angekommen seyn, darunter die von der österreichischen Amnestie ausgeschlossene Fürstin Belgiojoso mit ihrer Tochter.

Turin. Der, freilich in Bezug auf Italien, sehr conservativ gestimmte Constitutionnel des Hrn. Thiers sagt: „Wir haben aus Turin einige interessante Mittheilungen über den Zustand der öffentlichen Meinung in Piemont und die Wirkung des Votums der Deputirtenkammer, wodurch dem Ministerium der von ihm verlangte Credit zur Bezahlung der ersten Kriegsentschädigungsfrist an Oesterreich theilweise verweigert worden. Hr. d'Azeglio, sagt unser Berichterstatter, und die ehrenwerthen und aufrichtig liberalen Männer welche seine Collegen im Cabinet sind, haben den von einer demagogischen Mehrheit ihnen versetzten Schlag heiter hingenommen. Sie sind dadurch nicht erschüttert, und werden mit gleicher Ausdauer und Festigkeit an der Lösung der ihnen anvertrauten Aufgabe fortarbeiten. Von ihnen hängt in diesem Augenblick das Schicksal der constitutionellen Institutionen in Piemont ab. Der Triumph der bestehenden Opposition würde das Signal seyn zur Erschütterung und zum Deficit, und diese Erscheinungen würden das Land unglücklicher Weise dazu treiben Ruhe zu suchen mittels Unterdrückung des Repräsentativsystems. Man würde, versichert man uns, sich vom piemontesischen Volk eine falsche Vorstellung bilden, wenn man die Mehrheit der jetzigen Kammer als den Meinungsausdruck der Volksmehrheit betrachtete. Allgemeines Stimmrecht besteht nicht in Piemont, und die Masse des Volks, namentlich der Landbevölkerung, nimmt keinen Theil an der Wahl der Deputirten. Bei allgemeinem Wahlrecht würde das Resultat ein sehr verschiedenes seyn. Niemand ist in Piemont Wähler der nicht jährlich 25 Francs Steuern bezahlt; folglich ist es die kleine Bourgeoisie und die reichere Classe der Landwirthe welche die Deputirten wählen; aber da die Wahlzettel im Hauptorte jedes Bezirks abgegeben werden müssen, so nehmen die bäuerlichen Wähler nur geringen Antheil an den Wahlen, weil sie die Reise zu diesem Zweck scheuen. Die Wahlen liegen daher vorzugsweise in den Händen der Städter, aber auch da macht oft die Mehrzahl keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht. So erwähnt man einen Fall wo ein Deputirter bloß von vier Advocaten gewählt wurde; denn eine absolute Stimmenmehrheit ist nicht vorgeschrieben. Die demokratische Mehrheit der jetzigen Kammer stellt daher nur eine Scheinvertretung des Landes dar. Die unermeßliche Mehrheit des Volks ist conservativ, der oben gezeichnete Wahlproceß aber hat eine radicale Kammer geliefert. Die Piemontesen sehnen sich nach Frieden und hegen eine Vorliebe für das Königthum, wogegen die Kammer stürmische Manifestationen zu Gunsten der römischen Republik gemacht hat, und alle Augenblicke neue Kriegslust zur Schau trägt. Das Volk achtet die Rechte der Autorität und die Begränzung der Gewalten, aber die Kammer zeigt eine beständige Neigung ihre Befugnisse zu überschreiten und in die der Executive überzugreifen. Die Mißstimmung zwischen der Kammer und dem Lande (fügt unser Berichterstatter bei) wird daher von Tag zu Tag offenbarer werden, und sollte sich die Kammermajorität der ministeriellen Gewalt bemächtigen, so würden die

Schwierigkeiten der Art werden daß sie mit einer gewaltsamen Bewegung drohten. Die geheimen Gesellschaften in Piemont haben die Hoffnung nicht aufgegeben Unordnung im Lande zu säen und dessen Ruin zu bewirken. Sie stehen in lebhafter Correspondenz mit denen in Paris, und die piemontesische Regierung soll bestimmten Nachweis haben daß die Pariser Demagogen nur auf das Signal von ihren Brüdern in Piemont harren, und daß alle Revolutionsversuche in Frankreich dermalen von den in Italien erwarteten abhängen. Die kleinste Schwächung der Regierungsmacht in Piemont würde wahrscheinlich hinreichen eine Katastrophe herbeizuführen. Aber unser Correspondent versichert daß die Kammermehrheit, bei der in ihrem eigenen Schooße waltenden Uneinigkeit, nicht im Stande ist die Regierung in ihre eigenen Hände zu nehmen." — Wenn diese Schilderung des Constitutionnel richtig ist — und nach der Haltung solcher Turiner Blätter wie La Legge und Il Risorgimento scheint sie es so ziemlich zu seyn — so gilt sie dagegen nur von den Piemontesen im engern Sinn, aber nicht von der Stadt Genua; denn diese scheint, einer Darstellung in der Mailänder Zeitung zufolge, wieder mehr und mehr ein Herd der Unzufriedenheit, sowie der Sammelplatz politischer Flüchtlinge von den exaltirtesten Meinungen zu werden.

Venedig, 9 Oct. Gestern, als am Sterbetage des Erzherzog Friedrich, fand hier in der Malteserkirche ein feierliches Seelenamt statt. Ein kaiserliches Kriegsdampfboot brachte aus Triest alle dienstfreien Officiere hieher, und zahlreich war die Schaar der Andächtigen die sich am Grabe des zu früh Entschlafenen versammelten. (Lloyd.)

Schweden.

Stockholm, 5 Oct. Der König und die königl. Familie sind wieder angekommen, und die interimistisch für die Dauer der Abwesenheit des Königs eingesetzte Regierung ist aufgelöst worden. Eine Oper des jetzt hier weilenden schwedischen Componisten Julius Bendix: „die Fee am Rhein," soll vom Braunschweiger Theater zur Aufführung angenommen seyn.

Die Times berichtet daß die eheliche Verbindung zwischen dem Kronprinzen von Schweden und der Prinzessin Louise, ältester Tochter des Prinzen Friedrich der Niederlande, zu Anfang des künftigen Jahres bestimmt stattfinden wird.

Türkei.

Die Times enthält Nachrichten aus **Konstantinopel** bis zum 29 Sept. Man sah der Antwort des Kaisers von Rußland mit der größten Spannung entgegen, glaubt jedoch nicht daß dieselbe vor dem 10 oder 12 Oct. eintreffen werde. In der an den Czar gerichteten Note soll die Pforte auf die mit Sir Stratford Canning und General Aupick vor Ertheilung ihrer Antwort auf das russische Ultimatum gepflogene Berathung hingewiesen haben. Die mohammedanische Geistlichkeit, den Sheik-al-Islam an der Spitze, und eine große Zahl der Staatsbeamten haben sich zu den erwähnten Diplomaten begeben, um ihnen für die der türkischen Regierung geleistete Unterstützung zu danken. — Es wird versichert, der von Hrn. v. Titoff gefaßte Entschluß sey zum größten Theil durch die Bemühung des Grafen Stürmer veranlaßt worden, der nach gewissen vertraulichen Mittheilungen Rifaat Pascha's glaubte der Sulten werde sich einschüchtern lassen, das gegenwärtige Ministerium werde fallen und Rifaat Pascha sowie Ekim Bachi an die Stelle der jetzigen Minister treten. — Eine beträchtliche Anzahl polnischer und ungarischer Flüchtlinge soll an Bord einer amerikanischen Corvette und des französischen Kriegsdampfers „L'Averne" aus Konstantinopel entfernt worden seyn; man nannte Griechenland als ihren Bestimmungsort.

In der Daily-News widerspricht ferner ein Engländer der die ungarischen Kämpfe mitgemacht, von Widdin aus die Angabe einiger österreichischen Blätter daß Kossuth Gold und Kostbarkeiten im Werthe von Millionen, ja die ungarische Königskrone selbst, mit fortgenommen habe: „Kossuth (schreibt derselbe) war zehn Tage vor Bem und Guyon zu Widdin eingetroffen, in Begleitung von Dembinski und Meßaros. Diese berühmten Geächteten waren in einem Zustande vollständiger Dürftigkeit, und zum besten Beweis ihrer Uneigennützigkeit kann ich nur sagen daß Kossuth, nachdem er ein Jahr lang über alle Hülfsquellen Ungarns zu verfügen gehabt, Ungarn mit 500 Ducaten verlassen, deren größeren Theil er vertheilen mußte um die Noth seiner Gefährten zu lindern."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* **New-York,** 25 Sept. Noch immer sind die Differenzen zwichen unserm Cabinet und Hrn. Poussin, dem französischen Gesandten, ein Hauptgegenstand öffentlicher Discussionen, obgleich das Ganze durchaus keine weitere politische Wichtigkeit hat, sondern lediglich von einem diplomatisch-disciplinarischen Standpunkte aus zu betrachten seyn dürfte. Die ganze Correspondenz zwischen Poussin und Clayton ist veröffentlicht, und da nach ihr die Sache so gar einfach ist, so bemühen sich unsere Tagesblätter sehr in dieser Einfachheit irgendeine versteckte Wichtigkeit zu finden, sprechen von Frauen-Intriguen, von einem vorbereiteten Spiel der heiligen Allianz durch Spanien und Rußland vorzugsweise aufgeführt, und von Bonaparte selbst auf perfide Weise gegen die ihn genirende republicanische Regierungsform begünstigt, oder auch von einem Aufhetzen Amerika's gegen Frankreich als eine der heiligen Allianz unbequeme Republik. Daß dieß alles durchaus müßig ist leuchtet ein. Poussin ist noch in Washington, und wird vermuthlich bis auf weitere Anordnungen von Seiten seiner Regierung dort bleiben. Wichtiger und jedenfalls für uns von größerer Bedeutung ist der Schriftenwechsel welchen unser Staatssecretär mit dem englischen Geschäftsträger über die Nicaragua-Angelegenheit führt, und in welchem die Vereinigten Staaten den Ansprüchen der Mosquito-Majestät und Englands gegenüber mit der Bestimmtheit auftreten welche unsern alten Helden in seinem ganzen Verfahren auszeichnet. Dem Mosquito-Fürsten wird England gar nichts nützen, sobald er mit seinen lächerlichen Ansprüchen den Gang unserer Speculationen, unseres Gewerbfleißes hindern will; wir werden hier, nach ächter Yankee-Art, »to the point« gehen und werden ganz unbezweifelt durchdringen. England aber wird klug genug seyn jener Mosquito-Puppe halber sich nicht der Verlegenheit eines Kriegs mit unserem Freistaate auszusetzen, am wenigsten wenn derselbe, wie es hier der Fall ist, nicht bloß Recht haben würde, sondern auch mit der Civilisation Hand in Hand geht. Die bloße Andeutung daß England in Bezug auf die Nicaragua-Straße sich eine Einmischung erlauben will, genügt unsere Kampflust aufzureizen, und die einfache Nachricht daß Hr. Clayton mit Hrn. Crampton in ernstem Briefwechsel stehe über Nicaragua und die Mosquito-Ansprüche auf dasselbe hat bereits ein kleines Kriegsfeuer angefacht, welches augenblicklich emporlodern würde sobald England auch nur einen Schritt weiter geht. Zum Kampfe sind wir allezeit gerüstet, und der mexicanische Krieg hat, wie die Erfahrung bei der letzten »secret expedition« lehrt, eine Menge Kriegsdilettanten bei uns geschaffen welche »at a moment's warning« bereit sind loszuschlagen, gegen wen und wo es immer sey. Dieß ist nun im allgemeinen gerade kein Vortheil, aber Europa darf es bei seinen Verhältnissen zu unserer Republik nicht aus dem Auge verlieren, sonst dürfte es sich in seinen Berechnungen gewaltig täuschen. Schon jetzt dürfte eine zweite Blokade des Platastroms nicht wieder vorkommen, und der Zug nach Californien hat die ganzen Küsten des mittel- und südamerikanischen Continents so sehr »à la portée« unseres Publicums gestellt daß es für europäische Speculationen auf dieselben zu spät seyn dürfte.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 10 Oct. Consols 92 3/8.

Paris, 11 Oct. 3proc. 55.65; 4 1/2proc. 77.50; 5proc. 87.75; Bankactien 2335; belg. 5proc 97 1/4; 4 1/2proc. 89 1/4; neap 5proc. 88; röm. 78 1/2; span. act 21 1/2; 3proc. 34 1/4; innere Schuld 27 3/8; piem. 960; St. Germain E.-B. 410; Vers. rechte 206.25; linke 172.50; Paris-Orleans 740; Rouen 520; Straßb. 347.50; Nordbahn 428 75; Rouen-Havre 245; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 101 25; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 403.75; Tours-Nantes 287.50; Antwerpen-Gent 225.

Amsterdam, 11 Oct. 2 1/2proc. 53 13/16; 3proc. 63 13/16; 4proc. 83 1/2; Synd. 3 1/2proc. 83 7/8; port. 5proc. 82 9/16; Met. 5proc. 86 3/8; Ard. 10 9/16. Curs auf London 12.07 1/2 f. S. Curs auf Hamburg 35 1/16 f. S. Curs auf Frankfurt 99 6 W.

Frankfurt a. M., 13 Oct. Oesterr. 5proc. Met. 89 3/4; 4proc. 78 1/2; 3proc. 53 3/4; 2 1/2proc. 46 1/2; Bankactien 1354; 500fl.-Loose 150 1/4; 250fl.-Loose 107; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. 100; 3 1/2proc. Staatsschuldsch. 88 1/2; bayer. 3 1/2proc. 86 1/2; Ludwigcanal 45 1/2; Ludwigs.-Berbach 82 3/8; württ. 4 1/2proc. 94 1/4; 3 1/2proc. 82 1/4; bad. 5proc. 97 1/2; 3 1/2proc. 79 1/4; Lotto-Anleh à 50 fl. 54; 35fl.-Loose 32; darmst. 4proc. 89 3/4; 3 1/2proc. 82 1/2; 50fl.-Loose 72 1/4; 25fl.-Loose 26 3/4; kurh. Fried.-Wilh.-Nordb. 49 1/4; 40Thlr.-Loose 34 1/8; nass. 5proc. 101 5/8 P.; 3 1/2proc. 85 1/2; 25fl.-Loose 25 1/4; Frankf. 3proc. 80 1/2; 3 1/2proc. 93 5/8. 90; Taunusbahn 299; holl. Integr. 53 7/8; span. innere Schuld 26 7/8; poln. 300fl.-Loose 110; 500fl.-Loose 80 1/2; sard. 36Fr.-Loose 33; Disc. 1 1/2 P.

♀ **Wien,** 12 Oct. Das Geschäft war auch heute sehr beschränkt, doch haben Fonds und Eisenbahnen gegen den Schluß der Börse etwas angezogen. Fremde Devisen, anfangs hoch gehalten, blieben später ziemlich offerirt und wurden billiger abgegeben. London in langer Sicht ist von 10.52 auf 10.48, Amsterdam von 150 auf 148 1/2, Augsburg von 107 3/4 auf 107 1/4–1/2 zurückgegangen. Auch Gold und Silber schloß zu Ende der Börse niedriger. Diese Valutaschwankungen sind jedoch nur durch Platz-Agiotage hervorgerufen und bieten keine Anhaltspunkte zur Beurtheilung unseres Geldmarktes. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met 95 1/2–95 5/8, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 84 7/8–85, Loose v. J. 1834 162–162 1/2, Loose v. J. 1839 113–113 1/2, Bankactien 1215–1218, Nordbahnactien 110 3/4–111, Gloggnitzer 109–109 1/2, Mailänder 84 1/2–84 3/4, Pesther 80–80 1/2. London (i. l. S.) 10.48–10.50, Hamburg 158 P., Augsburg uso 107 1/2 P., Frankfurt 107 P., Amsterdam 148 1/2 P., Mailand 97 1/2 P., Livorno 106 1/2 G., Genua 126 1/4 G., Paris 128 P., Marseille 128 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 11 1/2–11 5/8 Proc., Silberagio 6 3/4–7 Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Der deutsche Verwaltungsrath.

Berlin, 10 Oct. Der Verwaltungsrath der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai 1849 verbündeten deutschen Regierungen hat in seiner Sitzung am 5 October d. J. beschlossen von diesem Tage an seine Verhandlungen und Beschlüsse, soweit dieselben ein allgemeines Interesse in Anspruch zu nehmen geeignet seyn werden, im hiesigen Staatsanzeiger fortlaufend zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, und zur Einleitung dieser Relationen das hauptsächliche Ergebniß seiner bisherigen Thätigkeit, wie in dem hier folgenden geschieht, übersichtlich darzustellen.

Der nach Vertrag der drei k. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover vom 26 Mai d. J. hier errichtete Verwaltungsrath hat unter Zusammentritt der von diesen Regierungen deßhalb ernannten Bevollmächtigten, des Generallieutenants und Staatsministers Freiherrn v. Canitz für Preußen, des Staatsministers v. Zeschau für Sachsen, des geheimen Legationsrathes v. Wangenheim für Hannover, am 18 Junius d. J. seine Thätigkeit begonnen. Die Sitzungen welche derselbe seitdem unter dem allmählich erfolgenden Zutritt neuer Mitglieder gehalten hat, sind größtentheils den vertragsmäßig von ihm zu führenden Verhandlungen wegen Erweiterung des Bündnisses gewidmet gewesen.

In Folge dieser Verhandlungen haben bis jetzt die Regierungen von Baden, Anhalt-Bernburg, Sachsen-Weimar, Nassau, Mecklenburg-Strelitz, Kurfürstenthum Hessen, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Schwerin, Reuß älterer Linie, Großherzogthum Hessen, Reuß jüngerer Linie, Oldenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Anhalt-Dessau und Köthen, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen ihren Bundesanschluß in der hier ersichtlichen Folge durch Einreichung der Accessionsurkunden vollzogen, während von Sachsen-Meiningen und Lippe der Beitritt zwar erklärt, aber noch nicht ratificirt ist. Wegen der Accession der freien Städte Frankfurt und Lübeck und der Fürstenthümer Schaumburg-Lippe und Waldeck wird mit den hier anwesenden Bevollmächtigten derselben noch verhandelt. Die übrigen deutschen Staaten haben bis jetzt zum Verwaltungsrath sich nicht in directe Beziehung gebracht; doch hat derselbe Kenntniß erhalten daß von Bayern, Württemberg, Limburg und Hessen-Homburg an die k. preußische Regierung ablehnende Erklärungen gelangt sind, von Luxemburg aber die Geneigtheit zum Beitritt schon vor längerem geäußert worden ist, ohne daß bis jetzt auf erneutes Befragen eine Entschließung mitgetheilt worden ist. Die von dem Verwaltungsrath wegen Erweiterung des Bündnisses geführten Verhandlungen haben demselben zur Erörterung und Entscheidung mehrerer das Wesen des Bundesvertrages betreffenden Fragen Veranlassung gegeben.

Vor allem hat derselbe dabei durchweg festgehalten daß die Verhandlung einer Regierung über ihren frei zu beschließenden Beitritt zu einem bereits abgeschlossenen und zu Recht bestehenden Vertrage nur auf Einigung über den urkundlich vorliegenden Inhalt dieses Vertrages, nicht aber auf eine Modification des Inhalts selbst gerichtet werden könne; daß ferner in jedem Fall der Anschluß an das Bündniß nur unbedingt geschehen dürfe, und deßhalb auch an den Vorbehalt einer erst noch zu erwartenden ständischen Genehmigung nicht zu binden sey. Ob und zu welcher Zeit sie die deßfallsige Zustimmung ihrer Stände einzuholen und wie sie zu diesen überhaupt sich deßhalb zu stellen haben, blieb dabei lediglich dem eigenen Ermessen der einzelnen Regierungen überlassen.

Indem ferner an jede beitretende Regierung die Forderung ihrer vertragsmäßigen Mitwirkung für die Zwecke des Bundes gestellt wurde, gab auch der Verwaltungsrath zur Beseitigung deßhalb möglicher Zweifel die ausdrückliche Versicherung: daß außer dem Bundesvertrage vom 26 Mai d. J. und den dazu gehörigen Entwürfen der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes sowie der begleitenden Denkschrift anderweite Vereinbarungen und Erklärungen, welche für die sich verbündenden Regierungen maßgebend seyn könnten, nicht vorhanden sind. Gegen die Zusage worttreuer Erfüllung der hiernach bestehenden Bundespflichten wurde aber auch jeder dem Bunde zutretenden Regierung die Mitbetheiligung an allen vertragsmäßigen Rechten und Zuständigkeiten desselben zugesichert; und wie demgemäß auch die volle Gleichberechtigung der ursprünglich contrahirenden und der später beitretenden Regierungen grundsätzlich anerkannt wurde, so wurde auch jeder der letzteren ohne Unterschied die Befugniß gewährt sowohl zur Mitbesorgung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten als auch zur Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen, einen besondern Bevollmächtigten zum Verwaltungsrath abzuordnen, oder auch einem andern Mitgliede desselben dafür Auftrag zu geben und in solcher Weise an allen Verhandlungen und Entschließungen des Verwaltungsrathes ihrerseits mit theilzunehmen.

Die Mitglieder des Verwaltungsraths sind gegenwärtig: für Preußen der Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh; für Sachsen der Staatsminister v. Zeschau; für Hannover der geheime Legationsrath v. Wangenheim; für Baden der Kammerherr und Legationsrath Frhr. v. Meysenbug; für Kurfürstenthum Hessen der Obersteuerdirector Pfeiffer; für Großherzogthum Hessen der geheime Rath Frhr. v. Lepel; für Sachsen-Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer Linie und Reuß jüngerer Linie der Staatsrath Seebeck; für Mecklenburg-Schwerin der Landtagscommissär Stever; für Mecklenburg-Strelitz der geheime Justizrath v. Oertzen; für Oldenburg der Oberst Mosle; für Nassau der Präsident Vollpracht; für Braunschweig der Legationsrath Dr. Liebe; für Anhalt-Bernburg der Oberconsistorialrath Walther; für Anhalt-Dessau und Köthen der wirkliche geheime Rath Plötz; für Hamburg der Syndikus Dr. Banks; für Bremen der Bürgermeister Dr. Smidt. Protokollführer des Verwaltungsraths ist der geheime Justizrath Bloemer.

Für den Fall daß später durch die innere Organisation des Verwaltungsraths von dem Boden der gegenseitigen Verständigung, auf welchem sich jetzt noch die Verhandlungen bewegen, zur Festsetzung eines Stimmenverhältnisses für die von ihm zu fassenden Beschlüsse übergegangen werden soll, ist die Zusicherung ertheilt worden daß jedem beigetretenen Staat die ihm als Bundesglied und nach Maßgabe seiner Leistungen für die Gesammtheit gebührende Betheiligung nicht vorenthalten und namentlich die Zuständigkeit hervorragende Interessen in ihrem vollen Umfang zu vertreten, nicht verkürzt werden solle. Ob eine solche Organisation des Verwaltungsraths erst zum Zweck seines Benehmens mit dem Reichstage oder schon früher eintreten solle, ist noch zur Entscheidung vorbehalten.

Daß es vornehmlich Zweck des Bundes sey die mit dem Vertrage vom 26 Mai d. J. proponirte Reichsverfassung zur Ausführung zu bringen, und daß es in der Absicht des Verwaltungsraths liege die deßhalb erforderlichen Maßregeln sobald als möglich zu ergreifen, ist im Verlauf der Beitrittsverhandlungen wiederholt ausgesprochen worden; doch den mehrfach geäußerten Vorschlag zur schnelleren Feststellung dieser Verfassung diejenigen Bestimmungen derselben die mit denen der Frankfurter Verfassung überein sind von der Discussion ganz auszuschließen mochte der Verwaltungsrath nicht als annehmbar erkennen, indem damit die dem Reichstage vorbehaltene freie Berathung und Beschlußnahme wider Gebühr beschränkt werden würde.

Daß die endgültige Feststellung der Verfassung, so weit der dem Reichstage von den Regierungen vorzulegende Entwurf derselben Abänderungen erfahren soll, die Zustimmung der letzteren erfordert, ist eine ausdrückliche Bestimmung des Vertrags. Dagegen ist aber auch vom Verwaltungsrath im Verlauf der von ihm geführten Beitrittsverhandlungen wiederholt und entschieden anerkannt worden daß, obschon jede der verbündeten Regierungen Modificationen des vorliegenden Verfassungsentwurfs ihrerseits zu beantragen das Recht habe, doch, falls nicht alle übrigen Bundesglieder einen solchen Antrag genehmigen, es auch für die betreffende Regierung bei dem Inhalt des vertragsmäßig acceptirten Verfassungsentwurfs lediglich sein Bewenden behalte, indem der Abschluß des Vertrags vom 26 Mai d. J. und der Beitritt zu diesem Vertrage jede der contrahirenden und der beitretenden Regierungen zum unverbrüchlichen Festhalten an dem Inhalt des einmal verkündeten Verfassungsentwurfs verpflichtet habe und verpflichtet halte, und zwar solange als nicht durch gemeinsame Uebereinstimmung aller dieser Regierungen eine Abänderung des Entwurfs nachträglich genehmigt und zugegeben werde, so daß demgemäß für jede Regierung, sobald dem jetzt vorliegenden oder dem durch allseitige Uebereinstimmung der vereinigten Regierungen modificirten Verfassungsentwurf die Zustimmung des Reichstags einmal zu Theil geworden, auch das Recht jedes nachträglichen Einwandes und Widerspruchs erloschen sey.

Daß die Wahlen zu dem Reichstag nur in Gemäßheit des dem Vertrag vom 26 Mai c. beigegebenen Wahlgesetzes angeordnet und vollzogen werden sollen, ist vom Verwaltungsrath als eine wesentliche Bedingung zur Aufnahme in das Bündniß festgehalten worden, jedoch mit dem ausdrücklichen Bemerken daß die Regierungen, in Anwendung der principiellen Bestimmungen dieses Gesetzes auf die concreten Verhältnisse ihres Landes, insoweit freie Hand behalten mögen als nach der Eigenthümlichkeit seiner Gesetzgebung und Besteuerung unerläßlich und zugleich mit dem Geist des Wahlgesetzes verträglich zu seyn scheint. Dieß letztere, woran vorzüglich gelegen, hinreichend verbürgt zu sehen, und die zu wünschende Gleichmäßigkeit der Wahlberechtigungen so weit als möglich zu erzielen, hat der Verwaltungsrath zugleich das Verlangen geäußert daß jede dem Bunde zugehörende Regierung die zum Wahlgesetze von ihr zu erlassende Ausführungsverordnung ihm bald zur Prüfung übergebe, damit er im Stande sey bei zu großen Abweichungen das Geeignete rechtzeitig vorzukehren. Diesem Verlangen ist bereits mehrseitig entsprochen worden.

Nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung sämmtlicher Bundesglieder ist von den beitretenden Regierungen auf die Mitbetheiligung bei Besetzung des in Gemäßheit des Vertrags vom 26 Mai bestehenden Bundesschiedsgerichtes Anspruch erhoben, und derselbe vom Verwaltungsrathe auch dem Princip nach als begründet anerkannt worden. Ist zugleich anfangs die Ausübung dieses Rechts auf die Zeit verwiesen worden wo etwa der erweiterte Umfang des Bundesgebietes die Vergrößerung des von den ursprünglich contrahirenden Regierungen bereits vertragsmäßig ernannten Richterpersonales als zweckmäßig erscheinen ließe, so ist später beim Bundesanschluß des Großherzogthums Hessen der Verwaltungsrath der Ueberzeugung geworden, nunmehr nachdem die größeren Staaten der sechsten

Curie des im Verfassungsentwurf bezeichneten Fürstencollegiums hinzugetreten seyen, eine weitere Richterernennung einräumen zu dürfen. Dabei ist jedoch keineswegs festgestellt worden daß die Ernennungen der Schiedsrichter nur nach den Curienverhältnissen im §. 67 des Verfassungsentwurfs geschehen müßten. Da hierdurch einzelne der später beigetretenen Regierungen allerdings factisch, wenn auch nicht rechtlich, in eine nachtheiligere Lage kommen würden als andere, so hat der Verwaltungsrath vielmehr in Erwägung dessen sich zu der Ansicht geeinigt daß jedenfalls die später beigetretenen und noch beitretenden Regierungen in dieser Beziehung einander völlig gleichstehen, und an dieser Gleichheit durch den Umstand daß ein Staat in dem erwähnten §. 67 dieser oder jener Curie zugetheilt sey, nichts geändert werden könne. In welcher Weise demnächst die als räthlich erkannte weitere Ernennung von Bundesschiedsrichtern zu erfolgen habe, ist noch nicht entschieden worden. Hinsichtlich der Competenz des auf Grund des Vertrags vom 26 Mai c. errichteten Bundesschiedsgerichtes ist vom Verwaltungsrathe zur Verhütung jedes Mißverständnisses ausdrücklich und wiederholt erklärt worden daß dieses Schiedsgericht in Streitfällen nicht, wie beim früheren Bundesschiedsgerichte, der Zustimmung der beiden Parteien bedürfe, sondern für die Regierungen in den dem Schiedsgericht zugewiesenen Gegenständen die Verpflichtung bei demselben Recht zu nehmen durchgängig bestehe, insofern für Erledigung bestehender Conflicte in der Landesgesetzgebung keine Vorsorge getroffen sey.

Das provisorische Bundesschiedsgericht ist in Erfurt, nachdem deßhalb die nöthigen Anweisungen gegeben waren, am 2 Jul. d. J. installirt worden. Die derzeitigen Mitglieder desselben sind: Staatsminister a. D. v. Düesberg; Appellationsgerichts-Präsident Graf v. Rittberg; Geheimer Justizrath und Prof. Dr. Dirksen; Geheimerath Dr. Günther; Ministerialrath und geheimer Archivar v. Weber; Ober-Appellationsrath v. Pape; Stadtrichter Dr. Franke.

Die Bestimmungen über das Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht und über die Vollziehung der Entscheidungen desselben, die nach Vorschlag des Bundesschiedsgerichtes und mit Beachtung eines vom k. preußischen Justizministerium deßhalb gegebenen Votums vom Verwaltungsrath unter dem 8 Aug. c. verfügt worden sind, sind bereits zur öffentlichen Kenntniß gelangt.

Neben den bis hier genannten Angelegenheiten ist noch die deutsche Marine als ein Gegenstand zu erwähnen welcher dem Verwaltungsrath zu mehrfachen und ernsten Erwägungen Anlaß gegeben hat. Sobald die deßhalb noch fortzusetzenden Berathungen und Unterhandlungen ihr Ziel erreicht haben werden, soll über Gang und Ergebniß derselben Mittheilung erfolgen.

Außerdem ist die Thätigkeit des Verwaltungsrathes vorzugsweise den noch vor Eröffnung des Reichstags von ihm zu erledigenden Aufgaben zugewandt gewesen. Der Entwurf einer Geschäftsordnung für den Reichstag ist von dem k. hannover'schen Bevollmächtigten vorgelegt worden, und soll nach Eingang der erbetenen Aeußerungen der Regierungen demnächst vom Verwaltungsrath geprüft und festgestellt werden. Zur vorbereitenden Ausarbeitung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen die nach §. 126 des Verfassungsentwurfes über Einsetzung und Organisation des Reichsgerichtes, über das Verfahren bei demselben und über die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen, gleichzeitig mit dem Verfassungsentwurf, dem Reichstag vorgelegt werden sollen, ist am 30 Aug. c. das provisorische Bundesschiedsgericht vom Verwaltungsrath aufgefordert worden. Die ihm bis jetzt mitgetheilten Ausführungsverordnungen zum Wahlgesetze sind vorläufig einer deßhalb ernannten Commission zur Begutachtung überwiesen worden. An den Berathungen dieser Commission wird auf Ersuchen des Verwaltungsrathes ein Commissär des k. preußischen Ministeriums des Innern theilnehmen. So bald die noch fehlenden Ausführungsverordnungen, um deren beschleunigte Einsendung die betreffenden Regierungen neuerdings ersucht worden sind, an den Verwaltungsrath gelangt seyn werden, wird derselbe sie sämmtlich vergleichend prüfen.

Inzwischen hat der Verwaltungsrath auch nicht versäumt zu erwägen ob und wieweit für Anberaumung der Wahlen zum Volkshaus und für die Eröffnung des Reichstags sich bereits ein Termin bezeichnen lasse. Nachdem schon in der Sitzung am 30 Aug. der nassauische Bevollmächtigte diese Frage in Anregung gebracht hatte, ist von demselben der damals gestellte Antrag: „daß der Verwaltungsrath sich möglichst bald über einen Termin zur Vornahme der Wahlen für das Volkshaus zum nächsten Reichstage, beziehungsweise über die Berufung des Reichstags selbst, verständigen und demnächst die verbündeten Regierungen auffordern möge die ihrerseits dazu nöthigen Maßregeln ungesäumt zu ergreifen," in der Sitzung am 26 Sept. erneuert, zur Berücksichtigung dringend empfohlen und in folgender Weise motivirt worden:

„Als eine Anzahl deutscher Regierungen sich für die Annahme der von der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. am 28 März l. J. beschlossenen und verkündigten Verfassung des deutschen Reichs erklärte, konnten sie sich die Bedenken nicht verhehlen welche in formeller wie in materieller Beziehung einer solchen unbedingten Annahme entgegenstanden. Sie glaubten diese jedoch durch zwei Hauptrücksichten überwogen, einmal um keinen Zweifel an ihrem Willen für eine Einigung Deutschlands aufkommen zu lassen, für welche sich die Nation durch ihre Vertreter in allen Fractionen ausgesprochen hatte, dann aber auch um die Bestrebungen für die verfassungsmäßige Entwicklung der öffentlichen Zustände möglichst bald in eine friedliche Bahn hinüberzuleiten und damit das Vertrauen wiederherzustellen, dessen gänzliches Verschwinden dem Handel und Verkehr, und mit diesem dem Nationalwohlstande, fast unheilbare Wunden bereits geschlagen hatte, ein Zustand welcher bei längerer Dauer die materielle Noth in den Vordergrund zu drängen, und damit die Möglichkeit einer vernünftigen Entwicklung in weite Ferne zu rücken drohte. Sie glaubten dabei dem gesunden Sinne der Nation vertrauen zu dürfen daß derselbe demnächst das Praktische von dem Unpraktischen sondern, und das zu weit Gehende auf das richtige Maß zurückführen werde.

Die Ereignisse welche zwischen dem 28 März und zwischen der in dem Erlaß vom 28 April erfolgten ablehnenden Erklärung Sr. Maj. des Königs von Preußen und der Kundbarmachung des dem Bündniß vom 26 Mai zu Grunde liegenden Verfassungsentwurfs in der Mitte liegen, sollen hier keine Schilderung finden.

War schon in jener Erklärung die bestimmte Versicherung enthalten daß das große Ziel nach welchem die Nation gestrebt hatte nicht aufgegeben werden solle, so wurde in diesem der Weg vorgezeichnet auf welchem dasselbe im Einverständniß zwischen den Regierungen und den Volksvertretern, oder, um den wahren Ausdruck zu gebrauchen, in richtiger Vertretung der Nation zu erreichen sey.

Der Bündnißvertrag und Verfassungsentwurf können nicht als neben einander liegend, sondern nur als ein zusammenhängendes Ganzes aufgefaßt werden, sie stehen im Verhältniß von Mittel und Zweck. (Art. III. und IV.)

Der Verfassungsentwurf ist nun in consequentem Zusammenhange mit den Verhandlungen der Nationalversammlung zu Frankfurt darauf berechnet daß alle durch die Bundesacte vom 8 Jun. 1815 vereinigten deutschen Staaten (mit vorläufiger Ausnahme von Oesterreich, dessen Verhältniß zu dem Bundesstaate zu erörtern die Gränzen dieses Antrags überschreiten würde) der Reichsverfassung beitreten würden — ein Ziel welches auch nie aufgegeben werden kann oder soll. Er setzt aber die vorgängige Erreichung dieses Ziels, durch Verhandlungen mit den Regierungen, keineswegs als Bedingung voraus, um durch Berufung eines Reichstags zum Zweck der Berathung und Annahme des Verfassungsentwurfs den engeren Bundesstaat zu verwirklichen — eine Bedingung welche dem Princip der freien Vereinbarung die Spitze abgebrochen oder dem Widerspruch auch des kleinsten Staates eine Allmacht die Entwicklung der öffentlichen Rechtszustände Deutschlands zu hindern beigelegt haben würde, die den großen Erwartungen der Nation gegenüber zu bezeichnen der Ausdruck fehlt.

Der Art. I. §. 1 setzt daher fest: „Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes welche die Reichsverfassung anerkennen. Die Festsetzung des Verhältnisses Oesterreichs zu dem deutschen Reiche bleibt gegenseitiger Verständigung vorbehalten."

Hätte über den aus dem klaren Wortlaut des Absatzes 1 hervorgehenden Sinn noch ein Zweifel obwalten können, was jedoch, wenn man die Verhandlungen (S. 5, 16, 17, 27, 28, 35, 40, 86, 92 rc.) vergleicht, durchaus nicht der Fall ist, so hätte derselbe durch die von den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover an sämmtliche deutsche Regierungen zur Mittheilung der Verabredungen vom 26 Mai unter dem 28 Mai erlassene Circularnote vollständig gelöst werden müssen, indem es darin nach richtiger Darstellung der Sachlage heißt: „Hieraus ist, auf Grund einer von Preußen vorgelegten Proposition, der Entwurf einer Reichsverfassung hervorgegangen, welchen sie sämmtlichen Gliedern des Bundes von 1815 als ihren gemeinschaftlichen Vorschlag und in der Hoffnung vorlegen daß derselbe ihre Zustimmung finden werde. Die Begründung seines Inhalts sowie dessen nähere Erläuterung ist in der Denkschrift niedergelegt welche beiliegt. Die deutschen Staaten welche sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, werden als die im §. 1 bezeichneten Glieder des Bundesstaates zu betrachten seyn, während denjenigen Regierungen gegenüber welche sich zu diesem Anschluß nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen.

„Indem die Regierungen von Preußen rc. sich durch den Drang der Zeitumstände genöthigt gesehen haben ihrerseits die Initiative in dem Verfassungswerke zu ergreifen, sind sie jedoch von der bestimmten und ausdrücklichen Voraussetzung ausgegangen daß der rechtsgültige Abschluß desselben auf der freien Zustimmung der Nationalvertretung beruhe. Sie werden daher in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen welche sich dem Verfassungsentwurf anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfang und nach den Wahlbestimmungen berufen welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzu versammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur Berathung und Zustimmung übergeben werden."

Es ist hierin mit deutlichen Worten ausgesprochen daß der Beitritt sämmtlicher deutschen Regierungen keineswegs als Bedingung zur Verwirklichung der Verfassung und zur Gründung des engeren Bundesstaates gelten solle. In diesem Sinne hat die herzoglich nassauische Regierung den Bündnißvertrag aufgefaßt, und sie konnte um so mehr mit dem vollsten Vertrauen ihren Anschluß erklären, als sie durch die bei den Verhandlungen über den Anschluß abgegebenen Erklärungen die Richtigkeit ihrer Auffassung vollkommen bestätigt fand.

Die Verhandlungen über den Anschluß können, nachdem die Fristen abgelaufen innerhalb welcher die noch nicht beigetretenen Regierungen sich zu erklären ersucht worden sind, vorläufig als geschlossen betrachtet werden. Hieraus erweist sich einfach die Verpflichtung des Verwaltungsraths seine Thätigkeit zur Verwirklichung der Verfassung nunmehr auf die Zusammenberufung des Reichstages zu richten. Die Vorlagen welche zum Zwecke der Verhandlungen mit demselben noch vorzubereiten sind, sind nicht von dem Umfange daß sich nicht schon jetzt der Zeitraum bemessen ließe innerhalb dessen die Ausarbeitungen vollendet werden können, zumal da nach dem dem Bündnißvertrag vorausgegangenen Conferenzbeschluß vom 24 Mai d. J. feststeht: „daß der auf Grund des Wahlgesetzes einzuberufende Reichstag lediglich und ausschließlich nur mit Berathung und Vereinbarung des Verfassungswerkes befaßt ist, und daß die formale Beschränkung der gesetzlichen Thätigkeit des Reichstags auf diesen einen und einzigen Zweck, sowohl in der Collectiveröffnung an die Regierungen als auch in den Einberufungsverordnungen, selbst ausdrücklich erwähnt werden soll.“

Sie betreffen nach Inhalt der Denkschrift nur den Entwurf einer Geschäftsordnung und den Entwurf eines Gesetzes über die Organisation des Reichsgerichts, zu deren Bearbeitung und Feststellung die Einleitungen bereits getroffen sind.

In dem Bündniß fehlen zwar noch Bayern und Württemberg, außerdem einige kleinere Staaten, deren Beitritt jedoch zu erwarten ist, wenn es zur Ausführung der Verfassung kommt; das Ziel welches der Verfassungsentwurf vor Augen hat, ist daher noch nicht vollständig erreicht. Es kann dieses jedoch mit der Einberufung des Reichstags weder als aufgegeben, noch dessen unbestimmte Aussetzung dadurch als gerechtfertigt angesehen werden.

Den nicht beigetretenen Staaten bleibt der Beitritt zu jeder Zeit unbenommen, und ist dafür in dem Verfassungsentwurf selbst Vorsehung getroffen; sollten deren Regierungen und Volksstämme aber das Bedürfniß zur Herstellung der Einheit Deutschlands durch die vorgeschlagene Reichsverfassung nicht in dem Maße erkennen als es bei den verbündeten Staaten zum Bewußtseyn gekommen ist, so kann dieses die letzteren um so weniger hindern den engeren Bundesstaat zum Abschluß zu bringen, als dadurch die materiellen Rechte welche auf der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 beruhen in keiner Weise verletzt werden und verletzt werden sollen. Zögern rückt das Ziel nicht näher, sondern immer mehr in die Ferne.

Die positive Berechtigung zu diesem Vorschreiten liegt aber in richtiger Würdigung der organischen Entwickelung des Volkslebens, als dessen äußere Form der Staat sich darstellt. Eine normale politische Anschauung wird hier Gegensätze zwischen Regierung und Volk, zwischen Rechten der Regierung und der Volksvertretung nicht anerkennen, sie wird beide nur in der großen Pflichterfüllung vereinigt finden das Wohl des Ganzen wie der Einzelnen zu fördern. In dem klar erkannten Bedürfniß liegt daher auch die Berechtigung zur Aenderung der Form, und in der Verkennung dieses Standpunktes die Quelle der Revolution.

Wer aber möchte nach den Ereignissen des Jahres 1848 das Bedürfniß der Einigung der deutschen Nation auch durch die Staatsform noch verkennen wollen?

Hieraus ergibt sich zugleich die politische Nothwendigkeit in Förderung des begonnenen Werks rasch zur That zu schreiten, damit nicht das schon wuchernde Mißtrauen tiefere Wurzeln fasse und die gährenden Elemente, über welche wahrlich nur eine scheinbare trügerische Ruhe ausgegossen ist, zu gewaltsameren Ausbrüchen anfache. Die Nationaleinheit, zuerst durch die Befreiungskriege wieder zum Bewußtseyn gebracht, ist, weil sie in der Form der Bundesverfassung keine Verwirklichung gefunden hatte, der leitende Faden gewesen an welchem alle revolutionären Bewegungen der neuen und neuesten Zeit sich hingezogen haben; sie ist der Lichtstern in welchem auch die trübsten und unlautersten Elemente ihre Berechtigung gesucht haben, und sie wird es bleiben solange sie nicht in der Staatsform ihre Befriedigung gefunden hat.“

Nachdem dieser so motivirte und mehrseitig unterstützte Antrag zunächst abschriftlich in die Hände sämmtlicher Mitglieder des Verwaltungsraths gebracht war, gelangte derselbe in der Sitzung am 5 Oct., wie demnächst mitzutheilen ist, zur förmlichen Berathung.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der König von **Preußen** hat den Rothen-Adler-Orden erster Classe mit Schwertern verliehen: dem k. sächs. Kriegsminister Gen. Major **Rabenhorst**; dem **Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin**, als Ritter des Schwarzen-Adler-Ordens, die dazu gehörige Decoration des R.-A.-O. 1ster Cl. en sautoir mit den Schwertern; **den R.-A.-O. 3ter Cl. mit den Schwertern**: dem kais. östr. Major Grafen **Wrbna**; **den R.-A.-O. 4ter Cl. mit den Schwertern**: den Majoren im Generalstab v. **Oetzel** und v. **Gotsch**, sowie dem Rittm. Grafen zu **Munster-Meinhövel**, aggr. dem Reg. Garde du Corps; **den R.-A.-O. 2ter Cl. mit Eichenlaub**: dem Landger. Präsidenten Ch. L. G. **Hoffmann** in Aachen; **den R.-A.-O. 3ter Cl. mit der Schleife**: dem Deich- und Wasserbau-Inspector W. **Westphal** in Kulm; dem Hofrath **Reinsch** zu Glogau; dem Kreis-Steuer-Einnehmer Hptm. a. D. v. **Heyn** zu Ratibor; dem Gen. Arzt des 7. Armee-Corps, Dr. **Klatten**; dem Erzpriester und Stadtpfarrer **Elsner** zu Neumarkt; **den Rothen-Adler-Orden 4ter Cl**: dem Garnisons-Prediger Dr. **Jenchen** zu Schweidnitz; dem katholischen Pfarrer Barth. **Löwen** zu Holzhausen, Kr. Hörter; dem katholischen Pfarrer W. J **Wirtz** zu Hemmerden, Kr. **Grevenbroich**; dem Oberförster **Opitz** zu Hoyerswerda, Reg. Bezirk Liegnitz; dem Kanzleirath **Marschner** zu Königsberg in Preußen; dem Reg. Arzt Dr. **Löffler** vom 12. Inf. Regt; dem Rector **Plischkowski** in Spandau; dem Kanzlei-Inspector **Zbikowski** in Berlin; dem Prediger **Piper** zu Lüdershagen, Reg. Bezirk Stralsund; dem katholischen Propst **Rather** zu Golejewko bei Rawicz. **Erlaubniß zur Annahme fremdherrlicher Orden haben erhalten**: der Major v. **Gotsch**, der Hptm. Frhr. v. **Bergh** und der Rittm. Graf zu **Munster-Meinhövel** für das Ritterkreuz des k. sächs. St. Heinrichs-Ordens; der Generalarzt Dr. **Klatten** für das Ritterkreuz des k. sächs. Verdienstordens; der Major v. **Plehwe** vom 28. Inf. Reg. für das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayr. Krone; Hofr. Dr. **de Leuw** zu Gräfrath für das Ritterkreuz des k. hannov. Guelphen-Ordens; der Prem. Lieut. Frhr. v. **Rheinbaben**, vom 1. Kür. Regiment, für den kaiserlich russischen St. Annen-Orden 3ter Classe.

Ferner hat der König aus Veranlassung seiner Anwesenheit in der Provinz Pommern nachstehende Orden verliehen: **I. Den Rothen-Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife**: dem Landrath und Regierungsrath v. **Heiden-Leistnow** in Demmin, dem Ober-Regierungsrath **Heegewaldt**, dem Kaufmann und dänischen Consul **Goltdammer** und dem Geheimen und Ober-Regierungsrath **Schmidt** in Stettin, dem Ober-Regierungsrath Frhrn. **Schüler v. Senden** in Köslin, dem Bürgermeister Dr. **Päpke** in Greifswald und dem Commercienrath W. **Homeyer** in Wolgast. **II. Den R.-A.-O. 4ter Cl.**: dem Landrath v. **Bismark** in Naugard, dem Landschaftsrath v. **Ramin** in Stettin, dem Regierungsrath **von der Hagen**, dem Medicinalrath Dr. **Böhm**, dem Schul-Director **Scheibert**, dem Justizrath und Justizcommissarius **Krause** und dem Prediger **Moll** in Stettin, dem Bürgermeister **Streuber** in Pasewalk, dem Provincial-Steuer-Cassen-Rendanten **Kühne** in Stettin, dem Amtsrathe **Gadebusch** in Swinemünde, dem Domainen-Rentmeister **Hering** in Stepenitz, dem Dr. **Rampe** in Stargard, dem Gutsbesitzer **Michaelis** in Mochow, Kreis Ueckermünde, dem Regierungs- und evangel. geistlichen Rath Dr. **Ziemssen** in Stralsund, dem Landrath v. **Seeckt** in Greifswald, dem Stadt-Physikus Dr. **Mierendorf** und dem Lehrer an der Navigations-Schule **Steinorth** in Stralsund und Bürgermeister **Bunker** in Schivelbein.

Militärdienstnachrichten. **Preußen.** Nach dem Milit. Wochenblatt vom 29. Sept. ist der General-Major v. **Gerlach**, Commandeur der ersten Garde-Landwehr-Brigade, zum General à la Suite, der Hauptmann v. **Liebermann** vom 19ten Inf. Reg. zum Major ernannt; Prinz Heinrich IV von Reuß, aggr. Sec. Lieut., dem Reg. Garde du Corps eingereiht; Major **Oelrichs** geht zur Dienstleistung vom 2ten zum 1. Garde Uhl. (Ldw.) Regt. über. — Nach dem Mil. Wochenblatt vom 6 Oct. ist der **Prinz von Preußen** unter Beibehalt des Oberbefehls über das Truppen-Corps in Baden, Hohenzollern und Frankfurt a. M., zum Militär-Gouverneur der Rhein-Provinz und der Provinz Westphalen ernannt; Frhr. **Roth von Schreckenstein**, General-Lieutenant zur Disposition, das Commando des Armee-Corps in Baden, Hohenzollern und Frankfurt a. M. übertragen; **Brunsig Edler v. Brun**, General-Major und Commandeur der 16ten, zum Commandeur der 15ten Infanterie-Brigade und Führer der ersten Division des Armee-Corps in Baden; v. **Willisen**, General-Major und Commandeur der 13ten, zum Command. der 8ten Cav. Brig.; v. **Webern**, Gen. Maj. u. Command. der 6ten Landwehr-Brigade, zum Commandeur der 6ten Inf. Brigade und Führer der 2ten Division; v. **Cölln**, General-Major und Commandeur der 7ten Landwehr-Brigade, zum Commandeur der 7ten Infanterie-Brigade und Führer der 3ten Division; v. **Scholten**, Major von der 8ten Artillerie-Brigade, zum Commandeur der Artillerie des Armee-Corps in Baden ernannt; v. **Koch**, General-Major und Commandeur der 4ten Landwehr-Brigade, das Commando des Truppen-Detaschements in und bei Frankfurt a. M. übertragen; v. **Schack**, General-Major, scheidet aus dem Verhältniß als Commandeur der 8ten Inf.-Brigade aus und wird zur Disposition Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen gestellt; v. **Hirschfeld**, General-Lieutenant und Commandeur der 15ten Division, die Wahrnehmung der Geschäfte des General-Commando's des 8ten Armee-Corps wieder übertragen; v. **Holleben**, General-Lieut., tritt in das Verhältniß als Commandeur der 15ten Division zurück; **May**, General-Major, als Commandeur von der 6ten Infanterie- zur 6ten Landwehr-Brigade; v. **Münchow**, General-Major, als Commandeur von der 7ten Infanterie- zur 7ten Landwehr-Brigade; von der **Chevallerie**, Oberst, als Commandeur von der 15ten zur 16ten Infanterie-Brigade; v. **Giese**, Oberst, als Commandeur von der 8ten zur 6ten Cavallerie-Brigade; v. **Cranach**, Hptm. vom 34sten Inf. Reg., als Major zum 37sten Inf. Reg.; v. **Schanderhasy**, Hauptmann vom Garde-Reserve-Infanterie- (Landwehr-) Regiment, als Major ins 14te Inf. Reg. versetzt; Graf zu **Solms-Laubach**, Oberst und Flügel-Adjutant, mit Beibehaltung seines Verhältnisses als Flügel-Adjutant zum Commandeur der 13ten Cavallerie-Brigade; v. **Diezelski**, Hauptmann vom 3ten Inf. Reg. zum Major, und Commandeur des 1sten Bataillons 1sten Landwehr-Reg. ernannt; v. **Grabow**, General-Lieutenant, die einstweilige Wahr-

nehmung der Functionen des commandirenden Generals des 2ten Armee-Corps übertragen und von der 2ten zur 3ten Division, dagegen v. Stülpnagel, General-Lieutenant, von der 3ten zur 2ten Division als Commandeur versetzt. Ferner ist v. Dresler, Rittmeister vom 1sten Dragoner-Regiment, als Major mit der Regiments-Uniform und Pension, Couvreur, Major und Platzmajor in Königsberg, als Oberst-Lieutenant mit der Armee-Uniform, mit den vorschriftsmäßigen Abzeichen für Verabschiedete und Pension der Abschied bewilligt worden.

Todesfälle. In Berlin, am 27 Sept., der k. preuß. Oberstlieut. a. D. Perle. — In Preußisch-Stargard, am 21 Sept., der k. preuß. Major a. D. K. v. Ossowsky.

Zur Abwehr.

Wien, 23 Aug. (Durch zufällige Umstände verspätet.) Der Artikel über die Wiener Akademie in der Beilage der Allgem. Ztg. Nr. 224 veranlaßt mich Ihnen folgendes mitzutheilen. Frhr. v. Hammer-Purgstall hat an mehrere seiner hiesigen Freunde und, wie ich höre, auch an das Ministerium Abschriften eines Briefs des Actuars der Akademie, Hrn. S., vom 7 Aug. eingesendet, worin dieser ihn wegen des beleidigenden Endes jenes Artikels „vollständigst um Vergebung bittet", und zugleich versichert daß er schon am 5 von der Redaction der Allg. Ztg. die Weglassung des Endes begehrt habe.*) Hr. S. hat guten Grund in seinem Brief seine Aufwallung zu bereuen, umsomehr Grund als ihn der Präsident in dem Vortrage der Beweggründe seines Entlassungsgesuchs gar nicht angegriffen, sondern sich nur über den Generalsecretär beschwert hat daß dieser sich in seinen Amtshandlungen (wider die ausdrückliche Vorschrift der Geschäftsordnung) vom Actuar vertreten lasse. Wenn Hr. S. in seinem Berichte der Allg. Ztg. den Austritt des Präsidenten berühren wollte, so hätte er wenigstens doch einige von den wichtigen Gründen die diesen bewogen seine Entlassung anzusuchen, anführen sollen, wie z. B. die unerträglichen Beleidigungen Hrn. v. Ettingshausens, welche der Präsident im verflossenen Jahr aus Liebe zum Frieden hinnahm, sich aber heuer nicht länger gefallen lassen konnte. Als Hr. v. Ettingshausen in der Sitzung der mathematisch-naturhistorischen Classe dieselbe fragte ob sie ihn nicht ermächtigen wolle mit den Sitzungsberichten zur Polizeihofstelle zu gehen, und sich das Imprimatur des Grafen Sedlnitzky zu verschaffen, protestirte Hr. v. Hammer bloß mit den Worten daß der Gegenstand nicht vor die Classe, sondern vor die Gesammtakademie gehöre, worauf ihm Hr. v. Ettingshausen zu schweigen zurief, ihn mit den größten Unbilden überhäufte, und da er dieselben schweigend hinnahm und davonging, ihm noch im Weggehen nachrief: „Gehen Sie nach Persien oder Arabien, kommen Sie aber nur nicht wieder in die Akademie!" Aehnliches hat sich im verflossenen Julius begeben, wo der Generalsecretär den Präsidenten, weil dieser einem Protokolle ein paar Worte mit Bleistift beischrieb, mit: Wie können Sie sich unterstehen u. s. w. anfiel, worauf ihm Hr. v. H.-P.: Seyen Sie nicht grob! erwiederte. Weil Frhr. v. H.-P. sich dergleichen Ungezogenheiten unmöglich gefallen lassen konnte; weil der Generalsecretär die amtlichen Schreiben des Präsidenten gar nicht beantwortete und mündliche Anfragen des Präsidenten an den Actuar wies; weil Hr. v. E., seitdem er eine doppelte Professur in der Ingenieurakademie angenommen um die 3000 fl. derselben mit den 2000 fl. seines Gehalts als Secretär zu vereinbaren, die Aufsätze die er als Generalsecretär machen soll, durch Hrn. S. machen; weil er sich tausend Eigenmächtigkeiten zu Schulden kommen läßt, ohne die ihm gemachten Vorstellungen und Ermahnungen des Präsidenten im geringsten zu beherzigen; weil er als Generalsecretär sich den Alleinherrscher der Akademie dünkt, und dem Präsidenten weder durch die Statuten noch durch die Geschäftsordnung ein Mittel in die Hand gegeben ist ihn zu seiner Pflicht zu verhalten, hat Frhr. v. H.-P. die Verantwortlichkeit als Präsident nicht länger auf sich lasten lassen wollen. Wenn die Stellung eines künftigen Präsidenten eine haltbare seyn soll, so bedarf es freilich wesentlicher Reformen in den Statuten und in der Geschäftsordnung, aber nicht im Sinne den der Aufsatz Hrn. Ss., sondern im ganz entgegengesetzten; weder in den Statuten, welche ein Machwerk des Frhrn. v. Pillersdorf und des Grafen v. Münch-Bellinghausen (ohne daß ein wissenschaftlicher Mann von ihnen dabei zu Rathe gezogen worden wäre), noch in der Geschäftsordnung, bei deren Abfassung die Mehrzahl der Akademiker von dem ganz irrigen Grundsatz ausging daß man ja nicht die (wenngleich durch die Zeit als trefflich bewährten) Satzungen anderer Akademien zum Muster nehmen, sondern was neues, nicht dagewesenes hervorbringen müsse, befindet sich nicht, wie in den Statuten oder Geschäftsordnungen anderer Akademien, ein besonderer Titel über die Pflichten und Befugnisse des Präsidenten und des Generalsecretärs, ja sogar der von allen andern Akademien vorausgesehene Fall daß ein Mitglied seine Schuldigkeit nicht thue, oder sonst ausgeschlossen zu werden verdiene, wollte von der Mehrzahl der die Geschäftsordnung entwerfenden Akademiker nicht vorausgesehen, und dem Präsidenten nicht die geringste Befugniß eingeräumt werden Ausbleibende oder Nachlässige zu ermahnen, oder solchen die gar nichts thun (dergleichen leider unter den dermaligen Akademikern gar viele) eine Arbeit abzufordern. In diesem Sinne thun den Statuten und der Geschäftsordnung der kaiserlichen Akademie Reformen noth, aber nicht in dem Sinne des zur revolutionären Zeit vom akademischen Ausschusse in Druck gelegten Reformvorschlags, nach welchem die zwei Classen nie miteinander verkehren, der Präsident und Vicepräsident gänzlich abgeschafft werden sollten, und nur für jede Sitzung ein Obmann zu ernennen wäre. Wenn Hr. S. ein treuer Berichterstatter der Allg. Ztg. seyn wollte, so mußte er, wenn er vom Austritt des Präsidenten sprach, auch die wahren Ursachen desselben angeben, mußte, wenn er von der Sitzung des 14 Sept. sprach, bemerken daß dieselbe ganz ungesetzmäßigerweise und wider die ausdrückliche Vorschrift der Geschäftsordnung zur Zeit der Ferien, wo gar keine Sitzungen stattfinden sollten, ohne Wissen des Präsidenten vom Generalsecretär veranlaßt worden, und daß dieß eben eine der vom Frhrn. v. Hammer-Purgstall in den Beweggründen seines Entlassungsgesuchs vorgebrachten Beschwerden; endlich ist in jenem Bericht Hrn. Ss. der Vorwurf von Leidenschaftlichkeit in den Debatten ein unwürdiger. Die ganze Akademie kann Zeugniß geben daß Frhr. v. H.-P. sich nie in einer Debatte erhitzte, daß er sich vielmehr den Vorwurf zu machen hat jene Unbilden Hrn. v. Ettingshausens aus Liebe zum Frieden, ohne ein Wort zu erwiedern, hingenommen zu haben. Endlichern bemerkte er bloß daß er das Wort nicht habe, worauf Endlicher, der leider die Heftigkeit selbst war, mit der Faust in den Tisch schlug und davonging. Auf wessen Seite ist in diesen Verdächtigungen und Anschuldigungen Hrn. Ss. die Leidenschaftlichkeit?

*) Die Redaction erhielt jene Bitte ihres geehrten Correspondenten, aber bei der Masse täglicher Zusendungen ward die einer größern Mittheilung angehängte betreffende Stelle erst bemerkt als es zu spät war den bereits vollendeten Satz des Artikels noch zu ändern.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag | Nr. 289. | 16 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Vertrag über die neue Centralgewalt. Ein europäischer Friedenscongreß für nächstes Jahr vorbereitet. Schäffners Geschichte der Rechtsverfassung Frankreichs); München (Doppelfest beider Königinnen. Enthüllung der Statue Orlando di Lasso's. Die Anfrage wegen der Kosten der preußischen Intervention in der Pfalz. Die Kammerprotokolle); Rastatt (Standgerichtsverhandlungen. Ein Todesurtheil); Dresden (die Eisenbahnen. Oelkers Preßproceß); Hannover (der Landtag auf den 8 Nov. berufen. Erklärungen Hannovers gegen Berufung eines Reichstags); Koblenz (die Königin der Niederlande und der Erzherzog-Reichsverweser); Köln (Becker freigesprochen); Berlin (feierlicher Einzug des Prinzen von Preußen. Radowitz in die Centralcommission. Beschluß der Verhandlungen des Verwaltungsrath am 5 Oct.); Potsdam; Schwerin (Verkündigung der Verfassung); Wien (öffentliche Stimmung. Die Ostdeutsche Post nicht verboten. Gervinus. Ehrenwerthe Haltung der Journale. Die Laibach-Triester Eisenbahn. Steuerausschreibung. Gräfin Batthyany).

Spanien. Veröffentlichung des Tarifs.

Großbritannien. Die anglicanische Mission in Afrika. Die Menai-Brücke.

Frankreich. Verhandlungen über das Verbot der Arbeitercoalitionen und die Fortdauer des Belagerungsstandes von Lyon. Die Frage der Verfassungsverletzung und der Staatsproceß. Gerüchte über eine Cabinetsveränderung. P. Bonaparte. Thiers. Marseille (Manin. Der große Finanzminister Ruggiero).

Türkei. Die Flüchtlinge in Widdin.

Beilage. Der deutsche Verwaltungsrath. (Verhandlungen über die Berufung eines Reichstags.) — Zur Geschichte des lombardischen Aufstands. — Pompeji, Herkulanum und Stabiä von W. Zahn. — Großbritannien. (Die Times über Rußland und die Türkei.)

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam, Hamburg 12; Berlin, Wien 13; Augsburg 15 Oct.

Deutschland.

Der Vertrag über die neue provisorische Centralgewalt lautet: „Nachdem der Erzherzog-Reichsverweser wiederholt den Wunsch ausgesprochen daß ihm die Möglichkeit gegeben werde seiner Würde zu entsagen, und die ihm mit Bundesbeschluß vom 12 Jun. v. J. anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben — und in Erwägung der Nothwendigkeit daß für einen solchen Fall ein neues, allgemein anerkanntes Centralorgan die Leitung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten des deutschen Bundes übernehme und bis zur definitiven Gestaltung seiner innern Verhältnisse besorge, haben die beiden Höfe von Wien und Berlin sich behufs der Bildung einer solchen neuen provisorischen Bundescentralgewalt über einen ihren übrigen Bundesgenossen vorzulegenden Vorschlag zu verständigen gesucht. Demgemäß sind die Unterzeichneten am heutigen Tag zusammengekommen um auf Grundlage der zwischen ihren Allerhöchsten Höfen gepflogenen Verhandlungen über nachstehende Punkte übereinzukommen, und diese Uebereinkunft unter Vorbehalt der Ratification durch ihre Unterschrift zu beglaubigen. §. 1. Die deutschen Bundesregierungen verabreden im Einverständniß mit dem Reichsverweser ein Interim, wonach Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund im Namen sämmtlicher Bundesregierungen bis zum 1 Mai 1850 übernehmen, insofern diese nicht früher in eine definitive Gewalt übergehen kann. §. 2. Der Zweck des Interims ist die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins der deutschen Fürsten und freien Städte zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bund begriffenen Staaten und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands. §. 3. Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Art. 6 der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten. §. 4. Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungsangelegenheit noch nicht zum Abschluß gediehen seyn sollte, so werden die deutschen Regierungen sich über das Fortbestehen des hier getroffenen Uebereinkommens vereinbaren. §. 5. Die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetzgebung innerhalb der Competenz des engern Raths der Bundesversammlung gelegen waren, werden während des Interims einer Bundescommission übertragen, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernennen und welche ihren Sitz zu Frankfurt nimmt. Die übrigen Regierungen können sich einzeln oder mehrere gemeinschaftlich durch Bevollmächtigte bei der Bundescommission vertreten lassen. §. 6. Die Bundescommission führt die Geschäfte selbständig unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber; sie faßt ihre Beschlüsse nach gemeinsamer Berathung. Im Fall sie sich nicht zu vereinigen vermag, erfolgt die Entscheidung durch Verständigung zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, welche erforderlichenfalls einen schiedsrichterlichen Ausspruch veranlassen werden. Dieser Ausspruch wird durch drei deutsche Bundesregierungen gefällt. Im eintretenden Fall hat jedesmal Oesterreich einen und Preußen den andern der Schiedsrichter zu wählen. Die beiden auf diese Weise designirten Regierungen vereinigen sich zur Ergänzung des Schiedsgerichts über die Wahl des dritten. Die Mitglieder der Bundescommission theilen sich in die ihr angewiesenen Geschäfte, die sie der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundes-Kriegsverfassung gemäß entweder selbst besorgen oder deren Besorgung leiten und überwachen. §. 7. Sobald die Zustimmung der Regierungen zu gegenwärtigem Vorschlag erfolgt ist, wird der Reichsverweser seiner Würde entsagen und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederlegen. Nach erfolgter Ratification und Eintreffen der Zustimmung des Hrn. Erzherzog-Reichsverwesers werden die beiden Höfe von Wien und Berlin gemeinschaftlich sämmtliche deutsche Regierungen zum Beitritt einladen. Geschehen zu Wien im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, den 30 Sept. 1849. Gez. Graf Bernstorff. Fürst Schwarzenberg. (Reichsz.)

*** **Frankfurt a. M.**, 11 Oct. Das nächste Jahr soll der europäische Friedenscongreß hier in Frankfurt stattfinden. Hr. Dr. Carové, welcher das Verdienst um Deutschland hat es in so edler Sache in Paris vertreten zu haben, hielt sich bei seiner Rückkehr hier in Frankfurt auf, und seiner Bemühung verdanken wir es daß angesehene Frankfurter Männer mit der Bildung eines vorbereitenden Comités beschäftigt sind. Dieß ist auch insofern von Wichtigkeit als diese Männer Anhänger des Dreikönigsbündnisses sind, wir also eine Bürgschaft mehr haben daß das Bestreben den engern Bundesstaat zu verwirklichen nicht bis zu einem Bruche zwischen Preußen und Oesterreich werde getrieben werden. — Von Wilhelm Schäffner's „Geschichte der Rechtsverfassung Frankreichs", deren Verdienst anerkannt ist, erschien endlich der zweite sehr starke Band, welcher von Hugo Capet bis auf die Revolution geht. Erst aus diesem Bande läßt sich der volle Werth des Werkes erkennen, welches aus vieljährigem genauen Studium der bis jetzt zum Theil ganz unbenutzten Quellen hervorgegangen und zugleich sehr klar und faßlich geschrieben ist.

Bayern. = **München**, 15 Oct. Das heute stattgehabte Doppelfest, nämlich das Geburtsfest der Königin Marie und das Namensfest der Königin Therese, gab zu außergewöhnlichen Feierlichkeiten Anlaß. Wie alljährlich so wechselten auch heuer Kanonensalven, Tagsreveille, Gottesdienst mit Kirchenparade, Festvorstellung im königl. Hoftheater bei beleuchtetem Hause und musikalischer Zapfenstreich. Die außergewöhnlichen Feierlichkeiten, die Weihe der Fahne welche die Königin Therese dem „Kriegs-Veteranen-Corps" zum Geschenk machte, und die Inauguration des Standbildes des großen Tondichters, Orlando di Lasso, zogen trotz des regnerischen Wetters eine große Menge Schaulustiger an. Die Fahnenweihe wurde in der Ludwigskirche vorgenommen, und es nahmen an der Feierlichkeit die Prinzen Luitpold, Adelbert und Eduard von Sachsen-Altenburg, die Generalität und mehrere Linien- und Landwehrofficiere theil. Nach dem Nagelschlag wurde die Fahne, die auf der einen Seite in einem gestickten Lorbeerkranz, die ebenfalls in Gold gestickten Worte: „Die Königin Therese von Bayern den Veteranen des bayerischen

Herrn" und auf der andern Seite: „König und Vaterland" trägt, mit den Feldzeichen von 1812 und 1815 decorirt und mit einem Lorbeerkranze geschmückt. Nach der Weihe marschirten die alten Krieger in Reihe und Glied unter Trommelschlag in Begleitung einer Ehrenwache von zwei Compagnien der Landwehr-Grenadiere durch die Ludwigs- und Briennerstraße, und defilirten am Wittelsbacher Palast vor dem König Ludwig und der Königin Therese, die sich auf dem Balkon befanden, unter Hochruf vorüber. Leider störte bei dem Zug durch die Ludwigsstraße die Musik der Grenadiere und die Tambours der Veteranen den Festgesang vor dem Standbilde Lasso's, an welchem sich außer der k. Hofcapelle und unsern drei Gesangvereinen die ersten Künstler mitbetheiligten. Der Oberstlieutenant und Hofmarschall des Königs Ludwig Frhr. v. Laroche und der k. Hofcapellmeister Stuntz hielten der Enthüllungsfeier des Standbildes angemessene Reden. Frhr. v. Laroche erinnerte in seiner Rede daß die gemüthvollen, herrlichen, überaus zahlreichen Tonschöpfungen — man zählt an 2000 Nummern — dieses Meisters in jener Zeit fast alle andern bestehenden durch ihren Wohlklang und mächtig erhebenden Eindruck überstrahlten, und ihren Werth drei Jahrhunderte hindurch bis zum heutigen Tage anerkannt erhalten. So sey in dem kunstliebenden Könige Ludwig dessen Werke durch Zahl, Idee und Gelungenheit die gerechte Bewunderung der Gegenwart erwecken — gleichwie denselben sicher auch das Staunen aller Zukunft nicht entgehen werde — der Gedanke entstanden diesem in jeder Beziehung ausgezeichneten Manne, den man mit Recht den Fürsten der Tonkünstler genannt, ein entsprechendes würdiges Denkmal zu errichten. Der k. Hofcapellmeister Stuntz berührte in seiner Rede wie König Ludwig auch dem edlen Gluck, dem Schöpfer des musikalischen Kothurns, dessen Standbild im vorigen Jahre aufgerichtet worden, seine Huldigung gebracht. Man begrüße beim Anblick der beiden Statuen einerseits den musikalischen Typus der streng kirchlichen Richtung, und andererseits die beginnende Entfaltung des Liedes, zwei Momente, die auf die Entwicklung des deutschen Charakters nicht ohne Erfolg geblieben. Das Standbild, im mittelalterlichen Costüm auf einer Orgel lehnend und eine Musikrolle in der Hand auf welcher der Anfang eines „Kyrie eleison" von Lasso eingegraben, ist von Professor Max Widnmann erdacht und modellirt und von Inspector Miller in Erz gegossen, und bildet neben der Statue Glucks auf dem Odeonsplatz eine der schönsten monumentalen Zierden unserer Stadt.

○ **München**, 14 Oct. Die gestern erwähnte Interpellation einiger Abgeordneten, unter andern des Frhrn. v. Lerchenfeld lautet: „Mit Befremden haben die Unterzeichneten in öffentlichen Blättern die Erwähnung eines Gerüchts gefunden wonach die Krone Preußen für die Unkosten Preußens für den sogenannten pfälzischen Feldzug Ansprüche an Bayern gestellt, und hiefür die am 1 Oct. fällige Quote Bayerns an den Zollvereins-Gefällen des betreffenden Vierteljahres zurückgehalten habe. Ohne sich hier in eine Beurtheilung dieser Thatsache einlassen zu wollen, ist die Bedeutung derselben sowohl für die Würdigung der gegenwärtigen Lage der deutschen Frage, als für die Finanzlage Bayerns so offenbar, daß sie deßhalb die folgenden Anfragen an das Staatsministerium des Aeußern stellen zu müssen glauben: 1) Ist es wirklich wahr daß Preußen eine Anforderung für die Unkosten des sogenannten pfälzischen Feldzugs in Bayern gestellt hat? 2) Ist es wirklich wahr daß Preußen wegen dieser angeblichen Forderung die Auszahlung des am 1 d. fälligen Antheils an den Zollvereins-Gefällen zurückgehalten hat? 3) Welche Anforderungen hat die bayerische Regierung an die des Königreichs Preußen bezüglich der Hülfeleistung k. preußischer Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes in der Pfalz gestellt, und welche Zusicherungen sind in dieser Beziehung hinsichtlich der Kosten hiefür gefordert und ertheilt worden?"

* Die gestrige Angabe unseres Münchener ○ Correspondenten über Verzögerung des Drucks der bayerischen Kammerverhandlungen bedarf einer Berichtigung, indem uns gestern (15 Oct.) Abends bereits die Verhandlung vom 13 Oct. vorlag. Wie der Druck noch schneller vor sich gehen sollte, ist nach den getroffenen Einrichtungen nicht wohl einzusehen. Von dem Abg. Fürsten v. Wallerstein erhalten wir eine Reclamation, die wir, des Raumes wegen, auf morgen verschieben müssen.

Gr. Baden. ♁ **Rastatt**, 12 Oct. Heute stand der Kanonier Engelhard Gilg, vertheidigt vom Adv. Ettlinger, vor dem Standgericht, beschuldigt zur Meuterei den 12 Mai im Schloßhofe dahier aufgestiftet, das Faschinenmesser auf Hauptmann Ferroni geworfen, das Abfeuern einer Kanone gegen die Meuterer gehindert, dann freilich auch (hört!) eine Kanone als Kanonier während der Belagerung abgefeuert zu haben. Die erstere Thatsache war nur durch einen Zeugen, aber durch das Geständniß des Angeklagten selbst, bestätigt. Der Vertheidiger wälzte in gründlichem, vielleicht zu gründlichem Vortrage die Anschuldigung der Anstiftung von seinem Clienten ab, und stellte unter anderm den Grundsatz auf daß der juridische Satz „Geständniß ohne Zeugen ist kein Beweis" rücksichtlich seiner Theilnahme an der Vertheidigung der Festung gelten müsse. Die Duplik des Staatsanwalts (Fecht) war milde genug und überließ dem Gericht die Erwägung mildernder Umstände. Das Gericht verurtheilte den Angeklagten mit 4 gegen 2 Stimmen zu zehnjähriger Zuchthausstrafe. Wohl mochte bei diesem wie bei dem gestrigen Urtheile die Bestätigung der nichteinstimmigen Todesurtheile gegen Trautwein und Kohlenbecker die Richter zu milderer Fassung bewogen haben, vielleicht auch das ganz offene Geständniß des Angeklagten und der Umstand der Trunkenheit. Ich habe Ihnen früher von der Verhaftung einiger — sonst ruhiger — Bürger von Niederbühl berichtet. Der Grund warum sie in die Casematten geworfen wurden, war, nach einem Maueranschlag der Commandantschaft, weil sie wörtlich sich gegen preußisches Militär vergangen und fast thätlich sich vergriffen hätten. Nun erzählt man sich allgemein, der Wortwechsel mit den preußischen Soldaten sey deßwegen entstanden weil diese den Bürgern hätten untersagen wollen ein Spielchen des Werktags zu machen, wobei zu bemerken daß beide mehr als wohlhabende Leute sind. Indessen soll von den Gefangenen einer heute, der andere in wenigen Tagen entlassen werden. Ob unter solchen Umständen und unter dem noch immer starken Druck der Einquartierung der Zudrang badischer Staatsbürger zu dem Festessen, welches nächsten Montag bei Gelegenheit des Geburtsfestes des Königs von Preußen stattfinden wird, groß seyn werde, müssen wir dahingestellt seyn lassen; die Beamten und großherzoglichen Behörden werden an den Festlichkeiten natürlich sich betheiligen. Irrthümlich schrieb ich Ihnen jüngst, 50 (statt 15) Stücke und Wagen seyen aus der Schweiz zurückgekommen; es waren die in Stadt Basel aufbewahrten Geschütze; doch ist auch der in Frauenfeld befindliche Rest der Artillerie erwartet.

Am 13 Oct. standen abermals zwei Soldaten vor dem Standgericht von Rastatt. Der eine wurde zum Tode, der andere zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Wann wird endlich der letzte dieser traurigen Processe kommen!

K. Sachsen. ⁑ **Dresden**, 10 Oct. Für die deutschen Handelsinteressen ist es von Wichtigkeit dann und wann einen Blick auf die sächsischen Eisenbahnen zu werfen. Gelegentlich der Vollendung der bayerischen Nordbahn hat die Allgem. Ztg. des Fortschreitens der Riesenbauten bei Ueberbrückung der Gölzsch- und Elsterthäler Erwähnung gethan; wenige Tage vor jener Eröffnung hat am 25 v. M. die sächsisch-schlesische Eisenbahngesellschaft in ihrer siebenten Generalversammlung einen für das sächsische Eisenbahnwesen wichtigen Beschluß gefaßt, indem sie die Gesellschaftsvorstände beauftragt hat wegen Veräußerung der Bahn an den Staat mit der Staatsregierung in Verhandlung zu treten und das Resultat derselben einer einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung mitzutheilen, damit diese über die Bedingungen der Abtretung Beschluß fassen könne. Wie man versichern hört, ist die Staatsregierung nicht abgeneigt auf das Anerbieten einzugehen. Sie ist dabei wesentlich interessirt, indem sie einen bedeutenden Theil des Actiencapitals in Händen und den Actionnären eine 4procentige Dividende in dem Maße garantirt hat daß die Erträgnisse der Bahn zuvörderst zur Deckung dieser Dividende zu verwenden sind bevor der Staat mit seinen Actien in einen Dividendengenuß eintritt; dieser soll denn in der letztern Zeit nur auf etwa anderthalb Procent ausgefallen seyn. Wenn nun der Staat den Actionnären die Actien gegen 4procentige Staatspapiere Nennwerth gegen Nennwerth abnähme, so hätten jene zwar keine Zinsverbesserung, wohl aber bei dem Cursverhältniß, wie es gegenwärtig steht, einen Capitalgewinn. Die Staatsregierung hätte dagegen den doppelten Vortheil: einerseits daß sie dann die sächsischen Hauptbahnen, mit alleiniger Ausnahme der Leipzig-Dresdener, in ihrer Hand vereinigte: die sächsisch-bayerische, die sächsisch-böhmische, die sächsisch-schlesische; andererseits daß sie wegen Anlegung eines Centralbahnhofs auf dem rechten Elbufer freiere Hand hätte. Die für den Anschluß der sächsisch-böhmischen Bahn vom Staate erbaute Elbbrücke ist so weit vorgeschritten daß in den nächsten Tagen die letzten an das rechte Ufer anschließenden Bögen werden eingewölbt werden, nachdem die Wasserstraße durch die fertigen Bögen bereits am 4 Sept d. J. eröffnet worden war. Freilich wird die Entscheidung über die Uebernahme der sächsisch-schlesischen Bahn, die Einigung mit der Actiengesellschaft vorausgesetzt, von den nächsten Kammern abhängen; doch dürften von ihnen selbst dann nicht wesentliche Hindernisse zu erwarten seyn wenn die Wahlen im Sinne der letzten Majorität ausfielen; wenigstens hatte die aufgelöste zweite Kammer den von der Regierung für den Fortbau der Staatsbahnen geforderten, bedeutenden Bewilligungen keine Schwierigkeiten gemacht. — Gestern fand hier die erste öffentliche und mündliche Verhandlung eines Preßprocesses vor dem Oberappellationsgerichte statt, welches in zweiter Instanz über den einzigen Verurtheilungsfall der Leipziger Assisen zu entscheiden hatte. Da hierbei nur die juristischen, nicht die thatsächli-

chen Momente des Straferkenntnisses zur Frage kamen, so trat eine Thätigkeit von Geschworenen nicht ein. Der Gerichtshof setzte nach dem mündlichen Verfahren zwischen dem Oberstaatsanwalte und dem Vertheidiger des Angeklagten Theodor Oelkers aus Leipzig die dem letzteren in erster Instanz zuerkannte einjährige Gefängnißstrafe wegen subjectiver Milderungsgründe auf eine zehnmonatliche herab. Gegenstand der Anklage war ein Abdruck des bekannten Heinzen-Struve'schen Revolutionsprogrammes.

K. Hannover. **Hannover.** Die allgemeine Ständeversammlung ist durch königl. Proclamation auf den 8 Nov. zusammenberufen. Die Hann. Ztg. theilt die Erklärung des hannoverischen Bevollmächtigten in der Sitzung des deutschen Verwaltungsraths vom 9 Oct. mit, über welche der Preuß. Staatsanzeiger noch nichts näheres gebracht. Hannover erklärt darin wiederholt daß es der Berufung des Reichstags nicht zustimmen könne, bis die dem Bündnisse nicht beigetretenen Regierungen aussprechen: daß sie die in der Einführung der Reichsverfassung liegende Abänderung der rücksichtlich ihrer fortbestehenden Bundesverfassung genehmigen.

Preußen. **Koblenz**, 11 Oct. Zugleich mit I. Maj. der regierenden Königin der Niederlande, welche am gestrigen Nachmittag auf der Rückreise von Wiesbaden nach dem Haag mit dem Dampfboot hier ankam, trafen auch der Erzherzog-Reichsverweser mit seinem Sohne, dem jungen Grafen v. Meran, und der Erzherzog Stephan hier ein. Die Königin der Niederlande fuhr mit dem Dampfboote rheinabwärts weiter, indeß der Erzherzog-Reichsverweser mit seinem Sohne den Erzherzog Stephan auf sein bei Limburg an der Lahn gelegenes Schloß Schaumburg begleiteten. Wie wir erfahren, wird der Reichsverweser auf der Rückreise nach Frankfurt a. M. in zehn Tagen wieder hieher kommen. (O. P. A. Z.)

Köln, 11 Oct. So eben ist der Redacteur der „Westdeutschen Zeitung", Dr. Heinrich Becker, welcher heute wegen Verletzung der dem König schuldigen Ehrfurcht und Aufreizung einer Classe der Bevölkerung gegen die andere, mittelst mehrerer in der „Westdeutschen Ztg." abgedruckten Artikel, vor dem königl. Assisenhofe stand, von den Geschwornen freigesprochen worden. (Rhein. Bl.)

Potsdam, 12 Oct. Se. k. H. der Prinz von Preußen ist gestern Abend um 9½ Uhr mit dem gewöhnlichen Eisenbahnzug von Magdeburg auf dem hiesigen Bahnhofe zu gleicher Zeit eingetroffen; ein glücklicher Zufall war es daß der König mit einem Extrazuge von Berlin hier eintraf, so daß beide k. Brüder ganz unverhofft auf dem Eisenbahn-Perron zusammenkamen. Der König voller Freude darüber, rief nur: „Sey gegrüßt Wilhelm!" Die erste Nachricht von der Ankunft des Prinzen von Preußen mit dem letzten Eisenbahnzuge von Magdeburg war um 6 Uhr Abends durch den Telegraphen der Eisenbahnverwaltung hierher gegeben worden; sehr viele Officiere des Gardecorps bewillkommneten den Prinzen. (Haude und Spen. Ztg.)

Beschluß der (in der heutigen Beilage abgebrochenen) Verhandlungen des deutschen Verwaltungsraths vom 5 Oct. über Berufung eines Reichstags.

Der Vorsitzende stellt hierauf dem königl. sächsischen Bevollmächtigten die sofortige Abgabe seiner Erklärung anheim. Diese Erklärung, auf Ersuchen des königl. sächsischen Bevollmächtigten von dem königl. hannoverischen verlesen, lautet in ihrer schriftlichen Fassung also: Die königl. sächsische Regierung ist der Meinung daß das Zustandekommen eines Bundesstaates, wie derselbe beim Abschluß des Vertrags vom 26 Mai d. J. von den contrahirenden Regierungen beabsichtigt wurde, aufs höchste gefährdet wird wenn mit Anordnung der Reichstagswahlen und Einberufung der Deputirten unzeitig vorgegangen werden sollte. Dieß würde aber nach Ansicht der königl. sächsischen Regierung der Fall seyn, wenn dem Antrage des Hrn. Präsidenten Vollpracht jetzt entsprochen werden sollte, denn 1) fehlen noch die Accessionsurkunden von verschiedenen Regierungen, mit welchen wegen ihres Beitritts zum Bündniß verhandelt worden ist; 2) haben mehrere Regierungen sich zum Beitritt zwar bereit erklärt, es werden aber Bevollmächtigte zu Pflegung von Verhandlungen noch erwartet; 3) kann die königl. sächsische Regierung dermalen die Frage über den Umfang des Bündnisses, welche bei jenem Antrage in der Hauptsache als schon entschieden angenommen wird, z. B. durch Festsetzung eines Wahltages, der nach dem Reichswahlgesetze im ganzen Reich ein und derselbe seyn soll, noch nicht als zur Beantwortung reif betrachten; denn wenn derselben auch aus den öffentlichen Blättern bekannt ist daß mit der königl. bayerischen Regierung verhandelt und von derselben schließlich die Erklärung abgegeben worden ist daß sie dem Bündnisse nicht beitreten und die projectirte Reichsverfassung, wie sie vorliege, nicht annehmen könne, so ist dem königlichen Bevollmächtigten doch nie Gelegenheit gegeben worden sich darüber vollständige Gewißheit zu verschaffen, welche Bedenken jene abfällige Erklärung veranlaßt haben, da über die mit dem Minister v. d. Pfordten gepflogenen Verhandlungen, soweit sie die provisorische Centralgewalt betreffen, zwar in der 15ten Sitzung des Verwaltungsrathes eine sehr allgemein gehaltene vertrauliche Mittheilung, hinsichtlich der Verhandlungen über den Beitritt zum Bündniß aber gar keine Eröffnungen gemacht worden sind, während doch von Preußen nach den jetzt veröffentlichten Noten Erklärungen für sich und seine Verbündeten abgegeben und versprochen seyn sollen. Es drängt sich dabei allerdings und sehr natürlich die Frage auf: ob denn diejenigen Concessionen gemacht worden zu welchen die verbündeten Regierungen sich äußersten Falles zu verstehen angerathen haben würden, um den für das ganze deutsche Verfassungswerk so wichtigen Beitritt der königl. bayerischen Regierung zu erwirken? Ueber Württemberg ist der königl. sächsischen Regierung ebensowenig etwas bekannt; 4) der königl. sächsische Bevollmächtigte hält es nicht für angemessen jetzt auf die Gründe einzugehen welche der Hr. Antragsteller aus dem Vertrag vom 26 Mai d. J. und der Note vom 28 desselben Monats dafür angeführt hat daß die Einberufung eines Reichstags zuläßig und in jenen Actenstücken vorgesehen sey, wenn nur ein Theil und nicht die sämmtlichen deutschen Staaten sich dem Vertrage angeschlossen haben sollten, da es vor allem wohl darauf ankommen dürfte sich zu vergegenwärtigen daß aus einer Vereinigung derjenigen Staaten, welche bis jetzt ihren Beitritt zu dem Bündnisse mit Bundesstaatseinrichtung erklärt haben, in der That eine ganz andere Verbindung hervorgehen würde als die bei Abschluß des Vertrags und bei Abfassung und Genehmigung des Reichsverfassungsentwurfs beabsichtigte, und daß der Verfassungsentwurf in seinen wesentlichsten Bestimmungen dann gar nicht mehr anwendbar ist. Auch würde sich durch den Nichtbeitritt der beiden Königreiche Bayern und Württemberg und einiger andern Staaten (Hessen-Homburg, Liechtenstein, Luxemburg) die schwierige, aber doch unerläßlich zu lösende Frage herausstellen: welches das Verhältniß dieser Staaten, denen die Rechte aus der Bundesacte vom Jahr 1815 verbleiben sollen, zu dem Bundesstaat und umgekehrt seyn solle? während außerdem und wenn sämmtliche in dem Verfassungsentwurf genannte Staaten dem Vertrage vom 26 Mai beigetreten wären, nur eine Verständigung mit Oesterreich erforderlich gewesen seyn würde. Endlich muß 5) der königl. sächsische Bevollmächtigte unter Hinweisung auf seine Note vom 2 Jul. d. J. und das Protokoll der 23sten Sitzung des Verwaltungsrathes darauf zurückkommen daß die Einberufung eines Reichstages vor erfolgter Verständigung mit der k. k. österreichischen Regierung die unabsehbarsten Schwierigkeiten darbieten würde, wenigstens solange man nicht deren Erklärung dahin erlangt hat daß dieselbe die Bildung eines Bundesstaates mit den Bestimmungen der Bundesacte vereinbar halte. Auf dieses Bedenken glaubt der königl. sächsische Bevollmächtigte einen um so größeren Werth legen zu können, da die königl. preußische Regierung bei den Verhandlungen über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt es mehrfach versucht hat eine dießfallsige Anerkennung seitens der k. k. österr. Regierung zu erlangen und dadurch die Wichtigkeit derselben kundgegeben hat. Alle diese Schwierigkeiten haben unzweifelhaft den Contrahenten bei Verhandlung des Vertrags vom 26 Mai vorgeschwebt; darum und weil zu deren Hebung Zeit erforderlich ist, wurde der Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen und eine Verlängerung sogar in Aussicht gestellt. Damit in Widerspruch würde die Ansicht seyn, wollte man nach erst viermonatlicher Dauer desselben schon zu einer Maßregel vorschreiten in der stillschweigend das Aufgeben einer Vereinigung Deutschlands zu einer gemeinschaftlichen Verfassung liegen und eine Spaltung desselben herbeigeführt werden würde. Die k. sächsische Regierung kann zu einem solchen Schritt nicht rathen, und muß sich demnach zur Zeit noch gegen den Antrag des Präsidenten Vollpracht erklären." Nach Verlesung dieser Erklärung der k. sächsischen Regierung geht der k. hannoverische Bevollmächtigte zur Verlesung seiner eigenen, ebenfalls schriftlich abgefaßten Erklärung über. Dieselbe lautet:

Der k. hannoverische Bevollmächtigte tritt der vom k. sächsischen Bevollmächtigten Namens der k. sächsischen Regierung abgegebenen Erklärung in allen Stücken bei, und macht dieselbe in ihrem ganzen Umfange zu der seinigen. Die k. hannoverische Regierung kann, abgesehen von den bereits in der 35sten Sitzung des Verwaltungsraths hervorgehobenen, noch keineswegs beseitigten rein geschäftlichen Gründen, welche zur Zeit noch im Verwaltungsrath selbst der Feststellung eines möglichst zu beschleunigenden Termins für die Wahlen zum nächsten Reichstage im Wege stehen, einer solchen Beschleunigung um so weniger das Wort reden, als sie darin nur eine Gefährdung des Zwecks des Bündnisses vom 26 Mai und eine Verletzung dieses Bündnisses selbst würde erblicken können. Eine schon jetzt zu beschließende Einberufung eines Reichstags oder auch nur die Ansetzung der Wahlen dazu, welche selbstredend doch nur von Seite der jetzt dem Bündniß vom 26 Mai beigetretenen Staaten würde geschehen können, würde nach der Meinung der k. hannoverischen Regierung eine willkürliche und nicht zu rechtfertigende Abweichung von der von den drei ursprünglich paciscirenden Königreichen der deutschen Nation gegenüber übernommenen Verpflichtung „dem deutschen Volk eine Verfassung zu gewähren" enthalten. Sie glaubt vielmehr daß einer jeden Einleitung zur wirklichen Berufung eines vereinbarenden Reichstags nothwendig eine Verständigung mit den dem Bündniß nicht beigetretenen Regierungen hinsichtlich des deutschen Verfassungswerkes vorausgehen müsse, wenn es den drei ursprünglich im Bündniß vom 26 Mai zusammengetretenen königlichen Regierungen mit einer Einigung Deutschlands und der Befriedigung der

Wünsche der deutschen Nation Ernst ist. Als eine bloße Ausführung des in der k. preußischen Note vom 23 Jan. niedergelegten, von Hannover nie getheilten engeren Bundesstaats hat Hannover so wenig als die übrigen an den Conferenzen im Mai theilnehmenden königlichen Regierungen die damaligen Verhandlungen jemals ansehen können, und das Bündniß vom 26 Mai ist zur Begründung einer engeren preußischen Bundesstaats-Idee, selbst mit wenigen andern Staaten, nicht geschlossen. Das Bündniß vom 26 Mai hat sich eine Einigung und Verständigung von ganz Deutschland über die Verfassungsfrage zum Ziel gesetzt, dessen Erreichung durch die Begründung eines solchen engeren Bundesstaats, wenn dieser überhaupt innerhalb der Bestimmung des Bundesrechts möglich wäre, nur erschwert, aber nicht befördert werden könnte. Sollte man vor Beseitigung der Hindernisse welche einer Einigung und Verständigung mit den dem Bündniß nicht beigetretenen Staaten über die Bundesstaatsverfassung entgegenstehen, auf die Frage über Berufung des Reichstags dennoch im Verwaltungsrathe zurückkommen, so behält der hannoversche Bevollmächtigte die nähere Darlegung der rechtlichen Gründe, warum seine Regierung die Verfolgung eines solchen Plans für bundeswidrig und unmöglich hält, sich ausdrücklich vor.

Hierauf folgt die *Erklärung des Vorsitzenden.* Die durch ihn vertretene k. preußische Regierung habe sich bereits zweimal über die jetzt in Antrag gestellte Terminbestimmung ausgesprochen, zuerst bei Vorlage der auf das Bündniß vom 26 Mai d. J. bezüglichen Actenstücke, und sodann in der Antwort welche ganz unlängst noch auf deßfallsige Interpellation von dem Minister des Auswärtigen ertheilt worden. Im vollen Anschluß an diesen wiederholten Ausspruch seiner Regierung trete er auch jetzt der Majorität der Bevollmächtigten bei, indem er zugleich lebhaft bedauere dabei zum erstenmal den Verwaltungsrath in eine Majorität und Minorität getheilt zu sehen. Es sey seitens dieser Minorität auf die Verschiedenheit der Stellung der ursprünglichen Contrahenten bei dem Vertrage vom 26 Mai d. J. hingedeutet worden. Er gebe diese Verschiedenheit zu, um dabei in Erinnerung zu rufen daß es allerdings Preußen allein gewesen welches die ihm von der Nationalversammlung in Frankfurt dargebotene Kaiserkrone abgelehnt habe. Es werde zugegeben werden daß dieser Entschluß ein großer, ein gefährlicher gewesen sey. Preußen habe ihn aber gefaßt und vollzogen, weil es nicht geglaubt daß die Verfassung, wie sie in Frankfurt schließlich festgestellt worden, zum wahren Heile Deutschlands gereichen werde, weil es sich überzeugt gehalten daß die Construirung des Oberhauptes nach dieser Verfassung die übrigen deutschen Staaten beinahe vernichtet habe, und weil es die vorläufige Annahme der Kaiserkrone unter Resolutivbedingungen, als eine Art von Zwang für die Regierungen Deutschlands einschließend, mit der Gerechtigkeit unvereinbar fand. Dennoch sey diese Ablehnung als der nächste Grund des Scheiterns einer einheitlichen deutschen Regierung bei einem großen Theile Deutschlands und Preußens aufgefaßt worden, so daß die königliche Regierung nur eine dringende Pflicht erfüllte, als sie zu dem Mittel griff, im Verein mit den königlichen Regierungen von Sachsen und Hannover, die bundesstaatliche Einheit und Vereinigung Deutschlands in den Gränzen des Möglichen auf einem andern Wege unverzüglich anzubahnen. Die Verfassungsvorlage die numehr von Preußen vorgelegt, und worüber sich die drei königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover schließlich vereinigten, habe allerdings einen Bundesstaat vor Augen, der in weitester Ausdehnung ganz Deutschland umfasse, mit einstweiliger Ausnahme Oesterreichs, das sich durch seine Verfassung zum Eintritt in einen deutschen Bundesstaat selbst außer Stand gesetzt habe. Dabei sey aber vollkommen klar gestellt, und deutlich ausgesprochen daß diese Ausdehnung allerdings der Wunsch und die Erwartung der Verbündeten, aber auch daß sie nicht die Bedingung des Bündnisses sey, und daß die Verpflichtung den Bundesstaat ihrerseits ins Leben zu rufen für die Verbündeten auch dann in ungeschwächter Kraft bestehe wenn diese Erwartung theilweise sich nicht erfüllen sollte. Preußen sey entschlossen dieser Pflicht die es jetzt wie am Tag des Vertragsschlusses anerkenne, nach aller Möglichkeit zu genügen und, so viel an ihm sey, auf dem betretenen Weg mit Ernst, Entschiedenheit und Energie voranzugehen. Als eine öffentliche Kundgebung dieses Willens müsse der Vorsitzende auch seinerseits den Vollzug des gestellten Antrags betrachten, dem er demnach, wie gesagt, völlig adhärire. Die bisher gegen den Antrag erhobenen Anstände könne er unmöglich für begründet halten. Dem Zusammentritt des Reichstags müßten allerdings noch mannichfache Vorarbeiten vorausgehen; allein wie dieß auch bereits von dem großherzoglich hessischen, dem großherzoglich mecklenburg-strelitzischen Bevollmächtigten bemerkt worden, seyen diese doch alle nicht von dem Umfang daß sie nicht in drei Monaten vollendet seyn könnten, und gewiß auch vollendet seyn würden sobald nur feststehe daß sie alsdann vollendet seyn müßten. Was den Umstand betreffe daß die Verhandlungen mit Bayern nicht vollständig zur Kenntniß des Verwaltungsraths gekommen, so gestehe er über den Gang dieser Verhandlungen, wobei er persönlich nicht betheiligt gewesen, im Augenblick nicht völlig informirt zu seyn. Er werde aber schon in der nächsten Sitzung jedem deßfallsigen Wunsch durch detaillirte Vorlagen genügen, und sich sehr freuen wenn man durch Kenntniß des näheren Hergangs das Mittel auffinden sollte Bayern zum Eintritt in den Bundesstaat zu vermögen. Ob eine Specialverhandlung mit Württemberg stattgefunden, sey ihm ebenfalls fremd; er werde aber auch hierüber ebenfalls in der nächsten Sitzung alle Auskunft geben. Als das Haupthinderniß des Antrags sey schließlich die noch immer nicht erfolgte Verständigung mit Oesterreich bezeichnet. Er, der Vorsitzende, lege auf diese Verständigung gewiß den höchsten Werth, er wünsche im Interesse des gesammten Vaterlands nichts sehnlicher als daß das Verhältniß mit Oesterreich ein Verhältniß der innigsten und treuesten Verbindung, daß das bisherige alte Band mit Oesterreich nicht nur nicht gelockert, sondern fester und unauflöslicher als je geknüpft werde; er gebe zu daß man um diesen Preis Opfer bringen und mit Selbstverläugnung zu Werke gehen solle; aber nun und nimmermehr werde er einer Connivenz das Wort reden die so weit gehe daß sie die Realisirung des Bundesstaats von der Genehmigung Oesterreichs abhängig erkläre.

Der königlich hannoverische Bevollmächtigte glaubt der letzten Bemerkung des Vorsitzenden sofort die Gegenbemerkung beifügen zu müssen daß das Uebergehen aus dem Staatenbund zum Bundesstaat doch nur in der Zustimmung aller deutschen Staaten seine rechtliche Basis habe, und daß diese Basis seines Wissens auch bei den gesammten Verhandlungen nie verkannt worden. Wenigstens werde er, dessen Name bei dem Vertrag vom 26 Mai d. J. mit unterzeichnet stehe, und der für die rechtliche Begründung des Vertrags mit seiner Ehre verhaftet sey, diese Basis niemals aufgeben. Die Union mit Oesterreich und somit auch die Zustimmung Oesterreichs habe bei den Verhandlungen über den Bundesstaat als eine nothwendige Ergänzung desselben stets vorgeschwebt, ja es habe diese Union Oesterreich Rechte zusichern sollen die nach seiner Ueberzeugung weit über das deutsche Interesse hinausgingen. Schließlich erinnert der Bevollmächtigte an die große Gefahr eines äußeren Kriegs im Fall mangelnder Verständigung mit Oesterreich.

Der Vorsitzende muß, dieser Gegenbemerkung des königlich hannoverischen Bevollmächtigten ungeachtet, bei der Meinung verharren daß der Beitritt sowohl zu dem Bündnißvertrag als zu der damit in Verbindung stehenden bundesstaatlichen Verfassung ganz auf die freie Entschließung der Beitretenden gestellt worden, und daß es dabei auf irgendwelchen Consens irgendwelcher Nichtbeitretenden schlechterdings nicht ankomme. Wer anderer Meinung gewesen, hätte dieß bei der öffentlichen Aufforderung zum Beitritt nicht wohl unausgesprochen lassen können. Wie die gemeinschaftliche Aufforderung der königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover einmal ergangen sey, müsse, seiner Ueberzeugung und auch dem festen Entschluß seiner Regierung nach, jetzt auf dem bezeichneten Weg fortgegangen werden, unerschüttert was die übrigen deutschen Regierungen, unerschüttert was die äußere Politik dazu sage.

Der königlich sächsische Bevollmächtigte hat im Auftrag seiner Regierung nur auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam machen wollen, denen das Bundeswerk ohne eine Verständigung mit Oesterreich entgegengehe: Schwierigkeiten die unendlich gewachsen seyen, nachdem Bayern und Württemberg dem Bündniß ihren Beitritt verweigern. Die Construction des Bundesstaats sey nur der eine Theil der Aufgabe gewesen, deren Lösung für nothwendig erkannt worden; der andere Theil habe in der Union mit Oesterreich bestanden. Ohne dieß Unions- oder ein anderes ähnliches Verhältniß mit Oesterreich hergestellt zu haben, sey die Arbeit nur halb gethan.

Der Antragsteller bemerkt: Der Vorwurf der Rechtsverletzung der jetzt von Sachsen und Hannover dem Bündniß gemacht werde, stehe schnurstracks der Erklärung entgegen womit dieselben im Verein mit Preußen vor die Nation getreten und die deutschen Regierungen zum Beitritt aufgefordert hätten. Er erinnere zuerst an §. 1 des Verfassungsentwurfs, worin ausdrücklich gesagt sey daß „das deutsche Reich aus dem Gebiet derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes bestehe welche die Reichsverfassung anerkennen." Er erinnere sodann an die Circularnote vom 28 Mai d. J., worin es wörtlich heiße: „Die genannten Regierungen, d. h. die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover, würden jedoch die ihnen gestellte Aufgabe nur unvollständig erfüllen, wenn sie lediglich bei den Bedürfnissen welche die nächste Gegenwart erzeugt stehen bleiben. Sie sind vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen daß Pflicht und Vernunft gleichmäßig gebieten sich über ihre Stellung zu der deutschen Verfassungsfrage von vornherein gegen ihre Verbündeten sowohl als gegen die Nation offen auszusprechen. Sie haben die von der Nationalversammlung entworfene Reichsverfassung nicht anerkannt, weil sie über die wahren und heilsamen Anforderungen eines kräftigen Bundesstaats hinausgriff, und in ihrer aus den Kämpfen und Zugeständnissen der politischen Parteien hervorgegangenen Gestalt die wesentlichsten Bürgschaften entbehrte auf welchen der rechtliche und geordnete Bestand jedes Staatswesens beruht. Aber die verbündeten Regierungen haben nicht einen Augenblick verkannt daß ihnen eben hieraus die doppelte Verpflichtung erwachsen sey: nach allen Kräften zu dem Abschluß eines Verfassungswerks mitzuwirken das für das gesammte Deutschland eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden ist. Eine solche Verfassung wird der Nation gewähren müssen was sie seit längerer Zeit schmerzlich entbehrte, was sie von ihren Regierungen zu fordern berechtigt ist: dem Ausland gegenüber Einheit und Macht, im Innern, bei gesichertem Fortbestand aller einzelnen Glieder, die einheitliche Entwickelung der gemeinsamen Interessen und nationalen Bedürfnisse. Die Bürgschaften der rechtlichen Freiheit und der gesetzlichen Ordnung sind es welche die deutsche Verfassung den Regierungen und den Völkern zu gewähren haben wird. Unter diesen Gesichtspunkten haben die verbündeten Regierungen den von der Nationalversammlung beschlossenen Entwurf ernstlich geprüft, alle seine

heilsamen und unbedenklichen Bestimmungen beibehalten, und nur diejenigen Theile geändert welche mit dem gemeinen Wohl unvereinbar sind. Hieraus ist, auf Grund einer von Preußen vorgelegten Proposition, der Entwurf einer Reichsverfassung hervorgegangen, welchen sie sämmtlichen Gliedern des Bundes von 1815 als ihren gemeinschaftlichen Vorschlag und in der Hoffnung vorlegen daß derselbe ihre Zustimmung finden werde. Die Begründung seines Inhalts sowie dessen nähere Erläuterung ist in der Denkschrift niedergelegt, welche beiliegt. Die deutschen Staaten welche sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, werden als die im §. 1 bezeichneten Glieder des Bundesstaates zu betrachten seyn, während denjenigen Regierungen gegenüber welche sich zu diesem Anschluß nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen. Indem die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover sich durch den Drang der Zeitumstände genöthigt gesehen haben ihrerseits die Initiative in dem Verfassungswerke zu ergreifen, sind sie jedoch von der bestimmten und ausdrücklichen Voraussetzung ausgegangen daß der rechtsgültige Abschluß desselben auf der freien Zustimmung der Nationalvertretung beruhe. Sie werden daher, in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen welche sich dem Verfassungsentwurfe anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbestimmungen berufen welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzuversammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur Berathung und Zustimmung übergeben werden.“ Auf Grund dieser Einladung, fügt der Antragsteller zu, seyen die betreffenden deutschen Regierungen in ihren Vertretern hier erschienen, und standen ihnen Preußen, Sachsen und Hannover als solidarisch verpflichtet, gegenüber. Der k. hannoverische Bevollmächtigte bezweifelt daß eine aufmerksamere Prüfung des citirten §. 1 des Verfassungsentwurfs auf einen engeren Bundesstaat könne schließen lassen. Man habe bezüglich Schleswigs, Luxemburgs, Limburgs besondere Rücksichten nöthig gehabt, und eben um nicht die Negation eines außerdeutschen Monarchen zu provociren, sey die vorliegende Fassung des §. 1 gewählt worden. Der Antragsteller will nochmal mit den eigenen Worten Sachsens und Hannovers antworten. In der Denkschrift vom 11 Jun. d. J., die von beiden Regierungen in Gemeinschaft mit Preußen als eine authentische Interpretation des Verfassungsentwurfs declarirt worden, heißt es: „Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. legte sich die Befugniß bei eine Verfassung für das deutsche Reich endgültig zu beschließen. Sie bestimmte daher den Umfang dieses Reiches nach dem Umfange des bisherigen deutschen Bundes, und ging darauf aus sämmtliche Glieder desselben zum Eintritt in den neuen Bundesstaat zu verpflichten. Daher spricht der erste Paragraph der dort entworfenen Verfassung einfach aus daß das deutsche Reich aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes bestehe. Die verbündeten Regierungen welche ihren Entwurf zu einer Reichsverfassung hier vorlegen, sind dagegen von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet worden daß der Neubau der deutschen Verfassung nur durch freiwillige Uebereinkunft der Regierungen unter sich, und hiernächst ebenso freiwillige Zustimmung der Nationalvertretung rechtlich zu Stande kommen könne. Daher haben sie in ihre Vorschläge keine Bestimmung aufnehmen können welche für die Glieder des bisherigen deutschen Bundes irgendeinen Zwang in sich schlösse; wie fest und zuversichtlich auch ihre Hoffnung sey daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde, so wird sich doch dieses Gebiet aus denjenigen deutschen Landen bilden müssen deren Regierungen sich dem vorgelegten Entwurfe anschließen, und deren Vertreter ihn in einem aus diesen Landen einzuberufenden Reichstage annehmen. Hierdurch ist die Fassung des §. 1, wie sie vorliegt, gerechtfertigt. Wenn schon hieraus von selbst einleuchtet daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt die aus der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 erwachsen, so hat doch der Beziehung zu Oesterreich noch besondere Erwähnung geschehen müssen. Die zu dem deutschen Bunde gehörigen Theile Oesterreichs sind durch die dem Kaiserstaate verliehene Verfassung vom 4 März d. J. in ein staatliches Verhältniß zu der österreichischen Gesammtmonarchie getreten welches eine erneuerte Erwägung ihrer Stellung zu den übrigen Gliedern des deutschen Bundes unabwendlich erscheinen ließ. Hierzu, sowie zu einer umfassenderen Vereinbarung zwischen dem österreichischen Gesammtstaate und dem deutschen Bundesstaate die Wege völlig frei zu erhalten, ist der Zweck des dem §. 1 beigefügten Zusatzes.“ Deutlicher, meint der Antragsteller, könne man nicht seyn, wenigstens habe er nichts mehr zuzusetzen. Der k. hannoverische Bevollmächtigte muß dessenungeachtet wiederholen daß die Construction des Verfassungsentwurfs ganz Deutschland mit Ausnahme Oesterreichs und der speciell benannten Landestheile voraussetze, sowie daß die Verständigung mit Oesterreich als die verfassungsmäßige Vorbedingung des Bundesstaats in den §. 1 des Entwurfs aufgenommen sey. Dieß übersehen oder nicht zugeben müßte allerdings zu dem vitiösen Cirkel führen worin sich die Argumentation des Antragstellers fortbewege. Der Vorsitzende will keiner anderen Ueberzeugung zu nahe treten. Aber seiner Auffassung nach ist das Rechtliche der Sache durchaus feststehend. Die betreffenden Regierungen sind auf die unzweideutigsten Aufforderungen von Preußen, Sachsen und Hannover dem Bündnisse vom 26 Mai d. J. beigetreten, und jede Andeutung mangelt daß der Bundesstaat erst durch den Consens der nicht beitretenden Staaten zur Wirklichkeit gelangen soll. Hiermit werden bei der vorgerückten Abendzeit die Verhandlungen über den Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten abgebrochen. Zu Fortsetzung derselben ist die nächste ordentliche Sitzung vom 9 d. Abends 6 Uhr bestimmt. Auf Anfrage des Vorsitzenden über die Zeit der Berichterstattung in der mecklenburgischen Verfassungsfrage erklären sich der Legationsrath Dr. Liebe und der Protokollführer zum Referat und Correferat für nächsten Montag bereit. Zur Vernehmung dieser Berichterstattung, sowie zur Berathung über diegenannte Verfassungsfrage wird der Dringlichkeit des Falles wegen eine außerordentliche Sitzung auf Montag den 8 d. Vormittags 11 Uhr anberaumt. Die Sitzung schließt Abends 10 Uhr. Das Protokoll ist in der Sitzung vom 9 d. verlesen, von den Mitgliedern des Verwaltungsrathes genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden. Bodelschwingh. v. Zeschau. H. v. Wangenheim. Meysenbug. Pfeiffer. v. Level. Seebeck. v. Oertzen. Mosle. Vollpracht. Liebe. Banks. Bloemer.

♃ **Berlin**, 13 Oct. Der Prinz von Preußen traf heute nach 1 Uhr mit dem Potsdamer Bahnzug hier ein, und wurde von der hiesigen Bevölkerung mit Enthusiasmus empfangen. An der Spitze des Berliner Garde-Landwehrbataillons, das mit ihm gekommen war, ritt er durch das Brandenburger Thor die Linden herab zu seinem Palais. Die Officiere und Soldaten des Bataillons waren mit Sträußen und Kränzen förmlich überdeckt. Der Zug wurde geleitet von vielen Officieren, worunter die Prinzen Karl und Abrecht, von den Veteranencorps, von der Schützengilde und von Bürgern, ein Musikcorps an der Spitze. Die unabsehbare Menschenmasse rief Hurrah, an Fenstern und Thüren und in der Menge wurden unzählige Tücher geschwenkt. In seinem Palast wurde der Prinz begrüßt von den Ministern, von den Präsidenten der Kammern, von der Generalität, vom Magistrat und Stadtverordneten, von dem Centralausschuß der conservativen Partei und zuletzt von der Schützengilde. Besondern Eindruck schien, nach der Versicherung eines Augenzeugen, auch die im Namen des genannten Centralausschusses gehaltene Rede des Justizraths und Abgeordneten Geppert auf den Prinzen zu machen. Das Thema war die Aufgabe der Conservativen fest zusammenzuhalten und, nachdem der offenbare Feind durch das Schwert überwunden, auch den Feind zu besiegen der im Lande umherschleiche die Saat der Empörung auszustreuen. In seiner Antwort sagte der Prinz: der Verein, von dem er schon so viel rühmliches gehört, möge fortfahren zu wirken und nicht müde werden; denn auch der Gegner werde nicht müde, und man müsse auf alles gerüstet seyn. An ihm selbst könne man die Wechselfälle des Lebens sehen: er, der früher die Stadt habe verlassen müssen wie ein Verbannter, kehre jetzt im Triumph zurück, freudig begrüßt vom Volke. Jetzt müsse der Bürger zusammenhalten mit dem Heere; denn Preußen habe eine Aufgabe zu lösen nicht nur für Deutschland, sondern für Europa. — Hr. v. Radowitz wird Preußen in der Bundescentralcommission zu Frankfurt vertreten. Die Regierung ist nicht damit einverstanden daß die deutsche Flotte in einem belgischen Hafen überwintere, sondern besteht darauf daß dieß in dem Hafen von Danzig geschehe. In der letzten Sitzung des Ministeriums ist beschlossen worden die Einberufung des Reichstags so bald als möglich durchzusetzen und von dem Plan des Bundesstaats nur in dem Falle abzusehen wenn die Durchführung desselben von dem Reichstag selbst für unmöglich erklärt werde.

Gr. Mecklenburg. w **Schwerin**, 11 Oct. Heute war der in Mecklenburgs Geschichte so ungemein wichtige Tag der Verkündigung der neuen Verfassung, wodurch endlich dieß Land von der schweren Bürde seiner alten Feudalzustände erlöst und in die Reihe der constitutionellen Staaten Europa's eingetreten ist. Es war diese baldige Publication die beste Antwort welche die Regierung auf die lächerliche Protestation der 163 Rittergutsbesitzer (mit Ausnahme von 10, sämmtlich dem hochtoryistischen Theil des Landadels angehörig) vom 5 zu Rostock geben konnte. Mit Ausnahme ganz vereinzelter exclusiver Kreise, welche freilich das Land gern in einem möglichst mittelalterlichen Zustand sehen möchten, herrscht daher auch im ganzen mecklenburgischen Volke ungetheilte Freude über das schöne Ereigniß des heutigen Tages, den jeder sein Vaterland wahrhaft liebender Mecklenburger stets als einen Festtag feiern wird. Hier in Schwerin brachten noch gleich am heutigen Abend einige hundert der angesehensten Einwohner, mit Ausnahme des Adels der sich ganz zur Seite hielt, dem Großherzog eine feierliche Nachtmusik. Aus voller Brust stimmten alle Zuhörer mit in das laute Lebehoch auf diesen wahrhaft edeln Fürsten ein, der auch von seinem Volke geliebt wird, wie noch nie ein Großherzog von Mecklenburg es ward. In allen größeren wie kleineren Orten des Landes werden ohne Zweifel ähnliche Manifestationen der Freude erfolgen. Solch unzweideutige Anerkennung des Kernes der mecklenburgischen Bevölkerung wird unsern Großherzog leicht über das mißvergnügte Schmollen einer kleinen Partei die ihre selbstsüchtigen Absichten nun vereitelt sieht, zu trösten vermögen.

Oesterreich. **Wien**, 12 Oct. Der trübe Ton über die neuerlichen Hinrichtungen in Ungarn geht durch alle Blätter des österreichischen Staats, und bildet einen seltsamen Gegensatz zu den belebenden Hoffnungen welche die organisatorische Thätigkeit des Ministeriums in allen Richtungen des Staatslebens seit der Besiegung der anarchischen Bewegungen hervorgerufen hatte. Der zur Milde geneigte Charakter des österreichischen Volkes läßt es den schrecklichen Ernst dieser Maßregeln noch viel tiefer empfinden, als dieß etwa in Baden der Fall ist. Das „Leben und Lebenlassen" der Wiener, wie es sich in gesellschaftlicher Beziehung so gemüthlich bis in die kleinsten Gewohnheiten hinein kundgibt, bebt zurück bei dem traurigen Schicksal eines wegen seiner Persönlichkeit im Volk beliebten Edelmanns. Wer das geheime Behagen der Wiener an dem cavalieren Treiben der jungen Adeligen kennt, selbst wenn die Jugendlaune derselben hie und da über das Tau springt; wer es mit angesehen hat wie mitten in der ersten Hälfte der Revolutionszeit, wo der Haß gegen den Adel doch schon auf allen Dächern gepredigt wurde, dennoch dem Fremden mit gewissem Stolze im Prater die einzelnen hervortretenden „Herren" gezeigt wurden, die dort nach alter Weise ihre schönen Pferde tummelten, der kann das Gefühl verstehen das jetzt in allen Schichten der Wiener Bevölkerung herrscht. Das Volk hat Lust an Glanz und Grazie; sie sind ein Bedürfniß seines Lebens geworden; und in dieser Weise liebt es solch ritterliche Gestalten wie den Grafen Batthyany, die es bisher an allen seinen Belustigungsorten, gewissermaßen als Mitspieler zu finden gewohnt war. Man muß zugeben daß es Pflicht der Presse ist eine gereizte Stimmung nicht zu schüren, aber oft liegt für das öffentliche Selbstbewußtseyn eher eine Beruhigung darin, wenn der Zweifel an der Nothwendigkeit einer Maßregel freimüthig hervortreten darf, statt sich in die dunkeln Winkel des Gemüths zu verkriechen. Hat die Ostdeutsche Post so unrecht wenn sie meint des Grundsatzes der Abschreckung bedürfe es nicht mehr für Ungarn? „Das Land liegt gebeugt; einer der energischsten Kriege die je geführt wurden hat seine Kraft niedergeworfen; seine Festungen sind besetzt, sein Heer vernichtet, seine Finanzen auf Jahre hinaus zerrüttet. Wir denken Ungarn wird so bald keine Revolution wieder machen. O es war ein schöner Wendepunkt, die milde und kluge Capitulation von Komorn. Kein Blut, und doch den Schlüssel von Ungarn. Alle Herzen in Oesterreich freuten sich dieses Ausgangs. Das schreckliche Drama ist zu Ende, rief man sich zu, jetzt beginnt die friedliche Zeit, die Zeit der Versöhnung, der Organisation, des stattlichen Neubau's. . ." Wird diese Zeit jetzt beginnen? Wir vertrauen auf des Kaisers Herz, auf sein schönes Wort an Fürst Paskewitsch, der gewiß weiß was Aufstand heißt, und der dennoch der erste war nach errungenem Siege die kaiserliche Milde anzusprechen.

So ungünstig die Aufnahme war die der Graf Leo Thun bei seiner Uebernahme der Leitung des Unterrichtsministeriums in der öffentlichen Meinung fand, so zufrieden sprechen sich jetzt die Blätter über die von ihm angebahnte Reorganisation der Schulen und Universitäten aus. So enthält z. B. die „Presse" heute wieder einen Leitartikel über die Stellung der Universitäten zum Staat, in dessen Einzelnheiten einzugehen uns hier der Raum nicht gestattet. Der Lloyd führt eine Polemik mit der Presse über ihre ihn betreffenden Vorwürfe hinsichtlich seiner Kritiken des Finanzwesens; es ist das nur deßhalb zu erwähnen, weil ihm von früherer Zeit her eine Kenntniß der einschlagenden Fragen nicht abgesprochen werden kann.

Beim Durchblättern der österreichischen Zeitungen fällt so oft das Auge auf die Vorstadt-Theateranzeige „Gervinus der Narr von Untersberg oderlein patriotischer Wunsch." Ist denn bis jetzt mit der wiedergekehrten Ruhe nicht auch soviel Sitte und Gefühl für Anstand zurückgekehrt um die Verspottung eines Namens zu verhindern den Deutschland unter seine besten zählt, und der, weil man ihn so wenig verstanden, jetzt für eine Richtung stehen soll die in Gotha aber nicht in Heidelberg wohnt? Wenn einige Karlsruher Herren Gervinus' Shakespeare dem Buchhändler zurücksenden weil „sie nichts von Gervinus lesen", so mag das immer gehen und stehen; das Volk aber sollte aufhören sich in dieser Weise amüsiren zu lassen durch die Verspottung eines Mannes der in Geschichte und Litteratur zu den Trägern des deutschen Geistes gehört.

A **Wien**, 12 Oct. Die „Austria" überrascht uns heute mit der Nachricht daß der Kaiser die Bahnlinie von Laibach über den Karst nach Triest genehmigt habe. Der Artikel ist sehr interessant durch die mitgetheilte Vergleichung beider Linien, und offenbar aus der Feder des Redacteurs selbst, Ministerialraths Czörnig. Die Bahn kann in drei Jahren vollendet seyn, ist 18 Meilen lang, hat 28 Viaducte von 1942 Klafter Länge, 5 Tunnels von 991 Kl. und soll 16½ Millionen kosten. Die Linie Laibach-Idria-Isonzo, welche man bisher für die wahrscheinliche hielt, würde dagegen sechs Baujahre brauchen, 24 Meilen lang seyn, 55 Viaducte (!) von 2832 Kl. Länge und nicht weniger als 49 Tunnels erfordern, deren längster 1235 Kl. mißt; die Kosten betrügen nahe an 26 Millionen. Die Karstlinie steigt zwar bis 1905′ über die Meeresfläche, jene nur bis 1702′, aber das Maximum der Steigung ist bei beiden dasselbe $^{1}/_{80}$. Ueberdieß beträgt die Entfernung des nächstgelegenen Punktes beider Linien von der venezianischen Bahn, nämlich Gradisca, fast dasselbe, von Laibach gerechnet. Es hat übrigens mit der Stelle des Bahnhofs in Triest, welche ich bezeichnet, seine Richtigkeit, denn die Bahn wird doch über Prosecco und Bartola nach Triest geführt, mündet also beim neuen Lazareth. Czörnig verschweigt die beiden großen Schwierigkeiten nicht welche der Karst bietet, Wassermangel (worüber nächstens mehr) und die Bora; man denke sich wenn die Bora auf einen Zug mit voller Wuth der Seite nach wirkte. Das Unglück wäre namenlos. Indeß hat man gegen Lawinen Schutzwände, warum nicht gegen die Bora? Die Triester werden jubeln über die Entscheidung, namentlich über die, Gott gebe nicht trügliche Hoffnung in drei Jahren die Bahn vollendet zu sehen. Ich bin neulich in 36 Stunden und 37 Minuten von Triest nach Wien gekommen, davon sind 14 Stunden 27 Minuten auf die Strecke von Triest nach Laibach mit dem Eilwagen entfallen; diese wird man also künftig in längstens 5 Stunden zurücklegen, daher in 27 Stunden von Wien nach Triest kommen. — Und neues von hier? Wir können im Interesse der Regierung keinen sehnlichern heißeren Wunsch haben als daß eine actengemäße Begründung der letzten Kriegssentenzen in Ungarn baldigst erscheine, ehe sich darüber eine Stimmung im Publicum festgesetzt hat welche einem gemüthlichen, mitfühlenden Volke so natürlich ist, daß es jedenfalls politischer gewesen wäre schon früher darauf Rücksicht zu nehmen.

△ **Wien**, 13 Oct. Die heutige Wiener Zeitung veröffentlicht eine Ausschreibung der Steuern für das Verwaltungsjahr 1850. Es wird in dem Erlaß ausgesprochen daß die Staatsverwaltung aller kriegerlichen Drangsale ungeachtet die Contribuenten geschont habe, sich jedoch durch die Reformen und durch viele ins Leben tretende Verbesserungen genöthigt sehe die Quellen des Staatseinkommens mehr zu benützen. Wir zweifeln gar nicht daß Oesterreichs reiche Provinzen bei gehöriger Verwaltung im Stande seyn werden eine ergiebigere Quelle des Einkommens zu bieten als es in den gesegneten Friedensjahren der Fall war. — Meine gestrige Notiz von der Abreise der Gräfin Batthyany ist dahin zu berichtigen daß diese Reise nicht auf Veranlassung der österreichischen Regierung, sondern auf ausdrücklichen Wunsche des unglücklichen Grafen geschieht. Die edle Frau, welche gegenwärtig auf dem Lande weilt, begibt sich in Bälde in die Gegend von Lindau in Bayern zu einer befreundeten Familie, und wird dort die Erziehung ihrer drei Kinder leiten. In den letzten Tagen seiner Gefangenschaft durfte der Graf täglich den Besuch seiner Familie empfangen, und nächst dem Schachspiele welches er leidenschaftlich liebte, und dem er täglich einige Stunden widmen durfte, war der Umgang mit seinen Kindern seine einzige Erholung. — In Triest herrscht unter der Bevölkerung viele Furcht vor der Cholera, und diesem unbehaglichen Gefühl dürfte die Zunahme der Erkrankungen zuzuschreiben seyn. Hier hört man äußerst selten mehr von einem Cholerafalle. Das Gerücht von einer Suspension der Ostdeutschen Post und des Wanderers hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. (Wie es scheint hatte das Erscheinen der Ostdeutschen Post eine Verzögerung erlitten, was jene Sage veranlaßte. Wir erhalten heute die Nummern vom 12 und 13 Oct. zusammen, beide mit den freimüthigsten Urtheilen über die in Ungarn vollstreckten neuen Todesurtheile. Auch die beiden andern größern Blätter von Wien, die Presse und der Lloyd, lassen sich nicht abhalten fort und fort die Nothwendigkeit der Versöhnung und der Milde zu predigen, damit die gebeugten Gemüther aufgerichtet, die Wunden geheilt, und neue Hoffnungskeime geweckt werden. Die Wiener Journalistik, man muß es zu ihrer Ehre sagen, versteht in dieser Beziehung ihren Beruf unendlich besser als die badische Regierungspresse, von der wir noch selten ein versöhnendes Wort, sondern fast nur den Ausdruck entgegengesetzter Gefühle gehört haben. Und doch wie unbedeutend war die Badener Aufstandskomödie gegenüber dem furchtbaren Trauerspiel von Ungarn! Aber in diesen kleinen Ländern fressen Haß und Grimm viel tiefer ein als in einem großen Staatsleben, wo das Gefühl dessen was dem mächtigen Ganzen noth thut, rascher Herr wird über die kleinen Leidenschaften. Es liegt darin eine bedeutsame Lehre für unsre Zeit!)

Spanien.

Die Madrider Gaceta vom 6 Oct. veröffentlicht das lange erwartete Decret über den Tarif. Es gestattet bis auf weiteres die Einfuhr der unlängst erwähnten Sorten Baumwollzeuge, und bezeichnet zu diesem Zweck 13 Küstenzollstätten. In Coruña, Cadiz und Mahon werden allgemeine Entrepots errichtet. Man besorgt in Folge dieses Decrets Unruhen in Catalonien. — Der Zusammentritt der Cortes, heißt es jetzt, werde am 30 Oct. erfolgen.

Großbritannien.

Die Londoner Post vom 11 Oct. ist, in Folge stürmischen Wetters auf dem Canal, im Rückstand.

Der Bischof von London ordinirte dieser Tage zu Fulham zwei Neger als Priester der anglicanischen Kirche, den Rev. Thomas Maxwell und den Rev. George Nicol, welche ihrer Geburt nach beide der Classe angehören die man in Sierra Leone „colony-born" nennt, d. h. ihre Eltern wurden als befreite Sklaven in die Colonie gebracht, sie selbst aber waren niemals Sklaven. Schon als Kinder getauft, wurden sie in der Missionsschule „Fourah Bay Institution" in Sierra Leone erzogen, wo sie in den alten Sprachen und in der Mathematik gute Fortschritte machten, und studirten dann zwei Jahre in England, in dem „Church Missionary College" in London (Islington), wirkten dann als Lehrer in der obengenannten Schule ihrer Heimath, und kehrten im vorigen Sommer nach England zurück um die Weihe zu empfangen. Der ältere, Maxwell, ist von dem Bornu-Stamme der im Innern Afrika's am See Tschad östlich vom Niger wohnt; der andere vom Stamm Dschesu nordwestlich von Sierra Leone. Wahrscheinlich werden sie nun beide ins innere Afrika wandern, um dort ihren heidnischen Landsleuten das Evangelium zu predigen. Die anglicanische Kirche hat bereits viele Sendboten in Afrika, und es ist im Werke Sierra Leone zu einem eigenen Bisthum zu erheben. — Hr. Norman Macdonald, Statthalter der Colonie Sierra Leone, ist dieser Tage nach längerem Urlaub in England auf seinen Posten zurückgekehrt.

Die Röhrenbrücke „Britannia" über der Menai-Straße ist jetzt so weit gehoben daß bereits Schiffe unter ihr wegsegeln können. Zuerst fuhr am letzten Sonnabend das Dampfboot „Fairy" mit seinem 58 Fuß hohen Mast unter ihr hin, und wurde von den auf der Brücke versammelten Arbeitsleuten mit einem Hurrah begrüßt. Binnen acht Tagen hofft man werde die Röhre auf ihren Pfeilern festliegen.

Frankreich.

Paris, 12 Oct.

Es tauchen wieder Gerüchte über eine nahe Cabinetsveränderung auf. Hr. v. Falloux, behauptet das Blatt l'Evenement, sey außer Stand sich an den Debatten über die römische Angelegenheit zu betheiligen, und ebensowenig könne man auf Hrn. O. Barrot rechnen der sich in keinen bessern Gesundheitsumständen befinde. Nun ist freilich Hr. Thiers da, der die Sache auf die leichte Achsel nimmt, der Constitutionnel findet jedoch für gut die Mittheilungen im J. des Débats über die Ansichten des Berichterstatters theils für eine boshafte Aufschwäyerei zu erklären, da sämmtliche Mitglieder sich verpflichtet hätten das strengste Geheimniß zu beobachten, theils als eine lächerliche Unwahrheit zu bezeichnen. Man wird also wohl Zeit zu gewinnen suchen, und wenn eine Veränderung im Werk ist, so wird sie noch nicht so plötzlich kommen. Es ist sehr wahrscheinlich daß die entscheidende Verhandlung über die Interventionspolitik bis nach dem Versailler Proceß aufgeschoben wird, der jetzt die öffentliche Aufmerksamkeit vorzugsweise in Anspruch nimmt. Man hat unlängst versichert die Angeklagten vom 13 Jun. hätten auf das Argument der Verfassungsverletzung als Rechtsmittel verzichtet. Wenn dieß wirklich der Rath Proudhons war, so versteht man nicht warum die Voix du Peuple jetzt die Frage aufwirft: wie nur der Versailler Proceß möglich sey, und sie also beantwortet: „die öffentliche Meinung hat auch ihre Prärogativen. Sie hat das Recht zu fragen ob es hinreicht die Verletzung der Verfassung zu läugnen damit diese Verletzung nicht existire, ob die HH. O. Barrot und Baroche der republicanischen Regierung ein Recht streitig machen können das sie selbst unter der Monarchie angesprochen haben, ob ihnen Art. 110 „welcher das Pfand der Verfassung der Obhut und dem Patriotismus aller Bürger anvertraut," nicht eben damit die Pflicht des gesetzlichen Widerstands und geeigneter Kundthuungen zur Sicherung ihrer Wirksamkeit auflegt, so oft diese Verfassung offenbar verletzt wäre? Ist sie es? Mit andern Worten sind unsere Soldaten in Rom? Auf diesen einzigen thatsächlichen Beweis kommt es an, ist er so schwer zu führen?" — Die Commission welche die Ausbezahlung des Witthums der Herzogin v. Orleans (300,000 Fr.) begutachtet, hat Hrn. Lherbette zum Vorsitzenden, Hrn. Daru zum Berichterstatter gewählt. Der zustimmend lautende Bericht wurde gestern vorgelegt. — Hr. P. Bonaparte, der die Rauferei in der Nationalversammlung hatte, ist auf seinen Posten in Algier abgereist, wo er als Capitän in der Fremdenlegion dient. Diese Art Verbannung ist eine Strafe welche ihm der Präsident als Familienhaupt aufgelegt zu haben scheint.

Die Verhandlung über die Arbeitercoalitionen hat zu einem vorläufigen Resultat geführt. Die Nationalversammlung hat beschlossen daß sie zu einer zweiten Berathung übergehen werde, worin die Frage der Entscheidung näher gebracht werden wird: ob im Strafcoder welcher die Coalition der Arbeiter zum Zweck der Erhöhung des Lohns stärker straft als die der Meister zum Zweck der Erniedrigung des Lohns, der überdieß bei den Meistern die Strafbarkeit von einer ungerechten und mißbräuchlichen Erniedrigung des Lohns abhängig macht, bei den Arbeitern die Coalitionen unbedingt strafbar erklärt, ob hier nicht eine Rechtsungleichheit bestehe die mit Art. 13 der jetzigen Verfassung im Widerspruch steht? Heute war nur eine kurze Sitzung. Zuerst eine Verhandlung im zweiten Stadium über die Bedingungen der Zulassung zu öffentlichen Aemtern und des Vorrückens — beschlossen: die Proposition vorher dem Staatsrath zur Prüfung zu übermachen. Zweitens über den Gesetzentwurf in Betreff der Nationalgarde von Lyon. Die Regierung hält für nothwendig den Belagerungszustand und die Entwaffnung der Bürgerwehr daselbst noch länger fortdauern zu lassen, denn am 13 und 14 Jun. war der Zustand so daß man eine Armee brauchte um die Ordnung herzustellen. Einer der Abgeordneten des Rhonedepartements wußte zwar viel Gutes von der Ordnungsliebe der Lyoner zu rühmen, aber die Versammlung gab der Regierung Recht.

* Hr. Manin, der frühere Präsident der Republik Venedig, ist aus der Levante zurück am 6 Oct. in Marseille angekommen. Zugleich wird uns d.d. Marseille, 9 Oct. gemeldet daß der frühere neapolitanische Finanzminister, Hr. Ruggiero, mit dem Dampfschiff „Tartare" als Flüchtling angekommen, indem er sich, der Betheiligung an einem verrätherischen Anschlag gegen die Regierung beschuldigt, der Haft entzog. Dieß mag wohl Grund gewesen seyn warum das Gerücht von einem revolutionären Ausbruch in Neapel in den Zeitungen von Toulon Eingang fand. Am 8 sind in Marseille 29 Personen an der Cholera gestorben.

. **Paris**, 11 Oct. Wie man auf Seiten der Rue de Poitiers oder des Vereins des Staatsraths versichert, haben sich die Häupter der Majorität hinsichtlich der Ministermodification dahin verständigt daß die gegenwärtigen leitenden Minister, O. Barrot, Dufaure, Tocqueville auf der einen, und Falloux auf der andern Seite — im Cabinet bleiben, die übrigen aber durch Mitglieder der Majorität ersetzt werden. Passy, Lanjuinais, Lacrosse, vielleicht auch Tracy, würden den HH. Benoit (d'Azy), Remusat und Daru Platz machen. Auf diese Weise würde die Rue de Poitiers numerisch die Majorität im Cabinet haben, während der „constitutionelle Cirkel" die bedeutendsten Portefeuilles behielte. Es wäre das wahrscheinlich nur ein vorbereitender Schritt um unter günstigeren Umständen zur radicalen Umbildung des Cabinets vorzurücken, und bis dahin die sogenannte liberale Fraction noch weiter abzunützen. Diese Modification des Ministeriums soll erst nach der Debatte über die römische Angelegenheit stattfinden, wiewohl man dieselbe nicht als Ausgangspunkt der ministeriellen Modification benützen will. Wie unläugbar aber diese Absichten in der Majorität seyn mögen, glauben wir dennoch daß man vor den bedenklichen Folgen einer jeden Art Ministerwechsels zurückschrecken, und die Dinge umsomehr in dem gegenwärtigen Zustand lassen werde als man eigentlich gar keine Ursache hat sich über diese Minister zu beklagen, die in der That alles thun was die Majorität verlangt.

Türkei.

(Corresp. der Daily News.) **Widdin**, 25 Sept. Die Leiter der ungarischen Insurrection sind noch hier: Kossuth, Batthyany, Meszaros, Dembinski, Bem, Guyon, Zamoyski und Perczel, mit ungefähr 4500 Officieren und Soldaten, einschließlich der polnischen und der italienischen Legion, liegen in der Stadt und der Festung, dem Namen nach als des Sultans Gäste, in der That aber als Gefangene. Die Flüchtlinge mußten ihre Waffen ablegen, wurden aber sonst mit Verheißung jener glänzenden Gastfreundschaft empfangen die seit den Tagen Karls XII von Schweden der Stolz der Sultane gewesen, nur daß ihre beabsichtigte Munificenz allzu oft durch die Unterschleife ihrer Diener vereitelt wurde. Kossuth wollte den türkischen Boden nicht eher betreten bis er für sich und seine Unglücksgefährten die amtliche Versicherung erhalten daß sie willkommene Gäste seyen, und daß man ihnen freie Weiterreise nach jedwedem Lande der Welt gestatten würde. Diese Zusicherung wurde gern gegeben, und die Flüchtlinge wurden sofort von Mehemed Pascha in Widdin huldvoll empfangen, der ihnen sagte: sie seyen jetzt die Gäste des Padischah, und sollten heiter und guter Dinge seyn, essen und tanzen — eine besonders passende Empfehlung für Menschen in ihrer Lage. Indessen sehr bald machten die Flüchtlinge die unangenehme Entdeckung daß sie eben nichts weiter seyen als cerimoniös bewachte Gefangene. Endlich kam die erschreckende Nachricht von der Ankunft des Fürsten Radziwil in Stambul und seinem Begehren. Bei der stürmischen Berathung darüber zeigte sich der Einfluß russischer Cabale und Bestechung. Die Mehrheit des Staatsraths war für die Auslieferung, die Mehrheit des Ministeriums dagegen,

Unter diesen Umständen setzte das Ministerium der Opposition den Fall: „Wie, wenn die Flüchtlinge zum Islam überträten?“ — worauf alle, wenn auch ungern, zugeben mußten: dann könnten sie von guten Mahommedanern nicht ausgeliefert werden. Die Regierung schickte hierauf einen hochwürdigen Mollah nach Widdin um die Flüchtlinge einzeln darüber zu befragen, während diesen zugleich von ängstlichen Freunden in Konstantinopel der Uebertritt als einziges Rettungsmittel anempfohlen wurde. Nach dem ersten Erstaunen riefen die Ungarn: „Besser die Russen als die Oesterreicher — besser der Islam als die Russen!“ und es schien als wollte das ganze Lager sofort mohammedanisch werden. Eine Versammlung der Häupter wurde sogleich bei Kossuth gehalten, und hier erklärte Bem ohne weiteres: sein Leben sey dem Kampf gegen die Russen geweiht, und er nehme den Vorschlag an. Noch muß ich beifügen: der Mollah hatte den Flüchtlingen für den Fall des Uebertritts Beibehaltung ihres Rangs in der türkischen Armee und den guten türkischen Sold versprochen. Die Generale Kmellet und Steene *) faßten den gleichen Entschluß; andere riethen zum Temporisiren. Nun nahm Kossuth das Wort, und erklärte in seiner eindrucksamen Sprache: jedem stehe frei zu handeln nach seiner eigenen Ansicht, aber er für seinen Theil nenne eher Beil und Galgen willkommen, und Fluch über die Zunge die ihm einen so schändlichen Antrag mache! Unser tapferer Landsmann Guyon, General Dembenski und Graf Zamoyski folgten mit ähnlicher männlicher Erklärung, und das Beispiel der Führer war so wirksam, daß ungefähr 200 Soldaten und 40 Officiere, die sich schon bereit erklärt hatten das Christenthum abzuschwören, wieder davon abstanden. Nur drei Generale und etliche 20 Officiere haben sich zum Uebertritt verstanden. Bem that sogleich den öffentlichen Schritt, nimmt, wie es heißt, den Namen Amurath an, und wird Pascha von drei Roßschweifen (?); denn die Türken haben eine hohe Vorstellung von seinem militärischen Genie. Alle Hoffnungen sind nun auf Sir Stratford Canning und auf England gerichtet, dessen Schutz Kossuth brieflich angerufen hat. Die Türken haben leider Kunde erhalten von dem Benehmen O'Ferralls auf Malta gegen die italienischen Flüchtlinge, führen dieß als Beispiel an, und schließen daraus daß auch England gegen die absolutistischen Höfe schüchtern geworden sey. Mit Betrübniß haben wir vernommen daß Guyons Gemahlin, eine geborne Gräfin Splent, die sich aller Einmischung in die Politik gewissenhaft enthalten, sammt ihren Kindern, sowie die Mutter und die Kinder Kossuths, in ein österreichisches Gefängniß gesteckt sind. (?)

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 6 Oct. 3proc. $27^{1}/_{4}$ P. Curse: Paris 5.33 P.; London 50.40 G.

Paris, 12 Oct. 3proc. 55.50; 5proc. 87.50; Schatzsch. $4^{1}/_{2}$; Bankactien 2330; belg. 5proc. $97^{1}/_{4}$; Anleh. v. 1842 $97^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $89^{3}/_{8}$; belg. Bank 700; röm. 79; span. 3proc. $34^{1}/_{4}$; innere Schuld $27^{3}/_{8}$; piem. 960, v. 1849 905; Vers. rechte E.-B. 205; linke 170; Paris-Orleans 725; Rouen 523.75; Straßburg 346.25; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 242.50; Mars.-Avignon 212.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 403.75; Tours-Nantes 287.50; Mont.-Troyes 112.50; Antwerpen-Gent 240.

*) Soll heißen Kmeti und Stein. Wir verweisen auf die Allg. Ztg. vom 5 Oct., worin dieß — in dem Schreiben aus Belgrad — bereits gemeldet ist.

Amsterdam, 12 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{11}/_{16}$; 3proc. $63^{3}/_{4}$; 4proc. $83^{5}/_{16}$; port. 5proc. $32^{3}/_{4}$; Met. 5proc. 86; Ard. $10^{11}/_{16}$. Curs auf London $12.07^{1}/_{2}$ k. G. Curs auf Hamburg 35 k. G.

* **München**, 13 Oct. Die heutige Getreideschranne enthielt im ganzen 11,177 Sch., wovon 9468 Sch. verkauft und 1709 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 26 kr. (gef. um 8 kr.); Korn 7 fl. 4 kr. (gest. um 21 kr.); Gerste 6 fl. 44 kr. (gef. um 17 kr.); Haber 4 fl. 26 kr. (gest. um 5 kr.) Die Reste bestunden in 290 Sch. Weizen, 8 Sch. Korn, 1409 Sch. Gerste, 2 Sch. Haber. Umsatzsumme 74,450 fl. Der zweite Hopfenmarkt hatte 242 Ctr. Zufuhr und 147 Ctr. Absatz. Gewöhnliche Landhopfen galten 60 bis 72 fl., bessere dergleichen 70 bis 77 fl., Spalter Stadt-, und Wolnzacher Marktgut, waren noch nicht auf dem Markt erschienen.

Augsburg, 15 Oct. (5 fl. A. Corr. = 6 fl. i. $24^{1}/_{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $88^{5}/_{8}$ G. Hamburg 1 M. $73^{3}/_{8}$ B. Wien in 20ern 1 M. $93^{3}/_{4}$ B. Triest 1 M. $93^{3}/_{4}$ B. Frankfurt a. M. 1 M. $99^{7}/_{8}$ B. Nürnberg 1 M. $99^{5}/_{8}$ G. Berlin 1 M. $105^{1}/_{4}$ B. Leipzig 1 M. $105^{1}/_{4}$ B. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 119 B. Lyon 1 M. $118^{1}/_{2}$ G. Marseille 1 M. $118^{3}/_{8}$ G. Mailand 1 M. $60^{1}/_{8}$ G. Genua 1 M. $52^{1}/_{8}$ G. Livorno 1 M. $61^{5}/_{8}$ G.

Augsburg, 15 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. $92^{1}/_{2}$ G. 5proc. $100^{3}/_{4}$ B., $100^{1}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 648 B. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1125 B. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 B. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ G.

Hamburg, 12 Oct. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. $96^{1}/_{2}$. Berl.-Hamb. E.-B.-A. $77^{1}/_{2}$. Magd.-Wittenb. $64^{1}/_{2}$. Altona-Kiel $96^{1}/_{4}$. Mecklenb. $35^{3}/_{4}$. Rendsb.-Neum. 110 B. Glückst.-Elmsh. 25 B. Neue $3^{1}/_{2}$proc. Hamb. Anleh. 85. Hann. 5proc. 106 B. Ruff. 5proc. engl. Anl. $104^{3}/_{4}$. Dän. 3proc. engl. Anl. 72 B. Schwed. 4proc. $98^{1}/_{2}$. Norw. 4proc. $99^{1}/_{4}$. Amerik. 6proc. 105.

Berlin, 13 Oct. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $106^{5}/_{8}$ G. Staatsschuldsch. $88^{1}/_{2}$ G. Prämiensch. $100^{1}/_{4}$ G. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. $91^{1}/_{2}$ B. u. bz. Berl.-Hamb. $78^{1}/_{2}$ bz. u. G. Berl.-Stett.-Starg. 101 bz. Berl.-Potsd.-Magd. 61 à $^{1}/_{4}$ bz. u. G. Halle-Thüringer 69 à 70 bz. Köln-Minden $94^{1}/_{4}$ bz. Köln-Aachen 49 B. Düsseld.-Elberf. 68 B. St.-Vohw. 36 B. Niederschles.-Märk. 84 bz. Oberschl. A. 106 bz., dito B. $103^{1}/_{2}$ G. Krak.-Oberschl. 64 à $^{1}/_{4}$ bez. Berg.-Märk. $50^{1}/_{2}$ B. Starg.-Posen $84^{3}/_{4}$ bz. Magd.-Wittenb. 65 B.

♀ **Wien**, 13 Oct. Die Börse zeigte heute eine etwas festere Haltung, und waren zunächst 5proc. Metalliques bei Mangel an effectiven Stücken besser bezahlt. Dagegen kann das neue Anlehen sich noch auf dem Markt nicht so günstig behaupten, da über die Totalsumme der sowohl im In- als Auslande abgeschlossenen Subscriptionen noch immer die officiellen Angaben fehlen. Der Curs derselben schwankte auch heute zwischen $84^{3}/_{4}$ à $^{7}/_{8}$, zu welchem mehreres umgesetzt wurde. Bahnen behaupteten sich ziemlich gut. Fremde Devisen wurden durchgehends zu billigeren Preisen abgegeben und blieben offerirt. Wir notiren nach der Börse ($^{1}/_{2}$3 Uhr): 5proc. Metall. $95^{9}/_{16}$–$95^{5}/_{8}$. $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $84^{3}/_{4}$–$^{7}/_{8}$. Loose v. J. 1834 $161^{1}/_{2}$–$162^{1}/_{2}$. Loose v. J. 1839 113–$113^{1}/_{2}$. Bankactien 1212–1215. Nordbahnactien $110^{5}/_{8}$–$110^{3}/_{4}$. Gloggnitzer 109–$109^{1}/_{2}$. Mailänder $84^{1}/_{4}$–$84^{3}/_{4}$. Pesther 80–$80^{1}/_{2}$. London (l. l. S.) 10.47–48. Hamburg $157^{1}/_{2}$ B., Augsburg uso $106^{3}/_{4}$ B., Frankfurt $106^{1}/_{4}$ B., Amsterdam $148^{1}/_{2}$ B., Mailand $97^{1}/_{2}$ B., Livorno 106 B., Genua 125 G., Paris $127^{1}/_{2}$ B., Marseille $127^{1}/_{4}$ B., Bucharest (31 Tage S.) 263–264. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $11^{1}/_{4}$–$11^{1}/_{2}$, Silberagio $6^{5}/_{8}$–$6^{7}/_{8}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Der deutsche Verwaltungsrath.

Berlin, 11 Oct. Die protokollarische Feststellung der am Schlusse des gestrigen Artikels erwähnten Berathung des Verwaltungsraths über den Antrag des nassauischen Bevollmächtigten wird der Wichtigkeit des Gegenstandes wegen hier vollständig mitgetheilt.

Verhandelt Berlin, 5 Oct. 1849, Abends 6 Uhr, in Gegenwart: des k. preußischen Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrath, Staatsministers a. D. v. Bodelschwingh; des k. sächsischen Bevollmächtigten, Staatsministers v. Zeschau; des k. hannoverischen Bevollmächtigten, geheimen Legationsraths v. Wangenheim; des großherz. badischen Bevollmächtigten, Kammerherrn und Legationsraths Frhrn. v. Meysenbug; des kurfürstlich hessischen Bevollmächtigten, Obersteuerdirectors Pfeiffer; des großherzl. hessischen Bevollmächtigten, geheimen Raths und Kammerherrn Frhrn. v. Lepel; des Bevollmächtigten der Regierungen von: Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Coburg Gotha, Herzogthum Sachsen-Altenburg und der beiden Fürstenthümer Reuß älterer und jüngerer Linie, Staatsraths Seebeck; des großherzogl. mecklenburg-strelitzischen Bevollmächtigten, geheimen Justizraths v. Oertzen; des großherzogl. oldenburgischen Bevollmächtigten, Oberst Mosle; des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten, Präsidenten Vollpracht; des herzogl. braunschweigischen Bevollmächtigten, Legationsraths Dr. Liebe; des Bevollmächtigten der freien Hansestadt Hamburg, Syndikus Dr. Banks. Das Protokoll führt der k. preußische geheime Justizrath Bloemer.

Der herzogl. nassauische Bevollmächtigte eröffnet die durch Beschluß der vorigen Sitzung ebenfalls auf heute angesetzte Berathung über den von ihm in der Sitzung vom 30 Aug. c. eingebrachten und in der Sitzung vom 26 Sept. c. unter Zufügung einer näheren Motivirung erneuerten Antrag, des Inhalts: „daß der Verwaltungsrath sich möglichst bald über einen Termin zur Vornahme der Wahlen für das Volkshaus zum nächsten Reichstag, beziehungsweise über die Einberufung des Reichstags selbst, verständigen, und demnächst die verbündeten Regierungen auffordern möge die ihrerseits dazu nöthigen Maßregeln ungesäumt zu ergreifen."

Er glaubt den vorliegenden Antrag bereits durch die in der Sitzung vom 26 Sept. c. protokollarisch festgestellte Motivirung hinreichend gerechtfertigt zu haben, so daß er sich auch jetzt zunächst auf diese Motivirung zurückbeziehen und nur noch einige kurze Bemerkungen zufügen will.

Zu den Garantien für die Wahrheit und Verwirklichung der Propositionen womit die k. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover den sämmtlichen übrigen deutschen Regierungen und der Nation im Mai und Junius d. J. entgegengetreten, seyen zunächst die Einsetzung des Verwaltungsraths und des Bundesschiedsgerichts zu rechnen gewesen, da beide Institutionen als die äußeren Beweise für den thatsächlichen Antrag der von den genannten Regierungen verheißenen Neugestaltung unserer unglücklichen politischen Verhältnisse hätten gelten müssen. Die Spannung welche bis dahin geherrscht habe hierauf nachgelassen, der intelligentere Theil der Nation habe sich zu beruhigen angefangen, die Hoffnung auf eine nahe bessere Zukunft für das tieferschütterte Vaterland sey wieder zurückgekehrt, und mit edlem Vertrauen sey endlich in die Bahn eingetreten worden auf der die k. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover das neue deutsche Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen gelobt hätten. Dieser ganze Gewinn sey aber wieder in Frage gestellt wenn jenen ersten Garantien jetzt nicht des baldigsten eine neue manifeste Garantie dafür zugefügt werde daß die Regierungen des redlichen Willens seyen auf der betretenen Bahn bis zur Constituirung des deutschen Bundesstaates fest und entschlossen fortzugehen, und eine solche nothwendige neue Bürgschaft werde eben in der Feststellung und Veröffentlichung des von ihm beantragten Termins für die Wahlen zum nächsten Reichstag allein gegeben seyn. Sie werde zeigen daß die Constituirung des deutschen Bundesstaates in den Augen der verbündeten Regierungen nicht bloß eine Möglichkeit oder hin- und herschwankende Wahrscheinlichkeit, sondern eine Gewißheit, ein Resultat sey, das sie für Deutschland nicht mehr verlierbar halten; sie werde das neuerwachte Mißtrauen in die Erfolge der neuen Verfassungsbestrebungen noch bei Zeiten paralysiren, und die Rückkehr eines Zustandes unmöglich machen dessen unermeßlich verderbliche Folgen, wenn er eintreten sollte, kaum noch einmal zu bewältigen seyn würden. Er präcisire seinen Antrag dahin daß er als äußersten Termin für die Wahlen zum nächsten Reichstag den 15 Jan. 1850 festgestellt und als solchen sofort zur öffentlichen Kunde gebracht wissen wolle. Dieser Antrag stehe vollkommen im Einklang mit der von der k. preußischen Regierung den preußischen Kammern unlängst gegebenen Versicherung. In der Frist von jetzt nach drei Monaten würden alle zur Abhaltung der Wahlen nöthigen Vorarbeiten mit Sicherheit zu erledigen seyn; überdieß werde keine der nicht beigetretenen Regierungen durch eine so weit hinausgeschobene und durch den Drang der Verhältnisse so sehr gebotene Fristbestimmung sich mit irgendeinem Recht verletzt fühlen können, und wolle er schließlich auch noch seinen lebhaftesten Wunsch dahin aussprechen daß diese Frist allseitig auf das eifrigste und unablässigste zur Förderung des Friedens und der Einigung unter allen deutschen Regierungen mitbenutzt werden möge.

Der Vorsitzende glaubt der beginnenden höchst wichtigen Berathung im voraus einen bestimmten Gang sichern zu sollen, und er ersucht daher die Bevollmächtigten ihre Erklärungen in der Reihenfolge abzugeben, in welcher sie augenblicklich, von dem zuletzt eingetretenen Mitglied anfangend, ihre Sitze einnehmen. Demgemäß hat der Bevollmächtigte der freien Hansestadt Hamburg zuerst das Wort.

Der k. sächsische Bevollmächtigte wünscht zuvor noch eine factische Aufklärung darüber: ob der vorliegende Antrag auf eine Terminbestimmung bloß für die Wahl der Abgeordneten oder auch der Wahlmänner abzwecke, was in der vorliegenden Fassung des Antrags zweifelhaft bleibe. Er stellt diese Frage bloß im Interesse der Discussion, da er seinerseits den Antrag für zu frühzeitig und für ungeeignet hält.

Der Antragsteller erwiedert daß sein Antrag nur auf die Terminbestimmung für die Wahlen der Abgeordneten selbst, als auf den Vollzug des letzten öffentlichen Actes gerichtet sey, an den sich die Einberufung des Reichstags demnächst anschließe. Der Tag dieser Wahlen solle nach §. 21 des Wahlgesetzes für das gesammte Reich ein und derselbe seyn. Was der Wahl der Abgeordneten vorherzugehen habe, also auch die Wahl der Wahlmänner, werde sich nach Feststellung des von ihm beantragten Termins von selbst finden, und könne den näheren Anordnungen der Regierungen überlassen bleiben.

Die sich incidenter hier anknüpfende Frage über die gleichzeitige Wahl auch der Wahlmänner an einem und demselben Tage findet im Verwaltungsrath eine verschiedene Beantwortung. Der Vorsitzende schließt die deßfallsige Discussion, soviel es den Punkt der Ausführbarkeit betrifft, durch Hinweisung auf die Thatsache daß in dem ganzen preußischen Staatsgebiete die Wahl der Abgeordneten wie der Wahlmänner, jede an einem und demselben Tag, habe stattfinden können. Uebrigens sey der von dem k. sächsischen Bevollmächtigten beregte Zweifel über das Verständniß des vorliegenden Antrags des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten durch des letzteren Erklärung nunmehr gehoben; der Antrag bezwecke nur die Feststellung eines Termins für die Wahl der Abgeordneten zum Reichstag, und er erneuere sohin das Ersuchen daß sich die Bevollmächtigten über diesen Antrag in der vorhin angedeuteten Reihenfolge nunmehr aussprechen.

Hierauf erfolgen die nachstehenden Erklärungen:

Der Bevollmächtigte der freien Stadt Hamburg. Es sey wohl niemand in das Bündniß vom 26 Mai c. eingetreten, der nicht die sichere Erwartung mitgebracht habe daß die Feststellung des Termins für die Wahlen zum nächsten Reichstag auf jede Weise werde beschleunigt werden. Jetzt habe diese Erwartung allgemein einen so hohen Grad erreicht daß eine Erklärung des Verwaltungsraths unmöglich länger ausgesetzt bleiben dürfe, wenn nicht durch den Mangel dieser Erklärung ein leider nur zu weit verbreitetes Mißtrauen neue Nahrung erhalten solle. Die Vereinbarung über eine neue Centralgewalt stehe bevor. Die Nation bedürfe darüber Beruhigung daß diese Centralgewalt die Einführung des Bundesstaats nicht gefährde, und diese Beruhigung werde nur gegeben indem man einem Antrage der auf den ersten öffentlichen Schritt zur Verwirklichung des Bundesstaates abzwecke, unverzüglich Folge gebe. Er finde sich demnach gedrungen den Antrag vollständig zu unterstützen.

Der herzoglich braunschweigische Bevollmächtigte. Auch er sey in der Lage den nassauischen Antrag nur nach Kräften unterstützen zu können. Einstweilen stehe der Umfang des geschlossenen Bündnisses fest, und wenn es auch nicht die Absicht seyn könne den bis jetzt noch nicht beigetretenen Staaten den Beitritt in irgendeiner Art zu erschweren, so sey doch der Zeitpunkt gekommen wo eine Rücksicht auf jene Staaten doch auch nicht mehr am ernsten Fortschreiten auf dem betretenen Wege hindern könne. Darüber ob man die nöthigen Einleitungen zur Feststellung und Einführung der Verfassung treffen wolle, könne kein Zweifel seyn, da hierzu das Bündniß verpflichte. Daß man aber jetzt diese Einleitungen treffe, sey nöthig weil jede Verschiebung auf späteren Zeitpunkt eine Verschiebung ins Ungewisse seyn werde, welche nicht nur das Vertrauen in das Zustandekommen des Werkes und in den guten Willen derer welche dasselbe unternommen erschüttern, sondern auch das Gelingen selbst gefährden müsse. Nichts sey den deutschen Staaten nachtheiliger als erfolgloses Arbeiten an Verfassungsplanen welchen sich das öffentliche Vertrauen zugewendet, nichts sey schädlicher und zugleich weniger zu rechtfertigen als Zögern und Unentschlossenheit auf dem einmal betretenen Wege. Man möge sich also durch den Hinblick auf vorhandene Schwierigkeiten nicht aufhalten lassen, da diese Schwierigkeiten gerade durch Zögern unüberwindlich werden müßten. Stehe der Termin für die Wahlen fest, so liege darin der stärkste Antrieb mit dem was bis dahin noch zu erledigen sey auch wirklich ins Reine zu kommen.

Der großherzoglich oldenburgische Bevollmächtigte. Er müsse dem Antrag vollständig zustimmen, aus bestimmtem Auftrage seiner (der großherzoglichen) Regierung wie aus eigener Ueberzeugung. Man erwarte überall daß der Verwaltungsrath aus dem bisherigen Schweigen hervortrete, und daß endlich eine Maßregel ergriffen werde die den Willen der verbündeten Regierungen: den verheißenen Bundesstaat zu einem wirklichen zu machen, außer Zweifel stelle. Länger zurückhalten und zaudern heiße das bereits vorhandene Mißtrauen auf das unglücklichste

steigern und den letzten Rest des Vertrauens aufs Spiel setzen. Wie würden die Regierungen demnächst vor ihre Stände treten, wenn ihnen nicht der thatsächliche Beweis für den Antrag einer Begründung des Bundesstaates zur Seite stehe, und wer möge vorhersagen was eintrete, wenn sich die finstern Weissagungen der Umsturzpartei, daß die Vertrauenden die Getäuschten seyn würden, erfüllen sollten? Die schleunige Vollziehung des Antrags sey in jedem Betracht höchst nothwendig und politisch gerechtfertigt, und könne er seine Zustimmung nur erneuern. Was die ihm einstweilen übertragene Vertretung der freien Stadt Bremen betreffe, so nehme er Anstand mangels bestimmter Information für Bremen ein Votum abzugeben. Er halte die deßfallsige Erklärung dem hoffentlich bald rückkehrenden Bürgermeister Smidt ausdrücklich vor.

Der großherzoglich mecklenburg-strelitz'sche Bevollmächtigte. Er theile zwar ebenfalls die Ueberzeugung daß von Seiten des Verwaltungsraths etwas zu geschehen habe was zur Beruhigung der öffentlichen Meinung beitragen könne; allein er glaube nicht daß sich die beantragte Feststellung eines Termins für die Wahlen zum nächsten Reichstag dazu als das geeignete Mittel erweisen werde, und er widerräth es den Tag der Wahlen schon jetzt zu fixiren. Statt dessen möge sich der Verwaltungsrath unverweilt der Erledigung derjenigen Vorarbeiten unterziehen deren völliger Abschluß der Einberufung des Reichstages nothwendig vorhergehen müsse, insbesondere 1) Bildung des gemeinsamen Organs wodurch die verbündeten Regierungen mit dem Reichstag verhandeln; 2) Regulirung des Verhältnisses im Fürstencollegium und der sonstigen Modificationen welchen der Verfassungsentwurf wegen des Nichtbeitritts einzelner deutschen Regierungen jetzt noch zu unterwerfen bleibt, und 3) Regulirung des Wahlmodus. Er halte sich überzeugt daß die Kunde einer solchen auf eine gesicherte Lösung der gegebenen Aufgabe gerichteten Wirksamkeit des Verwaltungsraths das öffentliche Vertrauen stärken und die beregten Besorgnisse beseitigen müsse.

Der gemeinschaftliche Bevollmächtigte für das Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Altenburg, Herzogthum Sachsen-Coburg und Gotha, und für die Fürstenthümer Reuß beider Linien. Wie er den vorliegenden Antrag bereits in der Sitzung vom 30 August d. J., worin er durch den herzoglich nassauischen Bevollmächtigten zuerst vorgebracht worden, sofort unterstützt und diese Unterstützung in der Sitzung vom 26 September d. J. wiederholt habe, so unterstütze er ihn jetzt zum drittenmale. Er unterlasse es das vorhandene Mißtrauen näher zu schildern, es sey da, es werde von den feindlichen Parteien mit steigendem Erfolg ausgebeutet, und die einzige, entscheidende Gegenwirkung, der allein genügende Beweis daß das laut und öffentlich Zugesagte auch aufrichtig und ernst gewollt werde, liege in der beantragten Feststellung und Veröffentlichung eines äußersten Termins für die Wahlen zum Reichstag, in der öffentlichen unzweideutigen Beurkundung daß der Tag bevorstehe und herannahe an dem das Volk an der so sehr ersehnten Constituirung des Bundesstaates theilnehmen und für ein endliches Zustandekommen des Bundesstaates einwirken könne.

Der großherzoglich hessische Bevollmächtigte. Auch er habe schon in der Sitzung vom 26 Sept. l. J. erklärt daß er sich dem Antrage des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten vollkommen anschließe, und indem er diese Erklärung, welche überdieß mit der von ihm bei seinem Eintritt in den Verwaltungsrath in der Sitzung vom 8 Sept. d. J. abgegebenen genau übereinstimme, jetzt ausdrücklich wiederhole, habe er noch folgende Bemerkungen zuzufügen. Schon in den Sitzungen vom 26 Jun., 13 und 26 Jul. und 30 Aug. c. sey die Frage wegen Einberufung des Reichstags, beziehungsweise der diese Einberufung bedingenden Vornahme der Wahlen zur Erörterung gekommen, und nur aus dem hauptsächlich von dem königl. hannoverschen Bevollmächtigten geltend gemachten Grunde die Lösung vertagt worden, weil damals die Vorfrage noch nicht erledigt gewesen, wie groß die Zahl der dem Bündniß beitretenden Regierungen seyn und welchen räumlichen Umfang der Bundesstaat einnehmen werde. Diese Vorfrage sey aber jetzt wenigstens vorläufig beantwortet, wenngleich zu hoffen bleibe daß diese Antwort nicht das letzte Wort seyn, sondern daß demnächst die ganze deutsche Nation, nicht bloß ein Theil derselben, sich der Erfüllung derjenigen Zusagen zu erfreuen haben werde welche ihr im denkwürdigen Jahr 1848 von allen deutschen Regierungen, ohne irgendeine Ausnahme, auf das heiligste und bestimmteste gemacht worden. Der wesentlichste Theil zur Erfüllung dieser Zusagen sey durch Einberufung der Nationalversammlung geschehen, mit welcher die Regierungen über eine Verfassung für das ganze Deutschland sich verständigen wollten und wohl auch verständigt haben würden wenn nicht von beiden Seiten das peccatur intra et extra wäre wahr gemacht worden. Dieses unglückliche Resultat habe unverkennbar viele sanguinische Hoffnungen zerstört und einen Riß in die Nation gebracht, auf dessen Ausbesserung alle Bedacht nehmen müssen welche noch Sinn für nationale Größe und Ehre haben, das Recht der Nation auf die Verwirklichung der Verheißungen des vorigen Jahrs fortwährend anerkennen und sich nicht dem Wahn hingeben daß der Flug des Nationalgeistes bereits erlahmt sey, daß dieser Geist sich wieder in die Bande des Particularismus fügen und einer Wiederherstellung der bundestäglichen Anstalt sich unterwerfen werde. Es lasse sich nicht wegläugnen daß die Frankfurter Nationalversammlung in ihrer Vollständigkeit die Vertreterin der deutschen Nation gewesen sey, und als solche das Verlangen ausgesprochen, das Erbieten der Regierungen angenommen habe aus Deutschland ein einiges, engverbundenes, nach außen als europäische Macht, nach innen in freier Entwickelungsfähigkeit dastehendes und seine materiellen Interessen verschmelzendes Volk zu machen; bei Erwägung der Mittel zur Verwirklichung dieses Zwecks aber nur in dem Bundesstaate das geeignete zu erkennen vermocht habe. Dieser Erkenntniß haben die königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover sich angeschlossen, deßhalb das Bündniß vom 26 Mai l. J. und den damit in unzertrennlichem Zusammenhang stehenden Verfassungsentwurf verabredet und alle übrigen deutschen Regierungen zum Beitritt eingeladen. Wer diesem Ruf gefolgt, habe ausgesprochen daß er die Ansicht theile wie nur in einem Bundesstaat die Regierungen der deutschen Nation gerecht werden. Leider haben nicht alle Regierungen dieses Anerkenntniß durch den Beitritt zu dem Vertrage vom 26 Mai d. J. manifestirt. Durch ihre Absagebriefe aber, bei denen es übrigens schwerlich sein Bewenden behalten werde, können sie die andern Regierungen von der Pflicht gegen die Nation nicht entbinden ihren Zusagen insoweit nachzukommen als es ihnen den Umständen nach möglich sey, und möglich sey für sie zu thun was noch in der Denkschrift vom 11 Jun. l. J. als ausführbar anerkannt worden: nämlich den Bundesstaat, in welchem die Verfassung vom 28 Mai d. J. gelten solle, aus denjenigen deutschen Staaten zu bilden deren Regierungen dem Bündniß sich anschließen — ein Anerkenntniß das für seine Bekenner um so bindender sey als demselben ausdrücklich die Unterstellung beigefügt worden, wie wohl zu besorgen stehe daß außer Oesterreich auch noch andere deutsche Regierungen zur Zeit Bedenken tragen könnten dem Bündniß beizutreten. Habe sich diese Unterstellung jetzt leider verwirklicht, so dürfe doch, da ja die Thatsache eine vorausgesehene gewesen, dadurch nicht die Verwirklichung auch des Anerkenntnisses: eintretendenfalls ohne die dissentirenden Regierungen den Bundesstaat ins Leben zu rufen, länger aufgehalten werden. Geschähe dieses, so würde das in der Nation ohnehin schwankende Vertrauen in den Ernst der ihr gewordenen Zusagen mit vollem Recht in entschiedenes Mißtrauen umschlagen, und eine neue Umwälzung, ein nochmaliger Umsturz des Bestehenden nicht ausbleiben, da den gährenden unreinen Elementen im Volke, welche nach einer wenngleich sehr verschiedenen Einheit der Nation hindrängen, dann alle diejenigen reinen Elemente ferner weder passiven noch activen Widerstand entgegenstellen würden welche jetzt nur allein noch in der Verwirklichung des Bundesstaats eine Annäherung an denjenigen öffentlichen Zustand in Deutschland erblicken dessen Verwirklichung sie seither in der Ueberzeugung erstrebten daß jetzt nur durch seine Gründung die Einheit, Macht, Ehre und Freiheit des deutschen Reichs, und auf diesem Wege auch ein materielles Wohlseyn der Nation noch zu erreichen stehe. Nicht dadurch daß die Regierungen die das Bündniß vom 26 Mai l. J. abschlossen, von demselben zurücktreten, lasse sich der Zweck erreichen die noch außerhalb stehenden Regierungen hineinzuziehen; dieß sey im Gegentheil nur dann zu erwarten wenn sämmtliche verbündete Regierungen unverzüglich den Reichstag berufen und dadurch ihre Entschlossenheit und zugleich ihre Kraft bethätigen entgegentretende Schwierigkeiten zu besiegen. Diese Berufung werde allgemeinen Anklang finden, in der Nation einen neuen Geist erwecken, sie sogar zu neuen Opfern ermuthigen und keine übertriebenen Wünsche und Forderungen aufkommen lassen. Allenthalben höre man Zweifel äußern gegen das Zustandekommen des Bundesstaates, ja es scheine absichtlich darauf hingewirkt zu werden damit diese Zweifel im Volke Wurzel fassen. Deßhalb gerade thue es noth sich inniger und enger im Bund aneinander zu schließen, zusammenzustehen in der Gefahr, aber auch in der Treue das Fürstenwort zu lösen. Diese Lösung finde er nur in der baldigsten Berufung der Vertreter der deutschen Nation — d. h. zunächst desjenigen Theiles derselben welche der gegenwärtige Territorialumfang des Bundesstaates begreife — um zu erwägen ob der ihnen vorzulegende Verfassungsentwurf den gerechten und vernünftigen Forderungen des Volkes entspreche. Falle das Resultat bejahend aus, so werde bald die ganze Nation im Bundesstaate vereinigt seyn. Jener Berufung müssen die Wahlen zum Reichstage vorausgehen; ehe diese erfolgt seyen, könne der Zeitpunkt des Zusammentretens des Reichstages nicht bestimmt werden. Die Vornahme dieser Wahlen sey demnach als nothwendiges Mittel zum Zweck anzuordnen, und da gerade diese Anordnung von dem herzoglich nassauischen Bevollmächtigten beantragt werde, so könne er, wie bemerkt, demselben nur auf das entschiedenste zustimmen. Die Zeit welche noch verfließen werde bis die Wahlen vollendet seyen, werde mehr als hinreichen um alle diejenigen Vorarbeiten zu erledigen die der großherzoglich mecklenburg-strelitzische Bevollmächtigte als nothwendige bezeichnet habe, und denen wohl auch noch mehrere andere zuzuzählen bleiben möchten.

Der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte. Indem er sich dem jetzt vorliegenden Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten seinerseits ebenfalls vollkommen anschließe, verlange er nur die Erfüllung einer Zusage, auf deren Grund er Namens seiner Regierung dem Vertrag vom 26 Mai d. J. beigetreten sey. Daß „die schleunigste Berufung des Reichstages in Aussicht gestellt und für diese Berufung wo möglich eine längste Frist der Ausführung festgesetzt werde“, sey wörtlich eine der Anforderungen die er in seiner Eingabe an den damaligen Vorsitzenden des Verwaltungsrathes unter dem 12 Jul. d. J. documentirt habe. Hierauf sey ihm in der Protokollarverhandlung vom 26 Jul. d. J. die ebenso ausdrückliche Zusicherung des Verwaltungsrathes geworden: „Es sey der auf-

richtige Wille und das ernste eifrige Streben der Regierungen die den Vertrag vom 26 Mai d. J. schlossen und ihm bis jetzt beigetreten, die Einberufung des Reichstages möglichst zu beschleunigen", sowie ihm auch bereits unter dem 13 Jul. d. J. Namens des Verwaltungsrathes eröffnet worden: „Die möglichst baldige Berufung werde allerdings beabsichtigt, ein Termin sey jedoch im Augenblick — dem 13 Julius — noch nicht zu bestimmen, da sich der Umfang des Bündnisses noch nicht mit Sicherheit übersehen lasse." Jetzt sey dieser Zeitpunkt des Uebersehenlassens gekommen, da außer Bayern, Württemberg und Hessen-Homburg, die bestimmt abgelehnt, alle übrigen deutschen Staaten ihren Beitritt zu dem Bündniß erklärt hätten. Die Gesammtheit der beigetretenen Staaten schließe zudem die Befürchtung der Lebensunfähigkeit aus, wie eine solche Befürchtung von dem hannover'schen Bevollmächtigten gegen einen bundesstaatlichen Verein bloß einiger wenigen deutschen Staaten in den Vorverhandlungen geäußert worden. Der deutsche Bundesstaat, wie er aus den bis jetzt verbündeten deutschen Staaten hervorgehen solle, trage die Fülle des Lebens in sich. Er umfasse in seinen dreißig Einzelstaaten einige und zwanzig Millionen Einwohner, schließe die mächtigsten deutschen Seestädte ein, beherrsche die Ost- und Nordsee, werde von den größten schiffbaren Strömen durchschnitten und dehne seine Gränzen im Osten bis nach Rußland, im Westen bis nach Frankreich. So mangle einerseits überall der Grund die Gewährung des Zugesagten länger zu verschieben, während auf der andern Seite die Bevollmächtigten es ihren Committenten und der Nation schuldig seyen auf dieser Gewährung entschieden zu bestehen.

Der großherzoglich badische Bevollmächtigte. Er müsse den Antrag, worin er das Verlangen erkenne nicht sowohl nach einem festen als nach einem genannten und nach Lage der Umstände beweglichen Termin, der nur eine äußerste Frist für die Wahlen zum Reichstag sichern soll, vollkommen unterstützen. Baden wünsche den Reichstag, damit Frieden, Ruhe, Ordnung und ein Recht wiederkehre das daure; es wünsche ihn, weil es sich rechtlich zu seiner Einberufung verpflichtet habe. Dabei nehme er, der Bevollmächtigte, Anlaß noch folgende Betrachtung zuzufügen. Die rechtliche Lage der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai d. J. verbündeten Regierungen sey heute keine andere wie an dem Tage des Vertragsschlusses selbst. Es sey recht eigentlich als die Wesenheit des zu bildenden Bundesstaates hingestellt worden daß derselbe zunächst aus so vielen oder so wenigen deutschen Staaten zu bestehen habe als deutsche Regierungen aus freier Entschließung in denselben eintreten und sich mit den aus diesen Staaten zu berufenden Vertretern in freier Vereinbarung einigen würden. Es habe jeder Zwang gegen andere deutsche Regierungen, aber auch jede Abhängigkeit von ihnen principmäßig ausgeschlossen werden sollen. Das sey, seiner Ueberzeugung nach, das Rechtsverhältniß der verbündeten deutschen Staaten zu den deutschen Staaten außerhalb des Bündnisses. Damit aber alles was deutsch im Vaterlande sey sich in Frieden und Eintracht zusammenfinde, und ein Band nicht gelockert werde das älter als alle Verträge sey, füge er gerade in dem Augenblick wo die Constituirung des Bundesstaates in Vollzug treten solle, dem Antrag des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten seinerseits den Antrag bei: daß sofort eine Commission bestellt und mit gutachtlichem Vortrag darüber beauftragt werde: wie die als Gesammtheit constituirten Verbündeten ihre enge und unlösbare Verbindung mit den übrigen deutschen Bundesgenossen fortan am geeignetsten fortzusetzen haben, insbesondere wie deren fernerer Anschluß an den Bundesstaat herbeizuführen und dem durch §. 1 der Verfassung vorbehaltenen Bundesverhältnisse mit Oesterreich Vollzug zu sichern sey.

Der königlich hannover'sche Bevollmächtigte. Er müsse zunächst seine Bedenken gegen die letzte von dem großherzoglich badischen Bevollmächtigten gemachte Aufstellung erheben, daß die verbündeten Regierungen sich bereits in einem constituirten Bundesstaate befinden oder in der Constituirung eines solchen begriffen seyen, und daß sie in dieser Beziehung eine Separatstellung im deutschen Bund einnehmen. Eine solche Auffassung scheine mit der unbestrittenen Anerkennung der fortwährenden Rechtsgültigkeit der Verträge von 1815 in der That schwer vereinbar. Was den Antrag selbst betreffe, so werde und müsse er gegen denselben stimmen, da er, der Bevollmächtigte, durchdrungen sey von den Pflichten welche die contrahirenden Regierungen bei dem Vertragsschluß vom 26 Mai d. J. gegen die Nation übernommen haben. Die Stellung der Regierungen von Sachsen und Hannover und die der preußischen sey bei diesem Vertrag nicht dieselbe gewesen. Allerdings hätten sich die beiden ersten Regierungen über die Form eines Bundesstaates schließlich verständigt wie sie von Preußen, dem größten deutschen Staate, proponirt und festgehalten worden, aber sie hätten ihrerseits nie die Absicht verhehlt daß der zu gründende Bundesstaat, wenn ihm Oesterreich vorderſamst noch nicht angehören solle, doch die sämmtlichen übrigen deutschen Staaten umfassen müsse. Wenn nun, wie gegenwärtig leider eingetreten, die große Mehrzahl des deutschen Südens dem proponirten Bundesstaate den Beitritt verweigere, so fänden sich die Regierungen von Sachsen und Hannover, die dabei von völlig gleichen Grundsätzen geleitet werden, außer Stand ihrer Pflichten gegen die gesammte Nation uneingedenk zu seyn und, so lange über die Gestaltung des ganzen Deutschlands noch solche Zweifel existiren, einem Antrag auf rücksichtsloses Vorschreiten zur Bildung eines engeren Bundesstaates in Deutschland beizutreten. Es sey jetzt nicht der Augenblick darauf zurückzukommen unter welchen Modalitäten der Vertrag vom 26 Mai d. J. abgeschlossen worden. Sachsen und Hannover seyen in dieser Hinsicht über Recht und Pflicht vollkommen mit einander einverstanden. Auch über die gegenwärtig abzugebenden Erklärungen habe eine Vereinbarung unter beiden Regierungen stattgefunden, sie würden dieselben schriftlich zu Protokoll geben, und werde sich seine, des königlich hannover'schen Bevollmächtigten, Erklärung der des königlich sächsischen Bevollmächtigten, die, nach der bisher befolgten Ordnung der Stimmenabgabe, als die vorhergehende hätte unterstellt werden müssen, bestätigend anschließen.

(Schluß in der heutigen Zeitung.)

Zur Geschichte des lombardischen Aufstandes.

...i... **Mailand,** Anfang Octobers. Wollten die Lombarden von Sokrates lernen daß Selbsterkenntniß Anfang und Ende aller Weisheit, folglich auch der politischen ist, würden sie nicht in ihrem eigensinnigen Haß gegen die Deutschen beharren, vielmehr eine Verständigung mit der österreichischen Regierung, wozu ihnen wiederholt Gelegenheit geboten wurde, in ihrem eigenen Interesse und aus eigenem Antrieb erstreben. Aber der Italiener gleicht dem Kinde: wer ihm schmeichelt oder auch nur ein schönes Wort über Land und Leute fallen läßt, der hat ihn in der Tasche, und ich wollte wetten daß es kein Volk in der Welt gibt das mit derselben ängstlichen Neugierde auf die Urtheile horcht die man auswärts in günstigem oder ungünstigem Sinne von ihm fällt. Dadurch allein erklärt sich die außerordentliche Gunst die Mittermaiers Schrift über Italien bei den Italienern fand, und wenn heute noch in einem größern französischen oder deutschen Journal vortheilhaft von den Mailändern gesprochen wird, weiß es in zwei Stunden schon die ganze Stadt. Läßt es sich hingegen jemand beikommen die Dinge so zu sehen wie sie in Wirklichkeit sind und dem Italiener einen getreuen Spiegel seiner Mängel und Schwächen vorzuhalten, so wird über böswillige Insinuationen, Beschränktheit und Vorurtheil geklagt, und man nimmt sich nicht einmal die Mühe die einfachsten Thatsachen mit den Behauptungen nichteinheimischer Berichterstatter zusammenzuhalten. Ich kann Ihnen gar nicht sagen in welchem üblen Geruche, namentlich seit der Revolution, die Allgem. Zeitung hier zu Lande steht. Die meisten der auf die Begebenheiten des letzten Jahres bezughabenden italienischen Schriften sind mir zu Gesicht gekommen, und nur selten fand ich eine die sich über die in Ihrem Blatte enthaltenen Darstellungen hiesiger Zustände nicht bitter beklagt, und dieselben absichtlicher Aufreizung des österreichischen Militärs gegen die Mailänder, handgreiflicher Entstellungen und was weiß ich wessen noch beschuldigt hätte. *) Und doch, wenn man die italienischen Berichte mit unbestochenem Blicke ansieht, findet man darin eine fast lächerliche Parteilichkeit, neben der bekannten Sucht aus einer Fliege einen Elephanten zu machen, das handgreifliche Bemühen die eigenen Fehler zu vertuschen. Der Italiener ist weitaus der selbstgefälligste Mensch, und erst ganz neuerdings haben einige angefangen einzusehen daß denn doch nicht alles Gold ist was glänzt.

Aus ihrer verunglückten Revolution könnten die Lombarden wie die Venezianer das meiste lernen wenn sie sich nur die Mühe dazu nehmen wollten. Denn wenn dieselbe auch nicht eine jener sporadischen, unbesonnenen und substanzlosen Erhebungen wie die revolutionären Versuche in den Jahren 1821 und 1831, so trug sie doch von Anfang bis zu Ende das Gepräge italienischer Haltlosigkeit. Nach vielfachen darauf bezüglichen Erfahrungen, und nach genauer Prüfung aller der bei Beurtheilung der neuesten Revolutionskrankheit maßgebenden Symptome habe ich mich überzeugt daß eine Volkserhebung sich nirgends getreuer abspiegelt als in den Witzblättern und Caricaturen. Die Pariser Februar-Revolution beurkundete sich schon von Haus aus als eine Mißgeburt, da der Charivari, anstatt seinen humoristischen Flug höher zu nehmen, vielmehr nur gleich den Federmäusen durch die dunkeln Straßen schwirrte, und nicht einmal den Muth hatte der übernächtigen Republik und ihren Helden eine Fratze zu schneiden. In Venedig erschien im Gefolge der Revolution der Asmodeo, il Diavolo Zoppo, Giornale Politico-Umoristico, mit dem Beisatz: a benefizio di Venezia. Hätte dieser „Lahme Teufel" nicht wenigstens die gute Eigenschaft patriotischer Uneigennützigkeit gehabt, würde schwerlich jemand sein humoristisches Krüglein zur Hand genommen haben. Das „Zopfthum" oder der reactionäre Zopf (Codinismo), der dem Italiener so gewiß hinten hing als dem Manne bei Chamisso, wurde Tag um Tag auf die Folter absoluter Witzlosigkeit gespannt, und gab zuletzt selbst beim angestrengtesten Rufen keinen Appell mehr. Mailand hatte seinen Spirito folletto, im Grunde ein sehr behäbiges „Poltergeistchen", dem man aber nicht aus dem Wege zu gehen brauchte. Schon die Art und Weise wie der Spirito folletto sein Erscheinen rechtfertigte, bewies weiter nichts

*) Nicht wenige Briefe und Blätter, vom exclusiv-österreichischen Standpunkt ausgehend, behaupten das Gegentheil.

als den den Italienern eigenenen gänzlichen Mangel an Humor. „In Anbetracht, hieß es, daß seither die Franzosen allein den Ruhm genossen geistreich zu seyn; in Anbetracht daß die freien Italiener in nichts hinter den andern Nationen zurückstehen können; in Anbetracht daß im freien Italien ein humoristisches Blatt allgemeinen Anklag finden muß; in Anbetracht daß die satirische Behandlung lächerlicher Angewöhnungen ganz geeignet ist die Gesellschaft zu heilen und zu bessern; in Anbetracht daß im Gewande des Scherzes sich leicht nützliche Wahrheiten verbreiten lassen, haben wir die Herausgabe dieses Blattes beschlossen. Der Spirito folletto, ein diabolisches, politisches, humoristisches, komisches, kritisches, satirisches, pittoreskes Journal, nimmt keine bestimmte Farbe an, sondern schillert in allen Farben." Diesem witzlosen Witze, jenem berühmten Messer ohne Stiel zu dem die Klinge fehlt, entsprachen die beigegebenen Caricaturen. Auf der ersten sitzt Kaiser Ferdinand mit umgehängter Serviette und Messer und Gabel in der Hand, und ruft seinem recht dumm aussehenden Koch zu: Ci hanno rubato il piatto migliore! die beste Platte (Italien) haben sie gestohlen. Die letzte Nummer stellt Pius IX auf seinem päpstlichen Stuhl dar, wie er die Hände ausstreckt gegen Conservative und Radicale, die ihm gleichmäßig zusetzen. Zur Rechten stehen die gekrönten Häupter mit ihren „Söldlingen", und Kaiser Ferdinand hält dem Papst die Verträge von 1815 entgegen; links der ganze revolutionäre Aufzug, gemordete Kinder, erstochene Weiber, und was sonst noch zu den Barricaden gehört. Unten steht: Non si può sedere su due scranni. Was zwischen diesen beiden Blättern liegt ist meist ein verschlechterter Abklatsch Pariser Witzes, wobei die weiblichen Freiheitshelden, die Vesuviennes, die Hauptrolle spielen. Erträglich wird man bloß die Anspielungen auf die Dandies finden, die am sechsten Schlachttage, d. h. nachdem die Oesterreicher abgezogen sind, in martialischer Tracht bei den Barricaden zum Vorschein kamen.

Im allgemeinen hat keine der italienischen Revolutionen eine so belangreiche Litteratur aufzuweisen wie die mailändische, was sich freilich zum Theil dadurch erklärt daß in Mailand der Buchhandel sehr bedeutend ist und 90 Handlungen zählt. Unter anderm ließ sich auch Cantù, dessen Weltgeschichte soeben die fünfte Auflage erlebt hat, über die „fünf glorreichen Tage" vernehmen: Relazioni e reminiscenze intorno gli ultimi cinque giorni degli Austriaci, ohne jedoch den berühmten Historiker zu beurkunden, als der er im In- und Auslande geachtet wird. Er beschränkte sich darauf Anekdoten außerordentlichen Muthes aus dieser verhängnißvollen Zeit, wie er sie von andern gehört, nachzuerzählen. Weitaus am belangreichsten ist das Werk des Statistikers C. Cattaneo: l'insurrection de Milan en 1848, schon darum weil sich darin die Schwächen der lombardischen Insurrection am besten abspiegeln. Zugleich ersieht man daraus daß die Fürstin Belgiojoso, wenn sie auch den Freischaarenhut trug, von den Personen und Verhältnissen in der Lombardei im Grunde sehr wenig verstand und ausschließlich von den föderalistischen Republicanern, an deren Spitze eben Cattaneo stand, ihre Inspirationen erhielt. Noch standen die Oesterreicher innerhalb des Weichbildes von Mailand, und schon fingen die Parteien ihr Spiel wieder da an wo sie es im Mittelalter gelassen; und es ist nur zu verwundern daß die Kampfslust fünf Tage lang anhielt. Es ging den Mailändern wie weiland dem Wolf von Wunnenstein, der Eberhard dem Greiner, dem er in der Schlacht von Döffingen wacker beigestanden, zurief: Ich stritt aus Haß der Städter und nicht um euren Dank. Einmüthig waren sie nur in ihrem Haß gegen Oesterreich, in Beziehung auf ihre innern Angelegenheiten dagegen bereits abgesagte Feinde. Noch bis zum Jahr 1840 war es in der Hand Metternichs gelegen die italienischen Provinzen mit festen Sympathien an das Kaiserhaus zu knüpfen. Er brauchte bloß sich einigermaßen den Wünschen der höhern Stände willfährig zu zeigen, und statt jenes schneidenden Befehlshabertones der auf alles antwortete: c'est notre bon plaisir, einige freundliche Saiten aufzuziehen. Als Kaiser Ferdinand im Jahr 1838 sich die eiserne Krone der Lombardei aufs Haupt setzte, drängte sich der Adel um die kaiserliche Familie. Eine Nobelgarde wurde errichtet, und von allen Seiten erschienen Wappen und galonnirte Livréen. Allein kaum war die eiserne Krone wieder in ihrem Verschließ zu Monza, kehrte die Regierung zu ihrem alten System zurück. Dadurch wurde es den in Folge der ertheilten Amnestie nach ihrer Heimath zurückgekehrten Verbannten leicht den lombardischen Adel für ihre Plane zu gewinnen. Die eleganten Sitten der Pariser und Londoner Salons gaben ihnen im geselligen Leben einen unbestreitbaren Vorzug, und sie konnten ohne Mühe in den adeligen Häusern unter dem Namen einer nationalen Etikette antiösterreichische Grundsätze verbreiten. Die Damen wagten es nicht mehr mit den hübschen Husarenofficieren zu tanzen, aus Furcht dem von den Tonangebern geleiteten Vehmgericht der öffentlichen Meinung zu verfallen, und kaum durften die Großmütter insgeheim mit den alten Generalen ein Stündchen verplaudern. So war in der Lombardei der Boden bereits sattsam durchwühlt um die durch Pius IX vom päpstlichen Stuhl ausgehenden Reformen in revolutionärem Sinne zu deuten. Zu Anfang Septembers 1847 feierten die Mailänder die Ernennung eines Italieners zu ihrem Erzbischof, und der reiche Adel spendete mit vollen Händen Millionen zu einem Feste das weiter nichts seyn sollte als eine gehässige Demonstration. Abends kam es zu Ruhestörungen und die Polizei machte Gebrauch von ihren Seitengewehren. Von nun folgte 6 Monate lang eine ärgerliche Scene auf die andere; das Militär wurde auf jede erdenkliche Weise insultirt, bis zuletzt der Geduldsfaden reißen mußte. In den ersten Tagen des neuen Jahres hatte die sogenannte nationale Partei durch Anwendung der üblichen Mittel, als da sind Uebertreibung, Aufreizung, Einschüchterung, es dahin gebracht daß kein Mailänder mehr rauchte, um, wie es hieß, dem österreichischen Staatsschatze, außer den von den italienischen Provinzen zu entrichtenden übermäßigen Steuern, nicht auch noch für das Tabaksmonopol die bisher freiwillig entrichtete Summe von 5 Millionen zufließen zu lassen. Rauchten die österreichischen Officiere nach wie vor auf der Straße, so setzten sie sich brutalen Verhöhnungen aus, was einige Officiere auf den nicht sehr glücklichen Einfall brachte eine große Zahl Cigarren unter der Garnison zu vertheilen. Hatten sich bisher die Mailänder damit gebrüstet daß sie nicht rauchten, so durchzogen nunmehr die Soldaten truppweise die Straßen um den Rauch ihrer Cigarren recht offen zur Schau zu stellen. In Folge dessen kam es zu der berüchtigten Cigarrenrevolution, d. h. zu blutigen Raufhändeln, wobei natürlich auch mancher Unschuldige von den ziemlich schonungslos dazwischenfahrenden Soldatensäbeln getroffen wurde. Hatten die Radicalen bei dem Septembertumulte den Massen eingeredet die Sache sey ein von den Behörden abgekartetes Spiel gewesen, so gingen sie nunmehr einen Schrit weiter und behaupteten ganz unumwunden die Teutomanen haben absichtlich das Volk zu Thätlichkeiten gereizt, und ein so ernstgesinnter Mann wie Cattaneo scheut sich nicht ganz kategorisch den Satz hinzustellen, man habe in den Straßen ganze Banden von Sträflingen erkannt von denen die einen Cigarren rauchten, die andern das Militär verhöhnten; ebenso seyen von den ungarischen Grenadieren und den deutschen Dragonern absichtlich nur Kinder, Greise und andere unschuldige Leute getödtet und verwundet worden.

Sofort ward das Standrecht publicirt, und einige von den Häuptern der Oppositionspartei, wie Battaglia, Rosales und Soncino, mußten Laibach mit Mailand vertauschen. Es währte nicht lange so reiste der Vicekönig ab, der vergebens die Mailänder zur Besonnenheit ermahnte und ihre Forderungen in Wien ebenso erfolglos bevorwortete, und mit ihm der Civilgouverneur Graf Spaur, ein allgemein geachteter Mann. Alles ließ auf einen nahen Ausbruch schließen, und der alte Marschall warf der Revolution zum erstenmal den Handschuh hin, indem er in einem Tagsbefehl an seine Soldaten mit den Worten sich wandte: an ihrer Treue und ihrer Tapferkeit werden die Bemühungen des Fanatismus und des treulosen Neuerungsgeistes wie zerbrechliches Glas an einem Felsen zerschellen. Die Nachricht von der Wiener Revolution war das Signal zum Aufstand. An den Straßenecken las man folgenden Aufruf: „Forderungen der lombardischen Italiener. Wir sprechen es einmüthig und friedlich, aber als unsere unabänderliche Willensmeinung aus daß unser Land italienisch seyn will, und sich reif zu freien Institutionen fühlt. Wir verlangen, indem wir Frieden und Brüderlichkeit anbieten, jedoch ohne den Krieg zu fürchten 1) Abschaffung der alten Polizei und Bildung einer neuen, von der Municipalität abhängigen; 2) Abschaffung der Blutgesetze und augenblickliche Freilassung der politischen Gefangenen; 3) eine provisorische Regentschaft des Königreichs; 4) Preßfreiheit; 5) Einberufung der Communalräthe und der Stadtverordneten zur Wahl der Abgeordneten einer in kürzester Frist einzuberufenden Nationalversammlung; 6) eine Bürgerwehr unter den Befehlen der Municipalität; 7) Neutralität und Gewährleistung der Subsistenzmittel für die österreichischen Truppen." Vor dem Stadthause drängten sich die unruhigen Massen, und der Podestà Casati stellte sich selbst an ihre Spitze um dem Vicegouverneur O'Donell die „Forderungen des Volks" vorzutragen. Da alles zugleich in das Regierungsgebäude eindringen wollte, gab die Wache Feuer, worauf in einem Augenblick die beiden Grenadiere getödtet, die übrige Mannschaft entwaffnet, der Palast erstürmt und alle vorgefundenen Actenstücke vernichtet waren. O'Donell ward durch den mit der dreifarbigen Kokarde herbeigeeilten Erzbischof vermocht sich dem Volke zu zeigen, und versprach mit seiner Unterschrift die Abschaffung der seitherigen Polizei und die Errichtung einer Bürgerwehr. Gleichwohl kam es an verschiedenen Punkten zum Kampf, und Radetzky erließ an die Municipalcongregation die Aufforderung die Bürgerwehr sofort entwaffnen zu lassen, widrigenfalls er die Stadt bombardiren und durch alle ihm zu Gebot stehenden Mittel zur Botmäßigkeit zurückbringen werde. Die Municipalität war noch immer für den gesetzlichen Widerstand, und namentlich vertraten Casati und der Graf Vitaliano Borromeo diesen Standpunkt. Allein die radicale Partei handelte, während die Gemäßigten unterhandelten, und wem von beiden in revolutionären Zeiten der Sieg bleibt, ist leicht zu errathen. In dem von Radetzky

über die Vorgänge in Mailand erstatteten Bericht ist davon die Rede die Insurgenten seyen von piemontesischen Officieren commandirt gewesen. Ich habe vielfach Gelegenheit gehabt mich davon zu überzeugen daß dem nicht so war; wohl aber brachte ein von der radicalen Partei niedergesetztes Comité Einheit und Plan in die Bewegungen, und wußte namentlich den von Casati unterstützten Vorschlag eines Waffenstillstandes zu hintertreiben. Die Gemäßigten schoben nicht mehr, sondern wurden geschoben. Am vierten Revolutionstag langte Graf Martini von Turin mit der Erklärung an: Karl Albert werde ohne Verzug den Ticino überschreiten, sobald er von den Mailändern direct um Hülfe angegangen werde. Die Republicaner wollten von einer besondern Aufforderung oder Bitte nichts wissen, und schon damals kam jener Zwiespalt zu Tage der die Betheiligung der Lombardei am Kriege gegen Oesterreich fast auf Null reducirte. Die Gemäßigten wollten sich um jeden Preis dem Sardenkönig in die Arme werfen, während die Republicaner mit allen Mitteln dagegen ankämpften, und den unliebsamen Bundesgenossen nur so lange dulden wollten bis er die Oesterreicher über die Alpen gejagt, um ihn selbst sofort aus seinem Lande zu jagen. Seinerseits erklärte Karl Albert nicht eher nach Mailand kommen zu wollen bevor er die Oesterreicher geschlagen; denn vor einem so tapfern Volke dürfe er nur als Sieger erscheinen. In der von ihm an die Lombarden erlassenen Proclamation findet sich zum erstenmal das verrufene: Italia farà da sè! Mittlerweile hatte Radetzky sich an die Adda zurückgezogen, da es ihm an Lebensmitteln und Munition fehlte; die Mailänder aber meinten, da der Deutsche einmal fort sey, werde er auch nicht mehr wiederkehren, und begnügten sich den Oesterreichern einige Freischaarenzüge nachzuschicken. Es gehört die ganze Verblendung und Selbstüberschätzung der radicalen Partei dazu um sich und andern einreden zu wollen schon damals wären die Freicorps, gut geführt und in Gemeinschaft mit der piemontesischen Avantgarde, im Stande gewesen Radetzky's Armeecorps zu vernichten, was ohne Zweifel mit der Uebergabe von Verona, Mantua, Legnago und Peschiera den Verlust von ganz Italien für den Kaiserstaat zur Folge gehabt hätte. Radetzky war nicht der Mann vor den Freischärlern und einigen Tausend Piemontesen das Gewehr zu strecken: langsam und in bester Ordnung zog er sich zurück, einzelne Abtheilungen der italienischen Armee an sich ziehend, wobei er allerdings erfahren mußte daß mit Ausnahme der vier Festungen das ganze lombardisch-venezianische Königreich in den Händen der Insurgenten war. Die provisorische Regierung in Mailand, die sich aus der Municipalität und unter Casati's Präsidium in der Nacht vom 21 auf den 22 März aus eigener Machtvollkommenheit gebildet hatte und durchaus der gemäßigten Partei angehörte, konnte damals in ihrem officiellen Organ, il 22 Marzo, füglich sagen: „Unser Triumph ist allgemein; die rasche Uebereinstimmung aller Municipalitäten läßt hoffen daß der Sondergeist niemals wieder zum Vorschein kommt."

Allein der alte Municipalgeist war nicht eigentlich verschwunden, sondern hatte sich nur in ein neues Gewand gehüllt. Der von den Radicalen ausgestreute Samen des Mißtrauens schoß zu üppigem Unkraut auf. Die Republicaner schalten von Anfang an den Sardenkönig einen Verräther, mit dem sie nichts, nicht einmal die Gefahren des Kriegs gemein haben wollten; und hinwiederum waren die Anhänger Karl Alberts weit eifriger bemüht den Anschluß an Piemont zu betreiben als den Krieg mit Nachdruck fortzuführen. Eine übermächtige Zeitungslitteratur schürte fortwährend die Zwietracht. Dabei läßt sich übrigens nicht anders sagen als daß die provisorische Regierung durchaus versöhnlich und gemäßigt verfuhr. Selbst Mazzini wurde von ihr auf das schmeichelhafteste willkommen geheißen, zum Theil allerdings weil die Constitutionellen immer noch hofften den gefürchteten Agitator zu den Ihrigen zu zählen. Wer freilich von Mazzini's in London herausgegebener Zeitschrift: Apostolato popolare, die vom 16 Nov. 1840 bis zum 30 Sept. 1843 bestand, auch nur einige Seiten gelesen hatte, konnte sich darüber nicht täuschen daß Mazzini unter seinem einheitlichen Italien weiter nichts als eine socialistische Republik nach dem Geschmack des Pariser Berges verstand. Dadurch unterschied er sich sogar wesentlich von jener andern republicanischen Fraction die in Cattaneo ihren Führer hatte und föderalistischen Ideen huldigte. Die Partei nahm eine offen feindselige Stellung gegen die provisorische Regierung von dem Augenblick an ein wo diese, um dem lästigen Provisorium ein Ende zu machen, durch die am 29 Mai abgehaltenen Urwahlen den Anschluß an Piemont, trotz des Versprechens die Frage a causa vinta auszusetzen, hatte decretiren lassen. Weil Mailand ehedem Sitz des Druidendienstes und Residenz des celtischen Königs Viridomarus war, seine eigene Ambrosianische Kirche erhielt und den deutschen Kaiser bei Legnano schlug, wollten die Radicalen von ihrer Forderung nur von Mailand aus zunächst Oberitalien zu regieren kein Haar breit nachlassen. Man disputirte hin und her, und endete jedesmal damit um die Haut des Löwen sich zu zanken bevor man ihn erlegt hatte. Wahr ist es daß die provisorische Regierung, nach dem Beispiel der französischen, in ihren Maßregeln eben nicht sehr glücklich war. Sie stellte die Auszahlung der Zinsen für die Staatsschuld ein, während sie die Personalsteuer, das Lotto, die Schifffahrts- und Canalabgaben, die Stempelgebühren abschaffte, und den Eingangszoll auf piemontesische Weine herabsetzte. Statt eines verzinslichen Anlehens forderte sie zu freiwilligen Beisteuern auf, die ein paar Millionen einbrachten, jedoch lange nicht ausreichten um die Ausgaben zu decken. Daher nahm man seine Zuflucht zu neuen Steuern, unter welchen eine Erbschaftssteuer, welche ein kleines Vermögen mit 1 vom 1000, ein großes mit 1 von 10,000 belastete. Am bittersten beschwerte sich die Opposition über den Polizeiunfug. Das Spionenwesen soll zu einem unglaublichen Umfang gediehen und namentlich die adeligen Bedienten dazu dressirt worden seyn: man hängte sich an die Reisenden, durchwühlte die Papiere der „Verdächtigen", öffnete auf der Post die Briefe und nahm nach rechts und links Verhaftungen vor; die Mauern bedeckten sich mit erbärmlichen Denunciationen, und es währte nicht lange, so kam es sogar zu thätlichen Insulten. Auch hier wie in Venedig waren die Deutschen am übelsten daran: man verdächtigte sie auf jegliche Weise, hetzte den Pöbel gegen sie auf und nahm sie auf den grundlosesten Verdacht hin in Verwahrsam. Nach der Schlacht von Custozza wurden zwei Bayern verhaftet und auf eine sardinische Festung geschleppt, aus keinem andern Grunde als weil das Gerücht sich verbreitete 20,000 Mann Bayern seyen den Oesterreichern zu Hülfe gekommen. Als die Katastrophe nahte, hielten der Präsident der provisorischen Regierung und einige Mitglieder es für gerathen ihre Stellen freiwillig niederzulegen, und da die Bevölkerung ohne Vertrauen und ohne Leitung war, konnte Karl Albert mit seiner geschlagenen Armee in Mailand nichts ausrichten, auch wenn es wahr wäre was nachher das neuimprovisirte, aus einem General, einem Advocaten und einem Arzt bestehende Vertheidigungscomité behauptete, daß es weder an Lebensmitteln noch an Munition fehlte, und in den Magazinen allein 1,700,000 Patronen vorräthig waren. Die musterhafte Kriegszucht welche die österreichischen Truppen bei ihrem Einzug in Mailand bewiesen, ist über alles Lob erhaben.

Pompeji, Herculanum und Stabiä von Wilh. Zahn.

Dritte Folge, erstes Heft. Berlin bei D. Reimer. 1849.

*** Aus Neapel erfahren wir daß die neuesten Ausgrabungen in Pompeji eine überraschend herrliche Ausbeute geliefert. Bis die uns versprochenen ausführlichen Mittheilungen einlaufen, wollen wir die Leser dieser Blätter an ein Werk erinnern das mehr als jedes andere ähnliche geeignet ist den Reichthum und die Schönheit der aus der Asche des Vesuv neuerstandenen alten Welt anschaulich, vollständig und treu vor die Augen zu stellen. Ich meine das obengenannte Prachtwerk des Professors Wilhelm Zahn in Berlin, des unermüdlichen Forschers und Sammlers im Bauschutt untergegangener Herrlichkeit. Zahn hat zwölf Jahre in Pompeji gelebt, und während dieser Zeit die ausgedehntesten Vorrechte genossen und benützt die dort je einem Fremden oder Einheimischen gewährt worden sind; namentlich war es ihm vergönnt alle Gemälde unmittelbar nach der Ausgrabung über dem Original durchzuzeichnen und zu coloriren, sowie alle Räume und Wände zu vermessen und die Ornamente zu copiren, dazu von Bronzen und andern Sculpturen Gypsabgüsse zu nehmen. Wer sich erinnert wie rasch die aufgefundenen Bilder sich an der Luft verändern, wie vieles nach der Ausgrabung zu Grunde geht, wird den erwähnten Umstand zu würdigen wissen. Die Studien Zahns, soweit sie mir bekannt und in dem genannten Werke niedergelegt sind, zeichnen sich durch eine große Sorgfalt in der Zeichnung und ebenso durch eine glückliche Wahl der Gegenstände aus, so daß Künstler, Archäologen und Kunstfreunde in gleichem Maße vollkommenen Gewinn daraus ziehen können. Ganz besonders aber muß der verschiedenen Behandlung der verschiedenen Gegenstände lobend gedacht werden. Die historischen Compositionen und einzelnen Gestalten womit die Wände der Zimmer gemalt sind, gibt Zahn in einfachen Umrissen, womit in Bezug auf Auffassung, Darstellung und Zeichnung vollkommen Genüge geschieht; um aber auch von der Art und Weise der malerischen Ausführung einzelne Beispiele zu geben, hat er (bereits bei den ersten Heften 1827) den Farbendruck nach eigner Methode angewandt und mit Hülfe desselben den Eindruck einzelner Gemälde vollkommen wiedergegeben. Bewundernswerth ist in dieser Hinsicht unter andern das vierte Blatt im ersten Heft der neuen Folge, das 1833 in der Casa de' Capitelli colorati zu Pompeji ausgegrabene Gemälde der von einem Triton über das Meer getragenen Venus. Aber fast noch mehr möchte man erstaunen über die Vollkommenheit dieser Farbendruckmethode bei den Abbildungen ganzer Wände mit ihrem Reichthum feinster und zartester Ornamente auf blauem, rothem, braunem und selbst auf schwarzem Grunde. Den Freunden der Kunst ist es sicher erinnerlich mit welcher Wärme das Werk Zahns bei seinem ersten Erscheinen von Goethe aufgenommen worden ist, wie er namentlich in den Wiener Jahrbüchern von 1830 (Julius, August, September) über die erste Folge eine ausführliche Abhandlung zu dessen Empfehlung geschrieben. Was unser großer Zeitgenosse von den ersten Heften gerühmt, gilt in höherem Maße von den neuesten Lieferungen, bei denen noch besonders hervorgehoben zu werden verdient daß in der Auswahl Bedacht genommen worden ist die alte Kunst nach möglichst vielen Richtungen gleichzeitig zu verfolgen. Das erste Heft der dritten Folge enthält an bildlichen Darstellungen: die Erziehung des Telephus in Arkadien

(mit zwei Tafeln Durchzeichnungen von Köpfen über dem Original); Venus vom Triton getragen (in Farbendruck); eine große und allerdings sehr wunderliche Jagd, an welcher Löwen in Verbindung mit den Jägern theilzunehmen scheinen; Ankunft der Io in Aegypten, ein complicirtes allegorisches Bild, und Ariadne auf Naxos; an Ornamenten enthält dasselbe einen Fries aus dem Tempel der Isis (Farbendruck); einen Mosaikfußboden (Farbendruck); an Architektur bemalte Säulen und bemalte Stuckgesimse aus verschiedenen Gebäuden. Ganze vollständige Hausanlagen mit der ganzen Ornamentik im Grund- und Aufriß enthalten bereits frühere Hefte. Zahn wird, soviel uns bekannt, den nächsten Winter wieder in Pompeji zubringen, und falls ihm durch die Revolutionen nicht seine alten Wege verschüttet worden, sicher das Wort lösen das am Eingang der neuen Folge steht: die bedeutendsten der während der Herausgabe derselben entdeckten Werke in sie aufzunehmen, wozu wir ihm und uns von Herzen Glück wünschen.

Großbritannien.

Der (vorgestern kurz inhaltlich berührte) Artikel der Times über Rußlands Stellung zur Türkei lautet also: „Einige Wochen mögen vergehen bevor wir über den Eindruck, welchen die entschlossene Haltung Englands und Frankreichs in St. Petersburg und Wien hervorgebracht, authentische Nachricht erhalten. Auch wagen wir nicht mit Zuversicht über den Ausgang dieser Sache zu muthmaßen, da derselbe zunächst von dem Entschluß eines Mannes abhängt, und zwar eines Mannes der zuweilen die Impulse der Leidenschaft stärker auf sich einwirken läßt als die Regeln der Politik. Läßt der Hof von St. Petersburg sich in diesem Falle von dem Urtheil und der Mäßigung leiten die er in den letzten Monaten mehrmals bethätigt hat, und wär' es zugleich gewiß daß der Wille des Souveräns sich von den Berathungen seines Cabinets lenken ließe, so würden wir an einer friedlichen Lösung dieser Frage nicht zweifeln. Aber in den Angelegenheiten Rußlands handelt der Selbstherrscher unmittelbar, und manchmal gewaltsam. Man weiß daß Kaiser Nikolaus seit lange die Auflösung des türkischen Reichs als ein seinem Zugriff näher liegendes Ereigniß betrachtet als seine eignen Minister. Er ist wenig geneigt den offenen Widerspruch von Nationen und Staatsmännern, die er zu hassen oder zu verachten sich lange den Schein gegeben, sich gefallen zu lassen, und dieß zumal auf dem Felde wo sein eigener Einfluß so oft der vorwaltende gewesen. Wiewohl in diesem Fall die Sache warum es sich handelt eines großen Reichs oder eines großen Kriegs unwürdig ist, so ist doch der Funke in die Nähe der stärksten Leidenschaften und des größten Ziels eines russischen Czaren gefallen. Nach einmonatlicher Ueberlegung würde Kaiser Nikolaus anerkennen daß seine Forderungen wegen dieser Flüchtlinge ein grober Uebergriff in die Rechte der Türkei, und er würde zurückbeben vor den unberechenbaren Uebeln die ein offener Bruch über den größeren Theil Europa's herbeiführen muß. Er ist kein Mann verzweifelter oder auch nur verwegener Entschlüsse, und sowie seine Macht unbestreitbar ist, so schien bisher sein Hauptehrgeiz darin zu bestehen sie mit Mäßigung zu gebrauchen. Aber in diesem Fall hat der vom frischen Siege geschwellte Stolz überwogen. Fürst Radziwil ward in einer schlimmen Stunde von Warschau zu seiner anmaßlichen Sendung ausgesandt, und man darf der Stimmung mißtrauen in welcher Fürst Radziwil den Kaiser bei seiner Rückkehr finden mag. Während sonach die Person des Czaren keine bessere Bürgschaft bietet als sie etwa in seiner Bemeisterung eines von Natur heftigen und excentrischen Charakters liegt, wird die Gefahr eines Kriegs noch durch einige politische Momente erschwert. Diese sind zuvörderst der Geist der russischen Armee und des russischen Volks, die Stellung Oesterreichs, und drittens die Unzufriedenheit der christlichen Völkerschaften in der Türkei. Wie groß auch die Rolle seyn mag die der persönliche Charakter und der absolute Wille russischer Souveräne in der Geschichte ihres Reichs gespielt, doch verdanken sie ihre Größe und ihre Macht der Identität zwischen ihren und den politischen Traditionen der Nation. Selbst ihre Leidenschaften schienen die eingefleischten Volksinstincte zu seyn, und wenn sie irgend in Despotenlaune sich gegen den Strom zu stemmen suchten, starben sie den Tod eines Alexis oder eines Paul. Diesen wesentlichen Geist des russischen Reichs, mit seinem barbarischen Vertrauen auf Soldatenmacht, seinem religiösen Fanatismus und seiner Verachtung Westeuropa's, hat Nikolaus emsig gepflegt, und ihm, dürfen wir hinzusetzen, gehorcht. Die Ereignisse der letzten zwei Jahre, die Musterung seiner Heere und der schnelle Triumph in dem ungarischen Feldzug haben diese Gefühle im höchsten Grad erregt. Ein erregtes Rußland athmet Unterjochung der Türkei und Trotz gegen Frankreich. In der Masse der Nation, besonders aber in der Armee und bei den vornehmen russischen Familien würde der Krieg im höchsten Maße populär seyn. Sie harren nur der Stunde und des Mannes um mit ihren Horden vorzubrechen, zu verwüsten, zu unterjochen. Für ihren Enthusiasmus ist es die göttliche Vorsehung selbst die sie führt wenn der Czar das Zeichen gibt, und so innig stark sind diese Instincte daß es möglicherweise leichter ist sie gegen die Welt loszulassen als sie wieder zu zügeln. Das russische Reich hat den Einfluß des Jahrs 1848 empfunden — denn sogar dort steht nichts still — und so könnte der Krieg dazu dienen die schwächeren Gefäße und Glieder dieses kolossalen aber heterogen zusammengesetzten Körpers zu kauterisiren und zu kräftigen. Das innige Bündniß zwischen Oesterreich und Rußland, das sich in Folge des ungarischen Aufstandes angeknüpft, die Lage (weakness) des ersteren Reichs, dessen jetzige Entblößung von der sonst traditionellen Hülfe Deutschlands und Englands, haben den Dingen im östlichen Europa ein ganz neues Ansehen gegeben. Bisher hatte Oesterreich als ein stätiger, wenngleich nicht sehr thätiger, Gegner russischer Vergrößerung gegolten. Es unterstützte die Türkei aus conservativem Grundsatz und aus Territorial-Interesse; ja, es verweigerte sogar sich bei der Emancipation der Griechen zu betheiligen. Dieser Stand der Dinge, sey es zum Guten oder Schlimmen, hat sich nun verändert. Durch seinen ungarischen Feldzug hat Rußland dieß gewonnen daß jener politische und militärische Widerstand erloschen ist,*) der es am meisten in Verlegenheit gesetzt haben möchte wenn Ungarn in seiner Lehenstreue gegen Oesterreich verharrt hätte. Oesterreich selbst, weit entfernt einem Hader mit der Türkei entgegen zu seyn, findet sich nicht wider Willen mit Rußland darein verwickelt. Wenn wir nicht irren, besteht sogar im österreichischen Cabinet eine Partei welcher der Erwerb einiger von serbischen und slawonischen Stämmen bewohnten türkischen Provinzen eine hinreichende Schadloshaltung für Oesterreichs Willfährigkeit gegen Rußland und Ungerechtigkeit gegen die Pforte scheinen würde; denn Jellachich's außerordentlicher Einfluß auf die österreichischen Gränzer ist weit unter die stamm- und religionsverwandten (?) Hirtenvölker der Türkei vorgedrungen. Diese letzte Erwägung berührt den dritten wichtigen Punkt, nämlich die Stimmung der christlichen Bewohner in den europäisch-türkischen Provinzen. Es unterliegt keinem Zweifel daß Rußland dieselben, besonders mit Hülfe der griechischen Kirche, thätigst bearbeitet hat. Der neuliche Kampf in Ungarn regte die Stämme denen die Mehrzahl dieser Rajahs angehört, im tiefsten auf, und es fragt sich ob im Fall einer austro-russischen Invasion diese Bevölkerung der Pforte treu bleiben, oder sich, unter dem doppelten Einfluß der Stammes- und Glaubenssympathie, gegen die osmanisch-mohammedanische Herrschaft erheben würde. Der St. Petersburger Hof weiß das besser als wir. Gewiß hat die türkische Regierung in den letzten Jahren alles gethan ihre christlichen Unterthanen zu gewinnen; aber während die Türkei deren Furcht vor ihr verminderte, wirkte Rußland auf ihren Aberglauben und ihre Hoffnungen ein. Die Besetzung der Moldau und Wallachei hat aber den Ruf der russischen Heere und Agenten nicht verbessert, und so zweifeln wir ob die Einwohner den Zwang eines thätigen und gründlichst durchgebildeten Despotismus den vergleichsweise leicht lastenden, wenngleich rohen Formen der türkischen Regierung vorziehen würden. Wenn es aber je den Russen gelingt die Türken aus Europa zu vertreiben, so werden sie's nur mit Hülfe der eigenen Unterthanen des Sultans vermögen; und diese kriegerischen Stämme der Donau würden dann keinen unbeträchtlichen Zuwachs bilden für die Militärmacht des nordischen Reichs. — Welchen Eindruck nun auch diese Bemerkungen auf diejenigen hervorbringen mögen von deren Handlungsweise der friedliche oder blutige Ausgang dieser Sache abhängt, Englands Volk und Minister haben eine feste Stellung genommen gegen das ungeheure Unrecht womit das osmanische Reich schnöde unter dem schnöderen Vorwande der Verfolgung einer Schaar Flüchtlinge bedroht ist. Nicht der persönliche Werth oder die Verdienste dieser Menschen sind es die uns begeistern sie in ihrem Asyl zu vertheidigen, im Gegentheil, wir haben ohne Erstaunen vernommen daß viele von ihnen ihren früheren Verbrechen und Thorheiten durch Abfall von ihrem Christenglauben die Krone aufgesetzt. Aber, wer sie auch seyn mögen, der Grundsatz des Schutzes politischer Flüchtlinge, und des unabhängigen Rechts der Pforte Schutz zu gewähren oder zu versagen, ist von höherer Wichtigkeit als ein ganzes Heer solcher Flüchtlinge. Wir sind nicht verliebt in die Doctrinen eines Louis Blanc oder Ledru-Rollin, aber würde ein Versuch gemacht sie von Englands gastlichem Herd zu reißen, so spränge jeder Engländer auf zur Vertheidigung eines großen Princips der Nationalehre und des Völkerrechts. Die ungarischen Flüchtlinge mögen Gesetze verletzt haben, aber das entschuldigt nicht eine gröbere Verletzung des Gesetzes behufs der Bestrafung ihres Verbrechens. Die Forderung ihrer Auslieferung ist entweder ein muthwilliger Frevel um geringen Zweck, oder die Maske eines ernstlichern Attentats auf das türkische Reich, welchem Widerstand zu leisten auch bis zum alleräußersten die Regierungen und Nationen West-Europa's fest entschlossen sind."

---

*) Oesterreich hatte und hat, die ungarischen Soldaten ungerechnet, ein Heer von 600,000 Mann auf den Beinen. Und mit einem solchen Heer denkt man sich eine Monarchie von 30 Millionen Menschen als einen Vasallenstaat des nordischen Nachbars! Aber wenn dieser Nachbar Ungarn aufriefe? Das ist gerade als wenn man sagte: aber wenn Oesterreich Polen aufriefe! Könnte Oesterreich dieß weniger als Rußland das erstere?

[3587—92] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kossuth

unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.

gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

[3570] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München, Montag u. Weiß in Regensburg, bei Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der industriöse Geschäftsmann,

oder 375 Anweisungen zur **Fabrikation** vieler Handels-Artikel. Als: **Künstliche Weine, Rum, Aquavite, Essige, Parfümerien, Essenzen und vorzügliche Seifen. — Saft:, Erd- und Lackfarben, Firnisse, Extracte, Chokoladen, Hefen, Mostriche, Stiefelwichsen und Tinten.** Von C. F. Simon Preis **20** Sgr.

Für Materialisten und jeden andern Geschäftsmann ist dieß Buch sehr nützlich.— Durch Anfertigung dieser Fabrikate kann man sich ein starkes Vermögen erwerben.

Auch bei Credner u. Kleinbud in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[3661] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Chemie,

faßlich dargestellt nach dem neuesten Standpunkte der Wissenschaft,

zum

Schulgebrauch und Selbstunterricht

namentlich für

Studirende der Naturwissenschaften.

Von

Dr. Rudolf Wagner.

Erster Theil: Unorganische Chemie.

Mit 73 in den Text eingedruckten Abbildungen.

8. 24 Bog. brosch. 1 Thlr.

Der 2te Theil, organische Chemie, erscheint in einigen Wochen.

[3553] So eben sind in unserem Verlage erschienen:

Geschichte der Methodologie der Erdkunde.

Von Dr. *Joh. Gottfried Lüdde.*

Gr. 8. geh. 25 Ngr.

Ueber Gemeindegüter

und deren Benutzung durch die Mitglieder nach den Bestimmungen der neuen Gemeindegesetze, insbesondere in Württemberg, Hessen und Baden,

nebst beurtheilender Darstellung

des neuen österreichischen Gemeindegesetzes

und einer Abhandlung

über den Nießbrauch am Kur mit bergrechtlicher Einleitung.

Von Prof. Dr. **Jul. Weiske.**

Gr. 8. geh. 25 Ngr.

Leipzig, 1849. J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung.

[3642] In der Nicolai'schen Buchhandlung in Berlin ist erschienen (zu beziehen durch M. Rieger in Augsburg):

Die Blumentreiberei,

oder praktische Anleitung zur Erziehung und Pflege der Gewächse, welche vom Herbst bis Frühling sowohl in Treibhäusern als auch im Zimmer künstlich zur Blüthe gebracht werden können. Nebst einer Uebersicht der bei den Treibgewächsen vorkommenden monatlichen Arbeiten und einer Anleitung zur Aufstellung der Gewächse.

Ein Handbuch für Gärtner und Blumenfreunde,

von **Carl David Bouché,**

Inspector des königl. botanischen Gartens in Berlin.

Mit 4 Kupfertafeln. Geb. Preis $1^{2}/_{3}$ Thlr. oder 3 fl.

Der Inhalt des Buches ist folgender:

Zuerst die Einleitung. Ueber Geschichte, Wesen, Erfordernisse zur Blumentreiberei; über Conservatorien, Treibräume, Blumenhäuser; über die Erwärmung durch Feuer oder fermentirende Stoffe; über den Einfluß von Frost, Feuchtigkeit, Erde, Licht, Schatten, Luft; allgemeine Regeln über Anzucht, Pflege rc.; endlich über Transport.

Dann folgt im zweiten, dem Haupttheile, die Behandlung der einzelnen Arten vor und während der Treiberei. Der Verfasser hat die Pflanzen aus den oben angedeuteten Rücksichten nach den natürlichen Familien geordnet, und durch zwei Register (lateinisch und deutsch) das Auffinden für diejenigen erleichtert, denen die Eintheilung unbequem erscheinen könnte. — Als Anhang sind drittens die Abschnitte: „Uebersicht der monatlichen Arbeiten, Anleitung zur zweckmäßigen und geschmackvollen Aufstellung; Verzeichnisse von Pflanzen die sich zur Anzucht für Blumenhäuser eignen; Verzeichniß von Zierpflanzen" hinzugefügt.

[3583—85] **Für thätige Geschäftsleute**

bietet sich durch den Commissions-Verkauf eines **überall gangbaren** Artikels günstige Gelegenheit zu einem **bedeutenden** Verdienste. Näheres unter B. et H. poste restante **in Mainz (franko).**

Goldene Medaille 1845. (2974—3006) **Brustreiz-Krankheiten.** Silberne Medaille 1845.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Reblinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[3153—58] Bei Ignaz Klang, Buchhändler in Wien, ist so eben erschienen:

Pillersdorf

und

die Wahrheit,

oder

Beleuchtung seiner Rückblicke auf die politische Bewegung in Oesterreich in den Jahren 1848 und 1849.

Von **M. K.**

8. Wien 1849. 32 Seiten stark, brosch. 16 kr. C.-M.

Die vorstehend genannte Schrift beleuchtet mit Schärfe und unverkennbarer Wahrheitsliebe die Pillersdorf'schen „Rückblicke" auf die Revolution des Jahres 1848 und 1849, und weiset den Gang und Verlauf derselben in den unverzeihlichen Verwaltungsfehlern jener neuen Epoche unseres Staatslebens mit großem Freimuth nach. Sie dürfte daher zur Würdigung der „Rückblicke" nicht entbehrt werden können, auch allen eine willkommene Gabe seyn, denen Wahrheit mit Hintansetzung jeder andern Rücksicht das Höchste ist.

[3651] Bei L. Fr. Fues in Tübingen ist erschienen:

Theologische Jahrbücher, herausgegeben von Prof. Dr. Fr. Chr. Baur und Prof. Dr. E. Zeller, Jahrgang 1849. 4tes Heft.

Inhalt: Baur, zur neutestamentlichen Kritik. Uebersicht über die neuesten Erscheinungen auf ihrem Gebiete (Forts.) — II. Zeller, die Apostelgeschichte, ihre Composition und ihr Charakter. Mit Rücksicht auf die neueren Bearbeitungen dieses Gegenstands (Schluß).

Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft, herausgegeben von Beseler, Reyscher und Wilda. XII. Bandes 3tes Heft.

Inhalt: Deutsche Wechselordnung mit Anmerkungen, von Dr. Touchay. — Beitrag zu einem allgemeinen Gesetzbuch des deutschen Privatrechts, von D. B. Platner. — Die Entstehung und Fortbildung der Jury auf englischem Boden, von Prof. R. Köstlin. — Die deutsche Nationalversammlung in Stuttgart und die sogenannte Regentschaft, von Reyscher.

[3649] Im Verlage der J. G. Calve'schen Buchhandlung in Prag ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Betrachtungen

über die

Zeitverhältnisse

insbesondere im Hinblicke auf Böhmen

von

Leo Grafen v. Thun,

aus dem Böhmischen.

5 Bogen in Umschlag geheftet. Preis 30 kr. C.-M. oder $11\frac{1}{4}$ Sgr.

(3594—95) **Stelle-Gesuch.**

Es wird für ein junges gebildetes Frauenzimmer von guter Familie eine Stelle als Vorsteherin einer Haushaltung oder Beschließerin bei einer Herrschaft gesucht, wobei vorzüglich auf gute Behandlung gesehen wird, der Eintritt könnte auf **Mitte November** stattfinden. — Näheres in Anträgen und Auskunft ermittelt die Exp. d. Allg. Ztg.

[3671—73] Aus einer Spinnerei der östlichen Schweiz wäre man geneigt eine Anzahl Baumwollspinnstühle (circa 1200 Spindeln zusammen) nebst nöthigen Vorwerkmaschinen billig zu verkaufen.

Anfragen in Briefen, mit L. H. bezeichnet, befördert Hr. Alb. Heinzelmann in Augsburg.

[3665] Mauriz Buol von Flent, Canton Graubünden, wird hiemit amtlich aufgefordert innert den

vier nächsten Monaten

umsomehr selbst erscheinen oder sich gehörig bei unterzeichnetem Amte vertreten lassen zu wollen, als im Unterlassungsfalle nach Ablauf obigen Termins zur Bereinigung seines Vermögens und sofort zur Befriedigung seiner Gläubiger geschritten wird.

Samaden, den 8 October 1849.

Aus Auftrag der Ortsobrigkeit.

J. Equeder, Amtsammann.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch | Nr. 290. | 17 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Bayern (Kammerverhandlungen. Preußen und die Zollvereinsgelder); Speyer (Bekanntmachung über die in Baden herausgebenen Bayern); von der obern Donau (österreichische Besatzung von Ulm); Rastatt (Standgerichtsverhandlungen); Freiburg (die verhafteten Mädchen); Darmstadt (Assisen); Dessau (die Finanzen); Hannover (Cabinetsrath Rose †.); Schleswig-Holstein (Adresse an den König von Preußen. Eisenbahn nach Lübeck); Wien (Verbindung der österreichischen mit den bayerischen Eisenbahnen. Die englischen Sympathien. Die Steuerausschreibung. Der Lloyd und seine sieben deutschen Volkshäuser); Prag (Kaiser Ferdinand und Erzherzog Albrecht. Nahe Einführung des deutschen Wechselrechts).

Großbritannien. Der Hof. Der neue amerikanische Gesandte. Die Post und der englische Sonntag. Die Revenuen-Tabellen. Bücher-Statistik.

Frankreich. Thiers' Bericht über die römische Frage. Huberts Proceß und Verurtheilung.

Italien. Neapel (das Consistorium); Rom (General Cordova und die Spanier. Die künftige Besatzung Roms. Entdeckte Waffenvorräthe); Modena (Wiederherstellung der freundlichen Verhältnisse zu Toscana).

Schweiz. Die Flüchtlinge. Die Militärcapitulationen.

Türkei. Kossuths Brief an Palmerston.

Beilage. Ein litterarischer Betrug. — Consequenzen des Interim. — Die zweite allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Nürnberg. — Verhandlungen der preußischen Kammern. — Die Neugestaltung Oesterreichs. (IV.) — Schweiz. (Raveaux an den Bundesrath.) — Die Insel Cuba. — Frankfurt. (Feier des Namensfestes Sr. Maj. des Königs von Bayern.) — Athen. (Ankunft der Königin.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London 11 u. 12; Paris, Amsterdam 13; Wien 14; Frankfurt 15; Augsburg 16 Oct.

Deutschland.

Bayern. ‖ **München,** 16 Oct. Die heutige achte Sitzung der Abgeordnetenkammer war zunächst der Beantwortung von Anfragen gewidmet. Professor v. Hermann will Aufschluß: ob das Ministerium noch während dieser Session die Einbringung und das Zustandekommen eines Gesetzes über Wiesencultur beabsichtige? Er begründet durch eine geistreiche Berechnung die Dringlichkeit und Nützlichkeit eines solchen, namentlich indem es die Expropriation für Wiesenbewässerung regle. Ein deßfallsiger Entwurf blieb im Jahr 1846 in der ersten Kammer unbearbeitet. Minister v. d. Pfordten erörtert was bisher in dieser Sache geschehen sey, gibt Hoffnung daß die gewünschte Vorlage noch während dieses Landtags erfolge, verweist aber auf die Schwierigkeit die civilrechtlichen Voraussetzungen festzustellen. Advocat Arnheim nimmt einen seiner Zeit vielbesprochenen Ministerialerlaß, angeblich vom 16 Mai 1849, als Motiv der Frage: welches der Sinn und die Bedeutung dieses Rescripts sey und in welchem Verhältniß es zum Preßedict stehe, indem es die Polizeibehörde anweist gegen die „schlechte Presse" den Art. 6 Ziff. 4 des Gewerbsgesetzes anzuwenden, d. h. unter der Firma Gewerbspolizei eine ungesetzliche Preßpolizei dadurch zu üben daß mit Suspension oder Einziehung der gewerblichen Concessionen wegen mißliebiger Preßerzeugnisse eingeschritten würde. Minister v. d. Pfordten berichtiget Datum und Schlußworte der verlesenen Verordnung und folgert aus den Abweichungen zwischen dieser, wie sie einer Nürnberger Zeitung entnommen ist, und der wirklich erlassenen daß hier ein Verbrechen des verletzten Amtsgeheimnisses vorliege. Die wirkliche Verordnung aber soll sich dadurch rechtfertigen daß auf die gewerbspolizeiliche Einschreitung nur für den Fall eines richterlichen Strafausspruchs hingewiesen sey. Der Interpellant hatte schon früher erklärt daß er nur um den Schein der Gehässigkeit zu meiden und nicht eine Entscheidung durch den Staatsrath zu veranlassen eine förmliche Beschwerdeführung unterlassen habe; er behält sich auf die erhaltene Antwort weitere Antragstellung vor. Fürst Wallerstein wünscht Aufschluß: wann ein Entwurf bezüglich der mehrfach zugesicherten umfassenderen Fürsorge für die Staatsdiener und ihre Relicten zu erwarten sey, und regt an ob nicht die unter seinem Ministerium von Hrn. v. Hermann ausgearbeiteten Entwürfe und Berechnungen über Besoldungs- und Pensionsverhältnisse vorgelegt werden wollten. Minister v. Zwehl verweist mit beidem auf die in Arbeit befindliche Verfassungsrevision. Eine mit Interesse erwartete Interpellation Lerchenfelds bezüglich der Zollvereinsgelder kommt nicht vor. Bürgermeister v. Steinsdorf referirt über einen Antrag Kirchgeßners die Quartierlast der Garnisonsorte betreffend. Hierauf wird zur Berathung jenes bereits mehrerwähnten Gesetzes geschritten, welches die Strafen des bürgerlichen Todes, des Prangers und der Brandmarkung aufhebt. Aus der allgemeinen Discussion ist ein Antrag Arnheims zu bemerken, der die Abschaffung der Todesstrafe, weil und wie sie in den Grundrechten aufgestellt ist, als ersten Paragraph eingeschaltet wissen will. Ministerialrath Molitor erklärt daß die Regierung gegen die Abschaffung dieser Strafe sey, wohl aber durch eine baldige Vorlage jene Fälle reduciren werde in welchen sie zur Anwendung kommen soll. Nachdem sich Tafel und Thinnes für, Lassaulx in gewohnter Manier gegen den Arnheim'schen Antrag erklärt haben, wird dieser vom Antragsteller selbst darum zurückgezogen weil eine ministerielle Vorlage und zugleich die Initiative der Kammer zu gewärtigen sey. Das Gesetz selbst wird nach einer bloß die pfälzische Gesetzgebung berührenden Debatte unverändert und einstimmig angenommen. So hätten wir denn endlich den ersten Gesammtbeschluß beider Kammern über eines der vielen vorgelegten Gesetze. Wegen vorgerückter Tageszeit, 1¾ Uhr, wird die Berathung des auf der Tagesordnung stehenden Gesetzes über Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer auf übermorgen vertagt.

e **München,** 16 Oct. Die bereits mehrfach in den Zeitungen zur Frage gekommene Nachricht von der Zurückhaltung der jüngsten für Bayern fällig gewordenen Zollvereins-Einnahmen-Rate in Berlin ist zwar nicht ganz ungegründet, die Zurückhaltung scheint aber, soviel ich vernehmen konnte, vorerst nur angedeutet worden zu seyn. Wäre wirklich ein derartiger officieller Act geschehen, so würde dieser meines Erachtens in ganz Bayern gegen Preußen ebenso sehr erbittern als er nach juristischen Begriffen unerklärlich wäre, da Ersatzforderungen wegen des Einmarsches der preußischen Truppen in die Pfalz noch nicht einmal angemeldet seyn sollen, viel weniger also liquid sind.

Speyer, 12 Oct. (Die bayerischen Staatsangehörigen in Baden.) So eben wird folgende Bekanntmachung des Commandirenden des k. bayerischen Armeecorps in der Pfalz, Fürsten Thurn und Taxis, veröffentlicht: „Der commandirende General in der Pfalz hatte es sich nach der von Sr. Maj. dem König ertheilten Vollmacht zur besondern Pflicht gemacht diejenigen kgl. bayerischen Staatsangehörigen welche in Folge der Kriegsereignisse in Kriegsgefangenschaft kamen, von der großherzoglich badischen Regierung zu reclamiren, damit sie vor ihre ordentlichen Gerichte gestellt werden, namentlich aber den Standgerichten in Rastatt nicht mehr anheimfallen. Auf Befehl des Großherzogs von Baden ist nunmehr durch Rescript vom 9 l. M. die Zusicherung dieses Ansuchens ertheilt worden, und der Commandirende beeilt sich die Namen derjenigen Gefangenen bekannt zu machen welche demnächst den Boden der Pfalz wieder betreten werden, und spricht das Vertrauen aus es werde diese nach der väterlichen Willensmeinung Sr. Maj. unsers allergnädigsten Königs durchgeführte Maßregel wesentlich zur Beruhigung dienen und von allen treuen Pfälzern mit gebührendem Dank anerkannt werden." (Das Verzeichniß zählt nun 164 lauter der Pfalz Angehörige auf, welche aus Rastatt, Freiburg und Mannheim demnächst in Germersheim eintreffen werden.) (Bamb. Z.) „Das Verfahren der bayerischen Regierung in dieser Angelegenheit, „bemerkt dazu der Nürnb. Correspondent", verdient die vollste Anerkennung und wird ihr gewiß weit mehr Sympathien in Bayern und Deutschland erwerben als alle Augsburger Centraluntersuchungsgerichte es je vermöchten!"

Württemberg. * **Von der obern Donau,** 15 Oct. Wie mit großer Bestimmtheit versichert wird, sollen dermalen schon sehr weit gediehene Verhandlungen zwischen den betreffenden Regierungen stattfinden, um einen Theil der württembergischen Besatzung von Ulm durch österreichische Truppen zu ersetzen, und demzufolge einige Infanteriebataillone und mehrere

mobile Batterien von den in Vorarlberg gesammelten Truppen dorthin zu verlegen. Abgesehen von politischen nahe liegenden Motiven, die es Oesterreich wünschenswerth machen müssen sich auch an der Ulmer Friedensgarnison mit mehr als einigen hundert nur zum Festungsdienst bestimmten Artilleristen zu betheiligen, dürfte eine solche Abänderung der seitherigen Bestimmungen ganz im Interesse des württembergischen Militärbudgets liegen, weil die Besetzung der fertigen Werke und der Schutz des vorhandenen bedeutenden Materials schon jetzt einen weit größeren Präsentstand der württembergischen Truppen erfordern als in jenem Budget für die Wintermonate in ruhigen Zeiten vorgesehen, und wie ein solcher in den andern württembergischen Garnisonen dermalen fast schon überall eingetreten ist. Noch mehr würde sich dieser Uebelstand bemerklich machen wenn Württemberg erst den vollen Präsentstand seiner Ulmer Besatzung — mehr als 3000 Mann — aufstellen müßte. Durch einen Vertrag mit Oesterreich würde es auch möglich werden in Oberschwaben, z. B. in Ravensburg rc. Garnisonen aufzustellen, deren seitheriger Mangel an den dortigen verschiedenen Gränzen sich bei den Unruhen der neuern Zeit sehr fühlbar gemacht hat.

Gr. Baden. ÷ **Rastatt,** 14 Oct. Eine in ihrer Art merkwürdige Verhandlung fand gestern vor dem Standgerichte statt, weniger durch die Stellung der Angeklagten oder die Art der Anklage und Vertheidigung, als weil sie uns eines der vielen Räthsel der letzten Revolution vor Augen führte und weil die Entscheidung des Gerichtes in den traurigen Blättern der hiesigen Verhandlungen unerhört war. Ein Scharfschütze des ersten Regiments, Gerhard, von Rintheim, saß auf der Anklagebank, der nicht nur in gewöhnlicher Weise gut beleumundet war, sondern voriges Jahr öffentliche Belobung erhalten hatte weil ein Ingenieurofficier durch seine aufopfernde Entschlossenheit vor Mißhandlungen der Festungsarbeiter gerettet worden war. Jetzt war er angeklagt und durch Zeugen überwiesen einer der rasendsten unter jenem Haufen gewesen zu seyn, welcher in der Mai-Revolution den Unterofficier Rinckleff, aus falschem Verdachte daß ein Kanonier von ihm verwundet worden sey, eine Stunde lang mit Todesdrohungen ängstigte und mit Fäusten und Faschinenmessern bis aufs Blut mißhandelte; es lag die Anschuldigung gegen ihn vor daß er die Soldaten in ihrem meuterischen Treiben — nach der Offenburger Versammlung — bestärkt und Officieren die bedrohlichen Worte zugerufen: „Jetzt sey es anders, jetzt müssen sie, die bisherigen Befehlshaber, gehorchen." Neben ihm saß ähnlicher Vergehen wegen Soldat Doll vom ersten Regiment auf der Bank der Angeklagten. Unter den Zeugen war Oberlieutenant Miller für Gerhard so sehr entlastend daß er aussagte, dem Angeklagten habe er damals sein bedrohtes Leben anvertraut, und dieser habe gesagt: „Nur über seinen Leib gehe der Weg zu seinem Lieutenant." Auch lag sogar ein unverdächtiges Zeugniß für die anfängliche Absicht des Angeklagten den Unterofficier Rinckleff zu schützen vor. War nun dieses alles Verstellung, oder verstellte er sich nur zu der guten, oder nur zur bösen Seite seines Treibens; geschah letzteres aus Furcht vor seinen schon bis zur Raserei aufgeregten Cameraden, oder wurde auch er von der plötzlichen geistigen Trunkenheit jener Tage für Augenblicke ergriffen? Das sind nun Fragen welche der öffentliche Ankläger, Hofgerichtsrath Amman, sämmtlich zu Ungunsten des Angeklagten, aber leidenschaftslos und in strenger Consequenz beantwortete, deren genaue Prüfung wir in der sonst sehr warmen Vertheidigung des Hrn. Adv. Krämer lieber gewünscht hätten als den vergeblichen Kampf gegen die Einzahl der Zeugnisse, wo es sich weniger um Reden als um Thatsachen handelte. Als das Gericht sich zurückzog, glaubten wir mit der Mehrzahl der Zuhörer, der Antrag des Anklägers auf zehnjährige Zuchthausstrafe würde genehm gehalten werden. Da erfuhren wir, nach längerer Berathung habe das Gericht erkannt Soldat Gerhard sey durch Erschießen vom Leben zum Tode zu bringen, Soldat Doll hingegen zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Der Vertheidiger legte Verwahrung gegen den Spruch ein und eilte sogleich nach Karlsruhe, wo die Sache dem Kriegsministerium vorgelegt werden muß, weil das Erkenntniß nicht einstimmig und das eine höher gegriffen war als der Staatsanwalt beantragt hatte.

Mannheim, 13 Oct. Der Demonstrationen gegen die standrechtliche Erschießung des Valentin Streuber von hier gab es verschiedenartige. So wurde unter andern an das Local der Standgerichtssitzungen ein großes Placat mit der Aufschrift „Rache" angeklebt. Streuber nutzte seiner Partei noch im Tode, er starb, das Niederknien ablehnend, mit einem Muthe der die Ueberzeugung des Proletariers von der Gerechtigkeit seiner Sache nun vollends unerschütterlich machte. Der Funken glüht noch überall unter der Asche und droht bei dem geringsten Windhauche zur Flamme emporzulodern; selbst im Oberland, obgleich sich dessen Bewohner an der letzten badischen Revolution im ganzen weniger betheiligten als das Unterland, herrscht noch meistens ein starrköpfiges Festhalten an den einmal in succum et sanguinem übergangenen revolutionären oder republicanischen Ideen, und die Reorganisation des Heers und Verlegung desselben in preußische Festungen dürfte noch lange nicht ausreichend seyn den revolutionären Geist in dem badischen Volk in Bezug auf die kommende Generation zur vertilgen. (So schreibt die Frankfurter O.P.A.Ztg.)

Freiburg, 12 Oct. Es dürfte interessant genug seyn das Schicksal der 11 Jungfrauen von Ufhausen, welche durch ihre Verzierung der Gräber der erschossenen Freischärler und die hierauf erfolgte Verhaftung einen selbst über die Gränzen unseres engern Vaterlandes reichenden Namen sich erworben haben, auch in seinem weitern Verlaufe kennen zu lernen. Drei von ihnen wurden in den ersten 24 Stunden wieder entlassen, vier wurden mit 14tägiger und vier mit 24tägiger Haft im bürgerlichen Gefängniß bestraft. (Freib. Z.)

Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht stand am 12 October der Apotheker Saul von Thiengen, angeklagt als Agent der provisorischen Regierung die Postwagen visitirt und zum bewaffneten Widerstand gegen die Truppen aufgefordert zu haben, und noch ganz besonders gravirt durch seine Betheiligung an einem Executionszug gegen die treugebliebene Gemeinde Oberalpfen. Das Urtheil lautete, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, einstimmig auf 10 Jahre Zuchthaus.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 13 Oct. Mein letzter Bericht über die Thätigkeit der Assisen unserer Provinz Starkenburg gedachte der Aburtheilung der Anklage gegen den Redacteur der „Neuen deutschen Zeitung", Dr. Lüning, wegen Verletzung der Amts- und Dienstehre des Ministers Jaup. Drei Tage darauf, am 8 d. M., beschäftigte den Gerichtshof und die Geschwornen eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, indem der Angeklagte, ein Obersteuerbote, den nun verstorbenen Großherzog, den Erbgroßherzog (den jetzigen Regenten) und dessen Gemahlin durch Beschuldigung der Verprassung rc. der Staatsgelder öffentlich in der Gaststube geschmäht haben sollte. Die Geschworenen sprachen das Schuldig aus, worauf der Angeklagte, dem Milderungsgründe zur Seite standen, in eine Correctionshausstrafe von sechs Monaten verurtheilt ward. Gestern wurde eine zweite Anklage wegen Majestätsbeleidigung vor dem sehr zahlreich versammelten und zum Theil sehr gewählten Publicum verhandelt. Ein junger Mann, Accessist Dr. jur. Robert Schmidt, war angeklagt, bei einer Volksversammlung am 18 Mai d. J. den Großherzog wegen Erlassung einer Ansprache an das zur Besetzung der Gränze nach Baden hin beorderte Militär geschmäht, namentlich ihn für den Fall daß diese Ansprache ächt sey, einen Volksverräther genannt zu haben. Die Verhandlung dauerte bis zum späten Abend und endigte mit dem: Nichtschuldig, das die Geschworenen aussprachen, und somit der Freisprechung. Der Vertheidiger suchte auszuführen daß der Angeklagte nicht in dem Bewußtseyn gehandelt habe daß die Ansprache von dem Regenten herrühre, vermuthet habe daß sie untergeschoben sey. Außerdem machte er geltend daß die den Gegenstand der Beschuldigung bildenden Ausdrücke nicht als bewiesen erschienen, indem die Zeugen sich widersprächen. Allerdings ließen die Zeugenaussagen kein klares Bild erkennen, so daß die Geschworenen wohl der Meinung waren ihnen sey der zur Ueberzeugung führende Beweis nicht geliefert.

H. Anhalt. **Dessau,** 8 Oct. Die Finanzen des Herzogthums stehen so schlimm nicht, da dem gestern mit dem Staatsanzeiger veröffentlichten Finanzetat für das Rechnungsjahr vom 1 Jul. 1849/50 zufolge, nach Deckung sämmtlicher Ausgaben noch ein Reservefonds von etwa 56,000 Thlr. übrig bleibt. Die Deputation welche die Domänen, Forsten rc. für den Herzog ausmitteln und abschätzen soll, ist zusammengetreten. Sie besteht aus acht durchaus conservativen Mitgliedern, die vom Herzog, vom Landtag und vom Herzog von Bernburg als Agnaten gemeinschaftlich ernannt sind. (Ztg. f. Nordd.)

K. Hannover. **Hannover,** 12 Oct. Der Geheimecabinetsrath Rose, erst seit kurzem in die Hauptstadt seines Heimathlandes aus einer Verbannung zurückgekehrt welche ihm die Adelspartei zur Strafe für seine Mitwirkung am Staatsgrundgesetz auferlegte, ist heute im Alter von zweiundsechzig Jahren plötzlich gestorben. Er hinterläßt seinen Kindern den schönen Namen eines Mannes dessen Liebe zum Land, dessen strenge Redlichkeit von allen, außer dem Adel, anerkannt wurden. Ein rühmliches Blatt in der Geschichte von Rose's öffentlicher Thätigkeit ist der Vertrag zwischen Hannover und Bremen über den Bau von Bremerhaven, den er verhandelte und zum Abschluß brachte. Es ist ihm die Verletzung speciell hannoverischer Interessen bei diesem Vertrag vorgeworfen, aber mit Unrecht; er hat wie dem norddeutschen Handel überhaupt, so auch vielen gewerblichen Interessen, namentlich dem Schiffbau, dem Absatz landwirthschaftlicher Producte in der Provinz Bremen wesentlich dadurch genügt daß er den Anerbietungen Bremens nicht starren Particularismus entgegensetzte. (Weser Ztg.)

Schleswig-Holstein. Flensburg, 9 Oct. In diesen Tagen wird von hier ein Protest an die Statthalterschaft gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von Seiten der Landesverwaltung abgehen. Der Protest hat etwa 600 Unterschriften. Die Adresse an den König von Preußen hat zwischen 6 bis 700 Unterschriften. Wir dürfen nicht wagen die Adresse öffentlich auszulegen, weil sicherem Vernehmen nach im stillen Jagd darauf gemacht wird, und noch vielweniger dürfen wir öffentliche Versammlungen zu diesem Zweck anstellen. So weit ist es also mit uns gekommen daß die loyalsten Kundgebungen deutscher Gesinnung an den König von Preußen von dessen Commissär, dem Grafen zu Eulenburg, unterdrückt werden. (Nordd. fr. Pr.)

Altona, 11 Oct. In der gestern Abend stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung von Rath und Stadtverordneten ist in Folge eines Antrags des Hrn. Sieveking, bezüglich auf die Anlegung einer Eisenbahn zwischen hier und Lübeck, die Absendung einer Deputation nach letzterem Ort zur Förderung dieses Projects beschlossen worden. Wenn man bedenkt daß Dänemark wegen seines Sundzolls an dem Nichtzustandekommen dieser inländischen Verbindung der Ost- und Nordsee alles Interesse hat, indem es bisher sogar die Anlegung einer Chaussée verhinderte, so dürften hier auch die Folgen der preußischen Politik in Schleswig-Holstein materiell hervortreten. Solange die gegenwärtige Connivenz gegen Kopenhagen fortdauert, wird die Bahn sicher nicht zu Stande kommen.

Oesterreich. **Wien,** 13 Oct. Die Ostdeutsche Post fährt fort die strengen Regierungsmaßregeln in Ungarn zu beklagen. Die dreizehn Executionen in Arad haben ihren Ton nur noch trüber gestimmt. „Dreizehn Officiere an einem Tage hingerichtet — ein furchtbares Wort. Und doch müssen wir vom humanen wie vom politischen Standpunkt diese Collectiv-Execution vorziehen dem Einzelnrichterthum, das in kleineren Dosen jedem Tag seinen Todten liefert. Die bösartigen Theile der Gesellschaft werden durch den Anblick so vieler Leichen wahrlich um nichts gebessert, und die edlen Theile derselben werden zu einer Pein verurtheilt die sie wenigstens nicht verdienen. Dieß ist es was wir unsern leitenden Staatsmännern zu berücksichtigen geben möchten, denn wahrlich die öffentliche Moral gewinnt nichts durch die fortgesetzten Schauspiele dieser Art — von andern Dingen nicht zu sprechen." Auch die „Presse" kommt heute noch einmal auf die Todesurtheile zurück. Sie führt eine Stelle aus dem Handschreiben des Kaisers an den Fürsten von Warschau vom 22 Aug. an, worin es heißt: „Ohne Zweifel, Hr. Feldmarschall, würde ich, wenn ich dem Triebe meines Herzens folgen könnte, einen undurchdringlichen Schleier auf die Vergangenheit werfen, und mich mit Aufsuchung der geeigneten Mittel beschäftigen um die blutigen Wunden zu heilen welche der gottlose Aufstand dem unglücklichen Ungarn schlug. Es ist mir jedoch unmöglich zu vergessen daß ich in Berücksichtigung der übrigen Völker heilige Pflichten zu erfüllen habe, und daß mir das allgemeine Wohl meines Reiches Verpflichtungen und Rücksichten auferlegt die ich nicht aus den Augen verlieren darf." Und fährt dann fort: „Wir haben jetzt das volle Verständniß dieser wehmüthigen, schon am 22 Aug. geschriebenen Worte erlangt. Schon am 22 Aug. war es im Rathe des Monarchen beschlossen nicht den undurchdringlichen Schleier der Gnade und der Verzeihung, die in dem Herzen des Kaisers mit den gebieterischen Forderungen „heiliger Pflichten gegen die übrigen Völker" Oesterreichs stritten, auf die Vergangenheit zu werfen. Und so mächtig machten sich diese Forderungen geltend daß die Vermittelung des Kaisers von Rußland schweigen mußte, zu welcher (nach den Worten des kaiserlichen Manifestes) „das ungarische Heer seine Zuflucht nahm, um bei dem rechtmäßigen Herrscher großmüthige Verzeihung zu erbitten." Die volle Strenge des unerbittlichen Gesetzes hat gewaltet. Das Verbrechen welches den 6 Oct. 1848 befleckt, ist durch eine Hekatombe gesühnt, der Feuerbrand, den jener dies nefastus über Oesterreich warf, am 6 Oct. 1849 mit dem Herzblut der Männer gelöscht welche „den gottlosen Aufstand" führten. Möge der Genius unsers theuren Vaterlandes die Entscheidung gelenkt haben, als sie die „Triebe des kaiserlichen Herzens" verstummen und nur die politischen Maximen sprechen ließ!"

Einen sehr bemerkenswerthen Aufsatz bringt heute der Lloyd, aus Zürich datirt, über die Stellung der englischen Presse zu den ungarischen Angelegenheiten. Wir haben es kürzlich schon einmal hervorgehoben daß man zu Wien das Spiel Englands durchschaut. Der nachfolgende Brief, den wir in seiner ganzen Ausdehnung mittheilen, wird keinen weiteren Zweifel mehr darüber zulassen. „Zu den uneigennützigsten Verbündeten, beginnt er, die Kossuth in Europa hatte, gehörten ohne Zweifel jene Organe der englischen Presse die ihre Inspirationen in der Downingstreet, oder in der Teleky-Pulszky'schen Geldbörse hatten, wie der Globe, der Examiner und Daily News. Ihre ganze Beweisführung lief auf den Satz hinaus: daß Ungarn unabhängig werden müsse um ein Markt zu werden für englische Waaren. Sie berechneten bei Heller und Pfennig wie viel in Manchester und Birmingham zu gewinnen wäre, wenn man von Theben bis Orsowa sich in englischen Kattun kleidete, mit englischen Klingen schnitte, englisches Leder zu Tschismen verarbeitete. Sie dachten Ungarn alle Segnungen einer brittischen Handelscolonie zu, wie Portugal dieselben im reichsten Maße genießt, sahen im auswärtigen Amt schon die Federn gespitzt zur Unterzeichnung eines zweiten Methuenvertrags, und träumten vielleicht bereits von einem zweiten Gibraltar im adriatischen Meer. Venedig eine Niederlage für englische Schmuggler, Triest zu Grunde gerichtet,*) Fiume der Stapelplatz für den magyarisch-brittischen Handel — welche Aussichten für brittisches Capital und brittische Industrie! Da lohnt sichs wohl der Mühe dem calumniare audacter, semper aliquid haeret mit freudigster Bereitwilligkeit nachzukommen: falsche Bulletins und Proclamationen zu fabriciren, Sympathie-Meetings zusammenzutrommeln, und sich in staatsrechtliche Erörterungen zu vertiefen, deren Verfasser sich allzusehr bemühten den Splitter im Auge Oesterreichs zu entdecken, als daß sie den Balken im eigenen Auge hätten wahrnehmen können. Sonst mußten sie ja einsehen daß alle die Gründe welche sie für die Trennung Ungarns von Oesterreich vorbrachten, weit besser auf England und Irland paßten — auf Irland das durch Abstammung und Religion der großen Mehrzahl seiner Bewohner und durch mehr als dreihundertjährige Mißverwaltung und Tyrannei der abscheulichsten Art England weit mehr entfremdet ist, als dieß Oesterreich und Ungarn je waren. Freilich war eine solche Logik von den Lobrednern und Söldlingen eines Staatsmannes nicht zu erwarten der bei seiner Politik dem Grundsatz huldigt daß ausgepreßte Citronen wegzuwerfen seyen; der den Opfern seiner diplomatischen Ränke das brittische Gebiet verschließt wenn sie dort Zuflucht suchen; der in Sicilien das Trauerspiel von Parga erneuerte, und auf den jonischen Inseln mit Pulver und Blei, mit Ruthen und Galgen abwehrt was er anderswo zärtlichst in Schutz nimmt. Freilich war eine solche Aufrichtigkeit kaum zu erwarten im Land des Cant und der Inexpressibles, in einem Lande wo liberalste Aufklärung und verstocktestes Vorurtheil so unvermittelt einander gegenüberstehen, daß das Organ der religiösen und politischen Vollblutorthodoxie seinen gläubigen Lesern die ungarischen Wirren als einen Kampf darstellen konnte zwischen Protestantismus und Papstthum! Dieß that in vollem Ernst der hochtoryistische Standard, der, gestützt auf die Berichte irgendeines Agenten der Londoner Bibelgesellschaft, die österreichische Regierung mit Nero und Diocletian in eine Reihe stellte, und im Calvinisten Kossuth, der mit den ungarischen Reichskleinodien ein abgöttisches Spiel trieb, und den Namen der Schutzpatronin des Landes auf ähnliche, sehr unprotestantische Weise mißbrauchte wie einst Don Carlos einen Helden des protestantischen Glaubens, in seinen selbsüchtigen und verderblichen Entwürfen die Sache der Gewissensfreiheit verherrlichte. Diesen Schutzrednern der magyarischen Revolutionspartei bleibt nunmehr, nach dem gänzlichen Schiffbruch ihrer Lieblinge, nichts übrig als sich an den Rettungsbalken anzuklammern den ihnen die von brittischer Diplomatie bestens ausgebeutete türkische Starrköpfigkeit darbietet. Diese Starrköpfigkeit mag theilweise aus achtungswerthen Beweggründen entspringen. Die philanthropischen Redensarten aber womit man sie an der Themse beschönigt, würden wohl verstummen wenn es sich um die Auslieferung eines Wolfe Tone, eines canadischen oder ostindischen Agitators handelte, und Widdin in der Nähe von Dublin, Montreal oder Calcutta läge. Die öffentliche Meinung Europa's wird sich dadurch nicht täuschen lassen, denn hinter einem scheinbar edlen Zweck versteckt sich bloß der Wunsch die Sammlung von Feuerbränden zu vermehren welche die „liberale", „uneigennützige" und „christliche" Politik des gegenwärtigen brittischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten bereit hält um sie bei günstigem Anlaß ins Nachbarhaus zu schleudern. Mazzini und Consorten haben ihre Aufgabe in Italien für jetzt vollbracht; der Graf von Montemolin schwebt als Damoklesschwert über Spanien; Ledru-Rollin und Louis Blanc, die Bewohner von Claremont, und der Prätendent welcher einst auf Belgrave-Square Hof hielt, lassen sich gegen Frankreich benützen; die Flüchtlinge von Widdin aber sollen, in London gesammelt, Oesterreich im Zaum halten. Dann braucht Se. Lordschaft wie sein Vorgänger Aeolus-Canning bloß ein Wort zu sprechen um die Stürme zu entfesseln, und nimmt, cuncta supercilio movens, auf dem Thron in Downingstreet die Huldigungen des Weltalls in Empfang."

Seit zwei Tagen (so sagt ein vom 11 Oct. datirter Wiener Brief der Deutschen Ztg. aus Böhmen) befindet sich in unsern Mauern eine Deputation angesehener Industriellen aus Gratz, um dem Handelsministerium die Bitte zu unterbreiten daß die Erbauung einer Eisenbahn aus Steiermark nach Salzburg in Angriff genommen werde. Der jetzige Zeit-

*) Es ist ein oft wiederholtes Wort von E. v. Schwarzer daß bei dem nächsten europäischen Krieg Triest zuerst von den Engländern angegriffen werden würde.

punkt scheint uns hiezu eben nicht der günstigste, da das Ministerium den neuesten Berichten zufolge andere nicht unbedeutende Eisenbahnbauten für das Jahr 1850 im Sinne führt. Es ist natürlich für den Augenblick von weit größerem Interesse den Verkehr nach Süddeutschland zu beleben und zu diesem Zweck die österreichischen Eisenbahnen mit den bayerischen in Verbindung zu bringen. Sind einmal auf diese Weise die natürlichen Hindernisse beseitigt und der Verkehr mit Innsbruck und Salzburg lebhafter geworden, so ergibt sich dann die Verbindung Salzburgs mit der Südbahn von selbst, und der Ausgangspunkt des europäischen Handels — das adriatische Meer — ist Deutschland näher gebracht worden.

Wien, 14 Oct. Die Steuerausschreibung hat die Aufmerksamkeit unserer großen und kleinen Politiker von den traurigen ungarischen Ereignissen etwas ab- und dieser Lebensfrage zugelenkt. Es ist für die Staatsgläubiger Oesterreichs von höchster Wichtigkeit wenn die Regierung durch eine weise Benützung der Kräfte des Volkes die Einnahmen erhöht und mit den Bedürfnissen des Staats ins Gleichgewicht bringt. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist es interessant die Gründe zu prüfen welche gegen die Ausschreibung der Steuer vorgebracht werden; denn darüber ist wohl keine Meinungsverschiedenheit daß Oesterreich verhältnißmäßig gering besteuert war, nur die Competenz der Regierung wird nach Maßgabe des §. 121 der octroyirten Verfassung bestritten. Für die Regierung blieb jedoch kein anderer Ausweg als entweder den Reichstag sofort einzurufen um sich diese Steuern bestätigen zu lassen, oder das neue Anlehen so zu benützen daß die unermeßlichen Auslagen auch ohne Steuererhöhung gedeckt werden sollen. Wie die politischen Verhältnisse der Monarchie gegenwärtig beschaffen sind, gehört eine sofortige Einberufung des Reichstags in das Reich der Träume. Hr. v. Kraus hat es daher vorgezogen sich gewissermaßen an den Patriotismus der Steuerpflichtigen zu wenden und hat seine Maßregeln hoffentlich mit klarer Einsicht durchdacht. Der Aufschlag wird übrigens nicht so drückend seyn und doch den Staatsschatz um mehrere Millionen bereichern. Auch im Unterrichtsministerium herrscht eine lobenswerthe Thätigkeit. Die Einführung der Honorargelder wird einerseits viele unberufene Individuen von den Studien entfernen, und andrerseits aber auch die althergebrachte Autorität gewisser Professoren erschüttern und auf das Aufblühen tüchtiger Privatdocenten gedeihlich einwirken. Sonst war es Brauch und Sitte daß der Sohn des geringsten Beamten — und wenn er auch kein Fünkchen Talent besaß — studiren mußte, weil er durch den Stand des Vaters von der Bezahlung des Schulgeldes befreit war. Vierzehn Jahre lang mußte ein solches Individuum sich plagen um das Beamtenproletariat zu vermehren, während er sonst ein tüchtiger Handwerker geworden wäre. Der heutige Lloyd fühlt sich von der Kritik der Allg. Zeitung verletzt. Gestatten Sie einem Ihrer Leser ein einfaches Wort darauf. Der Standpunkt der in Oesterreich sehr gelesenen Allg. Ztg. ist — so haben wir ihn stets aufgefaßt — keineswegs der eines Parteiblattes, sondern vom universellen Gesichtspunkte soll dieses Organ die Personen und Ereignisse der Zeit auffassen und dem spätern Geschichtschreiber ein charakteristisches Bild der jeweiligen Zustände vorführen. Diese Aufgabe hat Ihre Zeitung für Oesterreich zu erfüllen, und unter Ihrem zahlreichen Lesekreise wird gerade diese Anforderung in Vordergrund gestellt. Die Parteien kommen und gehen; die Geschichte bleibt um jeder ihr Recht widerfahren zu lassen. In ähnlicher Weise wie jetzt der conservative Lloyd Ihr Blatt angreift, wurde es im vorigen Jahre von den Radicalen angegriffen, und doch haben spätere traurige Ereignisse gar manche Ansichten und Voraussagungen der Allg. Ztg. nur zu sehr bestätigt.

Wir unsererseits wollen sehen was wieder in Jahresfrist von den Ansichten des „Lloyd" über die parlamentarischen Bedürfnisse Deutschlands übriggeblieben seyn wird, oder ob alsdann sein Vorschlag von sieben Volkshäusern ernsthaftere Aufnahme findet als er bis jetzt gefunden. Die Allg. Ztg. kann da wo die Besten des Volks in ihren Meinungen über den constitutionellen Ausbau auseinandergehen, die beiderseitigen Meinungen hören, und das Auseinanderfallen der Parteien in sich selbst hat gezeigt daß sie recht gethan; aber die Allg. Ztg. hat festgehalten an den Versprechungen welche Deutschland, Oesterreich einbegriffen, gemacht worden. Sie hat das nicht, wie der Lloyd in seiner feinen Manier, als „Geschmacksache" behandelt. Auch wird der Lloyd für diesen seinen Geschmack nicht Eine Stimme in der Allg. Ztg., noch überhaupt in der deutschen Journalistik, ein einziges subventionirtes Blatt ausgenommen, gefunden haben. Der Lloyd ist voran unter den österreichischen Journalen die Einen Reichstag predigen, in welchem der Walache neben dem Lombarden, der Tiroler neben dem Magyaren sitzen soll, und in welchem der Deutsche nur den fünften Theil der Monarchie repräsentiren wird. Aber die dreißig bis sechsunddreißig Millionen Menschen rein deutscher Stämme, die sich in Einem Parlament vereinigt gesehen, in einem Parlament mit dem auch das österreichische Cabinet noch nach dem Manifest von Kremsier verhandelte, diese Deutschen Eines Sinnes, Eines Strebens, Eines Bildungsgangs will der Lloyd zerschlagen in sieben Volkskammern! Er trete einmal, wenn wieder ein Reichstag versammelt wird, mit diesem seinen Vorschlag in die Räume des Saals, ja er trete damit auch nur in den nächsten besten deutschen Landtag, und er wird sehen wie es ihm ergeht, wenn er dem Volke, wie zum Hohn, einen Stein statt Brod bietet. Freilich hat ein Blatt das sich die schwere Aufgabe gestellt, in dem Kampf zwischen Nord und Süd, zwischen Oesterreich und Deutschland vermittelnd aufzutreten, eine undankbare Rolle, fast so undankbar als die ganze Stellung von Bayern und Schwaben selber ist. Unendlich leichter wäre es den Kopf blind in den Sack dieser oder jener Partei zu stecken, die nächste Strecke vorwärts zu rennen, alle Mittheilungen vom Occident und Orient aber nach dem „Geschmack" der Redaction zuzuschneiden, mit dem Vorbehalt, wie die Parteien es gethan, den äußern Nothwendigkeiten sich zu beugen, wenn die Grundsätze an den Felsen der Ereignisse zerschellen. Haben wir das neue Deutschland aufgerichtet auf den von den Fürsten im Angesicht der heiß erregten Völker zugeschwornen parlamentarischen Grundlagen, dann werden die Parteien, wie in Großbritannien, wie in den Vereinigten Staaten in große bleibende Gestaltungen sich bilden, und die Presse wird ihr fester Ausdruck seyn. Bis dahin werden die Wasser noch chaotisch durcheinanderbrausen, aber über den schwankenden Wogen werden allen, die Ein Deutschland wollen, an Ein Deutschland glauben, unverrückbare Sterne vorschweben. Und diese Sterne werden die Streitenden vereinigen und die für den Augenblick Ermatteten zu dem Siege führen, bei dem, wir hoffen zu Gott, auch Oesterreich uns zur Seite stehen wird, wie an dem Tage dessen erschütterndes Gedächtniß morgen wiederkehrt.*) Darüber mag der Lloyd, der, wir wiederholen es, kein Herz für unser Volk hat, seinen wohlfeilen Spott ausgießen; die Zukunft, vielleicht eine nahe, wird entscheiden wo die Wahrheit liegt.

Prag, 10 Oct. Aus glaubwürdiger Quelle erhalten wir die Mittheilung daß das durch Abgeordnete aller Staaten des damaligen deutschen Bundes im Jahr 1847 zu Dresden vereinbarte allgemeine Wechselrecht nächstens bei uns als provisorisches Gesetz eingeführt werden wird; die Beziehungen unsers Handelsstandes zu den benachbarten Vereinsstaaten erhalten dadurch eine höchst erfreuliche Sicherheit und Erleichterung. In den hiesigen Tagsblättern wurde vor einiger Zeit die Ansicht ausgesprochen daß sich für unsere Beamten in Ungarn bedeutende Aussichten eröffnen. Dieses bestätigt sich jetzt, indem, wie wir erfahren, das Ministerium des Innern an unsere Landesregierung die Weisung ergehen ließ, dieselbe möge jene politischen Beamten welche sich für höhere Dienstposten in Ungarn eignen und dahin zu gehen entschließen, namhaft machen. Gefordert wird von den Candidaten nebst der praktischen Verwendbarkeit die Kenntniß der ungarischen oder romanischen Sprache, oder wenigstens einer der in Ungarn landesüblichen slavischen Mundarten. Die für Ungarn bestimmten Beamten würden dann unter der unmittelbaren Leitung des bevollmächtigten kaiserlichen Civilcommissärs zeitlich verwendet werden, um mit den Bedürfnissen des Landes und den Grundsätzen welche in dieser Beziehung die Regierung leiten, vertraut zu werden. (Prager Ztg.)

Prag, 12 Oct. Se. Maj. Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna sind gestern Abend angekommen. Se. k. k. Hoh. Erzherzog Albrecht ist gestern Mittags von Wien wieder hieher zurückgekehrt. — Zum Decan des juridischen Lehrkörpers wurde Hr. Gubernialrath Schnabel, zum Pro-Decan Hr. Prof. Nowak gewählt. (Prager Ztg.)

Großbritannien.

Wir haben Londoner Blätter vom 11 Oct., hingegen fehlt die Post vom 12. Das Wetter auf dem Canal war sehr stürmisch.

Die Meldung daß der Hof bereits von der Insel Wight nach Windsorschloß übergesiedelt, war unrichtig. Da neuerdings in dem Städtchen Windsor mehrere Cholera-Todesfälle vorgekommen, wurde der Umzug noch vertagt. Zwar ist auch Cowes, der Hauptort jener Insel, von der Seuche nicht ganz verschont geblieben, aber Osborne-Haus liegt von demselben ziemlich entfernt, während das Schloß von Windsor unmittelbar an das Städtchen stößt. Uebrigens läßt die Cholera mehr und mehr nach, und in London selbst ist sie am Erlöschen.

Der Plan der Regierung der Empfehlung Rowlands Hills gemäß wenigstens halbwegs eine Sonntagspost einzurichten (s. Nr. 281 der Allg. Ztg. Beilage) erhält die Polemik der hochkirchlichen Presse wach, und bereits haben mehrere Versammlungen frommer Seelen gegen diese angebliche „Sabbathschändung" stattgefunden, so am 11 Oct. in der Freimaurer-Taverne eine unter Vorsitz des bekannten Lord Ashley, welcher, neben der religiösen Seite der Frage, besonders hervorhob daß, während alles geschehe um die Arbeitszeit in den Fabriken zu verkürzen, ein früheres Schlie-

---

*) Wenn heut ein Geist herniederstiege!... Uhland.

ßen der Kaufläden zu veranlassen und den arbeitenden Classen den Genuß frischer Luft am Sonntag zu verschaffen, es ganz unbillig seyn würde den ohnehin sehr angestrengten Beamten und Dienern der Post ihren Sonntag zu nehmen. Indessen will die Regierung hierin einen gewissen Turnus eintreten lassen.

Von Slough, der dem Städtchen Windsor bisher nächstgelegenen Station der großen West-Eisenbahn, ist jetzt eine Zweigbahn bis dahin angelegt, welche auf die Hauptstraße von Windsor mündet, wo ein prächtiger Stationshof erbaut ist. Diese drei engl. Meilen lange Zweigbahn läuft größtentheils auf einem eleganten Viaduct, und die mit einem 187 Fuß breiten Bogen die hier noch schmale Themse überspannende Brücke, nach einem Bauriß von dem Ingenieur Brunel, wird viel bewundert. Für königliche und überhaupt Extra-Bahnzüge ist ein Seitenschienenweg angelegt, der Slough nicht berührt. Die ganze Entfernung von London bis Eton-Windsor (denn die berühmte Schule Eton ist nur durch den Fluß von Windsor getrennt) beträgt 21 engl. ($4^3/_4$ deutsche) Meilen.

Der vertagte Bigamie-Proceß der Mistreß Heald (Lola Montes) ward am 8 Oct. vor dem Polizeigericht in der Malborough Straße wieder aufgenommen. Die beiderseitigen Anwälte erschienen, und Hr. Clarkson, der Sachwalter der Klägerin (Miß Heald), war großmüthig genug sich eine nochmalige Hinausschiebung des Rechtstreites gefallen zu lassen, ohne auf Verfall der eingelegten Bürgschaftssummen und ein Contumaz Urtheil anzutragen, wogegen der Anwalt der Beklagten, Hr. Bodkin, versprach die „Gräfin" wo möglich zur Stelle zu bringen. Letztere treibt sich mit ihrem Gatten, wie es scheint, in Frankreich herum.

Die vierteljährlichen Tabellen über die Staatseinkünfte sind jetzt erschienen. Die Gesammteinnahme für das am 10 Oct. abgelaufene Quartal beträgt 13,896,894 Pf. — 281,384 Pf. mehr als in dem entsprechenden Vierteljahr 1848. Das Einkommen für das ganze Jahr beläuft sich auf 49,480,267 Pf. — 235,571 Pf. mehr als im vorigen. Die Zunahme trifft auf die Rubriken: Accise, Stempel, Einkommensteuer und Postgefälle; hingegen in den Zöllen und den gewöhnlichen directen Steuern zeigt sich ein Ausfall von 165,810 Pf. St. Dieser Umstand veranlaßt die Protectionistenblätter, trotz jener Gesammt-Mehreinnahme, den Stand der Revenuen als einen ungünstigen zu schildern, und neuerdings das Freihandelsprincip als ein verkehrtes anzufechten.

Statistik und Geologie sind die wissenschaftlichen Steckenpferde der Engländer. In dem letzten amtlichen Bericht über die öffentlichen Bibliotheken in England ist ganz genau ausgerechnet daß das Verhältniß der Bücher zur Bevölkerung in den europäischen Staaten sich also stelle: auf den brittischen Inseln und in Holland treffen auf je 100 Einwohner nur 53 bis 63 Bücher; in Rußland und Portugal 76 bis 80; in Belgien, Spanien und Sardinien ungefähr 100; in Frankreich 129; in den italienischen Staaten 150; in Oesterreich und Ungarn 167; in Preußen 200; in Schweden und Norwegen 309; in Bayern 339; in der Schweiz 350; in Dänemark 412; in den kleineren deutschen Staaten 450. Wenn Bücher allein die Bildung und Tüchtigkeit eines Volks bedingten, wäre hiernach England schlimmer daran als Rußland, Portugal und Sicilien; auch ermangelt Daily News nicht seinen illitteraten Landsleuten eine scharfe Strafrede zu halten. Indessen sind einige der obigen Zahlenverhältnisse wohl sehr problematisch. (Bayern steht, wie man sieht, unter den höchstbebücherten Staaten.)

⁑ Wir erhalten eben noch eine Londoner Abendzeitung vom 12 Oct. Hr. Abbott Lawrence, der neue Gesandte der Vereinigten Staaten, ist in London angekommen. — Garibaldi wird in London erwartet.

Frankreich.

Paris, 13 Oct.

Das ministerielle Organ la Patrie meldet: „Lord Normanby und Lord Brougham haben sich heute morgen (12 Oct.) nach dem Elysée begeben, wo sie eine Conferenz mit dem Präsidenten der Republik hatten. Wir glauben zu wissen daß die russische und österreichische Frage der Gegenstand dieser Conferenz war."

Die Samstagssitzung der Nationalversammlung ist dem alten Brauch gemäß dem Anhören von Berichterstattungen über Petitionen gewidmet, die wie gewöhnlich so ungesalzenen Inhalts sind daß sie durch die Tagesordnung beseitigt werden. Dieses Geschäft war beendigt als Hr. Thiers seinen Bericht über die römische Frage auf dem Bureau niederlegte. Es geschieht nur selten daß diese Berichte mündlich vorgetragen werden, aber in diesem Fall rief man von allen Seiten: „Lesen Sie! Lesen Sie!" Man hörte nun daß über die Creditforderungen sich keine Schwierigkeiten erhoben, daß es aber scheine man habe sich das Wort gegeben bei dieser Gelegenheit die Expedition selbst, ihre Beweggründe und Folgen zu prüfen. Die Commission sey auf diese Ideen eingegangen. Als der Papst das Werk der Reformen in seinen Staaten begonnen, sey es mit dem Beifall aller verständigen und freisinnigen Männer geschehen, gleichwohl auch mit dem Wunsch daß nie die Gränzen der constitutionellen Monarchie möchten überschritten werden. Leider sey eine Faction in Italien gewesen die ihre Leidenschaften über Wahrheit und Gerechtigkeit gesetzt, sich der Verhängnisse des Landes bemächtigt und es in den Abgrund gestürzt, Bevölkerungen die sich nicht über den Gedanken der Municipalfreiheit erheben, zur Republik getrieben habe. Oesterreich habe gewaffnet, sich der Lombardei bemächtigt, Rom bedroht. Die italienische Freiheit sey in einer Gefahr geschwebt wie nie. Da habe sich Frankreich entschlossen die Trümmer zu retten, das zerrissene Gleichgewicht herzustellen. Alle katholischen Mächte hätten die Expedition mit ihren Wünschen begleitet, mehrere sich mit den Waffen beigesellt. Frankreich habe sie in dreifachem Interesse unternommen, im Interesse Frankreichs, der Christenheit und der Freiheit, habe Oesterreich nicht die Sorge überlassen können in Italien alles zu ordnen, habe als eine Macht ohne dortigen Territorialbesitz überhaupt sich in einer Lage größerer Unparteilichkeit befunden und darum als geeigneter widerstreitende Interessen zu lösen. Wenn jetzt über die erhaltenen Resultate ein Geschrei entstehe, wenn geklagt werde Frankreich habe für Rom nicht genug Freiheiten erlangt, so sey das eben ein Anerkennen daß fremde Einflüsse gegen die französischen kämpfen, aber all die Vorwürfe von Verfassungsverletzung fallen in nichts zusammen, Frankreich habe durch seine gebrachten Opfer das Recht des Rathes erworben und es mit Mäßigung gebraucht um in den heiligen Vater zu dringen seine ersten Eingebungen nicht zurückzunehmen. Ein Motuproprio sey erschienen, und die Commission in ihrer überwiegenden Mehrheit betrachte es als einen Act zu dem sie sich Glück wünsche. Das Motuproprio enthalte ein Ganzes von Gesetzen die den Römern eine liberale Regierung sichern. Diese Gesetze seyen angekündigt, das Wort Pius IX genüge. Frankreich habe den heiligen Vater wieder auf seinen Thron einsetzen, mittelst weiser Concessionen seine Regierung mit dem gesunden Theil der römischen Bevölkerung versöhnen wollen. Ein Theil der Aufgabe sey gelungen, auch der andere werde erfüllt werden. Hr. Thiers wurde während seines Vortrags häufig von der Oppositionsseite durch Aeußerungen des Unwillens, den Ausruf: der „Capuziner" u. dgl. unterbrochen. Aber es scheint nicht daß die Sache jetzt mehr der Regierung ernste Schwierigkeiten machen wird. La Patrie zeigt mit größter Befriedigung die Ankunft des Genie-Obersten Leblanc mit Depeschen des Generals Rostolan für die Regierung an, wornach die Aufreizung der Gemüther unter der römischen Bevölkerung sich gänzlich gelegt haben soll.

Die zweite Sitzung des Staatsgerichtshofs (11 Oct.) wurde mit dem Zeugenverhör ausgefüllt und dieses beendigt. Huber hatte jetzt Hrn. Buvignier, vormaliges Mitglied der Nationalversammlung, zum Sachwalter gewählt, aber die Vorladung Raspails und Blanqui's konnte auch er nicht erlangen, obgleich der Generalprocurator Baroche erklärt hatte daß er nicht weiter entgegen seyn wolle, sondern dem Ermessen des Präsidenten es anheimstelle. Letzterer hielt die Anwesenheit der beiden Verurtheilten weder für nothwendig noch sich für befugt sie herbeizurufen, da durch Art. 269 des Strafverfahrens der Präsident nur zur Zeugenvernehmung von Personen ermächtigt sey welche über den Thatbestand Aufschlüsse geben könnten, während es sich im vorliegenden Fall um eine außerhalb der Anklage liegende Beschuldigung handle. Huber ließ sich diesen Bescheid gefallen, und bat nur die Geschwornen darauf zu achten daß es nicht seine Schuld sey wenn nicht alles geschehe was zur Aufklärung einer feigen Verleumdung dienen könne. Von den Zeugen die nun aufgerufen wurden, machten die meisten sehr unerhebliche Aussagen, zwei ausgenommen, Hrn. Buchez, Präsidenten der Nationalversammlung am Tag des Attentats, und Hrn. Monnier, Secretär der Polizeipräfectur unter Caussidière. Ersterer bemerkte wie er den Angeklagten zum erstenmal nach den Februartagen auf dem Stadthaus gesehen, und wie das was er jetzt über ihn anzugeben habe mehr zu dessen Entlastung seyn werde. Beim Einbruch in den Sitzungssaal, fuhr er fort, sah ich ihn auf der Tribüne, ich sagte zu ihm: Huber, Sie sind kein Feind der Nationalversammlung? — Nein. — Machen Sie daß diese Leute hinausgehen, und wenn Sie es nicht vermögen, so suchen Sie zu machen daß man mich hinausjagt (tachez de me faire mettre à la porte). Da schwang er denn das Papier auf welchem geschrieben war: Auflösung der Versammlung. Ein Mensch näherte sich mir und sagte: Entfernen Sie sich, Sie haben nichts mehr hier zu thun. Angerührt hat er mich nicht, und es ist nicht wahr wenn es hieß er habe mich am Kragen gepackt, aber gestoßen von hinten wurde ich. Was Huber anlangt, so ist er nicht auf die Tribüne gestiegen, ich glaube es wäre ihm schon wegen eines Fußübels physisch unmöglich gewesen. Präsident: Wie beurtheilen Sie Hubers Beweggründe bei seinem Benehmen? Hr. Buchez: Ich gestehe daß ich glaube es war ihm eingegeben durch die Worte die ich zu ihm sagte, Worte die in meiner Pflicht lagen. Denn ich mußte sehen was draußen vorging, und ohne daß es schien

ich leide Gewalt konnte ich nicht fortkommen. Dieses Zeugniß erregte steigendes Staunen. Huber: Ich hatte einen Anschlagzettel auf dem Bureau genommen, er kam von einer Gruppe, ich weiß nicht wer ihn geschrieben hat, aber ich habe keine Eingebung empfangen. Ich bin meiner eigenen Bewegung gefolgt um das Leben der Repräsentanten zu retten, denn so schlecht zusammengesetzt nach meiner Meinung die Versammlung war, so achtete ich in ihr den Ausfluß des allgemeinen Stimmrechts. Präsident, gegen den Zeugen: Hr. Buchez, Ihre Worte haben wohl Ihre Gedanken nicht recht ausgedrückt? Der Zeuge wiederholte seine Aussage, indem er hinzufügte: Ich weiß gewiß daß es sich um eine bloße Emeute handelte, und daß wenn ich durch meine verfügbaren Mittel die Versammlung anderswo zusammenbrachte, ich ihr alle ihre Gewalten und ihre ganze Autorität zurückgeben konnte. Huber, mit großer Lebhaftigkeit zu Buchez: Halt, das fordert eine Erklärung. Nein, Sie haben mir die Idee der Auflösung der Versammlung nicht eingegeben. Ich hatte in dem Saal sagen hören: Nehmen wir unsere Flinten und wehren uns. Laviron, der auf der Tribüne war, sagte zu mir: Sey ruhig, die Bajonnette kommen nicht, sieh da ist ein Gegenbefehl. Ich ging hinaus und hörte Generalmarsch schlagen. Dann kehrte ich zurück. Ich war überzeugt daß Buchez uns täuschte, und diese Ueberzeugung hat nicht wenig beigetragen mich zu bestimmen die Auflösung auszusprechen, denn ich bin immer mit dem Volk gewesen, habe immer für es gehandelt. Ich hatte einige Worte geschrieben um die Auflösung zu erklären. Ich protestire daher höchlich gegen die Aussage des Hrn. Buchez. Nein, Sie haben mir die Auflösung nicht gerathen, nein Sie haben mir nicht die Worte gesagt die Sie angeben, denn wenn Sie diese Worte gesagt hätten, so wäre es für Sie eine Schmach. Ich hätte sie nicht angenommen, ich hätte sie gerügt, weil man bei Ihren Verrichtungen Würde haben muß. Und heute möchten Sie als ein Mitschuldiger erscheinen um sich zu rechtfertigen. Die Wahrheit ist, sehen Sie, Sie haben sich schuldig gefühlt vor dem Volk, und darum haben Sie sich entfernt. Aber ich nehme diese Mitschuld nicht an, ich nehme die Worte nicht an die Sie sagten, einmal weil sie falsch sind, und dann weil man sie nicht zugeben kann ohne die Würde des Präsidenten der Nationalversammlung zu beschimpfen. Eine lange Aufregung folgte im Saal auf diese Apostrophe. Der Generalprocurator Baroche theilte diesen Eindruck, er sagte: In diesem Fall wäre der Präsident Buchez sicherlich der einzige Repräsentant gewesen der verlangt hätte vor die Thüre gesetzt zu werden. Der Generaladvocat de Royer verlas das Sitzungsprotokoll vom 15 Mai aus dem Moniteur. Hr. Buchez: Ich wiederhole was ich zu Bourges sagte: Ich habe keine der Gewaltthätigkeiten, keine der Drohungen gesehen deren Gegenstand ich gewesen seyn soll. Ich wurde von niemand im Gesicht berührt, nicht auf meinem Lehnsessel herumgestoßen, ich konnte es auch nicht, da der Sessel am Boden befestigt ist. Was ich zu Huber sagte kann er vielleicht nicht gehört haben, aber ich mußte es anführen weil es die Wahrheit ist. Nun so geht's: der Angeklagte fällt über den her der die Wahrheit sagt, und die Staatsanwaltschaft auch. Hr. v. Royer: Die Staatsanwaltschaft fällt über niemand her. Hr. Baroche: Der Bericht des Moniteurs ist nicht bloß das Werk der Stenographen, er wurde von den Repräsentanten, den Mitspielenden und Zuschauern jener Scenen selbst verfaßt. Huber: Sie handelten ohne Zweifel aus einem für mich wohlwollenden Gefühl. Sie sagten zu sich: Wenn man annimmt Huber habe auf meinen Rath gehandelt, so wird er freigesprochen. Hr. Buchez: Erlauben Sie, ich habe Ihnen nicht gerathen die Versammlung aufzulösen. Ich habe mich aufgeopfert. Ich habe verlangen müssen aus der Versammlung hinauszukommen, damit ich die öffentliche Macht wieder finden und sie im Interesse der Ordnung verwenden konnte. Nicht minder pikant war der Auftritt des andern Zeugen, des Hrn. Monnier. Er erzählte wie er mit Caussidière, seinem Jugendfreund, mit Cahaigne, Sobrier und einigen andern Bekannten nach der Februarrevolution auf der Polizei nach den sie betreffenden Acten gesucht, und wie Caussidière bei dem Fund der ihn betreffenden Papiere ausgerufen: „Ich weiß nicht ob ich wache oder träume. Da hat man mein Ganzes gekannt, man hat mein Innerstes, selbst mein Bett durchstöbert.“ Bald brachte eine sorgfältige Untersuchung der Papiere sie auf die Spur daß kein anderer als ein Schriftführer Caussidière's selbst der verrätherische Kundschafter war. Acht Tage lang sah dieser Mensch Caussidière ins Gesicht, ohne daß dieser etwas merken ließ. Erst als man den Brief mit seinen Dienstanerbietungen hatte, kam es zu einem Vorhalt bei welchem er zuerst seine Unterschrift läugnete, endlich aber, von Angstschweiß bedeckt, umsank und alles gestand, nur um sein Leben bat. Es war die Geschichte Delahodde's, aber der Zeuge hatte vermieden den Namen auszusprechen, so daß man glauben konnte Huber sey gemeint. „Aber sagen Sie doch einmal den Namen!“ rief dieser ungeduldig. „Er hieß Delahodde. Ich bin 14 Jahre im Gefängniß gesessen, wie hätte ich Caussidière's Bett durchstöbern können?“ Hr. Monnier blieb indessen bei seinem frühern Zeugniß in Betreff der Briefe von Huber die er in Händen gehabt und gelesen habe, gab jedoch zu daß er dessen Handschrift nicht kenne, und daß Caussidière selbst in einem Schreiben vom 2 März 1849 sich darüber folgendermaßen äußert: „Vor meiner Abreise nach London hast Du mir von Briefen Hubers gesprochen. Sie werden von ihm nicht abgeläugnet. Er hat sie geschrieben um sich bei seiner Versetzung von einem Gefängniß ins andere das Entkommen zu erleichtern.“ Huber selbst verwarf diese Deutung, er suchte zu zeigen daß die ganze Sache eine böswillige Erfindung sey, um auf seine Kosten den Angeklagten in Bourges ihre Lage zu verbessern. Daher, behauptete er auch, habe namentlich Caussidière sich alle Mühe gegeben ihn in London zurückzuhalten, und da das Comité ihm 2 Pf. St. Reisegeld bewilligt hatte, den Beitrag schmälern wollen. Anderthalb Pfund sey genug um nach Paris zu kommen, soll er gesagt haben. Bei diesem Widerspruch der Angaben drängt sich von selbst die Frage auf: warum versäumt man es sich nicht authentische Aufschlüsse von der Polizei zu verschaffen, die Acten über Huber kommen zu lassen? Der Angeklagte selbst hatte wiederholt dieses Verlangen gestellt, und vom Generalprocurator zur Antwort erhalten er habe sich an die Polizeipräfectur gewendet, aber es finden sich dort keine solche Acten vor. Für die Unschuld Hubers beweist nun freilich dieser Umstand, streng genommen, nichts, weil nicht anzunehmen ist daß die Polizei so unklug wäre Leute die ihr geheime Dienste leisten nachher der Verachtung preiszugeben. Die Plaidoyers erforderten noch eine Sitzung. Huber, der sich in sehr ausführlicher Rede selbst vertheidigte, legte keinen Werth darauf seine Schuld bei dem Attentat zu vermindern sondern nur, wie er sagte, sich gegen seine eigenen politischen Freunde eine Ehrenrettung zu verschaffen, und verlangte zuletzt selbst das Maximum der Strafe. Er wurde mit einer Mehrheit von 23 Stimmen (es sind 36 Geschworne) schuldig erklärt und zur Deportation, d. h. lebenslänglichem Einsperrung mit bürgerlicher Tod, verurtheilt.

Italien.

In dem am 28 Sept. zu Portici abgehaltenen geheimen Consistorium promovirte Papst Pius: zum Erzbischof von Gran in Ungarn den Bischof von Fünfkirchen Monsignor J. Scitowsky. Zum Erzbischof von Lemberg (lat. Ritus) den hochwürdigen Don Lucas Baraniezki. Zum Bischof von Arethusa (in partibus) den Dr. theol. Canonicus und Auxiliar im Erzbisthum Köln, J. A. F. Baudry, zum Bischof von Rieti den bisherigen Bischof von Forli, Monf. Carletti. Den Bischof von Bova (Neapel), Monf. B. Rozzolini, zum Bischof von Caserta. Sein Nachfolger in Bova wurde der Erzpriester zu Mileto Don P. Taccone. Zum Bischof von Beza (Portugal) den bisherigen Bischof von Funchal, Monf. R. Cerveira y Souza. Zum Bischof von Nusco (Neapel) den Decan der Kathedrale zu Bova, Don J. Antelitano. Zum Bischof von San Marco und Bisignano (Neapel) den Dr. beider Rechte und Seminardirector zu Chieti, Don L. Parlatore. Zum Bischof von Fossano (Piemont) den Pfarrer in Turin Don L. Fantini. Zum Bischof von Bobbio (Piemont) den Provincial des Minoritenordens in Genua Pater Giuseppe Baggi. Zum Bischof von Orleans den Canonicus an der Pariser Metropolitane Monf. F. F. Dupanloup. Zum Bischof von Poitiers den Generalvicar des Bischofs von Chartres Monf. F. Pie. Zum Bischof von Wilna den Dr. theol. und Diöcesanpriester C. Wotonczewsky. Zum Bischof von Braganza und Miranda den Dr. und Prof. der Theologie Pereira Ferraz. Zum Bischof von Angola (Afrika unter Portugal) den Dr. utr. juris und Priester im Benedictinerorden J. Moreira Reis. Zum Bischof von Caradro (in partibus) den Auxiliar des Bischofs von Popayan (Neu-Granada) Don Elia Puyana. Zum Bischof von Doris (in partibus) den Visitator des Hospitals degl' Incurabili zu Neapel, Don A. De-Simone. Zum Bischof von Ortosia (in partibus) den Canonicus bei der Metropolitane in Neapel Marchese De-Bisogno. Zum Bischof von Capernaum (in partibus) den Erzpriester zu Gaëta Don F. Cammarota. Den Metropoliten in Gran und Lemberg verwilligte der heil. Vater das erzbischöfliche Pallium.

Nach Angabe des Pariser Blattes L'Ordre wäre der heil. Vater in Portici dergestalt mit ehrender Aufmerksamkeit von Seite der neapolitanischen Regierung umgeben, daß sie fast wie eine polizeiliche Ueberwachung aussieht. Der Papst könne keinen Fuß aus seinem Palaste setzen ohne daß sich eine Ehrenwache in Bewegung setze. — In Rom ließ General Rostolan, nachdem die von ihm gesetzten 24 Stunden zur Ablieferung versteckt gehaltener Waffen verstrichen, in verdächtigen Häusern Durchsuchung halten, wobei man sehr beträchtliche Waffenvorräthe gefunden haben soll.

Der Messagero von Modena verkündigt daß, nachdem der Großherzog von Toscana alle mit den Rechten des Herzogs von Modena unverträglichen Ansprüche aufgegeben, die freundlichen Verhältnisse zwischen den beiden Regierungen wieder hergestellt sind.

Schweiz.

△ **Bern**, 13 Oct. Der deutsche Particularismus zeigt sich auch unter den hiesigen Flüchtlingen darin daß der Plan aufgetaucht ist unter den einzelnen deutschen Landsmannschaften Comité's zu gründen, welche alle zu Gebote stehenden Mittel anwenden sollen um aus ihrer speciellen Heimath mehr Geldbeiträge für die Flüchtlinge zu erhalten und dieselben dann auch nur unter diejenigen zu vertheilen für welche sie bestimmt sind. Nächste Veranlassung zu diesem Vorhaben ist, wie es scheint, die bisherige ungleichmäßige Vertheilung der aus Deutschland geflossenen Unterstützungssummen, und hieran ist der Mangel eines Centralcomité's Schuld. Diesen Uebelstand zu beseitigen und eine durch Niedersetzung von landsmannschaftlichen Comité's entstehende Zersplitterung zu verhindern sind die nöthigen Einleitungen getroffen worden, daß vielleicht schon in dieser Woche ein besonderes Centralcomité für die ganze Schweiz niedergesetzt oder eines der bestehenden Localcomité's hiefür bezeichnet wird. In der letzten Zeit hat man mit großer Freude die Bemerkung gemacht daß nicht bloß die demokratische Partei in Deutschland, sondern auch deren Gegner in der Milderung des Elends der unglücklichen Verbannten ihre hülfreiche Hand bieten und nicht unbeträchtliche Summen in die Schweiz schicken. Möchten sie in dieser Handlungsweise fortfahren, denn großes Elend ist zu mildern. Jüngst schrieb einer Ihrer Correspondenten aus Rastatt: „Es sind 40 Flüchtlinge aus der Schweiz angekommen. Die Schilderung dessen was sie erlitten, kehrt einem das Herz um." Diese Bemerkung hat in der schweizerischen Presse zu heftigen Entgegnungen Veranlassung gegeben, und sie muß auch, wenn sie sich auf die Behandlung der Flüchtlinge in der Schweiz beziehen soll, als völlig ungegründet und ungerecht bezeichnet werden. Alle Flüchtlinge welche vom Staat eincasernirt und verpflegt werden, haben nicht die geringste Ursache zu klagen, und sind auch, soweit meine Erfahrung wenigstens reicht, vollkommen zufrieden. Ich habe Flüchtlinge in den Kantonen Bern, Genf, Waadt, Freiburg und Neuenburg gesprochen, und hörte das einstimmige Urtheil daß sie sich niemals eine bessere Verpflegung wünschen. An allen diesen Orten haben sie gute, warme Betten; an einigen sind ihnen bereits Winterkleider verschafft worden; ihre Kost ist überall nahrhaft und wohlschmeckend: jeden Tag zweimal Suppe und einmal Fleisch mit einem genügenden Quantum Brod; in Genf sogar täglich Wein. Was diesen Leuten fehlt ist nichts als ein paar Kreuzer Taschengeld zur Bestreitung kleiner Nebenausgaben, für Tabak ꝛc. Auch für ihre geistige Beschäftigung wird durch Einrichtung von Bibliotheken, Ertheilung von Unterricht, Organisirung von Sängerchören ꝛc. gesorgt. Das Elend ist nur groß bei vielen solcher Flüchtlinge welche in Privathäusern wohnen, oft Familie, keinen Pfennig Geld und nicht den geringsten Verdienst haben. Hier muß geholfen werden. Die Auslieferung des badischen Kriegsmaterials wird nun bald beendigt seyn. Obgleich französische und deutsche Blätter behaupten dieses sowohl als die Internirung der französischen Flüchtlinge sey durch diplomatische Eröffnungen bewirkt worden, so beobachtet doch hierüber das officielle Organ des Bundesraths, das Bundesblatt, das tiefste Stillschweigen; auch die übrigen Blätter theilen nichts davon mit. Gegen Gögg und Sigel hat der eidgenössische Polizeidirector Druey Verhaftsbefehle erlassen und zu diesem Zweck ihre Signalements veröffentlicht. Diese Herren sind nämlich verschwunden. — Der verjagte Bischof Marilley hat aus seiner Verbannung einen Hirtenbrief an seine Diöcesanangehörigen erlassen, auf welchen nun die Polizei fahndet. — Die Militärcapitulationsfrage wird voraussichtlich in der nächsten Bundesversammlung Gegenstand heftiger Debatten werden. Nicht nur Schwyz verlangt Aufhebung des Werbungsverbots, auch Solothurn hat seine Abgeordneten dahin instruirt: der Kantonsrath von Solothurn anerkenne zwar die Befugniß der Bundesversammlung aus höhern politischen Rücksichten und aus Gründen des öffentlichen Wohles unsers Gesammtvaterlandes die Militärcapitulationen mit Neapel vor Ablauf der darin bedungenen Zeitfrist aufzuheben, finde jedoch es seyen dermalen dringende Gründe eine solche folgenwichtige Maßregel zu beschließen nicht vorhanden, und stelle daher, von dem ihm durch Art. 81 der Bundesverfassung eingeräumten Rechte Gebrauch machend, den Antrag: 1) Die hohe Bundesversammlung möchte eine Auflösung der Schweizerregimenter in Neapel nicht beschließen, und das unterm 20 Jun. 1849 erlassene Anwerbungsverbot, da eine längere Fortdauer desselben als Bruch der Capitulation angesehen werden könne, aufheben. 2) Im Fall dieser Antrag von der Bundesversammlung die Zustimmung nicht erhalten sollte, so möge dieselbe erklären daß allfällige pecuniäre Nachtheile die aus der Aufhebung der Capitulation oder aus der längern Fortdauer des Werbungsverbots den Officieren und Soldaten der Schweizerregimenter in Neapel erwachsen könnten, worunter namentlich die Kosten der Zurückberufung und Ausrichtung capitulationsmäßiger Pensionen verstanden sind, von der gesammten Eidgenossenschaft getragen werden.

Türkei.

Folgendes ist der (inhaltlich erwähnte) Brief Kossuths an Lord Palmerston d. d. **Widdin**, 30 Sept. Ew. Exc. kennt ohne Zweifel bereits den Fall meines Vaterlands — des unglücklichen Ungarns, welches gewiß eines besseren Schicksals werth war. Es war kein umwälzerisches Gelüste, nicht der Geist der Unordnung noch factiöser Ehrgeiz, was mein Vaterland bewog den Kampf auf Leben und Tod anzunehmen, den es so glorreich bestanden hat, der aber nun durch so ruchlose Mittel zu einem so unseligen Schlusse gebracht ist. Ungarn hat von seinen Königen das historische Beiwort der „edelmüthigen Nation" verdient, denn es ließ sich in Loyalität und treuer Anhänglichkeit an seine Monarchen niemals von einer Nation in der Welt übertreffen. Nur der empörendste Verrath, die tyrannischste Unterdrückung und in der Geschichte unerhörte Grausamkeiten — nur der höllische Vernichtungsfluch gegen seine durch ein Jahrtausend unter zahllosen Mißgeschicken bewahrte Nationalexistenz vermochten es aufzuregen zum Widerstand gegen einen auf sein innerstes Leben gezielten Schlag, so daß es den tyrannischen Angriff der undankbaren Habsburger zurückwies, und den ihm aufgedrungenen Kampf für Leben, Ehre und Freiheit annahm. Und edel hat es den heiligen Kampf gekämpft, in welchem es mit der Hülfe des allmächtigen Gottes gegen Oesterreich obsiegte und seine Heere zermalmte. Und ebenso fest standen wir, als wir von dem russischen Riesen angegriffen wurden, im Bewußtseyn unserer gerechten Sache, in unserer Hoffnung auf Gott, und in der Hoffnung, Mylord! auf das edle Mitgefühl Ihrer großen und ruhmvollen Nation, der natürlichen Unterstützerin der Gerechtigkeit und Humanität in der ganzen Welt. Aber das ist nun vorbei; was die Tyrannei begonnen, hat der Verrath vollendet: auf allen Seiten verlassen, ist mein armes Vaterland gefallen, nicht durch die überwältigende Macht zweier großer Reiche, sondern durch die Fehler und, darf ich sagen, den Verrath seiner eigenen Söhne. Möge, bet' ich zu Gott, mein unglückliches Vaterland das einzige Opfer seyn und die wahren Interessen des Friedens, der Freiheit und der Civilisation der Welt nicht mit in unser Mißgeschick verwickelt werden. Hr. Franz Pulszky, unser diplomatischer Agent in London, hat umfassende Aufschlüsse über diesen plötzlichen und unerwarteten Umschlag in den ungarischen Angelegenheiten erhalten, und ist angewiesen sie Ew. Excellenz mitzutheilen, wenn Sie solche zu empfangen gütigst geneigt sind. Nicht Antipathie gegen Oesterreich, wie wohlverdient sie auch auf Seite jedes Ungarn ist, sondern eine tiefe Ueberzeugung läßt mich sagen daß selbst Oesterreich durch seinen mit Rußlands Hülfe gewonnenen Sieg weit mehr verloren hat, als es durch eine ehrliche Niederlage verloren haben würde. Herabgesunken von seiner Stellung als einer Macht ersten Rangs, hat es jetzt seine Selbständigkeit eingebüßt, und sich herabgewürdigt zum gehorsamen Werkzeug russischen Ehrgeizes und russischer Befehle. Rußland allein hat in diesem blutigen Spiel gewonnen: es hat seinen Einfluß im Osten Europa's ausgedehnt und verstärkt, und schon bedroht es mit ausgestreckten Armen furchtbar nicht bloß die Integrität sondern auch die moralische Grundlage des türkischen Reichs. Vernehmen Sie, Mylord! die höchst empörende Bedingung welche die türkische Regierung, auf Rußlands Eingebung, uns armen heimathlosen Verbannten aufzulegen im Begriff ist. Mit dem unglücklichen Regenten Ungarns, nachdem ich, wie ich glaube, als guter Bürger und redlicher Mann meine Pflichten gegen mein Vaterland bis zum letzten erfüllt, blieb keine andere Wahl als zwischen der Ruhe des Grabes und dem unaussprechlichen Schmerz der Selbstverbannung. Viele meiner Unglücksgenossen waren mir auf das türkische Gebiet vorausgegangen. Ich folgte ihnen hieher in der Hoffnung daß es mir gestattet seyn würde nach England zu gehen und dort unter dem Schutze des englischen Volks — eines Schutzes der noch niemals einem Verfolgten versagt worden — eine Weile mein müdes Haupt auf der gastlichen Küste Ihrer glücklichen Insel auszuruhen. Aber selbst bei dieser Absicht würd' ich mich lieber meinem schlimmsten Todfeind überantwortet haben, als daß ich irgend Ungelegenheiten der türkischen Regierung bereitet hätte, deren Lage ich wohl zu würdigen wußte, und daher drängte ich mich dem türkischen Gebiet nicht auf ohne vorher angefragt zu haben ob ich und meine Unglücksgefährten gern aufgenommen und der Schutz des Sultans uns gewährt würde. Wir erhielten die Versicherung: wir seyen willkommene Gäste, und sollten den vollen Schutz Sr. Maj. des Padischah genießen, der lieber 50,000 seiner eigenen Unterthanen aufopfern als ein Haar auf unserem Haupte beschädigen lassen würde. Erst auf diese Versicherung hin betraten wir das türkische Gebiet, und wurden, jener edelmüthigen Versicherung gemäß, wie auf unserer Reise so hier in Widdin vier Wochen lang als des Sultans Gäste bewirthet, während wir auf weitere Ordren aus Konstantinopel hinsichtlich der Fortsetzung unserer traurigen Wanderung nach irgendeiner fernen Küste harrten. Selbst die Gesandten von England und Frankreich, an welche ich im Namen der Menschlichkeit zu appelliren wagte, waren so gütig mich ihrer vollen Sympathie zu versichern. Se. Maj. der Sultan war so gnädig der von Rußland und Oesterreich gestellten Forderung unserer Auslieferung ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Aber ein neues Schreiben von Sr. Maj. dem Czaren traf in Konstantinopel ein, und seine Folge war die durch einen besondern Boten der türkischen Regierung uns zugehende Weisung: die Polen und Ungarn, insbesondere ich selbst, Graf Casimir Batthyany, ungarischer Minister des Auswärtigen unter meiner Regierung, und die Generale Meszaros und Perczel (die alle hier

sind) würden ausgeliefert werden, wenn wir uns nicht entschlößen den Glauben unserer Väter an Jesus Christus abzuschwören und Mohammedaner zu werden. Und so finden sich 5000 Christen in die furchtbare Alternative versetzt entweder das Schaffot zu besteigen, oder ihr Leben durch Abfall von ihrem Glauben zu erkaufen. So tief ist bereits die einst mächtige Türkei gefallen, daß sie kein anderes Mittel ersinnen kann den Forderungen Rußlands zu antworten oder auszuweichen. Die Worte fehlen mir zur Bezeichnung einer so erstaunlichen Zumuthung, wie sie noch niemals dem gefallenen Haupt einer edeln Nation gemacht worden, und welche im neunzehnten Jahrhundert kaum zu erwarten war. Meine Antwort verträgt keine Zögerung. Zwischen Tod und Schande kann die Wahl weder zweifelhaft seyn noch schwer. Regent von Ungarn und auf diese hohe Stelle gewählt durch das Vertrauen von fünfzehn Millionen meiner Landsleute, so weiß ich wohl was ich der Ehre meines Landes selbst im Elend schuldig bin. Sogar als Privatmann hab' ich einen ehrenhaften Pfad zu wandeln. Einst Regent eines edelmüthigen Landes hinterlass' ich meinen Kindern kein Erbe — sie sollen wenigstens einen unbefleckten Namen erben. Gottes Wille geschehe! Ich bin bereit zu sterben; aber da ich diese Maßregel als unehrenhaft und nachtheilig für die Türkei betrachte, deren Interessen mir aufrichtig am Herzen liegen, und da ich mich verpflichtet fühle meine Gefährten im Exil, wenn ich's vermag, von einer so schmählichen Wahl zu retten, so hab' ich dem Großwessir beschwichtigend geantwortet, und mir auch die Freiheit genommen mich an Sir Stratford Canning und General Aupick um ihre edelmüthige Hülfe gegen diesen tyrannischen Act zu wenden. Im vollen Vertrauen auf die edeln Gefühle und Grundsätze Ew. Excellenz, wodurch Sie, wie durch Ihre Weisheit die Hochachtung der civilisirten Welt gewonnen, hoff' ich Sie werden es entschuldigen daß ich Ihnen Abschriften meiner zwei Briefe an den Großwessir und Sir Stratford Canning beischließe. Wie ich höre, ist die ganze Sache eine Cabale gegen das Ministerium Reschid Pascha, dessen Feinde es zu unserer Auslieferung zwingen möchten, um es in der öffentlichen Achtung herabzusetzen und seinen Fortbestand unmöglich zu machen. Gewiß ist daß in dem großen am 9 und 10 Sept. gehaltenen Rathe sich nach einer stürmischen Verhandlung die Mehrheit des Diwans zu Gunsten unserer Auslieferung erklärte, die Majorität des Ministeriums aber dagegen. Man kam in Folge des Zwiespaltes zu keinem Entscheid; gleichwohl fand das Ministerium für geeignet uns obige empörende Zumuthung zu machen. Diese Lösung der Schwierigkeit würde, nach meiner Ueberzeugung, das Ministerium nicht retten, weil ein, im Widerspruch mit dem edeln Gefühle des Sultans, bloß um den Preis der Glaubensabtrünnigkeit von 5000 Christen verliehener Schutz die ganze christliche Welt entrüsten würde, und sonach kaum geeignet wäre der Türkei im Fall eines Kriegs mit Rußland, welcher nach Ansicht der erfahrensten Staatsmänner nahe bevorsteht, Sympathien zu gewinnen. Was mein Vaterland anlangt, so bereut es die Türkei allbereits, glaub' ich, Ungarn nicht wenigstens moralisch gegen die Fortschritte des gemeinsamen Feindes unterstützt zu haben. Aber mir scheint es wär' ein sehr übelberathenes Mittel Ungarns Sympathien für die Türkei zu gewinnen, wenn man mich auf ein österreichisches Schaffott schickte und meine unglücklichen Gefährten ihren Glauben abzuschwören oder dieselbe Alternative anzunehmen zwänge. Keine Freunde würden der türkischen Regierung aus meinem durch ihren Treubruch vergossenen Blut erwachsen, wohl aber viele Todfeinde. Gewiß, Mylord! wird Ihr Herz es entschuldigen daß ich Ihre Aufmerksamkeit auf unser unglückliches Schicksal gelenkt habe, nun es politische Wichtigkeit gewonnen. In diesem unwirthlichen Lande von der ganzen Welt verlassen, verbürgen selbst die ersten Pflichten der Menschlichkeit uns keinen Schutz, wenn nicht Sie, Mylord! und ihre edelherzige Nation für uns ins Mittel trete. Welche Schritte Ihrerseits zweckdienlich seyn mögen, was wir von Englands allbekanntem Edelmuthe zu erwarten berechtigt sind, dieß zu erörtern möchte kaum für mich ziemend seyn. Ich lege mein und meiner Gefährten Schicksal in Ihre Hand, Mylord! und im Namen der Menschlichkeit stell' ich mich unter Englands Schutz. Die Zeit drängt — unser Schicksal kann in wenigen Tagen besiegelt seyn. Erlauben Sie mir eine bescheidene persönliche Bitte. Ich bin, Mylord! ein Mann der auf das Schlimmste gefaßt ist, und ich kann sterben mit freiem Ausblick zum Himmel, wie ich gelebt habe. Aber, Mylord! ich bin auch Gatte, Sohn und Vater: mein armes treues Weib, meine Kinder und meine edle greise Mutter wandern unstät in Ungarn. Sie werden wahrscheinlich bald in die Hände jener Oesterreicher fallen denen es eine Lust ist selbst schwache Frauen zu foltern, und bei denen die Unschuld *) der Kindheit nicht vor Verfolgung schirmt. Ich beschwöre Ew. Exc. bei dem höchsten Gott, setzen Sie durch Ihre mächtige Vermittelung diesen Grausamkeiten ein Ziel, und gewähren Sie insbesonder meinem Weib und meinen Kindern ein Asyl auf dem Boden des edelmüthigen englischen Volkes. Was mein armes, mein geliebtes und edles Vaterland betrifft — muß es untergehen für immer? Darf es hülflos seinem Schicksal preisgegeben, und ungerecht von seinen Drängern zur Vernichtung verurtheilt werden? Wird England, einst seine Hoffnung, nicht sein Tröster werden? Die politischen Interessen des civilisirten Europa, so viele für England selbst wichtige Rücksichten, und hauptsächlich die Aufrechthaltung des osmanischen Reichs sind mit der Existenz Ungarns zu innig verwoben, als daß ich alle Hoffnung aufgeben könnte. Mylord! Möge Gott der Allmächtige Sie viele Jahre schirmen, auf daß Sie noch lange die Unglücklichen schützen und wachen über den Rechten der Freiheit und Humanität. Ich zeichne mit vollkommenster Hochachtung, L. Kossuth."

*) Von Oesterreich aus wird man auf diese Beschuldigungen antworten, soweit nicht schon in den Wehklagen der Deutschen in Siebenbürgen, in ihren verwüsteten Städten und Dörfern die Antwort liegt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 11 Oct. Consols $92^{3}/_{8}$. Wenige Geschäfte in fremden Fonds; der Actienmarkt ziemlich flau. „Das Decret des belgischen Finanzministers, welches die Circulation englischer Goldmünzen in Belgien verbietet, hat," sagt der Globe, „bereits die Einführung von Barren aus Belgien in England bewirkt. Man rechnet im ganzen auf 600,000 Pf. St."

London, 12 Oct. Consols $92^{5}/_{8}$.

Paris, 13 Oct. 3proc. 55.50; 5proc. 87.50; Schatzsch. 5; Bankactien 2315; belg. 5proc. $97^{1}/_{2}$; Anleh. v. 1842 98; neap. 5proc. 87.50; röm. 81; span. 3proc. $34^{1}/_{4}$; innere Sch. $27^{1}/_{8}$; Havti 190; piem. 970; Vers. rechte 203.75; linke 172.50; Paris-Orleans 722.50; Rouen 520; Straßburg 345; Nordbahn 426.25; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 212.50; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 400; Tours-Nantes 286.25.

Amsterdam, 13 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{5}/_{8}$; 3proc. $63^{3}/_{4}$; 4proc. $83^{5}/_{8}$; Metall. 5proc. $86^{1}/_{8}$; Ard. $10^{5}/_{8}$.

Augsburg, 16 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. $92^{1}/_{2}$ G. 5proc. $100^{3}/_{4}$ P., $100^{1}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. 90 G. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ G.

Frankfurt a. M., 15 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $89^{1}/_{2}$; Bankactien 1338; preuß. $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldsch. $86^{1}/_{2}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $86^{1}/_{2}$; Ludwigsh.-Berbach $83^{1}/_{4}$; württ. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $97^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc 79; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$; Frankfurt 3proc. $80^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{2}$. 90; Disc. $1^{3}/_{4}$ P.

Elberfeld, 9 Oct. Die Elberfelder Zeitung veröffentlicht folgende Bekanntmachung der Handelskammer von Elberfeld und Barmen: Der Hr. Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gab der Handelskammer durch den — von dieser bereits publicirten — Erlaß vom 22 Mai 1849 Kenntniß von den Schritten welche von der diesseitigen Regierung gegen die an der österreichischen Landesgränze stattfindende amtliche Eröffnung der aus dem Orient nach Preußen gehenden Briefe bei der kaiserl. österreichischen Regierung geschehen sind, worauf letztere auch damals Abhülfe in Aussicht stellte. Mit Rescript vom 1 Oct. 1849 macht der Hr. Handelsminister neuerdings die Mittheilung daß, da eine weitere Aeußerung ihm mittlerweile nicht zugegangen sey, er aus den Verhandlungen der ersten Kammer über den fraglichen Gegenstand Veranlassung genommen habe abermals einen entsprechenden Antrag an das kaiserl. Ministerium zu richten. Nach der nunmehrigen Erklärung des kaiserl. Handelsministeriums ist von dem dortseitigen Kriegsministerium, welchem die obere Leitung der österreichischen Sanitätsämter an der türkischen Landesgränze obliegt, im Einverständniß mit dem Handelsministerium und dem Ministerium des Innern, vor einiger Zeit eine ärztliche Commission abgeordnet worden um allgemeine Reformen der gegen Einbruch der orientalischen Pest über die österreichische Landesgränze bestehenden Anstalten vorzubereiten und zu begutachten. Diese Commission ist vor kurzem zurückgekehrt und liegen ihre Berichte und Anträge jetzt zur Berathung vor. In Folge des Antrags seitens des preußischen Handelsministeriums hat der kaiserl. Ministerrath jedoch auf den Vorschlag des kaiserl. Handelsministeriums beschlossen, abgesehen und unabhängig von den allgemeinen Sanitätsreformen, sogleich die Anordnung zu treffen daß rücksichtlich der sanitätspolizeilichen Behandlung der Briefe bei den Sanitätsämtern auf der Landesgränze diejenigen Vorschriften in Anwendung kommen sollen welche in dieser Beziehung für die österreichischen Seehäfen bestehen und nach welchen eine Eröffnung der Briefe in der Regel nicht stattfindet. Ueber den Termin mit welchem das neue Verfahren beginnen wird, hat das kaiserl. Handelsministerium weitere Mittheilung zugesagt. Nach Angabe des mehrgenannten Ministeriums beruht übrigens das bisherige Verfahren auf einer Pestpolizei-Ordnung vom J. 1837, deren §. 89 wörtlich vorschreibt: „daß die Oeffnung, Reinigung und Versiegelung der Briefschaften von dem dazu beauftragten Individuum immer in Gegenwart wenigstens noch eines wirklichen Contumazbeamten geschehen soll, und die Durchlesung der eröffneten Briefschaften durch die dabei beschäftigten oder andere Personen bei schwerster Verantwortung unter keinem Vorwande stattfinden darf." Schließlich wird vom Hrn. Handelsminister die Bemerkung hinzugefügt daß diejenigen Empfänger welche das Oeffnen ihrer Briefe auf dem Contumazamte schon jetzt vermieden zu sehen wünschen, nur nöthig haben ihre Correspondenten zu veranlassen ausschließlich den Seeweg zur Beförderung der fraglichen Correspondenz zu benutzen und zu dem Ende die Briefe mit der Bemerkung „per Triester Lloyds-Dampfschiff" zu versehen.

♀ **Wien**, 14 Oct. Das heutige Sonntagsgeschäft im Börsenkaffeehause beschränkte sich zunächst auf den Umsatz in 5proc. Metalliques und Nordbahnactien, deren Curse, anfangs fest, zum Schlusse weichend blieben. 5proc. Met. bis $95^{7}/_{8}$ bezahlt, schlossen $95^{1}/_{2}$ und Nordbahnactien bis $110^{15}/_{16}$ gemacht, $110^{5}/_{8}$–$^{1}/_{2}$. In andern Effecten fast kein Verkehr und Curse mehr nominell. $4^{1}/_{2}$proc. neues Anlehen $84^{3}/_{4}$–85, Anlehensloose vom J. 1839 à 113–$113^{1}/_{2}$, Gloggnitzer Eisenbahnactien 109–$109^{1}/_{2}$, Mailänder $84^{1}/_{2}$–85, Pesther $80^{1}/_{4}$–$^{1}/_{2}$. Die heute fällige französische Post war nicht eingetroffen.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beilage zu Nr. 290 der Allgemeinen Zeitung vom 17 October 1849.

Ein litterarischer Betrug.

ng. Berthold Auerbach beklagt sich in Briefen an seine Freunde über eine jener „wiederholten litterarischen Gemeinheiten“, von denen gerade er so vielfach verfolgt wird. Wie schon bekannt, hat die C. Berger'sche Buchhandlung in Leipzig früher von Schlönbach erschienene Erzählungen unter dem betrügerischen Titel „Neue Dorfgeschichten nach Auerbach“ herausgegeben. Die Ausstattung soll der der Dorfgeschichten ähnlich seyn, und ohnehin lesen das klein gedruckte Wörtchen „nach“ gewiß nur wenige Menschen.*) Wie die Allgem. Zeitung früher über die Birch-Pfeiffer'sche Angelegenheit ausführlich ihr Votum abgegeben hat, so wird es uns wohl gestattet seyn uns wenigstens mit der Beize die eine so gemeine litterarische Industrie verdient, über diese jedenfalls bedenkliche Erscheinung zu äußern. Es versteht sich von selbst daß hier nur eine buchhändlerische Täuschung vorliegt, an welcher der Autor des Buchs, ein sehr mittelmäßiger Schriftsteller, unschuldig ist. Das willkürliche Verfahren der Buchhändler mit ihren ältern Verlagsartikeln, welches jetzt namentlich in Leipzig Sitte wird, ist unerhört. Ein Leipziger Buchhändler ließ von einer Schrift Christian Niemeyers — es war entweder dessen „deutscher Plutarch“ oder das „deutsche Heldenbuch“, beide von bedeutendem Ruf — durch einen Dritten eine neue Auflage vorbereiten, während der Verfasser in vollkommner geistiger Gesundheit zu Dedeleben im Kreise Oschersleben noch lebt. Der Buchhändler Brandstetter in Leipzig ließ eine Schrift des bekannten pädagogischen Schriftstellers Christian Oeser (Prof. Schrier in Preßburg), während dieser noch fortwährend neue Bücher herausgibt, durch einen Leipziger Scribenten umarbeiten, und lieferte so dem Publicum eine neue Auflage welche nach dem Berichte eines vollkommen unbefangenen Recensenten in der Halle'schen Litteraturzeitung durchaus als eine Verschlechterung betrachtet werden muß. Namentlich scheinen solche Schriften der unsinnigen Experimentirungslust der Buchhändler verfallen zu seyn welche sich mehr oder weniger an die vormärzliche Zeit anlehnen (wie die Schlönbach'schen Erzählungen) und für die Gegenwart kein bedeutendes Interesse mehr haben. Hat nun Auerbachs sinnige Poesie nicht allein die vormärzliche Zeit überdauert, sondern bietet sogar sein Name in der buchhändlerischen Welt selbst in diesen schlimmen Tagen noch eine sichere Aussicht auf den Absatz eines Werks, so könnten wir uns freilich immer noch nicht erklären wie eine deutsche Buchhandlung an einen so heillosen Versuch wie dieser ihren ganzen Ruf oder, wenn ihr dieser fehlt, wenigstens ihren ehrlichen Namen wagen könnte, wenn nicht eben der Buchhandel recht tief darniederläge. Nach einer Erklärung des Hrn. Bassermann als Verleger der Auerbach'schen Dorfgeschichten scheint es übrigens nicht als könne oder wolle dieser die Gerichte gegen diese raffinirte Fälschung zu Hülfe rufen. Die Schrift „nach Auerbach“ wird also im deutschen Buchhandel fortexistiren, so gut als die Schriften „nach Eugène Sue“, „nach Cooper“, „nach Bulwer“ rc. Der Verleger des Hrn. Schlönbach wird ohne Zweifel sagen daß er es nicht auf eine Täuschung abgesehen habe, sondern nur aufrichtig die Dorfgeschichten seines Verlags als Nachahmung der Auerbach'schen habe bezeichnen wollen. Zu viel Ehrlichkeit! Wie die ganze Erscheinung von einer Krankheit unserer Litteraturverhältnisse zeugt, so ist dieß die Aufrichtigkeit des zudringlichen Bettlers, der die Kleider abwirft um uns seine ekelhaften Geschwüre zu zeigen und ein Almosen dafür zu erhaschen.

*) Die Weser-Zeitung brachte neulich, im guten Glauben das Buch sey von Auerbach, eine ernsthafte Kritik, worin bedauert wurde daß Auerbach so habe zurückgehen können!

Consequenzen des Interim.

§§ **Frankfurt a. M.,** 12 Oct. Der Dualismus welcher factisch seit 1815 in dem deutschen Bunde vorwaltete, ist durch die Ratification des Interim nunmehr ein rechtsbeständiger geworden. Die seltenen Fälle in denen gewisse Staaten sich dem gemeinsamen Willen der beiden Großmächte widersetzt und mit Erfolg sich auf die Staatenselbständigkeit berufen, haben kein Denkmal in der Geschichte hinterlassen, weil das Volk nicht zu Dank dadurch verpflichtet ward, indem weder sein Recht noch sein Vortheil zu dem Wagniß angefeuert hatte. Die gesammten deutschen Dynastien und die freien Städte können den handelnden Personen, Oesterreich und Preußen gegenüber Chorus machen, und gleich dem Meißneser ausrufen:

Was Euch genehm ist, das ist mir gerecht,
Ihr seyd die Herren rc.

Das Interim ist ein großer Schritt. Es ist sonderbar, wie die Frankfurter Reichsverfassung („Aufstellung“ nach der Terminologie des Hrn. v. Radowitz) zu Ehren gebracht wird. Das ließe sich weit ausführen, und es genügt auch nur an die Berliner Aufstellung zu erinnern. Was aber noch eindringlicher, das ist der Gedanke daß, während die Reichsverfassung die allgemeine Mediatisirung unter Einen bezielte, die beiden Herrscher der Hauptstaaten sie jetzt unter zweien verwirklichen. Es wird noch manches von der Reichsverfassung zur Durchführung kommen, freilich wird die Aehnlichkeit die eines abgeblaßten Porträts seyn, oder das Bild den Eindruck machen eines grau in grau gemalten.

Die für die übrigen Souveräne günstigste Auslegung ist daß Oesterreich und Preußen jedes für sich von ihren Verbündeten ein Vertrauensvotum erhalten haben die Geschicke Deutschlands zu lenken und zu vertreten.

Als die erste Nachricht über den Inhalt des Interims nach Frankfurt kam, wo sie bei den communicativen Persönlichkeiten welche Haus und Hof des Reichsverwesers bilden — unter andern ein alter Major und ein vormaliger rothenburgischer Güterverwalter und Geheimerath — sich sehr rasch verbreitete, langten auch Briefe von Wien an worin voll stolzen Selbstgefühls auf die schmähliche Niederlage hingewiesen ward welche die Zweifler und Schwarzseher zu erleiden hätten, nach deren falschem Prophetenthum von Oesterreich nichts anderes und nichts weniger erstrebt worden wäre als die Rückkehr zum Bundestag — ein Schritt der nunmehr völlig unmöglich sey. Das muß man einräumen, und wenn je in einer Zeit die Conjecturen erfahrner Staatsmänner zu Schanden geworden, so ist es in der unsern geschehen, in der der Naturalismus am Staatsruder sitzt und der Zufall eine so große Rolle spielt. Ob die Zweifler und Schwarzseher sich gründlich getäuscht haben wenn sie für Freiheit und Einheit der deutschen Nation kaum mehr etwas zu hoffen wagten, das wird die Zukunft entscheiden.

Die Anerkenntniß der Thatsache des Bündnisses, also auch des Inhalts, als des Verbindenden, ist das folgenreichste in der Begebenheit des Interims. Das Wesen des Bündnisses auf der einen (preußischen) Seite ist freie Vereinigung deutscher Regierungen und Völker zu einem die großen Nationalinteressen umfassenden Bundesstaat; auf der andern, der österreichischen, ist es die Negation dieses Bundesstaats mit Volksvertretung und einheitlicher Spitze. Die beiden Systeme erkennen sich als berechtigt und occupiren gemeinschaftlich das neutrale Gebiet.

Wenn man sich nicht freiwilligen Täuschungen hingeben will, so muß man von beiden Seiten einräumen daß das Interim ein Ausdruck von Nothwendigkeiten ist, die viel länger dauern müssen als bis zum Mai 1850, und deren Ergebniß ein Fortschritt Deutschlands auf seinem Bildungswege ist. Die Masse der Territorialherrschaften ist zuerst eingeschrumpft: durch den westfälischen Frieden, dann in Folge des Lüneviller Friedens durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803, dann in Folge des Preßburger Friedens durch den rheinischen Bund, und nachher noch ein klein wenig durch die Wiener Congreßacte.

Die Geschichte geht eben den umgekehrten Weg. Die Macht welche den Händen des Kaisers entfallen oder entrungen und in den Besitz seiner Vasallen und Diener gekommen, wird nach und nach wieder vereinigt. Das deutsche Volk hatte sie Einem zugedacht, und damit wäre der Proceß vollendet gewesen. Es hat nicht so werden sollen, und die Obergewalt ist nun zweien zugeschieden. Daß der eine den andern anziehen werde, ist nicht gerade wahrscheinlich, und es könnte darum wohl seyn daß von Deutschland die den Völkern von der Natur gestellte Aufgabe, nur Einen Geist und Einen Leib zu haben, für immer ungelöst bliebe. Vielleicht behalten auch diejenigen Recht, welche leugnen daß Deutschland Ein Volk umschließe, und behaupten daß die Gemeinschaftlichkeit der Sprache durch die Verschiedenheit in den Charakteren der großen Volksabtheilungen in Nord und Süd vollständig aufgewogen werde.

Der Staatsmann hat es nur mit dem Wahrscheinlichen zu thun, und hat darum Ursache an die Thatsachen anzuknüpfen. Darum kann an Preußen jetzt die Forderung gestellt werden: von seiner klaren Erkenntniß der Lage durch Handlungen Zeugniß zu geben. Dazu gehört eine vollständige Anerkennung daß Bayern und Württemberg sich seinem System abgewandt haben, und demjenigen Oesterreichs beigetreten sind. Fragt man nach den Gründen weßhalb die Regierungen der beiden Königreiche dieß thaten, und weßhalb sie es vermochten, so steht an der Spitze das Interesse der Dynastie die den im Jahr 1805 vorwärts gethanen Schritt nicht zurückgehen will, und die Basis macht die nun einmal nicht abzuläugnende Antipathie des Volks gegen Preußen. Und wenn man dem Ursprung nachforscht, und untersucht warum sie gerade in neuerer Zeit so großgewachsen, wie es komme daß sogar in dem protestantischen Theil von Württemberg

eine Verbindung mit dem Staat der von jeher ein Feind der Volksfreiheiten gewesen, und trotz seiner Metamorphosen der entschiedenste Gegner des Demokratenthums seyn und bleiben wird, derjenigen mit Preußen vorgezogen wird welches eine der Frankfurter ähnliche, und jedenfalls „bildsame" Reichsverfassung entgegenbringt — wie es also komme daß ein ideales Gut, für welches in Wort und Lied soviel geschwärmt worden, gering geschätzt werden kann wenn es aus dieser Hand geboten wird, so liegt es daran daß die Bayern und Württemberger glauben in ihren materiellen Gütern von Preußen durch den Zollverein beschädigt worden zu seyn.*) Ob dieß wahr ist oder nicht, darauf kann weiter nichts ankommen. Man kann die Anklage für ungerecht halten, wie Ihr Berichterstatter es thut, damit aber wird nichts was lebt und webt wegdisputirt, und es lebt und webt im Volk die Ueberzeugung von der Ausbeutung des Südens durch den Norden. Die erste engere Verbindung mit Preußen, das erste engere Bündniß im Bunde, von dem das Dreikönigsbündniß eine vermehrte und verstärkte Auflage ist, wird als beeinträchtigend, den Wohlstand des Südens zerrüttend erkannt, woher soll die Lust zu einem innigeren kommen? Gleichgültig welche Täuschungen und Uebertreibungen hier mit unterlaufen, die Ueberzeugungen von der absichtlichen Vernachlässigung der Industrie-Interessen Süddeutschlands durch Preußen sind einmal so weit verbreitet, die Furcht daß bei einer veränderten, einflußreichern Stellung dieser Staat dem Freihandelssystem noch mehr sich zuwenden, nach Gewinnung der Nordsee- und der ihm noch fehlenden deutschen Ostseeküsten, von den betheiligten Uferländern und Handelsstädten noch erfolgreicher dazu gedrängt werden würde, ist so tief begründet, die Stockungen in Handel und Verkehr sind von den verkappten und offenen Feinden der Einheit so geschickt benützt worden um alles Elend und allen Mangel dem im Zollverein herrschenden System aufzubürden — man hat mit so viel Fleiß und Erfolg die Abhülfe aller Noth von der Eröffnung der Donau und des Hafens von Triest verheißen daß, was von vaterländischen Gefühlen gegen eine Absonderung hätte reden können, verstummt ist, und dem Neid und dem Mißtrauen des Süddeutschen gegen die volubile Zunge des Norddeutschen, und der Verdächtigung der preußischen Politik in Staats- und Kirchensachen (in letzterer Hinsicht auch nicht bloß in katholischen Ländern) eine treffliche Stätte bereitet war.

Den Regierungen mag die Wirkung erwünscht gewesen seyn, weniger die Ursache. Bayern bei seiner gegenwärtigen Finanzlage würde die Einnahmen aus der Zollgemeinschaft schwer entbehren; Württemberg, nach der Erbauung einer Eisenbahn die in einer Sackgasse endet, auf eigene Kosten, während es früher mit fremdem Geld hätte bauen und alle Verbindungen gewinnen können — mit einer Eisenbahn, sage ich, die 27 Mill. kostet und 1 Proc. abwirft, mit einer um mehrere Millionen verminderten Einnahme der Domänen Revenuen und Gefälle, bei einer wachsenden Schuldenlast — wohl noch weniger.

Aber für Preußen ist es ein Gebot der Klugheit und der Nothwendigkeit, fast der Ehre, eine Verbindung aufzulösen die ihm so bittere Früchte gebracht hat, die es zur Zielscheibe fortwährender Verdächtigung, zum Gegenstand wuchernder Erbitterung macht. Mit Recht erwartet man daher, und dafür sprechen auch gewichtvolle Stimmen aus Berlin, daß eine natürliche Consequenz der beiden in Deutschland herrschenden Systeme die Kündigung des Zollvereins von Preußen an Bayern und Württemberg seyn werde.

Diese beiden Staaten kommen dadurch in die Lage das vermeinte Bedürfniß ihrer Unterthanen zu befriedigen; sie können entweder in einer Verbindung unter sich, eine Wiederholung des 1829r Vereins, ihrer inländischen Industrie allen erwünschten Schutz gewähren, oder eine Verbindung mit Oesterreich zu dem Ende schließen, und die Vortheile des Levantischen Handels und des Handels im adriatischen und mittelländischen Meere ihren Industriellen erwerben.

Preußen wird dadurch in eine freie und günstige Lage kommen. Die inländische Fabrication bedarf eines größeren Schutzes als sie bisher genossen, nicht. Zwar verlangen die preußischen Spinner ebenso gut einen höheren Impost auf englische Twiste als die Spinnereibesitzer im südlichen Deutschland, aber die Interessen der Weber und der Färber erheben ebenso laute Stimmen dagegen. Trotz der Behauptung daß der Eingangszoll auf Eisen ungenügend sey, sind die bergischen Fabriken vor der Märzbewegung nicht stillgestanden, und werden allmählich wieder schwunghaft betrieben.

Ungeirrt von den Ansprüchen der süddeutschen Industriellen und seinem engern Interesse zugewandt, begründet die Trennung der den Bayern und Württembergern **) so unleidlichen Verbindung die Möglichkeit alle Bedenken der norddeutschen Küstenstaaten zu überwinden und die natürlichere, auch durch geographische und politische Lage gesicherte commercielle Verbindung mit ihnen einzugehen. Ob Baden alsdann im preußischen Handels- und Industriesystem bleiben kann, ist nicht mit Gewißheit zu sagen; daß es darin bleiben werde, aber in hohem Grade wahrscheinlich, da es seiner Lage nach von Württemberg und Bayern nicht abhängig ist, seinen Industrieverhältnissen nach den Rheinprovinzen näher steht als den süddeutschen Königreichen. Die preußische Bundesverfassung wird alsdann einen neuen Kitt erhalten, den der materiellen Interessen, und unter dieser Voraussetzung könnte, wenn ein Reichstag berufen würde, diese Verfassung zur Wahrheit, die hannoverische und sächsische Regierung aber auch wider ihren Willen genöthigt werden ihn zu beschicken.

Daß von der Kündigung zur Endschaft der Verbindung ein weiter Weg sey, wird man entgegnen. Das ist nach Umständen wahr, oder auch nicht. Die Kündigung ist eine Thatsache welche die Zulässigkeit anderweiter Verbindungen und deren Anfangstermin feststellt; und wenn der Zollverein sich so verderblich erweisen wie vielfach geglaubt wird, andererseits mit dem von Hrn. Wuttke und Gfrörer verheißenen Aufschluß Oesterreichs sich die Pforten des Ueberflusses öffnen, so wird man auch über eine frühere Lösung sich einigen können als die vertragsmäßige. Die Süddeutschen werden dann ihre Erfahrungen machen. Der Zankapfel wird entfernt seyn; damit wird ein billigeres Urtheil und eine gerechtere Anerkennung möglich werden. Auf den jetzigen Grundlagen kann die Verbissenheit nur wachsen.

Oesterreich sieht damit einen Lieblingswunsch erfüllt, der in der Sprengung des Zollvereins bestanden hat. Die ersten grauen Haare hatte derselbe dem Fürsten Metternich nicht verursacht, gewiß aber die letzten. Wenn es den preußischen Staatsmännern um die friedliche Gestaltung Deutschlands Ernst ist, und wenn sie, wie nicht zu bezweifeln, Einsicht genug besitzen um die natürlichen Consequenzen einer Verbindung mit Oesterreich zu ermessen, so muß es ihnen willkommen seyn zur Ausbildung des österreichischen Systems in Deutschland die Hand bieten zu können, indem sie aufgeben was sich doch nicht oder nicht ohne Nachtheil halten läßt. Ob, wenn es dahin kommt, Bayern und Württemberg damit zufrieden seyn werden, das ist schwer zu bejahen, schwer zu verneinen. Auf jeden Fall aber hat man die Antwort bereit: du hast es gewollt.

Bei solchergestalt klar gewordenen und hell geschiedenen Verhältnissen wird es auch nicht schwer werden einen Handelsvertrag zwischen den von Oesterreich und Preußen vertretenen Ländern zu Stande zu bringen, um auch dadurch die Stämme mehr und mehr zu versöhnen.

*) Noch mehr daran daß das constitutionelle Württemberg und Bayern in Preußen so gut als gar keine constitutionellen Garantien zu finden glauben.

**) Theilweise!

Die zweite allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Nürnberg.

FB. Trotz vielfacher entgegenstehender Bedenken war die zweite allgemeine deutsche Lehrerversammlung nach dem Beschluß der im vorigen Jahr in Eisenach gehaltenen ersten auf die letzten Tage des Septembers nach Nürnberg ausgeschrieben worden. Man konnte erwarten daß schon der Versammlungsort große Anziehungskraft ausüben würde — Nürnberg, im Herzen Deutschlands gelegen, die alte Frankenstadt, eine der Hauptpflanzstätten deutscher Kunst, die Stadt mit ihren großen Erinnerungen, mit ihrer hoffnungsreichen Gegenwart und Zukunft, schien ja doch wohl vor andern geeignet zu einem großen Concilium der deutschen Lehrerwelt; die gastlichen Nürnberger würden sicherlich auch leicht und mit Freuden so ein Tausend deutscher Lehrer in ihren großen geräumigen Häusern untergebracht und beherbergt haben. Ganz ist obige Erwartung nicht in Erfüllung gegangen, und wenn auch mehr als dritthalbhundert Lehrer dem Rufe gefolgt sind und über eine halbe Woche hindurch in Nürnberg getagt und sich berathen haben, so mögen doch noch weit mehrere durch die Ungunst der Zeit, durch die obschwebenden politischen Wirren, wohl auch durch ökonomische Rücksichten abgehalten worden seyn.

Sehr zu bedauern war es jedenfalls daß die höheren Lehranstalten fast aller deutschen Länder nur schwach vertreten waren, zu bedauern oder, richtiger gesagt, hart zu tadeln ist es daß der Lehrerstand der sämmtlichen höheren Lehranstalten Bayerns sich von dieser Versammlung so gut als ausgeschlossen hat; nichtssagende, vornehm ausweichende Entschuldigungen waren als Antworten auf mehrere an einzelne Schulvorstände noch besonders erlassene Einladungen eingegangen.

Sehen wir ab von dem was hätte seyn können, hätte seyn sollen, fassen wir ins Auge was war, so vertraten wenigstens die Vorstehenden, Bürgerschuldirector Berthelt aus Dresden, Professor Burkhard aus München und Seminardirector Steglich aus Dresden drei große Abtheilungen der Schule: die Bürgerschule, das Gymnasium und die Volksschule, alle Arten von Schulen, die Hochschule nicht ausgenommen, waren wenigstens durch einzelne, zum Theil sehr begabte Mitglieder vertreten. Sehen wir weiter ab von der Zahl der anwesenden Mitglieder, und betrachten ihre Gesinnung, ihre innere Tüchtigkeit, ihre Liebe und Begeisterung für ihren Beruf und die durch ihn zu erzielende Volksbildung, so dürfen wir freudig und nach strengster Wahrheit sagen daß sich die Nürnberger Lehrerver-

sammlung den besten anreiht die in den letzten Jahren auf deutscher Erde gehalten worden sind.

Schon die ersten Stunden des Beisammenseyns brachten mehrfach gewichtige Ermahnungen zu Besonnenheit und Mäßigung, zu strengem Festhalten am Gesetz und jeglicher gesetzlicher Ordnung, zum Streben nach Erreichbarem, zum Erhalten und Ausbilden des bereits Errungenen. Denn Errungenschaften, große Errungenschaften sind, das fühlte jeder freudig, in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Schule und des Schullebens gemacht worden; sie sind bereits fester begründet, tiefer gewurzelt als die auf dem Feld der Politik; mögen hier die Verhältnisse sich gestalten wie sie wollen — in der Schule, deß sind wir gewiß, wird das neue Leben, die neue Zeit die in ihr begonnen, nicht mehr untergehen, trotz der reactionären Bestrebungen mancher Finsterlinge und Frömmler, trotz der Trägheit, Furchtsamkeit und des Dünkels mancher Lehrer und Schulmänner.

Die genannte Rücksicht auf das unter den gegenwärtigen Zeitumständen Mögliche, auf das festere Begründen des theilweise Errungenen ließ mit mehrfacher Umgehung des Programms nur vier Punkte der Verhandlung aufstellen, die schon auf andern Lehrerversammlungen besprochen worden waren: deutsche Nationalitätsbildung, Lehrerbildung, die Gliederung der Schule als eines organischen Ganzen, endlich größere Betheiligung der Lehrer bei der äußern und innern Verwaltung der Schule. Da indessen die Berathung über die Satzungen und Angelegenheiten des allgemeinen deutschen Lehrervereins als wesentlich eingreifend in die Neugestaltung des deutschen Schulwesens nicht umgangen werden konnte, da sie bei mitunter sehr lebhaften Besprechungen zwei volle Sitzungen einnahm, so konnten nur die zwei ersten der vier aufgestellten Punkte: Nationalitätsbildung und Lehrerbildung zur Besprechung und Berathung kommen.

Die Xenie des großen Dichters: „Deutschland! aber wo liegt es, ich weiß das Land nicht zu finden; Wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf" — hat sich auf der Lehrerversammlung in Nürnberg wenigstens in der That als nicht mehr gültig erwiesen. Denn hier war Deutschland, hier war das einige, das ganze, das neue, hier war es selbst unter Lehrern und Gelehrten. Glühende Vaterlandsliebe, hohe Begeisterung für das neu erstehende große und schöne Gesammtvaterland durchwehte wie ein erfrischender Hauch alle Reden die über deutsche Nationalbildung gehalten wurden; ältere, ruhiger fühlende Redner wie Ledebur, Clemen, Albani blieben an jugendlichem Feuer nicht zurück hinter den jüngeren feurigeren wie Fricke aus Leipzig, Mann aus Wiesbaden; die Männer der Volksschule wetteiferten mit den wissenschaftlich Gebildeten, den Gelehrten; mehrere derselben, ich nenne von vielen nur Müller und Grießhammer aus Nürnberg, Lehmann aus der Pfalz, Lansky aus Dresden, sprachen über diese wie über andere Fragen in ebenso gründlicher, tief eingehender als klarer und fließender Rede. Wahre volle Nationalbildung, die sich gründet auf den Charakter und die Eigenthümlichkeit des deutschen Volks, wie es seit Jahrhunderten geschichtlich besteht und sich bekundet hat, demnach möglichstes Erfassen aller der Kenntnisse die Deutschland, deutsche Sprache, deutsches Schriftthum, deutsches Leben und deutsche Sitte zunächst im Auge haben und zur Anschauung bringen, weiter Benützung und Anwendung aller der Bildungsmittel die nicht bloß auf den Geist, die zugleich auch auf die Entwicklung und Ausbildung des deutschen Gemüths, Charakters und Körpers förderlichst einwirken, demnach möglichste Pflege des Christenthums, als mit dem deutschen Gemüth so innig verwachsen, Pflege der Künste, namentlich des Gesangs und der Musik, Pflege der körperlichen und der Waffen-Uebungen zur bessern Wehrhaftmachung des Volks — das waren kurz zusammengedrängt ungefähr die Forderungen die hier mit Geist und Begeisterung gestellt, deren eindringliche bestmögliche Anwendung allseitig erörtert und beleuchtet wurde, das waren die Verlangen die, wenn selbst die zweite allgemeine Lehrerversammlung keinen weiteren Erfolg haben sollte, sich wenigstens dem Geist und den Gemüthern der anwesenden Lehrer als unerläßliche Grundlage künftiger deutscher Jugend- und Volksbildung einprägten.

Der zweite Gegenstand der festgestellten Tagesordnung „Lehrerbildung" rief längere Debatten hervor, förderte verschiedene, oft weit von einander abweichende Ansichten zu Tage. Es war in der Art der Zusammensetzung der Versammlung begründet daß in ihr, in welcher die Volksschullehrer bei weitem die Mehrzahl ausmachten, auch die Frage über zeitgemäße Vorbildung der künftigen Volksschullehrer vor allem und fast ausschließlich zur Frage kam. Die Protokolle der Versammlung werden gedruckt, die Verhandlungen über diese hochwichtige Frage werden dem Publicum in möglichster Ausdehnung vorgelegt werden, mag das öffentliche Urtheil darüber ausfallen wie es will, einige Richt- und Lichtpunkte müssen hier, wie zur besseren Verständigung, so besonders auch zur Ehre dieses in letzter Zeit so hart angefochtenen Standes hervorgehoben werden.

Die Volksschullehrer beherrschten vermöge ihrer Anzahl die Abstimmung vollkommen. Wäre es ihnen zu verargen gewesen wenn sie bei den vielen und großen äußern Nöthen unter denen sie seufzen, diese und deren Erleichterung vor allem zur Sprache gebracht, wenn sie die Fragen über Verbesserung ihrer Gehalte, über Hebung ihrer bürgerlichen Stellung, über geringere Bevormundung durch Geistliche und andere Beamte vor allem andern hätten besprochen wissen wollen? Nichts von dem allem; mit der edelsten Selbstverläugnung verzichteten sie auf die Verhandlungen über die materiellen Interessen ihres Standes; einstimmig wünschten und verlangten sie daß vor allem die höheren geistigen Belange, daß die Verbesserung ihrer Ausbildung und geistigen Stellung, daß die Erhöhung ihres intellectuellen und sittlichen Gehaltes besprochen würden.

Weiter kann nicht rühmend genug anerkannt werden mit welch tiefem sittlichen Ernst die Forderung nach besserer, höherer Ausbildung als die bisher ihnen zu Theil gewordene ist, von ihnen gestellt, mit welcher Umsicht sie begründet, mit welcher Beharrlichkeit sie verfochten wurde. Diese Männer waren alle mehr oder minder tief durchdrungen von dem Gedanken den schon der große Kant ausgesprochen hat: „Wenn unsere Schulen besser werden sollen, so müssen vor allem die Lehrer eine bessere Bildung erlangen." Nicht etwa bloß jüngere Lehrer die sich leicht und schnell für jeden Fortschritt begeistern, gereifte Männer, Männer in grauen Haaren sprachen hier mit aller Entschiedenheit die Ueberzeugung aus: der ungeheure Fortschritt aller Wissenschaften ebensowohl als besonders die immer allgemeiner werdende Verbreitung des Wissens und der Kenntnisse, zumal der neusprachlichen unter allen Ständen machen es mit jedem Tage nothwendiger daß auch die künftigen Bildner des Volks eine tiefer begründete, weiter greifende, namentlich neuere Sprachen und Naturkenntnisse mehr umfassende Bildung sich erwerben — Männer sprachen diese Ueberzeugung aus, die wohl sich bewußt waren daß wenn ihre Forderung erfüllt wird, sie selbst als Ruinen dastehen werden!

Aber die Volksschullehrer, besonders die bayerischen, gingen noch einen Schritt weiter, und zwar einen bedeutenden. Sie verlangten nicht bloß höhere, umfassendere Bildung im allgemeinen, sie forderten für dieselbe ausdrücklich die wissenschaftliche Grundlage, sey es nun daß dieselbe auf den zu reformirenden Gymnasien, sey es daß sie auf gut eingerichteten Realschulen, wie solche in Preußen bestehen, am sichersten erreicht wird; ja sie forderten selbst als Schlußstein und zur Vollendung ihrer gesammten, vorzüglich aber ihrer pädagogischen Ausbildung den zweijährigen Besuch einer mit einem pädagogischen Lehrstuhl und den erforderlichen praktischen Uebungsschulen auszurüstenden Hochschule. Volksschullehrer verlangen akademische Bildung! Man braucht diese Forderung nur auszusprechen um sicherlich von manchen Seiten Unwillen, Spott und Hohn gegen die Nürnberger Lehrerversammlung und ihre Beschlüsse heraufzubeschwören. Deßhalb auch hier einige Worte zur Beleuchtung und Berichtigung.

Das mit solcher Entschiedenheit ausgesprochene Verlangen der Volksschullehrer nach akademischer Bildung rief eine Menge von Rednern, darunter die besten und geübtesten, wiederholt auf die Rednerbühne; die Frage ward von allen Seiten beleuchtet und erwogen; mehrere aus ihrer Mitte selbst, besonders aber die wissenschaftlich und akademisch gebildeten Lehrer, boten alles auf um die Volksschullehrer von ihrer Forderung abzubringen, Ledebur, Clemen, Steglich, Fricke und andere wiesen in beredten Auseinandersetzungen auf alle die Gefahren und Nachtheile hin welche die geforderte wissenschaftlich akademische Bildung für ihr Wirken und für ihre Zufriedenheit haben müsse, angenommen selbst daß ihre Mittel ihnen erlaubten sich diese Bildung zu erwerben, und daß sie noch Volksschullehrer werden möchten nachdem sie sich dieselbe erworben. Dennoch bestanden sie auf ihrer Forderung, und selbst Fricke's gut motivirter Antrag: „die Volksschullehrer erhalten ihre Bildung in Seminarien, die wo möglich in Universitätsstädte oder wenigstens in größere Städte zu verlegen sind", blieb gegen den andern auf zweijährige Universitätsbildung in der Minderheit.

Wird dieser Beschluß je allgemeine Geltung erlangen, wird er jemals zur Ausführung kommen? Wir zweifeln daran; aber dennoch ist er nicht ohne Wichtigkeit; er ist es als der Ausdruck der allergrößten Unzufriedenheit mit den bisher namentlich in Bayern bestehenden Vorbildungsanstalten für künftige Volksschullehrer, als das tief gefühlte Verlangen nach andern besser organisirten, besser geleiteten. Es war wahrhaftig nicht Anmaßung, nicht Hochmuth was die bayerischen Lehrer mit solcher Festigkeit gegen Präparandenschulen und Seminarien stimmen ließ, es war der tiefste Unwille über die Unvollkommenheiten und Mängel derselben, die bittere Erinnerung an all die Unbilden die sie dort erfahren, an die manchen geistlosen Lehrstunden die sie durchgemacht, an den mangelhaften, mitunter selbst schlechten Unterricht den sie dort erhalten haben. Mögen die deutschen Regierungen, zumal die bayerische, in diesem Beschluß der Nürnberger Lehrerversammlung die dringende Aufforderung finden sämmtliche

Vorbildungsanstalten für künftige Schullehrer, welchen Namen sie führen, sowohl nach den an ihnen bestehenden Lehreinrichtungen als nach den daselbst wirkenden Lehrkräften einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen; als Ergebniß wird sich sicherlich herausstellen daß auch diese Institute wie alle andern Lehranstalten durchgreifender Reformen bedürfen.

Auf Clemen's Antrag und nach Ledeburs näherer Begründung wurde die Abfassung eines Manifestes des deutschen Lehrerstandes an die deutsche Nation beschlossen, in welchem die vielfachen über den Lehrerstand in letzter Zeit in politischer wie in religiöser Hinsicht ergangenen Angriffe und Verdächtigungen zurückgewiesen, und die wahre Gesinnung des wenigstens bei weitem größten Theils deutscher Lehrer dargelegt werden soll. Von den Männern welchen die Versammlung die Abfassung übertrug, läßt sich zwar vortreffliches erwarten, allein das beste Manifest der Art nach Gesinnung, Ausdruck und Haltung war jedenfalls die Versammlung selbst.

Zum Vorort des allgemeinen deutschen Lehrervereins wurde wiederholt Dresden, zum Ort der dritten allgemeinen deutschen Lehrerversammlung Kassel bestimmt.

Die Allg. Zeitung hat bereits mitgetheilt welch freundlichen Empfang Abgeordnete der Lehrerversammlung bei den in Nürnberg behufs der Eisenbahneröffnung anwesenden zwei Staatsministern Ringelmann und v. d. Pfordten gefunden, wie anerkennend, aufmunternd, hoffnungerregend sich diese hochgestellten Männer gegen dieselben ausgesprochen haben. Wir schließen mit dem aufrichtigen Wunsche: mögen die Verheißungen der beiden Minister bald in Erfüllung gehen, mögen ihre Worte bald zu Thaten werden!

Verhandlungen der preußischen Kammern.

♀ **Berlin**, 12 Oct. Die zweite Kammer erledigte heute zunächst die letzten Artikel der Verfassung. Art. 108 wird in folgender Fassung angenommen: „Die Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher und die einzelnen Gesetze bleiben in Kraft bis sie im gesetzlichen Weg abgeändert werden. Art. 109, wornach alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit bleiben, erleidet keine Veränderung. Art. 110 soll nach dem Antrag der Commission lauten: „Für den Fall eines Kriegs oder Aufruhrs können bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfassungsurkunde zeit- und districtweise außer Kraft gesetzt werden. Die näheren Bestimmungen darüber bleiben einem besondern Gesetz vorbehalten.“ Der Abg. Wentzel, ebenso der Abg. Dürre beantragen daß außer den genannten auch noch der Art. 34 allegirt werde; Dürre will außerdem die Worte „bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ gestrichen wissen. Nach Art. 34 kann die bewaffnete Macht zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur auf Requisition der Civilbehörden in den vom Gesetz bestimmten Fällen und Formen verwendet werden. Der Abg. Griesheim ist der Meinung, erst müsse entschieden werden ob im Art. 34 die Worte „nur auf Requisition der Civilbehörden“ bleiben oder nicht, wofür die Commission sich ausgesprochen; nur wenn sie bleiben, erscheine es passend den Art. 34 zu allegiren. Der Referent bemerkt daß es Redactionssache sey nach Annahme des Commissionsantrages zu Art. 34 diesen aus Art. 110 wieder zu streichen. Die Kammer genehmigt das Wentzel'sche Amendement. Art. 111 lautet in der Fassung der Commission: „Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen dieser Verfassung nöthig werden, so wird der König dieselben anordnen und diese Anordnungen den Kammern bei ihrer nächsten Versammlung mittheilen. Die Kammern werden dann Beschluß darüber fassen ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der deutschen Verfassung in Uebereinstimmung stehen.“ Die Kammer nimmt den Vorschlag der Commission an, ebenso bei Art. 112, welcher nun lautet: „Das im Art. 52 erwähnte eidliche Gelöbniß des Königs, sowie die vorgeschriebene Vereidung der beiden Kammern und aller Staatsbeamten, erfolgen sogleich nach der im Wege der Gesetzgebung vollendeten gegenwärtigen Revision dieser Verfassung (Art. 60 und 107).“ Die Kammer geht zur Berathung des Tit. II der Verfassung über. Die Art. 24 bis 26 werden miteinander zur Discussion gestellt. Die Commission beantragt folgende Fassung: Art. 24 Jeder Preuße hat das Recht durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Die Censur darf nicht eingeführt werden, jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Weg der Gesetzgebung. Art. 25. Vergehen welche durch Wort ꝛc. begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen. (Transitorische Bestimmung. Vor der erfolgten Revision des Strafrechts wird über Vergehen welche durch Wort ꝛc. ein besonderes Gesetz ergehen.) Art. 26. Ist der Verfasser einer Schrift bekannt und im Bereich der richterlichen Gewalt des Staats, so dürfen Herausgeber, Verleger, Commissionäre, Drucker und Vertheiler, wenn deren Mitschuld nicht durch andere Thatsachen begründet wird, nicht verfolgt werden. Der Abg. Reichensperger stellt das Amendement den Satz 2 des Art. 24 so zu fassen: „Die Preßfreiheit darf weder durch Censur, noch durch Concessionen, noch durch Postverbote und ungleichmäßigem Postsatz beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden. Jede andere Beschränkung wird durch die Gesetzgebung bestimmt.“ Er führt wieder an, die Minorität müsse vor der gesetzmachenden Majorität durch Verfassungsbestimmungen geschützt werden. Das Princip der Concessionen, welches scheinbar die Preßfreiheit nicht so sehr gefährde, sey doch viel verwerflicher als die Censur. Der Abg. Riehl beantragt nach dem ersten Satz des Art. 24 zu sagen: „Das Gesetz bestimmt die Bestrafung des Mißbrauchs dieses Rechts“ und die Art. 25 und 26 zu streichen. Er sagt: „Die speciellen Bestimmungen der beiden letztern Artikel gehören weniger in eine Verfassungsurkunde als in eine vorzubehaltende Gesetzgebung. Die Presse ist der Ausdruck des Gedankens, der öffentlichen Meinung, und wie diese sich ändern, wird auch von Zeit zu Zeit eine Aenderung der Preßgesetze nothwendig seyn.“ Der Minister des Innern schließt sich dem Verbesserungsantrag an. Ein so bewegliches Element, wie die Presse, in feststehende Formen zu gießen sey bedenklich. Man fürchte die künftige Gesetzgebung; wer könne aber glauben daß diese die Preßfreiheit unterdrücken werde! Auch Geppert, Keller und der Justizminister sprechen für den Stiehl'schen Antrag. Die Kammer verwirft aber die Amendements und nimmt die Commissionsanträge an. Bei der Discussion über die Art. 27 und 28 erklären sich die Abgg. Scherer und Graf Arnim für einen Zusatz der ersten Kammer und für die Regelung auch des Rechts der Versammlung in geschlossenen Räumen. Referent Simson bemerkt: „Wie alles in der Welt, so unterliegen auch Versammlungen in geschlossenen Räumen den Bestimmungen des Gesetzes. Besondere Erlaubniß ist jedoch zu denselben nicht nöthig. Bei Versammlungen unter freiem Himmel wird sie nothwendig.“ Die Kammer nimmt die Artikel in folgender Fassung an: „Art. 27. Alle Preußen sind berechtigt sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß der Verfügung des Gesetzes unterworfen sind. Art. 28. Alle Preußen haben das Recht sich zu solchen Zwecken welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen. Das Gesetz regelt insbesondere zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit die Ausübung des in diesem und in dem vorstehenden Artikel gewährleisteten Rechts. Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzgebung unterworfen werden.“

Die Neugestaltung Oesterreichs.

IV.

H Noch ein Moment wollen wir bei unserm Vorschlag als bedeutend hervorheben. Ein Zugeständniß nämlich an die Centralisation und die deutsche Nationalität zugleich, wichtiger als es auf den ersten Blick erscheint, liegt auch darin daß die deutschen Lande Oesterreichs parlamentarisch vereint werden. Es erscheint von höchster Wichtigkeit daß Deutsch-Oesterreich sich ganz von einem, und zwar einem deutschen Staatsgeist erfülle, um diesen dadurch im Kaiserreich so zu stärken daß die freie Entwicklung ihn nothwendig zum Siege führen wird. Das will uns unmöglich dünken wenn nur kleinere Landtage in den einzelnen deutschen Kronländern bestehen, die sich über ihren Particularismus nicht erheben und ihre Wirksamkeit wohl gar gegenseitig lähmen, zumal einem großen ungarischen Reichstag gegenüber; oder wenn die Vertreter der deutschen Provinzen sogleich in einem Hause mit den Magyaren, Polen, Italienern zusammensitzen, und dann nur eine Minderheit erkennt daß das österreichische Staatsprincip sich im Interesse aller Völker wesentlich auf das Deutschthum zu stützen hat. Nur in einem deutsch-österreichischen Parlament werden diese schönen Länder vorerst zum vollen kräftigsten Selbstgefühl gegenüber den übrigen Nationalitäten und zum klaren Bewußtseyn der allgemeinen Staatsprincipien kommen, und einen mächtigen moralischen Einfluß auf alle andern Gebiete des Reichs ausüben. Wie in der ungarischen Ländergruppe, so lasse man auch in der deutschen jeder Particularität innerhalb bestimmter Gränzen ihre freie Selbstbestimmung, aber man verbinde sie zugleich alle, das Erzherzogthum, Böhmen, Mähren, Tirol, Illyrien, bald möglichst auch durch eine gleichmäßige Vertretung auf einem deutschen Landtage. Als Preußen aus seinen alten Provinziallandtagen ohne Neuwahl den vereinigten Landtag zusammenrief, da hat man erfahren daß durch die bloße Vereinigung die Kräfte sich nicht nur summiren, sondern potenziren. Und wir zweifeln nicht die Regierung werde an diesem deutschen Landtage die größte moralische Stütze finden, ein mächtiges Gegen-

gewicht gegen alle etwa vorkommenden sactlosen oder extravaganten Bestrebungen seitens der ungarischen, polnischen, italienischen Vertretungen. So wenig gutes wir von einem plötzlichen parlamentarischen Zusammenschweißen der deutschen Bundeslande mit den übrigen Theilen Oesterreichs sowohl für das Ganze als die Theile erwarten, so große Hoffnungen knüpfen wir an die Durchbildung eines von gemeinsamen Interessen getragenen, von einem politischen Bewußtseyn durchdrungenen deutsch-österreichischen Landtags als eines festen Staatskerns, um den sich allmählich nach allen Seiten hin in der einen oder andern Form größeres ansetzen kann.

Man stelle nicht entgegen, es liege darin daß man einer ungarischen Ländergruppe die deutsche entgegensetze, gewißermaßen eine Rückkehr zur Personalunion, da ja Heer, Marine, Schuld, Handel und Volkswirthschaft beiden Theilen gemeinsam seyn sollen. Auch unser Ziel ist die völlige Vereinigung, die wir nur auf dem dargelegten Wege am sichersten, weil am naturgemäßesten, zu erreichen hoffen können. Auf einer gemeinsamen Grundlage in allen materiellen Beziehungen, worin eben das stärkste Bindemittel erwächst, müssen die constitutionellen Kammern Oesterreichs und Ungarns in gegenseitiger Wechselwirkung sich mäßigen und halten, und aus der Doppelmacht mit Naturnothwendigkeit allmählich zu der einheitlichen parlamentarischen Regierung hinüberführen. Das war auch der Entwicklungsgang des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, welches erst seit Beginn dieses Jahrhunderts, nachdem es ökonomisch langsam ineinandergewachsen war, ein gemeinsames Parlament hat. Gerade dieß Beispiel beweist daß eine legislative Verschmelzung wie sie für Oesterreich beabsichtigt wird, auf einer wohlvorbereiteten wirthschaftlichen Grundlage nicht unmöglich ist, selbst wenn die verschiedenen Kronen Jahrhunderte lang miteinander rivalisirt und die Parlamente nebeneinander bestanden haben. Wir behaupten nur daß mit dieser Einigung, mit dieser parlamentarischen Verschmelzung und der sie begleitenden Machtfülle nicht angefangen werden kann, daß sie vorbereitet und der Ausgangspunkt am Ziel, nicht im Beginn gesucht werden muß.

Beschleunigt indeß kann die Entwicklung zu diesem Ziel werden hauptsächlich durch die Einheit der Staats- und Volkswirthschaft und durch eine großartige deutsche Colonisation in Ungarn. Nachdem die Oberherrlichkeit des Magyarenthums über die andern Stämme Ungarns gebrochen, die Gleichberechtigung der Völker eingetreten und damit der Traum eines Magyarenreichs als solcher gründlich beseitigt worden — nicht aber der eines großen mächtigen Ungarns — sollten die Magyaren verständigerweise selbst im eigenen Interesse, um nicht von den auf allen Seiten vordringenden slavischen Elementen erdrückt zu werden, im Interesse der Cultur und der Freiheit, im Interesse endlich der Größe und Wohlfahrt ihres Vaterlandes, eine Verstärkung des deutschen Elements in Ungarn aufs ernsteste wünschen und demselben dazu mithin aufrichtig die Hand reichen. Wir wissen uns frei von jeder Abneigung gegen die Slaven, wir wünschen den Südslaven selbst eine große nationale Zukunft, allein im Interesse der Bildung des Ostens, der Wohlfahrt und Freiheit Deutschlands müssen wir wünschen daß das deutsche Element donauabwärts immer festere Wurzel schlage, und daß die Nord- von den Südslaven durch einen festen deutsch-magyarisch-romanischen Culturkeil für immer getrennt werden. Daher soll man den Ruf erheben — und auch in Deutschland soll man darauf hören — nach deutscher Einwanderung in Ungarn, wo möglich binnen den nächsten zehn Jahren einer Million Menschen, oder 20,000 deutscher Familien jährlich, die das gewaltigste Ferment abgeben würden für die Befreiung der noch in Ungarn latenten Bodenkräfte, für die ganze Entwicklung dieses naturreichen Landes, und die bald dessen ganze Oberfläche lieblich umgestalten würden. Der österreichischen Regierung gebeut heilige Pflicht aus allen ihren Kräften die Einwanderung in Ungarn zu fördern, namentlich die von Landbauern, doch auch von Handwerkern, alle möglichst im ununterbrochenen Zusammenhang und sich anlehnend an schon vorhandene Ansiedelungen. Es muß damit gehen wie einst und streckenweis selbst noch heute im Nordosten Deutschlands. Wo das Domanialgut nicht ausreicht, da sucht die Regierung oder Private zusammenhängendes Land anzukaufen um es wieder an einen Ansiedlerverband zu überlassen; das so ausgelegte Capital wird sich bald hundertfach ersetzen. Aber auch im innern Deutschland muß man diesen patriotischen Maßregeln mit Eifer entgegenkommen und sie erleichtern; dort muß man namentlich einen Hauptverein für die Auswanderung nach Ungarn mit Zweigvereinen errichten, die sich über den ganzen Süden und Westen Deutschlands ausbreiten. Sind die Sachsengründe Siebenbürgens nicht das reichste Grotenland, und sind diese Sachsen nicht die Landsleute der Kölner? Sie standen bisher zwar vereinzelt da im fernen Osten, und hatten deßhalb im Lauf der Jahrhunderte manche Unbill zu erdulden; allein das ändert sich jetzt unter der neuen Reichsgestaltung Oesterreichs, sowie dadurch daß eine Continuität solcher Ansiedlungen bewerkstelligt wird. Ja wir hegen nach mancher Erfahrung die innige Ueberzeugung daß die Deutschen auf freiem ungarischen Boden im Zusammenhang mit Vaterland und Heimath leiblich und geistig gedeihen werden wie nirgends sonst, und daß sich die anfänglichen Mühen und Kosten — die einem ja nirgends ausbleiben — sich später vielfach lohnen werden. Und wie wird das ganze Kaiserreich gewinnen an Wohlfahrt und Macht, an Einheit und Freiheit durch die zahlreiche Einwanderung nach Ungarn und durch die politische und ökonomische Erstarkung des deutschen Elements!

Noch eine Maßregel wollen wir hervorheben, weil sie uns gerade für die Neugestaltung des österreichischen Völkerstaats besonders wichtig erscheint. Wir meinen die ebenso gründliche als umfassende Naturerforschung und Statistik des Reichs, als wesentliches Hülfsmittel sowohl für die Reichsgesetzgebung als für die einzelnen Landeskammern. Umfassende Kenntniß aller Verhältnisse des Staats erwächst nur aus tiefer Erforschung seiner beiden untrennbaren Factoren, Natur und Freiheit. Die Naturverhältnisse umfassen theils das Land, seine Gewässer, Küsten, Bergschätze, Pflanzenleben, Klima, Fruchtbarkeit, physikalische Erscheinungen u. s. w., theils das Volkthum, die verschiedenen Stämme und ihre Vermischung; die Freiheitsverhältnisse alles das was die Menschen aus Land und Volkthum geschaffen, alle gewerblichen, wirthschaftlichen und sittlichen Zustände, wofür bereits namentlich in den sehr verdienstvollen statistischen Werken Karl Czörnigs bedeutend vorgearbeitet worden. Gewiß, eine großartige Auffassung und Anwendung der Natur- und Staatswissenschaften für die Wohlfahrt der Völker, wird zugleich ein Einigungsband für sie von außerordentlicher Wirkung seyn, und bald mit der Wissenschaft die ganze Intelligenz auf die Seite der Staatseinheit stellen und das Bedürfniß derselben durch alle Classen der Bevölkerung zum Bewußtseyn bringen. Daß auch nur die umfassendste Statistik in einem von Natur so bunt zusammengefaßten Völkerreiche wie Oesterreich die Gesetzgebung vor gefährlichen Irrthümern hüten könne, liegt auf der Hand.

Schweiz.

Hr. Raveaux hat die Schweiz nicht verlassen ohne dem Bundesrath noch den Text zu lesen. Er hat ein Schreiben an denselben erlassen, in welchem er ihn an frühere Declarationen erinnert, namentlich an die Art wie der Vorort im Jahr 1848 die gegründetsten Begehren der deutschen Regierungen um Internirung der Flüchtlinge von der Hand gewiesen, wobei derselbe erklärte: „solange die in der Schweiz sich aufhaltenden Flüchtlinge die Ruhe der Nachbarstaaten nicht unmittelbar compromittiren, solange keine gegründeten Thatsachen gegen sie vorgebracht werden können — solange wird auch die Eidgenossenschaft denselben eine friedliche Zufluchtsstätte unter keinen Umständen versagen.“ Er sagt dann weiter: „Noch ist kein volles Jahr verflossen, und heute würden sich die Flüchtlinge Deutschlands, deren ganzes Verbrechen darin besteht daß sie die durch die gesetzlichen Vertreter des deutschen Volkes festgestellte Reichsverfassung vertheidigt haben, (!) glücklich schätzen wenn der hohe Bundesrath nur diejenigen Maßregeln gegen sie ergriffe welche von mir als Reichsgesandten für die Flüchtlinge des vorjährigen Septembereinfalls beansprucht waren.“ Ohne nun das neuere Verfahren einer Kritik unterwerfen zu wollen, bemerkt er daß die Flüchtlinge welche im Vertrauen auf solche Erklärungen ein Asyl suchten, und statt dessen ausgewiesen und mit Zwangspässen durch Frankreich escortirt wurden, schwer und bitter getäuscht worden sind. Dieses veranlaßt ihn daher zu folgendem ironischen Begehren: „Sollten nun die Zumuthungen der deutschen Regierungen noch mehr Ausweisungen verlangen, so wäre es doch wünschenswerth zu wissen welche Flüchtlinge in diese Kategorie fallen, da es sehr begreiflich ist daß die Regierung der Schweiz, der Consequenz wegen, den Forderungen Preußens und Badens nachgeben wird. Ich bitte daher im Namen der deutschen Flüchtlinge um gütige Mittheilung einer Namensliste derjenigen welche möglicherweise auf Grund einer Reclamation oder auch ohne diesen Grund ausgewiesen werden dürften.“ Er schließt dann mit einigen allgemeinen Lehren an den Bundesrath über Schwäche und Nachgiebigkeit, und mit der Bitte, nach Hebel: „mi Grobheit nimm für en Ehr uf.“ Wir begreifen daß die europäischen Wühler durch das vorjährige Gebaren der Bundesbehörden zu dem Wahne verleitet werden konnten die Schweiz begehre nichts sehnlicher als allgemeiner Zufluchtsort aller verunglückten Revolutionäre zu werden, und daß sie sich jetzt bitter getäuscht fühlen; auch ist ebenso begreiflich daß sie darob ärgerlich sind. Eine ganz andere Frage aber ist es ob sie berechtigt waren trotzige Erklärungen gegen die ohnmächtige Centralgewalt als ihnen gegebene Versprechungen anzusehen, und ob die Schweiz nicht guten Grund hatte dem frech mißbrauchten Asylrecht engere Schranken anzuweisen. (Basler Z.)

Die Insel Cuba.

< **London**, 8 Oct. Die Bestrebungen nordamerikanischer Abenteurer mit der Perle der Antillen zu verfahren wie sie mit Texas verfahren, die Wuth es mit der „Annexation“ immer weiter zu treiben und einen Buckanierzug gegen spanisches Besitzthum zu wagen, hat hier bei Staatsmännern und Kaufleuten nicht geringe Aufmerksamkeit erregt. Man weiß gar wohl daß Bruder Jonathan seit Jahren „a peep“ auf Cuba gerichtet hat; er kann es nicht leiden europäische Mächte im Besitz amerikanischen Bodens zu sehen. Die Engländer haben die Insel Roattan besetzt, halten San Juan de Nicaragua fest und erheben Einsprache gegen die Plane der Nordamerikaner auf den Isthmus von Tehuantepec, der ausersehen wurde eine von den acht Eisenbahnen zu erhalten mit deren Anlage die Yankees sich jetzt im Geiste beschäftigen, während in der Wirklichkeit wohl nur eine Schienenstraße vom Mississippi nach Californien und eine andere über die Landenge von Panama zur Ausführung gelangen wird. In Westindien ist bis jetzt englischer Einfluß überwiegend; wäre aber Cuba in der Hand einer stärkern Nation als der Spanier, so würde dieses herrliche Eiland, welches die Einfahrt aus dem caraibischen Meere in den mexicanischen Golf beherrscht, sowohl Yucatan und Guatemala als Hayti und Jamaica zu beherrschen vermögen. Als Besitzer von Cuba wären die Yankees ganz unbedingt Herren des ganzen Antillenmeeres. Aber in friedlicher Weise kann dasselbe niemals ihr Eigenthum werden; die europäischen Seemächte würden auch den kostspieligsten Krieg nicht scheuen um den dermaligen Besitzstand in Westindien aufrecht zu erhalten. Uebrigens wäre der Preis des Kampfes werth, denn die Wohlhabenheit Cuba's ist größer als die irgendeiner andern Insel Westindiens, und die Entwicklung der Art daß die englischen Antillen mit Neid auf ihre spanische Nachbarin blicken. Auf Cuba überwiegt die Zahl der Weißen jene der Neger, die Insel hat einen freien Stand kleiner Bauern neben großen Pflanzern, und die Verwaltung ist verhältnißmäßig gut und geregelt, seit vor etwa fünfzehn Jahren Don Miguel de Tacon mit eiserner Strenge den Gaunern, Spielern und Mördern das Handwerk legte und die Justiz verbesserte. Ich finde im Diario de la Marina, das in Havana erscheint, einige statistische Angaben welche den Fortschritt der Insel klar vor Augen stellen und in diesem Augenblicke nicht ohne Interesse sind. Die Einfuhr betrug im Jahr 1828 erst 19,534,000, die Ausfuhr 13,414,000 spanische Thaler; die erstere war 1847 auf 32,389,000, die letztere auf 28,000,000 gestiegen. Die Einnahmen betrugen 1828 neun, 1847 aber dreizehn Millionen. Seit Tacons Verwaltung wurde namentlich viel für die innere Communication gethan; die Cubaner bethätigten eine größere Rührigkeit als andere Creolen, und die Regierung verwandte einen ziemlich beträchtlichen Theil der Einnahme auf den Bau von Brücken, Leuchtthürmen rc. Die Landstraßen lassen allerdings noch manches zu wünschen übrig, aber im Eisenbahnbau ist Cuba allen andern Antillen weit voraus. Die ersten Schienen wurden 1834 gelegt; jetzt hat die Insel ein alle stärker bevölkerten Theile durchziehendes Netz von Bahnen. Sie laufen von der Havana nach Guines, Batabano, San Antonio, Cardenas und Jucaro; von Matanzas nach Sabanillo und Coliseo; von Nuevitas nach Puerto Principe; von San Jago de Cuba nach den Kupferminen; im Bau sind die von Remedios nach Caibarien und von Cienfuegos nach Villa Clara. Die Sabanillobahn verbindet Matanzas mit der Havana bei Tienda de Reyes, und wenn sie, wie jetzt im Plane, mit der Cardenasbahn in unmittelbaren Zusammenhang gebracht wird, so sind die wichtigsten Plätze des westlichen Theiles der Insel in einander ganz nahe gerückt. Auf der Nordseite unterhalten vier Dampfer eine fast tägliche Verbindung zwischen Havana, Matanzas, Cardenas und El Jucaro; nach Sierra Morena und Sagua la Grande, nach Cabañas und Bahia-Honda geht allwöchentlich ein Boot. Auf der Südseite fahren regelmäßig zwei andere Dampfer; und mit Europa, New-York, Charleston, Neu-Orleans, sämmtlichen Antillen, Vera-Cruz, La Guayra und Chagres ist gleichfalls eine regelmäßige Dampfschiffverbindung im Gange. Der Ackerbau, die Hauptnahrungsquelle, gewinnt alljährlich bedeutend an Aufschwung, die Zahl der kleinen Bauerngüter wie der großen Pflanzungen ist in raschem Anwachsen. Der Kaffeebau, weil er nur geringen Nutzen abwarf, ist in rascher Abnahme; man baut vorzugsweise Zucker, wovon 1847 die Ernte 1,247,811 Kisten lieferte, und Tabak, wovon 9,309,506 Pfund und 244,812 000 Cigarren in den Handel kamen. Am Exportgeschäft betheiligen sich gegenwärtig fünfzehn Hafenplätze, welche außer dem genannten 708,491 Arroben Kaffee, 205,559 Oxhoft Molasse, 11,909 Pipen Rum und 571,000 Centner Kupfererz ausführten. In den ersten neun Monaten des Jahres 1848 liefen in sämmtlichen Häfen der Insel 2751 Schiffe ein, wovon 2006 ausländische und 745 spanische, auf Havana allein kommen davon 1469, dann folgt Matanzas mit 348, San Jago de Cuba mit 280 Schiffen. Dagegen waren 1847 weit mehr Schiffe eingelaufen, nämlich 3740. Wird die Ruhe nicht gestört, so kann es nicht fehlen daß der Aufschwung Cuba's in starker Progression zunimmt.

N e u e s t e s.

Augsburg, 16 Oct.

** **Frankfurt**, 13 Oct. Gestern früh fand in Sachsenhausen, wo die Bayern und Oesterreicher jetzt liegen, ein feierlicher Gottesdienst zum Namensfest des Königs von Bayern in den Kirchen beider Confessionen statt, an dem die Reichstruppen, Officiere und Mannschaften, theilnahmen, Preußen sah man nicht. Der k. bayer'sche Bevollmächtigte, v. Xylander, gab Abends einen solennen Ball welchen der österreichische Gesandte, die Mitglieder des Reichsministeriums rc. besuchten. Dem k. bayer'schen Oberstlieutenant v. Liel, Chef des Generalstabs im Reichscorps des Neckarkriegs, ist von seinem frühern Chef, Generallieutenant v. Peucker, in den liebenswürdigsten Ausdrücken die Mittheilung geworden daß der König von Preußen Hrn. v. Liel, in Anerkennung seiner großen Verdienste als Generalstabschef des Neckarcorps, den rothen Adlerorden dritter Classe mit den Schwertern verliehen habe.

* In **Athen** ist Ihre Maj. die Königin von Griechenland am 2 Oct. von ihrer Reise nach Deutschland glücklich wieder eingetroffen.

Erklärung.

Wir werden von Seite des Abgeordneten, Hrn. Fürsten von Oettingen-Wallerstein um Aufnahme folgender Erklärung ersucht.

München, 16 Oct. Eine Correspondenz in Nr. 287 der Allg. Zeitung behauptet, der Abgeordnete Fürst von Oettingen-Wallerstein habe „eine Position über Aufhebung des königlichen Leibgeheges benützen zu müssen geglaubt, um sich über die Säumigkeit, womit die Ausschüsse ihre Arbeiten erledigen, sowie darüber zu beklagen daß jene Seite des Hauses, welcher er anzugehören die Ehre habe, in derselben nicht genügend vertreten sey.“ Hier sind dem Fürsten bestimmte Aeußerungen in den Mund gelegt. Zeug der stenographischen Berichte hat aber der Fürst von all dem kein Wort gesagt. Als es sich darum frug, ob eine ihm zur Vertretung übergebene Position von nahe an sechshundert Oekonomen aus dem Hofjagdbezirke dem treffenden Ausschuß zugewiesen werden solle, und ihm oblag das Wort zu ergreifen, wies er nach „wie die Bitte eigentlich nur die Bitte sey um beschleunigte Berichtserstattung über den Jagdgesetzvorschlag, wie der jetzige Zwischenzustand eine Art von Gesetzes- und Jagdanarchie begründe und warum es von äußerster Wichtigkeit sey, daß der erwähnte Vorschlag schleunigst in die Kammer komme.“ Dann fügte er bei: „Wir sind in den Ausschüssen nur in der kleinsten Minorität vertreten; wir konnen nichts thun, als die Bitte an die Majorität richten, namentlich diesen Gesetzentwurf so schleunig als möglich der Berathung zuzuführen. Die Beschleunigung liegt im Interesse der Krone selbst.“ In größeren constitutionellen Staaten sehen es die Blätter aller Farben als Ehrensache an, die Parlamentsverhandlungen möglichst wortgetreu zu geben, und erst an das vollständig dargelegte Factum ihre Polemik zu knüpfen. Daß in Blättern kleiner deutscher Binnenstaaten ähnliches nicht stattfinde, begreift sich, obwohl es immerhin beklagenswerth bleibt, wenn die dargebotenen Auszüge die Oberflächlichkeit theilweise bis zur Entstellung treiben, und wenn, wie jüngst geschehen, der halbofficiellen Zeitung sogar nachgewiesen werden kann, einem Minister geradezu einen Unsinn in den Mund gelegt zu haben. Aber, wer zumal in einem Blatte wie die Allg. Zeitung, specielle Aeußerungen besprechen will, der sollte mindest hier die gebrauchten Worte genau einschalten. Nicht wegen des gegebenen Falles berühren wir die Sache. Fürst Wallerstein kümmert sich so wenig um diese Lüge als um die Mährchen vom Kleinschrotenwollen der Justiz, von Reden an die Bamberger Gärtner über die Grundrechte u. s. w. Wir sagen das hier Gesprochene bloß, um einen Mißstand im Großen zu tadeln oder doch zu constatiren.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. **Bayern.** Aus dem neuesten Armeebefehl theilen wir noch Folgendes mit: Versetzt werden: die Obersten Frhr. v. Bassimon vom 6. zum 4. Inf. Reg. und J. Raus vom 11. Inf. Reg. zum Generalquartiermeisterstab; die Oberstlieutenants Kast vom 14. zum 6. Inf. Reg. und Frhr. v. Asch vom 4. Inf. Reg. zum Inf. Leib-Reg.; der Major Schedel vom 2. Art.-Reg., dann die Hauptleute Villement vom 12. Inf. Reg. und v. Klenze, Adjutant des General-Lieut. und Armee-Corps-Commandanten Graf v. Ysenburg, vom Inf.-Leib-Reg., zum Generalquartiermeisterstab. Ernannt werden: zu functionirenden Majoren die Hauptleute 1. Cl. H. Schramm vom 13. im 15. Inf. Reg.; v. Ziegler vom 2. im Leib-Reg.; Friedman vom 13 im 11; Mändl vom 10. im 14. Inf. Reg.; Burgarh vom 1. Jäger-Bat. im 4. Inf. Reg.; Mayer

im 3. Inf. Reg.; Renner im 9. Inf. Reg.; v. Pierling im 6. Inf. Reg.; die Rittmeister C. v. Jenisch vom 2. im 3. Chev.-Reg. und Stöber vom 1. im 2. Kür.-Reg.; die Hauptleute Fahninger im 2. Art.-Reg.; Frhr. Weismann v. Weißenstein vom 1. Art.-Reg. bei der Zeughaus-Hauptdirection, dann Herter und Schuhmacher, beide im Genie-Reg.; — zum Director der Gewehrfabrik: der Hauptmann und bisherige Inspector dieser Fabrik, Waldmann, mit gleichzeitiger Ernennung zum functionirenden Major; — zum Inspector der Gewehrfabrik: der Hauptmann und bisherige Aufsichts-Officier zu Haselmühle Frhr. v. Podewils; zum Platz-Adjutanten: der Oberlieutenant und Regiments-Adjutant Graf v. Pfenburg vom 3. Inf. Reg. bei der Commandantschaft München, mit gleichzeitiger Beförderung zum Hauptmann 2. Classe. Zu Hauptleuten I. Classe: die Hauptleute 2. Classe Bijot im 3. Jäger-Bat.; Elblein im 9.; v. Gernler im 13.; v. Zentner im 1.; Kolb im 2.; Frhr. v. Reichlin-Meldegg im 7. Inf. Reg.; Müller im 2. Jäger-Bat.; Frhr. v. Ow im Inf.-Leibreg.; Steinle im 16.; Harrach im 12.; Oertel im 6. Inf. Reg.; Fiserius im 4. Jäger-Bat.; v. Brückner im 8.; Frhr. v. Riederer im 4. Inf. Reg.; Graf Ricciardelli im Inf.-Leibreg.; v. Schönfeld im 13. Inf. Reg.; Graf v. Lützow im 4. Jägerbat.; v. Schleich im 15.; Hößlinger im 3.; Bächle im 2. Inf. Reg.; dann die Oberlieutenants v. Gmainer, Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs Ludwig, Buz und Limbach vom Genie-Reg.; Schoch Reg.-Adjutant vom 1. Art. Regt. Prinz Luitpold, Hartmann vom Ing.-Corps, und Frhr. v. Pranckh vom Genie-Reg.; diese fünf sämmtlich im Generalquartiermeisterstab; Bronzetti im 2. Art.-Reg.; v. Mann im 1. Art.-Reg.; Halder im 2. Art.-Reg.; Georg v. Heydenaber und v. Tausch im Genie-Reg.; v. Gemünden vom Ing.-Corps im Genie-Reg.; Koch, Hüttner und Wolf im Genie-Reg. Zu Rittmeistern: die Oberlieutenants Frhr. v. Esebeck vom 5. im 2. Chev.-Reg. und Graf v. Jenison-Walworth vom 2. im 1. Kür.-Reg. Zu Hauptleuten II. Classe: die Oberlieutenants Hetterich im 9.; Frhr. v. Waldenfels im 13.; Frhr. von der Tann im Inf.-Leib-Reg.; Scheril im 10.; Weber im 9. Inf. Reg.; Steinwarz im 2. Jägerbat.; Eisenried im 3.; v. Göriz im 12.; Mühlbaur im 11.; Bayl im 4.; Streiter vom 14. im 13., Fruhmann im 2.; v. Gropper vom 14. im 6. Inf. Reg. v. Schmädel im 1. Jäger-Bat.; Höfler vom 1. im 15.; Helbling im 8.; Hebberling vom Inf.-Leib-Reg. im 8.; Graf v. Pfenburg vom Inf. Leib-Reg. im 11.; Schwalb im 5. Inf. Reg.; Ertel vom 7. Inf. Reg. im 2. Jäger-Bat.; und Mayer vom 3. Jäger-Bat. im 13. Inf. Reg. Zu Oberkriegscommissären 2. Classe: die Kriegscommissäre Weiß beim 1. Armeecorpscommando und Krauß bei der Revisionsabtheilung der 6. Kriegsministerialsection. Zu Kriegscommissären: die Kriegsrechnungscommissäre Baumann beim 2. Armeecorpscommando; Schmidt von der Commandantschaft Germersheim beim 2. und Helferich beim 1. Armeecorpscommando. Zum Regimentsarzt I. Classe: der Regimentsarzt II. Classe Dr. Pfeiffer im 2. Art.-Reg.; zum Regimentsarzt II. Classe: der Bataillonsarzt Dr. Stadelmeyer im 11. Inf.-Reg. Zu Bataillonsärzten: die Unterärzte 1. Classe Dr. Mühlbauer im 1. Kür.-Reg.; Dr. Königshöfer im 4. Inf. Reg., und Dr. Wacker im 2. Art.-Reg. Charakterisirt werden: als Oberst: der Oberstlieutenant von Hagens vom General-Quartiermeisterstab; als Major: der Hauptmann und Oberzeugwart Michaeli von der Zeughausverwaltung Würzburg (Marienberg).

Civildienstnachrichten. Preußen. Nachdem in Folge der anderweiten Organisation des Postwesens die Stelle des General-Postmeisters eingezogen worden, ist der General-Postmeister v. Schaper aus dieser Stelle ausgeschieden und vorläufig zur Disposition gestellt. Der bisherige Superintendentur-Verweser Pfarrer Brohm in Gardelegen ist zum Superintendenten der Diöcese Gardelegen; Pfarrer Lademann in Uhrsleben zum Superintendenten der Diöcese Bornstedt; Pfarrer Langer in Zörbig zum Superintendenten der Diöcese Brehna; Pfarrer Jahr in Naumburg zum Superintendenten der Diöcese Naumburg; Pfarrer Jacob in Gatterstedt zum Superintendenten der Diöcese Querfurt; Pfarrer Quehl in Hornburg zum Superintendenten der Diöcese Veltheim ernannt; ferner der seitherige Obergerichts-Rath Dr. Riebel in Greifswald zum Reg. Rath; der bisherige Reg. Rath v. Woringen in Liegnitz zum Ober-Reg. Rath und Dirigenten der Abtheilung des Innern bei der dortigen Regierung.

Wissenschaft und Kunst. Preußen. Die Direction des königlichen technischen Gewerbe-Instituts in Berlin ist dem Director der höheren Bürger- und Provinzial-Gewerbe-Schule zu Trier, Dr. Druckenmüller, commissarisch übertragen worden.

[3670] Im Verlage von Braun u. Schneider in München ist so eben erschienen:



Herrn Petermanns Jagdbuch

oder

Skizzen und Abenteuer aus den Jagdzügen des Herrn Petermann und seiner Freunde.

Zu Nutz und Frommen aller Jäger und Jagdliebhaber herausgegeben.

Mit 104 Holzschnitten nach Originalzeichnungen. 4. cart. Preis 1 fl. 45 kr. oder 1 Rthlr.

Herrn Petermanns, des Helden der meisten Jagdabenteuer in unsern fliegenden Blättern, vielfache Erlebnisse beim fröhlichen Waidwerk übergeben wir hiermit gesammelt dem freundlichen Leser. Die in den fliegenden Blättern erschienenen besten Jagdskizzen sind darin, untermischt mit allerlei neuen, aufgenommen. Wir hoffen das reich ausgestattete schöne Buch soll dem Jäger und Jagdfreund eine willkommene Spende seyn. — Alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes nehmen Bestellungen an.

(Vorräthig bei M. Rieger in Augsburg).

[3567] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg.— bei Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

(Für angehende Eheleute ist sehr nützlich:)

Dr. Albrecht (Arzt in Hamburg),

Der Mensch und sein Geschlecht

oder Belehrungen über physische Liebe, Naturzweck, Leitung des Geschlechtsgenusses, über Empfängniss, Schwangerschaft und eheliche Geheimnisse. Nebst neuesten Erfahrungen, die Folgen der Selbstbefleckung und Samenergiessung zu heilen. Vierte Auflage. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold u. Sohn in Wien, vorräthig.

[3676]

Der Bote aus den Vogesen,

politisches Organ der freisinnig-conservativen Partei in der Pfalz,

erscheint wöchentlich dreimal und kostet vierteljährig nur 40 kr. Wegen seiner Verbreitung durch die ganze Pfalz eignet er sich besonders zu Anzeigen. Man abonnirt auf der Post.

Landau, in der Pfalz, den 1 October 1849. **Die Expedition.**

[3674—75]

Kunst-Anzeige.

Montag den 5 November l. J. beginnt in der **Kunst- und Antiquarhandlung** des Unterzeichneten die Versteigerung einer **Sammlung von Kupferstichen**, vieler tausend antiker **Silber- und Bronze-Münzen**, sowie einer Partie sehr guter **Oel-Gemälde.**

Der Katalog kann durch Buch- und Kunsthandlungen oder direct bei Unterzeichnetem bezogen werden.

München, am 10 October 1849. **L. A. v. Montmorillon.**

[3607—9] In dem ganz neu auf das zweckmäßigst eingerichteten

Commissions- und Informations-Bureau

von M. Freyler in Basel befaßt man sich hauptsächlich mit folgenden Gegenständen als:

Mit Dienstanschaffungen vom Hauslehrer und der Gesellschaftsdame abwärts bis zu dem Knecht und der Magd.
Mit Verpachtungen, An- und Verkäufen von Häusern und Gütern.
Mit Uebernahme von Commissions-Artikeln aller Art.
Mit Incasso und Betreibungen und mit Anschaffung von Capitalien gegen Hypothek.
Mit ähnlichen Bureaux im In- und Auslande wird man gerne in gegenseitige Geschäftsverbindung treten.
Nichtfrankirte Zuschriften werden streng refusirt.

[3666]

☞ Heilsame Erfindung für Schwerhörende. ☜

Gehörröhre oder Schallleiter,

welche allen Schwerhörenden mit Recht zu empfehlen sind. Besonders dürften diese ausgezeichneten Instrumente für Damen passend seyn, da sie bei sehr starkem Auffangen des Schalles so im Ohre befestigt werden daß sie, ohne Schmerz zu verursachen, durchaus nicht zu bemerken sind. Gegen portofreie Einsendung des Betrags erhält man Instrument nebst Gebrauchsanweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 paar silberne Schallleiter 3 Rthlr.
1 „ „ detto vergoldet 4 Rthlr.
1 „ goldne detto 6 Rthlr.

Nordhausen, im October 1849. **C. R. Friedrich.**

[3684—85] **Bekanntmachung.**

Zum Vollzuge des rechtskräftigen Erkenntnisses vom 24 Julius l. J. wird auf Anrufen des Klägers der landesabwesende Beklagte Dr. Werthauser aufgefordert, sich

binnen 30 Tagen

entweder in Person oder durch einen gehörig Bevollmächtigten zur Protokollirung des zwischen ihm und dem Kläger am 21 August 1847 über das Anwesen Nr. 4 k. an der Augustenstraße dahier geschlossenen Kaufvertrages zu stellen, widrigenfalls dieser Kauf in der Art wie er in der Klage behauptet ist, als protokollirt erachtet und die Umschreibung der fraglichen Realität auf den Kläger verfügt werden wird.

Beschlossen München, den 28 Sept. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director: **Danhauser.**
Höß.

[3656] **Todes-Erklärung.**

Auf die am 19 Februar 1849 ergangene Edictalladung hat sich weder Karl Steuerleitner, Feilenhauerssohn von hier, noch dessen allenfallsige Descendenz hierorts gemeldet; es wird daher anmit Georg Steuerleitner für todt erklärt und seinerzeit dessen Vermögen an seine Erben gegen Caution ausgehändigt.

Beschlossen am 5 October 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director: **Danhauser.**
Hebendanz.

[3667—69] **Oeffentliche Aufforderung.**

Simon Friedberg von Frankfurt hat als Cessionar des Herrmann Böckmühl und der Ehegattin desselben daselbst gegen die Wittwe des Friedrich Ludwig Pfalz dahier und die Kinder derselben eine Klage auf Rückzahlung eines, dem verlebten Friedrich Pfalz und der Ehegattin desselben dargeliehenen, Capitals von zehntausend Gulden sammt Zinsen vom 26 Januar l. J. an vor unterzeichnetem Gericht erhoben. Da nun der Aufenthaltsort des August Pfalz unbekannt ist, so wird derselbe auf den Antrag des Simon Friedberg hierdurch aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten,

vom Tage an gerechnet wo gegenwärtige Verfügung zum erstenmale durch öffentliche Blätter bekannt gemacht wird, sich auf die Klage zu erklären, widrigenfalls August Pfalz mit Einreden ausgeschlossen und der Klage geständig erachtet wird.

Die weiter zu erlassenden Verfügungen werden nur durch Anschlag an der Gerichtsthüre bekannt gemacht werden.

Offenbach, den 10 October 1849.
Großherzogl. hessisches Landgericht.
Strecker.
Wehler.

[3301—2] Nr. 40944. Durch eigenhändiges Testament d. d. Heidelberg 30. Mai 1840 hat der verstorbene pensionirte Aumonier J. K. H. der verwittweten Großherzogin von Baden François Banchelet der Ehegattin des Geh. Hofrathes und Professors an der Gr. Universität Heidelberg Dr. Carl Zell, Victoria, geborenen Banchelet, seine sämmtliche Verlassenschaft vermacht. Dieselbe hat nach dem am 13. August 1849 erfolgten Tode des Erblassers um Einsetzung in Besitz und Gewähr der Erbschaft gebeten.

Die unbekannten Erben der bezeichneten Erbschaft werden daher in Gemäßheit des L. R. S. 770 aufgefordert von ihren Rechten an gedachte Erbschaft

binnen 2 Monaten

Gebrauch zu machen, widrigenfalls die nachgesuchte Einsetzung ertheilt werden soll.

Heidelberg, 13. September 1849.
Gr. Oberamt.
Schaaff.

[3596—98] Ein Landhaus mit 8 Zimmerchen, 11 Stunden von München am Gebirge, in hoher, warmer, ungemein schöner Lage, Umgebung und Fernsicht, wird sammt 37 Tagwerk Feld und Wald billig verkauft. Das Nähere München, Louisenstraße Nr. 12.

(3452—53) **Ein Zeug-Druckerei-Etablissement im Königreich Sachsen,** welches für mannichfaltige Artikel vollständig eingerichtet ist, soll **verkauft** oder **vermiethet** werden. Auf mündliche oder frankirte schriftliche Anfragen ertheilt Hr. *Johann George Schmidt* in *Leipzig* nähere Auskunft.

[3509] Ein Pharmaceut der das bayerische Staatsexamen bestanden hat, sucht ein Provisorat oder eine Gehülfenstelle; er würde jedoch auch Rücksicht nehmen, wenn ihm ein geehrtes Vertrauen eines chemischen Herrn Fabrikbesitzers oder ein sonstiges seinen Kenntnissen angemessenes Anerbieten zukäme.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 291. — 18 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 11 Oct. Es ist schon vor einiger Zeit in der Presse darauf aufmerksam gemacht worden daß bei dem Waffenstillstandsvertrag zwischen Preußen und Dänemark drei geheime Artikel sich befinden: 1) Durchführung des Waffenstillstandes mit Waffengewalt. 2) Auslieferung der Gefion an Dänemark. 3) Anschluß Holsteins an den preußischen Sonderbund. Diese geheimen Artikel sind Wahrheit; die Beweise liegen jetzt offen am Tag. Die Existenz des ersten Artikels wird auf eclatante Weise bestätigt durch das Schreiben der Landesverwaltung an den Magistrat zu Eckernförde, nach welchem der Gehorsam der Bürger durch 10 Mann Einquartierung erzwungen werden soll; durch die in Berlin verlangte Verstärkung von preußischen Truppen; endlich durch die Bekanntmachung des preußischen Commandanten in Tondern, welche jedem der sich an einer Katzenmusik betheiligt mit Arrest droht, und dem ihm untergebenen Officierscorps befiehlt bei der geringsten Veranlassung scharf einhauen zu lassen, und andere offenkundige Thatsachen mehr. Die zweite Bedingung ist die Auslieferung der Gefion. Man erinnert sich daß der preußische Commandant sich der Wegführung des Schiffes nach Kiel widersetzte. Um diese Maßregel zu beschönigen und das Publicum zu gewinnen, hatte man von jener Seite geflissentlich das Gerücht ausgesprengt die Centralgewalt wolle die Flotte im Mittelmeer überwintern lassen, obgleich die preußische Regierung recht gut wußte daß daran kein wahres Wort. Allein nicht um Deutschland das Schiff zu erhalten wurde dessen Auslieferung an die deutsche Centralgewalt verweigert, sondern um es an den Reichsfeind — Dänemark auszuliefern. Nach den geheimen Artikeln gehört die Gefion — weil sie zufällig in Schleswig liegt — zu Schleswig — Schleswig wird aber den Dänen überantwortet und damit auch die Gefion! *) Was die dritte Bedingung betrifft, so ist ohne den Beitritt des holsteinischen Gebietes die Eroberung und beziehungsweise Einverleibung Hamburgs in den Zollverein unausführbar. Folglich ist anzunehmen daß die preußische Regierung in ihren weitgehenden Vergrößerungsplanen auch einen solchen Beitritt ausbedungen hat, ja es sollen darüber in dem sogenannten Verwaltungsrath bereits Mittheilungen gemacht worden seyn die derselbe wohl schwerlich veröffentlichen wird. Solche Verträge hat eine Regierung abgeschlossen die einst feierlich proclamirte sie wolle Deutschlands Schirm und Hort seyn. (Nürnb. C.)

§§ **Frankfurt a. M.,** 14 Oct. Nachdem das Interim beschlossen und im Verwaltungsrath auf Berufung des Reichstags gedrungen worden ist, schreibt mir der von mir schon manchmal erwähnte Berliner Correspondent, der, ohne unmittelbaren Antheil an den Geschäften, besser als die Minister orientirt und durch langjährige Erfahrung und vielseitige Verbindungen vor vielen geeignet ist den Pulsschlag der Zeit zu zählen und die Entwicklung der Dinge vorherzusehen: „Lassen Sie sich durch das Geschrei unserer liberalen Eisenfresser und der verzückten Berliner Correspondenten Ihrer Deutschen Zeitung nur keinen Augenblick über die Unwahrheit der Voraussetzung verblenden daß der 15 October eine Aenderung in der Politik des Cabinets verkünden werde. Diese Stimmen der Presse glauben, wir sagen das zu Ehren ihres Verstandes, selbst nicht daran, hoffen aber einen Zündfunken damit auszuwerfen der das Osterfeuer entbrennen läßt nach dem sie sich sehnen. Es ist eine bekannte Sache daß eine Person bei welcher denn doch noch immer die letzte Entscheidung beruht, jetzt weniger als je zu durchgreifenden Maßregeln oder zur Aufpflanzung eines Panier geneigt ist dessen Devise wäre „Alles an Alles setzen." Im steten Kampfe mit den Gefühlen welche die Ueberlieferungen, die frühern Studien und die gesellschaftlichen Einflüsse erzeugt haben und auch jetzt noch warm erhalten, und mit den allerdings nicht zu bestreitenden und oft nicht auf die zarteste Weise sich geltend machenden Forderungen der Gegenwart, und in dem gewissenhaften Bestreben nach beiden Seiten hin recht zu thun, auszugleichen und zu versöhnen, kann der Anlaß zu einer für alle Zeiten zu treffenden Wahl, die zugleich ein Bruch mit der einen Seite wäre, wahrlich nicht gefunden werden. Charaktere solcher Art, die schon oft und, irre ich nicht, in eigener rühmender Bescheidenheit mit dem des Hamlet verglichen worden, werden nicht aus eigenem Antrieb eine neue Zeit gestalten. Der 15 October wird auch ohne daß die von den Blättern ausposaunten und nicht im mindesten begründeten Erwartungen verwirklicht werden, ein Freudentag für alle seyn welche die von dem ganzen Wesen des preußischen Volks verworfene unselige Spaltung zwischen Königthum und Volk, wie kurz sie auch gewährt, für ein Unglück, die Rückkehr zu dem alten Vertrauen für die Hauptsache gehalten haben. Es ist die große Mehrheit, an deren Zuneigung der König nun ein doppeltes Anrecht hat, weil er den ernsten Willen gezeigt hat dem Bedürfnisse des Landes durch eine wahrhaft constitutionelle Regierung genugzuthun. Wir wollen nicht vergessen daß dicht an dem 15 October der 14 steht als Warner vor Einschlagung falscher Wege. Ein solcher wäre aber wenn jetzt, nachdem das Interim festgestellt und der Dualismus ausgesprochen, also die Oberhauptsfrage, die, man sage was man will, der Knoten zu aller Zeit gewesen, gelöst worden ist, der Reichstag für das Bündniß berufen werden sollte welches das Dreikönigsbündniß heißt, zur Stunde aber nur noch einen König als offenen Bekenner zählt. Zwar hat General v. Radowitz gesagt, man werde das Ziel erreichen „mit allen, mit vielen oder auch mit wenigen", und es kann das seine persönliche Ansicht, vielleicht auch die Meinung des Ministeriums gewesen seyn zur Zeit als er die Worte sprach. Allein bei ruhiger Ueberlegung wird man sich sagen müssen daß, nachdem Bayern und Württemberg abgesagt, Hannover und Sachsen die Absicht des Rücktritts zu erkennen gegeben haben, mit Oesterreich aber die Einigung über die gemeinschaftliche Regierung in allgemeinen

*) Auch die Berliner Correspondenz der Köln. Ztg. spricht von dieser Auslieferung als von einer ausgemachten Sache.

Bundesangelegenheiten erfolgt ist, die Verhältnisse eine solche Umgestaltung erfahren haben daß man wohl berechtigt ist zu einer zweiten Prüfung und zu dem entsprechenden Schlusse. Durch die Einigung zwischen Oesterreich und Preußen ist der größte Schritt zur Zufriedenstellung der Volksbegehren gethan. Zwar ist darin weder der Kaiseridee eine volle Huldigung dargebracht, noch der Grundsatz der Einheit in seinen Consequenzen dargestellt, aber es ist Oesterreich in der Verbindung erhalten, Preußen, dem jüngern, den Fortschritten der Zeit ergebenen Staat, der gleiche Einfluß wie Oesterreich eingeräumt, und es sind die übrigen Regierungen von der Leitung der deutschen Angelegenheiten ausgeschlossen. Ist es den beiden Mächten Ernst, so werden sie nun wohl den Faden finden um aus dem Labyrinthe herauszukommen. Das größte Hinderniß ist damit besiegt daß nicht 38 Einverständnisse, von Bayern bis Liechtenstein, erbeten und errungen werden müssen. Und in diesem Augenblick sollte Preußen auf Berufung des Reichstags dringen, und den Souveränen, welchen eben erst der Einfluß auf die großen Geschicke des Vaterlandes um der Unmöglichkeit willen in solcher Vielherrschaft segensreich zu wirken entzogen ist, eine neue Handhabe gewähren denselben auf Umwegen zu erlangen? Steht es nicht unabhängiger wenn es mit Oesterreich allein zu berathen und zu beschließen, und seine Entschlüsse auf seine Erkenntniß von dem Nothwendigen und Zweckmäßigen zu gründen, als wenn es vorher die Zustimmung des Fürstencollegiums einzuholen und dann mit Oesterreich sich zu verständigen hat? Und ist die Machtvergrößerung welche der enge Bund mit ein paar Dutzend kleinen Fürsten ihm gewährt, in der That werth daß es die kaum gewonnene Einigung mit Oesterreich wieder aufs Spiel stelle? Welchen Zuwachs von Macht erhält es denn durch die Verbindung mit Regierungen von denen so manche vor Jahr und Tag das Reichsministerium geheimnißvoll gebeten haben zur Erhaltung ihrer Existenz Truppen in ihr Land marschiren zu lassen, aber von dem Nachsuchen um Gotteswillen nichts zu verlautbaren, damit Minister und Regent nicht von den Demokraten vertrieben würden. Das hat bekanntlich das Reichsministerium zur Erfindung der strategischen Gründe seiner Zeit veranlaßt. Ist es etwa ein patriotisches Gefühl welches die kleinen Regierungen allen Entwürfen und Aufstellungen hat nachjagen lassen, und nicht vielmehr der verzweifelte Griff nach dem Strohhalm in der Gefahr des Ertrinkens? Warum also, statt mit Oesterreich voranzugehen, sich eine Last auferlegen welche die Arme und die Beine lähmt? Warum den übrigen eine Mitberechtigung zur Leitung der großen Angelegenheiten einräumen, da wenn Oesterreich und Preußen sich verständigen, in deren Händen allein ruht was zu gewähren dem Vaterland nothwendig und heilsam ist! Wie bald diese Ansicht zum Durchbruch kommen werde das müssen wir freilich erwarten. Daß aber nichts geschehen werde, was ihre Durchführung unmöglich macht, darauf können Sie, glaube ich, zählen! Die Scheu des Königs die demokratischen Regungen welche die causa movens in den kleinen Staaten sind, zu benützen, die Besorgniß vieler aufgeklärter Vaterlandsfreunde durch allzuenge Verbindungen mehr an Selbständigkeit zu verlieren als an Macht einzutauschen, endlich die begründete Hoffnung mit Oesterreich sich auch definitiv verständigen, den politischen Einfluß abmarken, und in gemeinsamem Wirken das Ehrgefühl der deutschen Nation zufriedenstellen zu können, sind Gründe genug um voreilige Schritte zurückzuhalten. Würde Oesterreich sich der Repräsentation des deutschen Volkes versagen, dann freilich bliebe für Preußen keine Wahl als ohne dasselbe zu geben. Nach der Annäherung welche inzwischen stattgefunden, ist aber an der Möglichkeit noch immer festzuhalten daß der Bundesstaat im Staatenbund vermieden, und der Staatenbund in einen Bundesstaat umgebildet werden könne. Solange diese aber besteht, werden Sie von Berlin aus keine Maßregel ergreifen sehen die mit ihr absichtlich bricht. Nach der Verschiedenheit der politischen Ansichten pflegt auch die Auffassung verschieden zu seyn. In der Veröffentlichung der Protokolle des Verwaltungsraths sehen viele ein Mittel die Nation für das Bündniß besser zu stimmen, viele auch die von dem Minister v. Schleinitz angedeutete Auskunft um aus der ganzen Sache herauszukommen, ohne das Vertrauen auf den guten Willen einzubüßen. Nach meiner Ansicht hat das Zustandekommen des Interim die Politik des Cabinets von Sans-Souci geändert, und es ist das herzliche Einverständniß wieder angebahnt, dessen Vermissen auf die Brust des Herrn wie der Alp drückte. Die Politik ist darum jetzt eine expectative. Sie werden ja sehen, wer mit seinen Combinationen Recht behält." (Diese Worte aus gutunterrichteter Berliner Quelle sollen hier bloß zur Orientirung dienen. Den Commentar dazu mag jede Partei sich selber machen.)

|| **Frankfurt a. M.**, 15 Oct. Den heute gleichzeitig einfallenden Geburtstag des Königs von Preußen und der Königin von Bayern feierten die hier liegenden Truppen beider Staaten, die Bayern durch Gottesdienst in der Deutschordenskirche, die Preußen durch eine Feier im Freien, zu welcher sämmtliche hier und in der Umgegend liegende preußische Truppen bei der neuen Mainbrücke in Carré aufgestellt wurden. In dem Vortrage des Feldpredigers konnte man auch eine Hindeutung auf Zeitverhältnisse erblicken, indem er „von den Wolken" sprach „mit welchen der Thron des Königs und das Vaterland umzogen sey, und welche Gottes mächtige Hand zerstreuen werde." In das von General v. Koch ausgebrachte Lebehoch auf den König stimmten die Truppen mit Hurrahruf ein, in welchen der Donner der aufgestellten 8 Geschütze einfiel. Gleichzeitig vernahm man von Mainz her (wo ebenfalls der Geburtstag des Königs militärlich gefeiert wurde) den dumpfen Schall der Geschütze. Zuletzt defilirten die Truppen vor dem General v. Koch vorüber. Unter den Zuschauern bemerkte man den württembergischen Minister Römer, der sich seit drei Tagen hier aufhält. — Man spricht hier von einer Reise der HH. Heinrich v. Gagern und Mathy nach Hannover, die wohl kaum einen andern Zweck haben könnte als im Sinn der Gothaer Partei für das Dreikönigsbündniß zu wirken. Ihre Aufgabe dürfte bei der bekannten Stimmung des Stüve'schen Cabinets und der neugewählten Kammer eine sehr undankbare seyn! (H. v. Gagern geht nach Bremen, wohin er eingeladen wurde um der Taufe eines kolossalen New-Orleans-Fahrers, der seinen Namen tragen wird, beizuwohnen.)

Bayern. ♯ **München**, 15 Oct. Die Lücken welche seit der Ernennung Heinrichs v. Heß zum Director der vereinigten Sammlungen, und seit Amslers Tod in dem Lehrpersonal der hiesigen königl. Akademie der bildenden Künste bestanden, haben nunmehr ihre erwünschte Ergänzung und Vervollständigung gefunden. Johann Schraudolph, derselbe welcher sich in den Frescomalereien und Entwürfen für den Speyerer Dom ein würdiges Denkmal seines edlen und hohen Kunsttalentes gesetzt hat, ist an jenes Stelle zum Professor der Historienmalerei, und der insbesondere durch seine geistvollen Stiche nach Kaulbachs Hunnenschlacht und nach den Cornelius'schen Compositionen zum Campo Santo in Berlin rühmlichst bekannten Kupferstecher Julius Thaeter, bisher Lehrer an der Kunstakademie in Dresden, an des andern Stelle zum Professor der Kupferstecherkunst hieher berufen worden. Hatte die umsichtige Thätigkeit die W. v. Kaulbach seit seiner Ernennung zum Director der hiesigen Akademie der Förderung eines lebendigen, natur- und zeitgemäßen Kunstunterrichts gewidmet, schon im verflossenen Sommer-Halbjahr die erfreulichsten, von den Zöglingen selbst am unmittelbarsten empfundenen und anerkannten Früchte getragen, so dürfen wir jetzt, wo wieder für alle Zweige des Unterrichts die entsprechenden selbständigen Kräfte beisammen sind, von den ernsten Absichten und der durch Hindernisse nicht leicht zu beugenden Energie des Vorstandes wohl bald um so wirksamere Erfolge für die höhere Ausübung der historischen Kunst in formeller wie conceptioneller Hinsicht bei uns erwarten. Dem Studium nach der Natur ist bereits eine größere Ausdehnung als je zuvor, und den Attributen und Hülfsmitteln für den Unterricht, zunächst namentlich aus dem Kreise costümeller Gegenstände und Stoffe, woran bisher fast vollständiger Mangel, eine angemessene Bereicherung zu Theil geworden. Weitere dahin einschlagende Zwecke werden sich allerdings freilich erst dann wirksam ins Leben fördern lassen sobald der im Verhältniß zu den erweiterten und gesteigerten Bedürfnissen in Verwaltung und Unterricht nur gering zu nennende Regiefonds die allerhöchstenorts beantragte Aufbesserung erfahren haben wird, wozu die wünschenswerthesten Aussichten vorhanden sind. — Sie wissen bereits daß das nach Professor Widnmanns Modell von Miller in Erz gegossene Standbild des berühmten kirchlichen Tondichters Orlando di Lasso, der von 1533 bis 1595 lebte, und lange Jahre herzoglich bayerischer Capellmeister in München war, heute hier neben dem voriges Jahr errichteten Gluck-Denkmal vor dem Odeon enthüllt worden ist. Mit dem Vortrage eines von Teichlein gedichteten und von Stunz componirten Festgesanges wurde die Feierlichkeit eröffnet; den Schluß bildete die Aufführung eines köstlichen, von dem verherrlichten Meister selbst herrührenden Chorals. Leider störte ein in demselben Moment unter dem lauten Schall der Trommeln und Trompeten vorüberziehendes militärisches Musikcorps den Genuß den man hievon hätte haben können. Ich überlasse es andern über den künstlerischen Werth des neuen Standbildes näheres zu berichten, und möchte meinerseits hier nur auf etwas unwesentlicheres hinweisen, auf die am Fußgestell in erzenen Lettern angebrachte Inschrift, in welcher der Name des Tonkünstlers „Orlando de Lattre, genannt Orlando di Lasso," bezeichnet ist. Aus welcher Quelle diese Benennung stamme, habe ich bis jetzt nicht erfahren können. So viel ist indeß gewiß daß die meisten früheren und späteren Schriftsteller darin übereinstimmen daß der zu Bergen im Hennegau geborene Componist mit seinem vaterländischen Namen „Roland Laß" geheißen habe, woraus im lateinischen Orlandus Lassus, im italienischen Orlando di Lasso wurde. *)

*) Ein hiesiges Localblatt machte das Publicum auf die bevorstehende Enthüllungsfeierlichkeit mit der Angabe aufmerksam der Tondichter heiße: „Orlando de Lattre, genannt O r l a n d o F u r i o s o." D. Eins.

e **München**, 16 Oct. Sie wissen daß es den eifrigen Bemühungen des Commandirenden in der Pfalz, Fürsten Taxis, gelungen ist die Auslieferung sämmtlicher in badische Kriegsgefangenschaft gerathenen Bayern an die bayerischen Gerichte zu erwirken. Das Festungscommando in Germersheim wird die Betheiligten übernommen haben. In Baden sind, außer den für den Augenblick, wegen Krankheit, Transportunfähigen, nur vier Individuen aus Bayern zurückgehalten worden welche, zu den Schwerstgravirten zählend, bereits standgerichtlich, und zwar sämmtlich zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt sind. Allerdings hat, wie ich höre, das großherzoglich badische Kriegspräsidium bei der Ueberlieferung die Bedingung der weiteren Untersuchung und strafrechtlichen Behandlung durch die bayerischen Gerichte gestellt. Indessen hat es hieneben der bayerischen Erklärung die Berechtigung nicht versagt daß nämlich die Unabhängigkeit der königlichen Gerichte anerkannt, und auch in Bezug auf die Ausgelieferten dem König die Begnadigung freistehen müsse, wenn eine allgemeine Amnestie eintritt. Ob dieser Vorgang auch auf Angehörige anderer Staaten Rückwirkung äußern werde, scheint mir sehr zweifelhaft. Bayern konnte der badischen Regierung gegenüber einen speciellen Rechtsgrund für sein Ansinnen geltend machen, den der Connexität, indem bekannt ist daß die pfälzische und badische Rebellion miteinander in ihren Operationen sogar vertragsmäßig verbunden waren.

— **München**, 17 Oct. Wir haben Hoffnung daß die Verbindung der Telegraphenlinie von Wien-Salzburg mit München in kurzer Zeit hergestellt seyn werde. Der in dieser Sache hieher geschickte kais. österr. Commissär, Dr. Herz, hat uns vor mehrern Tagen wieder verlassen, nachdem seine Sendung ein vollkommen günstiges Ergebniß erzielt haben soll. Die Dräthe zu Herstellung der Telegraphenlinie auf unsrer ganzen Nordsüdeisenbahn sind, soviel wir wissen, längst in Accord gegeben, scheinen aber nicht vollständig zur Zufriedenheit geliefert zu seyn. Es wäre zu wünschen daß Aufklärung über diese Sache gegeben würde, die für den Verkehr sehr wichtig ist, seitdem Preußen und Oesterreich die Telegraphen auch dem Publicum zur Benützung geöffnet haben.

÷ **München**, 16 Oct. Obgleich die heutige Tagesordnung nicht danach angethan war wichtige Debatten zwischen dem Ministerium und der Kammer erwarten zu lassen, finden wir doch beim Beginn der Sitzung die Ministerbank vollzählig besetzt. Auch die Galerien waren mehr gefüllt als man hätte vermuthen mögen. Nach Beseitigung der gewöhnlichen Einleitungsgeschäfte klärten sich diese Ueberraschungen dadurch auf daß vom Präsidium, dessen Amt noch immer vom zweiten Vorsitzenden Dr. Weiß geführt, mehrere Interpellationen angekündigt wurden. Die erste wird vom Abg. v. Hermann gestellt; sie endet mit der Anfrage an das Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten: ob derselbe ein Gesetz über Wiesencultur noch so zeitig einbringen werde daß es von dem laufenden Landtag berathen und beschlossen, sowie dem König zur Sanction vorgelegt werden könne? Bei der Motivirung der Interpellation erfahren wir daß im Agriculturstaat Bayern die Wiesencultur noch so vernachlässigt ist, daß über 100,000 Morgen zur Bewässerung geeigneten Wiesenlandes unbewässert liegt, was, abgesehen von der neuen dadurch gegebenen Beschäftigung, wenn es bewässert würde, ungefähr 2½ Mill. Centner Heu liefern und 30,000 Kühe ernähren könnte. Indem wir hier die weitere Berechnung des ebenfalls wahrscheinlichen Düngerertrags weglassen, heben wir nur hervor daß der in diesem Mangel an Bewässerung begründete jährliche Schaden an Rohertrag auf 2 Mill. Gulden berechnet wurde. Der Grund daß das Bewässerungssystem nicht ins Leben trete, liegt aber hauptsächlich im Mangel eines Expropriationsgesetzes in dieser Richtung. Ein dahin zielender, 1846 eingebrachter Gesetzentwurf sey in der Reichsrathskammer eingeschlafen. Die Antwort des Ministers v. d. Pfordten versichert daß das Ministerium diesen Gegenstand niemals aus den Augen gelassen, besonders ihn auch im October und November v. J. wieder aufgegriffen habe, dabei aber zu der Ueberzeugung gelangt sey daß das Gesetz über Wiesencultur auf civilrechtlichen Bestimmungen über das Eigenthum am Wasser begründet seyn müsse. In dieser Beziehung seyen nun Verhandlungen mit der Regierung der Pfalz gepflogen, doch schließlich durch die dortige Revolution abgebrochen worden. Jetzt seyen aber dieselben wieder aufgenommen und das Ministerium hoffe, ohne den Zeitpunkt näher bestimmen zu wollen, der Kammer noch in dieser Session Vorlagen in dieser Beziehung machen zu können. Ein wirklicher Gesetzentwurf wurde also nicht bestimmt versprochen. Ganz andern Charakters ist eine andere Interpellation des Abg. Arnheim. Sie betrifft das bekannte Edict vom Frühling dieses Jahres, wonach den Druckern ꝛc., wenn sie erweislich die sogenannte schlechte Presse durch ihre Thätigkeit unterstützen, verschiedene gewerbliche Strafen bis zu der der Gewerbsentziehung durch die Polizei angedroht sind. Der Interpellant, von einer Beweisführung der Nichtigkeit des Begriffs „schlechte Presse“ ausgehend, ermittelt in der weitern Motivirung, wie auf solche Weise an die Stelle der frühern Preßpolizei eine Gewerbspolizei gestellt sey, von deren Ermessen die Beurtheilung der Preßerzeugnisse abhängig gemacht werde, während gleichzeitig das Edict über die Freiheit der Presse vom 4 Jun. 1848, wonach die Beurtheilung jedes Preßvergehens nur den Gerichten zugewiesen ist, aufs tiefste verletzt und illusorisch gemacht wird. Schließlich stellt sich die Anfrage nun dahin: 1) welchen Sinn hat der Erlaß vom 16 Mai (11 Jun.) 1849? 2) welches Verhältniß desselben besteht zu den Paragraphen des Edicts vom 4 Jun., die zu ihm und zu deren er imdirecten Widerspruch sich befinden? Die Antwort des Ministers v. d. Pfordten ist zunächst die Gegenfrage: woher der Interpellant den Wortlaut des Erlasses genommen, den er vom 16 Mai datire, da dieser Wortlaut nicht mit dem des Erlasses genau übereinstimme. Da der Interpellant dieß nur mit „wahrscheinlich“ zu beantworten weiß, erörtert der Minister weiter: wie hier nothwendig ein Dienstverbrechen vorliege, da am 16 Mai, als das Edict dem Ministerium des Innern communicirt worden sey, dasselbe im Entwurfe so gelautet, wie es der Interpellant verlesen, während es bei seiner Veröffentlichung am 11 Jun. eine andere Fassung gewonnen. Die Rechtfertigung des Edicts selbst neben dem Erlaß vom 4 Jun. 1848 liege darin daß durch das Preßedict das Gewerbsgesetz keineswegs aufgehoben sey; denn wenn auch Preßvergehen nur nach dem Edict vom 4 Jun. 1849 entschieden werden könnten, so sey es doch vollkommen in der Ordnung daß durch den Erlaß vom 11 Jun. 1849 constatirter Gewerbsmißbrauch der Gewerbspolizei unterstellt werde. Da sich der Abg. Arnheim weitere Verfolgung dieser Angelegenheit vorbehält, so werden wir ihr also wohl bald wieder in den Kammerverhandlungen begegnen. Außerordentlich weit ausgeholt, so daß es einem nichtofficiellen Berichte wohl nicht zuzumuthen ist der Einleitung der Interpellation des Abg. Fürsten Wallerstein zu folgen, kommt dieser schließlich zu den Fragen: 1) Wird das Ministerium die mehrfach gegebenen Verheißungen zu einer umfassenden Berücksichtigung der Lage der Staatsdiener und ihrer Hinterlassenen durch betreffende Gesetzentwürfe über das Pensionswesen erfüllen? 2) Ist das Ministerium geneigt die von 1832 bis 1837 durch Dr. v. Hermann ausgearbeiteten Entwürfe und Berechnungen über die Besoldungs- und Pensionsverhältnisse der Kammer vorzulegen? Die mit äußerst schwacher Stimme gegebene Antwort des Ministers des Innern verspricht die Einbringung der hierher gehörigen Entwürfe in Gemeinschaft mit den Vorlagen über die Verfassungsrevision. Nachdem solchermaßen die Reihe der Interpellationen erschöpft ist, gelangt man, während die Galerien sich entleeren zur Tagesordnung, also zunächst zum Vortrag des Referenten des dritten Ausschusses (Steinsdorf) über den vom Abg. Kirchgeßner eingebrachten Antrag des Würzburger Magistrats, es möge das freie Quartier durch die Gemeinden der Garnisonsorte aufhören. Der Bericht will den Antrag in drei Theilen zur Beschlußfassung gebracht sehen. Die Staatsregierung möge nämlich gesetzlich aussprechen: 1) daß in Friedenszeiten Officiere und Militärbeamte bei Aufenthaltsveränderungen und auf Reisen welche nicht mit Führung einer Truppenabtheilung verbunden sind, weder unterwegs noch am Garnisonsorte freies Quartier auf Dach und Fach beanspruchen können; 2) daß ihnen dagegen, wenn sie mit einer Truppenabtheilung einrücken, ein solches doch nur auf drei Tage zu gewähren; 3) daß die dagegen stehenden Bestimmungen außer Wirksamkeit zu setzen. Zugleich beantragt aber der Bericht, da dieser Antrag nur auf das Bruchstück eines Gesetzes abziele, einen Antrag der Kammer auf ehebaldigste Revision der gesetzlichen Bestimmungen über das Marsch- und Einquartierungswesen, sowie die Kriegskostenausgleichung, und zwar unter Durchführung des Grundsatzes daß die Einquartierung eine allgemeine Staatslast sey, die jedes Gemeindemitglied nach Kräften zu tragen, wofür aber eine Entschädigung sowie für Kriegskosten dem Staat zur gerechten Ausgleichung anheimfalle. (Beschluß folgt.)

Württemberg. **Eßlingen**, 13 Oct. Dem Vernehmen nach ist heute vor der Anklagekammer des Gerichtshofs die Anklage gegen die Minister wegen Sprengung der Nationalversammlung verhandelt und sind dieselben von der Anklage freigesprochen worden. (S. M.)

Cannstatt, 15 Oct. Gestern fand hier eine Versammlung von Abgeordneten der vaterländischen Vereine statt, in welcher eine motivirte Adresse an die Staatsregierung mit der Bitte um Anknüpfung von Unterhandlungen wegen Eintritts in das engere Bündniß, als den einzigen Weg eine deutsche Volksvertretung wiederherzustellen, beschlossen wurde. (Schw. M.)

Gr. Baden. **Konstanz**, 13 Oct. Am 3 d. M. erging vom Hofgerichte des Seekreises das erste Urtheil in den anhängigen Untersuchungen gegen die am letzten Aufstande Betheiligten. Es wurden nämlich 14 Personen von Pfullendorf abgeurtheilt, und zwar Karl Bohle wegen Theilnahme am Hochverrath zu 6 Jahren Zuchthaus; Joseph Mogger und Mar-

tin Walter wegen Gewaltthätigkeit, jeder zu 6 Monaten Arbeitshaus; David Waldschütz, Konrad Birkhofer, Anton Eberle und Jakob Roßknecht wegen Theilnahme an der Gewaltthätigkeit, jeder zu 8 Wochen Gefängniß; Johann Jehle und German Siegle gleichfalls wegen Theilnahme an der Gewaltthätigkeit, jeder zu 4 Wochen Gefängniß; Joseph Rehmann und Isidor Manhart ebenfalls wegen Theilnahme an der Gewaltthätigkeit, jeder zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Drei weitere Personen wurden klagfrei erklärt, und der Kostenersatz für den durch die Revolution zugefügten Schaden zum besondern Rechtsaustrag verwiesen. Der Hauptangeschuldigte, Karl Bohle, war Civilcommissär des Bezirks Pfullendorf, als welcher er alle öffentlichen Diener und Gemeindebeamten, sowie das erste Aufgebot der Volkswehr durch einen Eid auf die Reichsverfassung und die Anordnungen des Landesausschusses, jedoch unbeschadet ihrer Verpflichtung auf die Landesverfassung, in Pflichten nahm, sogleich einen Sicherheitsausschuß bildete, die Aufgebote der Volkswehr organisirte, mehrere Proclamationen und Druckschriften aufrührischen Inhalts verbreitete, Gendarmen entwaffnete, auf Versetzung oder Entsetzung von als reactionär bezeichneten Beamten antrug und dieselben sogar verhaftete rc. Die übrigen Angeschuldigten betheiligten sich mehr oder weniger bei einer tumultuarischen Zusammenrottung vieler Menschen, von welchen Beamte und treugebliebene Bürger in einem Wirthshause aufgesucht, da aus vertrieben, sodann verfolgt und mißhandelt wurden, so daß selbst das Leben einiger Personen gefährdet war. (Karlsr. Z.)

Freiburg, 12 Oct. (Suspendirungen.) Durch hofgerichtliches Erkenntniß sind Torrent, Thoma, Reich, Stehlin, Buch, Faller als Anwälte suspendirt worden. Andere werden nachfolgen. (S. M.)

H. Nassau. **Wiesbaden,** 13 Oct. Wir erfahren so eben aus sicherer Quelle daß „wegen der auf dem Idsteiner Landescongreß vorgekommenen Verbrechen und Vergehen,“ durch den Auklage-Senat des Hofgerichtsbezirks Wiesbaden folgende Personen: Raht, Wenckenbach, Lang, Justi, Müller II, Snell, Hehner, Schapper, Gerau, Meyer und Oppermann zur Aburtheilung vor die Assisen verwiesen worden sind. Zugleich haben wir unsern Lesern die für sie alle gewiß schmerzliche Kunde zu bringen daß heute der Präsident Raht verhaftet worden ist. Er hat bereits ein Gesuch um Freilassung gegen Caution eingereicht. (Freie Ztg.)

F. Schwarzburg. **Rudolstadt,** 7 Oct. Gestern ging es hier sehr unruhig her. Gegen den Regierungsrath Hönniger (ehemals Mitglied der Linken im Parlament) sollte eine Criminaluntersuchung eingeleitet werden wegen des bekannten Aufrufs, welcher von dem „Donnersberg“ ausgegangen, und welchen Hönniger mit unterschrieben und auch in Rudolstadt mit verbreitet haben soll. Die fürstliche Regierung hatte deßhalb ein Rechtsgutachten in Leipzig eingeholt, und da dieses sich dafür aussprach, so begab sich gestern Morgen eine Regierungscommission in die Behausung Hönniger's um dort dessen Papiere mit Beschlag zu belegen und ihn darüber zu vernehmen. Die Commission erschien mit 6 Mann Militär, und da das Publicum den näheren Zusammenhang nicht kannte, so ließen einzelne sich verleiten auf das Militär einzustürmen, sogar den Commissären mit Waffen zu drohen. Doch ging das Ganze noch mit ein wenig Blut und Verhaftung eines Excedenten ab, während später Militär und Bürgerwehr gemeinschaftlich eine Wache vor dem Hause aufstellten. Hiesige Blätter theilen auch eine unterm 3 Oct. an die Landstände gerichtete Petition des Schwarzburger Bataillons mit, worin dasselbe, Recht und Genugthuung fordernd, sich beschwert daß der Regierungsrath Hönniger am 30 Sept. auf dem Wege nach Schaale mehrere Soldaten: „Ihr Hunde, an den rothen Kragen erkennt man euch Knechte!“ und in Schaale selbst, wo eben Kirchweih war, einen andern Soldaten mit den Worten: „Fort, du rothkragiger Hund!“ aus dem Gasthof auf die Straße gestoßen habe. (Kahla'er Nachr. Blatt.)

Aus Thüringen, 13 Oct. Das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt ist in diesen Tagen dem Dreikönigsentwurfe beigetreten, ebenso das Fürstenthum Schwarzburg-Sondershausen, für welches am 3 d. der daselbst versammelte Landtag mit 10 gegen 3 Stimmen den Anschluß an die Dreikönigsverfassung genehmigte. (O.-P.-Z.)

Oldenburg. **Oldenburg,** 9 Oct. Hr. Kerst, der ehemalige Generalsecretär des Marinedepartements, war gestern hier und verhandelte mit dem Ministerium. Die Notiz aus den Wagrisch-Fehm.-Blättern bezüglich des Projects unsern Erbgroßherzog zum Großherzog von Holstein zu machen ist gewiß nicht erheblich, sowenig als die daran geknüpften Folgerungen zu beachten sind. Es existirte wirklich eine Zeit lang bei conservativen Schleswig-Holsteinern der Augustenburgischen Partei eine Combination bei der unserm Erbgroßherzog eine Rolle zugetheilt worden. Sie ging aber dahin den Erbgroßherzog durch den König von Dänemark adoptiren zu lassen unter Verzicht der weiblichen Linie der dänischen Königsfamilie auf die Succession in Dänemark. Auf diese Weise wollte man die Einheit des Königs- und Herzogshauses aufrecht erhalten und das Verhältniß der Personal-Union zwischen dem Königreich und den Herzogthümern für die Zukunft befestigen. Das Haus Augustenburg, dessen Succession in Dänemark man für eben so unmöglich hielt als die des Königs in Südschleswig und Holstein, sollte dann das Herzogthum Oldenburg erhalten. Ich glaube daß dieß Project von einer Verwirklichung zu weit entfernt liegt als daß daran schon eine oldenburgische Hauspolitik geknüpft worden wäre. (W. Z.)

Oesterreich. **Wien,** 14 Oct. Die Ablösung der einen provisorischen Centralgewalt durch die andere neue bildet den Gegenstand des heutigen Leitartikels der Ostdeutschen Post. Nicht ohne innere Beziehung zu dem übrigens ernst gehaltenen Raisonnement steht das unten im Feuilleton mitgetheilte Gedicht von Bauernfeld: „Atta Trolls Monolog im Zwischenreiche“ dessen einleitende Verse lauten:

„Atta Troll ist längst erschossen,
Wie Ihr wißt, und seine Seele
Lebt nun fort im Bärenjenseits
In dem thierischen Fegefeuer.

Dort im Zwischenreiche hat sich
Um die brave Bärenseele,
Auch ein neuer Leib gewoben,
Braun und zottig, wie auf Erden.

Doch er gilt nur provisorisch
Etwa bis zum jüngsten Tage —
Denn das Fegefeuer kennt nur
Lauter Provisorien.

Und so liegt der Atta mit dem
Provisor'schen Leibe, in der
Provisor'schen Höhle, saugend
Provisorisch an den Pfoten!“

Bedenkt man nämlich daß es in jenem die neue Centralgewalt einsetzenden Actenstücke heißt: wenn die definitive Verfassung im Jahr 1850 noch nicht zu Stande kommen sollte, so hätte das Provisorium fortzudauern, dann ist allerdings bei den gegenwärtigen politischen Constellationen nicht abzusehen wann der „jüngste Tag“ für die Läuterungsepoche des deutschen Volks erscheinen mag. An und für sich erklärt sich zwar die Ostdeutsche Post mit dem gethanen Schritt einverstanden: „Es ist von beiden Seiten ziemlich nachgegeben worden um zu einem Abschluß zu gelangen. Es war dieß um so nöthiger als jenseits des Rheins der Boden immer wankend ist, und jede Eventualität ihn erschüttern kann. Dabei ist es nöthig daß ein etwaiger Stoß von dieser Seite auf Deutschlands Vollkraft stoße. Es ist auch kein Zweifel darüber vorhanden daß die provisorische Centralgewalt in manchen Fällen über das vorgeschriebene Maß der Competenz, über die Befugniß des engern Bundesraths wird hinausgehen müssen. Die Arbeit dieser Centralgewalt wird im Anfang nicht gering seyn, sie hat die Pflicht durch Herstellung der materiellen Einheit die politische anzubahnen, sie hat die zerfahrenen Glieder wieder zusammenzufügen, die verwirrten und verwickelten Verhältnisse, die Leistungen der Bundesglieder, die Anordnungen für innere und äußere Sicherheit zu regeln, endlich dem Ausland gegenüber eine entschiedene Haltung einzunehmen und alle auf dasselbe Bezug habenden Fragen zu lösen. Es ist zu wünschen daß die Lösung dieser Aufgabe Männern von entschiedener Geistes- und Thatkraft anvertraut werde, ohne Rücksicht auf Geburt und sociale Stellung zu nehmen.“ Allein die Ostdeutsche Post verhehlt sich keinen Augenblick die Menge von Hemmnissen und Schwierigkeiten welche sich einem nur einigermaßen genügenden Definitivum entgegenstellen. „Eine Centralgewalt mit den Rechten des engern Bundes macht eine große Anzahl der Paragraphen der Dreikönigsverfassung unmöglich. Doch ist auch der engere Bund und die dem Oberhaupt desselben beigelegten Befugnisse mit der Wiener Schlußacte unverträglich. Diese Unverträglichkeit wurde in einer Reihe von Artikeln der Hannoverischen Ztg. nachgewiesen, als deren Verfasser man den jetzt an der Spitze der Geschäfte in Hannover stehenden Staatsmann nennt. Die preußische Regierung soll übrigens den von Hannover und Sachsen gemachten Vorbehalt nicht als Grund eines Ausschlusses von der Betheiligung am Reichstag anerkennen wollen. Unseres Wissens sprechen jene Vorbehalte deutlich aus daß wenn es nicht gelingen sollte das ganze Deutschland zu vereinigen, ihnen das Recht von der Bildung des engern Bundes zurückzutreten frei stehen solle. Zur Bildung eines Gesammtdeutschlands fehlen aber außer Oesterreich nun noch Bayern und Württemberg. Ja nicht einmal der Norden ist vollständig im Bund vertreten, da Holstein, Luxemburg und die beiden Freistädte Bremen (?) und Frankfurt fehlen. Der Beitritt zum engern Bund ist ein Opfer; die Fürsten entsagen einem Theil ihrer Souveränität. Sie haben sich dazu verpflichtet wenn man ganz Deutschland, wenn auch mit Ausnahme Oesterreichs, einigen kann; aber sie sind nicht dazu gehalten wenn die Bildung eines Gesammtdeutschlands fehlschlägt.“ Wir fügen noch die Frage

hinzu: Was soll neben einer solchen Behörde der zu berufende Reichstag für eine Stellung einnehmen? hat er die Vertreter der Regierungen als ein verantwortliches Ministerium anzusehen, oder wird er die zu Gotha aufgesetzte Rolle der „sich selbst überwindenden Männer“ fortspielen? Insofern ganz gewiß, als man von allen Seiten, wie die Centrumspartei in der Paulskirche es so gut verstanden hat, auf „Thatsachen“ warten wird. Aber können diese „Thatsachen“ nicht auch das Vaterland, statt es zu einigen, zu Grund richten?

Die Ostdeutsche Post muß, wenn sie Verbündete für ihre Ansicht in der deutschen Frage haben will, in der Provincialpresse sich umsehen; in der Journalistik der Hauptstadt findet sie sie schwerlich, wenn wir etwa die Austria ausnehmen wollen, die wenigstens zu einer Handelsannäherung das ihrige redlich beiträgt. Aber in Botzen (Südtirolische Zeitung), in Innsbruck (Innsbrucker Zeitung), in Graz (Konstituzionelles Blatt aus Steiermark), in Salzburg speist man die deutschen Wünsche nicht mit des Lloyd sieben Parlamenten ab, weist ihnen nicht einfach die Thüre, wie die „Presse“. Das Konstituzionelle Blatt aus Steiermark, geleitet von einem jungen Mann der früher an der Redaction des Lloyd theilgenommen (Richard Rotter), sagt unterm 11 Oct.: „Zweifach war die Befürchtung welche die österreichische Regierung den Beschlüssen des deutschen Parlaments gegenüber ausgesprochen hatte: Ausschließung der deutschen Länder Oesterreichs, mit andern Worten: Verstümmelung Deutschlands oder aber Lösung der innig verbundenen Bestandtheile Oesterreichs. Dieß schienen ihr die beiden Endpunkte, zu welchen die Begründung des sogenannten Bundesstaates Deutschland und Oesterreich führen müsse. Die Einheit Oesterreichs ist seither durch die octroyirte Verfassung vom 4 März und durch die Siege der österreichischen Waffen begründet worden; das deutsche Parlament ist von dem Boden der Thatsachen verschwunden; die deutsche Reichsverfassung nicht lebensfähig geworden; das Dreikönigsbündniß in seiner Entstehung zerfallen; der deutsche Reichsverweser dem Ende seiner centralgewaltigen Schwäche nahe und, wenn nicht alles täuscht, die Einsetzung einer neuen provisorischen Centralgewalt bereits zu dem Abschlusse der Cabinette gekommen. So sind die ausgesprochenen Befürchtungen der österreichischen Regierung beseitigt, und dreißig deutsche Diplomaten werden mit Befriedigung auf die Vollendung des lange versuchten, endlich gelungenen Werkes der Restauration sehen. Aber an die Stelle der Centralgewalt, welche mit ihrem Ursprung aus der Volksvertretung ihren constitutionellen Charakter nicht verläugnen konnte, tritt eine absolute, nicht einmal den constitutionellen Schein wahrende Bundesgewalt; der alte Bundestag erhebt sich in verklärter Gestalt wieder aus dem Grabe, und die Einigung deutscher Fürsten wird die Einheit einer volkthümlichen Centralregierung ersetzen. Freilich soll auch dieß wieder nur ein Provisorium seyn; aber dieses Provisorium wird so lange keinem den Wünschen des deutschen Volkes entsprechenden Definitivum Platz machen können, als nicht die österreichischen Verfassungsverhältnisse selbst durch die Uebereinkunft der österreichischen Völker in anderer Weise als bisher geregelt seyn werden. Wir haben hiermit die wunde Stelle der deutschen Frage für Oesterreich berührt. In dem ungelösten Widerspruch zwischen der Verfassung vom 4 März und den Wünschen des deutschen Volks liegt der Grund daß die österreichische Presse nicht mit praktischen Vorschlägen zu einer volkthümlichen, Oesterreich umfassenden Einigung Deutschlands hervortritt; sie hat nur die Stimme der Klage oder Entrüstung über die absolutistischen Vorschläge der Regierung in der deutschen Frage, über die Verwerfung des deutschen Parlaments; aber bei dem ersten Schritt den sie auf das Gebiet praktischen Rathes setzt, stößt sie an die entgegenstehenden Bestimmungen der octroyirten Verfassung und an den nicht zu läugnenden Widerwillen mancher Volksstämme des österreichischen Kaiserstaates gegen die Beschickung eines deutschen Parlaments. Die österreichische Regierung will ihren Einfluß auf die inneren Angelegenheiten Deutschlands, der Deutsche in Oesterreich eine innigere Verbindung mit seinen „deutschen Brüdern“ im „Reiche“ nicht aufgeben; die österreichische Verfassung will die strengste Einheit des österreichischen Gesammtstaates unbedingt aufrechterhalten wissen; das deutsche Volk will eine kräftige, der Volksvertretung verantwortliche Centralgewalt. Dieß sind die Wünsche und Forderungen, für deren Vereinbarung noch keine Formel gefunden ward. Solange diese aber fehlt, wird auch die deutsche Frage vergeblich einer befriedigenden Lösung entgegenharren.“

k Der Lloyd lacht daß es noch Leute gibt einfältig genug an ein Einiges Deutschland zu glauben; aber uns tröstet der Gedanke daß noch keine zwölf Monate vergangen sind seit das gesammte Oesterreich diesen einfältigen Gedanken theilte. Oder wie anders wäre es zu erklären daß ein Jahr lang 120 österreichische Deputirte in der Paulskirche zu Frankfurt saßen, darunter zwei Mitglieder des jetzigen Wiener Cabinets, und neben ihnen Männer wie Arneth, Sommaruga, Beudtel, Schuler, Andrian, Würth, Pfretschner, Graf Deym, Czörnig? Wie anders wäre es zu erklären daß das Schwarzenberg'sche Ministerium diese österreichischen Deputirten, lange nach dem Manifest von Kremsier, auffordern ließ auf ihren Posten auszuharren? Hätte der Lloyd Recht, so würde folgen daß alle diese Männer, alle Städte und Provinzen die sie geschickt, entweder ein Jahr lang mit Blindheit geschlagen gewesen wären, oder ihr Spiel mit dem übrigen Deutschland getrieben hätten. Man kann und darf weder das eine noch das andere annehmen, und doch gibt es — wenn der Gedanke einer parlamentarischen Einheit von Anfang an eine Thorheit war — kein drittes. Vielleicht wendet man ein: die deutsche Nationalversammlung habe die Erwartungen Oesterreichs so sehr getäuscht daß dieses keine Rücksicht mehr auf sie habe nehmen können. Hat aber der österreichische Reichstag die Erwartungen nicht noch unendlich mehr getäuscht, ohne daß dieß für das Cabinet ein Grund war die Monarchie jeder allgemeinen Volksvertretung zu berauben? Der Kremsierer Reichstag ward gesprengt, aber die einheitliche Verfassung verliehen. Und Deutschland sollte leer ausgehen, es sollte in die alte Zerrissenheit zurückgeschleudert werden, weil es seiner Nationalversammlung nicht gelang im ersten Jahr den jahrhundertalten Widerspruch der deutschen Vielköpfigkeit zu heben? Dem Lloyd wird dieser Schluß leicht werden, ihm dem der neuliche Mailänder Crawall genügte um auszusprechen: die Lombardei müsse unter Ausnahmsgesetze gestellt bleiben. Er meinte also der Segen verfassungsmäßigen Rechts könnte unbedenklich ausgebreitet werden über alle Länder der buntgemischten Monarchie — nur draußen, am äußersten Westrande, die lombardischen Ebenen, auf welche Sardinien und Frankreich mit gieriger Eifersucht blicken, brauchen nicht durch das gewinnende Gefühl gleicher Freiheit, sondern müssen mit eiserner Kette an das Reich befestigt werden. Bei solchem Schluß darf man sich nicht wundern wenn der Lloyd die Deutschland gegebenen Verfassungszusagen ebenso auf die leichte Achsel nimmt. Aber es könnte doch anders kommen als es ihm dünkt. Die neue Centralgewalt sichert Oesterreich seine alten Bundesrechte in Deutschland, vor allem wohl seine militärischen Stellung zu, sein Besatzungsrecht in den Bundesfestungen, seine Mitentscheidung über Krieg und Frieden. Wohl und gut, wir haben das nie anders gewünscht, und diese Wünsche stets in diesen Blättern ausgesprochen; denn so sehr auch der Lloyd der Allgem. Ztg. zum Vorwurf macht daß sie Preußen nicht zum Schweigen über seine Rechte und Ansprüche verurtheilt habe, so hat er doch recht gut bemerkt daß die Hände welche die Vermittlung der österreichischen Presse mit der deutschen übernahmen, unverrückt von einem und demselben Gedanken geleitet waren. Fahren wir fort. Oesterreich behält seine bewaffnete Stellung in Deutschland, die Mainlinie, die es sich bereits beim Wiener Congreß vorbehalten. Daneben bilden Preußen und der Kaiserstaat ihre neuen Constitutionen aus, aufrichtig und ehrlich, wie das Wort der Monarchen dafür verpfändet worden. Ueber Krieg und Frieden beider Monarchien entscheiden also künftig die Reichstage in Wien und Berlin oder Erfurt mit, da sie die Börse des Staats in den Händen haben und über dessen politische Leitung in letzter Instanz bestimmen. Wer vermittelt nun die etwaigen Conflicte beider Reichstage und beider Regierungen? Die Centralgewalt? Diese hat keine parlamentarische Unterlage, ist also eine bloße Geschäftsbehörde, und machtlos den zwei constitutionellen Monarchien gegenüber. Von den übrigen deutschen Staaten wollen wir hier gar nicht reden, obgleich sie eine Bevölkerung von 16 Millionen zählen. Erhalten sie nicht ein gemeinsames Parlament, so bleiben sie, was sie bisher in allen entscheidenden Augenblicken factisch gewesen, Vasallenstaaten der beiden Großmächte, Unterthanenlande, nichts weiter. Der Particularismus, der jetzt in diesem und jenem Cabinet Wunder was gethan zu haben glaubt wenn er das Zustandekommen des großen Verfassungswerkes durchkreuzt und vereitelt, wird sich am Ende dieser bedenklichen Bahn sagen können daß er die einzelnen Stämme gebunden und geknebelt zu Oesterreichs und Preußens Verfügung gestellt habe, während sie auf einem deutschen Reichstage frei und selbständig, der Gleiche unter Gleichen, sich hätten entfalten können. Aber — wie gesagt — schweigen wir von diesen Staaten. Wenn die einen wähnen durch Nichtsthun sich vom Verderben zu retten, während die andern heute dieser, morgen jener Macht die Schleppe tragen, so verdienen sie das Schicksal das täglich enger seine Kreise um sie zieht, während ihre Territorialsouveränetät wie der Schatten des Schattens sie umspielt. Nur Preußen und Oesterreich also stehen sich gegenüber, beide mächtiger, reizbarer, selbstbewußter als sonst, weil beide als constitutionelle Monarchien, zwischen ihnen Deutschland, der „geographische Begriff.“ Laßt ihr es rechtlos, zerrissen, unzufrieden, unterm Fuß der beiden Großen, so bildet es ein gährendes Geschwür, das bequeme Feld der Intriguen und der Schlachten des Auslands — den Rheinbund mit der alten Schmach und neuen Leiden. Das wäre der Erfolg wenn des Lloyds sieben Parlamente das arme Volk täglich daran mahnten, wie

man mit seiner Sehnsucht freveln Spott getrieben. Vereinigt man es aber in Ein Parlament, so haben wir neben Preußen und Oesterreich eine dritte Macht. Im Gebiet dieser dritten Macht lägen die Bundesfestungen, und in diesen österreichische und preußische Besatzungen wie in ebensovielen deutschen Gibraltar. Wer übernähme dann die Entscheidung, wenn die drei Parlamente nicht zusammengingen in einer jener deutschen Fragen für welche Oesterreich und Preußen sich die Bundesrechte von 1815 vorbehalten? Ein gemeinsames Oberhaus? Eine Delegation der Parlamente? Ein vereinigter ständischer Ausschuß? Das wäre ein Mittelweg, vielleicht ausführbar, wahrscheinlicher nicht. Von der gemeinsamen Regelung der Interessen des Friedens, von der seit 33 Jahren verheißenen Handels- und Zolleinigung, Flußfreiheit, Münzeinheit rc. wollen wir gar nicht reden. Die Kriegsinteressen genügen um zu zeigen daß für ganz Deutschland eine gemeinsame parlamentarische Vertretung gefunden werden muß, wenn die Preußen und Oesterreich ertheilten Constitutionen eine Wahrheit, und nicht Täuschungen werden sollen wie in Betreff der obersten Garantien und der letzten Consequenzen die bisherigen deutschen Constitutionen Täuschungen waren. Der Lloyd wird die Folgerichtigkeit der Gedanken bei dieser Auseinandersetzung nicht zu läugnen vermögen. Sie bildet nur eine flüchtig andeutende Skizze, aber es ist darin kein Satz der nicht im Detail durchgeführt werden könnte. Der Lloyd hat der Allg. Ztg. jüngst einmal gesagt, sie sey durchaus wohlgesinnt für Oesterreich, aber sie affectire zu glauben als könnte Oesterreich sich an der parlamentarischen Gestaltung Deutschlands betheiligen. Der Lloyd weise uns nun, in der Reihenfolge der obigen Sätze, nach wie Oesterreich sich an der deutschen Repräsentativverfassung nicht betheiligen, und doch Preußen und dem übrigen Deutschland gegenüber bleibend die Rechte in Anspruch nehmen und durchführen könnte die ihm nach den Verträgen von 1815 zustehen, und zu unserem und seinem Heil auch künftig zustehen sollen. Ein durch staatsmännische Gründe auf diesem Felde errungener Sieg kann ihn allein berechtigen die Sprache zu führen die er in der deutschen Verfassungssache bisher führte, ohne daß er auch nur in Eine Seite der Discussion je tiefer sich eingelassen hätte. Die Feder die diese Frage an ihn stellt, hat in der deutschen Sache nie eine andere Ueberzeugung ausgesprochen, und man hat ihr auch den österreichischen Ereignissen gegenüber keineswegs eine zu „ängstliche Rücksichtnahme auf die Gewalten des Tags" zugeschrieben, weder als der Radicalismus im Sommer 1848 dort Acht und Bann auf die Allg. Ztg. legte, noch als Fürst Windisch-Grätz von der Erstürmung Wiens bis zum Rückzug auf Pesth das Regiment führte. Der Lloyd aber war es der der Revolution schmeichelnd um den Bart ging und dann den einziehenden Sieger mit einem lärmenden Anathem auf die Gefallene begrüßte. Wir wollen dem Lloyd keinen Vorwurf daraus machen, denn die leitende Hand darin war nach wiederhergestellter Ordnung eine andere als da die Anarchie in der Kaiserstadt am Ruder saß. Aber wir bitten den Lloyd, wenn er sich einmal auf deutsche Verhältnisse einläßt, diese etwas genauer anzusehen ehe er darüber ein Urtheil fällt, auch wenn ihm die Presse „im Reich" wie der machtlose venezianische Senat, sein Journal dagegen, in süßem Selbstvergessen des Belagerungsstands, wie das brittische Haus der Gemeinen erscheint, das im Hemdärmel, den Hut auf dem Kopf, die Stiefel auf der Bank, über den Dreizack gebietet. Es sind 28 Jahre, da fuhr Davoust eine gemischte deutsche Deputation barsch an: Ich kenne keine Deutschen, ich kenne nur Hamburger, Bayern, Württemberger rc. Etwas ähnliches hat unseren nach Einigung ringenden Landsleuten der leitende Geist des Lloyd zugerufen, und dieses Wort mahnte uns daß es von einem Fremden komme. Diese Andeutung schloß keine Persönlichkeit in sich: die Person ist uns fremd, und was wir von ihr vernommen, ist nur rühmliches und ehrenwerthes. Aber wenn Franklin, Jefferson und Washington herübergekommen wären um die Engländer und Franzosen in ihren innern Fragen zu meistern, man würde ihnen dasselbe gesagt haben was Dahlmann, Gervinus und Heinrich v. Gagern oder, wenn man lieber will, die Matadore der Wiener Publicistik hören würden, wenn sie drüben in den streitenden Interessen des Nordens und des Südens denselben schneidenden kategorischen Ton annehmen wollten mit dem manchmal der Lloyd den Deutschen ihren Verfassungsstreit vor die Füße wirft. Daß im übrigen die Allg. Ztg. die österreichische Presse bei jeder Gelegenheit rühmend hervorhebt und das damit fast völlig unbekannte deutsche Publicum mit dem Besten was sie bietet bekannt macht, davon gibt jede Nummer dieser Blätter Zeugniß.

Die „Austria" begründet in ihrer neuesten Nummer die Errichtung eines österreichischen Generalconsulats in Tunis. Bis dahin, da der Bey von Tunis trotz seiner Stellung als Vasall der Pforte sich weigerte einen mit einem türkischen Ferman versehenen Handelsagenten bei sich aufzunehmen, und Oesterreich Bedenken fand nach dem Beispiel von England, Frankreich u. s. w. unmittelbar bei der Regierung von Tunis seinen Vertreter zu accreditiren, waren die Interessen der österreichischen Unterthanen unter dem Schutz des sardinischen Consulats gestellt gewesen. Der Handel von Triest nach Tunis hat jedoch in einem so erfreulichen Verhältniß zugenommen, und zugleich sind die Beziehungen Oesterreichs zu Sardinien nicht mehr die alten geblieben, so daß ein eigener Generalconsul in Tunis dringend nöthig wurde. In Folge einer Entschließung des Handelsministers vom 9 Oct. ist deßwegen der bisherige Generalagent Merlato in Tripolis auf jene Stelle berufen worden.

Wien, 14 Oct. Mehrere Blätter haben gemeldet daß Kossuths Kinder in Ofen gefangen säßen. Wir können aus guter Quelle versichern daß dieselben auf dem Schloßberge zu Preßburg sich befinden, und dort die humanste Behandlung genießen. — Aus Widdin wird unterm 6 d. berichtet daß der österreichische Artillerie-General Hauslab im Auftrag des Feldzeugmeisters Haynau daselbst eingetroffen war, um dem Pascha Mittheilungen in Betreff der flüchtigen Magyaren und ihrer Führer zu machen. Generalmajor Hauslab brachte für die gesammte Mannschaft vom Feldwebel abwärts Generalpardon mit, und der Pascha ließ dieß den außer der Festung cernirten Magyaren sogleich verkünden. Der größte Theil kehrte nach Ungarn zurück. Generalmajor Hauslab setzte seine Reise nach Konstantinopel fort. — Görgey hat eine Privatwohnung in Klagenfurt gemiethet, und pflegt mit mehreren angesehenen Familien daselbst Umgang. Seine Aufenthaltsbewilligung ist auf ganz Kärnthen ausgedehnt. — Nach Prager Blättern ist ein Theil des böhmischen Observationscorps gegen die sächsische Gränze beordert worden. (N. C.)

△ **Wien,** 15 Oct. Die Regierung welche die große Sympathie für das tapfere Magyarenvolk nicht ganz ohne Besorgniß betrachtete, scheint entschlossen den Hinrichtungen in Pesth Einhalt zu thun. Glaubwürdige Personen versichern daß ein Courier mit diesem Befehl in Pesth eingetroffen sey. Die Hinrichtung Nyary's und anderer magyarischen Coryphäen ist jedenfalls noch nicht erfolgt, und dürfte den neuen Bestimmungen gemäß unterbleiben. Man erzählt daß der junge Monarch, als er neulich bei einer Spazierfahrt den Vortrab einer starken Patrouille mit fertigem Gewehr einhergehen sah, den Wunsch äußerte den Belagerungszustand aufhören zu lassen. Im Angesicht der gegenwärtig etwas gereiztern Stimmung der Vorstadtbevölkerung mag man aber Anstand nehmen diesen Gedanken kaiserlicher Milde in diesem Augenblick zur Ausführung zu bringen. — Der Herbst mit der unfreundlichsten Witterung hat sich seit einigen Tagen eingestellt, und treibt die verspäteten Cholераflüchtlinge nach der Stadt zurück. — In Mailand soll, so erzählte man sich an der Börse, ein Attentat gegen den Grafen Montecuccoli stattgefunden haben. — Heute haben hier die Conferenzen des deutschen Eisenbahncongresses begonnen.

§ **Wien,** 15 Oct. Graf Colloredo wird vorläufig keinen unmittelbaren Nachfolger auf seinem Gesandtschaftsposten in London erhalten, und die Geschäfte daselbst werden indessen durch Hrn. Koller als Geschäftsträger versehen werden. Nach Frankfurt wird von Seite Oesterreichs der aus dem Kriege in Italien rühmlich bekannte General Schönhals und nach einigen der Baron Kübeck (ehemaliger Finanzminister) geschickt werden. (Die Nachrichten über die von Oesterreich abzuordnenden Centralcommissarien scheinen noch so unsicher als die von Preußen.)

Spanien.

Madrid, 8 Oct. Am 10 d. M., als dem Geburtstag der Königin, wird großer „Handkuß" bei Hof seyn; man erwartet an diesem Tag eine neue Ernennung von Senatoren. Es bestätigt sich daß die Cortes am 30 Oct. zusammentreten, das Einberufungsdecret ist in der Gaceta erschienen. — General O'Donnell ist an des in Italien commandirenden Cordova Stelle zum „Infanterie-Director" ernannt. Die Blätter muthmaßen über eine nächtliche Audienz welche der Kriegsminister vorgestern bei der Königin hatte, worauf alsbald eine lange Cabinetsberathung stattfand. Es soll sich um eine höchst wichtige Frage gehandelt haben. — Prinz Georg, Neffe des Königs von Preußen, ist in Madrid angekommen, und wird morgen von der Königin in besonderer Audienz empfangen werden. Der Prinz macht eine Vergnügungsreise.

Großbritannien.

Die Londoner Blätter vom 13 Oct. fehlen uns.

Die „Parlaments- und Finanzreform-Association" hält rasch aufeinander folgende Versammlungen, sowohl in London als in den Provinzialstädten. In einem Meeting zu Norwich bemerkte neulich Joseph Hume: „England, welches als das reichste Land der Welt gilt, hat mehr Arme und mehr Elend und Noth in seinen Gränzen als irgendein anderes Land in Europa. Warum das? Weil wir mehr Steuern zahlen müssen als jedes andere. (Das ist wohl nicht der einzige, und kaum der hauptsächlichste Grund). Alle Parteien rufen jetzt nach einer Veränderung unserer Zustände, aber wie sie bewirkt werden soll das sagen sie nicht. Die Reichen sorgen für sich selbst, aber die Armen sind unvertreten; und doch ist das Volk nicht um der Regierung willen da, sondern die Regierung um des

Volks willen. Solange wir bloß eine Million Wähler haben, kann nur wenig gutes zu Stande kommen. Das Wahlrecht sollte auf wenigstens das Fünffache der jetzigen Wählerzahl ausgedehnt werden; dann wird man zur Entwerfung unserer Gesetze reifere Köpfe wählen." Das ist die Frage; andrerseits wird behauptet daß das Parlament seit der Reform von 1832 an Intelligenz und Redebegabung zurückgegangen sey. Gerechter waren die Klagen des alten Hume über die ungleiche Vertheilung des Wahlrechts in England, und in dieser Beziehung ist, wie neuerlich erwähnt, die Regierung selbst einer weitern Parlamentsreform nicht entgegen, und dürfte in der nächsten Session Vorschläge einbringen. Was die Finanzen betrifft, so rügt die Association nicht bloß die Geldverschleuderungen im Armee- und Seewesen, sowie für so viele unnütze und übergroße Pensionen bei denen der Nepotismus oft schwerer wiegt als das Verdienst, sondern auch die übertriebenen Ausgaben für so viele Paläste im Land welche die Königin selten oder gar nie besucht. Der von vornherein architektonisch verpfuschte Buckinghampalast in London allein hat in den letzten drei Jahren 150,000 Pf. St. für Erweiterung und Reparatur gekostet. Die Königin-Wittwe bezieht eine jährliche Apanage von 100,000 Pf. St. (1,200,000 fl.), gleichwohl schickte sie in diesem Jahr für Reparaturen an ihren Palästen Marlborough-Haus und Bushy Park eine Rechnung von 250 Pf. St. ein, welche die Nation extra zu bezahlen hat. Hr. Hume bemerkte: man könne ein treuer Anhänger der Monarchie seyn, und doch solche Hofdotirungen unsinnig finden. 100,000 Pf. St. Witthum für eine Dame die dem Staat nicht eines Hellers Werth nützt, während der erste Magistrat der Vereinigten Staaten, der Präsident, 50,000 Dollars bezieht, also ungefähr nur den neunten Theil von der Apanage dieser Prinzessin! Das sey zu arg. Wenn dann dieselbe hohe Dame einmal 5 oder 10 Pf. St. für ein frommes Werk unterzeichne, ermangle die M. Post nicht es als ein Beispiel stupender Wohlthätigkeit in die Welt zu posaunen. Wahrhaft nobel handle nur der König Leopold von Belgien, welcher von seiner Apanage von 50,000 Pf. St. (als vormaliger Gemahl der Prinzessin Charlotte) 30,000 Pf. St. auf den Unterhalt des Schlosses Claremont verwende, und den Rest in die Staatscasse zurückzahle. Hingegen der Herzog von Cumberland (König von Hannover) steckt seine 20,000 Pf. St. in die Tasche, und wenn sein Palast in Kew einer Ausbesserung bedarf, muß sie der Staat aus dem Säckel der Bürger und Bauern bezahlen, und ebenso hält es die Herzogin von Kent (die Mutter der Königin) trotz ihrer 30,000 Pf. St. Apanage mit der Frogmore-Lodge.

Wir haben vor einigen Tagen (Nr. 288 der Allg. Ztg.) die amerikanische Ansicht über den diplomatischen Zwist zwischen London und Washington wegen der Mosquito-Küste erwähnt; folgender Auszug aus der Daily News bezeichnet den englischen Standpunkt. „Unser Anspruch auf die Mosquito-Küste, und namentlich der Umstand daß wir im Januar d. J. die Nicaraguaner gewaltsam aus der Stadt am Ausfluß des San Juan verdrängt haben, ist die Ursache dieses Streits. Die Amerikaner nehmen Partei für Nicaragua; wir behaupten das Recht der Mosquitos auf jene Flußmündung, oder vielmehr unser eigenes Recht in ihrem Namen. Wir wollen für jetzt nicht ins Einzelne eingehen über unser bestimmtes Recht die Unabhängigkeit der Mosquito-Küste oder unsre Supremaie darüber zu behaupten, sowie deren Ausdehnung auf die Ansiedelung welche wir Grey-Town, die Nicaraguaner San Juan nennen. Der brittische Schutz über jene Indianer datirt zurück bis zur Regierung Karls I, wo Lord Warwick den Sohn des Mosquito-Königs nach England brachte, welche Artigkeit dieser hernach mit einer förmlichen Abtretung seines Gebiets an die Krone von England vergalt. Von da an bis zum Jahr 1786 behauptete Großbritannien das Protectorat über die Mosquitos. Im Jahr 1783 stipulirten wir alle brittischen Unterthanen vom spanischen Continent zurückzuziehen und sie auf Belize zu beschränken, wobei nur die Mosquito-Küste eine Zeitlang als Ausnahme angesprochen wurde. Aber 1786 wurde förmlich vertragen auch diese zu räumen, die Indianer der spanischen Herrschaft zu überlassen, und sie nicht mit Waffen zu versehen noch irgendwie zur Abschüttelung dieses neuen Jochs aufzumuntern. Aus diesem Act entspringt die jetzige Controvers. Die Vertheidiger der brittischen Supremaie behaupten der Wahrheit gemäß daß die Spanier, trotz des Vertrags von 1786, niemals festen Fuß auf der Küste faßten, sondern von den Indianern bei ihrem Versuch am Schwarzen Fluß zurückgeschlagen wurden. Und sie argumentiren ferner: da Spanien außer Stand gewesen sey seine Herrschaft zu behaupten und allmählich alle Macht und Anhalt in der neuen Welt verloren habe, so sey die Oberherrlichkeit über die Mosquitos von Rechts wegen an Großbritannien zurückgefallen, sowie dieß auch factisch geschehen, indem die Indianer neuerdings den brittischen Schutz ansprachen, und ihr König nach Jamaica oder Belize reiste um sich dort krönen zu lassen, welche Cerimonie im Jahr 1845 stattfand. Anfangs war keine Macht dabei interessirt den wiederaufgelebten Anspruch Großbritanniens zu bestreiten, Aber als die Republik Central-Amerika sich in die sie bildenden Provinzen zerspellte, deren jede sich unabhängig erklärte, da erhoben drei derselben, Nicaragua, Honduras und Costa Rica, deßgleichen auch Neu-Grenada, Ansprüche auf das Mosquito-Gebiet. Neu-Grenada verlangte die Küstenstrecke zwischen der Bocca del Toro und dem San Juan-Fluß. Den gleichen Anspruch erhob Costa Rica; die Nicaraguaner aber ließen sich im Jahr 1836 thatsächlich an der Mündung des San Juan nieder, und der Befehlshaber ihrer Ansiedelung desavouirte ausdrücklich die Fahne und Herrschaft des Mosquito-Königs, indem er die dort hausenden Indianer und Europäer gleichmäßig für unberechtigte Nomaden erklärte. Die Britten antworteten damit daß sie endlich im Januar 1849 die Festung in Besitz nahmen. Die Leiter unsrer auswärtigen Politik im Parlament sind verbunden diesen brittischen Anspruch zu unterstützen. Nachdem 1840 der Vater des jetzigen Königs brittische Hülfe verlangt, ernannte Lord Aberdeen im J. 1844 einen Generalconsul für Mosquitia. Später wurde Hr. Christie in gleicher Eigenschaft von Lord Palmerston ernannt, welcher in seinem Briefe vom Mai v. J. ausdrücklich das brittische Anrecht auf den Hafen San Juan de Nicaragua behauptet. Die Amerikaner aber ihrerseits behaupten gleichfalls ein Recht auf diesen Bruchtheil Mittel-Amerika's, und sie haben einen thätigen Agenten abgesandt um der immer schwachen und zerrütteten Regierung Nicaragua's einigen Halt zu geben. Mittlerweile ist Hr. Christie nach England zurückgekehrt um sich Verhaltungsvorschriften zu erholen, und eine einigermaßen gereizte Correspondenz über den Gegenstand hat zwischen der amerikanischen Regierung und unserm Geschäftsträger in Washington stattgefunden. Wie gewöhnlich bei Zwisten der Art, liegt das eigentliche punctum litis hinter dem ostensibeln Streitobject; die Mosquitos und die Nicaraguaner sind nur die Bataillenpferde Englands und der Vereinigten Staaten. Die Wahrheit ist: beide Staaten haben entdeckt daß der künftige Uebergang über den Isthmus nirgend anders seyn kann als längs dem San Juan-Fluß und dem See von Nicaragua, und beide Staaten sind eifersüchtig einander nicht den Besitz oder das Monopol eines solchen Uebergangs zu lassen. Dadurch stellt sich die Streitfrage auf eine viel ernstere Basis. Die künftigen Interessen, um die es sich dabei handelt, sind so groß daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich so hartnäckig darum hadern werden wie über Columbia. Nun, bei aller Achtung für Englands Interessen, glauben wir nicht daß diese von ihm fordern der ausschließliche Hüter der großen Straße über die Landenge von Panama zu werden. Daß ein solcher Canal eröffnet werde und offen bleibe, jedoch ohne unter der Controle irgendeiner besondern Macht zu stehen, das ist das Interesse der Handelswelt. Die nebenbuhlerischen Ansprüche Englands und der Vereinigten Staaten bieten allen Seestaaten Gelegenheit dar ins Mittel zu treten. Großbritannien hätte, wenn überhaupt ein solches Recht existirte, vielleicht das erste und beste auf die Uebergangslinie; aber es würde gehässig seyn sie ausschließlich anzusprechen. Nicaragua ist das Suez der neuen Welt. Wird es das Eigenthum Englands oder der Vereinigten Staaten, so könnten die Eigenthümer es nach Gefallen schließen. Wird der Uebergang einer so schwachen Macht wie Nicaragua überlassen — in ähnlicher Weise wie Dänemark der Sund, die Dardanellen der Türkei überlassen sind — so wird es zu Verwickelungen, zum Hader und zum Krieg führen. Darum sollte die Transitlinie zum Eigenthum der Welt gemacht werden, offen allen, behauptet von allen — Seestaaten wenigstens. Frankreich, England, Rußland, Holland und Spanien*) — alle die bei dem kürzesten Wege nach dem Stillen Meere betheiligt sind — sollten in Einklang mit der amerikanischen Republik das große Werk unternehmen, und das Gebiet durch welches die Verbindungslinie läuft für neutral erklären. Gewiß, England würde großmüthig auf einen solchen Plan eingehen. Gälte dieß aber erst für Nicararagua, dann sollte der gleiche Grundsatz in Bezug auf Suez befolgt werden, nur mit dem Unterschiede daß man dem Herrn Aegyptens wenigstens nicht die Polizei-Aufsicht über den Durchgang (Canal oder Eisenbahn) entziehen könnte; dieser selbst aber wäre, wie der über den mit-

*) Und Scandinavien? Und Deutschland, dessen Handelsmarine an Zahl und Bedeutung gleich nach der englischen und nordamerikanischen kommt? — Der Punch scherzt, unter der Aufschrift: „ein Sturm in einer Theeschale", über das Geschrei welches unlängst wieder in Deutschland von der deutschen Flotte erhoben worden — in Deutschland, „einem Binnenland" (die alte Heimath der Hansa!) wo man eine Flotte so wenig suche wie in der Wüste Sahara. Indessen, um sich zu überzeugen was an der Sache sey, habe er (Punch) einen Fährmann der Themse nach Hamburg geschickt, und dieser habe ihm berichtet: die ganze deutsche Flotte bestehe aus einigen schlechten alten Nußschalen, kaum so groß wie die Richmonder Dampfboote auf denen an Sonntagen die Londoner Schneider und Handschuhmacher spazieren fahren, mit einigen Schlüsselbüchsen an Bord, wo die Capitäns mit Sporen an den Stiefeln auf- und abwandeln. Schon die Themse-Flotte würde hinreichen Morgens vor dem Frühstück diese ganze Marine sammt ihrem Admiral wegzuholen und in einen Winkel der London-Docks einzusperren. — So spotten die Fremden über uns; aber ist es ein Wunder?

telamerikanischen Isthmus, auf gemeinsame Kosten aller Nationen herzustellen und zu unterhalten."

** Wir erhalten noch Londoner Zeitungen vom 13 Oct., sie sind aber aller Neuigkeiten bar. Landwirthschaftliche Versammlungen und Versammlungen von Eisenbahn-Actionnärs sind an der Tagesordnung. In Liverpool war das Dampfboot „Hibernia" signalisirt, welches eine New-Yorker Post vom 29 Sept. mitbringt.

Frankreich.

Paris, 14 Oct.

Die Journale melden die Ankunft des Grafen Pralormo, bevollmächtigten Ministers Sardiniens, mit seinem ältesten Sohn der ihn als Legationssecretär begleitet. Der Marquis d'Azeglio der diesen Posten seit vier Monaten interimistisch versah, begibt sich unverweilt nach London, wo er seine Stelle als Geschäftsträger wieder antritt.

Von den auf flüchtigem Fuß befindlichen Angeklagten vom 13 Jun. haben sich zwei, die HH. Lourion und Maubé, ersterer Volksrepräsentant, letzterer Hauptmann in der Artillerie der Nationalgarde, in Versailles gestellt. Hr. Pyat, der früher öffentlich erklärt hatte er habe sich nur der Präventivhaft nicht dem Proceß selbst entziehen wollen, schreibt jetzt aus dem Kanton Waadt unterm 9 Oct.: er und die mitunterzeichneten Boichot, Avril, Jannot, Rolland, Coeurderoy seyen allerdings gesonnen gewesen sich zu stellen, um im Angesicht des Landes zu widerholen was sie damals gesagt: daß die Verfassung verletzt sey, allein als Angehörige einer Partei (en hommes de parti et par esprit de discipline) müßten sie, die in der Minorität seyen, sich der Meinung der Majorität unterwerfen, daher würden sie nicht erscheinen. Der National, an welchen dieses Schreiben gerichtet war, ist der Meinung daß die Frage der Verfassungsverletzung und keine andere der Brennpunkt des Processes sey. Dieses Blatt macht auch darauf aufmerksam daß die Regierung des Hrn. Bonaparte die schlimmsten Tage der Restauration nicht zu beneiden habe, und erzählt daß das schwarze Cabinet hergestellt sey. Als Beweis wird dann ein Brief des Gerant und der Verwaltung der Démocratie pacifique an den Generaldirector der Posten mitgetheilt, in welchem Beschwerde geführt ist daß mehr als 20 Briefe, zum Theil mit namhaften Summen Geld belastet, erbrochen, einige offen zurückgegeben, andere zurückbehalten worden sind. Sie waren freilich größtentheils an einen Flüchtling, V. Considérant, gerichtet. Hr. Thayer, der Generpostdirector, ist von den Beschwerdeführern mit einer Klage auf den Grund des Artikels 187 des Strafcodex bedroht.

Gestern hat in Versailles der Proceß gegen die Angeklagten vom 13 Jun. angefangen. Es waren deren dreißig, die auf vier Bänken saßen. Auf der ersten: Chipron, André, Dufelix, Nap. Lebon, Baune, Langlois, J. Paya, Bureau, ihrem Beruf nach ein Silberplattirer, ein Advocat, ein Employé, ein Litterat, ein Journalist, ein Zeitungsredacteur (von der Démocratie Pacifique), Lebon und Langlois nicht näher bezeichnet; auf der zweiten: Commissaire, Suchet, Maigne, Fargin-Fayolle, Pilhes, Lamazières, Boch, sämmtlich Volksrepräsentanten; auf der dritten: Vauthier, Deville, Gambon, Lourion, Volksrepräsentanten; Guinard, Achintre, Delahaye, Merliot, Oberst und Hauptleute der Artillerie der Nationalgarde; auf der vierten: Maubé, Fraboulet de Chalendar, Vernon, Schmitz, Officiere der Artillerie der Nationalgarde, Angelot, Artillerist, Lemaitre, Litterat, Forstier, Oberst der 6ten Legion der Nationalgarde. Ehe die Verhandlungen begonnen erhob sich Gambon und verlas eine Protestation des Inhalts: da die Verfassung verletzt sey, jede das Grundgesetz verletzende Gewalt aber ihre rechtliche Existenz verwirke, so sey alles was durch sie geschehe Willkür und Usurpation, folglich auch die Berufung des Staatsgerichtshofs, und was derselbe verhandeln werde, null und nichtig. Unmittelbar darauf begründete Hr. Madier de Montjau, unterstützt von Hrn. Michel (de Bourges) einen Antrag auf Incompetenzerklärung, hauptsächlich darum daß die zur Bildung des hohen Schwurgerichts berufenen Mitglieder der Departementalräthe zu einer Zeit gewählt sind wo ihnen das Gesetz noch nicht eventuell richterliche Verrichtungen übertragen hatte. Dieses Verlangen wurde verworfen, und man ging zur Verlesung der Anklage über, womit man in dieser Sitzung noch nicht fertig wurde. Mehrere der Angeklagten hatten noch schließlich sich der Protestation Gambons angeschlossen.

* **Marseille,** 10 Oct. Briefe von Rom vom 5 Oct. bemerken daß nach allgemeiner Aussage das Truppencorps unter den Befehlen des Generals Cordova aus dem Kirchenstaat zurückberufen worden sey. Man glaubt daß die unverhüllten Anschläge der Americaner auf Cuba die Hauptursache sind welche die spanische Regierung veranlaßt diese Truppen an sich zu ziehen. Es scheint jedoch daß ein Regiment, bei Viterbo liegend, in Diensten des Papstes verbleiben wird. Das heilige Colleg hat dem spanischen Repräsentanten nicht verhehlt daß der Kirchenstaat keine eigenen Truppen zu seiner Verfügung habe, und daß man die vollkommene Räumung der Provinzen Marittima und de la Campagna von Seiten der Spanier sehr ungern sehen würde. Die französischen Truppen befinden sich in folgenden Städten: in Rom, Civitavecchia und Corneto als Division des Mittelpunktes; in Tivoli, Albano, Genzano und Frascati als Stellung im Süden, und in Viterbo, Orvieto, Montefiascone, Acquapendente, Civitacastella, Narni und Perugia als Stellung im Norden. Eines unserer Journale, die Gazette de Provence, gibt heute eine Correspondenz aus Neapel, nach welcher man sich in dieser Stadt während mehrerer Stunden ernstlich geschlagen und die rothe Fahne aufgesteckt habe. Die übrigen Journale schreiben hievon nichts, das Gerücht von einer Volksbewegung in Neapel hatte sich aber schon vor zwei Tagen bei Ankunft des „Tenare" in Toulon verbreitet. An der Cholera sind gestern hier 29 und in Toulon 28 Personen gestorben.

Italien.

Turin, 12 Oct. Die Stadt füllt sich mit Leuten aus der Provinz, wegen der großen Todtenfeier die für Karl Albert vorbereitet wird. Man rechnet daß schon über 20,000 Fremde hier eingetroffen sind. — Die Deputirtenkammer beschäftigt sich dermalen mit Verbesserung einiger Paragraphen des Civilcodex. — Man glaubt daß hinsichtlich der politischen Flüchtlinge die in Genua zusammenströmen, strengere Maßregeln gefaßt, und namentlich alle ausgetrieben werden dürften die sich nicht über ihre Subsistenzmittel ausweisen können. Außer dem General Wilhelm Pepe ist auch General Ulloa, ein Militär von großen Fähigkeiten (er hatte in Marghera befehligt), mit mehrern höhern Officieren daselbst eingetroffen. Garibaldi, der nach seiner Rückkehr von Tunis, wo er keine Aufnahme gefunden, auf dem kleinen Eiland St. Maddalena bei Sardinien weilt, soll, heißt es, auf einem Dampfboot der Regierung nach England übergeführt werden. Er wünscht nach Amerika zurückzukehren.

Türkei.

(Observer.) Die Pilgerkarawane welche im vorigen Monat nach Mekka abging, war zahlreicher als im vorigen Jahr, wo im ganzen Land die Epidemie herrschte. Gewöhnlich werden 4 bis 5000 Kamele zu dieser Wallfahrt verwendet, die zur Hälfte den am rothen Meere wohnenden Beduinen gehören. Die bei dem Auszug der Pilger von Cairo und ihrer Rückkehr dahin vorkommenden Festlichkeiten sind mit vielem Fanatismus bezeichnet, und für Europäer ist es kaum rathsam sich dabei zu zeigen.

* Wir erhalten in später Stunde noch eine Wochenpost aus **Konstantinopel** vom 3 Oct. Noch war nichts entschieden. In dem Augenblick des Abgangs der Post lief eine englische Dampffregatte im Hafen ein. Der Sultan hatte über 40,000 Mann mit 180 Kanonen Heerschau gehalten. Die Endantworten von Wien und Warschau wurden noch erwartet, man glaubte aber daß die unter den Flüchtlingen hervorgerufenen Uebertritte zum Glauben Mohammeds die Verwicklung nur erschweren können.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 8 Oct. 3proc. $27^5/_8$; 4proc. $10^3/_4$; 5proc. $11^1/_8$; unverzinsl. Schuld $3^{15}/_{16}$; Coupons $6^5/_8$ P.; provis. Titel $3^5/_8$ G.; St. Ferdinandsbank 77; Schatzscheine $76^1/_2$ P. Curse: Paris 5.33 P.; London 50.40 G.

London, 13 Oct. Consols $92^5/_8$.

Augsburg, 17 Oct. Bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. 86 G. 4proc. $92^1/_2$ G. 5proc. $100^3/_8$ B., $100^1/_8$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. $90^1/_2$ B. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württ. $3^1/_2$proc. 84 P. $4^1/_2$proc. $94^1/_2$ P.

Frankfurt a. M., 16 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $89^3/_4$; Bankactien 1355; preuß. $3^1/_2$proc. Staatsschuldsch. $88^1/_2$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $86^1/_2$; Ludwigsh.-Berbach $83^7/_8$; württ. $3^1/_2$proc. $82^1/_4$; $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; bad. 5proc. $97^5/_8$; $3^1/_2$proc 79; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; $3^1/_2$proc. $82^1/_2$; nass. 5proc. $101^5/_8$; $3^1/_2$proc. $84^1/_2$; Frankfurt 3proc. $80^1/_4$; $3^1/_2$proc. $93^5/_8$, 90; Disc. $1^5/_8$ P.

♀ **Wien,** 15 Oct. Die Börse war auch heute ziemlich flau und schlossen Curse (zunächst in 5proc. Metalliques und Nordbahnactien) abermals matter. Die 5proc. Metall, bis 95 weichend, erholten sich zu Ende des Geschäftes zur Notiz. In andern Effecten war der Umsatz und die Variation ganz unerheblich. Fremde Devisen, mehr angeboten, schlossen fast zur letzten Notirung; Gold und Silber etwas matter. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall $95^1/_4$–$95^3/_8$, $4^1/_2$proc (neues Anlehen) $84^5/_8$–$^7/_8$, Loose vom J. 1834 161–162, Loose vom J. 1839 $112^1/_2$–113, Bankactien 1208–1210, Nordbahnactien $109^3/_8$–$109^3/_4$, Gloggnitzer 109–$109^1/_2$, Mailänder $84^1/_4$–$84^3/_4$, Pesther $79^5/_8$–80. London (f. 1. S.) 10.47 P., Hamburg 157–$157^1/_4$, Augsburg uso $108^1/_2$ G., Frankfurt $106^1/_2$ B., Amsterdam $148^1/_2$ B., Mailand $97^1/_2$ B., Livorno 106 P., Genua $125^1/_2$ B., Paris $127^1/_4$ B., Marseille 127 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 11, Silberagio $6^1/_4$ Proc.

Verantwortliche Redaction:

Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Hirscher und die kirchlichen Zustände der Gegenwart.

∘ **Freiburg**, 10 Oct. Auch Hirscher gehört zur Zahl der Gelehrten welche die Universität von Prag, bei der Feier ihres fünfhundertjährigen Bestandes, zu ihren Ehrenmitgliedern ernannt und ihnen alle Rechte ordentlicher Professoren ertheilt hat. Das schön ausgefertigte Diplom spricht in Ausdrücken die der große Theologe verdient, seine Anerkennung der Verdienste des verehrten Lehrers aus. Es hat diese Nachricht hier bei allen die sich lebhaft für unsere Universität interessiren, deren Zierde Hirscher ist, umsomehr eine freudige Sensation erregt als Hirscher seit einiger Zeit vielen unverdienten Angriffen wegen seiner neuesten Schriften ausgesetzt war.

Die Schrift wegen der Hirscher von einem sonst guten Blatt der Vorwurf gemacht wird daß er aus der katholischen Kirche Quäkerstuben machen wolle, führt den Titel: „Die kirchlichen Zustände der Gegenwart; Tübingen, 1849.“ Sie hängt mit zwei andern Schriften zusammen. Die erste „Die Nothwendigkeit einer positiven Pflege des Christenthums in allen Classen der Gesellschaft,“ besteht aus jener schönen, gedankenreichen Rede welche Hirscher im Februar 1848 in der ersten Kammer hielt, in die ihn das Vertrauen des Großherzogs berufen hatte. Die französische Revolution war unterdeß ausgebrochen und mit ihr wurde ganz Europa erschüttert; neben vielem Großen zeigten sich auch die wunden Seiten der Gesellschaft. Hirscher wies in der zweiten Schrift: „Die socialen Zustände der Gegenwart,“ auf den Riß im innersten Heiligthum der Gesellschaft hin; das Christenthum, sagt dort Hirscher, hat die Völker civilisirt in dem Maße als es sie durchdrang; wo die Menschenwürde, die persönliche Freiheit und Gleichheit und Brüderschaft bei einem Volk Geltung hat, wo herzliches Wohlwollen in ihm ist, Fürsorge, Treue und Wahrhaftigkeit, Mäßigkeit und Keuschheit und alle Tugenden des häuslichen und öffentlichen Lebens, da sind sie Frucht des Christenthums. Auch unsere dermaligen socialen und sittlichen Zustände würden von Grund aus gebessert seyn, sobald das Christenthum unter uns lebendig wäre. Wir müssen von innen herausbauen, alle äußeren Umwandlungen und Verbesserungen werden uns ohne das nicht helfen.“ Es ist ein Bau ohne Fundament wenn man das Glück einer Nation nur von constitutionellen Formen erwartet. Ohne einen tiefen religiösen Sinn werden alle Freiheiten nicht behauptet, nur mißbraucht. Die Puritaner haben in ihrer religiösen Begeisterung Englands Freiheit erkämpft. Man fängt auch überall an das zu fühlen, und es hat seinen guten Grund wenn Hr. Wichern für die innere Mission umherreist; möge sein Zweck in reichlichem Maße in Erfüllung gehen!

Die katholische Kirche ist von der neuen Bewegung im tiefsten berührt worden: sie ist jetzt was sie seit fünfzehn Jahrhunderten nicht war, frei vom Staat! Was sie also an Lebens- und Bildungskraft in sich trägt, vermag sie fortan unbehindert zu entfalten und in Wirksamkeit zu setzen, und kann sich für ihre Kraft einen Erfolg versprechen wie nie im gefesselten Zustand. Die neue Stellung hat aber auch ihre Gefahren; die plötzliche übergangslose Auflösung eines so lange bestandenen, und in ihre ganze Existenz verwachsenen Verhältnisses kann nicht ohne Verlust von Vortheilen vor sich gehen; der Staat hat vieles für die Kirche gethan. Die neue Stellung der Kirche hat zudem ihre großen Schwierigkeiten. So viele sind längst mit der Kirche innerlich zerfallen; wer hindert sie in Zukunft offen sich loszureißen? Die Schule ist frei; was nützt der Kirche alle ungehinderte Bewegung wenn ihr die Jugend, die Trägerin der Zukunft, entzogen wird, wenn sie keinen Einfluß mehr auf die Besetzung der Lehrstühle hat, und doch besitzt die Welt derjenige welcher sie besitzt. Liegt zudem nicht die Gefahr nahe daß der Klerus eine einseitige, an Pharisäismus gränzende Erziehung erhält, und mönchisch außer die Welt gestellt wird, in der doch gewirkt werden soll? Für den Besitzstand der Kirche sind die Gefahren nicht minder groß. Also sehr viele Gefahren drohen mit den neuen Freiheiten. „Aber, sagt der Verfasser, ich für meinen Theil glaube daß ein Zustand der Gefahr und des Kampfes für die Kirche entschieden wohlthätiger werden könne als ein bequemes Anlehnen an den weltlichen Arm, und daß wenn die Kirche alle in ihr liegende Kraft aufbietet, sich in ihr eine Lebensfrische entwickeln werde wie sie bisher nie gewesen. Aber die Kraft muß entfaltet werden, sonst wird die Kirche erfahren was es heißt auf sich selbst gestellt seyn und doch keine Kraft haben.“

Worin liegt nun die Möglichkeit zu einem Aufschwung? In Würzburg versammelten sich vor kurzem die Bischöfe; das ist gut und löblich. Was nützt es aber wenn die Fürsten einen Congreß halten und die Völker nicht hinter ihnen stehen, ihnen zustimmen und ihren Beschlüssen dadurch Kraft geben? Wenn Klerus und Volk sich nicht mitbetheiligen, so sind die Versammlungen der Bischöfe ohne Erfolg. Wie ist es aber möglich die Laien mit in das kirchliche Interesse zu ziehen? Hier ist der eigentliche Punkt wegen dessen Hirscher so angefochten wird. Hirschers Ansicht ist diese: Es sind im Laienstande viele geistige Kräfte, eine große Masse von ächt-christlicher Erkenntniß, von wahrhaft apostolischer Tugend, von reicher Erfahrung in allen Fragen des Lebens. Werden diese Kräfte herbeigezogen, so bildet sich ein Interesse an den kirchlichen Fragen des Tages und eine Aufklärung über dieselben, und die Beschlüsse gehen dann hinaus nicht als papierne Decrete, sondern als Gesammtwille, Ueberzeugung und Ernst; die versammelten Männer, an ihren Wohnsitz zurückgekehrt, stehen den Beschlüssen mit ihrem Ansehen zur Seite und gewährleisten ihre Durchführung. Diese Vereinigung aller vorhandenen guten Kräfte ist gutgeheißen durch die Schrift, durch das Vorbild der ersten Jahrhunderte des Christenthums, und ist ausgesprochene Erwartung der Zeitgenossen. Derselbe Geist welcher sich auf dem politischen Gebiete geltend gemacht, macht sich auch auf dem kirchlichen geltend; wie dort, so will man hier in seinen öffentlichen Anliegen mitsprechen. Das constitutionelle Princip hat die Völker durchdrungen, absolute Monarchien sind eine Unmöglichkeit der Zeit geworden; ähnlich in der Kirche: eine rein monarchische Verwaltung einer Diöcese widerstreitet so durchaus dem ganzen Charakter der Gegenwart daß solche nur in dem Fall als möglich und haltbar erschiene wenn der gesammte intelligente Theil der Bevölkerung von der Kirche abfiele oder sich der vollsten religiösen Gleichgültigkeit hingäbe.

Aber in dieser Zeit die Laien herbeiziehen! Wie? wenn sie den Klerus überflügeln? Der Bischof hat das Recht die Synoden aufzulösen und ihren Beschlüssen seine Zustimmung zu verweigern. Aber dieser Fall wird nicht eintreten; im Gegentheil eine großartige Begeisterung für die religiösen Fragen alle erfassen und neues Leben in der Kirche wecken. Und wenn auch Streit entstände! Regung und Bewegung muß seyn; selbst Streit und Zerwürfniß ist besser als Gleichgültigkeit, als jene Indolenz die alles der allauflösenden Zeit überantwortet, weil sie ohne Glauben, ohne sittlichen Ernst, ohne kirchlichen Gemeingeist ist. Es ist nun einmal so daß eine Sache am richtigsten beurtheilt wird und am besten fährt wenn sie, wo nicht aus entgegengesetzten, so doch aus verschiedenen Standpunkten betrachtet wird, und ist nun einmal so daß alle Controle bedachtsam macht, zügelt und hemmt, und daß der Uebergriff die andere Kraft welche unterdrückt werden will, weckt statt sie zu unterdrücken, und zu frischer Selbstentwicklung aufregt. Die kirchliche Regierung kann nicht ohne Controle seyn, und da der Staat diese nicht hat, so übernehme sie die Gesammtheit.

Dieß ist der Hauptpunkt der Hirscher'schen Schrift; daneben sind einige Vorschläge besprochen die zunächst Gegenstand der Synodaldebatten werden könnten, sie betreffen die Erziehung der Jugend, die Reform des Cultus, die Laisirung von Klerikern, die Sprache des Cultus und andere Dinge. Die Schrift ist bereits sehr verbreitet und hat in weiten Kreisen angeregt. Die einen jubeln dem Mann zu der durch seine herrlichen Vorträge so viele Jünglinge für das Priesteramt begeisterte, und durch seine Schriften tausend und tausend Geister und Herzen dem Christenthum wieder gewann; die andern rufen ihr Anathema über den Mann der die Grundverfassung der Kirche — nach ihrer Ansicht die streng-monarchische — angreift und durch seinen Geist und sein Ansehen sie zu brechen droht. Mögen diese bedenken daß in der Kirche alle Verfassungsformen enthalten sind wie in jedem gesunden Staatswesen, daß es zwei Hauptstrebungen immer in der Kirche gab, so oft diese in voller Kraft sich entfaltete, eine conservative, deren Organ die Bischöfe sind, und eine reformirende; letztere übernimmt die kirchliche Wissenschaft. Verdammen ist leicht, besseres geben schwer. Trete einmal ein anderer mit gleicher Wahrheitsliebe und entsprechenderen Vorschlägen auf, und Hirscher wird die seinen zurücknehmen. Es gilt hier nicht die Person, sondern die Sache, die große Sache der Kirche!

Die Erklärung des hannoverischen Bevollmächtigten zum Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrathes.

Vom 9 October 1849.

Der k. hannoverische Bevollmächtigte muß es in Folge der weitern Discussion über den Antrag des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten wegen der Beschleunigung der Einberufung des Reichstags für angemessen und nothwendig halten die Unstatthaftigkeit der Einberufung eines Reichstags zur Berathung über den vereinbarten Verfassungsentwurf, mit Rücksicht auf die im Artikel I. des Vertrags vom 26 Mai den sämmtlichen Mitgliedern des deutschen Bundes ausdrücklich vorbehaltenen Rechte und

Pflichten, im Verwaltungsrath durch folgende Ausführung näher darzulegen.

Um den Standpunkt richtig gewürdigt zu sehen von welchem ab Hannover die Frage auffassen zu müssen glaubt: „ob es gegenwärtig an der Zeit sey die im Artikel IV. des Vertrages vom 26 Mai d. J. vorbehaltene Berufung einer Reichsversammlung eintreten zu lassen und dieser den unter den verbündeten Regierungen vereinbarten Verfassungsentwurf vorzulegen,“ bedarf es einer Erinnerung an den Hauptgrundsatz welchen Hannover seit dem März 1848 in der deutschen Verfassungsfrage unabweichlich festgehalten hat. Dieser Grundsatz, den eine vom k. hannoverischen Gesammtministerium unterm 22 März 1848 erlassene Bekanntmachung unter den Zielpunkten der Regierung als Maßregeln zur Einigung Deutschlands und zur Erreichung einer Vertretung des Volkes beim Bunde im verfassungsmäßigen Wege voranstellt und ausdrückt, ist der Grundsatz einer Erstrebung der staatlichen Entwicklung von Deutschland auf dem Wege den Gesetz und Verfassung vorzeichnen, und ihn vermag Hannover im gegenwärtigen Augenblick um so weniger zu verlassen, da die ganze Stellung und Sicherheit Deutschlands davon abhängt daß neben der Wahrung des eigenen guten Rechts jede Beeinträchtigung fremden Rechts, vor allem des Rechts eines Verbündeten, gewissenhaft vermieden bleibe.

Auch bei der Abschließung des Bündnisses vom 26 Mai ist dieser Grundsatz unverbrüchlichen Festhaltens am bestehenden Rechte offen ausgesprochen und vorangestellt worden. Davon zeugt das Protokoll über die Verhandlung vom 20 Mai, in welchem zuerst des Bündnisses erwähnt wird, und wo es heißt: „am Schlusse einer längern Erörterung erklärt Hannover sich diesem Vorschlage Preußens zustimmend, jedoch mit der Zugabe daß durch das zu schließende Bündniß die Rechte und Pflichten aus dem Bundesverhältniß von 1815 nicht geschwächt werden u. s. w.“ Darauf beruht dann der Artikel I des Bündnißvertrages in den Worten: „die k. Regierungen schließen in Gemäßheit des Artikels XI. der deutschen Bundesacte vom 8 Junius 1815 ein Bündniß u. s. w. Sie behalten dabei sämmtlichen Gliedern des deutschen Bundes alle aus diesen hervorgehenden Rechte und die diesen Rechten entsprechenden Verpflichtungen ausdrücklich vor.“

Diesem gemäß sagt die Note vom 28 Mai 1849: „die deutschen Staaten welche sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, werden als die im §. 1 bezeichneten Glieder des Bundesstaats zu betrachten seyn, während denjenigen Regierungen gegenüber welche sich zu diesem Anschluß nicht veranlaßt finden, die aus dem Vertrag vom 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbestehen bleiben;“ was dann die Denkschrift vom 11 Junius 1849 im Abschnitt vom „Reiche“, als von selbst einleuchtend, dahin wiederholt: „daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt die aus der Bundesacte von 1815 erwachsen ꝛc.“

Nach diesen Anführungen kann es keinem Zweifel unterliegen auf welchem rechtlichen Grunde das Bündniß vom 26 Mai beruhet, und von welchem Standpunkt aus dasselbe auszulegen, der neben ihm vereinbarte Verfassungsentwurf aufzufassen ist. Unverkennbar liegt in der Begründung eines Bundesstaates nach Maßgabe jenes Entwurfs eine Abänderung der Bundesverfassung. Diese Abänderung ist eben der Zweck jenes Entwurfs. Die etwaige Behauptung daß in der Begründung eines Bundesstaats unter einem Theil der deutschen Staaten eine Abänderung der Bundesverfassung nicht liege, wenn nur gegen die nicht beitretenden Bundesstaaten die Rechte und Pflichten aus dem Bunde vorbehalten bleiben, würde nur auf einem Mißverständniß beruhen. Wenige Andeutungen werden genügen dieß darzuthun. Der wesentlichste Theil der Bundesverfassung ist die im Artikel 4 und 6 der Bundesacte festgestellte Abstimmungsordnung. Es ist aber klar daß diese aufgehoben wird, wenn — wie der Verfassungsentwurf es will — ein Theil der durch solche Abstimmung zu erledigenden Angelegenheiten von einem Reichsvorstande, entweder allein oder nach Beschlußnahme eines abweichend componirten Fürstencollegiums, oder gar unter Beschlußnahme eines der Bundesverfassung völlig fremden Reichstags abhängig gemacht wird.

Es ist eine entschiedene Abänderung, wenn der Entwurf (§. 10) das Recht des Krieges und Friedens, das die Bundesverfassung nur der Gesammtheit Deutschlands beilegt (Artikel 11 der Bundesacte und Artikel 35 bis 41 der Wiener Schlußacte), dem Reichsvorstand allein auch in dem Falle vindicirt, wenn ein Theil des Bundes nicht auf jene Verfassung einginge; denn nach dem Entwurf würde der Reichsvorstand auch ohne allseitige Abstimmung die nicht beitretenden Bundesglieder in einen Krieg verwickeln können.

Es wird kaum nöthig seyn noch darauf hinzuweisen daß das Heerwesen, die Bundesfestungen nicht verwaltet werden können, ohne Benehmen mit den sämmtlichen Gliedern des Bundes, die auf keine Weise genöthigt seyn würden statt ihrer Verbündeten mit einer den Bundesurkunden fremden Reichsgewalt sich einzulassen, oder hervorzuheben daß die Bundesurkunden auf die unverletzte Erhaltung des Stimmrechts ein so großes Gewicht legen daß, selbst in den Fällen wenn ein stimmberechtigtes Territorium durch Erbgang einem andern Bundesfürsten zufällt, die fernere Führung einer solchen Stimme von der Gesammtheit des Bundes abhängt (Wiener Schl.-A. Art. 16).

So viel wird stets unverkennbar seyn daß die Durchführung des vereinbarten Entwurfs ohne Abänderung der Bundesverfassung unmöglich ist. Ueber Abänderungen der Bundesverfassung kann nach dem Art. 7 der Bundesacte „weder in der engern Versammlung noch in pleno ein Beschluß durch Stimmenmehrheit gefaßt werden.“ Es bedarf dazu der einhelligen Zustimmung aller stimmberechtigten Bundesglieder, und das hierdurch einem jeden derselben zuerkannte Widerspruchsrecht gegen Abänderungen der Bundesverfassung kann weder durch die mit Auflösung der Bundesversammlung eingetretene Schwierigkeit einer Geltendmachung dieses Rechts in der verfassungsmäßigen Form noch durch einen Vertrag geschmälert erscheinen der den oben hervorgehobenen Grundsatz der Erhaltung von Recht und Pflicht an der Spitze trägt.

Man wird sich kaum darüber täuschen können daß sowohl die benachtheiligten Bundesglieder als die sonstigen Theilnehmer der Verträge von 1815 hinreichenden Grund zur Einsprache gegen ein von den Vorschriften der Bundesacte abweichendes Verfahren finden würden. Wenn nun aber das Bündniß vom 26 Mai auf dem Grundsatz der unverletzten Erhaltung aller aus dem deutschen Bunde herrührenden Rechte und Pflichten ruhet, wenn die Durchführung des Entwurfs eine Aenderung der Bundesverfassung nothwendig mit sich führt, wenn diese eine einhellige Zustimmung aller Betheiligten erfordert, und wenn dennoch dieser Entwurf für einen Theil Deutschlands soll in Wirksamkeit treten können, ohne den Beitritt sämmtlicher übrigen deutschen Staaten zu erheischen: so muß nothwendig auch der §. 1 des dem Vertrage angeschlossenen Verfassungsentwurfs mit jenem Grundgedanken übereinstimmen, und nichts würde von der wahren Bedeutung jenes §. 1 weiter abgehen als eine Auffassung welche denselben in einem dem Bundesrecht widersprechenden Sinne dahin verstehen wollte: daß es die Absicht sey jeder beliebig zusammentretenden noch so geringen Fraction der deutschen Bundesstaaten die Berufung eines Reichstags zur Sanctionirung der Reichsverfassung zu gestatten. Es liegt vielmehr am Tage daß die rechte und wahre Bedeutung des §. 1 des Verfassungsentwurfs auch nach den sämmtlichen oben angezogenen Actenstücken eine andere seyn muß, und daß sie keine andere als die seyn kann: daß kein „deutscher Staat gezwungen werden solle diesem Bundesstaat wider Willen beizutreten.“ So ist dieselbe in der Note vom 28 Mai, so in der Denkschrift vom 11 Junius dargelegt. Es würde aber eine mit nichts zu rechtfertigende Consequenz seyn, wenn man aus der in diesem Satz bevorworteten Freiwilligkeit des Beitritts die Folgerung ziehen wollte daß die Zustimmung der Nichtbeitretenden nicht erforderlich sey — eine Folgerung mit welcher der im Vertrage vorangestellte ausdrückliche Vorbehalt aller Rechte und Pflichten aus dem Bunde geradezu in Widerspruch stehen würde. Es würde eine solche Auffassung nur auf einer Verwechselung sehr verschiedener Begriffe beruhen können.

Es ist etwas ganz verschiedenes wenn an Oesterreich oder Bayern die Frage gerichtet wird: ob diese Staaten es ihrer Stellung angemessen finden in den Bundesstaat einzutreten? Oder die: ob sie es genehm halten daß die eintretenden deutschen Staaten ihr Verhältniß zu dem in diesem Fall rücksichtlich jener fortbestehenden deutschen Bunde in der bezeichneten Weise umgestalten? Die Verneinung jener ersten Frage würde nach Maßgabe des Art. 1 des Entwurfs der Bildung des Bundesstaats an sich nicht im Wege stehen. Die Verneinung der zweiten Frage würde, nach Maßgabe des zweiten Absatzes im Art. 1 des Bündnißvertrags, dieselbe unmöglich machen.

Sollte man glauben sich hiergegen auf den Artikel XI der Bundesacte und ein darin vermeintlich begründetes freies Bündniß- oder Vereinbarungsrecht berufen zu können, so müßte dem entgegengesetzt werden daß ein solches Recht in dem Art. 1 des Bündnisses nicht in Anspruch genommen wird, indem hier Rechte und Pflichten des Bundes geradezu vorbehalten werden, und daß selbst ohne solchen Vorbehalt die durch Art. I und III der Bundesacte stipulirte Unauflösbarkeit des deutschen Bundes nimmermehr gestattet jenem Bündnißrecht eine Ausdehnung zu geben welche Verbindungen gegen die Verfassung des Bundes selbst zuließe. Glaubte man es für angemessen halten zu dürfen bei einer vielleicht als zweifelhaft angesehenen Auslegung sich vorläufig durch Berufung eines Reichstags in Besitz zu setzen und so die Thatsache dem bloßen Anspruch des Bundesrechts entgegenzusetzen, so würde ein solches Verfahren dem Geiste des Art. XI der Bundesacte auf das entschiedenste widersprechen,

da solcher alles thatsächliche Vorgehen in Bundessachen ausdrücklich ausschließt — eine Bestimmung welche in der Wiener Schlußacte Art. 18 rc. noch bestimmter entwickelt ist, und an welcher Hannover um so entschiedener festhalten muß, je mehr die Zeit einen gewaltthätigen Charakter anzunehmen droht, und je mehr ähnlich ein solches Verfahren demjenigen seyn würde durch welches die Frankfurter Nationalversammlung im Monat April und Mai zu Grunde gegangen ist. Wollte man aber endlich die Ansicht aufstellen: „die Berufung des Reichstags sey um deßwillen noch keine Abänderung der Bundesverfassung, weil dieselbe noch nicht die Geltung der Reichsverfassung involvire, vielmehr erst die Vorbereitung dazu enthalte“, so würde dieser Satz an sich zwar richtig, sicher aber es ein höchst gefährliches, um nicht zu sagen unredliches Unternehmen seyn eine Versammlung von dem Charakter des Reichstags zu berufen, derselben eine Verfassung vorzulegen, solche von ihr genehmigen zu lassen und hinterher diese Verfassung nicht in Ausführung zu bringen, weil von den Bundesgenossen Widerspruch dagegen eingelegt worden. Ein solches Verfahren würde nur geeignet seyn die Regierungen den gerechtesten Vorwürfen von allen Seiten bloßzustellen.

Wenn diese einmal dem Reichstag eine Verfassung proponiren, so müssen sie zuvor alles gethan haben was zu der rechtsgültigen Durchführung derselben erforderlich ist, damit die Verfassung nach erfolgter Zustimmung auch wirklich ins Leben geführt werden könne, und so ist, was sie angeht, die Berufung des Reichstags und die Proposition der Verfassung der Einführung unbedingt gleichzustellen. Es ist demnach die Ansicht Hannovers: „daß die Berufung des Reichstags auf keine Weise stattfinden dürfe, ehe nicht diejenigen Regierungen welche der Verfassung sich nicht anschließen, die Erklärung abgegeben haben daß sie die in der Einführung der Reichsverfassung liegende Abänderung der rücksichtlich ihrer fortbestehenden Bundesverfassung genehmigen wollen.“

Eine solche Erklärung ist, so viel der hannover'schen Regierung bekannt, zur Zeit von keiner derselben gegeben, und es hätte solche füglich auch nicht erfolgen können, da es am Tage liegt daß die Durchführung des Entwurfs, wie solcher am 26 Mai festgestellt worden, nach dem Rücktritt von Bayern und dem Zurückbleiben Württembergs und mehrerer kleineren Staaten in seiner jetzigen Abfassung nicht durchzuführen, daß namentlich das Recht des Krieges und Friedens, wenn der deutsche Bund fortbestehen soll, durchaus anders zu normiren seyn werde. Nicht zu gedenken daß die in dem Entwurf aufgestellte Form der völkerrechtlichen Vertretung nur dann ins Leben treten kann, wenn die auswärtigen Mächte, denen gegenüber diese Form Geltung erhalten soll, dieselbe anerkennen — ein Umstand der eine verderbliche Einmischung des Auslandes in die innern Verhältnisse Deutschlands herbeiziehen müßte, wenn diese Anerkennung ohne das völlige Einverständniß aller deutschen Regierungen verlangt würde. Hieraus folgt dann die Nothwendigkeit daß, bevor man den nicht beitretenden Regierungen jene Frage um ihre Zustimmung vorlegt, Verhandlungen über vorgängige Modificationen des dem Reichstage vorzulegenden Entwurfs eintreten müßten, und an diese Verhandlungen knüpft sich sodann ferner der von Sachsen und Hannover am 26 Mai gemachte Vorbehalt.

Es liegt am Tage daß nach definitivem Ausscheiden Bayerns und bei nicht erfolgendem Beitritt Württembergs — der mangelnden Uebereinkunft mit Oesterreich nicht erst zu gedenken — die ganze Reichsverfassung lediglich den Charakter eines nord- und mitteldeutschen Bundes an sich tragen würde, und daß demzufolge alsdann zugleich der Zeitpunkt einträte wo Sachsen und Hannover ihren am 26 Mai gemachten Vorbehalt geltend zu machen haben würden, nach welchem in diesem Fall eine Erneuerung der Verhandlungen und eine Umgestaltung des vereinbarten Verfassungsentwurfs eintreten müßte.

Unter diesen Umständen kann hannoverischerseits nicht dafür gehalten werden daß schon jetzt alles hinreichend vorbereitet sey damit zur Berufung eines Reichstags geschritten werden könne, noch weniger aber kann man es zweckmäßig finden einen Termin für diese Berufung festzustellen.

Schließlich aber kann der hannover'sche Bevollmächtigte nicht umhin darauf aufmerksam zu machen daß für diejenigen dem Bündniß vom 26 Mai beigetretenen Staaten, welche in der Lage gewesen sind sich der ausdrücklichen Zustimmung ihrer Stände zu dem Anschluß an das Bündniß versichern zu müssen, aus der Modification des von jenen Ständen ausdrücklich genehmigten Verfassungsentwurfs für ganz Deutschland zu einem Verfassungsentwurf für einen engeren Bundesstaat eine so wesentliche Aenderung des Zwecks des Bündnisses und der Voraussetzungen jener ständischen Genehmigungen eintreten würde, daß man auch schon daraus in der Verfolgung des gegenwärtig intendirten Weges nur eine Gefährdung der Zwecke des Bündnisses vom 26 Mai finden könnte.

Ein Brief an den schwedischen General Malmburg.

Apenrade, 10 Oct. Der Befehl des schwedischen Generalmajors Malmburg etwaige Katzenmusikanten verhaften und ohne weiteres mit Haselstöcken abpeitschen zu lassen hat die tiefste Entrüstung hervorgebracht. Gegen 100 Einwohner haben folgendes Schreiben an den Befehlshaber der sogenannten neutralen Truppen gerichtet, das dieser Entrüstung Luft macht: „Auf das Ihnen zu Ohren gekommene leere, völlig unbegründete Gerücht die hiesige Bürgerschaft beabsichtige dem uns von der Flensburger Dreiercommission gewaltsam octroyirten Postmeister eine Katzenmusik zu bringen, sind Sie, Hr. General, hierher geeilt und haben im Beiseyn des Bürgermeisters Schow dem bis dahin wirklich neutralen Stadtcommandanten den Befehl beigelegt alle Theilnehmer an der etwaigen Katzenmusik zu verhaften und ohne weiteres mit Stöcken durchprügeln zu lassen. Sie sind ein Fremdling in diesem Lande und sind von Ihrem Herrn und Gebieter, der schwedischen Majestät, hierher gesandt „zur Erhaltung der Ordnung“ (Art. XI der Waffenstillstandsconvention vom 10 Jul. d. J.). Die Ordnung soll aber laut Art. X aufrechterhalten werden durch eine Verwaltung des Landes in Gemäßheit der bestehenden Gesetze. Nun können wir aber, Hr. General, der Sie durch Ihr Auftreten bei uns Ihre völlige Unkunde des hiesigen gesetzlichen Zustandes dargethan haben, Ihnen zu Ihrer Aufklärung die zuverläßige Mittheilung machen daß selbst zu jener Zeit als das Dänenjoch noch auf uns lastete, kein Bürger einer schleswig-holsteinischen Stadt, weder factisch noch rechtlich, je dem Stockregiment unterworfen gewesen. Wir müssen der Wahrheit die Ehre geben und gestehen daß selbst nicht einmal unser Erzfeind, der Däne, als er noch Gewalt über uns hatte, sich selbst so entehrt hat friedliche Bürger, gegen welche noch durchaus nichts vorliegt, mit Stockprügeln zu bedrohen; Sie, Hr. General, Sie, der Oberbefehlshaber sogenannter neutraler Truppen, haben sich den traurigen Ruhm erworben die Dänen in einem Punkte zu übertreffen den wir schlichte Bürger wenigstens mit keinem andern Ausdruck zu bezeichnen wissen als dem der Rohheit. Wir kennen Sie nicht, weder als Mensch noch als Militär, Sie sind uns eine unbekannte Größe; wir wissen nicht ob Sie im Gamaschendienst oder in der Antichambre, oder auf dem Schlachtfelde Ihre Generalepaulettes erworben; das aber wissen wir daß kein großer Muth dazu gehört gegen wehrlose Bürger eine solche Rolle zu spielen, in der Sie sich zu gefallen scheinen. Sind Sie wirklich, Hr. General, ein so großer Freund der Ordnung und Ruhe, wohlan, so zeigen Sie doch Ihre Bravour gegen jenen Pöbel in Flensburg. Dort, unter Ihren eignen Augen, gibt es noch genug zu ordnen und genug zu beruhigen. Da werden noch tagtäglich ruhige Bürger von den „Tappern“ insultirt, da stürzen noch täglich mit Messern bewaffnete Banditen in die Wohnungen Einzelner, da ist — Dank der schwedischen Neutralität — [illegible] so weit gekommen daß ein anständiges Frauenzimmer von deutscher Gesinnung sich öffentlich kaum mehr sehen lassen kann. Hier also, in Ihrer unmittelbaren Nähe, Hr. General, ist ein weites Feld für Ihre Thätigkeit. Sie können sich den Dank des Landes erwerben wenn Sie den deutschgesinnten Flensburgern Ihren Schutz gegen die dänische Pöbelwirthschaft ebenso kräftig angedeihen lassen wollten, wie Sie gegen uns, die deutschgesinnten Bürger Apenrade's, aufgetreten sind. Dagegen blühen Ihnen wahrlich bei uns keine Lorbeeren, wenn Ihnen auch vielleicht die in unsern Augen daran klebende Schmach eines dänischen Ordens deßhalb zu Theil werden sollte. Wir haben unter schwierigeren Verhältnissen als jetzt die Ordnung und Ruhe unserer Stadt ohne alles Militär aufrechterhalten, und bedürfen nicht der Drohworte eines solchen Helden wie Sie sind um den Pfad der Gesetzlichkeit nicht zu verlassen. Wie Ihre Ansichten von Neutralität und Unparteilichkeit von den unsrigen abzuweichen scheinen, so möchte wohl eine gleiche Differenz unserer Ansichten über die Ehre bestehen. Wir sind des Dafürhaltens daß ein Mann von Ehre nicht auf gut türkisch, ohne Veranlassung, die Bürger einer ganzen Stadt gleich Spitzbuben und Vagabunden in der Person ihres Bürgermeisters mit Stockprügeln bedroht und dadurch das Ehrgefühl vieler Ehrenmänner verletzt. Dieß tiefverletzte Ehrgefühl hat uns diese Worte verliehen über Ihr Betragen, das zweifelsohne in Ihren eigenen Augen ein sehr ehrenhaftes seyn wird. Wir werden an den Richterstuhl der öffentlichen Meinung Ihres Vaterlandes appelliren. Das vereinte Norwegen-Schweden mag entscheiden ob Ihr Betragen den Glanz der nordischen Waffen, die Ehre des nordischen Namens in den Augen des civilisirten Europa's rein und unbefleckt erhalten werde. Wir fürchten diesen Spruch nicht, denn wie können wir dem Gedanken Raum geben das hochherzige Volk von Norwegen oder die edle Nation der Schweden, deren ehrenwerthe Repräsentanten unter uns weilen, sey auf die Culturstufe asiatischer Halbbarbaren hinabgesunken! Apenrade, den 4 Oct. 1849.“ (Folgen 98 Unterschriften.)

Reise-Erinnerungen aus dem österreichischen Kaiserstaat.

IV. Steiermark.

* Gibt es irgend gesegnete Lande die durch den bloßen Anblick der Landschaft, durch die Sitte, das Wesen der Bewohner das Gemüth erquicken, so gehört Steiermark und das verwandte Krain und Kärnthen gewiß dazu! Wie gern flüchtet man sich aus dem Geräusch, aus dem gekünstelten Geselligkeitsbau der großen Stadt in diese wohlthuende Stille, diese einfachen Hallen der Natur. Es scheint als ob es unmöglich sey daß das politische Getümmel, dieses wirre Treiben unserer Tage auch hierher bringe — und doch! Allein wir haben es zum Glück hieher nicht zu verfolgen, können uns der Betrachtung anderer, erquicklicherer Dinge widmen. Denn die Politik ist nur erhebend und erhaben wenn sie aus dem Geist ruhiger Vernunft, klarer Besonnenheit gehandhabt wird; so wie sie in den Strommwirbel der Leidenschaften geräth, spiegelt sie das Bild der Menschheit wie jede bewegte Woge in anwidernder, nicht selten grauser Verzerrung ab!

Als wir den Blick auf die böhmischen Eisenbahnen warfen, und ihre Linien bis Wien verfolgten, deuteten wir an daß wir auf diesen Gegenstand der Betrachtung zurückkommen würden. Der Flug durch Steiermark führt uns dazu; denn wie jedermann weiß, ist jetzt (seit dem 17 Sept.) das ganze herrliche Land von dem Eisenstrom durchschnitten, und im Lauf eines einzigen Tages trägt er uns bis in die südlichste Spitze, nach Laibach hinunter, und rollt das ganze Landschaftspanorama in überwältigender Fülle des Reichthums vor uns ab. Früh um 6 Uhr geht der Zug auf der Gloggnitzer Bahn von Wien ab. Wir durchfliegen die mit heitern, blendend weißen Dörfern und Städten dicht übersäeten Landschaften, die sich um Wien ausdehnen und sich an den waldigen Bergstrang lehnen, welcher im Kahlenberge nach der Donau hin ausläuft. Zunächst streifen wir an dem Kirchhof vor der Matzleinsdorfer Linie vorbei, welcher uns an die traurige Kampfzeit mahnt; denn hier fiel eines der heftigsten Gefechte vor. Dann streifen wir an Hietzing, Meidling, Mödling (berühmt durch den Aufenthalt Beethovens, der hier die Fmoll-Sonate schrieb, in der Anfangszeit seiner Gehörsleiden), Baden, dahin, und wie alle die andern heitern Orte heißen die sich gegen die Berge hinziehen, deren Fuß die besten Oesterreicher Reben (Gumpoltskirchner z. B.) umkränzen, und deren Haupt sich mit stolzem Wald krönt, oder in zackigen Felsgipfeln erhebt. Hier öffnet sich das romantische Thal der Brühl, durch welches man das in stiller Abgeschiedenheit liegende Kloster Heiligenkreuz erreicht, und so von der obern Seite her in das Helenenthal von Baden gelangt. Die Gipfel krönen sich mit Schlössern, Ruinen, Tempeln die als Lusthäuser dienen; denn der reiche österreichische Adel hat hier viel schöne Besitzthümer, die er in mannichfacher Weise durch pittoreske Bauten schmückt.

So bleibt die Landschaft bis Gloggnitz, 8 bis 9 Meilen von Wien, wo wir uns schon im engeren Gebirgsthal befinden. Hier thürmt der Sömmering die gegen 4000 Fuß hohe Wald- und Felsmauer auf, mit der er Oesterreich von Steiermark scheidet, und der menschlichen Thatkraft zugleich den stärksten Damm entgegensetzt, und die stärkste Anreizung zur Entwicklung darbietet. Schon durch Straßen dieses Gebirg zu überschreiten war keine leichte Aufgabe, welche jedoch die Wissenschaft der österreichischen Ingenieure meisterhaft gelöst hat, indem sie der alten Straße, die schon der Spaziergänger nach Syrakus, Seume, als einen kühnen Bau schildert (nach damaligem Maßstab, wo noch nicht einmal die Simplonstraße vorhanden war), eine neue, ungleich bequemere hinzugefügt hat. Die Eisenbahn freilich hat hier noch ihre Kämpfe zu bestehen; vorläufig muß sie diesseits, in Gloggnitz, enden, und beginnt neu in Mürzzuschlag, bis wohin man zu Wagen geführt wird. Doch schon wird das kolossale Werk das man hier unternimmt, durch die Spuren der begonnenen Bauten bezeichnet, die, mit weiten Umwegen durch die Thäler und mit vier oder fünf riesenhaften Tunneln, den Berg halb zu umgehen halb zu durchbrechen die Absicht haben. Einstweilen wird die wunderbar romantische Fahrt in Wagen zurückgelegt, die auf der kaum merklich ansteigenden, meisterhaft nivellirten Straße fast immer im Trabe aufwärtsrollen. Die weiße Chaussee schießt in langen geraden Linien, wie ein breit gezackter Blitz, an den finstern Waldhängen hin, und die Höhe der Dreiecke die sie beschreibt, verhält sich zu ihrer Grundlinie durchschnittlich wie 15 oder 20 zu 1, d. h. 1 Fuß Steigung auf 15 bis 20 Fuß des Vorrückens; daß sich dabei der Weg vielleicht um das Fünf- bis Sechsfache verlängert, und der Fußgänger oft, wenn er nur die alte Straße verfolgt, vollends wenn er steilere Pfade wählt, früher eintrifft als die Wagen im raschen Fahren, ergibt sich von selbst. Die Straße ist so leicht ersteigbar daß eine schwere Locomotive, freilich mit 19 Paar Pferden, ohne sonderliche Anstrengung hinüber geschafft wurde — bis der Tag kommt wo sie mit eigener zauberischer Kraft die Bahn dahin eilt! Auch zwei schwere altmodische Reisekutschen, mit sechs Rossen bespannt, rollten fast immer im raschen Trabe aufwärts; sie beherbergten nicht unmerkwürdige Gäste: Don Carlos und die Herzogin von Angoulême.

Ungern unterlasse ich's die romantische Landschaft genauer zu schildern, diese düstern Waldhänge, Felsenmauern, Kirchen auf hohen Berggipfeln, die man anfangs hoch über sich, dann tief unter sich erblickt, diese Belebung durch Mühlen, Gehöfte, rauschende Wasser, Brücken; dieses wechselnde Grün, Rasen, Laubholz, finstere Fichten von riesigem Wuchs, und den einsamen düstern Beherrscher des ganzen Gebirgsstocks, den Schneeberg mit seiner nackten Felsstirn, in die sich tiefe Runzeln klüften, aus denen der Schnee nie weichen will. Stumm und ernst schaut er zu dem Nachbar Sömmering hinüber, und scheint verwundert daß auch seine tiefe Einsamkeit gestört werden soll von dem unaufhaltsamen Strom des industriellen Verkehrs, der seine goldsuchenden Bahnen — denn die auri sacra fames jagt ihn doch am stärksten vorwärts — auch durch diese Wildnisse bricht!

Von Mürzzuschlag ab läuft der ebene Eisenstrom, auf dem wir dahingleiten, in ununterbrochener Linie durch ganz Steiermark. Es ist unmöglich die Fülle der wundervollen Landschaften zu schildern die seine Ufer bilden. Anmuthige und wildmalerische Thäler, schroffe Felsmauern, sanfte Wiesenabhänge, Waldung, Felder, Weingärten, Mühlen, Hammerwerke, heitere Dörfer, Marktflecken, alte und neue Schlösser auf den Spitzen der Berge und Felsen, Capellen, Kirchen, Klöster — wechseln mit einander. Die Bahn, die Chaussee (nach Gratz, Laibach und Triest), die Flüsse in deren Thalbetten die Eisenschienen gestreckt sind, Mürz und Mur, laufen bald parallel, bald sich kreuzend im Drei-Wettlauf mit einander hin. Je schöner der Anblick der Landschaft, desto schwieriger die Arbeit für den Bahnbau: Felsabsprengungen, Tunnels, Ueberbrückungen ketten sich ununterbrochen an einander. Von allen den merkwürdigen Bauwerken will ich nur eines nennen, die Badelwand, einige Stunden von Gratz, wo die alte Chausseestraße auf gewölbten Bogen über der Eisenbahn, die sich unter ihr durchgebrochen hat, hinläuft.

Der Bau dieser Bahn — Südbahn ist ihr specieller Name — muß schon ungeheure Summen gekostet haben, und wird noch ungeheure erfordern. Denn von Laibach ab, das nur 10 Meilen von Triest entfernt ist, liegt noch das furchtbare öde Karstgebirge, eine dürre Kalksteinmasse, eine Gebirgswüste, zwischen ihr und dem adriatischen Meere. Diese Mauer, höher, stärker, schwieriger als der Sömmering, muß theils in tiefgeklüfteten Thälern umgangen, theils durchbrochen werden — dann aber ist Wien auch als ein Hafen des adriatischen Meeres zu betrachten, und die Verkehrsstraße von Triest bis Hamburg und Kiel, 250 Meilen, die einen Seeweg von 1200 verkürzt, und zwei Monate Zeit auf vier Tage reducirt, ist ununterbrochen hergestellt. Für das Land selbst aber auf das wir hier den Blick werfen, für Steiermark, ist eine Lebensader eröffnet die seinen ursprünglichen Naturreichthum noch um das Zehnfache erhöhen muß. Denn diesem Lande gab Gott alles: Wald, Wein, Getreide (auch Mais), Obst, Heerden, Wild, Geflügel — nur einen Strom versagte es ihm, der die Fülle der Erzeugnisse, Lasten tragend, leicht weiter führe. Diesen Strom nun hat die erfindende Kraft des Menschen in der Eisenbahn geschaffen, und ungleich vollkommener für den einen Zweck des Verkehrs, als der reichste wirkliche, da er nach beiden Richtungen trägt, und pfeilgeschwind!

Die Wirkungen die sich unausbleiblich daran knüpfen, werden bald dem Lande, dem Volk eine andere Physiognomie geben, ihm aber hoffentlich die frischen Züge der Natur nicht nehmen, die uns so wohlthuend bei diesem Durchflug anmutheten! Die Woge der Revolution ist auch über diesen Boden gegangen, und hat ihren Schlamm zurückgelassen, hat hier und dort etwas mit fortgerissen was fest und unvergänglich schien. Aber es sind nur Einzelberührungen. Im ganzen ist alles unverändert geblieben. Dieselbe Treue, Offenheit, Kindlichkeit der Gesinnungen. Wenn Herder es zur Aufgabe der Humanität oder des Staates macht den Menschen wieder auf seine natürlichen Zustände zurückzuführen, so hat sich in Steiermark für die große Mehrzahl diese Aufgabe verwirklicht, und auf die leichteste, ungezwungenste Art. Ueberall nimmt der Schooß einer freundlichen, wirthlichen, ergiebigen Natur den Menschen auf; er hat nicht mit ihren wilden Kräften und Elementen zu ringen, ihren starren Eigensinn, ihre harte Brust zu bezwingen; höchstens geht er einer plötzlichen Fluth der Bäche oder einem Schneesturz in den Bergschluchten aus dem Wege, was ihm leicht wird, da die Bahnen dieses Unheils bekannt sind. Im übrigen trägt ihm die Natur ihre Gaben entgegen, vereinigt ihre Kräfte mit den seinigen. Deßhalb fand das gährende politische Gift hier wenig Boden; wo es dem Menschen im ganzen wohlergeht, ist nur der Einzelne, ausnahmsweise, zu umstürzenden Veränderungen bereit. Nimmt man Gratz aus, wo die sentina der Städte wie überall ihr Gift gekocht hat, so ist Steiermark sich selbst getreu geblieben in alter Liebe, Gläubig-

keit, offener Redlichkeit. Es gibt kein liebenswürdigeres Volk als diese heitern, gemüthlichen Bewohner; schon daß ihr halbes Leben in Liedern verklingt, immer der frohe Gesang durch die Berge erschallt, ist zugleich Symptom und Bürgschaft für diesen gesunden Herzenszustand. Was die körperliche Gesundheit anlangt, so braucht der Steiermärker, braucht die frische Steiermärkerin nur vor dich hinzutreten, und das helle Auge, die blühende oder gebräunte Wange geben unaufgefordertes Zeugniß ab.

Ueberall wohin ich kam fand ich das Gemüth des Volks nur einer Freude, einer nächsten großen Begebenheit, zugewendet: der Festlichkeit zur Eröffnung der Bahnstrecke von Cilli nach Laibach, die binnen acht Tagen statthaben sollte. Denn diese Feier traf nicht jene Strecke allein, sondern die ganze Bahnlinie, da der Kaiser, der junge, ritterliche, geliebte Kaiser dazu erwartet wurde, dem aller Herzen entgegenschlugen. Was vermögen alle Lehren der Demagogen, alle noch so scheinwahren Theorien von Staats- und Volksrechten, von Freiheit und Selbständigkeit gegen diesen einfachen Naturtrieb der Liebe im Volk! Wie ihr den Kindern nie die Liebe zu den Eltern rauben dürft durch noch so begründete Klagen über diese, durch noch so gekränkte Rechte jener, so sollt ihr auch den Völkern diese Liebe, diesen Glauben, diese Verehrung ihrer Fürsten als das wahrhaft beglückende Gut derselben lassen. Denn die Masse wird immer unmündig bleiben, und diejenige Selbständigkeit und Freiheit welche thatsächlich auf sie überzugehen vermag, ist oft nichts anderes als ein zerstörender Wahn, während jener Glaube, jene Liebe ein wahrhaft segensreiches Gut, eine beglückende Wirklichkeit für sie ist. Raubt sie, rottet sie aus, und ihr habt, statt eines guten, frohen, treuen, herzlichen Volks, eine wilde, rasende Horde, die Entfesselung aller thierischen Elemente, die Blutrotten von 1793.

Zurück von dieser Abschweifung und noch einen kleinen Blick auf das schöne Steiermark, ein Postscriptum. Es hat noch einen ganz eigenthümlichen Reiz, der sich jedoch erst in Niedersteiermark, in den südlichen Theilen entwickelt. Es ist die italienische Verwandtschaft, das Herüberwehen des Hauchs jener hesperischen Lüfte, das Verschmelzen dieses südlichen, lebendig erhöhten Reizes, mit der deutschen Herzlichkeit und Sitte. Von Gratz ab beginnen diese Symptome. Ein feinerer Anflug verschönert die Züge, leuchtet mit erhöhtem Schimmer aus den Augen. Italienische, wenigstens südliche Sitten und Gebräuche, häusliche Einrichtungen tauchen auf. Die Luft ist südlich, die Landschaft! Ueberall Weinhügel, Obstgärten, Maisfelder; die Septembernächte so mild wie unsere Juliusnächte; die reinlichen Städtchen durchweg mit Schutz gegen die Hitze versehen, grüne Jalousien, dichte Blumengehege vor den Fenstern, schattige Spaziergänge, selbst auf dem Markt. Dazu die Anmuth der Sprache, des Sprachtons, der leichte Gesang der Rede, die Tracht, der Gang der Mädchen. So hat die anmuthige Nachbarschaft jenseits der Alpen doch herüber gewirkt; das Bessere davon ist über die Gränzen gegangen, das Zuviel des Transalpinischen nicht mit aufgenommen.

Ungarn.

△ **Vom Neusiedlersee**, 12 Oct. „Das ist fürwahr ein strenges Urtheil," rief Graf Egmont als der Bischof von Ypern ihm sein Todesurtheil vorzeigte, „so schwer glaubte ich Se. Majestät nicht beleidiget zu haben um eine solche Behandlung zu verdienen. Muß es aber seyn, so unterwerfe ich mich diesem Schicksale mit Ergebung. Möge dieser Tod meine Sünden tilgen und weder meiner Gattin noch meinen Kindern zum Nachtheil gereichen." *) Diese Worte haben wohl auch den Grafen Ludwig Batthyany auf das Schaffott begleitet, der nur um der Hinrichtung mit dem Strang — nach den ungarischen Gesetzen werden Hochverräther enthauptet — zu entgehen sich den Tod zu geben suchte. Den Glauben daß dieses Todesurtheil unter den obwaltenden Umständen zu streng war, theilt fast das ganze Land. Niemand kann es zwar läugnen daß die im Urtheil angeführten Thatsachen Batthyany's Leben nach den bestehenden Gesetzen verwirkten. Männer welche Ungarns letzte Geschichte kennen, müssen in Batthyany den Hauptfactor der ungarischen Bewegung vor der Märzrevolution, die Stütze Kossuths während des verhängnißvollen Landtags von 1848 erblicken. Als jedoch nach der Ermordung des Grafen Lamberg die den strafenden Gesetzen verfallene Revolution in Ungarn ausbrach (denn geht man weiter zurück, müßten auch die Männer der Wiener Märzrevolution vor das Gericht gestellt werden), brandmarkte Batthyany in der Urkunde seiner Resignation als Ministerpräsident dieses Verbrechen mit scharfen Worten, nahm an der Regierung des hochverrätherischen Landesvertheidigungsausschusses keinen Antheil, kämpfte nirgend mit den Waffen in der Hand gegen kaiserliche Truppen, und trat aus dem Rumpfparlament als dasselbe nach Debreczin zog. Er war anti-österreichisch, aber dynastisch gesinnt, seit September kein Anhänger Kossuths mehr und stellte sich selbst dem Fürsten Windisch-Grätz. Der große Haufen will das Urtheil nicht nach der moralischen Schuld des Hingerichteten abwägen, sondern sein Benehmen mit den Verbrechen der amnestirten Insurgenten vergleichend fragen die Leute erstaunt: sind Görgey, Klapka, Ujhazy, Graf Paul Esterhazy nicht strafbarer als Batthyany? Sind die Mörder Lambergs, die Mitglieder des Landesvertheidigungsausschusses, die Redactoren des die Revolution am furchtbarsten fördernden Blattes „Der 15 März," sind die ganze Comitate terrorisirenden Commissäre schon bestraft? Alle diese Leute verdienten gerichtlich früher den Tod als Batthyany, dessen Hinrichtung die Sympathien für Oesterreich nicht mehren, der vielmehr als eine Art Märtyrer im Glauben des Volks fortleben wird. Die Capitulation Komorns hat für die Regierung nun, da derselben keine Amnestie folgte, eigene Verwicklungen erzeugt. Alle dort befindlichen Kossuth'schen Commissäre ließen sich der Besatzung anreihen und ziehen ungehindert in ihre Heimath, wo z. B. Ujhazy für das treugesinnte Scharoscher Comitat eine eigene Erscheinung auf seinem ihm zurückgestellten Gut Budamer ist, während die armen durch ihn terrorisirten Beisitzer der Eperieser Districtual-Tafel brodlos herumirren, weil sie, gezwungen, der Debrecziner Regierung schriftlich ihre Unterwerfung anzeigen mußten. Die gemeinen Honved durchstreifen hier Stadt und Land, sich der Vortheile brüstend welche sie in Komorn erhielten, während ihre Cameraden unter Görgey assentirt wurden. Wir wollen nicht die Klugheit der Komorner Capitulation bekämpfen, nur die Nothwendigkeit nachweisen hier vermittelnd einzutreten, um nicht das ohnedem beirrte Volk in seinen Begriffen von Gerechtigkeit ganz irre werden zu lassen. In den obern Comitaten haben die Förderer der slavischen Bewegung schon manches Unheil gestiftet, sie durchziehen von bewaffneten Schaaren begleitet die Dörfer, halten auf offener Straße, wohlweise durch die Waffen ihrer bezahlten Anhänger beschützt, Reden zu dem versammelten Volk, in welchem die alten Bauern schweigen, die jungen im stillen die Faust gegen die Redner ballen, die armen jubelnd die Redner begrüßen von denen sie die Verbesserung ihrer materiellen Lage hoffen und Gebete nach dem Eigenthum anderer richten. Indessen können sich Kossuths Anhänger hierüber nicht beschweren: sie haben bei ihren Wühlereien ebenfalls den Götzen des Communismus angerufen. Alle aber die dieses Glaubensbekenntniß nicht theilen, müssen jenes Verfahren für unwürdig der Männer erklären die nicht vorhandene Nationalitätsgefühle dadurch erzwingen wollen. Aus den Comitaten Sohl, Thurotz, Lyptau, Gömör (der Kis-Honther District ist ein Theil dieses Comitats) erschienen slavische Bewohner als sogenannte Deputirte der dortigen Bevölkerung in Wien. Weiß das Ministerium welche religiösen Hoffnungen in den slavischen Protestanten dieser Theile geweckt wurden, und daß eben diese Hoffnungen in der katholischen slavischen Bevölkerung der angränzenden Comitate Zips und Scharosch eine feindselige Stimmung gegen Stur, Hurban, Hodscha erzeugten? Hier also soll die Religion, dort der Haß gegen den Adel oder eigentlich gegen die reichern Besitzer zur Gründung der Slovakei mithelfen! Wir beneiden diejenigen nicht die auf dieser Basis ein neues Kronland zur Stütze Oesterreichs erschaffen wollen, erheben aber pflichtschuldig im Interesse der Monarchie unsere warnende Stimme dagegen. Möge sie nicht zu spät vernommen werden!

△ **Vom Neusiedlersee**, 13 Oct. Denselben Tag als Batthyany in Pesth hingerichtet wurde, starben in Arad durch Henkershand zehn Insurgentenchefs: Aulich, Török, Pöltenberg, Nagy-Sandor, Graf Leiningen, Damjanich, Knezich, Lahner, Schweidel, Graf Vecsey; drei andere, Ernst Kis (ein sehr reicher Gutsbesitzer im Torontaler Comitat, früher k. k. Husarenoberst), Aristides Dessewfy und Lazar durch Pulver und Blei. Es scheint daß man den 6 Oct. als Sühnungstag für die scheußliche Ermordung Latours zur Hinrichtung dieser einstigen österreichischen Officiere gewählt hat, obgleich dieselben an jener schmachvollen That nicht den geringsten Antheil genommen hatten, vielmehr die Ermordung des Grafen Lamberg, welche die vor Pesth versammelten ungarischen Truppen zu rächen unterließen, sühnen sollten. Das gegen diese Officiere gefällte Urtheil begreift der große Haufen besser als die doctrinäre Argumentation in der Batthyany'schen Sentenz. Niemand aber weiß warum die einen durch den Strang, die andern durch die Kugel enden mußten, da in Wien außer den Mördern Latours alle übrigen österreichischen Rebellen den das große Publicum mehr aufregenden Tod des Aufhängens nicht zu erdulden hatten. Vorgestern früh wurden in Pesth Baron Johann Jessenak und Ladislas Csany gehängt. Ersterer, ein sehr beschränkter Kopf, ward seiner Geburt und Vermögens halber zum Districtualinspector der evangelischen Donauer Superintendenz gewählt. Vor einigen Jahren trat er, um auch, trotz des Mangels aller geistigen Fähigkeiten, zu glänzen, in die Reihen der Opposition, und wurde durch das ungarische Ministerium als Obergespan des Neutraer Comitats, dann von der Rebellenregierung als Commissär daselbst verwendet, als welcher er, wohl mehr aus Dummheit als Bosheit,

*) Schillers Geschichte des Abfalls der Niederlande.

mehrere schändliche Excesse seiner Unterbeamten duldete und die Bevölkerung terrorisirte. Csany hatte schon als Commissär des Ministeriums an der Drau gegen Croatien die Versöhnung mit den Croaten durch sein leidenschaftliches Auftreten im September v. J. gehindert. Er war ein energischer aber grausamer Mann, der kein Mitleid kannte und nun auch keines findet. Augenzeugen erzählen mir indessen daß die durch Batthyany's Hinrichtung aufgeregte Pesther Bevölkerung bei dieser Execution schon laute Zeichen der Entrüstung geäußert habe. Die militärische Bedeckung mußte verstärkt, der Andrang des Volks, als beide Verurtheilte mit Fassung dasselbe anzusprechen begannen, gewaltsam zurückgehalten werden, während das Wirbeln der Trommeln ihre Stimmen übertönte, doch will man die Worte des Baron Jessenak vernommen haben: „Wir sterben für das Vaterland, die Rächer unseres Todes lassen wir zurück." Es wäre wohl schwer zu bestimmen ob diese Worte wirklich gehört wurden, aber aus Mitleiden wünschen wir nicht daß sie von der Ueberzeugung: das Vaterland durch ihren blinden Wahn verloren zu haben, in ihren letzten Augenblicken gequält worden seyn mögen. Heute sollte Baron Sigismund Pereny, unter Kossuth Oberstlandrichter und Präsident der Magnatentafel, gehängt werden. Viele machen die Bemerkung daß bis jetzt, außer Batthyany, der sich selbst gestellt, fast nur jene hingerichtet wurden die sich den Russen ergaben, so daß Görgey ein peinliches Gefühl haben müsse wenn er, trotz der von den Russen erhaltenen Hoffnung einer Amnestie, seine Cameraden dem Henkerbeil verfallen sehe. Der Debrecziner Stadtmagistrat hat alle vierunddreißig Schuldigen die an der Ermordung der dort gefangen gewesenen österreichischen Officiere theilnahmen, ausfindig gemacht und verhaftet. Graf Franz Zichy, der russischen Armee als Obercommissär zugetheilt, wußte durch die Art und Weise wie er die loyalen Gesinnungen der dortigen Bürger in Anspruch nahm, den Erfolg zu erzielen welchen militärische Drohungen nicht erzweckt hatten. In Betreff der Flüchtlinge in Widdin begreife ich nicht warum man nicht lieber sie nach England entschlüpfen als Türken werden ließ. Bem ist mit dem Namen Murad Bey zum Pascha von zwei Roßschweifen (Generallieutenant) ernannt und soll schon ein Truppencommando übernommen haben. Better folgt seinem Beispiel. Mit Kossuth aber, der keine militärischen Dienste leisten kann, sind die Türken in einiger Verlegenheit: sie haben versprochen ihn streng zu bewachen, ausliefern aber wollen sie ihn nicht. Jedenfalls sind diese Leute in unserer Nachbarschaft gefährlicher als wenn sie in England wären. Die Gattin Szemere's befindet sich nach bestimmten Nachrichten schon längere Zeit in London, wohin sie sich eine ungarische Gouvernante kommen ließ, Szemere selbst war nach den letzten Nachrichten in Konstantinopel. Graf Paul Esterhazy, früher in Komorn, jagt nun ruhig auf seiner Totiser Herrschaft. Klapka begab sich nach Wien um von dort nach Amerika überzusiedeln. Von Bischof Lonowitsch hört man nichts näheres, es ist aber bemerkenswerth daß, während Herren die unter Ludwig Batthyany als eifrige Opponenten das Band Ungarns mit Oesterreich zu lockern und alle Comitate in welchen sie ein Stimmrecht hatten, gegen Oesterreich aufzuregen trachteten, und sich erst dann zurückzogen als die in Folge dieser Opposition ausgebrochene Revolution in eine formelle Rebellion ausartete, in Wien, weil sie patriotische Kriegsbeiträge liefern, Orden und Belobungen erhalten, Bischöfe aber die gegen diese Opposition kämpften, und als das Uebel ausbrach nur dem Terrorismus wichen, Kerkerluft einathmen!

Die Aufgabe welche den österreichischen Ministern jetzt in Ungarn zu lösen bleibt, rückt ihnen ein Leitartikel des Lloyd in finsteren Farben vor die Augen. „Die Verwüstungen des Bürgerkrieges", sagt er, „die vielen Lücken in zahllosen häuslichen Kreisen, die Zerrissenheit der Familienbande, die unberechenbaren Verluste an Eigenthum und Vermögen aller Art, die Zerstörung der Hoffnungen von Hunderttausenden, die sich in dem Wahne dem sie sich vielleicht im besten Glauben hingegeben hatten, bitter, aber zu spät, getäuscht sehen; die Trauer anderer Hunderttausende um unwiederbringlich verloren gegangene Verhältnisse an welche sie mit Leib und Seele und aller Macht mehrhundertjähriger historischer Erinnerungen gekettet waren, die Erwerbs- und Nahrungslosigkeit einer Unzahl von Compromittirten und Nichtcompromittirten, der wirre Zustand von Gesetzlosigkeit in Ermangelung neuer Institutionen statt der alten außer Gebrauch und Wirksamkeit gekommenen; die Unvollständigkeit der administrativen und der gänzliche Mangel an gerichtlichen Behörden; die während der anarchischen Epoche eingerissenen Begriffsverwirrungen, die irrigen Ansichten von Mein und Dein, die böswillig ausgestreut wurden und bei dem ungebildeten Landvolke Wurzeln gefaßt haben; die mangelhafte Seelsorge, das fast gänzliche Aufhören des öffentlichen Unterrichts, das über den Häuptern von tausend Bösgesinnten, und von noch weit mehr Verführten, nur Irregeleiteten schwebende Damokles-Schwert der zürnenden Gerechtigkeit; die Unzukömmlichkeiten und Widersprüche der sich gegenseitig hemmenden und bei gegenwärtigem Stadium der öffentlichen Angelegenheiten nur Hemmnisse, Verspätungen und Verwirrung in der Verwaltung herbeiführenden zweierlei Regierungsgewalten in Ungarn; die Ungewißheit über die Anwendungsweise der leitenden Grundsätze der Centralregierung auf Ungarn; die mit Ausartung in die Gräuel der galizischen Zustände vom Jahr 1846 drohende, künstlich hervorgerufene politische, eigentlich aber ganz und gar unpolitische Agitation in den slowakischen Landestheilen; die begründete Besorgniß vor den sich ohne Zweifel bildenden raublustigen Banden versprengten, verzweifelten Gesindels; endlich die allgemein empfindlichst drückenden finanziellen Verhältnisse, besonders aber der die Kossuth-Noten begleitende Fluch vollständiger Geldlosigkeit und materiellen Ruins von Hundert- und aber Hunderttausenden haben in Ungarn einen Zustand der Unbehaglichkeit, der Mißstimmung, ja der Trostlosigkeit hervorgerufen, dessen Beschreibung jedenfalls hinter der Wirklichkeit bleiben müßte." Die Reorganisation unter solchen traurigen Verhältnissen fordert allerdings die größte Kraft — aber schließen Kraft und Milde einander aus?

Personal-Nachrichten.

Hofämter. Württemberg. (Nachtrag.) Der interimistische k. Geschäftsträger am kais. russ. Hofe, Graf Fr. v. Zeppelin, ist zum k. Kammerherrn ernannt.

Ordensverleihungen. Der Kurfürst von **Hessen** hat dem k. k. österr. Feldzeugmeister v. Haynau das Großkreuz des kurf. Haus-Ordens vom goldenen Löwen verliehen und dem Generaldirector der Staats-Eisenbahnen, Hofbau-Director Ruhl, die Annahme des Ritterkreuzes des k. hannov. Guelphen-Ordens gestattet.

Militärdienstnachrichten. Württemberg. (Nachtrag.) Der seitherige Rittmeister, Adjutant des Kronprinzen, Frhr. v. Berlichingen, ist zum Major à la suite der Reiterei ernannt. — Großh. **Baden**: der königliche preuß. Generallieutenant v. Scharnhorst ist zum Gouverneur, der königl. preuß. Major v. Gansauge zum Commandanten und der königl. preuß. Hauptmann Hoffmann zum Artillerieofficier vom Platze der Bundesfestung Rastatt ernannt. — Großh. **Hessen.** Der Generalmajor Frhr. v. Schäffer-Bernstein ist, um ihm ein Zeichen des besonderen Dankes für die ausgezeichnete Führung der Truppen zu geben, zum General-Lieutenant ernannt. — **Schleswig-Holstein.** Die Oberstlts. du Plat vom Kriegsdepartement, v. Fürsen-Bachmann und v. Abercron sind zu Obersten, letzterer zugleich zum Brigade-Commandeur ernannt.

Civildienstnachrichten. Großh. **Baden**: Hofgerichts-Dir. Christ in Bruchsal ist einstweilen in Ruhestand versetzt; der Dir. des kath. Oberkirchenraths, Geheimerath Siegel ist, seinem Ansuchen gemäß, unter Bezeugung der höchsten Zufriedenheit mit den mehr als vierzigjährigen Diensten in den Ruhestand versetzt; dem Dir. des Ministeriums des Innern, Staatsrath Brunner, die Direction des kath. Oberkirchenrathes übertragen; der Ministerialrath Weizel bei dem Ministerium des Innern zum Geh. Referendär; der Dir. des evang. Oberkirchenraths Böhme zum Dir. der Regierung des Unterrheinkreises; der Oberhofgerichtsrath Frhr. v. Wöllwarth zum Dir. des evang. Oberkirchenraths, und der Geh. Regierungsrath Fromherz zum Director der Regierung des Seekreises ernannt; der Regierungsrath Barack bei der Regierung des Mittelrheinkreises in den Ruhestand versetzt, und die Oberamtmänner Beck in Ettlingen und Burger in Karlsruhe zu Regier. Räthen bei der Regierung des Mittelrheinkreises ernannt. Ferner sind in den Ruhestand versetzt: der Geh. Rath Fränzinger zu Emmendingen; der Oberamtmann v. Dürheimb zu Ladenburg; der Oberamtm. Bach zu Achern; der Oberamtm. Oehl zu Gernsbach; der Oberamtm. Wasmer zu Gengenbach; der Oberamtm. Gißler zu Triberg; der Amtmann Heuberger zu Stetten; der Amtm. Ruckmich zu Salem; der nunmehr zum Oberpostdir. ernannte Legationsrath Frhr. v. Reizenstein ist der ihm durch großh. Entschließung vom 26. Juni d. J. übertragenen Functionen eines außerordentlichen Landescommissärs und interimistischen Regierungsdir. für den Unterrheinkreis enthoben. — Großh. **Hessen**: Die nunmehrige Oberstudien-Direction ist in folgender Weise gebildet worden: Director der seitherige pens. Ministerialrath Dr. Breidenbach; Räthe: Dr. Dilthey, seith. Oberstudienrath; Dr. Lüft, seith. Oberschulrath; Dr. Schödler, seith. Oberschulrath; Kümmich, seith. Oberschulrath; Assessor mit Stimme in den das Turnwesen berührenden Angelegenheiten: Spieß, Turnlehrer zu Darmstadt. Der Director hat den Amtstitel Oberstudiendirector, und Räthe und Assessor haben die Amtstitel Oberstudienrath, Oberstudien-Assessor zu führen. Auch haben die Secretäre, Registratoren und das Kanzleipersonal der beiden seither getrennten Collegien den der Benennung des nunmehr vereinten Collegs entsprechenden Amtstitel anzunehmen. Durch großh. Entschließung vom 21. d. Mts. ist der Ministerialrath im Ministerium der Justiz Dr. Fr. v. Lindelof, unter gleichzeitiger Entbindung desselben von der Stelle eines Dir. des Oberstudienraths, zum Dir. des Ministeriums der Justiz ernannt worden. Ferner ist der Staatsanwalt bei dem Criminalsenate des Hofgerichts zu Gießen, Völcker, als Rath

in den genannten Gerichtshof zurückversetzt; sodann der Landrichter Zentgraf zu Höchst zum Staatsanwalt bei dem Criminalsenat des Hofgerichts zu Gießen und der Gerichts-Accessist und Ergänzungsrichter am Friedensgerichte zu Oberingelheim, Weiß, zum Substituten des Staatsprocurators bei dem Kreisgerichte zu Alzey ernannt. In Folge der Verordnung, betreffend die Vereinigung des Oberstudienraths und des Oberschulraths, sind in ihrer Eigenschaft als Mitglieder und Räthe bei dem Oberstudienrath in Ruhestand versetzt: der Oberstudienrath, Professor Dr. Hillebrand zu Gießen, der Oberstudienrath und Gymnasialdirector Dr. J. Bapt. Steinmetz zu Mainz; der Oberstudienrath und Gymnasialdir. Dr. Thudichum zu Büdingen.

Wissenschaft und Kunst. Württemberg. Auch Prof. Dr. Graf in Steinberg, ehemaliger Professor der Pastoral- und Exegese an der kath. theol. Facultät in Tübingen, ist von der Universität Prag mit einem Diplom als Ehrenmitglied der dortigen theologischen Facultät bedacht worden. — Großh. **Baden:** Geh. Rath und Professor Dr. Tiedemann an der Universität Heidelberg ist seinem Wunsche gemäß, unter Anerkennung seiner Verdienste um die Wissenschaft, in den Ruhestand versetzt. Prof. Baumstark in Freiburg ist seiner Functionen am dortigen Lyceum enthoben und derselbe ausschließlich als ordentlicher Prof. der philolog. Facultät an der dortigen Universität zugetheilt. — Großh. **Hessen:** der außerordentliche Prof. der Medicin, Dr. Bardeleben zu Gießen, ist auf Nachsuchen aus dem Staatsdienste entlassen. — **Mecklenburg-Schwerin:** Die durch den Abgang des Prof. Ihering an der Universität zu Rostock erledigte ordentliche Professur der Rechte ist dem bisherigen außerordentlichen Prof. Dr. Bruns in Tübingen verliehen worden.

Consulate. Mecklenburg-Schwerin: Der großh. Viceconsul G. Metzler in Swinemünde ist seiner Verrichtungen enthoben.

Todesfälle. In Wielmirzowitz, am 26 Sept., der k. preuß. Just. Rath Janisch, 68 J. a. — In Breslau, am 14 Sept., der emerit. k. preuß. Münzamts-Director Prof. Dr. Müller. — In Reutlingen, am 26 Sept., der pens. Reg. Rath Hartmann, 77 J. a.

(3707)

Zur Berichtigung.

In Nr. 135 der Volksbötin, mit Anziehung eines Artikels aus dem Fürther-Zeitungsboten, heißt es von der „leerstehenden" Basilica, dieser Bau habe wie man höre an **acht Millionen** gekostet. Zur Berichtigung dieser sehr irrigen Angabe kann aus ganz zuverlässiger Quelle versichert werden daß die Gesammtbaukosten der drei Neubauten 1. der **Basilica St. Bonifacii**, 2. des **Stiftes St. Bonifacii** und 3. des **Kunst- und Industrie-Ausstellungs-Gebäudes** gegenüber der Glyptothek sich miteinander nur auf die Summe von 1,272,342 fl. 13 kr. belaufen, und daß davon auf die Basilica allein statt obiger **acht Millionen** nur 670,275 fl. 19 kr. treffen.

Eben so irrthümlich ist die Ansicht daß diese drei genannten Bauten auf Staatskosten erbaut worden seyen. Sie verdanken ihr Entstehen und ihre Vollendung lediglich der Munificenz des allerhöchsten Bauherrn, der ihre Kosten einzig und allein aus seiner Privatschatulle bestritt.

Wie wenig die verwendeten Bausummen dem allgemeinen Wohle verloren waren, werden zahlreiche arme Familien welche von ihnen viele Jahre hindurch ihre Existenz hatten gerne bezeugen, und nirgends hat wohl das alte Sprüchwort: „Wo die Könige bauen, haben die Kärrner zu thun" eine großartigere Anwendung gefunden als unter der Regierung des allbekannten königlichen Kunstfreundes.

(3695—97)

Polytechnische Schule zu München.

Die Immatriculation für das Studienjahr 1849/50 an der hiesigen königl. polytechnischen Schule beginnt
am 29 October und endet am 3 November d. J.
Dieß wird unter dem Bemerken bekannt gemacht daß vom letztgenannten Tage an ein weiteres Aufnahmsgesuch unberücksichtiget bleiben muß.

Die Unterrichtsgebühr beträgt für die Eleven des I. II. u. IV. Curses für das ganze Studienjahr 6 fl., für jene des III. Curses aber 9 fl. Hospitanten zahlen für jeden einzelnen Unterrichtsgegenstand ein Honorar von 6 fl.

Von der Entrichtung des Honorars befreien nur amtlich beglaubigte Armuths-Zeugnisse.

München, den 11 October 1849.

Königl. Rectorat der polytechnischen Schule.
Dr. **Alexander**, Rector.

(3461—62) **Für Bibelfreunde**
erschien so eben bei Metzler in Stuttgart:

Reise in das Gelobte Land
von Dr. **Phil. Wolff,**
Stadtpfarrer zu Rottweil.
Mit einem neuen Plane von Jerusalem.
Taschenformat. geh. 1 fl. 45 kr.

Jeder Bibelfreund wird diese schmucklose und treue Schilderung eines Geistlichen, der nach gewissenhafter Vorbereitung seinen langjährigen Wunsch einer Reise ins Gelobte Land im J. 1847 ausführte, mit hohem Interesse lesen und vielfache Belehrung daraus schöpfen. Wer selbst nach Jerusalem reisen will, dem werden die eingewobenen Winke und Notizen über Entfernungen, Kosten, Reiseerfordernisse, Reisegelegenheiten rc. noch von besonderem Werthe seyn. — Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

[3700—1] **Bekanntmachung.**

Nachdem der Buchhändler Joseph Giel von hier abreisend und nach Zuschrift der k. Polizei-Direction München vom 28 v. M. sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird demselben nach G. O. c. 5 §. 3 hiemit eröffnet daß,

„in der Erwägung der Art und Menge der gegen Joseph Giel eingeklagten und von ihm in der Verhandlung vom 13 Junius d. J. anerkannten Forderungen, und der hiedurch dringend dargebotenen Vermuthung obwaltender Insolvenz, welche durch die wiederholte Abwesenheit des Jos. Giel sowie seiner Ehefrau unterstützt werde,“

unterm 4 v. M. beschlossen worden sey:

1) die bereits zu Gunsten sämmtlicher Gläubiger am 1 Jun. d. J. verfügte und auf deren Antrag vorläufig sistirte Beschlagnahme des Joseph Giel'schen Vermögens zu Gunsten sämmtlicher Gläubiger neuerdings zu verhängen;
2) dieses zu inventarisiren;
3) die sämmtlichen Executionen zu Gunsten einzelner Gläubiger einzustellen, und
4) für die Leihbibliothek einen vorläufigen Massecurator in der Person des hiezu vorgeschlagenen Ausgebers Georg Goldstein aufzustellen und zu verpflichten.

Ferner wurde im obigen Beschlusse ausgesprochen daß Jos. Giel sich jeder Veräußerung seines Vermögens sowie jeder Einmischung in das Buchhandel- und Leihbibliothekgeschäft zu enthalten habe.

Zugleich wird dem Buchhändler Joseph Giel hiemit bekannt gegeben daß zur Vorlage des Inventars an die actenmäßig bekannten Gläubiger zum Versuche einer gütlichen Vereinigung, sowie zur Verhandlung der Frage, ob Concurs zu eröffnen sey, Tagfahrt auf

Montag den 10 December l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

im diesseitigen Bureau Nr. 13 anberaumt sey, wobei zu erscheinen Buchhändler Joseph Giel mit dem Beisatze vorgeladen wird daß im Falle seines Nichterscheinens das vorzulegende Inventar als von seiner Seite anerkannt erachtet und er mit seinen Einwendungen gegen die Anträge der Gläubiger ausgeschlossen werden würde; dann daß, wenn er bis dahin nicht einen Insinuations-Mandatar dahier bestellen sollte, weitere Eröffnungen durch Anschlag an das Gerichtsbrett als an ihn zugestellt erachtet würden.

Concl. den 5 October 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director: Danhauser.
Schneider.

(3475—76) **Gerichtliches Inventar.**

Ueber den Nachlaß des Grafen Christian Ernst v. Bentzel-Sternau, Staatsminister im ehemaligen Großherzogthum Frankfurt, seßhaft gewesen in Mariahalden, Gemeinde Erlenbach im Kanton Zürich in der Schweiz, ist von dem Bezirksgerichte Meilen auf Ansuchen der Intestaterben das gerichtliche Inventar bewilligt; daher sowohl die Gläubiger als die Schuldner des Verstorbenen aufgefordert werden,

binnen acht Wochen,

vom 5 September 1849 an gerechnet, beziehungsweise ihre Ansprachen oder Verbindlichkeiten an die unterzeichnete Notariatskanzlei einzugeben, unter der Bedrohung daß Schuldner oder auch im Besitze von Faustpfändern befindliche Creditoren, die ihre Eingaben zu machen unterlassen, Ordnungsbußen, säumige Ansprecher aber (die Grundversicherten jedoch nur mit Bezug auf die verfallenen Zinsen) den Verlust ihrer Forderungen in dem Fall zu gewärtigen hätten, wenn der betreffende Nachlaß auf Grundlage des gerichtlichen Inventars angetreten würde.

Kanzlei des Notariatskreises Küsnach-Erlenbach im Kanton Zürich.
R. Brunner, Notar.

[3587—92] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kossuth
unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.
gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

[3657] **Fanny Lewald's neuester Roman.**

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist erschienen und zu haben:

Prinz Louis Ferdinand.
Ein Roman von **Fanny Lewald.**
3 Bände. 8. 1849. geheftet. Preis: 3 Rthlr. 25 Sgr.

In diesem Buche, das wir als Memoiren-Roman bezeichnen dürfen, ist Wahrheit und Dichtung so innig verschmolzen daß eines von dem andern kaum zu unterscheiden seyn möchte. Mit Meisterhand ist hier nicht bloß der geniale und chevalereske Prinz Louis von Preußen vor unser Auge geführt, sondern zugleich mit ihm mehrere Mitglieder des königl. Hauses, ja die edle Persönlichkeit des Königs selbst in seiner unantastbaren Reinheit. Zugleich ist dieser Roman ein Spiegelbild von Berlins damaliger Zeit, sowohl in seinen geistigen und sittlichen Zuständen als auch in seinem Salon-Leben. Den denkenden Leser wird es zur ernsten Betrachtung auffordern, vergleicht er die Gegenwart mit dieser Vergangenheit. Und so dürfen wir mit Zuversicht hoffen daß dieser Roman der geistreichen Verfasserin bald zu dem Gelesensten gehören wird was die Litteratur uns in neuerer Zeit gebracht hat.

Buchhandlung **Josef Max & Comp. in Breslau.**

(3765) **Ankündigung.**

Sechstes Jahr.
Paris, Rue Feydeau, 24.
Vergrößertes Format.

LA SILHOUETTE.

Illustration zum Lachen.
Sonntägliche
Caricatur-Revue.

Drei Nummern des Charivari, um ein Dritttheil größer als das „Journal zum Lachen,“ 800 Caricaturen, Porträts, Chargen, 36 Columnen Text. Redigirt von den geistreichsten Schriftstellern, illustrirt von den besten Künstlern. Die Silhouette hat sich zur Aufgabe gestellt die Herrlichkeiten und Freuden der Hauptstadt, wie ihren Jammer und ihre Lächerlichkeiten in der Provinz bekannt zu machen; alles — Menschen und Dinge sind ihrer Ruthe verfallen.
Abonnements für ganz Frankreich: jährlich 10 Fr.; halbjährlich 6 Fr.; vierteljährlich 3 Fr. 50 C. Fürs Ausland um 2 Fr. mehr. Man abonnirt sich in den Buchhandlungen, bei den Messagerien und durch frankirte Bestellungen bei der Post. Unter allen Caricatur-Journalen ist die Silhouette das wohlfeilste.

[3625—27] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Uebersicht
der Maaße, Gewichte und Währungen
der vorzüglichsten Staaten und Handelsplätze
von Europa, Asien, Afrika und Amerika,
mit besonderer Berücksichtigung **Oesterreichs** und **Rußlands.**
Von Carl Runmler,
Custosadjuncten am k. k. Hof-Mineralien-Cabinette rc.
Die Hälfte des Rein-Ertrages ist dem mährischen Invaliden-Fonde gewidmet.
gr. 8. mit steifen Deckeln broschirt 1 fl. 24 kr. C.-M.

Unter allen ähnlichen Werken zeichnet sich gewiß vorstehendes durch seine **außerordentliche Richtigkeit** aus, und namentlich verdienen die beigegebenen Tabellen über die Vergleichung aller Fuß-, Meilen-, Feld-, Ellen-, Getreide-, Flüssigkeitsmaße, sowie über die Gewichte und Währungen ganz besondere Beachtung. In solcher Vollständigkeit wurden sie noch nie geliefert. **Für jeden Geschäftsmann ist das Buch unentbehrlich.**

[3646] Bei uns ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Flora von Preussen.
Die in der Provinz Preussen wildwachsenden
Phanerogamen
nach natürlichen Familien geordnet und beschrieben
von Dr. **Carl Jul. v. Klinggräff.**

Marienwerder, im September 1849. **A. Baumann**'sche Buchhandlung.

[3680] Heute wird versendet das September- und October-Heft der

Pädagogischen Revue,
herausgegeben von Dr. **Mager**, in Verbindung mit C. G. Scheibert, W. Langbein und A. Kuhr.

Zürich, den 4 October 1849. **Fr. Schultheß.**

(3698—99) **Austern-Parks zu Ostende.**

Der Unterzeichnete erlaubt sich andurch die ergebene Anzeige zu wiederholen daß ihm seit dem vorigen Jahre (15 September) von den vereinigten sämmtlichen Austern-Parks-Besitzern **Aug. Valke u. Comp., J. de Brock, Mad. B. Vauder, Heyde** rc. in Ostende der alleinige Verkauf ihrer gereinigten englischen Austern, sowie ihrer Homards für ganz Deutschland contractlich übertragen worden ist, und können daher Bestellungen darauf **einzig und allein** nur durch den Unterzeichneten ausgeführt werden. Der Preis einer 1/8 Tonne von circa 300, 400, 500, 600, 700 bis 800 Stück, je nach der Größe der Austern, ist bei Franco-Bestellung und Compt.-Bezahlung frei ab Cöln 7 1/2 Thlr. Die Preise der Homards richten sich ebenfalls nach deren Größe und werden deren von 1/2 Thlr. bis zu 3 1/2 Thlr. per Centner geliefert. Nur ganz frische untadelhafte Waare wird zur Versendung gebracht.

Noch mache ich meine verehrten Committenten darauf aufmerksam daß meine Ostender-Austern, weil sie in den Parks innerlich sowohl als äußerlich gereinigt werden, sich wenigstens doppelt so lange conserviren als direct bezogene Austern aus England, welche letztere stets nur schlechtweg abgesandt werden wie sie aus dem Meere kommen.

Cöln, den 1 October 1849. **Jacob Zeidt.**

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 23 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag **Nr. 292.** **19 October 1849.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (das Interim von allen Mitgliedern des engern Bündnisses anerkannt. Zögerung in Ernennung der Commissarien); München (Trauergottesdienst für König Max I. Neue Mitglieder der Akademie der Wissenschaften. Kammerverhandlungen. Herzogin von Leuchtenberg. Preßproceß. Meyerbeers Prophet); Nürnberg (Eisenbahnunglück); Stuttgart (eine Aeußerung Römers über eventuellen Beitritt zum engern Bund); Rastatt (Geburtstagsfeier des Königs von Preußen. Standgericht); Mannheim (Schwinden der Cholera); Darmstadt (Resurrection des Weidig'schen Processes); Mainz (Abnahme der Cholera); Hamburg (blutige Händel zwischen schleswig-holsteinischen und preußischen Soldaten); Dresden (Weinernte. Die Stellung zu Preußen. Eine Amnestie erwartet. Die sächsischen Abgeordneten beim Rumpfparlament); Berlin (die Kammern und die Parteien. Das Promemoria über die dänische Angelegenheit. Des Königs Geburtsfest); Wien (Umgestaltung des Consulatwesens. Generalconsuln für Jassy und Bukarest. Befestigung des Hafens von Triest. Der Besatzung von Peterwardein dieselben Bedingungen wie der von Komorn gewährt); Schlesien (Graf Stadion); Von der Etsch (der Heerzug ins Vorarlberg).

Großbritannien. Der Hof nach London. Der Stand der Finanzen. Die Sonntagspost.

Frankreich. Verhandlungen über das Witthum der Herzogin v. Orleans. Anklageschrift und Vertheidigungssystem. Fortschritte des Socialismus auf dem Land. Straßburg (Brentano. Raveaux. Struve).

Niederland. Finanzstand. Noch immer Unterhandlungen wegen des Ministeriums.

Italien. Toscana (angebliche Fortschritte des Protestantismus); Turin (die Leichenfeier. Neue Subsidie für die Flüchtlinge).

Beilage. Beitrag zur deutschen Mythologie von F. Panzer. — Esquiros und Weil: Die öffentlichen und wissenschaftlichen Institute zu Paris. — Die deutschen Universitätsferien. — Frankfurt. (Der städtische Verfassungskampf.) — Berlin (Kammerverhandlungen. Der Prinz von Preußen). — Richtung der Staatseisenbahn von Triest nach Laibach. — Schleswig. — Rom. — Konstantinopel. (Heerschau des Sultans. Die diplomatischen Verwickelungen und die flüchtigen Renegaten.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 15; Wien 16; Frankfurt 17; Augsburg 18 Oct.

Deutschland.

z **Frankfurt a. M.**, 16 Oct. Das deutsche Interim vom 30 Sept. d. J. beschäftigt wie natürlich alle hiesigen politischen Fractionen. Im Grund genommen scheint niemand ganz zufrieden damit zu seyn: die Volkspartei nicht, weil die Centralgewalt ohne Volksmitwirkung in die Hände der zwei mächtigsten Monarchen Deutschlands niedergelegt werden soll; die Regierungspartei nicht, weil diese selbst nicht ein Ganzes bildet, sondern verschiedenen Loosungen in der deutschen Frage folgt. Die Kleinstaaten Deutschlands werden, wenigstens die Königreiche, ungehalten seyn daß sie in der neuen Bundescommission weder als berathschlagende, noch als beschlußfassende Mitglieder erscheinen, und daß sie kaum bei einem von Oesterreich und Preußen ausschließlich bestellten, wahrscheinlich unfürstlichen Rathe, durch außerhalb stehende Bevollmächtigte, welche nichts anders als Geschäftsmandatare und gewöhnliche Agenten seyn werden, vertreten seyn können. Aber auch die beiden deutschen Großstaaten scheinen durch das eigene Uebereinkommen wenig befriedigt. Darf man aus den Zögerungen und mancherlei langen Bedenklichkeiten schließen welchen noch der letzte (man sagt, fünfte) Entwurf in Berlin ausgesetzt gewesen, dann aus der persönlichen Abneigung welche hier, wie Wohlunterrichtete behaupten, der Erzherzog-Reichsverweser gegen das neue Werk aussprechen soll, so tritt daraus deutlich hervor daß das Interim keine reinen klaren Verhältnisse geschaffen habe. Nur eine Thatsache ist evident: daß Deutschland jetzt zwei Herren gehorchen soll, daß wir eigentlich statt Eines Deutschlands zwei haben, statt Einer deutschen Bundesgenossenschaft zwei deutsche Obergewalten mit zu jeder Seite gestellten Bundesgenossen. Seit 1815 sind die Großmächte Oesterreich und Preußen als die beiden Deutschlands politische Organisation bestimmenden Potenzen nicht so scharf hervorgetreten als bei diesem Interregnum, bei dieser den bisher nie zugestandenen Dualismus in Deutschland rechtlich einsetzenden Bundes-Central-Commission, die freilich nur den Zweck zu haben scheint über Winter den deutschen Bund der Bundesacte völlig in Auflösung zu bringen. In diesem neuen Interim wird wahrscheinlich eine Art politischen Schachspiels aufgeführt werden: es wird sich bis zum ersten Mai zeigen ob das preußische Programm vom 26 Mai d. J. oder die noch unenthüllten, aber wohl bald entschieden vortretenden österreichischen Tendenzen obsiegen werden. Möglich auch daß bis zum nächsten Frühjahr wieder eine Gemüthsgährung großgezogen wird, welche mit dritter Hand das ganze Schachspiel umwirft. Man fragt sich hier natürlich, was nun den Diis minorum gentium zu thun übrig sey. Die Antwort ist allenthalben dieselbe; sie lautet: Unterwerfung. Kleindeutschland — der Ausdruck ist wohl richtiger wenn es sich um Deutschland mit Ausnahme von Oesterreich und Preußen handelt — wird keine Wahl haben als zu ratificiren, wenn auch nur „der Noth gehorchend, nicht dem eignen Drang." Man nimmt dieß hier als ausgemacht an, indem Preußen die neue provisorische Centralgewalt bereits dem Verwaltungsrathe in Berlin zur Acceptation designirt hat und, wie ich höre, die Genehmigung mit großer Stimmenmehrheit auch von Seite Hannovers und Sachsens erfolgt ist, und indem ferner Bayern schon längst durch seinen Staatsminister den Hrn. v. d. Pfordten in Berlin auf jede principielle Betheiligung Bayerns an der neuen provisorischen Bundesgewalt Verzicht geleistet, und eine Isolirung unausführbar wäre. So wird denn allernächstens und zwar in unserer alten Reichsstadt Deutschlands Diarchie beginnen; ist es auch wieder nur ein Provisorium, so erscheint es nichtsdestoweniger als wie ein Vorbild des Definitivums und jedenfalls als ein Spiegelbild unseres dermaligen politischen Zustandes. Die eingetretene Thatsache ist sicher von der größten Consequenz, wobei es gerade nicht das tröstlichste seyn mag daß wir von einer Einheit auf eine zwiespältige Zweiheit gerathen sind.

Bayern. 8 **München**, 17 Oct. Heute Vormittag fand in der Theatinerkirche der feierliche Trauergottesdienst für den König Max I statt, welchem König Ludwig, die Prinzen Luitpold und Adalbert, zahlreiche Hof- und Staatsdiener sowie sehr viele Militärs aller Chargen und Waffengattungen beiwohnten. — Zu neuen Mitgliedern der k. Akademie der Wissenschaften wurden gewählt und erhielten in diesen Tagen die allerhöchste Bestätigung: als Ehrenmitglied Jos. Frhr. v. Laßberg zu Marburg am Bodensee; als ordentliches Mitglied für die historische Classe Dr. Thom. Rudhart, Vorstand des bayerischen Reichsarchives und Professor für Geschichte an hiesiger Hochschule; als außerordentliche auswärtige Mitglieder der mathematisch-physikalischen Classe: die HH. L. Treviranus, Professor der Botanik in Bonn, Sir John Herschel in London und Dr. v. Bär, Staatsrath in St. Petersburg; endlich als correspondirende Mitglieder der mathematisch-physikalischen Classe die HH. Dr. M. J. Weber, Professor der Anatomie in Bonn, Dr. v. Tschudi, Zoolog in Wien, und Dr. A. Breithaupt, Professor der Mineralogie zu Freiberg in Sachsen.

∸ **München**, 16 Oct. (Schluß des Berichts über die achte Kammersitzung.) Der schon neulich vom Ausschußbericht zu unveränderter Annahme empfohlene Gesetzentwurf, die Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung und der Brandmarkung betreffend, ward jetzt zur Berathung und Beschlußfassung gestellt. Die Reichsrathskammer hat bekanntlich dessen unveränderte Annahme bereits zum Beschluß erhoben. Man durfte also bei Eröffnung der allgemeinen Verhandlung wenigstens erwarten daß der speciellen Debatte durch unendlich breite Reden, deren Ende Amendements zu einzelnen Gesetzesabschnitten bildeten, nicht werde vorgegriffen werden. Nichtsdestoweniger thaten dieß die Abgg. Lang und Boye. Ersterer will nämlich zum fünften Abschnitt, wo über die Verwandlung der Prangerstrafe in der Pfalz in Verlust der staatsbürgerlichen Rechte die Rede ist, wozu noch Gefängnißstrafe bis zu fünf Jahren erkannt werden könne, auf den Fall durch einen Zusatz gewahrt wissen daß die bürgerlichen Rechte schon verloren seyen, wo also ein Rückfall eingetreten ist — ein Fall für welchen er criminelle Einsperrung festgesetzt

wünscht. Letzterer will dagegen die richterliche Befugniß zum Erkenntniß auf eventuell fünfjährige Gefängnißstrafe gestrichen wissen, damit nicht eine Verbrechensstrafe durch eine Vergehensstrafe geschärft, damit überhaupt die Ehrenstrafe nicht mit andern Strafarten vermengt werde. Dagegen stellt der Abg. Arnheim den Antrag die Abschaffung der wirklichen Todesstrafe ebenfalls in das Gesetz als §. 1 aufzunehmen und dann durch die andern Paragraphen durchzuführen. Die Gefahr lag nahe daß wir wieder den ganzen so viel durchgearbeiteten Debatten über Abschaffung oder Beibehaltung der Todesstrafe entgegengingen. Indessen motivirte der Antragsteller das Amendement ganz kurz mit dem Gedanken daß dieselben Gründe welche für Abschaffung der Strafe des bürgerlichen Todes anwendbar seyen, auch gegen die wirkliche Todesstrafe gelten, welche überdieß von den Grundrechten verheißen sey, weßhalb auch hier der Ausnahmsfall des Standrechts fortbestehen solle. Abg. Tafel schließt sich an; dagegen erwiedert der Regierungscommissär Ministerialrath Molitor, wie allerdings in der dieß- und jenseitigen bayerischen Strafgesetzgebung die Todesstrafe noch viel zu häufig figurire, aber das Ministerium in dem den Kammern vorzulegenden Strafgesetzrevisionsentwurf bereits bemüht sey dieselbe auf äußerst wenig Fälle zu reduciren. Da bricht plötzlich der Abg. Lassaulx heftig mit der Aufstellung hervor: wer die Verhandlungen der Nationalversammlung kenne, wisse daß eben jene über die Todesstrafe eine „elende“ gewesen. Ueberhaupt sey der Ruf nach deren Abschaffung nur das Zeugniß einer falschen Sentimentalität, und erschalle stets dann am stärksten wenn recht viel todeswürdige Verbrechen begangen werden. Kein politisch praktisches Volk, weder Engländer noch Franzosen hätten die Todesstrafe abgeschafft, die Begeisterung für ihre Abschaffung sey ein Beweis der Verweichlichung des Volks. Aus der Blutrache sey sie hervorgegangen und in Deutschland werde sie höchst selten ausgeübt, durch ihre Abschaffung werde das sittliche Gefühl des Volks verletzt u. s. w. Das abkühlende Lächeln der Zuhörerschaft, welches diese erhitzten Worte begleitete, erschien um so gerechtfertigter als der Antragsteller bald nachher, auf einfache Anregung des Abg. Westermayer, seinen Antrag mit Rücksicht auf die Erklärung des Regierungscommissärs und mit der Bemerkung zurückzog daß der Kammer ja stets die Initiative offen bleibe, wozu die Kammer ihre Genehmigung ertheilte. Schließlich wirft der Abg. Thinnes noch einige Schlaglichter auf die Lassaulx'sche Darstellung der „elenden“ Verhandlungen des deutschen Parlaments. Wir dürfen nun kurz über die einzelnen Abschnitte des Gesetzes hinweggehen. Art. 1 bis 4 wurden sämmtlich ohne Debatte und Abänderung angenommen. Bei Art. 5 erregt Boyé's Antrag eine längere Discussion. Besonders ist der andere Antragsteller Abg. Lang, vom Abg. Prinz mit viel gutem Willen unterstützt, sehr dagegen, während Ministerialrath Molitor den ursprünglichen Entwurf mit ausgezeichneter Klarheit und juristischer Schärfe vertheidigt. Das Ende ist daß sowohl Boyé's als Lang's Amendement, sowie ein nachträglich zur thatsächlichen Rettung des letztern vom Abg. v. Geßler gestellter Modificationsantrag abgeworfen und die ursprüngliche Fassung beibehalten wird. Auch den sechsten Abschnitt wünscht der Abg. Meier noch abgeändert, ohne doch einen wirklichen Antrag zu stellen, also erfolglos. Die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz ergibt die unveränderte Annahme des Entwurfs mit 123 bejahenden gegen keine verneinende Stimme. Der vorgerückten Zeit halber wurde die noch auf der Tagesordnung stehende Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf betreffs Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer auf die nächste, für übermorgen angekündigte Sitzung ausgesetzt.

8 **München**, 18 Oct. Ihre k. Hoh. die Frau Herzogin von Leuchtenberg ist gestern von ihren Gütern wieder hier eingetroffen; Ihre Maj. die Frau Herzogin von Braganza wird demnächst hier erwartet. Der holländische Ministerresident an unserm Hofe hat seine Abberufungsschreiben erhalten und darauf hin München verlassen; für die Zukunft wird diese Stelle unbesetzt bleiben. — Gegen die wegen Preßvergehen im Laufe des Jahrs in hiesiger Frohnfeste sitzenden dreie Redacteure des Tagblatts „Grabaus“ erkannte das Apellationsgericht für Oberbayern daß deren Untersuchung dem Centraluntersuchungsgericht in Augsburg zuzuweisen sey. (Welche vielverzweigten Untersuchungen wird man noch vor diesem Gerichte anhäufen!) — An unserer Bühne wird jetzt Meyerbeer's „Prophet“ einstudirt.

* In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 18 Oct. ward bemerkt daß die Interpellation in Betreff der von Preußen zurückgehaltenen Zollvereinsgefälle in gemeinsamem Einverständniß des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld und des Ministeriums um einige Tage verschoben worden sey. Abg. Fürst Wallerstein beklagte daß der Ausschußbericht über die deutsche Frage noch immer ausstehe und der Kammer noch keine Mittheilung über die neue Centralgewalt zugekommen sey. Minister v. d. Pfordten erwiederte: der Regierung sey noch keine officielle Anzeige über die von Preußen und Oesterreich erfolgte Ratification zugekommen. Fürst Wallerstein protestirte gegen den Grundsatz als ob dergleichen Verhandlungen nicht, ehe sie zum Abschluß gekommen, mitgetheilt werden dürften. Die übrige Sitzung beschäftigte sich die Kammer mit dem Gesetze über Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer. Das Gesetz ward schließlich angenommen.

* **Nürnberg**, 17 Oct. Zwischen Mainleus und Meinroth unterhalb Kulmbach hat sich heute um 10½ Uhr ein Eisenbahnunglück zugetragen das drei Menschenleben kostete. Der Locomotivführer des Morgeneilzuges von Hof her bemerkte daß an der Maschine etwas gebrochen seyn müsse, er bremste sogleich, doch mit einemmale riß diese die Schienen auf, stürzte den etwa 12 Fuß hohen Damm hinab und wühlte sich, nachdem sie noch eine Strecke weit gefahren war, in den lockeren Boden fest ein. Die vier nächsten Wagen wurden auf der andern Seite über den Damm hinuntergeworfen und waren in einem Nu zertrümmert, unter den Rädern fand man drei Leichname mit zerschmetterten Gliedern, eine Frau und zwei Männer (ein Maler, ein Wegmeister und eine Drechslersfrau). Die anderen Wagen blieben wohl auf dem Eisengeleise stehen, aber der Rückprall war so heftig daß gar viele Reisende verletzt wurden. Glücklicher kamen dieser Tage vier Eisenbahnbedienstete davon, die nach Roth sogenannte Trollwagen fuhren, die Locomotive kam aus dem Geleise und die vier auf ihr beschäftigten wurden in einen nahen Acker hinübergeschleudert, aber keiner erhielt eine Verletzung. (Ein Artikel im Nürnberger Correspondent erzählt das Unglück in ähnlicher Weise, und versichert ein Kind sey schwer, vier andere Personen seyen leicht verwundet. Der Locomotivführer und Heizer lagen unversehrt unter der umgestürzten Locomotive; die oben auf den Wagen sitzenden Conducteure wurden an 30 Schritt weit ins Feld geschleudert, ohne Schaden zu nehmen. In England, Frankreich und Belgien werden von den Gerichten gegen die Diener und Beamten welche sich in solchen Fällen einer Nachlässigkeit schuldig finden, die schwersten Gefängniß- oder Geldstrafen erkannt.)

Eine uns zugekommene amtliche Anzeige sagt über obigen Unfall: „Dem am 16 d. M. in der Früh von Hof abgegangenen Eilzug begegnete das Unglück daß auf dem Bahndamme zwischen Mainleus und Mainroth Theile an der Maschine „Eleonore“ brachen. Die Maschine gerieth dadurch aus den Schienen und der Anstoß des mit voller Dampfkraft einherfahrenden Wagenzugs war so gewaltig daß zwei Gepäckwägen und ein Personenwagen 3ter Classe zerschmettert wurden, ein Personenwagen gemischt 2ter und 3ter Classe sehr beschädigt ward. Leider verloren drei Passagiere — ein Wegmeister und eine Drechslersfrau aus Culmbach, sodann ein Porcellanmaler aus Bayreuth — hiebei das Leben. Bedeutende Verwundungen der Passagiere oder des Personals kamen nicht vor. Ueber die Veranlassung des Maschinenbruchs sind die nähern Erhebungen bereits eingeleitet.“

Württemberg. **Stuttgart.** Wir haben angeführt daß in einer zu Cannstatt abgehaltenen Versammlung von Abgeordneten der vaterländischen (liberal monarchischen) Vereine eine Eingabe an die Regierung beschlossen wurde um Beitritt zu dem engern Bunde, der einen deutschen Reichstag verspreche. Ein Schreiben aus Stuttgart in der Karlsruher Ztg. sagt darüber: „Die Bedenken gegen den Beitritt zu dem engern Bund in materieller Beziehung bekämpfte, wie man von Theilnehmern an der Versammlung erfährt, in einem klaren Vortrag der badische Zollvereinscontroleur in Stuttgart, Assessor Dr. Weindel, indem er hervorhob daß Württemberg, wenn es sich noch länger von dem engern Bündnisse fern halte, später, wenn es sich doch im Fall sehe beizutreten, annehmen müsse was in Zollsachen bisher beschlossen, ohne daß es alsdann die materiellen Interessen Süddeutschlands geltend machen könne, was es in dem engern Bunde um so eher mit Aussicht auf Erfolg vermöchte, da in denselben Zollfragen nicht mehr wie im Zollverein bloß mit Stimmeneinheit, sondern mit Stimmenmehrheit entschieden werden. Am Schluß der Versammlung wurde eine Aeußerung des Staatsraths Römer mitgetheilt welche den Anschluß an Preußen in Aussicht gestellt habe für den Fall daß Oesterreich fortfahre alles Eingehen auf den Bundesstaat und auf eine Volksvertretung abzuweisen. Wie wir hören, hat auch die Stuttgarter Handelskammer eine Eingabe an die Staatsregierung um Anschluß an den engern Bund beschlossen.“

Gr. Baden. In Rastatt, von wo wir Briefe bis zum 16 Oct. haben, ward am 15 von der anwesenden preußischen Besatzung das Geburtsfest ihres Königs in einer Weise begangen die selbst bei der trüben, feindlichen Stimmung der Bevölkerung eines erhebenden Eindrucks nicht verfehlt zu haben scheint. Am 16 setzte das Standgericht seine traurige Arbeit fort. Ein Soldat ward vor die ordentlichen Gerichte verwiesen, einer zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In Mannheim neigt sich die Cholera zum Ende. Am 16 Oct. war der Stand folgender: Zugang 6, gestorben 3, genesen 4.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 16 Oct. Der Proceß Weidig ist, wie ein gebannter Geist der seine Erlösung nicht findet, dem ewigen Juden vergleichbar, der gern sterben möchte und nicht sterben kann. Wir, die wir so nahe standen dem dunkeln Vorhang der Heimlichkeit, hinter welchem das furchtbare Drama, einzelne Jammertöne herübersendend, sich abspann, vergleichen ihn mit einer Herzwunde die nicht heilen will, bei jeder Berührung neu blutet und den Körper mit brennendem Schmerz durchzuckt. Die gestrige Sitzung der Assisen, die wie ein Magnet eine zahlreiche Zuhörerschaft, auch aus der Nachbarschaft, besonders aus Frankfurt, herbeigezogen hatte, war eine solche Berührung. Auf der Bank der Angeklagten erblickte man zwei stattliche junge Männer, den Dr. jur. Büchner von hier, 21 Jahre alt, und den Buchdrucker Schild von Gießen, etliche und 30 Jahre alt. Sie waren eines Preßvergehens angeklagt. Ersterer sollte durch eine von ihm bereits vor vier Jahren verfaßte Erzählung, abgedruckt im Sommer vorigen Jahrs in einem Beiblatt „Wilde Rosen“ zu der in Gießen erscheinenden Zeitung: „Der jüngste Tag“ die Amts- und Dienstehre des dortigen Hofgerichtsraths Georgi verletzt haben; letzterer war angeklagt als Drucker und Verleger an diesem Vergehen theilgenommen zu haben. Held der Erzählung war ein Richter der als Inquirent seine Stellung zu Gesetzwidrigkeiten gegen den verhafteten Angeschuldigten mißbrauchte, und, als er denselben durch den Versuch des Selbstmordes verwundet fand, ihm den Rest gab. Georgi sah sich darin abgespiegelt, obgleich er nicht genannt war, auch der Name „Weidig“ nicht vorkam. Der Angeklagte, der sich während der Voruntersuchung entfernt hatte, und sich erst unmittelbar vor dem Beginn der gestrigen Sitzung stellte, hatte bekannt daß er der Verfasser sey und wiederholte dieses Bekenntniß. Sein Vertheidiger suchte auszuführen daß die Anklage nur gegen den verantwortlichen Redacteur, Dr. v. Bardeleben, hätte gerichtet werden können, und die Erzählung nur eine Dichtung, eine Novelette sey, die vermöge der poetischen Freiheit aus allen Quellen habe schöpfen können, also auch aus geschichtlicher Quelle. Auch der Angeklagte nahm zu einer kurzen Schutzrede das Wort. Nachdem auch der Vertheidiger des Mitangeklagten zu zeigen versucht hatte daß sein Client freigesprochen werden müsse, wenn die gewährte Preßfreiheit kein leerer Schall seyn sollte, replicirte die Staatsbehörde. Nachdem der Vertheidiger Büchners, sichtbar getragen von den Sympathien die der geistige Blick wie Sonnenfäden den Saal durchziehen sah, die Schlußrede gehalten hatte, schritt der Präsident zum Resumé, dem er in dem Bestreben zu verhindern daß sich diese Sonnenfäden auch auf die Geschwornen herabließen, eine vielen Stoff zur Kritik darbietende, sichtbar einen sehr übeln Eindruck machende Einleitung vorausfendete. Nachdem die Geschwornen sich zur Berathung zurückgezogen hatten, erschienen sie wieder mit dem Ausspruch für die beiden Angeklagten: Nichtschuldig. Ein heller Blitz der Freude durchzuckte den Saal. Möge in diesem Ausgang, beleuchtet von der Sonne der Oeffentlichkeit, die auf immer das Gespenst des heimlichen Verfahrens mit seinen Schrecknissen in sein Grab bannt, in seiner milden Strafe der versöhnte Geist seine Ruhe finden!

In Mainz spukt die asiatische Brechruhr noch immer, doch ist sie auch dort gesunken; am 14 Oct. zählte man 10 Erkrankungs-, 9 Genesungs-, 4 Sterbfälle; am 15 Oct. erkrankten 2, 2 genasen, 2 starben.

K. Sachsen. **Dresden,** 14 Oct. Die nahen Berge der sächsischen Schweiz und des Böhmerlands sind seit gestern mit einer weit hinleuchtenden Schneedecke versehen; wie es unter solchen Umständen mit unserer Wein-Ernte beschaffen ist, braucht nicht weiter gesagt zu werden. Nur in den sehr günstig gelegenen Bergen ist bei der ungünstigen Witterung dieses Jahrs die sonst reiche Traubenfülle zur Reife gelangt. Nichtsdestoweniger hat der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht zu Gunsten der hiesigen Weinbergsbesitzer bekanntmachen lassen daß allen denjenigen, welche fünf Scheffel Land als Weinland bebauen, auf deßfallsiges Anmelden von den von ihnen eingelieferten Gewehren zur Abwehr des Vogelfraßes ein Feuergewehr unter der Bedingung verabfolgt werden soll daß solches spätestens bis zum 16 Nov. an den Ort des Empfangs zurückgegeben werde. Ob hieraus abzunehmen ist daß der Belagerungszustand nicht sobald, wie man sich hier nun schon seit dem August d. J. vergeblich schmeichelte, aufgehoben werden dürfte? (D. A. Z.)

Das Ministerium der Justiz macht unterm 9 Oct. als Berichtigung bekannt daß man keineswegs, wie verbreitet worden, von den Bezirks-Appellationsgerichten und den Oberappellationsgerichten gutachtlichen Bericht darüber gefordert habe ob nicht auch den sächsischen vormaligen Reichstagsabgeordneten welche an den Stuttgarter Beschlüssen theilgenommen haben, der Proceß zu machen sey. Das Oberappellationsgericht, das nach jenen Angaben einen Grund zur Einleitung der Untersuchung nicht aufzufinden vermocht haben solle, hat vielmehr noch gar keine Veranlassung gehabt über jene Frage sich auszusprechen, und die Beschlußfassung über dieselbe ist den Appellationsgerichten lediglich überlassen, von dem gefaßten Beschlusse aber nur eine Anzeige wegen der davon abhängigen Beschlüsse der Ministerien erfordert worden. Wie in der Freimüthigen Sachsenzeitung dazu bemerkt wird, sollen die Appellationsgerichte die Ueberzeugung ausgesprochen haben daß gegen diejenigen sächsischen Reichstagsabgeordneten welche an den Beschlüssen des Stuttgarter Parlaments sich betheiligt, mit Criminaluntersuchung zu verfahren sey. — Der vormalige Abg. Auerswald in Schneeberg und der Adv. Schubert in Werdau sind jetzt suspendirt worden. (D. A. Z.)

⁑ **Dresden,** 16 Oct. Kaum sind durch den Preußischen Staatsanzeiger die Verhandlungen des Dreikönigs-Verwaltungsraths über die Berufung eines Reichstags bekannt geworden, so verwandeln die radicalpreußische Vorwürfe gegen das Verhalten der hannoverischen und sächsischen Regierung ihren bisherigen, noch mäßigen Tropfenfall in einen vollen Platzregen. Zwar schreiben die Parteiorgane nicht in jenem Holzhauerstyle, den jüngst die Weser-Zeitung einem Wiener Blatte beilegte, aber — doch hören Sie selbst ein Pröbchen aus einer Berliner Original-Correspondenz des Dresdener Journals: „Die Tergiversation der sächsischen Regierung — gestatten Sie den fremden Ausdruck in einem Augenblick wo die deutsche Sprache vielleicht ungern gehört würde — liegt jetzt vor aller Welt offen. Da sie hier schon länger bekannt war, so hat sie keinen Eindruck weiter gemacht. Den ersten Eindruck hatte ich Ihnen nicht geben wollen, weil ich den Ausdruck, wie er gegen diese Regierung in hiesigen Kreisen kund ward, Ihnen mitzutheilen wohl Anstand nehmen mußte.“ So würde dieser Ausdruck wahrscheinlich noch über jene v. Radowitzische „Undankbarkeit“ hinausgegangen seyn! Sachsen — heißt es weiter — welches der jetzt eingeschlagenen Politik Preußens wird folgen müssen, mag Hannover vorerst beitreten oder nicht; Sachsen, das absolut folgen muß sobald Preußen und Hannover sich einigen; Sachsen, das einen mehr als moralischen Einfluß auf den Gang der Dinge im Norden so wenig hat als Württemberg im Süden, das, eben wie dieses, nur an seine Ehre zu denken hat; Sachsen, das Preußen eben erst seine Rettung dankt, stellt sich in diesem wichtigen Augenblick auf die Seite des einflußreichsten Widersachers der preußischen und deutschen Sache, auf die Seite der hannoverischen Regierung, und hat dabei nicht einmal so viel Zartheit sich den hannoverischen Einwürfen nur anzuschließen, sondern es gewährt dem schlauen Staatsmann von Osnabrück das besondere Vergnügen mit seinen Protesteröffnungen vorauszugehen, damit Hannover den Schein behaupten könne diese Opposition gegen Preußen erst dann begonnen zu haben als ihm nur die Wahl geblieben, getrennt von allen übrigen Königreichen, mit Preußen zu gehen oder es zu verlassen.“ Wie, also nur darum wäre man in den Maitagen dem Ordnerberufe nach Dresden gefolgt, daß man jetzt in der deutschen Frage unbedingtes Folgeleisten fordern zu können sich berechtigt hielte? Wenn wir in jetziger Wahlperiode derartige Herzensergießungen in Organen der liberal conservativen Partei finden, so denken wir unwillkürlich an das heimliche Vergnügen mit dem die radicale Demokratie sich die Hände reiben wird wenn sie plötzlich solche Chancen einer Opposition gegen die Regierung auftauchen sieht. Sie selbst kann an die große Glocke schlagen, denn die Regierung widerstrebt ja der Berufung einer Vertretung des Volks. Das läßt sich mit einigen Phrasen für die große Menge mundgerecht machen, um damit eine neue Mine gegen die verhaßte Regierung der Maitage anwühlen zu können. Daß diese Regierung nicht à tout prix preußisch seyn, daß sie den ehrlichen Versuch machen will an der Idee des deutschen Bundesstaats nach dem Gagernschen Programm festzuhalten, darauf kommt bei Befriedigung des permanenten Oppositionsbedürfnisses nichts an, denn auch dafür hat man das enthüllende Stichwort, den österreichischen Einfluß, an dem seit dem Pillnitzer Besuche nicht gezweifelt werden darf. Erbauliche Aussichten! An den Pforten der Kammern, von deren leidenschaftlosen, ruhigen Erwägungen wir für die Ordnung unserer inneren Verhältnisse so vieles zu erwarten haben, bilden sich unerwartet Parteistellungen, welche, wenigstens nach parlamentarischen Principien, zu dem Anfang einer Ministerkrisis führen können.

⁑ **Dresden,** 15 Oct. Daß die Nothwendigkeit einer umfänglichen Amnestie für die Maicompromittirten anerkannt und vorbereitet wird, deutet eine Aufforderung der Spruchbehörde des Dresdner Appellationsgerichtsbezirks an, nach welcher die mit einschlagenden Untersuchungen beschäftigten Criminalbehörden über die Erhebungen gegen solche Personen Anzeige erstatten sollen, deren Theilnahme auf bewaffneten Zuzug sich beschränkt hat, vorausgesetzt jedoch daß sie weder als Anstifter aufgetreten sind, noch an dem Kampfe persönlich sich betheiligt haben, und ferner gegen solche Personen die zwar an den aufrührerischen Bewegungen sich betheiligt haben, von denen jedoch nach Lage der Sache angenommen werden kann daß sie lediglich durch Verleitung von Seite anderer oder durch die Gewalt der Umstände, nicht aber in Folge freien Einverständnisses mit den auf-

rührerischen Unternehmungen fortgerissen worden sind, ihre Nichtbetheiligung am Kampfe jedoch ebenfalls vorausgesetzt. Hiernach also werden die Zuzügler und die Verführten, insoweit sie nicht thätigen Antheil an dem Kampfe genommen haben, der criminellen Ahndung enthoben werden, und die Zahl der zu Amnestirenden wird nach diesen Kategorien nicht unbedeutend seyn. Jedoch steht zu hoffen daß bei besondern Umständen, namentlich wenn die erfolgte Verleitung dargethan ist, auch den thätigen Kämpfern wenigstens eine Strafermäßigung auf dem Gnadenweg zu Theil werden wird.

Hansestädte. **Hamburg,** 14 Oct. In unserer berüchtigten Vorstadt St. Pauli fanden am Donnerstag Abend zwischen preuß. Husaren und von Civilisten unterstützten schleswig-holsteinischen Dragonern blutige Händel statt. Da die blanke Waffe gebraucht wurde, so fielen auf beiden Seiten bedeutende Verwundungen vor. Erst nachdem der Kampf über eine Stunde gewährt hatte, wurden die Kämpfer durch eine Hanseaten-Patrouille getrennt und die einen nach Altona, die andern nach Hamburg zur Wache abgeführt. (Wes. Ztg.)

Preußen. Aus **Berlin** vom 11 Oct. wird der Leipz. Ztg. geschrieben: „Frhr. Dr. v. Löhner ist (von Wien) nach Württemberg in einer officiellen Mission abgegangen, die jedoch rein specieller Natur und vorübergehend ist. Gegenwärtig ist der Dr. Zimmer aus Prag, Mitglied des Stuttgarter Rumpfparlaments, hier in Berlin um rein wissenschaftliche Studien zu treiben; J. Venedey hat sich auch angekündigt um den Winter über hier zu leben. Von Julius Fröbel haben wir Nachricht aus New-York, woselbst er vielbesuchte Vorlesungen über die jüngsten politischen Zustände Europa's hält. Noch eine andere litterarische Notabilität hat sich zu uns herübergesiedelt, Dr. Bodenstedt aus Paris, den die „Constitutionelle Ztg." sofort in Beschlag genommen hat. Dr. Schütte wird bereits seit vier Wochen immerfort ausgewiesen, nimmt seinen Paß in Empfang, dann meldet er seine Ankunft von neuem an, und sofort, und redigirt dabei ungestört das Feuilleton der „Nationalzeitung." Natürlich ist er aus Berlin nicht herausgegangen.

∸ **Berlin,** 15 Oct. Soldaten in blank geputzten Helmen und neuen Waffenröcken und einzelne Gerüste und Apparate zur Beleuchtung waren das einzige Besondere was man im Lauf des Tages auf den Straßen sah. Die Festessen sind, soviel man bis jetzt weiß, ohne besondere Vorfälle in aller Ordnung abgelaufen. Daß man schon vor dem Dunkelwerden einigen wenigen erleuchteten Gesichtern auf den Straßen begegnete, die auch declamatorisch ihre Begeisterung ausließen, kann nicht befremden; ein solches Intermezzo nach einer langen, darum nüchternen Periode schien sogar eine gute Stimmung zu erzeugen. Von einer Amnestie, von der man hie und da gesprochen, weiß man bis jetzt am späten Abend nichts; auch war das Gerücht wohl mehr in der Absicht ausgesprengt um zu reizen und Erwartungen zu erregen, als weil man im Ernst daran glaubte. Für eine großartige Amnestie ist es zu früh, kleinere Amnestirungen würden nur erbittern. Eine Amnestie in Preußen endlich würde im Augenblick der Strangulirungen und Füsilirungen in Arad und Pesth als eine Demonstration gegen Oesterreich ausgelegt werden. *) Von anderer Seite, nämlich im Volk, war dagegen das Gerücht von Unruhen am Abend verbreitet. Es hat so lange keine Unruhen gegeben! Die Constabler waren zu besonderer Wachsamkeit angewiesen, wie billig. Die Menschenmassen wälzten sich bei anbrechender Dunkelheit durch die Straßen, um zu sehen ob illuminirt würde, ob nicht. Da es in den letzten Jahren gänzlich außer Brauch gekommen war auf diese Weise den königlichen Geburtstag zu begehen, da ein halbofficieller magistratlicher Artikel davon abgerathen, so könnte man die Illumination, die wirklich stattfand, als eine Demonstration des Royalismus betrachten, wenn nicht der Nachahmungstrieb in der Menschennatur läge, und viele nur um deßhalb Licht an die Fenster stellten weil ihre Nachbarn vorangingen, und sie keine Lust hatten die Aufmerksamkeit zu erregen. Die Illumination erstreckte sich vom Schloß und Linden aus auch ziemlich weit in die Haupt- und Nebenstraßen, doch ohne besondere Veranstaltungen und Transparents. Die Linden waren von wogenden Menschenmassen wie zur Zeit des berühmten Lindenclubs angefüllt, aber von stillen Menschen. Ich habe niemals so viele Tausende so lautlos sich bewegen gesehen. Selbst der Berliner Gamin war ruhig und der Berliner Witz schwieg. Nur als ein Omnibus, der keine Lampen hatte, unter den Linden einen Augenblick im Gedränge halten mußte, gaffte man ihn neugierig an, und ein ächtes Berliner Straßengesicht sagte zum andern: „Du, der hat nicht illuminirt, das ist die Republik." Die Republik fuhr still weiter als Platz wurde. Andere erklärten, die Festons unter den Linden und die daran aufgehängten bunten Lampen in Kronengestalt: „das hat alles der Treubund gemacht." Kein Ausruf, keine Lieder, selbst keine Trunkenen, höchstens dann und wann ein Kanonenschlag. Als die Constabler dagegen intervenirten, wurden sie häufiger, und dauern bis jetzt um Mitternacht fort. Sonst bleibt es der ruhigste und stillste Abend. Ich hoffe nicht daß man die Fenster notirt haben wird die hell und die dunkel waren. Wenigstens wenn man darnach eine Liste der Royalisten und Demokraten anfertigen wollte, könnte man in große Irrthümer verfallen.

*) Warum nicht auch gegen die preußisch-badischen Standgerichte in Rastatt, Freiburg und Mannheim?

Oesterreich. **Wien,** 15 Oct. Am heutigen Tage, wo in Folge der Sonntagsruhe die größeren Journale der Hauptstadt entweder ganz ausgeblieben, oder nur in Abendbeilagen zur Erledigung der dringendsten Nachrichten erschienen sind, fällt unser Blick wieder den verschiedenen österreichischen Provinzen zu. Für den Augenblick wird zwar in keinem Organe derselben eine bedeutendere politische Frage selbständig ventilirt; die Agramer Streitigkeit über die Aufnahme der früher flüchtigen Magyaromanen ist durch die wahrhaft liberale, ächt constitutionelle Vermittlung des Regierungscommissärs beseitigt, und in Betreff der Hinrichtungen in Ungarn hat sich die eine Stimme des gesammten österreichischen Staates so entschieden, wie schon erwähnt, ausgesprochen daß es nicht nöthig ist noch einmal darauf zurückzukommen; zumal da nach den neuesten Nachrichten aus Pesth zu schließen daß das Ministerium derselben Rechnung tragen zu wollen scheint. Auch die Stellung der einzelnen Stammländer zur Concentration der staatlichen Macht, die Linien welche von all den verschiedenen Nationalitäten jetzt in den agrarischen Vereinigungspunkt des Reiches zu ziehen sind, wollen wir mit Hinweisung auf die Aufsätze der Beilage „die Neugestaltung Oesterreichs" gegenwärtig keiner weitern Besprechung unterwerfen. Wir erwarten, ganz in Uebereinstimmung mit jenen Artikeln, von der ökonomischen Einigung dafür das Beste. Das Beispiel Englands in seinem Verhältnisse zu Schottland, und wohl noch mehr Frankreichs, Belgiens und der Schweiz mit ihren verschiedenen Nationalitäten liegt zu nahe als daß man a priori die Unmöglichkeit einer constitutionellen Harmonie so entgegengesetzter Elemente zu beweisen im Stande wäre. Bringt man zu diesen mehr an den unmittelbaren Egoismus sich ansetzenden Hebeln die moralischen Bande in Rechnung, die gewiß nicht zu läugnende Liebe welche das Kaiserhaus an sich überall noch im Volke vorfindet, und das Bewußtseyn, einem großen mächtigen Staate anzugehören, der die Interessen seiner Angehörigen auf der ganzen Erdkugel mit Nachdruck zu vertheidigen im Stande ist, so wird man zu der Ueberzeugung gelangen daß Oesterreichs Kreise der Anfang von Oesterreichs Wiedergeburt seyn kann; wenn schon der felix Austria heutzutage nicht mehr das „Nube", sondern ihren Ministern das prudenter agite zugerufen werden muß.

♀ **Wien,** 16 Oct. Mit der Reorganisirung des Handelsministeriums tritt nun auch jene der österreichischen Consulate ins Leben. Außer der Errichtung eines eigenen General-Consulats zu Tunis (wohin der bisherige Generalagent in Tripolis, Hr. Caspar Merlato, als General-Consul ernannt wurde), sind nun auch in Bucharest und Jassy, an die Stelle der bisherigen Generalagentien, General-Consulate bestellt, und zwar für Bucharest der bisherige Generalconsul in Alexandria, Ritter v. Laurin, und für Jassy der bisherige dortige Agent v. Eisenbach zum kaiserlichen Agenten und Generalconsul ernannt worden. — Der Hafen von Triest soll auf den gemeinschaftlichen Antrag des Handels- und Kriegsministeriums befestigt und erweitert werden. Sicherm Vernehmen nach soll zunächst nach einem bereits frühern Plane des Feldzeugmeisters Nugent vor dem Hafen eine Insel mit einem Fort und Leuchthurm versehen werden. — Der Kaiser hat den Officieren der Insurgentenbesatzung von Peterwardein, welche sich auf Gnade und Ungnade ergeben hatte, nun dieselben Begünstigungen zu Theil werden lassen welche den Officieren der Besatzung von Comorn durch die Capitulation vom 27 v. M. zugesichert worden sind. Ausgeschlossen hievon sind nur jene über welche wegen specieller Vergehen eine Untersuchung eingeleitet werden mußte. — Das gestern erwähnte Gerücht daß auf ausdrücklichen Wunsch Sr. Maj. mit den ferneren Hinrichtungen in Ungarn Einhalt gethan werde, bedarf wohl noch der Bestätigung. Dem Vernehmen nach befänden sich leider noch der gewesene Alters-Präsident des letzten ungarischen Reichstags Baron Sigm. Perenyi, sowie Graf Nyarhi, und der ehemalige Secretär Kossuths Namens Stuller auf der Sterbliste.

Das zehnte Jägerbataillon und sein heldenmüthiger Führer der Oberst Kopal haben in den Siegesberichten der italienischen Armee eine hervorragende Stellung eingenommen. Wo diese braven Jäger erschienen, war der Sieg die Folge. An welchem Ort immer der zwei herrlichen italienischen Feldzüge gedacht werden wird, in den Annalen der Geschichte der österreichischen Armee und des österreichischen Staats — immer wird das zehnte Jägerbataillon genannt werden. Das österreichische Heer im lombardisch-venezianischen Königreich hat beschlossen dem zehnten Jägerbataillon ein Denkzeichen brüderlicher Verehrung zu übergeben. „Das hier zur Beschauung gebrachte Kunsterzeugniß — so der Wortlaut der veröffentlichten Erläuterung — ist bestimmt von Seite des ruhmgekrönten österreichi-

schen Heeres im lombardisch-venezianischen Königreich dem zehnten Jägerbataillon, als ein Zeichen der Bewunderung der ausgezeichneten Waffenthat dieses Bataillons am Schlachttage bei Vicenza (10 Jun. 1848), verehrt zu werden. Es besteht in einer silbernen reich vergoldeten Trompete, von der Form des bei den k. k. Jägerbataillons üblichen Signalhorns, mittelst dessen der berittene Stabstrompeter die Befehle des Commandeurs der Truppe kundgibt. Die Widmung erscheint durch die dem Ende des Horns eingeschnittene Unterschrift: „Dem tapfern zehnten Jägerbataillon die italienische Armee unter dem Sieger Radetzky 1848" ausgesprochen. Auf dem von dem Doppeladler gehaltenen Goldschilde finden sich die Worte: „Monte Berico" und „Kopal ruft!" Der „Monte Berico" ist jener unter den die Stadt Vicenza beherrschenden Bergen welchen der Feind mit dem Kern seiner Macht in uneinnehmbar scheinender Stellung besetzt hielt. Ohne einen Befehl abzuwarten nahmen die Jäger des zehnten Bataillons, durch die nachrückende Infanterie unterstützt, trotz der verzweifeltsten Gegenwehr und des mörderischen Kanonenfeuers aus zahlreichen Schanzen, im Sturm die furchtbaren Positionen des Monte Berico, deren Fall das Schicksal Vicenza's und den glänzendsten, folgenreichsten Sieg des Feldzugs entschied. „Kopal ruft!" Kopal *) ist der Name des Commandanten des zehnten Jägerbataillons, welcher, wiewohl fieberkrank, seine Helden auf die Höhen des Monte Berico führte, dessen begeistertes Wort, durch das Signalhorn gerufen, die Stürmenden lenkte, und der hier die Wunde empfing welche ihn noch im Alter der Kraft, der Bewunderung der Armee und dem Danke des Vaterlandes durch einen schönen Tod entriß. Nach dem Wunsche der Geber wäre nun das Signalhorn ein schallendes Banner das, indem es den Hörenden mahnt: „Kopal ruft!" die Erinnerung an einen gefeierten Führer und an eine Großthat wecken, und zu neuen Großthaten und heldenhafter Haltung begeistern muß. Dem Signalhorn ist ein Gedenkbuch beigegeben, dessen Titelblatt eine Ovation der verschiedenen Waffengattungen vor der Büste Kopals darstellt, und in welchem die Namen der Heerführer und Officiere der spendenden italienischen Armee nach Regimentern eingetragen sind. (Wiener Ztg.)

*) Oberst Karl v. Kopal, Commandant des zehnten Jägerbataillons, Patricier der freien Städte Fiume und Buccari, erhielt schon nach dem Treffen bei Lucia (6 Mai 1848) den Leopoldorden. Nach der glänzenden Waffenthat am Monte Berico wurde ihm der Theresienorden vom Capitel zuerkannt; indeß schmückten beide Kreuze noch nur sein Grab.

✱ **Von der Etsch,** 14 Oct. Seit drei Tagen ist die Heerstraße, die aus Italien heraufführend zu Botzen sich in zwei Züge gegen Nord und West spaltet, mit Kriegsvolk aller Farben und Waffen bedeckt, das in die Thäler am Inn, Lech und Oberrhein eilt zur Heerschaar des Fürsten Schwarzenberg, die an den schwäbischen Gränzen sich aufstellt und ihre letzten Staffeln an den Quellen der Etsch im Vintschgau haben wird. Bis Ende dieses Monats werden nahezu 11,000 Mann theils über Brixen und Innsbruck, theils über Meran in diese Stellungen einrücken. Ein Feldjägerbataillon und eine Cavalleriebatterie haben bereits ihren Weg nordwärts genommen, gestern und heute marschirte das ungarische Regiment Schwarzenberg in zwei Bataillonen durch. Was noch folgt soll in 8 Bataillonen Fußvolk, 600 M. Windisch-Grätz-Chevaulegers und 6 Batterien leichten und schweren Geschützes bestehen. Die Truppen welche bis jetzt uns zu Gesicht kamen, tragen im ganzen wenige Spuren der schweren Unbilden und Anstrengungen an sich die sie in Wälschland zu überwinden hatten; sieht man auch einzelne abgebleichte, leidende Gesichter, schwächlichere Gestalten, so ist die Haltung und Aeußeres der Schaaren rüstig und trefflich; Kriegsfertigkeit und Ausdauer spricht sich aus in Blick, Gang und Handhabung der Waffen. Nicht oft sahen wir eine Truppe die einen aufreibenden Feldzug und einen weiten Marsch bei schlimmem Wetter hinter sich hatte, so tapfern Schrittes und soldatischen Frohmuths einherziehen als diese Bataillone. An Zahl der Mannschaft freilich haben sie arg gelitten, wir erinnern uns gut eben diese Schwarzenberger im April v. J. auf ihrem Marsche nach Italien gesehen zu haben; die dichten Colonnen gleichen jetzt einem gelichteten Walde. Wie erklärlich, werden die wandernden Kriegsleute von einer Menge Muthmaßungen und Meinungen über ihre Bestimmung begleitet. So viel ist gewiß daß unter den Soldaten so wenig als hier im Lande auch nicht das mindeste bekannt ist was man mit einiger Sicherheit, viel weniger mit Bestimmtheit, als Zweck der Bildung des Heerkörpers in Vorarlberg und Westtirol annehmen könnte. Um etwas zu sagen fabelt man viel von der Schweiz und einer ernstlichen Lection die ihr zugedacht sey, doch glaubt niemand daran. Den Etschländer Bauern ist ein Schweizer Krieg von 1499 her noch eine dunkle, keineswegs ermunternde Erinnerung, man hört sie deßhalb nur sehr bedächtig eines möglichen Conflictes mit den Nachbarn erwähnen. Officiere vermuthen eine namhafte Verstärkung der Festungsbesatzungen in Ulm und Mainz. Unsre kurzgebundensten Politiker schicken die kaiserlichen Völker geraden Wegs nach Deutschland gegen alle jene die da draußen Confusionen machten und machen, als da sind die Nationalparlamentler, die Heckerlinge, die Kleindeutschen, die Preußen, die Großdeutschen rc., wir unterdessen warten das weitere ab, und halten uns an die tröstliche Erinnerung daß diese Krigsmänner noch allezeit auf allen Feldern ächter deutscher Ehre auf der deutschen Seite stunden.

Aus österreichisch Schlesien, 4 Oct. Der Zustand unseres ehemaligen Ministers, des Grafen Stadion, soll sowohl in körperlicher als geistiger Beziehung fast hoffnungslos seyn. Sein Geist ist beinahe fortwährend von der Nacht der tiefsten Schwermuth umfangen, die nur selten mehr durch einen lichten Augenblick unterbrochen wird. Sein Leibarzt soll geäußert haben, das Leiden rühre von einem heimlich empfangenen Gifte her (?), das langsam, aber sicher und unaufhaltsam Körper und Geist zerstöre und dessen fürchterlichen Wirkungen der Graf wohl kaum mehr zwei Jahre Widerstand leisten dürfe. Letzterer selbst soll in lichten Stunden dieser Meinung beipflichten und sich von der Kaltwasserkur ebensowenig Erfolg versprechen, als von dem Gebrauche der Seebäder. (D. Ztg.)

Großbritannien.

London, 13 Oct.

Der Hof ist von Osborne-Haus, der „Marine-Residenz" der Königin, anstatt nach Windsorschloß nach dem Buckinghampalast in London hereingezogen, da die Hauptstadt von der Cholera beinahe ganz befreit (der letzte Bericht der Sanitätsbehörde meldet nur 28 Todesfälle), hingegen diese Seuche in Windsor, namentlich dem dortigen Armenbezirk Garden-Court, so heftig ausgebrochen ist daß von den Ergriffenenen kaum einer mit dem Leben davonkommt. Von den Wohnungen dieser Armen in Windsor, unmittelbar am Fuße des Schloßberges, gib tein Sanitätsbeamter eine gräßliche Schilderung: die meisten Hütten in Garden-Court, sagt er, seyen zu schlecht für Hundewohnungen. Dazu bemerkt der Sun: „Mittlerweile sind die Marställe des Windsorschlosses, für welche vor einigen Jahren das Parlament 70,000 Pf. St. votirte, so prächtig daß anstatt der Pferde fast Grafen und Kammerherren darin logiren könnten."

Viscount Palmerston und der Schatzkanzler pflogen gestern auf der Admiralität eine Unterredung mit dem Marineminister und dem Contre-Admiral Dundas. Man glaubt daß sie mit der türkischen Frage in Verbindung stand. Aus mehreren Städten des Landes sind Adressen an die Regierung mit der Bitte gelangt: die Pforte nachdrücklichst gegen Rußlands insolente Drohung zu schützen.

Wie die Times meldet, hat das Generalpostamt jetzt definitiv beschlossen an Sonntagen eine Briefpost abgehen zu lassen, so daß den Postbeamten und Dienern doch der größte Theil des Sonntags für ihre Familien und ihre Religionspflichten übrigen wird. Hingegen versichert die Christian Times: der Generalpostmeister Marquis v. Clanricarde habe, in Folge einer Berathung mit den angesehensten Beamten seines Dienstfachs, unter denen auch Rowland Hill, die Ausführung der beabsichtigten Maßregel noch bis Ende dieses Monats verschoben.

Der ministerielle Globe bespricht das Ergebniß der letzten vierteljährlichen Revenuen-Tabellen wie folgt: „Fünf von den sieben Quellen der ordentlichen Staatseinkünfte Großbritanniens haben in den letzten 3 Monaten größeren Ertrag abgeworfen als in der entsprechenden Periode des vorigen Jahrs; zwei haben weniger ertragen. Eine achte Rubrik „Ertrag aus verkauften Kronländereien" ist sich gleich geblieben (20,000 Pf. St.), kann also aus dem Vergleich wegbleiben. Dieser stellt sich nun wie folgt:

Zunahme.

Accise	185,003 Pf. St.
Stempel	224,805 „
Einkommensteuer	21,116 „
Postgefälle	3,000 „
Gemischte Einnahmen	7,979 „
	441,903 Pf. St.

Abnahme.

Zölle	153,211 „
Directe Steuern (assessed taxes)	12,599 „
	165,810 Pf. St.

Nach Abzug dieser letztern Summe ergibt sich demnach für das letzte Quartal ein Netto-Mehrertrag von 276,093 Pf. St., was eine allgemeine Zunahme der Productivität von $2\frac{1}{2}$ Proc. andeutet. So viel mehr steht zur Verfügung des Schatzkanzlers. Allein unsere Prüfung der Ziffern hat einen andern Zweck, nämlich den Zustand des Landes in den beiden Perioden daran zu vergleichen. Was nun den Ausfall in den Assessed Taxes betrifft, so ist dieser an sich geringfügig, und erklärt sich daraus daß die Einsammlung dieser Steuern fast ganz in die im Januar und Julius ab-

laufenden Quartale fällt. Beachtenswerther ist der Ausfall in den Zöllen. Vergleicht man die Zolleinnahmen des letzten Quartals im Jahr 1848 und 1849 im einzelnen, so zeigt sich eine Zunahme in fünf Hauptartikeln, eine Abnahme in zehn andern, wobei auch alle übrigen kleineren etwas zur Abnahme neigen. Also:

Zunahme.	Pf. St.	Abnahme.	Pf. St.
Branntwein	257,085	Zucker	325,909
Thee	58,983	Korn	67,532
Korinthen	14,240	Seidenwaaren	26,656
Molassen	13,526	Rum	20,910
Tabak	5,106	Zimmerholz	19,001
		Kaffee	16,771
		Käse	6,508
		Butter	5,387
		Rosinen	4,460
		Wein	3,070
		Andere Artikel zusammen	5,951
	348,940		502,160

Es erhellt augenblicklich daß der Verlust an Kornzöllen nicht, wie man vermuthet hat, eine Hauptursache des Deficits gewesen ist. Der vermehrte Ertrag des Branntweinzolls ist die Folge der durch die Zollminderung herbeigeführten größern Consumption. (Was wird aber Pater Mathew dazu sagen?) Und der gleichen Ursache ist die Mehreinnahme in den Rubriken Thee, Tabak und Korinthen zuzuschreiben. Der Zollsatz für diese vier Artikel war in den beiden Jahren der nämliche. Die Molassen machen eine Ausnahme, da sie unter der fallenden Scala des Zuckergesetzes vom Jahr 1846 eingeführt werden. Aber die Einfuhr d. J. ist gleichwohl über Verhältniß gegen das vorige Jahr groß gewesen; denn sie betrug 736,174 Centner in den ersten neun Monaten 1849, und in derselben Periode 1848 nur 340,294 Ctr. Was die Liste der Ausfälle betrifft, so hat der stärkste derselben, der beim Zucker, einen nahe liegenden Grund. Die Zölle wurden vom 5 Jul. d. J. an reducirt; die Einfuhr aber hat, glauben wir, gegen das vorige Jahr zugenommen. Korn, soviel man auch prophezeit hat daß die Aufhebung der Korngesetze das Staatseinkommen vermindern werde, figurirt in obiger Liste mit keiner beträchtlichen Ziffer. Das erklärt sich leicht. Es ist immer noch ein kleiner Zoll beibehalten — von einem Shilling auf das Quarter Weizen u. s. w., und die Einfuhren in den ersten drei Vierteljahren 1849 waren fast dreimal so groß wie in derselben Periode 1848. Der Ausfall in der Rubrik Seidenwaaren ist wohl einem temporären Stillstand im Verbrauch fremder Artikel dieser Art zuzuschreiben. Der Verbrauch von Rum, wie von Zucker und Molassen, hat zugenommen; aber der Zoll ist vermindert worden. Was das Zimmerholz betrifft, so entrichtet nur noch das fremde mehr als einen bloßen Nominalzoll, die Zufuhr des ausländischen Holzes aber war in diesem Jahre durch die Blokade der Ostseehäfen gehemmt, und überdieß hat der Verbrauch abgenommen durch den Nachlaß im Eisenbahnbau und in sonstigen Bauten. Die Mindereinnahme an Kaffeezöllen ist, fürchten wir, zumeist der Gutmüthigkeit zuzuschreiben womit Ihrer Maj. Unterthanen von den Krämern Cicori statt Kaffee's annehmen. Die übrigen Artikel sind von vergleichsweise geringem Belang, und keiner derselben widerspricht unserer allgemeinen Schlußfolgerung daß, wenn auch die allgemeine Zolleinnahme sich vermindert hat, doch die Quantität der zur inländischen Consumption eingeführten Güter sehr beträchtlich gestiegen ist. Wir haben gezeigt daß die Ausfälle mehr scheinbar als wirklich sind. Hingegen dürfen die Mehreinnahmen in Accise, Stempeln, directen Steuern, Einkommentaxe und Postgefällen sämmtlich als ein wesentlicher Beweis betrachtet werden von gesteigerter Thätigkeit und Wohlfahrt im ganzen Land." So der Globe. Hingegen sagt der M. Herald: „Die Ministeriellen arbeiten in ihrem Beruf ohne Schamerröthen. Vor drei Jahren versicherte man uns die „Handelsfreiheit" würde unvermeidlich so wunderbare Segnungen herbeiführen daß die Einkünfte bald alle Gränzen übersteigen, und die einzige Schwierigkeit die seyn würde wie der Schatzkanzler schnell genug Steuern abschaffen könnte! Jetzt dagegen scheint der Haupttrost darin zu liegen daß es nicht ganz reißend schnell schlimmer mit uns wird, und daß noch auf einige Zeit Aussicht vorhanden ist die Dividenden zahlen zu können! Die ordentlichen Einkünfte für das October-Quartal in den letzten vier Jahren waren wie folgt: 1846, 13,889,103; 1847, 12,612,191; 1848, 13,834,468; 1849, 13,610,561 Pf. St. Oder, wenn wir die ganzen Jahre beim October-Rechnungsabschluß nehmen: 1846, 48,229,756; 1847, 48,542,520; 1848, 48,129,763; 1849, 48,272,836 Pf. St. So daß im ganzen die Sachen nur wenig besser oder schlimmer geworden sind, als sie zur Zeit des Zollschutzes waren, was die Lage des Schatzkanzlers betrifft. Was aber das Volk anlangt, wo ist die verheißene Wohlfahrt?" — Ebenso bemerkt der Standard: „Alle Hallucinationen der Freihändler über die Wirkungen welche Sir Robert Peels Maßregeln hervorbringen würden, sind in Luft zerronnen, und der Schatzkanzler wird genöthigt seyn Vorschüsse bei der Bank zu nehmen um die Quartalzahlungen bestreiten zu können. Dürfen wir nach den aus den Fabrikbezirken uns zugehenden Berichten schließen, so wird das nächste Vierteljahr kein Besserwerden zeigen. Von den Organen der Lancashirer Fabricanten wird widerstrebend eingeräumt daß alle wichtigen ausländischen Märkte zu Anfang des Jahrs schon mit englischen Waaren überführt waren, und daß folglich die Reaction, vor welcher wir sie gewarnt, schon bis zu einem gewissen Maß eingetreten ist."

Die Times hatte unlängst bemerkt: „Es ließe sich dermalen ein Buch schreiben welches gewiß sehr raschen Absatz finden, und dem Publicum großen Vortheil bringen würde — nämlich ein Buch über die Betrügereien im Eisenbahnwesen. Je speciellere und privatlichere Kenntniß des Gegenstandes der Verfasser besäße, desto besser natürlich wär' es." Dieser Wunsch ist, dem Examiner zufolge, unerwartet schnell erfüllt worden, und zwar durch das so eben bei Newby in London erschienene dreibändige Werk „das goldene Kalb (the golden calf)." Der Eisenbahnkönig Hudson, der „sich nie mit Kleinigkeiten abgegeben," hat, wie die jetzigen Versammlungen von Actionnären an den Tag stellen, mancherlei Nachahmer gefunden; aber Hr. Hudson selbst, welchem das dankbare England erst vor einigen Jahren in Anerkennung seiner Verdienste 20,000 Pf. St. verehrt (während redliche Unterpfarrer und Schullehrer in den Provinzen kaum das tägliche Brod haben), steht freilich als unerreichtes Ideal da, und ist auch zur Zeit noch „ehrenwerthes" Mitglied des Reichsparlaments.

Das neue Bankerott-Gesetz ist am 12 Oct. in Kraft getreten.

Frankreich.

Paris, 15 Oct.

Die Regierung hat bei der Nationalversammlung in einem Gesetzentwurf die Ermächtigung nachgesucht der Herzogin v. Orleans ihr Witthum für 1849 auszubezahlen — diese Frage wird heute verhandelt, und es ist wohl kein Zweifel daß sie bejahend entschieden wird. Der monarchische Geist hat solche Fortschritte gemacht daß General Gourgaud, gleichsam als Einleitung, eine von 500 Bürgern unterzeichnete Petition vorlegen konnte worin die Herstellung der Statue des Herzogs v. Orleans im Hof des Louvre verlangt wird. Doch fehlt es natürlich nicht an einer Opposition, und der erste Redner der sich hören läßt, Hr. Bourjat, sucht zu beweisen daß der Staat nichts schuldig ist, daß die Heirathen der Prinzen stets als ein politischer Act betrachtet wurden, der den Staat nur so lange binden könne als der Staatsgrund bestehe, nicht aber jetzt noch nachdem das Revolutionsrecht die Monarchie aufgehoben. Dieser Ansicht ist auch Hr. Joly, der sich über das Ansinnen umsomehr verwundert als nicht einmal eine Zahlungsforderung bekannt sey: „Glaubt es," ruft er der Versammlung zu, „es handelt sich nicht um das Witthum, es handelt sich um etwas ganz anders, man will ein neues Band zwischen ihr und Frankreich knüpfen, es ist ein versteckter Angriff auf die jetzige Ordnung der Dinge. Ist das loyal?" Das Witthum, behauptet er, sey eine Privatübereinkunft nicht civilrechtlicher, sondern politischer Art, ein nur von dem Großherzog von Mecklenburg und dem Ex-König Ludwig Philipp unterzeichnetes, nun durch den Sturm vermehtes Papier. Das Ministerium sey bereits ermächtigt den Prinzen und Prinzessinnen der Familie Orleans ihre Güter zurückzuerstatten, aber von der Anerkennung eines Witthums sey dort keine Rede. Wenn ein Beibringen der Herzogin in den Schatz geflossen sey, so solle man es sagen, wo nicht so habe der Schatz nichts zu bezahlen. Bei Abgang der Post war Hr. Lherbette, von der Commission, auf der Tribüne, er erinnerte: als die Herzogin nach Frankreich kam, habe man zu ihr gesagt: »c'est le plus beau trône du monde ou bien l'echafaud politique,« aber niemand habe gesagt: »ce sera un manque de foi.«

Vor dem Staatsgerichtshof in Versailles stehen 30 Angeklagte, aber die Anklage-Acte zählt 67 auf, über die Hälfte also (37), ist auf der Flucht, darunter Bardigon und Thoré, Redacteurs der Vraie République, Lechevalier, Redacteur der Tribune des Peuples, Delescluze, Redacteur der Révolution démocratique et sociale, Ribeyrolles, Redacteur der Réforme, V. Considerant, Redacteur der Démocratie pacifique, Ledru-Rollin, Etienne Arago, Boichot, Rattier, F. Pyat, im ganzen 21 Volksrepräsentanten. Das Attentat vom 13 Jun., als ein Complott zum Umsturz der Verfassung, wird auf den Verein der republicanischen Solidarität zurückgeführt, der am 4 Nov. 1848, dem Tag der Annahme der Verfassung, gestiftet wurde, in allen Departements, Arrondissements und Kantonen seine Zweigvereine mit einer gegliederten Verwaltung und an der Spitze einen Centralrath von 64 Mitgliedern hatte, in welchem Martin

Bernard als Präsident, Ledru-Rollin und mehrere andere Volksrepräsentanten saßen. Dieser Verein ist seitdem als geheime Gesellschaft der gerichtlichen Verfolgung erlegen. Von ihm ging das Zeichen zur Agitation aus. Die Vorlegung des Gesetzentwurfs gegen die Clubs (26 Jan. 1849) diente als erster Anlaß — eine von 49 Volksrepräsentanten unterzeichnete Ministeranklage wurde von Ledru-Rollin am andern Tag an die Nationalversammlung gebracht. Als die Zeit der Wahlen näher kam, bestanden in Paris zwei Vereine, ein Centralrath der socialistisch-demokratischen Republicaner und ein nationaler Wahlcongreß, sie wurden verschmolzen (26 Febr.) und daraus ging das demokratisch-socialistische Wahlcomité hervor, das aus 180 Delegirten der zwölf Arrondissements von Paris, aus 38 der Banlieue gebildet war und mit den Delegirten der Departements in Verbindung stand. Dieses Comité bezeichnete die Personen welche die socialistische Sache in den Wahlversammlungen als Redner vertreten sollten, es rief seine Mitglieder mit der Formel: présence obligatrice zusammen, setzte die den Candidaten aufzulegenden Verpflichtungen fest, erließ Manifeste in welchen der Grundsatz verkündigt war daß die Republik über den Majoritäten stehe, und daß wenn die Verfassung verletzt werde, die Volksrepräsentanten dem Volk das Beispiel des Widerstandes geben müßten. Wie dieses Widerstandpredigen zu verstehen sey, sah man aus einem weggenommenen Manuscript, wo nach résistance die Worte à main armée durchstrichen waren, und weiter aus Briefen daß das Comité den Beisatz genehmigt hatte. Aus dem Comité wurde später (14 Mai) eine Commission von 25, unter dem Vorsitz des Angeklagten Servient. Die socialistische Presse war ihre treue Bundesgenossin, und in den Bureaux des Peuple oder der République, am öftesten in denen der Démocratie pacifique, pflegten sie ihre Zusammenkünfte zu halten. Vor und während der Wahlen hatte die demagogische Partei noch einige Zurückhaltung beobachtet; als der Entscheid ihre constitutionelle Unmacht kundgethan, wurde ihre Haltung immer revolutionärer und sie schickte sich an auf gewaltsame Art zu erreichen wozu sie auf dem Weg der Gesetzgebung keine Hoffnung hatte. Ein lebhafter Briefwechsel bestand zwischen den Chefs der Bergpartei und der römischen Republik, und die römische Frage mußte wieder zur Demonstration dienen. Die Erklärung Ledru-Rollins: die Verfassung ist verletzt, wir werden sie nöthigenfalls mit den Waffen vertheidigen, eine Protestation des Comité der Presse (an welchem anfangs Hr. E. Girardin theilgenommen hatte, der sich jedoch bald zurückzog), eine Menge Aufrufe und Proclamationen, das Aufgebot der revolutionären Miliz des Vereins der Menschenrechte, die Versuche die Nationalgarde unter die Waffen zu bringen — dieß alles sind Vorläufer des 13 Jun. und bilden schon das Complott. In Bezug auf diesen Tag selbst ist die Versammlung im Conservatoire des Arts et Métiers ein Hauptanschuldigungsgrund — die Justiz hat Briefe in Händen, welche daselbst geschrieben allerdings für die Angeklagten stark beschwerend sind. Einer von diesen, Avril, schreibt Nachmittags 2 Uhr: „Der Aufstand ist ausgebrochen, er verbreitet sich über ganz Paris. Die Bergpartei ist in Permanenz unter dem Schutz der Artillerie der Nationalgarde. Das Volk eilt zu den Waffen um die Verfassung zu vertheidigen. Grenobler, unterstützt eure Brüder in Paris. Zu den Waffen! Euer Repräsentant wird vielleicht für euch sterben." In einem andern Brief an den Buchdrucker Duchesne heißt es: „Nach der friedlichen Manifestation die durch die Stadtsergenten zurückgewiesen ist, welche drei bis vier Menschen getödtet haben, hat die Montagne mit dem Ruf: Hoch die Republik! Hoch die Verfassung! die Stadt durchzogen und sich im Conservatoire des Arts et Métiers in Permanenz erklärt, von wo wir eine Proclamation an das Volk erlassen um es zu den Waffen zu rufen. Gebt überall das Signal. Der Degen ist aus der Scheide. Es ist nicht mehr zu zaudern." Der Brief ist von Menard, Heitzmann und drei andern Angeklagten unterschrieben. Ein dritter Brief, eine halbe Stunde später an einen Limonadier in Chalons, ist von den beiden Genannten und wiederholt die Permanenzerklärung. Eine Proclamation an das Volk, an die Nationalgarde, an das Heer war in einigen Straßen angeschlagen. Sie lautet also: „Die Verfassung ist verletzt. Das Volk erhebt sich zu ihrer Vertheidigung! Die Montagne ist auf ihrem Posten. Zu den Waffen! Zu den Waffen! Hoch die Republik! Hoch die Verfassung! Im Conservatoire des Arts et Métiers, 13 Jun. 2 Uhr." Folgen 119 Namen, Ledru-Rollin u. s. f. Die Proclamation wurde vor 3 Uhr in der Druckerei des Peuple gedruckt aber, wie es scheint, dort die Unterschriften erst beigesetzt. Im Verlauf gibt die Anklageschrift eine ins einzelne gehende Erzählung über die Straßenvorfälle des 13 Jun., die Versuche von Waffenplünderung, Barricadenbau und dergleichen, bezieht sich, zum Beweis einer Verzweigung des Complotts nach außen, auf Untersuchungen die von den Gerichtshöfen von Lyon, Toulouse, Bordeaux, Montpellier, Riom, Grenoble, Colmar, Dijon, Amiens rc. gepflogen, zu zahlreichen Aufschlüssen geführt hätten, und ruft schließlich die Nachricht in der Mannheimer Abendzeitung vom 16 und die Mittheilung Brentano's in der badischen Kammer am 15 Jun. über den gleichzeitigen Ausbruch einer Revolution in Paris und Straßburg ins Gedächtniß. Die Angeklagten sind in vier Kategorien eingetheilt: Mitglieder des socialistischen Wahlcomité und der Commission der 25 Mitglieder, des Preßcomité, der Nationalversammlung und der Pariser Nationalgarde nebst einigen andern. Die Anklage gegen alle ohne Unterschied ist: Theilnahme im Jun. 1849 an einem Complott mit vollbrachten oder angefangenen Handlungen um die Ausführung vorzubereiten, und die Verübung eines Attentats am 13 Jun., welche den Zweck hatten — erstens die Regierung umzustürzen oder zu verändern, zweitens zum Bürgerkrieg aufzureizen durch Waffnung der Bürger und Einwohner gegen einander oder doch Aufforderung dazu.

Im Attentatsproceß ist eine Art Stillstand eingetreten. Die Angeklagten erklären einer nach dem andern, da der Präsident sie ins Verhör nehmen will, daß sie jetzt nicht antworten werden, sondern erst wenn die Zeugen auftreten. Doch können sich manche nicht enthalten allerlei Beschwerden einfließen zu lassen: das sey ein Tendenzproceß, sie wüßten nicht warum sie da seyen, man verfolge sie wegen eines Journalartikels u. dgl. Einstweilen werden nun bloß die Protokolle und einige Actenstücke verlesen, die im wesentlichen in der Anklageschrift enthalten sind. Von den flüchtigen Angeklagten hat sich wieder einer, Hr. Meillard, gestellt.

Straßburg, 15 Oct. Dem Oberbefehlshaber der im Elsaß lagernden Truppen, General Magnan, welcher vor einigen Tagen nach Paris berufen wurde, sollen von der Regierung Anträge gestellt worden seyn das Commando in Rom zu übernehmen. Es scheint indessen daß sich dieser Feldherr nicht dazu verstehen will. Unsere beiden Militärdivisionen haben in der letzten Zeit ansehnliche Veränderungen erlitten, und man versichert daß noch weitere Reductionen eintreten werden. Gestern und heute sind die von hier nach Metz berufenen Zeugen, welche in Bezug auf den Juniusproceß vorgeladen wurden, dahin abgereist. Man bemerkte unter ihnen den Maire sowie die Commandanten der Nationalgarde unserer Stadt. Auch ein Zeuge aus Kehl, Kaufmann Glückher, ward vorgefordert. Einem Gerüchte zufolge habe dieser die ersten Nachrichten über die Juniusvorkommnisse nach dem Badischen gebracht, und diese hätten Anlaß zu jenen falschen telegraphischen Meldungen gegeben, die seiner Zeit in Karlsruhe verbreitet wurden und sogar bis Stuttgart ein Echo fanden. Ob vielleicht Brentano vor den Assisen in Metz als Zeuge erscheinen werde — da er sich doch noch in Lothringen aufhält — verlautet nichts officielles; doch wird solches in sonst wohlunterrichteten Kreisen behauptet. Raveaux weilt seit einigen Tagen dahier. Er sieht sehr leidend aus und würde nach ärztlichen Rathschlägen besser daran thun sich nach einem südlichen Klima als nach England zu wenden. Sicheren Nachrichten aus Havre zufolge hat sich Struve mit seinem Freunde Willich am 8 d. M. um Mitternacht nach England eingeschifft.

Niederland.

⁊ **Amsterdam**, 12 Oct. In dem unlängst vom Finanzminister an die zweite Kammer eingereichten Budget für 1850 befinden sich folgende Ausgaben: Haus des Königs und geheime Fonds (diese zu 100,000 fl.) 900,000 fl.; hohe Staatscollegien (Generalstaaten, Staatsrath, Rechnungshof, Ordenskanzleien, hoher Rath des Adels, Cabinet des Königs) 578,874 fl.; auswärtige Angelegenheiten 519,052 fl.; Justiz 2,346,179 fl.; Inneres 4,762,484 fl. (wovon gegen 2½ Mill. für den Dienst des Waterstaat); reformirter und andere Culte 1,646,962 fl. 16½ Cts.; katholischer Cultus 541,848 fl. 18½ Cts.; Marine 5,323,600 fl.; Staatsschuld 36,514,608 fl. 83 Cts.; Finanzen 6,186,470 fl. 35 Cts.; Krieg 10,588,000 fl.; Colonien 118,232 fl. 50 Cts., sohin Gesammtbetrag der Ausgaben im Jahr 1850 69,996,411 fl. 77 Cts., während die gleichzeitigen Einnahmen veranschlagt sind zu 71,191,969 fl. 33 Cts., so daß in genanntem Jahre ein Ueberschuß von ungefähr zwölf Tonnen Goldes zu erwarten ist. Ob und inwiefern dieses Budget in Wirkung treten wird, hängt, abgesehen von dem Votum der Generalstaaten, auch noch von der Zusammenstellung des neuen Cabinets ab. Man spricht von einer totalen Reform des Staatshaushalts, wornach die Cultusministerien aufgehoben, und dagegen Generalsecretäre mit deren Geschäften betraut werden sollen, ferner Geschäftsträger an die Stelle der Gesandten treten, während Marine und Colonien in der Folge nur ein Departement bilden sollen, das Justizministerium wegfällt oder resp. dessen Arbeit dem hohen Rath (Obergerichtshof) zugetheilt wird. Auch wird der Waterstaat ziemlich vereinfacht. — Der Proceß von Bourbon gegen den Staat (s. Allg. Ztg. Nr. 213 d. J.) ist zum Nachtheil des letztern entschieden. Der hohe Rath hat nämlich in dieser interessanten Frage geurtheilt daß der Staat zweifelsohne durch den betreffenden Contract verbunden ist, da die Minister hier in Sachen ihrer Ressorts für das niederländische Gouvernement und in dessen Interesse contrahirten; und wenn sie hierin etwa ihre Competenz überschritten, der

Staat mit ihnen procediren oder Garantie fragen könnte; daß dieser Umstand jedoch den Kläger nicht angeht, der nach Erfüllung seiner Verbindlichkeiten gegen den Staat von diesem Gleiches mit Recht fordert, und daß der Kläger in Betreff solcher Sachen keine politischen Betrachtungen anzustellen braucht. — Das neue Cabinet ist noch immer nicht zusammengestellt. Man vernimmt nur daß Thorbecke und Nedermeyer van Rosenthal mit dessen Bildung beschäftigt, und zu diesem Zweck bereits mit dem Finanzminister van Bosse in Unterhandlung getreten sind.

Italien.

Englische und französische Blätter melden von Livorno daß englische Missionäre in Toscana große Thätigkeit entwickeln, und trotz aller Gegenanstrengungen der Jesuiten dem Protestantismus zahlreiche Anhänger gewinnen. Diese Bestrebungen scheinen im Toscanischen schon seit einigen Jahren Wurzel gefaßt zu haben.

Die wieder mit Trauerrand eingefaßten Turiner Zeitungen vom 14 Oct. sind ganz der Beschreibung der am 12 Oct. vor sich gegangenen Leichenfeier gewidmet, wobei sich eine ächte Theilnahme des Volks kundgab. Die ganze Stadt prangte mit Inschriften, in denen die fürstlichen und Privat-Tugenden Karl Alberts gepriesen wurden. (Wir kommen darauf zurück.) — Die amtliche Gazzetta verkündigt das am 29 Sept. von den Kammern angenommene Gesetz wodurch den in Piemont lebenden italienischen Flüchtlingen, die indessen der Regierung nachgerade lästig werden, eine weitere Unterstützung von 100,000 Lire bewilligt wird. — Die Deputirtenkammer hat in den letzten Tagen über die Frage der Großjährigkeit verhandelt. Sie wurde schließlich auf das Alter von 21 Jahren festgesetzt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 15 Oct. Consols $92\frac{1}{2}$.

Paris, 15 Oct. 3proc. 56.05; 5proc. 87.00; Bankactien 2325; belg. 5proc. $97\frac{3}{4}$; Anleh. v. 1842 $97\frac{3}{4}$; neap. 5proc. 87.50; röm. $80\frac{1}{2}$; span. 3proc. 34; innere Sch. $27\frac{1}{8}$; piem. 975; St. Germain E.-B. 407.50; Vers. rechte 207.50; linke 170; Paris-Orleans 725; Rouen 525; Straßburg 346.25; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 402.50, Tours-Nantes 387.50; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 110.

Amsterdam, 15 Oct. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{9}{16}$; 3proc. $63\frac{5}{8}$; 4proc. $83\frac{1}{8}$; Handels Maatschappy 164; port. 5proc. $33\frac{3}{4}$; Metall. $2\frac{1}{2}$proc. $44\frac{1}{8}$; Ard. $10\frac{5}{8}$. Curs auf London $12.07\frac{1}{2}$ k. S. Curs auf Hamburg 35 k. S. Curs auf Frankfurt 99 6 W.

Augsburg, 18 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $88\frac{5}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{5}{8}$ B. Wien in 20ern 1 M. 94 P. Triest 1 M. 94 P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{4}$ B. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M 119 P. Lyon 1 M. $118\frac{5}{8}$ B. Marseille 1 M. $118\frac{5}{8}$ G. Mailand 1 M. $60\frac{1}{16}$ G Genua 1 M. $52\frac{1}{8}$ G. Livorno 1 M. $61\frac{5}{16}$ G.

Augsburg, 18 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Obl. 86 G. 4proc. 93 P., $92\frac{1}{2}$ G. 5proc. $100\frac{3}{4}$ P., $100\frac{1}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{5}{8}$ P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Würtemb. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 17 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{1}{8}$; Bankactien 1361; preuß. $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldsch. $88\frac{7}{8}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $86\frac{1}{2}$; Ludwigsh.-Berbach $84\frac{1}{2}$; württ. $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$; bad. 5proc. $97\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. 79; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{4}$; nass. 5proc. $101\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$; Frankfurt 3proc. $80\frac{1}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{5}{8}$, 90; Disc. $1\frac{3}{4}$ P.

Die Leipziger Bank. **Leipzig**, 13 Oct. Das Directorium der Leipziger Bank hat eine Uebersicht der in der ersten Hälfte ihres elften Rechnungsjahres stattgefundenen Geschäfte veröffentlicht, daraus wir, in Mangel an Raum zu den übrigen, die ersten vier Geschäftsabtheilungen wie folgt mittheilen: 1) Das Leihgeschäft gegen Unterpfand von Staatspapieren, Actien, auswärtigen Devisen rc. zeigte am Schluß des zehnten Rechnungsjahres einen Saldo von 993 Stück Pfandposten im Betrag von 1,094,650 Thlr 29 Ngr 5 ₰; es kamen 614 Stück im ersten Semester hinzu = 593,964 Thlr 25 Ngr, zusammen 1607 Stück = 1,688,615 Thlr 24 Ngr 5 ₰. wovon 643 Stück wieder eingingen mit 686,541 Thlr 8 Ngr 5 ₰, bleiben 964 Stück = 1,002,074 Thlr 16 Ngr. 2) Der Bestand von Disconto-Wechseln mit Einschluß von 35,276 Thlr 20 Ngr in laufender Rechnung eingegangener 36 Stück betrug zu Ende des zehnten Rechnungsjahrs 174 Stück = 141,352 Thlr 7 Ngr 3 ₰, discontirt wurden 1398 Stück im Laufe des Semesters = 942,135 Thlr 1 Ngr, zusammen 1572 Stück = 1,083,487 Thlr 8 Ngr 3 ₰, wovon 1207 Stück wieder eingingen mit 735,302 Thlr 21 Ngr 5 ₰, bleiben 365 Stück im Portefeuille = 348,184 Thlr 16 Ngr 8 ₰, nämlich 297 Stück = 268,587 Thlr 22 Ngr 8 ₰ Disconto-Wechsel, 68 Stück = 79,596 Thlr 24 Ngr Conto-Corr.-Wechsel. 3) Von Wechseln auf auswärtige Plätze waren am Schluß des zehnten Rechnungsjahrs vorhanden 146 Stück = 167,400 Thlr 4 Ngr, im Laufe des Semesters zugekauft 831 Stück = 723,632 Thlr 19 Ngr, zusammen 977 Stück = 891,032 Thlr 23 Ngr, davon 858 Stück wieder realisirt mit 746,836 Thlr 8 Ngr 5 ₰, bleiben 119 Stück im Portefeuille für 144,196 Thlr 14 Ngr 5 ₰. 4) Das Conto-Corrent-Conto zeigte zu Ende des zehnten Rechnungsjahrs einen Creditoren-Saldo von 84,875 Thlr 8 Ngr 9 ₰, im Laufe des Semesters gingen ein 1,344,210 Thlr 17 Ngr 5 ₰, zusammen 1,429,085 Thlr 26 Ngr 4 ₰, dagegen gingen im neuen Semester aus 1,983,863 Thlr 1 Ngr 9 ₰, davon ab obige 1,429,085 Thlr 26 Ngr 4 ₰, bleibt ein Saldo der Debitoren von 554,777 Thlr 5 Ngr 5 ₰, nämlich Debitoren 729,945 Thlr 29 Ngr, ab Creditoren 175,168 Thlr 23 Ngr 5 ₰. Gegen unterpfändliche Einsetzung von Waaren wurden im Laufe des Semesters von der Bank ausgeliehen 11,200 Thlr. Am Schluß des Berichts sagt die Direction: „Wenn gleich der Umfang des Geschäfts in diesem Semester nicht vollkommen denjenigen erreicht, welcher im gleichen Zeitraum des vorigen Jahrs stattfand, so macht es uns um so größeres Vergnügen den HH. Actionnären mittheilen zu können daß dessen ungeachtet die Resultate für dieselben, wir brauchen nur auf vorstehende vierte Abtheilung zu verweisen, nicht unwesentlich günstiger als damals sind. Wir bleiben auch fernerhin aufs angelegentlichste bemüht die Wirksamkeit der Bank nutzbringend nach allen Seiten hin zu entfalten.“ (Leipz. Ztg)

♀ **Wien**, 16 Oct. Die heutige Börse war sehr geschäftsstill, und boten Curse weder in Fonds und Actien noch in Wechseln und Comptanten eine erhebliche Veränderung dar. Letztere behaupteten sich indeß ziemlich fest im Preise und schlossen Gold und Silber sogar etwas höher. Zum Schlusse haben 5proc. Metalliques und Nordbahnactien ebenfalls angezogen und blieben die Notirungen nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95\frac{3}{8}$–$\frac{7}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc (neues Anlehen) $84\frac{3}{4}$–$\frac{7}{8}$. Loose vom J. 1839 $112\frac{1}{2}$–$\frac{3}{4}$, Bankactien 1208–1210, Nordbahnactien 110–$110\frac{1}{8}$, Gloggnitzer $108\frac{1}{2}$–109 (ohne Geschäft), Mailänder $84\frac{1}{2}$–$\frac{3}{4}$, Pesther $79\frac{3}{4}$–80. London (i. l. S.) 10.46–48, Hamburg 157 P., Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ G., Frankfurt $106\frac{1}{4}$ G., Amsterdam $148\frac{1}{2}$ P., Mailand $97\frac{1}{2}$ P., Livorno 105 G., Genua 125 P., Paris 127 P., Marseille $126\frac{3}{4}$ P. Goldagio für kaiserl Münzducaten $11\frac{1}{2}$, Silberagio $6\frac{1}{2}$–$\frac{5}{8}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beitrag zur deutschen Mythologie von Friedrich Panzer.

Mit vier Kupfertafeln. München.*)

Als Jakob Grimm vor etlichen Jahren die Vorrede zur zweiten Ausgabe seiner deutschen Mythologie schrieb, und dabei eine Musterung dessen vornahm was die jüngste Zeit für Aufzeichnung deutscher Volkssagen gethan, sprach er die Hoffnung aus daß solche Sammlungen wohl auch bald aus Holstein, Westfalen, Bayern und Tirol dem Forscher zu statten kommen würden. Was Bayern betrifft, so ist der Wunsch bereits erfüllt; denn der „Beitrag zur deutschen Mythologie," den wir hier zu besprechen haben, ist zunächst eine im Geist der Grimm'schen Schule angelegte Sammlung bayerischer Sagen, zwar nicht beschränkt auf das Gebiet das man nunmehr Altbayern nennt, sondern ausgedehnt auf den ganzen Umfang des jetzigen Königreichs.

Im Fache der Sagen ist bekanntlich seit ein paar Jahrzehnten ein neues Verfahren eingetreten. Es ist nämlich jetzt kein Geheimniß mehr daß diese Ueberlieferungen eigentlich Bruchstücke sind einer alten längst untergegangenen Religion. Darin liegt denn auch der Werth den sie für die Wissenschaft haben, und deßwegen sind sie mit einemmal wieder zu ganz unerwarteten Ehren gekommen. Aus eben diesem Grund aber fordert jetzt der deutsche Mythologe von den Liebhabern und Sammlern der Sage eine ganz andere, eine keusche, scheue Methode, die mit dem was sie in Dorf und Feld gefunden nicht eine spöttische Ergötzlichkeit treibt, sondern ein ernsthaft bedächtiges Geschäft. Es ist zwar noch immer nicht verboten, aber es hilft dieser Wissenschaft nicht weiter wenn der Dichter oder Dichterling einen solchen Fund als seine gute Beute betrachtet und dran hämmert, polirt und reimt, bis es eine Romanze oder sonst etwas geworden. Vielmehr ist die Aufgabe jetzt so gestellt daß der Freund der Sagen sie mit ehrbarer Bescheidenheit so vollständig als möglich sammle, und ohne Zuthat, in ihrer ganzen Einfachheit sie aufzeichne. Dann macht sich die Gelehrsamkeit daran und durchforscht den aufgespeicherten Schatz, vergleicht, spürt, deutet, greift aus der allerneuesten Zeit ins allerälteste Alterthum, von Land zu Land, aus einer Sprache in die andere, und gibt auf diese Weise die wunderbarsten Enthüllungen über Glauben und Meinungen, Dichten und Trachten längst dahingegangener Zeiten. Das muß freilich zugegeben werden daß für den Zeitvertreib des Lesers, der Unterhaltung sucht, auf diesem neuen Weg nichts gewonnen wird; denn es mag wohl der meisten angenehmer dünken einen Band von Sagen durchzulesen wie sie Musäus zurichtete, als ein paar hundert solcher ungeschmückter Ueberlieferungen, von denen so viele, obwohl der Fundort verschieden, sich in den Grundzügen ganz gleich sind.

Eine solche Sagensammlung für die Bedürfnisse der Wissenschaft bietet uns nun aber Hr. Friedrich Panzer in seinem Beitrage zur deutschen Mythologie. Sie enthält in mehreren Abtheilungen allerlei anziehende Ausbeute über mythologische Gegenstände, auch über volksthümlichen Aberglauben und noch immer gültige Bauernregeln; den größten Theil des Buches aber nehmen die Sagen in Anspruch die der Verfasser über „die drei Schwestern" gesammelt hat, und dieses wichtige Hauptstück wird daher auch einer näheren Betrachtung nicht unwürdig seyn.

Es gibt in Altbayern und in den angränzenden Gebieten der Nachbarländer viele Ortschaften, in deren Nähe ein Hügel, nach volksthümlicher Anschauung ein „Berg" sich findet. Die obere Fläche desselben ist oft so gestaltet daß man an einen Wall denken kann der in uralten Zeiten die Krone des Hügels umzäunt haben mag. Gewöhnlich fließt ein Bach daran vorbei. Von solchen Hügeln geht die Sage es sey einst ein Schloß darauf gestanden, aber in uralten Zeiten versunken. In diesen versunkenen Burgen nun ist auch ein großer Schatz zu finden, den ein grimmiges Thier bewacht, sey es ein Drache, eine Schlange oder auch ein schwarzer Pudel mit feurigen Augen. Man gelangt dahin durch unterirdische Gänge, die aber nicht wie man glauben möchte der Mythe angehören, sondern wie wir später sehen werden, der Wirklichkeit. Allein nicht nur der Schatz ist da verwahrt, sondern es wohnen dort auch noch jene denen er einst angehört, und dieß sind die drei Fräulein. Sie sind schon oft gesehen worden, und ihre Gestalt ist in der Gegend wohlbekannt. Sie erscheinen am „Sunwendtage" oder zu heiligen Zeiten, bei nächtlicher Weile, hintereinander gehend; die ersten beiden sind weiß von Kopf bis zu Fuß, die letzte ist es nur bis zum Gürtel, von da ab schwarz. Die ersten beiden, meint man, seyen zu erlösen, die dritte nicht. An manchen Orten will man auch bemerkt haben daß die drei Fräulein ein Seil spannen, von ihrem Burgstall bis zum nächsten; daß aus der Tiefe des versunkenen Schlosses am Sunwendtage ein Hahn kräht, daß zur selben Zeit ein schwarzes Roß bei Nacht aus dem Berge kommt und auf die Weide geht. Dieß sind die allgemeinen Züge der Sage, die indeß an manchen Orten noch voller und reicher erscheint, während wieder in andern Gegenden der Mythus sehr verkümmert, oft nur noch eine schwache Spur seines ehemaligen Daseyns vorhanden ist.

Nun tritt aber ein eigener Umstand dazu der die drei Fräulein ganz und gar in die Geschichte einzureihen scheint, nämlich dieselben drei Fräulein, so fabelhaft sie uns vorkommen mögen, treten auch als Stifterinnen auf, und ihre frommen Stiftungen haben sich bis zum heutigen Tag erhalten. Im Wald bei Sillaching liegt ein versunkenes Schloß, das ehemals drei Fräulein bewohnten welche drei nahegelegene Kirchen gestiftet und der Jungfrau Maria geweiht haben. Dasselbe wird zu Frauenberg bei Freising erzählt, und ähnliches an mehreren andern Orten. Am deutlichsten aber und scheinbar ganz leibhaftig hineinragend in die Gegenwart, erscheinen die drei Stifterinnen zu Igling, Landgerichts Landsberg. In einem hinterlassenen Manuscripte eines dortigen Pfarrherrn fand der Forscher folgende Stelle: „Unter den adeligen Geschlechtern welche von uralten Zeiten die Hofmarch Igling besaßen, sind am ersten Ort die drei hochadeligen Fräulein mit Namen Heilräthinnen zu preisen, welche nach Meinung der bewährtesten Schriftsteller von Karolingischem Geblüt abstammen sollen, und sich in Igling durch reiche Stiftungen an Weidenschaften und Waldungen berühmt machten." Diese Stiftungen haben sich bis auf den heutigen Tag erhalten, weßwegen ihnen auch jene Ortschaft alle Jahre einen feierlichen Seelengottesdienst halten läßt. Die Ueberlieferung von den drei Stifterinnen ist dort also allen Anzeichen nach noch ganz frisch; nebenher aber geht schwesterlich und in aller Eintracht die Sage von den drei Fräulein.

Der fleißige Sammler dieser Sagen ist uns nun aber auch die Erklärung derselben nicht schuldig geblieben, sondern hat vielmehr in einem sehr gelehrten Anhange auf unwidersprechliche Weise dargethan daß die Fräulein nichts anders bedeuten können als die altgermanischen Nornen, die Göttinnen des Schicksals, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, der Geburt, des Lebens und des Todes. Die Edda, bei ihrem bekannten Zuge die Mythen ins Ungeheure zu treiben, gibt den Nornen statt des griechischen Lebensfadens lieber ein langes Seil, und das spannen ja auch die drei Fräulein aus, wie am Hargenstein bei Reutte oder am Rachelberg bei Flinsbach erzählt wird. Die dritte der Schwestern, die halbschwarze, die zu Igling noch heutzutag „die Held" heißt, hat aber nicht allein den Tod zu bedeuten, sondern noch etwas mehr. Es ist nämlich soviel als gewiß daß sich die alte Hella, die Göttin der Unterwelt, mit ihr vereinigt hat. Deren Beruf war ursprünglich die Seelen der Verstorbenen in Empfang zu nehmen und unerbittlich festzuhalten. Die Deutschen bewahrten nach ihrer Bekehrung den Namen, aber aus der Person wurde eine Localität, aus der Hella die Hölle. Auch in der Edda erscheint Hella halb schwarz und halb weiß. Sie reitet auf einem schwarzen Pferd durch das Land um die ihr heimgefallenen Todten zu sammeln, und somit ist uns denn auch das Urbild jenes unheimlichen Rosses gegeben das um Mitternacht aus dem versunkenen Schlosse auf die Weide geht. Ferner verbindet die Edda mit der Hella, wie mit den Nornen, ein Hündchen, kampfgierig und bluttriefend, und dieses erinnert an jenen Pudel mit seinen feurigen Augen. Was endlich den Hahn betrifft der aus der versunkenen Burg herauskräht, so kennt auch die Edda einen schwarzen Hahn in den Sälen der Hella. Die versunkene Burg endlich hängt mit dem Glauben an Verwünschungen zusammen. Wir wissen jetzt daß Kaiser Karl im Untersberg, wie Friedrich der Rothbart im Kyffhäuser, jüngere Personificationen einer ältern Gottheit, nämlich des alten Wodan, sind. Die Sage legte sie bei Seite, sie wollte sie gewissermaßen aufheben, und daher der Glaube sie hätten sich verwünscht. Dieselbe Idee liegt auch zu Grund bei der Sage von den drei Fräulein; auch sie, die alten Schicksalsgöttinnen, haben sich verwunschen, und mit ihnen ist die Burg in den Berg versunken. Wenn die Sage behauptet sie könnten erlöst werden, so hat das vielleicht ursprünglich bedeutet ihre Verehrung könne einst wiederkehren. Daß dieß sehr zweifelhaft, muß aber schon der neu bekehrte Heidenchrist gefühlt haben, weil er die Erlösung von den schwersten Bedingungen abhängig machte. Abgesehen von den vielen wenn auch nur scheinbaren Fährlichkeiten bei dem Unternehmen selbst, wird an manchen Orten der Bruch des Zaubers davon abhängig gemacht daß der künftige Erlöser als Kind in einer Wiege geschaukelt worden, die aus dem Holz des Baums gezimmert war der jetzt erst als schwaches Reis aus der Mauer eines bestimmten Thurmes sprießt. Oder der Kirschkern aus welchem das Holz zur Wiege erwachsen soll, muß von einem bestimmten Vogel in eine Ritze des Schloßgemäuers getragen werden u. s. w.

*) Aus den Münchener Gelehrten Anzeigen.

Jene unterirdischen Gänge aber sind zum Theil auch schon untersucht und durchforscht worden. Der Gang zu Mergenthau bei Augsburg — eines der besten Beispiele — ist in festen weißen Sand gehöhlt und verzweigt sich in mehrere Seitengänge, so daß die Gesammtlänge 225 Fuß beträgt. Er ist spitzbogig geschnitten und 6½ Fuß hoch, 3 Fuß breit. In gleichen Entfernungen sind an den Seitenwänden kleine Nischen angebracht, wahrscheinlich um Lampen einzustellen. Auch die Gänge zu Reichersdorf, Rockenstein und Almering sind bereits vermessen — eine Arbeit die nicht ohne viel unheimliches Schliefen und Kriechen ablief — und es sind die Zeichnungen darüber dem Buch beigegeben. Der Verfasser zeigt nun daß bei Burgunden, Franken, Langobarden, Alemannen, Angelsachsen und Friesen die Stellen welche der Verehrung der Götter geweiht waren, als castra, als befestigte Orte erwähnt werden. Da wir nun auf vielen jener Hügel noch Spuren von Wällen und Gräben, da wir in den Gewölben selbst noch die Ueberbleibsel uralter Opfer finden, so ist es sehr wahrscheinlich daß hier einst umfriedete oder befestigte Opferstätten waren, deren Mittelpunkt allenfalls ein hölzerner Thurm gebildet, wie jener von dessen Höhe herunter Veleda bei Tacitus weissagt. Die Pflege solcher Heiligthümer mögen aber wohl Priesterinnen, vielleicht gerade drei, geführt haben, und da der Ort den Schicksalsgöttinnen geweiht war, so darf man annehmen daß dort auch das Schicksal verkündet wurde. Die unterirdischen Gänge dienten, wenn es so war, wohl zu unschuldigen Cultuszwecken, sie konnten zu mystischen Versenkungen benutzt werden oder wenn unterirdische Stimmen ertönen sollten u. s. w. Wenn nun der Nornentempel auch sein Grundeigenthum, seine Wiesen und seinen Bannwald hatte und dieser Besitz dann nach seinem Untergang an die neu erstehende Kirche oder an die Gemeinde überging, so erklärt sich auch warum die drei Fräulein als Stifterinnen verehrt werden. Somit wäre denn die ganze Sage und alles was mit ihr zusammenhängt auf glaubwürdige Art gedeutet und ausgelegt. Eigenthümlich bleibt es nur wie deutsche Bauern welche die größten Tage, die mächtigsten Ereignisse, die berühmtesten Könige und Kaiser in der deutschen Geschichte vergessen haben, mit ewiger Zähigkeit an dieser Sage festhalten und drei heidnische Phantome ihren Schatten über Jahrtausende hin bis in die Gegenwart hineinwerfen lassen.

Allein mit dieser sagenhaften Verewigung scheint den alten Nornen noch immer nicht genug Ehre erwiesen: die angestammte Liebe der Neubekehrten versetzte sie sogar in den christlichen Himmel. In manchen Orten nämlich wo die Sage von den drei Fräulein auf einem nahen Hügel ruht, werden auch in der Kirche drei heilige Jungfrauen verehrt; ja die Mythe vermischt diese beiden Dreiheiten und behauptet die heiligen Jungfrauen in der Kirche seyen gerade jene frommen drei Fräulein die in dem versunkenen Schloß gewohnt. Sie führen verschiedene Namen, Einpet, Wilpet, Wolpet, Gwerbet, Firpet u. s. w., die sich indessen schwer erklären lassen. Dieser Cultus geht von Meransen, das in Tirol bei Brixen liegt, bis in den Dom zu Worms, wo auch die Bilder der drei heiligen Jungfrauen aufgestellt sind. Allenthalben werden ihnen Wunder, insbesondere Heilung der Kranken zugeschrieben. Es ist bemerkenswerth daß diese Sage gerade bei dem ernsten Altbayer einen Charakter bewahrt hat in dem noch jetzt das düstere schauerliche Wesen der alten Schicksalsgöttinnen durchscheint. Die heitern Franken wissen zwar hie und da auch von den drei Fräulein zu erzählen, aber die übrigen sind meistens Wassernixen welche sich gerne auf Hochzeiten einfinden und mit den Bauernburschen tanzen. Zwei von ihnen gehen zu rechter Zeit wieder nach Hause; die dritte aber verliebt sich gewöhnlich, versäumt die Stunde, gewahrt dann wehklagend die Verspätung und bittet ihren Jüngling sie bis zu einer Quelle zu begleiten wo sie zu Hause sey. Bleibe das Wasser rein, so sey ihr verziehen, wenn nicht, so sey sie bestraft worden. Sie versinkt dann in den Born und gleich darauf spritzt daraus ein warmer Blutstrahl in die Höhe.

Somit zeigt sich denn gerade im bojoarischen Heidenthum ein bisher nicht geahnter, vor Jakob Grimms Forschungen wohl auch kaum erkennbarer Cultus der Schicksalsgöttinnen, und diese Entdeckung ist das ausschließliche Verdienst des Herausgebers dieser Sammlung. Während die Spuren der alten Nornen im übrigen Deutschland sehr verschwommen sind, finden sie sich gerade in reichster Fülle bei einem Stamme welchen mehrere unter seinen eigenen Gelehrten noch in diesem Jahrhunderte gar nicht zu den Deutschen zählen wollten, sondern zu den Kelten — eine Verwandtschaft die man damals freilich für sehr vornehm hielt. Eigenthümlich ist es auch daß die nordische Vorstellung vom Drehen und Festigen des Seils, wie Jakob Grimm sagt, weder in romanischen noch in deutschen Volkssagen gefunden wird, während sie doch gerade in der bayerischen nicht zu verkennen ist. Vielleicht daß man diesen Zug eines Tags benutzen wird um der Urstellung näher zu kommen welche die Bayern auf dem Schachbrett der germanischen Völkerzüge eingenommen. Jedenfalls ist eine Quelle eröffnet worden wo sie wohl die wenigsten vermutheten. Bisher mußte dem Anschein nach der bayerische Boden als öde und ausgedorrt erscheinen, nunmehr aber ist es ausgemacht daß auch hier noch ein dunkles Gedächtniß der uralten Tage nachlebt und sich in bedeutungsvollen Ueberlieferungen ausdrückt. Freilich wird dieß allem Anschein nach nur eine kurze Zeit noch währen. Der Sinn des Bauern wendet sich ab, wie vom alten Aberglauben, so von alten Mythen. Der bessere Unterricht in den Schulen gibt seinen Gedanken einen größeren Inhalt, und das Bedürfniß nach geistiger Anregung weiß er jetzt auf andere zeitgemäße Art zu befriedigen. Das völlige Aussterben der Sagen und ihre Feststellung und Erhaltung durch den Druck werden so ziemlich in Ein Jahrhundert zusammenfallen. Die alten Großmütter die sie einst an den Winterabenden den lauschenden Enkeln erzählten, sind fast schon alle dahingegangen. Desto dringender demnach die Aufforderung zu eilen, rüstig, unablässig zu sammeln und durch die Schrift zu erhalten was sonst der Gang der Zeiten bald unrettbar mit sich fortreißen wird. Dr. Steub.

Die öffentlichen und wissenschaftlichen Institute zu Paris auf ihrem Höhepunkte im neunzehnten Jahrhundert.

Von Alph. Esquiros und Dr. Ed. Weil. Stuttgart, 1850. Thl. 1 und 2.

* Ein jedenfalls bedeutendes, inhaltvolles und belehrendes Buch, so wenig man auch mit manchen in demselben vorgetragenen Grundsätzen und Ansichten einverstanden seyn mag. Was uns veranlaßt auf dieses in seiner ersten Ausgabe in Deutschland wohl aufgenommene Werk hier hinzuweisen, welches unter den Rubriken: Jardin des Plantes, Irrenhäuser, Findelhäuser, Taubstumme, nicht bloß eine Beschreibung der betreffenden Anstalten, sondern eine vollständige Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der Wissenschaften in Paris gibt, sind die Aeußerungen der am 1 Sept. d. J. geschriebenen Vorrede, welche ein trübes Bild von den gegenwärtigen Aussichten der Wissenschaft in der Metropole der Civilisation bieten. „Die Civilisation", so läßt sich der Vorredner Dr. Ed. Weil vernehmen, „hat seit dem Ende des Jahres 1847 in Paris einen gewaltigen Rückschritt gemacht, die Wissenschaft im großen Ganzen ist unbestreitbar zurückgegangen von dem Höhepunkte welchen sie vor der Februarrevolution einnahm... Der magische Ring ist gebrochen, der so zu sagen alle hervorragenden Geister, die Ergebnisse aller Forschungen in Einen Kreis bannte. Der Kampf ist noch lange nicht zu Ende der alle die glänzenden und wirklich werthvollen Schätze der Weltstadt Paris zerstreute und bestäubte, er ist noch lange nicht ausgerungen. Auch die Wissenschaften bedürfen Ruhe und Muße zur Erweiterung ihres Gesichtskreises, zu gedeihlicher Entwicklung und Verbreitung. Diesen Frieden werden sie trotz aller Symptome in der Börsenwelt, trotz aller Zeitungsenten noch lange nicht finden, wenigstens in Paris nicht. Zum großen Leidwesen und Unglück der Pariser wird die Pilgerfahrt der jungen Gelehrten, welche aus aller Herren Ländern und besonders aus Deutschland so viele strebende und lebensmuthige Kräfte nach Paris führte, noch längere Zeit unterbleiben müssen, wenn sie vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ergiebig und fruchtbar seyn soll. Trotz der Bestrebungen der heutigen Regierung in den öffentlichen Zuständen alle Spuren der Februarrevolution und ihrer Folgen möglichst schnell zu verwischen, wird dennoch wohl noch mancher Monat vergehen bis die Finanzkräfte des Staates die Opfer erschwingen können welche zur vollständigen Wiederherstellung der öffentlichen Anstalten in den Zustand vor der Februarrevolution erforderlich sind — bis auch der Einzelne die Verluste und Opfer verschmerzt hat welche die Zeiten der Gährung und der Stürme ihm an Habe und Gemüthsruhe auferlegt haben." ... „Wir hatten uns den Zweck gesetzt", so fährt der Vorredner fort, „bei der freien Bearbeitung des Buchs Paris au XIX siècle unseres Esquiros, ein wissenschaftliches Rundgemälde von Paris und seinen geistigen Schätzen, ein umfassendes Bild der nach der Weltstadt hin gravitirenden Bestrebungen der ganzen wissenschaftlichen Welt zu liefern. Esquiros hatte die trockene objective Form der Darstellung verschmäht, hatte mit französischem esprit seine subjectiven Anschauungen und Reflexionen eingemengt, ohne der historischen Treue zu vergessen. Bei der Bearbeitung mußten wir hiervon manches abkürzen."

Manches ist davon allerdings auch stehen geblieben; es trägt aber dazu bei dem Buche den Charakter frischer Lebendigkeit zu geben der es auszeichnet. Es nimmt entschieden Partei für den Fortschritt und faßt diesen Fortschritt zuweilen in einer Weise auf daß man sieht der Verfasser nährt Hoffnungen von Theorien die sich schwerlich verwirklichen werden. Wir verweisen hiefür beispielsweise auf die ausführliche Darstellung des Verhältnisses von Cuvier zu Geoffroy St. Hilaire. Eben aber daß Partei genommen wird, daß das Interesse an den für die Wissenschaft in erster Reihe thätigen Männern hervortritt, das biographische und anekdotische Element des Buches macht es zu einer gleich anziehenden und belehrenden Lectüre. Wir wollen hiefür ein einziges Beispiel beibringen, und wäh-

len dazu die Schilderung der Thätigkeit welche der Conventsdeputirte Lakanal in der wildesten Zeit des Terrorismus für Erhaltung und Verbesserung des naturhistorischen Museums entwickelte. „Die früher im naturhistorischen Museum eingerichtete Verwaltung war bedroht, und wäre dem Haß, den der Name **königliche Gärten** einflößte, unterlegen, wenn sich nicht in jenem Moment in der Nationalversammlung ein Bürger gefunden hätte der den Wissenschaften und den sie wahrenden Instituten ergeben gewesen wäre. Von der die Anstalt bedrohenden Gefahr unterrichtet begibt er sich insgeheim in den Jardin des Plantes, und bespricht sich mit Daubenton, Thouin und Desfontaines über die Mittel einem der Naturgeschichte so verderblichen Untergange vorzubeugen... Seit langer Zeit hatten die Naturforscher einen Plan zur Verbesserung und Vergrößerung des Instituts vorbereitet; der Inhalt war sogar der constituirenden Versammlung vorgelegt; von dieser aber, die für das Wohl von Frankreich zu kämpfen hatte, unter den Bureauacten begraben worden... Lakanal unterrichtete sich über die Bedürfnisse der Wissenschaft; man legte ihm den alten Plan vor, der bereits umgeformt und abgeändert war. Die Bedürfnisse waren ungeheuer, die Natur erstickte in diesen engen Gränzen, worein man sie aus Mangel an Fonds zu sperren genöthigt war. In der bescheidenen Behausung Daubentons in der Rue St. Victor hatte man von der Revolution und ihren Conflicten nur wenig gemerkt; das Geschrei des aufrührerischen Volks, die Infanterie- und Artilleriesalven waren verstummt unter dem Blätterdache der Linden und Castanien, wo die Vögel mit ihrem ewigen Gesange lockten. Die Ankunft dieses Fremden der das Schicksal der Wissenschaft in der Tasche trug in dieser Behausung, war ein Ereigniß; man setzte ihm die Mittel auseinander wie die Anstalt, für welche er so lebhaftes Interesse bewies, verbessert werden möchte. Jene Unterredung verwandelte sich sehr bald in ein Decret, das noch am selben Abend im Ausschuß für Volksunterricht besprochen, am andern Tage vor den Nationalconvent gebracht und von diesem angenommen wurde. Die Nation hatte im Augenblick der Entscheidung Regierung und Armee improvisirt — jetzt decretirte sie mit einemmal Professoren. Zwölf Lehrstühle zur Förderung der Naturstudien wurden geschaffen; man berief für dieselben meist unbekannte Männer, deren Ruhm sich erst noch bilden sollte. Diese zwölf Gelehrten bildeten einen kleinen Freistaat, der noch im heutigen Augenblick existirt; jeder Professor ist mit der Verwaltung des besondern ihm zufallenden Zweiges beauftragt; alle außerordentlichen Maßregeln werden unter dem Vorsitz eines zwei Jahre hintereinander, dann aber nie mehr wählbaren Mitglieds von sämmtlichen Professoren — ihre Zahl beträgt jetzt fünfzehn — in corpore berathen. Daubenton ward im Anfange zum Präsidenten gewählt. Die Besoldung jedes ordentlichen Professors beläuft sich auf 5000 Franken jährlich; ihre friedlichen Wohnungen, welche, mitten in dem Etablissement selbst gelegen, der hundertjährige Schatten der Cedern vom Libanon umringt, gewähren ihnen jene Stille, jenes Halbdunkel, das der Wissenschaft so förderlich ist."

Es ist höchst bezeichnend für den französischen Charakter die Wendung zu beachten welche Lakanal nahm um seinen Vorschlag dem Convent annehmlich zu machen: „Soll denn", rief er, nachdem er den Nutzen geschildert den das Land unter einer neuen Administration aus dem Jardin des Plantes ziehen könnte, nachdem er ferner auf die Pflanzungen exotischer Bäume, deren Verbreitung für ganz Frankreich höchst vortheilhaft werden könnte, einen Blick geworfen hatte, „soll denn der Baum der Freiheit der einzige seyn der sich im Jardin des Plantes nicht naturalisiren ließe?"

Die deutschen Universitätsferien.

† **Göttingen.** Bekanntlich trat im Herbst 1848 in Jena ein Congreß von akademischen Lehrern unter Zustimmung der Regierungen zusammen um sich über nöthige Reformen und möglichst gemeinsame Einrichtungen auf den deutschen Hochschulen zu berathen. Der dort gewählte Ausschuß sollte diesen Herbst in Heidelberg zur nähern Berathung sich versammeln um die indeß auf den einzelnen Universitäten gepflogenen Verhandlungen mitzutheilen und die Vorschläge in Einklang zu bringen. Die Ereignisse in Baden vereitelten diese Zusammenkunft, welche nun auf den von Heidelberg selbst ausgesprochenen Wunsch bis zum Jahre 1850 verschoben werden soll. Wir halten diesen Aufschub für sehr gut; denn wo wäre jetzt bei der allgemeinen Uneinigkeit in vaterländischen Angelegenheiten eine Einigung zu erzielen? Zudem würden wahrscheinlich, nach den Jenenser Erfahrungen zu schließen, mancherlei schädliche und unhaltbare Neuerungen eingeführt worden seyn; denn in Jena hatte das ultrademokratische Element selbst in den Köpfen ergrauter Männer noch seinen Spuk getrieben. Indeß hat eine große Anzahl deutscher Universitäten das Jenenser Programm benutzt um, was darin gut und den Verhältnissen angemessen schien, theils wirklich einzuführen, theils einer weitern Erwägung vorzubehalten. Gewisse Reformen waren in der That unabweislich; manche könnten allgemein wünschenswerth seyn, andere modificiren sich nach den natürlichen Verschiedenheiten der einzelnen Hochschulen, und es wäre da nicht gut wenn, um einen trivialen aber bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen, alle über denselben Leisten geschlagen würden. **Eine** Einrichtung aber dürfte sich als gleich wünschenswerth für alle deutschen Hochschulen zeigen, und auf keine andere Schwierigkeit stoßen als die zähe Gewohnheit. Wir meinen den gleichen Beginn und die gleiche Dauer der akademischen Ferien. Das Jenenser Programm bekannte sich zu dem Princip der preußischen Universitäten, auf denen allen seit einer Reihe von Jahren die Osterferien 4 Wochen (vom 15 März bis 15 April), die Herbstferien 8 Wochen (vom 15 August bis 15 October) dauern, und wo die Vorlesungen mit dem bestimmten Tag oder doch im Lauf der ersten Woche ihren Anfang nehmen. Die beiden größten nichtpreußischen Universitäten Norddeutschlands, Leipzig und Göttingen, haben seit der Jenenser Besprechung diese Ferientermine eingeführt. Leipzig hat also die großen Hindernisse die seine beiden Messen, namentlich die Ostermesse, hier entgegenstellen, wirklich überwunden, und Göttingen hat eine alte Einrichtung, welche viele für vorzüglicher hielten weil darinnen beide Semester eine fast gleiche Länge hatten, gleichfalls aufgegeben. Deßungeachtet schließen andere deutsche Universitäten im Herbst erst Anfang Septembers, oder haben Sommerferien, oder beginnen im Mai und November. Nichts ist aber für die Studien unangenehmer und schädlicher als diese Ungleichheiten. Haben alle Universitäten denselben Anfangstermin, wird dieser streng eingehalten, so weiß ein jeder wann er aus der Heimath abreisen, wann er eintreffen soll. Es bedarf dann keiner besondern Erkundigungen. Der Schaden ist aber gleich groß wenn der Studirende zu früh, wenn er zu spät kommt. Im erstern Fall treibt er sich ohne Beschäftigung an einem ihm meist fremden Ort herum, gibt unnöthiges Geld aus, langweilt sich oder geräth in schlechte Gesellschaft. Kommt er zu spät, so entgehen ihm die einleitenden Theile der Vorlesungen, auf welche viele Lehrer mit Recht einen großen Werth legen. Der jetzt in fast ganz Norddeutschland festgesetzte Termin hat aber entschiedene Vorzüge. Die Osterferien, in einer noch unfreundlichen Jahreszeit, nicht zur Erholung auf Reisen brauchbar, sind kürzer. Die Herbstferien beginnen Mitte Augusts, noch zu einer Zeit wo Erholungsreisen gemacht werden können, wo man auf gutes Wetter rechnen kann. Sie gestatten noch den Besuch eines Landes. Die vielen akademischen Lehrer welche jährlich Heilquellen besuchen brauchen keinen Urlaub mehr mitten im Sommer zu nehmen und ihre Vorlesungen zu unterbrechen. In Göttingen wo man bisher bis Anfang, ja früher bis Mitte Septembers zu lesen gewohnt war, ist man mit der neuen Einrichtung sehr zufrieden, und wünscht nun eine allgemeine Einigung zu gleichen Terminen, aber auch zu einer strengen Einhaltung derselben.

Wir haben das Wort Einigung nicht ohne einigen Schauder genannt; denn es ist ordentlich als ob diesem Worte in ganz Deutschland stets die Uneinigkeit auf dem Fuße folge, und in Süddeutschland wird man am Ende schon gegen obige Termine der Ferien seyn weil sie von Preußen ausgegangen sind.

Frankfurt.

÷ **Frankfurt a. M.,** 16 Oct. Der große Verfassungskampf in dem Gesammtvaterland prägt sich in jedem, selbst dem kleinsten deutschen Einzelstaate wie in Scheidemünze aus. Ein weiterer Bericht über den Verlauf unserer Verfassungsangelegenheit dürfte also um so weniger ohne Interesse für Ihre zahlreichen Leser seyn, da sich auf alle Bewohner deutscher Erde des Dichters Wort anwenden läßt:

Es ist ihr ewig Weh und Ach,
So tausendfach
Aus einem Punkte zu curiren.

Aber dieser Punkt ist leider ein geometrischer der im Raume nicht darzustellen ist, ein idealer der verschwindet sobald man ihn festzuhalten sucht. Ohne Bild zu sprechen, die Frage ist in Frankfurt wie in Bayern, in Preußen und überall: wie läßt sich die ungeheure Beweglichkeit in den öffentlichen Zuständen, welche eine nothwendige Folge des erworbenen Rechts zu allgemeinen Wahlen nach bloßer Kopfzahl ist, zugleich erhalten und durch ein hinzugefügtes stabiles Element vor ihrer eigenen Ueberstürzung bewahren? In Preußen hat man sich, zur Abhülfe, an den alten König Servius Tullius gewandt, und von ihm einen Rath eingeholt der im 6ten Jahrhundert vor Christi Geburt ganz zweckmäßig war. Hier in Frankfurt ist die Minorität unserer Constituante keineswegs so weit zurückgegangen, sie hat den Verfassungsentwurf eingereicht worüber wir bereits in Nr. 325 dieser Blätter berichteten, und der darauf hinausgeht die endgültige Entscheidung über die wichtigsten Staatsfragen einer Behörde zu übertragen welche die Volksvertretung, einen controlirenden Bürgerausschuß, ausübende und richterliche Gewalt in sich vereinige. Ueb

dieses System wurde nun in unserer Constituante in zwei Sitzungen verhandelt, und dasselbe endlich gestern Abend mit 76 gegen 26 Stimmen verworfen. Das Publicum nahm an diesen Verhandlungen ein Interesse fast wie ehemals an denen unsers großen deutschen Parlaments; es fühlte daß es sich um eine der wichtigsten Zeitfragen handle, und man muß es den Rednern beider Parteien zur Ehre nachsagen daß die Debatten, ohne Persönlichkeiten, mit Würde und Talent geführt wurden. Die beiden Führer der entgegengesetzten Lager, die HH. Dr. Goldschmidt und Reinganum, beide Rechtsgelehrte von anerkannter Bedeutung und großem Rufe, führten den Proceß zwischen dem conservativen und dem vollblütigen Liberalismus mit großer Geistesschärfe. Wie gewöhnlich gelang es beiden besser auf die Blößen des gegnerischen Entwurfs aufmerksam zu machen als die Stärke des eignen zu beweisen. Was werden, sagte jener, gegen den Riesen Goliath, wozu Sie Ihren Volksrath machten, die sieben kleinen Davide vermögen welche Sie den Regierungsrath nennen? Er verlas die von dem verstorbenen Dr. Jassoy herrührende Einleitung zu unserer bisherigen Constitutionsergänzungsacte (1816), worin unter andern auf die jetzige Zeit anwendbaren Sätzen auch folgender vorkömmt: „Wenn in allen Republiken des Alterthums und der neuern Zeit, außer einigen bald mißlungenen Versuchen in griechischen Städten und zuletzt in Frankreich, der ausübenden Gewalt bedeutender Antheil an der Gesetzgebung eingeräumt wurde; wenn schon Aristoteles diejenigen Staaten in deren Gesetzen dieses nicht verordnet und die ausübende Gewalt bloß gehorchend war, vielköpfige Monarchien mit despotischer Gewalt nennt, und von einer solchen Art der Regierung sagt daß sie nicht einmal den Namen einer Verfassung verdiene, und dem Dynastenregiment in der Oligarchie oder der Tyrannei in der Monarchie zu vergleichen sey, so wird man doch wohl in Frankfurt am Main nicht in die Versuchung gerathen eine Ordnung der Dinge zu bilden welche die Erfahrung der Jahrhunderte überall verworfen hat?" Es wurde ihm leicht die Unfreiheit solcher Wahlen zu zeigen welche 80 Vertreter aus einem Gebräu hervorgehen lassen, wogegen sich übrigens auch ein sehr entschiedenes, aber grundredliches und aufrichtiges Mitglied der Linken, Hr. Dr. Alexander Friedleben, ausgesprochen hatte. Auch andere Schwächen des Mehrheitsentwurfs, wie die Ernennung der sieben Regierungsräthe durch directe allgemeine Wahl, zeigte er glücklich. Keineswegs wollte ihm aber gelingen die Anomalie zu rechtfertigen daß im Gegenentwurf die Richter als Richter in das Gebiet der Politik hinübergezogen, und so nothwendigerweise der hohen Unparteilichkeit beraubt werden welche das erste Erforderniß einer guten Rechtspflege ist. An dieser schwachen Seite griff ihn sein kampfgeübter talentvoller Gegner mit Geist und Geschick an. Den projectirten großen Rath verglich er mit dem Napoleonischen sénat conservateur, der zur Zeit der Noth nichts habe conserviren wollen als seine Gehalte, vergaß aber freilich, als er Lamartine's Staatsweisheit gegen seinen Vorredner in Schutz nahm, daß gerade Lamartine die Departementswahlen im jetzigen Frankreich, aus denen doch nicht achtzig, sondern höchstens achtundzwanzig Deputirte hervorgehen, in seinem Conseiller du peuple bitter tadelt und sie als eine offenbare Beschränkung der Wahlfreiheit darstellt! Das Publicum auf der Galerie, das sich während des parlamentarischen Kampfs anständig betrug und seine Vorliebe für den Redner der Majorität nur, wie es in seinem Recht liegt, durch Beifallsbezeugungen bekundete, gab doch zuletzt ein tadelnswerthes Beispiel von Parteilichkeit. Während es den Redner der Minorität immer ruhig, zuweilen beifällig anhörte, beliebte es ihm gerade das Votum unseres ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dr. Juche mit der Minorität und für dieselbe mit Zischen zu beglücken. Das ist das endliche Loos der Vertreter des deutschen Volks. Sie werden von den Regierungen eingesperrt oder vom Volk verhöhnt. Noch mag wer zu den extremsten gehörte Trost finden in der Apotheose des Janhagels von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken. Aber unser guter Juche, eine grundehrliche Natur, mag er nicht mit Recht ausrufen: Saulus warum verfolgst du mich?

Berlin.

♀ **Berlin**, 13 Oct. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer war auf 12 Uhr festgesetzt; weil aber die Abgeordneten beim Empfang des Prinzen von Preußen zugegen seyn mußten, begann sie um 10 Uhr und dauerte bis 12 Uhr. Die Artikel 29 und 30 der Verfassung (Corporationsrecht — Petitionsrecht) werden ohne Discussion angenommen; ebenso der erste Satz des Art. 31 (Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses), während der zweite, der eine nähere Bestimmung über die Beamten enthält, nach dem Antrag der ersten Kammer verworfen wird. Der erste Satz des Art. 31 (Wehrpflicht aller Preußen) erhält die Genehmigung der Kammer; der zweite soll als besonderer Artikel hinter 37 zu stehen kommen. Die Art. 33, 34 und 37 werden auf den Antrag des Abg. Hauptmann Schimmel miteinander zur Discussion gestellt. Diese dreht sich hauptsächlich um die Bestimmung des Art. 34 daß das Militär „nur auf Requisition der Civilbehörden" einschreiten dürfe. Die Commission hat sich für Streichung dieser Worte entschieden. Gegen ihren Antrag sprechen die Abgg. Hartmann und Tellkampf. Die Militärbehörden würden in außerordentlichen Fällen selber einzuschreiten den Muth haben, wie dieß im vorigen Jahr der commandirende General in Schlesien bewiesen (Graf Brandenburg, der nicht abwesend ist). Die Idee des Rechtsstaates verlange daß festgesetzt werde das Militär dürfe nur auf Requisition der Civilbehörden von den Waffen Gebrauch machen. Der Minister v. Manteuffel bemerkt: als Graf Brandenburg die genannte Bekanntmachung erlassen, habe es noch keine Verfassung gegeben. Hätte sie bestanden, würde sie Graf Brandenburg gewiß nicht verletzt haben. Er müsse wünschen daß die Ausnahmefälle verfassungsmäßig festgestellt würden. Für den Commissionsantrag erklären sich noch der Abg. v. Griesheim und der Kriegsminister. Jener beweist aus frühern Verordnungen daß das Militär in der Regel nur auf Requisition der Civilbehörden von seinen Waffen Gebrauch machen durfte. Ihm wäre kein Fall bekannt in welchem zu früh, wohl aber Fälle in denen zu spät eingeschritten worden sey, z. B. der vorjährige Zeughaussturm. „Was würde die Folge seyn wenn man unbedingt ausspräche daß das Militär nur auf Requisition der Civilbehörden einschreiten dürfe? Verletzung der Verfassung oder der militärischen Ehre. Davor möchte ich jeden braven und geraden Mann geschützt wissen. (Beifall.) Ausnahmefälle sind nicht nur für Festungen, sondern auch für Orte welche Militärzeughäuser, Regierungshauptcassen u. s. w. enthalten, dringend nöthig." Die Debatte wird auf Dienstag den 16 vertagt. Die erste Kammer beschloß heute ebenfalls zur Verfolgung des Autors eines sie schmähenden Zeitungsartikels ihre Genehmigung nicht zu ertheilen. Dann beschäftigte sie sich mit Petitionen. Ein Gesuch von 51 Einwohnern der Stadt Simmern erregte allgemeinste Heiterkeit. Dasselbe verlangt nichts weiter als „durch kräftiges und entschiedenes Handeln Se. Maj. den König zu veranlassen: 1) das jetzige Ministerium welches im offenen Widerspruch mit dem Willen der Nation stehe, zu entlassen, und 2) die angebotene Kaiserwürde unbedingt anzunehmen und dadurch das gemeinsame deutsche Vaterland zu retten!"

∸ **Berlin**, 15 Oct. Die Kammersitzungen wurden gestern unterbrochen, damit die Deputirten dem Einzuge des Prinzen von Preußen beiwohnen, resp. in der Deputation ihn empfangen konnten. Eine solche Feier des Empfangs wie sie dem Prinzen geworden, schien freilich unerläßlich nach der Schmach mit der die aufgeregten Massen gerade ihn, und ungerechterweise, nach dem 18 März behandelt. Eine so lang andauernde Verfolgung gegen eine Persönlichkeit die sonst durch ihren edlen, offenen Charakter bekannt ist, und, wie jetzt alle competenten Stimmen darin einig sind, in dem angezogenen Fall ohne Grund bezichtigt ward, ist wohl selten, und fast ist man geneigt sie mit dem mannichfach Fatalistischen in Verbindung zu bringen was den Lebenslauf dieses Prinzen begleitet hat. Diese Verkennung, die Verhöhnung seinem Palast angethan, der empörende Empfang der ihm in der Nationalversammlung als Deputirter ward, endlich der bei Bingen gegen ihn versuchte Meuchelmord, forderten, abgesehen von dem Umschwung in der politischen Meinung, und dem was der Prinz in Baden repräsentirte, einen regenerirenden oder restaurirenden Act, und zwar von Seiten der Berliner Bevölkerung. Es ist zu bedauern daß sie gerade vom Treubunde vorgenommen werden mußte. Er hatte wenigstens den äußern Theil des Arrangements übernommen, die Kränze, an denen es nicht fehlte denn jeder Soldat trug mindestens deren drei, die Blumen, das Tücherwehen, die Hurras. Die Schützengilde, als jetzt einzige militärisch corporirte Bürgermannschaft, konnte glücklicherweise einigermaßen die Bürgerschaft repräsentiren, was doch diese dem Treubund nicht gestatten wird. Welche Gegensätze und welche Erinnerungen wenn man den mit Festons und Blumen geschmückten Palast des Prinzen bei Tageslicht mit jenem Nachtstück vergleicht wo das wuthbrüllende Volk ihn in Grund und Boden zerstören wollte, und nur der Einfall eines Studenten es für Nationaleigenthum zu erklären das Gebäude rettete. In der Prinzessin schienen diese Erinnerungen lebendig, sie schien tief ergriffen; der Prinz mochte sie mit männlicher Kraft überwinden. Ueber seine Worte die er den Deputirten auf ihre Anrede sagte, gehen verschiedene Versionen um. Er sprach von der tiefen innern Zerrüttung des Landes das er verlassen, und beschwor fast bittweise die Vertreter der preußischen Nation im Verein mit der Regierungsmacht das Ihre zu thun um das Vaterland vor ähnlichen Zerwürfnissen und gleicher sittlicher Verwilderung zu bewahren. In dem Wunsch und Willen werden wohl alle einig seyn, aber auch in den Mitteln? Ueber den Sinn der an den Präsidenten, Graf Schwerin, gerichteten Worte ist man nicht klar. Der Prinz gedachte der Verdienste welche die Familie Schwerin seit länger als einem Jahrhundert um Preußen gehabt. Aehnliches sprach neulich bei der definitiven Präsidentenwahl der Vicepräsident Sim-

sen aus. Das galt damals als Demonstration gegen die stockpreußische Rechte, welche in das Bravo der Versammlung bei Schwerins Wahl nicht einstimmen wollen, sondern sogar Zischlaute hören ließ. Wenn einige in des Prinzen Worten auch eine Demonstration, einen Wink an den Grafen gehört haben wollen in der unbedingten Treue gegen das Königshaus zu verharren, so beruht das wohl auf einem Irrthum, weil es weder auf Graf Schwerin noch zum Prinzen von Preußen paßt. Die Partei die das wünschen kann, möchte sich auf den apokryphischen Brief des Königs an den Frhrn. v. Vincke berufen. Aber weder hat Schwerin zu einer derartigen Verwarnung Anlaß gegeben, noch würde der Prinz den Augenblick seiner freudigen Bewillkommnung zu einer Bemerkung die nur einen Stachel hinterlassen könnte, benutzen. Der Jubel war groß, und die Theilnahme eine ächte; daß beide aber aus dem Umschlag der Meinung hervorgegangen wären, ist eine Täuschung. Nur die Mehrzahl der Bevölkerung welche damals unter den Schrecken des Terrorismus geschwiegen, erhob jetzt ihre Stimme; ob aber nicht mit einiger Bangigkeit gemischt? Die willkürliche Deutung die man der Rede des Prinzen gegeben, scheint dafür zu sprechen, denn es läßt sich nicht läugnen daß die Freude der gewonnenen Sicherheit durch die Besorgniß vor der immer kühner auftretenden Reaction bei vielen gedämpft ist. Vom Prinzen erwartet man am wenigsten daß er einem Ministerium aus den Reihen der Kreuzzeitung zum Regiment verhelfen werde, aber mit ihm kam die Nachricht von Batthyany's Hinrichtung, die erschütternd gewirkt hat. Außerdem begreifen viele nicht wie in den Kammern, nachdem die Vorwärtspartei in den Hauptschlachten gesiegt, in kleinen Nachgefechten die errungenen Vortheile wieder aufgeben mag. Es läßt sich darüber vieles sagen, aber ich theile nicht die Besorgniß daß sie sich von der Rückwärtspartei allmählich fortziehen läßt. Die Erhaltung des Ministeriums, der deutschen Frage und der lauernden Reactionspartei gegenüber, dünkt der Mehrzahl gerade jetzt so wichtig daß sie in allen nicht wesentlichen Fragen, um Krisen zu vermeiden, nachgibt. Aber die Besorgniß ist da, ja sie wirft sich schon auf das traurige Feld der Verdächtigung, sie bezichtigt auch Matadore der freisinnigen Partei der Lauheit und Erschlaffung. Glücklicherweise bleibt wenigstens die Verdächtigung der Bestechung und des Verraths noch ausgeschlossen.

In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer, welche durch des Prinzen Ankunft ohne Schluß der Debatte unterbrochen ward, stand der Paragraph auf der Tagesordnung welcher über das Einschreiten des Militärs bei Tumulten u. dgl. spricht. Wir geben zu daß es factisch nöthig sey den Militärcommandeurs die facultative Macht zu geben, auch ohne die Civilrequisition abzuwarten, in den Tumult einzuschreiten; besser aber wär' es man spräch' es nicht aus, sondern überließ es dem Muth der Officiere ob sie ihr Amt und Leben für eine Handlung einsetzen wollen zu der jeder berechtigt ist wenn er seinen Nachbar in Gefahr sieht. Unsere Traditionen, die Disciplin des preußischen Heers, machen aber, wir wollen es zugeben, räthlich auch darüber positive Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen, nur hüte man sich davor immer und immer wieder in der legislatorischen Debatte von der guten Absicht der Regierung zu sprechen, und daß man sich doch darauf verlassen könne wie sie ihre Machtvollkommenheit nicht überschreiten, und nur mit aller Berücksichtigung der Verhältnisse handeln werde. Wenn man überall die beste Absicht, die klarste Einsicht und den humansten Willen voraussetzen sollte, kurz eine relative Vollkommenheit der Machthaber, so brauchte man überhaupt gar keine Verfassung. Wir lebten im Paradiese oder in Utopien der Socialisten. Noch aber suchen wir nach einer Verfassung um deßwillen daß sie uns gegen die Unvollkommenheiten und die Willkürlichkeiten der Machthaber ein Schutz sey.

Aus den Festlichkeiten werden wir sobald nicht herauskommen. Gestern des Prinzen Einzug, morgen der königliche Geburtstag, der wenigstens durch mehrere Mittagessen gefeiert wird — eine allgemeine Illumination wird nicht gewünscht — und am 18ten, mit dem Geburtstag und der Mündigkeitserklärung des künftigen Kronprinzen, die Enthüllung der Statue Friedrich Wilhelms III im Thiergarten.

Richtung der Staatseisenbahn von Laibach nach Triest.

Die wichtigste mitteleuropäische Bahnlinie welche, der Axe unseres Welttheiles folgend, Hamburg mit Triest verbinden soll, durchzieht mit mehr als der Hälfte ihrer gesammten Entwicklung die österreichische Monarchie, und findet in derselben einen ihrer beiden Endpunkte. Schon hat die österreichische Staatsbahn ihre Linie tief in die Thäler der julischen Alpen hinein erstreckt, und nur wenige Wochen sind es daß sie ihrem Endziel um ein bedeutendes näher gerückt ist. Dessen ungeachtet bildet diese Bahn, solange sie ihr letztes Ziel nicht erreicht hat, nur einen großartigen Torso, und ist einer elektrischen Stromleitung vergleichbar welche auf einem Isolirschemel endigt. Wie der elektrische Strom die Neigung fortwährend äußert zur Erde zurückzukehren, ebenso strebt der Schienenweg, das große eiserne Band welches den Landverkehr zusammenhält, zur Mutter der Erde, zur länderverknüpfenden See, dem eigentlichen Tummelplatz des Welthandels, zu gelangen. Die österreichische Staatsbahn wird in die Reihe der Welthandelsstraßen treten, wenn auf ihr die Handelsgüter vom Gestade des südlichen Meeres bis in das Herz von Europa und darüber hinaus auf den verbundenen Bahnen bis zur Nordküste gebracht werden können. Daß sie diese Eigenschaft recht bald erwerbe und dem österreichischen und deutschen Handel zum unabhängigen, von äußerem Einfluß nicht berührten Stützpunkt diene, liegt im Interesse des Staats wie seiner Bürger. Dieses Begehren wird um so dringender, je größer die Schwierigkeiten sind welche, wie jedermann bekannt, überwunden werden müssen um zu seiner Befriedigung zu gelangen. Wohl ist die Staatsbahn bis an den Fuß der Alpen, dieser großen und hohen Wasserscheide von Mitteleuropa, vorgedrungen. Es muß aber diese Wasserscheide überstiegen oder sonst überwunden, es muß auf der schmalen südlichen Abdachung der Raum zur Entwicklung einer benützbaren Linie gefunden werden. Noch hatte keine der zum Bau gelangten Eisenbahnen eine solche Aufgabe zu lösen als die österreichische Staatsbahn. Seit Jahren beschäftigen sich die österreichischen Ingenieure damit zwischen diesen beiden Punkten alle geeigneten oder auch nur möglichen Linien zu erforschen, die Umstände mancherlei Art zu erheben welche günstig oder hemmend auf die Anlegung der Bahn einwirken könnten, und das Ergebniß ihrer Erforschungen zu einem Plane für Anlage und Bau der Bahn zu gestalten. Tiefe und eindringende Studien wurden gemacht, alle bei dem Bau der bereits fertigen Bahnen beobachteten Vorkommnisse in Erwägung gezogen, die fremde Erfahrung der eigenen beigesellt, die Einwirkungen des Bodens, wie der Luft und des Wassers in genaue Rechnung gebracht, kurz nichts unbeachtet gelassen um die reiflichste Prüfung der vorliegenden Plane und Entwürfe möglich zu machen. Dieser bedächtige Vorgang mag zwar manchem ungestümen Verlangen entgegengetreten seyn, er hatte einen unschätzbaren Vortheil daß man durch Benützung der ungemein wichtigen Fortschritte welche die Technik des Bahnbetriebes in den letzten Jahren gemacht hat, die Mittel zur Besiegung der entgegenstehenden Schwierigkeiten bedeutend vermehren und die Elemente zur Erzielung eines geregelten Bahnbetriebes verstärken konnte.

Inzwischen war die Zeit gekommen wo die mit Fleiß und Umsicht geführten Untersuchungen abgeschlossen und aus den vorliegenden als ausführbar nachgewiesenen Projecten dasjenige gewählt werden mußte welches den Anforderungen der Oekonomie im Bau, der Leichtigkeit im Betrieb, der rascheren Ausführbarkeit und der vollen Convenienz des Verkehrs am meisten entspräche. Diese Wahl ist nach sorgfältiger Erwägung getroffen worden, und Se. Maj. der Kaiser hat auf den Antrag des Handelsministers die Linie in welcher die Staatsbahnstrecke von Laibach nach Triest geführt werden soll, zu genehmigen geruht. Die Wichtigkeit dieses Beschlusses und das Interesse des Gegenstandes wird es rechtfertigen wenn wir, in eine nähere Erörterung der hierbei zunächst in Betracht kommenden Linien eingehend, die Elemente auf welche hiebei Rücksicht zu nehmen war umständlich aufzählen.

Wer sich mit der Sache auch nur oberflächlich bekannt gemacht hatte, mußte zu dem Schluß gelangen daß die Wahl hier zunächst auf zwei Richtungen angewiesen sey, nämlich die Bahn entweder mit Uebersteigung des Gebirges über den Karst zu führen und unmittelbar nach Triest zu leiten, oder mit einem Umwege das Gebirge dort zu durchbrechen wo sich das Idriathal von Nordwesten her tief in die Berggruppen des Alpenzuges einzwängt, um längs der Idria an den Isonzo zu gelangen und dann über Duino längs der Meeresküste Triest zu erreichen. Das genaueste Studium bestätigte die Ansicht daß nur in einer dieser beiden Richtungen die Bahn geführt werden könne. Diese beiden Hauptwege lassen aber in ihrer Entwicklung wieder mehrere Alternativen zu; werden diese jedoch unter sich verglichen und aus denselben die vorzugsweise zur Ausführung geeigneten Bahnlinien ausgemittelt, so lassen sich für die erwähnten beiden Hauptwege folgende nähere Richtungen bestimmen.

I. Linie durch das Idria- und Isonzo-Thal. Von Laibach nordwestlich über St. Veit an der Save bis Preska, dann im Zayerthal längs des Zayerflusses nach der Stadt Laak, über Pölland, Tratta, Sayrach bis Scheronza (Sauraz); hier wird mittelst eines 1235 Klafter langen Tunnels die Wasserscheide bei Raspode durchbrochen, worauf die Bahn im Idriathal über Ober-Idria nach Unter-Idria, Recca-Ranna, Tribusse, Idria di Baska bis S. Lucia und von da an im Isonzothal über Anza, Canale, Anicova, Plava, S. Mauro, Görz, Lucinico, Farra nach Gradisca geführt wird; dort überschreitet sie den Isonzo, um über Sagrado, Ronchi, Monfalcone, Duino und Sistrana längs der Meeresküste Triest zu erreichen.

II. Linie über den Karst. Von Laibach in südwestlicher Richtung über Weitsch, Außer- und Inner-Gorize bis zum Trauerberg, von da längs dem Fuße der Berglehne über Görezija, Pake, Preg bis Franzdorf; hier wendet sich die Linie etwas nordwestlich, um an der Berglehne über Laase, Dulle oberhalb Freudenthal, Werd, dann die Richtung nach Süden einschlagend, über Unterloitsch, Eibenschuß, Rakek, Slivitz bis zum Culminationspunkt der Linie im San Cancianowalde bei Adelsberg zu gelangen, wieder oberhalb Adelsberg über Altendorf, Raketnig, Mautnersdorf, Scheje und Seuze bis zur Einsattlung bei St. Peter und Hrastik, ferner, nach Westen gewendet, über Kaal, Koschana, Tschepnu, Ober-Lesezhe, Ober- und Unter-Brem, in das Küstenland übertretend nach Divazza, Povièr und Sessana zu, und von da am Karste über Reppen nach Prosecco zu führen, dann zur Gewinnung eines benutzbaren Gefälles nordwestlich über Sta. Croce nach Nabresina zu gelangen, und von da rückkehrend an der Berglehne unterhalb Sta. Croce längs der Meeresküste über Contovello und Barcola in Triest auszumünden.

Jedermann begreift daß dieß nicht sowohl zwei abweichende Ausästungen einer und derselben Linie, sondern vielmehr zwei selbständige von einander vollkommen verschiedene Linien sind, welche beinahe bloß in dem Ausgangs- und dem Endpunkte zusammentreffen. Ebenso verschieden als die Linien selbst sind die Elemente aus denen sie in technischer Hinsicht sowohl als in ökonomischer bestehen. Um die Beurtheilung zu erleichtern, setzen wir hier den ziffermäßigen Ausdruck dieser Elemente der einen und der andern Bahnlinie neben einander.

	Idria-Isonzo-Linie.	Karst-Linie.
Länge	28279·2°	74010·2°
	oder 24 Meilen.	18 Meilen.
	2479 2°	2010·2°
Steigungen		
bis $^1/_{40}$	561·5°	6688·2°
von $^1/_{40}$ — $^1/_{200}$	58482·4	41643·4
über $^1/_{200}$	29281·2	14137·8
horizontal	15500·3	11552·8
größte erstiegene Höhe über die Meeresfläche	288·7°	317·5°
Anzahl der Krümmungen	361	212
kleinster Krümmungshalbmesser	100°	100°
Viaducte.		
Länge	2832°	1942°
Anzahl	55	28
größte Höhe	1 hoch 33·9° lang 92° 1 hoch 34·6° lang 134·6°	(2 hoch 23° lang (164°
berechnete Kosten	3,475,382 fl.	2,206,546 fl.
Tunnels.		
Länge	4173·8°	991°
hiervon in gerader Linie	2029·4°	991°
„ „ krummer	2144·4°	—
Anzahl	49	5
längster Tunnel	1235°	260°
berechnete Kosten	6,518,200 fl.	1,608,738 fl.
Baukosten.		
Unterbau mit Einschluß des Stationsplatzes	20,598,901 fl.	11,928,313 fl.
Oberbau	2,722,790 fl.	2,120,100 fl.
Stationsgebäude	2,640,000 fl.	2 234 000 fl.
Summe	25,961,691 fl.	16,282,413 fl.
Bauzeit	mindestens 6 Jahre.	3 Jahre.

Die Vergleichung dieser beiderseitigen Elemente führt zu folgenden Ergebnissen. Das Maximum der Steigung ($^1/_{40}$) ist bei beiden Linien dasselbe, und kommt auf einer fast gleich langen Strecke vor; ebenso stimmt der kleinste Krümmungshalbmesser bei beiden Linien überein. In der zu ersteigenden Höhe steht die Idria-Isonzo-Linie um 33 Klafter im Vortheil. Dafür aber ergibt sich bei der letzteren in Vergleichung zu der ersteren eine Ersparung von etwa 6 Meilen in der Länge, von ungefähr 9 Millionen in den Anlagskosten und von zwei bis drei Jahren in der Bauzeit, da die Vollendung des durch den Rücken der julischen Alpen zu treibenden Tunnels von 1235° Länge 5 bis 6 Jahre in Anspruch nehmen dürfte, während die Bauobjecte der Karstlinie sich in einer dreijährigen Bauperiode ausführen lassen.

Den Anforderungen der Oekonomie im Bau und der rascheren Ausführbarkeit entspricht daher die Karstlinie unbedingt weit mehr als die Idria-Isonzo-Linie. Es kommen nun noch die Rücksichten für das Interesse des Handels und jene des leichteren Betriebes in Betracht. In Beziehung auf die Convenienz des Handels wirkt der Umstand entscheidend ein daß die Karstlinie um 6 volle Meilen kürzer ist als die Isonzo-Linie, wobei zu erwägen ist daß diese Verlängerung der Fahrt um 6 Meilen nicht nur dem Localverkehr zwischen Laibach und Triest zur Last fällt, sondern daß der gesammte Waarenzug von Hamburg und Wien bis Triest und in der umgekehrten Richtung um 6 Meilen verlängert wird. Hingegen scheint beim ersten Anblick ein anderer Umstand für die Wahl der Isonzo-Linie in Handelsrücksichten zu sprechen. Es ist die leichte Verbindung der großen Centralbahn mit dem Bahnsystem des lombardisch-venezianischen Königreiches, welche vom Isonzo aus unmittelbar hergestellt werden kann, ohne daß der Waarenzug mit einem bedeutenden Umwege Triest berühren müsse. Die nähere Betrachtung zeigt aber daß auch hier die Karstlinie den Vorzug verdient. Denn der Anschließungspunkt der Isonzo-Linie an die italienischen Bahnen wäre der jener Gränze zunächst gelegene von Gradisca. Wenn nun, um diese Verbindung auf der Karstlinie herzustellen, von Nabresina eine (2 Meilen 3600 Klafter lange) Flügelbahn nach Gredina geführt würde, so würde die Entfernung von Laibach bis Gradisca auf der Karstlinie 19½ Meilen, auf der Isonzo-Linie aber 19¾ Meilen betragen, und es würde erstere, selbst mit Hinzurechnung der Baukosten der Flügelbahn nach Gradisca von 1,248,000 fl., immer noch acht Millionen weniger kosten als die Isonzo-Linie.

Die Karstlinie bietet jedoch für den Fahrbetrieb zwei Nachtheile dar, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der eine besteht in dem streckenweisen Mangel an fließenden Wasserquellen für die nöthigen Wasserstationsbrunnen und zum Theil auch für die Wächterhäuserbrunnen. Am fühlbarsten dürften diese Erschwernisse auf dem hohen Plateau von Adelsberg, welches die sanfte Abdachung des Rückens der julischen Alpen bildet, und in der Strecke von Sessana bis Triest vorkommen. Die Brunnengrabung dürfte bei der Beschaffenheit des dortigen Terrains nicht allerorten zum Zwecke führen. Dieser Gegenstand ist der eindringendsten Untersuchung unterzogen worden, welche zu folgenden Ergebnissen geführt hat. Von Laibach bis Franzdorf im Branizathale auf eine Strecke von 2½ Meilen ist kein Wassermangel. Von Franzdorf bis Unterloitsch auf eine gleich lange Strecke ist nur bei letzterem Orte wegen Nähe des Loitscher-Baches beständig fließendes Wasser. Von Laase gegen Eibenschuß und im St. Cancianowald liegt die Linie in einer Entfernung von 500 bis 600 Klafter vom Unzfluß und dem Rackbach, jedoch in einer Höhe von 50 bis 60 Grad über denselben. Bei Adelsberg ist in geringer Entfernung von der Linie eine Stelle wo das Wasser ohne Unterbrechung aus der Erde herausdringt, und wo die Bewohner von Adelsberg ihr Trink- und Kochwasser holen. Im Poikthal bieten nur der zeitweilige Bestand des Poikflusses, welcher in den heißen Sommermonaten aber austrocknet, dann einige Thonsteinablagerungen bei Seunze, Peteline und St. Peter, wo fließende aber sparsame Quellen bestehen, Gelegenheit zur Beischaffung des Wassers. Fließende Quellen finden sich auch weiter vor in den Thonsteingebirgen des Reccathales bei Wuze, Oberlesezhe, Ober- und Unter-Brem, und in den nämlichen Thonsteinablagerungen an der gegen die Meeresküste abfallenden Berglehne unterhalb St. Croce bis Triest. Diese Ergebnisse führen zu der Ueberzeugung daß die fragliche Schwierigkeit durch zweckmäßige Vorkehrungen zu überwinden ist, wenn man nämlich an jenen Orten wo fließendes Wasser zu Tage steht Wasserbecken bildet, und von denselben aus das Wasser dahin führt und dort vertheilt wo kein Wasser zu gewinnen ist.

Die andere Schwierigkeit des Fahrbetriebes besteht in der Einwirkung des unter dem Namen der Bora bekannten heftigen Nordostwindes. Am heftigsten kommt derselbe in der Strecke zwischen Adelsberg und Triest vor. Er weht zwar in der Regel nur in einigen Monaten, und da gewöhnlich nur für wenige Tage*); nichtsdestoweniger darf sein Einfluß auf den Fahrbetrieb, besonders wo er von der Seite her auf den Train wirken wird, nicht unterschätzt werden. Den Widerstand im vornhinein zu berechnen den dieser Einfluß verursachen und die bewegende Kraft zu überwinden haben würde, ist, mindestens für den praktischen Gebrauch welcher von einer solchen Berechnung gemacht werden sollte, nicht thunlich. Es muß der Erfahrung während des Baues und während des Betriebes überlassen werden Anhaltspunkte zu dieser Berechnung oder eigentlich jene Schutzmittel zu liefern die geeignet sind den Fahrbetrieb vor einem solchen Hinderniß sicher zu stellen. Darüber daß sich solche Schutzmittel, wenn nöthig, auffinden lassen, waltet kein gegründeter Zweifel ob, und es gestaltet sich die Frage mehr zu einer ökonomischen über den Kostenaufwand welchen die Abhülfe des streckenweisen Wassermangels und die Schutzwehr gegen die Einwirkung der Bora nach sich ziehen würde. Da sonach die

*) Nach meteorologischen Beobachtungen welche während vier Jahren und zwei Monaten angestellt wurden, weht die Bora durchschnittlich 2·67 Tage im Monat; für die Monate November bis März aber, wo sie häufiger vorkommt, 3·38 im Monat.

Karstlinie um 6 Meilen kürzer ist als die Isonzo-Linie, da sie bedeutend weniger Geldmittel in Anspruch nimmt, in weit kürzerer Zeit ausgeführt werden kann, für den Handel mehr Vortheil darbietet, da die Schwierigkeiten des Fahrbetriebes zu bewältigen und jedenfalls der Hauptsache nach beiden gemeinsam sind, da ferner — und dieß bildet einen hauptsächlichen Beweggrund — auf der Karstlinie der gigantische, für die Isonzo-Linie unentbehrliche Tunnelbau, welcher von bedenklichen Vorkommnissen nicht ganz frei seyn dürfte, worüber jedenfalls noch alle Erfahrung mangelt, gänzlich vermieden wird, und bei dieser Linie die Zahl der Tunnels statt 40, welche für die Isonzo-Linie nothwendig wären, auf 5 von sehr mäßigen Längen zurückgeführt wird — so erschien die genehmigte Karstlinie als diejenige welche in jeder Hinsicht die meisten Vortheile darbietet. (Austria.)

Schleswig.

Schleswig, 9 Oct. Die Prüfungszeit welche die Tillisch-Eulenburgische Verwaltung über das Herzogthum Schleswig verhängt, würde kaum zu ertragen seyn wenn wir uns nicht durch die este Ueberzeugung gehoben fühlten daß es eben nur eine Prüfung sey, aus der wir über kurz oder lang siegreich hervorgehen werden. Ohne diese Zuversicht würde die unerhörte Behandlung die wir erfahren, eine Behandlung wie sie wohl noch nie einem Volke geboten ist das sein Recht siegreich vertheidigt hat und dem Feinde unüberwunden gegenüber steht, wahrhaft unleidlich seyn. Nicht genug daß die Regierung im Namen des Landesfeindes auftritt, daß wir dänische und schwedische Besatzungen dulden müssen, daß die Dänen und Dänenfreunde schaarenweise ins Land strömen und die gesetzliche Ordnung verhöhnen, daß die Beamten welche die Landesrechte vertheidigen vertrieben oder mit der Vertreibung bedroht sind, daß die Gemeinden welche fest an der rechtmäßigen Regierung halten der Militärgewalt preisgegeben, daß die Wehrpflichtigen am Erscheinen bei ihren Fahnen gehindert, daß die Geldmittel des Landes für zurückkehrende Landesverräther und beurlaubte dänische Soldaten, wahrscheinlich auch für die schwedischen Truppen verwandt, den Beamten aber ihre Gehalte vorenthalten werden, daß man durch Vernichtung unserer verfassungsmäßigen Errungenschaften Schmach auf Schmach häuft, haben wir, um das Maß der Beschimpfung voll zu machen, aus dem Munde eines schwedischen Officiers die Drohung vernehmen müssen daß wir mit Stockprügeln regalirt werden sollten. Wir vertrauen darauf daß es uns in kurzem vergönnt seyn werde diese Schmach, welche jedem Schleswiger die Gluth der Scham und des Zornes auf die Wange treibt, an dem Landesfeinde, der sie verschuldet, blutig zu rächen; wir hoffen aber auch daß die deutsche Nation, daß selbst Preußen, das uns jenen Barbarenhorden preisgegeben hat, diesen Schimpf mit uns fühlen und uns nicht länger solchen Schändlichkeiten aussetzen wird. Daß der Graf Eulenburg diese Drohung des Schweden stillschweigend hingehen läßt, hat ihm den letzten Rest des Vertrauens entzogen welches man ihm, auch nach den Vorgängen von Husum und Düppel, noch gerne erhalten hätte. Die HH. Tillisch und Eulenburg irren sich übrigens, wenn sie meinen durch ihre Waffenstillstandsregierung einen Friedenszustand, wie die Präliminarien vom 10 Jul. ihn beabsichtigen, wirklich vorzubereiten. Sie sind vielmehr, ohne es selbst zu wissen und zu wollen, die thätigsten Förderer der deutschen und unserer Sache. Niemals noch ist der Haß gegen Dänemark so durch alle Stände und Classen der Bevölkerung verbreitet, niemals der Wille an Deutschland festzuhalten so unerschütterlich fest gewesen, als eben jetzt. Alle Versuche den deutschen Geist zu unterdrücken dienen nur dazu ihn lebhafter anzufachen, und jede neue Unbill regt den Widerstand von neuem an. So schroff die Regierung auch, auf ihre Bajonnette gestützt, dem wehrlosen Lande gegenüber auftritt, so ist doch nie ein Regiment machtloser gewesen als gerade das Tillisch-Eulenburgische, und wenn man noch hie und da an der deutschen Gesinnung des schleswigischen Volks Zweifel gehegt hat, so müssen diese auch bei dem am meisten befangenen Zweifler jetzt völlig schwinden. Davon zeugt nicht nur die Wuth welche das Volk ergreift sobald ein dänischer Beamter naht, sondern mehr noch die Einmüthigkeit mit welcher Bürger und Bauern, Prediger und Beamte den verfassungswidrigen Verfügungen der Landesverwaltung die Anerkennung versagen, vor allem aber die Thatsache daß unaufgefordert Hunderttausende an die holsteinischen Landescassen gezahlt sind, daß die einberufene Mannschaft sich des ergangenen Verbots ungeachtet fast sämmtlich in Rendsburg gestellt hat. Wir sind stolz darauf der deutschen Nation ein Beispiel zu geben wie Festigkeit, mit Besonnenheit und Gesetzlichkeit gepaart, die Reaction auch ohne Waffen bekämpft, und werden ausharren bis es uns verstattet ist wieder zum Schwert zu greifen, und dann wird Deutschland uns nicht zum drittenmal verstoßen. Daß diese Haltung Schleswigs die Dänen, welche uns schon als sichere Beute ansahen und sich nun bitter getäuscht finden, mit neuem Grimm erfüllt, ist sehr natürlich: wahrhaft ergötzlich sind alle die Ausbrüche des Zorns welche die dänischen Blätter sich gegen Preußen erlauben, und die fabelhaften Erzählungen mit welchen man das Volk über den wahren Sachverhalt in Schleswig zu hintergehen sucht, z. B. daß die Statthalterschaft einige Hundert Freischärler besolde um an den Orten wo dänische Beamte sich zeigten Krawalle anzustiften. Seitdem vor reichlich acht Tagen die letzten Eindringlinge aus Tondern und Schleswig ausgewiesen sind, hat man uns im Süden der Demarcationslinie so ziemlich in Ruhe gelassen; wir sehen diese Ruhe jedoch nur als eine Stille vor dem Sturm an, und sind auf neue Ausbrüche gefaßt. Doch werden unsere Machthaber uns weder beugen noch brechen, und jedes neue Attentat auch den Widerstand neu beleben. Auch bürgt uns die Besonnenheit und Humanität der preußischen Officiere und das gute Einverständniß das allenthalben zwischen Soldaten und Volk stattfindet, dafür daß es mit dem preußischen Militär nicht zu blutigen Zusammenstößen kommen wird. Ob die Friedensunterhandlungen in Berlin durch die Theilnahme des Barons Pechlin wesentlich gefördert werden, müssen wir dahin gestellt seyn lassen. Für Preußen aber drängt sich die Nothwendigkeit auf einen Wohlunterrichteten aus den Herzogthümern zuzuziehen, damit nicht die Unkunde der Berliner Diplomaten, von welcher die Malmöer und Berliner Verträge so deutliches Zeugniß geben, zum drittenmal Schaden über Deutschland bringe. Hat doch Graf Eulenburg die geographisch-politische Entdeckung gemacht daß Rendsburg im Herzogthum Schleswig belegen sey! In einer an die Postbehörden erlassenen „Tillisch-Eulenburg" unterzeichneten Bekanntmachung vom 5 d. M. heißt es nämlich: „Das Postamt Rendsburg ist das südliche Gränzpostamt des Herzogthums Schleswig; mit Rücksicht auf die in Beziehung auf Rendsburg zur Zeit obwaltenden Verhältnisse ist jedoch die Stadt Rendsburg in postalischer Hinsicht bis weiter dem Herzogthum Holstein gleich zu achten." Wir können es getrost der Statthalterschaft und den schleswig-holsteinischen Truppen überlassen der Stadt Rendsburg auch in andern als „postalischen" Hinsichten die Eigenschaft einer holsteinischen Festung zu vindiciren. Es verdient aber der deutschen Nation und der preußischen Regierung bekannt zu werden mit welcher Geschmeidigkeit der deutsche Bevollmächtigte den dänischen Ansprüchen auf Rendsburg entgegenkommt. (Deutsche Z.)

Rom.

* **Rom,** 5 Oct. Schon vor vier Tagen ist der neue österreichische Gesandte, Baron v. Schnitzer, dahier angekommen; er war vormals viele Jahre Geschäftsträger beim Hofe von Toscana. Er hat seine Wohnung im venezianischen Palaste genommen, obgleich dieses Gebäude großentheils mit französischen Truppen belegt ist. Gestern Morgens ward in der Kirche Santa Maria dell' Anima zum Namenstage des jungen Kaisers von Oesterreich eine feierliche Messe gehalten; Baron v. Schnitzer und viele Deutsche aus allen 34 bis 36 deutschen Staaten wohnten dem Gottesdienste bei. — General Cordova, der Oberbefehlshaber des spanischen Armeecorps im Kirchenstaat, befindet sich, von Neapel kommend wo er bei Hof die glänzendste Aufnahme gefunden, in Rom. Zwischen ihm und den französischen Behörden waltet das freundlichste Einvernehmen. Hr. v. Corcelles und General Rostolan haben ihm Bankette gegeben, und die französischen Militärbanden haben ihm ein Ständchen gebracht. Am 10 Oct., dem Namenstag und Großjährigkeitsfest der Königin Isabelle von Spanien, wird bei Velletri eine Parade von 7000 Mann Spaniern stattfinden, die von verschiedenen Punkten des Landes nach jener Stadt zusammengezogen werden. In Terni, und andern Orten wo spanische Besatzungen liegen, wird indessen über lockere Mannszucht dieser Fremdlinge geklagt. Es trifft so ungefähr die Schilderung zu welche Manzoni in seinen „Verlobten" von der damaligen spanischen Garnison in Lecco macht: „Die Soldaten unterrichteten die Mädchen und Frauen des Orts in der Sittsamkeit, liebkosten von Zeit zu Zeit einem Ehemann oder Vater die Schulterblätter, und am Ende des Sommers ermangelten sie nicht sich in die Weinberge zu zerstreuen und den Bauern die Mühen der Traubenlese zu erleichtern." — Wie ich aus sehr glaubhafter Quelle vernehme, wäre vom französischen Cabinet der bestimmte Befehl eingetroffen zwei Divisionen der Occupationsarmee so schnell als möglich nach Frankreich zurückzusenden; die französische Besatzung der Stadt Rom würde sich dann, ungezählt einige tausend Kranke, auf ungefähr 10,000 Mann vermindern. Zugleich würden aber 10,000 Oesterreicher, 5000 Spanier und ebenso viele Neapolitaner hier einrücken, und hiernach eine bleibende Besatzung von 30,000 Mann, in richtigem Verhältniß aus den Armeen der vier verbündeten Mächte gebildet, bei der Rückkehr des Papstes in seine Residenz anwesend seyn. Gewiß ist es daß man im Cabinet zu Portici bemüht ist die anfänglichen Beschlüsse der Conferenz von Gaëta, welche durch die unvorgesehene isolirte Handlungs-

weise Frankreichs gestört worden, endlich zur Ausführung zu bringen. Ebenso gewiß ist es daß der heil. Vater erst dann nach seiner Hauptstadt zurückkehren will, wenn das französische Heer, welches jetzt durch seine Zahl allzu überwiegend ist, auf ein angemessenes Verhältniß gemindert seyn wird.

Konstantinopel.

△ **Konstantinopel**, 3 Oct. In diesem Augenblicke läuft eine englische Dampffregate, aus dem mittelländischen Meere kommend, im Hafen ein, ohne Zweifel mit Depeschen für Sir Stratford Canning in Betreff der Auslieferungsfrage. Die Antworten des österreichischen und russischen Cabinetes, sowie das Resultat der Sendung Fuad Efendi's stehen ebenfalls nächstens in Aussicht, und mit fieberhafter Spannung erwarten wir die Gestaltung welche diese Angelegenheit, nach den Kämpfen unserer hiesigen Diplomaten, durch die Haltung der europäischen Cabinete selbst annehmen wird. An Ort und Stelle übrigens ist sie, wie man sich seit ein paar Tagen hier erzählt, in eine neue, merkwürdige Phase getreten. Bem soll nämlich den christlichen Glauben abgeschworen und seinen durch die Wiener Barricaden und den Feldzug in Siebenbürgen europäisch gewordenen Namen mit dem moslimischen Namen und Titel „Murad Pascha" vertauscht haben. Auch von den Officieren und der Mannschaft welche mit ihm das Asyl in Widdin theilen, soll eine beträchtliche Anzahl seinem Beispiele gefolgt seyn. Versprechungen und Drohungen aller Art sollen dabei ins Werk gesetzt worden seyn, und gehen, sagt man, ihren Gang fort um noch weitere Uebertritte zum Islam unter den Schaaren der Flüchtlinge zu erzielen. Daß hiebei, und namentlich bei Bem's Paschatitel eine von der türkischen Regierung selbst ausgehende Einwirkung Platz gegriffen haben müsse, liegt am Tage, und wir hätten somit eine gefährliche Verwicklung mehr in der ohnedieß genug ernsten Frage. Allerdings soll eine Clausel in den russischen Tractaten mit der Pforte die Auslieferung für den Fall ausschließen wo flüchtige Rebellen auf türkischem Gebiete den mohammedanischen Glauben angenommen hätten. Aber offenbar ist dieß nur dann anwendbar wenn dem Begehren der Auslieferung gleich im Anfange das fait accompli einer schon zuvor stattgehabten Glaubensänderung entgegenzuhalten kommt, und wird das russische Cabinet einen solchen Vorgang in demselben Augenblicke wo Fuad Efendi es mit einschmeichelnden Phrasen bearbeiten soll, nicht für einen beleidigenden Hohn halten? Und wird Oesterreich ruhig zusehen, wie man jene Flüchtlinge die es als seine Unterthanen reclamirt, durch Versprechungen oder gar durch Drohungen zu einem Religionswechsel zwingt, der, den Tractaten zufolge, nur unter gewissen Formalitäten und unter Dazwischenkunft österreichischer Consularbehörden stattfinden darf? Oder will etwa die Pforte in der vorliegenden Frage sich dadurch verstärken daß sie die Flüchtlinge als Renegaten oder Islamslustige direct zum Gegenstande muselmännischer Sympathien macht? Allein wir sehen in dem Ganzen eine Gefahr die weiter hinausreicht, als die beschränkten Gränzen einer diplomatischen Discussion und ihrer nächsten Folgen. Auch hier in Konstantinopel sollen in letzter Zeit unter den flüchtigen Revolutionsmännern aus Europa häufige Uebertritte zum Islam vorgekommen seyn. Soeben nennt man uns einen polnischen Grafen, Rozwadowski, ehemaligen österreichischen Officier, der zu diesem Behufe sich vor ein paar Tagen bei der Pforte gestellt hat. Bem's Uebertritt und Paschawürde muß ohne Zweifel weithin als Lockspeise wirken. Auf diese Weise würde also nicht nur die Türkei, das Land, ein Asyl und Sammelplatz für das was man nun einmal in Europa die Umsturzpartei zu nennen gezwungen ist, sondern der Islam selbst würde zum Deckmantel ihrer feindlichen Bestrebungen. Der Islam, in ein solches Bündniß gebracht, würde aber nothwendigerweise die Stellung des christlichen Europa's zur Türkei von Grunde aus ändern, und kaum dürfte dann die Integrität des Osmanenreiches noch ferner als ein politisches Axiom festgehalten werden. — Gestern hatten wir hier ein militärisches Schauspiel, das vom Wetter ungemein begünstigt war. Der Sultan kam nämlich in das Lager bei Zeitun-burnu, unweit der sieben Thürme, um einer Musterung beizuwohnen. Es erschienen dabei gegen 40,000 Mann mit 180 Kanonen. Bei dem Abbruch der Relationen mit der russischen und österreichischen Gesandtschaft hatten es die Türken dießmal vermieden das diplomatische Corps, wie sonst bei ähnlichen Gelegenheiten, schriftlich einzuladen; doch stellten sie den aus eigenem Antrieb kommenden Repräsentanten ein Zelt zur Verfügung, wo auch in der That der englische Botschafter sowie die Gesandten Preußens, Frankreichs und Schwedens sich einfanden. — Mit großer Strenge wird seit voriger Woche das längst erlassene, oft erneuerte und verschärfte, immer aber wieder vergessene Verbot der Circulation fremdländischer Münzen im gewöhnlichen Verkehr aufrecht erhalten. Da unter der Masse derselben die russischen Rubelstücke (Karbowanz) bei weitem in der Mehrzahl sind, so glaubte man dahinter schon eine politische Demonstration zu erblicken, was jedoch dem türkischen Finanzministerium und der exequirenden Polizeibehörde keineswegs in den Sinn gekommen war.

(3687) **Todes-Erklärung.**

Da auf die Edictal-Ladung vom 13 December 1848 sich weder Franz Anton Pauer, Handelsmannssohn von hier, noch dessen allenfallsige Descendenz innerhalb der fürgesteckten Frist gemeldet hat, so wird selber hiemit als todt erklärt, und seiner Zeit dessen Vermögen an seine Intestaterben gegen Caution ausgehändigt.

Beschlossen am 5 October 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der königl. Director **Danhauser**.

Hebenbanz.

(3703—5) Nachdem bei dem königl. Appellationsgericht zu Leipzig

1) Auguste Wilhelmine Kolbe, geb. Brauer, daß ihr Ehemann, der Bürger und Victualienhändler Friedrich Wilhelm Kolbe aus Leipzig, im Juli 1848 sie verlassen habe und dem Vernehmen nach nach Amerika ausgewandert sey;

2) Clara Reitholdin, geb. Schlenk, daß ihr Ehemann, der Conditor Bernhard Reithold zu Leipzig, gegen Ende des Jahres 1848 in überschuldetem Zustande sich entfernt und muthmaßlich nach Amerika gewendet habe;

3) Carl Friedrich Huhn zu Hubertusburg, daß seine Ehefrau, Auguste Henriette Huhn, nach wiederholter Verletzung der ehelichen Treue, seit dem Jahre 1842 ihn verlassen, dem Vernehmen nach zunächst an mehreren Orten des Inlandes sich aufgehalten habe, seit dem Jahre 1844 aber gänzlich verschollen sey;

4) Christiane Juliane Erler, geb. Rögel, daß ihr Ehemann, der Schuhmachermeister Carl Gottlieb Erler, im Jahre 1847 seinen Wohnort Hähnichen verlassen, und seitdem einige Nachricht von sich nicht gegeben habe, angeführt, und auf Grund böslicher Verlassung um Einleitung des Eheprocesses, und eventuell Trennung der Ehe gebeten; auch

5) Auguste Sophie Francisca Dittmann, geb. Kuß in Grimma; ingleichen

6) Eva Rosine Steudte, geb. Wagner zu Rochlitz, unter Bezugnahme auf das Ausbleiben ihrer resp. Ehemänner in dem am 16 Mai d. J. gestandenen Verhörstermine die anderweite Vorladung derselben beantragt haben, so werden

ad 1) Friedrich Wilhelm Kolbe,
„ 2) Bernhard Reithold,
„ 3) Auguste Henriette Huhn,
„ 4) Carl Gottlieb Erler,
„ 5) Johann Baptist Dittmann,
„ 6) Carl August Steudte

und zwar erstere vier bei 5 Rthlr. Strafe, beide letztere aber unter der Verwarnung, daß sie außerdem als bösliche Verlasser angesehen und auf weitern Antrag die Ehe werde getrennt werden, hierdurch geladen,

den 19 December 1849,

Vorm. 10 Uhr,

im königlichen Appellationsgericht zu erscheinen und weiterer Verhandlung, auch nach Befinden der Publication eines Erkenntnisses, welches rücksichtlich der Ausbleibenden für publicirt zu achten, gewärtig zu seyn.

Leipzig, den 27 September 1849.

Königl. sächsisches Appellationsgericht.

Dr. **Beck**.

Lengnick.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend — Nr. 293. — 20 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Mitglieder der provisorischen Centralgewalt. Eröffnung des directen Verkehrs zwischen der Offenbacher und der Main-Neckar-Eisenbahn. Die deutsche Wechselordnung. Der 18 Oct. Weinlese); München (Kammerverhandlungen. Vorläufige Erörterung über die neue Centralgewalt. Ministerielle Erklärung über die preußische Intervention in der Pfalz und die dafür geforderten Kosten); Stuttgart (der Creditverein. Güterpreise); Rastatt (Standgerichtsverhandlungen. Geburtsfest des Königs von Preußen); Wiesbaden (Präsident Raht gegen Caution der Haft enthoben); Kassel (interimistische Verwaltung des Kriegsministeriums); Bremen (Vereidigung des neuen Senators. Wahl des Präsidenten der Bürgerschaft. H. v. Gagern und Mathy); Bernburg (Aufhebung des Judenschutzgelds); Hannover (Rückkehr des Grafen Bennigsen); Mecklenburg (Freude über die Verfassung, die aber vom deutschen Verfassungsrath beanstandet wird); Berlin (das Gerücht von Auslieferung der Gefion widersprochen. Festrede von Böckh. Kammerverhandlungen über das Heer. Ein Selbstmord. Verhandlung des Verwaltungsraths über die Centralgewaltsübereinkunft); Stettin (Kinkel); Wien (das Protokoll über Graf Eugen Zichy's Verurtheilung durch Görgey. Die Steuerausschreibung. Oeffentliche Unsicherheit in Ungarn. Die Engländer auf Malta. Die Wiener Ztg. gegen die Stuttgarter Blätter).

Großbritannien. Der Hof nach Windsor. Belohnung des Lord Obercommissärs der jonischen Inseln. Der Bischof von Llandaff †. Abbott Lawrence. Neue Unruhen in Montreal.

Frankreich. Die Ausbezahlung des Wittwengehalts der Herzogin v. Orleans bewilligt. Manguins Amendement. Drohender Conflict zwischen dem Präsidenten der Republik und der gesetzgebenden Versammlung. Maßregeln gegen die Flüchtlinge. Marseille.

Belgien. Froissart.

Italien. Turin (Schilderung der Leichenfeier).

Ver. Staaten von Nordamerika. Beruhigendes über die diplomatischen Zwistigkeiten. (Mexico. General Paredes †. Besorgnisse wegen der amerikanischen Buccanier-Expedition.)

Beilage. Aufblick zur Kunst. (Kinkel, Schnaase und Kugler.) — Der Feuerdämpfer. — Militärsanitätswesen. — Bayern und das deutsche Eisenbahnnetz. — Triest. — Prag. — Berlin. (Kammerverhandlungen über Verfassungsänderung und Truppenbeeidigung.) — Frankreich. (Chalons. Finanzstand. Der Socialismus. Die römischen Verhältnisse.) — Rom. — Wien. (Die Ratification der Uebereinkunft über die neue Centralgewalt.) — Athen. (Nikitas †.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: New-York 29 Sept.; Paris, Amsterdam 16; Wien 17; Frankfurt 18 Oct.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.**, 17 Oct. Als Mitglieder der neuen provisorischen Centralgewalt werden jetzt mit einiger Bestimmtheit die HH. Hofrath Werner und Graf Colloredo-Walsee (der vorletzte Präsidialgesandte Oesterreichs am Bundestag) von österreichischer, und v. Radowitz von preußischer Seite genannt. Bezüglich des zweiten preußischen Gesandten-Mitglieds schwanken die Angaben noch zwischen den HH. Eichhorn, Hansemann und Baron Bülow, dem gegenwärtigen Gesandten am hannoverischen Hofe. Von morgen an tritt der directe Verkehr zwischen der Offenbacher- und Main-Neckar Eisenbahn mittels Benützung der vom Bahnhofe zu Sachsenhausen nach dem neuen Main-Neckarbahnhof am Gallusthor bestehenden Schienenverbindung ins Leben. Diese directe Beförderung der Passagiere und Güter war schon in dem ursprünglichen Vertrage Frankfurts mit Hessen-Darmstadt bedungen, durch Differenzen zwischen den beiderseitigen Staatsbehörden aber bisher verzögert worden. Die Bahnhofsgebäude der Main-Weserbahn sind theilweise bereits unter Dach. Der regelmäßige Bahnbetrieb zwischen hier und Friedberg wird demnächst beginnen. — Vom 1 Nov. an werden hier die Börsengeschäfte in solchen Staatspapieren deren Nominalcapital in Francs oder einer gleichen Münzsorte gestellt ist, nach Maßgabe der allgemeinen deutschen Wechselordnung, in Gulden — der Frank zu 28 kr. berechnet — reducirt, und auch die Cursnotirungen genannter Staatspapiere nach gleicher Reduction berechnet. — Die im vorigen Jahr in Betracht der Zeitverhältnisse eingestellte Feier des 18 October, als Jahrestags der Wiederherstellung Frankfurts als Freistaat und der Einführung der Verfassung von 1816, wird auch dießmal unterbleiben. Die letzten aus Baden zurückkehrenden nassauischen Truppen sind gestern Abend hier durchgekommen. Die Weinlese auf hiesigem Gebiet wird nächsten Montag den 22 d. beginnen.

Aus **Frankfurt a. M.**, 15 Oct., berichtet der Nürnb. Corr. „In allen Kreisen unserer Bürgerschaft hört man nur Aeußerungen des tiefsten Bedauerns darüber nun bald den Mann von hier scheiden zu sehen welchen das deutsche Volk zu seinen edelsten und reinsten Charakteren zählt. Als der Reichsverweser gestern Nachmittag im schlichten Ueberrock ohne alles Gefolge unsere Promenade besuchte, wurden unter den zahlreichen Spaziergängern vielfache Kundgebungen der großen und aufrichtigen Achtung laut welche hier alle Parteien für diesen einfachen, biedern Fürsten hegen."

Bayern. ∸ **München**, 18 Oct. (Neunte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Mit Spannung sah man dem eigentlichen Beginn der Verhandlungen nach Verlesung des Protokolls entgegen, da sich im Publicum die Nachricht verbreitet hatte, die in der Allg. Zeitung bereits nach ihrem Wortlaut mitgetheilte Interpellation des Hrn. v. Lerchenfeld und Genossen in Betreff der preußischen Entschädigungsforderungen für Unterdrückung des Pfälzer Aufstandes sey zurückgezogen worden. Dieß Gerücht mochte wohl auch den Abg. Fürsten v. Wallerstein veranlassen sich nach dieser Interpellation bei dem Präsidium zu erkundigen. Dieses erklärte daß das Ministerium im Einverständniß mit den Interpellanten die Anfrage noch verschoben habe, wozu Hr. Minister v. d. Pfordten fügte: daß die Beantwortung in der nächsten Sitzung geschehen könne, zu welcher jedoch noch weitläufige Acten hätten eingesehen werden müssen. Abg. Fürst v. Wallerstein benutzte indessen die Gelegenheit die Ankündigung einer eigenen Interpellation daran zu knüpfen. Mit tiefem Schmerz — sagte er — habe ihn die vorher erwähnte Interpellation erfüllt, nicht um ihres Inhalts willen, sondern deßhalb daß sie, bei welcher einige Mitglieder des deutschen Ausschusses betheiligt seyen, gestellt worden sey ehe der Bericht in der deutschen Frage erschienen. Vier Wochen seyen verflossen seit die Adresse berathen und man ihr beigestimmt habe, weil man auf das sogenannte neutrale Terrain gewiesen worden sey. Nun erwarte aber nicht nur das Land, sondern Deutschland, in dessen Süden der bayerische der einzige eben versammelte Landtag sey, daß dieser sich ausspreche in der deutschen Frage. Aber das Nichterscheinen des Ausschußberichts verdamme ihn noch immer zum Schweigen. Unterdessen schreiten jedoch die Dinge in Deutschland voran, und bereits ist, wenn die Zeitungen wahr berichten, der Vertrag zu einer neuen Centralgewalt zwischen Oesterreich und Preußen geschlossen, welche Deutschland nicht zum Bundesstaat vorwärts, sondern zurück zum alten Bundestag führt, ja zu etwas Schlimmeren, weil der alte Bund wenigstens einige Bürgschaft für Berathung und Oeffentlichkeit gegeben. Noch sey aber auch der Ausschußbericht über die deutsche Frage nicht in den nächsten Tagen zu erwarten, und so werde die Interpellation zur heiligen Pflicht, durch welche das Ministerium befragt werden solle, ob es Aufschlüsse über die Verhandlungen in Betreff des Provisoriums und dessen was in dieser Sache geschehen zu geben geneigt sey. Heute sey der 18 Oct. Er habe den 18 Oct. 1813 mit gesehen und mit gelebt. Damals sey die Begeisterung durch ganz Deutschland gegangen, die Schwingen der Hoffnung gingen hoch. Er wolle nicht fragen wo wir heute stehen, aber gerade am 18 October sey es, wo er und seine Freunde es für ihre Pflicht halten ihre Erklärung abzugeben, und heute noch werde die Interpellation in die Hand des Präsidenten niedergelegt werden. Nach einer beiläufigen Bemerkung des Abg. Thinnes zum Lobe des Fleißes des Referenten im deutschen Ausschuß, bemerkt Minister v. d. Pfordten: da es vielleicht wünschenswerth sey sofort eine vorläufige Antwort auf die angekündigte Anfrage zu hören, so theile er mit daß von der Ratification des Vertrags über die provisorische Centralgewalt zwischen Oesterreich und Preußen eine officielle Nachricht dem Ministerium noch nicht zugekommen. Von den gepflogenen Verhandlungen sey dieses genau unter-

richtet; allein da diese ihren Abschluß noch nicht gefunden, seyen sie auch noch nicht zur Vorlage auf dem Tisch des Hauses geeignet. Wenn ein Abschluß erfolgt seyn werde, werde das Ministerium auch seine Pflicht kennen. Abg. Fürst v. Wallerstein glaubt nach dieser Erklärung gegen den Grundsatz protestiren zu müssen als ob Verhandlundlungen erst nachdem sie zum Abschluß gekommen zur Veröffentlichung geeignet seyen. Bei rein diplomatischen Verhandlungen habe man dieß allerdings stets als Grundsatz festgehalten, ein anderes sey es jedoch bei Verhandlungen in der deutschen Frage. Nachdem dem Volk deren Gestaltung nicht mehr überlassen geblieben, sey dieselbe allerdings in die Hände der Cabinette übergegangen. Aber es würde sehr gut gewesen seyn, wenn man nicht erst nach erfolgten Abschlüssen die Volksvertretung von den Ergebnissen unterrichtet, sondern während der Pflege der Unterhandlungen deren Ansicht, Meinung und Beirath vernommen hätte. Jetzt scheine es wieder daß die Aufklärungen erst dann erfolgen sollten, wann die Regierung ihr letztes Wort spreche. Mit der Mittheilung des Abg. Heine daß seit der vor vierzehn Tagen erfolgten Wahl v. Links als Referenten im deutschen Ausschuß keine Sitzung stattgehabt (!) endet diese Verhandlung. (Beschluß folgt.)

⊤ **München,** 20 Oct. Obgleich der Präsident die gestrige Sitzung der Kammer der Abgeordneten nicht geschlossen, sondern ausdrücklich die Erledigung der Tagesordnung auf heute vertagt hatte, wurde doch die heutige Sitzung durch eine neue Tagesordnung als selbständige zehnte bezeichnet. Ihr einziges, aber auch großes Interesse bildete die Beantwortung der Lerchenfeld'schen, in diesen Blättern schon wörtlich mitgetheilten Anfrage über die preußische Hülfsleistung und Anforderungsentschädigung in der Pfalz. Abg. v. Lerchenfeld verlas, auf jede weitere Motivirung verzichtend, einfach die Anfrage, auf die sofort nach Verlesung des Protokolls erfolgte Aufforderung des Präsidenten. „Die beiden ersten Fragen derselben,“ begann Minister v. d. Pfordten die Erwiederung, „lassen sich zusammenfassen und mit wenigen Worten beantworten. 1) Ist es wirklich wahr daß Preußen eine Anforderung für die Unkosten seines sogenannten pfälzischen Feldzugs an Bayern gestellt hat? 2) ist es wirklich wahr daß Preußen wegen dieser angeblichen Forderung die Auszahlung des am 1 Oct. fälligen Antheils an Zollvereinsgefällen zurückgehalten hat? Diesen Fragen diene die Antwort: am 14 Sept. habe das bayerische Finanzministerium dem preußischen angezeigt daß das bayerische Generalzollamt angewiesen sey wegen Bayerns Zollvereinsgefällantheilen eine Quittung auf die Zollvereinscasse im Betrag von 265,100 Rthlrn. auszustellen. Dieß sey bisher die gewöhnliche Form der Rechnungsabmachung gewesen. Darauf habe das preußische Ministerium, unter dem Anführen daß seine Gegenrechnung sich viel höher belaufe als das ganze bayerische Guthaben — das doch zwischen 4 bis 500,000 fl. beträgt — die Zahlung noch nicht geleistet, und zugleich das Ersuchen gestellt fernerhin erst die Mittheilung des preußischen Ministeriums über das Bereitliegen solcher Gelder in der Zollvereinscasse abzuwarten, anstatt daß Bayern bisher seine derartigen Quittungen ausgestellt hatte, wenn es überhaupt amtliche Anzeige davon erhalten hatte daß das Geld bereit sey. Unterm 17 Oct. habe nun das bayerische Ministerium dem preußischen bemerklich gemacht wie die preußische Gegenforderung mit den Zollvereinsverhältnissen in gar keinem Zusammenhang stehe. Wenn er, der Minister, die Weiterungen Preußens richtig verstehe, so sollten diese übrigens keinen weitern Sinn als den einer Anfrage haben, ob diese Art der Abrechnung Bayern genehm sey; und da Bayern sich ablehnend dagegen ausgesprochen, so werde diese Angelegenheit sich baldigst arrangiren und die von Bayern noch nicht anerkannte Forderung wegen der preußischen Intervention abgesondert erörtert. Die dritte Frage lautet — fährt dann der Minister fort — welche Anforderungen hat die bayerische Regierung an die k. preußische Regierung bezüglich der Hülfleistung der preußischen Truppen zur Unterdrückung des Aufruhrs in der Pfalz gestellt, und welche Zusicherungen sind in dieser Beziehung hinsichtlich der Kosten derselben gefordert worden? Diese Frage benutze das Ministerium zu einer ausführlichen Darstellung, um gleichzeitig die Frage über gestellte Hülfsrequisitionen rc. und das militärische Verfahren Bayerns in der Pfalz zu erläutern. Die unruhigen Zustände der Pfalz, über welche jedoch fortwährend der Regierung die Nachrichten zukamen daß der Ausbruch einer Revolution durchaus nicht zu befahren sey, hatten bereits im Anfang des Mai die Ansammlung von nahe an 8000 Mann in der Pfalz veranlaßt. Nur eventuell wurde dann am 11 Mai von den Pfälzer an die rheinpreußischen Oberbehörden das Ansuchen gestellt daß auf ihre etwanige Bitte sogleich preußische Truppen in die Pfalz einrücken möchten. Doch ist diese Bitte später niemals an die rheinpreußischen Behörden gestellt worden. Dagegen wurde, als trotz der erwähnten Versicherungen vom gesetzlichen Sinne der Rheinpfälzer die Revolution ausbrach, beim Reichsministerium um preußische Truppen zum verstärkten Schutze der Bundesfestung Landau gebeten. Reichscommissär Eisenstuck, um dessen Abberufung übrigens Bayern durch seinen Frankfurter Gesandten schon früher beim Reichsministerium eingekommen war, wies bekanntlich das vor Landau rückende preußische Bataillon zurück, und später entsprach das Reichsministerium nicht dem wiederholten Ansuchen um Verstärkung der Bundesbesatzung Landau's durch Reichstruppen; am 27 Mai erklärte es sogar geradezu daß ihm keine Truppen dafür zur Verfügung stünden. Jetzt wußte das bayerische Ministerium was es zu thun habe, und beschloß sofort die Abordnung des fränkischen Truppencorps, an 9 bis 10,000 Mann, nach der Pfalz. Am 1 Jun. wurde die preußische Regierung auf gesandtschaftlichem Wege von dieser Anordnung mit dem Beifügen unterrichtet daß das Corps des Fürsten Thurn und Taxis in zehn bis zwölf Tagen in der Pfalz eintreffen werde. Zugleich enthielt diese Note die Aufforderung: Preußen möge insofern dieser Expedition bundesfreundliche Hülfe leisten daß es mit seinen Truppen den von den Bayern zu benutzenden Rheinübergang bei Oppenheim sichere und einige Bataillone seines rheinpreußischen Corps an der bayerischen Expedition theilnehmen lasse, damit diese gemeinschaftlich mit den Bayern die Bundesfestung Landau besetzen möchten. Gleichzeitig möge sich der auf dem linken Rhein-Ufer commandirende General mit dem Fürsten Thurn und Taxis zur Gemeinsamkeit der Operationen in genaueste Beziehung setzen. Am 8 Jun. ward die bayerische Regierung von diesen Schritten ihres Berliner Gesandten in Kenntniß gesetzt, und an demselben Tage empfing sie eine Mittheilung der preußischen Gesandtschaft zu München, worin diese die von Preußen unterdessen bereits getroffenen militärischen Maßregeln durch die badische Hülfsrequisition und die des Reichsministeriums motivirt. Bei der Verlesung dieser Note wird von Hrn. v. d. Pfordten namentlich die Stelle betont worin gesagt ist daß Preußen bereits vor dem am 1 Jun. vom bayerischen Gesandten in Berlin gestellten Ansuchen die nöthigen Befehle an den auf dem linken Rhein-Ufer commandirenden General erlassen habe. Auch war das bayerische Ministerium schon am 7 Jun. durch eine Mittheilung des bayerischen Gesandten in Frankfurt davon in Kenntniß gesetzt daß Preußen seine Truppen bereits zum Einrücken in der Pfalz befehligt habe. Jetzt wurde sowohl der Frankfurter als der Berliner Gesandte angewiesen dem preußischen Ministerium die Mittheilung zu machen: daß jene Requisition vom 1 Jun. nur die Absicht gehabt habe, es solle durch die gemeinschaftliche Besetzung Landau's constatirt werden daß Bayern und Preußen zur Bekämpfung der Anarchie vereinigt seyen. Die Antwort darauf lautete aber daß die einmal gegebenen Befehle und die begonnenen Operationen nicht rückgängig zu machen seyen. Solle er nun — fährt der Minister fort — mit wenigen Worten diese ausführliche Darlegung (welcher wir nur die Hauptpunkte entnehmen) zusammenfassen, so habe die bayerische Regierung von der preußischen keine andere Mitwirkung gegen den Pfälzer Aufruhr erbeten als die Sicherung des Rheinüberganges bei Oppenheim und die gemeinschaftliche Besetzung der Bundesfestung. Da gerade in den letzten Tagen des Mai und den ersten des Junius die Differenzen zwischen Bayern und Preußen wegen der deutschen Verfassungsangelegenheit entschiedener in den Vordergrund getreten, so sey dabei Bayerns hauptsächlichste Absicht gewesen durch solches Zusammenwirken zu zeigen, wie abseiten jener Frage zwischen beiden Staaten über Niederwerfung der Anarchie, Schutz des Bundeseigenthums, Festhaltung der Gränzen rc. die vollste Uebereinstimmung herrsche. Nachdem vollends das preußische, zu Landau's Schutz herbeigeeilte Bataillon vom Reichscommissär Eisenstuck abgewiesen worden sey, wäre wohl ohne Commentar erklärlich warum Bayern gerade auf gemeinschaftliche Besetzung Landau's einen besondern Nachdruck gelegt habe. Als dagegen am 14/15 Jun. die fränkischen Truppen nach der Pfalz gelangten, sey diese bereits von Preußen, beinahe ohne daß ein Kampf stattgefunden, besetzt gehalten worden. Ueber den Kostenpunkt sey übrigens bis dahin und überhaupt bis zu den erwähnten Weiterungen Preußens niemals die Rede gewesen. Nach dieser mit gespanntester Aufmerksamkeit vernommenen Auseinandersetzung geht die Kammer zur Tagesordnung über. Diese ist ohne allgemeineres Interesse. Die Verlesung des gestern beschlossenen Gesetzes bildet den Anfang; der das Gesetz über provisorische Forterhebung der Steuern für 1849/50 mit einigen Modificationen billigende Vortrag des Referenten des zweiten Ausschusses führt sie fort. Die Berathung und Beschlußfassung über den Kirchgeßner'schen Antrag, das Aufhören freien Quartiers durch die Gemeinden der Garnisonsorte betreffend, wird aus formellen Gründen nur auf vier Wochen vertagt, obgleich das Ministerium des Innern mittheilt daß in dieser Richtung ein umfassender Gesetzentwurf bevorstehe. Endlich wird der Vortrag des Referenten des Petitionsausschusses gehört und in allen seinen Anträgen genehmigt. Die vom Fürsten Wallerstein gestern angekündigte, doch heute noch nicht gestellte Interpellation lautet: 1) Ist der Vertrag über die Errichtung einer neuen provisorischen Bundescentralbehörde zwischen den beiden deutschen Großmächten wirklich so abgeschlossen wie ihn namentlich die Allg. Ztg. in Nr. 289 veröffentlicht? 2) Steht die Zustimmung oder Nichtzustimmung noch in der Wahl der bayerischen

Regierung? 3) Wird die bayerische Regierung ihre definitive Erklärung über diesen Vertrag ohne vorgängiges Verständniß mit der Volksvertretung abgeben?

9 **München,** 19 Oct. Der General-Bergwerks- und Salinen-Administrator Mich. v. Wagner wurde auf sein Ansuchen und unter dem Ausdrucke der besonderen allerhöchsten Zufriedenheit mit seinen während 58 Jahren treu, eifrig und erfolgreich geleisteten Diensten in den Ruhestand versetzt, und auf seine Stelle der bisherige Director der General-Bergwerks- und Salinen-Administration Fried. v. Schenk befördert.

Württemberg. **Stuttgart,** 16 Oct. Als einen erfreulichen Beweis für das Wiederkehren des Vertrauens in die deutschen, und in die württembergischen Zustände insbesondere, kann angesehen werden daß dem württembergischen Creditverein nicht unbedeutende Summen aus Norddeutschland, namentlich aus Hannover, zu dem bisherigen Zinsfuße von 4⅓ Proc. angeboten werden, wodurch somit für diejenigen Grundbesitzer welche gerichtliche Sicherheit stellen können, das Mittel gegeben ist Gelder zu billigen Zinsen aufzunehmen und durch eine fünfzigjährige Rente abzuzahlen. Dieses Verhältniß sollte auf die so sehr gesunkenen Güterpreise nothwendig günstig einwirken, da noch vor wenigen Monaten auch auf gute Unterpfänder Capitalien nur zu sehr lästigen Bedingungen erhalten werden konnten, und trotz der niedrigen Güterpreise die Kauflust sehr gering war, während mancher Grundbesitzer nun sich veranlaßt sehen dürfte den immer noch niedrigen Stand der Güterpreise zur Arrondirung und Vergrößerung seines Besitzes zu benützen. Der Ankauf von Gütern zu billigen Preisen erscheint zugleich als der einfachste Ersatz für diejenigen Grundbesitzer welche durch die Ablösung der Grundlasten Verluste erlitten haben, und eine solche Vergrößerung der Güter kann auch für die Gesammtheit als ein erwünschtes Heilmittel gegen die durch die zu erwartende Aufhebung der Fideicommisse zu befürchtende Güterzerstückelung angesehen werden. (Schw. M.)

Gr. Baden. **Rastatt,** 16 Oct. Reveille, Parade, Kanonendonner, Festessen, Gottesdienst in beiden Pfarrkirchen für das preußische Militär, an welchem auch die großherzoglichen Officiere, Beamten und Staatsdiener sich betheiligten, bezeichneten das Geburtsfest des Königs von Preußen. Das ist so herkömmlich — aber neu für denjenigen welcher das Benehmen des badischen Militärs früher zu beobachten Gelegenheit hatte, und wohlthuend für den Zeugen der Scenen vom Mai war der Enthusiasmus mit welchem die Besatzung vom Gouverneur bis zum gemeinen Soldaten sich dabei betheiligte. Da waren schon in der Nacht vorher die Casernen geschmückt worden mit Blumen, wie sie die Jahreszeit bot, mit grünem Reis, mit Inschriften und Fahnen. Abends illuminirten die Soldaten die Räume, und unter lautem Hurrah auf den König wurden die Transparente angesehen und gelesen, von denen manches zu denken gab. So hatten die Kanoniere den Vers gemacht:

„Heil Friederich Wilhelm,
Heil seiner Krone:
Und wem dieß nicht gefällt,
Der fürchte die Kanone."

Dabei allerhand Mummenschanz zu einem improvisirten Ball in der Caserne. Und mitten im Jubel — das hatten wir früher nie gesehen — die Officiere, der Commandant und einstweilige Gouverneur. „Was wollt ihr noch Kinder?" „Ein Hurrah auch auf unsern Commandanten!" — und lauter Jubel durch die Straßen. v. Gansauge mußte mit ihnen hinauf in die Caserne, die Vorbereitungen beschauen welche sie zum Feste getroffen. Es war ein organisches Zusammenleben zwischen Soldaten und Oberofficieren, wie man es noch hier und da aus den Erzählungen eines alten Invaliden vernimmt, in dem Garnisonsleben der letzten Jahrzehende aber zu sehen keine Gelegenheit mehr fand. Wir hoffen und glauben daß der Anblick nicht ohne heilsame Lehre für manchen badischen Officier gewesen sey. Heute folgte freilich auf die Festfreude wieder bitterer Nachgeschmack. Das Standgericht, das unermüdliche, setzte wieder seine Arbeiten fort, und die Tretmühle der Gerechtigkeit verarbeitete wieder ein Paar Menschenkinder zu — Zuchthauslumpen, damit die spätere Geschichte des unglücklichen Landes Papier habe zu ihrem Bedarf. Ein Soldat, Eimeldinger, wenn ich recht gehört habe, der Theilnahme an der Meuterei angeklagt, wurde nach dem Antrag seines Vertheidigers, Advocaten Strauß, vor die ordentlichen Gerichte gewiesen. Philipp Reiter dagegen, ein Musikgenie, durch sein excentrisches Gemüth und unglückliche Liebe — wie er im ersten Verhör sagte — auf die Bahn des Republicanismus getrieben, der bei einigen Beschlagnahmen als Kriegscommissär sich betheiligt hatte, kam durch 4 gegen 2 Stimmen auf zehn Jahre ins Zuchthaus. In der Besatzung ist wieder einiger Garnisonswechsel vorgenommen worden und durch Selbstbeköstigung der Einquartierten dem Bürger große Erleichterung gegeben. Dafür werden — dem Vernehmen nach von Preußen — den Soldaten und Officieren Zulagen gegeben. Doch wollen Gutunterrichtete wissen daß gerade zu diesen Kosten der Besatzung das Großherzogthum täglich 6000 fl. beitrage. — Durch den Winterzeit der Eisenbahn hoffe ich die Abendbriefe mit dem Karlsruher Nachtwagen befördern zu können, wenn nicht die Postexpeditionen einen Strich durch die Rechnung machen.

H. Nassau. **Wiesbaden,** 15 Oct. Der Hofgerichtspräsident Mahl ist noch am Abend des Tages seiner Verhaftung gegen eine Caution von 2000 fl. wieder freigegeben worden. (D. Z.)

Kurhessen. **Kassel,** 15 Oct. Der Vorstand des Kriegsministeriums, Major Bödicker, ist, dem Vernehmen nach aus Gesundheitsrücksichten, auf einige Zeit beurlaubt, und werden inzwischen die Geschäfte des Vorstandes dieses Departements von Oberstlieutenant Roques versehen. (K. A. Z.)

H. Anhalt. **Bernburg,** 13 Oct. Der Landtag hat einstimmig die Aufhebung des Judenschutzgeldes beschlossen. Das betreffende Gesetz, das der Regierung zur Bestätigung bereits zugegangen ist, lautet: § 1. Die seither unter dem Namen „Judenschutzgeld" gezahlte Abgabe hört unter diesem Namen auf. §. 2. Diejenigen jüdischen Staatsangehörigen welche seither nur auf Grund eines Schutzbriefes und gegen obige Abgabe Handelsgeschäfte betrieben, zahlen für diesen Geschäftsbetrieb künftig eine Abgabe unter dem Namen „Handelsgeld." §. 3. Die Höhe dieses Handelsgeldes bleibt fürs erste in der Regel dieselbe des zeither gezahlten Schutzgeldes, es bleibt jedoch eine Regulirung, resp. Ermäßigung desselben nach dem Charakter und Umfange des wirklich betriebenen Geschäfts und nach den für christliche Handelsleute bestehenden Sätzen vorbehalten. (Ztg. f. Norbd.)

K. Hannover. **Hannover,** 13. October. Graf v. Bennigsen ist von Wien und Berlin zurückgekehrt. Ueber die Ergebnisse seiner Sendung liegt officiell noch nichts vor. (Nord. fr. Pr.)

Hansestädte. **Bremen,** 13. October. Heute fand die Vereidigung des neuen Senators, Hrn. Feldmann, vor der Versammlung des Senats und der Bürgerschaft durch den Präsidenten, Bürgermeister Hrn. Meyer, statt. Hierauf folgte die Wahl eines neuen Präsidenten der Bürgerschaft. Der Candidat der Rechten, Hr. Richter Dr. Donandt, erhielt 55 Stimmen, der Candidat des Centrums, Hr. H. Meyer 44, der der Linken, Hr. Lehrer Kotzenberg, siegte mit 199 Stimmen; so daß Hr. Senator Feldmann seinen ehemaligen Collegen und politischen Freund in die von ihm durch den Eintritt in den Senat gelassene Lücke auf dem Präsidentenstuhle der Bürgerschaft sofort nachrücken sah. (N. Br. Ztg.)

Bremen, 15. Oct. H. v. Gagern und K. Mathy sind gestern in unserer Stadt eingetroffen, um an einem der nächsten Tage dem Ablaufen des den HH. H. H. Meyer und Co. zugehörigen neuen Schiffes beizuwohnen, welches den Namen „Gagern" führen wird. (Wes. Ztg.)

Preußen. Der Pr. Staatsanz. vom 18 Oct. theilt wieder ein wichtiges Protokoll des Verwaltungsrathes des engern Bündnisses mit. Am 8 Oct. nämlich wurde von dem Vorsitzenden, v. Bodelschwingh, die zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossene Uebereinkunft über eine provisorische Centralgewalt mit den Worten vorgelegt: Bei Beurtheilung dieses Vertrags, namentlich in Beziehung zu jenem vom 26 Mai d. J., werde zunächst festzuhalten bleiben daß er nur ein Provisorium feststelle, welches mit dem 1 Mai 1850 abschließe. Ferner sey der Vertrag, allen übrigen deutschen Regierungen gegenüber, einstweilen eine bloße Proposition, so daß erst durch die Genehmigung und durch die förmliche Zustimmung dieser Regierungen die rechtliche Gültigkeit und Wirksamkeit des Vertrags eintrete. Die Freiheit dieser Genehmigung und Zustimmung der Regierungen solle und werde durch die heutigen gutachtlichen Aeußerungen der sie hier vertretenden Bevollmächtigten in keiner Weise präjudicirt werden. Die k. preußische Regierung erbitte und erkenne in diesen Aeußerungen nur den Ausdruck persönlicher Ueberzeugungen, deren Werth sie nach Verdienst zu würdigen und bei ihrer eigenen letzten Entschließung zu berücksichtigen gedenke. Sie sey ihrerseits von dem lebhaftesten Wunsche beseelt die gemeinschaftlichen deutschen Interessen und Sachen, die Bundesfestungen, die Flotte u. s. w. einer allseitig anerkannten Centralgewalt unverzüglich wieder unterstellt zu sehen, und den für die Gesammtheit der deutschen Bundesstaaten jetzt leider völlig ungeordneten Rechtszustand zu einem wenigstens provisorisch geordneten des baldigsten zurückzuführen. Sie glaube daß diesem Wunsche durch Vollzug des vorliegenden Vertrages nach Lage der Sache und der obwaltenden Umstände zu genügen sey, und daß sie sich daher, soviel an ihr sey, für diesen Vollzug entscheiden müsse. Sie gebe dabei den mit ihr durch den Vertrag vom 26 Mai c. verbündeten deutschen Re-

gierungen die ausdrückliche und feierliche Erklärung: daß Preußen sich in der durch den vorliegenden Vertrag zu bestellenden Bundescommission stets als der Repräsentant und als das leitende Organ des Bündnisses vom 26 Mai c. betrachten, und daher alle Anordnungen jener Commission, sofern sie nicht die laufende Administration des vorhandenen Bundeseigenthums betreffen, stets zuvor zur Kenntniß und Beurtheilung des Verwaltungsrathes bringen, sowie auch daß Preußen unwandelbar auf der Bildung des engeren Bundes verharren, und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdruck vertheidigen werde. Die bestimmte Frage die am Schlusse dieser Ausführung den Mitgliedern des Verwaltungsrathes zu persönlicher Beantwortung vorliegt, lautet also: ob sie, nach der vorstehend Namens der k. preußischen Regierung gegebenen Erklärung, in dem mitgetheilten Vertrage über die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt nichts erkennen was die Interessen des Bündnisses vom 26 Mai c. verletze? Die Mitglieder des Verwaltungsraths erklärten sich nun, und zwar stimmten für den Vertrag die Bevollmächtigten von K. Sachsen, Hannover, Baden, Kurhessen, Mecklenburg-Strelitz, Nassau, Braunschweig und Hamburg; dagegen sprachen die Repräsentanten vom Großh. Hessen, den thüringischen Herzogthümern und Oldenburg ihre Bedenken aus daß der neue Vertrag mit den Bestimmungen des engern Bündnisses vielfach in Widerspruch stehe und das Zustandekommen des Bundesstaats, den zu errichten vor allem Pflicht der Regierungen sey, hindern könnte. Hr. v. Bodelschwingh entgegnete, er könne das entschiedenste Festhalten an der Realisirung des Bundesstaats nur anerkennen; indessen müsse er daran erinnern daß die Bundesverfassung eine bleibende seyn sollte, während das jetzt vorgeschlagene Provisorium nicht über den 1 Mai 1850 hinausreiche. Das Resultat war also daß von den zwölf Mitgliedern des Verwaltungsraths neun für Anerkennung der neuen Uebereinkunft, drei dagegen sprachen.

Berlin, 16 Oct. In den Frühstunden des gestrigen Tags ist ein Selbstmord bekannt geworden, der unter höchst seltsamen Umständen erfolgt ist. Der 17jährige Lehrling in einer hiesigen Apotheke, der Sohn eines geachteten Arztes in der kleinen Stadt P., wurde in seinem Zimmer todt gefunden. Die angestellten Ermittelungen ergaben sofort daß eine Vergiftung durch Schwefelsäure stattgefunden habe. Ein Brief des Verstorbenen enthielt im wesentlichen folgende Mittheilungen: Er müsse fürchten Zeitlebens unglücklich zu werden, und ziehe daher einen schnellen Tod vor. Er sey Mitglied eines Bundes der sich zur Aufgabe gemacht habe der Reaction mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln in den Weg zu treten; am Sonntag Abend sey Versammlung gewesen; man habe die Koryphäen der Revolution und der radicalen Partei hoch leben lassen. Da sey auf einmal ein alter Herr, den man vordem im Zimmer nicht bemerkt habe, zwischen sie getreten und habe sie Verräther genannt. Sie wären sehr bestürzt gewesen, hätten dann aber ihre Dolche gezogen um den Herrn anzugreifen. Derselbe sey aber entflohen. Während man noch über dieß Ereigniß berathen habe, sey ein Zettel in die Stube geworfen worden welcher die Worte enthalten habe: Alles ist verrathen, schnelle Flucht ist die einzige Rettung. Dieser Zettel befinde sich in seiner Brieftasche. Er habe nicht fliehen können da ihm die Mittel zur Reise und zum Aufenthalt im Ausland fehlen. Man suchte nun in der Brieftasche nach und fand den Zettel. Die Sonderbarkeit des Vorfalls trat aber noch auffallender hervor als einige Hausgenossen, welche die Handschrift des Verstorbenen näher kannten, in den etwas verzogenen Schriftzeichen mit aller Entschiedenheit die Handschrift des Verstorbenen selbst zu recognosciren behaupteten. Der nächste Gedanke war daß die ganze Erzählung in dem Brief erdichtet sey; man kam aber von dieser Annahme zurück, da gar kein dem Thatbestand entsprechendes Motiv zum Selbstmord ersichtlich war. Der Verstorbene war körperlich gesund, hatte keine Schulden, keine Liebschaft, und sich bisher zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten betragen. Jedenfalls wird die Sache näher untersucht werden, und sind die in dem Brief vorgetragenen Thatsachen richtig, so wird der alte Herr nicht zögern die geeigneten Mittheilungen zu machen. (Deutsche Ref.)

⚹ **Berlin,** 16 Oct. Professor Böckh hielt gestern in der Aula der Universität eine gehaltreiche, schöne Rede zur Feier des königlichen Geburtstags. Obwohl er größtentheils sehr bekannte Themata behandelte — die Jahre 1848 und 1849, absolute und constitutionelle Monarchie, die Einheit Deutschlands, den Bundesstaat und die Einwendungen dagegen — so gelang es ihm doch die Aufmerksamkeit der ansehnlichen Versammlung ganz zu fesseln, und den Beweis zu liefern daß ein Gelehrter wie er nach den vielen politischen Reden über jene Gegenstände doch noch etwas neues und das Bekannte neu und anziehend zu sagen vermag. Die Art wie er des Königs gedachte, war durchaus würdig. Die Bedeutung der Universitäten in Deutschland hob er mit Wärme hervor, und sehr gut beleuchtete er Verhältnisse der Gegenwart durch Anführungen aus der Geschichte des alten Griechenlands. Dabei fehlte es nicht an allerlei Spitzen, namentlich in der Besprechung der Einwendungen gegen den Bundesstaat. Die Rede ist entweder schon veröffentlicht oder wird es nächstens werden. Die festliche Erleuchtung der Häuser gestern Abend war in der Friedrichsstadt, die ich durchstreifte, so ziemlich allgemein. Namentlich zeichneten sich die Linden aus. Hier waren nicht nur die Häuser an den beiden Straßen meist prachtvoll erhellt, sondern der Magistrat hatte noch für eine besondere Illumination gesorgt. Alle 20 Schritte war über den Weg für Fußgänger von einem Baum zum andern ein Seil gespannt, an welchem ein pyramidenartiges, mit bunten Lampen behängtes Gestell prangte. Stundenlang wogte hier der Menschenstrom hin und her. Straßenjungen machten sich das Vergnügen einige Lampen herunterzustoßen und wurden von Schutzmännern gefaßt. Sonst fiel keine Unordnung vor. Die große Mehrheit bestand aus festlich Gesinnten und Schaulustigen. Nur von einzelnen Demokraten konnte man satirische oder melancholische Bemerkungen über die Wandelbarkeit der menschlichen Ansichten hören.

♈ **Berlin,** 16 Oct. Die zweite Kammer beschloß heute auf die schriftliche Einladung zur feierlichen Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms III am 19 eine Deputation von 30 Mitgliedern durch das Loos zu erwählen. Dann nahm sie die Berathung über die Art. 33, 34 und 37 der Verfassung wieder auf. Zu Art. 33, welchen die Commission zu streichen beantragt, hat der Abg. Schimmel das Amendement gestellt: „Das Heer besteht aus allen Abtheilungen des stehenden Heers, der Flotte und der Landwehr." Der Antragsteller führt an daß Zweifel laut geworden seyen ob die Landwehr im vollen Sinne zum Heere gehöre, die Kammer habe daher allen Grund zu bestimmen was sie unter Heer verstehe. Der Referent Simson vertheidigt den Antrag auf Streichung des Artikels, und der Kriegsminister macht die Bemerkung daß die Mannschaft der Flotte ohnehin als zum Heere gehörig betrachtet werde. Der Abg. Schimmel schlägt vor in seinem Amendement „die Flotte" zu streichen. Die Kammer geht darauf ein und genehmigt das amendirte Amendement. Zu Art. 34 hat der Abg. Keller den Verbesserungsantrag gestellt: „Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und Formen, und in der Regel nur auf Requisition der Civilbehörde verwendet werden. In letzterer Beziehung hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen." Ein Amendement von Wiebahn weicht von diesem hauptsächlich nur darin ab daß die Worte „in der Regel nur" in ihm fehlen. Für den Art. 34 ohne Aenderung sprechen die Abgeordneten Reuter, Wentzel, Beseler; für den Commissionsantrag (auf Streichung der Worte: „nur auf Requisition der Civilbehörde") oder die im wesentlichen damit übereinstimmenden Amendements die Abgg. Graf Arnim und Ohm, die Minister des Innern und des Kriegs. Die Vertheidiger des Art. 34 sagen: für die Ausnahmsfälle sey schon durch die Beschlußfassung über Art. 110 gesorgt, wornach unter Umständen der Art. 34 suspendirt werden könne. Die Ausnahmefälle überhaupt gesetzlich zu bestimmen werde auch in einem Specialgesetze nicht möglich seyn; es sey auch nicht nöthig. Handle der Befehlshaber in dringender Lage mit Besonnenheit, so werde ihn das Land seiner Verantwortlichkeit entheben, wie dieß auch in England geschehe. Die Frage sey jetzt ob noch gelten könne was eine Cabinetsordre vom Jahr 1820 bestimme: Daß nämlich die Militärbehörde als höhere Instanz über der Civilbehörde stehe. Dagegen müßten sie protestiren. Das Militär sey nicht da um zu berathen und zu beschließen; es sey der Arm, nicht der Kopf. Es komme hier durchaus darauf an daß ein großes Princip festgestellt werde, gegen welches kleine Inconvenienzen nicht in Betracht kommen könnten. Die Abgg. Wentzel und Beseler erklären sich am Schluß ihrer Reden sehr entschieden gegen eine Revision von welcher das Volk sagen würde: „ihr habt die liberalen Bestimmungen aus der Verfassung genommen; ihr habt revidirt, wie eure Angst es euch vorgeschrieben!" Die Rechte zischt bei diesen Worten und die Linke ruft Bravo. Die Vertheidiger des Commissionsantrags und der Amendements machen geltend: durch gesetzliche Bestimmung der Ausnahmsfälle sey sowohl die Freiheit gesichert als auch das Verfahren der Behörden geregelt und damit etwaigen Conflicten zwischen ihnen vorgebeugt. Würde nicht bestimmt was das Militär in gewissen Fällen thun oder lassen müsse, so habe man entweder die Willkür oder die Anarchie. Nach Art. 110 könne im Fall eines Kriegs oder Aufruhrs allerdings auch der Art. 34 suspendirt werden. Aber auf eine solche Suspendirung könne der Befehlshaber in dringenden Fällen nicht warten; sie würde auch bei elektromagnetischen Telegraphen meist zu spät kommen. Der Befehlshaber würde unter Umständen nur zwischen zwei Vergehen zu wählen haben, und eine Gesetzgebung welche dazu zwinge sey grausam, ja unsinnig! „Die Commission — fügt der Referent Keller diesen Argumenten hinzu — will eben die Principien aufrecht erhalten,

darum stellt sie dieselben so hin daß sie gehalten werden können." In namentlicher Abstimmung wird der Commissionsantrag mit 203 gegen 91 Stimmen verworfen, das Kellersche Amendement dagegen ohne die Worte, „in der Regel nur," mit 190 gegen 102 Stimmen angenommen. Die erste Kammer berieth heute über das Steuerbewilligungsrecht. Die Abgg. Dahlmann und Camphausen sprachen sich für dasselbe aus. Das Nähere morgen.

Die Constitutionelle Corr. berichtigt: „Die Angabe einer Correspondenz in der Kölnischen Zeitung und in der Indépendance belge, daß Preußen die Fregatte „Gefion" dem dänischen Gouvernement auszuliefern beabsichtige, kann nur auf einem Mißverständnisse beruhen. Nun und nimmermehr würde Preußen zu einem so einseitigen, den Kriegsgebrauch ebenso wie das Nationalgefühl verletzenden Schritte sich berechtigt halten. Die „Gefion" ist von Reichstruppen genommen worden, Preußen wird sich daher über dieselbe auch keine einseitige Verfügung anmaßen wollen."

Das Promemoria über die dänische Angelegenheit ist jetzt im Druck vollendet und den Mitgliedern der Kammern zugegangen. Dasselbe beginnt mit den Vorgängen welche auf den Abschluß des Waffenstillstands von Malmö folgten. In der Darstellung wird das von der N. Preuß. Zeitung ausgebeutete Gerücht, als habe Hr. Bunsen ohne Wissen und Willen der preußischen Regierung die Centralgewalt bei den Friedensverhandlungen in London vertreten, authentisch widerlegt. Es folgt hierauf eine Darlegung der Vorschläge welche als Grundlagen des Friedens gemacht wurden. Es heißt darin unter anderm: „Durch die Fortdauer der bisherigen Verbindung mit Holstein unter Einer Verfassung und Verwaltung, bei der innigeren Vereinigung Deutschlands in einen Bundesstaat, würde Schleswig materiell und factisch, wenn auch nicht nominell zu einem Theile Deutschlands geworden seyn. Wie sehr dieß auch den Wünschen der Bevölkerung und den Gefühlen der Deutschen entsprochen hätte — Deutschland hatte kein Recht diesen Anspruch zu erheben; es hätte ihn nur vermittelst eines allgemeinen Krieges durchsetzen können." Nachdem hierauf entwickelt wird daß die politische Trennung der Herzogthümer „keine absolute materielle Trennung herbeiführen werde, geschieht „einer andern Streitfrage" der eventuellen Succession in Schleswig mit dem Bemerken Erwähnung daß dieselbe bei Annahme dieser Basis unberührt und einer friedlichen Lösung durch zukünftige Verständigung vorbehalten bleiben könnte."

Stettin, 12 Oct. Die Ostsee-Zeitung enthält folgenden Artikel, der so ziemlich durch alle deutschen Blätter geht: „Professor Kinkel trägt in Naugard die graue Züchtlingsjacke und muß spulen! Der Director der Strafanstalt correspondirt in allen Hrn. Kinkel betreffenden Angelegenheiten unmittelbar mit dem Hrn. Minister des Innern. Wir würden uns schämen diesen Fall vor den Richterstuhl der öffentlichen Meinung zu ziehen, wenn die Behandlung die dem Professor Kinkel auf das Geheiß — aber fern sey es von uns zu glauben aus freier Entschließung — des Hrn. v. Manteuffel widerfährt, den ersteren erniedrigte, oder wenn der Wille der ihn unter eine so kleine Wiedervergeltung zwingt, der Wille der Nation wäre. Unser politischer Standpunkt liegt dem poetischen Socialismus des Hrn. Kinkel sehr ferne. Aber als einfacher Arbeiter in der großen Geisteswerkstatt verehren wir in ihm einen Meister, und auch das Gefäß, dessen schönen und edeln Inhalt wir bewundern, können wir nicht verunehrt sehen ohne einen lauten Ruf der Entrüstung, der, wir hoffen es, in der ganzen unabhängigen Presse des deutschen Vaterlandes wiederhallen wird."

Gr. Mecklenburg. Der in Rostock erscheinende Norddeutsche Correspondent meldet: der in Berlin bestehende Verwaltungsrath habe die in Schwerin verkündigte neue Verfassung inhibirt. Die Berliner Const. Correspondenz versichert, der Verwaltungsrath habe sich vorerst nicht in die Streitsache mischen können, da der Streit vor dem Schiedsgericht anhängig gemacht worden sey. Doch sey an die Regierung in Schwerin die Mittheilung gerichtet worden im Interesse der unter den Bundesgenossen zu erhaltenden Einigkeit, soweit es die Verhältnisse gestatten sollten, möglichst den status quo zu erhalten. In dem Verwaltungsrath vom 8 Oct. (von welcher Sitzung das Protokoll eben erscheint) ward bloß bemerkt daß an die beiden mecklenburgischen Regierungen Mahnungsschreiben zu gegenseitiger Verständigung erlassen worden. Der neu verkündigten Verfassung scheint also jedenfalls ein Riegel vorgeschoben. Bekanntlich beschränkt dieselbe gar sehr die Rechte des Adels, deren Aufrechthaltung die Verfassung des Dreikönigbündnisses verbürgt. Staatsrath Römer hat dieß als eines der Bedenken hervorgehoben welches Württemberg haben müsse dem Bündnisse beizutreten, da sonst Württemberg seine erste Kammer in der jetzigen Einrichtung behalten müßte.

Durch ganz Mecklenburg-Schwerin geht jetzt der Zug der Freude über die neue Verfassung. „Der Großherzog hat sein Wort mannhaft und zu voll erfüllt", schreibt die Mecklenburgische Zeitung, „das Land liefert einen Beweis für das Vincke'sche Wort: „wir lieben unsre Fürsten". Die Anhänglichkeit in den deutschen Stämmen an ihre Herrscherhäuser ist noch sehr groß, wenn ihr von Seite des Regenten nur halbwegs entgegengekommen wird. Nur ein fortgesetztes falsches Spiel könnte endlich dieses so wichtige politische Band in der Menge für immer vernichten.

Oesterreich. **Wien**, 16 Oct. Wenn man an den Jubel zurückdenkt mit welchem der greise Erzherzog in Frankfurt aufgenommen wurde als „die kaiserlose, die schreckliche Zeit" beendigt schien, wenn man sich die damals oft wiederholten Worte ins Gedächtniß zurückruft: „Solange der lebt, wird's kein anderer," so kann man sich bei dem jetzigen stillen Rücktritt desselben von der ihm vom Volk anvertrauten Stelle der trüben Betrachtungen nicht erwehren. Was hat sich alles während der anderthalb Jahre im Vaterlande verändert! Aber nicht ohne den Dank der gesammten deutschen Nation darf der Erzherzog Johann in seine Gebirgsthäler zurückkehren, dem Einigungsversuche des deutschen Volkes hat er, getreu seinem Wahlspruch, seine Kräfte gewidmet; an ihm liegt nicht die Schuld daß der abstracte Gedanke die Macht der wirklichen Verhältnisse nicht zu überwinden im Stande war. Die „Ostdeutsche Post" glaubt aus guter Quelle versichern zu können daß von Seite Oesterreichs zu Reichscommissarien der Feldmarschall-Lieutenant v. Schönhals und Baron Kübeck ernannt sind, eine Wahl die in jeder Beziehung bezeichnend genannt werden dürfte. „Feldmarschall-Lieutenant Schönhals, der in den verhängnißvollen Tagen des Jahres 1848 die Correspondenz des Feldmarschalls Grafen Radetzky mit dem Erzherzog-Reichsverweser leitete, gleichzeitig bewährt durch seine Kenntniß deutscher Zustände und des österreichischen Heerwesens, scheint vorzüglich geeignet zu seyn die Herstellung einer einheitlichen Executivgewalt Deutschlands einzuleiten, und durch seine gewandte Feder jene Hemmnisse im diplomatischen Verkehr Deutschlands zu beseitigen die eine minder gewandte zum Theil verursacht hat. Dem Baron Kübeck dürfte andrerseits die Aufgabe werden, jene schon im Bundesvertrag vom Jahre 1815 postulirte Handelseinheit anzubahnen, die durch kleinliche Interessen so lange verschoben wurde. Daß mit Entscheidung dieser Frage die norddeutsche Dreikönigs-Verfassung wesentlich paralysirt werden würde, haben jüngst deutsche Publicisten erkannt." So plausibel diese Angaben klingen, so muß man doch bezweifeln daß man in Wien diese zwei Männer nach Frankfurt sende.

Dieselbe Nummer der Wiener Ztg. welche die Ratification und Verkündigung des Vertrags über die Centralgewalt mittheilt, enthält aus dem Schwäb. Merkur und der Württembergischen Ztg. zwei Artikel über die jüngst in der Wiener „Presse" ausgesprochenen Meinung daß Oesterreich den Dreikönigsbund sich bilden lassen müsse, und daß das Sicheindrängen eines dritten deutschen Staats zwischen beide Großmächte von einer krankhaften Eitelkeit zeuge. Jene Stuttgarter Blätter hatten angenommen die Presse sey ein ministerielles österreichisches Blatt, und hatten ihre Oesterreich keineswegs günstigen Folgerungen daraus gezogen. Die Wiener Ztg. erklärt nun die „Presse" stehe — wie sie ja auch selbst angezeigt habe — nicht in der entferntesten Beziehung zur Regierung. Dann fährt die Wiener Ztg. fort: „Da unter solchen Umständen der Presse die volle Vertretung der von ihr ausgesprochenen Ueberzeugungen und entwickelten Ansichten überlassen bleibt, dürften bei der Mittheilung der im Schwäbischen Merkur und in der Württembergischen Ztg. enthaltenen Correspondenzartikel wenige Worte genügen um das verderbliche Spiel jener zu entlarven welche die öffentliche Meinung absichtlich zu täuschen bemüht sind, in der Hoffnung diese Täuschung zu ihren Parteizwecken mißbrauchen zu können. Leider ist es nur zu wahr daß der Same der Zwietracht zwischen Oesterreich und Preußen zu streuen versucht worden ist, doch werden sich wohl nur wenige darüber irre leiten lassen, von welcher Seite her dieses geschehen. Der durch gleißende Worte nicht zu verbergende Unmuth über das Mißlingen dieser vaterlandsfreundlichen Bestrebungen, und die unverkennbare Absicht nunmehr bei unseren Bundesgenossen im südlichen Deutschland Boden für solche Saat zu suchen, oder doch wenigstens vorzubereiten, lehren den Werth dieser Bemühungen um Deutschlands Wohlfahrt beurtheilen. Die Geschichte der jüngst verflossenen 18 Monate war reich an Erfahrungen. Wir dürfen hoffen daß dieselben nicht verloren seyn und manche Einsicht gereift haben werden."

Die „Presse" behandelt nachträglich die bereits gestern von den verschiedenen Wiener Blättern aufgeworfene Frage: Ob der Finanzminister nach dem Wortlaute der Verfassung befugt sey, ohne Zuziehung des Reichstags die erwähnte Steuererhöhung vorzunehmen? Man muß es dem Raisonnement zugestehen daß der Form nach Hr. v. Kraus angegriffen werden kann. Allein da eine augenblickliche Einberufung des Reichstags selbst bei dem besten Willen des Ministeriums nicht thunlich ist, die Regelung der Geldverhältnisse jedoch eine der dringendsten Forderungen des Staats ausmachen, so darf der Sache nach den Finanzminiſte

kein Vorwurf treffen. Die constitutionelle Form aber wird dadurch gewahrt daß dem Reichstag gleich bei seinem Zusammentritt eine Indemnitätsbill vorzulegen ist, ein Punkt der zu unserer Verwunderung in den Wiener Journalen nirgends berührt wird. Freilich ward durch die Reichsverfassung die Einberufung der Landtage im Laufe des Jahrs 1849 gewährleistet, und es sind wenig Aussichten vorhanden daß dieses Versprechen erfüllt werde. Die „Presse" enthält ferner aus einer „Vertrauen verdienenden" Quelle die Mittheilung daß der Kaiser allen noch zum Tode verurtheilten Officieren der ungarischen Armee die Todesstrafe nachzusehen befohlen habe, wogegen die „Ostdeutsche Post", die gleichfalls dieser Nachricht erwähnt, von Gerüchten spricht daß wieder eine große Anzahl Todesurtheile für Ungarn bestätigt worden. In Pesth ist Radetzky zum Ehrenbürger ernannt. Die Reducirung der Armee ist definitiv beschlossen. Die Mannschaft mit achtjähriger Dienstzeit und die auf Kriegsdauer Angeworbenen werden nach vorausgegangenen „Superarbitris" theils beurlaubt, theils entlassen. Dieser Umstand mußte die heutige Nachricht der Ostdeutschen Post daß die türkische Differenz als beigelegt zu betrachten sey, wahrscheinlich erscheinen lassen. In den Werkstätten des Wiener Münzamtes entwickelt sich ungewöhnliche Thätigkeit. Die nicht unbedeutenden in Ungarn geretteten Silbervorräthe werden in Scheidemünzen umgeprägt, gegen welche die im Umlauf befindlichen Münzscheine à 6 und 10 Kreuzer eingewechselt werden.

Der Lloyd berührt heute in einer äußerst vorsichtig gehaltenen Weise die Stellung der österreichischen Stifter zum Staate. Dem Anschein nach will er den Reigen eröffnen, und die bisher in Oesterreich noch gänzlich offenen Fragen hinsichtlich des Klerus, mit allem was dahin gehört, allmählich etwas näher umziehen. Die Schwierigkeit der hier einschlagenden Verhältnisse und die gewaltige nachhaltige Opposition die der Regierung aus der Geistlichkeit erwachsen kann, eine Opposition an welcher bekanntlich Kaiser Joseph trotz aller seiner Energie scheiterte, machen die geschickteste Behandlung nöthig. Wir wollen dem Lloyd für den Anfang noch nicht auf dieses Feld folgen, nur möchte man ihm die Warnung zurufen nicht durch zu frühzeitige Aufrührung einer solchen Macht dem reformatorischen Wirken der Regierung die größten Hindernisse in den Weg zu legen!

△ **Wien**, 17 Oct. Die „Presse" veröffentlicht heute das Protokoll des Standgerichtes, welches seiner Zeit unter dem Vorsitze Arthur v. Görgey's den Grafen Eugen v. Zichy zum Strange verurtheilte. Dieses Actenstück beweist daß jene Hinrichtung ein reiner Justizmord war; denn selbst wenn die bei dem Grafen vorgefundenen kaiserlichen Proclamationen ihm als Verbrechen angerechnet wurden, so hätte dieß nur dann einen haltbaren Grund gehabt, wenn er die Proclamationen wirklich vertheilt hätte. Uebrigens waren die Rechte des Königs damals noch in voller Kraft und von keiner ungarischen Behörde in Frage gestellt. Auf den Charakter Görgey's wirft dieses Todesurtheil kein gutes Licht. — Das Gerücht von dem Abtreten des Feldzeugmeisters Haynau dürfte sich vorderhand dahin reduciren daß er während seiner Abwesenheit das Commando an den F.M.L. Fürsten v. Liechtenstein abgetreten. Die neuesten Berichte aus Pesth sind im Einklang mit der hier herrschenden Ansicht, nach welcher der Vollstreckung von Todesurtheilen Einhalt geboten worden; wenigstens hat keine weitere Hinrichtung stattgefunden. Dagegen tritt in dem unglücklichen Lande eine andere Plage, die Unsicherheit der Straßen, immer mehr in den Vordergrund. Selbst in Pesth finden trotz des Belagerungszustandes fast täglich sehr kühne Raubanfälle statt. — Die Berliner Journale beschäftigen sich gegenwärtig mit unsern Zuständen, und zwar in einem so auffallend gereizten Ton daß sie ihren Zweck wohl vollständig erreichen wenn sie Steigerung gegenseitiger Erbitterung wollen.

Die „Ostdeutsche Post" bringt neuerdings in ihrem Feuilleton Briefe aus dem Orient. Nachfolgendes Fragment möchte vielleicht auch zur richtigen Beurtheilung des englischen „Cant" beitragen: „Um Ihnen einen Begriff von der christlichen Gesinnung zu geben, heißt es, die den Maltesern eingeflößt worden, bemerke ich nur daß in diesem Augenblick sich hier 160 sicilische Flüchtlinge befinden welche seit dem Monat Mai auf dem Mittelmeere umherirren, ohne landen zu dürfen. Hier kamen sie an, sterbend vor Hunger, Strapazen und an den fürchterlichsten Krankheiten, Folgen die durch die lange Fahrt, die Unreinlichkeit, den Mangel an Wäsche, durch alte Wunden, Mangel und Noth ꝛc. verursacht worden. Diese Unglücklichen sind ins Lazareth gebracht worden, wo ich sie alle zwei Tage besuche, und es ist gewiß keine Uebertreibung wenn ich sage daß ihr Anblick eher der roher Thiere als menschlicher Geschöpfe ist. Drei Schwindsuchtsfälle des höchsten Grades, acht bis zehn Aussätzige, ebenso viele Brustkranke habe ich bei denselben angetroffen, ohne der Gichtleiden, Fieber- und Drüsenkranken zu erwähnen. Nun denken Sie sich, ungeachtet unserer vielfachen, ja unzähligen Bemühungen haben wir es doch nicht vermocht daß die Regierung den am schwersten Erkrankten Matrazen bewilligte. Die am besten Verpflegten verfaulen auf dem Stroh; und doch befinden sich unter diesen Unglücklichen Artillerieofficiere, und unter anderen der Sohn eines Obristen, und brave, tapfere Soldaten, bekannt durch Züge von Heldenmuth und eines besseren Looses wohl würdig!"

Das vorgestern Nachmittags aus der Levante in Triest eingetroffene Dampfboot brachte wenig Bemerkenswerthes aus jenen Gegenden. Die Zeitungen von Konstantinopel erwähnen nichts von der Differenz zwischen der Türkei, Oesterreich und Rußland. In Samos war die Ruhe noch nicht hergestellt; die türkische Regierung sah sich daher veranlaßt neue Truppen dahin zu senden. Dagegen schreibt man aus Corfu vom 4 l. M. daß der Aufstand auf Cephalonia als völlig beendet zu betrachten ist. Der Lord Obercommissär hat in einer Proclamation eröffnet daß nun, nachdem die zwei Haupträdelsführer sich in Haft befinden, das Embargo wie das Martialgesetz aufgehoben und eine allgemeine Amnestie ertheilt werden soll. (Lloyd.)

Großbritannien.

London, 15 Oct.

Der Hof ist nun doch nach Windsorschloß hinausgezogen.

Dr. Edward Copleston, der anglicanische Bischof von Llandaff, ist 74 Jahre alt gestorben. Er war vormals Professor der Poetik in Oxford, später Dechant an der Londoner Paulskirche. Das Bisthum Llandaff, welches die Grafschaften Glamorgan und Monmouth in Wales in sich schließt, ist das kleinste in England, mit einem Einkommen von nur 1000 Pf. St.

Der Lord Obercommissär der jonischen Inseln ist in Anerkennung seiner Verdienste um Wiederherstellung der Ruhe in Cephalonien, zum Ritter-Großkreuz des St. Michael- und St. Georgsordens ernannt. Deßgleichen Graf Dusmani, Secretär des jonischen Senats; Cavaliere Xidiano, der Generalprocurator der jonischen Regierung, und Ritter Dumaschino, Präsident der legislativen Versammlung, zu Rittern-Commandeurs des nämlichen Ordens. Indessen sagen italienische Blätter daß der Aufstand noch nicht als bezwungen anzusehen sey. Die Bande der Aufrührer halte sich noch im Gebirg, und andererseits lasse die englische Regierung unbescholtene und angesehene Bürger verhaften, was keineswegs dazu diene die Gemüther zu beschwichtigen.

Hr. Abbott Lawrence, der neue amerikanische Gesandte in London, ist am 13 Dec. 1792 im Staat Massachusetts geboren. Er erhielt eine liberale Erziehung, und trat dann noch in sehr jugendlichem Alter in Geschäftsgenossenschaft mit seinem ältern Bruder, einem Importhändler in Boston. Auf Geschäftsreisen besuchte er mehrmals Europa, und lernte dessen Sitten und Gebräuche kennen. Im J. 1815 ging Hr. Lawrence von der Kaufmannschaft zum Fabrikwesen über, errichtete eine große Kattunfabrik in Lowell, und trug nicht wenig zum Aufblühen dieser merkwürdigen Stadt bei, welche, obwohl seit wenig mehr als 30 Jahren gegründet, bereits mehr als 400 Fabriken und gegen 40,000 Einwohner zählt. Im J. 1839 wurde Hr. Lawrence in den Congreß der Vereinigten Staaten gewählt, und bewährte sich als ein ebenso thätiges wie verständiges Mitglied. Im Jahr 1842 ward er von Seite des Staats Massachusetts als einer von den Commissarien zur Regelung der nordöstlichen Gränzfrage mit England ernannt, und half diese schwere Aufgabe befriedigend lösen. Im J. 1843 besuchte er England wieder, und ward in den ersten Kreisen der Hauptstadt zuvorkommend empfangen. Lawrence ist ungeheuer reich, so daß er in seinem Vaterlande nur der „amerikanische Handelsfürst (merchant-prince)" heißt; aber er ist ebenso glänzend wohlthätig. So hat er z. B. der Harvard-Universität, behufs der Erweiterung dieser Hochschule, 50,000 Dollars (125,000 fl.) geschenkt. Uebrigens war Lawrence bisher ein Anhänger des Zollschutzsystems, so gut wie seine Freunde Taylor und Webster. Darüber wird er vom Standard, wie natürlich, belobt; die Freihandelsblätter aber hoffen daß er — im Hinblick auf seinen klarblickenden Vorgänger Bancroft, der in England die Reform der Handelspolitik so gründlich schätzen gelernt, und hinsichtlich der Aufhebung der Navigationsgesetze England so schöne Verheißungen amerikanischer Gegenseitigkeit gemacht (die freilich bis jetzt noch nicht erfüllt sind) — sich bekehren werde. — Hr. Thomas Edward Bulwer, Sohn des Novellisten Sir Edward Lytton Bulwer, ist zum unbesoldeten Attaché der brittischen Gesandtschaft in Washington ernannt, also bei seinem Oheim Sir Henry Bulwer, welcher bekanntlich zum dortigen Gesandten ernannt, aber noch nicht auf seinen Posten abgegangen ist.

Die amerikanische Post meldet daß die neulichen blutigen Händel in Bytown bei Montreal (Canada) sich schlimmer wiederholt. Die Parteien rauften sich zum zweitenmal, und acht Menschen blieben, viele wurden verwundet. Die Standeserhöhung des Generalstatthalters Lord Elgin in der brittischen Pairie hat die Tories noch mehr gegen die Whigregierung des Mutterlandes gereizt.

Frankreich.

Paris, 16 Oct.

Der Bericht des Hrn. Thiers über die römische Frage hat einen wahren Sturm des Unwillens in einem großen Theil der Presse erregt. Selbst das J. des Débats findet es auffallend daß er den Brief des Präsidenten gänzlich ignorirt hat, und der National ruft aus: „Es fehlte dem Leben des Hrn. Thiers eine letzte Apostasie. Auf dem Altar des Katholicismus, das Haupt auf den Knieen des Klerus, die Füße in Blut unserer Soldaten hat er sie vollbracht. Als er von der Tribüne herabstieg, empfing er die Glückwünsche der überspanntesten Mitglieder der politischen und religiösen Reaction. Es hatte etwas komisches und trauriges zumal den fatalistischen Geschichtschreiber der französischen Revolution, den skeptischen Schriftsteller, den Schüler der Voltaire'schen Philosophie, den Staatsmann der die Herzogin v. Berry entehrt hat, von einem hochw. Bischof, von Hrn. v. Montalembert und den ergebensten Rittern der Legitimität umringt und becomplimentirt zu sehen." Dieses Blatt sucht dann zu zeigen daß das „Motuproprio" des Hrn. Thiers eigentlich eine dem Präsidenten der Republik gelegte Schlinge sey, denn es muthe ihm zu sich im Angesicht des französischen Hauses, im Angesicht der französischen Nation, im Angesicht des römischen Volks und des Hofs von Gaëta selbst herabzuwürdigen (dejuger), entweder einen Irrthum welchen man nicht das Recht habe zu begehen wenn man an der Spitze eines großen Landes stehe, abzubitten und so gleichsam sich wegen Unerfahrenheit zu verurtheilen, oder aber das für Recht und Gerechtigkeit gegebene Wort zu fälschen und sich der Mitschuld an dem Werk der Unterdrückung überführt zu bekennen. Diese Verwicklung könne nicht anders als auf diese Alternative hinauslaufen: entweder Streit zwischen Hrn. Thiers und dem Ministerium, und in diesem Fall, gleichviel wer siege, Spaltung der Majorität, oder der Präsident der Republik und sein Cabinet eigne sich die Politik des Hrn. Thiers an, und dann moralische Absetzung vor Frankreich und Europa. In der That würde ein Conflict zwischen dem Präsidenten der Republik und der Majorität der Nationalversammlung zu den unheilvollsten Wirren führen, da weder der Präsident die Nationalversammlung, noch die Nationalversammlung den Präsidenten fortschicken kann.

Es sind nicht bloß die Aufreizungen der demokratischen Partei welche den Präsidentenbrief ausbeuten möchte, dieser droht wirklich in der conservativen Welt einen Bruch herbeizuführen. Zwei Blätter die dem Ministerium und dem Präsidenten der Republik näher stehen, bezeichnen die Gefahr übereinstimmend. In der Patrie von gestern Abend liest man: „Die schlimmsten Gerüchte waren heute in der Versammlung verbreitet. Man sprach von einer Erklärung des Präsidenten der Republik welche mit der im Bericht des Hrn. Thiers über die römischen Angelegenheiten vorgezeichneten Politik offen brechen und als Basis der den Interessen, der Ehre und Würde Frankreichs allein entsprechenden Politik den Brief des Präsidenten über diese Frage nehmen soll. Der Ministerrath würde dieser Meinung des Präsidenten beipflichten. Man sprach von einem Schreiben des Präsidenten der Republik an den Präsidenten des Ministerraths in welchem diese Meinung ausgedrückt wäre. Man versichert heute Abend daß Hr. v. Falloux seine Entlassung genommen. Einige Repräsentanten welche bis jetzt einen Theil der Majorität ausmachten, haben sich heute Abend versammelt um zwischen den HH. Thiers, Molé, de Broglie und deren Freunden und den ehrenwerthen Anhängern der Politik des Präsidenten eine Annäherung zu bewirken. Der ehrenwerthe Berichterstatter hätte erklärt daß er als Organ der Commission nur die in seinem Bericht im Namen dieser Commission ausgesprochene Politik aufrechthalten könne." L'Evenement erwähnt noch eines Ministerraths in welchem beschlossen worden daß die Regierung den Brief des Präsidenten ausschließlich zum Maßstab ihrer römischen Politik nehmen werde, indem die Politik des Commissionsberichts dem Interesse, der Ehre und Würde der Nation zuwiderlaufe; ferner daß in der Versammlung von einer Note die Rede gewesen sey welche der Präsident der Republik selbst verfaßt habe und die seinen Bruch mit der Politik, deren Organ der Bericht des Hrn. Thiers sey, vollständig darlege. „Diese Note," heißt es, „wurde sogar dem officiellen Moniteur zugeschickt, aber wieder zurückgenommen um unter einer andern Form eingerückt zu werden. Wir glauben behaupten zu können daß das Präsidentenmanifest morgen früh im Moniteur erscheinen wird." Das letztere ist nicht geschehen, und so ist vielleicht die Hoffnung zu einer Ausgleichung noch nicht aufzugeben. Mit einiger Ostentation wird gemeldet daß der Präsident gestern Mittag die Werkstätten der Vorstadt St. Antoine besucht hat. Wenn es zu einem Bruch kommt so muß man sich um Popularität umsehen.

In der Nationalversammlung wurde der erste Artikel des Gesetzentwurfs, welcher den Finanzminister ermächtigt das Witthum der Herzogin von Orleans im Betrag von 300,000 Fr. für 1849 auszubezahlen, mit 423 gegen 184 Stimmen angenommen. Nun liegt ein Amendement von Hrn. Mauguin vor: zwar im Fall des ausdrücklichen Verlangens der Herzogin die Zahlung zu leisten, aber nur vorschußweise und sich unmittelbar an den Privatgütern des Ex-Königs Ludwig Philipp schadlos zu halten, da der Schatz nichts schuldig sey. Die Herzogin hat die Zahlung weder im Jahr 1848 noch im Jahr 1849 nachgesucht. Als vorm Jahr die Nationalversammlung durch das Decret vom 25 Oct. das Recht anerkannt hatte, schrieb sie ihrem Notar in Paris, wenn der Schatz die Zahlung verweigere, sie nicht zu verlangen, wenn er aber zahle die Summe hälftig unter die brodlosen Arbeiter, hälftig an die Wohlthätigkeitsanstalten zu vertheilen. Und jetzt versichert das J. des Débats: Hr. Mauguin dürfe ruhig seyn, wenn sein Amendement durchgehe, so werde die Frau Herzogin von Orleans dem Schatz die Zahlungskosten und den Privatdomänen die Pfändung ersparen.

⊙ **Paris,** 15 Oct. Aus den Pariser Blättern werden Sie ersehen haben daß uns ein außerordentlich zahlreicher Besuch politischer Flüchtlinge zugedacht ist. Viele derselben sind bereits in den letzten Tagen eingetroffen, andere sind auf dem Weg nach Paris begriffen. Wenn die Herren sich aber schmeicheln ihr Lager in der Hauptstadt aufschlagen zu dürfen, so irren sie sich gewaltig, denn die Regierung hat beschlossen sie alle ohne Ausnahme in das Innere Frankreichs zu entfernen, wohlverstanden mit Ausnahme derer welche es vorziehen sich nach England einzuschiffen. Der Proceß in Versailles ist das Hauptmotiv dieser Maßregel. Anfangs hatte die Regierung in Berücksichtigung der in meinem gestrigen Schreiben erwähnten socialistischen Umtriebe in den Departements es für zweckmäßiger gehalten die unwillkommenen Gäste der Ueberwachung der hiesigen Polizei anzuvertrauen, später aber ist sie von dieser Ansicht zurückgekommen. Man kann dieß nur billigen. Denn wenn auch bis jetzt nicht die entferntesten Anzeichen vorhanden sind daß der Proceß unserer Vollblut-Republicaner zu Versailles Aufregungen oder gar Emeuten in den Straßen von Paris veranlassen werde, so fehlt es doch nicht an einem überreichen Vorrath von Gährungsstoff, welchen durch Zufuhr aus dem Ausland vermehren zu lassen wenigstens sehr unvorsichtig wäre. Die Polizeipräfectur hat daher die Weisung erhalten allen politischen Flüchtlingen nach einer Rast von höchstens 24 Stunden den Laufpaß zu geben. Mehrere Städte im Innern des Landes sind je nach ihrer Wahl zu ihrem einstweiligen Aufenthalt bestimmt. Es versteht sich von selbst daß man sie dort nicht aus den Augen verlieren wird.

* **Marseille,** 13 Oct. Sämmtliche hier wohnende spanische Flüchtlinge haben die Weisung erhalten Marseille zu verlassen und sich, wenn sie in Frankreich verbleiben wollen, nach dem Departement vom Pas de Calais zu verfügen. Diese Maßregel wird allgemein als etwas streng angesehen, indem viele dieser Leute die nun seit 10 Jahren in unserem Departement wohnen sich feste Stellungen, theils im Handelsfach, theils im Administrationswesen, theils im Sprachunterricht erworben haben, nun dieß alles aufgeben und bei bevorstehender rauher Jahreszeit nach dem Norden auswandern müssen; während die italienischen Flüchtlinge hier verbleiben können. — Am 11 d. sind 44 Personen an der Cholera gestorben, gestern 21, welche Verminderung wohl einem sehr starken Gewitterregen, der die Luft etwas gereinigt haben mag, zuzuschreiben ist. Unter den neuesten Opfern der Seuche befindet sich die Gattin Manin's. In Toulon und Algier hat die Seuche etwas nachgelassen.

Belgien.

Dem berühmten Chronikenschreiber Jean Froissart (in neuerer Zeit einigermaßen von Michelet nachgeahmt) hat man zu Chimay, wo er im Jahr 1402 starb, eine Statue gesetzt, die ihn in der Kleidung eines Canonicus mit der Rolle seiner Jahrbücher unter dem Arm darstellt. Indessen war der naiv-poetische alte Chronist kein Belgier, sondern zu Valenciennes geboren.

Italien.

Unter den langen Berichten der Turiner Blätter über die Leichenfeier wählen wir folgenden in der Legge vom 15 Oct. (die Gazzetta Piemontese hat sich einen eigenen Officialbericht vorbehalten): „Die Asche Sr. Maj. des Königs Karl Albert gelangte von Genua nach Turin am 12 Oct. um 1 Uhr Nachmittags. Schon in früher Morgenstunde bot die Stadt den Anblick jener feierlichen Tage dar welche eine große Nationalfreude oder eine tiefe Nationaltrauer andeuten. Die Buden waren alle geschlossen, die Straßen durch welche der Leichenzug sich bewegen sollte, vom Volk angefüllt. Das Himmelsgewölbe war von Wolken bedeckt, und es regnete stark. Die Natur in ihrer düstern Herbstmiene schien sich selbst in Trauer gekleidet zu haben und mitzuklagen in der Wehklage Italiens. Der sinnig geschmückte Leichenwagen fuhr, unter Vorantritt eines sehr zahlreichen Cortége, von Porta Nuova nach der Metropolitankirche durch die im Programm bezeichneten Straßen. Unglaubliche Rührung weckte in allen Herzen der Anblick so vieler jungen Soldaten, so vieler tapfern Generale, der glorreichen Kriegsgenossen Karl Alberts, welche mit ihm die Freude des Siegs

getheilt, mit ihm die Flucht des Feindes gesehen,*) und welche ihn im Triumphzug heimzugeleiten, nicht seinem Sarge zu folgen gehofft. Und von allen Fenstern und schwarzbehangenen Balconen fielen Cypressenkränze auf den Sarg und auf das Trauergefolge der Krieger. Die Bürgermiliz hatte sich zahlreich eingefunden und stand in ihrer gewohnten ernsten und kriegerischen Haltung, ein lebendiges Sinnbild der Freiheit mit welcher Karl Albert seine Völker beglücken wollte. Aber wer kann die zarte und dankbare Melancholie beschreiben welche die Seele der Zuschauer erfaßte als sie den Degen des hingeschiedenen Königs in der Hand eines seiner Getreuen und sein Schlachtroß mit schwarzer Decke erblickten? Dieses Schwert und dieses Pferd riefen die frohen Erinnerungen einer nur allzuschnell dahingeschwundenen Vergangenheit auf, und der Gegensatz der elendesten Gegenwart zerriß die Herzen. Das Schwert von Goito ruht wieder in seiner Scheide: der muthige Ritter der damit zweimal seine berühmte Hüfte (inclito fianco) gürtete, und es zweimal zur Vertheidigung der Unterdrückten schwang, ist nicht mehr. Das Roß suchte vergebens seinen Herrn; die Hand die es lenkte ist Staub. Bei dem Anblick dieser Gegensätze die Thränen zurückzuhalten war unmöglich. — Als das Trauergeleite zum Dom gelangt und der königliche Sarg auf den Katafalk gestellt war, hörte der Regen auf, und die Sonne erhellte mit einem wehmüthigen Strahl den Himmel, und über die Kuppel der Basilika Superga spannte sich ein Regenbogen. Das Gebet der betrübten und schmerzenreichen Italia erhob sich zu dem Gott der Armen und Unterdrückten, und in der Höhe des Himmels erschien, eine selige und heilige Vorbedeutung, das Zeichen des ewigen Bundes. Sofort wurden die feierlichen Exequien in der Metropolitankirche begangen, und der Himmel hellte sich aus. Gestern erfolgte die Uebertragung der erhabenen Leiche in die königliche Gruft der Superga, und abermals bedeckte eine dunkle Wolkenhülle das Angesicht der Sonne, und es fiel heftiger ununterbrochener Regen. Schon ruhen die geliebten Ueberreste in der Gruft seiner Ahnen; schon ist der Deckel des Grabes geschlossen über dem Staub des Helden, des Martyrers und Kämpen Italiens. Ja, Karl Albert ist in das Grab hinabgestiegen, aber seine große Seele lebt im Schooße seines Schöpfers und betet für Italien. Im Herzen jedes Italieners erhebe sich ein Altar zu seinem Andenken: wir werden ihn immer anbeten (l'adoreremo), ihn segnen und anrufen, ihn den trostreichen Vorläufer einer froheren Zukunft. Die Gruft von Superga schließt die sterblichen Reste des Kampfhelden Italiens ein, und wenn Gott, endlich müde unserer Schulden und unserer Sühne, unserem Vaterland wieder bessere Tage wird leuchten lassen, dann wollen wir hineilen zum Grabe Karl Alberts um die Beseelungen der Tapferkeit und der Ausdauer während des Kampfs zu erflehen, und nach errungenem Sieg werden wir auf eben diesem Grabe das alte Gelübde lösen, und im Namen Karl Alberts werden uns ewige Segnungen zu Theil werden." — Diese Trauerrede der Legge mag dem einfacheren nordischen Sinn etwas geschmackwidrig überladen scheinen, und doch ist sie bei weitem nicht die prunkhafteste und schwülstigste. Gleich daneben steht eine zweite, in welcher Karl Albert so groß, nur nicht so glücklich wie Kodrus genannt wird der den Athenern mit seinem Tod den Sieg erkaufte. Weiterhin heißt er der David des neuen Israel, und unmittelbar darauf wird er mit Theseus verglichen, so daß bald die heilige, bald die Profan-Geschichte Gleichnisse und Redeblumen liefern muß. Unter andern pflanzt ein Pater Capuziner ein Blümchen (un fioretto), und zwar ein recht liberales, auf das Königsgrab. (Pater Ventura in Rom aber gibt mittlerweile im Risorgimento ein Sendschreiben an einen protestantischen Geistlichen, der ihn litterarisch angegriffen, worin er seinen neulichen bußfertigen Widerruf und die katholische Kirche mit Wärme vertheidigt.) Ist solchergestalt die Prosa überschwänglich, so ist es die gebundene Rede natürlich noch weit mehr. Unter vielen andern haben ein gewisser Felice Romani und der bekanntere G. Prati, welchen letztern ein Journal vorzugsweise den Dichter Karl Alberts nennt, lange Trauergesänge drucken lassen, ersterer in Terzinen, worin die einzelnen Stände, die Priester, Gelehrten, Magistrate, Soldaten u. s. w. die besondern Verdienste des Geschiedenen um ihren Stand aufzählen; dieser im Ton und Maß der Chöre Manzoni's.**) Alle diese Lieder drücken, wie die Nachrufe der Zeitungen, neben der tiefen (und durch ganz Italien in der That allgemeinen) Trauer zugleich kriegerische Hoffnungen aus, und in diesem Sinn waren auch die Hunderte von Inschriften verfaßt die an Kirchen, Palästen und Privathäusern prangten. So stand am Architrav der besonders sinnreich verzierten Capelle San Silvario:

Oh qual a far più tristi i tristi giorni
Di noi partisti, Alberto, oh qual ci torni!
Sospir d'Italia, e simbolo e bandiera,
Sul tuo cenere sacro è scritto: Spera.

(O wie bist Du, Albert, um noch trauriger zu machen die traurigen Tage, von uns geschieden, und wie kehrst Du uns zurück! Seufzer Italiens, und Sinnbild und Fahne, über Deiner heiligen Asche steht geschrieben: Hoffe!")

Mantua, 10 Oct. Das Regiment Ceccopieri hat den Marsch nach Wien angetreten.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „Hibernia" hat eine New-Yorker Post von 29 Sept. nach Liverpool überbracht, die also um vier Tage neuer ist als die vorige. Sie lautet in politischer Hinsicht viel beruhigender. Daß zwischen der Washingtoner Regierung und dem brittischen Geschäftsträger ein diplomatischer Zwist wegen der Mosquito-Küste ausgebrochen sey, wird jetzt für ein Märchen erklärt. Hr. Poussin, der französische Gesandte, hatte, scheint es, durch Hrn. Crampton der amerikanischen Regierung einen versöhnlichen Vorschlag machen lassen, Präsident Taylor aber sich bestimmt geweigert bis auf weitere Nachrichten aus Frankreich den amtlichen Verkehr mit demselben wieder anzuknüpfen. Als wichtig wurde der Streit von niemand mehr betrachtet. Der New-York Herald wollte von einem Mißverständniß zwischen den Vereinigten Staaten und Tunis wissen; indessen besorge man keine ernstlichen Folgen. Das Städtchen Oswego an der Susquehannah (nicht zu verwechseln mit der Stadt Oswego am Ontario-See) ist fast ganz abgebrannt. — Berichte aus Mexico bestätigen den Tod des General Paredes. Wegen der auf dem Round Island vorbereiteten Flibustier-Expedition war die Regierung von Mexico nicht weniger in Besorgniß als das Gouvernement von Cuba, indem New-Orleanser Blätter angedeutet dieselbe sey nach dem Lobos-Eiland bei Tampico bestimmt. General Herrera hatte deßhalb eine Vorstellung an die Washingtoner Regierung gerichtet. Die Expedition scheint nun definitiv eingestellt zu seyn. Die englische Regierung soll sich erboten haben zwischen den Indianern und den Weißen auf der Halbinsel Yucatan zu vermitteln, jedoch unter der Bedingung daß der Hafen Bacaler an England abgetreten würde. Der Antrag soll abelehnt worden seyn.

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 29 Sept. Der Curs auf London unverändert. Wenig Geschäfte in den einheimischen Stocks, und Neigung zum Fallen. Korn- und Baumwollhandel flau.

Paris, 16 Oct. 3proc. 56.20; 5proc. 87.30; Bankactien 2330; belg. 5proc. $97^{1}/_{2}$; $2^{1}/_{2}$proc. $49^{1}/_{4}$; röm. 80; span. 3proc. 34; innere Schuld 27; piem. v. 1849 895; Vers. C.-B. rechts 205; links 170; Paris-Orleans 722.50; Straßburg 345; Nordbahn 425; Mars.-Avignon 212.50; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 403.75 Tours-Nantes 283.75.

Amsterdam, 16 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{1}/_{2}$; 3proc. $63^{1}/_{8}$; 4proc. $83^{1}/_{16}$; port. 5proc. $34^{5}/_{8}$; Met. 5proc. $85^{1}/_{2}$; Ard. $10^{5}/_{8}$. Curs auf London $12.07^{1}/_{2}$ k. P. Curs auf Hamburg 35 k G.

Frankfurt a. M., 18 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $89^{3}/_{4}$; Bankactien 1364; preuß. $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldsch. $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $88^{1}/_{2}$; Ludwigsh.-Berbach $85^{1}/_{2}$; württ. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$; bad. 5proc. $97^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc $79^{1}/_{2}$; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; naß. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$, Frankfurt 3proc. $80^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $93^{5}/_{8}$, 90, Disc. $1^{5}/_{8}$ P.

☧ **Wien**, 17 Oct. An der heutigen Börse verlautete das Gerücht daß die Gesandten von Oesterreich und Rußland in Konstantinopel ihre Pässe gefordert hätten. Heute eingelangte Briefe von dort erwähnen indeß mit keiner Sylbe davon. (Die Nachricht scheint falsch.) Unsere Börse war übrigens auch heute sehr geschäftsstill und schlossen Curse in Fonds und Actien im ganzen matter, wogegen Wechsel und Comptanten abermals höher gingen und, besonders letztere, ziemlich gefragt waren. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95^{1}/_{4}$–$95^{3}/_{8}$. $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $84^{5}/_{8}$–$^{7}/_{8}$. Loose vom J. 1834 $160^{1}/_{2}$–$161^{1}/_{2}$. Loose vom J. 1839 $112^{1}/_{2}$–$112^{3}/_{4}$. Bankactien 1209–1212. Nordbahnactien $108^{5}/_{8}$–$109^{3}/_{4}$. Gloggnitzer $108^{1}/_{2}$–109. Mailänder $84^{3}/_{4}$–85. Pesther $79^{1}/_{2}$–$79^{3}/_{4}$. London (k. L. G.) 10.50–10.52. Hamburg $157^{3}/_{4}$–158. Augsburg uso 107 G., Frankfurt $106^{3}/_{4}$ G., Amsterdam 149 G, Mailand (ohne Geschäft), Livorno 106 B., Genua 125 B., Paris $127^{3}/_{4}$–128. Marseille $127^{3}/_{4}$–128. Goldagio für kaiserliche Münzducaten $12^{1}/_{4}$. Silberagio $6^{3}/_{4}$ Proc. Der noch immer gedrückte Curs der neuen $4^{1}/_{2}$proc. Obligationen, die heute mit $84^{5}/_{8}$ offerirt waren, ist um so auffallender, als der Totalbetrag der auf dasselbe gemachten Subskriptionen erst morgen (am 18) bekannt gemacht werden soll. Indessen dürfte nach allen Anzeichen eine Reduction der Subscriptionen kaum zu gewärtigen seyn. Wie es heißt, betragen die beim Hause Hope u. Comp. in Amsterdam gemachten Zeichnungen im ganzen zwei und eine halbe Million.

---

*) Bei solchem Anlaß darf man diese einseitige Rhetorik den Piemontesen wohl zu gute halten.

**) Auch da zeigt sich die sonderbare Mischung von Biblischem und Heidnischem welche bei den jüngsten Dichtern Italiens, wie in den Tagen Pulci's, wieder Mode zu werden scheint. So heißt Italia eine — war denn Joel ein Frauenzimmer? — verhüllte Joel (velata Gioele), und die nächste Strophe sagt von ihr: sie habe zwischen ihren allzu lauen und zögernden Söhnen und ihren allzuwilden und dabei feigen Saturninen wohl unterschieden, und zwischen beiden „das Fähnlein ihrer heiligen Gracchen erkannt, welches ihr auf dem Calvarienberg den Kreuzesstamm erhöht." Wenn das Geschmack ist, so ist es wenigstens ein curioser.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Ausblick zur Kunst.

× m. Inter arma leges silent — et artes! Nach standgerichtlichen Sprüchen und aufgehobenen (!) Belagerungszuständen mögen einmal auch die Künste sich wieder hervorwagen und die Casematten vergessen und das wüste Leben darin und das wüstere Sterben neben ihnen die Cigarre im Munde und die Hände in der Hosentasche. Die Kunst deren schönste Strahlen edlem Tode gehören, wird leider nicht viel Farbenduft verbrauchen für ein Sterben das genau zwischen dem Bierrausch und Festungsgraben liegt, aber für letzte Augenblicke welche um Rache zu dem Vater in der Höhe beten. Ein dichter Schleier wird gezogen werden müssen über dieß Blachfeld voll Bier- und Pulverdampf, und die Kunst die wieder eine Gegenwart finden möchte, muß bis auf bessere Zukunft sich wieder mit fernerer Vergangenheit begnügen.

Einen Meister in allerlei vergangener Kunst hat so eben eines Königs Gnade dem Pulver und Blei entrissen, damit er ein Verbrechen das wir nicht leichthin entschuldigen, aber innerlich erklären und innig betrauern dürfen, durch ein, wie zu hoffen, der Wahrheit und Schönheit gewidmetes Leben noch sühnen könne. Den Freunden der Kunst und ihrer Geschichte ist eine große Beklemmung vom Herzen genommen seit sie Gottfried Kinkel begnadigt und hoffentlich seinem Berufe, dessen er wie wenige mächtig ist, hinter den eisernen Gittern die ihn noch ferner verwahren sollen, zurückgegeben ist.*) Der königliche Freund und Gönner der Künste, der an Kinkels Muse sich eine Freundin verloren, müßte unseres dreifachen Dankes sicher seyn, wenn er dem Talent doch wohl eine glimpfliche Muße gönnt, und später auch wieder die freie Luft, ohne welche eine freie Seele nicht leben und nicht sterben kann.

Möge dabei allerdings G. Kinkel nicht erst vom Kerkerroste sich die innern Fesseln zernagen lassen, sondern durch eine kräftige That der Selbstbesinnung und Selbstbestimmung die innern Bande zerbrechen die sein von Schönheit trunkenes Auge, seinen von Wahrheitsdurst und Freiheitlust glühenden Geist so gehalten haben daß er der furchtbaren Täuschung anheimfallen konnte, durch rohe Gewalt im Bunde mit verwilderten Gesellen das Himmelsbild zu gewinnen das nur keuschen Lippen und Händen sich zum Dienst und Genuß gibt. Wäre die That eines Kinkel und seiner Genossen in Streiten und Leiden gelungen, das Loos wäre ihm freilich anders gefallen — aber wirklich auch lieblicher? Wohl hätten ihn um Gnade jetzt die bitten müssen die ihn nun zur Festungsstrafe begnadigen; er konnte vielleicht jetzt an ihrer Stelle den siegreichen Zwingherrn spielen. Aber auf wie lange, aber wie freudigen Muthes? Mit diesen Männern und Buben wie diese Revolution sie auf ihren trüben Wogen getragen, wie sie halb im Anfang, ganz am Ende sich mißtrauen, schmähen, verrathen, verachten, verdammen, mit diesen Leuten ohne Glauben und ohne Gott ließ sich nicht einmal ein Regiment des Schreckens auf einige Monate üben, geschweige ein Bau der Freiheit auf Jahrhunderte gründen!

Kinkel hatte, wie die edelsten seiner Freunde, geglaubt es sey genug gesprochen, es müsse gehandelt werden. Er warf die kunstreiche Feder weg und ergriff die Büchse um an die Stelle veralteter Bildung eine neue Schöpfung setzen zu helfen. Die Kugel die er andern gegossen, traf ihn noch eben gütig genug um ihn nicht aus dem Leben zu schaffen. Der Kampf ist mißlungen, der Plan gescheitert — woran hat's gefehlt: an zu viel oder zu wenig Bildung in unserem Volke? Hecker konnte schließlich nur in dem halbwilden Reitervolke der Pußten des alten Hunnenlandes die Männer seiner Freiheit suchen, aber auch nicht finden. Es gehört der vollendete Bankerott dazu wie Hecker nicht bloß ihn machte, sondern leibhaftig darstellt, um den Anfang der Freiheit in das Ende der Civilisation zu setzen.

Unser Geschlecht ist freilich zu viel gebildet, überbildet und verbildet, aber bloß weil es zu wenig gebildet ist. Jede rechte lebensfähige Bildung ist nichts als Gestaltung eines innern Kerns. Die Bildung der Pfennigliteratur und des Conversationslexikons ist gerichtet durch das Weltjahr 1848. Was nun thun? An der Kraft der Bildung, an der Zukunft des civilisirten Europa für die Freiheit verzweifeln und Waldland klären bei den Hinterwäldlern?

Ein tieferer Geist, wie Kinkel, wird helfen Ernst machen mit der Bildung, den Kern suchen und wahren und ausgestalten; zur Noth von vorn anfangen, frisch ans schwere Werk gehen, und solche Saaten säen die nicht Sturm ernten lassen aus Wind. Bildung ist Entfaltung, Entbindung, Befreiung; Befreiung aber ist nicht Verneinung, sondern kräftigste Bejahung der innersten Lebenskraft und Werdelust. Falsche Bildung, d. i. Anbildung und Einbildung, Verbildung und Zerrbildung — hatten und haben wir freilich zu viel, aber um so weniger ist für Heraus- und Heranbildung zu lebenskräftiger That aus innerstem religiösem, künstlerischem, wissenschaftlichem, bürgerlichem und gesellschaftlichem Kern geschehen. Drum heißt's mit prophetischer Stimme: noch ist nicht alles verloren, aber von der Oberfläche in die Tiefe, vom Vielerlei zur Einheit, von der Schale zum Kern, von der Künstelei zur Kunst, von den Wolken zur Erde, von der Speculation zur Geschichte!

Gewiß kann für alle Bildungsfächer den rechten Gang uns nichts besser führen als geschichtliche Vertiefung und Ergründung. Wäre ächte Staats- und Völkergeschichte, statt Rotteck'scher Geschichtsklitterung, wäre tiefere Cultur- und Kunstgeschichte, anstatt schaler Dilettanterei und Belletristik, wäre tüchtige Natur-, Religions-, Bibel- und Kirchengeschichte statt schlechter Hypothesen, schlechterer Dogmatiken und schlechtester Speculationen in Herzen und Köpfe gekommen, diese Kindereien und Abgöttereien, diese Albernheiten und Verräthereien, diese Roheiten und Thorheiten hätte die Sonne des Jahres 1848 sich nicht schämen müssen zu bescheinen.

Die Vergleichung ist die Mutter des Urtheils. Die Urtheilslosigkeit und Ueberschätzung, woran die Frühlingshoffnungen des vorigen Jahres alle scheiterten, hatte lediglich darin ihren Grund daß trotz allem Schülen, Schreiben und Lesen das heutige Geschlecht nichts tüchtiges gelernt, nichts nachhaltiges durch strenge Zucht der Selbstverläugnung an sich gerissen, nichts kernhaftes und zukunftfähiges aus der übergelahrt durchfurchten Vergangenheit sich angeeignet hatte. Dieses Hineinpfropfen und Trichtern fürs Brod und Examen, diese Methodengräberei, die überall nur keine harten Bretter zu bohren übrig lassen wollte, diese Eselsbrücken alle der neueren Schule gaben und fanden nicht Kern und Halt; atomistisch wie Epikurs Götter wirbelten diese Gelehrsamkeiten in den Köpfen, aber von außen angeflogen und angepaßt hatte all das schulmäßige Fachwissen nicht die anziehende, anregende, entfaltende, befreiende, leben- und personbildende Kraft. Kritik und Examinatorium — dieß war das A und das O letzthiniger Schule hoch und nieder, lecken und schlecken war der Kunstgenuß, und das religiöse Leben vollends — wo war es viel anders als schellenlautes Wortgeklingel und spielende Gebärde, todter Gedächtnißkram, frivole Witzübung, Singesang und Firlefanz?

So sey es kein Wort der Verzweiflung, sondern der Hoffnung, wenn zu tüchtigeren Studien, ernsten Forschungen, gründlichen Darstellungen statt zu Schwert und Flinte nebst jeder tüchtigen Lebensübung ermuntert werden will. So wollen wir's auch als zukunftreiche That begrüßen wenn unter andern Kinkel hoffentlich fortfährt zu wahrer Freiheit vorbilden zu helfen dadurch daß er eine Seite entwicklungsfrischer Vergangenheit in seiner „christlichen Kunstgeschichte" den bildungs-, also freiheitsfähigen Gemüthern, zumal der Jugend weiter vorführt. Sein namentlich durch meisterhafte Darstellung und Beschreibung ausgezeichnetes Werk ist mit dem ersten Band vor einigen Jahren ins Stocken gerathen; wir sehen nun zuversichtlich der Fortsetzung entgegen*), und das Vaterland und die Geschichte wird sie ihm zur Mannesthat anrechnen trotz allen Heldenthaten von Mannheim bis Kuppenheim.

Vor und neben dem Kinkel'schen Werke, auch wesentlich ihm zu Quelle und Stützpunkt begann in dem letzten Jahrzehnt ein anderes Werk deutscher Kunstgeschichtschreibung Epoche zu machen: die berühmte Geschichte der bildenden Künste von Karl Schnaase. Auch dieses Werk ist in der letzten Zeit ins Stocken gekommen, gerade wo die Geschichte in die volle Großartigkeit des christlichen, besonders des deutschen und italienischen Mittelalters hineinführen muß. Ein Werk so tiefen Studiums, klaren Blickes und classischer Darstellung, aus dem sich jedes sinnige Auge und Gemüth Stoff für ein ganzes Leben schöpfen kann, hat doppelten Beruf der Zeit, die wahre Bildung und schöne Anschauung so nöthig hat, sich nicht vorzuenthalten, und wir dürfen gewiß im Namen eines großen dankerfüllten Leserkreises an Verfasser und Verleger die Bitte richten sie möchten im alten Eifer nicht erliegen und bald Fortsetzung und Vollendung den bildungsbedürftigen Zeitgenossen bescheren. Tritt doch diesem Werke nun eine Förderung zur Seite wie sie nicht köstlicher kommen könnte.

Während nämlich das Handbuch der Kunstgeschichte von Kugler, zum Beweise wie sehr das geschichtliche Studium der Kunst ein Bedürfniß der Zeit ist, in kurzer Zeit eine zweite vermehrte Auflage erlebt hat, schreitet

*) Wir müssen leider aus preußischen Blättern ersehen daß Kinkel in seinem pommer'schen Zuchthause, in der Sträflingsjacke, Wolle schlumpt! Sollte das fortdauern, so wäre es schlimmer als der Tod, der erlösende.

*) Aber vor allem müßte er dem Zuchthause entnommen werden, denn dort läßt sich keine Kunstgeschichte schreiben.

der dazu gehörige Bilder-Atlas im Verlage von Ebner und Seubert in Stuttgart unverdrossen fort, troß der kunstbetrübten Zeit. In diesen „Denkmälern der Kunst zur Uebersicht ihres Entwicklungsganges von den ersten künstlerischen Versuchen bis zu den Standpunkten der Gegenwart, herausgegeben von E. Guhl und J. Caspar“ hat der 3te Abschnitt mit dem 34sten Blatte die Denkmäler der „romantischen Kunst“ begonnen. (So nämlich beliebt die moderne Kunstphilosophie und Kunstgeschichtschreibung seltsamerweise — um auch den Islam unter ihre Fittige nehmen zu können — die „christliche“ Kunst umzutaufen.) Aus den altchristlichen, mohammedanischen und romanischen Denkmalen stellen sich bis zum 44sten Blatte die bedeutsamsten vor das vergleichende Auge. Die mannichfaltigsten Beziehungen und Folgerungen ergeben sich dem Forscher, Lehrer und Schüler der Welt-, Kirchen- und Culturgeschichte aus dieser Bilderreihe besser als aus ganzen Bücher- und semesterlangen Hör-Sälen. Das treffliche Bilderwerk, das für Deutschland als einzig in seiner Art gegenüber ausländischen Vorgängen und Nachfolgen besonders ehrebringend ist, wird nun an die deutsch-romantische Kunst und an die Wunder des germanischen Styls weitergehen, um sodann die Fortschritte oder Rückschritte der modernen Kunst am bisherigen Entwicklungsgang messen zu lassen. Dem modernen Barbarenvolke, das mit einem Ruck das edle Gefäß der Staatsordnung mit aller Erübrigung der Jahrhunderte umstürzen möchte, ohne irgendeine Bürgschaft der Zukunft zu geben, ruft versöhnend und bildend ein solches Werk deutschen Fleißes und deutscher Ehre zu: komm und siehe!

Der Feuerdämpfer. (Fire-annihilator.)

Im vorigen Monat wurde in den Werkstätten der Londoner Gas-Compagnie zu Vauxhall eine Anzahl interessanter Experimente mit dieser sinnreichen und merkwürdigen Erfindung gemacht. Diesen Versuchen ging eine Erklärung des Erfinders, Hrn. Philipps, voraus, auf welche Art und Weise er zu dieser Entdeckung gekommen, und von welchen Grundsätzen der Erfolg abhängt. Bei Beobachtung eines vulcanischen Ausbruchs im Mittelmeer fand er daß jene ungeheuren Wassersäulen welche aus dem Krater sich befreien, die sie begleitenden Flammen nicht auslöschen, während der durch den Wind vorbeigetriebene Rauch eines brennenden Reisholzes einen andern ähnlichen Brand auslöschte. Durch einfache Experimente exemplificirte er die geringe Kraft des Wassers in Bezug auf das Löschen der Flammen, und brachte sodann seinen Feuervernichter hervor, mit Hülfe dessen er sehr große mit brennbaren Stoffen gefüllte brennende Räume auf einmal auslöschte. Die außerordentliche Leichtigkeit und Sicherheit mit welcher diese Maschine bei allen den angestellten Versuchen arbeitete, erregte die wärmste Bewunderung der vielen anwesenden wissenschaftlich gebildeten Beobachter. In Bezug der Construction und Anwendung erscheint dieses Instrument wegen seiner äußersten Einfachheit vollkommen geeignet, indem es im Fall der Noth an jeder nur irgend zugänglichen Stelle mit Erfolg angebracht werden kann. Die dadurch entwickelten Gase entstehen aus einer Mischung von Holzkohle, Salpeter und Gyps, welche durch Zerbrechung einer — Schwefelsäure enthaltenden — Gasflasche entzündet werden. Die Säure tropft auf Chlorate von Pottasche und Zucker, und sogleich entwickelt sich eine mächtige Dampfmasse mit großer Kraft aus einer Röhre, verbunden mit der Kupfer- oder Metallkammer, in welcher sich sämmtliche vorerwähnte Stoffe eingeschlossen befinden. Dieser Dampf löscht mit unglaublicher Schnelligkeit Flammen aus, und durch dieses einfachste und sicherste aller Mittel scheint es Hrn. Philipps gelungen zu seyn die durch Feuer entstandenen unermeßlichen jährlichen Verluste an Eigenthum und Leben in England zu ersparen. Der jährliche Betrag des Verlustes an Eigenthum wird auf 2 Millionen Pf. St. angeschlagen.

Militärsanitätswesen.

⁝ **München,** 14 Oct. Die Entwicklung unserer Militärsanitätsverhältnisse scheint endlich in eine neue Phase zu treten. Die Erfahrungen der jüngsten Kriege haben das Unzulängliche, ja Nachtheilige des gegenwärtigen Zustandes genügend bewiesen, und nachdem man in Oesterreich den Militärärzten den vollen Officiersrang gegeben, nachdem man daselbst die militärische Corps-Benennung und die Sanitäts-Compagnien eingeführt hat, wird man wohl auch in Bayern durch Genehmigung dieser zweckmäßigen Einrichtungen den dringenden Forderungen der Gegenwart Rechnung tragen müssen. Nicht wenig wird zur Befolgung dieses anregenden Beispiels die Denkschrift*) beitragen welche Dr. Quitzmann in Auftrag des hier bestehenden militärärztlichen Centralvereins über diesen Gegenstand ausarbeitete, und die ganz geeignet ist die Vorurtheile zu vernichten welche bisher der Reform der Militärsanität entgegenstanden. Die subalternen Officiere, mit welchen in allen Kriegen die Militärärzte alle Beschwerden gleich den gemeinen Kriegern getragen haben, waren schon längst für die volle Gleichstellung der letzteren mit ihnen als Combattanten, und die Generalofficiere können unmöglich länger sich einem Bedürfnisse entgegensetzen welches so lebhaft von der ganzen Armee empfunden wird. Die Militärsanität ist, wie Dr. Quitzmann mit den Worten eines französischen Obristen nachgewiesen hat, ein Hülfscorps, eine „gelehrte Waffe“ wie Genie, Artillerie und Generalstab, und muß deßhalb auch eine diesen Hülfscorps entsprechende Formation erhalten. Von dem praktischen Talente und dem anerkannt redlichen Eifer des gegenwärtigen Vorstands des Kriegsministeriums steht zu erwarten daß er einem für das Wohl des ganzen Heeres so hochwichtigen Gegenstande gewiß seine ganze Aufmerksamkeit und seine volle Energie zuwenden wird.

*) Die Reform der Militär-Sanität nach den Anforderungen der Gegenwart. Erlangen, bei Ferd. Enke.

Bayern und das deutsche Eisenbahnnetz.

—ch. Während hinsichtlich der obern Schichten unserer Gegenwart in den Gemüthern der Menschen die Nachschwingungen der litterarischen Epoche der deutschen Geschichte fast ausschließlich fortdauern, während sich in der politischen Welt die römische Jurisprudenz, der constitutionelle Formalismus noch mit der bekannten anspruchvollen Haltung spreizt, wachsen unaufhaltsam aus dem Boden unseres Landes selbst die Bedingungen hervor die eine neue der Philosophie bis jetzt nur noch nebelgrau vorschwebende Aera des socialen und somit des gesammten menschlichen Zusammenlebens begründen werden. Gustav Höfken hat, wenn ich nicht irre, in seinem „Vlämisch-Belgien“ diesen hier angedeuteten Gedankengang ausgeführt; er hat die Eisenbahnen welche unter den „Bedingungen“ hauptsächlich verstanden sind, in Betreff ihrer historischen Bedeutung mit der Entdeckung der neuen Welt jenseits des Meeres in eine Parallele gestellt — wir wollen daher hier dem Leser nur die Veränderung ins Gedächtniß zurückführen welche in den letzten fünfzehn Jahren durch jene eisernen Schienen bei uns hervorgerufen worden ist, und deren Consequenzen in jeder Richtung täglich noch immer unverkennbarer an das Licht treten. Im J. 1831, als der geheime Rath Rau in der ersten badischen Kammer den Wunsch aussprach daß auch Deutschland an der von England und Amerika bereits reichlich ausgebeuteten neuen Entdeckung theilnehmen möge,*) hielt man es für unmöglich daß jemals bei uns zu einem derartigen Bau das erforderliche Capital vorhanden seyn würde; seit jener Zeit hat sich nun aber mit überraschenden Einflüssen auf unsere Volkswirthschaft ein Eisenbahnnetz über Deutschland verbreitet, wie es selbst die ersten Anreger jenes Gedankens wohl schwerlich damals zu hoffen wagten. Fast ununterbrochen von Triest nach Hamburg zieht sich das festverknüpfende eiserne Band, und die englische Ueberlandpost, deren Verträge gerade abgeschlossen werden sollten als die französische Revolution hereinbrach, kann auf die Dauer nicht umhin einen Weg einzuschlagen der sich um 15 Stunden schneller zurücklegen läßt als die Route von Avignon nach Havre.

Vier Richtungen sind es in denen Deutschland seine Schienenwege auszuführen hat: nämlich einmal in der bereits bis auf eine kleine Strecke vollendeten Verbindung des adriatischen Meeres mit der Nordsee, in der Verbindung des südwestlichen Deutschlands sammt der Schweiz als Hinterland ebenfalls mit der nordischen Küste, und dann transversal in der Verknüpfung der Ostsee mit der Rheinmündung, und der französischen Hauptstadt über Straßburg, München, Salzburg mit Wien. Damit soll keineswegs gesagt seyn daß jenen kleineren Bahnen in diesem Viereck eine minder große ökonomische Bedeutung beizulegen wäre. Die projectirte Frankfurt-Leipziger-Bahn, die dazu bestimmt ist die beiden Binnenmäkler Deutschlands, die hauptsächlichsten Meßplätze einander nahe zu rücken, wird ohne Zweifel eine kaum geringere Pulsader des deutschen Güterlebens abgeben als eine der eben bezeichneten andern; nur im Hinblick auf das Ausland dürfte sie etwa in zweiter Linie stehen; und nur von diesem Standpunkte, von dem Bestreben aus das Vaterland zur Erringung von Macht nach außen auf die sichere ökonomische Grundlage zu stellen, ist der Wunsch zu verstehen daß jene Hauptrichtungen zuerst ausgeführt werden möchten. Im Jahr 1846 freilich, als man am Rhein damit umging von Bonn den

*) Jos. v. Baader und Friedrich List waren in der Presse vorangegangen. List hatte im J. 1830 von Paris aus, in Aufsätzen der Allg. Ztg. wie in einer eignen Schrift, die unermeßlichen Vortheile eines umfassenden Eisenbahnnetzes für Deutschland auseinandergesetzt, und zuerst das jetzt geläufige Bild ausgeführt daß die Eisenbahnen für die Binnenländer neue schiffbare Ströme werden. Wie ward der „Phantast“ verlacht! Nur Belgien griff rasch nach dem neuen Verkehrsmittel, während die deutschen Staaten ungern, zögernd nachhinkten, so daß die goldene Zeit des Friedens halb ungenützt vorüberging. Werden Lists gesammelte Schriften nicht bald erscheinen? Soviel wir wissen, sind sie in Prof. Häussers Hände gegeben, der dem Verewigten persönlich befreundet war.

Schienenweg über Koblenz nach Mainz weiter zu leiten, und so den Schweizertransito, troh des widersinnigen zollvereinischen Durchgangszoll, naturgemäß ins Rheinthal zurückzubringen, wurde dieses Project von der preußischen Regierung „des rheinischen Liberalismus" wegen nicht genehmigt! Jetzt dürften sich die Zeiten geändert haben, und die Realisirung der nicht verloren gegebenen Idee nicht mehr ferne seyn. Kommt aber erst einmal diese Bahn zu Stande, und sind ebenso die örtlichen Schwierigkeiten überwunden die der Frankfurt-Leipziger Verbindung im Wege stehen, so ist die Eisenbahn von Wien nach München und von dort an den Oberrhein für Bayern nicht mehr eine bloß ökonomische, nicht mehr eine Frage eines politischen Systems, sondern eine Frage der ganzen politischen Existenz überhaupt geworden. In einer Richtung hat zwar Bayern bereits den ökonomischen Forderungen seiner Lage Genüge gethan; die Verbindung mit der Nordsee ist, soweit ihr diesseits Vorschub geleistet werden konnte, so ziemlich hergestellt, und damit dem alten Wort des Königs Ludwig daß Bremen der natürliche Hafen Bayerns sey, die schöpferische Folge geleistet die dasselbe nothwendig in sich schließt. Hat sich jetzt erst einmal durch eine energische deutsche Handelspolitik in den beiden Hansestädten der Nordsee ein unabhängiger Baumwollenmarkt organisirt, so befinden sich die süddeutschen Spinner und Weber so ziemlich in derselben Lage wie ihre Concurrenten zu Manchester. Auch sie können dann an dem einen Tag ihre Bestellungen für Cotton an die Küste senden, und dadurch ohne die jetzigen Lagerungskosten ihren Bedarf in kurzer Frist in ihren Stores sehen. Allein mit dieser einen Richtung ist es für Bayern allein nicht gethan. Es dacht ebensogut längs der Donau nach dem Osten ab, als dem Rheingebiet angehörend nach Norden. Für den welcher die ausgezeichneten Artikel „aus Süddeutschland" über die ökonomische Bedeutung des Donauthals in der „Austria" gelesen hat, bedarf dieser Punkt keiner weitern Ausführung mehr. Will Bayern aber endlich selbständig an dem großen kosmischen Güterleben theilnehmen, so muß auch schließlich die Verbindung zwischen München und Straßburg hergestellt werden. Erst wenn sich die Hauptstadt des bayerischen Landes im Schneidepunkt dieser drei Straßen befindet, erhält die politische Neigung eine nachhaltige Grundlage, welche seit dem Anfang unsers Jahrhunderts zu unverkennbar hervorgetreten ist als daß es nöthig wäre darüber noch Worte zu verlieren. Erst dann wird in Süddeutschland ein mächtiger politischer Concentrationspunkt entstehen, der die Interessen des Südens auch formal im deutschen Vaterland zu vertreten im Stande seyn wird.

Dem Vernehmen nach ist gegenwärtig schon im allgemeinen der Plan gefaßt die Wien-Münchener Eisenbahn herzustellen. Die „Austria," bekanntlich ein Organ welches in enger Verbindung mit dem österreichischen Handelsministerium steht, und die schöpferischen Ideen seines Chefs in der Presse vorzubereiten bestrebt ist, hat darüber kürzlich das nähere mitgetheilt.

Wir haben diesem von der Allg. Ztg. vom 14 Oct. abgedruckten Artikel nur den einen Wunsch beizufügen daß der Staat den Bau in seine eigene Hand nehmen möge. Die Gründung der Augsburg-Münchener-Eisenbahn ist durch die energischen Bemühungen der Kaufmannswelt beider Städte bewirkt, und erst später hat der Staat darauf sich das Eigenthum des Schienenwegs zu $106^2/_3$ per Actie erkaufen müssen, als die Nothwendigkeit allgemeiner sich herausstellte daß Privatgesellschaften nicht die unabhängigen Herrscher von Bedingungen seyn können welche so tief in das gesammte politische Leben eingreifen. Diese Lehre sollte er sich jetzt gemerkt haben. Selbst wenn er ein Anlehen zu hohen Procenten zur Vollendung des Baues aufzunehmen gezwungen wäre, selbst wenn die Steuerquote jedes einzelnen im Lande dadurch erhöht werden müßte — Hr. Whitney in den Vereinigten Staaten hat ganz richtig calculirt daß der Werth des an beiden Seiten des Schienenwegs liegenden Grundes und Bodens augenblicklich um hundert Procent steigt. Prachtvolle Bahnhöfe brauchen nicht gebaut zu werden; auch hierin möge man Amerika nachahmen — dann kann es nicht ausbleiben daß das Unternehmen selbst in klingender Münze seine genügenden Interessen aufbringt.

Krone und Ministerium haben, das ist nicht zu läugnen, den ökonomischen Forderungen des Landes ihre Aufmerksamkeit zugewandt; einen Beweis davon liefert die Ausschreibung der kürzlich beantworteten Preisfrage über die Abhülfe der Arbeiternoth, und ferner die ausführliche Denkschrift die sich Hr. v. d. Pfordten von einer competenten Behörde über die Auswanderung bayerischer Unterthanen nach Amerika erbeten hat. Es steht mit vollem Recht zu erwarten daß man in dieser Angelegenheit, die am ersten dazu geeignet ist die Armuth des Volks zu lindern, von Seiten des Ministeriums mit aller Energie vorwärts gehe! Es handelt sich, wie gesagt, dabei um mehr als um eine bloße rasche Expedition von Personen und Waaren. Es handelt sich um die Accommodation des politischen Organismus an die großen nicht abzuweisenden Forderungen des Jahrhunderts!

Triest.

A **Triest**, Ende Septembers. Die Triestiner müßten keine Kaufleute seyn wenn sie sich nicht auf Rechnen verstehen sollten! Am 11 Sept. erschien als außerordentliche Beilage des Osservatore die Concursausschreibung für die neuen Justizstellen im Litorale, man machte sich hier sogleich an das Geschäft des Addirens, und siehe da, die Besoldungen und sonstige Bezüge der Justizbeamten des neuen Systems betragen nicht weniger als 343,700 fl. jährlich, verschlingen also fast die ganze Grundsteuer des ehemaligen Kronlandes Litorale, welche Springer auf nicht mehr als 386,000 fl. angibt, wovon also nur etwa 42,000 fl. erübrigen würden. Bei dem Gedanken daß nun erst die politischen, die Finanz-, die Polizei-, die Buchhaltereibeamten, pro rata das Militär rc. und gar das Schulwesen — daß Gott erbarm — zu erhalten kommt, wurde den guten Leuten denn doch etwas trübe vor den Augen. In der That, Errungenschaften wollen bezahlt seyn, wenn es nur eben nicht Beamte wären die vor allem andern sich bezahlt machen — so meinen die Leute — und sie blicken über dieses Omen nur um so düsterer in die Zukunft hinaus, als sie sich sagen müssen es werde überhaupt jetzt an sie die Reihe des Zahlens kommen.

Triest war in der That bisher das Schooßkind Oesterreichs, und die città fedelissima hatte alle Ursache sich diesen Beinamen zu verdienen. Seit sich Triest 1382 unter österreichischen Schutz begab, war es die città privilegiata, und wenn es auch mit Fug und Recht darauf pocht daß ihm von allen österreichischen Regenten seine früheren Freiheiten erneuert zugesichert wurden, namentlich die Befreiung von neuen Steuern, so sehen die einsichtsvollen Triestiner doch recht gut ein daß mit dem Princip der Gleichberechtigung sich ihre paradiesischen Zustände nicht mehr so ganz vertragen. Wir haben oben der Grundsteuer erwähnt: Triest zahlt eine Abfindungssumme von nur 60,000 fl., was in keinem Verhältniß mehr zu dem Grundwerth steht. Gleichermaßen zahlt Triest eine Aversalsumme von etwa 300,000 fl. für die Verzehrungssteuer, welche es aber um 700,000 fl. verpachtet hat. Uebrigens lastet diese Abgabe nur auf dem Armen, indem bloß die dringendsten Lebensbedürfnisse, Mehl und Wein, besteuert sind. Der Reiche schlürft seinen Kaffee und Thee steuerfrei. Sogar recrutirungsfrei ist Triest, wofür es aber ein Bataillon Territorialmiliz unterhält, deren malerische Landestracht dem Fremden so angenehm auffällt. Doch alle diese Privilegien sind Nebendinge, und die Triestiner würden sich keinen Augenblick bedenken ein gut Theil davon abzulassen. Der Angelpunkt ist und bleibt der Freihafen!

Es ist Ihren Lesern bekannt welche Controverse über diese Frage jetzt in den Journalen umgeht; in Triest angekommen war es mir vor allem darum zu thun mich darüber zu orientiren und die Ergebnisse aus den weit auseinandergehenden Ansichten zu finden. Man kann in der Sache nicht klar sehen wenn man sich nicht vorerst die Lage Triests vergegenwärtigt. Auf einem schmalen Küstenstreife zwischen Meer und öden Kalkfelsen bringt das Gebiet Triests keine Lebensbedürfnisse hervor die es nicht durch die mühsamste Cultur dem Boden abgerungen hat. Es bezieht alles von außen: Istrien, Fiume, das Venetianische, Friaul sind seine Märkte. Auch abgesehen von dem Octroi müssen Fleisch und Brodfrüchte theurer seyn, so auch die Wohnungen bei dem hohen Grundwerthe des kleinen Raums bei gedrängter immer steigender Bevölkerung. Der Arbeitslohn ist nochmals so hoch als in Wien, nicht unter 1 fl., und der Triester kämpft insofern für seine eigene Existenz wenn er für den Freihafen kämpft, indem nur die Billigkeit aller andern zollfreien Bedürfnisse jene Verhältnisse ausgleicht. In der neuesten Zeit wurde das Freihafenvorrecht sogar auf das Eisen ausgedehnt, in dessen Fabrication die Binnenländer bisher unerschütterlich geschützt waren. Die Triester machten geltend daß unsere Hammer- und Walzwerke weder die Lieferzeit richtig zu halten noch in Quantität und Qualität befriedigen könnten, ganz abgesehen von den Preisen, daher namentlich der Schiffsbau unüberwindliche Hindernisse finde. Dem Vernehmen nach trug neulich die Behörde selbst auf die zollfreie Einfuhr des Eisens an, da der Schmuggel damit nicht zu beseitigen war und immer zunahm bei einem Gegenstand der als „Ballast" herbeikomme. Die Gegner des Freihafens sind natürlich im Binnenlande zu suchen. Freihafenprivilegium ist ein Zugpflaster, ein Reizmittel um einen Ort in die Höhe zu bringen, Handel zu schaffen wo keiner ist, und dieser Zweck ist erreicht bei Triest wie Venedig. Der Freihafen aber wird nie das wahre Interesse des Binnenlandes befördern, im Gegentheil durch den großartigsten Schmuggel die Fabrication desselben hemmen, wie denn in der That in Laibach die Schmugglerprämie kaum 3 Proc. beträgt. Hat erst die Eisenbahn den Freihafen erreicht, so wächst der Schmuggel gerade mit den werthvollsten wenig Raum einnehmenden Gegenständen ins unendliche, weil mit Eisenbahnbeförderung strenge Untersuchung unvereinbar ist. Bei

der überdieß im allgemeinen nicht zu läugnenden Indolenz unserer Industrie kömmt der Triester Handel ihr um so weniger zu statten.

Die Unbefangenen in Triest geben die Gründe die gegen die Freihafenrechte sprechen, größtentheils zu, sie verlangen aber als Lebensfrage die allmähliche Aufhebung des Prohibitivsystems und vor allem Einführung von Differentialzöllen. Die österreichische Flagge muß nicht bloß geschützt seyn — woran es bisher leider so sehr gebrach — sie muß die bevorzugte seyn, wie es die englische in Albions Häfen ist. Dann erst ist die Umwandlung des Triester Freihafens in ein Depot möglich ohne Triest zu ruiniren. Unsere Industriellen müssen ferner durch die Concurrenz mit den zugelassenen Waaren des Auslandes gezwungen werden sich um neue Absatzwege zu bekümmern. Solange die Pesther Märkte und etwa die Leipziger Messe das Alpha und Omega der einheimischen Speculation sind, weiß sie der Triester Handelsplatz nicht zu benützen, und man darf es diesem nicht verübeln wenn er seinen Vortheil durch andere Elemente begründet.

Die Vorwürfe des Industriellen gegen Triest mögen freilich auch nicht ohne Grund seyn: daß es mehr Rücksicht für ihn haben könnte, und daß ächte großartige Speculation des Welthandels in Triest eine exotische Pflanze sey die schlecht fortkommen wolle, ja daß erst das Institut des Lloyd das Ferment in den alten Triester Sauerteig gebracht habe. Ist dem wirklich so, dann ist uns um so mehr Glück zu wünschen daß der eigentliche belebende Geist des Lloyd jetzt als Handelsminister diese Zustände leitet. Haben die Industriellen mit ihrem Vorwurf Recht, dann dürfte eine Hauptaufgabe seyn in Triest ächt österreichische Gesinnung zu stärken und zu erhalten, jenen wahren Patriotismus welcher der vaterländischen Industrie, wenn auch nicht eben Opfer bringt, doch ihr kräftig entgegenkommt und sie nicht als ein nothwendiges Uebel betrachtet. Das ist die politische Seite der Frage, und diese zu fördern hat man neuerlich ein Mittel ergriffen welches geradezu das Gegentheil zu bewirken ganz geeignet ist. In den Triester Gemeinderath sollen auch Fremde gewählt werden können, Männer die nicht einmal die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen! Wir wollen nicht fragen ob diese Gemeinderäthe aus der Fremde als solche dann etwa auch in den Landtag und in den Reichstag wählbar sind — aber wir müssen fragen: wie es mit dem „österreichischen Bewußtseyn" werden soll bei solchen Maßregeln? Wir sind weit entfernt die Männer verdächtigen zu wollen welchen etwa jetzt diese Ehre zugedacht ist, aber wir wüßten in der That nicht genugsame Ausdrücke von Bewunderung wenn sie ihr eigenes Vaterland und seine Interessen in dem Augenblick vergessen könnten als man sie durch die Wahl in den Triester Gemeinderath zu Oesterreichern preßt. Natürlich sind diese Fremden durchweg Kaufleute, das Interesse jedes Kaufmanns als solchen ist aber ein cosmopolitisches, am allerwenigsten ein patriotisch-österreichisches unserer Industrie gegenüber. Was man wohl in einer französischen oder englischen Stadt zu einer solchen Zumuthung sagen würde?

Aus allem Gesagten geht hervor daß die Verhältnisse Triests ebenso wichtig als schwierig sind, wenn es sich darum handelt das Interesse dieser herrlich aufblühenden Stadt mit dem des Gesammtstaats in ein beiden gedeihliches Zusammenwirken zu bringen; so viel ist aber unwidersprechlich gewiß: die Hauptbedingung des weitern Aufblühens für Triest ist eine entsprechende Marine, ausreichend die Herrschaft auf der Adria gegen die Nachbarstaaten zu behaupten und in der Levante Oesterreich als Macht zu vertreten. Triest hat auf das rühmlichste seinen ehrenden Beinamen fedelissima in den letzten Wirren behauptet, und Albini's Projecte sind am Ende ebenso an unsern Batterien als an der Gesinnung des Volks gescheitert, aber hoffentlich waren jene Ereignisse auch eine Lehre, welche um so mehr bedauern ließ daß die Plane des edlen Erzherzogs Friedrich für seine geliebte Marine an vormärzlicher Engherzigkeit scheiterten.

Prag.

8 **Prag,** 14 Oct. Man möchte manchmal in Versuchung kommen zu glauben die Eisenbahn habe — statt Wien Prag zu nähern, diese beiden Städte in eine außerordentliche Entfernung gebracht! Während nämlich die Luft bei uns kein Atom von Krawallsucht beherbergt, während zur Illumination bei Ankunft des Kaisers (welche, wie man sagt, verschoben seyn soll) bereits Latten an mehrere Paläste angeschlagen, Probefeuer auf der Kettenbrücke veranstaltet werden, Prags Maler mit Transparenten beschäftigt sind, auch eine Cantate bereits componirt ist, träumen einige Wiener Blätter von einem Krawall der durch die Nationalgarde unterdrückt worden seyn soll! Es ist uns unbegreiflich wie dieses Gerücht entstehen konnte. Ueberhaupt dürfte es jetzt in ganz Oesterreich viel mehr Radicalgesinnte auf dem Lande als in den größern Städten geben; doch selbst vom Lande vernehmen wir daß die Bauern die Leitung der Gemeindeangelegenheiten nicht übernehmen wollen, so daß die Regierung Commissäre ernennen wird welche einstweilen die höhern Gemeindegeschäfte leiten werden. Es ist auch recht zweckmäßig daß unser Ministerium die Gemeindeordnungen für die Hauptstädte der Monarchie ausarbeiten läßt; denn sonst würden wir des Spießbürgergeistes niemals ledig werden. Auch die Abänderung des Zolltarifs wird das Ministerium in die Hände nehmen, obwohl die Direction unsers Gewerbvereins einen Congreß von Fachmännern vorgeschlagen und, abschläglich beschieden, soeben diesen Vorschlag neuerdings eingebracht hat. Nun wir meinen im Ministerium finden sich eben auch Sachverständige genug die gewiß die Interessen der einheimischen Industrie zu wahren wissen werden, aber mit Berücksichtigung der Interessen der ganzen Monarchie; und es ist die Frage ob die Vertreter sämmtlicher Handelsleute Oesterreichs genug Selbstentäußerung haben würden das große Ganze überall im Auge zu behalten. Die letzte Sitzung der Stadtverordneten war eine sehr bewegte. Sieben Mitglieder hatten ihre Resignation eingegeben, welche mit den Erklärungen vollständig mitgetheilt wurde. Gegen die Erklärung eines Mitglieds der in dem Abdankungsgesuche des Bürgermeisters eine förmliche Anklage der Gemeinderepräsentation zu sehen glaubte und darauf seine Resignation begründete, hielt der Bürgermeister eine lebhafte Rechtfertigungsrede, welche zugleich ein Sündenregister des Gemeinderaths war, worauf unter anderm ein Mitglied des engern Rathes die Aufforderung machte einen vollständigen Rechenschaftsbericht dem großen Collegium vorzulegen. Ueber die Verwendung des vom Kaiser bewilligten Vorschusses von 100,000 fl. wurde wieder nichts entschieden, weil zu Ende die Versammlung die beschlußfähige Anzahl nicht mehr hatte. Man sieht daraus daß die Schlußfassung mit Vorsicht vereitelt wurde, weil man sich über diese Sache nicht einigen konnte. Am 11 Mittags ist Erzherzog Albrecht von Wien wieder zurückgekehrt, und am selben Tage Nachts 11 Uhr sind II. MM. Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria hier angelangt. Vom Ministerium ward die Anordnung erlassen daß unser Appellationsgericht seine Bescheide in deutscher Sprache herausgeben solle. Da in der böhmischen Donnerstagsvorstellung unseres Theaters wieder Logen und Sperrsitze leer waren, so machte das böhmische Abendblatt die naive Bemerkung: ob denn unsere Stände keine Zeit hätten die böhmischen Vorstellungen zu besuchen. Wir fragen hingegen, warum unser Mittelstand, wenn der Enthusiasmus für böhmische Nationalität so groß ist, nicht das Theater füllt?

Berlin.

∸ **Berlin,** 13 Oct. In den beiden letzten Tagen ist über drei wichtige Verfassungspunkte entschieden worden: über §. 105, über das Recht der Verfassungsabänderung, und die Vereidung des Militärs auf die Verfassung. Unter andern Verhältnissen würden Wochen nicht ausgereicht haben darüber einig zu werden. Man war aber vorher einig daß man sich nicht streiten wolle, weder um Theorien noch aus Eitelkeit, und wenn man es auch nicht in der Sache selbst sey, doch vor der Welt einig scheinen zu wollen. Um deßhalb gibt man dreimal nach, um einmal positiv und hartnäckig bei der Satzung stehen zu bleiben. Der §. 105 ließ sich weder halten noch streichen, er schwebte wie der Sarg Mohammeds in Mekka zwischen zwei Magnetsteinen von gleicher Attractionskraft in der Luft. Zwar hatte die Partei derer welche ihn absolut ausmärzen wollten, deren Hauptredner Graf Dyhrn war, nur einige 60 Stimmen für sich, andererseits aber verfocht ihn das Ministerium in einer Art daß man von vornherein sah es geschehe nur ehrenhalber und ohne die Anmaßung ihn in seiner Gestalt halten zu wollen. Der bekannte Ausweg fand sich dann von selbst, oder vielmehr er stand schon von vornherein hinter dem Vorhang aufgebaut, und man ließ nur eine Partie Amendements ein Scheingefecht ausführen, um die Aufmerksamkeit abzuziehen. Unter welchen Modalitäten es erlaubt seyn solle die Verfassung zu ändern, darüber würde eine Versammlung, aus doctrinäreren Bestandtheilen zusammengesetzt, oder aus jener jungen Assessoren-Elite der Singakademie, eine Schlacht ohne Ende eröffnet haben, hier begnügte man sich mit wenigem Gefecht über die Zeit und die Zahl, denn in der Hauptsache waren glücklicherweise alle Parteien einig: daß man eine Verfassung überhaupt nicht, und zum wenigsten diese für die Ewigkeit mache. In zehn Jahren wird sie wieder anders seyn, gestehen sich alle Parteien. Unter allen Fortschritten unserer Revolution gegen die früheren erscheint mir dieser als der reellste, die Erkenntniß: daß wir unfähig sind über unsere Zeit hinaus für alle Zeit zu bauen. Daß jeder es verschieden auslegt, und die Zukunft für sich vindicirt, ist eine Sache für sich; aber selbst die nivellirende socialistische Demokratie, sollte sie je wieder ans Ruder gelangen, würde sich doch von der Thorheit frei halten das Jahr wo sie wieder anfangt, für das Jahr Numero 1 zu erklären. Auch sie hat eine Geschichte durchgelebt, auch sie ist auf das Historische angewiesen. Wir andern lassen uns genügen daß wir im chaotischen Sumpf ein Fundament wenigstens gewinnen mit solchen Stimmen die nicht wieder umgestoßen werden können. Dahin rechne ich aber nicht den Beschluß:

daß die Vereidung des Militärs unterbleibt. Obgleich auch nicht eine einzige Stimme gegen den Beschluß sich erhob, bin ich doch der festen Zuversicht daß, insofern allüberall der Eid von der ruhiger gewordenen Zukunft beibehalten wird, und die Ansicht daß eine Verfassung nur durch den Schwur darauf fest wird auch dann noch Gültigkeit hat, jener Beschluß wieder umgestoßen wird. Ja sind wir dereinst in den Hafen einer wirklichen Verfassung eingelaufen die so fest steht daß niemand daran zweifelt, so muß und wird die Armee selbst das als ein Recht fordern was ihr jetzt wie ein Mißtrauensvotum erscheint. Für den Augenblick gab man einem Gefühlsimpulse nach. Er war so verbreitet daß er einem Wahnfieber glich; einem solchen nachzugeben kann zur Pflicht werden. Praktisch war und ist die Sache ohne Bedeutung. Die preußische Armee, wie sie ist, und wie sie das Aussehen hat noch lange zu bleiben, würde durch den Eid auf die Verfassung in ihrer Treue nicht erschüttert werden. Die Furcht daß der Soldat grübeln werde, ob, was der Unterofficier ihm befiehlt, nach der Verfassung sey, und so hinauf bis zum General, ist rein aus der Luft gegriffen. Unser Soldat hat allerdings sein eigen Urtheil, und oft ein recht starres festes, wie der Armeebefehl des Prinzen von Preußen in Baden dieß sehr charakteristisch aussprach, aber er hat ebenso die Ueberzeugung daß solange er Soldat ist, die Disciplin das erste Gesetz ist, und daß die Verantwortung seiner Handlungen nicht ihn trifft sondern den der die Befehle ertheilte. Nichtsdestoweniger verlöre eine preußische Armee die ohne allen geistigen Impuls handeln müßte die man gegen ihre Sympathien ins Feld führen wollte, ihre halbe Kraft. Die Demokratie wendet freilich ein: sie hat sich gegen uns wie eine Maschine brauchen lassen! Aber diese Maschine war von einem kochenden Widerwillen gegen das Treiben der Demokratie geheizt. Daß sie dieß Factum in thörichter Selbsttäuschung von sich selbst verläugnete, hat der Demokratie selbst den schmerzlichsten Schlag beigebracht. Die wenigen von ihr gewonnenen Individuen wollten gegen das Gros der Armee nichts bedeuten; sie wurden von ihm fortgerissen, und selbst in der Ueberzeugung. Größtentheils aus den Provinzen, aus der ländlichen Bevölkerung, wo das Märzfieber sehr bald einer ruhigern Ueberlegung gewichen war, brachten die Soldaten vom Hause aus, aus ihren Dörfern einen beträchtlichen Widerwillen gegen die Wühler und Stänkerer in den Städten mit. Die Landwehr aber, zum großen Theil aus städtischen Elementen und daher auch mit demokratischen versetzt, berechnete sehr klug daß der Aufstand in der Pfalz und Baden keinen Erfolg verspreche, weil er über das Maß hinausging, und der Zorn daß man sie um solcher Menschen willen von Haus und Hof, von Weib und Kind fortgeholt, ersetzte die Begeisterung. Es ist daher trotz der Disciplin ein intelligentes Movens in der preußischen Armee, das ein Eid auf die Verfassung weder stärken noch schwächen würde; und ich glaube es sind wenige Officiere aus alter Schule noch der Meinung daß man das Heer rein als Maschine betrachten, und daß ein Krieg der gegen alle nationalen Sympathien erhoben würde, auf die Dauer ein glücklicher werden könne. Es sey denn daß er in die Barbarei des dreißigjährigen ausarte, wo das Schlachten zum Handwerk ward. Am unglücklichsten waren die Motive für die Nichtvereidung aus den englischen Verhältnissen herbeigeholt. Die englische Armee ist eine geworbene, die preußische das Volk selbst. Gerade weil man die englische nicht auf die Verfassung vereiden darf, müßte die preußische darauf bestehen daß sie vereidet wird. Auch diese Erkenntniß bedarf des Wachsens. Wir betrachten diese Kämpfe als vorher abgemachte, um deßhalb aber als nicht minder wichtige. Es leuchtet die von allen Seiten gewonnene Ueberzeugung hindurch, wie es vor allem darauf ankommt die constitutionelle Regierung nach innen wie nach außen zu festigen, darüber eigene Ansichten, Vorliebe für das und jenes aufgebend, seitdem die Ueberzeugung daß das Ministerium ernstlich die Verfassung will, an Kraft gewonnen. Es steht keine Fraction da welche nach dem Ministerium trachtet; nach links zu ist das außer Frage, auch nach rechts zu geht diese Selbstbescheidung bis zum Grafen Arnim, der mit lobenswerther Offenheit sich darüber ausgesprochen hat. Und selbst die Partei der Kreuzzeitung die das Regiment ergreifen möchte, die sich schon nahe am Ziel glaubte, auch ihr liegt mehr an der Sache, glauben wir annehmen zu dürfen, als daß der persönliche Ehrgeiz ihre Häupter antreibt. Ob solche Selbstbescheidung unter allen Umständen gut ist, ob nicht, wie die Sinnlichkeit ein Movens zu allem Großen war, auch der persönliche Ehrgeiz im Staatenleben sein Gutes hat, bleibe dahin gestellt; in dieser Zeit der Krisis ist das ehrenhafte Bestreben alles Persönliche hinzuopfern um das gemeinsame Ziel zu erreichen, eine wohlthätige Erscheinung. Während die Opposition sich auf das Nothwendigste beschränkt, ökonomisch in ihren Forderungen, in ihren Reden, glaubt man im Ministerium eine freiere Entwicklung seines Bewußtseyns, seiner Willenskraft jetzt zu bemerken. Daß ihm die gefährliche Opposition nicht von links drohte, wußte man schon vor dem Zusammentritt der Kammer. Die von rechts hat sich aber nur in der ersten eine Zeitlang gefährlich gezeigt. Nachdem sie in beiden Kammern in der deutschen Frage die entscheidende Niederlage erlitt, trat sie dort in der kirchlichen und Schulfrage mit dem äußersten Aufwand ihrer Kraft vor, und der Cultusminister mußte sich oft auf ein geschicktes Laviren beschränken. Während er den maßlosen Forderungen der Kirchlichen mit den Gründen der Vernunft, der Geschichte und der Macht der Thatsachen steuerte, verwahrte er sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Anschuldigung dem ungestümen Begehren der Demokratie nachgegeben zu haben, und es war ein hartes Wort das viele traf daß er unnachsichtlich die politischen Uebertretungen der Jugendlehrer rügen werde. Sie für die Zukunft zu hindern schien vielen genügend. Die Verfassungsparagraphen über das Verhältniß von Kirche und Staat scheinen, weil aus gegenseitigen Concessionen hervorgegangen, vielen ein Flickwerk; es wird manches, noch in der zweiten Kammer kann es geschehen, gebessert werden müssen, im ganzen hat das Fortschrittsprincip, und mit dem Ministerium, gesiegt. Diese kirchliche Partei, deren Opposition in der ersten sich so furchtbar machte, ist in der zweiten weniger stark. Auch Stahl trat nicht bedeutend auf; es ist aber charakteristisch daß sie auch in den übrigen politischen Fragen sich in gewissen Gränzen hielt, während Gerlach, ihr Führer in der ersten, in allen diesen Fragen mit der Thür ins Haus brach. Ob hier die Einsicht oder die Furcht vorwaltete daß ein Ministerium Gerlach für die Dauer ein unmögliches sey, und die kaum gewonnenen Schanzen wieder verloren mache? Während man im Publicum schon jetzt ein solches Ministerium als unmöglich ansieht, wirft das gegenwärtige gelegentlich Winke hin die nicht allein die Möglichkeit andeuten, sondern Fingerzeige zu geben scheinen. Wem gelten sie? fragt man sich. „Ich will den Tag segnen, sprach Minister Manteuffel bei der Debatte über §. 105, an welchem ein besserer und stärkerer Mann diese Stelle einnimmt, denn ohne Stärke geht es einmal jetzt nicht mehr ab.“ Hier hätte ein Bravo hingehört, in welchem doch alle Parteien einig gewesen wären. Zum Schluß der Rede aber sprach er das vom Ministertisch bedeutungsvolle Wort: „aber die Rückkehr zum Absolutismus bleibt unmöglich.“

Frankreich.

♂ **Chalons**, 12 Oct. Wenn man sieht wie Frankreich, der Spielball von Paris, seine Regierungen, seine Gesetze und Grundsätze ohne tiefe Nothwendigkeit, in blindem Aerger und aus kindischem Ueberdruß so oft und nach so kurzem Bestehen aufgibt, da möchte man an seiner Zukunft verzweifeln, die Franzosen, als ein gottverlassenes Volk, fürder ohne Theilnahme lassen und ihre Bewegungen höchstens als eine Augenweide des neugierigen Geistes betrachten. Wenn man dagegen, fern von dem betäubenden Tummelplatz der ungleichartigsten Einbildungen und Triebe, von dem stets berauschten und nie zufriedenen Lutetia, in der stillen und genügsamen Provinz, das Leben der Nation in seinem alltäglichen Verlauf und seinen bescheidensten Einzelheiten beobachtet, so begreift man wie dieses Volk nach dem wildesten Taumel und den furchtbarsten Erschütterungen sich so schnell wieder sammeln und erholen, und nachdem in einer bösen Stunde fast seine ganze gesellschaftliche Ordnung von dem Dämon der Unruhe in die Luft gesprengt worden, so bald wieder Boden und Halt gewinnen kann. Zwei Dinge haben die Stürme die seit sechzig Jahren in Frankreich gehaust haben, nicht ausrotten können, die Religion und das Familienleben. Ich weiß daß ich hiermit einer in Deutschland sehr verbreiteten, vielen Deutschen sogar ins Herz gewachsenen Meinung entgegentrete. Es ist für mehr als eine patriotische Seele zwischen Rhein und Donau, Saale und Main, Oder und Elbe ein süßer, befriedigender Gedanke die Franzosen seyen ein gottvergessenes, verruchtes, mit den charakteristischen Tugenden der Ziege und des Sperlings im Uebermaß behaftetes Geschlecht. Solche auch mag es geben die den Franzosen gerade darum sehr gewogen sind, weil sie in dem Wahne leben die Landsleute von Fourier und St. Simon hätten den Fesseln der alten Sitte und den Geboten des alten Glaubens, mit Ausnahme einiger verwelkten Legitimisten, längst entsagt. Die einen wie die andern mögen diese Ansicht oder doch die Bestätigung derselben in gewissen Romanen, die sie vielleicht als vollgültige Autoritäten für die Sittengeschichte Frankreichs zu verehren gewohnt sind, gefunden haben, allein eine persönliche Umschau in den französischen Departements würde sie ohne Zweifel zu der Ueberzeugung bringen daß die Balzac, die Sue, die Soulié u. s. w. sehr unzuverläßige Gewährsmänner sind. Wie sehr müßten sie unter anderm erstaunen wenn sie in den Bergen des Morvan, in denen die Seuche des Socialismus unter dem Landvolk so große Verheerungen angerichtet hat, eine bis zum Aberglauben getriebene Frömmigkeit entdecken würden? Was möchten sie wohl sagen wenn sie erführen daß in vielen Gemeinden des so radicalen Saone- und Loire-Departements keine fünf bis sechs Bauern anzutreffen sind die ihre österlichen Pflichten nicht erfüllen? Ich weiß daß es nicht überall so ist, daß es namentlich in der Champagne

ganze Dörfer gibt wo auch nicht ein Familienvater zur Messe oder Beichte gehen will, und sich in einem sonst nicht irreligiösen Dorfe in der Nähe von Macon seit vier Jahren kaum zwanzig Sous in der Kirchenbüchse fanden, aber an wie vielen Orten, zumal in Charolais und Franche-Comté betheiligen sich nicht sämmtliche Bürger bei dem Bau der Kirchen, und legen sich Entbehrungen auf oder kürzen ihre Feldarbeit ab, um, sey es zu dem Guß einer Glocke beizusteuern, sey es bei der Verzierung eines Altars mitzuwirken. Wie mit der Religion, ist es mit dem Familienleben, und meine Erfahrungen stehen mit den Gemälden deren ich in den Romanen begegnete, und selbst mit dem herkömmlichen Gerede der Welt in auffallendem Widerspruch; wie oft, um nur eines anzuführen, hört' ich den Satz aufstellen: in Frankreich würden alle Ehen aus Rücksichten des Eigennutzes geschlossen, und doch sind mir persönlich eine Menge von Heirathen aus Neigung bekannt. Ich schreibe dieß nicht um die Franzosen mit einemmale als ein patriarchales Volk hinzustellen, sondern erstens nur weil es die Wahrheit ist, dann weil es ein Phänomen ist das viele andere erklärt.

* **Paris**, 15 Oct. Das Finanzcomité scheint jetzt seine Geheimnisse besser zu wahren als früher, denn man erfährt über seine Verhandlungen, falls in der That welche stattfinden, nicht das geringste. Das hängt indeß wohl mit einem andern, nichtfinanziellen Grunde zusammen: die Partei welche mit aller Gewalt Hrn. Dufaure aus dem Ministerium entfernen will, hat auch schon einen Nachfolger für Hrn. Passy in Petto, und somit sind die finanziellen Debatten von dem Ausgange des politischen Streits abhängig gemacht — eine Berechnung die nicht zu Gunsten Passy's und Dufaure's ist, denn ersterer steht in finanzieller Beziehung noch viel mehr als Dufaure in politischer mitten inne zwischen den Bergmännern und den Ultramoderirten, die man wieder mit Aufwärmung eines seit zwanzig Jahren verschollenen Ausdrucks moutons enragés nennt. So wenig indeß aus dem Finanzcomité verlautet, so ersteht man doch aus einigen ziemlich offenkundigen Schritten wie ungefähr die Sachen stehen. Das Sinken der 5Procents wird Hrn. Rothschild zugeschrieben, der mit Passy über den Preis des neuen Anlehens nicht einig werden könne; Passy verlange 86,50 als Zuschlagspreis, Rothschild wolle nur 84,50 geben. Aus diesen dem allgemein verbreiteten Gerücht nach erneuten Unterhandlungen zwischen Passy und Rothschild ersteht man daß Passy mit der Bank kein Geschäft abschließen konnte. Das ist für den Hrn. Finanzminister sehr fatal, aber vielleicht ein sehr gutes Zeichen für das Land, wo die Geschäfte allmählich wieder aufleben und Wechsel allgemach wieder in Cours kommen, wenn auch vorerst lauter kurzsichtige. Zudem kann die Bank, welche schon über 100 Millionen Staatspapiere hat, sich nicht noch eine größere Anzahl aufladen in der ungewissen Aussicht sie vielleicht zu bessern Preisen anzubringen, im schlimmen Fall aber sie liegen lassen zu müssen und dem Handel des Landes die nöthige Unterstützung zu entziehen. Ein anderer bemerkenswerther Umstand ist ein Gesetzentwurf den Hr. Passy vor 5 oder 6 Tagen in der Versammlung vorlegte; er betrifft die obligatorisch alle fünf Jahre vorzulegende Revision des Patentgesetzes. Bei der letzten Revision i. J. 1845 waren die Beschäftigungen eines Arztes, Chirurgen, Huissiers, Notars u. s. w. von der Liste der dem Patent unterworfenen Personen gestrichen worden, nach dem jetzigen Vorschlag sollen sie wieder darin aufgenommen werden. Der Vorschlag wäre, da der Ertrag höchstens zwei Millionen ausmachen kann, von keiner Bedeutung, wäre es nicht Andeutung daß Passy von seinem Vorschlag einer Einkommensteuer abzugehen gedenkt, insofern damit bisher fast unbesteuerte Personen erreicht werden sollen; sein Vorschlag zu einer Einkommensteuer von 1 Procent auf alle auch die ländlichen Einkünfte hat ohnehin nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg.

⊙ **Paris**, 14 Oct. Ohne Pessimist zu seyn wird einem angst und bange wenn man die aus ihren Departements zurückgekehrten Volksvertreter über die reißenden Fortschritte des Socialismus unter dem Landvolke sprechen hört. Alle eingestehen es daß die rothe Propaganda eine Thätigkeit ohne Gleichen entwickele um die Bauern für ihre Doctrinen zu gewinnen. Die ganze revolutionäre Wirksamkeit habe sich gleichsam auf dem platten Lande concentrirt; bis in die kleinsten und entlegensten Kantone bringen die Sendlinge der rothen Republik um die Bevölkerung vermittelst der unsinnigsten Versprechungen zu ködern und anzuwerben; unter der Form von Flugschriften, Liedern und Almanachen suche sich der Socialismus Eingang in die kleinsten Hütten zu verschaffen, und kein Mittel sey ihm zu schlecht um den Geist des Landvolks zu verwirren und seine Sitten zu verderben. Vergebens forsche man nach dem Ursprung seiner Hülfsmittel, er besitze sie in überreichlichem Maße, und verdoppelt und verdreifacht werden sie durch den leidenschaftlichen Eifer seiner Agenten. Aehnliche Wehklagen enthält die conservative Departementalpresse bereits seit geraumer Zeit, aber man nannte ihren Angstruf Uebertreibung oder kleinstädtische Gespensterfurcht. Daß man den Provinzialblättern Unrecht that beweisen zur Genüge die Schilderungen der Deputirten. „Der Socialismus“, rief noch gestern einer aus dem Rhonedepartement in meinem Beiseyn aus, „brütet über einer Art von Bauernkrieg, der furchtbar losbrechen wird wenn die Regierung den demoralisirenden Wühlereien keine Schranken setzt.“ Auf die Frage welche Mittel die Regierung ergreifen solle um dem Uebel Einhalt zu thun, blieb uns der Mann die Antwort schuldig, und den Namen Dufaure murmelnd empfahl er sich. Nichts ist aber abgeschmackter als Hrn. Dufaure, wie es von Seite eines großen Theils der conservativen Deputirten der Fall, für die Propaganda des Socialismus auf dem Lande verantwortlich zu machen. Möglich daß der Minister hier und da einen anrüchigen Präfecten oder Unterpräfecten im Amte gelassen hat, oder daß er gereizt durch die boshaften Angriffe worin die Blätter des Hrn. Thiers einander überbieten, gegründeten Klagen gar zu geringe Rechnung trägt, aber die Reinigung des administrativen Augiasstalles im allgemeinen ist geschehen, und die Ueberbleibsel aus den Zeiten der provisorischen Regierung sind doch nur Ausnahmen. Und der beste Beweis von der Unbilligkeit jener dem Minister gemachten Vorwürfe ist der Umstand daß die Departements welche von durchaus conservativen Beamten verwaltet werden, nach der Aussage ihrer eigenen Deputirten nicht weniger von der socialistischen Propaganda bearbeitet worden sind als die in administrativer Beziehung stiefmütterlich bedachten. *) Nichtsdestoweniger ist dieß die verwundbare Stelle des Hrn. Dufaure, und bei der übeln Laune welche die Majorität aus ihren Vacanzen mitgebracht hat, mag er sich in Verfassung setzen früher oder später einen tüchtigen Strauß zu bestehen. Wir geben aber deßhalb die Hoffnung nicht auf daß Hr. Dufaure am Ende den Sieg davon tragen werde, und zwar weil im entscheidenden Augenblick die Majorität von den Consequenzen einer Cabinetskrisis zurückschrecken dürfte. „Mit dem Regierungssystem des Hrn. Dufaure, sagte mir noch heute ein Mann, dessen Stellung seinem Urtheile Gewicht gibt, „ist es möglich daß wir ohne Bürgerkrieg die Epoche der Verfassungsrevision oder der Wahlen erreichen, mit einem Ministerium im Sinn der Assemblée nationale und des Courrier Français würden wir es keine sechs Monate mehr treiben.“ Es liegt viel Wahrheit in diesen Worten, und wer es bezweifelt der lese die ultraradicalen Blätter die ihren Wunsch nach einem rücksichtslos reactionären Ministerium gar nicht verheimlichen. Die Warnung die in diesem Wunsche liegt wird die Majorität nicht in den Wind schlagen, mag sie sich jetzt noch so unwirsch gegen den Tiers-Parti gebährden. Aber zu einer definitiven Entscheidung durch ein Kammervotum muß es baldmöglichst kommen, denn gerade der Zweifel an den aufrichtigen Sympathien der g a n z e n Majorität macht es dem Ministerium schwierig durchgreifende und zugleich vorsichtige Maßregeln gegen die Feinde der Gesellschaft und ihre Wühlereien zu treffen. Bisher hatte man es als eine ausgemachte Sache betrachtet daß das Ministerium sich mit dem Motuproprio des Papstes einverstanden erklären würde. Heute aber heißt es, das Ministerconseil habe sich gegen die Politik jenes Documentes ausgesprochen. Eine gewisse Glaubwürdigkeit gewinnt dieses Gerücht durch die Bemerkungen womit das Journal des Hrn. Barrot, l'Ordre, den Bericht des Hrn. Thiers begleitet. Nachdem l'Ordre mehreren Hauptpunkten des Berichtes beigepflichtet hat, fährt er fort: „Wir weichen insofern von Hrn. Thiers ab als wir entschiedener als er das Recht hervorheben das Frankreich seine Opfer, seine Gefahren und sein Sieg geben. Der Hof von Gaëta hat die Bedingungen unseres Marsches gen Rom, folglich der Hülfe die wir dem Papste brachten, gekannt. Hat er verweigert, hat er protestirt? Keineswegs. Es gibt also eine Art von Contract, und nur durch einen Mangel an gutem Glauben würde eine der Parteien versuchen können sich ihren Verbindlichkeiten zu entziehen, während die andere die ihrigen erfüllt hat. . . . Hr. Thiers scheint den Zwischenraum welcher das Motuproprio und den Brief des Präsidenten trennt nicht sowie wir gemessen zu haben. Ja was noch mehr, der Berichterstatter, bei dieser Gelegenheit ein nationales Gefühl der strengen Regel des Gouvernements und dem heißen Wunsche des Friedens zum Opfer bringend, hat in seiner Arbeit den Brief des Präsidenten nicht einmal erwähnt. Weßhalb? Das fragen sich mit einer Art von Zorn die vertrautesten Freunde des Präsidenten, und dieser Zwischenfall, welcher innere Verwickelungen vorhersehen läßt, hat die Gemüther mehr beunruhigt als die Unterbrechungen und das Geschrei der Montagne.“ L'Ordre erklärt es für ein öffentliches Unglück wenn der Unwille der Freunde des Präsidenten von diesem selbst getheilt würde, und schließt dann: „Der Brief des Präsidenten war vom Ministerium gekannt. Dieses billigte seinen Geist und seinen Inhalt. Sollte es dieß vergessen, so würde die Opposition nicht anstehen es

---

*) Wir haben uns persönlich hiervon in der vorigen Woche bei einem Ausfluge in das Marnedepartement überzeugt. Die dortigen Behörden sind mehr als conservativ, sie sind ultrareactionär, und dennoch die Klagen über die socialistischen Umtriebe unter den Bauern allgemein.

ihm ins Gedächtniß zurückzurufen. Der Brief war am Ende nichts anders als die glänzende Bekräftigung der auf der Tribüne gemachten Erklärungen: die Minister können ihn daher nicht verläugnen, und was Hrn. Ludwig Bonaparte betrifft, so scheint er selbst nicht geneigt dazu zu seyn." Noch entschiedener spricht der Dix Decembre, bekanntlich das Hofblatt des Elysée national. Er protestirt mit Energie gegen die „seltsame" Meinung einiger Organe der Presse, als habe der Präsident seinen Brief an Hrn. Ney vergessen, und als würde er das Motuproprio anerkennen. „Die Politik des Präsidenten verträgt sich nicht mit jener Declaration aus Rom, welche die unsinnigsten Träume des geistlichen Absolutismus enthält." Der Dix Decembre gibt deutlich zu verstehen daß der Präsident den Erlaß eines Motuproprio beklage, „das ihn nöthige sich gegen Männer zu stemmen (roidir), deren Politik er lieber zugelassen hätte wenn es ihm möglich gemacht worden wäre. Er wird daher alles aufbieten um den verblendeten Geist der römischen Camarilla auf bessere Gedanken zurückzuführen: aber man merke sich eines, Ludwig Napoleon wird seine Politik nicht verändern um einigen retrograden Menschen zu gefallen, er wird der öffentlichen Meinung folgen, welche hierin mit seinem Gewissen einverstanden ist." Wir sind nicht gemeint diese Erklärungen wirklich zu nehmen, aber gewiß ist daß die römische Angelegenheit den Präsidenten in eine andere Stellung der Majorität gegenüber bringen wird. Es ist natürlich daß Ludwig Bonaparte sich dadurch verletzt fühlt, daß gerade die Männer welchen er ein so williges Gehör schenkte (Thiers, Molé u. s. w.) ihn in einer gleichsam persönlichen Angelegenheit im Stiche lassen, und nicht unmöglich daß er sich demzufolge mit dem Gedanken vertraut machen wird seine Stützen hinfür unter den Männern der gemäßigten Linken zu suchen. Die Folgen einer solchen Frontveränderung wären gar nicht zu berechnen. Das seit einigen Wochen hier umlaufende Gerücht, es sey die Rede davon die Besetzung Roms den spanischen Truppen zu überlassen, und mit Zurücklassung eines kleinen Observationsheeres die französische Armee jetzt schon aus Italien zurückzuziehen, war aus der Luft gegriffen.

Rom.

*† **Rom**, 10 Oct. Das Centralcollegium hat den Hauptact seines politischen Beamtencensus abgeschlossen, und die Ergebnisse der Untersuchungen gegen die Inculpirten sofort zur Ausführung gebracht. Mit feiner Unterscheidung faßte es alle in fünf Kategorien. Die der vier letzten sind ins schwarze Buch eingetragen, und können schon deßhalb künftige Berücksichtigungen oder Beförderungen auf Grund persönlicher Fähigkeit schwerlich mehr hoffen. Die erste Classe befaßt alle Civilbeamten die in der Universitätslegion, in einem Freicorps oder als mobilisirte Civici Dienste thaten, sich also zu offenem Kampf gegen den Papst stellten. Ob sie an einem für die Erhaltung der Republik behufs der Entthronung des Papstes gelieferten Treffen thätigen Antheil nahmen oder nicht, ändert im Urtel nichts. Es lautet auf sofortige Ausstoßung, und ist an den Beamten der Münze, der apostolischen Druckerei, der Post rc. bereits ohne Gnade massenhaft vollzogen. Die Strafe ist zu kategorisch, zu streng, da die Beamten in diesem betriebarmen Lande durch ihre Entlassung vor eine trostloseste Zukunft gestellt sind. — Ein eben erschienener Tagsbefehl des Proschatzmeisters Galli fixirt den Sold-Etat der neuen Finanztruppen, welche an die Stelle der am 27 Julius aufgelösten getreten sind. Hoffentlich werden die Mauthsoldaten dem Finanzminister nun nicht mehr so viel unterschlagen als früher, da sie besser gestellt sind. Denn ein aufsehender Obercapitän bekommt vom 1 Sept. d. J. ab monatlich 75 Scudi reinen Sold, ein einfacher Hauptmann 64 Scudi, ein Lieutenant 43 Scudi rc. Die Strenge des Speerrsystems wie seine Verwaltung bleibt die alte. Für Galli haben Adam Smiths Beweisführungen dagegen kein Gewicht; er kennt sie wohl überhaupt nicht. War denn aber unsere Zeit für eine Modification des Alten auch in dieser Beziehung noch nicht reif? — Die steigende Krankenzahl der französischen Garnison fängt an für den allgemeinen Gesundheitszustand Besorgnisse zu erregen. Im Noviciat der Jesuiten liegen 604 Franzosen größtentheils am „perniciösen Fieber" darnieder, 96 im Kloster Santa Theresa, 64 in dem von San Bernardo, 228 im Nonnenkloster San Domenico e Sisto, 85 in der Trinità dei Pellegrini. Außer diesen werden viele in Privathäusern behandelt.

⊥ **Rom**, 10 Oct. Die Ungewißheit in der die römische Frage seit drei vollen Monaten schwebt, bringt eine trübe Stimmung in allen Gemüthern hervor, daß in Rom alle Geschäfte, alle Thätigkeit ins Stocken gerathen sind. Es scheint als wolle ein jeder seine eigenen Angelegenheiten auf die Seite schieben, bis die große, die Landesangelegenheit entschieden sey. Es sind in dieser letzten Zeit die widersprechendsten Gerüchte umgegangen, von denen ich nichts gemeldet habe weil ich keinem derselben Glauben beizumessen Grund fand. Auch sind nun die Nachrichten von der baldigen Ankunft des Papstes in Rom, oder in Velletri, von der Villeggiatura in Castel Gandolfo, von der spanischen Garnison in Rom, und dem Rückzuge der Franzosen rc. nach und nach in Verruf gekommen, nachdem sie der einen Partei für ein paar Tage gutes, der andern aber böses Blut gemacht. Was mir aus Neapel von guter Quelle versichert wird, ist daß des Papstes Zurückkunft in seine Hauptstadt mehr als je in die Ferne geschoben scheint, und daß stark die Rede davon ist ihn wieder in seinen frühern Zufluchtsort, die Festung Gaëta, zurückzuführen. Gewiß ist daß dort allerhand Zurüstungen im Gang sind, und daß der König von Neapel vor einigen Tagen dort war. Bis die französische Kammer sich über die Politik der Regierung ausgesprochen, und das künftige Verhalten gegen das päpstliche Cabinet beschlossen, bis Oesterreichs Absichten und dessen Theilnahme an der Wiedererbauung des römischen Babelthurms eine deutliche Farbe erhalten hat, bleibt alles im Dunkel. Es steht aber so daß eine baldige Lösung unvermeidlich geworden ist. Die Cholera soll in Pesaro seyn.

Neuestes.

Augsburg, 19 Oct.

Wien, 16 Oct. Während die „Ostdeutsche Post" die Publication des zwischen Oesterreich und Preußen bezüglich der neuen Centralgewalt abgeschlossenen Vertrags „am Jahrestag der Schlacht von Leipzig" erwartet, bringt die heutige Wiener Zeitung in ihrem amtlichen Theil bereits die einzelnen einschlagenden Actenstücke. Dieselben enthalten nichts als die bereits bekannten Punctationen, und am Schluß die gewöhnliche Ratificationsacte derselben seitens Oesterreich, vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten Schwarzenberg allein unterzeichnet; in welcher vielleicht nur das beigefügte Versprechen interessant seyn dürfte: „daß die Uebereinkunft kaiserlich österreichischerseits in allen Punkten vollzogen und unverbrüchlich, besonders insoweit gehalten werden soll, als die kaiserlich österreichische Regierung darin die Verpflichtung übernommen hat, gemeinschaftlich mit der königl. preußischen Regierung sämmtliche deutsche Regierungen im geeigneten Moment zum Beitritt einzuladen." Beigefügt ist die schon im voraus (6 October) eventuell ausgestellte Abdankungsurkunde des Reichsverwesers in der Fassung: „Zu der am 30 Sept. dieses Jahres zwischen der k. k. österreichischen und der k. preußischen Regierung abgeschlossenen und vom Fürsten Schwarzenberg und Grafen Bernstorff unterzeichneten Convention über Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt für Deutschland gebe Ich hiermit Meine Zustimmung und die Erklärung daß wenn die in jener Convention erwähnte Zustimmung sämmtlicher deutschen Regierungen zu derselben erfolgt seyn wird, Ich bereit seyn werde Meiner Würde als deutscher Reichsverweser zu entsagen und die mir am 12 Julius 1848 von der deutschen Bundesversammlung übertragenen Rechte und Pflichten in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederzulegen. Frankfurt a. M., den 6 Oct. 1849. (L. S.) Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann. Der Präsident des Reichsministerraths (gez.) Wittgenstein. — Die Ratification wurde am 10 Oct. in Berlin, in Wien am 12 Oct. vollzogen. Die Auswechselung der Ratificationen fand zu Wien am 13 Oct. statt. Das darüber aufgestellte Document schließt, nach Anführung der obigen Erklärung des Reichsverwesers, mit den Worten: „Da sonach der Bedingung entsprochen ist, welche der §. 1 der Uebereinkunft vom 30 Sept. d. J. festgesetzt, werden sofort von Seite Oesterreichs und Preußens die geeigneten gemeinschaftlichen Schritte gethan werden, um die Zustimmung der übrigen deutschen Bundesregierungen zu der in Rede stehenden Uebereinkunft in möglichst kurzer Frist zu erlangen. Geschehen zu Wien, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt am 13 Oct. 1849. (L. S.) gez. Fürst Schwarzenberg, Feldmarschall-Lieutenant, (L. S.) gez. Graf Bernstorff."

* Unsere Briefe aus **Athen** reichen bis zum 9 Oct. Am Tage zuvor war der tapfere Nikitas, der „Türkenfresser" beerdigt worden. Der berüchtigte Räuberchef Merentidis wurde in seiner Heimath von den Einwohnern ermordet.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der Großherzog von **Baden** hat Erlaubniß ertheilt zur Annahme fremdherrlicher Orden, und zwar dem Geh. Rath Frhrn. v. Schreckenstein, Hofmarschall der verwittweten Großherzogin von Baden, für das ihm von dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen verliehene Ehrenkreuz zweiter Cl. des gemeinschaftlichen hohenzollerischen Hausordens; dem Staatsminister Klüber für den R.-A.-O. erster Classe; dem Staatsrathe Regenauer für den Stern zum R.-A.-O. zweiter Cl.; dem Staatsrathe Frhrn. v. Stengel, dem Obersten Frhrn. A. v. Roggenbach, dem Staatsrathe Frhrn. v. Marschall, dem Staatsrathe Stabel, dem Hofmarschall Frhrn v. Göler und dem Geh. Rath Schaaff für denselben Orden zweiter Cl.; dem Oberpostrath v. Kleudgen, dem Legationsrathe Mittell und dem Oberamtmann Kunz für denselben Orden dritter Cl. — Der König von **Sachsen** deßgleichen dem Director der 1. Abtheil. des Ministeriums des Innern, K. L. Kohlschütter für das Comthurkreuz 1ster Classe (an Stelle der 2ten Classe) des Sachsen-Ernestinischen Hausordens; sodann dem Oberstlt. Bucher das Ritterkreuz des C.-V.-O. verliehen. — Der König von **Hannover** hat dem Stabsarzt Dr. Heine die Annahme des Ritterkreuzes des großh. badischen Zähringer-Löwenordens gestattet. — Der Großherzog von **Oldenburg**: dem Seezeugmeister für die Nordseeküste, Reichsfregatten-Capt. Brommy, das Ehren-Comthurkreuz des großh. Haus- und Verdienstordens verliehen. — Der Großherzog von **Mecklenburg** hat folgenden Officieren (und außer diesen noch einer Anzahl Unteroffic. und Soldaten) das Militär-Verdienstkreuz für 1849 verliehen: **A. Fremdherrlichen Officieren.** Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen, commandirendem General der Armee am Rhein, in Baden rc.; Sr königl. Hoheit dem Major Prinzen Friedrich Carl von Preußen; Major v. Stössel im kgl. preuß. 38. Inf. Reg.; Hauptm. Keim im großherzogl. heissischen 3. Inf. Reg. **B. Mecklenburgischen Militärs.** Brigade-Stab: Oberst und Brigade-Commandeur v. Witzleben; Hauptmann v. Bilguer; Premier-Lieutenant v. Gamm. Musketier-Bataillon: Hauptmann Paepcke; Seconde-Lieutenant v. Huth. Leichtes Infanterie-Bataillon: Oberstlieut. v. Nußbaum; Hptm. v. Grävenitz; Hptm. Graf v. Normann; Premier-Lieutenant Baron v. Stenglin; Premier-Lieutenant v. Klein; Seconde-Lieut. v. Bülow; Oberarzt Dr. Störzel. Artillerie: Hauptm. v. Schoepffer; Premier-Lieut. v. Bülow. Dragoner-Regiment: Oberstlieut. v. Bernstorff; Rittmeister Herzog Wilhelm, Hoheit.

Militärdienstnachrichten. **K. Sachsen.** Dem Major v. Brück ist die nachgesuchte Entlassung bewilligt; der Major v. Zeschau zum Oberstlieut. befördert; der Major v. Witzleben zum dienstleistenden Flügeladjutanten ernannt; der Generaladjutant, Oberst Reichard, zum Generalmajor befördert; der Brigadier Oberst v Treitschke zum Generalmajor; die Majors v. Nostitz-Drzewieczki von der Reiterei; v. Prenzel, Adjutant des Prinzen Johann; Voigt von den Ingenieuren, und Törmer von der Artillerie zu Oberstlieutenants, letzterer unter Ernennung zum Zeughausdirector; die Hauptleute Kirsch von den Ingenieuren und v. Stieglitz von der Inf. zu Majors; dem Oberarzt Wilhelm die nachgesuchte Entlassung ertheilt; der Bat. Arzt Lenk zum Oberarzt II. Cl. ernannt.

Civildienstnachrichten. **K. Sachsen.** Dem Amtshauptmann v. Winkler zu Pirna ist die erste, und dem Amtshauptmann Grafen v. Holtzendorff zu Rochlitz die dritte Amtshauptmannschaft des Dresdener Kreisdirectionsbezirks übertragen; deßgl. dem Diaconus zu Neustadt-Dresden, Lic. M. O. Thenius, die interimistische Verwaltung der durch die Quiescirung des Consistorialraths Dr. Wahl erledigten Stelle im evang. Landesconsistorium unter Ernennung zum Consistorialrath. — **Hannover.** In Folge des Ablebens des Generalstabsarztes Dr. Spangenberg ist der Hofrath Dr. Krause in die von dem ersteren bisher bekleidete Stelle des zweiten Dirigenten des k. Ober-Medicinal-Collegiums aufgerückt, und der Hofchirurgus Dr. Kohlrausch zum ordentl. Mitgliede dieses Collegiums ernannt. Ferner sind zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt: der Oberjustizrath Meyer; der Justizrath Isenbart; der Justizrath Vogt; der Justizrath Bacmeister; der Stadtrichter Meyer, und der Advocat Lüders, sämmtlich in Hannover. — **Mecklenburg-Schwerin.** Der Kanzlei-Vicedirector v. Bülow in Schwerin ist, seinem Ansuchen entsprechend, seines Dienstes enthoben und dagegen der bisherige Just. Rath K. Chr. v. Bülow zu Güstrow zum Vicedirector der Justizkanzlei ernannt.

Consulate. **Hannover.** Der kgl. schwed. und norwegische Generalconsul für die hannoverschen Seehäfen, C. von Stahl zu Hamburg, ist seines Dienstes enthoben und das demselben ertheilte Exequatur erloschen.

Todesfälle. In Osterode, am 2. Oct., der Geh. Kammerrath, vormals k. hannov. Gesandte Börries Wilh. v. Münchhausen, 56 J. a. — In Naumburg, am 21 Sept., der k. preuß. Oberstlt. a. D. v. Pflugk.

Erwiederung.

München, 17 October. Der Abgeordnete Fürst Wallerstein hat sich durch einen Correspondenz-Artikel in Nr. 287 der Allgemeinen Zeitung veranlaßt gesehen in Nr. 290 dieses Blattes eine Erklärung zu geben, worin er dem Verfasser vorwirft ihm bestimmte Aeußerungen in den Mund gelegt zu haben, von denen der Fürst, Zeuge die stenographischen Berichte, kein Wort gesagt habe. Wir sind mit dem Fürsten vollkommen einverstanden daß wer Aeußerungen eines Dritten anführen will, gehalten sey sie vollständig und genau wiederzugeben. Es wird nur darauf ankommen ob der Verfasser jenes Artikels wirklich bestimmte Aeußerungen dem Hrn. Fürsten in den Mund gelegt habe, dem dieß jedoch, wie es scheint, selbst nur in der ersten Aufwallung des Unmuthes also vorgekommen seyn mag, da er im Verlaufe seiner Erklärung den Text seiner Klage ändert und sich nicht mehr über falsche Anführung, sondern über Unterlassung der Anführung seiner Worte beklagt. Wir glauben dieß noch nachholen zu können: Laut der stenographischen Berichte (S. 126 und 127) hat der Fürst Wallerstein geäußert: „Darum ist es von „äußerster Wichtigkeit daß der Jagdgesetz-Entwurf schleunigst in die Kammer komme — — „wir sind in den Ausschüssen nur „in der kleinsten Minorität vertreten“, — „wir können nichts thun als“ u. s. w. Wer den fraglichen Artikel gelesen hat, wird zugestehen müssen daß der Verfasser eben so wenig diese als irgend andere Worte dem Fürsten Wallerstein in den Mund gelegt habe. Wir möchten aber Se. Durchlaucht fragen ob er einem Correspondenten die Berechtigung absprechen könne in diesen Aeußerungen einerseits einen Vorwurf der Säumigkeit gegen die Ausschüsse, andererseits eine Klage über zu geringe Vertretung der Partei des Redners in diesem zu finden, selbst auf die Gefahr hin eine irrige Schlußfolgerung gezogen zu haben. Die Behauptung als seyen jener Vorwurf und diese Klage vom Verfasser des Artikels als von dem Hrn. Fürsten gemachte Aeußerungen citirt worden, wäre nur dann zu begreifen wenn in jenes Exemplar der Allgemeinen Zeitung das in die Hand des Hrn. Fürsten gekommen ist, sich etwa die in seiner Erklärung befindlichen Anführungszeichen eingeschlichen hätten, die aber in allen übrigen Exemplaren fehlen. Wenn Se. Durchlaucht übrigens am Schlusse Ihrer Erklärung: versichern daß sich Dieselben wenig um Lügen kümmern, so glauben wir ihm dieß gerne aufs Wort, nur fordern wir den Hrn. Fürsten hiemit auf das Vorhandenseyn einer Lüge nachzuweisen, welche nicht den Fürsten Wallerstein, sondern den Verfasser jenes Artikels zum Urheber haben soll.

Der ○ Correspondent.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag Nr. 294 21 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die neue Centralgewalt. Wechsel unter den preußischen Truppen. Besseres Vernehmen unter den gegenseitigen Befehlshabern); München (Schluß der Rede des Ministers v. d. Pfordten über die preußische Intervention in der Pfalz. Die Eisenbahnen zwischen München und Paris. Schluß der Verhandlungen der Kammer der Abg. über das Schullehrergesetz); Reutlingen (Schnizer); Mannheim (Hauptmann Ruppert freigesprochen); Bremen (die Anwesenheit Gagerns gefeiert. Anrede desselben); Hamburg (die preußische Besatzung. Die Constituante capitulirt. Ungarische Officiere. Einige Augustenburgische Prinzen übersiedeln nach Australien); Berlin (die Deutsche Reform über das Interim. Das Promemoria über die dänische Angelegenheit. Die Geburtstagsfeier des Königs. Eindruck der Hinrichtungen in Ungarn); Breslau (Steuerverweigerungsproceß); Wien (schlesische und böhmische Leinenmanufactur. Journalurtheile über die Einigung mit Preußen).

Oesterreichische Monarchie. Aus einem Brief der Times.

Großbritannien. Die Dampfschifffahrt im stillen Meer. Macready.

Frankreich. Freigebigkeitsvorschlag in der Nationalversammlung. Buchez. Bu-Sif. Stellung des Präsidenten zu den Parteien. Aussichten der Orleanisten. Straßburg (Militärsachen. Postbeschleunigung).

Neuestes. München. (Berichtigung in Betreff des holländischen Ministerresidenten.) — Dresden. (Wigard in Anklagestand gesetzt.) — Berlin. (Officielle Entgegnung auf die hannoverische Denkschrift. Die bessern Beziehungen zu Oesterreich.) — Wien. (Der Eisenbahncongreß. Kossuths Kinder. Angeblicher Krawall in Brünn. Die Anleihe.) — London. (Die Königin-Wittwe krank. Seerüstungen. Agrarische Raufereien in Irland.) — Paris. (Gerüchte über den Conflict. Persigny's Sendung. Die Wahlen von Guadeloupe.) — Marseille. (Die französische Flotte nach den Dardanellen) — Livorno. (Verstärkungen für das englische Levantegeschwader).

Beilage. Sir John Franklins Expedition. — Eindrücke aus Oberitalien. — Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten. — Hannover. — Breslau. (Klapka.) — Die österreichischen Finanzmaßregeln. IV. — Athen. (Die Reise der Königin.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London 16 u. 17; Paris 17; Wien 18; Frankfurt 19 Oct.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 18. Oct. Die Wiener Convention v. 30 Sept. ist, wie Sie wissen, in der von Preußen zuletzt gewünschten Fassung nunmehr auch von dem österreichschen Cabinet am 13 d. M. ratificirt worden. Sobald die Zustimmung der übrigen deutschen Bundesregierungen erfolgt ist, dürfte die Einsetzung der neuen provisor. Centralgewalt ohne weiteren Aufschub vor sich gehen. Ein neueres Gerücht nennt den Baron v. Wessenberg statt des Grafen Colloredo als einen der österr. Commissarien. — Der Wechsel unter den preuß. Truppen hat heute in der Art begonnen daß ein Bataillon des 30. Regiments nach Karlsruhe abmarschirte und statt desselben ein Bataillon des 31. Regiments hier einzog. Als erfreulicher Gegensatz zu früheren Erscheinungen ist hervorzuheben daß bei der Einholung des einrückenden Bataillons neben dem preuß. General v. Koch auch der österr. General und Reichstruppencommandant v. Schirnding nebst den Stabsofficieren der österreichischen, bayerischen und Frankfurter Truppen sich betheiligten.

Bayern. || **München,** 20 Oct. (Schluß der gestrigen Rede des Hrn. Ministers v. d. Pfordten.) Da inzwischen in der Pfalz immer deutlicher doch der Weg des Gesetzes verlassen und der der Revolution betreten wurde, so beauftragte die Regierung am 22 Mai den Bevollmächtigten in Frankfurt die Centralgewalt ungesäumt anzugehen damit sie die nöthigen Maßregeln zum Schutze namentlich der Bundesfestung Landau ergreife und zuverläßige Reichstruppen, als welche man hauptsächlich die preußischen betrachten zu können glaubte, in die Pfalz sende. Zugleich wurde wiederholt beantragt daß das im Reichsdienst stehende dritte Jägerbataillon aus dem Reichsdienst entlassen und in die Pfalz beordert werde. Diesem Antrag wurde leider, so oft er auch wiederholt wurde, nicht entsprochen, und diese ausgezeichneten, in jeder Beziehung zuverlässigen Truppen, deren rechtzeitiges Eintreffen in der Pfalz von großem Einfluß gewesen wäre, blieben der Disposition der bayerischen Regierung entzogen, die pflichtgetreu sich nicht ermächtigt hielt ohne Zustimmung des Reichsministeriums sie aus dem Reichsdienst abzuberufen. Ebenso erklärte das Reichsministerium bezüglich der ersten Anforderung vom 27 Mai: daß es keine Reichstruppen zur Verfügung habe, daß also von Seite des Reichsministeriums für die Pfalz und Landau nichts geschehen könne. Es ist bekannt daß in jener Zeit sich die Frage über die Anerkennung der Centralgewalt durch die preußische Regierung verneinend entschieden hatte. Inzwischen war nun in der Pfalz eine sogenannte provisorische Regierung eingesetzt worden, und nun konnte die bayerische Regierung nicht mehr zweifelhaft seyn was zu thun sey, und es wurde am 31 Mai die Absendung eines Truppencorps aus den diesseitigen Landestheilen in die Pfalz zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung beschlossen. Am 1 Jun. erhielt die k. Gesandtschaft in Berlin Mittheilung von diesem Beschluß, mit der Angabe daß etwa 11,000 Mann unter dem Befehle des Fürsten v. Thurn und Taxis in die Pfalz abgehen würden, und daß in 10 bis 12 Tagen ihr Eintreffen zu erwarten sey. Zugleich erhielt derselbe den Auftrag der preußischen Regierung hiemit Mittheilung zu machen und folgenden Wunsch auszusprechen, in welchem die einzige Requisition liegt welche von hier aus an die preußische Regierung wirklich ergangen ist, den Wunsch, die bundesfreundliche Mitwirkung in der Weise zu leisten daß die preußischen Truppen den Rheinübergang, der bei Oppenheim stattfinden würde, sichern möchten (es waren damals preußische Truppen welche Oppenheim besetzt hatten), und daß die preußische Regierung sich mit einigen Bataillonen an der nach der Pfalz entsendeten bayerischen Expedition betheiligen möge, um die Bundesfestung Landau gemeinschaftlich zu besetzen. Um die hiefür nothwendigen militärischen Verabredungen zu treffen, wurde ein bayerischer General eigens von hier nach Berlin gesendet, und sowohl in seiner Instruction als in der der Gesandtschaft in Berlin wurde der Wunsch ausgesprochen daß der preußische General Hirschfeld, der am Oberrhein commandirte, in Gemeinschaft und Einverständniß mit dem Fürsten v. Thurn und Taxis handeln möchte. Ehe diese Weisung in Berlin eintraf, fanden dort zwischen der preußischen Regierung und der bayerischen Gesandtschaft Verhandlungen statt welche vollkommen aufklärend sind, und, weil später auf sie zurückzukommen seyn wird, hier ihrem Inhalt nach genauer mitgetheilt werden. Der bayerische Gesandte berichtete unterm 30 Mai, man sey in Berlin nicht ohne Besorgniß wegen der Bundesfestung Landau, man wisse dort auch daß die bayerische Regierung sich an die Centralgewalt deßwegen gewendet, und die Sicherstellung der Festung beantragt habe; man halte es für möglich daß Preußen von der Centralgewalt aufgefordert werde hier einzuschreiten. In diesem Falle würde man vielleicht unter den obwaltenden Umständen formelle Bedenken tragen dem Auftrage der Centralgewalt Folge zu leisten, in der Sache selbst möchte man aber sehr gern helfen, und wünsche deßhalb eine directe Requisition von bayerischer Seite in der Art wie Sachsen die preußische Hülfe in Anspruch nahm. Der Gesandte halte sich aber hiezu nicht befugt, weil er keinen allerhöchsten Auftrag in diesem Sinne habe, und weil er aus eigener Verantwortlichkeit einen solchen Schritt nicht thun wolle; er habe sich daher begnügt an den Grafen Brandenburg am 30 Mai eine Note zu richten, worin er die preußische Regierung anging, für den Fall daß sie von Frankfurt aus zur Hülfeleistung für die Festung Landau aufgefordert werden sollte, keine formellen Bedenklichkeiten zu erheben, und diesen formellen Schwierigkeiten keine Rechnung zu tragen. Dieß war geschehen am 30 Mai, also ehe jene Weisung der bayerischen Regierung, die sich damit kreuzte, in Berlin ankam. Es geht hieraus so viel hervor daß die preußische Regierung selbst der Ansicht war, am 30 Mai eine Requisition zum Einrücken in die Pfalz noch nicht erhalten zu haben, und daß die bayerische Gesandtschaftsnote vom 30 Mai eine solche Requisition im Namen der bayerischen Regierung ebenfalls nicht enthielt, sondern nur den Wunsch aussprach die preußische Regierung möchte der etwaigen Requisition der Centralgewalt keine formellen Bedenken entgegensetzen. In Folge der vorhin erwähnten Weisung vom 1 Junius richtete der bayerische Gesandte am 4 Junius eine Note an den preußischen Ministerpräsidenten, in welcher die vorher bezeichnete einzige

bayerische Requisition an Preußen enthalten ist. Es wird zweckmäßig seyn wenn ich diese Note geradezu vorlese.

„Der unterzeichnete bayerische Gesandte ist nach eben ihm zugekommenen Befehlen vom 1 d. Allerhöchst beauftragt die preußische Regierung in Kenntniß zu setzen daß nunmehr beschlossen worden ist ein bayerisches Truppencorps an den Rhein zu senden. Dasselbe wird vorläufig aus 9 Bataillonen Infanterie und 8 Schwadronen Cavallerie und 24 Geschützen, zusammen gegen 11,000 Mann bestehen, und durch den Fürsten Taxis befehligt werden. Die Truppen stehen bei Nürnberg concentrirt und können von dort aus sofort abmarschiren, der Befehl an den Fürsten ist unter dem 1 d. aus München abgegangen, und in 10 bis 12 Tagen müssen die Truppen in der Rheinpfalz seyn. Die Marschroute wird über Aschaffenburg, Darmstadt, Oppenheim und Worms gehen, und der Rheinübergang bei den letztgenannten Orten, vornehmlich aber bei Oppenheim stattfinden. Sehr erwünscht würde es nach solcher Beschlußnahme für die königl. bayerische Regierung seyn wenn königl. preußischerseits diese Expedition, welche den doppelten Zweck hat den Aufruhr in der Rheinpfalz niederzuschlagen und die Festungen Landau und Germersheim wieder vollständig sicher zu stellen, unterstützt werden wollte, und zwar auf solche Weise daß 1) von Mainz aus Vorsorge getroffen werde daß der Rheinübergangspunkt Oppenheim rechtzeitig und vollkommen gesichert erhalten werde; 2) einige Bataillone preußischer Truppen die Bestimmung erhielten sich an der Expedition zu betheiligen und Landau gemeinschaftlich zu besetzen; 3) der commandirende General der preußischen Truppen am Oberrhein den Befehl erhalten möchte, sich mit dem Fürsten Taxis in genaues Benehmen zu setzen und gemeinschaftlich mit demselben zu handeln, wie der gleichmäßige Auftrag auch bayerischerseits an den Fürsten Taxis ergangen ist. Damit nun einem solchen Ansinnen auf geeignete Weise entsprochen werden könne erlaubt sich der Unterzeichnete, mittels gegenwärtigen Erlasses die königl. preußische Regierung um die bundesfreundliche Mitwirkung Preußens bei den gegen die Rheinpfalz nöthigen Militäroperationen förmlich anzugehen und solche Mitwirkung, als auf gemeinsamen Interessen und Gefahren beruhend, vorderhand in Gewährung der drei obenbezeichneten Punkte zu präcisiren. Dabei ist jedoch der Unterzeichnete auf keine Weise gemeint auf die in Folge bundesmäßiger Requisition möglicherweise bereits eingeleiteten diesseitigen Dispositionen störend einwirken zu wollen. Je früher es möglich seyn wird der Bundesfestung Landau Hülfe zu gewähren und dem Aufruhr in der Pfalz ein Ziel zu setzen, jemehr wird solches den gemeinschaftlichen Interessen entsprechen, und von Bayern gebührend anerkannt werden. In dieser Beziehung glaubt der Unterzeichnete auch noch die Andeutung hinzufügen zu sollen daß der Regierungspräsident der Rheinpfalz, v. Alwens, sich nach Germersheim zurückgezogen hat, und daß es zweckdienlich seyn würde, wenn alle nichtmilitärischen Maßregeln mit diesem höhern Staatsdiener eingeleitet würden. Indem &c. Berlin 4 Jun. 1849. (gez. Lerchenfeld.) Sr. Excellenz dem königl. preußischen Ministerpräsidenten Hrn. Grafen v. Brandenburg.

In dieser Note kommt eine Stelle vor, welche der Gesandte hinzugefügt hat, aus Gründen welche ich sogleich angeben werde. Diese hinzugefügte Stelle ist folgende: „Dabei ist aber der Unterzeichnete auf keine Weise gemeint auf die in Folge bundesmäßiger Requisition möglicherweise bereits eingeleiteten diesseitigen Dispositionen störend einwirken zu wollen. Je früher es möglich seyn wird der Bundesfestung Landau Hülfe zu gewähren und dem Aufruhr in der Pfalz ein Ziel zu setzen, je mehr wird solches den gemeinschaftlichen Interessen entsprechen und von Bayern gebührend anerkannt werden." Die Erklärung dieser Stelle, welche nicht in der hiesigen Depesche enthalten ist, sondern von dem Gesandten beigefügt wurde, liegt im folgenden. Es wurde ihm, als er zuerst von dem erhaltenen Auftrag Mittheilung machte, erwiedert, es sey bereits von Frankfurt, von der Centralgewalt, eine umfassende Requisition an die preußische Regierung eingegangen, und in Folge dieser und überhaupt im Zusammenhang mit den durch die Requisition Badens nothwendigen Militäroperationen seyen bereits umfassende Aufträge und Anordnungen getroffen, die man nicht mehr wohl rückgängig machen könne. Mit Rücksicht hierauf nahm der Gesandte die Stelle auf: „Dabei ist aber der Unterzeichnete auf keine Weise gemeint auf die in Folge bundesmäßiger Requisition möglicherweise bereits eingeleiteten diesseitigen Dispositionen störend einwirken zu wollen."

Dieses ist also die Note in welcher die einzige von Bayern an Preußen ergangene Requisition enthalten ist. Am 8 Jun. erhielt das Ministerium des Auswärtigen den Bericht des Gesandten, mit welchem er seine Note in Abschrift vorlegte und die eben erwähnten Erläuterungen der fraglichen Stelle hinzufügte. Zugleich erhielt an diesem Tage dasselbe Ministerium eine Note der hiesigen k. preußischen Gesandtschaft, welche sich über die Motive der Anordnungen der preußischen Regierung verbreitete, und welche ich mir daher ebenfalls vorzutragen erlaube. (Dr. v. d. Pfordten verliest diese Note. Sie wird nachgetragen werden.)

Inzwischen hatte die Regierung am 7 Jun. aus Frankfurt die Anzeige erhalten daß die preußischen Truppen Befehl erhalten hätten in die Pfalz einzurücken. Noch an demselben Tage wurde der k. Bevollmächtigte zu Frankfurt sowohl als der Gesandte zu Berlin angewiesen dahin zu wirken daß die preußischen Truppen nicht vor dem bayerischen Corps in die Pfalz einrückten. Diese Weisung wurde der Gesandtschaft zu Berlin am 8 Jun. unter Bezugnahme auf die Note der preußischen Gesandtschaft mit dem Bemerken wiederholt, die Requisition vom 1 Jun. habe nur den Grund gehabt offen darzulegen daß Preußen und Bayern in Bekämpfung der Anarchie einig seyen, und deßhalb sey die gemeinschaftliche Besetzung der Bundesfestung Landau vorgeschlagen worden, während die Pacification der Pfalz als Aufgabe der bayerischen Truppen betrachtet werde. In diesem Sinne schrieb auch der k. Bevollmächtigte zu Frankfurt am 10 Jun. an den k. preußischen Bevollmächtigten, und schon am 9 Jun. an den preußischen Generallieutenant Hirschfeld; in demselben Sinne äußerte sich der k. Gesandte zu Berlin, und der dort anwesende General von der Mark am 11 Jun. gegen das preußische Ministerium; in demselben Sinne that die hiesige preußische Gesandtschaft unmittelbar in Frankfurt Schritte. In Berlin erklärte man jedoch die bereits getroffenen Anordnungen nicht mehr ändern zu können, und berief sich namentlich auf die Nothwendigkeit der militärischen Operationen gegen Baden. Ebenso schrieb der Gen.-Lieut. Hirschfeld am 13 Jun. an den k. Bevollmächtigten zu Frankfurt: seine Instructionen verpflichteten ihn sofort vorzurücken. Er rückte am 14 Jun. zu Kaiserslautern ein, und am 16 Jun. ging das bayerische Corps bei Oppenheim über den Rhein. Dieses sind die Thatsachen bis zum Einrücken in die Pfalz; was nachher geschah, ist Ihnen ohnehin bekannt.

Die preußischen Truppen sind in wenigen Tagen, ohne eigentlichen Widerstand zu finden, durch die Pfalz gezogen, und der Rücken ihrer Operationen ist ihnen dann gedeckt worden durch die Besetzung der Pfalz nicht bloß, sondern auch Mannheims durch bayerische Truppen. Ich erinnere nur daran daß auf den von badischer Seite an den Fürsten von Thurn und Taxis gerichteten Wunsch während der Operationen der Preußen und Reichstruppen in Baden Mannheim durch bayerische Truppen besetzt gehalten wurde. Nach dieser vollständigen Darlegung aller irgendwie hier einschlagenden Thatsachen wird die hohe Kammer in den Stand gesetzt seyn zu beurtheilen inwieweit eine Requisition von Seite der bayerischen Regierung an die k. preußische Regierung ergangen ist, und inwieweit die spätern Operationen in Berlin selbst als Folge jener Requisitionen aufgefaßt worden sind und werden konnten. Soll ich das Resultat dieser etwas ausführlichen Darstellung noch kurz zusammenfassen, so ist es lediglich dieses. Die bayerische Regierung hat von der preußischen Regierung keine andere Mitwirkung erbeten als Festhalten des Rheinüberganges bei Oppenheim und für die bayerische Operation Betheiligung einiger preußischer Bataillone zum Zweck der gemeinschaftlichen Besetzung der Bundesfestung Landau. Die Motive hiefür, sollte ich meinen, sind ganz klar. Die Requisition fällt gerade in jene Tage des Mai und Junius wo über die Verfassungsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Bayern offenkundig wurden, und es kam nun nach der Ueberzeugung und Beurtheilung der bayerischen Regierung darauf an daß in Erfüllung der Bundespflichten, in der Herstellung der Ordnung, in Bekämpfung der Revolution, in der Sicherstellung der deutschen Gränze Preußen und Bayern vollkommen einig seyen. Es liegt ferner, wenn es auch in der Depesche aus Gründen nicht weiter ausgesprochen wurde, darin die Erinnerung an jenen Vorgang wo ein preußisches Bataillon vor den Thoren von Landau durch den Reichscommissär zurückgewiesen wurde. Ich glaube es ist leicht zu fühlen warum das bayerische Ministerium verlangte es möchten preußische Truppen gemeinschaftlich mit bayerischen die Bundesfestung Landau besetzen. Neben dieser bayerischen, gewiß ganz beschränkten Requisition steht nun jene in vollständiger Fassung der bayerischen Regierung nicht zugekommene Aufforderung des Reichsministeriums an die preußische Regierung, welche, wie Sie aus der preußischen Note ersehen haben, von der preußischen Regierung ihre Operationen vorzugsweise zu Grunde gelegt wird. Es wird dann außer dieser Requisition von Preußen ferner geltend gemacht die Nothwendigkeit der militärischen Operationen gegen Baden von Seite der Pfalz her. Es ist nun nur noch übrig den letzten Punkt der Interpellation ins Auge zu fassen, die etwaige Zusicherung wegen der Kosten. Es geht aus meinen Mittheilungen hervor daß Zusicherungen wegen der Kosten von Seite der preußischen Regierung nicht gefordert und von Seite der bayerischen Regierung nicht gemacht worden sind. Der Kostenpunkt ist in gar keiner Weise berührt worden. Das ist es was ich in Bezug auf diese Interpellation vortragen zu müssen glaubte.

— **München**, 20 Oct. Die Windesschnelligkeit mit welcher man jetzt von Paris über Belgien nach dem nördlichen Deutschland gelangt, hat bekanntlich dem Zuge der Reisenden und Briefe eine ganz neue Richtung gegeben. Nach und nach aber wächst doch unsere Hoffnung daß der Strom in sein altes Bett zurückkehren werde. Bis zum November wird die Paris-Straßburger Eisenbahn bis Chalons dem Verkehr übergeben. Reisende und Briefe legen dann den Weg von der französischen

Hauptstadt bis Straßburg um einen halben Tag rascher als bisher zurück. *) Dieß wird viele Reisende bestimmen, statt über Köln und Brüssel zu gehen, wieder den directen Weg einzuschlagen, der bald eine noch größere Beschleunigung erfahren wird, da auch von Straßburg und Nancy aus die Arbeiten gegen Chalons zu rüstig vorwärts schreiten, so daß im Sommer nächsten Jahrs die ganze Bahn vom Rhein zur Seine vollendet seyn wird. Die Revolution hat in Frankreich noch mehr als in Deutschland die Dinge durcheinandergeworfen und zerrüttet, aber man sah ein daß der Bau jener großen Friedenswerke nicht unterbrochen werden dürfe. Auch in Bayern ward, Gottlob, die kostspielige Bahn nach dem Norden unverdrossen ausgebaut, und so sind wir aus der beklemmenden Isolirung heraus, und sehen wenigstens in Einer Weltrichtung hin den Dampfwagen brausen. Die nächst zu erstrebenden Eisenbahnverbindungen wären nun die nach Salzburg und nach Ulm. Die württembergische Bahn wird bis zum nächsten Jahr von Heilbronn bis Ulm und von da bis Friedrichshafen vollendet seyn. Aber sie bleibt eine bloße Landesbahn, solange dort der Anschluß an Baden, hier der an Bayern fehlt. Hoffentlich wird man nun nicht länger zögern die Lücken zu füllen welche den Verkehr peinlich unterbrechen, die Plage und Klage der Reisenden, das Gespött des Auslands bilden. Auch wird man sich in Württemberg ja doch wohl auch einmal entschließen die Briefe der Eisenbahn zu übergeben und sie nicht mehr der keuchenden Postkutsche zu überlassen. Bis jetzt haben beide Contrahenten mit mehr als bewundernswerther Geduld ausgehalten: Taxis führt — so will es die Staatsverwaltung, um ihn durch den Verlust mürbe zu machen — täglich seine leeren Eilwagen noch in allen Richtungen durchs Land, auch da wo die Eisenbahn geht, der natürlich alle Reisenden sich zuwenden; Regierung und Volk sehen den Brief- und Zeitungsverkehr dem Postwagen überlassen, ohne die Verspätungen, die dadurch für den innern und äußern Verkehr entstehen, hoch anzuschlagen. Endlich, endlich wird aber doch dieses staunenswerthe, kostspielige Geduldspiel aufhören müssen. Bis dieß geschieht werden hoffentlich die badische und Taxis'sche Post ihre Curse an die beschleunigte Ankunft der Posten aus Paris in Straßburg anknüpfen, woraus wenigstens der Vortheil hervorgehen dürfte daß Sie in Augsburg wie in München die Pariser und Londoner Briefe und Blätter in 62 resp. 64 Stunden, statt, wie jetzt, in 72, resp. 74 Stunden erhalten. Die Herstellung der Telegraphenlinie von hier nach Salzburg, resp. nach Wien, bestätigt sich. Die alsbaldige Weiterführung nach Augsburg wird sich von selbst verstehen, da ja ohnedieß längs der Schienenstraße die Telegraphendrähte laufen sollen. Die große Deputation von Augsburger Wechselherren, die eben hier ist, um gegen die Einführung des in ganz Deutschland zur Annahme kommenden deutschen Wechselrechts noch ihre letzten Bedenken auszusprechen, wird hoffentlich die Gelegenheit wahrnehmen auch über jene Post-, Eisenbahn- und Telegraphenfrage die Interessen Augsburgs darzulegen.

∸ **München.** (Beschluß der 9ten Sitzung der Abgeordnetenkammer.) So weitausgesponnen auch die allgemeine Verhandlung war, so scheint man sich doch keineswegs erschöpft zu haben, und die specielle Debatte in dasselbe Fahrwasser einlenken zu wollen. Mit ziemlicher Breite behandelt der Referent den Ausschußantrag, wonach in der Unterschrift des Gesetzes nach „Ansässigmachung und Verehelichung" ein „bezüglich" vor „der Schullehrer" eingeschaltet werden soll, was auch angenommen wird. Ihm folgt in nicht minderer Ausführlichkeit der Abg. Tröger mit einer Rede für seinen obenberührten Antrag zu den Einleitungsworten, nachdem der Referent auch hier mancherlei für den Ausschußantrag gesprochen hat. Nichts scheint natürlicher als daß die Bemerkung des Cultusministers berücksichtigt werde, jeder Zusatz zu den Eingangsworten scheine ihm unpassend, und die Kammer möge doch lieber als besondern Wunsch formuliren was sich in den Zusatzworten aussprechen solle. Aber nein. Der Ausschußantrag wird zum Beschluß erhoben, und so lauten die, wie später Hr. Lassaulx bemerkt, schleppenden Eingangsworte: Wir rc. rc. haben beschlossen „noch vor der demnächst bevorstehenden Regelung der Verhältnisse der Schullehrer und der dabei einschlagenden finanziellen Beziehungen" zu verordnen rc. Auch zum 1 Artikel liegt ein Ausschußantrag vor; allein einige Stimmen der Opposition, wenn wir sie so nennen dürfen, die Abg. Morgenstern, Arnheim und Gebhard, weisen gegen die vom Ausschuß beantragte und von Ruland und Forndran vertheidigte Fassung nach wie die ministerielle Fassung viel weiter sey, worauf diese angenommen wird. Sie lautet: „Jeder wirkliche Schullehrer, welcher in dieser Eigenschaft 3 Dienstjahre zurückgelegt hat, erwirkt kraft des Gesetzes die Ansässigkeit mit allen ihren gesetzlichen Folgen in jener Gemeinde in welcher er bei Ablauf jener Frist angestellt ist." Ueber den 2ten Artikel spricht nur, den Ausschußantrag empfehlend, der Referent; auch der Minister des Cultus sieht darin eine wesentliche Redactionsverbesserung, und es wird derselbe in folgender Fassung zum Beschluß erhoben: „Wird ein wirklicher Schullehrer nach Ablauf der ersten 3 Dienstjahre in solcher Eigenschaft befördert oder versetzt, so erwirbt er dadurch von selbst die Ansässigkeit mit ihren gesetzlichen Folgen in der Gemeinde seiner neuen Anstellung." Auch der 3te Artikel wird in der Ausschußfassung beliebt, wonach er lautet: „Bei Berechnung des 3jährigen Zeitraums soll auch jene Dienstzeit eingerechnet werden welche ein noch jetzt activer wirklicher Schullehrer vor dem Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes in dieser Eigenschaft zugebracht hat." So wäre denn das Gesetz formell hergestellt. Aber noch fehlen die beantragten Zusätze, von denen indessen die der Abg. Wolffsteiner und Sepp gar keine Unterstützung finden. Dagegen kommt nach langer Verhandlung, woran sich die Abg. Narr, Boye, Morgenstern und Nar (gegen den Antrag) sowie Lang, Hirschberger, Stöcker und der Referent (für den Antrag) betheiligen, ein Zusatz des Abg. Wiedenhofer zur Annahme, wonach in dem Falle daß ein Schullehrer für mehrere Gemeinden gleichzeitig in seinem Berufe thätig gewesen, bei dessen Verarmung diese sämmtlichen Gemeinden zu seiner Erhaltung beizutragen haben. Endlich kommt auch der Abg. Fürst Wallerstein zur Motivirung seines oben mitgetheilten Zusatzantrags. Abg. v. Lerchenfeld erweist dagegen, wie dieser Zusatz mit dem eigentlichen Geist des Gesetzes gar nicht im Zusammenhang stehe, und bedauert daß, wenn die Kammer schon 1831 einen Pensionsfonds als Wunsch hingestellt habe, wie der Antragsteller mittheilte, dieses Werk nicht in ruhigern Jahren zur Ausführung gekommen sey. Man wisse ja daß die unendliche Geringfügigkeit der Pensionen in der kläglichen Scheidung zwischen Functions- und Standesgehalt ihren Grund gehabt habe. Nachdem dieser Zustand von 1826 bis 1848 gedauert, habe dagegen seitdem der Staat trotz der drückenden finanziellen Verhältnisse gethan was möglich gewesen, allein ein so großes Uebel könne nicht mit einem Schlage gehoben werden. Indessen sey der Wallersteinische Antrag auch noch insofern unzusammenhängend mit dem vorliegenden Gesetz, als dieses ja in der That gar nicht entscheide ob die Schullehrer Staatsdiener seyen. Ihm folgt in gewohnter Weise der Abg. Lassaulx dieß „Anhängsel verunziere" das Gesetz, dessen „ästhetische" Formenschönheit schon durch das Einschiebsel des Ausschusses im Eingang tief verletzt sey. Fürst Wallerstein habe als Minister nicht Zeit gefunden diese „Wünschenswürdigkeiten" zu erfüllen, so möge er „den man in seiner Laufbahn auf so verschiedenen Standpunkten gesehen" sich doch jetzt „mit gleicher Gewandtheit" auf den des Ministeriums stellen. Das Gesetz packe ein bestimmtes Uebel und genüge, wenn es diesen Zweck erfülle; es könne aber nicht gleichzeitig allgemeine Fragen erledigen. Abg. Krämer: die Kammer scheine Freibriefe für verletzende Aeußerungen auszugeben, er beanspruche keinen solchen; er wolle sich nur für den Wallerstein'schen Antrag erklären, den er für so wesentlich halte daß er dem ganzen Gesetz ohne denselben seine Zustimmung versagen müsse. Als sich dagegen Minister Ringelmann im Sinne Lerchenfelds dahin ausspricht daß der Zusatz um so weniger jetzt an das Gesetz anzuhängen als die Sache bei der Verfassungsrevision zur Sprache kommen müsse, zieht Fürst Wallerstein, diesen letztern Satz als Zusicherung für eine bestimmte Gesetzesvorlage aufgreifend, den ganzen Antrag plötzlich zurück, worauf er Hrn. Lassaulxs Persönlichkeiten einige ebenso gewandt als ernst abweisende Worte entgegenstellt. Die namentliche Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf mit den beschlossenen Abänderungen und Zusätzen ergibt deren einstimmige Annahme mit 128 Stimmen. Wegen der späten Tageszeit — es ist 3¾ Uhr Nachmittags — wird die Aufarbeitung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung bis morgen Früh 9 Uhr vertagt.

Württemberg. **Reutlingen,** 16 Oct. Schnizer, der schon während seiner Verhaftung suspendirt gewesen, aber nach seiner Freilassung auf Caution eigenmächtig sein Amt wieder angetreten haben soll, hat heute die Weisung erhalten, aller Functionen eines Vorstands und Lehrers am Lyceum sich zu enthalten, bis nach Aburtheilung seines Hochverrathsprocesses weitere Verfügung möglich sey. Gegen einen andern Lehrer unseres Lyceums ist Disciplinaruntersuchung angeordnet. (Nach dem „Courier" soll auch das Ergebniß der Visitation des Lyceums ein ganz ungünstiges gewesen seyn.) (W. Z.)

Gr. Baden. In **Mannheim** stand am 17 Oct. Hauptmann Ruppert vor dem Standgericht. Er hat als Oberst unter der Insurrection gedient; die Entlastungszeugen sprachen aber so günstig daß Ruppert, nachdem die Verhandlung bis 1 Uhr Nachts gedauert, völlig freigesprochen wurde.

Hansestädte. **Bremen,** 16 Oct. Gestern Abend wurden den beiden Gästen unseres Mitbürgers Hrn. H. H. Meier, den Herren Heinrich v. Gagern und Karl Mathy, ein feierliches Ständchen gebracht. Eine zahllose Menschenmenge war trotz der späten Stunde und der kalten winterlichen Nacht vor dem Hause versammelt, welches den ersten Präsidenten des ersten deutschen Parlaments beherbergte, und als nach dem ersten Mu-

*) Wir verweisen auf den Brief aus Straßburg.

stück einer aus der Menge die Anwesenden aufforderte mit ihm den Mann zu begrüßen welchen Deutschland „den Edlen“ nenne, welcher trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse nicht ermüde in dem edlen Streben für Deutschlands Einheit, Macht und Größe, und neben ihm seinen Begleiter zu bewillkommnen, welcher muthig in gefährlicher Zeit seinem engeren und hernach seinem weiteren Vaterlande wichtige Dienste geleistet habe — da erscholl aus aller Munde ein dreifaches und aber dreifaches donnerndes Hoch, in welches Trompeten und Posaunen schallend einstimmten. Gleich darauf ward es todtenstill. Gagern trat an das geöffnete Fenster und sprach mit klangvoller, den weiten Zuhörerkreis mühlos beherrschenden Stimme: „Meine Herren — ich bin Gagern (die wenigsten hatten ihn je zuvor gesehen) — ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung. Ich bin hierher gekommen, nicht um solche Bewillkommnungen entgegenzunehmen oder gar herauszufordern, sondern ich bin hierher gekommen, in dunkler kummervoller Zeit, nicht muthlos zwar, wohl aber um neuen Muth zu gewinnen, um meinen Muth aufzurichten an der tüchtigen Gesinnung deutscher Bürger wie sie diese Stadt umschließt. Und ich kann Ihnen sagen, ich habe solche Bürger hier gefunden, solche Bürger an deren Gesinnung sich mein Vertrauen stärkt daß wir am Ende doch, wenn wir nur uns selbst vertrauen, das Ziel erreichen werden welches vorhin angedeutet worden ist — Deutschlands Einheit und Freiheit, eine Freiheit wie sie diese Stadt schon so lange genießt. Darum, meine Herren, erlauben Sie mir daß ich Ihren Gruß erwiedere mit einem Hoch auf Bremens tüchtige, brave, freigesinnte Bürgerschaft!“ (Donnernder Applaus.) Nach Gagern redete Mathy. Er sagte: „Meine Herren, in unserem Ringen zum Wohle unseres gemeinsamen Vaterlandes bedürfen wir vor allen Dingen eins: das ist die Eintracht! Nicht jene Eintracht verstehe ich darunter welche in dem Aufgeben der eigenen Ansichten vor der Ansicht eines Königs oder einer Majorität besteht, nicht die Einheit welche beruht auf der Gemeinsamkeit der Meinungen, sondern welche gegründet ist auf der Gemeinsamkeit des Ziels. Mögen wir das vor allem erkennen daß ein Ziel uns alle leitet, dann werden wir auch bei den verschiedenen Ansichten die Reinheit, die Redlichkeit und Aufrichtigkeit fremder Ueberzeugungen ehren und anerkennen. (Bravo! Bravo!) Und wir Deutschen bedürfen der Eintracht noch weit mehr als andere Nationen; denn wir haben eine doppelt schwierige Aufgabe vor uns. Wir haben nicht bloß eine Verfassung zu errichten unter welcher alle Deutschen einig neben einander wohnen können: daß es möglich ist eine solche Form zu finden, das hat die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. erwiesen; — wir haben nicht bloß für das Vaterland eine solche Form zu finden, sondern auch für die Form ein Vaterland. Und daß letzteres viel schwieriger ist, das erleben wir heute. Die Schwierigkeiten sind groß, aber wir werden das Vaterland doch finden, denn im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen streben unzählige Deutsche nach dem Ziele, das sie sicher erreichen werden. Meine Herren, mein Hoch gilt der Eintracht aller Deutschen!“ (Allgemeiner Applaus). Arndts Lied und mehrere andere Stücke wurden hierauf gespielt, worauf die Menge unter einem erneuten Hoch auf Gagern sich zerstreute. Die ganze Zeit über herrschte die musterhafteste Ruhe, und nicht der leiseste Mißklang störte die Feierlichkeit. (Wes. Ztg.)

* **Hamburg**, 16 Oct. Unsere preußische Garnison hatte gestern Parade zur Feier des Geburtstages ihres Königs. Es wurde bemerkt daß das achte Husarenregiment sich sehr schön machte, worauf jemand bemerkte: in der Entfernung würden sie sich noch viel besser ausnehmen. Die Officiere hatten ein Mahl in der alten Stadt London, wozu aber weder hiesige Honoratioren noch andere Diplomaten außer den preußischen Consuln eingeladen waren. Seit der Schlägerei welche am Donnerstag in St. Pauli zwischen preußischen und schleswig-holsteinischen Soldaten vorfiel, wird den ersteren befohlen jene Vorstadt nicht wieder zu betreten. Die Vereinbarungscommission hat ihre vergeblichen Versuche bei den Mitgliedern der constituirenden Versammlung eingestellt, und arbeitet jetzt fleißig an einem Verfassungsentwurf, der künftige Woche fertig seyn muß. Es liegt ihr Material genug sowohl aus der Constituante als aus der früheren Rath- und Bürgerdeputation vor.

* **Hamburg**, 17 Oct. Eine Minorität des Einundzwanziger-Ausschusses der constituirenden Versammlung hat sich in der elften Stunde entschlossen mit der Neuner-Commission (vom Rathe Erbgesessener Bürgerschaft gewählt) in Unterhandlung zu treten. Es wird daher künftigen Sonnabend eine Plenarversammlung der Constituante gehalten, welcher die Berichte der Majorität und der Minorität der Einundzwanziger zur Entscheidung vorgelegt werden. Nimmt die Mehrheit den Vorschlag der Minderzahl des Ausschusses an, so wird sie neun Mitglieder wählen, die mit den anderen neun behufs Versuchs zur Vereinbarung zusammentreten. Wahrscheinlich wird im Fall der Ablehnung ein Vorschlag zur Auflösung der Constituante gemacht werden. — Die ungarischen Officiere welche in Komorn capitulirten, treffen seit gestern hier ein; Klapka soll sich auch unter ihnen befinden. Wenn sie alle hier vereinigt sind, soll der Beschluß gefaßt werden wohin sie sich weiter begeben wollen. — Mit dem hiesigen Schiffe Alfred geht in einigen Tagen ein Sohn des Prinzen Friedrich von S. H. Augustenburg-Noer nach Süd-Australien. Das Schiff wird in Plymouth anlaufen, von wo aus sich noch andere Glieder der Familie, auch der Glücksburger, an Bord begeben wollen. Wie es heißt, beabsichtigen sie sich in Australien anzukaufen.

Aus zuverlässiger Quelle (sagt ein Schreiben aus Berlin vom 14. Oct.) können wir die Nachricht bringen daß nun auch Lübeck seinen Anschluß an das Bündniß vom 28. Mai definitiv ausgesprochen hat.

Preußen. Die Deutsche Reform erblickt in dem Interim den „ersten vorläufigen Schritt zur Aufrichtung des weitern Bundes durch eine Regeneration des alten Bundes von 1815.“ Sie erinnert wie Preußen im Mai 1849 das offene Wort ausgesprochen: „unsre nächste Aufgabe ist die Regeneration und Ausdehnung des alten völkerrechtlichen Bundes auf das ganze Gebiet Oesterreichs, mittelst einer ewigen Union, indem aber auch gleichzeitig das zu einem engeren Bundesstaat zusammengeschlossene außerösterreichische Deutschland seine nationalen Institutionen weiter fortbildet“, und fährt dann fort: „diese Union wurde österreichischerseits in der eben berührten Form abgelehnt, in einer andern aber, d. i. im Vertrage vom 30 Sept. d. J. angenommen. Denn unsrer Ansicht nach ist die von Preußen und Oesterreich einzusetzende provisorische Bundescommission nichts anderes als das praktische Ergebniß der Unionsverhandlungen; nichts anderes als die Union selbst, welche sich zunächst nur auf den Boden des Bundesgebiets beschränkt hat. Anerkannt ist darin das Princip des Dualismus, anerkannt die beiden Gegensätze, welche ihren selbständigen Ausdruck erlangen und sich dann erst in einer gemeinsamen Form als Ganzes finden. Der weitere Bund umfaßt allerdings in seiner vorläufigen Anlage nur die deutschen Lande Oesterreichs, Bayern und Württemberg, allein es unterliegt wohl keinem Zweifel daß der naturgemäße Fortgang der deutschen Verfassungsreform nach und nach das ganze Oesterreich in diesen weiteren Verband bringen, in dem engeren deutschen Bundesstaate aber die Gruppirung auch ändern und vervollständigen wird. Denn politische Antipathien können leicht wechseln; wogegen die natürlichen Bedingungen, welche die Staaten zusammenführen, bleiben; und wenn sie auch zeitweise vernachlässigt werden, auf die Dauer machen sie sich dennoch geltend. Wir sagen dieß im Hinblick auf diejenigen süddeutschen Staaten die sich bis jetzt der Krystallisation des engeren Bundesstaats zu entziehen suchen, und auch früher immer die spröden Elemente bei Versuchen größerer Einigung gewesen sind. Die Bundesreform, die in der Einsetzung der dualistischen Bundescommission liegt, bringt sie, wahrscheinlich nur auf kürzere Zeit, in engere Beziehungen zu Oesterreich, und die Thätigkeit welche seitens des neuen Unionsorgans bevorsteht, wird ihnen leicht die Einsicht verschaffen ob sie im diesseitigen oder jenseitigen Factor der Commission den Ausdruck ihrer politischen und materiellen Interessen zu suchen haben.“

Berlin. Promemoria über die dänische Angelegenheit. (Von dem preußischen Ministerium den Kammern mitgetheilt.) Nachdem Preußen im August v. J. durch den Abschluß des Waffenstillstandes von Malmö die ihm früher von dem Bundestage für die Kriegführung und Friedensverhandlungen ertheilte, nachher vom Reichsverweser für den speciellen Zweck der Unterhandlungen in Malmö erneuerte Vollmacht ausgeführt hatte, trat diese Angelegenheit in eine neue Phase. Die provisorische Centralgewalt nahm die Führung derselben in ihre eigene Hand, und Preußen trat in die zweite Linie zurück. Zwar konnte die Einigung über die zur gemeinsamen Regierung der Herzogthümer zu bestellenden Personen nur durch preußische Vermittelung hier in Berlin erreicht werden, allein die Sorge für die weitere Ausführung des Waffenstillstandes fiel der Centralgewalt anheim, welche den damaligen Abgeordneten Stedman als Reichscommissär in die Herzogthümer schickte. Auch die Unterhandlungen über einen definitiven Frieden, zu welchem eben die Dauer des Waffenstillstandes benutzt werden sollte, wurden von der Centralgewalt übernommen. Im Anfange Decembers v. J. wandte sich die Centralgewalt an die königl. Regierung mit dem Wunsche daß sie die Uebertragung der Führung der Unterhandlungen mit Dänemark an den königl. Gesandten in London, wirklichen geheimen Rath Bunsen, in der Art gestatten möge daß derselbe von der Centralgewalt zu diesem besonderen Geschäft bevollmächtigt und von ihr unmittelbar mit Instructionen versehen werde.

Die königl. Regierung glaubte sich diesem Wunsche um so weniger entziehen zu dürfen, als einerseits der königl. Gesandte durch seine Vertrautheit mit den Gegenstande besonders zu dieser Unterhandlung befähigt war, andererseits für die Centralgewalt wegen ihrer provisorischen Stellung die größte Schwierigkeit vorwaltete sich durch einen eigenen Gesandten, welcher nicht zugleich eine anerkannte diplomatische Stellung bekleidete, vertreten zu lassen. Die Zustimmung der königl. Regierung wurde demgemäß ertheilt, und der königl. Gesandte in London führte fortan die Verhandlungen mit Dänemark als Bevollmächtigter und im Namen und Auftrag der provisorischen Centralgewalt, von welcher er seine In-

structionen erhielt. Die Aufgabe der königl. Regierung konnte dabei nur seyn sich mit dem Reichsministerium möglichst über diese Instructionen zu verständigen, und durch aufrichtige und loyale Berathung auf dasselbe einzuwirken. Um eine solche Verständigung und mit ihr eine sichere Grundlage für den ganzen Gang der Verhandlungen zu erzielen, wurde der königl. Gesandte im Januar d. J. nach Berlin berufen, und begab sich von hier nach Frankfurt zur Besprechung mit dem Reichsministerium. Es kam darauf an eine den Bedürfnissen der Herzogthümer und der europäischen Lage entsprechende Basis des Friedens aufzustellen.

Daß der in vielen Kreisen gehegte Wunsch der König von Dänemark möge auch als Herzog von Schleswig dem deutschen Bunde beitreten, nicht realisirt werden konnte, hatte sich frühzeitig als ganz zweifellos herausgestellt. Im Laufe des Sommers hatte daher die vermittelnde Macht Großbritanniens zwei Vorschläge vorgelegt: „Entweder möge Schleswig, ohne zum deutschen Bunde zu treten, unter Einer Verfassung und Legislatur mit Holstein vereinigt bleiben, oder durch eine festzustellende Linie dergestalt in eine nördliche und südliche Hälfte getheilt werden daß der nördliche Theil aber mit vorwiegend dänischer Bevölkerung zu Dänemark geschlagen, der südliche Theil mit vorwiegend deutscher Bevölkerung mit Holstein zum deutschen Bunde trete.“ Aber auch diese beiden Vorschläge erwiesen sich als unausführbar; Dänemark erklärte sich nicht geneigt auf einen von beiden einzugeben. Dem ersten Vorschlage stand überdieß entgegen daß nach der beabsichtigten Umgestaltung Deutschlands in einen Bundesstaat die Verbindung eines zu letzterm gehörigen mit einem fremden Lande unter Einer Verfassung und Legislatur kaum noch als möglich erschien; der zweite, die Theilung des Herzogthums Schleswig, obwohl im Anfang von der provisorischen Regierung der Herzogthümer selbst angeregt, stieß doch damals in den Herzogthümern selbst auf nicht mindere Ungunst als in Dänemark.

Diese Betrachtungen hatten die vermittelnde Macht bewogen eine neue Friedensgrundlage vorzuschlagen, welche sie als die der Unabhängigkeit und legislativen und administrativen Selbständigkeit Schleswigs bezeichnete, und wonach dieß Herzogthum eine abgesonderte Verfassung erhalten sollte, verschieden von der dänischen auf der einen und von der holsteinischen auf der anderen Seite. Es ist nicht verkannt worden daß bei diesem Plane die uralte staatsrechtliche Verbindung der beiden Herzogthümer, welche auch der Bundestag durch seine Beschlüsse vom 5 und 12 April v. J. als bestehendes Recht anerkannt hatte, zum Opfer gebracht werden mußte. Aber man mußte sich die Frage stellen: ob es möglich sey irgend eine andere Basis zu finden auf welche der Friede gebaut werden könne, und diese Frage mußte mit Entschiedenheit verneint werden.

Was Deutschland sowohl wie die übrigen Mächte vor allem anzuwenden bemüht und verpflichtet waren, war die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges. Hierin lag die Bedeutung der schleswigischen Frage, welche daher weder von dem Standpunkt innerer Rechte allein, noch von dem localen Gesichtspunkte eines Krieges zwischen zwei benachbarten Staaten beurtheilt werden durfte. Die europäische Complication war nicht zu vermeiden, sobald Deutschland als Friedensbasis Ansprüche auf eine Stellung Schleswigs machte welche dieß Herzogthum ebenso wesentlich zu Deutschland hinübergezogen haben würde, wie Dänemark es früher in sich zu incorporiren beabsichtigt hatte. Durch die Fortdauer der bisherigen Verbindung mit Holstein unter Einer Verfassung und Verwaltung, bei der innigeren Vereinigung Deutschlands in einen Bundesstaat, würde Schleswig materiell und factisch, wenn auch nicht nominell zu einem Theile Deutschlands geworden seyn. Wie sehr dieß auch den Wünschen der Bevölkerung und den Gefühlen der Deutschen entsprochen hätte — Deutschland hatte kein Recht diesen Anspruch zu erheben; es hätte ihn nur vermittelst eines allgemeinen Krieges durchsetzen können. Hierüber ließ die Stellung welche alle europäischen Großmächte schon im Laufe des vorigen Jahres eingenommen hatten keinen Zweifel zu. Während sich einige derselben durch frühere Garantien, über deren Auslegung nur ihnen selbst eine entscheidende Stimme zustand, zu Gunsten Dänemarks gebunden hatten, nahmen alle bei einer solchen Verschiebung allgemein-europäischer Verhältnisse ein Recht der Betheiligung in Anspruch, welches ihnen weder theoretisch noch factisch streitig gemacht werden durfte.

Sollte also der Friede erhalten, sollten die europäischen Verhältnisse durch die Stellung Schleswigs nicht berührt, und damit der ganzen Angelegenheit die gefährliche Spitze abgebrochen werden, so blieb für Schleswig nur eine selbständige, von Deutschland wie von Dänemark unabhängige Stellung übrig. Dieß bezweckte der englische Vorschlag. Von derjenigen Macht welche die Vermittelung hatte ausgegangen, bot die Annahme desselben die Bürgschaft dar daß keine weitere Einmischung von anderen Seiten erfolgen werde. Wurde dagegen diese Vermittelung nicht berücksichtigt, so trat diese ganze Angelegenheit in ein neues Stadium, dessen weiterer Verlauf nicht zu übersehen war. Daß überhaupt eine Aenderung in den bisherigen Beziehungen der Herzogthümer eintreten müsse, ließ sich nicht verhehlen. Es war dieß nur die natürliche Folge davon daß sich die staatlichen und politischen Verhältnisse überhaupt geändert hatten. Was bei früherem lockerem Verbande der deutschen Staaten unter einander möglich war, ist es jetzt nicht mehr, wo die Nation nach einer größeren Einheit strebt, wo überhaupt die Staaten zu einer bewußten Concentrirung sich hindrängen. Dieses Bestreben hatte sich in den Arbeiten der Nationalversammlung in Frankfurt so lebhaft ausgesprochen daß der darauf gegründeten Argumentation gegen die engere staatsrechtliche Verbindung Schleswigs mit Holstein wenig entgegenzusetzen war. Wohl aber ließ sich voraussehen daß die politische Trennung der beyden Herzogthümer keine absolute materielle Trennung herbeiführen würde, und daß dadurch die praktischen Interessen der Herzogthümer auf eine Weise befriedigt werden könnten welche ihnen selbst das Opfer, das in anderer Beziehung unläugbar von ihnen gefordert werden mußte, erleichtern würde.

Eine andere Streitfrage welche, wenn gleich ebenfalls auf bestimmten Grundsätzen des Rechtes beruhend, doch gerade die europäische Seite der Angelegenheit nahe und bedenklich betraf, nämlich die über die eventuelle Succession im Herzogthum Schleswig, konnte bei Annahme dieser Basis unberührt und einer friedlichen Lösung durch zukünftige Verständigung vorbehalten bleiben. Es handelte sich bei dieser ganzen Angelegenheit nicht um das was von diesem oder jenem Standpunkt aus als das Wünschenswerthe, sondern was als das Erreichbare, als das den Umständen Entsprechende erscheinen konnte. Als solches mußte die von England vorgeschlagene Basis in jeder Weise bezeichnet werden. Die Incorporation Schleswig in Dänemark wurde dadurch verhindert, und ihre Annahme war daher mit der Ehre Deutschlands verträglich. Zur Befriedigung aber der auf die Incorporation Schleswigs in Deutschland gerichteten Wünsche eines großen Theiles der deutschen Nation einen allgemeinen europäischen Krieg zu entzünden, und Deutschland im kritischen Augenblicke seiner inneren Umgestaltung allen Gefahren und Leiden eines solchen auszusetzen, das wäre weder mit der Ehre noch dem Interesse Deutschlands vereinbar gewesen. Die Centralgewalt entschloß sich daher den Vorschlag der königl. großbritannischen Regierung anzunehmen, und zeigte dieses dem in vertraulicher Mission in Frankfurt anwesenden englischen Gesandten Lord Cowley in einer officiellen Note vom 8 Februar d. J. an. Hiemit war der entscheidende Schritt geschehen, durch welchen der ganze weitere Verlauf der Angelegenheit bedingt ist. Die königl. Regierung konnte, in Berücksichtigung der oben angedeuteten Erwägungen, diesem Entschlusse der Centralgewalt nur beistimmen.

(Forts. folgt.)

∸ **Berlin,** 17 Oct. Bei der Geburtstagfeier des Königs am vorgestrigen Tage war nicht bloß die allgemeine Erleuchtung eine Demonstration gegen die Demokratie, sondern auch einzelne Transparente an den Häusern hoher Personen Demonstrationen innerhalb des Monarchismus. Hierher rechnen wir vor allem die durch Flammenzüge ausgedrückte Politik des russischen Gesandten. Er hat an seinem Hotel nicht nur das verbundene russische und preußische Wappen lichtvoll dargestellt, sondern auch in kleinem, fast verstecktem Maßstabe, und, jedenfalls von wenigen nur bemerkt, neben dem preußischen Wappen auch das hannoverische und sächsische angebracht, um so seine Anerkennung des Dreibundes zu veröffentlichen. Viele wollen sogar behaupten, die zur selben Zeit eingetroffene Nachricht von den Hinrichtungen in Arad haben Hrn. v. Meyendorff bewogen auch gegen Oesterreich in der genannten Erleuchtung zu demonstriren, denn wie allgemein hier behauptet wird, soll sich Rußland durch die Capitulation Görgey's für moralisch verpflichtet gehalten haben die Milde des Kaisers Franz Joseph gegen die Schuldigen zu erwirken, und es fühlt sich durch die allerdings schwer zu begreifende Strenge Haynau's verletzt, umsomehr da man dabei die Nebenabsicht bei der österreichischen Regierung voraussetzt, gerade durch die unnachsichtlichen Todesgerichte die Unabhängigkeit von den russischen Siegen und Versprechungen zu zeigen. In Berlin ist in allen Kreisen, selbst in den höchsten und entschieden loyalen, das Urtheil über jene Verurtheilungen einmüthig mißbilligend, und eine hochgestellte Person erinnerte an das Schicksal des gefangenen Philopömen mit der Bemerkung, daß die Messenier ihn erwürgten, nachdem sie selbst ihn zum Gefangenen gemacht hatten. Den tapfern Haynau kann man allerdings nicht glücklich preisen daß er die tapfern Besiegten wie Meuchelmörder und Mordbrenner schimpflich hängen läßt; die edle Sophia Primrose hat gewiß recht wenn sie sagt: The brave should ever love each other.

Breslau, 14 Oct. Gestern ist hier der erste Steuerverweigerungsproceß verhandelt worden. Der Angeklagte, ein Schuladjuvant Schach, hat im November v. J. in Trebnitz, in Folge des Beschlusses der Nationalversammlung, aufgefordert die Steuern nicht an die k. Cassen abzuliefern. Schach war, wie sich aus beigebrachten Zeugnissen ergab, immer gemäßigter constitutioneller Gesinnung gewesen, und hatte noch in jenen schwierigen Tagen zur Mäßigung gerathen. Die Geschwornen sprachen das Nichtschuldig aus. (Berl. N.)

Oesterreich. Es ist vor einiger Zeit einem Correspondenten der Allg. Ztg. ein Vorwurf daraus gemacht worden daß er diesem jetzigen preußischen Minister, früherem Elberfelder Bankier, zwar wohl Geldkenntniß, aber nicht Verständniß des deutschen Güterlebens zusprechen wollte; einige in der „Presse“ mitgetheilte Thatsachen dürften jedoch zur Bestätigung eines solchen Urtheils dienen. Der Hr. Minister hatte nämlich in der Mitte des vorigen Monats in der zweiten Kammer für Schlesien eine Beschrän-

kung der Linneneinfuhr aus Böhmen in Aussicht gestellt und sich dabei des allgemeinen Beifalls für versichert gehalten. Statt dessen hat die Breslauer Handelskammer in ihrer Sitzung vom 4 d. M. gegen eine solche „gefährliche Maßregel“ förmlich protestirt. „Es wurde beschlossen eine Vorstellung deßhalb an den Hrn. Minister zu richten und in derselben in der Hauptsache auszuführen daß die böhmischen Leinen welche in Schlesien Bleiche und Appretur erhielten, zum schlesischen Leinen-Exportgeschäft nothwendig gebraucht würden, indem vorzugsweise für sie noch Begehr auswärts vorhanden, und nur durch und neben dem Absatz derselben schlesisches Fabricat in erheblicherer Quantität auf jenen Märkten anzubringen sey; daß die mehrfach angestellten Versuche den schlesischen Arbeiter zur Herstellung einer dem böhmischen Fabricate gleichstehenden Waare zu bewegen und anzulernen vergeblich gewesen seyen, daß es ferner gefährlich wäre denselben nunmehr durch eine Beschränkung der Einfuhr der böhmischen Leinwand nach dieser Richtung hin thätig zu machen, indem im besten Fall durch den in erster Zeit entstehenden Mangel der betreffenden Waare der auswärtige Absatz verloren gehen würde und außerdem seitens des österreichischen Gouvernements Repressalien zu erwarten ständen, welche die diesseitige begünstigte Garnausfuhr nach Böhmen hart treffen dürften.“ Die Absicht des Ministers ist augenscheinlich dahin gegangen durch einen in dieser Weise eingerichteten Schutzzoll dem schlesischen Weber und Spinner aufzuhelfen. Allein da in Schlesien das böhmische Leinen weit weniger seinen Markt findet, als vielmehr in Art eines Halbfabricats dort erst für die Ausfuhr seine vollendete Appretur erhält, so hätte die gute Absicht ebenso geschadet als genützt. Der einzige Weg hätte in diesem Fall in der Organisation von Rückzöllen bestanden — allein das ist ja der Graben, über den zu setzen die preußische Handelspolitik sich nie hat entschließen können. Stellt man aber sich vollends auf den Standpunkt der neuerdings in Oesterreich wie in Deutschland nicht mehr selten ist, auf den Standpunkt von dem aus eine Zolleinigung mit dem Kaiserstaat angestrebt wird, so tritt die Kurzsichtigkeit der projectirten Maßregel nur noch schärfer hervor.

Wien, 17 Oct. Die Urtheile der Wiener Blätter über die neue Centralgewalts-Einigung halten sich in allgemeinen Redensarten, durch die das Gefühl geht daß diesem ersten Schritt der Aussöhnung der beiden Großmächte die Aussöhnung Deutschlands durch den Ausbau seiner Verfassung folgen müsse. Die Presse sagt: „Die Animosität die das gespannte Verhältniß der beiden Regierungen in den Gemüthern hervorrief, und die namentlich in den leidenschaftlichen gegenseitigen Angriffen der Tagespresse beider Staaten auf so bedenkliche Weise hervortrat, wird jetzt einer versöhnlicheren Stimmung weichen, nachdem die annähernden Schritte zwischen beiden Regierungen den thatsächlichen Beweis geliefert daß sie ein aufrichtiges Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen für nothwendig und für — möglich halten. Auf der andern Seite können wir aber nicht verkennen daß die Uebereinkunft die materielle Lösung der Wirren in der deutschen Frage wenig fördert, und durch ihre schwankenden und problematischen Bestimmungen sehr verschiedenen Interpretationen Raum gibt. Die eigentlich wichtigen Differenzpunkte werden durch die Uebereinkunft nicht berührt, da die Verfassungsfrage der Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen wird; namentlich bleibt das von Preußen angestrebte engere Bündniß eine offene Frage, die in ihrer weitern Entwicklung zu mannichfachen Conflicten selbst im Schooß der Bundescommission führen kann, da die Entscheidung ob und wieweit durch die Bedingungen eines solchen Bundes die gesetzlich bestehenden Bundesverhältnisse alterirt werden, mitunter schwierig genug seyn dürfte. Indessen trotz dieser und ähnlicher Bedenken glauben wir die Uebereinkunft als das erste Symptom einer günstigen Krise in dem riesigen Krankheitsproceß den Deutschland gegenwärtig durchmacht, betrachten zu dürfen.“ Der Lloyd zieht aus der Uebereinkunft Folgerungen die den eben in Berlin officiell ausgesprochenen Erklärungen widersprechen, und die glauben lassen könnten, er denke an einen gemeinsamen deutschen Reichstag, wenn man nicht wüßte wie wenig wirklichen Boden er einer gemeinsamen deutschen Repräsentation geben will. „Die beiden Großmächte (bemerkt er) sind jetzt verpflichtet vereint zu handeln, und es wird in ihrem beiderseitigen Interesse liegen durch gütlichen Vertrag die deutsche Verfassung bald herzustellen. Der Weg, durch einen „kühnen Griff“ Deutschland zu spalten, unter dem Vorwand es zu einigen, scheint uns jetzt gänzlich verlegt zu seyn. Es gehört jetzt nicht viel Einsicht dazu um zu erkennen daß jede einseitige Berufung eines deutschen Reichstags scheitern muß. Das Dreikönigsbündniß, gegen welches bereits zwei der Könige nach Kräften protestiren, hat schon darum aufgehört ein Bündniß zu seyn, und wenn wir auch vielleicht nicht hoffen können daß jede einseitige Agitation der deutschen Verfassungsfrage sofort aufhören wird, so brauchen wir doch nicht zu fürchten daß dieselbe zu irgendeinem unliebsamen Resultat führen kann.“ Weniger rosig erscheint der Ostdeutschen Post der durch das Interim heraufgeführte neue Tag. Sie mahnt zu thun was längst hätte geschehen sollen: „Eine Versammlung trat zusammen wie sie Deutschland noch nie gesehen. Aber sie zersplitterte die günstige Zeit mit unnützem Doctrinismus. Die Stunde ihrer Macht verrann, und die Fürsten traten wieder in ihr altes Recht, in ihren alten Besitz. Jetzt ist die Zeit wieder gekommen wo ihre Versprechungen zur Wahrheit werden können; es ruht die deutsche Centralgewalt allein in den Händen der Fürsten und ihrer Bevollmächtigten, sie haben sich selbst zu den Schmieden ihres Schicksals gemacht. Nicht oft bietet die Vorsehung die Hand zur Versöhnung; wir glauben daß ein zweiter dem monarchischen Princip in seiner modernen Auffassung so günstiger Moment nie mehr wiederkehren werde. Wird er verstanden und benützt werden? wird die Stimme der Geschichte deutlich und laut genug gesprochen haben?.... Was auch immer die neuen Bevollmächtigten in Frankfurt versuchen oder unternehmen werden, sie müssen sich auf den Standpunkt des Constitutionalismus stellen und von diesem aus eine definitive Centralgewalt schaffen. Sie dürfen ihr keine Rechte beilegen welche nach dem constitutionellen Princip in das Bereich einer Versammlung von Abgeordneten des Volks gehören.“

Oesterreichische Monarchie.

Einem Briefe der Times d. d. Pesth, 4 Oc. entnehmen wir folgendes:... „Die Verwüstung durch die Belagerung und Beschießung von Ofen ist furchtbar. Aus den Fenstern des Gasthofs zum Jägerhorn, wo ich wohne, seh' ich die dachlosen ausgebrannten Mauern von zweien der größten Häuser in Pesth, dem Hôtel zur Königin von England und dem Redoutensaal, in welchem Kossuth seine Versammlungen hielt; während jenseits der Donau der große königliche Palast, der Ofen überragte und worin der Palatinus Hof zu halten pflegte, ein Trümmerhauf ist. Die ganze Westseite Ofens ist eine Masse von Ruinen, und da sie beträchtlich höher liegt als die Terrassenseite des Windsorschlosses und mit Sturmleitern genommen wurde, so können Sie sich vorstellen daß der Menschenverlust hier sehr groß war. Ein Geschützpark bedeckt jetzt die Generalwiese, und als ich mit meinem gefälligen Cicerone darüber ging, blickte er zu den hohen Brustwehren und Bastionen hinauf, die jetzt den Schutthaufen gleichen die eine orientalische Stadt einzufassen pflegen, und sagte: „Wie mancher tüchtige Bursche lag da vor fünf Monaten in seinem Blut!“ Vom Wiener Thor ist keine Spur mehr sichtbar, ausgenommen große Blöcke eingestürzten Mauerwerks. Ein enges Seitengäßchen eines Platzes wird als die Stelle gezeigt wo der brave Hentzi seine Todeswunde erhielt. Dieses Gäßchen führt auf die westliche Terrasse, wo eine Lindenallee noch in ungestörter Grüne über dem Schauplatz der Verwüstung lächelt. Durch ihre Zweige blickt man hinaus auf das Landhaus wo der muthige Görgey sein Hauptquartier hatte. Ich muß hier anführen daß die Einnahme Ofens, nach allem was ich darüber gehört habe, ein Hauptfehler der Magyaren war. Wären die Plane Görgey's von der Kossuth'schen Junta nicht durchkreuzt worden, so möchte die Unterdrückung der Rebellion der österreichisch-russischen Armee weit schwerer geworden seyn. (Der Correspondent schildert hier kurz den Gang der Kriegsereignisse, während deren Görgey's steigende Popularität Kossuth mit bitterer Eifersucht erfüllt habe, und fährt fort:) „Während dieser Zeit saß der ungarische Reichstag in dem öden dorfähnlichen Debreczin, und die Mitglieder sehnten sich nach Pesth und seinen hauptstädtischen Comforts. Sie beredeten Kossuth es sey schicklich daß der Reichstag nach Pesth verlegt werde, und Görgey wurde beordert Ofen um jeden Preis zu nehmen. Der General stellte vor: wenn man mit diesem Unternehmen die kostbare Zeit verliere, so versäume man die beste Gelegenheit Oesterreich einen unheilbaren Schlag zu versetzen. Er schlug vor: in dieser Zeit des Dranges, anstatt daß eine die Kriegsoperationen überwachende Civil-Legislatur in Debreczin oder Pesth sitze, solle der Generalissimus zugleich der Civilgouverneur von Ungarn seyn, umgeben von einem kleinen stets im Lager anwesenden Rathe, bis der Krieg glücklich beendigt sey — in ähnlicher Weise wie es Friedrich der Große in seinen schwierigen und verzweifelten Kriegen gehalten. Anstatt ferner Zeit und Leute mit der Erstürmung Ofens zu verlieren, solle die ganze Armee auf Wien marschiren, ehe das österreichische Heer Zeit sich zu erholen und Rußland zu interveniren habe; dann würde eine von den Demokraten in Wien eingesetzte Revolutionsregierung Oesterreich paralysiren und die Magyaren in Stand setzen ihre Trennung zu bewerkstelligen. Allein Kossuth sah daß die Ausführung dieses Plans ihn bei Seite schieben würde, und so erhielt Görgey Befehl Ofen zu stürmen.“

Großbritannien.

Die Dampfschifffahrt auf dem stillen Meere muß in sehr gedeihlichem Zustande seyn. Die Shipping Gazette meldet daß eben das fünfte Dampfboot der Compagnie, „Bolivia“ genannt, im Clyde vom Stapel lief, und demnächst von Glasgow nach Liverpool abgehen wird, wo es völlig für seine lange Fahrt ums Cap Horn ausgerüstet werden soll.

Macready trat dieser Tage zum erstenmal wieder im Haymarket-Theater auf, und zwar in einer seiner meisterhaftesten Rollen als Macbeth. Sein Empfang von Seite des Publicums war der glänzendste, was jedoch nicht bloß Macready's Kunst, sondern auch seinem edeln und muthigen Benehmen bei dem seiner Zeit berichteten Theater-Krawall in New-York galt. Macready hat einen Cyclus Shakspeare'scher Darstellungen begonnen. — Die Sontag und Thalberg sind dermalen auf einer Kunstreise in Schottland begriffen, und ernten überall stürmischen Beifall.

Frankreich.

In der Nationalversammlung geht es nicht immer großartig her. Neulich hatte eine Anzahl Mitglieder von der conservativen Partei, die HH. L. Bonaparte, Ch. Dupin, Lemercier u. a., mit einem Antrag zum Besten der Armen großen Lärmen gemacht — sie wollten nämlich daß die Versammlung auf ihre Kosten monatlich tausend Suppen und tausend Holzgaben austheilen lasse. Nun hat man ihnen vorgerechnet daß eine Suppe 5 Cent., eine Holzgabe nach der gewöhnlichen Taxe der Wohlthätigkeitsanstalten 30 bis 40 Cent. koste, daß also die Nationalversammlung monatlich 50 Fr. für Suppen und 300 Fr. für Holz ausgeben würde, daher haben sie den Antrag zurückgenommen; denn was wäre auch eine solche Hülfe in einer Hauptstadt die 120,000 Dürftige zählt? Doch jetzt kehrt man zur hohen Politik zurück, und der Kampf in der römischen Frage bereitet sich vor. Schon haben sich 15 Redner für und wider einschreiben lassen, es kann aber wohl geschehen daß mancher gegen die Verwilligung, aber gegen die Motivirung derselben im Bericht des Hrn. Thiers spricht. Unter der ersten Kategorie werden die HH. de la Rosière, de Montalembert, d'Olivier, General Fabrier, de Montigny und de la Moskowa, in der letztern die HH. Matthieu (de la Drôme), V. Hugo, Em. Arago, Savatier-Laroche, Mauguin, Barrault, Joly, E. Quinet und Bouret genannt. — Von Hrn. Buchez, der vor dem Staatsgerichtshof in Versailles eine so seltsame Figur gemacht hat, ist eine Broschüre über die Ereignisse vom 15 Mai 1848 angekündigt. — Nach Berichten aus Algier ist der Scherif Bu-Sif (der Säbelvater), der sich auch Bu-Maza nennen ließ und seit einiger Zeit im Süd-Westen von Budschia Umtriebe machte, am 8 Oct. in einem Gefecht getödtet worden.

. **Paris**, 16 Oct. Allerlei Gerüchte die gestern im Umlauf gewesen seyn sollen, und welche Patrie und Evenement des Abends wirklich in Umlauf setzten, haben ihre Quelle in einem Artikel des Dix Décembre von vorgestern und in einen Artikel des l'Ordre von gestern; was jene Gerüchte als Thatsachen meldeten, können Sie jedenfalls als reine Conjecturen betrachten. Es ist nicht wahr daß der Präsident eine Erklärung gegen den Bericht des Hrn. Thiers zu erlassen gesonnen sey; es ist daher noch weniger wahr daß in Folge eines derartigen Beschlusses Hr. v. Falloux seine Entlassung eingereicht hat. Hingegen ist es wahr daß man höheren Orts über das unbedingte Lob welches Hr. Thiers in seinem Bericht dem Motuproprio spendet, und mehr noch über das Stillschweigen verletzt gewesen womit derselbe Berichterstatter den Brief Louis Napoleons übergeht. Dazu kam noch daß die legitimistische Presse in der letzten Zeit die Anerkenung des Princips der Legitimität mit einer übermüthigen Zuversicht besprochen, als hätten die Legitimisten mit der Abdicationsacte der Republik auch die Abdicationsacte Louis Bonaparte's in Händen. Diese beiden Umstände benützten nun die Minister des sogenannten Tiers-Parti, dessen Existenz von der Rechten fortwährend bedroht ist, auf die Eitelkeit des Prinzen zu wirken, ihm zu zeigen mit welcher geringen Schonung er von den Parteien der Rechten behandelt werde, wie die einen von seinem Brief, der doch in Frankreich so viel Beifall gefunden, völligen Umgang nehmen, als wäre er nie geschrieben oder veröffentlicht worden; wie die andern von der Zukunft sprechen als hätte Louis Bonaparte gar kein Wort mitzureden, oder werde sich glücklich schätzen wenn die Legitimisten bei Rückkehr Heinrichs V dem ehemaligen ersten Beamten der Republik eine Officiersstelle in der Artillerie zusichern wollten. Diese Einflüsterungen blieben wie natürlich nicht ohne Eindruck Louis Bonaparte fing zu begreifen an daß nur die Herren vom Tiers-Parti, die sich wenig um die Monarchie kümmern — so lange die Monarchie nicht hergestellt ist — es mit ihm gut meinen. Sofort bekam das Organ des Elysée National die Weisung gegen Hrn. Thiers wie gegen die Legitimisten loszuziehen, was denn auch in einem ungemessenen Ton geschah. Gestützt auf diese Kriegserklärung warf auch das Organ des Hrn. O.-Barrot, l'Ordre, den Legitimisten und Hrn. Thiers den Handschuh hin. Diese Uebereinstimmung der Organe des Präsidenten der Republik und des Ministerpräsidenten veranlaßten nun die eingangserwähnten Gerüchte. Allein diese Drohungen sind am Ende nichts als eine gar nicht übel angelegte Intrigue: um sich ihre Stellung zu sichern, wollen die Minister des Tiers-Parti eine Entfernung des Präsidenten von der Rechten herbeiführen. Wenn jedoch die beiden Blätter mit einem völligen Bruch zwischen dem Präsidenten und der Rechten drohen, so machen sie sich nur lächerlich, da die Rechte allein für sich die Majorität hat, und der Tiers-Parti, selbst im Bund mit der Linken — seitdem letztere decimirt ist — noch in der Minorität bleibt.

= **Paris**, 16 Oct. Die Actien des verjagten Königthums steigen seit einigen Tagen ganz gewaltig, doch ist die Freude der Orleanisten durch den Umstand vergällt daß der Herzog von Nemours, mit seinen Brüdern, dem Prinzen von Joinville und dem Herzoge von Aumale, nicht im besten Einverständnisse lebt. Diese würden, falls es der Legislativen beliebte das Verbannungsgesetz aufzuheben, alsbald nach Frankreich zurückkehren, während jener den legitimen Grundsätzen seines Vetters, des Herzogs von Chambord — freilich in Anwendung auf seinen Mündel, den Grafen von Paris — huldigt. Das Mißtrauen im Elysée wächst mit jedem Tage mehr, und oft schon hat den Präsidenten die Lust angewandelt mit seiner eklektischen Verwaltung zu brechen und sich den „mäßigen Stürmern" in die Arme zu werfen. Die Rückkehr des Papstes nach Rom kann als nahe bevorstehend betrachtet werden, allein an den Rückzug unserer Truppen aus der heiligen Stadt ist vorderhand nicht zu denken. Das brittische Ministerium buhlt seit einiger Zeit wieder außerordentlich um die Freundschaft unseres Cabinets. Man scheut indessen die Schlingen Palmerstons so sehr, daß man mit ängstlicher Vorsicht jeden Schritt abwägt der England gegenüber unternommen wird. Mit Oesterreich sind die Beziehungen ziemlich offen und freundschaftlich. In Bezug auf den dänisch-deutschen Conflict gingen vor einigen Tagen Noten nach Berlin und Kopenhagen ab. Man zählt hier sehr auf die Nachgiebigkeit Preußens.

Straßburg, 17 Oct. Die Einberufung der zuletzt pflichtig gewordenen Militärclasse wird demnächst erfolgen. Der größere Theil derselben hat sich übrigens bereits freiwillig zu den Fahnen begeben, und das ist der Grund warum sich die Regierung mit dem amtlichen Aufruf nicht zu beeilen brauchte. Das Kriegsministerium scheint nicht recht willens zu seyn eine weitere Reduction im Heere oder gar die Aufhebung der Alpenarmee eintreten zu lassen. Die letztere ist und bleibt nicht nur Beobachtungscorps Italien gegenüber, sondern nimmt auch eine Reservestellung für Paris ein. Wir leben in diesem Augenblick in einem politischen Waffenstillstand, der indessen durch die Ungeduld der Bonapartisten sowohl als auch der Bourbonisten sehr leicht gebrochen werden kann, und möglicherweise ganz unerwartetes zu Tage fördern dürfte. Die Ausdehnung der Fahrten der Paris-Straßburger Eisenbahn bis Chalons a. M. ist auf den 1 Nov. angekündigt. Die oberste Postverwaltung hat mit der Gesellschaft Unterhandlungen eingeleitet, damit von diesem Zeitpunkt an die Briefcorrespondenz mittelst dieses Schienenwegs befördert werde. Wir gelangen dadurch um etwa 10 Stunden früher in den Besitz der Pariser Mittheilungen als bisher. An dem Bau der Bahn überhaupt wird auf den Abtheilungen zwischen Chalons und Nancy mit großem Kraftaufwand fortgearbeitet, und die Sectionen zwischen hier und Saarburg bedürfen nur noch der Schienenlegung um dem Verkehr übergeben werden zu können. Daß zwischen Bayern und Oesterreich für Herstellung eines Schienennetzes bereits Verabredungen getroffen sind, hat man bei uns mit großer Befriedigung vernommen, allein dieselbe bedarf auch der Verbindung mit Ulm, der sich die Regierung in München auf keine Weise entziehen kann, wenn der Paris-Wiener Route ihre frühere Richtung durch Süddeutschland zurückgegeben werden soll. Vielleicht werden auch Baden und Württemberg dadurch angespornt die kleine Lücke zwischen Karlsruhe und Stuttgart auszufüllen. (An die großh. badische Oberpostdirection wollen wir übrigens für den Augenblick die Bitte richten die Abends um 5 Uhr in Karlsruhe ankommenden süddeutschen Blätter nicht bis zum andern Morgen 8 Uhr 30 Minuten daselbst ruhen, sondern uns dieselben möglicherweise mit dem letzten nach Kehl gehenden Abendzug dahin verabfolgen zu lassen.)

Dänemark.

Kopenhagen, 15 Oct. Die Berl. Ztg. bemerkt bei Mittheilung der Nachricht daß der Erzherzog Johann sein Amt als Reichsverweser aufgegeben habe, daß dieselbe von großer Wichtigkeit für die dänisch-schleswig-holsteinischen Angelegenheiten sey: denn lege Erzherzog Johann sein Amt als Reichsverweser nieder, als welcher er ohnehin nicht mehr von Preußen anerkannt werde, so folge daraus von selbst daß die Autorität welche sich die Statthalterschaft zugeeignet habe, von selbst verfalle (?). Die deutsche Presse ist eigentlich nie recht der preußischen Logik im Betreff der Nichtanerkennung zu Leibe gegangen. Der Begriff vom einfachen Recht ist, Dank sey es der Diplomatie, im Vaterlande so verwirrt daß es vor der Menge dem Berliner Cabinette durchschlüpfen konnte die auf die Rechtsbasis der Wiener Verträge gestützte Centralgewalt nur für ein Spielzeug der Nationalversammlung zu erklären, das von selbst in die Ecke geworfen würde sobald das durch preußische Intriguen gesprengte Parlament nicht mehr existirte. Hier sieht man die ausländischen Folgereien einer solchen Politik.

Neuestes.

München, 20 Oct. Die durch mehrere Blätter laufende Nachricht daß der holländische Minister-Resident am hiesigen Hofe abberufen sey und bereits München verlassen habe, ist völlig unbegründet — und beruht auf einem Irrthum.

In **Dresden** wurde Prof. **Wigard** wegen seiner Theilnahme am Stuttgarter Rumpfparlament seiner Stelle enthoben und in Anklagestand gesetzt.

⁑ **Berlin,** den 18 Oct. Gestern hat in einer außerordentlichen Sitzung der Verwaltungsrath die Vorlage berathen, welche von der preußischen Regierung über die nothwendigen Veränderungen im Dreikönigs-Entwurf gemacht worden, und die für die Berufung des Reichstages maßgebend sind. Es scheint daß von Seiten Oesterreichs kein förmlicher Protest gegen diese Berufung wird erhoben werden, worauf man anfänglich hier sehr gefaßt war. Das freundliche Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen seit der Ratification des Vertrages über das Interim scheint sich vielmehr von Tag zu Tage zu steigern, und Hr. v. Prokesch verkehrt ungemein oft in vertraulicher Weise mit dem Minister des Auswärtigen.

⁴ **Berlin,** 18 Oct. Von preußischer Seite ist gestern dem Verwaltungsrath eine sehr scharfe Entgegnung auf die hannoverische Denkschrift übergeben worden. Darin werden die frühern Bundeseinrichtungen für abgestorben erklärt und die Bestrebungen sie zurückzuführen als unnütz und gefährlich verworfen. Die Schrift soll in kurzem veröffentlicht werden. Von Paris sollen Berichte eingegangen seyn aus welchen hervorgehe daß die dortige Umsturzpartei mit der Berliner genau verbunden sey.

△ **Wien,** 18 Oct. Wien feiert heute den Jahrestag der Schlacht von Leipzig durch ein industrielles Fest. Die Herren vom Eisenbahncongresse haben einen Ausflug nach Preßburg gemacht und werden des Abends bei festlicher Beleuchtung im Karltheater erscheinen. Gestern waren sie auf Veranstaltung des Ministers Bruck in Laxenburg zu einem Festmahle versammelt. Aus Ungarn nur Klagen, sonst wenig neues. Ein Reisender der auf dem Preßburger Schloßberge Frau Guyon sowie die drei Kinder Kossuths gesehen und gesprochen hat, versichert daß die Dame sowohl wie die Kinder sehr rücksichtsvoll behandelt werden. Ich theile Ihnen diese verbürgte Notiz mit, weil Kossuth in dem Briefe an Lord Palmerston seine Kinder so beklagt. Man spricht von Ministercombinationen, und glaubt daß Graf Gyulai aus dem Cabinette treten werde um einen höhern Posten in Italien zu bekleiden. Seit gestern ist von einem bedeutenden Arbeiterkrawall in Brünn die Rede; die Brünner Zeitung schweigt jedoch darüber. An der Börse wurde heute bekannt gemacht daß keine Reductionen beim neuen Anlehen stattfinden werden, weßhalb die Curse zurückgingen. Die Gesammtsumme der Einzeichnungen beträgt 71,161,000 Gulden. Graf Stadions Gesundheitszustand bessert sich wieder: der Graf wird den Winter in Grätz zubringen. Erzherzog Franz Karl wird Samstag erwartet. Der Kaiser will dann in Begleitung seiner hohen Eltern nach Prag reisen. Nachrichten aus Konstantinopel vom 6 melden daß die beiden Gesandten noch nicht abgereist sind.

London, 16 Oct. Der Gesundheitszustand der Königin-Wittwe Adelheid erregt ernstliche Besorgniß. Sie leidet an Abzehrung. — Die Hinrichtung Batthyany's und der Officiere in Arad wird von der englischen Presse mit großer Entrüstung besprochen. Mittlerweile finden wir über die Executionen auf Cephalonien, selbst in den liberalen Blättern, kein Wort des Tadels; man bezeichnet die Hingerichteten klüglich nicht als Insurgenten sondern als Raubmörder. — Die United Service Gazette berichtet über große Thätigkeit in den britischen Seehäfen, findet aber doch die Rüstungen der Wichtigkeit der türkischen Verwickelung noch nicht angemessen. Indessen ist die augenblicklich dienstfähige englische Dampf-Flotte eine wahrhaft furchtbare. — In der irischen Königsgrafschaft ist, in Folge des Anti-Grundzins-Systems der Bauern, die in nächtlicher Stille ihre Ernten beiseite schaffen, wieder eine blutige Rauferei mit der Polizei vorgefallen welche diese Beiseiteschaffung verhindern wollte. Auf beiden Seiten wurden mehrere Menschen erschossen, und die Bauern blieben Sieger. John O'Connells neue Repeal-Agitation macht, trotz einzelner Aufmunterungen von Seiten der hohen katholischen Geistlichkeit, keine Fortschritte. Dr. O'Hanlon, bisher Professor im Priesterseminar zu Maynooth, soll vom Papst zum katholischen Primas von Irland ernannt seyn.

Paris, 17 Oct. Die Angelegenheit der Herzogin von Orleans wurde gestern erledigt ohne daß das Mauguin'sche Amendement die Ehre einer förmlichen Abstimmung erhielt, so wenig hatte es Anklang gefunden. Heute soll die römische Frage zur Debatte kommen, und die Galerien sind dichter besetzt als gewöhnlich, aber eine Zwischenverhandlung über die Wahlen von Guadeloupe dürfte leicht die ganze Sitzung ausfüllen. Die HH. Schölcher und Perrinon auf der einen, Bissette und Firminy auf der andern Seite machten sich die Wahl streitig; die beiden erstern siegten mit großer Mehrheit, aber es sind nicht weniger als fünfzehn Protestationen mit dem Wahlprotokoll eingelaufen. Ueber das Mißverständniß zwischen L. Bonaparte und der Commission, deren Berichterstatter Hr. Thiers ist, gehen entgegengesetzte Gerüchte. Nach der Patrie wäre es, in Folge einer mehrstündigen Conferenz des Hrn. Dupin mit dem Präsidenten der Republik, so gut als ausgeglichen. Nach dem Evenement soll der Präsident auf das begütigende Zureden mehrerer einflußreichen Repräsentanten erwiedert haben: „Ich werde nicht nachgeben. Die Politik des Berichts des Hrn. Thiers widerspricht den Grundsätzen die ich in zwei Briefen angedeutet und die meine Regierung beständig befolgt hat. Ich werde, wenn es seyn muß, mit dieser Versammlung kämpfen, wie ich mit der verfassunggebenden Versammlung für ein Ministerium gekämpft habe, das nicht die Majorität hatte." Bei einem großen Festmahl im Elysée fiel die Abwesenheit der HH. Thiers, Molé, de Broglie, de Montalembert und anderer Personen auf, die man sonst dort aus- und eingehen sieht. Dagegen bemerkte man die HH. V. Hugo, de la Moskowa und Casa Bianca, die Mitglieder der Minorität der Commission, und daß der Präsident nach der Tafel sich mit den beiden erstern lange Zeit unterhielt. Hrn. V. Hugo dankte er für die beredte Art mit welcher er sich des Briefs über die römische Frage annahm. Hr. v. Persigny ist vorgestern von Wien zurückgekommen. Dem Vernehmen nach hat er den Zweck seiner Sendung, die sich auf die Hinterlassenschaft des Herzogs v. Reichstadt bezogen haben soll, nicht erreicht.

* **Marseille,** 15 Oct. Die Angelegenheiten im Orient scheinen nun die ganze Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf sich zu ziehen. Gestern ist das Dampfschiff „Tenare" von Toulon nach Konstantinopel abgefahren um dem Gesandten der Republik General Aupik Depeschen zu überbringen. Auch hat die Flotte des mittelländischen Meeres unter dem Commando des Vice-Admirals Parseval-Deschênes, welche seit einigen Tagen an den Inseln von Hyères vor Anker lag, Befehl erhalten sich sogleich nach den Dardanellen zu begeben. Man vermuthet daß das englische Geschwader, befehligt durch den Admiral William Parker, bereits nach Ourlac abgefahren ist, wo es das französische erwarten werde.

* **Livorno,** 15 Oct. Heute ist hier ein englisches Dampfboot von Konstantinopel eingetroffen um das hier seit längerer Zeit liegende englische Linienschiff Bellerophon nach jener Gegend zu beordern. Es heißt das Dampfschiff gehe nach Gibraltar um fernere Verstärkung herbeizurufen, auch soll der Admiral Parker aus den jonischen Gewässern nach den Dardanellen gesegelt seyn.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 16 Oct. Consols auf Rechnung schließen zu $92\frac{1}{8}$. Der heutige Abrechnungstag in Eisenbahn-Actien hat durch seine ungünstigen Resultate niederschlagend auf die Betheiligten gewirkt. — In Manchester hat das angesehene Haus Charles Poolly, Besitzer von Baumwollspinnereien in Hulme, seine Zahlungen eingestellt. — In den London Docks ist das Schiff „Bangalore" von 800 Tonnen aus Ostindien eingelaufen, dessen ganze Ladung in Gutta Percha besteht.

London, 17 Oct. Consols $92\frac{1}{8}$; Bank Stock 199. Span. 3proc. $34\frac{1}{8}$.

Paris, 17 Oct. 3proc. 55; n. 3proc. Anl. 75; 4proc. 68.50; 5proc. 87.70; Schatzsch. $4\frac{1}{2}$; Bankactien 2345; belg. 5proc. $97\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$proc. $60\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$proc. $49\frac{3}{8}$; röm. $80\frac{1}{8}$; span. act. $21\frac{1}{2}$; 3proc. $34\frac{1}{8}$; piem. 970; Vers. R.-B. rechte 205; linke 170; Paris-Orleans 780; Rouen 525; Straßburg 346.25; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 402.50. Tours-Nantes 285.

Frankfurt a. M., 19 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $89\frac{1}{2}$; Bankactien 1355; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $86\frac{1}{4}$; Ludwigsh.-Berbach $86\frac{5}{8}$; Taunusb. 298.

♀ **Wien,** 18 Oct. Die officielle Bekanntgebung des mit dem heutigen Tage erfolgten Abschlusses der auf das neue Anlehen gemachten Gesammtsubscriptionen (im Betrag von 71,161,000 fl.) und die gleichzeitige Erklärung des Finanzministers daß die bis einschließlich den 4 October d. J. gemachten Subscriptionen auf das neue Anlehen keine Verminderung zu erleiden haben, bewirkte an der heutigen Börse einen Rückgang, zunächst in Metalliques und Nordbahnactien. Die 5proc. Metall. wichen auf $94\frac{7}{8}$, die $4\frac{1}{2}$proc. auf $84\frac{1}{2}$ und die Nordbahnactien auf $108\frac{13}{16}$. Später zogen die Curse wieder etwas an und schlossen zur Notiz. Fremde Devisen behaupteten sich im Preise, Comptanten sowie Gold und Silber überhaupt wurden höher bezahlt und waren begehrt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. 95–$95\frac{1}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $84\frac{1}{2}$–$\frac{5}{8}$. Loose vom J. 1834 $161\frac{1}{2}$–$162\frac{1}{2}$. Loose vom J. 1839 113–$113\frac{1}{2}$, Bankactien 1208–1212, Nordbahnactien 109–$109\frac{1}{8}$, Gloggnitzer $108\frac{1}{2}$–109, Mailänder $84\frac{1}{2}$–85, Pesther 79–$79\frac{1}{2}$. London (l. 1. S.) 10.50–10.52, Hamburg 158 B., Augsburg uso $107\frac{1}{2}$ B., Frankfurt 107 B., Amsterdam 150 B., Mailand 97–$97\frac{1}{2}$, Livorno $105\frac{1}{4}$ G., Genua $125\frac{1}{2}$ G., Paris $127\frac{3}{8}$ B., Marseille $127\frac{1}{2}$ B. Goldagio für kais. Münzducaten $12\frac{1}{2}$–$\frac{5}{8}$, Silberagio $7\frac{1}{2}$–$\frac{5}{8}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Sir John Franklins Expedition.

† Der Londoner Admiralität sind, wie Sie wissen, erfreuliche Nachrichten vom Capitän Franklin zugekommen; es brachte sie das vom Wallfischfang zurückkehrende jüngst in Hull eingelaufene Schiff „True Love“. Folgendes schreibt der Schiffseigner Thomas Ward am 4 d. aus Hull:

Beifolgend übersende ich der Admiralität zur Prüfung den Aufriß der Baffinsbai, den mir Capitän Parker von der True Love mit seinen Bemerkungen zugestellt; daneben eine von einem Eskimo gefertigte grobe Skizze die durch Capitän Kerr vom „Chieftain“ an Capitän Parker gelangte. Es scheint daß der Chieftain und andere Fahrzeuge einen oder zwei Tage vor der True Love in die Pondsbai eingelaufen waren. Gleich bei ihrer Ankunft sind einige Eingeborne an Bord gekommen, und bevor noch irgendeine Erkundigung eingezogen wurde, trat einer von ihnen mit jener Zeichnung hervor, die er durch Zeichen und einige Worte den Wallfischfängern zu erklären versuchte. Er berichtete daß zwei Schiffe während vier Jahren westlich von der Prinz-Regentsstraße, und zwei andere östlich ein Jahr lang vom Eise festgehalten worden seyen. Die beiden Schiffe welche dort die längste Zeit zugebracht, hatten den Versuch gemacht jenseits des Rennellsvorgebirgs vorzudringen, was ihnen nicht gelungen sey, und sie gezwungen habe am Eingang der Prinz-Regentsstraße zu überwintern. Seitdem war das Eis nicht gewichen. Dieser Eingeborne hatte mit seinen Genossen die vier Schiffe bestiegen; im vergangenen März war die Mannschaft derselben wohlauf. Bei dieser Nachricht hat Capitän Parker versucht die Prinz-Regentsstraße zu gewinnen, oder wenigstens den Lancastersund zu untersuchen um den Zustand des Landes auszukundschaften. Am 22 Jul. brach er in Begleitung des „Advice“ von Dundee, mit welchem er zusammengestoßen war, zu dieser Untersuchungsfahrt auf. Die True Love hatte 145 Tonnen Thran, der Advice deren 140 an Bord. Dieser werthvollen Ladung ungeachtet glaubten die beiden Wallfischfahrer sich diesem Unternehmen nicht entziehen zu dürfen. Am 5 Aug zur Crokersbai gelangt, sind sie auf eine Eisbank gestoßen welche die Admiralitätsdurchfahrt unzugänglich machte. Da im Westen kein Wasser zu erblicken war, sind sie zur Rückfahrt genöthigt worden. Längs des Eises steuernd hat Capitän Parker am 8 Aug. eine von Lady Franklin gesandte Kiste eingethanes Fleisch und dreißig Sack Kohlen ausgeladen, und beim Cap Hay auf Anempfehlung der Admiralität die mitgenommenen Briefe, Walzen und andere Geräthschaften abgesetzt. Nachdem sie eine hohe Stange als Zeichen für vorübersegelnde Schiffe aufgerichtet hatten, sind die Capitäne am 17 wieder zu ihrem Wallfischfang zurückgekehrt. Hoffentlich werden diese Nachweisungen den Weg bezeichnen auf welchem durch angemessene Maßregeln den tapfern Seeleuten aus der gefahrvollen Lage geholfen werden dürfte in der sie sich befinden. Falls die Admiralität sollte Capitän Parker in London vernehmen wollen, ist derselbe bereit sich auf ihren Befehl dorthin zu begeben.

So weit des Schiffseigners Schreiben. Es ist kein Grund vorhanden die Aussage der Eskimos, daß der obere Theil des Lancastersunds aus einer festen Eismasse bestehe, in Zweifel zu ziehen. Am 8 Aug. war Capitän Parker bei hellem Himmel am Haycap ausgestiegen, in der Hoffnung von einer Anhöhe herab mittelst seines Fernrohrs den „North-Star“ (Nordstern) zu entdecken; doch war auf dem ganzen Strich nichts zu gewahren als der Advice. Die letzten Nachrichten vom North-Star sind vom 19 Jul. d. J. Einem Schreiben des Capitäns an die Admiralität zufolge war es ihm unmöglich gewesen durch die Eisberge der Melvilsbai weiter vorzudringen. Alle Versuche sich einen Durchgang zu bahnen waren erfolglos geblieben. Eine Zeitlang war er von treibenden Eisschollen völlig umlagert gewesen. Nur zwei Boote vom Wallfischfahrer „Prinz von Wales“ hatten sich auf jener Höhe gezeigt.

Der „Manchester Guardian“ berichtet von einer Hellseherin, die in magnetischen Schlaf versetzt über das Schicksal der beiden Seefahrer befragt worden. „Sir John Franklin, so lautete die Aussage, ist noch am Leben und gesund; er hofft, wenn kein unerwarteter Unfall ihn betrifft, nach neun und einem halben Monat wieder in England zurückzuseyn. Darauf bezeichnete sie auf die Frage wo sich in diesem Augenblick die Expedition befinde, mit dem Finger auf der Landkarte die Hudsonsbai. Sie erblickte in Sir Franklins Umgebung nur drei lebende Menschen (was sich allenfalls durch augenblickliche Entfernung seiner übrigen Begleiter erklären ließe), und bemerkte sie sehe deutlich unter dem Schnee die verscharrten Leichen mehrerer erfrornen Schiffsleute. Auch sah sie ein Pantherthier oder eine wilde Katze umherschleichen. Eins der Schiffe, berichtete sie ferner, hält sich auf dem Wasser, das andere ist unter Wasser. Denn hat sie Capitän Roß gesehen, den es gar sehr verdrieße so lange Zeit im Eise festzustecken, ohne sein Schiff wenden zu können. Sir James Roß sey bei ersprießlicherem Wohlbefinden als Sir John Franklin, auch nicht so mager als dieser.

Soweit die vom „Manchester Guardian“ mitgetheilte und vom „Standard“ wiedergegebene Aussage der fraglichen Seherin. Inwieweit derselben Glauben beizumessen, falls sie überhaupt auf Wahrheit beruht, überlassen wir der Zukunft zur Entscheidung. *)

Eindrücke aus Oberitalien.

d **Genua**, 12 Oct. Ich las vor einigen Tagen einen Aufsatz in Ihrer Zeitung der sich besonders mit der Schilderung der gegenwärtigen Zustände in Brescia und der Lombardei beschäftigte, und ward überrascht durch die Gleichartigkeit des Eindrucks den Italien auch auf mich gerade so wie auf jenen Berichterstatter gegenwärtig macht. Deßhalb erlauben Sie mir noch einige Worte der Ergänzung. Man kann sich nicht wundern darüber daß überall schon im wälschen Tirol, namentlich aber im wälschen Etschthale, die größte Kälte, ja Abneigung gegen Deutsche vorherrscht, mögen sie nun welchem Staat immer in Deutschland angehören. Der Italiener hat wenigstens seit den letzten Jahren erfahren daß auch im Frankfurter Parlament, wo doch alle deutschen Stämme vertreten waren, äußerst wenig Sympathien für das was er unter italienischer Freiheit versteht vorhanden war, oder er hat wenigstens erfahren daß die Mehrzahl der Deutschen für die Aufrechthaltung der Macht Oesterreichs in Italien ist, ja daß man eine Parteinahme gegen Oesterreich für die Lombarden in Deutschland wie einen halben Verrath am Vaterlande bezeichnete. Mit Recht mag er daher keine Zuneigung zum Deutschen fühlen. Nur von den Gebildeten können wir allenfalls eine unparteiische Beurtheilung der politischen Stellung Deutschlands gegenüber von Italien erwarten, und diese habe ich denn auch hie und da gefunden. Sobald ich daran erinnerte wie eng die deutsche Unionsfrage mit der Macht Oesterreichs und mit den süddeutschen Interessen zusammengehöre, ferner daß der Einfluß Frankreichs in Italien sogleich nach der Zerstörung der Macht Oesterreichs allein die Herrschaft erringen müsse, fand ich wenigstens schweigende Zustimmung, und dann gewöhnlich nach italienischer Weise eine Ergießung über die verrätherische Politik dieser falschen französischen Republik in den leidenschaftlichsten Ausdrücken.

Gewiß wär' es ein sehr großer Irrthum, wie Ihr Berichterstatter richtig sagt, wenn man sich in Wien einbildete nur die hervorragenden Classen des Volks, Geistliche, Adelige, Gelehrte u. dgl. in der Lombardei seyen die Träger des Deutschenhasses, der Bauer und kleine Bürger sey mit der Regierung Oesterreichs, die denn doch allerdings die in der Verwaltung am meisten von allen italienischen vorgeschrittene ist, im ganzen zufrieden. Ich habe nirgends, weder in Wälschtirol, noch im Venezianischen, noch in der Lombardei, auch nur eine A n e r k e n n u n g des Guten im Volkscharakter des Oesterreichers oder des Guten in der österreichischen Verwaltung gefunden. Dieß nahm mich anfangs am meisten wunder, aber eine genauere Beobachtung lehrte mich bald die Gründe davon einsehen. Der österreichische Soldat oder Beamte spricht entweder gar nicht oder nur sehr unvollkommen italienisch, oder er betrachtet, wie natürlich, mit Mißtrauen jeden Wälschen, den er stets geneigt ist als Betrüger und Feind anzusehen. Der Italiener der gemeinen Volksclasse aber fragt den Teufel nach Verbesserungen in der Verwaltung, nach Eisenbahnen, guten Straßen, Posten u. dgl., deren Wohlthaten ihn nur selten unmittelbar berühren. Am frühesten wird der eigentliche Handelsstand von seinem Deutschenhaß zurückkommen, da er die Vortheile der Verbindung der Lombardei mit Oesterreich schon jetzt zugesteht, aber bei der überwiegenden Menge von Kleinkrämern in Italien wird auch dieß der österreichischen Regierung wenig nützen. Mir scheint es in Oesterreichs Interesse durchaus nothwendig diese ganze Frage weniger vom persönlichen und kleinlichen Standpunkt gegenwärtiger Eindrücke abhängig zu machen, ja mir scheint es die politische Klugheit gebieterisch zu fordern hier wahrhaft großmüthig, milde und gerecht zu verfahren. Das einzige Mittel einer solchen Politik liegt in nationalen und freien Institutionen, die freilich die Herrschaft und Regierung Oesterreichs nicht aufheben dürfen. Das

*) Ein Capitän Shepherd hat dem ersten Lord der Admiralität, Sir F. Baring, den Vorschlag gemacht das Eis mittels Bomben die unter dem Wasser platzen zu sprengen, wobei er sich auf ein im Jahr 1844 von ihm beobachtetes Experiment auf der Donau beruft. Er räth zwei bis drei Schiffe mit solchen Missilien abzusenden, und glaubt daß sich täglich eine Strecke von 10 bis 15 englischen Meilen sprengen ließe, und daß sich auf solche Weise den eingeschlossenen Schiffen leichter und schneller ein Weg öffnen ließe als mittels der Eissäge.

deutsche Militär muß wenigstens seinem Stamme nach in Italien bleiben; Oesterreich wird ja überhaupt nicht von dem Princip abgehen können in seinem Militärwesen eine Einheit zu seyn und zu bleiben; auch wird die Spitze der Regierung hier durchaus mit Wien in engem Zusammenhange bleiben müssen; aber alles was eigentlich Sache der Commune, der Provinz, des Landes ist, muß auch den Händen der Lombarden, wenigstens ihrer Einwirkung wie in andern constitutionellen Ländern, übergeben werden. Es ist eine reine Phrase wenn man vor einiger Zeit die lombardische Prahlerei hörte: „Wir wollen die Freiheit nur durch uns, und niemals wird uns auch die freieste Constitution von Oesterreich mit Oesterreich versöhnen." Ich habe im Gegentheil eben aus dem Munde solcher Deutschenhasser gehört wie sie es tief bedauerten noch immer keine Hoffnung auf die Verwirklichung einer nationalen und constitutionellen Regierung setzen zu dürfen, und namentlich war es mir auffallend überall die durchgehende Erkenntniß zu finden daß in Piemont jetzt allein die Hoffnung und Zukunft Italiens liege, weil dieß das einzige wahrhaft freie Land Italiens sey. Gerade den Gegensatz zu Piemont kann man in Wien nicht genug beachten.

In Piemont sammeln sich jetzt alle nationalen Kräfte Italiens unter der Aegide einer freien Verfassung; von dort aus werden die Ideen und Elemente des italienischen Föderalismus weiter verbreitet. Verschmäht es Oesterreich in seinen viel mächtigeren und blühenderen italienischen Ländern einen ähnlichen Haltpunkt für die Idee einer freien Nationalität zu schaffen, so wird der Kampf immer wieder aufgenommen werden, solange der Lombarde und Südtiroler italienisch spricht. Oesterreich hat gegenwärtig eine sehr glückliche Stellung: es hat gesiegt und kann großmüthig seyn; an Furcht ist bei ihm nicht zu denken; der Geist seiner Armee ist ein wahrhaft großartiger; bewundernswerth ist es diese vielen Sprachen und Nationen, vom slavischen Gränzer und Böhmen an bis zum Magyaren, Italiener und Deutschen, alle mit dem Corpsgeist des Soldaten durchdrungen zu sehen. Es schenke jetzt die Freiheit, die ihm nicht schädlich ist; es gewähre vor allem die milde Behandlung, die Verzeihung den Unglücklichen und Flüchtlingen die für die Freiheit ihrer Nation zu kämpfen glaubten, es vollziehe wirklich und wahrhaft die verheißene Amnestie und es schreite vor auf seinem lautverkündeten Grundsatz der Gleichberechtigung der Nationen. Geschieht dieß nicht, so wird Piemont wenigstens das geistige Erbe Italiens von selbst zufallen.

Ich habe hier in Genua öfters mit Italienern aus verschiedenen Volksclassen über die Insurrectionen und Revolutionen der einzelnen Theile Italiens gesprochen. Alle vertheidigten namentlich selbst den verzweifelten Aufstand in Brescia, den viel berechtigteren in Venedig, alle aber verdammen jetzt schon den Aufstand Genua's gegen Piemont als eine Narrheit. Auf meine Bemerkung daß ich diesen Aufstand niemals recht begriffen hätte, war stets die Antwort: era una pazzia. So allgemein, selbst bei dem Genuesen der einen alten individuellen Groll gegen den Piemontesen hat, ist jetzt schon die Erkenntniß daß in dem constitutionellen Piemont der Haltpunkt der Föderation Italiens liege. Der Haß der sich jetzt noch durchgehends zwischen Oesterreichern, d. h. Soldaten oder Beamten, und Lombarden zeigt, scheint mir kein unüberwindliches Hinderniß für die Befriedung des lombardischen Volks mit einer österreichischen Regierung. Der Italiener ist kein rechter Soldat, und gewöhnt sich leicht an fremdes Militär, das er in fast allen Theilen Italiens zu sehen gewohnt ist. Die Disciplin im österreichischen Heer ist vortrefflich; der Volkscharakter der Deutschen und Slaven aus Oesterreich ist gut; die Abgeschlossenheit, die Feindseligkeit des Soldaten gegenüber dem Civil in seinen innersten Gefühlen werden sich verlieren mit der Zeit, wo die erlittenen Schmähungen und Unbillen dem Gedächtniß ferner rücken. Das Gefühl daß das Land Italien ungeheuer durch seine Anstrengungen im letzten Kriege gelitten habe, daß es unmöglich sey bald wieder an einen neuen Aufstand zu denken, geht durch alle Volksclassen; alles wünscht den Frieden und hält ihn für nothwendig. Daher gilt es den Haß und die Tücke des Italieners, des alten Sklaven, durch Milde zu beseitigen und durch die Emancipation aus den alten Fesseln dieses Volk für eine nationale Freiheit reif zu machen. So wahr es übrigens ist daß von den italienischen Verwaltungen die österreichische wohl die beste ist, so muß man doch gestehen daß in Vergleich zu andern Ländern doch noch sehr wenig in den Fortschritten der Neuzeit gethan ist. Dieß ist bedauernswerth, nicht bloß weil die materiellen Interessen des Landes darunter leiden, sondern auch weil der Haß der Lombarden mit besonderer Schadenfreude darauf hinweist wie ja die österreichische Regierung hinter allen Anforderungen der Zeit zurückbleibt, wie sie in Frankreich, in der Schweiz, in Deutschland längst erfüllt sind. So sind die italienischen Einrichtungen der Postverbindungen, trotz aller prächtigen Straßen die Oesterreich hat bauen lassen, wahrhaft bedauernswürdig, wenn man die österreichischen und italienischen Diligencen und Eilwägen mit denen Deutschlands vergleicht. Es gereicht nicht zur Entschuldigung daß auf den meisten Hauptstraßen neben den königlichen Eilwägen auch Privatunternehmungen von Diligencen bestehen, denn eine gute und wohlfeile Einrichtung, schnelle und sichere Beförderung durch die kaiserlichen Couriere würde die Italiener bald zwingen die nöthigen Verbesserungen in ihren Privatdiligencen einzuführen. Unzuverlässigkeit bei vielen, auch kaiserlichen Postbeamten, Unwillen an der Arbeit, Widerwillen über die Verbindungen Auskunft zu geben, trifft man noch sehr häufig. Die alte Bettelei der Conducteure und Postillone ist noch fast ohne Ausnahme vorhanden; was aber das traurigste ist, das Paßwesen ist auf eine Art und Weise geordnet die geradezu den schnellen persönlichen Verkehr unmöglich macht. Ich weiß sehr wohl daß in einem Lande wo noch ein halber Kriegszustand existirt, eine genaue Aufsicht über Straßen und Personen welche reisen nothwendig erscheinen mag, aber gewiß ist es nicht zu vertheidigen daß an vielen Orten aus reiner Willkür der Beamten, ohne daß etwas dagegen geschieht, geradezu ein vollständiger Hemmschuh dem Verkehr angelegt wird. So von vielen Beispielen nur zwei. Der Schreiber dieser Zeilen kam mit dem Eilwagen von Genua nach Mailand um 12 Uhr Mittags an; er wollte um 2 Uhr mit der Eisenbahn nach Como weiter, konnte dieß aber nicht, weil — die Polizei nur um 12 und 3 Uhr Nachmittags die Pässe visirt. Nun muß man wissen daß jetzt die letzte und höchste Autorität in Paßsachen die Militärcommandantur ist; auf der Wache am Thor wurden die Pässe sogleich besorgt, aber der lombardische Polizeidiener hat keine Lust, oder darf nicht, sich eben dorthin zu verfügen und sein Visum zu geben. In Como des Abends um 8 Uhr angelangt, wollte ich am andern Morgen um 8 Uhr, sage also in etwa 12 Stunden, meinen Paß zur Weiterreise mit dem Dampfboot wiedererlangen. Doch dieß war eine reine Unmöglichkeit; des Abends visirte die Polizei nicht, und des Morgens vor 9 Uhr visirte weder der Hr. Stadtcommandant noch die Polizei. Beide schliefen noch um 7 Uhr, und ich mußte bleiben. Dieß sind eigene Erfahrungen. Hundert andere werden in derselben Art von andern gemacht. Der Lombarde lacht sich ins Fäustchen: Ecco gli Austriaci e il governo.

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten.

|| **München,** 19 Oct. Rede des Hrn. Ministers v. d. Pfordten in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer: Die Interpellation auf welche ich zu antworten habe, enthält, wie Sie eben gehört haben, drei Fragen. Ich meine daß die zwei ersten gemeinschaftlich beantwortet werden dürften; sie lauten: 1) ist es wirklich wahr daß Preußen eine Anforderung für die Unkosten seines sogenannten pfälzischen Feldzugs an Bayern gestellt hat? 2) ist es wirklich wahr daß Preußen wegen dieser angeblichen Forderung die Auszahlung des am 1 Oct. fälligen Antheils an den Zollvereinsgefällen zurückgehalten hat? Hierauf antworte ich folgendes. Am 14 Sept. v. J. hat das bayerische Finanzministerium ein Schreiben an das k. preußische Finanzministerium erlassen, und darin folgendes im wesentlichen gesagt: Da nach dem von dem Centralbureau des Zollvereins im August vorgelegten Vertheilungsplan zu der provisorischen Zollabrechnung für das erste Semester 1849 Bayern aus k. preußischen Cassen 265,000 Thlr. zu empfangen habe, so sey, wie früher, die k. bayerische Centralzollcasse beauftragt worden über diese Summe eine auf die k. preußische Staatscasse lautende Quittung auszustellen, und durch den in Berlin anwesenden k. b. Oberzollrath Meixner gegen diese Quittung jene Summe in Empfang zu nehmen. Als dieser diese Zahlung gegen Quittung erheben wollte, wurden unter Bezugnahme auf Gegenforderungen an Bayern wegen der Hülfeleistung in der Pfalz Anstände erhoben, gegen welche er sofort durch ein am 1 Oct. an das preußische Finanzministerium gerichtetes Schreiben sich geäußert hat. Auch die k. Gesandtschaft in Berlin, der er mündliche Mittheilung machte, hat die betreffenden Schritte gethan. Die preußischen Ministerien erklärten hierauf, sie wünschten daß die Sache, als eine reine Zollangelegenheitssache, dem Herkommen gemäß durch unmittelbare Correspondenz zwischen den betreffenden Ministerien geregelt werde. Es ist bekannt daß die Zollvereinsangelegenheiten nicht durch die Gesandtschaften behandelt werden, sondern durch directe Correspondenz der betreffenden Ministerien. Demgemäß richtete der k. preußische Finanzminister am 3 Oct. ein Schreiben an das bayerische Handelsministerium, das er als Erwiederung auf das Schreiben des bayerischen Finanzministeriums bezeichnete. In diesem Schreiben ist im wesentlichen folgendes gesagt. Die Kosten welche für die preußische Staatscasse für Mobilmachung und Unterhaltung der zur Wiedereroberung der bayerischen Rheinpfalz und Herstellung der gesetzlichen Zustände daselbst verwendeten Truppen erwachsen seyen, belaufen sich weit höher als das fragliche Guthaben der bayerischen Regierung an Preußen. Dieses Guthaben beträgt 265,000 Thlr., also zwischen 4—500,000 fl. Unter dem Vorbehalte der mit möglichster Beschleunigung zu machenden

Mittheilung über die Höhe des preußischen Kostenaufwandes habe man sich erlaubt fragliche 265,000 Thlr. als Abschlagszahlung anzusehen, und demgemäß der General-Staatscasse eine Anweisung zur Zahlung nicht ertheilt, indem man nicht zweifeln dürfe daß die bayerische Regierung dem diesseitigen Wunsche um baldige Erstattung der für die Unterdrückung des Aufstandes in andern deutschen Staaten verausgabten Kosten mit derselben Geneigtheit entgegenkommen werde, wie Preußen seinerseits den Anträgen Bayerns um Hülfeleistung auf das bereitwilligste und umfassendste entsprochen habe. Dabei wurde im Schreiben der Wunsch ausgesprochen, die bayerische Regierung möge, wie dieß auch früher geschehen und jezt von andern Regierungen geschehe, künftig die preußischen Mittheilungen über die auf Grund der Zollberechnung zur bayerischen Verfügung zu stellenden Beträge erwarten, bevor sie darüber Disposition treffe. Bisher hatte die bayerische Regierung die Quittung ausgestellt sobald ihr amtlich Kenntniß von der Vertheilung geworden war, welche das Centralbureau des Zollvereins angeordnet hat. Der preußische Finanzminister wünscht daß man die Mittheilung der preußischen Regierung erwarte. Ueber dieses Schreiben trat das bayerische Handelsministerium mit dem Ministerium der Finanzen und des Aeußern ins Benehmen, und es wurde am 17 d. M. an das preußische Finanzministerium geantwortet daß diese angeregte Gegenforderung Preußens den Zollvereinsverhältnissen gänzlich fremd sey, daß daher die bayerische Regierung in Anspruch nehmen müsse daß unverzüglich die vorläufig suspendirte Zahlungsanweisung auf das bayerische Guthaben erlassen werde, da diese Herauszahlung gemäß den Bestimmungen der Zollvereinsverträge vollkommen liquid sey und keinem Anstand unterliege, wogegen die preußische Gegenforderung zur Zeit noch nicht begründet und liquid gestellt sey, übrigens auch für die bayerische Regierung kein Grund bestehe diese Forderung irgendwie anzuerkennen. Was den formellen Wunsch anbelangt wegen der Zeit zu welcher die bayerische Disposition über das Guthaben zu treffen sey, so werde hierüber das Finanzministerium das geeignete Benehmen mit dem preußischen Finanzministerium einleiten. Ich erwähne diesen Punkt nur der Vollständigkeit wegen. Das ist die Antwort auf die beiden ersten Fragen. Wenn ich diese von preußischer Seite ausgegangenen Aeußerungen richtig verstehe, so sind sie mehr die Anfrage ob die bayerische Regierung geneigt sey auf diesen Modus der gegenseitigen Abrechnung einzugehen. Da nun in unserm Antwortschreiben diese Geneigtheit nicht ausgesprochen ist, so zweifle ich nicht daß die fernern Behandlungen dieser Angelegenheit den Zollvereinsgesetzen entsprechen werden, und daß also die Erörterung der Gegenforderung selbständig für sich platzgreifen wird. Weiteres darüber zu sagen bin ich jezt noch nicht im Stande, weil eine Specificirung dieser Gegenforderung mir noch nicht zugekommen ist.

Es bleibt nun hier noch die dritte Frage übrig, welche so lautet: „Welche Anforderung hat die bayerische Regierung bezüglich der Hülfeleistung königlich preußischer Truppen zur Unterdrückung des Aufstandes in der Pfalz gestellt? und welche Zusicherungen sind in dieser Beziehung bezüglich der Kosten derselben gefordert oder ertheilt worden?“ Auf diese Frage will ich etwas ausführlicher antworten, und alle wenn auch nur entfernt hiemit in Berührung kommenden Thatsachen darstellen. Es wird dadurch zugleich der hohen Kammer Gelegenheit gegeben werden alle die verschiedenen, seit Monaten über das Verhalten der bayerischen Regierung dem pfälzischen Aufstand gegenüber gefällten Urtheile zu würdigen und zu prüfen. Es ist bekannt daß zu Anfang Mai das Reichsministerium einen Commissär in die Pfalz schickte, und auf Ersuchen des Commandanten der Bundesfestung Landau, der als solcher zugleich in amtlicher Berührung mit der Centralgewalt stand, Reichstruppen dahin beorderte, und zwar ein Bataillon eines preußischen Regiments, ein Bataillon Badenser und eine Escadron bayerische Reiter. Es ist ebenso bekannt in welcher Weise der Reichscommissär seine Aufgabe aufgefaßt und ausführen zu müssen geglaubt hat, und daß durch ihn und auf sein wiederholtes und bestimmtes Verlangen, dem sich der Commandant der Bundesfestung Landau anfangs widersezt hatte, das preußische Bataillon zurückgefordert worden ist. Die bayerische Regierung sah sich ihrerseits schon am 10 Mai veranlaßt beim Reichsministerium die Abberufung dieses Commissärs zu verlangen. Sie mußte zugleich in Erwägung ziehen welche Maßregeln zur Sicherung der gesezlichen Ordnung in der Pfalz zu treffen seyen. Es wurden die sämmtlichen Beurlaubten und die Rekruten der in der Pfalz stehenden königlichen Truppenabtheilungen einberufen und von Frankfurt aus ein Bataillon des 6ten Regiments und eine Escadron Chevaulegers in die Pfalz gesendet, so daß in der Mitte Mai zwischen 7 bis 8000 Mann bayerische Truppen als anwesend angenommen werden konnten.

Die Absendung von Truppen aus den diesseitigen Landestheilen wurde damals nicht beschlossen, weil man der Ueberzeugung war die eben bezeichnete Anzahl k. Truppen in der Pfalz sey ausreichend die gesezliche Ordnung zu erhalten, um so mehr als der Regierung von allen Seiten versichert wurde die Bewegung in der Pfalz werde den gesezlichen Charakter nicht verlassen. Die Pfälzer hielten zu streng an Gesez und Recht, und würden keinen ungesezlichen Weg einschlagen. Vorsorglich wurde jedoch der k. Bevollmächtigte in Frankfurt angewiesen, sobald es die Oberbehörden in der Pfalz selbst für nöthig erachten sollten — ich bitte hier zu beachten daß die Correspondenz von Speyer nach Frankfurt schneller war als nach München, daß also etwaige Gefahren in Frankfurt eher bekannt wurden als hier — beim Reichsministerium, oder wenn dieses die Abberufung des Commissärs Eisenstuck nicht zugestehen sollte, dann in diesem Fall beim Oberpräsidium der Rheinprovinz um Hülfeleistung durch preußische Truppen nachzusuchen. Hievon wurde am 11 Mai die k. Gesandtschaft in Berlin in Kenntniß gesezt, mit dem Bemerken die preußische Regierung zu ersuchen daß die Oberbehörde der Rheinprovinz angewiesen werden möge einem etwaigen Ansuchen um Hülfe in bezeichneter Weise Folge zu leisten. Diesen Auftrag hat der Gesandte in Berlin am 14 Mai vollzogen. Es fand aber ein solches Ansuchen um Hülfe bei der Oberbehörde der Rheinprovinz gar nie statt; und ich erwähne diese Thatsache nur darum, um damit der hohen Kammer ein vollständiges Bild aller einschlägigen Thatsachen zu geben. Es ist also eine solche Requisition, wie sie dort eventuell bezeichnet war, bei der Oberberhörde der preußischen Rheinprovinz und überhaupt bei einer preußischen Behörde nie gestellt worden. Das Ministerium des Reichs ging bekanntlich auf den Antrag der bayerischen Regierung ein und rief den Commissär Eisenstuck aus der Pfalz ab. Es war also hiedurch schon der Fall für den die Requisition bei der Oberbehörde der Rheinprovinz in Aussicht gestellt war, gar nicht eingetreten. Das Reichsministerium widerrieth aber zugleich die Absendung bayerischer Truppen nach der Pfalz. Es glaubte dadurch die Aufregung zu vermehren, und hielt es nicht für rathsam aus den diesseitigen Landestheilen Truppen in die Pfalz zu schicken.

(Beschluß in der heutigen Zeitung.)

∸ **München**, 18 Oct. (Fortsetzung der neunten Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Während der Referent des ersten Ausschusses den Beschluß über den Gesezentwurf, die Abschaffung der Strafe des bürgerlichen Todes ꝛc. betreffend, verliest, haben sich bereits mehrere Redner zur allgemeinen Discussion über den Gesezentwurf zur Ergänzung des revidirten Gesezes über Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer gemeldet. Zuerst spricht der Abg. Kolb gegen den Gesezentwurf in der von der Regierung vorgelegten Form und für die von der Commission vorgeschlagene Eingangsformel: Wir ꝛc. haben beschlossen „noch vor der demnächst bevorstehenden Regelung der Verhältnisse der Schullehrer und der dabei einschlagenden finanziellen Beziehungen“ zu verordnen ꝛc., damit das Gesez sich klarer als das herausstelle was es seyn solle, nämlich nur ein Bruchstück des zu erwartenden allgemeinen Schulgesezes. Abg. Westermaier entwickelt dann in einer langen Auseinandersezung den kurzen Gedanken, wie schon gar zu lang die Aufbesserung der materiellen Lage der Schullehrer und Schulgehülfen versäumt, und durch diese materielle Noth vorzugsweise die Hinneigung vieler Schullehrer zur Revolution begünstigt worden sey, bei welcher sie nichts zu verlieren, wohl aber vielleicht zu gewinnen gehabt haben würden. Abg. Forndran kommt auf seinen bereits im Ausschuß zurückgenommenen Antrag zurück, indem er daran entwickelt wie in dem Gesez vor allem genau präcisirt seyn sollte ob die Schule Staats- ob Gemeindesache sey, wornach sich dann natürlich auch die Stellung der Lehrer richten werde. Seiner Ueberzeugung nach müsse sie Gemeindesache seyn. Denn der Unterricht der Kinder sey zunächst Familienangelegenheit; der Vater habe für Unterricht und Erziehung nach seiner Selbstbestimmung zu sorgen; fehlten nun der einzelnen Familie die Mittel dieser Pflicht nachzukommen wie sie es wünsche, so müsse die nächste größere Familie, die Gemeinde, dafür eintreten. Der Staat behalte dabei stets die Oberaufsicht, die Schuleinrichtung sey aber Gemeindesache. Sey endlich die einzelne Gemeinde dafür zu arm, oder ungewillt ihre Pflicht zu erfüllen, so habe die noch größere Kreis- oder Districtsgemeinde einzuschreiten. Die Gestattung des Anrechts der Gemeinde auf die Schule werde auch den Lehrern eine würdige Stellung geben; selbst die deutschen Grundrechte sprächen dafür daß die Schule freie Gemeindesache seyn solle. Was aus der Gemeinde hervorgehe, sey überhaupt frischer als was von Regierungswegen geschehe; gleichzeitig höre dann diese administrative Maßregelungsmacht über die Schullehrer auf, wo dem Staat bloß die Oberaufsicht der Gemeinde, das Schaffen zustehe. Diese ganze lange Auseinandersezung geht aber nun nicht etwa auf einen Antrag hinaus, sondern nur auf nochmalige Herausstellung der Motive eines schon zurückgezogenen Antrags dessen der Ausschußbericht des Breitern erwähnt; und wir können sonach nur eine Zeitvergeudung darin finden, welche durch die schließliche Anfrage, ob und wann vom Ministerium eine Bestimmung über die Stellung

der Schullehrer zu erwarten sey, nicht gerechtfertigt wird. Abg. Wolffsteiner, im allgemeinen für die ministerielle Fassung des Gesetzentwurfs sich aussprechend, beantragt zum Schluß einen Zusatz des Inhalts daß die Gemeinde nur unter gewissen Bedingungen zur Erhaltung eines erwerbsunfähig gewordenen Schullehrers verpflichtet seyn solle. Nachdem Abg. Stöcker den Grundsatz vertheidigt daß, obgleich die Schule Staatsanstalt seyn müsse, der Gemeinde ein Recusationsrecht gegen den Schullehrer zustehen müsse, Abg. Tröger für den ursprünglichen Gesetzentwurf gesprochen, Abg. Hirschberger die Forndran'sche Ansicht unterstützt hat, sagt Abg. Ruland: dieser Gesetzentwurf wolle nur ein Anfang, eine Abhülfe der dringendsten Nothstände bis zu dem Moment seyn wo eine Regelung der Staatsdienerverhältnisse im allgemeinen erfolge. Ferner spricht er sich sehr entschieden dagegen aus daß die Schule Gemeindesache seyn solle. Denn es gelte hier das alte Wort: Communitas est ingrata bestia. Von selbst thue die Gemeinde gewiß nichts was sie nicht müsse, und bereits frühe sey in Bayern der Grundsatz anerkannt daß Schule und Schullehrer nicht von der Willkür der Gemeinde abhängig seyn dürfe. Dieß mit einem mehr als siebenzigjährigen Erlaß eines fränkischen Herzogs belegend, sagt der Redner weiter daß man sich an die Erfahrung halten müsse. Und die Schulen Bayerns seyen unter dem bisherigen System in ihrer weitaus größten Zahl gut; auch würden die Schullehrer auf eine an sie gestellte Frage gewiß antworten daß sie sich glücklicher als Staats- denn als Gemeindediener fühlen. Abg. v. Lerchenfeld anerkennt nun zwar daß die Lage der Schullehrer aufgebessert werden müsse, erklärt sich aber dagegen daß dieß jetzt mit improvisirten principiellen Gesetzesbestimmungen geschehen könne und dürfe. Hr. Forndran habe bei seinen Darstellungen wohl allzusehr die Verhältnisse der reichen Reichsstadt Augsburg vor Augen gehabt, aber man müsse auch an die kleinen Schulen armer Dörfer denken. Allerdings müsse die Gemeinde-Organisation dereinst bis zur Spitze des Staates reichen um der bureaukratischen Verwaltung die Spitze zu bieten. Allein bis dieß wirklich praktisch durchgeführt sey, könne man die Schullehrer nicht allein auf die Gemeinde weisen. Also möge Hr. Forndran seinen Antrag ungestellt lassen. Andere Abgeordnete hätten dagegen die Möglichkeit vorausgesetzt daß die Gemeinde gegen den Lehrer der ihre Kinder heranbilden solle, das Abweisungsrecht geltend machen könne, auf den Grund der Lehrer unwürdig oder unfähig seines Amtes. In einem wohlgeordneten Staat sey die Einsetzung eines solchen Menschen ein kaum denkbarer Fall, also jene Voraussetzung eine der unglücklichsten welche man machen könne. Was nun endlich die Ansässigmachung der Lehrer betreffe, so seyen vorderhand gerade die kleinen Gemeinden dadurch am schwersten belastet; durch den Gesetzentwurf werde aber diese Bürde gleichmäßiger über das Land verbreitet, dadurch erleichtert. So empfehle er denn den ursprünglichen Gesetzentwurf zur Annahme, indem er hoffe daß eine spätere Schulgesetzgebung die hier angeregten Fragen regelnd lösen werde. Von einer geschichtlichen Darstellung der Entstehung des Gesetzentwurfes ausgehend, entwickelt nun Staatsminister Ringelmann, wie deßhalb, weil die Stabilitäts- und Pensionsfrage für eine augenblickliche Erledigung viel zu schwierig, fast unmöglich, der Gesetzentwurf nur die dringendsten Anliegen, die der Heimath und Verehelichung des Schullehrers, habe zur Erledigung bringen sollen. Uebrigens wendet sich der Redner gegen drei bestimmte Punkte der vorangegangenen Debatte, indem er erweist 1) daß die Belastung der Gemeinde nicht zu groß werde, da sie sich ja auf das ganze Land vertheile; 2) daß er erkenne, wie durch den vorliegenden Entwurf noch zu wenig für Aufbesserung der Lage der Schullehrer geschehe, daß es dagegen auch nur vorläufig geschehe, um überhaupt einen Anhang zu machen; was endlich 3) die Frage anlange ob der Schullehrer Staats- oder Gemeindediener, so stelle sich der Entwurf vollkommen auf den Standpunkt der Grundrechte; denn die Schule werde stets ein Zwitterding zwischen Gemeinde- und Staatsanstalt bleiben. Uebrigens sind die Schullehrer auch keine wirklichen Staatsdiener, denn sie dienen dem Staate nur mittelbar, den Gemeinden dagegen unmittelbar. So spreche sich auch bereitts ein Rescript Max I von 1819 aus. (Wird in der betreffenden Stelle verlesen.) Uebrigens würden all diese Fragen bei der Verfassungsrevision zur Sprache kommen, wobei ein Unterrichtsgesetz, woran jetzt schon gearbeitet werde, alles zweifelhafte feststellen solle. Die Abgg. Heine, Rudhart und Steinsdorf erklären sich nun für den Gesetzentwurf; der Abg. Christoph liest (gegen die Geschäftsordnung) eine höchst unbedeutende Rede voll großer Worte mit der schließlichen Wendung daß er, der Leser, für den Entwurf stimmen werde, obgleich dieser keiner Anforderung an ein im großen Styl „von der Universität bis zur Kleinkinderbewahranstalt herab" organisirendes Gesetz erfülle. Abg. Fürst Wallerstein endlich spricht mit allerlei Seitenbemerkungen gegen das Gesetz im ganzen und bringt den Antrag: als dessen Schlußartikel die Worte zu stellen: „die durch die k. Proclamation vom 6 März 1848 zugesicherte umfassende Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relicten, dann deren Ausdehnung auf die übrigen Staatsangestellten, insbesondere in ihrer Anwendung auf den Schullehrerstand, soll noch im gegenwärtigen Landtag zur Verabschiedung gelangen. Ebenso soll die gesetzlich geregelte Mitwirkung der Gemeinde bei den Anstellungen von Schullehrern beim laufenden Landtag gesetzlich festgestellt werden." In freilich ganz anderem Sinn spricht sich der Abg. Sepp aus. Er will durchaus daß die Schule Gemeindesache sey, und sucht mit einem später von zwei Pfälzer Abgeordneten berichtigten Fall, wo einer Gemeinde ein Lehrer mit Hülfe von Soldaten durch die Regierung aufgedrungen worden sey, einen Antrag ebenfalls als Schlußsatz des Gesetzes zu befürworten des Inhalts: Gleichzeitig bleibt den Gemeinden unbenommen gegen die Einsetzung von Lehrern, deren Eintritt entschieden Unfrieden erregen würde, Einsprache und Vorstellung zu erheben. Abg. Binder macht dazu die schlagende Bemerkung, er wünsche dann dasselbe Ausschlußrecht auf die Universitäten angewendet, und so kommt es endlich zu dem sehr ausgedehnten, die Ausschußansichten verfechtenden Schlußwort des Referenten für die allgemeine Debatte.

(Beschluß folgt.)

Hannover.

L. Die Hannover'sche Zeitung enthält einen Leitartikel unter der Aufschrift „Was will und was kann Hannover?", der bei dem bekannten Verhältniß in welchem dieses Blatt zum Ministerium Stüve steht, als eine Motivirung der hannover'schen Lossagung vom Dreikönigsbunde angesehen werden muß. Wir haben längst aufgehört für Deutschlands Neugestaltung noch viel von Preußen zu hoffen. Allein das können wir nicht scharf genug hervorheben daß wir weit davon entfernt sind die innersten Bewegungsgründe der Renitenz zu billigen. Diese ruhen einzig und allein in der Aufrechthaltung der bisherigen dynastischen Souveränetät in ihrer vollen Gewalt, und liegen so klar zu Tage daß kein Haufe von Phrasen sie zu verdecken vermag. Nur zum Schutz seiner Sonderstellung wirft sich jetzt das Ministerium Stüve der großdeutschen Politik in die Arme, welcher es ebenso gut sich zu entziehen bestrebt seyn würde sobald dieselbe ebenfalls eine mehr oder minder weitgehende Mediatisirung fordern sollte. Dank sey es den vielen falschen Schritten des preußischen Cabinets daß eine Regierung welche dem Wesen nach den Wünschen des Volks bisher am allerwenigsten nachgegeben hat, jetzt, wenn freilich nur zum Schein, sich hinter dieselben zu verschanzen im Stande ist. Der fragliche Aufsatz verwahrt sich zuerst gegen etwaige Einflüsterungen von jenseits des Canals. „Wir wollen uns, sagt er, um die Worte nicht kümmern, wenn sie auch so lächerlich sind den Widerstand Hannovers gegen den engern Bundesstaat seiner längst aufgehobenen Verbindung mit England zuschreiben zu wollen, während doch jeder Unterrichtete weiß daß diese Ideen (welche Ideen?) im Januar durch einen dem Lord Palmerston sehr nahestehenden Staatsmann (bekanntlich Baron Stockmar) nach Berlin und Frankfurt gebracht wurden." Dann heißt es weiter unten: „Hannover will daß Deutschland in sich fest verbunden sey, daß es eine starke einheitliche Kriegsverfassung habe, daß es seinen Handel und seine Schifffahrt schütze, daß es seinen Bürgern im Ausland Vertretung gewähre. Es will vor allem Recht und Gerechtigkeit für alle und gegen alle. Es will ferner die Mittel zur Hebung des Volkswohls, einheitliches Handelssystem, Förderung aller Mittel innern Verkehrs, Förderung einheitlicher Gesetzgebung. Hannover weiß daß dieß nur zu erreichen ist wenn bei Verwaltung dieser gemeinschaftlichen Angelegenheiten auch dem Volk sein gebührender Antheil wird. Daß das sein Wille und sein ernstlicher Wille ist, hat es durch seinen Antheil an dem Entwurf vom 26 Mai bethätigt, und wenn die Protokolle zeigen daß die Beschränkung mancher Ueberschwänglichkeiten Frankfurts auf Rechnung Hannovers kommt, so mag das der beste Beweis seyn daß es mit dem Zugestandenen ein Ernst ist. Aber Hannover will unter allen Bedingungen Deutschland als ein Ganzes erhalten; es will — wenn sich das als nothwendig darstellt — für Oesterreich Abweichungen zugestehen; aber es will in den wesentlichen Stücken, d. h. in Bezug auf Vertheidigung und Vertretung Deutschlands auch Oesterreichs volle Theilnahme. Es will ferner das übrige Süddeutschland zu völlig gleichem Recht. Nie wird es eine Theilung am Main oder wo es sonst sey zugeben, oder dulden daß sie von langer Hand eingeleitet werde. Das ganze Deutschland soll es seyn! Und darum keine Entscheidung über die Oberhauptsfrage, die einen Theil und einen großen beleidigt und hinaustreibt; und keinen engern Bund." Dagegen wäre an sich nichts zu sagen. Allein: „Hannover will aber auch ferner eine Verfassung welche den kleinern Ländern und deren Fürsten ihr Recht läßt. Es betrachtet diese Fürstenhäuser als eine nothwendige Bedingung des monarchischen Systems in Europa überhaupt, welches nur durch deutsche Fürstengeschlechter aufrechterhalten wird. (Im Gegentheil sind es gerade die vielen kleinen deutschen Souveränetäten welche dem monarchischen Princip durch die ihnen anklebende Misère am meisten ge-

schadet haben, und unter der europäischen „Aufrechthaltung derselben durch die deutschen Fürstenhäuser“ können doch wohl nur unsere Prinzen und Prinzessinnen gemeint seyn die fremden Nationen ihre Könige zeugen, beziehungsweise gebären müssen.) Darum will es kein System von Mediatisirungen weder im Großen noch im Kleinen, welches in wenigen Generationen ihren Fürstenrang vernichten würde. Bedürfen diese kleinen Staaten und Fürsten Schutz (und es scheint so), und mehr Schutz als das Reichsgericht ihnen sichern würde, so mögen die Einrichtungen so getroffen werden daß ihre Fürstenehre unverletzt bleibt.“ Hatten denn die HH. Stüve und Bennigsen alle diese Betrachtungen nicht angestell. ehe sie dem Dreikönigbündniß ihre Unterschriften beifügten? Der Aufsatz behauptet, der alte Bundestag bestehe rechtlich fort. Dieß mag mehr als zweifelhaft seyn; gewiß aber ist Hannover will bleiben was es bis dahin war; dann braucht der Brunhäuser Zoll nicht aufgehoben zu werden, durch den es trotz der so oft citirten Wienerverträge dem „deutschen Handel“ des Jahrs 350,000 Thlr. entzieht. Hannover will den alten Bundestag, und kann so lange „protestiren“, so lange hinausschleppen, bis es vielleicht für es wie für das ganze Deutschland zu spät ist.

Breslau.

, **Breslau**, 13 Oct. Sie werden sich wundern durch Ihren Correspondenten Nachrichten von hier zu erhalten. Der Zufall hat mich nämlich auf meiner Durchreise unter dasselbe Dach mit einem Mann europäischen Namens geführt. Gestern nach 8 Uhr ist Klapka, der Excommandant von Komorn, in der Goldenen Gans abgestiegen. Eine halbe Stunde später hatten wir schon einen Menschenschwarm vor dem Hause, der trotz Regen dem magyarischen General seine Hoch und eine Hymne brachte. Heute Morgen hat Klapka Breslau vor dem Frühlicht verlassen, da ihm die preußische Polizei keinen längern Aufenthalt gestattete. Der Waffenfreund Görgey's ist ein Mann von etwa 35 Jahren, prächtigem Körperbau, gesunder Hautfarbe, der untere Theil des Gesichtes vom Barthaar ganz verwachsen, in Haltung und Gebärde ein militärischer Gentleman. In die Fremdenliste hatte er sich kurzweg Klapka, und unter der Rubrik „Charakter“ Magyar eingezeichnet. Wenn Sie wollen hat er damit die polizeiliche Nebenbedeutung jenes Worts, welche beiläufig gesagt als eine Unzier seiner Sprache jeder gute Deutsche vergessen sollte, nicht anerkennen mögen. Eine Deputation der Stadtverordneten hat ihn im Namen der Stadt Breslau begrüßt, ob ihm aber derlei Bücklinge große Freude machen möchte ich bezweifeln. Ein politischer Meinungsgenosse Görgey's, welcher aus Ungarn keine Republik machen wollte, sondern solange es möglich immer vorgab für den „König von Ungarn“ zu fechten oder mit andern Worten für einen möglichst lockern Staatsverband mit Oesterreich, verläßt er sein Vaterland durch Mord und Feuersbrunst verwüstet, erschöpft von den außerordentlichen Opfern die man ihm für das Erringen eines Glücks zugemuthet wie es eine waghalsige Partei verstand. Armer Mann, wenn er ein Herz hat das Weh der Tausende mitzuempfinden welches jener saatenzertretende unheilvolle Krieg angestiftet, und welches sich zum Theil mehr oder weniger an die Sohlen der einzelnen hervorragenden Figuren heftet! Oder woran soll er denn denken bei den Ovationen einer ihm wildfremden Bevölkerung, welche in dem ungarischen Kampf doch nichts sah als die Axt die ihnen das Holz spalten sollte? Weßhalb ich alles das schreibe! Ich fürchte, ich fürchte, wir kehren wieder in die pferdeausspannenden Serenaden und Kränze verstreuenden Zeiten zurück, wo man irgendeine Coulissen- oder sonstige Berühmtheit benutzte dem Modengeschmack der Saison ein massenhaftes Compliment zu machen, eigentlich aber nur das hungerleidende Staatsgespräch mit einer Haupt- und Staatsaction zu füttern!

Die österreichischen Finanzmaßregeln.

IV.

—ch. Die neue Anleihe des österreichischen Finanzministeriums erregt nach ihrer Realisirung kaum weniger die Aufmerksamkeit des Publicums und der Presse als sie, während noch die Einzeichnungslisten offen lagen, die allgemeine Spannung in Athem hielt. Der Grund dieser Erscheinung ist ein doppelter. Bei dem Zustandekommen der Negociirung unter den von Hrn. v. Kraus festgesetzten Bedingungen handelte es sich nämlich, abgesehen von der Befriedigung des Geldbedürfnisses, einmal um ein Urtheil der unabhängigsten aller Mächte, der europäischen Geldaristokratie, über die ganze politische Lage des Kaiserreichs, und zum andern um die siegreiche Durchführung einer Consequenz der gesammten Reformation des österreichischen Staates, um die Emancipation des Aerars von der absoluten Willkür des vielköpfigen Hauses Rothschild. Wenn es einem Artikel der „Presse“ zufolge auch immerhin übertrieben seyn mag daß sich die Börsenwelt, wie es in einigen Zeitungen hieß, weiter über den Bedarf an den neuen Effecten betheiligt habe, und somit Reductionen der gezeichneten Summen vorzunehmen wären; wenn in Folge dessen der Beweis nicht geliefert ist daß der Finanzminister in einem noch vortheilhafteren Verhältnisse die Geldbedürfnisse des Schatzes zu befriedigen vermocht hätte, so darf dessenungeachtet bei den herrschenden Constellationen der Politik und des Geldmarktes das erzielte Resultat ein durchaus befriedigendes genannt werden. Im Jahr 1817 schloß das restaurirte Frankreich ein 9 Procent Zinsen tragendes Anlehen zu 56, sage und schreibe sechsundfünfzig ab! (Siehe J. F. Benzenberg: Das Anlehen in Frankreich, England und Nordamerika. S. 23.) Man darf dabei freilich nicht außer Acht lassen daß damals in Folge der allmählichen Rehabilitation des englischen Geldstandards, verbunden mit der durch die amerikanischen Freiheitskriege hervorgebrachten Stockung der Metallzufuhren und dem die vorhandenen Capitale verschlingenden Aufschwung in Gewerb und Handel, die Baarsumme des Continents sehr beschränkt war; allein wenn man alle diese Einwirkungsposten der damaligen Conjunctur auch noch so hoch notiren will, so liegt dennoch zwischen 56 zu 9 Procent und $86\,^1/_3$ zu $4\,^1/_2$ Procent ein zu bedeutender Unterschied als daß nicht der Credit des heutigen Oesterreichs, trotz der fürchterlichsten politischen Erschütterungen des Staates, den von Frankreich zu jener Epoche um vieles hinter sich zurückließe. Nach dem allgemeinen Urtheil, oder besser gesagt der Gefühlsmeinung welche in der großen Menge über die österreichische Geldwirthschaft herrscht, nach den bittern Erfahrungen zu schließen die im zweiten Decennium unsers Jahrhunderts das alte System die Capitalisten hatte machen lassen — Erfahrungen wie sie kaum in Frankreich jemals theurer bezahlt worden sind — hätte ein weit weniger glückliches Ergebniß erwartet werden dürfen. Welche ungeheuren Summen haben sich außerdem nicht während der letzten zwei Jahre von dem revolutionären europäischen Continente nach dem sicherern England oder Amerika geflüchtet, und dort eine Verwendung gefunden die einem raschern Zurücksteuern die vielfachsten Schwierigkeiten in den Weg setzen; stiegen doch in dieser Epoche die 6procentigen 1868er Obligationen der Vereinigten Staaten, die noch kurz zuvor bei günstigem Wechselcurse in den Hansestädten zu $87\,^1/_2$ zu haben waren, trotz der baldigen Rückzahlung nach dem Nennwerthe, auf 120 Dollars! Dieser Umstand allein hätte schon hinreichen können den Geldmarkt auf eine empfindliche Weise zu drücken. Dazu kommt aber ferner daß im gegenwärtigen Augenblick Oesterreich in den vielelen kleinen deutschen Staaten, welche sich jetzt in finanziellen Verlegenheiten befinden, in Sardinien und allem Anschein nach auch demnächst in Frankreich bei dem Ausgebot seiner neuen Effecten nicht zu verachtende Concurrenten fand; dem Capitalisten der sein Geld in Staatspapieren anzulegen gesonnen war, boten sich somit in der letzten Zeit die mannichfachsten Gelegenheiten dar — Gelegenheiten welche zwar, obgleich das: „Heilig ist das Eigenthum“ jetzt auf allen Thüren ausgelöscht ist, schon an sich dem sichern Besitz von Grund und Boden gegenüber sehr wenig verlockendes in sich schließen! Wer steht uns denn, so lautet bei vielen die ernste Frage, vor einer weit fürchterlichern Wiederholung der kaum überstandenen Krise; wer bürgt uns dafür daß selbst die energischsten Reformen der Minister im Stande seyn werden den angehäuften revolutionären Zündstoff zu beseitigen, wenn wir auch kein Mißtrauen in ihren guten Willen setzen wollen? Wer leistet uns weitere Garantien daß nicht ein allgemeiner europäischer Krieg die kaum sich wieder ordnenden ökonomischen Verhältnisse aufs neue zerrüttet, und so mehrere Staaten unter der Schuldenlast zusammenbrechen die im Laufe der Jahrhunderte ein widersinniges Finanzsystem ihnen aufgebürdet hat? Oesterreichs Verbindlichkeiten sind bereits schon ungeheuer groß; wird das Land im Stande seyn sie zu tragen, geschweige abzutragen? Zieht man endlich zu allen diesen Momenten die offenbaren Intriguen in Betracht die auf Betrieb des Hauses Rothschild, von großen und kleinen Größen aus dem Zustandekommen der Anleihe in der festgesetzten Weise entgegenarbeiteten, so wird gewiß der unparteiische Zuschauer es dem Hrn. v. Kraus gerne zugestehen daß er das Mögliche bei der Durchsetzung seines Projectes geliefert hat. Es ist bekannt — man konnte es ja an jeder Börse hören — daß von Frankfurt und London die kleinern Banquiers ihre Befehle bekamen mit den Einzeichnungen zurückzuhalten, „es würden noch bessere Bedingungen gestellt werden;“ das Meeting der englischen Stockjobbers zur Nichtbetheiligung an dem österreichischen Anlehen läßt sich nicht abläugnen; Sir Richard Cobden, dieser von den deutschen Freihändlern und einigen andern Idealliberalen und Friedensmännern bewunderte nationalökonomische Bajazzo Großbritanniens, hat zu solchem Zweck nach Kräften auf seinem Seile getanzt, und der Examiner, in Verbindung mit jener Mine, hielt es nicht unter seiner Würde in seiner Nr. 2172 von einem »probable Bankruptcy« zu sprechen, und zum Wohle Oesterreichs auf die Entfernung des jetzigen Ministeriums zu dringen! Hätte am Ausgang des vorigen Jahrhunderts Friedrich v. Gentz in seinem „historischen Journal“

mit derselben Kraft seine Lanze gegen England eingelegt als er für dasselbe gegen die brittischen und französischen Publicisten kämpfte, die alles aufboten Pitts große finanzielle Verlegenheiten nicht bloß bis zum Sturz der Tories, sondern bis zum Ruin des Staats selbst auszubeuten, so hätte das heutige England es Oesterreich jetzt nicht schärfer entgelten lassen können — »reciprocity« nennt man aber vielleicht auch dieses Benehmen jenseits des Canals. Trotz alledem ist jedoch ein Sieg des organischen Staats über die atomistische Geldwirthschaft erfochten worden, welcher im Vergleich zu seiner Bedeutung gar keine Opfer gekostet hat. Die Anleihe ist effectuirt — invito Anselmo!

Diesen Umständen gegenüber, und überhaupt im Hinblick auf den ganzen embryonischen Zustand der neuen Ordnung in Oesterreich, wollen wir es hier noch nicht weiter tadelnd hervorheben daß bei Abschließung der Anleihe nicht das alte amerikanische System zur Anwendung gekommen ist, nämlich quand même zu Pari aufzunehmen. Die höhern Zinsen, welche das Land dabei zu zahlen gezwungen ist, stehen unter Voraussetzung einer weisen Verwaltung weit hinter der aus dem erhaltenen höhern Capital zu erzielenden Resultaten für das allgemeine Wohl zurück, und die Rentenconversion, beziehungsweise die Tilgung der Schuld, ergibt sich von selber sobald der Curs des Papiers über den Nennwerth steigt. Das sind zwar längstbekannte Elementarsätze der Nationalökonomie; allein dessenungeachtet werden sie in Praxi gar zu selten angewendet, weil — bisher die meisten Staaten nach englischer Weise die einstige Rückzahlung der erborgten Summe gar nicht oder doch viel zu wenig ins Auge fassen. Der Amortisationsfonds sollte in keinem Finanzsystem fehlen! Hätte Großbritannien den Sinkingfund in der Weise unausgesetzt zur Anwendung gebracht wie es Pitt bei der Vereinigung der verschiedenen Amortisationstaxen zu einer Casse im Anfang der neunziger Jahre anordnete, so würde jetzt Gentz's mathematisch wahre Berechnung realisirt, und in einem halben Jahrhundert die größte Schuld welche die Welt kennt abgetragen worden seyn! Aber leider bildet denselben überall mehr oder weniger die Reserve, zu der der Finanzminister im Fall der Noth am ersten seine Zuflucht nimmt, und die, einmal erst ins Vordertreffen geführt, am meisten der Gefahr ausgesetzt ist gänzlich aufgerieben zu werden. Der Wille mag immerhin gern da seyn eine jede Verbindlichkeit des Staats auf die entsprechende Weise mittelst besonderer Taxen zu fundiren, und dieselbe sich ferner bis zu einem bestimmten Zeitpunkt hin in Annuitäten selbst abbezahlen zu lassen — allein Wille und consequente Ausführung haben bis dahin nur zu oft himmelweit von einander gelegen; und doch hängt von der letztern fast einzig das Wohl des Landes ab! Der Wirkungskreis des Amortisationsfonds sollte für jedes Finanzministerium so heilig seyn wie das Peel'sche Bankgesetz von 1844 für das Ministerium Russell-Palmerston in der letzten Krise vom Jahr 1847.

Die beabsichtigte Steuererhöhung bei projectirter Minderausgabe für Heer und Beamte, von welcher in dem fraglichen Actenstücke des Finanzministers die Rede ist, deutet darauf hin daß man gegenwärtig zu Wien daran denkt nicht nur eine augenblickliche, sondern eine dauernde Ordnung in der Staatswirthschaft wiederherzustellen. Mit wirklichem, vom Volk durch Arbeit aufgebrachtem Capital, nicht mit dem hohlen Papiernenner einer nicht vorhandenen Größe sollen die Lücken des Aerars ausgefüllt werden. Wie die österreichischen Verhältnisse jetzt einmal stehen, so können wir nicht umhin in einer Beziehung, nämlich im Interesse des wahren Constitutionalismus im Staate, uns über die zerrüttete Erbschaft des alten Systems zu freuen. Der Beweis liegt darin zu unwiderleglich vor daß der bisherige Weg der innern Politik verlassen werden muß. Die Nothwendigkeit zur Deckung der Staatsbedürfnisse vom Volk erhöhte Leistungen zu verlangen, über welche man sich jetzt in den obern Schichten der österreichischen Gesellschaft keinen Augenblick mehr täuschen kann, schließt auch zugleich die unumgängliche Nothwendigkeit in sich das Volk zur Erschwingung derselben in den Stand zu setzen. Die ökonomischen Reformen haben sich in ihrer ganzen Ausdehnung bei der Machtspitze im Staate geltend gemacht, und sie lassen sich nie durchführen ohne die vollkommenste Mitbethätigung des Volkes selbst. Die Ordnung des preußischen Finanzwesens wird bei der ächtbüreaukratischen Pusillanimität im Aufbauen, dem völligen Mangel an freudiger Schöpferkraft wie er zu Berlin herrscht, den dort schon vorhandenen Neigungen zum Scheinconstitutionalismus nur noch immer größern Vorschub leisten; im juridischen Formalismus der sogenannten liberalen Partei wird dort allmählich das Wesen des organischen Staatslebens zu Grunde gehen, und so schließlich das „mathematische" Preußen dem Oesterreich von Fleisch und Blut in der einen oder andern Weise zufallen müssen. Denn Oesterreich führen seine „brennenden ökonomischen Fragen" mit sicherer Hand in das Geleis wahren politischen Lebens; die schöne Phrase verstummt vor der Nüchternheit der Forderungen welche hier an den Politiker wie überhaupt an jeden einzelnen Unterthan gestellt werden; Staatsmänner die ihre Zeit mit Costümstudien, ägyptischen Alterthümern oder sonstigen „Liebhabereien hocharistokratischer Herren," wie der alte Schlosser in seiner Kritik über Bunsen sagt, zugebracht haben, müssen hier den praktischen Bedürfnissen gegenüber sehr bald ihrer eigenen Ueberflüssigkeit gewahr werden; im Volke wird die einfache energische Handlungsweise der Engländer Platz greifen, Kunst und Poesie werden auf ihre Kreise beschränkt werden — und so, wie gesagt, ein gesundes Verfassungsleben sich organisiren.

Es kann hier nicht in unserer Absicht liegen den einzelnen technischen Verfügungen des Finanzministeriums über die Circulation der Reichsschatzscheine zu folgen; das sind vorläufige, provisorische Erlasse, wie sie sich von selbst verstehen wenn man damit umgeht in ein großes Gewirr allmählich wieder Ordnung hineinzutragen; von dort bis zur definitiven Regelung der Geldverhältnisse ist es noch weit. Dazwischen liegt, um nur eins anzuführen, die Riesenarbeit eines festzubegründenden, allen Anforderungen von innen und außen entsprechenden Münzfußes. Nur der gegenwärtig zwischen der „Presse" und dem „Lloyd" über die Finanzmaßregeln geführten Polemik, überhaupt der Stellung beider Wiener Organe zum Finanzministerium möchten wir noch schließlich unsere Aufmerksamkeit zuwenden, umsomehr da die täglichen Auszüge des Hauptblattes der Allgem. Ztg. diese Dinge nur erwähnt haben.

Athen.

*† **Athen**, 9 Oct. Ihre Maj. unsere längst ersehnte Königin ist nach einer Abwesenheit von vollen vier Monaten in unsere beinahe verwaisten Mauern am 2 d. eingezogen. Nachdem sich Ihre Maj. am 22 v. M. in Triest auf dem griechischen Kriegsdampfschiff Otto eingeschifft hatte, trieb das Schiff nach kaum anderthalbstündigem Aufenthalt in dem Hafen in die dalmatische See hinaus, nahm in Ragusa Kohlen ein, ankerte in dem türkischen Hafen von Avlona, um einem heftigen Südwinde, der dem Fortgang des Schiffes bedeutende Hindernisse in den Weg legte, auszuweichen, empfing auf hoher See durch die Vermittlung eines englischen Kriegsdampfers mit Doppelmaschinen ein Schreiben des königlichen Gemahls aus Athen, wurde auf der Höhe von Corfu von den im Hafen liegenden fünf englischen Linienschiffen mit erschütterndem Kanonendonner begrüßt, empfing ein zweites Schreiben durch einen griechischen Kriegssegler auf der Höhe von Santa Maura, und erreichte den ersten griechischen Hafen — Tergomestra — im vollen Wohlseyn. Hier wurde ein Sanitätsbeamter an Bord genommen, um den gegen die Cholera angeordneten Maßregeln welche die Regierung genommen hatte in der ganzen Ausdehnung zu genügen. Da Ihre Maj. sich entschlossen hatte die Reise um die Halbinsel Morea herumzumachen, so war es nothwendig einen weitern Kohlenvorrath in Patras einzunehmen. Das Schiff lag schon um Mitternacht vor Anker auf der Rhede in Patras. Beim Aufgang der Sonne strömten die Einwohner an den Molo, und umschwärmten in zahllosen Barken das königliche Schiff. Die Reise von Patras längs der Küste des Peloponnes herab, an Navarin und Modon vorbei um die südlichsten Spitzen Europa's herum, um Cap Matapan und Sant Angelo, im Angesichte Spezzia's und Hydra's, wurde im Fluge zurückgelegt, und Aegina zur Abhaltung der nur mehr einige Stunden dauernden Quarantäne noch vor Mitternacht am 1 October erreicht. Am 2 October um 5 Uhr Morgens, nachdem das Schiff von den Behörden quarantänefrei erklärt worden war, begann es seine Fahrt nach Piräeus. Auf der Höhe von Salamis angekommen, kam die griechische Corvette Ludovica entgegen, an Bord Se. Maj. den König führend, der sich alsbald in jugendlicher Frische und Heiterkeit an Bord des Dampfers begab. Ein schönes entzückendes Wiedersehen! Im Piräeus angelangt wurde J. Maj. die Königin von den Behörden, dem Gesammtministerium, dem Officiercorps rc. freudigst begrüßt und nach Athen geleitet. Eine unendliche Menge Volkes, ganz Athen und seine Umgebung, wogte auf den Straßen und erfreute sich an dem Wohlaussehen der geliebten Fürstin. — Gestern fand das Leichenbegängniß des einst hochberühmten General Nikitas statt, der durch seine persönliche Tapferkeit sich mit vollem Rechte den Beinamen „Türkenfresser" erworben hatte. Merentidis, vor zwei Jahren auch ein berüchtigter Name, der Bankräuber von Patras, wurde in seiner Heimath, einem Dorfe an der türkischen Gränze, von den Einwohnern ermordet.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. **Preußen.** Se. Majestät der König hat dem General-Major a. D., Blumenthal zu Potsdam, die Erlaubniß ertheilt zur Anlegung des von dem Herzog von Sachsen-Altenburg ihm verliehenen Comthurkreuzes zweiter Classe des Sachsen-Ernestinischen Hausordens. — Nach dem Militär-Wochenblatt vom 13. Oct. ist der General-Major Fidler, Commandant von Saarlouis, zum Inspecteur der 4ten Art.-Inspection, der Oberst von Trotha, Commandeur des 30sten Inf.-Reg., zum Commandanten von Saarlouis, der Oberst von Wentzel, Commandeur des 37sten Inf.-Reg., zum Commandeur der 8ten Inf.-Brigade, der Oberst-Lieutenant Lignitz vom 23sten zum Commandeur des 37sten Inf.-Reg., der Major Bielefeldt vom 12ten zum Commandeur des 36sten Inf.-Reg., der Hauptm. von Rohrscheidt I. vom 32sten Inf.-Reg., zum Major und Commandeur des Landwehr-Bataillons 36sten Inf.-Reg., der Rittmeister von Hobe vom 12ten Hus.-Reg. als Major der Adjutantur zur 15ten Division ernannt worden.

Dasselbe Blatt enthält die Nachweisung der seit dem 1. Januar bis 1. October 1849 zur officiellen Kenntniß gekommenen Todesfälle von königlich preußischen Officieren des stehenden Heeres und der Landwehr. Wir entnehmen derselben folgende: Kriegs-Ministerium: Gaupvius, Oberst-Lieutenant, General-Stab: von Delius, Hauptmann im großen Generalstabe, vor Fridericia verwundet und gestorben 26. Mai. Adjutantur: Graf von Hoym, Oberst, aggr. dem Garde-Kürassier-Regiment. Freiherr von dem Bussche-Münch, Premier-Lieutenant, bei Wiesenthal in Baden verwundet und gestorben 8. Juli; von Schepeler, Oberst von der Armee. Garde-Corps: von Kuylenstjerna, Seconde-Lieutenant, in Dresden-Altstadt geblieben am 7. Mai 1849; von Saint-Paul, Major im Kaiser Alexander Grenadier-Regiment, dienstl. als Oberst bei den schleswig-holsteinischen Truppen, vor Fridericia geblieben 7. Juni 1849. II. Armee-Corps: von Boß, Oberst u. Comm. des 5ten Hus.-Reg. (Blücherische Husaren). III. Armee-Corps: von Schäffer, aggr. Major vom 3ten Uhlanen-Regiment; von dem Knesebeck, Oberst-Lieutenant, im Invalidenhause zu Berlin; Schrötter, Oberst-Lieutenant des Füsilier-Bataillons vom 24sten Inf.-Reg., beim Einrücken in Iserlohn geblieben 17. Mai 1849; Thiede, Major im 20sten Inf.-Reg; Prinz Nicola von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, Seconde-Lieutenant, aggr. dem 2ten Drag.-Reg.; von Hanneken, General-Major und Commandeur der 6ten Cavallerie-Brigade. IV. Armee-Corps: Papendick, Oberst; Trott, Oberst-Lieutenant. V. Armee-Corps: von Schmeling, aggr. Major von der 9ten Inv.-Compagnie. VI. Armee-Corps: von Recket, Seconde-Lieut. im 11ten Inf.-Reg., in Breslau geblieben 7. Mai; von Koeppel, Sec.-Lieut. im 22sten Inf.-Reg., deßgl. 7. Mai; Pohl, Sec.-Lieutenant im 23sten Inf.-Reg., in Breslau verwundet und gestorben 10. Mai; von Bursky, General-Major und Commandeur der 11ten Inf.-Brigade; von Asmuth, Major. VII. Armee-Corps: Prinz Waldemar von Preußen, General-Major und Commandeur der 13ten Cavallerie-Brigade. Graf von Schlieffen, Major, bei Binf in Jütland geblieben 7. Mai; von Uttenhoven, Hauptmann im 16ten Inf.-Reg., in Elberfeld geblieben 8. Mai; von Bardeleben, Sec.-Lieut. im 11ten Hus.-Reg., bei Aarhuus in Jütland geblieben 31. Mai; Urban, Hauptm., bei Binf verwundet und gestorben 25. Juni; von Trzebiatowski, Sec.-Lieut., im Gefecht bei Durlach geblieben 25. Juni; von Schell, Pr.-Lieut., in Folge desselben Gefechts an Wunden gestorben 26. Juni. VIII. Armee-Corps: Rückert, Major im 9ten Hus.-Reg., bei Wiesenthal in Baden geblieben 20. Juni; von Ruschwitz II., Sec.-Lieut. im 9ten Hus.-Reg., deßgl. 20. Juni; Liebermann von Sonnenberg, Hauptmann im 30sten Inf.-Reg., bei Waghäusel deßgl. 21. Juni. Freiherr von Berlepsch, Sec.-Lieutenant im 8ten Uhl.-Reg., bei Upstadt deßgl. 23. Juni; von Hayn, Hauptm. im 25sten Inf.-Reg., bei Rauenthal deßgl. 29. Juni. Artillerie: von Schmeling I., Seconde-Lieut. in der 1sten Art.-Brig., bei Binf in Jütland geblieben 7. Mai. Gendarmerie, Train rc.: von Sydow, Oberst und Brigadier der 1sten Land-Gendarmerie-Brigade.

[587—92] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

K o s s u t h

unter dem Secirmesser eines Schwarzgelben.

gr. 8. Leipzig 1849. 6 Ngr.

[3568] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel und Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen zu haben:

L e h r b u c h

zur sichern Heilung aller syphilitischen Krankheiten,

oder von der venerischen Ansteckung, den örtlichen Krankheiten und den Mitteln sie selbst zu heilen. Vom Tripper, Schanker, Geschwüren und Augenentzündungen. Von den venerischen Krankheiten der Schwangern und den vorzüglichsten Heilmitteln gegen diese Krankheiten. Von Dr. **Albrecht**. Vierte Aufl. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Trie und Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[3718] Bei Flammer u. Hoffmann in Pforzheim ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angränzenden Länder zu haben:

Biblische Hermeneutik

von Dr. *J. L. S. Lutz.*

Nach dessen Tode herausgegeben von **Ad. Lutz.**

Gr. 8. Geheftet. 3 Thlr. 8 Ngr. oder 5 fl.

Früher erschien von demselben Verfasser:

Biblische Dogmatik.

Gr. 8. geh. 3 Thlr. od. 4 fl. 30 kr.

Aus dem Kirchenblatt für die reformirte Schweiz, 1847 Nr. 17: „In unsern schreibseligen Zeiten ist man gewohnt das Verdienst eines Mannes nach dem zu beurtheilen was er geschrieben hat. Selten fragt man nach der Lehrgabe, der persönlichen Tüchtigkeit, dem Charakter eines Mannes. Wo aber diese in so hohem Maße vorhanden und entschieden ausgeprägt sind, da wissen sie sich auch ohne die Posaune der Litteraturzeitungen Anerkennung zu verschaffen, und der Weg den sie sich bahnen, ist oft nur um so sicherer, das Ziel das sie sich stecken, nur um so reiner und ungetrübter. Dieß war, soviel uns bekannt ist, bei dem sel. Lutz der Fall. Er hat wenig geschrieben: aber aus dem opus posthumum das uns hier geboten wird, lernen wir einen Mann kennen der im ganzen Sinne des Wortes ein Mann ist; ein Mann wie unsere Zeit, wie die Kirche, wie die theologische Jugend ihn braucht und wie wir ihr viele wünschen möchten. Noch unlängst lasen wir zwar in der „Kirche der Gegenwart“ (Juli- und Augustheft S. 326) ein Urtheil über dieses Buch und über den „vermittelnden oder vermitteln wollenden Standpunkt“ seines Verfassers, der das „Unbehagliche und Unbefriedigende“ dieses Standpunktes scharf betonte. Allein wir unseres Ortes müssen dagegen gestehen daß wir selten ein Buch mit solchem „Behagen“ gelesen haben, wie gerade dieses, und daß im Gegentheil das Mißbehagen das uns bei gewissen „orthodox“ wie bei gewissen „speculativ seyn wollenden“ Büchern unwillkürlich beschleicht, hier nicht aufkommen konnte, weil es eben durch und durch gesunde Speise ist die uns geboten wird u. s. w.

(3727) **Ankündigung.**

LA SILHOUETTE.

Sechstes Jahr. Paris, Rue Feydeau, 24. Vergrößertes Format.

Illustration zum Lachen. Sonntägliche Caricatur-Revue.

Drei Nummern des Charivari, um ein Drittheil mehr als das „Journal zum Lachen,“ 800 Caricaturen, Porträts, Chargen, 36 Columnen Text. Redigirt von den geistreichsten Schriftstellern der Pariser Presse, illustrirt von den besten Künstlern.

Abonnements für ganz Frankreich: jährlich 10 Fr.; halbjährlich 6 Fr.; vierteljährlich 3 Fr. 50 C. Fürs Ausland um 2 Fr. mehr. Man abonnirt sich in den Buchhandlungen, bei den Messagerien und durch frankirte Bestellungen auf der Post. Unter allen Caricatur-Blättern ist die Silhouette das wohlfeilste.

[3713—15] **Nachricht an die Gartenbau-Liebhaber.**

Hr. J. Hoffmann, Baum- und Pflanzengärtner, hat die Ehre das Publicum zu benachrichtigen daß, um seiner Industrie mehr Ausdehnung zu geben, er das Eigenthum des Hrn. N. Honoré, Baumgärtner, gelegen vor dem Austerlitzerthor zu Straßburg, gekauft hat.

Man wird in dieser Anstalt sowie in der zu Sulz (Oberrhein) die nämlichen Producte und die nämliche Versicherung finden, sowohl in Hinsicht der Wirklichkeit der Arten wie auch der schönen Qualität Bäume, deren Fortkommen sicher ist, und zu sehr billigen Preisen.

Diejenigen Personen welche wünschten Anpflanzungen zu machen von Obstbäumen, Verzierungsbäumen, Sträuchen und Reben aller Arten, sowie von Waldanpflanzungen werden daselbst alle nothwendigen Setzpflanzen wie auch einige hunderttausend Akaziensetzlinge finden; sie können daselbst auch englische Gärten, Gemüsgärten u. s. w. bestellen. Die Begehren kann man an das zu Straßburg vor dem Austerlitzerthor 2 und 3 gelegene Etablissement richten.

Die Verzeichnisse der in diesen Anstalten sich befindenden Producte stehen denjenigen Personen zur Verfügung die solche begehren; sie werden ihnen sogleich portofrei zugeschickt.

[3730—31] **Bericht über holländische Häringe.**

Meinen Geschäftsfreunden in Deutschland mache ich hiemit die Anzeige dass die Preise von **holländischen Vollhäringen** heute gestellt sind auf 21 fl. per Tonne (ohne Fass) bis 27 dieses Monats. Die Festsetzung der **billigsten Preise für den Herbst** wird am 27 October stattfinden; es lässt sich vermuthen dass sie ziemlich billig seyn werden, und werde ich die festen Preise näher durch Rundschreiben anzeigen. Ich bitte jedoch meine Freunde mir ihre Bestellungen umgehend einzusenden, damit ich die Verladung sofort nach Fixirung der Preise vornehmen kann.

Vlaardingen, den 12 October 1849. **H. Kikkert.**

(3767—69) Das Recept zu einem sicher wirkenden

Mittel gegen veraltete Gicht und Podagra,

in allen Fällen als vorzüglich heilsam erprobt, ist gegen portofreie Einsendung von zwei Thalern zu erhalten durch

Gust. Schaarschmidt in Leipzig (Neumarkt, Nr. 31).

[3765] So eben erschien im Verlage von Jm. Tr. Wöller in Leipzig und kann durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes bezogen werden:

Vollständiges

pathologisch-geordnetes Taschenbuch

der bewährtesten

Heilformeln

für äussere Krankheiten, mit Einschluss der Augen-, Ohren- und Zahnkrankheiten.

Mit therapeutischen Einleitungen und den nöthigen Bemerkungen über die specielle Anwendung der einzelnen Recepte versehen.

Für praktische Aerzte u. Wundärzte bearbeitet von

Dr. **Karl Christian Anton,**

prakt. Arzte zu Leipzig u. Mitgl. der medicinischen Gesellschaft daselbst.

8. brosch. 1 Thlr. 16 gGr. oder 20 Ngr. = Sgr.

Dieses Werk ist auch als 2. Theil des rühmlichst bekannten

„**Taschenbuch der bewährtesten Heilformeln für innere Krankheiten.** (*Mit einer ausführlichen Formen- und Gabenlehre u. s. w.*) Für prakt. Aerzte bearb. von Dr. **K. C. Anton.** 2. vielfach verb. u vermehrte Auflage. (8. brosch. 1 Thlr. 16 gGr. od. 20 Ngr.) = Sgr.“

zu betrachten und wird sich gewiss ebenso günstiger Aufnahme zu erfreuen haben. Beide zeichnen sich vor allen bereits vorhandenen Receptaschenbüchern durch ihre besonders zweckmässige Einrichtung aus. Am deutlichsten spricht aber wohl für ihre ganz vorzügliche Gediegenheit der ungewöhnlich rasche Absatz des letztgenannten, von welchem schon nach ¾ Jahren eine neue Auflage nöthig ward, die nun gerade um 9 Bogen stärker ist als die erste.

[3770] Bei J. K. Zupanski in Posen erscheint in zwei Wochen:

Sejm Rakuzki. Parafiańszczyzna. Tom. II. przez Leszka.

[3681—83] **Anerbieten.**

Für ein courantes Geschäft, welches selbst in den kleinsten Orten und auf dem Lande mit Vortheil betrieben werden kann, werden thätige und zuverlässige Agenten die am Platze und in der Umgegend unter Privatleuten hinlänglich bekannt sind, um dem Artikel die nöthige Verbreitung geben zu können, gesucht. Provision ist 25 Procent, und sind besondere kaufmännische Kenntnisse nicht erforderlich. Versiegelte Offerte mit Nr. 3681 und genauer Angabe des Wohnorts werden franco an die Expedition dieses Blattes adressirt.

[3710—12] **Commisgesuch.**

Für ein bedeutendes Waarengeschäft in einer Stadt am Rhein wird unter sehr vortheilhaften Bedingungen ein Commis gesucht der die doppelte Buchhaltung gründlich versteht, der deutschen und französischen Correspondenz gewachsen und auch in der englischen Sprache nicht unerfahren ist. Offerte beliebe man in frankirten Briefen unter Chiffre Y. Nr. 3710 an die Expedition dieses Blattes zu richten.

[3729] Ein solider und thätiger Agent in München wünscht von achtbaren Häusern den Verkauf gangbarer Artikel provisionsweise zu übernehmen. Frankirte Briefe unter B. B. Nr. 3729 besorgt die Exped. der Allg. Ztg.

(3733—35) **Ein seit Jahren bestehendes, solid fundirtes und gut rentirendes Fabrikgeschäft, das noch weiterer Ausdehnung fähig ist, sucht einen Gesellschafter der über ein Capital von etwa 15 — 20000 fl. zu verfügen hätte. Nähere Auskunft ertheilen die HH. J. P. Lanz u. Comp. in Mannheim.**

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von [illegible] rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag | Nr. 295. | 22 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (Staatsdienstveränderungen. Die deutsche Telegraphenlinie. Zur Erinnerung an den 18 Oct.); Stuttgart (Post- und Eisenbahnanliegen); Rastatt (drei Preußen standrechtlich erschossen); Mannheim (Mögling zum Tod verurtheilt, zu zehnjährigem Zuchthaus begnadigt); Dresden (Wigard. Wahlen); Berlin (das Protokoll des Verwaltungsraths vom 9 Oct. ohne Beschluß über die Reichstagswahlen. Fortsetzung des Promemoria über die dänische Angelegenheit. Die erste Kammer verwirft mit großer Mehrheit das Steuerverweigerungsrecht); Saarlouis (drei kriegsrechtliche Hinrichtungen); Wien (Graf Colloredo soll in London durch Baron Neumann ersetzt werden. Der Eisenbahncongreß und die deutsche Zolleinigung. Die Anleihe).

Oesterreichische Monarchie. Kaiserliche Geldunterstützung für Siebenbürgen. Pesth (die Flüchtlinge in der Türkei. Deutsches Theater. Komorn).

Portugal. Geringe Weinernte.

Großbritannien. Ueber die Hinrichtungen in Ungarn. Ein Wallfisch in der Themse gefangen.

Frankreich. Verhandlungen über die römische Frage. Ankunft eines Adjutanten des Kaisers Nikolaus. Metz.

Italien. Neapel (zahlreiche Verhaftungen und Fluchten).

Türkei. Englische Berichte aus Konstantinopel. Belgrad, 12 Oct. (die Flüchtlinge in Widdin von der Bevölkerung verhöhnt und verfolgt. Zwei Engländer — Guyon und Longworth — freigelassen). Rüstungen. Die englische Flotte im ägäischen Meer.

Ver. Staaten von Nordamerika. Die Handelsmarine. Goldminen in Arkansas.

Hayti. Die Kaiserkrönung.

Beilage. Das deutsche Volksschulwesen. — Der Verwaltungsrath des engern Bundes. (Ueber die Anerkennung der neuen Centralcommission.) — Die Gefahren der Goldwährung auf dem Continent. — Savigny's römische Rechtsgeschichte in Italien. — Die Lombardei. (Schreiben von den borromeischen Inseln.) — Aegypten. (Segenreiche Ernte. Said Pascha. Vierzehntägige Feste. Elend der Fellahs.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 18; Wien 19; Frankfurt 20 Oct.

Deutschland.

Bayern. † **München,** 20 Oct. Die zur Erinnerung an die Befreiungsschlacht bei Leipzig von Sr. Maj. dem König Ludwig gestiftete jährliche Armenausspeisung von 450 Armen hat in diesem Jahr am 18 Oct. zu Würzburg in einem der großen Säle des k. Schlosses stattgefunden.

♀ **München,** 21 Oct. Durch allerhöchste Entschließung vom 17 d. wurde der Appellationsgerichtsrath J. Popp in Passau nach zurückgelegten 40 Dienstesjahren unter Bezeigung allerhöchster Zufriedenheit in den definitiven Ruhestand versetzt, und auf seine Stelle der Director des Kreis- und Stadtgerichts Aichach H. Prell befördert. Auf die am Appellationsgerichte der Pfalz erledigte erste Staatsprocuratorstelle wurde der dortige zweite Staatsprocurator L. Schmitt, und zum zweiten Staatsprocurator daselbst der Bezirksrichter K. Hofmann in Zweibrücken befördert. Seit einigen Tagen befindet sich Professor Ruben, Director der Akademie der Künste zu Prag, auf Besuch in unserer Stadt. — Es bestätigt sich vollkommen daß die telegraphische Verbindung unserer Hauptstadt mit Wien schon bis zum 1 Dec. d. J. vollendet seyn und vom genannten Tage an auch dem Publicum zur Benützung übergeben werden wird. Hoffentlich wird auch die Herstellung der Telegraphenverbindung durch die Nordbahn mit Berlin in Bälde hergestellt. Zwischen Berlin und Frankfurt ist die Telegraphenlinie bereits vollendet; sie wird, wie die Frankfurter Blätter berichten, am 24 Oct. dem Publicum eröffnet, unter ähnlichen Bedingungen wie die bereits eröffneten Linien nach Aachen, Stettin und Hamburg. Wir wissen nicht ob unsre bayerischen Handelsemporien, Augsburg und Nürnberg, Schritte gethan haben um zu bewirken daß auch ihnen der Vortheil beflügelter Communication zu gut komme, die jetzt zwischen Wien und Triest, zwischen Köln und Hamburg, zwischen Berlin, Aachen, Brüssel und Paris herrscht. Aber auch wenn jene beiden Städte sich nicht gerührt hätten, ist die von der Regierung bei der München-Salzburger Telegraphenlinie erprobte Bereitwilligkeit eine erfreuliche Garantie daß man nicht säumen werde Bayern in den Mitgenuß jener europäischen Telegraphenberichte zu setzen.

Württemberg. * **Stuttgart,** 19 Oct. Wir vernehmen daß die österreichischen Regierung den Wünschen der bayrischen bereitwillig entgegengekommen ist, und daß in der nächsten Zeit (wie behauptet wird schon vom 1. Dec. d. J. an) eine Telegraphenverbindung zwischen Wien und München über Salzburg hergestellt werden wird — eine Abschlagszahlung an das an Communicationsmitteln so arme südwestliche Deutschland, die wir mit freudigem Danke begrüßen. Denn es ist wahr daß das Land zwischen dem Rhein, dem Inn und den österreichischen Gränzen durch Versäumniß seiner Regierungen und durch consequente Wahrnehmung der entgegengesetzten Interessen in seinen commerciellen Verhältnissen aufs äußerste verletzt ist. Die Eisenbahnlinien und Telegraphenverbindungen von Triest über Wien nach Berlin einerseits nach den Ostseehäfen, andererseits mit Hamburg, Bremen und dem Rhein begründen die entschiedene commercielle Ueberlegenheit des übrigen Deutschlands vor dem südwestlichen, soweit dieselbe durch die Raschheit der Verbindungen bedingt ist. Am schlechtesten kommt der Handelsstand Württembergs weg. Wenn der Hamburger und Bremer, wenn der Kölner Speculant die Waarenpreise von Triest und die Curse der Wiener Börse um 2 und 3 Tage früher erhält als der Stuttgarter, Ulmer und Heilbronner Kaufmann, wenn der Kölner drei Tage früher als der Stuttgarter Indigohändler den Preis dieser Waare erfährt, und daher dem letztern um ebensolange mit seinen Bestellungen vorauszueilen im Stande ist, so mag der Beweis geführt seyn daß Württemberg durch seine Abgeschlossenheit in seinen Handelsbeziehungen beeinträchtigt und außer Stande ist den nach der Betriebsamkeit seiner Geschäftsleute ihm gebührenden Antheil am Verkehr zu nehmen. Umsomehr dürfen wir beklagen daß die dem südwestlichen Deutschland durch die Eingangs erwähnte Telegraphenverbindung zwischen Wien, Salzburg und München zugedachte Verbesserung seiner Communicationen uns wieder nur in verjüngtem Maßstabe zu Theil werden wird. Der Grund liegt darin daß die Eisenbahn der Post verschlossen ist. Wir begreifen recht gut weßhalb man dem Erblandpostmeister nicht dem Genuß der Eisenbahn hat verstatten wollen. Man besorgte damit seine Einnahmen zu erhöhen, seine Ausgaben zu mindern, und — da man ihm ohnehin einen horrenden Gewinn durch den Postbetrieb in Württemberg nachgerechnet hatte, einen noch größern Geldstrom als bisher in seinen Säckel zu leiten,*) während die Vortheile der erleichterten Verbindung dem Rechte und der Billigkeit nach demjenigen zu gute kommen sollten welcher sie geschaffen hatte — also dem Staate, beziehungsweise den Steuerpflichtigen oder dem Publicum welches die Eisenbahn erbaut und welches sie zu unterhalten hat. Insofern hatte der ständische Antrag einen vernünftigen Sinn den Postinhaber während der versuchten Abfindungsverhandlungen nicht zur Eisenbahn zuzulassen, was mit andern Worten soviel heißt als den Stand der Dinge nicht so zu verändern daß der Erblandpostmeister ein noch größeres Interesse an der Erhaltung des Postrechts nachweisen, aber seine Betriebsausgaben mindern und von dem Staate dennoch eine höhere Entschädigungssumme fordern könne. Aber daß dem Publicum der Vortheil der Eisenbahnverbindung vorenthalten werden solle, ist damit nicht bezweckt worden. Die Ursache weßhalb ganz Württemberg mit der Re-

*) In neuerer Zeit wird behauptet daß alle diese Angaben welche mehrjährigen Kammerverhandlungen und Regierungspropositionen zu Grunde liegen sich als falsch erwiesen, dagegen sich ergeben habe daß der Fürst Taxis außer der ihm schon 1819 als Entschädigung zugebilligten Rente von 40,000 fl. in guten Jahren kaum so viel Ueberschuß erzielt habe, um damit die Zinsen des Inventarcapitals zu decken. Es ist unglaublich daß bei dem der Regierung vertragsmäßig zustehenden und pflichtmäßig von ihr zu übenden Aufsichtsrechte ein solcher Widerspruch habe aufkommen und unvermittelt bestehen können. Anmerk. d. Verf.

gierung darin einverstanden war die Posten an den Staat zurückzuziehen, hat nicht ihren Grund in einer Abneigung gegen den gegenwärtigen Inhaber, oder seine Verwaltung, sondern sie beruht in dem von der Regierung ertheilten Versprechen die Posten lediglich unter dem national-ökonomischen Gesichtspunkte und nicht unter dem financiellen zu behandeln, daher dem correspondirenden Publicum jede Erleichterung (Penny-Porto) und jede Annehmlichkeit, soweit die auf den geringsten Satz ermäßigten Porto-Einkünfte es nur immer gestatten, zu verschaffen und den enormen Gewinn welchen der Fürst Taxis gemacht hat, in den Taschen der Unterthanen zu belassen. Das wird mit Recht erwartet. Die Post soll nichts mehr abwerfen, nur als eine große Wohlthätigkeitsanstalt wirken. Aber folgt daraus daß, solange die der Natur des Verhältnisses nach zeitraubenden Verhandlungen mit dem Fürsten Taxis dauern, das Publicum sich der erheblichen Vortheile der Eisenbahnverbindung beraubt sehen muß? Ist es schlechterdings nöthig den Brief- und Zeitungsverkehr in Fesseln zu lassen, Handel und Industrie zu benachtheiligen, um bessere Bedingungen von dem Fürsten Taxis zu erhalten? Sollte es nicht juristisch möglich zu machen seyn, was ohnehin die Staatsklugheit gebietet, der Taxis'schen Post den Gebrauch der Eisenbahn unter Bedingungen einzuräumen die alle Berechtigung ausschließen den möglichen Gewinn oder die Minderung der Ausgaben dem Staate gegenüber in Anschlag zu bringen, und könnte nicht, wenn ein Interim solcher Art angewendet würde, zugleich auf Entschädigung für die Bahnbenutzung durch die Post, und auf eine großartige Portomoderation hingewirkt, dadurch dem Fürsten Taxis noch ein neuer Antrieb zur raschen Auflösung seines Rechtsverhältnisses gegeben, dem correspondirenden Publicum Genüge geleistet, und der Staatscasse ein Vortheil zugewendet werden der, in Betracht der schlechten Verzinsung unseres Eisenbahncapitals, wahrlich nicht genug zu schätzen ist. Der Erblandpostmeister wird wohl umsoeher auf großartige Erleichterungen im Verkehr eingehen als er die Post ja doch nicht behalten wird, die Staatsregierung kann mit um so besserem Gewissen sie schon jetzt erstreben, als sie gewiß seyn darf daß das Volk bei den eröffneten Aussichten und ertheilten Versprechen sie festzuhalten entschlossen ist, und beiderseits würde jedem nachtheiligen Einfluß auf das gegenwärtige Liquidationsgeschäft durch den Verzicht zu wehren seyn, die Ergebnisse des Provisoriums sich irgend in Anrechnung zu bringen. Der Winter naht heran, und mit ihm die Zeit wo die Nichtbenützung der Eisenbahn für den Postverkehr am schwersten empfunden wird. Wie traurig wenn das Interesse der Industrie sich immer und immer selbst vertreten muß, und nirgends aus freiem Antriebe Schutz und Förderung finden soll!

Gr. Baden. In Rastatt wurde am 18 Oct. vom Standgericht ein Dragoner Herr und ein Feldwebel Carle je zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Am 20 Oct. starben drei vom Standgericht schon vorlängst verurtheilte Preußen, Berningau, ehemals preußischer Officier, Schrader und Tansee, den Tod durch Pulver und Blei. Die Urtheile waren von Berlin bestätigt zurückgekommen.

Mannheim, 19 Oct. Heute stand Th. Mögling vor Gericht; seine Erscheinung ist einnehmend — groß, wohlgestaltet, kräftig und männlich. Keiner der Angeklagten hatte bisher alle belastenden Handlungen mit dieser Offenheit zugestanden; keiner hat dem Tod mit solchem Muthe entgegengesehen; noch keiner hat gewagt vor versammeltem Gericht zu bekennen: „Ich bin Republicaner, ich habe für meine Ueberzeugung gekämpft und werde es eintretenden Falls wieder thun." Die Anspruchlosigkeit mit der er seine Geschichte erzählte, gewann ihm die Herzen, und man fühlte die Verlegenheit der Richter einen Mann der ihre Achtung gewonnen, verurtheilen zu müssen. Mit 5 gegen 1 Stimme wurde die Todesstrafe ausgesprochen, der Verurtheilte aber zugleich der Gnade des Großherzogs empfohlen.*) Sehr richtig hatte der Vertheidiger geäußert: sein Leben könne weniger als seine Hinrichtung schaden; denn Mögling ist von einer Wunde, die er bei Waghäusel in den linken Schenkel erhalten, noch nicht wieder hergestellt, und geht daher an doppelten Krücken. (Karlr. Z.)

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 18 Oct. Der Stuttgarter Convents-Embryo fordert nachträglich auch bei uns seine Opfer. Der Reichsstenograph Wigard ist auf Anlaß seines Forttagens in Stuttgart wegen Hochverraths angeklagt: gleichzeitig wurde seine Suspension ausgesprochen; er ist als Professor an der hiesigen stenographischen Anstalt sächsischer Staatsdiener. Da die Stuttgarter Vorgänge durch die als officielle Quelle zu betrachtenden stenographischen Berichte schon lange bis in ihr Detail bekannt sind, da Wigard seit längerer Zeit hierher zurückgekehrt ist, so konnte es nur ein peinliches Gefühl erwecken jene Procedur in dem Augenblicke vorgenommen zu sehen in welchem Wigard als Candidat der „Volkspartei" in einem hiesigen Wahlbezirke aufgestellt war, und zwar einen Tag vor Auszählung der Stimmen sie vorgenommen zu sehen. Da man bei dieser Zeitwahl der Regierung wohl nicht eine feindselige Absichtlichkeit unterbreiten darf, so ist eben nur das unabsichtliche Zusammentreffen zu beklagen. Zum Glück hat Wigards Gegencandidat Professor Dr. Wagner im Wahlkampf den Sieg, wenn auch nur mit 28 Stimmen Majorität davongetragen, so daß die Entscheidung der Frage über die mitten in den Wahlact gefallene Suspension und deren Einfluß auf die Gültigkeit der Wahl umgangen ist. Die Dresdener Wahlen dürften in der Mehrheit sich für die Candidaten der conservativ-liberalen Partei entscheiden, namentlich scheint auch die Wahl des früheren Ministers v. Carlowitz für die erste Kammer gesichert zu seyn. Inmittelst dauert der Hader über die entschiedene Schwenkung der sächsischen Politik in der Tagespresse fort, ohne daß jedoch dabei erhebliches zu Tage gefördert würde. Viel wichtiger ist die Frage: nach welcher Richtung hin die Kammermajoritäten sich gestalten, wer die Parteiführer seyn werden? Die Persönlichkeiten der letzteren werden das entscheidende Gewicht in die Wagschale werfen; denn wenn auch unsere nächsten Kammern nicht so an Ueberfluß von Intelligenzmangel leiden werden wie die letzten, so dürfte doch nur der kleinere Theil der Gewählten mit einer festen, politisch begründeten Ansicht über die deutsche Frage eintreten. Diese Beug- und Bildsamen zu überzeugen und zu gewinnen wird die Aufgabe der Parteiführer, die Frage aber wird seyn: preußisch werden oder nicht? — Nachschrift am 19 Oct. Die Dresdener Wahlen sind größtentheils für die liberal-conservative Partei ausgefallen; außer Wagner hat auch Held seinen Gegner besiegt, ebenso scheinen die Wahlen der vier Candidaten für die erste Kammer, an denen Dresdener Bezirke theilnehmen, gesichert zu seyn. Ueber den Ausfall der militärischen Wahlen schreib' ich Ihnen ausführlicher.

Preußen. Der Preuß. Staatsanzeiger vom 19 Oct. enthält endlich das rückständige Protokoll der Sitzung des Verwaltungsraths vom 9 Oct. Darin ward bekanntlich über den Antrag des nassauischen Bevollmächtigten, bis zum Januar die Reichstagswahlen anzuordnen weiter verhandelt. Der Vorsitzende — Minister v. Bodelschwingh — bemerkte beim Beginn der Sitzung daß er die am 5 dem Verwaltungsrath zugesagte Mittheilung über die der ablehnenden Erklärung der königlich bayerischen Regierung vorgängigen Verhandlungen mit der königlich preußischen in der nächsten Sitzung vollständig erstatten werde, dagegen schon jetzt erklären könne daß nähere Verhandlungen über den Beitritt zu dem Vertrag vom 26 Mai d. J. mit der königlich württembergischen Regierung gar nicht stattgefunden haben. Das einzige Actenstück welches dem Verwaltungsrath in dieser Hinsicht bezüglich Württembergs vorzulegen bleibe, sey die im Namen des württembergischen Gesammtministeriums von dem provisorischen Vorstand des Departements der auswärtigen Angelegenheiten unter dem 26 Sept. d. J. an den königlich preußischen Ministerpräsidenten erlassene Antwort. Diese Antwort, die originaliter zur Einsicht und Kenntnißnahme dargereicht wird, geht schließlich dahin „daß die württembergische Regierung, wenn sie sich durch das wiederholte und dringende Ansuchen der preußischen Regierung in die unerwünschte Alternative versetzt sehe entweder ihren Beitritt sogleich zu erklären, oder denselben abzulehnen, nicht anstehen könne sich für das letztere zu entscheiden; unter dem Zufügen daß sie sich zu diesem Schritt ausschließlich im Hinblick auf die dermalige Sachlage gedrungen fühle, daß sie veränderten Umständen stets mit Unbefangenheit Rechnung tragen und, wie überhaupt zu allem bereit was dazu beitrage Deutschland stark, einig und mächtig zu machen, jedem Bestreben mit Freuden entgegenkommen werde, dieses Ziel in einer Weise zu erreichen das ihre — der württembergischen Regierung — Bedenken beseitige." Nun begann die Discussion über die vorliegende Frage. Die Bevollmächtigten von Bremen, Mecklenburg-Schwerin und Bernburg traten dem Antrag von Nassau bei. Nun meint der Vorsitzende, der Verwaltungsrath sollte zuerst über den vom badischen Bevollmächtigten eingereichten Zusatzantrag beschließen, dahingehend: daß sofort eine Commission bestellt werde zu Begutachtung der Frage: wie die als Gesammtheit constituirten Verbündeten ihre engere und unlösbare Verbindung mit den übrigen deutschen Bundesgenossen fortan am geeignetsten fortzusetzen haben, insbesondere wie deren fernerer Anschluß an den Bundesstaat herbeizuführen und dem durch §. 1 der Verfassung vorbehaltenen Bundesverhältnisse mit Oesterreich Vollzug zu sichern sey. Der Vorsitzende unterstützt diesen Zusatzantrag, der sodann einstimmig angenommen wird. Die Zahl der Mitglieder der zu wählenden Commission wird auf drei festgesetzt. Zurückkehrend zu dem Antrage von Nassau erklärt nun der Vorsitzende, von 14 Mitgliedern des Verwaltungsraths hätten 11 für den Antrag (Feststellung der Reichstagswahlen auf den 15 Jan. 1850), 3 gegen denselben gestimmt. Ein entscheidender Beschluß könnte erst durch Ausmittelungen und Feststellungen herbeizuführen seyn, deren der Verwaltungsrath in seiner

*) Nach der Württ. Ztg. wurde das Urtheil in zehn Jahren Zuchthaus umgewandelt.

gegenwärtigen Construction noch entbehre. Man möge daher eine praktische Erledigung vorziehen, d. h. alle Regierungen der Majorität sollten die Vorgeschäfte so beschleunigen daß Mitte Januars die Reichstagswahlen ausgeschrieben werden könnten. Die Regierungen der Minorität — ohne eine solche bestimmte Verpflichtung zu übernehmen — sollten wenigstens zur Beschleunigung mitwirken. Der k. sächsische Bevollmächtigte erklärt: der Publication müßte vor allem eine Verständigung mit der österreichischen Regierung vorangehen. Der hannoverische Bevollmächtigte bestreitet überhaupt, so wie die Sachen liegen, die Competenz des Verwaltungsraths, und hält vollends das Vorschreiten eines Theils der Bundesglieder für bundeswidrig. Der herzogl. nassauische Bevollmächtigte entgegnet: nicht das Vorschreiten, sondern das Zurückbleiben eines Theils der Mitglieder wäre bundeswidrig. Der großherzogl. hessische Bevollmächtigte tritt dieser Erklärung bei. Der hannoverische Bevollmächtigte liest nun den ausführlichen Protest gegen Berufung eines Reichstags vor Genehmigung durch die nichtbeigetretenen Regierungen vor, den neulich schon die Hannoverische Zeitung und aus ihr auch unser Blatt mitgetheilt hat. Der Vorsitzende bemerkt, er glaube vorerst das persönliche Urtheil keinen Augenblick unterdrücken zu sollen daß eine Regierung die solcher Rechtsansicht gewesen, das Bündniß nicht hätte schließen, und noch weniger andere Regierungen zum Beitritt hätte auffordern mögen. Der k. sächsische Bevollmächtigte schließt sich an Hannover an. Der großherzogl. hessische Bevollmächtigte verweist auf das Schiedsgericht. Sämmtliche Bevollmächtigte behalten sich die Beantwortung der hannoverischen Rechtsausführung vor. Damit wird die Sitzung geschlossen, also ohne Abstimmung und überhaupt ohne Resultat.

☿ **Berlin**, 17 Oct. Der Centralausschuß der ersten Kammer ist den drei ersten Sätzen des Art. 98, wie ihn die zweite Kammer festgestellt hat, beigetreten, schlägt aber vor an die Stelle der übrigen folgende zu setzen: „Ausgaben können in besondern Fällen auf längere Zeit, jedoch nicht über drei Jahre hinaus, durch Gesetz bewilligt werden. Kommt der Staatshaushalt-Etat nicht vor dem Beginn des Jahrs, für welches er bestimmt ist zu Stande, so bleibt der zuletzt festgesetzte Etat noch auf ein Jahr in Geltung. Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Regierung und bis zum Belaufe dieses Antrags bewilligt werden.“ Auf den Vorschlag des Präsidenten v. Auerswald wird in der gestrigen Sitzung über den Titel: „Von den Finanzen“ eine allgemeine Discussion eröffnet. Diese dreht sich hauptsächlich um das Steuerbewilligungs- und Steuerverweigerungsrecht. Die Hauptredner sind Dahlmann, Camphausen, v. Ammon auf der einen, Walter, Ritter, Stahl auf der andern Seite. Dahlmann sagt: „Ich bin niemals der Meinung derjenigen gewesen welche in der Politik nur eine Wissenschaft der Zweckmäßigkeit sehen. Die Politik ist eine Vereinigung von Wissenschaften welche Wahrheiten enthält die oft lange Zeit verdunkelt werden. So ist die Wahrheit der Monarchie lange verdunkelt worden; gegenwärtig dürfte es aber die Minderzahl seyn welche die Monarchie für ein politisches Uebel hält. Daß es so ist verdanken wir großentheils dem Werke mit dem wir uns beschäftigen. Eine zweite lange verdunkelte Wahrheit sind die Volksrechte. Wo Schwurgerichte und Preßfreiheit walten wird die Volksfreiheit nicht untergraben und zerstört werden. Zu diesen Wahrheiten rechne ich auch das Steuerbewilligungsrecht der Volksvertretung, welches ohne das Steuerverweigerungsrecht nicht denkbar ist. Wie ohne das absolute Veto dem Staate das ächte Königthum fehlen würde, so würde ihm ohne das Steuerverweigerungsrecht die wahre Volksfreiheit fehlen. Glaubt man es könne gar keinen Fall geben wo das Steuerbewilligungsrecht ausgedehnt werden dürfte, ja müßte, bis zur Steuerverweigerung? Wenn uns nochmals ein Ministerium Schwarzenberg gegenübersäße, wie das unter dem Vater des großen Kurfürsten war, ein Ministerium dessen einziger Zweck es wäre Oesterreich so groß und Preußen so klein als möglich zu machen: würde man es dann auch tadeln wenn die Volksvertretung alles daran setzen würde um alles zu retten? Schon im Jahr 1830 schrieb ich an Niebuhr daß es Zeit sey Preußen eine Constitution zu geben. Preußen hat alle Kinderkrankheiten der Freiheit durchgemacht und sich wiedergefunden; halten wir es nicht länger ab ins Mannesalter zu treten! Es wäre traurig wenn die Geschichte einst sagen würde: Es gab in Preußen eine Partei des gemäßigten Fortschritts; sie liebte ihr Vaterland, sie war stark und besonnen genug die Klippen der Demokratie zu umschiffen; aber sie hatte nicht Muth, nicht politische Voraussicht genug um eine Verfassung zu gründen welche das Vaterland den Stürmen der Revolution entzog!“ (Lauter Beifall). Camphausen sagt unter anderm: „Ohne das Steuerbewilligungsrecht werden die Kammern zu der Stellung des vereinigten Landtags zurückgeführt der nur petitioniren konnte. Der Mißbrauch dieses Rechts ist nicht zu fürchten: die Aussicht auf die Auflösung der Kammern und der Umstand daß die Nichtbewilligung der Steuern die Verfassung selbst in Frage stellte, werden dazu dienen ihn zu verhindern.“ Ammon ruft aus: „Ich will das Steuerbewilligungsrecht, weil es verheißen ist, weil die Volksvertretung ohne dasselbe nichts ist, weil ich die Weisheit nicht allein der Regierung zuerkenne, und endlich weil ich nicht will daß der Absolutismus zurückkehre gegen den ich seit 30 Jahren gekämpft habe.“ Walter erklärt sich gegen das Steuerverweigerungsrecht, indem er bemerkt: „In der Demokratie ist das Volk die Spitze, in der Monarchie der König. Hat die Vertretung das Recht die Steuern zu verweigern, so kehrt man die Spitze um und macht den Staat zu einer Demokratie mit dem einstweiligen Aushängeschilde der Constitution (Beifall rechts). Man hat darauf hingewiesen daß das Steuerbewilligungsrecht garantirt sey; ich erinnere aber daran wie wir mit dem Vereins- und Versammlungsrechte verfahren sind!“ Der Domherr Ritter: „Das Princip der Steuerverweigerung ist jesuitisch und sagt gleichsam: der Zweck heiligt die Mittel. Dazu werde ich nie meine Hand bieten (Heiterkeit). Wir haben soviel Vertrauen zur Regierung gehabt daß wir ihr die Regierung unserer Kinder anvertrauten. Ich vertraue aber lieber dem Finanzminister meine Börse als dem Cultusminister meine Kinder an“ (Beifall und laute Heiterkeit). Stahl: „Das Steuerverweigerungsrecht führt nicht das Gleichgewicht sondern die Dictatur der Kammern herbei: das Recht die Kammern aufzulösen ist keine Garantie für die Regierung, wenn nicht das Wahlgesetz verändert wird; dieß ändert man aber doch nicht alle Tage! Alle Prärogative der Krone, absolutes Veto, Oberbefehl über das Heer, Anstellung der Beamten haben bei dem Steuerverweigerungsrecht der Kammern keinen Nutzen. Bei dieser Frage handelt es sich nicht um eine Erleichterung der Abgaben sondern darum, ob der König oder die Kammern die Macht im Staate haben und die Minister ernennen sollen.“ Der Redner schließt mit den Worten: „Heute ist der Tag an welchem einst das französische Heer besiegt wurde. Besiegen Sie an diesem Tag auch ein französisches Princip. Machen Sie aus einem König von Gottes Gnaden nicht einen König von der Gnade der Kammern.“ (Beifall und Zischen). — In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde die allgemeine Discussion geschlossen. Gegen den Art. 108 sprachen Kühne, Baumstark, v. Vincke, v. Auerswald, Hansemann. Kühne bemerkt: „Der wichtigste Nachtheil welcher daraus fließt wenn man die Lehre vom Steuerbewilligungsrecht an den Art. 108 knüpft, ist der: die Kammer würde sich zur heilsamsten Aenderung des Steuersystems nicht entschließen, wenn das einmal Bewilligte für alle Ewigkeit bewilligt wäre. Es ist ein juridischer Grundsatz daß man bei einem Proceß den man in erster Instanz gewonnen, gut thue einen Vergleich anzunehmen. Preußen hat einen unendlich wichtigen Proceß gewonnen, aber nur in erster Instanz: stoßen Sie die Hand nicht zurück, die Ihnen zum Vergleiche geboten wird!“ (Beifall links.) Auerswald stimmt nicht für die Verweigerung aller Steuern; aber den Kammern müsse das Recht vorbehalten bleiben soviel von den Steuern zu verweigern daß eine Regierung nicht gegen den Willen des Landes handeln könne. Dann werde niemand sagen die Kammern hätten die Brandfackel in das Land geworfen. Hansemann ruft nach einer Rede Gerlachs der Rechten zu: „Ihre Principien meine Herren haben den Staat an den Rand des Abgrundes gebracht. Jetzt ist er gerettet und wieder kommt man mit den alten Grundsätzen. Die Kammern müssen entweder in Wirklichkeit Staatsgewalten werden, oder sie können gar nicht bestehen. Ohne das Steuerbewilligungsrecht sind sie aber keine Staatsgewalten.“ Die Vertheidiger des Art. 108 brachten weder neue Gründe noch charakteristische Aussprüche. Der Abg. Jacobs forderte die Minister im Falle der Verwerfung des Art. auf die ewigen Rechte der Krone zu wahren! Die Minister der Finanzen und des Innern erklärten sich für den Art., der letztere mit den schon in der zweiten Kammer vorgetragenen Gründen. Die Schlußrede des Berichterstatters Camphausen wurde bis übermorgen vertagt. Die zweite Kammer beschloß heute über die Artikel 35 — 37 der Verfassung. Dann begann sie die Berathung des Commissionsberichtes über die Verordnung vom 9 Febr. d. J. betreffend die Errichtung von Gewerberäthen.

* Die erste Kammer hat mit 84 gegen 57 Stimmen das von der zweiten Kammer in Anspruch genommene Steuerverweigerungsrecht verworfen! Die norddeutschen liberalen Blätter, unter ihnen auch die Berliner Nationalzeitung, beurtheilen noch strenger als dieß von der süddeutschen Presse geschieht, dieses fortgehende System der Reaction, dem der Popanz eines Ministeriums Gerlach zum Schutzmantel dienen müsse. Stahl, Bornemann und Brüggemann stimmten gegen jenes Recht, ohne welches die Kammern berathende Stände sind; Camphausen, Dahlmann, Hansemann, Kühne stimmten natürlich dafür.

Fortsetzung des Promemoria über die dänische Angelegenheit. Die Angelegenheit erschien hiermit in einen befriedigenden Gang gebracht; der königl. Gesandte kehrte, mit entsprechenden Instructionen der Centralgewalt versehen, nach London zurück und eröffnete die förmliche Unterhandlung durch eine officielle Note an den königl. großbritannischen

Staatssecretär vom 19 Februar. Diese Note nimmt zunächst die Erklärung der Note vom 3 Februar über die Annahme des großbritannischen Vorschlages wieder auf, und bezeichnet dieselbe als die Grundlage der weiteren Unterhandlungen, durch welche das Verhältniß Schleswigs definitiv und im einzelnen geregelt werden sollte. Diese Unterhandlungen konnten voraussichtlich, da eine Menge Detailfragen in ihren Bereich gezogen werden mußten, nicht vor dem in der Convention von Malmö stipulirten Ablaufe des Waffenstillstandes beendigt werden; eine stillschweigende Verlängerung des letzteren, wie sie durch Nichtkündigung am 27 Februar von selbst eingetreten wäre, durfte zwar vorausgesetzt werden; es war aber jedenfalls angemessener, nachdem die Friedenspräliminarien durch beiderseitige Annahme einmal fest zu stehen schienen, die Fortdauer desselben ausdrücklich auszusprechen. Dieß wurde von dem königl. Gesandten, als Bevollmächtigtem der Centralgewalt, in derselben Note vorgeschlagen. Von Seiten der vermittelnden Macht mußte dieß als unzweifelhaft und sich von selbst verstehend vorausgesetzt werden, da ja sonst ihre Vermittelung, wenn nicht die nöthige Zeit für Unterhandlungen gegönnt war, illusorisch geworden wäre. Der königl. großbritannische Staatssecretär Viscount Palmerston wünschte diesen Punkt in durchaus angemessener Weise in einem zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten aufzunehmenden Protokoll zu erledigen, und legte am 23 Februar den Entwurf eines solchen vor. Darin wurde zuerst die Basis der Unterhandlungen in der angenommenen Form constatirt, und dann einfach die Verlängerung des Waffenstillstandes in seiner bisherigen Gestalt ausgesprochen, mit der einzigen Ausnahme daß die bisher factisch bestandene, aber der Convention zuwiderlaufende Occupation der Inseln Alsen und Arröe durch die Dänen nunmehr ausdrücklich zugegeben wurde — also mit einer Abänderung zu Gunsten Dänemarks. Der Bevollmächtigte Deutschlands machte hiegegen keine Einwendung, und beantragte nur einen Zusatz durch welchen den Herzogthümern einige, dem Interesse Dänemarks selbst nicht zuwiderlaufende und dem Princip des Waffenstillstandes ensprechende praktische Vortheile gewährt werden sollten, erklärte sich aber im übrigen zur Unterzeichnung des Protokolls ermächtigt und bereit.

Wider Erwarten erklärten sich die dänischen Bevollmächtigten zu dieser Unterzeichnung nicht ermächtigt, und genöthigt erst neue Instructionen von Kopenhagen einzuholen. Statt der gehofften Autorisation zur Verlängerung des Waffenstillstandes traf in London ebenso unerwartet wie hier die Aufkündigung des Waffenstillstandes ein. Am 26 Febr. überreichte der dänische Kammerherr v. Plessen, welcher sich wegen Regulirung der Requisitionsforderungen hier befand, eine Note des dänischen Conseilspräsidenten, Grafen v. Moltke, vom 23 Februar, in welcher der Waffenstillstand innerhalb der festgesetzten Frist förmlich gekündigt wurde. Sowohl in dieser Note wie in dem Begleitschreiben des Hrn. v. Plessen wurde angedeutet die dänische Regierung thue diesen Schritt nicht in der Absicht einer Wiedereröffnung des Krieges, sondern nur zu dem Zweck eine günstigere Gestaltung der Dinge in den Herzogthümern während des Provisoriums zu erlangen; sie hoffe vielmehr daß dadurch die definitive Ausgleichung der bestehenden Differenzen werde gefördert werden. Diese Ansicht konnte die königl. Regierung freilich nicht theilen, und sprach dieß in einem Antwortschreiben an Hrn. v. Plessen unumwunden aus, ohne indeß die Hoffnung aufgeben zu wollen daß es dennoch gelingen möge den eventuellen Folgen einer neuen Verwicklung vorzubeugen.

Es war durch diese Kündigung ein entscheidender Wendepunkt eingetreten. Die Möglichkeit eines erneuerten Krieges war gegeben, und Deutschland berechtigt die beim Abschluß der Malmöer Convention innegehaltenen Positionen wieder einzunehmen. Die Einleitungen dazu wurden auf Aufforderung der Centralgewalt ohne Säumen getroffen; es konnte nur die Frage seyn ob schon jetzt die Unterhandlungen als abgebrochen angesehen werden müßten, oder ob der Versuch gemacht werden sollte dieselben innerhalb der noch vorliegenden Monatsfrist bis zu einem Punkte zu führen der den wirklichen Ausbruch des Krieges verhüten könne. Das Reichsministerium sprach sich auf der Tribüne der Nationalversammlung für die erste Ansicht aus; die königl. Regierung konnte dieselbe nicht theilen. Sie war verpflichtet die Nachtheile des Krieges vorzugsweise zu erwägen, und die Fortsetzung der Unterhandlungen auch nach erfolgter Kündigung entsprach ganz den völkerrechtlichen Grundsätzen und Präcedentien, nach welchen sogar selbst während fortdauernder activer Kriegführung Friedensunterhandlungen eingeleitet und fortgesetzt worden sind. Die Centralgewalt konnte das Gewicht dieser Gründe nicht verkennen, und die Unterhandlungen in London dauerten fort.

Eben so nothwendig war es indeß auf deutscher Seite die Vorbereitungen zur Wiedereinnahme der Positionen vom 26 Aug. v. J. fortzusetzen. Der Bevollmächtigte der königl. dänischen Regierung in Berlin sprach in einem Schreiben vom 9 März zwar die Hoffnung aus daß man von einer Benutzung dieser durch den §. 2 der Waffenstillstands-Convention eingeräumten Befugniß Abstand nehmen werde; es konnte aber, so sehr es in den Wünschen der königl. Regierung wie der Centralgewalt liegen mußte Deutschland wie den Herzogthümern die Last einer erneuerten Occupation zu ersparen, doch nur geantwortet werden daß man nicht füglich eher darauf würde eingehen können als bis die königl. dänische Regierung das bestimmte Versprechen gebe ihrerseits nicht in die Herzogthümer einrücken und überhaupt den Status quo verändern zu wollen. Dieß geschah in dem Schreiben des Ministers Grafen v. Arnim, vom 10 März, in welchem derselbe zugleich ausdrücklich erklärte daß eine Blokirung der Häfen und Flußmündungen der Herzogthümer, wie sie dem Vernehmen nach von Dänemark beabsichtigt würde, als eine solche wesentliche Veränderung des Status quo angesehen werden müsse. Dagegen wurde auch in diesem Schreiben darauf aufmerksam gemacht daß keine von beiden Maßregeln, weder auf deutscher noch auf dänischer Seite, den Fortgang der Unterhandlungen zu verhindern brauche. Diese Verhandlungen hatten inzwischen dazu geführt die Ansprüche und Forderungen beider Theile näher zu präcisiren. Von Seiten Dänemarks wurde die Forderung festgehalten daß neben der ausgesprochenen legislativen und administrativen Selbständigkeit des Herzogthums Schleswig dessen „unauflösliche Union" mit der Krone Dänemark erklärt werde. Dieß konnte von deutscher Seite nicht zugegeben werden, weil dadurch der Successionsfrage präjudicirt wurde; dagegen trug die Centralgewalt kein Bedenken nicht nur die Anerkennung dieser Union als unauflöslich in der Person Sr. Majestät des „Königs von Dänemark und seiner männlichen Erben" auszusprechen, sondern auch die Fortdauer derselben als wünschenswerth zu bezeichnen, und sich bereit zu erklären zur Erreichung dieses Zieles mitzuwirken. Das Reichsministerium kam daher mit dem englischen Gesandten Lord Cowley über die Fassung eines Zusatzartikels zu dem Protokoll vom 23 Februar überein, in welchem dieses ausgesprochen wurde, und welcher am 15 März nach London gesandt wurde.

Hier war inzwischen eine neue Wendung eingetreten, welche für den ganzen weitern Gang der Angelegenheit von Wichtigkeit geworden ist. Die vermittelnde Macht hatte sich überzeugt daß auch dieses Auskunftsmittel schwerlich nach beiden Seiten genügen könne, und glaubte in einer andern Formel, welche, den einfachen bisherigen Thatbestand ausdrückend, nach keiner Seite hin die Frage präjudicire, die Lösung der Schwierigkeit finden zu können. Zu dem Ende legte Lord Palmerston am 13 März einen neuen Entwurf eines Protocolls vor, in welchem der Ausdruck der „unauflöslichen Union" aufgegeben war, und dafür substituirt wurde „daß die politische Union, welche das Herzogthum mit der Krone Dänemark verbinde, durch die legislative und administrative Selbständigkeit des ersteren nicht berührt werden solle." Der Unterschied der beiden Formeln braucht nicht erst entwickelt zu werden. Die eine bezieht sich auf die Zukunft, die andere auf die Vergangenheit und Gegenwart, und spricht nur von dem was anerkanntermaßen bis jetzt bestanden hatte. Zugleich wurde in diesem Protokoll eine neue Gestaltung des Provisoriums vorgeschlagen, gegründet auf die legislative und administrative Selbständigkeit des Herzogthums Schleswig und dessen als Basis von beiden Seiten angenommene administrative und legislative Trennung vom Herzogthum Holstein, welche schon im Provisorium beginnen sollte.

Der königl. Gesandte in London, als Bevollmächtigter der Centralgewalt, durfte sich durch seine Instructionen nicht zur unmittelbaren Unterzeichnung dieses Protocolls ermächtigt halten, sowenig wie die dänischen Bevollmächtigten es ihrerseits zu seyn erklärten. Er berichtete darüber nach Frankfurt wie nach Berlin und bat um weitere Instructionen, sowohl in Bezug auf die Clausel wegen der politischen Union als auf die praktischen Bestimmungen für das vorgeschlagene neue Provisorium. Die königl. Regiernng nahm die Frage in die ernsteste und reiflichste Erwägung. Es war von der größten Wichtigkeit für Deutschland, wenn innerhalb des bis zum 23 März laufenden Termins der Waffenruhe die Angelegenheit noch ihre Erledigung finden konnte; auf der anderen Seite war es von nicht minderer Wichtigkeit keine Form zuzulassen durch welche der Zukunft präjudicirt würde. Nach sorgfältiger Prüfung kam sie zu der Ueberzeugung daß zwar die Formel selbst an sich, wenn sie recht verstanden werde, nichts unzulässiges und vorgreifendes enthalte, daß es aber erforderlich seyn werde dieselbe durch eine zu Protokoll gegebene reservirende Erklärung näher zu präcisiren, und sich gegen alle aus einer möglichen Mißdeutung derselben etwa zu ziehenden Folgerungen zu verwahren. Dieses sprach sie dem königl. Gesandten unter dem 17 März als ihre Ansicht aus; bestimmte Instructionen zur Vollziehung des Protokolls konnte derselbe nur von der Centralgewalt, welche die Leitung der Angelegenheit noch in Händen hatte, und in deren Vollmacht der königl. Gesandte unterhandelte, erhalten. Sie legte den Entwurf einer solchen reservirenden Declaration vor, und theilte zugleich ihre Ansicht nach Frankfurt an die Centralgewalt mit. Sie konnte in ihrer Ansicht nur bestärkt werden dadurch daß ein Schreiben Lord Palmerstons an Lord Cowley vom 13 März zu ihrer Kenntniß kam, mit welchem derselbe die Mittheilung des Protokollentwurfs von jenem Tage begleitete. In diesem Schreiben, welches die Zustimmung des königl. großbritannischen Staats-Secretärs den Kammern vorzulegen möglich macht, ist der Unterschied zwischen der früher beanspruchten Erklärung der „unauflöslichen Union" und dem jetzt gewählten Ausdruck der „politischen Union" eben so klar und scharf hervorgehoben, wie das Unbedenkliche des letzteren Ausdrucks, insofern er nur ein thatsächliches und anerkanntermaßen bisher bestandens Verhältniß ausspricht.

Was die praktischen Punkte betraf, so konnte sie sich nicht verhehlen daß die Zugrundlegung der einmal angenommenen Basis auch für das Provisorium, also die Einsetzung einer getrennten Verwaltung für das Herzogthum Schleswig nicht wohl abgelehnt werden könne; die einzelnen

Punkte, hoffte sie, würden sich, wenn das Princip einmal anerkannt worden, zu gegenseitiger Zufriedenheit erledigen lassen. Sie sprach dieß in einem Schreiben vom 26 März, von welchem ein den Standpunkt der königlichen Regierung genau bezeichnender Auszug in der Anlage gegeben wird, von neuem dem königlichen Gesandten aus, mit der Hoffnung daß ihm in diesem Sinne Instructionen von Frankfurt aus zugehen würden. Die Centralgewalt hatte auch in der That das Schreiben des königlich großbritannischen Staatssecretärs an Lord Cowley ganz in demselben Sinne aufgefaßt wie die königliche Regierung, und nach diesen Erläuterungen die Zulassung der fraglichen Formel von der „politischen Union" für unbedenklich erklärt. Sie sprach dieß in einem Schreiben an den königlichen Bevollmächtigten in Frankfurt, wirklichen geh. Rath Camphausen, ausdrücklich aus, und ertheilte dem entsprechende Instructionen an den Bevollmächtigten in London.

Nur über den materiellen Inhalt der Bestimmungen wegen der provisorisch für die Herzogthümer zu treffenden Einrichtungen walteten noch Bedenken ob, welche ebenfalls in diesem Schreiben ausgesprochen sind, und welche die k. Regierung, ihrem einmal angenommenen Grundsatz getreu, der Verhandlung in London und der Erledigung durch die Centralgewalt überlassen mußte. Während dieser Zeit war der vorgelegte Protokollentwurf auch nach Kopenhagen gesandt, und die dänische Regierung hatte sich ebenfalls nicht zur unbedingten Annahme des Protokolls entschließen können, sondern Modificationen desselben beantragen zu müssen geglaubt. Diesen Gegenentwurf theilte der königlich dänische Bevollmächtigte, Hr. v. Plessen, in Berlin mit, und zeigte in seinem Begleitschreiben vom 24 März an daß derselbe nach London gesandt sey, und daß seine Regierung, in der Hoffnung auf dieser Grundlage eine Verständigung zu erreichen, beschlossen habe von der Eröffnung der Feindseligkeiten, incl. der Blokade der schleswig-holsteinischen Häfen, statt am 27 März bis zum 3 April abzustehen, um Rückäußerung von London erwarten zu können. Durch eine Verkettung zufälliger Umstände ist, wie der königlich großbritannische Staatssecretär in der Parlamentssitzung vom 19 April erklärt hat, dieser Entwurf nicht innerhalb der bezeichneten Frist zur Verhandlung gekommen. Die königliche Regierung kann sich nur vollkommen der gleichzeitig von Lord Palmerston ausgesprochenen Ansicht anschließen daß, auch wenn derselbe innerhalb jener Frist vorgelegt worden wäre, der Bevollmächtigte der Centralgewalt sich nicht hätte ermächtigt achten können denselben anzunehmen. Somit begannen die Feindseligkeiten vom 3 April ab. Der königlich dänische Bevollmächtigte verließ Berlin am 8 April. (Beschluß folgt.)

Saarlouis, 14 Oct. Das gegen die vier am Prümer Zeughaussturme am schwersten betheiligten Landwehrmänner Seilen, Manstein, Alken und Pazem auf Todesstrafe durch Erschießen lautende kriegsrechtliche Erkenntniß, ist gegen die drei ersten bestätigt und so eben bei Fort Rauch vollzogen worden; der letztere ist zu lebenslänglicher Festungsstrafe begnadigt. (D. Z.)

Oesterreich. **Wien**, 18 Oct. Gestern fand im Schloß von Laxenburg ein Bankett zu Ehren der hier versammelten Deputationen der deutschen Eisenbahnverwaltung statt. Das Bankett, vom Handelsministerium veranstaltet, war nicht ohne politische Bedeutung. Schon der Umstand daß sämmtliche Minister (mit Ausnahme des Grafen Gyulai und des Baron Kraus) dem Bankett beiwohnten, gab ihm eine politische Färbung welche aber noch mehr erhöht wurde durch den Umstand daß das Fest, bei welchem Repräsentanten aller deutschen Länder versammelt waren, einen Tag nach der Publicirung des Vertrags über die deutsche Centralgewalt und einen Tag vor der Jahresfeier der Schlacht bei Leipzig stattfand. Zwischen allen Toasten klang die Bedeutung dieses Moments durch. Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg, der auf das Wohl der Abgeordneten einen Toast brachte, sagte unter anderm sehr bedeutungsvoll daß die Einigkeit die Grundlage der Einheit bilden müsse. Hr. v. Schmerling brachte einen Toast auf das Wohl Deutschlands aus. Hr. v. Bruck wies auf die Bedeutung des 18 Oct. hin, und auf die Brüderlichkeit mit welcher Deutschland und Oesterreich damals für ihr gemeinsames Interesse fochten, wie auf die Gemeinsamkeit der großen Interessen die in Gegenwart und Zukunft Oesterreich und Deutschland verknüpfen. Haben wir die Rede des Hrn. Handelsministers richtig aufgefaßt, so lag darin eine starke Perspective für eine baldige Zollannäherung an Deutschland. Pikant war auch ein kleines Zwischengespräch, das später in einer kleinen Gruppe in welcher sich Hr. v. Bruck befand, statthatte. Ein Hannoveraner äußerte einem den Zollvereinsstaaten angehörenden Abgeordneten gegenüber mit großer Selbstzufriedenheit, und nicht ohne einen beifallslustigen Seitenblick auf den Minister, daß in Hannover der Steuerverein und nicht der Zollverein bestände, und daß will's Gott der Zollverein noch lange von Hannover ferne bleiben werde. „Da werden wir uns viel eher verständigen," sagte Hr. v. Bruck zu dem Zollvereinsmann mit einer feinen Wendung, „wir werden unsern Tarif etwas herabstimmen, Sie werden ihn etwas erhöhen, und wir werden am Ende uns glücklich zusammenfinden." (Ostdeutsche Post.)

△ **Wien**, 19 Oct. Ein hier sehr gelesenes Volksblatt „der Telegraph" ist heute unterdrückt worden, weil es einen sehr scharfen Artikel gegen Haynau gebracht. Meine neuliche Bemerkung über das $4\frac{1}{2}$procentige Anlehen bestätigt sich. Viele Privaten die größere Beträge gezeichnet als es ihre Vermögensverhältnisse erlauben, haben nun Angst und werfen ihren Ueberfluß mit $\frac{1}{2}$ oder mit $\frac{3}{4}$ Proc. auf den Markt. Die Bemerkung der Allg. Ztg. daß in den hiesigen Vorstadttheatern der ausgezeichnete Gelehrte Gervinus verspottet werde, veranlaßt die „Presse" zu der richtigen Bemerkung daß in besagter Posse durchaus keine Anspielung auf jenen würdigen Gelehrten vorkomme. Dasselbe Blatt meldet mit Bestimmtheit daß der Kaiser demnächst nach Prag reisen werde. Das Ausbleiben der Prager Post gibt übrigens Veranlassung zu dem Gerücht daß ein Judenkrawall stattgefunden habe.*) Der gewesene Reichstagsdeputirte Hr. Kudler ist heute zum Decan der juridischen Facultät ernannt worden.

§ **Wien**, 19 Oct. Sicherm Vernehmen nach wird der Graf Colloredo doch einen Nachfolger in London erhalten, und man bezeichnet nun den Baron Neumann als künftigen Botschafter am englischen Hofe. Graf Colloredo soll sich vom Staatsdienst zurückzuziehen beabsichtigen. — Das Gerücht vom Rücktritt des Feldzeugmeisters Haynau bedarf wohl noch der Bestätigung. Er befindet sich vorläufig auf Urlaub in Gratz zum Besuche seiner Familie.

Das gestern erwähnte Circular lautet wörtlich: Der mit dem heutigen Tage erfolgte Abschluß der bisher bekannt gewordenen Anerbietungen zur Theilnahme an dem mit der Bekanntmachung vom 15 Sept. d. J. ausgeschriebenen $4\frac{1}{2}$% Staatsanlehen weiset eine Gesammtsumme von 71,161,000 fl. aus. Diese Ziffer kann zwar, wenn die noch nicht vollständig eingelangten Nachweisungen von entlegenen Plätzen eingetroffen seyn werden, einen Zuwachs erhalten, welcher unverzüglich zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden wird. Bereits jetzt wird aber in Folge des hohen Finanzministerialerlasses vom 18 d. M. erklärt daß der mit dem §. 5 der Bestimmungen über die Eröffnung dieses Anlehens vorbehaltene Fall nicht eintritt; daher alle bis einschlüssig zum 4 Oct. auf das gedachte Anlehen ordnungsmäßig subscribirten Beiträge keine Verminderung zu erleiden haben. Wien, am 18 Oct. 1849. Gustav Graf v. Chorinsky, k. k. niederösterr. Landeschef.

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth**, 17 Oct. Nach der Mittheilung vieler Reisenden welche kürzlich auf den Dampfschiffen aus den untern Donaugegenden kamen, verweilt der ungarische Agitator Ludwig Kossuth noch immer in Widdin. Die Gastfreundschaft des Pascha soll aber in der letzteren Zeit, da sich Kossuth nicht zu dem Islam bekehrte, ein bedeutendes nachgelassen haben und der Flüchtling streng bewacht werden. Dagegen bestätigt sich daß der Polenhäuptling Bem den Glauben seiner Väter abgeschworen habe, in der Hoffnung, wie so viele kriegslustige Renegaten, unter dem Halbmond zu Ehren und Würden aufzusteigen, die aber die Geschichte nie an einem Renegaten anerkannt hat. Mit dem obern Dampfschiffe — beiläufig gesagt hemmen jetzt die dichten Spätherbstnebel die Dampfschifffahrt bereits ungemein — kam dieser Tage auch der ehemalige Redacteur der Preßburger Zeitung, Honved-Hauptmann Bangya nach Pesth. Bangya befand sich bei der Komorner Besatzung und erhielt daher, wie alle Capitulanten in jener Festung, auf Verlangen einen Paß in das Ausland. In Komorn findet am 23 Oct. eine große Versteigerung von Schlachtvieh und sonstigen Vorräthen an Lebensmitteln statt. Wie man sich erzählt, soll der hingerichtete Baron Jessenak eine Hauptrolle bei den Umtrieben gespielt haben welche dieß gewaltige Bollwerk im Herbste vorigen Jahrs in die Hände dreifarbig gesinnter Befehlshaber lieferten. Der Bau des deutschen Interimstheaters schreitet rasch seiner Vollendung entgegen und dasselbe soll am 1 Nov. eröffnet werden. Der neue Director hat das Abonnement für die Wintersaison bereits angekündigt.

Der Siebenbürger Bote vom 8 meldet: „Sicheren Privatbriefen aus Wien zufolge haben Se. Maj. zur Unterstützung der sächsischen Nation eine und eine halbe Million Gulden als Darlehen mit drei Freijahren, dann vierprocentiger Verzinsung und ratenweiser Rückzahlung in zehn Jahren zu bewilligen geruht."

Portugal.

Eine englische Post von Lissabon reicht bis zum 9 Oct. Die Nachrichten sind von geringem Belang. Das Ministerium scheint sich mehr und mehr zu befestigen. Der Disconto an der Bank von Lissabon ist bis auf 18 gefallen; er stand einmal zu 58 und darüber. Der heurige Wein-

*) Wir haben die Prager Post erhalten und finden darin nichts von einem Krawall. Auch das Gerücht wegen Unruhen in Brünn hat sich nicht bestätigt.

herbst in Portugal war einer von den schlechtesten seit Menschengedenken. Wechselcurs: auf London $53\frac{3}{4}$.

Großbritannien.

London, 17 Oct.

Times und Chronicle, bisher in der Regel warme Schutzredner Oesterreichs gegen die ungemessenen und thörichten Angriffe der ultraliberalen Presse, sprechen — sichtbar mit Schmerzen — harte Verdammungsurtheile über die Hinrichtung Batthyany's und der ungarischen Officiere in Arad aus. Für den erst-rn Fall findet die Times keine Parallele in der Geschichte als die Hinrichtung des Grafen Egmont durch Alba. Zwar auch das englische Gesetz bestrafe den Hochverrath mit dem Tode; aber es verfahre offen und gerecht, und vergönne dem Angeklagten alle Rechtswohlthaten der Vertheidigung. Letzteres vermißt die Times in dem Processe Batthyany's, und findet daher sein Schicksal ebenso beklagenswerth wie das Verfahren des österreichischen Kriegsgerichts unpolitisch und verhängnißvoll.

Die neueste Choleraliste meldet 23 Todesfälle in London und seiner Umgegend; 153 in England und Wales, 4 in Schottland.

In der Themse hat man vor einigen Tagen einen seltenen Fang gemacht: ein Wallfisch von beinahe 70 Fuß Länge und etlichen 80 Fuß im Umfang, gerieth bei dem Dorfe Grays, unterhalb von Gravesend, zur Zeit der Ebbe ins seichte Uferwasser. Die Bauern hielten den Leviathan anfangs für ein umgestürztes Boot, bis sie seine gewaltigen Bewegungen um wieder flott zu werden wahrnahmen. Mit großer Mühe und nicht ohne Gefahr ward er mit Stricken umschlungen, ans Ufer gezogen und da getödtet. Die speculativen Dorfbewohner ließen das Ungeheuer sofort für Geld sehen, und beabsichtigten mit demselben nach London hinaufzukommen. Indessen der Lordmayor von London, als Conservator der Themse bis an den Einfluß des Medway, behauptete als solcher seinen Anspruch auf den Fisch, und begab sich deßhalb mit dem City-Solicitor nach jenem Dorfe, wo sich ihm die mittlerweile in Fäulniß übergegangene ungeheure Fleischmasse des Fisches schon von fern durch furchtbaren Gestank ankündigte. Er verzichtete sofort auf das Eigenthum zu Gunsten der Fänger des Fisches, diese wurden aber unter sich uneinig — denn der Fisch ist zu 200 Pf. St. gewerthet — und so dürfte ein Wallfischproceß entstehen.

‡ **London**, 18 Oct. Gestern fand im Stadthaus eine zahlreiche Versammlung Londoner Bankiers und Kaufleute, unter Vorsitz des Lordmayors, statt, in w.lcher Vorbereitungen zu der im Jahre 1851 anstehenden großen Industrie-Ausstellung beschlossen wurden. Die nöthigen Fonds sollen durch Subscription aufgebracht werden. Dem Prinzen Albert, unter dessen Auspicien das Unternehmen vor sich geht, ward eine Danksagung votirt. — Mit dem Dampfboot „Cambria" ist eine New-Yorker Post vom 3 Oct eingelaufen, ohne irgend erhebliche Nachrichten. Der Handel war allerwärts in der Union sehr lebhaft; nur um den Baumwollmarkt ist es schlimm bestellt. Curs auf London $109\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$.

Frankreich.

Paris, 18 Oct.

Die Nationalversammlung kam gestern nicht über die Guadeloupe'sche Wahlsache hinaus, und die Verhandlung endigte mit der Ungültigkeitserklärung der Wahlen der HH. Perrenon und Schölcher, deren Anhang sich arge Gewaltthätigkeiten gegen Personen und Eigenthum erlaubt hatte. Die römische Frage wurde daher auf heute verschoben, wo der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Tocqueville, die Debatte mit der Bemerkung eröffnete: alle welche einigen Einfluß auf die Expedition ausgeübt, seyen einverstanden daß sie die Wiedereinsetzung des Papsts zum Zweck hatte. Da man links heftig widersprach, so erläuterte der Minister, er meine diejenigen die für die Expedition gestimmt hätten, und er meine nicht eine Widereinsetzung überhaupt, sondern eine liberale und gnädige Wiedereinsetzung. In diesem Sinn habe die Regierung stets gehandelt, um so mehr als die Wiedereinsetzung der Wunsch des zahlreichsten und gesunden Theils der römischen Bevölkerung gewesen, nie sey es ihr eingefallen dem Willen des Papstes Gewalt anthun zu wollen, und zwar einmal darum weil die päpstliche Macht gewissermaßen eine unanfaßbare Macht sey, an der sich die europäischen Gewalten zu allen Zeiten gebrochen, und dann weil der Papst das Oberhaupt der katholischen Kirche. Gleichwohl habe man ehrfurchtsvoll einige Bitten an ihn gerichtet, man habe ihn um Institutionen gebeten welche den Römern die bürgerliche Freiheit und Wohlfahrt geben könnten, nicht um Rückgabe der früher verliehenen Freiheiten, weil es bei der Lage in welche ihn diejenigen versetzt denen er diese Concessionen gemacht nicht angegangen wäre in dieser Beziehung ihn zu drängen. Der Minister theilte jetzt die Instructionen des Hrn. v. Corcelles und einige Depeschen dieses Bevollmächtigten mit, und fuhr fort: „Ich gelange zu einem Document das viel Lärm gemacht hat, sowohl wegen seiner Wichtigkeit als weil man darin suchen wollte was nicht darin stand. Der Brief des Präsidenten ist ein Resumé unserer Politik. Obgleich dieses Document nichts officielles hatte, konnten wir ihm unsere Beistimmung geben. Ich verhehle nicht daß das Motuproprio unsere Erwartungen nicht völlig erfüllt hat, aber es hat bei der retrograden Partei in Italien die tiefsten Antipathien erregt. Warum? Weil sich in dem Motuproprio alle von uns verlangten Freiheiten im Keim finden." (Ausbruch von Gelächter links.) Er erwähnte nun wie er an Hrn. v. Corcelles geschrieben daß er von den liberalen Gesinnungen des heiligen Vaters neue Gunstbezeugungen für das römische Volk hoffe. Allein noch eine andere Aufgabe habe die Expedition nach Rom geführt — die demagogische Faction in die Unmöglichkeit zu versetzen weiter Schaden anzurichten. Dieß sey geschehen. Die Milizen, alle gefährlichen Fremden seyen entwaffnet, den Fremden die sich entfernen wollten habe man die Abreise erleichtert, keinen übel behandelt, sie vor der Reaction, der päpstlichen Justiz geschützt in dem Augenblick als ihre Anhänger in einem Pariser Theater — die französische Fahne ausgezischt. (Links: Wir haben euch ausgezischt.) Er verlas auch den Brief an Hrn. v. Cor-elles, worin er ihn beauftragte den heiligen Vater um eine Amnestie zu bitten. „Ich hoffe," schloß er, „daß dieses Verlangen gewährt wird, denn ich habe alles Vertrauen zu der Güte und den Absichten Pius IX, der das Zeichen der Freiheit und der liberalen Ideen gegeben, und dem man mit Gewaltthaten und Meuchelmord geantwortet hat." Links: „Sie lügen!" Präsident ruft Hrn. Testelin zur Ordnung. Hr. Testelin: „Ich bleib bei meiner Behauptung." Präsident: „Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung, und Ihr Name kommt ins Protokoll." Eine lange Unterbrechung folgte auf diese Rede. Hr. Mathieu (de la Drôme), der nächste auf der Tribüne, suchte den Unterschied darzulegen zwischen den Forderungen des Präsidentenbriefs und den Bewilligungen des Papstes. „Weil sich niemand dieses Briefs vom 18 Aug. annimmt," rief er aus, „so werden wir ihn rechtfertigen, unsere Vertheidigung des Präsidenten kann nicht verdächtig seyn." Links: „Ja, ihr habt ihn anklagen wollen." (Gelächter.) Hr. Mathieu: „Wir haben wenigstens nicht gesagt seine Ernennung wäre eine Schmach für Frankreich." Hr. Bixio: „Das hat Hr. Thiers gesagt." Hr. Thiers straft ihn Lügen. Soweit bei Abgang der Post, und es ist nur die Bemerkung hinzuzufügen daß man sich unter der Majorität dahin verständigt zu haben scheint dem Präsidentenbrief, dem Motuproprio und dem Bericht des Hrn. Thiers eine solche Deutung zu geben als ob sie im Grund ein und dasselbe besagten. Diese Identitätspolitik ist plötzlich das System des J. des Débats geworden, man will den Riß verdecken aber die Opposition wird nur um so eifriger zeigen wo er ist. — La Patrie spricht von der Ankunft eines Adjutanten des Kaisers Nikolaus in Paris.

⊙ **Paris**, 17 Oct. Die in meinem vorletzten Schreiben ausgesprochene Ansicht die römische Frage könne sehr leicht die Veranlassung zu einem Bruche zwischen dem Präsidenten der Republik und der Majorität werden, hat, wie sie aus den Pariser Blättern ersehen haben werden, in den jüngsten Ereignissen ihre Bestätigung gefunden, wenigstens insofern als Ludwig Bonaparte fest entschlossen ist vor der Gefahr jenes Bruches nicht zurückzuschrecken. Das Ministerium ist ganz einverstanden mit ihm. Es wird wie heute l'Ordre (Organ des Hrn. Barrot) ausdrücklich versichert, seinen feierlichen Erklärungen treu, nichts vernachlässigen um der Politik deren Initiative es ergriffen habe, Geltung zu verschaffen. Sollte aber jemand in den Debatten die Politik der Cardinäle der Politik Frank.eichs vorziehen so werde man die Majorität in den Stand setzen sich auszusprechen, und es sey nicht zu befürchten daß sie die Regierung nöthigen werde ihre Ehre und die wahren Interessen des Papstes zu opfern. So l'Ordre. Nach einer ganz zuverlässigen Benachrichtigung darf ich hinzufügen daß man — in diesem Augenblicke wenigstens — im Elisée National entschlossen ist selbst vor einem ungünstigen Votum der Kammer nicht zurückzuweichen. Das Ministerium soll in jedem Falle auf seinem Posten bleiben. Hierdurch würde dasselbe Verhältniß wie das zur Zeit der constituirenden Nationalversammlung herbeigeführt werden. Der Präsident stützt sich übrigens auf einen bis jetzt wenig bekannten Umstand. Es existirt nämlich unter den Depeschen aus Rom eine von Hrn. de Corcelles, worin dieser eines Gespräches zwischen ihm und dem Papste erwähnt, und versichert Pius IX habe in demselben sich bereit erklärt eine allgemeine Amnestie, die Säcularisation der Verwaltung und eine Art von Repräsentativsystem zu bewilligen. Diese Depesche war ungefähr vierzehn Tage vor der Publication des vielbesprochenen Briefes hier eingetroffen.

□ **Metz**, 16 Oct. Ein Junius-Proceß en miniature wird in den nächsten Tagen dahier verhandelt. Bekanntlich hat der Cassationshof wegen juridischen Verdachts die Geschwornen des Unter-Elsasses für unfähig

erklärt die Straßburger Complottisten abzuurtheilen und deßhalb den Proceß hieher verwiesen. Schon füllen sich unsere Gasthöfe mit Zeugen aus dem Elsaß. Sie spazieren munter und guter Dinge durch unsere Straßen, und sprechen an öffentlicher Wirthstafel von einer Freisprechung der Angeklagten, als hätten sie Herz und Gewissen der Geschwornen geprüft. Jules Favre wird heute dahier erwartet. Er hat die Vertheidigung des Hauptangeklagten, des Hrn. Professors Käß, übernommen. Dem Buchdrucker Dannbach steht Hr. Pistor — ein ehemaliger Pfälzer Flüchtling — als Advocat zur Seite, und außerdem werden wir die bekannten Advocaten Louis und Fleury aus Nancy hören. Ein Straßburger Anwalt, Hr. Engelhardt, hat ebenfalls die Vertheidigung eines Angeklagten übernommen. Die Zahl der von der Gerichtsbehörde vorgeladenen Zeugen beträgt nicht weniger als 110, unter welchen sich die obersten Beamten von Straßburg befinden. Die demokratischen Blätter wollen und können an keine Verurtheilung glauben, da die ganze Kundgebung im Elsaß bloß eine Mißbilligung der Regierungshandlungen Ludwig Bonaparte's und seines Ministeriums gewesen sey. Die Verhandlungen werden uns darüber aufklären.

Italien.

Die Verhaftungen in Neapel werden immer zahlreicher, und treffen jetzt auch die Mitglieder der gemäßigten Partei. Namentlich sollte der Fürst Antonio Dentice und Frasso verhaftet werden; er ist aber, mit den HH. Mancini und G. Pisanelli glücklich nach Turin entkommen. — In Turin (17 Oct.) sprach man von einer theilweisen Aenderung des Ministeriums, namentlich von dem Austritte Pinelli's.

Türkei.

(Times.) Wir haben Nachrichten aus **Konstantinopel** bis zum 30 Sept.*) Bis dahin war keine Antwort von St. Petersburg oder Wien eingetroffen. Die Türken indessen rüsteten sich mit großer Thätigkeit auf das Schlimmste, und waren beschäftigt die Festungswerke ihrer Hauptstadt auszubessern; Tag und Nacht wurde von Ingenieurs und Soldaten daran gearbeitet. Das ganze Land ist von einem Gefühl durchdrungen. Die brittische Flotte unter Sir W. Parker war am 4 Oct. von Korfu nach Athen abgesegelt. Sie ist im vortrefflichsten Zustand, wohl bemannt, wohl bewaffnet und gut befehligt. Sie besteht aus 3 Dreideckern, „Caledonia," „Howe" und „Queen;" 3 Zweideckern, „Prince Regent," „Vengeance" und „Powerful," dann der Fregatte „Thetis" und den Dampfern „Odin," „Dragon" und „Rosamond," nebst verschiedenen kleineren Fahrzeugen. Der Admiral, hieß es, habe einen doppelten Zweck: einmal der Seeräuberei im Archipel, die in letzter Zeit gar sehr überhandgenommen, ein Ziel zu setzen, und dann in kürzerer Entfernung von den Dardanellen den Gang der Ereignisse in Konstantinopel zu beobachten.

* Im Widerspruch mit den englischen Berichten, welche die türkische Nation als erfüllt von den Gefühlen der Gastfreundschaft und Humanität für die ungarischen Flüchtlinge schildern, versichern unsere Briefe von dort daß sich mehr und mehr die Abneigung kundgebe sich um dieser „Ungläubigen" willen in Krieg treiben zu lassen. Eben erhalten wir von sicherer Hand ein Schreiben aus Belgrad vom 12 Oct., das die Lage der Geflüchteten als die unglücklichste bezeichnet die sich denken lasse. Die anfangs milden Bekehrungsversuche schlugen bald in wilden Fanatismus um: wer sich weigerte den Glauben der Väter abzuschwören, ward mit den scheußlichsten Schimpfwörtern, ja mit Faustschlägen, Steinwürfen und Bayonnetstichen verfolgt. Noch wurden alle Flüchtlinge in strenger Gefangenschaft gehalten. Nur zwei Engländer unter ihnen — General Guyon und Obrist Longworth — erhielten auf Verwendung des englischen Consuls in Bucharest die Freiheit. Man glaubte in Widdin und Belgrad nicht an einen Krieg.

Konstantinopel, 6 Oct. Zu Top Khena hat das Gouvernement eine neue Fabrik für Anfertigung von Proviant-, Pulver-, Munitions- wie Luxuswagen errichtet. Die Einweihung dieser Fabrik geschah mit großem Pompe in Gegenwart des Sultans wie seines Hofstaates. Um dem Sultan eine Ueberraschung zu bereiten, wurde unter seinen Augen eine Probe mit der Fabrication von Zündhütchen gemacht, und ein electromagnetischer Telegraph in Bewegung gesetzt, Gegenstände welchen Se. Maj. so sehr entzückten daß er bei seinem Abgang den Director der neuen Anstalt zum Zeichen seiner Zufriedenheit zum Ferik erhob. Die französische Regierung hat nun, nachdem Hr. v. Sartiges seine Unterhandlungen mit dem Schah von Persien abgebrochen hat, den Obersten Dubois von Sandigny, welcher schon öfter in der Levante und in Indien den französischen Staat repräsentirte, als außerordentlichen Botschafter nach Persien gesandt; ebenso hat die Pforte Se. Exc. Sami Effendi, als außerordentlichen Gesandten nach Persien beordert, dagegen ist Hr. v. Sartiges nach Frankreich zurückgekehrt. (Presse.)

*) Die directen Nachrichten der Allgem. Ztg. gehen bekanntlich bis zum u. 6 Oct.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die Handelsmarine der Vereinigten Staaten betrug nach officiellen Angaben im Jahr 1818 1,225,284; 1828 1,741,391; im Jahr 1838 1,995,639, und 1848 3,154,051 Tonnen, ist also jetzt dritthalbmal so groß als vor 30 Jahren. — Weitere Gold- und Bleiminen sollen, die erstern im Gebiet Arkansas, die letztern in Iowa entdeckt worden seyn. Namentlich nach den erstern strömt eine Menge Menschen.

Hayti.

Ueber die Kaiserkrönung Soulouque's, welcher „Hrn. Louis Napoleon das Prävenire gespielt," schreibt ein Correspondent der Britannia: „Port-au-Prince 26 Aug. Sie werden mit Erstaunen vernehmen daß, inmitten der Revolutionen welche Monarchien in Republiken verwandelten, die Republik Hayti ein Kaiserreich geworden ist. Am 23 August entstand plötzlich das Gerücht: der Präsident Faustin Soulouque werde den Kaisertitel annehmen. Wie sehr man auch in diesem Lande sonderbarer Ereignisse gewohnt worden ist, fand diese Geschichte doch kaum Glauben. Indessen an den zwei folgenden Tagen ward eine Bittschrift colportirt des Inhaltes: die Kammer und der Senat möchten Hrn. Soulouque die Kaiserkrone übertragen. Nur wenige Bürger unterzeichneten. Die Bittschrift war aber auch nur eine leere Formel, denn der Act würde so und so vor sich gegangen seyn; die Krone war ja bereits fertig und die Kronjuwelen angekauft. Die Zustimmung des Senats erfolgte am 26 Morgens, und eine Deputation verfügte sich zu Soulouque um ihm die „Entscheidung" anzukündigen. Die Truppen standen, wie an Sonntagen gewöhnlich, in Parade, und man erwartete daß sie ihn als Kaiser proclamiren würden. Das geschah aber nicht. Kaiser und Kaiserin verfügten sich mit Cortège in die katholische Kirche. Bei ihrem Aufzug und während der Feierlichkeit donnerten Kanonensalven von den Forts. Das Schauspiel sollte recht imposant seyn, war aber das Gegentheil. Soulouque empfing die Krone aus der Hand eines seiner Ex-Minister, und setzte sie, recht napoleonisch, sich selbst aufs Haupt — „gare à qui la touche!" — während die Kaiserin und ihre kleine Prinzessin daneben knieten. Der Kaiser trug seine gewöhnliche blaue Uniform, jedoch mit einem ungeheuern Stern darauf; die Kaiserin und die Prinzessin trugen reichgestickte, von Juwelen schimmernde, lilafarbige Seidenkleider. Auf dem Kopf trug Ihre Maj. einen Cypressenkranz. Als die Krönung vollzogen war, nahm ein wohlbekannter, nicht sehr reputabler Jesuit die Weihe vor, worauf Ihre Majestäten die Huldigungen entgegennahmen. Auf dem Platze vor dem Palast waren die Truppen aufgestellt, und brachten dem rückkehrenden Kaiserpaar zwei Vivat aus, die jedoch sehr schwach schallten. In der That, die meisten Leute wußten nicht was sie aus dem Vorgang machen sollten, und mit Ausnahme derer denen die Veränderung Titel und Würden eingebracht hat, ist niemand mit ihr zufrieden. Das Volk scheut den Kaisernamen seit der Zeit des grausamen Dessaline. Die ganze Sache sieht aus wie ein schlechter Spaß, der aber für diese unglückliche Insel sehr ernsthafte Folgen haben kann." — Dem Pariser Charivari hat die Geschichte Stoff zu einigen sehr ergötzlichen Vignetten geliefert. Auf der einen präsidirt Soulouque, eine gräuliche Negerfratze, im Staatsrath der den neuen Code Napoléon-Soulouque zu redigiren hat, mit der Hetzpeitsche, und die schwarzen Staatsräthe kriechen unter den Tisch. Auf einer andern steht die Kaiserin in einem gar kurzen Röckchen, und ihr Gemahl spricht zu ihr: „Meine liebe Freundin! Sobald es meine Finanzen erlauben, kauf' ich dir den fehlenden Stoff, um den Schlepp deiner Robe noch kaiserlicher zu machen." Dort mustert Soulouque im Napoleonshütchen seine alte Garde, welche bis auf die Schwimmhosen in puris naturalibus das Gewehr präsentirt, und spricht zu den hinter ihm stehenden General, der einen Federhut und gestickten Frack, aber ohne Beinkleider, trägt: „Als Grande Tenue ist das nicht übel, aber für die Petite Tenue wünsch' ich etwas einfacheres." Auf einem vierten Bildchen hat der Kaiser einem verdienstvollen General — es gibt deren jetzt so viele („every month sends forth a new one") — seinen Orden der Ehrenlegion, grünen Adlerorden oder sonst was verliehen, und sagt: „je t'ordonne d'accrocher cette décoration à la boutonnière." Aber der Krieger hat keinen Rock, wie soll' er ein Knopfloch finden? Indeß er wird den Orden an die Schwimmhose befestigen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 18 Oct. Consols $91^{7}/_{8}$; Bank Stock 199. In den letzten Tagen hat starke Einfuhr von Species stattgefunden.

Paris, 18 Oct. 3proc. 55.65; 5proc. 87.75; Bankactien 2327.50; belg. 5proc. $97^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $89^{1}/_{4}$; österr. Loose v. 1834 380; neap. 5proc. (neue) 88; röm. 80; span. 3proc. $34^{1}/_{4}$; innere Sch. $27^{1}/_{4}$; piem. 5proc. v. 1849 83.30; Oblig. v. 1834 975; Paris-Orleans E.-B. 730; Rouen 520; Straßburg 345; Nordbahn 426.25; Rouen-Havre 233.75; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 400; Tours-Nantes 282.50.

Amsterdam, 18 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. 53; 3proc. 63; 4proc. $82^{1}/_{4}$; portug. 5proc. $33^{3}/_{8}$; Metall. 5proc. $85^{1}/_{8}$; Ard. $10^{5}/_{8}$. Curs auf London $12.07^{1}/_{2}$ k. P. Curs auf Hamburg 35 k. S.

Augsburg, 20 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Obl. 86 G. 4proc. 93 P., $92^{1}/_{2}$ G. 5proc. $100^{5}/_{8}$ P., $100^{1}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 62 G. Oesterr. 5proc. Metall. $90^{5}/_{8}$ P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württemb. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 20 Oct. Oesterr. 5proc. Met. $89^{5}/_{8}$; 4proc. $72^{1}/_{2}$; 3proc. $53^{3}/_{4}$; $2^{1}/_{2}$proc. 46; Bankactien 1355; 500fl.-Loose $149^{1}/_{2}$; 250fl.-Loose $106^{1}/_{4}$; prß. 50Thlr.-Prämiensch. $100^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldsch. $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. $88^{1}/_{2}$; Ludwigcanal $45^{1}/_{2}$; Ludwigs.-Verbach $85^{1}/_{4}$; württ. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{3}/_{4}$; bad. 5proc. $97^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $79^{1}/_{8}$; Lotto-Anleh. à 50 fl. $53^{3}/_{4}$; 35fl.-Loose 32; darmst. 4proc. 89; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; 50fl.-Loose $72^{5}/_{8}$; 25fl.-Loose $26^{3}/_{8}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordb. $54^{5}/_{8}$; 40Thlr.-Loose $34^{5}/_{8}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$; 25fl.-Loose $25^{1}/_{4}$; Frankf. 3proc. $80^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $93^{5}/_{8}$, 90; Taunusbahn 298; holl. Integr. $53^{1}/_{4}$; span. innere Schuld $26^{5}/_{8}$; poln. 300fl.-Loose 110; 500fl.-Loose 81; sard. 36Fr.-Loose 33; Disc. $1^{5}/_{8}$ P.

Dresden, 7 Oct. Am 28 Sept. ward hier die siebente ordentliche Generalversammlung der sächsisch-schlesischen Eisenbahngesellschaft abgehalten, bei der von 40,000 Actien nur 2862 durch 65 Actionnäre einschließlich der Directions- und Ausschußmitglieder vertreten waren. Aus der Eröffnungsrede des Vorsitzenden im Directorium, Barons v. Gablenz, ging hervor daß die Bahn trotz der immer noch ungünstig gewesenen politischen Verhältnisse dieses Jahrs bis Ende August eine Mehreinnahme von 30,000 Thlr. gegen voriges Jahr gehabt, ohne die 6000 Thlr. welche aus den Militärtransporten einkamen; bei den Ausgaben traten andrerseits mehrfache Ersparnisse ein, wie man auch weitere, namentlich durch die fortgesetzten Versuche die Braunkohle als Feuerungsmaterial zu verwenden, zu erlangen suche. Nachdem hierauf der Vorsitzende des Ausschusses, Landesältester v. Thielau, angezeigt daß die vom Directorium abgelegte Rechnung über das Jahr 1848 vom Ausschuß als richtig befunden worden sey, folgte der Vortrag der einzelnen Positionen des Geschäftsberichts. Es erhob sich nur bei Position 10 eine lebhaftere Debatte, indem von einigen Actionnären behauptet ward daß durch Vernachlässigung der beaufsichtigenden Ingenieurs die nothwendig gewordenen Reparaturen und theilweise Erneuerung der Bahnhöfe in Löbau und Bautzen veranlaßt worden seyen; die Debatte endete nach Verwerfung eines Antrags, aus der Mitte der Actionnäre eine Commission zu ernennen, welche zu untersuchen habe inwiefern die beaufsichtigenden Ingenieurs Schuld an den erwähnten Reparaturen und Neubauten tragen, damit daß das Directorium den Gegenstand nochmals zu erörtern versprach. Auch die Position 18, die etwa 11,000 Thlr. betragenden Anleihekosten betreffend, fand einigen Anstoß, ward aber nach den vom Directorium gegebenen Erläuterungen genehmigt. Bei dem endlich erfolgenden Bericht in Betreff der Abänderung der Statuten bringt Advocat Weber aus Bautzen einen Antrag dahin ein, daß Directorium und Ausschuß von der heutigen Generalversammlung ermächtigt würden mit der Staatsregierung unter gewissen (von ihm einzeln aufgezählten) Bedingungen wegen Abtretung der Bahn an den Staat in Unterhandlung zu treten und das Resultat einer außerordentlichen Generalversammlung zur Verhandlung und Beschlußnahme vorzulegen. Regierungscommissär Judeich bemerkt daß er zwar zu einer Erklärung der Regierung hierüber nicht ermächtigt sey, daß er aber den Zeitpunkt zu einer etwanigen Abtretung der Bahn an den Staat für günstig halte. Der Vorsitzende des Ausschusses v. Thielau sieht in einer solchen Abtretung nur Vortheil für den Staat, nicht aber für die Gesellschaft. Bankier Bondi stellt einen Antrag, wonach das Directorium und der Ausschuß bei den Verhandlungen mit der Regierung die Bedingung stellen daß im Fall eines Abschlusses mit derselben die Regierung in der nächsten Generalversammlung bei Beschlußfassung über die Frage der Abtretung sich des Stimmrechts begebe. Der obenerwähnte Weber'sche Antrag wird einstimmig angenommen, gegen den Bondi'schen Antrag erklärt sich Steuerprocurator Fleck als statutenwidrig, und es erhält derselbe auf Vorschlag des Bürgermeisters Klinger folgende Fassung: „daß die Gesellschaftsvorstände bei den Verhandlungen mit der Regierung dahin wirken möchten daß dieselbe sich des Stimmrechts in der nächsten außerordentlichen Generalversammlung bei der Beschlußnahme über diese Angelegenheit begebe,“ wurde aber bei der Abstimmung mit 184 (115 Stimmen der Regierung) gegen 148 Stimmen verworfen, worauf die Generalversammlung geschlossen wurde. Bei der sodann erfolgenden Verlesung des Protokolls erklärten mehrere Directorial- und Ausschußmitglieder daß die Abstimmung über den letztern Antrag eine richtige nicht gewesen, da nur 217 Stimmen abgegeben wurden, also der Regierung nicht, wie im Anfang der Versammlung, das statutenmäßige Drittel von 115 Stimmen, sondern nur noch 73 Stimmen zukamen, demnach also, da nur 69 Stimmen der Actionnäre mit Nein antworteten, der Antrag mit 148 gegen 142 Stimmen als angenommen, nicht aber als abgeworfen zu betrachten sey.

♀ **Wien**, 19 Oct. Die Stimmung an unserer Börse war auch heute sehr matt und das Weichen der Curse, zunächst in Metalliques und Nordbahnactien, hat seit gestern weitere Fortschritte gemacht. Besonders war aber das neue $4^{1}/_{2}$proc. Anlehen gedrückt, und an der Börse bis 84 angeboten. Im Verlaufe des Geschäftes schienen sich die Curse wieder einigermaßen zu erholen (5proc. hoben sich auf $95^{1}/_{4}$ und Nordbahn auf $109^{1}/_{4}$), allein sie konnten sich bei den bedeutenden Verkäufen nicht behaupten und schlossen weichend zur Notiz. Sehr fest behaupteten sich dagegen k. k. Anlehensloose sowie Bankactien. Wechsel und Comptanten boten wenig Veränderung dar, doch waren letztere preishaltend und Gold und Silber lebhaft gefragt. Der Umsatz ziemlich belangreich. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94^{5}/_{8}$–$94^{3}/_{4}$. $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) 84–$^{1}/_{4}$. Loose v. J. 1834 162–$162^{1}/_{2}$. Loose v. J. 1839 $113^{1}/_{2}$–$113^{3}/_{4}$. Bankactien 1207–1210, Nordbahnactien $108^{3}/_{8}$–$108^{1}/_{2}$, Gloggnitzer $108^{1}/_{2}$–109, Mailänder $84^{1}/_{2}$–$84^{3}/_{4}$. Pesther $78^{3}/_{4}$–79. London (f. l. S.) 10.50 P., Hamburg $157^{3}/_{4}$ P., Augsburg uso $107^{1}/_{4}$ G., Frankfurt $106^{3}/_{4}$ G., Amsterdam 149 P., Mailand 98 P., Paris $127^{3}/_{4}$ P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $12^{1}/_{2}$, Silberagio $7^{3}/_{4}$–8 Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beilage zu Nr. 295 der Allgemeinen Zeitung vom 22 October 1849.

Das deutsche Volksschulwesen.

⁂ **Aus Baden.** Es ist eine nicht zu bestreitende Thatsache daß die öffentlichen Lehrer, insbesondere aber die Volksschullehrer, einen entschiednen Antheil an der politischen Aufregung unserer Zeit haben, und sich dadurch in den Augen aller Gutdenkenden wesentlich geschadet, ja selbst bei den Besseren ihrer Partei verdächtig gemacht haben. Wir können und wollen hier nicht über die verschiedenen Principien streiten; aber wenn schon ein *Camillus* den verrätherischen Schullehrer welcher die Kinder des Feindes in die Hände der Römer überlieferte, mit Ruthen peitschen ließ (Liv. V. 27), wie viel mehr verdienen unsere Lehrer Strafe welche die Schüler in eine Richtung zu bringen suchen deren Ausgangspunkt Raub und Mord ist und seyn muß; denn von einem ächten Republicanismus ist bei diesen communistischen Tendenzen keine Ahnung. Indessen ist selbst dieser Vorwurf noch nicht der härteste welcher viele öffentliche Lehrer trifft; denn man kann sagen: sie wissen nicht was sie thun, und es mag wirklich häufig so gewesen seyn. Größer aber noch ist die Schuld daß die Lehrer im allgemeinen, natürlich mit Ausnahmen, mehr oder weniger ihre eigentliche Bestimmung aus den Augen verloren haben, daß das deutsche Volksschulwesen in mehr als Einem deutschen Lande innerlichst entartet ist, so daß es seiner ursprünglichen Absicht gar nicht mehr entspricht, und daß hieraus eine Rohheit oder eine Verbildung des Volks nothwendig hervorgehen muß, welche uns ein noch viel entsittlichteres Geschlecht in Aussicht stellt als das gegenwärtige ist.

Die Volksschule soll ihre Zöglinge zu *verständigen* und *guten Menschen* heranzubilden suchen. Hierüber kann kein Streit seyn. Aber beides ist im allgemeinen nicht geschehen. Das heranwachsende und herangewachsene Geschlecht ist seither nicht wahrhaft verständiger und gewiß nicht besser geworden, und wer dem nicht glauben will der gehe unter die Massen und staune über diese stupide Rohheit, von der tiefsten Unsittlichkeit durchdrungen, die sich in so vielen Erscheinungen kundgibt. Roh waren wohl auch die früheren Geschlechter; aber ihre Rohheit wurde gemildert und oft sogar ganz unschädlich gemacht durch *Religiosität*; diese fehlt aber jetzt im höchsten Grad, und so wird denn die Rohheit doppelt furchtbar.

Indessen muß man aber auch von der andern Seite wieder gerecht seyn, und darf nicht alle Schuld auf die Schullehrer wälzen und sie allein die Verantwortlichkeit für unsere Zustände tragen lassen. Sie selbst sind das Opfer theils eines bösen Geistes geworden, der, mit dämonischer Macht ausgerüstet, über die Völker kam, theils einer *innerlichst verirrten Pädagogik*, welche ihr ganzes Heil in einem lähmenden Mechanismus der *Methoden* und *Formen* fand. Das deutsche *Volksschulwesen* ist daher auch bei weitem mehr anzuklagen als die einzelnen Lehrer. Schon längst haben erleuchtete Männer die Art und Weise des modernen Schulwesens getadelt, und auf die tiefen Gebrechen hingewiesen an denen es leidet; allein man hörte nicht auf diese Warnungsstimmen; jetzt nun hat die *Erfahrung* ihre gewaltige Stimme erhoben und dieser muß man glauben.

Man hat die Volksschullehrer offenbar aus ihrer einfachen und natürlichen in eine erkünstelte, gezwungene und unnatürliche Sphäre hingedrängt, und dadurch nicht nur ihre eigentliche Bestimmung verrückt, sondern ihre Ansprüche gesteigert und ihre Selbstüberschätzung vergrößert. Den Anfang machte man in dieser falschen Richtung mit den *Schullehrerseminarien*, welche, wenn sie überhaupt nöthig waren, auf eine viel einfachere Weise hätten eingerichtet werden müssen. In diesen Seminarien hat man die Schullehrer methodisch verdorben; denn man suchte ihnen nicht nur eine das Ziel der Volksschule bei weitem überschreitende Bildung beizubringen, sondern man fütterte sie zum voraus mit überspannten Ansprüchen und Erwartungen für den Hunger welchen sie später leiden sollten. Das Schlimmste in diesen Seminarien war aber daß die religiös-sittliche Bildung der Zöglinge nicht nur verwahrlost, sondern in falsche Bahnen geleitet wurde, welche, da denn doch die geistige und sittliche Reife fehlte, häufig zum vollen Unglauben führten, und daß ferner das *Unterrichten*, und nur dieses, das einzige Ziel war nach welchem man hinstrebte. In dieser Beziehung waren viele Seminarien ein wahres Aergerniß für den kundigen Beobachter. Es wurde ganz vergessen daß hier der überwiegenden Mehrheit nach *Dorfschulmeister*, im allgemeinen aber *Elementarlehrer* gebildet werden sollten, sondern man sah in diesen Anstalten kleine Universitäten, und wollte in zwei höchstens drei Jahren aus völlig unvorbereiteten Jünglingen Meister in den verschiedenartigsten Fächern hervorgehen lassen. Man verstieg sich in der Geschichte bis zu einem allgemeinen Cursus der Weltgeschichte mit den geringfügigsten Einzelheiten; in dem Rechnen bis zu arithmetischen und geometrischen Proportionen, Decimalbrüchen, Ausziehen der Quadrat- und Kubikwurzeln; in der Raumlehre bis zur Stereometrie; in der Musik bis zur Harmonielehre; endlich bis zum Taubstummenunterricht und der Landwirthschaft. Daß dabei nichts gründlich erlernt werden konnte lag am Tag; aber die jungen Leute bildeten sich doch ein etwas zu wissen, und spannten ihre Forderungen danach. Dazu kam nun noch der große Uebelstand daß diese Seminaristen an größere Bedürfnisse in Nahrung und Kleidung gewöhnt wurden welche späterhin nicht befriedigt werden konnten. Diese *Herren* welche aus den Seminarien hervorkamen, wollten nun auch als *Herren* behandelt und bezahlt werden, und als dieses nicht stattfand, griff die tiefste Unzufriedenheit in allen Beziehungen um sich. Daher diese Renitenz gegen ihre Vorgesetzten; daher die Verbindungen und Vereine die bestehenden Verhältnisse umzustürzen; daher endlich die Verführung der Jugend zu gleichen Zwecken. Fiel nun in diesen ungeheueren Zündstoff ein schwacher Funken, so schlug bald die Flamme der Empörung empor und konnte nur mit großer Gewalt gedämpft werden, ohne das Uebel in seinen Wurzeln zu heilen. Es muß daher nothwendig in Deutschland eine andere Bahn eingeschlagen werden, will man die Rebellion nicht verewigen, und den Anfang muß man mit den Seminarien machen.

Eine zweite Veranlassung daß die Schullehrer in so verkehrte Richtungen getrieben worden sind, war die daß man überhaupt dem Schulwesen, insbesondere aber dem Volksschulwesen, eine zu große Wichtigkeit beilegte, oder vielmehr daß man diese Wichtigkeit in der Seite desselben fand welche sie am wenigsten hat, nämlich im *Unterricht*. Wer wird so unvernünftig seyn den Werth des Volksschulwesens, *wie es seyn sollte*, zu verkennen? Es liegt darin die Basis aller Volksbildung und aller Volkswohlfahrt, auf welcher der Staat und die Kirche bauen kann; ein wirklich guter Schullehrer ist ein Segen für ganze Generationen einer Gemeinde. Wird aber nun die Volksschule in ihrem Werth überschätzt, so daß man mehr als eine bloße *Grundlage* für weitere Bildung darin erblickt, so wird eben dadurch schon die Schule mit dem Lehrer in eine falsche Stellung versetzt und das naturgemäße Ziel verrückt; denn nun wollen diese vermeintlichen *Volksbildner* auch dafür angesehen seyn und, während die aus der Schule entlassenen Kinder oft kaum *lesen* und *schreiben* können, wie die Erfahrung leider bewiesen hat, wird von neuem mit den pädagogischen Spielereien fortgefahren, weil darin die höhere Aufgabe des Unterrichts erreicht werden soll. Und wird nun vollends die Schule eine bloße *Unterrichtsanstalt*, mit Vernachlässigung aller religiösen und sittlichen Bildung, so verfehlt sie ganz ihr Ziel; denn dieser Unterricht wirkt weder *bleibend* noch wahrhaft *bildend*. Man prüfe Jünglinge und Mädchen nach einigen Jahren ihrer Entlassung aus der Schule, und man wird staunen wie wenig von allem Unterricht im Gedächtniß geblieben ist. Und woher diese traurige Erfahrung? Einfach daher weil man die naturgemäße Entwicklung des Kindes aus den Augen verloren, weil man dem Kinde mehr eingepropft hat als es zu verdauen im Stande war, und weil das Kind endlich in reiferen Jahren keine Anwendung von dem Erlernten machen kann. Dieser Unterricht ist aber auch ferner nicht formal bildend, und zwar wiederum aus dem einfachen Grund weil er mechanisch nur auf vielerlei Wissen für den Augenblick und für die nächste Prüfung hinarbeitet. Alles nämlich was nicht vollständig verstanden wird, wird gar nicht verstanden, wenn es gleich geläufig hergesagt werden kann; das vollständige Verstehen eines Gegenstandes im Kindheitsalter, zumal bei Kindern vom Lande, hat aber überaus enge Gränzen, die streng eingehalten werden müssen, will man mehr thun als Papageien abrichten. Und da nun das spätere Leben der meisten Kinder aus niederen Ständen in seiner intellectuellen Entwicklung wenig oder gar nicht fortschreitet, so verlieren sich die Bruchstücke des Erlernten gar bald gänzlich, und jenes geistbildende Element, worauf sich die Pädagogen so viel zu gut thun, wird rein illusorisch. Daher hat auch das seitherige Schulwesen, soviel auch darüber geschrieben worden ist, fast gar keinen Erfolg für ächte Volksbildung gehabt; in den Fortbildungsschulen, wo solche bestehen, war häufig schon alles wieder vergessen; in sehr vielen Gemeinden finden sich aus der jüngeren Generation oft keine tauglichen Subjecte für einen Gemeindedienst, wobei sehr wenig erfordert wird, und ein nur einigermaßen lesbarer und verständlicher Brief aus der Reihe der Jünglinge und Mädchen gehört zu den Seltenheiten. Dazu kommt die häufige Klage daß die Katechumenen weder ihren Katechismus noch die biblischen Sprüche gehörig inne haben, was zwar bei einer gewissen Partei nicht zum Vorwurf gereicht, was aber denn doch in Wahrheit ein großer Fehler ist.

Die übertriebene Wichtigkeit welche man dem Volksschulwesen beilegte, und zwar in dem ganz verkehrten bloßen *Unterrichten*, hatte aber

nicht bloß die üble Folge daß die Kinder nichts recht lernten, sondern auch noch besonders die daß die Schullehrer in ihren Ansprüchen auf Gehaltserhöhung nicht zufrieden zu stellen waren. Die Besoldungsverhältnisse waren allerdings oft von der Art daß ein Mann mit Familie davon nicht leben konnte. Allein wie ist da zu helfen? Schreiber dieses wünschte jedem würdigen Schullehrer einen jährlichen Gehalt von 500 fl.; aber wie soll dieser aufgebracht werden? Vom Staate? Dazu gehörte eine enorme Vermehrung des Budgets. Von den Gemeinden? Aber sind diese nicht schon genug belastet? Es bietet sich also hier kein Ausweg dar als der daß die Schullehrer in ihre frühere naturgemäße Stellung zurückkehren, und nicht mehr verlangen als ihnen gebührt. Auch wird es dahin kommen, wenn man nicht mehr von Volkslehrern und Volksbildnern, sondern wieder von Schulmeistern redet, wenn man nicht mehr in denselben Staatsdiener, sondern Diener der Gemeinde erblickt, und alle jene Excentricitäten von Emancipation von der Kirche und Selbständigkeit der Schule aufgibt, besonders aber wenn man von der Manie des allzuviel Unterrichtens zurückkommt, daher weniger Lehrer anzustellen braucht und diese besser besolden kann. In manchen Ländern sollte eben des übertriebenen Unterrichts wegen ein Lehrer nicht mehr als hundert Schüler haben, in anderen hundertundzwanzig bis hundertundfünfzig. Hierdurch kam es daß man ungleich mehr Lehrkräfte nöthig hatte als früher, und daß gleichwohl der Gehalt eines Lehrers großentheils beim Alten blieb. Dazu gesellte sich aber noch weiter eine Masse von Lehrstunden welche täglich gegeben werden mußten, wodurch die Lehrer nicht nur über Gebühr angestrengt, sondern auch verhindert wurden sich einen Nebenverdienst zu verschaffen. Ueberall also recht gemachte Veranlassungen zur Unzufriedenheit! Ein Schullehrer von dem man nicht verlangt daß er seinen Schülern vom Katheder herab ein Collegium über deutsche Sprache, Geschichte, Geographie, Physik u. s. w. halten; ein Schullehrer der nicht ganze Stunden mit Spielereien der neuesten Unterrichtsmethode vertändeln soll; ein Schullehrer endlich der nicht beständig von einer lästigen Controle und von der Furcht vor der öffentlichen Prüfung gehetzt wird, kann eine sehr große Anzahl Kinder unterrichten, und vielleicht ungleich besser als es bisher geschehen ist, wenn er sich freier bewegen darf.*)

Wodurch aber endlich das deutsche Volksschulwesen recht eigentlich zu Grund gerichtet worden ist, das war dieser jämmerliche Formalismus der Methoden, zu dessen Ausübung die Schule allein vorhanden zu seyn schien. Eine jede neuauftauchende Methode wurde für die alleinseligmachende ausgerufen; wahre Spielereien wurden mit der wichtigsten Miene fortgesetzt; alle Wirksamkeit der Lehrer wurde nur nach Maßgabe der Methode beurtheilt, und wer sich nicht in diese Modefarbe kleidete, galt für keinen aufgeklärten und gebildeten Geist. Am meisten haben in dieser Beziehung die blinden Nachbeter und Nachahmer der pestalozzischen Methode geschadet. Pestalozzi hat sich einen verdienten Ruf erworben, aber nun sollten in allen Volksschulen die Pestalozzischen Ideen zur Anwendung kommen; man sollte nur in dieser Manier lesen, schreiben, rechnen u. s. w., und wenn nur die Form gewahrt wurde, so fragte man nicht weiter nach dem Erfolge derselben. Ist man nun auch in den neuesten Zeiten von dieser Manie zurückgekommen, so spielt doch fortwährend der steife Formalismus in unsern Schulen eine Hauptrolle; jedenfalls ist der Unterricht als solcher das Eine und das All um welches sich das Volksschulwesen bewegt, und die Bildung des Herzens und Willens der Jugend steht fühlbar zurück.

Wie nun zu helfen ist, gehört nicht hieher; uns genügt auf die großen Gebrechen des deutschen Volksschulwesens aufmerksam gemacht, und dadurch eine Bewegung für das Bessere angebahnt zu haben. Wenn es wahr ist was öffentliche Blätter berichten daß die Eltern in Berlin ihre Kinder nicht mehr in die öffentlichen Schulen senden wollen, weil sie nur Vergiftungsanstalten darin erblicken, dann ist es übrigens hohe Zeit einzuschreiten. Was uns betrifft, so würden wir den Schulunterricht ganz freigeben, und den Eltern überlassen wie für die leibliche Pflege so für die geistige ihrer Kinder zu sorgen; nur müßte der Nachweis geliefert werden daß dieses letztere wirklich stattfinde, und daß die frei zu wählenden Lehrer die hinlängliche Befähigung besäßen. Eine Controle von Seiten des Staats und der Kirche könnte freilich nie fehlen; allein diese Controle würde bei leicht absetzbaren Lehrern viel leichter zu führen seyn als bei der Dienstpragmatik worin jetzt unsere Schullehrer stehen, und womit man allen Gewalten die Hände gebunden hat.

*) Ein Pädagog — der übrigens noch zu den gemäßigteren gehörte — verlangte von der Volksschule daß die Kinder nicht allein lesen, sondern auch rein und wohlklingend das Gelesene aussprechen, also declamiren; daß sie ferner nicht bloß eine reinliche, fließende, möglichst schöne Handschrift gewinnen, sondern auch ein wenig Stenographie nebenbei erlernen sollten. Die Muttersprache sollte völlig grammatisch richtig verstanden, und das regelrechte Sprechen und Schreiben sollte zur andern Natur werden.

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

Berlin, 17 Oct. Nachdem am 8 Oct. d. J. in einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrathes über die am Schluß des vorigen Artikels erwähnte mecklenburgische Verfassungsfrage von dem deßhalb beauftragten Referenten und Correferenten ausführlicher Vortrag gehalten war und auf deren übereinstimmenden Antrag der Verwaltungsrath an die beiden großherzoglichen Regierungen zur friedlichen Verständigung anmahnende Schreiben zu richten beschlossen hatte, theilte in derselben Sitzung der Vorsitzende mit: daß als Ergebniß der schon seit längerer Zeit zwischen der k. preußischen und kais. österreichischen Regierung wegen Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt geführten Verhandlungen gegenwärtig ein Vertrag vorliege, der, so viel es die beiden genannten Regierungen betreffe, nur noch der Ratification zu seiner vollen Rechtsgültigkeit bedürfe. Ehe die k. preußische Regierung jedoch ihrerseits zu dieser Ratification übergehe, habe sie geglaubt die gutachtlichen Aeußerungen der Bevollmächtigten der mit ihr auf Grund des Vertrages vom 26 Mai d. J. verbündeten Regierungen vorher vernehmen zu sollen. Der Vorsitzende verliest hierauf den nun schon durch die öffentlichen Blätter bekannt gewordenen Text des Vertrages. (Hier folgten die Bemerkungen welche die Allg. Zeitung bereits in der vorgestrigen Zeitung mitgetheilt.)

Die bestimmte Frage die am Schluß dieser Ausführung den Mitgliedern des Verwaltungsraths zu persönlicher Beantwortung vorliegt, lautet also: „ob sie, nach der vorstehend Namens der k. preußischen Regierung gegebenen Erklärung, in dem mitgetheilten Vertrag über die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt nichts erkennen was die Interessen des Bündnisses vom 26 Mai d. J. verletze?"

Die Mitglieder des Verwaltungsrathes erklären sich hierauf in folgender Weise. Der k. sächsische Bevollmächtigte: Er verneine die gestellte Frage, ja, er erkenne in dem mitgetheilten Vertrag ein höchst wünschenswerthes Ereigniß vorhandenen Conflicten zu begegnen, größeren vorzubeugen, und so das Werk eines wirklichen Friedens und eines umfassenden Rechtszustandes, dessen das Vaterland so sehr bedürfe, allseitig zu sichern und seiner Vollendung entgegenzuführen.

Der k. hannoverische Bevollmächtigte. Auch er müsse, in entschiedener Verneinung der gestellten Frage, die bis dahin erreichte Verständigung über Herstellung eines allgemein anerkannten Organs für die Centralregierung Deutschlands auf das höchste willkommen nennen, wobei er die Anerkennung für dieses Resultat der vereinten Bestrebungen der Regierungen Preußens und Oesterreichs gern dankbar anschließe.

Der großh. badische Bevollmächtigte. Er stimme, die Frage ebenfalls verneinend, dem so eben ausgesprochenen Dank aufrichtig zu. Der Vertrag erscheine als ein Act unabweisbarer Nothwendigkeit, da er einem dringenden Bedürfniß unerläßliche Abhülfe gewähre. Das Versprechen der k. preußischen Regierung, wonach das Bündniß vom 26 Mai d. J. die unerschütterte Basis der bundesstaatlichen Fortentwicklung in Deutschland seyn und bleiben, und wonach Preußen in die Bundescommission der neuen Centralgewalt die Pflichten eines Repräsentanten und leitenden Organs dieses Bündnisses mit herübernehme, werde bestens acceptirt. Hiernach möchten die sonstigen Bedenken gegen den Vertrag auf das äußerste zu beschränken seyn. So würde der Bevollmächtigte allerdings gewünscht haben die Gegenstände des §. 2 näher specificirt zu sehen. Das Vermißte sey aber auch jetzt wohl noch einigermaßen zu ersetzen, indem die preußischen Mitglieder der neuen Bundescommission über den Kreis ihrer Thätigkeit mit bestimmter Instruction versehen und die folgenden sieben Punkte als diejenigen bezeichnet und festgehalten würden bei denen dieser Kreis abschließe, nämlich: 1) Wahrung des Landfriedens unter den Mitgliedern des deutschen Bundes; 2) Sicherung des Bundesgebietes und jedes einzelnen Theils desselben gegen Angriffe und Beeinträchtigungen von außen; 3) Ueberweisung der Wehrfähigkeit der Bundesarmee; 4) Erhaltung und Ausbau der Bundesfestungen; 5) Verwaltung der deutschen Marine; 6) Erhebung, Verausgabung und Verwendung von Matricularbeiträgen nach den bisherigen Bundesbeschlüssen, und nur zu den Zwecken Nr. 4 und 5; 7) Uebernahme der Friedensverhandlungen mit Dänemark. Er erlaube sich dem Ausdruck seiner persönlichen Ueberzeugung in der gestellten Frage den Ausdruck seines persönlichen Wunsches um Erlassung einer solchen Instruction für die preußischen Mitglieder der Bundescommission beizufügen, sowie er auch erwarte und annehme daß sich dieselben des §. 5 des Vertrages nur in dem Maße bedienen werden als es das Bündniß vom 26 Mai d. J. vorschreibt.

Der kurfürstlich hessische Bevollmächtigte. Er könne und wolle dem großh. badischen Bevollmächtigten in der Prüfung und Kritik des Details des mitgetheilten Vertrages nicht folgen; so viel er indeß die Tragweite der einzelnen Bestimmungen des Vertrages im Augenblick zu übersehen vermöge, könne er dieselben nicht ohne mannichfache Gefahr für

die Fortentwicklung und das Zustandekommen des Bündnisses erachten, wenn er auch die Frage, so wie sie gestellt sey, nicht bejahen wolle, sich vielmehr für ihre Verneinung entschließe. Was ihn aber hierbei allein beruhige, sey die von Preußen gegebene Erklärung: sich in der Bundescommission stets als Repräsentant des Verwaltungsraths erweisen und in allen über die laufende Administration hinausreichenden Fragen nur im Einvernehmen mit dem Verwaltungsrath vorschreiten zu wollen. Für diese Erklärung sowie für alle Bestrebungen welche die k. preußische Regierung der Regelung des Rechtszustandes in Deutschland bisher zugewendet, spreche auch er der k. Regierung seinen aufrichtigsten Dank aus.

Der großh. hessische Bevollmächtigte. Die großherz. Regierung hege den lebhaftesten Wunsch den erschütterten Rechtszustand in und für ganz Deutschland so bald als möglich wieder geordnet und gesichert zu sehen. Dennoch sehe er sich seinerseits außer Stand der Erreichung dieses Wunsches die Erfüllung der Pflichten gegen den Bundesstaat, wie dieser durch den Vertrag vom 26 Mai d. J. angestrebt werde, nachzusetzen. Der vorliegende Vertrag über die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt enthalte Bestimmungen die seiner persönlichen Meinung nach mit den Zwecken des Vertrags vom 26 Mai d. J. nicht zu vereinigen seyen. So setze der §. 2 als den Zweck des Interims die Erhaltung eines völkerrechtlichen Vereins, während der Vertrag vom 26 Mai d. J. im geraden Gegensatz auf die Umgestaltung des völkerrechtlichen Vereins zu einer bundesstaatlichen Einheit abziele. Aehnliche Bedenken müßten die §§. 3, 5 und 6 erwecken. Namentlich sey es der Zwischensatz in §. 5 der, indem er der Bundescommission Befugnisse beilege die weit über den Bereich einer bloßen Verwaltungscommission hinausgehen, eine Macht gründe von der er, der Bevollmächtigte, sich nicht überzeugen könne daß sie dem Gedeihen des Bundesstaates zur Förderung gereichen werde. Er sehe sich daher zu seinem Bedauern in der Lage die gestellte Frage bejahen zu müssen.

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden daß die Anstände des großherzoglich hessischen Bevollmächtigten doch zunächst mehr dem Bunde selbst als der jetzt bezweckten provisorischen Centralleitung des Bundes entnommen zu seyn schienen, daß aber, von diesem Provisorium gänzlich abgesehen und ungeachtet desselben, der Bund noch existire, daß der Vertrag vom 26 Mai l. J. auf diese Forteristenz des Bundes ausdrücklich Bezug nehme, und daher nicht wohl abzusehen sey wie durch Maßnahmen die sich jedenfalls innerhalb des Bereichs der Bundesrechte halten würden, der Bildung des Bundesstaats präjudicirt werden möge, fügt der großherzoglich hessische Bevollmächtigte zu: daß er das Jahr 1848 durchgelebt habe, und nicht glaube die Vorgänge dieses Jahres nach ihrer wirklichen Schwere und Bedeutung zu verkennen. Seiner Ueberzeugung nach sey an dem Tage an dem aus den Abgeordneten aller deutschen Bundesstaaten die erste deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zusammengetreten, der bis dahin bloß völkerrechtliche Verein der deutschen Staaten in einen Bundesstaat übergegangen. Wie man aber auch jetzt über den Fortbestand des alten Bundes trotz des Jahres 1848 denken möge, die Bundesverfassung sey durch dieses Jahr ein- für allemal vernichtet. Wolle man die Verfassung des alten Bundes jetzt in veränderter Gestalt wieder herrichten, so möge man wohl erwägen daß der deutsche Bundesstaat leider immer noch auf seine Verwirklichung harre, und sich wohl vorsehen einer andern Form der neuen Centralgewalt zuzustimmen wobei diese Verwirklichung nicht in jeder Hinsicht gesichert bleibe. Der vorliegende Vertrag gewähre ihm diese Bürgschaft nicht, und deßhalb verharre er bei seiner Bejahung.

Der Vorsitzende kann das entschiedenste Festhalten an der Realisirung des Bundesstaats seinerseits nur anerkennen, glaubt aber doch, soviel es die Zusammenstellung der jetzt projectirten Centralgewalt mit der frühern Bundesverfassung betrifft, wenigstens daran erinnern zu sollen daß diese Verfassung, ihrer Bestimmung nach, eine bleibende seyn sollte, während die jetzt in Vorschlag gebrachte Centralgewalt über den 1 Mai 1850 nicht hinausreicht.

Der gemeinschaftliche Bevollmächtigte für Großherzogthum Sachsen-Weimar, Herzogthum Sachsen-Altenburg, Herzogthum Sachsen-Coburg und Gotha und für die Fürstenthümer Reuß beider Linien. Befragt um seine persönliche Ueberzeugung müsse er sich dazu entschließen die gestellte Frage zu bejahen, da er die Wahrheit verläugnen würde, wolle er als offene Antwort auf diese Frage nicht aussprechen daß er in dem Zustandekommen der vorgeschlagenen neuen Centralgewalt den Bundesstaat wesentlich gefährdet und schwer bedroht sehe. Diese seine Besorgniß fließe wahrlich nicht aus einem Mißtrauen in die Absichten der k. preußischen Regierung; sie fließe aus der Natur der Dinge, vor der die besten Absichten endlich zurückstehen müßten. Eine Centralregierung wie die hier vorgeschlagene, mit solchen Competenzen und Zuständigkeiten, im Besitz aller Gewalt über die äußere und innere Sicherheit Deutschlands, müsse für die Entwickelung des Bundesstaats, wie die Verhältnisse einmal gestaltet seyen, nothwendig verderblich werden, und wenn dabei auf die Doppelstellung Preußens in der projectirten Bundescommission und im Verwaltungsrath hingedeutet werde, so sehe er in der innern Unhaltbarkeit einer solchen Doppelstellung nur eine große Gefahr für Preußen selbst, keineswegs aber eine hinreichende Garantie für den Bundesstaat. Die Verschiedenheit der Principien, wonach dort auf absolutem, hier auf parlamentarischem Wege vorgeschritten werden solle, müsse und werde zu bedauerlichen Conflicten führen, und die Lähmung des Verwaltungsraths werde die nächste sichere Folge davon seyn. Er wolle seine Bedenken, die er namentlich auch noch dem ungleichen Schlußtermin für das Interim und für das Bündniß vom 26 Mai l. J. entnehme, nicht noch weiter ausführen; sowie es ihn überhaupt freuen solle wenn die Zukunft die Unrichtigkeit seiner Voraussage darthue.

Der großherzoglich mecklenburg-strelitzische Bevollmächtigte. Er verneine die Frage, im allgemeinen aus den von dem k. sächsischen Bevollmächtigten bezeichneten Motiven, denen er vollkommen beipflichte, indem, wenn auch Modificationen der Verfassung des Bundesstaats wegen des Nichtbeitritts einzelner deutscher Regierungen zu dem Bündniß vom 26 Mai d. J. unerläßlich würden, doch der Einfluß des zwischen Oesterreich und Preußen getroffenen Uebereinkommens auf das deutsche Verfassungswerk ein überwiegend günstiger seyn werde.

Der großherzoglich oldenburgische Bevollmächtigte. Wie dankbar er auch die von der kön. preußischen Regierung gegebene höchst schätzbare Erklärung anerkenne, und wie viel Grund zur Beruhigung eine solche Erklärung allerdings einschließe, so müsse doch auch er, in unumwundenem Ausspruch seiner persönlichen Ueberzeugung, der Auffassung des großherzoglich weimarischen Bevollmächtigten beitreten und die gestellte Frage bejahen. Er würde sich vielleicht noch zu einer Verneinung haben entschließen können, wenn die auf Grund des Vertrags vom 26 Mai c. verbündeten Regierungen bei der Bundescommission der neuen Centralgewalt eo ipso durch Preußen vertreten wären, während es, Inhalts des vorliegenden Vertrags, jeder Regierung wenigstens freigestellt bleibe sich, ihrer Stellung zu dem Vertrage vom 26 Mai c. ungeachtet, bei der Bundescommission selbständig vertreten zu lassen. Auch verkenne er keineswegs den heillosen Zustand der Rechtlosigkeit dem die Angelegenheiten und Interessen der Gesammtheit der deutschen Bundesstaaten in diesem Augenblick preisgegeben seyen; aber indem er diesen Zustand tief beklage, könne er sich doch auch nicht verhehlen daß gerade das Widerwärtige und Unerträgliche desselben nach Gesetzen der Nothwendigkeit zum raschen Aufbau des deutschen Bundesstaats hindränge, und Ausflüchte und Weiterungen unmöglich mache die er bei einer wenn auch nur provisorisch wiederhergestellten Centralgewalt nur zu sehr befürchte.

Der herzoglich nassauische Bevollmächtigte. Nach der Eröffnung des Vorsitzenden handle es sich zunächst nur um eine Meinungsäußerung der Mitglieder des Verwaltungsraths, während bezüglich der Annahme des Vertrages und seiner einzelnen Bestimmungen den Regierungen ihre freie Entschließung vorbehalten bleibe. Von diesem Standpunkt aus nehme er keinen Anstand sich dahin zu äußern. Solange nicht alle deutschen Regierungen der dem Bündniß vom 26 Mai d. J. zu Grunde liegenden und mit der Nationalversammlung demnächst zu vereinbarenden Reichsverfassung beigetreten seyen, bleiben zwischen diesen und den verbündeten Regierungen gemeinsame Angelegenheiten zu vertreten, die er als Angelegenheiten des weitern Bundes zu bezeichnen sich erlauben wolle. Die Grundlage der hieraus hervorgehenden materiellen Rechte und Verpflichtungen bilde der Bund von 1815. Wie später, nach erfolgter Constituirung des Bundesstaats, für die künftige Verwaltung dieser allgemeinen Angelegenheiten organische Bestimmungen und Feststellungen in Kraft treten müssen, so handle es sich jetzt um ein Provisorium durch welches bis dahin dieselbe Verwaltung zu ordnen und zu handhaben sey. Gegenüber der bestimmten Erklärung der k. preußischen Regierung daß durch dieses Provisorium den in dem Bündniß vom 26 Mai d. J. begründeten Verpflichtungen zur Feststellung der Verfassung des engern Bundesstaats in keiner Weise Abbruch geschehen, diese Angelegenheit vielmehr überall als eine gemeinsame betrachtet und vertreten werden solle, könne er in dem jetzt mitgetheilten Vertrage, auf dessen Einzelheiten er nicht eingehe, im allgemeinen eine Gefährdung des Bundesstaates nicht erblicken. Dem Eifer und der Festigkeit der verbündeten Regierungen werde es anheimgestellt bleiben das gemeinsame Werk rasch zu fördern und zum Abschluß zu bringen, und so die Dauer eines Provisoriums abzukürzen, welches zwischenzeitlich geeignet erscheine jene Conflicte zu beseitigen, zu welchen die jetzt völlig ungeordneten Verhältnisse nur zu nahen und immer erneuerten Anlaß bieten. Er stimme für die Verneinung.

Der herzoglich braunschweigische Bevollmächtigte verneint ebenfalls, ohne sich deßhalb die Gefahren zu verbergen von denen er den mitgetheilten Vertrag aus den bereits von dem großherzoglich

weimarischen und dem großherzoglich oldenburgischen Bevollmächtigten angeführten Motiven allerdings umgeben sieht, und ohne außer Anschlag zu lassen daß die neue Centralgewalt, je nachdem sie geübt werde, den ganzen Charakter der bisher dem Bundesstaat zugewendeten Bestrebungen ändern und die Macht und Bedeutung derselben schwächen und brechen könne. Was ihn in diesem Conflict von Gründen und Gegengründen bestimmt, ist der augenblickliche öffentliche Rechtszustand, der nicht fortbestehen darf, und die feierliche Versicherung der k. preußischen Regierung: auch in der neuen Bundescommission der deutschen Centralgewalt den übernommenen Pflichten gegen den deutschen Bundesstaat gerecht zu bleiben.

Der Bevollmächtigte der freien Hansestadt Hamburg. Er schließt sich dieser Ansicht und dieser Abstimmung an. Auch seinen Wünschen könne der mitgetheilte Vertrag in einzelnen Bestimmungen nicht zusagen; er verkenne nicht daß durch denselben zweien Staaten eine Macht übergeben werde an der vordem die Gesammtheit der deutschen Staaten theilnahm, daß diese beiden mächtigsten Staaten den übrigen Staaten mit absoluter Regierungsgewalt gegenüberstehen, daß sie, indem ihnen in dieser Stellung alle Rechte des frühern engern Bundesrathes zufallen, in der That mit einer Art von Dictatur bekleidet werden. Aber ungeachtet aller Bedenken die von dieser Anschauung der Sachlage nicht zu trennen sind, und die ihn lebhaft bewegen, bleibt er dabei die gestellte Frage zu verneinen, da er festes Vertrauen in die von Preußen feierlich abgegebene Erklärung setzt, und der Hoffnung ist daß es der Energie und Entschiedenheit der k. Regierung gelingen werde die großen Schwierigkeiten zu überwinden die der gleichzeitige Aufbau des deutschen Bundesstaates und die Wiederherstellung und Regelung des gesammten Rechtszustandes in Deutschland darbieten.

Der Vorsitzende glaubt nunmehr auch seine persönliche Ueberzeugung in der vorliegenden Frage aussprechen zu sollen, womit er durchaus auf die Seite derer tritt die diese Frage verneinen. Er erklärt dabei ausdrücklich daß der Vertreter der preußischen Regierung bei dieser seiner Antwort völlig unbetheiligt sey, und daß er sich angesichts der augenblicklichen schweren Lage des Vaterlandes in jeder andern Stellung zu derselben Antwort bekennen werde. Die für diese Antwort gebieterisch sprechenden Gründe wolle er nicht wiederholen oder ausführen; er habe sich auf die bis jetzt angeführten bloß zu beziehen. Nur in factischer Hinsicht mache er noch darauf aufmerksam daß der Vertrag von einer Vertretung der deutschen Regierungen nicht in der neuen provisorischen Centralregierung, sondern bei derselben handle: eine Vertretung die Preußen zwar auch beseitigt gewünscht habe, die aber, der Facultät nach, ausdrücklich beibehalten, den Zustand der Dinge wenigstens nicht erheblich zu verändern scheine, da der völlige Ausschluß einer Vertretung, bei entgegenstehenden An- und Absichten der betreffenden Regierungen, in der Wirklichkeit doch nicht zu erreichen sey.

Der königlich sächsische Bevollmächtigte fügt dieser letzteren Ausführung des Vorsitzenden zu daß die beste Beruhigung für alle bisher beregten Besorgnisse doch wohl in dem Umstande anerkannt werden müsse daß die Regierungen von Preußen und Oesterreich in der Bundescommission vollkommen gleich vertreten seyen, und die erstere, als die erklärte Repräsentantin des Bündnisses, alle Rechte und Zuständigkeiten des Bündnisses zu schützen und zu handhaben wissen werde.

Weitere Erklärungen werden nicht gegeben. Die von der königlich preußischen Regierung den Mitgliedern des Verwaltungsraths zu persönlicher Begutachtung vorgelegte Frage über eine etwaige Verletzung der Interessen des Bündnisses vom 26 Mai c. durch den mitgetheilten Vertrag über die Herstellung einer neuen provisorischen Centralgewalt ist demnach unter zwölf Mitgliedern von neun Mitgliedern verneint und von drei Mitgliedern bejaht.

Die Gefahren der Goldwährung auf dem Continent.

*** Augsburg, 20 Oct. Ich kann nicht umhin Ihnen nachstehende Zeilen aus der neuesten Nummer eines der einsichtsvollsten staatsökonomischen Blätter Englands, des Circular to Bankers vom 12 d. mitzutheilen. Diese lauten: „Es gehen Gerüchte über eine Absicht der Regierung in der nächsten Parlamentssession Maßregeln über den Geldumlauf vorzuschlagen. Einsichtsvolle Personen der City glauben daß man eine neue Einrichtung selbst der Währung vorschlagen wird, wenigstens was die Verbindlichkeit der Bank betrifft Gold zu allen Zeiten und in jeder Menge zu dem von dem Gesetz bestimmten Preise zu kaufen. Dieß mögen vorerst bloß Gerüchte seyn, und sie scheinen noch keine bestimmte Form angenommen zu haben. Betrachten wir aber die Lage der Bank und den Stand der Dinge im Ganzen genommen, so erscheint uns eine derartige Veränderung in nicht ferner Zeit sehr wahrscheinlich." Erwägt man daß die Regierung von Holland den Goldmünzen bereits den gesetzlichen Curs entzogen hat, daß die belgische Regierung diesem Beispiel augenscheinlich nachfolgen will, indem sie den gesetzlichen Curs der englischen Sovereigns als vorläufige Maßregel aufhebt, so daß selbst auf der neuesten Naturforscherversammlung von competenten Personen die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Sinkens der Goldpreise besprochen wurde, so erhalten die von dem Circular to Bankers erwähnten Gerüchte eine große Wahrscheinlichkeit, und vor allem die deutschen Regierungen sollten, um einen großen Verlust von ihren Ländern abzuwehren, den gesetzlichen Curs der Goldmünzen baldmöglichst aufheben, und vorerst wenigstens keine Goldmünzen mehr schlagen. Schon seit einiger Zeit ist Gold in England theurer als auf dem Continent, gegenwärtig steht es um ½ Procent in London höher als in Hamburg; behalten aber die Continentalstaaten ihre Goldwährung bei, zögern sie mit ihrer Abschaffung bis die englische Regierung ihre Maßregeln ergreift, so könnte leicht das Gold in großen Massen herübergeschickt, und das Silber, das namentlich seit zwei Jahren in bedeutender Menge nach dem Continent geströmt ist, nach England hinübergezogen werden. Ist einmal ein solches Finanzmanöver eingeleitet, so kommen die Gegenmaßregeln zu spät. Man erinnere sich nur des Schadens den Deutschland im Jahr 1838 durch das keineswegs absichtlich veranstaltete Herüberströmen des Goldes erlitten hat. Die englische Regierung ist gewohnt, wenn sie einmal ihren Entschluß gefaßt hat, denselben energisch durchzuführen, und so wäre es wohl möglich daß schon der Anfang des nächsten Jahrs die Abschaffung der Goldwährung und die Einführung einer alleinigen Silberwährung brächte. Das Schlagen von Guldenstücken deutet bereits auf einen solchen Entschluß hin, denn dasselbe läßt sich nicht in größerem Umfang ausführen wenn nicht die Währung verändert wird, da in England das Silber im Verhältniß zum Gold um mehr als 8 Procent zu nieder gewerthet ist; schlägt man also in England Silbergeld über den allerdringendsten Bedarf, so wird es ausgeführt, da es sich anderswo besser bezahlt. Die schon lange beabsichtigte Maßregel Gulden zu schlagen muß also entweder wieder zurückgenommen, oder ein Schritt weiter gethan und die Währung verändert werden.

Savigny's römische Rechtsgeschichte in Italien.

Al Neapel, 10 Oct. Es ist viele Jahre her seit Pietro Capei durch eine Reihe von längeren Aufsätzen in der Vieusseux'schen Zeitschrift Antologia seinen Landsleuten den wesentlichsten Inhalt der Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter unseres berühmten Juristen bekannt zu machen anfing. Damals Advocat in Florenz, nachmals Professor an den Universitäten Siena und Pisa, endlich Staatsrath und Vicepräsident des toscanischen Senats, hat Capei sich unter den Rechtskundigen seiner Heimath einen der ersten Namen gemacht, und ist von Jugend an mit dem Auslande und der Literatur desselben in steter Verbindung geblieben, wovon u. a. die Mittermayer'sche Zeitschrift häufiges Zeugniß ablegt. Lange schon äußerten Professoren wie praktische Juristen den Wunsch diese Capeischen Aufsätze welche eine genaue und klare Analyse des Savygni'schen Werkes enthalten, zu einem Ganzen vereinigt und besonders herausgegeben zu sehen, um so eine Lücke in der italienischen juristischen Literatur auszufüllen, und namentlich der studirenden Jugend einen Wegweiser zur Kenntniß einer für die Gestaltung der neuen Jurisprudenz so höchst wichtigen Epoche in die Hand zu geben — ein Wunsch den man auch noch ausgesprochen hat nachdem in Florenz eine abgekürzte Bearbeitung des Werkes, nicht nach dem Original, sondern nach der französischen Uebertragung von Guenoux, von einem Ungenannten unternommen worden war. Endlich ist nun, nach langem Warten und langer Unterbrechung des Drucks in Folge der politischen Ereignisse, die „Istoria del gius Romano nel medio evo di F. C. de Savigny, ridotta in Compendio" (Siena, 1849 XIV u. 343 S. gr. 8.) erschienen, die Aufsätze in der Antologia und die Analyse des VI Bandes in den Pisaner Annaly delle Università Toscane enthaltend, die hier völlig überarbeitet, vervollständigt und vielfach berichtigt sind. Das Compendium, bemerkt der Verfasser im Vorwort, habe nicht den Anspruch die reichen Schätze italienischer Literatur zu mehren, noch die Aufmerksamkeit der Gelehrten auf sich zu ziehen. Denn die Geschichte der Dauer der römischen Rechtsinstitutionen in den sechs ersten Jahrhunderten des Mittelalters müßten diese in den beiden ersten Bänden des Originals studiren wenn sie das über diesen Zeiten liegende Dunkel durchdringen wollten; den Gegenstand der übrigen vier Theile finde man großentheils wenn auch zerstreut und fragmentarisch in vielen italienischen Büchern behandelt, namentlich in Sarti's Geschichte der Universität Bologna, während Savigny das große Verdienst gehabt alle diese zerstreuten Data zu sammeln, zu ordnen, zu vergleichen und mit scharfsinnigster Kritik wie mit Hülfe der Codices zu berichtigen, zu sichten, zu ergänzen. Zweck der gegenwärtigen Arbeit

sey ein Leitfaden für die Studirenden zu werden, ein Hülfsmittel für jene Juristen denen fremde Literatur minder zugänglich sey. Nachdem auf den toscanischen Universitäten ein Lehrstuhl für die Rechtsgeschichte geschaffen worden, müsse es Aufgabe der Vorlesungen seyn die Schicksale des römischen Rechts von seinen Ursprüngen bis zu unsern Tagen darzulegen; zu zeigen wie und auf welchem Wege die barbarischen Gesetze im Mittelalter neben dem Jus romanum Platz gefaßt, wie allmählich das canonische Recht in die Verwirrung und Barbarei Weisheit und Billigkeit hineingebracht, und endlich die städtischen Statuten und die wiedererwachte Rechtswissenschaft sich die Hand gegeben den Bedürfnissen der neuen, zu Ende des XI und Anfang des XII Jahrhunderts sich bildenden bürgerlichen Gesellschaft zu genügen. Diesen Zweck erfüllt die gewissenhafte und fleißige Capei'sche Arbeit vollkommen. Die früheren Journalartikel sind, wie gesagt, vollständig überarbeitet, und die Bereicherungen der drei Bände zweiter Auflage nachgetragen: die kritischen Bemerkungen wie sie ursprünglich in denselben standen, blieben weg, dagegen wurde literarischer Apparat hinzugefügt. Die Vergleichung von Handschriften und Drucken bot manche Berichtigung, und der Verfasser äußert daß in dieser Beziehung Forschungen in den italienischen Bibliotheken noch vieles und wichtiges bringen dürften, indem Hr. v. Savigny in diesen nicht so lange habe arbeiten können wie anderwärts, namentlich in Paris. Außer kürzeren Anmerkungen, welche die Ergebnisse eines Studiums dieser Art andeuten, hat der Verfasser sich übrigens enthalten von dem Seinigen beizufügen wo es auf Meinungsverschiedenheiten ankam, indem dieß ihm mit seiner Aufgabe als Compendiator im Widerspruch zu stehen schien. So hat er u. a. die vielversprochene Frage über die Verhältnisse der Lombardenherrschaft und die Ursprünge der Comunen nicht ferner kritisch behandelt, sondern einfach in die dem Originalwerk enthaltene Ansicht wiedergegeben. Wie vielfach diese Frage in den letzten Jahren in Deutschland und Italien aufgenommen worden ist, ohne daß der Streit vollständig geschlichtet worden wäre, weiß jeder der sich in der historischen Literatur umgesehen hat, und mir ist oft Gelegenheit geboten worden der hierauf bezüglichen Arbeiten in den in diesen Blättern enthaltenen Uebersichten der neueren italienischen Geschichtswerke zu gedenken. Hr. v. Savigny, mit der Fortsetzung seines großen neuen Werkes beschäftigt, hat übrigens diese Controverse, nach Bethmann-Hollwegs und C. Hegels, Troya's, Capponi's, Balbo's und Capei's Untersuchungen, nicht wieder aufgenommen. Schon vor dem Erscheinen dieses Compendiums war der Ruhm des Savigny'schen Buches durch Italien verbreitet, aber dasselbe wird praktische Zwecke wesentlich fördern indem es zur Popularisirung der Resultate gelehrter Forschungen beiträgt.

Die Lombardei.

ꝉ **Von den Borromeischen Inseln,** 14 Oct. Festgebannt auf den weltberühmten Terrassen der Isola-bella, da der Regen gar kein Ende nehmen will, finde ich die beste Gelegenheit auf meinen Aufenthalt in der Lombardei einen Blick zurückzuwerfen. So viel steht zunächst fest daß durch die Revolution des letzten Jahres die lombardischen Städte ohne Ausnahme schwer gelitten haben, wogegen die ländliche Bevölkerung, ohnedieß an der Bewegung nur wenig betheiligt, auch von den Folgen derselben weit weniger hart betroffen wurde. Daraus darf man übrigens keineswegs den Schluß ziehen die Bauern seyen im ganzen österreichisch gesinnt. Es ist wahr, dieselben wissen es der österreichischen Regierung Dank daß sie die Ordnung und die Ruhe im Lande wiederherstellte: allein waren sie auch der revolutionären Wirthschaft müde und überhaupt wenig empfänglich für die Ansprachen und Zumuthungen der insurrectionellen Partei, so hatten auch die frühern Mißbräuche der österreichischen Büreaukratie eben keine Anhänglichkeit in ihren Herzen geweckt. Zudem darf man nicht vergessen daß, da die Zahl der freien Grundbesitzer in der Lombardei beschränkt und die meisten Bauern Zeitpächter sind, sehr viel von der Behandlung abhing welche die Pächter von Seiten ihrer Herren zu erfahren hatten. Der Adel, in Masse an dem Aufstand betheiligt, hatte bei seinen Pächtern insofern leichtes Spiel, als die meisten schon durch das gewöhnliche Versprechen besserer Pachtbedingungen und einer allgemeinen Aufbesserung ihrer Lage sich gewinnen ließen. Denn daß der Bauer kein Bedürfniß empfand für Carl Albert zu schwärmen, versteht sich von selbst, wie es andererseits ausgemacht ist daß auch die österreichische Regierung durch Förderung des materiellen Wohlstands sich den Dank dieser Leute verdient hatte. Was aber noch schwerer in die Wagschale fiel, war der Eifer womit die lombardische Geistlichkeit der Sache der Insurrection sich anschloß, und von den Kanzeln herab die Verschmelzung mit Piemont als den einzigen Rettungsanker anempfahl. Durch das auf dem Lande verbreitete Mißtrauen gegen die republicanische Partei und die Mazziniten wurde allerdings die durch den Clerus angefachte Begeisterung wieder wesentlich herabgestimmt, und überhaupt herrschte unter dem Landvolk ein merkliches und immer tiefer wurzelndes Mißtrauen gegen das Treiben in den Städten. Unter diesen Umständen hat, was nicht geläugnet werden kann, die österreichische Regierung beständig ein Mittel in Händen Sympathien für sich zu gewinnen, sobald sie sich in den Stand gesetzt sieht an die Stelle der militärischen Occupation die ordnungsmäßigen Gewalten treten zu lassen. Jeder der den Grafen Montecuccoli persönlich kennt, wird ihm das Zeugniß geben daß er ein in jeder Beziehung achtbarer Charakter, den liberalen Ideen der Neuzeit von Herzen zugethan, und namentlich auch für das lombardisch-venetianische Königreich, dessen Civilverwaltung er zu leiten hat, von den besten Absichten erfüllt ist. Allein die Schwierigkeiten die sich ihm entgegenstellen sind viel zu groß als daß das von ihm geleitete Reorganisationsgeschäft einen raschen Fortgang haben könnte. Namentlich kommt in Betracht und wirkt störend auf die Pacification des Landes die in der Regel antiösterreichische Gesinnung der italienischen Beamten, die meist nur den persönlichen Vortheil bei ihren Anstellungen im Auge haben. Wie unendlich schwierig mußte es daher seyn nur das zur Regierung gehörende Personal zusammenzubringen!

Um so größere Anerkennung verdient es daß Graf Montecuccoli, unbeirrt durch das Mißtrauen, den Undank und die durchaus feindselige Gesinnung der Lombarden, sowie durch die nicht immer genau abgegränzten Befugnisse der Militärgewalt, bei der Lösung seiner Aufgabe nicht ermüdet und die arg zerrütteten staatlichen Zustände nach und nach wieder in Ordnung bringt. Es erscheint eine Verordnung nach der andern, wodurch die Staatsmaschine immer mehr dem ordentlichen Geleise nahegebracht wird. Gleichwohl erntet die angestrengteste Arbeit am wenigsten den Dank derer denen sie hauptsächlich zu gut kommt. Zu bedauern ist daß die Universitäten des Königreichs fortwährend geschlossen bleiben, wodurch dem feurigen Temperament der Jugend ein wesentliches Mittel vorenthalten wird statt der Politik sich mit ernsteren Dingen zu beschäftigen. Nicht unbedeutend hat die Prager Universität durch die Schließung von Padua und Pavia gewonnen, und es ist nicht unwahrscheinlich daß die Anziehungskraft die Prag auf die italienischen Jünglinge zu üben begonnen hat, auch künftig nicht ohne Wirkung seyn wird. Bei den italienischen Universitäten mußte man allerdings schon aus dem Grunde vorsichtiger zu Werke gehen als bei den andern kaiserlichen Universitäten, weil unter den 1800 Studenten die Padua, und den 1400 die Pavia noch im Jahr 1847 zählten, sehr viele sich befanden die nicht eines Brodstudiums wegen, sondern behufs ihrer allgemeinen Ausbildung die Vorlesungen besuchten. Hunderte solcher jungen Leute aber — das wird jedermann zugeben — sind, wenn man sie beisammenläßt, in revolutionären Zeiten ein gefährlicher Zündstoff. Nun wird die Maßregel andererseits die nicht sehr erwünschte Folge haben daß immer weniger Einheimische zur Vorbereitung zu Staatsämtern sich entschließen.

Von Isola-bella ist wenig mehr zu berichten als daß sich die Leute über das noch immer fortdauernde Ausbleiben des Besuchs von Fremden beschweren. Am häufigsten fanden sich im Verlauf des Sommers österreichische Officiere ein, die jedoch meist, wenn sie Schloß und Park besichtigt, nach Palanzo und von da auf lombardischen Boden zurückkehrten. Dagegen verweilt hier die gesammte Familie Borromeo, der die Insel sozusagen ihre Existenz verdankt. Im 17ten Jahrhundert ließ Vitaliano Borromeo den nackten Felsen der Insel mit Erde bedecken und anpflanzen: jetzt lebt ein anderer Graf Vitaliano als Verbannter auf dem von seinem Urahn geschaffenen Boden, wenige Schritte, oder besser Ruderschläge von dem Heimathlande, dessen Revolution er begünstigt hatte. Vitaliano Borromeo war Mitglied der provisorischen Regierung Mailands. Der Haushalt im Schlosse hat gleichwohl von seinem frühern Glanze nicht viel verloren, und die Räume wären noch immer werth einen Napoleon aufzunehmen, der vor der Schlacht von Marengo im Borromeischen Palast übernachtete. Nur wenige Meilen liegen die Schlachtfelder von Marengo und Novara auseinander, und wie schwer ist es zu entscheiden welche der beiden Schlachten den größern Einfluß für das Schicksal Europa's hatte! Uebrigens ist es mit dem Exil der Borromeer überhaupt nicht so streng gemeint: man hätte es in Wien sehr gerne gesehen wenn sie, natürlich unter gewissen Bedingungen, nach Mailand zurückkehrten. Sie wollten sich jedoch zu nichts verpflichten, und halten nun bloß ihre regelmäßige zweimonatliche Villeggiatur auf Isola-bella, über dessen Wasser sie verfügen. Während des Winters geht es nach Turin, Genf, Florenz. Der lombardische Adel ist schon darum nicht schlimm daran weil die meisten reichen Familien zugleich Güter im Piemontesischen besitzen. Hier zu Land sind die Leute nicht gut auf diese Herren zu sprechen: sie sagen man habe bloß das von sardinischen Gütern gezogene Geld in Mailand verzehrt, dem weit ärmeren Piemont aber aus der Lombardei nichts zukommen lassen. Selbst die von der provisorischen Regierung angeordnete Herabsetzung des Eingangszolls auf sardinische Weine habe meistentheils nur dem lombardischen Adel genützt, der seine in Piemont gezogenen Weine um so theurer verkaufte und für die Piemon-

tesen die Preise vertheuerte. Sie sehen daß zwischen Sardinien und der Lombardei das gute Einvernehmen keineswegs besteht von dem letztes Jahr die Unionisten fabelten. Ihr Correspondent ist übrigens bei dieser Streitfrage unbetheiligt, und wünscht nur daß der October, der gewöhnlich in Italien der angenehmste Monat im Jahr ist, freundlicher wäre, ein Wunsch in welchem gewiß viele Lombarden sowohl als Piemontesen mit ihm übereinstimmen. In Erwartung einiger Sonnenblicke sitzt er in der Küche neben dem Feuer, ißt mit den Hausbewohnern Polenta, und trinkt von dem köstlichen „Heurigen", der allein schon eine Reise von Mailand nach Isola-bella werth ist.

Aegypten.

☽ **Alexandria,** 1. Oct. Der bis auf 23 Ellen gestiegene Wasserstand des Nil hat eine sowohl für Ober- als für Unterägypten segensreiche Ernte in Aussicht gestellt und somit sind acht fette Jahre hintereinander gefolgt; ein mageres würde den durch die früheren Verwaltungen äußerst zerrütteten Finanzen den letzten Stoß gegeben haben: denn der Ertrag der Agricultur bildet immerhin die Hauptquelle aus der die Regierung die zur Verwaltung nöthigen Summen zu schöpfen angewiesen ist. Diese erheben sich im Verhältniß zu andern Ländern von gleicher Bevölkerung und geringerer Ertragsfähigkeit zu einer enormen Ziffer, obgleich der jetzige Vicekönig Abbas Pascha mehrere in einem meiner früheren Berichte näher angegebene — eine Ersparung abzielende — Reformen gemacht hat. Ueber die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit verschiedener Verwaltungszweige will ich jetzt noch nicht kritisiren, da eine Lösung dieser Fragen von dem neuen Statthalter unter der glücklichen Einwirkung von einsichtsvollen Menschenfreunden in nächster Zukunft zu erwarten steht. Bis jetzt ist es aber noch Thatsache daß die höheren Verwaltungsstellen sehr hoch dotirt und mitunter von unwissenden oder böswilligen Individuen besetzt sind, die nur ihr eigenes und nicht das Interesse des Landes im Auge haben. Said Pascha, jetzt der älteste Sohn Mehemed Ali's und in der Senioratsfrage zum Thronfolger bestimmt, hat mit scharfer Umsicht die Zustände seines Vaterlandes erfaßt, die aus der Individualität der oberen Beamten für das Gemeinwohl entspringenden Uebelstände eingesehen und sagt mit Freimuth, einem jeden der es hören will, daß die am besten bezahlten Staatsdiener die größten Diebe sind. Eine fernere Thatsache, die dem Menschenfreunde am wehesten thut, ist daß die wirklich arbeitende und producirende Classe (die Fellah's) fortfährt in einem erbärmlichen Zustande zu leben und, den ganzen Tag den glühenden Strahlen einer afrikanischen Sonne ausgesetzt, ihr Daseyn in elender Lehmhütte — die in unserm deutschen Vaterlande selbst als Schweinstall zu schlecht wäre — mit rohen Zwiebeln, Bohnen und schlechtem Brode fristen muß. Doch das Uebel kommt von oben, und wenn es da nicht an der Wurzel angefaßt wird, so ist an keine Abhülfe zu denken. Der Mensch, besonders der Zeitungsleser, liebt Gegensätze; lassen wir darum dieß traurige Bild menschlichen Elends, und schauen dagegen ein heiteres an, welches den Wohlstand Egyptens in seiner Blüthe zeigt. Vom 13ten bis 17ten v. M. ertönten von halber zu halber Stunde 200 Kanonenschüsse in der Hauptstadt Kairo; jeden Abend, wenn die Sonne sich hinter den Pyramiden in die libysche Wüste senkte, hatte man mehr als 4000 Donner des Geschützes gezählt. Musikbanden von Konstantinopel, abwechselnd mit arabischer Militärmusik, stimmten die Gemüther zur Freude, um mit erhöhter Lust das arabische Theater, die während der Nacht veranstalteten Kunstfeuer und Illuminationen anzustaunen. Frei und ungehindert zog man bei Nacht und Tag umher; Pferderennen, Seiltänzer, gymnastische Vorstellungen, Ansichten von Wachsfiguren, prachtvolle Festessen u. s. w. versetzten Jung und Alt in einen Vorgeschmack des mohammedanischen Paradieses. Diese 14tägigen Feste waren zu Ehren der Beschneidung des Sohnes Seiner Hoheit des Vicekönigs von Aegypten veranstaltet, und ihr Kostenbetrag wird zu 25,000 Thaler täglich, in der Gesammtzahl zu 350,000 Thaler, gleich 1,750,000 Franken berechnet. 850 türkische und arabische Knaben ließen bei dieser Gelegenheit dieselbe Operation an sich vornehmen, um das aus einem neuen Anzuge und 50 Piastern 6 fl. rheinisch pr. Kopf bestehende Geschenk vom Vicekönig zu erhalten. Dieß Fest wird für die Gläubigen Epoche machen.

[3600—2] **Bekanntmachung.**

Die Verlassenschaft des Franz de Paula Kräer betreffend.

Auf dem von den Relicten des Säcklers Mathias Burger zu Laufen durch Kauf an den Uhrmacher Piracher dahier übergegangenen Anwesen ist für die Erben des verstorbenen Stadtrichters Kräer ein Capital v. 400 fl. in I. Hypothek eingetragen, worauf der am 19. Juni 1841 zu Marseille verlebte Commis Franz de Paula Kräer ausschließenden Anspruch gehabt haben soll.

Auf dieses Capital macht nun die Stadtrichters-Tochter Katharina Kräer zu Salzburg, zweibandige Schwester des zu Marseille kinderlos, jedoch mit Hinterlassung seiner Ehefrau Margaretha Caruso, von welcher aber bisher ungeachtet der angestellten Recherchen keine Spur aufzufinden war, Anspruch. Es werden demnach die Wittwe des Franz de Paula Kräer oder alle diejenigen welche auf dieses Capital Anspruch machen zu können glauben, aufgefordert ihre Ansprüche

binnen drei Monaten

von heute an hierorts um so gewisser geltend zu machen, als außerdem in vorliegender Verlassenschaft weiter verfahren, und das bei der k. Staatsschuldentilgungscassa München angelegte Capital von 400 fl. der Katharina Kräer, welche sich als Erbin bereits legitimirt hat, ausgefolgt werden würde.

Laufen, am 17. Sept. 1849.

Königliches Landgericht Laufen

D. l. a.

v. Speckner, Assessor.

(3747) *Neueste Anleitung zum Erlernen der englischen Sprache.*

So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben, *München* bei G. Franz, in *Wien* bei Gerold u. Sohn, in *Prag* bei Credner u. Kleinbub, in *Breslau* bei F. Hirt:

Gift of Fluency in English Conversation. A practical Guide to learn English and to speak it fluently. Mit Wörterbuch. Zum Schulgebrauch und Selbstunterricht. Von **L. Albert.** 8. geh. 18 Ngr.

Dieses neue Schulbuch ist nach demselben zweckmässigen Plane wie das allgemein bekannte und beliebte „Echo de Paris" bearbeitet und wird überall denselben Beifall finden.

Verlag von **C. A. Haendel** in Leipzig.

(3748) **Neueste Schrift zur teutschen Frage.**

In der Hallberger'schen Verlagshandlung in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Die teutsche Einheit

und

die Preußenliebe.

Ein Sendschreiben an Hrn. Gustav Pfizer.

Rechtfertigung der großteutschen Partei in der teutschen Nationalversammlung

von Dr. **Buß,**

Reichstags-Abgeordnetem für Westfalen.

gr. 8. geheftet. Preis $7\frac{1}{2}$ Ngr. oder 24 kr.

[3751] Bei J. Hensen u. Comp. in Aachen ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Oesterreichs und Deutschlands zu haben:

Deutschland

und die deutsche Nationalversammlung.

Von Professor **J. W. J. Braun,**

Abgeordnetem des rheinpreußischen Wahlkreises Düren und Jülich, Doctor der Philosophie, der Theologie und beider Rechte.

$11\frac{1}{2}$ Bogen gr. 8. brosch. Preis 12 Sgr.

Diese höchst interessante Schrift liefert in scharfen Umrissen nicht bloß ein gelungenes Bild von dem Wirken der Frankfurter National-Versammlung, sondern auch von den gegenwärtigen Zuständen Deutschlands. Niemand der Interesse an den politischen Fragen der Gegenwart nimmt, wird dieselbe ungelesen lassen.

[3558—60] Bei Schmidt u. Leo in Wien ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Der Kampf Italiens

gegen Oesterreich im Jahre 1848.

Bericht über die Operationen dieses Feldzugs

vom Generallieutenant **Bava,**

Commandant des ersten Corps der sardinisch-lombardischen Armee.

Aus dem Italienischen übersetzt

mit Beifügung vieler wichtigen Documente und eigener Bemerkungen von einem k. k. österr. Militär.

8. eleg. geh. Preis 1 fl. C.-M. — 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr. rhn.

Die vorstehende Schrift liefert einen interessanten Beitrag zur Geschichte dieses für Oesterreichs Waffen so glorreichen Feldzugs, und dürfte bei dem großen Interesse welches das Publicum an den Kämpfen unserer tapfern Armee in Italien genommen hat, eine willkommene Erscheinung seyn. Der italienische General Bava gibt hier eine kurze Geschichte des Feldzugs vom Jahre 1848 vom italienischen Standpunkt aus und vertheidigt sich gegen vielfache Angriffe. Ein k. k. Militär knüpft als Augenzeuge daran Bemerkungen, Berichtigungen und Ergänzungen, welche von militärischer Bedeutung sind und dem Werk einen großen Vorzug vor jeder andern Bearbeitung verleihen. Keiner der HH. Offiziere wird das Buch deßhalb auch ganz unbefriedigt aus der Hand legen.

[3746] Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buch- und Musikhandlungen zu beziehen:

Der Prophet.

Große Oper in 5 Acten von **Scribe**, mit deutscher Uebersetzung von

L. Rellstab.

Musik von ***Giacomo Meyerbeer.***

Vollständiger Clavierauszug. Preis 12 Thlr.

Sämmtliche Stücke dieser Oper einzeln zu $7\frac{1}{2}$ Ngr. bis 1 Thlr. 10 Ngr.

Die Arrangements der Oper zu zwei und vier Händen ohne Worte befinden sich unter der Presse.

Ferner sind erschienen oder erscheinen nächstens in demselben Verlage;

Compositionen beliebter Componisten

über Motive aus

Meyerbeers Prophet

von

Lecarpentier (Bagatellen und Contretänze), **Ettling** (Walzer), **Fürstenau** (Rondinos für die Flöte), **St. Heller, Kullak, Liszt, Kummer** (für Cello), **Mohr** (für Harmoniemusik), **Osborne, Pasdeloup, Ritter, Schellenberg, Ch. Voß, Willmers** etc. etc.

Leipzig, im October 1849.

Breitkopf & Härtel.

[3736—37] Im Verlage von Jos. Palm's Hofbuchhandlung in München ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neue englische und deutsche

Gespräche

mit beigefügter Aussprache, steter Hinweisung auf die Regeln der Grammatik und besonderer Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten beider Sprachen, zur Erleichterung des Studiums bearbeitet von

J. S. S. Rothwell,

Professor der engl. Sprache.

8. eleg. geb. 1 fl. 12 kr. oder $22\frac{1}{2}$ Sgr.

Der Hr. Verf. bietet hier wirklich neue Gespräche, die durch ihren Inhalt ebenso anziehend als belehrend sind. Denjenigen welche sich der größeren Grammatik des Hrn. Rothwell bedienen oder bedient haben, ist dieses Gesprächbuch zur weiteren Ausbildung besonders zu empfehlen.

In demselben Verlag ist ferner erschienen:

Rothwell, vollständige, theoretisch-praktische Grammatik der englischen Sprache. 2te Aufl. 1847. gr. 8. geb. 2 fl. 24 kr. od. 1 Rthlr. 15 Sgr.

— — **vereinfachte, theoretisch-praktische Schulgrammatik der englischen Sprache.** 1849. gr. 8. geb. 1 fl. 21 kr. oder 24 Sgr.

— — **englisches Uebersetzungsbuch.** 1845. gr. 8. geb. 1 fl. 36 kr. od. 1 Rthlr.

— — **the English Reader, a Key to the English language and literature.** 2te Ausg. 1850. gr. 8. geb. 48 kr. od. 15 Sgr.

— — **a select Collection of the Beauties of Modern English Poetry.** 1844. 12. geb. 1 fl. oder 20 Sgr.

(3762) Stuttgart. (Antiquarisches.) Durch J. Scheible kann bezogen werden:

1 Exempl. **Romans priapiques et Aventures érotiques.** Collect. des œuvres franç. et allem. 50 Bände, mit Kupfern. 75 fl.

(3467—68) **James' neueste Romane.**

Nachdem in unserer Ausgabe von „James Romanen" sämmtliche frühere Romane dieses beliebten Schriftstellers Aufnahme gefunden haben, hat nun eine **Zweite Folge** begonnen, unter dem Titel:

G. P. R. James'

neueste Romane

in deutschen Uebersetzungen,

in der bloß die neuesten Erzeugnisse dieses Romanendichters ebenfalls in guten Uebersetzungen und zum gleichen billigen Preise von

12 kr.

fürs Bändchen gegeben werden. Von derselben sind bereits erschienen:

Der Ueberwiesene. 4 Bdchen.
Margarethe Graham. 3 Bdchn.
Sir Theodor Broughton oder der Gifttrank. 6 Bdchn.

und zu haben in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

---

[306] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Vertheidigung

von

Süddeutschland

gegen

die Franzosen,

mit Zuziehung der Eisenbahnen, unter Berücksichtigung der verschiedenen Spurweite.

Eine strategische Skizze von Pz.

gr. 8. Velinpapier. brosch. Preis 24 kr. oder 6 gGr.

Stuttgart u. Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

(3717) Album offert par le journal la MODE à Mme la comtesse de Chambord, le jour de la sainte Thérèse.

LA MODE a fait exécuter, par un de nos premiers artistes, un splendide Album de dessins à l'Aquarelle, qu'elle destine à être offert à Mme la COMTESSE DE CHAMBORD pour la SAINTE THÉRÈSE, jour de sa fête. Les noms de tous nos abonnés actuellement inscrits ou qui se feront inscrire avant le 15 Novembre 1849, formeront une liste jointe à ce magnifique volume qui sera présenté à la princesse au nom des actionnaires et des abonnes de la MODE. Cet Album, nous en avons la confiance, est une œuvre de l'art français digne de plaire à l'auguste princesse qui s'est faite si française par le cœur. Nous ne doutons pas que toutes les personnes fidèles aux grandeurs et aux vertus exilées ne soient heureuses de s'associer à cet hommage et de savoir que leur nom sera mis ainsi sous les yeux de l'auguste compagne d'HENRI DE FRANCE.

LA MODE, ce journal d'avant garde qui a pris une si vive part à toutes les luttes de la droite depuis dix huit ans, qui a si courageusement supporté toutes les rigueurs du parquet, tous les sacrifices, vient d'entrer dans une période nouvelle. Un changement complet s'est opéré dans sa direction, et avec la direction nouvelle reviennent tous les collaborateurs de la MODE qui ont fait sa fortune, M.M. Alfred Nettement, vicomte Joseph Walsh, Merle, Armand de Pontmartin, à qui viennent s'adjoindre M.M. le marquis de Foudras, Jules Sandeau, Léon Gozlan, Paul Féval, Amédée Achard, Leclerc, Méry, de Calonne etc.

Ces noms disent assez que la MODE n'est pas seulement un journal politique défendant avec autorité, contre les mauvaises passions révolutionnaires, tout ce qui est mis en question aujourd'hui, la religion, l'ordre, la famille, la propriété, mais qu'elle est encore une Revue où se conservent les traditions de la grande et saine litterature. Les romans, les nouvelles, les critiques littéraires, les biographies, voient chaque jour s'élargir le cadre qui leur est destiné dans la MODE; tout ce qui se rattache aux arts, aux caprices de la mode, aux raffinemens du goût, aux fantaisies de l'élégance, aux mœurs du grand monde, aux causeries de salon s'y mêlent au feu croisé des épigrammes, aux anecdotes, aux colères de la satire, aux malices des proverbes et des chansons.

La partie matérielle est aussi redevenue ce qu'elle devait être sous le rapport du soin et de l'élégance pour rendre à la MODE ses plus beaux jours. En sus de la gravure de mode, une caricature ou un autre dessin d'actualité par les premiers artistes est joint à chaque numéro.

C'est ainsi qu'en redoublant d'activite et de zèle la MODE s'efforce de se rendre digne de l'auguste patronage sous lequel elle s'est placée.

Aux abonnes pour six mois, la MODE donnera en prime le magnifique portrait de M. le Comte de Chambord, qu'elle vient de publier; aux abonnés pour un an, ce même portrait et les Mémoires d'un Notaire, 3 volumes in-8., par M. de Pontmartin.

Prix d'abonnement: pour les départemens: 3 mois, 15 fr.; 6 mois, 28 fr.; 52 fr. pour l'année. — Etranger: 3 mois, 16 fr.; 6 mois, 30 fr.; 12 mois, 56 fr.; colonies, un tiers en sus. — On s'abonne aux bureaux, rue du Helder, Nr. 25 à Paris, en ALLEMAGNE chez le Directeur des Postes à Leipsick, Francfort, Hambourg et chez Mr. Alexandre à Strassbourg (Affranchir).

[3573] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Zur Erhöhung der Feier von Familienfesten:

Fr. Schellhorn,

auserlesene Geburtstags-, Hochzeits- und Abschiedsgedichte.

Stammbuchsverse und Räthsel, oder 75 Geburtstagsgedichte, 23 Hochzeits-, 20 Liebes- und 8 Abschiedsgedichte, 40 Neujahrswünsche, 50 Stammbuchsverse u. s. w. (Sechste, 4000 Exemplare starke Auflage.) Preis 15 Sgr. od. 54 kr.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[3719] Bei Flammer u. Hoffmann in Pforzheim ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angränzenden Länder zu haben:

Lehrbuch des gemeinen deutschen Privatrechts.

Von Dr. **A. Renaud,**
Professor der Rechte in Gießen.
Erster Band.

Gr. 8. Geheftet. 2 Thlr. 20 Ngr. oder 4 fl.

Der Verfasser hofft seiner Arbeit einigen Werth dadurch verliehen zu haben daß er sich einer genauern innern Verbindung von Geschichte und Dogma neben scharfer äußerer Trennung beider beflis, daß er fortwährend danach trachtete das Particuläre vom Gemeinrechtlichen auszuscheiden, ohne jedoch jenem eine gebührende Berücksichtigung zu versagen, und daß er endlich überall bemüht war den Einfluß den das römische Element auf die einheimischen Rechtseinrichtungen, sowie umgekehrt denjenigen welchen deutsche Rechtsansichten auf die römischen Institute gehabt, gehörig hervortreten zu lassen.

[3646—47] Registerband zu **Jahrs** Symptomencodex.

In allen Buchhandlungen zu haben:

JAHR, Dr. G. H. G., alphabet. **Repertorium der Hautsymptome und äusseren Substanzveränderungen,** nebst den Erscheinungen an den Drüsen, Knochen, Schleimhäuten und Blutgefässen. — Mit *patholog. Notizen* über die Dermatosen. — Als *Anhang* zu dem „Repertorium" dess. Verf. nebst **Generalregister** und *Abkürzungstabelle* dazu. Gr. 8. eleg. brosch. Subscr.-Pr. 1 Thlr. 16 Ngr. Als besonderer Abdruck aus diesem erschien die elegante Separat-Ausgabe des „*Repert. d. Hautsymptome etc.*" (*Ohne* das „Generalregister." Gr. 8. brosch. Subscr.-Pr. 1 Thlr. 6 Ngr.

Leipzig, Mich.-Messe 1849. **Herrmann Bethmann.**

[3638—40] Im Verlage der Unterzeichneten erschien:

Neueste gründliche und leichtfassliche theoretisch-praktische

Zither-Schule

als Leitfaden zum Selbst-Unterrichte auf der 20 — 30saitigen Zither.

Enthält eine kurze allgemeine Musiklehre, dann eine kurze Anleitung zum Zitherspielen und zum Stimmen der verschiedenen Zithern, nebst praktischen Uebungs- und angenehmen Unterhaltungsstücken in den gebräuchlichsten Dur- und Moll-Tonarten verfasst von **Wilh. Moralt.** Mit 2 Tafeln. Preis 1 fl. 30 kr. od. 25 Ngr.

München. **Jos. Aibl**, Musikalien-Handlung.

[3750] Bei A. W. Hayn in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen, in Wien bei C. Gerold & Sohn und J. F. Wallishausser zu haben:

Deutsche Chronik für das Jahr 1848.

In Umschlag geh. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Was einst das Theatrum Europaeum dem Zeitgenossen war und was es noch jetzt der Geschichte ist, das glaubt die Verlagshandlung in dieser deutschen Chronik des Jahres 1848 dem Bedürfnisse des Zeitungslesers, des Politikers, des Beamten in Staat, Stadt, Anstalt und Verein zu bieten. In kurzen Umrissen gruppirt sich hier das Tag für Tag in ganz Deutschland Geschehene des verflossenen, noch auf lange Zeit weiterwirkenden Jahres so übersichtlich aneinander, daß der Leser keinen Augenblick über Personen, Dinge und Vorgänge in Zweifel bleiben kann. Man überschaut mit Hülfe des Registers Anfang, Wirkung und Ende jedes Vorfalles, jeder Maßregel und jeder Person, die auf der wildbewegten Schaubühne erschien, und gewinnt neben dem reichen geordneten geschichtlichen Material und den wichtigen Aktenstücken, die hier und da in Zeitungen zerstreut nur mit Mühe für den augenblicklichen Gebrauch zu finden sind, die entschieden klarste Uebersicht über die mächtigen politischen Zustände und Begebenheiten des Jahres 1848. Die Deutsche Chronik des Jahres 1848 wird bald als die wahrste Signatura temporis anerkannt werden.

Goldene Medaille 1844. | (2974—3006) **Brustreiz-Krankheiten.** | Goldene Medaille 1844.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Reblinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[3287—89] **Amortisations-Edict.**

Der Fundationsbrief des Gräflich von Hörwart'schen Beneficiums über ein Zinszahlamtscapital (Kataster Nr. 1914.) pr. 5000 fl. à 4 Procent, Zinszeit 12. August, für das Gräfl. von Hörwart'sche Beneficium im nunmehrigen Freiherrlich von Lerchenfeld'schen Hause in München, ist zu Verlust gegangen.

Da der dermalige Besitzer dieses Beneficiums, Herr Dr. Alois Maurus Harter, frei resignirter Universitäts-Bibliothekar, um die Amortisation der berührten Urkunde nachgesucht hat, so wird der unbekannte Inhaber derselben zu deren Production oder Geltendmachung seiner Ansprüche

binnen einer Frist von sechs Monaten

aufgefordert, widrigenfalls genannte Urkunde für kraftlos erklärt werden würde.

Beschlossen am 7. Septbr. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der kgl. Director.
Steyrer.

[3298—99) **Edictalladung.**

Der Handelsmann Jakob Leistner zu Regensburg hat im Jahre 1826 an Mathias Schedl, Söldner zu Sengkofen, Joseph Weinzierl, Bauer von da, und Joseph Bittner, Häusler von da, Grundstücke aus dem abgetrümmerten Sennebogengute zu Sengkofen verkauft, und es blieben hiebei an Kaufschillingen rückständig.

1. Mathias Schedl . . . 55 fl.
2. Joseph Weinzierl . . . 100 fl.
3. Joseph Bittner . . . 123 fl. 30 kr.
   und 12 fl. 52 kr.

Diese Kaufschillings-Rückstände sind zur Zeit im Hypothekenbuche noch eingetragen, obwohl sie nach vorgelegten außergerichtlichen Quittungen theils an Jakob Leistner selbst, theils an seinen Bevollmächtigten, den kgl. Advokaten Sand in Regensburg, theils an die Relicten des ersteren bezahlt wurden.

Jakob Leistner und Advokat Sand sind bereits vor mehreren Jahren mit Tod abgegangen, und die Erben des ersteren sollen nach Amerika ausgewandert seyn. Auf Antrag des Mathias Schedl et Cons. ergeht nun an die unbekannten Relicten und Erben des Handelsmannes Jakob Leistner die Aufforderung

binnen 3 Monaten a dato, also längstens bis zum 12. December 1849

die dahier vorliegenden außergerichtlichen Quittungen um so gewisser einzusehen, und allenfallsige Erinnerungen gegen dieselben abzugeben, als außerdem jene Quittungen als ächt erkannt, und sofort auf deren Grund die obenbezeichneten Forderungen im Hypothekenbuche gelöscht werden würden.

Stadtamhof, den 13. September 1849.
Königl. Landgericht Stadtamhof.
Payr.

(3774—76) Die HH. **Bernard** und **Leopold Ulrich** werden von ihren Angehörigen ersucht ehestens über ihren jetzigen Aufenthalt Mittheilungen zu machen und längstens innerhalb eines Monates zurückzukehren, da in wichtigen Familienangelegenheiten ihre persönliche Anwesenheit ebenso dringend als wünschenswerth erscheint.

[3612—13] Ein Capital von

266,000 Thaler pr. Crt.

kann man durch Anlegung von 8 Thlr. pr. Crt. erlangen. Die Bedingungen dieserhalb ertheilt das Bureau von

Joh. Poppe in Lübeck.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 28 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck, Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag Nr. 296. 23 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die nahe Eröffnung der Telegraphenlinie. Jenny Lind. Balfe's Zigeuner. Das Reichsministerium über die deutsche Flotte. Oesterreich und Preußen und ihre „Bundesgenossen"); München (die preußische Note in Betreff des Einrückens in die Pfalz Ministerwechselgerüchte); Stuttgart (bevorstehende Modification des Ministeriums. Rücktritt Duvernoy's. Die Begnadigung Möglings); Darmstadt (Liebig über ein neues Choleramittel); Dresden (die Kammern auf den 30 Oct. berufen); Hannover (der Bischof von Hildesheim †); Braunschweig (die Verabredungen wegen Berufung eines Reichstags); Münster (Temme außer gerichtliche Verfolgung gesetzt); Berlin (Schluß des Promemoria über die dänische Angelegenheit); Schleswig-Holstein (Hannover zieht ein Truppencorps an den Gränzen zusammen, Dänemark concentrirt seine Truppen auf Alsen. Die Gefion); Wien (Journalurtheile über das Interim. Radetzky's Rückkehr nach Italien. Erkrankung des Banus. Schluß des Eisenbahncongresses. Fortschreiten der Grundentlastung. Die Landtagsordnungen sollen noch in diesem Jahr zu Stande kommen. General Dahlen zum Kriegsministerium designirt. Die Versöhnungsversuche zwischen den beiden Bourbonenlinien).

Großbritannien. Die neuen Wirren in Irland; Orangisten und Repealer. Das Cap. Ueber die französische Finanzverlegenheit.

Frankreich. Cavaignac und V. Hugo über die römische Frage. Duell zwischen Thiers und Bixio. E. Girardin vor dem Staatsgerichtshof in Versailles. Tumultuarische Scene.

Italien. Florenz (abermaliges Gerücht daß die Anleihe abgeschlossen sey).

Beilage. Stuttgart. — Berlin. (Die jüngsten Kammerverhandlungen und das verworfene Steuerverweigerungsrecht.) — Ueber Dresden nach Wien. — Schleswig-Holstein. — Die Flüchtlinge in Widdin. — Zustände im Kirchenstaat.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam, Hamburg 19; Wien, Berlin 20; Augsburg 22 Oct.

Deutschland.

z **Frankfurt a. M.**, 20 Oct. Die Abstimmung Hessen-Darmstadts in dem Berliner Verwaltungsrath gegen die Einführung des Interim ist nach sicherer Quelle durch die Gagern'sche Coterie bestimmt worden, welche glaubt daß bei dem Bestande des Interim die Berufung des Reichstags in Erfurt und sonach auch die Behauptung des Bündnisses und Verfassungsentwurfs vom 26 Mai d. J. nicht möglich sey. Es ist wohl kein Zweifel daß Preußen im Verwaltungsrath mit dem Interim vorsichtig und sehr schonend vorangegangen ist, indem es dasselbe seinen hohen Verbündeten nur in der Form der Proposition und vor dem eigenen unwiderruflichen Abschluß zur Annahme empfohlen hat. Vergleicht man dagegen den amtlichen Theil der Wiener Zeitung, so nimmt sich darin die öffentliche Verkündung des Constituts gegenüber den unbenannten Bundestheilhabern Oesterreichs, an die es noch gar keine officielle Insinuation erlassen zu haben scheint, bei weitem weniger freundlich aus. Wir leben hier auf ziemlich indifferentem Boden, von wo aus die politischen Dinge in Deutschland am unbefangensten sich betrachten lassen. Nachdem Preußen seinerseits als der eine Paciscent durch den Beschluß des Berliner Verwaltungsraths bereits in Stand gesetzt ist die Uebereinkunft vom 30 September d. J. vollständig zu erfüllen, wird Oesterreich umsomehr es als durch Ehre und Pflicht geboten erkennen andererseits die Convention zur Erfüllung und zum Vollzug zu bringen. Einen so vortheilhaften gewonnenen Standpunkt werden die beiden Großstaaten Deutschlands nicht leichthin wieder verlassen, und die besiegelte Allianz begründet einen in der Natur aller Provisorien liegenden Besitzstand, den man gewiß mit den geeigneten gemeinschaftlichen „Schritten" behaupten wird. Ist man hier recht unterrichtet, so hat dieser ohne sichtbare formelle Mitwirkung eines dritten deutschen Staates geschlossene Bund seinen Ursprung zum Theil auch in den persönlichen Zuneigungen des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen. Sie erinnern sich an deren Zusammenkunft in Töplitz. Es war keine Conferenz von Staatsmännern, aber immer ist es wichtig und folgenreich wenn zwei so mächtige Monarchen sich geistig persönlich nähern. Franz Joseph soll unter andern dabei lebhaft geäußert haben daß Preußen und Oesterreich, auch wenn sie wollten, sich nicht trennen können. Ein avis au lecteur für alle Publicisten, welche den Bruch zwischen den beiden Großmächten unermüdlich vorhergesagt. Uebrigens will es uns hohe Zeit bedünken daß mit der neuen Centralgewalt bald definitiv vorangeschritten werde, denn ihre vermeintliche Bestimmung ist es ohnedieß nur kurzlebig zu seyn. Zum Schlusse noch eins. Nicht geringes Aufsehen hat hier der auch in Ihrem Blatt mitgetheilte rückgreifende Artikel der Hannover'schen Ztg.: „Was will und was kann Hannover?" gemacht. Auch die Leipziger Ztg. spricht in ähnlichem Tone. Sollte dieß schon in Folge der Reise des Grafen Bennigsen und des Hrn. v. Beust nach der österreichischen Hauptstadt seyn?

‖ **Frankfurt a. M.**, 20 Oct. Vom 24 d. M. an wird nun auch der elektro-magnetische Telegraph zwischen hier und Berlin in derselben Weise wie die übrigen preußischen Telegraphenlinien zur Verfügung des Publicums gestellt werden. Um jedoch die Benützung dem letztern allgemein zugänglich zu machen, wäre vor allem eine Ermäßigung des Tarifs (in welchem der geringste Ansatz — für eine Depesche von 1 bis 20 Zeilen 4 Thlr. 24 Sgr. oder 8 fl. 24 kr. beträgt) zu wünschen. Die Leitung der hiesigen Telegraphenstation befindet sich — dem bestehenden Staatsvertrage gemäß — ausschließlich in den Händen preußischer Beamten. Jenny Lind ist seit gestern hier anwesend. Sie kam eigens von Meran hieher um Balfe's Oper: „die Zigeunerin" zu hören, die nächsten Montag unter des Componisten Leitung zum erstenmal in die Scene geht. Es scheint demnach daß die gefeierte Sängerin den ihr von London unter glänzenden Bedingungen gemachten Antrag während der bevorstehenden Saison in dieser Oper dort aufzutreten noch nicht ganz von der Hand gewiesen hat.

Das Reichsministerium hat ein Schreiben an die deutschen Regierungen gerichtet welches als Vertheidigung gegen die Beschuldigungen dienen soll, die in der zweiten preußischen Kammer hinsichtlich der Flotte erhoben wurden. Dem Schreiben sind in acht Beilagen Auszüge aus verschiedenen Berichten und Mittheilungen der HH. Jochmus, Kerst und Brommy, welcher letztere sich seit einigen Tagen in Frankfurt befindet, angefügt, aus denen hervorgeht daß man sich neuerdings zu dem Beschluß neigt, außer einigen kleineren, auch die beiden großen Dampffregatten bei Brake in der Weser überwintern zu lassen. Gleichzeitig ist indessen doch unterm 7 d. M. dem „Reichsgesandten" Hrn. v. Drachenfels in Brüssel der Auftrag geworden dort Unterhandlungen wegen einer etwa möglichen Ueberwinterung dieser beiden Schiffe im Hafen von Antwerpen anzuknüpfen. Es ist aber kaum zu begreifen weßhalb der Hafen bei Brake kein geeigneter Platz für die Kriegsschiffe seyn sollte, da schon die größere der beiden Dampffregatten während des Sommers, und bei viel niedrigerem Wasserstande als im Herbst und Winter, dort gelegen hat." Ebenso unerklärlich ist es weßhalb man dem Jahde-Meerbusen fast gar keine Aufmerksamkeit schenkt, obschon es hinreichend erwiesen ist daß derselbe Wassertiefe und Sicherheit genug bietet, und für einen bleibenden Kriegshafen wohl der geeignetste Punkt an der Nordsee ist. (D. Ztg.)

Bayern. **München.** Die in der Rede des Ministers v. d. Pfordten erwähnte an das Ministerium des Auswärtigen gerichtete Note der königlichen preußischen Gesandtschaft in München dd. 8 Jun. 1849 lautete: „Die der königlichen Regierung aus Frankfurt zugehenden Berichte lassen immer dringender die Nothwendigkeit hervortreten schleunig und ohne Verzug den von Baden und Rheinbayern ausgehenden anarchischen Bestrebungen welche auch das Großherzogthum Hessen auf das bedenklichste bedrohen, energisch entgegenzutreten und in jenen beiden Ländern die Ordnung wiederherzustellen. Ein der königlichen Regierung am 3 d. M. zugekommenes Schreiben des Kriegsministeriums der provisorischen Centralgewalt an den königlichen Bevollmächtigten in Frankfurt stellt die Lage der Sachen als äußerst bedenklich dar, und erklärt unter detaillirter Darlegung der betreffenden Verhältnisse die Unmöglichkeit mit

den der Centralgewalt dermalen zu Gebot stehenden Kräften mehr zu erreichen als der Revolution in Baden und in der Pfalz gegenüber eine feste defensive Stellung einzunehmen, und es wird daran der Wunsch geknüpft daß es der königlichen Regierung gefallen möge ein schnelles Vorrücken der preußischen Truppen zu bewirken, um sowohl gegen Baden als gegen die Pfalz angriffsweise verfahren zu können. Dieses ist also die Requisition des Reichsministeriums vom 3 Jun., welche der späteren Thätigkeit der preußischen Regierung zu Grunde liegt. Von Seite der großherzoglich badischen Regierung ist eine directe Requisition um Hülfe an Preußen gestellt worden, und am 3 d. M. in Berlin ein gleiches Ersuchen auf telegraphischem Weg auch von der großherzoglich hessischen Regierung eingelaufen, welche bei längerem Zögern auch ihr eigenes Land von der Anarchie und rothen Republik überschwemmt zu sehen fürchtet. Obgleich die königliche Regierung principiell an dem Grundsatz festhalten zu müssen glaubt eine directe Requisition auf Bundeshülfe erwarten zu müssen, ehe sie dieselbe leisten könne, so hat sie sich doch dem von dem königlich bayerischen Gesandten zu Berlin ausgesprochenen Wunsch nicht entziehen zu müssen geglaubt, daß unter den gegenwärtigen dringlichen Umständen den formellen Schwierigkeiten welche den Umständen gemäß für Preußen in der Gewährung bundespflichtiger Aushülfe bestehen möchten, keine Rechnung getragen werde. Demnach hatte sie auch in dem Vertrauen daß die königlich bayerische Regierung den Gesinnungen welche sie dabei leiten, ihre Anerkennung nicht versagen werde, noch ehe ein directes Gesuch um militärische Beihülfe durch den gedachten Gesandten an Sie gelangt war, bereits die nöthigen Befehle an die Befehlshaber der auf dem linken Rhein-Ufer aufgestellten königlichen Truppen zu schleunigem Vorrücken abgehen lassen, und denselben die Anweisung ertheilt wegen Combination der Operationen mit den unter dem Oberbefehl des Generals v. Peucker stehenden Truppen in Verbindung mit letzterem zu treten. Sie hatte mit diesem Entschluß umsoweniger zögern zu dürfen geglaubt, als die strategischen Verhältnisse es nöthig machen werden die Operationen in der Pfalz mit denen in Baden und Rheinhessen zu combiniren. Als Aufgabe ist dem preußischen Befehlshaber zunächst die Herstellung der rechtmäßigen Regierung Sr. Maj. des Königs von Bayern und die Sicherung der Bundesfestung Landau bezeichnet worden. Nachdem diese Anordnungen bereits getroffen waren, ist der königlichen Regierung inzwischen noch die directe Requisition des Grafen v. Lerchenfeld um militärische Beihülfe, sowie die Anzeige von der bevorstehenden Ankunft des Generals v. d. Mark in Berlin zugegangen. Da in der betreffenden Note indeß zugleich ausdrücklich ausgesprochen worden ist daß dadurch in keiner Weise auf die möglicherweise bereits eingeleiteten diesseitigen Dispositionen eingewirkt werden solle, so hat die königliche Regierung umsoweniger Anlaß zu erkennen vermocht eine Aenderung in den an die preußischen Truppen bereits ergangenen Instructionen eintreten zu lassen als sie glaubt daß das königlich bayerische Armeecorps seine Operationen ohne Zweifel in Gemeinschaft mit dem dort commandirenden General v. Peucker einleiten wird."

* Briefe aus **München** sprechen von dort umlaufenden Gerüchten einer Ministerveränderung, wobei Namen als Ministercandidaten genannt werden die unwahrscheinlich genug klingen. Ueberhaupt scheint das ganze Gerücht noch sicherer Begründung zu entbehren. Hr. v. Link, der Ausschußreferent in der deutschen Frage, soll einen außerordentlich ausführlichen Bericht erstattet haben.

Württemberg. Aus **Stuttgart** wird die Rückkehr des Ministers Römer aus Frankfurt gemeldet. Die längst angekündigte Modification des Ministeriums scheint einzutreten. Staatsrath Duvernoy hat noch vor Römers Rückkehr seine Entlassung eingereicht. Die Umwandlung des gegen Mögling in Mannheim gefällt gewesenen Todesurtheils soll zunächst der Verwendung Sr. Maj. des Königs von Württemberg zuzuschreiben seyn.

Hessen. Dr. Liebig theilt der Darmst. Z. den nachstehenden Brief aus Indien, dem Vaterlande der Cholera, mit dem Wunsche mit daß das Mittel welches Dr. Maxwell empfiehlt von den Aerzten mit aller Sorgfalt geprüft werde, und daß man in Europa dieselben glücklichen Erfolge damit erzielen möchte. „Hrn. Justus Liebig, Professor der Chemie in Gießen. Ich mache mir das Vergnügen Ihnen eine wichtige Thatsache mitzutheilen (worüber Sie sich gewiß freuen werden), die ich eben hier in Bezug auf die Behandlung der Cholera festgestellt habe, nämlich daß das kohlensaure Natron ein rasches und wirksames Mittel gegen diese Krankheit ist. Ich gebe es sogleich, sowie ein Fall von Cholera mir vorkommt, einen Theelöffel voll in einer Tasse Haferschleim so heiß als ihn der Kranke trinken kann. Sollte das Mittel ausgebrochen werden, so wiederhole ich es sogleich mit etwas Laudanum (Opiumtinctur) und einer vollen Dosis Oel (Ricinusöl oder einem andern eröffnenden Mittel), um dasselbe nach dem Sitz des Giftes in den dünnen Gedärmen hinabzuführen. Sowie etwas von dem Oel in den Stuhlentleerungen erscheint, wird man finden daß die Genesung bereits begonnen hat, und der Patient wird bald Urin lassen, wo man ihn dann als außer aller Gefahr betrachten kann. Wenn nöthig, wiederhole ich die Medicin Morgens und Abends in etwas kleinerer Dosis. Wenn zu gleicher Zeit viele Menschen befallen werden, gebe ich Bissen (boli) von folgender Zusammensetzung: kohlensaures Natron 20 Gr., Opium 3 Gr., Gummi Gutt 5 bis 10 Gran, Crotonöl 2 bis 3 Gr. oder mehr, Seife 20 Gr., die mit einem Schluck kohlensauren Natron hinabgeschwemmt werden. Auf diese Weise kann man Boli und kohlsaures Natron, hinreichend für Hunderte, mit Leichtigkeit in der Tasche bei sich führen. Mit weiteren Details will ich Sie nicht bemühen; überdieß werden ohne Zweifel später von den Aerzten noch manche andere Weisen das Mittel zu verschreiben bekannt gemacht werden. Hochachtungsvoll. Hyderabad — Dekkan, 23/8. Dr. W. G. Maxwell. Ich vergaß zu bemerken: das kohlensaure Natron erleichtert den Schmerz und Brand im Unterleib, macht Schlaf und stellt den Puls und die Körperwärme in sehr kurzer Zeit wieder her. — P. S. Haben Sie die Güte diesen Brief in so weiten Kreisen als möglich zu veröffentlichen."

K. Sachsen. **Dresden.** Die Kammern sind auf den 30 Oct. berufen.

K. Hannover. **Hildesheim,** 16 Oct. Der hochwürdigste Bischof von Hildesheim und Administrator der Diöcese Osnabrück, Jacob Joseph Wandt, ist in verwichener Nacht in Folge eines Schlagflusses plötzlich mit Tod abgegangen. (Hildh. Ztg.)

H. Braunschweig. Nach einem Brief aus **Braunschweig** in der Magdeb. Ztg. hat die dortige Regierung am 15 Oct. die officielle Nachricht erhalten daß alle kleinern Regierungen mit Preußen über die möglichst schleunige Einberufung des Reichstags einverstanden sind, und daß als Eröffnungstag vorläufig der 15 Jan. 1850 festgesetzt ist. Als Sitz des Reichstags wurde von Preußen Erfurt vorgeschlagen; indeß haben sich gegen diesen Ort, der nicht nur auf preußischem Gebiete liege sondern auch eine preußische Festung sey, viele Bedenken erhoben, in Folge deren Frankfurt a. M. vorgeschlagen wurde, gegen welches hinwiederum eingewendet ward daß dort als am Sitze der neuen Bundescentralcommission jedenfalls auch eine österreichische Besatzung seyn werde, sodann daß Frankfurt bis jetzt seinen Beitritt noch nicht definitiv erklärt habe, der Sitz der Versammlung sich aber doch jedenfalls innerhalb des Bundesgebiets befinden müsse. Für den Fall daß diese Punkte nicht zeitig genug erledigt seyn sollten, sind Kassel und Braunschweig vorgeschlagen, zwischen welchen die Wahl noch schwankt.

Preußen. **Münster,** 15 Oct. Temme hat von dem Staatsanwalt in Berlin die Nachricht erhalten daß die Rathskammer des Berliner Stadtgerichts dem Antrage ihn wegen seiner Betheiligung beim Steuerverweigerungsbeschlusse der Nationalversammlung in Anklagestand zu versetzen nicht beigetreten ist, daß demnach der Staatsanwalt von weiterem Verfahren gegen ihn Abstand genommen und Schritte gethan hat um das Nöthige wegen Aufhebung der von dem Criminalsenat des k. Oberlandesgerichts in Münster wider ihn verhängten Amtssuspension zu veranlassen. (Köln. Ztg.)

Preußen. **Berlin.** Promemoria über die dänische Angelegenheit. (Von dem preußischen Ministerium den Kammern mitgetheilt. Schluß.) Es ist hier nicht der Ort die Kriegführung zu verfolgen. Während derselben sind mehrmals Versuche gemacht worden eine vorläufige Waffenruhe zu erzielen, damit während der Unterhandlungen welche abzubrechen kein Theil beabsichtigte, unnützes Blutvergießen erspart würde. Einen solchen Vorschlag machte die vermittelnde Macht am 9 Mai, wodurch eine Demarcationslinie von Flensburg nach Husum aufgestellt werden sollte, und empfahl denselben in der ernstesten und nachdrücklichsten Weise beiden kriegführenden Theilen. Diese Demarcationslinie konnte indeß deutscherseits nicht zulässig erscheinen, so sehr die königliche Regierung auch wünschte weiteres Blutvergießen, das zu entscheidenden Resultaten schwerlich führen konnte, zu vermeiden. Es wurde indeß über eine angemessene Auskunft unterhandelt, als inzwischen die Verhältnisse in Deutschland selbst eine Wendung nahmen welche die Stellung der königlichen Regierung wesentlich veränderte, und dieselbe nöthigte sich auf einen anderen Standpunkt, gegenüber der Leitung der ganzen Angelegenheit, zu stellen. Die Basis auf welcher die Centralgewalt ruhte, war nämlich durch ihr Verhältniß zur Nationalversammlung schon damals so in Frage gestellt worden, daß es durchaus unzulässig erschien derselben die Leitung einer Angelegenheit noch zu überlassen, welche wegen der wichtigen europäischen Fragen an welche dieselbe in jedem Augenblick anstreifte, den schwankenden und wechselnden Einflüssen welche sich damals in Frankfurt geltend zu machen drohten, nicht preisgegeben werden durfte. Die königliche Regierung entschloß sich daher die Leitung selbständig zu übernehmen, und sprach diesen Entschluß in einem an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt gerichteten Schreiben vom 18 Mai aus. Gleichzeitig zeigte sie dem königlichen Gesandten in London, wie dem Oberbefehlshaber des Expedi-

tionscorps an daß sie fortan nur von ihr Instructionen zu empfangen
haben würden. In Betracht der eigenthümlichen und schwierigen Lage in
welcher die Centralgewalt sich damals befand, und der Unmöglichkeit welche
ihr selbst klar geworden seyn mußte die Sache mit Consequenz zu einem
befriedigenden Ende zu führen, hätte die königliche Regierung erwarten
dürfen daß die Centralgewalt selbst sich offen mit diesem Schritt, der sie
nur einer ferneren Verlegenheit entzog, einverstanden erklärte. Daß das
Reichsministerium dieß nicht thun zu können glaubte, durfte sie nicht ab-
halten das auszuführen was ihm die Pflicht sowohl gegen das eigene Land
wie gegen das übrige Deutschland auferlegte. Sie erkennt aber gern an
daß die provisorische Centralgewalt, obgleich sie jene Erklärung des Ein-
verständnisses nicht gab, ihr dennoch bei der ganzen weiteren Behandlung
der Sache keine ferneren Schwierigkeiten in den Weg legte. Die könig-
lichen Regierungen von Sachsen und Hannover erklärten sich damit ein-
verstanden daß Preußen die Sache in die Hand nehme, und auch die Mehr-
zahl der übrigen Regierungen, deren Truppencontingente bei dem Expe-
ditionscorps sich befanden, gaben die Versicherung daß dieselben nach wie
vor unter dem Oberbefehl des Generallieutenants v. Prittwitz bleiben
würden. An diese Uebernahme der selbständigen Leitung von Seiten
Preußens knüpfte sich sehr natürlich der Gedanke die Verhandlungen von
nun an direct mit der dänischen Regierung in Berlin zu führen. Die Unter-
handlungen in London wären durch die veränderte Stellung Preußens und
seines Gesandten in eine schiefe Lage gekommen, und durch die nothwen-
digen Rückfragen und Instructionen mußte eine kostbare Zeit verloren
gehen. Auch in Kopenhagen war derselbe Wunsch gehegt, und durch die
Vermittelung der Gesandten befreundeter Mächte kam man überein daß
die königlich dänische Regierung einen Bevollmächtigten nach Berlin sende,
wozu der Kammerherr v. Reedtz ernannt wurde.

Preußischerseits wurde die Führung der Verhandlungen dem dama-
ligen königlichen Gesandten in Hannover, jetzigen Minister der auswär-
tigen Angelegenheiten, Frhrn. v. Schleinitz, übertragen, welcher zu dem
Ende nach Berlin berufen wurde. Die Vermittelung Großbritanniens
wurde dabei ganz in der frühern Weise auf den Wunsch beider Theile und
unter Zustimmung J. Maj. der Königin von Großbritannien aufrecht er-
halten. Die Conferenzen begannen daher zwischen dem Frhrn. v. Schlei-
nitz, dem Kammerherrn v. Reedtz und dem königlich großbritannischen
Gesandten Grafen v. Westmoreland am 3 Jun. 1849. Ihre Aufgabe war
es sowohl die Präliminarien des künftigen Friedens als einen Waffen-
stillstand herbeizuführen, während dessen die Verhandlungen über diesen
Frieden geführt werden könnten, und für die Zeit des Waffenstillstands
ein provisorisches Uebereinkommen über die Stellung der Herzogthümer
zu treffen. Was nun den ersten Punkt, nämlich die Feststellung von
Friedenspräliminarien betrifft, so konnte die königliche Regierung nicht
lange darüber im Zweifel seyn daß von der am 3 Febr. d. J. durch die
Centralgewalt angenommenen Basis nicht abzugehen seyn würde. Die
Centralgewalt hatte zwar nach dem Wiederausbruch des Kriegs erklärt
daß sie, nachdem die Feindseligkeiten von Dänemark wieder eröffnet worden,
sich nicht mehr an ihre frühere Annahme gebunden erachten könne, und
das Recht dazu mag wohl kaum bezweifelt werden können. Aber es durfte
nicht übersehen werden daß dieselben Gründe welche damals dafür sprachen,
auch jetzt noch in voller Kraft bestanden. Die Centralgewalt selbst hatte
dieß nicht verkannt, und sich dahin ausgesprochen daß sie eine fernere Unter-
handlung auch auf dieser Basis nicht abweisen werde. Die vermittelnde
Macht hatte auf das entschiedenste erklärt daß sie an dieser Basis festhalte;
und da die königlich dänische Regierung ebenfalls auf derselben beharrte, so
würde es für Deutschland und Preußen unmöglich gewesen seyn einseitig von
derselben abzugehen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollten jede Frie-
densverhandlung und jede Vermittelung unmöglich zu machen und eine euro-
päische Complication hervorzurufen. Die Basis vom 3 Febr. d. J. wurde also
auch von der königl. Regierung angenommen. Sie findet sich daher auch von
vorn herein als Princip aufgestellt in den Schreiben welche zwischen dem königl.
preußischen und dem königl. dänischen Conseilspräsidenten, resp. vom 20 und
31 Mai, bei Gelegenheit der Sendung des Hrn. v. Reedtz gewechselt wur-
den, und diente als Grundlage aller weiteren Verhandlungen. Nach den
Erörterungen und Erläuterungen welche bei Gelegenheit des von Lord Pal-
merston vorgeschlagenen Protokolls vom 13 März stattgefunden hatten, war
es nunmehr ebenso unbedenklich an die ausgesprochene legislative und ad-
ministrative Selbständigkeit des Herzogthums Schleswig die Anerkennung
der politischen Union, welche dasselbe mit der Krone Dänemark verbindet,
als eine bestehende und nicht streitige Thatsache zu knüpfen. Ebenso aber
konnte nun auch die Erhaltung der nicht politischen Bande der materiellen
Interessen sicher gestellt werden welche zwischen den beiden Herzogthümern
bestanden haben, so weit dieselben sowohl mit der im Princip festgestellten
Unabhängigkeit Schleswigs, als auch mit der zukünftigen Stellung des Her-
zogthums Holstein zu den andern deutschen Staaten vereinbar waren. Die
nähere Festsetzung dieser Verhältnisse mußte der weiteren Friedensver-
handlung überlassen bleiben, da es sich hier nur um die Aufstellung von
Grundsätzen als Friedenspräliminarien handelte. Allerdings war auch
durch jene Erläuterungen die damals von der königlichen Regierung beab-
sichtigte reservirende Declaration, um jedem Mißverständniß der fraglichen
Clausel vorzubeugen, nicht überflüssig geworden; man ging vielmehr noch
einen Schritt weiter, indem man eine solche Declaration in die Feststellung
der Friedenspräliminarien selbst mit aufnahm, und so nicht allein die kö-
nigliche Regierung sich selbst verwahrte, sondern Dänemark ausdrücklich
und feierlich mit erklärte: daß durch die über das Herzogthum Schleswig
getroffenen Bestimmungen weder der Frage wegen der Erbfolge in den un-
ter dem Scepter Sr. Maj. des Königs von Dänemark vereinigten Staaten
nach den eventuellen Rechten dritter Personen präjudicirt werden solle.
Daß die Frage wegen der Erbfolge zu einer schließlichen Erledigung kom-
men müsse, wenn die Gefahr künftiger Verwickelungen beseitigt werden
sollte, war ein von allen Seiten tief gefühltes Bedürfniß; aber es war auch
klar daß diese Erledigung nicht zwischen Dänemark und Preußen allein,
oder selbst zwischen Dänemark und Deutschland allein gefunden werden,
also auch nicht Gegenstand des Friedens selbst zwischen beiden Mächten seyn
konnte. Es berührte dieß gerade am unmittelbarsten die europäische Seite
der Frage, und es kamen dabei selbst die Garantien und Verzichtleistungen
früherer Zeit in erneuten Betracht, daher hier auf das Einverständniß der
Großmächte nothwendige Rücksicht genommen werden mußte. Ferner
konnte keine definitive Lösung ohne Zuziehung und Zustimmung der Be-
rechtigten erlangt werden, für welche Preußen zu stipuliren nicht befähigt
war. Ebensowenig konnte von Preußen die Initiative zu Vorschlägen
darüber ergriffen werden; man kam also dahin überein daß Se. Maj. der
König von Dänemark selbst diese Initiative ergreife, und zwar sogleich
nach erfolgtem Abschluß des definitiven Friedens. Es lag in der Natur
der Dinge daß auch die Verhältnisse der Herzogthümer Holstein und Lauen-
burg, als Theile des deutschen Bundes, zur Sprache kommen mußten.
Aber es war auch ebenso natürlich daß dieselben nicht in diesem Augenblick
ihre definitive Erledigung finden konnten. Sie konnten es nur in Gemein-
schaft und Zusammenhang mit der ganzen deutschen Frage. Daß zu der
Theilnahme an der Umgestaltung der deutschen Verhältnisse die freie Zu-
stimmung des rechtmäßigen Souveräns der Herzogthümer ebenso erforder-
lich war wie die jeder andern deutschen Regierung, bedarf keiner Bemer-
kung; ebensowenig wird man bei ruhiger Erwägung sich verhehlen können
daß diese Zustimmung nicht Gegenstand oder Bedingung einer Stipulation
seyn konnte deren wesentlicher Zweck die Beendigung eines mit diesen
Verhältnissen in keiner Beziehung stehenden Kriegszustandes war. Hol-
stein und Lauenburg befinden sich für diesen Augenblick in einem Aus-
nahmszustande, dessen Beendigung weiterer Verständigung, zunächst auch
zwischen den Herzogthümern selbst und ihrem Landesherrn, überlassen blei-
ben muß. Eben darum mußte auch das Verhältniß derselben zu dem neu
gestalteten Deutschland, namentlich zu dem durch das Bündniß vom 26 Mai
eingeleiteten Bundesstaate, weiterer Verständigung überlassen bleiben. Nur
das konnte ausgesprochen werden daß in jedem Falle das Herzogthum Hol-
stein eine repräsentative Verfassung erhalten werde, welche es bekanntlich
bisher in anerkannter Wirksamkeit nicht besaß. Dieß waren die wesent-
lichen Motive und Ergänzungen welche die Feststellung der Friedensprăli-
minarien bedingten. An diese Friedenspräliminarien hatte sich nun der
Waffenstillstand zu knüpfen. Für den Waffenstillstand kommen zweierlei
Rücksichten in Betracht: einmal die militärischen, in Betreff der Occupa-
tion der Herzogthümer, andrerseits die staatsrechtlichen, in Betreff der
Regierung und Verwaltung der Herzogthümer. Letztere hatten schon frü-
her bei Gelegenheit des Protokolls vom 13 März die Hauptschwierigkeit
gebildet; jedoch ließ sich nicht verkennen daß diese Schwierigkeit durch die
Annahme von Friedenspräliminarien wesentlich verändert war. Es war
unmöglich das für die Dauer des Waffenstillstandes zu errichtende Provi-
sorium nicht auf dieselbe Grundlage wie die Präliminarien selbst zu stel-
len, welche ja sonst alle Bedeutung verloren hätten. An eine einfache Fest-
haltung des Status quo wäre nur bei einer bloßen factischen Waffenruhe
ohne Bezug auf den Frieden zu denken gewesen; aber damit wäre eben die
Regulirung der Sache selbst nicht wesentlich gefördert worden. Durch die
Uebereinkunft über Friedenspräliminarien waren die Voraussetzungen des
Status quo zum Theil nicht mehr als vorhanden zu betrachten, und dieß
bedingte nothwendig auch eine Aenderung in der Gestaltung des Proviso-
riums. Dieß hatte auch die Centralgewalt in einer früheren Zeit aner-
kannt, als sie in einer Instruction vom 28 März dem Bevollmächtigten aus-
sprach: es sollte diesseits die Richtigkeit der Bemerkung Lord Palmerstons
durchaus nicht bestritten werden daß, wenn überhaupt nach Annahme der
Basis ein neues Provisorium nöthig würde, die Trennung der Verwal-
tung nach seinem Vorschlage an sich die natürlichste und gerechteste Ein-
richtung wäre."

Daß nun aber jetzt ein neues Provisorium nöthig geworden, konnte
sich wohl niemand verhehlen. Die königl. Regierung war demnach nicht
in der Lage gegen diese Trennung der Verwaltung noch dieselben Einwände
zu erheben welche in früheren Stadien dagegen geltend gemacht werden
konnten, und dieselbe wurde als Grundlage des Provisoriums angenom-
men. Als maßgebend für die Verwaltung konnten nur die mit vollstän-
diger Autorität bestehenden gesetzlichen Vorschriften angenommen werden,
in derselben Weise wie dieß in der Convention von Malmö für beide Her-
zogthümer geschehen war. Was seit dem Beginn der Bewegung im vori-
gen Jahr geschehen und geändert war, konnte nicht als dieser vollen ge-
setzlichen Autorität genießend angesehen werden, wenngleich es klar war
daß das praktische Bedürfniß die Aufrechthaltung vieler seitherigen Ver-
ordnungen erforderte. Dieß eben nach dem praktischen Bedürfniß zu be-
stimmen mußte die Aufgabe der neuen Landesverwaltung selbst seyn. Es
handelte sich eben dabei nur um das praktische Bedürfniß und das wahre
Interesse des Landes selbst, nicht um theoretische Bestimmungen oder um

principielle Rücksichten. Der gesetzliche Zustand vor dem März v. J. mußte als maßgebend angesehen werden, wo er nicht ausdrücklich abgeändert war oder seine Abänderung durch eine unabweisliche praktische Nothwendigkeit unumgänglich gefordert wurde. Zur Führung dieser Landesverwaltung schien es am geeignetsten auf einen schon in früheren Verhandlungen zur Sprache gekommenen Vorschlag zurückzugehen, den auch die Centralgewalt in dem oben angeführten Schreiben vom 28 März für unbedenklich erklärt hatte: nämlich mit derselben eine Commission zu betrauen, zu welcher Preußen und Dänemark je ein, die vermittelnde Macht Großbritannien ein drittes Mitglied ernennen, welches im Falle der Nichteinigung der beiden ersten eine schiedsrichterliche Entscheidung geben könne. Eine Beschränkung auf Landeseingeborne schien dabei um so weniger angemessen, je schwieriger es war Personen in dem Herzogthum Schleswig zu finden welche nicht wenigstens die Prävention von Sympathien nach der einen oder anderen Seite hin gegen sich gehabt hätten. Daß diese Commission nur im Namen des Landesherrn, welcher der König von Dänemark als Herzog von Schleswig ist, die Verwaltung führen könne, verstand sich von selbst.

Von einem andern Standpunkt aus waren die Verhältnisse des Herzogthums Holstein zu betrachten. Hier konnte der Status quo um so eher aufrecht erhalten werden, als dieß einerseits nicht zu den eigentlichen Gegenständen der Differenzen gehört hatte, andererseits das einstweilige Fortbestehen der von der provisorischen Centralgewalt eingesetzten Verwaltung in dem deutschen Bundeslande von dänischer Seite nicht beanstandet wurde. Es wurde daher nicht für nöthig befunden bestimmte Festsetzungen darüber in die Uebereinkunft aufzunehmen, woraus die Fortdauer des Status quo für Holstein und Lauenburg sich als Selbstfolge ergab. Durch diese Aenderungen war der unstreitig schwierigste Theil der Frage erledigt. Geringere Schwierigkeiten boten die militärischen Verhältnisse dar. Daß eine Occupation des Herzogthums Schleswig durch dänische Truppen nicht stattfinden könne, war von vornherein beiderseits ebensosehr angenommen, als daß die von den letzteren bisher occupirt gewesenen Inseln Alsen und Arrö von denselben nicht aufgegeben werden konnten. Ebensowenig aber ließen sich die Bedenken als ganz unbegründet abweisen, welche Dänemark gegen eine fortdauernde Besetzung des nördlichen, unbestritten zum großen Theil von einer dänischen Bevölkerung bewohnten Abschnitts des Herzogthums durch deutsche Truppen hegen mußte. Es war danach am angemessensten auf das schon früher angeregte Project einer Demarcationslinie zurückzukommen, welche das Herzogthum in zwei Theile zu dem Zwecke schiede daß südlich derselben eine angemessene Zahl deutscher Truppen zu verbleiben hätte. Die am 9 Mai vorgeschlagene Linie von Flensburg nach Husum konnte deutscherseits nicht angenommen werden; und es gelang bei den Unterhandlungen die bedeutend nördlichere von Flensburg nach Tondern zu erreichen, welche ungefähr mit der Sprachgränze der Bevölkerung zusammenfällt, soweit dieses überhaupt bei solchen Abgränzungen möglich ist. Da indessen die Landesverwaltung zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung auch im Norden von Schleswig nicht ohne militärische Kräfte gelassen werden durfte, bot sich als das natürlichste Auskunftsmittel eine Besetzung durch neutrale Truppen dar; und man kam überein Se. Maj. den König von Schweden und Norwegen zu ersuchen dieses neutrale Truppencorps stellen zu wollen, eine Auskunft welche beide Theile umsomehr mit Vertrauen ergreifen durften, als Schweden sich nicht allein während der ganzen Dauer des dießjährigen Krieges vollkommen neutral verhalten, sondern schon im vorigen Jahre seine thätige und vermittelnde Mitwirkung zum Abschluß der Waffenstillstandsconvention von Malmö gewährt hatte. Das schleswig-holsteinische Armeecorps, das unter hauptsächlicher Mitwirkung preußischer Officiere in so kurzer Zeit auf die anerkennenswertheste Weise organisirt worden war und sich unter den schwierigsten Umständen rühmlich bewährt hatte, durfte in die Trennung der Verwaltung der beiden Herzogthümer nicht einbegriffen werden; doch war es klar daß Dänemark dessen Aufstellung in Schleswig nicht zugeben könne. Man kam daher überein es im Herzogthum Holstein zu belassen. Die ferneren einzelnen Bestimmungen über die Dauer des Waffenstillstandes, die Zeit der Zurückziehung der Truppen, die Aufhebung der Blocaden, die Ausgleichung der gegenseitigen Geldforderungen wurden auf eine den Umständen angemessene Weise festgestellt.

Ueber die Form des Abschlusses einigte man sich dahin daß Preußen denselben in seinem Namen bewirken und die Accession den übrigen deutschen Staaten vorbehalten sollte. Dieß erschien als die einzig mögliche Form, da nach der Stellung in welche die Centralgewalt inzwischen gerathen war, diesseits angenommen werden mußte daß der deutsche Bund eines allgemein anerkannten Organs für seine gemeinsamen Angelegenheiten für den Augenblick factisch entbehre und auf die baldige Herstellung eines solchen nicht gerechnet werden konnte, Preußen aber nicht berechtigt war im Namen des ganzen Bundes abzuschließen oder Verpflichtungen einzugehen. Ueberdieß hatten nicht alle deutschen Staaten thätigen Antheil am Kriege genommen; die Sache lag also umsomehr der Entscheidung der einzelnen Regierungen vor. Zu den Herzogthümern selbst mußte die königliche Regierung das Vertrauen hegen daß sie, in Erwägung der ganzen Lage der Dinge und der ihrem Interesse in möglichst hohem Grade zu Theil gewordenen Berücksichtigung, der Ausführung der Uebereinkunft keine Hindernisse in den Weg legen würden. Eine Zuziehung derselben zu der Unterhandlung war nicht möglich gewesen, da in denselben keine Autorität bestand welche Dänemark hätte anerkennen können. Die Statthalterschaft war nur als provisorische Verwaltungsbehörde für die laufende Administration von der Centralgewalt eingesetzt, ohne daß die letztere ihr eine politische Stellung hätte geben können wie sie für die Betheiligung an den Unterhandlungen erforderlich gewesen wäre. Auch die früheren Unterhandlungen der Centralgewalt in London waren von dieser ohne Zuziehung der schleswig-holsteinischen Regierung geführt worden, obwohl diese als durch die Malmöer Uebereinkunft von beiden Theilen gemeinsam eingesetzt angesehen werden mußte. Die königliche Regierung hatte es sich angelegen seyn lassen die Interessen und Rechte der Herzogthümer möglichst zu wahren; und wenn es ihr unmöglich gewesen alle Wünsche derselben zu befriedigen, so war sie sich doch bewußt nicht allein überhaupt das Erreichbare, sondern auch einen dem wirklichen Bedürfniß der Herzogthümer entsprechenden Zustand verlangt zu haben. Die Conferenzen schlossen am 10 Jul. mit der Unterzeichnung eines Protokolls über die Friedenspräliminarien und einer Uebereinkunft über einen Waffenstillstand. Die Auswechslung der Ratificationen erfolgte am 17 desselben Monats hier in Berlin. Die königliche Regierung zeigte der Statthalterschaft, welcher sie von dem Schluß der Unterhandlungen schon früher vertrauliche Kenntniß gegeben, die geschehene Ratification in einem Schreiben vom 18 Jul. an, in welchem sie das Vertrauen aussprach daß die Herzogthümer sich der auf diese Weise dargebotenen Lösung nicht entziehen, und daß die Statthalterschaft selbst auch ihrerseits dazu beitragen werde fernere Schwierigkeiten zu beseitigen. Sie hielt es zugleich für ihre Pflicht offen und unumwunden auszusprechen, welchen Gang sie würde einschlagen müssen, wenn von Seite der Herzogthümer der Ausführung des Waffenstillstandes thatsächlicher Widerstand entgegengesetzt würde, damit niemand über ihre Stellung im Zweifel seyn könne. Diese unerwünschte Eventualität ist glücklicherweise durch den gesunden Sinn der Herzogthümer vermieden worden. Die Convention vom 10 Jul. d. J. ist in allen ihren Puncten von beiden Seiten zur Ausführung gebracht, und es hat auch als eigentlicher Schlußact am 25 d. M. die Installirung der Landesverwaltungscommission in Flensburg stattgefunden. Es waren zu derselben von preußischer Seite der Graf Eulenburg, Vicepräsident der königl. Regierung in Stettin, von königl. dänischer Seite der Kammerherr und Cabinetssecretär v. Tillisch, von der königl. großbritannischen Regierung der Oberst Hodges, englischer Geschäftsträger in Hamburg ernannt. Um die Installation zu bewirken war von hier aus der königl. Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hr. v. Bonin, von Kopenhagen der Kammerherr Frhr. v. Pechlin hingesandt worden. Ueber die Installation wurde das in den Anlagen ebenfalls vorliegende Protocoll aufgenommen, und die Commission hat bereits ihre Thätigkeit angetreten. Sie wird dieselbe im Namen Se. Maj. des Königs von Dänemark als des Landesherrn von Schleswig, ausüben. Daß diese letztere Qualification ausdrücklich in das Protocoll aufgenommen wurde erschien nicht nothwendig, weil dieß aus dem ganzen Geist und Inhalt der Waffenstillstandsconvention und der Friedenspräliminarien mit Evidenz hervorgeht. Zur Vermeidung jedes Mißverständnisses hat indeß der königl. Commissarius, Hr. v. Bonin, an den Frhrn. v. Pechlin das ebenfalls anliegende Schreiben vom Tage der Installation gerichtet, um über die diesseitige Auffassung keinen Zweifel zu lassen. Die übrigen deutschen Staaten haben der von Preußen abgeschlossenen Convention ihre Zustimmung nicht versagt. Die Regierungen von Sachsen, Hannover und Baden haben darüber förmliche Accessionsurkunden ausgestellt; Se. Maj. der König der Niederlande für Luxemburg und Limburg; die Regierungen von Mecklenburg, Braunschweig, Weimar, Sachsen-Altenburg, Reuß und die freien Städte, Lübeck, Hamburg und Bremen haben ihren Beitritt durch ausdrückliche Noten erklärt; die übrigen Staaten welche Contingente für die Kriegführung geliefert hatten, haben ihre Truppen zurückgezogen, so daß auch von dieser Seite her der Ausführung kein Hinderniß entgegengestellt worden. Berlin, 8 Sept. 1849. v. Schleinitz.

Schleswig-Holstein. **Holstein**, 17 Oct. Um unsre Gränzen zieht sich ein hannoverisches Corps, man spricht von 5000 Mann, zusammen; ob für, ob gegen uns, ist uns noch nicht zu ermitteln möglich gewesen; es werden hannoverische Uniformen schon jetzt in Hamburg und Altona viele gesehen. Dänemark concentrirt seine Truppen auf Alsen, und es zeigen sich deren immer mehrere auf dem Festlande, besonders in Flensburg; die Artillerie auf Alsen wird vermehrt, dagegen die Cavallerie zum Theil aufgelöst. (C. Z.)

Der Altonaer Mercur meldet daß die „Gefion" durch zwei Dampfschiffe der deutschen Marine nach der Nordsee gebracht werden soll. Wir wollen nur wünschen daß bei ihrer Fahrt durch den Sund sie sich nicht selbst als Zoll bezahlt! Die Reichszeitung widerspricht der Nachricht.

Oesterreich. **Wien**, 19 Oct. „Presse" und „Lloyd" fahren fort dem „Interim" ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Als wäre ersterem Blatte die Aufgabe zugefallen eine Mediatisirung Bayerns von Seite Oesterreichs anzubahnen, so sucht dasselbe jede Gelegenheit zu benutzen um dem politischen Selbstbewußtseyn dieses Staates „Eins beizubringen." Sie glaubt, „die zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossene Uebereinkunft werde besonders in Bayern als Triumph der großdeutschen Partei bejubelt werden." Wer der preußischen Hegemonie den Rücken gewandt hat und nun seine Hoffnungen auf ein von der germanischen Nation beherrschtes

Reich in der Mitte von Europa setzt, der darf sich unserer Ansicht nach gewiß darüber freuen daß Oesterreich sich nicht von deutschem Boden bis Passau zurückgedrängt sieht; die Partei der „Großdeutschen“ aus deutschem Patriotismus aber ist fürwahr nicht mit denen zusammenzuwerfen die ihre particularistischen Bestrebungen hinter die österreichische Mitbetheiligung am deutschen Verfassungswerke versteckt haben, und für letztere scheint denn doch der Anlaß zur Freude eben nicht sonderlich groß zu seyn. Oesterreich und Preußen haben miteinander pactirt ohne sich um Bayern oder Hannover viel zu kümmern; dieser Umstand sollte aber in München sowohl wie an der Leine die betreffenden Augen bereits hinreichend geöffnet haben, daß es noch nöthig wäre das mit den Worten der „Presse“ auszusprechen: „Wenn Bayern wirklich auf die Dankbarkeit Oesterreichs gerechnet hat, weil es der bisherigen negativen Politik Oesterreichs in Bezug auf Deutschland einige Momente unterbreiten durfte die dem Zögern und Schwanken einen scheinbaren Grund liehen, so dürfte hier die Abrechnung wohl sehr schwierig und bedenklich seyn.“ Daß Bayern nicht preußisch werden wollte als Preußen die deutschen Bestrebungen gleichfalls particularistisch auszubeuten bestrebt war, das soll ihm gewiß nicht zum Vorwurf gereichen; allein war es nicht in seine Hand gegeben mit etwas Energie Preußen zu nöthigen fair play zu machen? Zwischen Oesterreich und Preußen ohne formalen Ansatzpunkt in der Mitte, wäre seine Stellung eine so prekäre, daß nicht abzusehen wie es sich die Seiten frei zu machen im Stande seyn sollte, vorausgesetzt daß es sich nicht eben rückhaltslos der deutschen Politik in die Arme wirft. Und sollte nicht dazu das Wort „Mainlinie“ ein sehr scharfer Stachel seyn? — Die Presse betont es mit Beifall daß das Verfassungswerk der deutschen Staaten von dem Bereiche des Interim ausgeschlossen worden; der Lloyd stellt gerade an die neue Centralgewalt die Anforderung Deutschland die ihm passende Verfassung zu geben; aber er thut dieß wieder in so vager Weise, in einem so nichts bedeutenden Spiel mit bedeutenden Worten daß man am Ende seines Aufsatzes so klug ist als zuvor. Die „Ostdeutsche Post“ stellt zuerst die Thatsache fest „daß Oesterreich wieder in Deuschland stehe als deutsche Macht.“ Diesem Factum gegenüber fordert sie dann von den ehemaligen Erbkaiserlichen nach den Worten des Grafen Schwerin eine zweite „Selbstüberwindung“, und sucht ihnen die „Hast der Conjecturalpolitik“, wie sie sich in einem Leitartikel der „Deutschen Zeitung“ kundgegeben hat, nachzuweisen. Das Organ des Gothaer Ausschusses hatte nämlich gesagt: „Die Vielstaaterei ist beseitigt, was auch erfolge, der Dualismus tritt an die Stelle, welcher freilich unter der Hülle der Vielstaaterei schon 1815 sich geltend machte; jetzt wird er eine vollendete Thatsache. Die deutsche Entwickelung schreitet über die Köpfe der mittleren und kleineren Staaten hinweg. . . . Die Frage nach der Vergrößerung Preußens fällt jetzt zusammen mit der Frage, wieviel von Deutschland noch zu retten ist, gerettet seyn will. Kein Bayer, kein Schwabe, kein Pfälzer, kein Franke welcher den Vertrag über das Interim lesen wird, kann sich verbergen: Bayern und Württemberg sind politisch vernichtet. Ebenso Sachsen und Hannover. Es bleiben nur Oesterreich und Preußen.“ Dagegen sagt nun das österreichische Blatt: „War denn die preußisch-kleindeutsche Politik etwa eine andere als das Streben nach der Vergrößerung Preußens, unter dem Vorwand einen Theil von Deutschland zu retten? Werden Hannover, Bayern, Württemberg, Sachsen nicht ganz anders urtheilen als die Gothaer Partei, werden diese Staaten nicht gerade in dem neu einzuschlagenden Wege ein Mittel finden vor der politischen Vernichtung durch Preußen das zu retten was überhaupt gerettet werden kann? Haben die Bevollmächtigten Hannovers und Sachsens in der Versammlung des sogenannten deutschen Verwaltungsrathes vom 5 Oct. nicht etwa deutlich genug darüber sich ausgesprochen, wieviel oder wie wenig Selbständigkeit ihnen nach dem Dreikönigsbündnisse bliebe? Darüber kann sich wohl niemand täuschen, und auch die Deutsche Zeitung täuscht sich nicht darüber. Die Furcht vor der Vernichtung der mittleren deutschen Staaten, die in Wahrheit von ihr nicht gefühlt werden kann, ist nur der Popanz mit dem sie die kindisch gewordenen kleinen Staaten in einen kleindeutschen Reichstag jagen will. Die von Staatsmännern geleiteten mittleren Staaten, deren Fortdauer nicht so ganz von dem Belieben des österreichischen oder preußischen Cabinets abhängt als es die Deutsche Zeitung zu glauben vorgibt, werden ihre Selbständigkeit wohl zu wahren wissen, ohne dem Einheitsstreben, ohne dem constitutionellen Princip Deutschlands, das eine Vertretung aller Stämme und Länder Deutschlands verlangt, in etwas vergeben zu müssen.“

*** **Wien**, 18 Oct. Da Sie den Wiener Journalen fast täglich Ihre Aufmerksamkeit schenken, so muß ich berichtigen wenn Sie kürzlich die „Presse“ als ministerielles Blatt bezeichneten. Die „Presse“ ist es so wenig, daß ihr von höherem Ort kürzlich eine Weisung zuging mit Rücksicht auf den Ausnahmszustand sich zu mäßigen, wofern sie sich nicht Suspension zuziehen wolle. Veranlassung gab dazu ein Artikel der vorgestrigen Nummer, worin die Frage erörtert wurde: ob die Verfassung den Finanzminister berechtige neue Steuern im Wege der Verordnung gesetzlich aufzulegen. Eher könnte der Lloyd für ministeriell gelten wenn er sich auch, ich weiß nicht aus welchem Zartgefühl, sträubt es anzuerkennen. Während die große Abonnentenzahl die „Presse“ ganz selbständig bloß dem Publicum verantwortlich macht, gründet der Lloyd seine Existenz auf Actien, die sich in einigen wenigen Händen befinden.*) Kurz das Verhältniß des Lloyd ist ein ähnliches wie das der Deutschen Zeitung, wo die Gothaer Partei über der Redaction noch ein höheres Inspirirendes schweben läßt. Der Schein der Unabhängigkeit kann in beiden Fällen gewahrt werden, so daß die Redaction des Lloyd ebenso gut wie die der Deutschen Zeitung ihre Thätigkeit als „einen Act freiester Selbstbestimmung“ erklären darf. Der Unterschied ist nur der daß hinter der Deutschen Zeitung eine aus den deutschen Verfassungskämpfen hervorgebildete große deutsche Partei steht, während die leitenden Gedanken des Lloyd unsichtbar sind, falls sie nicht in einer einzigen Person zusammenlaufen.

8 **Wien**, 20 Oct. Morgen früh verläßt uns der Marschall Radetzky und begibt sich nach Verona. Heute empfing der Heldengreis noch die Besuche des Kaisers, der Erzherzoge Ferdinand, Leopold und der ganzen hiesigen Generalität. Auch die hier noch anwesenden Mitglieder des deutschen Eisenbahncongresses statteten dem Marschall vor ihrer Abreise einen Besuch ab. Dieser Congreß hat gestern seine Sitzungen geschlossen. Für nächstes Jahr wurde Aachen gewählt. Sicherm Vernehmen kommt der Feldmarschall-Lieutenant Puchner als Militärcommandant nach Venedig, und der Feldmarschall-Lieutenant Wimpffen in gleicher Eigenschaft nach Triest. Graf Gyulai soll ein Commando in Italien übernehmen und den Feldmarschall-Lieutenant Dahlen zum Nachfolger im Kriegsministerium erhalten.

Δ **Wien**, 20 Oct. In den verschiedenen Ministerialbureaux wird die größte Thätigkeit entwickelt, insbesondere werden die Vorarbeiten zur Regelung der Provinciallandtage emsig betrieben. Man will damit noch in diesem Jahr zu Ende kommen. Gleichzeitig soll die Gendarmerie bis zu jener Frist im größten Theil des Kaiserstaats organisirt seyn. Die Cadres liefern die Regimenter durch Abstellung tüchtiger Unterofficiere, und da eine gute Löhnung zugesagt worden ist, so wird die Organisirung dieses Corps rasch von statten gehen. Nach diesen Einrichtungen hofft man höhern Orts den Belagerungszustand aufheben zu können. Die Stimmung ist wieder eine freundliche geworden. Der Wiener ist mehr Gefühlsmensch und empfindet rascher und lebhafter als der Norddeutsche, aber seine Aufwallungen sind von keiner langen Dauer. Aus Pesth vernehmen wir die Verurtheilung zweier Domherren zu achtjährigem Festungsarreste in Eisen. Der Kaiser hielt heute Heerschau über die hier durchmarschirenden Truppen des nach Böhmen und Vorarlberg bestimmten Corps. Feldmarschall Radetzky macht bereits heute seine Abschiedsbesuche. Das Gerücht erhält sich daß Feldzeugmeister Schönhals und Baron Kübeck bestimmt seyen sich nach Frankfurt als Repräsentanten der Centralgewalt zu begeben. Der Banus wurde von einem Cholera-Anfall heimgesucht, befindet sich aber wieder auf dem Weg der Besserung. — Die Anwesenheit des Herzogs von Nemours schreibt die Ostdeutsche Post den Versöhnungsversuchen zu welche hier zwischen der älteren und jüngeren Linie der Bourbone stattfinden sollen, da in Frankreich Legitimisten und Orleanisten zusammenwirken die Rückkehr der Familie zu betreiben. Die Herzogin von Orleans soll besonders thätig dafür seyn. Uebrigens befindet sich der Herzog von Nemours bekanntlich durch seine Gemahlin (eine Coburg-Cohary) im Besitz bedeutender Güter in Ungarn. Die Durchführung der Grundentlastung in den Provinzen geht ununterbrochen ihren Gang. Eine neueste Verordnung der Wiener Ztg. gilt der Grundentlastung in Istrien, Görz, Gradiska und Triest.

Großbritannien.

London, 18 Oct.

Die Frau Großherzogin von Baden ist mit Gefolge in London angekommen.

Wie die Times meldet, hätte der Colonialminister Lord Grey Auswanderungslustigen nach dem Cap der guten Hoffnung die Andeutung gemacht daß der Plan Sträflinge nach jener Colonie zu senden aufgegeben sey.

---

*) Der Lloyd selbst sagte dieser Tage über sein Blatt: „Es ist von einer Gesellschaft gegründet und deren Eigenthum. Die Mitglieder derselben sind jedoch größtentheils gar nicht mit der Administration des Landes betraut, noch steht das Journal in irgendeiner Beziehung zum jetzigen Ministerium.“ Zu letzterm Satze wird noch außerdem in einer Note hinzugefügt: „Besonders wollen wir hier einer öfter gemachten Angabe widersprechen als ob der Handelsminister, Hr. v. Bruck, einen Einfluß auf dieses Blatt übe. Er ist weder a s Eigenthümer, noch in einer sonstigen Eigenschaft bei dieser Zeitung betheiligt, und steht mit einem Wort nicht in der entferntesten Beziehung zu derselben.“

Dem Sun wird aus Paris geschrieben: „Am Donnerstag Abends speiste Lord Brougham bei dem Marquis v. Normanby im englischen Gesandtschaftshôtel; alle fremden Gesandten, mit Ausnahme des österreichischen und des sardinischen, waren anwesend. Zwischen Lord Brougham und Hrn. v. Kisseleff, entspann sich eine lebhafte Verhandlung über die Auslieferungsfrage. Als letzterer behauptete: der ganze Lärm darüber in England rühre von der „liberalen Presse" her, versicherte dagegen Se. Lordschaft dem russischen Gesandten: Whig und Tory, Lord Aberdeen und Sir Robert Peel seyen über die Frage einig und entschlossen die Türkei zu unterstützen. Das brachte Kisseleff zum Schweigen, und er redete den ganzen Abend kein Wort weiter über Politik." Mit dem Präsidenten Ludwig Napoleon soll Brougham eine Unterredung über Oesterreich und über Rom gepflogen haben; doch verlautet nichts von deren Inhalt.

(Globe.) Briefe aus Paris drücken Besorgniß aus wegen muthmaßlicher Differenzen im Cabinet. Es ist noch ungewiß welcher Plan vom Finanzminister wird vorgeschlagen werden um die wachsende Bedürfnisse der Staatscasse zu decken; aber allgemein glaubt man daß sofort Zuflucht zu einer Anleihe wird genommen werden. Das Paris-Avignoner Eisenbahn-Project ist fortwährend auf dem Tapet, wiewohl Hr. Passy nicht hoffen kann aus dieser Quelle mehr als 1,500,000 Pf. St. zu erhalten, wenn anders das Publicum geneigt seyn sollte in der jetzigen Zeit sein Geld bei einer neuen Bahn zu wagen. Unsere Privatcorrespondenz versichert: kein solches Unternehmen sey in Frankreich möglich ohne kräftige Unterstützung aus England; aber es ist sehr zweifelhaft ob englische Capitalisten Lust haben würden sich bei einer neuen französischen Eisenbahngesellschaft zu betheiligen.

*** **London,** 17 Oct. Als im Monat März d. J. Lord John Russell ins Parlament kam um die weitere Suspension der Habeascorpus-Acte für Irland vorzuschlagen, beging er einen der größten Fehler die an seiner Verwaltung haften. Das Ministerium und der Vicekönig von Irland, Graf Clarendon, waren übereingekommen daß diese nothwendige Beschränkung der persönlichen Freiheit jenes unruhigen Volks von Jahr zu Jahr erneuert werden sollte; aber Lord J. Russell änderte plötzlich seinen Sinn und beantragte die Erneuerung der Suspension nur auf sechs Monate. Die Folge war daß die Acte im September erlosch — zu einer Zeit wo kein Parlament saß um sie erneuen zu können, so dringend auch die Umstände seyn mochten, und so war und ist Irland, eben in dem Zeitpunkte wo der Grundzins zumeist eingesammelt zu werden pflegt, und bei herannahendem Winter allen Gräueln agrarischer Ruhestörungen, den Factionsraufereien, der giftigen Bosheit der Presse, der Wiedereröffnung der (durch Antiphrase so genannten) „Versöhnungshalle" unter John O'Connells Auspicien und den Feuerbränden der irischen Priesterschaft preisgegeben. Gewiß ist es daß die bloße Verkündigung der Habeascorpus-Suspension, wiewohl Lord Clarendon von den durch diese außerordentliche Maßregel ihm verliehenen Gewalten in seiner klugen Milde nur wenig Gebrauch machte, Irland zu befrieden hinreichte; gleichzeitig machte die Verbesserung der Landeszustände raschen Fortschritt, englische Capitalisten redeten nachgerade von Anlegung ihres Geldes in der Nachbarinsel, und die Königin ward enthusiastisch empfangen. *) Aber nicht so bald ist das Luftloch wieder geöffnet, so brechen alle Brände des Partei- und Sectenhasses aufs neue in hellen Flammen aus, und die Lage des Landes wird hoffnungsloser als jemals. Wenn die politische Erfahrung unsern Regierenden irgendetwas klar gemacht haben könnte, so ist es der Satz daß die Fülle politischer Freiheit, wie England sie genießt, zur Zeit mit der Sicherheit der Person und des Eigenthums in Irland und mit der Wohlfahrt und Ruhe des Reichs schlechterdings unverträglich ist. — Die Tollheit der einen und der andern Partei ist gleich groß, und bei einer neuerlichen Gelegenheit waren es die Oranienmänner, in der Person ihres Oberhaupts Lord Roden, die sich das gerechte Mißfallen der Krone zuzogen. Ein Theil dieser Faction in Nordirland war darauf bestanden am 12 Julius den Jahrestag der Schlacht am Boyne und das „glorreiche Andenken" (Wilhelms III) zu feiern. Auf ihrer Rückkehr von einem Bewillkommnungsbesuch in Lord Rodens Landhaus stießen sie auf eine Schaar Katholiken, und es entspann sich ein blutiges Handgemenge. Graf Roden, selbst ein Magistrat, der als solcher diesen Zusammenstoß hätte verhüten sollen, hatte in der That implicit dazu aufgemuntert. Auf erlangten klaren Beweis davon entfernte Lord Clarendon ihn und zwei Collegen von ihren magistratlichen Stellen. Die gründliche Gerechtigkeit dieser Maßregel läßt sich nicht bezweifeln, und sie wird in England, die unverbesserliche Ultra-Toryvartei ausgenommen, allgemein anerkannt. Aber in Irland ist Graf Roden nicht bloß der Großmeister der Oranienlogen, sondern auch das anerkannte Haupt der ganzen protestantischen Partei, und ein gegen ihn geführter Schlag wirft die Regierung auf ihre katholischen Anhänger zurück, und erbittert aufs höchste den einzigen Theil der irischen Bevölkerung der durch und durch brittisch gesinnt ist und mit loyaler Wärme an der Krone und der Union hängt. Die Folge wird ein heftiger Angriff auf die Regierung seyn, welche gleichwohl im Interesse der Gerechtigkeit nicht anders handeln konnte. *) Andrerseits hat die Familie O'Connell, welche fast zu gänzlicher Vermögenslosigkeit verkommen ist und kein anderes Subsistenzmittel kennt als die Demagogie, die nutzlose, für Irland aber unheilvolle Agitation zur Trennung der legislativen Einigung beider Inseln (repeal) wieder aufgenommen. Die römische Klerisei steigert ihre Bigotterie und Leidenschaftlichkeit, die Presse — darunter Hrn. Duffy's Nation, welche nach gemäßigten Anfängen mehr und mehr in den alten Ton zurückfällt — gießt Oel ins Feuer, und so bildet sich in diesem Unglückslande wieder mehr und mehr eine Zerrüttung und Anarchie heran, welcher man in jedem andern europäischen Staate mit Martialgesetzen entgegentreten würde. Dennoch bei diesem niederschlagenden Aussehen der Dinge heißt es fortwährend: die Regierung beabsichtige die Abschaffung des Lordstatthalteramtes, und der Hof selbst werde künftig häufiger in Irland residiren. — Der Gesundheitszustand der Königin-Witwe Adelheid läßt das schlimmste befürchten, da ihr Leiden nachgerade die Symptome der Wassersucht zeigt. Ihre Maj. hatte einen bösen Sommer, und sie ist zu schwach, als daß man daran denken könnte sie wieder in ein wärmeres Klima zu bringen.

*) Die Erwartungen, welche man an den Besuch der Königin Victoria in Irland geknüpft, waren etwas zu sanguinisch. Auch war dafür gesorgt daß Ihre Maj. das irische Elend nicht in seiner ganzen Größe und Blöße zu sehen bekam. Das Charivari hat dieß in einem Bilde versinnlicht, auf welchem, während die Königin mit ihrem Hofgefolge durch Ehrenpforten fährt, betreßte Lakaien ihre Röcke ausbreiten, um die dahinter lauernde abgerissene Armuth vor den königlichen Augen zu verbergen. Die bureaukratische Wohldienerei sorgt überall dafür daß Potemkins gemalte Dörfer bei solchen Gelegenheiten nicht fehlen.

*) Lord Roden hat an die irische Landesregierung einen kurzen energischen Brief gerichtet, worin er sie daran erinnert welche große Dienste er ihr in so manchen kritischen Zeiten geleistet habe. Ebenso haben die beiden HH. Beers, die wegen ihrer für die Oranienmänner bewiesenen Parteilichkeit zugleich mit Roden von ihren Richterposten entfernt wurden, öffentliche Schreiben an die irischen Protestanten gerichtet, worin sie sagen: es sey nur allzu klar daß die Regierung sie an die Katholiken zu verrathen beabsichtige. Die Regierung sey bodenlos undankbar und wisse nicht was sie thue; denn ohne die Treue und Aufopferung der Protestanten würde Irland für England ein sehr zweifelhafter Besitz seyn; das habe sich erst im vorigen Jahre gezeigt, als Smith O'Brien in Tipperary die Fahne des Aufruhrs erhoben. Damals habe man in Süd-Irland 50,000 Mann auf den Beinen halten müssen, um den überall glimmenden Geist des Aufruhrs zu dämpfen, während in Nord-Irland, wo die Orangisten die Obmacht haben, zur Aufrechthaltung der Ordnung ein einziges Regiment mehr als hinreichend gewesen sey. Die neueste Times meldet daß wegen der Absetzung Lord Rodens und der Brüder Beers ein vierter Magistrat der Grafschaft Down, Namens Hall, freiwillig zurückgetreten ist. Derselbe ist kein Orangist, fühlt sich aber durch die Absetzung seiner Collegen mit beleidigt. Daß das Palmerston'sche Organ, der Globe, mit großer Bitterkeit über die Orangisten herfällt, und ihnen vorwirft daß sie einen Staat im Staate zu bilden suchen, dürfte das Uebel nur ärger machen. So wird Irland in nächster Zeit so sehr wie je die „große Noth" der englischen Regierung seyn.

Frankreich.

Paris, 19 Oct.

Zu der gestrigen Sitzung gab es noch ein außerparlamentarisches Nachspiel — ein Duell zwischen den HH. Bixio und Thiers. Kaum hatte nämlich der letztere sein früheres Urtheil über L. Bonaparte verläugnet, als der erstere, laut von seinem Platz so daß man es im ganzen Saal hören konnte, erwiederte: Ich habe es selbst gehört. Alsbald bemerkte man eine Aufregung um die Bänke der beiden Repräsentanten, es war ein lebhaftes Hin- und Herreden, und unmittelbar verließen beide den Saal. Hr. Thiers hatte die HH. Piscatory und Heeckeren an Hrn. Bixio abgeschickt um Genugthuung zu verlangen, dieser hatte sich sogleich bereit erklärt, die HH. Jules Favre und V. Lefranc zu Secundanten genommen, und da die vier Secundanten der Ansicht waren daß eine Genugthuung mit den Waffen hier nothwendig sey, war man um ½4 Uhr schon auf dem Weg nach dem Wäldchen von Boulogne. Hier wurde von den beiden Gegnern auf 20 Schritte je ein Schuß abgefeuert, der nicht traf, worauf die Secundanten urtheilten die Ehre sey gesühnt, und gegen 6 Uhr war die ganze Gesellschaft wieder im Palast der Nationalversammlung. Hier hatte inzwischen Hr. Thuriot de la Rosière den Rednerstuhl innegehabt, er rühmte sich im vertrauten Umgang mit Rossi einige Jahre in Rom gelebt zu haben und vertheidigte hauptsächlich aus der Eigenthümlichkeit des Kirchenstaats die Politik der Majorität, mußte aber, da die Versammlung sichtlich ermüdet war, zuletzt abbrechen und die Schlußrede auf heute aufsparen, wo er denn bei dem Resultat stehen blieb: was wir in Rom zerstört haben,

war ein unsern Rechten, unsern Meinungen, unserer Religion widerstreitendes Unwesen, wir sind dahingezogen den Papst herzustellen, d. h. die letzte Hoffnung Italiens, seine Freiheit. Da der Redner auf die Politik der Executivcommission Bezug genommen, so veranlaßte dieß den General Cavaignac Erläuterungen zu geben. Als sie die Nachricht von der Flucht des Papstes erhalten, sagte er, habe nicht bloß ein religiöses Gefühl, sondern auch eine Rücksicht der Humanität sie bewogen sich zu Gunsten des Schwachen auszusprechen, sie hätten Hrn. v. Corcelles abgesandt mit der Weisung sich mit der Commission der Cardinäle zu verständigen um die Sicherheit des Landes zu erhalten, aber sie hätten das Princip der Nationalsouveränetät nicht vergessen können, in seiner Integrität erhalten wollen. Wenn man frage warum diesem Princip von ihren Nachfolgern so wenig Rechnung getragen werde, so antworte man mit dem religiösen Gefühl. Von dieser Triebfeder, weit entfernt sie zu tadeln, seyen sie selbst geleitet gewesen, aber sie hätten sie von dem öffentlichen Recht getrennt, das Recht des römischen Volks die Form seiner Verfassung selbst zu wählen nie verkannt. Eine active Intervention in Rom, eine Intervention für das römische Volk wäre der französischen Republik würdig gewesen. Sie hätte Rom die nöthig erachtete weltliche Verwaltung sichern können und sollen. Beiläufig bedauerte der General im Bericht die Worte zu lesen: Unsere eigene Verfassung ist fehlerhaft. Eine so mißgünstige Beurtheilung dieser Acte, bemerkte er, habe ihre Gefahren; als sie die Autorität in Händen gehabt, habe man ihnen vorgeworfen sie achten dieselbe nicht genug, jetzt verlangen sie daß die Autorität geachtet werde (Hr. Thouret: Ohne Zweifel ist Art. 5 fehlerhaft. Stimme rechts: Es gibt noch viele andere Artikel die es sind. Gelächter). Endlich fand der General daß der Bericht mit den von dem Minister verlesenen Documenten, insonderheit mit dem Schreiben des Präsidenten nicht in Uebereinstimmung zu bringen sey. Dieses Schreiben hat seinen vollen Beifall, es scheint ihm würdig aber nicht im Einklang mit dem Motuproprio, würdevoller als der von dem Motuproprio so befriedigte Bericht. Die Regierung hätte auf einem weltlichen Ministerium, einer wahren Repräsentation, ächten und wirklichen Municipalinstitutionen bestehen sollen. Er und das Ministerium, an dessen Spitze er gestanden, hätten diese Politik gehabt. Werde nicht dahin eingelenkt, so werde er gegen die Verwilligung stimmen. Schließlich berührte er noch daß man von einem möglichen Conflict zwischen dem Präsidenten der Republic und der Nationalversammlung gesprochen, er drückte seine Freude aus daß ein solcher Conflict nicht bestehe, und zugleich seine Meinung daß man ihn auf alle Art zu vermeiden suchen müsse, denn die Folgen würden unheilvoll seyn. Bei Abgang der Post hatte Hr. V. Hugo die Rednerbühne bestiegen. Sein Text war daß die verfassunggebende Versammlung nach der Schlacht von Novara die römische Expedition beschlossen um die Trümmer der Freiheit Italiens zu retten, und nun donnerte er gegen die Oesterreicher und die Commission der Cardinäle, unterschied zwischen dem Papst und dem weltlichen Oberhaupt, zwischen der politischen und christlichen Seite, und verherrlichte den Präsidentenbrief. Frankreich, warnte er, solle sich aus Rom nicht ein zweites Algier machen das seine Soldaten und Schätze verschlinge, es solle sobald als möglich abziehen, aber nicht den Keim einer neuen Revolution zurücklassen. Das Motuproprio sey dem Wiener Cabinet nicht besonders liberal vorgekommen, ob man sich gegen die klerikale Partei, welche dem Papst gefährlicher sey als der revolutionäre Geist, nachsichtiger zeigen wolle als der Fürst Schwarzenberg?

Zwei Sitzungen des Staatsgerichtshofs waren mit Verlesung der Verhörprotokolle vorübergegangen; am 16 Oct. begann die Vernehmung der Zeugen. Zuerst handelte sich's um die Vorgänge in der Versammlung des Preßcomité in den Bureaux der Démocratie Pacifique am 11 Jun. Hr. Vidal, der erste der darüber befragt wurde, gab an die Versammlung sey keine geschlossene Gesellschaft gewesen, sondern ein freier Verein von Journalisten. Hr. E. de Girardin habe das Hauptwort geführt, namentlich die römische Expedition mißbilligt, und behauptet daß sie ihrem Zweck entfremdet worden, daß die Majorität durch ihre Weigerung das Benehmen des Ministerium zu mißbilligen sich außerhalb der Verfassung gestellt habe. Alle Anwesenden hätten ihm beigepflichtet. Weiter befragt: ob nicht davon die Rede war daß die Minorität sich in ein anderes Local zurückziehen solle wenn die Majorität die Inanklagestellung des Ministeriums verwerfe, erwiederte er: „Ja, aber Hr. E. de Girardins Meinung war daß die Minorität in keinem Fall die Versammlung verlassen solle, denn die Mitglieder die sie verließen, verlören ihren Charakter als Repräsentanten.“ Die Anklage hatte in dieser Zusammenkunft die ersten Verabredungen zu einem Complott gefunden. Die Zeugenaussagen sollten nun die Bestätigung liefern, allein sie ließen das öffentliche Ministerium so ziemlich im Stich. Einer um den andern versicherte es sey keinem von ihnen eingefallen etwas anders zu wollen als eine friedliche Demonstration, eine Protestation gegen Verfassungsbruch, aber verbunden mit einer Ermahnung an das Volk den gesetzlichen Weg nicht zu verlassen. Einer der Angeklagten, als eins der thätigsten Mitglieder des Comité bezeichnet, Paya, bewies daß er gar nicht Mitglied war, und der Generalprocurator sah sich genöthigt die Classification daraus zu erklären daß derselbe als Verbindungsglied zwischen der Pariser und der Departementalpresse gedient habe. Doch das Ereigniß der Sitzung war das Auftreten des Redacteurs der „Presse,“ Hrn. E. de Girardin. „Ehe ich meine Zeugschaft beginne,“ hub er an, „muß ich den Gerichtshof, die Vertheidigung, die Angeklagten in Kenntniß setzen von einer Thatsache die in Widerspruch steht mit den edeln Worten die der Präsident bei Eröffnung der Debatte sprach: „„Das Ansehen der Justiz hängt von der Sittlichkeit der Mittel ab.““ Als ich vor dem Untersuchungsrichter erschien, sah ich einen der HH. Substituten welcher den Zeugen geschickte, sehr geschickte Fragen stellte — kurz das war ein Krieg unredlicher Ueberlistungen (guerre de ruses déloyales), der sich mit der Würde der Justiz schlecht verträgt. Ich glaube dieser Substitut ist dem hohen Gerichtshof beigegeben, ich habe böse Augen daß ich ihn in diesem Kreis nicht gesehen, aber ich glaube er sitzt hier. Ich kann ihn nennen, es ist Hr. de Vallée. (Allgemeine Bewegung, alle Blicke richten sich nach der Estrade auf welcher die Mitglieder des Parquets sitzen.) Ich mußte diese Thatsachen dem hohen Gerichtshof anzeigen, denn wenn der Widerstand nicht bis zur Insurrection gehen darf, so soll die Gerechtigkeit nie in Inquisition ausarten.“ Generalprocurator Baroche: „Wir begreifen nicht was Hr. E. de Girardin will. Es ist gewöhnlich oder wenigstens gebräuchlich daß ein Mitglied des Parquets dem Untersuchungsrichter beiwohnt. In seiner Zeugschaft ist keine Spur von einer Protestation, und wir glauben daher daß sein Vorwurf ungegründet ist.“ Hr. E. de Girardin: „Es ist kein Vorwurf, es ist eine sehr energische Protestation. Der fragliche Substitut begnügte sich nicht den Untersuchungsrichter zu unterstützen. Der Untersuchungsrichter schien unter seiner Aufsicht zu stehen. Ich widerhole meine Protestation. Ich bitte, Hr. Präsident, mir noch eine Frage zu erlauben: Ist es den Gebräuchen des Criminalverfahrens gemäß einen Zeugen zur Rede zu stellen und zu sagen: Wie, ihr wollt ernste Leute seyn und habt einen Mann wie Girardin in eure Mitte gerufen. Ist die Thatsache wahr oder nicht wahr? Ein Zeuge hat mir's gesagt.“ Hr. Baroche: „Kein Zeuge kann das gesagt haben.“ Hr. Girardin: „Ich bin ermächtigt den Namen zu nennen.“ Präsident: „Die Sache ist ohne Wichtigkeit.“ Hr. Girardin: „Sie ist sehr wichtig. Ich kann meine Feder aufgeben, aber was ich nicht aufgeben kann ist die Sorge für meine Würde. Es ist meine Pflicht gegen den Skandal eines solchen Benehmens zu protestiren, und ich protestire mit der ganzen Kraft meiner Entrüstung.“ Nun protestirte seinerseits der Generalprocurator gegen diese „unpassenden Reden,“ und drückte die Hoffnung aus daß sie sich nicht wiederholen würden. Der Wortwechsel hatte noch nicht aufgehört als der Präsident durch die Frage unterbrach was Hr. Girardin über den Zweck des Preßcomité anzugeben habe. Dieser erzählte nun er habe, ohne vorher mit dem Comité in Verbindung gestanden zu seyn, am 10 Jun. eine schriftliche Einladung erhalten. Die Frage sey ernst gewesen, er habe sich erinnert daß die HH. Thiers, Chambolle und Remusat unter viel weniger ernsten Umständen am 27 Jul. 1830 in einen historisch gewordenen Journalistenverein zusammengetreten, er habe ihre Protestation gelesen und sich gefragt ob er, welcher der Wahl des 10 Dec. einen so muthigen Beistand geliehen, jetzt zurückbleiben könne? Denn in seinem Gewissen sey über den Verfassungsbruch kein Zweifel gewesen, aber wenn man ihn, den Mann der Ordnung, einlade, so sey das offenbar auch ein Beweis daß kein Complott vorhanden. Außer den gewöhnlichen Mitgliedern seyen übrigens auch Siècle und Credit eingeladen worden. Er fuhr fort: „Eine sehr verworrene Debatte entspann sich, verworrener für mich als für jeden andern, denn ich kannte keinen der Anwesenden. Dann nahm ich das Wort, und wenn der Gerichtshof es will, so werde ich kurz und bündig angeben wie ich mich damals ausgesprochen. Es galt den gesetzlichen constitutionellen Widerstand zu bilden. Dazu hatte man zwei Mittel: die Freiheit der Presse und das allgemeine Wahlrecht. Mit einiger Geduld konnte man hoffen alle Schwierigkeiten zu überwinden. Ich bestand darauf daß man diese beiden Waffen, die berufen sind manche Dinge zu verändern, nicht preisgeben dürfe. Wenn man die Wahlen von 1852 abwarten wollte, so gab es nur einen Entschluß, wobei man keine Gefahr lief, die Opposition mußte sich in Permanenz erklären, mußte verkündigen daß die Majorität sich außer die Verfassung gesetzt, daß die Opposition fortan den Gedanken des gesetzlichen Landes repräsentiren werde. Es gab keine andere Wahl als diese, ich bestand lebhaft darauf, und ich muß sagen daß meine Meinung einhellig angenommen wurde. Ich präsidirte ungefähr 10 Minuten, dann trennte man sich.“ Präsident: „Wurde über diesen Gegenstand ein Beschluß gefaßt?“ Hr. Girardin: „Nein, Hr. Präsident. Aber wenn die einhellige Zustimmung zu einer ausgesprochenen Meinung ein Beschluß ist, so war einer gefaßt.

Unmittelbar begaben sich die HH. Considérant und Cantagrel in die Nationalversammlung, einen andern Beschluß gab es nicht." Der Präsident fragte: ob Hr. Girardin auch bei der Versammlung am Abend desselben Tags in der Rue Coq-Heron gewesen? Er bejahte dieß, und daß er auch dort die obige Meinung vertreten. Generalprocurator: „Wenn ich Sie recht verstanden, so haben Sie den Rath gegeben die Opposition solle sich in Permanenz erklären und verkündigen daß sie allein die Repräsentantin Frankreichs sey." Hr. Girardin: „Ich begreife daß dem Generalprocurator sehr daran gelegen ist den genauen Ausdruck meiner Worte auszumitteln, und da ich mich keiner Verantwortlichkeit entziehe, so erkläre ich daß er ihn vollkommen richtig aufgefaßt hat." Einer der Vertheidiger, Hr. Rivière, bemerkte der Generalprocurator scheine Zweifel zu haben ob die von Hrn. Girardin vorgeschlagenen Mittel friedlich und constitutionell seyen, ob Hr. Girardin sich vielleicht über diese Mittel näher erklären möchte? Dieser war bereit, wünschte es sogar. Der Generalprocurator that Einsprache daß die Frage gestellt werde, ehe der Präsident untersucht habe ob sie gestellt werden dürfe. Präsident: „Der Hr. Generalprocurator hat Recht, die Frage darf nicht gestellt werden." Reclamationen auf der Bank der Angeklagten. Mehrere Advocaten erheben sich. Hr. Girardin, indem er sie mit der Gebehrde einladet ihn reden zu lassen: „Hr. Präsident! Sie erlauben mir auf meinem Wunsch zu beharren, denn dieses Factum ist eng mit der Sache verknüpft, es ist gleichsam der Punkt um den sie sich dreht, und da ich die Ehre hatte zuerst diese Meinung auszusprechen . . ." Hier unterbricht ihn der Präsident: „Der Zeuge ist über die Thatsachen befragt, nicht um seine Meinung." Hr. Girardin versucht zu reden, der Präsident fällt ihm abermals ins Wort. (Geräusch auf der Bank der Angeklagten.) Generalprocurator: Wenn der Zeuge das Reden nicht läßt, so werden wir genöthigt die Justiz gegen ihn anzurufen. Wir haben im Augenblick diese Absicht nicht, aber wir können nicht zugeben daß Hr. Girardin sich die Rolle des Vertheidigers der Angeklagten zutheilt. Hr. Girardin: Wenn ich ein schüchterner Zeuge wäre, Hr. Generalprocurator, so hätten Sie mich getrieben meine Meinung aufzugeben. (Neuer Tumult. Mehrere Angeklagte versuchen zu reden. Der Präsident bedeckt sich.) In diesem Ton ging der Wortwechsel noch einige Zeit fort, die Vertheidiger verlangten er solle reden, der Generalprocurator und Präsident erlaubten es nicht, endlich rief Hr. Girardin aus: Wie, man sagt zu einem Zeugen, du sollst pünktlich angeben was du gehört hast, und wenn ich meine eigenen Worte anführe, will man die Aussage von Thatsachen die sich daran knüpfen in eine Entwicklung persönlicher Meinung verwandeln. Das ist der Majestät der Justiz unwürdig! Da ließ ihn endlich der Präsident zum Wort kommen, und er bekräftigte nachmals daß an kein Complott, keine Insurrection gedacht worden.

Eine charakteristische Scene anderer Art gab es in der folgenden Sitzung. Ein Lieutenant der beweglichen Gendarmerie, Petit, hatte über die Begebenheiten des 13 Jun. Zeugniß abzulegen. Der Angeklagte Guinard fragte: Ist der Lieutenant Petit nicht Zeuge gewesen unwürdiger Gewaltthätigkeiten gegen harmlose Bürger, unter andern gegen einen jungen Mann, der, seine Brust öffnend vor der Truppe, von einem Officier einen Säbelhieb empfing? Der Zeuge erwiederte: Von mir. Nun also, versetzte Guinard, da sieht man einen Officier der unherausgefordert einen jungen Mann mit dem Säbel ins Gesicht schlägt, ihm die Nase entzweihaut und ohne die Brille, die den Hieb aufhielt, ihn wahrscheinlich tödlich getroffen hätte. Auch ich habe in den Tagen nach dem Februar die Ehre gehabt die öffentliche Macht zu befehligen und nie geduldet daß man gegenüber harmlosen Bürgern so roh verfahre. Der Generalprocurator nannte das leere Declamationen, er bat die Geschwornen nicht zu vergessen daß die Truppen sich am 13 Jun. einer ungestümen Minorität gegenüber befunden, daß die Gewalt gesetzlich gehandelt für die Vertheidigung der Verfassung, welche eine Faction angegriffen unter dem Vorwand sie zu vertheidigen. Wir allein, setzte er hinzu, waren die wahren Vertheidiger der Verfassung. Der Angeklagte Suchet: Nein, nicht ihr, wir warens. Der Angeklagte Deville: Ja, wir warens! Fast alle Angeklagten: Ja, ja! Der Sachwalter Thouret griff wieder das Zeugniß des Gendarmerielieutenants (noch von der ehemaligen Municipalgarde) auf; er erklärte das Bedürfniß zu fühlen gegen eine solche Barbarei zu protestiren. Ja, ihr Herren, rief er aus, der Mann der diese Handlung begangen hat und sich ihrer noch rühmt, ist unwürdig die französische Uniform zu tragen. Und Beifall klatschend erhoben sich sämmtliche Angeklagte mit dem Ruf: Ja! ja! Der Lieutenant aber, gegen die Angeklagten und die Vertheidiger gewendet, zornglühend schrie: Ihr seyd alle —! Keiner würde mir das ins Gesicht wiederholen. Kaum waren diese Worte heraus als ein wahrer Sturm auf der Bank der Angeklagten ausbrach. Sie springen auf, drohen mit der Faust, und man hört durcheinander Worte wie: „Nein, das ist kein Franzos! Feiger, Schändlicher! Zur Thür hinaus." Umsonst will der Präsident Stille gebieten, seine Stimme wird erstickt durch das Durcheinanderschreien in allen Theilen des Saals. Hr. Buvignier (gegen die Angeklagten gewendet): Beruhigt euch, das ist einer von den Leuten die im Februar vor euch davongelaufen sind. Einer der Angeklagten, der sich freiwillig gestellt hatte, Lourioux: Ich bin hieher gekommen daß man über mich richte, nicht um mich verhöhnen zu lassen. Jetzt verlangte der Generalprocurator daß die Angeklagten welche die Ordnung gestört, aus dem Saal entfernt werden. Der Angeklagte Maigne: Ich unterstütze die Anträge des öffentlichen Ministeriums, ich verlange mich aus einem Gerichtssaal zu entfernen wohin ich gekommen bin um gerichtet, nicht um verhöhnt zu werden. Er erzählt wie am 25 Februar in der Kornhalle sich Municipalgardisten befunden auf welche das Volk einen vielleicht gerechten Haß geworfen, wie er aber zu dem Volk gesagt der Sieger müsse großmüthig seyn und ihnen nichts zu leid thun. Wenn man das Betragen des Zeugen vergleiche, so sey das keine Beleidigung mehr, sondern eine Feigheit. Der Generalprocurator ersucht den Gerichtshof über seinen Antrag wegen Austreibung der Angeklagten zu erkennen. Die Angeklagten erheben sich mit dem Ruf: Wir wollen alle fort! Zwei Vertheidiger, die HH. Dain und Buvignier, bitten gleichfalls sie zu entlassen, einige andere halten sie noch zurück, sie möchten doch solange warten bis der Gerichtshof entschieden habe. Dieser kehrt nach einer stündigen Berathung in den Saal zurück, er hat erkannt daß mehrseitig Unrecht geschehen, daß es zu compensiren und in der Verhandlung fortzufahren sey.

Italien.

Französische Blätter wiederholen, nach Briefen aus Florenz, die Angabe daß die toscanische Anleihe von 25 Mill. Francs mit dem holländischen Bankhaus Hope zu Stande gekommen. Die Bedingungen seyen: al pari, 5 Proc. Zinsen und jährliche Heimzahlung von $\frac{1}{2}$ Million.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 19 Oct. Consols 92; Bank Stock $198\frac{1}{2}$. Span. 3proc. 34.

Paris, 19 Oct. 3proc. 55.80; 4proc. 68 50; $4\frac{1}{2}$proc. 77.50; 5proc. 88.5; Bankactien 2335; belg. 5proc. $97\frac{1}{2}$; $2\frac{1}{2}$proc. $89\frac{1}{4}$; österr. Loose v. 1834 380; span. innere Sch. $27\frac{5}{8}$; piem. 5proc. 83.75; Oblig. v. 1834 975, v. 1849 895; Vers. E.-B. rechte 208 75; linke 170; Paris-Rouen 522.50; Straßburg 346.25; Nordbahn 426.25; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 288.75; Bordeaux 400; Boul.-Amiens 145; Fampoux-Hazebrouck 1; Tours-Nantes 285; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 19 Oct. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{1}{16}$; 3proc. $63\frac{5}{16}$; 4proc. $82\frac{5}{8}$; Metall. 5proc. 85; Ard. $10\frac{9}{16}$.

Augsburg, 22 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{7}{8}$ P. Hamburg 1 M. $73\frac{3}{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. $93\frac{5}{8}$ P. Triest 1 M. $93\frac{3}{4}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{4}$ P. London 1 M. 10.6 P., 2 M. 10 6 P., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 119 P. Lyon 1 M. $118\frac{3}{4}$ P. Marseille 1 M. $118\frac{5}{8}$ G. Mailand effect. 1 M. $60\frac{1}{16}$ G. Genua 1 M. 52 G. Livorno 1 M. $61\frac{1}{8}$ G.

Augsburg, 22 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. 93 P. 5proc. $100\frac{5}{8}$ P., $100\frac{1}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 85 P. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{1}{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1135 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. 94 G.

Hamburg, 19 Oct. Hamb.-Berged. E.-B.-A. $96\frac{1}{2}$. Berl.-Hamb. E.-B.-A. $78\frac{1}{2}$. Magd.-Wittenb. $63\frac{3}{4}$. Altona-Kiel $96\frac{1}{2}$. Mecklenb. $36\frac{1}{4}$. Rendsb.-Neum. 110 P. Glückst.-Elmsh. 25 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. $85\frac{3}{4}$. Hann. 5proc. 106 P. Ruff. 5proc. engl. Anl. $104\frac{1}{2}$. Dän. 3proc. engl. Anl. 72 P. Schwed. 4proc. $98\frac{5}{8}$. Norw. 4proc. $99\frac{1}{4}$. Amerik. 6proc. $104\frac{3}{4}$.

Berlin, 20 Oct. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $105\frac{5}{8}$ G. Staatsschuldsch. 89 P. Prämiensch. $101\frac{1}{2}$ P. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. $91\frac{1}{4}$ P. Berl.-Hamb. $78\frac{1}{2}$ G. Berl.-Stett.-Starg. $102\frac{1}{4}$ à $\frac{3}{4}$ bz. Berl.-Potsd.-Magd. $64\frac{3}{4}$ à $\frac{1}{2}$ G. Halle-Thüringer $69\frac{1}{2}$ P. Köln-Minden $94\frac{1}{4}$ bz. Köln-Aachen $48\frac{3}{4}$ à 49 bz. Düsseld.-Elberf. 68 P. Steele-Vohw. 36 P. Niederschles.-Märk. $84\frac{1}{4}$ G. Oberschl. A. $106\frac{3}{4}$ P., dito B. $103\frac{3}{4}$ P. Cosel-Oderberg 61 G. Krak.-Oberschl. $67\frac{1}{2}$ à 68 G. Berg.-Märk. $50\frac{1}{2}$ G. Starg.-Posen $84\frac{3}{4}$ bz. u. G. Magd.-Wittenb. $63\frac{1}{4}$ bz.

♀ **Wien,** 20 Oct. Obwohl die heutige Börse im ganzen günstig eröffnete und die Curse zunächst in 5proc. Metalliques und Nordbahnactien sich anfangs besserten — erstere gingen auf 95 und letztere auf $109\frac{1}{4}$–$\frac{3}{8}$ — konnten sie sich doch nicht behaupten und schlossen wieder weichend zur gestrigen Notiz, während das neue Anlehen heute sogar auf $83\frac{3}{4}$ zurückging. Hingegen waren k. k. Anlehensloose sehr fest und höher bezahlt. Wechsel auf fremde Plätze sowie Gold und Silber mehr angeboten und flauer. In Fonds ist übrigens die vorherrschende Contremine unverkennbar und war der Effectenmangel in denselben auch heute fühlbar. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{9}{16}$–$94\frac{11}{16}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{3}{4}$–84, Loose vom J. 1834 $162\frac{3}{4}$–163, Loose vom J. 1839 $113\frac{3}{4}$–114, Bankactien 1206–1209, Nordbahnactien $108\frac{1}{2}$–$108\frac{3}{4}$, Gloggnitzer 109–110, Mailänder $84\frac{3}{4}$–85, Pesther 79–$79\frac{1}{2}$. London (k. l. S.) 10.47–10.48, Hamburg $157\frac{1}{2}$ P., Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ P., Frankfurt $106\frac{1}{2}$ P., Amsterdam $148\frac{1}{2}$ P., Paris 127 P., Lyon 127 gemacht. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12, Silberagio 7 Proc.

Verantwortliche Redaction:

Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Stuttgart.

(**Stuttgart,** 16 Oct. Nach langer trüber Sturm- und Regenzeit, die mit wenig Unterbrechungen vom Monat August bis jetzt dauerte, und während welcher der graue wolkenbedeckte Himmel sich nur selten einen ganzen Tag im blauen glänzenden Feierkleid zeigte, ist nun heute endlich wieder einmal klarer Sonnenschein bei uns eingekehrt. Sonst war hier zu Lande die Witterung des Septembers oder des Octobers fast immer heiter, warm und freundlich, und die Strahlen der Herbstsonne kamen den reifenden Trauben trefflich zu statten, aber es ist ein merkwürdiges Geschlecht um diese Rebstöcke. Dieses Jahr, wie gesagt, seit August wenig Sonnenschein, dafür täglich heftiger Wind der die Reben austrocknete ohne sie zu erwärmen, und seit den letzten vier Wochen abermals wieder kalte Wind- und Regenschauer, und trotz alle dem sind von den Trauben wenige zu Grunde gegangen, sie faulen nicht so stark wie voriges Jahr, und in guten Lagen, oder sonst wo sie mit Bedacht gelesen werden, hat man Hoffnung daß der dießjährige Wein den 1848er an Qualität übertreffen wird. Was die Menge desselben anbelangt, so wird freilich nicht so viel eingebracht werden als voriges Jahr, doch ist dieß mit aller Rücksicht auf die armen Weingärtner durchaus kein großer Schaden; denn was uns andere genießende Menschenkinder anbelangt, so ist hier ein wirklich furchtbarer Ueberfluß an Most und Wein eingekeltert.

Der Herbst hat die Blätter auf den Bäumen gefärbt und sie theilweise schon herabgestreift, der Boden ist bedeckt mit gelbem und braunem Laub, und das einförmige Grün der Tannenwaldungen bunt und lebendig schattirt. In den Dörfern stehen die großen Bütten in langen stattlichen Reihen an der Straße aufgepflanzt und warten nur auf den Weinmost, der in den nächsten Tagen von den Bergen herabträufeln wird. Der Obstmost, welcher dieses Jahr sehr gut gerathen, fordert häufige Opfer, und man sieht manches Bäuerlein wankenden Fußes des Weges ziehen. Lustig fahren auch schon die einspännigen Karren mit großen Fässern, auf welchen der Fuhrmann rittlings sitzt, beide, Fuhrmann und Faß, von dem Rebensafte sanft geröthet, sie führen den ersten Wein der gekeltert wurde von frühreifen Clevnern, und derselbe ist durchschnittlich zu 50 fl. der Eimer verkauft worden. In den nächsten Tagen wird demnach das allgemeine Herbsten beginnen, arbeitsam, glänzend und lärmend mit all seinen Leiden und Freuden; schon jetzt hört man hie und da in den Weinbergen einen vereinzelten melancholischen Schuß, und sieht Abends auch wohl eine vom vorigen Jahr übrig gebliebene altersmüde und lebenssatte Rakete seufzend in die Luft steigen; das sind aber nur schwache Vorboten der allgemeinen Herrlichkeit in dem unser Thal während der nächsten vierzehn Tage allabendlich glänzen und strahlen wird; überall her erschallen alsdann die Schüsse aus Gewehren und Pistolen, Böllern und kleinen Kanonen; die Raketen sausen, die Schwärmer prasseln, man verbrennt sich Finger und Kleider und amüsirt sich köstlich dabei.

Was unser politisches Leben dagegen anbelangt, so scheint das lustige Feuerwerk desselben so ziemlich abgebrannt, und man sieht nichts mehr als leere halbverkohlte Röhren und todte Frösche die zu keinem erquicklichen Ton mehr kommen können; es ist rings alles todt und still, sogar die constituirende Versammlung, die während des Sommers wie eine dunkle Wetterwolke über uns hing, scheint mit schlechtem Wind zu kämpfen und kann nicht zum Wetterleuchten kommen. Bei den Wahlen für Stadtrath und Bürgerausschuß ist man entsetzlich saumselig gewesen, und trotzdem daß kaum die Hälfte der Wähler abgestimmt hat, gingen dennoch die Vorgeschlagenen der conservativen liberalen Partei mit glänzender Mehrheit aus der Wahlurne hervor, die Partei mußte mit entsetzlichem Nothschrei ihre Anhänger zusammenrufen, um nur die nothwendige Stimmenanzahl zusammenzubringen die eine Wahl gültig machen.

Das königliche Hoftheater hat auch seit dem vorigen Monat seine Vorstellungen wieder begonnen, und man muß gestehen daß das Repertoire bis jetzt ein tüchtiges und genügendes gewesen ist; die Anstellung Lewalds als Regisseur der Oper ist ein Gewinn für dieselbe, und wenn wir erst unter den Sängerinnen die hier gastiren werden, eine gute Prima Donna gefunden haben, so kann unsere Oper wieder mit vollen Segeln gehen.

Was die Kunst in andern Zweigen anbelangt, so kann ich Ihnen auch hierüber recht Freundliches und Angenehmes berichten; der König läßt von dem verdienstvollen Bildhauer Hofer, demselben welcher die oft besprochenen kolossalen Pferdegruppen ausführte die unsern Schloßgarten zieren, aus carrarischem Marmor eine kolossale Gruppe arbeiten, welche den Hylas darstellt wie ihn die Nymphen ins Wasser zu ziehen suchen. Die Composition ist großartig und schön, das riesenhafte Stück Marmor, aus welchem sie gefertigt wird, von guter Farbe und fleckenlos, und was die Ausführung anbelangt, so braucht man nicht mehr zu sagen als daß Hofer mit Liebe und Fleiß daran arbeitet, und das ist genug um einem neuen Kunstwerk entgegensehen zu können.

Großes und freudiges Aufsehen erregt aber hier im gegenwärtigen Augenblick das zweite der großen Bilder von Karl Müller, welches er zugleich mit seinem ersten, dessen schon vor einem Jahre in der Allg. Zeitung rühmend Erwähnung geschah, in dem hiesigen Kunstgebäude aufgestellt hat. Sie werden mir hoffentlich über diese beiden Bilder einige beschreibende Worte erlauben, man ist es diesen Kunstwerken selber wie dem deutschen Maler schuldig, der hier ein wahrhaft Großes und Schönes geleistet. Der Kronprinz von Württemberg bestellte zur Ausschmückung seiner italienischen Villa, die, auf einem der reizendsten Punkte des Cannstatter Thals gelegen, durch den Baumeister Leins im großartigen und edlen Styl aufgeführt wurde, zwei große Bilder zur Ausschmückung des Tanzsaales; der Kronprinz wählte aus der Erinnerung seiner italienischen Reisen, und ertheilte Hrn. Karl Müller den ehrenvollen Auftrag zwei Scenen aus dem dortigen Volksleben darzustellen: das erste Bild behandelt eine Scene aus dem Octoberfest, einen lustigen, lebendigen Tanz den kräftige Römer und schöne Römerinnen auf dem überschatteten Rasen im Garten der Villa Borghese im October aufzuführen pflegen, dorthin zog in bessern Tagen alles was sich von der guten untern Bürgerclasse und von den schönen Buben und Mädchen aus dem Volk, den zierlich gekleideten Minenten in ihrem malerisch schönen Costüm einen frohen Tag machen will, die noch heiße Herbstsonne kann das dichte Laubgezelt nicht durchdringen, die Foglietta mit gutem rothem Wein und Brod wird mitgebracht, das Tamburin rasselt, die Mandoline schnarrt, und alles ist heiter und guter Dinge. In Müllers erstem Bild ist dieser Moment aufgefaßt, und sowohl für den gewöhnlichen Beschauer wie für den Kunstkenner, welcher weiß wie schwer es ist bewegte Volksgruppen und tanzende Figuren in so großem Maßstab auszuführen, künstlerisch schön und edel ausgeführt. Zu dem zweiten Bilde hat sich der Maler nun noch eine ungleich schwierigere Aufgabe gestellt: er führt uns mit kecker Hand auf den Corso zur Zeit des Carnevals, und läßt uns einen Blick thun in das glänzende wilde Getreibe der Masken und Equipagen. Ich muß gestehen, die lebendige Darstellung dieses Bildes ist hinreißend, und wenn sich die Flügelthüren des Saales öffnen, so ist man einen Augenblick versucht zu glauben als habe sich die Mauer der Wand geöffnet und als schaue man wirklich hinab in den überfüllten belebten Corso, man strengt unwillkürlich das Ohr an um Lärm und Geschrei zu vernehmen.

Der Künstler hat seinen Standpunkt mitten im Corso von dem Platze Colonna genommen, und läßt uns denselben aufwärts sehen bis zum venezianischen Palast; es ist spät Nachmittags, und die sinkende Sonne die durch die Häuserlücken des Platzes hereinbricht, wirft glänzende Strahlen auf die bunten farbigen Gewänder der Masken — alles ist in gedoppelter Bewegung, denn vom Capitol erschallte so eben der erste Kanonenschuß, welcher sämmtlichen Wagen befiehlt den Corso schleunigst zu verlassen und Platz zu machen für den Wettlauf der Berberi, der sogleich beginnen soll; in diesem Augenblick geräth noch alles zu guter Letzt in die größte Bewegung, und der wildeste Uebermuth zuckt durch das Gewühle, die übriggebliebenen Blumenboukette flattern zu Tausenden umher, die schönen glühenden Blicke der Römerinnen fahren wie Blitze durch das Gewühl um den Freund vor dem Abend noch einmal zu erblicken, mit vollen Händen werden Confetti vergeudet, ganze Körbe davon auf die Vorübergehenden und Fahrenden ausgeschüttet, der Corso hallt wieder von Freuden- und Jubelgeschrei, und die Luft ist ordentlich verfinstert von fliegenden Blumen und weißen Mehl- und Staubwolken.

So war der römische Carneval noch vor einigen Jahren, und der Maler hat diesen Moment, der vielleicht nie mehr so seyn wird, mit gewaltiger Hand festgehalten, und in lebensgroßen Figuren vor unsere Augen hingezaubert. Ihr Thun und Treiben zeigt auf diesem einzigen Punkt das ganze Leben des Corso, die Mittelgruppe bilden zwei römische Mädchen im malerischen Costüm, die glühend und erhitzt eine Seitengasse zu gewinnen suchen um den abfahrenden Wagen zu entgehen, ihnen tritt der Quacchero entgegen, die römische Charaktermaske, und hält ihnen mit beredten Worten ihren leichtsinnigen, ausgelassenen Lebenswandel vor, zur Antwort wirft ihm eins der Mädchen eine Handvoll Confetti ins Gesicht. Aus dem Hintergrund kommen Wagen voll blühender Mädchengestalten, die Pferde werden von einem corpulenten Kutscher in Weiberkleidern gelenkt, kleine kecke Buben erhaschen unter den Hufen derselben die niedergestürzten Blumensträuße, um sie morgen wieder zu verkaufen, ein alter Kümmeltürke, eine Maske der niedern Volksclassen, mit ungeheuer großer falscher Nase, drückt sich mit seiner Frau im neapolitanischen Costüm an eine Säule um

von den heranrasselnden Equipagen, welche eiligst in die Seitengassen abbiegen, nicht überfahren zu werden; ein Harlekin kann sich nur retten indem er hinten auf eine Kutsche springt, aber nur nach verzweifelter Gegenwehr der Inhaberin derselben, die ihm alles übrige Confetti, Blumensträuße und zuletzt die leeren Körbe an den Kopf wirft. Am schlechtesten aber kommt ein junger Engländer weg, der seinen Wagen verlassen hat und mit einer Dame am Arm dem Gewühl zu entrinnen versucht, einige Pollchinelle haben ihn aufs Korn genommen und bewerfen ihn unbarmherzig mit weißem Mehl; die Dame, ein Bild der Prüderie, weiß sich vor Entsetzen kaum zu fassen, der arme Engländer hat seinen Stock wie zur Abwehr erhoben, und diese so unangenehme Bewegung zieht ihm obendrein alle Umstehenden auf den Leib. Weiter hinten verfolgt der D o t t o r e einige Mädchen, die ihm schreiend entfliehen, daneben glänzt der Pallasch eines päpstlichen Dragoners, der einen widerspenstigen Kutscher auf handgreifliche Weise zur Ordnung bringt. Der Hintergrund des Corso wogt von Masken aller Art, aus den Fenstern hängen bunte Teppiche, über denselben die farbigen Schilder verschiedener Consulate, und ganz in der Ferne beim venetianischen Palast in der verengten Straße verschwindet das Getreibe in schattigem Luftton, dort behauptet schon der hereinbrechende Abend sein Recht.

Es ist nicht meine Absicht mich über einzelne Schönheiten näher auszulassen, überhaupt ein kategorisches Kunsturtheil zu fällen, ich muß das einer in diesem Punkt geübteren Feder überlassen, nur so viel kann man mit Wahrheit sagen, der Künstler hat seine Aufgabe vollkommen gelöst, und K a r l M ü l l e r sich durch seine beiden Bilder einen bedeutenden Namen gemacht. Das erste derselben wurde schon von mehreren deutschen Städten zur Ausstellung verlangt, eine Gunst die der hohe Besitzer des Bildes, der Kronprinz von Württemberg, freundlichst bewilligte. Obgleich beide Bilder hier wie in Frankfurt, wo Kunstfreunde das zweite im Atelier des Malers sahen, allgemein gefallen, so ist doch der Geschmack verschieden. Wer kalte stille Regentage liebt und traurig herabhängende Baumzweige, der findet einen klaren Sommertag mit glänzenden Blumen und munter flatternden Schmetterlingen zu hell und zu lustig. Das Bild des Carnevals ist voll Wahrheit, Gluth und Leben, dabei aber natürlicherweise unruhig wie dieses originelle Treiben selbst, und ich hörte es tadeln daß man vor diesem Bild nicht mehr zu sich selbst komme, mir scheint dieß eben ein großes Compliment für den Künstler zu seyn; wenn man vor die Darstellung eines römischen Carnevals hintritt, so muß man nicht erwarten ein Stillleben zu finden oder nüchterne kalte Physiognomien die in Maskenkleider gehüllt melancholisch an einander vorbeistreifen, wie es bei uns wohl der Fall ist, und die sich höchstens die geistreiche Aeußerung erlauben: „Maske, ich kenne dich." Wem aber dennoch des glänzenden Getreibes auf diesem Bild zuviel wird, der wende sich zum ersten Bild und versenke sich in die duftigen herrlichen Schattenpartien der Villa Borghese.

Berlin.

∸ **Berlin,** 16 Oct. Der Kampf über den Verfassungsparagraphen, bezüglich des Einschreitens der bewaffneten Macht zur Unterdrückung innerer Unruhen, neulich unterbrochen weil die Kammern zum Empfang des Prinzen forteilten, ward heute fortgesetzt. Ueber Verlauf und Resultat der nicht erfreulichen Debatte werden Sie anderweitig Nachricht haben. Nicht erfreulich weil man in der Sache einig ist, und nur über den Ausdruck sich stritt; der Streit über das zu findende Wort begreift aber den ganzen Streit zwischen den Royalisten und den Constitutionellen. Das Militär soll in den bezeichneten Fällen nicht von vornherein einschreiten dürfen, sondern nur auf Requisition der Civilbehörden. Darin ist man einig geworden, die Royalisten haben sich in das Unvermeidliche gefügt. Die Constitutionellen ihrerseits geben aber zu daß Fälle vorkommen mögen wo das Einschreiten nothwendig wird, ehe die Civilrequisition anlangen oder wo sie überhaupt nicht eintreffen kann. Daß in solchen Fällen wo Gefahr im Verzug ist, oder ein unvermeidlicher Schaden abgewehrt werden muß, ein Militärcommandeur facultativ berechtigt ist einzuschreiten, läugnet weder ein vernünftiger Mensch überhaupt, noch am wenigsten die Partei. Die Frage und der Streit dreht sich nur darum: ob solcher Fälle im voraus, und wie in der Verfassung gedacht werden soll? Im Grunde genommen ist es derselbe Streit wie um §. 105. Wie im äußersten Nothfall die Regierung die Befugniß hat interimistische Gesetze zu geben, muß die executive Gewalt auch des Rechtes seyn einzuschreiten, auch wenn die übrigen formalen Bedingungen der Gesetze nicht erfüllt sind. Was ist's anders als das Gesetz der Nothwehr, das kein Codex der Welt aus dem Daseyn streichen kann, und es ist nur die Frage ob es Aufgabe der Gesetzgebung für solche außerordentliche Fälle im voraus zu sorgen, sie zu definiren und specificiren, oder ob sie es dem Augenblick, der Willkür, dem Gewissen, der Noth überläßt das Richtige zu treffen? Etwas was sich von selbst versteht, dürfte in keine Gesetzgebung aufgenommen werden die sich selbst genügen will. Ebenso wenig das was aus dem Gewöhnlichen ausschreitet, also in keine Regel gebracht werden kann. Je mehr eine Gesetzgebung das Unbestimmbare bestimmen, festigen und alle möglichen Verschiebungen voraussehen will, um so ungenügender wird sie. So suchte man denn auch hier vergeblich nach dem Worte das allen genügt hätte, weil man aus unseligem gegenseitigen Mißtrauen etwas bestimmen wollte was sich nicht bestimmen läßt. Der bis zum Mißbrauch verbrauchte Grund, man solle Vertrauen haben daß das Militär nicht unnöthig einschreiten werde, paßte schon um deßhalb nicht, weil die Regierungspartei für ein bestimmendes Amendement war; wozu aber überhaupt eine Verfassung, wenn man überall und zuerst Vertrauen haben soll! Vielleicht hätte sich der ganze Streit durch einen Zusatzartikel beseitigen lassen, etwa des Inhalts: Derjenige Commandirende welcher, ohne die Requisition der Civilbehörden abzuwarten, einschreiten zu müssen glaubt, unterliegt einer Untersuchung darüber ob ein Nothfall dazu vorhanden war, und wird, wenn ein solcher sich nicht herausstellt, nach dem rc. Gesetze bestraft. Damit wäre die Aufzählung von Möglichkeiten die in kein Gesetz gehören vermieden, und für die Schwachen zugleich ein Wink gegeben daß der Militärbehörde das facultative Recht nicht ganz abgeschnitten ist. Aber die Parteien wollten keine Beseitigung, sondern einen Principienkampf. Der Deputirte für Ratibor, Oberlandesgerichts-Präsident Wentzel, brauchte die Worte: „Wenn schon, meine Herren, von entscheidender Stelle aus erklärt worden ist daß mit der Verfassung vom 5 December nicht mehr zu regieren sey, und wenn man nun auch die letzten Garantien der Volksfreiheit streichen will, dann rufe ich Ihnen zu daß wir nicht hierher geschickt sind um nur die Verfassung zu revidiren, sondern auch die verfassungsmäßigen Volksfreiheiten gegen Verletzungen nach jeder Seite hin sicher zu stellen." Die stärksten Worte die vielleicht bisher in dieser zweiten Kammer vernommen sind. Die Rechte zischte, ja man will einen Ruf: Hinaus! vernommen haben. Die Deputirten fühlen daß man auch im Nachgeben, um des Friedens willen, eine Gränze setzen muß; jene zischende Partei hat wohl keine Aussicht durchzudringen.

∸ **Berlin,** 19 Oct. Morgens. Noch ist die heutige Schlacht nicht entschieden, denn die Kammern beginnen ihre Sitzung erst nach Beendigung der Enthüllungsfeier des Denkmals Friedrich Wilhelm III im Thiergarten. Ob die Bangigkeit die viele erfüllt allgemein getheilt wird, weiß ich nicht. Daß die wichtige Frage über das Steuerverweigerungsrecht, nachdem es in der zweiten Kammer mit einer so entschiedenen Majorität anerkannt worden, mit einer so dringlichen Wichtigkeit in der ersten noch einmal vorgenommen werden konnte, daß ein ehemaliger Finanzminister, Graf Alvensleben das Amendement stellen mußte, welchem nach die Steuern in ordentliche und außerordentliche zu theilen wären, und jene für alle Ewigkeit stereotyp bleiben sollten, daß das Ministerium welches in der zweiten Kammer den zwischengeschobenen Verfassungsparagraphen nur schwach vertheidigt, dießmal in erster Kammer eine Sprache führt daß man glauben sollte es gelte eine Lebensfrage — alles dieß beweist was inzwischen und außerhalb der Kammern über diese Frage vorgegangen ist. Niemand unter den Unterrichteten täuscht sich, es gilt wirklich eine Lebensfrage, nicht des Ministeriums sondern der Verfassung, des Landes und des Königreichs Preußen. Man will die Verfassung soll eine Wahrheit werden, aber man will ihr etwas, ein Symbol nehmen, denn mehr ist es nicht was das Charakteristicum, das Unterscheidungszeichen aller Verfassungen, auch selbst der embryonischen des Mittelalters ist: das Volk hat das Recht seinen Geldbeutel zu verschließen wenn die Regierung zu Dingen daraus nehmen will die ihm nicht gefallen. Der König, die Krone, die Regierung, die große zwiespaltige Reactionspartei sträuben sich dagegen aus sehr begreiflichen Ursachen; sie fechten für das Princip und nur für dieses. Es ist das Königthum gegen die Republik, wohl verstanden beide nicht nackt, sondern beide in vielfache Hüllen verkleidet. Das Königthum soll bestehen können, im äußersten schlimmsten Falle auch ohne, auch gegen den Volkswillen. Wenn es das Geld hat das es nothwendig braucht, so kann es bestehen wenn — nichts außerordentliches dazwischen kommt. Das darf freilich so nicht ausgesprochen werden. Mit großem Geschick und selbst mit gutem Glauben wird der Satz umkleidet daß es sich hier um ein Fundament, nicht allein der bürgerlichen, auch der staatlichen, der allgemein gesellschaftlichen Existenz handle. Allen andern gewordenen oder ursprünglichen Dingen voraus, hat man ein neues Element entdeckt, ohne das Wasser, Luft, Feuer und Erde, für Preußen wenigstens, nichts wären, gar keine Bedeutung hätten. Und dieses Element sind die Steuern wie sie vom Anfang der Monarchie bis in den October 1849 existirt haben und gefordert und gezahlt worden sind. Alles andere mag der Frage, dem Wandel unterworfen seyn, nur die Steuern sind unantastbar w i e s i e s i n d. Damit scheint denn ausgesprochen daß auch alle Institutionen, bis auf die kleinste hinab, für deren Erhaltung sie gezahlt werden, ebenso unantastbar sind, denn der Ur-

sache folgt die Wirkung. Und wenn das auch nicht ausgesprochen wird, so wird es doch zum unerschöpflichen Arsenal um Waffen gegen alle Neuerungen und gegen alle Angriffe auf das Bestehende daraus zu schöpfen. Wir geben vollkommen zu, Preußens eigenthümliche Lage, sein Ansehen, gebaut auf sein starkes Heer, seine gute Administration und seinen finanziellen Credit, bedingt eine pünktliche, ununterbrochene Steuerzahlung; das bedingt aber nicht daß das was jetzt gut ist, was jetzt zureicht, und nicht zu wenig und nicht zu viel ist, auch für alle Folgezeit gut, zureichend und nicht zu viel und nicht zu wenig sey. Wenn auch nicht Wahrscheinlichkeit, so ist doch die Möglichkeit da daß alle diese Institutionen sehr vereinfacht werden, daß es dieser Steuern alsdann nicht mehr bedarf; sollen sie auch dann in Ewigkeit fortbestehen, als ein Elementarcanon an dem menschliche Fluctuationen nichts ändern, aber wer hat das Recht das Ewige zu lösen? Wenn die Volksvertretung nichts darüber zu sprechen hat, soll der Krone das Recht bleiben dem Volke das zurück zu schenken was aus seinem Beutel kommt?

Krone, König, Regierung und Reactionsmänner würden vergebens an dem Satz rütteln, von allen politisch Gebildeten und Denkenden als der Grundpfeiler einer wahrhaften Constitution anerkannt. Auf diese kann auch der Beweis daß Preußens specielle Lage eine Ausnahme von der unverbrüchlichen Regel mache, von keiner Wirkung seyn. Denn wäre es erkannt daß der Staat Preußen mit den Fundamentalbedingungen einer Constitution nicht bestehen kann, so wäre es auch am freisinnigsten Patrioten es auszusprechen: wir müssen zum Absolutismus zurück! Besser schlimme Wahrheit als glänzende Lüge. Aber dieser Beweis ist nicht geführt. Daß das Steuerverweigerungsrecht in thesi den Staat Preußen nicht erschüttern werde, dafür ist die Haltung der Börse, nachdem die zweite Kammer es aussprach, der schlagendste Beweis. Auch glaubt niemand von denen die mit allem Aufwand von Geist und Gelehrsamkeit den Satz bestreiten, im Ernst an seine Gefährlichkeit in der Praxis; am wenigsten, davon bin ich überzeugt, der Minister Manteuffel. Seine Erfahrungen in der Regierung während einer so stürmischen Zeit haben diesem Manne andere Anschauungen beigebracht als die er als Organ der Regierung auf dem vereinigten Landtag von sich gab. Wir folgten diesen selbstgewonnenen Anschauungen mit Vergnügen. Wenn er jetzt, als constitutioneller Minister, gegen das Steuerrecht spricht, geschieht es nicht aus innerster, gewonnener Ueberzeugung, es sind andere Einflüsse — und das bedauern wird. Nein, nicht Krone und Reaction sind in diesem Augenblick gefährlich, nicht sie wären jetzt im Stande den Grundpfeiler der Verfassung umzustoßen, aber der Gespensterangst des Philisterthums ist alles möglich. Wie es möglich ist das constitutionelle Recht der Volksvertreter zur Bewilligung oder Verweigerung der Steuern, beim ruhigen Lebensgange eines Verfassungsstaates, mit dem Acte der ehemaligen Nationalversammlung zu verwechseln oder nur zu vergleichen, wird man in ruhigen Zeiten nicht begreifen. Es war Revolution, es war ein Krieg, man maß die Kräfte, und der stärkste siegte. Aber gerade das wodurch die Krone eigentlich gesiegt hat, der Umstand daß das ganze Land, mit wenigen Ausnahmen, jenen Steuerverweigerungsbeschluß nicht anerkannte, sondern sich beeilte die Steuern zu bezahlen, und das ehe die Militärmacht entwickelt war — gerade das sollte der Bourgeoisie die Beruhigung, die Versicherung geben daß das Recht an sich im Friedenszustande nicht gefährlich seyn kann wo es im Kriegszustande es nicht gewesen. Verweigern die Stände die Steuern und haben die Nation nicht hinter sich, so hat die Krone das Auflösungsrecht; haben sie aber einmal die ganze Nation hinter sich gegen die Krone (der Himmel verhüte diesen Conflict!), so sind die Steuern von selbst verweigert, auch ohne das Steuerverwilligungsrecht auf dem Papier der Verfassung. Aber jene Furcht schlottert unserm Philisterthum in den Gliedern; es ist jene unselige Erbschaft aus dem ungethümen Wüthen der Demokratie, jenes heillosen Kinderspiels mit Zeus Blitzen die sie selbst zerschmetterten und die Freiheit nebenher, was der Reaction jetzt furchtbare Waffen in die Hand gibt. Aus allen Ammenstuben schreien sie: um Gotteswillen nur keine neuen Steuerverweigerer, damit das alte Elend nicht von neuem anhebt! Es ist ekelhaft in den Zeitungen diese Ergüsse des Unverstandes und der politischen Jämmerlichkeit zu lesen, fast dem Gefühl so widerstrebend als die Pamphlete und Decrete der Demokraten während der Pöbelherrschaft. Soll man auf sie das Schiller'sche: Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! anwenden, wenn ein großer Industrieller in der ersten Kammer vorgestern die Minister aufforderte: falls wider Erwarten das Haus dem Beschluß der zweiten Kammer beiträte, diejenigen Schritte zu thun welche geeignet sind die ewigen Rechte der Krone zu wahren.

Abends. Die Minister haben es nicht nöthig. Die Reaction hat gesiegt. Mit 84 Stimmen gegen 57 ist der §. 108 der Verfassungsurkunde unverändert angenommen, die Umänderung der zweiten Kammer (mit so großer Majorität!) verworfen. Die Nationalvertretung hat nur noch das Recht über neue Steuern zu bestimmen, die bestehenden sind stereotypirt. Die Regierung kann mit ihnen, allenfalls auch ohne Kammern, regieren. Es ist ein großer Sieg des Königthums, größer als der im November, weil er unerwartet ist; zweifelhaft aber weil damals die ganze Nation, mit Ausnahme der Demokratie, hinter ihr war, diesen verdankt sie einer Majorität von 27 Stimmen, und nur in einer Kammer! Was diesen unerwarteten Ausschlag bewirkt, ist noch Geheimniß; die Macht der Redekunst war es nicht, sie war auf beiden Seiten gleich getheilt. Die Camphausen, Milde, Auerswald hatten noch zuletzt ihre äußerste Kraft angestrengt die Verfassung zu retten, aber man wußte schon gestern Nacht daß eine Majorität von wenigstens 10 Stimmen sich auf der andern Seite herausgestellt. Die von der Rechten schienen noch während der Sitzung einzelne Stimmen zu werben. Was sollte auch alle Rhetorik in einer so abgesprochenen Sache bewirken! Wenn die schlichte, aus dem Herzen kommende Rede des Frhrn. v. Vincke nichts wirkte, so war die Sache durch Gründe nicht herzustellen. Erlauben Sie mir noch einmal auf diese Rede zurückzukommen und sie im Auszug mitzutheilen: „Es gibt eine Partei welche wünscht daß die Constitution eine Wahrheit wird, und eine andere welche in jeder Verfassung nur ein nothwendiges Uebel sieht, dessen Consequenzen sie möglichst zu escamotiren sucht. Ich gehöre zur erstern, und wünsche deßhalb daß den Kammern das Steuerbewilligungsrecht zum Nutzen der Krone und des Landes zuerkannt werde. . . . Gerade die unerschütterliche Treue für das ruhmgekrönte königliche Haus fordert mich auf für das Steuerbewilligungsrecht zu stimmen. Nur die wahre Anerkennung der Volksrechte kann die Revolution schließen. Ich habe aus meiner vollen Ueberzeugung gesprochen. Hier stehe ich, ich kann nicht anders.“ Es ist nicht zu vergessen daß dieser Frhr. v. Vincke Major und Flügeladjutant des Prinzen von Preußen vor der Revolution, daß er während derselben sein treuer Begleiter in allen Fährlichkeiten war, und in Folge der Revolution als großer schlesischer Grundbesitzer allen den Beraubungen durch seine Bauern ausgesetzt war, unter denen die schlesischen Gutsbesitzer noch jetzt leiden. In den schlesischen Zeitungen schoß die Demokratie ihre giftigsten Pfeile auf ihn ab. Wenn solche Worte und solche Persönlichkeiten nicht wirkten, muß man auf Motive schließen die ganz außerhalb der Kammern lagen. Andeutungen sind zu finden, es hält aber so schwer zu glauben daß man abermals, und in diesem Augenblick, eine neue Krisis herbeizuführen des ernsten Willens gewesen.

Preußen ist mit dem heutigen Tage nicht mehr ein constitutioneller Staat in dem Sinn des Wortes den man darunter versteht. Es ist ein Königthum mit einem Parlament. Ob das vom Uebel, ob es ein Rückschritt zum Absolutismus ist, oder nicht vielmehr (wenn wir die ganze Revolutionsepisode als einen unorganischen Auswuchs betrachten der sich abgelebt) ein nothwendiger Uebergang von dem früheren Absolutismus zur organischen Entwicklung eines freiern Staatswesens, wird die Zukunft lehren. Wie die Entscheidung nach außen hin wirken wird, hängt von ganz andern Constellationen ab. Preußen für sich selbst betrachtet, so wird der heutige Beschluß die Zustimmung der Majorität der Bevölkerung in den Marken und Pommern unbedingt für sich haben, wo Haß und Furcht vor der Demokratie Hand in Hand geht mit der Liebe zum Königshause. Aber Marken und Pommern sind nicht der ganze preußische Staat; doch darf nicht unerwähnt bleiben daß auch die katholische Partei des Rheinlandes und Westfalens mit der Rechten stimmte.

Ueber Dresden nach Wien.

—l Erwarten Sie nicht daß ich Ihnen viel über die Aussicht aus dem Eisenbahnwagen schreibe, denn es regnete unaufhörlich als wir durch das prächtige Frankenland kamen, und dessen anmuthige Bergwände mit den stattlichen Schlössern droben erschienen uns wie ein dichterer Schatten auf dem Dunstgrau des Himmels. Licht aber ist die Seele der Landschaft, und gerade die herbstliche bedarf es am meisten. Der Schienenweg von Dresden nach Breslau führt zwar auch durch anmuthige Gegenden, aber auf den Lausitzer Bergen lag flächenweise Schnee, so daß Himmel und Landschaft sich in frostigen, erdigen Farben überboten. Von Breslau südwärts bis ziemlich nach Wien sind weite unabsehbare Flächen ein ächtes Eisenbahnland, wo man ohne sonderliche Mühe nur Schwellen und Schienen zu legen braucht. Wie anders aber war die Fahrt selbst gegen die frühere, als ich im Mai von Bayern nach Sachsen reiste! Damals war alles politisch bis auf die Tabaksdüte der Bamberger Heckergestalt, welche ihr edles Kraut in eine Vignette mit Robert Blums Porträt wickelte. Leidenschaft in Wort und Gebärde, die sich steigerte je näher wir dem Theater des sächsischen Aufstandes kamen. Man stritt herüber und hinüber mit aller Erbitterung und schlechtverhehlter Verachtung gegen die Meinung des Andersdenkenden. Dießmal war auf dem ganzen Wege von Augsburg nach Dresden nicht ein einziges politisches Wort gefallen.

Vielleicht lag es an der Gesellschaft. Ein Erlanger Gelehrter der mit vielen Schachteln und seiner Frau von einer Ferienreise zurückkehrte, und ein Caplan der Berliner katholischen Gemeinde der sich an einem schwäbischen Lyriker ergötzte, was kümmerte sie die Tagesgeschichte mit den diplomatischen Actenstücken oder Actenstößen? Was kümmern diese selbst den Politiker? Wenn ein Professor sein historisches Colleg eröffnet, beginnt er mit den Worten: „Geschichte ist abgeleitet worden von Geschehen." Und was geschieht denn? Wird nicht jetzt die unlängst glorreich gepriesene deutsche Revolution wie ein Bündel Proceßschriften mit einem Actenstrick zusammengeschnürt, weil die Klagen der Parteien als unschlüssige oder nicht rechtzeitige „angebrachtermaßen" abgewiesen und die Parteien selbst zum Tragen der Kosten verurtheilt worden. Wer hat nicht vorausgesagt daß der Hast der Revolution Ermüdung und Gleichgültigkeit folgen werden? Aber den gegenwärtigen Stumpfsinn gegen alles Politische ahnte selbst die ängstlichste Furcht nicht. In unserer Ungeduld nach einem Abschluß wurden wir nach und nach weniger schwierig wie man abschließen werde, und jetzt hat sich selbst jene Ungeduld in Theilnahmlosigkeit verwandelt. Diese Thatsache, wenn wir nicht allzutrübe gesehen, läßt uns nur die Wahl zu zwei Folgerungen: war das Streben nach politischer Einigung wirklich durch unabweisbare Bedürfnisse hervorgerufen, so werden diese täglich ihre Forderungen erneuen, und wir konnten nicht so rasch, nicht so gänzlich gegen die politischen Fragen abgestumpft werden; oder die Bedürfnisse sind heute noch was sie gestern, was sie im Februar 1848 waren, und es mangelte uns nur Willen, Kraft, Besonnenheit, Klugheit, Ausdauer. In dem einen Falle hat uns die Thorheit übereilt, im andern war der Vorsatz für die Schwäche und den Verstand unsers Volkes zu groß.

Diese Reflexionen waren so trübe wie der Octobernebel der über den fruchtbaren sorgfältig bebauten deutschen Feldern lag. Neben mir im Wagen fror in Schuh und Strümpfen ein Mr. Peel, ein Neffe Sir Roberts, der in den Kleidern des milden englischen Klima's über den Canal gekommen war um über Berlin, Breslau und Triest nach Corfu zu reisen. Er sprach kein Wort deutsch, denn der deutsche Wirth in Deutschland muß englisch sprechen und selbst die Reisegesellschaft von Ostende bis Wien hatte englisch gesprochen; die Engländer sind ein starkes Volk, beherrschen mit ihrem Handel das Festland, und es ist nur in der Ordnung daß das schwächere, wenngleich weit zahlreichere deutsche Volk mit den „Herren" sich verständigen lernt. Natürlich daß wir von der deutschen Einheit und Lord Palmerston sprachen, daß der Deutsche sich unnöthig erhitzte und der Britte ihn auslachte, wie einen Eifersüchtigen dem es an Geschick fehlt sich die Vorzüge des Beneideten zu erwerben. Und ist denn nicht die Beharrlichkeit und der feste Wille jenseit des Canals germanisches Erbtheil? Wurde nicht auf angelsächsischen Schiffen germanisches Blut nach Albion geführt? Wieviel Charakterähnlichkeit noch vorhanden zwischen den Stämmen gleichen Ursprungs, empfand ich recht tief als der Peelite seine Lebensphilosophie entwickelte und mit ein paar kurzen Sätzen so scharf und treffend das englische Wesen schilderte, daß ich an der nächsten Station verstohlen, damit er es nicht merkte, mir sein goldnes Sprüchlein einzeichnete. Er unterschied den Charakter der Engländer von dem der Franzosen, indem er von dem letzteren behauptete, sein Vergnügen sey excitement, but excitement never can be happiness; pleasure is only on the fire-side. Der Franzose regt sich auf, er betäubt sich im Empfinden, der Engländer sucht Bequemlichkeit, häuslichen Frieden. Dort ist die Lust ein künstlich durch Declamation erzeugter Wahn, hier die behagliche Wärme des Kamins. Und noch etwas muß ich Ihnen erzählen, was der Engländer sagte und was mich trotz aller leichengrauen politischen Gedanken sehr glücklich machte. Der Deutsche sey jetzt schon viel freier als der Franzose, denn dieser verbinde mit dem Freiheitsbegriff die Herrschaft wechselnder Laune, während der Deutsche seiner Natur nach Regelmäßigkeit des Lebens suche. Auf diese Aeußerung gab ich ihm geschwind einen überflüssigen warmen Rock, daß er sich gegen die Kälte schützen könnte, und damit er auch eine andre Seite des deutschen Charakters kennen lernte, die dem Engländer fremd ist, der sich wenig oder gar nicht um Wohl oder Wehe des andern kümmert, freilich aber auch nicht lästig wird, wie der Deutsche, der seinen Mitreisenden nach dem Woher und Wohin, vor allem aber nach dem „Geschäft" ausfragt.

Ueber Wien selbst erfahren Sie heute noch nichts. Die Stadt ist jetzt so mit Fremden überfüllt, daß ich an vier Hotels in der innern Stadt vorfahren mußte, ehe ich im vierten ein Zimmer bekam, und zwar im dritten Stock und nach einem klafterbreiten Hof hinaus, dessen Grund noch nie ein Sonnenstrahl erreicht hat.

Schleswig-Holstein.

* **Schleswig,** 15 Oct. Die preußische Besatzung feiert heute den Geburtstag ihres Königs. Mit klingendem Spiel und Kanonendonner wurde die Stadt früh Morgens an den hohen Festtag ihrer Gäste erinnert. Obgleich ein eigenthümlicher Contrast der äußern Festlichkeiten und der Gefühle der Einwohner begreiflich ist, hat gleichwohl die Gastfreundschaft ihr Recht geübt. Manche deutsche Fahne war ausgehängt um den Kriegern zu zeigen daß man sie als deutsche Brüder begrüße, eingedenk des Kampfes in dem die preußischen Truppen und gerade das jetzt hier garnisonirende 12te Regiment, am 23 April 1848, gegen die Dänen vor Schleswig so tapfer sich schlugen. Man unterdrückte die schmerzliche Betrachtung des Wechsels der Rollen, und wollte es den Werkzeugen der uns feindlichen Politik nicht entgelten lassen was diese gegen ein deutsches Land verschuldet. Die preußischen Krieger scheinen es selbst tief zu empfinden, zu welcher Schmach sie, die aus der Heimath kamen um deutschen Brüdern zu helfen, verurtheilt sind. Nach einer großen Parade vor der Stadt, wo das Fest mit Salven der Artillerie und Infanterie abermals verkündigt war, begleitete eine treffliche Militärmusik den Stab wieder durch die Stadt. Abends findet sich die Mannschaft in drei verschiedenen Localen zum Tanz ein, und jeder Soldat darf eine Tänzerin und seine Hauswirthe mit Familie einführen. Alle werden für preußische Rechnung bewirthet. Bisher hatten selbst die Dienstmägde mit den Preußen nicht tanzen wollen, doch ist es den Herrschaften gelungen heute eine Ausnahme zu machen, damit den Soldaten, die sich sonst so gut betragen, ein Vergnügen nicht gestört werde, da ihre Lage sonst peinlich genug ist. Unterdeß gehen fast täglich neue Botschaften ein von den sich rasch folgenden Gewaltschritten der feindlichen Commission. Der Bürgermeister Schow in Apenrade, der am Geburtstag des Königs von Dänemark die Ruhe musterhaft aufrechtzuerhalten wußte ohne daß der schwedische General Gelegenheit erhalten das skandinavische Erziehungsmittel anzuwenden, soll abgesetzt und als sein Nachfolger ein im vorigen Jahr wegen Unfähigkeit und dänischer Gesinnung abgegangener Bürgermeister in Tondern (Knudson) eingesetzt seyn. In Husum regiert Davids allein; es besteht kein Magistrat, da auch die commandirten Senatoren nicht mehr aufs Rathhaus gehen wollen. In Töning muß ein preußischer Wachtmeister die Post expediren. In Eckernförde haben die Senatoren welche für Nichtpublication der Verfügungen gestimmt, wodurch die Landesgesetze aufgehoben, jeder 10 Mann als Execution ins Haus bekommen. Husum und Töning müssen die dort garnisonirenden Truppen als Executionsmannschaft verpflegen, obgleich conventionsmäßig Preußen für die Verpflegung zu sorgen hat. Denn die zur Aufrechthaltung der Ordnung an jedem Ort erforderliche Truppenzahl bildet doch nur einen Theil des von Preußen zu stellenden Occupationscorps. Hr. v. Eulenburg wird es aber vortheilhafter finden die Last den Einwohnern aufzubürden. So wird die Convention vom 10 Jul. gehandhabt. Die Commission hat von Anfang an sich auf einen ganz unrichtigen Standpunkt gestellt. Statt conventionsmäßig nach den bestehenden Gesetzen zu verwalten hat sie Anordnungen über Anordnungen getroffen welche eine schon erfolgte Trennung der Herzogthümer in Gesetzgebung und Verwaltung voraussetzen. Sie macht einen Versuch die Trennung in einzelnen Zweigen auszuführen, ohne zu bedenken daß erst durch die Stipulationen eines künftighin abzuschließenden Friedens näher bestimmt werden soll in welcher Weise eine Trennung stattfinden solle. So gerirt sie sich hinsichtlich des Cassenwesens als wären die Finanzen schon getrennt. Genug, es ist selbst zu Napoleonischer Zeit ein solches Maß von Willkür und Nichtachtung des Bestehenden nicht leicht in einer öffentlichen Verwaltung vorgekommen. Von Seiten des dänischen Gouvernements befremdet dieß freilich nicht. Was soll man aber von den Lenkern auf deutscher Seite denken? Hr. v. Eulenburg soll sogar die Zerstörung der Düppeler Schanzen entschuldigt haben, weil sie im Frieden doch überflüssig. Noch verlautet nicht ob diese Beschimpfung von dänischer Seite auf deutscher gerügt worden. Es wird der neuen deutschen Centralgewalt hier ein großes Feld ihrer nächsten Thätigkeit vorliegen, will sie sich überhaupt mit deutschen Interessen befassen. Das Verfahren der Commission scheint ganz im Einverstand mit dem Entwurf des Art. 2 des Dreikönigs-Bundes, als wenn dieser Artikel schon als Reichsgesetz angenommen wäre. Die preußische Regierung sagt den Kammern: da ein Bundesstaat Deutschland eine innigere Verbindung Holsteins mit Deutschland nöthig mache, aber der Zutritt Schleswigs als Recht nicht gefordert werden könne, so müsse Schleswig von Holstein getrennt werden. Eine treffliche Logik! Soll das Recht gelten, muß doch vornehmlich das länger als vierhundertjährige Band zwischen Holstein und Schleswig respectirt werden. Wo ist das Recht auf einem Bundesstaat, wie Preußen ihn will? Die Frankfurter Reichsverfassung salvirte im Art. 1 die Rechte der Herzogthümer, der preußische Entwurf zerreißt sie. Was nützt aber ein Bundesstaat der seine Glieder nicht in ihrem Rechte schützt? Holstein würde durch die Trennung von Schleswig in seinen wichtigsten, selbst materiellern Interessen tief verletzt. Sinne man doch lieber auf ein Mittel die Verbindung der deutschen Lande mit der Entwicklung des Bundesstaats

in Einklang zu bringen. Schleswig ist stets mit Holstein verbunden gewesen ohne ein Theil des deutschen Reichs zu seyn. Holstein kann seinen Bundespflichten künftig so gut als früher in solcher Verbindung nachleben. Die Flensburger Commission agirt aber als sey der Dreikönigsbund angenommen. So nur erklärt sich Eulenburgs dänische Richtung. Ein neuer Act der Gewalt ist gegen den Amtmann in Tondern beabsichtigt gewesen, doch bisher durch den Obersten v. Leppin hieselbst abgewandt. Er sollte durch Militär aufgehoben und nach Flensburg gebracht werden, man sagt sogar nach Sonderburg. Nach Angabe sind 50 Mann Execution gesandt, weil die Landleute nicht Wagen für die Schweden stellen wollen, die nämlich stets auf dem Sprunge sind, fürchtend von den Schleswig-Holsteinern überfallen zu werden. Es können aber 50 Mann Executionstruppen nicht ausreichen alle Ansinnen der Commission ins Werk zu richten. Wohin man blickt ist Verwirrung und Unruhe, und nur eine Bevölkerung wie sie hier angetroffen wird, vermag dieß zu tragen. Die weise Commission würde in einem andern Lande bereits die höchste Anarchie hervorgerufen haben. Die Commission hat neuerdings durch eigenmächtige Anordnungen über Erlegung von Briefporto und Passagierbeförderung tiefe Verletzung der Rechte und des freien Verkehrs sich herausgenommen. Es blieb fast kein Verwaltungszweig unangetastet.

Die Flüchtlinge in Widdin.

△ **Belgrad**, 12 Oct. Ich bin im Stande Ihnen abermals authentische Nachrichten über die Flüchtlinge in Widdin zu schreiben. Die Bekehrungsversuche der Mohammedaner haben eine äußerst traurige, ja grausame Wendung genommen. Die unbewaffneten Heimathlosen sind plötzlich aus politischen Kämpfern — Märtyrer des christlichen Glaubens geworden. Man begnügt sich nicht mehr den Flüchtlingen mit Worten die Vortheile des Korans auszulegen, man sucht sie mit Bajonnettstichen und Faustschlägen eines Bessern zu belehren. Die berühmte Gastfreundschaft der Türken wird hier auf eine empörende Weise ausgeübt. Die Bevölkerung zu Widdin, aufgeregt durch die Intriguen der Emissäre, insultirt die Flüchtlinge wo sie sich blicken lassen. Läßt sich einer ohne Fes auf dem Haupte sehen, so wird er mit Ghiaur (Ungläubiger) — Pezevenk (H . . .nkerl) — Köpeck (Hund) angeschrieen und mit Steinwürfen verfolgt. Ein Officier der italienischen Legion, der einen Spaziergang machen wollte, wurde, unter dem Vorwand er habe desertiren wollen, arretirt. Die ihn eskortirenden Türken machten sich über ihn lustig; einer derselben sprach ihn walachisch an, und forderte ihn auf sich zu bekehren, wodurch er augenblicklich die Freiheit erlangen könne; auf die verneinende Antwort des Officiers packte der Türke ihn bei der Brust, schrie ihm sein Ghiaur zu und versetzte ihm einen Bajonettstich, als er sich gegen die frechen Angriffe des Gläubigen zur Wehr stellte. Ein Soldat der sich das Schlüsselbein brach, wurde in das Spital nach der Stadt gebracht und wurde nur unter der Bedingung geheilt sein e Seele den ewigen Freuden des Koran anheim fallen zu lassen.

Der Bin-Paschi (Oberst), sowie der Gouverneur der Festung, Zia-Pascha, antworten stets achselzuckend auf derlei Klagen, und behaupten mit orientalischer Weisheit: „man könne nicht jedermann den Mund stopfen! Der Religionseifer der Gläubigen den Ungläubigen gegenüber sey eher lobens- als tadelnswerth!" — Jedes fühlende Herz muß sich bei dieser Behandlung unglücklicher Verirrten empören. Ich bin fest überzeugt daß der edle, humane Sultan nichts von all diesen barbarischen Unwürdigkeiten weiß mit denen man Menschen überhäuft die auf fremdem Boden Schutz und Obdach suchten. Was noch mehr! Die ganze Art und Weise der Bekehrungsversuche ist nicht nur gegen alles Naturrecht, sondern selbst gegen die klaren Tractate der christlichen Großmächte mit der Pforte welche derlei Bekehrungen nur mit Hülfe eines Dolmetschers und in Folge des deutlich ausgesprochenen Willens des zu Bekehrenden erlauben. Der fortschreitende Geist der Zeit, der so viele Institutionen der Pforte durchweht, sollte auch in Glaubensangelegenheiten etwas mehr Toleranz walten lassen, namentlich gegen Menschen die durch unglückselige Verhältnisse gedrängt Gastlichkeit auf fremdem Boden zu suchen gezwungen wurden.

Je länger Frankreich und England zögern ein kräftiges Wort in dieser Angelegenheit zu sprechen, desto fürchterlicher wird das Loos dieser fünftausend Christen. Und Oesterreich und Rußland, was könnten sie durch Verfolgung dieser Menschen irgend für das allgemeine Wohl ihrer Staaten gewinnen? Wie, wenn die Verzweiflung sie in die Reihen der Osmanen triebe? Noch von einem andern Gesichtspunkte aus wird das Schicksal dieser wenigen zur europäischen Frage. Denn sieht sich die Türkei in ihren gewaltsamen Bekehrungsversuchen nicht gehemmt, so wird dadurch das Loos ihrer Millionen Rajah's — Christen — ein zweifelhaftes. Die Diplomatie muß sich daher kräftig ins Mittel legen, um nicht die Flamme eines Religionszwiespaltes im Oriente auflodern zu lassen, die dann von Rußland zum Vortheile seines Occupationstraumes des alten Byzanz angefacht, unterhalten und ausgebeutet würde. Lassen wir in dieser Angelegenheit auch weder die Stimme der Vernunft noch der Menschlichkeit ertönen, so dürfen wir doch die alte europäische Gleichgewichtsfrage nicht aus dem Auge verlieren. Wir sind übrigens fest überzeugt daß die Auslieferungsfrage zu keinem Kriege führe; obgleich ein Wiener Journal, der „Lloyd", die militärische Macht Oesterreichs rühmt, obgleich Rußland mit Hülfe seines Goldes und seines Schwertes die ungarische Insurrection so schnell dämpfte, so wird Oesterreich sowohl als Rußland sich den Casus belli, an dem sich außer der Pforte auch England und Frankreich betheiligen dürften, etwas überlegen — und die Emigrirten weiter ziehen lassen, statt das Schicksal ihrer Länder dem Würfelspiel des Krieges anzuvertrauen.

Als ich diese Zeilen der Post übergeben wollte, erhalte ich neue Nachrichten aus Widdin. Der Generalconsul von Bucharest sandte, als er erfuhr daß sich unter den Emigrirten auch geborene Engländer befänden, sogleich einen Expressen seines Consulats nach Widdin, und forderte den Pascha ernstlich auf im Namen seiner Regierung die auf englischem Gebiete Gebornen augenblicklich frei weiter ziehen zu lassen. Dieser Forderung kam nun der Pascha mit momentaner scrupulöser Gewissenhaftigkeit nach: er befahl dem General Guyon und dem Oberst Longworth sich augenblicklich aus Widdin zu entfernen. Der General äußerte: daß er sich über die Erlaubniß freue die Festung verlassen zu können, daß er aber das Schicksal seiner Leidens- und Kriegsgefährten theilen und bis zum endlichen Entscheid desselben bleiben wolle. Darauf ließ sich der Pascha durchaus nicht ein, und zwang die beiden Engländer sich mit ihren acht Pferden ohne Diener zu entfernen. Zia Pascha erwirbt sich große Verdienste um Rußland, ob er aber im Sinne seines humanen Herrschers handle, ist zu bezweifeln.

Die gemeinen Soldaten campiren noch immer im Freien trotz der vorgerückten Jahreszeit, ohne Winterkleider, ohne Wäsche dem rauhen Octoberwetter preisgegeben. Ich erwähne dieses Umstandes um die Aufmerksamkeit Europa's auf ein Werk der Milde und Philanthropie zu lenken. Ich rede diesen Menschen nicht vom politischen Standpunkte aus das Wort. Die Geschichte wird über ihr Thun ihren ernsten Spruch fällen. Vom Standpunkte der Menschlichkeit aber können wir im neunzehnten Jahrhundert nicht eine solche Anzahl von Menschen der moralischen Verfolgung und dem schreiendsten Elende preisgegeben sehen. Die französischen, englischen und sardinischen Gesandtschaften und Consulate werden sicherlich allenthalben gerne Sammlung mildthätiger Christen entgegennehmen, und den Betreffenden zukommen zu lassen. Haben die Flüchtlinge auch politisch arg, zum Theil unverantwortlich gefehlt, so haben sie sich doch nicht gegen den Glauben vergangen, um dessen willen sie jetzt leiden. Hier an der Gränze bilden sie für Oesterreich wie für die Türkei ein gährendes Geschwür, dessen endliche Vortheile bloß Rußland zu gut kommen könnte. Möchten sie Errettung in ein fremdes Land und damit die Gränzen den Frieden finden.

Hier wurde gestern das Namensfest des Fürsten durch ein feierliches Hochamt gefeiert, dem alle Würdenträger des Fürstenthums beiwohnten. Das serbische Militär war in großer Parade aufgestellt, Infanterie sowohl als Cavallerie. Beide Truppenkörper nehmen sich in ihren Uniformen und Helmen, ganz nach preußischem Schnitt, recht stattlich aus. Nach dem Hochamte nahm der Fürst die Glückwünsche der Repräsentanten der verschiedenen Aemter und Consulate entgegen. Hassan Pascha, der Gouverneur von Belgrad, ein ebenso humaner als geistreicher Mann, ward durch ein heftiges Fieber, das ihn schon längere Zeit an das Krankenbett fesselt, gehindert seine persönliche Aufwartung dem Fürsten zu machen. Abends war die Stadt beleuchtet. Militär- und andere Musikbanden durchzogen die Straßen von einer ungeheuren Menge lustigen Volkes begleitet. Die Sympathien scheinen für den Fürsten wieder ganz in das alte Geleise zurückgekehrt zu seyn. Nächste Woche haben wir hier eine große Hochzeit. Der Fürst verheirathet seine Tochter, und hat ihr zum Manne einen der bestunterrichteten talentvollsten jungen Beamten bestimmt, Hrn. Nicolaevics, Vertreter des serbischen Fürstenthums bei der Pforte zu Konstantinopel.

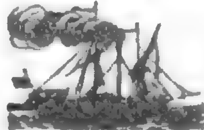
Zustände im Kirchenstaat.

∸ **Rom**, 14 Oct. Obwohl bei der Entwicklung der römischen Revolution die Stadt Rom den Mittelpunkt bildete, so bieten doch auch die Provinzen manche Erscheinungen dar, die zu richtiger Würdigung derselben eine größere Beachtung verdienen als ihnen bis jetzt zu Theil geworden ist. Als Beispiel mag folgendes dienen. In einer meiner frühern Correspondenzen findet sich die Erwähnung von Räuberbanden in der Romagna, im-

dem ich den italienischen Ausdruck briganti auf diese Weise wiederzugeben glaubte. Erst jetzt bin ich eines bessern belehrt worden. Der Ausdruck hat dort eine Anwendung auf eine politische Partei gefunden, die sich allerdings zeitweise als Banden zu einem Guerrillakrieg im kleinen organisirt hatte, und aus dem frühern Centurionenwesen abzuleiten scheint. *) Wir würden sie ultramontane Reactionäre benennen müssen. So treten sie schon während des Kriegs mit Oesterreich in einzelnen kleinern Orten gegen die Bürgergarde mit dem Ruf: Viva l'imperatore auf. Während der Republik versuchen sie eine unsinnige Gegenrevolution mit österreichischen Fahnen, müssen jedoch weichen und werden zum Theil in der Festung S. Leo eingesperrt, bei welcher Gelegenheit auch ein Priester von der Riminesser Bürgergarde erschossen wird. Später plündern sie die Reste des zersprengten Garibaldischen Corps aus. Aber auch gegen einzelne Ortschaften haben sie einen offenen Krieg auf Leben und Tod geführt. Noch vor kurzem gab es etwa drei Hauptpunkte ihrer Thätigkeit: Imola, wohin sie sich nach Reinigung des berüchtigten Borgo di Faenza gezogen hatten, ferner die Berge in der Umgegend von S. Marino, endlich die Berge bei Arcoli. Priester stehen an der Spitze und sind die Seele dieser Umtriebe. Die Religion dient jedoch nur zum Vorwand um alle möglichen Gesetzwidrigkeiten, Schlechtigkeiten, persönliche Rache, Angeberei auszuüben, was diese Leute nicht hindert sich jetzt als Retter der Religion und des Staats breit zu machen. Daß sie von Cardinälen und hohen Geistlichen protegirt werden, hat große Wahrscheinlichkeit. So erschien z. B. kürzlich, nachdem längst allgemeine Entwaffnung stattgefunden hat, und nur vereinzelt Wohnenden erlaubt ist ein Gewehr im Hause zu haben, der Hauptanführer dieser Briganten in einem Ort, ganz romantisch aufgeputzt mit zwei Pistolen im Gurt, einer Doppelflinte und einer Muskete auf dem Rücken, überreicht ein großes Patent von Monsignor Bedini, wonach ihm dieses zur Belohnung geleisteter Dienste gestattet wird, und verhöhnt alle, namentlich die frühern Bürgergardisten. Wahrlich eine saubere Bundesgenossenschaft für das restaurirte Papstthum, die den einst berüchtigten Räuberbanden unter Cardinal Ruffo im Neapolitanischen nur wenig nachsteht. Ganz anders benehmen sich dagegen die Oesterreicher, welche diese Angeber mit Schimpf wegjagen oder wohl gar festsetzen. Um die Harmonie in den Regierungsgewalten scheint es in der Romagna nicht besser als hier bestellt zu seyn. Zuerst nimmt das Militärcommando für sich den strengsten Gehorsam in Anspruch; sodann erfolgen die Erlasse des Cardinal-Triumvirats, wogegen der päpstliche Commissär behauptet daß er in jenen Provinzen allein zu befehlen habe; die einzelnen Provinzialvorstände aber regiren wieder ein jeder auf eigene Hand. So wird in der einen Provinz jedes Pferd das einem Gendarmen gefällt, in Beschlag genommen, da es widerrechtlich von einem Garibaldi'schen Reiter gekauft seyn könnte, und nur nach gründlichem Beweis des Gegentheils dem Eigenthümer zurückerstattet; in andern Provinzen denkt niemand an diese vom päpstlichen Commissär angeordnete Maßregel. Wie soll unter solcher Confusion die Regierung Ansehen und Anhänglichkeit gewinnen? Zudem scheint es sicher daß ein großartiges Spionirsystem im Dienst einer politisch-religiösen Inquisition eingerichtet ist wie nur in den schlimmen Zeiten Gregors. So zuckt alles die Achseln, und die Verständigen wundern sich, mehr noch als über die Ungerechtigkeit, über die Unklugheit des jetzigen Regierungssystems.

*) Für das reisende Publicum scheint die Sache sehr auf eines hinauszulaufen. Eben berichten norditalienische Blätter daß der Postwagen zwischen Bologna und Modena angehalten und ausgeraubt worden. Ueberhaupt scheinen, unter der wiederhergestellten „Ordnung," die Landstraßen der Halbinsel sehr unsicher geworden zu seyn.

[3254—59]

Dampfschifffahrt des  österreichischen Lloyd.

Abfahrt der Dampfboote von Triest

in den Monaten October, November und December 1849.

Nach der Levante jeden Donnerstag.
Ueber Corfu und Syra nach Athen, Nauplia, Scio-Tisme, Smyrna, Metelin, Cape-Baba, Tenedos, Dardanellen, Gallipoli, Salonich, Constantinopel, Varna, Tultscha, Galatz und Ibraila.
Im October 4, 11, 18, 25. Im November 1, 8, 15, 22, 29. Im December 6, 13, 20, 27.
Ueber Smyrna nach Rhodus, Cypern, Bairut.
" Constantinopel nach Ineboli, Sinope, Samsun, Trapezunt.
" Constantinopel nach Burgas u. Varna.
In den Reisen vom 11, 25 October; 8, 22 November und 6, 20 December.

Nach Griechenland jeden zweiten Dienstag.
Ueber Ancona, Brindisi, Corfu, Patras, Levanto, Vostizza nach Lutraki, dann zu Lande über den Isthmus von Corinth nach Calamaki, und von da nach Athen und Syra.
Im October 2, 16, 30. Im November 13, 27. Im December 11, 25.

Nach Alexandrien direct, in Verbindung mit den Booten von Bombay und Calcutta jeden 28 des Monats (in der Frühe). Vom November angefangen jeden 27 des Monats.
Ueber Smyrna.
Im October 11, 25. Im November 8, 22. Im December 6, 20.

Von Triest nach Venedig täglich um 6 Uhr Früh.
Von Venedig nach Triest täglich um Mitternacht.

Nach Dalmatien. jeden Montag.
Ueber Lussin piccolo, Zara, Sebenico, Spalato, Lesina, Curzola, Ragusa nach Cattaro.
Im Oct. 1, 8, 15, 22, 29.
Im November 5, 12, 19, 26.
Im Dec. 3, 10, 17, 24, 31.

Nach Istrien.
Jeden Mittwoch über Pirano, Umago, Cittanova, Parenzo, Rovigno nach Pola.
Jeden Samstag über Pirano, Umago, Cittanova, Parenzo, Rovigno, Fasana und Pola nach Fiume.

Beachtenswerth. Die Schiffe von Griechenland und den Jonischen Inseln sind in Triest **quarantänefrei.** Jene aus der Levante werden von Sanitätswächtern begleitet, und deren Contumaz wird während der Ueberfahrt gehalten, so daß bei **reinem Gesundheitspaß** die Passagiere **sogleich bei Ankunft in Triest** landen können.

— Triest, im October 1849. —

[3482—84] **Bekanntmachung.**

Auf gläubigerschaftliches Andringen wird der Gasthof zum goldenen Hirschen dahier dem gerichtlichen Zwangsverkauf nach §. 64 des Hypothekengesetzes und §§. 98-101 des Proceßgesetzes vom 17 Nov. 1837 unterstellt.

Derselbe besteht aus dem Hause Nr. 18 an der Theatinerstraße und dem rückwärts von diesem befindlichen Hause Nr. 3 an der Salvatorstraße. Das erstgenannte Haus ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerke hoch, mit gewölbten Kellern versehen, und enthält links und rechts in dem anstoßenden Hofraum ein Seitengebäude, jedes 4 Stockwerk hoch. Der Hofraum ist rückwärts mit einem mit Erdgeschoß 5 Stockwerk hohen Querbau abgeschlossen.

Das Haus Nr. 3 an der Salvatorstraße (Wohngebäude) ist mit Erdgeschoß 4 Stockwerk hoch, enthält einen 4 Stockwerk hohen Seitenbau und einen Hofraum. Beide Häuser sind durch Durchfahrt verbunden.

Im Hofraume des ersten Hauses ist laufendes Wasser und im Seitenhofe rückwärts ein Pumpbrunnen. Das Gesammtanwesen ist mit 80,000 fl. gegen Brand versichert, mit 19,000 fl. Ewiggeld und mit 125,510 fl. Hypothekcapitalien belastet und auf 84,500 fl. durchschnittlich gewerthet.

Termin zur erstmaligen Versteigerung ist auf **Donnerstag den 29 November 1849,** Vormittags von 11—12 Uhr, im Gerichtszimmer Nr. 9 angesetzt.

Hievon werden Steigerungslustige, welche sich erforderlichen Falls über Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, mit dem Beifügen in Kenntniß gesetzt daß die Gasthofgerechtsame real und als besonderes Hypothekobject eingetragen ist.

Concl. am 31 Julius 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der k. Director: Danhauser.

Pleuser.

[3700—1] **Bekanntmachung.**

Nachdem der Buchhändler Joseph Giel von hier abwesend und nach Zuschrift der k. Polizei-Direction München vom 28 v. M. sein Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird demselben nach G. O. c. 5 §. 3 hiemit eröffnet daß,

„in der Erwägung der Art und Menge der gegen Joseph Giel eingeklagten und von ihm in der Verhandlung vom 13 Junius d. J. anerkannten Forderungen, und der hiedurch dringend dargebotenen Vermuthung obwaltender Insolvenz, welche durch die wiederholte Abwesenheit des Jos. Giel sowie seiner Ehefrau unterstützt werde,"

unterm 4 d. M. beschlossen worden sey:

1) die bereits zu Gunsten sämmtlicher Gläubiger am 1 Jun. d. J. verfügte und auf deren Antrag vorläufig sistirte Beschlagnahme des Joseph Giel'schen Vermögens zu Gunsten sämmtlicher Gläubiger neuerdings zu verhängen;
2) dieses zu inventarisiren;
3) die sämmtlichen Executionen zu Gunsten einzelner Gläubiger einzustellen, und
4) für die Leihbibliothek einen vorläufigen Masseeurator in der Person des hiezu vorgeschlagenen Ausgebers Georg Goldstein aufzustellen und zu verpflichten.

Ferner wurde im obigen Beschlusse ausgesprochen daß Jos. Giel sich jeder Veräußerung seines Vermögens sowie jeder Einmischung in das Buchhandel- und Leihbibliothekgeschäft zu enthalten habe.

Zugleich wird dem Buchhändler Joseph Giel hiemit bekannt gegeben daß zur Vorlage des Inventars an die actenmäßig bekannten Gläubiger zum Versuche einer gütlichen Vereinigung, sowie zur Verhandlung der Frage, ob Concurs zu eröffnen sey, Tagfahrt auf

Montag den 10 December l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

im diesseitigen Bureau Nr. 13 anberaumt sey, wobei zu erscheinen Buchhändler Joseph Giel mit dem Beisatze vorgeladen wird daß im Falle seines Nichterscheinens das vorzulegende Inventar als von seiner Seite anerkannt erachtet und er mit seinen Einwendungen gegen die Anträge der Gläubiger ausgeschlossen werden würde; dann daß, wenn er bis dahin nicht einen Insinuations-Mandatar dahier bestellen sollte, weitere Eröffnungen durch Anschlag an das Gerichtsbrett als an ihn zugestellt erachtet würden.

Concl. den 5 October 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director: **Danhauser.**
Schneider.

[3684—85] **Bekanntmachung.**

Zum Vollzuge des rechtskräftigen Erkenntnisses vom 24 Julius l. J. wird auf Anrufen des Klägers der landesabwesende Beklagte Dr. Weithauser aufgefordert, sich

binnen 30 Tagen

entweder in Person oder durch einen gehörig Bevollmächtigten zur Protokollirung des zwischen ihm und dem Kläger am 21 August 1847 über das Anwesen Nr. 4 k. an der Augustenstraße dahier geschlossenen Kaufvertrages zu stellen, widrigenfalls dieser Kauf in der Art wie er in der Klage behauptet ist, als protokollirt erachtet und die Umschreibung der fraglichen Realität auf den Kläger verfügt werden wird.

Beschlossen München, den 28 Sept. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Der k. Director: **Danhauser.**
Höß.

(3417—19) **Amortisations-Edict.**

Der Anna Huber, Bauerswittwe beim Hainzl zu Garkofen d. G., ging bei dem in des Nachbars Behausung entstandenen Brand, wodurch auch ihre Wohn- und Oekonomie-Gebäude zerstört wurden, eine $3\frac{1}{2}$% auf ihren Namen lautende Staatsobligation mit Cat. Nr. $\frac{19232}{11632}$ ddo. 1. Mai 1842 auf 1000 fl. lautend, mit den Coupons von Ziff. VII bis XVIII, zu Verlust.

Es werden daher alle diejenigen aufgefordert welche davon Kenntniß haben oder im Besitz derselben seyn sollten, sich

binnen 6 Monaten

mit ihren Rechtsansprüchen auszuweisen, außerdem selbe nach Ablauf dieses Termines für amortisirt und kraftlos erklärt würde.

Ebersberg am 17. Sept. 1849.
Kgl. Landgericht Ebersberg.
Der kgl. Landrichter
Liebl.

(3616) **Edictalladung.**

Christina Beck, Wittwe von Wittershausen, eine geborne Löser, hat gegen Thomas Konrad, ledig, von Holzhausen, welcher dem Vernehmen nach sich nach Nordamerika begeben hat, unterm 30 Jun. d. J. eine Klage auf Ersatz der Kosten für Verpflegung ihrer zwei mit solchem außerehelich erzeugten Kinder eingereicht und zugleich auf Beschlagnahme dessen elterlichen Vermögens angetragen.

Zur Rechtfertigung des unterm Heutigen verfügten Arrestes und zur Verhandlung über die Klage in der Hauptsache im gewöhnlichen Verfahren wird Termin auf

Freitag den 16 November l. J.,
früh 9 Uhr,

festgesetzt, wobei Beklagter entweder in Person zu erscheinen oder durch eine legal bevollmächtigte geeignete Person sich unter dem Bedrohen vertreten zu lassen hat, daß im entgegengesetzten Fall der Arrest für justificirt erachtet und resp. der nicht erscheinende Theil in die Kosten verurtheilt wird.

Das Duplicat der Klage wurde heute am Gerichtsbrett angeschlagen, auch sollen künftig alle Verfügungen in dieser Sache statt Insinuation am Gerichtsbrett angeschlagen werden.

Aub, den 26 September 1849.
Königlich bayer. Landgericht.
Berr, Landrichter.

[3788] **Bekanntmachung.**

Am Montag den 29sten dieß,
Vormittags von 9—12 Uhr,

werden in dem Wirthshause zu Sachsenried die in dem dortigen St. Mangerwalde des k. Forstreviers Sachsenried gefällten Fichtenstämme, nämlich

a) 465 Stück Schneidholzstämme, und
b) 555 Stück Bauhölzer

an den Meistbietenden gegen Baarzahlung oder genügliche Cautionsleistung mit den kurzesten Zahlungsterminen öffentlich versteigert.

Der Lagerplatz dieses Holzes ist nur einige Stunden von dem flossbaren Flusse Lech, und deßgleichen nur einige Stunden von Kaufbeuren und resp. der Eisenbahn entfernt.

Steigerungslustige werden hiezu mit dem Bemerken eingeladen daß sich dem Gericht unbekannte Käufer über ihre Zahlungsfähigkeit legal auszuweisen haben.

Der k. Revierförster Heindl in Sachsenried, welchem die Aufsicht auf dem St. Mangerwald übertragen ist, wird in der Zwischenzeit den Kaufsliebhabern die Kaufsobjecte vorzeigen.

Sollte Vormittags die Versteigerung nicht vollendet werden können, so wird sie an demselben Tage Nachmittags von 2 bis 6 Uhr fortgesetzt.

Buchloe, am 8 October 1849.
Königliches Landgericht Buchloe.
Dr. **Seif, Landrichter.**

[3784] **Edictalladung.**

Bei dem unterfertigten Gerichte wurde auf definitive Vertheilung des Vermögens der Maria Anna Neumaier von hier, welche im Jahre 1775 geboren, seit 49 Jahren abwesend, und deren Aufenthalt unbekannt ist, und auf Aufhebung bestellter hypothekarischer Cautionen von den Betheiligten angetragen. Genannte M. Anna Neumaier oder deren rechtmäßige Nachkommen werden hiemit aufgefordert über Leben und Aufenthalt Anzeige

binnen 60 Tagen

anher zu machen, und letztere sich zugleich zu legitimiren, und zwar um so sicherer, als widrigenfalls die erstere für todt erklärt und deren Vermögen unter Aufhebung der hypothekarischen Cautionen den bekannten nächsten Verwandten überwiesen werden würde.

Füßen, den 11 October 1849.
Königl. bayer. Landgericht.
Schicker, Landrichter.

[3778] **Ravensburg.**

Vorladung eines Verschollenen.

Michael Eigenmann von hier, geboren den 30 September 1779, ist längst verschollen; derselbe oder seine etwaigen leiblichen Erben werden daher, nachdem er das 70ste Lebensjahr zurückgelegt, hiemit aufgefordert sich zu Empfangnahme eines ihm angefallenen, elterlichen, unter pflegschaftlicher Verwaltung stehenden Vermögens binnen

der unerstrecklichen Frist von 75 Tagen

dahier zu melden und auszuweisen, widrigenfalls er als ohne Leibeserben gestorben angenommen, und sein Vermögen seinen nächsten Seitenverwandten zugeschieden werden würde.

Ravensburg, den 17 October 1849.
Königlich württemb. Oberamtsgericht.
Khuen.

(3454—56) **Definitiv-Erkenntniß.**

In Sache der Sabina Hammer dahier, Klägerin gegen ihren Ehemann Franz Hammer von hier, Beklagten „Ehescheidung betreffend" wird, nachdem Beklagter der in den Beilagen zu Nr. 133, 146 und 162 der Allgemeinen Zeitung des Jahres 1849 veröffentlichten Aufforderung vom 28. April l. Js. nicht entsprochen hat, hiemit zu Recht erkannt:

Es trete das im Decrete vom 28. April d. Js. ausgesprochene Präjudiz in Wirksamkeit, und sey sohin Klägerin wegen böslicher Verlassung ab Seite ihres Ehemannes von diesem von Tisch und Bett zu scheiden, und Beklagter schuldig sämmtliche Kosten zu tragen, die aber wegen notorischer Armuth desselben anmit niedergeschlagen werden.

Von Rechtswegen
Würzburg, am 22. Sept. 1849.
Consistorium des Bisthums Würzburg.
Pörtner.

[3667—69] **Oeffentliche Aufforderung.**

Simon Friedberg von Frankfurt hat als Cessionar des Herrmann Böckmühl und der Ehegattin desselben daselbst gegen die Wittwe des Friedrich Ludwig Pfalz dahier und die Kinder derselben eine Klage auf Rückzahlung eines, dem verlebten Friedrich Pfalz und der Ehegattin desselben dargeliehenen, Capitals von zehntausend Gulden sammt Zinsen vom 26 Januar l. J. an vor unterzeichnetem Gericht erhoben. Da nun der Aufenthaltsort des August Pfalz unbekannt ist, so wird derselbe auf den Antrag des Simon Friedberg hierdurch aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten,

vom Tage an gerechnet wo gegenwärtige Verfügung zum erstenmale durch öffentliche Blätter bekannt gemacht wird, sich auf die Klage zu erklären, widrigenfalls August Pfalz mit Einreden ausgeschlossen und der Klage geständig erachtet wird.

Die weiter zu erlassenden Verfügungen werden nur durch Anschlag an der Gerichtsthüre bekannt gemacht werden.

Offenbach, den 10 October 1849.
Großherzogl. hessisches Landgericht.
Strecker.
Wehler.

[3249—51] Lucas Grusek, der am 17. October 1812 geborne eheliche Sohn des Bürgers und Taglöhners Benedict Grusek und der am 5. Mai 1849 verstorbenen Barbara Huf von Kurzell, seit acht Jahren in Nordamerika an unbekannten Orten abwesend, wird hiermit aufgefordert sich

binnen drei Monaten

dahier zur Empfangnahme seines Erbtheils aus der mütterlichen Vermögensmasse um so gewisser zu melden, als sonst der letztere denjenigen zugewiesen wird welchen solcher zugefallen wäre, wenn der Vorgeladene zur Zeit der Erbschaftseröffnung nicht mehr gelebt hätte.

Lahr, den 12. September 1849.
Großh. badisches Amtsrevisorat.
Blater.

[3628—30] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

An Franz Joseph. Gedicht von Karl Beck.

Motto: „Sie haben mir Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem Sie einräumten, daß je umfangreicher ich Milde könnte walten lassen, desto vollkommner mein Glück seyn wird.“
Der Kaiser von Oesterreich an den Fürsten von Warschau.

3¼ Bogen in Umschlag brosch. 24 kr. C.-M. oder 9 Ngr.

[3653—55] *** Wichtige Neuigkeit. ***

Bei Ignaz Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Die europäische Kriegs- und Friedensfrage.

Von

Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlage. 7½ Sgr. oder 27 kr. rhein.

☞ Auf diese wichtige Schrift wird ganz besonders aufmerksam gemacht!

[3723] Bei Flammer u. Hoffmann in Pforzheim ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angränzenden Länder zu haben:

Belgien

in politischer, kirchlicher, pädagogischer und artistischer Beziehung.
Von Dr. **Adolph Helfferich.**

Groß 8. Geheftet. 2 Thlr. 10 Ngr. oder 3 fl. 30 kr.

Die Verlagshandlung freut sich, ein gewissenhaft und mit Sachkenntniß geschriebenes Werk über Belgien unter Umständen ausgeben zu können die eine genauere Kenntnißnahme dieses in mannichfacher Beziehung merkwürdigen Landes wünschenswerth machen. In allen Gauen Deutschlands beobachtete man mit der lebhaftesten Theilnahme die würdige und entschiedene Haltung welche das belgische Volk einmüthig zur Wahrung seines constitutionellen Thrones annahm. Die Bande zwischen Belgien und Deutschland sind dadurch unauflöslich geworden. Vorliegendes Werk enthält ein überaus reiches Material, das beiden Theilen zur Belehrung und Warnung dienen kann, und im gesammten Umkreis der Niederlande auf Beachtung Anspruch machen darf.

[3464—66] **Bedeutende Preisermäßigung.**

Zur Erleichterung der Einführung in Gymnasien und Lyceen des als das gediegenste, vollständigste und beim Componiren den reichsten Stoff darbietende Lexikon in vier Auflagen bewährten Werkes:

Dr. F. K. Kraft,

Deutsch-lateinisches Lexikon.

Zwei Bände. 187 Bogen. Gr. Lex.-8.
4te umgearb. und verm. Ausgabe.
wird der schon bisher höchst billige Preis von 9 fl. für unbestimmte Zeit ermäßigt auf
5 fl. 50 kr.

Da ein deutsch-lat. Lexikon, das zunächst beim Componiren dient, und ein lat.-deutsches, das bei der Lectüre der Classiker benützt wird, völlig unabhängig von einander sind, so steht nichts entgegen daß die Schüler zum Kraft'schen deutsch-lateinischen ein beliebiges lat.-deutsches Lexikon sich anschaffen. — Zu erhalten durch alle Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslands.

(3698—99) **Austern-Parks zu Ostende.**

Der Unterzeichnete erlaubt sich andurch die ergebene Anzeige zu wiederholen daß ihm seit dem vorigen Jahre (15 September) von den vereinigten sämmtlichen Austern-Parks-Besitzern Aug. Valke u. Comp., J. de Brock, Mad. B. Vander, Heyde ꝛc. in Ostende der alleinige Verkauf ihrer gereinigten englischen Austern, sowie ihrer Homards für ganz Deutschland contractlich übertragen worden ist, und können daher Bestellungen darauf einzig und allein nur durch den Unterzeichneten ausgeführt werden. Der Preis einer ⅛ Tonne von circa 300, 400, 500, 600, 700 bis 800 Stück, je nach der Größe der Austern, ist bei Franco-Bestellung und Compt.-Bezahlung frei ab Cöln 7¼ Thlr. Die Preise der Homards richten sich ebenfalls nach deren Größe und werden deren von ½ Thlr. bis zu 3½ Thlr. per Centner geliefert. Nur ganz frische untadelhafte Waare wird zur Versendung gebracht.

Noch mache ich meine verehrten Committenten darauf aufmerksam daß meine Ostender-Austern, weil sie in den Parks innerlich sowohl als äußerlich gereinigt werden, sich wenigstens doppelt so lange conserviren als direct bezogene Austern aus England, welche letztere stets nur schlechtweg abgesandt werden wie sie aus dem Meere kommen.

Cöln, den 1 October 1849. Jacob Zeidt.

[3730—31] **Bericht über holländische Häringe.**

Meinen Geschäftsfreunden in Deutschland mache ich hiemit die Anzeige dass die Preise von **holländischen Vollhäringen** heute gestellt sind auf 21 fl. per Tonne (ohne Fass) bis 27 dieses Monats. Die Festsetzung der **billigsten Preise für den Herbst** wird am 27 October stattfinden; es lässt sich vermuthen dass sie ziemlich billig seyn werden, und werde ich die festen Preise näher durch Rundschreiben anzeigen. Ich bitte jedoch meine Freunde mir ihre Bestellungen umgehend einzusenden, damit ich die Verladung sofort nach Fixirung der Preise vornehmen kann.

Vlaardingen, den 12 October 1849. **H. Kikkert.**

[3674—75] **Kunst-Anzeige.**

Montag den 5 November l. J. beginnt in der Kunst- und Antiquarhandlung des Unterzeichneten die Versteigerung einer Sammlung von Kupferstichen, vieler tausend antiker Silber- und Bronze-Münzen, sowie einer Partie sehr guter Oel-Gemälde.

Der Katalog kann durch Buch- und Kunsthandlungen oder direct bei Unterzeichnetem bezogen werden.

München, am 10 October 1849. L. A. v. Montmorillon.

[3158—60] Bei Ignaz Klang, Buchhändler in Wien, ist so eben erschienen:

Pillersdorf
und
die Wahrheit,
oder
Beleuchtung seiner Rückblicke auf die politische Bewegung in Oesterreich in den Jahren 1848 und 1849.
Von **M. K.**

8. Wien 1849. 32 Seiten stark, brosch. 16 kr. C.-M.

Die vorstehend genannte Schrift beleuchtet mit Schärfe und unverkennbarer Wahrheitsliebe die Pillersdorf'schen „Rückblicke“ auf die Revolution des Jahres 1848 und 1849, und weiset den Gang und Verlauf derselben in den unverzeihlichen Verwaltungsfehlern jener neuen Epoche unseres Staatslebens mit großem Freimuth nach. Sie dürfte daher zur Würdigung der „Rückblicke“ nicht entbehrt werden können, auch allen eine willkommene Gabe seyn, denen Wahrheit mit Hintansetzung jeder andern Rücksicht das Höchste ist.

(3741) Im Verlag der Unterzeichneten sind erschienen und durch alle Buch- und Musikhandlungen zu beziehen:

Jugendlieder.

Ein- und mehrstimmig, mit Begleitung des Pianoforte componirt von **Wilhelm Meves.**

Erste Sammlung. 32 Lieder für die Jugend. Geh. Preis 12 Ngr.
Zweite Sammlung. 18 Lieder für die reifere Jugend. Geh. Preis 12 Ngr.

Kinder-Clavierschule
von
Heinrich Wohlfahrt.
Sechste Auflage. Preis 1 Thlr.

Leipzig, im October 1849.
Breitkopf u. Härtel.

(3412—14) **Weinversteigerung.**

Dienstag den 6 November nächsthin,
Morgens 9 Uhr,
lassen die Erben des verlebten Hrn. Andreas Jordan, gewesener Gutsbesitzer in Deidesheim, in ihrer Wohnung daselbst, die durch den Verlebten hinterlassenen Weine abtheilungshalber versteigern, als:

3	Stück	1811er
1	„	1825er
1	„	1831er
23½	„	1834er
1	„	1835er
1	„	1836er
2	„	1839er
1	„	1840er
6	„	1842er
14	„	1843er
16	„	1844er
25	„	1845er
35½	„	1846er
27	„	1848er

Proben werden inzwischen an den Fässern auf Verlangen verabreicht. Sämmtliche Weine sind in den besten Lagen von Ruppertsberg, Forst und Deidesheim in den eigenen Weinbergen des Verstorbenen gewachsen.

Deidesheim in der Pfalz,
den 22 Sept. 1849.
Hessert, Notar.

[3671—73] Aus einer Spinnerei der östlichen Schweiz wäre man geneigt eine Anzahl Baumwoll-Spinnstühle (circa 1200 Spindeln zusammen) nebst nöthigen Vorwerkmaschinen billig zu verkaufen.

Anfragen in Briefen, mit L. H. bezeichnet, befördert Hr. Alb. Heinzelmann in Augsburg.

[3596—98] Ein Landhaus mit 8 Zimmerchen, 11 Stunden von München am Gebirge, in hoher, warmer, ungemein schöner Lage, Umgebung und Fernsicht, wird sammt 37 Tagwerk Feld und Wald billig verkauft. Das Nähere München, Louisenstraße Nr. 12.

[3779] **Aufforderung.**

Hr. Maler Sixtus Jarwart von Bayreuth wird hiemit ersucht, den Advocat Toussaint'schen Relicten zu Ansbach seinen dermaligen Aufenthalt baldigst bekannt zu geben.

Ansbach, am 18 October 1849.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Columnzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch Nr. 297. 24 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Gerüchte über unerwartete Opposition gegen die neue Bildung der Centralgewalt); München (ein sehr beschränktes Amnestiegesetz vorgelegt. Ministerielle Antwort auf die Anfrage wegen der Centralgewalt. Beschluß wegen Forterhebung der Steuern); Darmstadt (politischer Proceß); Bremen (H. v. Gagern); Kassel (der Verwaltungsrath des engern Bundes beschließt die Ausschreibung der Reichstagswahlen bis zum 15 Jan.); Dresden (der Riesenproceß); Weimar (der Landtag); Berlin (die Nationalzeitung über den Compromiß der Gothaer Partei mit dem Berliner System. Erklärung Preußens im Verwaltungsrath daß es auf der Gründung eines deutschen Bundesstaats verharre. Kinkel. v. Peucker zum Chef des Generalstabs des Prinzen von Preußen ernannt); Wien (die zwei Bourbonenzweige. Abreise des Marschalls Radetzky. Fürst Colloredo soll das Kriegsministerium erhalten. General Schönhals und Baron Kübeck wirklich nach Frankfurt).

Großbritannien. Die Königin-Wittwe. Irland.

Frankreich. Tocqueville über die römische Frage. V. Hugo, Montalembert und Thiers. Gerüchte über eine Combination Dufaure. Conflict zwischen den Advocaten und dem Staatsprocurator in Versailles.

Türkei. Konstantinopel, 10 Oct. Noch immer keine Entscheidung. Graf Stürmer erhält die Genehmigung seiner Schritte.

Aegypten. Alexandria, 5 Oct. Alle englischen Kriegsschiffe sollen nach den Dardanellen gewiesen seyn.

Ver. Staaten von Nordamerika. Californien.

Südamerika. Kriegsrüstungen zwischen Buenos-Ayres und Paraguay.

Beilage. Der Reichstag und die preußischen Bundesgenossen. — Das badische Wahlgesetz. — Badische Standgerichtsverhandlungen. (Mannheim und Rastatt.) — Köln und Düsseldorf. — Tirol. — Wien. — Italien. (Neapel: Der päpstliche Hof. Ausflüge Sr. Heil. Rom: Die mildere Sprache gegen Frankreich. Aus Mittelitalien: Verfolgungen gegen den Benedictiner-Orden.) — Oldenburg. (Berufung des Landtags auf den 2 Nov.). — Paris. (Russische Erklärungen in der orientalischen Verwicklung.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 20; Wien 21; Frankfurt 22; Augsburg 29 Oct.

Deutschland.

§§ Frankfurt a. M., 21 Oct. Hier erzählt man sich allerlei, und desto mehr je weniger sich erhebliches begibt. Seit April v. J. lebt unser Publicum eben von Aufregungen. Darum wird auch viel erfunden, wenn nicht irgendeine Thatsache den Anhalt zu Conjecturen hergeben will. Ich mag deßwegen auch nicht entfernt verbürgen was man sich von Ohr zu Ohr zuflüstert. Da es aber zu den Verständnissen unseres politischen Salonlebens gehört, so will ich es Ihnen nicht vorenthalten. Man sagt daß der Reichsverweser an nichts weniger als an die Verwirklichung der im Entwurf nach Wien abgegebenen Abdankungsurkunde denke. Sie sey eine Carta bianca, auf deren Ausfüllung bis in Ewigkeit gewartet werden könne. Das unterstellte Einverständniß aller deutschen Regierungen, worauf darin gerechnet sey, werde, wie man genau wisse, nicht statthaben, es sey vielmehr gewiß daß einige Regierungen, unter denen die württembergische am öftesten genannt wird, gestützt auf die in der Bundesacte und Wiener Schlußacte gegründeten Rechte, den Uebergang der provisorischen Centralgewalt an den österreichisch-preußischen Dualismus nicht gutheißen würden, daß die nothwendige Folge davon neue Verhandlungen seyen, womit denn die einstweilige Fortdauer der jetzigen provisorischen Centralgewalt oder, wenn Sie wollen, auch keiner Centralgewalt (sofern Sie unter „Gewalt" Macht verstehen wollen) gegeben sey. Die größte Freude verursacht diese Nachricht, die an vielen Orten Besorgnisse ernster Art erregt, im demokratischen Lager, indem sie ein Zerwürfniß unter den Machthabern in Aussicht stellt und ein Segeln nach der alten Bundesverfassung verkündet. Wenn das Schiff in diesem Hafen landen würde, dann wäre auch der Sturm da, und die Isolirung der Demokratie in ihrer oppositionellen Stellung würde mit einemmal aufhören. Es fehlt ihr die Allianz mit ehrlichen Leuten, eine solche Erfahrung könnte aber auch die Verzagten zum Widerstand bringen um damit den größeren Gefahren auszuweichen, die eine offene Verhöhnung der Nation unausbleiblich im Gefolge haben müßte. — Seit mehreren Monaten, und namentlich während der Herbstmesse, war hier ein Industriezweig aufgetaucht, den man in seiner Art hier noch wenig gekannt hat, nämlich die kecke Taschendieberei. Für die kurze Zeit der Praxis ward er mit so großer Geschicklichkeit betrieben, daß die Lehrjahre wohl außerhalb gemacht worden seyn müssen. Es ist nicht schwer zu ermessen welcher Schrecken dadurch in unserer Geld und Gut so hoch schätzenden Stadt hervorgerufen worden ist. Glücklicherweise haben die letzten Wochen keine namhaften Exempel mehr geliefert. Der Ertappte würde bei der allgemeinen Erbitterung gewiß der Lynch-Justiz verfallen.

Bayern. || **München**, 23 Oct. Die heutige, elfte Sitzung der Abgeordneten ist besonders bemerkenswerth durch die Vorlage des Amnestiegesetzes. Minister v. Kleinschrod verliest den Entwurf unter einer allgemeinen Spannung, die alsbald dem stummen Gefühl schmerzlicher Enttäuschung Platz macht. (S. unten.) Der Hr. Minister verliest die Motive zu diesem Gesetze, und hängt dem die einzige Bemerkung an daß durch diese Amnestie 8 bis 9000 Bewohner der Pfalz der gerichtlichen Einschreitung entzogen werden. Wenn die gerichtlichen Verfolgungen so weit auszudehnen unmöglich war, so sollte dieß, wie uns dünkt, auch auf die Beurtheilung der andern Fälle ein milderes Licht werfen. Dieser Gesetzesvorlage gingen einige Interpellationen voraus. Die erste war die bereits mitgetheilte des Fürsten Wallerstein. Minister v. d. Pfordten beantwortete sie, indem er auf früher Gesagtes und auf künftige Mittheilungen verwies, und zugleich versicherte daß in dem Vertrage vom 30 Sept. die Annahme der bayerischen Vorschläge, wie sie vor Monaten gemacht worden, liege; durch das neue Interim sey vor allem eine Zerreißung Deutschlands verhindert. Fürst Wallerstein legt ausführlich Verwahrung ein gegen einseitiges Verfahren in der deutschen Sache ohne Zuziehung der Volksvertretung. Der Minister entgegnet mit Wärme, wie er immer dieß im Auge habe und die baldigste Realisirung dieses Wunsches unverrückt anstreben werde. Eine weitere Interpellation ging von Dr. Jäger aus und betraf die Quartierlast in der Pfalz. Die umfassende Antwort des Kriegsministers gibt zu erkennen daß der Kriegszustand in der Pfalz vorerst fortbestehen werde, bezüglich der Einquartierung aber, die zum Theil auf Wunsch der Gemeinden erfolgte, jede mögliche Erleichterung fortwährend eintrete. — Das Gesetz über die provisorische Steuererhebung wurde nach einiger Debatte gegen eine Stimme angenommen, jedoch mit der Modification daß nur die bis 1 April 1850 fälligen Ziele eingehoben werden. Aus der Verhandlung entnehmen wir daß die Regierung die Einbringung eines Gesetzes beabsichtet durch welches die provisorisch für ein Jahr 1849 eingeführte Capital- und Einkommensteuer neuerlich bewilligt werden soll. — Das Referat in der deutschen Frage wird noch diese Woche erwartet.

|| **München**, 23 Oct. Folgendes ist der heute den Abgeordneten vorgelegte Entwurf eines Gesetzes die Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen betreffend. „Se. Maj. der König haben nach Vernehmung Allerhöchstihres Staatsraths mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten in Ansehung der Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen verordnet, was folgt: I. In Ansehung des pfälzischen Kreises. Art. 1. Hinsichtlich der während der Monate Mai und Junius d. J. in dem pfälzischen Kreise verübten politischen Verbrechen und Vergehen werden nachfolgende Untersuchungen niedergeschlagen: 1) die Untersuchungen wegen Theilnahme an dem bewaffneten Aufstand in Ansehung derjenigen Theilnehmer welche der Volkswehr, der Studentenlegion oder den Freischaaren als Gemeine oder Unterofficiere einverleibt waren; 2) die Untersuchungen wegen Mitwirkung zu der Errichtung der sogenannten provisorischen Regierung in Ansehung derjenigen „Vertrauensmänner" welche, nachdem sie vorher gegen die Errichtung einer provisorischen Regierung gestimmt hatten, später an der Wahl der Mitglieder einer solchen Regierung theilgenommen haben; 3) die Untersuchungen wegen Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen der Kantonalausschüsse und der Re-

crutirungscommission; 4) die Untersuchungen wegen Leitung der durch die revolutionäre Gewalt angeordneten Gemeindewahlen, wegen Ab- und Einsetzung von Gemeindebeamten; 5) die Untersuchungen wegen Uebernahme von Gemeindeämtern in Folge der von der revolutionären Gewalt angeordneten Wahlen, sowie wegen Ausübung der mit diesen Aemtern verbundenen Verrichtungen; 6) die Untersuchungen wegen Uebernahme der von der revolutionären Gewalt oder von den Organen derselben übertragenen Verrichtungen in Ansehung derjenigen Personen welche nicht die Stelle eines Civil- oder Militärcommissärs oder eines Mitglieds der Militärcommission bekleidet haben. Art. 2. Von der in dem Art. 1 ertheilten Amnestie sind ausgeschlossen: 1) diejenigen welche durch eine unter Art. 1 fallende Handlung oder bei Gelegenheit derselben zugleich eine Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen haben; 2) Staats- und Gemeindebeamte, Anwälte und Notare; 3) Geistliche; 4) öffentliche Lehrer; 5) Militärpersonen welche nicht in dem am 16 Jun. ertheilten Generalpardon begriffen sind. Art. 3. Wegen nachfolgender Handlungen soll keine Untersuchung eröffnet oder fortgesetzt werden: 1) wegen Ableistung des Eides auf die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung; 2) wegen Unterwerfung unter die sogenannte provisorische Regierung; 3) wegen Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen des nach Stuttgart übersiedelten Theils der deutschen Nationalversammlung. Auf die Theilnahme an der sogenannten Reichsregentschaft findet diese Bestimmung keine Anwendung. II. In Ansehung der Landestheile diesseits des Rheins. Art. 4. Die nach dem oberstrichterlichen Plenarbeschluß vom 14 Jul d. J. von dem Kreis- und Stadtgericht Augsburg zu führenden Untersuchungen werden, insoferne die betreffenden Verbrechen und Vergehen vor dem 10 Sept. d. J. verübt worden sind, niedergeschlagen. Art. 5. In der durch Art. 4 ertheilten Amnestie sind nicht begriffen: 1) Die Anstifter und Vorstände einer als Staatsverrath ersten oder zweiten Grades (Art. 300 und 302 Thl. I des St. G. B. vom Jahr 1813) strafbaren Verschwörung oder Verbindung; 2) diejenigen welche in öffentlicher Rede oder Druckschriften zu einer als Staatsverrath ersten oder zweiten Grades strafbaren Handlung aufgefordert oder solche Druckschriften in staatsverrätherischer Absicht verbreitet haben; 3) die im Art. 2 Ziff. 2 bis 5 genannten Personen. Art. 6. Die Vorschriften des Art. 3 Ziff. 1 und 3 kommen auch in den Landestheilen diesseits des Rheins zur Anwendung. III. Allgemeine Bestimmungen. Art. 7. Wegen derjenigen Verbrechen und Vergehen in Ansehung welcher nach den Bestimmungen der Art. 1 und 4 die anhängigen Untersuchungen niedergeschlagen werden, darf unter denselben Voraussetzungen eine strafgerichtliche Verfolgung nicht eröffnet werden. Art. 8. Die Kosten der niedergeschlagenen Untersuchungen sind von der Staatscasse zu tragen. Art. 9. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Einrückung in das Gesetzblatt und in das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit. Die Staatsminister der Justiz und des Krieges sind mit dem Vollzug desselben beauftragt. Gegeben .... Für den Entwurf Kleinschrod. Lüder.

⁝ **München**, 28. Oct. Die heutige Antwort des Min. v. d. Pfordten auf die Wallersteinische Anfrage ist eine Verweisung auf die bei Ankündigung der Interpellation vorläufig abgegebene Erklärung. Da sich seitdem in der Sachlage noch nichts geändert habe, so halte das Ministerium auch jetzt noch nicht den Zeitpunkt für geeignet der hohen Kammer weitere Mittheilungen oder Vorlagen in dieser Angelegenheit zu machen. (Wir ersehen also daraus, daß dem Ministerium auch jetzt noch keine officielle Anzeige vom Abschlusse des österreichisch-preußischen Vertrags zugegangen ist!). Allein einen Punkt möchte er, der Redner, nicht unberührt lassen. Es sey nämlich ziemlich allgemein die Ansicht verbreitet als habe Oesterreich mit Preußen den Tractat vom 30 Sept. gleichsam hinter dem Rücken Bayerns abgeschlossen. Bayern habe aber schon seit vier Monaten in den Verhandlungen der deutschen Verfassungsangelegenheit auf die Herstellung eines Provisoriums in der Weise wie es jetzt eingetreten hingewirkt. Es sey nun im wesentlichen ganz einerlei ob Preußen schon damals auf diesen Vorschlag unmittelbar eingegangen wäre, oder jetzt auf dem Wege einer Verständigung mit Oesterreich. Wenn man ferner sage, Bayern sey mit seinen Anträgen zur Vermittlung zwischen den beiden Großmächten in der deutschen Frage durchgefallen, so beweise die ebenvorliegende Thatsache der Bildung einer provisorischen Centralgewalt das Gegentheil. Uebrigens erblicke im Zustandekommen dieses Provisoriums die bayerische Regierung den ersten Schritt zu einer glücklichen definitiven Erledigung der deutschen Verfassungsfrage, sowie die einzig geeignete Maßregel den augenblicklich für Deutschland drohenden Gefahren zu begegnen. Auf Gegenbemerkungen des Fürsten v. Wallerstein (auf die wir zurückkommen) äußerte Minister v. d. Pfordten, er halte die Octroyirung einer Verfassung durch die Fürsten allein für unmöglich. Bayern habe stets auf eine Mitwirkung durch die Volksvertretung hingearbeitet; wie diese Volksvertretung aber beschaffen seyn werde, könne unter den jetzigen Verhältnissen wohl niemand bestimmen.

Gr. Hessen. ⁂ **Darmstadt**, 20 Oct. Meine Berichte über die Sitzungen der Assisen der Provinz Starkenburg im vierten Quartal, die am 1 d. M. begannen und erst in den ersten Tagen des nächsten Monats November zu Ende gehen werden, beschränkte ich auf die Anklagen wegen politischer und Preßvergehen, weil die Processe wegen sogenannter gemeiner Vergehen kein besonderes Interesse darboten. Morgen kommt die letzte Anklage zur Verhandlung; sie wird aber die Assisen fast so lange beschäftigen als die vorhandenen 18 Anklagen zusammen. Bekanntlich ward nach dem Einbruch Struve's im September v. J. ins Badische am Abend des 23 desselben Monats, zum Zweck der Begünstigung dieses Unternehmens, die Eisenbahn bei Weinheim zerstört. Sofort erhob sich der Verdacht daß viele hessische Landleute aus der Nachbarschaft von Weinheim an diesem Verbrechen theilgenommen hätten, und ein Strafverfahren ward eingeleitet. Der Criminalsenat des großh. Hofgerichts dahier verwies die Angeklagten, beschuldigt des Hochverraths, der Eigenthumsbeschädigung, der Körperverletzung, beziehungsweise des Versuchs der Tödtung, vor die Assisen. Nachdem gestern Nachmittag eine Anklage wegen Brandstiftung abgeurtheilt worden war, begannen die räumlichen Vorbereitungen für das morgen beginnende Hauptverfahren. An der einen Seite des Saals erhebt sich eine Tribüne für die 69 Angeklagten, denen 10 Vertheidiger zur Seite stehen. Geladen sind 67 Belastungszeugen und ebensoviele Entlastungszeugen. Den Geschwornen klopft das Herz in Erwartung der mehreren hundert Fragen die sie beantworten sollen. Der Anklageact ist ein sehr umfängliches Actenstück, und ein Blatt in den Annalen des Jahres 1848. Ich theile daraus folgende Stelle mit: „Unmittelbar nach Abfahrt des letzten regelmäßigen Personenzugs um 10 Uhr Abends begaben sich die Versammelten auf der neuen Chaussee außerhalb Weinheim an dem etwa eine Viertelstunde entfernten sogenannten Rosenbrunnen vorbei bis zu der Stelle, der Eisenbahn gegenüber, wo dieselbe eine Curve bildet. Die Bahn ist hier etwa 250 Schritte von der Chaussee entfernt, und bildet einen 14 badische Fuß = 16 Fuß 8 Zoll hessisch, hohen Damm. An diese höchst gefährliche Stelle, zwischen dem Bahnhaus Nr. 65 und 66, am Anfang des sogenannten Weinheimer Bogens, begab sich nun ein Theil der Complottanten. Bewaffnete besetzten den Bahndamm und die Chaussee bis an den Rosenbrunnen. Weinheimer forderten auf Hand anzulegen, ein Unbekannter, mit einem Säbel bewaffnet, inspicirte. Die Eisenbahn ward hier in einer Länge von 156 hessischen Fuß demolirt. Mit Heb- und Pfahleisen, Pickeln und andern Werkzeugen wurden Schienennägel aufgezwängt, die Erde unter den Schienen weggeschafft, ein Schienenstrang sammt den Schwellen herausgehoben und auf die Seite geworfen, zwei andere Schienen von den Schwellen losgearbeitet und nebst einzelnen Schwellen auf die Seite und den Damm hinuntergeworfen, von dem dritten Schienenstrange die Schienen abgerissen und die eine auf den Acker hinabgeworfen, die andere mehrere hundert Schritte weit über die Chaussee in einen Weinberg getragen. Die Schienen nach Großsachsen zu wurden etwa 1½ Fuß tief untergraben und die Erde weggeräumt. Nach der östlichen Seite hin ward die Dammkrone und Böschung mit Schaufeln abgetragen und die Erde der Böschung herabgeschafft. Bei der Zerstörung, die etwa eine Viertelstunde dauerte, legten nur Personen der untern Classen Hand an. Leute von Stand waren zugegen und wirkten durch Commando und das Gewicht ihrer Anwesenheit. Nach vollendeter Arbeit begab sich der Zug nach Weinheim zurück. Auf dem Rückweg sprachen Einzelne laut die Hoffnung aus der Zug möge jetzt kommen. Der Bahnwart Schleicher, der sich mit dem ihm beigegebenen Arbeiter Schuchmann genähert hatte, ward durch Schüsse zurückgetrieben. Beide liefen nach dem Bahnhof bei Weinheim und machten dem Bahnmeister Anzeige; es ward aber, wie es scheint in dem Glauben der erwartete und signalisirte Zug komme von Frankfurt her, unterlassen den Bahnwart Nr. 66 nach Heidelberg zu in Kenntniß zu setzen, so daß dieser, der von der Zerstörung nichts bemerkte, die Laterne mit weißem Licht, das Signal des regelmäßigen Zustandes der Bahn, brennen ließ. Der Locomotivführer des Zugs, der um 6 Uhr (Abends) durch Weinheim passirte, hatte sogleich den Bahnvorstand zu Heidelberg von dem verdächtigen Zurufen und den Gerüchten über eine bevorstehende Zerstörung der Eisenbahn in Kenntniß gesetzt. Da jedoch von Frankfurt aus die Anordnung ergangen war daß der leere Militärzug des andern Morgens um 6 Uhr einen weitern Militärtransport befördern solle, so mußte die Rückfahrt angetreten werden. Der Zug fuhr aus Vorsicht bei Weinheim etwas langsam; es sind die weißen Signallaternen das Zeichen des regelmäßigen Zustandes, brennend. Er bestand aus zwei Locomotiven Nr. 1 und 18 nebst Tenders und 18 Wagen und führte nur Bahnpersonal. Am Ende der Curve angekommen, vernahmen die Locomotivführer ein Krachen; sie suchten die Gewalt des Zugs zu hemmen, aber in demselben Augenblick schossen die beiden Locomotiven mit den Tenders und zwei Wagen den Damm hinter. Die erstern und drei Wagen wurden zertrümmert, die übrigen Wagen, vier ausgenommen, durch den Zusammenstoß bedeutend beschädigt." Nach weitern Angaben des Anklage-Acts wurden sechs Bahnbeamte, jedoch nicht bedeutend, beschädigt und ein materieller Schaden von 6749 fl. verursacht. Ich werde, den gerichtlichen Verhandlungen folgend, nicht verfehlen darüber zu

berichten. Beim nächsten Quartal wird jener Vorfall bei Oberlaudenbach im Mai d. J., wobei der Regierungsrath Prinz sein Leben verlor und sonst viel Blut floß, die Assisen beschäftigen, vielleicht auch der Proceß Görlitz.

Kurhessen. **Kassel**, 20 Oct. Sicherm Vernehmen nach — schreibt die Kass. Allg. Ztg. — ist diesen Morgen auf telegraphischem Wege die Nachricht hier angelangt daß der deutsche Verwaltungsrath sich für den 15 Januar als Schlußtermin der Wahlen zum Reichstag entschieden hat.

K. Sachsen. **Dresden**, 21 Oct. Der Riesenproceß wegen der Maitage ist so umfangreich daß allein im Regierungsbezirk Zwickau durch ihn 4000 Personen in Untersuchung seyn sollten — freilich eine geradezu unglaubliche Anzahl. Ueber die Abgeordnetenwahlen gibt die „deutsche Reform“ an: in Dresden hätte nicht bloß die Hälfte, sondern in einigen Bezirken die Majorität des Militärs für radicale Candidaten gestimmt. Einem halbofficiellen Artikel in der Leipz. Ztg. gemäß erwartet die sächsische Regierung „mit Sehnsucht den Augenblick wo sie den Vertretern des sächsischen Volks ihr ganzes Verfahren in der deutschen Sache offen und ohne Rückhalt vorlegen kann.“

Thüringen. **Weimar**, 18 Oct. Der seit Anfang Oct. wieder versammelte Landtag hat in den letzten Tagen eine Reihe für die innern Zustände des Großherzogthums wichtige Beschlüsse über die Organisation der Gerichte, die Zuständigkeit der Gerichtsbehörden, die Stellung der Gemeindevorstände u. s. w. gefaßt. Heute stellte der Abg. Schubert, unterstützt von mehreren andern, in Bezug auf Baden den Antrag: der Landtag möge sein schmerzliches Bedauern darüber aussprechen daß nach bereits beendigtem Kampfe das ordentliche Rechtsverfahren noch nicht wieder hergestellt sey, und möge dem großh. sächsischen Ministerium zu erkennen geben dasselbe werde sich den größten Dank des Volkes verdienen, wenn es wenigstens mittelbar seinen Einfluß auf andere Staatsregierungen übe, damit endlich die standrechtlichen Erschießungen ein Ende nehmen. Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Hansestädte. **Bremen**, 18 Oct. Gestern fand in dem mit Flaggen geschmückten großen Saal der Union zu Ehren unseres Gastes Heinrich v. Gagern ein solennes Mahl statt, zu welchem mehrere hundert Freunde und Verehrer desselben sich vereinigt hatten. Wir müssen in unserm Bericht über diese glänzende Feier, welche durch die Anwesenheit vieler Damen auf der Tribüne verschönert ward, gleich von vornherein darauf hinweisen daß dieselbe ein politisches Interesse in einem Grade gewann wie es wenige der Theilnehmer erwartet haben mögen. Die Reihen der Tischreden eröffnete Hr. Pastor Rieter mit einer Begrüßung des Ehrengastes, die mit den Worten schloß: „Sie sind in unsere alte, freie, treue Hansestadt eingekehrt; längst haben Sie zu unserm Herzen den Schlüssel. Einen Schlüssel führt unser Wappen; möge er auch zu Ihrem großen Herzen passen, und möge Gott die Zeit bald herbeiführen in der Sie der Fahnenträger des deutschen Reichs sind und, vielleicht mit Hülfe eines unserer Mitbürger, der auch Ihnen theuer ist, Deutschlands Schiffe unter Einer geehrten Flagge den weitgeöffneten Häfen aller Welt die reiche Arbeit eines einigen, freien, edlen und glücklichen Volks zutragen. Im Namen des Vaterlandes, das dieß verlangt, und insbesondere im Namen unserer freien deutschen Stadt Bremen rufen wir alle Ihnen zu: Heinrich v. Gagern lebe hoch!“ Dann nahm Hr. v. Gagern das Wort. Wir bedauern die Rede desselben nicht wörtlich mittheilen zu können, was indeß unsere Leser entschuldigen werden, wenn wir bemerken daß dieselbe einen Rückblik auf Gagerns gesammte politische Thätigkeit seit dem März 1848, eine Rechenschaftsablage gleichsam von seinen Leistungen umfaßte und sich von den Anfängen eines Toastes zu einer vollständigen politischen Rede erhob. Der Gedankengang dieses Vortrags, welcher über anderthalb Stunden währte, war in Kürze folgender: „Der Redner wies zunächst die Anwendung zurück welche der erste Trinkspruch nach der Schilderung eines deutschen Musterstaatsmannes auf seine Person gemacht hatte, nicht aus Bescheidenheit, sagte er, sondern weil er überzeugt sey daß dieser Schilderung in Deutschland keiner der Lebenden entspreche. Wenn er hätte ahnen können an welchen Posten die letzten zwei Jahre ihn stellen würden, so würde er jetzt im Nordwesten Deutschlands nicht als Fremdling erscheinen, er würde es für seine Pflicht gehalten haben schon längst die wichtigen Interessen die der Nordwesten vertritt durch eigene Anschauung kennen zu lernen. Nicht innerer Beruf aber, nicht Bewußtseyn überragender Kraft, sondern äußere Nothwendigkeit habe ihn im vorigen Jahr an seinen Platz gestellt, und oft genug habe er schmerzlich beklagt daß so ungeheure Aufgaben so kleine Kräfte vorfanden. Auch nichts neues, nicht eigene Gedanken habe er verfolgt, sondern nur was seit Jahrzehnten in den Besten und Einsichtsvollsten der Nation von lange her vorbereitet wurde. Nicht der Februarsturm in Frankreich sey es der die deutsche Bewegung hervorgerufen, sondern im Vaterland selbst, in den deutschen Gemüthern sey sie zur Reife gediehen. Er fühle sich gedrungen vor dieser Versammlung einmal ausführlich über seine und seiner Freunde Bestrebungen, die Zielscheibe der verschiedenartigsten Angriffe, sich auszusprechen, wenn auch auf die Gefahr hin die Geduld der Zuhörer allzusehr in Anspruch zu nehmen. Der Redner schilderte nun die unruhige Zeit des Vorparlaments, des Fünfzigerausschusses, von deren Anarchie und Verwirrung man hier im Norden sich kaum einen Begriff mache. Alle Autorität verschwunden, der Bundestag ohnmächtig, Preußen den Geboten des Fünfzigerausschusses gehorchend. Da habe er eingesehen daß um dem einbrechenden Chaos — schon stand in Baden die Revolution und der Vaterlandsverrath in Waffen — einen Damm entgegenzusetzen, eine höchste Autorität hergestellt werden müsse, deren Gewalt die Gesammtheit des Vaterlands vertrete, gegen deren Aussprüche ein einzelnes Bruchtheil des Ganzen sich nur rebellirend erheben dürfe. In diesem Sinne, in dem Sinne daß die Theile dem Ganzen untergeordnet seyen, habe er in der Paulskirche die Nationalsouveränetät proclamirt, die Souveränetät der gesammten Nation im Gegensatz zu einzelnen Factionen und Theilen, nicht, wie man es ihm oft auslege, die Volkssouveränetät. Diese Nationalsouveränetät zu vertreten sey in ganz Deutschland keine andere Autorität vorhanden gewesen als das Parlament; dem Parlament habe er sie daher vindicirt. Damals habe man hoffen können daß dieß Parlament, auf den Bahnen der Mäßigung wandelnd, Deutschland in einen geordneten Zustand hinüberführen werde. Man habe ihn damals in der hessischen Ständeversammlung gefragt: „Wird man den Beschlüssen des Parlaments gehorchen?“ Er habe geantwortet: „Ja, man wird ihnen gehorchen wenn die Beschlüsse mit großen Majoritäten und mit Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Nation gefaßt werden.“ Von Haus aus war die Majorität des Parlaments conservativ gesinnt; unglücklicherweise aber hatte sie keine starke Regierung zur Seite an der sie einen Rückhalt hätte finden können, von welcher sie auf diesem Weg hätte erhalten werden können. Im Gegentheil schwächte sich allmählich ohne die Schuld der conservativen Partei im Laufe der Begebenheiten dieser Charakter der Versammlung. Die katholische Partei verließ die Paulskirche sobald sie die Kirchen- und Schulfrage entschieden sah; die österreichische Partei ging sogar in das Heerlager der Gegner über als sie sah daß die Majorität darauf ausgehe Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen. Der Redner entwickelte nun ausführlich seine Ansicht über die preußische Hegemonie und das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland. Nachdem er gezeigt wie man Oesterreich nicht habe zumuthen können seine vielgestaltigen Interessen abhängig zu machen von einer rein deutschen Centralregierung, erörterte er Preußens Beruf diese rein deutsche Centralregierung zu übernehmen. Nur darauf habe es ankommen müssen in die Verfassung des Reichs solche Bestimmungen aufzunehmen welche eine Garantie dafür böten daß diese Macht auch wirklich die Interessen der Nation wahrnehme, daß nicht unter dem Titel einer deutschen eine preußische Verwaltung sich festsetze. Gegen eine solche preußische Verwaltung würde man im Süden ebenso eingenommen seyn wie nur immer in Hannover oder den Hansestädten. Solche Garantien habe nun die in Frankfurt festgestellte Verfassung allerdings dargeboten; er seinerseits glaube, wenn man diese Verfassung hingenommen hätte als einen Compromiß zwischen den Parteien, das Werk würde wohl gelungen seyn. Man mache es dem Parlament zum Vorwurf daß es sich auf Vereinbarung mit den Regierungen nicht habe einlassen wollen; darauf antworte er, die Majorität des Parlaments würde von Herzen gern die Hand zur Vereinbarung geboten haben, wenn nicht eine solche Vereinbarung eine absolute Unmöglichkeit gewesen wäre. Eine Unmöglichkeit, das lehre die heutige Zeit. Das Parlament habe nur sagen können: da ist unser Werk, hervorgegangen aus endlosen Anstrengungen und Parteikämpfen; wir übergeben es der Nation; es ins Leben zu führen fehlt uns die Macht. Wenn man nun ihn frage, ob er dieses Werk in allen Stücken billige, so müsse er entschieden mit Nein antworten. Nicht allein daß er sehr wohl wisse wie die Grundrechte gar vieles Verderbliche und Schädliche enthielten, auch gegen die Verfassung selbst seyen der Bedenken mehrere. Was nun seine Person betreffe, so müsse er erinnern daß er im Verfassungsausschuß selbst nicht thätig gewesen sey, und er könne nicht verhehlen daß es namentlich drei Punkte seyen welche er nie gebilligt habe. Zunächst das suspensive Veto. Es möge seyn daß an diesem suspensiven Veto die ganze Verfassung gescheitert sey. Er mache dem König von Preußen einen Vorwurf nicht daraus daß er die Krone mit dieser Verfassung nicht angenommen hat; er beklage es vielleicht, aber er könne auch nicht verkennen daß der König große und gewichtige Rücksichten habe nehmen müssen. Dann das Wahlgesetz. Die Erfahrung, wenigstens im Süden Deutschlands, lehre daß bei Wahlen auf der sogenannten breitesten Grundlage diejenigen Classen der Bevölkerung zur Geltung kämen bei denen politische Einsicht am wenigsten verbreitet sey. Aber, um nur zu etwas zu kommen,

habe er geglaubt dieß Wahlgesetz sich gefallen lassen zu dürfen, er habe gehofft, wenn nun im Mai die Verfassung angenommen, der Reichstag berufen worden wäre, bei der damaligen Stimmung, dem herrschenden Enthusiasmus, gute Wahlen zu Stande gekommen seyn würden. Auch gegen den *Kaisertitel* sey er gewesen, aber seine Freunde hätten darauf bestanden diesen Titel, der einmal in der Geschichte unsers Volkes gegeben sey, dessen Bedeutung wenigstens in den Gebildeten fortlebe, beizubehalten. Er erlaube sich bei dieser Gelegenheit eines Wortes Erwähnung zu thun, das Se. Maj. der König von Preußen ihm in einer Privatunterredung geäußert habe, weil es den König hoch ehre: „Wie können Sie von mir verlangen daß ich Kaiser werde, während sich die Vorgänger mit ihrem *Kaisertitel Mehrer des Reichs* nannten?“ Der Redner fuhr hierauf folgendermaßen fort: Was ist denn nun der Stand der Dinge? An was können sich unsre Hoffnungen noch halten? Es ist von der preußischen Regierung ein anderer Verfassungentwurf in Verbindung mit mehreren andern Staaten vorgelegt worden. Schon damals, als das Verfassungswerk vollendet war, da sagte ich mir: In der Lage in welcher sich das Volk befindet, bei der gänzlichen Hoffnungslosigkeit auf das zurückzukommen was von der Nationalversammlung beschlossen ward, da halte ich es für Pflicht das nicht zurückzuweisen was in dem Vorschlag der drei Regierungen vom 26 Mai geboten wird. Wenn das zur Ausführung kommt, so ist es ein großer Fortschritt, und bei der ungeheuren Schwierigkeit zu dem Ziel, das wir erstreben zu gelangen, wollen wir lieber diesen Gang thun, als an dem festhalten was ich nicht für unausführbar hielt. Denn wenn ich auch vorhin die Meinung ausgesprochen habe, es wäre besser gewesen die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung wäre angenommen und durchgeführt worden und, wenn es sofort geschehen wäre, würden dabei keine wesentlichen Interessen verletzt worden seyn, so sage ich doch auch, wenn es jetzt zur Frage stände: wollen wir die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung durchführen, oder aber den Vorschlag vom 26 Jun.? Wie die Sachen jetzt stehen, nachdem aller Enthusiasmus geschwunden, so viele schlimme Leidenschaften aufgeweckt, nachdem der Nihilismus sich breit macht, bei den drohenden Zerwürfnissen welche selbst unter den Regierungen auszubrechen drohen, jetzt würde ich es für ein sehr gewagtes Unternehmen halten die Reichsverfassung durchführen zu wollen. Nach dem damaligen Reichswahlgesetz würden wir jetzt eine Reichsversammlung bekommen mit der niemand zurechtkommen könnte. Derjenige Theil der Vorschläge vom 26 Jun., welcher am meisten Anstoß findet, sind die Bestimmungen über einen Fürstenrath. Die Vorschläge des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung hatten eine ähnliche Einrichtung: den Reichsrath. Diese Bestimmung wurde aber über Bord geworfen bei der endlichen Abstimmung über die Verfassung. Meine Herren, ich habe das zwar im wesentlichen nicht beklagt, ich habe mich mit den Bestimmungen des Vorschlags des Verfassungsausschusses über den Reichsrath niemals zufrieden erklärt, denn ich gehe davon aus daß man keine Institution schaffen soll die an sich nichtig ist. Wenn Sie jemand zu einer Wirksamkeit berufen und sagen ihm gleich dabei, du magst beschließen was du willst, wir thun doch was uns beliebt, so machen Sie ihn entweder zu einem bloßen Jaherrn, oder Sie zwingen ihn zur Usurpation. Die Geschichte unsrer deutschen Landtage lehrt dieß nur zu deutlich. Wollen Sie die höchste Gewalt so beschränken daß nichts an der Gewalt bleibt, so fordern Sie zur Usurpation auf. Darum mußte man dem Reichsrath, wie ihn die Nationalversammlung beschlossen, einen Inhalt, eine Wirksamkeit geben. Diesen Inhalt hat man ihm nicht gegeben, sondern er sollte nur um Rath gefragt werden. Das war eine unwürdige Stellung, deßwegen war es ganz recht daß der Reichsrath verworfen wurde, weil man ihn so nicht für zweckmäßig hielt. Ich hätte ihn aber für der Entwickelung fähig gehalten. Darum ist die Verwerfung der Form noch nicht recht, weil damit zugleich die letzte Rücksicht den Particularinteressen gegenüber verworfen wurde. Es wäre nützlich gewesen ihm eine ähnliche Stellung anzuweisen wie dem Senat der Vereinigten Staaten, welcher gewisse Regierungshandlungen des Präsidenten zu genehmigen hat, wie die Ernennung von Gesandten und anderen Beamten des Gesammtstaats, und dieß wäre ein Mittel durch welches man z. B. Bayerns Anforderungen auf selbstthätigen Antheil an der Reichsregierung in gewissen Gränzen befriedigen könnte. Der Redner erörterte dann die Gefahr welche das Uebergewicht Preußens nach Oesterreichs Ausscheiden für die kleineren Staaten allerdings mit sich führen könne. Allein das nöthige Gleichgewicht, meinte er, werde sich finden wenn alle übrigen deutschen Staaten den Reichstag beschicken würden. Auch dürfe man nicht annehmen daß alle preußischen Abgeordneten immer preußisch stimmen würden. Die preußische Monarchie sey keine so compacte Masse, daß nicht in einzelnen Theilen, im Rheinland, in Schlesien, in Sachsen, die Abneigung gegen das was er kurzweg „preußische Bureaukratie“ nennen wolle, völlig ebenso groß wäre wie nur in Hannover oder Würtemberg. Hr. v. Gagern entschuldigte sich nach diesen politischen Ausführungen daß er die Gränzen einer Tischrede so weit überschritten habe, aber es sey ihm ein Bedürfniß gewesen auf die freundliche Begrüßung die ihm geworden mit aller Offenheit, deren er sich gerne rühme, mit einer solchen Rechenschaftsablage zu antworten. Die hohe Auszeichnung welche der geehrte Vorredner ihm zugedacht habe, lehne er von sich ab, nicht aus falscher Bescheidenheit, sondern in voller Erkenntniß daß sie nicht verdient sey. „Der Staatsmann welchen mein geehrter Freund geschildert hat, der Staatsmann, welcher nach tiefdurchdachtem Plan die Geschicke eines Volks regelt, bin ich nicht. Die meisten politischen Ereignisse hängen an schwachen Fäden des Zufalls, und gehen oft da wo sie am tiefsten durchdacht sind, in den Sand. So nehme ich es auch nicht für mich in Anspruch tief durchdachte Plane für Deutschland verfolgt zu haben, sondern ich nehme nur das für mich in Anspruch daß ich dem was die Besten der Nation (so weit meine Erkenntniß reicht) gestrebt haben, seit Jahrzehnten das Wort geliehen, den Ausdruck gegeben habe. Der Hoffnung, welche freilich in diesen Tagen wieder sehr getrübt worden ist, der Hoffnung daß die Wünsche und Bestrebungen dieser Besten der Nation doch noch zum glücklichen Ziele gedeihen werden, schließen sich gewiß alle diejenigen an welche in diesem Kreise versammelt sind, und so bringe ich denn zum Schluß, indem ich für die wahrlich bewundernswerthe Geduld, mit der Sie meinem langen Gespräch zugehört haben, danke, ein Hoch aus auf die Größe, auf die Kraft und Wohlfahrt unseres Vaterlandes!“

Preußen. Der *Preuß. Staatsanz.* vom 22 Oct. theilt ein wichtiges Protokoll des Verwaltungsrathes des engeren Bündnisses vom 20 Oct. mit. Zuerst wurde die Commission gewählt welche über die Beziehungen zu den nicht beigetretenen Regierungen zu berichten hat; die Wahl fiel auf die Bevollmächtigten von K. Sachsen, Baden und Hamburg. Dann wurden dem Versprechen gemäß die mit Bayern gepflogenen Verhandlungen ausführlich dargelegt. Der Vorsitzende schloß diese Darstellung mit der Bemerkung, man werde sich daraus überzeugen daß die Unterhandlungen mit der bayerischen Regierung nicht an dem Mangel an Nachgiebigkeit auf Seite Preußens gescheitert seyen. Hierauf theilt der Vorsitzende die von der preußischen Regierung beschlossene Antwort auf die von Hannover eingereichte protestirende Denkschrift mit. Die Antwort schließt mit der Erklärung: je weniger die preußische Regierung der hannoverischen Ausführung zustimmen könne, desto mehr anerkenne sie die Forderung bestehende Rechte heilig zu halten. Dieses Motiv aber dürfe Preußen und die verbündeten Regierungen nicht dahin führen Zustände welche der unaufhaltsame Fortschritt der Ereignisse vernichtet, festzuhalten, und sich Illusionen hinzugeben, dafür aber wirklich vorhandene Rechte zu verletzen. Preußen rechne zuversichtlich darauf daß seine Bundesgenossen seine auf die Bildung eines wahren deutschen Bundesstaats gerichteten Bestrebungen einmüthig und kräftig unterstützen, und jede Anfechtung dieses Werks mit ihm zurückweisen. Der Vorsitzende sey daher auch beauftragt unverzüglich bestimmtere Anträge zum Vollzug des nassauischen Antrags (Bestimmung der Reichstagswahlen auf den 15 Jan.) zu stellen. Hier bricht das Protocoll ab. Wir erfahren also erst morgen das nähere über die Beschlüsse des Verwaltungsraths.

Ein Berliner Blatt, die *Nationalzeitung*, und ein hannover'sches, die Zeitung für Norddeutschland, wirken im deutschen Norden zusammen um täglich den Concessionen entgegenzutreten welche die preußischen Kammern und die Gothaer Partei dem Grundsatz machen daß, um zu retten was noch zu retten sey, auch ehemaligen Gegnern die Hand gereicht werden dürfe. Wir heben zur Bezeichnung dieses Parteistandpunkts folgende Stelle aus der *Nationalzeitung* vom 18 Oct. aus: „Die Männer von Gotha, die, wie der Ertrinkende nach dem Strohhalm, nach jeder vollendeten Thatsache greifen, haben es nicht verschmäht auch nach dem vormärzlichen System zu greifen, nun dessen Träger wieder, wenn auch nicht zu Ehren, so doch zu Würden kommen. Seit Hr. v. Düesberg Vorsitzender des Schiedsgerichts in Erfurt, Hr. v. Bodelschwingh Vorsitzender des neuen engeren Bundestags geworden, eine ähnliche Anstellung der HH. Eichhorn, v. Savigny, v. Uhden täglich zu erwarten ist, beeilen sich die Männer von Gotha ihre Karten bei den restaurirten Staatsmännern der Restauration abzugeben, sie zu empfehlen um sich selbst ihnen zu empfehlen. Da muß in der „Deutschen Zeitung“, die jetzt mit dem Gothaer Wechselwinde unaufhörlich hin und her lavirt, der gute alte Ernst Moritz Arndt ein Loblied auf Hrn. v. Bodelschwingh anstimmen; da wird, um es recht augenfällig zu machen, in einer besternten Note bemerkt, wie Deutschland Hrn. Eichhorn vor allem die That des deutschen Zollvereins verdanke. Hr. Eichhorn hat Sterne genug für seine Bemühungen erhalten, und Deutschland braucht noch nicht an die Thaten erinnert zu werden die es ihm verdankt; sie sind noch in frischem Gedächtniß. Wenn die HH. Eichhorn, v. Bodelschwingh, v. Düesberg, v. Savigny und Genossen für deutsche Einheit zu wirken beabsichtigt hätten, so

sind sie lange genug im Rath der Krone gewesen um es zu thun; bekanntlich hat aber Hr. v. Radowitz selbst in der Broschüre: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV" darüber geklagt daß unter den Männern der nächsten Umgebung des Königs nicht einmal für die schwachen Belebungsversuche welche Hr. v. Radowitz an dem in unheilbare Erstarrung versunkenen Bundestag anstellen wollte, Einsicht, Theilnahme und Eifer zu finden gewesen. Daß Hr. v. Bodelschwingh der Hauptträger und Sprecher des Systems das bis zur Märzrevolution innegehalten wurde, das zur Märzrevolution geführt hat und trotz der Märzrevolution wieder aufgenommen wird, gewesen, und daß er auf die Märzrevolution von der Tribüne der Kammer herab geschimpft hat, kann doch wahrlich eins so wenig als das andere berechtigen in ihm einen Hoffnungsstern für die deutsche Sache zu erblicken. Allerdings wenn derjenige Arzt der einen Menschen zu Tode curirt hat, am geeignetsten ist ihn wieder vom Tode zu erwecken, dann ist Hr. v. Bodelschwingh der rechte Mann. Mit demselben Recht mit dem ihm die Leitung des neuen engern Bundestags anvertraut ist, kann auch Hrn. Eichhorn die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten im Sinne der Erläuterungen seines ehemaligen Directors v. Ladenberg zu den Bestimmungen der octroyirten Verfassung über das Verhältniß der Kirche und Schule von neuem anvertraut werden. War doch Hr. v. Manteuffel jahrelang der Director im Ministerium des Hrn. v. Bodelschwingh, ist doch das alte System nur mit einigen leichten Personalveränderungen wieder in Gang gesetzt. Und an alledem rankt sich der Epheu der Hoffnungen der Männer von Gotha mit seinem schmiegsam kletternden Vertrauen von neuem empor — ohne zu wissen daß der Epheu an Ruinen am besten fortkommt!"

Berlin, 20 Oct. Nach der Nat. Ztg. wurde heute in der ersten Kammer versichert: der Minister des Innern habe auf erhaltenen Bericht verfügt Hrn. Kinkel in Naugard eine anständige Behandlung angedeihen zu lassen, ihm ein besseres Zimmer anzuweisen und ihn in der Schreibstube zu beschäftigen.

Nach dem heutigen Militärwochenblatt ist der Generallieutenant v. Peucker zum Chef des Stabs Sr. k. Hoh. des Prinzen von Preußen, als Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens, ernannt.

Oesterreich. **Wien**, 20 Oct. Der Herzog von Nemours befindet sich gegenwärtig in Wien, und gibt hinsichtlich der etwanigen Zwecke seines Besuches den verschiedenen außenstehenden Politikern „etwas zu rathen auf." Ist es bloß das Schicksal der weitläuftigen ehemaligen Cohary'schen *) Besitzungen in Ungarn das ihn herführt; oder handelt es sich um eine schließliche Restauration auch des alten Legitimitätsprincips in in unserer an Rehabilitationen so reichen Zeit? Diese Frage läßt sich natürlicherweise ohne thatsächliche Anhaltspunkte nicht entscheiden, und die letzten Plane der Bourbons und Orleans in Beziehung auf ihre „angestammten" Rechte sind fürs erste trotz aller Gerüchte die von Zeit zu Zeit darüber in Umlauf gesetzt werden, noch unentschleiert. Welche Richtung dieselben aber auch immer haben mögen, die eine Politik hat Ludwig Bonaparte wenigstens durchzuführen verstanden, durch seine Connivenz gegen die Continentalmächte sich in den fraglichen Cabinetten persönliche Sympathien zu erwerben welche einem Familienarrangement große Schwierigkeiten in den Weg legen dürften, und die er sicher nicht in der orientalischen Frage aufs Spiel setzen wird. Ist schon jede „entente cordiale" zwischen England und Frankreich nur der Goethe'sche „schöne Schein" in der Politik, „hinter welcher Maske beide so aufrichtig seyn können wie sie wollen", so ist auf der andern Seite die alte Spitze welche zu Paris sich traditionell seit Richelieu's Zeiten gegen den Osten wandte, allmählich stumpf geworden, und wird durch eine zunehmende Consolidation der italienischen Verhältnisse täglich mehr an Schärfe verlieren. Dazu gewinnt der alte Gedanke des republicanischen Frankreichs, den Napoleon in der Continentalsperre gewaltig zu realisiren suchte, nach und nach wieder Boden auf dem ganzen Festlande, das da beginnt endlich einmal seine rein dynastischen Interessen den ökonomischen nachzusetzen; der jetzige Aufenthalt der Familie Orleans jenseits des Canals aber und jene legitimistische Ovation Heinrichs V zu Bellegravesquare, sammt den daraus leicht herzuleitenden Liaisons mit dem Cabinette von St. James, werden in einem solchen Falle gewiß nicht verfehlen beide Kronprätendenten in die Lage jener von Großbritannien überall mit großer Umsicht angesammelten Mittel zu bringen, die es im Fall des Kampfes gegen alle einzelnen Länder des Continents wie Brander losläßt. Der zündende Brander vernichtet sich aber stets selbst zuerst!

*) Die letzte Erbin dieser Güter, Antoinette, Gemahlin des Herzogs Ferdinand von Sachsen-Koburg-Gotha, ist die Mutter der Herzogin von Nemours. Ludwig Philipp vermählte nämlich nicht nur seine Tochter Clementine an den reichen Prinzen August von Koburg-Gotha, den Sohn jene ungarischen Prinzessin, sondern auch sein eigener Sohn der Herzog von Nemours mußte dessen Schwester heimführen, wie der Herzog von Montpensier die Schwester der Königin Isabelle mit ihren 28 Millionen Franken.

Die „Presse ist einigermaßen überrascht über die kategorische Erklärung des preußischen Bevollmächtigten": „daß Preußen sich in der durch den vorliegenden Vertrag zu bestellenden Bundescommission stets als der Repräsentant und als das leitende Organ des Bündnisses vom 26 Mai betrachten, und daher alle Anordnungen jener Commission, sofern sie nicht die laufende Administration des vorhandenen Bundeseigenthums betreffen, stets zuvor zur Kenntniß und Beurtheilung des Verwaltungsrathes bringen, so wie auch daß Preußen unwandelbar auf der Bildung des engeren Bundes verharren, und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdruck vertheidigen werde." Sie will es abwarten was Oesterreich dazu sagen wird. Die Presse legt vielleicht zu viel Gewicht auf diese Worte; wenn man die vielfachen mehr oder weniger von einander abweichenden Erklärungen sich ins Gedächtniß zurückruft mit welchen man sich zu Berlin nach und nach von der Sache des deutschen Parlaments zurückzog, so wird auch in dieser keine bleibende Spitze gegen Oesterreich stecken. Nur leider gewinnt Oesterreich nicht was Preußen verliert, wenn zwischen ihnen das übrige Deutschland verschwindet, statt daß sie die zwei Säulen seines Lebens und seiner Freiheit seyn sollten.

Die Wiener Blätter berichtigen den „Irrthum" der Allgem. Ztg. in Betreff des Possenspiels: „Gervinus" u. s. w. dahin, daß in demselben gar keine Anspielung auf den berühmten Gelehrten vorkomme. Wir fragen darauf: wozu aber dann der Name? Oder ist etwa dieser Name in Wien so gang und gäbe?

§ **Wien**, 21 Oct. Marschall Radetzky ist heute zeitlich früh mit einem Separat-Train von hier nach Verona abgereist, wo er als General-Lieutenant des lombardisch-venezianischen Königreichs residiren wird. Der Marschall soll noch heute in Laibach eintreffen um da zu übernachten. — Als Nachfolger des FML. Grafen Gyulai im Ministerium des Kriegs bezeichnet man jetzt den FML. Fürsten Colloredo. FML. Schönhals und Baron Kübeck, die Repräsentanten Oesterreichs bei der neuen deutschen Centralgewalt, sollen schon morgen von hier nach Frankfurt abreisen. Aus Galizien wird gemeldet daß auch die letzten russischen Colonnen, aus Ungarn kommend, ihren Marsch nach russisch Polen bereits angetreten haben.

Großbritannien.

London, 19 Oct.

Im Befinden der Königin-Wittwe ist keine Besserung eingetreten. Der Hof bezeigt der hohen Kranken große Theilnahme, und der Bischof von London stattete derselben auf dem Landhaus Priory, bei Stanmore, wo sie wohnt, gestern einen geistlichen Besuch ab. — Königin Victoria und Prinz Albert sind wieder nach dem Windsor-Schloß hinausgezogen. Gestern war der Graf v. Neuilly (Ludwig Philipp) mit seiner Familie daselbst zu Besuch, und kehrte Abends nach Claremont zurück.

Jeder Posttag bringt neue betrübende Nachrichten aus Irland, und man sieht dort einem sehr schlimmen Winter entgegen. In der Königs-Grafschaft, wo zuletzt der gemeldete blutige Raufhandel zwischen Bauern und Polizei-Constablern vorfiel, wurde vor einigen Tagen ein Gutsverwalter des Sir St. George Gore, Namens Cage, am hellen Tag erschossen. Die Bauern weigerten sich die Leiche aufheben zu helfen, sondern schauten auf sie mit schlechtverhehlter Schadenfreude. Die Regierung hat auf Entdeckung der Mörder einen Preis von 100 Pf. St. ausgeschrieben. Andererseits wollen katholische Blätter wissen daß die Oranienmänner des Nordens auf den nächsten Jahrestag der Pulververschwörung, den sogenannten Guy Fawk-Tag (5 Nov.) eine große Musterung (field-day) vorbereiten, um wegen der Absetzung Lord Rodens und der HH. Beers blutige Rache an ihren katholischen Nachbarn zu nehmen. — Um den durch Tod erledigten Parlamentssitz für die Stadt Cork bewerben sich drei Candidaten: der Licentiat Murphy, ein gemäßigter Liberaler; Hr. A. M'Carthy, ein Repealer; und Oberst Chatterton, ein Conservativer und Protectionist.

‡ **London**, 20 Oct. In London soll nächster Tage die neue Kohlen-Börse („coal-exchange") eröffnet und durch die Königin eingeweiht werden. Es werden große Empfangsanstalten getroffen. — Eine neue westindische Post ist in Southampton eingelaufen, ohne erhebliche politische Nachrichten, aber mit einer sehr reichen Ladung und mehr als einer Million Dollars baar.

Frankreich.

Paris, 20 Oct.

Die Verhandlungen über die römischen Angelegenheiten sind von solcher Wichtigkeit daß es sich der Mühe verlohnt dem summarischen Bericht einige Ergänzungen nachfolgen zu lassen. Es ist bereits erwähnt daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hr. v. Tocqueville, von dem Vordersatz ausgegangen war: daß die Expedition die Wiederein-

setzung des Papstes zum Zweck haben solle darüber seyen alle einig gewesen, und daß man von mehreren Seiten Nein! Nein! rief. Der Minister beschränkte daher seinen Satz: er meine bloß diejenigen welche für die Expedition gestimmt, sie hätten alle, oder fast alle unter den und jenen Bedingungen die Herstellung Pius IX gewollt, wenigstens gewünscht. Die Regierung sey überzeugt gewesen daß diese Herstellung ein Wunsch der unermeßlichen Mehrheit der römischen Bevölkerung war, und diese Ueberzeugung habe sich seit der Einnahme Roms noch verstärkt. (Lebhafte Verneinungen links. Zustimmung rechts. Hr. Dufaure: Das ist unstreitig. Hr. Abbatucci: Mit Ausnahme der römischen Bürger hier. Allgemeines Gelächter.) Die einen hätten der Regierung vorgeworfen daß sie dem Willen des heiligen Vaters mittelbar habe Gewalt anthun wollen, andere hätten ihr den entgegengesetzten Vorwurf gemacht. Ihm Gewalt anzuthun sey ihr nie eingefallen; aus zwei Gründen: erstens weil neben dem Fürsten der Papst, das Haupt der katholischen Christenheit stehe, und die Regierung, als Repräsentantin einer wesentlichen katholischen Macht, gegen einen Fürsten welcher der Oberpriester dieser Religion sey, kein Uebergewicht geltend machen dürfe; zweitens weil die päpstliche Gewalt eine dieser immateriellen, unangreiflichen, unberührbaren Mächten, sey gegen welche die größten materiellen Mächte der Erde zu allen Zeiten zu Schanden geworden und zu Schanden werden würden. Das einzige Mittel welches eine katholische Regierung habe, nicht um die päpstliche Gewalt zu zwingen — Gott behüte! — sondern um einen rechtmäßigen Einfluß auf sie auszuüben sey daß man gerechte, verständige, billige, den Interessen der katholischen Völker wie der Vernunft gemäße Dinge im Namen aller aufgeklärten Katholiken, ehrfurchtsvoll aber laut, im Angesicht der Welt, von ihr verlange. Dieß habe Frankreich gethan, thue es noch. Ohne Umschweife sey es gesagt. Institutionen welche die große politische Freiheit unmittelbar constituiren konnten, seyen nicht verlangt worden, weil die Erfahrung einer neuesten Geschichte, weil die eigene Wahrnehmung gezeigt daß bei dem gegenwärtigen Zustand der römischen Bevölkerungen, Angesichts einer desorganisirten, eingeschüchterten, gemäßigten Partei, einer tollen anarchischen Partei und einer trägen Masse, es unklug wäre die Herstellung der von ihnen umgestürzten Verfassung alsbald zu verlangen. Was sie verlangt seyen Institutionen welche schon jetzt den römischen Staaten die Wohlfahrt und die bürgerliche Freiheit gewähren, und zugleich in kurzer Frist auch die politische Freiheit selbst vorbereiten könnten. Eine Note vom 19 Aug. an den Cardinal Antonelli stellt folgende Forderungen auf: 1) daß mehrere der in dem ersten Artikel des Statuts vom 17 März 1848 enthaltenen allgemeinen Principien förmlich anerkannt werden, namentlich die welche die individuelle Freiheit gewährleisten, die öffentliche Schuld und die Unverletzlichkeit des Eigenthums sichern; 2) daß eine neue Gerichtsverfassung den Bürgern wahrhaft richterliche Bürgschaften gebe; 3) daß Civilgesetze, analog denen welche die Verhältnisse der Personen und des Eigenthums in Oberitalien und im Königreich Neapel regeln, Gesetze dem Code Napoléon entnommen, verkündigt werden; 4) daß gewählte Communal- und Provincialversammlungen errichtet werden; 5) daß die öffentliche Verwaltung säcularisirt werde; 6) da Se. Heiligkeit gewillt ist die Consulta herzustellen, welche sie im Jahr 1847 beauftragt hatte über legislative und financielle Fragen Gutachten abzugeben, so würde die Regierung der Republik vorziehen daß die Mitglieder dieser Versammlung durch die Localkörper ernannt und nicht aus einer von diesen Körpern gebildeten Liste gewählt würden, aber sie betrachtet es als nützlich und wichtig daß man dieser Versammlung in Steuersachen ein deliberatives Votum bewillige. In den Motiven wird daran erinnert wie sehr Frankreich aus dem Gesichtspunkt seiner Glaubensmeinungen und seiner Sitten interessirt sey daß die Kirche die liberale Haltung nicht verliere die ihr im Jahr 1848 den Beifall der ganzen Welt eingetragen, die ihr nicht bloß bei den Katholiken, sondern selbst ihren Gegnern einen der schönsten Triumphe verschafft, und es wird vor einem völligen Umschlag in den Räthen des heiligen Stuhls schon insofern gewarnt als er eine neue antireligiöse Reaction nach sich ziehen könnte. Nun kam der Minister auf den Präsidentenbrief und versicherte: wenn man denselben in seiner Substanz nehme und mit den Depeschen vergleiche so sey darin die Politik des Cabinets: sie hätten ihn nie verläugnet und würden ihn nie verläugnen. (Hr. Pascal Duprat: So seyd ihr also gegen die Anträge der Commission? Stimme: Keineswegs! Die Commission trägt ja auf eine Geldanweisung an. Gelächter.) Deßgleichen versicherte er in Bezug auf das Motuproprio, wenn es auch nicht alle Wünsche der französischen Diplomatie unmittelbar und gänzlich erfülle, so finden sich doch darin die wesentlichen der verlangten Reformen im Keim und in Versprechungen. Da man links ihn mit verneinenden, ironischen Ausbrüchen unterbricht, so fragt er: „Was haben wir verlangt? Civilreformen, gerichtliche Reformen! Das Motuproprio verspricht sie. Die Herren dort mögen an den Worten des heiligen Vaters zweifeln, es steht bei ihnen, aber sie können nicht läugnen daß diese Zusagen in dem Motuproprio gegeben sind. Wir haben Reformen in den Civil- und Criminalgesetzen verlangt, sie sind versprochen. Wir haben Municipal- und Provincialfreiheiten verlangt, sie sind nicht bloß versprochen sondern auf die umfassendste Art gegeben. (Links: Glaubt das! Hr. O. Barrot: Ja! Ja! und vielleicht umfassendere als ihr haben werdet). Wir haben eine Consulta verlangt, sie ist gegeben. Ich kann also in Wahrheit sagen daß mehrere Forderungen Frankreichs durch das Motuproprio vollständig und unmittelbar erfüllt, und die meisten angekündigt und versprochen sind.“ Auf das Erscheinen des Motuproprio vom 12 hatte sich die Regierung in einer Depesche vom 30 Sept. geäußert: Diese an Hrn. v. Corcelles gerichtete Depesche zählt die Bewilligungen des päpstlichen Manifests auf und setzt hinzu: „Die verschiedenen Institutionen welche das Manifest verspricht haben uns unvollständig geschienen. Sie zeigen mir an daß Sie zum voraus Ihre Vorbehalte deßhalb gemacht habe,“ und ich billige dieß. Gleichwohl haben wir erkannt daß diese Institutionen zu großem Theil die von Frankreich ausgesprochenen Wünsche verwirklichen und sehr bedeutende und sehr glückliche Neuerungen in der Verwaltung des Kirchenstaats einführen würden, wenn sie nach der Pflicht Pius IX eine angemessene Verwirklichung erhielten. Ihre Hauptaufgabe, mein Herr, ist demnach daß Sie, soviel an Ihnen, durch Ihre uneigennützigen und dringenden Vorstellungen die rasche und wirksame Entwicklung der in dem Manifest niedergelegten Principien liberaler Institutionen beschleunigen.“ Der letzte Theil der Rede handelte von den Personen. Der Minister bemerkte in diesem Betreff hätten sie eine noch lebhaftere und dringendere Sprache geführt als wegen der Institutionen, allerdings nicht um den Papst zu zwingen zu thun was seiner Klugheit und seinem Gewissen widerspräche, aber um nicht selbst gezwungen zu seyn mitzuleiden, wenn gleichsam in ihren Händen und unter ihren Augen Handlungen geschehen wären worunter die französischen Grundsätze, die französische Großmuth noth gelitten hätten. (Sehr gut! Sehr gut!) „Gleich nach unserm Einzug in Rom, fuhr der Minister fort, hatten wir begriffen daß wir zumal eine Pflicht und ein Recht hatten. Unsere Pflicht war zu vollbringen die Besiegung oder vielmehr die Bezähmung der demagogischen Faction, die wir schon besiegt hatten . . . (Heftige Unterbrechung links. Stimme: Sagt doch die republicanische Partei) dem Land einen wirklichen und tiefen Frieden zu geben. Eine Depesche vom 26 Jun., noch vor der Einnahme Roms geschrieben, sagt in kurzen Worten: „„Einmal in Rom, ich wiederhole es Ihnen, muß man zuvörderst die militärische Besetzung und Verwaltung dieser Stadt vornehmen, man muß jedermann entwaffnen, alle gefährlichen Fremden austreiben oder verhaften, eine römische Municipalität aufstellen oder einsetzen und eine gemäßigte liberale Partei zu vereinigen und zu gründen suchen.““ (Ironisches Lachen links.) Wie vorgeschrieben, ist es — Gott sey Dank! — geschehen. Die Fremden welche die Ordnung störten, hat man fortgejagt, die sich widersetzten verhaftet und so der Stadt und dem römischen Staat einen wahrhaften Frieden geschenkt. (Stimme links: Und die verfassunggebende römische Versammlung, ihre Mitglieder habt ihr auch fortgejagt.) Wir haben uns nicht auf diese Maßregel beschränkt um den Abfluß dieser Leute zu erleichtern, wir haben Mittel ergriffen daß man sie nach Frankreich oder sonstwohin bringe, wir haben ihnen ausnahmsweise den Eingang in unser Gebiet geöffnet und sie aufgenommen, wir haben ihnen selbst Unterstützung gereicht. Zugleich mußten wir aber auch Vorkehrungen treffen, denn mehrere Personen die wir beschützten, waren unserer Theilnahme nicht werth. Viele unter ihnen waren diejenigen die nachdem sie die Freiheit daheim zu Grunde gerichtet, uns nicht erlaubt hatten sie wieder aufzurichten. (Ironisches Lachen links.) Mehrere hatten auf die heftigste, oft auf die unredlichste Art gegen uns gekämpft. Viele hatten uns nach ihrer Niederlage mit Beleidigungen und Verleumdungen verfolgt. Ihre Freunde, in ganz Europa verbreitet, greifen noch heute die Nation und das Heer an. (Lebhafte Unterbrechung links. Stimme: wir greifen nur euch an.) Und warum haben wir sie gerettet? Weil Frankreich, das sie besiegt hatte, sie selbst wenn sie seiner Verzeihung unwürdig waren, nicht ausliefern konnte. (Vielfache Unterbrechung. Die HH. P. Leroux und Duprat werden vom Präsidenten besonders zur Stille ermahnt.) In diesem Sinn muß man in der Depesche vom 19 Aug. verstehen was an den Oberbefehlshaber unseres Heers geschrieben ist: „Solange wir in Rom sind, können wir nicht dulden daß im Schatten unserer Fahne politische Gewaltthätigkeiten begangen werden. Es gibt Thatsachen die wir das Recht haben zu verhindern, dahin gehören Gewaltthätigkeiten gegen Personen, und um keinen Preis dürfen wir dulden daß solche verübt werden.“ Als die von der Commission der Cardinäle verordneten Beschränkungen der päpstlichen Amnestie nach Paris berichtet wurden, ließ der Minister am 30 Sept. eine neue Depesche an Hrn. v. Corcelles abgehen, worin er von einer peinlichen Ueberraschung spricht welche die Bekanntmachung der Cardinäle vom 18 Sept. hervorgebracht habe, indem er zwar bekennt daß es

zu billigen wäre wenn die Commission die Amnestie auf besonders gefährliche Personen nicht anwenden wollte, aber dabei annimmt daß es nur wenige seyn könnten und daß sie zum voraus namhaft gemacht werden müßten. Daher wird dem Gesandten aufgegeben der Regierung des heiligen Vaters andeuten zu wollen daß eine solche Amnestie leicht die Aufregung verlängern, die Gemüther erbittern könne, daß die freiwillige Rückkehr zur Ordnung daraus schwerlich hervorgehen werde, daß aber einer der Hauptzwecke der katholischen Mächte die Versöhnung der Parteien, die ächte Befriedung des Landes sey. Dieß, so schloß er, sind die Forderungen die wir ehrfurchtsvoll dem heiligen Vater zu Füßen gelegt haben. (Stimme links: ohne Zweifel auf den Knien? Präsident: Wollt ihr daß man vor nichts Respect habe? Hr. Heeckeren: Sie wollen selbst nicht leiden daß man höflich sey.) Ich hoffe unsere Forderungen werden erhört werden, ich hoffe es weil ich zum Wort und zum Charakter Pius IX Vertrauen habe, ich hoffe es weil, wenn er so handelt, er nur die so glorreich angefangene große Rolle fortsetzt, diese Rolle die ihm so viele Zustimmungen und so erlauchte Aufmunterungen eingetragen hat, als ganz Europa seine ersten Schritte ermuthigte, von allen Seiten, selbst von dieser Tribüne, beredte Stimmen ihm zuriefen: Muth, heiliger Vater, Muth! Schon sind mehrere Beschränkungen der Amnestie zurückgenommen oder auf eine für die welche darin begriffen waren günstige Art abgeändert; was man bis jetzt sagen kann, ist daß die römische Revolution die mit Gewaltthat und Mord begonnen .. (die ganze Linke: Nein, nein! Das ist Verleumdung. Rechts: Ja, ja! Es ist wahr! Da der Redner seinen Satz wiederholte, so folgte der Austritt mit Hrn. Testelin, und lange heftige Unterbrechungen. Er ließ sich aber nicht irre machen und wiederholte den Satz zum zweitenmal, wodurch er einen neuen Ausbruch hervorrief, der ihn indessen nicht mehr hinderte seinen Satz zu vollenden) .. daß die römische Revolution die mit Gewaltthat und Narrheit fortgesetzt wurde, daß ihr Sturz bis jetzt wegen politischer Ursachen niemanden weder Freiheit, noch Güter noch Leben gekostet hat, daß die welche wir besiegt haben, den Himmel segnen dürfen daß der Arm Frankreichs es war der sie erreicht hat, und kein anderer. (Fortsetzung folgt.)

Die römische Debatte ist heute bis zu einer zweiten Ministerialerklärung, von Hrn. O. Barrot, vorgerückt, und es wäre möglich daß sie noch in dieser Sitzung zu Ende ginge, da Hr. Thiers, von dem man eine mehrstündige Rede erwartet hatte, durch seine Duellgeschichte zum Stillschweigen verdammt ist. Denn ein Widerruf ist nicht erfolgt, und wenn ihn dieser Zwischenfall auch nicht, wie die „Presse“ behauptet, politisch vernichtet hat, so ist er doch im Augenblick außer Stand gesetzt sich schicklicher Weise für berufen zu achten in einer so wichtigen Frage dem Präsidenten der Republik das Gesetz der Majorität zu dictiren, wenn es gleich sehr ungewöhnlich wäre falls er als Berichterstatter gänzlich schweigen sollte. Nach V. Hugo aufzutreten wäre seiner Stellung gemäß gewesen, die Ehre dieses rhetorischen Turniers hat er Hrn. v. Montalembert überlassen, der um so enthusiastischer von der conservativen Presse mit Lob und Bewunderung überhäuft wird, je herausfordernder er sich den Angriffen der Opposition entgegengeworfen hat. Gleich sein Erscheinen auf der Rednerbühne hatte einen wüthenden Sturm hervorgerufen, als er damit anfing von seinem Vorredner zu sagen: derselbe habe die verdiente Züchtigung erhalten durch die Beifallbezeugungen die ihm zu Theil geworden. Die gesammte Linke fühlte sich durch diese Worte beleidigt und verlangte den Ordnungsruf, das Präsidium rügte sie als unparlamentarisch, und er nahm sie endlich zurück, aber in einer Form die ihm neue derbe Protestationen, neue Zurechtweisungen zuzog. Da er gegen V. Hugo so persönlich war, so erwartete man von diesem eine geistreiche Abfertigung. Das Publicum fand sich aber getäuscht als er jenem die grobe Antithese an den Kopf warf: Ich habe zu Gunsten der Opfer Oesterreichs gesprochen und nehme den Beifall an; es gibt einen andern Beifall den ich meinem Gegner überlasse, den Beifall der Henker Ungarns, und wieder von der Rednerbühne abtrat. Hr. v. Montalembert hatte sich zu einer Antwort erhoben, sein Freund Piscatory hielt ihn zurück und er setzte sich gelassen wieder nieder. Hr. E. Arago hatte dann, noch vor Hrn. Barrot, die Discussion im Sinn der Linken wieder aufgegriffen, aber es scheint nicht daß die Opposition, wie die conservative Presse wissen wollte, auf eine motivirte Tagesordnung antragen wird. Ihre Stellung ist jetzt zu günstig als daß sie Lust haben könnte dieselbe durch eine Abstimmung in welcher sie voraussichtlich den kürzern ziehen würde, wieder zu verderben.

Eine Ministerveränderung wird immer wahrscheinlicher. Der Dix Décembre (das Organ des Elysée) streut den HH. Mathieu (de la Drôme) und Victor Hugo Weihrauch mit der auffallenden Bemerkung: diese beiden Repräsentanten hätten die Functionen des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, weil die Regierung ihre Rolle im Stich gelassen oder nicht begriffen, und das Evénement spricht von einem Gerücht, wornach Hr. Dufaure beauftragt sey nach der römischen Debatte ein Cabinet zu bilden, in welchem von den bisherigen Ministern bloß Hr. Passy sein Portefeuille behalten würde. Zum Unstern nimmt auch der Staatsproceß in Versailles eine zweifelhafte Wendung. Der Generalprocurator Baroche ist jetzt mit der sämmtlichen Anwaltschaft daselbst im Conflict. Die Advocaten (Hrn. Cremieux an der Spitze) haben eine Art Protestation gegen die Entscheidung des Gerichtshofs in der Injuriensache eingereicht, worin sie zugleich über die Erschwerung der Vertheidigung und die Haltung des öffentlichen Ministeriums überhaupt Klage führen, das seinerseits verlangt daß dieses Document wieder von den Acten entfernt werde. Der Gerichtshof hat den Ausweg getroffen die Entscheidung bis nach dem Verdict der Jury zu vertagen.

. **Paris**, 18 Oct. Der Schüler hat den Meister übertroffen, Thiers ist von Dufaure wenigstens einstweilen aus dem Sattel gehoben, das und nichts anderes ist die ganze Bedeutung der Krisis in welcher Frankreich sich befunden haben, und welcher es entgangen seyn soll. Sowie gleich nach dem Antritt seines Amtes eine Art Fraction Bonapartistischer Republicaner sich des Präsidenten bemächtigen wollte, indem sie ihm den sonderbaren Gedanken eingaben die Beweisstücke seiner imperialistischen Jugendabenteuer sich ausliefern zu lassen, so hat heute der Tiers-Parti den günstigen Augenblick benützt um, wie damals, mittels der Eitelkeit des Präsidenten sich der Herrschaft des Hrn. Thiers zu entledigen. Hrn. Dufaure ist einstweilen, und bis zu einem gewissen Grade, das Manöver gelungen; denn die Rechte welche in der letzten Zeit übermüthig geworden, schreckt vor den Drohungen des Präsidenten sich von ihr zu trennen zurück, und dadurch stehen nicht nur O. Barrot, Dufaure und Tocqueville so fest als je, sondern sie haben auch einstweilen keinen Wechsel ihrer Collegen zu besorgen, da Ludwig Napoleon sich zwar hüten wird mit der Rechten zu brechen, aber immerhin mit ihr schmollt und eine gewisse Kälte gegen sie beobachtet. Daß hinter dem gewaltigen Lärm nichts als diese Personensache, nichts als eine Partei-Intrigue steckt, geht aus einer unbefangenen Prüfung der Frage hervor die man der Intrigue sehr gewandt untergeschoben hat. Die Regierung, sagte man, könne den Bericht des Hrn. Thiers nicht als mit ihrer Politik übereinstimmend annehmen, und müsse nach wie vor an der im Brief vom 18 Aug. vorgezeichneten Politik festhalten. Nun sind wir zwar weit entfernt mit dem J. des Débats zu glauben daß zwischen der Politik wie sie sich im Berichte des Hrn. Thiers, und der Politik wie sie sich im Briefe an den Obristen Ney herausstellt, im Datum dieser beiden Documente allein der eigentliche Unterschied liege. Im Gegentheil waltet zwischen der Politik des Hrn. Thiers und der des Hrn. Ludwig Bonaparte ein wesentlicher Unterschied, abgesehen vom Datum: die eine ist eine mögliche, eine praktische, die andere ist seit dem Motuproprio eine unmögliche. Denn die Politik des Briefes aufrechthalten hat entweder gar keinen Sinn, ist nichts als eine neue Komödie, oder man will damit feststellen daß Frankreich nach wie vor auf den in jenem Brief verlangten Reformen bestehe. Nun kann doch kein vernünftiger Mensch annehmen daß der Papst, noch ehe er das Motuproprio ins Leben gerufen hat, oder noch ehe es seine Wirkung gezeigt haben kann, bloß darum eine neue Regierungsbahn wieder einschlagen werde weil die HH. Ludwig Bonaparte, O. Barrot, Tocqueville und V. Hugo sie ihm vorzuzeichnen geruht haben. In diesem Sinn die Politik des Briefes festhalten wollen wäre Wahnsinn oder Unverstand, weil eine solche Politik zum Kriege gegen Pius IX, oder zu einer abermaligen glänzenden Niederlage der französischen Diplomatie führen müßte. Soll aber unter Festhalten der Politik des Briefes nichts anders zu verstehen seyn als nach wie vor dem Papst ein liberales Regiment empfehlen, „auf die gewissenhafte Anwendung und Entwicklung der im Motuproprio gewährten“ Freiheiten hinwirken, so versteht sich das von selbst, und ist in der That nicht im Widerspruch mit der Politik des Hrn. Thiers. Man hat also hier zum Behufe einer Intrigue das Gespenst eines Actenstücks — dieses Actenstück ist und bleibt todt — heraufbeschworen, und sich die Miene gegeben als stünde die Politik der Majorität der Politik des Präsidenten und der Regierung gegenüber.

⊙ **Paris**, 19 Oct. Nicht Hr. Odilon-Barrot, wie man geglaubt hatte, sondern Hr. v. Tocqueville hat gestern mit einer Art von Regierungsmanifest die Debatten über die römische Frage eröffnet. Es ist offenbar daß der Zweck seiner Rede kein anderer war als den Riß zwischen dem Präsidenten und der Majorität so gut wie möglich auszuflicken. Wie lange das Flickwerk halten wird, das wird uns die nächste Zukunft lehren. Wir und mit uns alle Leute welche nicht gewohnt sind solche Verwickelungen mit absprechendem Leichtsinn unbedeutend zu nennen, sind überzeugt daß, trotz allen Bemühungen von beiden Seiten im herzlichsten Einverständniß zu leben, ein entschiedener Bruch zwischen dem Präsidenten und der Majorität nicht lange auf sich warten lassen wird. Denn es handelt sich

nicht von dieser oder jener zufälligen Frage, es handelt sich von einem in der Verfassung selber liegenden Widerspruche, von dem Widerspruch nämlich zwischen der aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangenen souveränen Nationalversammlung und dem nicht minder aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen verantwortlichen Chef der ausübenden Gewalt. Man flicke daher so viel man wolle, die Frage bleibt dieselbe. In einem Jahre, in einem Monat, morgen vielleicht kann eine neue Frage denselben Antagonismus hervorrufen, welcher uns sehr leicht zu einem 18 Brumaire oder zu einem Convent führen dürfte. Uebrigens ist es nicht wahr daß — wie heute die Blätter des Hrn. Thiers behaupten — der Präsident und das Ministerium allein nachgegeben haben. Der Bericht des Hrn. Thiers will daß das Motuproprio das letzte Wort der päpstlichen Concessionen sey. Das ist wenigstens der Sinn den die legitimistischen und katholischen Blätter dem Bericht unterlegten. Obgleich nun Hr. v. Tocqueville dem Briefe des Präsidenten einen Theil seiner Bedeutung nahm, so hat er doch erklärt daß die Regierung fortfahre die in demselben enthaltene Politik als die ihrige zu betrachten. Das ist viel mehr als Hr. Thiers wollte, der vorgestern noch gedroht hatte, „er werde vier Stunden lang sprechen um die Unklugheit jener Politik zu beweisen“, wenn das Ministerium den Brief des Präsidenten nicht mit Stillschweigen übergehe. Das Ministerium hat ihn nicht bloß nicht mit Stillschweigen übergangen, sondern hat ihm vollkommen beigepflichtet, Hr. Thiers aber auf seine vierstündige Rede verzichtet. Aus der Sprache des Dix-Décembre (Hofblatt) geht übrigens deutlich hervor daß man im Elysée national keineswegs mit der Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zufrieden ist. „Gestehen wir es“, heißt es unter anderm in dem genannten Blatte, „Hr. v. Tocqueville hat, sey es nun aus Schwäche oder durch Unfähigkeit, die Stellung verloren welche das Ministerium um jeden Preis behaupten mußte... Nein, der Präsident hat, wir wissen es auf das bestimmteste, ganz andere Instructionen gegeben, energische Instructionen, welche nicht bloß dem Briefe an Hrn. Ney, sondern auch den obwaltenden Umständen entsprechend sind.“ Wichtiger ist eine andere Stelle desselben Blattes: „Hr. Mathieu (de la Drôme) hat gestern ein ungewöhnliches Talent bekundet, und was noch mehr, eine politische Gewandtheit welche eine neue liberale aber weise Partei constituiren könnte, wenn die Freunde des Hrn. Mathieu sich entschließen ihm auf diesem Wege zu folgen.“ Sie sehen daß ich mich nicht irrte als ich in einem meiner letzten Schreiben die Meinung aussprach, L. Bonaparte werde sich nach und nach mit dem Gedanken an eine Annäherung an die Linke vertraut machen. Die Nachrichten von den Fortschritten der socialistischen Doctrinen in den Provinzen werden auch nicht ermangeln dem Präsidenten persönliche Besugnisse einzuflößen, und ihn zwingen sich die Frage zu stellen, ob er gestützt auf die gegenwärtige Majorität im Stande seyn werde die drohenden Gefahren zu beschwören.

Türkei.

* In später Stunde geht uns noch eine Post aus **Konstantinopel** vom 10 Oct. zu. Noch war die Antwort von Rußland nicht erfolgt. Graf Stürmer habe von Fürst Schwarzenberg die Gutheißung seiner Schritte erhalten. Der neulich eingetroffene englische Dampfer lag noch bei Therapia vor Anker. Ob Parker mit der Mittelmeerflotte alsbald erscheinen, oder von seiner Regierung weitere Befehle abwarten werde, schien noch ungewiß.

Aegypten.

* Briefe aus **Alexandrien** vom 5 Oct. bringen die durch ein englisches Dampfboot dahin gebrachte Nachricht daß alle im Mittelmeer befindlichen englischen Kriegsschiffe den Befehl erhalten haben sich unverzüglich nach den Dardanellen segelfertig zu machen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das bemerkenswertheste in der letzten amerikanischen Post sind die glänzenden Nachrichten aus Californien, die bis in die erste Woche Augusts reichen. Der Goldfund erhielt sich stätig, und selbst schon früher ausgebeuteter Flußsand lieferte reichlichen Nachertrag. Man rechnete daß die bis jetzt angegriffenen Minen seit dem heurigen Frühjahr im monatlichen Durchschnitt 2 Millionen Dollars lieferten. Die Einwanderung von Abenteurern aller Nationen war in rascher Zunahme; daß, wo Gold zu holen ist, auch das Haus Israel ein stattliches Contingent stellt, versteht sich von selbst. Zwar gräbt es nicht, aber es „speculirt.“ Die Bevölkerung wurde zu Anfang Augusts auf ungefähr 70,000 Köpfe berechnet. Eine neue Stadt Benecia, 40 engl. Meilen von San Francisco den Sacramentofluß aufwärts, ist in raschem Aufblühen, und dürfte, da sie der Goldregion um so viel näher liegt und bessere Landung darbietet, jene andere Stadt bald überholen.

Südamerika.

Den letzten englischen Berichten aus Montevideo zufolge ließ Präsident Rosas große Rüstungen vornehmen, die man zur Eroberung Paraguay's bestimmt glaubte. Andererseits machte diese Republik umfassende Gegenrüstungen, und hatte ein Heer von 15 bis 17,000 Mann an der Gränze von Corrientes zusammengezogen. Eventuell wollen die Paraguayaner Montevideo zu Hülfe ziehen. Brasilien, seit lange seiner südlichen Provinzen wegen vor den Argentinern in Sorgen, hat ein Schutz- und Trutzbündniß mit Paraguay abgeschlossen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 20 Oct. Die Börse, welche die letzten zwei Tage wegen der französischen Verhandlungen über die römische Frage in Besorgniß war, hat sich wieder ziemlich beruhigt. Die Consols standen heute um 2 Uhr auf $92^{1}/_{4}$. Bank Stock 199. Span. 3proc. $34^{1}/_{4}$.

Paris, 20 Oct. 3proc. 55.55; 5proc. 87.80; Bankactien 2335; belg. 5proc. $97^{3}/_{8}$; österr. Loose v. 1834 380; neap. 5proc. 88; röm. 82; span. 3proc. $34^{1}/_{8}$; innere Schuld $27^{3}/_{8}$; piem. 5proc. 83.85, Oblig. v. 1834 970, v. 1849 890; Vers. C.-B. linke 170; Paris-Orleans 725; Straßburg 347. 50; Rouen-Havre 235; Straßb.-Basel 100; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 428. 25; Boulogne-Amiens 145; Tours-Nantes 281.25; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 20 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $52^{15}/_{16}$; 3proc. $63^{1}/_{16}$; 4proc. $82^{1}/_{2}$; portug. 5proc. 33; Metall. 5proc. $84^{1}/_{2}$; Ard. $10^{9}/_{16}$.

* **München**, 20 Oct. Die heutige Getreideschranne enthielt im ganzen 13,084 Sch., wovon 11,417 Sch. verkauft und 1667 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 14 kr. (gef. um 12 kr.); Korn 7 fl. 4 kr. (unverändert); Gerste 6 fl. 34 kr. (gef. um 10 kr.); Haber 4 fl. 10 kr. (gef. um 16 kr.) Die Reste bestunden in 91 Sch. Weizen, 22 Sch. Korn, 1449 Sch. Gerste, 105 Sch. Haber. Umsatzsumme 86,319 fl. Im gestrigen Hopfenmarkt ging wenig um, es wurden bloß 267 Ctr., jedoch zu beträchtlich gesteigerten Preisen, verkauft. Mittelgattungen Landhopfen 70 bis 75 fl., bessere Lagen als von Wolnzach, Au rc. 74 bis 84 fl. Spalter Landhopfen 90 fl., Spalter Stadtgut 110 fl.

Augsburg, 23 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 G. 4proc. 93 P. 5proc. $100^{5}/_{8}$ P., $100^{1}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 65 P. Oesterr. 5proc. Metall. $90^{1}/_{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1135 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 22 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $89^{1}/_{2}$; Bankactien 1337; preuß. Staatsschuldsch. $88^{5}/_{8}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $86^{1}/_{2}$; Ludwigsh.-Berbach $85^{3}/_{4}$; württemb. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$; bad. 5proc. $97^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $78^{7}/_{8}$; darmst. 5proc. 100; 4proc. 89; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$; Frankf. 3proc. 80; $3^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{4}$. $89^{3}/_{4}$; Disc. $1^{1}/_{4}$ P.

* **Breslau**, 20 Oct. Unser dießmaliger Herbstwollmarkt (vom 2–5 Oct.) ist sehr still vorübergegangen, trotzdem daß die auf ihm gemachten Geschäfte von ziemlichem Belange waren. Man darf — der Wahrheit ziemlich nahe — das aufgebracht gewesene Quantum von Wolle auf nahe an 30,000 Ctr. annehmen, wovon jedoch nicht über die Hälfte aus schlesischem Product bestand; das übrige war polnische und ungarische Wolle. Die Preise standen gegen den Frühjahrsmarkt um eine Kleinigkeit zurück, was insbesondere auch von der Lammwolle galt. Dessenungeachtet aber konnte man den Markt nicht schlecht nennen, denn es machte sich der Verkauf meistentheils rasch. Was von inländischer Zweischur vorhanden war, das wurde sämmtlich geräumt, indem nicht allein Fabricanten aus den preußischen Staaten, sondern auch aus Böhmen sich derselben schnell versicherten. Die vom Frühjahr her noch lagernde Einschurwolle fand ebenfalls willige Käufer, obgleich gerade von denen so die schlesische Wolle vorzugsweise suchen (Engländer, Niederländer und Franzosen) fast gar keine am Platze waren. Wollten wir von diesem Markt schon auf das nächste Jahr schließen, so dürften wir leicht in einen Irrthum gerathen, weil derselbe in der Regel von wenig Einfluß ist. Vorläufig aber können wir berichten daß das Quantum von Wolle was wir zu hoffen haben, bedeutend geringer ausfallen dürfte als dieses Jahr, weil unsere Schäfereien keinen Ueberfluß an Futter haben, und weil ihnen die viele Saatweiden die sie voriges Jahr genossen, fast gänzlich fehlen wird; denn es hat die ungünstige Witterung die Einsaat sehr verspätet, so zwar daß sie noch lange nicht vollendet ist. Im hohen Gebirg ist noch vieles von der dießjährigen Ernte auf dem Felde, was vor einigen Tagen, wo starkes Schneegestöber über das Land kam, gänzlich verschneite und nur erst jetzt wieder zu Tage kommt, wo es jedoch durch Nässe verdirbt. Das gilt auch unter anderm vom rothen Samenklee, dessen sehr viel verdorben wird. Die aus England eingehenden etwas günstigeren Nachrichten wirken insbesondere auf das Steigen der Weizen- und Gerstenpreise. Zur Versendung ist das Wachsen der Oder, das seit einigen Tagen eingetreten, günstig. Da die Herbsteinsaat nicht so gut und vollkommen geschehen kann wie man es früher gehofft, so fangen die Producenten an mit ihren Vorräthen zurückzuhalten.

♀ **Wien**, 21 Oct. An der heutigen Sonntagsbörse war das Geschäft zunächst in den $4^{1}/_{2}$proc Metalliques des neuen Anlehens animirt, welche, anfangs bis $83^{1}/_{2}$ weichend, auf bessere Notirungen von Frankfurt, sich bis 84 erholten und $83^{5}/_{8}$–$^{7}/_{8}$ schlossen. 5proc. Metall. wurden bis $93^{7}/_{8}$ und Nordbahnactien bis 109 bezahlt, und blieben erstere zum Schluß $93^{5}/_{8}$ Geld und letztere $108^{3}/_{4}$–$^{7}/_{8}$. K. k. Anlehensloose vom J. 1839 behaupten sich sehr fest und waren mit $114^{1}/_{4}$ gefragt. Mailänder Eisenbahnactien $84^{1}/_{2}$–85, Pesther $79^{1}/_{2}$–80, Livorno $69^{3}/_{4}$–70. Doch herrschte in diesen Effecten kein Umsatz und waren Curse mehr nominell.

Verantwortliche Redaction:

Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Der Reichstag und die preußischen Bundesgenossen.

^ **Darmstadt,** 19 Oct. Unsere „Darmstädter Zeitung“ hat in diesen Tagen über das „Stimmenverhältniß im Reichstage“ einen Artikel gebracht der auf alle Fälle zu beachten ist, mag man nun das Blatt als Regierungsorgan betrachten oder nicht. Es ist unseres Wissens die erste Stimme in einer Tonweise die gewiß nicht zum letztenmal anklingt. Die Gefahr, heißt es, daß der Reichstag nur die Fessel werde „mit welcher die preußische Regierung die Stimmen der kleineren deutschen Staaten gewaltsam an ihre Befehle bindet,“ trete drohend der Aussicht auf denselben zur Seite. Die Sache steht wirklich drohend aus, wenn man das Stimmenverhältniß ins Auge faßt. In der vorigen Nationalversammlung hatte Preußen 159 Abgeordnete; die übrigen Staaten des Dreikönigsbundes mit Hannover und Sachsen 143, die kleineren Staaten ohne Hannover und Sachsen nur 93 Vertreter. Wenn man den unbedingten Anhängern des Dreikönigsentwurfes (Ihr Correspondent zählt sich zu den bedingten) entgegenhielt daß Preußen doch eigentlich kein Vertrauen genieße und seine Volksvertretung leider auch nicht, so ward man immer auf diesen Reichstag verwiesen, auf die Kraft dieser Volksvertretung die jetzt, wie die Möglichkeit vorliegt, aus der preußischen Kammer und den 93 Vertretern der kleinen Staaten bestehen kann! Der letzteren würden dann wenig mehr als Gegner des § 105, d. h. Freunde des vollen Constitutionalismus, in der preußischen zweiten Kammer sitzen. Demnach, meint der Artikel der „Darmst. Ztg.,“ seyen Hannover und Sachsen ganz im Rechte wenn sie nichts anderes als „die Wiederaufnahme der Verhandlungen und entsprechende Aenderungen im Verfassungsentwurfe“ von Preußen verlangen; auch die kleineren Staaten hätten alle Ursache sich dieser Forderung anzuschließen. Ein anderes aber sey es, wenn diese und andere Schwierigkeiten dazu dienen sollten um das Zustandekommen des Reichstags wie des Bundesstaats von vornherein zu vereiteln. Den kleineren Staaten vor allen falle die schwierige Aufgabe zu zwischen diesen mächtigen Bedrohungen von zwei entgegengesetzten Seiten die reine Sache des Bundesstaates nach ihren Kräften zu vertreten. Allerdings eine schwierige Aufgabe! Die Nation im ganzen ist getäuscht, die Königreiche sind getäuscht, wenn auch die kleinen Staaten sich getäuscht fühlen, wo stehen wir dann? Trotz Bundesstaat und Interim nur wieder bei der alten Theilung in drei oder gar in vier Massen; weder die Einheit noch der Dualismus, noch irgendetwas steht dann fest. Etwas anderes wird sich freilich in Aussicht stellen wenn die Demokratie für den Reichstag mitwählt. Aber was mag man erwarten von unserer Demokratie? Die Schlimmsten sind freilich „mit flammendem Schwerte“ vertrieben; aber die unbedeutende Demokratie die zurückbleibt, scheint mir ärger als die wüthende die weggefegt ist. Diese Partei muß einen neuen Menschen anziehen, und Buße thun in Sack und Asche, bevor sie wieder irgendetwas bedeuten kann. — Ueber die Ergebnisse unserer ersten Schwurgerichtssitzung können Sie sehr verschiedene Urtheile lesen und hören. Die vielen Freisprechungen in politischen Processen machen den Conservativen böses Blut. „Seht da die Früchte des Schwurgerichts!“ ruft hier ein kleiner Absenker der Kreuz-Zeitung, „die paar Ausnahmen abgerechnet von Dieben und Räubern, sind die Zeiten der Unschuld wiedergekehrt!“ Wenn man aber im einzelnen die besonderen Verhältnisse kennt die den Spruch der Geschwornen bedingten, so verlieren die Aussprüche vielleicht mit einer einzigen Ausnahme ihr Befremdliches. Möge das Institut sich weiter entwickeln! seines nächsten handgreiflichen Segens genießen wir schon. Es ist kein Kleines, wenn die Bevölkerung einer mäßigen, wenig belebten Stadt für ihren täglichen Gedankenumtausch einen neuen, kräftig nährenden Stoff gewinnt.

Das badische Wahlgesetz.

⊖ **Aus Baden,** 20 Oct. Der Staatsstreich vor welchem jüngst in diesen Blättern gewarnt worden, scheint seiner Verwirklichung näher zuzrücken; wenigstens kommt unser Regierungsorgan, die Karlsruher Ztg., in verstärktem Maße auf den Vorschlag zurück ein neues Wahlgesetz zu octroyiren. Es gibt Leute die, weil sie weder Männer des Wissens noch des Talentes sind, nun glauben Männer der That seyn zu müssen, die den Ruhm den Brandenburg-Manteuffel sich für Preußen erworben, nun ihrerseits in Baden einthun wollen. Zudem ist ja auch in Preußen ein Wahlgesetz octroyirt worden, und zwar mit Erfolg; die darnach gewählten Kammern gelten eben, trotz aller Protestationen, als die rechtmäßigen Kammern Preußens, und es läßt sich bestens mit ihnen regieren. Warum sollte sich ein solch preußisches Beispiel nicht ebenso wie die preußischen Pickelhauben nachahmen lassen? So ist wohl der Gedankengang in Karlsruhe. Bei den ernsten Folgen aber die ein solcher Versuch haben könnte, ist es Pflicht auf die Verschiedenheiten aufmerksam zu machen die zwischen Preußens und Badens Fall bestehen, und die so groß sind daß sich auch nicht die mindeste Aehnlichkeit bei näherer Vergleichung ergibt. In Preußen eine Verfassung die erst seit wenigen Monaten erlassen war — die badische besteht seit nun dreißig Jahren. In Preußen unterlag sie noch einer Revision, sie war weder vom Lande förmlich angenommen noch vom König beschworen; die Revisionsarbeit ist sogar jetzt noch nicht vollendet, das Wahlgesetz konnte gleichsam noch als Nachtrag zum 5 Dec. gelten — in Baden wacht man seit einem Menschenalter von beiden Seiten über der gewissenhaften Erfüllung eines jeden Buchstabens; das 25jährige Bestehen der Verfassung wurde im ganzen Lande und von allen Parteien gefeiert; daß der Großherzog, namentlich der jetzige, sie je verletzen könnte, ein solch ausgesprochener Verdacht wäre als Majestätsbeleidigung aufgenommen worden; ihre Heilighaltung hat er stets neu zugesichert. Das Taschenspielerstück das Wahlgesetz eines als der „provisorischen“ Gesetze zu erlassen, zu welchen die Verfassung die Regierung ermächtigt, würde niemand täuschen, nur die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen. Der wichtigste Unterschied aber ist folgender: in Preußen lieferten die beiden Kammern die vor der jetzigen berufen waren den Beweis daß mit ihnen nicht regiert werden konnte; die verständigen Theile der Nation wendeten sich von ihnen ab, die Republicaner setzten auf sie ihre Hoffnung — in Baden blieb vom Februar 1848 bis zum heutigen Tag die Kammer die treue Unterstützung der Regierung, der Gegenstand der Verfolgung und des Verrufs von Seiten der Republicaner, die zuletzt, als am 10 Febr. 1849 auch der Antrag auf eine constituirende Versammlung abgelehnt war, in Masse austraten. Meines Wissens ist in ganz Deutschland keine Kammer zu finden welche wie die badische die Sturmperiode der beiden letzten Jahre so standhaft, ja nur überhaupt überdauert hätte. Hier bietet sich also in keinem Punkte ein Grund, nicht einmal ein Vorwand zu einem Verfassungsbruch, wohl aber der wichtigsten Gründe die Fülle einen solchen zu vermeiden. Nichts ist wahrscheinlicher als daß Steuern, die nicht streng gesetzmäßig bewilligt wären, nirgends bezahlt würden, und damit würde wohl gerade diejenige Partei vorangehen die, weil sie der Gesetzlichkeit anhängt, bisher die sicherste Stütze der gesetzlichen Ordnung war. Bei einem solchen Conflicte aber sich auf die Gerichte stützen wird den Ministern niemand rathen der die altbewährte Unabhängigkeit unsers Richterstandes kennt. Der Regierung bliebe offenbar nur die Gewalt als letztes und einziges Mittel, und es ist doch nimmermehr anzunehmen daß Preußen, jetzt mehr als je des Vertrauens der Völker bedürftig, zu solchen unglücklichen Experimenten seine Truppenmacht verwendet wissen will. Etwas ganz anderes ist freilich die Frage ob das badische Wahlgesetz nicht einer Aenderung bedürfe. Ich bejahe dieß, sowie ich auch weiß daß unter den Kammermitgliedern dieselbe Ueberzeugung vorherrscht. Hat doch einer der Wortführer derselben, Bassermann, in Frankfurt für keine Sache eifriger gefochten als für Beseitigung des allgemeinen Stimmrechts.*)

Das im April d. J. vorgelegte Wahlgesetz ist glücklicherweise noch nicht angenommen, dafür haben unsere Demokraten am 13 Mai thörichterweise selbst gesorgt. Man lege ein conservativeres vor, es wird Annahme finden, und zwar um so sicherer, je eher man sich dazu entschließt. Ein gleiches gilt für die vorzunehmenden Ersatzwahlen. Je länger man wartet umsomehr sinkt das Vertrauen in die Personen die jetzt am Ruder sind. Jetzt noch würden z. B. die beiden Ersatzwahlen die in Mannheim nöthig sind sicher vollkommen conservativ ausfallen. Ich bin nicht der Meinung Ihres Correspondenten vom 11 Oct. daß es einerlei ob 27 oder 63 Wahlen vorgenommen werden. Im letztern Fall, dem der Kammerauflösung, müssen durch das ganze Land Urwahlen erfolgen, wodurch die größte Aufregung hervorgerufen würde; im erstern haben nur die vorhandenen Wahl-

*) Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit eine Bemerkung zu berichtigen welche neulich über diesen Mann in Ihren Blättern gemacht worden. Es hieß dort Bassermann habe ebenso wie Hecker und Brentano jedes Mittel für recht gehalten, habe gewissen Leuten ebenfalls Bier und Wein bezahlt, und unterscheide sich mit Welcker und seinen sonstigen politischen Freunden von den bekannten Wühlern nur dadurch daß er etwas früher zur Einsicht gekommen und umgekehrt sey. Hievon ist nun gerade das Gegentheil wahr. Bassermann hat nie zu dem Mittel des Debauchirens von Wählern oder Wahlmännern gegriffen; Itzstein und Hecker machten ihm vielmehr oft genug den Vorwurf daß er ein schlechter Demagoge sey. Weil er sich zu solchen Künsten nicht verstand galt er auch vielfach als stolz. Schon von 1841 an, da er zuerst in die Kammer trat, behauptete er mit Welcker und dem bald hinzutretenden Mathy eine völlig unabhängige Stellung: und daß von 1846 an der Bruch mit der Itzstein-Hecker'schen Partei vollständig wurde, ist bekannt. D. Eins.

männer zu wählen. Uebrigens drängt die Zeit, und die Regierung wird sich schon in den nächsten Tagen für den einen oder andern Weg entschließen müssen. Daß sie jetzt noch den Wahlen beruhigt entgegensehen kann, beweist der Austritt Mittermaiers und Kuenzers. Der Austritt Kuenzers, des behaglichen Republicaners, beweist daß auch unsere Demokraten für jetzt verzichten. Und bei solchen günstigen Anzeichen an einen Staatsstreich denken?

Badische Standgerichtsverhandlungen.

Mannheim, 17 Oct. Die heutigen standgerichtlichen Verhandlungen gehörten hinsichtlich des überraschenden Resultats zu den interessantesten der bis jetzt vorgekommenen. Veranlassung derselben war Joseph Ruppert von Karlsruhe, Hauptmann des dritten badischen Infanterie-Regiments, 40 Jahre alt, katholischer Religion, verheirathet und Vater eines Kindes. Bei überfülltem Saal erhob Staatsanwalt v. Hillern gegen denselben die Klage des Hochverraths, der Treulosigkeit, des Widerstandes gegen die bewaffnete Gewalt, und der Aufforderung zu diesen drei Verbrechen. Der Angeklagte wurde nämlich nach der Militäremeute zu Rastatt und der Volksversammlung zu Offenburg, in Folge der daselbst gefaßten Beschlüsse, zum Hauptmann seiner Compagnie erwählt, nahm die Wahl an und leistete den Eid auf die Reichsverfassung und die provisorische Regierung, obgleich es den Officieren freigestellt wurde zu bleiben oder ihre Entlassung zu nehmen. Er nahm sich nunmehr mit Eifer der Sache der Insurgenten an, und zeigte sich mit Wort und That als einen der wärmsten Anhänger derselben, suchte die Officiere zum Dienst unter der provisorischen Regierung zu verleiten, verlachte die vom Großherzog versprochene Amnestie, commandirte das zweite Bataillon des dritten Regiments auf dem Zuge nach Mannheim, und wurde zur Verfolgung der verfassungstreuen Schaar badischer Soldaten unter General Hoffmann nach Leimen detaschirt. Nach der Verhaftung des Hauptmanns Hoffmann, welcher die Verfolgung des erwähnten Zuges leitete und des Verraths an der Sache der Aufrührer beschuldigt wurde, erwählte man den Angeklagten zum Major und interimistischen Commandanten des zum Schutz der nördlichen Gränze aufgestellten Truppen- und Bürgerwehrcorps. Als solcher hielt er sich theils in Heidelberg, theils in Mannheim bis zum 29 Mai d. J. auf, und erfüllte seine neubeschwornen Pflichten als Major seines Bataillons gegen die provisorische Regierung. Trotzdem daß zu dieser Zeit mehrere badische Officiere ihre Entlassung nahmen, verblieb derselbe in seinem Dienst, und betheiligte sich sogar den 30 Mai als Bataillonscommandant unter Sigels Oberbefehl an dem Gefecht bei Hemsbach gegen die hessischen Truppen, bei welcher Gelegenheit er die fliehenden Soldaten des Leib-Infanterieregiments, wofern sie nicht Stand hielten, mit Niederschießen bedrohte. Nach diesem verlornen Gefecht hatte sich des Insurgentenheeres eine Entmuthigung bemächtigt die das Gelingen einer Gegenrevolution in Aussicht stellte.

Es wurde daher unter Brentano's Beisitz eine Officiersberathung im „badischen Hof" zu Heidelberg gehalten, und daselbst die Zurückberufung des Großherzogs, Entfernung Struve's aus der provisorischen Regierung, Verabschiedung aller fremden Anführer und Freischärler-Legionen, Entsetzung Sigels vom Obercommando und Rückkehr des Leib-Infanterieregiments in seine Garnison Karlsruhe beantragt. Der Kriegsrath war bis auf wenige Mitglieder für diese Anträge; allein der Angeklagte trat denselben, mit Ausnahme derjenigen wegen Entfernung Sigels und Struve's, mit Entschiedenheit, und selbst mit unehrerbietigen Ausdrücken gegen Se. k. Hoh. den Großherzog entgegen, und vereitelte so die Rückkehr der Truppen zu ihrer Pflicht und das Gelingen der Gegenrevolution. Als er bei dieser Gelegenheit zum Kriegsminister oder Obercommandanten vorgeschlagen wurde, äußerte er sich dahin: er passe nicht hiefür, sein Platz sey in dem dichtesten Kugelregen, und es wurde in Folge dieser Erklärung, nachdem Sigel vom Obercommando entfernt worden war, Hauptmann v. Beck zum Obercommandanten, der Angeklagte aber zum Commandanten des Reservecorps der Neckararmee, und einige Tage später zum Obersten ernannt. In dieser Eigenschaft lag er theils in Schwetzingen, theils jenseits des Neckars an der hessischen Gränze, erstattete von hier aus regelmäßig Militärbericht über seine und die Position der Reichstruppen an das Obercommando, und ging, nachdem er noch am 11 Junius eine derartige Meldung an den Kriegsminister Sigel erstattet hatte, am 12 Junius zu den hessischen Truppen über.

Gestützt auf die eben angeführten Thatsachen, trug Staatsanwalt v. Hillern gegen den Angeklagten auf Todesstrafe an, und begründete die erhobene Klage durch die ihm durch das umsichtige Untersuchungsverfahren des Amtsassessors Gärtner gebotenen Beweise seiner Behauptungen, in dessen Verlauf nachgenannte Zeugen abgehört wurden, und zwar zu Gunsten des Angeklagten: Generalmajor v. Cloßmann, Oberst v. Pierron, Oberstlieutenant Pfeiffer, Major Walz, Oberlieutenannt Kamm, Hauptmann Schweikart, Hauptmann v. Böcklin, Hauptmann Frech, Oberlieutenant Wagner, Oberlieutenant v. Stetten, Lieutenant Nußbaumer, Major Graf v. Sponeck, Hauptmann Lichtenauer, Rittmeister v. Wechmar, Lieutenant Chald, Oberamtmann Dr. Schütt, Hauptmann Greiner, Bürgerwehrofficier Abele von Rastatt, Dr. Hauck, Obereinnehmer Bauer, Major Schuhmacher, Hauptmann Leonhard v. Beck, Hauptmann Götz, Feldwebel Weiler, Hauptmann Max Hoffmann, Feldwebel Metzger von der fünften Compagnie des dritten Infanterieregiments, die Oberfeldwebel Hilbert, Nagel, Pflaum, die Corporale Hartwig, Wüst, Arbogast, Schill, Willmann, Brümmer, Fourier Manz, die Gefreiten Geiges, Groß, Bürklin, Feldwebel König, Hautboist Vollmer und Kümmiger, Oberlieutenant Arnold, Lieutenannt Engelmann, Lieutenant Hamm, die Feldwebel Meister, Petri, Isele, Oberfeldwebel Wacker, Oberrechnungsrath Freiberg von Karlsruhe, Hauptmann v. Fischer, Regierungsrath Lang von Rastatt, Assessor v. Wänker, Decan Buchdunger, Hofrath Scharff, Professor Kühn, Bankier Simon Mayer von Rastatt, Kaufmann Oster, Steuerrevisor Kern, Postmeister Wandt, Posthalter Kramer, Dr. Krämer, Bierbrauer Ampt, Lieutenant v. Cloßmann, Oberlieutenant Cassinone, Scharfschütz Volz und Scharfschütz Dietze. Verlesen wurden wegen begründeter Abwesenheit die Zeugnisse des Generallieutenants v. Lasollaye, Generallieutenants v. Gayling und des Stadtpfarrers Lindenmayer von Rastatt. Die meisten der obengenannten Personen traten als Leumundszeugen für den Angeklagten auf; als Belastungszeugen wurden vernommen: Kriegsschüler Matzenauer, Lieutenant Riegel, Rechtsanwalt v. Freydorf, Rechtspraktikant Wedekind, Bürgermeister Welte von Schwetzingen, Amtsactuar Waag, Notar Brucker, Oberamtmann Dilger, Lieutenant Springer, Regimentsquartiermeister Deimling, die Oberfeldwebel Beck (vom Leib-Infanterieregiment), Hofjäß und Wagemann, Scharfschütz Mack, Oberlieutenant Lang, Kriegsschüler Werner, Kriegsschüler Corporal Bertsch, Oberfeldwebel Karle, Oberlieutenant Meßner, Corporal Frosch, Lieutenant Krämer und Gendarmerie-Lieutenant Rütti von Darmstadt.

Nach Abhör aller dieser Zeugen, deren Aussagen der Angeklagte, insofern sie gravirend für ihn waren, mit männlichem Wesen und fließender Rede durch die Behauptung zu entkräften suchte: er habe alles was den Schein eines Verbrechens auf ihn werfe, lediglich und allein in der Absicht einer Gegenrevolution gethan, und nach Verlesung von etwa acht bis zehn Militärberichten des „Obersten Ruppert an Kriegsminister Sigel", erhob sich um etwa halb 11 Uhr Nachts Rechtsanwalt Dr. v. Engelberg zur Vertheidigung des Angeklagten, und bewies mit ebensoviel Beredsamkeit als Scharfsinn in Bezug auf seine juristischen Deductionen daß erstens das Amnestiegesetz Sr. k. Hoh. des Großherzogs vom 2 Jun. d. J., da es auf gleichem Druckbogen eines Regierungserlasses vom 10 Junius, auch erst von diesem Tage, resp. sogar erst von dem 11 Junius an als bekannt anzunehmen, und folglich auch auf den Angeklagten, der sich voll Vertrauen darauf schon den 12 Jun., sobald ihm nämlich Gelegenheit geworden, den Hessen übergeben habe, auszudehnen sey; daß 2) alle seinem Clienten zur Last gelegten Thatsachen vor Verkündigung des Standrechts vorgefallen, das Standrecht daher zur Aburtheilung über dieselben nicht competent sey, und daß endlich drittens alle einzelnen Klagepunkte in dem Verbleiben des Angeklagten bei seinem Bataillon ihren Entstehungsgrund hätten, weßhalb sie auch, da der Hauptgrund derselben, nämlich der seiner Zeit eine Gegenrevolution zu bewirken, ein löblicher sey, nicht mit Strafe, am wenigsten aber mit Todesstrafe zu belegen seyen. Obgleich nun der Staatsankläger auf dieses Vertheidigungssystem mit gewohnter Schärfe und logischer Sicherheit replicirte, so ließ sich das Standgericht doch darum, nachdem insbesondere der Angeklagte in einer feurigen und pathetischen Schlußrede nochmals versicherte daß er nur um dem Großherzog sein Heer seiner Zeit wieder zuzuführen, zum Schein in die Dienste der provisorischen Regierung getreten sey, in der Ueberzeugung daß das erwähnte Amnestiegesetz vom 2 Jun. d. J. auch auf den Angeklagten auszudehnen sey, nicht erschüttern, und sprach denselben, nachdem die Verhandlungen bis Mitternacht gedauert hatten, mit 4 Stimmen gegen 2 von der gegen ihn erhobenen Klage des Hochverraths rc. frei. Mit lautem, aber von dem Präsidenten Major v. Badzcow als durchaus unpassend gerügtem Beifallrufe vernahm das überaus zahlreiche Publicum diesen Urtheilsspruch. (Mannh. Journal.)

÷ **Rastatt**, 19 October. Ich vergaß in meinem letzten Schreiben anzumerken daß das Kriegsministerium die über den Scharfschützen Gerhard ausgesprochene Todesstrafe nicht bestätigt, sondern in 10 Jahre Zuchthaus umgewandelt hat. Auch ist der Name des in der zuletzt berichteten Verhandlung vor die ordentlichen Gerichte gebrachten Soldaten „Brännlinger," nicht Eimeldinger. Gestern fielen wieder zwei Verurtheilungen. Ein Dragoner Herr, welcher bei den Excessen vom 12—13 Mai einem Waffengenossen zugerufen hatte ihren Officieren nicht zu gehorchen,

ein Feldwebel Carle, welcher sich bei Ladenburg und Umgegend viele Gewaltthätigkeiten zu Schulden kommen ließ, wurden zu den gewöhnlichen 10 Jahren verurtheilt. Bei ersterem hatte die Anklage auf Tod angetragen; Vertheidiger war Advocat Heimerdinger. Die Wirkung welche die Nachricht von der Freisprechung des Hauptmanns Rupert hervorbrachte, war in allen Kreisen sehr groß. Heute fand eine Conferenz der Staatsanwälte mit den Untersuchungsrichtern beim Standgerichte statt; man glaubt sie werde sich wiederholt mit einer Ausscheidung mehrerer vor dem Standgericht anhängiger Processe beschäftigen. Möchte dabei die Handlungsweise der bayerischen Regierung gegen ihre hier gefangenen Staatsbürger einen versöhnenden Einfluß auf unsere Regierung üben, denn im Aus- und Inland fängt man an die so lange andauernde Strenge nicht für ein Zeichen ihrer Zuversicht in die eigene Stärke anzusehen. Es ist ja schon oft von dem Pulte der öffentlichen Ankläger gesagt worden, die Gefangenen dürften nicht allzuvielen Vortheil von der Verweisung vor das ordentliche Gericht haben. Warum zögert man denn immer noch den geordneten Rechtsgang dem Lande wieder zu geben, wenn man Garantien zu haben glaubt daß die Ertheilung des Rechts nach Verdienst stattfinden werde? Sollte der Grund darin liegen daß man befürchtet die Instruction des Riesenprocesses würde dann mehr Zeit erfordern als manchem Gefangenen zur Strafe zuerkannt würde?

⸗ **Rastatt**, 20 Oct. Kennen Sie den Kirchhof von Rastatt? Ein stiller Ruheplatz der Todten, sich anlehnend an die Wälle des Forts A, mannichfach beschattet von Bäumen, duftend von Blüthen welche die Liebe der Hinterbliebenen den Vorangegangenen weihte, beschienen vom warmen Strahl der Herbstsonne; so stellte er sich heute dem Besucher dar. Nur ein breiter schmuckloser Streif ohne Grabhügel zieht sich an den geschmückten Gräbern hin. Es ist die lange Reihe der Gefangenen die an ihren Wunden, die den mannichfachen Seuchen erlegen, oder durch die Kugel des Standrechts in die andere Welt geschickt worden sind. An dieser Reihe war der Todtengräber eben beschäftigt eine große Grube aufzufüllen; sie hatte soeben die Leichname dreier Preußen aufgenommen welche heute früh durch die Kugel vom Leben zum Tod gebracht worden waren: Berningau, ehemals preußischer Officier, Schrader aus Berlin, der aus Mainz, wo er als Kanonier in Besatzung stand, zu den pfälzisch-badischen Aufständischen desertirte, und Jansen. Die Bestätigung ihres Urtheils von Berlin war gekommen. Noch in der Nacht wurde für die beiden ersten in Abwesenheit des Divisionspredigers der protestantische Stadtpfarrer, für letztern ein katholischer Priester aufgefordert sie zum Tode vorzubereiten. So ist die Zahl der in Rastatt standrechtlich Erschossenen jetzt in das dritte Zehend eingetreten, und wo wird das Ende seyn? Gestern entrann ein badischer Unterofficier, Bender, der nächstens vor das Standgericht kommen sollte, bei der Arbeit seinen Wachen; vor einigen Tagen sind zwei andere Gefangene entkommen, unter ihnen der Sohn des Professors Hillebrand von Gießen. Seit heute sind die alten Auslaßkarten annullirt und werden neue auf farbigem Papier ausgegeben.

Berlin.

𝔉 **Berlin**, 18 Oct. Die zweite Kammer nahm gestern an Stelle des Art. 35 — „die Einrichtung der Bürgerwehr ist durch ein besonderes Gesetz geregelt" — folgendes Amendement des Abg. Keller (Duisburg) an: „Zur Aufrechthaltung der Ordnung kann nach näherer Bestimmung des Gesetzes durch Gemeindebeschluß eine Bürgerwehr errichtet werden." Die Art. 36 und 37 (Militärgerichtsstand — Berathschlagung der bewaffneten Macht untersagt) werden in der Fassung der ersten Kammer angenommen. Der gedruckte Bericht der Commission über die Verordnungen vom 9 Febr. d. J. (Gewerberäthe u. s. w.) ist 90 Quartseiten stark. Die Commission beantragt der Verordnung die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung zu ertheilen. Ein Amendement von Berndt will sie en bloc verworfen, ein anderes von Fröhner en bloc angenommen wissen. Der Abg. Ahlemann, dem eine 25jährige, in Communalämtern erworbene Erfahrung zur Seite steht, spricht sich gegen die unbedingte Annahme aus und bringt Verbesserungsanträge zu verschiedenen Paragraphen. Der Abg. Wülfing leitet den Nothstand der Gewerbtreibenden hauptsächlich aus dem herrschenden Luxus her, ist im Princip gegen die Beschränkung der Freiheit, erklärt sich aber doch für das Gesetz, weil man den allgemeinen Forderungen der Handwerker dann und wann Rechnung tragen müsse, die Erfahrung aber von selbst wieder zur Gewerbefreiheit führen werde. Der Abg. Fröhner empfiehlt die Anträge die er auf Grund der ihm gewordenen Nachricht gestellt: daß man in der neuen Strafanstalt 400 Webestühle errichten wolle. Nach seiner Ansicht werden dadurch ebensoviel Weberfamilien brodlos gemacht. Der Redner ist dafür daß jeder der ein Handwerk betreibt, sich einer Innung anschließen müsse. Ohne diesen Zwang würden sich zwei Parteien bilden, deren Kampf schlimme Folgen haben würde; statt wahrer Handwerkerverbindungen würden Associationen entstehen die ganz andern Zwecken dienen möchten als gewerblichen. Der Handelsminister ersucht die Kammer das Gesetz nicht ohne weiteres zu verwerfen. Er hält die Errichtung von Gewerberäthen und den Nachweis der Befähigung für nützlich, und kann nicht zugeben daß durch die Verordnung principiell die Gewerbefreiheit beeinträchtigt werde. Die Discussion wird abgebrochen und auf den schriftlich ausgesprochenen Wunsch des Handelsministers beschlossen die Berathung der Vorlagen über die Ostbahn u. s. w. wo möglich noch in dieser Woche vorzunehmen. In der heutigen Sitzung zeigte der Abg. v. Auerswald gegen die Behauptungen die gestern der Abg. Fröhner ausgesprochen, daß durch sein Ministerium im vorigen Jahr nur die Fabricanten, die es wünschten, ihrer contractlichen Verbindlichkeit zur Beschäftigung von Sträflingen enthoben wurden, nicht aber jede gewerbliche Beschäftigung in den Strafanstalten beseitigt werden sollte. Der Handelsminister erklärte die Nachricht von den 400 Webstühlen für unbegründet. Die Kammer fährt in der allgemeinen Discussion über die Verordnung vom 9 Febr. fort. Die Abgg. Trojan und Schöpplenberg sehen in der Verordnung nur eine Abschlagszahlung, und sind der Meinung daß man auf diesem Weg noch weiter gehen müsse. Möcke sagt: „In Frankreich sind die Legionen der Gewerbefreiheit auf die Barrikaden gegangen. Die Gewerbefreiheit ist die Quelle der Verarmung. Auch bei uns gibt es schon Handwerker die, zu Proletariern herabgesunken, für Kleiderhandlungen arbeiten und sich dabei nicht so viel verdienen daß sie ihren Hunger stillen können." Bismark-Schönhausen verlangt den Innungszwang; ihm thut es leid daß das Ministerium hier der Volsmeinung einen Widerstand leiste den es besser bei andern Gelegenheiten angewendet hätte. Der Handelsminister bemerkt, das Ministerium glaube nicht daß man ohne Noth so tief in die persönliche Freiheit eingreifen und den Zunftzwang einführen dürfe. Beckerath sagt in Bezug auf Möcke's Wort von den Legionen der Gewerbfreiheit: mit solchen historischen Anführungen sey es mißlich; denn mit demselben Recht könnte man sagen: die Legionen der Zünfte sind in die Schlacht von Jena gezogen und haben den Staat in den Abgrund gestürzt (Murren rechts), und: die Legionen der Gewerbefreiheit sind in die Schlachten von Lützen und Leipzig gezogen und haben das Vaterland gerettet." (Bravo!) Der Innungszwang wäre nur der erste Schritt zur Wiederherstellung des alten Kastenwesens! (Großer Beifall.) Aehnlich sprechen Treplin, Dürre und Wegener. Sie heben den Nutzen der Gewerbfreiheit hervor und sind für gemäßigte Einschränkung. Nach dem Schluß der allgemeinen Discussion kamen die §§. 1 und 2 der Verordnung zur Debatte. Bodelschwingh (Hagen) wünscht die Verordnung ohne Amendements angenommen zu sehen, weil man sich noch nicht genug auf Erfahrung stützen, auf der andern Seite aber hoffen könne daß bald eine allgemeine deutsche Gewerbegesetzgebung zu Stande kommen werde! Diese möge man erwarten; denn für den Gewerbebetrieb sey nichts schädlicher als der Particularismus. (Beifall.) Camphausen stellt einen Antrag wonach dem Gewerberath nicht zustehen solle auch die „festgestellte Abgränzung der Arbeitsbefugnisse" zu überwachen. Dem widerspricht der Regierungscommissär. Die Kammer verwirft den Antrag und nimmt die §§. 1 und 2 mit überwiegender Mehrheit an. §. 1 lautet: „Für jeden Ort oder Bezirk, wo wegen eines erheblichen gewerblichen Verkehrs ein Bedürfniß zu einem Gewerberath obwaltet, soll ein solcher auf den Antrag von Gewerbtreibenden, nach Anhörung der gewerblichen und kaufmännischen Corporationen und der Gemeindevertreter, mit Genehmigung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentlichen Arbeiten errichtet werden." Zufolge des §. 2 hat der Gewerberath die allgemeinen Interessen des Gewerbebetriebs in dem Bezirk wahrzunehmen; er hat die Entscheidung in genau bezeichneten Fällen; er wird in gewerblichen Angelegenheiten vernommen, hat Wahrnehmungen an die Behörde zu bringen und auf Erfordern Gutachten zu stellen; er hat die Errichtung neuer Innungen, die Befolgung der Vorschriften über Innungswesen, die Behandlung der Lehrlinge und Gesellen, die Abgränzung der Arbeitsbefugnisse und die Prüfungen zu überwachen.

⸗ **Berlin**, 19 Oct. Bevor die zweite Kammer heute die Berathung der Verordnung über Gewerberäthe fortsetzte, wurde eine Interpellation des Abg. Reichensperger an das Finanzministerium verlesen. Der Interpellant erinnert daran daß nach Art. 4 der Verfassung alle Preußen vor dem Gesetz gleich seyen, und nach Art. 100 jede Bevorzugung bei der Besteuerung aufhören solle; daß die Aufhebung der Grundsteuerfreiheit verheißen und die Verwirklichung dieses Versprechens zur Zeit wo 121 Grundsteuersysteme immer noch fortbeständen, dringend nöthig sey. Er frage daher: welche Maßregel das Finanzministerium zur Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten und zur Einführung einer allgemeinen gleichen Grundsteuer bereits getroffen habe. Der Minister des Innern erklärte in Abwesenheit des Finanzministers, die Antwort auf die Interpellation werde in 8 Tagen erfolgen. Von der Verordnung nahm die Kammer die §§. 3—23 (Zu-

sammensetzung der Gewerberäthe, Wahl der Mitglieder, Geschäftsführung) an, nachdem sie mehrere Amendements verworfen. Zu §. 23, worin die Handwerker namhaft gemacht werden die ihr Gewerbe nur nach vorhergegangenem Nachweis der Befähigung ausüben dürfen, waren Amendements gestellt welche die Einführung des Innungszwangs verlangten. Bismark-Schönhausen sprach dafür, weil der Zunft ohne Zwang keine Dauer verbürgt sey, und ihr wahrer Nutzen nicht hervortreten könne. Harkort und v. Patow sprachen dagegen. Harkort dankte der Regierung für das Gesetz, das, ohne den Grundsätzen der Freiheit entgegenzuseyn, dem Handwerkerstand zur Ehre und Stütze gereichen werde. Die Amendements wurden mit überwiegender Mehrheit verworfen, der §. 23 der Verordnung fast einstimmig angenommen. In der ersten Kammer bekämpfte heute der Berichterstatter Camphausen zunächst die Ansichten der rechten Seite. Er sagt: „Den Kammern gerade soviel Macht geben daß es ihnen möglich wird sich den Rest zu erobern, heißt die Revolution verewigen. Jene Seite wird die Volksvertretung in einen Kampf drängen der endlos ist, und auf das Bestreben hinausläuft jede Steuer aus einer fortlaufenden in eine jährlich bewilligte zu verwandeln. Die Männer jener Seite sind es daher die den Namen der Steuerverweigerer verdienen!“ Der Redner kritisirt die Amendements und sagt zuletzt: auch er sey nicht für den Antrag des Ausschusses, er empfehle ihn aber zur Annahme, weil es sonst vielleicht bei der ursprünglichen Fassung bleiben würde. Die Kammer beschließt den Art. 99 und 108 zur Discussion zu stellen. Den Satz in Art. 108: „die bestehenden Steuern werden forterhoben bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden,“ beantragt der Ausschuß, in Uebereinstimmung mit der zweiten Kammer, zu streichen. Den Art. 99 will er so gefaßt wissen: „Steuern und Abgaben für die Staatscasse dürfen nur erhoben werden soweit sie in den Staatshaushaltsetat aufgenommen, oder nach erfolgter Festsetzung desselben durch besondere Gesetze angeordnet sind, oder auf Staatsverträgen beruhen. Tritt eine Verzögerung der Feststellung des Etats dadurch ein daß sich beide Kammern über den Etat nicht vereinigen können, so werden die bisher bewilligten Steuern so lange forterhoben bis die Einigung erfolgt ist.“ Es werden Amendements gestellt von Walter, Tamnau, Ammon, Stahl, Kisker, v. Keltsch, Heffter, v. Alvensleben. Der Abgeordnete sagt: „Das Gesetz vom 6 April welches der Volksvertretung die Steuerbewilligung zuerkennt, ist die Brücke von der alten Zeit zur neuen, und seine Nichtbefolgung könnte der Regierung nur zum Schaden gereichen. Kammern und Volk würden immer und immer wieder darauf zurückkommen. Selbst eine Beschränkung der Preßfreiheit würde nicht so jeden einzelnen Mann berühren als eine Aufhebung dieses Rechts.“ Walter bemerkt dagegen: „Stein, den der Abg. Dahlmann citirt hat, hält es für verderblich den Ständen die Möglichkeit zu geben das Budget zu verweigern. Dieselbe Meinung spricht Niebuhr aus. Wir (auf der Rechten) werden uns bestreben diesen Männern nachzueifern.“ Abg. v. Wittgenstein ist der Ansicht daß ohne das Steuerbewilligungsrecht das Bestehen der Kammern gar nicht möglich ist; er erklärt sich für das Amendement von Ammon. Die Kammer beschließt mit 77 gegen 64 Stimmen, im ersten Satz des Ausschußantrags (Art. 99) die Worte: „nach erfolgter Festsetzung desselben“ zu streichen. Den so geänderten Satz nimmt sie an. Ueber das Amendement Jordans, den Satztheil des Art. 108: „Die bestehenden Steuern werden forterhoben, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden“ unverändert an seiner Stelle aufrecht zu erhalten, wird namentlich abgestimmt. Dasselbe wird mit 84 gegen 57 Stimmen angenommen. Dafür waren unter andern: Stahl, Brüggemann, Bötticher, Nitzsch, Bornemann; dagegen Camphausen, Dahlmann, Hansemann, Heffter, Kühne, Wittgenstein.

Köln und Düsseldorf.

0 **Köln,** 17 Oct. Die Kölnische Zeitung enthält über des Königs Geburtstag keine Sylbe, und doch war dieser Tag vorgestern und zwar mit dem schönsten Wetter von der Welt. Das Wetter wurde redlich zum Athmen und Wandern benutzt, es hätte manche Feierlichkeit begünstigen können, allein es gab keine Feierlichkeit von Bedeutung. Einige Kanonenschüsse, eine Parade, Festreden in den Schulen, ein Festessen des Officiercorps und einiger Civilbeamten, eine Erleuchtung der Caserne auf dem Neumarkt — sonst keine Spur von öffentlichem Jubel. Das Volk ging seine Wege, wie man hier zu sagen pflegt. Vormals war auch hier der Patriotismus sehr enge mit einer überschwänglichen Verehrung der Majestät verbunden, so enge daß die persönliche Anhänglichkeit als bester Patriotismus galt, und daß der reinste Patriotismus von mehr sachlicher Art verdächtig angesehen wurde. Es ist nicht unmöglich daß solche Zeiten wiederkehren; aber es kann constatirt werden daß sie noch nicht da sind. Wahrscheinlich können sie nur wiederkehren auf dem Grunde eines frischen Verfassungslebens, und man hofft doch daß es höhern und allerhöchsten Orts mit einem solchen Leben ernstlich gemeint seyn werde. In Düsseldorf war es mit dem 15 Oct. anders. Dort strebt man raschen Schrittes Restaurationszuständen entgegen. Die Herrschaft der Massen ist im verflossenen Jahre in wenigen Orten so überwältigend gewesen als dort, und man sah schon früh Zeichen davon, schon vor drei Jahren als der König mit Pfeifen begrüßt und sogar mit Koth beworfen wurde. Die sittlichen Elemente mußten sich bald regen um das Vergangene vergessen zu machen, und so hat es denn auch vorgestern nicht an einer Festlichkeit gefehlt, zu welcher sich die Bürgerschaft zahlreich gedrängt hat. Daß dabei Eigennützigkeit unterläuft, ist unschädlich. Man ist in der Lage für's liebe Brod besorgt zu seyn. Zur Zeit der erwähnten pöbelhaften Auftritte war im Stadtrath die Frage gestellt: ob man den König festlich empfangen solle, und es hatten sich nicht wenige Stimmen verneinend entschieden. Diese Abstimmung ward mit dem Straßenunfug in Zusammenhang gebracht, und man ist der guten Stadt gar zu gram geworden. Es ist sogar Rede davon gewesen die Regierung nach Barmen und das Landgericht nach Crefeld zu verlegen, und man scheint darauf zu bestehen daß jene mißliebigen Stadtrathsmitglieder aus dem Collegium treten sollen. Der Advocatanwalt Weiler II hatte jüngst in Angelegenheiten der Düsseldorf-Aachener Eisenbahn Audienz in Potsdam, und man erzählt sich wunderliche Dinge von strengen Worten die dort gefallen seyn sollen. Diese Audienz bildet schon seit einer Woche in Düsseldorf das Tagesgespräch.

Tirol.

* **Aus Tirol,** im October. Die Vorgänge und Rückschritte der letzten Monate haben unser forschungseifriges Geschlecht zum mindesten mit einem neuen Vorwurf bereichert — mit der Aufgabe der Entdeckung Deutschlands. Dieser Begriff ist uns glücklich abhanden gekommen, und wir dürfen beinahe bei Erschaffung der Welt beginnen um ihn neu zu construiren. Wer weiß uns zu sagen wo obgenanntes Land anfängt, wo es aufhört? Vor jeder Thüre zwischen allen vier Winden mag man die alte vielgesungene Frage wiederholen, und die Antwort wird allezeit eine unverbürgte seyn. Im vorigen Jahr ging ich meiner Straße sichern Schrittes nach bis an den Tonnal und das Wormserjoch, bis an die olivengrauen Ufer des Gardasees in gutem Glauben und Willen dort die deutsche Gränze hüten zu helfen. Heuer geschah draußen in der Ebene schon manch schüchterner Tritt, fürchtend mit meinen deutschen Füßen bereits auf dem specifischen Boden anstößig zu werden — in den Bergen, den altbekannten, ging es zaghaft durch die Windungen der engen Straßen. An jeder Ecke konnte die Schranke stehen, mit einemmal der Grund weichen. „Such' — verloren!“ so lautete die Mahnung für den Wanderer, für tausend Herzen die sich einbilden ein Vaterland haben zu müssen. Indessen wich allmählich die Gemüthsanregung dem Eifer des wißbegierigen Reisenden, und als sich die Tiroler Hauptstadt um Person und Paß sorglich annahm, war mit Zuversicht zu rechnen auf unbefangenste Anschauung und objective Behandlung der gesammten wissenswerthen Dinge. Wo immer ein Deutscher fremd seyn mag, selbst außerhalb und innerhalb des Bundesgebietes von 1815, er kann nicht gewissenhaftern, belehrungseifrigern Blickes seine Brillen auf den Gegenstand seiner Untersuchung richten, als es meinerseits geschah in der Sonnenklarheit der Neustadt zu Innsbruck. Verändert war nichts an der Physiognomie der Stadt; für die alte Zutraulichkeit, die Heinrich Laube ehedem ihr absehen wollte, hat sie ja schon längst an „Welt“ zur Genüge gewonnen. Ein neues Toilettestück ist wohl das Prachthotel „zum Oesterreichischen Hof“, welches in seinen zahllosen Salons und Gemächern, in Belvedere und Park, Restauration und Pension die Wohlthaten und Hochgenüsse durchbildeter Gastlichkeit im alpenfrischen Rahmen darbietet — jedes Beefsteak mit einer Portion Aussicht; freilich schon in seinen Anfängen unbegriffen vom Patriarchenthum des Landes, das in den hohen Bogenfenstern des Tanzsaales Kennzeichen eines eingeschmuggelten „lutherischen Tempels“ noch rechtzeitig aufspürte. Doch nicht die Häuser, auch deren Bewohner bestimmen Gesichtszüge und Farbe einer Stadt — und so gemahnte dennoch manches an vorgegangene Veränderungen.

Das lebendigere Mienenspiel vom verflossenen Jahr hat sich zu einer höchst befriedigenden Gelassenheit abgespannt, und die Innsbrucker können als die Toggenburge debütiren in der bürgerlichen Ballade von 1849, in welcher die deutsche Erhebung ins Kloster geht. Am Rennwege schilderten wir damals die Bürgerwehren, jetzt von Graf Bissingen brieflich dazu eingeladen, der gute Ferdinand sah vom Balcon, wo der Gouverneur Brandis die Fahne aushing, deren Farben im Knopfloch getragen zu haben sich jetzt niemand mehr erinnern will; eben kamen die letzten Schützen heim von der Gränzwache in Riva. Werden sie das grüne Kreuz auf der weißen Armbinde bald nordwärts tragen? Auch in jener Welt-

gegend gibt's noch immer fremdes Land für sie — fremder vielleicht als das der fratelli Lombardi, die sie zum Wälschthum bekehren wollten.

Auf der Straße über den Brenner fehlten dießmal die heimkehrenden Piemontesen, Lustwandler aus den zur „Ordnung" gebrachten Landen jenseits der Scharnitz ersetzten ihre Stelle. Gott sey Dank die Maulthiere können wieder unbehindert im Nebel ihren Weg suchen, die Goldorangen sind wieder zu sehen für jene die so lange schon auf das Reifen der heimischen Holzäpfel warten. Unter dem ungeheuren Rebendach ging die Etsch neben uns durchs Thal, bedächtig und doch gefährlich. Man baut ihr jetzt Dämme in die Flanken. Der Constitutionalismus muß wohl auch solch ein Uferbau werden im tirolischen Volksleben. An der Etsch fanden sich endlich erfreuliche Spuren für den patriotischen Entdeckungsreisenden. Noch immer sagten die weinlesenden Bauern „die Gränze muß auf werden", und sagen sie's auch mit vieler Geduld, so ist doch keine Aussicht daß sie diese achte Bitte ihres Vaterunsers vergessen lernen. In Botzen that man sich eben um in der Eisenbahnfrage, der Eifer ist groß; auch die Innsbrucker, hörten wir, schicken deßhalb nach Wien. Also der Drang nach einem Anschluß ist geblieben, regt sich stets von neuem, wird nicht ermüden oder erlöschen, weil sie ins Fleisch schneidet die allgemeine Bedrängniß, die unabläugbare Nothwendigkeit erweiterten Verkehrs, erleichterten Waarentausches. Verfall und Gant steht vor der Hausthüre der schönsten Bauernhöfe im Etschlande — es will wenig fruchten daß Herr und Gesinde selbst ihren Eifer im Trinken verdoppelten. Der Geldschrank bleibt dabei leer, Kopf und Herz werden es. Sachverständige auch von draußen halten den Weinabsatz nach Schwaben und Bayern für mehr als gesichert, zumal da er eine verbesserte Erzeugung herbeiführen wird. Und wie erleichtert würde die Getreidezufuhr durch den Frachttausch! Diese Einsicht hat die Massen durchdrungen, und kündet sich an wo sie meint mit Erfolg vernommen zu werden, sie lebt von den seltsamsten Hoffnungen. Die „Südtirolische Zeitung" weiß als gegründete Volksmeinung es zu berichten daß die Ehrenmünzen der Landesvertheidiger zuversichtlich als „Capara", als Drangeld, angesehen werden für einen baldigen, fühlbareren Lohn, der in nichts anderm als in der gegebenen Möglichkeit eines Productenabsatzes bestehen soll. Man kann die Form roh finden in der sich der Drang nach der Einigung mit den Nachbarn ausspricht — aber einmal verwirklicht ist sie die haltbarste. Das inbrünstige „Auf soll es seyn gegen Bayern" des Bauers in einem Meraner Weintorkel hat wohl den Gehalt einer Offenbacher Volksrede oder eines Clubprogramms der Großdeutschen. Um von den letztern beziehungsweise ihrer Bedeutung in Tirol zu reden, so scheinen sie jene Gäste zu seyn denen auch beim Anklopfen nicht aufgethan wurde. Dieser Frost für die liebevoll gewidmete Blüthe der Stammverwandten und Mitsodalen wird vielleicht erklärlich durch einen einfachen Ueberblick der deutschen Sympathien hier zu Lande.

Das Alttirolerthum bedarf bekanntlich keiner Erweiterung seines gewohnten Tabernaculums; es muß jede Idee und jede Thatsache ablehnen die nicht mit historischen Almermues großgefüttert wurde. In achtenswerther Consequenz hat es die Frankfurter Versammlung und die Centralgewalt verhöhnt und abgewiesen, die Erbkaiserlichen anathematisirt, die Rumpfparlamentler den Preußen zur Verfügung gestellt und die Großdeutschen der neuesten Münchener Leseart — übersehen. Hat es seinen Organen, unbeschadet ihrer Gutgesinntheit, noch bis heute nicht entsprechen können das österreichische Staatsbürgerthum und seine Grundrechte rund und nett für das Tirolerland geltend zu achten, so versteht sich's bald daß man auf pangermanische Schwindeleien und Weitschweifigkeiten sich nicht einlassen kann. Diese Partei war allezeit insoweit ehrlich ihr Sonderthum in kein großherziges Gefühl zu vermummen für ein Gesammtvaterland. Sie blieb orthodox, demokratisch nach altem Tiroler Brauch gegen die Herren in den Kanzleien, und gut kaiserlich trotz offenen Mißbehagens an den Kaisergnaden vom März 1848. Deutsch konnte sie nicht seyn — sie wußte nichts anzufangen mit diesem Deutschthum. Es ist eine große Tüchtigkeit in diesem Selbstgenügen; aus den Alttirolern kann noch etwas so ganz neuzeitlich brauchbares werden daß ihre Leitmänner vor dieser Zukunft sich jetzt — vielleicht bekreuzen würden. Von allem dem haben die Großdeutschen nichts an sich zu entdecken. Ihr Ultramontanismus ist nicht inbrünstig; sie proclamiren die Herrschaft des Bureau, sie sind dynastisch ohne allen Seitenblick aufs Volk. Die Alttiroler bedürfen ihrer somit auch keineswegs — man stört sie nicht, aber man sieht in ihnen keine geeigneten Bundesgenossen. Hier lacht nicht einmal der Haruspex wenn er dem Gefährten aus dieser Schule begegnet. In anderer Weise, aber mit gleicher Bündigkeit versagen die Liberalen im Gebirge den angeblichen Freunden Dank und Beihülfe. Anfänglich als von diesen das lockende Fähnlein aufgeworfen wurde, ging unter der Fraction die im liberalen Credo auch noch eine Stelle für Deutschland offen hält, die Umfrage ob man sich mit den großgünstigen Nachbarn nicht ins Einvernehmen setzen sollte. Die Möglichkeit einer großdeutschen Filiale irgendwo in Tirol war im Mai noch denkbar — vier Wochen später schon nicht mehr. Die Freigesinnten sind hier keine Weiterdrängenden, keine Hinterhaltigen die einer loyalen Tarnkappe bedürfen, sie sind hier zumeist und im meisten regierungsfreundlich, geradezu ministeriell.

Alle Besonnenen und Ehrlichen glauben an die aufrichtigste Durchführung der Constitution durch das jetzige Ministerium; es ist auch bereits so viel an darauf Bezüglichem geschehen daß zu zweifeln sehr viel absolutes Mißtrauen erforderlich wäre. Eine Reihe von Einrichtungen und Anstrebungen lenken alle nach einer Straße ein, nach jener die den Bürger zur Gewährschaft seiner Rechte führt. Man stützt sich um so lieber auf die Staatsgewalten solange die Opposition im Separatismus und Absolutismus ihre Endzwecke sieht. Die Großdeutschen haben von beidem zuviel durch die fadendünne Nationalhülle schauen lassen, als daß nicht die hierländigen Liberalen der Brüderschaft ausweichen mußten. Was die Wiener Tageslitteratur, vorzüglich die „Presse", in letzterer Zeit über die eigentliche Absicht und Beschaffenheit der großdeutschen Partei zu sagen hatte, wurde in Tirol von allen Aufrichtigen unverzüglich unterzeichnet. Die Berliner Absichten und Bemühungen genießen gewiß bei den Tirolern keiner Bevorzugung; indessen mag man in München immerhin die übelvermerkte Phrase einstudiren von den „dankbaren und undankbaren Freunden". Das ostensible Protegiren Oesterreichs erscheint den Leuten nahezu erheiternd, die sich den Fall umgekehrt zu denken angewöhnt haben. Eine uneigennützige Freude des Nachbarvolks über Oesterreichs glorreiches Wiedererstehen aus Noth und Kampf, der Wunsch es im Bunde zu wissen, wird freudig und dankbar aufgenommen; was sich künstlich beigesellt mit wichtiger Miene und wohlgeneigter Handbewegung, vermittelnd, mit Entscheidungsstolz und maßgebend wo alles schon geschehen ist und wird, das kann sich keiner Anerkennung rühmen. Die bayerische Journalistik welche da und dort auf ein derartiges Geschick gewisser Bemühungen anspielte, hat vielleicht mehr als der Premier das Zunehmen des „österreichischen Geistes" in Anschlag gebracht, der trotz der Russenhülfe fühlt über welche gewaltigen Kräfte er verfügt um allen Möglichkeiten allein gewachsen zu seyn. Auch in Tirol, das eben sein Oesterreicherthum nie stark betonte und der Centralisation abholder ist als irgendein Kronland, regt sich das unabweisliche Bewußtseyn einem großen Staat anzugehören. Venedig und Ungarn schufen dem Kaiser neuen Credit. „'S ist sobald nicht umzubringen das Oesterreich", meinen selbst die Bauern, und zählen mit Zuversicht ihre Banknotenstücke. Deßhalb mögen die alten „Schwärmer" — so heißen wir, glaub' ich, die immer noch an ein einiges Deutschland denken — noch vom Glück sagen daß der Weinüberfluß und der Kornmangel ein Restchen Bedürfniß nach einem noch größeren Vaterland wach erhalten als es die Charte vom 4 März den Tirolern octroyirte. Warum soll die Liebe zum Vaterlande nicht in der Materie ihr Samenkörnlein bergen? Erreicht ihn, den Handelsverband zwischen den Kronländern des Kaiserstaats und den andern deutschen — „das übrige wird euch von selbst gegeben werden!" Eins wird alsdann auch aufhören was einer ehrlichen Seele allerwärts wehthun muß wo sie dieser deutschen Tugend begegnet — das Verläugnen der Gesinnung, das Verbergen unverbotener Wünsche und Hoffnungen, jenes Gebahren das die deutschgesinnten Tiroler nöthig erachten um als loyal zu gelten. Daß bei den hundert Festlichkeiten der Denkzeichen-Austheilung nicht mit einem Worte Deutschlands gedacht ward, das man treu vertheidigt hat, kann für keine Vergeßlichkeit ausgegeben werden. Niemals hätte man uns deutschen treugehorsamsten Seelen so viel zugemuthet, wenn wir nicht im beflissensten Servilismus von jeher alle Unwürdigkeiten der Begehrenden im vornhinein übertroffen hätten. Neulich zog ein Regiment Ungarn durch eine Tiroler Stadt; es war eine treugebliebene Schaar die in Italien gefochten hatte; ihre Musikbande spielte trotzdem den Magyaren die altgeliebten Lieder „Rakoczy's des Rebellen". Ob sich Spielleute fänden draußen selbst in „Großdeutschland" die noch das deutsche Lied anstimmen unter der Fahne ihres Landesvaters — ohne Furcht einen Hochverrathsversuch zu wagen?

Wien.

** Wien, 20 Oct. Wenn Sie mit mir in der Dämmerstunde, wo sich unsere Stadt mit Gas neu belebt, durch die wogenden Gassen schlendern könnten, Sie würden als ehrlicher Bürger des ehrsamen Augsburg, wo man auf ganze Straßenlänge einen guten Freund entgegengrüßen und bemerkt werden kann, die ganze Lust mitempfinden in einem Residenzgewühle sich als bescheidner Einzelner und als großer Decimalbruch der Straßenwelt zu fühlen. Das rennt, fährt, reitet, rauscht, wogt, bewegt, wiegt, begegnet, weicht, dreht und kreuzt sich! Alles geputzt, überall Flimmer, überall Luxus, und hundertfach wiederholt von dem kerzenreinen Glanz der Straßenlichter. Socialismus ist Chimäre, ein krankhafter Gedanken eines schwächlichen Magens, der sich am Abend noch mit

der Verdauung der Mittagstafel quält. Hier geht alles spazieren, Arm in Arm, das Tagwerk beginnt mit dem Frühstück im Kaffeehause — Spazierweg um sich Appetit zu holen — dann wird mit Würde und seiner Berechnung zu Mittag gespeist, zum Kaffee ein pikantes Journal, dann Theater, oder nein! Oper, dann zu Abend gespeist, dann — von den Geschäften ausgeruht. Das ist Scherz, werden Sie denken. Freilich Scherz, aber warum muß mir Wien just so vorkommen als ob alle Welt spazieren ginge? Warum sind die Kaufläden so zierlich aufgebaut, die Häuser so hell, ihre Scheiben so blank und groß, das Pflaster so platt? Warum haben die Leute lauter solche Feiertagsgesichter als wäre jeden Abend Christfest? Die Stadt ist immer so geleckt und froh daß sie mir — in der Geschwindigkeit kann ich gar nicht überlegen ob der Vergleich paßt — wie ein lichter Handschuh vorkommt den man sich weich und behaglich zum erstenmal über die Hand streift. Nicht wenig tragen dazu die saubern Uniformen bei die zahlreich die bunte Stadt mit ihren hellen Farben beleben. Die schlanken gefälligen Gestalten in den weißen Röcken könnten auch soldatenfeindlichen Menschen das Kriegshandwerk appetitlich machen. Welcher Unterschied mit den preußischen Truppen! Als wäre der grämliche nordische Himmel und hier die südliche Farbenlust auf den Waffenröcken abgespiegelt. Ich bin kein Militär, und es handelt sich hier nicht um einen Vergleich militärischer Tüchtigkeit, die in Preußen und Oesterreich gleich groß ist, aber mir kommt die Haltung der preußischen Truppen soldatischer vor. Die Preußen sind meistens hohe straffe Gestalten, des Königs Rock richtet den Mann gerade empor, sie dienen zum größern Theil auf Beförderung, und der Dienst selbst geschieht so gewissenhaft und mit einer Wichtigkeit wie nur ein Gelehrter seine Doctrin vortragen könnte. Den kaiserlichen Officieren merkt man an Schritt und Haltung noch etwas neben dem Officier an. Sie waren meistens Cavaliere ehe sie in die Armee traten, und das vergißt sich selten. Es scheint als hätte sie nur die Neigung zum Waffenglanz gelockt, Liebe, wie man die Kunst liebt; als ob mit der Geburt schon der Beruf ihnen bestimmt worden und Kriegsabenteuer Lustpartien wären. Die Sache hat aber eine ernste, folgenschwere Seite. Lesen Sie im gestrigen „Soldatenfreund" den ersten Artikel nach, wo sich eine Abhandlung findet bezüglich der Uebergabe Komorns. Es wird darin geklagt daß das Drama des ungarischen Kriegs mit einer Capitulation geendet, geklagt daß Komorn nicht ein zweites Marghera geworden, daß die österreichische Armee eine so instructive Belagerung und soviel Gelegenheit sich auszuzeichnen verloren, endlich daß man den Insurgenten nicht habe den Garaus machen, und daß nun von der Revolution schädlich ergriffene Theile sich im Lande wieder verbreiten und allerorten das Gift weitertragen können! „Leider", heißt es in dem Artikel, sollte Komorn nicht durch Muth und Kriegskunst fallen. In diesem „leider" liegt ein Stück österreichischer Geschichte. Man darf sich nicht wundern Aeußerungen des Bedauerns zu hören daß der Krieg schon vorbei sey. Zu allen Zeiten trat nach großen Kriegen eine solche Mißstimmung ein. Man lese nur Lessings Minna von Barnhelm nach, wo es an einer Stelle heißt: „Schon wieder ein Seufzer über den Frieden!" Aergert sich doch der Jurist wenn sich streitende Parteien vor Entscheidung der seltenen Rechtsfrage verglichen, ärgert sich der Arzt daß ihm sein Patient in der Nacht starb, während er ihm am Morgen eine köstliche Eiterbeule schneiden wollte, warum sollte sich der ächte Soldat nicht grämen daß ihm der ästhetische Genuß einer Komorner Belagerung entgangen? Es wird noch lange währen ehe sich die Armee wieder mit dem Friedenszustand befreundet. Beim Fechten strömt das Blut in Ueberfülle in den Arm, daß er noch lange nach der ritterlichen Uebung in seiner herausgeforderten Stärke zittert, und so ist es nach Kriegen im Staat. Auch begreift es sich ohne Mühe daß an diese Kriegslust und den Waffenschmuck sich eine Menge Dinge knüpfen die den bürgerlichen Staat in seiner Entwicklung hemmen, und so sehr mich auch die eleganten Gestalten in den saubern Uniformen bestochen, ich wünschte sie weniger zahlreich, um keine wegwünschen zu müssen.

Italien.

= **Neapel**, 13 Oct. Mehr denn fünf Wochen sind vorüber seit Pius IX den Palast von Portici bezogen, und noch ist von dessen Abreise nicht die Rede, und es hat allen Anschein daß der Jahrestag an welchem der Papst Rom und den Kirchenstaat verließ, herankommen wird ohne daß die Gegenwart des Vaters der Gläubigen der Hauptstadt wiedergeschenkt werden dürfte. Rom hats nicht besser verdient; aber für die Stadt wie fürs Land ists darum nicht minder ein Unglück, dem vielen Unglück beigesellt welches in diesem Jahr über beide gekommen ist. Auf die Regungslosigkeit des Lebens in Gaeta, wo höchstens ein Spaziergang nach dem Castell und längs den Festungswerken, ein Besuch auf den Schiffen oder eine Fahrt auf dem Landweg nach Mola die Gleichförmigkeit unterbrach, ist unterdeß eine Beweglichkeit gefolgt welche für einen päpstlichen Hof etwas ganz ungewöhnliches ist. Was würde Gregor XVI sagen, erwachte er wieder — nicht etwa über die politischen Dinge die ihm in dreijährigem Verlauf manchen Stoff zu Nutzanwendungen geboten haben dürften, sondern indem er seinen Nachfolger als Reisenden auf Dampfbooten und Eisenbahnen sähe, von denen namentlich letztere nebst den Hängebrücken in die Kategorie jener „Novità" gehörten welchen der alte Papst den Zugang zum Kirchenstaat hermetisch versperrte. (Das Eisenbahnfieber hat sich seitdem gelegt sowie die Cassen sich geleert haben!) Kaum vergeht ein Tag an welchem Pius IX nicht irgendeinen Ausflug macht. Bald besucht er Portici's nähere Umgebung, bald Neapel, wo er zahlreiche Kirchen und Klöster besichtigt. Auch dem Museo Borbonico ward die Ehre des Besuchs zu Theil, der Sammlung an Kunstwerken welche mit dem Vatican und British Museum, mit den Ufficien und dem Louvre wetteifert, und, wenn sie den beiden erstern in Bezug auf die Marmorsculpturen, so reich sie auch seyn mag, nicht gleichkommt, den beiden andern in Rücksicht auf Gemälde bei weitem den Preis lassen muß, doch jede Sammlung der Welt durch ihre Schätze an Bronzen und antiken Malereien unendlich übertrifft, welche die vom Vulcan verschütteten Städte ihr treu bewahrten. Eine Composition Mercadante's, des beliebten Operncomponisten und Directors des hiesigen Conservatoriums, welcher Neapels musikalischen Ruhm nach Paisiello, Cimarosa, Zingarelli, Bellini aufrecht hält, empfing den Papst, welchem Avellino, einer der gelehrtesten Archäologen unserer Zeit, als Cicerone diente. Nach Salerno ward ein Ausflug gemacht: das Grab Gregors VII war das vornehmste Ziel dieser Wanderung. Wie Pius IX hatte der große Hildebrand das empörte Rom verlassen müssen; wie jenem der König Neapels eine Zuflucht bot, so diesem der Normannenherzog von Apulien. Nach Monte Cassino erst, dann nach seiner Hauptstadt Salern führte Robert Guiscard den bejahrten Papst welcher dort nach wenigen Monden, am 25 Mai, von der Erde schied und in einer der Capellen des Doms beigesetzt ward, welchen Guiscard gebaut und welchen er selber geweiht hatte. Das Grabmal welches zugleich den Altar bildet, ist neu; die Kirche ist neu in ihrer gegenwärtigen Gestalt, und nur von der innern Ausschmückung ist einzelnes, Kanzel, Musive, Fußboden, einige Sculpturen erhalten; die Stadt ist neu und erinnert kaum durch irgendetwas an ihr hohes Alter. Des Papstes Fahrt, an welcher auch König Ferdinand theilnahm, glich einem Triumphzug, und an allen Orten der schönen Straße, in Pagani, Nocera, in dem malerischen La Cava, hatte das Volk der Umgebungen sich massenweise gesammelt. Ein Besuch im Lustschlosse Caserta, Karls III großartigstem Bau welchen die k. Familie seit wenigen Tagen bezogen hat, soll übermorgen zum Namensfest der Königin Marie Therese stattfinden.

⊥ **Rom**, 15 Oct. Die Ihnen früher mitgetheilte Nachricht von dem Entschluß Sr. Heiligkeit sich wieder nach Gaeta zu begeben war damals ganz wahr, heute ist sie es, wie es scheint, nicht mehr. In Portici wird seit zwei Tagen aus einer weniger gellenden Trompete geblasen. Man zeigt sich minder strenge gegen die französischen Einwendungen; man deutet an: der Papst, statt nach Gaeta zu gehen, könnte sich entschließen nach Velletri in seine eignen Staaten sich zu begeben, vielleicht wär' es gar nicht unmöglich, trotz dem früher gezeigten Widerwillen gegen seine gallischen Befreier, daß der heilige Vater sich bereden ließe nach Rom zu kommen. Kurz, man zeigt sich biegsamer, willfähriger; man billigt die von den französischen Behörden gegen Monsignor Savelli's Benehmen geführten Klagen, und es scheint gewiß daß dieser Stein des Anstoßes weggeräumt, und als Sündenbock in die Wüste gejagt werden wird, ein Pfand des künftigen guten Einverständnisses; man verspricht die liberalste Auslegung des päpstlichen Manifestes, und läßt sogar durchblicken als könnte man soweit gehen darin einige Modificationen eintreten zu lassen. Diese Decorations-Veränderung erfüllt manche gute Seele mit sanguinischen Hoffnungen, es gibt aber immer argwöhnische Leute welche geneigt sind hinter dem was gezeigt wird dasjenige zu suchen was man nicht zeigen will, und hier gaben sie der Sache folgende boshafte Auslegung. In diesem Augenblick wird in der französischen Kammer die römische Frage ausgefochten, das Ministerium und die Majorität werden einen harten Stand haben, denn sie haben nie der Opposition solch ein schönes Spiel gegeben als mit dieser, wie Hr. v. Tocqueville sie nennt, glorreichen Expedition. Wollen sie nun sich selbst und dem heil. Collegium aus der Klemme helfen, so müssen sie der Kammer, dem Lande die ungeheure Pille zu verschlucken geben, das Motuproprio vom 12 Sept. wäre wirklich eine dem berüchtigten Präsidentenbriefe gemachte Concession, und die Möglichkeit diesen Plan auszuführen bewog den zuerst widerstrebenden Theil des französischen Ministeriums das verhängnißvolle Schreiben als ein Factum der Regierung anzuerkennen. So aber wie das Motuproprio ist, und wie man dessen Auslegung und Aus-

führung von der bis jetzt gegen Frankreich fast feindseligen und gegen das Land durchaus reactionären Stimmung der Cardinals-Commission und des allgewaltigen Antonelli erwarten konnte, wär' es nicht möglich der Sache den beabsichtigten Anstrich zu geben, und somit die Pille gehörig zu versilbern. Es haben demnach die Freunde in Paris den Freunden in Portici gerathen, man möge sich für den Augenblick willfährig zeigen Frankreich zu Liebe die Bestimmungen des Motuproprio zu erweitern, man solle das Schmollen in Gaeta beiseite lassen, und glauben machen die überführenden Vorstellungen der französischen Diplomatie, und, was für den französischen Nationalstolz noch schmeichelhafter erscheint, die Furcht den Unwillen der mächtigen Nation zu reizen, hätten endlich alle Zweifel überwogen, kurz man stände auf dem Punkt einer Vereinbarung im französischen Sinn. Solche Nachrichten, im vortheilhaften Moment in Paris verbreitet, werden die öffentliche Stimmung besänftigen, die Gemüther beruhigen, die Vorwürfe der Opposition theilweise lähmen, und dem Ministerium möglich machen die Mehrzahl der Deputirten und die Bonapartische Coterie zu überzeugen das Manifest würde ganz im Sinn des Briefes des Präsidenten in Anwendung gebracht werden; der Zweck der Expedition wäre endlich durch die Geschicklichkeit der französischen Diplomatie und die Festigkeit und Beharrlichkeit des Ministeriums so gut als erreicht; folglich die Zurückberufung des kostspieligen Heeres möglich gemacht, und die Befürchtungen eines für die Finanzen verderblichen Krieges, oder eines ebenso schädlichen langen Zustandes der Ungewißheit glücklich beseitigt. So wird der Opposition der Mund gestopft, die geforderten Credite werden ohne etwaige unbequeme Clauseln votirt werden, das Ministerium — vielleicht von gewissen widerwärtigen Gliedern gereinigt — wird endlich frei athmen, und die erstickende Last dieser unseligen Expedition von seiner beschwerten Brust wälzen können. Ist der Coup de main fertig, ist die französische Armee bei der Nase nach Hause geführt, wie sie hergeführt worden, so hat die Comödie ein Ende und in Rom — bleibts beim Alten. So argwöhnen die hiesigen Pessimisten; wer aber kann zweifeln daß es in der Wirklichkeit doch besser gehen wird!

⊕ **Aus Mittelitalien**, 14 Oct. Man hat sich neulich, und zwar mit vollem Recht, über das Decret des jungen Herzogs von Parma gewundert, durch welches der Benedictinerorden in seinen Staaten aufgehoben und dessen Besitzungen eingezogen wurden. Ein katholischer Prinz und ein Bourbon — und der älteste Orden der abendländischen Christenheit, die Schule der Bildung des Mittelalters, um die Wissenschaft verdient wie kein anderer in allen Ländern, in Italien namentlich und Frankreich wo der Name der Benedictiner in hohen Ehren gehalten ist, und man oft noch äußern hört daß keine Akademie und gelehrte Gesellschaft ausführen könne was die Congregation von St. Maur ins Werk gesetzt und mit ruhiger Beharrlichkeit gefördert, bis die Revolutionen sie vertrieben. Und bei jenem Decret Herzog Karls III dachte man unwillkürlich an jenes seines Urgroßvaters Ferdinand, welches, die Verfolgung in Italien beginnend, die Gesellschaft Jesu auswies und den Sturm heraufbeschwor welcher Papst Clemens XIII in so arge Nöthen stürzte. Während uns solche Kunde von Parma kommt, erreicht uns eine andere aus Monte Cassino, des H. Benedict berühmter Stiftung, dem Mutterkloster des Ordens: es heißt neapolitanische Gendarmerie habe die Abtei durchsucht, habe in der Bibliothek selbst und im Archiv nach angeblich dort verborgenen Waffen geforscht, habe die Druckerei, aus welcher neuerdings verschiedene schätzbare Geschichtswerke hervorgegangen, und welche die Handschriften des Klosters nach und nach zugänglicher zu machen verhieß, verschlossen und versiegelt, und mehrere der Mönche zu schleunigster Abreise nach der Hauptstadt genöthigt, wo sie unter polizeilicher Aufsicht gehalten würden. Unter ihnen Don Lodovico Tosti, Pater-Bibliothekar, und in der ganzen gelehrten Welt bekannt durch seine Storia di Monte Cassino und seine Geschichte des Pontificats Bonifaz VIII, durch welche er sich Anspruch auf allgemeinen Dank erworben. Diese Dinge werden uns durch Reisende erzählt die aus dem Süden kommen, und wenn die liberale Richtung welcher sich Tosti in seinem letzten Buch über den Lombardenbund zugewandt, heutzutag weder in Rom noch in Neapel gefallen mag, so würden doch solche Maßregeln wie die obenberichteten nur das tiefste Bedauern erregen können. Gioberti hat in seinem Buche über den Primato civile und in späteren Werken den Benedictinerorden ebenso hoch gehoben wie er die Jesuiten tief gestellt; nun kommen die Jesuiten wieder herauf, und seltsamerweise wendet sich die Verfolgung welche irgendein Object finden muß, gegen die friedlichen Benedictiner, und läßt Monte Cassino eine Demüthigung erfahren, schlimmer in ihrer Art als der Ueberfall durch die Horden der französischen Republik im Kriege gegen Neapel.

Neuestes.

Augsburg, 23 Oct.

Oldenburg, 20 Oct. Der Landtag ist auf den 2 Nov. einberufen. Nach der Zeitung für Nordd. bestehen drei Viertel desselben aus den Mitgliedern des aufgelösten Landtags und würden 26 seiner Mitglieder sich gegen das Berliner Bündniß aussprechen, wenn dasselbe noch zur Sprache komme.

‖ **Paris**, 19 Oct. Der russische Geschäftsträger hatte in den letzten Tagen häufig Conferenzen mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Hr. v. Kisseleff hat erklärt daß der Kaiser von Rußland den Eintritt der französischen Flotte in die Dardanellen als eine Kriegserklärung ansähe. Daß sich übrigens unser Cabinet nicht noch in weitere diplomatische Verwicklungen einlasse, wiewohl es von England dazu getrieben wird, dessen können Sie überzeugt seyn. Zwischen dem Präsidenten der Republik und Hrn. Thiers herrscht ein Bruch, der — was auch gewisse Blätter behaupten mögen — schwerlich wieder beigelegt werden wird. Ludwig Bonaparte hat in einer der letzten Cabinetsberathungen offen erklärt daß er das Spiel welches die versteckten Orleanisten mit ihm spielen wollen, vollständig durchschaue. Er werde übrigens die Royalisten daran erinnern daß er der Erwählte von sechsthalb Millionen Bürger sey. Gewiß ist daß die sogenannte „Säbelpartei" dem Präsidenten zugethan ist, und gerade dieser schreibt man sein kräftigeres Auftreten zu. Rulhières wird demnächst ersetzt werden. Das Portefeuille des Kriegs ist dem General Lamoricière angeboten worden, allein noch ist keine Antwort erfolgt ob er dasselbe annehme. In sonst wohlunterrichteten Kreisen sprach man dieser Tage von einem größeren Privatanleihen, das der Präsident mit einem hiesigen Bankhaus abzuschließen auf dem Punkte stehe.

[3604—5] **PERROTIN,** éditeur de BÉRANGER et de l'HISTOIRE DES VILLES DE FRANCE, 3, place du Doyenné; et boulevart Montmartre, 22. — **EN VENTE:**

Pour l'**Allemagne** chez **A. Franck** à **Paris** et **Leipzig:**

LAMARTINE HISTOIRE DE LA REVOLUTION DE 1848,

2 forts volumes in-8 vélin, caractères et format des *Girondins*, des *Confidences*, de *Raphael*.

— PRIX: 12 fr. — par la poste 15 fr.

Ce beau livre est revu, corrigé et augmenté à chacun des nouveaux tirages nécessités par son immense succès. — On comprend que pour un ouvrage historique de cette importance, Mr. de Lamartine ait tenu, autant que possible, à introduire dans les tirages successifs les rectifications à lui suggérées par des notes nouvelles ou par de nouveaux renseignements.



(3783) **Neues Abonnement**

auf die Fliegenden Blätter.

Vom X. Bande

der

Fliegenden Blätter

sind die ersten 2 Nummern erschienen und durch die resp. Buchhandlungen, Postämter und Zeitungs-Expeditionen an die verehrlichen Abonnenten abgegangen.

Subscriptionspreis für den Band von 24 Nummern 3 fl. 36 kr. — 3 fl. C.M. oder 2 Rthlr.

☞ Die Fliegenden Blätter werden von hier aus jede Woche regelmäßig versandt, wir bitten also etwaige Reclamationen wegen verspäteten Empfangs ꝛc. lediglich an diejenige Buchhandlung oder Zeitungs-Expedition zu richten von welcher die Blätter bisher bezogen wurden.

München, den 15 October 1849.

Die Redaction und Expedition der Fliegenden Blätter.

Kasp. Braun u. Fr. Schneider

(3277—78) ☞ Bücher zu herabgesetzten Preisen. ☜

Verzeichniß werthvoller Werke

aus allen Fächern der Litteratur, welche von

F. A. Brockhaus in *Leipzig*

zu bedeutend ermässigten Preisen

durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen sind.

Exemplare dieses reichhaltigen Catalogs, mit Angabe der nähern Bedingungen, sind in allen Buchhandlungen gratis zu erhalten.

(3500—2) Leichtfaßliche theoretisch- **Cither-Schule.** praktische Anleitung die Schlagcither in kurzer Zeit spielen zu lernen. Enthaltend 45 methodisch fortschreitende Uebungsstücke: Ländler, Schnadahüpfeln, Walzer, Volks- und Alpenlieder, Choräle, Etüden u. s. w., sowie 7 Musikstücke für 2 Cithern. 5 Bogen kl. 8. mit einer die Besaitung der Cither und die Haltung der Hände erläuternden Tafel. Brosch. Preis 1 fl. 12 kr. od. 21 Ngr.

München. Verlag von Christian Kaiser.

[3742] Im Verlage der Unterzeichneten sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Hauslexikon.

Handbuch praktischer Lebenskenntnisse für alle Stände.

Acht Bände. Geheftet. Preis 12 Thlr. oder 21 fl. rhn.

Liederbuch des deutschen Volkes.

Ueber 1000 sangbare Lieder für Jung und Alt.

Geheftet, Preis 17 Ngr. oder 1 fl. rhn.

Leipzig, im October 1849. **Breitkopf u. Härtel.**

[3771—73] **Das allgemeine Geschäfts-Comptoir**

des **Anton Klepp** zu **Gratz** in Steiermark,

befindet sich nun am Hauptplatze im Schlosser'schen Hause Nr. 225 1. Stock, und empfiehlt sich allen welche in Steiermark oder in andern Provinzen Güter von kleinem und großem Umfange, Häuser oder andere Realitäten anzukaufen oder zu verkaufen gesonnen sind, zu gefälligen Aufträgen, indem selbes wegen der ausgebreiteten Correspondenz in der angenehmen Lage ist jedem nur möglichen Wunsche zu entsprechen.

(3738) Stuttgart. Bei uns ist erschienen und in jeder Buchhandlung zu haben:

Ludovike. Ein Lebensbild für christliche Mütter und Töchter von der Herausgeberin des Christbaums. Mit Vorwort von Karl Steiger. Nebst Originalbriefen von Schiller und dessen Schwester, Therese Huber und ihren Zeitgenossen. Zweite Ausgabe. Mit einem Titelkupfer. In engl. Einband 1 fl. 48 kr. od. 1 Thlr. 3 Ngr.

Es ist uns folgendes, dem Schreiben eines um Erziehung verdienten Mannes entnommene Urtheil über das vorliegende Buch mit der Erlaubniß zur Veröffentlichung zugekommen: „Nicht leicht ist mir ein Buch der Art, ich meine unter den Büchern die vorzugsweise das Gemüthsleben berühren, wie die von Daub, Strauß, Steiger, Jeremias Gotthelf und andern zur Hand gekommen, das mich so gefesselt hätte wie dieses. Leben und Lehre im innigsten Einklang, und diese so ungesucht, so von selbst aus dem reinen, natürlichen oder auch in andern Charakteren gegen die eigentliche Natur des Weibes sich darbietenden Verhalten sich ergebend, daß alles Beengende und bloß Moralisirende durchaus verbannt ist. Möchte dieses treffliche Buch in vieler Frauen Hände und dadurch in ihre Herzen Eingang finden, es müßte ihnen ein wahrer Spiegel zur Selbstschau hinsichtlich ihrer Bestimmung als Gattinnen und Mütter werden, und somit zugleich eine gediegene Erziehungsschrift zur Bildung der weiblichen Jugend. Gerade solche gediegene Schriften, die das innere Leben erheben und kräftigen durch Vorführen edler Charaktere, die unter Kampf und Mühen des Lebens Bestimmung zu erreichen ausersehen waren, thun in unserer Zeit, die so alles verflachen und nach dem Materiellen hinwenden will, ungemein noth."

Chr. Belser'sche Buchhandlung.

[3752] So eben ist in der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig erschienen:

Bülau, Friedr., Wie verhält sich der Berliner Vertrag vom 26 Mai 1849 und der an ihn geknüpfte Verfassungs-Entwurf zu den deutschen Bundesrechten? gr. 8. geh. 3 Ngr.

[3763] Bei E. O. Weller in Leipzig erscheint und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

M. Robespierre's sämmtliche Werke.

Mit Biographie und Porträt.

Erste Lieferung.

Das Werk wird 90—100 Bogen, à Lief. 5 Ngr. enthalten. Monatlich 2 — 3 Liefer.

Europäische Geheimnisse

eines

Mediatisirten.

Metternich und Europa.

Preis 1 Rthlr.

[3681—83] **Anerbieten.**

Für ein courantes Geschäft, welches selbst in den kleinsten Orten und auf dem Lande mit Vortheil betrieben werden kann, werden thätige und zuverläßige Agenten die am Platze und in der Umgegend unter Privatleuten hinlänglich bekannt sind, um dem Artikel die nöthige Verbreitung geben zu können, gesucht. Provision ist 25 Procent, und sind besondere kaufmännische Kenntnisse nicht erforderlich. Versiegelte Offerte mit Nr. 3681 und genauer Angabe des Wohnorts werden franco an die Expedition dieses Blattes adressirt.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von [illegible] Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag | Nr. 298. | 25 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Wolken über dem Interim); München (Frhr. v. Malzen nach Berlin. Kammerverhandlungen); Neuburg (das Appellationsgericht für Fortsetzung der Untersuchung gegen die Mitglieder des Rumpfparlaments); Augsburg (ein Proceß wegen Majestätsbeleidigung); Stuttgart (das Ministerium und die verfassungrevidirende Versammlung gegenüber der deutschen Frage. Erklärung vom Staatsrath Römer über seine Anwesenheit in Frankfurt. Alle Minister sollen ihre Entlassung eingereicht haben); Hechingen (auch hier politische Untersuchungen); Mannheim (Apotheker Rigel vor dem Standgericht); Karlsruhe (die Hinrichtungen eingestellt); Berlin (mit Ausnahme von Königreich Sachsen und Mecklenburg-Strelitz treten alle Vertreter des engern Bundes der preußischen Erklärung gegen den hannoverischen Protest bei. Die Erläuterungen über die Verhandlungen mit Bayern. Hr. v. Bodelschwingh stellt bestimmtere Vorschläge wegen des zu berufenden Reichstags in Aussicht); Wien (die Bitten der Serben. Die Provincialblätter. Drei neue Executionen in Pesth. Radetzky. Haynau. Dahlen); Graz (Eingehen des Constitutionellen Blatts aus Steiermark. Richard Rotter).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (neue Hinrichtungen).

Spanien. Milde gegen die Carlisten.

Großbritannien. Ein neuer Roman von Bulwer. Theobald †.

Frankreich. Mathieu's Rede. Erklärungen O.-Barrot's. Die Geldbedürfnisse der römischen Expedition mit großer Mehrheit bewilligt. Straßburg.

Dänemark.

Rußland und Polen. Petersburg (Fuad-Effendi, Fürst Radziwill und Graf Buol-Schauenstein).

Türkei. Belgrad, 12 Oct. Die Rüstungen der Pforte und Rußlands. Die Agitation in den türkischen Provinzen und auf den jonischen Inseln. Die drei übergetretenen Generale zu Paschas ernannt.

Beilage. Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten. (Die Erörterungen zwischen Fürst Wallerstein und Hrn. v. d. Pfordten.) — Die Verhältnisse in Baden. — Der Eisenbahncongreß in Wien. — Großbritannien. (Die Staatseinnahmen; der Hopfenbau; die Armentaxen.) — Der Proceß in Metz. — Laureani. — Turin. — Venedig. — Die Verwicklung der Pforte. (Briefe aus Alexandria und Konstantinopel.) — Karlsruhe. (Ein neues Wahlgesetz soll nicht octroyirt werden.) — Leipzig und Dresden. (Ausfall der Wahlen.)

Datum der Börsen: Madrid 16; Wien 22; Augsburg 24 Oct.

Deutschland.

x **Frankfurt a. M.**, 21 Oct. Ich habe schon gestern den auffallenden Unterschied in dem Verfahren der preußischen und österreichischen Regierung in der Sache des deutschen Interims hervorgehoben. Gerade daraus können neue Verwickelungen, neue Verlegenheiten in der deutschen Politik entstehen, ja sie sind, wie man hier befürchtet, bereits im Anzug. Soll das Interim nämlich den bayerischen und württembergischen Repräsentativkörpern zur Cognition vorgelegt werden, so ist der Fall denkbar daß österreichischerseits alles wieder in Frage gestellt sey, und was soll dann werden? Durch welche Mittel würde man diese renitenten Staaten zwingen wollen, oder würde die öffentliche Meinung sie moralisch nöthigen? Wahrhaftig die vielgeschmähte hiesige Nationalversammlung wird am Ende gegenüber diesen an Penelope's Gewebe erinnernden Experimenten noch zu Ehren kommen! Indessen glaubt man hier nicht daß namentlich Bayern gegen Oesterreich denselben Muth des Widerstands behaupten möchte wie gegen Preußen. Es müßte sich ja dabei auf den Römer'schen Regierungsstandpunkt stellen, was nach den Präcedentien des Münchener Cabinets nicht zu erwarten ist. Auch kömmt zu bedenken daß das Grollen nach einer Seite nicht mehr ausreicht, sondern daß man es seit dem 30 Sept. mit Oesterreich-Preußen zu thun habe. Wer darüber noch Zweifel hegt, den kann der von Ihnen kürzlich mitgetheilte Brief eines Staatsmanns aus Berlin völlig aufklären. Mögen Oesterreich und Preußen, was sogar voraussichtlich, späterhin auf dem Interimsfeld in politische Dissidien gerathen, darin werden und müssen sie gegenwärtig einig seyn: zur Herstellung des bereits festgültig übereingekommenen status quo mit allen Mitteln gemeinschaftlich zu wirken. Ein wesentliches Uebersehen scheint es mir jedoch daß in der Interimsacte nicht sogleich ein peremtorischer Einführungstermin bezeichnet worden ist.

Bayern. ⊙ **München**, 24 Oct. Der Gesandte am königlich württembergischen Hof Frhr. v. Malzen ist in gleicher Eigenschaft nach Berlin bestimmt, und hat dem Vernehmen nach den Auftrag erhalten sich ungesäumt dahin zu begeben.

⟂ **München.** (Schluß des Berichts über die eilfte Abgeordnetenkammer-Sitzung am 23 Oct.) Nach der Verhandlung über die deutsche Frage erregt eine Interpellation von nur localer Bedeutung natürlich wenig Interesse. Sie betrifft eine im Städtchen Lohr noch forterhobene Accise, und wird vom Finanzminister dahin beantwortet daß allerdings diese Abgabe aus verschiedenen Gründen fortbestanden sey, aber vom 1 Oct. an auch aufgehört habe. Mehr Aufmerksamkeit nimmt eine Anfrage des Dr. Jäger an das Kriegsministerium in Anspruch. Nach einer längern Auseinandersetzung der sie bedingenden Sachlage in der Pfalz läuft dieselbe schließlich auf drei Fragen hinaus: 1) Gedenkt das Ministerium den Kriegszustand in der Pfalz noch länger fortbestehen zu lassen, oder nicht? 2) Sollen alle dort befindlichen Truppen casernirt werden? 3) Auf welchen Rechtsgrund hin verlangt man von den Gemeinden die unentgeltliche Stellung der Casernenräume? Kriegsminister Lüder: Die Erhebungen der Regierung haben die Nothwendigkeit ergeben den Kriegszustand zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung vorerst noch fortbestehen zu lassen, da dessen Aufhebung nicht ohne Gefahr seyn würde. Uebrigens bezögen sich die Klagen der Pfälzer gar nicht sosehr auf diesen, sondern auf die durch die Einquartierung entstehende Belästigung und auf die Fouragelieferungen. Die Aufhebung der Fouragelieferungen herbeizuführen, sowie die Casernirung der Truppen unter Verminderung ihrer Zahl eintreten zu lassen seyen bereits Vorkehrungen getroffen. Zwei Orte hätten sich freiwillig angeboten Casernenräume herzustellen, im übrigen werde die Casernirung sich nur auf wenige Ortschaften beschränken. In den meisten derselben seyen hinreichende Casernenräume vorhanden, an anders sey nur die Anfrage, keine Anforderung gestellt worden, ob sie für solche Räume zu sorgen vermöchten. Wenn die Casernirung aber nicht rascher vorschreite, so möge man bedenken daß gerade in der jetzigen Jahreszeit die Einrichtungen für Aufnahme der Soldaten nicht ohne Schwierigkeit herzustellen seyen. Nachdem auch diese Angelegenheit erledigt ist, gelangt man endlich zur Tagesordnung, also zum Vortrag des Berichts des ersten Ausschusses (Referent Boyé) über den Entwurf des Gesetzes in Betreff des Verfahrens bei Preßvergehen in der Pfalz. Der Bericht beantragt sehr wesentliche Modificationen des Entwurfs. Aus der Berathung über den Gesetzentwurf, die provisorische Forterhebung der Steuern für 1849/50 betreffend, heben wir im nachfolgenden nur einige der hervorragendsten Bemerkungen aus. Noch vor dem Beginn der Discussion erklärte sich der Finanzminister mit dem Antrag des Ausschusses einverstanden daß die Forterhebung der Steuern nur bis zum 31 März festgesetzt werde, anstatt der vom Entwurf beantragten Forterhebung bis zum Ende des Jahres. Ein sehr weitläufig und mit großer Heftigkeit motivirter Antrag des Abg. Degenhard, welcher die Befugnisse des Ministeriums in der provisorischen Erhebung der Steuern noch erweitert wissen und daher an Stelle des eingebrachten einen ganz neuen Gesetzentwurf gesetzt wissen will, findet gar keine Unterstützung, kommt also gar nicht zur Verhandlung und darf auch hier übergangen werden. An Stelle des §. 1 des Entwurfs hat der Ausschuß eine Modification eingebracht. Ueber diese wird zunächst die Verhandlung eröffnet, und Abg. Stöcker sucht nachzuweisen daß durch die Ausnahme die Einkommen- und Capitalsteuer an den fortzuerhebenden Abgaben nur die minder wohlhabenden, wohl armen Classen herangezogen werden. Abg. v. Lerchenfeld tritt dieser Auffassung entgegen, sowie dem in Degenhards Antrag sich aussprechenden Gedanken daß durch den Entwurf der Capital- und Einkommensteuer stillschweigend abgeschafft werden solle. Sie sey nur auf dieß eine Jahr festgestellt gewesen, könne also gar nicht weiter erhoben wer-

ben. Abg. Fürst **Wallerstein** endlich benützt die gegebene Gelegenheit zu einer Erklärung in seinem und seiner politischen Freunde Namen. Der wesentliche Inhalt derselben faßt sich in dem Gedanken zusammen daß die Opposition, obgleich nicht übereinstimmend mit dem am Ruder befindlichen Regierungssystem, dennoch für den Gesetzentwurf stimmen werde, da sie der festen Ueberzeugung sey daß das Budget nicht vor Vollendung der Verfassungsrevision festgestellt und bewilligt werden könne. Eben deßhalb halte sie es für ihre Pflicht dahin mitzuwirken daß der Staatshaushalt nicht stocke. Da der Redner unter den Gründen der Unzufriedenheit mit dem Regierungssystem mitaufgeführt hat daß das verheißene Amnestiegesetz noch nicht vorgelegt sey, bemerkt der **Präsident**: die Anwesenheit des Justizministers sey eben durch die Absicht herbeigeführt nach dem Schlusse der Verhandlungen den Entwurf des verheißenen Amnestiegesetzes zu verlesen. Diese Erwartung übt augenscheinlich einen befördernden Einfluß auf die Erledigung des vorliegenden Entwurfs. Die Abgg. **Morgenstern**, **Stöcker** rc., welche sich noch in Bezug auf §. 1 aussprechen, werden nicht sehr aufmerksam gehört und dann die drei Gesetzesparagraphen ohne jede fernere Discussion in der vom Ausschuß beantragten Fassung, sowie das ganze Gesetz bei Namensaufruf mit 120 Stimmen gegen die einzige des Abg. Degenhard angenommen. Sonach lautet dasselbe: Wir rc. Art. 1. Das Staatsministerium der Finanzen ist ermächtigt die für 1848/49 bewilligten Steuern, mit Ausnahme der Einkommen- und Capitalsteuer, einstweilen gegen seinerzeitige Abrechnung auf die für die VIte Finanzperiode, in specie für das Jahr 1849/50 festzusetzenden Steuern an den Verfallzeiten nach den bisherigen Bestimmungen, jedoch mit Beschränkung auf die bis 31 März nächsthin verfallenden Ziele auch im Jahr 1849/50 zu erheben. Art. 2. Mit den nach Art. 1 zur provisorischen Erhebung kommenden Steuern sind auch die auf dieselben treffenden Kreisbeischläge, gleichfalls in dem für das Jahr 1848/49 bestimmten Maße, für 1849/50 zu erheben, gegen Abrechnung auf das Beischlagsquantum, welches innerhalb des für jeden Kreis zu bestimmenden Maximums durch den nächsten Landrathsabschied festgesetzt werden wird. Art. 3. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

|| **München**, 24 Oct. Die morgen statthabende Sitzung der Abgeordneten wird einiges interessante bringen: die Berathung des Gesetzes über das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz, und den Vortrag des Abgeordneten Rudhart Namens des ersten Ausschusses über den Antrag des Justizministeriums den Vollzug des gegen den Abgeordneten Fr. Schüler erlassenen Vorführungsbefehls betreffend. Aus dem Vortrag, auf den ich zurückkommen werde, entnehme ich daß der Ausschuß mit 7 gegen 1 Stimme (Breitenbach, Rudhart, Fink, Wening, Heigl, Paur und Prinz gegen Boyé; Kirchgeßner war wegen Unwohlseyn abwesend) einen Kammerbeschluß dahin beantragt: „daß die Kammer die Zustimmung zu dem Vollzug des am 27 Jul. 1849 gegen den Abgeordneten Fr. Schüler erlassenen Vorführungsbefehls (mandat d'amener) ertheile, vorbehaltlich des Rechts zu einem etwa später zu erlassenden Verhaftsbefehl (mandat d'arrêt) die Genehmigung zu geben." Es wird dabei ausdrücklich anerkannt daß die Ermächtigung zum Vollzug des Vorführungsbefehls für den Untersuchungsrichter auch die Befugniß der Erlassung eines Verwahrungsbefehls (mandat de dépôt) in sich schließe.

Neuburg. Wie man vernimmt, hat das königl. Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg in der Untersuchungssache der Mitglieder des Rumpfparlaments der Ansicht des Hrn. Staatsanwalts beigepflichtet. Sonach wird die Untersuchung gegen dieselben fortgeführt und haben sie noch in Haft zu bleiben. (Das neueste Amnestiegesetz spricht bekanntlich ihre Freilassung aus.)

Augsburg, 24 Oct. Gestern Nachmittags wurde vor dem kön. Kreis- und Stadtgericht ein Proceß wegen des Vergehens der Majestätsbeleidigung verhandelt, der, wie alle Processe der Art, den HH. Richtern wohl ebenso unleidlich war als dem Publicum. Ein Steinmetz Namens Müller war angeschuldet die dem Monarchen gebührende Ehrfurcht dadurch verletzt zu haben daß er im „weißen Roß" zu Donauwörth vor einem unbekannten alten Mann, der Wirthstochter und der Kellnerin, als eben erzählt wurde daß der Königszug komme, Worte ausstieß die wir nicht wiederholen wollen. Der Angeklagte behauptet den beiden Frauenzimmern gegenüber daß er nur gesagt habe, die Monarchen seyen jetzt nicht sicher, wenn sie auch in Wagen fahren die 50,000 Gulden kosten, in die Luft gesprengt zu werden, da fahre ein armer Hund besser auf dem Mistwagen. Der Angeklagte bleibt fest darauf stehen daß ein Mißverständniß obwalte. Der Hr. Staatsanwalt beantragte eine neunmonatliche Gefängnißstrafe, und da der Angeklagte ein Vermögen von 154 fl. besitze ihn theilweise in die Kosten zu verfällen. Der Hr. Vertheidiger beantragte Freisprechung, da, wie bekannt, Weiber gern übertreiben und ein Mißverständniß doch obwalten könne, eventuell beantragte er die geringste Strafe von 6 Monaten Gefängniß und Enthebung vom Kostenbeitrag, da 154 fl. für einen Mann der sein Brod suchen müsse, nur als Nothpfennig zu betrachten seyen. Der Angeklagte, ein anständig gekleideter und anscheinend ruhig besonnener Mann, bittet auch um Enthebung vom Kostenpunkte da er nach Amerika auswandern wolle. Das Publicum war entrüstet darüber daß dieser Mann mit gefesselten Händen durch die Straßen geführt wurde. Das Urtheil lautete auf 7 Monate Gefängniß und Tragung der Atzungskosten während der viermonatlichen Untersuchungshaft. Der Angeklagte erklärte der Nothwendigkeit weichen und die Strafe sogleich antreten zu wollen. (**Augsb. Tagbl.**)

Württemberg. *** **Stuttgart**, 22 Oct. Die Ungewißheit hinsichtlich der inneren Verhältnisse Württembergs in der nächsten Zukunft welche seit den Wahlen eingetreten war, ist gegenwärtig durch eine Meinungsverschiedenheit der Minister selbst gesteigert, wodurch schon allein das Bestehen der Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung unmöglich wurde. Duvernoy theilt die Ansichten Paul Pfizers über die preußische Hegemonie; bisher bot sich keine Veranlassung zur Uneinigkeit aus diesem Grunde; jetzt aber wo es sich um den Beitritt Württembergs zum Dreikönigsbündniß handelt, war ein Zerwürfniß unter den Ministern selbst unvermeidlich. Römer wird, so lange er an der Regierung bleibt, in einen Beitritt Württembergs unter den jetzt gebotenen Verhältnissen niemals einwilligen; Duvernoy, welcher die jedenfalls jetzt vergebliche Hoffnung gehegt zu haben scheint daß ein solcher günstigere Bedingungen für die Volksfreiheit erwirken würde, hat deßhalb seine Entlassung eingereicht. Jedenfalls hat Römer in seinem Verfahren beim Volk in Bezug auf Preußen eine feste Stütze. Allerdings hat sich die Partei welche sich zu jenem Staat hinneigt, in der letzten Zeit verstärkt und hier besonders Zuwachs erhalten; allein ein bedeutender und einflußreicher Theil der Conservativen (besonders Oberschwaben) ist weit davon entfernt sich ihr anzuschließen; bei den jetzt getrennten Fractionen der Altliberalen findet die Ansicht noch weniger Boden, und bei dem größeren Theil des Volkes ist die schon vorhandene Abneigung durch das standrechtliche Verfahren in Baden um so höher gesteigert. Zu den schon vorhandenen Schwierigkeiten ist somit die eines Ministerwechsels getreten. Von Römers Rücktritt ist in diesem Augenblick nicht die Rede; allein es frägt sich ob überhaupt eine Besetzung der erledigten Stellen durch seine politischen Freunde möglich ist. Eine Wiedervereinigung der früheren liberalen Partei ist durch den zwecklosen Antrag Schoders auf Anklage der Minister in der früheren Kammer (wegen des 16 Jun.) unmöglich geworden; Römer wird seinem Charakter gemäß nicht mit Männern transigiren die eine Anklage in jener Weise gegen ihn stellten und noch weniger dieselben als Collegen annehmen; ebenfalls unwahrscheinlich ist für ihn ein Zusammenwirken mit solchen denen er früher in politischer Hinsicht feindlich gegenüberstand. Die Schwierigkeit das Ministerium neu zu bilden kann unter diesen Umständen die Stellung Römers unhaltbar machen. Bliebe derselbe aber am Ruder, so ist seine Haltung der Kammer gegenüber gegeben. Es kann sich jetzt nur noch um die Rettung der Grundrechte oder um die Umbildung der Verfassung nach denselben handeln. Die Reichsverfassung ist durch die Ereignisse beseitigt; seitdem die Spitze derselben, worauf alles andere berechnet war, abgebrochen wurde, ist der ganze Bau derselben vereitelt. Auch ging bereits die Anerkennung der Reichsverfassung durch Württemberg von der Voraussetzung aus daß dieselbe in der damaligen Fassung von Preußen angenommen werde; die damalige Erklärung Römers in der Kammer daß Württemberg im entgegengesetzten Fall nicht gebunden sey, war deutlich genug. Die Leistung eines Eides auf die Reichsverfassung ist also in der Kammer nicht am Ort; wird dieselbe von der Mehrheit dennoch verlangt, so ist dieß Votum für das Bestehen der Versammlung entscheidend. Wir können nicht berichten was im Lager der Demokraten oder der Volkspartei, wie sie sich nennen, gegenwärtig vorgeht; dem Vernehmen nach wird dort auf die erneute Anerkennung der Reichsverfassung gedrungen und überhaupt eine bestimmte Opposition gegen die Regierung vorbereitet, während andere sich mit bloßer Durchführung der Grundrechte, soweit dieß einem Einzelstaat möglich ist, begnügen wollen, und von Bildung einer entschiedenen Oppositionsparte weit entfernt sind. Die Frage über den Eid muß gleich in den ersten Sitzungen die Entscheidung geben welche von diesen beiden Fractionen die Mehrheit bilden wird. Die erstere Fraction kann sich leicht verrechnen, wenn sie großen Anklang im Volk selbst zu finden glaubt: die Gemeinde- und Geschworenenwahlen sind zum großen Theil ganz anders ausgefallen als die der Abgeordneten. Geben solche Wahlen auch keinen durchaus bestimmten Beweis einer veränderten politischen Stimmung, weil locale Rücksichten immer dabei im Spiel sind, so ist dadurch wenigstens eine Andeutung geboten daß die demokratische Hitze sich abgekühlt hat.

Die Württemb. Ztg. bringt folgende Erklärung vom Staatsrath Römer: Oeffentliche Blätter haben meiner Reise nach Frankfurt politische Zwecke der verschiedensten Art beigelegt, und nun lese ich im Beobachter die dem Frankf. Journal entnommene Nachricht, „über den eigentlichen Zweck meiner Reise vernehme man zwar nichts verlässiges, aber so viel sey Thatsache daß ich verschiedene Conferenzen mit dem Präsidenten des Reichsministeriums, Prinzen A. v. Wittgenstein, sowie die Ehre gehabt habe vom Erzherzog Reichsverweser empfangen und zur Tafel gezogen zu werden." Ich habe bis jetzt zu allen diesen Nachrichten geschwiegen, weil sie nichts bestimmtes enthielten. Die bestimmte Sprache des F. J. aus welcher man Schlüsse auf politische Tendenzen der württembergischen Regierung ziehen könnte, nöthigt mich nun aber eine bestimmte Antwort zu geben. Ich habe den Hrn. Präsidenten des Reichsministeriums in meinem Leben noch nie gesehen, somit auch keine Conferenzen mit ihm gehabt. Ebensowenig habe ich die Ehre gehabt von dem Erzherzog Reichsverweser, der ohne Zweifel von meiner Anwesenheit in Frankfurt keine Kenntniß hatte, empfangen oder gar zur Tafel gezogen zu werden. Meine Reise nach Frankfurt hatte überhaupt keinen politischen Zweck, sondern einen gesundheitlichen. Hr. Staatsrath v. Ludwig gab mir schon vor mehreren Wochen den Rath eine Erholungsreise zu machen, und da ich im April d. J. so schnell von Frankfurt abberufen wurde daß ich mich von meinen dortigen Freunden nicht verabschieden konnte, so wählte ich als Ziel meiner Reise Frankfurt, um, neben der Erholung, jener Pflicht Genüge zu leisten. Hienach ist von allem was über diese meine Reise in öffentlichen Blättern zu lesen war nichts wahr, als daß ich am Geburtstage Sr. Maj. des Königs von Preußen die preußische Parade mitangesehen habe. Welche Folgerungen aus dieser wichtigen Thatsache gezogen werden wollen, überlasse ich dem Ermessen des geehrten Publicums. Stuttgart, den 23 Oct. 1849. Fr. Römer.

⊙**Stuttgart,** 24 Oct.*) Dem Vernehmen nach hat unser ganzes Ministerium gestern seine Entlassung eingereicht; ob sie ganz oder theilweise oder vorderhand gar nicht angenommen wird, vermag man noch nicht bestimmt zu sagen. Frhr. v. Linden war gestern zur königl. Tafel gezogen.

Hohenzollern. **Hechingen,** 19 Oct. Die politischen Untersuchungen befinden sich in vollem Gange und täglich finden zahlreiche Zeugenverhöre statt; unter den Verhafteten befinden sich Pfarrer Dibold von Thannheim und ein Schullehrer welcher im vorjährigen März dem regierenden Fürsten Realinjurien zufügte. Auch in Sigmaringen sollen die Untersuchungen nächstens beginnen. (Schw. M.)

Gr. Baden. **Mannheim,** 20 Oct. Heute stand Hofapotheker Migel vor dem Standgericht unter Anklage des Hochverraths, weil er die Stelle eines Civilcommissärs angenommen, das erste Aufgebot organisirt, eine Beschlagnahme der Früchte und des Viehstands der Grundherrschaft von Zobel zu Messelhausen verfügt, und ähnliches sich hatte zu Schulden kommen lassen. Sein Vertheidiger war Advocat Ladenburg. Das Gericht verwies den Angeklagten in Betracht mildernder Umstände vor die ordentlichen Gerichte. (D. Z.)

*__Aus Baden,__ 23 Oct. Wie man bestimmt vernimmt, hat die Regierung endlich beschlossen kein Todesurtheil mehr vollziehen zu lassen, und selbst die Einstellung des Standrechts überhaupt wird bald erwartet, wenngleich wie natürlich der Kriegszustand im übrigen noch fortdauern wird. Alles hat seine Zeit, und wenngleich bei Bekämpfung und unmittelbar nach der Bewältigung der Revolution das Martialgesetz am Platz ist, so widerstrebt es gleichwohl dem sittlichen Gefühl wenn noch lange fort nach wiederhergestellter äußerer Ruhe die Kriegsleute über die Verbrechen der Bürger selbst urtheilen sollen. Eine innere Besserung wird dadurch doch nicht bewirkt, und diese Art von Justiz, wenn sie lange über die Zeit der äußeren Gefahr hinaus dauert, unterhält und stärkt in der Bevölkerung nur den Gedanken daß die Untergebenen und die Staatsgewalt sich gegen einander im Krieg befinden, auf beiden Seiten also ein Kriegsrecht statt einer Verpflichtung unter die Verfassung und unter das Gesetz bestehe. Es gibt zwar viele die ohne nähere Einsicht in unsere Lage und Entwicklungsgeschichte in dem Liberalismus und in der Milde des vorigen Ministeriums eine bedeutende Mitursache der eingetretenen Ereignisse erblicken, und die selbst dem neuen Ministerium noch zu große Nachsicht und Scheu vor stärkeren reactionären Maßregeln vorwerfen. Diese werden, wenn das Standrecht aufgehoben wird, ein Zetergeschrei erheben. Aber auf die Extreme beider Seiten dürfen Staatsmänner bei ihren Schritten keine Rücksicht nehmen.

*) Wir erhalten diese Nachricht, über die uns noch kein anderer Bericht zugekommen, von keinem unserer gewöhnlichen Correspondenten, aber aus einer in der Regel gutunterrichteten Quelle.

Preußen. Von dem Protokoll der Sitzung des deutschen Verwaltungsraths am 17 Oct. liegt der Schluß im Preußischen Staatsanzeiger vom 23 Oct. vor. Die Mitglieder des Verwaltungsraths sprechen sich über die hannoverischen Vorbehalt und die preußische Beantwortung der hannoverschen Rechtsausführung aus. Mit Ausnahme des königl. sächsischen und großh. mecklenburg-strelitzischen Bevollmächtigten treten sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsraths der preußischen Regierung in ihrer Beantwortung der hannoverischen Rechtsausführung bei. Die meisten von ihnen stützen sich dabei auf den Umstand daß bei den Verhandlungen die ihre Regierung vor dem Beitritt zum Bündniß mit dem Verwaltungsrath pflog, bestimmt erklärt ward „es seyen neben dem Bundesvertrag vom 26 Mai und den zugehörigen Entwürfen der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes sowie der begleitenden Denkschrift anderweitige Vereinbarungen und Erklärungen, welche für die sich verbündenden Regierungen maßgebend seyn könnten, nicht vorhanden": daß also dem „Vorbehalt, auf welchen jetzt zum erstenmale Bezug genommen wird, eine die rechtliche Wirkung der durch das Bündniß gegebenen Verhältnisse beeinträchtigende Kraft nicht zugestanden werden könne." Für die nächste Sitzung kündigt der Vorsitzende an daß er bestimmte Vorschläge der preußischen Regierung vorlegen werde, bezüglich: a) der Modificationen des Verfassungsentwurfs, b) der Anberaumung und sofortigen Veröffentlichung eines Wahltermins für den nächsten Reichstag, c) des Orts zur Abhaltung des nächsten Reichstags und d) der Art und Weise in welcher der Verwaltungsrath demnächst mit dem versammelten Reichstag verhandeln werde.

Berlin, 20 Oct. Die über den Antrag des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten fortgesetzte Berathung des Verwaltungsraths folgt nachstehend in protokollarischer Feststellung. Verhandelt, Berlin, 17 Oct. 1849, Abends 6 Uhr, in Gegenwart aller in der Sitzung vom 9 d. Anwesenden; sodann des herzogl. anhalt-bernburgischen Bevollmächtigten, Oberconsistorialraths Walther, und des herzogl. anhalt-dessauischen Bevollmächtigten, Ministers v. Plötz. Nachdem die in der Sitzung vom 9 d. beschlossene Wahl einer Commission zur Erledigung des in derselben Sitzung genehmigten Zusatzantrages des großherzogl. badischen Bevollmächtigten vollzogen, und diese Commission in dem königl. sächsischen Bevollmächtigten, dem großherzogl. badischen Bevollmächtigten und dem Bevollmächtigten der freien und Hansestadt Hamburg constituirt ist, erklärt sich der Vorsitzende in Stand gesetzt seinem in der Sitzung vom 5 d. gegebenen Versprechen genügen, und über die zwischen der königl. preußischen und der königl. bayerischen Regierung gepflogenen, der Ablehnung der letzteren Regierung vorgängigen Verhandlungen nunmehr nähere Mittheilung machen zu können. Hierauf trägt er folgendes vor: Nach Inhalt der den Kammern vorgelegten Actenstücke über den Abschluß des Bündnisses vom 26 März d. J. hatte der königl. bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld an den Verhandlungen, welche diesem Bündniß vorangingen, unausgesetzt theilgenommen, in der Schlußsitzung aber auf die königl. preußischen Propositionen, bestehend in a) dem deutschen Verfassungsentwurf, b) dem Entwurf eines Wahlgesetzes, c) dem Entwurf einer Circularnote an die deutschen Regierungen, erklärt: daß er noch außer Stande sey sich über diese Vorlagen auszusprechen, deßhalb seine Erklärung offen halten müsse, solche jedoch noch vor Entsendung jener Circularnote abgeben zu können hoffe. Diese Hoffnung wurde nicht verwirklicht; auch erfolgte eine weitere Erklärung des Hrn. Gesandten nicht; wohl aber drückte der inmittelst in Berlin eingetroffene königl. bayerische Minister v. d. Pfordten in einem Schreiben vom 22 Jun. d. J. dem Ministerpräsidenten Grafen v. Brandenburg den Wunsch aus neue Unterhandlungen über die deutsche Angelegenheit, zunächst über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt und eventuell über die definitive Gestaltung der deutschen Gesammtverfassung, unter Betheiligung des k. k. österreichischen Hrn. Gesandten anzuknüpfen.

Preußischerseits wurde diese Eröffnung unterm 23 Jun. dahin erwiedert daß man den Wunsch einer allseitigen Verständigung über die deutsche Frage vollkommen theile, daß aber über die Bildung einer neuen Centralgewalt mit der kais. österreichischen Regierung directe Unterhandlungen angeknüpft seyen und der Antwort auf diesseitige Propositionen entgegengesehen werde; was die definitive Ordnung der deutschen Verfassung betreffe, so halte die königl. preußische Regierung an der Nothwenkeit der Bildung eines Bundesstaats fest; die darauf bezüglichen, auf eine praktische Lösung der Frage zielenden Vorschläge Preußens, sowie deren Motivirung seyen der königl. bayerischen Regierung durch die Theilnahme ihres Bevollmächtigten an den bezüglichen Verhandlungen vollständig bekannt geworden; die einschlagenden Vorschläge des Ministers v. d. Pfordten werde man mit Vergnügen entgegennehmen; bezüglich des Verhältnisses des zu bildenden Bundesstaats zu denjenigen deutschen Regierungen welche demselben beizutreten nicht veranlaßt seyn möchten, bleibe die königliche Regierung mit ihren Bundesgenossen auf der Basis der Bundes-

verträge von 1815; zu jeder Verständigung über das Verhältniß zu diesen Regierungen sey sie bereit und werde darauf abzielende Vorschläge gern in Erwägung ziehen, namentlich werde es sehr willkommen seyn wenn der k. k. österreichische Gesandte in der Lage seyn sollte die Anträge und Vorschläge seiner Regierung über dieses Verhältniß abzugeben; das preußische Bündniß könne übrigens die Bildung einer provisorischen Centralgewalt nur erleichtern und vereinfachen, das Verhältniß des Bündnisses zu dieser Gewalt aber nur von dem Standpunkt der Gemeinschaft aufgefaßt werden; auch hierüber werde man die Vorschläge Bayerns gern entgegennehmen und solche demnächst den Verbündeten vorlegen.

Nach diesem Notenwechsel wurden königl. preußischerseits der General v. Radowitz und der Unterstaatssecretär Graf v. Bülow mit Führung der vertraulichen Unterhandlung beauftragt. Ueber den Inhalt und das Ergebniß dieser Verhandlungen geben zwei officielle Berichte der k. preußischen Commissarien vom 27 Jun. und 30 Jun. d. J., zwei Noten des Hrn. Ministers v. d. Pfordten vom 1 und 2 Jul. und eine nicht weiter beantwortete Erwiederung des Grafen Brandenburg vom 3 ejd., welche durch den Druck bereits veröffentlicht sind, Auskunft; außerdem aber sind in den vorliegenden Acten auch noch Notizen über eine engere Besprechung des Generals v. Radowitz mit dem Minister v. d. Pfordten enthalten. Der Inhalt dieser Actenstücke kann, soweit sich dieselben auf das Verhältniß Bayerns zu dem Bündniß vom 26 Mai beziehen, in nachstehendem zusammengefaßt werden. Der k. bayerische Minister spricht sich zunächst über das Bündniß selbst dahin aus daß gegen dasselbe weder von Seite Oesterreichs noch bayerischerseits etwas einzuwenden, für Bayern aber auch kein Bedürfniß vorhanden sey in dasselbe einzutreten, da es keines Schutzes bedürftig sey. Was aber den von Preußen vorgeschlagenen Verfassungsentwurf betreffe, so könne Bayern demselben nicht unbedingt beitreten, gebe aber die Hoffnung einer Verständigung nicht auf; die Hauptschwierigkeit bilde die Oberhauptsfrage, und daher komme es zunächst darauf an ob Preußen an der Fassung des dritten Abschnittes des Entwurfs unbedingt festhalten werde. Auf die diesseitige Erwiederung daß das Princip desselben unangetastet bleiben müsse, in der speciellen Ausführung des Princips aber wohlbegründeten Einwendungen das Gehör nicht versagt werden würde; daß die Executive aus mehrfachen Gründen einheitlich bleiben müsse in ihrem Wechselverhältniß zu dem legislativen Factor, dagegen mannichfache Fassungen möglich seyen, wurde weiter verabredet daß eine vermittelnde Fassung jenes Abschnitts versucht werden solle. In Folge dieser Verabredung wurden von dem Minister v. d. Pfordten neue Redactionen nicht nur des Abschnitts III, sondern auch theilweise der Abschnitte I, II, VI der proponirten Reichsverfassung vorgelegt. Diese Abänderungsvorschläge gehen, soweit sie den Abschnitt III betreffen, einfach dahin: den Begriff des Reichsvorstandes ganz zu eliminiren und dessen Befugnisse dem Fürstencollegium mit zu übertragen. Demgemäß ist §. 65 dahin gefaßt: Die Regierung des Reichs wird von einem Fürstencollegium unter dem Vorsitz eines Mitgliedes geführt. Der §. 66 soll sodann wegfallen, der §. 67 unverändert bleiben, unter dem Vorbehalt daß durch den Beitritt Oesterreichs natürlich 7 Stimmen entstehen werden. Demnächst soll ein Paragraph eingeschaltet werden des Inhaltes: Den Vorsitz führt, solange Oesterreich nicht beigetreten ist, Preußen. Nach dem Beitritt Oesterreichs wechselt derselbe zwischen Oesterreich und Preußen. Die Stellvertretung hat Bayern. Die übrigen vorgeschlagenen Abänderungen zu diesem Abschnitt ergeben sich von selbst, indem statt Reichsvorstand immer Fürstencollegium gesetzt werden soll. Die §§. 1 und 2 sind, um Oesterreichs Eintritt zu ermöglichen (anscheinend jedoch im Widerspruch mit §. 67), in folgender Weise gefaßt: Abschnitt I. Das Reich. §. 1. Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete des bisherigen deutschen Bundes. Die Festsetzung der Verhältnisse des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten. §. 2. Steht mit einem deutschen Staate ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem deutschen Staate keinen Eintrag thun. Nach der Redaction des §. 7 wird den deutschen Staaten das Recht Gesandte zu empfangen und abzusenden, sowohl an die Reichsgewalt als an andere deutsche oder ausländische Staaten, beigelegt. Nach den Vorschlägen zu §§. 13, 14, 17, 18 und 19 soll die Einwirkung der Reichsgewalt auf das Heerwesen, verglichen mit dem diesseitigen Vorschlag, erheblich beschränkt und im wesentlichen auf das Maß zurückgeführt werden welches dem deutschen Bunde zustand. Im §. 33 sollen bei der Bestimmung über die Bildung eines Zoll- und Handelsgebietes die Worte: „mit Wegfall aller Binnengränz-Zölle" gestrichen werden. Die Fassung der §§. 34, 35 und 36 soll die Solidarität der Productions- und Verbrauchssteuern beschränken, und ebenso zielen die Abänderungsvorschläge zu den §§. 39 bis 46 dahin die Einwirkung der Reichsgewalt auf das Gewerbewesen zu vermindern. Nach den Vorschlägen zu §. 55 und 56 soll die Reichsgesetzgebung sich nicht auf die Bestimmungen über das Staatsbürger- und Heimathsrecht erstrecken. Die zu §. 131 gemachten Vorschläge wollen das Recht Liegenschaften zu erwerben, darüber zu verfügen, Nahrungszweige zu betreiben, Gemeindebürgerrechte zu gewinnen u. s. w. der Particulargesetzgebung vorbehalten. Der §. 135 will das Recht der Stellvertretung bei Erfüllung der Wehrpflicht erhalten. Die Verordnungen zu den §§. 145 und 151, von den Religionsgesellschaften und von dem Erziehungswesen handelnd, sind weniger durchgreifend. Nach dem Vorschlage des §. 68 sollen die Familien-Fideicommisse nicht aufgehoben, sondern verallgemeinert werden. Nach §. 170 soll die Strafe der Confiscation gegen Deserteure beibehalten und endlich im §. 173 statt „Ausnahmsgerichte" Specialgerichte gesetzt werden. General v. Radowitz beantwortete diese Propositionen des k. bayerischen Ministers — wiewohl ohne Ermächtigung des diesseitigen Gouvernements — also lediglich nach seiner Ansicht. 1) Was den Abschnitt III betrifft, durch ein vollständiges Gegenproject, in welchem jedoch alle wesentlichen Befugnisse des Reichsvorstandes als alleiniger Executivbehörde festgehalten werden und nur die Form des Ausdrucks-Modus sich ändert, indem er für §. 65 und 66 vorschlägt: §. 65. Die Regierung des Reichs wird von einem Fürstencollegium geführt, an dessen Spitze ein Reichsvorstand steht. §. 66. Das Fürstencollegium besteht ꝛc. (wie §. 67 des Entwurfs), dann §. 67 unverändert folgen läßt und den folgenden Paragraphen dahin fassen will: §. 67. Die Reichsvorstandschaft ist mit der ersten Stimme im Fürstencollegium verbunden. In Betreff der obigen Abänderungsvorschläge lautet die Antwort allgemein dahin daß man sich allen mit dem Princip des Bundesstaats und seinen wesentlichsten Bedingungen irgend verträglichen Aenderungen gern nähere, dieses Princip aber durchaus festhalten müsse. Als mit diesem Princip wesentlich verbunden werde namentlich die Vertretung der Bundesglieder durch den Reichsvorstand in Beziehung auf den diplomatischen Verkehr, die Aufrechterhaltung der Einheit des Zollgebiets, die Ausschließung der Stellvertretung bei der Wehrpflicht bezeichnet. Schließlich äußert General v. Radowitz daß es nun von der bayerischen Regierung abhängen werde diese und andere Punkte zur förmlichen Verhandlung mit den verbündeten Regierungen zu bringen; wünschenswerth würde es seyn wenn diese Verständigung vor Einberufung des Reichstags erzielt werden könne. Minister von der Pfordten hat in Folge dieser Unterhandlungen die zwei durch den Druck bekannt gewordenen Schreiben vom 1 und 2 Jul. an den kön. preußischen Minister-Präsidenten gerichtet. Das erstere beschäftigt sich nur mit der Frage über die provisorische Reichsgewalt, und kommt daher hier nicht in Betracht. Das zweite aber äußert sich über jene Verhandlungen dahin daß durch die Zugeständnisse des Generals v. Radowitz über den Abschnitt III die Schwierigkeiten nicht beseitigt seyen welche einer Vereinigung über den Verfassungentwurf entgegengestanden, indem auch danach die Reichsvorstandschaft in einer Weise gestaltet bliebe welche die Fortdauer der Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland in Frage stelle, überdieß aber auch den andern deutschen Staaten Opfer auferlege die gerade für Bayern am empfindlichsten seyen. Auch in dem 2ten und 6ten Abschnitt blieben Bestimmungen stehen welche die materielle Wohlfahrt bayerischer Staatsangehöriger erheblichen Gefahren aussetzen. Er kann daher diesen Bestimmungen im Namen der bayerischen Regierung nicht beitreten. Uebrigens werde es, wenn noch eine Ausgleichung zu Stande komme, für die Berufung des Reichstags des Beitritts Bayerns zu dem Bündniß nicht bedürfen; vielmehr werde man sich nur über das Wahlgesetz zu verständigen haben. In dieser Beziehung werden die preußischen Propositionen in ihren Grundzügen als ersprießlich anerkannt und nur nach den besondern Verhältnissen Bayerns modificirt werden müssen. In der Erwiederung des Grafen von Brandenburg auf diese Noten wird zunächst hervorgehoben daß die sich auf definitive Ordnung der deutschen Verhältnisse beziehenden Schritte und die Bildung einer provisorischen Centralgewalt so connex seyen daß sie nicht getrennt werden könnten; eine neue provisorische Ordnung werde nur dann eine wahrhaft heilsame Wirkung in Deutschland üben können, wenn man der Nation zugleich die sichere Aussicht auf eine ihren wahren Bedürfnissen entsprechende definitive Verfassung darbieten könne. Die auf Bildung der Centralgewalt gerichteten neuesten Vorschläge werde daher die preußische Regierung aus jenem Gesichtspunkte ins Auge fassen und sich baldigst darüber erklären. Was aber die Verfassungsfrage betreffe, so könne darüber kein Zweifel bestehen daß diesseits auf ein Einverständniß mit Bayern der größte Werth gelegt werde; die Frage über den Zutritt Bayerns sey bis dahin in Folge der Schlußerklärung nach den gemeinsam gepflogenen Verhandlungen als eine offene behandelt; die vertraulichen Unterredungen mit dem Minister von der Pfordten werden diesen von dem Bestreben nach einer Einigung überzeugt haben, indem namentlich in Beziehung auf Artikel III des Verfassungentwurfs Zugeständnisse in Aussicht gestellt seyen welche bis an die äußerste Gränze gingen, die ohne Gefährdung der unabänderlichen

Grundlagen des Bundesstaats nicht überschritten werden könnten. Wenn demnach Bayern immer noch in diesem Artikel die Hauptschwierigkeit gegen die Einigung finde, so hoffe man doch daß dasselbe auf dem von ihm geltend gemachten Bedenken nicht unabänderlich beharren würde, da sich dann leicht die nöthigen Anknüpfungspunkte finden werden. In diesem Fall sehe man weiterer Erklärung entgegen um die Verhandlungen fortsetzen zu können. Sollte — wie zu hoffen — in diesem Weg eine Einigung über die wesentlichsten Punkte zu erzielen seyn, so werde diese Einigung die Grundlage für die Instruction der Commissarien bilden welche auf dem zu berufenden Reichstag die gemeinsamen Vorlagen vom 28 Mai zu vertreten hätten. Diese Eröffnung ist ohne Erwiederung geblieben bis die königl. bayerische Regierung bei Eröffnung ihrer Kammern sich hinlänglich darüber ausgesprochen hat: daß sie sich wenigstens für jetzt dem Bündniß vom 26 Mai d. J. anzuschließen nicht bereit sey. Der Vorsitzende hofft daß diese kurze, aber getreue Relation genügen werde den königl. sächsischen Bevollmächtigten zu überzeugen daß die Unterhandlungen mit der königl. bayerischen Regierung nicht durch einen seitens der königl. preußischen Regierung bewiesenenn Mangel an Nachgiebigkeit gescheitert sind, ja er glaubt annehmen zu dürfen daß die hier vorläufig in Aussicht gestellten Zugeständnisse in Beziehung auf Abänderungen des Verfassungsentwurfs kaum des allseitigen Zugeständnisses der verbündeten Regierungen sich zu erfreuen gehabt haben würden; ein Zugeständniß ohne welches anerkanntermaßen Abänderungen nicht zulässig seyen. Der Vorsitzende schließt mit der Bemerkung daß die in seinem Vortrag in Bezug genommenen Actenstücke zur näheren Einsicht der Mitglieder auf der Canzlei des Verwaltungsraths offen liegen werden. Der königl. sächsische Bevollmächtigte ist für die durch den Vorsitzenden erstatteten Mittheilungen über die bayerischen Verhandlungen um so dankbarer als die ganzen Specialitäten seitens der königl. bayerischen Regierung bereits veröffentlicht seyen, später jedoch wieder in Frage gestellt worden was davon für officiell und und was für nicht officiell zu erachten bleibe.

(Beschluß folgt.)

Oesterreich. — Wien, 21 Oct. Die Ost d. Post drückt in ihrem heutigen Leitartikel ihre Zufriedenheit aus daß durch das Interim die Verträge von 1815 wiederhergestellt worden sind, d. h. daß in unsern unglücklichen Zwitterzuständen, die zwischen revolutionären Thatsachen und „vergilbtem Papier" wie die Schatten der Dante'schen Hölle umherschwanken, wenigstens ein fester Boden, ein Ansatzpunkt der nunmehrigen Rechtsentwicklung aufs neue gewonnen ist. „Wir sind nicht blind," sagt sie, „gegen die gefährlichen Seiten des neuen Interimsvertrags, nicht blind gegen die Rücksichtslosigkeit mit der man die Wünsche und Bemühungen des deutschen Volks und seiner Vertreter im vorigen Jahre ignorirt, nicht blind gegen die schlimme Lage in welche die kleinern deutschen Staaten gegenüber den beiden Großstaaten gerathen, aber die Hauptsache ist daß man erst den Stoff, den Boden, den Länderumfang besitzt welcher Deutschland bilden soll. Dieser Stoff, dieser Boden drohte verloren zu gehen, verkürzt und geschwächt zu werden. Das Interim erobert ihn wieder. Dieß ist ein Verdienst, ein größeres Verdienst als der sogenannte Dreikönigsbund, der um eine Form zu retten ein Drittel Deutschlands über Bord werfen wollte. Das Interim ist kein Definitivum; wie letzteres sich aber auch gestalten möge, zehnmal lieber ist uns selbst der alte Bund, wenn er das ganze Territorium umfaßt, als eine sogenannte Einheit, die ein Drittel Deutschland den Slaven in die Arme wirft." Die Resultate des Wiener Congresses, soweit sie sich auf Deutschland beziehen, enthalten allerdings nur „das Minimum von Einheit," aber dieses Minimum, rechtzeitig und ganz und voll eingehalten, hätte den Entwicklungsgang unserer Geschichte sicherlich in eine andere Bahn gelenkt. Wir wollen es keinen Augenblick verkennen, daß Zurückgehen auf jene Verträge ist unter gewissen Voraussetzungen ein staatsmännischer Schritt. Frankreichs Beispiel hat es nur zu deutlich gelehrt, wohin man in der Politik mit dem decretirten Nivelliren alles geschichtlich Gewordenen gelangt; wohin es führt, von oben herunter statt von unten auf sein Gebäude aufführen zu wollen. Die ausgezeichnete, von Hrn. v. Broglie herrührende Darlegung der schiefen Stellung in welche die Rafael'sche Engelspolitik Lamartine's durch die einseitige Aufhebung jenes europäischen Staatsgrundgesetzes die junge Republik gebracht hat, wie sie die Revue des deux mondes im Sommer 1848 enthielt, würde mit ihren klaren aber scharfen Vorwürfen auch Deutschland treffen, wenn wir der Anerkennung unserer inneren neuen Organisation von Seite des Auslandes von vornherein die staatsrechtliche Basis entziehen wollten, von welcher allein der Weg ausläuft, um ohne Opfer oder Zugeständnisse, namentlich an das neidische England, zu derselben justo titulo zu gelangen. Es ist ferner in der großen Begriffsverwirrung, welche heutzutage, durch Ideale und halbdurchgeführte Revolten hervorgerufen, im Vaterlande hinsichtlich der politischen Verhältnisse herrscht, sehr wichtig daß das Bewußtseyn des Volkes energisch auf eine Rechtsgrundlage zurückgeführt wird, ohne die jeder Constitutionalismus an den Klippen der Unwahrheit scheitert. Und endlich enthält das Zurückgreifen der beiden Cabinette bis zur Beendigung der Freiheitskriege die stillschweigende Desavouirung ihrer verschiedenen congreßlichen Acten von jener Zeit an bis zum März 1848, eine Seite die in der neulichen Convention nicht stark genug ins Licht gesetzt werden kann. Sind wir somit ebenfalls mit der Heilighaltung des vergilbten Papiers einverstanden, so ist aber auch die unnachgiebige Forderung zu stellen daß dasselbe überall, nicht bloß wo es paßt, sondern wo es sich vorfindet, seine Anerkennung finde, d. h., concret gesprochen, daß auch mit dem guten Recht Schleswig-Holsteins um keinen Buchstaben capitulirt wird!

Der serbische Patriarch, Joseph Rajachich, hat im Namen seines Stammes eine Bittschrift an die Regierung eingereicht, in welcher er auf die Noth seiner durch den Krieg sehr beschädigten Landsleute hinweist, und um Unterstützung, beziehungsweise um die Erlaubniß bittet, nach Art Hamburgs für seine Heimath auch im Auslande Sammlungen anstellen zu dürfen. Die Magyaren haben die Ernte der Serben weggeführt, die kaiserliche Armee hat viele Fruchtvorräthe gerade von dieser Ernte dem Feinde abgenommen. Das Recht und die Billigkeit sprechen daher dafür daß dieses geraubte Gut der Nation zurückgestellt und ihr überdieß eine schnelle Hülfe zu Theil werde, damit sie den Winterbau vornehmen, ihre Familien vor Hungertod schützen, ihren Gottesdienst verrichten und die Kinder in die Schule schicken kann. Es muß den Serben zugestanden werden daß sie treu am Kaiserhause festgehalten haben. Aber wird die schon so vielfach in Anspruch genommene Regierung gründlich helfen können, oder das Ausland zu Gaben bereit seyn, dem meistens die Länder an der untern Donau zu einem nebelhaften Conglomerate verschwimmen?

△ **Wien,** 22 Oct. Es ist traurig immer wieder von Hinrichtungen und härtesten Strafen berichten zu müssen. Wann darf man sich der Hoffnung hingeben daß die Gerechtigkeit endlich versöhnt und die Strenge der Milde weichen werde? In Pesth sind wieder drei Hinrichtungen durch den Strang vollzogen worden. (S. Pesth.) Ihre Zeitung hat mit Recht die Nachricht, die eine Zeitlang tröstend durch unsere Stadt lief, daß keine weiteren Hinrichtungen stattfinden sollen, bezweifelt. An den heutigen Tag knüpfen sich für Wien sehr betrübende Erinnerungen. Am 22 Oct. 1848 erschien ein Placat des demokratischen Clubs welches die Belagerungszustandserklärung über Wien mit den bekannten Erklärungen des Fürsten Windisch-Grätz enthielt. An demselben Tage kam eine Deputation aus Olmütz unverrichteter Sache zurück und erregte hier die größte Bestürzung. Zeitungen und Briefe waren ebenso wie Lebensmittel in den letzten zwei Tagen sehr spärlich zugekommen. Vergleicht man die heutigen Zustände Oesterreichs mit der damaligen Anarchie, so muß man gestehen daß die Monarchie, als hätte sie ewiges Leben, aus dem Todesringen wie ein Gewappneter aufgesprungen ist. Der Kampf mußte seine Opfer fordern; sie sind ihm gebracht. Aber die Versöhnung wird vollenden müssen was das Schwert angebahnt. — Die Abreise Radetzky's hat in aller Stille, ohne öffentliches Gepränge, stattgefunden. Er ist, wie Ihnen bereits gemeldet worden, nun zum Gouverneur in Italien ernannt. Feldzeugmeister Haynau, von dessen Rücktritt mit Bestimmtheit gesprochen wurde, befindet sich jetzt hier krank und soll als wirklicher Oberbefehlshaber nach Ungarn gehen. Graf Gyulai ist vom Ministerium abgetreten.

⁑ **Wien,** 22 Oct. So eben sind hier Briefe aus Pesth angelangt, in denen von drei abermaligen Hinrichtungen durch den Strang gemeldet wird. Dieser Vorfall wird hier seinen schmerzlichen Eindruck nicht verfehlen; man glaubte schon sicher daß die kaiserliche Gnade mit menschenfreundlicher Eile Ungarn erreicht habe. — Es bestätigt sich daß Graf Gyulai vom Kriegsministerium zurück und Feldmarschall-Lieutenant Dahlen an seine Stelle treten werde. Wie es heißt, war die Ursache des Rücktritts daß sich Graf Gyulai mit dem militärischen Centralbüreau, welches unter den unmittelbaren Befehlen Sr. Maj. des Kaisers steht, über einige Competenzfragen nicht verständigen konnte. Graf Dahlen ist ein geborner Siebenbürger und steht im 69sten Lebensjahr. Als 17jähriger Jüngling trat er in die Armee, in welcher er die Feldzüge in Italien (1799), in Deutschland 1805 und 1809, in Rußland 1812, sowie die von 1813 und 1814 mitmachte — eine lange Reihe ausgezeichneter Dienste. Seit dem Jahr 1825 lebte er, in höhern militärischen Stellungen, in Dalmatien, Ungarn und Croatien. Er begleitete den Ban als dieser im vorigen Jahr den folgeschweren Zug über die Drave antrat. Zuletzt war er Präsident des obersten Militärgerichtshofs. — Gestern ist hier ein neues Journal erschienen „Die Zeit": an Sauberkeit des Druckes und Feinheit des Papieres das eleganteste in Wien. Ueber die politische Farbe läßt sich noch nicht viel sagen, man muß da schon längere Zeit zuschauen ehe man urtheilen kann.

∨ **Gratz,** 20 Oct. Die Allg. Zeitung hat das „Constitutionelle Blatt aus Steiermark" zu schätzen gewußt. Seit gestern hat es zu erscheinen aufgehört. Hr. Richard Rotter ist von der Redaction zurückge-

treten, und mit seinem Rücktritt ist, wie vorauszusehen, das Journal selbst eingegangen. Die Würde mit welcher Hr. Rotter die Wahrheit und das Princip des Constitutionalismus zu vertreten verstand, hatte ihm die Achtung aller Gebildeten gewonnen. Das Ministerium horchte auf die Stimme seines Journals, und der Triumph den er hinsichtlich des §. 69 des Gemeindegesetzes über die Separationsgelüste der begüterten Aristokratie errang, war kein geringer. In der letztern Zeit war es namentlich die Landtagsfrage, welche Hr. Rotter energisch verfocht, und sein letzter Seufzer war: „Einberufung der Landtage vor dem Schlusse des Jahres 1849.“ Natürlich hatte er tausend Anfechtungen und Kämpfe zu bestehen. Gegen heimliche Ränke kann ein offener Charakter nichts ausrichten, und er trat ab. Die Achtung aller Rechtlichen folgt ihm nach Wien, woselbst er sich wieder an einem der größern Journale betheiligen wird. Gönne ihm daselbst der Himmel einen Wirkungskreis, der ihm die Möglichkeit bietet Gutes zu wirken wie hier in der Heimath der Alpen.

Die Ostdeutsche Post brachte neulich folgende Betrachtung über die liberalen Provinzialjournale: „Die freie Presse hat in den Provinzen einen eigenthümlich schwierigen Stand. Während dieselbe in Wien von der compacten Masse der Intelligenz getragen und geschätzt wird, muß sie in Provinzstädten der Spießbürgerei und den kleinlichen, vielfach verflochtenen Intreessen Schritt für Schritt den Boden einer sichern Existenz und kräftigern Wirkens in mühsamem Kampfe abgewinnen und mit Schwierigkeiten ringen welche einem Journal der Residenz immer unbekannt bleiben. Vorurtheil, alter Zopf, Krämersinn, Bureaukratie, Aristokratie und Pfaffenthum bauen unermüdlich immer neue Wehren gegen das freie Wort, und die Provinzialjournalistik muß immer mit bewaffneter Hand die Feder ergreifen.“

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth**, 20 Oct. Heute Morgen um sechs Uhr gab es auf der Sandstätte, oder dem sogenannten Holzplatz hinter dem Neugebäude, abermals ein düsteres Schauspiel. Drei Galgen ragten in einem Dreieck gegen den Himmel, drei Verurtheilte hingen daran. Vorn an der Basis starb Fürst Woroniezky, ein Pole, früher Officier im k. k. ersten Dragonerregiment Erzherzog Johann, dann Errichter und Commandant eines Jägerbataillons im Dienst des ungarischen Aufstands; neben ihm hing Giron, ein geborner Breslauer, früher Parfümeriehändler in Pesth, dann Werber und Oberstlieutenant der deutschen Legion; an der hintern Spitze schwankte Abancourt, weiland Staatsgefangener in Temeswar, im März 1848 amnestirt, Adjutant Kossuths, dann in gleicher Eigenschaft bei Dembinski.

Spanien.

Die Gaceta enthielt dieser Tage wieder ein kön. Decret wodurch 18 Generale und Officiere des vormaligen Carlistenheers, welche die Amnestie benutzt und nach Spanien zurückgekehrt sind, in den Rang und die Decorationen wieder eingesetzt werden die sie zur Zeit der Convention von Bergara (31 August 1839) inne hatten. Darunter sind die Generale Graf v. Casa Eguia, Villareal und Vargas. Ueberhaupt wird die carlistische Partei dermalen mit vieler Schonung und Rücksicht behandelt.

Großbritannien.

Daily News fordert das englische Volk auf für Kossuth eine Heimath zu bereiten. „Während,“ sagt sie, vertriebene Könige und Fürsten in unsern Palästen empfangen werden, sollte Englands gastlicher Boden kein freundliches Asyl haben für „„jenen edlen Bürger““ und seine Familie?“

Am 15 Oct. starb zu Stockwell, 84 Jahre alt, Hr. Theobald, den Pferdeliebhabern bekannt als ein Matador der Rennbahn und als der Besitzer des größten und berühmtesten Gestütes in ganz Europa. Er hat eine halbe Million Pf. St. Vermögen hinterlassen.

Von dem unerschöpflichen Bulwer ist ein neuer Roman: „The Caxtons, a Family Picture“ erschienen, welcher vom Examiner seinen besten beigezählt wird. Die Zeichnung der Charaktere, urtheilt dieses Blatt, erinnere an Fielding, der pathetisch-humoristische Styl an Sterne.

Frankreich.

Paris, 21 Oct.

Fortsetzung der Verhandlungen über die römische Frage.

Ein Redner der Linken, Hr. Mathieu (de la Drôme), antwortete dem Minister v. Tocqueville, nachdem die durch dessen Vortrag aufgeregte Versammlung nach 20 Minuten Unterbrechung der Sitzung wieder zur Ruhe gekommen war. „Bürger Repräsentanten!“ so hebt der Redner an, „ich bin einer von denjenigen welche die römische Expedition mit dem tiefsten Schmerz gesehen, ich bin einer von denjenigen welche das freilich schwache Verdienst haben gleich am ersten Tag zu sehen daß wir bei diesem unheilvollen Unternehmen nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hatten. Und doch hat der Bericht des Hrn. Thiers, die Rede des Hrn. v. Tocqueville alle unsere Vorgefühle, unsere Befürchtungen noch übertroffen. Nie, nein nie hätte ich mir vorgestellt daß nach den feierlichen Versprechungen auf dieser Tribüne, nach den Zusicherungen die man dem Volk Italiens gegeben hat, ein Tag kommen könnte wo diese Versammlung sich müßte eine Politik darlegen lassen wie die zu deren Organ sich die HH. Thiers und Tocqueville gemacht haben. Was seit dem Februar sich gegen den revolutionären Geist, welcher der Geist des Fortschritts ist, Groll angehäuft hat, ist in dem Bericht des Hrn. Thiers, in der Rede des Hrn. v. Tocqueville ausgebrochen. Die Commission, ihre Aufgabe noch vergrößernd, hat sich zur Richterin aller Völker Italiens gemacht, die das unermeßliche Unrecht hatten zu glauben die Stunde der Freiheit und Unabhängigkeit habe geschlagen. Ja, die Revolution ist in Italien und fast in ganz Europa besiegt, Dank dem Abfall und der Abtrünnigkeit der ehemaligen liberalen Partei. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Sie ist unterlegen in diesem großen Streit zu welchem die Februarerlösung das Signal gab. Aber glaubt es, die Völker werden sich wieder erheben, das steht am Himmel geschrieben. Die Völker sind wie diese Wälder die um so kräftigere Schößlinge treiben je öfter die Axt sie umgehauen. Wehe denen welche die Völker nach Art der Holzschläge behandeln, das vergossene Blut falle auf ihr Haupt! Die HH. Thiers und Tocqueville behaupten die Expedition habe nie einen andern Zweck gehabt als die Herstellung der weltlichen Autorität des Papstes. Dann mußte man es bälder sagen, und nicht Frankreich und das römische Volk täuschen. Seit die Republik ausgerufen ist, sind die Gottlosen vom Tag zuvor die Frommen vom andern Tag geworden. Es gibt Menschen — dieß gilt weder von den Mitgliedern der Commission, noch des Ministeriums — die 20 Jahre lang die Religion angegriffen, die ihren Einfluß bekämpft, ihren Cultus verspottet, ihre Diener verunglimpft haben — nun diese Menschen erkünsteln heute eine tiefe Ehrfurcht vor dem was gestern Gegenstand ihres Hohnes war. Woher diese unerwartete Veränderung, diese plötzliche Bekehrung? Das Land soll es wissen: es gibt eine Kategorie Geldmenschen die nur eine Sorge haben — ihre Schätze zu retten, die die Irreligiosität aufgegeben und ihre Güter unter den Schutz des Altars gestellt haben, den sie zu ihrem Götzenwächter machen wollen.“ Nach diesem pathetisch-sarkastischen Eingang, den er noch mit besondern Anzüglichkeiten gegen Hrn. Thiers würzte, indem er von strategischen Erörterungen im Schooß der Commission, von einer Vergleichung der Unterhandlungen in Gaëta mit den Verträgen von Campo Formio und Tilsit sprach, eine Vergleichung die Hr. Thiers in Abrede zog, fuhr er fort: „Heute, ich hoffe es wenigstens, Bürger Repräsentanten, werdet ihr wohl der Minorität das Recht zuerkennen ihre Meinung über die römische Frage auszusprechen. Wie oft hat euch die Minorität gewarnt, wie oft hat sie gesagt daß es tausendmal schwieriger seyn werde aus Rom fortzukommen als einzuziehen. Ja, er war weiterblickend als ihr, dieser große Redner (Ledru-Rollin), den eure unglückliche römische Expedition auf das Land des Exils geworfen. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Oh! wie wär' er gerächt mein edler Freund, wenn er sich über die klägliche Lage freuen könnte in das ihr unser Land gebracht habt. (Neuer Beifall links. Murren rechts.) Warum seyd ihr nach Rom gegangen? Ihr habt zwei Beweggründe angegeben: die Freiheit zu retten (wir wissen nun wie ihr sie versteht) und den rechtmäßigen Einfluß Frankreichs aufrechtzuhalten. Wohlan! Was ist aus dem Einfluß Frankreichs in Italien geworden? Zurückgestoßen vom Klerus, zurückgestoßen vom Volk, zurückgestoßen von aller Welt seyd ihr das Gelächter Europa's geworden. (Hr. Taschereau: Das Gelächter des socialen und demokratischen Europa, ja. Man lacht.) Hr. Barrot, Sie haben auf dieser Tribüne gesagt Sie gehen nicht nach Rom um die römische Republik zu zerstören, wir haben Ihr Wort, Sie haben uns nicht täuschen wollen. Aber was noch schlimmer wäre als die Nationalversammlung zu täuschen, das wäre ein fremdes Volk getäuscht zu haben. Was hat Hr. Oudinot gesagt als er den Fuß auf das römische Gebiet setzte? Er verwahrte sich in einer Proclamation gegen die Unterstellung daß man dem römischen Volk irgendeine Regierungsform aufnöthigen wolle, und doch, kaum in Rom eingerückt, beeilt er sich aus eigener Machtvollkommenheit die weltliche Macht des Papstes herzustellen, obgleich ihr nur seine Depeschen lesen dürft um zu sehen daß niemand in Italien mehr eine Priesterherrschaft will. Und welche Rolle laßt ihr eure Diplomatie spielen? Ihr fangt mit der Abberufung des Hrn. v. Lesseps an, der auch gerächt werden soll, zumal wenn es wahr ist daß ihr die Entscheidung des Staatsraths nur einer wenig getreuen Actenmittheilung verdankt. Ihr habt den General Oudinot abberufen, ihr waret nahe daran auch den General Rostolan abzuberufen. Und dieser Brief vom 18 Aug., der Vorwand des kleinen Kriegs den das Ministerium mit Notenschlägen im Moniteur führt! Welch ein unwürdiges Schauspiel für eine große Nation! Aus diesen Thatsachen muß eine große Lehre hervorgehen — man sieht worauf die Coalitionen hinauslaufen. Die feindlichen Parteien haben

die Republik angenommen und verkündigt, hernach sich gegen sie verbunden und sind zusammen zur Macht gelangt. Was geschehen ist war unvermeidlich: die beiden Parteien haben ein gerechtes Mißtrauen gegen einander behalten und haben dieß Versöhnungspielen genannt. Heute erklärt sich alles. Hr. v. Lesseps wurde der einen dieser Parteien geopfert, Hr. Oudinot der andern, und Hr. Rostolan wäre beinahe beiden geopfert worden. In der That, wie soll man zu einer Versöhnung kommen zwischen den Voltairianern und den Katholiken, zwischen den Legitimisten und den Orleanisten. Stets werden sie getrennt bleiben durch die Erinnerung an die Comödie vor 15 Jahren, und an die Citadelle von Blaye. (Lange Unterbrechung. Links: Sehr gut! Sehr gut!) Wenn es keine Coalition gäbe, so wäre das der Unterschied: wenn Hr. v. Falloux sich mit Leuten seiner Partei umgeben hätte, so hätte die verfassunggebende Versammlung um keinen Preis die Expedition ermächtigt. Hätte dagegen Hr. O. Barrot nur Leute um sich gehabt die seine Meinungen theilten, so ist gewiß er hätte nie am Umsturz der römischen Republik theilgenommen. Allein er gab sich nicht Rechenschaft von der Intrigue die seit 10 Monaten alles leitet. Ich sage voraus dieses Coalitionsministerium kann nur Fehlschläge und Gefahren für das Land hervorbringen. Indeß die Schwierigkeiten bestehen, man muß sie lösen. Ihr habt Versprechungen gemacht, man muß sie halten, bei Strafe der Unehre, der Unredlichkeit, bei Strafe der Geschichte eines dieser Blätter zu liefern die eine Nation brandmarken. Ihr könnt die Stadt Rom nicht ewig behalten, wem wollt ihr eure Eroberung zurückgeben? Ihr seyd nur Oesterreich zuvorgekommen, sagt ihr. Bestimmt unterzugehen sey die römische Republik allzu glücklich von französischen Händen ermordet zu seyn. Bestimmt unterzugehen, wißt ihr es so gewiß? Wer hat euch gesagt daß das Volk, das stark genug war seine Freiheit wieder aufzurichten, wenn es Oesterreich allein gegen seine Unabhängigkeit daherschreiten sah, nicht die Kraft in sich gefühlt hätte einer letzten großartigen Anstrengung, woraus die Freiheit entsprungen wäre? (Unterbrechung rechts.) Ihr glaubt es nicht? (Rechts: Nein! Nein!) Ha! ihr wißt nicht was Liebe des Vaterlandes und der Freiheit großes und erhabenes erzeugen kann! Aber so haltet wenigstens die so bescheidenen, so gemäßigten Versprechungen des Briefs vom 18 Aug. Ich weiß man bereut diesen Brief bitterlich, aber er steht einmal im Moniteur, und der Moniteur läßt seine Beute nicht. Das ist ein Glück, denn viele Leute würden Zurückgaben von ihm verlangen. (Allgemeines Gelächter.) Heute bittet ihr den Papst, denn nur den Völkern redet man mit Kanonenschüssen zu. Ihr sagt zu ihm es stehe vollkommen bei ihm zu gewähren oder zu verweigern nach Belieben, so daß, wenn es ihm gefiele seine Unterthanen zum Regiment Gregors XVI zurückzuführen, ihr nicht ein kleines Wörtchen zu sagen hättet, und Hr. Thiers im Namen der Commission bewiese, da der Despotismus Oesterreichs härter sey, so dienen wir der Sache der Freiheit." (Beifälliges Gelächter links.) Der Redner betrachtet den Präsidentenbrief als ein Ultimatum, er geht den Inhalt durch. Er findet darin eine allgemeine Amnestie. Wohlverstanden, sagt er, ohne Ausnahme, denn die Rache dürfe nicht von dem Stuhl des heiligen Petrus herabsteigen, die französischen Soldaten nicht in Gendarmen der heiligen Inquisition verwandelt werden. Es ist ferner in diesem Brief des Code Napoléon gedacht: nun läßt dieser Code die Ehescheidung zu, und diese Concession will der Redner dem Papst nicht zumuthen, aber über eine andere Concession, daß der Code auch das Recht der Erstgeburt nicht zuläßt, daß die nachgebornen Söhne adeliger Familien nicht mehr gezwungen werden könnten Mönche zu werden, darüber würde er und sie auch, meint er, sich leicht trösten. Endlich wenn auch eine liberale Regierung verlangt wird, so glaubt er könne nur eine solche verstanden seyn die sich auf das Princip der Volkssouveränetät gründe, und auch Hr. O. Barrot, so lange der Chef der liberalen Opposition, werde wohl keinen andern Begriff haben. Da der Brief von verschiedenen Seiten angefochten worden ist, so widerlegt er die Vorwürfe, und da fällt die Skandalscene vor welche das Duell zwischen den HH. Thiers und Bixio zur Folge hat. Er erinnert an ein absolutistisches Journal, welches sage der Brief scheine im Steigbügel mit dem Degenknopf eines Dictators geschrieben. „Was wollt ihr," entgegnete er, „der Präsident einer Republik ist der erste bürgerliche Magistrat, und am Tag nach seiner Erwählung habt ihr ihn sich in einen General verwandeln lassen. Die kleinen Uebergriffe führen unmerklich die großen herbei." Wie der Präsident zu dem Brief gekommen das ist ihm sehr begreiflich. Die Tergiversationen des Hofes von Gaëta hätten die Geduld und die Gesundheit mehrerer Unterhändler erschöpft, die von Talleyrand bei seiner Aufnahme in die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften gerühmte Ueberlegenheit der Theologen im diplomatischen Fach habe auch in Gaëta sich bewährt. „Wenn ihr Acht gegeben habt," setzte er hinzu, „daß ein Theolog euch alle seit einem Jahr im Schach hält (der Name Falloux geht durch den Saal), so hättet ihr daran gedacht wie stark man in Gaëta ist." Die formellen Scrupel darüber daß der Brief von keinem Minister unterzeichnet ist, scheinen ihm unzeitig, nicht jetzt erst bei dem Kriegszug gegen Rom hätte man die Verfassungsverletzung sehen sollen. „Nein, ruft er aus, Hr. Bonaparte hat nicht das Gefecht von Forli vergessen können wo sein Bruder an seiner Seite für die römische Freiheit kämpfend den Tod gefunden, er hätte sich der feigsten Apostasie schuldig gemacht. Wenn ihr das hoffen konntet, so begreife ich daß ihr am 10 Dec. bei der Wahl des Hrn. Bonaparte, des Neffen dessen den ihr einst den Usurpator, den korsischen Wehrwolf nanntet, daß ihr gedacht habt ihn zum Sühnopfer des Ruhms seines Oheims zu machen. (Dreifaches Bravo!) So haben andere Bürger, oder vielmehr die Allgemeinheit der Bürger diese Wahl nicht verstanden. Sie begriffen einen Bonaparte wählen sey eine laute Protestation gegen eure 18jährige Corruptionspolitik. Wenn der Brief verfassungswidrig war, warum klagt ihr den Präsidenten der Republik nicht an? Oh! ich weiß es, ihr seyd zu gutmüthige, gemäßigte Leute um es dahin kommen zu lassen. Aber der Präsident wird sich damit nicht begnügen, er wird seine Politik aufrechthalten und solltet ihr seine Minister zwingen abzudanken, er wird sich entsinnen daß er ein Bonaparte ist, er wird die Anschuldigung einiger biedern Journale zurückweisen die ihn darzustellen wagen als einen Mann der mit diesem Brief dem Heer schmeicheln wollte, oder als einen Unbesonnenen der diesen Fehler bereut und nicht widerholen wird, er wird seine Ehre und die Ehre Frankreichs wahren, sich nicht zu der niedrigsten Demüthigung verurtheilen — dem Wortbruch. Bürger Repräsentanten einer großen Nation! Vergeßt nicht dieses: Wir sind gebunden durch die Versprechungen des Hrn. O. Barrot auf der Tribüne, gebunden durch die Proclamation des Generals Oudinot, gebunden durch den Brief vom 18 Aug., gebunden durch das Loos unserer Soldaten, durch unsere Ehre, unsere Sympathien, durch alles gebunden. Der Augenblick ist feierlich. Im Namen der Nachwelt, im Namen der Geschichte, bleibt eurer selbst, bleibt Frankreichs würdig, bleibt würdig einer großen Nation die nie ihr Wort gebrochen." (Stürmischer Beifall links.) Die Sitzung wird wieder 20 Minuten ausgesetzt. (Fortsetzung folgt.)

Die römische Debatte ist in der gestrigen Sitzung, nach den Erklärungen des Ministerpräsidenten Hrn. O. Barrot, geschlossen worden. Wesentlich neues enthielten diese Erklärungen nichts, es war das System des Hrn. v. Tocqueville in etwas liberalerer Färbung mit neuen Versicherungen daß die Freiheit in Rom, trotz allen Schwierigkeiten welche in den besonderen Verhältnissen des Kirchenstaats liegen, dennoch gerettet werden solle, ja daß sie gerettet, die Forderungen des Präsidentenbriefs nahezu erfüllt seyen, und daß man hoffen dürfe das was noch fehle durch die unausgesetzten Anstrengungen der französischen Diplomatie vollends erreicht zu sehen. Der Brennpunkt der Rede war eine Stelle aus einem Schreiben des Hrn. v. Corcelles vom 31 Jul., worin es heißt: „Der heilige Vater hat mir versprochen seine ganze Aufmerksamkeit auf mein Resumé zu richten. Dann hat er gesagt: Ihr Franzosen seyd immer hastig, ihr wollt zu schnell gehen, wir Römer nehmen uns Zeit; manchmal nehmen wir uns viel Zeit, ich gestehe es, aber das darf nicht erschrecken. Habt Geduld. Einstweilen gebe ich Ihnen eine gute Neuigkeit, ich wollte etwas thun was Frankreich angenehm wäre, wir haben kürzlich an einem Codex gearbeitet. Nun ich habe gestern gesagt: man solle einfach das beste der Gesetzbücher, den Code Napoléon, zum Muster nehmen. Wir werden einige Abänderungen daran zu machen haben. Wo so viel großes und schönes enthalten ist, da ist das Corrigiren leicht." In dieser Depesche fand Hr. Barrot den Beweis daß der heilige Vater die Absicht habe den Code Napoléon in seinen Staaten einzuführen, und zwar mit der einzigen Modification in Betreff der Ehe, und damit machte er guten Eindruck. Die Opposition wünschte daß er auf den Präsidentenbrief des nähern eingehen möchte, und während er auseinandersetzte daß ein eigentlicher Widerspruch zwischen demselben und dem Motuproprio nicht bestehe, rief man jeden Augenblick: den Brief! Aber darauf ließ er sich nicht ein, und schließlich erklärte er sich im Namen der Regierung gegen jede motivirte Tagesordnung, verlangte das einfache Ja oder Nein. Es waren mehrere Fassungen einer motivirten Tagesordnung vorgeschlagen, von Mitgliedern der Linken ganz mißbilligende — Verweigerung oder Vertagung der Subsidien — von Hrn. V. Hugo die folgende: „Die Nationalversammlung, indem sie sich in Bezug auf die Erhaltung der Freiheit und Rechte des römischen Volks die in dem Brief des Präsidenten der Republik und den Regierungsdepeschen enthaltenen Principien aneignet, schließt die Debatte." Die Versammlung aber nahm ohne Abstimmung die einfache Tagesordnung an und bewilligte dann nach der Reihe den Supplementarcredit für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (140,000 Fr.) mit 469 gegen 180 Stimmen, die außerordentliche Exigenz für das Kriegsministerium (6,817,920 Fr.) zur Erhaltung des Expeditionscorps während acht Monaten auf dem Kriegsfuß und endlich die Exigenz für das Marineministerium (1,915,200 Fr.), ungefähr mit der gleichen Majorität.

. **Paris**, 20 Oct. Die Intrigue der es gelungen war Hrn. Thiers aus dem Sattel zu heben, will in ihrem Siegesrausche, wie es scheint, einen Schritt, einen kühnen Schritt weiter gehen. Hr. Thiers hatte den Tiers-Parti im Cabinet bedroht zuvörderst mit einem starken legitimistischen Beisatz und, in einer vielleicht nicht fernen Zukunft, mit dem völligen Abschied. Um nun diese Gelüste des Hrn. Thiers und der Rechten zu durchkreuzen, haben die HH. Dufaure, O. Barrot, Tocqueville u. s. w. eine Spannung, eine Kälte, ja fast einen Bruch zwischen dem Präsidenten der Republik und der Rechten herbeigeführt. Vor den Folgen eines Bruches anfangs zurückschreckend, söhnte man den Präsidenten mit der Rechten aus, man kam überein daß die Regierung die Verantwortlichkeit des Briefes vom 18 Aug. übernehmen werde ohne demselben den Charakter eines officiellen Actenstückes, den er in der That nicht hatte, beizulegen. Nach dieser Uebereinkunft war der Bruch zwischen der Majorität und dem Präsidenten vermieden, allein da die Eigenliebe des letzteren nichts weniger als befriedigt dadurch war, gewährte die fortdauernde Kälte des Präsidenten dem Tiers-Parti eine Bürgschaft gegen die feindlichen Absichten der Rechten. Unter diesem Stande der Dinge, als man die mehr als ministerielle Krisis — denn ein Bruch zwischen Louis Bonaparte und der Majorität kann unberechenbare Folgen haben — überstanden glaubte, begann die Debatte über die römische Frage. Tocqueville eröffnete sie um den Standpunkt anzudeuten den die Regierung oder vielmehr der Brief des Präsidenten zu dem Motuproprio und der Commission einnehme. Im Elysée national ist man nun, wie ich ganz zuverlässig weiß, sehr unzufrieden mit der Rede des Ministers der äußeren Angelegenheiten. Louis Bonaparte meint der Minister habe den Brief nicht genug in Schutz genommen und das Manifest vom 12 Sept. allzu nachsichtig behandelt. Diese krankhafte Vaterliebe des Präsidenten für sein Werk benützt nun, wie man versichert, Hr. Dufaure um jenen in der Idee eines Ministerwechsels und eines Bruches mit der Majorität zu bestärken. Es fand daher gestern abermals ein Ministerrath statt, in welchem Hr. Dufaure allein gegen alle andern Minister mit dem Präsidenten sich für ein unbedingtes Voranstellen des Briefes vom 18 Aug. als Gegensatz zum Bericht des Hrn. Thiers aussprach. Daß es auf diese Weise zu einem unvermeidlichen Bruch zwischen der Majorität und Louis Bonaparte kommen müßte, sieht wohl Hr. Dufaure ein, allein er glaubt aus Furcht vor den Socialisten werde die Majorität dennoch zum Präsidenten und der Regierung wieder zurückkehren. Da aber keiner seiner Collegen zu dieser gefährlichen Probe sich hergeben mag, wäre Hr. Dufaure selbst dazu ausersehen ein neues Cabinet zusammenzusetzen. So stehen in diesem Augenblick die Sachen, wahrscheinlich wird man wieder sich gegenseitig aussöhnen, Hr. O. Barrot eine größere Reverenz vor dem Briefe vom 18 Aug. machen und die Empfindlichkeit Louis Bonaparte's beschwichtigen; einstweilen aber ist bereits das Gerücht verbreitet: Hr. Dufaure sey mit der Zusammensetzung eines neuen Cabinets beauftragt.

\# **Straßburg**, 22 Oct. Morgens $7\frac{1}{2}$ Uhr. **Telegraphische Meldung.** Paris, 20 Oct. Abends $6\frac{1}{2}$ Uhr. Der Minister des Innern an den Präfecten. „Die Nationalversammlung hat nach einer Rede des Präsidenten des Ministeriums die von der Regierung verlangten Credite mit einer Mehrheit von 470 gegen 165 Stimmen ohne Vorbehalt (purement et simplement) bewilligt."

Niederland.

Amsterdam, 20 Oct. Ich habe Ihnen bereits in einem frühern Brief mitgetheilt daß Thorbecke's Eintritt in das Ministerium bestimmt sey. Das Gerücht von der Bildung eines Cabinets aus sogenannten gemäßigten Männern, welches auch in Ihr Blatt (Nr. 288) übergegangen war, erwies sich als ungegründet. Da mir dessen Unwahrscheinlichkeit gleich einleuchtete, unterließ ich es hierüber zu berichten. Thorbecke sandte durch Intervention des Hrn. Donker Curtius an den König eine Ministerliste. Der König wünschte vor einer Entscheidung das Programm des neuen Cabinets. Dem Vernehmen nach ist man damit beschäftigt, und man sieht der Verkündigung desselben nach der Genehmigung des Königs entgegen. Die Namen der Mitglieder dieses neuzubildenden Ministeriums kann ich Ihnen nur gerüchtweise mittheilen, da noch nichts officielles darüber verlautet. Man bezeichnet Thorbecke für Inneres, Rosenthal für Justiz, Sonsbeeck für Colonien, Storm van's Gravesande für Krieg, Ter Brugge Hugenholz für Finanzen. Auswärtiges und Marine sollen noch nicht besetzt seyn, während die Cultusdepartemente mit den Ministerien des Innern und Aeußern verbunden werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 18 Oct. Flyveposten zufolge soll sich der präsumtive Thronerbe, Prinz Friedrich von Hessen, von Kassel aus in einer wichtigen Angelegenheit nach Wien begeben. Nach den Nyeste Postefl. verlobt er sich mit einer Base der Tochter des Herzogs von Cambridge.

Rußland.

St. Petersburg, 24 Sept. (6 Oct.) Fürst Radziwill, der von Warschau nach Konstantinopel geschickt worden war um die Auslieferung der kaiserlichen Unterhanen zu verlangen welche an dem Krieg in Ungarn theilgenommen hatten und sich jetzt auf türkisches Gebiet geflüchtet haben, ist vor kurzem hierher zurückgekehrt. Einige Tage vor ihm kam Fuad Effendi, Commissär in den Donaufürstenthümern seit deren gemeinschaftlicher Besetzung durch russische und türkische Truppen, hier an. Derselbe ist von dem Kaiser noch nicht empfangen worden, und dürfte leichtlich lange Zeit auf die Gelegenheit warten müssen sich persönlich des kitzlichen Auftrags zu entledigen der ihm von seiner Regierung gegeben worden ist. Er darf nicht darauf rechnen den störenden Eindruck zu beseitigen den die so gut wie peremtorische Weigerung der Pforte dem Verlangen des kaiserlichen Cabinets zu entsprechen hervorgebracht hat. (F.-O.-P.-A.-Ztg.)

Briefe aus **St. Petersburg** bis 9 Oct. (im J. des Débats) melden die Ankunft des österreichischen Gesandten Grafen Brühl. *) Fuad Effendi war damals vom Kaiser noch nicht empfangen und der Tag der Audienz nicht einmal festgesetzt. Dagegen hatte er eine lange Unterredung mit dem Grafen v. Nesselrode, und die Abschrift des großherrlichen Schreibens an den Kaiser übergeben. Näheres über die Conferenz hatte nicht verlautet.

Türkei.

△ **Belgrad**, 16 Oct. Die Flüchtlingsfrage fängt an von Seite Englands mit Energie betrieben zu werden. So eben treffen Couriere aus Konstantinopel mit der Nachricht ein daß bereits eine englische Dampffregatte im Hafen von Konstantinopel anlangte, und 14 Kriegsschiffe Stratford Canning zur Disposition gestellt wurden. Von einem Nachgeben von Seite Oesterreichs und Rußlands weiß man nichts. Im Gegentheil, die Türkei rüstet sich gewaltig, und ein gleiches thut Rußland in seiner gewöhnlichen Weise, da mehr als sonst geheime Agenten die Donaufürstenthümer durchziehen um das Volk zur Unzufriedenheit zu reizen. Die Aufstände in Corfu und Cephalonia sollen solcherlei Agitationen nicht fremd seyn. Serbien hält noch zurück, aber die Menge wartet nur auf ein Zeichen um das türkische Joch ganz abzuschütteln und den treuen Bundesgenossen sich in die Arme zu werfen. Die Hauptursache des Widerwillens des Czars gegen jedes Nachgeben schreibt man dem Uebertritt der drei Generale Bem, Kmeti und Stein zum mohammedanischen Glauben zu, da nun keine Möglichkeit mehr obwaltet die drei ebenso gehaßten als gefürchteten Anführer aus der Türkei zu entfernen, und man die Ueberzeugung hegt daß diese nicht müßig seyn werden ihren erbittertsten Feinden neue Brände ins Haus zu werfen. Alle drei Generale wurden zu Paschas ernannt. Bem unterschreibt sich Amurath Pascha, und bezieht einen Gehalt von monatlichen 300 Ducaten. Ein bemerkenswerther Umstand ist noch der daß jene 14 Stratford Canning zur Verfügung gestellten Kriegsschiffe sämmtlich türkische Officiere die in der englischen Marine ihre Studien gemacht, am Bord führen.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 16 Oct. 3proc. $27\frac{1}{2}$ P. Curse: Paris 5.31 P.; London 50.40 G.

Augsburg, 24 Oct. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $86\frac{1}{2}$ P. 4proc. $92\frac{1}{2}$ P. 5proc. $100\frac{1}{2}$ P. Bankactien II. Sem. 848 P. Promessen 65 P. Oesterr. 5proc. Metall. $90\frac{1}{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1135 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 84 P. $4\frac{1}{2}$proc. 94 G.

♀ **Wien**, 22 Oct. Die Curse erfuhren heute bei stillem Geschäfte keine erhebliche Variation gegen die letzte Notirung. Das neue $4\frac{1}{2}$proc. Anlehen zu Anfang der Börse bis $83\frac{1}{4}$ weichend, erholte sich sogleich wieder auf $83\frac{5}{8}$ Geld, auch waren k. k. Anlehensloose vom J. 1839 gefragt und bis $114\frac{1}{2}$ bezahlt. Fremde Devisen waren durchgehends flauer und besonders französische Plätze stark ausgeboten; London in k. S. zu Ende der Börse etwas mehr gefragt. Gold und Silber schloß etwas matter zur Notiz. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{15}{16}$–$94\frac{7}{8}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{5}{8}$–$83\frac{3}{4}$, Loose vom J. 1834 162–163, Loose vom J. 1839 114–$114\frac{1}{4}$, Bankactien 1203–1205, Nordbahnactien $108\frac{7}{8}$–109, Gloggnitzer 109–$109\frac{1}{2}$, Mailänder $84\frac{1}{4}$–$84\frac{3}{4}$, Pesther 79–$79\frac{1}{4}$. London (k. l. S.) 10.42–10.43, Hamburg $156\frac{1}{4}$ P., Augsburg uso $106\frac{3}{4}$ G., Frankfurt $108\frac{1}{4}$ G., Amsterdam $148\frac{1}{2}$ P., Mailand 98 P., Livorno 105 G., Genua 125 P., Paris $126\frac{1}{4}$ P., Marseille 126 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $12\frac{1}{4}$, Silberagio $7\frac{1}{4}$ Proc.

---

*) Soll Buol-Schauenstein heißen.

Verantwortliche Redaction:

Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten.

⁓ **München**, 23 Oct. Die sehr gefüllten Galerien deuten an daß das Publicum in der heutigen (11) Sitzung der Abgeordnetenkammer die Stellung der am vorigen Freitag unterbliebenen Wallersteinschen Interpellation mit Bestimmtheit erwartet. Indessen waren auch die auf die Tagesordnung gestellten Gegenstände: Verlesung des Berichts über den Gesetzentwurf in Betreff des Verfahrens bei Preßvergehen in der Pfalz (Berichterstatter Boyé), sowie Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für die provisorische Forterhebung der Steuern pro 1849/50 von anlockendem Interesse. Die Aufforderung zur Stellung der Anfrage an den Abg. Fürsten Wallerstein erfolgt sofort nach Verlesung des Protokolls und Vereidung des (für Schüler) eintretenden Ersatzmannes Meuth aus Kaiserslautern. Fürst Wallerstein bemerkt eingänglich zur Motivirung seiner Anfrage, wie dieselbe besonders durch zwei Gründe, durch die Verzögerung des Berichts des deutschen Ausschusses einerseits, andererseits durch die beglaubigte Nachricht von der erfolgten Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt für Deutschland von Seiten der beiden deutschen Großmächte bedingt worden sey. Der Vorstand des deutschen Ausschusses habe indessen auf persönliches Befragen die Versicherung abgegeben es werde noch in dieser Woche der Bericht erscheinen, und so vereinfache sich die Einleitung der Interpellation. Was indessen dadurch an Länge der Motivirung verloren geht, ersetzt der Interpellant durch eine außerordentlich breite Geschichtserzählung des Ganges der deutschen Verfassungsangelegenheit von der Frankfurter Kaiserwahl bis zur Bildung der neuen Centralverwaltungsbehörde aus dem Standpunkt seiner Partei. An diese, ihren Grundgedanken nach bereits durch die Presse bekannten Ausführungen schließt sich eine ins düsterste malende Schilderung der mit dieser neuen Centralgewalt verwirklichten feindlichen Absichten des dynastischen Interesses gegen die Grundidee der deutschen Erhebung, die Volksvertretung bei der deutschen Centralmacht. Aber auch der Dualismus in Leitung der deutschen Angelegenheiten, gegen welchen seit 30 Jahren die Bestrebungen der Nation gerichtet gewesen, sey damit wieder hergestellt. Bayern habe nun, wie aus den vorgelegten Acten der Verhandlungen in der deutschen Frage offenkundig, zur Bildung dieser provisorischen Centralgewalt seine Beistimmung ertheilt. Die Interpellation bezwecke dagegen zu verhindern daß die bayerische Regierung sich noch beistimmender denn bisher in ihrer Definitiverklärung aussprechen möge. Folgt die Verlesung des schon am Schluß des vorigen Sitzungsberichts mitgetheilten Schriftstücks. (Allg. Ztg. Nr. 293.) Auf die erfolgte Antwort des Ministers v. d. Pfordten (siehe unten) verwahrt sich Fürst Wallerstein gegen die Absicht als wolle er eine Discusion herbeiführen, glaubt aber drei Bemerkungen doch nicht unterdrücken zu dürfen. Erstens sagt er, erklärt der Hr. Staatsminister den Vertrag zwischen Oesterreich und Preußen als bestehend, sodann als ein Werk Bayerns, lehnt aber trotzdem ab daß die Regierung vor ihrer definitiven Erklärung über die neugebildete provisorische Centralgewalt mit der Volksvertretung sich verständigen wolle, und deutet an daß sie auf dem Cabinetswege fortzuschreiten entschlossen sey. Sodann müsse er seine und seiner politischen Freunde Verwahrung gegen jeden ohne Beistimmung der Volksvertretung in der deutschen Frage geschehenden Schritt wiederholen; obgleich er sich über die geringe Tragweite dieses Protestes durchaus keiner Täuschung hingebe. Endlich richte er sich an die Minister und alle welche über Deutschlands Geschicke zu bestimmen berufen seyen. Es habe das deutsche Parlament, als es die constituirende Gewalt endlich thatsächlich in die Hand genommen, dieß in dem Vorgefühle der Unmöglichkeit einer Vereinbarung unter den 37 deutschen Einzelstaaten gethan. Uebrigens wolle er nicht untersuchen ob nicht selbst noch in den letzten Momenten das Parlament zu einer Verständigung mit den Regierungen geneigt gewesen sey, die ihm jedoch nicht geboten worden. Vielmehr hätten die Regierungen das Verfassungswerk aus den Händen der Nationalvertreter genommen um es in die Hände der Fürsten zu legen. Man möge nicht vergessen daß diesen damit auch die ganze Verantwortlichkeit dafür übertragen sey. Würden diese nun eine Verfassung ohne Volksvertretung, ohne Mitwirkung der Nationalvertretung einführen wollen, so sey es das unmonarchischste was sie zu thun vermöchten. Minister v. d. Pfordten: als Abgeordneter, wie als Minister müsse er sich auf diese letzte Bemerkung dahin aussprechen daß er eine Octroyirung der Verfassung durch die Fürsten allein für unmöglich halte. (Siehe unten.) Auf diese Worte bleibt dem Abg. Fürst Wallerstein nur noch die Bemerkung daß Bayern auch nicht in die Herstellung einer provisorischen Centralgewalt ohne Mitwirkung der Volksvertretung willigen dürfe.

‖ **München**, 23 Oct. Der genaue Wortlaut der heute von Hrn. Minister v. d. Pfordten auf die Wallerstein'sche Anfrage gegebenen Antwort ist folgender:

„Meine Herren! die Interpellation die Sie gehört haben, ist wesentlich dieselbe wie sie schon in der letzten Sitzung von einem geehrten Hrn. Abgeordneten vorgebracht worden ist. Ich kann daher mich kurz auf meine damals gegebene Antwort beziehen, da sich die Verhältnisse in der Zwischenzeit nicht geändert haben. Die Regierung sieht sich noch nicht in der Lage diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache zu bringen. Nur eines möchte ich jedoch bestimmt hervorheben. Man hat in jüngster Zeit die Ansicht aufgestellt und verbreitet daß der in Frage stehende Vertrag vom 30 Sept. gleichsam hinter dem Rücken der bayerischen Regierung abgeschlossen worden sey. Daß dieses sich nicht so verhalten könne, wird namentlich schon aus dem hervorgehen was der geehrte Interpellant aus meinen früheren Mittheilungen in der Verfassungsfrage hervorgehoben hat. Das was zwischen Oesterreich und Preußen verabredet ist, um im Einverständniß mit dem Erzherzog Reichsverweser den übrigen Regierungen zur freien Zustimmung vorgelegt zu werden, ist im wesentlichen nichts anderes als was die bayerische Regierung im Sommer dieses Jahrs angestrebt und resp. nachdem es von Oesterreich aus vorgeschlagen wurde, unterstützt hat. Es hat daher Interpellant in dieser Beziehung mit Recht gesagt: die Bemühungen unsers Cabinets sind gelungen, und ich nehme umsomehr hievon Act als man bisher immer behauptet hat Bayern sey mit seinen Verfassungsversuchen entschieden durchgefallen. Es kann hier nichts darauf ankommen ob man in Berlin diesen Antrag vor 4 Monaten unmittelbar aus unserer Hand angenommen hat, oder ob er einige Monate später von anderer Seite im wesentlichen unverändert angenommen wurde. Es beweiset daß das was die bayerische Regierung im Julius für recht und den gegebenen Verhältnissen entsprechend hielt, jetzt auch wirklich dafür anerkannt wird. Es liegt hierin zugleich die Ansicht der bayerischen Regierung über diese Vorgänge, und ich mache kein Hehl daraus: wir glauben daß in diesem Provisorium der erste Schritt gethan ist um ein Zerreißen Deutschlands zu vermeiden, und eine gedeihliche Lösung unserer Verfassungsfrage anzubahnen. Auf die weitern Einwendungen gegen den beabsichtigten Schritt zu antworten muß ich für jetzt noch unterlassen. Wenn man diese Frage genügend erörtern will, muß man auch die reine Thatsache bestimmt vor sich haben, und diese vorzulegen sieht sich die Regierung in diesem Augenblick nicht im Stande."

Da hierauf Fürst Wallerstein sich im bereits mitgetheilten Sinne und namentlich die Rechte der Volksvertretung wahrend aussprach, ergriff der Hr. Minister noch einmal das Wort zu folgender Aeußerung: „Ich bin weit entfernt eine Discussion zu veranlassen. Ich bitte nur um die Erlaubniß, auf das dritte Wort welches der Hr. Abgeordnete speciell an die Minister gerichtet hat, noch einige Worte zu erwiedern, und nicht bloß als Minister, sondern zugleich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter und Deutscher überhaupt. Ich stimme vollständig mit dem Hrn. Interpellanten darin überein daß die definitive Gestaltung der deutschen Verfassung nicht durch die Cabinette allein geschehen kann und darf, und ich wenigstens werde dazu niemals mitwirken. Darum handelt es sich auch jetzt nicht: der Schritt vor dem wir jetzt stehen, ist ein Provisorium: er sollte nach unserer festen Ueberzeugung nur die nächste und dringendste Gefahr abwenden, die Gefahr eines Risses durch Deutschland, der, einmal geschehen, schwer, vielleicht nie wieder zu heilen gewesen wäre. Wäre in diesem Augenblick die Nationalversammlung noch beisammen, so würde ich nie dazu stimmen ohne die Mitwirkung dieser Nationalversammlung an die Stelle der bisherigen Centralgewalt eine andere niederzusetzen. Sie ist aber jetzt nicht beisammen, und ich glaube Staatsmänner müssen praktisch handeln und die Dinge nehmen wie sie sind, wie sie liegen. Daß für die definitive Entscheidung der deutschen Verfassungsfrage die bayerische Regierung niemals den Gedanken aufgegeben hat mit dem deutschen Volke und seinen Vertretern, obgleich diese Vertretung jetzt erst wieder geschaffen werden muß, zu vereinbaren, dafür glaube ich die Beweise dem Ausschuß für die deutsche Frage an die Hand gegeben zu haben, und wenn diese Angelegenheit zur Erörterung kommt, wird darauf zurückgekommen werden können. Die bayerische Regierung hat diesen Gedanken niemals aufgegeben und wird ihn nicht aufgeben. Ich wiederhole es, es kann nicht davon die Rede seyn daß die definitive Verfassung Deutschlands rein durch die Fürsten octroyirt werde. Eine Vereinbarung muß in dieser Beziehung stattfinden: wenn sich auch in diesem Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit und Klarheit darlegen läßt welches Organ die Vertretung des deutschen

Volkes hier zu üben hat. Ich weiß nicht ob sich jemand einen solchen Blick in die Zukunft zutraut; ich habe ihn nicht; sey es nun daß die einzelnen Ständeversammlungen dieses Organ vereinbaren, oder daß es eine zu berufende allgemeine Vertretung bildet; soviel ist in mir als feste Ueberzeugung: die Fürsten allein werden die definitive Verfassung Deutschlands nicht feststellen können wenn Friede werden muß; ich bin auch überzeugt, die Fürsten wollen es nicht allein thun; jedenfalls will es die bayerische Regierung nicht, und die Männer welche jetzt die Ehre haben an der Spitze der bayerischen Verwaltung zu stehen, werden dazu niemals mitwirken."

Die Verhältnisse in Baden.

** **Vom Rhein**, 19 Oct. Die beiden Artikel der Allgemeinen Zeitung über „badische Zustände" in den Beilagen zu Nr. 287 und in 288 finden überall Beifall. Die Einsicht des Verfassers in die Verhältnisse und in das was noth thut, sticht sehr ab, wenn man den vielen Unverstand vergleicht der anderwärts über die gleiche Sache geschrieben wird. Die Angriffe derjenigen denen das abgetretene Ministerium nicht liberal genug war, und derjenigen denen auch das jetzige nicht streng oder reactionär genug ist, sind erklärlich. Es ist dieß Parteisache. Aber am erbärmlichsten sind diejenigen die in einer so entschiedenen Zeit nicht links und nicht rechts gehen wollen, sondern auf beiden Seiten nur Tadel haben, ohne doch zu sagen was denn eigentlich geschehen sollte, oder früher hätte geschehen sollen, damit man ihre Vorschläge ja nicht ebenfalls einer Kritik unterwerfen kann. So viel ist richtig daß jetzt eine große Schichte der Gesellschaft die vor dem Mai jede Beschränkung der Freiheit mißbilligt hätte, und sogleich bereit war mit den Radicalen in ein Horn zu blasen, jetzt nur Strenge, selbst auf Rechnung der Freiheit, verlangt. Man wird dieß nach dem was wir erlebt haben natürlich finden. Das Interesse der Ordnung, der Schutz gegen neue Störungen ist jetzt überwiegend. Aber die Einsichtigen alle wollen aus den für jetzt nöthigen Beschränkungen kein bleibendes System machen. Sie wollen nicht daß die Errungenschaften wieder verloren gehen. Die volksthümlichen Einrichtungen die am vorigen Landtag in der Justiz und in der innern Verwaltung berathen wurden, und deren definitives Zustandekommen nur durch die Revolution verhindert wurde, werden sicher eher dazu dienen künftigen Revolutionen vorzubeugen als sie zu erneuern. Man weiß nicht welche Absichten das neue Ministerium in dieser Beziehung hegt; aber man wird ihm höchstens zugestehen daß manches wegen der damit verbundenen Kosten noch etwa eine Landtagsperiode ausgesetzt, nicht aber daß es aufgegeben werde. Auf eine Revolution gehört eine Reaction, aber sie darf nur so weit gehen als nöthig ist die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den verbrecherischen Geist niederzuschlagen, nicht aber die weitere Entwickelung nach hergestelltem Ebenmaß systematisch zu verkümmern. Für jetzt darf man um die Wühlerei im Keim zu erdrücken oder unschädlich zu machen vieles thun was sonst das Freiheits- und Selbständigkeitsgefühl verletzt, ja man wünscht noch nicht einmal die Aufhebung des Kriegszustands. Nur der fernere Vollzug von Todesurtheilen sollte unterbleiben, da jetzt der Opfer genug gefallen sind und weiteres Blutvergießen keine guten Früchte bringen wird. Auch die Einquartirung, die ohnehin mehr die Unschuldigen oder doch minder Schuldigen trifft, wird allmählich gar zu drückend und vermehrt nur das Proletariat, weßhalb es dringend ist die Truppen überall zu caserniren, um wenigstens die Möglichkeit zu lassen daß das Volk in Bezug auf seinen Wohlstand sich wieder erhole. Die übrigen Ausnahmsmaßregeln mögen noch fortdauern, bis unter der dadurch erzwungenen äußeren Ruhe nach und nach mehr innere Sammlung bewirkt und der miasmatische politische Unverstand der Massen wenigstens in seiner Wildheit mehr gebrochen seyn wird. Auch die Gesetzgebung wird, wenn die Zeit der Provisorien zu Ende geht, in einigen Theilen vervollständigt werden müssen um die Staatsgewalt gegen das wühlerische und demoralisirende Treiben zu stärken, und selbst in Beziehung auf die an und für sich so wohlthätige Betheiligung volksthümlicher Elemente, wie sie theils in der Gemeindeverfassung, theils in den Gesetzen des jüngsten Landtags geschaffen sind, dürfte die Erfahrung lehren daß die Wahlrechte nicht bloß nach Köpfen vertheilt seyn können. Alle dießfallsigen Verbesserungen werden die Aufgabe des nächsten Landtags seyn; aber ich wiederhole daß es sehr zu beklagen wäre, wenn das Streben wieder bureaukratisch würde und die vom vorigen Ministerium vorgelegten und von den Ständen berathenen volksthümlichen Einrichtungen selbst wieder verloren gingen, oder der Wirkungskreis der volksthümlichen Elemente geschmälert würde, da es, man mag den Satz mit einem Bannfluch belegen oder nicht, sicher bleibt daß nur eine breite Grundlage durch Betheiligung des Volks bei der Verwaltung seiner Angelegenheiten den Organismus des Ganzen stützen kann. Was die Kammern betrifft, so ist zu beklagen daß die Karlsruher Ztg. dem Vorschlag ein neues Wahlgesetz zu octroyiren ihre Spalten geöffnet hat. Eine Vergleichung mit der rettenden That des preußischen Ministeriums, man mag von dieser sonst denken wie man will, ist unzulässig, wenn man bedenkt daß in Preußen das Verfassungswerk immer noch nicht zum Abschluß gekommen ist, hier also einseitiges Eingreifen, um ein Ziel zu erreichen, eher gerechtfertigt war, während in Baden die Verfassung sammt der dazu gehörigen Wahlordnung seit 30 Jahren in anerkannter Wirksamkeit stand. Mag man im übrigen die Kammern auflösen oder nur durch Ergänzungswahlen erneuern, in welcher Beziehung nur Gründe der Räthlichkeit maßgebend seyn können, so hat das eine oder andere jedenfalls bald zu geschehen, und der Verfasser des Artikel in Nr. 288 der Allg. Ztg., der von der Unterstellung ausgeht man könnte die neuen Wahlen bis zu einem angemesseneren Zeitpunkt nöthigenfalls überhaupt verschieben, hat übersehen daß mit dem 31 Dec. d. J. das halbjährige Steuerprovisorium, zu dessen Ausschreiben die Regierung für sich allein ermächtigt war, zu Ende geht, und daß dann verfassungsmäßig ohne eine weitere ständische Bewilligung keine Steuern mehr erhoben werden können, die im Jan. 1850 zu erhebenden Steuern aber spätestens zu Ende des Nov. 1849 ausgeschrieben werden müssen.

Der Eisenbahncongreß in Wien.

∏ **Wien**, 20 Oct. Die heurige Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen hat ihre Sitzungen am 15 d. M. begonnen und gestern den 19 geschlossen. Sie war von Abgeordneten ziemlich zahlreich beschickt, besonders aus Preußen und Norddeutschland, was uns erfreulich dünkt, weniger vollständig aus dem deutschen Südwesten. Zu den vierundvierzig Verwaltungen welche zur Zeit der Dresdener Generalversammlung den Verein bildeten, ist inzwischen noch als die fünfundvierzigste die großherzoglich hessische Direction für die Main-Weser-Eisenbahn hinzugetreten, und mit einzelnen geringfügigen Vorbehalten haben sie sämmtlich ihre Beistimmung sowohl zu dem Statut des Vereins (dd. Köln, 28 Jun. 1847) als auch zu den sonst in den verschiedenen Generalversammlungen gefaßten Beschlüssen zu erkennen gegeben. Kein Zweifel daß die wenigen noch fehlenden deutschen Eisenbahnverwaltungen im Lauf des nächsten Jahrs auch ihren Beitritt zum Verein erklären werden, wie denn auch der Anschluß der ungarischen Bahnverwaltungen auf einen von dorther geäußerten Wunsch bereitwillig angebahnt worden ist. Ob sich jedoch, wie von manchen Seiten aus naheliegenden Gründen und im Interesse des Verkehrs gewünscht wird, der Eisenbahnverein zu einem Eisenbahn- und Dampfschifffahrtsverein erweitern werde, so daß auch die Verwaltungen der deutschen Dampfschifffahrtsgesellschaften sowohl für unsere großen Ströme als für den Seeverkehr als gleichberechtigte Mitglieder in denselben eintreten könnten, steht noch sehr in Frage; die nächste Generalversammlung die in Aachen stattfinden wird, dürfte darüber erst einen Beschluß fassen. Die Ergebnisse der dießjährigen allgemeinen Verhandlungen theilt die Austria mit. Indessen sind selbst die Abstimmungen und Beschlüsse der Generalversammlung, wenn sie auch nie verfehlen werden auf die Maßnahmen der einzelnen Versammlungen einen bestimmenden Einfluß auszuüben, doch für diese nicht bindend; das Princip der Freiwilligkeit ist auch hiebei nach englisch-amerikanischer Weise festgehalten worden. Aus diesem Grund besonders ist auch auf die Größe und Bedeutung der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen hinsichtlich des Stimmverhältnisses keine Rücksicht genommen worden, jede derselben hat eine vollgültige Stimme, und hiebei wird es auch wohl in der Zukunft bleiben, ungeachtet eine starke Minderheit nicht abgeneigt war der österreichischen Staatseisenbahnverwaltung, und demnächst auch andern, zwei Stimmen mit den zugehörigen Pflichten und Rechten im Verein zuzugestehen. Dem Ersuchen an die betreffenden Staatsregierungen den zum deutschen Eisenbahnverein verbundenen Verwaltungen die Portofreiheit für alle dienstlichen Sendungen an Briefen, Acten und Drucksachen (mit Ausnahme von Geld) zu gewähren, sofern sie als „deutsche Eisenbahn-Vereinssache" bezeichnet seyn werden, ist von Seiten Hannovers, Preußens, Braunschweigs, Mecklenburgs, Sachsens, Schleswig-Holsteins bereits vollständig gewillfahrt worden, unter der Bedingung jedoch daß eine gleiche Vergünstigung auch von den übrigen betheiligten deutschen Postverwaltungen zugestanden werde. Da die Entscheidungen dreier andern Staatsregierungen, nämlich der österreichischen, der kurhessischen und darmstädtischen, vorläufig noch weniger günstig und dem Antrage nicht in seinem ganzen Umfang entsprechend lauten, so beschloß die Versammlung die geschäftsführende Direction des Vereins mit einer nochmaligen Eingabe an die betreffenden Regierungen behufs der Erwirkung der Portofreiheit im Interesse des deutschen Verkehrs zu beauftragen. Im Laufe der Verhandlungen ward das Vereinsreglement für den directen Güterverkehr nochmals in Berathung gezogen, und in wesentlichen Punkten nach den bisher gemachten Erfahrungen und von verschiedenen Verwaltungen gestellten An-

trägen verbessert, so daß mit Bestimmtheit zu hoffen steht daß in dem amendirten Güterreglement nunmehr eine feste Basis für den gesammten Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen gewonnen seyn werde. Zu gleicher Zeit ist dabei Uebereinstimmendes in Betreff der baaren Auslagen, der Nachnahmen, der Provision dafür, des Verfahrens hinsichtlich der Zollversteuerung rc. festgesetzt worden. Nachnahmen werden dem Aufgeber baar verabfolgt bei Transporten bis zu 80 Meilen innerhalb 14 Tagen

"	"	"	" 100	"	"	20	"
"	"	"	" 180	"	"	25	"
"	"	"	" 200	"	"	30	"
"	"	"	über 200	"	"	36	"

falls nicht innerhalb der angegebenen Zeit eine dieß hindernde Anzeige der Bestimmungsstation bei der Aufgabestation eingelaufen seyn sollte. Die Berechnung des Lagergeldes für nicht abzuliefernde oder restant gestellte Güter soll fortan erst 48 Stunden, statt 24 wie bisher, nach Ankunft der Güter beginnen.

Von hohem Interesse war der Bericht über diejenigen Vorarbeiten welche zur Anbahnung eines deutschen Eisenbahngesetzes zur Reife gediehen oder noch im Werke sind. Die zur Bearbeitung des betreffenden Entwurfs bestimmte Commission aus 9 Eisenbahnverwaltungen hatte sich am 11 Oct. 1848 zu Köln versammelt, die in den Kreis ihrer Berathung zu nehmenden Gegenstände in sechs Hauptkategorien eingetheilt, und jede derselben einer Specialcommission zur Vorbereitung überwiesen. Indeß zeigten sich die nöthigen Vorarbeiten zu umfassend und zeitraubend als daß sich die Generalcommission im Stande gesehen hätte der Generalversammlung schon jetzt eine vollständige, zur definitiven Beschlußnahme reife Berichterstattung über die ganze ihr gestellte Aufgabe vorzulegen. Namentlich mußten die Fragen über Herstellung eines vollständigen deutschen Eisenbahnnetzes und über die Gliederung des Eisenbahnterrains in besondere Verbände noch vertagt werden. Um die allmähliche Entwicklung eines gleichmäßigen Constructionssystems aller deutschen Eisenbahnen und Betriebsmittel herbeizuführen, ward von der Commission beantragt und von der Versammlung fast einmüthig beschlossen: „Die Techniker der sämmtlichen Verwaltungen welche den deutschen Eisenbahnverband bilden, sollen von der (vorsitzenden) königl. hannöver'schen Eisenbahndirection eingeladen werden längstens im Laufe des Monats Februar k. J. in Berathung über die von der königl. hannöver'schen Verwaltung in dem Pro Memoria vom 27 Sept. c. erfolgten Vorschläge zu treten. Zu dieser Versammlung werden die Techniker der andern deutschen Eisenbahnverwaltungen, welche noch nicht zum Verein gehören, durch die geschäftsführende Direction ebenfalls eingeladen, und soll das Pro Memoria vom 28 Sept. c. sammt Anlagen allen deutschen Eisenbahnverwaltungen zu dem Ende mitgetheilt werden. Das Resultat dieser technischen Commission ist demnächst der IVten Generalcommission spätestens bis Anfang Mais 1850 wieder vorzulegen, zu dem Zwecke diese Ergebnisse der nächsten Generalversammlung zur Beschlußnahme vorzulegen."

Betreffend die Beziehungen der Eisenbahnverwaltungen zu den Staatsinstituten, verpflichten sich dieselben bei allen ihren Expeditionen Gold- und Silbergeld (mit Ausschluß der Scheidemünze) welches in dem Gebiete der zunächst angränzenden Bahnen gesetzlichen Lauf hat, anzunehmen; die Maße nach denen die verschiedenen Verwaltungen rechnen, sollen zusammengestellt und in möglichste Uebereinstimmung gebracht werden; das auf den Eisenbahnen zur Anwendung kommende Gewicht ist ausschließlich der Zollcentner (= 50 Kilogramme) zu 100 Zollpfunden, mit Ausnahme der österreichischen Verwaltungen, die sich jedoch anheischig machen in ihren Tarifen das Verhältniß des österreichischen Gewichtes zum Zollcentner auszudrücken. In Betreff des Zoll- und Steuerwesens ward folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung des deutschen Eisenbahnvereins ermächtigt die IVte Generalcommission alle ihr als zweckmäßig erscheinenden Erleichterungen des Eisenbahnverkehrs wegen Behandlung der Eisenbahntransporte in Bezug auf Zoll- und Steuerwesen zu erwirken; zu dem Ende erforderlichenfalls mit den Staatsverwaltungen zu unterhandeln, und sich zu diesem Zwecke auch durch die Antheilnahme derjenigen Eisenbahnverwaltungen zu verstärken welche bei den Gränzzollabfertigungen unmittelbar betheiligt sind, gegenwärtig aber nicht zur IVten Generalcommission gehören." Ueber die Gründung einer allgemeinen deutschen Eisenbahnstatistik wird der nächsten Generalversammlung im Mai zu Aachen ein Commissionsbericht vorgelegt werden. Dieß sind die wesentlichen Ergebnisse des diesjährigen Eisenbahncongresses, die, wir hoffen es zuversichtlich, auch auf das Werk der deutschen Einigung nicht ohne Einfluß bleiben werden.

Großbritannien.

*** **London**, 17 Oct. Die Journale haben sich viel über das Ergebniß der vor einigen Tagen bekannt gemachten Jahrs- und Vierteljahrseinnahmen gestritten; sie hätten aber ebenso gut schweigen können, denn die lobpreisenden Artikel der einen wie die tadelnden der andern sind gleich wenig werth, indem die Sachen so ziemlich in demselben Zustande geblieben sind. Von dem Steuerertrag einiger Jahre gleich auf das Sinken oder Steigen der Nationalwohlfahrt schließen, ist eine höchst gewagte Sache. Ich hebe indessen aus der Liste der Einnahmen einen Punkt heraus den die Journale kaum berührt haben, der aber theils wegen des Aufsehens das eine deßfallsige Streitfrage vor einiger Zeit gemacht, theils wegen der Verhältnisse die dabei zu Tage treten, eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Sie finden unter dem Artikel „Accise" in der Rechnung eine Abnahme für das ganze Jahr von 443,945 Pf. St. Diese Abnahme hat ihren Grund lediglich darin daß die Hopfenabgabe noch nicht bezahlt ist. Eine Deputation der Hopfenbauer machte kürzlich Sir Ch. Wood ihre Aufwartung, um Nachlaß oder mindestens Aufschub der Zahlung zu verlangen. Die Lage der Hopfenbauer ist sehr fatal: sie stehen unter dem Acciseamt und zahlen für jedes Pfund Hopfen das sie gewinnen 2 d. mit einem Zuschlag von 5 Procent seit dem Gesetz von 1840. Diese Abgabe machte im vorigen Jahr 388,000 Pf. St. und in diesem 146,000, beide sind aber noch nicht bezahlt. Der Sprecher der Deputation setzte dem Kanzler der Schatzkammer auseinander daß der Anbau und das Einernten des Hopfens 25 Pf. St. auf den Acre, die nachherige Behandlung noch etwa 9 Pf. St. koste, was bei 49,232 Acres 1,673,888 Pf. St. ausmacht. Dieß ist die Berechnung für 1848. Der verkaufte Hopfen ertrug nicht völlig 1,100,000, die Hopfenbauer hatten also einen Verlust von mehr als einer halben Million Pf. St. Dieß Jahr wurde etwas weniger gebaut, der Hopfen ging zu besserem Preis ab, und man berechnete den Verlust nur auf 262,000, für beide Jahre zusammen also nicht weniger als 839,910 Pf. St., und wenn man die Abgabe der beiden Jahre, zusammengenommen 534,000 Pf. St., noch dazu schlägt, so macht der Verlust eine Summe von 1,377,917 Pf. St. aus. Mag auch die Angabe etwas übertrieben seyn, der Verlust bleibt groß genug, und die Hopfenbauer haben genügende Ursache sich klagend an die Regierung zu wenden. Der Fall ist sehr bezeichnend, um zu beweisen welchen Extravaganzen sich der englische Ackerbau hingeben konnte; jetzt aber kommt die Abrechnung. Die Erklärung der obigen Erscheinung liegt wohl in folgendem. Der Hopfenbau ist so prekär daß er zu einem wahren Spiel wird. Fast jedes Jahr finden sich in einzelnen Districten einige Hopfenbauer die eine sehr gute Ernte machen, während sie anderswo mißräth, und die wenigen Glücklichen gewinnen dann natürlich ungeheuer. Dieß war noch mehr der Fall vor dem Jahr 1842, wo der Zoll 8 Pf. 11 Sh. per Ctnr. betrug, seitdem ist er auf 2 Pf. 5 Sh. mit dem Zuschlag von 5 Proc. herabgesetzt. Der englische Hopfengärtner zahlt jetzt nur um etwa anderthalb Pf. St. weniger Accise vom Centner als der fremde Hopfen Zoll zahlt, während er früher gegen denselben um 7½ Pf. St. begünstigt war. Die natürliche Folge muß seyn daß der Hopfenbau abnimmt, und daß die Abgabe noch überdieß aufgehoben werden muß, denn sie ist nicht nur an sich sehr unbedeutend, sondern schwankt auch zwischen 100,000 bis 400,000, so daß ohnehin die Regierung auf nichts mit Sicherheit bauen kann. Wenn die Pächter einen Anbau von so zufälligem Erfolg so lange Zeit fortsetzen konnten bei den großen damit verbundenen Kosten, so mußte es ihnen nicht an Geld fehlen; wie steht dieß aber jetzt aus? Hr. Hodges, Mitglied für Westkent, äußerte sich als Mitglied der Deputation der Hopfenbauer gegen den Kanzler der Schatzkammer folgendermaßen: „Wenn die ganze Hopfenernte des Jahres 1849 verkauft wäre, so würde nach Abzug der Kosten für den Anbau nicht genug übrig bleiben um die Steuer für das vorige Jahr zu zahlen. Geld ist so selten in den Hopfendistricten, daß die Magistrate sich gezwungen sehen wegen der Zahlung der Armentaxen gerichtliche Ladungen ergehen zu lassen; er selbst kenne einen Friedensrichter der Grafschaft der allein deren 40 unterzeichnet habe. Wenn sich nun nicht genug Geld zur Bezahlung der Armentaxen finde, so sey es ganz unmöglich Geld zur Bezahlung der Hopfensteuer für 1848 zu finden rc." Alle Anwesenden, worunter Geistliche, Gutsbesitzer, Bankiers, Friedensrichter u. s. w. bestätigten diese Aeußerung des Hrn. Hodges. Sir Ch. Wood aber bemerkte: seit dem Jahr 1830 seyen die Armentaxen auch in diesen Districten um 50 Procent gesunken, und wenn er die Berichte aus andern Gegenden wo kein Hopfen gewonnen würde, in Betracht ziehe, so finde er daß hier dieselbe Noth herrsche wie in den wo Hopfen gebaut werde; er könne also letztere nicht bevorzugen, und ihnen 400,000 Pf. St. an Steuern erlassen. Hr. Hodges, ein politischer Freund von Sir Ch. Wood, erließ hierauf unter dem 30 Sept. ein öffentliches Schreiben an ihn, worin es heißt: „Der Schluß den Sie aus der Verminderung der Armentaxen ziehen, weicht völlig von der Wirklichkeit ab. Es wäre allerdings sehr erfreulich wenn die verminderten Kosten für die Erhaltung der Armen von einer entsprechenden Besserung ihrer Lage veranlaßt oder begleitet wäre; ich fürchte aber sehr daß das Gegentheil der Fall ist. Ebenso wenig darf man von dem verminderten Betrag der Armensteuer auf die größere Leich-

tigkeit ihrer Einsammlung schließen, denn das Zeugniß derer welche die Ehre hatten mit Ihnen zu sprechen, beweist daß, wenn auch der Betrag der Armensteuer vermindert wurde, das Capital der Pächter in noch weit größerem Verhältniß vermindert wurde, und daß die Armensteuern an vielen Orten nicht aufgebracht werden können." Ich habe hier die hauptsächlichsten und allgemeinen Punkte dieser Verhandlung ausgehoben, weil sie ein Licht wirft auf den Vermögenszustand mancher Ackerbaudistricte. In Dorsetshire, derselben Grafschaft aus welcher ein Correspondent der Times vor einigen Jahren furchtbare Schilderungen über die Noth der Taglöhnerbevölkerung mittheilte, hört man von einem großen Landbesitzer, der seine Geschäftsführer beauftragte seine Arbeiter von 8 Schill. in der Woche auf 7, und nach einiger Zeit auf 6 Sh. herabzusetzen. Die Einkünfte des Landbesitzers sind bedeutend gesunken, und er will nun auch seine Erzeugungskosten vermindern, aber eine solche Herabsetzung des Taglohns muß agrarische Unruhen erzeugen. Das Capital der Pächter, namentlich im Süden Englands, ist seit Jahren rasch dahingeschwunden, und der Boden kann nicht mehr auf die kostspielige, aber auch durch reichlichen Ertrag lohnende Weise fortgeführt werden. Leute mit größerem Capital können vielleicht sich erhalten, diese aber werden den Gutsherren ganz andere Bedingungen setzen. In der nächsten Parlamentssitzung werden wir mehr darüber hören.

Der Proceß in Metz.

□ **Metz**, 17 Oct. Diesen Morgen begannen die Verhandlungen unseres Assisengerichtes in dem gegen das Straßburger Juniuscomplott eingeleiteten Processe. Auf der Bank der Angeklagten sitzen 1) Emil Küß, Professor der Physiologie aus Straßburg; 2) August Toulpont, ehemaliger Officier; 3) Philipp Donnbach, Buchdrucker; 4) August Laboulage, Professor der Mathematik; 5) J. Erkmann, Kaufmann; 6) Franz Silberling, Geschäftsagent aus Straßburg. Nach den einleitenden üblichen Formalitäten ward der Anklageact verlesen, aus welchem wir folgendes entnehmen. Die heftige Sprache der Journale und eines Theiles der Opposition während der ersten Tage des verflossenen Monats Junius hatte auch in Straßburg Anklang gefunden. Die Clubs und die Localpresse, namentlich der „Rheinische Demokrat", hatten bei ihren Angriffen gegen die verfassungsmäßige Gewalt der Republik ihre Kühnheit und Energie verdoppelt. Die Gemüther waren aufgeregt. Man verspürte das Nahen eines großen Ereignisses. Diese Aufregung schien sich am Morgen des 14 Jun. zu verdoppeln. Niemand wußte noch was am vorhergegangenen Tage in Paris vorgefallen war, niemand konnte argwohnen daß an diesem Tage eher als an einem andern die Regierung dem Präfecten Mittheilungen hatte zukommen lassen, und doch begab sich der Angeklagte Küß in Begleitung zweier anderer Personen zum Präfecten, um von ihm Mittheilung der Nachrichten zu begehren die derselbe erhalten haben sollte. Dieser Beamte antwortete daß er ihnen nichts mitzutheilen habe. Der Präfect hatte freilich am Abend vorher eine erste Depesche empfangen, welche ankündigte daß sich auf den Boulevards in Paris Zusammenrottungen gebildet hatten. Diese durch die Nacht unterbrochene Meldung war in den Morgenstunden ergänzt worden, ihr folgten in kurzen Zwischenräumen zwei andere welche berichteten daß Paris ruhig und der Belagerungszustand daselbst verkündet worden sey. Er glaubte diese Nachrichten dem Befehlshaber der Militärdivision mittheilen zu müssen, und man kam überein daß eine Versammlung der Behörden Straßburgs auf Mittag in das Divisionshotel zusammenberufen werde. Die Zusammenkunft fand auch wirklich statt, und man verständigte sich über die Maßregeln welche die Umstände nothwendig machten. Unter diesen befand sich der Rappell der Nationalgarde und die Veröffentlichung der telegraphischen Meldungen. Diese Veröffentlichung geschah gegen drei Uhr. Unterdessen verweilte der Hr. Maire von Straßburg, der irgendeine Demonstration befürchtete, mit einem seiner Adjuncten und den höheren Officieren der Nationalgarde auf dem Rathhause. Bald wurde sein Cabinet von einer Anzahl Personen, unter denen sich die Angeklagten Küß und Toulpont befanden, bestürmt, und diese riefen aus: „Die Constitution wurde verletzt, der Belagerungszustand ist das Vorspiel eines Staatsstreichs, bald werde man das Kaiserthum von den Wällen der Citadelle verkünden ꝛc. Die Nationalgarde müsse zusammenberufen und dieser Bürgschaften gewährt werden." Zu diesem Ende verlangte man daß die Nationalgarde die Wachtposten und die Citadelle im Verein mit den Linientruppen besetze; man begehrte die Zugabe einer Anzahl Bürger zur Verwaltung und zum Municipalrathe, die Auslieferung von Kanonen und Kriegsbedarf, die Ernennung einer Commission welche der Eröffnung der telegraphischen Depeschen und amtlichen Briefe aus Paris beizuwohnen hätte, und endlich die Besetzung des Telegraphen. All diesen Zumuthungen ward von den Behörden widerstanden, und der Maire glaubte daß jetzt der Augenblick gekommen sey den Rappell schlagen zu lassen. Der Angeklagte Erkmann veranlaßt indessen die Tambours statt des Rappells den Generalmarsch zu schlagen und begleitete diese unter dem Rufe: zu den Waffen, zu den Waffen! Als der Maire nach einer Unterredung mit dem Divisionsgeneral in das Rathhaus zurückkehrte, fand er daß die Gemüther sich noch mehr erhitzt hatten. Die Forderungen wurden ungestümer und Toulpont zeichnete sich dabei besonders aus, indem er beständig auf Besetzung der Citadelle drang. Man wollte sogar einen Obristlieutenant der Nationalgarde absetzen. Während dieser Begebenheiten wurde ein zum Aufruhr ermahnender Zettel, der an die Armee gerichtet und aus der Druckerei des Angeklagten Donnbach hervorgegangen war, durch dessen Arbeiter in der Stadt wie in der Citadelle angeschlagen. Der Verfasser dieses Placats war der Angeklagte, Professor Laboulage. Als Unterschrift trug derselbe: Das demokratische Centralcomité des Niederrheins. Es muß bemerkt werden daß das besagte Comité bei dieser Gelegenheit zum erstenmal seine Existenz öffentlich eingestand. Um die Aufregung im Gemeindehaus zu beschwichtigen, schlug der Maire vor zum Divisionsgeneral zu gehen und die unter dem Vorwande von Bürgschaften ausgesprochenen Forderungen seinem Gutdünken zu unterbreiten. Der Vorschlag ward angenommen und wilde Haufen zogen nach dem Hauptquartier des Generals. Unterwegs äußerte der Angeklagte Küß: „Wenn der General unseren Forderungen nicht willfahrt, so wird diesen Abend ein entsetzlicher Bürgerkrieg die Straßen von Straßburg mit Blut färben." Der General wies mit Würde die anmaßenden Forderungen ab. Im Augenblick wo man das Divisionshotel verließ, langte die letzte telegraphische Depesche an, welche die vollständig wiederhergestellte Ruhe in Paris verkündigte. Der Maire liest sie öffentlich vor und die Aufregung fing an sich zu legen. Die Nationalgarde wurde auf dem Kleberplatze vereinigt und defilirte vor dem Maire unter dem Rufe. „Es lebe die Republik!" Einige aufrührerische Kundgebungen mischten sich in derselben und man bemerkte sogar eine rothe Mütze auf der Spitze eines Bajonnetts. Die übrigen Punkte des Anklageactes beziehen sich auf einige Ruhestörungen während der folgenden Tage und die demokratischen Verzweigungen im Departement. Außerdem sind mehrere Artikel des „Rheinischen Demokraten" als aufrührerische bezeichnet, und deßhalb die Verfasser sowie der Drucker der öffentlichen Aufregung ꝛc. angeklagt. Wir werden auf die einzelnen Enthüllungen während der Debatten in unseren nächsten Briefen zurückkommen.

Laureani.

∸ **Rom**, 16 Oct. Vorgestern Abend verschied hier nach längerm Leiden Monsignor Laureani, erster Custode der vaticanischen Bibliothek. Die vielen deutschen Gelehrten welche mit ihm durch diese seine Stellung in Berührung gekommen sind, werden seinen Tod mit uns als einen Verlust beklagen. Selbst in Zeiten in denen die Bibliothek unter strenger Zucht gehalten wurde, suchte er den Wünschen der Studirenden, sofern es irgend möglich war, nachzukommen; ja wo er persönliches Vertrauen gewonnen hatte, gestattete er gern Ausnahmen von der Regel der strengen Dienstvorschriften; wo er etwas verweigerte, geschah es in einer so liebenswürdigen Weise daß man dem Manne nicht böse seyn konnte. Selbständige wissenschaftliche Leistungen liegen von ihm nicht vor; was ihn überhaupt in seine Stellung, zu der er stufenweise emporstieg, gebracht hat, sind lateinische Verse, die von einer mehr eleganten als strengen und tiefen classischen Bildung Zeugniß ablegen. Doch hat er sich ein nicht geringes Verdienst um die Bibliothek in künstlerischer Hinsicht erworben, nämlich durch die Anlegung der Sammlung kleiner Gemälde altitalienischer Kunstschulen, die, weil sie seine Schöpfung war, auch um so liberaler der Benutzung freigegeben wurde. Ja zu ihrer richtigern Würdigung muß man hervorheben daß sie von ihrem Gründer namentlich zum Studium der Künstler bestimmt ist, und zwar zum Studium der Costüme, der malerischen Antiquitäten u. s. w., weßhalb auch Werke von geringerem Kunstwerth nebst manchen wirklich bedeutenden darin Platz gefunden haben. Es ist zu wünschen daß unter seinen Nachfolgern einer sich dieser Sammlung annehme, wozu freilich für diesen Augenblick wenig Hoffnung vorhanden ist. Ueberhaupt mangelt es an bedeutenden Persönlichkeiten zur Besetzung dieser Stelle, die früher als ein Ehrensitz der berühmtesten Gelehrten galt, wie es z. B. die Namen von Marini, Mai zeigen. Monf. Molza, der nächste Beamte, gilt hier für einen tüchtigen Orientalisten, aber auch er ist nicht Schriftsteller. Wahrscheinlich fällt jedoch ihm, da kein würdigerer Concurrent sich wird finden lassen, jetzt die erste Stellung zu.

Turin.

..1.. **Turin**, 19 Oct. Man muß den Piemontesen die Gerechtigkeit widerfahren lassen daß sie weitaus unter allen italienischen Stämmen

die meiste Reife für liberale Institutionen, und überhaupt die größte politische Lebensfähigkeit besitzen. Die Nähe Frankreichs und die so vielfach ineinander verschlungenen Verhältnisse beider Staaten, da das Haus Savoyen meist gezwungen an allen Kriegen Frankreichs gegen Oesterreich und Spanien Antheil nahm, haben, zumal seit 1789, nur einen wohlthätigen Einfluß auf Sardinien geübt. Der Boden wurde schon frühzeitig für eine Repräsentativ-Verfassung empfänglich gemacht, und dem König Karl Albert gebührt das Verdienst seit seinem im Jahr 1831 erfolgten Regierungsantritt unermüdlich auf die Hebung der äußern und innern Wohlfahrt seines Volkes hingearbeitet zu haben. Noch stehen zum größern Theil alle die Paradesachen die für den würdigen Empfang seiner Leiche errichtet wurden: die Porta nuova mit ihren Traueremblemen und sofort zu beiden Seiten der Straße Kenotaphe mit den Namen und Wappen der wichtigsten Städte des Königreichs — alles natürlich beinahe zusammenbrechend unter der Last italienischer Fahnen. Die Eingangsfaçade des Doms war mit einer geschmacklosen Theater-Decoration überkleidet, und über dem Haupteingang waren die Worte zu lesen: „O Italiener! wer Ihr auch seyd, tretet ein und betet zu dem Gotte der Krieger und Martyrer, daß er in seine Herrlichkeit aufnehme die große Seele des Königs Carlo Alberto, der so viel that und duldete um Italien das höchste Gut der Völker zu erkämpfen — die Unabhängigkeit." An den Säulen des schwarz und mit Hermelin ausgeschlagenen Schiffes der Kirche standen Denksprüche die auf die Regententugenden des Verstorbenen Bezug hatten, und charakteristisch genug sind um auch hier erwähnt zu werden. 1) Voll Ehrfurcht gegen den Glauben, machte er ihn zur Richtschnur seines Lebens und zur Grundlage seines Reiches. 2) Durch die neuen Gesetze die er gab, machte er vor der Gerechtigkeit diejenigen gleich die es vor Gott sind. 3) Indem er die Feudallasten abschaffte, verbannte er den letzten Ueberrest der Zeiten die niemals wiederkehren werden. 4) Mit den neuen Strafgefängnissen bezweckte er mehr die Besserung des Schuldigen als seine Bestrafung. 5) Durch Beförderung der Wohlthätigkeits- und der Kinderbewahranstalten erwies er sich als Vater der Armen und als Beschützer der Kindheit. 6) Dadurch daß er Wege eröffnete und die Schifffahrt schützte, wurde er ein Beförderer der Industrie und des Handels. 7) Leicht zugänglich, verschloß er sein Ohr niemals den Bitten des Unterthanen und den Beschwerden des Bürgers. 8) Durch landwirthschaftliche und wissenschaftliche Versammlungen förderte er den Ertrag der Felder und die Arbeit der Geister. 9) Ein Beförderer geschichtlicher Forschungen, gab er der Neuzeit lehrreichen Stoff in den Thaten der Vorzeit. 10) Indem er der Zeichnenkunst eine würdige Stätte bereitete, machte er den Unterricht darin ehrenvoller und ersprießlicher. 11) Eingedenk des Ruhmes seiner Ahnen, erneuerte er denselben durch Denkmale und eiferte ihm nach durch Thaten. 12) Durch Errichtung einer kostbaren Waffensammlung that er seiner und seines Landes Vorliebe Genüge. 13) Durch den Elementarunterricht klärte er sein Volk auf und machte es besser. 14) Durch die Anregung die er den Studien gab, verschaffte er Piemont den Vorrang in der italienischen Wissenschaft.

Zum richtigen Verständniß dieses Fürsten ist es unerläßlich bei allen seinen Handlungen dessen eingedenk zu seyn daß er mehr als irgendein anderer ein „kriegerischer Mönch" war, und seine Thaten im Cabinet wie auf dem Schlachtfelde von seiner religiösen Ueberzeugung abhängig machte. Wäre das Oberhaupt der Kirche nicht mit Reformen und mit gewissen Velleitäten in Hinsicht auf die italienische Unabhängigkeit vorangegangen, würde Karl Albert sich gewiß nicht mit den am Schluß des Jahres 1847 von ihm angeordneten Reformen, welche den Weg bahnten zu der am 8 Februar 1848 ertheilten Verfassung, beeilt haben. Daher kam Karl Albert auch von dem Augenblick an in Widerspruch mit sich selbst, wo Pius IX eine entschieden rückgängige Bewegung machte und unmöglich den neuen Krieg des Königs mit Oesterreich billigen konnte. Der Krieger, und zwar der ehrgeizige, auf Eroberung bedachte Krieger, hatte die Oberhand gewonnen über den Mönch, weßhalb den unglücklichen König in seiner Verbannung wenigstens der Trost begleitete daß, mit Ausnahme der exaltirten Mazzinisten, alle Parteien ihn als den ihrigen beanspruchten. Alle die in einer solchen Stellung enthaltenen Widersprüche kommen nunmehr in dem politischen Leben Piemonts deutlich genug zu Tage. Das Ministerium soll nach dem Willen der Kammermajorität dafür büßen daß die piemontesische Armee bei Novara in alle vier Winde zerstreut und der Abschluß des Friedens unter was immer für Bedingungen unerläßlich wurde, und andererseits wird die politische Frage von allen Seiten in die kirchliche hineingeschlungen, und von der Oppositionspartei gerade dasjenige am unerbittlichsten bekämpft was der verstorbene König am eifrigsten geschützt hätte — das Ansehen und die Macht der Geistlichkeit. Das Ministerium befindet sich dabei in der unangenehmen Lage daß es im Grunde genommen von seinen Freunden mehr zu fürchten hat als von seinen Feinden. Je energischer die Opposition die Forderungen und Privilegien des Klerus bekämpft, desto eifriger ist dieser darauf aus auf den politischen Conservatismus Einfluß zu gewinnen und beide Elemente zu einer solidarischen Gegenseitigkeit zu verknüpfen, die sie ihrem Wesen nach nicht haben und in einem constitutionellen Staat niemals haben sollten. So haben unlängst die sardinischen Bischöfe einen Hirtenbrief erlassen, der weit mehr einem gegen die Kammermajorität geschleuderten politischen Manifest als einem kirchlichen Actenstücke gleicht. Ebenso sind zumeist Geistliche bei der Redaction der conservativen Blätter betheiligt, und während der „Smascheratore" bei Veranlassung der in der Deputirtenkammer zu Gunsten des Protestantismus lautgewordenen Aeußerungen einen trivialen, höchst philisterhaften Artikel gegen den Protestantismus schleuderte, macht sich der „Istruttore del Popolo" mit dem Abbé Châtel und dem Bankerott seiner neufranzösischen Kirche zu schaffen. Kein Wunder daß die radikalen Blätter ihrerseits ohne Unterlaß über Bischöfe und Priester herfallen und die Partei des politischen Conservatismus durch die Insinuation verdächtigen sie trage den Klerikalen die Schleppe. Dadurch namentlich ist das Ministerium in eine mißliche Lage gekommen. Daß Pinelli, der von der Majorität am meisten gehaßte, weil er nach der Schlacht von Novara zum Abschluß des Waffenstillstandes rieth, nunmehr zurücktritt, gilt als ausgemacht; aber nicht weniger gewiß ist es daß kein Mitglied der Opposition mit dem Portefeuille des Innern betraut werden wird. Die conservativen Blätter bemerken ganz richtig: für die Opposition sey die Frage lediglich eine Personen- und keine Principienfrage, da die Majorität die politischen Ansichten des Ministeriums größtentheils als die ihrigen anerkenne, und wenn Rattazzi z. B. heute in das Ministerium trete, so werde sein einziges Dichten und Trachten darauf gerichtet seyn das Ministerium zu sprengen und lauter Männer von der Linken ans Ruder zu bringen. Die „Concordia" bemüht sich vergebens diesen Vorwurf von ihrer Partei abzuwälzen; am Ende versichert sie: bis jetzt seyen noch keinem Mitgliede der Opposition Vorschläge wegen Uebernahme eines Ministeriums gemacht worden. Als Pinelli's Nachfolger bezeichnet man den Advocaten Bixio, Bruder des bekannten Pariser Arztes und vormals Abgeordneten Genua's. Im ganzen scheint es mir daß so verwickelt auch die Stellung des Ministeriums ist, dem Staate von der radicalen Partei keine ernstliche Gefahr droht. Die Masse des Volkes ist durchaus besonnen und monarchisch gesinnt, und die Turiner Nationalgarde würde vorkommendenfalls stets auf Seiten der gemäßigten Partei treten. Dieses Institut, das noch nicht viel über ein Jahr besteht, hat sich bisher glänzend bewährt, und läßt namentlich auch mit Rücksicht auf seine militärische Instruction nichts zu wünschen übrig. Die radicalen Blätter die in allen Ecken und Enden gleich Pilzen auftauchen, leiden mit wenigen Ausnahmen an ihrer Erbkrankheit — der Schwindsucht, und selbst ein beredter Führer der äußersten Linken, Brofferio, kann wegen eingetretener Zerwürfnisse mit den Actionären sein Blatt nur noch bis zum Schlusse des Jahres fortsetzen und wirbt bereits für Actienzeichnungen zu einer neuen Zeitschrift. Unter seinem Vorsitz wurde am 14 d. M. der demokratische Nationalclub in einem Local an der Piazza San Carlo eröffnet. Dabei ging es sehr harmlos zu, und man konnte deutlich sehen daß es nur auf schöne Reden abgesehen war. Die meisten wollten eigentlich nur Brofferio, der wirklich als Advocat eine große Redegabe besitzt, sprechen hören, und als er sich wirklich dazu hatte bestimmen lassen, ging alles vergnügt auseinander. Einen gewaltigen Stoß würde der hiesige Radicalismus in dem Fall erleiden, wenn die von allen conservativen Journalen mitgetheilte Nachricht sich bestätigen sollte daß zwei Abgeordnete, die auf den äußersten Bänken des Berges saßen und nachher flüchtig werden mußten, von der österreichischen Regierung eine Anstellung erhielten. Das Ministerium hat es seinerseits mit der äußersten Rechten verdorben indem es einige der neapolitanischen Emigranten als Professoren an der Universität zu Genua anstellte. Alle Gasthöfe in Turin sind mit mailändischen und neapolitanischen Flüchtlingen angefüllt. Letztere entwerfen ein schauderhaftes Bild von dem in Neapel herrschenden Verfolgungssystem, und diese Klagen finden in den Turiner Oppositionsjournalen den lautesten Widerhall. Die Verfolgung soll sich nicht allein über alle diejenigen ausdehnen die zu der liberalen Partei gehörten, sondern selbst die Anverwandten derselben betreffen. Amtsentsetzungen seyen an der Tagesordnung, und die frühere Kammer schmachte entweder in den Gefängnissen oder in der Verbannung. Daher ist auch der Re Bomba (nicht mehr Bombardatore) ein stehender Artikel geworden.

Venedig.

* **Venedig**, 6 Aug. Heute am Jahrestag der Einnahme von Mailand, sollte auch Venedig wieder in den Händen der Oesterreicher seyn, auf heute wäre ein großer Sturm vorbereitet, und ein allgemeiner Angriff sollte das trostlose Drama des venetianischen Unabhängigkeitskampfes be-

schließen. So durchlief mehrere Tage das Gerücht schon die ganze Stadt. Gestern und vorgestern Nacht harrte man mit klopfendem Herzen auf den Donner der Kanonen; Batterien und Pelotonfeuer, Sturmläuten, Kriegsgeschrei, alles vergegenwärtigte sich die Phantasie so vieler Tausende. Viele packten ihre kaum geretteten Habseligkeiten und Lebensmittel zusammen um sich weiter auf die Schiffe zu flüchten. Die entsetzlichsten Vorstellungen einer Katastrophe beschäftigten die Gemüther und raubten ihnen den Schlaf. Aber einmal wie das anderemal ist die Sonne wieder aufgegangen über dasselbe Bild des Jammers und Elends — und wer weiß wie mancher Morgen so noch über der geängstigten, von allen Leiden heimgesuchten Stadt grauen mag!

Schwer dürfte es werden von dem gegenwärtigen Zustand von Venedig sich einen Begriff zu machen. Wer da je sich der heitern, lebensfrohen, im schönsten Aufblühen begriffen gewesenen Stadt erinnert, in dem tiefen Frieden wie er auf ihren Lagunen heimisch ist, der kann nur mit Wehmuth in die jetzige Zerrissenheit und Auflösung hineinblicken.

Seit Sonntag den 29 Jul. Nachts 11½ Uhr bis heute leben wir unter allen Schrecken eines Bombardements, das mit geringen Zwischenräumen unablässig Tag und Nacht fortgedauert hat. Bomben, Granaten, Kugeln sausen, pfeifen und zischen, besonders bei Nacht, mit der furchtbarsten Gewalt einschlagend, nun schon in dem Bereiche von fast fünf Sechsteln der ganzen Stadt, nur das einzige Sastiere di Castello — mit dem Arsenal — die Riva degli schiavoni, der Marcusplatz mit anliegenden Gebäuden und nächster Umgebung sind bis jetzt ganz unversehrt geblieben. Der Kreis der Schußlinie, von den Batterien des Brückenkopfes und von St. Giuliano aus gerechnet, erstreckt sich bereits bis gegen S. Giovanni e Paolo auf die Hälfte der Mercerie bei S. Marco, den Palast der Delegation (Corner), über die Accademia di belle Arti hinweg bis nicht ferne mehr von der Chiesa S. Maria delle Salute, jenseits des großen Canals, und endlich ein gutes Drittel von der Giudecca. Innerhalb dieses Bogens ist jeder Schritt mit Lebensgefahr verbunden, und wenn auch bei Tag die Stärke des Feuers gemeiniglich nachläßt, so sind doch schon nicht wenige Opfer gefallen welche auf offener Straße von den Kugeln getroffen wurden, nicht zu reden von den mehrfachen Unglücksfällen innerhalb der Häuser und Paläste selbst, die dem Durchschlagen der Kugeln nicht Trotz zu bieten vermochten. Einzelne Quatiere im Canareggio, die Umgegend von Rialto u. s. w. haben stark gelitten, und selbst einige Kirchen wurden durch Kugeln sehr beschädigt. Bei alledem ist von bedeutenden Verlusten an Kunstmonumenten noch nichts bekannt geworden, und scheint hierin wirklich der gute Genius Venedigs noch einmal über dem schwankenden Geschicke der Stadt gewacht zu haben. Die Accademia di belle arti, obschon sehr ausgesetzt, erhielt glücklicherweise nicht eine einzige Kugel. Die Kirchen Ai Frani und Ai Scalzi haben zwar etwas gelitten, doch mehr äußerlich als im Innern, dagegen ist die Kirche S. Nicolo dei Tolentini beinahe gänzlich zu Grunde gerichtet, was besonders wegen der werthvollen Deckenmalereien in der Kuppel zu beklagen ist. Auch die Scuola di S. Rocco ist nicht ohne Beschädigung geblieben, und mancher schöne Palast hat bösen Besuch bekommen, davon die Spuren für alle Zeiten zu erkennen seyn werden.

Einen wahrhaft Mitleid erregenden Eindruck machte gleich in den ersten Tagen die fast allgemeine Auswanderung aus allen jenen den feindlichen Kugeln ausgesetzten Stadttheilen. Tag und Nacht sah man die Leute durch die Straßen pilgern, mit ihren Betten und Bündeln auf dem Kopf, andere in Barken und Gondeln, mit dem geringen Inbegriff ihrer beweglichen Habseligkeiten, den entferntesten Enden der Stadt S. Castello und den Giardini pubblici zueilen. Tausende führen so ein beinahe obdachloses Nomadenleben, und dadurch ist in den entlegeneren Gegenden der Stadt eine Uebervölkerung entstanden die zu den schlimmsten Verlegenheiten unserer jetzigen Lage gehört, da es unmöglich ist so viele und oft sehr zahlreiche Familien in der Eile unterzubringen. Sie können sich denken wie es um die Versorgung der Stadt aussieht, bei einer solchen Verwirrung und dem mit jedem Tag zunehmenden Mangel an Lebensmitteln. Natürlich daß Willkür und Habsucht einzelner die allgemeine Noth sich zu Nutzen machen, und zu Excessen Veranlassung geben welche bis dahin uns noch verschont hatten.

Nachschrift vom 5 Oct. Gerade zwei Monate haben diesen Bericht aus Venedig unterbrochen, so daß die Tageschronik unversehens zu einem historischen Bericht sich umwandelt. Das gänzliche Aufhören aller Verbindung mit der Außenwelt hatte jene Zeilen abgebrochen. Die Aufregung und Unruhe bei der immerzunehmenden Bedrängniß ließen mich die Fortsetzung vorderhand vernachlässigen, und endlich war es die überströmende Fülle von anderen Arbeiten welche mit den einziehenden Truppen ein neues Leben in unserer Stadt beginnen ließen, so daß mit dem besten Willen eine ausführlichere Darstellung nicht zu Stande kommen konnte. Meine Voraussetzung daß gerade in jenen Tagen es Ihnen an Berichterstattern nicht fehlen könne, wurde durch das Eintreffen eines Ihrer HH. Correspondenten noch bestärkt, und ich konnte mich nicht befugt halten so bewährter und gewandter Feder in das Handwerk zu greifen. Bei dem endlichen Wiedereintreffen Ihrer Zeitung aber, seit gestern, bin ich zu der Erkenntniß gekommen daß unsere venetianischen Angelegenheiten neuerdings ein wenig stiefmütterlich in Ihrem Blatte vertreten sind, so sehe ich es als meine Pflicht an den verlorenen Faden wieder aufzunehmen.*)

* **Venedig**, 6 Oct. Von dem heutigen Venedig Ihnen etwas erhebliches zu melden ist für den Augenblick noch eine etwas schwierige Ausgabe, insofern wir uns hier in einem Zustand befinden, ähnlich dem Uebergangsproceß jener Nebelbilder (dissolving views), und zwar gerade im Punkt wo eben das schwindende Bild bis zu einem undeutlichen grauen Flecken zusammengeschmolzen, aus dem die neue Erscheinung erst mit frischen Farben und lebendigen Umrissen hervorgehen soll. Vorderhand sieht man eben nur den Schimmer, und hie und da ein schwarzgelbes Schilderhaus oder die Fittige des kaiserlichen Adlers durchscheinen. Und doch sind schon diese ersten und wenigen Spuren in Vergleich zu der Verwirrung in der letzten Zeit erfreulich genug, als die sichern Bürgen wiederkehrender Ordnung und Gesetzlichkeit. Wenn sonst die kaiserlichen Farben in der Lagunenstadt ohne große Sympathie, vielmehr mit Gleichgültigkeit gesehen waren, dann aus einem mit allen Mitteln der gewissenlosen Intrigue gestachelten Fanatismus geächtet und verbannt wurden, so sind sie jetzt mit einemmal zu einem Talisman geworden von dem Beruhigung und Vertrauen nach allen Seiten hin wieder ausgehen, und es dürfte wenige geben in Venedig welche nach so vielen getäuschten Hoffnungen und bitteren Erfahrungen nicht am Ende zu der Erkenntniß gekommen den Einzug der k. k. Truppen als eine Erlösung ansehen, und wie eine Befreiung von schwerem Bann aufnehmen zu müssen. So wechseln die Zeiten!

Von Seiten des k. k. Militärcommando hat sich die Stadt der allerschonendsten Behandlung zu erfreuen gehabt. Freilich sind ihm auch der gutmüthige Sinn der Bevölkerung, die Harmlosigkeit und Friedfertigkeit der eigentlichen Venezianer zu jeder Zeit entgegengekommen. Das Drückende des Belagerungszustandes in Bezug auf die frühe Polizeistunde haben wir nur einen einzigen Tag empfunden. Die Waffenablieferung ist ohne alle Störung vor sich gegangen, und nicht die mindeste Uebertretung noch sonst die geringste Demonstration hat seit jener Zeit Anlaß zu irgendeiner Untersuchung, geschweige denn Verurtheilung gegeben. Bei allem dem fehlt es nicht an Klatschschwestern welche von geheimen Erschießungen und dergleichen sich in die Ohren raunen, und gern solche Gerüchte bis ins Weite verbreiten möchten; ich glaube aber das oben Gesagte wird das Lächerliche solchen Gespensterglaubens zur Genüge darthun. Wahr ist es daß vor einigen Wochen eine strenge Execution mit Stockschlägen an einer neapolitanischen Schiffsmannschaft ausgeübt worden (auf der Riva degli Schiavoni, an der Caserna S. Sepolcro). Es war die Strafe für eine Beschimpfung welche jene Leute der österreichischen Flagge angethan hatten. Gefängniß oder jede Art von moralischer Demüthigung hätte in diesem Fall nur einen sehr vorübergehenden oder gar keinen Eindruck auf das rohe Volk gemacht. Die Autorität wird überhaupt hier mit allem Ernst gehandhabt, aber nur im Einklang mit der allgemeinen Stimmung. Zu wünschen ist nur daß nicht wieder fremde Elemente sich mit Beglückungsideen in das venezianische Volk einnisten, denn nur solche konnten einen 22 März in Venedig hervorrufen.

Die provisorische Aufhebung des Freihafens erhält die Gemüther noch immer in ängstlicher Spannung und Ungewißheit. Die Deputation zur Ueberreichung der Huldigungsacte ist von Wien vor einigen Tagen zurückgekehrt, ohne irgendeine tröstliche Antwort auf das dabei vorgetragene Gesuch um Zurücknahme jenes Decrets mitgebracht zu haben. Dessenungeachtet will man Anzeichen erkennen welche noch nicht alle Hoffnung auf eine wenigstens zeitweise Verlängerung des sehr peremtorisch gestellten Termins schwinden lassen. So befindet sich der Handel einstweilen in dem leidigen Zustande schwankender Speculationen, da niemand zu Berechnungen für die Zukunft einen festen Anhaltspunkt findet, während Mauth und Finanz mit der armen Stadt Zwickmühle spielen, insofern alles was eingeführt wird Zoll bezahlen muß, in Anbetracht der erloschenen Hafenfreiheit, und alles was von hier hinausgeht ins Binnenland nichtsdestoweniger seinen Zoll zu entrichten hat, wahrscheinlich in Anbetracht der zu viel genossenen Freiheit!

Sehr anerkennenswerth sind die Bestrebungen des Civil- und Militärgouverneurs Grafen v. Gorzkowsky zur Wiederherstellung der über alle Begriffe vernachlässigten Ordnung in dem Administrationswesen, und der Wiedereinführung einer strengeren Gesundheits-, Straßen- und Marktpolizei. Verschiedene sehr energische Decrete zum Behuf der Regulirung der Preise aller nothwendigen Lebensbedürfnisse, durch Festsetzung sogenann-

*) Wir bitten freundlichst darum. R. d. A. Z.

ter Calmiere oder Tarife, sowie die Verschärfung der Vorschriften über die Reinlichkeit in den Gassen, über die Freihaltung der oft sehr beschränkten Wege und Gänge von Seiten der öffentlichen Verkäufer und der Gewerbsleute welche mit der Ausstellung ihrer Waaren sich immer mehr in den Verkehr hineindrängten, haben sich bereits durch den wohlthuendsten Einfluß geltend gemacht, und der Wechsel der Dinge kann auf diese Weise manche Versöhnung und eine Art Zufriedenheit herbeiführen, welche leider in den Provinzialstädten und auf dem Festland überhaupt noch sehr vermißt werden soll.

Wer jetzt hier an schönen Abenden auf dem Marcusplatz die auf- und abwogende Menge, gerade so wie ehedem an der rauschenden Musik, an den Friedenssymphonien der täglich wechselnden Militärbanden verschiedener hier liegender Regimenter, an den Liedern und Possen der wiedererstandenen Troubadoure und Bänkelsänger sich erbauen und belustigen sieht, der sollte nicht glauben daß nur so wenige Wochen dazwischen liegen, wo man von eben diesem Platz die Bomben in immer weiteren Curven bedrohlich sich herabsenken sah, wo der Donner der Geschütze und das Pfeifen und Sausen der Kugeln das geängstigte Volk unter diese selben Procuratien trieb, und man die armen Leute die ganzen Nächte an dem Portal der Kirche und an den Stufen jener Hallen gelagert sah, die jetzt wieder von bunter Gesellschaft und glänzenden Uniformen gefüllt sind. Das Hungertuch ist wieder abgeworfen, die Todtenglocke verstummt — und Venedig in jugendlicher Frische — wie nach überstandener schwerer Krankheit — athmet freier und leichter — schwärmerisch bleich noch im schmeichelnden Licht des Mondes, aber schön wie immer. Möge auch die Sonne bald ihre wärmenden Strahlen wieder über sie ausgießen — die Sonne einer freimüthigen Politik, und die Lagunenstadt wird zu einem kräftigen Leben wiedergenesen!

Die Verwickelung der Pforte.

•) **Alexandria,** 5 Oct. Das englische, die indische Post spedirende Dampfboot bringt die Nachricht daß alle im Mittelmeere befindlichen englischen Kriegsschiffe dem Befehle sich unverzüglich nach den Dardanellen segelfertig zu machen nachzukommen im Begriffe stehen. Sie wissen bereits daß die k. k. österreichische Internuntiatur und der k. russische Gesandte in Konstantinopel, wegen der tractatwidrigen Weigerung der Pforte die ungarischen und polnischen Flüchtlinge auszuliefern, alle diplomatischen Beziehungen unterbrachen. Dieser Umstand wird nun von einem großen Theil der hiesigen Bevölkerung mit jenem an die englische Flotte ergangenen Befehl in Zusammenhang gebracht, und dahin gedeutet daß England die Türkei gegen einen österreichisch-russischen Krieg schützen wolle, um später das ihm für seinen indischen Transit so wichtig gewordene Land der Pharaonen von dem Großherrn zum Lehen, resp. zum Geschenk zu erhalten. Würde sich dieser allerdings weitaussehende Plan realisiren, so könnte Aegypten einer Zukunft entgegengehen in der sich seine herrlichen Naturgaben zum Besten seiner Einwohner, vielleicht auch zum Besten des gesammten Handels mit Europa entwickeln dürften. (Zugleich aber ersieht man daraus um welchen Preis England die Selbständigkeit der Pforte aufrecht zu halten geneigt wäre!)

Nach den heute aus der Residenzstadt Kairo eingelaufenen Nachrichten hat der öffentliche Unterricht einen neuen Stoß, der übrigens noch gerade kein Gnadenstoß ist, bekommen. Der Minister desselben, ein kenntnißreicher und einsichtsvoller Türke, Kamil Pascha, Schwiegersohn des verstorbenen Mehmed Ali, ist von seinem Vetter dem Vicekönig nach Assuan an der nubischen Gränze verwiesen worden, weil er mit Umgehung Sr. Hoheit Abas Pascha bei der Pforte um Ertheilung eines höheren Postens eingeschritten war; nach andern, weil er die Correspondenz der Regierung mit Konstantinopel oder mit Samy Pascha unterschlagen habe. Ein zu seiner Verfügung gestelltes Dampfboot trägt ihn an den Ort seiner Bestimmung, wo er ruhigen Geistes und entfernt von ehrgeizigen Gedanken die Wasserfälle des ersten Kataraktis betrachten kann. Minikli Pascha begleitet ihn in die Verbannung.

Dem Admiral der ägyptischen Flotte, Said Pascha, der sich bei den in meinem letzten Berichte erwähnten Festen in Kairo eingefunden hatte, wurde vom Vicekönig eine 325,000 Thaler sich belaufende Schuldzahlung an die Regierungskasse großmüthig erlassen.

△ **Konstantinopel,** 10 Oct. Die englische Dampffregate Odin, deren Einlaufen ich Ihnen vor acht Tagen meldete, liegt noch immer bei Therapia vor Anker. Wahrscheinlich hält sie Sir Stratford Canning so lange zurück bis die Antworten aus Wien und Petersburg in Betreff der Flüchtlingsfrage eingelangt seyn werden, um sie dann wieder an den Admiral der englischen Flotte im Mittelmeere abzusenden. Aus einer im gestrigen Journal de Constantinople vorkommenden Mittheilung ginge nämlich hervor daß der englische Botschafter am 17 Sept., dem Tage wo Graf Stürmer und Hr. v. Titoff ihre diplomatischen Beziehungen mit der Pforte abbrachen, alsogleich Depeschen an Sir William Parker, der sich damals des Aufstandes in Cephalonia wegen in den jonischen Gewässern befand, abgefertigt und ihn aufgefordert hätte mit seiner Flotte nach dem Archipel zu kommen. Nach andern Nachrichten hätte jedoch der englische Admiral erwidert daß er ohne directen Auftrag seiner Regierung eine solche Bewegung nicht vornehmen könne. Ich enthalte mich vorderhand jeder Betrachtung über die Tragweite der Demonstration welche Sir Stratford Canning auf diese Weise zu beabsichtigen schiene, und die keinen anderm Zweck haben könnte als die Pforte auch nach Empfang der von den beiden Kaiserhöfen zu erwartenden Antwort zum Widerstande zu befeuern. Vor allem lassen wir die Thatsachen sich aufhellen, und dann wird sich zeigen wieweit die Sympathien Englands für die aus Ungarn herübergedrängten Insurgenten gehen, und ob es selbst vor der Gefahr die Pforte ihrethalben in einen Krieg zu verwickeln im äußersten Falle nicht zurückschrecken würde. Was die Flüchtlinge selbst betrifft, so befinden sie sich, wie aus übereinstimmenden Nachrichten aus Widdin hervorgeht, mit Ausnahme der vornehmsten Insurgentenhäupter, in einer sehr mißlichen Lage. In einem Lager außerhalb Widdin sind sie der Kälte, Nässe und rauhen Witterung ausgesetzt, oder müssen für theures Geld Wohnungen im Innern der Stadt und Festung miethen, aus denen sie erst nicht sicher sind durch türkische Laune oder Willkür vertrieben zu werden; für ihre Nahrung und Bekleidung wird elend gesorgt; dazu die fortwährenden Verleitungen zum Glaubenswechsel, welche für die Mehrzahl derselben neue geistige Qualen hervorbringen! Kurz die Frage der Humanität welche die Pforte bei Verweigerung der Auslieferung vorzugsweise hinvorstellt, sinkt zum heuchlerischen Vorwand herab, wenn man die hochtrabenden Phrasen von Gastfreundschaft und menschlichem Erbarmen mit den Vorgängen in Widdin zusammenhält. Auch Schändung eines Knaben und eines sechzehnjährigen Mädchens durch türkische Soldaten sind bereits dort vorgekommen. Eine große Anzahl der Flüchtlinge, besonders der Magyaren, soll deßhalb dringende Schritte gethan haben um wieder in ihr Vaterland rückkehren zu dürfen. Sie erklären gerne sich selbst den härtesten Strafen unterwerfen zu wollen, nur möchten sie von der ihnen früher so gerühmten türkischen Hospitalität erlöst werden. Gewiß ist diese Behandlung der geflüchteten Aufrührer nicht durch Weisungen der Pfortenminister hervorgerufen (hiezu sind Reschid und Ali Pascha zu ehrenhafte und menschenfreundliche Charaktere), allein darum sind sie nicht minder für die Schlechtigkeit ihrer Unterbeamten verantwortlich, und fast ist es dahin gekommen daß die schleunige Durchsetzung der Auslieferungsfrage für die das Begehren stellenden Mächte eine Sache der Humanität genannt werden könnte, wenn die Mächte zugleich eine milde Behandlung der Masse der Flüchtlinge zusichern. — Nachschrift. Am 5 d. ist in der Nacht eine Staffette aus Wien im kaiserlichen Interuntiaturhôtel angekommen. Dem schon oben einmal erwähnten Blatte des Journals de Constantinople zufolge brachte sie dem Grafen Stürmer Depeschen des Fürsten Schwarzenberg, durch welche seine früheren Weisungen in Betreff der Auslieferungsfrage durchaus keine Aenderung erleiden.

Neuestes.

Augsburg, 24 Oct.

Die Karlsruher Zeitung versichert daß die großherz. Regierung nicht daran denke ein Wahlgesetz zu octroyiren, und die bestehende Wahlordnung anders als auf verfassungsmäßigem Weg abzuändern.

Leipzig, 20 Oct. Der Wahlkampf für den 22sten, 23sten und 24sten Bezirk ist geschlossen. Das Resultat ergibt den Sieg der Candidatenliste, welche aus einer Vereinbarung des constitutionellen Vereins, der sogenannten kleindeutschen Partei und jener dritten Wahlvereinigung hervorging welche die deutsche Frage offen hielt, jedoch Deutschland nicht zerrissen wissen will. Der Volksverein nahm an dieser Einigung keinen Antheil, und sieht nur einen von seinen Candidaten, Hrn. Löwe, gewählt. Gewählt sind: für die erste Kammer als Abgeordnete der drei Bezirke Kramermeister Poppe, Generalconsul Dufour; für die zweite Kammer: 22ster Wahlbezirk: Bürgermeister Koch, 23ster Wahlbezirk: Messerschmiedobermeister Löwe, 24ster Wahlbezirk: Kaufmann Harkort. (D. A. Z.)

Dresden, 20 Oct. Das Gesammtresultat des Wahlbezirks Dresden stellte sich auf 921 Stimmen für Geheimenrath Weinlig und 842 für den suspendirten Advocaten Blöde. Die Dresdener Wahlen sind nunmehr vollständig beendigt, und auch in der ersten Kammer haben die conservativen Candidaten, Staatsminister a. D. v. Carlowitz und Finanzprocurator Küttner, fast noch einmal so viele Stimmen erhalten als die von den Radicalen aufgestellten Gegner. (Leipz. Z)

Flensburg, 17 Oct. Das Gerücht von der bevorstehenden Ausweisung einer größern Anzahl deutschgesinnter hiesiger Einwohner erhält sich nicht nur, sondern gewinnt täglich an Consistenz. (A. M.)

[3720] Bei Flammer u. Hoffmann zu Pforzheim ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden, in Wien von Gerold u. Sohn und von W. Braumüller:

Maria Werner.

Die mutterlose Jungfrau in ihrem Leben und ihrer Haushaltung.

Ein unterhaltendes und wirthschaftliches Bildungsbuch
für Frauen und Töchter.
Von der Verfasserin des armen Martins.
Mit 2 Kupfern.

Octav. 35 Bogen Velin. Geheftet. 1 Thlr. 18 Ngr. oder 2 fl. 24 kr. — Dasselbe Werk gebunden in gepreßter Leinwand mit Goldverzierungen 2 Thlr. od. 3 fl.

Aus den „Erheiterungen," 1849. 19. Heft:

Die wahrhaft guten und empfehlenswerthen, weil vollendeten Bücher von Frauen sind sehr selten, und eben darum auch die Litteratur für Frauen und Töchter sehr arm im Verhältniß zu der des stammverwandten Englands. Zählte aber die deutsche Litteratur nur ein Dutzend solcher Schriftstellerinnen wie die Verfasserin des armen Martins (Fräulein Charlotte Späth in Stuttgart), so wären wir reicher als England. Wir sagen nicht zu viel wenn wir die Verfasserin des vorliegenden Buches die deutsche Hannah More nennen. An tiefsinniger Religiosität, an einem großen natürlichen, durch Erfahrung und Nachdenken geläuterten Verstand steht die Verfasserin jener großen englischen Schriftstellerin in nichts nach — an Einfachheit und Anspruchslosigkeit, sowie an einer (bei weiblichen Schriftstellerinnen ziemlich seltenen) markigen Kraft und Lebendigkeit der Darstellung übertrifft sie diese noch. Wir wollen kein osteologisches Gerippe der Erzählung geben, welche wir genannt — einer Erzählung, die nur die Trägerin einer Fülle der weisesten und frömmsten, der erhabensten und ergreifendsten Gefühle, Betrachtungen, Reflexionen und Lebensregeln ist; — einer Erzählung aus dem Leben, einfach und natürlich von Begebenheiten, die nicht die Phantasie erhitzt und aufregt und die nimmersatte Neugier weckt, wie die modernen französischen Romane, die aber mit dem unnachahmlichen Reize stiller Anmuth, frommer Resignation, andächtiger Erhebung und edelster Weiblichkeit das unverdorbene Gemüth unwiderstehlich fesselt und aufs wohlthuendste erwärmt. Der didaktische lehrreiche Zweck der Erzählung tritt nirgends fühlbar und darum störend hervor; vielmehr stehen Schilderung der Erlebnisse und Schicksale der Heldin, die wir in ihren Briefen wie in einem Spiegel kennen lernen, und der um sie gruppirten Nebenpersonen in einem so schönen Ebenmaß, in so meisterhafter Harmonie mit dem lehrreichen Theile, daß uns gerade diese unstudirte und unbewußte Beherrschung des Stoffes die größte Achtung vor dem Talent der Verfasserin einflößt u. s. w.

Eine weitere werthvolle Zugabe, deren Beurtheilung aber nicht Sache des Mannes ist, bildet ein Anhang von Vorschriften über den technischen und wirthschaftlichen Theil des Berufs einer Hausfrau. Dieser Anhang, ein gedrängtes Koch-, Wirthschafts- und Gartenbuch, ersetzt die Menge verwandter Werke, wie z. B. das vielverbreitete „Marianne Strüf," über welches es in jeder Beziehung hinausragt. — Die Ausstattung ist sehr schön, gefällig und solid, des innern Werthes dieses Buches vollkommen würdig, und der Preis äußerst gering.

[3795] Bei J. C. J. Raabé u. Cie., Buch- und Kunsthändler in Kassel, sind erschienen und durch alle Handlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

P. J. Proudhon,

Die Sonntagsfeier,

aus dem Gesichtspunkte des öffentlichen Gesundheitswesens, der Moral, der Familien- und bürgerlichen Verhältnisse betrachtet.

„Es muß bestimmte und periodische Versammlungen geben, welche durch nichts aufgehoben oder aufgeschoben werden können, so daß an dem bestimmten Tage das Volk in rechtmäßiger Weise durch das Gesetz zusammenberufen wird, ohne daß es zu diesem Zweck irgend einer andern formellen Berufung bedürfte."
J. J. Rousseau's Gesellschaftsvertrag.

Nach der dritten Original-Ausgabe aus dem Französischen übersetzt von F. M.
Preis 12 Sgr.

Republikanische Lieder und Gedichte deutscher Dichter.
Herausgegeben von **J. C. J. Raabé.**
Preis 6 Sgr.

Republikanische Gedichte von P. F. Trautmann. Preis 4 Sgr.

Die Demokratie in Deutschland und die Nothwendigkeit einer constituirenden Versammlung in Hannover, sowie die Möglichkeit eine letztere ins Leben zu rufen. Ein Wort vor allem an das hannöver'sche Volk von A. Velde. Preis 3 Sgr.

Notice nécrologique sur Robert Blum par *Ar. Frey* traduite sur la seizième édition par ***. Prix 6 Sgr.

[3574] Bei Kollmann in Augsburg — Neff in Stuttgart — Palm in München — Montag u. Weiß in Regensburg — bei Riegel u. Wießner in Nürnberg und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Unentbehrlich für Jedermann!
Zehnte!! Auflage.

Sammlung und Erklärung von ☞ (6000) fremden Wörtern,

welche in der Umgangssprache, in National-Versammlungen, Clubs 2c. und Zeitungen täglich vorkommen.

Als: Amendement — Anarchie — Aristokratie — Budget — Constitution — Demokratie — Institution — Ochlokratie — Permanent — Reaction — Radical — Republik — Terrorismus und 6000 ähnliche Fremdwörter, welche in der Umgangssprache und in Zeitungen täglich vorkommen, um solche richtig zu verstehen und auszusprechen.

Von Dr. und Rector F. W. Wiedemann. **Preis nur 10 gr. oder 45 kr.**

In jetziger Zeit ist es jedermanns Bedürfniß ein Nachschlagebuch der Art zur Hand zu haben, welches über alle vorkommenden Fremdwörter genügende Auskunft gibt. Als ein solches ist das obige vom Prof. Petri empfohlene Buch zur Anschaffung zu empfehlen.

Auch bei Credner u. Kleinbub in Prag — Hartleben in Pesth — Favarger in Triest und Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[3583—85] **Für thätige Geschäftsleute**

bietet sich durch den Commissions-Verkauf eines überall gangbaren Artikels günstige Gelegenheit zu einem bedeutenden Verdienste. Näheres unter B. et H. poste restante in Mainz (franko).

(3764) Soeben erschien im Verlage von Jm. Tr. Wöller in Leipzig und kann durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes bezogen werden:

Lehrbuch der

Naturgeschichte

für Töchterschulen.

Zum Gebrauch für
Lehrer und Schülerinnen,
sowie zum Selbstunterricht für die Gebildeten des weiblichen Geschlechts bearbeitet von **Eduard Hassenstein** (Rector und erstem Lehrer an der höhern Töchterschule zu Insterburg) und **Gg. A. Winter** (Oberlehrer an der Bürgerschule zu Kirchberg).

2 Theile. — 1. Theil: Mineral- und Pflanzenreich. 2. Theil: Thierreich. Jeder Theil kostet 15 Ngr. od. Sgr., in Partien von 12 Exemplaren aber nur 12 Ngr. od. Sgr.

Vor allen übrigen Lehrfächern bedarf die Naturbeschreibung in Töchterschulen ganz anderer Behandlung als die in Knabenschulen, und dennoch fehlte es bisher an einem wirklich entsprechenden Lehrbuche. Nach dem einstimmigen Urtheile von mehrern Lehrern und Lehrerinnen, die dieß Lehrbuch in ihren Erziehungsanstalten einführten, ist nun hier die Naturgeschichte mit der nöthigen Eigenthümlichkeit in höchst praktischer Weise behandelt, und diese Erscheinung von hohem Interesse. Für die Gediegenheit dieses Lehrbuches bürgt aber wohl auch hinlänglich der Name des durch seine so überaus praktischen, das Lehren und Lernen ungemein erleichternden Schriften in der pädagogischen Welt allwärts rühmlichst bekannten Mitarbeiters Winter.

[3740] Im Verlage der Unterzeichneten sind erschienen und durch alle Buch- und Musikhandlungen zu beziehen:

Sechs Kinderstücke

für das Pianoforte
von
Felix Mendelssohn-Bartholdy.
Opus 72. Preis 25 Ngr.

Leipzig, im September 1849.
Breitkopf u. Härtel.

[3789—90] Un jeune homme d'une bonne famille de la Suisse française, ayant fait ses études classiques à l'académie de Genève, connaissant l'allemand et l'italien, cherche à se placer le plus tôt possible comme secrétaire ou comme instituteur; en s'adressant franco à la Expédition de cette feuille, sous Z. X. Nr. 3789, on recevra plus amples informations et certificats.

[3710—12] **Commisgesuch.**

Für ein bedeutendes Waarengeschäft in einer Stadt am Rhein wird unter sehr vortheilhaften Bedingungen ein Commis gesucht der die doppelte Buchhaltung gründlich versteht, der deutschen und französischen Correspondenz gewachsen und auch in der englischen Sprache nicht unerfahren ist. Offerte beliebe man in frankirten Briefen unter Chiffre Y. Nr. 3710 an die Expedition dieses Blattes zu richten.

(3733—35) Ein seit Jahren bestehendes, solid fundirtes und gut rentirendes Fabrikgeschäft, das noch weiterer Ausdehnung fähig ist, sucht einen Gesellschafter der über ein Capital von etwa 15 — 20000 fl. zu verfügen hätte. Nähere Auskunft ertheilen die HH. J. P. Lanz u. Comp. in Mannheim.

[3793] Ein Specificum gegen das Podagra ist auf portofreie Anfragen zu erfahren unter der Adresse: An Hrn. J. P. S., poste restante Hessenthal bei Aschaffenburg.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 299. 26 October 1849

Uebersicht.

Deutschland. München (Erzherzog Albrecht. Oesterreich und Preußen laden Bayern zum Beitritt ein. Zur Erleichterung des Briefverkehrs. Ohlmüller. Annahme des Gesetzentwurfs über Preßvergehen in der Pfalz); Augsburg (die verhafteten Mitglieder der Nationalversammlung); Stuttgart (das Gerücht über ein Entlassungsgesuch des Gesammtministeriums nicht bestätigt. Aussichten); Mannheim (Ruppert und Mögling); Meiningen (Wechsel des Ministeriums); Bremen (Gagerns und Mathy's Reiseziel. Deutsche Zweckessen); Lübeck (der Beitritt zum Dreikönigsbündniß); Hamburg (Gagern angekommen); Berlin (weitere Erklärung der Gesandten von Sachsen und Hannover gegen Berufung eines Reichstags. Sie verlassen Berlin); Königsberg (Jacoby stellt sich zur Haft); Wien (auf Ungarn das Steuerkataster des Kaiserstaats ausgedehnt. Der Donauhandel. Die Bahn nach dem Osten); Salzburg (Bitte um Amnestie).

Oesterreichische Monarchie. Anerkennung der Unabhängigkeit des Bey's von Tunis.

Spanien. Der Hof. Eindruck des Tarifs in Catalonien.

Großbritannien. Der Examiner über Frankreich. Admiral Godwin †. „Von Gottes Gnaden."

Frankreich. Interpellationen. Thuriot de la Rosière's Rede über die römische Frage. Marseille. Metz (Proceß und Freisprechung der Angeklagten); Straßburg.

Italien. Turin (Verminderung der Hofhaltung und der Armee. Theilweise Modification des Ministeriums im Sinne der Linken).

Griechenland. Athen 16 Oct.

Jonische Inseln. Bethätigung der englischen Schutzmacht.

Türkei. Der Aufstand auf Samos und das türkische Geschwader.

Beilage. Der Verwaltungsrath des engern Bundes. (Fortsetzung des Sitzungsprotokolls vom 17 Oct.) — Schleswig-Holstein. — Die Industrieausstellung in London. — Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten. — Personalnachrichten. — Der allgemeine deutsche Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit.

Datum der Börsen: Madrid 18; Paris, Amsterdam 22; Wien 23; Frankfurt 24; Augsburg 25 Oct.

Deutschland.

Bayern. e **München,** 25 Oct. Erzherzog Albrecht von Oesterreich ist von Wien hier angekommen. Höchstderselbe wird jedoch nicht länger als einen Tag hier verweilen, und begibt sich, wie bekannt, als Festungsgouverneur nach Mainz. Wenn ich recht unterrichtet worden bin, ist gestern die officielle Eröffnung der Uebereinkunft von Oesterreich und Preußen über das Interim durch die respectiven hiesigen Gesandten gemeinschaftlich geschehen und Bayern Namens ihrer Regierungen zum Beitritt eingeladen worden.

|| **München,** 25 Oct. Der heutigen Abgeordnetensitzung präsidirte wieder Graf Hegnenberg nach längerem Unwohlseyn. Nachdem den Abgg. Rabl und Brunk ein mehrwöchentlicher Urlaub bewilligt worden, ward sogleich zur Berathung des Gesetzes „das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz betreffend" übergegangen. In der allgemeinen Discussion erinnerte Dr. Heine: er habe Anträge auf Bildung von Anklagejury in Preßprocessen gestellt, wolle aber mit der Anregung ihrer Verwirklichung das gegenwärtige Gesetz darum nicht aufhalten, weil dieß die dortigen Zustände und namentlich den Vorwand zum Kriegszustand verlängern könnte. In der speciellen Debatte blieben die Vorschläge des Ausschusses — Referent war Hr. Boyé — ohne wesentliche Beanstandung und erhielten die Zustimmung der Kammer; nur ein Zusatz, den der Ausschuß auf Antrag Boyé's gegen die Stimmen Rudhart's und Prinz's adoptirt hatte, rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Zusatz lautet: „in allen Preßvergehenssachen muß dem Begehren des Beschuldigten auf Freilassung gegen genügende Sicherheitsleistung durch die zuständige Gerichtsbehörde entsprochen werden." Boyé, Wallerstein, Breitenbach, Morgenstern, Bayer und Kirchgeßner sprechen für, Weiß, Lerchenfeld, Lassaulx, v. d. Pfordten und Ministerialcommissär Molitor gegen den Zusatz. Die mitunter pikante Debatte schließt mit Verwerfung des Zusatzes. Nachdem die einzelnen Paragraphen mit einfacher Abstimmung durchgegangen sind, wird das ganze Gesetz in seiner modificirten Fassung mittelst Namensaufruf mit 121 gegen 4 Stimmen (Wolf, Krämer, Ultsch, Köhl) angenommen. Da bereits 2 Uhr vorüber ist, wird der noch auf der Tagesordnung stehende Vortrag des Petitionsausschusses vertagt.

♀ **München,** 24 Oct. Zufolge allerhöchster Bekanntmachung vom 20 d. tritt mit dem 1 Nov. d. J. die durch eine frühere Verordnung bereits in Aussicht gestellte Einführung von gestempelten Marken zum Zwecke der Frankirung von Briefpostsendungen im Innern von Bayern ins Leben, und es können die den neuen einfachen Taxsätzen entsprechenden Marken von 1, 3 und 6 Kreuzer bei jeder Postexpedition in beliebiger Anzahl bezogen werden. Die einfache Taxe (3 Kreuzer bis zu 12 Meilen im Umkreise, und 6 Kreuzer bis zu Entfernungen darüber hinaus) reicht nach den neuen Taxbestimmungen bis zu 1 Loth Zollgewicht einschließlich, für dessen Beurtheilung dem Publicum in der erwähnten Verordnung der Vortheil an die Hand gegeben wird daß dasselbe ebenso schwer wiege wie ein ganzes und ein halbes Guldenstück zusammen. Schwerere Briefe zahlen bis zu 4 Loth Zollgewicht den doppelten Portosatz, und sind daher bei der Frankirung mit 2 Marken der treffenden einfachen Taxe zu versehen. Für Briefe und Briefpostsendungen nach außerbayerischen Ländern hat die Frankirung mittelst Marken keine Gültigkeit, bei unzulänglicher Frankirung durch den Absender wird der fehlende Taxenbetrag von dem Briefempfänger nacherhoben. — Die irdischen Ueberreste des vor zehn Jahren hier verstorbenen Baurathes Ohlmüller, des Erbauers unserer schönen gothischen Mariahilfskirche in der Au, wurden diesen Abend aus dem hiesigen Friedhofe in genannte Kirche gebracht, und dort dem letzten Wunsche des Verstorbenen entsprechend in einer eigens erbauten Gruft unter dem Glockenthurme feierlich beigesetzt.

* **Augsburg.** In Bezug auf die Mittheilung in der Allg. Zeitung, die Reformation des Urtheils über die politischen Angeklagten betreffend, erhalten wir die Nachricht daß diese Reformation des Urtheils nur den einen der Angeklagten, den k. Assessor Mayer, betrifft, nicht aber die übrigen hier verhafteten Mitglieder der Nationalversammlung, welche ein Ablehnungsgesuch gegen das Appellationsgericht eingereicht und dadurch die Vorlage der Acten an den obersten Gerichtshof bewirkt haben.

Württemberg. Die neuesten Stuttgarter Blätter wissen nichts von dem uns gestern gemeldeten Gerüchte als hätte das Gesammtministerium seine Entlassung eingereicht. Es scheint also falsch zu seyn. Indessen beschäftigt die schwankende Stellung des Ministeriums alle Blätter, und die Ulmer Chronik sagt: Ein Cabinet Römer-Schlayer gehöre aus persönlichen Gründen zu den Unmöglichkeiten. „Von einer Entlassung Römers ist jedoch im Moment nicht stärker die Rede als seit dem April d. J. Inzwischen bereitet sich etwas vor, und wir dürften im nächsten Monat allerlei erleben." Der Karlsruher Ztg. wird aus Stuttgart geschrieben: „Mit Duvernoy wird wohl das ganze Märzministerium zusammenfallen, indem die Departementschefs der Finanzen und des Auswärtigen seit längerer Zeit bloß noch in Erwartung ihrer Nachfolger functioniren. Ueber die Nachfolger des jetzigen Cabinets gehen die sonderbarsten Gerüchte, man nennt Männer die für das eintägige Cabinet des vorigen Jahres, dem das Märzministerium folgte, ernannt waren. Sicher ist daß die Dinge noch nicht so weit gediehen sind. In der deutschen Frage hätte eine solche Aenderung ein noch entschiedeneres Anschließen an Oesterreich zur Folge." Dagegen bemerkt die Württembergische Ztg.: „Sobald Preußen zeigt daß seine Worte ernstlich und redlich gemeint sind, und ebenso aufgenommen werden können, so werden ihm auch in Schwaben vieler Herzen zufallen."

Gr. Baden. **Mannheim,** 20 Oct. Die beiden Urtheile gegen Hauptmann Ruppert und Mögling sind an sich von großer Bedeutung und werden nicht ohne wichtige Folgen für das Schicksal so vieler Angeklagten seyn. Hauptmann Ruppert wurde trotz der schwersten Belastungsgründe

freigesprochen, weil das Gericht die Amnestie vom 2 Junius für anwendbar hielt. Auf diese war schon in einem früher verhandelten, viel gelindern Fall damals noch ohne Erfolg aufmerksam gemacht worden; jener Officier wurde vor die ordentlichen d. h. vor die Kriegsgerichte verwiesen. Welches Schicksal wird aber da seiner harren, während ein unstreitig weit mehr betheiligter Officier freigesprochen ist? Es müssen nothwendig mit Rücksicht auf das über Hauptmann Ruppert ergangene Urtheil die Acten über die vor die Stand- oder Kriegsgerichte verwiesenen Officiere nochmals einer Prüfung unterzogen, und diejenigen welche minder betheiligt sind als Hauptmann Ruppert ausgeschieden und amnestirt werden. Sonst entstände eine schreiende Ungerechtigkeit. Insbesondere ist das Schicksal derjenigen Officiere schon mehrmals in diesen Blättern erwähnt worden welche niemals aufrichtig der Sache des Aufruhrs zugethan, vielmehr stets bestrebt waren die Soldaten zu ihrer Pflicht zurückzuführen, welche sogar Versuche einer Contre-Revolution mit Gefahr des eigenen Lebens unternahmen. Auf diese sollte doch wohl die Amnestie am ehesten anwendbar seyn! Das Urtheil gegen Mögling ist eben so bemerkenswerth, wenn auch in anderer Weise. Ein Mann der sich bei drei hochverrätherischen Unternehmungen betheiligt, der vom Ausland her die Waffen in unser Land getragen, der in einer vorliegenden Druckschrift andere zu denselben Verbrechen aufgefordert, und sogar Rache an den Vertheidigern der staatlichen Ordnung und der rechtmäßigen Regierung zu nehmen gedroht hat, dieser Mann wird von dem Standgericht der Gnade des Fürsten empfohlen. Warum? Weil aus seinen schlichten Erklärungen hervorgeht, daß nicht schlechte Triebfedern, sondern reine Ueberzeugung den Angeklagten bestimmt haben, und daß er der einzige Mann unter so vielen Memmen war. Wahrlich, es war wohlthuend bei der großen Versunkenheit und moralischen Verworfenheit, bei der Lüge und dem Betrug welche den badischen Aufruhr auszeichnen, endlich einmal Wahrheit, Offenheit, Redlichkeit, Festigkeit und Muth gepaart mit schlichter Anspruchslosigkeit gegenüber so vielen Großmäulern zu finden; Mögling hatte die Achtung seiner Richter gewonnen. (D. Z.)

Thüringen. * **Herzogthum Meiningen**, 24 Oct. Auch bei uns geht die Reaction mit fliegendem Banner ihren Zielen zu. Das Ministerium Speßhardt, in welchem der wahre Constitutionalismus und der gemäßigte, der großen Majorität des Volks zusagende Fortschritt seinen Ausdruck gefunden hatte, ist gestern in seiner Gesammtheit vom Herzog in Gnaden entlassen worden. Das ganze Land ist darüber bestürzt. Der Fürst hat den ehemaligen Regierungspräsidenten v. Wechmar mit der Mission betraut ein neues Ministerium von unbezweifelt conservativer Färbung zu bilden. Wechmar ist ein persönlich geachteter, braver Mann und tüchtiger Jurist; aber zur neuen Stellung ist er nicht geeignet, und seine bei allen Gelegenheiten unverhohlen geäußerte Meinung über die aus der Märzbewegung hervorgegangene Mehrung der Volksfreiheit ist zu bekannt, um dem geringsten Zweifel über die Richtung Raum zu lassen die ein von ihm präsidirtes Ministerium vertreten wird.

Hansestädte. * **Bremen**, 21 Oct. H. v. Gagern hat uns heute nach einem siebentägigen Aufenthalt verlassen, um über Hannover nach Hamburg zu gehen. Mathy ist auch dorthin, sein treuer Begleiter. Wenn ein Mann wie Gagern in dieser Jahreszeit die unfreundlichen Niederungen an Weser und Elbe besucht und wochenlang sich in Städten aufhält deren einziger Reiz ihre Handelsthätigkeit ist, so können Sie sich leicht denken daß sein Zweck bei der Reise wohl nicht ganz richtig durch die Paßrubrik „angeblich Vergnügen" ausgedrückt wird. Gagern hatte auch während seines hiesigen Aufenthalts kein Hehl daraus daß andere und höhere Rücksichten ihn zu uns führten, und daß namentlich in Hamburg, wo jetzt aus drei Himmelsgegenden die Eisenbahnen sich kreuzen, sein Besuch weniger der Erholung als der Politik gelte. Vielmehr scheint es daß dort eine Art von vertraulichem Congreß stattfinden soll an welchem mehrere namhafte Parlamentsmitglieder des rechten Centrums, Beseler, Simson, Riesser u. a. theilnehmen werden. Wenn, wie wir zu wissen glauben, Gagern u. a. beabsichtigt hat mit den Führern der deutschgesinnten Majorität der hannoverischen Stände in persönliche Beziehung zu treten, welche man in diesem Monat versammelt zu sehen erwarten durfte, so hat die Stüve'sche Regierung diesen Plan vereitelt, indem sie die Stände erst auf einen Novembertag einberief. Wir bedauern dieß weil wir der hannoverischen Majorität, die bei aller sittlichen Tüchtigkeit doch bis jetzt sich selten über eine gewisse advokatische Beschränktheit und Rechthaberei zu höheren politischen Anschauungen zu erheben vermocht hat und leider kein einziges staatsmännisches Talent in ihren Reihen zählt, das anregende Zusammentreffen mit einer so frei und vielseitig entwickelten Persönlichkeit wie Gagern eine ist, recht sehr gewünscht hätten. Gerade auf diese Persönlichkeit unseres Gastes glauben wir ein ganz besonderes Gewicht legen zu dürfen. Imponirend und doch gewinnend, edelmännisch und doch das bürgerliche Element nicht abstoßend, hat sie bei uns wenigstens sehr überraschend ihre Zauberkraft in Versöhnung und Verschmelzung sonst schroffer Parteigegensätze bethätigt. Selten ist ein Mann von der Bremischen Kaufmannschaft mit solcher Auszeichnung empfangen worden wie Heinrich v. Gagern, und es war seltsam genug zu sehen wie gerade die reactionäre, mit den „Frommen" verbündete Clique, „reich an Thalern, arm an Geist", dieselbe Partei welche unser Postamt mit fünfzig Abonnements auf die Preußische Kreuzzeitung beauftragt, welche in Bremen selbst unter dem Titel „Neue Bremer Zeitung" eine freilich ziemlich farblose Filiale jenes berüchtigten Berliner Instituts zu stiften versucht hat, dem Fahnenträger der deutschen Parlamentseinheit und Nationalsouveränität ihre Huldigungen am eifrigsten darbrachte. Aus den Zeitungen werden Sie ersehen haben daß Gagern bei einem Festmahl in Bremen eine bedeutsame politische Rede gehalten hat, welche von Wichtigkeit ist für seine und seiner Partei Stellung zu den neuesten Entwickelungen oder Verwickelungen unserer öffentlichen Zustände. Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit eine kleine culturgeschichtliche Anmerkung, welche vielleicht von einigem Nutzen für unser junges politisches Leben seyn kann. Ich rechne politische Bankette zu den wirksamsten Institutionen freier Staaten, und man braucht nur einige Zeit sich in England oder in den östlichen Staaten der nordamerikanischen Union umgetrieben zu haben, um diese Behauptung nicht übertrieben zu finden. Die öffentlichen Bankette sind die Sammelplätze wo die hervorragenden Männer eines Landes in eine gemüthliche und freundschaftliche Beziehung zur großen Heerde ihrer Parteien treten, wo sich an ihre Namen die Erinnerung persönlicher Bekanntschaft eines gastfreundlichen Bündnisses zwischen dem Berühmten und den Unberühmten knüpft. Auch auf den Hustings tritt der brittische Politiker in unmittelbarer persönlichen Erscheinung dem Volk entgegen, aber dort trübt die Hitze des Kampfs, die Wuth der Leidenschaften, das Geheul und Geschrei des großen Haufens, der obligate Regen „unverkäuflicher Eier und in der Auflösung begriffener Gemüsarten" das Bild welches das Publicum sich gern von dem Auftreten und Gebahren seiner leitenden Männer entwerfen möchte. Da ist nun ein flaggengeschmückter, von Kronleuchtern bestrahlter Festsaal, der von langen wohlbesetzten Tafeln durchzogen wird, ein ungleich günstigeres Terrain. Dieß wissen Engländer und Amerikaner auch sehr wohl, und sie behandeln daher ihre public Dinners mit einer Wichtigkeit welche sie wirklich in gleiche Reihe zu den politischen Institutionen erhebt. Die Theorie der Anordnung solcher Mahlzeiten ist bei ihnen bis zur Vollendung ausgebildet, und in ganz Großbritannien und Amerika sieht daher ein Festmahl dem andern so ähnlich wie eine Schwurgerichtssitzung der andern. Die Mannichfaltigkeit liegt nur in der Verschiedenheit der Theilnehmer, der Redner des verhandelten Gegenstandes; der Rahmen bleibt derselbe. Weder die Franzosen noch die Deutschen, wenigstens die Norddeutschen von denen allein ich in dieser Beziehung aus eigener Anschauung sprechen kann, sind bis jetzt reif für politische Bankette. Bei den Franzosen werden dieselben zu Clubsitzungen, bei den Deutschen zu Trinkgelagen oder zu steifen Alltagsgesellschaften die in einen Robber Whist auslaufen. So ist es bei uns. Während der romanische Geist Speise und Trank zur Nebensache herabsetzt, erhebt der germanische die materielle Grundlage der Feier zur Hauptsache. Erst auf englischem Boden haben diese beiden Richtungen unter einem höheren Princip Vermittelung und Ausgleichung gefunden. Bei den üppigsten Gelagen — und selbst die beim Lordmayor machen keine Ausnahme davon — dauert das eigentliche Essen selten über eine Stunde, dann wird das Tischtuch weggenommen und auf den schön geglätteten Mahagonitafeln behaupten nur die Trinkgeräthe ihren Stand. Keinem wird zugemuthet von allen Schätzen des Tisches zu kosten; gewöhnlich werden nach der Suppe alle Gerichte auf einmal aufgesetzt, und jeder sucht sich auf seinem Speisezettel das aus was ihm am besten behagt. Mit Ernst und Nachdruck macht der Leib seine Rechte geltend, aber wenn einmal dieß geschehen ist, dann regt die Psyche ihre Schwingen und gestattet dem Körper nur noch den halbgeistigen Genuß des Trinkens. Dann in behaglichster, heiterster, nicht durch Schlemmerei gedrückter Stimmung beginnt das Redenhalten und die Musik. Alle Störungen, namentlich die tellerklappernden Bedienten sind entfernt. Bei uns herrscht der alles verderbende Fehler die Mahlzeit in Gänge einzutheilen. Dieß ist der Tod der Politik und der Beredsamkeit, und es ist unbegreiflich daß die deutsche Märzbewegung nirgend sich gegen diese macchiavellistische Sitte gerichtet hat. Die Zahl der Gänge steigt mit der Bedeutung des gefeierten Staatsmannes, während es eigentlich umgekehrt seyn sollte. Jedem wird jedes einzeln gereicht, und wenn man, wie wir am Mittwoch bei dem Gagernfest, zwölf vollständige Gänge, Nachtisch ungerechnet, durcharbeiten soll, so erhebt man sich nach einer fünfstündigen Sitzung ermattet vom Tisch wie von einer furchtbaren Anstrengung. Wenn dann zwischen Fasanen und Rehkeulen ein Redner, und wär' es Gagern selbst, von den Geschicken des Vaterlands zu sprechen beginnt, wenn zu Lachs und Seefischen die Jubel-

ouvertüre ertönt, wenn Arndts Lied vom Klappern der Austerschalen begleitet wird, so zieht ein feiner organisirtes Gemüth sich verwundet von solchen Mißklängen scheu in sein Inneres zurück, und ein satirisches saugt Gift aus den barocken Scenen einer solchen Tafel, an welcher die Gäste von einem Hoch auf den „deutschen Geist" unmittelbar zu einem Angriff auf deutsche Schweinsköpfe und Hirschziemer übergehen. Und dann frag' ich, kann man unter so bewandten Umständen dem Koch verübeln, wenn er ein entschiedner Gegner der deutschen Einheitsbestrebungen wird, da er seine Braten verbrennen sehen muß, während droben ein Gagern anderthalbstündige Reden hält? Gagern geht nun nach Hamburg, wo man sonst englischen Sitten so gern huldigt. Auch dort wird es an Mahlzeiten nicht fehlen — hoffentlich werden sie minder exclusiv ausfallen wie bei uns, wo man sechzehn Gulden fürs Gedeck zahlen mußte, hoffentlich wird man dort einmal versuchen nach brittischem Muster ein wirkliches politisches Banket herzustellen. Ein weiser Mann hat gesagt, um ein Volk kennen zu lernen müsse man seine Feste besuchen; der amerikanische Flottencapitän Paulding hat mir bei einem unserer Gagernfeste gesagt: »By the mixture you are spoiling two good things: the dinner and the speech-making.«

Bremen, 19 Oct. Das schöne 600 Last große Schiff von H. H. Meier und Comp. welches den Namen „Heinrich von Gagern" führen wird, ist gestern unter den Augen seines gefeierten Pathen und einer außerordentlich zahlreichen Zuschauermenge in Vegesack vom Stapel gelassen worden. Die allgemeine herzliche Theilnahme, die Anwesenheit Gagerns und so mancher andern im Vaterlande ehrenvoll genannten politischen Männer, der klare sonnige Herbsttag, alles hatte sich vereinigt um das Fest zu einem besonders schönen zu machen. Aber die Lust sollte nicht ohne Leid bleiben. Als das Schiff, während es noch auf dem Stapel lag, der Besichtigung des Publicums freigestellt blieb, und viele Hunderte um die ausgezeichnete Einrichtung des innern Baues kennen zu lernen im Hinauf- und Herabsteigen begriffen waren, brach der obere auf das Schiff führende Treppenweg und gegen zwanzig Personen stürzten die ganze Höhe des Schiffes hinunter. Leider ist die größere Hälfte derselben nicht ohne mehr oder minder erhebliche Verletzungen geblieben; ein Fall soll sogar sehr ernste Besorgnisse erregen, aber natürlich war die Freude getrübt und eine traurige Stimmung mußte sich über die erst so froh bewegte Menschenmenge legen. (Wes. Ztg.)

Lübeck, 18 Oct. Sicherm Vernehmen nach ist in diesen Tagen, nach Auswechslung von Erklärungen in Betreff der von der Bürgerschaft gestellten Vorbehalte, der Anschluß Lübecks an den Dreikönigsbund förmlich in Berlin vollzogen worden. Die deßfallsigen Veröffentlichungen können daher schon in den nächsten Tagen erwartet werden. (Hamb. Corr.)

Hamburg, 22 Oct. Gestern Abend trafen Heinrich v. Gagern und Karl Mathy auf ihrer Reise von Bremen hier ein. Nach der hamb. B. H. übernimmt General v. Hahn an der Stelle des Obersten v. Lebbin das Commando der preußischen Truppen im Herzogthum Schleswig; für ihn übernimmt das Commando der preußischen Truppen hier in Hamburg General v. Döring, der auch bereits hier eingetroffen ist.

Die vom Hamburger Senat gewünschte Vereinbarung ist von der constituirenden Versammlung abgelehnt worden. Die Blätter sind voll von den Ovationen welche Klapka von Seite der Hamburger Bevölkerung erhielt.

Preußen. Berlin, 23 Oct. Durch Verordnung vom 2 d. ist es den Truppen allgemein gestattet vorzüglich qualificirte und zuverlässige Individuen auch vor zurückgelegter dreijähriger Dienstzeit ausnahmsweise zu wirklichen Unterofficieren innerhalb des Etats zu befördern, wenn dieselben auch nicht die vorgeschriebene Capitulation zum Weiterdienen abgeschlossen haben. Der Prinz von Preußen wird sich am 25 d. wieder nach Süddeutschland zur Inspicirung der dortigen preußischen Truppen begeben. Unter den hier umgehenden Gerüchten ist besonders das bemerkenswerth daß Bayern, Württemberg und Hannover ein Separatbündniß miteinander abgeschlossen haben sollen, welches durch eine enge Verbindung dieser mittleren deutschen Staaten ein Gegengewicht gegen Oesterreich und Preußen zu schaffen bezwecke. Als Urheber dieses Bündnisses, dem beizutreten Sachsen vergebens aufgefordert seyn soll, wird Römer angegeben. Schon diese Versicherung, die äußerst unwahrscheinlich klingt, macht die Wahrheit des Ganzen verdächtig. Vorgestern Nacht war im hiesigen Cadettenhaus allgemeine Bestürzung, indem fast sämmtliche Zöglinge von Kolik und choleraähnlichen Symptomen befallen wurden, indeß soll doch die Cholera nicht Ursache dieser Erscheinung gewesen seyn, man vermuthet vielmehr daß eine Vergiftung durch kupfernes Kochgeschirr stattgefunden hat. Gestorben ist bis jetzt keiner von den Cadetten.

A **Berlin,** 20 Oct. Hr. v. Wangenheim soll sich durch den Ausspruch Bodelschwinghs — bei der Rechtsansicht welche W. vorgetragen sey es unbegreiflich wie die hannoverische Regierung dem Bündniß vom 20 Mai habe beitreten können! — persönlich beleidigt fühlen und Hrn. v. Bodelschwingh fordern wollen! Der Geheimerath Esser, der in der aufgelösten Versammlung auf der äußersten Linken saß, hat um Versetzung in Ruhestand angehalten. Die Regierung wird nicht zögern diesem Gesuch zu entsprechen. Das Ministerium will nach der gestrigen Entscheidung der ersten Kammer über den Art. 108 der Verfassung diese Frage in neuer Form nochmal vor die zweite Kammer bringen, um eine Einigung dieser mit der ersten Kammer herbeizuführen!

A **Berlin,** 23 Oct. Gestern ist von Hannover und Sachsen offen Protest eingelegt worden gegen die von dem preußischen Bevollmächtigten beantragte*) Ausschreibung der Wahlen zum deutschen Reichstag. Durch diesen Schritt werde der Reichsfriede gestört, und alle Verantwortlichkeit für die sich ergebenden Folgen müsse auf Preußen fallen. „Preußen wird dessenungeachtet bei seinem Entschluß beharren. Schon jetzt werden mit großer Thätigkeit die Einleitungen für die Wahlen getroffen. Die Wahlen für die Abgeordneten sollen am 15 Jan., die für die Wahlmänner acht Tage früher stattfinden. Gestern ist der Regierung eine von Hrn. v. d. Pfordten zugefertigte Note übergeben worden, worin die von Preußen beschlossene Zurückhaltung der Zollvereinsgelder abzuwenden und geltend zu machen gesucht wird daß die Zollangelegenheit mit der Beistandleistung nichts zu schaffen habe. Die preußische Regierung wird, wie man versichert, die von dem Grafen Lerchenfeld übergebene Note, welche den Beistand nachsucht, entgegenhalten, und darauf hinweisen daß Bayern in der That dem Zollverein verpflichtet sey, weil es nicht im Stande gewesen (!) die deutsche Zollvereinsgränze zu schützen. Das bayerische Guthaben aus dem Zollverein beträgt etwa 200,000, Preußens Forderung 400,000 Thlr. — Dieser Tage ist hier das Gerücht in Umlauf gesetzt worden daß die zweite Kammer aufgelöst werden solle. Es versteht sich daß daran nichts wahres ist. Dagegen soll es begründet seyn daß die zweite Kammer gesonnen ist bei der Bewilligung der Gelder zur Ostbahn Schwierigkeiten zu machen. — Bei Gelegenheit der neulichen großen Illumination in Berlin ist von Seite der russischen Gesandtschaft eine bemerkenswerthe Demonstration gemacht worden. Ein großes Transparent an dem Gesandtschaftshôtel unter den Linden stellte in der Mitte das preußische Wappen, auf der einen Seite das russische, auf der andern die Wappen derjenigen deutschen Staaten dar welche dem Dreikönigsbündniß bereits beigetreten sind. Mehrfache Aeußerungen, welche man von Hrn. v. Meyendorff vernommen, lassen den Sinn dieser Bilderschrift nicht zweifelhaft.

Königsberg, 20 Oct. Heute meldete sich Dr. J. Jacoby persönlich auf dem hiesigen Stadtgericht bei dem Director Fischer, der ihn sogleich in das Criminalgerichtsgefängniß abführen ließ.

Oesterreich. — Wien, 22 Oct. Im Reichsministerium zu Frankfurt befand sich im Aug. 1848 eine mit vielem Geiste und gleicher Sachkenntniß ausgearbeitete Denkschrift über die Stellung welche das einige Gesammtdeutschland — wir hoffen daß die Zeit nicht mehr fern ist wo wir wieder schlechtweg Deutschland sagen können — den Völkern an der untern Donau einzuräumen habe. Sie wurden in derselben als eine Mauer bezeichnet, deren innere Seite allmählich deutsch sich färben, deren Außenwand aber, d. h. ihre suzeräne Selbständigkeit einen mächtigen Vorring gegen etwanige nachbarliche Uebergriffe bilden würde. Daß bei diesem Plane an ein unabhängiges Magyarenreich in der Mitte nicht gedacht wurde, versteht sich von selbst, und damals war auch die ungarische Frage soweit davon entfernt eine Freiheitsfrage zu seyn daß selbst die „Deutsche Zeitung" die Aufhebung der agricolen Isolirung Ungarns forderte. Erst nachdem es sich herausgestellt hatte daß Oesterreich zu schwer sey um es durch den schwachen Frankfurter Hebel von seiner Stelle zu rücken, nachdem es klar geworden war daß in der Mainstadt kein staatlicher Schwerpunkt für das ganze Areal zu suchen sey, wollte man lieber den Körper nach dem neuen Kleide als das Kleid nach dem Körper zuschneiden. Die äußerst geringe Kenntniß der österreichischen Verhältnisse, die Hr. v. Gagern einst sogar auf der Tribüne offen eingestand, mochte zu dieser Wendung in der Politik das ihrige beitragen, und so erhielt die staatsmännische ungarische Frage ganz unverdienterweise plötzlich von entgegengesetzter Seite eine ideale Freiheitsbeleuchtung; das selbständige Magyarenreich sollte dem Zustandekommen Kleindeutschlands unter die Arme greifen; die Liberalen welche durch den Anstoß von außen, durch die französische Revolution, zur Herrschaft gelangt waren, wollten ihre sinkende Macht durch einen zweiten äußern Succurs, durch die ungarische Revolution, wieder heben. Wir wollen in diesem Ideengange keinen Augenblick die Hinrichtungen in Schutz nehmen mit denen der Sieger die persönlichen Hindernisse sich aus dem Wege zu räumen bestrebt ist; sie bleiben stets, wenn man auch das unmit-

*) Der sächsische und der hannoverische Gesandte haben, wie die Const. Correspondenz meldet, Berlin verlassen. Die neueste Hannov. Ztg. theilt bereits diese Erklärung mit. Wir tragen sie nach.

telbare Gefühl der Individualität in der Politik abzustreifen hat und auf diesem Standpunkt die Bedeutung des einzelnen in der Masse zurücktritt, jedenfalls ein beklagenswerther Fehler, ganz abgesehen von den Forderungen welche die Gerechtigkeit in Bezug auf umfassende, unbefangene Untersuchungen zu machen hat. Aber wir wiederholen hier das in diesen Blättern neuerlich einmal citirte Wort aus einem Aufsatz von Posselts Annalen 1808: „Der Agriculturstaat geht stets unter, sobald er isolirt wird!" Es liegt in dem Hegel'schen oft angefochtenen Satze: „Wer das Recht hat, der besitzt auch die Macht!" wenigstens insofern eine politische Wahrheit daß ein Staat sich seinen Untergang selbst zuzuschreiben hat. Für die Poesie mag Polens Untergang immer ein reiches Motiv seyn, die Individualität tritt mit ihren Leiden an das Gemüth hinan; der Staatsmann, der in diesem Lande einen Binnenstaat ohne Meer erblickte, aufgebaut aus dem ganzen Separatismus der Lehensverfassung, ohne daß ein Bürgerthum in der Mitte die einzelnen agricolen Blöcke aneinandergebunden hätte, kann in dem Untergang derselben nur die nothwendige Folge jener Mängel erkennen. Und daß die Polen heutzutage diese Fehler noch nicht eingesehen haben, zeigen sie, wo sie nur auftreten. Mit Socialismus, mit Barricaden — und blutete die edelste Begeisterung dahinter — baut man kein politisches Gebäude auf. Eine kleine Partei unter ihnen sucht durch allmähliche Begründung eines Bürgerstandes in Polen ein neues staatliches Moment an den Ufern der Weichsel zu beleben und die muß dazu ihre Stoffe aus — Deutschland nehmen. In der Mitte von Europa bildet das Bürgerthum den Schwerpunkt des Staates; aber zur Entwicklung eines nationalen Bürgerthums bedarf es Jahrhunderte, und ist jetzt für alle jene agricolen Staaten des Osten dem mächtigen deutschen Bürgerthum gegenüber, das sich in sie hineinzugießen beginnt, keine Möglichkeit mehr. Das ist das Wesen jener oft im Osten gehörten Formel: „Der Deutsche ist unser gefährlichster Feind, er assimilirt sich alles!" Die polnischen Verhältnisse kehren in Ungarn wieder. Auch hier die völlige Isolirung der Gutsherren unter sich, die Abgetrenntheit der Bauern ohne ein Bürgerthum in der Mitte. An diesen ihm im Wege stehenden entwicklungsunfähigen Koloß stellt nun das deutsche Bürgerthum die Anforderung der freien Bahn nach dem Osten. Der Kampf der Magyaren ist ein Kampf für ihre Selbständigkeit, aber in demselben zugleich ein Streiten gegen die unaufhaltsame Cultur gewesen. „Frei schreitet das Unglück über die ganze Erde!" Darum wollen wir nicht unter der Begeisterung, welche den Letzten zu adeln vermag, jetzt die Selbsucht der Besiegten in ihren Verhältnissen zu den früher von ihnen beherrschten Nationen aufsuchen, umsoweniger als die kalte, nur dem Verstande angehörende pragmatische Geschichtserfassung in unserem gemüthreichen Deutschland bis jetzt sehr selten ist; aber selbst auf die Gefahr hin auf das äußerste mißverstanden zu werden, wollen wir es aussprechen: die Unterwerfung Ungarns war eine historische Nothwendigkeit, und darum darf fortan diesem Areal in der österreichischen Verfassung kein Vorzug vor den andern Stammländern eingeräumt werden. Auch Ungarn muß die Mauer bilden die inwendig deutsch gefärbt wird. Dieses Terrain aber, diese Chance ist es welche Oesterreich bei seiner nunmehrigen Verbindung mit dem übrigen Deutschland als Morgengabe mitbringt!

° **Wien**, 21 Oct. Uebersehen Sie nicht den Artikel welchen der heutige Lloyd gegen die sogenannte alt-conservative Partei in Ungarn bringt. Es wird darin von dieser Seite die Thatsache zugestanden daß der ungarische Adel wirklich systematisch eine Art passiven Widerstandes übe, der in Murren, Schmollen und völligem Zurückziehen von den Staatsgeschäften bestehe. Der Lloyd droht ihnen mit gänzlichem Verlust jedes politischen Einflusses, denn er mahnt daran daß sich für jeden Todten, also auch für jeden Lebenden ein Ersatzmann finde. Der Regierung aber ruft er zu einer Partei keine Zugeständnisse zu machen die in dem Wahn ihrer Unvermeidlichkeit stände. Wenn aber der Lloyd der Staatsgewalt gute Lehren gibt, so müssen Sie im Ausland aufmerksam darauf achten, denn er fügt sich willig unter den Grundsatz: „rathe, aber rathe mir nicht ab." Ihre zweite Erwiederung gegen die neuliche Urbanität des Lloyd hat hier guten Eindruck gemacht, nur hätten Sie sich dabei nicht auf Namen berufen sollen welche hier wenigstens nicht als Autoritäten gelten.*) Der heutige Lloyd bringt wieder eine neue Polemik gegen die Allg. Ztg., und ich selbst hätte erwiedert wenn mir Ihre Spalten nicht viel zu kostbar für einen unersprießlichen Journalstreit wären. Der Lloyd hat das Format dazu, und Sie könnten ihm keine größere Gefälligkeit erweisen als den Dialog wochenlang fortzusetzen. In den norddeutschen Städten werden Sie an den Markt- und den Straßenecken müßige Leute haben umherlehnen sehen die auf Handarbeit und kleine Dienste warten. Im Winter wenn sie frieren, stellen sie sich oft mitten in die Straße und schlagen sich unaufhörlich mit weitausgeholten Armen in die Seite; das wärmt und kostet weder Holz noch Spirituosen. So kommt mir die Polemik des Lloyd vor.

In einem Wiener Briefe vom 18 Oct. (in der Deutschen Ztg. aus Böhmen) liest man: „Die praktischste Seite der preußisch-österreichischen Duumviratsconvention, wie sie wohl füglich genannt werden kann, hebt der „Lloyd" erst heute hervor, nämlich die der so erzielten inneren Sicherheit Deutschlands. Diese Entdeckung scheint das Blatt erst gemacht zu haben als es die österreichische und preußische Truppenmacht zusammenaddirt und die genaue Summe von 600,000 Bajonnetten herausgebracht. 600,000 Bajonnette! Himmel und Doria! Wäre auch ganz Europa ein fortlaufendes Raupennest von Demokraten und socialistischen Umstürzlern — was es bekanntlich für den Augenblick nicht mehr ist, da die starken, seit dem Herbste vorigen Jahres anwährenden Fröste etwas verheerend gewirkt — unter dem Schutze einer solchen Macht ließe sich's ganz ruhig und unbesorgt um eine Gefährdung des legitimen Princips noch schlafen! Ganz erfreut über dieses Ergebniß geräth der Verfasser des ebenerwähnten Artikels aus dem nüchternen publicistischen Tone in den poetischen und fördert folgende stylistische Figur zu Tage: „Thüringen wird nun so friedlich seyn wie Limburg und Oldenburg, und am Unterrhein wird das Gesetz seine Herrschaft so ungestört ausüben wie in Kärnten oder Uckermark; Sachsen und Schlesien werden sich so loyal benehmen wie Tyrol und Pommern." Heißt das nicht geistreich die neue Allianz versinnlicht? Geistreich allein? Nein auch wahr und offen, was sehr lobenswerth ist. Wird uns auch bei diesem Geständnisse etwas unheimlich zu Muthe, da wir so oft die Worte Friede, Gesetz, Ordnung, loyal nordisch interpretiren hörten, und bei der noch immer schwankenden Feststellung der Begriffe ein gleiches für die Zukunft besorgen, so werden wir mit der Versicherung getröstet daß Deutschland jedenfalls eine Verfassung erhalten werde, eine fürstlich vereinbarte nämlich, die ihrerseits wieder keine demokratische — das versteht sich von selbst, auch behauptet es der „Lloyd" nicht — aber auch keine nach englischem oder nordamerikanischem Muster seyn könne, da die Verhältnisse Deutschlands ganz eigenthümliche wären. Für eine solche, dieser deutschen Eigenthümlichkeit entsprechende Verfassung werde allerdings gesorgt werden. Deutsches Herz was verlangst du mehr?"

Der Deutschen Zeitung aus Böhmen zufolge fürchtet man in diesem gewerbreichen Lande eine durch „freihändlerische" Concessionen bewerkstelligte Annäherung Oesterreichs an den deutschen Zollverein; die Industrie sey noch zu jung um den niedrigen Tarif Norddeutschlands ertragen zu können. Wir haben neulich einmal erwähnt wie der preußische Handelsminister durch einseitige Satzerhöhungen in der deutschen Rolle die preußischen Weber und Spinner vor dem böhmischen Leinen schützen wollte, und dagegen eben von Breslau her wohlbegründete Proteste erhielt. Aus diesem Umstande hätte man allein schon in jenem zur Industrie so sehr von der Natur begabten Gebirgskessel zu der Einsicht kommen können daß eine Verständigung zwischen beiden Zollsystemen auch seine großen Vortheile in sich schließt. Sollte dieselbe jedoch wirklich zu Stande kommen, so ist damit eine einheitliche Handelspolitik in der Mitte von Europa begründet, und die läßt sich — daran ist keinen Augenblick zu zweifeln — ohne eine Erhöhung des Schutzzolls im Norden und Einführung von Differentialzöllen nicht bewerkstelligen, wenn schon das österreichische bisherige System dabei aufgegeben, oder vielmehr ermäßigt werden muß, wie dieß seit Jahren angebahnt wurde. Ist aber nicht Böhmen im Stande mit der deutschen Industrie zu concurriren?

Die Wiener Zeitung enthält zwei kaiserliche, vom Gesammtministerium unterzeichnete Manifeste vom 20 Oct., betreffend die Ertheilung eines geordneten Grundsteuer-Katasters für Ungarn und Siebenbürgen. Für Ungarn gelten in dieser Beziehung im wesentlichen folgende Bestimmungen: „Zur gleichmäßigen Besteuerung der Nutzungen von Grund und Boden und Gebäuden in Ungarn soll mit thätiger Beschleunigung das allgemeine Grundsteuer-Kataster nach denjenigen Grundsätzen vollführt werden welche sich durch die Erfahrung in den übrigen Kronländern und in auswärtigen Staaten als zweckmäßig und für die Entwickelung des Wohlstandes in denselben zuträglich bewährt haben. Die näheren Bestimmungen hierüber werden abgesondert erlassen und kundgemacht werden. Da aber zur befriedigenden Lösung dieser Aufgabe ausgedehnten Vorarbeiten und ein bedeutender Zeit- und Kostenaufwand erforderlich sind, so wird, mit Benützung der bisherigen Vermessungen eines großen Theiles der Grundbesitzungen, ein den Bedingungen einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der öffentlichen Lasten möglichst entsprechendes Grundsteuer-Provisorium für die Zeit bis das stabile Kataster vollendet seyn wird, eingeführt werden. Bis ein solches Provisorium zu Stande kommen kann, ist einstweilen jener Betrag welcher in dem Verwaltungsjahr 1847 an Kriegs- und Domesticalsteuer ausgeschrieben war, von den Grund- und Hausbesitzungen und Bewohnern des Landes, die bis zum Jahr 1848 contributionspflichtig waren, als Gesammtsteuergebühr für das mit dem 1 Nov. 1849 beginnende Verwaltungsjahr einzuheben, und an

*) Lag die Autorität nicht schon in ihrer Stellung als Repräsentanten Oesterreichs?

die Steuercasse abzuführen. Dieser Steuerbetrag wird auf die einzelnen Städte, Districte und Comitate, und innerhalb derselben auf die Grund- und Hausbesitzungen und Einwohnerclassen welche bis zum Jahr 1848 contributionspflichtig waren, nach demselben Maßstab umgelegt der für das Jahr 1837 zur Umlegung der Contribution gedient hat. Ueber die Art in welcher die bis zum Jahr 1848 von der Contribution befreiten Besitzungen und Einwohnerclassen für das Verwaltungsjahr 1850 einstweilen der Besteuerung zu unterziehen sind, bis das Grundsteuer-Provisorium zu Stande gebracht seyn wird, werden besondere Anordnungen erlassen werden."

Die Austria sagt: Nicht nur der Handel im allgemeinen belebt sich, sondern auch der österreichische Transit nach dem Orient gewinnt aus Anlaß des günstigen Erfolges der Leipziger Messe eine äußerst geschäftige Rührigkeit. Manufacturwaaren, namentlich Baum- und Schafwollwaaren, darunter viele englischen Ursprungs, bilden wieder einen Hauptfactor dieses Handelszuges. Eine nicht minder bedeutende Bewegung herrscht im ungarischen Verkehre. Der Amtsplatz des Wiener Hauptzollamtes und der Landungsplatz der Donau-Dampfschiffe sind Tag für Tag mit den reichlich zuströmenden nach Ungarn bestimmten Waarenballen übersäet. Auch die Einfuhr aus Ungarn zeigt große Lebhaftigkeit, besonders in Schafwolle, Wein und Unschlitt, das auch in großen Massen aus der Türkei einlangt.

△ **Wien**, 23 Oct. Der Finanzminister läßt sich durch die Manöver gewisser Geldkönige in der Durchführung seiner Pläne durchaus nicht beirren. Der Eindruck den die heute ausgeschriebene Steuer für Ungarn hervorgebracht hat, ist ein durchaus günstiger; denn ist auch gegenwärtig die dortige Bevölkerung nicht in der Lage die Staatscassen zu füllen, so ist jedenfalls die Gewißheit daß das gesegnete Land künftig zu den Staatslasten beitragen werde, eine Garantie für die Gläubiger des österreichischen Staates. Im Interesse einer gesunden Politik kann man daher die baldige Einführung eines milderen Verfahrens daselbst nicht oft genug anempfehlen, weil die gegenwärtige Mißstimmung in Pesth und in den andern Städten alle Erwerbthätigkeit lähmt und die nöthige Ruhe noch länger aus den Gemüthern drängt.

In **Salzburg** hat der Gemeinderath auf Antrag des Bürgermeisters und ehemaligen Reichstagsabgeordneten Gschnitzer einstimmig sich für die Abfassung einer Petition an den Kaiser entschieden, um eine allgemeine Amnestie für die politisch Compromittirten zu erbitten, und dadurch die Gemüther zu beruhigen. Die Stadt Salzburg will, wie die Ostd. Post meldet, auch die andern Provincialhauptstädte auffordern zu dem gleichen Zweck auf ähnliche Weise mitzuwirken.

Oesterreichische Monarchie.

(M. Chronicle.) Die Weigerung der Pforte die ungarischen Flüchtlinge an Oesterreich auszuliefern hat, als erste Folge, die kaiserl. österreichische Regierung bewogen die Unabhängigkeit des Bey's von Tunis anzuerkennen, und so das Beispiel Englands und Frankreichs nachzuahmen. Die Handelsverhältnisse zwischen Oesterreich und Tunis, die seit 1846 unterbrochen waren, sollen wieder aufgenommen, und daher ein österreichischer Generalconsul bei dem Bey von Tunis accreditirt werden, ohne vorherige Erholung eines Fermans der Pforte zu diesem Ende. Hr. Merlato, dermaliger Generalconsul in Tripolis, ist für diesen Posten ernannt. Auch hat die österreichische Regierung die Consulate in Bucharest und Jassy zu Generalconsulaten erhoben. Ritter v. Laurin, vormaliger Generalconsul in Alexandria, ist in gleicher Eigenschaft nach Bucharest ernannt.

Spanien.

Madrid, 16 Oct. Königin Isabelle hatte auf dem zu Ehren ihres Geburtstags gegebenen Hofball unvorsichtigerweise, weil sie sehr heiß getanzt war, ein Fenster öffnen lassen, was Ihrer Maj. eine kleine Erkältung zuzog; indessen gelang es Ihrer Maj. durch eifrige Fortsetzung des Tanzes sich homöopathisch zu curiren. Heute wohnte Isabelle bei bester Gesundheit, in Gesellschaft ihres königlichen Gemahls, ihrer erhabenen Mutter und des Herzogs v. Rianzares, einem Pferderennen bei. Wenn es je einen ächt constitutionellen Monarchen gab, so ist es Königin Isabelle; denn sie enthält sich aller und jeder Einmischung in die Staatsgeschäfte. Das Blatt El Pais hatte angekündigt: unter den vom Cabinet beabsichtigten Ersparungen befinde sich auch die Unterdrückung der Pension von drei Millionen Realen welche die Königin-Mutter bezieht; aber das ministerielle Journal weist dieses Gerücht mit Entrüstung zurück, und bemerkt daß die fragliche Pension der Königin Christine von den Cortes fast einstimmig votirt worden sey, als ein Zoll der Dankbarkeit für diese hohe Dame, welcher Spanien seine Freiheiten und die Befestigung des neuen Throns verdanke. — Prinz Georg von Preußen ist durch Unwohlseyn auf sein Zimmer beschränkt. — Die Verkündigung des neuen Tarifs hat in Barcelona, und Catalonien überhaupt, zwar Mißstimmung hervorgerufen, die jedoch nicht weiter zu gehen scheint.

Großbritannien.

Die Post vom 22 Oct. fehlt.

Abermals ist ein Veteran der Flotte mit Tod abgegangen, **Godwin**, Vice-Admiral der weißen (zweiten) Flagge. Er zählte über 60 Dienstjahre.

(Examiner.) Die Franzosen, die in ihre Bühnenstücke so viel Interesse legen, sind nicht glücklich mit ihrem politischen Drama. Es ist langweilig und anwidernd. Zwar ist es voll aufregender Ereignisse, auffallender Verwandlungen und sonderbarer Ueberraschungen, es wird darin umgroße Glücksgüter gespielt, und das Schicksal von Menschen und Reichen hängt an einem Faden. Gleichwohl, bei all diesen Materialien zu einer Tragödie, läuft es am Ende auf ein gar gemeines Alltagsstück hinaus. Und der Grund davon, wie wir glauben, ist: unter den Personen findet sich kein Charakter. Unter allen Schauspielern dieser politischen Bühne, Männern jedes Alters und jedes Rangs, jeder Farbe und jedes Berufs, ist kein einziger wahrhaft großer, ausgezeichneter, hochherziger; sogar nur wenige ehrliche Leute sind darunter. Zur Größe gehört eben ein gewisser Grad von Einfachheit; einfach sind aber die Menschen nicht welche einem halben Duzend Dynastien gedient, und im Verlauf ihrer vielgekrümmten Bahnen ein paar Duzend politische Ziele verfolgt haben. — Bei Vergleichung des französischen politischen Lebens mit der Bühne vergessen wir nicht die rasche Charakter- und Costüm-Verwandlung der Schauspieler. Z. B. als die Nationalversammlung das letztemal auseinander ging, zettelten die Magnaten der conservativen Partei, oder stellten sich wenigstens so, um Ludwig Napoleons dreijährigen Machtbesitz auf zehn Jahre zu verlängern. War es ihnen damals aufrichtiger Ernst? Es läßt sich bezweifeln. Gewiß ist daß die Idee nicht bloß aufgegeben worden, sondern daß jetzt ein anderer Gedanke hervorblickt. Die conservative Partei strebt nicht länger dahin die Macht unter Ludwig Napoleon zu festigen, sondern einfach den jetzigen Präsidenten zum Schrittstein für die Wiederherstellung einer legitimen Monarchie zu machen. Das ist, deutlich gesagt, die jetzige „Situation." Hr. Thiers hat es öffentlich verkündigt, indem er über die römische Frage eine Rede hielt wie nur ein Staatsmann sie halten könnte der in einem legitimistischen Prinzen seinen künftigen Gebieter und in der Priesterschaft seine Hauptstütze sieht. Auch wird das von Hrn. Thiers selbst kaum geläugnet. In der Brust Ludwig Napoleons hat diese Rede einen Ausbruch redlicher Entrüstung hervorgerufen, deren dieser Mann fähig ist — wenigstens vierundzwanzig Stunden lang. Seine Entschlossenheit und sein Scharfsinn dauern selten über diese Frist hinaus. Der Riß zwischen dem Präsidenten und den Räthen welchen er bisher unbedingt vertraut, ist ein weiter geworden; aber Ludwig Napoleon, wiewohl ein edles Roß, trägt eine Kinnkette, und diese ist die conservative Mehrheit der Nationalversammlung, an die er sich als Werkzeug und Sklave hingegeben. Der Zweck dieser Classe ist die Wiederherstellung ihres eigenen Einflusses, und daher eines jedweden Prinzen oder Régime's welcher und welches diesem Zweck am besten dienen kann. Von allen Régimes aber, das sieht sie klärlich ein, ist die Republik der Herstellung und dem Fortbestand ihres Monopols das ungünstigste. — Die auswärtige Politik in Frankreich ist leider nur ein bloßes Corollar der innern Kämpfe. Die Franzosen sind gewissermaßen in der Lage von Matrosen die, einem sinkenden Schiff entronnen, mit einem offenen Floß auf der See treiben, ohne Steuer und Segel, dem Sturm und der Strömung preisgegeben. Sie denken nur daran trockenes Land zu erreichen, das nächste Land, und sich bis dahin lebend zu erhalten. Sie sind in der Lage von Zweifel und Gefahr wo intensive Selbsucht noch das einzige Gefühl und Motiv ist. Redet mit solchen Menschen von Philanthropie, Freiheit, Humanität, Nationalstolz, von den Gefühlen die sie vor ihrem Schiffbruch am höchsten achteten, und sie stimmen euch nicht nur nicht bei, sondern sie begreifen nicht einmal eure Worte. Sie sind verthiert durch Selbsucht und durch Furcht. — Hoffnungslos trübselig ist es z. B. das Schicksal Italiens solchen Händen anvertraut zu sehen. Dieses Schicksal haben die Franzosen gänzlich (?) in ihrer Gewalt. Mit einer Armee von 20 bis 30,000 Mann in Rom, während das ganze italienische Volk bereit ist einem liberalen Aufruf zu folgen, brauchen die Franzosen bloß das Wort auszusprechen, und es ist Gesetz. Sie brauchen bloß darauf zu bestehen daß Italien eine constitutionelle Regierung erhalte, ja sie können diese einsetzen und berufen. (!) Neapel, Toscana könnte nicht widerstehen. Eine volkliche Regierung, in irgendeinem Winkel Italiens errichtet, würde durch ihr Licht, ihren Segen, ihre Vortrefflichkeit allein alle andern nöthigen sich in Nachahmung zu Grunde zu richten, oder im Contrast unterzugehen. Die Franzosen in Rom haben es in ihrer Macht zu sagen: Es werde Tag, oder es werde Nacht. Das ist die Alternative. Hrn. Thiers' im Namen des Ausschusses erstatteter Bericht nun faßt sich zusammen in den wenigen Worten: „Es werde Nacht über Rom und Italien — die alte Nacht des päpstlichen Despotismus!" Die französischen Republicaner, es gereicht ihnen zur Ehre, erheben Hand und Stimme für den Tag. Ludwig Napoleon, furchtsam aber edelmüthig, schlägt einen Mittelweg vor.

Er wünscht wenigstens Zwielicht, die Dämmerung, wenn nicht die Fülle freisinniger Institutionen! Die Forderung ist bescheiden. Aber der Papst will es nicht haben; Oesterreich ist entrüstet darüber; und die französischen Legitimisten sind für das Supremat der Priesterschaft mit ihren dunkeln Röcken und ihren finstern Geistern und Gemüthern. Thiers macht sich zum Mundstück der Hohenpriester, und Ludwig Napoleon hat nicht den Muth mehr als einen zeitweiligen Vorwand zu wagen. — So soll Italiens Todesurtel besiegelt werden, wie das eines andern Landes besiegelt worden ist... An diesem traurigen Stand der Dinge trägt Frankreich die Hauptschuld. Sein Beispiel, ja seine Ermahnungen waren es welche die Italiener zur Erhebung aufreizten; jetzt ist es seine Grausamkeit und Apathie, sein Machiavellismus, der sie zermalmt, zehntet und ächtet. So hat Frankreich Spanien bedient, so behandelt es Italien, so versinkt es selbst in die Tiefe pfäffischer und gesetzloser Tyrannei. Es ist nur gerecht daß ein Land welches es sich zum Ruhme rechnet die Freiheit und das Glück seiner besten Bundesgenossen und Nachbarn zu zerstören, grausam und schmachvoll selbst darum betrogen werde.

Während die deutsche Demokratie im vorigen Jahre so heftig und so unnütz gegen die Bezeichnung „von Gottes Gnaden" geeifert hat, ist umgekehrt in England ein kirchlicher Sturm darüber ausgebrochen daß auf dem neuen englischen Guldenstück (florin) bei Victoria Regina der Beisatz „Dei gratia" weggeblieben ist; ja, ein Landgeistlicher hat auf der Kanzel die Cholera als ein Strafgericht Gottes wegen dieser Unterlassungssünde des königl. Münzamtes bezeichnet! In Folge dieser von einem großen Theile des Publicums ausgedrückten Unzufriedenheit hat nun der Schatzkanzler numismatische Nachforschung angeordnet ob diese Omission nicht schon früher vorgekommen. Da zeigte es sich denn daß die fraglichen Worte auf englischen Silbermünzen nie fehlten, wohl aber sehr häufig auf den kupfernen Pennies und Halfpennies. (NB. Wenn das Metallstück, nicht der Münzwerth gemeint ist, lautet der Plural von penny pennies, nicht pence). Ebenso fehlt auf den Kupfermünzen sehr gewöhnlich das „defensor fidei" (wofür bei Victoria's Thronbesteigung ein strenger Lateiner das einmal bei Cicero vorkommende defenstrix verschlug). Auf den indischen Silberrupien (Zwei-Schillingstücken wie der neue Gulden) fehlt, vielleicht aus Rücksicht auf den Polytheismus der Hindu, das „von Gottes Gnaden." Uebrigens waren es die Königin und Prinz Albert selbst welche die Weglassung wünschten, weil sie meinten daß die einfachere Inschrift sich besser ausnehme.

Frankreich.

Paris, 22 Oct.

Fortsetzung der Verhandlungen über die römische Frage.

Der dritte Redner ist Hr. Thuriot de la Rosière, ein Jung-Conservativer der in der letzten Zeit der Orleans unter Rossi Legationssecretär in Rom war. Auf dieses Verhältniß gründet er seinen Rechtstitel um in einer so hochwichtigen Debatte das Wort zu nehmen. Zuvörderst will er den Beschluß der Constituante aufklären, den scheinbaren Widerspruch lösen zwischen den Auffassungen der damaligen und der jetzigen Majorität. Der Ausdruck sey dunkel gewesen, also müsse es auch der Gedanke seyn. Die Aufhellung besteht nun aber bloß darin daß er sagt es sey Zweck, Eigenthümlichkeit der republicanischen Institutionen daß sie nach und nach alle ansehnlichen Meinungen zur Gewalt bringen, daß die Constituante einen Theil dieser Meinungen repräsentirt habe, die Legislative einen andern; daß das Ministerium, zwischen zwei Gewalten, eine untergehende und eine aufgehende Sonne, gestellt, in ein politisch-militärisches Unternehmen verflochten, sich habe fragen müssen ob es sein Betragen nach dem Willen der endigenden oder der beginnenden Versammlung richten solle? Mit andern Worten — die vollziehende Gewalt in der letzten Periode eines Parlaments hätte sich um den wirklichen Sinn der Beschlüsse desselben nichts zu kümmern, sie könnte keck die muthmaßliche Meinung eines künftigen Parlaments hineinlegen, auch wenn diese auf das Gegentheil hinausliefe. Es versteht sich daß die Majorität eine ihr nach Umständen so bequeme Interpretationstheorie freundlich aufnahm. Nachdem so die Meinung der Constituante beseitigt war, will er auch beseitigen was er die Meinungspolitik nennt. „Was ist das?" rief man links. Er erläuterte durch Beispiele. Um der Meinungspolitik zu gefallen habe die provisorische Regierung erklärt die Verträge von 1815 bestehen nicht mehr zu Recht. Wenn man das sage ohne den Degen zu ziehen, ohne ihn ziehen zu wollen, mit dem Bewußtseyn daß man ihn nicht ziehen werde, was es heiße? In Frankreich die Ringmauern niederreißen und auf den Zinnen von Europa die Kanonen gegenüber haben, mit einem Federzug die Usurpation Krakau's durch Oesterreich ratificiren, das Großherzogthum Posen an Preußen (!) überlassen, die gute oder üble Waffe der polnischen Nationalität gegen Rußland verlieren, das Großherzogthum Luxemburg den Zurückforderungen Deutschlands (!) preisgeben, endlich das Veto (!) gegen die Constituirung eines riesenhaften unitarischen Deutschlands verlieren! Wenn dieß alles in den Verträgen von 1815 liegt, so ist freilich unbegreiflich wie man in Frankreich 30 Jahre lang sie verwünschen konnte, und er hat vollkommen Recht die provisorische Regierung deßhalb einer großen diplomatischen Unbesonnenheit zu zeihen. Denselben Vorwurf macht er der Vollziehungscommission. „Es war ein Tag," sagte er, „wo, ohne daß Frankreich einen Schwertstreich zu thun, ohne daß es den Beutel zu ziehen brauchte, die Verträge von 1815 sich von selbst auflösten, wo Oesterreich in seiner Noth und Verlegenheit sich erbot die Lombardei bis zur Etsch an Piemont abzutreten. Nun am Tag wo dieses Anerbieten der französischen Regierung gemacht wurde . . . (Hr. Barthelemy St. Hilaire: Nie ist es gemacht worden.) — ich weiß es aus einem Buch des Hrn. v. Lamartine — und wo die Vollziehungscommission, weil sich's um das Glück eines nothwendigen Bundesgenossen Frankreichs, aber eines Königs handelte, die Zurückziehung der österreichischen Gränze an die Etsch abgelehnt hat, an diesem Tag hat sie an dem Glück Frankreichs gefrevelt." (Hr. Barthelemy St. Hilaire: Das alles ist nicht richtig.) Aus dem bisherigen schöpfte der Redner, um von der Politik der Principien und Sympathien auf die der Interessen und Thatsachen vollends hinüber zu kommen, den weitern Satz der ungefähr besagt: es ist ein Hauptfehler daß die öffentliche Meinung, auf die man so oft sich beruft, gar nicht gehörig unterrichtet ist, daß man namentlich bei der römischen Frage es versäumt hat sich über den Charakter des Kirchenstaats Rechenschaft zu geben, die Einsicht zu gewinnen daß derselbe eine conventionelle diplomatisch-kirchliche Schöpfung des Katholicismus ist, daß es ohne das Papstthum keinen römischen Staat, selbst keine Stadt Rom geben würde. (Stimme links: Und Romulus? Allgemeines Gelächter.) Im Verlauf erinnerte er wie das Papstthum Rom vorm Anstürmen der Barbaren gerettet, wie die Päpste in den Trümmern dieser alten Stadt den Keim eines geistlichen Reichs niedergelegt das seine Herrschaft über das Universum ausbreiten sollte, wie der römische Staat durch die Schenkungen der fränkischen Völker, die Freigebigkeit des Katholicismus gegründet worden, wie das Papstthum im Besitz seiner weltlichen Souveränetät nothwendig bleiben müsse damit es seine geistliche Souveränetät in ihrer ganzen Fülle erhalte, wie also der römische Staat gleichsam das untheilbare Eigenthum der gesammten katholischen Christenheit, und daher auch die Lage der Einwohner eine ganz besondere sey. Man solle sie nicht allzusehr beklagen, meint er, denn wenn sie nicht unter der Herrschaft des Papstes wären, so würden sie unter dem Joch Neapels, Toscana's oder Oesterreichs seyn. (Links: Und die Republik! Gelächter.) Diese besondere Lage habe ihre Vortheile, nämlich daß die Römer sich unverletzlich, ihre Regierung mit den größten Mächten Europa's als Gleiche geben, ihre Stadt unter allen Hauptstädten Europa's glänzen sehen. Zwar fehlen auch Nachtheile nicht — das Priesterregiment, eine ewige Schlaffheit in der Verwaltung, gerichtliche Mißbräuche, (Hr. Parfait: Und die Inquisition!) aber gegen diese Uebel habe es ein Heilmittel gegeben — die Wahl eines neuen Papstes. Ob es nun dem römischen Staate habe erlaubt seyn können zu gewaltsamen revolutionären Mitteln zu greifen? Jedes Recht finde nicht nur in der Freiheit des andern, sondern auch im allgemeinen Interesse seine Gränzen: es sey die Gerechtigkeit in der Form des Opfers. Er führt ein Beispiel an: wenn es geschähe daß unter den künftigen Präsidenten der Republik . . . (Stimme links: Ich denke es geschieht nicht. Gelächter) daß ein großer Mann, ein Mann von großer Seele und großem Geist sich bewärbe (Unterbrechung. Gelächter links.) . . haltet ihr die Annahme für so entfernt? (Links: Ja! Ja!) Daß der gegenwärtige Präsident der Republik sich bewärbe — habt ihr ihn nicht aus einem allgemeinen Interesse auf 4 Jahre wahlunfähig erklärt? (Unterbrechung.) Diesen Grundsatz des allgemeinen Interesses trägt er auf das Völkerrecht über — er erkennt ihn in der Bewilligung eines neutralen Gebiets zum Behuf von Unterhandlungen während eines Kriegs, in dem Verbot der Durchfahrt durch die Dardanellen, in der Stellung Belgiens und der Schweiz, in den Vereinigten Staaten in der Ausscheidung eines Bundesdistricts, und endlich im Kirchenstaate darin daß die Souveränetät des katholischen Volks höher stehe als die Freiheit des römischen Volks. Folglich, wird argumentirt, ist der römische Staat unter völkerrechtlicher Jurisdiction. Durch Versagung des Papstes hatte er das europäische Völkerrecht verletzt und das Einschreiten war gerechtfertigt. Der Redner setzt nun auseinander wie ungerecht es sey Pius IX vorzuwerfen er habe seine Gesinnung verändert. Alles was man heute für das römische Volk verlange habe der heilige Vater aus freien Stücken gegeben — die Amnestie sogar einem Mann dessen Namen zuoberst unter einer Absetzungserklärung des Papstes gestanden, und der dann gekommen und sich ihm zu Füßen geworfen mit den Worten: „Ich bringe Euch das Haupt das Ihr gerettet habt, es gehört Euch im Leben und im Tod." Ferner die Einführung der Laien in die Verwaltung mit diesem Amnestirten, dann mit Rossi, der das große Problem die päpstliche Autorität mit

der parlamentarischen Regierung zu versöhnen sich als Aufgabe vorgenommen, und in dessen Person das Laienelement zu den Füßen des heiligen Vaters erwürgt worden. Als die Meute den päpstlichen Palast umlagert, als sie den heiligen Vater genöthigt zu fliehen um sein Leben und seine Freiheit zu retten, ob da, fragt er, ein Interesse der Freiheit gewesen? Er sieht keines, wohl aber daß man von dem Papst das Unmögliche verlangt hatte, verlangt er solle Oesterreich den Krieg erklären, mit eigener Hand den priesterlichen neutralen diplomatischen Charakter seines Staats verletzen, und als er der Gewalt widerstand gleichwie Pius VII sich von Napoleon nicht zwingen ließ den Krieg gegen England zu erklären, daß man seine Minister ermordete und ihn aus seinem Königreich vertrieb. Habt ihr gehört, fragt er, daß Hr. Mazzini und seine Freunde auf dem Schlachtfeld von Novara erschienen, wo ein heroischer König hochherzig um seine Krone spielte und umsonst das Leben zu verlieren suchte? (Rechts und im Centrum: Sehr gut! Sehr gut!) Aber war denn dieser Ausbruch in Rom wirklich römisch? Gewiß, wenn er aus dem Schooß Roms geboren ist, in den römischen Bevölkerungen seine Wurzeln hat, so müssen doch die vornehmsten Chefs Römer, die Minister Römer, das kriegführende Heer römisch seyn! Und wen sehen wir an der Spitze der Regierung? Hrn. Mazzini, einen Genueser; im Cabinet als Hauptminister Hrn. Avezzana, einen Genueser; an der Spitze des Heers als wirklichen Chef Garibaldi, einen andern Genueser. Und das Heer, aus was besteht es? Aus Ungarn, Polen, Deutschen, Lombarden, Franzosen (Unterbrechung links. Rechts: Ja! Ja! Man hat sich gerühmt).. aus Franzosen (neue Unterbrechung. Präsidium gegen die Linke: Ihr nehmt die Partei derer die auf die französische Flagge geschossen. Stimme links: Nein derer welche die Principien der Demokratie vertheidigt haben. Präsidium: Die Principien der Nationalität gehen allem vor).. aus Franzosen welche daselbst, sie und ihre Freunde, das Recht verwirkt haben je den Condéern vorzuwerfen daß sie am Rhein gegen die Fahne ihres Landes gefochten. Und die Berathungen der Kammern! Als sichs darum handelte die Absetzung des Papstes zu beschließen, was thut das von Hrn. Mamiani vertretene römische Element? Er stimmt mit der Klugheit wozu eine Republik nöthigt die am Ende jedes Votums die Spitze eines Dolches oder eine Demonstration von 20,000 Mann zeigt — er stimmt für die Vertagung der Frage. Und später als man die Unterhandlung mit General Oudinot begonnen, ist eine andere angesehene römische Person, ein College des Hrn. Mazzini im Triumvirat, der Ansicht daß man zu einer Verständigung kommen müsse, und dießmal nimmt Hr. Mazzini selbst das Wort und macht daß die Ansicht des Hrn. Armellini verworfen wird. Welch eine seltsame römische Republik, deren erster Chef kein Römer, deren erster Minister kein Römer, deren General kein Römer, deren Berathungen nicht römisch sind. Eigentlich war das nie eine römische Republik, es war die Hoffnung, der unsinnige Traum der einheitlichen italienischen Republik des Hrn. Mazzini, es war — ihr erkennt das an den Decreten im römischen Moniteur, welche Confiscationen, Zwangsanlehen, Falschmünzerei, die rothe Fahne betrafen — es war die sociale Republik die ihr daheim besiegt hattet und die dahin geflohen war. (Rechts: Sehr gut! Sehr gut.) Die sociale Republik hat Rom zu ihrer Metropole machen wollen. (Links: Ihr werdet sie zur Metropole der Jesuiten machen.) Wer der Pontifex der neuen Religion gewesen wäre — ich weiß es nicht. Ohne Zweifel Hr. Considérant, welchen Hr. Proudhon einen aufgeblasenen Windbalg nennt. Nun, ihr Herren, der Socialismus hat sein letztes Wort noch nicht gesprochen — er will es nicht sagen und ärgert sich wenn man ihn fragt, und doch sollte dieses letzte Wort das erste seyn das er den Völkern sagte auf deren Institutionen und Glaubenslehren er die Hand legen will — der Socialismus der im vierzehnten Jahrhundert mit Rienzi zu den Scenen von 1848 das Vorspiel gab, von dem wir Florenz verwüstet, unter Wat Tyler England, unter dem Namen Jacquerie Frankreich verheert sahen — der Socialismus der vom sechzehnten Jahrhundert an, von Johann v. Leyden und seinen Orgien bis zu unseren unseligen Juniustagen an Baboeuf und seinen verbrecherischen Zettelungen vorüberschritt, den man in der Geschichte verfolgen kann an der Spur der Ruinen womit er die Erde übersäet hat — der Socialismus hatte geträumt sich Roms zu bemächtigen und das Christenthum zu entthronen, das vor 1850 Jahren sich friedlich die Thüren und die Tempel geöffnet, das Evangelium in der Hand das sein erstes und sein letztes Wort war." Der Redner versicherte schließlich daß er ein leidenschaftlicher Freund der Freiheit sey, daß aber unter dem Triumvirat keine Freiheit in Rom war, daß was man von der Inquisition sage die durch die Revolution aufgehoben worden, auf Uebertreibungen hinauslaufe. Während Mazzini's Herrschaft hätten beständig nächtliche Erschießungen stattgefunden und man habe achtzehn Personen ausgegraben, durch die Revolution seyen einige wenige Personen freigeworden, unter andern ein Fälscher und Schismatiker der unter Leo XII durch trügerische Mittel das Episcopat erschlichen und diese zuchthauswürdigen Verbrechen durch eine sehr milde Gefangenschaft gebüßt habe. (Forts. folgt.)

Die Physiognomie der Nationalversammlung nach der dreitägigen stürmischen Scene ist wieder ganz ruhig geworden. Hr. N. Bonaparte bringt seinen dreifachen Antrag zur Sprache, da er gehört hat daß die Commission den Theil desselben welcher die Rückberufung der Bourbons betrifft, mit einem verwandten Antrag des Hrn. Creton, der auch die Rückberufung aber mit temporärer Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte verlangt, in einem und demselben Bericht begutachten will. Er wünscht eine getrennte Berichterstattung, wobei ihm aber die Versammlung nicht zustimmt. Ueber den dritten Theil des obigen Antrags liegt bereits der Bericht vor — er ist ablehnend. Es sind noch gegen 1200 Juniustransportirte in Haft, und diese jetzt schon freizulassen scheint unzeitig. Hr. Barrault wünscht das Ministerium über die Ernennung des neuen Präfecten von Algier zu befragen. Der Ministerpräsident Hr. O. Barrot weigert sich die Interpellation in dieser Form anzunehmen, da die Anstellung ein ordentlicher Act der vollziehenden Gewalt sey, und dieser Zwischenfall wird durch die Tagesordnung beseitigt. Hr. Bouvet wird dagegen ermächtigt über die Art der Handhabung des Belagerungszustandes in Paris eine Anfrage zu stellen und hiezu der nächste Montag anberaumt. Nun erhielt Hr. P. Leroux das Wort um seine Interpellationen über Eingriffe in die individuelle Freiheit zu stellen. Sein Eidam Luc Desages, Advocat und Litterat, war in Boussac, wo Hr. P. Leroux eine Druckerei besitzt, deßgleichen ihr gemeinschaftlicher Freund Desmoulin der dieses Geschäft beaufsichtigte und die buchhändlerische Correspondenz führte, am 20 Jul. auf den angeblichen Grund eines Complotts verhaftet, und zwar nicht in das Departementalgefängniß, sondern von Brigade zu Brigade auf einem fast vierwöchentlichen Transport nach Lyon gebracht worden. Hr. P. Leroux hatte deßhalb sich mit dem Justizminister in Correspondenz gesetzt und sich von den HH. Bac, Coralli und Michel (de Bourges) ein juristisches Gutachten stellen lassen. Bei Abgang der Post ist die Verhandlung noch im Gang.

* **Marseille**, 19 Oct. Ueber die Mittelmeerflotte hat man keine weitern Nachrichten. Sie besteht aus dem „Friedland" auf welchem die Admiralsflagge weht — dem „Jemmapes", befehligt durch den Contre-Admiral Baillant, dem Hercule, Jupitre, Inflexible, Jena, Psyche, der Dampffregatte Descartes und der Dampfcorvette Caton, zusammen neun Kriegsschiffe, mit ungefähr 900 Kanonen. Die Aufmerksamkeit der Regierung scheint nach mehreren Punkten des mittelländischen Meeres gerichtet zu seyn. Die Dampfschiffe Tenare, Salamander, Gregois und Tartare sind mit Missionen ausgelaufen. Der Dampfer Solon ist gestern aus dem adriatischen Meere, der Cacique mit 384 Passagieren aus Afrika in Toulon angelangt. Auf diesem letztern Schiffe sind während der Ueberfahrt mehrere Cholerafälle vorgekommen und es muß daher einige Tage in der Quarantäne verbleiben. Gestern starben hier 24 Personen an der Cholera, in Toulon 17.

Straßburg, 22 Oct. Im Ober-Elsaß fanden vor einigen Tagen mehrfache Truppenbewegungen statt. Die nach dem Innern abgegangenen Militärmannschaften sind bereits wieder vollständig ersetzt. Die Junius-Angeklagten des oberrheinischen Departements sind vorigen Freitag nach Besançon befördert worden, um sich vor dem dortigen Assisengerichte in der wider sie erhobenen Beschuldigung zu rechtfertigen. Der Proceß in Metz fesselt die Aufmerksamkeit nicht sehr. Man ist überzeugt daß derselbe mit einer vollständigen Freisprechung der Angeklagten enden werde. Naveaux, der noch hier weilt, soll sich nun doch entschlossen haben nach England zu reisen. Unter den Gästen welche unsere Stadt seit einigen Tagen beherbergt, nennt man auch Hrn. Ronge.

□ **Metz**, 18 Oct. Das Verhör der Straßburger Angeklagten wurde heute beendigt. Der Hauptbeschuldigte, Hr. Professor Küß, legte bei dieser Gelegenheit ein äußerst würdevolles, umsichtiges Benehmen an den Tag. Er stellte zwar die Verbindung der Straßburger Demokratie mit dem Club der republicanischen Solidarität in Paris nicht in Abrede, behauptete aber daß ein eigentlich demokratisches Centralcomité, von welchem in einem Aufruf an die Armee die Rede war, in Straßburg durchaus nicht bestanden habe. In Bezug auf das Zusammentreffen der Straßburger Ereignisse mit dem Pariser Aufstandsversuche wird sowohl von Hrn. Küß als auch den übrigen Angeklagten alles in Abrede gestellt, und wie es scheint gehen in dieser Hinsicht dem Generalprocurator alle materiellen Beweise ab. Auf die Frage des Präsidenten ob Hr. Küß persönlich zur Austheilung von Exemplaren einer aufrührerischen Proclamation „des pfälzischen Volkes an die französische Nationalgarde und die französische Armee" beigetragen, folgte die Antwort daß er niemals von solchen Proclamationen etwas gewußt habe. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden daß ein gemeinschaftlicher Aufstandsplan mit den deutschen Insurgenten gebildet worden war, da Brentano, Chef der provisorischen Regierung in

haben, sich in der Sitzung der badischen Constituante am 15 Jun. dahin geäußert habe daß auf außerordentlichem Wege wichtige Nachrichten angekommen seyen, das Pariser Volk sich erhoben habe und alles glauben lasse daß der Sieg gewiß sey; ganz Elsaß befinde sich im Aufstande, die Nationalgarde habe die Citadelle besetzt rc., erwiederte Hr. Küß: er wisse nicht wer diese Nachrichten nach Karlsruhe bringen konnte. Es scheine daß Brentano dieselben nur deßhalb angekündigt habe um den Muth seiner Truppen anzufeuern. Das Verhör der übrigen Angeklagten bietet nichts hervorragendes. Sie weisen alle die Anklage der Verschwörung von sich ab und behaupten lediglich im Interesse der Ordnung gehandelt zu haben. Von den zahlreichen Zeugen die zur Belastung der Beschuldigten hieher gerufen sind, werden wohl die meisten in ihren Aussagen geradezu als entlastende Beweisführer erscheinen. Was den Buchdrucker Dannbach betrifft, so hat derselbe zu jeder Zeit sowohl demokratischen als auch bonapartischen und legitimistischen Flugschriften seine Pressen geliehen. Das Interesse des Publicums an diesem Processe, von dem man sich so außerordentliches versprach und der so sehr zur gesuchten Caricatur der Versailler Hochverrathsepisode herabsinkt, mindert sich von Stunde zu Stunde.

□ **Metz**, 19 Oct. Der Andrang von Neugierigen in den Justizpalast hat sich seit gestern außerordentlich gemehrt. Aus dem Zeugenverhöre, das gestern begonnen und in welchem wir die Aussagen des Maire's von Straßburg, des Generals Bougenel, welcher im vorigen Junius Oberbefehlshaber der Truppen im Elsaß war, und mehrerer Polizeicommissäre vernahmen, ergibt sich zwar daß die Angeklagten bei dem Straßburger Krawall eine sehr thätige Rolle gespielt haben, allein dennoch fehlt es an erschwerenden materiellen Beweisen eines im voraus entworfenen Complottes. Ob die Rufe: „Es lebe die social-demokratische Republik! nieder mit dem Präsidenten! hoch die Constitution!" die nach eidlicher Erhärtung der Zeugen fast allgemein waren, den Beschuldigten allein aufgebürdet werden können, ist um so mehr zu bezweifeln als mehrere Zeugen selbst in ihre Aussagen die Behauptung einschalteten daß sie von der Verletzung der Constitution durch das von der Regierung gegenüber den römischen Angelegenheiten eingeschlagene Verhalten überzeugt seyen. Möglich daß von den Geschwornen auch auf die von dem General Bougenel erzählten Vorfälle in seinem Hotel, wo für die Nationalgarde von den Angeklagten gemeinschaftliche Bewachung der Posten und der Citadelle mit dem Militär, sowie Kanonen und Pulver verlangt wurde, Gewicht gelegt wird, allein immer wird berücksichtigt werden daß nach dem Eintreffen der Depeschen aus Paris, welche verkündeten daß die Hauptstadt vollständig ruhig sey, auch Straßburg seine gewohnte Ruhe wieder annahm und die Aufregung verschwand. Auch zwei Zeugen aus dem badischen Gränzstädtchen Kehl wurden vernommen. Der eine, Hr. Gastwirth Rehfuß, sagte aus daß im Monat Junius ein Fremder bei ihm gewohnt habe (dessen Namen er nicht kenne) welcher ihm gedruckte Aufrufe „des Pfälzischen Volkes an die Franzosen" übergeben habe. Dieselben seyen durch Omnibusführer nach Straßburg gebracht worden. Der andere, Kaufmann Glückher, konnte nichts angeben, als daß er die Bewegung in Straßburg am 14 Jun. mitangesehen habe. Es hieß man werde auch Brentano dahier vernehmen, allein man versichert heute derselbe habe Lothringen bereits verlassen und sey auf dem Wege nach Havre, um sich dort nach Amerika einzuschiffen.

□ **Metz**, 23 Oct. Gestern in später Abendstunde wurden sämmtliche des Juniuscomplotts in Straßburg Angeklagte freigesprochen.

Italien.

Die Gazzetta Piemontese veröffentlicht ein königl. Decret vom 12 Oct., welches eine beträchtliche Reduction des sardinischen Heers ausspricht. Ein weiteres Decret regelt und vermindert die königl. Hofhaltung. Ueberhaupt ist nicht zu leugnen daß es dem Könige, dem Ministerium und den Kammern in Piemont mit praktischen Reformen Ernst ist. Das Einströmen politischer Flüchtlinge, besonders aus Neapel, wo die Jesuiten wieder allmächtig sind, dauert fort.

Turin, 22 Oct. Anstatt des nun wirklich zurückgetretenen Hrn. Pinelli hat Hr. Giovanni Filippo Galvagno, bisher Minister des Ackerbaues und Handels, das Ministerium des Innern übernommen, und an die Stelle des letztern ist Hr. Anton Mathieu, bisher Generalintendant des Verwaltungsbezirks Cuneo, zum Minister des Ackerbaues, Handels und der öffentlichen Arbeiten ernannt. Pinelli's Austritt wird von der gemäßigten constitutionellen Partei, welcher La Legge als Organ dient, sehr beklagt. Die Linke dürfte durch die Modification des Cabinets wenig gewonnen haben.

Griechenland.

* Unsere Briefe aus Athen reichen bis zum 16 Oct. Bis dahin scheint nichts von Bedeutung in jenen Gewässern vorgekommen zu seyn.

Jonische Inseln.

* Wir haben Briefe aus Corfu und Cephalonia vom 10 Oct. vor uns. Der Brief aus Corfu beginnt mit den Worten: „Schwer lastet die Hand des beschützenden Englands auf uns." Dann werden die Verhaftungen aufgezählt die dort vorgenommen worden, obgleich auf der Insel nirgends die Ruhe gestört worden ist. Noch trübseliger lauten die Berichte aus Cephalonia: Einkerkern, Auspeitschen, Hängen — die grausamen Mittel welche England andern so zum Vorwurf macht, wendet es selbst in einem Lande an das nicht in seinem Besitz ist, sondern nur in seiner Schutzherrschaft steht.

Türkei.

* **Konstantinopel**, 10 Oct. Nach den neuesten Berichten aus Samos standen dem türkischen Admiral Mustafa Pascha, der das bei jener Insel stationirte Geschwader befehligt, alle Mittel zu Gebote um den daselbst ausgebrochenen Aufstand zu unterdrücken. Die Pforte hat überdieß Commissarien dahin abgesendet um über die Beschwerden der Bevölkerung eine Untersuchung einzuleiten.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 17 Oct. 3proc. $27^3/_4$ P.

Paris, 22 Oct. 3proc. 55.90; 5proc. 88.15; Bankactien 2332.50; belg. 5proc. $97^1/_4$; Anleh. v. 1842 $97^1/_2$; $4^1/_2$proc. $49^1/_4$; belg. Bank 700; neap. 5proc. 88; röm. $81^1/_2$; span. innere Schuld $27^3/_8$; piem. 5proc. 83.80; Obl. v. 1834 975, v. 1849 895; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 170; Paris-Rouen 520; Straßburg 348.75; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 238.75; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 290; Bordeaux 400; Tours-Nantes 281.25.

Amsterdam, 22 Oct. $2^1/_2$proc. 53; 3proc. 63; 4proc. $82^1/_4$; portug. 5proc. $32^3/_4$; Metall. 5proc. $84^3/_8$; Ard. $10^1/_4$. Curs auf London 12.05 f. P. Curs auf Hamburg $34^{15}/_{16}$ f. G.

Augsburg, 25 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24^1/_2$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83^7/_8$ P. Hamburg 1 M. $73^3/_8$ P. Wien in 20ern 1 M. $93^1/_2$ P. Triest 1 M. $93^1/_2$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99^7/_8$ P. Nürnberg 1 M. $99^5/_8$ G. Berlin 1 M. $106^1/_4$ P. Leipzig 1 M. $105^1/_4$ P. London 1 M. 10.6 P., 2 M. 10.5 P., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. $118^7/_8$ P. Lyon 1 M. $118^5/_8$ P. Marseille 1 M. $118^5/_8$ G. Mailand effect. 1 M. $60^1/_{16}$ G. Genua 1 M. 52 G. Livorno 1 M. $61^1/_8$ G.

Augsburg, 25 Oct. Bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $86^1/_2$ P. 4proc. $92^1/_2$ P., 92 G. 5proc. $100^1/_2$ P., $100^1/_4$ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 95 P. Oesterr. 5proc. Metall. 90 P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württemb. $3^1/_2$proc. 84 P. $4^1/_2$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 24 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $88^3/_4$; 4proc. 71; 3proc. 53; $2^1/_2$proc. $45^1/_2$; Bankactien 1351; 500fl.-Loose $150^1/_2$; 250fl.-Loose 106; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $100^1/_2$; $3^1/_2$proc. Staatsschuldsch. $88^3/_4$; bayer. $3^1/_2$proc. 86; Ludwigcanal —; Ludwigs.-Bexbach $86^1/_4$; württemb. $4^1/_2$proc. $94^3/_4$; $3^1/_2$proc. $82^1/_4$; bad. 5proc. $97^3/_4$; $3^1/_2$proc. $78^3/_4$; Lotto-Anleh. à 50 fl. $58^1/_2$; 35fl.-Loose 32; darmstädt. 4proc. 89; $3^1/_2$proc. $82^1/_2$; 50fl.-Loose 72; 25fl.-Loose $26^3/_4$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordb. $54^1/_4$; 40Thlr.-Loose $34^1/_2$; nass. 5proc. $101^1/_2$; $3^1/_2$proc. $84^1/_2$; 25fl.-Loose $25^1/_8$; Frankf. 3proc. 80; $3^1/_2$proc. $93^1/_4$, $89^3/_4$; Taunusbahn 296; holl. Integr. 53; span. innere Schuld 27; poln. 300fl.-Loose 110; 500fl.-Loose $81^1/_8$; sard. 36Fr.-Loose 33; Disc. $1^1/_2$ P.

♀ **Wien**, 23 Oct. An der heutigen Börse behaupteten sich Fonds, zunächst 5proc. und $4^1/_2$proc. Metall. fester und schlossen Curse auch etwas höher, im ganzen war jedoch weder der Umsatz noch die Variation bedeutend. Fremde Devisen und Comptanten haben angezogen und war vorzüglich London (in beiden Sichten) mehr gefragt. Die heute veröffentlichten Grundsteuerverordnungen für Ungarn und Siebenbürgen schienen auf die Haltung der Börse nicht ungünstig einzuwirken. (Die französische, belgische und englische Post war heute ausgeblieben.) Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $95^1/_8$–$95^1/_4$, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^3/_4$–84, Loose vom J. 1834 $162^1/_2$–163, Loose vom J. 1839 114–$114^1/_4$, Bankactien 1202–1205, Nordbahnactien $109^1/_2$–$109^3/_8$, Gloggnitzer 109–110, Mailänder 84–$84^1/_4$, Pesther 79–$79^1/_4$. London (i. l. S.) 10.44–10.45, Hamburg 156–$156^1/_4$, Augsburg uso $106^1/_2$ G., Frankfurt $106^3/_4$ P., Amsterdam $147^3/_4$–148, Mailand $97^1/_2$–98, Livorno $105^1/_2$ P., Genua 125 P., Paris $126^1/_4$ P., Marseille 126 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12, Silberagio 7 Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

Fortsetzung des Sitzungsprotokolls vom 17 October.

Der Vorsitzende gibt hierauf die von der k. preußischen Regierung beschlossene Antwort auf die von dem kön. hannoverischen Bevollmächtigten dem Antrage des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten in der Sitzung vom 9 d. entgegengestellte Rechtsausführung. Diese Antwort lautet in ihrer schriftlichen Fassung also:

Der k. hannoverische Bevollmächtigte hat in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 9 d. Mts. eine Deduction zum Protokoll überreicht, in welcher der Nachweis versucht wird:

1) daß wegen der auf der Bundes- und Wiener Schlußacte beruhenden Rechte der dem Vertrage vom 26 Mai d. J. nicht beigetretenen Staaten die Berufung eines Reichstages nicht stattfinden dürfe, wenn diese Staaten nicht zu der in der Reichsverfassung liegenden Abänderung der Bundesverfassung ihre Zustimmung ertheilten, und
2) daß, ehe man diese Staaten um ihre Zustimmung befrage, die in den Vorbehalten Sachsens und Hannovers vom 26 Mai in Aussicht gestellten erneuerten Verhandlungen über Modificirung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungentwurfs erledigt seyn müssen.

Hinsichtlich des ersten Punktes ist es außer Zweifel daß keiner der Theilnehmer am Bündniß vom 26 Mai dessen Vollzug und also die Einführung der entworfenen Bundesstaatsverfassung wünschen könnte, wenn dadurch die Rechte dritter, nicht am Bündniß betheiligter Staaten verletzt werden. Preußen hat in voller Anerkennung des Grundsatzes daß die Aufrechterhaltung völkerrechtlicher Verträge, und namentlich des deutschen Bundesvertrags, soweit diese wirklich noch bestehen, bei allen seinen Schritten zur Consolidirung Deutschlands leitend seyn müssen, die rechtliche Möglichkeit der Bildung eines Bundesstaates innerhalb des deutschen Staatenbundes sowohl im allgemeinen als in besonderer Berücksichtigung desjenigen Bundesstaates welcher aus dem mit dem Vertrag vom 26 Mai d. J. veröffentlichten Verfassungentwurf hervorgehen soll, auf das schärfste geprüft, und ist dabei zu der bis dahin von keiner Seite bestrittenen Ueberzeugung gelangt daß ein rechtliches Hinderniß der freiesten Bewegung in diesem Sinne nicht bestehe.

Preußen hat natürlich vorausgesetzt daß auch seine Bundesgenossen, namentlich diejenigen welche mit ihm die Einladung zu dem Bündniß ergehen ließen, diese Ueberzeugung theilten, und es ist in Uebereinstimmung mit dieser Ansicht in dem Art. 1 des Vertrags vom 26 Mai d. J., in der Note vom 28 Mai und der Denkschrift vom 11 Jun. d. J. zwar ausdrücklich anerkannt daß hinsichtlich der nichtbeitretenden Staaten alle aus dem Bunde von 1815 abfließenden Rechte und Pflichten vorbehalten würden, nirgends aber ist der Consens dieser Staaten zur Bedingung der Gültigkeit und der Vollziehung des Bündnisses gemacht. Eine solche Bedingung hätte eine so hohe Wichtigkeit und Bedeutung gehabt daß, wäre sie von den Paciscenten wirklich für begründet gehalten, dieselbe nicht hätte verschwiegen und als selbstverständlich vorausgesetzt werden dürfen.

Jetzt versucht indeß der k. hannoverische Bevollmächtigte aus jenen Erklärungen, daß die auf der Bundesacte beruhenden Rechte und Pflichten nicht angetastet werden sollten, die Nothwendigkeit jenes Consenses zu deduciren. „Unverkennbar", heißt es, „liege in der Begründung eines Bundesstaates nach Maßgabe jenes Entwurfs eine Abänderung der Bundesverfassung. Diese Abänderung sey eben der Zweck jenes Entwurfs." Nachdem sodann einzelne Punkte berührt sind in welchen die entworfene neue Verfassung mit der Bundesverfassung im Widerspruch stehe, wird angeführt daß nach dem Bundesrecht über Verfassungsveränderungen nur durch Stimmeneinhelligkeit beschlossen werden könne, und hieraus die Folge gezogen daß jedes Bundesglied auch gegen die Bildung des Bundesstaates ein Widerspruchsrecht habe, welches weder durch die mit der Aufhebung der Bundesversammlung eingetretene Schwierigkeit der Geltendmachung in der verfassungsmäßigen Form noch durch einen Vertrag geschmälert werden könne.

Diese Deduction beruht aber auf einer unrichtigen Voraussetzung. Sie verwechselt die Rechte und Pflichten welche auf der Bundesacte beruhen mit der Bundesverfassung selbst. Gerade in diesem Punkt ist es nöthig den Ideengang der Deduction scharf ins Auge zu fassen.

Nachdem die Erklärungen der Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover:

daß die aus der Bundesacte hervorgehenden Rechte und Pflichten der Bundesstaaten gewahrt bleiben sollten,

mit dem Hinzufügen angeführt sind daß es danach keinem Zweifel unterliege auf welchem rechtlichen Grunde das Bündniß vom 26 Mai beruhe, von welchem Standpunkt aus dasselbe auszulegen und der neben ihm vereinbarte Verfassungsentwurf aufzufassen sey, heißt es wörtlich weiter:

„Unverkennbar liegt in der Begründung eines Bundesstaates nach Maßgabe jenes Entwurfs eine Abänderung der Bundesverfassung. Diese Abänderung ist eben der Zweck jenes Entwurfs."

„Die etwaige Behauptung daß in der Begründung eines Bundesstaates unter einem Theile der deutschen Staaten eine Abänderung der Bundesverfassung nicht liege, wenn nur gegen die nicht beitretenden Bundesstaaten die Rechte und Pflichten aus dem Bunde vorbehalten bleiben, würde nur auf einem Mißverständniß beruhen."

In dem letzten Satze wird als dasjenige auf dessen Wahrung es ankomme, ganz als verstehe sich das von selbst, „die Bundesverfassung" den „Rechten und Pflichten aus dem Bunde" substituirt. Diese Substituirung darf aber nicht zugelassen werden. Wäre die Bundesverfassung noch in unzweifelhafter und voller Geltung, so würde freilich jedes Bundesglied zur Bewahrung jedes Theils der Verfassung berechtigt und auch verpflichtet seyn. Nun ist aber, wie schon hier angeführt werden kann, gerade das wichtigste Stück der Bundesverfassung, die Bundesversammlung, untergegangen, ohne daß irgendein Bundesglied ein Recht auf ihre Wiederherstellung hätte. Der Gegenstand der Rechte und Pflichten der Bundesstaaten ist also mit der Bundesverfassung selbst nicht mehr congruent, und wenn man jene vorbehält, so ist damit noch nicht der Umfang dieser letztern vorbehalten. Preußen, Sachsen und ebenso Hannover haben mit gutem Grunde nur erklärt

die Rechte und Pflichten aus dem Bundesvertrage wahren zu wollen,

und es kann daher nicht zugegeben werden daß dafür mit der Wendung

es werde eine Abänderung der Bundesverfassung dadurch noch nicht vermieden daß man bloß die Rechte und Pflichten der Bundesgenossen wahre,

etwas anderes eingeschoben wird.

Auf eine noch geltende Verfassung hat jeder Theilnehmer ein Recht, sowie er die Pflicht zu ihrer Aufrechterhaltung hat. Wenn daher in jener Wendung der Deduction des hannoverischen Bevollmächtigten beides getrennt und behauptet wird daß mit der Wahrung der Rechte der Bundesglieder die Verfassung noch nicht gewahrt sey, so liegt darin die ganz richtige Andeutung daß es Stücke der Bundesverfassung gebe welche nicht mehr Gegenstand von Rechten und Pflichten, welche also erloschen sind. Und gerade auf diese Stücke bezieht sich die fernere Argumentation.

Hier liegt nun aber eben der Punkt in welchem die Ansicht der kön. preußischen Regierung von der in der hannoverischen Deduction dargelegten entschieden abweicht. Die Paciscenten des Vertrages vom 26 Mai haben jeder rechtlichen und billigen Rücksicht genügt, wenn sie die Rechte und Pflichten der Theilnehmer am deutschen Bunde wahren. Daß überdieß noch jede Collision mit der Bundesverfassung überhaupt vermieden werde, kann, da diese Verfassung nicht mehr existirt, nicht gefordert werden, und ist somit auch auf den Einwand: daß der zu errichtende Bundesstaat mit irgendeiner nicht mehr vorhandenen Institution des deutschen Bundes collidiren könne, kein Gewicht zu legen. Die Rechte und Pflichten aus dem Bundesvertrage von 1815, soweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, werden dagegen durch die Verfassung des neuen Bundesstaates in keiner Weise verletzt.

Auf diesen Sätzen, deren nähere Begründung hier gezeigt werden soll, beruht die Rechtfertigung der Intentionen der preußischen Regierung und die Widerlegung der Deduction des hannoverischen Bevollmächtigten.

Was die vorausgesetzte Geltung der Bundesverfassung betrifft, so ist hier an die letzten geschichtlichen Ereignisse zu erinnern.

Am 12 Jul. v. J. hat sich die Bundesversammlung mit Zustimmung aller deutschen Regierungen aufgelöst und ihre Befugnisse in die Hand des Reichsverwesers niedergelegt. Aus der Bundesverfassung wurde also das ihr entsprechende Organ entfernt, und durch eine Regierung mit constitutionell-monarchischen Formen zu einer Zeit ersetzt zu welcher keine constitutionelle Gesammtverfassung bestand, und die übrigen Factoren einer solchen Verfassung fehlten. Diese Regierung konnte bestehen solange die — hierzu nicht berufene — Nationalversammlung die den repräsentativen Körperschaften in einer constitutionellen Verfassung zukommende Stellung dem Reichsverweser gegenüber mit Consens der deutschen Staaten einnahm. Sie mußte aber mit der Auflösung der Nationalversammlung sich ebenfalls auflösen, und hat auch mit ihr die Anerkennung in dem größten Theile Deutschlands verloren, wie dieß in der Denkschrift des kais. österreichischen Cabinets vom 16 Mai d. J. ausdrücklich anerkannt ist.

Man wird nicht behaupten können daß mit dieser Auflösung der Bundesversammlung bloß eine Form untergegangen und die Sache selbst, das materielle Bundesrecht, unversehrt geblieben sey. Es ist nicht bloß eine Form, sondern die wesentlichste organische Einrichtung des Bundes untergegangen, und das kann nicht ohne Folgen für die Gültigkeit und Anwendbarkeit des Bundesrechts und der Bundesverfassung geblieben seyn.

Nach der strengsten Auffassung ließe sich vielleicht behaupten daß von einer fortdauernden Gültigkeit des Bundesrechts und von Rechten und Pflichten aus dem Bundesvertrage nach Auflösung der Bundesversammlung gar nicht mehr die Rede seyn könne. Nach Art. VII der Wiener Schlußacte stellte die Bundesversammlung den Bund in seiner Gesammtheit dar, und war das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns. Mit diesem Organ — könnte man fortfahren — müsse auch der Bund selbst und das Bundesrecht stehen und fallen; denn wenn es ein anderes Organ als die Bundesversammlung für den Willen und

das Handeln des Bundes und für die Anwendung des Bundesrechts nicht geben solle und dürfe, so werde durch die Aufhebung derselben das Bundesrecht zu einem wesenlosen und niemals anwendbaren Abstractum. Den sich lediglich auf den Boden des Bundesrechts stellenden Deductionen ließe sich daher entgegenhalten daß dieses Bundesrecht seine eigene Anwendbarkeit und praktische Gültigkeit an die Existenz der Bundesversammlung knüpfe.

Die k. preußische Regierung ist indeß dieser strengsten und schärfsten Auffassung keineswegs gefolgt, sie hat vielmehr den Zustand Deutschlands von der möglichst conservativen Seite aufgefaßt, und will an dem Bande welches die deutschen Staaten umschließt soweit festhalten als dieß unter den gegebenen Verhältnissen irgend möglich ist. Deßhalb nimmt sie an daß mit Auflösung der Bundesversammlung das die deutschen Staaten vereinigende Band nicht gesprengt, der Zusammenhang unter ihnen nicht vernichtet werden sollte. Die Bundesversammlung selbst deutete dieses dadurch an daß sie ihre Befugnisse in die Hände des Reichsverwesers niederlegte, und einstweilen bestanden die bundesstaatsrechtlichen Verhältnisse fort. War auch die Organisation des Bundes verloren, so war doch in der einstweilen anerkannten Centralgewalt eine Behörde vorhanden welche wenigstens die einzelnen Bundesglieder zusammenhielt und die gemeinschaftlichen Angelegenheiten besorgte, wenn sie gleich in ihrer monarchischen Form ein geeigneter Ausdruck des Bundes als eines Vereins selbständiger und gleichberechtigter Staaten nicht seyn konnte. Nachdem indeß die Verfassungsarbeit der Nationalversammlung gescheitert, diese Versammlung selbst aufgelöst und damit auch die Centralgewalt der Basis ihrer Existenz beraubt war, stand Deutschland vor einem Zustand der völligen Verfassungslosigkeit und Zersplitterung, in welchem für den Augenblick nicht das seines Organs entbehrende bisherige Bundesrecht, sondern lediglich die Nachwirkung dieses Rechtes und das nicht erloschene Bewußtseyn des Zusammengehörens die Staaten noch in einer Gemeinschaft erhielt. In diesem Augenblick wo in einem Theil Deutschlands die Anarchie offen hervortrat, innere und äußere Sicherheit durch keine gemeinsame Institution gewahrt und jeder Staat sich selbst überlassen war, entsprang für Preußen welches die in Frankfurt entworfene Verfassung sammt der Kaiserwürde zurückgewiesen hatte, die besondere Verpflichtung zur Begründung verfassungsmäßiger Zustände die Initiative zu ergreifen. Preußen trat daher nicht nur der Anarchie mit Waffengewalt entgegen, sondern machte zugleich den übrigen deutschen Staaten Vorschläge zu weiteren Vereinbarungen, aus welchen das Bündniß vom 26 Mai hervorging. Dieses Bündniß hatte einen doppelten Zweck, es sollte für den Augenblick in dem den Paciscenten verheißenen gegenseitigen Schutz einen Ersatz für den momentan verlornen Bundesschutz gewähren, außerdem aber die von den Regierungen feierlich gegebenen Versprechungen durch die Gewährung einer deutschen Verfassung auf constitutionellen Grundlagen erfüllen.

Als Preußen das Bündniß vom 26 Mai schloß, war sowohl die Bundesversammlung als auch die Wirksamkeit der Centralgewalt erloschen. Man wird nicht behaupten können daß die Bundesverfassung selbst nach dem Zerfall dieser ihrer Organe noch fortbestanden hätte. Nur die Bundesversammlung hatte mit dem Bundesrechte und den einmal gegebenen Verhältnissen im organischen Zusammenhang gestanden, die monarchisch-constitutionelle Centralgewalt war aus der Zukunft anticipirt und ein Stück einer constitutionellen Verfassung gewesen wie man sie beabsichtigt, aber nicht zu Stande gebracht hatte. Ihr Bestehen hatte daher auch keine Continuität der Bundesverfassung bewirken können. Mit der Bundesversammlung war die concrete Erscheinung und der Repräsentant des Bundes verschwunden, niemand war ihre Restauration zu fordern berechtigt, und so konnte die Bundesverfassung, ohne die ihr entsprechende äußere Organisation, ohne Aussicht auf Wiederherstellung dieser Organisation als solche von keiner Gültigkeit mehr seyn.

Es muß hierbei vor allem auf eine schärfere Bestimmung des Begriffs einer Verfassung gedrungen werden. Eine Verfassung besteht nicht aus den einzelnen Regeln und Vorschriften welche in der Verfassungsurkunde zusammengestellt sind. Die deutsche Bundesverfassung ist nicht bloß die Summe der Bestimmungen und Artikel der Bundes- und Wiener-Schlußacte. Vielmehr hat man bei der Verfassung an einen concreten Organismus, an eine bestimmte Gliederung vorhandener Verhältnisse und Einrichtungen zu denken, und nicht allein an die Regel und Vorschrift nach welcher diese Einrichtungen geordnet sind. Der deutsche Bund war ein Verein unabhängiger und gleichberechtigter Staaten. Nach diesem seinem Begriff konnte die ihm entsprechende Organisation der Gemeinschaft nur im Zusammentritt von Repräsentanten aller einzelnen Staaten liegen. Ist diese Organisation aufgehoben, so fehlt auch die Verfassung des Bundes. Es mag noch eine Einigung der Staaten, aus der Rechte und Pflichten hervorgehen, fortbestehen; diese Einigung der Staaten ist aber eine unorganisirte und verfassungslose, und die Regulirung der daraus folgenden Verhältnisse ist — wie bei einer bloßen Allianz — den einzelnen Staaten überlassen.

In der Deduction des hannoverischen Bevollmächtigten ist auf diese Weise nicht unterschieden. Als Bundesverfassung gelten ihm schlechthin die in der Bundes- und Schlußacte neben einander gestellten Vorschriften. Hat man freilich bloß diese im Auge, so kann man den Untergang der concreten Einrichtung auf welche sie sich beziehen, ebenfalls ignoriren, und untersuchen ob der neue Bundesstaat mit der Abstimmungsordnung, mit der Regel über das Stimmenverhältniß u. s. w. in Widerspruch gerathe. Es ist auf diese Weise sehr leicht zu zeigen daß nicht nur neue Verfassungspläne, sondern auch die meisten Vorgänge und Zustände des letzten Jahres mit diesen oder jenen Artikeln der Bundes- und Schlußacte nicht vereinbar sind. Der hierin liegende Irrthum löst sich aber auf wenn man ihn nur consequent fortsetzt, eine volle und durchgängige Anwendung des Bundesrechts fordert, und nicht von den wichtigsten Voraussetzungen desselben wie von der Existenz und Wirksamkeit der Bundesversammlung ganz abstrahirt.

Ist nun aber auch die Bundesverfassung untergegangen, so waren mit derselben noch nicht nothwendig alle daraus herrührenden und mit ihr im Zusammenhang stehenden Rechte und Pflichten der Mitglieder untergegangen. Die Verfassung enthielt in der Hauptsache organische Bestimmungen, Regeln über die Einrichtung und Thätigkeit der Bundesorgane, daneben aber auch Verabredungen, erlaubende, gebietende und verbietende Vorschriften, denen Rechte und Pflichten entsprachen. Gerade in der Bundesverfassung ist dieser gemischte Charakter zu erkennen. Sie beruht auf Verträgen der einzelnen Staaten, ist aber wegen ihrer für die Dauer geschaffenen und genau geordneten organischen Einrichtungen ebensowohl eine Verfassung als eine bloße Staatenallianz, und begründet ebensowohl staatsrechtliche als völkerrechtliche Verhältnisse. Ist daher die eigentliche Verfassung, über welche sich die alliirten Staaten geeinigt hatten, erloschen, so lassen sich doch Rechte und Pflichten dieser Staaten in Folge der Verträge und in Folge der Gemeinschaft an gewissen Gegenständen noch immer sehr wohl anerkennen. Hierher ist das Recht auf gegenseitige Hülfsleistung, die Garantie der Selbständigkeit und Integrität der Staaten und das Recht an dem gemeinsamen Bundeseigenthum zu zählen. Diese können bestehen und durch die einzelnen Staaten wahrgenommen werden. Preußen hat aber die Anerkennung dieser Rechte — welche als fortbestehend betrachtet werden können — ausgesprochen und bethätigt, und damit die Rücksichtsnahme auf das Bundesverhältniß in solchem Maße bewiesen daß der Vorwurf einer Beeinträchtigung der Rechte deutscher Staaten durch weiteres Vorschreiten auf dem einmal eingeschlagenen Weg ein sehr ungegründeter ist.

Nach dieser Feststellung des Gesichtspunkts, welchen Preußen für den richtigen gehalten hat, wird es darauf ankommen die Einzelheiten, in welchen durch ein Vorschreiten mit den Verfassungsarbeiten ohne Consens der nichtbeigetretenen Staaten den Rechten und Pflichten aus der Bundesacte oder der Bundesverfassung zuwidergehandelt werden soll, näher in's Auge zu fassen. Es wird sich dabei zeigen daß in den hervorgehobenen Fällen höchstens eine Collision mit den nicht mehr existirenden organischen Einrichtungen der Bundesverfassung, nie aber eine Collision mit bundesgemäßischen Rechten und Pflichten vorhanden ist. Es findet sich

1) zunächst die Angabe daß in der Begründung des Bundesstaates nach Maßgabe des vereinbarten Entwurfs eine Abänderung der Bundesverfassung liege.

Wenn die Bundesverfassung noch existirte und die Verfassung des engeren Bundesstaates in dem anfänglich gehofften Umfang zu Stande käme, der Bundesstaat aber alsdann mit Oesterreich die beabsichtigte Union einginge, so würde damit allerdings die Bundesverfassung nicht nur abgeändert, sondern sogar durch einen völlig neuen Zustand ersetzt werden. Diese Umgestaltung der politischen Verhältnisse würde dann auch sicher auf völlig legale Weise, durch freie Zustimmung aller betheiligten Staaten, zu Stande kommen.

Die Bundesverfassung existirt indeß nicht mehr, sie muß, soll überhaupt der deutsche Bund fortbestehen, neu aufgebaut werden, wobei sich nicht voraussehen läßt wie weit sich die neue Form der alten nähern oder von ihr abweichen werde. Der engere Bundesstaat — die Verbindung einer Anzahl deutscher Staaten zu einem in sich consolidirten Ganzen — kann aber die Wiederherstellung einer Bundesverfassung nicht nur nicht erschweren, sondern er muß solche insofern wesentlich erleichtern als sich die Zahl der Paciscenten vermindert, und die Gesammtheit ihre Verpflichtungen gegen die außer ihr stehenden Bundesglieder viel kräftiger erfüllen kann als es bei der Vereinzelung möglich war; ja, es ließe sich behaupten daß wenn man das Unmögliche unternehmen, wenn man zu der Bundesverfassung von 1815 zurückkehren wollte, selbst damit unser Bundesstaat nicht schlechthin unvereinbar wäre, da ja sämmtliche Staaten desselben auf dem Bundestage erscheinen, und ihre Stimmen, sogar in vorgeschriebener Ordnung (freilich auf den Grund einer und derselben Instruction und daher gleichlautend), abgeben könnten.

In dem vollen Bewußtseyn dieses Verhältnisses hat Preußen, in Verbindung mit Sachsen und Hannover, das gescheiterte Werk der Nationalversammlung wieder aufgenommen, und dabei den Weg der freien Einigung einschlagen müssen, so daß es den einzelnen Staaten überlassen blieb ob sie den gemachten Vorschlägen beitreten wollten oder nicht. Die Rücksicht auf die nichtbeitretenden Staaten blieb aber durch die gemeinschaftlich von Preußen, Sachsen und Hannover abgegebene Erklärung

„daß hinsichtlich dieser Staaten die Rechte und Pflichten aus dem Bund vorbehalten bleiben sollen,"

vollständig gewahrt.

2) „Der wesentlichste Theil der Bundesverfassung," heißt es weiter, „sey die im Art. 4 und 6 der Bundesacte festgestellte Abstimmungsordnung, diese werde aufgehoben wenn ein Theil der durch solche Abstimmung zu

erledigenden Angelegenheiten von einem Reichsvorstande entweder allein oder nach Beschlußnahme eines abweichend componirten Fürstencollegiums oder gar unter Beschlußnahme eines der Bundesverfassung völlig fremden Reichstags abhängig gemacht werde."

Da auf Art. 4 und 6 der Bundesacte Bezug genommen ist, so ist wahrscheinlich das Stimmenverhältniß im engeren Rath und im Plenum gemeint, und nicht die in Art. 8 zunächst noch dem Zufall überlassene, also nicht für sehr wesentlich gehaltene Abstimmungsordnung. Der ganze Einwand erledigt sich aber durch die bereits gelieferte Darlegung daß die Verfassung des Bundes nicht mehr existirt. Es ist schwer abzusehen wie jetzt noch das Stimmenverhältniß oder die Regel über die Art und Weise der Schlußfassungen irgendeine Bedeutung haben soll.

3) Ein fernerer Einwand wird hinsichtlich des Rechts des Kriegs und Friedens gefunden. „Es ist eine entschiedene Abänderung," heißt es, „wenn der Entwurf (§. 10) das Recht des Kriegs und Friedens, das die Bundesverfassung nur der Gesammtheit Deutschlands beilegt (Art. 11 der Bundesacte und Art. 35—41 der Wiener-Schlußacte), dem Reichsvorstande allein auch in dem Fall vindicirt wenn ein Theil des Bundes nicht auf jene Verfassung einginge, denn nach dem Entwurfe würde der Reichsvorstand auch ohne allseitige Abstimmung die nicht beitretenden Bundesglieder in einen Krieg verwickeln können."

Hierauf läßt sich zunächst erwiedern daß die Wiener Verträge denjenigen deutschen Mächten, deren Staaten nicht auf Deutschlands Gränzen beschränkt, die zugleich europäische Mächte waren, das selbständige Recht des Kriegs und Friedens nicht genommen haben, daß Preußen zu diesen Staaten gehört, und sein gutes Recht mit in das Bündniß hinübergenommen hat und in den Bundesstaat hinübernehmen will; es läßt sich ferner erwiedern daß der §. 42 der Wiener-Schlußacte, indem er den einzelnen deutschen Staaten nach vergeblicher Anrufung der Bundesvorsicht, das Recht läßt sich selbst zur Vertheidigung zu rüsten, ihnen damit bedingungsweise auch das Recht des Kriegs und Friedens, wenigstens des Vertheidigungskriegs, zugesteht, während in einem Bundesstaat von einem Angriffskrieg überhaupt kaum die Rede seyn kann; vor allem aber wird zur Beseitigung jenes Einwandes die Hinweisung genügen daß zur Zeit keine Bundesverfassung besteht, und daher ein deutscher Bundesstaat wenn er sich nicht überhaupt für wehrlos erklären will, das Recht des Kriegs und Friedens unbedingt in Anspruch nehmen muß.

Nach Art. 12 der Wiener-Schlußacte entschied über Krieg und Frieden die Bundesversammlung im Plenum, und auch die nähern Vorschriften in Art 35—41 sind gerade für die Thätigkeit der Bundesversammlung gegeben. Diese ist bei Beschwerden auswärtiger Staaten gegen Bundesstaaten zur Cognition verpflichtet; sie hat zu prüfen und zu entscheiden ob die Gefahr eines feindlichen Angriffs vorhanden sey; sie beschließt die Vertheidigungsmaßregeln, und von ihr wird der Bundesfeldherr ernannt. Jetzt ist diese Bundesversammlung aufgelöst, kein Staat hat ein Recht zu verlangen daß sie restaurirt werde; kein Staat kann fordern daß irgendeine andere Einrichtung geschaffen werde, in welcher die Beschlußfassungen über Krieg und Frieden nach dem Stimmenverhältniß des bundesverfassungsmäßigen Plenums erfolgen könnten. Seit der Errichtung der provisorischen Centralgewalt hat auch wirklich kein Staat daran gedacht eine Entscheidung über Krieg und Frieden nach Abstimmung und Zählung der im Plenum geführten 69 Stimmen zu fordern und die ihm danach gebührende Stimmenzahl geltend zu machen. Nach Errichtung der Centralgewalt ging das Recht des Kriegs und Friedens auf diese über, ohne daß dieselbe dabei an Abstimmungen wie sie die Bundesverfassung vorschrieb, gebunden gewesen wäre. Als die Centralgewalt durch Auflösung der Nationalversammlung ihre Grundlagen verlor, und ihr das Recht des Kriegs und Friedens nicht mehr zugestanden werden konnte, fiel dieses Recht den einzelnen Staaten mindestens solange zu bis eine neue Form für diese wichtigste Aeußerung des Bundeswillens wieder gefunden seyn wird. Der Bundesstaat vom 26 Mai steht der Herstellung einer solchen Form an sich nicht entgegen, und auch bis dahin kann das Verhältniß desselben zu den außer ihm stehenden deutschen Staaten nach dem ältern Bundesrecht in der Weise fortbestehen daß sich dieselben als zu gegenseitigem Schutz und Beistand verbunden ansehen und einander nicht bekriegen dürfen.

Ein Conflict des neuen Bundesstaates mit der Bundesverfassung ist daher auch in diesem Punkt nicht vorhanden. Damit aber auch ein jeder Schein eines solchen Conflicts vermieden werde, hat Preußen, und zwar schon vor Uebergabe der hannoverischen Denkschrift, zu §. 10 des Verfassungsentwurfs den Zusatz vorgeschlagen:

„Die Vereinsgewalt übt das Recht des Kriegs und Friedens mit Beachtung der für den Bund von 1815 gültigen vertragsmäßigen Normen."

3) „Es wird kaum nöthig seyn," fährt die Deduction des k. hannoverschen Bevollmächtigten fort, „noch darauf hinzuweisen daß das Heerwesen, die Bundesfestungen nicht verwaltet werden können ohne Benehmen mit den sämmtlichen Gliedern des Bundes, die auf keine Weise genöthigt seyn würden statt ihrer Verbündeten mit einer den Bundesurkunden fremden Reichsgewalt sich einzulassen, oder hervorzuheben daß die Bundesurkunden auf die unverletzte Erhaltung des Stimmrechts ein so großes Gewicht legen daß selbst in Fällen wenn ein stimmberechtigtes Territorium durch Erbgang einem andern Bundesfürsten zufällt, die fernere Führung einer solchen Stimme von der Gesammtheit des Bundes abhängt."

Die Deduction scheint hier in der That vorauszusetzen daß die Bundesversammlung sich seit dem 12 Jul. 1848 nur vertagt habe, und jeden Augenblick wieder zusammentreten könne. Daß nach Aufhebung der Bundesversammlung, als des einzigen Organs für die Geltendmachung der Stimmen nach bestimmtem Verhältniß, auf dieses Verhältniß selbst nichts mehr ankommen könne, ist schon oben nachgewiesen; nicht minder unbegründet ist aber auch der zweite, von dem Heerwesen und den Bundesfestungen hergenommene Einwand.

Die Rechte an gemeinsamen Objecten sollen allen Bundesgenossen gewahrt werden. Eine Vereitelung dieser Rechte wird man nicht darin finden können daß sich die Bundesgenossen mit einer in den Bundes-Urkunden allerdings nicht genannten Gewalt einlassen müssen, welche aber nicht eine fremde Gewalt, sondern nur die Consolidation einer Anzahl der den Bund constituirenden Einzelgewalten ist. Die in den Bundes-Urkunden designirte Gewalt, welche hier, die durchgängige Geltung des Bundesrechts vorausgesetzt, eintreten müßte, ist nach Art. VII der Schlußacte nur die Bundesversammlung, und von dieser muß zugestanden werden daß sie nicht mehr existirt.

Aus allen jenen Einzelheiten wird dann in der Erklärung des königl. hannover'schen Bevollmächtigten concludirt daß die Durchführung des vereinbarten Entwurfs ohne Abänderung der Bundesverfassung unmöglich sey. Ueber Abänderungen der Bundesverfassung könne aber nur durch einhellige Zustimmung aller Bundesglieder entschieden werden. Das Widerspruchsrecht eines jeden einzelnen könne weder durch die mit der Auflösung der Bundesversammlung eingetretene Schwierigkeit der Geltendmachung, noch durch einen Vertrag geschmälert werden, der den oben hervorgehobenen Grundsatz von Recht und Pflicht an der Spitze trägt.

Daß Preußen durch einen Vertrag mit Sachsen und Hannover die Rechte dritter Staaten nicht schmälern wollte und konnte, bedarf keiner weitern Ausführung. In dem übrigen Theil dieser ganzen Folgerung hat sich aber deren Verfasser in einen inextricabeln Cirkel begeben. Genau genommen, und wenn man unter Verfassung nicht bloß die geschriebenen Regeln, sondern einen concreten Organismus versteht, ist freilich die Bundesverfassung nicht mehr vorhanden, und es kann daher auch auf keine Abänderungen derselben und auf keine Formen in welchen diese möglich wären, ankommen. Die Verfassung wird aber von dem k. hannoverischen Bevollmächtigten als existirend vorausgesetzt, und es wird von ihm argutirt daß dieselbe nur nach Stimmeneinhelligkeit geändert werden könne. Sie kann jedoch auch nur im Plenum der Bundesversammlung, nur gerade durch dieses bestimmte Organ geändert werden, und bundesgesetzlich braucht kein Mitglied sich eine Aenderung durch ein anderes Organ und in einer andern Form gefallen zu lassen. Mit der Auflösung der Bundesversammlung ist nicht bloß für die Geltendmachung des liberum veto der einzelnen in verfassungsmäßiger Form eine Schwierigkeit (als ob allenfalls, wenn auch mit Schwierigkeiten, die Bundesversammlung wieder berufen werden könnte!), sondern eine Unmöglichkeit, und damit die Unmöglichkeit von Verfassungsänderungen überhaupt eingetreten. Deutschland könnte somit, die Richtigkeit der Deduction des k. hannover'schen Bevollmächtigten vorausgesetzt, nie zu einem geordneten Zustand kommen, und sich niemals von der gleichwohl zerfallenen und nicht mehr angewendeten Bundesverfassung losmachen.

Allerdings hat Preußen, und ebensowohl Sachsen und Hannover, der freien Zustimmung der beitretenden Staaten nicht vorgreifen, und es jeder Regierung überlassen wollen ob sie den Beitritt angemessen finde oder nicht. Dieß ist aber nicht geschehen, weil nach der Bundesverfassung zu Verfassungsänderungen die Zustimmung der Einzelnen nöthig war, sondern weil nach dem Zerfall der Bundesverfassung und dem Scheitern der Nationalversammlung kein gemeinsames Organ für Verfassungsarbeiten existirte, und nur mit Vorschlägen Einzelner und freier Zustimmung der Uebrigen zu einem Ziele zu gelangen war. Nicht aber hat Preußen dafürgehalten daß der Bundesstaat ohne Zustimmung der Nichtbeitretenden nicht zu Stande kommen könne, sondern die Rücksicht auf diese dadurch zu wahren geglaubt daß es, ganz wie Sachsen und Hannover, deren Rechte und Pflichten aus der Bundesgemeinschaft vorbehalten hat. Es kann indeß nie zugeben daß diese Rechte auf Wiederherstellung untergegangener Einrichtungen oder auf Beobachtung von Regeln und Vorschriften gerichtet seyn können welche mit solchen untergegangenen Einrichtungen im unzertrennlichen Zusammenhang standen, und ohne dieselben weder Sinn noch Bedeutung haben.

Mit dem was geschehen ist und ferner geschehen wird, sind diejenigen Rechte und Pflichten aller deutschen Bundesstaaten die wirklich noch Sinn und praktische Bedeutung haben völlig gesichert, und ist auch die Wiederherstellung einer lebensfähigen deutschen Bundesverfassung dadurch in keiner Weise präjudicirt. Hat sich der Umfang des Bündnisses vom 26 Mai für jetzt enger gestellt als erwartet wurde, ist dadurch die Zahl der Staaten auf welche jener Vorbehalt von Rechten und Pflichten sich bezieht vorläufig größer geworden, so wird dadurch in dem Rechtspunkt offenbar nichts geändert. Ob und inwieweit aber dadurch besondere Maßnahmen erforderlich und Rücksichten geboten seyn möchten, das wird sich aus den eben angeknüpften Verhandlungen über etwaige Modificationen des Verfassungsentwurfs ergeben; auch sind die von Preußen für diese Verhandlung dem Verwaltungsrath übergebenen Propositionen gerade aus diesem Gesichtspunkt gestellt.

Die bisherige Darstellung hat die Beweisführung geliefert daß die

preußische Regierung und die mit ihr in Uebereinstimmung handelnden Regierungen keine Rechtsverletzung begehen, wenn sie zu dem Verfassungswerke selbst vorschreiten. Diese Beweisführung erschien nöthig um das Verfahren Preußens in allen zum Theil weniger unterrichteten Kreisen zu rechtfertigen, wohin die hannover'sche Denkschrift und mit ihr auch diese Widerlegung gelangen wird. Bloß dem k. hannover'schen Bevollmächtigten gegenüber wäre sie nicht nöthig gewesen. Handelte es sich bloß um Hannover, so hätte die ganze Erwiederung eine kürzere seyn können. Hannover hat den Vertrag vom 26 Mai geschlossen, den Entwurf der Reichsverfassung mit vereinbart, und die übrigen deutschen Regierungen mit zum Beitritt eingeladen. Hannover kann daher nach diesseitiger Auffassung, ohne seine eigenen Handlungen anzufechten, die Bildung des Bundesstaats nicht für rechtswidrig erklären, und die ganze Deduction hätte, wenn Hannover die darin geäußerte Rechtsüberzeugung gewonnen hatte, dasselbe vom Eingehen auf das Bündniß überhaupt abhalten, nicht aber die jetzt gegebene Erklärung motiviren sollen.

Ebenso wenig ist Hannover befugt Einwendungen aus dem Rechte dritter Staaten herzunehmen.

Beide Sätze sollen eine kurze Rechtfertigung erhalten.

Es ist bereits angedeutet daß das Bündniß und die Verfassung den deutschen Regierungen nur zum freiwilligen Beitritt vorgelegt werden konnte, womit die Ausdehnung desselben und die Zahl der Beitretenden völlig offen blieben. Der §. 1 des Verfassungsentwurfs bestimmt deßhalb:

Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiet derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes welche die Reichsverfassung anerkennen.

In der Circulardepesche vom 28 Mai, mit welcher der Entwurf den deutschen Regierungen vorgelegt, und welche in ihrer Fassung auch von Hannover, nach Ausweis des Schluß-Protokolls vom 26 Mai, genehmigt ist, sagten die Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover:

Sie werden daher, in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen welche sich dem Verfassungsentwurf anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfang und nach den Wahlbestimmungen berufen welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet,

und die den Verfassungsentwurf erläuternde Denkschrift vom 11 Jun. bemerkt zu jenem §. 1:

Die verbündeten Regierungen, welche ihren Entwurf zu einer Reichsverfassung hier vorlegen, sind dabei von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet worden: daß der Neubau der deutschen Verfassung nur durch freiwillige Uebereinkunft der Regierungen unter sich, und hiernächst ebenso freiwillige Zustimmung der Nationalvertretung, rechtlich zu Stande kommen könne. Daher haben sie in ihre Vorschläge keine Bestimmung aufnehmen können welche für die Glieder des bisherigen deutschen Bundes irgendeinen Zwang in sich schlösse; wie fest und zuversichtlich auch ihre Hoffnung sey daß der neue Bundesstaat das gesammte Gebiet des Bundes von 1815 umfassen werde, so wird sich doch dieses Gebiet aus denjenigen deutschen Landen bilden müssen deren Regierungen sich dem vorgelegten Entwurf anschließen, und deren Vertreter ihn in einem aus diesen Landen einzuberufenden Reichstag annehmen; Hierdurch ist die Fassung des §. 1, wie sie vorliegt, gerechtfertigt.

Es war also klar daß der Beitritt sämmtlicher deutschen Staaten nicht zur Bedingung der Bildung des Bundesstaats gemacht war.

Aber auch daran daß der Consens der nichtbeitretenden eine solche Bedingung seyn solle hat bei der Schließung des Bündnisses niemand gedacht. Eine solche Bedingung wäre eine so schwierige, die Bildung des Bundesstaats so sehr gefährdende gewesen, daß man sie ausdrücklich zur Sprache gebracht haben würde wenn man sie für nothwendig und rechtlich begründet gehalten hätte. Den Gesichtspunkt daß der neue Bundesstaat mit dem ganzen Umfang der alten Bundesverfassung vereinbar seyn, und andernfalls wegen der bundesverfassungsmäßig nöthigen allseitigen Zustimmung zu Aenderungen der Bundesverfassung nicht ohne Consens der nichtbeitretenden zu Stande kommen könne — diesen Gesichtspunkt haben die Paciscenten des Bündnisses vom 26 Mai nicht im Auge gehabt. Sie haben vielmehr ihre Verpflichtung aus dem Bunde durch die in dem Art. 1 des Bündnisses, in der Note vom 28 Mai und in der Denkschrift vom 11 Jul. gleichmäßig niedergelegte Erklärung gewahrt:

daß der neue Bundesstaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt die aus der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 erwachsen.

Hätte eine der paciscirenden Regierungen aber dennoch wirklich jenen Gesichtspunkt, nach welchem der Consens der nichtbeitretenden Staaten nöthig ist, für den richtigen und entscheidenden gehalten, so wäre es nicht zu verantworten wenn sie diese ihre Ueberzeugung damals verschwiegen hätte, um später daraus eine Einwendung zu entnehmen. Gerade Hannover kann damals eine solche Ueberzeugung nicht gehabt haben. Das muß man theils daraus daß es die eben erwähnte Erklärung übereinstimmend mit Preußen und Sachsen abgab, theils aus einer im Protokolle vom 18 Mai vorkommenden Aeußerung schließen.

Die in Betracht zu ziehende Stelle dieses Protokolls ist folgende:

Hannover hat Bedenken die ihm ganz besonders am Herzen liegen. Sie betreffen das künftige Verhältniß Oesterreichs. Hannover will nicht daß Oesterreich aus Deutschland ausscheide. Im Fürstencollegium theilnehmend, müsse Oesterreich aber auch bei der Executive betheiligt seyn. Es dieser letztern Theilnahme verlustigen, heiße es dauernd aus Deutschland ausschließen. Daher sey wenigstens zu sagen, und im Verfassungswerke selbst oder in der Declaration zu constatiren, daß beim Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat über das Verhältniß Oesterreichs zur Executive zwischen Preußen und Oesterreich näher convenirt werden solle. Mehr als diesen Vorbehalt eines spätern Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen verlange Hannover nicht. Hierauf glaube es aber auch bestehen zu müssen.

Sachsen anerkennt daß Oesterreich vorderhand nicht wohl in der Lage seyn werde an dem neuen Bundesstaat theilzunehmen; aber die rechtliche Möglichkeit zu jeder spätern Zeit theilnehmen zu können müsse durch ausreichenden Vorbehalt Oesterreich gesichert bleiben, und damit dieß der Fall sey, dürfe die künftig mögliche Mitbetheiligung Oesterreichs bei der Executive jetzt nicht ausgeschlossen werden.

Preußen ist durchdrungen von der Ueberzeugung daß Oesterreich, wie es sich durch seine Constitution selbst gestellt hat, mit seinen deutschen Bundeslanden allein dem deutschen Bunde nicht mehr beitreten kann. Man müsse die Thatsache anerkennen daß auf der einen Seite Deutschland der Nation bedeutend mehr leisten solle als die Bundesverträge ihr bisher gewährt hätten, auch wenn sie getreulich vollzogen worden wären, und daß andererseits Oesterreich jetzt diesen Bundesverträgen kaum noch genügen könne, so daß die Bedürfnisse und die Forderungen der deutschen Nation und die Leistungsfähigkeit Oesterreichs in ein umgekehrtes Verhältniß getreten seyen. Mit Oesterreich sey der Aufbau des Bundesstaats, den Deutschland mit Recht beanspruche und nicht mehr entbehren wolle, geradezu unvereinbar geworden. Das sey die offene Erklärung Preußens. Können die andern Regierungen nach dieser Erklärung nicht mehr mit Preußen gehen, so müsse es seinen Weg allein gehen.

Hannover erklärt zur Verständigung daß seinerseits nur ein Rechtsschutz aller deutschen Bundesglieder, Oesterreich einbegriffen, habe beabsichtigt werden sollen. Es wolle Hannover nur Vorkehr getroffen sehen daß auch das in den deutschen Bundesstaat nicht eintretende Oesterreich in seinen Rechten unverkürzt bleibe.

Der k. hannover'sche Bevollmächtigte kann daher nur in Folge einer Modification früherer Ansichten seine jetzt erhobenen Zweifel aufstellen, und so sehr zu beklagen ist daß diese Modification gerade im gegenwärtigen Augenblick eingetreten, so sehr ist zu wünschen daß die dadurch herbeigeführten Bedenken durch die oben gelieferte Ausführung beseitigt werden mögen. Denn einen Zweifel kann es nicht leiden daß eine solche spätere Aenderung von Ansichten gegen einmal übernommene vertragsmäßige Pflichten nicht zur Geltung kommen kann.

Es wurde außerdem diesseits behauptet, Hannover könne nicht befugt seyn mit der Berufung auf die fehlende Zustimmung der nichtbeigetretenen Staaten eine Einwendung aus dem Rechte Dritter herzunehmen. Daß diese Einwendung von Seiten Hannovers, seinen Bundesgenossen gegenüber, nicht geltendgemacht werden kann, bedarf keines Beweises, eine bloß formelle Zurückweisung dieses Einwands wäre aber Preußens nicht würdig; denn gilt es die Rechte Dritter heilig zu halten, so kommt nichts darauf an ob die Berechtigten selbst oder ein anderer an solche Rechte erinnern. In der Wirklichkeit ist aber an einen solchen Einwand von Seiten der angeblich verletzten Staaten nicht zu denken, weil, wie bereits zur Evidenz erwiesen, keine Rechtsverletzung besteht oder beabsichtigt wird. Die Rechte und die denselben entsprechenden Pflichten aus dem Bundesvertrag sind allen deutschen Staaten gewahrt. Rechte auf Vorschriften der Bundesrechts welche mit untergegangenen und nicht zu restaurirenden Einrichtungen zusammenhängen, werden sie schwerlich geltend zu machen geneigt seyn; sie werden sich schwerlich darauf berufen daß sie wegen ihrer Gemeinschaft an den Bundesfestungen an eine den Bundes-Urkunden fremde Person gewiesen seyen, oder daß durch den Bundesstaat die Curieneintheilung im engeren Rathe und das Stimmenverhältniß im Plenum der Bundesversammlung alterirt werde. Um so weniger werden jene Staaten in dem Sinne der Deduction des k. hannover'schen Bevollmächtigten sich auf ihre Rechte aus der Bundesverfassung zu berufen Anlaß haben, als in der neu zu errichtenden Bundescommission — zu deren Errichtung Preußen selbst die Hand geboten hat — wenigstens einstweilen ein Organ gegeben wird welches für den Schutz dieser Rechte sorgt.

(Fortsetzung folgt.)

Dresden.

‡ **Dresden**, 21 Oct. Der militärische Wahlbezirk unserer Stadt ist der einzige in welchem die radicale Partei ihren Candidaten zur zweiten Kammer, den verabschiedeten Oberlieutenant Müller durchgebracht hat, während in den übrigen drei städtischen Bezirken, welche zugleich zusammen zwei Abgeordnete zur ersten Kammer zu wählen hatten, der Sieg der conservativ-liberalen Partei nicht nur für die erste, sondern auch für die zweite Kammer ebenso entschieden ist wie in Leipzig.

Außerdem ist Müller auch in dem Kriegsstandsbezirke Werdau, wo gegenwärtig eine ziemlich starke Truppenmacht zusammengezogen ist, mit einer noch bedeutendern Majorität gewählt worden als in dem hiesigen Bezirk. Es fragt sich wo er annehmen wird. Welche Folgerungen man aus diesen Resultaten des soldatischen Wahlrechts ziehen kann, will ich Ihren Lesern überlassen. Wie aber werden nun die Herren von der Kreuzzeitung, die Veteranen- und sonstigen schwarzweißen Vereine jene Vertrauensvota und Belobungsadressen beklagen welche sie nach den Maitagen an die loyalen sächsischen Truppen abgelassen haben! Vom unbefangenen Standpunkte aus betrachtet ist übrigens Müllers Wahl durchaus nicht zu beklagen, da er ein intelligenter Mann ist und nicht zu den blinden Parteigängern des Radicalismus gehört.

Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein. Nach den verschiedensten Zeitungsberichten finden Unterhandlungen über eine Verständigung zwischen Statthalterschaft und Landesverwaltung allerdings statt, indessen ist das was man über den Inhalt dieser Unterhandlungen hie und da mittheilt, bis jetzt offenbar alles noch schlecht beglaubigt. Die Zustände im Schleswigischen gerathen inzwischen in stets größere Verwirrung. In **Husum** haben von den drei früher octroyirten Senatoren zwei eine weitere Betheiligung bei der städtischen Verwaltung abgelehnt; in **Haddebege** hat Pfarrer Haack erklärt, er beharre bei seiner Weigerung die Erlasse der Landesverwaltung zu publiciren, er räume außerdem der letzteren nicht das Recht ein ihn zu entsetzen und werde nur der Gewalt weichen. In **Flensburg** ist von Polizei wegen das Zusammentreten von mehr als acht Personen auf Straßen und öffentlichen Plätzen der Stadt untersagt; durch Schreiben des dritten Departements der Landesverwaltung vom 13 d. ist den schleswigischen Zollämtern aufgegeben die schleswig-holsteinischen Meßbriefblankette nicht mehr zu gebrauchen, sondern diese künftig zu schreiben, und es sollen darin die im Herzogthum Schleswig zu Hause gehörenden Fahrzeuge als schleswigische bezeichnet werden, auch soll es rücksichtlich der Einbrennungen der Lastenzahl und des Zeichens in den Meßbriefen heißen: welche Lastenzahl nebst dem Namenszug Sr. Maj. des Königs mit der Krone dem Deckbalken neben dem großen Maste eingebrannt.

Flensburg, 15 Oct. Nachdem die von dänischen Matrosen ausgeübten Frevel sich in der letzten Zeit von Tag zu Tag gesteigert hatten, scheint die Zügellosigkeit gestern bis weiter wieder ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Kein Deutschgesinnter konnte sich auf dem Marktplatz oder in den angränzenden Straßen sehen lassen, ohne beschimpft, verfolgt und thätlich mißhandelt zu werden. Einzelne beurlaubte schleswig-holsteinische Soldaten sind besonders der Wuth und Verfolgung jener Helden ausgesetzt. Bald hier, bald da Zusammenrottungen. Deutsche Wirthschaftslocale werden von wilden Haufen förmlich belagert. Nachdem solch' schmähliches Treiben mitten am hellen Nachmittag stundenlang, ungestraft und ungestört stattgefunden, kamen endlich am Spätabend als das Gesindel sich größtentheils verlaufen, schwedische Patrouillen auf die Beine. Ist es nicht empörend, ist es nicht trostlos Tag für Tag solche Scenen erleben und dulden zu müssen, und das am Sitze der octroyirten Regierung, der 3000 Bajonnette allein in unserer Stadt zu Gebote stehen? Nach Aeußerungen einzelner Officiere scheinen die Schweden sehr erbittert wegen der Apenrader Zuschrift an ihren General und meinen nun alle „Neutralität" gegen die deutsche Bevölkerung fahren lassen zu können. (H. N.) — 16 Oct. Täglich und wenigstens regelmäßig jeden Abend neuer Straßenskandal. Wer jemals patriotische Gesinnung kundgegeben und jetziger Zeit auf der Straße sich sehen läßt, bringt gleichsam seine Haut zu Markt. Zusammenkünfte von Deutschgesinnten werden auf alle mögliche Weise hintertrieben, Gastwirthschaften worin solche gewöhnlich zusammentreffen, werden Abends umlagert und erstürmt, wornach die hohe Polizei die Gelegenheit benutzt die ruhigen (Deutschen) mit den unruhigen Gästen zu vertreiben. (O.-T.)

Die preußische Politik fängt an selbst bei den Verbündeten des Berliner Cabinets, den Dänen, Mißtrauen zu erwecken. Die jüngsten Blätter aus Kopenhagen fordern zu directen Unterhandlungen mit Schleswig-Holstein auf, weil sie fürchten Preußen wolle Holstein zur preußischen Provinz machen. „Kjöbenhavnspost" sagt: „Im März v. J. mochte es nothwendig seyn Holstein die Aufnahme in das deutsche Reich zu gestatten, jetzt handelt es sich um den „engern Bund", der vielleicht Preußen allein umfassen wird; der Anschluß Holsteins an diesen engern Bund würde Holstein zu einer preußischen Provinz machen; darauf strebt Preußen hin, während in Holstein wenigstens eine Partei dagegen ist, welche wahrscheinlich das Uebergewicht erlangen würde wenn man sich in Unterhandlung mit derselben einließe; Preußen verfolgt nur das eigene Interesse, weder das Holsteins, noch das Dänemarks."

Die Industrieausstellung in London.

Der Plan einer allgemeinen Industrie-Ausstellung in London im Jahr 1851 hat, wie in allen englischen und schottischen Fabrikstädten, so auch in der Hauptstadt, wie die neuliche Versammlung im Mansion-House zeigte, den wärmsten Beifall der reichen Gewerbs- und Handelswelt gefunden; und nur eines hat dabei Hr. Joseph Hume, unter allgemeiner Zustimmung, sich verbeten — die Einmischung der Regierung, als welche bei solchen Dingen zwar viel häckeln und hindern, aber selten etwas gutmachen könne. Die **Times** bemerkt: „Dieser Vorschlag ist ein solcher daß ihm in der That nichts entgegengehalten werden kann als etwa seine Größe. Daß die Sache wünschenswerth ist, erhellt aus den zahlreichen bisherigen Versuchen welche wie Strahlen alle nach der großen und umfassenden Idee zusammenlaufen die in diesem Plane verkörpert werden soll. Unsre brittische Naturforschergesellschaft hat ihre wandelnde Ausstellung in den physikalischen Wissenschaften und der Mechanik für die jedesmalige Stadt die mit ihrem Besuch begünstigt ist, und für die wenigen die ihren Wanderungen folgen können. Unsre landwirthschaftlichen Vereine haben Vieh- und Ackergeräthschaftsausstellungen. Der Kunstverein (Society of Arts) verdient in weiterem Umfange nützlich zu werden als er es jetzt ist. Wir haben Museen für Naturgeschichte, Alterthümer, Geologie, die Spolien Indiens und die Merkwürdigkeiten des Kriegswesens. Die Hudsonsbay-Compagnie und selbst die Missionsgesellschaften besitzen anziehende Sammlungen. Unsre großen Fabricanten zeigen ihren Kunden gern nicht bloß die schönen Ergebnisse, sondern auch die sinnvollen Processe der Kunst. Unsre jungen Leute lernen viel in den polytechnischen und andern ähnlichen Ausstellungen. Schon ein bloßer Spaziergang von Piccadilly bis Cornhill gibt ein ebenso belehrendes wie glänzendes Bild unsrer Manufactur. Auch kann man nicht sagen daß in London Eifersucht herrscht auf fremde Erfindungsgabe und ausländischen Geschmack. Aber ungeachtet all dieser Gelegenheiten ist es offenbar schwierig, und überdieß kostspielig an Zeit und Geld, eine gute Uebersicht und Schätzung unsers gegenwärtigen Industriezustandes zu erlangen. Und vollends eine Uebersicht von der Industrie der ganzen Welt! — Dazu sollen nun die allgemeinen Gewerbsausstellungen, wenigstens annähernd, verhelfen. Unsre Nachbarn haben das Beispiel gegeben. Die heurige Ausstellung in den elysäischen Feldern zu Paris, und die Ausstellungen in Wien, Berlin, Brüssel und andern Städten des Festlandes sind glückliche Vorbilder, welche zu heben und zu erweitern Englands größere Hülfsmittel uns befähigen werden. Selbst die Russen in ihrer jährlichen Messe von Nischni-Nowgorod haben uns den Weg gezeigt. Solche Messen waren die vorzüglichsten Hebel der Künste und Gewerbe in Zeitaltern wo der Verkehr der Nationen noch nicht in so täglicher und stündlicher Uebung war wie jetzt. Ja, wir könnten noch weiter zurückgehen bis auf die Spiele des Alterthums, welche, wie wir wissen, ebenso Vereinigungspunkte für Kaufleute, Künstler, Philosophen und Poeten waren, wie für Faustkämpfer, Wagenlenker und ihre gemeinen Bewunderer.*) So gibt es nichts neues unter der Sonne. Zu einer Ausstellung welche den Genius aller Nationen repräsentiren, alle zum Besuch einladen soll, ist kaum ein Ort besser geeignet als London. Diese ruhige Metropole ist das Asyl der Geächteten und der Unglücklichen. Alle Parteien finden hier eine Zuflucht; der Absolutist begegnet hier seinem republicanischen Feinde, der Imperialist dem Rebellen dem er sein Exil verdankt. Wir haben unlängst unsre Häfen den Erzeugnissen und Schiffen aller Nationen geöffnet; unser glücklicher Friedenszustand befähigt uns zum Vortritt in den Werken des Friedens. Wenn erst die Völker sich oft auf dem neutralen Gebiet der Kunst und Wissenschaft begegnen, werden sie allgemach einander weniger mißverstehen. Wir mögen lächeln über die Convente des Menschengeschlechts, von jenem des Anacharsis Cloots an bis zu dem „Friedenscongreß" der neulich in Paris, dem von Festungswerken und 100,000 Mann beschützten Paris zusammentrat. Wir haben keine sonderliche Vorliebe für die Besuche verbündeter Potentaten und ihrer siegreichen Marschälle; denn solche Vorkommnisse liegen außerhalb der wohlthätigen Ordnung der Natur. Ein anderes ist es um die friedliche und segenvolle Vereinigung der Künste welche auf das gegenwärtige Behagen und Wohlbefinden des Menschen abzwecken, und zugleich sein Geistiges und Ewiges fördern. — Die vorgeschlagenen Gegenstände der Ausstellung sind vierfacher Art: Rohstoffe, Maschinen und mechanische Erfindungen, Manufacte, Sculptur und plastische Erzeugnisse im weitern Sinn. Jeder Geschmack wird in einer solchen Mannichfaltigkeit der Vorräthe etwas ihm zusagendes finden. Die Anordnung ist nach

*) Ausbildung der Körperkraft, Ringspiele und deren Bewunderung galten aber dem schönheitsfrohen Alterthum bekanntlich nicht als „gemein." Eher betrachtete es die Banausie geringschätzig, und Runkelrübenzucker und Kaffeehandel würden schwerlich einen Pindar gefunden haben.

der Stufenfolge: sie beginnt mit der rohen formlosen Masse, und erhebt sich allmählich zu den edelsten Schöpfungen des menschlichen Geistes, insofern dieser mit sinnlichen Stoffen gebart. Die erste fünfjährige Ausstellung soll die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts eröffnen. Zur Zeit weiß man dafür keine passendere Oertlichkeit als Hyde-Park, wo der freie Raum zwischen dem Kensington-Fahrweg und Rotten-Row besondere Vortheile darbietet. Alle Nationen sind eingeladen ohne Unterschied oder Bevorzugung. Eine königliche Commission, unter Vorsitz des erlauchten Prinzen von welchem die Idee dieser Ausstellung hauptsächlich ausgegangen, wird die ganze Anordnung, die Ausschreibung und Vertheilung der Preise leiten, während dem Kunstverein die Aufgabe zufällt die nöthigen Fonds durch Subscription aufzubringen. Die Preise werden in einer Geldprämie von 2000 und vier von 1000 Pf. St. in jeder der vier Sectionen bestehen, dann in Medaillen welche, hofft man, die Königin verleihen wird. Die Förderer dieses glänzenden Plans zweifeln nicht im geringsten daß man 100,000 Pf. St. und mehr zur Deckung der Kosten aufbringen werde, und die vielen einflußreichen Namen die sowohl in den Provinzen als in der Hauptstadt ihre Unterstützung zugesagt, beruhigen uns hinsichtlich dieses Punktes vollkommen. So zweifeln wir nicht daß dieser ebenso heilsame als glänzende Plan im Jahr 1851 zur Ausführung kommen wird. Der Geldbetrag der Prämien wird, abgesehen vom Ruhme, gewiß alle Nationen auf die Arena locken. In dieser Wettbewerbung werden alle Völker sich wechselseitig etwas von ihren eigenthümlichen Trefflichkeiten vorführen — England seinen mechanischen Scharfsinn, Amerika seine Kühnheit in der Erfindung, Frankreich seine unerreichte Feinheit und Neuheit in geschmackvollen Mustern, und auch die kleinste und zurückgebliebenste Nation ihr überliefertes Handgeschick und Hausmannsgewerbe. England kann ebenso viel lernen als lehren, und bedarf ebenso gut den Sporn des Wetteifers als der trägste und schneckenhafteste seiner Nachbarn. Insoweit sind alle Vorzeichen günstig; aber alles hängt von einem Punkte ab. Alles ist weggeworfen, wenn nicht durch die Wahl hoher und ehrenwerther Namen, denen von vornherein aller Verdacht der Jobberei, der Parteilichkeit und Engherzigkeit fern liegt, die Ausstellung so geleitet, die Preise so zugeurtheilt werden daß die Sache das Vertrauen der Welt gewinnt. Es ist keine alltägliche Aufgabe zwischen den widerstreitenden Ansprüchen verschiedener Nationen, Künste und Geister zu entscheiden, und festzustellen ob der Erfinder, der Künstler oder der Manufacturist sich am besten um die Menschheit verdient macht. Darum rathen wir dringend: keine übereilte, keine zufällige, keine eigennützige noch sonst unredliche Auswahl!“ — Die am 2 Sept. d. J. eröffnete Industrie-Ausstellung in Birmingham, deren wir neulich gedachten, wurde bis jetzt von mehr als 35,000 Fremden aus dem Vereinigten Königreich und vom Festlande besucht, und gibt somit ein kleines Bild dessen was jene Londoner Ausstellung zu werden verspricht.

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

Der französische Gesandte. Hr. v. Gerolt. Die Muskitofrage. Chili. Ein Eingriff in die Post. Die großen Eisenbahnplane im Westen. Einwanderung.

* **New-York**, 3 Oct. Weder in unserer auswärtigen noch in unserer inneren Politik ist irgend wichtiges in den letzten Tagen vorgefallen. Der französische Gesandte, Poussin, war zwar nach Washington geeilt um wo möglich eine Vereinbarung mit dem Cabinet zu Stande zu bringen, hatte sich auf das angelegentlichste entschuldigt, und dadurch auch die Minister dahin gebracht daß sie einem Vergessen des Vorgefallenen nicht abgeneigt waren; der Präsident aber hatte jede Wiedereröffnung der einmal abgebrochenen Verbindungen von der Hand gewiesen, und hat der öffentlichen Meinung zufolge Recht daran gethan. Wir sehen nun der Bestellung eines neuen französischen Gesandten entgegen, ob Graf Montholon, ob Gaillardet, der frühere begabte Verleger des Courrier des Etats-Unis, dazu erwählt wird, ist noch ungewiß. Die Nachricht von der erneuerten Bestellung des Baron v. Gerolt als preußischer Gesandter bei den Vereinigten Staaten ist in Washington mit allgemeinem Beifall aufgenommen worden, da Hr. v. Gerolt während seines früheren Aufenthalts hier sich die Achtung aller die ihn kennen gelernt, gesichert hatte. Auch die hiesige deutsche Handelswelt, welche dem Hrn. v. Gerolt bei seinem Abgang zum Beweis ihrer Hochachtung einen silbernen Pokal verehrte, hat seine Wiederernennung sehr gern gesehen. Wegen der Muskitofrage werden von England bestimmte Erklärungen erwartet, hoffentlich bleiben sie nicht zu lange aus, denn diese Frage ist eine der wenigen in welchen unsere Abenteurer dem indianischen Schützlinge Englands gegenüber leicht selbst handelnd auftreten könnten, wenn es dieser wilden Majestät beikommen sollte in commercielle Verbindungen störend einzugreifen. Mit Chili findet Notenwechsel wegen der Vorfälle in Californien und Chili (wo unser Geschäftsträger sich mit einer schönen Chilena verheirathete, und der deßfallsigen Plackereien halber seinen Posten verließ) statt. Mit dem Bey von Tunis haben wir, als seine consularischen Miethsleute Weiterungen wegen Reparaturen am Consulatgebäude. Mit Japan endlich wird irgendwie eine Vernehmung stattfinden deren Resultate wir bereits erwarten, da Instructionen zu diesem Behufe schon längst abgingen.

Im Innern gestaltet sich alles ruhig, zumal da die Seminolenhäuptlinge in Florida sich bereit erklärt haben die indianischen Friedensstörer zur Bestrafung zu überliefern. Die Vereinigung der Old-Hunker und Barnburner zu den bevorstehenden Staatswahlen in New-York hat bei uns die Sklavenfrage ein wenig bei Seite gesetzt, und man sieht dieselbe mehr mit Old-Hunker Augen an, also mehr humanistisch wie politisch. In Südcarolina dagegen, wo man immer geneigt ist den Bogen so weit als möglich zu spannen, hat die sogenannte Sicherheits- und Aufsichts-Committee (vigilance and safety committee) sich einen Eingriff in die Freiheit der Postverbindung erlaubt, welcher ganz geeignet ist die eiserne Hand unseres alten Jack eingreifen zu lassen. Diese Committee hat nämlich in Pendleton 37 Briefe gewaltsam in Beschlag genommen, welche auf der Post angekommen und noch nicht vertheilt waren, jedenfalls aber östliche Abolitions-Rundschreiben enthielten. Der Postmeister war zu deren Ablieferung an die Committee aufgefordert worden, hatte aber dieser Aufforderung, den zuletzt von dem Generalpostamte erhaltenen Instructionen zufolge, nicht nachkommen können, worauf Wegnahme der Briefe mit Gewalt beschlossen und ausgeführt wurde. Die Sache läßt sich nicht gut übergehen, da alle Abolitionsblätter des Nordens sie weitläufig besprechen, und das gerathenste wäre sie auf das Streckbett der Justiz zu bringen, wo sie wenigstens nicht voreilig entschieden wird und inmittelst sich vorbereitende Ereignisse weder hemmt noch beschleunigt. Unsere New-Yorker Aufruhrstifter vom Astorplatztheater her sind am 22 Sept. nach einem vierzehntägigen Processe sämmtlich verurtheilt worden, was dem großen Publicum zu nicht geringer Genugthuung gereichte. Trotz aller Winkelzüge des so förmlichen englischen Verfahrens war die Schuld der Tumultuanten doch so klar hergestellt worden daß ihre Verurtheilung einstimmig erfolgte. Das Benehmen des Richters Daly bei Leitung der Verhandlungen war musterhaft, und der unerfreulichen Tactik der Angeklagten und deren Anwälte gegenüber durchaus würdig.

Die „secret Expedition“ ist noch nicht aufgegeben; die sogenannte „annual California overland Expedition,“ zu welcher die Theilnehmer in New-York angeworben wurden, ist nicht aufgelöst, und ebenso bleiben die auf „Round Island“ bei New-Orleans Versammelten ruhig zusammen, betragen sich musterhaft und harren der Dinge die da kommen sollen. Da ihre Zusammenkunft ganz und gar die Außenseite eines friedlichen Vereins trägt, so können unsere Kriegsschiffe die Sache nur eben von ferne beobachten, dürfen aber nicht störend eingreifen. Geld und Vorräthe sind hier wie in Round Island zur Genüge vorhanden.

Im Westen werden im Laufe dieses Monats die großen „Pacific Rail Road meetings“ zu St. Louis und Memphis stattfinden, zu denen bereits aus allen östlichen Staaten Theilnehmer angezeigt sind. Dem Bentonschen Projecte die Eisenbahn von Saint Louis aus zu führen, steht das südliche Project, welches die Bahn auf dem geeigneteren Wege von Memphis aus durch Arkansas nach Santa Fé führen will, entgegen. Im Osten wirkt übrigens Whitney unausgesetzt und mit bewundernswerther Beharrlichkeit für seinen allerdings durchdachtesten und zur Ausführung reifsten Plan. Er hat neuerdings außer unserer New-Yorker Handelskammer, die Partei der Nationalreformer für sich gewonnen, da diese sich davon überzeugt haben daß bei Whitney's Plan die Befürchtung schädlicher Privatspeculation sowohl vor der Art und Weise der vorgeschlagenen Ausführung als auch vor der colossalen Großartigkeit des Unternehmens ganz verschwinde. Der Präsident der Nationalreformer hat dieß in einer Veröffentlichung vom 25 Sept. sehr befriedigend auseinandergesetzt, und es wird nach und nach immer wahrscheinlicher daß Whitney, als der zuerst fertige und vollständig zum Angriff gerüstete, wohl zu Ausführung seines Planes gelangen wird.

Die Einwanderung bei uns dauert ungemindert fort, und vom 1 April bis letzten September haben wir durchschnittlich 896 Einwanderer jeden Tag bei uns ankommen sehen. Die Mehrzahl derselben ist begütert, und unser Zuwachs an Capital und Arbeitskraft daher überaus bedeutend. Eine Mehrzahl angesehener Amerikaner, die Mayors der Städte New-York und Brooklyn an der Spitze, haben vor wenig Tagen eine Hülfscommittee zu Empfang und Unterbringung ungarischer Flüchtlinge gebildet. Von deutschen Flüchtlingen haben der bekannte Wasserarzt Dr. Munde und der Decorationsmaler Heine, beide von Dresden, sehr freundliche Aufnahme gefunden. Semper und Richard Wagner werden erwartet.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Oesterreich. Se. Maj. der Kaiser hat dem Könige von Dänemark, Friedrich VII., das Großkreuz des königl. ungarischen St. Stephan-Ordens verliehen. Sodann den nachbenannten Officieren der kaiserl. russischen Armee für deren im dießjährigen Feldzuge in Ungarn und Siebenbürgen bewiesenen Muth und Ausdauer die beigesetzten Ordensgrade ertheilt. Das Großkreuz des St. Stephans-Ordens: dem General der Artillerie, Fürsten Gortschakoff III., dem General der Cavallerie, Grafen Rüdiger. Das Großkreuz des Leopold-Ordens: Dem General der Infanterie Tscheodaieff; dem General der Cavallerie, Bar. Osten-Sacken; dem General und Chef der Artillerie, Guillenschmidt; den General-Lieutenanten Grabbe, Aurep, Gerbel und Freitag. Das Commandeurkreuz desselben Ordens: Den General-Majoren: Dik, Zabolotzki, Deitrich, Duchakoff (Kanzlei-Director des Commandanten en chef), Fürst Bebutoff, Gloloff, Tribrichs II., Kozkewitsch, Duchakoff (Chef des Generalstabes des 2ten Corps), Osforgine, Bagowat, Lubawski, Goginoff, Gérebzoff, Bykowski I., Dzerouleff, Hagmann, Frotoff III., Kothanowicz, Kupfer, Bourgard, Troussoff, Masalowitsch, Lisenko I., Selwan, Popecoff III., Kanabich, Müller, Bogouschefsky, Löwenhagen, Kronek, Einantin, Pawloff, Bourkowski, Roth, Gittkoff, Byloff, Koljakoff, Wolodimiroff, Marine, Sentuschew, Sikstel, Beresine, Komar, Rennenkampf, Essavuloff, Rehfeld, Graf Lambert, Wladislawlewicz. Dem Capitän 1ster Classe (von der Marine) Istómine. Den Obersten: Fürst Galitzine II., Graf Adlersberg, Gerstenzweig, Tisnacheff, Graf Kankrine. Das Ritterkreuz dieses Ordens: Den Oberstlieutenanten: Blum, Lüders, Hersewanoff, Daragan, Gleboff, Spiriboff, Karabisewsky, Gorbeff, Terletsky, Kopersky, Loutschkine, Nordenstreng, Winarokanoff, Bozwadowsky, Ramaeff, Duscate, Papisinsky, Loucheroff, Galaféeff, Dekonsky, Gléyzoff, endlich dem beim 5ten kaiserl. russischen Armee-Corps zugetheilt gewesenen Oberst Dorsner, vom 1sten Szekler Gränz-Inf. Reg. der kais. östr. Armee. Den Orden der eisernen Krone erster Classe: Den General-Lieutenanten Kutznetzoff, Kosaken-Hetmann, Graf Tolstoi, Graf Simonitsch, Sorokine, Howen, Karlowitsch, Labinzon, Grabbe II., Serpoutowski, Baron Offenberg, Kaufmann, Lissetzky, Saß, Bologougeff, Buschen I., Grotenhielm, Hasford, Iwine. Den General-Majoren: Gerstfeld, vom Genie-Corps, Esimovicz, Bethaniorec, Rastmoff II., Demidoff I., Glinka III., Fürst Durousoff II., Fürst Radziwil, Benkendorff, Menchikoff, Graf Baraneff II., Graf Lambert. Denselben Orden zweiter Classe: Den Obersten: Buffan, Baron Wengden, Schewitz, Cavaleff, Brankine, Lipsky, Golicoff, Ostrogradsky, Rumine, Nemoff, Krusenstern, Iwanoff, Oppermann, Joukowski, Boldgreff, Panoff, Weimarn und Duchakoff, vom Generalstabe. Teterewnikoff, Hahn, Zemetzky, Orlai, Wasilewitsch, Schefler, Maslow, Yonferoff, Lubimoff, Silakoff, Touloubieff, Brosse, Ratoff, Gunt, Besak, Kastorski, Grotenfeld, Protopopoff, Mankoscheff, Tschulkoff, Ignatieff, Tiagelnikoff, Werchowski, Golowatschewski, Meskwine, Wezerkine, Walz, Maldel, Alexandrow, Berends, Wesselitzky, Petschowski, Kozlianinoff, Gallonka, Ber, Zamarin, Tolpygen, Federtzoff Malysch, Markowski, Tsilowitsch, Wbawitschenke, Chruleff, v. Lein, Lowitscheff, Gitkoff, Sattler, Holthoyer II., Hermeyer. Den Oberstlieutenanten: Samargea, Issakoff und Baron Nicolay. Dem Garde-Rittmeister Grafen Langrine. Dem Major Drewen. Dem Stabsarzt und wirkl. Rath Hoffmann. Dem Staatsrath Bibikoff. Dem Hofrath Giers. Denselben Orden dritter Classe: Den Rittmeistern Skobeleff, Krasnokoutsky, dem Lieutenant Ammosoff, dem Fähnrich Abaza, den Ordonnanz-Officieren: Unterlieutenant Gorbeff, und Fähndrich Lüders, dem Hauptmann Baron Delwig, dem Hauptmann 2ter Classe Mazaraki, dem Beamten Kourapitzki, dem Rittmeister Grentsenko, dem Rittmeister 2ter Classe Michalowsky, und dem Lieut. Papa Afannassopoula. Dem Hauptmann Popeff, dem Hauptmann 2ter Classe Romanovich, dem Hauptmann 2ter Classe Engelmann, dem Hauptmann 2ter Classe Ligotozky, dem Hauptmann Leneff, dem Lieutenant Pachelovski, dem Unterlieutenant Astrétsoff, dem Hauptmann 2ter Classe Coroptsoff, dem Hauptmann Worotninsky, dem Hauptmann 2ter Classe Snarsky, dem Adjutanten Artillerie-Lieutenant Kouzmine-Corovaeff und Lieutenant Poliakoff. Dem Hauptmann Goukomline, dem Hauptmann Samoilovich, den Lieutenanten Gordanoff und Bremzen, Reitlinger und Toragel. Dem Rittmeister Romicosoff und dem Fähnrich Puchekareff, den Fähnrichen: Costine, Zaporosky, Platonoff. Den dienstthuenden Ordonnanz-Officieren: Dem Lieutenant Hübsch, dem Fähnrich Keluginsky, dem Fähnrich Philipesco, dem Fähnrich Hahn, dem Lieutenant Chelewsky, dem Garde-Lieutenant Grafen Gourieff und dem beim kaiserlich russischen 5ten Armee-Corps zugetheilt gewesenen Major Heydte des General-Quartiermeisterstabs der kais. östr. Armee. Ferner hat Se. Majestät dem kaiserlich russischen Obersten Lobko den Orden der eisernen Krone 2ter Classe und dem Stabs-Capitän Starinkewitsch denselben Orden 3ter Classe, endlich dem Oberstlieutenant Nabt und dem Hauptmann Puschkin das Ritterkreuz des Leopold-Ordens verliehen. Aus Anlaß des am 14/26. Juli 1849 in St. Petersburg abgeschlossenen Additional-Vertrages zu dem Postvertrage vom 30. Jänner (11. Februar) 1843, hat Se. Majestät dem kais. russischen Geh. Rathe und Vorsteher des Postdepartements, Theodor v. Prianischnikoff, eine mit dem Namenszuge gezierte Brillantdose, dem kais. russischen Staatsrathe und Sections-Chef Nicolaus v. Laube den Orden der eisernen Krone 2ter Classe, dem kais. russischen Collegienrathe Paul v. Reinbott denselben Orden 3ter Classe verliehen, und dem k. k. General-Consul in Odessa, Dr. Ludwig Gutmannsthal, für seine bei diesem Anlasse bewiesene diensteifrige Thätigkeit, die Allerhöchste Zufriedenheit bezeugen lassen.

Der allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit an die deutschen Gewerbtreibenden.

Die andauernde Wirrniß in den deutschen Zuständen droht auch die Interessen der vaterländischen Gewerbthätigkeit schwer zu verletzen. Unsere Industrie läuft Gefahr, alle die Erwartungen und Hoffnungen die auch für ihr Aufblühen mit dem Beginn der neuen Zeit auftauchten, scheitern zu sehen und in eine viel schlimmere Lage versetzt zu werden als zuvor. Leider ist die deutsche Politik auf dem Punkt angekommen wo ein nachhaltiger Bruch zwischen Nord- und Süddeutschland täglich wahrscheinlicher wird. Nicht allein in den Cabinetten, auch in den Volksstimmungen scheiden sich die Wege welche die beiden Theile des Vaterlandes getrennt einschlagen möchten. Selbst der materielle Verband des Zollvereins scheint nicht mehr stark genug um zusammenzuhalten was Leidenschaft und Kurzsicht auseinanderreißen wollen. Bereits ist von süddeutscher Seite das Wort der Sprengung einer Union gefallen, die bei all ihren Mängeln doch des Segensreichen viel über Deutschland gebracht hat, und vor wenigen Jahren noch allen Vaterlandsfreunden als der einzige Rettungsanker der Nationaleinheit erschien. Wir wollen die Beweggründe im einzelnen nicht näher untersuchen die zu dieser ärgsten Zerklüftung leiten, ganz gewiß sind aber große Täuschungen mit darin enthalten. Ein bloß süddeutscher Zollverein mit oder ohne Oesterreich würde tausend Fäden des Verkehrs, die seit sechzehn Jahren angeknüpft sind, zerreißen, würde Gewerbe und Handel auf beiden Seiten in Bahnen werfen deren Erfolg wenigstens noch zweifelhaft ist, würde Süddeutschland sehr empfindliche finanzielle Einbußen bringen; was aber das schlimmste ist, die augenblickliche Spaltung müßte zu einer dauernden werden, weil zwischen den Zoll- und Handelssystemen die man auf beiden Seiten aufnehmen würde, ein principieller Gegensatz stattfände. Ohne das Gegengewicht der süddeutschen Stimmen wird es nämlich aller Wahrscheinlichkeit zufolge den freihändlerischen Bestrebungen gelingen in Norddeutschland das Feld zu behaupten. Nachdem man seit Jahren, namentlich von einzelnen Handelsplätzen aus die ihr Interesse in der Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit Fremdwaaren finden, alle Mittel der Ueberredung aufgewandt hat, die öffentliche Meinung in den Gegenden welche die Industrie nur dem Namen nach kennen, über die Vortheile einer Maxime zu täuschen bei welcher vaterländischer Arbeitserwerb nichts, der Handelsgewinn des Importers aber alles gilt, ist die Gefahr nur zu groß daß die gerechtesten Ansprüche der Gewerbthätigkeit auf Schutz vor der erdrückenden Wirkung der ausländischen Concurrenz hintenangesetzt und die Nahrungsquellen von Millionen einer Theorie geopfert werden die unter Verhältnissen wie den deutschen noch nirgends ihre Probe bestanden hat. In Hamburg und Mecklenburg hat man vor kurzem offen ausgesprochen daß man sich an das Dreikönigsbündniß nur in der Absicht anschließe um den Freihandel in Deutschland zur Herrschaft zu bringen, und einen Zolltarif durchzusetzen wie er im vorigen Winter ohne irgendwelche Rücksicht auf die gewerbliche Lage von s. g. Abgeordneten des Handelsstandes entworfen wurde. Man stützt sich dabei einerseits auf die Sympathien mehrerer preußischen Provinzen, Hannovers, Oldenburgs, Holsteins u. s. w., andererseits auf einen gewissen unpraktischen Sinn der Deutschen, und die Vorliebe unseres Volkes für idealistische Experimente. Wie die Sachen stehen, scheint es in der Taktik unserer Gegner zu liegen, die Handels- und Zollfrage sofort nach dem Zusammentreten des nächsten Reichstags in den Vordergrund zu drängen, und alle Hebel anzusetzen um sie in ihrem Sinne zu entscheiden. Einen mächtigen Verbündeten haben diese der deutschen Arbeit feindlichen Bestrebungen an England. Kaum hatte sich in Deutschland die Aussicht auf einen freihändlerischen, norddeutschen Bundesstaat eröffnet, so war die englische Presse auch schon darüber aus, die Vortheile die derselbe dem brittischen Handel böte, ins hellste Licht zu stellen. Namentlich rechnete der Londoner „Economist," das Organ der herrschenden handelspolitischen Partei in England, seinen Landsleuten sofort vor daß Deutschland, schon bisher der beste Abnehmer brittischer Manufacturwaaren, bei einem „liberalen" Zollsystem einen Markt darbiete der nirgends in der Welt seines Gleichen habe. Wir haben allen Grund anzunehmen daß die brittische Diplomatie den Wink der für sie darin lag, verstanden habe und fortan kein Mittel unversucht lassen werde um aus der Lage der deutschen Verhältnisse für England Vortheile zu ziehen. Leider bietet dazu auch unsere Stellung zu den andern Großmächten nur zu bequeme Gelegenheit. Bei Frankreichs zweideutiger Politik, bei Rußlands offenkundigem Widerwillen gegen jede Concentration der nationalen Kräfte in Deutschland, bei Oesterreichs Vorliebe für den alten Staatenbund wird der deutsche Bundesstaat wahrscheinlich nur in England einen Alliirten finden, England aber sich das Bündniß, wie es gewohnt ist, mit Zugeständnissen zahlen lassen die auf Rechnung unserer Gewerbthätigkeit kommen. Bei solcher Lage der Dinge bedarf es aber der äußersten Anstrengungen von Seiten des deutschen Gewerbstandes, wenn die Gefahr abgewandt werden soll. Mehr als je zuvor kommt es jetzt darauf an die wohlbegründeten Ansprüche auf Schutz der nationalen Arbeit

sowohl in der Oeffentlichkeit als bei den Regierungen und gesetzgebenden Körpern geltend zu machen. Treten die Träger des vaterländischen Gewerbfleißes jetzt nicht in geschlossener Ordnung ihren Feinden entgegen, so werden sie es sich selbst mit beizumessen haben wenn der Tag des Verderbens über sie hereinbricht. Um das letztere zu verhüten, wenden wir uns an alle Betheiligten. Mit der Gründung des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit hat die Agitation für die Interessen der Industrie bereits einen Mittelpunkt gewonnen. Die Wirksamkeit des Vereins ist nach allen Seiten hin angebahnt. Zu den einflußreichsten deutschen Regierungen bestehen entweder seit geraumer Zeit Beziehungen oder werden angeknüpft werden. Wo gewerbliche Fragen in den Bereich der Kammern der deutschen Einzelstaaten fallen, wird jede Gelegenheit benutzt auf die unermeßliche Wichtigkeit der Tendenz „Schutz der Arbeit" hinzuweisen. In der Presse vertritt das „Vereinsblatt für deutsche Arbeit" (des Zollvereinsblatts neue Folge) die Richtung des Vereins. Nur fehlt zu voller Kräftigung der Operationen noch eine lebhaftere Theilnahme des Gewerbstandes aus mehreren norddeutschen Ländern. Angesichts der drohenden Gefahren sollten wir voraussetzen dürfen daß diese Hinweisung genügen werde alle Gewerbtreibenden für die Bestrebungen des Vereins zu gewinnen und ihren Beitritt zu demselben entweder dem Vorstande in Frankfurt a. M. oder den folgenden HH. Mitgliedern des weitern Ausschusses in Norddeutschland zu erklären, durch deren Vermittelung gleichzeitig der Vereinsbeitrag von 6 Thlr. per Jahr entrichtet werden könnte.

Hr. Oberbergrath Böcking (d. Z. Abg. zur ersten Kammer in Berlin); Hr. v. Löbbecke in Breslau; Hr. Alberti in Waldenburg (Schlesien); Hr. Degenkolb in Eilenburg; Hr. Weyhe in Weggleben bei Halberstadt; Hr. Wex in Chemnitz; Hr. Lucius in Erfurt; Hr. Riedel in Rostock; Hr. Werlisch in Zellerfeld; Hr. Henschel in Kassel; Hr. Sophian Kolb in Bayreuth; Hr. Overweg in Hörde (Westphalen); Hr. Lueg im Gute Hoffnungshütte bei Dortmund.

Rücksichtlich der weitern Schritte zur Wahrung der Interessen der deutschen Gewerbthätigkeit in dieser kritischen Zeit verweisen wir auf eine wahrscheinlich in kurzem anzuberaumende Versammlung der Vereinsmitglieder oder Deputationen derselben.

Im Auftrage des engern Ausschusses des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit.

Degenkolb aus Eilenburg, d. Z. Vicepräsident des Vereins. **Dr. Theodor Toegel aus Frankfurt a. M.**

[3780—82] **Bekanntmachung.**

In der Streitsache der freiherrl. v. Ebner'schen Gutsadministration dahier gegen die Erben des verstorbenen Kaufmanns Albert Johann Cramer zu Nürnberg, Benennung eines Erbzinslehenmannes und Gültrückstandes betreffend, wird zum Sühneversuch, eventuell zur Vernehmlassung des Mitbeklagten Handlungs-Commis Georg Cramer auf die demselben im Duplicat bereits mitgetheilte Klage vom 8 August 1846, sowie zur protokollarischen Verhandlung der Sache im gewöhnlichen Verfahren wiederholt Termin

auf Montag den 10 December,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, und Georg Cramer, dessen Aufenthalt dermalen unbekannt ist, auf Antrag des klägerischen Anwalts d. d. 2 pr. 6 d. M. hiezu unter dem Rechtsnachtheil edictaliter vorgeladen daß im Nichterscheinensfalle die Klage für abgeläugnet erachtet, Beklagter seiner Einreden als verlustig erklärt, und Klägerin zum Beweis des Klaggrundes zugelassen werden wird.

Als gemeinschaftlicher Anwalt zum Zweck der Insinuation der in dieser Sache weiters ergehenden gerichtlichen Verfügungen an die Beklagten ist der Mitbeklagte Kaufmann Theodor Cramer Klett dahier von Amtswegen bestellt worden, wovon Georg Cramer mit dem Eröffnen in Kenntniß gesetzt wird daß er allenfallsige Erinnerungen dagegen bis zum anberaumten Termin hierorts anzubringen habe, widrigenfalls auch die in Bezug auf ihn ergehenden Verfügungen dem Mitbeklagten Theodor Cramer Klett dahier insinuirt und als rite vollzogen betrachtet werden.

Kläger sowie die Mitbeklagten werden hievon in Kenntniß gesetzt, und den letztern das Duplicat des klägerischen Antrags d. d. 2 d. M. mitgetheilt.

Nürnberg, den 28 September 1849.
Königliches Landgericht.

[3799—801] J. S. der Ehefrau des Müllers Karl Bernard Luise, geb. Schneider von Kuppenheim Kl.,
gegen ihren zur Zeit flüchtigen Ehemann Bekl.,
Vermögensabsonderung betreffend,
ergeht

Versäumungs-Erkenntniß.

(Nr. 32,650). Es wird das Thatsächliche des Klagvortrags für zugestanden angenommen, jede Schutzrede für versäumt erklärt und durch

Urtheil

zu Recht erkannt, es sey das Vermögen der Klägerin von jenem ihres Ehemannes des Beklagten, abzusondern unter Verfällung desselben in die Kosten.

Gründe.

Die Klägerin hat ihren Antrag auf Vermögensabsonderung durch die gegen den flüchtigen Beklagten angeordnete Vermögensbeschlagnahme und das Ergebniß der Vermögens- und Schuldenaufnahme hinreichend begründet.

Nach Ansicht des Art. 1443 des L. R., ferner in Anbetracht daß der Beklagte innerhalb der ertheilten Frist seine Vernehmlassung nicht abgegeben hat, wurde auf den Antrag der Klägerin gemäß §. 670 und der Kosten wegen nach §. 169 P. O. obiges Versäumungserkenntniß erlassen.

Rastatt, den 13 October 1849.
Großh. Oberamt.

[3791—92] Un jeune homme de Genève, pouvant offrir les meilleures recommandations désire trouver une place de précepteur dans une famille de Münich. S'adresser franco à l'Expédition de cette feuille sous Z. Y. Nr. 3791.

[3713—15] **Nachricht an die Gartenbau-Liebhaber.**

Hr. J. Hoffmann, Baum- und Pflanzengärtner, hat die Ehre das Publicum zu benachrichtigen daß, um seiner Industrie mehr Ausdehnung zu geben, er das Eigenthum des Hrn. N. Hönore, Baumgärtner, gelegen vor dem Austerlitzerthor zu Straßburg, gekauft hat.

Man wird in dieser Anstalt sowie in der zu Sulz (Oberrhein) die nämlichen Producte und die nämliche Versicherung finden, sowohl in Hinsicht der Wirklichkeit der Arten wie auch der schönen Qualität Bäume, deren Fortkommen sicher ist, und zu sehr billigen Preisen.

Diejenigen Personen welche wünschten Anpflanzungen zu machen von Obstbäumen, Verzierungsbäumen, Sträuchen und Reben aller Arten, sowie von Waldanpflanzungen werden daselbst alle nothwendigen Setzpflanzen wie auch einige hunderttausend Akaziensetzlinge finden; sie können daselbst auch englische Gärten, Gemüsgärten u. s. w. bestellen. Die Begehren kann man an das zu Straßburg vor dem Austerlitzerthor 2 und 3 gelegene Etablissement richten.

Die Verzeichnisse der in diesen Anstalten sich befindenden Producte stehen denjenigen Personen zur Verfügung die solche begehren; sie werden ihnen sogleich portofrei zugeschickt.

[3754—59] Im Verlage von Gustav Mayer in Leipzig ist erschienen:

Erinnerungen aus der Paulskirche

von

Karl Biedermann,

ehemaliger Vicepräsident der National-Versammlung.

Ca. 27 Bogen $1\frac{1}{3}$ Thaler.

Nicht sowohl das äußere stoffliche Resultat, als vielmehr das innere geistige Leben der National-Versammlung, das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien, ihr Entstehen, und ihre verschiedenen Umgestaltungen, die Zusammensetzung und der eigenthümliche Charakter jeder einzelnen, sowie ihr Einfluß auf die Versammlung — alles dieß wird theils in allgemeinen Skizzen, theils in einer Reihe einzelner tiefeingehenden Schilderungen der Parteiführer und Parteigenossen, soweit dieselben nur irgendwie bemerkbar hervorgetreten sind, dargestellt. Vorzugsweise ist dabei die letzte entscheidende Periode der National-Versammlung — von dem ersten Kampfe der Großdeutschen und der Kaiserpartei an, bis zu den verunglückten Bestrebungen für Durchführung der Verfassung und dem Fortgange der Versammlung von Frankfurt — zum Ausgangspunkte für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Parteien und der Einzelnen genommen, und es sind namentlich die letzten Wochen der Versammlung, die Verwickelungen in die sie seit der Vollendung der Verfassung gerieth, und die noch so wenig bekannten als verstandenen Ursachen ihrer allmählichen Auflösung ausführlich geschildert. Dem Verfasser stand für alle diese Schilderungen ein reiches Material zu Gebote, durch seine Stellung als Vorstand einer der mittleren Parteien und als Mitglied des Bureau, welche ihn in vielfachen persönlichen Verkehr mit Abgeordneten aller Parteien brachte, und ihm Gelegenheit verschaffte an den wichtigsten Club- und Privatberathungen, öffentlichen Sendungen und sonstigen Begebnissen, welche tiefere Blicke in das innere Leben der Versammlung und den Charakter einzelner Mitglieder verstatteten, theilzunehmen.

[3743] Im Verlag der Unterzeichneten sind folgende Werke erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

1. Literarischer Nachlaß

der

Frau Caroline v. Wolzogen.

Zwei Bände. geh. Preis $3\frac{1}{2}$ Thlr. Elegant gebunden 4 Thlr.

Bedeutend und anziehend durch die Briefe von Schiller (an Frau und Schwägerin), Goethe, Carl August, W. v. Humboldt, Knebel, Frau v. Staël, Voß, Körner, Graf Reinhard, Klinger, Fichte, v. Stein, Johannes Müller u. A.

2. Yoriks sentimentale Reise.

Aus dem Englischen des

L. Sterne.

Gr. 8. geheftet. Preis 2 Thlr.

Illustrirt durch die vortrefflichen Holzschnitte nach Tony Johannot.

3. Religiöse Lieder

von

Karl August Georgi.

Geh. Preis $\frac{3}{4}$ Thlr. Elegant gebd. 1 Thlr.

Einfache christliche Lieder der häuslichen Erbauung gewidmet.

4. Predigten

von

Dr. Fr. A. Wolf.

Sechs Sammlungen. Geh. Preis 8 Thlr.

Jede einzelne Sammlung 2 Thlr.

Leipzig, im October 1849. **Breitkopf u. Härtel.**

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Sonnabend | Nr. 300. | 27 October 1849.

Uebersicht.

Bayern. München (der Vorführungsbefehl gegen Schüler von der Kammer der Abgeordneten genehmigt. Die Verhandlung über Preßvergehen in der Pfalz. Wiederabreise des Erzherzogs Albrecht. Interpellation wegen der Bamberg-Frankfurter Eisenbahn. Erklärungen Oesterreichs gegen Bayern in der deutschen Verfassungssache); Vom Lech (ein Steckbrief); Ulm (die Bundesbesatzung); Stuttgart (der Kriegsminister); Rastatt und Freiburg (Standgerichtsverhandlungen. Mehrfache Verweisungen vor die ordentlichen Gerichte); Dresden (Ausfall der Wahlen); Weimar (Kanzler v. Müller †. Die Centralgewalt); Schwarzburg-Sondershausen (zweite Lesung der Verfassung); Hannover (die Polizei der Stadt); Hildesheim (ein vicarius capituli); Düsseldorf (Wesendonck nach Amerika); Berlin (Erklärung von Hrn. v. Radowitz über die Centralgewalt und den Bundesstaat); Potsdam (Ehrenbürgerrecht für Hrn. v. Humboldt); Wien (die Organisation von Istrien. Triest bleibt Freihafen. Die neue Steuererhebung in Ungarn führt die Aufhebung der Zwischenzolllinie mit sich. Die neue Organisation des Heers und Ungarns. Wechselnde Kriegs- und Friedensgerüchte in Betreff des türkischen Zerwürfnisses. Radetzky Civil- und Militärgouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs).

Spanien. Vorbereitung der Budgets. Die bevorstehende Cortes-eröffnung.

Großbritannien. Verschlimmerter Zustand der Königin-Wittwe. H. Bulwer nach Amerika. Die Reform-Association.

Frankreich. Cavaignacs Rede über die römische Frage. P. Leroux's Beschwerde. Chopin †. Nachwahlen. Duell. Schwächen der conservativen Partei.

Rußland und Polen. Ein dänischer Gesandter. Rüstungen.

Ver. Staaten von Nordamerika. Meetings zu Gunsten ungarischer Flüchtlinge. Die geringe Baumwollernte. Untergang eines Auswandererschiffs.

Beilage. Auch über das deutsche Volksschulwesen. — Aus der Pfalz. (Die kirchlichen Verhältnisse.) — Der Verwaltungsrath des engern Bundes. (Fortsetzung des Sitzungsprotokolls vom 17 Oct.) — Verhandlungen der preußischen Kammern.) — Die Folgen der Rechtsumgestaltung in Ungarn. — Mexico. (Paredes [Nekrolog]. Urrea †.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London, Paris 23; Wien 24; Frankfurt 25½ Augsburg 26 Oct.

Deutschland.

Bayern. * **München,** 26 Oct. Se. kais. Hoh. der Erzherzog Albrecht ist heute früh mit dem ersten Bahnzug (5½ Uhr) wieder abgereist um sich von hier über Ulm und Stuttgart nach Mainz zu begeben. Se. k. Hoh. nahm das Absteigquartier im bayerischen Hof und wurde von Se. Maj. dem König Ludwig zur Tafel geladen. Wie man sagt, wird der Erzherzog nur so lange in Mainz verweilen bis der neu ernannte k. k. österreichische Vicegouverneur, der noch in Italien verweilt, dort eintrifft. Sodann wird Erzherzog Albrecht sich auf seinen Posten als Commandirender des in Böhmen aufgestellten Armeecorps begeben. In seinem Gefolge befand sich Feldmarschalllieutenant Baron Piret und Rittmeister v. Gontard.

Die Würzb. Ztg. theilt die Eröffnungen des Ministers v. d. Pfordten an den über die deutsche Frage niedergesetzten Kammerausschuß ihrem wesentlichen Inhalt nach mit. Danach erklärte Fürst Schwarzenberg unterm 20 Jul. d. J.: Auf die von Bayern gebotene Grundlage hin wolle Oesterreich an weiteren Verhandlungen sich betheiligen. Die Absicht Bayerns zur Beschickung des Reichstags ließe gewichtige Vortheile absehen. Oesterreich könne den fraglichen Reichstag nicht beschicken, weil es sich nicht mit allen, sondern nur mit seinen deutschen Provinzen zu betheiligen vermöge, dieses aber nach Maßgabe der gegenwärtigen Verfassung rein unausführbar erscheine. Erst müsse man die festere Gestaltung Oesterreichs im Innern abwarten; vorderhand sey es willig die Bemühungen Bayerns anzuerkennen, soweit sie die Vertretung der österreichischen Particularinteressen bezielten. Oesterreich erkenne die Nothwendigkeit einer größeren Einigung Deutschlands und den dringenden Wunsch der Nation nach einer größeren, innigeren Vereinigung; keineswegs verkenne es daß den Vertretern der Nation eine Theilnahme an den gemeinschaftlichen Angelegenheiten gebühre. Es stimme überein mit den gemachten Vorschlägen über Bildung des Bundesorgans aus den einzelnen Staatengruppen in einer Vertretung durch 9 Mitglieder; es willige ferner darein daß Krieg und Frieden, die oberste Leitung der Waffengewalt, die Sorge für den Landfrieden, die Oberaufsicht über allgemeine Handelszwecke und Verkehrswege, über Münze, Maß und Gewicht, über Gesetzgebung, über die Geldmittel und Matrikularbeiträge jenem Centralorgan anheimgegeben werde; es genehmige die freie Bewegung der einzelnen Staatengruppen innerhalb ihres Bereichs, während im Bunde jeder Staat als Einzelstaat gelte; endlich stemme es sich nicht dagegen daß eine Nationalversammlung gebildet werde, die dem Bundesorgane beizugeben und deren Competenz nach jener dieses Organs zuzumessen sey." Schließlich gab der Hr. Minister noch bekannt daß seit dem Frieden neue Vorlagen zugesichert seyen, und daß der Kaiser von Oesterreich deßfalls selbst an den König von Bayern geschrieben habe.

-:- **München,** 25 Oct. Zwölfte Sitzung der Abgeordnetenkammer. Zum erstenmal nach mehrwöchentlicher Unterbrechung führt wieder Graf Hegnenberg-Dux den Vorsitz. Unser parlamentarisches Publicum ist indessen schon verwöhnt. Da heute keine Interpellation oder sonst ein „interessanter" Act in der Sitzung zu erwarten steht, sind die Galerien nur mäßig besetzt, obgleich die Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf in Betreff des Verfahrens bei Preßvergehen in der Pfalz den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet. Die bis dahin laufenden Einleitungsgeschäfte, Verlesung des Protokolls, ein paar Urlaubsgenehmigungen, endlich die Verlesung des beschlossenen Gesetzentwurfs über die provisorische Erhebung der Steuern für 1849/50 sind auch in der That ohne besonderes Interesse. Der erwartete Vortrag des Berichterstatters des ersten Ausschusses über den Antrag des Justizministers zur Genehmigung des gegen den Abg. Schüler erlassenen Vorführungsbefehls wird in der heutigen Sitzung noch nicht erstattet. Als die allgemeine Discussion über den Gesetzentwurf betreffs des Verfahrens bei Preßvergehen in der Pfalz eröffnet ist, benutzt dieß nur der Abg. Heine, um dem sechsten Ausschuß zwei von ihm eingebrachte und auf der heutigen Einlaufsliste befindliche Anträge vor der Berathung über den Preßstrafgesetzentwurf zur Beachtung zu empfehlen. Einer derselben will die Organisation einer Anklage-Jury bei dem Mißbrauch der Presse, der andere die Bestimmung dieser Jury zur Competenz eines Polizei- und Ehrengerichts in Preßverunglimpfungen, beziehungsweise für Privatinjurien, durch die Presse gesetzlich festgestellt sehen. Ferner bemerkt Ministerialrath Molitor in Rücksicht darauf daß der ganze vorliegende Gesetzentwurf durch die Ausschußanträge formell umgestaltet ist, wie trotzdem sowohl aus Zweckmäßigkeitsgründen als nach der Geschäftsordnung die Discussion vom Regierungsentwurf auszugehen habe — eine Anforderung welche sowohl vom Präsidenten als vom Berichterstatter als selbstverständlich anerkannt wird. Damit schließt die allgemeine Debatte, und ohne fernere Discussion wird auch der vom Ausschuß ungeanstandete Art. I des Entwurfs einstimmig angenommen. Er stellt nur den Grundsatz der Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte fest, während die folgenden Artikel die Abänderungen bezüglich der Verweisung, Verhandlung und Aburtheilung des für Verbrechen vorgeschriebenen Verfahrens enthalten. Principiell am wichtigsten erscheint darum Art. II; und besonders ist es hier ein vom Ausschuß beliebter Zusatzantrag, wonach in allen Preßvergehenssachen vom Richter dem Begehren des Beschuldigten auf Freilassung gegen genügende Sicherheitsstellung entsprochen werden „muß", welcher zu den folgenden weitläuftigen Debatten Veranlassung gibt. Zunächst erhebt sich der zweite Präsident Weiß dagegen daß, während bei allen andern Vergehenssachen die Freilassung oder Einhaltung des Angeklagten dem Ermessen des Richters anheimgestellt ist, ihm hier ein Zwang auferlegt werde dem sogar unter Umständen die pfälzische Gesetzgebung mit directen Bestimmungen entgegenstehe. Man schaffe mit diesem Zusatz, schließt der

Redner, ein Privilegium für einen einzelnen Fall und komme damit in Gefahr die Einheit der Gesetzgebung zu verletzen. Diesen juristischen Ausführungen tritt Abg. v. Wening-Ingenheim ebenfalls mit juristischen Gründen für den Zusatz entgegen. Von dem rein rechtswissenschaftlichen Felde führt aber der Abg. v. Lerchenfeld die Discussion auf einen allgemeinern Auffassungsstandpunkt hinüber, obgleich auch er von dem Gedanken ausgeht sich deßhalb gegen den Zusatz feierlichst verwahren zu müssen weil derselbe weder in der diesseitigen noch in der jenseitigen Gesetzgebung gerechtfertigt sey. Unter die Krankheiten unserer Zeit welche die Folgen langjähriger Unterdrückung und Nichtbeachtung der öffentlichen Wünsche seyen, gehöre auch eine krankhafte Sympathie für die Presse. Nachdem man 30 Jahre die Presse unterdrückt, nachdem man ihr die Möglichkeit genommen den Wünschen des Volkes ihre Stimme zu leihen, habe sich eine solche Sympathie für die Presse erhoben daß man alles was von ihr ausging, gleichsam mit einem Heiligenschein umgeben sah, und so haben die Preßvergehen sich einer besondern Sympathie zu erfreuen gehabt, deren Gewehr-, Messer- und Giftvergehen sich nicht zu erfreuen hätten. Seiner Ansicht nach sey die Presse, wenn ein Vergehen damit begangen werde, nichts weiter als ein Werkzeug von Vergehen; ob nun die Vergehen durch Gewehr, Arsenik oder andere Werkzeuge begangen seyen, könne keine Modification bezüglich der Strafbarkeit oder Behandlung begründen. Es habe eine Zeit gegeben wo es ein sehr undankbares Geschäft gewesen in der Presse die Wünsche des Volkes zu vertreten. In jener Zeit haben meist nur solche Männer dieß Geschäft betrieben die durch inneren, wahrhaften Beruf sich unwillkürlich dahin getrieben gefühlt den Wünschen des Volks durch dieselbe ihre Stimme zu leihen, soweit dieß möglich gewesen. In Frankreich wo man nach Abschaffung der Censur durch hohe Cautionen eine Art von privilegirtem Stand der Presse geschaffen, habe bis zum Jahr 1848 wirklich nur eine Classe von gebildeten, gediegenen Publicisten mit der Presse sich beschäftigen können, weil die Gesellschaften, welche eine Caution von 100,000 Franken stellen mußten, nicht dem nächsten besten Burschen das Geschäft hätten übertragen können. Bei uns sey es nicht so: die Censur die schon im Jahr 1815 hätte fallen sollen, sey verewigt worden bis zum Jahr 1848, und was Bayern speciell anbelange, so werde jeder der die bayerischen Zustände kenne, zugeben müssen daß sie namentlich seit dem Jahr 1832 mit stets steigender Härte geübt worden sey. Der Zustand der Unterdrückung der Presse, der damals stattgefunden, hätte nicht stärker seyn können. Im Jahr 1848 sey mit einemmal die Presse von jenen Banden der Censur, von allen Prohibitivgesetzen befreit worden, und sie sey, wie dieß unvermeidlich der Fall seyn müsse, wenn in Momenten der höchsten Aufregung mit einemmal alle Schranken fallen, zum Theil in die Hände von Menschen übergegangen die wahrlich nicht die mindeste Theilnahme verdienen. „Glauben Sie nicht daß ich die Ehrenmänner welche sich mit der Presse befassen, im geringsten zu mißachten im Stande wäre. Ich selbst zähle unter den Männern der Presse sehr theure Freunde, mit denen ich jahrelang Hand in Hand gegangen bin und Hand in Hand gewirkt habe, von denen ich mich zum Theil im Jahr 1848 schweren Herzens getrennt habe, weil sie geglaubt haben auch da noch auf der Bahn der Opposition fortschreiten zu müssen, wo mir die Pflicht zu gebieten schien der sich überstürzenden Bewegung Einhalt zu thun." Er glaube, die Aufgabe der Presse sey die der Bewegung voranzugehen, in Zeiten der Unterdrückung, der dumpfen Ruhe anzuregen, damit den Bedürfnissen des Volks Recht widerfahre; in Zeiten wo die Bewegung in Ueberstürzung auszuarten drohe, zur Mäßigung aufzufordern und zu warnen vor den Folgen solcher Uebereilung. Er sey, wie gesagt, der letzte welcher auf die Männer der Presse im allgemeinen einen Stein werfen möchte, aber wir haben in Bayern Erscheinungen erlebt welche wahrlich beweisen daß die Präsumtion, es finden nur Ehrenmänner, es finden nur Männer von hoher Bildung in ihr Platz, eine irrige sey. Es habe sich bei uns zum Theil eine Classe von Menschen derselben bemächtigt welche wirklich mit den schlimmst-beleumundeten des Strafgesetzbuches die Vergleichung nicht zu scheuen brauchte, Leute bei denen unser altes bayerisches Strafgesetzbuch die Präventivhaft nicht nur zulasse, sondern sie fordere. Diesen Ausführungen tritt Abg. Fürst Wallerstein zunächst mit der Bemerkung entgegen daß allerdings der Zusatzantrag eine Ausnahme bedinge; allein das ganze Gesetz sey ja eine solche, da die pfälzische Gesetzgebung für sonst kein Vergehen als durch die Presse Assisen kenne. Dann wendet er sich gegen die beiläufige Bemerkung des Vorredners daß in Bayern von 1832 bis 1847 die Censur mit steigender Härte geübt worden sey. Er stehe diesem Angriff gegenüber, wie neulich bei Gelegenheit der Besprechung der Pensionsverhältnisse dem Angriff daß er als Minister nicht in Ausführung gebracht was er jetzt als so wünschenswerth bezeichne. Auch jetzt werde er durch das Gesetz über Einhaltung des Amtsgeheimnisses an denjenigen Aufklärungen gehindert die er wohl zu geben vermöchte. Er wolle sich also nur auf offenkundige Thatsachen zur Entgegnung berufen. 1830 sey die Censur in Bayern eingeführt, 1831 die Censurfreiheit für innere Angelegenheiten festgestellt worden. Diese blieb bis 1837 und zwar unter dauerndem, doch endlich siegreichem Kampf gegen den Bundestag. 1848, als der Redner zum andernmal ans Staatsruder getreten, habe er die Censur vorgefunden. Man habe ferner von den großen Sympathien für die Presse und der Nothwendigkeit gesprochen ihnen entgegenzutreten. Ja, die Presse habe sich überschlagen, habe sich's ein Jahr lang recht wohl seyn lassen, indessen sey dieselbe durch die jetzige Herrschaft der Reaction auch wieder genugsam beschränkt. Eine Erinnerung des Redners an das Schicksal der drei beinahe seit Jahresfrist in Untersuchungshaft befindlichen Münchener Redacteurs führt ihn endlich zu dem Schluß daß es jetzt wahrlich an der Zeit sey gegen solche Präventivhaft einen Schutz zu schaffen. Und dieß bezwecke der Ausschußantrag. Die Mahnung des Präsidenten gegen die Heranziehung abseits liegender Dinge in die Debatte wird vom Redner ziemlich scharf und unsers Erachtens mit vollem Recht zurückgewiesen, umsomehr als dem Vorredner volle Freiheit sich zu ergehen gestattet worden. Abg. v. Breitenbach entschädigt uns übrigens für etwa vorgekommene Abweichungen durch eine streng juristische Ausführung für den Gesetzentwurf, und Abg. Morgenstern führt die Frage darauf zurück ob die provisorische Haft nur Sicherung oder eine Art Strafe seyn solle? Sie vom richterlichen Ermessen abhängig zu machen sey ein gefährlicher Mißbrauch, selbst gefährlicher als die Möglichkeit daß bei der Cautionsleistung ein Mißbrauch entstehen könne. Schließlich spricht sich der Redner sehr stark aus gegen den von einem Vorredner aufgestellten Unterschied zwischen solchen Schriftstellern die aus innerm Drange schreiben und solchen denen die Schriftstellerei als Erwerbsmittel diene. Abg. v. Lassaulx verfällt im Eingange seiner Rede in einen so unparlamentarischen Cynismus, daß wir rücksichtsvoll zu seyn glauben wenn wir schweigend darüber hingehen. Der Sinn der leidenschaftlichen Worte ist daß neben der Freiheit die strengste Gesetzesübung bestehen müsse, daß also eine solche Ausnahme, wie sie der Zusatzantrag wolle und die doch meistens zu Gunsten des litterarischen Proletariats geschaffen sey, keine Berechtigung habe. Der Abg. Dr. Bayer protestirt entrüstet gegen die Verdächtigung der freien Erzeugnisse des menschlichen Geistes. Der Vorredner habe sich, um diese heilige Sache in Schmutz zu ziehen, an eine Stelle in Auerbachs Keller gehalten; er erinnere ihn an ein anderes Wort im Faust:

> Die wenigen die was davon erkannt,
> Die, thöricht gnug, ihr volles Herz nicht wahrten,
> Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
> Hat man von je gekreuzigt und verbrannt.

Unter den übrigen Rednern für und gegen den Zusatzantrag (Abgg. Weiß, Lang, Kirchgeßner) heben wir nur den Abg. v. d. Pfordten aus. Er weist besonders auf die Rückwirkung hin welche eine solche Ausnahmsbestimmung auf das moralische Bewußtseyn des Volks üben müsse, indem sie die Ansicht verbreite Preßvergehen seyen milder als andere Vergehen zu beurtheilen. Er verkenne allerdings nicht den hohen Werth des freien Wortes, nicht die Erhabenheit der Presse, der Litteratur überhaupt. Aber sie könne auch benutzt werden um die Anregung zu ganz gemeinen Verbrechen, zu Diebstahl etc. zu geben. Gerade weil sie den leichtesten Weg biete um auf die Menschen und die öffentliche Meinung zu wirken, müsse die Gefahr ihres Mißbrauchs vom Gesetz mit verdoppelter Wachsamkeit verhindert werden. Es bestehe nun heutzutage die Gefahr der Großmannssucht, welche sich berufen glaube die Fugen der Welt wieder einzurichten, es bestehe auch die Gefahr daß Recht und Gesetz von unreifen Knaben verhöhnt und geschändet würden. Dieser Gefahr muß durch die Gesetzgebung aufs entschiedenste entgegengetreten werden. Darum, meine Herren, erzeugen Sie nicht im Volke den Gedanken, von der Presse begangene Verbrechen seyen minder strafbar und minder verderblich als andere Vergehen! Die Schlußworte des Referenten Boyé für den Zusatzantrag bleiben jetzt wirkungslos, und es wird der Artikel zwar nach der Ausschußfassung, doch ohne jenen Zusatz angenommen. Mit der Verhandlung über den zweiten Abschnitt ist die principielle Debatte des Gesetzes geendet; die übrigen Abschnitte dienen mehr oder minder der formellen Feststellung des Verfahrens, erregen daher wohl hier und da juristische Bedenklichkeiten, führen aber nicht zu Discussionen von allgemeinerem Interesse. Wir dürfen darum auch mit wenigen Worten über die nun folgenden Artikel des Gesetzes hinweggehen. Zu dem dritten, vierten und fünften Abschnitt ist keine Abänderung beantragt, und so werden sie sämmtlich ohne Discussion angenommen. Der sechste Abschnitt wird in der vom Ausschuß beantragten Fassung, der siebente, achte und neunte dann wieder ohne Verhandlung in der ursprünglichen Form beliebt. Juristische Verhandlungen erheben sich hierauf allerdings über die folgenden Paragraphen und bedingen deren Fassung. §. 12, vom Ausschuß in den ursprünglichen Entwurf eingeschoben, enthält Bestimmungen über die Beweisführung der Einrede der Wahrheit welche einer Verleumdungsklage entgegengesetzt wird. Die Frage der Discussion, woran sich Fink, Wallerstein, v. d. Pfordten u. a.

betheiligen, ist eigentlich nur, ob der Artikel nicht eine Art von Aufforderung zum Eindringen in das Innere des Familienlebens enthalte. Da diese Gefahr aber durch einfache Fassungsänderungen beseitigbar erscheint, wird auch dieser Abschnitt nach der Fassung des Ausschusses beliebt. Aehnlich ergeht es mit den Abschnitten 13 bis 20 (12 bis 19 des ursprünglichen Entwurfs), welche sämmtlich nach der Fassung des Ausschusses zum Beschluß erhoben werden. Endlich ergibt die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz 121 bejahende gegen 4 verneinende Stimmen.

|| **München**, 26 Oct. (Dreizehnte Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Der ungewöhnlich starke Besuch der Galerien zeigte die Theilnahme welche das Publicum dem Talente Schülers und darum auch der bekannten Verhaftungsfrage zollt. Nachdem mehrere uninteressante Gegenstände erledigt waren, erstattet Rudhart seinen Vortrag, den Sie in seinen Conclusionen bereits kennen. Die Debatte eröffnet Kirchgeßner mit einem Antrage, der den des Ausschusses dahin modificiren würde daß Schüler nicht eher verhaftet werden könnte als bis die Anklagekammer über ihn entschieden hat. Rubner stellt den einfachen Antrag, dem ministeriellen Ansinnen keine Folge zu geben. Morgenstern unterstützt diesen vom politischen und praktischen Standpunkte aus, Tafel, indem er das ganze Verhalten Schülers aus dessen Stellung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung und aus der damaligen Stimmung in der Pfalz zu rechtfertigen sucht. Dr. Heine ist, indem er eine höhere politische Anschauung durchführt, gegen die engherzig juristischen Motive des Ausschusses, aber auch gegen den Eintritt Schülers; die Revolution sey zu groß gewesen um mit glatten Uebergängen zu schließen; sie soll als Tragödie und nicht mit Schwätzereien enden. Dieses Votum ruft wie auch das Tafel'sche einige Zwischendebatten hervor. In der Hauptfrage sprechen noch Stöcker, Gelbert, Binder, Crämer und Fürst Wallerstein für den Rubner'schen, Ruland, Lerchenfeld, Allioli und Westermayer für den Ausschußantrag. Der Ruf nach Schluß beraubt uns des Vergnügens Hrn. Lassaulx, der bereits begonnen, hören zu können. Minister Kleinschrod und der Referent gehen die Einwürfe durch welche gegen den Ausschußantrag gemacht wurden, und die Verhandlung schließt mit der namentlichen Abstimmung über den Ausschußantrag. Dieser wird mit 73 gegen 51 Stimmen angenommen; es ist sonach die Zustimmung der Kammer zum Vollzug des gegen Schüler erlassenen Vorführungsbefehls unter dem Vorbehalt ertheilt zu einem etwa später zu erlassenden Verhaftsbefehl die Genehmigung zu geben. Fünf Pfälzer stimmten mit der oben angegebenen Majorität: Prinz, Heine, Jäger, Lang und der zweite Präsident Weiß.

*** **Vom Lech**, 26 Oct. Das Unerhörte, das Tragikomische ist geschehen: Fallmerayer, der Geschichtschreiber von Morea und Trapezunt, ein Denker und Gelehrter von jener ernsten, gediegenen und zugleich einer classischen Feder mächtigen Gattung welche Bayern gerade nicht im Ueberfluß besitzt, wird einem Dieb und Landläufer gleich mit Steckbriefen verfolgt; mit „Hui und Schrei," wie die Engländer sagen, mit Spießen und Stangen wird auf den Fragmentisten gefahndet. Weil er wünschte daß Deutschland kein Flickwerk von Fragmenten bleibe, sondern zu einem Ganzen zusammenwachse, hielt er, nachdem das Verfassungswerk in Frankfurt gescheitert, in zäher Hoffnung am Parlament fest, und zog mit Uhland nach Stuttgart. Auch Schreiber dieses betrachtet das Stuttgarter parlamentarische Nachspiel als einen argen Fehlgriff — eine politische Thorheit, wenn man will; aber solange die große Mehrzahl der Deutschen des Glaubens lebt daß die deutsche Nationalversammlung ihrem Sinn und ihrer Aufgabe nach eine constituirende Körperschaft war — und was seitdem geschehen kann in der That diesen Glauben nur bestärken — so lange wird es schwerlich gelingen die öffentliche Meinung in Deutschland zu überzeugen daß eine Justizbehörde berechtigt sey jene Männer, was sie auch theoretisch geirrt haben mögen, nachträglich mit Steckbriefen zu verfolgen. *) Consequent mag es seyn; ob es aber, trotz alle dem und alle dem, auch klug ist die öffentliche Meinung zu mißachten, das stehe dahin. — Hrn. Fallmerayer fehlen, wie es in seinem Signalement heißt, die „vorderen" Schneidezähne; aber die hinteren sind ihm geblieben, und so Gott will! trotz der Auswanderung nach Stuttgart, auch der Weisheitszahn. Er wird beide zu gebrauchen wissen.

= **München**, 25 Oct. Dr. Kirchgeßner und dreißig seiner Collegen in der Kammer der Abgeordneten haben an das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Bauten eine Anfrage gestellt, lautend: „Obwohl durch das Gesetz vom 23 Mai 1846 der Bau einer Eisenbahnlinie auf Staatskosten von Bamberg über Würzburg nach Aschaffenburg bis an die Landesgränze beschlossen, und durch eben dieses Gesetz die Beschaffung der erforderlichen Mittel durch ein Anlehen bewilligt, auch durch das Gesetz vom 30 Nov. 1847 für die nöthige Deckung des Bedarfs weitere Fürsorge getroffen ist, obwohl die Vorarbeiten für diesen Bahnbau auch schon so weit gediehen und von Seite des Staats schon viele Grundstücke erworben sind, so wurde dennoch die Arbeit eingestellt, was die ergebenst Unterzeichneten zu der Anfrage veranlaßt: 1) Warum dem Gesetz vom 23 Mai 1846 nicht fernerhin nachgekommen wurde? 2) Ob die für diesen Bahnbau bewilligten Mittel bereits aufgebracht und ob die aufgebrachten Mittel bereits hiefür verwendet seyen."

Württemberg. Ulm, 28 Oct. Auf Grund eines Beschlusses des vormaligen deutschen Bundes, wonach die Bundesfestung Ulm mit 3000 württembergischen, 3000 österreichischen und 3000 bayerischen Truppen zu besetzen ist, soll unsere Regierung eingewilligt haben daß Ulm nunmehr eine österreichische Besatzung erhalte. (Schw. M.)

Ein Schreiben aus Stuttgart vom 24 Oct. (in der Karlsr. Z.) sagt: General v. Rüpplin habe als Kriegsminister seine Entlassung eingereicht. Als wahrscheinlicher Nachfolger werde der bisherige Chef des Generalstabs, Oberst Bauer in Ludwigsburg, genannt. Stuttgarter Blätter erwähnen davon nichts. Die Sage scheint daher zu den in der letzten Zeit über das württembergische Ministerium geflissentlich ausgestreuten falschen Gerüchten zu gehören.

Gr. Baden. ÷ **Rastatt**, 25 Oct. Von sechs standgerichtlichen Verhandlungen nur das Ergebniß. Den 23 wurde der Commandant der Durlacher Bürgerwehr, Nachfolger des als Gefangener am Nervenfieber gestorbenen bekannten Gastwirths Baumer, angeschuldigt an Gefechten Antheil genommen zu haben, vor die ordentlichen Gerichte gewiesen. Nachmittags verurtheilte das Standgericht einen gewissen Mühlseith, der von der Universität in das Zuchthaus gewandert und demselben durch die Revolution entrissen war, wieder hineinzukommen. Die Vertheidigung durch Advocat Heimerdinger, die Zeugenaussage und Anklage bot eher Stoff zur Heiterkeit als zum Bedauern. Den 24 wurden die Lieutenants Weick und Biesele, ersterer von seinem Vater, letzterer von Prof. Fickler vertheidigt, nach fast zwölfstündiger Verhandlung vor das ordentliche Gericht verwiesen. Heute traf gleiches Loos einen hiesigen Bürger Unkel, vom Gerücht und der Anklage als Hauptwühler bezeichnet, und die Verhandlung gab wieder einen Beitrag zu dem schon vor drei Monaten ausgesprochenen Satz: daß die hiesige Bürgerschaft bei der Revolution sich bei weitem weniger betheiligt habe als man auswärts anzunehmen geneigt war. Bürgermeister Sallinger und mehrere Bürger wurden vom Kriegsministerium vor die ordentlichen Gerichte gewiesen und gegen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt. Ein Befehl des Festungscommandanten verbietet in den Spitälern und Krankenhäusern, wo Gefangene sind, an das Fenster zu treten. Auf die Uebertreter haben die Wachen Befehl — zu schießen! (?)

Freiburg, 22 Oct. Heute stand vor dem hiesigen Standgericht Kaufmann Damas Rauch von Grafenhausen. Schon bei den April- und Septemberputschen betheiligt, aber amnestirt, ward er in seiner Gegend eines der willfährigsten und thätigsten Werkzeuge der dritten Erhebung. Bereits am 8 Mai drang er in seiner Heimath auf Volksbewaffnung wirkte dann nach der Offenburger Versammlung eifrig im Interesse der Revolution, und entsetzte namentlich den dortigen Pfarrer seiner Stelle. Der Angeklagte zeigte in den Verhandlungen einen sehr heftigen, leidenschaftlichen Charakter, was, verbunden mit der kleinlichen Künstelei des Abläugnens und Deutelns, nicht zu seinem Vortheile wirken konnte. Er wurde einstimmig zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt.

Thüringen. In den Sitzungen des schwarzburg-sondershausischen Landtags am 10 und 15 Oct. war die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs Gegenstand der Verhandlung. Unter den Anträgen die gestellt wurden, befand sich auch folgender: „Ist der Landtag aufgelöst worden, und wird ein neuer Landtag innerhalb der gesetzlichen Frist von 30 Tagen nicht einberufen, so tritt der neugewählte oder, falls die neuen Wahlen eine zur Beschlußfähigkeit des Landtags erforderliche Anzahl von Abgeordneten nicht ergeben haben oder ganz unterblieben sind, der zuletzt versammelt gewesene Landtag aus eigener Macht zusammen." Er wurde vom Landtag einstimmig angenommen. Auf dem weimarischen Landtag wurde am 21 d. das Ministerium darüber befragt: ob sämmtliche deutsche Regierungen,

---

*) Die ministeriellen Motive zu dem eben in die Kammer gebrachten Amnestiegesetz besagen: „Wegen Ableistung des Eides auf die Reichsverfassung, wegen Unterwerfung unter die usurpatorische Gewalt und wegen Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen des nach Stuttgart übergesiedelten Theiles der deutschen Nationalversammlung soll, ohne Unterschied der Person, eine strafgerichtliche Verfolgung weder fortgesetzt, noch eröffnet werden. Hinsichtlich der zuletzt erwähnten Handlung ist die Amnestirung durch den Umstand gerechtfertigt daß sich bei den Gerichten eine Verschiedenheit der Ansichten über das Vorhandenseyn eines strafrechtlichen Reates auf Seite derjenigen Personen ergeben hat welche an den Berathungen zu Stuttgart Antheil genommen haben."

und namentlich die weimarische, um ihre Zustimmung zu dem am 30 v. M. zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Vertrag über die neue provisorische Reichsgewalt befragt worden seyen? Ob letztere ihre Zustimmung zu diesem Vertrag ertheilt habe, und was, wenn diese zweite Frage verneint würde, die Regierung zu thun beabsichtige um ihr und des Landes Recht zu wahren?

Aus **Weimar** erhalten wir die Trauerkunde von dem am 21 Oct. erfolgten Tode des Kanzlers Friedrich v. **Müller**, eines der ältesten und treuesten Freunde Goethe's.

K. Sachsen. b **Dresden**, 23 Oct. Die Wahlen sind in vollem Gange. Die ersten Ergebnisse zeigen zwar unter 13 Abgeordneten 9 conservative, aber unter diesen bereits den suspendirten Heubner und den Officier Müller, welcher demokratische Reform ins Militär gebracht sehen wollte. Es scheint sich zu bestätigen daß unsre Truppen in überwiegender Zahl demokratisch wählen, und allen Anzeichen nach wird, trotz veränderter Zeitstimmung, ein sehr starkes, der Majorität nahe kommendes Contingent Radicaler in die Kammern bringen. Was hilft nun? Hier hat man sich im ganzen sehr milde angestellt gegen die Aufrührer vom Mai. Sie werden doch gewählt. Auf der andern Seite freilich hat man dieß von oberflächlichem Demokratismus tief durchfressene Land in der Hauptfrage, in der deutschen Frage, neuerdings auch in seinen bessern Bestandtheilen demoralisirt. Wo soll da Halt und Hülfe herkommen wenn von oben und aus den ohnehin dürftigen conservativen Kreisen in der heiligsten Frage des Vaterlands immer wieder von neuem ein trügliches Spiel getrieben wird! Müssen nicht die Leute an allem irre werden? Nirgends sind seit dem Frühjahr die wieder erwachten particularistischen Gelüste eifriger gepflegt und auf Kosten eines möglichen Bundesstaats künstlicher vorgeschoben worden als in unserm Lande. Unsre Stadt ist auffallenderweise treuer und consequenter in der deutschen Sache als Leipzig, wo trotz Handelslebens der neidisch-sächsische Kleinstaatersinn noch mächtiger ist. Mit ein paar Stimmen Majorität nur ist dort der bundesstaatlich gesinnte Koch durchgebracht worden, obwohl er erster Bürgermeister, und als solcher nicht nur sehr populär, sondern auch stetem Herkommen gemäß der Erwählung sicher ist. Einen Vollblut-Particularisten Namens Poppe, einen Radicalen und übrigens Kaufherrn von leidlicher Farblosigkeit in der vaterländischen Sache, hat man dort erwählt. Und zwar recht mit Bedacht, recht gerade darum. Nach einer solchen Erhebung erleben wir, ich möchte fast sagen die Schmach, daß es Loosung wird für die Wahlen: die deutsche Frage offen zu lassen, in der deutschen Frage jetzt noch — für **nichts** entschieden zu seyn. Wunderbar sind doch die Wege der Geschichte! Wer hätte an diesen gedacht, einen kleinen Parcicularstaat, welcher bereits durch phrasenhafte Demagogie nahe an den Rand des Abgrunds gebracht worden, dem Abgrund recht unscheinbar noch einen Schritt näher zu bringen! Was soll denn stützen, wenn nicht moralisches Ansehn? Und was konnte es denn auch bei uns für einen Eindruck machen als unser in Gesellschaft Hannovers gemachter Vorbehalt aus dem Verwaltungsrath in die Zeitungen kam? Der Eindruck war der peinlichste den wir seit langer Zeit erlebt. Im Augenblick der Noth zur Beschwichtigung des gerechtesten Bedürfnisses ein Bündniß geschlossen, und dem Bündnisse eine Clausel angehängt des Inhalts daß — dieß Bündniß nichts zu bedeuten habe, weil es unter den Bedingungen der Clausel eine offenkundige Unmöglichkeit war. Man fragte sich vielfach: war denn v. d. Pfordten damals noch Minister? Das Ministerium selbst, nicht gerade stark genug zum Sündigen, verspürte die Gefahr dieses peinlichen Eindrucks, und suchte sofort in der Leipziger Zeitung damit zu beschwichtigen daß es ja nicht so arg werden dürfte. Wir sind seiner Meinung und sind überzeugt daß es vollen Schrittes in den neuen Reichstag hinein wird gehen müssen, sind überzeugt daß diese particularistischen Velleitäten alter Schule keine practischen Folgen haben werden, aber warum die moralischen auf sich laden? Der Landtag, wie er auch ausfallen mag, wird von den Thatsachen bestimmt werden welche sich jetzt häufen. Die eben angekommene Erklärung Preußens gegen den Vorbehalt, das Beste und Energischste was seit Jahren von Preußen ausgegangen, macht hier einen außerordentlichen Eindruck. Man hält jenen unseligen Vorbehalt von nun an für beseitigt. . . Die Führer der Bundesstaatspartei in Sachsen werden übrigens doch größtentheils in die Kammer kommen. Man erwartet diese Richtung von den frühern Ministern Held und Weinlig, und auch v. Carlowitz, die bereits sämmtlich hier gewählt sind. Eben höre ich daß auch Biedermann in Meißen erwählt sey. Von ihm ist dieser Tage ein Band erschienen, „Erinnerungen aus der Paulskirche," welcher Charaktere, Parteiwesen und besonders die letzten Monate der Nationalversammlung, auch die Kaiserdeputation ausführlich schildert. Was haben all diese Leute in jenem stürmischen Leben gelernt! Biedermann schrieb sonst doctrinär und etwas trocken; dieß Buch ist lebendig und anschaulich geschrieben und wird zahlreiche Leser finden. Es hält in seinen Urtheilen den Standpunkt des linken Centrums fest. Haym ist ganz rechtes Centrum in seinem „die deutsche Nationalversammlung." Laube in seinem „ersten deutschen Parlament" — dessen dritter und letzter Band für nächste Woche erwartet wird, ist, scheint mir, reines Centrum, mitten inne zwischen jenen beiden. Allmählich werden wohl auch die äußern Seiten kommen. Ich höre, eine Darstellung von Vogt sucht einen Verleger bis jetzt ohne ihn zu finden. Von Droysen sind die Protokolle des Verfassungsausschusses bald im Druck vollendet, eine werthvolle Gabe für denjenigen welcher dem Ursprug der Dinge nahe kommen will. Es soll dieß eigenthümliche Werk sehr gut angeordnet seyn.

Dresden, 22 Oct. Es ist ein bedenkliches und charakteristisches Zeichen für die Stimmung im Lande, daß gerade in Pillnitz wo der König seit mehreren Monaten weilt, die Landtagswahlen radical ausfallen. Es sind dort mit bedeutender Majorität Schaffrath, und der noch in Haft befindliche Dr. Theile gewählt. (W. Z.)

Hannover. **Hildesheim**, 18 Oct. Das Domcapitel hieselbst hat den bisherigen Generalvicar, Domcapitular Wedekin, während der Sedisvacanz zum Vicarius Capituli erwählt.

Hannover, 23 Oct. Das Bürgervorstehercollegium hat heute einstimmig, der Magistrat durch Mehrheit beschlossen die augenblicklich von der Regierung geübte Polizeiverwaltung der Stadt selbst wieder zu übernehmen, und mit der Regierung über die definitive Zurückgabe derselben an die Stadt Unterhandlungen anzuknüpfen.

Preußen. **Düsseldorf**, 21 Oct. Wesendonck ist nach Amerika abgereist, und wird vorläufig in das New-Yorker Haus Borschigk und Wesendonck als Commis eintreten.

§ **Berlin**, 24 Oct. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer antwortete Hr. v. Radowitz auf die Interpellation des Abg. v. Beckerath wegen der neuen Centralgewalt und der Gründung des engern Bundesstaats in einer vielfach von Beifall unterbrochenen, sehr eindringlichen Rede. Er schilderte was Preußen mit dem Bundesstaat gewollt, wie es das zuerst gesteckte Ziel nicht erreicht habe, und dadurch einen zweiten Weg einzuschlagen genöthigt worden sey: innerhalb des Territorialumfangs des völkerrechtlichen Bundes von 1815 einen staatsrechtlichen Verband für diejenigen Staaten zu bilden welche hiezu mit Preußen das Bedürfniß fühlen. Er wies nach wie unter solchen Umständen die Gründung einer neuen Centralgewalt gefordert gewesen sey durch das Recht, durch das praktische Bedürfniß und durch höhere politische Rücksichten. Preußen habe dafür gesorgt daß die neue Behörde keine Hemmung werden könne für das Zustandekommen eines engern Verbandes. Aber nur **positiven** Hindernissen habe es keinen Eingang gewährt; aus den Gefahren und Verlegenheiten welche die Zertrümmerung der Bundesverfassung mit sich bringe, Nutzen zu ziehen, habe es verschmäht. In Bezug auf den zweiten Theil der Interpellation eröffnete der Redner, Preußen habe beantragt daß die Wahlen zu dem ersten Parlament des deutschen Bundesstaats am 15 Januar k. J. überall beginnen, und daß dieses in **Erfurt** zusammentrete. An dem Entwurf seyen durch die veränderte Lage der Dinge Modificationen nöthig geworden in Bezug auf Namen (den glorreichen Namen **Reich** schon jetzt für einen **Theil** der deutschen Staaten in Anspruch zu nehmen habe nicht angemessen geschienen!), in Bezug auf die Zahlen zum Staatenhause und das Fürstencollegium. Der Widerspruch Hannovers gegen die Bildung eines engern Bundesstaats überhaupt, die mit Sachsen gemeinschaftlich abgegebene Erklärung gegen die Einberufung des Reichstags könnten kein Grund seyn von dem Schritte abzustehen den alle Vaterlandsfreunde mit Recht erwarten. In der preußischen Entgegnung sey sowohl der gänzliche Ungrund der **späten** Behauptung Hannovers, als die Verpflichtungen nachgewiesen die es zu erfüllen habe. „Preußen — so schließt der Redner — hat diesen Weg furchtlos betreten, es wird ihn vorwurfsfrei enden; sein Ziel sey ein freudiges oder schmerzliches, ein nahes oder ein fernes." (Lauter Beifall.) Alle Tribünen waren überfüllt; auch die der ersten Kammer, die Diplomaten- und Hofloge. In der letztern bemerkte man den Prinzen von Preußen neben dem General v. Wrangel, und den ältesten Sohn des Prinzen. Die Kammer fuhr nach der Rede des Hrn. v. Radowitz in der Discussion über die Zusammensetzung der ersten Kammer fort.

Die ungarischen Flüchtlinge scheinen ihre Auswanderung nach Amerika nicht ganz mittellos angetreten zu haben. Klapka hat hier in Berlin die Summe von 200,000 Thaler Gold in Wechsel auf England umgesetzt. (Const. Corresp.)

Potsdam, 21 Oct. Heute hat eine Deputation des hiesigen Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung Alexander v. Humboldt, mit Bezug auf seinen 80jährigen Geburtstag, in einer Adresse den Ehrenbürgerbrief überbracht.

Die vor **Stralsund** gelegene Insel Dänholm ist kürzlich vom Staat für 15,000 Thlr. gekauft worden, damit sie bei der projectirten Anlage eines Kriegshafens zweiter Classe benutzt werde.

Mecklenburg. Ludwigslust, 21 Oct. Gestern fand hier die
Vermählungsfeier der Herzogin Louise mit dem Fürsten Hugo v. Win-
disch-Grätz statt.

Oesterreich. * **Wien**, 23 Oct. Der amtliche Theil der Wiener
Ztg. enthält wieder eine Reihe wichtiger Gesetze. Das erste, eine Pro-
vincialverfassung für Görz und Istrien, entscheidet die Lebensfrage der
Stadt Triest. Der Fortbestand des Freihafenprivilegiums erscheint den
verfassunggebenden Ministern als Bedingung „daß nicht der Flor und Auf-
schwung dieses Hafens und Handelsplatzes der Monarchie gehemmt, seine
national-ökonomische Bedeutung zum mitempfundenen Schaden der Bin-
nenländer verloren gehen solle.“ Bei der Stadt Triest werden also Orts-,
Bezirks und Landesgemeinde zusammenfallen und ein Statthalter in der
„reichsunmittelbaren“ residiren. Görz und Istrien wird zu einem Kron-
land vereinigt, so jedoch daß Görz und Gradiska einen, Istrien den andern
Kreis bilden, jeder mit selbständiger Kreisregierung und Kreisvertretung,
welche dem gemeinsamen Statthalter in Triest untergeordnet sind. Das
Gesetz selbst ist seinem Inhalt nach Muster einer publicistischen Arbeit.
Gerade in dem schmalen Uferstück am adriatischen Meer vereinigten sich
alle Schwierigkeiten das wunderliche Kaiserreich unter streng durch-
geführte einheitliche Normen zu bringen, und von der Schwierigkeit der
Gesetzgebung entwirft der Vortrag in seinen Motiven selbst ein klares
Bild. „Wirft man einen Blick, heißt es in der Einleitung auf die historische
und staatsrechtliche Gestaltung jener bis nun administrativ vereinigten Lan-
destheile, so zeigt sich daß die Stadt Triest mit ihrem Gebiet von jeher eine
Art exceptioneller Selbständigkeit behauptet habe; der Istrianer Kreis ent-
hält in dem altösterreichischen und im exvenetianischen Antheil und in den
quarnerischen Inseln drei Bestandtheile, die eine verschiedene Geschichte
und demgemäß manche heterogene Einrichtungen besitzen, und in dem der-
maligen Görzer Kreise finden sich nebst der Grafschaft Görz und der Graf-
schaft Gradisca noch andere Gebietstheile vereint, die früherhin zu anderen
Nachbarländern gehört und eine ganz eigene geschichtliche Entwicklung er-
lebt haben. Ebenso mannichfaltig gestalten sich die Interessen und Be-
dürfnisse dieser Landestheile. Auch abgesehen von der nationalen und
sprachlichen Verschiedenheit ihrer Einwohner, die theils dem italienischen,
theils dem slavischen, und zwar entweder dem slovenischen oder dem illy-
rischen Volksstamm angehören, und unter welchen auch das deutsche Ele-
ment namhafte Wurzel gefaßt hat, bringt schon die Ungleichheit der geogra-
phischen Lage, des Erwerbs und Verkehrs, der productions- und klima-
tischen und socialen Verhältnisse eine solche Inconformität mit sich daß es
ungemein schwierig wird eine organische Verbindung der fraglichen Ter-
ritorien unter sich und mit dem Reich aufzufinden, worin durch eine fort-
dauernde Gemeinschaftlichkeit der Interessen das lebendige Bedürfniß der
Vertretung in einem gemeinschaftlichen repräsentativen Körper hervor-
gerufen werden könnte. Während die nördlichen Gegenden, zu dem Alpen-
land gehörig, vorzugsweise auf Viehzucht und Waldcultur angewiesen sind,
erfreuen sich die südlichen Gebietstheile des Küstenlands eines milden, dem
Wein- und Seidenbau, der Production von Südfrüchten förderlichen
Klimas, und diese Verschiedenheit, in Verbindung mit der theilweise un-
begränzten Grundzerstückung, rief ganz eigenthümliche agrarische Verhält-
nisse und Bewirthschaftungssysteme in das Leben; Istrien wird durch eine
ausgedehnte Küste, reich an trefflichen Häfen und schützenden Buchten als
eine besonders für das Seegewerbe, für die Fischerei, den Schiffbau und
die Küstenschifffahrt geeignete Provinz bezeichnet, und in Triest, dem Welt-
handelsplatz, dem durch die Privilegien des Freihafens geschützten Empo-
rium des ganzen österreichischen Binnenlandes, sind die maritimen Bedürf-
nisse und Bestrebungen, die mercantilen Interessen von überragendem und
alles dominirendem Gewicht.“ In anderer Beziehung noch wichtiger ist
das zweite Gesetz, welches die Kriegs- und Domesticalsteuer in Ungarn
nach der Norm des Jahrs 1847 und mit Beiziehung der bisher contri-
butionsfreien Grundstücke für das „Verwaltungsjahr vom 1 Nov. 1849“
einzuheben verordnet. Sie finden in den Motiven des Gesetzes die lei-
tenden Gedanken einer gleichmäßigen Besteuerung aller österreichischen
Gebietstheile, womit eine nothwendige Bedingung erfüllt werde von den
Hemmungen und Belästigungen der Zwischenzolllinien be-
freit zu werden. §. 1 verheißt die schleunige Herstellung eines allge-
meinen Grundsteuercatasters, um dadurch eine gerechte und gleichmäßige
Vertheilung der öffentlichen Lasten zu erlangen. Das dritte Gesetz ist in-
haltlich fast dasselbe, nur daß jenes auf Ungarn, dieses auf das Groß-
fürstenthum Siebenbürgen angewendet ist. Endlich ein viertes Gesetz,
ebenfalls financieller Natur, welches eine conforme Besteuerung für Brannt-
wein und das in Galizien erzeugte Bier vorschreibt. Auch dieses Gesetz
hatte zum Motiv die gänzliche Aufhebung der Zwischenzoll-
linien vorzubereiten. Der Wanderer berührt in seinem ersten Ar-
tikel eine höchst delicate Seite der österreichischen Zustände. Der Belager-
ungszustand sey jetzt auch über das Küstenland ausgedehnt, und die civile
und militärische Gewalt dem Feldmarschall-Lieutenant Wimpffen über-
tragen worden. In jenem Gebietstheil sey aber weder Krieg noch Auf-
stand Ursache jener Maßregel. Die Lombardei, Galizien, Ungarn, die
Bukowina, Siebenbürgen, Slavonien, Dalmatien ständen gegenwärtig
unter den Kriegsgesetzen, das heißt man habe Civil- und Militärgewalt in
die Hände eines Generals gelegt. Wie sich denn der Minister des Innern
zu dieser Behörde verhalte? Hohe Militärchefs, an Subordination nach
unten gewöhnt, würden von Nichtmilitärs Befehle nicht willig annehmen;
dazu komme noch daß die Generale, ohne administrative Kenntniß, immer
wieder sich an untergeordnete Beamte wenden müßten, und daß dadurch die
Administration leide, erweise sich von selbst. Auch sey ein System welches
auf Mißtrauen sich gründe nicht gemacht Vertrauen zu erwecken, und vor
allen Dingen würde die constitutionelle Entwickelung mehr und mehr in
die Ferne gerückt. Nach der Ostdeutschen Post wäre der Pariser National
verboten worden. Die Cholera hat nach den ärztlichen Berichten in Wien
und Umgegend gänzlich aufgehört.

Auf die neuliche Ansicht der Deutschen Ztg: „Wir haben Grund
zu vermuthen daß das Wiener Cabinet auf die von Preußen ausbedunge-
nen besondern Zugeständnisse vollkommen eingegangen ist,“ antwortet
heute die „Presse“ aus sehr guter Quelle daß allerdings wohl Zugeständ-
nisse stattgefunden hätten, nur sey Preußen nicht der bedingende Theil
gewesen.

Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs ist vollendet; er wird den
verschiedenen Provinzialcommissionen zur Prüfung mitgetheilt, zugleich
aber auch im Ministerium selbst berathen werden. Die thüringischen und
badischen Gesetzbücher dienten bei Abfassung des Entwurfs zur Richtschnur.
Die mit denselben correspondirenden Paragraphen sind im Entwurf über-
sichtlich angemerkt. Die Geschwornengerichte treten bei Urtheilssprüchen
durchwegs an die Stelle der bisher üblichen Berathschlagungen (?). Die
Gränzlinie zwischen Verbrechen und Uebertretung ist schärfer gezogen; die
Strafarten sind dort, wo es sich um körperliche Züchtigung handelt, abge-
ändert, die Todesstrafe nur auf einige Gattungen der Verbrechen beschränkt
worden. Der Wiederaufnahme der Untersuchung ist ein weiteres Feld
eingeräumt. In Uebereinstimmung mit dem §. 339 des thüringischen, und
§. 300 des badischen Gesetzbuchs wird in dem §. 387 des Entwurfs selbst
nach dem Tode des Verurtheilten dessen Erben und Verwandten das Recht
eingeräumt die Wiederaufnahme der Untersuchung zu verlangen, wenn
dargethan werden kann daß das Urtheil durch Fälschung, falsches Zeug-
niß, Bestechung oder durch ein anderes Verbrechen veranlaßt worden sey,
oder wenn neue Beweismittel beigebracht werden welche geeignet sind eine
Abänderung des Urtheils herbeizuführen. Der Staatsanwalt wird ver-
pflichtet unter diesen Bedingungen auf jedermanns Verlangen, oder auch
selbst von Amtswegen die Wiederaufnahme des Verfahrens zu beantragen.
Jeder Paragraph des Entwurfs zeugt übrigens deutlich von dem Streben
das Gesetzbuch den veränderten Zeitumständen gemäß zu verbessern. (Lloyd.)

Wien, 24 Oct. Das heute erschienene Statut bezüglich der ad-
ministrativen Organisation Ungarns beschäftigt die öffentliche Aufmerk-
samkeit in hohem Grad. Die Freunde der Staatseinheit Oesterreichs
sind erfreut diese schwierige Angelegenheit mindestens im Grundsatz ihrem
Wunsch gemäß erledigt zu wissen. Während einerseits jene dunkle ver-
wirrende Sage: Ungarn werde auf Kosten der treugebliebenen Provinzen
Sonderbegünstigungen erlangen, für immer zu Boden fällt, ist es angenehm
wahrzunehmen daß selbst in diesem Land, wo bei den liberalsten Absichten
der Regierung das Walten eines Ausnahmszustandes zur unbedingten
Nothwendigkeit geworden, auf angemessene und möglichst genaue Tren-
nung der civilen und militärischen Gewalt Bedacht genommen ward.
(Oesterr. Corresp)

§ **Wien**, 24 Oct. Ungeachtet des kriegerisch lautenden Artikels
in der heutigen „Presse“ in Betreff der Auslieferungsfrage der ungarischen
Flüchtlinge, und obschon an der heutigen Börse versichert wurde daß der
türkische Gegesandte Fuad Effendi in Petersburg in seiner Eigenschaft vom
Kaiser Nikolaus nicht empfangen worden sey, glaube ich Ihnen doch wie-
derholen zu dürfen daß diese Angelegenheit auf dem Punkte ist friedlich ge-
löst zu werden, ja daß sie es zur Stunde auch schon wäre, wenn nicht ge-
wisse Formrücksichten, welche hier eben beobachtet werden müssen, um die
Eigenliebe der einen wie der andern Partei zu schonen, die Sache etwas
verzögern würden. Der an unserm Hofe accreditirte Gesandte der Pforte,
Mussurus, wurde heute von Sr. Maj. dem Kaiser in Schönbrunn em-
pfangen.

* **Wien**, 24 Oct. Die Wiener Zeitung enthält heute nachfol-
gende Verordnung, welche auf Monate hinaus die politische Gestalt, noch
mehr die politische Natur des Kaiserstaats verändert. „Se. Maj. der Kai-
ser haben in näherer Bestimmung des Handbillets aus Olmütz vom 30
April l. J. und zur Vereinfachung des Geschäftsganges in den der aller-
höchsten Entscheidung vorbehaltenen Punkten mittels Armeebefehl vom
16 d. M. zu verordnen geruht: daß alle auf das Operative der Armee Be-
zug habenden Geschäfte, sowie alle höheren Personalien derselben vom
Staatsofficier aufwärts unter der Zustellung: „„An das allerhöchste Ar-

mee-Obercommando"* direct an Se. Maj. den Kaiser — die übrigen Gegenstände der Kriegsverwaltung aber fortan an das Ministerium zu leiten sind. Derselbe Armeebefehl vom 16 d. enthält die allerhöchste Bestimmung daß mit Beginn des Militärjahres, vom 1 Nov. l. J. angefangen, die schon seit längerer Zeit bestandene Eintheilung der Armee in Corps zur allgemeinen Norm zu erheben, und zur Vereinfachung ihrer Führung selbe, mit Ausnahme der unter dem Ban stehenden Kronländer in vier große Armee-Commanden eingetheilt sey. Diese Armeecommanden werden ihre Hauptquartiere wie folgt haben: Das 1ste Armeecommando in Wien, das 2te in Verona, das 3te in Ofen, das 4te in Lemberg. Die Zahl der Armeecorps ist dermalen auf vierzehn festgesetzt, von welchen bereits gegenwärtig fünf Corps in Italien, vier Corps in Ungarn, ein Corps in Böhmen und ein Corps in Vorarlberg, in allem also eilf Armeecorps aufgestellt; sind die in den übrigen Provinzen stehenden Truppen werden sonach noch in drei Armeecorps eingetheilt. Was die Militäradministration im allgemeinen betrifft, so ist es Sr. Maj. ernster Wille in derselben in der Folge die höchste Vereinfachung zu erzielen. Die bisherigen Generalcommanden werden von nun an Landes-Militärcommanden benannt. Sie sehen damit existirt auf die Dauer des Gesetzes ein constitutionelles Militärdepartement nicht mehr, denn dem Kriegsministerium würde bloß die Sorge für Verpflegung, überhaupt nur die Oekonomie des Heeres überlassen bleiben.*) Dadurch wird auch bestätigt, was ich Ihnen kürzlich über den Rücktritt des Grafen Giulay mittheilte.**) Da nun gegenwärtig zwei Drittheile von Oesterreich, und vorzüglich alle Hauptstädte Prag, Wien, Pesth, Venedig, Mailand sich im Belagerungszustand finden, so werden Sie die ungeheure Tragweite des Gesetzes ermessen, da die Commandanten der Militärrayons unmittelbar unter den Befehlen des Kaisers stehen. Man hat Ursache zu glauben daß diese energische Concentration der Staatsgewalt bei jetziger politischer Windstille durch sehr hohe Rücksichten geboten worden, und man sich zu irgendeiner Maßregel nach außen oder innen rüstet. Der Erlaß macht großes Aufsehen, die Wiener Zeitung selbst wird überall belagert. — Das neue Journal „Die Zeit", wovon ich neulich schrieb, erklärt sich für die kleindeutsche Ansicht in der deutschen Verfassungsfrage. Eine litterarische Neuigkeit ist heute den hiesigen Buchhandlungen zugekommen, die einiges Aufsehen machen dürfte. Ein ungenannter Verfasser hat eine „Genesis der Revolution in Oesterreich" geschrieben. Erwarten Sie nächstens einen Bericht darüber. Marschall Radetzky ist wirklich zum General-, Civil- und Militärgouverneur von der Lombardei und Venedig ernannt.

Spanien.

Madrid, 17 Oct. Die Minister arbeiten mit großem Fleiß an Entwerfung der Budgets, welche den Cortes gleich nach ihrem Zusammentritt (30 Oct.) vorgelegt werden sollen. Sie enthalten beträchtliche Reformen, besonders in den Departements des Innern und der Finanzen. Die Deputirten treffen bereits zahlreich in der Hauptstadt ein. — Hr. v. Rohan Chabot, Vater der Gräfin Esterhazy, ist in Madrid angekommen.

Einem Schreiben aus **Madrid** vom 18 Oct. zufolge werden die Cortes ohne Thronrede eröffnet werden, und zwar um der Nothwendigkeit einer Erwähnung der noch immer abgebrochenen diplomatischen Verhältnisse zwischen Spanien und England auszuweichen. Uebrigens soll die spanische Regierung die Wiederanknüpfung dieser Verhältnisse sehnlich wünschen.

Großbritannien.

London, 22 Oct.

Der Zustand der Königin-Wittwe Adelheid verschlimmert sich immer mehr, und die M. Post gesteht daß eine entwickelte und entschiedene Wassersucht vorhanden sey. Sie wird von ihrem vieljährigen Leibarzt Sir David Davies unter Zuziehung des Dr. Bright behandelt. Die ganze königliche Familie bezeigt der hohen Kranken die innigste Theilnahme. Von ihren nächsten Verwandten (sie ist bekanntlich eine Prinzessin von Sachsen-Meiningen) ist ihr Neffe der Prinz Hermann von Sachsen-Weimar bei ihr; auch dessen Bruder Prinz Eduard, der zu Windsor in der Grenadiergarde dient, hat sich nach der „Priory", bei Stanmore, begeben, wo Ihre Maj. krank liegt.

Im bevorstehenden Winter sollen wieder, wie im vorigen, theatralische Vorstellungen im Windsorschloß gegeben werden. Der Theatermaschinist Grieve ist mit den Vorbereitungen dazu beauftragt.

*) Bekanntlich besteht in England dieselbe Scheidung. Der Oberbefehlshaber ist dort als solcher nicht Mitglied des Ministeriums, während dem Staatssecretär des Kriegs ein ähnlicher Wirkungskreis wie jetzt dem in Oesterreich zugewiesen ist. Es kommt deßwegen in England manchmal vor daß die Staatssecretäre des Kriegs und der Marine entweder gar nicht zum Heer gehören, oder nur Oberstenrang bekleiden. Einer der Hauptgründe scheint darin zu liegen: die Beförderungen in See- und Landmacht unabhängig zu erhalten von den Rücksichten die ein constitutioneller Minister zu nehmen hat.

**) Die Wiener Zeitung versichert, noch sey dieser Rücktritt nicht erfolgt.

Se. Exc. Abbott Lawrence, der neue Gesandte der Vereinigten Staaten, hatte am letzten Sonnabend die Ehre auf dem Windsorschloß von Lord Palmerston bei der Königin eingeführt zu werden, und seine Creditive zu überreichen. An demselben Tag verabschiedete sich Sir Henry Bulwer (der durch seine Ausweisung aus Madrid bekannte Diplomat, Bruder des Novellisten) von Ihrer Maj., um endlich auf seinen neuen Gesandtschaftsposten in Washington abzureisen. Ein Neffe begleitet ihn als unbesoldeter Attaché. Hr. Rush, vormaliger amerikanischer Gesandter in Paris, hat sich in Liverpool nach seinem Vaterland eingeschifft. Sein Nachfolger in Paris ist bekanntlich Hr. Rerves.

Die Agitation zur Reform des Parlaments und des Finanzwesens zeigt sich in gesteigerter Thätigkeit. Eine besonders zahlreiche Versammlung in diesem Sinne wurde soeben zu Aberdeen (in Schottland) gehalten, an welcher sich die Parlamentsmitglieder Sir J. Walmsley, G. Thompson und Feargus O'Connor, der Chartist, betheiligten. Man rügte unter anderm die übergroßen Salarien der Minister und überhaupt der Regierungsbeamten, welche zusammen die Summe von 1,083,231 Pf. St. darstellen, und meinte daß wenigstens 100,000 Pf. daran füglich zu ersparen wären. Diese Reformbewegung dürfte sich in nächster Session mit bedeutendem Nachdruck geltend machen.

Wir erhalten noch ein Londoner Abendblatt vom 23 Oct. Es ist leer an politischen Neuigkeiten, enthält aber den Schlußbericht der Untersuchungs-Committee in den Angelegenheiten der York-Newcastle-Berwicker Eisenbahngesellschaft, resp. über die Praktiken des weiland von den englischen Geldleuten so gefeierten Eisenbahnkönigs Hudson. Seine Sache wird immer schmutziger, indem sich eine neue Rechnungsfälschung im Betrag von 26,855 Pf. St. herausgestellt hat. Zugleich fällt aber auf das ganz moderne Actienspiel, welches solche Streiche möglich macht, ein keineswegs rühmliches Licht.

Frankreich.

Paris, 23 Oct.

Fortsetzung der Verhandlungen über die römische Frage.

Durch die Rückblicke welche Hr. Thuriot de la Rosière auf die Politik der Executiv-Commission geworfen, wurde General Cavaignac auf die Rednerbühne geführt. Hr. V. Hugo, an dem die Reihe war, hatte ihm das Wort abgetreten. Der General schickte voraus er habe nicht bloß persönliche Erläuterungen zu geben, sondern auch für seine zum Theil abwesenden Freunde die an den Geschäften theilgenommen, aber er würde es für kindisch halten wenn er sich auf die Vergangenheit beschränken, von den spätern Ereignissen keine Kunde nehmen, bloß sagen wollte was sie gethan, aber sich weigern seine Ansicht zu geben über das was zu thun sey. Er erinnert die Versammlung an die gegen Ende Novembers v. J. durch einen untergeordneten Agenten der Republik aus Civita-Vecchia erhaltene Nachricht daß der Papst, in seinem Palast zu Rom gefangen, zu entkommen suche oder schon entkommen sey, daß er den Weg nach Civita-Vecchia genommen und wahrscheinlich den Schutz Frankreichs anrufen werde. Was an dieser Nachricht gegründet oder nicht, habe sich nicht streng untersuchen lassen, schon die Möglichkeit daß die Nachricht wahr sey, habe, abgesehen von der politischen, selbst von der religiösen Frage, eine schnelle Antwort erfordert, genug daß ein ehrwürdiger Mann (homme respectable) den französischen Schutz anrufen sollte. (Stimme auf der äußersten Rechten: Ein ehrwürdiger Mann! Das ist wenig für das Haupt der katholischen Christenheit!) Hr. v. Corcelles erhielt Befehl nach Civita-Vecchia abzureisen, und ein Corps von 3 bis 4000 Mann wurde zu seiner Verfügung gestellt um nöthigenfalls zu wachen daß der Person des heiligen Vaters kein Schaden zustoße. Als Hr. v. Corcelles in Marseille erfuhr daß der Papst bereits in Gaëta in Sicherheit war, hätte das Truppenmitnehmen keinen Zweck gehabt, und er begab sich allein dahin. Der General erbietet sich, wenn die Versammlung und der Präsident des Ministerraths einverstanden sind, die geheimen Instructionen des Hrn. v. Corcelles vorzulesen. (Hr. O. Barrot hat nichts dawider.) Die Instructionen sind vom 27 Nov., sie bestimmen daß Hr. d'Harcourt, Botschafter beim heiligen Stuhl, mit Hrn. v. Corcelles zu dessen specieller und temporärer Sendung, welche die persönliche Sicherheit des Papstes zum Zweck hat, zusammenwirken soll; wenn jedoch wider Erwarten eine Meinungsverschiedenheit über die zu ergreifenden Maßregeln entstände, so hat der Volksrepräsentant Hr. v. Corcelles allein, unter seiner Verantwortlichkeit, die nöthigen Befehle zu ertheilen, dem Hrn. d'Harcourt aber bleibt nach wie vor die Botschafterscompetenz für die laufenden Geschäfte. Andere Instructionen, setzt der General hinzu, seyen nicht gegeben worden, er erwähne dieß nur wegen der damaligen Anschuldigung einer Wahldemonstration (Hr. O. Barrot: Sie haben vollkommen Recht), nicht um sich zu vertheidigen, sondern weil die Verdächtigung in die Columnen des Moniteurs gekommen. Wenn die Regierung weitere Zwecke gehabt, so wäre es ein leichtes gewesen von Seite der verfassung-

gebenden Nationalversammlung umfassende Entschließungen hervorzurufen, die sich dann nicht bloß an diese specielle Frage, den persönlichen Schutz des Papstes, sondern an die dem Interesse der Republik bei den Vorfällen in Rom zu gebende Lage geknüpft hätten. Der General geht zu Bemerkungen auf die Argumentation des Vorredners über. Bei der Einrede aus dem allgemeinen völkerrechtlichen Interesse scheint ihm derselbe ein Moment, das den wahren Knotenpunkt der Schwierigkeit bildet, vergessen zu haben, das Princip der volksthümlichen Nationalsouveränetät, das sich in Europa parallel mit dem Princip der monarchischen Souveränetäten entwickelt hat und sich selbst auf das Princip des Katholicismus stützt, dem auch die Frage der weltlichen Souveränetät des Papstes untergeordnet werden muß. (Beifall links. Murren rechts.) „Wenn man," sagt er, „in der römischen Frage dieses Argument der Rechte der Nationalsouveränetät vorbringt, womit antwortet man uns? Mit all den Gründen die sich auf das Gefühl des Katholicismus, auf das dem Princip der Nationalsouveränetäten entgegengesetzte monarchische Interesse stützend die exceptionelle Existenz der päpstlichen Regierung vertheidigt haben und noch vertheidigen. Allein es handelt sich nicht um eine Rechtsfrage, es handelt sich um die Thatsache. Sobald in Europa das Princip der Volkssouveränetät, das in diesem Augenblick thatsächlich in der Minorität ist, wieder zu thatsächlicher Majorität kommt, so steht die Frage der weltlichen Regierung in Rom wieder zur Verfügung des römischen Volks. (Beifall links. Widerspruch rechts.) Um meinen Irrthum einzusehen warte ich daß man Gründe vorbringe die nicht auf dieses doppelte Motiv des katholischen Interesses, das ich nicht bestreite, und das offenbar dem Princip der Volkssouveränetät widerstrebende Interesse der monarchischen Regierungen gebaut sind. (Hr. Desmousseaux de Givré: Lesen Sie den heiligen Thomas von Aquino. Allgemeines Gelächter.) Denn warum bestreitet ihr dem römischen Volk das Recht seine Regierung zu wählen? Offenbar darum weil, wenn das römische Volk dahin käme sich eine Regierung zu wählen, alsbald die katholischen Gefühle, die monarchischen Gefühle, die Interessen der europäischen Monarchien, die aus den katholischen Gefühlen nöthigenfalls Nahrung ziehen und erstarken, sich erheben würden gegen das römische Volk um ihm dieses Recht zu nehmen. Und nun, nach der Flucht des Papstes, aus Besorgnissen worüber ich nicht urtheile und die gewisse Ereignisse gerechtfertigt haben, nach seiner Weigerung zurückzukehren und sich mit dem römischen Volk zu vergleichen, als das römische Volk, sich selbst überlassen, keine Regierung mehr hatte und eine neue Regierung schuf in der Form der Republik, da war die französische Republik in dieser dreifachen Alternative: jene entweder zerstören zu lassen, oder sie selbst anzugreifen, oder aber sie zu vertheidigen. Jede Wahl war gleich furchtbar. Die römische Republik durch irgendeine Macht zerstören zu lassen hieß auf jeden Einfluß in Italien verzichten, unsere Ehre preisgeben. Sie selbst angreifen war dem Princip der Existenz unserer eigenen Regierung durchaus entgegen. (Beifall links. Hr. A. Thouret: Und dem Willen der verfassunggebenden Versammlung.) Ich sage es einfach, so habe ich gedacht und so habe ich gestimmt, die Regierung der römischen Republik angreifen war gegen das Princip der Existenz unserer Republik. (Eindruck.) Die dritte Wahl, nämlich sie zu vertheidigen, war nach meinem Dafürhalten zwar nicht mehr gegen die Ehre und das Princip der Regierung, aber gegen ihre Interessen. (Neue Bewegung.) Angesichts dieser dreifachen Gefahr hätte es uns angemessen geschienen in den römischen Angelegenheiten viel bälder eine den Interessen des römischen Volks gemäße thätige Intervention eintreten zu lassen. Wäre ich 14 Tage länger in den Geschäften geblieben, in diesem Sinn hätten wir gehandelt." (Das J. des Débats läßt die beiden letzten Sätze weg, und macht dann dem General den boshaften Vorwurf er wisse bloß zu kritisiren aber nicht anzugeben wie man es besser machen solle.) Im weitern folgen Bemerkungen über den Commissionsbericht, den Präsidentenbrief und das Motuproprio. Eine wichtige Frage des constitutionellen Rechts, sagt der General, sey in dem Bericht berührt, er lese darin: „Die Verfassung ist fehlerhaft in mehr als einem Punkt." Nun, wenn ein Mitglied an die äußerste Gränze der Redefreiheit streifend dieß sagte, so würde er vielleicht darin keine Verfassungswidrigkeit, sicherlich aber einen gefährlichen Mißbrauch der Tribüne sehen. (Aufregung.) Diese Gefahr vermehre sich in seinen Augen wenn ein so angesehener Mann wie der Berichterstatter eine solche Meinung ausspreche. (Murren rechts.) Unstreitig könnte die legislative Versammlung aus dem Grundgesetz nicht das Recht schöpfen schon jetzt dessen Revision vorzunehmen, und folglich auch nicht zu einer Discussion darüber, was aber der Versammlung nicht zustände, könne noch weniger einer Commission zustehen. (Das ist wahr! Das ist wahr!) Wenn auch die Commission in ihrem Schooß darüber habe plaudern können, so sey sie doch nicht befugt gewesen auf die Tribüne zu bringen einen berathenen und beschlossenen Bericht, den Ausdruck der Delegirten der Versammlung, welche erklären daß die Verfassung des Landes fehlerhaft sey. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Man habe ihm und seinen Freunden zuweilen gesagt sie seyen nicht genug durchdrungen von der Achtung des Gesetzes, daher sie nicht verstanden hätten der Autorität ihren ganzen Zauber zu erhalten. Wohlan, nicht um einer kleinlichen Rechthaberei willen, sondern damit kein schlimmer Vorgang sich bilden könne, verlange er daß nicht auf diese Art Zauber, Macht und Ansehen von dem höchsten Gesetz der Republik weggenommen werden. (Lebhafte Zustimmung links. Stimme im Centrum: Kommen Sie auf Rom! Stimme auf der äußersten Linken: Das schwerste ist dort fortzukommen. Man lacht.) Außer dieser formellen Ausstellung scheint ihm der Bericht auch im Widerspruch zu stehen mit einem andern Document. „Ich hoffe," fährt der General fort, „daß ein Jahr fast absoluter schweigender Zurückhaltung mir das Recht erworben hat über eine der Handlungen des Hrn. Präsidenten der Republik zu sprechen. (Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Es ist mir um so leichter die Versammlung von diesem Document zu unterhalten, als ich erkläre daß ich nach Einsicht des Briefes des Hrn. Präsidenten der Republik Gesinnungen darin gefunden habe die vollkommen würdig, vollkommen patriotisch ausgedrückt sind, würdig nicht allein des großen Namens den sein Verfasser trägt — andere als ich sind beflissen gewesen es ihm zu sagen — sondern auch würdig der großen Nation die ihn zu ihrem ersten Magistrat gewählt hat. Ich bringe daher meine Huldigung, eine Huldigung ohne Vorbehalt, eine respectvolle Huldigung den im Brief des Hrn. Präsidenten der Republik ausgedrückten Gesinnungen dar. (Sehr gut! Sehr gut!) Allein dieses Document hat eine Bewegung und theoretische Voraussetzungen hervorgerufen über die man unmöglich schweigen kann. Die Verantwortlichkeit des Hrn. Präsidenten der Republik ist noch durch kein Gesetz festgestellt, aber wie ich sie verstehe und wie sie festgestellt werden wird, hoffe ich daß daraus keine Verwirrung für das geregelte constitutionelle Räderwerk der großen Gewalten entspringen werde. Die Verfassung ist bestimmt: sie erklärt daß was die innern Angelegenheiten betrifft, und vielleicht noch mehr was die äußeren, die oberste Leitung der Interessen der Republik der legislativen Versammlung zukommt. (Sehr gut! Sehr gut!) Die Verfassung ist sehr deutlich, sie läßt die Möglichkeit des wirklichen Streits nicht zu, sie hat — was in der Natur der menschlichen Dinge ist — den Fall eines Meinungsstreits vorgesehen und ihn principiell geschlichtet. Wenn also dennoch, was eigentlich nicht möglich, von Seite der vollziehenden Gewalt eine Handlung geschehen könnte in förmlichem Widerspruch mit der Gesinnung und dem Willen der Versammlung, so könnte er von kläglichen Folgen seyn, kläglich für das moralische Ansehen der vollziehenden Gewalt. Indem der General zum Schluß eilt, widerspricht er der Behauptung des Commissionsberichts und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten wonach das Motuproprio den zweifachen Zweck der Expedition — die Herstellung des französischen Einflusses und eine hinreichende Vorsorge für die römische Freiheit — erfüllt haben, und insofern, wo nicht volle Uebereinstimmung, doch eine gemeinschaftliche Richtung zwischen ihm und dem Präsidentenbrief bestehen soll, er überläßt es jedoch der Majorität der Versammlung das mit dem Ministerium abzumachen. Seinestheils ist er überzeugt daß nicht bewiesen ist daß der französische Einfluß in der römischen Frage vorherrscht, er bedauert die Opfer und Anstrengungen dieser Expedition, und dieses Bedauern wird nur vermindert durch das Gefühl des Stolzes welches ihm die Haltung des französischen Heers einflößt das sich mächtig, disciplinirt, edelmüthig gezeigt wie überall. (Sehr gut! Sehr gut!) Auf der andern Seite fürchtet er die römische Bevölkerung zu beleidigen wenn er glauben könnte daß ihre Erziehung, ihre Civilisation ihr nicht erlauben mehr Freiheit zu ertragen als die päpstlichen Zugeständnisse gewähren, er würde sich freuen wenn aus dieser Discussion ein Programm, ein Willensausdruck der Versammlung hervorginge welcher in der römischen Frage eine nahe, eine nothwendige Lösung stellte, mit bestimmter Forderung dessen was noch erlangt werden soll, und nur wenn dieses Programm seinen Ideen entspräche würde er die Nachforderungen bewilligen, sonst dagegen stimmen. (Forts. folgt.)

Die gestrige Sitzung wurde mit der Interpellation des Hrn. P. Leroux vollends nahezu ausgefüllt, jedoch ohne andere Wirkung als daß er Gelegenheit hatte seine Beschwerden laut werden zu lassen. Der Justizminister Hr. Barrot gestand zu daß die beiden Gefangenen zu Fuß transportirt wurden, aber er las ein Schreiben des Magistrats von Brussac vor worin versichert wird, man habe sie mit aller möglichen Schonung behandelt, sie hätten selbst die Abführung zu Fuß verlangt und gesagt Proletarier wie sie reisen nicht im Wagen. Er gab auch zu daß sie gefesselt wurden, aber nur weil man Ursache gehabt habe Befreiungsversuche zu befürchten. Uebrigens stehe jene Gegend unter dem Belagerungsgesetz und so habe man sie nur vor ihr zuständiges Forum geführt, das Militärgericht in Lyon. Die Versammlung war nun der Interpella-

tion statt, und als ein Mitglied eine neue ankündigte, über das Hasthaus von Perigueux, wurde sie vier Wochen vertagt. Heute war nur eine kurze Sitzung. Einige Geschäftsformalitäten wurden erledigt, als man aber an die Berathung des Antrags auf eine parlamentarische Untersuchung der verschiedenen Dienstzweige der Marine kommen wollte, war der Marineminister nicht vorbereitet und man ging auseinander. Eine der letzten Nachwahlen, im Yonne-Departement, hat wieder einen Bonaparte, Anton (von der Lucianischen Linie), in die Versammlung geführt. Bordeaux hat statt des verstorbenen Ravez (Kammerpräsident unter dem Ministerium Villèle) einen Rothen geschickt, Namens Lagarde. — Die Journale melden den Tod des bekannten Componisten Chopin. — Zwischen dem Lieutenant Petit, von der mobilen Gendarmerie, demselben der beim Staatsproceß in Versailles Anlaß des tumultuarischen Auftritts war, und dem Advocaten Thouret ist es zu einem Duell im Wald von Bondy gekommen. Man schlug sich auf den Degen, hitzig und lang, aber ohne Resultat. Als die Kämpfer aus Ermüdung einen Augenblick ausruhten, sprangen die Secundanten dazwischen und erklärten der Ehre sey genug gethan.

♀ **Paris**, 20 Oct. Es ist traurig zu sagen, aber das Bewußtseyn des krankhaften Zustandes dieses Landes, der verwandten Krankheitszustände in Deutschland und Italien, alles das ist schwächer als die Leidenschaft, der eitle Ehrgeiz, die Selbsucht in den Herzen der Koryphäen jener Partei welche sich die conservative nennt im Gegensatz zu der rein revolutionären. Darin und darin allein liegt die große Gefahr für Frankreich und Europa. Nirgends wird so viel von Eintracht gesprochen als hier, nirgends bringt man so sehr auf die Nothwendigkeit dieser Eintracht. Hinter allem diesem aber haben legitimistische, bonapartistische, orleanistische Intriguen und Gehässigkeiten ein verlorenes und dadurch ein um so furchtbareres Spiel. Ein Hauptgrund bei allem diesem ist daß der Mann noch nicht erstanden ist welcher durch moralische Kraft, Gediegenheit und Würde, durch die Erhebung seiner Persönlichkeit über die andern, dazu bestimmt ist die ehrgeizigen Dunkelhaftigkeiten der andern durch sich selbst zurückzudrängen, sich eine ächte Majorität in die Herzen, Geister und Gemüther der Assemblée zu erobern. Entwickelt sich dieser Phönix aus der Asche, so geht alles andere von selbst, die untergeordneten Geister reihen sich, fügen sich wie die Edelsteine zum Schmuck einer Krone. Um diesen Ministerphönix, für diesen neuen Pitt oder Chatham, Sully oder Richelieu wollen wir beten. Solange er sich nicht offenbart hat, wird Dufaure stets ein feiner gewandter Mann bleiben, mit dem besondern Talent einen gegebenen Stoff wohl zu ordnen, zu sichten, einzutheilen, werden die Talente für das verschiedene Allgemeinere, welche in Falloux und Odilon-Barrot wie in Tocqueville sind, Manifestationen seyn mehr oder minder denkender und sich erhebender Gemüther, aber weder die Fähigkeit Dufaures welche ins Specielle geht und das Allgemeine ignorirt, noch die Gabe des Allgemeinen in den andern bei denen das Specielle mehr im Rückstande bleibt, werden im Stande seyn einen großartigen bleibenden Eindruck auf die unruhigen und irrstrebenden Eigenwillen auszuüben. Dazu kommt der sonderbare und etwas räthselhafte Präsident, dessen nächste Umgebung aus sehr mittelmäßigen Kopfen besteht, in dem die bonapartische Natur sich unverhohlen ausspricht, der denn doch aber mit entscheidenden Schritten des in ihm schlummernden Bonapartismus immer zu zögern scheint. So wie er sich verkündigt, scheint es mir eine zwischen puren Privatgenüssen und Inspirationen eines persönlich scharfen Ehrgeizes noch ziemlich neutral schwebende Natur. Die Frage ist: wird in ihm der Bonaparte über den Privatmann, der Privatmann über den Bonaparte siegen? Im erstern Falle steht er, über kurz oder lang, der Majorität und seinem Ministerium wie es jetzt beschaffen ist, mehr oder minder drohend gegenüber und macht eine Appellation, zu Gunsten seiner Volksmäßigkeit, an halbrevolutionäre Kräfte; dadurch spannen sich die Verhältnisse nach außen zu der Möglichkeit eines Kriegs; im zweiten Fall hat das Ministerium sich allein mit der Majorität der Kammer zu verständigen oder derselben zu erliegen.

Rußland und Polen.

St. Petersburg. Am 29 Sept. wurde Graf Moltke, in außerordentlichem Auftrag von dem König von Dänemark gesendet, von dem Kaiser in einer Audienz empfangen.

Der Londoner Globe schreibt: „Aus Briefen von **St. Petersburg** ersehen wir daß man in dieser Hauptstadt anfing Besorgnisse zu hegen. Es finden in Rußland beträchtliche Kriegsrüstungen statt, und die Flotte in Sebastopol hat Befehl sich auf viertägige Ankündigung segelfertig zu halten. Schleppdampfer sind im schwarzen Meer für den Nothfall im Ueberfluß vorhanden."

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „America" hat in schneller Ueberfahrt eine Post dd. Halifax 13, Boston 10 Oct. nach Liverpool gebracht. Die Nachrichten sind von keiner politischen Wichtigkeit. Präsident Taylor war von Washington in New-York angekommen. Die Weigerung die ungarischen und polnischen Flüchtlinge auszuliefern hat dem Sultan große Lobsprüche in der amerikanischen Presse verdient. Man hielt in den vornehmsten Städten der Union Versammlungen zu dem Zwecke: solchen Flüchtlingen die sich nach Amerika wenden würden eine gastfreundliche Aufnahme zu bereiten. Die Berichte aus den südlichen Staaten über die Baumwollernte lauteten sehr traurig, und man erwartete einen Preisaufschlag. — Die Bostoner Blätter melden den Untergang eines irischen Auswandererschiffs, der Brig „St. John" von Galway, Capitän Oliver, welches am 7 Oct. an den Granpus-Felsen scheiterte. Capitän und Mannschaft retteten sich in den Booten, von den 164 Passagieren aber fanden 99 — nach einer andern Angabe 145 — den Tod. *)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 23 Oct. Consols 92 1/8.

Paris, 23 Oct. 3proc. 55.80; 4 1/2proc. 77.50; 5proc. 88.10; Schatzsch. 6; Bankactien 2327.50; belg. Bank 700; neap. 5proc. 88; röm. 81; span. passive 3 1/2; innere Schuld 27 1/2; piem. 5proc. 83.75; Oblig. v. 1834 980, v. 1849 895; Vers. E.-B. rechte 206.25; Paris-Orleans 727.50; Rouen 525; Straßburg 347.50; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 238.75; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 402.50; Tours-Nantes 282.50.

Augsburg, 26 Oct. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 86 1/2 P. 4proc. 92 1/2 P. 92 G. 5proc. 100 1/2 P., 100 1/4 G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 85 P. Oesterr. 5proc. Metall. 90 P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württemb. 3 1/2proc. 84 P. 4 1/2proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 25 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. 88 1/2; Bankactien 1352 P.; prß. Staatsschuldsch. 88 3/4; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 86 1/2 P.; Ludw.-Berbach 86 3/4; württ. 3 1/2proc. 82; 4 1/2proc. 94 3/8; bad. 5proc. 97 7/8; 3 1/2proc. 78 7/8; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; 3 1/2proc. 82 1/2; nass. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankf. 3proc. 80; 3 1/2proc. 93 1/4, 89 3/4; Disc. 4 1/2 P.

♀ **Wien**, 24 Oct. Die Stimmung an der heutigen Börse war im ganzen matter und schlossen Fonds und Eisenbahnen bei stillem Geschäft etwas niedriger. Auch fremde Devisen, sowie Gold und Silber wurden etwas billiger abgegeben, und blieben erstere, mit Ausnahme von französischen Plätzen, zuletzt mehr offerirt. Das neue 4 1/2proc. Anlehen stellte sich 83 5/8 Geld, 83 3/4 Waare, jedoch ohne Umsatz und mehr nominell. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94 13/16–94 7/8, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 5/8–83 3/4, Loose vom J. 1834 162–163, Loose vom J. 1839 113 5/8–113 7/8, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien 108 7/8–109, Gloggnitzer 109 1/2–110, Mailänder 83 5/8–84, Pesther 78 3/4–79. London (f. l. S.) 10.43–10.44, Hamburg 156–156 1/4, Augsburg uso 106 1/2 G., Frankfurt 106 3/4 P., Amsterdam 147 3/4–148, Mailand 98–98 1/2, Livorno 105–105 1/2, Genua 124 1/4 P., Leipzig 2 M. 104 1/2, Paris 126 1/2 G., Marseille 126 1/4 G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 11 1/2, Silberagio 6 3/4–7/8 Proc.

*) Auch an der brittischen Ostküste sind während des letzten stürmischen Wetters sehr viele kleine Fahrzeuge gescheitert.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Auch über das deutsche Volksschulwesen.

● Wenn der Aufsatz in der Beilage zu Nr. 295 der Allg. Ztg.: „Das deutsche Volksschulwesen" in der Neuen Sion oder in der Augsburger Postzeitung stünde, so würde es keinem Menschen einfallen ein Wort darüber zu verlieren; denn man weiß es muß auch Lichter geben welche die Nacht regieren. Aber ein Blatt wie die Allg. Ztg. kann solche Angriffe auf einen ohnedieß von so vielen Seiten gedrückten Stand, dessen Loos je und je Pferdsarbeit und Eselsfutter war, als Originalartikel nicht zulassen, ohne wohl auch eine Gegenrede zu gestatten, um so mehr als nicht wenige ihrer Correspondenten seit geraumer Zeit sich darin gefallen die Betheiligung der „Schulmeister" an den Bewegungen und Ueberstürzungen des bereits zur Ruhe gegangenen Revolutionsjahrs immer und immer wieder hämisch hervorzuheben. Ihr HH. Zeitungscorrespondenten, wieviel habt denn nicht ihr zur Verwirrung der Begriffe und Verhältnisse beigetragen, daß Ihr nur die „Schulmeister" als die meist Gravirten anklagen dürft? Ueberhaupt welcher Stand ist von den letzten Bewegungen frei und unberührt geblieben? Wer einen nennen kann der keine Mitglieder hat welche — verblendet oder begeistert, verführt oder verführend — zu weit gegangen sind, der schlage die Alpen vom Col de Tenda bis zum Terglou zu Steinen und werfe sie den „Schulmeistern" an die Schädel daß keiner von allen ganz bleibe. Die Spitze aller Beschuldigungen und hämischen Verdächtigungen gegen den ganzen Stand der Schullehrer bildet der oben erwähnte Aufsatz. Er versäumt zwar nicht nachweisen zu wollen wie es habe kommen müssen daß die Schulmeister mit seltenen Ausnahmen „die Schüler in eine Richtung zu bringen suchen deren Ausgangspunkt Raub und Mord ist;" *) wie es durch eine ganze Kette von falschen Maßregeln unvermeidlich gewesen sey daß „diese Herren, welche aus den Seminarien hervorkamen, als Herren behandelt und bezahlt seyn wollten" (und nicht als Knechte oder Taglöhner, obgleich letztere sich oft mehr verdienen als die dem Seminar entschlüpften „Herren"); wie es endlich nur die Schuld zu hoher Anforderungen an die Bildung der Schullehrer sey daß ihr ganzes Thun und Treiben nur in „Renitenz gegen ihre Vorgesetzten," in „Verbindungen und Vereinen die bestehenden Verhältnisse umzustürzen, und Verführung der Jugend zu gleichen Zwecken" bestehe. Wenn er dieses behauptet mit der Bemerkung es sey „das deutsche Volksschulwesen mehr anzuklagen als die einzelnen Lehrer," so klingt dieß wahrlich nicht anders als wenn der Vertheidiger eines geständigen Räubers oder Mordbrenners aus dessen Jugendgeschichte vor den Schranken des Gerichts alle Momente zusammenstellt welche Schwert, Galgen oder Rad in lebenslängliches Zuchthaus zu verwandeln im Stande wären. Welcher Mann von Ehre könnte solche Schmähreden ruhig hinnehmen, auch wenn es dem Schmähenden am Ende gefiele ihn unter die „Ausnahmen" zu rechnen?

Nach den erwähnten Anklagen ist der Vorwurf daß „das heranwachsende und herangewachsene Geschlecht seither nicht wahrhaft verständiger und besser geworden ist," fast der gelindeste. Aber darüber kann doch — das ist klar — nur der entscheiden welcher mit gleichgebliebener Stimmung mehrere Menschenalter durchlebt hätte; denn von jeher haben die Alten über die Jungen geklagt, und dem Zwanzigjährigen war Welt und Menschheit schöner und liebenswürdiger als dem grauen Haupte. Hat man nicht überhaupt zu allen Zeiten über die Schlechtigkeit der Zeit und der Menschen geklagt, und das Vergangene gepriesen? Hat man sich vor einem Menschenalter zur Verbesserung der Schulen deßwegen entschlossen, weil die Menschen damals „wahrhaft verständig und gut" waren? Und wenn auch das heutige Geschlecht entsittlichter wäre als irgendeines vor ihm, hätte daran die Volksschule allein die Schuld? Hätten Kirche und Staat nicht auch einige Mittel gehabt dem Verfall vorzubeugen? Haben die HH. „Doctoren, Schreiber und Pfaffen" stets nur mit gutem Beispiel vorangeleuchtet? und vermag die Volksschule alle Einflüsse des Hauses und des öffentlichen Lebens zu neutralisiren? Es ist wahr, oft und viel ist in den Schulen und von den Lehrern gefehlt worden, die Pädagogik ist auf Irrwege gerathen, die Methoden haben sich lächerlich gespreizt; aber weder Theologie noch Medicin, weder Philosophie noch Finanzwissenschaft, weder die Beichtstühle noch die Amtsstuben und Gerichtssäle sind frei von Irrthümern geblieben, seyen sie nun Uebertreibungen oder Unterlassungen. Im höchsten Grad ungerecht und lieblos ist es daher die Schulen und das deutsche Schulwesen ausschließlich verantwortlich zu machen für so manches Uebel das die Zeit geboren hat, ohne in und aus sich selbst auch die heilende Arznei mit zu erzeugen. Die armen Seminarien (unvermeidliches Loos alles dessen was nichts Ganzes, sondern nur ein Halbes ist!), mit Undank von denen überhäuft welche in denselben nicht genug gelernt haben, werden nun auch von dem badischen Hrn. Correspondenten angeklagt die Schulmeister zu Verführern der Jugend, zum Umsturz der bestehenden Verhältnisse dadurch gemacht zu haben daß sie den Seminaristen zu viel lehrten! Im Rechnen und in der Raumlehre treibt es nach seiner Meinung das Seminar zu weit, wenn es „arithmetische und geometrische Proportionen, Decimalbrüche und Ausziehen von Quadrat- und Cubikwurzeln" und die Grundzüge der Stereometrie lehrt — Dinge in denen es jeder zwölfjährige Schüler einer Real- oder Gewerbschule zur Fertigkeit bringt. Zur Rechtfertigung der Seminare muß ich übrigens des ferneren bemerken daß wenigstens in den bayerischen die Zöglinge nicht als Herren behandelt werden; Inspectoren und Präfecten redeten bis vor wenigen Jahren die Seminaristen mit „Du" an, obgleich es sich zuweilen traf daß letztere älter waren als erstere. Sollte vielleicht das Karlsruher Seminar unter der Leitung Sterns — eines in ganz Deutschland hochgeachteten Pädagogen — gegen den man keinen andern Vorwurf aufzubringen wußte als daß er mit Ueberzeugung und Wärme glaubt und lehrt was in der Bibel steht — nur solche Individuen entsendet haben wie sie dem Hrn. Correspondenten „aus Baden" bei seinen Zeichnungen gesessen sind? Das ist mir selbst dann noch unglaublich wenn ich mich erinnere daß auch unter Christi Jüngern ein Judas Ischarioth war.

Nach den Seminarien trifft des Hrn. Correspondenten Geißel die Schulen. Diese sind nach ihm „bloße Unterrichtsanstalten mit Vernachlässigung aller religiösen und sittlichen Bildung". Damit fällt er nun ganz aus der Rolle: den Schullehrern gelten seine Hiebe; hier fallen sie aber ganz daneben, oder reichen viel höher hinauf. Religiöse Bildung beruht jedenfalls auf religiöser Erkenntniß; den Schullehrern ist aber der Religionsunterricht gänzlich aus der Hand genommen, in allen Schulen ertheilt ihn der Geistliche. Die deßfallsigen Vorwürfe — wenn sie begründet wären — träfen also in keinem Fall die Schullehrer, sondern die Geistlichen. Was aber die sittliche Erziehung betrifft, so weiß jeder der fünf zählen kann, daß die Schulerziehung von jeder andern sich hauptsächlich dadurch unterscheidet daß sie durch Unterricht erzieht, weil jeder gute Unterricht erziehend wirkt; der erwähnte Vorwurf ist also ein baarer Widersinn. Hätte der Schreiber des erwähnten Aufsatzes sich den Begriff und die Aufgabe der Erziehung klar gemacht, so könnte er nicht fast im nämlichen Athem behaupten 100 bis 150 Schüler seyen für Einen Lehrer zu wenig, er könne „eine weit größere Anzahl Kinder unterrichten, und vielleicht besser als bisher geschehen ist, wenn er sich freier bewegen darf", d. h. „wenn er nicht von der lästigen Controle und Furcht vor der öffentlichen Prüfung gehetzt wird". Erziehen kann man in der Schule nicht massenweise; das Individuum muß hier erzogen werden, und wie man das vermag bei weit mehr als 150 Schülern, das kann jede Hausmutter beurtheilen welche ein halbes Duzend Kinder hat.

Hat man dem Volksschulwesen in der Heimath des Correspondenten „eine zu große Wichtigkeit beigelegt", so ist unbegreiflich daß dort „die aus der Schule entlassenen Kinder oft kaum lesen und schreiben können" (jedenfalls eine Verleumdung!), und es müßte dort ganz anders aussehen als in allen andern Gegenden der Erde. Ich hätte hier nur die Bitte an ihn alle die Städte und Dörfer — Staaten darf ich gewiß nicht sagen! — zu nennen welche dieser Vorwurf trifft; ihn dann aber nicht bloß auszusprechen, sondern auch zu beweisen.

Sehr wohlwollend und gütig ist übrigens der Hr. Correspondent: er „wünscht jedem würdigen Schullehrer einen Gehalt von 500 fl.", setzt aber gleich hinzu, weder Staat noch Gemeinde seyen im Stande so viel für diesen Zweck aufzutreiben. Wer kann also zweifeln daß jener Wunsch ein herzlicher ist; da er überdieß nebst Motiven und Invectiven gerade zu der Zeit in einer bayerischen Zeitung erscheint wo die Abgeordneten vielleicht im Begriff stehen das Volksschulwesen endlich einmal gesetzlich zu regeln. Diesen soll vielleicht auch hauptsächlich der Vorschlag gelten die Schullehrer müßten „in ihre frühere naturgemäße Stellung zurückkehren". Was damit gemeint sey, ist unschwer zu entziffern, denn die frühere Stellung der Schullehrer ist noch manchem Jetztlebenden erinnerlich, und stünden die Gewerbsgesetze nicht im Wege, so hätte dieß gewiß schon man-

*) Er war, wie wohl zu bemerken ist, aus Baden datirt, was bereits darauf deutete daß seine Anklagen nicht dem ganzen deutschen Lehrerstand gelten sollen. Namentlich die oben angezogene Stelle sollte dem ganzen Zusammenhang nach nur in sehr beschränktem Sinn verstanden werden. Die Lehrer im diesseitigen Bayern haben sich — so viel uns bekannt — in der unendlichen Mehrzahl tadellos benommen, und verdienen vollkommen die Berücksichtigung die ihnen endlich von Regierung und Ständen werden soll.

cher Schullehrer gethan, ohne zuvor auf den Rath des badischen Correspondenten zu warten, weil der schwere und mühevolle Beruf des Schullehrers fast nirgends seinen Mann ernährt.

Wäre der in Rede stehende Aufsatz kürzer, ich würde ihn für ein vom Augenblick eingegebenes Epigramm in Prosa halten, denn nach Jean Pauls Definition hat dieses, wie der Rettig, seine größte Kraft im Schwanz. So auch dieser Aufsatz; er seufzt schließlich darnach daß die Schullehrer „leicht absetzbar" werden. Einen Holzhacker mit dem ich accordirt habe, muß ich behalten bis der Accord aus ist; Knecht und Magd darf ich nicht aus dem Hause weisen vor dem Ziel, wenn ich nicht rechtlich beweisen kann daß sie grober Untreue sich schuldig gemacht haben; aber dem deutschen Volk ist geholfen das „innerlichst entartete Volksschulwesen" Deutschlands wird zurechtgebracht, und das beste Mittel „die Rebellion" nicht zu „verewigen" ist gefunden — wenn die Lehrer „leicht absetzbar" werden! Schade daß diese Stimme erst jetzt in der deutschen Wüste erschallt: Baden hätte nach des Hrn. Correspondenten Meinung gewiß einen andern Sommer und Herbst erlebt, wenn man im vorigen Frühling etwa drei Viertheile der badischen Schullehrer abgesetzt hätte!

Aus der Pfalz.

] Man würde sich sehr irren, wenn man glauben wollte daß in der pfälzischen Kirche die rationalistische Partei die an Zahl vorwiegende sey, weil deren Führer bei der letzten Generalsynode die bekannten Beschlüsse zu Stande gebracht haben. Ebenso wenig kann man freilich von einem Uebergewicht der den Rationalisten schroff entgegengesetzten Partei reden; man wird aber nicht irren wenn man, in Bezug auf die Ueberzeugung daß an dem positiven Kern des Evangeliums festgehalten werden müsse, einen verhältnißmäßig großen Theil der hierländischen Geistlichen den strengen Orthodoxen viel näher stehend erblickt als deren Widersachern. Man kann die verständigen und gemäßigten Bekenner des Evangeliums die zwischen den Ultras der einen und der andern Seite stehen, keine Partei nennen. Es fehlt ihnen dazu wie den Männern die eine Mittelstellung einnehmen überall der Drang und die Heftigkeit und die Exclusivität des Eroberungstriebes, für die Entscheidung aber legen sie, weil sie bei den verschiedensten Nüancen und Schattirungen im einzelnen, doch an den Hauptpunkten gleich fest halten, immer ein starkes Gewicht in die Wagschale. Daß die extreme rationalistische Partei auf die Länge das Uebergewicht nicht behalten könne, das sie für einen Augenblick erlangt hatte, ist aus dem eben erschienenen Entwurf einer Verfassung für die pfälzische Kirche, zu welchem die letzte Generalsynode den Auftrag gegeben, der dann von Gliedern der Majorität dieser Synode vollzogen wurde, auch dem blödesten Auge sichtbar geworden. Männer die eine solche Arbeit zu Tage förderten, haben ihre Unfähigkeit zu dem Werke der Organisation einer Kirche vollständig documentirt. Wie sollten sie sich bei dem Gesetzlichkeitssinne der Pfälzer halten können, nachdem sie in diesem Entwurf um die gesetzlichen Bestimmungen der Vereinsurkunde in vielen Punkten herumgegangen sind wie gegen die Kraft und Entschiedenheit der streng orthodoxen Partei, welche überdieß die energischesten Führer gefunden hat. Denn eine ganz ungewöhnliche Energie, eine tiefgewurzelte Ueberzeugung, die jeden Augenblick in Flammen aufzulodern bereit ist, daß es sein ihm von Gott gegebener Beruf sey der Sendbote der unverfälschten Wahrheit für die Pfalz zu werden, eine seltene Charakterstärke, und bei einer ursprünglichen Naturkraft die aller Rücksichten spottet, Beredsamkeit, Gewandtheit und eine Aufopferungsfähigkeit ohne Gleichen — alle diese den ausgezeichneten Parteiführer kennzeichnenden Eigenschaften wird niemand dem Vormann der pfälzischen Orthodoxen absprechen. Glücklicherweise finden sich unter den von der Wahrheit des Evangeliums innig und fest Ueberzeugten Männer von gleicher Festigkeit der Gesinnung und gleicher Tüchtigkeit, deren Gemüth auf den milderen Ton der Humanität gestimmt ist, und die eben dadurch sich dazu eignen die wohlgesinnten Männer, welche das Stürmen der Eiferer stutzig macht, zum ruhigen Aushalten im Kampfe für die Wahrheit zu bewegen. Die rationalistische Partei fühlt auch die Wichtigkeit dieser Männer, und sie hat, im wohlverstandenen Erkennen ihrer Gefährlichkeit, den bedeutendsten derselben den ich hier besonders im Auge habe, von seiner wichtigen Stellung zu verdrängen, und den vom letzten Landtage her wohlbekannten Eckhard an dieselbe zu setzen sich alle Mühe gegeben. Wenn die Hengstenberg'sche Kirchenzeitung das Interesse ihrer Partei verstünde, sollte sie sich hüten maßlosen Angriffen auf verständige und gemäßigte, ernstgesinnte und eifrige Männer ihre Spalten zu öffnen, und lieber den Spruch: Wer nicht wider mich ist, der ist für mich, als den andern anwenden: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.

Es ist nicht zu übersehen daß das Laienelement in der pfälzischen Kirche dem geistlichen Element gegenüber im Verhältniß von 2 : 1 nach der Wahlordnung vom 6 Mai d. J. vertreten ist. Die Laien könnten also jedenfalls die Entscheidung geben, und aus ihnen könnte eine das Wesentliche wahrende Vermittlung hervorgehen. Dieß könnte der Fall seyn wenn die religiöse Bildung unter den Laien in der Pfalz, auch unter den gebildeten, vorgeschrittener wäre als sie dieß zur Zeit noch ist. Es bedürfte imponirender Persönlichkeiten um den Extremen von beiden Seiten mit Erfolg entgegenzutreten, es ist nicht damit gethan überhaupt wohlgesinnte Leute zu den Berathungen zu senden. Hier wie überall macht sich der Mangel allseitig abgeschlossener, kernhaft durchgebildeter Persönlichkeiten schmerzlich fühlbar. Man darf nur in die Geschichte unserer sogenannten Revolution hineinsehen um das aufs klarste zu erkennen. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, und ich freue mich daß zwei vortreffliche Repräsentanten dieser Ausnahmen in dem gegenwärtig versammelten Landtage sitzen.

Daß im Streite der extremen Parteien der Charakter der Gegner angegriffen wird, ist zwar der natürliche Lauf der Dinge, das macht aber ein solches Verfahren, namentlich bei Eiferern für den ächten Glauben, um kein Haar weniger niederträchtig. Es könnte auffallend scheinen daß die schroffe Partei gegenwärtig fest an der Vereinigungsurkunde hält, für welche sie früherhin bekanntlich nicht Schmähworte genug aufzufinden wußte. Man darf aber nur den Verfassungsentwurf, der von der Commission der letzten Generalsynode ausgegangen ist, und die Vereinigungsurkunde vergleichen, um das erklärlich zu finden, besonders wenn man bedenkt daß die Verfasser des Verfassungsentwurfes die Vereinigungsurkunde vor Augen hatten, so daß also jede Vermeidung oder Auslassung als eine bewußte erscheinen muß. Ich will die Hauptpunkte welche mich zu dieser Bemerkung veranlassen, erst im allgemeinen angeben, und dann eines und das andere näher erläutern.

Schon die Eingangsparagraphen sind im höchsten Grade beachtenswerth; §. 10 hat der Verfassungsentwurf den Bußtag weggelassen; §. 11 sind Christenlehre, Segen von der Kanzel und Fürbitten weggeblieben, §. 23 das Sündenbekenntniß. Es ist ganz unmöglich daß dieses Machwerk im Volk einen Halt gewinne, deßhalb unmöglich weil es die Vereinigungsurkunde außer Kraft setzen und das apostolische Symbolum abschaffen will. So weit sind die Gemeinden doch nicht destruirt daß sie dazu gleichgültig zusehen würden, sie fühlen dunkel daß die Abschaffung des apostolischen Glaubensbekenntnisses ihre Kirche zur Secte herabwürdigen würde, welcher aller Zusammenhang mit der allgemeinen christlichen Kirche abhanden gekommen wäre. Von der sacramentlichen Eigenschaft der Taufe ist keine Rede, symbolische Bücher werden nicht genannt. Alle Regierungsgewalt in der Kirche ist auf die Generalsynode concentrirt, und den Consistorien nur ein aufschiebendes Veto gegen deren Beschlüsse gelassen, welches überdieß vier Wochen nach dem Schluß der Generalsynode ausgeübt werden muß. Die schönen Bestimmungen der Vereinigungsurkunde über die kirchliche Zuchtübung sind bis nahe zur Vernichtung abgeschwächt, und damit man ja das Verhältniß dieser Verfassungsurkunde zu der Vereinigungsurkunde klar erkenne, spricht §. 126 die Aufhebung der letztern aus.

Es ist, wie ich sagte, kein Wunder daß die strengen Orthodoxen der pfälzischen Kirche im Angesicht dieser Verfassungsurkunde sich für das Halten an der Vereinigungsurkunde erklären, mit Ausnahme verhältnißmäßig weniger, welche behaupten daß von jedem Geistlichen die Unterschrift von Artikeln gefordert werden solle in welchen der Unterschreibende sich mit vollem Herzen zu dem Glaubensinhalte der reformatorischen Symbole bekenne, und namentlich die Augsburgische Confession, den kleinen lutherischen Katechismus und den Heidelberger Katechismus durch seine Unterschrift als den Ausdruck seiner Glaubensüberzeugung annehme. Das sind ganz dieselben Forderungen welche sich auch bei einem Theile der Geistlichen in der protestantischen Kirche, namentlich auch in der bayerischen diesseits des Rheins, geltend machen. Andererseits ist es eine erfreuliche Beobachtung daß in der neuesten Zeit die confessionelle Toleranz Fortschritte gemacht hat. Wir erinnern uns noch sehr wohl wie in den Jahren in welchen die confessionellen Kämpfe wieder begannen, die seligmachende Kraft für die Kirche der man angehörte ausschließlich in Anspruch genommen wurde. Der erweiterte kirchliche Blick hat diese Enge des Gefühls nicht bestehen lassen, und selbst die entschiedensten Vorkämpfer des ächten Lutherthums z. E. nehmen keinen Anstand die seligmachende Kraft der andern Kirche anzuerkennen, und der ihrigen nur die höchste Stufe der Entwicklung in Lehre und Cultus zu vindiciren, für den Cultus wenigstens wie für die Verfassung die Theorie ihrer Kirche als den fruchtbarsten Keim für eine vollkommene Praxis zu rühmen. Noch vor zehn Jahren würde eine solche Concession als gewissenlose Indifferenz der Bann getroffen haben. Irren wir nicht, so hat die klarere Einsicht in den Gang der geschichtlichen Entwicklung der Kirche diese Milde erzeugt. Je ernster man

sich mit der Geschichte der Kirche beschäftigte, und je mehr die Erfahrung in der Gegenwart den Blick für die Vergangenheit schärfte, desto stärker mußte sich der Gedanke geltend machen daß das Wesen des Christenthums seine Wirksamkeit in verschiedenen Formen bewähre, und daß man dem gerechten Gott einen harten Vorwurf mache wenn man die Wirksamkeit seines Geistes auf eine bestimmte Zeit und auf einen verhältnißmäßig kleinen Kreis von Gemeinden beschränkte. Seitdem man, besonders vom Interesse der äußern und innern Mission angeregt, der kirchlichen Statistik eine größere Aufmerksamkeit zuwendet, mußte die ausschließende Härte der Verdammung sich an den augenfälligen Wirkungen brechen die der eine Geist des Christenthums in den verschiedensten Gestalten allenthalben segensvoll hervorruft.

Man kann die Unterscheidungslehren und Uebungen der Confessionen scharf bezeichnen, und mit derselben Schärfe die eigene Lehre und Uebung als die wahrere, auf höherer Stufe stehende dagegenstellen, ohne damit die seligmachende Kraft der andern Confession zu läugnen. Auf das Wesen kommt alles an, der wahrhafte und gewissenhafte Mensch hält an der Form die ihm als die vom Wesen am vollkommensten durchdrungene erscheint, und sieht sich eben dadurch in den Stand gesetzt die untergeordneten Standpunkte mit Gerechtigkeit und mit Billigkeit zu beurtheilen.

„Immer besteht," um die Worte eines wackern Arbeiters auf dem Felde der kirchlichen Statistik zu gebrauchen, „immer besteht noch eine weite Kluft zwischen einem aufrichtigen und bescheidenen Zeugen der Geschichte, welcher in rücksichtsloser Wahrheit und christlicher Tapferkeit, sey es im Leben oder in der Wissenschaft, die einem jeden von Gott gesetzte Aufgabe verfolgt, und jenen lauten Jüngern unsers Herrn, welche wie Häscher und Gerichtsdiener in seiner Kirche herumrumoren, und jeden aus derselben hinauszuweisen stets bereit sind dessen Aeußeres mit dem ihnen mitgetheilten nur auswendig gelernten Signalement eines Rechtgläubigen nicht in allen Stücken harmonirt."

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

Fortsetzung des Sitzungsprotokolls vom 17 October.

Es ist nunmehr noch übrig einen am Schluß der Deduction des kön. hannoverischen Bevollmächtigten berührten Gegenstand näher zu betrachten.

„Bevor man", heißt es, „den nicht beigetretenen Staaten den Verfassungsentwurf zur Zustimmung vorlege, würden Verhandlungen über Modificationen desselben nöthig seyn. Hieran knüpft sich der von Hannover und Sachsen am 26 Mai gemachte Vorbehalt, Inhalts dessen nach dem Ausscheiden Bayerns und nicht erfolgendem Beitritt Württembergs eine Erneuerung der Verhandlungen und eine Umgestaltung des vereinbarten Entwurfs eintreten müsse."

Allerdings hat nun nach der Unterzeichnung des Bündnisses der kön. sächsische Bevollmächtigte der k. preußischen Regierung eine Note übergeben, in welcher es heißt:

Die k. sächsische Regierung will und darf jedoch keinen Zweifel darüber bestehen lassen wie sie diesen Entschluß allein zu dem Zweck und in der Erwartung gefaßt hat daß diese Verfassung Gemeingut der ganzen deutschen Nation und nicht eines Theiles derselben werde. Sie verkennt nicht daß ein Eintritt der österreichischen Lande in der nächsten Zeit nicht gehofft werden darf. Allein die Aufnahme des gesammten übrigen Deutschlands in den Reichsverband, welche, unbeschadet der der österreichischen Regierung durch die Bundesverfassung zugesicherten Rechte, erzielt werden soll, hält dieselbe als Bedingung dafür fest daß sie selbst zu einem bleibenden Verharren in demselben auf Grund der vereinbarten Verfassung verpflichtet sey. Sollte es daher nicht gelingen den Süden Deutschlands in den Reichsverband, wie er durch die fragliche Verfassung bestimmt worden, aufzunehmen, was wesentlich davon abhängen wird ob Bayern sich demselben anschließt, sollte vielmehr nicht mehr zu erreichen seyn als die Herstellung eines norddeutschen oder nord- und mitteldeutschen Bundes, so müßte die k. sächsische Regierung für diese Eventualität die Erneuerung der Verhandlungen und Umgestaltung der vereinbarten Verfassung ausdrücklich vorbehalten. Eine solche Nothwendigkeit wäre ohnedieß durch die Bestimmung der Verfassung selbst geboten, welche nach allen Richtungen hin dem Namen und der Sache nach den Anforderungen einer Verfassung für das deutsche Volk in seiner Gesammtheit, nicht aber denen eines Vereins einzelner deutscher Staaten entspricht.

Zu derselben Zeit haben auch die k. hannoverischen Bevollmächtigten eine Note übergeben, in welcher sie am Schluß erklären:

Zugleich aber vereinigen sie sich mit dem Bevollmächtigten der kön. sächsischen Regierung, für den beklagenswerthen Fall wenn der gegenwärtige Versuch einer Einigung zu nichts als zur Herstellung eines nord- und mitteldeutschen Bundes führen möchte, in der Erklärung daß für diese Eventualität die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung des vereinbarten Verfassungsentwurfs ausdrücklich vorbehalten bleibe.

Nach den Worten des sächsischen Vorbehalts, von welchem man nach dem ganzen Zusammenhange der Vor- und Nachverhandlungen annehmen muß daß er auch den Sinn desselben ausspreche, enthält derselbe keine Suspensivbedingung. Es ist nicht gesagt daß man den beabsichtigten Bundesstaat nicht errichten wolle, wenn die süddeutschen Staaten demselben nicht beitreten, sondern daß der Beitritt derselben eine Bedingung des Verbleibens in dem Reichsverband auf Grund der vereinbarten Verfassung sey. Für den eintretenden Fall ist die Erneuerung der Verhandlungen und die Umgestaltung der vereinbarten Verfassung vorbehalten.

Eine Zeit bis zu welcher die gestellte Bedingung eingetreten seyn müsse, ist dabei nicht bestimmt. Insonderheit ist nicht gesagt daß der Beitritt der süddeutschen Staaten erfolgt oder ihr Nichtbeitritt entschieden seyn müsse bevor der Reichstag berufen, oder bevor selbst die neue Verfassung eingeführt sey. Vielmehr betrifft der ganze Vorbehalt mit sehr bestimmten Worten den Fall: daß nach der Einführung der Verfassung der Beitritt der süddeutschen Staaten nicht erfolge, und es entspricht allerdings inneren Gründen daß gerade dieser Fall berücksichtigt würde. Der vollendete Bundesstaat konnte auch auf die ferner stehenden Staaten eine Anziehungskraft üben, welche die bloßen Propositionen der Paciscenten vom 26 Mai nicht hatten. Diese Wirkung des vollendeten Bundesstaats mußte man abwarten: äußerte sie sich innerhalb einer nach Billigkeit zu bestimmenden Frist nicht, so hätte für solchen Fall Sachsen das Recht Erneuerung der Verhandlungen und „Umgestaltung der vereinbarten Verfassung" zu fordern. Natürlich würde alsdann diese Umgestaltung nur nach Maßgabe der auch für Sachsen verbindlichen Verfassung erfolgen können.

Der Vorbehalt der hannoverischen Bevollmächtigten schließt sich ganz dem des sächsischen an.

Anders als in diesem Sinne haben nach diesseitiger Auffassung die Regierungen von Sachsen und Hannover selbst die gemachten Vorbehalte nicht verstanden und nicht verstehen können. Dieses läßt sich aus den vorliegenden Actenstücken sehr bündig beweisen. Hätten

1) Sachsen und Hannover mit diesen Vorbehalten einen anderen Sinn, und namentlich einen solchen verbunden nach welchem die Entstehung des Bundesstaates durch den nicht erfolgenden Beitritt süddeutscher Staaten gehindert werden könnte, hätten sie beabsichtigt, im Falle des Nichtbeitritts von Bayern und Württemberg, an den vereinbarten Entwurf nicht weiter gebunden zu seyn und jede Einigung über einen andern Verfassungsplan wieder von ihrer freien Zustimmung abhängig seyn zu lassen, so hätte in der mit ihrer Genehmigung Namens ihrer den übrigen Staaten zugegangenen Einladung zum Beitritt vom 28 Mai nicht gesagt seyn können:

Sie werden in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen welche sich dem Verfassungsentwurf anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfang und nach den Wahlbestimmungen berufen welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet.

Die beitretenden Staaten mußten sich lediglich an diese offene Erklärung halten, mit welcher ein Vorbehalt des Rücktritts von der Ausführung der Verfassung in keinem Fall verträglich wäre.

2) Bei den Anschlußverhandlungen ist keinem der beitretenden Staaten, die fast sämmtlich die Voraussetzung aussprachen daß der Verfassungsentwurf für alle Theilnehmer des Bündnisses feststehe und nur unter Zustimmung aller abgeändert werden könne, eröffnet daß ein dieser Voraussetzung widersprechender Vorbehalt existire. Es sind vielmehr, und zwar gerade von dem k. hannoverischen Bevollmächtigten, sehr ausdrückliche Zusicherungen in ganz entgegengesetztem Sinne ertheilt. So hat bei den Verhandlungen über den Anschluß von Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg Inhalts des Protokolles des Verwaltungsrathes vom 18 Julius dieses Jahres der Bevollmächtigte dieser Staaten erklärt:

Die herzoglichen Regierungen seyen vor allem deßhalb geneigt dem von den k. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover unter dem 26 Mai d. J. zu Berlin geschlossenen Vertrage beizutreten, weil sie unter den einmal obwaltenden Umständen die von ihnen aufrichtig gewünschte Herstellung einer lebenskräftigen Gesammt-Verfassung Deutschlands in constitutioneller Form nur auf dem in diesem Vertrage angebahnten Wege noch für erreichbar halten. Sie glauben dabei voraussetzen zu müssen daß die verbündeten Regierungen an den von ihnen gemeinsam proponirten Verfassungsentwurf jedenfalls, so weit der neu zu berufende Reichstag zustimme, sich ihrerseits gebunden achten, sowie daß dieselben verbündeten Regierungen die Absicht haben die zur Einführung dieser Verfassung erforderlichen Maßnahmen rasch zu ergreifen, namentlich den für die Reichstagswahlen anzuberaumenden Termin so bald als irgend möglich festzusetzen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrathes erwiedert hierauf:

Die verbündeten Regierungen hätten es allerdings als ihre Pflicht zu erachten an dem gemeinschaftlich von ihnen vorgelegten Verfassungsentwurf festzuhalten, und, so viel immer in ihren Kräften liege, vereint dahin zu wirken daß derselbe in möglichst kürzester Frist dem zu berufenden Reichstage zur Vereinbarung mit den Regierungen vorgelegt werde. Er sey in der Lage diesen Vorsatz für die von ihm vertretene k. preußische Regierung auf das bestimmteste zu verbürgen.

Der k. hannoverische Bevollmächtigte:

erkennt die sämmtlichen vorstehenden Voraussetzungen des her-

zoglich sächsischen Bevollmächtigten wesentlich als solche an von denen die verbündeten Regierungen selbst ausgegangen seyen, und er ist bei dieser Uebereinstimmung der Erwartung daß die Beitrittserklärung seitens der herzogl. sächsischen Regierungen nunmehr in kürzester Frist erfolgen werde.

Aehnliche Zusicherungen enthält das Protokoll vom 27 Julius d. J. über den Anschluß des Herzogthums Braunschweig.

Der Vorsitzende versichert:

Was die von einzelnen Regierungen, nachdem sie dem Vertrage vom 26 Mai d. J. beigetreten, etwa noch zu beantragenden Modificationen des Verfassungsentwurfs betreffe, so werde die Zulässigkeit der Anbringung solcher Anträge völlig zugegeben, jedoch mit dem Beifügen daß, bei mangelnder Zustimmung der übrigen Regierungen zu der beantragten Modification, es auch für die betreffende Regierung bei dem Inhalt des vertragsmäßig acceptirten Verfassungsentwurfs lediglich sein Bewenden behalte.

Die Bevollmächtigten der k. sächsischen und der k. hannoverischen Regierungen „bestärken diese Erklärung durch die Ausführung:

daß der Abschluß des Vertrags vom 26 Mai d. J. und der Beitritt zu diesem Vertrag jede der contrahirenden und der beitretenden Regierungen zum unverbrüchlichen Festhalten an dem Inhalt des einmal verkündeten Verfassungsentwurfs verpflichtet habe und verpflichtet halte, und zwar so lange als nicht durch gemeinsame Uebereinstimmung aller dieser Regierungen eine Abänderung des Entwurfs nachträglich genehmigt und zugegeben werde,“

und schließlich fügt der Vorsitzende hinzu:

die durch den Vertrag vom 26 Mai d. J. vereinigten Regierungen seyen, wie dieß bereits früher ausgesprochen und nachdrücklich bestätigt sey, zum Festhalten an dem vorliegenden Verfassungsentwurf, bis zu einer Modification desselben mittelst Uebereinstimmung aller vereinigten Regierungen, ohne Unterschied verpflichtet. Nur wenn alle Regierungen über Modificationen des Verfassungsentwurfs unter sich einverstanden, können und dürfen sie mit diesen Modificationen vor den Reichstag treten, während sie im andern Fall den Verfassungsentwurf unverändert vorzulegen haben. Sey dem jetzt vorliegenden oder dem durch allseitige Uebereinstimmung der vereinigten Regierungen später modificirten Verfassungsentwurf die Zustimmung des Reichstags einmal zu Theil geworden, so sey das Recht jedes nachträglichen Einwands und Widerspruchs für jede Regierung erloschen.

Bei den späteren Anschlußverhandlungen ist auf diese Erklärung vielfach Bezug genommen und den beitretenden Staaten die Versicherung ertheilt daß alles was gegen die früher beigetretenen erklärt sey, auch für sie gelte.

Selbst dann aber wenn man annehmen wollte Hannover hätte eine Suspensiv Bedingung stellen wollen, so wäre jeder daraus zu ziehende Einwand gegen das Vorschreiten mit dem verabredeten Verfassungswerk völlig bedeutungslos, da die vorbehaltenen Verhandlungen über die nöthigsten Modificationen des Verfassungsentwurfs nicht nur nicht beanstandet worden, sondern durch Preußen bereits eingeleitet sind und nothwendig zu einem nahen Ziel führen müssen, indem, wie mehrfach allseitig und auch von Hannover anerkannt ist, Aenderungen nur consensu omnium gemacht werden dürfen. Bei solcher Bewandtniß kann es preußischerseits unerörtert bleiben ob, den später beigetretenen Staaten gegenüber, denselben nicht mitgetheilte und mit jenen ausdrücklichen Zusicherungen im geraden Widerspruch stehende Vorbehalte von irgendeiner rechtlichen Wirksamkeit seyn könnten. Für Preußen liefert das hier angeführte aber den Beweis daß ein Sinn welcher den angeführten Zusicherungen zuwiderliefe, in jenen Vorbehalten nicht zu suchen ist. Die ursprünglichen Paciscenten haben, indem sie zu dem Contract einluden, gegen die Beitretenden die Verpflichtung übernommen alles zu gewähren und zu leisten was der Bundesvertrag enthält; dazu gehört wesentlichst die Realisirung der Verfassung; diese Verpflichtung muß gelöst werden, und darum darf Preußen auch nicht dem entferntesten Gedanken daran Raum geben als könne Hannover, in Folge jener Vorbehalte, an den einmal vereinbarten Verfassungsentwurf sich nicht gebunden und zu dessen Einführung sich nicht verpflichtet halten.

Nach den bisherigen Deductionen wird es klar seyn daß in den Ausführungen des k. hannoverischen Bevollmächtigten kein zulänglicher Grund enthalten ist, weßhalb nicht dem ganz einfach auf Vollzug einer unzweifelhaften Bestimmung des Bündnisses gerichteten Antrag des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten Folge gegeben werden sollte. Die Pflicht der verbündeten Regierungen zur Berufung des Reichstages, die sie gegen einander und gegen das Volk übernommen haben, steht fest. Ein Consens nicht beigetretener Staaten ist weder zur Bedingung gemacht noch an sich nöthig, am wenigsten kann seine Nothwendigkeit von einer der verbündeten Regierungen rechtlich urgirt werden. Die Vorbehalte können keinen Grund abgeben das Zustandebringen der Verfassung zu verzögern, indem sie, man mag ihnen eine Deutung geben welche man will, ihre Erledigung in der kürzesten Zeit finden müssen. Die nöthigen Vorarbeiten können aber, wenn dabei Eifer und guter Wille gezeigt wird, bis zu dem vorgeschlagenen Termine beendigt seyn.

Je weniger demnach die Ausführung des k. hannoverischen Bevollmächtigten in ihren Einzelheiten die Zustimmung der preußischen Regierung finden kann, desto mehr muß dem allgemeinen Motiv welches derselben zum Grunde liegt die vollste Anerkennung zu Theil werden, nämlich die Forderung: bestehende Rechte heilig zu halten und den gesetzlichen Boden unter keinen Umständen zu verlassen. Dieses Motiv aber darf Preußen und — seiner Ansicht nach — auch die verbündeten Regierungen nicht dahin führen Zustände festzuhalten welche der unaufhaltsame Fortschritt der Ereignisse vernichtet, und sich Illusionen hinzugeben, darüber aber wirklich vorhandene Rechte zu verletzen. Zu diesen von der preußischen Regierung zu wahrenden Rechten zählt sie den der deutschen Nation schon bei Berufung der Nationalversammlung zugestandenen Anspruch auf Consolidirung Deutschlands im Wege der Vereinbarung mit ihren Vertretern, nicht minder aber auch das sämmtlichen Mitgliedern des Bündnisses vom 26 Mai erwachsene Recht auf Realisirung dieses Bündnisses durch Berufung des Reichstages. In dem Bewußtseyn der Pflichterfüllung gegen Deutschland und seine Bundesgenossen — nicht minder aber auch in der Ueberzeugung gewissenhafter Achtung der Rechte Dritter — namentlich der Mitglieder des deutschen Bundes — und gestärkt durch die so unumwunden und einhellig ausgesprochene Billigung seiner Kammern, wird Preußen auf dem durch das Bündniß vom 26 Mai d. J. bezeichneten Wege fortschreiten, und zwar mit Vermeidung jedes Zeitverlustes welcher ein Mißtrauen gegen den Ernst seines Willens erwecken könnte. Es hofft und rechnet zuversichtlich darauf daß seine Bundesgenossen seine auf die Bildung eines wahren deutschen Bundesstaates gerichteten Bestrebungen einmüthig und kräftig unterstützen und jede Anfechtung dieses Werkes mit ihm zurückweisen werden; es erwartet dieß vor allem von denjenigen seiner Bundesgenossen welche mit ihm die Einladung zu dem Bündniß ergehen ließen, und daher den übrigen Theilnehmern mit ihm solidarisch verpflichtet sind.

Der k. preußische Bevollmächtigte — dieß sind die Schlußworte des Vorsitzenden — beharrt daher nicht nur bei seinem früheren Votum über die Anträge des herzogl. nassauischen Bevollmächtigten, sondern er ist auch von seiner Regierung beauftragt unverzüglich bestimmtere, auf den Vollzug desselben abzielende Anträge zu stellen.

Verhandlungen der preußischen Kammern.

∇ **Berlin**, 20 Oct. Die zweite Kammer nahm heute die noch übrigen Paragraphen des Gesetzes über Gewerbräthe 24—77 unverändert an. Nur zu einigen Paragraphen waren Amendements gestellt. Die Abgg. Baumgarten und Kleist-Retzow bekämpften die Bestimmung wonach die Prüfungscommission aus Meistern und Gesellen bestehen soll. Sie sagten das wäre ebenso als wenn bei den Abiturienten-Prüfungen auch Primaner als Examinatoren fungiren sollten. Im vorigen Jahr habe man überhaupt vieles auf den Kopf gestellt, und namentlich den Handwerksgesellen übermäßig gehuldigt; jetzt wo man von so mancher Satzung dieser Zeit zurückgekommen sey, möge man auch auf der vorliegenden nicht mehr bestehen und wenigstens den §. so fassen daß auf Gutachten der Gewerberäthe die Commission aus Meistern und Gesellen bestehen könne. Die Vertheidiger des §. der Verordnung — der Handelsminister, Handwerksmeister Gränzberger und Referent Viebahn — entgegneten: der Zweck der Bestimmung sey eine unparteiische Commission zu erzielen; zwischen den Meistern und Gesellen sey in der neuesten Zeit ein gespanntes Verhältniß eingetreten, und die Meister selbst hätten sich für die Betheiligung der Gesellen an der Prüfungscommission entschieden, weil sie dieß zur Herstellung des frühern guten Verhältnisses für besonders geeignet hielten; endlich könnten aus Mangel an Mitteln sehr tüchtige Gesellen nicht Meister werden, die von der Prüfungscommission auszuschließen eine große Ungerechtigkeit wäre. Die Amendements der Abgg. Baumgarten und v. Kleist-Retzow wurden mit überwiegender Mehrheit verworfen. Die erste Kammer erledigte heute die Art. 98, 100—103 der Verfassung. Bei der Discussion über Art. 98 sagte Hr. v. Gerlach: „Wir haben gestern ein gutes Werk gestiftet, über welches sich viele Millionen freuen werden (links: zur Sache!). Ich will sagen: wir haben gestern ein ächtes deutsches, ständisches Recht festgestellt, durch welches wir die Grundlage zu einer wahrhaft constitutionellen Verfassung gelegt haben. Den Art. 98 überlasse ich derselben Majorität die gestern so viel Tact und Disciplin bewiesen hat.“ (Links Unruhe.) Der Abg. v. Katte protestirt gegen den Ausdruck „Disciplin.“ Ammon erklärt: „Ich bin nicht der Meinung daß wir gestern ein gutes Werk gestiftet haben. Ich habe mit der Minorität gestimmt weil ich eine starke Regierung will: stark nicht durch die Uebermacht der physischen Gewalt, sondern durch die Macht des Gleichgewichts und durch die Erfüllung gegebener Verheißungen.“ (Bravo zur Linken.) Die Kammer nimmt den Art. 98 in folgender Fassung an: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staats müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushaltsetat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt. Zu Etatsüberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammern erforderlich. Wenn sich die Festsetzung des Staatshaushaltsetats für die nächste Etatsperiode über den Anfang der-

selben verzögern sollte, so bleibt der zuletzt vollzogene Etat bis zu dieser Festsetzung — jedoch höchstens 12 Monate — in Kraft." Der Antrag statt 12 Monate 6 Monate zu sagen war mit 73 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Der letzte Satz des Centralausschusses (Ausgaben sind nur auf Antrag der Regierung und bis zum Belaufe desselben zu bewilligen) wird verworfen. Art. 100 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen, wo er lautet: „In Betreff der Steuern können Bevorzugungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorzugung, vorbehaltlich der Entschädigungsfrage, abgeschafft."

☿ **Berlin**, 22 Oct. In der zweiten Kammer theilte heute der Präsident mit daß auf die Interpellation Beckeraths hinsichtlich der neuen Centralgewalt am 24 d. Hr. v. Radowitz antworten werde. Dann ging die Kammer zur Berathung des Art. V der Verfassung über. Die Art. 62, 63 beantragt die Commission so zu fassen: „62. Die erste Kammer besteht 1) aus den Prinzen des k. Hauses, welche ihren Sitz in der Kammer einzunehmen berechtigt sind sobald sie das 18te Lebensjahr zurückgelegt haben; 2) aus 240 gewählten Mitgliedern. 63. Die durch Wahl in die erste Kammer zu berufenden 240 Mitglieder werden zu zwei Drittheilen von den Kreisvertretern gewählt, die ein besonderes Gesetz zu festen Wahlkörpern vereinigt. Das letzte Drittel dieser Mitglieder wird von den höchstbesteuerten Grundbesitzern in der Art gewählt daß in jeder Provinz diejenigen 200 Grundbesitzer welche mit der höchsten Grundsteuer belastet sind, die auf die Provinz nach der Bevölkerung fallende Zahl von Abgeordneten wählen. Die nähern Anordnungen folgen durch das Wahlgesetz. Transitorische Bestimmung. Falls bis zur nächsten Wahl für die erste Kammer in einzelnen Provinzen, resp. Kreisen, die gesetzliche Regulirung der Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten noch nicht zur definitiven Feststellung der Grundsteuerbeträge aller Grundstücke geführt haben sollte, so soll es den betreffenden Grundbesitzern behufs ihrer Zulassung zur Wahlberechtigung freistehen auf eine provisorische Einschätzung und Besteuerung ihrer Grundstücke anzutragen." Zu denselben Artikeln sind viele Amendements eingegangen. Die einen wollen die Zahl der Mitglieder der ersten Kammer wieder auf 180 reducirt, die andern diese theilweise oder ganz durch die Provinzialvertreter gewählt wissen. Der Abg. Keller schlägt folgende Bestimmungen vor: „Die erste Kammer besteht 1) aus den Prinzen des königl. Hauses u. s. w.; 2) aus zwei bis vier Vertretern der bedeutendsten Städte des Landes; 3) aus Vertretern der Landesuniversitäten, Akademien und andern Anstalten, welche corporative Rechte besitzen; 4) aus den Häuptern der vormals reichsunmittelbaren deutschen Reichsstände; 5) aus den katholischen Landesbischöfen und den Vertretern der evangelischen Landeskirche; 6) aus Vertretern der höchsten Militär- und Civilbehörden; 7) aus höchstens 12 Mitgliedern, welche durch den König um bestimmter Verdienste willen ernannt werden und lebenslänglichen Sitz in der Kammer erhalten." Der Antragsteller, der zuerst das Wort erhält, spricht die Meinung aus daß die constitutionelle Monarchie die drei Gedanken der Monarchie, der Aristokratie und Demokratie verbinden müsse. Außer dem König auf dem Thron dürfe man nicht bloß das Meer der Bevölkerung sehen; zwischen beiden sey eine Vermittlung nöthig, und diese bilde eine erste Kammer, bestehend aus den Spitzen der Gesellschaft. Wenn eine solche Kammer geschaffen würte, **dann könne die Bestimmung über die Steuern in Art. 108 gestrichen werden**; ohne sie werde aber die constitutionelle Monarchie den Gedanken haben. Der Abg. Besler erklärt auch er sey früher für eine erbliche Pairie gewesen, von diesem Gedanken aber zurückgekommen. Die Erfahrung die man in Frankreich gemacht, sey einer Pairskammer nicht günstig. Eine künstlich geschaffene Aristokratie würde viel weniger zur Vermittlung zwischen Volk und Krone dienen können, als eine Kammer die aus der Bezirks- und Provinzialvertretung hervorgegangen sey. Der Redner will die Zahl der Mitglieder auf 180 festgesetzt und die großen Grundbesitzer bei der Wahl nicht bevorzugt wissen. Reichensperger glaubt daß die größere Zahl der ersten Kammer mehr praktische Wirksamkeit verleihen würde. Auch er ist ein Gegner der erblichen Pairie, und spricht mit dem Vorredner aus daß der Adel in Deutschland nicht für die Freiheit gewirkt habe. Seiner Ansicht nach würde die erste Kammer am besten durch die Provinzialvertretungen gewählt werden. Urlichs führt dagegen an daß die Stein und Hardenberg aus dem Adel hervorgegangen, während das Berliner Denunciantenwesen durch einen Bürgerlichen aus dem Geheimenrath-Stande eingeführt worden sey. Graf Renard will der zweiten Kammer von Volkes Gnaden eine andere von Gottes Gnaden gegenübergestellt sehen. Nachdem noch Müller (Wohlau) für, Breithaupt gegen die erbliche Pairie und für Interessenvertretung, Tobe für Berücksichtigung des großen Grundbesitzes gesprochen, wird die allgemeine Discussion auf morgen vertagt. — Die erste Kammer genehmigte heute zu den schon angenommenen 8 Paragraphen des Gesetzes vom 6 Jan. (Einführungsordnung zur allgemeinen Wechselordnung für Deutschland) auf den Antrag der Commission einen neunten. Der Abg. Colsmann hatte als §. 10 den Satz vorgeschlagen: „Die in Bayern auf Preußen gezogenen Wechsel dürfen erst 14 Tage vor Verfall zur Annahme vorgezeigt, resp. protestirt werden. Diese Bestimmung erlischt sobald Bayern die allgemeine deutsche Wechselordnung eingeführt hat." Auf die Erklärung des Justizministers daß die bayerische Regierung den dortigen Kammern einen Gesetzentwurf vorgelegt habe der sich enge an die deutsche Wechselordnung anschließe, wurde dieser Satz verworfen. Dann nahm die Versammlung auf Antrag des Ausschusses die abweichende Fassung der zweiten Kammer bei den Art. 4, 7, 86, 91, 92, 93 u. 96 an. Dagegen wurde der von der zweiten Kammer zu Art. 95 beschlossene Zusatz: „Eine vorgängige Genehmigung der Behörde darf jedoch nicht verlangt werden" (nämlich zur gerichtlichen Verfolgung von Beamten wegen Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse) mit 70 gegen 41 Stimmen verworfen. Der Justizminister und der Abg. v. Ammon (Urheber der Fassung der ersten Kammer) hatten dagegen gesprochen.

Die Folgen der Rechtsumgestaltung in Ungarn.

⁂ **Wien**, 22 Oct. In kurzer Zeit werden die Verfassungen für die einzelnen Kronländer publicirt werden, und die verschiedenen Fragen über die politischen Gestaltungen Ungarns entschieden seyn. Der letzte ungarische Reichstag hatte zwar in die mittelalterliche Trödelkammer mißbräuchlicher Gebräuche geschriebenen und ungeschriebenen Rechtes den demokratischen Feuerbrand geworfen, allein eben nur dieß. Das Alte war vernichtet, und das Neue, das man an seine Stelle setzen wollte, konnte sich schon darum nicht entwickeln, weil der gewaltige Bürgerkrieg seine „Institutionen", die requirirenden und exequirenden Revolutionspräfecten dem Lande aufgedrungen hatte. Nach der Waffenstreckung der Magyaren blieben der Regierung zwei Wege: eine neue Ordnung der Dinge von beschließenden Körpern entwerfen zu lassen, oder Ungarn, gleich den andern Kronländern, eine Verfassung zu octroyiren. Dieß letztere wurde schon aus dem Grunde nothwendig, weil eine möglichst gleichförmige, bürgerliche Ordnung des ganzen Kaiserstaates nur nach feststehenden Grundzügen befohlen werden kann, sonst hätte man dem Einzelwillen der Provinz einen schädlichen Spielraum gestattet. Wichtig in dieser Beziehung wird das bürgerliche Rechtsgebäude, welches an die Stelle des alten in Unkraut wüsten Gartens der frühern Verfassung treten soll. Mit geringen Aenderungen denkt man vorerst die Gesetzeskraft des österreichischen Strafgesetzbuches über Ungarn auszudehnen. Man verhehlt sich zwar nicht daß auch der alte Criminalcoder vieler Reformen bedürfe, allein da an die Stelle des gesetzlichen Chaos in Ungarn so rasch als möglich etwas neues treten muß, so würde man damit wenigstens dem Bedürfniß des Augenblicks geholfen haben. Die Gerichtsverfassung würde auf dem öffentlichen Anklageproceß beruhen, Schwurgerichte aber, die ja das Vorhandenseyn eines gebildeten zahlreichen Mittelstandes voraussetzen, schienen für jetzt unmöglich, denn wie sollten sie gebildet werden? Aus der landbauenden Bevölkerung, die noch vor der Revolution aus hörigen Leuten bestand? Das hieße der Ignoranz einen Platz auf der Schöffenbank zuweisen, und der Sprung von den feudalen Zinnen auf den ebnen Boden des modernen Rechtsstaates wäre voraussichtlich ein Halsbrechen gewesen. Dem Adel aber allein das Richteramt zuzuweisen wäre den Grundsätzen des neuen Oesterreich zuwider und politisch gefährlich. Wichtiger noch als diese criminalrechtliche Gestaltung ist die civilrechtliche. Man beabsichtigt in Ungarn Grund- oder Flurbücher einzuführen, oder, wie man es in Norddeutschland nennt, Hypothekenbücher. Diese Maßregel ist eine so weit greifende daß jeder Rechtskundige sich sagen wird: daß damit die ganze Gestalt des Ostens radical verändert wird, denn mit ihrer Einführung hat die moderne Cultur ihren Fuß fest an die untere Donau eingedrückt. Sie wissen daß das Eigenthumsrecht auf unbewegliche Güter, welches bisher in Ungarn galt, also bei den agriculturen Donauländern das Alpha und Omega des bürgerlichen Rechts, auf dem Grundsatz der Aviticität beruhte. Um Ihren nord- und westdeutschen Lesern einen Begriff von diesem Begriff zu geben, bemerke ich daß jedes unbewegliche Eigenthum, woran jene Rechtseigenschaft haftete, von dem ersten Erwerber nur auf Descendenten vererbt werden konnte, so daß alle Agnaten, ähnlich wie bei dem lombardischen Lehen, nur ohne den persönlichen Nexus desselben, ein schlafendes Miteigenthum hatten, welches z. B. durch Erberlöschen wieder erwachte. Die erste Bedingung ökonomischen Aufblühens eines Agriculturstaates, der gesicherte Besitz und Eigenthumswechsel, war hiermit unterdrückt. Wie das Eigenthumsrecht, so alle dinglichen Rechte, vorzüglich aber das wichtige Pfandrecht. Niemand der unbewegliche Güter kaufte war sicher daß er damit Eigenthum von dem Verkäufer erworben. Ein vergessener Agnat mit einem dreihundertjährigen Briefe (solche Fälle sind vorgekommen) trat auf und forderte kraft

der Aviticität sein Eigenthum zurück. Glücklich wenn der Käufer durch einen gerichtlichen Act, wo alle etwa Berechtigten vor Kaufesabschluß vorgeladen worden, sich wenigstens die Kaufsumme gesichert. Gefährlich wurde es schon sich mit dem Prätendenten zu vergleichen, denn nach Analogie des Lehens oder der Fideicommisse handelte der Agnat nur für sich, nicht für die Gesammtheit der Miteigenthümer, und war der eine befriedigt, so konnte ein zweiter, dritter, vierter auftreten. Kurz wer unbewegliches Eigenthum kaufte, hatte damit sicher mehrere Processe sich auf den Hals geladen. Was ein ungarischer Proceß ist, davon können sich Ihre deutschen Leser am besten einen Begriff machen wenn wir hier erwähnen daß in allen Haupt- und Nebenfragen ein vierfacher Instanzenzug gestattet war, und die aristokratische privilegirte Privilegien-Phantasie für den adeligen Eigenthümer fünf bis sechs verschiedene Arten der restitutio in integrum erdacht hatte, was also 24 richterliche Urtheile denkbar machte. Ein Eigenthumswechsel war also bis zur Unmöglichkeit erschwert, ja wirkliches Eigenthum welches das Veräußerungsrecht als cardinale Eigenschaft in sich begreift, gab es fast gar nicht. Wie das Pfandrecht beschaffen, wird jede juristische Phantasie leicht errathen. Wer hätte sich entschlossen dem zu leihen und große Summen zu leihen der kein wahres und erkennbares Eigenthum hatte? Wenn aber das bewegliche Eigenthum mit dem unbeweglichen ein Bündniß nicht eingehen kann, da muß das erstere verkümmern, oder wird wenigstens niemals gedeihen. Mit dem Grundbuch entsteht eine neue Welt, ein neuer Staat, neue Cultur, neue Bildung, neue Begriffe. Das Eigenthumsrecht und jedes dingliche Recht, vorzüglich also das Pfand, wird erworben durch Eintragen in das Hypothekenbuch. Es gibt keine latenten Rechte mehr die den neuen Erwerber, den Pfandgläubiger nicht schlafen ließen. Der Eigenthumswechsel ist so gesichert wie im Kleinverkehr, wo mit der einen Hand das Geld gegeben, mit der andern die Waare empfangen wird. Alle neuen Erfindungen, alle Lehren der Bodencultur können in Ungarn jetzt zur Anwendung kommen, denn der Bodenherr der jetzt Eigenthümer wird, erhält überall Geld auf Pfand geliehen, und wenn bis jetzt in manchen Jahren reiche Ernten am Halme verdarben weil sich keine Arme fanden den Segen der Natur heimzubringen, so mögen Sie sich aus obigem selbst die Zahlen zusammenmultipliciren die aus der Verbindung des beweglichen mit dem unbeweglichen Eigenthum als wunderbares Resultat hervorgehen können.

Sowie der Rechtsstaat in Ungarn solchergestalt zur That wird, kann es nicht fehlen daß die Colonisation ihren mächtigen Strom vom Westen nach dem Osten kehrt. Denn mit der Sicherung des Eigenthums wandern die Capitale ungerufen in das Land, da hier bei der Thätigkeit der Naturkräfte, welche in dem Humus des untern Donaugebiets schlummern, ein überreicher Gewinn für den Darlehngeber und Darlehnempfänger zu erwarten steht. Aber die Tragweite der erwähnten Entwürfe reicht viel weiter, sie geht bis zum Pontus und hinauf in die Nordsee. Denken Sie sich vorerst welche Folgen es haben wird daß man die ungarische Zwischenzollschranke aufhebt und damit einen großen österreichischen Markt schafft, werden damit nicht die finanziellen Verhältnisse des Kaiserstaates gänzlich und glücklich verändert? Wenn man den Bodenreichthum des Donaugebiets nicht bloß, wie bisher, besitzt, sondern wirklich erwirbt, was sind dann einige hundert Millionen Staatsschuld mehr oder weniger? Und denken Sie sich daß Oesterreich theils um ackerbauende und industriefleißige Arme zu gewinnen, theils um die so geschaffene Fülle seiner Rohproducte zu vertauschen, Deutschland eine anfangs annähernde, dann völlige Zolleinigung in Aussicht stellte, was ließe sich von der alles steigernden Kraft der Zeit erwarten? Der viel verspottete „Beruf im Osten" ist ein Ding wo es sich um Geld und Geldeswerth handelt, und da hört die Macht des Ideals auf, welche dem hungrigen Magen keinen Weck bieten, der zerlumpten Jacke keinen frischen Flecken einsetzen kann. Mir ist es als sähe ich schon einen deutschen Pflug auf einer Donauflur einen Schädel aufwerfen und hörte den Ackersmann mit Shakspeare scherzen: „Dieser doctrinäre Pfiffkerl, denke ich mir, sey ein Erbkaiserlicher gewesen." Sie haben es gut gemeint in der Paulskirche, aber es gehört der Magen eines Gelehrten dazu über den Triumph der Theorie die breiten Bettelsuppen nahrhaft zu finden. Ich will den Vorhang fallen lassen, nachdem ich ein wenig in die Scene des historischen Drama's blicken ließ, wozu man hier schon die Maueranschläge schreibt. Noch herrschen die Ereignisse und beherrschen, und das Morgige kann heute nur Project seyn. Aber schon nach diesen Andeutungen werden Sie sehen daß Oesterreich ein Recht hatte in der deutschen Frage ein Zuwarten zu beanspruchen. Um aber dieß noch näher begründen zu können — denn es bedarf den gerechten deutschen Forderungen gegenüber dieß gar sehr — muß ich mir Frist für einen zweiten Artikel erbitten.

Schweiz.

△ Bern, 21 Oct. Der Bundesrath und die von ihm niedergesetzten Commissionen sind gegenwärtig vollauf mit den Vorbereitungen zu den Verhandlungen, der in drei Wochen zusammentretenden Bundesversammlung beschäftigt. Ein Organisationsgesetz über die Neugestaltung des schweizerischen Militär- sowie ein Gesetzesvorschlag über das Münzwesen werden die Hauptgegenstände der Berathung seyn. Die neueste Nummer des Bundesblatts enthält einen Expertenbericht und Gesetzesentwurf über das Münzwesen von Hrn. Bankdirector Speiser in Basel. Der Bericht enthält eine historisch-kritische Darstellung der seit 30 Jahren in der Schweiz stattgefundenen Bestrebungen zu Verbesserungen und Reformen im Münzwesen, versucht die Entwickelung der Grundsätze die bei einer schweizerischen Münzreform leitend seyn sollen, und stellt nach dem gefundenen Maßstab eine Vergleichung an zwischen den verschiedenen Vorschlägen und den concurrirenden Münzsystemen welche in der neuesten Zeit der Schweiz empfohlen werden. Das Ergebniß dieser Untersuchungen führt zu dem Schlusse der Vorzüglichkeit des französischen Münzsystems, dessen Annahme für die Schweiz vorgeschlagen wird. Gegen dieses Project wird sich der größte Theil der östlichen Schweiz aussprechen, in deren Interesse es liegt für den deutschen Reichsguldenfuß zu stimmen. Auch das in Zürich aufbewahrte badische Kriegsmaterial ist nun mit einer Bedeckung von 12 Mann Schweizertruppen an die Gränze gebracht und dort den badischen Behörden gegen Baarzahlung der Entschädigungssumme von 12,000 fl. für Unterhalt ausgeliefert worden. Nachdem sichere Nachricht eingetroffen ist daß Gögg und Sigel, die wahrscheinlich mit einem fremden Paß durch Frankreich reisten, sich in Havre eingeschifft haben, ist der von der eidgenössischen Polizeidirection gegen sie ausgestellte Verhaftsbefehl zurückgenommen worden. Auch Raveaux scheint sich nicht in Colmar gestellt zu haben. Er soll seinen Schweizerpaß von Basel aus an Druey zurückgeschickt und mit dem englischen Paß die Reise weiter fortgesetzt haben. Die Flüchtlingszahl ist in allen Kantonen in Abnahme begriffen, indem viele die Rückkehr in die Heimath wagen. Der Bundesrath ist damit beschäftigt eine neue Vertheilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kantone vorzunehmen. Genf beherbergt nur noch 120 Badener, alle französischen Flüchtlinge sind internirt. Von verschiedenen Seiten hört man bittere Klagen über Excesse die von Flüchtlingen begangen werden. In Genf brach eine völlige Meuterei der Badener gegen ihre Officiere aus weil dieselben eine strenge Ordnung handhaben wollten. In Solothurn kam es zu Schlägereien wobei es Verwundungen gab. In Aarau sollten sie zu Arbeiten auf dem Exercierplatz verwendet werden, aber am zweiten Tag lief der größte Theil davon. Von Landstreichern, die sich unter dem Flüchtlingsnamen einen Aufenthalt in Casernen zu erschleichen wissen, werden die abgefeimtesten Gaunerstreiche ausgeführt. Ein deutscher Flüchtling, Namens Fuchs, welcher sich während seines mehrwöchentlichen Aufenthalts bei einem Weber in der Nähe Berns sehr ungebührlich aufgeführt hat, wurde von dem Regierungsrath als des Asyls unwürdig erklärt und des Kantons verwiesen mit dem gleichzeitigen Ansuchen an den Bundesrath diesem Flüchtling auch den Aufenthalt in den andern Kantonen nicht zu gestatten. Dem Betragen der hiesigen Flüchtlinge kann nichts vorgeworfen werden. Die gebildeten Flüchtlinge haben den sehr ehrenwerthen Entschluß gefaßt den Winter hindurch ihren Leidensgefährten in den wissenswürdigsten und für das Leben unentbehrlichsten Gegenständen Unterricht zu geben. So sind mit Bewilligung der Behörde Curse in Rechnen, Schreiben, Zeichnen, Geographie und Geschichte rc. veranstaltet worden. Jeder Menschenfreund muß sich über dieses Beginnen freuen, zumal das Streben darauf gerichtet ist Politik u. dgl. von den Unterhaltungen auszuschließen; denn Hr. Druey würde wohl zu letzteren kaum seine Zustimmung geben. An der Stelle des abberufenen bisherigen sardinischen Gesandten, Ritters v. Farina, wird die dahierigen Geschäfte Hr. C. de Barral interimistisch versehen. Die sardinische Gesandtschaftkanzlei soll von Lausanne nach Bern übergesiedelt werden. Zum interimistischen badischen Geschäftsträger ist an die Stelle des Hrn. v. Marschall Hr. Regierungsrath Stephani bezeichnet worden.

Serbien.

*) Es ist die Zeit allem Anschein nicht fern daß Rußland und England im Osten Europa's an einander treffen; die von beiden Seiten lange im geheimen gegrabenen Minen werden dann plötzlich springen, und ein — diplomatisches Spiel in seinen Schachzügen der jetzt nur ahnenden Geschichte aufdecken. England hat das Meer allmählich in diesen Gegenden sich zu eigen gemacht, Rußland seine Fäden in den verschiedenen Ländern her angeknüpft. Von einer Donaureise her, die ich im vorigen Jahr machte, dürfte Ihnen vielleicht die Notiz interessant seyn daß in Türkisch-

Serbiens in keiner Hütte das Bild des Czaren fehlt. Hier brauchen nur 30,000 Gewehre hingeliefert zu werden und der zweite Uebergang über den Balkan ist von der Westseite gesichert. Die Bosniaken bilden jetzt die Tirailleurs dieser noch maskirten Schlachtlinie!

Mexico.

Von dem unlängst verstorbenen General Parades, vormaligem Präsidenten der Republik Mexico, gibt der New-York Commercial Inquirer folgende biographische Skizze: „Mariano Paredes, wiewohl einer von den ältesten Soldaten seines Landes und Theilnehmer an allen wichtigsten Ereignissen seit den Tagen Iturbide's, war in der Geschichte Mexico's beinahe unbekannt bis zur Revolution von 1840, die den Bustamente stürzte. Er gehörte zu denen welchen Bustamente am meisten vertraut hatte; dennoch erklärte er sich fast zuerst gegen ihn, und war einer von den leitenden Geistern der Umwälzung, neben Santa Ana und Cortazar. General Paredes befehligte damals in Queretaro, und Bustamente marschirte gegen ihn, war aber genöthigt Halt zu machen auf die Kunde daß Santa Anna von Jalapa und Veracruz her auf die Hauptstadt rücke. Sehr einflußreich in den Bergwerksbezirken, wurde Parades vielfach aufgefordert sich selbst der Gewalt zu bemächtigen, aber er weigerte sich bestimmt und begünstigte die Erhebung Santa Ana's. Man vermuthet er habe so gehandelt weil er sich damals als General an der Spitze eines starken Armeecorps für sicherer hielt als auf dem Präsidentenstuhl. Die Revolution war am 7 Oct. beendigt, und Santa Anna Dictator. Dem Paredes wurde das Kriegs- und Marineministerium angeboten, aber er lehnte es ebenfalls ab, weil er merkte daß man nur die Absicht habe ihn von seinen Truppen zu trennen. — Im Jahr 1844 wurde Santa Anna gestürzt, und an seiner Statt Herrera als Präsident eingesetzt, der einer gütlichen Ausgleichung mit den Vereinigten Staaten wegen der Einverleibung von Texas günstig gesinnt war. Paredes war dem entgegen, zog jedoch in Herrera's Interesse mit seinen 25,000 Mann gegen Santa Anna, der nur 6000 Mann, auf den Beinen hatte und schlug ihn. Santa Anna wurde verbannt. Bald nach diesem erhob aber Paredes sich gegen den Präsidenten Herrera, welchem er schuldgab daß er mit den Vereinigten Staaten unterhandle und die Republik Mexico zu zerstückeln suche. Paredes rückte gegen die Hauptstadt, und diese und Herrera's Armee fielen ihm zu. Am 12 Jun. 1845 wurde Paredes als Präsident eingesetzt, und am folgenden Tage gestattete ihm der Congreß das Commando der Armee zu übernehmen und die Civilverwaltung an den Vicepräsidenten Bravo zu übertragen. Als im Mai 1846 der Krieg mit den Vereinigten Staaten ausbrach, stand Paredes an der Spitze der Geschäfte; aber nach Santa Anna's Rückkehr im August desselben Jahrs nahm Bravo den Titel eines provisorischen Präsidenten an. General Salas bemächtigte sich der Person des Paredes, und er ward in die Citadelle von Mexico gefangen gesetzt; aber im September entfloh er nach der Havana. Von da ging er später nach Europa, und intriguirte um einen spanischen oder französischen Prinzen an die Spitze der mexicanischen Regierung zu bringen. Das mißlang. Später durfte er in sein Vaterland zurückkehren. Er ergab sich dem Trunk, und starb endlich in einem Hospital der Stadt Mexico in völligem Blödsinn. — Fast gleichzeitig mit ihm starb, auf einem Landhaus bei Durango, an der Cholera der berüchtigte Guerrilla-Chef General Urrea, der in dem mexicanisch-amerikanischen Kriege den Amerikanern auf ihrem Marsche gegen Saltillo großen Abbruch that, und jeden amerikanischen Soldaten, der in seine Hände fiel, tödten ließ.

Die neuesten Berichte aus Mexico reichen bis zum 22 Aug. Die Indianer richteten in dem Staate Durango und auf der Halbinsel Yucatan furchtbare Verheerungen an. General Uraga hatte die Rebellen in der Sierra Gordo geschlagen. Zwischen der mexicanischen und der Vereinigten Staaten-Regierung besteht, scheinbar wenigstens, ein sehr freundliches Verhältniß, wie sich dieß bei der Abreise des abgerufenen amerikanischen Gesandten Hrn. Clifford zeigte, welchen der Präsident Herrera von einer Abtheilung der Nationalgarde als Ehrenwache bis nach Veracruz geleiten ließ — eine Ehrenbezeugung welche noch bei keinem Gesandten in Mexico vorgekommen.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der Kaiser von **Oesterreich** hat den nachbenannten Offic. für ihr tapferes und umsichtiges Benehmen vor dem Feinde nachstehende Orden verliehen, als: Das Ritterkreuz des Leopold-Ordens: dem Oberstlieutenant Jacobs des General-Quartiermeisterstabes und dem Major und Flügel-Adjutanten Nobile. — Den Orden der eisernen Krone dritter Classe: dem Oberstlieutenant Grafen Hompesch, dem Major Gerber von König von Sachsen Kürassier; dem Rittmeister Baron Villata von Hardegg-Kürassier; den Hauptleuten Leinner und Gasteiger von Piret-Infanterie; dem Hauptmann Eckert des 5ten Jäger-Bataillons; dem Oberlieutenant Stanovic des 1sten Banal-Reg.; den Oberlieutenanten John und Riemer der Artillerie, und dem Hauptmanne Grivicic des Peterwardeiner Gränz-Regiments. Ferner für das tapfere Verhalten in den Gefechten bei Comorn am 2. und 11. Juli, dem Major und Artillerie-Commandanten des 1. Armee-Corps Pichler, Oberlieutenant Kafka vom 3. Artillerie-Reg., Seiler, Commandant der Schlick'schen Batterie, Tribuzzi, Commandant der 12pfündigen Batterie Nr. 11, Pilsticker von Sunstenau-Kürassier, Schaumburg von Heß-Infanterie, dem Hauptmann Calvas von Parma-Infanterie, Lieutenant Markowski von Hartmann-Infanterie, Hauptmann Bischof und Lieutenant Herzog vom 2. Jäger-Bataillon, Hauptmann Konecz und Lieutenant Ribarz vom Pionnier-Corps, Oberstlieutenant Faber, Rittmeister Blohowsky und Oberlieutenant Fürst Liechtenstein von Liechtenstein-Chevaulegers, Rittmeister Baron Vorberg von Kaiser Uhlanen und Major Graf Nostiz von Erzherzog Johann-Dragoner, dem Rittmeister Graf Pappenheim von Nicolaus Husaren, den Oberlieutenanten Klein vom 6. Jäger-Bataillon, Maina von Heß-Inf., dem Hauptmann Fastenberger von Schönhals-Infanterie, Oberlieutenant Graf Schönfeld von Kaiser Ferdinand-Kürassier und Hauptmann Grostick der Artillerie.

Militärdienstnachrichten. Veränderungen bei der k. k. Armee. Carl v. Schönhals, Feldmarschall-Lieutenant, und C. Freiherr Kreß v. Kressenstein, Feldmarschall-Lieutenant, erhielten die wirkliche geheime Raths-Würde taxfrei. A. Freiherr Cserich v. Monte-Creto, Feldmarschall-Lieutenant, wurde Festungs-Commandant in Peterwardein; Fr. Edler v. Schulzig, Feldmarschall-Lieutenant und Divisionär, wurde Commandant des 2ten Armee-Corps in Ungarn. Ed. Fürst zu Schwarzenberg, Feldmarschall-Lieutenant, wurde 2ter Inhaber des Dragoner-Reg. Nr. 2. W. Hoffmann, Oberst vom General-Quartiermeisterstabe, wurde Unter-Director des militärisch-geographischen Instituts. W. Fitz, Oberst vom Bombardier-Corps, wurde Commandant dieses Corps. Befördert wurden: zu Obersten die Oberstlieutenante: C. Körber, vom General-Quartiermeisterstabe, im Corps; J. Richter, vom Inf. Reg. Nr. 21, beim Inf. Reg. Nr. 30, in seiner Anstellung; J. Gläser, vom Ingenieur-Corps, im Corps; B. Graf Künigl, Interims-Reg.-Commandant vom Inf. Reg. Nr. 35, zum wirklichen Commandanten dieses Reg.; D. Lentelt, vom Wiener Garnisons-Artillerie-Districte, in seiner Anstellung beim Artillerie-Hauptzeugamte; W. Hofbauer v. Bauernfeld, vom 1sten zum Commandanten des 5ten Art.-Reg. Zu Oberstlieutenanten die Majore: G. Fligelly, vom General-Quartiermeisterstabe, im Corps; Al. Stiasny, vom Inf. Reg. Nr. 35; G. Lindner, vom Kür.-Reg. Nr. 6; C. Freiherr v. Schirnding, vom Uhlanen-Reg. Nr. 2, alle drei im Reg.; D. Scherpon Edl. v. Kronenstern, vom 3ten beim 2ten Art.-Reg.; A. Freiherr v. Reußner, vom Feuerwerks-Corps, beim 3ten Art.-Reg.; J. Branttem, vom Bombardier-Corps, im Corps und in seiner Anstellung; J. Rucker, vom 1. Art.-Reg., im Reg.; C. Berthold, vom Ingenieur-Corps im Corps. Zu Majoren die Hauptleute und die Rittmeister: Aug. Paulich, Second-Wachtmeister der könig. ung. adeligen Leibgarde, beim Inf. Reg. Nr. 52; G. Czernojevich, vom Inf. Reg. Nr. 31; J. Kauffmann, vom Inf. Reg. Nr. 41; Fr. Liebler v. Asselt, vom Inf. Reg. Nr. 10; H. Paint, vom Inf. Reg. Nr. 27; A. Piers, vom Inf. Reg. Nr. 12; C. Degoricia, vom Creuzer Gränz-Inf. Reg. Nr. 5; Fr. Wirth, vom Chev.-Reg. Nr. 6; J. C. Nostiz v. Drzewiecky, vom Kür.-Reg. Nr. 4; M. Hertwek, vom Uhlanen-Reg. Nr. 2; alle im Reg.; J. Graf Bötting und Persing, vom Inf. Reg. Nr. 33, beim Inf. Reg. Nr. 4; J. Stäger Edler v. Waldburg, vom Inf. Reg. Nr. 3, beim Inf. Reg. Nr. 16, und zum Gouvernements-Adjutanten in Venedig; J. Suppantschich Edler v. Haberkorn, vom Inf. Reg. Nr. 27, zum Adjutanten des Reserve-Corps in Italien; C. Zapletal, vom Inf. Reg. Nr. 18, zum Adjutanten des 1sten Armee-Corps in Italien; C. Wachter, vom Inf. Reg. Nr. 19, zum Adjutanten des Armee-Corps in Böhmen; Fr. Wilsdorf, vom 5ten beim 4ten Art.-Reg.; A. Nitsche, vom Bombardier-Corps, beim 1sten Art.-Reg.; M. Plöchinger, vom Artillerie-Feldzeugamte, zum Garnisons-Artillerie-Posto-Commandanten in Comorn; J. Rudolph und W. v. Barbieri, vom Ing.-Corps im Corps; A. Kalik, vom General-Quartiermeisterstabe, im Corps; Ed. Prosche, vom 8ten Jäger-Bataillon, zum Commandanten des Boten-Jäger-Corps; A. Hubernagel, vom 1sten Buccowiner Cordons-Bataillon, zum Commandanten dieses Bataillons; G. Schandrovics, vom Inf. Reg. Nr. 61, als Platzmajor im Banate; G. Kiesewetter v. Wiesenbrunn, vom 10. Jäger-Bat., als Platzmajor zu Brixen, und C. Pöschl, in Pension, als Platzmajor zu Arad. C. Alth, Major vom Inf. Reg. Nr. 33, wurde Commandant des Grenadier-Bataillons Pöltinger. J. Freiherr Lazarich v. Lindaro, Oberst in Pension, erhielt General-Majors Charakter, und F. Schiffner v. Schiffensee, Oberst-Lieutenant in Pension, Obersten-Charakter und Pension. In Pensions-Stand wurden versetzt: die Majore: C. Tarducci, Second-Wachtmeister der kön. lomb. venet. adeligen Leibgarde, mit Oberstlieutenants-Charakter und Pension; Fr. Zihrer, vom Inf. Reg. Nr. 27; G. Sailer, vom Kürassier-Reg. Nr. 2; C. Edl. v. Zbyczewsky, vom Ing.-Corps, und G. Linecker, Commandant des 1. Buccowiner-Cordons-Bataillons; dann die Hauptleute: W. Frohlik, Local-Director der Aerarial-Feuergewehr-Fabrik, und Michael Jung, des Artillerie-Landwehr-Bataillons.

(3805) **Katholische Zeitschrift für 1850!**

Im Verlage von Fr. Züberlein in Bamberg erscheint und kann durch alle Buchhandlungen und Postämter bezogen werden:

Katholische Blätter aus Franken.

Redigirt von

P. Dinkel,

erzbisch. geistl. Rath und Stadtpfarrer zu Erlangen,

und

M. Störcher,

Caplan an der St. Martinskirche in Bamberg.

Wöchentlich ein Bogen im Octavformat. Auf dem Wege des Buchhandels können die „Katholischen Blätter aus Franken" auch in monatlichen Heften bezogen werden.

Preis jährlich 3 fl. oder 2 Rthlr.

Von Neujahr an erscheint unter obigem Titel ein Wochenblatt für die Kirche im allgemeinen und für die Erzdiöcese Bamberg insbesonders. Dasselbe soll, seiner Tendenz nach auf praktischem Boden sich bewegend, durch zeitgemäße Abhandlungen und Aufsätze die Interessen der Kirche nach Dogma, Cultus, Disciplin und der entsprechenden Institutionen vertreten, sowie zur Pflege des inneren Lebens durch Aufnahme des ascetischen Elementes nach älteren und neueren Quellen beitragen. Das die Kirche betreffende Geschichtliche der Gegenwart wird, um mit dem Gange der Ereignisse fortzuschreiten, in präcisen Referaten zur Kunde gebracht, sowie den litterar-historischen Anforderungen durch Bücheranzeigen und Recensionen Genüge geschehen, endlich werden die Leser durch Aufnahme der statistischen Nachrichten aus der Erzdiöcese mit den wechselnden Verhältnissen der letzteren bekannt gemacht.

---

[308] In der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen:

Dinglers Polytechnisches Journal.

Dreißigster Jahrgang.

Erstes Octoberheft.

Inhalt. Ueber den geringsten Aufwand von Dampf und Brennmaterial in einer Condensations-Maschine mit Expansion, mit besonderer Rücksicht auf die Maschinen in Cornwallis und jene von Sims. Von R. Steinle. — Verbesserungen in der Fabrication der Sieberöhren für Locomotiven ꝛc., von Roose und Richardson. Mit Abbild. — Verbesserungen an Buchdruckerpressen, von Hrn. Hoe in New-York; patentirt in England für Newton. Mit Abbild. — Verbesserungen an Seidenhaspeln, von Barberi. Mit Abbild. — Versuche mit der excentrischen Universalmühle. Mit Abbild. — Verbesserungen an Kornmühlen, von Mc Clellan. Mit Abbild. — Romershausens mathematische Instrumente zur militärischen Distanzmessung, zur Feldmessung und zum Nivellement. Mit Abbild. — Verbesserungen an Sicherheitslampen und Gasbrennern, von Parish. Mit Abbild. — Ueber das photochromatische Bild des Sonnenspectrums und die Erzeugung farbiger Bilder in der Camera obscura; von E. Becquerel. Mit Abbild. — Beizen zur Ersparung an Weinstein in der Wollenfärberei; von Carteron. — Verfahren den Torf zu behandeln um daraus Paraffin zur Kerzenbereitung und andere Producte zu gewinnen; patentirt für Rees Reece, Chemiker in London. Mit Abbild. — Apparat zum Laugen des Flachses als Vorbereitung desselben für das Spinnen; von Wright. Mit Abbild. — Ueber die Anwendung des Gypses und Kohlenpulvers zum Desinficiren und augenblicklichen Austrocknen der menschlichen Excremente, ferner über die Vortheile des so entstehenden desinficirten Staubdüngers für die Landwirthschaft; von Dr. Herpin. — Miscellen. Verzeichniß der vom 1 Mai bis 27 Junius 1849 in England ertheilten Patente. — Ueber das Schinz'sche Dampfmanometer für Locomotiven. — Ueber das Auswaschen der Wollentuche vor der Walke. — Wiederherstellung unleserlicher Manuscripte. — Neue Methode die Metallsalze schnell zu analysiren; von Roucher. — Ueber den oktaedrischen und cubischen Alaun; von J. Persoz. — Ueber ein neues Mittel, Jod und Brom nachzuweisen; von Reynoso. — Verfahren um die geringsten Spuren von Jod mittelst Stärkmehls zu entdecken; von Thorel. — Wirkung des Chlorzinks auf die vegetabilische Faser. — Ueber den Farbstoff des holländischen oder Kuchen-Lackmus.

Von diesem alle Zweige der Technik umfassenden Journal erscheinen auch ferner wie bisher monatlich zwei Hefte mit Abbildungen. Der Jahrgang, aus 24 Heften mit etwa 30 Tafeln Abbildungen und im Text abgedruckten Holzschnitten bestehend, mit einem vollständigen Sachregister versehen, macht für sich ein Ganzes aus und kostet bei den Buchhandlungen und allen k. bayerischen Postämtern nur 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. In das Abonnement kann nur für den ganzen Jahrgang eingetreten werden.

Die Verlagshandlung kann vom

Polytechnischen Journal

noch einige ganz vollständige Exemplare, welche sie aufgekauft hat, und zwar 1sten bis 29ster Jahrgang oder Band 1 bis 110 zu 464 fl. oder 270 Rthlr. 20 Ngr. anbieten. Einzelne Jahrgänge sind fortwährend zum Preise von 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. zu haben.

[3812] Bei Fr. Eurich u. Sohn in Linz ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben:

Ueber die Naturlehre,

mit Rücksicht auf neue Principien derselben und den Doppeldruck des Barometers, nebst Widerlegung der v. Drieberg'schen Beweise des Nichtdruckes darauf.

Von **Friedrich Zierler.**

gr. 8. Mit einer Zeichnungstafel. Preis 1 fl. 12 kr. oder 20 Ngr.

Ueber Medicinal-Reform.

Ein Wort betreffend die Wünsche der Aerzte, Chirurgen und Apotheker.

Von Dr. **Onderka,**

Protomedicus in Oesterreich ob der Enns und Salzburg.

gr. 8. in Umschlag geheftet. Preis 18 kr. rhn. oder 6 Ngr.

[3807-9] **Für Jagdfreunde!!**

So eben ist erschienen und in der Kollmann'schen Buchhandlung in Augsburg zu haben:

Jagd-Büchl nach den besten Quellen und eigenen 30jährigen Erfahrungen. Enthält die Beschreibung der Eigenschaften und Lebensweise der Jagdthiere, deren Habhaftwerdung und Benützung. Mit Abbild. brosch. 24 kr.

Ein unentbehrliches Vademecum für alle Liebhaber des edeln Waidwerkes.

[3810] **Steckbrief.**

Gegen den königl. quiescirten Universitäts-Professor Fallmerayer aus München ist in Folge einer Entschließung des königl. Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg vom 7 August l. J. eine Untersuchung wegen nächsten Versuchs des Hochverraths durch Theilnahme an den Beschlüssen des sogenannten Rumpfparlaments zu Stuttgart, wodurch das politische Daseyn des bayerischen Staats bedroht wurde, auf den Grund der Artikel 300 und 308, Thl. I. des Straf-Gesetzbuches eingeleitet worden. Da der Aufenthaltsort des Angeschuldigten unbekannt, dessen Verhaftung aber nach Art. 138 und 414, Theil II. des Straf-Gesetzbuches geboten ist, so ersucht man alle in- und ausländischen Gerichts- und Polizeibehörden den unten signalisirten quiescirten königl. Universitäts-Professor Fallmerayer zu verhaften und unter geeigneter, seinem Stande angemessener Verwahrung anher zu liefern.

Signalement.

Alter: Fünfziger, Größe 5 Schuhe 9 Zoll, Statur: untersetzt, Gesichtsform: länglich, Gesichtsfarbe: gebräunt, Haare: dunkel, Augen: braun, Nase: länglich, Kinn: rund. Besondere Kennzeichen: Mangel der vorderen Schneidezähne.

Augsburg, den 22 October 1849.

Der functionirende Untersuchungsrichter

Frhr. v. Bibra.

[3814 **Fasanen- und Schwarzwildpret-Verkauf.**

Liebhabern von Schwarzwildpret und Fasanen wird bekannt gemacht daß jetzt bei eintretender günstiger Jahreszeit Bestellungen auf Schwarzwildpret und Fasanen gemacht werden können.

Ersteres wird mit Haut und Haaren zu 22 kr. pr. Pfund, der Fasanenhahn zu 2 fl. 12 kr. abgegeben; Fasanenhennen kommen nur wenige zum Verkauf und werden zu 1 fl. 48 kr. berechnet.

Die Abgabe geschieht jedoch nur — an aufgestellte Commissionäre dahier — gegen baare Bezahlung, oder, da bei Versendungen durch die Post das Porto jetzt beinahe billiger ist als durch Boten, gegen Nachnahme des Betrages bei der Post, wozu in den Bestellungsbriefen die ausdrückliche Einwilligung erwartet wird.

Eichstädt, den 23 October 1849.

Herzoglich Leuchtenbergisches Forst- und Jagdamt.

Däll, Forstinspector.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Poststellen zu Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag | Nr. 301. | 28 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Erzherzog Reichsverweser nach Belgien. Zweite Lesung des städtischen Verfassungsentwurfs. Balfe); München (die Verhandlungen der Kammer der Abg. über Schüler. Die dem deutschen Ausschusse gemachten Mittheilungen); Wiesbaden (Preßproceß); Kassel (die Ständeversammlung für Einstellung des standrechtlichen Verfahrens in Baden); Hannover (Erklärung in Berlin bei der Abreise des Gesandten); Leipzig (die Wendung in Berlin); Hamburg (neue preußische Regimenter nach Schleswig); Oldenburg (die Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer); Berlin (die zweite Kammer über Bildung der ersten); Mecklenburg (der Verfassungsstreit).

Großbritannien. Gute Folgen der Cholera. General Munro †. Nachdruck englischer Bücher.

Frankreich. V. Hugo's Rede über die römische Frage.

Niederland. Amsterdam. (Durch die fortdauernde Ministerkrisis alle Staatsgeschäfte gelähmt.)

Italien. Turin. (Modification des Ministeriums. Das Denkmal für Karl Albert.)

Neuestes. München. (Die Zollvereinsquote und die Forderungen in Berlin. Die erste Kammer tritt dem Steuererhebungsbeschlusse bei. Die bayerische Zustimmungsacte.) — Mannheim. (Ein katholischer Geistlicher vor dem Standgericht.) — Berlin. (Beschluß der zweiten Kammer über die Bildung der ersten.) — Wien. (Graf Gyulai. Ein Compromiß in dem türkischen Zwist in Aussicht.) — Madrid. (Ein kurzer Ministerwechsel.) — London. (Die Königin-Wittwe. — Paris. (Verhandlungen über die Aufhebung der Verbannungsdecrete gegen die Bourbons. Opposition Berryers. Erklärung der Regierung.)

Beilage. Berlin. (Die Parteien und die Verfassung.) — Der Verwaltungsrath des engern Bundes (Schluß des Protokolls vom 17 Oct.) — Einiges über Hundertpfunds Malsystem. — Schweiz (St. Gallen: Fallmerayer. Erinnerung an Georg Müller.) — Dänemark. (Freiherr v. Pechlin.) — Alexandria. (Aufstand in Macao.)

Datum der Börsen: London, Paris 24; Wien 25 Oct.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 25 Oct. Der Erzherzog-Reichsverweser hat heute eine Reise nach den belgischen Fabrikstädten angetreten, auf welcher er in Lüttich mit dem König der Belgier zusammentreffen soll. In der letzten Zeit nahm der Erzherzog auch hier in Frankfurt mehrere industrielle Anstalten in Augenschein. Ob derselbe nach Niederlegung seiner Würde in die Hände der neuen Bundescommission Frankfurt sofort verlassen oder den Rest des Winters hier zubringen wird, darüber scheint bis jetzt noch kein Entschluß festzustehen. Daß von Bayern und Württemberg gegen die Wiener Uebereinkunft vom 30 Sept. Anstände erhoben worden seyen, muß, wenigstens in Beziehung auf ersteren Staat, jedem welcher den Verlauf der unter Theilnahme des bayerischen Cabinets hierüber in Wien und Berlin gepflogenen Unterhandlungen mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, in hohem Grade unglaubwürdig erscheinen. — In unserer Constituante geht die zweite Lesung des Verfassungsentwurfs mit der Berathung der neuen Gemeindeordnung Hand in Hand. Bei dem raschen Gang der Verhandlungen dürfte die Verfassung nebst Einführungsbestimmungen bereits in vier Wochen zur Endabstimmung für die Bürgerschaft in Stadt und Land vorliegen. — Balfe's „Zigeunerin" ist hier mit sehr günstigem Erfolg in die Scene gegangen. Der Componist wird noch zwei Vorstellungen seiner Oper persönlich leiten. Die Concertsaison hat bereits begonnen, und scheint sich unter dem Einfluß der politischen Windstille besser zu gestalten als im vorigen Winter. Das „Museum", das einige Zeit dem Verfall nahe gewesen, erfreut sich jetzt der gesteigerten Theilnahme des Publicums, und wird am 2 Nov. seine dießjährigen Abende eröffnen. Der musikalische Theil ist wieder der umsichtigen und energischen Leitung Messel's übertragen, während die Litteratur zunächst durch Creizenach's Vorlesungen „über die Culturgeschichte des 19ten Jahrhunderts" vertreten seyn wird.

Bayern. ⫟ **München,** 26 Oct. (Dreizehnte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der Abg. v. Lerchenfeld erwähnte im Laufe der gestrigen Verhandlungen der Sympathien für die Opposition als eines der charakteristischen Zeichen unserer Zeit. Die heutige Ueberfüllung sämmtlicher Zuhörerräume des Sitzungssaales galt der Berathung und Beschlußfassung über den Antrag des Justizministeriums auf Genehmigung des Vollzugs eines gegen den Abg. Fr. Schüler erlassenen Vorführungsbefehls durch die Kammer. Was der Verlesung des Ausschußberichtes über diese Frage vorherging, war auch rein formeller Natur und ohne allgemeineres Interesse. Es ist bereits in diesen Blättern erwähnt daß der Ausschuß, gegen die einzige Stimme des Abg. Boyé, die Genehmigung zum Antrage des Ministeriums beschloß, und dazu nur auf Antrag des Abg. Paur den Vorbehalt fügte: daß der Kammer das Recht verbleibe zu einem etwa später zuerlassenden Verhaftsbefehl (mandat d'arrêt) ihre Genehmigung zu ertheilen. Abg. Kirchgeßner, welcher der entscheidenden Ausschußsitzung nicht beigewohnt hatte, begann die vom Präsidium eröffnete Discussion mit der Erklärung seines Beitritts zum Boyé'schen Antrag, nachdem der Berichterstatter (Rudhardt) vorzugsweise mit Verlesung aller der Actenstücke, worauf sich der Vorführungsbefehl gegen Schüler beruft, den Ausschußantrag motivirt hatte. Bei seiner Erklärung für den Boyé'schen Antrag (es möge, insolange die Anklagekammer des Appellationsgerichts die Anklage nicht erkannt habe, die Zustimmung der Kammer zum Vollzuge des Vorführungsbefehls verweigert werden) hebt Hr. Kirchgeßner zunächst hervor wie man nun wieder vor dem §. 26 des Tit. VII der V.U. stehe, und entwickelt dann weiter wie in der vorliegenden Frage der politische Standpunkt höher als jeder andere gestellt werden müsse. Ueberdieß liege auch kein streng judicieller Fall vor, da bei der bekannten Strenge des französischen Rechts zur Begründung eines Vorführungsbefehls bereits ein Verdacht genüge. Ein wahrhaft judicieller Fall werde der vorliegende erst dann wenn die Anklagekammer über die Begründung der Anklage entschieden haben werde. Abg. Rubner erklärt im voraus daß er als Nichtjurist spreche; die Frage habe aber auch außer der juristischen eine politische Seite. Der Kammer stehe jedoch nicht die Entscheidung über die rechtliche Seite zu, diese in Anspruch nehmen wollen würde allerdings eine Einmengung in die Justiz seyn. Ob die Anklage Schülers bedeutend genug sey um eine Verhaftung zu bedingen, habe die Kammer gar nicht zu fragen. Aber im geraden Gegensatze zu der nichtjuristischen, sondern politischen Aufgabe der Kammer sey der §. 26 durch den Ausschuß nur vom juristischen Gesichtspunkt beurtheilt worden. Die Kammer stehe als Jury da, und habe nur in dieser Eigenschaft den Sinn dieses §. ins Auge zu fassen. Und in diesem Sinne stelle er den Antrag: es möge die Kammer den Antrag des Justizministers wie des ersten Ausschusses nicht genehmigen. Auch der Abg. Morgenstern spricht in demselben Sinne für diesen Antrag: der Standpunkt des Berichterstatters sey zu eng, könne daher nicht bedingend für die Abstimmung werden. Wenn man den Antrag nicht genehmige, so liege darin keineswegs ein Eingriff in die Justiz, da ja dadurch nur eine Aufschiebung der Verhaftung bis zum Ende dieser Kammersession beabsichtigt werde. Es handle sich nicht darum: was hat Schüler gethan? sondern darum: ist die Verhaftung Schülers zur Fortführung der Untersuchung wirklich so nöthig daß die Kammer deßhalb ihre Integrität hintansetzen muß? Die wirkliche Lage der Dinge gebe aber den thatsächlichen Beweis daß diese Verhaftung nicht so nöthig sey; denn die ganze Genehmigung zur Vorführung Schülers wird nur illusorisch seyn, da sich derselbe ja gar nicht in Bayern befindet, und es von seinem freien Willen abhängt ob er dem Befehle folgen will, ob nicht. Sehr ausführlich, doch nicht eben überzeugend, ist nun die Erörterung des Abg. Tafel. Auf den Standpunkt der Reichsverfassung sich stellend, sucht er zu beweisen wie sämmtliche Anklagen, welche gegen Schüler vorliegen, durchaus keine wirklichen Anklagen sind. Wer indessen zu viel beweisen will, beweist nichts, und Hr. Tafel verliert sich überdieß so sehr in spitzfindige Vertheidigungen der Einzelheiten, daß er mit diesen durch die Vorlesung einer Menge von Actenstücken unterstützten Erör-

terungen das Hauptaugenmerk eines Redners außer Acht läßt — das Interesse und die Aufmerksamkeit seiner Hörer. Vollends unmotivirt erscheint aber die schließliche Drohung, eine neue Revolution werde endlich erwachsen und Schüler an seinen Platz zurückführen. Von neuem erwacht dagegen die Aufmerksamkeit als der Abg. Heine mit den Worten beginnt: Ich bin gegen die Bearbeitung der vorliegenden Frage wie sie vom Ausschuß ausgegangen ist, ich bin aber auch gegen den Eintritt Schülers. Entwürdigend für die Kammer ist es eine solche Frage nur vom juristischen Standpunkte aus zu behandeln, aber eben so unrecht ist eine advocatorische Behandlung so großer Ereignisse in der Weise wie sie Hr. Tafel beliebt. Hier können nur Thatsachen sprechen; jede Ansicht hat ihr Recht, und jede Partei ihre innere Berechtigung. Schülers Ansicht war die Republik, auf ihre Herstellung war sein und seiner Partei Wirken und Streben gerichtet. Warum dieß mit advocatorischen Scheinbeweisen an Einzelheiten wegläugnen wollen? Schüler selbst würde es nie läugnen. Diese Partei unterlag; die Partei welche siegte, ist die monarchisch-constitutionelle. Ihr verdanken wir daß noch eine bayerische Kammer existirt. Diese Kammer hat hier zu urtheilen, sie kann ihren Feind, den Feind des Princips durch welches sie besteht, nicht in ihre Mitte rufen. Die Partei Schülers hatte sich auf eine Höhe gehoben wo ihr das Wirken dieser Kammer als Staatsschnitzelei erscheinen muß. Schüler, der Chef dieser Partei, kann nicht von solcher Höhe herabsteigen um an solchem ihm klein erscheinenden Wirken theilzunehmen, er kann sich nicht in eine Versammlung einbetteln wo er eine nach seiner Ansicht pitoyable Rolle spielen müßte. Männer welche eine so erhabene Rolle im Drama der Zeit unternommen, müssen sich zu resigniren wissen bis eine nach ihren Ansichten bessere Zeit kommt. Eine in allgemeinen Bemerkungen über die Nothwendigkeit eines gegenseitigen Vergebens und Vergessens zwischen Völkern und Fürsten umherschwankende Rede des Abg. Stöcker führt auch den Gedanken durch daß man dem Talent Schülers Verzeihung angedeihen lassen müsse. Als interessanter Gegensatz im Princip wie in der Zusammenfassung der Gedanken erscheint dagegen die Ausführung des Abg. Ruland. Nirgends sey in Bayern Wunsch und Wille des Volkes auf Vertauschung der bestehenden Staatsform mit der republicanischen, ja selbst nur in einer sehr beschränkten Zahl für Annahme der Reichsverfassung gestimmt gewesen, Schüler sey also bereits durch den Widerspruch seiner Ansichten und seines Wirkens gegen den Volkswillen gerichtet. Indessen handle es sich hier darum nicht. Schüler habe durch die Mitunterschrift der Manifeste des Donnersbergs wie der Reichsregentschaft bewiesen daß er den Eid der Abgeordneten nicht schwören könne, da dieser auf Aufrechthaltung der Verfassung ꝛc. laute. Schüler habe den Volkswillen beleidigt, könne also nicht unter den Volksvertretern sitzen; und so stimme er (der Redner) materiell für den Ausschußantrag, obgleich er formell auch wohl noch manches Bedenken gegen diesen habe. Die Abgg. Gelbert und Binder setzen darauf in zwei auf einander folgenden Reden die Lösung der Aufgabe Tafels fort, Schüler persönlich gegen die vorliegenden Anschuldigungen zu vertheidigen, indem sie besonders zu beweisen streben daß demselben in all den Stellungen welche er im Revolutionsdrama eingenommen, stets das Ziel vorgeschwebt habe die Bewegung von anarchischen Ueberstürzungen zurückzuhalten. In einer Unterbrechung des Präsidenten, welcher den Redner (Binder) mahnt von der persönlichen Kritik Schülers auf den Fragpunkt zurückzukommen, geht dieser auf Schülers Kammerthätigkeit und die Verpflichtungen der Volksvertretung für dieselbe ein, indem er schließlich den Satz aufstellt: wie die Kammer sich durch einen Zustimmungsbeschluß zu dem Ausschußantrage selbst vernichten werde, da er in seinen möglichen Consequenzen unberechenbar sey. Abg. v. Lerchenfeld glaubt vor allem die Frage auf ihren Standpunkt zurückführen zu müssen, von dem sie sich nicht hätte entfernen sollen. Es komme hier auf die Ratio des §. 26 an. Diese sey offenbar die Wahrung der Integrität der Kammer, freilich nicht in dem Sinn wie sie von mancher Seite hier aufgefaßt werde, sondern in dem Sinne daß kein Mitglied wegen seiner Haltung in der Kammer verhaftet werden könne. Als Jurist habe er eine zu hohe Achtung vor der ungestörten Pflege der Gerechtigkeit, als daß er die Abwesenheit eines Mitglieds aus der Kammer für wichtig genug halten könnte um deßhalb den Gang der Justiz hemmen zu wollen. Im gegenwärtigen Fall handle es sich aber um ein Complott gegen den Staat, und ein Verbrechen gegen die Sicherheit und das Leben jedes Einzelnen; man möge sich erinnern wie es um diese Sicherheit und um das Eigenthum in der Pfalz bestellt gewesen; die Untersuchung solcher Dinge bis zum Schlusse der Session aufhalten zu wollen, erachte er für gefährlich, den Eintrit Schülers in die Kammer für um so bedenklicher, als damit diesem ja die Gelegenheit gegeben sey seine Grundsätze auch hier fortzuführen. Man habe gesagt, die Thatsachen der Anklage seyen nicht gewiß, nichts constatire die Authenticität der Unterschriften, es sey leicht möglich daß irgendjemand diese Unterschriften unter ein beliebiges Actenstück gedruckt, ohne daß der Abg. Schüler sie selbst unterzeichnet habe; es sey von anderer Seite geltend gemacht worden daß Schüler die Wahl abgelehnt habe, daß er bei jeder Gelegenheit die Erhebung der Pfalz beklagt, für einen politischen Wahnsinn erklärt habe, daß er alles gethan sie rückgängig zu machen. Es gebe aber Stellungen im Leben, wo eine erhöhte Verantwortlichkeit auf einer Persönlichkeit hafte die sie nicht von sich abwälzen könne. Ein Mann wie Schüler könne nicht eine Proclamation welche zu Handlungen von solch schweren Folgen auffordere, in der Welt herumgehen lassen, wenn er sie nicht unterschrieben habe; er sey durch seine Bürgerpflicht offenbar verpflichtet unumwunden und furchtlos zu erklären daß er sie mißbillige, und wenn er es nicht thue, übernehme er einen großen Theil der Schuld welche auf diesem Actenstück beruhe. Wenn Schüler eine so ungeheure Popularität in der Pfalz besitze, so sey es seine Pflicht und für ihn ein leichtes gewesen diese Bewegung zu desavouiren; er hätte hingehen müssen, ihr entgegenzutreten und sie so in die Schranken des Gesetzes zurückzuführen. Vier Monate seyen verflossen seitdem dieß Actenstück mit dem Namen Schüler erschienen, und mit keiner Sylbe habe er erklärt daß er es mißbillige, daß er es nicht unterzeichnet habe; wenn er endlich bei Verkündigung der Reichsregentschaft nur in Folge der bestehenden Solidarität zwischen den Mitgliedern derselben deren Beschlüsse unterzeichnet habe, so könne er nur erwiedern daß ihn nur Folgen die Solidarität treffen, d. h. er müsse für das was dort geschehen, was eben er mitunterzeichnet habe, ebenso verantwortlich gemacht werden als wenn es sein eigener Wille gewesen. Die Vorführung sey nöthig damit der Angeklagte sich bei der Untersuchung rechtfertigen könne, so stimme er denn für den Ausschußantrag. Abg. Krämer warnt mit sehr großen Worten vor der Nahrung welche man durch Einwilligung zu Schülers Verhaftung der blutdurstig vorwärts schreitenden Reaction gebe. Schüler werde der Reaction zum Opfer fallen, einst werde der Verwesungsgeruch der von der Reaction gemordeten Opfer auch in diese Kammer dringen, aber Deutschland werde denn doch siegen. Nach erfolgtem Bravo klingt allerdings Allioli's Bemerkung ziemlich nüchtern daß der Kreis der Politik dieser Kammer durch den Eid abgegränzt sey. Diesen Eid habe Hr. Schüler überschritten, und so sey er nicht würdig in dieser Versammlung zu sitzen. In derselben übertreibenden Weise, wie vorhin Hr. Krämer von der einen Seite, spricht jetzt Abg. Westermayer vom entgegengesetzten Standpunkt. Er wendet sich dann besonders persönlich gegen Schüler, bezeichnet ihn als Januskopf welcher in der Pfalz, in Frankfurt und Stuttgart sein republicanisches, hier sein constitutionell-monarchisches Gesicht gezeigt habe u. s. w. Nachdem der Redner sich noch längere Zeit in einer unparlamentarisch gehaltenen und hierher ungehörigen Polemik gegen die neuen Zeitbewegungen überhaupt ergangen, Fürst Wallerstein das Wort. Uns erschien es als Sophistik daß er erweisen wollte die Nichtgenehmigung des Vorführungsbefehls werde die Justiz möglicherweise besser unterstützen als die Genehmigung; aber desto mehr mußte man mit den Schlußworten übereinstimmen, welche Versöhnung der Parteien, gegenseitiges Vergessen im politischen Interesse des Moments als die nothwendigsten Anforderungen bezeichneten. Als eben noch Hr. v. Lassaulx das Wort nehmen will, wird der Schluß der Discussion verlangt, und auf die erfolgende Frage des Präsidenten beschlossen. Minister Kleinschrod erörtert noch: wie hier nur der juristische Standpunkt entscheidend für die Abstimmung seyn könne, geht dann auf die Entgegnung einzelner Bemerkungen der Vorredner ein, und überläßt schließlich dem Referenten das Wort, welcher die dem Ausschußantrag entgegenstehenden Gründe der Gegner abermals aus seinem Standpunkte widerlegt. So kommt es zur Abstimmung. Rubners und Kirchgeßners Anträge sollen dem Ausschußantrag vorangestellt werden. Abg. Arnheim, dem sich nachher mehrere Redner anschließen, erweist wie durch Abstimmung des Ausschußantrags die Erledigung des Rubner'schen Antrags von selbst stattfinde. Diese Ansicht wird gutgeheißen, obgleich unsers Erachtens auf solche Weise wenigstens dem Kirchgeßner'schen Antrag sein volles Recht nicht zu Theil wird. Da auf namentliche Abstimmung angetragen ist, so wird diese angestellt, und ergibt 73 Stimmen für den Ausschußantrag, darunter 7, nicht 5 Pfälzer, 51 dagegen.

Wie bereits erwähnt, enthält die Neue Würzb. Ztg. „von höchst sicherer Hand" einen Bericht über die Aufschlüsse welche der Minister v. d. Pfordten im deutschen Ausschusse der Abgeordnetenkammer über die Verhandlungen Bayerns mit Oesterreich gegeben. Voraus schickte Hr. v. d. Pfordten die Bemerkung: Oesterreich gegenüber habe die bayerische Regierung zu keinem sichern Resultat gelangen können, weil jenes zur bezüglichen Zeit mit innern Kämpfen zu sehr in Anspruch genommen war; Preußen gegenüber war das vorgesteckte Ziel nicht wünschenswerth, weil dadurch Oesterreich hinausgedrückt und der Süden Deutschlands dem Norden gänzlich verfallen wäre. Nachdem zugleich Oesterreich in der letzten Zeit den Wunsch ausgesprochen, man möge die

letzte Aeußerung nicht als die absolut letzte betrachten, so habe man als das zweckgemäßeste erachtet die Sache so lange hinzuhalten bis Oesterreich freie Hand gewonnen. Sodann berichtete der Hr. Minister: meistens seyen die Verhandlungen vertraulich und mündlich gepflogen worden, mit Thun und Schwarzenberg seyen folgende Stücke actenmäßig gemacht word.n: I. Die Denkschrift des bayerischen Ministeriums vom 5 Mai l. J., durch den österreichischen Gesandten Grafen v. Thun in München nach Wien gesendet. „Nothwendig sey das Princip, die Verwirklichung der Einigung; wahres Bedürfniß den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen; für dieses Bedürfniß sprächen Thatsachen; keinesfalls dürfe die Bundesverfassung wieder hergestellt werden, noch weniger die Art ihrer Handhabung; die Nation wolle eine Einigung, eine Gesammtverfassung welche die größtmögliche Einigung sichere; niemals mißachtet dürfe dieser Drang nach Einigung werden, indem er sonst vieles Unheil stifte. Darum müsse man vor allem die Verfassungsform aufstellen, mit genauer Abgränzung zwischen Particularismus und Centralgewalt. Für den österreichischen Staat erwüchsen freilich hieraus Schwierigkeiten, er müsse Opfer bringen, dafür hätte er Theilnahme an der Centralgewalt. Diese allgemeine Verfassung muß umschlingen: 1) Vertretung Deutschlands in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten durch das Recht Gesandte zu senden; den Einzelstaaten werde nicht benommen nebenbei eigene Gesandte senden zu dürfen. 2) Entscheidung über Krieg und Frieden. 3) Oberste Leitung der Waffenmacht; zu diesem Zwecke Errichtung militärischer Reichskreise; die Marine zerfalle in zwei Abtheilungen, in die nördliche und südliche, jene unter preußischer, diese unter österreichischer Leitung. 4) Erhaltung des inneren Friedens. 5) Zolleinheit, wenigstens durch Uebergangsmaßregeln angebahnt. 6) Die Oberaufsicht über die Anstalten des Verkehrs zur Erzielung möglichster Gleichförmigkeit, durch Aufstellung der leitenden Principien und gleichmäßige Durchführung. 7) Gleichheit der Münze, des Maßes und Gewichtes, jedoch nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern durch anbahnende Vermittlung und Vereinbarung. 8) Die Gesetzgebung; wenn nun Oesterreich hiegegen erklärt hat es werde niemals fremder Gesetzgebung sich fügen, so möge es als Gegenstände der Reichsgesetzgebung bestimmen lassen; a) Heimath, Freizügigkeit, Reichsbürgerrecht; b) Vereine, Versammlungen und Presse; c) die Gegenstände oben sub I mit 6 bezeichnet; d) Handels- und Wechselrecht. 9) Die Finanzen, die Matricularbeiträge, allein nicht einzuflechten die Verbrauchssteuern. 10) Die innere Verwaltung sey einzig den Einzelstaaten zu überlassen, ohne Aufstellung einer Reichscommission. Formell solle man an die Beschlüsse der Nationalversammlung anknüpfen, der Wortstreit über Staatenbund und Bundesstaat führe materiell zu nichts. An die Spitze Deutschlands möge ein Directorium treten aus sieben Mitgliedern oder von drei. Im letzteren Fall wäre Oesterreich das erste, Preußen das zweite, die übrigen Staaten bildeten nach dem Turnus das dritte, mit der einzigen Begünstigung für Bayern daß es zwei Jahre im Turnus bleibe, während jeder andere Staat nur ein Jahr. Der letztere Vorschlag scheine der zweckgemäßere. Ministerien sollten nur fünf gebildet werden, weil ein Justizministerium unnöthig sey. Die Einzelstaaten hätten ständige Bevollmächtigte am Sitze der Centralgewalt; würden aber Gruppen gebildet, stünde nur diesen jene Befugniß zu. Diese Bevollmächtigten wären einzeln oder collegialiter in Form eines Reichsrathes thätig. Mit diesen Bevollmächtigten seyen in letzterer Form die wichtigsten Verwaltungsmaßregeln und die Gesetzentwürfe zu berathen; aus ihnen bilde sich das Reichsgericht. Neben diesem Reichsrathe erhebe sich die Volksvertretung. In der österreichischen Note vom 9 März sey die Zuläßigkeit dieser zwar abgelehnt, allein diese sey von allen Regierungen anerkannt, keine könne darum mehr von ihr abgehen. Ueberdieß gebe das Zweikammersystem mehr Garantie der Ordnung, das Einkammersystem sey schon wegen der einseitigen Wendung bedenklich. Collision sey zwar auch bei Einer Versammlung möglich, dagegen gebe die Balancirung des einen Hauses durch das andere mehr Garantie und Gewinn. Die Ernennung durch den Bund und durch die Regierungen enthalte keine conservative Sicherheit, die Majorität werde immer Männer derselben Richtung wählen. Die Regierungen werden nicht allezeit die bewährtesten Männer des Vertrauens senden, daher zwei Häuser mit guter Wahl. Die active Wahlfähigkeit setze ein Alter von fünfundzwanzig, die passive ein solches von dreißig Jahren und eine entsprechende Steuerentrichtung voraus. Die Bevollmächtigten würden theils von der Regierung, theils von den Kammern der Einzelstaaten ernannt. Bei Gesetzgebungs- und Finanzgegenständen werde die Competenz eines absoluten Veto's eingeräumt. Was die Einwendung anlange daß der nicht reindeutsche Staat nicht beizutreten vermöge, so hebe sich dieselbe dadurch für Oesterreich daß die Verfassung den föderativen Charakter annehme, weil dann die deutschen Provinzen unbehindert beitreten könnten, ohne daß andere Stämme, z. B. Italiner, das Recht erwürben in Deutschland mit zu stimmen und mit zu rathen. Wenn der Anschluß Oesterreichs an die Verfassung Deutschlands nicht erfolge, so sey eine Centralisation in Deutschland unmöglich, und dieß bringe Gefahr auch für seine deutschen Provinzen; schließe sich aber Oesterreich an, dann sey beiderseits gehörige Sicherung vorhanden. Vor allem müsse die Einigung der größeren Regierungen erfolgen, und zwar durch Annahme zweier Häuser; ohne solche Mitwirkung der Nation würden neue Revolutionen geboren. Auf diese Note hin verlangte Oesterreich Aufschub. Bei der Anwesenheit des Staatsministers v. d. Pfordten in Wien übergab er zugleich eine weitere Note folgenden Inhalts: die Gefahr der Scheidung sey auch für Oesterreich gleich groß; durch das Aufhören der Ueberlegenheit des deutschen Elements würde und müßte sich der Panslavismus gewaltig rühren. Ein Gegengewicht gegen die russische Hülfe desselben erzeuge sich nur aus dem festen Anschlusse an Deutschland. Durch die Trennung von Deutschland sey Oesterreich gezwungen neue Gränzen zu decken. Unmöglich sey es verschiedene Nationen zu centralisiren; darum müsse die Provincialverfassung vorherrschen. Die Trennung Oesterreichs sey Zweck der Extremen; Veranlassung zur Provincialgestaltung gebe die deutsche Frage. Besser sey es dieß von freiem Antrieb, mit ungebundenen Händen zu thun als später, wenn die Trennung wirklich erfolgt und die Nachtheile vorhanden seyen. Die bisherige Stellung Oesterreichs sey Hegemonie in Deutschland und Italien gewesen; solche zu erhalten sey nur möglich wenn die Provincialverfassung vorherrsche; sobald es mit seinen Deutschösterreichern an die Spitze Deutschlands trete, mit den italienischen Unterthanen an die Spitze Italiens, wenn es endlich Ungarn rc. germanisire, dann könne ihm jene Hegemonie nie und nimmermehr entgehen. Bayern verlangte zugleich am Schlusse jener Note die genaue Bezeichnung der Art und Weise wie die Verfassung behufs des Eintritts von Oesterreich gestaltet werden solle; werde dieses nicht bald erfolgen, so beabsichtige Bayern am Reichstage theilzunehmen, und werde es dort die Interessen Oesterreichs vertreten; dieß sey aber nur durch jene genaue Bezeichnung der Verfassungsart möglich welche gewünscht werde. Jedenfalls sey die Directorialverfassung wünschenswerth, in welcher Oesterreich den Vortritt einnehme. Die Volksvertretung könne aber auf keine Weise beseitigt werden. II. Die mündliche Antwort Oesterreichs war das Verlangen um Aufschub bis zum Frieden im Innern. Die schriftliche Antwort Schwarzenbergs aber vom 20 Jul. l. J. lautet: „Vor allem spreche man die Anerkennung der freundlichen Gesinnungen Bayerns aus; zugleich werde zugesichert daß es keineswegs in der Absicht Oesterreichs liege von Deutschland sich zu trennen. Wenn den Beschlüssen der Nationalversammlung die Zustimmung versagt worden sey, und wenn man mit Preußen nicht weiter verhandelt habe, so liege dieß in der Unmöglichkeit der Grundlage beider eine Rücksicht zuzuwenden. (Den Schluß haben wir gestern schon mitgetheilt.)

Nassau. * **Wiesbaden,** 24 Oct. Diesen Morgen kam der bereits gestern begonnene Preßproceß gegen F. Oppermann, früher Amtsaccessist zu Diez, und nunmehr verantwortlicher Redacteur der „Freien Zeitung“, zur Entscheidung. Die Geschwornen sprachen einstimmig für alle ihnen vorgelegten Fragen ein Nichtschuldig aus. Als der Präsident nach Verkündigung des Urtheils die Sitzung für aufgehoben erklärt hatte, füllte ein tausendstimmiges Bravo und Hoch, das gar nicht enden wollte, den Saal. Deßgleichen wurden die beiden mit ihm angeklagten Buchhändlergehülfen aus der Ritter'schen Verlagshandlung der „Freien Zeitung“, welche besonders der Verbreitung einer Proclamation des badischen Landesausschusses „An die deutschen Bürger“ beschuldigt waren, ebenso einstimmig freigesprochen.

Kurhessen. **Kassel,** 23 Oct. Die Ständeversammlung, die heute ihre erste öffentliche Sitzung seit der Vertagung hielt, nahm einstimmig den von Lederer und Rauh eingebrachten Antrag an: die Regierung um Verwendung alles ihres Einflusses zu ersuchen daß dem standrechtlichen Verfahren in Baden Einhalt geschehe.

K. Sachsen. **Leipzig,** 25 Oct. Die Leipz. Ztg. bringt aus Dresden vom 23 Oct. einen halbofficiellen Artikel, nach dem der sächsische und hannoverische Bevollmächtigte in Berlin in den letzten Tagen genau übereinstimmend handelten. Der Artikel lautet: „Der Staatsminister v. Zeschau ist gestern Abend hier von Berlin eingetroffen. Die Wendung welche die Verhandlungen des Verwaltungsrathes bezüglich der Einberufung eines Reichstages genommen, machte es für ihn wie für den königl. hannoverischen Bevollmächtigten unmöglich sich bei den noch ferner in Aussicht stehenden Berathungen über diesen Gegenstand zu betheiligen. Hr. v. Zeschau hat sich unter diesen Umständen darauf beschränkt in Gemeinschaft mit dem Bevollmächtigten Hannovers eine verwahrende

Erklärung abzugeben. Zugleich hat derselbe den Vorsitzenden des Verwaltungsraths davon benachrichtigt daß der königl. sächsische Geschäftsträger zu Berlin beauftragt sey einstweilen diejenigen Mittheilungen zu machen und entgegenzunehmen zu welchen der Vertrag vom 26 Mai Anlaß geben dürfte, sowie auch sofortige Anzeige zu erstatten sobald im Verwaltungsrathe Verhandlungen stattfinden sollten welche die Theilnahme des sächsischen Bevollmächtigten vertragsmäßig erforderlich machten.

K. Hannover. Hannover, 23 Oct. Die Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover haben durch den Verlauf der Verhandlungen im Verwaltungsrathe über die Frage einer Feststellung des Termins zur Vornahme der Wahlen für die demnächstige Reichsversammlung sich veranlaßt gesehen, dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths die nachstehende Erklärung zu übergeben: „Die unterzeichneten Bevollmächtigten der königl. sächsischen und königl. hannoverischen Regierung sehen sich in die Nothwendigkeit versetzt, nach dem Verlaufe der bisher stattgefundenen Verhandlungen über die Feststellung eines Termins zur Anordnung der Wahlen für den demnächstigen Reichstag, folgendes zur Kenntniß des königl. preußischen Hrn. Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrathe der durch den Vertrag vom 26 Mai 1849 verbündeten Regierungen zu bringen, und dessen Mittheilung an den Verwaltungsrath zu beantragen. In Festhaltung des Vertrags vom 26 Mai 1849 müssen die Regierungen von Sachsen und Hannover in dem von der königlich preußischen und der Mehrzahl der übrigen verbündeten Regierungen beabsichtigten Vorschritte „mit Bestimmung eines äußersten, auf den 16 Jan. 1850 festgesetzten Termins zur Vornahme der Wahlen behufs des demnächst zu berufenden, die deutsche Verfassung mit den Regierungen vereinbarenden Reichstags in ihren Ländern zu verfahren, und es den nicht einverstandenen Regierungen zu überlassen, ob und wann sie in gleicher Maße vorschreiten wollen," eine dem Bündnisse vom 26 Mai entgegenlaufende, die Zwecke desselben gefährdende und insbesondere die äußere und innere Sicherheit Deutschlands bedrohende Maßregel erblicken. Die Unterzeichneten dürfen sich dabei nicht allein auf die in den Sitzungen des Verwaltungsraths vom 5 und 9 d. M. entwickelten Gründe, sondern auch auf den Inhalt der Note des unterzeichneten königl. sächsischen Bevollmächtigten vom 2 Jul. d. J. beziehen, worin bereits die Nothwendigkeit einer Verständigung mit Oesterreich in ihrem entscheidenden Einflusse auf die Wirksamkeit und den Erfolg der Bestrebungen des Verwaltungsraths auf Bildung eines Bundesstaats hervorgehoben sind; auch erblicken sie in der vom königl. preußischen Regierungscommissär in der zwölften Sitzung der zweiten Kammer der hiesigen Nationalversammlung im Namen der Regierung ausgesprochenen Erklärung: daß ein Zusammenhalten mit Oesterreich eine Lebensfrage für das deutsche Verfassungswerk sey, einen sehr kräftigen Stützpunkt für ihre Ansicht. Die Unterzeichneten müssen sich und ihre Regierungen daher gegen alle die Folgen welche sich ihrer Ueberzeugung nach an einen solchen Vorschritt der königl. preußischen Regierung und der übrigen sich dem anschließenden Regierungen knüpfen werden, hierdurch feierlich verwahren, und gegen die Befugniß dieser Regierungen zu einem solchen Schritte, als außerhalb der Zwecke des Bündnisses und des Art. 11 der Bundesacte liegend und ebenso den Befugnissen des Verwaltungsraths, bei welchem in Ermangelung einer besondern Vereinigung zu einer bindenden Beschlußfassung Einhelligkeit der Stimmen als erforderlich vorausgesetzt werden muß, widersprechend, hiedurch protestiren. Wenn in einem solchen Vorschritte aber zugleich diejenige Eventualität als eingetreten angesehen werden muß „daß es nicht gelungen den Süden Deutschlands in den Reichsverband wie er durch den Verfassungsentwurf bestimmt worden, aufzunehmen, daß vielmehr nicht mehr zu erreichen gewesen als die Herstellung eines nord- und mitteldeutschen Bundes," so wird auch gegenwärtig der Zeitpunkt als eingetreten anzunehmen seyn wo die Vorbehalte der königl. sächsischen und der königl. hannoverischen Regierung vom 26 Mai d. J. Platz greifen. Die Unterzeichneten müssen diejenige Interpretation welche diesen Vorbehalten von Seiten des vorsitzenden königl. preußischen Hrn. Bevollmächtigten in seinem Vortrage vom 17 Oct. hat gegeben werden wollen, mit ebenso großer Entschiedenheit zurückweisen, als die königl. Regierungen von Sachsen und Hannover im Vertrauen auf ihr gutes Recht die Folgen ihrer Schritte zur Wahrung desselben mit Ruhe erwarten. Sie haben ihre Vorbehalte ihrer Zeit bei Annahme des preußischen Entwurfs zu einer Reichsverfassung gemacht, im Vertrauen auf die Loyalität der königl. preußischen Regierung, um bestimmt kundzugeben daß es auf Ausführung dieser Bundesstaatsidee für das gesammte Deutschland und nicht auf einen engern Bundesstaat, der namentlich das an der Unterzeichnung des Schlußprotokolls vom 26 Mai 1849 mitbetheiligte Königreich Bayern ausschließt, abgesehen sey. Die Vorbehalte sind von Sachsen und Hannover zur Verwahrung ihrer Auffassung vor jeder Mißdeutung zu integrirenden Theilen der Schlußverhandlungen über das Bündniß vom 26 Mai 1849 gemacht worden und werden durch eine einseitige Auslegung ihre Bedeutung nicht verlieren. Die Unterzeichneten verbinden damit die wiederholte Erklärung daß sie allerdings den Bündnißvertrag vom 26 Mai 1849 fortwährend und zwar mit Einschluß des der Nation vorgelegten Entwurfs einer Reichsverfassung für ganz Deutschland „unter Verständigung mit Oesterreich" für ihre Regierungen verbindlich erachten, bis derselbe im Einverständnisse sämmtlicher Theilnehmer abgeändert und umgestaltet ist. Eben darum, und weil ein vorzeitiger und einseitiger Abschluß des deutschen Verfassungswerks, wie solcher durch die beabsichtigte Einberufung eines Reichstags aus einem Theile Deutschlands bewirkt werden könnte, die Aufhebung jener Verbindlichkeiten herbeizuführen geeignet wäre, müssen sie dieser Einberufung und solchen Modificationen widersprechen welche ihrer Ueberzeugung nach nicht die Einigung des deutschen Vaterlandes, sondern nur eine unheilbare Spaltung desselben hervorzubringen im Stande sind. Die Unterzeichneten benutzen ꝛc. Berlin, 20 Oct. 1849. (gez.) v. Zeschau. v. Wangenheim. Sr. Exc. dem königl. preußischen Staatsminister a. D. Hrn. v. Bodelschwingh, als Vorsitzenden im Verwaltungsrath der verbündeten Regierungen.

Hansestädte. * **Hamburg,** 24 Oct. Die Antwort auf Adressen und Deputationen von Schleswig nach Berlin kommt jetzt in der Form dreier Regimenter Infanterie, welche heute, morgen und übermorgen aus Magdeburg hier durchkommen. General Hahn, der bisher die hiesige Besatzung commandirte, ist zum Befehlshaber im Herzogthum ernannt und Döring in seine Stelle getreten. Der Feldzug fängt also in Schleswig von neuem an, aber nicht gegen die Dänen, sondern in Verbindung mit denselben gegen ein deutsches Volk, dessen Vergehen ist daß es deutsch bleiben und sich nicht vom Kopenhagener Pöbel will unterjochen lassen.

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 20 Oct. Ueber die Zusammensetzung der neugewählten Abgeordnetenkammer berichtet die Weser Zeitung: Von den 21 Abgeordneten welche gegen den sofortigen Anschluß an das Dreikönigsbündniß stimmten, sind drei nicht wieder gewählt worden. Von den 20 Mitgliedern welche für den Regierungsantrag stimmten, werden 10 wieder im Landtag seyn, die andern 10 sind nicht wieder gewählt worden. Indeß liefern diese Zahlenverhältnisse weder für die im Lande herrschende Stimmung in Bezug auf den Dreikönigsbund, noch für die künftige Parteistellung im Landtag überhaupt den richtigen Maßstab. Ueber die letztere kann man im allgemeinen wohl so viel voraussagen: in eigentlich politischen Fragen, namentlich was den weitern Ausbau unseres Staatsgrundgesetzes betrifft, und die Durchführung des constitutionellen Princips, wird die Linke in der Majorität seyn; in socialen Fragen wird das conservative Element vorherrschen; und für die Gesetzgebung sind recht viele tüchtige Kräfte auf beiden Seiten des Hauses vorhanden.

Preußen. ♁ **Berlin,** 23 Oct. In der zweiten Kammer wurde heute wieder eine neue Reihe von Amendements zu den Art. 62 bis 65 der Verfassung verlesen. Sie fordern entweder eine Interessen-, eine Wahl- oder eine gemischte Kammer nach neuem Recept. Die Namen der Antragsteller für die Nachwelt aufzubewahren überlasse ich dem stenographischen Bericht, und werde nur diejenigen Amendements erwähnen die im Laufe der Discussion eine gewisse Bedeutung erlangen. Der Abg. Scherer macht zuerst den Vorschlag die Debatte auszusetzen und die eingegangenen Amendements an die Commission zurückzuweisen, weil man sonst eine Grundsäule des Staats aus ungekannten Material aufrichten würde. Dagegen erklärt sich Beckerath. Die eingebrachten Amendements enthielten nichts was nicht in der Commission zur Sprache gekommen sey. Die Frage sey, ob die erste Kammer zum Theil durch Erblichkeit oder nur durch Wahl gebildet werden solle; diese Frage könne und müsse jetzt entschieden werden. Der Scherer'sche Antrag fällt; nur die Rechte erhebt sich für ihn. Der Abg. Camphausen ist gegen eine erbliche Pairie und für den Commissionsantrag. Er erinnert an die Aufregung welche die Regierungsvorlage vom Mai vorigen Jahrs hervorgerufen, und schildert die englische Aristokratie, um von der preußischen zu sagen, daß sie ihr nicht gleiche und daß für jetzt aus ihr keine volkthümliche erste Kammer gebildet werden könne. Der Abg. Görz will nicht daß ein neues Experiment gemacht werde, und beantragt daher, daß die provisorische Zusammensetzung der ersten Kammer für jetzt noch beibehalten werde. Der Abg. v. Canitz-Dallwitz hält eine mehrfach von Bravo, Lachen und Murren unterbrochene Rede gegen die erbliche Pairie. Er sagt: „Wenn Sie die erste Kammer aus den Pairs zusammensetzen wollten die wir in unserem Vaterlande besitzen, so würde aus der Kammer ein Kämmerchen werden, das bald in ein Cabinet ausarten würde. Großer Grundbesitz und Geld machen reiche Leute, aber keine Pairs. Hätten wir wirkliche geistige Pairs, so brauchten wir keine Pairs durch die Verfassung zu machen,

die Pairs würden, längst die Verfassung gemacht haben. Wenn jemand den Versuch machen wollte einen Treubund für Preußens Frauen und Jungfrauen zu stiften, so müßte er sich erst die Gewißheit verschaffen ob der Stoff dazu vorhanden ist. Ich werde eine Pairskammer so lange für unmöglich halten bis mir die Liste der künftigen Pairs gezeigt wird. Sollte ich achtzig Pairs-Familien in Preußen heraussuchen, so wäre ich in großer Verlegenheit. Freilich wo das das Zuckerrohr nicht gedeiht, zieht man Zucker aus Runkelrüben. Ich halte dafür daß eine Pairskammer bei uns dem Volke nicht nützlich und auch eine morsche Stütze des Thrones wäre. Macht man dennoch eine solche, so wird es bald von ihr heißen: Sie war so sanft, sie war so gut, und auch der Launen Uebermuth war sie beeifert zu erfüllen!" Nachdem der Abg. Reck für eine Combination von Pairs- und Wahlkammer gesprochen, Tellkampf dem Amendement Reichenspergers, Falck dem Vorschlag Breithaupts der eine Interessenkammer beantragt!) beigetreten und Mentzel vorläufig die Wahl der ersten Kammer durch censirte Wähler gefordert hat, ergreift der Minister v. Manteuffel das Wort und sagt: Mit Recht sey gestern bedauert worden daß man eine erste Kammer schaffen wolle bevor die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung festgestellt sey. Er glaube indeß, auch wenn dieß geschehen, wäre es noch gewagt eine erste Kammer darauf zu bauen. Organische Gesetze hätten sich erst im Leben zu bewähren; was auf sie gestützt werden solle, dürfe daher nur einen provisorischen Charakter haben. Die erste Kammer aus der Kreis- oder Provinzialvertretung hervorgehen zu lassen errege Bedenken, weil sie in diesem Fall doch eigentlich von den Wählern der zweiten Kammer gewählt würde und mithin ein gefährlicher Parallelismus entstehen könnte. Der Redner würde sich am liebsten für eine Interessenkammer erklären, und glaubt daß die Elemente zu einer solchen in Preußen nicht fehlen. Er hat über das Einkommen der großen Grundbesitzer Ermittelungen anstellen lassen, und nach sorgfältigster Sichtung der erst gewonnenen Zahl von 600 sind 490 Grundbesitzer übrig geblieben, die jährlich mehr als 8000 Thaler Einnahme haben. Von diesen kommen auf die Provinz Preußen 35, auf Posen und Pommern je etliche 60, auf Schlesien 120, auf Brandenburg etliche 70, auf Sachsen etliche 50, auf Westfalen etliche 40 und auf die Rheinprovinz 38. Der Minister will nicht den Lobredner des Adels machen; er weiß aber daß viele Namen einen guten Klang haben in ihren Bezirken und daß sie eine wikliche Macht im Staate sind; er bezweifelt daher nicht daß auf den Grundbesitz eine wirkliche Pairie zu gründen wäre, und daß diese mit den Vertretern des großen Handels- und Gewerbestandes, der Universitäten u. s. w. eine erste Kammer bilden könnte. Es sey aber die Frage ob eine solche Kammer schon jetzt an der Zeit sey, und hierauf könnte er nicht unbedingt mit Ja antworten. Er sey daher für ein Provisorium und schließe sich dem Vorschlag des Abg. Görz an. Schließlich kommt der Minister noch auf die Steuerverwilligung zu sprechen, die man auch in die Discussion gezogen, und sagt: er tadle niemanden wegen der Stellung die er in dieser Frage eingenommen; er bedaure es aber daß ihretwegen ein Streit sich erhoben, daß man sich trennen zu wollen scheine, und er wünsche daß man sich verständigen möge. Man habe von weitschichtigen Staatsmännern gesprochen; er wolle sich nicht dazu rechnen; es habe aber weitsichtige Astronomen gegeben, die über das Zunächstliegende gestrauchelt seyen. (Beifall rechts.) Die allgemeine Discussion wird zum zweitenmal vertagt.

Mecklenburg. Schwerin, 21 Oct. Seitdem der Großherzog von Schwerin das von ihm mit der Abgeordnetenversammlung vereinbarte Staatsgrundgesetz für Mecklenburg-Schwerin publicirt hat, ist in Mecklenburg der Kampf für und gegen die Rechtsgültigkeit dieses Staatsgrundgesetzes nur noch heftiger entbrannt. Für die Rechtsgültigkeit haben sich der Großherzog von Schwerin, sein Ministerium, ein freilich geringer Theil der mecklenburgischen Ritterschaft und ein sehr großer Theil der nicht zur Ritterschaft gehörigen Bevölkerung von Schwerin erklärt; gegen dieselbe der Großherzog von Strelitz, das strelitzische Ministerium und die große Mehrzahl der Ritterschaft. Unter den Blättern kämpft besonders der „Nordd. Corr." gegen die Rechtsgültigkeit, die „Mecklenb. Ztg." für sie. Die Gründe mit denen sich die Anhänger und Gegner der Rechtsgültigkeit befehden, lassen sich ohne specielles Eingehen auf die Zustände Mecklenburgs vor dem März v. J. kaum verstehen. Damals hatte das Land noch ganz jene Verfassung die im vorigen und vorvorigen Jahrhundert in Deutschland so häufig war, jetzt den meisten Deutschen nur aus Büchern bekannt ist. Es hatte zwei Fürsten und Eine Vertretung, es bildete — wie es in der oben angeführten kurzen Beurtheilung heißt — „zufolge der Landesunion gesammte Ritter- und Landschaft die gemeinsame verfassungsmäßige Vertretung derjenigen Theile von Mecklenburg, die überhaupt den Landesherren gegenüber vertreten waren. Die Folge davon war daß keine Veränderung in der gemeinsamen Landesverfassung ohne Einwilligung der drei Factoren der Gesetzgebung: des Großherzogs von Schwerin, des Großherzogs von Strelitz und gesammten Ritter- und Landschaft geschehen konnte." Im März v. J. nun gaben Ritter und Landschaft ihre bedingte Einwilligung daß eine Abgeordnetenkammer zur Vereinbarung einer neuen Verfassung, einer Repräsentativ-Verfassung sofort einberufen, daß diese Kammer nach den damals in Deutschland über Abgeordnetenwahlen geläufigen Grundsätzen gewählt werde, daß die vereinbarte Verfassung ins Leben trete u. s. w. Die Kammer trat zusammen; eine Verständigung zwischen ihr und dem Großherzog von Strelitz fand nicht statt; mit dem von Schwerin vereinbarte sie jene Verfassung welche der Großherzog von Schwerin jetzt für Schwerin publicirt hat. Die Gegner der letzteren behaupten nun die Verfassung sey besonders aus zwei Gründen nicht rechtsgültig: erstens weil die Bedingungen unter denen obenerwähnte Einwilligung der Ritter und Landschaft stattfand, nicht erfüllt seyen; zweitens weil der Union halber die Vereinbarung mit beiden Regierungen habe stattfinden müssen, nicht mit der schwerinschen allein. Die Anhänger der Verfassung erklären beide Gründe für nicht stichhaltig. Sie behaupten jene Bedingungen seyen allerdings erfüllt oder doch der Erfüllung sicher, die Union habe keinen wesentlichen Inhalt mehr, sie sey aufgehoben mit den von Ritter- und Landschaft gebilligten landesherrlichen Einleitungen (vom Frühling v. J.) zur Herstellung einer Repräsentativ-Verfassung, und endlich berufen sie sich darauf, daß wenn die Verfassung ungültig sey, das Land dadurch in einen unabsehbaren Strudel der Verwirrung geschleudert werde, daß man bei buchstäblicher Beobachtung alles dessen was vor dem März v. J. historisches Recht war, und was nach dem März v. J. Gesetz oder beschlossen ward, in unauflösbare Widersprüche gerathe. Die strelitzische Regierung hat sich mit ihrer Beschwerde über die Publication der Verfassung durch den Großherzog von Schwerin an den Verwaltungsrath gewandt, dieser hat zur Ausgleichung gerathen und zugleich scheint die Sache vor dem Schiedsgericht anhängig.

Großbritannien.

Galign. Messenger bringt wöchentlich einen Auszug Punchiana; aber einen der besten Witze die der vorletzte **Punch** enthielt, hat er wohlweislich verschwiegen, nämlich dessen Aeußerung über die großartige, seit Anfang dieses Jahrs ganz regelmäßig eingerichtete **Nachdruckerei** der HH. Galignani, als welche (sagt Punch) ihr neues palastähnliches Haus in Paris ganz aus englischen Autorenschädeln erbaut haben. Von Macaulay's Geschichtswerk sind in Paris gleichzeitig zwei Nachdrucke erschienen — bei Galignani und bei Baudry. Hingegen ist der ebenso correcte als wohlfeile Abdruck von Bernh. Tauchnitz in Leipzig (der Band, der im Londoner Original 16 Schilling = 9 fl. 36 kr. — kostet, zu 54 kr.) eine rechtmäßige Ausgabe.

Der **Sun** bemerkt: Shakspeare's berühmter Vergleich: „Süß ist die Frucht der Widerwärtigkeit, die, gleich der Kröte häßlich und voll Gift, ein köstliches Juwel im Haupte trägt", gelte auch von der jetzt erlöschenden Cholera. Der Nutzen den die Seuche der Hauptstadt London namentlich bringen wird, besteht in besserer Vorsorge für Luft, Licht und Reinlichkeit in den engen Quartieren der untern Volksclassen, in Herbeischaffung besseren Trinkwassers, wozu sich bereits ein Verein gebildet hat, und in Führung neuer (vielleicht eiserner) Abzugscanäle. In letzterer Beziehung ist eine eigene Commission (commission of sewers) unter Vorsitz Lord Ebringtons ernannt. Die Kirchhöfe innerhalb der Stadt werden theils geschlossen, theils, da eine vollständige Durchführung dieser Maßregel nicht thunlich ist, strengen Regeln unterstellt, welche die Ueberfüllung der Leichenäcker und die zu seichte Anlegung der Gräber verhüten sollen.

Die Lords des Schatzamtes haben eine Generalordre erlassen, wonach Swansea (Wales) als Import-Hafen für Tabak berechtigt ist. Der **Examiner** bemerkt: „Die neue Zollhaus-Acte schreibt vor daß die Zölle welche noch auf Korn und Mehl liegen, alsbald bei der Einfuhr ins Vereinigte Königreich zu entrichten sind, gleichviel ob die Waare gelagert wird, oder nicht. Früher konnten Korn und Mehl ohne die Zollzahlung ins Lagerhaus gebracht werden.

Generalmajor **Munro**, der über ein halb Jahrhundert in der brittischen Armee gedient, ist auf seinem Landsitz in Schottland gestorben. Er zeichnete sich im ägyptischen Feldzug unter Sir Ralph Abercrombie aus, nahm an der Expedition nach Walcheren theil, und kämpfte 1814 und 1815 in Amerika.

Frankreich.

Fortsetzung der Verhandlungen über die römische Frage.

Unter sehr entschiedenem Beifall der Linken hatte General Cavaignac den Rednerstuhl verlassen. Hr. **V. Hugo**, den man als das vertraute Organ des Elysée anzusehen hat, folgte. Er ist als pathetischer Redner bekannt, aber ohne künstlichen Prolog war er gleich mit einem Sprung

mitten in seinem Thema. „Um den Punkt wo wir angekommen sind, zu würdigen,“ sagte er, „müssen wir den Ausgangspunkt genau stbeimmen. Als nach der Schlacht von Novara der Plan einer Heerfahrt nach Rom vor die verfassunggebende Nationalversammlung gebracht wurde, bestieg General Lamoricière die Tribüne und sprach: Italien hat seine Schlacht von Waterloo verloren. Oesterreich ist Herr von Italien, Herr der Lage. Oesterreich kann auf Rom rücken, wie es auf Mailand gerückt ist. Oesterreich kann in Rom thun was es in Mailand gethan hat, ächten, einkerkern, erschießen, hinrichten. Wollt ihr daß Frankreich mit übergeschlagenen Armen diesem Schauspiel anwohne? Wollt ihr's? Wenn ihr's nicht wollt, so müßt ihr Oesterreich vorauskommen und nach Rom gehen. Der Ministerpräsident rief aus: Frankreich geht nach Rom um daselbst die Freiheit und die Humanität zu schirmen. General Lamoricière fügte hinzu: Wenn wir nicht die Republik daselbst retten können, laßt uns wenigstens die Freiheit retten.“ So der Eingang. Er fuhr fort: „Die römische Expedition wurde beschlossen. Die verfassunggebende Nationalversammlung bedachte sich nicht lange, sie beschloß die Expedition aus dem doppelten Grund der Humanität und der Freiheit den ihr der Ministerpräsident bezeichnet hatte. Sie beschloß sie um daraus ein Gegengewicht gegen die Schlacht von Novara zu machen, sie beschloß sie um den Degen Frankreichs zu legen wohin sonst der Säbel Oesterreichs gefallen wäre. (Bravos links.) Dieß war der Zweck der Expedition, ein anderer wurde nicht angegeben. Ob es Mentalrestrictionen gab, weiß ich freilich nicht. (Beifälliges Lachen links.) Die Versammlung beschloß, wir beschlossen die römische Expedition, damit man nicht sage Frankreich sey nicht am Platz, wenn einerseits das Interesse der Humanität, andererseits das Interesse seiner Größe es ruft, um gegen Oesterreich zu schirmen Rom und die Männer der römischen Republik, gegen Oesterreich das in diesem Krieg, den es gegen die Revolutionen geführt, sich den schnödesten Mißbrauch seiner Siege erlaubt, wenn man das Siege nennen kann.“ In dieser Art zu immer heftigeren Declamationen sich erhitzend, machte er nun einen langen Ausfall auf Oesterreich, dessen Generale und Minister, und je ärger und toller, desto stürmischer das Zujauchzen der Linken, während die Rechte ein ironisches Lachen nicht unterdrücken konnte, als er seinen Wunsch zu erkennen gab die französische Rednerbühne möchte seinen Worten einen europäischen Widerhall leihen, damit er alle Thaten der Barbarei, Erpressungen, Hinrichtungen in Masse, die Bastonnaden der Frauen ꝛc. an den Pranger stellen könnte (mettre au pilori de l'Europe). Als die parlamentarische Temperatur durch diese Herzensergüsse gehörig erwärmt ist, kommt er wieder auf die verfassunggebende Nationalversammlung, er fühlt die Pflicht, da sie nicht mehr existirt, ihr Vertheidiger zu seyn, den rein liberalen und humanen Charakter ihres Beschlusses herzustellen, denn wenn aus den jetzigen Beschlüssen Unheil entspringen sollte, so sey eine Erklärung in einem solchen Fall eine Protestation. Dann über die Thatsache der Expedition hinwegeilend, bleibt er bei der Restauration stehen: „Die Klerikalregierung, die ich von der päpstlichen Regierung wie sie hochsinnige Geister begreifen und wie sie Pius IX einen Augenblick begriffen zu haben schien, unterscheide, hat Rom wieder gefaßt, ein Triumvirat hat das andere ersetzt. Die Handlungen dieses Triumvirats, die Handlungen dieser Commission der drei Cardinäle — ich will sie nicht ins einzelne hererzählen, ich könnte es nicht thun ohne sie zu charakterisiren, und ich will diese Erörterung nicht verbittern. Genug, die päpstliche Autorität, auf Reactionen erpicht, vom blindesten undankbarsten Geist beseelt, hat mit ihren ersten Schritten die verständigen Freunde des Papstes und des Papstthums tief betrübt. Bei uns hat das Nationalbewußtseyn gefragt ob wir deßwegen nach Rom gegangen, ob Frankreich eine seiner würdige Rolle daselbst spiele,| und die erbitterten Blicke der gemäßigtsten Meinung haben sich nach unserer Regierung gewendet. In diesem Augenblick ist ein Brief erschienen, ein Brief geschrieben vom Hrn. Präsidenten der Republik an einen seiner Ordonnanzofficiere in Rom.“ Der Redner bemerkt, er hätte einen im Ministerrath beschlossenen Regierungsact diesem Schreiben vorgezogen, aber es habe das Verdienst laut zu sagen was jeder gedacht, gebe eine Basis den schwebenden Unterhandlungen, ertheile dem heiligen Vater in seinem eigenen Interesse nützliche Rathschläge und herrliche Winke, verlange Amnestie und Reformen, zeichne dem Papst, dem man einen Dienst erweise, vielleicht einen zu großen, daß man ihn hergestellt ohne den Zuruf seines Volks zu erwarten, zeichne ihm ein ächtes Programm einer Regierung der Freiheit vor, kurz übersetze die Gesinnung des Landes. Was nun die Antwort gewesen der zurückberufenen, hergestellten, beschützten und erhaltenen Klerikalregierung? Das Motuproprio mit der Amnestie als Nachschrift. Nie werde er von dem Haupt der Christenheit anders sprechen als mit tiefer Ehrfurcht, nie vergessen daß er zu denen gehöre welche glauben daß das prachtvollste Geschenk welches die Vorsehung den Nationen machen könne, ein großer Papst sey, er selbst habe seiner Zeit die Erhebung Pius IX in einem andern Raum (der Pairskammer) verherrlicht, aber jetzt mische sich ein Gefühl von Mitleiden mit der Ehrfurcht: Pius IX sey hergestellt, aber nicht frei, man könne ihm das aus seiner Kanzlei hervorgegangene unverantwortliche Document nicht anrechnen, und dieß gebe dem Redner den Muth seine Gedanken über das Motuproprio unverholen zu sagen. Das Document, sagt er weiter, hat zwei Seiten: die politische Seite welche die Freiheitsfrage regelt, und die christliche Seite welche die Gnadenfrage regelt. In Bezug auf die politische Freiheit gewährt der heilige Stuhl nichts, in Bezug auf die Gnade noch weniger. (Beifälliges Lachen links.) Er octroyirt eine Proscription in Masse (sehr gut!), nur hat er die Güte dieser Proscription den Namen einer Amnestie zu geben. (Neuer Beifall links.) Einer der größten Bischöfe der katholischen Christenheit hat in einem berühmten Buch gesagt: der Papst hat seine zwei Hände immer offen, mit der einen läßt er beständig auf die Welt die Freiheit fließen, mit der andern das Erbarmen. Ihr seht, der Papst hat seine beiden Hände geschlossen. (Lebhafter Beifall links.) Was man auch thut um den Brief des Präsidenten zu verkleinern, das Motupropio zu erweitern, eine unermeßliche Kluft trennt sie — der eine sagt ja, das andere nein. (Beifall links.) Die Macht der Dinge hat ein Dilemma gestellt dem man nicht entgeht, ihr müßt einem von beiden Unrecht geben. Genehmigt ihr den Brief, so verwerfet ihr das Motupropio und umgekehrt. Ihr habt auf der einen Seite den Präsidenten der Republik der die Freiheit des römischen Volks fordert im Namen der großen Nation die seit drei Jahrhunderten Ströme von Licht und Gedanken über die gesittete Welt ausgeschüttet hat, ihr habt auf der andern Seite den Cardinal Antonelli der im Namen der Klerikalregierung sich weigert. Wählt! (Bewegung in verschiedenem Sinn.) Nach der Wahl die ihr treffet, ich stehe nicht an es euch zu sagen, denn es ist meine innigste Ueberzeugung, wird die Meinung des Landes sich von euch trennen oder euch folgen? (Beifall links.) Trotz der schlimmen Vorzeichen kann ich nicht glauben daß eure Wahl zweifelhaft sey — es ist gut sich zu vergegenwärtigen daß das Motuproprio dem österreichischen Cabinet selbst wenig liberal vorgekommen ist, daß man fürchten muß sich genügsamer zu zeigen als der Fürst Schwarzenberg. (Neuer Beifall links.) Ihr werdet nicht wollen daß die römische Expedition für die jetzige Regierung sey was die spanische Expedition für die Restauration war (Links: Sehr gut! Sehr gut!), die bleibende und tiefe Beschwerde der Nation. Ihr erinnert euch daß von allen Demüthigungen keine Frankreich ungerner erträgt als die ihm mitten durch den Ruhm seines Heeres zustoßen. Was der größte Theil dieser Versammlung und auch ich will, ist — Rom mit dem Papstthum zu versöhnen, das Papstthum nach Rom zurückkehren zu lassen und zwar mit populärer Zustimmung. (Bewegung.) So wie die Sachen stehen, ist das Werk der Regierung ein schweres, aber mögliches, für den Frieden der Welt nützliches Werk. Aber dann muß das Papstthum selbst helfen, es muß sein Volk und sein Zeitalter begreifen. Mein Gott! Allzulange schon isoliren sich die Päpste vom Gang des menschlichen Geistes und allen Fortschritten der Gegenwart. (Widerspruch auf mehreren Bänken rechts. Beifall links.) Ihr murrt (Rechts: ja! ja!), ihr unterbrecht mich (dieselben Stimmen: ja! ja! Der Präsident verweist es). In diesem Rom, das die Völker so lange auf leuchtender Bahn geführt, wißt ihr wie es mit der Civilisation, mit der Gesetzgebung steht? Ich will es euch sagen. Statt aller Gesetzgebung hat Rom ich weiß nicht was für ein Chaos feudaler mönchischer Gesetze, und als nothwendige Folge die Barbarei der Criminalrichter, die Feilheit der Civilrichter. (Unterbrechung rechts. Links: Sehr gut! Sehr gut! Stimme rechts: Eben dieß verspricht der Papst zu reformiren.) Für Rom allein gibt es vierzehn stehende Ausnahmsgerichte. Vor ihnen gilt keine Gewährschaft irgendeiner Art, die Verhandlungen sind geheim, die mündliche Vertheidigung untersagt, die geistlichen Richter entscheiden über Sachen und Personen von Laien. Der Klerus hat die Hand in allem, selbst in der Polizei. Die Finanzbeamten, die Verwalter des öffentlichen Einkommens legen niemand Rechenschaft ab als Gott. Zweierlei Censur lastet auf den Gedanken, die politische und die geistliche Censur. Die eine fesselt die Meinung, die andere knebelt das Gewissen. (Links: Sehr gut! Sehr gut! Stimme: Im Gegentheil, das ist sehr schlimm!) Was soll ich sagen? Man hat die Inquisition hergestellt. (Murren rechts.) Ich weiß was ihr meint, die Inquisition sey nur noch ein Name, aber das ist ein schrecklicher Name, und im Schatten eines bösen Namens kann es nur böse Dinge geben. (Beifall links.) Ist das nicht ein gräulicher Zustand? Wenn ihr wollt daß diese so wünschenswerthe Aussöhnung Roms mit dem Papstthum geschehe (ein Mitglied aus der Tiefe des Saals: Man muß Sie zum Cardinal machen. Gelächter. Der Präsident verweist das Lachen), so muß, ich wiederhole es, das Pontificat sein Jahrhundert begreifen, es muß der lebendige Geist des Evangeliums eindringen und den todten Buchstaben aller dieser barbarisch gewordenen Institutionen zerbrechen. (Lang anhaltendes Murren rechts. Verschiedene Unterbrechungen.) Das Papstthum muß diese Italien so werthe

Doppelfahne aufpflanzen: Säcularisation und Nationalität. Das Papstthum muß — ich sage nicht — diese Reform schon jetzt vorbereiten, aber es muß sich wenigstens so betragen daß es die hohen Geschicke die es um den unvermeidlichen Preis der Befreiung und Einheit Italiens erwarten, nicht von sich stößt. Es muß seinem schlimmsten Feind mißtrauen, sein schlimmster Feind ist nicht der revolutionäre Geist, es ist der pfäffische Geist. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Der revolutionäre Geist kann es vergewaltigen, der pfäffische Geist kann es tödten. (Bewegung rechts.) Ich weiß, ich begegne einer Einwendung; man wird sagen: wollt ihr dem Papst die Ideen Frankreichs aufdringen, ihn zwingen? Ihr Herren, wenn es sich wirklich darum handelte den Papst zu zwingen, ihn in die Engelsburg einzusperren oder nach Fontainebleau zu führen (Lange Unterbrechung rechts. Mehrere Stimmen: Wie, soll man die Soldaten des Connetable v. Bourbon, das Directorium und Napoleon nachahmen?) . . Wenn ich zwingen sage, so kann dieses Wort nicht auf zweierlei Art gedeutet werden. Zwang gegenüber einem solchen Gegner wäre übel angebracht. Die materielle Gewalt, die materielle Macht in der Berührung mit der Macht des Papstes scheitert, die Bataillone vermögen nichts gegen die Dogmen. Ich sage dieß zur einen Seite der Versammlung, und für die andere füge ich hinzu: sie vermögen ebensowenig gegen die Ideen. (Links: Sehr gut!) Es gibt zwei gleich unmögliche Chimären: die Unterdrückung eines Papstes und die Bedrückung eines Volks. (Bewegung.) Ich will sicherlich nicht daß wir die erste dieser Chimären versuchen, aber gibt es darum kein Mittel zu verhindern daß der Papst, er der über die Liebe und den Glauben verfügt, gegen sein Volk die rohe Gewalt brauche wie ein unglücklicher weltlicher Fürst, daß er, der Mann des Lichts, sein Volk in die Finsterniß stürze, daß wir ihn nicht vor dem Abgrund warnen vor dem er steht? Es gibt Gelegenheiten wo eine große Regierung laut sprechen soll, und das ist eine. Die befriedigtsten von euch wollen eine andere Amnestie. Wenn er diese verweigert, wie werdet ihr euch benehmen um sie zu erlangen? Werdet ihr sie fordern, ihm aufdringen? Ja oder Nein? (Rechts: Nein! Nein!) Ihr werdet sie ihm nicht aufdringen! (Rechts: Nein! Nein!) Dann werdet ihr in Rom Galgen errichten lassen. (Lebhafter Widerspruch rechts. Beifall links. Hr. v. Montalembert: Das ist eine gehässige Verleumdung. Lange Aufregung.) Ich nehme das mehreren von euch entwischte unkluge Wort zu eurer Ehre nicht an. Ja, ihr werdet die Amnestie fordern? (Rechts: Nein! Nein! Links: Ja! Ja! Hr. v. Larochejaquelein: Wir rechnen auf das Herz Pius IX. nicht auf Drohungen. Präsidium: Beobachten Sie Stille. Hr. v. Larochejaquelein.) Ihr werdet die Amnestie fordern, oder wenn ihr sie nicht fordert, so werden wir sie fordern, und wir werden den Papst nöthigen, wir gestehen es. (Murren rechts. Bravos links.) Wir haben ein großes Interesse so bald als möglich aus Rom fortzukommen, sobald Oesterreich Bologna verlassen haben wird; wir haben ein unermeßliches Interesse daß Rom für Frankreich nicht eine Art Algerien werde, mit allen Nachtheilen Algeriens, aber ohne daß es für uns ein Reich und eine Eroberung sey. Jetzt ist eine solche Erbitterung in Rom daß wenn das Thor hinter dem letzten unserer Soldaten geschlossen wäre, eine neue Revolution ausbräche, schrecklicher als die erste, und wir alles von vorn anfangen müßten. (Lebhafter Zuruf links.) Wollt ihr diese Lage erhalten? Ziemt es sich daß Frankreich auf dem Capitol sey und die Befehle der Priesterpartei empfange? (Links: Nein! Nein! Nein!) Ich will es nicht, ich will nicht diese Demüthigung unsrer Soldaten, diesen Ruin für unsere Finanzen, diese Erniedrigung unserer Politik. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Noch eins. Die Expedition, vorwurfsfrei in ihrem Ausgangspunkt, im Gedanken der verfassunggebenden Versammlung, kann durch das Resultat sehr tadelhaft werden. Ihr habt nur eine Art zu beweisen daß die Verfassung nicht verletzt ist, wenn ihr die Freiheit des römischen Volks aufrechthaltet und schützt. (Beifall links.) Und zwar dürfen wir bei unserm Abzug nicht die oder jene dürftigen Municipalfreiheiten zurücklassen, d. h. was fast alle Städte Italiens im Mittelalter hatten (Hr. v. Montalembert: die heute Paris nicht hat) . . sondern die wahre, ächte Freiheit, die Freiheit des 19ten Jahrhunderts, die einzige Freiheit die das französische Volk dem römischen Volk würdig gewährleisten kann, welche die aufrechtstehenden Völker größer macht und die gefallenen aufrichtet, nämlich die politische Freiheit. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Es ist nicht möglich daß aus unserm vergossenen Blut kein Recht, keine Verzeihung entspringe. Das Motuproprio annehmen heißt die Amnestie der drei Cardinäle annehmen, heißt Undank, Schimpf und Schmach über sich ergehen lassen, heißt Frankreich ins Gesicht schlagen lassen durch die Hand die es segnen sollte. Es ist unmöglich daß Frankreich seine moralische Verantwortlichkeit vor den Nationen eingesetzt, sein Geld vergeudet hat, das Geld des nothleidenden Volks, daß es das glorreiche Blut seiner Soldaten verspritzt, dieß alles gethan hat für nichts — ich täusche mich, für Schmach. Nein, das ist nicht möglich." Unter lang anhaltendem Beifall tritt Hr. V. Hugo ab, eine Menge Mitglieder der Linken umdrängen und begleiten ihn glückwünschend an seinen Sitz. Eine außerordentliche Aufregung herrscht im Saal. (Fortsetzung folgt.)

Italien.

Turin, 23 Oct. La Legge sagt: „Wenn wir nicht unrecht berichtet sind, hat Ritter Mathieu das Ministerium des Ackerbaus und Handels nicht angenommen, und an seiner Statt ist nun Ritter Pietro v. Santarosa, Deputirter für Savigliano, auf seinen Posten ernannt. — Die Geldbeiträge für das Karl Alberten zu errichtende Denkmal fließen reichlich. So hat das Voltigeurcorps (corpo di bersaglieri) allein 870, die Brigade Savona 458 Lire gezeichnet. — Es ist bemerkenswerth mit welchem Eifer die sardinischen Blätter die heftigen Ausfälle der englischen Presse gegen Oesterreich in ihre Spalten verpflanzen. So gibt das Risorgimento den ganzen scharfen Artikel der Times über Batthyany's Hinrichtung.

Niederland.

⊌ **Amsterdam**, 22 Oct. Je länger die Ministerkrisis dauert, desto schwieriger scheint sich die Geburt des neuen Cabinets zu gestalten. Im Haag ist ein beständiges Kommen und Gehen der Notabilitäten, denen man Portefeuilles nur einigermaßen anbieten kann. Van Goltstein, Nepveu, van Meeuwen, Boreel van Hooglanden, Duymaer van Twist, Storm, Gericke hatten Conferenzen und Audienzen. Thorbecke wird große Schwierigkeiten finden seine Collegen vollzählig zu machen. Heute geht das freilich sehr zweifelhafte Gerücht der König habe dem Programm Thorbecke's seinen Beifall versagt. Inzwischen suspendiren die Generalstaaten von Woche zu Woche ihre Sitzungen, und es ist selbst die Rede davon Creditentwürfe einzubringen, da eine Discussion des Budgets unter diesen Umständen nicht stattfinden kann. An Abfassung der organischen Gesetze kann natürlich ebensowenig gedacht werden, und viele wichtige Geschäfte bleiben unerledigt, was um so mehr Stockung verursacht, da die neue Verfassung die Lösung einer Unzahl von Fragen dieser Crisis vorbehalten hat.

N e u e s t e s.

e **München**, 27 Oct. Die Retentionsfrage zwischen Preußen und Bayern hinsichtlich der fälligen Zollvereins-Einnahmen-Quote scheint wirklich ernstlicher gemeint zu seyn als man hätte annehmen sollen, und läßt auf tieferliegende Absichten in Berlin schließen. Der politische Zwist der beiden Staaten, die Bitterkeit welche seit den Separatvoten Hannovers und Sachsens über den Reichstag noch gesteigert worden, können zu keinem guten Ende führen. Wenn sich aber die preußische Regierung, wie einer Ihrer Correspondenten im gestrigen Blatt schreibt, bei ihrer Forderung von 400,000 Thlrn. Entschädigung für Truppenhülfe in der Pfalz auf ein bezügliches Ansuchen des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld stützt, so entbehrt dieß nach der Rede des Staatsministers v. d. Pfordten in der Kammer der Abgeordneten der vollständigen Begründung, indem Bayern nur militärische Mitwirkung in Anspruch nahm, und jedes selbständige ausschließliche Einschreiten der preußischen Truppen vermieden wissen wollte, so daß, wenn ich recht gehört habe, die Preußen selbst ihren Feldzug in der Pfalz nur als einen Durchmarsch nach Baden betrachteten. Die Strategen in Berlin mögen denn auch die Frage beantworten ob, wenn man nicht einem unnützen Blutvergießen am Neckar sich aussetzen wollte, dem preußischen Heere ein anderer Weg nach Baden als durch die Pfalz offen stand? ob ferner die Veste Germersheim nicht seinen Uebergang über den Rhein deckte, während die Bayern in Mannheim den Rücken schützten, und bei dem Reichsarmeecorps unter Generallieutenant v. Peucker nicht allein ein tapferes bayerisches Bataillon, sondern auch ein bayerischer Officier als Chef des Generalstabs sich befand, der so eben erst wegen seiner Verdienste um die Leitung der militärischen Operationen von der Krone Preußen decorirt worden ist? Man scheint aber in Berlin alles dieß nicht beachten, und einfach an dem Gedanken festhalten zu wollen, die Pfalz sey dem König von Bayern ebenso wie Baden seinem Großherzoge durch Preußen wieder erobert worden, während doch die pfälzische Hauptlandesfestung das directe Widerspiel von Rastatt dargestellt. Uebrigens kann man daraus die Lehre schöpfen daß es nicht genügt etwas zu thun, sondern daß es rechtzeitig gethan werden müsse; das verspätete Eintreffen des ansehnlichen Truppencorps am Rhein hat dieses um seine Bedeutung und Bayern um einen großen Theil seines moralischen Einflusses in Deutschland gebracht.

‖ **München**, 27 Oct. Die Kammer der Reichsräthe hielt heute auch wieder Sitzung, in welcher Minister v. d. Pfordten die gleiche Mittheilung wie in der andern Kammer über die Bestimmung der bayerischen Regierung zur Convention vom 30 Sept. über die Errichtung einer provisorischen Centralbehörde macht. Die betreffenden Actenstücke werden dem für die deutsche Frage bestehenden Ausschusse, dessen Stillleben seit 6 Wochen zu bewundern ist, übergeben. Nach Erledigung einiger weniger interessanten Gegenstände berathet die Kammer über das Gesetz, die provisorische Steuererhebung betreffend. Der Referent Graf Armansperg begutachtet

die Beistimmung zu den Beschlüssen der zweiten Kammer, und es erfolgt diese einstimmig ohne alle Discussion. Eine Petition des katholischen Schullehrervereines, welche die Unterordnung der Schule unter die Kirche verlangt, wird ohne Debatte als formell zulässig dem dritten Ausschusse überwiesen.

Die Zustimmung der bayerischen Regierung, die wir morgen vollständig liefern, verweist auf den §. 5 der Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen, und folgert daraus: „Es ergibt sich hieraus daß alle diejenigen Angelegenheiten welche nach der Bundesverfassung dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesen sind, der Competenz der Bundescommission entzogen und der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten nach Maßgabe der Bundesgesetze vorbehalten bleiben, so daß insbesondere die Abänderung der Bundesverfassung an die Zustimmung aller Bundesglieder gebunden erscheint. Diese Folgerung ist auch im §. 3 der Convention anerkannt, obgleich daselbst nur Art. VI der Bundesacte besonders genannt ist. Demgemäß können daher auch, wenn der Erzherzog Reichsverweser nach §. 7 der Convention seiner Würde entsagt, und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Sr. Majestät des Königs von Preußen niederlegt, nur die im §. 5 der Convention bezeichneten Befugnisse des engeren Rathes der Bundesversammlung in diese Hände übergehen, während die Rechte und Pflichten des Plenums wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückfallen, von welchen dieselben mit Bundesbeschluß vom 12 Juli v. J. dem Hrn. Erzherzog Reichsverweser anvertraut wurden. Die königl. bayerische Regierung erklärt sich demnach damit einverstanden daß nach §. 1 der Convention Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund in dem im §. 5 der Convention bezeichneten Umfange auch im Namen der königl. bayerischen Regierung bis zum 1 Mai 1850 übernehmen, insoferne dieselbe nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann; behält sich jedoch für alle übrigen Bundesangelegenheiten die eigene Ausübung ihrer Rechte hiemit ausdrücklich vor. Dabei gibt sich die bayerische Regierung der Hoffnung hin daß es gelingen werde vor dem Ablaufe des Interims die deutsche Verfassungs-Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen, und einen Zustand zu beendigen dessen Verlängerung im Interesse des Gesammtvaterlandes nicht gewünscht werden kann."

Mannheim, 14 Oct. Die heutige Standgerichtssitzung beschäftigte sich mit der Anklage des Staatsanwalts v. Freidorff gegen den katholischen Pfarrer Franz Anton Grimmer von Unterschüpf, Amts Borberg; der Antrag ging wegen thätiger Mitwirkung zu den Planen der Umsturzpartei auf 10jährige Zuchthausstrafe. Die Vertheidigung führte Dr. Uihlein von hier. Das Urtheil lautete mit Stimmeneinhelligkeit auf 10 Jahre Zuchthaus und Tragung der Straf- und Untersuchungskosten. (B. M.)

In **Berlin** ist die zweite Kammer in der mehrtägigen Debatte über die Gestaltung des Oberhauses am 24 Oct. zum Schlusse gekommen. Die Amendements des Grafen Arnim, der Commission 2c. wurden verworfen; dagegen mit 156 gegen 150 Stimmen angenommen: daß die Kammer aus den Prinzen 2c., aus 120 durch die Provincial- und Kreisvertreter, und aus 60 von den höchstbesteuerten Gutsbesitzern gewählten Mitgliedern bestehen soll.

§ **Wien**, 25 Oct. Fortwährend finden Truppendurchmärsche theils nach Vorarlberg, theils nach Böhmen statt. Heute Nachmittag zogen abermals drei Bataillone von hier aus, welche vor dem Kaiser defilirten. Der Rücktritt des F.-M.-L. Grafen Gyulai aus dem Ministerium wird vorläufig wieder bezweifelt, und sicherem Vernehmen nach soll ihn namentlich der Fürst Schwarzenberg, der mit ihm auf einem sehr freundschaftlichen Fuße steht, zu bewegen suchen das Portefeuille des Krieges ferner zu behalten.

△ **Wien**, 25 Oct. Man wollte gestern mit Bestimmtheit von mehrern in Pesth stattgehabten Hinrichtungen wissen; die heutigen Pesther Briefe melden daß aus unbekannten Gründen die Urtheilsvollstreckungen unterblieben sind. Unter den Opfern nennt man auch den bekannten Präsidenten des Oberhauses, Baron Perenyi, einen Mann aus einer der edelsten und ältesten Familien des Landes. Wie man dem „Lloyd" meldet, soll der Baron in Folge der letzten Ereignisse in Raserei verfallen seyn! Das Abendblatt des Wanderer bringt folgende Nachricht: „Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu daß die türkische Frage beigelegt ist. Die Pforte verpflichtet sich den Flüchtlingen einen Aufenthaltsort anzuweisen, und die zum Islam übergetretenen zu keinem Civil- und Militärdienste zuzulassen. Beide Höfe haben sich damit einverstanden erklärt." Der hiesige türkische Gesandte hat vorgestern dem Kaiser ein Schreiben des Sultans übergeben. Die Wiener Ztg. veröffentlicht eine Reihe von Strafurtheilen, in welchen leider „Stock- und Ruthenstreiche abwechseln! Der Verkehr und die Handelsbeziehungen Wiens waren seit lange nicht so blühend als jetzt, wo durch den zahlreichen Zuspruch vieler Fremden ein ungemein reges Treiben herrscht. Aus Triest lauten die Nachrichten mit Bezug auf den dortigen Gesundheitszustand nicht günstig.

Spanien hat einen, jedoch sehr kurzen Ministerwechsel erlebt. Am 18 Abends gaben (so meldet El Clamor Publico) Narvaez und seine sämmtlichen Collegen ihre Entlassung ein, und zwar weil Königin Isabelle durch ihren Majordomus ihnen hatte bedeuten lassen: es müsse eine Aenderung stattfinden, weil ihr „theurer Gemahl" mit den jetzigen Ministern nicht zufrieden sey. Ihre Maj. beauftragte sofort den General Cleonard mit der Bildung eines neuen Ministeriums, und fuhr dann in die Oper. Es kam folgendes Cabinet zu Stande: Cleonard, Conseilspräsident und Kriegsminister; Inneres und Handelswesen, General Balboa; Finanzen, Hr. Armesto; Justiz, Hr. Manreza; Auswärtiges, Graf v. Colombi; Marine, Hr. Bustellos. Indessen am 21 Oct. hatte diese Verwaltung schon wieder zu existiren aufgehört, und Narvaez seinen frühern Posten übernommen.

⁑ **London**, 24 Oct. Die Königin-Wittwe befindet sich etwas besser, ist aber äußerst schwach. — Man erwartet eine beträchtliche Reduction im Generalstab der Armee. Die Seerüstungen nehmen ihren Fortgang. In der Handelswelt zeigt sich Besorgniß wegen der türkischen Verwickelung, und die englischen Bankhäuser bedenken sich Wechsel aus Konstantinopel ohne weitere Bürgschaft anzunehmen.

Paris, 24 Oct. Die Aufhebung der Verbannungsdecrete gegen die Bourbons — diese Frage welche die HH. Creton und N. Bonaparte als eine Brandrakete ins conservative Lager geworfen haben, ist, nachdem sie schon in der Presse die heftigsten Debatten hervorgerufen hat, nun in der legislativen Versammlung zur Berathung gelangt. Hr. Berryer, der Chef der Legitimisten, tritt der Proposition von vornherein entgegen. Er habe, sagt er, die Achtungsgesetze stets bekämpft, ob man aber glauben könne daß unter dem jetzigen Staatsprincip ein einziges Mitglied des Hauses der Bourbons, daß die Nachkommen der großen Familie, die in Frankreich regiert habe, werden zurückkehren wollen, um von der Gewalt ausgeschlossen als Privatpersonen zu leben? Es gebe zwei Principien, ein Wahl- und ein Erbprincip, beide schließen einander aus, man habe das Erbprincip geächtet, man könne es der Zukunft berauben, aber nicht seine Vergangenheit absetzen. Der Minister des Innern, Hr. Dufaure, im Namen der Regierung, versichert: der Präsident der Republik würde sich glücklich schätzen alle Achtungsdecrete aufhören zu lassen, allein die Lage von Frankreich, trotz der materiellen Ruhe die es genieße, sey nicht so daß die an sich gute und gerechte Maßregel jetzt schon eintreten könnte. Sobald der geeignete Augenblick komme, werde die Regierung selbst ein Gesetz vorlegen. Bei Abgang der Post hatte Hr. N. Bonaparte stürmische Scenen herbeigeführt, als er Hrn. Berryer vorwarf die Fahne des Absolutismus, der Legitimisterei aufgepflanzt, erklärt zu haben, der Bürgertitel werde von dem Haupt des Hauses Bourbon als ein Schimpf betrachtet.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 24 Oct. Consols 92 1/4; Bank Stock 199. Spanische 3proc. 24 1/2; 5proc. 17.

Paris, 24 Oct. 3proc. 55.65; 5proc. 88; Bankactien 2325; belg. 5proc. 97 1/2; Anlehen von 1842 97 1/2; neap. 5proc. 88; röm. 81 1/4; span. passive 3 1/2; 3proc. 34 1/8; innere Schuld 26 3/4; holl. 2 1/2proc. 55; piem. 5proc. 83.70; Oblig. v. 1849 890; Vers. linke U.-B. 170; Paris-Orleans 722.50; Rouen 522.50; Straßburg 348.75; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 238.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 401.25; Boulogne Amiens 130; Tours-Nantes 262.50; Dieppe-Fecamp 117.50.

♀ **Wien**, 25 Oct. Die Börse war heute sehr geschäftslos, und es erfuhren Curse sowohl in Fonds als in Eisenbahnen einen kleinen Rückgang, während fremde Devisen, sowie Gold und Silber etwas angezogen haben. Das neue 4 1/2proc. Anlehen, an der Börse bis 83 1/4 ausgeboten, schloß zu Ende 83 3/8–5/8, auch waren die Certificate auf dasselbe etwas besser zu lassen. Die vor einigen Tagen verlautete Ansicht daß der Finanzminister die für das neue Anlehen fixirten Einzahlungstermine zu verlängern oder zu vermehren beabsichtige, bestätigt sich durchaus nicht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94 3/8–94 3/4, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 3/8–83 5/8, Loose vom J. 1834 162–162 1/2, Loose vom J. 1839 113 1/2–113 3/4, Bankactien 1198–1202, Nordbahnactien 108 5/8–108 3/4, Gloggnitzer 108 1/2–109, Mailänder 83 1/2–83 3/4, Pesther 78–78 1/2, London (in langer S.) 10.44–10.45, Hamburg 156 1/4 B., Augsburg uso 106 1/2 G., Frankfurt 106 1/2 G., Amsterdam 148 1/2 G., Mailand 98 G., Livorno 105 G., Genua 124 3/4 G., Paris 126 1/4 G., Marseille 126 1/4 G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 11 7/8. Silberagio 7 bis 7 1/4 Proc. bei geringem Umsatz. Die heutige fällige Pariser, Belgische und Berliner Post fehlte noch beim Schlusse der Börse.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Berlin.

∸ **Berlin**, 18 Oct. Die Kreuzzeitung bringt seit einiger Zeit sehr kurze leitende Artikel. Es sind keine Leitartikel, es sind eigentlich Gebete, in einer schmerzlich süßen Sprache: alles ist verloren, die Demokratie umsonst besiegt, der heillose constitutionelle Wahn umfängt die urtheilslose, eitle, schwankende, egoistische Mehrheit der Kammern, sie geben ein kostbares Recht des Thrones und des Altars nach dem andern auf, französirende Staatsmänner und Minister treiben mit dem Strome, sie geben dem Wahne nach, sie opfern das Heiligste hin um der Popularität willen; bald wird in der allgemeinen Auflösung und Demoralisation der Thron, verlassen von allen seinen natürlichen Stützen, nichts seyn als eine ehrwürdige Ruine der Vorzeit, durch die der Wind rauscht, die keinem Wanderer mehr Schutz gewährt. Auf Gott allein ist Hoffnung, und „Hoffnung läßt nicht zu Schanden werden." Einige wollen in diesen Leitartikeln den Irwingianismus, andere schon einen gelinden Wahnwitz spuken sehen. Auf der andern Seite sagen die demokratischen Blätter: alles ist verloren (nämlich durch diese Kammern); die Resultate der Debatten und diese selbst liefern sogar dem Blinden einen und keinen andern Beweis als daß der Constitutionalismus nichts ist als ein Absolutismus in anderer Form, und daß, wenn man es nur versteht, es sich vortrefflich absolut regieren läßt auch mit Kammern deren Mitglieder den Mund von Freiheit vollnehmen. Ihre Reden sind eitel Tiraden, in allen Hauptsachen geschieht was die Regierung will, die Verfassung wird so revidirt daß von den ursprünglichen Bestimmungen für das Volk und seine Freiheit nichts übrig bleibt, und wenn die ehemals Freisinnigen sich einmal zusammengenommen und einen Sieg erfochten haben, beschlafen sie's über Nacht, und folgenden Tags geht ein Amendement durch welches das Errungene wieder vernichtet. Die Verfassung ist ein leeres Papiergehäuse, das die Regierung mit dem Stoffe füllt der ihr behagt. Auf eine neue Revolution ist allein die Hoffnung, und diese muß kommen, und ganz von vorn anfangen. Thun wir beide Meinungen in die Schalen einer Wage, so müßte es um die constitutionelle Sache sehr gut aussehen. Aber die Kreuzzeitung betet nur in ihren Leitartikeln. Oben nur ist Kirche, unten ein öffentliches Haus, wo es bunt hergeht, und oft ganz anders steht als oben. Unten, oder irgendwo seitwärts, wenigstens nicht in ihren Gebeten, strengt sie sich zum Beweise an daß es mit dem Constitutionalismus zu Ende geht. Seine Apostel und Väter hätten sich mit Entsetzen von ihm abgewandt, seit sie seine Kinder erkannt. So Vincenzo Gioberti in Italien, seit er die Mazzinisten empfunden, so Thiers, der wahrhafte Vater des Constitutionalismus in Frankreich. Dieser schäme sich sogar seines kranken Kindes, erwarte nur Heilung in und durch die Legitimität, und den Moment wo er Heinrich V auf den Thron seiner Väter setzen werde! „Nur die Legitimität kann den wahren Constitutionalismus erzeugen." Auch in Deutschland dringe diese Erkenntniß durch, auch hier hätte sie schon gesiegt, wenn nicht immer der Wind aus Frankreich, sagt Hr. v. Gerlach, uns inficirte. Wie paßt das, wenn die Erkenntniß in Frankreich schon durchgedrungen ist? In einer demokratischen Correspondenz aus Berlin lese ich daß der Absolutismus und die Legitimitätsherrschaft in Preußen eigentlich niemals aufgehört hat, daß man die ganze Pöbel- und Schreckenherrschaft wenn nicht provocirt, doch geduldet habe, wenn nicht vom Mai v. J. doch gewiß vom Junius an daß es nur 50 Soldaten bedurft hätte sie zu Paaren zu treiben, und daß man dieß nicht aus Unsicherheit und Furcht unterlassen, sondern lediglich in der Absicht die ruhigen Bürger noch mehr zu erschrecken und die Liberalen mürbe zu machen. Also hätte es nicht einmal eines Wrangel bedurft und der 20 bis 30,000 Pickelhauben, unter denen doch mancher Mann schweren Herzens am 9 Nov. in Berlin einrückte. Es hatte mancher sein Testament gemacht, und wie man weiß, Graf Brandenburg, als er nach Berlin ging, auf Tod und Leben von seiner Gattin Abschied genommen. Auch die Verlegenheit welche Minister Manteuffel in den ersten Zeiten seines Ministeriums nicht verbergen konnte, wäre eitel Komödie gewesen (eine seltsame Rolle!), weil alles Komödie war, um zuerst die Verlegung der Nationalversammlung nach Brandenburg, dann deren Auflösung, den Belagerungszustand, die octroyirte Verfassung, das octroyirte Wahlgesetz und endlich den Absolutismus, wie er ist, ins Werk zu setzen. Auch die rettende That war gar nichts, nicht einmal ein Kinderspiel, sondern ein Spiel für Große, eine Seifenblase für ganz Deutschland, eigens in die Luft geblasen um dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel Ansehen und Ruhm zu verschaffen, die es denn nutzen sollte um die freisinnigen Concessionen Stück für Stück wieder zurückzuziehen! Ob der Club Unruh in diesem großen Theaterstück auch vielleicht eine Rolle mitgespielt, ob man ihn bestochen hat daß er die Steuerverweigerung aussprechen solle? Zu dieser kolossalen Erfindung gehörte nur noch als Fortsetzung daß Preußens Arbeiten zur Constituirung des „Bundesstaats" auch nichts anderes seyen als ein letzter Act der Komödie. Ausgesprochen ist diese Ansicht schon von Berliner Demokraten: was das Ministerium in dieser Sache thue, thue es, trotz der Oeffentlichkeit die es ihr gibt, nur des Scheins wegen; es unterhandle, protokollire und werde auch den Reichstag berufen, gleichviel, wie Radowitz gesagt, ob mit allen, mit vielen oder mit wenigen, am liebsten aber mit wenigen. Und wenn dann die Wenigen auf dem Duodezreichstage endlich zur Einsicht kämen und sagten: aber wo ist denn das Reich? würde das preußische Ministerium die Achseln zucken: wir haben es berufen, wenn es nicht kam ist es nicht unsre Schuld; wir thaten das unsrige, thun Sie das Ihre, wir waschen unsre Hände in Unschuld, denn mehr kann man von uns nicht fordern die Wünsche des hochverehrten deutschen Publicums nach Einheit zu erfüllen, als wir gethan. Und wenn die andern dann nach Hause gingen, würde niemand froher und still lächelnd seine Acten und Protokolle einpacken, und zwischen den vier Wänden seinen Vertrauten zurufen: plaudite! als das Ministerium Manteuffel. Diese Auslegung gehört natürlich nur der Berliner Demokratie an. Zum Lügensystem der particularistischen Demokratie paßt sie nicht; da muß Preußen die Rolle des ehrgeizigen Eroberers fortspielen. Nur vergessen beide in ihrem Kunstgewerbe daß sie der preußischen Diplomatie eine Rolle dabei zuweisen die noch keiner ihrer Freunde und Feinde ihr zugetheilt, die einer Schlauheit und Consequenz welche keine Malmöer und andere Friedensschlüsse gemacht, und selbst die eines Metternich und Talleyrand beschämte. Und was ist der Kern der Lügen? Daß die Reaction jauchzt, tobt und doch vor Schmerz knirscht. Sie glaubt den Sieg in Händen zu haben, und wenn sie ihn recht besieht, ist es nicht der rechte Sieg. Die Kammern sind so obligat und loyal, sie meiden alles was Anstoß geben, an die Zeiten der Nationalversammlung erinnern könnte, sie weichen im Respect vor dem Königthum bis an die Wand zurück, aber sie sind eine elastische Masse: wenn der moralische Druck nachläßt, schnellen sie wieder in ihre alte Position. So zäh wie das Ministerium Manteuffel gegen die Demokratie sind sie es gegen die Reaction, und wie jenes vermöge der Eigenschaft endlich einen vollständigen Sieg davon trug, besorgen, ahnen sie daß auch der Constitutionalismus endlich gewinnen werde. Die Kraft des Wortes, das Feuer der Begeisterung war bei den Reactionären, aber ihre kühnsten Angriffe hatten nur theilweisen Erfolg, ihre Brandraketen erstickten in der Masse, die sich nun einmal nicht entzünden lassen will. Sie wollten das Ministerium — nicht gerade stürzen, aber sanft aus dem Sattel heben, mit einem Lorbeerkranz für seine vergangenen Verdienste. Aber es ging nicht. Woran es scheiterte, weiß man noch heute nicht. Nur ist man des Glaubens daß das Ministerium selbst ihnen die geringsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat. Es lächelte vielleicht nur still in sich über den Muth seiner Nachfolger in spe. In Potsdam (wenn auch nicht gerade auf dem Babertsberge) konnten sie auf Beistand zählen. Die gegenwärtigen Minister kommen oft lange Wochen nicht zum Vortrag; alles was der König empfängt und liest, geht durch die Hand des Generals v. Gerlach; Stahl hat sehr oft Audienz, stundenlange Gespräche mit dem Monarchen. Nur durch den Grafen Brandenburg ist eine unmittelbare Verbindung zwischen dem König und seinem Ministerium. Daß der Monarch mit seinen Ministern oft uneinig sey, gesteht sogar ein authentischer Artikel des Hamburger Correspondenten ein, der nur dagegen protestirt daß derselbe sich durch eine Camarilla beherrschen lasse. Mit vollem Recht: eine Camarilla gibt es und kann es nicht geben um eine Persönlichkeit wie Friedrich Wilhelm IV. Aber wie man am Hofe über die Steuerfrage, die Beeidigung des Militärs, die Nothwendigkeit des §. 105 denkt, darüber kann wohl kein Zweifel seyn bei einem König der alles hingeopfert hätte, nur nicht sein „Von Gottes Gnaden." Wie man am Hof über die freisinnigen Mitglieder der Kammern denkt, und ob man in dem reichen Grafen Dyhrn wirklich nur eine Variante des Grafen Reichenbach erblickt, ist wohl sehr gleichgültig. Nur das scheint wahrscheinlich daß die neue Ministercombination an der Weigerung des Grafen Arnim-Boitzenburg, und mehr als einmal, scheiterte. Wenn der König sich entschloß ein so um ihn und sein Haus und den Staat verdientes Ministerium zu entlassen, konnte es doch nur geschehen um das was er will fester zu festigen, einen christlich germanischen Staat. Der Graf, heißt es, wäre nun sehr bereit gewesen in alles einzugehen was den König sonst verdrießt, die Restitution geraubter alter Rechte, eine bessere Entschädigung des Adels für seine Verluste, der Jagdberechtigten, aber nicht auf das christliche Fundament als das einzige eines Staates. Der Graf ist ein Aristokrat, aber ein alter Preuße; er wollte in keine Combination mit der Familie Gerlach und mit der Firma Stahl und Leo eingehen. In den Kammern, wie sie sind, hätte diese Combination auch keine

Stützen gefunden, darauf mußte man gefaßt seyn; schwerlich auch in den Kammern, wie sie werden könnten wenn man diese auflöste, und an eine andere Unterstützung hat man nicht gedacht; sie würde nicht gefehlt haben. Die Demokraten, deren tiefe Seufzer in den Winkeln verhallen, hört man oft den Schmerzenslaut ausstoßen: erst wenn ein Ministerium Gerlach das Ministerium Manteuffel abgelöst hat, können wir wieder hoffen. Aber es steht fester als vorher, wenn nicht der morgende Tag es anders fügt. Morgen kommt in der ersten Kammer die Entscheidung über das Steuerverweigerungsrecht. Es ist die Entscheidung darüber ob die Constitution eine Wahrheit wird, wie (Major) v. Vincke gestern sagte, oder ob die siegen welche in jeder Verfassung nur ein nothwendiges Uebel sehen, dessen Consequenzen sie möglichst zu escamotiren suchen. Der Minister Manteuffel hat sich gestern mit einer Bestimmtheit gegen den Beschluß der zweiten Kammer erklärt, der viel besorgen läßt, wenn das Votum der ersten im selben Sinn ausfällt. (Es ist bekanntlich in demselben Sinn ausgefallen, und mit großer Mehrheit.)

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

Fortsetzung des Sitzungsprotokolls vom 17 October.

Der k. sächsische Bevollmächtigte bemerkt hierauf: daß er die eben vernommene Ausführung des Vorsitzenden nicht in das heutige Protokoll niederlegen lassen könne, ohne wenigstens einige Worte sofort zu erwiedern. In Beziehung auf die Vorbehalte habe er zuvörderst zu erwähnen daß aus denselben nie ein Geheimniß gemacht worden, da sie in dem niemanden vorenthaltenen Schlußprotokolle vom 26 Mai d. J. erwähnt seyen, die k. sächsische und hannover'sche Regierung dieselben auch durch ihre Blätter veröffentlicht habe, worüber ihnen in der 28sten Sitzung von dem damaligen Vorsitzenden sogar ein Vorwurf gemacht worden, sowie endlich daß die k. preußische Regierung eben diese Vorbehalte mit den Actenstücken über die deutsche Frage den hiesigen Kammern vorgelegt habe. Was die soeben vorgelesene k. preußische Erklärung selbst betreffe, so werde seiner Zeit darauf geantwortet werden; auf die Ausführung wegen der Vorbehalte müsse er sich aber sofort zu bemerken erlauben daß es unter solchen Umständen in der That schwer halte den Weg zu finden auf dem ein gutes Recht gesichert werden könne. Da übrigens in dieser Erklärung des Vorsitzenden derjenigen Vorschläge zu Aenderung des Verfassungsentwurfs gedacht worden welche ihm, dem k. sächsischen Bevollmächtigten, vor einigen Tagen unter Couvert zugekommen seyen, so betrachte er dieselben nunmehr als vorgelegt, und habe nur noch die Frage an den Vorsitzenden zu richten ob dieselben zugleich als Vorlagen bezüglich der von der k. preußischen Regierung, wie er soeben vernommen habe, allerdings nicht anerkannten Vorbehalte anzusehen seyen?

Der Vorsitzende erwiedert daß die seinerseits mitgetheilten Vorlagen in Betreff der festzustellenden Modificationen des Verfassungsentwurfs allerdings umfassender Art seyen. Die Mittheilung selbst sey indeß zunächst nur zu vorläufiger Einsicht und Kenntnißnahme geschehen; die förmliche Vorlage dieser Modificationen werde im Verwaltungsrath selbst erfolgen.

Der k. hannoverische Bevollmächtigte schließt sich in aller Maße der Erklärung des k. sächsischen Bevollmächtigten an. Die specielle Erwiederung auf die Ausführung der k. preußischen Regierung bleibt ausdrücklich vorbehalten. Was die von dem k. sächsischen Bevollmächtigten in Bezug genommene Erwähnung der Vorbehalte in dem Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. betrifft, so gibt der k. hannoverische Bevollmächtigte hierüber factische Erklärungen, die in dem Gedächtniß des Protokollführers ihre Bestätigung finden werden.

Der Protokollführer erklärt hierauf daß bei Unterzeichnung des sogenannten Schlußprotokolls vom 26 Mai d. J., d. h. bei Unterzeichnung derjenigen Urkunde worin auf Grund der darin sub Litteris a, b, c und d angeführten und gegenseitig acceptirten Vorlagen der Vertrag zwischen den kk. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover protokollarisch festgestellt und geschlossen wurde, Vorbehalte keiner Art und von keiner Seite vorlagen. Nach der ursprünglichen Fassung der Urkunde hätten die Bevollmächtigten der k. sächsischen und der k. hannoverischen Regierung, unter ausdrücklicher Bezugnahme und Hinweisung auf ihre in den Conferenzprotokollen der Sitzungen vom 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24 und 26 Mai niedergelegten Ansichten und Verwahrungen, der von dem k. preußischen Bevollmächtigten in den Vorlagen sub Litteris a, b und c gemachten Proposition zugestimmt, diese Vorlagen förmlich acceptirt und als gegenseitig rechtsverbindlich anerkannt. In dieser Fassung sey die Urkunde von ihm, dem Protokollführer, anfänglich vorgelegt und verlesen worden. Die Bevollmächtigten der k. sächsischen und k. hannoverischen Regierung hätten hierauf verlangt daß ihnen in dem Text der Urkunde noch „eine zunächst die Oberhauptsfrage betreffende nähere Erklärung" vorbehalten bleibe, welche Erklärung sie dann ihrerseits später ausführen und nachträglich zu dem Prokolle einreichen wollten. Diesem Verlangen sey mittelst Zufügen einer Randbemerkung stattgegeben, und nun die Urkunde von sämmtlichen Bevollmächtigten genehmigt und unterzeichnet worden. Die Einreichung der in dieser Weise beim Vertragsschluß vom 26 Mai d. J. vorbehaltenen nachträglichen Erklärungen habe unter dem 28 Mai d. J. wirklich stattgefunden, und seyen dieselben auch an diesem Tage, wie der Vermerk auf dem Original nachweise, dem Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. zugefügt worden.

Der herzogl. nassauische Bevollmächtigte schließt sich der Ausführung des k. preußischen Bevollmächtigten gegen die des k. hannoverischen durchaus an, jedoch mit dem Zusatz daß die schlagendste Widerlegung der letzteren Ausführung allerdings in den Ereignissen des Jahres 1848 und in der Belehrung liege die diese Ereignisse bei Beurtheilung und Würdigung politischer Fragen darbieten. Im einzelnen bemerkt er noch folgendes: In der Protokollarverhandlung vom 29 Jun. 1849 sey seitens der herzogl. nassauischen Regierung, und zwar vor ihrem Beitritt zu dem Vertrage vom 26 Mai d. J., der Inhalt und der Zweck dieses Vertrags wie ihn die herzogl. Regierung aufgefaßt, deutlich bezeichnet und hierauf von dem Verwaltungsrath ausdrücklich erklärt worden:

„Daß die einzelnen Bestimmungen des Vertrags selbst, sodann der Verfassungsentwurf und dessen authentische Interpretation, die Denkschrift vom 11 Jun. d. J., sowie endlich die Noten des preußischen Staatsministeriums vom 28 und 30 Mai d. J., das offen dargelegte Material zum Verständniß des Inhalts und des Zweckes des Vertrags darbieten,"

ja, der k. hannoverische Bevollmächtigte habe, Ausweis derselben Protokollarverhandlungen, seinerseits noch besonders zugesetzt:

„Daß in diesem Materiale die Resultate der gemeinschaftlichen Erörterungen und Entschließungen der contrahirenden Regierungen niedergelegt seyen, daß es für die beitretenden Regierungen nur auf diese ankommen möge, und daß eine Erörterung der vielleicht verschiedenen Motive, die zu den gemeinschaftlichen Entschließungen geführt haben, wenn nicht unangemessen, doch jedenfalls nicht erforderlich seyn werde."

Daß nach einer solchen auf eine bestimmte Anfrage der herzogl. nassauischen Regierung so ertheilten und bestärkten Antwort die jetzige Bezugnahme auf die sogenannten Vorbehalte vor einer rechtlichen Erwägung nicht Bestand halten könnte, unterlasse er, der Vertreter der herzogl. Regierung, näher nachzuweisen. Dieselbe Unhaltbarkeit in rechtlicher Hinsicht und für den Zweck der jetzt beantragten Ausschreibung der Reichstagswahlen habe der Nichtbeitritt Bayerns und Württembergs. Der Vertrag vom 26 Mai d. J. sey, seiner innersten Wesenheit sowie auch seiner authentischen Interpretation nach, auf Bildung eines Bundesstaats nicht für alle, sondern für diejenigen deutschen Bundesstaaten gerichtet die sich dem Vertrag freiwillig anschließen, wobei denn allerdings der Hoffnung Raum geblieben daß in Folge dieses freien Anschlusses der Bundesstaat nach und nach das ganze Vaterland umfassen werde. Die Modificationen des Verfassungsentwurfs die bei dem Nichtbeitritt Bayerns und Württembergs nöthig werden, können das Ausschreiben der Reichstagswahlen ebenso wenig erschweren. Was über diese Modificationen in rechtlicher Hinsicht zu sagen, sey bereits früher von dem k. sächsischen und dem k. hannoverischen Bevollmächtigten in der Protokollarverhandlung vom 27 Jul. d. J. selbst gesagt worden, indem sie in dieser Verhandlung, die Erklärung des Vorsitzenden bestärkend, ausgeführt:

„Daß der Beschluß des Vertrags vom 26 Mai d. J. und der Beitritt zu diesem Vertrag jede der contrahirenden und der beitretenden Regierungen zum unverbrüchlichen Festhalten an dem Inhalt des einmal verkündeten Verfassungsentwurfs verpflichtet habe und verpflichtet halte, und zwar so lange als nicht durch gemeinsame Uebereinstimmung aller dieser Regierungen eine Abänderung des Entwurfs nachträglich genehmigt und zugegeben werde."

Hinsichtlich der zur Berathung und eventuellen Feststellung dieser Modificationen benöthigten Frist möge es genügen auf die Conferenzprotokolle hinzuweisen, Inhalts deren der ganze jetzt vorliegende Verfassungsentwurf in nicht mehr als neun Tagen, vom 17 bis zum 26 Mai d. J., habe debattirt und zum Abschluß gebracht werden können.

Der großh. mecklenburg-strelitzische Bevollmächtigte gibt in schriftlicher Fassung zu Protokoll:

„Abgesehen von Vorbehalten, über deren rechtliche Bedeutung, insofern sie außerhalb des Bundesvertrags vom 26 Mai 1849 und der dazugehörigen Entwürfe, sowie der begleitenden Denkschrift liegen, das Urtheil dahingestellt bleiben mag, folgt schon aus dem Inhalt dieser Grundlagen des Bundes die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des vorgelegten Verfassungsentwurfs und einer Vereinigung darüber unter den betheiligten Regierungen. Diese von dem großh. mecklenburg-strelitzischen Bevollmächtigten schon bei der ersten Abstimmung gegen eine verfrühte Ansetzung des Reichswahltages hervorgehobene Nothwendigkeit einer vorherigen Feststellung derjenigen Modificationen welche nach dem erklärten Nichtbeitritt der süddeutschen Staaten stattfinden müssen, glaubt derselbe in einigen der wichtigsten Beziehungen näher nachweisen zu müssen, da gegen jene Abstimmung der Einwand gemacht worden ist daß sich die allerdings nöthigen Modificationen und Vorarbeiten bis zum Januar 1850 mit Sicherheit würden bewerkstelligen lassen.

Fasse man die Hauptzwecke ins Auge welche die kk. Regierungen, Preußen an der Spitze, beim Abschluß des Bündnisses vom 26 Mai 1849 nach dessen klarem Inhalt sich gestellt haben, so bestehen dieselben, wie dieß von allen beigetretenen Staaten gewiß mit Dank und Vertrauen erkannt sey, einerseits in der Wahrung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands,

also in der Handhabung des öffentlichen Rechts und der öffentlichen Ordnung in Deutschland, andererseits in dem Streben das Bedürfniß der deutschen Nation nach einer kräftigen, durch freie Institutionen verbürgten Einheit zu befriedigen.

Was zuvörderst die Sicherung des öffentlichen Rechtszustandes in Deutschland betreffe, so ist an die Spitze des Bündnisses klar und entschieden das Anerkenntniß des Fortbestandes des deutschen Bundes gestellt, woraus auch bei zugestandenem Wegfallen der Bundesversammlung von selbst folgt daß sämmtlichen Gliedern des deutschen Bundes das Recht der freien Zustimmung zu Veränderungen der Grundgesetze und organischen Einrichtungen des Bundes verblieben sey. Dieser Grundsatz sey auch bisher befolgt worden, und werde insofern eine wiederholte praktische Anerkennung erhalten als das Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen wegen provisorischer Regulirung der deutschen Centralgewalt sämmtlichen deutschen Regierungen, auch denen welche dem Bündnisse vom 26 Mai 1849 beigetreten, zum Beitritt vorgelegt werden soll.

Nun haben allerdings die dem Bündniß beigetretenen Regierungen sich verpflichtet den zum Bündnisse gehörigen Verfassungsentwurf vorzulegen und zu vertreten, mithin auch nach besten Kräften alles zu thun was der Realisirung dieses Entwurfs in seinem eigentlichen hauptsächlichen Wesen förderlich sey.

Weiter gehe aber ihre Verpflichtung nicht, und wenn sich aus dem Erfolg ergeben würde daß der vereinbarte Entwurf im wesentlichen nicht zu realisiren sey, so haben sich für diesen Fall auch die beigetretenen Regierungen des Rechts nicht begeben über eine andere Vorlage von neuem zu berathen, bevor sie ihre Zustimmung zu derselben ertheilen.

Eine unbefangene Prüfung ergebe nun aber zweitens daß ein nord- und mitteldeutscher Bundesstaat im wesentlichen verschieden sey von einem deutschen Bundesstaat, und daß der dem Bündniß vom 26 Mai 1849 angehörige Verfassungsentwurf nur den deutschen Bundesstaat zur Voraussetzung hat und nur für diesen paßt. Der Artikel IV des Bündnisses vom 26 Mai 1849 ist bestimmt die Verhältnisse **Deutschlands** in Zukunft zu ordnen, nicht die Verhältnisse weniger oder vieler deutscher Staaten; er verpflichtet die Verbündeten dem **deutschen Volke** die vereinbarte Verfassung zu gewähren, das deutsche Volk aber erstreckt sich weiter als über Nord- und Mitteldeutschland, sein tiefes Bedürfniß des gesetzmäßigen Fortschreitens zu einer praktisch möglichen wahren vollständigen Einheit dulde es nicht eine thatsächlich noch bestehende Spaltung zu einer verfassungsmäßigen zu machen.

Schon der Name und der Begriff des „**Reichs**", der durch den ganzen Entwurf geht, bezeichnet dessen Bedeutung unwiderleglich, selbst das Wort „deutsch", welches sich fast in jedem Paragraphen findet, paßt auf einen engeren nord- und mitteldeutschen Bundesstaat nicht. Es ist nicht möglich den wesentlichen Gegensatz durch eine bloße Veränderung der Ausdrücke zu verwischen. Daß aber auch materiell der Gegensatz in die wichtigsten Verhältnisse eingreift, geht zunächst schon aus den Abänderungsvorschlägen welche von der k. preußischen Regierung dem Verwaltungsrath vorgelegt, hervor. Es treten aber zu den hier angeregten Punkten ohne Zweifel noch andere hinzu, deren Erheblichkeit nicht verkannt werden wird. So z. B. verhält sich nicht bloß die Voraussetzung beigetretener Regierungen, sondern auch eine sehr entschiedene öffentliche Meinung in beigetretenen Ländern ganz verschieden, je nachdem der §. 33 des Reichsverfassungsentwurfs, welcher Ein Zoll- und Handelsgebiet vorschreibt, der §. 34 über die Auflegung gemeinschaftlicher Productions- und Verbrauchssteuern, der §. 38, welcher den Handel und die Schifffahrt der Reichsgesetzgebung unterwirft, das ganze Gebiet des deutschen Reichs, mit alleiniger Ausnahme von Oesterreich, oder nur das Gebiet des engern Bundesstaats zur Voraussetzung hat. Ein Beispiel in dieser Hinsicht liefert der dem Beitritt der mecklenburgischen Regierungen vorausgegangene Beschluß der mecklenburgischen Abgeordnetenversammlung vom 2 Aug. 1849, welcher auf den Grund der Auffassung daß Mecklenburg zu Gunsten der deutschen Einheit Opfer zu bringen bereit sey, daß aber, sollte diese Einheit nicht erreicht werden, nicht abzusehen sey warum Mecklenburg seine materiellen Interessen opfern und sich den Zollgesetzen unterwerfen sollte, die vielleicht im vorherrschenden industriellen Interesse beliebt würden, als eine Bedingung der Zustimmung zum Beitritt auch die stellte daß, für den Fall wenn der zu begründende Bundesstaat nicht die gesammten deutschen Länder, außer den österreichischen deutschen Staaten, in sich fassen sollte, der Beitritt Mecklenburgs zu dem in Aussicht gestellten gemeinsamen Zollverbande der eigenen freien Entschließung Mecklenburgs vorbehalten bleibe.

Wenn es nun in mehrfacher Rücksicht nothwendig erscheint daß über eine veränderte Vorlage zur Reichsverfassung eine Verständigung unter den deutschen Regierungen vorausgehe, so kann auf der einen Seite allerdings dadurch eine Verzögerung von einigen Monaten veranlaßt werden, auf der andern Seite ist aber auch nur auf diesem Wege die Möglichkeit aufrecht zu erhalten daß das große Werk der deutschen Einheit seiner Verwirklichung näher geführt werde, wozu die Aussicht, nachdem Oesterreich und Preußen sich vorläufig über die deutsche Centralgewalt vereinigt haben, keineswegs aufzugeben ist. Mecklenburg-Strelitz kann dieß im Interesse des allgemeinen deutschen Rechtszustandes und der deutschen Einheit umsomehr aussprechen als für dasselbe keine Motive oder Wünsche vorhanden sind welche einem engen Anschlusse an Preußen entgegen wären.

Jedenfalls ist gerade im jetzigen Augenblicke kein Grund zu einer Beeilung des Reichs- oder Vereinswahltages, welche wesentlich präjudiciren würde. Daß es an und für sich zweckmäßig wäre den wichtigsten Schritt in dem Verfassungswerke, noch bevor man über die Grundlagen desselben vollständig einig ist, zu thun, dieß findet sich unter den Gründen für die Beeilung nicht angegeben, es wird vielmehr nur auf die verstärkte Verpflichtung welche die Regierungen selbst sich dadurch auflegen, und auf die Beruhigung von Besorgnissen in der deutschen Nation hingewiesen. Allein wo die Regierungen ihre Verpflichtungen im wahren Interesse der deutschen Nation anerkennen, da bedarf es einer Verstärkung derselben nicht, und die deutsche Nation der alle Verhandlungen öffentlich vorliegen, wird das Bestreben der Regierungen bei der Erfüllung dieser Verpflichtungen anerkennen und unterstützen.

Der großh. mecklenburg-strelitzische Bevollmächtigte gibt demnach wiederholt, im Einverständnisse mit den Ansichten seiner Regierung, seine Stimme dahin ab daß der Zeitpunkt zur Ansetzung des Wahltages noch nicht gekommen, dagegen alles möglichst zu fördern ist was ein vollständiges Einverständniß der deutschen Regierungen über das deutsche Verfassungswerk herbeizuführen geeignet ist."

Der großh. badische Bevollmächtigte. Indem er sich der eben mitgetheilten Beantwortung der k. preußischen Regierung gegen die Ausführung der k. hannoverischen anschließe, sehe er sich veranlaßt **derjenigen** Erklärung welche der k. hannoverische Bevollmächtigte in der Sitzung vom 9 d. M. abgegeben, noch folgende Aeußerung, die in schriftlicher Fassung zu Protokoll gegeben wird, entgegenzustellen.

I. Die ebengedachte Erklärung stellt die eventuelle Geltendmachung eines Vorbehaltes in Aussicht, welcher hannoverischerseits in Bezug auf die Wirksamkeit des Vertrags vom 26 Mai gemacht worden seyn soll.

Der Bevollmächtigte, Vertreter des ersten accedirenden Staates, hat an fast allen spätern Beitrittsverhandlungen im Verwaltungsrathe theilgenommen; er fühlt sich verpflichtet hier der Wahrheit gemäß auszusprechen daß seines Wissens niemals gegenüber von irgendeinem der über den Beitritt verhandelnden Staaten auf den gedachten Vorbehalt, als auf ein die rechtliche Bedeutung des offenen Vertrags alterirendes Instrument, Bezug genommen — dagegen zu wiederholtenmalen in der bündigsten Weise, sogar als Erwiederung auf gestellte Anfragen wegen etwaniger geheimer Vorbehalte, ausgesprochen worden ist daß es nur die amtlich mitgetheilten öffentlichen Acten — der Vertrag vom 26 Mai mit seinen Annexen, die gemeinschaftliche Note vom 28 Mai und die Denkschrift vom 11 Jun. — seyen welche das Object der zum Vertragsabschlusse erforderlichen gegenseitigen Verständigung bildeten.

Hiernach müsse der Bevollmächtigte erklären: daß er außer Stand ist dem Vorbehalte, auf welchen jetzt zum erstenmale Bezug genommen wird, eine die rechtliche Wirkung der durch das Bündniß gegebenen Verhältnisse beeinträchtigende Kraft zuzugestehen.

Sollte indessen — wie der Bevollmächtigte gern hofft — die gedachte Bezugnahme auf einen Vorbehalt nur **den Sinn** haben daß **innerhalb des Bündnisses** gewisse factische Umstände nicht unbeachtet bleiben können, und demgemäß eine zusammenwirkende Thätigkeit der Verbündeten zur Verständigung über jene thatsächlichen Verhältnisse hervorzurufen beabsichtigen, so ist der Bevollmächtigte so weit entfernt darin etwas zu erkennen was eine Meinungsdifferenz zu begründen vermöchte daß er im Gegentheile den Anlaß benützt um seiner Regierung etwanige Aeußerungen und Vorschläge, welche den veränderten Thatsachen Rechnung tragen, anmit ebenfalls vorzubehalten.

II. Einen weitern Anlaß zu einer erwiedernden Aeußerung findet der Bevollmächtigte in der aufgestellten Behauptung daß durch die Berufung des Reichstages eine bloße Thatsache dem Recht entgegengesetzt werden würde.

Durch diese Behauptung scheint der Verdacht ausgesprochen daß diejenigen Staaten welche das Bündniß zu dem Punkte gediehen glauben welcher den Vollzug des Artikels 4 des Vertrages vom 26 Mai möglich macht, nicht mehr auf dem Boden des Rechtes sich bewegten, und insbesondere daß dieselben durch den Vollzug jenes Artikels ihre nicht beigetretenen deutschen Bundesgenossen gleichsam in gewaltthätiger Weise bedrohten.

Der Bevollmächtigte protestirt auf das entschiedenste gegen einen derartigen Vorwurf, und er sieht sich genöthigt zu diesem Behufe Folgendes vorzutragen.

Die Frage wegen Zustandekommen einer Reichsverfassung ist keine neue, jetzt noch in dem Stadium befindliche wo die Entschlüsse ganz frei wären.

Die Bundesversammlung sprach es schon am 10 und 25 März v. J. aus daß: eine **Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft zeitgemäßer und nationaler Grundlage** vorgenommen werden solle. Ehe sie zu dem wichtigen Beschluße vom 30 März v. J. (26ste Sitzung §. 209) überging, stellte sie folgende Betrachtung an:

„Eine neue Verfassung kann entweder einfach aus der Vereinbarung der Regierungen hervorgehen, und von diesen gemeinschaftlich durch Bundesbeschluß octroyirt werden, oder sie kann im Wege des Vertrags und freier Zustimmung der Regierungen auf der einen und des Volkes auf der andern Seite zur Gültigkeit gebracht werden."

„Nur dieser **letztere Weg gibt eine Gewähr für den Bestand einer Verfassung**; eine octroyirte würde unter keinen Um-

ständen rathsam seyn; sie ist unter den jetzigen Verhältnissen eine Unmöglichkeit, denn die freisinnigste, den ausgesprochenen Wünschen entsprechendste, und selbst mit den größten Opfern der einzelnen Bundesfürsten verbundene, würde octroyirt nie auf Beifall und Dank rechnen können."

„Muß man also der Meinung seyn daß die freie Zustimmung des Volkes nicht entbehrt werden kann, so fragt es sich auf welche Weise diese zu erlangen seyn wird?"

„Nach den bestehenden Verhältnissen stellt sich hier der Weg als der gegebene dar: daß jede Regierung sich der Zustimmung ihres Volkes zu der beabsichtigten Verfassung selbst zu versichern habe, da wo eine Vertretung desselben besteht durch Vorlage an die Ständeversammlung oder durch Erlangung eines Vertrauensvotums, da wo noch keine Ständeversammlungen bestehen, in einer ihnen selbst zu überlassenden Weise. *Allein es ist klar daß man das Zustandekommen einer Verfassung für Deutschland*, deren wesentlichstes Ziel die nie dringender als jetzt nöthige Einheit der Nation ist, *nicht der Gefahr aussetzen darf daß es an dem Widerspruch einer vielleicht ganz geringen Minorität scheitern könne, oder daß wenigstens unabsehbare Weiterungen entständen.* Wollte man aber annehmen daß die gewiß allgemein in der Nation gefühlte Nothwendigkeit das Vaterland durch eine neue Bundesverfassung zu kräftigen, dahin führen würde daß eine Zustimmung aller Bundesländer, aller einzelnen Ständeversammlungen erfolgen, jedes Sonderinteresse unbeachtet bleiben, aller Widerspruch verstummen werde, um nur das Zustandekommen nicht zu hindern, so gäbe man damit zu daß diese durch einen moralischen Zwang erzielte Zustimmung zur leeren Form herabsinken würde."

„Es scheint also der *einzig rathsame, vielleicht allein zulässige Weg* der zu seyn: daß der von der Bundesversammlung und ihrem Beirathe ausgehende Entwurf einer neuen Bundesverfassung einer aus allen Bundesstaaten gewählten constituirenden Volksversammlung zur Annahme vorgelegt werde."

Auf diese Erwägung gestützt, beschloß die Bundesversammlung daß Wahlen von Nationalvertretern vorgenommen werden sollen um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Die bündigsten Erklärungen abseiten der Regierungen liegen vor daß sie gesonnen seyen zu der durch die angeordnete Nationalvertretung gegebenen Bildungsform eines *Bundesstaates* mitzuwirken. Insbesondere gibt die im Bundestagsprotokolle der 54sten Sitzung vom 17 Mai v. J. §. 513 enthaltene Erklärung Hannovers ehrendes Zeugniß von der Gesinnung dieser Regierung.

Das von der Nationalversammlung begonnene Werk scheiterte, weil dieselbe, den ihr zugewiesenen Boden der Vereinbarung verlassend, nach souveräner Geltung griff; die in Folge bekannter Vorgänge groß gewordene Anarchie bedrohte alle Ordnung, alles Gesetz.

In dieser schwersten Zeit bewährte *Preußen* allein mit dem Willen auch die Macht in Deutschland das bestehende Recht zu vertheidigen, ein neuentstehendes zu schützen. Um Preußen, das die Errichtung des deutschen Bundesstaats zu seiner Aufgabe machte, durften sich die übrigen mindermächtigen Staaten mit dem vollsten Bewußtseyn reihen daß sie auf diesem Wege eine patriotische Pflicht erfüllten und ihr feierlich gegebenes Wort zu lösen vermöchten.

Das ist die eigentliche Bedeutung des Bündnisses vom 26 Mai inmitten der deutschen Verfassungskämpfe.

Oesterreich hat, mehr noch als durch Worte, durch die große und hoffentlich für das stammverwandte Land segensvolle That seiner Constituirung als ein Gesammtreich gesprochen: es sey nicht im Stande an derjenigen Umbildung der Verfassung des deutschen Bundes, welche eine Nationalvertretung zur Grundlage haben soll, sich zu betheiligen. Seine dauernde enge Verbindung mit Deutschland in der ihm gebührenden Weise kann und soll durch diese Neubildung keine Beeinträchtigung erleiden.

Die alte Bundesverfassung ist unwiederbringlich zu Grunde gegangen; zur Bildung einer neuen ist der Weg dahin vorgezeichnet daß sie durch Vereinbarung mit Nationalvertretern zu suchen sey.

Bei dem Mangel eines für die Verfassungsangelegenheit competenten Bundes-Centralorgans ist es unmöglich neue allgemeine Wahlen zu veranlassen, sofort eine allgemeine Verständigung aller Regierungen über die zur Vereinbarung zu proponirende Verfassung herzustellen.

Der einzige Weg welcher noch übrig bleibt, wenn gleichmäßig das allseitig gebotene Ziel nicht verfehlt und der freien Selbstbestimmung jedes einzelnen Landes nicht zu nahe getreten werden soll, ist der daß einmal eine Verständigung der einzelnen Regierungen unter sich, und dann dieser mit den Vertretern ihrer Länder gesucht werde.

Das Bündniß vom 26 Mai hat sich, als auf gesunder Grundlage beruhend, bewährt; es kann gerechten Anspruch auf nationale Bedeutung machen, weil es sich die Erringung der nationalen Ziele in der rechtlich jetzt möglichen Form zur Aufgabe macht, weil es dermalen bei vier Fünftheile der rein deutschen Staaten umfaßt. Den Staaten welche es ihrer Lage dermalen noch nicht entsprechend finden denselben Weg zu gehen, wird im Namen aller Verbündeten zu sagen seyn was in einer zur Oeffentlichkeit gediehenen Mittheilung der k. preußischen Regierung an die von Bayern gesagt ist:

„Die k. Regierung macht keinen Anspruch auf die Untrüglichkeit ihrer Auffassung, der sich die große Mehrzahl der deutschen Regierungen angeschlossen hat, aber sie hat, in ernster Erwägung ihrer Pflichten gegen das Vaterland, ihre Vorschläge zur Prüfung der Regierungen der Nation hingegeben."

Niemand der Rechtsgefühl in deutschem Sinn hat, wird zugeben daß den nicht beigetretenen Staaten irgendwie in ihren Entschlüssen Zwang angethan werde. Niemand aber auch der billig denkt, wird fordern daß die Bündnißstaaten sich durch die Nichtbeitretenden in Erstrebung dessen hemmen lassen was sie als nothwendig und rechtlich geboten erkennen. Ein liberum veto, in der Ausdehnung wie es die hannoverische Erklärung beansprucht, hat das deutsche Bundesrecht nie gekannt, selbst nicht in den Fällen welche nur durch Stimmeneinhelligkeit geregelt werden konnten. Würde man dasselbe jetzt in die Institutionen aufnehmen, dann, ja dann würde unfehlbar jene Epoche der Gewaltthätigkeit herannahen vor welcher der hannoverische Bevollmächtigte mit so vielem Ernste warnt. Die eigenen Worte in Bezug auf die diesem liberum veto der Einzelnen (oder dem „völligen Einverständniß aller deutschen Regierungen") möglicherweise zu gebende Anwendung — die nämlich daß der Dissens einzelner eine Einmischung des Auslands in die innern Angelegenheiten herbeiführen könnte — diese Worte widerlegen denjenigen der sie ausspricht, denn nie wird es zugegeben werden können daß in unserm öffentlichen Rechte eine Bestimmung gültig sey welche einen deutschen Staat zum offenen Verrath an den Bundesgenossen berechtigte.

Indem der Bevollmächtigte seine Protestation gegen die obenerwähnte Verdächtigung wiederholt, erklärt er Namens seiner Regierung daß dieselbe sich bewußt ist bei ihrer Zustimmung zur Bildung eines Reichstags nur sich eines ihr zustehenden freien Rechts zu bedienen, und einer Pflicht gegen ihr Land wie gegen Deutschland zu genügen, sowie daß sie jeden Augenblick bereit ist bei Verhandlungen mit den dem Bündnisse nicht angeschlossenen deutschen Ländern sich zu betheiligen, und jedem begründeten und billigen Anspruch mit den ihr zu Gebot stehenden Mitteln wärmste Unterstützung angedeihen zu lassen.

Der großh. hessische Bevollmächtigte verzichtet darauf der ausführlichen Beantwortung der k. preußischen Regierung, der er im ganzen durchaus beitritt, noch etwas zuzusetzen. Er weicht im einzelnen nur insoweit ab als er sich allerdings zu der in der Beantwortung der k. preußischen Regierung erwähnten strengeren Rechtsansicht bekennt, wonach die rechtliche Existenz des Bundes vom Jahr 1815 durch die Vorgänge des Jahres 1848 gebrochen ist. Vorbehalte seyen nur *geltend* zu machen wo sie überhaupt gemacht seyen, was gegenüber der großh. Regierung sicherlich nicht geschehen sey. Dem großh. mecklenburg-strelitzischen Bevollmächtigten mache er nur noch bemerklich daß es von keiner Seite bestritten worden den vorliegenden Verfassungsentwurf jetzt, nachdem Bayern und Württemberg den Anschluß an den Vertrag vom 26 Mai d. J. abgelehnt, den dadurch vindicirten Modificationen zu unterwerfen, daß bis zum 15 Jan. 1850 hinlänglichste Zeit zur Bewältigung der deßfallsigen Arbeiten gegeben sey, und daß die sonstigen Argumentationen des Bevollmächtigten organische Bestimmungen voraussetzen die seit Auflösung des Bundestags nicht mehr existiren, und zu deren Herstellung dem allenfallsigen Willen jedenfalls die Macht gebrechen würde.

Der gemeinschaftliche Bevollmächtigte für: Großh. Sachsen-Weimar, Herzogth. Sachsen-Coburg-Gotha, Herzogth. Sachsen-Altenburg und für die Fürstenth. Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß beider Linien: Auch er halte die vom k. preußischen Bevollmächtigten eben vorgetragene Widerlegung der von hannoverischer Seite neuerlichst vorgebrachten Rechtsbedenken für durchaus begründet, namentlich sofern darin der Nachweis gegeben sey daß die von dem k. hannoverischen Bevollmächtigten aus den Bestimmungen der früheren Bundesverfassung gegen die nunmehrige Verwirklichung des Bundesstaats hergeleiteten Einwände jeder zutreffenden Begründung ermangeln. Was übrigens den hier schon mehrerwähnten Vorbehalt der k. sächsischen und der k. hannoverischen Regierung betreffe, so habe der Bevollmächtigte noch insbesondere bemerklich zu machen daß ein solcher Vorbehalt von denjenigen Regierungen die er hier zu vertreten die Ehre habe, weder als gültig noch überhaupt als bestehend angenommen werden könne. In den den Beitritt dieser Regierungen betreffenden Verhandlungen sey auf irgendeinen Vorbehalt, durch welchen die Realisirung des beabsichtigten Bundesstaats noch bedingt bleiben solle, nicht nur nicht hingewiesen worden, sondern es sey auch im Protokoll der 20sten Sitzung, auf Grund dessen der Anschluß der Herzogthümer Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha, wie auch der beiden Fürstenthümer Reuß und der beiden Fürstenthümer Schwarzburg erfolgt sey, die im Verwaltungsrath unter besonderer Zustimmung des hannoverischen Bevollmächtigten gegebene Versicherung niedergelegt: *daß die verbündeten Regierungen es als ihre Pflicht zu erachten haben an dem gemeinschaftlich von ihnen vorgelegten Verfassungsentwurf festzuhalten, und, soviel immer in ihren Kräften liege, vereint dahin zu wirken daß derselbe in möglichst kurzer Frist dem zu berufenden Reichstag zur Vereinbarung mit den Regierungen vorgelegt werde.* Was aber die großh. Regierung von Sachsen-Weimar betreffe, so sey deren damaligem Bevollmächtigten bei den Anschlußverhandlungen die noch bestimmtere Erklärung geworden: *daß neben dem Bundesvertrag vom 26 Mai d. J. und den zugehörigen Entwürfen*

der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, sowie der begleitenden Denkschrift anderweitige Vereinbarungen und Erklärungen, welche für die sich verbündenden Regierungen maßgebend seyn könnten, nicht vorhanden seyen. Der k. sächsische Bevollmächtigte habe vorhin geäußert die fraglichen Vorbehalte seyen so bald zur Oeffentlichkeit gelangt daß auch die wegen des Anschlusses ihrer Regierungen hier unterhandelnden Bevollmächtigten davon Kenntniß gehabt haben müßten. Dieß sey so richtig daß die Bevollmächtigten eben deßhalb an den Verwaltungsrath ausdrücklich die Frage gerichtet: ob außer den ihren Regierungen bis jetzt officiell mitgetheilten Vertragsbedingungen noch andere Bedingungen, welche für die sich verbündenden Regierungen maßgebebend seyn sollten, vorhanden seyen? Die ihnen hierauf vom Verwaltungsrath gegebenen Versicherungen seyen nun so klar und bestimmt ertheilt worden, daß jede weitere Besorgniß es möchten später noch bedingende Vorbehalte von Seiten der paciscirenden Staaten geltendgemacht werden, in der That als nicht mehr zulässig hätte erscheinen müssen.

Auf die Bemerkung des k. sächsischen Bevollmächtigten daß für die großh. sachsen-weimarische Regierung allerdings, der ihrem Bevollmächtigten gegebenen Zusicherung gemäß, andere Vereinbarungen und Erklärungen nicht maßgebend seyen als der Bundesvertrag vom 26 Mai d. J. und dessen officiell mitgetheilte Anlagen, fügt der großh. sachsen-weimarische Bevollmächtigte hinzu daß, wenn dieß der Sinn der vom Verwaltungsrath gegebenen Antwort seyn sollte, es dort hätte heißen müssen: „für die beitretende Regierung“; da aber gesagt sey: „für die sich verbündenden Regierungen“, so müssen darunter auch die von Sachsen und von Hannover verstanden werden.

Der k. hannoverische Bevollmächtigte will, soviel es die Andeutungen über beabsichtigte Geheimhaltung des hannoverischen Vorbehalts zu dem Vertrag vom 26 Mai d. J. betrifft, nur noch daran erinnern daß dieser Vorbehalt in mehreren gedruckten Exemplaren auf dem Tisch des Verwaltungsraths längere Zeit aufgelegen hat. Ebenso macht der k. sächsische Bevollmächtigte, in specieller Rückbeziehung auf die vorgängige Aeußerung des großh. hessischen Bevollmächtigten, bemerklich daß die definitive Beitrittserklärung der großh. hessischen Regierung erst erfolgte nachdem die k. preußische Regierung mit den Acten über die deutsche Angelegenheit auch die sächsischen und hannoverischen Vorbehalte ihren Kammern vorgelegt hatte.

Die Bevollmächtigten für Kurfürstenth. Hessen, für Großh. Oldenburg, für Herzogth. Braunschweig, für Herzogth. Anhalt-Bernburg und für Herzogth. Anhalt-Dessau und Köthen erklären übereinstimmend: daß sie der Ausführung der k. preußischen Regierung beitreten, daß auch ihren Regierungen bei deren Beitritt zu dem Vertrag vom 26 Mai d. J. nur der Vertrag selbst und der Verfassungsentwurf nebst Denkschrift, nicht aber auch irgendwelcher sonstige Vorbehalt mitgetheilt worden, und daß sie alle Rechte ihrer Regierungen aus dem Vertrag vom 26 Mai d. J. feierlich verwahren.

Der großherzoglich mecklenburg-schwerin'sche Bevollmächtigte schließt sich an. Es werde eine heilige Pflicht aller dem Vertrag vom 26 Mai d. J. beigetretenen Regierungen gegen die deutsche Nation seyn die k. preußische Regierung in ihrem ernsten Streben nach baldmöglichster Constituirung des deutschen Bundesstaats zu unterstützen. Wenn in der hannoverischen Rechtsausführung ein Hauptgewicht auf den Artikel 7 der Bundesacte gelegt worden, so sey es gerade dieser Artikel der den Todeskeim aller Bundesverfassung in sich trage. Es sey durch diesen Artikel geschaffen worden was die Geschichte nie gesehen habe: ein Rath der in allen wichtigen Fällen nicht durch Mehrheit der Stimmen, sondern durch völlige Einhelligkeit, also fast nie und nirgend einen Beschluß zu Stande bringen konnte, ein Verein dessen Zwecke durch die geforderte Einstimmigkeit geradezu an das einzelne Belieben preisgegeben wurden. Wenn demnach irgendein Artikel der Bundesacte es nicht verdiene für den neuen Bundesstaat maßgebend zu werden, so sey es eben der bezogene Artikel 7, als welcher recht eigentlich die Ohnmacht und Unfähigkeit des alten Bundestages organisirt hat.

Der Bevollmächtigte der freien und Hansestadt Bremen. Er könne nur auf seine in der Sitzung vom 9 d. abgegebene Erklärung und auf die dem Antrage des herzoglich nassauischen Bevollmächtigten darin ertheilte Zustimmung zurückkommen. Zu der beantragten Ausschreibung der Wahlen für den nächsten Reichstag dränge die Consequenz des Bündnisses vom 26 Mai d. J., der bei der Einladung zu diesem Bündniß angeführten Motive, der von den beitretenden Staaten vor ihrem Beitritt kundgegebenen Voraussetzungen und der darauf erfolgten übereinstimmenden Erwiederungen der k. sächsischen und k. hannoverischen Bevollmächtigten, wie diese Erwiederungen in den Protokollen niedergelegt seyen. Es dränge dazu die ernste Würdigung der gegenwärtigen Lage Deutschlands und der von allen Seiten gesteigerten Erwartungen, der Rückblick auf die nachtheiligen Ergebnisse welche im Frühling des verflossenen Jahres das System des Abwartens und der Mangel an Entschlossenheit in Leitung der deutschen Angelegenheiten herbeiführte, der Hinblick auf schwerlich ausbleibende ähnliche Folgen, sofern das von den Regierungen festgehaltene Princip der Vereinbarung sich factisch als nicht durchführbar erweisen sollte. Daß vorab noch bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden bleiben, sey sicherlich nicht zu verkennen; aber ebensowenig zu übersehen daß zur Ueberwindung der Schwierigkeiten noch ein Zeitraum von drei Monaten verstattet bleibe. Werde der in Frage stehende Entschluß jetzt nicht gefaßt, so sey zu befürchten daß sich der Verwaltungsrath auch nach Ablauf dieser Monate noch in einer der heutigen völlig gleichen Lage befinden werde, während im hoffentlich andern Fall und bei allseitig bereitwilligem Entgegenkommen für diesen Zeitpunkt ein günstiges Resultat kaum zu bezweifeln sey.

Der Bevollmächtigte der freien und Hansestadt Hamburg. So fest er auch an der Hoffnung halte daß in nicht zu ferner Zeit es noch gelingen werde sämmtliche deutsche Staaten zu einem ihren veränderten Verhältnissen und Stellungen entsprechenden Verfassungswerke zu vereinigen, so wenig könne er die Besorgniß und die Ansicht theilen daß die Erfüllung der Zusagen und Verpflichtungen welche in Bezug auf das Verfassungswerk durch und in Folge des Bündnisses vom 26 Mai gegeben und eingegangen seyen, für die Verbündeten von der Zustimmung der für jetzt nicht beigetretenen Staaten abhängig wäre. Eine solche Abhängigkeit würde vielmehr jene Hoffnung vereiteln, und nur dahin führen daß überall nichts zu Stande gebracht werden könnte bevor nicht den Bedingungen des letzten dissentirenden Staates genügt sey. Nachdem indeß einmal der Zweifel aufgeworfen ob die Verbündeten nicht mit zwingenden Pflichten gegen andere in Widerspruch geriethen, wenn sie ihrerseits in Ausführung brächten was sie als heilsam und nothwendig unter den veränderten Verhältnissen betrachten zu müssen erklärt hätten, könne der Bevollmächtigte nur mit Dank erkennen daß preußischerseits in umfassender Rechtsdarlegung diesem Zweifel entgegengetreten sey. Er schließe sich dieser so eben vernommenen Deduction im allgemeinen aus persönlicher Ueberzeugung an. So viel aber die Vorbehalte betreffe, so würden dieselben durch die preußischerseits vorgeschlagenen Modificationen von selbst zur Sprache kommen, und sehe er eventuell ferneren Vorschlägen des sächsischen und des hannoverischen Bevollmächtigten entgegen.

Nachdem somit alle Mitglieder des Verwaltungsrathes, mit Ausnahme des k. sächsischen und des großherzoglich mecklenburg-strelitz'schen Bevollmächtigten, der k. preußischen Regierung in ihrer Beantwortung der k. hannoverischen Rechtsausführung beigetreten sind, kündigt der Vorsitzende an daß er in der nächsten Sitzung bestimmte Vorschläge seiner, der k. preußischen Regierung vorlegen werde, und zwar:

a) bezüglich der Modificationen des Verfassungsentwurfs,
b) bezüglich Anberaumung und sofortiger Veröffentlichung eines Wahltermins für den nächsten Reichstag,
c) bezüglich des Ortes zur Abhaltung des nächsten Reichstages, und endlich
d) bezüglich der Art und Weise in welcher der Verwaltungsrath demnächst mit dem versammelten Reichstag verhandeln wird.

Die Sitzung schließt Abends 11 Uhr.

Das Protokoll ist in der Sitzung vom 19 October d. J. verlesen, von den in dieser Sitzung anwesenden Mitgliedern des Verwaltungsrathes genehmigt und von diesen und dem Protokollführer unterzeichnet worden.

v. Bodelschwingh. v. Zeschau. H. v. Wangenheim. Meysenbug. Pfeiffer. v. Lepel. Seebeck. v. Schack. v. Oertzen. Roßle. Vollpracht. Liebe. Walther. Smidt. Banks. Kloemer.

Einiges über Hundertpfunds Malsystem.

※ Augsburg, im Oct. Es sind bereits zwei Jahre verflossen seitdem der bescheidene Künstler Liberat Hundertpfund in Augsburg sein Werkchen über Malerei der Presse übergab.*) Von allen Seiten kamen ihm Zeichen der Anerkennung zu; die bewährtesten Künstler sprachen sich für die Vorzüge seiner Methode aus; in England erschien von seinem Buch eine Uebersetzung welche von der Kritik sehr lobend aufgenommen wurde,**) und auch im deutschen Vaterland brachten mehrere Blätter theilnehmende Erörterungen über die Grundsätze, auf welche Hundertpfund die Malerei gestützt wissen will.***)

Wäre die Zeit welche zwischen dem Erscheinen des Buches und der Gegenwart liegt, nicht so störend über die Bahn des Künstlerlebens geschritten, es hätten sich gewiß aus unserer Mitte noch mehrere Stimmen — besonders von Seite ausübender Künstler — erhoben, und man hätte vielleicht auch vernehmen können wie durch die Anwendung jener Grundsätze die Malerei bereits gefördert worden sey. Jetzt haben die Stürme der Zeit sich mehr und mehr gelegt, und wenn die sich beruhigenden Wogen nicht neuerdings aufgeregt werden, so hofft auch die Kunst ihre Bahn wieder geöffnet zu sehen, um in frischer Kraft einen neuen Gang zu thun. In

*) „Die Malerei auf ihre einfachsten und sichersten Grundsätze zurückgeführt. Eine Anweisung mit ganzen Farben alle Halbtöne und Schatten ohne Mischung zu malen; von Liberat Hundertpfund. Mit 3 lithogr. Tafeln und 24 lithograph. Farbedrücken. Augsburg, Verlag der J. Walch'schen Kunst- und Landkartenhandlung, 1847.“

**) Im Spectator vom 10 Febr. 1849, S. 137.

***) So besonders die Münchener „Gelehrten Anzeigen“ Nr. 16 und 17 vom 23 und 24 Jan. 1849 aus Schuberts Feder.

dieser Zeit ist es nun wohl nicht ungeeignet wenn auch in diesen Blättern die genannte Schrift besprochen wird. Zwar hat es große Schwierigkeiten das System welches gleichsam der Inhalt des ganzen Werkchens ist, in wenigen Zeilen auszusprechen, und wer dasselbe genau erfassen will, muß jedenfalls das Schriftchen zum Gegenstand seines Studiums machen; es mögen aber doch folgende Sätze als Kern des Ganzen dem Leser und Kenner genügende Andeutung geben.

„Der Verfasser nimmt nur drei ideale Stammfarben in der Natur an, welche sich in ihrer vollkommenen Reinheit am Regenbogen und am Farbenbild des Prisma zeigen: Blau, Roth und Gelb.“ („Gelehrte Anzeigen,“ S. 130.) Jeder Farbe wird die ihr in dem prismatischen Farbenkreise entgegengesetzte unterlegt: dem Roth das Grün, dem Gelb das Violett, dem Blau das Orange, und umgekehrt. Der Schatten jeder Farbe wird in einem Gemälde dadurch hervorgebracht daß man unter der Localfarbe die ihr entgegengesetzte Farbe wirksam erscheinen läßt. Die der Localfarbe entgegengesetzt zu unterlegende Farbe wird nur in zwei Lichtabstufungen gebraucht, von denen die dunklere die Schatten, die hellere aber die Uebergänge zur reinen Localfarbe vermittelt. Die Localfarbe selbst wird so kräftig aufgetragen daß sie die Unterlage vollkommen deckt, frei für sich wirkt und bis zum höchsten Lichte modulirt wird. Wenn nun die Frage aufgeworfen würde was mit diesem Gesetze gewonnen sey, so wäre vorerst zu erwiedern daß dasselbe jedenfalls durch seine Einfachheit und Klarheit alles übertreffe was bisher über Malerei gesagt worden ist.*) Ferner muß jedem der nur einigermaßen mit der Technik der Malerei vertraut ist, einleuchten daß alle bisherigen Malarten keine ganz feste und sichere Grundlage haben. Man malt meistens zweimal mit der gleichen Farbe aufeinander, und verliert dadurch die Reinheit und Klarheit; oder man untermalt Grau in Grau und hat dann in der Regel eine todte abgestorbene Farbe, sobald man vom Schatten in die Uebergänge kommt, während man nach Hundertpfunds Malweise mit entgegengesetzten Farben an Leben gewinnt, je mehr man sich der Localfarbe nähert. Die Unzulänglichkeit aller bisherigen Systeme spricht sich besonders dadurch aus daß man die angehenden Künstler nicht selten einer peinlichen Unsicherheit preisgegeben sieht, indem sie lange Zeit dem Versuchen und Errathen überlassen sind, bis sie endlich durch viele Mühe und Anstrengung einige Sicherheit sich erwerben. Dieser Unsicherheit nun und diesem oft trostlosen Irren eine Sicherheit zu verschaffen, und der Malerei eine wissenschaftliche und zugleich praktische Stütze zu verleihen, dazu ist das Malgesetz bestimmt welches Hundertpfund aufstellt, und besonders den angehenden Künstlern — für welche das Werkchen eigentlich geschrieben ist — als die Frucht vieljähriger Studien darbietet. Sein System gibt so große Sicherheit daß er zuversichtlich behauptet alles Malen sey nur ein Zeichnen und Modelliren mit dem Pinsel. Es hat aber auch unbestreitbar noch das Verdienst daß es bei der größten Einfachheit die größte Mannichfaltigkeit erreichen läßt. Dem Künstler bleibt die höchste Freiheit, da er beim Uebermalen ungehindert ist die größte Mannichfaltigkeit der Lichtabstufungen auf sichere Grundlagen zu bringen, und nie befürchten darf daß er die nöthige Klarheit verliere, wenn er sich nur an die Gegensätze der Farben hält. In dieser Sicherheit und Freiheit liegt das größte Verdienst welches sich Hundertpfund erworben hat, und welches ihm auch nicht leicht jemand streitig machen wird.

„Das Princip,“ sagt der Kritiker der englischen Uebersetzung im Spectator (S. 138), „welches der Hauptschlüssel seiner Theorie ist, ist unstreitig ein großes Gesetz, wenn es auch nicht das Gesetz der schönen Künste seyn sollte — das Princip nämlich Einheit durch Gegensätze hervorzubringen, welches die höchste Art von Mannichfaltigkeit ist. Dieser Grundsatz ist auf einem oder dem andern Weg zweifelsohne die Grundlage der schönen Färbung, sowie auch von jeder andern Vollkommenheit in der Kunst. Ob Hr. Hundertpfund auch die richtige Anwendung entdeckt hat, muß die Zeit und die öffentliche Stimme darthun. Hat er es, so ist er ein großer Erfinder; denn der Wiederhersteller einer verlorenen Kunst ist ebenso originell als der erste Erfinder.**) Hat er es nicht, so mag er doch wenigstens die Bahn gebrochen haben für einen Experimentalisten, welcher bestimmt ist glücklicher zu seyn als er selbst.

Daß nun Hundertpfund sein System wirklich mit Erfolg anzuwenden weiß, davon hat er bereits Beweise geliefert. Seine Bilder zeichnen sich durch eine lichte klare Färbung aus; das vorzüglichste aber das bisher von ihm bekannt wurde, ist unstreitig ein Bild welches gegenwärtig in dem ehemaligen Congregationssaale in der Jesuiten-Gasse dahier ausgestellt ist. Die Gemeinde Waal, in deren Kirche dieses Kunstwerk nächster Tage gebracht wird, darf sich freuen dasselbe als Eigenthum zu besitzen; es ist ein Christus am Kreuz, unter ihm zur Rechten Maria, zur Linken Johannes. Die Gestalten sind weit über Lebensgröße, und das ganze Bild ist auf Goldgrund gemalt. Die Schwierigkeiten welche dem Künstler die Nähe des leuchtenden Goldgrundes verursachte, hat derselbe trefflich überwunden, und schon dadurch soviel geleistet daß wir behaupten dürfen er habe für sein Malsystem in der Klarheit der Färbung welche hier erreicht ist, einen entschiedenen Sieg errungen. Wir heben von dem Bilde nur diese Eine Seite hervor, weil sie eine thatsächliche Begründung seiner Grundsätze über Malerei bildet.

*) Besonders interessant ist hiebei daß unser Verfasser durch das Studium der Farben zu einem Resultate kam das namentlich mit jenem in vielfacher Uebereinstimmung steht welches der berühmte Verfasser der Farbenlehre auf seinem Wege gewonnen hatte. „Ich wußte wohl,“ so erzählt Hundertpfund, „daß Goethe über Farben geschrieben habe; allein ich hörte zugleich immer daß diese Goethe'sche Abhandlung für Maler von keinem großen Nutzen wäre. Mit Freude fand ich aber bei der Durchlesung der Goethe'schen Farbenlehre daß die Naturgesetze welche darin theoretisch erklärt werden, mit meinen praktischen Grundsätzen ganz harmoniren, was mich sehr ermunterte meiner angenommenen Richtung zu folgen, und ich darf behaupten daß mancher nach der Durchlesung meines Schriftchens die Farbenlehre von Goethe anders beurtheilen wird.“

**) Der Kritiker nimmt nämlich an daß die alte venetianische Schule das nämliche System gehabt habe, was aber mit Bestimmtheit bis jetzt nicht dargethan werden konnte.

Schweiz.

*** **St. Gallen**, 22 Oct. Wenn ein Fremder nach St. Gallen kommt, wird man ihn, falls er nach Naturgenuß fragt, auf den Freudenberg weisen, und auf seine Rundschau über den Bodensee und die Alpenkette, oder, wenn er wissenschaftliche Ausbeute sucht, in die weltberühmte Bibliothek führen, die schon im 8ten Jahrhundert eine Quelle des Lichts und der Bildung war. Nicht unempfänglich weder für das eine noch für das andere, ward ich doch bei meiner Ankunft hier mit meiner Theilnahme nach zwei andern Punkten hingelenkt. Unweit von mir an der Wirthstafel saß ernst, sanft und still unser berühmter Flüchtling, der Fragmentist. Wer weiß etwas von ihm und hält sein jetziges Schicksal für verdient? War es ein gröblicher Irrthum — und ich halte es für einen — dem Rumpfparlament nach Stuttgart zu folgen, so handelte dabei Fallmerayer gegen niemand rücksichtsloser als gegen sich selbst, und nur in dem guten Glauben damit der übernommenen Verpflichtung auch im bedenklichen Augenblick getreu zu seyn. Der Umsturzpartei aber gehört dieser Mann nicht an. Es bleibe unerörtert ob er überhaupt auf dem Kampfplatz eines Parlaments an seiner Stelle war und wäre; seine Wähler mögen mit sich darüber zu Rathe gehen; allein die Frage ist wohl erlaubt, und ich möchte sie mit aller gebührenden Hochachtung an die Männer der Wissenschaft in Bayern richten, ob in der That unter ihnen ein solcher Ueberfluß an hervorragenden Geistern ist daß man den Verlust eines Gelehrten wie Fallmerayer leicht verschmerzen, daß man es ertragen kann solche Kräfte in Unmuth, Bitterkeit und am Ende Gleichgültigkeit untergehen zu sehen! Mit mehr Recht als dem fliehenden Feinde soll man dem entfernten Genius goldene Brücken bauen und sein Exil als ein Unglück betrachten das das Vaterland trifft so schwer als ihn, und darum es verhüten oder vergüten. Der andere Punkt auf welchen mein Auge fiel war — das Tagblatt der Stadt St. Gallen vom heutigen, und zwar eine Nachricht darin aus St. Gallen selbst. Sie haben vor nicht gar langer Zeit Kunde gegeben von dem früh verstorbenen Architekten Georg Müller aus hiesiger Gegend. Noch kurz vor seinem Tode hatte derselbe Plane angefertigt für den theilweisen Umbau der hiesigen St. Laurenzenkirche. Gestern nun — so steht im Tagblatt — hat die Genossengemeinde die Herstellung benannter Kirche nach dem Restaurationsproject des Hrn. Müller beinahe einstimmig genehmigt. Diese Anerkennung des Verdienstes eines verstorbenen Künstlers hat um so mehr Bedeutung, als gerade an solchen Stellen in der Regel der Lebende Recht hat der mit dem Todten concurrirt. Es ist nun die zweite die seinen Manen zu Theil wird; denn auch die Kirche der Vorstadt Altlerchenfeld zu Wien wird, mancher Gegenwirkung ungeachtet, zur Ehre der entscheidenden Behörde und zur Freude der Gemeinde wie zur Zierde der Stadt nach Müllers hinterlassenen Planen ausgebaut. Gleicherweise steht in Aussicht daß seine für die Zürich-Bodensee-Eisenbahn entworfenen ungemein reizenden, zugleich volk- und eigenthümlichen Projecte der Oberauten beim wirklichen Angriff der Bahn zur Ausführung kommen werden. Sollte man da nicht die Hoffnung daran knüpfen daß auch die geistvollste Arbeit dieses seltenen Genius, sein Entwurf zur Vollendung des Florentiner Domes, noch einst die gerechte Würdigung finden wird?

Dänemark.

Kopenhagen, 20 Oct. Als vor kurzem Baron v. Pechlin zum außerordentlichen Gesandten für Leitung der Friedensangelegenheiten in Berlin ernannt wurde, erinnerte Fädrelandet tadelnd an seinen „matten

Proteß" gegen den Beschluß des deutschen Bundes vom 4 April v. J. Gegen diesen Angriff hat Pechlin jetzt in der Berliner Ztg. eine Erklärung veröffentlicht in welcher er den Satz ausführt, nach den gegebenen Umständen habe er damals nicht anders handeln können. Er habe nicht glattweg Trümpfe ausspielen können, nur durch Ruhe und Besonnenheit habe sich das erlangen lassen daß jener Beschluß, den Welcker damals viel zu milde fand, nicht noch viel schärfer gegen Dänemark ausfiel. „Wann und wo," sagt v. Pechlin schließlich, „es darauf ankommt das Recht Dänemarks auf Schleswig zu vertheidigen, da stehe ich auf einem Boden wo ich noch nie geschwankt habe noch schwanken werde."

Vorgestern ist General v. Schleppegrell nach Alsen abgegangen um daselbst das Commando zu übernehmen, welches General de Meza aus bis jetzt unbekannten Gründen niedergelegt hat.

Neuestes.

Augsburg, 27 Oct.

|| **München**, 27 Oct. Eben — Vormittag 10 Uhr — hat Minister v. d. Pfordten der Kammer officielle Mittheilung über den Vertrag Oesterreichs und Preußens dd. 30 Sept. gemacht, und die Note verlesen in welcher Bayern seine Zustimmung zu diesem Interim, unter Verwahrung seiner Ansichten über das Definitivum, ertheilt.

• **Alexandria**, 16 Oct. In diesem Augenblick bringt die indische Post die Nachricht von einem in Macao stattgehabten Aufstande, worin der portugiesische Gouverneur von den Eingebornen erschlagen wurde, und der so bedeutend ist daß die Franzosen und Engländer den bedrängten Portugiesen zu Hülfe eilten.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Oesterreich. Fremdherrliche (außerdeutsche) Orden erhielten: Der Feldmarschall J. Graf Radetzky de Radetz, das Großkreuz des großh. tosc. Joseph-Ordens. Der General der Cavallerie und die Feldzeugmeister: C. Gorczkowski v. Gorczkow das Großkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens; C. Freiherr v. d'Aspre, und H. Ritter v. Heß das Großkreuz des großh. toscanischen St. Joseph- und des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens. Die Feldmarschall-Lieutenante: Erzherzog Albrecht und C. Fürst zu Liechtenstein das Großkreuz des großherzoglich toscanischen St. Joseph-Ordens; Carl v. Schönhals, J. Graf Strassoldo und Friedrich Fürst zu Liechtenstein das Großkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens; und Fr. Graf Schaaffgotsche das Commandeurkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens. Die General-Majore: Erzherzog Ernst, Ph. Graf v. Stadion, A. Freiherr v. Stwrtnik und L. Pfanzelter das Großkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens; C. Graf v. Grünne das Großkreuz des großh. toscanischen St. Josephs-Ordens; J. Vorbolo v. Boreo den russisch kais. St. Wladimir-Orden 3ter Classe; C. Graf Thun-Hohenstein den päpstl. Christus-Orden; G. Graf Wimpffen, L. Graf Kollowrat-Krakowsky, J. Hlavaty und Fr. Kellner v. Köllenstein das Commandeurkreuz des großherzogl. toscanischen St. Joseph-Ordens; dann Al. Graf Török v. Szendrö und J. Graf Wratislaw das Ritterkreuz dieses Ordens. Die Obersten: C. Schlitter v. Niedernberg das Commandeurkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens und den päpstl. Christus-Orden; Fr. Freiherr v. Baumgartten, vom Inf.-Reg. Nr. 56, das Ritterkreuz des großherzogl. toscanischen St. Joseph-Ordens und den päpstl. Christus-Orden; J. Ritter v. Schmerling, vom Kaiser Inf. Reg. Nr. 1; J. Pittinger, vom 4ten Art.-Reg., das Commandeurkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens; G. Teuchert, vom Inf. Reg. Nr. 21, das Ritterkreuz dieses Ordens; L. Freiherr v. Handel, und A. Schiller, vom General-Quartiermeisterstabe, dann A. Hablitschek, vom Inf. Reg. Nr. 17, das Commandeurkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens. Die Oberstlieutenante: L. Freiherr v. Gablenz, vom Drag.-Reg. Nr. 5, den russisch-kaiserl. St. Annen-Orden zweiter Classe; M. Roßbacher, vom General-Quartiermeisterstabe; Otto Eberhard, vom Jäg.-Reg. Kaiser Franz Joseph, und A. Freiherr v. Leykam, Flügel-Adjutant bei Radetzky, das Commandeurkreuz des päpstlichen Mil. St. Gregor- und Ritterkreuz des großherzoglich toscanischen St. Joseph-Ordens; Fr. Burdina v. Löwenkampf, vom General-Quartiermeisterstabe; C. Lober, Commandant des 1sten Steirer Freiwilligen-Schützen-Bataillons; Fr. Greschke, Commandant des 3ten Wiener Freiwilligen-Bataillons; Ch. Hubel, vom Jäger-Reg. Kaiser Franz Joseph, das Commandeurkreuz des päpstlichen Mil. St. Gregor-Ordens; Carl Freiherr v. Stein, vom 4ten Art.-Regiment, das Commandeurkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens, und J. Graf Huyn, vom General-Quartiermeisterstabe, das Ritterkreuz des großherzoglich toscanischen St. Joseph-Ordens. Die Majore: J. Freiherr v. Trauttenberg, vom Inf. Reg. Nr. 58, den russ. kaiserl. St. Annen-Orden 2ter Classe; A. Ritter v. Haymerle, Platzmajor in Lemberg, den russisch kaiserl. St. Stanislaus-Orden 2ter Classe; J. Languider, vom General-Quartiermeisterstabe, das Commandeurkreuz des päpstl. Mil. St. Gregor- und das Ritterkreuz des großherzogl. toscanischen St. Joseph-Ordens; G. Freiherr v. Diller und V. Fürst Windischgrätz, Flügel-Adjutanten Radetzky's; Fr. Martinovsky, vom Inf. Reg. Nr. 56, und C. Freiherr v. Hügel das Commandeurkreuz des päpstlichen Mil. St. Gregor-Ordens; C. Streel, Commandant des 2ten Wiener Freiwilligen-Bataillons; G. Freiherr Lewartow v. Lewartovsky, Corvetten-Capitän, das Commandeurkreuz des päpstlichen Sylvester-Ordens; J. Langer, vom Inf. Reg. Nr. 19; G. Freiherr v. Lindenfels, vom Drag.-Reg. Nr. 2; A. Graf Troyer, Flügel-Adjutant bei dem Kaiser, das Ritterkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens; Fr. Kuhn v. Kuhnenfeld, vom General-Quartiermeisterstabe, und J. Samek, vom 2ten Art.-Reg., das Ritterkreuz des päpstlichen Mil. St. Gregor-Ordens; J. Schlitter v. Niedernberg, vom Inf. Reg. Nr. 7, das Ritterkreuz 1ster Classe des großh. Parma'schen Constantin St. Georg-Ordens. Die Hauptleute: J. Dormus, vom Inf. Reg. Nr. 62, und A. Edler v. Gallego, vom Inf. Reg. Nr. 30, den russisch-kaiserl. St. Annen-Orden 3ter Classe; Fr. John, vom General-Quartiermeisterstabe, das Commandeurkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens; A. Schwarzer, vom Inf. Reg. Nr. 11, Adjut. bei Sr. Majestät; C. Steinhäuser Ritter v. Treuberg, vom Inf. Reg. Nr. 21; Fr. Graf Thun-Hohenstein, vom Inf. Reg. Nr. 1; Fr. Kleinkauf, vom Ingenieur-Corps, das Ritterkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens; Ed. Khu, Albert Knebel v. Treuenschwerdt, vom General-Quartiermeisterstabe; J. Multrus, vom Inf. Reg. Nr. 56; A. Rohm Edler v. Reichsheim, vom 2ten Art.-Reg.; A. Lerner v. Bärnthal, vom Inf. Reg. Nr. 49; H. Freiherr v. Holzhausen, vom Inf. Reg. Nr. 19; A. Bujanovich v. Agy Telek; Al. Marussi, vom Ing.-Corps; L. Rüling, vom Inf. Reg. Nr. 37; J. Rabakovich, vom Inf. Reg. Nr. 57., das Ritterkreuz des päpstl. Mil. St. Gregor-Ordens; Al. Graf v. Pappenheim, vom König von Bayern Drag.-Reg. Nr. 2, das Ritterkreuz des großh. tosc. St. Joseph-Ordens; J. Bärtling, vom Hus.-Reg. Nr. 5, das Ritterkreuz des päpstl. Mil. St. Gregor-Ordens; C. Tallian v. Vizek, vom Hus.-Reg. Nr. 5, und Wilh. Raske, von Großherzog Toscana Drag.-Reg. Nr. 4, das Ritterkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens. Die Oberlieutenante: S. v. Malinovsky, vom Ing.-Corps, den russ.-kais. St. Annen-Orden 3ter Cl.; Fr. Setikovsky, vom 4ten Art.-Reg., und J. Heller, vom Inf. Reg. Nr. 21, das Ritterkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens; O. Schenkenberg, C. Ritter v. Litzlhofen und A. Graf Wimpffen, vom General Quartiermeisterstabe; A. Binder v. Kriegelstein, vom Inf. Reg. Nr. 18; M. Eisler, vom Inf. Reg. Nr. 48; A. Knöpfler, vom Jäger-Reg. Kaiser Franz Joseph, das Ritterkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-Ordens; A. Felder, C. Raabl, vom Drag.-Reg. Nr. 2; A. Graf Schönfeld, vom Chev.-Reg. Nr. 4; H. Graf Salis-Zizers, vom Uhl.-Reg. Nr. 3; C. Planer, vom Hus.-Reg. Nr. 7; L. Tegetthoff, vom Inf. Reg. Nr. 47; C. Büttner, vom General-Quartiermeisterstabe; C. Schreffel, vom 2ten Art.-Reg., und der Hauptmann-Auditor R. Borowiczka, alle das Ritterkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens; dann der Unterlieutenant: G. Ricke, vom Inf. Reg. Nr. 21, das Ritterkreuz des großh. toscanischen St. Joseph-Ordens. F. Canzler v. Strahlenfeld, Ober-Kriegscommissär, und J. Stadnikiewicz, Ober-Verpflegs-Verwalter in Galizien, erhielten den russ.-kais. St. Stanislaus-Orden 2ter Classe. J. Wurzian und Christoph Hartung, Stabsfeldärzte, das Ritterkreuz 1ster Classe des herzoglich Parma'schen Constantin St. Georg-Ordens. Frhr. v. Pascotini, Intendant, erhielt das Commandeurkreuz des päpstl. Militär St. Gregor-, und Polini, Intendanz-Secretär, das Ritterkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens. J. Dworsky, Dr., Regimentsarzt vom Inf. Reg. Nr. 32, das Commandeurkreuz des päpstl. Sylvester-Ordens.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag — Nr. 302. — 29 October 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. München (die Actenſtücke über die proviſoriſche Centralgewalt); Vom Main (Preußen und die nationalen Inſtitutionen); Stuttgart (Auswanderungsgeſellſchaft für Chili); Raſtatt (zwei Officiere der Aufſtändiſchen vor die ordentlichen Gerichte verwieſen); Meiningen (das neue Miniſterium); Hannover (die Erklärung des Hrn. v. Wangenheim beim Scheiden aus Berlin); Berlin (die mehrtägigen Kämpfe über das Oberhaus und die Entſcheidung. Feſtanreden des Königs an Prinz Wilhelm, Graf Brandenburg und General Wrangel. Der Verwaltungsrath des engern Bundes über den auf den 15 Jan. feſtgeſetzten Wahltag zum Erfurter Reichstag); Schleswig-Holſtein (Zuſammentreten der Landesverſammlung am 1 Nov.); Wien (die deutſche Sprache in Croatien. Die Hoffnung auf friedliche Ausgleichung mit der Türkei erhält ſich. J. Maj. die Kaiſerin Mutter in Salzburg. Neue Todesurtheile in Peſth. Vorſchläge zur Anbahnung einer deutſchen Zoll- und Handelseinigung).

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (drei neue Hinrichtungen, darunter die des greiſen Perenyi).

Großbritannien. Prinz Albert. Ueber die Hinrichtungen in Ungarn.

Frankreich. Der Antrag auf Aufhebung der Verbannungsdecrete gegen die Bourbons verworfen. Verhandlung über die Amneſtirung der Juniustransportirten. General d'Hautpoul Oberbefehlshaber über die Expeditionstruppen. L. Murat nach Turin.

Niederland. Thorbecke verzichtet auf die Bildung eines Miniſteriums.

Italien. Florenz (ein Wahlcircular); Turin (die italieniſchen Flüchtlinge).

Schweiz. Bern (Zuſammentreten des großen Raths).

Beilage. Zur geſchichtlichen Litteratur der Freiheitskriege. (I.) — Die Rede des Hrn. v. Radowitz in der deutſchen Frage. — Gottfried Kinkel. — Uebereinkunft über die proviſoriſche Centralgewalt. — Die Eiſenbahnen in Italien. — Perſonalnachrichten.

Datum der Börſen: London, Paris, Amſterdam 25; Wien 20; Frankfurt 27 Oct.

Deutſchland.

Bayern. — **München,** 27 Oct. Da auf der Tagesordnung der heutigen 14ten Sitzung der Abgeordnetenkammer nur Berathung und Schlußfaſſung über den Vortrag des Schriftführers des Petitionsausſchuſſes betreffs der geprüften Anträge der Abgeordnetenſtand, ſo überraſchte es den Miniſtertiſch ziemlich vollzählig beſetzt zu finden. Allein ſofort nach Verleſung des Protokolls beſtieg Miniſter v. d. Pfordten die Tribüne, um über den Stand der bayeriſchen Regierung zu der neu zu bildenden Centralverwaltungsbehörde Auskunft zu ertheilen. Nach der Bemerkung daß die Kirchgeßner'ſche Interpellation wegen der Bamberg-Würzburger Eiſenbahn in der nächſten Sitzung ihre befriedigende Antwort finden werde, folgt die Mittheilung: am 24 Oct. ſey der bayeriſchen Regierung eine gemeinſame Note der öſterreichiſchen und preußiſchen Geſandtſchaften zugegangen, worin dieſe mit der Mittheilung vom Abſchluſſe der Convention vom 30 Sept. das Erſuchen verbinden, es möge die Regierung ihre Zuſtimmungserklärung zu derſelben ertheilen. Am geſtrigen Tage ſey die Antwort der bayeriſchen Regierung beiden Geſandtſchaften zugeſtellt worden. Die gemeinſchaftliche Note der Geſandtſchaften hatte drei Beilagen: 1) die Convention vom 30 Sept. 2) die Uebereinkunftsacte der öſter. und preuß. Regierung vom 12 Oct. 3) das vom 13 Oct. datirte Protokoll der erfolgten Ratification. Die Note der Geſandtſchaften ſowie die unter 2 und 3 aufgeführten Schriftſtücke werden dann verleſen. Als der Präſident die verleſenen und auf den Tiſch des Hauſes niedergelegten Actenſtücke dem deutſchen Ausſchuß übergeben will, erhebt ſich Abgeord. Fürſt Wallerſtein mit einem feierlichen Proteſte dagegen; da der Ausſchuß, trotz der Verſprechung daß ſein Bericht noch in dieſer Woche erſcheinen werde, noch immer mit der Vergangenheit der deutſchen Frage beſchäftigt ſey, könne er jetzt nicht auch noch mit deren Gegenwart beläſtigt werden. Darüber entſpinnt ſich eine äußerſt lebhafte Converſation, an welcher ſich außer dem genannten Redner noch der Vorſitzende des Ausſchuſſes Thinnes, Abg. v. Lerchenfeld und ſchließlich der Präſident betheiligen. Sie bleibt indeſſen ohne weiteres Ergebniß als daß Hr. Thinnes erklärt die Commiſſion werde alles aufbieten noch heut zu einem Abſchluß ihrer Berathungen zu kommen. Sie habe bei ihren Verhandlungen allerdings bereits auch der eben vorgelegten Frage ihre Aufmerkſamkeit zugewendet, jedoch natürlich bevor die Mittheilungen des Miniſteriums erfolgt ſeyen noch zu keinem Beſchluß ſchreiten können. Präſident Graf Hegnenberg bemerkte daß eben in der neueſten Zeit dem Ausſchuſſe neue miniſterielle Mittheilungen zugekommen ſeyen, was den Abſchluß verzögert habe. Die übrige Sitzung iſt von dem eben erwähnten Gegenſtande der Tagesordnung ausgefüllt. Die Anträge des Petitionsausſchuſſes werden ſämmtlich genehmigt.

Folgendes ſind die den beiden Kammern übergebenen Documente, den Vertrag über die neue proviſoriſche Centralgewalt betreffend. I. In der Ueberzeugung daß der aus den Verträgen von 1815 hervorgegangene deutſche Bund zur Leitung ſeiner gemeinſamen Angelegenheiten eines von allen Bundesgliedern anerkannten Centralorgans nicht entbehren könne, haben die beiden Höfe von Wien und Berlin ſich veranlaßt gefunden ſich über einen ihren Bundesgenoſſen zu machenden Vorſchlag zur Bildung eines ſolchen neuen proviſoriſchen Organs zu vereinbaren. Das Ergebniß dieſer Vereinbarung iſt eine von den beiderſeitigen Bevollmächtigten am 30 Sept. d. J. zu Wien unterzeichnete, und ſeither von dem kaiſerlich öſterreichiſchen und königlich preußiſchen Cabinet ratificirte Uebereinkunft, zu welcher der Hr. Erzherzog-Reichsverweſer bereits auch ſein Einverſtändniß zu erkennen gegeben hat. Eine der weſentlichſten Rückſichten welche die beiden Höfe zum Abſchluß dieſer Uebereinkunft bewogen haben, war die ihnen auf vertraulichen Wegen gewordene Gewißheit daß die meiſten ihrer Bundesgenoſſen nicht nur in gleichem Maße wie ſie ſelbſt von der Unentbehrlichkeit einer Verſtändigung über dieſe wichtige Frage überzeugt ſind, ſondern auch die Grundſätze billigen auf welchen die erzielte Vereinbarung beruht. Indem das kaiſerlich öſterreichiſche und das königlich preußiſche Cabinet nunmehr die Unterzeichneten beauftragt haben der königlich bayeriſchen Regierung die von ihnen am 30 Sept. abgeſchloſſene Uebereinkunft vorzulegen, und dieſelbe um ihre förmlich zu erklärende Zuſtimmung zu dieſem Act zu erſuchen, überlaſſen ſie ſich unter den vorerwähnten Umſtänden der Hoffnung daß das baldige Einlangen der allſeitigen Zuſtimmungen es möglich machen werde dieſe eben ſo wichtige als dringende Angelegenheit demnächſt zum vollſtändigen und befriedigenden Abſchluß zu bringen. Die Unterzeichneten benützen dieſe Gelegenheit Seiner des königlich bayeriſchen Staatsminiſters des königlichen Hauſes und des Aeußern, Hrn. Dr. von der Pfordten Excellenz, die Verſicherung ihrer ausgezeichnetſten Hochachtung zu erneuern, München, 24 Oct. 1849. 1. Exemplar (gez.) Graf v. Thun. (gez.) Bockelberg. 2. Exemplar (gez.) Bockelberg. (gez.) Graf v. Thun. Seiner des königlich bayeriſchen Staatsminiſters des königlichen Hauſes und des Aeußern Dr. von der Pfordten, Excellenz, dahier. — II. Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt die Note zu empfangen welche die kaiſerlich königliche öſterreichiſche und die königl. preußiſche Geſandtſchaft unterm 24 d. M. gemeinſchaftlich an ihn gerichtet haben, um im Auftrag des kaiſerlich öſterreichiſchen und königlich preußiſchen Cabinets der königlich bayeriſchen Regierung die zwiſchen den Höfen von Wien und Berlin am 30 September d. J. geſchloſſene Uebereinkunft vorzulegen, und dieſe Regierung um ihre Zuſtimmung zu jenem Acte zu erſuchen. Der Unterzeichnete hat nicht geſäumt dieſe Note mit ihren Beilagen ſeiner hohen Regierung zur Beſchlußfaſſung vorzulegen, und ſieht ſich nun ermächtigt dieſelbe zu beantworten. Die bayeriſche Regierung theilt die Ueberzeugung daß der aus den Verträgen von 1815 hervorgegangene deutſche Bund zur Leitung ſeiner gemeinſamen Angelegenheiten eines von allen Bundesgliedern anerkannten Centralorgans nicht entbehren könne. Von dieſer Ueberzeugung geleitet, hat ſie ſich ſchon früher bereit erklärt zur Bildung eines ſolchen Organs mitzuwirken, vorausgeſetzt daß der Hr. Erzherzog Reichsverweſer ſeine Zuſtimmung nicht verſagen würde. Demgemäß hat die königlich bayeriſche Regierung auch den neuerdings zwiſchen den Höfen von Wien und Berlin zur Erreichung jenes Zieles eingeleiteten Verhandlungen ihre lebhafte Theilnahme zugewendet, und nicht Anſtand genommen auf vertraulichem

Wege die Grundsätze kundzugeben nach welchen sie ihren Entschluß über einen von den genannten beiden Höfen ausgehenden Vorschlag bemessen würde. Sie war sich dabei wohl bewußt daß die Ueberwindung der bestehenden Schwierigkeiten wesentlich durch ein von ihr selbst zu bringendes vorübergehendes Opfer bedingt sey, und hielt es für ihre Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland und die Zukunft der deutschen Nation dieses Opfer zu bringen. In diesem Sinne erklärte sie sich bei den Verhandlungen, welche auf ihre Veranlassung zu Ende Junius und Anfangs Julius in Berlin stattfanden, und in demselben Sinne äußerte sie sich vertraulich während der Vorbereitungen zur Convention vom 30 Sept. d. J. Der in dieser Convention enthaltene Vorschlag bezweckt eine provisorische Einrichtung, welche im wesentlichen mit demjenigen übereinstimmt was die bayerische Regierung selbst bei jenen früheren Verhandlungen zwar nicht als das an sich Wünschenswerthe, wohl aber als das unter den gegebenen Verhältnissen Erreichbare bevorwortet hatte. Es wird dadurch der ganz Deutschland umfassende, rechtlich unauflösliche Bund gegen die Gefahr factischer Auflösung gesichert, und die Möglichkeit begründet eine neue Gesammtverfassung Deutschlands auf demjenigen Wege festzustellen welcher allein eine Bürgschaft der Dauer gibt, auf dem Weg der Vereinbarung zwischen den Regierungen und den Vertretern des Volkes. Diesen wesentlichen Vortheilen gegenüber müssen alle übrigen auch durch das vorgeschlagene Schiedsgericht nicht vollständig beseitigten Bedenken zurücktreten. Da nun auch der Hr. Erzherzog-Reichsverweser sein Einverständniß mit der Convention vom 30 Sept. d. J. erklärt hat, so steht die königl. bayerische Regierung nicht an auch ihrerseits, wie hiemit geschieht, die Zustimmung zu jenem Acte auszusprechen. Um jedoch über den Sinn dieser Erklärung und ihre Folgen keinen Zweifel zu lassen, sieht sich die königl. bayerische Regierung veranlaßt folgende Bemerkungen hinzuzufügen. Nach §. 5 der Convention vom 30 Sept. d. J. sollen die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engeren Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, während des Interims einer Bundescommission übertragen werden, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernennen. Es ergibt sich hieraus daß alle diejenigen Angelegenheiten welche nach der Bundesverfassung dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesen sind, der Competenz der Bundescommission entzogen und der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten nach Maßgabe der Bundesgesetze vorbehalten bleiben, so daß insbesondere die Abänderung der Bundesverfassung an die Zustimmung aller Bundesglieder gebunden erscheint. Diese Folgerung ist auch im §. 3 der Convention anerkannt, obgleich daselbst nur Art. VI der Bundesacte besonders genannt ist. Demgemäß können daher auch, wenn der Erzherzog-Reichsverweser nach §. 7 der Convention seiner Würde entsagt und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Sr. Majestät des Königs von Preußen niederlegt, nur die im §. 5 der Convention bezeichneten Befugnisse des engeren Rathes der Bundesversammlung in diese Hände übergehen, während die Rechte und Pflichten des Plenums wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückfallen, von welchen dieselben mit Bundesbeschluß vom 12 Julius v. J. dem Hrn. Erzherzog-Reichsverweser anvertraut wurden. Daß dieß auch der Absicht des Hrn. Erzherzogs-Reichsverwesers entspricht, ergibt sich aus dem Eingange der Convention vom 30 Sept. selbst. Die königl. bayerische Regierung erklärt sich demnach damit einverstanden daß nach §. 1 der Convention Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund in dem im §. 5 der Convention bezeichneten Umfange auch im Namen der königl. bayerischen Regierung bis zum 1 Mai 1850 übernehmen, insoferne dieselbe nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann; behält sich jedoch für alle übrigen Bundesangelegenheiten die eigene Ausübung ihrer Rechte hiemit ausdrücklich vor. Dabei gibt sich die bayerische Regierung der Hoffnung hin daß es gelingen werde vor dem Ablaufe des Interims die deutsche Verfassungs-Angelegenheit zum Abschlusse zu bringen, und einen Zustand zu beendigen dessen Verlängerung im Interesse des Gesammtvaterlandes nicht gewünscht werden kann. Indem der Unterzeichnete Se. ꝛc. ergebenst ersucht diese Erklärung, welche sofort auch dem Hrn. Erzherzog-Reichsverweser vorgelegt werden wird, zur Kenntniß des ꝛc. Cabinets zu bringen, ergreift er mit Vergnügen diesen Anlaß zur Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung. München den 26 Oct. 1849. (gez.) v. d. Pfordten.

Württemberg. Stuttgart, 26 Oct. Die Gesellschaft für nationale Auswanderung und Colonisation hier, welche von der königl. Regierung nach Genehmigung ihrer Statuten als juristische Person anerkannt ist, hat soeben einen Landkauf von 200,000 Morgen in dem amerikanischen Freistaat Chile abgeschlossen, und wird von diesen in der Provinz Valdivia gelegenen Ländereien wieder einen Theil zu dem billigen Preise von 1 fl. 45 kr. den württembergischen Morgen in Abtheilungen von mindestens 20 Morgen an einzelne Privaten abtreten. Das Land ist herrliches, mit Wiesenplätzen vermischtes, fruchtbares Waldland in der gesundesten Gegend der Welt, wo neben dem Weizen und der Kartoffel Wein und die edelsten Obstsorten gedeihen. Der das Land durchströmende, selbst für Seeschiffe fahrbare Fluß Trumao oder Rio Bueno, sowie die nahe See bieten die Mittel zum raschen Absatz der Producte, wie Holz, Getreide und Fleisch. Jedermann welcher sich oder seinen Kindern ein Besitzthum sichern will ist hiedurch Gelegenheit geboten auf höchst billige Weise ein Landgut in Amerika zu erwerben, welches allmählich im Werth steigt, so zwar daß die Gesellschaft sich erbietet denjenigen welche innerhalb 15 Jahren das Land nicht in Besitz nehmen, das eingelegte Capital nebst Zins und Zinseszinsen zu fünf Procent mittelst jährlicher Verloosungen wieder zu erstatten, wodurch es sich zugleich zu einer Geldanlage für größere und kleinere Summen empfiehlt, da die Gesellschaft als Garantie eine entsprechende Caution bei dem k. Ministerium des Innern niederlegt. Für die Güte und Sicherheit der Sache dürfte insbesondere auch die Thatsache sprechen daß außer einer Anzahl Privaten auch die k. württembergische Staatsregierung sich bereits mit 100 Länderscheinen zu je 35 fl. oder je 20 Morgen, mithin zusammen mit zweitausend Morgen Land betheiligt hat, und daß Bankier Sigmund Benedict hier Einzeichnungen und Einzahlungen hiefür entgegennimmt. (Schw. M.)

Gr. Baden. Rastatt, 26 Oct. In der vorgestrigen Sitzung des Standgerichts saßen die Lieutenants Weick und Wiesele vom ehemaligen 3ten Infanterieregiment gleichzeitig auf der Bank der Angeklagten. Es war dieß eine der interessantesten Sitzungen, zunächst weil sich aus den Angaben und Beweisführungen des ersteren die fast unbestreitbare Folgerung ergab daß bei manchen Officieren der feste Plan einer Gegenrevolution bestand, die aber theils durch die Macht der Verhältnisse, theils durch den geringen Zusammenhang — eine Folge des wechselseitigen Mißtrauens — und endlich wohl auch durch den Umstand daß kein Mann von reiferer Erfahrung an der Spitze stand, von dem die ganze Leitung ausgegangen wäre, nicht zur Verwirklichung kam. Haben einzelne der jüngern Officiere auch muthige Entschlossenheit und selbst militärische Talente gezeigt, so fehlte ihnen die Einheit des Planes, die Sicherheit des Handelns. Das Gericht erkannte mit 4 Stimmen zu Recht die beiden Angeklagten vor das ordentliche Gericht zu weisen. Die Verkündigung des Urtheils wurde von der zahlreichen Menschenmenge mit einem lauten „Bravo“ erwiedert, was indeß der Präsident als ungeeignet und unstatthaft sehr ernstlich verwies. (Karlsr. Ztg.)

⊥ Vom Main. Die Deutsche Reform beginnt in ihrer Nr. 552 eine Reihe von Artikeln über den Wiener Vertrag vom 30 v. M., die sehr interessant werden können, wenn die folgenden dem ersten entsprechen. In diesem wird auseinandergesetzt daß die preußische Regierung bisher schon immer alles dasjenige gewollt habe was sich jetzt zu verwirklichen scheine, und daß sie nur durch die früher nothwendige Rücksicht auf Oesterreich abgehalten worden sey ihre Wünsche so offen wie jetzt zu verfolgen. Wirklich wird dieß so ausgedrückt: „Wäre Preußen mit der Forderung nationeller Institutionen (und wäre es auch eine geringere gewesen als die jetzt im Bundesstaate zu befriedigende) unmittelbar in der Bundesversammlung aufgetreten, ohne sich, wie es aus Rücksichten that, vorher auf diplomatische Unterhandlungen mit Oesterreich einzulassen, so würden die Umrisse zu dem jetzigen Entwickelungsgang der deutschen Verfassung längst ans Licht getreten seyn.“ Es ist dieß nicht etwa eine Albernheit, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte, sondern ein Geständniß. Daß unter Friedrich Wilhelm III, und unter seinem Nachfolger, der sich von dem vereinigten Landtage bekanntlich sehr bestimmt über die Gränzen des zu Gewährenden ausgesprochen, daß unter diesen vor dem März v. J. im Berliner Cabinet an volksthümliche Einrichtungen wie sie jetzt in Frage sind, gedacht sey, dieß im Ernst behaupten zu wollen wird man auch der „Deutschen Reform“ nicht wohl zumuthen können. Sie spricht auch nicht von volksthümlichen, sondern von nationalen Institutionen, und bezeichnet hiermit dasjenige was man in der That von jeher in Preußen als die beste und wünschenswertheste nationale Institution erstrebt hat, und wofür der Ausdruck: Preußische Hegemonie gebräuchlich geworden ist. Dieß Wort rief noch vor zwei Jahren in ganz Deutschland einen Sturm des Unwillens hervor, und in Preußen die lebhaftesten Klagen über gehässige Verdächtigungen. Gegenwärtig aber ist es weiter nichts als ein conventioneller Euphemismus für die Sache die man dabei im Sinne hat: denn wo hätte je eine Hegemonie das ausschließliche Recht des Kriegs und Friedens, die ausschließliche Repräsentation nach aussen, und die ausschließliche Executive in sich begriffen. Dieß sind die Attribute der Souveränetät, wie sie von dem herrschenden Staate über die unterworfenen, von dem Mutterstaat über die Colonien ausgeübt wird, und deren in ihrem Wesen begründete und deßhalb auch stets gleichmäßige Wirkungen die Geschichte bezeugt. Man sollte hier wie in allen andern Fällen sich zum Gesetz machen die Dinge bei ihrem wahren Namen zu nennen. Natürlich aber wird man in Berlin jetzt vor dem Ausdrucke: Souveränetät, wie früher vor dem Worte: Hegemonie, ein Kreuz schlagen, und nach wie vor bei Ehre und Seligkeit betheuren daß es sich um „nationale Institutionen“ handle. Für die Frankfurt-Gothaer Erbkaiser-

lichen aber und für ihren Anhang wird es nicht undienlich seyn, wenn sie durch die Herzensergießungen der ihnen unverdächtigen Deutschen Reform bestätigt sehen was ihnen von anderer Seite schon genug gesagt ist, daß nämlich dasjenige was sie gewiß nicht gewollt, wohl aber gemacht haben, auf das vollkommenste mit den Zwecken übereinstimme welche das Berliner Cabinet von Hardenberg und Ancillon an bis auf Rochow und Eichhorn unausgesetzt verfolgt hat. *)

Thüringen. **Meiningen,** 25 Oct. Das neue Ministerium ist gebildet: v. Wechmar, Präsident und Justizminister, Consistorialdirector v. Bibra für Inneres und Cultus, Regierungsrath Hoßfeld, Finanzminister.

Hannover. **Hannover,** 24 Oct. Der königl. hannoverische Bevollmächtigte hat bei seiner Abreise von Berlin nach Hannover dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths folgende Erklärung übergeben: „Der Unterzeichnete hat bereits in der letzten Sitzung des Verwaltungsraths sich dahin ausgesprochen daß er bei den lediglich „die Ausführung der zwischen einer Mehrzahl der Bevollmächtigten getroffenen Vereinigung zur Ausschreibung der Wahlen für einen aus ihren Ländern zu berufenden Reichstag und zur Vorbereitung eines solchen Reichstags betreffenden Verhandlungen" sich nicht betheiligen könne. Wenn nun in der nächsten Zeit diese Mehrzahl der Mitglieder des Verwaltungsraths sich wohl ausschließlich mit diesen Maßregeln beschäftigen werde, so kann der Unterzeichnete es nicht für ersprießlich erachten an den Sitzungen desselben theilzunehmen, und findet sich dadurch zugleich veranlaßt nach Hannover zurückzukehren. Indem derselbe Se. Exc. den königl. preußischen Hrn. Bevollmächtigten als Vorsitzenden im Verwaltungsrath hievon in Kenntniß zu setzen sich verpflichtet hält, verbindet er damit zugleich die ganz ergebenste Anzeige daß die königl. hannoverische Gesandtschaft am hiesigen Hofe und namentlich der interimistische Geschäftsträger, Hr. v. Steinberg, beauftragt worden ist einstweilen diejenigen Mittheilungen resp. anzunehmen und zu machen zu welchen der Vertrag vom 26 Mai d. J. Anlaß geben dürfte; sowie derselbe auch angewiesen worden ist sofort davon Anzeige zu erstatten, wenn in der Folge wieder Verhandlungen vorkommen sollten welche die Theilnahme des hannoverischen Bevollmächtigten vertragsmäßig nothwendig machen. Der Unterzeichnete rc. Berlin, den 21 Oct. 1849. (gez.) v. Wangenheim. Sr. Exc. dem königl. preußischen Staatsminister a. D. Hrn. v. Bodelschwingh, als Vorsitzenden im Verwaltungsrath der verbündeten Regierungen." (Hann. Z.)

Preußen. **Potsdam,** 25 Oct. Der Staatsanzeiger erstattet näheren Bericht über die feierliche Handlung mit welcher Prinz Friedrich Wilhelm an seinem Geburtstag in das Capitel des Schwarzen Adlerordens aufgenommen worden sey. Als der jugendliche Prinz, der an diesem Tag die Jahre seiner Mündigkeit erreicht hatte, vor den königlichen Thron trat um die Investitur zu empfangen, wurde er zuvor mit folgenden Worten Sr. Maj. des Königs an die innere Bedeutung der Feierlichkeit erinnert: „Mein theurer Neffe! Der durchlauchtigste Stifter unserer Krone und dieses höchsten Ordens des Schwarzen Adlers hat festgestellt daß die Fürsten unseres Hauses mit ihrer Volljährigkeit in das Capitel des Ordens durch feierliche Investitur aufgenommen werden sollen. Du bist heute volljährig und hier erschienen um dieser Vorschrift zu genügen. Du sollst, achtzehn Jahr alt, dem höchsten Ehrenverein Preußens zugesellt werden. Bedenke was das sagen will. Wir Alle fühlen, und ich hoffe, Du selbst fühlst es daß daraus eine Gefahr für ein jugendliches Gemüth erwachsen muß, welches nicht dem Hohen und Höchsten zugewendet, Verlangen nach eitlen Ehren trägt. So haben es unsere Väter nicht verstanden. „Betrachte Dir jetzt dieß Zimmer. Du stehst an dem Orte an welchem Du das Sacrament der heiligen Taufe, also die Zusicherung des höchsten Heiles, umsonst empfangen hast. Ja, umsonst. Das Wort macht edle Herzen demüthig. Auch dieses Ordens Ehren empfängst Du umsonst. Der Gedanke bezeichnet die Dir wohlanständige, würdige Art diese Ehren aufzunehmen. Möge er Dich aber zugleich entflammen, zumal in einer Zeit die, wie kaum eine frühere, dem Eitelsten, der Gemeinheit und jeder Untreue fröhnt, ein wahres Muster christlicher Demuth, ritterlicher Kraft, hohen Sinnes, jeglicher Treue zu werden. Nur dann wirst Du eine Zierde unserer Ritterschaft, unseres herrlichen, treuen, sieggewohnten Heeres und unseres Namens seyn. Dann wird Dir diese Feierlichkeit zum Labetrunk auf dem dornenvollen Pfade werden den gewissenhafte Fürsten jederzeit, am gewissesten aber in dieser Zeit, zu wandeln haben. Dazu stärke Dich Gott!" Als hiernächst die feierliche Aufnahme des Prinzen Friedrich Wilhelm vollendet war, wandte Se. Maj. der König sich an die gesammte Versammlung mit folgenden Worten: „Die Feierlichkeit würde jetzt beendet seyn, wenn nicht durch einen Zufall zwei Männer anwesend wären welche unter die Ritter meines Schwarzen Adlerordens aufzunehmen Ich heute den Beschluß gefaßt hätte, ein Beschluß welchem das Capitel mit Acclamation zugestimmt hat. Ich habe die Ueberzeugung daß weder in dieser Versammlung, noch im ganzen Lande, selbst nicht unter den Feinden sich eine Stimme erheben wird, die es nicht natürlich fände daß ich diesen Männern diese größeste Ehre des Landes zu Theil werden lasse. Ich habe erst kurz vor der Feierlichkeit vernommen daß sie anwesend seyn würden. Ich sehe den Zufall der sie zur rechten Zeit hergeführt hat, als ein glückliches Omen an. Ich fordere die beiden jüngsten Ritter und die beiden nächst älteren auf, letztere den General der Cavallerie Grafen von Brandenburg, erstere den General der Cavallerie von Wrangel in ihre Mitte zu nehmen und vor den Thron zu führen. Nachdem dieß geschehen, sagte der König: Mein lieber Graf von Brandenburg! Sie haben sich große Verdienste erworben. Das Vaterland verdankt Ihnen die Erhaltung des Thrones und die Geltung die unsere Krone und unser Land seit dem Herbst wieder unter den Mächten Europa's erworben hat. Mein lieber General der Cavallerie von Wrangel! Sie waren mein starker Arm in der Zeit der Noth. Sie haben sich in ernsten und wichtigen Momenten treu und redlich als solcher bewährt. Sie haben das unschätzbare Glück gehabt das Schwert dabei nicht gebrauchen zu müssen; daß Sie es zu führen wissen, hatten Sie uns gezeigt. Ich ertheile Ihnen beiden den Schwarzen Adler-Orden und somit die erste Auszeichnung der Monarchie. Ich denke es wird Ihnen eine angenehme Erinnerung seyn, sie an dem Tage empfangen zu haben an welchem der jüngste Prinz, dem diese Ehre zu Theil werden konnte, in das Capitel aufgenommen worden ist. Ich fordere Sie jetzt auf das Gelöbniß auf die Statuten des Ordens zu leisten. Ich werde die betreffenden Paragraphen noch einmal vorlesen lassen. Hören Sie aufmerksam zu. Nachdem dieß geschehen und die Feierlichkeit zu Ende war, sagten Se. Majestät: Jetzt fordere Ich Meine tapferen Reiterführer auf, wie sie es gewohnt sind, die Spitze zu nehmen.

∸ **Berlin,** 23 Oct. Welche Klüftungen in den Ansichten über die Fundamente sind auf denen unsre Verfassung zu reconstruiren wäre, verrieth die heutige Debatte der zweiten Kammer über die Bildung der ersten. Doch die Debatte hat erst angefangen, aber in den Vorschlägen der Commission und einzelner Mitglieder liegt schon diese Klüftung, über die keine Brücken zu bauen sind. Sind wir doch in diesem Punkt über das Gebiet der Theorie hinaus in das Feld der Vermuthungen, der Phantasien oder Ideale gedrängt, wo aller feste Boden uns fehlt(!?) Denn in welchem Buche alter Weisheit, in welchem System eines Philosophen steht die Nothwendigkeit einer ersten Kammer bewiesen, und wo ist sie praktisch und historisch dargethan als in der felsenumgürteten Insel? In diesem Thema kann ein Kind einen Vorschlag lallen und ein Knabe phantasiren, ohne daß der gewiegteste Staatsmann ihn ad absurdum führen darf, denn seine Erfahrungsweisheit hat für unsere Verhältnisse nicht tiefere Wurzeln. Die Debatte über so verschiedene Vorschläge ist daher genöthigt vom Ei anzufangen. Die da in den Kammern sitzen, sind wenigstens in dem einen Punkt einig daß dem wilden, vorwärts stürzenden Strom der jugendlichen Demokratie, in ihr selbst, außer dem Königthum ein Damm entgegen gesetzt werden müsse; und glücklich daß man wenigstens zu der Einigkeit gelangte daß nicht noch die Vorfrage zu entscheiden ist, ob überhaupt eine erste Kammer nöthig sey oder nicht? Die Frage ist, ob ein Senat? ob eine Pairie? Die erste Kammer der Verfassung ist schlecht, nicht zu halten. Darüber sind alle Parteien einig, auch die Verfassungsgeber. Niemand will sie halten. Der Vorschlag der Commission will nur ein Etwas construiren was einem Senat ähnlich

*) Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf ein interessantes Actenstück, welches aus Johann Ludwig Klübers Papieren (Mannheim, bei Friedrich Bassermann 1845) mitgetheilt wird. Es ist bekanntlich aus Eichhorns Feder, vom Jahr 1822, und seine Schlußworte lauten: „Es schiene wünschenswerth, und selbst beim Festhalten der österreichischen Allianz nicht unerreichbar daß, wie es vor dem Beginnen der französischen Revolution der Fall war, Preußen als der deutsche Musterstaat angesehen, und seine Schriftsteller wieder die tonangebenden in Deutschland würden, und dieß Resultat dürfte unvermeidlich seyn, sobald, wie schon erwähnt, das demokratisch revolutionäre Treiben und die süddeutsche Constitutionalität depopularisirt worden wäre. Es verdiente dabei eine reifliche Prüfung ob, da jene Partei nun doch einmal an der Entwicklung und Geltendmachung ihrer Theorie von dem Publicum nicht gehindert werden mag, es nicht rathsam wäre sie gleichfalls nach dem Beispiel der englischen und französischen Regierungen in ihren Grundsätzen, in ihren Leitern und ihren Organen einer indirecten, aber kräftigen öffentlichen Discussion zu unterwerfen, als es nicht allzuschwer seyn dürfte gegen jene Grundsätze und Einrichtungen bei den besonnenen und richtig urtheilenden Deutschen die Nationaleitelkeit und Ehre ins Spiel zu bringen, indem man dieselben, als von einer nebenbuhlerischen Nation ausgehend, durch Bildung von Parteien im Sinne des Auslandes wirkend darstellte. (Siehe Wichtige Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation mit eigenhändigen Anmerkungen von J. L. Klüber, aus dessen Papieren mitgetheilt und erläutert von C. Welcker. Zweite Auflage).

Der Einf.

steht. Er soll aus den Prinzen des königlichen Hauses bestehen, und aus 240 gewählten Mitgliedern; $\frac{2}{3}$ derselben wären von den Kreisvertretern, $\frac{1}{3}$ von den höchst besteuerten Grundbesitzern zu wählen. Man kann von dem Vorschlage weder sagen daß er gut, noch daß er schlecht sey. Er ist rein willkürlich, aus der Luft gegriffen. Er kann sich bewähren, er kann verderblich ausfallen. Vor allem ist dagegen einzuwenden: wir haben noch kein Gemeindegesetz, wir wissen noch nicht wer die Kreisvertreter seyn werden. Dagegen will Professor Keller (der Schweizer) eine erste Kammer die einer Pairie ähnlich werden soll. Sie soll bestehen 1) aus den Prinzen des königlichen Hauses, 2) aus 2 bis 4 Vertretern der bedeutendsten Städte des Landes, 3) aus Vertretern der Landesuniversitäten, Akademien und anderer corporativen Anstalten, 4) den Senioren der vormals unmittelbaren reichständischen Familien, 5) den katholischen Bischöfen und Vertretern der evangelischen Kirche, 6) den Vertretern der höchsten Militär- und Civilbehörden, 7) höchstens 12 Mitgliedern, vom König um ihrer Verdienste willen zu lebenslänglichem Sitz in der Kammer ernannt. Auch das scheint eine willkürliche Basis, aber doch nähert sich das Institut den realen Verhältnissen. Wenigstens ist es ein Concilium von Notabeln die durch ihre sonstige Lebensstellung Autorität für sich haben. Keller sagt in seiner Einführungsrede sehr richtig: säße oben auf seinem Throne der König, und außer ihm sähen wir nur das Meer der Bevölkerung, so könne das nicht genügen, denn es fehle hier die natürliche Vermittelung, wir hätten aber in der Gesellschaft die Spitzen welche zur Vermittelung geeignet sind. Dem stimmen wir gern bei. Wenn er aber zunächst sagt er halte den großen Grundbesitz zu einer solchen Stellung geeignet, so finden wir denselben gerade in seinem Vorschlage weniger vertreten als wir erwarten sollten, denn die vormaligen Unmittelbaren und die 12 vom König zu ernennenden Pairs würden denselben doch nur sehr unvollständig repräsentiren. Man nimmt an daß Kellers Vorschläge von oben her (wir wissen nicht von wie weit nach oben hinauf) insluirt wären. Ist dieß richtig, so klingt es seltsam wenn Keller unter den Motiven durch welche er seinen Antrag unterstützt, auch anführt daß, wenn man die Kammer nach seinem Antrag bilde, er überzeugt sey daß man getrost den ersten Theil des Artikels 108 streichen könne, indem man alsdann das bewegliche Element der zweiten Kammer weniger bedenklich finden könne. Ob Kellers Ansicht: „Wenn Sie überzeugt sind daß ein feststehendes aristokratisches Element vorhanden ist, und Sie ihm nicht eine Stellung in der Verfassung anweisen, so glaube ich wird das constitutionelle Königthum nicht bestehen können," in der Kammer durchdringen wird, steht sehr dahin; Ihr Correspondent ist von der Richtigkeit der Ansicht durchdrungen. Beseler widersprach Keller in einer sehr gehaltenen Rede, indem er auf das Moment zurückkam das leider schon oft gegen Begründung einer Adelspairie angewandt werden konnte, daß unserm Adel die englische Tradition und die Vorliebe des Volkes fehle, weil er sich selten oder nie als Vorkämpfer für die Freiheit und Volksrechte gezeigt, sondern immer nur den Ruhm darin gesucht sich den Höfen dienstbar zu erweisen; eine künstlich geschaffene Aristokratie werde nicht zur Vermittelung zwischen Krone und Volk geeignet seyn, diese werde vielmehr aus den Genossenschaften der Gemeinden, Bezirke und Provinzen hervorgehen müssen. Damit ist aber Kellers Project noch nicht ganz widerlegt, da es nicht allein auf den alten Adel und Grundbesitz basirt ist, sondern eine Recrutirung aus der Nation zuläßt und fordert. Nur dürften seine Gränzen manche Veränderung erleiden. Die Sache, schon nach der Debatte des ersten Tages, ist zu reichhaltig um nur ihre verschiedenen Standpunkte in einem ersten Bericht darüber andeuten zu können. Ich hebe nur noch ein Moment heraus, das allgemeinen Anklang fand: „Der Grund daß mit dem Gewinn einer erblichen Pairie das Steuerbewilligungsrecht gewährt werden könne," sagte Beseler, „kann für die Pairie nichts entscheiden; denn ich glaube daß wenn wir jetzt das Steuerbewilligungsrecht für das Volk nicht erhalten, dieses es dennoch in nicht langer Zeit sich verschaffen wird." Die zweite Kammer scheint entschlossen an ihrem legalen Beschluß festzuhalten bezüglich des Steuerbewilligungsrechtes. Wie dieß, und ob es durch ein Compromiß zu bewerkstelligen, darüber weiß freilich noch niemand etwas gewisses. Doch meint man daß sie, bis zur Restitution in ihre Rechte, die bisher gezeigte Willfährigkeit aufgeben und der Regierung in allen Dingen den Ernst zeigen wolle den die Nation, mit Ausnahme des Treubundes, von ihr erwartet. Schon bei der Forderung des Credits für die Ostbahn dürfte eine bedenkliche Krisis eintreten, insofern die Regierung nicht bis dahin Mittel gefunden die so unnöthigerweise hervorgerufene Aufregung zu beschwichtigen. Die Lage des Ministeriums ist zu bedauern. Daß es am 19 in der ersten Kammer contre coeur agirt hat, ist fast außer Zweifel. Wer aber zwang es dazu, wenn es dieselbe Festigkeit gezeigt hätte die es vor einem Jahr entwickelt, und die es keinen Augenblick verließ? Von Hrn. v. Manteuffel glauben wir nicht daß er sich an sein Portefeuille wie eine Klette hängt.

∸ **Berlin,** 24 Oct. Die Frage ob wir Pairs in Aussicht haben oder Senatoren bekommen, ist auch am gestrigen zweiten Schlachttage noch nicht entschieden; ich zweifle selbst daß sie es heute wird, da Radowitzens Antwort auf die Interpellation in der deutschen Sache angesetzt ist, und die Sitzung erst um Mittag beginnt. Ists doch eine eigene Ironie des Schicksals daß im Augenblick wo die erste Kammer den Grundpfeiler der Verfassung, das Steuerbewilligungsrecht, durch ihr Votum erschüttert hat, die zweite dahin ihr Votum abgibt daß jene erste, vermöge ihrer Zusammensetzung, durchaus nichts taugt und gänzlich neu construirt werden muß. Und darin sind alle Parteien einig, das Ministerium nicht ausgeschlossen, dessen Organe geradezu sagen wie „der Verfassungsentwurf vom 5 Dec., entstanden als die politische Confusion am ärgsten und jede unbefangene Würdigung der Dinge unmöglich war, selbstredend nicht die wahren Principien für die erste Kammer darbiete." Und doch hat man mit dieser so gebildeten ersten Kammer, mit einer mühsam zusammengebrachten Mehrheit von zwanzig und einigen Stimmen die hochwichtige Bestimmung für alle Folgezeit festzusetzen gemeint daß das Steuerbewilligungsrecht sich nur auf künftige Steuern beziehen soll! Und mit einem für so schwach und schadhaft erklärten Fahrzeuge daß man geständig es in den Nothhafen führt, um es bis auf den Kiel, und diesen vielleicht mit, umzuzimmern, hofft man durch die Strudel und Wirbel der ganzen Verfassungsgebung durchzusteuern! Warum haben die Sachwalter einer Pairie nicht dieses Moment benutzt: daß eine Kammer von unabhängig gestellten Grundbesitzern, welcher politischen Ansicht sie auch seyen, nun und nimmermehr in einem so wichtigen Punkt sich von der fluctuirenden Angst des Augenblicks würden dahin haben einschüchtern lassen aus dem Fundament der Verfassung den Eckstein auszureißen, um damit oben in der Mauer etwas zu flicken, wo gerade zur Zeit Gefahr drohte! Keller hat ähnliches in seiner Kammerrede angedeutet, aber nur angedeutet, der Minister aber gestern dagegen protestirt. Die gestrige Debatte hätte in dieser Beziehung eine hochbedeutende werden können, es war möglich dem Volk die Nothwendigkeit einer Aristokratie handgreiflich zu zeigen, aber von beiden Seiten scheute man sich voll auszusprechen was man dachte. Keller hat in der deutschen Reform besser dafür gekämpft als in der Kammer. Hier als Schriftsteller und Gelehrter konnte er deutlich sprechen, wo ihm als Redner doppelte Rücksichten den Mund halb verschlossen. Wenn unsere Verfassung dem Thron wie der Demokratie gegenüber fest werden soll, muß sie den Autoritäten zwischen beiden die in der Volksgesellschaft noch Geltung haben, auch in der Legislatur solche verschaffen. Es kommt darauf an sie zu suchen, es ist schwer, aber sie lassen sich finden. Es ist nicht der Adel, es ist nicht der Grundbesitz allein, aber in beiden ruht noch ein Gewicht, das man nicht ohne sein Werk zu zerstören aus dem Verfassungsgebäude auslassen kann. Man muß ihm vielmehr die Stelle gesetzlich anweisen auf die es vermöge seiner Wucht und seines Scheines Anspruch hat; sonst usurpirt es vermöge seines natürlichen Einflusses auf Schleichwegen mehr als ihm zukommt. Zugegeben daß der Adel nicht die Traditionen, die Vorliebe des Volks wie in England für sich hat, weil er nicht für Volksrechte kämpfte, sondern sich zur Königsmauer herabsetzte, so trifft dieser Vorwurf doch mehr den kleinen Adel als die großen Grundbesitzer und Standesherren. Wenn alle ihre Vorrechte, Patrimonialgerichtsbarkeit, Steuerfreiheit, aufgehoben sind, wenn die Standesherren wie der geringste Taglöhner künftig auf ihren ehemaligen Gütern Recht nehmen müssen vor dem Friedensrichter oder Schulzen, was schadet es dann dem Volk, wenn sie in der Kammer als Pairs sitzen? Eine Geheimerathskammer läßt sich durch das Stirnrunzeln eines Ministers bewegen, eine Kammer von unabsetzbaren Grundbesitzern läßt sich dadurch nicht umstimmen. Aus einer witzigen Rede des Frhrn. v. Canitz gegen eine Pairie wäre indeß das Moment zu berücksichtigen daß die Schaffung derselben nicht der Krone allein zu überlassen sey. Eine Pairie die der König auswählen kann, hat von vornherein ein Präjudiz gegen sich. Er forderte mit Recht daß in diesem Fall die großen Grundbesitzer ermittelt und bei Namen vorgelegt würden, aus denen, kraft ihrer naturwüchsigen Stellung, eventualiter durch Vereinigung die Pairs hervorgehen müßten. Das Ministerium griff nicht zu; ahnt es nun die Schlagschatten welche eine Pairie auf das bureaukratische System werfen konnten, oder fürchtet es noch zu starken demokratischen Widerstand? Es schob die Sache, der es zulächelt, einstweilen bei Seite, und sagte: wir wollen uns bedanken und vorläufig bei der ersten Kammer, wie sie ist, festhalten. Mit der Unzahl Amendements wollte man die ganze Frage in die Commission zurückschicken, was mit Recht abgelehnt ward, da man sich doch zuvor über das Princip entscheiden muß.

∇ **Berlin,** 25 Oct. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer sprachen v. Bismark-Schönhausen, v. Klützow und Graf Arnim für eine erbliche Pairie; Graf Dyhrn für sein Amendement, nach welchem die erste Kammer aus der Provincialvertretung hervorgehen soll; v. Auers-

wald für den Commissionsantrag. Bismark und Graf Arnim vertheidigten den Adel gegen die Anklagen die verschiedene Redner gegen ihn erhoben hatten; beide erklärten indeß die Angriffe des Abg. v. Canitz-Dallwitz keiner Widerlegung würdigen zu wollen. Graf Arnim schloß mit den Worten: „Wenn Sie dem großen Grundbesitz alles entziehen wollen worauf er Anspruch hat, dann allerdings könnte die Geschichte sagen: er hat nicht Unrecht gehabt einer Bewegung entgegenzutreten welche ihm die Stellung die er früher stets inne hatte, genommen. Ich hoffe aber die Geschichte werde dieß nicht zu sagen haben!“ (Bravo rechts.) Graf Dyhrn bemerkte: eher lasse sich noch ein König machen als eine erbliche Pairie; denn ein König sey durch Waffengewalt aufrechtzuerhalten, eine Pairie aber nur durch das Vertrauen des Volks. Die englische Pairie, die selbst den mittelalterlichen Staat in die Jetztzeit herübergeführt, besitze dieses Vertrauen, nicht aber die preußische. Im Widerspruch mit dem Minister des Innern ermahnt der Redner die Versammlung dringend nicht bei einem Provisorium stehen zu bleiben. Der Abg. v. Auerswald erklärte sich ebenfalls entschieden gegen das Amendement von Görz, welchem der Minister beigetreten. Er bemerkte außerdem in Bezug auf die vorgestrige Aeußerung des Ministers: die Kammer habe bis jetzt vieles in der Verfassung im Sinne der Ordnung, nur ein Minimum aber im Sinne der Freiheit geändert; ihr könne man wahrlich nicht vorwerfen daß sie den Räthen des Königs nicht zur Verständigung die Hand geboten! Die allgemeine Discussion wurde gestern noch geschlossen. Heute betrachtete der Referent v. Beckerath die verschiedenen Amendements, bekämpfte namentlich die Forderung einer erblichen Pairie, und empfahl der Kammer alle Amendements zu verwerfen und den Commissionsantrag anzunehmen. Nach ihm ergriff der Minister des Innern das Wort und sagte: „Ich habe bis jetzt von dem Recht nach der Rede des Referenten das Wort zu nehmen keinen Gebrauch gemacht, und würde es auch jetzt nicht thun, wenn das Referat Referat geblieben wäre. Der Hr. Berichterstatter hat für gut gefunden uns eine Lehre zu geben und einen Rath zu ertheilen. Wir sind gern bereit Rath anzunehmen, dazu sind wir hier. Man hat uns aber zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Rath ertheilt. Im November vorigen Jahrs haben achtbare Männer uns den Rath gegeben die Staatsgeschäfte andern zu überlassen. Wir haben ihn nicht befolgt und das Land weiß uns Dank dafür. Das Volk wird sich auch jetzt für uns erklären, und (mit erhobener Stimme!) ich glaube es steht in ungeheurer Majorität hinter uns!“ (Wiederholtes Bravo rechts und Zischen links.) Nachdem der Abgeordnete v. Kleist-Retzow nochmal den Anwalt des Adels zu machen versucht hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. In namentlicher Abstimmung wurden verworfen: 1) das Amendement Kellers (Interessenkammer und erbliche Pairie) mit 245 gegen 62 Stimmen; 2) das Amendement des Grafen Arnim (wonach die erste Kammer aus den Prinzen ꝛc., 80 durch den König aus den Grundbesitzern mit 5000 Thlr. Einkommen zu ernennenden erblichen und 180 gewählten Mitgliedern bestehen soll!) mit 228 gegen 78, und endlich 3) höchst auffallenderweise auch der Commissionsantrag mit 170 gegen 137 Stimmen. Für das Amendement des Abgeordneten Riedel erhoben sich zuerst 142, dagegen 148 Stimmen; bei namentlicher Abstimmung wurde es aber mit 156 gegen 150 Stimmen angenommen. Die zweite Kammer hat also beschlossen daß die erste Kammer aus den Prinzen ꝛc., aus 120 durch die Provincial- und Kreisvertreter und aus 60 von den höchstbesteuerten Grundbesitzern gewählten Mitgliedern bestehen soll. Die letzteren werden so gewonnen daß in jeder Provinz die auf dieselbe nach der Bevölkerung fallende Anzahl der Abgeordneten von der fünfzigfachen Zahl derjenigen Grundbesitzer gewählt wird welche den höchsten Betrag an directen Steuern dem Staat entrichten.

Der neueste Preuß. Staatsanz. gibt das Protokoll der Verwaltungsrathssitzung vom 19 Oct. Nachdem der sächsische Bevollmächtigte erklärt hat an der Wahlcommission nicht wohl mehr theilnehmen zu können, wird an seine Stelle als Mitglied der Wahlcommission der kurfürstl. hess. Bevollmächtigte gewählt. Hierauf stellt der Vorsitzende Namens der preußischen Regierung 4 Propositionen; er schlägt vor: 1) gewisse Modificationen des Verfassungsentwurfs; 2) als allgemeinen Wahltag u. s. w. (s. unten) den 15 Jan. 1850 anzunehmen; 3) als den Ort des nächsten Reichstags die Stadt Erfurt zu bestimmen; 4) die Verhandlungen der verbündeten Regierungen, beziehungsweise des Verwaltungsraths durch 3 Commissäre führen zu lassen, von denen die preuß. Regierung einen zu ernennen hätte, die zwei andern aus der freien Wahl des Verwaltungsraths hervorgehen würden. Auf diese Propositionen erklären der kgl. sächsische und hannoversche Bevollmächtigte nicht wohl in der Lage zu seyn an deßfallsigen Discussionen weitern Antheil zu nehmen. Die übrigen Bevollmächtigten beschließen über Proposition 1 und 4 solle die Discussion jedenfalls in 14 Tagen stattfinden, für Proposition 3 bleibe die Erledigung vorbehalten, über Proposition 2 aber vereinigen sie sich dahin: a) der 15 Jan. 1850 ist als derjenige Tag angenommen an welchem die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause für den nächsten Reichstag, nach einem von dem Verwaltungsrath vorher zu beschließenden Ausschreiben desselben, in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten stattfinden wird; b) die betreffenden Regierungen werden von ihren sie hier vertretenden Bevollmächtigten ersucht werden die Landesbehörden mit Anweisung zu versehen die benöthigten Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen und möglichste Vorkehr zu treffen, damit demnächst das Ausschreiben der Wahlen beschlossen und der Wahltermin selbst eingehalten werden kann.

Schleswig-Holstein. Altona, 25 Oct. Die Landesversammlung, welche nach Art. 85 des Staatsgrundgesetzes am 1 Nov. d. J. zum ordentlichen Landtag zusammentritt, wird nach einer Mittheilung des Präsidiums an die Mitglieder an dem genannten Tag sich zu Kiel versammeln.

Oesterreich. — Wien, 24 Oct. Die Ostd. Post in ihrer wohlbegründeten Polemik gegen die Agramer Ztg. gibt uns heute Gelegenheit auf unsern gestern kurz umrissenen Ideengang hinsichtlich der Stellung des deutschen Elementes im Kaiserstaate zurückzukommen. „In Böhmen“ argumentirt nämlich die Südslavische Zeitung, „wo vier Fünftel (?!) der Bewohner Slaven sind, muß der Appellhof deutsch verhandeln. Wenn nun das Unglück (!) wollte daß sich bei uns im Lande 50 oder 100 Deutsche niederließen, müßte wahrscheinlich im Interesse der Gleichberechtigung unsere Geschäftssprache die deutsche werden?“ Die Wiener Vorkämpferin des deutschen Geistes antwortet darauf: „Wir sehen davon ab daß die Ansiedlung der Deutschen ein Unglück genannt wird; wir können dieß mit stolzem Stillschweigen übergehen. Man sehe in allen Theilen der Monarchie wo die Deutschen, sey es auf eigenem Boden, sey es als Ansiedler, wohnen, wie Feldbau und Gewerbsthätigkeit im Vergleiche zu der Umgebung blühen, um dieß Unglück zu ermessen. Wir knüpfen bloß an die Bemerkung der Südslavischen Zeitung eine kleine Frage. Wie kommt es daß jetzt, wo noch keine „50 oder 100 Deutsche“ im Lande der Südslavischen Zeitung sich niedergelassen haben, die ehrenwerthe Redaction es doch für nöthig, für rentabel findet ihre Zeitung in deutscher Sprache herauszugeben? Vor der Märzrevolution erschien in Agram bloß die Agramer Zeitg. und die Luna, beide in kleinem Quartformat — deutsch. Natürlich die Metternich'sche Zeit knechtete die Nationalitäten, das Deutsche wurde den dortigen Gegenden wahrscheinlich „mit Gewalt“ octroyirt, obgleich die croatischen Deputirten, so viel wir wissen, auf keinem deutschen Reichstag saßen. Da kam der März, die Zeit der Gleichberechtigung; alle Nationalitäten erwachten. Jetzt dachten wir, werden die beiden deutschen Zeitungen in Agram verschwinden; aber im Gegentheil, die Agramer Zeitung wuchs von ihrem bescheidenen Quart- zu einem brillanten Folio-Format an. Nicht genug. Die seit Jahren bestehende Agramer Zeitung in ihrer erneuerten Größe schien dem Bedürfnisse noch nicht zu genügen, ein anderes Unternehmen trat ihr concurrirend zur Seite, und zwar abermals in Folio, und dieses Unternehmen ist keine andere als unsere glühende Freundin, die Südslavische Zeitung. Wie? Agram die Hauptstadt eines Landes, in der noch keine „50 oder 100 Deutsche“ sich niedergelassen haben, eine Stadt mit etwa 15,000 Einwohnern, bedarf und ernährt zwei große deutsche Zeitungen, nicht etwa im deutschen Interesse, im Gegentheil. Und doch in deutscher Sprache! Es muß also ein praktisches Bedürfniß, ein praktischer Vorzug seyn sich dieser Sprache zu bedienen. Und man will daß das Ministerium sich einer Geschäftssprache entledige zu der selbst Zeitungsredactionen ihre Zuflucht nehmen, in Ländern wo noch nicht „50 oder 100 Deutsche“ sich niedergelassen haben!“ Wir haben gestern bei der Betrachtung des gegen Osten vorrückenden deutschen Bürgerthums das Moment unserer Sprache absichtlich nicht mit hervorgehoben. Es kam uns nur darauf an den ökonomischen unabweisbaren Zersetzungsproceß anzudeuten, der sich jetzt in den rein „agricolen“ Staaten an der Donau durch das von Westen kommende „bewegliche Eigenthum“ einleitet. Wir vermeiden es nämlich bei einer derartigen Auffassung der politischen Verhältnisse für jetzt noch gern in den Combinationen den geistigen Hebeln irgendeine Rechnung zu tragen. Nur durch eine scharf hervortretende Opposition gegen die bisherige reine Idealpolitik im Vaterlande, nur durch eine selbst einseitige Pointirung der materiellen Staatsgrundlage läßt sich dem Publicum wie selbst „noch höher hinauf“, jener Standpunkt aufnöthigen welcher der allein politische ist. Zu viel kann in dieser Beziehung nicht geschehen, das deutsche Gemüth wird die kalte Verstandesrichtung nie unbedingt walten lassen, und die verbreitete Bildung vermag nicht durch den Stoff ganz beherrscht zu werden. Allein an und für sich verkennen wir die große Macht der Sprache in Verbindung mit jenen ökonomischen Einflüssen keinen Augenblick; aber auch nur in Verbindung mit ihnen, als geistigen Ausdruck derselben, der dann freilich nicht bloß passiv bleibt, sondern sogleich mit seinem Inhalte in die lebhaftesten Wechselbeziehungen tritt. Denn ohne eine solche feste Basis verlieren sich alle dergleichen Bestrebungen in die Kategorie der zwar für kurze Zeit glänzenden, aber nichts bewirkenden Idealpolitik. Wohin

ist die panslavistische Agitation gekommen? Sie hatte ihren Boden bloß in der Litteratur, darum dauerte dieser Gedanke nur so lange als seine einzelnen Träger ihn in sich wach erhielten; er zwang sich nicht täglich den Menschen durch die Zustände auf. Von der Form ausgehend gelangt man nie zum Inhalt! Das ist z. B. auch die Grabschrift des Frankfurter Parlaments; der verflatterte Einigungsgedanke Deutschlands muß an den Zollsystemen wieder angeknüpft werden. Im Laufe des letzten Jahrhunderts aber hat sich im Osten der deutsche Inhalt so geltend zu machen gewußt, daß unsere Sprache in Wissenschaft und Politik die herrschende geworden ist, und die ideale Polemik gegen dieselbe sogar in ihr geführt werden muß! Unter diesen Umständen bildet sie gleichfalls eine mächtige Waffe des vorrückenden Germanenthums; Hand in Hand mit den von unten auf den fremden Geist unmerkbar einwirkenden ökonomischen Verhältnissen formt sie gleichfalls allmählich von oben seine Denkungsweise um — „so viel Sprachen ein Mensch spricht, so viel Individualitäten schließt er in sich." Als allgemeines diplomatisches Idiom läßt sich aber das deutsche in Oesterreich nicht mehr abweisen; diese eiserne Nothwendigkeit vermag durch keine Opposition abgehalten zu werden; und so tritt im Osten der Fall ein daß je politischer die Völker werden, sie um so mehr das deutsche Element in sich aufnehmen müssen!

§ **Wien**, 26 Oct. An der Börse hieß es heute ziemlich allgemein daß die Differenzen mit der Pforte in Betreff der Flüchtlingsfrage bereits dahin gelöst seyen: daß die Flüchtlinge zwar nicht ausgeliefert werden, aber unter der Garantie der türkischen Regierung dort in Haft bleiben sollen. Die Erhaltungskosten für die Flüchtlinge sollen von den betreffenden Regierungen (Oesterreich und Rußland) der Pforte ersetzt werden. Die in der heutigen Wiener Zeitung enthaltenen Vorschläge zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung haben im allgemeinen einen sehr günstigen Anklang gefunden. — Die Ihnen neulich gemeldete und später wieder bezweifelte Hinrichtung des Baron Sigmund Perenyi, Alterspräsidenten des letzten ungarischen Reichstags, wird durch heutige Briefe aus Pesth vom 24 d. M. leider bestätigt! Zugleich mit ihm starben noch an demselben Tage den Tod am Galgen die zwei gewesenen Ablegaten Csernus und Szacsvay.

(Lith. A. Z. C.) Gestern ist, wie wir vernehmen, die betrübende Nachricht eingegangen daß die Kaiserin-Mutter in Salzburg bei einer Spazierfahrt, welche sie mit einer ihrer Hofdamen machte, umgeworfen worden sey und dabei eine nicht unbedeutende Verletzung erlitten habe, ja man spricht sogar davon daß der rechte Arm schwer verletzt sey. Wir hoffen daß das Uebel nur von den Augen der Theilnahme als größer angesehen worden ist, und die hohe Frau recht bald wieder hergestellt werden möge.

Die ministerielle Oesterr. Correspondenz sagt: Der Umstand daß der Bevollmächtigte der Türkei, Hr. Const. Mussurus, die Ehre einer Privataudienz bei Sr. k. k. Maj. genoß, läßt errathen daß die mit der Pforte abgebrochenen diplomatischen Beziehungen bald wieder in das regelmäßige Geleise zurückgeführt werden dürften. Auf neuerliche authentische Eröffnungen gestützt können wir unsere gestrige Mittheilung: daß die orientalische Differenz einer günstigen und baldigen Lösung entgegensehe, nur mit verstärktem Nachdruck wiederholen. Der heutige allarmirende Artikel der „Presse", welche den Orient bereits in Feuer und Flammen zu sehen glaubt, ist eben nur die Geburt allzu lebhafter Einbildungskraft und ein Beleg mehr wie übel unterrichtet sich dieses Blatt sowohl in Personalien als Ereignissen zeigt. Der Entwurf der Justizorganisation Ungarns ist bereits vorgelegt worden, und bildet den Gegenstand der Berathungen im Ministerrath. Mehrere Blätter wollen wissen der ehemalige Hofrath und Reichshistoriograph Hurter sey aus Wien ausgewiesen worden. Es ist dieß nichts als eine müßige Erfindung; wir glauben vielmehr daß die billigen Ansprüche dieses Mannes auf einen mäßigen Pensionsgehalt Berücksichtigung zu finden geeignet sind."

Die heutige Wiener Zeitung bringt in ihrem freilich nichtamtlichen Theile einen Artikel, dessen Inhalt im Fall der Verwirklichung unberechenbare Folgerungen in sich schließt, sie enthält nämlich Vorschläge zur Anbahnung der österreichischen deutschen Zoll- und Handelseinigung! Die Allgemeine Zeitung hat diesen Gedanken schon zu einer Zeit ausgesprochen und motivirt als noch Nationalökonomen ersten Ranges denselben mitleidig belächelten; jetzt sehen wir uns am Vorabend einer Wiedervereinigung Deutschlands mit Oesterreich. Wir wollen uns für heute darauf beschränken in der Kürze den Ideengang des fraglichen Artikels anzugeben, indem wir uns vorbehalten darauf ausführlich zurückzukommen. Der handelspolitischen Gruppen sind im Großen noch drei: die österreichische, der Zollverein und die norddeutsche. Jede ist ausgesprochenermaßen der Reform bedürftig, und über das was ihnen mangelt oder was sie begehren liegen umfassende Thatsachen und Forschungen vor. In Oesterreich ist es Bedürfniß der Staats- wie der Volkswirthschaft aus der Prohibition in die Protection überzugehen, die inneren Zollschranken zu beseitigen, und die Besteuerung der eingehenden Fabriksmaterialien zu erleichtern. Im Zollverein sind die Schutzzölle viel zu sehr eingerichtet nach dem Gewicht des Materials und nicht genug abgestuft nach dem Werthe des Stoffes und der daran verwendeten Arbeit — Zeuge die vielfachen Beschwerden der Vereins-Industriellen, Zeuge besonders auch der von dem allgemeinen deutschen Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit mit Hülfe Sachverständiger gründlich ausgearbeitete Entwurf eines deutschen Zolltarifs. In den Nordseestaaten sind die Wünsche mehr negativer als positiver Art, sie gehen wesentlich auf Milderung der bloßen Finanzzölle, zumal von Colonialwaaren, Vereinfachung des Tarifs, der Verwaltung, der Controle, Aufhebung der Durchfuhr- und Flußschifffahrtszölle, ein liberales, ausgedehntes Freilagersystem, Schutz der Schifffahrt und des directen Handels. Allen diesen Verhältnissen ist Rechnung zu tragen, daß eine Verschmelzung der drei scheinbar so mannichfaltig von einander divergirenden Richtungen nicht auf einmal vorgenommen werden kann, versteht sich von selbst. Darum werden vier Perioden des Uebergangs vorgeschlagen; nämlich erstens die Epoche der beiderseitigen Anbahnung durch Reformen des innern Tarifs, ungehemmten Austausch des Rohmaterials, freien Transito und legislative Uebereinkünfte über ein gemeinsames Gewichts-, Maß- und Münzsystem, über übereinstimmendes Wechsel- und Handelsrecht, Privatseerecht, über Gewerbegesetzgebung, Heimath- und Niederlassungsrecht, über Regelung der Flußschifffahrt und des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens. Zweite Periode: die gegenseitige Herabsetzung der Zölle von Manufacturen auf $^3/_4$ des Zollsatzes gegen fremde Staaten; dritte Periode: weitere Herabsetzung auf $^1/_2$ des Tarifs nach außen, Annäherung in den Finanzzöllen, zumal von Colonialwaaren, und damit verbunden gemeinsame Bestimmungen über die Seeschifffahrt und etwanige Differenzialzölle, da der Gesichtskreis für diese Fragen natürlich ein anderer werden muß sobald die österreichischen und deutschen Seegestade nicht mehr einzeln im Weltverkehr aufzutreten haben, sondern einem höhern organischen Ganzen angehören. Die vierte Periode endlich begreift Verminderung aller jener Schutzzölle im gegenseitigen Verkehr auf $^1/_4$ des allgemeinen, gegen fremde Staaten bestehenden Zollsatzes. Für solche Industriezweige welche in beiden Gebieten sich ziemlich gleicher Entfaltung erfreuen, wird der Verkehr in der Ein- und Ausfuhr gegen Ursprungszeugnisse völlig frei gegeben, doch unter Voraussetzung eines gleichmäßigen, die einheimische Industrie gegen das Ausland kräftig schützenden Zollsatzes an den beiderseitigen Gebietsgränzen gegen das Ausland. Ausbildung des gemeinsamen Schifffahrtssystems, wo möglich ein Schifffahrtsgesetz für ganz Deutschland. — Anbahnung der gemeinsamen auswärtigen Vertretung und Handelspolitik. Mit Beginn dieser vierten Periode würde demnach der freie Verkehr zwischen beiden Gebieten im wesentlichen schon eintreten. Der letzte entscheidende Schritt, der Uebergang zur völligen Zollvereinigung mit Feststellung eines allgemeinen Oesterreichisch-Deutschen Zolltarifs, bliebe einem neuen Vertrage im Einverständnisse mit den legislativen Gewalten vorbehalten. In der Begründung dieser Verhältnisse liegt allein die Begründung des neuen einigen mächtigen Deutschlands nach innen und nach außen. „Deutschland und Oesterreich, so schließt der Artikel, werden unermeßlich wachsen an Wohlfahrt und Kraft. Auf diesem Gebiete liegen die innigsten Berührungs- und Ausgleichungspunkte für alle Dissonanzen und Zerwürfnisse, liegt der Angelpunkt für eine neue harmonische Ordnung. In dieser Auffassung und Durchführung der Politik von der ökonomischen Basis aus sehen wir auch eine unendliche Zukunft für Oesterreich. Durch das handelspolitische Zusammenfassen Mittel-Europa's wird Oesterreich vermöge seiner centralen Lage zum Westen und Osten, zum Süden und Norden, und der freien Entwickelung seiner Natur- und Geisteskräfte, nothwendig der Mittel- und Schwerpunkt des großen Weltverkehres, und die weiteren Folgen davon für die politische Gestaltung sind unschwer zu übersehen." Aber einen Kampf des Continents gegen England wird es zuvor kosten, ehe wir uns zur handelspolitischen Selbständigkeit durchdringen.

Oesterreichische Monarchie.

: : **Pesth**, 24 Oct. Heute früh Morgens fand der greise Baron Sigmund Perenyi, Präsident des Oberhauses in Debreczin und Szegedin, auf dem Hochgericht hinter dem Neugebäude das Ende seiner Tage. Früher königlicher Septemvir wurde er auch nach der Reorganisation dieser Gerichtsstühle durch Ludwig Kossuth im Mai dieses Jahrs zum Präsidenten der Septemviraltafel und obersten Landesrichter ernannt. Als Präses der Magnatentafel trug Perenyi viel dazu bei daß das Oberhaus die berüchtigte Beschlüssen der ungarischen Nationalversammlung am 14 April so schnell annahm, indem er demselben die noch nicht authenticirten Mandate des Unterhauses zur Begutachtung und Mitannahme vorlegte. Seine Leidensgefährten, gleich ihm durch den Strang hingerichtet, waren

der ehemalige königliche Hofrath bei der Kammer in Ofen Csernyus, und der Deputirte Emerich Szacsvay, der in Gemeinschaft mit Ludwig Kossuth und Stephan Gorval das ungarische Unabhängigkeitsmanifest verfochten, das sodann in der gemischten Nachmittagssitzung vom 19 April von den Repräsentanten und den Magnaten der ungarischen Nation angenommen und zur Veröffentlichung hintangegeben ward.

Aus **Pesth** wird der „Presse" unterm 22 d. über die Hinrichtungen des Fürsten Woroniezky, Giron (aus Aachen) und Abancourt geschrieben: „Ersterer, ein blutjunger schöner Mann, gab seinen Begleitern zum Hochgerichte noch vor dem Tag der Execution ein glänzendes Banket, und es muß zur Ehre der Verurtheilten nachgesagt werden daß Sokrates den historischen Schierlingsbecher nicht mit mehr Ruhe leeren konnte, als sie den Imbiß verzehrten. Giron, sonst mehr Poltron als Haudegen, hielt sich auf dem Todesgange sehr tapfer, und sah sich — er wurde zuletzt gehenkt, und der Fürst eröffnete den traurigen Reigen — noch einmal mit schmerzlichem Lächeln nach den Vorangegangenen um, als der verhängnißvolle Strick bereits um seinen Hals geschlungen war. Man mußte ihn fast mit Gewalt bewegen seinen Rock abzulegen."

Großbritannien.

London, 24 Oct.

Der Standard bestätigt daß die englische Mittelmeerflotte unter Sir William Parker am 4 Oct. von Corfu nach dem Piräeus abgesegelt, wo sie fürs erste bleiben sollte. Das einzige nach Konstantinopel abgesegelte Kriegsschiff war die Dampffregatte „Odin." Der „Bellerophon" von 78 Kanonen, bisher in Livorno, hatte Befehl zu Sir W. Parker zu stoßen, der, mit Einschluß desselben, 7 Linienschiffe unter sich hat, welche 692 Kanonen und beinahe 6000 Mann führen.

Die Hinrichtungen in Ungarn haben in der englischen Presse, selbst in den Oesterreich freundlichen Journalen Times und Chronicle, eine scharf tadelnde Beurtheilung gefunden — in den letztgenannten, außer den Erwägungen der Humanität, auch darum weil sie glauben daß Oesterreich seiner an sich guten Sache durch diese blutigen Maßregeln geschadet habe. Eine andere Stimme erhebt sich in dem, freilich hochtorvistischen, Sonntagsblatt Britannia. „Die Hinrichtung des Grafen Batthyany", sagt es, „war ein furchtbares Ereigniß, und nach seinem Selbstentleibungsversuch mag man bedauern daß nicht eine minder schreckliche Strafe als die des Todes über ihn verhängt worden. Alle natürlich fühlenden Menschen verabscheuen das Blut, und in England erhebt sich der Geist der Empörung so selten bis zum Ausbruch, daß wir kaum den Nothfall begreifen der das Schaffot entschuldigt.*) Aber, um gegen die österreichische Regierung gerecht zu seyn, muß man bedenken daß der ungarische Aufstand im ganzen wohl nicht weniger als 100,000 Menschenleben gekostet hat, daß er auf Zerstückelung des Reichs abzweckte, und daß, wär' er gelungen, die Folge ein fortgesetzter Krieg gewesen wäre, da die österreichische Regierung die Hoffnung einen für die Existenz Oesterreichs so wesentlichen Gebietstheil wieder zu erobern nicht hätte aufgeben können. So würde der ungarische Krieg endlich zu einem europäischen Krieg, zu einer allgemeinen Metzelei geführt haben. Man muß sich auch erinnern daß Graf Batthyany nicht bloß ein speculativer Politiker war; er war ein Rebell in Waffen, focht im Felde gegen seinen Souverän,**) und verletzte öffentlich jeden Eid wodurch der Unterthan an den Thron gebunden ist. Durfte sein Rang ihn vor den Uebeln sichern die der Einfluß dieses Rangs mit verursachte, so wäre das Gesetz Straflosigkeit für die Großen, aber Verderben für die Kleinen, Sicherheit für die Versucher, aber Strafe für die Verführten. Wenn man uns ferner sagt daß bei einem Verbrecher von hoher Geburt ein öffentliches Gericht durch seine Ebenbürtigen, mit allen Formalien wie sie zur Friedenszeit üblich sind, stattfinden sollte, so antworten wir: eben die Thatsache der Empörung hebt alles Gesetz auf, und damit allen Anspruch des Rebellen auf den Schutz der Rechtsformalien, die vielleicht zwischen ihm und dem Schaffotte stehen. Der Rebell zerreißt die Gesellschaft! Für den Rebellen gibt es nur eine Cur. Ein Tribunal hätte nicht nach seiner persönlichen Schuld, sondern nur nach seiner Theilnahme zu fragen, und wenn er in Waffen gefangen worden ist, so fällt sogar diese Frage weg. Auch ist es wichtig für den Frieden des Menschengeschlechts daß die Menschen, gleichviel ob vornehm oder gering, fühlen lernen daß der Versuch einen Staat umzustürzen mit Gefahr verbunden ist, daß sie durch das Beispiel einer unheilvollen Straflosigkeit nicht zu dem Wahne verführt werden man könne Bürgerkrieg aus bloßer Laune anfangen, die Menschenschlächterei im großen wie eine Roman-Episode behandeln. „Revolutionen", sagte jener Franzose (Mirabeau), „macht man nicht mit Lavendelwasser" — so mögen die Revolutionsmacher lernen daß sie ein Wagespiel nicht bloß für andere, sondern auch für sich spielen. Gälte diese Wahrheit erst als Maxime, dann erlebten wir weniger Verschwörungen im Ausland, weniger Schaustellung von Standrednerei und Pseudo-Heroismus bei uns daheim. Hätten die vorjährigen Blutredner in Irland die bestimmte Aussicht vor sich gehabt im Fall ihrer Gefangennehmung am nächsten Baum aufgeknüpft zu werden, so hätten sie höchst wahrscheinlich sammt und sonders das patriotische Experiment unterbleiben, und es bei Schmähungen auf das Andenken Wilhelms III und bei Lobliedern auf die Tapferkeit Brian Boru's bewenden lassen. Diese Thorheit hat ihren Tag gehabt, aber sie darf nicht wiederholt werden. Wo keine Gefahr ist, da thun sich immer Helden auf, und der Ruhm eines „Befreiers" wird zur Nationalleidenschaft wo das Schlachtfeld ein öffentliches Zweckessen und die Katastrophe eine Subscription ist. Schnelle und gewisse Hinrichtung ist die beste Schlichterin aller Zweifel, und das Grab eines Staatsverräthers die sicherste Bürgschaft für Aufrechthaltung der Ruhe. Der Rebell sollte, indem er seine Chancen überlegt, auch den Galgen mit in Rechnung bringen müssen." (Bei dieser drakonischen Lehre steigt uns nur das Bedenken auf: wie steht es, wenn ein Volk unter keinerlei Voraussetzung zur Selbsthülfe greifen darf, um die englische Geschichte? Die Britannia verehrt, wie aus obigem zu ersehen, das Andenken Wilhelms III; aber Wilhelm III war der Feldherr der Revolution von 1688, und in Folge dieser Revolution sitzt das Haus Hannover auf Englands Thron!)

*) D. h. politische Hinrichtungen sind in neuerer Zeit in England selten geworden (eine der letzten, an fünf „Verschworenen" vollstreckt, erfolgte am 1 Mai 1820), aber die ältere englische Hof- und Staatsgeschichte war bekanntlich eine der blutigsten, und der „Tower-Hügel", auf welchem so viele Königinnen und Staatsmänner geblutet, wird noch jetzt von den Bewohnern der Tower-Hamlets mit einer Art Gespensterfurcht betrachtet.

**) Das wird von den Ungarfreunden bekanntlich widersprochen. Es wäre wünschenswerth daß die österreichische Regierung die Proceßacten veröffentlichte.

Das neueste Heft der Westminster and Foreign Review stellt in einer Recension mehrere deutsche psychologische Werke zusammen (Burdachs Anthropologie, Heinroths Orthobiotik, Carus' „Psyche", und Ennemosers „Geist des Menschen in der Natur"). Dabei wird denn, wie gebräuchlich, der „ungläubigen" deutschen Philosophie scharf der Text gelesen, und versichert daß das „gläubige" Altengland ihr keinen Geschmack abgewinnen könne. Wohin sie führe, das sey ganz neuerlich an dem Tübinger Gelehrten Vischer schauderhaft klar geworden, der, nachdem er alle neueren Philosophen, von Spinoza bis Hegel, systematisch durchstudirt, sich aus Verzweiflung — das Hirn ausgeblasen habe! Wir können dem gläubigen Altengland aber versichern daß Hr. Vischer frisch und gesund, und durchaus nicht gewillt ist, ein felo de se zu werden. — Der Recensent heißt K. H. Whitelocke, und ist, einer Anmerkung zufolge, der Hauptverfasser des zweiten Theils von Hilperts großem englischen Wörterbuch, Corrector von Griebs Dictionär und — königl. württembergischer Professor. Schuberts „Geschichte der Seele" scheint der Recensent nicht gekannt zu haben; sonst würde er wissen daß es auch gläubige deutsche Psychologen gibt.

Frankreich.

Paris, 25 Oct.

Das Commando über die römische Expedition wechselt abermals. General d'Hautpoul (Legitimist) ist zu diesem Posten ernannt, wahrscheinlich in der Hoffnung daß er sich mit der Regierung der Cardinäle besser vertragen werde als General Rostolan. Zugleich bringt das J. des Débats immer trostlosere Berichte aus Rom. Der letzte vom 14 Oct. klagt daß, statt einer Annäherung zwischen dem Papst und seinem Volk, eher die Kluft größer werde (l'abime se creuse et s'élargit d'heure en heure), weiß durchaus aber nichts zu rathen als daß man die Aufgabe als vollendet betrachten und abziehen solle, denn zu Erlangung neuer Zugeständnisse, d. h. zur Erfüllung der Versprechungen der französischen Regierung, sey durchaus keine Hoffnung. — Hr. L. Murat, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Turin, ist auf seinen Posten abgereist. Die Journale melden auch die Ankunft der Wittwe des Obristen Achill Murat (einer Enkelin Washingtons) in Paris.

Die Verhandlung über die Aufhebung der Verbannungsdecrete ist ausgegangen wie zu erwarten stand — der Antrag ist mit 487 gegen 100 Stimmen zurückgewiesen worden. Heute ist der Antrag über die Amnestirung der Juniustransportirten in Berathung, und er wird ohne Zweifel dasselbe Schicksal haben. Das Hauptargument des Antragstellers Hrn. N. Bonaparte war daß ihre Verurtheilung keine richterliche sey, daß sie sich vielleicht durch die Nothwendigkeit entschuldige, daß aber jetzt wo die Ruhe zurückgekehrt, das verletzte Gesetz in sein Recht wieder eingesetzt werden sollte. Der Berichterstatter, Hr. Gaëte, entgegnete: allerdings sey es ein politisches Urtheil, aber die verfassunggebende Nationalversammlung habe es durch ein gesetzliches Decret erlassen, und wie mild sey es

ausgeführt worden? Von 12,000 Insurgenten, meist auf den Barrikaden gefangen, habe man auf die Vorschläge der Gnadencommission nach und nach neun Zehntel in Freiheit gesetzt. Bei Abgang der Post war die Discussion geschlossen, und es hatte zu guter Letzt noch einen äußerst tumultuarischen Auftritt abgesetzt. Hr. Dahirel behauptete Hr. N. Bonaparte habe selbst für jenes von ihm als ein blutiges bezeichnete Decret gestimmt, und der andere erklärte mit Entrüstung dieß sey nicht wahr. Ein Beschluß war noch nicht gefaßt.

Niederland.

✕ **Haag**, 24 Oct. Ein Ministerrath folgt dem andern, und noch immer ist keine officielle Ministerliste angezeigt. Sicherem Vernehmen nach soll Thorbecke seine Vollmacht zurückgegeben haben, da man ihm die Ausführung seines Auftrags von vielen Seiten erschwerte oder unmöglich machte. Man erzählt: Donker Curtius habe beim Beginn der Krisis sich zu Thorbecke begeben und ihm ein Coalitionsministerium vorgeschlagen. Thorbecke lehnte dieß geradezu ab und erklärte ein homogenes Cabinet für nöthig, worin keiner der gegenwärtigen Minister, außer van Bosse, Sitz nehmen könnte. Nachdem mit anderen Personen fruchtlos unterhandelt war, wurde endlich Thorbecke der Auftrag ein Cabinet zu bilden und zuvor das Programm einzureichen. Dieß alles geschah zur allgemeinen Befremdung durch Vermittelung des Hrn. Donker Curtius. Man vermuthet daß man den König geflissentlich nicht in directe Berührung mit Thorbecke gebracht, und daß angesehene Parteien ihren Einfluß nicht zu Gunsten des Leydener Professors benützt haben. Auch wurden für das verlangte Programm nicht nur die Hauptprincipien, sondern alle möglichen Details gefordert, deren vollständige Kenntniß nur mit der Zeit durch die unter der Administration befindlichen Nachweisungen möglich ist. Thorbecke soll nun, überzeugt daß man ihm die Hände nicht genug freilasse, erklärt haben bei solchem Mangel an Vertrauen auf diesem Wege kein Ministerium bilden zu können. Dem Vernehmen nach wollte man die Generale Nepveu und van Ness mit diesem Werk beauftragen, die sich jedoch bedankten und den Haag verließen. Auch Thorbecke soll die Residenz verlassen haben. Ein Gerücht will nun wissen daß van Hall, der unermüdliche politische Gegner Thorbecke's, ein Cabinet zusammenstelle. Heute Morgen circulirte die folgende Liste: Goltstein, Präsident; van Bosse, Finanzen; Gevers van Endegeest, General Borel van Hoogelanden, General Perponcher, Lightenveld, van den Bosch, Bahut (Colonien). Daß diese Combination sich halten könne, bezweifelt man stark.

Italien.

Turin. In der Sitzung vom 20 Oct. verwarf der Senat, mit 48 gegen 10 Stimmen, die am 22 Sept. von der Deputirtenkammer votirte Bill, wonach alle auf piemontesischem Boden weilenden italienischen Flüchtlinge bürgerliche und politische Rechte im Lande genießen sollten.

Florenz. Im Statuto ist ein zweites, Sammiatelli unterzeichnetes, Circular bezüglich der Berichtigung der Wahllisten erschienen, welches noch klarer als das frühere den Entschluß des Großherzogs ausspricht die constitutionelle Charte aufrecht zu halten.

Schweiz.

△ **Bern**, 24 Oct. Unter einer nicht unbedeutenden Aufregung des Landes ist der große Rath des Kantons Bern zusammengetreten, und mit großer Spannung sieht man seinen Beschlüssen über das ihm vom Regierungsrath vorgelegte neue Schul- und Straßengesetz entgegen. Eine durchgreifende Reorganisation des gesammten Schulwesens ist dringend nothwendig, und der neue Entwurf will radical reformiren. Er bringt alle Anstalten des Landes, die Gemeinde-, Bezirks- und Kantonalschulen, in einen innigen Zusammenhang, verlangt einen für alle Institute und Schulstufen scharf abgegränzten Unterrichtsplan, fordert obligatorische Lehrmittel, setzt die Schulzeit für die Gemeindeschule vom 6ten bis 16ten Altersjahr fest, bestraft strenge die Schulversäumnisse, setzt als Aufsicht über die Schulen 12 Schulinspectoren, und was die einleuchtendste Verbesserung ist stellt das Minimum der Besoldung eines Gemeindeschullehrers auf 450 Fr. fest, nebst freier Wohnung, Holz und einer Juchart gutes Pflanzland. Zwei Bestimmungen sind es nun welche eine eigentliche Agitation gegen das Gesetz hervorgerufen haben. Das Gesetz verlangt nämlich die periodische Ausdauer der Lehrer, so daß nach Verlauf von sechs Jahren jeder Lehrer einer Wiederbestätigung unterworfen ist. Dieser Auswuchs der Demokratie würde die Lehrer in eine solche Abhängigkeit von den Gemeinden, besonders den Dorfmagnaten bringen daß die Demoralisation des Lehrerstandes und der Ruin der Schulen die natürliche Folge dieser Maßregel wären. Da nun aber diese Bestimmung nur das Vorspiel ist um auch die Professoren an der Hochschule, sowie alle Geistlichen einer sechsjährigen Amtsdauer zu unterwerfen, so ist begreiflich daß sich die gesammte Intelligenz des Landes gegen diesen Plan auflehnt und den großen Rath mit Petitionen und Protestationen förmlich überschüttet. Wenn der erwähnte Punkt bei den Gemeinden ebenso populär ist als er bei dem Lehrerstand auf eine heftige Opposition stößt, so hat dagegen eine andere Bestimmung das ganze Landvolk in Harnisch gejagt. Das angeführte Minimum der Lehrerbesoldung nämlich, ohne welches eine wahre Verbesserung des Schulwesens undenkbar ist, legt den Gemeinden neue große Lasten auf, indem sie einen Mehrbeitrag von 142,500 Fr. leisten sollen. Wenn es aber unserm Bauer an den Geldbeutel geht, so wird auch der radicalste conservativ, und aus allen Landestheilen sind deßwegen Protestationen gegen diese Erhöhung der Lehrerbesoldung eingelaufen. Außerdem wird dem neuen Schulgesetz vorgeworfen es gehe damit um das Christenthum in den Schulen abzuschaffen, die Schulmeister zu einer herrschenden Kaste im Land zu machen rc. Nimmt man nun zu diesen Ursachen einer allgemeinen Unzufriedenheit noch die Bestimmungen des neuen Straßengesetzes, nach welchem ebenfalls von den Gemeinden große Opfer verlangt werden, da die Staatscasse leer ist, so wird man die Verlegenheit der Regierung und die Freude der conservativen Partei begreifen, welche diese Sachlage in jeder Hinsicht benutzt um die Volksstimmung zu ihren Gunsten zu lenken. Schon die zweite Sitzung des Großrathes zeigte wie schroff die Parteien einander gegenüber stehen, und daß das Schulgesetz schwerlich zu Stande kommen wird. Eine aus eilf Mitgliedern zusammengesetzte Commission, welche dasselbe vorberathen soll, ist bemerkenswertherweise fast zur Hälfte aus Conservativen gewählt worden. Es scheint sich im ganzen Kanton ein bedeutender Umschlag der politischen Stimmung vorzubereiten. Die gegenwärtige Sitzung des großen Raths ist deßwegen von Bedeutung nicht nur für Bern, sondern für die Schweiz.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 25 Oct. Consols 92 1/4.

Paris, 25 Oct. 3proc. 55.85; 4proc. 69; 5proc. 88.25; Bankactien 2320; belg. Bank 701.25; span. passive 3 1/2; 3proc. 34 1/8; innere Sch. 27; piem. 5proc. 83.70, Oblig. v. 1834 990, v. 1849 895; Paris-Orleans E.-B. 722.50; Rouen 525; Straßburg 351.25; Nordbahn 427.50; Rouen-Havre 235; Marf.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 292.50; Tours-Nantes 281.25; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 25 Oct. 2 1/2proc. 53 1/4; 3proc. 68; 4proc. 82 3/8; port. 5proc. 82 7/8; Metall. 5proc. 83 7/8; Ard. 10 5/16. Curs auf London 12.05 l. S. Curs auf Hamburg 34 15/16 l. S.

Frankfurt a. M., 27 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. 88 5/8; 4proc. 71; 3proc. 53 1/4; 2 1/2proc. 45 5/8; Bankactien 1340; 500fl.-Loose 151 1/2; 250fl.-Loose 108 1/4; prß. 50Thlr.-Prämienſch. 100 1/2; 3 1/2proc. Staatsschuldsch. 88 3/4; bayer. 3 1/2proc. 86 1/4 P.; Ludwigcanal 47; Ludwigs.-Bexbach 86; württ. 4 1/2proc. 94 5/8; 3 1/2proc. 81 3/4; bad. 5proc. 97 7/8; 3 1/2proc. 78 1/2; Lotto-Anleh. à 50 fl. 53 1/2 P.; 35fl.-Loose 31 7/8; darmst. 4proc. 89; 3 1/2proc. 82 1/2; 50fl.-Loose 72 1/4; 25fl.-Loose 26 3/4; kurh. Fried.-Wilh.-Nordb. 52 1/4; 40Thlr.-Loose 34 5/8; nass. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/2; 25fl.-Loose 25 1/4; Frankf. 3proc. 80; 3 1/2proc. 93 1/4, 89 3/4; Taunusbahn 295; holl. Integr. 53 1/2; span. innere Schuld 26 5/8; poln. 300fl.-Loose 110; 500fl.-Loose 81 1/4; sard. 36Fr.-Loose 33; Disc. 1 1/2 P.

♀ **Wien**, 26 Oct. Die heutige Börse war Fonds, zunächst für die 4 1/2proc. Metalliques des neuen Anlehens etwas günstiger gestimmt, und blieben letztere bei lebhafterem Begehr mit 83 3/4 gefragt, ohne Abgeber. Mehrere Kaufaufträge fanden in diesen Effecten auch für Rechnung des Auslandes statt. Bahnen haben bei geringem Umsatze unbedeutend angezogen. Der Wechselcurs auf fremde Plätze, sowie Comptanten stellten sich etwas höher und war London in langer Sicht, sowie Augsburg, Frankfurt und Amsterdam zur Notiz gut zu lassen. Französische Plätze mehr offerirt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94 11/16–94 3/4, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 3/4–84, Loose v. J. 1834 162–162 1/2, Loose v. J. 1839 113 1/4–113 1/2, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien 108 3/4–109, Gloggnitzer 108 1/2–109, Mailänder 83 3/4–84, Pesther 78 1/4–78 1/2, London (i. l. S.) 10.46 G., Hamburg 156 1/2–156 3/4, Augsburg uso 107 G., Frankfurt 106 3/4 G., Amsterdam 148 1/2 G., Mailand 95 1/2 P., Livorno 105 1/2 G., Genua 125 1/2 G., Paris 127 P., Marseille 126 3/4 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12, Silberagio 7 Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart

Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege.

I.

≡ Wenn man früher oft Klage erhob über die Dürftigkeit der deutschen Memoirenlitteratur, so war das letzte Jahrzehnt nach Kräften bemüht diesem Mangel wenigstens nach einer Seite hin abzuhelfen. Die Geschichte der „tiefsten Erniedrigung" Deutschlands, der allmählichen Erhebung, die Zeiten unendlicher Sorgen und Opfer, dann die Tage glorreichen und unvergeßlichen Kampfes, kurz jene Periode unserer Geschichte die man, alle Hoffnungen und Enttäuschungen miteingerechnet, doch mit immer größerm Rechte als die Kämpfe um unsere Befreiung zu bezeichnen pflegt, hat seit den letzten Jahren eine Reihe von erläuternden Beiträgen erhalten, aus denen sich allmählich wenigstens für diesen einzelnen Abschnitt eine Denkwürdigkeiten-Litteratur zu sammeln beginnt. Das Jahr 1840 hat in Preußen selbst manche verschlossene Mappe geöffnet, die allmählich vom Schauplatz zurückgetretenen Theilnehmer oder Beobachter der großen Zeit glaubten ihrerseits auch die allzu schweigsame Zurückhaltung ablegen zu dürfen; hie und da ist uns auch ein interessanter Nachlaß geöffnet worden, und bisweilen war es geradezu persönliche Verstimmung oder alter mühsam verhaltener Groll, dem wir sehr indiscrete aber gleichwohl sehr schätzenswerthe Aufschlüsse zu verdanken hatten. Wie es zu gehen pflegt, hat das Interesse und der Anspruch in dem Verhältniß zugenommen als man anfing es zu wecken und mäßig zu befriedigen; man empfand es erst jetzt recht schmerzlich daß man sich so lange das Interesse an einer Zeit hatte stören lassen deren Größe und Eigenthümlichkeiten nun wieder in kunstloser Treue frisch und unmittelbar vor die Augen traten. War es doch Ton geworden in einem großen Theil von Deutschland nicht ohne ein souveränes Achselzucken der „sogenannten" Befreiungskriege zu erwähnen — und das heranwachsende Geschlecht zog es vor sich an dem Abhub ausländischer Litteratur zu sättigen, und die darin niedergelegte Blasirtheit und Desperation als geniale Weltanschauung in sich aufzunehmen. Die Aussaat ist aufgegangen in einer Generation der es an Begabtheit und Kühnheit vieler Art nicht gebricht, der aber gerade das Eine fehlt was an dem thatkräftigen, frommen und begeisterten Geschlecht von 1813 die schwächeren Epigonen mißverstanden und mißachtet hatten. Wir haben es nun aus bittern Erfahrungen lernen können welch ein Unheil es war daß man der Nation schon früh jede Freude an ihren schönsten Thaten verdorben, die gehobene und begeisterte Stimmung einer großen Zeit mit Gewalt niedergedrückt, und kaum nach einem Menschenalter wieder an die Erinnerungen von damals angeknüpft hat. Gehörte doch in Wahrheit Muth dazu mit den ersten schüchternen litterarischen Denkmälern aus dieser Epoche wieder Saiten anzuschlagen die neben dem vorherrschenden Tone der Alltäglichkeit und Mittelmäßigkeit kaum mehr ein Verständniß fanden.

So ists denn kein Wunder wenn die zunehmende Menge von Reliquien aus jener Zeit bei allen denen die sich ihr Interesse noch ungeschwächt bewahrt haben, nur das Bedauern erwecken kann daß so vieles noch ungethan und unversorgt ist. Denn noch fehlen uns gerade über die hervorragendsten Persönlichkeiten jener Tage biographische Arbeiten, die der Zeiten und der Personen würdig wären; alle die Männer der deutschen Wiedergeburt die als Staatsleute, Kriegsmänner oder Lehrer der Nation in erster Linie wirkten, haben noch die geschichtlichen Monumente nicht gefunden die Deutschland ihnen schuldet. Harren wir doch bis heute noch vergebens einer Biographie Steins die dieses Mannes wirklich würdig wäre, ist man doch bis heute um die Sammlung der unwichtigsten litterarischen Reste und Correspondenzen unserer Dichter und Kritiker viel emsiger bemüht, als um die Reliquien der Männer denen wir die Rettung und Erhebung unserer Nationalität in erster Linie verdanken. Aber auch von dem was vorliegt, ist gerade das Biographische das Schwächste; will man nicht gar zu genügsam und nachsichtig seyn, so muß man gestehen daß es oft die Lücken mehr fühlbar macht als sie ausfüllt.

Wir wählen zunächst ein Buch heraus das schon vor fast vierzig Jahren in erster Bearbeitung erschienen ist, und uns eben jetzt umgearbeitet, ergänzt und zur vollständigen Biographie erweitert neu geboten wird. Es ist die Biographie der Königin Luise von Preußen — mithin ein Buch das durch seinen Stoff allen Anspruch hat das Interesse des deutschen Volkes, dem es in seiner neuen Umgestaltung gewidmet ist, für sich zu fordern. Die unvergleichliche deutsche Frauengestalt, die mit allen weiblichen Tugenden und Reizen so reich geschmückt war, die auf dem Thron so ächt menschlich und patriotisch alles Leid des deutschen Volks mitempfand, und der mitten in dem Schmerz über die Schmach und Unterdrückung das Herz brach, bevor die Erlösung kam an der sie nie verzweifelte — diese Frauengestalt bildet in der Geschichte unserer nationalen Erhebung eine Episode, deren ergreifendes Interesse selbst die Betrachtung der Ausländer, sogar der bonaparteschen Apologeten, unwillkürlich überwältigt hat. Diese Erscheinung, deren Untergang vor dem Ende des großen Drama's tragisch erschüttert, hat zugleich wieder etwas so reizendes und eigenthümlich deutsches, daß wir immer mit einem ganz gerechtfertigten Stolz andern Nationen diesen Charakter als einen ächten und unnachahmlichen Zug unserer Geschichte rühmen durften.

Die ursprüngliche Arbeit die im Jahr 1814 erschien, rührt von einer engverbundenen und geistig verwandten Freundin der Königin, von der Frau v. Berg her; es ist eine anspruchslose Skizze, so treu und mit solcher Liebe gezeichnet wie das nur die nahestehende Freundin vermochte. Die rührendsten Züge aus dem Leben und Wesen der Königin, die schlichten aber unnachahmlich schönen Briefe welche die Freundin Luisens hier mitgetheilt hat, waren eine sehr schätzenswerthe Gabe, und mußten immer den Kern bilden zu einer erweiterten und vollständigen biographischen Darstellung. Ein Berichterstatter dieser Blätter hat bereits in sehr wohlwollender Weise dieser Arbeit gedacht, und einzelne Züge daraus hervorgehoben welche am besten Zeugniß geben konnten wie anziehend und charakteristisch diese Aufzeichnungen sind.

Ein neuer Abdruck dieser feinen und anmuthigen biographischen Fragmente wäre immerhin eine dankenswerthe Gabe gewesen; der neue Herausgeber wollte mehr thun, er wollte das Buch zu einer möglichst vollständigen, namentlich auch die Kindheit und Jugend Luisens umfassenden Biographie der Königin erweitern. Er glaubte diesem Bedürfniß zu entsprechen indem er das Leben Luisens bis zu dem Zeitpunkte von dem aus Frau v. Berg ihre Schilderung der Königin beginnt, selbständig beschrieb, und sodann jene Schilderung gleichsam als den Kern benützte, an den die von andern Zeitgenossen aufgezeichneten Züge sich zur Ergänzung anfügten. Der Herausgeber schien sich dazu von den Zeitereignissen noch besonders aufgefordert zu sehen; er hat, von den Ideen welche den patriotischen Sinn der Königin erfüllten, gehoben und begeistert das Buch dem „deutschen Volk" gewidmet, und die Worte ihres königlichen Sohnes als Motto vorgesetzt: die Einheit Deutschlands liegt mir am Herzen, sie ist ein Erbtheil meiner Mutter.

An eine vollständige Biographie dürfen wir denn schon höhere Ansprüche erheben als an die bescheidene Skizze der Frau v. Berg; wir durften wohl erwarten daß in dem Menschenalter das seit der Veröffentlichung der ersten Arbeit vergangen ist, sich manche Quelle aufgethan hat um das Bild der edlen Königin vollständiger und reicher als es damals geschehen konnte, auszustatten. Es scheint uns aber nicht als wenn diesen Ansprüchen genügt worden sey. Mußte sich doch über die Jugendgeschichte Luisens manches noch auffinden lassen was ältere Zeitgenossen oder Verwandte mündlich bewahren, und was mit dem Absterben der Generation welcher die Königin angehörte, immer mehr dem Loos der Vergessenheit anheimfallen muß. Ließen sich doch wohl noch Briefe finden, deren leider Frau v. Berg nur wenige mittheilt, die Luise an Verwandte gerichtet, und die das Wesen der unvergleichlichen Frau so treu wiedergeben, daß der Wunsch wohl gerechtfertigt ist von diesen Reliquien noch manches ähnliche in die Biographie verflochten zu sehen. So fern steht auch die Königin unseren Zeiten noch nicht daß sich nicht aus mündlicher Ueberlieferung vieles ergänzend und aufklärend einfügen ließe was der Freundin, als sie im J. 1814 ihre Skizze schrieb, nicht alles zu Gebote stand.

Die neue Bearbeitung hat unsere Kenntniß nach dieser Seite hin nicht bereichert; sie beschränkt sich darauf aus gedruckten und bekannten Büchern Ergänzungen beizubringen die zudem nicht immer passend und charakteristisch gewählt sind. Die ganze innere Jugendgeschichte Luisens wird sehr kurz abgethan; dagegen ein an sich sehr wenig bezeichnendes Zusammentreffen der Prinzessin mit Goethe's Mutter, mit all der plaudernden Breite Bettina's aus ihren Briefen an Goethe eingestreut. Abschweifungen in Menge welche mehr die Erlebnisse verwandter Personen angehen, und in denen Luise nur gelegentlich vorkommt, werden oft störend genug eingestreut; der festliche Einzug der neuvermählten Kronprinzessin in Berlin so ermüdend weitläufig wie in einem officiellen Hofjournal berichtet. Es paßt das nicht zu einem so durchaus innerlichen Wesen wie Luise war; eine Frauennatur die den königlichen Tand, höfische Formen und Etikette so gering anschlug, wird besser aus ihren geistigen und gemüthlichen Zügen und Aeußerungen erkannt als aus den rauschenden Festlichkeiten die man der Fürstin bereitete. Die vielen eingestreuten Stellen aus fremden Büchern oder Correspondenzen unterbrechen nur die Stetigkeit der Darstellung; die Citate aus Thiers konnten ohne Noth ganz wegbleiben. Uns dünkt das Andenken Luisens bedarf der gnädigen Lobsprüche des bonaparteschen Geschichtschreibers gar nicht; oder sollte es wirklich so etwas ganz

besonderes seyn daß der Franzose dießmal nicht wie sonst alle Brutalitäten seines Götzen vertritt, sondern die gemeinen Ausbrüche korsischer Wuth mit gelindem Tadel belegt? Wohl aber werden wir hier wieder recht an die alte deutsche Untugend erinnert, gern mit ausländischen Testimonien zu beweisen was sich aus eignen deutschen Quellen viel ächter und kräftiger darthun ließ.

Auch der Ton scheint uns nicht überall zu der Persönlichkeit zu passen deren Wesen geschildert werden soll. Die ursprüngliche Berg'sche Arbeit hat eher den rechten Ton getroffen; der des Herausgebers ist zu geziert, zu überschwänglich, und erinnert oft recht stark an die Formen der höfischen Etikette, die der verewigten Königin zu ihren Lebzeiten so überaus zuwider waren. Ein paar Beispiele dieser gesuchten Ueberschwänglichkeit, die eine besondere Untugend preußischer Autoren zu seyn scheint, haben uns besonders unangenehm berührt. Nachdem die Kaiserkrönung von 1792, von der Ritter Lang wohl die treueste wenn auch wie überall eine sehr scurrile Zeichnung entworfen, mit allem Pathos geschildert ist, spielt der Herausgeber auf die Kaiserwahl von 1849 an, und meint: es sey der damals anwesenden Prinzessin wohl nicht in den Sinn gekommen daß einst in demselben Frankfurt ihrem erstgebornen Sohne die Krone der deutschen Kaiser angeboten werden würde, „auf daß Friedrich Wilhelm IV sie mit der Krone Friedrichs des Großen verschmelze, und daß die alte Barbarossasage, diese unsterbliche Messiashoffnung des deutschen Volkes von der Wiederkunft des tausendjährigen Reichs sich erfülle." Es ließe sich, scheint uns, noch manche Betrachtung über das alles anstellen was die Mutter Friedrich Wilhelms IV in ihrem Leben nie geahnt und gehofft hat; der Herausgeber hätte aber wohl besser dieß Capitel unberührt gelassen. Ein andermal — und hier macht die Ueberschwänglichkeit einen fast komischen Effect — berichtet der Herausgeber wie Luise das Straßburger Münster besucht, und nur mit Mühe davon zurückzuhalten war die Krone oben zu besteigen. „Ist es nicht, ruft er aus, als ob dem hochfliegenden Geist der Fürstentochter schon damals die Ahnung vorgeschwebt habe: daß ihr eine der erhabensten Kronen in den deutschen Gauen winke!"

Daß dergleichen zu dem kindlich einfachen und anspruchslosen Wesen Luisens nicht paßt, und in ihrer Biographie keinen Platz finden sollte, damit ist wohl nicht zuviel gesagt. Frau v. Berg hat hier überall das Richtigere getroffen; sie führt uns die Königin im Kreise ihrer Familie, in dem harmlosen Landaufenthalte zu Paretz, oder als Mutter der Leidenden und Armen vor Augen, und es gelingt ihr damit am besten die ganze menschliche Schönheit dieser wahrhaft königlichen Frau zu zeichnen. In diesem Sinn wünschten wir die Biographie der Königin vervollständigt; Deutschland hat einen Anspruch darauf und genügt damit zugleich einer noch unerfüllten Pflicht der Pietät.

Unter dem vielen Schönen und Erhebenden das sich in den Briefen Luisens findet, hat uns ganz besonders das unwandelbare Vertrauen angesprochen womit sie auch in den trübsten Tagen der bonaparteschen Herrschaft einer bessern Zeit entgegensieht. Es ist uns da namentlich eine Stelle in die Augen gefallen die nicht nur für jene Tage ihre ganze Wahrheit und Bedeutung behält; Männer können von dieser Frau lernen, welche die beste Philosophie ist in Zeiten trostloser Verwirrung. „Napoleon, schreibt die Königin an ihren Vater, ist ohne alle Mäßigung, und wer nicht Maß halten kann verliert das Gleichgewicht und fällt. Ich glaube fest an Gott, also auch an eine sittliche Weltordnung. Diese sehe ich in der Herrschaft der Gewalt nicht; deßhalb bin ich der Hoffnung daß auf die jetzige böse Zeit eine bessere folgen wird. Diese hoffen, wünschen und erwarten alle bessern Menschen, und durch die Lobredner der jetzigen und ihres großen Helden darf man sich nicht irre machen lassen. Ganz unverkennbar ist alles was geschehen ist und geschieht, nicht das Letzte und Gute, sondern nur die Bahnung des Wegs zu einem bessern Ziel hin. Dieses Ziel scheint aber in weiter Entfernung zu liegen, wir werden es wahrscheinlich nicht erreicht sehen und darüber hinsterben. Wir müssen durch. Sorgen wir nur dafür daß wir mit jedem Tage reifer und besser werden."

Zum Schluß erwähnen wir noch ganz kurz einer andern Biographie der Königin, welche unter dem Namen einer Mrs. Constanze Richardson etwa vor einem Jahr erschienen ist. Die Verfasserin erzählt uns „daß sie den größten Theil des Inhalts aus ihr zu Gebote stehenden Mittheilungen zu einer Zeit geschöpft habe wo sie, um die tiefe Betrübniß über den Verlust einer trefflichen Mutter zu mildern, Deutschland durchreiste." Sie habe sich damals zuerst zu der Persönlichkeit der verstorbenen Königin hingezogen gefühlt, und dieß um so mehr als sie selbst, wenn auch in enger gezogenen häuslichen Kreisen, einen ähnlichen Geist habe walten sehen. Die Veröffentlichung dieser Denkwürdigkeiten habe aber zugleich den weitern Zweck dadurch etwas zum Besten des deutschen Hospitals in Dalston beizutragen, indem sich die Herausgeberin für die außerordentliche Güte und Theilnahme welche ihr in Deutschland zu Theil geworden, nicht dankbarer glaubt erweisen zu können, als indem sie etwas für die in der Fremde leidenden Deutschen thue.

Diese menschenfreundliche Gesinnung — meint die Herausgeberin — werde die Kritik entwaffnen; und in der That ist es eine peinliche Sache über ein angeblich so philanthropisches Unternehmen ein Wort des Tadels auszusprechen. Doch der Wahrheit die Ehre; wenn die menschenfreundliche Ausländerin kein anderes Opfer bringen konnte als dieses dürftige Almosen, so verzichtete sie besser ganz auf Handlungen der Erkenntlichkeit gegen Deutschland. Königin Luise durfte ein besseres biographisches Denkmal beanspruchen als diese dürftige Compilation, welche die Skizze der Frau v. Berg von Anfang bis zu Ende auf die naivste Weise excerpirt, oft auch wörtlich abgeschrieben und das Ganze noch mit einer Anzahl Anekdoten bereichert hat die aus Bischof Eylerts bekanntem Buch entnommen sind. Wahrscheinlich hielt die philanthropische Herausgeberin das Berg'sche Buch für vergessen. Aber zum Unglück erscheint es gerade jetzt in zweiter Bearbeitung, und wirft auf die englische Dame den bedenklichen Schatten crispinischer Wohlthätigkeit. Darum können wir uns der menschenfreundlichen Herausgeberin gegenüber nicht recht zum Dank verstehen; dieser Engländer meinen auch, für uns Deutsche sey jedes dürftige Almosen gut genug.

Die Rede des Hrn. v. Radowitz in der deutschen Frage.

In der Sitzung der zweiten preußischen Kammer vom 24 October.

Meine Herren! In der vorläufigen Antwort welche die k. Regierung auf die Interpellation des geehrten Abgeordneten für Crefeld ertheilte, mußte sie die bestimmtere Erklärung bei der damaligen Lage der Verhandlungen einem spätern Zeitpunkt vorbehalten. Dieser ist jetzt so weit eingetreten daß die Regierung mich beauftragt hat Ihnen über den gegenwärtigen Stand der deutschen Angelegenheit fernere Mittheilung zu machen. Ich werde mich hierbei nicht bloß auf die Frage des geehrten Abgeordneten beschränken, sondern mir gestatten Ihre Aufmerksamkeit wiederum für einen kurzen Ueberblick des ganzen Zusammenhanges der Sache in Anspruch zu nehmen. Hierdurch werden auch die besondern Gegenstände jener Interpellation in Ihrem Urtheil die richtige Stelle finden.

Als ich zuletzt von diesem Platz aus zu Ihnen sprach, meine Herren, legte ich Ihnen die Ansichten dar von welchen die k. Regierung bei ihren Handlungen für Deutschland geleitet worden ist. Auch heute sind diese die gleichen geblieben, und lassen sich einfach in dem Gedanken zusammenfassen: daß Deutschland einer Gesammtverfassung bedarf welche die rechtliche und geschichtliche Vielheit seiner Glieder mit der nothwendigen Einheit eines nationalen Gemeinwesens in Einklang bringt. Wir wollen die Einheit sichern: in der Regierung durch den Reichsvorstand und in der Vertretung durch das Volkshaus; wir wollen die Vielheit schützen: in der Regierung durch das Fürstencollegium und in der Vertretung durch das Staatenhaus. Dieß war und ist unsere wohlerwogene Ueberzeugung von dem was eine Verfassung für Deutschland leisten muß, wenn sie dem wahren Bedürfniß genügen soll.

Zur nächsten Zukunft hingewendet, knüpfte ich damals hieran die Darlegung unserer Hoffnungen und unserer Vorsätze. Heute, meine Herren, sage ich, unsere Hoffnung daß alle Theile des großen Vaterlandes sich jetzt schon in hochherziger Erhebung zu einem und demselben Willen vereinigen würden, hat sich geändert, aber unser Vorsatz: diesem Ziel ohne Wanken zuzustreben, ist unverändert geblieben. (Bravo!)

Die k. Regierung hat hierdurch Verdächtigungen und Anfeindungen jeder Art erfahren; man hat an alle Leidenschaften appellirt, mit allen Gegnern Gemeinschaft gepflogen. Hindernisse und Störungen sind uns in vollem Maße entgegengetreten; sie können Preußen nicht von der Pflicht entbinden seinen Beruf für Deutschland zu erfüllen bis an die Gränze des Möglichen hin; und ich wiederhole es, diese Gränze wird nicht bloß durch politische Erwägungen bezeichnet, sondern auch durch die politische Ehre. (Bravo!) Unser Weg ist es daher, meine Herren, nicht unser Ziel, über dessen wechselnde Geschicke in den letzten Monaten ich Ihnen Rechenschaft abzulegen habe.

Sie wissen, meine Herren, daß die k. Regierung ursprünglich dahin trachtete Deutschland durch freiwillige Ueberkunft seiner Glieder in einen Bundesstaat umzuwandeln, und diesen Bundesstaat zugleich in eine dauernde Union mit der österreichischen Gesammtmonarchie zu bringen. Auch jetzt noch halten wir diesen Weg für den natürlichen und allen Theilen dienlichen; aber er hat vorderhand aufgegeben werden müssen. Das kais. Cabinet, wie Sie aus frühern Mittheilungen wissen, hat die Bildung einer Union nicht zugestanden, und von den deutschen Regierungen haben Bayern, Württemberg und Hessen-Homburg den Eintritt in den Bundesstaat abgelehnt.

Die Gründe welche diese Regierungen für ihren Entschluß anführen,

werden Sie aus den Actenstücken entnehmen die ich die Ehre habe auf den Tisch dieses hohen Hauses niederzulegen; ihre Beurtheilung falle lediglich der Nation anheim — derselben welcher Preußen angehört, wie jene Staaten. Die k. Regierung ist durch diese beklagenswerthe Thatsache auf den zweiten Weg beschränkt worden: innerhalb des Territorial-Umfanges des völkerrechtlichen Bundes von 1815 einen staatsrechtlichen Verband für diejenigen Staaten zu bilden welche hierzu mit uns das Bedürfniß fühlen. Dieß, meine Herren, ist unser gegenwärtiger Weg. Er schreibt der preußischen Regierung eine doppelte Aufgabe vor: die Verfassung des engern Bundes streng davor zu wahren daß sie nichts enthalte was die noch bestehenden Vertragsrechte des Bundes von 1815 verletzt, zugleich aber auch ebenso entschieden dafür zu sorgen daß bei der Reorganisation der Verfassung dieses Bundes keine Momente hinzutreten welche die Bildung eines engern Bundesstaates unmöglich machen könnten.

Hieran, meine Herren, lassen Sie mich die Antwort knüpfen welche der erste Theil der Interpellation des verehrten Abgeordneten für Crefeld erheischt. Der Bund vom Jahr 1815 hat bis zur definitiven Ordnung seiner untergegangenen Verfassung ein provisorisches Organ erhalten. Daß ein solches jetzt in das Leben tritt, kann für wohlgesinnte und patriotische Männer vielfache Besorgniß, ja den Wunsch hervorrufen: Preußen möchte hierzu nicht die Hand geboten haben. Ich begreife beides, aber ich kann die daraus gezogenen Folgerungen nicht als richtig anerkennen. Ich bitte Sie, meine Herren, von dem speciellen Inhalt des getroffenen Uebereinkommens noch ganz abzusehen, und sich zuvörderst zu vergegenwärtigen ob die preußische Regierung der Bildung eines solchen Interims überhaupt zuzustimmen hatte oder nicht. Diese Frage kann ich nur entschieden bejahen. Es nöthigte uns dazu das unzweifelhafte Recht, das praktische Bedürfniß und das höhere politische Gebot. Wir sind zwar keineswegs der Meinung die sich jetzt wieder geltend zu machen sucht, daß das Jahr 1848 an dem deutschen Bund spurlos vorübergegangen sey, sondern wir halten dafür daß genau zu unterscheiden ist zwischen dem was seine rechtliche Gültigkeit behauptet hat, und demjenigen was entweder untergegangen oder einer gänzlichen Umgestaltung bedürftig ist. (Zustimmende Bewegung.) Aber wir können und werden nicht in Anrede stellen daß für alle Mitglieder des Staatenbundes die vertragsmäßige Verpflichtung besteht eine Behörde für dessen gemeinschaftliche Interessen zu bestellen, nachdem eine solche allseitig anerkannte nicht mehr besteht.

Ebenso dringend ist uns das praktische Bedürfniß entgegengetreten. Der Bund von 1815 besitzt ein beträchtliches Eigenthum in seinen Festungen und in den Anfängen seiner Kriegsmarine. Schon hierin liegt die Nothwendigkeit einer Verwaltung, die zu verfügen und den erforderlichen Geldbedarf auszuschreiben im Stande ist. Aber auch die höheren politischen Eventualitäten fordern daß ein Organ besteht, das befugt ist solche Interessen zu wahren welche dem Bunde vom Jahre 1815 aus den europäischen Verträgen erwachsen. In diesem Augenblicke würde es gänzlich an einem Rechtssubjecte mangeln, das dem Auslande gegenüber die übernommenen Pflichten zu erfüllen und die zukommenden Rechte in Anspruch zu nehmen im Stande wäre. Wir dürfen die inhaltschwere Thatsache nicht übersehen daß der Bund von 1815 eine internationale Stellung in Europa hat, die weder von seinen einzelnen Mitgliedern, noch von mehreren in Verbindung ausgeübt werden kann. Wenn Sie sich, meine Herren, einen Augenblick die Möglichkeit eines ernsten Conflictes zwischen Europa's Großmächten vergegenwärtigen wollen, so werden Sie die ganze Gefahr der Fortdauer eines solchen Zustandes für Deutschland ermessen.

Aber, meine Herren, die königl. Regierung ist auch außerdem von dem Wunsche geleitet worden durch die Einsetzung einer provisorischen Centralbehörde eine fruchtbare Verständigung mit Oesterreich anzubahnen. Ich darf Sie daran erinnern daß die königl. Regierung unverwandt die Ueberzeugung festgehalten hat daß unter den Bedingungen für eine wahrhafte und glückliche Lösung der deutschen Verfassungskrise ein aufrichtiges Uebereinkommen mit Oesterreich eine der höchsten ist. Wir sind uns vollkommen bewußt daß die Stellung der beiden Regierungen zu dem Neubau Deutschlands eine verschiedene ist, und welche Pflichten und Folgerungen daraus erwachsen; aber wir können nie aufgeben nach allen Kräften dahin zu streben uns in der Erkenntniß dessen zusammen zu finden was Deutschland und dem Kaiserstaate das wahrhaft Heilsame ist.

Wenn daher die Regierung die Vorfrage, ob ein solches Interim einzurichten sey, bejahen mußte, so handelt es sich nun ferner um die Prüfung der besonderen Bestimmungen des getroffenen Uebereinkommens. Wir haben allerdings die Pflicht zu erfüllen gehabt darüber zu wachen daß nicht geschehe was die einen hofften und die andern fürchteten, daß nämlich die neue Behörde eine Hemmung werde für das Zustandekommen eines engeren Verbandes.

Meine Herren! Ich rede hier von positiven Hemmungen; aus den Gefahren und Verlegenheiten Nutzen zu ziehen welche die Zertrümmerung der Bundesverfassung mit sich bringt, dieß wollte Preußen ebensowenig im October als im April 1849. Wir haben im Kampfe gegen particularistische Selbstsucht den zweischneidigen Beistand der Revolution zurückgewiesen. (Allseitiges Bravo.) Wir haben den Aufruhr auch da niedergeworfen wo er die Gegner unseres Einigungswerkes traf oder bald genug getroffen hätte. (Bravo.) Wir wußten vollkommen wie scharf die Waffe ist die wir zerbrachen. Wir wußten was es hieße manche Regierungen zu freien Opfern zu vermögen (Bravo! Bravo!) oder sie bei den eingegangenen Verpflichtungen zu halten, wenn die nächste Furcht geschwunden war! (Bravo.) Aber nie soll uns der ehrlose Trugschluß verlocken: der Feind meines Feindes ist mein Freund! nur die rechtliche Ueberzeugung, nur die Macht der Wahrheit sey Preußens Bundesgenosse, nicht die Unordnung und die Einschüchterung. (Allgemeines Bravo.) Je sicherer und gesetzlicher der Zustand von Deutschland ist, desto reiner wird das endliche Ergebniß dastehen, und wenn auch das alte Spiel kurzsichtiger Eifersucht sich für den Augenblick erneuerte! Gänzlich verschieden hiervon, meine Herren, sind die positiven Hindernisse welche aus einem solchen Interim erwachsen könnten. Hierzu würde jedes Vorgreifen in die definitive Ordnung des Verfassungswerkes gehören, sowohl des weiteren als des engeren Bundes. Das eine oder das andere dürfte in keiner Weise zugelassen werden.

Meine Herren! Der Vertrag wie er aus den Verhandlungen der beiden Regierungen hervorgegangen ist, nachdem die Gränze der Verständigung beiderseitig erreicht war, wird Ihnen vorgelegt. Ich greife Ihrer Beurtheilung nicht vor, aber ich empfehle Ihnen die Berücksichtigung der schwierigen und zarten Verhältnisse welche hierbei in Betracht kommen. Wenn Sie bei demselben Schluß anfangen sollten den die Regierung gezogen, daß nämlich eine so beschaffene Institution nur dem nächsten und unabweislichen Bedürfnisse genügt, und alles weitere frei lasse, so stelle ich doch durchaus nicht in Abrede daß sich hieran ein nachtheiliger moralischer Eindruck knüpfen könnte. Kann es nicht dennoch scheinen als ob das Zustandekommen eines wahren Bundesstaates hintenangesetzt oder mindestens in ungewisse Ferne gerückt werde? Was dazu geschehen kann um eine solche Besorgniß zu heben, das muß und wird geschehen.

Die königl. Regierung hat den mit ihr verbündeten Regierungen erklärt daß sie sich in der Central-Commission als Repräsentanten des Bündnisses betrachtet und bei ihren Handlungen für die gemeinschaftlichen Interessen Deutschlands sich mit ihren nächsten Bundesgenossen in stetem Einverständniß halten werde. Aber auch der Gesammtheit der Nation gegenüber muß deutlich dargethan werden daß Preußen fest auf seinem Wege vorschreitet.

Dieses führt mich zu der zweiten Frage des geehrten Hrn. Abgeordneten von Crefeld. Nachdem nunmehr der Umfang des Bündnisses so weit klar übersehen werden kann daß es sich nur um die definitive Beitrittserklärung von Frankfurt a. M. handelt, hat die königliche Regierung den Verbündeten ihre Vorschläge über die ferneren gemeinschaftlichen Schritte vorgelegt. Wir haben darauf angetragen daß die Wahlen zu dem ersten Parlament des deutschen Bundesstaates am 15 Januar k. J. überall beginnen, und daß dieses in Erfurt zusammentrete. Die Modificationen welche der Verfassungs-Entwurf nothwendig machte, werden Sie in den mitgetheilten Actenstücken finden.

Es betreffen diese zuvörderst mehrere Benennungen. Nicht angemessen konnte es erscheinen, jetzt wo nur ein Theil der deutschen Lande zum Bundesstaat sich vereinigt, schon den glorreichen Namen des alten Reiches in Anwendung zu bringen. Die Zahlen zum Staatenhause, die Zusammensetzung des Fürsten-Collegiums müßten modificirt werden, so aber daß deren Ergänzung bei späterem Beitritte keine Schwierigkeit findet. Da ferner die Voraussetzung daß alle Regierungen sich vereinigen würden noch nicht erfüllt ist, so sind die Vorbehalte nothwendig geworden die sich auf das Verhältniß zu dem Bunde von 1815 beziehen. Wir wollen nirgends von dem wirklich bestehenden Rechte weichen, nirgends Veranlassung oder auch nur Vorwand geben die Befugnisse zur Bildung eines engeren Bundesstaates auch nur mit einem Schein von Wahrheit zu bestreiten.

Weiter als bis zu dieser Gränze dürfen unsere Vorschläge zu Modificationen nicht gehen; wir haben zu erwarten ob andere dem Bündnisse angehörige Regierungen auch ihrerseits mit Anträgen vortreten werden. Selbst abgesehen von den Vorbehalten welche Sachsen und Hannover in dieser Beziehung gemacht haben, erkennen wir jeder Regierung die Befugniß zu, auf die jetzt bestehenden Verhältnisse gestützt, ihre Anträge zu stellen, wobei jedoch deren Annahme lediglich von der Zustimmung der andern Mitglieder abhängig bleibt.

Zwar hat die königlich hannoverische Regierung sich veranlaßt ge-

funden jetzt mit einem Widerspruche gegen die Bildung eines engeren Bundesstaates überhaupt hervorzutreten. Die Entgegnung welche Sie in den mitgetheilten Acten-Stücken finden, wird genügen um der hohen Kammer sowohl den gänzlichen Ungrund dieser späten Behauptung nachzuweisen, als die Verpflichtungen welche Hannover dem eingegangenen Bündnisse gegenüber zu erfüllen hat. Keinenfalls aber kann hieraus oder aus der mit Sachsen gemeinschaftlichen Erklärung gegen die Einberufung des Parlaments ein Grund erwachsen von dem großen Schritte abzustehen den alle Vaterlandsfreunde mit Recht erwarten. (Bravo!) Meine Herren! Dieß ist der gegenwärtige Stand der deutschen Angelegenheit.

Die Regierung erkennt in vollem Maaße alle Schwierigkeiten und Sorgen des jetzigen Augenblicks, zugleich aber auch daß die Linie welche sie befolgt die für sie allein berechtigte und mögliche ist. Wenn das tiefe, wohlbegründete Verlangen der Nation nach der Vereinigung aller ihrer Stämme jetzt noch unerfüllt bleiben muß, so liegt uns ob einen Kern zu bewahren an den sich die jetzt fern bleibenden Regierungen anzuschließen vermögen, wenn die Einsicht in das was ihnen wie dem ganzen deutschen Vaterlande frommt, auch dort durchgedrungen seyn wird. Wie viel aber auch gelinge oder nicht gelinge: die preußische Regierung wird den Beruf, der ihr nicht durch eigene Willkür, nicht durch selbstsüchtige Berechnung zu Theil geworden ist, treulich wahren; er gehört zu dem großen Erbe preußischer Ehre, das ihr anvertraut ist! (Bravo!)

Preußen hat diesen Weg furchtlos betreten, es wird ihn vorwurfsfrei enden; sein Ziel sey ein freudiges oder ein schmerzliches, ein nahes oder ein fernes. (Bravo!)

Gottfried Kinkel.

Am 7 Sept. dieses Jahres feierte in der Musenstadt Bonn der sehr brave, von allen seinen Schülern und Mitbürgern geliebte und verehrte Gymnasiallehrer Dr. Peter Joseph Mockel sein 50jähriges Lehrerjubiläum im stillen häuslichen Kreise. Der verdienstvolle Mann konnte sich nicht entschließen eine öffentliche Ehrenbezeigung anzunehmen, denn ihn drückte hart das Schicksal seines Schwiegersohnes Gottfried Kinkel, der in Rastatt für seine Betheiligung an den Stürmen unserer Zeit hart büßte. Tochter und drei Enkelchen haben in der Großeltern Hause ein Asyl gefunden, und der alte Mann vertritt mit aufopfernder Liebe des Vaters Stelle bei ihnen. Am Jubeltage begab sich eine Deputation, bestehend aus den ältesten in Bonn lebenden Schülern, zum Jubelgreise, und brachte ihm nebst herzlichen Glückwünschen Geschenke dar die ihm die Liebe und Dankbarkeit seiner in der Nähe und Ferne wohnenden Schüler verehrt hatten. Die philosophische Facultät ertheilte ihm die Doctorwürde. Am 7 September war Kinkels Schicksal wahrscheinlich entschieden, sein Leben wenigstens gesichert; und so gelang es denn endlich den dringenden Bitten der Schüler den Jubelgreis zu bewegen an einem ihm zu Ehren veranstalteten Festmahle theilzunehmen.

Das Festmahl war belebt; Professoren der Universität, die höchsten Beamten der Stadt bezeugten dem Jubelgreise durch ihre persönliche Betheiligung ihre Verehrung. An ernsten und humoristischen Toasten fehlte es nicht; die Politik war verbannt.

Kinkel grüßte aus dem Kerker mit einem Gedichte. Hier ist es:

An meinen Vater zu seinem fünfzigjährigen Lehrerjubiläum den 7 September 1849.

Heut auf ein halb Jahrhundert
Schaust, Vater, du zurück,
Und selber still verwundert
Betrachtest du dein Glück.
Dir fiel das Loos zu lehren
Die Welt, die sich erneut,
Und drei Geschlechter ehren
In dir den Meister heut.

Die Bahn ward angefangen
In wilder Kampfeszeit;
Eh' sie zum Ziel gegangen,
Erneut sich Völkerstreit.
Doch in den schlimmsten Tagen
Blieb treu dir Ein Gewinn:
Du hast davongetragen
Des Friedens milden Sinn.

Du ließest andre raffen
Nach Glanz und Ruhmespreis;
Mehr Frucht hast du geschaffen
Durch stillbescheidnen Fleiß.
Du hast in manchem Geiste
Der Bildung Keim gelegt;
Daß er das Größte leiste,
Das Kleinste treu gepflegt.

Und drum, welch froh Gedränge
Füllt heute Weg und Strom!
Es faßt der Pilger Menge
Zum Feste kaum der Dom.
Es nimmt der Zug kein Ende,
Ein jeder drängt sich zu:
Vergessen Kleid und Stände —
Denn alle lehrtest du.

Vom Kranz die Stirn umgeben,
Der rüst'gen Arbeit Preis,
So stehst du heut im Leben
Ein hochbeglückter Greis!
Dir blieb im Herzensgrunde
Ein Stachel nur zurück —
Das ist die tiefe Wunde
Um mein zerstörtes Glück!

Ich weiß ja deine Treue,
Die deinem Sohn du hegst,
Wie du um mich aufs neue
Tagtäglich Leide trägst.
Vor allen meinen Schmerzen
Das bitterste ist dieß:
Daß deinem frommen Herzen
Ich diese Wunde riß.

Nicht sind's des Blutes Triebe
Was uns zusammenband;
Du hast aus freier Liebe
Mich deinen Sohn genannt.
Das höchste was ich habe,
Mein Weib, du gabst es mir,
Und hast mit dieser Gabe
Mich eingepflanzt bei dir.

Doch, Vater, laß dein Trauern,
Schau heute froh zum Licht!
Trotz meinen Kerkermauern
Geschieden sind wir nicht.
Mein Sehnen wird gelinder
Und sanfter wird mein Harm;
Ich weiß ja meine Kinder
Auf deinem treuen Arm!

Dich schau' ich durch die Fernen
Wie du den Knaben lehrst,
Und ihm das erste Lernen
In heitres Spiel verkehrst.
So wunderholde Güte
War stets ja deine Art;
Du schonst des Geistes Blüthe,
Und sey sie noch so zart.

Wie schon der kleinste Bube
Die Aermchen nach dir streckt!
Wie in der Arbeitsstube
Der Mädchen Paar dich neckt —
Die ältre hold von Launen
Mit Augen blau und mild,
Die jüngste mit den braunen,
Mein feurig Ebenbild!

So laß denn in den Meinen
Mein Bild sich dir erneun;
Dein Alter laß die Kleinen
An meiner Statt erfreun.
Und wenn sie heut dich ehren
Mit Band und Blumenstrauß,
Dann presse mein Entbehren
Dir keine Thräne aus!

Die Muse schirmt den Dichter,
Der Prachtgewänder spinnt;
Oft wurden herbe Richter
Durch Lieder mild gesinnt.
Es hat manch kühner Sänger
Gezähmt des Lehnsherrn Zorn;
Drum gräme dich nicht länger —
Denk' an Bertran de Born!

Die Kugel welche fehlte
Mein Haupt in Streitesnoth,
Sey dir ein Pfand: mich wählte
Zur Sühne nicht der Tod.
Drum banne heut die Sorgen
Um deines Sohnes Loos:
Mein Schicksal ruht geborgen
In guter Götter Schooß!

Rastatt, 20 August 1849. G. Kinkel.

Die Deutsche Zeitung läßt sich aus Berlin schreiben: Ob Kinkel wirklich im grauen Sträflingskittel an der Spule arbeiten muß, weiß ich nicht; wenn es geschieht, weiß ich nur daß es nicht lange dauern wird. Uebrigens, lange oder kurz, bedaure ich die Maßregel. Die Sache ist von Anfang an verkehrt angefangen, und wie so viele ganz geeignet gerade den bösesten Schein auf die Regierung zu werfen, wo sie den Willen hatte gut zu handeln. Als Kinkel vom Pferd gesunken, war ein Soldat oder Unterofficier im Begriff ihm den Todesstich zu versetzen, so wird hier, von

solchen die von dem Sachverhältniß unterrichtet seyn wollen, erzählt. Ein Officier hielt ihn davon zurück: der Gefangene sey einer der vornehmsten politischen Verbrecher den man den Gerichten nicht entziehen dürfe. Er ward darauf verwundet in eine Scheuer gebracht. Als man jetzt wußte wer er war, äußerte ein anderer, oberer Officier: es wäre für alle und Kinkel selbst am besten gewesen wenn man die Hand des Soldaten nicht zurückgehalten, da der ehrliche Soldatentod ihn vor einem schmählichen Tode bewahrt haben würde. Viele waren in der Hitze drauf und dran ihm noch in der Scheuer den Todesstoß zu geben. Die vernünftige Vorstellung: daß dieß jetzt ein Mord wäre, siegte ob. Er ward nun vor das Kriegsgericht gestellt und zum Tode verurtheilt. Die standrechtlichen Urtheile sollten ohne Recurs an den König vollstreckt werden. Aber es ward der Einwand gemacht daß Kinkel in keinem militärischen Verhältniß zur preußischen Armee gestanden, daß folglich das standrechtliche Verfahren auf ihn keine Anwendung finde. Bei diesem Bedenken ward die Sache nach Berlin geschickt. Ueber das Verfahren hier widersprechen sich die Nachrichten; es ist nur das gewiß daß sie im populären Ausdruck „verfahren" ward, doch nicht zu Ungunsten Kinkels. Es soll hier, beim Generalauditoriat, ein zweites Erkenntniß abgefaßt seyn, das gleichfalls auf den Tod lautete. Es erhoben sich aber neue Bedenken dagegen, und dem König ward der Antrag gestellt noch ein drittes Urtheil fällen zu lassen, wobei alle Formalitäten beobachtet würden, was aber ohne Zweifel dasselbe Resultat haben würde. Hierauf ging der König nicht ein; in einem der warmblütigen Impulse, die in diesem Fall niemand tadeln wird, erklärte er diese Todesquälerei um Formalien nicht zulassen zu können. Auf Grund des gefällten Urtheils erkannte er die ausgesprochene Todesstrafe als zu Recht an, verwandelte sie aber in lebenswieriges Gefängniß. Die Form dieser Umwandlung sey immerhin der juristischen Kritik preisgegeben, sie ist in einem vollkommenen Rechtsstaate nicht zu rechtfertigen. *)

Uebereinkunft **)

zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen über einen den übrigen Mitgliedern des deutschen Bundes vorzulegenden Vorschlag wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Centralcommission:

Nachdem der Hr. Erzherzog-Reichsverweser wiederholt den Wunsch ausgesprochen hat daß Ihm die Möglichkeit geboten werde Seiner Würde zu entsagen, und die Ihm mit Bundesbeschluß vom 12 Jul. v. J. anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben, und in Erwägung der Nothwendigkeit daß für einen solchen Fall ein neues allgemein anerkanntes Centralorgan die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Bundes übernehme und bis zur definitiven Gestaltung seiner innern Verhältnisse besorge, haben die beiden Höfe von Wien und Berlin sich behufs der Bildung einer solchen neuen provisorischen Bundes-Centralgewalt über einen ihren übrigen Bundesgenossen vorzulegenden Vorschlag zu verständigen gesucht.

Demgemäß sind die Unterzeichneten am heutigen Tage zusammengetreten um auf Grundlage der zwischen ihren allerhöchsten Höfen gepflogenen Verhandlungen über nachstehende Punkte übereinzukommen, und diese Uebereinkunft unter Vorbehalt der Ratification durch ihre Unterschrift zu beglaubigen:

§. 1. „Die deutschen Bundesregierungen verabreden im Einverständniß mit dem Reichsverweser ein Interim, wonach Oesterreich und Preußen die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund im Namen sämmtlicher Bundesregierungen bis zum 1 Mai 1850 übernehmen, insofern dieselbe nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann."

§. 2. „Der Zweck des Interims ist die Erhaltung des deutschen Bundes als eines völkerrechtlichen Vereins der deutschen Fürsten und freien Städte zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der innern und äußern Sicherheit Deutschlands."

§. 3. „Während des Interims bleibt die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen. Dasselbe gilt von den nach Artikel VI der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten."

§. 4. „Wenn bei Ablauf des Interims die deutsche Verfassungsangelegenheit noch nicht zum Abschluß gediehen seyn sollte, so werden die deutschen Regierungen sich über den Fortbestand der hier getroffenen Uebereinkunft vereinbaren."

§. 5. „Die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engern Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, werden während des Interims einer Bundescommission übertragen, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernennen, und welche ihren Sitz zu Frankfurt nimmt. Die übrigen Regierungen können sich einzeln oder mehrere gemeinschaftlich durch Bevollmächtigte bei der Bundescommission vertreten lassen.

§. 6. „Die Bundescommission führt die Geschäfte selbständig unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber. Sie faßt ihre Beschlüsse nach gemeinsamer Berathung. Im Falle sie sich nicht zu vereinigen vermag, erfolgt die Entscheidung durch Verständigung zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen, welche erforderlichenfalls einen schiedsrichterlichen Ausspruch veranlassen werden. Dieser Ausspruch wird durch drei deutsche Bundesregierungen gefällt. Im eintretenden Fall hat jedesmal Oesterreich einen und Preußen den andern der Schiedsrichter zu wählen. Die beiden auf diese Weise designirten Regierungen vereinigen sich zur Ergänzung des Schiedsgerichts über die Wahl der dritten."

„Die Mitglieder der Bundescommission theilen sich in die ihr zugewiesenen Geschäfte, die sie, der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundes-Kriegsverfassung gemäß, entweder selbst besorgen oder deren Besorgung leiten und überwachen."

§. 7. „Sobald die Zustimmung der Regierungen zu gegenwärtigem Vorschlag erfolgt ist, wird der Reichsverweser seiner Würde entsagen und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederlegen."

Nach erfolgter Ratification, welche durch gegenseitig auszuwechselnde Ministerialerklärungen binnen 10 Tagen, von heute an gerechnet, dahier zu erfolgen hat, und nach Eintreffen der Zustimmung des Hrn. Erzherzog-Reichsverwesers, welche das kaiserliche Cabinet zur Vermeidung jedes Zeitverlustes sofort eventuell einzuholen besorgt seyn wird, werden die beiden Höfe von Wien und Berlin gemeinschaftlich sämmtliche deutsche Regierungen zum Beitritt einladen.

Gegenwärtiger Act ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt worden.

Geschehen zu Wien im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten den 30 Sept. 1849. F. Schwarzenberg m. p., (L. S.) Feldmarschall-Lieutenant. Bernstorff m. p. (L. S.)

Im Namen und Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich wird vorstehende, zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen abgeschlossene und von den beiderseitigen Bevollmächtigten am 30 Sept. d. J. zu Wien unterzeichnete Uebereinkunft über einen den übrigen Mitgliedern des deutschen Bundes vorzulegenden Vorschlag wegen Bildung einer neuen provisorischen Bundes-Central-Commission, nachdem solche geprüft und durchgängig genehmigt worden ist, hierdurch für ratificirt erklärt, mit dem Versprechen daß dieselbe kaiserlich österreichischerseits in allen Punkten vollzogen und unverbrüchlich besonders insoweit gehalten werden soll, als die kaiserlich österreichische Regierung darin die Verpflichtung übernommen hat gemeinschaftlich mit der königl. preuß. Regierung sämmtliche deutsche Regierungen im geeigneten Momente zum Beitritte einzuladen. Wien, den 12 October 1849.

Im allerhöchsten Auftrage: Der Präsident des Ministerrathes und Minister der auswärtigen Angelegenheiten. (L. S.) F. Schwarzenberg m. p., Feldmarschall-Lieutenant.

Nachdem Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich und Se. Maj. der König von Preußen die von Allerhöchstihren beiderseitigen Bevollmächtigten am 30 v. M. über die Bildung einer provisorischen Bundescentralcommission zu Wien abgeschlossene Uebereinkunft zu genehmigen, und demnach anzuordnen geruht haben daß die Allerhöchstdenselben vorbehaltene Ratification dieser Uebereinkunft durch entsprechende Ministerialerklärungen stattzufinden habe, sind die Unterzeichneten am heutigen Tage zusammengetreten um die kais. österreichischerseits zu Wien am 12 d. M. und königl. preußischerseits zu Berlin am 10 d. M. vollzogenen Ratificationsurkunden gegenseitig auszuwechseln.

Hierauf eröffnete der kais. österreichische Bevollmächtigte daß Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser Höchstihre Zustimmung zu dieser Uebereinkunft bereits ertheilt haben, legte die dießfalls an die kais. Regierung gelangte Erklärung im Original vor und übergab dem k. preußischen Bevollmächtigten eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde, welche wortgetreu lautet wie folgt: „Zu der am 30 Sept. d. J. zu Wien zwischen der k. k. österreichischen und der k. preußischen Regierung abgeschlossenen und

---

*) Die Zeitung für Norddeutschland fordert zu einer mildthätigen Sammlung für Kinkels Kinder auf.

**) Wir lassen diese Actenstücke, welche die Allg. Ztg. früher schon einzeln gegeben, hier nach der officiellen Zusammenstellung, wie sie nun auch der bayerischen Regierung zugekommen und von dieser angenommen sind, folgen. Die diese Actenstücke vervollständigenden Documente, die Annahme von Seite Bayerns enthaltend, finden sich in der heutigen Zeitung.

vom Fürsten Schwarzenberg und Grafen Bernstorff unterzeichneten Convention über Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt für Deutschland gebe Ich hiermit Meine Zustimmung und die Erklärung daß wenn die in jener Convention erwähnte Zustimmung sämmtlicher deutschen Regierungen zu derselben erfolgt seyn wird, Ich bereit seyn werde Meiner Würde als deutscher Reichsverweser zu entsagen und die Mir am 12 Jul. 1848 von der deutschen Bundesversammlung übertragenen Rechte und Pflichten in die Hände Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Sr. Majestät des Königs von Preußen niederzulegen. Frankfurt a. M., den 6 Oct. 1849. Der Reichsverweser (L. S.) (gez.) Erzherzog Johann. Der Präsident des Reichsministerraths (gez.) Wittgenstein.

Da sonach der Bedingung entsprochen ist welche der §. 1 der Uebereinkunft vom 30 Sept. d. J. festsetzt, werden sofort von Seiten Oesterreichs und Preußens die geeigneten gemeinschaftlichen Schritte gethan werden, um die Zustimmung der übrigen deutschen Bundesregierungen zu der in Rede stehenden Uebereinkunft in möglichst kurzer Frist zu erlangen.

Geschehen zu Wien im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt am 13 October 1849. (L. S.) F. Schwarzenberg, Feldmarschall-Lieutenant. (L. S.) (gez.) Graf Bernstorff.

Die Eisenbahnen in Italien.

‡ **Rom**, 18 Oct. Krieg und Finanznoth haben den italienischen Eisenbahnen übel mitgespielt. Der Anfang des Baues der projectirten ist unterblieben, die Fortsetzung der begonnenen unterbrochen, die Benutzung der fertigen gestört, ja zum Theil unmöglich geworden. So namentlich im Lombardo-Venezianischen, wo nicht nur längere Zeit hindurch alles stockte, sondern die Belagerung oder richtiger die Vertheidigung Venedigs dem Riesenbau der Lagunenbrücke Beschädigungen zufügte, deren Ausbesserung manche Monate und Hunderttausende in Anspruch nehmen wird. Um so erfreulicher ist es daß nicht nur die Strecke von Vicenza nach Verona seitdem vollendet worden ist, sondern man auch nach Casalmaggiore und Cremona zu bauen, sich so dem Po zu nähern und die Herzogthümer zum Anschluß aufzufordern die Absicht hat, wodurch Mittelitalien, in welchem bisher Toscana vereinzelt steht, in das große Eisenbahnsystem hineingezogen würde, welches von der Nord- und Ostsee her dem adriatischen Meer nahegerückt ist und es nächstens erreichen wird, indem selbst Schwierigkeiten wie die Strecke von Laibach nach Triest sie darbietet, nicht unüberwindlich sind. Und Piemont baut seinerseits fleißig fort zwischen Turin und Genua, und die politischen Verhältnisse werden sich hoffentlich so gestalten daß sie dem Anschluß an die Mailänder Bahn, an welcher auf der andern Seite noch die freilich nicht kurze, aber keine wesentlichen Terrainhindernisse darbietende Strecke von Treviglio nach Verona fehlt, nichts in den Weg legen, und so die Verbindung des adriatischen mit dem Mittelmeer möglich machen werden. Von da an bis Toscana ist freilich eine große Lücke, und das Terrain welches sich einer Bahn von Genua nach Lucca vermöge der gewaltigen Gebirgsmassen der Lunigiana widersetzt, über welche die Straßen von Genua und von Pontremoli mühsam nach dem Golf der Spezia führen, scheint nur eine Richtung zuzulassen, die von Cremona über Parma und Modena durch das Thal des Reno (dicht vor Bologna) nach Pistoja, wo sie mit der Bahn des rechten Arno-Ufers zusammenstoßen würde. An anderm Punkt ist der Apennin schwerlich zu übersteigen, und wenn man in Toscana die Rechnung ohne den Wirth machte, indem man den Bau dieser Bahn von Pistoja nach der päpstlichen Gränze projectirte, während die päpstliche Regierung von Eisenbahnen nichts hören wollte, so würde die Sache sich ganz anders gestalten, wenn der Anschluß an das oberitalische System entschieden wäre. Toscana besitzt bereits die Schienenwege von Florenz nach Pisa und Livorno, von Florenz nach Prato, von Pescia nach Lucca, von Pisa nach Lucca, unter denen namentlich der erstere von höchster Bedeutung und in diesen Blättern mehrmals besprochen worden ist. Auch dieser Bahn drohte die Revolution, welche im Livorneser Aufstand die widerwärtigste Gestalt angenommen hatte, schwer ersetzlichen Schaden zuzufügen: sie kam jedoch noch mit blauem Auge davon. Seit ganz kurzem ist nun eine neue Bahn eröffnet worden, die von Empoli nach Siena. Jetzt schon für den Waarenverkehr wie für Reisende wichtig, indem sie die kürzeste Landverbindung zwischen Livorno und Rom bewerkstelligt, wird sie einst größter Frequenz sich zu erfreuen haben, wenn man den Anschluß an den Süden ins Werk gesetzt haben wird. Empoli, 18 Millien von Florenz, 36 von Livorno entfernt, ist eine der Hauptstationen auf der die beiden Städte verbindenden Bahn: von hier aus durchschneidet der neue Weg das anmuthige Elsathal, Certaldo, Boccaccio's Wohnort und Grabstätte, und Poggibonsi, Kaiser Heinrichs VII letztes Winterquartier, berührend. Der Tunnel bei dem hochliegenden Siena ist noch nicht vollendet, die Bahn sonst aber dem Publicum übergeben. Für Siena ist es ein unberechenbarer Vortheil, indem die Stadt dadurch wieder einen Theil des Verkehrs an sich zieht welchen sie durch die große Frequenz der Dampfboote verloren hatte.

Wann aber wird man nach Rom weiterbauen? Es hängt vom Kirchenstaat ab, nicht von Toscana; denn Toscana kann auf dieser Seite, wo es keine ansehnlichen Städte mehr hat, an die Fortsetzung nicht denken, außer im Einverständniß und Anschluß an die Nachbarn. Für letztere werden sich jedoch nicht so leicht mehr fremde Capitalisten finden die, wie vor wenigen Jahren, sich der Aufgabe unterziehen wollen: im Land aber scheint das Geld im gegenwärtigen Moment gerade nicht im Ueberfluß vorhanden zu seyn. Uebrigens würde die Bahn mit geringeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben als man auf den ersten Blick glauben dürfte. Im Val d'Orcia, zwischen Buonconvento und dem rechts liegenden Montalcino, müßte sie natürlich die Richtung der jetzigen Poststraße schon verlassen welche, ein wahres Muster alter Straßen, immer einen Berg hinansteigt um ihn wieder herabzusteigen, und darunter den Berg von Radicofani, allen Reisenden im unerfreulichen Andenken! Zwischen Radicofani und dem See von Bolsena zur Linken, dem waldigen Montamiata zur Rechten würde die Straße die Thäler der Paglia und der Fiora finden, und so ohne große Hindernisse die Richtung nach Civitavecchia einschlagen, da man wahrscheinlich die höchst nothwendige Bahn nach diesem Hafen mit der florentinischen in Verbindung zu bringen versuchen wird, wenn man nicht etwa diese letztere durch das Thal der Paglia an Ponte Centino und Orvieto vorüber in jenes der Tiber zu führen denkt, was auch thunlich, wenn gleich durch die Gebirgszüge an der toscanischen Gränze erschwert werden würde. Von Rom aus ist sodann die Richtung auf San Germano, durch die Campagna zwischen den Sabiner-, Albaner- und Volskerbergen und durch das Thal des Sacco, von der Natur indicirt wie durch die Direction der Bahn von Neapel nach Capua und die beabsichtigte Fortsetzung nach der genannten kleinen Gränzstadt. Der Theil des Kirchenstaats in welchem der Bau einer Eisenbahn am leichtesten seyn müßte, die Romagna, bliebe freilich auf solche Weise von Bologna an bis Ancona für jetzt ausgeschlossen; aber es ist natürlich daß man erst die Hauptstädte und den cis-apenninischen Theil der Halbinsel berücksichtigt; die Romagna wird schon an die Reihe kommen, wenn Neapel erst ein vollständigeres System entwickelt und die adriatische Seite, Abruzzen, Molise und Apulien in den großen Verkehr zieht. Wie aber bis jetzt im Kirchenstaat noch gar nichts gebaut ist (die wenigen in den Revolutionsmonaten unternommenen Erdarbeiten an der Strada Pia-Latina zwischen Rom und Frascati wird man nicht rechnen wollen), so ruht in Neapel die Arbeit völlig: man ist immer noch nicht über die beiden kleinen Bahnen nach Capua und nach Castellamare und Nocera hinausgekommen, von denen erstere die bekannte Geschwindigkeit der bayerischen Posten auf ihre Weise nachzuahmen sich bestrebt, und man hat dem täglich lauter werdenden Verlangen nach Vervollkommnung der mangelhaften Communicationen im Königreich noch keineswegs entsprochen. Und doch sind wenige Straßen mehr vorgezeichnet als die von Capua nach San Germano.

Ueberblickt man das Gesammte, so ist Italien hinter den meisten europäischen Ländern welche die Nothwendigkeit der Schienenwege begriffen haben, hinter England, Belgien, Deutschland, Frankreich (welches lange Versäumtes endlich nachzutragen sich bestrebt) weit zurückgeblieben: im Kirchenstaat und den beiden Herzogthümern hat man noch nicht das mindeste gethan; im sicilischen Königreich lächerlich wenig; in Piemont ist von wahrhaft riesigen Projecten bisher nur ein höchst geringer Theil zur Ausführung gekommen. In der Lombardei und Toscana hat man verhältnißmäßig das meiste geleistet, namentlich in letzterem Staate. Bis jetzt ist alles fragmentarisch: nicht eine große Linie ist vollendet, und es würde sich, ginge man nicht ernstlicher ans Werk, bald zeigen wie illusorisch der beschönigende Glaube ist, Italien bedürfe der Eisenbahnen wenig oder gar nicht, weil es die Wasserstraße habe. Da benutze doch einer einmal die Wasserstraße zwischen Genua nnd Venedig, zwischen Rom und Bologna-Ancona, zwischen Neapel und Brindisi! Hoffen wir daß mit der Wiederherstellung des Friedens und der innern Ruhe die materiellen Interessen, mit welchen in diesem Fall auch geistige sich verbinden, ihr gutes Recht geltend machen werden.

Personal-Nachrichten.

Consulate. Der bisherige General-Agent in Tripolis Caspar Merlato geht in der Eigenschaft eines kaiserl. österreichischen General-Consuls nach Tunis. Auf den Posten eines kais. Agenten und General-Consuls in Bukarest ist der bisherige General-Consul in Alexandrien, Gubernialrath Ritter Anton v. Laurin, mit Verleihung des Titels und Charakters eines kaiserl. Ministerialrathes, ernannt; auf dem Posten in Jassy der bisherige dortige Agent A. v. Eisenbach in der Eigenschaft als kaiserl. Agent und General-Consul belassen.

Wissenschaft und Kunst. Der ordentliche öffentliche Professor der politischen Wissenschaften und der Gesetzkunde an der Wiener Universität, Dr. Eduard Tomaschek, ist zum Ministerialrath bei dem Ministerium des Cultus ernannt; der Großwardeiner Priester Dr. Fr. Hovänyi zum Domherrn am Großwardeiner bischöfl. Domcapitel latini ritus; der Preßburger Domherr J. Maisch, und der Mohácser Pfarrer A. Schirgl, zu Domherren am Graner Metropolitan-Capitel; endlich der Priester J. Danielik zum Magister Canonicus am Metropolitan-Capitel zu Erlau. Die Lehrkanzel der Moral-Theologie an der Universität zu Prag ist dem Professor dieses Faches an der Gratzer Hochschule, Dr. W. Beutel v. Lattenberg, verliehen. Hr. A. M. Pleischl, k. k. emeritirter Professor der Chemie an der Wiener Hochschule, dem mittelst kaiserlicher Entschließung vom 13. Februar die allerhöchste Zufriedenheit mit seiner vieljährigen treuen Dienstleistung zu erkennen gegeben wurde, ist mit der Ertheilung des Titels eines k. k. Regierungsrathes ausgezeichnet worden. — Bei der juridischen Facultät an derselben Hochschule wurde Regierungsrath Kudler zum Dekan und Professor Leeb zum Prodecan erwählt. Bei der medicinischen Facultät traf die Wahl zum Decan Herrn Rokitansky.

Todesfälle. In Preßburg, 12. Oct., der k. k. Oberstlieutenant und Obercommandant der k. k. Militärspitäler in Preßburg, Joseph Dall'-Aglio, im 58. Lebensjahre, am Typhus. Aufopfernde Thätigkeit bezeichnete seinen ihm hier angewiesenen Wirkungskreis.

(3860) Renten-Anstalt der bayer. Hypotheken- und Wechselbank.

Diejenigen welche sich bei der **VII.** Jahresgesellschaft noch zu betheiligen wünschen, werden eingeladen ihre Einzahlungen bis Ende November entweder direct bei den Bank-Cassen in München und Augsburg oder bei den an allen bedeutenden Orten aufgestellten Agenten zu machen. Die fragliche Gesellschaft zählte schon am Schlusse des vergangenen Jahres ein Einlags-Capital von mehr als 42,000 fl. und hat im Laufe des gegenwärtigen noch einen weitern nicht unbedeutenden Zuwachs erhalten. Da nun die politischen Verhältnisse mittlerweile wieder einen ruhigeren Charakter angenommen haben, so hofft man daß die Constituirung nun bald werde erfolgen können.

Ueber den Nutzen der Renten-Anstalten ist bereits so viel geschrieben worden daß man diesen Gegenstand fast als erschöpft betrachten kann, doch möchte es nicht überflüssig seyn darauf aufmerksam zu machen daß sie, wie neulich ein öffentliches Blatt sehr richtig bemerkte, gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo man sich so viel mit der Besserung der materiellen Lage beschäftigt, eine vorzügliche Beachtung verdienen, indem sie das geeignetste Mittel an die Hand geben um gemachte Ersparnisse zum Wohl der Familie anlegen zu können. — München, den 11 October 1849.

Die Administration der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.
Franz Xaver Riezler, Director.

[3811] Im Namen
Sr. Majestät des Königs von Bayern
erkennt der Schwurgerichtshof von Oberbayern in Sachen des Johann Baptist Mayr und Anton Glöggler wegen Diebstahls zu Recht was folgt:

I. Johann Baptist Mayr, lediger Bediente von Pörnbach, ist schuldig des Verbrechens des ausgezeichneten Diebstahls im Betrag von mehr als vierhundert Gulden, verübt am 23 Julius 1847 an dem damaligen königl. preuß. Gesandten in München, Grafen v. Bernstorff, unter den zwei erschwerenden Umständen der vorausgegangenen Verbindung und des Dienstverhältnisses, und wird deßhalb zu einer Zuchthausstrafe von neun Jahren verurtheilt.

II. Anton Glöggler, lediger Candidat der Medicin aus Kettenbach, ist schuldig des Verbrechens des ausgezeichneten Diebstahls im Betrage von mehr als vierhundert Gulden, verübt am 23 Julius 1847 an dem damaligen königl. preuß. Gesandten in München, Grafen v. Bernstorff, unter dem erschwerenden Umstande der vorausgegangenen Verbindung, und wird deßhalb zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren verurtheilt.

III. Johann Baptist Mayr und Anton Glöggler haben die Kosten des Verfahrens zu tragen, selbe fallen jedoch ihrer Mittellosigkeit wegen dem Staatsärar zur Last.

IV. Die zu Gerichtshanden gekommenen Gegenstände sind als herrenloses Gut dem k. Fiskus auszuhändigen.

ꝛc. ꝛc. ꝛc.

Also geurtheilt und verkündet in öffentlicher Sitzung des Schwurgerichtshofes von Oberbayern am dreizehnten October achtzehnhundert neunundvierzig, wobei zugegen waren:

Als Richter: v. Schab, Rath am königl. Appellationsgerichte von Oberbayern, Präsident des Schwurgerichtshofes, dann Frhr. v. Schleich, Körber, Hagens, Räthe, und Dr. Schmid, Assessor am k. Kreis- und Stadtgericht München, als functionirender Staatsanwalt Mähler, Assessor am königl. Kreis- und Stadtgericht dahier, und als Protokollführer der k. Kreis- und Stadtgerichts-Protokollist und Accessist Dr. Wolf.

Schab.
Schleich. Körber. Hagens. Dr. Schmid.
Dr. Wolf.

Dieses gegen die abwesenden Johann Baptist Mayr und Anton Glöggler gefällte Urtheil wird hiemit öffentlich bekannt gemacht.
München, den 22 October 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht München.
Steyrer.

(3852—54) **Edictalladung.**

Der Holzmesserssohn Samuel Franziskus Kriedelsberger von Augsburg, geboren am 2. Sept. 1779, ist schon seit vielen Jahren abwesend, ohne daß seither sein Aufenthalt ermittelt werden konnte.

Nachdem nun derselbe 70 Lebensjahre vollendet hat, so wird er oder seine allenfallsige Descendenz anmit aufgefordert

binnen sechs Monaten a dato

sich bei dem unterfertigten Gerichte zu melden, und sein in 267 fl. 28 kr. bestehendes Vermögen in Empfang zu nehmen, umso gewisser als er außerdem für verschollen und todterklärt, und sein Vermögen an seine nächsten Verwandten ohne Caution hinausgegeben werden würde.

Augsburg den 19. Oct. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der kgl. Director
du Ponteil.

(3851) **Bekanntmachung.**

Da die in der Edictal-Citation vom 30. März l. J. beschriebene Urkunde (Anweisung) innerhalb des vorgesetzten Termins von sechs Monaten bei dem unterfertigten Gerichte nicht vorgewiesen wurde, so wird dieselbe in Folge des angedrohten und nunmehr verwirklichten Präjudizes, wie hiemit geschieht, für kraftlos erklärt.

Augsburg den 17 Oct. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der kgl. Director.
du Ponteil.

(3813) **Bekanntmachung.**

Verschollenheits-Erklärung.

Nachdem sich ungeachtet der Edictal-Citation vom 27 März l. J. weder der seit 1807 landesabwesende Johann Michael Hüttinger, Sohn der hiesigen Fuhrmannswittwe Barbara Butz, noch dessen Descendenz gemeldet, so wird derselbe nach bereits überschrittenem 70sten Lebensalter für todterklärt und sein Vermögen der Actenlage gemäß über Abzug der Gerichtskosten an die Intestaterben des Verschollenen und die gerichtsbekannten Gläubiger der Curatelmasse ohne Caution hinausgegeben.

Regensburg, den 19 October 1849.
Königliches Kreis- und Stadtgericht.
Ebner.

[3823—25] **Edictal-Citation.**

In der Proceßsache des Buchdruckers Albrecht Wolkart von Augsburg gegen den Handelsmann Joseph Hoffstetter aus Weißenhorn wegen Forderung wird zum Vergleichsversuch, eventuell zur Klagsverhandlung im gewöhnlichen Verfahren auf

Donnerstag den 27 December,
Vormittags 9 Uhr

dahier Termin anberaumt, und hiezu der abwesende Beklagte Hoffstetter unter Hinweisung auf §. 18. Nr. 1. der Proceß-Novelle von 1837, da Kläger die Anerkennungs-Urkunde im Original mit der Klage übergeben hat, bei Vermeidung der Verurtheilung in die Kosten hiemit öffentlich vorgeladen.

Alle weitern landgerichtlichen Verfügungen an Beklagten werden übrigens durch Anheftung an das Gerichtsbrett als insinuirt erachtet werden. Die Klage mit Beilage wurde der Ehefrau des Beklagten im Duplicate zugestellt.

Roggenburg am 16 Oct. 1849.
K. B. Landgericht Roggenburg.
Grashey, Landr.

[3794] **Bekanntmachung.**

Schuldenwesen des Franz Joseph Herrmann von Rothach betreffend.

Auf Andringen mehrerer Hypothekargläubiger wird hiemit das Anwesen des Papiermüllers Frz. Jos. Herrmann von Rothach im Wege der Hülfsvollstreckung und gemäß §. 64 des Hypothekengesetzes, sowie unter Beachtung der §§. 98, 101 der Gesetznovelle von 1837 dem öffentlichen Verkauf unterstellt, und zu diesem Behufe Tagsfahrt auf

Montag den 26 November l. J.,
Vormittags 9 Uhr,

im Hause des Schuldners zu Rothach anberaumt, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden daß die Kaufsbedingungen bei der Steigerungstagsfahrt bekannt gemacht werden.

Das fragliche Anwesen besteht:

1) im Wohn- und Oekonomiegebäude Haus-Nr. 4 in Rothach mit Stall, Schupfe und Stadel und Lohstampfe, dann 26 Tagwerk 61 Dec. Grundstücken und realer Rothgerbergerechtsame;
2) in dem mit Wasserwerk und aller zur Papierfabrication nöthigen Einrichtung versehenen, von Holz erbauten und mit Platten gedeckten Mühlgebäude an der Rothach;
3) in einem Gutsausbruche pr. 7 Tagw. 43 Dec., und
4) in 6 Tagw. 65 Dec. in den Gemeinden Weiler, Lindenberg und Röthenbach gelegenen Waldungen.

Die Papiermühle ist auf 8500 fl. und das übrige Anwesen mit realer Gerbergerechtsame auf 9400 fl. gerichtlich eingewerthet worden.

Weiler, am 28 August 1849.
Königliches Landgericht Weiler.
P. beurl.
v. Brück, Assessor.

[3849—50] In der Zupanskischen Buchhandlung in Posen ist erschienen:

1 Sejm rakuzki. 25 Sgr.
1 Paraliańszczyzna przez Leszka. Tom. II. 1 Rthlr. 15 Sgr.

Diese Artikel werden nur auf Verlangen fest expedirt.

[3847] Aus dem Verlage von Karl Twietmeyer in Leipzig ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Geschichte der französischen Revolution von Bruno Bauer, Edgar Bauer und Jungnitz.

3 Bände. 3 Rthlr.

[3744] Im Verlage der Unterzeichneten sind folgende Werke erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der evangelische Kirchengesang

und sein Verhältniß

zur Kunst des Tonsatzes,

dargestellt von

Carl v. Winterfeld.

Drei Bände in Quart, mit vielen Musikbeilagen. Geh. Preis 46 Thlr.

Ueber

Herstellung des Gemeine- und Chorgesanges

in der evangelischen Kirche

von Carl v. Winterfeld.

Geheftet, Preis 1 Thlr.

Schatz

des evangelischen Kirchengesanges

im ersten Jahrhundert der Reformation,

herausgegeben von

G. Freiherrn v. Tucher.

Erster Theil, **Liederbuch**, geh. Preis 3 Thlr.

Zweiter Theil, **Melodienbuch**, geh. Preis $4\frac{1}{2}$ Thlr.

Mozarts Opern.

Kritische Erläuterungen von **A. Oulibicheff.**

Aus dem Französischen übersetzt von

C. Koßmaly

Leipzig, im October 1849. Breitkopf & Härtel.

[3722] Bei Flammer u. Hoffmann in Pforzheim ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angränzenden Länder zu haben:

Tafeln

zur Erleichterung und Ersparung der auf

Maschinenbau

bezüglichen und ähnlicher Rechnungen

zunächst für Mechaniker, Ingenieure, Berg- und Hüttenleute rc.

Von Carl Holtzmann,

großherzogl. badischem Hüttenverwalter.

gr. 8. geheftet. 1 Thlr. 20 Ngr. oder 2 fl. 30 kr.

Dem Geschäftsmann zeitraubende Rechnungen zu ersparen, ist ein Gewinn welcher nicht hoch genug angeschlagen werden kann, der sich noch steigert wenn zugleich größere Sicherheit gegen Fehler geboten wird. Eine solche Ersparniß gewinnt einer großen Zahl thätiger Männer Zeit ihre Kräfte nützlicher zu verwenden; sie ist eine Bereicherung der Nation. Der Wunsch, hiezu einen Beitrag zu liefern, war die Veranlassung dieses Werkchens.

(3826) Bekanntmachung.

Für Seiden- und Wollenfärber

ist das neue Verfahren Kalibian in einer Flotte, ohne Vorbeize, ohne Eisen, ohne Composition zu färben, welches nur den zehnten Theil dessen kostet was die ältere Art kostete, bei C. Leuchs & Comp. in Nürnberg gegen Einsendung von 12 Preuß. Thalern und Versprechen der Geheimhaltung bis 1860 zu erhalten.

(3857) **Carl Wasser**

Speditions-Geschäft in Wien

empfiehlt seine regelmäßigen, täglich abfahrenden

Extra-Eilfuhren zwischen **Wien** und **Mürzzuschlag**

womit derselbe Expeditionen

nach Gratz in 2 Tagen
„ Laibach in 4 Tagen
„ Triest in 6 Tagen
„ Verona in 12 Tagen
„ Mailand in 18 Tagen

zu billigst festgesetzten Fracht-Preisen besorgt.

Zugleich werden auch Speditionen nach allen Richtungen des In- und Auslandes übernommen, und auf die zweckmäßigste Weise zu den billigsten Bedingnissen expedirt.

Goldene Medaille 1844. (2974—3006) **Brustreiz-Krankheiten.** Silberne Medaille 1844.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Rehlinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[3766] Soeben erschien im Verlage von Jm. Tr. Wöller in Leipzig und kann durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes bezogen werden:

August Erdmann Lehmann's

(Lehrer der Kochkunst zu Dresden)

praktisches

Kochbuch

für mittle und kleine Haushaltungen.

Enthaltend: Wohlgeprüfte, gründliche und leicht faßliche Anweisungen, wie man in der bürgerlichen Küche die verschiedenartigsten Speisen, Backwerke und Getränke auf sehr nahrhafte und schmackhafte Weise möglichst schnell und billig zubereiten kann. (Mit genauer Angabe des Maßes und Gewichts.)

Vierte vielfach verbesserte u. vermehrte Auflage.

(Eleg. gebunden. Preis 16 gGr. = 20 Ngr. od. Sgr.)

Der deutlichste Beweis wie sehr dieß rühmlichst bekannte Kochbuch durch seine überaus große Nützlichkeit beim Publicum beliebt ist, geht wohl am deutlichsten daraus hervor daß bereits Bücherfabrikanten theils zu ihren Machwerken den Inhalt dieses gediegenen Buches, theils den Namen des Verfassers benutzt haben, um so das Publicum zu täuschen. Man wolle daher bei Bestellung dieses Kochbuches ja den Titel genau beachten, namentlich aber die Vornamen des Verfassers „August Erdmann" Lehmann, sowie dessen Stand und Wohnort „Lehrer der Kochkunst zu Dresden", wie dieß auf dem Titel deutlich angegeben ist.

[3804] Durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Hall, Mrs. Charl., Leiden der Frauen. Moralische Erzählungen für die reifere weibliche Jugend. N. d. Engl. v. Fennimore. 16 Bdchen. enth.: **Die Gouvernante — Die Privatbörse — Zweimal verheirathet.** 8. in eleg. Kuft. carton. 48 kr. od. 16 Ngr.

Die über dieses Werk bereits erschienenen Recensionen sprechen sich so sehr günstig darüber aus daß wir jede weitere Empfehlung für überflüssig erachten. Zur Anschaffung für Institute, Pensionate und vorzüglich zu Geschenken dürfte dieses Werk bestens empfohlen seyn.

Hopf, Dr. G. W., Rector der Handelsgewerbschule in Nürnberg, **Ueber Jugendschriften.** Mittheilungen an Eltern und Lehrer. 12. carton. 24 kr. od. $7\frac{1}{2}$ Ngr.

Da bei der außerordentlichen Reichhaltigkeit der Jugendlitteratur die Auswahl des Passendsten nur wenigen möglich ist und so manches nicht empfehlenswerthe Buch in die Hände der Jugend kommt, so hoffen wir daß durch diese sorgfältige Musterung, welche in 108 Nummern die namhaftesten Jugendschriften nebst kurzer Inhaltsangabe und Beurtheilung enthält, den Wünschen vieler Eltern und Erzieher entsprochen werde.

Weiß, L., Pfarrer, Schulinspect. u. Vorstand des Marieninstituts in Fürth, **Blüthensammlung deutscher Lesestücke für die Jugend.** 16 Bdchen. 8. br. 36 kr. od. 10 Ngr.

Dieses Lesebuch, welches sich genau an die Lehrbücher von Otto und Kellner anschließt und ihren Gebrauch im Unterricht praktisch zu vermitteln beabsichtigt, wird allen Lehranstalten, die den reichen Gewinn jener Werke für den deutschen Sprachunterricht ihren Zöglingen zuwenden wollen, dringend empfohlen.

J. L. Schmids Buchhandlung in Fürth.

[3820—21] Aug. Schillinger, Handelsagent, Leopoldstadt N. 330 in Wien, empfiehlt sich zur Uebernahme von Musterkarten und Commissionslagern, sowie zur Besorgung aller Geschäfte in den österreichischen Staaten, Rußland und Levante.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag Nr. 303. 30 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Prinz von Preußen. Bevorstehende Verminderung der Besatzung. Montefiore. Der Widerstreit von Oesterreich und Preußen in Betreff des Reichstags); München (der Ausschußbericht der zweiten Kammer über die deutsche Frage stimmt der Politik des Ministeriums zu); Stuttgart (das Ministerium Römer-Goppelt durch ein Ministerium Schlayer-Herdegen ersetzt. Berichtigung in Betreff der Bundesfestung von Ulm); Rastatt (Aufhören des Standgerichts); Hamburg (Festrede von H. v. Gagern. Klapka nach England); Trier (Ludwig Simon als Deserteur ausgeschrieben); Berlin (der Prinz von Preußen. Postverfügung. Neues Protokoll des Verwaltungsraths. Die Spaltung zwischen Ministerium und zweiter Kammer. Wird ein Reichstag berufen?); Halle (Aufhören der Litteraturzeitung); Magdeburg (der König. Zusammentreffen mit dem Herzog von Braunschweig und dem König von Hannover); Wien (die Vorschläge zur Zoll- und Handelseinigung von Deutschland. Die Organisation Ungarns und österreichisch Italiens. Das Seerecht. Die Landtagsordnungen. Haynau nach Pesth).

Oesterreichische Monarchie. Verkehrserleichterung.

Großbritannien. Ein Armee-Brevet. Frankreichs Verhältniß zur türkischen Frage. Das Chronicle über Deutschland.

Frankreich. N. Bonaparte's Anzüglichkeiten gegen den Präsidenten. Auch Corcelles zurückberufen. Persignys Sendung.

Belgien. Der König nach Lüttich zu einer Zusammenkunft mit dem Reichsverweser. Fürst Metternich.

Rußland und Polen. Der außerordentliche Gesandte der Pforte wird am Kaiserhof ausgezeichnet empfangen. Eine friedliche Beilegung versprochen. Neue Emissionen.

Griechenland. Gesetz über Eintreibung der Steuerausstände.

Ionische Inseln. Briefe aus Corfu und Cephalonia über die Ausnahmsmaßregeln und Executionen.

Ostindien. China. Der weiland Fürst von Multan. Näheres über die Ermordung des Statthalters von Macao.

Beilage. Preußische Staatsacten. (Die deutsche Frage: die Denkschrift.) — Baden und Deutschland. — Die deutsche Frage in Oesterreich. (I.) — Lübeck. (Das Protokoll über den Beitritt zum Dreikönigsbund.) — Die Leipziger Messe. — Schleswig-Holstein. (Die Proteste gegen die Landesverwaltung.) — Bern. (Raveaux an Druey. Gerücht über eine Note der Mächte an die Schweiz. Sigwart Müller. Parteikämpfe in Genf. Dr. Galeers „Völkerbund.“ Conferenz der Sonderbundskantone.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam, Hamburg 26; Wien, Berlin 27; Augsburg 29 Oct.

Deutschland.

z. **Frankfurt a. M.**, 26 Oct. Da liegt der Fehdehandschuh bereits hingeworfen: Radowitz hat Namens der preußischen Regierung die Abhaltung des Erfurter Reichstags feierlich verkündet. Kann und wird Oesterreich — frägt man sich hier — dieselbe zugeben? und die Antwort fällt verneinend aus. Kann und wird aber Preußen sie aufgeben wollen? und auch diese Frage muß verneint werden. Es wird sich bald zeigen daß der Dualismus auch Potenzen enthält die gegeneinander in Spannung gerathen können. Die Wege Oesterreichs sind von denen Preußens wesentlich verschieden, und doch sollen sie auf demselben Damme liegen. General v. Radowitz scheint indessen nicht, wie behauptet worden, zum Interims-Bundescommissär bestimmt zu seyn; es däuchte auch den Umsichtigen dessen Wahl von vornherein unwahrscheinlich, da seine Anwesenheit in Berlin und Erfurt unvermeidlich ist. Dagegen soll österreichischerseits die Ernennung des Frhrn. v. Kübeck und des in Italien wohlbekannten General Schönhals ziemlich ausgemacht seyn. Römers Hierhereise hatte wohl einen freundschaftlich-politischen Zweck; wenigstens kann sein hiesiger Verkehr mit dem württembergischen Bevollmächtigten Obertribunalrath v. Sternenfels ebenso sehr auf Rechnung der Freundschaft als der Politik gesetzt werden.

|| **Frankfurt**, 27 Oct. Das morgen von hier nach Baden aufbrechende Bataillon des preußischen dreißigsten Infanterieregiments wird durch ein Bataillon vom einunddreißigsten Regiment ersetzt, letzteres aber zum größeren Theil in der (bisher als preußisches Militärspital verwendeten) „Westendhalle“ untergebracht werden, woraus für die Bürgerschaft in Betreff der Einquartierung eine beträchtliche Erleichterung erwächst. Allem Anschein nach darf man dem gänzlichen Aufhören derselben in kürzester Zeit entgegensehen. Selbst in den militärischen Kreisen gilt es als ausgemacht daß alsbald nach Einsetzung der neuen Bundescommission eine bedeutende Reduction der hier garnisonirenden Truppen eintreten werde. Namentlich sollen von den jetzt anwesenden sechs Infanteriebataillons künftig nur drei (ein österreichisches, ein preußisches und das Frankfurter Bataillon) als ständige Garnison in Frankfurt verbleiben. Die gegenwärtig getheilten Commandos des preußischen und der sogenannten Reichstruppen werden dann wohl auch bei veränderten Verhältnissen in eines zusammenfallen. Die nach den Zollvereinsverträgen alle drei Jahre eintretende Volkszählung findet für Frankfurt und dessen Gebiet im Lauf des Decembers statt. Sir Moses Montefiore, dessen Vermittelung zur Zeit der Damascener Angelegenheit bei seinen Glaubensgenossen noch in dankbarem Gedächtniß fortlebt, ist auf der Rückkehr von einer Reise nach Palästina hier eingetroffen und wird einige Zeit verweilen. Der Prinz von Preußen befindet sich seit heute Mittag wieder hier; er begibt sich zunächst nach der Rheinprovinz.

Bayern. || **München**, 29 Oct. Wie ich eben aus verlässiger Quelle höre, hat heute endlich der für die deutsche Frage bestehende Ausschuß der Abgeordneten förmlichen Beschluß gefaßt, und seine Anträge für die nächste Sitzung formulirt. Die Commission beantragt in umständlicher Erwägung, resp. Billigung, der von der bayerischen Regierung in der deutschen Frage beobachteten Haltung „zur motivirten Tagesordnung überzugehen“, und die Erwartung auszusprechen daß die Regierung den Grundgedanken der Einigung des gesammten Deutschlands festhalten und für das Zustandekommen einer dieses bezweckenden definitiven Verfassung nöthige Opfer nicht scheuen, auch die Ergebnisse dießfälliger Verhandlungen zur Kenntniß und Zustimmung der Kammer vorlegen werde.

Württemberg. * **Stuttgart**, 28 Oct. Unsere Ministerkrisis ist beendigt. Anbei die (officielle) Liste des neuen Ministeriums: Inneres, Hr. v. Schlayer; Finanzen, Hr. v. Herdegen; Cultus und auswärtige Angelegenheiten, Frhr. v. Spittler-Wächter; Justiz, Hr. v. Hänlein, bisher Vicedirector des Kreisgerichtshofs in Ulm; Krieg, Oberst v. Baur, bisher Chef des Generalquartiermeisterstabs in Ludwigsburg. Daß die Krone in vollständig gutem Einvernehmen von ihrem bisherigen Rath scheidet, beweist die an Hrn. Römer ergangene Einladung seine Dienste, und zwar nach eigener Wahl im Geheimen Rath oder im Obertribunal, dem Staat zu erhalten — ein Anerbieten worauf derselbe bis jetzt weder ablehnend noch annehmend geantwortet hat. Schließlich eine Berichtigung: Ihr Blatt vom 27 d. erwähnt, aus dem Schw. Merkur schöpfend, eines Vertrags unserer Regierung mit der k. k. österreichischen, vermöge dessen die Besatzung der Bundesfestung Ulm hinfüro auch 3000 Mann österreichische Truppen in sich aufnehmen solle; das öffentliche Gerücht bezeichnet sogar schon diejenigen österreichischen Regimenter welche zu diesem Zweck designirt seyen. An allem dem ist kein wahres Wort; vielmehr hat es in dieser Hinsicht bei den bisherigen und bestehenden Verträgen lediglich sein Bewenden, wonach die Friedensbesatzung von Ulm, mit Ausnahme von 300 österreichischen Kanonieren, von den Territorialstaaten Bayern und Württemberg zu stellen ist, und nur die Kriegsbesatzung von den drei Staaten Oesterreich, Bayern und Württemberg zu gleichen Theilen gegeben wird.

*** **Stuttgart**, 28 Oct. Die Schwierigkeiten in der Ersetzung Duvernoy's und Goppelts bei der feindlichen Stellung der zwei Fractionen, in welche sich die frühere liberale Partei theilte, haben die Beseitigung des Ministeriums Römer zur Folge gehabt — ein Ereigniß das ich in meinem letzten Schreiben als möglich wegen des angegebenen Grundes bereits aussprach. Da die Zusammensetzung einer gleichförmigen Re-

gierung aus Mitgliedern des linken Centrums, welche in der Kammer und im Lande durch ihre Persönlichkeit von Gewicht gewesen wäre, nicht eintreten konnte, so ist jene Aufgabe früheren Ministern anheimgefallen, mit welchen Römer wegen seiner Vergangenheit keine Gemeinschaft haben konnte. Heute ist die Ernennung des Ministeriums entschieden. Römer tritt ins Privatleben zurück, und kann sich nur als Abgeordneter bei der nächsten Session am öffentlichen Leben betheiligen. Die gegen ihn gerichtete Opposition der Demokraten und deren Schmähungen haben somit ihren Zweck erreicht; jene Partei mag mit seinen Nachfolgern fertig werden, wenn sie dieß kann; die Wähler welche die Leiter der Volksversammlungen und der Volksvereine in die Kammer schickten, mögen jetzt befriedigt seyn; sie werden bald und sicherlich auf längere Zeit die Folgen ihres Verfahrens empfinden, und wahrscheinlich genug Gelegenheit zum Nachdenken erhalten. Vielleicht wird die neue Regierung in Bälde öffentliche Erklärungen erlassen; nach dem Plane der jetzt abgetretenen sollte die Kammer innerhalb vier Wochen zusammenberufen werden.

Gr. Baden. ✝ **Rastatt,** 28 Oct. Die Standgerichte für die in Untersuchung stehenden Gefangenen haben, Gott sey's gedankt, aufgehört. Das Standrecht ist mit dem Kriegszustand zwar auf weitere vier Wochen verkündet, jedoch nur für etwa neuerdings vorkommende Vergehen. Vorgestern wurden von fünf Dragonern noch vier zu 10 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt, einer vor die ordentlichen Gerichte verwiesen. Das letztere wurde gestern auch über den Advocaten Grether, Civilcommissär von Rastatt, verhängt. Ich werde auf diesen, hoffentlich letzten, Standgerichtsproceß zurückkommen.

Hansestädte. Hamburg, 25 Oct. Kurz nach $5\frac{1}{2}$ Uhr begann gestern Abend in dem glänzend erleuchteten und ausgezeichnet decorirten und drapirten großen Saale der Tonhalle die Heinrich v. Gagern zu Ehren von den Vorstehern des patriotischen Vereins veranstaltete Feier. An fünf langen Tafeln nahmen nahe an 400 Männer Platz. Das hansische Militär-Musikcorps saß auf der Tribünen-Estrade; die Galerien waren fast ausschließlich mit Damen besetzt. In der Nähe der Tribüne waren die fünf Tafeln zu einem Halbkreise vereinigt, an welchem die drei Ehrengäste, Heinrich v. Gagern, Karl Mathy und Dr. G. Riesser, saßen. In ihrer Nähe hatten noch Hans v. Raumer (in seiner schleswig-holsteinischen Uniform) und der Bremer Begleiter Gagerns, Hr. Meier, Platz genommen. Die Mitte des Halbkreises bildete der Sitz den Hr. Godeffroy, als Vorsitzender des Festes, eingenommen hatte. Hr. Godeffroy eröffnete das Fest mit kurzen, schlichten und bescheidenen Worten, in denen er besonders den Sinn in welchem das Fest aufgefaßt und gefeiert werden sollte, darzulegen sich zur Aufgabe machte, und an deren Schluß er ein Hoch auf Gagern ausbrachte. Nach einer kurzen durch ein Musikstück ausgefüllten Pause erhebt sich Hr. v. Gagern: „Meine Herren! In der Paulskirche sprach ich das Wort: Es ist ein Gefühl der Wehmuth, und nicht des Stolzes, das mich überwältigt, wenn ich das Vertrauen bemerke mit dem mich so viele Parteien im Vaterlande beehrt haben, und mit dem mein Streben von so verschiedenen Seiten weit über mein Hoffen und Verdienst hinaus anerkannt wird. Dieses Gefühl überwältigt mich auch heute noch in demselben Grade wie damals als ich jene Worte sprach. Denn ich bin mir bewußt, und muß bekennen, daß bedeutendere Männer an dem Neubaue des Vaterlands sowohl vor mir als mit und neben mir gearbeitet haben. Nur darauf mache ich Anspruch, von mir sagen zu dürfen daß ich ihnen eine feste Stütze war, ihnen in ihrem Streben und Wirken treu zur Seite stand. Nur wenige Tage ist es mir hier zu verweilen gegönnt. Die Zeit ist leider zu kurz um Personen und Zustände dieser hochwichtigen Stadt genauer kennen zu lernen. Aber doch kann ich nicht umhin für die freundliche Einladung die mich hierher führte zu danken. Ich weiß den Werth des Empfanges und der Aufnahme zu schätzen die mir hier in diesem ehrenwerthen Kreise von Männern zutheilgeworden ist, die dem Vaterlande treu anhängen, von Bürgern einer Stadt die eine der bedeutendsten nicht bloß im Vaterlande, sondern durch ihre Verbindungen mit fernen Welttheilen eine der hervorragendsten auf dem ganzen Erdenrunde ist. Ich bin zu Ihnen gekommen in einer Zeit in welcher die Zukunft des Vaterlandes noch durch schwere Wolken verhüllt ist. Aber an dem Vaterlande nimmer zu verzweifeln, aus dem Schutte wieder hervorzusuchen was noch brauchbar ist, und es für die Zukunft zu benutzen, das ist noch jetzt meine Stellung, meine Richtung. Gestatten Sie mir daß ich, indem ich Ihnen über mein bisheriges Streben und Wirken Rechenschaft ablege, zuerst die Frage erörtere: **Was können wir von der Gestaltung der Dinge hoffen die jetzt im Verwaltungsrath in Berlin erwogen werden?** Ich will hier nicht darauf zurückkommen, ob es nicht mehr in unser aller, sowie in meinen Wünschen gelegen hätte, wenn die von der Nationalversammlung in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung im Vertrauen auf ihre Entwicklungsfähigkeit, und in Erwartung einer lebendigen, friedlichen Entwicklung eingeführt und verwirklicht worden wäre. Es hat nicht so seyn sollen, und zur Durchführung dieser Verfassung hat uns vor allem die energische Unterstützung des preußischen Volkes gefehlt, dessen Vertreter in der Paulskirche in ihren Ansichten so weit voneinander abwichen, daß es schwer war das Gemeinsame in ihren Bestrebungen zu entdecken. Es ist ein anderer Weg eingeschlagen worden als der von uns beschrittene. Als ein neuer Verfassungsentwurf durch das Bündniß vom 26 Mai d. J. der Nation vorgelegt war, habe ich mir die Frage vorgelegt ob ich auch das minder Gute, das anscheinend langsamer und später zum Ziele führende zurückweisen dürfe und solle, weil ich das Ziel nicht mehr auf dem Wege den ich früher gesucht und gefunden zu erreichen hoffen konnte. Ich habe mir diese Frage so beantwortet daß auch in dieser Verfassung wesentliche Fortschritte enthalten seyen, deren Entwicklung, wie wir voraussetzten, durch die Weisheit und die Energie der Regierungen und der Nation gefördert werden würde. Wir erwarteten damals den Anschluß der unweit größeren Zahl deutscher Staaten und setzten insbesondere unser Vertrauen auf die Macht, den Einfluß und die Wirksamkeit der Volksvertretung derjenigen Staaten die jenem Bündnisse angehören; ja, ich habe gehofft daß alle deutschen Staaten mit alleiniger Ausnahme Oesterreichs, demselben beitreten würden. Vor allem war es nothwendig wieder eine Volksvertetung zu gewinnen; bestand erst eine solche wieder, so durfte man sich der zuversichtlichen Hoffnung hingeben daß die Gesammtinteressen des Vaterlandes reiflich erwogen, gebührend berücksichtigt, energisch verfolgt werden würden. Johannes v. Müller, wenn ich nicht irre, war es der die Behauptung aufstellte: Nur die Beschäftigung mit Auswärtigem, mit der höhern Politik, erhält den Geist des Volkes auf der Höhe; die ausschließliche Beschäftigung mit der innern Politik verengt den Blick und erregt Zwiespalt. Die oft geäußerte Besorgniß daß Preußens Regierungsmaximen auf dem neuen Reichstage zu entscheidend einwirken könnten, ist allerdings nicht aus dem Wege zu räumen. Darum müssen wir aber unser hohes Ziel nicht aus den Augen verlieren oder gar aufgeben. Vielmehr leuchtet es jedem ein daß in Preußen verschiedene, mannichfaltige Idiome sich finden, und daß die Volksstämme Preußens kein compactes, homogenes Ganzes bilden, das seine particularen Interessen verfolgen könnte. Es ist daher sogar anzunehmen daß der Rheinländer und der Westfale eher mit dem Bayer und dem Württemberger stimmen würde als mit den Vertretern aus einer andern Provinz Preußens. Auch in der Volksvertretung der bis jetzt dem Bündniß vom 26 Mai beigetretenen Staaten wird die Verschiedenheit der Idiome bewirken daß das ausschließlich und einseitig preußische System nicht durchdringen kann. Ein anderes Hinderniß für die Verwirklichung des Bundesstaates ist das Verhältniß zu Oesterreich. Oesterreich wird seinen deutschen Provinzen keine separate Stellung gewähren können, andererseits ist eine centrale gesetzgebende Gewalt bei diesem Verhältnisse unmöglich. Den ebenerwähnten Besorgnissen hat sich ganz kürzlich noch eine neue beigesellt; es ist die aus der jüngst gegründeten neuen provisorischen Centralgewalt geschöpfte. Aber selbst in Bezug auf diese theile ich die Besorgnisse nicht die jetzt in aller Munde sind. Die jetzige Centralgewalt konnte nicht länger fortbestehen; ein anderer Zustand muß eintreten, und der jetzt provisorisch hergestellte ist so unschädlich als möglich eingerichtet worden. Ich kann auch die Besorgniß nicht theilen daß diese Schaffung der Bildung des Bundesstaats nach dem Bündnisse vom 26 Mai widerstreiten werde. Die traurigsten von allen Befürchtungen aber sind jedenfalls die welche daraus entspringen daß diejenigen Staaten welche zuerst das Bündniß vom 26 Mai schlossen und der Nation einen neuen Entwurf zu einer Reichsverfassung übergaben, jetzt den Anschein haben ihrem damaligen Worte nicht treu zu bleiben. Ich wiederhole: den Anschein haben; denn daß dem wirklich so sey, will ich nimmermehr glauben. Das wolle Gott verhüten. Unter den vielen die im vorigen Jahre an dem Baue der Einheit unseres Vaterlandes als die ersten mitwirkten, haben sich nur wenige bewährt und sich als wirkliche Staatsmänner gezeigt. Denen aber die als solche erschienen sind zu mißtrauen, ihren Charakter der Schwäche und der Wandelbarkeit zu ziehen, wäre undankbar, solange wir noch nicht von der Triftigkeit unserer Muthmaßung überzeugt sind. Davor also wollen wir uns vorsichtig hüten. Gewiß ist unter diesen Stüve einer der besten unseres Volkes, und gewiß wird er im rechten Augenblicke eingedenk seyn was er dem Volke schuldig ist, und redlich erfüllen was er ihm zugesagt hat. Die Zuversicht welche die besten Männer gehabt haben, daß die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes doch noch werde erreicht werden, wollen wir uns fest bewahren. Lassen Sie mich noch einmal an das erinnern was ich vorher gesagt: an dem Vaterlande darf niemand und darf man niemals verzweifeln. Diesem Grundsatze treu, bitte ich Sie mit mir einzustimmen in das Hoch, das ich Ihnen vorzuschlagen mir erlaube: „**Das Wohl, das Heil und die Zukunft unseres Vaterlandes!**“ (Anhaltender Applaus. Die Rede Gagerns hatte etwa eine halbe Stunde gedauert.) Auf diese Rede folgten die der

anderen Festredner, Dr. Knauth, Pastor Heffcken, Dr. Petersen, Mathy, Dr. Riesser, Dr. Hahn u. s. w. Wir heben morgen die Reden von Mathy, Dr. Riesser und die Schlußworte v. Gagerns heraus.

* **Hamburg**, 27 Oct. Klapka, Ujhazy (gewesener Civilcommissär von Komorn) und noch fünf andere ungarische Herren gingen gestern Abend mit dem Postdampfschiff nach London ab. Sie erwarten Kossuth dort zu treffen, und nachdem sie Unterredungen mit ihm gepflogen, beabsichtigen sie wieder hieher zurückzukehren um ihre weniger bemittelten Leidensgefährten, die bis dahin alle eingetroffen seyn werden, fortzuschaffen.— Das 7te preuß. Inf.-Reg. soll, wie es heißt, heute auf der Eisenbahn nach Rendsburg befördert werden.

Preußen. Trier, 25 Oct. Im Amtsblatt der hiesigen königl. Regierung vom 18 wird Ludwig Simon aufgefordert spätestens bis zum 25 Febr. sich auf hiesiger Hauptwache einzufinden, widrigenfalls er in contumaciam als Deserteur (vom ersten Bataillon 30sten Landwehrregiments) erachtet und zu einer Geldstrafe von 50—1000 Rthlr. wird verurtheilt werden.

Berlin, 25 Oct. Die Deutsche Reichszeitung bringt einen längeren Artikel, nach welchem der Prinz von Preußen in Berlin alles vermieden hat was einer Parteideutung fähig wäre. „Wenn man in den Antworten und Gesprächen des Prinzen durchaus einen rothen Faden sucht, war es die Erschütterung über die Zerwürfnisse, die politischen und socialen die er im Südwesten gefunden, die Besorgniß daß dieser Brand noch nicht erloschen sey, sondern fortglimme, die dringende Anmahnung an alle wahrhaften Vaterlandsfreunde daß sie mit vereinter Kraft und reinem Willen gegen die chaotischen Schrecknisse ankämpften welche der Zukunft noch drohen könnten, und daß namentlich die Intelligenz die Kraft nicht verlasse, welche sich zur Zeit auf den furchtbaren Feuerbrand geworfen und ihn gelöscht habe. Dem folgte dann jedesmal eine bewundernde Anerkennung für die Treue, Tapferkeit und die Ausdauer eines Heeres mit dem alles möglich sey."

Der neueste Staatsanzeiger theilt das Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsraths am 23 Oct. mit. Der Vorsitzende legte zuerst die Note vor, mit welcher der sächsische und hannoverische Bevollmächtigte unterm 20 gegen die Bestimmung eines Termins für die Reichswahlen protestiren (Allgem. Ztg. Nr. 301). Der Verwaltungsrath beschließt daß diese Note zugleich mit der gemeinschaftlichen Gegenerklärung des Verwaltungsraths dem gegenwärtigen Protokoll einverleibt werden soll. Diese Gegenerklärung, das Resultat gemeinschaftlicher Erwägungen, erklärt die in jener Note aufgestellten Ansichten für falsch, widerlegt sie im einzelnen, hebt hervor daß wenn zu allen Beschlüssen des Verwaltungsraths Stimmeneinheit nöthig wäre, das Bündniß vom 26 Mai zu einem todten Buchstaben herabgewürdigt werden würde, und schließt mit den Worten: „Der Verwaltungsrath kann nach allem diesem in der Note der kk. Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover keine Veranlassung finden seine Ansichten über die wichtigsten Gegenstände seines Berufs zu ändern; er hofft vielmehr daß auch Sachsen und Hannover zur Uebereinstimmung mit diesen Ansichten zurückkommen werden." Dann legt der Vorsitzende die an ihn gerichteten vollkommen übereinstimmenden Schreiben des sächsischen und hannoverischen Bevollmächtigten vom 21 d. vor (Allg. Ztg. 301, 302); der Verwaltungsrath beschließt eine Antwort auf diese Schreiben (die wir morgen mittheilen werden). Der großh. hessische, der nassauische und der braunschweigische Bevollmächtigte werden zu Mitgliedern einer je nach Umständen zu vermehrenden Commission ernannt, welche die am 19 Oct. von der preußischen Regierung gemachten Propositionen 1 und 2 über Modificationen des Verfassungsentwurfs und Constituirung eines Organs zur Verhandlung der verbündeten Regierungen mit dem Reichstag begutachten soll. Der nassauische Bevollmächtigte berichtet Namens der Wahlcommission über die Grundsätze welche die Commission bei Prüfung der eingereichten Vollziehungsverordnungen für die Reichstagswahlen als die maßgebenden hat erkennen müssen. (Diesen Bericht werden wir morgen geben.) Der Verwaltungsrath erwägt diese Grundsätze, und erklärt sich mit ihnen in dem Maß einverstanden „daß dieselben bei Beurtheilung der von den Regierungen aufgestellten Vollziehungsverordnungen nunmehr in Anwendung treten sollen." Darauf folgt die Feststellung der Vollziehungsverordnungen für die Reichstagswahlen in Oldenburg und Kurhessen, und am Schluß der Sitzung zeigen der oldenburgische und der strelitzische Bevollmächtigte an daß sie durch Berufsgeschäfte im engern Vaterland an der persönlichen Theilnahme an den nächsten Sitzungen des Verfassungsrathes verhindert sind: der oldenburgische wird für die Zeit seiner Abwesenheit vom nassauischen vertreten werden.

Das Amtsblatt des königl. Postdepartements enthält eine Verfügung vom 9 d., welche der Unpünktlichkeit und Unsicherheit in Beförderung der Zeitungen zu steuern bezweckt. „Um einen Ueberblick zu gewinnen, heißt es darin, auf welchen Coursen und bei welchen Zeitungen diese Unordnungen hauptsächlich vorkommen, und um demnächst die erforderlichen Maßregeln zur Abhülfe ergreifen zu können, weise ich die sämmtlichen Postanstalten an: über jeden einzelnen Fall, in welchem Zeitungspakete ausbleiben oder einzelne Exemplare der Zeitungen fehlen, sogleich Bericht zu erstatten und in dem Bericht jedesmal anzugeben: 1) wie die betreffenden Zeitungen genannt sind, 2) auf welchem Wege dieselben hätten eintreffen müssen und ob solche bis zum Abgang des Berichts nachgekommen sind, sowie 3) ob und welche Vermuthungen darüber vorhanden sind bei welcher Postanstalt das Versehen vorgekommen seyn könne. Zur Vermeidung von Zeitverlust haben die Postexpeditionen und Briefsammlungen die in Rede stehenden Anzeigen bis zur Einrichtung der Oberpostdirection unmittelbar an das Generalpostamt zu richten, und nicht erst an die vorgesetzten Postämter abzugeben. Jede Postanstalt welche die hier vorgeschriebene Anzeige unterläßt, wird für ebenso straffällig angesehen wie diejenige welche die Unregelmäßigkeit begangen hat."

Was den zu berufenden Reichstag betrifft, so erwartet man von Seite des Ministeriums einen Antrag an die Kammern, ob dieselben ein gleichzeitiges Tagen der preußischen Volksvertretung und des Reichstags rathsam erachten. Wahrscheinlich wird die Frage verneinend entschieden. Für diesen Fall erwartet man dann eine Vertagung der Kammern über die Zeit der Reichstagssession, welche letztere die HH. v. Bodelschwingh und Radowitz mit gesteigerter Bestimmtheit, fast mit gereizten Worten ankündigen. Dennoch fehlt es nicht an Zweiflern daß dem deutschen Volke sobald die Erscheinung einer zweiten Nationalversammlung, wenn auch nur einer fragmentarischen, werde geboten werden. Nicht bloß die Wiener Blätter stellen eine solche Berufung in Abrede, ja drohen mit einem förmlichen Einschreiten Oesterreichs; in Berlin selbst drückt sich jener Zweifel aus. Die Nationalzeitung sagt: „Als Hr. v. Radowitz zum erstenmale die Tribüne der zweiten Kammer betrat, war die Sache für welche er das Wort führte, noch nicht so ganz alles Inhalts entleert daß einem bedeutenden Aufwande oratorischer Mittel jeder Erfolg versagt geblieben wäre. Seitdem sind die letzten Illusionen verwelkt; die Blüthen des Jahres 1848 sind vollends zertreten und seine Früchte verkommen; ein trüber Herbstwind weht durch die letzten dürren Blätter. Das deutsche Volk harrt eines andern Frühlings. Hr. v. Radowitz erscheint zum zweitenmale. Aber es ist nur noch eine Art von Leichenrede. Der Stoff ist so trostlos daß alle Kunst an ihm zu Schanden wird. Die Geister regen sich nicht mehr. Das Wort kehrt kalt, todt, ohne Widerklang zu dem Redner zurück. Hr. v. Radowitz kann es nicht länger verhehlen: der Plan eines alle deutschen Staaten außer Oesterreich umfassenden Bundesstaates, eines Bundesstaates der mit Oesterreich nur durch das Band einer völkerrechtlichen Union zusammenhinge, ist gescheitert, die Regierung selbst hat ihn aufgegeben. Sie geht jetzt nur noch darauf aus eine Anzahl kleinerer Staaten durch einen engeren staatsrechtlichen Verband innerhalb der alten Bundesacte zusammenzufassen.... In England nach 1648, in Frankreich nach 1793 ist man der Revolution dadurch Meister geworden daß man den aufstrebenden Geist der Nation nach außen wandte, daß man ihn für den neuen augenblicklichen Verlust der Freiheit durch den Glanz einer großen Geschichte und durch eine neue große Machtentfaltung entschädigte. Das preußische Volk aber soll neben der neuen Unfreiheit im Innern zugleich die Erniedrigung ertragen, welcher eine unselbständige und ohnmächtige auswärtige Politik es vor ganz Europa preisgibt. Selbst Hr. v. Radowitz hat es anerkennen müssen daß Preußens Ehre in dieser Sache verpfändet sey. Das preußische Volk wird nicht ruhen bis dieß Pfand eingelöst ist."

Berlin, 27 Oct. Die Berathung der Kammern über die Verfassung geht ihren Gang fort, aber die lange genährte Illusion, als sey das Ministerium jetzt der Alliirte der freisinnigen Partei der Kammern, beginnt zu schwinden. Die Entscheidung der zweiten Kammer über die Zusammensetzung der ersten, und der Beschluß der ersten Kammer gegen das Steuerverweigerungsrecht hat jeden Zweifel gehoben. Ein Schreiben aus Berlin in der Weser-Zeitung bemerkt über die erstgenannte Debatte: „Der Vortrag des Berichterstatters, v. Beckerath, warm wie immer, aber weniger phraseologisch als sonst, verfehlte den Eindruck nicht den er beabsichtigte. Von großer Bedeutung aber war die Entgegnung des Hrn. v. Manteuffel auf den Ruf des Berichterstatters: Noch einmal reichen wir die Hand hinüber zur Versöhnung, man weise sie nicht zurück wie 1847! Der Minister verglich die guten Rathschläge von heute mit denen die man im November ertheilt habe. Damals rieth man die Zügel der Regierung in andere Hände zu legen. Wer an dem vollendeten Bruch des Ministeriums mit der constitutionellen Kammerpartei noch zweifelte, den wird der mit scharfer Betonung und laut erhobener Stimme der Kammer zugerufene Schlußsatz des Ministers: „Die große Majorität des Landes steht hinter uns!" gründlich belehrt haben."

Magdeburg, 25 Oct. Heute Nachmittag traf hier der König in Begleitung der Prinzen Karl und Friedrich Karl, sowie des Erbprinzen von Meiningen ein, und begab sich sogleich nach Schloß Letzlingen zu den dort abzuhaltenden großen Jagden. Zur Begrüßung des Königs hatte sich hier der Herzog von Braunschweig eingefunden. In Blankenburg, heißt es, wird dann später der König mit Ernst August von Hannover eine Zusammenkunft haben.

Halle, 24 Oct. Mit Ende dieses Jahres wird die von Schütz 1787 in Jena begründete und 1804 mit ihm nach Halle eingewanderte „Allgemeine Litteraturzeitung" aufhören.

Oesterreich. **Wien**, 25 Oct. Die Wiener Zeitung bringt, wie schon erwähnt, an der Spitze ihres Blattes einen Aufsatz unter der Ueberschrift: Vorschläge zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung. Wir theilen denselben bei der Wichtigkeit der in ihm angeregten Frage vollständig mit. „Die Frage der Zolleinigung von Oesterreich und Deutschland schleicht lange schon wie ein Gespenst um, hier die schüchternen, die furchtsamen Interessen erschreckend, dort von den Schlauen als ein bloßes Phantom, als ein Wesenloses verschrien, das, wie so manches in unsern Tagen, in nichts zerfließen werde wenn man es wirklich anfassen wolle. Weder das eine noch das andere ist begründet. Die Frage hat einen festen Kern und lebensvollen Inhalt, und will man diesen nur recht scharf ins Auge fassen, so wird auch jenes Schreckbild verschwinden. Wir wollen der wichtigen Frage daher einmal geradezu auf den Leib rücken. Wir wollen unsere Ansichten, darüber wie sie uns lösbar scheint, hier zunächst in den Hauptzügen darlegen, und zwar so bestimmt, kurz und scharf wie möglich. Man hat sich im übrigen Deutschland fast gewöhnt der Wiener Presse eine bloß negative Haltung gegenüber den deutschen Verhältnissen vorzuwerfen. Wohlan, wir treten in der gewichtigsten aller Fragen, in der Vereinigung und Verschmelzung der Interessen, in der Begründung einer neuen gemeinsamen Grundlage der ökonomischen Verhältnisse und der ganzen Volkswirthschaft für Deutschland und Oesterreich aus der Allgemeinheit heraus, und eröffnen die Discussion auf diesem unermeßlichen Felde mit bestimmten Vorschlägen. Wir stellen den Grundsatz als praktisch leitend und bis zum Ende durchgreifend voran: die Zollvereinigung Oesterreichs und Deutschlands ist so durchzuführen daß darunter kein wesentliches Interesse des einen oder andern Handelsgebiets verletzt werde, daß vielmehr die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche möglichst ihre Befriedigung erhalten. Der handelspolitischen Gruppen sind im großen noch drei: die österreichische, der Zollverein und die norddeutsche. Jede ist ausgesprochenermaßen der Reform bedürftig, und über das was ihnen mangelt, oder was sie begehren, liegen umfassende Thatsachen und Forschungen vor. In Oesterreich ist es Bedürfniß der Staats- wie der Volkswirthschaft aus der Prohibition in die Protection überzugehen, die inneren Zollschranken zu beseitigen und die Besteuerung der eingehenden Fabrikmaterialien zu erleichtern. Im Zollverein sind die Schutzzölle viel zu sehr eingerichtet nach dem Gewicht des Materials, und nicht genug abgestuft nach dem Werth des Stoffes und der daran verwendeten Arbeit — Zeuge die vielfachen Beschwerden der Vereins-Industriellen, Zeuge besonders auch der von dem allgemeinen deutschen Verein zum Schutze vaterländischer Arbeit mit Hülfe Sachverständiger gründlich ausgearbeitete Entwurf eines deutschen Zolltarifs. In den Nordseestaaten sind die Wünsche mehr negativer als positiver Art, sie gehen wesentlich auf Milderung der bloßen Finanzzölle, zumal von Colonialwaaren, Vereinfachung des Tarifs, der Verwaltung, der Controle, Aufhebung der Durchfuhr- und Flußschifffahrtszölle, ein liberales, ausgedehntes Freilagersystem, Schutz der Schifffahrt und des directen Handels. Allen diesen Verhältnissen ist Rechnung zu tragen. Kein Zweifel nun, bisher konnte in dem einzelnen Gebiet der entschiedene Wille für die österreichisch-deutsche Zolleinigung sich nicht energischer kundgeben, als darin daß die eigene Handelsreform so angegriffen wird wie sie möglichst das Bedürfniß des Einzelnen mit jenem des Ganzen vereint zu befriedigen, also die Richtung auf die Allgemeinheit festzuhalten strebt. Dieß, wir sagen es mit Genugthuung, geschieht in Oesterreich. Die Tarifreform wird hier mit ebenso viel Umsicht und Energie, als mit großartiger Auffassung der Lage und Bedürfnisse der österreichischen und deutschen Völker betrieben. So hat sich die Commission zur Revision des österreichischen Zolltarifs grundsätzlich für Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote entschieden, jedoch mit Festhaltung eines kräftigen Schutzzollsystems, dessen wohl abzurundende Tarifsätze nach dem Principe des vollkommen ausreichenden Schutzes der inländischen Production zu bemessen sind; Fabricate unterliegen bei der Ausfuhr nur noch einer Controlabgabe, mit aller Erleichterung beim Uebergang über die Zolllinie. Sie hat sich ferner für eine bedeutende Erweiterung der Zollbefreiungen, für Nichterhebung der Zölle unter einem Kreuzer und Befreiung der Gegenstände des ländlichen Gränzverkehrs und täglicher Bedürfnisse entschieden; Gewichtseinheit soll der Zollcentner seyn, vorläufig auch noch der österreichische Centner.*) Die Commission hat überhaupt die thunlichste Annäherung an den Tarif des Zollvereins, insoweit solcher nicht selbst der Reform bedarf, als Grundsatz ausgesprochen, die allgemeine Eingangsabgabe ganz wie dieser auf etwa 15 Silbergroschen per Zollcentner festgesetzt, und endlich eine dreijährige Revision des Tarifs, wo möglich gleichzeitig mit jener des deutschen Zolltarifs, in Antrag gebracht. Es ist Thatsache daß die Industriellen des Zollvereins eine Reform ihres Zolltarifs gerade nach den Grundsätzen und in dem Sinne wünschen wie Oesterreich den seinigen jetzt umgestaltet. Geschieht das Gleiche daher auf jener Seite, kommt man sich entgegen, so ist ein großer Schritt zu dem segensreichen Ziele der Einigung bereits durch die Tarifreform im eigenen Industrie- und Verkehrs-Interesse vollbracht, und eine ganze Reihe von Schwierigkeiten fällt damit hinweg. Im Verhältnisse als sich nicht bloß Wünsche und Interessen, sondern wirklich ins Leben gerufene Reformen auf allen Seiten begegnen, wird das Einigungswerk selbst vorbereitet und erleichtert. Die Richtung dahin ist einmal unabweisbar gegeben, der Weg dadurch allein schon halb zurückgelegt, und die Entwicklung des Güterlebens selbst wird mit Naturnothwendigkeit dem Ziele zuführen. Dieser Uebergang sollte durch einen Vertrag erleichtert werden. Die Zolleinigung, wie wünschenswerth auch, kann nicht mit einem Sprung geschehen ohne wichtige Interessen zu verletzen, ohne Erschütterungen im Volkshaushalt hervorzurufen. Um solches zu vermeiden, darf sie nur allmählich mit der nöthigen ökonomischen und industriellen Vorbereitung, und von Stufe zu Stufe fortschreitend, nach festem Plan durchgeführt werden. Da dieser Plan auf beiden Seiten gleichmäßig befolgt werden muß, so ist er vertragsmäßig festzustellen. Auch der österreichische Gewerbstand wird eine solche allmähliche Aenderung seinen Interessen zusagend finden, wenn dabei mit weiser Umsicht und Beachtung der einschlägigen, allerdings sehr verwickelten Verhältnisse vorgegangen wird. Um ihm noch mehr Beruhigung zu geben, müßte zwar die Dauer einer jeden Uebergangsstufe schon in dem Vertrag festgesetzt seyn, aber es könnte doch jedem Theile vorbehalten bleiben dieselbe um ein oder zwei Jahre zu verlängern. Dabei setzen wir aber als Bedingung des Gelingens voraus daß jeder organische Schritt in dieser wichtigen Angelegenheit nach Vernehmung der consultativen Körperschaften und durch die Mitwirkung der legislativen Gewalten geschehe. In dieser Richtung nun vorgehend, dürften folgende Uebergangsstufen, deren Dauer nach den Umständen verschieden seyn kann, sich als zweckmäßig empfehlen:

Erste Periode. Sie ist wesentlich der innern Zollreform auf beiden Seiten gewidmet, der eigenen Vorbereitung auf die Versöhnung und Verschmelzung der Interessen, indem die einzelnen Industriezweige ebenso sehr wie die financiellen Vorkehrungen eines Zeitraums zur Umgestaltung der bezüglichen Verhältnisse bedürfen. Sie soll die Bahn brechen, sie ist die wichtigste Periode. a) Bei der beiderseitigen innern Tarifreform wird der Zweck festgehalten eine möglichst große Uebereinstimmung in den Zollsätzen durch Anordnung derselben nach bestimmten Principien zu erzielen. Namentlich ermäßigt oder beseitigt Oesterreich sofort die Zölle auf Roh- und Färbestoffe für die Industrie, und hebt vier bis sechs Monate später, um für den Ausbruch jener noch verzollten Stoffe Zeit zu gönnen, die Verbote und Prohibitivzölle gegen ergiebigen Schutz gewährende Eingangszölle auf; hierin wird zugleich dem Staatsschatz Ersatz für den Wegfall jener Zölle gewährt. Gleichzeitig müßten die innern österreichischen Zollschranken fallen, wenn es nicht vorher schon geschehen. b) Stipulirt wird sofort der gegenseitige zollfreie Austausch aller einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, ebenso der rohen Metalle, wenn ein gleichmäßiger Schutz an den Gränzen der beiderseitigen Zollgebiete gegen die nicht zu denselben gehörenden Länder zu erzielen ist, sowohl bei der Einfuhr als bei der Ausfuhr, mit möglichster Erleichterung des Gränzverkehrs. c) Ebenso die freie Durchfuhr durch die deutschen Staaten nach Oesterreich und umgekehrt. d) Uebereinkünfte werden angebahnt und geschlossen über ein gemeinsames Gewichts-, Maß- und Münzsystem, über übereinstimmendes Wechsel- und Handelsrecht, Privat-Seerecht, über Gewerbegesetzgebung, Heimath- und Niederlassungsrecht, über Regelung der Flußschifffahrt und des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens.

Zweite Periode. a) Nach dieser Reform und der Verwohlfeilung der Bedingungen der inländischen Production werden die Zölle von

*) Dieser kann dabei für den ganzen innern Verkehr, der an $^9/_{10}$ des Gesammtverkehrs ausmacht, bestehen bleiben. Für den auswärtigen Verkehr empfiehlt sich der Zollvereinscentner um so mehr, als dieser auch der in Frankreich und Italien angenommenen Gewichtseinheit (Zollcentner = $^1/_2$ metrischem Centner), also nahezu $^7/_{10}$ des auswärtigen Verkehrs von Oesterreich entspricht, ja als der Drang der Dinge die Einführung des Zollcentners bereits auf der österreichischen Nordbahn sehr ernsthaft angeregt hat, und als der metrische Centner sogar schon im gegenwärtigen österreichischen Tarif an der lombardisch-venezianischen Zollgränze als Gewichtseinheit gilt.

Manufacturerzeugnissen im gegenseitigen Verkehr von Oesterreich und Deutschland beiderseits zunächst auf 3/4 des allgemeinen Zollsatzes gegen fremde Staaten herabgesetzt. Damit wird b) eine durchgreifende Erleichterung in der beiderseitigen Gränzverwaltung verbunden.

Dritte Periode. a) Weitere Verminderung jener Zollsätze auf der die beiden Zollgebiete noch trennenden Gränzlinie auf die Hälfte des allgemeinen Tarifsatzes gegen fremde Staaten. b) Annäherung in den Finanzzöllen, zumal von Colonialwaaren, und damit verbunden c) gemeinsame Bestimmungen über die Seeschifffahrt und etwaige Differenzialzölle, da der Gesichtskreis für diese Fragen natürlich ein anderer werden muß sobald die österreichischen und deutschen Seegestade nicht mehr einzeln im Weltverkehr aufzutreten haben, sondern einem höheren organischen Ganzen angehören.

Vierte Periode. a) Verminderung aller jener Schutzzölle im gegenseitigen Verkehr, auf 1/4 des allgemeinen, gegen fremde Staaten bestehenden Zollsatzes. b) Für solche Industriezweige welche in beiden Gebieten sich ziemlich gleicher Entfaltung erfreuen, wird der Verkehr in der Ein- und Ausfuhr gegen Ursprungszeugnisse völlig freigegeben, doch unter Voraussetzung eines gleichmäßigen, die einheimische Industrie gegen das Ausland kräftig schützenden Zollsatzes an den beiderseitigen Gebietsgränzen gegen das Ausland. c) Ausbildung des gemeinsamen Schifffahrtssystems, wo möglich ein Schifffahrtsgesetz für ganz Deutschland. Anbahnung der gemeinsamen auswärtigen Vertretung und Handelspolitik. Mit Beginn dieser vierten Periode würde demnach der freie Verkehr zwischen beiden Gebieten im wesentlichen schon eintreten. Der letzte entscheidende Schritt, der Uebergang zur völligen Zollvereinigung mit Feststellung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifs, bliebe einem neuen Vertrag im Einverständnisse mit den legislativen Gewalten vorbehalten. Doch auch dann könnte noch während eines bestimmten Zeitraums eine Zwischenzolllinie bestehen bleiben, wegen der verschiedenen innern Besteuerung des Einkommens und der Verbrauchsgegenstände, der Regale rc., für welche vorher eine Ausgleichung gefunden werden muß. Jedenfalls dünkt uns die volkswirthschaftliche Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands ein Ziel das ungeachtet aller Hindernisse und Vorurtheile, deren Größe wir uns nicht verhehlen, erreicht werden muß, um alle Bedürfnisse der Völker zu befriedigen und mit der politischen Neugestaltung Deutschlands und Oesterreichs eine wahrhaft feste und fruchtbare Ordnung der Dinge zu begründen. Geboten wird sie beiden Theilen durch ein dreifaches gewichtiges Interesse: ein financielles, ein nationalökonomisches und ein politisches. Die Zolleinigung verheißt bei bedeutend erhöhtem rohen Zollertrage (schon durch Wegfall alles Schmuggels auf der langgestreckten durchschnittenen Landesgränze) umfassende Ersparungen in der Verwaltung. Sie wird, wie das Beispiel des Zollvereins beweist, die wirthschaftlichen Kräfte der sich zusammenschließenden Körper nicht bloß summiren, sondern potenziren, alle Natur- und Arbeitskräfte Oesterreichs und Deutschlands frei machen, und bei weitem besser verwerthen als bisher möglich war; sie wird bewirken daß die deutsche und die österreichische Industrie sich gegenseitig spornen und ergänzen, und in den erweiterten Raumverhältnissen sich jedem fremden Nebenbuhler gegenüber bald auch für die Weltconcurrenz vollkommen befähigen. Deutschland und Oesterreich werden unermeßlich wachsen an Wohlfahrt und Kraft. Auf diesem Gebiete liegen die innigsten Berührungs- und Ausgleichungspunkte für alle Dissonnanzen und Zerwürfnisse, liegt der Angelpunkt für eine neue harmonische Ordnung. In dieser Auffassung und Durchführung der Politik von der ökonomischen Basis aus sehen wir auch eine unendliche Zukunft für Oesterreich. Durch das handelspolitische Zusammenfassen Mittel-Europa's wird Oesterreich vermöge seiner centralen Lage zum Westen und Osten, zum Süden und Norden und der freien Entwickelung seiner Natur und Geisteskräfte, nothwendig der Mittel- und Schwerpunkt des großen Weltverkehrs, und die weitern Folgen davon für die politische Gestaltung sind unschwer zu übersehen. Also man schrecke auf dieser ruhmreichen Bahn, kleinlicher Rücksichten halber, nicht vor dem entscheidenden Schritte zurück — er muß gethan werden, das heischt das Naturgesetz der Entwickelung. Wohlan denn vorwärts!"

Wir haben die in der Wiener Zeitung erschienenen wichtigen organischen Bestimmungen hinsichtlich Ungarns und Italiens erwähnt. Was Ungarn betrifft, so wird zuvörderst auf die bereits in dem Berichte vom 2 Jun. dargelegte Machtvollkommenheit des Kaisers hingewiesen die in der Reichsverfassung ausgesprochenen Principien der Einheit der Monarchie, der Gleichberechtigung aller Volksstämme und Völker auch in Ungarn in Anwendung zu bringen. In Folge dessen wird es als unstatthaft betrachtet Ungarn auf Kosten der treugebliebenen Kronländer Sonderbegünstigungen zuzugestehen, vielmehr wird die ehemalige Landesverfassung Ungarns als durch die Revolution sebst beseitigt erklärt. Hierüber wird nun ein eigenes, unter Zuziehung von Vertrauensmännern des Landes zu entwerfendes Statut erlassen werden. Mit Bezug auf die Reichsverfassung werden aber neben dem Königreich Ungarn als besondere Kronländer aufgeführt: Croatien und Slavonien mit dem croatischen Litorale, und Siebenbürgen, sowie für die Woiwodschaft Serbien die Vereinigung mit einem andern Kronlande, jedoch unabhängig von Ungarn, in Aussicht gestellt wird. Der „Slowakei" geschieht keine Erwähnung. Die Eintheilung in größere Verwaltungsgebiete, resp. Militärbezirke, ist nicht nur zum provisorischen Verwaltungsorganismus zu zählen, sondern als Anbahnung zum Definitiven zu betrachten. Ein solches Provisorium stellt sich aber schon in Betreff einer beschleunigten Justizpflege als dringlich heraus. Aus diesem Gesichtspunkt erfließen auch die meisten nachfolgenden Verfügungen und erwächst zum größeren Theil der Wirkungskreis des dem Civil- und Militärgouverneur des Landes zur Seite gestellten Civilcommissärs. Der Ressort desselben bleibt ungeachtet seiner unmittelbaren Unterstellung unter das Ministerium durch die Militärjurisdiction bedeutend beschränkt; wie dieß besonders aus dem fünften Punkte der betreffenden Verordnung hervorgeht, worin es heißt: „In jedem Militärdistrict ist die Oberleitung der Verwaltung und die Repräsentation der vollziehenden Gewalt nach außen dem Districtscommandanten übertragen. Alles was die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe, die Publication der auf den District Bezug habenden Verordnungen, den Schutz der einzelnen Nationalitäten in ihren verfassungsmäßigen Rechten, die Durchführung der Folgen des Ausnahmszustandes, und insbesondere die Bestrafung der Verbrechen gegen die Sicherheit des Staats, sowie die Concessionirung öffentlicher Blätter und die Hintanhaltung der Uebergriffe der Presse betrifft, ist Sache des Militärdistrictscommandanten." — Die Verordnung über die Verhältnisse des lombardisch-venezianischen Königreichs überträgt die oberste Leitung der politischen Civilverwaltung einem General-, Civil- und Militärgouverneur, zu welchem Posten Feldmarschall Radetzky mit dem Sitz in Verona ernannt wird; unter ihm steht eine Civilsection mit zwei Chefs. Außerdem werden in Mailand und Venedig Feldmarschall-Lieutenant Fürst Karl Schwarzenberg und General Puchner als Statthalter und Civil- und Militärgouverneure fungiren. Die Verwaltung der Finanzangelegenheiten bleibt der unabhängigen Oberleitung des Finanzministers anheimgestellt.

Die Ostdeutsche Post knüpft an die Mittheilung daß man sich hier mit legislatorischen Arbeiten in Bezug auf das Seerecht beschäftige, den Wunsch „daß bei einem Gegenstand der von Grund auf reorganisirt werden muß, Oesterreich mit seiner Gesetzgebung sich nicht isoliren darf. Triest ist eine Stadt die zu dem deutschen Bund gehört, sein Hafen ist ebenso gut ein deutscher Hafen als ein österreichischer. Hier wäre es die Aufgabe der österreichischen Staatsmänner ihre wohlgesinnten Absichten dem deutschen Handel gegenüber zu bethätigen, und den Beweis zu liefern, daß überall wo die Verhältnisse eine Einheit der Gesetzgebung zwischen Deutschland und Oesterreich gestatten, der österreichische Staat mit Freuden bereit sey den gemeinsamen Weg zu betreten. Das neue Seerecht müßte nicht bloß ein österreichisches, es müßte ein allgemeines deutsches werden." Die „Presse" berechnet die Tragweite der provisorischen Organisirung Ungarns und der Uebertragung der Civilverwaltung in der Lombardei und Venedig an einen General- Civil- und Militärgouverneur; sie sieht darin ein Hinausschieben „in unberechenbare Ferne" der einzelnen Statute für jene Kronländer. „So lange aber nicht alle Landesverfassungen gegeben sind, ist ein Reichstag nach den Bestimmungen der Verfassung vom 4 März nicht möglich, und alle übrigen Kronländer, wie musterhaft auch ihre bisherige Haltung, wie unzweifelhaft ihre Ergebenheit für den Thron gewesen seyn mag, müssen die Ausübung ihrer theuersten Rechte auf unbestimmte und wahrscheinlich lange Zeit suspendirt sehen." Der constitutionelle Geist hat sich in den Provinzen aus der Erlahmung nach der Revolution rascher erholt als in der Hauptstadt. So wird der Ostdeutschen Post aus Gratz eine Petition des provisorischen Landtagsausschusses an das Ministerium zugesandt, worin diesem das Mißbehagen an den provisorischen Zuständen ausgedrückt und mit Berufung auf §. 83 der Reichsverfassung, wonach im Laufe des Jahres 1849 die Verfassungen der einzelnen Kronländer in Wirksamkeit treten sollen, das Verlangen gestellt wird den steirischen Landtag innerhalb der verfassungsmäßigen Frist einzuberufen.

Das „Reichsgesetzblatt" soll in den nächsten Tagen erscheinen, die Ostdeutsche Post erklärt das Unternehmen einen authentischen Text in einer Mehrzahl Sprachen darzustellen für eine „Verzerrung des Gleichberechtigungsprincips", da es von „jedem menschlichen Gesetzwerke immer nur Einen Urtext geben könne."

Δ **Wien**, 27 Oct. Die Stimmung Wiens ist trotz der äußerlichen Harmlosigkeit ziemlich gedrückt, und Einflüsterungen mancherlei Art finden leichten Glauben. Man ist der gewissen Ueberzeugung daß die Zahl der Opfer welche die strafende Gerechtigkeit in Ungarn verlangt, noch lange nicht voll ist, und bei den tausendfachen Banden mit welchen Pesth

an Wien geknüpft ist, darf es niemand wundern daß die ungarischen Angelegenheiten mit solcher Spannung beobachtet werden. Ueberdieß sind viele der hervorragenden Persönlichkeiten der magyarischen Aristokratie hier allgemein bekannt und werden daher um so inniger bedauert. Man fabelt hier von Machinationen einiger ultramontanen Finsterlinge, es ist jedoch wenig wahres an diesen Gerüchten, und jedenfalls haben diese Dinge in der Bahn in welche Oesterreich eingelenkt hat und fortgehen muß, keine Bedeutung.

§ **Wien,** 27 Oct. Morgen begibt sich der Feldzeugmeister Haynau wieder auf seinen Posten als Civil- und Militärgouverneur nach Ungarn. Sicherm Vernehmen nach hat derselbe nach Pesth die Weisung ergehen lassen mit weiteren Hinrichtungen bis zu seinem Eintreffen daselbst zuzuwarten. Uebrigens bezeichnet man heute den ehemaligen ungarischen Deputirten Beöthy ebenfalls als zum Tode durch den Strang verurtheilt.

⁎⁎ **Wien,** 27 Oct. Das große Ereigniß des zollbündnerischen Artikels in der Wiener Ztg. liefert den heutigen Journalen den wichtigsten Stoff. Bemerken Sie dabei daß der Lloyd und die Ostdeutsche Post einen Zusammenhang finden mit jener Erklärung, der Einberufung des Reichstages in Berlin und der Abreise der HH. v. Wangenheim und v. Zeschau aus Berlin, welche als Kündigung des Dreikönigbundes aufgefaßt wird. Der Lloyd gibt heute die Rede des Hrn. v. Radowitz wörtlich wieder, verweist die Aufmerksamkeit der Leser auf den geschickt verhüllten Sinn der Worte: „Unser Weg ist es daher, meine Herren, nicht unser Ziel, über dessen wechselnde Geschicke ich Ihnen Rechenschaft abzulegen habe", und fügt diesen Worten den Commentar bei: „Warum mag er wohl so geredet haben? Er will die Unvorsichtigen zur Vorsicht, die Ungeduldigen zur Geduld, die Indiscreten zur Discretion mahnen. Er bedeutet ihnen: was ihr wollt, das wollen auch wir, aber was ihr aussprechen dürft, das kann die Regierung nicht aussprechen. Anerkennt die Motive unseres Schweigens, wenn wir unser Ziel nicht nennen und euch nur über einen Theil des Weges zu demselben unterhalten." Ueber die Idee der Handelseinigung, wie sie der Artikel in der Wiener Ztg. entwirft, äußert er dagegen sehr vorsichtig. „Sie mag wohl dem großen Publicum mitgetheilt werden, damit es sich ein Urtheil über dieselbe bilde und dieses ausspreche. Ohne Zweifel werden die Industriellen nicht lange mit der Verkündigung ihrer Ansichten auf sich warten lassen; aber auch die anderen Classen der Gesellschaft sind aufgefordert in einer Angelegenheit mitzudenken und mitzureden welche die höchsten politischen, geistigen und materiellen Interessen in sich schließt." Daß die „Presse" sich noch nicht in der Frage ausspricht, mag wohl nur einen zufälligen und vorübergehenden Grund darin haben daß sie seit Dr. Landsteiners Austritt in der Verfügung über eine Mehrzahl politischer Federn beschränkt worden. Die Stimme dieses Journals aber ist in dieser Frage insofern sehr wichtig als es für das centralisirte Oesterreich am entschiedensten aufgetreten, und natürlich durch eine Zolleinigung das „einige" Oesterreich wesentlich modificirt würde, man müßte denn darunter nur eine strenge administrative Einigung verstanden haben. Die Ostdeutsche Post schreibt über unsern Gegenstand, was man in Deutschland mit Wohlgefallen lesen wird, denn sie weist auf die Billigkeit nach der andern Seite. „Es ist das erstemal daß Oesterreich positiv auftritt, nach langem Zögern, nach monatlangem Negiren. Wären wir in der Gemüthslage uns freudigen Gefühlen hingeben zu können; müßten wir nicht fürchten daß die versuchte Einigung materieller Interessen zwischen Oesterreich und Deutschland in der Ausführung gehemmt oder gebrochen wird, so würden wir diese Schritte unserer Regierung mit ungetheilter Freude begrüßen. So aber müssen wir mit Vorsicht zu Werke gehen und abwarten wie die ministeriellen Ansichten durchgeführt werden, und welche Vorschläge Oesterreich zur Herstellung eines politischen Rechtszustandes in Deutschland macht, weil wir der Ansicht sind daß eine Festigung der materiellen Verhältnisse wesentlich von dem Zustandekommen eines das deutsche Volksgefühl befriedigenden Rechtsverhältnisses abhängt."

Ueber den von uns gestern gemeldeten Unfall welcher der Kaiserin-Mutter in Salzburg zustieß, geht uns folgende nähere Nachricht zu: Die Contusion welche die hohe Frau erlitten, ist von geringerer Bedeutung als man im Schrecken des ersten Eindrucks wähnte, allein die sie begleitende Hofdame, eine Gräfin Khevenhüller, wurde schwer verletzt. Die Kaiserin-Mutter kommt am 30 d. M. nach Schönbrunn, um der Feier der silbernen Hochzeit des Erzherzogs Franz beizuwohnen, kehrt aber bald darauf, wie es heißt, wieder nach Salzburg zurück. (A. Z. C.)

Oesterreichische Monarchie.

Die Entschließung vom 2 Febr. l. J., daß zur Erleichterung des Handelsverkehrs an der Karlstädter, Banal-, Slavonischen, Banater, Siebenbürger und Bukovinaer Gränze die bestehenden Contumaztaxen aller Art (also mit Einschluß der Schwemmdeposten und sonstigen Taxen) aufgehoben, und dafür von dem Zeitpunkt an wo dieß eintritt, von allen über die Contumazanstalten der genannten Gränzlinie aus Bosnien, Servien, der Walachei und Moldau eingehenden Waaren bei deren Verzollung ein Zollzuschlag eingehoben werde, tritt in Siebenbürgen mit 1 Nov. l. J. ins Leben. (Lloyd.)

Großbritannien.

London, 25 Oct.

Zur Zeit des Besuchs der Königin in Irland war viel von einem großen Armee- und Flottenbefehl, d. h. von einer massenhaften Beförderung in diesen beiden Dienstzweigen die Rede. Vor einigen Tagen erschien ein „Armee-Brevet" in der Gazette, aber es ist sehr klein ausgefallen: 4 Majors sind Oberstlieutenants geworden, das ist das wichtigste daran. In der Armee ist man sehr verdrüßlich über diese „Armseligkeit"; desto zufriedener ist aber das Publicum, welches die Epauletten bezahlen muß und deren massenhafte Vermehrung keineswegs für nöthig hält. Gleichwohl ist England ein Staat um dessen Aufrechthaltung es sich der Mühe lohnt, was sich nicht von allen „Staaten" sagen läßt welche dermalen mit einem das Maß ihrer Mittel weit übersteigenden Aufgebot von Bajonnetten auf ihre sogenannte „Selbständigkeit" pochen.

Der Standard deutet an daß in der türkischen Frage zwischen England und Frankreich keine volle Uebereinstimmung obwalte. „Der Umstand daß General Aupick sich von Sir Stratford Canning die Initiative geben ließ, und folglich untergeordnet zu handeln genöthigt war, hat der französischen Regierung nicht gefallen; darum hat sie, die großen völkerrechtlichen Fragen, um die es sich hier handelt, aus den Augen verlierend, ein gewisses gemäßigtes Verfahren eingeschlagen, welches die Anmaßungen Rußlands ermuthigt, und daher gerade am besten geeignet ist eine Waffenentscheidung herbeizuführen. Dem edeln Benehmen Sir Stratford Cannings sind die civilisirten Nationen Europa's in der That großen Dank schuldig für die große Lehre daß der Machtbesitz kein Recht gibt zum Bruch des Völkerrechts, sondern daß diesem ein kräftiger Protest und, wenn's nöthig ist, eine Protestation mit den Waffen entgegentritt." Von einer zu hoffenden gütlichen Ausgleichung des Zwistes, von welcher österreichische Blätter sprechen, sagen die englischen zur Zeit kein Wort; doch glaubt im Grunde keines derselben an wirklichen Kriegsausbruch. (Französische Blätter enthalten den angeblichen Text des von Radziwill überbrachten Briefs von Kaiser Nikolaus an den Sultan. Wir kommen darauf zurück.)

Seit dem dänisch-deutschen Friedensschluß beschäftigt sich die englische Presse wenig mit den rein deutschen Angelegenheiten. Es sey, bemerkt das Chronicle, eine langweilige und trübselige Aufgabe im einzelnen aufzuzählen wie es gekommen daß die vorjährigen glänzenden Hoffnungen zu nichte geworden, daß ein Unternehmen welches auf nichts geringeres zielte als die politische Wiedergeburt einer großen Nation und die Schöpfung eines großen Reichs, zu einer Intrigue, einem bloßen Schachspiel zwischen den Höfen von Wien und Berlin eingeschwunden. Bloß die über dem östlichen Horizont hängende Wetterwolke bewege es (das Chronicle) sein Auge noch auf das Land zu richten welches, im Fall eines Bruchs zwischen Rußland und dem Westen, bestimmt sey wieder das Schlachtfeld eines Continentalkriegs zu werden. Das Journal fügt bei: „Wir können nicht, wie einige unsrer publicistischen Collegen gethan haben, aus diesem unbefriedigenden Capitel unsrer Zeitgeschichte einen Text ausziehen zur Declamation über die Treulosigkeit der Könige, oder zu einer Predigt über die Thorheit derer die ihr Vertrauen auf Fürsten setzen. Es mag wahr oder nicht wahr seyn daß Treulosigkeit und Doppelzüngigkeit der angeborene Charakter derer ist die das Unglück haben im Purpur geboren zu seyn, und ein kluger Mann vertraut, ohne einen sehr dringenden Beweggrund, überhaupt auf niemand dessen Interessen nicht mit den seinigen zusammenfallen. Aber die Deutschen haben sich in diesem Punkte nicht viel vorzuwerfen. Das Mißverhalten von Königen und Fürsten hatte in der That wenig mit der Sache zu thun. Der Plan deutscher Einheit scheiterte, nicht weil Fürst Schwarzenberg mit der Frankfurter Versammlung und mit dem Berliner Cabinet sein Spiel trieb, nicht weil der König von Preußen seinen enthusiastischen Kaiserwählern einen Strich durch die Rechnung machte, sondern weil er in sich visionär und unausführbar war, und weil die Urheber und Leiter des Plans ihre Kraft weit überschätzt hatten. So ist für jetzt die Idee eines großen und einigen deutschen Gemeinwesens, das Rußlands Feind, Frankreichs Freund und Englands Bundesgenosse wäre, klärlich zu einem bloßen Hirngespinst geworden. Bis erst ein allgemeiner Krieg den Bau des Continentalsystems in Trümmer legt, bis der Feuerstrom der Revolution noch einmal mit größerer Gewalt als das letztemal über Europa hinflutet, oder irgendein mehr allmähliches aber nicht minder mächtiges Agens die inneren Schranken, welche die deutschen Staaten noch von einander scheiden, zerstört, ist eine solche Entität einfach unmöglich. Wir müssen auf diesen Traum verzichten, und uns begnügen von der in Deutschland noch nicht erloschenen Bewegung minder blendende, aber nicht weniger wesenhafte Resultate zu erhoffen — die Consolidirung der Macht

Preußens, das jetzt eine freie und constitutionelle Monarchie ist, die Mediatisirung, eine theilweise oder vollständige, wenigstens einiger von den kleineren Staaten, und eine engere und innigere Conföderation aller Glieder der deutschen Familie."

⁑ **London,** 26 Oct. Der Parlaments- und Finanzreform-Verein hat wieder eine große Versammlung in der „Freihandels-Halle" zu Manchester gehalten. — Die Königin-Wittwe befindet sich sehr schlecht. Der Tod des mehr als achtzigjährigen brittischen Oberadmirals Sir J. C. Whitesheb wird stündlich erwartet. — Nach einer Notiz der Daily News hätte sich Kossuth in Konstantinopel nach England eingeschifft. — Die Aufmerksamkeit des Londoner Publicums ist zunächst auf den Proceß der Eheleute Manning gerichtet, welche jetzt vor den Assisen stehen. Ihre Verurtheilung ist nicht zu bezweifeln.

Frankreich.

Paris, 26 Oct.

Auch die Amnestiefrage ist mit großer Majorität (419 gegen 183 Stimmen) zurückgewiesen worden. Das merkwürdigste an der Verhandlung war die Art wie Hr. N. Bonaparte den Antrag motivirt hat, weil sie einen Blick in die innern Zerwürfnisse der kaiserlichen Familie thun läßt. „Im Jahr 1836," hatte er unter anderm gesagt, „hat sich ein berühmter Proceß vor den Assisen des Niederrheins eröffnet. Eine Insurrection hatte stattgehabt, eine Insurrection mit bewaffneter Hand. Der Chef dieser Insurrection war betrachtet worden als ein politischer Feind, man hatte ihn gepackt, von seinen Freunden getrennt, der Gerechtigkeit des Landes entrissen und transportirt. (Lebhafte Unterbrechung rechts. Links: Reden Sie! Reden Sie! Der Ministerpräsident Hr. O. Barrot: Etwas weniger Haß, etwas mehr Scham (un peu moins de haine et un peu moins de pudeur). Die Gesinnungen die ich ausdrücke, habe ich aus einem Brief des Präsidenten der Republik an den König Ludwig Philipp, er sagte darin: Ich möchte lieber gerichtet als amnestirt werden. Und ihr habt es gesehen, das Elsaßer Schwurgericht gab der Regierung eine Lection, sie sprach die Angeklagten los." Die weitere Sitzung betraf eine Verhandlung über Ergänzungscredite für die Marine, die heute fortgesetzt wurde, aber wenig allgemeines Interesse darbot, wenn es nicht etwa darin bestand daß der junge Estancelin, eine Hauptfigur des Charivari, auf eine gänzliche Umbildung der Marine antrug.

Hr. v. Corcelles, der diplomatische Agent in Rom, ist jetzt auch zurückberufen, und seine Functionen dem General d'Hautpoul übertragen. Ein Journal, das Evénement, hatte behauptet, Hrn. v. Persigny's Sendung nach Wien habe die Ausfolgung der Asche des Herzogs v. Reichsstadt zum Zweck gehabt. Diese Nachricht wird im Moniteur für erfunden erklärt.

Belgien.

Brüssel, 25 Oct. Gestern Nachmittags reiste der König mit Gefolg nach Lüttich ab, nachdem er zuvor den Gesandten des Reichsverwesers, den Baron Drachenfels, empfangen hatte. Einige Tage zuvor empfing der König in Laeken den Fürsten Metternich.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 18 Oct. Ein Ukas des Kaisers an den dirigirenden Senat vom 10 Aug. enthält daß der Marsch der russischen Truppen ins Ausland nothwendige außerordentliche Ausgaben veranlaßt hat, und der Kaiser es deßhalb für nöthig erachtet hat eine neue Emittirung von Reichsschatzscheinbilletten bis zum Belauf von 7 Serien, nämlich der XX, XXI, XXII, XXIII, XXIV, XXV, XXVI Serie, jede von drei Millionen Rubel Silber, zu verordnen und dem Finanzminister die allmählige Emittirung derselben nach Maßgabe des wirklichen Bedarfs anheimzustellen.

Warschau, 23 Oct. Durch kriegsgerichtliches Erkenntniß, welches vom Fürsten Statthalter bestätigt wurde, sind die politischen Staatsgefangenen: Alexander Grzegorzewski, Eigenthümer des Dorfes Grabowo, im Gubernium Radom, 42 Jahr alt, weiland Regierungsmitglied der am 22 Febr. 1846 in Krakau errichteten polnischen Republik, und Karl Rudnizki, aus dem Gubernium Radom gebürtig, 31 Jahr alt, zur Vermögensconfiscation verurtheilt worden. (Schles. Z.)

St. Petersburg, 18 Oct. Das Journal de St. Petersbourg enthält unter dem heutigen Tage: Die Umstände welche sich an die Mission Fuad-Effendi's nach St. Petersburg knüpfen, haben in den Zeitungen zu den übertriebensten Gerüchten Anlaß gegeben. Weit entfernt daß dieselbe, wie man behauptet hat, die Verweigerung der von dem kaiserlichen Cabinette in Gemäßheit des Vertrags von Kutschuk Kainardschi aufgestellten Forderungen in Betreff der polnischen Rebellen in sich faßt, welche an dem ungarischen Aufstand theilgenommen haben und jetzt eine Zuflucht in der Türkei suchen, begründet sich diese Mission nur auf den Wunsch des Sultans sich, ohne fremde Vermittelung, mit dem Kaiser über die Deutung welche dem auf jene Individuen anwendbaren Artikel des besagten Vertrages zu geben ist, gütlich zu verständigen. Diese directe Berufung eines vertrauten Alliirten an die freundschaftlichen Gesinnungen des Kaisers konnte nicht ermangeln sich Gehör zu verschaffen und der ausgezeichnete Empfang durch welchen Se. Majestät den osmanischen Repräsentanten beehrt hat, verscheucht alle falschen Gerüchte und berechtigt zu der Hoffnung daß diese Angelegenheit baldigst zur beiderseitigen Zufriedenheit der beiden Höfe erledigt werden wird."

Griechenland.

•† **Athen,** 16 Oct. Ein wichtiger Gesetzentwurf — die Regulirung und Eintreibung der dem Staat schuldigen Summen von Seiten der Staatsangehörigen wurde in Kammer und Senat angenommen. Es ist bekannt daß die Summe dieser Schulden sehr bedeutend ist, und daß die Regierung von jeher die größten Schwierigkeiten hatte selbst nur theilweise Abzahlungen einzutreiben. Gewöhnlich machten früher sämmtliche Staatsschuldner Opposition gegen jeden Finanzminister der es sich beifallen ließ seine Hand an dieses Hornißnest zu legen. Jede feindliche Coterie gegen was immer für ein Ministerium recrutirte sich aus diesen Schuldnern, deren Zahl im Lauf der Jahre immer zunahm, da jährlich rückständige Pachtzahlungen und Kaufsummen für dem Staat angehörige Realitäten und Ländereien sich anhäuften. Das Ende aller Maßregeln war immer daß die Freunde der Minister nicht bezahlten und die Feinde sich über Parteilichkeiten beklagten. Mit dem constitutionellen System wuchs diese Schmarotzerpflanze bis zur üppigen Blüthe empor. Die Staatsschuldner, in ihren Provinzen durch Besitzthum hervorragend, nunmehr in Kammer und Senat sitzend, unterstützten oder bekämpften die Regierung je nach den Maßregeln die sie in Betreff der Schulden nahm oder nehmen wollte. Nur auf diese Weise ist die Abstimmung über Gesetzentwürfe erklärlich welche vom ganzen Land als höchst nothwendig anerkennt, von der Regierung vorbereitet und eingebracht wurden und doch im Senat durchfielen. Nunmehr hat aber die Regierung einen Gesetzentwurf vor Kammer und Senat gebracht, der endlich diese wichtige Sache zu einem Ende bringt und in beiden gesetzgebenden Körpern angenommen wurde. Die Grundlinien dieses Gesetzes sind folgende: zur Bezahlung aller Schulden an den Staat wird ein Termin von zehn Jahren festgesetzt. Als zu zahlendes Capital wird die zur Stunde bestehende Schuld angenommen ohne Zurechnung der frühern schuldigen Zinsen. Die Zinsenzahlung beginnt von der Wirkung dieses Gesetzes. Als Schuldner wird anerkannt wer innerhalb vier Monaten eine unbewegliche freie, der Schuld entsprechende Hypothek bieten kann. Die Bezahlung der Schuld in Terminen kann auch zu einem Drittheil in Phalangitenbilleten geschehen. Wer diesen Bedingnissen nicht entsprechen kann, wird gerichtlich zur Zahlung genöthigt. Hr. Konstantin Schinas, Minister des Cultus, unter der Regentschaft — jetzt Professor und Deputirter der Universität Athen hat mit dem letzten Dampfboot Griechenland verlassen um sich auf seinen Posten als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Sr. Maj. des Königs von Griechenland nach München zu begeben.

Jonische Inseln.

Dem M. Herald wird aus Cephalonia vom 4 Oct. geschrieben: „Der größere Theil der Insel steht noch unter dem Martialgesetz. Die drei Rädelsführer bei den neulichen Ruhestörungen und Mordthaten, auf deren Köpfe große Preise gesetzt, sind noch nicht verhaftet. Truppen, Polizei und Landvolk verfolgen sie eifrig, und haben sie, glaubt man, im Norden der Insel eingeschlossen. Zur See können sie nicht entkommen, da die Küste von allen Seiten mit den Barken der Schiffe „Frolic" und „Sharpshooter" umstellt ist. Die Bauern schließen sich der Fahndung (hue and cry) überall willig an. Die raschen und entschiedenen Maßregeln des Lord Obercommissärs werden auf viele Jahre hinaus günstig wirken. Uebrigens sollen die drei Rädelsführer Theodor Vlacco, Gregorio Rodaro und Bobatti von allen ihren Leuten verlassen seyn." — Lord Charles Fitzroy, der warme Anwalt der Siebeninsel-Griechen im Parlament, erklärt sich in einem Schreiben dd. Paris, 18 Oct., in der Daily News, scharf gegen das Verfahren Wards und der Whigregierung.

⊙ **Corfu,** 10 Oct. Schwer lastet die Hand des Lord Obercommissärs Sir H. G. Wards — des beschützenden Englands unerbittlichen Stadthalters auch auf unserer Insel, die weder durch irgendeinen Act der Gewalt, noch überhaupt durch Widerspenstigkeit Veranlassung gab zu Maßregeln der Strenge, die unsere für die Behörden ohnehin weitgezogenen Gesetzesschranken weit überschreiten. In der Nacht vom 30 Sept. auf den 1 Oct. wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen, welche unsere ruhige, nichtsahnende Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten. Strenge Hausuntersuchung und Wegnahme der Papiere folgten auf dem Fuße nach. Die bestürzte Bevölkerung frägt umsonst nach den Gründen eines

solchen Verfahrens. Wäre es in der That möglich zu glauben daß auf unserer Insel eine geheime Gesellschaft bestehe die zum Zweck haben könnte sich dem englischen Schutz durch einen Aufstand zu entziehen? Die Erfahrung lehrt daß unter dem Schutz der englischen Kanonen Verschwörungen jeder Art gegen jede erdenkliche Macht nah und fern stattfinden können, nur keine Verschwörung gegen England. Seit dem Jahr 1817 haben die Behörden für gut befunden verschiedene andere Verschwörungen auf Corfu zu entdecken. Die gepflogenen Untersuchungen und das Resultat derselben blieben jedesmal ein Geheimniß. Für die Einwohner Corfu's ist es vom größten Interesse Gang und Endresultat einer solchen Untersuchung kennen zu lernen, sowie es auch für die englische Regierung gegenüber von Europa eine Gewissenspflicht seyn solle die Uebertretung der gesetzlichen Schranken zu rechtfertigen. Hier folgen die Namen der nächtlicherweise verhafteten Männer: die HH. Ballanos, Pierre Quartano, J. B. Scarpa, George Calogeras, Oberst Zambeccari, De Philippis und Rocco Canerini.

* **Cephalonia**, 10 Oct. Der Schrecken beherrscht Stadt und Land. Bis zur Stunde sind siebenzehn Individuen durch den Strang hingerichtet, und vierzig Landleute und zwei Priester wurden zur Peitschenstrafe verurtheilt. Nach allem Vorausgegangenen muß man befürchten daß auch die andern noch gefällten Todesurtheile vollzogen werden. In der Stadt Argostoli haben neuerdings Verhaftungen und Haussuchungen stattgefunden. Zum warnenden Beispiel sollen auch aus dieser Stadt einige gehenkt und gespießt (?) werden. Folgendes ist die Bekanntgebung der Localbehörde über diese Hinrichtungen. „Nachricht. Außer den vier durch den Strang Hingerichteten, wie durch eine vorausgegangene Kundmachung zur Kenntniß gebracht wurde, werden durch gegenwärtiges die Namen derer bekannt gemacht welche, sieben an Zahl, ebenfalls durch den Strang hingerichtet wurden, in Vollziehung gerichtlichen Urtheils. (Folgen die Namen, der Monatstag und der Ort der Hinrichtung.) „Ueber 5000 Landleute (so fährt die Bekanntmachung fort) haben sich, um ihr Land schneller von Kriegsgericht und Hinrichtungen zu befreien, der Regierung zur Verfügung gestellt um die Urheber des frevelvollen communistischen Aufstands aufzufinden."

Ostindien. China.

Die neue Ueberlandpost, welche in Marseille (und bereits auch in London) eingetroffen ist, hat Zeitungen von Madras bis zum 13, von Calcutta bis zum 7 Sept. mitgebracht, aber keine Bombayer Blätter; die Folge ist daß sie in Bezug auf Indien fast nur wiederholt was letzthin die Bombayer Post gemeldet. Das Gerücht von einem drohenden Kriege mit dem Mahârâdscha von Kaschmir, Gulab Singh, wird nun bestimmt für ganz grundlos erklärt, so daß Sir Charles Napier im nächsten Frühjahr wirklich nach England heimkehren zu können hofft. Der ursprünglich zum Tode verurtheilte, dann aber zu lebenslänglicher Deportation über See „begnadigte" vormalige Fürst von Multan, Diwan Mulradsch, war eingeschifft worden, und sein Schicksal erregte allgemeine Theilnahme in der Hindu-Bevölkerung, welcher eine Landesverweisung über die Gränzen des Indus im Norden und des Brahmaputra im Süden, und nun vollends über Meer, weit schlimmer dünkt als der Tod; denn Singapur, wohin derselbe deportirt ist, wird trotz seines indischen Namens (Singhapura — die Löwenstadt) sowie ganz Hinterindien von den Eingebornen des eigentlichen Indiens als Barbarenland betrachtet. In der Präsidentschaft Madras hatte, in der Gegend von Calicut, ein Haufe Fanatiker, von der banditenhaften Caste der Moplah, einen kleinen Aufstand erregt, der einen englischen Subalternofficier und ein halb Dutzend Sipahi das Leben kostete, indem die übrigen Soldaten feig die Flucht ergriffen und diese Handvoll Tapferer im Stiche ließen. Es war sofort Verstärkung im Bezirk Cannanore aufgeboten worden. — In Hyderabad (Nizam-Staat) wird die Verwirrung immer ärger, und die Zeitungen deuten offen auf eine unferne völlige Einverleibung dieses Gebiets.

Das wichtigste was diese Post meldet ist der (in Nr. 301 der Allg. Ztg. schon kurz erwähnte) Aufstand in Macao, wo am 22 Aug. Abends (die Post von Hongkong reicht bis zum 30 Aug.) der portugiesische Statthalter, Senhor do Amaral, von einem Haufen Chinesen erschlagen ward, als er mit seinem Adjutanten von einem Spazierritte zurückkehrte, bei welcher Gelegenheit er einer armen alten Chinesin, die an dem Gränzthor zwischen dem portugiesischen und dem chinesischen Gebiet wohnte, nach seiner Gewohnheit ein Almosen gereicht. Der Ermordete war ein allgemein geachteter Mann. Ueber die Beweggründe zu diesem Verbrechen liefen verschiedene Gerüchte um. Die meisten glaubten daß die chinesische Regierung in Canton den Mord angestiftet habe (vielleicht ermuntert durch die Rücksichtslosigkeit womit kurz zuvor die Engländer eben diesen Statthalter behandelt hatten); andere glaubten: es sey bloß ein Ausbruch der Privatrache gewesen wegen der Strenge womit Amaral seine Verwaltung führte und die Polizei handhaben ließ. Schmuggelhandel und Seeraub waren längs der chinesischen Küsten in vollem Flor. Der Theehandel ziemlich lebhaft, aber die Preise gedrückt; der Einfuhrhandel flau, da die Märkte seit lange überführt sind.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 26 Oct. Consols 92½; Bank Stock 198½; Schatzsch. 45 Sh. Span. 3proc. 34¼; 5proc. 16¾; portug. 32⅝.

Paris, 26 Oct. 3proc. 55.70; 4proc. 69; 5proc. 88; Bankactien 2330; belg. 5proc. 97½; röm. 88; piem. 5proc. 83.25; Vers. E.-B. rechte 212.50; linke 170; Paris-Orleans 723 75; Rouen 522.50; Straßburg 350; Nordbahn 426.25; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 218.75; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Bordeaux 400; Boul.-Amiens 130; Tours-Nantes 281.25; Dieppe-Fecamp 175; Bordeaux-Teste 35.

Amsterdam, 26 Oct. 2½proc. 52⅝; 3proc. 62⅝; 4proc. 82; port. 5proc. 31⅞; Metall. 5proc. 83; Ard. 9 15/16. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg 34 15/16 k. S.

Augsburg, 29 Oct. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. 24½ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83⅞ P. Hamburg 1 M. 73⅝ P. Wien in 20ern 1 M. 93½ P. Triest 1 M. 93½ P. Frankfurt a. M. 1 M. 99⅞ P. Nürnberg 1 M. 99⅝ G. Berlin 1 M. 105¼ P. Leipzig 1 M. 105¼ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 118¾ P. Lyon 1 M. 118¾ P. Marseille 1 M. 118⅜ G. Mailand 1 M. 60 1/16 G. Genua 1 M. 52 G. Livorno 1 M. 61⅛ G.

Augsburg, 29 Oct. Bayer. 3½proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92½ P. 5proc. 100½ P., 100¼ G. Bankactien II. Sem. 648 P. Promessen 65 P. Oesterr. 5proc. Metall. 90 P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württ. 3½proc. 84 P. 4½proc. 94 G.

Hamburg, 26 Oct. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. 97 P. Berl.-Hamb. E.-B.-A. 79½. Altona-Kiel 96¼. Mecklenb. 35. Rendsb.-Neum. 110 P. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 41. Neue 3½proc. Hamb. Anleh. 86¾. Hann. 5proc. 106 P. Ruß. 5proc. engl. Anl. 104¾. Dän. 3proc. engl. Anl. 72 P. Schwed. 4proc. 98⅝. Norw. 4proc. 99½. Amerik. 5proc. 105⅛.

Berlin, 27 Oct. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. 106 G. Staatsschuldsch. 88 G. Prämiensch. 100⅜ G. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. 90½ à ¼ bz. Berl.-Hamb. 80¼ G. Berl.-Stett.-Starg. 102½ bz. Berl.-Potsd.-Magd. 64 P. Halle-Thüringer 67 bz. Köln-Minden 94¼ G. Köln-Aachen 49 P. Düsseld.-Elberf. 67 G. Steele-Bohw. 36 P. Niederschles.-Märk. 84 P. Oberschl. A. 106¼ P., dito B. 103½ P. Cosel-Oderberg 61 G. Krak.-Oberschl. 64 à 65 G. Berg.-Märk. 50 G. Starg.-Posen 83⅞ à 84 bz. Magd.-Wittenb. 63⅜ bz.

Wien, 26 Oct. Ein Transport Gold- und Silbarren, der zweite seit Pacificirung Ungarns, ist unter starker Militärescorte in das Münzamt gebracht worden. Die russischen Münzen, welche bei Zahlungen an öffentliche Cassen gelangen, werden dem Münzamt zur Umprägung eingeliefert. Um dem Mangel an Scheidemünzen abzuhelfen, wurden für zwei Millionen Gulden kleine Silbermünzen nach Pesth gesendet. (Oesterr. Corresp.)

♀ **Wien**, 27 Oct. Die sich bereits gestern kundgegebene günstigere Stimmung hat sich auch an der heutigen Börse behauptet, und namentlich herrschte für Metalliques und Nordbahnactien eine gesteigerte Nachfrage. 5proc. Metall. wurden bis 95¼, 4½proc. Metall. (des neuen Anlehens) bis 84¼ und Certificate auf dasselbe mit 84⅜. Nordbahnactien bis 109⅞ bezahlt. In andern Effecten sehr wenig Umsatz und Veränderung. Der Wechselcurs auf fremde Plätze, sowie Gold haben angezogen und waren von fremden Devisen besonders Hamburg und Paris mehr gefragt. Silber preishaltend. Die Umsätze nicht sehr bedeutend. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. 95–95⅛, 4½proc. (neues Anlehen) 84¼–84⅜, Loose v. J. 1834 162½–163, Loose v. J. 1839 113½–114, Bankactien 1202–1205, Nordbahnactien 109⅜–109½, Gloggnitzer 109–109¼, Mailänder 83½–83⅝, Pesther 78¼–78½, London (k. l. S.) 10.48 G., Hamburg 156⅝–157, Augsburg uso 107¼ G., Frankfurt kurz 106¾ G., lang 107 G., Amsterdam 149½ G., Mailand 98¼ G., Livorno 105½–106, Genua 125¼–125½, Paris 127⅛ G., Marseille 126⅞ G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12⅛. Silberagio 7 Proc. Eine heute veröffentlichte officielle Kundmachung enthält, nachträglich zu den bereits unterm 15 Sept. festgesetzten Bestimmungen über die Eröffnung des neuen Anlehens, noch einige nähere Erläuterungen in Betreff der zu leistenden Einzahlungen, und unter andern daß diejenigen welche auf die zugesicherte Provision von ¼ Proc. Anspruch haben, nämlich Subscribenten auf mehr als 25,000 fl., die betreffende Provision sogleich im ganzen bei jener Casse gegen Empfangsbestätigung beheben können, bei welcher die Subscriptionseingaben überreicht wurden. Zugleich geht aus dieser Kundmachung hervor daß die ursprünglich festgesetzte Zahl der Einzahlungsraten (10 Raten) keine Veränderung erleiden; daher die in den letzten Tagen laut gewordene Erwartung die Einzahlungstermine auf zwanzig Raten erweitert zu sehen sich als ungegründet herausstellt.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Preußische Staatsacten.

Berlin, 26 Oct. Die in der vorgestrigen Sitzung der zweiten Kammer von dem Regierungscommissär General v. Radowitz auf den Tisch des Hauses niedergelegten Actenstücke zur deutschen Frage enthalten außer der einleitenden Denkschrift: I. Verhandlungen über die Begründung der provisorischen Bundescommission. II. Verhandlungen mit den dem Bündniß vom 26 Mai nicht beigetretenen Regierungen. III. Verhandlungen des Verwaltungsraths. IV. Entwurf der Verfassung des deutschen Bundesstaates nebst Wahlgesetz und Abänderungsvorschlägen der preußischen Regierung.

Die Denkschrift lautet:

Als die königliche Regierung gegen Ende Augusts d. J. den beiden Kammern Mittheilungen über den Stand der deutschen Angelegenheiten machte, mußte sie sich auf die Vorlage derjenigen Verhandlungen beschränken welche als ein abgeschlossenes Ganzes angesehen werden konnten. Sie hat aber schon damals erklärt daß einerseits mit dem k. k. österreichischen Cabinet Verhandlungen noch im Gange seyen, welche sowohl die Errichtung einer neuen provisorischen Centralgewalt als auch die Stellung Oesterreichs zu dem deutschen Bundesstaat beträfen; und daß andererseits mit der k. bayerischen Regierung vertrauliche Besprechungen stattgefunden hätten, auf Grund deren weiteren Vorschlägen entgegengesehen werden dürfe.

Zugleich sprach die königl. Regierung ihre bestimmte Absicht aus, sobald die damals noch rückständigen definitiven Erklärungen der übrigen deutschen Regierungen eingegangen seyn würden, im Verwaltungsrath mit den nöthigen Eröffnungen vorzugehen, um die Einleitungen zu der Berufung des Reichstages und der Verwirklichung des Bundesstaates treffen zu können.

Sie sieht sich nunmehr in der Lage den Kammern über alle diese Gegenstände weitere bestimmte Mittheilungen zu machen. Die Verhandlungen mit dem k. k. Cabinet haben zu einer Einigung über die Einrichtung eines Interims für den deutschen Bund von 1815 geführt, zu dem die Zustimmung der übrigen deutschen Regierungen erwartet werden darf. Sie sind in dem Abschnitt I zusammengefaßt. Die vertraulichen Besprechungen mit dem k. bayerischen Minister v. d. Pfordten haben dagegen nicht, wie damals noch erwartet wurde, bestimmte Anträge von Seiten Bayerns zur Folge gehabt, welche zu einer förmlichen, in Gemeinschaft mit dem Verwaltungsrath der verbündeten Regierungen aufzunehmenden Verhandlung hätten führen können. Die vorläufigen Verhandlungen wurden durch die definitive Erklärung Bayerns: dem Bündniß vom 26 Mai nicht beitreten zu wollen, abgeschlossen; sie finden sich vollständig im Abschnitt II.

Die Eröffnungen der königl. Regierung an den Verwaltungsrath: ihre Vorschläge über die durch den Nichtbeitritt mehrerer deutschen Regierungen veranlaßten Modificationen des Verfassungsentwurfs und über Berufung des Reichstages sind im Abschnitt III nebst den darüber bis jetzt gepflogenen Verhandlungen enthalten.

I.

Welche Grundsätze die königliche Regierung bei den Verhandlungen über ein neues provisorisches Centralorgan für den Bund von 1815 leiteten, hat sie schon in der einleitenden Denkschrift vom 23 August ausgesprochen. Diese Grundsätze waren einerseits ein treues und unverbrüchliches Festhalten an den Bundesverträgen von 1815 und allen daraus erwachsenden Pflichten wie Rechten, neben der Ueberzeugung daß das bisherige Organ für die gemeinsamen Angelegenheiten dieses Bundes, die provisorische Centralgewalt des Erzherzogs-Reichsverwesers, nach allen Seiten hin in eine so unhaltbare Stellung gekommen, daß es der königlichen Regierung ebenso unmöglich geworden war dieselbe noch länger anzuerkennen, als es klar vorlag daß man nicht auf den alten Bundestag zurückkommen könne; andererseits der feste Entschluß ihre Bestrebungen für das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates nicht aufzugeben, die durch das Bündniß vom 26 Mai der Nation und den verbündeten Regierungen gegenüber übernommenen Verpflichtungen in jeder Beziehung zu erfüllen, und im vollen Einverständniß mit ihren Verbündeten zu handeln.

In ihrer Betrachtung und von ihrem Standpunkt aus konnte sie daher die Frage über das Provisorium von der über das Definitivum nicht trennen; sie mußte beide zugleich ins Auge fassen und als gleich wichtig ansehen. Für sie mußte die nothwendige Voraussetzung für die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt die Gewißheit seyn daß die Verhandlungen, die zur Einigung über die Verfassung führen sollten, durch diese Centralgewalt nicht gehindert und aufgehalten würden, sondern der freien Vereinbarung und Uebereinkunft der deutschen Regierungen überlassen blieben.

Von diesem Standpunkt aus hatte sie die vertraulichen Eröffnungen in Erwägung genommen, welche ihr im Anfang August von dem früheren Unter-Staatssecretär im Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Legationsrath v. Biegeleben, gemacht worden waren.

Die Reise desselben nach Berlin war durch den ernstlichen Wunsch Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Johann aus seiner schwierigen und nicht mehr allseitig anerkannten Stellung auf eine alle Regierungen befriedigende Weise zurückzutreten veranlaßt worden. Sie hatte durchaus keinen officiellen Charakter, und nur den Zweck sich durch vertrauliche Besprechung zu vergewissern: ob und auf welchen Grundlagen die königliche Regierung geneigt seyn möchte die eine Zeitlang unterbrochenen Verhandlungen mit der kais. österreichischen Regierung wieder aufzunehmen? Es fanden daher auch keine schriftlichen Verhandlungen statt, sondern der Frhr. v. Biegeleben legte nur in durchaus vertraulicher Weise den Entwurf einer Uebereinkunft über ein Provisorium vor, um die Ansicht sowohl der königlichen Regierung als des kaiserl. österreichischen Cabinets darüber einzuholen; welchem Entwurf er nach weiterer Besprechung noch einige Modificationen zufügte.

Die königl. Regierung konnte ihrerseits keine der beiden Fassungen als ihrem Standpunkt völlig entsprechend anerkennen. Von ihrem Gesichtspunkt aus konnte es einerseits nicht zulässig erscheinen der für das Interim zu bezeichnenden Commission auch nur eventuell eine Einwirkung auf die definitive Ordnung der Verfassungsangelegenheit zu gestatten, da dadurch die Freiheit der Vereinbarung hätte gefährdet werden können; andererseits mußte sie wünschen die Entwicklung des engern Bundesstaates so ausdrücklich wie möglich sicher gestellt zu sehen, wenn gleich dieß in der Freiheit der Vereinbarung wesentlich mit enthalten war. In seinen übrigen Bestimmungen erschien dagegen der vorgelegte Entwurf den Umständen angemessen; und die königl. Regierung nahm daher keinen Anstand dem Frhrn. v. Biegeleben eine sich daran anschließende Fassung mitzutheilen, welche sie als für sich annehmbar bezeichnen könne.

Nachdem die hiesigen Besprechungen zu diesem Ergebniß geführt hatten, das als eine wesentliche Annäherung zu einer Verständigung betrachtet werden durfte, begab sich Hr. v. Biegeleben in derselben Weise nach Wien, um auch dort mit den leitenden Staatsmännern in gleich vertrauliche Communication zu treten. Der königliche Gesandte in Wien wurde zugleich von der ganzen Angelegenheit in Kenntniß gesetzt, und zu näheren Besprechungen darüber mit dem k. k. Ministerpräsidenten ermächtigt.

Das Resultat dieser Vorverhandlungen war daß das k. k. Cabinet, von dem aufrichtigen Wunsch nach einer Einigung über diese wichtige Angelegenheit und von dem Vertrauen in eine gleiche Gesinnung der königl. Regierung beseelt, sich entschloß einen im wesentlichen ähnlichen, nur in einigen Stücken modificirten Entwurf der königl. Regierung in officieller Weise vorzulegen. Dieß geschah durch die Note des k. k. Gesandten vom 15 September, begleitet von dem Entwurf in der in Wien angenommenen Fassung.

Da die königl. Regierung die Frage über das Provisorium nicht von der über das Definitivum trennen zu können erklärt hatte, folglich von ihrem Standpunkt aus die Gestaltung des erstern niemals ohne Rücksicht auf das letztere betrachten konnte, so schloß die Entgegennahme dieses nunmehr in officieller Form ihr zur Entscheidung dargebotenen Vorschlages die Beantwortung zweier Fragen in sich: einmal ob überhaupt der Zeitpunkt gekommen sey wo ihre Bestrebungen für die Verfassungsangelegenheit eine so sichere und nachhaltige Grundlage gewonnen daß die dem deutschen Volke verheißene Aussicht auf eine befriedigende Lösung nicht durch ein Interim wieder in eine ungewisse Ferne hinausgeschoben werde? dann ob der materielle Inhalt des Interims der angestrebten Lösung keine Hindernisse in den Weg legen werde?

Die erste Frage durfte bejaht werden, nachdem die Mehrzahl der deutschen Regierungen dem Bündniß vom 26 Mai beigetreten war, und nun, da der Umfang desselben sich übersehen ließ, Preußen auf dem Punkt stand die erforderlichen Einleitungen zur Berufung des Reichstages und Verwirklichung des Bundesstaates zu beantragen.

Zur Beantwortung der zweiten Frage mußte die königl. Regierung den vorgelegten Entwurf noch einmal einer ernsten und gründlichen Erwägung unterziehen.

Der Vergleich mit der hier früher als annehmbar anerkannten Fassung zeigt daß die hauptsächlichsten Divergenzen in der Auslassung der ausdrücklichen Erwähnung des engern Bundesstaates, in der Forderung

des Vorsitzes in der Commission für Oesterreich, und in der Bestimmung über die schiedsrichterliche Entscheidung lagen.

Was den ersten Punkt betrifft, so konnte die k. Regierung sich nicht verhehlen daß eine solche Auslassung zu falscher Auffassung und zur Mißdeutung ihrer eigenen Stellung führen könne. Aber sie konnte auch nicht verkennen daß vom rechtlichen Gesichtspunkt die Anerkennung: daß die deutsche Verfassungsangelegenheit überhaupt der freien Vereinbarung der Regierungen überlassen bleibe, genüge, und daß die ausdrückliche Erwähnung eines Theiles derselben an und für sich überflüssig sey. Zu der Ordnung der ganzen deutschen Verfassungsangelegenheit gehört sowohl die Errichtung des engeren Bundesstaates selbst als die Feststellung seines Verhältnisses zu dem weiteren Bunde und die Errichtung eines definitiven Organs für die gemeinsamen Angelegenheiten dieses weiteren Bundes. Alles dieß muß der freien Vereinbarung überlassen bleiben; und es war kein zwingender Grund vorhanden eines von diesen Momenten ausdrücklich hervorzuheben, da es in dem allgemeinen Begriff der Verfassungsangelegenheit mit inbegriffen war. Der wesentliche Zweck war also auch durch die von Oesterreich aus vorgeschlagene Fassung erreicht; und es konnte der k. Regierung daneben nur noch darauf ankommen ihren eignen Standpunkt sicher zu stellen, und sowohl der k. k. österreichlischen Regierung als ihren eigenen Verbündeten durch eine offene Erklärung im voraus jeden Zweifel zu benehmen, in welchem Sinne sie den betreffenden Paragraphen der Uebereinkunft versteht. Diese Erklärung konnte sie durch einen Erlaß an ihren Repräsentanten in Wien in die Hände des k. k. Ministers niederlegen; und in Verbindung mit derselben war die Annahme der vorgelegten Fassung unbedenklich.

Dagegen konnte es der Stellung welche Preußen jetzt im deutschen Bunde einnimmt, nicht angemessen erscheinen den für Oesterreich in Anspruch genommenen Vorsitz zuzugestehen. So gern die k. Regierung der hervorragenden Stellung Oesterreichs Rechnung trägt, so konnte sie doch die durch die ganze bisherige Entwicklung der deutschen Verhältnisse Preußen zugefallenen Ansprüche der Gleichberechtigung, mithin auf ein Alternat, nicht aufgeben, wenn überhaupt eine ausdrückliche Bestimmung darüber in die Uebereinkunft aufgenommen werden sollte. Es würde aber wenig deutsche Gesinnung verrathen haben, bei Gelegenheit einer Bestimmung die nur rein geschäftlicher Natur seyn konnte, einen Principienstreit zu erheben, und die k. Regierung schlug daher vor überhaupt keinen Vorsitz für die Commission festzustellen, und es der letzteren selbst zu überlassen über die für die Leitung des Geschäftsganges unentbehrlichen Einrichtungen in ihrem Schooße sich zu verständigen.

Ebenso wenig konnte die k. Regierung es für geeignet erachten in Betreff der schiedsrichterlichen Entscheidung eine Aenderung zu treffen welche einen permanenten Unterschied zwischen der königlichen und den übrigen Regierungen festgestellt hätte.

Daß den übrigen deutschen Regierungen, welche mit Vertrauen die eigentliche Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten während des Interims in die Hände von Oesterreich und Preußen legen sollten, gestattet würde sich bei der Commission vertreten zu lassen, erschien auf der einen Seite natürlich; andrerseits konnte die k. Regierung eine Nothwendigkeit hiefür nicht anerkennen, da die Regierungen von Oesterreich und Preußen die Leitung der Angelegenheiten als Delegirte in Vollmacht der übrigen führten, diese also als in der Commission selbst schon mit vertreten angesehen werden mußten. Auch ließen sich von dieser Einrichtung manche Unzuträglichkeiten befürchten, und die k. Regierung wollte daher diese Bedenken nicht zurückhalten, wenngleich es schwer erschien die fragliche Bestimmung definitiv zu beanstanden, umsomehr, da behauptet wurde daß auch für die Commission ein geordneter und rascher Geschäftsverkehr dadurch erleichtert werden könnte — eine Voraussetzung die allerdings davon abhängig bleibt daß die Vertreter der Regierungen in diesem Sinne sich als Vermittler der erforderlichen Communicationen betrachten.

Die k. Regierung erwiederte daher die Mittheilung des k. k. Gesandten durch eine Antwort welche die Geneigtheit auf der vorliegenden Grundlage zu unterhandeln, sowie die Gesichtspunkte von welchen die k. Regierung dabei ausging, offen aussprach, und mit einem modificirten Entwurf begleitet war, der, an den wesentlichen Grundlagen festhaltend, die obigen Bedenken berücksichtigte. Dieser Entwurf wurde zugleich dem k. Gesandten in Wien zugesandt, um denselben dem k. k. Cabinet näher zu motiviren, und zu dem Zweck mit einer vertraulichen Instruction begleitet (d. d. 19 September), worin die Ansichten der k. Regierung näher entwickelt waren.

In dieser Instruction hat die k. Regierung nicht allein ihre Auffassung der deutschen Verfassungsangelegenheit und des dieselbe betreffenden Paragraphen des Entwurfs offen ausgesprochen, sondern ausdrücklich diejenige Erklärung über den Sinn in welchem sie auf die Uebereinkunft eingehen könne, niedergelegt, welche oben als unerläßlich bezeichnet wurde. Der k. Gesandte wurde deßhalb beauftragt dem k. k. Ministerpräsidenten abschriftliche Mittheilung dieser vertraulichen Instruction zu geben, um über die Absichten der k. Regierung keinem Zweifel Raum zu lassen.

Die Rücksicht auf das gemeinsame Interesse des deutschen Bundes, an welchem Oesterreich wie Preußen treu festzuhalten ernstlich gesonnen waren und oft erklärt hatten, mußte beide Regierungen geneigt machen bei der Verhandlung über eine provisorische Einrichtung von großer und unmittelbar praktischer Wichtigkeit nicht eine Frage über Principien auf die Spitze zu treiben, welche durch festgesetzte Verständigung zur Ausgleichung gebracht werden konnte. Es kam für die Gegenwart ebensosehr darauf an für die Regelung wichtiger Angelegenheiten die allen deutschen Staaten, sowohl den Gliedern des Bündnisses vom 26 Mai als den nicht beigetretenen, gemeinsam waren, Fürsorge zu tragen, als dem Auslande gegenüber die ungestörte Fortdauer des Bundes von 1815 zu bethätigen und unwidersprechlich darzustellen. In der Anerkennung dieses Bedürfnisses, in dieser ächt deutschen Gesinnung begegneten sich beide Regierungen; und durch dieß gegenseitige Entgegenkommen war es möglich zu einer Fassung zu gelangen welche von beiden angenommen werden konnte, ohne sich in Widersprüche mit ihrer eigenen Stellung zu verwickeln oder ihren Ansprüchen etwas zu vergeben.

Die Uebereinkunft über diese Fassung wurde am 30 September zwischen dem k. k. österreichischen Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten v. Schwarzenberg und dem k. Gesandten am kaiserlich österreichischen Hof Grafen v. Bernstorff abgeschlossen und die Ratification der Regierungen vorbehalten.

Ehe die k. Regierung diese Ratification ertheilte, hielt sie es für ihre Pflicht die Uebereinkunft den ihr verbündeten Regierungen im Verwaltungsrath vorzulegen, wie sie dieß schon sowohl in der Note an den kaiserlich österreichischen Gesandten als in der Instruction an ihren Vertreter in Wien erklärt hatte. Nachdem sie dieß, unter offener Darlegung des Standpunktes den sie in der provisorischen Bundescommission einzunehmen gedenke, gethan, und sich der Zustimmung der Mehrzahl ihrer Verbündeten versichert hatte, ertheilte sie unter dem 10 d. M. die Ratification. Die Auswechslung derselben fand in Wien am 13 d. M. statt.

Der kaiserl. österreichliche Ministerpräsident hatte nach abgeschlossener Uebereinkunft an den kaiserl. Gesandten am hiesigen Hofe eine Instruction erlassen, welche den Zweck hatte die Gesichtspunkte zu bezeichnen von denen aus das kaiseril. Cabinet in einzelnen Punkten der von der königl Regierung vorgeschlagenen Fassung sich anschließen zu können, in anderen auf den eigenen Vorschlägen beharren zu müssen geglaubt hatte. Das kaiserl. Cabinet hatte auf diese Weise ebenso wie die königl. Regierung ihrerseits den eigenen Standpunkt festgehalten, und sich gegen die Folgerungen gewahrt welche, über die für den praktischen Zweck erreichte Einigung hinaus, aus der Nichterwähnung von Principien gezogen werden könnten deren Ausgleichung späterer Verständigung vorbehalten war.

Dieser Erlaß wurde der königl. Regierung mitgetheilt, welche, die Berechtigung Oesterreichs zur Wahrung seines Standpunktes anerkennend, ihrerseits nur an ihrer Erklärung über den eigenen Standpunkt festhalten konnte.

Dieß wurde ausdrücklich ausgesprochen in dem Erlaß an den königl. Gesandten vom 10 d. M., mit welchem die Uebersendung der Ratificationsurkunde begleitet wurde. Die königl. Regierung erneute darin, indem sie auf ihre frühere Erklärung verwies und dieselbe als vollständig festgehalten bezeichnete, ihre Verwahrung gegen jede Mißdeutung ihrer Ansichten, und gab damit eine neue Bürgschaft für ihren festen Entschluß auf dem betretenen Wege fortzugehen.

Indem die königl. Regierung den hohen Kammern die Actenstücke über diese nunmehr geschlossene Verhandlung vorlegt, darf sie das erreichte Resultat als ein den Umständen nach befriedigendes bezeichnen. Einem wichtigen und dringenden Bedürfnisse für die Gesammtheit der deutschen Staaten ist genügt, ohne daß den Bestrebungen welche Preußen seit dem 26 Mai gemeinschaftlich mit der Mehrzahl derselben verfolgt, ein Hinderniß dadurch erwachsen könnte. Der Entwickelung dieser Bestrebungen ist freier Spielraum gelassen, und die Einigkeit der beiden deutschen Großmächte während des Provisoriums bürgt dafür daß die Gestaltung des Definitivums nach allen Seiten hin ohne Störung durch wahrhaft freie Vereinbarung zu Stande kommen werde. Ueberhaupt sieht die königl. Regierung die Einigkeit mit dem alt verbündeten und befreundeten Oesterreich als so wichtig und wünschenswerth an, daß sie sich freuen mußte demselben auf einem Boden zu begegnen auf welchem sich beide Regierungen zum Schutze der gemeinsamen deutschen Interessen die Hand reichen konnten, und daß diese Rücksicht auch jetzt einen vorwiegenden Einfluß auf ihre Entschlüsse üben durfte.

Die Aufforderung an die deutschen Regierungen der Uebereinkunft über das Interim beizutreten wird in diesen Tagen an dieselben gelan-

gen. Die betreffenden Weisungen sind am 21 d. M. an die königl. Gesandten abgegangen, und die königl. Regierung hat keinen Anlaß an dem günstigen Erfolg dieser Aufforderung irgendwelchen Zweifel zu hegen.

II.

Die Verhandlungen mit der königl. bayerischen Regierung waren, wie schon Eingangs erwähnt worden, nur vertraulicher und vorläufiger Art. Sie bedürfen keines weiteren Commentars. Die betreffenden Actenstücke sind bereits durch den königl. bayerischen Staatsminister v. d. Pfordten den Kammern in München vorgelegt, und durch die Zeitungen bekannt gemacht; die königl. Regierung hat sie indeß, obgleich die Verhandlungen zu keinem Resultat geführt haben, in Anschluß an ihre früheren Mittheilungen den Kammern umsomehr noch besonders übergeben wollen, da dieselben in Einem Punkte der Vervollständigung bedurften.

Die Vorlagen an die bayerischen Kammern enthalten nämlich Vorschläge zu Modificationen des Verfassungsentwurfs vom 26 Mai, welche dort als officielle Vorlagen der preußischen Regierung hingestellt erscheinen. Es sind dieselben aber einer durchaus vertraulichen Correspondenz des hierzu beauftragten, und mit den Ansichten der königl. Regierung vertrauten Generals v. Radowitz mit Hrn. v. d. Pforden entnommen, in welcher es dem ersteren darauf ankam dem königl. bayerischen Minister die Gränzen zu bezeichnen bis zu welchen möglicherweise die königl. Regierung würde gehen können, falls Bayern im Sinne dieser vertraulichen Aeußerungen bestimmte Vorschläge machen wollte, und die verbündeten Regierungen keine Einwendungen dagegen erhöben. Einen definitiven Charakter haben diese Aeußerungen daher nicht gehabt; sie hätten ihn erst annehmen können wenn die königl. Regierung sich darüber mit ihren Verbündeten verständigt hätte. Diese vertraulichen Schreiben des General v. Radowitz sind deßhalb hier in ihrer ursprünglichen unmißverständlichen Form abgedruckt, wie sie als Erwiederung auf die bei mündlicher Besprechung ebenfalls vertraulich dem General v. Radowitz übergebenen Abänderungsvorschläge des Hrn. v. d. Pfordten an den letzteren gerichtet worden. Die königl. bayerische Regierung hat sich bekanntlich nicht veranlaßt gefunden auf Grund dieser Besprechungen in weitere Verhandlung zu treten und ausdrückliche Anträge zu machen, und so ist auch für die königl. Regierung kein Anlaß gewesen diese als möglich hingestellte Modification ihren Verbündeten vorzulegen und der Berathung im Verwaltungsrath zu unterziehen. Sie konnten als zulässig erscheinen um des wünschenswerthen Zweckes willen dem größten Staat im deutschen Bunde, nach den beiden Großmächten, den Beitritt zu erleichtern; sie verloren ihre Bedeutung, da Bayern sie nicht aufnahm und somit jener Zweck nicht mehr erreicht werden konnte.

Diesen Actenstücken sind die ablehnenden Antworten des königl. württembergischen und der landgräflich hessen-homburgischen Regierung angeschlossen.

III.

Nach dem Eingang der definitiven Erklärungen der deutschen Regierungen, zu welchen dieselben zuletzt unter dem 23 Aug. aufgefordert waren, ließ sich das Bündniß zunächst als vorläufig abgeschlossen betrachten, und damit zugleich der voraussichtliche Umfang des engern Bundesstaates übersehen. Es lag daher nunmehr der königl. Regierung und ihren Verbündeten ob für die Erfüllung ihrer der Nation gegenüber übernommenen Verpflichtungen, für die Durchführung der gemeinsam ausgesprochenen Verheißungen, für die Verwirklichung des Bundesstaates die erforderlichen Einleitungen zu treffen.

Die Verhandlungen des Verwaltungsrathes welche bis dahin, den Umständen gemäß, wesentlich auf die Erweiterung des Bündnisses durch den Zutritt der einzelnen Regierungen gerichtet waren, mußten nunmehr auf dieses Ziel hingewandt werden.

Es handelte sich dabei zunächst um die Berufung des Reichstages; die Bestimmung des Ortes für denselben, und die Ausschreibung der Wahlen der Abgeordneten. Angemessen aber erschien es auch, nachdem feststand daß für jetzt nicht alle deutschen Staaten an dem Bundesstaat theilnehmen würden, mit dem Verfassungsentwurf den Umständen entsprechende Veränderungen vorzunehmen, über welche natürlich sämmtliche Mitglieder des Bündnisses sich zu vereinigen haben. Die Regierungen von Sachsen und Hannover hatten sich für einen solchen Fall die Erneuerung von Verhandlungen über die Umgestaltung der Verfassung vorbehalten; und obgleich dafür kein Termin festgestellt worden war, auch die Vorbehalte für die später beigetretenen Staaten, denen dieselben nicht officiell mitgetheilt und niemals als maßgebend bezeichnet worden waren, keine Bedeutung haben konnten, so wollte die königliche Regierung doch umsoweniger beanstanden daß schon jetzt, und gleichzeitig mit den Einleitungen zur Berufung des Reichstages, auch diese Verhandlungen über Modificationen des vorzulegenden Entwurfs aufgenommen würden, als es in der Natur der Dinge lag daß die vorläufige Beschränkung des Bundesstaates auf einen (wenngleich den größeren) Theil Deutschlands eine Abänderung mehrerer einzelner Bestimmungen sowohl als eine nähere Erklärung über das Verhältniß des Bundesstaates zu dem Bunde von 1815 in der Verfassung selbst, herbeiführte.

Die königliche Regierung hat es daher für ihre Pflicht gehalten dem Verwaltungsrathe über alle diese Punkte, sowohl über die nothwendigen Abänderungen der Verfassung als über die Berufung des Reichstages mit bestimmten Vorschlägen entgegenzukommen. Dieß ist in der 52sten Sitzung vom 19 d. M. geschehen.

Sie legt den Kammern diese Eröffnungen zugleich mit den vollständigen Sitzungs-Protokollen von dem Augenblick an vor wo der Verwaltungsrath angefangen hat sich näher mit den unmittelbaren Vorbereitungen für die Verwirklichung des Bundesstaates zu beschäftigen. Die Motive und Ansichten, wie die Entschlüsse der königlichen Regierung sind darin so umfassend dargelegt, daß dieselben keiner weiteren Erläuterung bedürfen.

Berlin, den 22 Oct. 1849.

(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons. v. Schleinitz.

Baden und Deutschland.

* **Aus Baden,** 23 Oct. Seit meinem letzten Briefe hat sich in unsern Verhältnissen nichts geändert, Sie müßten denn in den Festlichkeiten womit man den 15 Oct. beging, eine fruchtbare und bleibende Sinnesänderung der badischen Bevölkerung erblicken. Und wer wollte nicht dem flüchtigen Eindruck nachgeben, und einen großen Umschwung der Dinge daraus prophezeien daß die einst so „gesinnungstüchtigen" Städte Mannheim und Heidelberg sich wetteifernd überboten in Festlichkeiten, Kirchgängen und Zweckessen zu Ehren desselben Königs den man vor einem Jahre in effigie verbrannt, und vor fünf Monaten noch mit allen schmähenden Ehrennamen überhäuft hatte! Gleichwohl würden wir die restaurirende Staatsweisheit um ihrer Kurzsichtigkeit willen bedauern, wollte sie etwa auf diesen Flugsand Häuser bauen und sich in die Täuschung einwiegen die Kirchgänger und Zweckesser vom 15 Oct. würden etwa zu einem Treubund werden, der sich als ein fester Wall um die erschütterten Throne zu legen bereit sey. Dieselben Glocken die am Geburtstag Friedrich Wilhelms IV zur Kirche riefen, haben gerade fünf Monate zuvor Sturm geläutet gegen die verhaßte „preußische Soldateska"; und unter den loyalen Kirchgängern vom 15 Oct. läßt sich gar manches Gesicht wiedererkennen das keinen Ausdruck des Hohnes und der Entrüstung zu stark fand als es im März 1848 galt den überwundenen und vor Barricadenmännern gebeugten Nachfolger Friedrichs des Großen zu erniedrigen. Will man aus diesen Sympathien den zerbrochnen goldnen Reif der den „engern Bund" umschließen soll neu zusammenschmieden, so würde man abermals nur einer bittern Täuschung entgegengehen; hat man keinen andern bannenden Spruch gegen die Revolution aufzuwenden als was wir bisjetzt vernommen haben, so darf man sich nicht wundern wenn die wechselnde Macht der Ereignisse die Dinge noch einmal schrecklich umkehrt, und die Festesglocken vom 15 Oct. wieder zu Sturmglocken der Empörung und des Bürgerkrieges werden. Ich weiß nicht ob man sich darüber täuscht oder klar sieht — gerade unter denen deren Sympathie nicht mit dem Winde wechseln, hat die preußische Politik von Tag zu Tag mehr an Boden verloren. Die Leute die aus einer ganz uneigennützigen und vorurtheilsfreien Betrachtung, mit Ablegung aller Stammesvorurtheile und persönlichen Antipathien, zuerst und am entschiedensten und am ausdauerndsten die Sache Preußens als die Sache Deutschlands gegenüber dem Unverstand und der Kleinstädterei verfochten — diese Leute sind in dem Maße kälter geworden als sich Preußen mit seinen Bajonnetten das wohlfeile Hosianna der früheren Preußenfresser erkämpft hat. Wir glauben nicht daß Preußen bei diesem Tausche gewonnen hat; denn die Kirchgänger und Zweckesser sind zweideutige, unbeständige Freunde, von denen der Satz gilt: ehe denn der Hahn kräht, habt ihr mich dreimal verrathen. Wohl gibt es optimistische ehrenwerthe Leute die auch jetzt noch an der Zukunft des Dreikönigbündnisses nicht verzweifeln, die sich jeden Tag zu Bett legen, und mit der Hoffnung aufstehen jetzt werde endlich der Reichstag berufen werden, oder die durch die Veröffentlichung der Verhandlungen des Verwaltungsraths sich wieder alle ihre Einheitshoffnungen neu beleben lassen. Wir möchten diese optimistische Betrachtungsweise nicht tadeln, aber man tadle auch uns nicht wenn sich uns eine andere aufdrängt, wenn wir in den bittern Wermuthstropfen die der Frankfurter §§ Correspondent der Allg. Ztg. neulich hat einfließen lassen, viel mehr psychologische Wahrheit und eine viel zuverlässigere Wirkung der kommenden Dinge erblicken als in allen den rosenfarbenen Prophezeiungen womit die Selbsttäuschung andere zu täuschen sucht. Je mehr wir daran gewöhnt sind in dem was

die optimistischen Politiker als den Geist der Zeiten verkündigen, nur „der Herren eignen Geist“ zu sehen, um so wohlthuender war es uns einmal eine nüchterne derbe Stimme der Wahrheit zu vernehmen, die für gemüthliche Illusionen in der Politik unzugänglich scheint. Die Dinge sind uns längst in dem Lichte erschienen in dem sie dort beleuchtet werden, auch wenn wieder einzelne Zeichen daran irre machen konnten; seit das Interim — wahrscheinlich für eine viel längere Frist als den Mai 1850 — eingeleitet ist, hat die preußische Politik erreicht was ihr nothwendig schien, und die gerühmte Veröffentlichung der Verhandlungen des Verwaltungsrathes wird nicht sowohl das Zeichen zu einem kühnen, entschlossenen Vorwärts werden als vielmehr die goldene Brücke zu einem scheinbar ehrenhaften Rückzug. Läge darin etwas absonderliches oder unerwartetes? Wenn man den Gang der preußischen Politik seit zehn Monaten verfolgt, durchaus nicht. Preußen hat am 5 Dec. eine freisinnige Verfassung gegeben — und später das eigne Werk eigenmächtig wieder umgestaltet; warum sollte es Bedenken tragen eine andre Schöpfung, den Reichsentwurf vom 28 Mai, nach Umständen fallen zu lassen, oder nach Bedürfniß eigenmächtig umzuschmelzen? Preußen hat die Hoffnungen der erbkaiserlichen Partei in der Nationalversammlung nicht abgewiesen, sondern eher ermuntert — und als mit Mühe und Noth das schwierige Werk in Frankfurt fertig gebracht war, desavouirte man auf schnöde, ungeschickte Weise dieselben Männer deren politische Ehre für das Gelingen des Kaiserthums verpfändet war. Preußen hat im December v. J. an Oesterreich Vorschläge gemacht welche die Frage der Oberleitung in dem deutschen Reiche offen ließen, dagegen jene bekannte Eintheilung Deutschlands in Kreise (Wehrherzogthümer) zuerst aufstellten — wenige Wochen später hat es sich gegenüber den staatenbundlichen Restaurationsgelüsten Oesterreichs mit aller Entschiedenheit zum Bundesstaate bekannt; war damals der Umschlag möglich, warum sollte heute nicht der entgegengesetzte denkbar seyn? Preußen schien sich mit jungfräulicher Scheu gegen die von der Nation gewollte factische Mediatisirung der mittlern und kleinern Staaten zu sträuben — und jetzt schließt es ein Interim worin diese Mediatisirung jener Staaten auf unverschleierte Weise octroyirt ist. Preußen schien in der Uebernahme der Reichsgewalt aus den Händen der Nationalvertretung einen unmoralischen Act der Usurpation zu sehen — aber es fand kein Bedenken die kleinen ohnmächtigen Staaten in einen Löwenbund hereinzuzwingen dessen Anfang, Verlauf und Ende nur eine ununterbrochene Usurpation ist. Preußen hat mehr als einmal feierlich gelobt die Schleswig-Holsteiner gegen dänische Gewalt im Namen Deutschlands zu schützen, und es hatte ein ganz individuelles Interesse mit diesem politischen Jungfernact an der Spitze und im Namen deutscher Nation Ehre einzulegen. Statt dessen schließt es Verträge die nur zu antalkidischen oder Basler Friedensschlüssen führen können, duldet und schützt empörendes Vorgehen gegen die schleswigischen Vorkämpfer deutscher Nationalität. Daß, wie dieser Tage die Zeitungen berichteten, Schleswig dem deutschen Volke das verpfändete Wort zurückgeben wollte — dieß hat selbst der Bundestag von uns abgewehrt. Es war Preußen vorbehalten, nachdem König Friedrich Wilhelm IV einst öffentlich erklärt hat: „daß die Herzogthümer selbständige und fest miteinander verbundene Staaten seyen, und daß der Mannsstamm in ihnen herrsche.“ Solcher Widersprüche in dem öffentlichen Thun Preußens ließen sich noch manche hervorheben — und wir sollten daran zweifeln daß es sich vor dem letzten und größten scheuen und sich nicht mit Oesterreich über die staatenbundliche Restauration einigen werde? Die Vergangenheit der preußischen Staatskunst seit der „rettenden That“ ist bis jetzt eine ziemlich glückliche Politik der Gewalt und der gewaltsamen Auskunftsmittel gewesen; sie wird diesen Boden schwerlich wieder verlassen — es sey denn daß von andern Gewalten ein erneuerter und stärkerer Druck ausgehe und sie lähme. Ob in der deutschen Angelegenheit noch irgendetwas ersprießliches geschehen wird, das hängt von Zufällen, ministeriellen und andern Stimmungen und Launen, von Kleinigkeiten und unvorgesehenen Dingen so sehr ab daß nur die allergrößte Selbstverläugnung einen Mann von politischen Grundsätzen vermögen kann sich zum Kämpen einer solchen Politik zu machen. Denen die es thun, wollen wir es nicht verargen, aber man verarge es uns nicht wenn wir an dem Berufe und an der Fähigkeit des gegenwärtigen Preußens die deutsche Verwicklung irgend erträglich zu lösen allen Ernstes verzweifeln. Wer möchte darum auf die andern größern Staaten Deutschlands seine Hoffnungen bauen? Dort wo man meist alles zurückgestoßen was der Nation lieb und werth geworden war, dort muß man höchstens die Prätension erheben wollen daß man von der Schwäche und den Fehlern des Nebenbuhlers zehrt. Dieß Sichbeschränken auf die Negation wird der Noth Deutschlands so wenig abhelfen als die preußische Schwäche und das Grundsatzlosigkeit. Diese Ueberzeugung schlägt tiefere Wurzeln als es Siegesbewußtseyn der Restaurationsleute begreifen mag. Die rechte Erkenntniß davon haben nur die Rothen; man hat ihnen oft vorgeworfen sie hätten durch ihre Sünden den geschwächten Gegner wieder zum Leben geweckt — sie geben sich der Hoffnung hin daß man ihnen das jetzt wett machen werde.

Die deutsche Frage in Oesterreich.

I.

*** **Wien**, 24 Oct. Sie kennen das Bedürfniß Süddeutschlands über die Ansichten der Oesterreicher in der deutschen Frage so klar und gründlich als möglich unterrichtet zu werden. Denn seit und vor dem 26 Mai schon hat man in Bayern und Württemberg eine andere Politik nicht gekannt als zu laviren. Ich will Ihnen heute die Parteien der hiesigen politischen Welt gruppiren, denn man denkt hier in der deutschen Frage so schroff und verschieden wie in Deutschland selbst. Sollte ich mich in dem einen oder andern Punkte irren, dieses oder jenes übersehen haben, so werden mir Berichtigungen schon zukommen, und ich will sie gewissenhaft nachtragen, denn es handelt sich hier hauptsächlich darum eine klare Uebersicht der politischen Lage zu gewinnen ehe man sich für eine politische Meinung entscheidet, und ich werde die meine Ihnen später nicht vorenthalten. Wien selbst fand ich gegen die Politik ziemlich gleichgültig geworden. Große Ereignisse, die sich Schlag auf Schlag gefolgt, überholten alle Reflexionen, und weil täglich unerwartetes geschah, schien der Gedanke was geschehen sollte oder könnte ziemlich müßig. Die deutsche Frage vollends steht hier in zweiter Reihe; darüber darf sich kein schwarz-roth-goldnes Herz im Reich erzürnen. Von dem Stephansthurm sieht man schon Ländergebiete wo eine andere Sprache als die deutsche gesprochen wird; schreiben Sie das Wort Deutschland auf einen Streifen Papier, und werfen Sie diesen hier in den Donaucanal, in wenig Stunden haben ihn die behenden Wellen schon an das magyarische Ufer getragen. Freilich finden Sie in den Journalen, wenigstens in einem täglich, die deutsche Frage erörtert, aber auch nur in Ermangelung wichtigeren Stoffes, oder, um mit Ihrem Bremer Freunde zu reden, „wenn der Teufel hungrig ist, da frißt er auch Mücken.“ Die Wiener in der Mehrzahl sind wohl großer politischer Gefühle fähig, allein ihr Sinn ist zu sehr frohem Genusse zugekehrt, ihr Leben zu sehr den wenigen schönen Minuten geweiht als daß ihnen ein herzloses Geschäft wie die Politik dauernd munden sollte. Erinnert sich der Wiener jetzt der Zeit wo er in die Paulskirche wählte, so äußert sich sein politisches Gefühl ganz entschieden. „Das ganze Deutschland soll es seyn.“ Und was ist natürlicher als daß sein Kaiser auch Kaiser in Deutschland seyn müsse? Wien ist ja ausschließlich die Kaiserstadt, und wie in Berlin würde man hier noch mehr den Gedanken komisch finden anderswoher regiert zu werden. Sträubt sich doch der Municipalgeist unserer deutschen Residenzen zweiten, dritten und ich weiß nicht wievielsten Ranges gegen andere Botmäßigkeit, und Wien, das prächtige Wien mit dem weitgetragenen Klange der Glocken von St. Stephan, sollte Vasallenstadt werden? Die Welt aber die ihrem Beruf nach politisch ist, also alles was sich um die Staatsdinge dauernd kümmert, zerfällt hier in zwei große Parteien, die sich leicht unterscheiden lassen. Je nachdem man für Oesterreich eine centralisirende oder mehr föderale Staatenbildung ersprießlich hält, theilt sich auch die Meinung über die deutsche Frage, und kurz ausgedrückt: die Centralisten sind klein-, die Föderalisten sind großdeutsch. Die Centralisten sehen die Dinge etwa so an: Oesterreichs Aufgabe ist zunächst sich selbst zu erwerben; Zuwachs an geographischem Inhalt hat es nicht nöthig, einen Einfluß auf Deutschland könnte es nur mit großem Aufwand von Mitteln und kostspieligen Opfern üben, die es im Innern viel gewinnreicher anwenden kann. Oesterreichs Aufgabe ist vor allen Dingen Ungarn zu erobern, administrativ sowohl als ökonomisch. Dann steht es als Großmacht politisch viel mächtiger da als es jemals durch eine Schattenhegemonie in Deutschland werden könnte, selbst wenn dieses ohne Zank und Hader ihm die Kaiserkrone böte. Diese Partei, strenger wohl als die andere, hält an der Märzverfassung fest, sie verhehlt sich zwar nicht daß die Kremsierer Paragraphen für jetzt nichts mehr sind als ein frommer Wunsch den man in eine politische Form gebracht, allein sie hält darum mit sehr richtigem Instincte an jedem Titel und jedem Buchstaben, weil jene Verfassung die Brücke werden kann in verfassungsmäßige Zustände überzugehen, weil man mit dem constitutionellen Schein die letzte Möglichkeit friedlicher Lösung aufgeben würde; denn tritt diese Verfassung auch in späterer Zeit nicht ins Leben, so muß Oesterreich auf eine parlamentarische Regierung verzichten, oder es geht neuen Revolutionen entgegen. Dazu kommt noch als höchst wichtiges politisches Moment daß diese Partei nach hohen Schutzzöllen verlangt. Eine Zolleinheit mit dem industriemächtigen Deutschland erscheint ihr ein Todesstoß für die österreichischen Fabriken und sie glaubt nimmermehr daß das übrige Deutschland sich einen Zolltarif gefallen lassen würde, wie ihn Oesterreich haben müsse um zu existiren. Man beruft sich namentlich auf die Frage wegen des Schutzes welchen eins der kostbarsten Rohproducte, das steirisch

Eifen, genießen müsse, und wo sie gar keine die Bedürfnisse des Südens und Nordens ausgleichende Ziffer als möglich sehen will. Unbilligkeit oder Selbstwiderspruch ist dieser Partei von den Deutschen ganz irrthümlich vorgeworfen worden. Da sie ein Oesterreich für sich will, mag sie auch einem Deutschland für sich nichts in den Weg legen. Dagegen hält sie einen süddeutschen Staatenbund für eine politische Nothwendigkeit, denn sie meint daß Bayern und Württemberg zum Donaugebiet geographisch gehören, wobei nur übersehen worden daß die Donau etwa von Donauwörth an wirklich wichtig wird, der Main das halbe Bayern ebenso gut dem Rheingebiet zuweist, daß auch die Pfalz eine Minusgröße in dieser Rechnung, endlich daß sich der Verkehr bereits kostspielige Straßen nach dem Norden gebahnt, welche der Vermittlung durch einen Strom ziemlich gleich geachtet werden. Man würde aber diese Partei ganz falsch verstehen, wenn man dächte sie wolle mit Gewalt ein solches Staatenbündniß. Sie sieht darin auf Seite Bayerns nur Vortheile, denn Oesterreich gewänne höchstens für Tirol, und etwa dadurch daß das deutsche Element in den östlichen Staaten einen Zuwachs an Kraft erhielte. Sie will nicht zugeben daß die bayerische Selbständigkeit (und darin liegt ja hauptsächlich das Münchner Sträuben gegen das engere Deutschland) in einem Staatenbündniß mit Oesterreich mehr gefährdet sey als wenn es mit 12 Millionen Deutschen zu 16 Millionen Preußen in einen Bundesstaat träte, denn Oesterreichs Ehrgeiz sey auf keine geographische Ausdehnung gerichtet, es wolle sich, wie gesagt, nur selbst erobern. Dabei übersieht man daß, so schlagend dieser Grund heute ist und auf eine lange Reihe von Jahren seyn wird, er doch später, wenn Oesterreich sich selbst erobert haben wird, sogleich wegfällt. Und nun beachten Sie wohl! Diese Partei muß ich als die specifisch österreichische bezeichnen, denn sie sieht von jeder Nationalität ab, sie ist vor allem österreichisch, und es scheint ihr ganz zufällig daß sie als Deutsche in der deutschen Frage so urtheile; nach ihren Ansichten müßte der Slave, der Magyar, der Italiener ebenso urtheilen wenn er nur Oesterreicher seyn wollte. Jetzt ist es mir auch recht verständlich geworden wie abgeschmackt die Vorwürfe der Berliner Blätter gewesen, und wie nach und nach hier eine Erbitterung erregt worden die, zuerst gegen Berlin gerichtet, in den schroffen Ton gegen ganz Deutschland überging. Die kleindeutschen Patrioten haben sehr übel daran gethan das Oesterreicherthum κατ' ἐξοχήν anzubellen, sie haben dadurch einen natürlichen Bundesgenossen mürrisch gemacht, sie haben das politische Bewußtseyn, einer Großmacht anzugehören, verletzt, und der unglückliche Zwist der uns nun seit der Kaiserwahl jeden Tag vergällt, ist zumeist aus einer Unkenntniß der politischen Ansichten entsprungen, denn in ihrem blinden Eifer vergaßen die Parteien ganz sich verstehen zu lernen.

Die andere Partei mit großdeutschen Ansichten kann ich Ihnen heute nicht schildern, denn ich muß dabei viel weitläuftiger werden, und zeigen wie sie vor allen Dingen über den Kaiserstaat urtheilt. Nur so viel für heute daß jene großdeutschen Wünsche und Ansichten aus der Paulskirche herstammen, daß diese Partei nicht bloß von österreichischen, sondern von deutschen Sympathien beherrscht wird. Auch sie ist unaufhörlich gekränkt und verletzt worden, denn sie wollte deutsch seyn, sie hat mit Begeisterung das deutsche Wesen vom Norden begrüßt, während ihr dieser kalt begegnete. So ist es gekommen daß man in politischer Hast alles verwechselte, den specifischen Oesterreichern großdeutsche Negation vorwarf, deren sie sich nie schuldig gemacht, während man den schwarz-roth-goldnen Oesterreichern ein specifisches Oesterreicherthum zur Last legte, welches wieder der andern Partei gehörte. Nur verstehen Sie dieses Wort nicht falsch, es gibt in Oesterreich keine Parteien, sondern nur Collectivmeinungen.

Lübeck.

Lübeck, 23 Oct. Die Lübeckische Zeitung veröffentlicht das ziemlich umfangreiche Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsraths am 12 October, in welcher über den Beitritt Lübecks zum Dreikönigsbund verhandelt ward. Der Bevollmächtigte für Lübeck, Syndicus Dr. Elden, erbat sich, ehe er den Beitritt erklärte, Erläuterungen über neun Punkte aus. Nachdem ihm dieselben vom Vorsitzenden Namens und mit Zustimmung des Verwaltungsraths gegeben waren, erklärte er: „daß er auf Grund dieser ihm durch den Vorsitzenden gegebenen und protokollarisch festzustellenden Erwiederung des Verwaltungsraths Namens und für die freie und Hansestadt Lübeck dem am 26 Mai 1849 zwischen den königlichen Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossenen Vertrag, nach dem ganzen Inhalt dieses Vertrags, die Ratification der Lübeckischen Regierung vorbehalten, unbedingt beitrete." Der Verwaltungsrath acceptirte diese Erklärung durch Beurkundung derselben zu gegenwärtigem Protokoll. Die Erwiederung des Verwaltungsraths, aus der man ersieht über welche Punkte Lübeck Erläuterungen gewünscht hatte, lautet: der Verwaltungsrath erkennt an: 1) daß das Bündniß vom 26 Mai 1849 in seinen verschiedenen Beziehungen und Zwecken ein unzertrennliches Ganzes bilde; 2) daß die Vereinigung von ganz Deutschland als das Endziel jenes Bündnisses zu betrachten sey, davon aber keineswegs die Gründung des Bundesstaats abhängig gemacht werden dürfe; 3) daß eine Aenderung des Bundesvertrags nur durch Uebereinstimmung aller angeschlossenen Regierungen herbeigeführt werden könne, daher auch der Fall eines einseitigen Rücktritts, der sich als eine Verletzung des Bündnisses herausstellen würde, gar nicht vorgesehen sey; 4) daß die Berechtigung sämmtlicher verbündeten Regierungen zum Eintritt in den Verwaltungsrath nicht nur keinem Zweifel unterliege, sondern auch, bei etwaiger künftiger Festsetzung eines Stimmverhältnisses in demselben, solches so zu ordnen seyn werde daß jeder Einzelstaat nach Maßgabe seiner Leistungen auch seinen Einfluß — besonders bei Vertretung eigener hervorragender Interessen — werde geltend machen können; 5) daß das Bundesschiedsgericht für die verbündeten Regierungen in den — demselben überhaupt zugewiesenen — Fällen insoweit das ordentliche Forum bilde als nicht in den Landesgesetzgebungen selbst für die Erledigung des Conflictes Fürsorge getroffen sey, für andere Parteien aber, namentlich für die Volksvertretungen und Stände, die Competenz jenes Gerichtes nur durch die freie Wahl begründet werden könne; übrigens unterliege die entsprechende Theilnahme der Bundesregierungen bei Besetzung dieses Gerichts, wenn die Zahl der Mitglieder desselben vermehrt würde oder dasselbe über den 26 Mai künftigen Jahrs hinaus fortbestehen sollte, nach dem das Bündniß leitenden Grundsatz der Gleichberechtigung keinen Zweifel; 6) daß der Verfassungsentwurf, welcher einen integrirenden Theil des Bündnisses vom 26 Mai d. J. bilde, solange unverändert bleiben müsse bis ein vollständiges Einverständniß sämmtlicher betheiligten Regierungen über etwaige Modificationen desselben unter sich, und nach Einberufung des Reichstags auch mit diesem, erzielt seyn werde; 7) daß das dem Bundesvertrag beigefügte Wahlgesetz in seinen Grundsätzen für alle betheiligten Regierungen maßgebend seyn müsse, und nur insoweit modificirt werden dürfe als es die innern, namentlich die Steuerverhältnisse der Einzelstaaten unerläßlich nöthig machten. Was aber die besondern Wünsche der freien Stadt Lübeck in Beziehung auf ihre eigenthümlichen Handelsverhältnisse sowohl, als auch besonders für den Fall betreffe daß die Herzogthümer Holstein und Lauenburg nicht in den Zollverein des Bundes aufgenommen werden möchten, so könne der Verwaltungsrath unter Hinweisung auf den §. 33 der proponirten Reichsverfassung nur die Erklärung abgeben: daß dieser Paragraph der Wahrung der Sonder-Interessen einzelner Handelsplätze und der durch ihre Lage exceptionell gestellten Landestheile nicht nur kein Hinderniß in den Weg lege, sondern vielmehr ausdrücklich auf die Mittel ihrer Berücksichtigung hinweise, somit auch die freie Stadt Lübeck von der künftigen Reichsgewalt, in deren verschiedenen Factoren alle Bundesglieder ihre Vertretung erhielten, die Berücksichtigung ihrer Wünsche — soweit sie mit der Rucksicht für das Gesammtwohl des Vaterlands vereinbar seyen — zuversichtlich erwarten dürfe. Anwesend in der Sitzung des Verwaltungsraths waren vierzehn Bevollmächtigte, unter ihnen auch der von Hannover und Sachsen.

Die Leipziger Messe.

Aus Leipzig berichtet die D. Allgem. Ztg. über den Ausfall der Messe folgendes nähere: Da der Wassermangel und der Absatz von Tuchen vor der Messe in den Fabriken bedeutend war, so konnte es nicht überraschen daß davon viel weniger als zu andern Michaelismessen hergebracht wurde, denn statt gewöhnlich 80—90,000 Stücke erhielten wir nur gegen 50,000 Stücke. Die Fabrication hatte wieder große Fortschritte, besonders in der Appretur gemacht. Leichte Tuche, Zephyrs, besonders die geringen schwarzen Finsterwalder Tuche waren so gesucht daß nur die Hälfte des Bedarfs gedeckt werden konnte. Die Preise waren daher auch höher und sind wie die vor zwei Jahren anzunehmen. Finsterwalder Tuche welche vor der Messe zu Hause 17½—23 Thlr. erhielten, bedungen hier 3 Thlr. mehr. Im allgemeinen waren die geringen und mittelfeinen Tuche beliebter als die feinen. Zu dem Mangel an geringen trugen auch die bedeutenden Bestellungen bei welche große Fabriken von den Militärbehörden erhalten hatten. Von den Käufern waren es besonders hiesige, Schweizer, bayrische, Frankfurter und Hamburger welche den Markt belebten; aus Holland und Nordamerika waren deren wenige eingetroffen. Da auch die Qualität meistens gut war, so ward bald zu erhöhten Preisen aufgeräumt. Gute Waare fand bald ihre Abnehmer, und da gegenwärtig die Tuchfabrikanten von einem ungleich bessern Geist als sonst beseelt sind, so war nur wenig schlechte vorhanden, daher auch das wenige Zurückgeführte nicht der Erwähnung werth ist. Die Zufriedenheit der Fabrikanten war daher auch groß, besonders da ein großer Theil derselben zu Ende Decembers zu liefernde Bestellungen mit nach Hause nahm. Auf unserer Messe war Thibet sehr gesucht. Wollene und

halbwollene Westenstoffe waren zwar gesucht, jedoch konnte nur mit Mühe etwas mehr als die früheren Preise erlangt werden. Der Vorrath von Cachemirtüchern und Shawls war nicht bedeutend; die Berliner waren am meisten gesucht. Die Preise waren die vorigen, da der Verkauf im allgemeinen nicht bedeutend war und durchschnittlich wohl ein Viertel weniger als in vorjähriger Messe betrug. Noch schwächer war der Absatz der Wiener und Pariser. Die halbwollenen Fabricate aus Glauchau, Meerane rc. wurden sehr begehrt, mit Ausnahme der Waaren aus Streichgarn als Napolitaines rc., welche ungeachtet ihrer niedrigen Preise doch wenig genommen wurden. Dagegen gingen die halbwollenen Kleiderstoffe und besonders die mit Seide durchwebten stärker als seit vielen Messen. Die Nachfrage war groß und allgemein, daher denn auch die bedeutenden Lager schnell geleert waren. Und dennoch war nur mit großer Mühe eine mäßige Erhöhung des Preises zu erlangen; doch wird für die nächste Zeit eine Steigerung bewilligt werden müssen. Es wurden große Aufträge ertheilt um im November und December geliefert zu werden. In wollenen und halbwollenen Mantelstoffen war das Geschäft groß und wurden bedeutende Aufträge darin ertheilt. Da bereits vor der Messe in den Fabriken davon viel gekauft worden war, so war der Platz nicht überfüllt. Dennoch konnte nur theilweise eine mäßige Erhöhung der Preise erlangt werden. Der Vorrath von Decken und Teppichwaaren war nicht groß daher der Absatz gut ging, allein doch nur wenig mehr als die seitherigen Preise erlangt werden konnte. Dasselbe Verhältniß fand bei den Meublesstoffen statt, von welchen das meiste für das Ausland genommen wurde. Das Geschäft in wollenen Strumpfwaaren kann im allgemeinen gelobt werden. Die Preise waren wohl etwas höher aber doch nicht im Verhältniß zu dem Steigen des Rohstoffes. In vereinsländischen Baumwollenwaaren ward viel gethan. Baumwollene Strumpfwaaren wurden am meisten von den Ausländern gekauft. Inländische Druckwaaren wurden mäßig gekauft aber nicht soviel als man erwartet hatte. Englische Calicos wurden von den Ausländern bedeutend gekauft. Gedruckte Tücher rc. waren sehr begehrt, doch hatten die Verkäufer Mühe eine unbedeutende Steigerung der Preise durchzusetzen. Von baumwollenen Meublesstoffen ward ziemlich verkauft zu den Preisen der vorigen Messen. Das Geschäft in den voigtländischen weißen Waaren war ziemlich belebt. Das Geschäft in Leinenwaaren war im allgemeinen gut. Die Vorräthe waren nicht bedeutend daher denn recht ansehnliche Aufträge gegeben wurden, wozu die Bedürfnisse des Militärs allerdings beigetragen haben. Auch in Rauchwaaren war ein reges Leben zu bemerken. Von Leder war durchschnittlich bedeutend, weniger als gewöhnlich zugeführt worden, daher von großartigen Geschäften nicht die Rede seyn konnte. Im allgemeinen war das Geschäft gut und wurden bedeutende Aufträge auf Leder zur Nachlieferung gegeben.

Schleswig-Holstein.

Schleswig, 25 Oct. Die Proteste gegen einzelne Handlungen oder gegen das ganze rechtliche Daseyn der Landesverwaltung mehren sich beständig, wenn auch bis jetzt noch kein Erfolg von ihnen sichtbar ist. In den letzten Tagen sind wieder eine große Anzahl von Geistlichen (ungefähr sechzig) dem Beschluß beigetreten mit welchem am 12 Oct. mehrere Geistliche in Schleswig gegen die Publication der Landesverwaltungsbekanntmachungen in ihrer jetzigen Form protestirten. 564 selbständige Einwohner der Landschaft Schwansee machen bekannt daß sie der Erklärung der Angler, „die Statthalterschaft sey die allein berechtigte Regierung der Herzogthümer u. s. w." wörtlich beistimmen. Von Husum aus haben 256 Bürger und Einwohner der Stadt der Landesverwaltung geschrieben daß sie die von ihr aufgehobenen Gesetze nach wie vor als gültig betrachten. Nach den **Hamb. Nachr.**, die über Schleswig-Holstein in der Regel gut und rasch unterrichtet sind, soll die preußische Regierung die Abberufung der preußischen Officiere aus der schleswig-holstein'schen Armee beschlossen haben, weil die Statthalterschaft die vom Berliner Hof gestellten Forderungen bisher nicht annehmen wollte. In neuester Zeit scheint freilich doch die Annahme stattgefunden zu haben. Die **Köln. Ztg.** theilt mit daß die Statthalterschaft, dem Verlangen Preußens gemäß, die Regierungscommission in Schleswig anerkennen wolle, und daß sie zugleich in Berlin eine unbedigte Folgeleistung der Bestimmungen des Interims verheißen habe.

= **Aus dem Holsteinschen,** 22 Oct. Die Conflicte zwischen der sogenannten Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig und den Einwohnern und Beamten dieses Herzogthums haben das Regiment jener aufgedrungenen Behörde unmöglich machen müssen. Preußischerseits ist man eifrigst bemüht den Waffenstillstandsvertrag aufrecht zu erhalten, und übersieht gern die Mißgriffe und Uebergriffe welche die Dänen durch jene Verwaltungscommission sich erlauben. Man ist preußischerseits der Meinung daß die Zustände im Herzogthum Schleswig sich nach dem Willen der Landesverwaltung gestalten würden, wenn auch für das Herzogthum Holstein die Statthalterschaft beseitigt sey. Mit der Statthalterschaft wird über deren Abgang von ihrem Posten verhandelt. Ob diese sonst gewiß gut preußischgesinnte Executivbehörde es wagen wird auch das Herzogthum Holstein preiszugeben, das möchte doch noch sehr zweifelhaft seyn. Indeß ist vorauszusehen daß auf diese Weise das erstrebte Ziel, das Herzogthum Schleswig zu beruhigen, nicht wird erreicht werden. Der durchaus unhaltbare Zustand welcher im Herzogthum Schleswig obwaltet, würde dadurch auf das Herzogthum Holstein ausgedehnt, und damit nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten in Folge deren größerer Ausdehnung herbeigeführt werden. Inzwischen werden die Rüstungen ernstlich fortgesetzt, indem, nach Einübung der Mannschaft von 26—30 Jahren, jetzt die jungen Männer welche 20 Jahr alt, zu den Waffenübungen einberufen sind. Auch wird an der Befestigung der Ostküste Holsteins, namentlich in der Strecke von Kiel nach Heiligenhafen, ernstlich gearbeitet. Die dänischen Kriegsfahrzeuge welche fortwährend in Sicht sind, tragen nicht wenig dazu bei während der Waffenruhe die kriegerische Aufregung zu unterhalten.

Schweiz.

Δ **Bern,** 25 Oct. Alles was ich Ihnen früher über Raveaux' Ausweisung schrieb, hat sich bestätigt. Er erhielt von Druey einen Paß folgenden Inhalts: „Zur Reise nach Colmar in Frankreich um sich vor dem Präfecten zu stellen, welcher gebeten ist ihm einen Paß nach England auszustellen." Raveaux richtete hierauf an Druey die schriftliche Anfrage: ob er denn aus der Eidgenossenschaft verwiesen sey, und erhielt darauf in einer sehr gewundenen Antwort Druey's die Auskunft: „Indem Sie einen Paß forderten und annahmen um durch Frankreich nach England zu reisen, einen Paß welcher in derselben ausnahmsweisen Form, und unter denjenigen Bedingungen ausgestellt war wie diejenigen welche den Chefs der deutschen Insurrection, die aus der Schweiz fortgeschickt wurden, übergeben worden — haben Sie hinlänglich begriffen daß Sie dieses Land verlassen müssen. Sie sind sogleich eingeladen sich in dem Zeitraum der Ihnen bestimmt war auf die Reise zu begeben, wenn Sie es nicht schon gethan haben." Sie wissen auch daß Raveaux von Hrn. Peel einen englischen Paß erhielt, dem aber der französische Gesandte das Visa verweigerte, worüber eine offenkundige Spannung zwischen den beiden Diplomaten entstand. Raveaux scheint nun nicht gesonnen gewesen zu seyn sich in Frankreich der polizeilichen Controle zu unterwerfen, und ging deßwegen mit dem englischen oder einem andern Paß über die Gränze, nachdem er vorher dem Hrn. Druey den schweizerischen Zwangspaß auf eine ironische Weise zurückgeschickt hatte. Die französischen Behörden behandelten ihn mit Achtung, und ließen ihn ungestört reisen wohin er wollte. Er hält sich seitdem in Straßburg auf, wird aber noch vor dem Winter nach England reisen. Auch Itzstein wurde in Colmar keineswegs als Flüchtling behandelt, im Gegentheil, der dortige Präfect stellte ihm einen neuen Paß auf ein Jahr aus mit dem Bemerken seinem Aufenthalt in Frankreich stehe nichts im Wege. Itzstein machte aber keinen Gebrauch von dieser Erlaubniß, sondern reiste weiter, und befindet sich nun, wie wir hören, auf seinem Landgut Hallgarten im Nassauischen. Das Gerücht weiterer Ausweisungen erhält sich fortwährend; dazu kommt ein anderes, es sey eine Note der drei nordischen Mächte dem Bundesrath eingehändigt worden, in welcher dieselben kategorische Forderungen gegenüber der Schweiz erheben; die Note stelle, für den Weigerungsfall der Schweiz auf die Forderungen der Mächte einzugehen, Zwangsmaßregeln in Aussicht. Ich glaube vorläufig nicht an eine solche Note; wahrscheinlich ist dieß Gerücht durch die Nachricht in deutschen Zeitungen entstanden daß eine solche Note nächstens abgegeben werde. Der gegenwärtig in Luzern versammelte große Rath hat die Jesuiten-Missionsvereine aufgehoben. In einer der ersten Sitzungen wurde ein Brief Siegwarts an das luzern'sche Verhöramt vorgelesen, in welchem er alle Behörden Luzerns revolutionär nennt die auf das Recht der Anerkennung keinen Anspruch machen können; die Mehrheit der eidgenössischen Stände welche in dem Sonderbundskrieg die fünfhundertjährige Freiheit der Urkantone durch die Gewalt der Bajonnette vernichtet haben, bezeichnet er geradezu als meineidig. Zur Vornahme der Wahl von 7 Mitgliedern des Staatsraths ist der Generalrath in Genf (die Landsgemeinde) auf den 12 Novbr. zusammenberufen um sich in der Peterskirche zu versammeln. Nach den Genfer Blättern herrscht dort eine sehr bedenkliche Gereiztheit der Parteien, und die Wahlagitationen steigern sich von Tag zu Tag. Am 18d. veranstalteten die Radicalen ein großes Volksfest, an dem 1800 Gäste theilnahmen. Die Wiedererwählung des jetzigen Staatsraths war der Refrain aller Reden; ein Fackelzug durch die Stadt, wobei patriotische und anticommunistische Lieder gesungen wurden, endigte das Fest. Noch vor

dem 12 Nov. soll eine zweite Volksversammlung auf dem Molard stattfinden, wozu die Conservativen eingeladen worden sind um offen vor dem Volk ihr Wahlprogramm vorzulegen. Die Conservativen aber erklären in ihren Organen der Wille des Volks werde sich in der Abstimmung aussprechen. Sollte die Partei von J. Fazy unterliegen, so ist ein Aufstand des Proletariats mehr als wahrscheinlich. Von Mitte Novembers an erscheint in Lausanne, unter Dr. Galeers, eines Genferischen Socialisten, Leitung, eine demokratische Wochenschrift. Sie führt den Titel „Der Völkerbund" und wird in deutscher und französischer Sprache herausgegeben. Da die katholischen Geistlichen des Bezirks Echallens sich geweigert hatten die Bettagsproclamation der Regierung von der Kanzel zu verlesen, und dießfalls eine gemeinschaftliche Erklärung eingaben, so hat der Staatsrath von Waadt fünf Pfarrer und sechs Capläne dieses Bezirks bis zum 30 Nov. in ihrem Amt eingestellt. Im Kanton Freiburg herrscht bedeutende Aufregung wegen der Strenge mit welcher die Regierung die Kriegscontributionen von den Privaten eintreibt. Vorige Woche sollte eine Conferenz der sieben Sonderbundskantone, von Schwyz zusammenberufen, in Schwyz stattfinden um über die Kosten des Sonderbundskriegs miteinander abzurechnen. Luzern und Freiburg erschienen aber nicht dabei. Luzern hatte eine abweichende Antwort gegeben, Freiburg hingegen bestimmt abgelehnt, indem es erklärte der Sonderbund sey eine verbrecherische Verbindung gewesen, und aus einer solchen können nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen für die Genossen der Verbindung weder Rechte noch Verbindlichkeiten unter sich erwachsen. Der „Courrier" von Wallis meldet nach Briefen aus dem römischen Staate daß eine von der dortigen Regierung bestellte Kriegscommission ihr Gutachten dahin abgegeben habe daß man den zwei entlassenen Schweizerregimentern nichts schuldig sey, während doch selbst die Republik die Ansprüche auf eine Pension anerkannt habe. Der „Unabhängige," das einzige in Bern erscheinende Communistenblatt der Schweiz, ist wegen Mangels an Abonennten eingegangen.

Linz, den 21 October. Heute begab sich eine Deputation des Gemeindeausschusses zu Hrn. Friedrich Frhrn. v. Grammont, um demselben das Diplom als Ehrenbürger der Stadt Linz zu überreichen. Der Hr. Gemeindevorstand hielt folgende Ansprache: „Hochgeehrter Hr. Baron! Wir haben die Ehre im Namen und Auftrage der Repräsentanten der hiesigen Stadtgemeinde bei Ihnen zu erscheinen und einige Worte an Sie zu richten. In dem verhängnißvollen Jahre 1848 haben Sie, Hr. Baron, in den bewegtesten und gefahrvollsten Zeitperioden, als Ober-Commandant der Nationalgarde, allen gut und rechtlich gesinnten Bewohnern unserer Stadt die größten und wesentlichsten Dienste geleistet; Sie haben stets mit aller Aufopferung für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gesorgt, und dadurch die ganze Einwohnerschaft zu unendlichem Danke verpflichtet. Daß Sie sich nunmehr bestimmt gefunden haben Ihre Commandantenstelle in die Hände Sr. Maj. des Kaisers zurückzulegen, hat alles mit Bedauern erfüllt. Als beim Gemeinde-Ausschusse in öffentlicher Sitzung davon Erwähnung geschah, wurde allgemein der Antrag gestellt Ihnen, Hr. Baron, auch von Seite der Gemeinde dießfalls das Bedauern auszudrücken, und Ihnen zugleich für die großen und wichtigen Dienste welche Sie der Stadt geleistet, den innigsten Dank darzubringen. Es wurde ferner einstimmig beschlossen Ihnen das Bürgerrecht in gebührender Anerkennung Ihres höchst ersprießlichen, unvergeßlichen Wirkens zu verleihen. Demzufolge haben wir die Ehre, Hr. Baron, das von dem Gemeindeausschusse Ihnen ausgefertigte Diplom zu überreichen, und, in der Voraussetzung daß Sie selbiges freundlich hinnehmen werden, Sie als nunmehrigen Ehrenbürger dieser Stadt zu begrüßen." Hierauf erwiderte Hr. Baron v. Grammont: „Von dem löbl. Gemeindeausschuß wurde mir die so seltene Auszeichnung, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Linz ertheilt. Ich hatte als Privatmann und Bewohner dieser Stadt freudig mich jenen Pflichten unterzogen, die man sich in den sturmbewegten Tagen 1848 hier selbst auferlegte. Mein Wirken als Obercommandant der Nationalgarde konnte immer nur allein durch die hingebende Aufopferung und Mitwirkung der Bewohner dieser Stadt Kraft und Gedeihen finden. Wenn es für das Bewußtseyn redlichen Strebens eine wahre Befriedigung gibt, so ist wohl keine höhere denkbar als die Anerkennung der ehrenwerthen Mitbürger. Erlauben Sie mir demnach, hochverehrte Glieder des Gemeinderathes, mit Recht darf ich Sie nun Mitbürger nennen, Ihnen den tiefgefühlten warmen Dank auszusprechen und genehmigen Sie bei diesem Anlasse die feierliche Versicherung daß ich stets durch die That bewähren werde, wie ich die Ehre, ein Bürger der Stadt zu seyn, zu schätzen verstehe. Ein vielmaliges Hoch der wahrhaft edlen und biedern Bürgerschaft dieser Stadt!

[3653—55] ***** Wichtige Neuigkeit. *****

Bei Ignaz Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Die europäische Kriegs- und Friedensfrage.

Von

Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlage. 7½ Sgr. oder 27 kr. rhein.

☞ Auf diese wichtige Schrift wird ganz besonders aufmerksam gemacht!

[3625—27] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Uebersicht

der Maaße, Gewichte und Währungen

der vorzüglichsten Staaten und Handelsplätze

von Europa, Asien, Afrika und Amerika,

mit besonderer Berücksichtigung **Oesterreichs** und **Rußlands.**

Von **Carl Rumler,**

Custosadjuncten am k. k. Hof-Mineralien-Cabinette ꝛc.

Die Hälfte des Rein-Ertrages ist dem mährischen Invaliden-Fonde gewidmet.

gr. 8. mit steifen Deckeln broschirt 1 fl. 24 kr. C.-M.

Unter allen ähnlichen Werken zeichnet sich gewiß vorstehendes durch seine außerordentliche Richtigkeit aus, und namentlich verdienen die beigegebenen Tabellen über die Vergleichung aller Fuß-, Meilen-, Feld-, Ellen-, Getreide-, Flüssigkeitsmaße, sowie über die Gewichte und Währungen ganz besondere Beachtung. In solcher Vollständigkeit wurden sie noch nie geliefert. **Für jeden Geschäftsmann ist das Buch unentbehrlich.**

[3638—40] Im Verlage der Unterzeichneten erschien:

Neueste gründliche und leichtfassliche theoretisch-praktische

Zither-Schule

als Leitfaden zum Selbst-Unterrichte auf der 20 — 30saitigen Zither.

Enthält eine kurze allgemeine Musiklehre, dann eine kurze Anleitung zum Zitherspielen und zum Stimmen der verschiedenen Zithern, nebst praktischen Uebungs- und angenehmen Unterhaltungsstücken in den gebräuchlichsten Dur- und Moll-Tonarten verfasst von **Wilh. Moralt.** Mit 2 Tafeln. Preis 1 fl. 30 kr. od. 25 Ngr.

München. **Jos. Aibl**, Musikalien-Handlung.

[3785—87] **VENEDIG.**

Grosse Restauration,

neu errichtet in den alten Procuratien **am Marcusplatz Nr. 110 im ersten Stock.**

Die Speisesäle elegant decorirt, mit der Aussicht auf den Platz. — Französische Küche. — Prompte Bedienung. — Aufwartung in deutscher und französischer Sprache.

Man speist nach der Karte und zu festen Preisen, zu jeder beliebigen Zeit des Tages; auch stehen die Fenster den verehrlichen Gästen bei feierlichen Gelegenheiten zur Benutzung frei, und empfehlen das Local endlich allen geehrten Reisenden zum gesellschaftlichen Rendezvous *).

Venedig, im October 1849. Die Eigenthümer:

Barthelemy Chaminada. Santini Sobrio.

*) Zur leichtern Vereinbarung mit den respectiven Fremden findet auch ebendaselbst regelmäßig sich ein, der bekannte Führer

Nicolo Bulgari,

besonders erwähnt in Försters vortrefflichem Reisehandbuche, mit den Worten: „Er ist nicht nur durch seine Bildung und Kenntniß der venezianischen Geschichte der befähigtste von allen Stadtführern, sondern er trägt auch durch sein System der Besichtigung in Gesellschaft (wobei er Gondel- und Trinkgelder auslegt), sowie durch Auskunftertheilung jeder Art wesentlich dazu bei, dem Fremden seinen Aufenthalt weniger kostspielig zu machen."

[3713—15] **Nachricht an die Gartenbau-Liebhaber.**

Hr. J. Hoffmann, Baum- und Pflanzengärtner, hat die Ehre das Publicum zu benachrichtigen daß, um seiner Industrie mehr Ausdehnung zu geben, er das Eigenthum des Hrn. N. Honoré, Baumgärtner, gelegen vor dem Austerlitzerthor zu Straßburg, gekauft hat.

Man wird in dieser Anstalt sowie in der zu Sulz (Oberrhein) die nämlichen Producte und die nämliche Versicherung finden, sowohl in Hinsicht der Wirklichkeit der Arten wie auch der schönen Qualität Bäume, deren Fortkommen sicher ist, und zu sehr billigen Preisen.

Diejenigen Personen welche wünschten Anpflanzungen zu machen von Obstbäumen, Verzierungsbäumen, Sträuchen und Reben aller Arten, sowie von Waldanpflanzungen werden daselbst alle nothwendigen Setzpflanzen wie auch einige hunderttausend Akaziensetzlinge finden; sie können daselbst auch englische Gärten, Gemüsgärten u. s. w. bestellen. Die Begehren kann man an das zu Straßburg vor dem Austerlitzerthor 2 und 3 gelegene Etablissement richten.

Die Verzeichnisse der in diesen Anstalten sich befindenden Producte stehen denjenigen Personen zur Verfügung die solche begehren; sie werden ihnen sogleich portofrei zugeschickt.

(3806)

Taubheit und Migräne.

Das Gehör-Oel des **Dr. Mene-Maurice** vertreibt die Taubheit, das Ohrensausen und das hartnäckigste Kopfweh. Nach einem Bericht des Dr. Vor, Mitglied der medicinischen Examinations-Commission von Amiens, enthalten in der officiellen Patrie vom 10 Julius 1849, wird beurkundet daß durch dieses Oel einer großen Anzahl Tauber das Gehör wieder gegeben worden ist. Das Journal „die Estafette" vom selben Monat führt ebenfalls eine große Anzahl angesehener Personen von Paris an, welche mittels dieses Oels von der Taubheit befreit worden sind. Unter gedachten Personen befindet sich Madame v. Reneinville, Gemahlin des frühern Staatssecretärs, eine Dame von 78 Jahren.

Der Preis dieses Oels ist 6 Franks das Flacon od. 1 Thlr. 18 Sgr.

Correspondenten des Dr. Mene sind: P. Lövenich, Hochstraße Nr. 139 in Köln. — Zentner am Thore, Expedition der Frankfurter Ober-Post-Amts-Zeitung. — Gotthelf Voß in Hamburg. — May in Berlin. — Ch. Bourkard in Basel. — Bürgers in Amsterdam, Kalverstraat 163.

[3662—63] Im Verlage von J. Scheible in Stuttgart ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Kleine

Leih-Bibliothek,

gesammelt

aus dem Gebiete des Abenteuerlichen, Wundervollen, Seltsamen, Komischen und Satyrischen; der Schilderung außerordentlicher Ereignisse und Menschen, der Sitten und Gebräuche.

Mit besonderer Berücksichtigung **der Volksbücher aller Zeiten und Gattungen.**

8 Bände à 192 Seiten, brosch. 1849.

☞ **Preis des Bandes nur 18 kr. oder 5½ Sgr.!**

[4831] **Edictal-Citation.**

Verschollenheit des Balthasar Heimberger betreffend.

Balthasar Heimberger, Bauernsohn von Krumbach diesseitigen Gerichts, ist als Soldat der k. b. mobilen Legion im Jahre 1815 ins Feld gerückt und seitdem vermißt. Auf Antrag seiner Erben wird daher derselbe oder dessen rechtmäßige Descendenz hiemit aufgefordert sich zur Geltendmachung ihrer Ansprüche

binnen drei Monaten

von heute an um so gewisser hierorts anzumelden als außerdessen das für Balthasar Heimberger hierorts deponirte Vermögen gegen juratorische Caution an dessen nächste Verwandte verabfolgt werden wird.

Den 12 October 1849.

Königliches Landgericht Erding.

Muggenthaler.

[2536—38] **Oeffentliche Vorladung.**

Die unbekannten Erben und nächsten Verwandten des am 3ten October 1847 hierselbst verstorbenen Rentiers Johann Gottlieb Klein, dessen Nachlaß ungefähr 8241 Rthlr. beträgt, werden hierdurch öffentlich vorgeladen, sich

binnen 9 Monaten,

spätestens aber in dem

auf den 7ten Mai 1850 Vormittags 11 Uhr im Stadtgerichts-Gebäude, Judenstraße Nr. 59, Verhörszimmer Nr. 21 vor dem königl. Obergerichts-Assessor Le Comte

anstehenden Termine zu melden, und ihre Erbansprüche nachzuweisen, widrigenfalls sie mit ihren etwanigen Erbansprüchen ausgeschlossen werden und das nachgelassene Vermögen den sich legitimirenden Erben oder in deren Ermangelung der dazu berechtigten Behörde zugesprochen und zur ferneren Verfügung verabfolgt wird.

Als Sachwalter werden denjenigen welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, die Herren Rechtsanwalte Justizräthe Jordan und Wegner in Vorschlag gebracht.

Berlin, den 12 Juli 1849.

Königl. Stadtgericht. Abtheilung für Civilsachen. Deputation für Credit ꝛc. und Nachlaß-Sachen.

[3710—12] **Commisgesuch.**

Für ein bedeutendes Waarengeschäft in einer Stadt am Rhein wird unter sehr vortheilhaften Bedingungen ein Commis gesucht der die doppelte Buchhaltung gründlich versteht, der deutschen und französischen Correspondenz gewachsen und auch in der englischen Sprache nicht unerfahren ist. Offerte beliebe man in frankirten Briefen unter Chiffre Y. Nr. 3710 an die Expedition dieses Blattes zu richten.

[3681—83] **Anerbieten.**

Für ein courantes Geschäft, welches selbst in den kleinsten Orten und auf dem Lande mit Vortheil betrieben werden kann, werden thätige und zuverlässige Agenten die am Platze und in der Umgegend unter Privatleuten hinlänglich bekannt sind, um dem Artikel die nöthige Verbreitung geben zu können, gesucht. Provision ist 25 Procent, und sind besondere kaufmännische Kenntnisse nicht erforderlich. Versiegelte Offerte mit Nr. 3681 und genauer Angabe des Wohnorts werden franco an die Expedition dieses Blattes adressirt.

(3879) Une demoiselle sachant parfaitement le français et l'allemand désire se placer comme gouvernante avec une famille pour voyager ou restant en Munic, c'est égal. Plus amples renseignements à Munic, Dienersgasse Nr. 21, au quatrième étage.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch — Nr. 304. — 31 October 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Mittheilung von Obrist v. Xylander. Erzherzog Albrecht); München (das Festungscommando von Germersheim. Assisen. Gewerbsteuergesetz. Ohlmüller); Stuttgart (näheres über den Ministerwechsel. Das Programm der neuen Verwaltung); Rastatt (die badischen Officiere. Bestätigung des Aufhörens der Standgerichte); Kassel (ein französischer Gesandter. Das Wahlgesetz zum deutschen Volkshaus); Leipzig (Ausfall der Wahlen); Wien (der Lloyd über die deutsche Frage. Ein Institut von Consularzöglingen. Der Telegraph suspendirt. Den Hinrichtungen in Ungarn soll endlich Halt geboten seyn).

Großbritannien. Die Königin erkrankt. Die Times über Frankreich und die römische Frage. Die Eheleute Manning verurtheilt.

Frankreich. Schluß der Verhandlungen über die römische Frage: Montalemberts Rede. L. Bonaparte und die Majorität. Falloux' Rücktritt, neue Ministerkrisis. Günstige Nachrichten aus Petersburg in Betreff der Auslieferungsfrage. Ein Journal wegen ungebührlicher Berichterstattung über den Staatsproceß bestraft. Marseille (Do Amarals Ermordung durch die Chinesen. Die englische Flotte. Expedition gegen rebellische Stämme in der Provinz Constantine. Tunis).

Italien. Mailand (eine Proclamation Radetzky's).

Türkei. Widersprechende Berichte aus Belgrad und Galatz.

Beilage. Erörterungen über deutsche Politik. (XII) — Frankfurt. (Die Gemeindeordnungswehen.) — München. (Der Ausschußantrag der zweiten Kammer in der deutschen Frage.) — Aus Baden. (Statistik der Hinrichtungen.) — Preußische Kammerverhandlungen: die Radowitz'sche Erklärung; die zweite Kammer über die Constituirung der ersten. — Oesterreich, Preußen und Westdeutschland. — Triest. (Flauheit im Handel. Jonische Inseln. Abnahme der Cholera.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 27; Wien 28; Frankfurt 29; Augsburg 30 Oct.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 27 Oct. Nachstehende Mittheilung ist der „Deutschen Zeitung" von dem königl. bayerischen Obersten Hrn. v. Xylander zugegangen: „Die Deutsche Zeitung vom 23 d. M. enthält einen Artikel aus Frankfurt vom 22, welcher zu nachfolgender Beleuchtung und Zurückweisung auffordert. Der bayerische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt erinnert sich allerdings daß der Commandant der Bundesfestung Landau am 17 Mai hierher an das Reichsministerium des Kriegs berichtet und dasselbe um schleunige Unterstützung von Truppen, insbesondere aber durch den hieher gesendeten Officier um die endliche Zusendung des hier stehenden, von der bayerischen Regierung längst nach Landau bestimmten und vom Bevollmächtigten zu diesem Behufe unabhängig reclamirten dritten bayerischen Jägerbataillons nachgesucht hat. Aus dieser die ersten Sätze jenes Artikels bereits mehrfach berichtigenden Erinnerung geht schon hervor daß die Behauptung, es habe Bayern zu dem in Rede stehenden Zweck an Truppen gefehlt, als unrichtig und unwahr zu bezeichnen sey. Bayern hatte Truppen hier, es hatte jenes völlig zuverläßige, 1000 Mann starke Bataillon hier, welches vollständig hingereicht haben würde von Landau jede Gefahr abzuwenden, wie der Festungscommandant dem Reichsministerium des Kriegs ausdrücklich erklärt hatte, und schon dadurch würde das in der Pfalz lustig aufgerichtete Reich der Krischer und ihrer Reichsverfassungsgenossen einen empfindlichen Stoß erlitten haben. Bayern hatte aber das vollste Recht dieses Bataillon, welches der Bevollmächrigte am bewußten 18 Sept. v. J. zum Schutz der Centralgewalt und der Stadt herbeigezogen hatte, nunmehr zurückzufordern, und zwar umsomehr als es in der Pfalz zunächst wieder zum Schutze einer Reichs- oder Bundesfestung bestimmt war. Weßhalb diesem Verlangen, und zwar schon früher als dasselbe noch unbehindert hätte nach Landau gelangen können, nicht willfahrt wurde, das mag sich der Verfasser jenes Artikels von den Mitgliedern des damaligen Reichsministeriums erklären lassen. Es war demnach am Reichsministerium des Kriegs dem Ansuchen des Festungscommandanten zu entsprechen, und zwar ebensowohl weil es sich um eine Bundesfestung handelte als weil es verpflichtet war die von ihm hier zurückgehaltenen bayerischen Truppen durch andere zu ersetzen. Dem wurde daher auch zu genügen gesucht, und es war das Reichsministerium welches sich an den benachbarten kleinen Staat wendete um zwei seiner Bataillone nach Landau zu senden, und nicht der bayerische Bevollmächtigte, der zwar pflichtgemäß das Ansuchen des Festungscommandanten beim Reichsministerium unterstützte, aber weder Veranlassung noch Befugniß, noch Auftrag hatte, noch haben konnte sich selbst deßhalb an irgendeine Regierung zu wenden. Nachdem das Reichsministerium des Kriegs einen seiner Stabsofficiere an den Vorstand der betreffenden Regierung abgesendet hatte, kam der letztere zu dem damals noch officiös fungirenden General v. Peucker, als der bayerische Bevollmächtigte zufällig anwesend war, und wobei es sich zunächst um die Thunlichkeit und Zweckmäßigkeit der Maßregel unter den damaligen Umständen handelte. Nachdem jener Vorstand die Gründe entwickelt hatte weßhalb die gewünschten Bataillone nicht wohl würden verwendet werden können — und wovon einer, welcher übrigens unter den am Schlusse des Artikels angeführten Gründen fehlt, unter den damals obwaltenden Umständen allein hinreichend war um von der beabsichtigten Maßregel abzustehen — konnte es sich von Seite des Generals v. Peucker und des bayerischen Bevollmächtigten um keine Bitte mehr handeln, und es stellt sich dar was demnach von der „ängstlich flehenden" Miene des letztern zu halten sey, womit derselbe seine Bitte begleitet haben soll. Daß aber General v. Peucker und der Bevollmächtigte keine erfreulichen Mienen gezeigt haben mögen, ist wohl klar, sie hätten sonst zu denjenigen gehören müssen welche damals in der Unordnung und dem Umsturze ihren Sieg erblickten. Die Beweisführung des Artikels von der Dringlichkeit der preußischen Hülfe für die Pfalz im Monat Junius, begründet auf die am 19 Mai beanspruchte momentane Hülfe für Landau, welche sich durch den Erfolg als unnöthig herausgestellt hat, und auch das Phantasiestück jener flehentlichen Miene des Bevollmächtigten, kann daher nur als völlig verunglückt erscheinen."

|| **Frankfurt a. M.**, 28 Oct. Bei dem heute früh erfolgten Ausmarsch des Füsilierbataillons vom 30sten preußischen Infanterieregiment nach Baden zog der Prinz von Preußen in Begleitung des österreichischen Generals v. Schirnding, dann der österreichischen, bayerischen und Frankfurter Stabsofficiere an der Spitze des Bataillons bis außerhalb Sachsenhausens. Das zum Ersatz einrückende Bataillon vom 31sten Regiment wurde sodann von dem Prinzen und dessen Gefolge und in Begleitung der bayerischen und Frankfurter Musikcorps in die Stadt geführt. Erzherzog Albrecht von Oesterreich wird heute hier erwartet. Zu seinem Empfang ist vor dem „russischen Hof" (wo auch der Prinz von Preußen wohnt) eine Compagnie Oesterreicher als Ehrenwache mit der bayerischen Jägermusik aufgestellt. Nachschrift 7 Uhr. So eben trifft der Erzherzog hier ein. Er begibt sich morgen nach Mainz zur Uebernahme des Gouverneurpostens. Der Rückkehr des Reichsverwesers und seiner Familie sieht man bis Mittwoch oder Donnerstag entgegen.

Bayern. ♀ **München**, 29 Oct. Durch Entschließung vom 24 d. hat Se. Maj. der König auf die in Erledigung gekommene Stadt- und Festungscommandantenstelle in Germersheim den Obersten J. B. Roppelt, derzeitigen Commandanten des zweiten Artillerieregiments, ernannt. Die im laufenden Quartal stattfindende außerordentliche Schwurgerichtssitzung, zur Abhörung und Verurtheilung einer aus 28 sicherheitsgefährlichen Individuen bestehenden Bande, beginnt mit dem kommenden 3 Dec. und dauert beiläufig drei Wochen; das Schwurgericht für das nächste Quartal wird im Januar 1850 abgehalten, und hiezu ist als Präsident der Appellationsgerichtsrath v. Hofstetten von Freising und als sein Stellvertreter der hiesige Kreis- und Stadtgerichtsrath v. Plank bestimmt. — Auf die mehrfach in der Kammer der Abgeordneten ausgesprochenen Wünsche hat die Regierung eine Revision des Gewerbesteuergesetzes angeordnet, wobei zunächst auf die kleinen Gewerbe Rücksicht genommen werden soll. — Zur Feier der Ihnen jüngst gemeldeten Uebertragung der irdischen Ueber-

reste des Baumeisters Ohlmüller (aus Bamberg) aus dem Friethofe in die von ihm erbaute Pfarrkirche der Vorstadt Au fand diesen Vormittag daselbst ein feierliches Requiem, und diesen Abend, auf Veranlassung der hiesigen Künstlerschaft, ein Fackelzug mit entsprecherden Reden und Gesängen statt.

Würtemberg. *** **Stuttgart,** 29 Oct. Nachträglich über den Ministerwechsel füge ich zu meinen gestrigen Mittheilungen hinzu daß Römer gestern gegen Mittag ein Schreiben des Königs erhielt, worin Se. Maj. die Ernennung des Ministeriums in der Weise motivirte wie vorher der Lage gemäß auf einen Ministerwechsel geschlossen wurde, nämlich durch die Unmöglichkeit die Stelle Duvernoy's aus den von Römer vorgeschlagenen Personen zu ersetzen und eine Verbindung desselben mit frühern Ministern herzustellen. Römern wurde die Stelle eines Mitgliedes im geheimen Rath und die eines Präsidenten des Obertribunals angetragen, indeß er hat beides abgelehnt und wird wieder seine frühere Advocatur beginnen. Die übrigen Minister werden ebenso wie Römer auch nicht die für Staatsräthe festgesetzte Pension annehmen; nur der Kriegsminister ist wegen seiner persönlichen Verhältnisse dazu genöthigt, wenn ihm nicht eine Stellung in der Armee seinem frühern Range und seinem letzten Amte gemäß ertheilt wird. Die Minister können vom Amte im Bewußtseyn scheiden daß sie Württemberg große Dienste geleistet haben unter den schwierigsten Verhältnissen. Durch ihren Rücktritt, und durch die dadurch manifestirte Machtlosigkeit der Partei welche sie repräsentiren, wird auch hier die in ganz Deutschland herrschende traurige Unsicherheit über die verfassungsmäßige Gestaltung unsers Vaterlandes dargelegt. — Heute überreichte der k. bayerische Gesandte, Frhr. v. Malzen, Sr. Maj. dem König das königliche Schreiben welches ihn von dem hiesigen Gesandtschaftsposten abruft. Derselbe begibt sich nun direct nach Berlin, wo er künftighin die Interessen seines Hofs zu vertreten haben wird.

Der Schwäb. Merkur bestätigt in amtlicher Form den von uns gestern angezeigten Ministerwechsel und fügt bei: „Die Staatsminister v. Herdegen und v. Schlayer haben, unter Beibehaltung ihrer verfassungsmäßigen Pensionen, auf die ihnen als wiederberufenen Departements-Ministern zustehende Besoldung verzichtet. Der bisherige Chef des Kriegsministeriums, General v. Rüpplin, ist, wie wir erfahren, zum Chef des Generalquartiermeisterstabs ernannt worden. — Die Verwaltung der Eisenbahnen wird vom Finanzministerium an das des Innern übergeben."

Ein Programm des neuen Ministeriums weist darauf daß die neuen Minister, von dem Vertrauen des Königs berufen, den Auftrag Sr. Maj. übernommen, „ebensowohl im Bewußtseyn der mannichfachen Hindernisse die einem geordneten Gange der Staatsverwaltung dermalen im Wege stehen, als im Gefühl der Verpflichtung sich vorzugsweise unter schwierigen Verhältnissen dem Dienste des Landes nicht zu entziehen. Wir betrachten es für unsre Aufgabe einestheils die Saaten des Besseren mit Sorgfalt zu pflegen, insbesondere zu Herstellung der Einheit und Freiheit Deutschlands nach Kräften mitzuwirken und unsre Landesverfassung im Sinne der Grundrechte der deutschen Nation weiter zu entwickeln, anderntheils das gesunkene Ansehen der Gesetze und Behörden wieder herzustellen, die so bedeutend geschwächte Regierungsgewalt, ohne deren Stärke die gesetzliche Freiheit und Ordnung nicht bestehen können, wieder zu kräftigen und eben damit das öffentliche und Privatvertrauen, die Lebensbedingung der Gewerbe und des Handels, wieder mehr und mehr zu wecken und zu befestigen. Das Etatsjahr 1848 bis 1849 hat ein Deficit von ungefähr 5 Millionen gezeigt, und wenn auch hiezu außerordentliche vorübergehende Ausgaben mitgewirkt haben, so ist doch der weit größte Theil desselben als nachhaltig anzusehen, und es sind die ordentlichen Einnahmen der Staatscasse zur Deckung ihrer ordentlichen Ausgaben um mehrere Millionen nicht zureichend, so daß zur Herstellung des unerläßlichen Gleichgewichts zwischen beiden unabweisbar zur Auflegung neuer Steuern geschritten werden muß. Wir werden mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs demnächst zu der Einberufung der nach dem Gesetz vom 1 Jul. d. J. gewählten Landesversammlung schreiten und derselben über dringende Abänderungen der Landesverfassung, sowie über die Ersetzung des am letzten Landtage der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Papiergelds durch andere weniger bedenkliche Mittel Vorlagen machen, und ihr, bis ein genügend gegründeter ordentlicher Finanzetat dargelegt werden kann, die vorläufige Verlängerung der laufenden Steuern bis zum Schlusse des gegenwärtigen Etatsjahres ansinnen; bis wohin wir auch die Fortdauer des in dem jüngsten Etatsjahr bewilligten Nachlasses an der Civilliste nach besonderer höchster Ermächtigung Sr. k. Maj. versichern dürfen. Mitbürger! Wir treten unter schwierigen Umständen an die Führung der Staatsgeschäfte, wir sind uns der Pflichten bewußt die sich daraus für uns gegen König und Land ergeben, und wir bescheiden uns gern daß unsere Kräfte sich mit dem Umfang der von uns übernommenen Pflichten im Mißverhältniß befinden mögen. Wenn wir gleichwohl dem an uns ergangenen Rufe ohne alle Rücksicht auf persönliche Opfer, die wir dem Vaterlande bringen, gefolgt sind, so geschieht es mit dem Selbstvertrauen des ehrlichen Mannes; es geschieht mit jenem festen Muthe welchen das Bewußtseyn eines redlichen Willens gibt, das Bewußtseyn daß wir nach unserm besten Wissen und Vermögen nur das Beste des Landes geltend zu machen uns bestreben werden. Stuttgart, 28 Oct. 1849. Herdegen. Schlayer. Wächter-Spittler. Baur. Hänlein."

Gr. Baden. Die Karlsr. Ztg. bringt in Bestätigung unserer Mittheilungen folgende landesherrliche Verordnung: „Leopold, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Nach Anhörung Unseres Staatsministeriums finden Wir Uns veranlaßt den Kriegszustand und das Standrecht auf weitere vier Wochen vom Ablauf der bisher festgesetzten Dauer zu verlängern, dagegen die Gerichtsbarkeit der Standgerichte wegen bereits verübter standrechtlicher Verbrechen für beendigt zu erklären, und die wegen solcher Verbrechen in Untersuchung befindlichen Angeschuldigten den ordentlichen Straf- und beziehungsweise Kriegsgerichten zu überweisen. Gegeben zu Karlsruhe in Unserm Staatsministerium den 27 Oct. 1849. Leopold. A. v. Roggenbach. Stabel. Auf allerhöchsten Befehl Sr. königl. Hoh. des Großherzogs: Bauschlicher."

Kurhessen. Kassel, 27 Oct. Gestern hat der Kurfürst aus den Händen des Hrn. Charles d'Assailly das Creditiv des Präsidenten der französischen Republick entgegengenommen, welches ihn als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei dem Kurfürsten beglaubigt. Den Ständen wurde gestern der Entwurf des Wahlgesetzes zum Volkshaus für den demnächstigen Reichstag in Erfurt vorgelegt. Darnach wählt Kurhessen zusammen mit dem Fürstenthum Schaumburg-Lippe acht Abgeordnete nach acht Bezirken. Die Wahl ist indirect. Die Urwähler werden in drei Classen nach dem Steuercensus getheilt; jede Classe wählt eine gleiche Anzahl von Wahlmännern. Die active Wahlfähigkeit ist durch ein Alter von 25 Jahren, die passive durch ein solches von 30 Jahren beschränkt.

K. Sachsen. Leipzig, 27 Oct. Bis gestern Abend waren in Dresden die Wahlen zur zweiten Kammer aus 53 Wahlbezirken bekannt geworden, und die Leipz. Ztg. meint daß nach Abrechnung von 9 ungültigen Wahlen von den Gewählten 24 der conservativ-liberalen, 20 der radicalen Partei angehören. Das Endergebniß der Wahlen lasse sich übrigens noch nicht übersehen, da die Nachrichten aus 22 Bezirken noch fehlen und in neun andern Bezirken Neuwahlen vorzunehmen seyen. Von den 50 Mitgliedern der ersten Kammer seyen erst 12 ganz sicher bekannt, die mit Ausnahme von zweien sämmtlich der conservativen Partei angehören.

Oesterreich. k Wir haben neulich dem Lloyd eine Reihe Fragen vorgelegt, um ihm zu beweisen daß er bei den Forderungen an Deutschland, die er je und je mit der ihm eigenen Nonchalance aus dem Aermel schüttelt, schwerlich an die Consequenzen gedacht habe welche die Einführung des constitutionellen Systems in Oesterreich und allen Theilen Deutschlands nothwendig mit sich führen müsse. In einem neuen Artikel in seiner Nummer vom 25 Oct. umgeht er alle diese Fragen, stellt dagegen wieder ein Halbdutzend Cardinalpunkte auf, die unsere obige Annahme nur bestätigen. Wiederholt nennt er alle welche glauben daß Deutsch-Oesterreich sich an einer deutschen Volksrepräsentation betheiligen könnte, Bedlamscandidaten, denen er vorsichtig aus dem Wege gehe. Er wird also vor allen den HH. v. Schmerling und Bruck aus dem Wege gehen müssen die in der Paulskirche mit etwa 130 andern Oesterreichern gesessen, ebenso den übrigen Mitgliedern des Wiener Cabinets und den Staatsmännern aller Cabinette, die erkannt haben und fortwährend erkennen daß der Centralgewalt eine Volksvertretung zur Seite gestellt werden müsse. Wir verweisen dabei nur auf die eben bekanntgewordene Correspondenz zwischen dem bayerischen und dem österreichischen Ministerium. Der Lloyd fährt fort: „Der preußische Vorschlag ging dahin eine politische Union Deutschlands mit Oesterreich zu begründen, und es war durchaus nicht ausgesprochen daß der Executivgewalt dieser Union ein Parlament beigeordnet seyn solle, im Gegentheil war bei jenem Plane an ein gemeinsames österreichisches und deutsches Parlament gar nicht gedacht worden. Diejenige gesetzgebende Versammlung welche im engeren Bunde nach dem preußischen Vorschlage zu Stande gekommen wäre, hätte ebensowenig den Namen eines Parlamentes verdient wie ihn der künftige Landtag von Ungarn verdienen wird. Sie hätte nicht die Entscheidung gehabt über Krieg und Frieden, über Verhältnisse zu auswärtigen Mächten, kurz, über die höchsten staatlichen Fragen. Diese Thatsache scheint man in Deutschland nicht erkannt zu haben, oder man hat sie nicht erkennen wollen. Ueber dem engeren Bunde wäre der weitere gestanden, und für den letzteren konnte die Ver-

pflichtung nicht bestehen die Beschlüsse des sogenannten deutschen Parlamentes als maßgebend für sich zu betrachten." Der Lloyd meint also: Deutsch-Oesterreich könne an einem gemeinsamen deutschen Parlament nicht theilnehmen, und das übrige Deutschland dürfe ein solches nicht bilden, es dürfe keine Volksvertretung sich geben die über „die höchsten staatlichen Fragen" entscheide. Ueber diese Fragen bleibt die Entscheidung, wie der Lloyd will, nur der Centralgewalt oder der preußisch-österreichischen Union. Und welchen constitutionellen, parlamentarischen Boden hätte diese Union? Glaubt der Lloyd, Preußen und Oesterreich und die andern Staaten Deutschlands könnten alle verfassungsmäßig regiert werden, während „die höchsten staatlichen Fragen" Deutschlands, die über Krieg und Frieden zc. von einer den constitutionellen Consequenzen nicht unterworfenen Behörde gehandhabt würden? Wir haben geglaubt, eine amerikanische Feder schreibe diese Artikel im Lloyd; wir müssen uns geirrt haben, denn ein Amerikaner könnte solche Mißgriffe im ABC des constitutionellen Staatsrechts nicht machen. Andere Wiener Blätter, die Presse und die Zeit, schließen auch eine Betheiligung Deutsch-Oesterreichs an einem deutschen Reichstage aus, aber sie sind dann wenigstens so consequent die Bildung des übrigen Deutschlands in einen Bundesstaat zuzugeben. Der Lloyd will das eine und bestreitet das andere. „Es kann (sagt er) Oesterreich natürlich ebensowenig gelegen seyn wenn alle andern deutschen Staaten in ein engeres Bündniß mit Preußen träten, als es Preußen behagen würde wenn dieselben Staaten ein engeres Bündniß mit Oesterreich abschlössen. Wahrscheinlich würde Preußen im letzteren Falle seine Macht und sein Ansehen gefährdet ansehen, und es würde sich berechtigt halten der Vergrößerungssucht seines Nachbars entgegenzutreten. Man table darum Oesterreich nicht wenn es von Preußen nicht duldet was Preußen nie von Oesterreich dulden würde." Da nun die Bevollmächtigten der preußischen Regierung, Bodelschwingh und Radowitz, eben feierlicher als je erklärt haben, die einen Bundesstaat anstrebenden Länder würden sich durch nichts in Vollendung ihres Werks einschüchtern oder davon abhalten lassen, so stellt der Lloyd nichts geringeres als deutschen Bürgerkrieg in Aussicht. Doch, fügt er begütigend hinzu, bedürfe es dieses Aeußersten nicht; sey es doch gewiß daß Preußens Bestrebungen an dem Widerstand anderer deutschen Staaten scheitern werden. Diesen andern Staaten Deutschlands will er erlauben unter sich einen Bundesstaat zu bilden, was ihnen mit Preußen nicht gestattet seyn soll. „Oesterreich hat sein Parlament, Preußen das seinige. Die andern deutschen Staaten mögen sich alle mit einander zu einem parlamentarischen Ganzen vereinen, oder sie mögen nach ihren Interessen und den Wünschen ihrer Bewohner in kleinere Körper zerfallen." Es liegt für den ersten Augenblick etwas verführerisches in dem Gedanken die deutschen Staaten, welche vierzig Jahre constitutionellen Lebens hinter sich haben, vereinigt zu sehen, gleiche mit gleichen, und nur durch ein weiteres Band verbunden mit den zwei Großmächten, welche erst an der Schwelle des Constitutionalismus stehen und auf dieser Bahn noch schweren Wechselfällen ausgesetzt seyn mögen. Aber ein neuer Bundesstaat von 16 Millionen Deutschen, der — unter Bayerns Vorsitz — vom Bodensee längs der tirolischen Alpen und des Inn und des Böhmerwaldes bis nahe zum Riesengebirge die österreichischen Gränzen umschlösse, und der andererseits die altpreußischen Provinzen von Rheinland-Westfalen abschnitte — der würde die Eifersucht in Berlin und Wien nicht wecken? Und würde denn die Unterordnung dieser mittleren und kleineren deutschen Staaten unter Bayern, oder Hannover, Württemberg zc. nicht ebenso große Bedenken bei ihnen finden als jetzt die Hegemonie von Preußen? Für derlei Hoffnungsträume wird der Lloyd nicht viel gläubige Seelen in Deutschland finden, deßwegen scheint es unnöthig diesem Phantasiebild eine ernstere Betrachtung zu widmen. Wäre es auszuführen, so wäre der Keil zu Deutschlands Spaltung noch glücklicher als im Rheinbund wiedergefunden. Dieses kleinste Kleindeutschland wäre der natürliche Alliirte Frankreichs, während Preußen und Oesterreich wechselsweise von Englands und Rußlands gutem Willen abhängig würden. Nach dieser gewagten Speculation auf die deutsche Zukunft macht der Lloyd eine bemerkenswerthe Schwenkung zur Linken: „Zu bestimmt kann man es aber nicht sagen daß der preußische engere Bund keine deutsche Staatseinheit, kein Parlament im vollwichtigen Sinn des Wortes schafft, und daß die parlamentarische Einheit nur dann eine Wahrheit werden kann, wenn man es versteht dem weiteren Bunde eine Volksvertretung zur Seite zu stellen." Also am Ende will doch selbst der Lloyd eine Volksvertretung für den weiteren Bund, d. h. für Deutschland und Oesterreich. Dieß soll dann ohne Zweifel ein Parlament im vollwichtigen Sinn seyn. Da der Lloyd glaubt in allen „großen staatlichen Fragen" müßte der weitere Bund über dem engeren stehen, so muß er nothwendig auch glauben daß jene „parlamentarische Einheit" über den Reichstagen von Wien und Berlin stände? Der Griff wäre kühn, und in einem Föderativstaat in welchem 40 Millionen Deutsche mit ihrer einheitlichen Bildung und ihrem einheitlichen Streben etwa 22 Millionen Ungarn, Italiener, Serben und Slowaken zur Seite ständen, käme uns auch kein Zweifel darüber, wohin die Wage der Entscheidung sich neigte. Aber nach der ganzen desultorischen Art mit welcher der Lloyd in dieser Debatte hin- und herspringt, wird man irre ob man in dem hingeworfenen Gedanken bloß den Knalleffect am Schluß eines Leitartikels sehen soll, oder ob es ein von unsichtbarer Hand geleiteter Ballon ist, die Windströmung zu erkunden. So wie die Sachen in Deutschland stehen, darf man alles für möglich halten, ohne daß man auf irgendetwas Vertrauen setzen könnte. Das wahrscheinlichste möchte seyn: das Föderativband wird langsam, aber sicher fortschreitend enger geknüpft. An die Stelle des früheren Gesandtencollegiums von Frankfurt wird vielleicht eine eidgenossenschaftliche Repräsentativverfassung treten, bis eine wahrhafte Bundesverfassung sich Bahn bricht. Die Sicherstellung der deutschen Großmächte selbst fordert jene Verfassung. Noch sind die ersten 50 Jahre dieses Jahrhunderts nicht vorüber, und schon dreimal haben wir Preußen wie Oesterreich am Rand des Abgrundes gesehen, zweimal den Nacken unter dem Fuß des Fremden, einmal unter den Schlägen der Revolution gebeugt. Rußland war es das 1812 und 1813 beide gerettet, das 1849 Oesterreich die helfende Hand gereicht hat, während 1848 in Italien ihm nur die Schwäche Frankreichs die Lombardei und Venedig erhielt. Einheitlich zusammenhängende Staaten wie England, Frankreich, Spanien, Rußland konnten Niederlagen erfahren, aber durch sie nicht so zerrissen, fast in die Luft gestellt erscheinen, wie wir dieß bei Oesterreich und Preußen erlebt haben. Offenbar war der Grund hiebei kein anderer als daß beide für ihren Zusammenhalt, neben ihren Heeren, nicht die natürliche Anlehnung an ein constitutionell festgefügtes Deutschland fanden. Bräche ein europäischer Krieg aus, ehe diese Basis geordnet wäre, so würde man sich vergebens nach Bürgschaften umsehen welche sicherer als die früheren trüglichen sich erwiesen. Ja, die Lage wäre fast schlimmer als vorher. Ein französisches Heer steht mitten in dem gegen Oesterreich unversöhnlichen Italien, während Rußland sich in Ungarn die Wege bereitet, und Preußen durch Polen und Skandinavien den Stachel im Rücken und in der Seite hat. Dabei das übrige Deutschland zerklüfteter als je! Alle Wünsche der deutschen Völkerstämme sind auf ein innigeres Band der Föderation gerichtet, auf ein Band das keinen ausschließt, keinen zum willenlosen Werkzeug des andern macht, allen gleichmäßige verfassungsmäßige Freiheit gebe. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man es Bayern danken daß es in seinen eben jetzt zur Kenntniß gekommenen Verhandlungen mit Oesterreich auf parlamentarische Vereinigung des Gesammtvaterlands und in seinem Beitritt zur provisorischen Centralgewalt darauf besteht daß eine neue Verfassung das Werk des Vertrags zwischen Fürsten und Völkern werde. Möge es nie von diesen Bedingungen zurücktreten!

Der Austria ist in ihrer Nummer vom 24 Oct. einmal wieder die Aufgabe zugefallen einen Plan des Handelsministers dem Publicum zu motiviren. Sie enthält nämlich einen (von Karl Czöring, dem verantwortlichen Redacteur selbst geschriebenen) Leitartikel über die Gründung eines neuen höchst wichtigen Zweiges des Staatsdienstes, über „die österreichischen Consulareleven." Dem Wesen nach bildet derselbe eigentlich nur eine Fortsetzung ihrer neulichen Darlegung der Consulatsverhältnisse an der unteren Donau, indem es ja hauptsächlich die Levante ist welche für Oesterreichs commercielle Vertretung in Betracht kommt. In der Zeit kurz vor der Märzrevolution, als die Presse wie die Wissenschaft im besten Zug war Deutschlands ökonomische Gestaltung zu heben, wurde es schon als eine unangefochtene Forderung aufgestellt das bisherige Consulatswesen, wo Privatmänner, meistens Kaufleute, mit diesem wichtigen Amt im Ausland für die einzelnen deutschen Staaten bekleidet waren, gegen ein System von staatsmännisch wie mercantil gebildeten consules missi zu vertauschen. Sogar die Hansestädte welche in ihren rein commerciellen Verhältnissen noch am leichtesten bei der bisherigen Art der Handelsagenten beharren konnten, zumal da sie für Abschließung von Schifffahrts- und Commerztractaten unter ihren Consuln sehr tüchtige Kräfte gefunden hatten, fühlten dieses allgemeine Bedürfniß, und sie waren es zuerst die mehrere junge Männer nach ihren Hauptposten nach Konstantinopel absandten, um nach absolvirten Universitätsstudien sich für eine künftige derartige Carriere auf diesem Feld vorzubereiten. Die Revolution mit ihren in den Vordergrund tretenden Formfragen, mit dem reichen Schatz von Menschenkenntniß und Verständniß von politischen Verhältnissen lockte dieselben von den herrlichen Ufern des Bosporus an das Herz der Bewegung zurück, und die nicht beendigte deutsche Einigung läßt noch heute die öconomischen Interessen sich nicht in ihrer ganzen Vollkraft geltend machen. Nur Oesterreich mit seinem wiedergewonnenen festen Staatsorganismus und — was wohl noch mehr wirkt — mit seinen brennenden financiellen Wirren findet sich schon jetzt bewogen den Gedanken von damals wieder aufzunehmen, dessen erster Entwurf sogar von Metternich be-

reits am 27 Nov. 1847 genehmigt worden war. Der Handelsminister hat nämlich neuerdings ein Reglement für die Gründung und Ausbildung eines Instituts von Consulareleven im Einverständniß mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten dem Kaiser vorgelegt, und dafür am 20 October die Genehmigung erhalten. Die Zahl der Elevenplätze ist einstweilen nach §. 1 des Entwurfs auf acht festgesetzt, „deren Besetzung mit Rücksicht auf die Thunlichkeit der passenden und ersprießlichen Verwendung, sowie auf die sich darbietende Auswahl an Bewerbern vor sich gehen soll. Die Eleven werden in den Personalstand des Handelsministeriums mit dem Rang und Gehalt von Conceptsadjuncten eingereiht;" aber sie sollen ihrer größeren Verfügbarkeit wegen für die ganze Dauer des Verbleibens in dieser dienstlichen Eigenschaft sich nicht verehelichen. „Als weitere Bedingungen werden dann erfordert: empfehlende geistige Befähigung und fleckenlose Moralität, mit gutem Erfolg zurückgelegte juridisch-politische Studien, vollstreckte, wenigstens einjährige Conceptspraxis bei Behörden wo die Gelegenheit gegeben ist sich von der Gliederung und dem Geschäftskreise der Regierungsorgane und den Formen der Geschäftsbehandlung genaue Vorkenntnisse zu erwerben, Kenntniß der deutschen, italienischen und französischen Sprache, endlich die Ablegung einer schriftlichen Concursprüfung über solche theoretische Vorkenntnisse, deren Besitz sich insbesondere für einen angehenden Consularbeamten als nothwendig darstellt. Sie haben dabei drei Fragen schriftlich zu lösen, nämlich eine aus dem europäischen Völkerrecht oder insbesondere über die Handels- und Schifffahrtsverträge Oesterreichs mit auswärtigen Staaten, eine aus den österreichischen Gesetzen und Vorschriften über die Seeschifffahrt, eine aus der Nationalöconomie oder dem österreichischen Zoll- und Handelssystem, oder der österreichischen Handels- und Industriestatistik. Eine dieser Aufgaben ist in deutscher, die andere in italienischer, die dritte in französischer Sprache zu bearbeiten, wodurch zugleich die Möglichkeit gegeben ist den Grad der Festigkeit des Candidaten in jeder dieser Sprachen zu beurtheilen. Bei der Bestimmung des Inhalts dieser Concurselaborate wurde die Anforderung innerhalb jener Gränzen gehalten welche den tüchtigeren Jünglingen die Bewerbung nicht übermäßig erschweren. Mit dem Fortschritt der Bildungsmittel werden diese Anforderungen erweitert werden können, zumal wenn die Erfolge in der Consularlaufbahn geeignet seyn werden ausgezeichnete Persönlichkeiten immer mehr und mehr anzulocken (§§. 4, 5, 6)." Sollen jedoch für den Augenblick selbst diese Bedingungen scharf eingehalten werden, so dürften sich namentlich in Bezug auf die Beherrschung der drei Sprachen, unter denen wir zu unserem Erstaunen die englische vermissen, nicht viele Bewerber finden. Uebrigens ist die ökonomische Seite für die Zöglinge den Bedürfnissen ihrer Stellung gemäß bedacht. „Sie werden in dieser Hinsicht den Ministerialconceptsadjuncten gleichgestellt, während der Zeit ihrer Zuweisung bei einem Consularamt aber durch eine Zulage von jährlichen 400 fl., endlich für die durch dienstliche Zuweisungen und Einberufungen veranlaßten Reisen durch Vergütung der Fahrt- und Zehrungskosten entschädigt werden. Rücksichtlich der Unterkunft und Beköstigung während der ersten Zeit ihres Aufenthalts an einem Consularamtsort wird ihnen der geeignete Vorschub von dem Vorsteher dieses Amts geleistet werden (§§. 12, 13). Endlich wird den Consularzöglingen die nächste Anwartschaft auf die zu besetzenden Consulardienstposten minderer Kategorie, namentlich auf Kanzler- und Dolmetschposten, und sodann die weitere Aussicht auf höhere Consularanstellungen für den Fall ihrer völlig entsprechenden Verwendung und Befähigung eröffnet. Auch soll auf sie bei Besetzung von Dienstplätzen im Ministerium des Handels und bei der Centralseebehörde in Triest die geeignete Rücksicht genommen werden." Wir müssen noch den einen Punkt hier hervorheben daß das österreichische Handelsministerium ebenfalls in Verbindung mit dem Minister des Auswärtigen auch insofern dem Vorbild Englands folge: daß es keine Opfer scheut um jede seiner Gesandtschaften mit einem tüchtigen mercantilen Talent zu versehen. Die internationalen Fragen sind jetzt rein ökonomische geworden, und der Gesandte darf fürwahr nicht mehr im Ausland auftreten wie am Anfang des vorigen Jahrhunderts der Herzog von St. Simon zu Paris.

⊥ **Wien**, 28 Oct. Die Besorgnisse wegen der Differenzen mit der Türkei können seit der Audienz des Gesandten Mussurus, wodurch factisch die diplomatischen Verbindungen wiederhergestellt wurden, als beseitigt betrachtet werden. Die Vollstreckung der Todesurtheile in Ungarn ist eingestellt.

§ **Wien**, 28 Oct. Der Feldzeugmeister Haynau ist also nach Pesth abgereist, um daselbst seinen Posten als Civil- und Militärgouverneur von Ungarn wieder zu übernehmen. Wird es ihm gelingen das Volk zu beruhigen dessen Schicksal gleichsam in seine Hand gelegt ist? Eine tröstende Nachricht verbreitet sich indeß seit gestern, daß nämlich das Ministerium endlich den Beschluß gefaßt hat die Todesstrafe für rein politische Verbrecher in Ungarn nicht mehr in Anwendung kommen zu lassen. Ein Courier ist mit dieser Nachricht nach Pesth geeilt. Der „Lloyd," der heute diese Nachricht bestätigt, fügt hinzu daß die Processe gegen Compromittirte nichtsdestoweniger ihrem Ende zugeführt werden. Es sollen gewisse Kategorien gebildet werden in welche man die Schuldigen eintheilen wird; ferner — heißt es weiter — wird die letztere Maßregel einer Amnestie für minder Compromittirte „ziemlich" gleichkommen. Gebe nur der Himmel daß jene sich dießmal bestätige! — Zur Feier der silbernen Hochzeit des Erzherzogs Franz Karl erwartet man die Ankunft Ihrer Maj. der Kaiserin-Mutter, welche übermorgen aus Salzburg hier eintreffen soll.

Der Wiener Telegraph ist für die Dauer des Belagerungsstandes verboten worden.

Großbritannien.

London, 26 Oct.

Königin Victoria ist seit zwei Tagen auf Windsorschloß unwohl, und es zeigen sich Symptome der Schafpocken (chicken pox nach dem englischen Ausdruck). Diese Krankheit hat nichts g fährliches, wird aber Ihre Maj. verhindern der Eröffnung der neuen Londoner Kohlenbörse am nächsten Dienstag beizuwohnen. — Im Befinden der Königin Wittwe zeigt sich keine Besserung.

Heute hat sich Se. Exc. Sir Henry Bulwer in Liverpool nach den Vereinigten Staaten eingeschifft. Der ehrenwerthe Ralph Abercrombie ist, nach längerem Urlaub, im Begriff auf seinen Gesandtschaftsposten in Turin zurückzukehren. Sir Alexander Malet ist nach Stuttgart zurück. Graf v. Westmoreland, der in seinem Hause Hochzeit hatte, wird erst Ende Novembers nach Berlin zurückkommen.

Das Chronicle, welches bisher die Kriegstrompete gegen Rußland sehr laut geblasen, bezeichnet nun selbst den Krieg als unwahrscheinlich, und glaubt daß der Zwist auf dem Wege der Diplomatie werde beigelegt werden — der Diplomatie welche so abkühlend auf die politischen Leidenschaften wirke. Die französische Regierung verabscheue den Krieg aufs äußerste; England sey ohnehin dem Frieden geneigt; Kaiser Nikolaus werde Rußlands seit Peter dem Großen traditionelle Politik: langsam aber sicher im Süden vorzugehen, nicht vergessen haben; und für Oesterreich, das noch von den eben überstandenen Kämpfen athemlose, würde es barer Wahnsinn seyn sich jetzt in einen allgemeinen Krieg einzulassen. Jedermann wisse wie Metternich auf eine russische Einladung mit nach Konstantinopel zu marschiren geantwortet haben würde. Lasse sich zweifeln daß Schwarzenberg die nämliche Antwort geben würde, wäre erst die Zeit wieder da wo Oesterreich von seinen jetzigen Verbindlichkeiten gegen Rußland sich freier fühle, und in der Lage den ihm gebührenden Einfluß auf die Politik des Ostens wieder an sich zu nehmen?

Die Urtheile der Presse über die französische Behandlung der römischen Frage lauten verdientermaßen hart, sehr hart; nur vergißt sie anzumerken daß es vielleicht eine französische Nachahmung der Selbsucht ist womit die englische Politik von je her das Ausland zu behandeln gewohnt war. „Könnte", sagt die Times, „könnte eine zahlreiche Majorität durch ihr bloßes Ansehen die Geschichte und den Charakter einer großen Nation verändern, könnte das Votum einer Nationalversammlung mit einem Strich das Vergangene auslöschen und das Zukünftige feststellen, so möchte der Ausgang der französischen Debatte über die römische Expedition den Beweis liefern daß andächtige Verehrung und fügsamer Gehorsam gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche der vorwaltende Charakter des französischen Volkes, daß die Republik von keiner Leidenschaft so tief beseelt sey wie von dem Hasse gegen Volksbewegungen und revolutionäre Regierungen, und daß die Besetzung Roms durch Oudinots und Rostolans Truppen eine für jedes Christenherz so glorreiche und theure Großthat sey wie die Eroberung des heiligen Grabes durch Gottfried v. Bouillon und die Ritterschaft der Kreuzzüge. Hrn. v. Montalemberts Triumph über die „Söhne Voltaire's" ist in der That vollständig, und dieser beredte und enthusiastische Römling hat es erlebt daß Aeußerungen, welche kaum von der frühern Pairskammer geduldet worden wären, in einer viel populäreren Versammlung von einer unermeßlichen Mehrheit mit Zuruf aufgenommen und durch ein Votum der entschiedensten Art gutgeheißen wurden. Drei Viertheile der Versammlung wollten von keinen noch so gemäßigten liberalen Bedingungen für den Kirchenstaat hören; sie verlangten den Papst, den ganzen Papst und nichts als den Papst. Sie sind nicht beunruhigt durch den engen Geist des Motuproprio und die Reactionspolitik der Cardinäle. Die alten Kampfhelden der Freiheit, die alten Widersacher der Priesterautorität sind plötzlich feurigere Schutzredner des Papstthums geworden als die ultramontanen Minister Karls X. und eine Politik die selbst der königliche Beichtvater vor zwanzig Jahren nicht zu empfehlen gewagt hätte, wird jetzt von der durch allgemeines Stimmrecht gewählten Legislatur einer französischen Republik leidenschaftlich zu der ihrigen gemacht. Ein Mirakel! ein Mirakel! rufen die Gläubigen. Ach, es ist kein Mirakel; nicht einmal, fürchten wir, eine ernstliche Demüthigung und fromme Rückkehr zu den Grundsätzen jenes Glaubens der von den Sophisten des vorigen Jahrhunderts so heftig angegriffen worden. Es ist nur ein anderes Anzeichen von der Schwäche und dem Wankelmuth lange durch Revolutionen erschütter-

ter und verwirrter Gesellschaften; sie suchen eine Zuflucht bei dem was sie früher verachtet und gehöhnt, und in dieser Sündfluth erscheint die römische Kirche noch einmal als die Arche und das Asyl eines Volkes das so lange von seinen Täuschungen und Leidenschaften wie Spreu von dem Winde hin und her getrieben worden. Dieser Entscheid der französischen Versammlung, brauchen wir nicht erst zu sagen, wurde ganz von dem jetzigen Geist und den vorwaltenden Interessen Frankreichs dictirt; die Unabhängigkeit und Wohlfahrt Roms betrachtete man als eine untergeordnete Sache, oder verlor sie ganz aus dem Gesicht. Dennoch auf diesen Punkt müssen wir noch einmal zurückkommen. Gern geben wir zu, es ist nichts wünschenswerther als daß der Papst eines Tages in den Quirinal zurückkehre als der unabhängige und glückliche Souverän eines zufriedenen Volkes; wir begreifen die Wichtigkeit welche die Katholiken in der ganzen Welt der Aufrechthaltung des Oberhaupts ihrer Kirche im Vollbesitz einer weltlichen Macht beilegen, als der Bürgschaft für seine geistliche Unabhängigkeit, und wir stellen nicht in Abrede daß die Interessen des Papstes als Hauptes eines großen Theils der Christenheit ohne Vergleich größer sind als die des Papstes in seiner Eigenschaft eines kleinen italienischen Fürsten. Aber die französische Regierung und der Papst selbst haben mit Thatsachen zu thun die sich durch diesen oder einen andern allgemeinen Grundsatz nicht ändern lassen. Es ist Thatsache daß der Papst zur Zeit keine Partei in Rom hat, und daß die ersten Handlungen seiner theilweise wiederhergestellten Regierung den Widerwillen des Volkes gegen die Priesterherrschaft sehr vermehrt haben. Die Fundamentalbehauptung der französischen Regierung: „die Wiedereinsetzung Pius' IX werde von der unermeßlichen Mehrzahl des römischen Volkes sehnlich gewünscht", beruht, glauben wir, auf unzureichenden Gründen, namentlich wenn diese Restauration von der Wiederbelebung allgemein verabscheuter Institutionen begleitet wäre. Darum würde auch die Zurückziehung des französischen Heers einen alsbaldigen Ausbruch zur Folge haben; denn nichts ist unwahrscheinlicher als daß die päpstliche Regierung sich mit ihren eigenen Kräften allein auch nur vierzehn Tage lang gegen die Volkserbitterung halten könnte. Was wird dann aus dem Princip der Unabhängigkeit, worauf man so großes Gewicht gelegt hat? Hr. de la Rosière verglich die Lage Roms mit der des Föderalbezirks Columbia in den Vereinigten Staaten; wäre die weltliche Papstmacht uf die Stadt Rom beschränkt, so möchte diese Parallele gelten. Aber der Bezirk Columbia hat kaum eine nennenswerthe Bevölkerung, die päpstlichen Staaten aber enthalten zwei Millionen Menschen, für deren Regierung gesorgt werden muß. Die beste Lösung der Schwierigkeit wäre wohl die Vertheilung des jetzigen Kirchenstaats an Toscana und Neapel, wobei die Stadt Rom neutral und unabhängig bliebe, mit einer Municipalverfassung ähnlich der von Hamburg, Frankfurt oder Genf vor der Revolution. Ein solcher Plan wurde, wenn wir uns recht entsinnen, auf dem Wiener Congreß vorgeschlagen, aber durch den Einfluß des Cardinals Consalvi verworfen. Indessen wir gestehen, bei der jetzigen Stimmung der Franzosen über diese Frage ist die Annahme eines solchen Auskunftsmittels wohl sehr unwahrscheinlich. Die Nation welche unter Ludwig XIV kein Bedenken trug das französische Gesandtschaftshôtel in Rom in eine feindliche Festung zu verwandeln, und die einen andern Pius unter Napoleon als Gefangenen nach Fontainebleau schleppte, betrachtet nachgerade die Möglichkeit daß ein Papst Zwang erleide als ein Sacrilegium, und in derselben Zeit wo Frankreich das erbliche Recht seiner eigenen Könige verworfen hat, bekleidet es einen fremden Souverän und einen italienischen Priester mit überwiegender Autorität und unfehlbarer Prärogative. Das Geheimniß dieser scheinbaren Widersprüche liegt in der Einigung und Energie der katholischen Partei in Frankreich in einem Zeitpunkte wo jede andere Partei verzweifelt oder zerstückt mit dem Strome schwimmt. Die katholische Partei allein steht fest. Sie besitzt in den HH. v. Falloux und Montalembert Leiter von großer Beredsamkeit und Thatkraft; sie hat die thätige Unterstützung der Geistlichkeit in ganz Frankreich; sie rühmt sich ihrer bestimmten und unwandelbaren Grundsätze, die sie als den letzten Schutzwall der gesellschaftlichen Ordnung betrachtet, ihrer vom Skepticismus des Zeitalters unzerstörten Doctrinen, und einer Zucht die noch im Stande sey die Täuschungen eines entsittlichten Volkes zu zerstreuen und seinen Lebenswandel zu bessern. Kein Wunder also daß, bei den Befürchtungen und Ungewißheiten der gemäßigten Partei, alle Classen der Majorität sich rasch um diese Phalanx geschaart haben. Die Abstimmung war der Triumph dieser katholischen Partei. Selbst die Sprache des Präsidenten und seiner Minister ist der Majorität zu frei und zu kühn, und die Bedingungen welche Ludwig Bonaparte im Namen des französischen Volkes zu dictiren meinte, sind hinweggeschmolzen in den dunkeln Verheißungen und dürftigen Zugeständnissen des päpstlichen Edicts. Aber diese Restaurationspolitik, wie sie von dem volklichsten Parlament das je in Frankreich saß angenommen wurde, ist kein unbeträchtlicher Schritt zur Restauration selbst, und Heinrich V auf Frankreichs Thron würde die Reaction kaum so weit getrieben haben seine Regierung mit den Priester-Mißbräuchen in Rom zu identificiren. Nach unserm eigenen Urtheil deuten solche Maßregeln auf einen unbegreiflichen Mangel an Besonnenheit; sie werden den Credit der Nationalversammlung bei der großen Volksmasse erschüttern; sie ermuthigen die Hoffnung einer schon allzu anmaßlichen und fanatischen Partei, sowohl in Frankreich als in Italien; und sie drängen die Regierung in eine politische Bahn welche fast unfehlbar zu künftigen Unordnungen führen muß. Die gemäßigte Partei ist in der Versammlung überwiegend, und mit der Regierung noch nicht veruneinigt; aber das Schicksal Frankreichs hängt von der Klugheit ab womit sie ihre Macht gebraucht."

Gestern wurden, nach zweitägiger Verhandlung vor den Londoner Assisen, die des Mords an O'Connor in dem Londoner Stadttheile Bermondsey angeklagten Eheleute Manning beide schuldig gefunden, und sofort zum Tode verurtheilt. Der Zudrang des Publicums zum Gerichtssaal war außerordentlich. Indessen das große psychologische Interesse das die englischen Zeitungen dieser cause célèbre beilegen wollen, können wir kaum darin entdecken; der Ermordete und die Mörder waren gleich rohe, gemein liederliche Naturen.

Frankreich.

Paris, 27 Oct.

Beschluß der Verhandlungen über die römische Frage.

Nach und nach hatten Repräsentanten der verschiedenen Parteien, der Ministerialismus, die rothe und die gemäßigte Demokratie, der Bonapartismus sich vernehmen lassen, jetzt trat der gefeierte Redner der katholischen Partei auf. Es ist bereits berichtet daß Hr. v. Montalembert mit einem verletzenden Schlag auf den Vorredner (V. Hugo) anfing, und die Versammlung mit seinem ersten Wort in Unruhe und Aufregung versetzte: „Ihr Herren, die Rede die ihr angehört habt hat bereits die verdiente Züchtigung erhalten in den Beifallsbezeugungen die ihr geworden sind. Rechts: Sehr gut! Sehr gut! Links: Das ist eine Frechheit! Zur Ordnung! Zur Ordnung! Präsidium: Das ist nicht parlamentarisch, Hr. v. Montalembert. Links: Wir verlangen den Ordnungsruf. Hr. Arnaud: Warum solche Aufreizungen von Seiten eines Christen? Hr. v. Montalembert: Sie haben mit meinem Gewissen als Christen nichts zu schaffen. Links: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Wir lassen ihn nicht fortreden! In diesem Durcheinander ging es einige Zeitlang fort, bis es endlich dem Präsidium gelang die Stille soweit herzustellen daß Hr. v. Montalembert sich erklären konnte: „Weil das Wort Züchtigung euch verletzt, so nehme ich es zurück und setze Belohnung dafür. Ich sage also der Redner hat schon als Belohnung geerntet den Beifall der äußersten Opposition, aber die Majorität der er bisher angehört hat, die gemäßigten Wähler die ihn wie mich ernannt haben um die große Partei und die großen Interessen der Ordnung zu vertreten — diese Wähler haben das Recht ihn zu fragen ob sie ihn, um einen solchen Beifall zu ernten, hiehergesandt haben?" Hr. Thouret und mehrere andere Mitglieder: Das ist eine neue Beleidigung. Hr. Grevy: Der Redner hat einen Theil der Versammlung beschimpft. Hr. Präsident! Sie dürfen dem Redner keine Beleidigungen erlauben. Präsidium: Der verletzende Ausdruck ist ja zurückgenommen. Links: Er ist noch geschärft. Die Linke, indem sie dem Präsidenten Parteilichkeit vorwarf, verlangte abermals heftig den Ordnungsruf, dazu verstand sich nun Hr. Dupin nicht, er forderte ihn jedoch auf sich der Persönlichkeiten gegen Hrn. V. Hugo zu enthalten, der ohnehin in diesem Augenblick abwesend war. Person und Sache, versetzte Hr. v. Montalembert, seyen schwer zu trennen, es sey kaum möglich einem so lebhaften, leidenschaftlichen Vortrag zu folgen ohne manchmal die Person zu treffen, ohne Fragen an sie zu richten denen Hr. V. Hugo nicht berechtigt sey seine Abwesenheit entgegenzuhalten. Die Pflicht eines jeden Redners sey eine Versammlung nicht unter dem Eindruck der oder jener Worte zu lassen, sondern auf diese Worte zu antworten. Vielleicht daß Hr. V. Hugo selbst einmal nach Rom gehe um die Einsamkeit, den Frieden, die Seelenruhe zu suchen. Wenn er sie dann unter dieser verunglimpften, so wegwerfend behandelten Klerikalregierung gefunden, werde er den Himmel segnen daß derselbe den christlichen Mächten den Gedanken eingegeben habe ein einziges Asyl zu erhalten wo man sich in die Stille zurückziehen könne von den Täuschungen, den Stürmen, den Gewaltsamkeiten des politischen Lebens, werde er bereuen diese Rede gehalten zu haben und das werde seine Strafe seyn, werde zumal bereuen diese Beleidigungen die er dem Haupt der Kirche, dem in der Verehrung der Herzen und Seelen lebenden Haupt angethan. Ob das nicht Frankreich verleumden, den Papst verleumden heiße, ihn fähig glauben Hinrichtungen, Aechtungen, Verfolgungen zu gestatten? „Wo sind denn diese Henker? ruft er aus. Haben sie überhaupt existirt, unter Pius IX oder seinem Vorgänger existirt? Nein, seit drei Jahrhunderten hat es nicht einen Papst gegeben der sich solcher Verfolgungen schuldig

gemacht hätte. Der Papst verzeiht immer, und darum wird der Redner bedauern müssen schnöder Weise als eine Aechtung bezeichnet zu haben diese Amnestie die der Papst bewilligt hat, der freilich genöthigt ist diejenigen Personen die er nicht bestrafen will, vom Kirchenstaat entfernt zu halten. Denn als Papst ist er genöthigt mehr zum präventiven als zum repressiven System zu greifen, weil für ihn das Verzeihen eben das Wesen seines Charakters ist. Ihr erhebt euch gegen die Beschränkungen der Amnestie, und ihr, Stützen der Regierung und des Präsidenten der Republik, vergeßt daß eure Worte ein zweischneidiges Schwert sind das ebenso die Regierung verwunden wird, die für andere Schuldige die Amnestie verweigert welche von diesen selben die heute Beifall klatschen, so sehr begehrt war. Oh, glaubt es, ihr dürft auf das Herz Pius IX vertrauen. Ist nicht sein erster Regierungsact die Amnestie gewesen, Leuten gewährt die aus der Hand des Papstes die Communion empfangen haben um sich nachher gegen ihn zu verschwören und den zu verjagen dem sie das Gelübde darbrachten ihn zu lieben ihm zu dienen immerdar? Glaubt ihr daß man sich nicht besinnen dürfe wenn das die Belohnung der ersten Amnestie war? Pius IX hat kennen gelernt was im Unglück das grausamste ist, den Undank. Ich beklage ihn nicht, ich ehre ihn darum, ich beneide ihn. Es ist nicht jedermann gegeben Undankbare zu machen, das ist das Eigenthümliche der Wohlthäter der Menschheit. Ehre denen die Undankbare machen, aber wehe der Undankbarkeit die auf dieser Tribüne einen Piedestal gefunden hat, vor dem ich meine Ehrerbietung gegen den Papst niederwerfe. (Sehr gut! Sehr gut!) Ich protestire auch gegen diese Kriegslist die Schmähungen auf seine Umgebung fallen zu lassen. Entweder ist Pius IX frei und die Unbilden die man seiner Umgebung zufügt fallen direct auf ihn selbst zurück, oder er ist nur das Werkzeug seiner Umgebung und dann ist er nicht der Lobsprüche werth die ihr ihm macht. Dieß alles ist eine alte Kriegslist, eine revolutionäre Schlauheit von altem Datum. Sie schreibt sich von Ludwig XVI her. Er war die Güte selbst, hieß es, aber seine Umgebung war schlecht. Man entzog ihn seiner Umgebung durch das Beil, hernach nahm man ihn selber und warf ihn dem Henker zu unter dem Namen Ludwig Capet." (Eindruck. Stimme auf der äußersten Rechten: Ludwig XVI war des Verraths schuldig.) Der Redner theilt die römische Frage in drei Gesichtspunkte — er will sich nur mit dem letzten beschäftigen, da die Herstellung der weltlichen Souveränetät des Papstes und die Leitung der Expedition durch die Beschlüsse der Versammlung oberherrlich entschieden seyen und nur noch eine Revision der Geschichte erleiden könnten — nämlich mit der Untersuchung welche Freiheiten Rom nach der Rückkehr des Papstes zu bewilligen seyen. Daß man von der politischen Freiheit absehen müsse, setzt er voraus. Ihm ist das Motuproprio vollkommen genügend, denn es enthält vier Hauptgewährschaften: die Reform der Gesetzgebung, die Reform der Gerichte, große Provincial- und Communalfreiheiten, größere als man wagen würde Frankreich, die Stadt Paris selbst, genießen zu lassen, und er glaubt daß man darin Recht hat. (Gelächter.) Dazu die Säcularisation der Verwaltung, nicht in dem Sinn daß die Geistlichen ausgeschlossen, sondern die Laien zugelassen werden. Diese Reform, behauptet er, sey bereits so weit gediehen daß er eine Statistik besitze, wonach man in allen richterlichen, administrativen oder politischen Stellen nur (?) 109 Geistliche, dagegen 5059 Laien zähle. Ob sie nun wollten daß der Papst in Bezug auf die hohen Functionen sich mit Laien umgebe? Aber dann verlange man daß der Papst selbst Laie werde. (Gelächter.) Das wäre wie wenn man von dem Kaiser von Rußland, der eine wesentliche militärische Regierung habe, verlangen würde er solle durch Advocaten regieren. (Neues Gelächter.) Der Kaiser habe einen General der Infanterie zum Finanzminister, und seine Finanzen seyen deßwegen nicht übler daran. Der Redner will die Regierung soll auf Erfüllung der Versprechungen bestehen, aber sie soll sich die Bedingungen klar machen unter welchen die Freiheit in Rom möglich ist. Daß sie es nicht auf der Grundlage des Princips der Volkssouveränetät sey, nimmt er an, wenigstens wenn aus diesem Princip das Recht abgeleitet werden wolle alles zu ändern, denn wenn die Römer sich hätten bescheiden können und nicht hätten das Wahre der Volkssouveränetät mit ihren Mißbräuchen verwechselt, so würden sie die von Pius IX gegebenen Freiheiten noch besitzen. Also keine Freiheit der Tribune, keine Bürgergarde, keine Preßfreiheit. Bei der Preßfreiheit fällt ihm die Antwort eines englischen Gouverneurs auf Malta ein der sich weigerte die Preßfreiheit daselbst einzuführen. „Aber Sie haben ja die Preßfreiheit in England, sind Sie denn kein Freund von ihr?" hatte man zu ihm gesagt. „Allerdings liebe ich die Preßfreiheit in meinem Land," versetzte der Britte, „aber ich liebe sie nicht auf einem Linienschiff." Dieses Bild eines Linienschiffs, meint der Redner, passe auch auf Rom. Soweit ist er mit Hrn. v. Tocqueville einverstanden daß diese Freiheiten für Rom nicht passen. „Wir verlangen nur eines, fährt er fort, oder vielmehr Hr. v. Tocqueville verlangt es — für die Consulta ein entscheidendes Votum in Steuersachen." Hr. v. Montalembert hat nichts dawider, wenn die Regierung diese Forderung stellt, nur soll sie kein Ultimatum daraus machen. Diese Forderung, bemerkt er, habe die Miene nichts zu bedeuten, aber sie sey inhaltsschwer wie die Welt, schließe die ganze parlamentarische Souveränetät in sich. Das Subsidienvotum habe das englische Parlament so mächtig gemacht. Ludwig XVIII habe nicht daran gedacht durch die octroyirte Charte die parlamentarische Souveränetät zu gründen, aber für den spanischen Feldzug habe er Geld gebraucht und von diesem Tag an sey die parlamentarische Souveränetät gegründet gewesen. So würde es in Rom gehen wenn man die Consulta mit dem Steuerbewilligungsrecht bekleiden wollte. So oft sich ein dem Papst feindseliger Geist kundthäte, würde man die Steuern verweigern, würde durch dieses Mittel die Kirchenregierung in die oder jene Bahn hineinzwingen, würde Redner hören gegen die Congregationen donnern in derselben Art wie Hr. P. Leroux unlängst die Jesuiten angegriffen mit der ganzen Begleitung von Schimpfereien und Declamationen. Diese Opposition würde die Katholiken der ganzen Welt in die schwierigste Lage bringen, und wie zu helfen? Die Lage würde peinlicher seyn als wenn der Papst Unterthan einer andern Macht oder selbst der römischen Republik wäre, die so getheilte Souveränetät würde gar keine, der Papst nur noch Oberhaupt dem Namen nach, aber wirklicher Unterthan seyn. (Ein Mitglied: Und die Repräsentativmonarchie?) Nun in der Repräsentativmonarchie sey der König im Grund nichts als ein solches nominelles Haupt, nicht der eigentliche Chef der Politik — diese Ordnung sey 1830 geweiht worden. (Zustimmung rechts.) Einen solchen Zustand dürfe man für Rom nicht zugeben, man hätte sonst den Zweck der Herstellung gänzlich verfehlt — man hätte die Souveränetät getheilt, zerstückelt, zernichtet, ihr das Loos bereitet des Patriarchen von Konstantinopel, d. h. den Verlust ihrer Unabhängigkeit, ihrer Autorität, ihrer Würde in irgendeinem Labyrinth von politischen Factionen und Parteien. Wen sie in Rom hergestellt? Nicht bloß einen Souverän, wie z. B. den Großherzog von Toscana, denn sie hätten keinen Beruf gehabt diesen herzustellen als er entthront worden, auch nicht bloß einen hoch ehrwürdigen Mann — was beides ohne Zweifel Pius IX sey, sondern den Papst, den geistlichen Chef der katholischen Gewissen, den Papst in der Fülle seiner unfehlbaren Autorität hätten sie eingesetzt, den größten Gefahren entrissen. Wenn er die Concessionen machte die man von ihm verlange, fürchtet er, möchte der Papst nicht mehr so ganz jene große und gerechte Popularität bewahren, womit — nicht das heuchlerische Jauchzen, welches das Signal der Untreue und Verschwörung gewesen, sondern der aufrichtige einmüthige Zuruf aller katholischen Nationen ihn umgeben vom ersten Augenblick der Besteigung des apostolischen Stuhls. Wenn man Pius IX die gemachten schmerzlichen Erfahrungen so wenig benützen sähe, wenn er sich von neuem in dieselben Gefahren begeben wollte, so könnte das kindliche Vertrauen zu ihm wenn auch nicht erschüttert, doch beängstigt werden. (Bewegung.) Man empfehle ihm so oft der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, ob die der Katholiken nicht auch für etwas zu halten sey? Uebrigens gebe es zwei Classen Menschen welche die Repräsentativregierung verlangten — die einen seyen diejenigen welche sie in Frankreich umgestürzt, die sich Republicaner vom Tag zuvor nennten. Ob sie wüßten warum sie das thun? Die Erklärung stehe in einer Stelle des National vom 12 Sept. 1849, also von einem Datum mit dem Motuproprio: „Was auch Pius IX thun mag, das römische Volk wird die neuen Freiheiten die ihm gegeben werden, nicht aufrichtig annehmen, es wird sich ihrer nur bedienen um den Fürsten der geglaubt hat sie ihm bewilligen zu können, zu stürzen und sich seiner Autorität zu entledigen." (Ah! ah! langanhaltende Heiterkeit rechts. Ein Mitglied: da hat man das Motuproprio des National.) Nun, der Papst und seine Räthe müßten sehr blind seyn wenn sie durch diese so offenen Geständnisse nicht aufgeklärt würden. Da sey eine andere zahlreiche Classe, die habe die Repräsentativverfassung in Frankreich nicht umgestürzt, vielmehr sie geliebt, ihr gedient, an sie geglaubt, ja, wenn sie wollten, er glaube noch daran (schallendes Gelächter. Mehrere Stimmen: Sehr gut! Sehr gut! Murren links)... in der Theorie, und in Betracht der menschlichen Unvollkommenheit sey es wohl die beste Staatsform. (Murren.) Sie möchten erlauben sie hätten ihn eine von der Theorie ganz verschiedene Praxis gelehrt, und nachdem er diese Regierung, geleitet in der Gewalt und in der Opposition von so hochgestellten Männern wie er vor sich habe, den HH. O. Barrot, Thiers, Dufaure, Molé und so vielen andern, nachdem er diese mächtige constitutionelle Regierung mit allen möglichen Bedingungen des Erfolgs und der Dauer durch Ueberrumpelung gestürzt, an einem Tag enden sehen (lebhafter Widerspruch links. Rechts: Sehr gut! Sehr gut! Das ist sehr wahr! Aufregung) .... sie wollten er solle nicht Ueberrumpelung, sondern Revolution sagen — nun da sey er doch genöthigt hier nicht mehr das höchste Heilmittel in Dingen der Politik zu suchen, und könnte es begreifen wenn der Papst oder jeder andere Souverän denen sie 1846 oder 1847 die Reprä-

sentativregierung angerathen, ihnen zur Antwort geben würde: Ehe ihr sie andern anrathet, hättet ihr Acht haben sollen sie euch selbst zu erhalten. (Beifälliges Lachen rechts. Stimme links: Und die absolute Monarchie, habt ihr sie erhalten können?) Nein, an diese habe er nie geglaubt, sie nie vertheidigt. Einen weitern Einwurf gegen die constitutionelle Regierung in Italien schöpft der Redner aus der neuesten Geschichte Piemonts, wo das Parlament die Aufkündigung des Waffenstillstandes und die Katastrophe von Novara beschleunigt, sich durch Vexationen gegen Bischöfe und Kirche hervorgethan, aber über die Ermordung Rossi's geschwiegen, wo es die Feinde der italienischen Freiheit beinahe an der Möglichkeit der constitutionellen Regierung in jenem Land habe zweifeln lassen, jedenfalls kein zur Nachahmung aufmunterndes Beispiel für Pius IX gegeben. Er kommt auf den Vorwurf der Abtrünnigkeit der liberalen Partei: er fragt ob nicht seit einigen Jahren in der Welt Dinge geschehen daß Männer von Herz und Gewissen, welche die Freiheit lieben, sie verehren, an sie glauben, schwer noch in gleichem Maß an den fortschreitenden Gang der Menschheit, an die unendliche Vervollkommnung der Civilisation und ihrer Institutionen glauben könnten wie vor zwei oder drei Jahren? (Bewegung in verschiedenem Sinn.) Ob nicht in Frankreich, in Europa, allenthalben die Gewissen, die Herzen, die kühnsten Intelligenzen erschüttert worden? Ob nicht in vielen Intelligenzen und Gewissen ein blutiges Licht aufgegangen? (Beifall rechts.) Wenn sie ihrem Urtheil mißtrauten, sollten sie in der Tiefe der Nationen forschen, an irgendeinen bescheidenen Herd dunkler aber edler und verständiger Patrioten treten, Menschen die den Geschäften, dem Geräusch und den Verdrießlichkeiten des politischen Lebens fremd geblieben, sie sollten an die Thüre ihres Herzens klopfen und sie fragen ob sie den Fortschritt der Freiheit noch mit derselben Liebe, demselben Glauben, demselben Vertrauen umfassen wie sonst. (Langer und lebhafter Beifall rechts. Murren links.) Das sey eine traurige Wahrheit, man könne sie nicht läugnen, die Erscheinung sey allgemein und er wolle den Grund angeben. Weil der Name und die Fahne der Freiheit mißbraucht worden von unreinen unverbesserlichen Demagogen die sich ihrer bedient haben um dem Verbrechen zum Triumph zu verhelfen. (Heftiger Ausbruch links. Beifall rechts. Eine Stimme: Es sind Jesuiten die sie befleckt haben.) Ueberall, am Fuß des Capitols wie an der Barrière von Fontainebleau, in den Vorstädten von Frankfurt wie auf der Brücke von Pesth, überall sey der demokratische Dolch unwürdig verbunden gewesen mit der Fahne der Freiheit. (Lebhafter Widerspruch links. Beifall rechts. Präsidium: Laßt doch die Freiheit gegen den Meuchelmord zu sprechen. Hr. V. Lefranc: Hat man von den Gräueln in Ungarn gesprochen? Hr. Charras: Und den monarchischen Galgen?) Ja, sie dürften ihm glauben er habe nicht zweierlei Maß und Gewicht, er habe einst die Metzeleien Galiziens gebrandmarkt, und wenn sich's mit der Hinrichtung Batthyany's und anderer so verhalte wie die Zeitungen berichten, so mißbillige er sie höchlich, beklage, verabscheue sie, und setze nur hinzu daß es Repressalien seyen für die Ermordung des Grafen Zichy, des Generals Latour. (Ironische Ausrufe links. Stimme: Das ist christliche Liebe.) Diese Flamme der Freiheit, die unauslöschlich seit bald einem Jahrhundert unter dreifachem Druck in Polen brenne, ob sie wüßten wer sie auslösche? Niemand als diese Demagogen, Anarchisten, Menschen die der menschlichen Natur selbst, den Fundamentalbedingungen der Gesellschaft, den ewigen Grundlagen der Wahrheit, des Rechts und der socialen Gerechtigkeit einen gottlosen Krieg erklärten. Während die Könige der Reihe nach gekommen und ihre Kronen gewissermaßen der Freiheit zu Füßen gelegt, um eine neue Salbung, eine neue Belehnung bittend, während der Papst selbst, das lebendige Symbol der Autorität, die erhabenste und älteste Incarnation der Gewalt, geglaubt der Freiheit, der Demokratie, dem modernen Fortschritt einen Strahl mehr für seine Tiare abzuverlangen, was geschehen? Die Demagogen hätten alles aufgehalten, umgestürzt, die ganze wunderbare Strömung abgewendet, einige Könige abgesetzt, aber noch gewisser die Freiheit entthront. Die Könige seyen wieder auf ihre Thronen gestiegen, die Freiheit sey auf den ihrigen nicht gestiegen. Wohl hätten sie den Namen auf alle Mauern und Wände (der Redner zeigt auf den Plafond des Saals) geschrieben, aber in den Herzen den schönen, den stolzen Namen ausgewischt (heftiges Murren links), noch sey sie nicht todt, aber erloschen, unmächtig, erstickt zwischen dem was man sich erkecke die Souveränetät des Zwecks (Barbès vor dem Staatsgerichtshof in Bourges) zu nennen, was aber nur die Souveränetät des Uebels sey, und zwischen dieser gezwungenen Umkehr zur Uebertreibung der Autorität aus einem Bedürfniß für die menschliche Natur, für die Gesellschaft und das durch die Excesse erschreckte menschliche Herz. (Lang anhaltender Beifall auf den Bänken der Majorität.) Nicht das unschuldig vergossene Blut das gen Himmel schreie, sey das schwerste was sie verschuldet, sie hätten die Welt um den Zauber der Freiheit gebracht, und das sey noch das größte Verbrechen. (Wieder lang anhaltender Beifall.) Nein, die Versammlung werde keinen äußersten Weg einschlagen, sie werde gegen den Papst keinen Zwang üben, weil das Papstthum stark sey durch seine Schwäche. Eine Frau, so schwach sie seyn möge, sey doch mächtig vor der Drohung eines Mannes, sie sage zu ihm: Schlage, aber du entehrst dich. So übe die Kirche ihre Macht in der Welt. Sie sey keine Frau, nein sie sey mehr als eine Frau, sie sey eine Mutter (dreifaches Bravo von der Majorität), die Mutter Europa's, die Mutter des Fortschritts. Jeder Streit mit ihr werde früher oder später das Unglück dessen der ihn unternehme. Man solle sich denken wenn Pius IX an Europa, an die Geschichte, an die Nachwelt, an Gott appelliren müßte gegen Gewaltthätigkeiten Frankreichs, des Frankreichs das ihn gerettet! Sie würden sich umsonst anstrengen diese Schwäche zu besiegen und doch zum Ziel zu kommen, die Kirche sey eine Burg die man wohl angreifen, aber nicht einnehmen könne. Sie habe einen alten Text, aus einem alten Buch genommen, der Apostelgeschichte: Non possumus — mit diesem Wort würde sie die Zudringlichen bis ans Ende der Zeiten führen. Die Ideen seyen wandelbar, aber die Glaubenslehren herrschen seit 18 Jahrhunderten und über 200 Millionen Gewissen. Die Geschichte, so schloß er, wird über all diesen Streit, diese Ausflüchte und Widersprüche einen Schleier werfen, oder vielmehr sie wird nur die Größe des Unternehmens durch die Zahl und Natur der überwundenen Schwierigkeiten bezeichnen. Aber die Geschichte wird sagen daß tausend Jahre nach Karl dem Großen und fünfzig Jahre nach Napoleon, nachdem Karl der Große unsterblichen Ruhm errungen hat durch Herstellung der päpstlichen Gewalt und Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht gescheitert ist im Versuch das unsterbliche Werk seines Vorgängers zu vernichten, daß Frankreich treu seiner Tradition, taub gegen gehässige Aufreizungen geblieben ist. Sie wird sagen daß 30,000 Franzosen unter Anführung des würdigen Sohnes eines der Riesen unserer glorreichen kaiserlichen Heere die vaterländischen Gestade verlassen haben um zu Rom in der Person des Papstes das Recht, die Billigkeit, das europäische und französische Interesse wieder einzusetzen. Wißt ihr was den Ruhm der französischen Fahne auf immer verdunkeln würde? Diese Fahne dem Kreuz, der Tiare entgegenstellen die sie befreit hat, die französischen Soldaten aus Beschützern des Papstes in seine Unterdrücker verwandeln. Dieß hieße die Rolle, den Ruhm Karls des Großen gegen einen jämmerlichen Nachdruck Garibaldi's vertauschen." Unter einem Donnersturm von Beifall trat der Redner von der Tribüne. Diese Art der Zustimmung konnte man schon als ein Votum betrachten an welchem voraussichtlich eine Verlängerung der Debatte nichts ändern konnte. Doch ließ sich Hr. Em. Arago (der gewesene Gesandte in Berlin) die undankbare Aufgabe nicht verdrießen noch einmal die Oppositionsseite zu vertreten. Vorher war die Episode zwischen dem erstern und Hrn. V. Hugo, über welche nachträglich zu erwähnen ist daß der Dichter-Redner seinem Gegner vorwarf derselbe habe früher von seinem schönen Talent einen bessern Gebrauch gemacht, habe Polen vertheidigt wie V. Hugo jetzt Italien vertheidige. „Der Grund ist einfach, setzte er hinzu, er ist zu den Unterdrückern übergegangen, ich bleibe auf der Seite der Unterdrückten." (Beifallzeichen der Opposition.) Hrn. Arago's Rede erregte nur geringe Aufmerksamkeit. Er wiederholte den Vorwurf daß die Minister anders gehandelt als sie geredet, ihre Plane verläugnet, die Principien des französischen Staatsrechts mißkannt, dem römischen Volk ein hartes, verabscheutes Joch auferlegt, kurz einen Sieg erfochten hätten den ihnen niemand danke, nicht einmal der Papst! Wenn sie auf diesem Weg auf welchem sie durch fanatische Katholiken verleitet seyen, nun beharren, nicht, nachdem sie die Fremden vertrieben, dem römischen Volk die Freiheit zurückgeben würden selbst seine Regierung zu bestellen, so werde die Welt nimmer glauben daß sie nicht ihr ganzes früheres liberales Leben vergessen hätten. Der Ministerpräsident Hr. O. Barrot schloß mit der bereits im wesentlichen angeführten Regierungserklärung die dreitägige leidenschaftliche Verhandlung, und es ist nur zu berichtigen daß der Präsidentenbrief dessen Verlesung die Opposition verlangte, nicht das Schreiben an den Obersten Ney war, sondern ein neuestes an Hrn. O. Barrot selbst, worin sich Hr. L. Bonaparte über die Politik der Majorität mit unverhohlenem Mißfallen geäußert haben soll.

Der so oft als nahe bevorstehend angekündigte, dann wieder verschoben und widersprochene Rücktritt des Hrn. v. Falloux ist endlich heute morgen, wo derselbe sich zu dem Präsidenten der Republik begab um sein Portefeuille niederzulegen, wirklich erfolgt, und dürfte leicht wichtigere Folgen nach sich ziehen, da die Partei des Staatsrathsvereins schon gestern in Berathung getreten ist: ob die Majorität nicht verlangen solle eine stärkere Vertretung im Cabinet zu erhalten, das bei dieser Gelegenheit abwechselnd angegriffen und vertheidigt wurde. Man kam noch zu keinem Entschluß, die Person des Hrn. Molé erschien wieder als eine ministerielle Eventualität. Hr. Ludwig Bonaparte soll sich unbäßlich befinden, aber in der Nationalversammlung kann man sich der Frage der Vertheilung der Portefeuilles um so ungestörter widmen als die Verhandlungen im Augenblick so ziemlich interesselos sind — gestern ein breites über Steinkohlentransport, wobei einige Mitglieder nicht übel

Lust hatten der Verwaltung die Form ihrer Lieferungsaccorde vorzuschreiben, heute Vortrag von Berichterstattungen über Petitionen. Auf der Börse hatte die aus St. Petersburg vom 18 Oct. eingelaufene telegraphische Depesche des Generals Lamoricière günstig gewirkt. — Der Staatsgerichtshof in Versailles hat die Zeugenverhöre, die sich fortwährend um lauter Details drehen um den Antheil jedes Angeklagten an den Straßenbewegungen am 13 Jun. zu ermitteln, gestern unterbrochen um den Gérant eines demokratischen Blattes, la Tribune des Peuples, Hrn. Hermant, wegen eines für die Zeugen beleidigenden Berichts (über die neunte Sitzung) vor die Schranken zu laden. Sein Vertheidiger erhob zwar die Einrede der Incompetenz, aber sie wurde verworfen und der Vorgeforderte zu einem Monat Gefängniß und einer Geldbuße von 1000 Fr. verurtheilt.

= **Paris**, 26 Oct. Das Cabinet erfreut sich in der Nationalversammlung einer Majorität, mit der sich der Präsident der Republik nicht zu befreunden vermag. Ludwig Bonaparte befindet sich in einem ganz isolirten Zustande, der zuweilen ganz drückend auf seine Gemüthsstimmung wirkt. Einer seiner innigen Jugendfreunde äußerte neulich in einem wohlbesuchten diplomatischen Kreise daß der Präsident des „Regierens" satt sey, und den jetzigen constitutionellen Zwitterzustand Frankreichs als einen unglücklichen für seine Person wie für das Land betrachte. Es ist dieses allerdings ein bedeutungsvoller Ausspruch, und namentlich deßhalb weil er den Herzensergießungen der orleanistischen „Assemblée nationale" gleichkömmt. Unter den einzelnen Mitgliedern der Bonaparte'schen Familie herrscht noch immer kein Einverständniß. Das jüngere Geschlecht derselben ist fast durchweg von einer Prätendentenwuth beseelt, die vielleicht in spätern Zeiten noch zu manchen tollen politischen Verirrungen führen dürfte. Ueber den türkisch-russischen Zwiespalt waren heute günstige Gerüchte im Umlauf. Dieselben sind indessen bloß als ein Ausfluß von Börsennachrichten zu betrachten. Soweit die amtlichen Andeutungen reichen, ist bis jetzt von keiner Nachgiebigkeit Rußlands die Rede. England schürt gewaltig an der rathlosen Pforte und zeigt dem stolz drohenden Czar die Zähne mit der Zuversicht eines auf seine Seemacht und sein Geld vertrauenden Staates. Hr. v. Tocqueville nähert sich mehr den Ansichten Palmerstons als jenen des Grafen Nesselrode. Lamoricière ist sehr schweigsam geworden. Er traut vielleicht dem Papier nicht und bringt mündliche Berichte. Man stellt dessen Hieherkunft in nahe Aussicht.

= **Paris**, 27 Oct. Die Angelegenheit der ungerischen Flüchtlinge auf türkischem Gebiet wird sich ganz nach den Anforderungen Englands, denen sich Frankreich mit vieler diplomatischer Vorsicht angeschlossen, ebnen. Selbst Oesterreich hat in seinen letzten Noten an das russische Cabinet den Wunsch ausgesprochen „nachzugeben." Nach einer gestern dahier eingetroffenen telegraphischen Depesche des Generals Lamoricière hat der Graf Nesselrode dem Gesandten der Pforte in Petersburg die Mittheilung gemacht daß der Kaiser, das Schreiben des Sultans in Betracht ziehend, sich auf das Begehren beschränke daß die Flüchtlinge vom türkischen Gebiet vertrieben (chassés) werden. Fuad Effendi betrachtet die Angelegenheit als beigelegt. Wir selbst sind dieser Ansicht, denn wir haben die Ueberzeugung daß Rußland auf die Worte des mächtigen Albion mehr hört als auf die irgendeiner andern Macht. Hr. v. Falloux begibt sich nach Nizza. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Der kranke Minister hat schon einigemal den Entschluß der Abdankung geändert.

* **Marseille**, 24 Oct. Das englische Dampfschiff der „Merlin" ist gestern mit dem indischen Brieffelleisen hier angelangt. In Folge der ungünstigen Winde war das Dampfschiff von Bombay noch nicht in Aden angekommen als dasjenige von Calcutta daselbst vorbeifuhr. Die Briefe von China gehen bis zum 31 Aug. Ein Journal vom 22 von Hong-Kong zeigt an daß der Gouverneur von Macao, Do Amaral, durch Chinesen ermordet worden ist, und daß man auf die verlangte Genugthuung bis jetzt von der chinesischen Regierung keine Antwort erhalten habe. Die Portugiesen haben eine Befestigung nahe an dem Stadtthor angegriffen und mit Sturm weggenommen, wobei 74 Chinesen getödtet und 40 Kanonen vernagelt wurden. Die Bevollmächtigten der englischen, französischen, amerikanischen und spanischen Regierung haben bei dem Vicekönig ernstliche Vorstellungen gemacht, und um denselben Nachdruck zu verleihen hat sich das englische Geschwader nach Wampoa begeben. Bevor es in diesen Gewässern angelangt war, hatte sich ihm die französische Corvette „La Bayonnaise" und das amerikanische Linienschiff „Plymouth" angeschlossen. Briefe von Malta vom 20 d. sagen daß die englische Flotte des mittelländischen Meers unter den Befehlen des Admirals William Parker am 17 d. noch vor Athen war, und daß bis dahin noch nichts über deren demnächste Abfahrt nach den Dardanellen verlautet hat. Briefe von Constantine vom 14 d. geben Nachricht von der Expedition gegen die Insurgenten des Ziban, die bis zum 12 d. gehen. Vor dem Ort Zaatscha mußte man Belagerungsarbeiten unternehmen, deren Stellung aber der öfteren Angriffe der Inländer wegen verändert werden mußte. Man hoffte jedoch am 13 d. Meister der Stadt zu seyn. Tunis weist alle Schiffe welche aus Gegenden kommen wo die Cholera herrscht, zurück; so wurde das neapolitanische Schiff „Santa Maria", auf welchem sich 66 Passagier befanden, genöthigt unverrichteter Dinge den Rückweg einzuschlagen.

Italien.

Die Mailänder Ztg. vom 27 Oct. enthält eine Proclamation des Feldmarschalls Grafen v. Radetzky, wodurch er den Einwohnern des lombardisch-venezianischen Königreichs seine Ernennung zum Civil- und Militär-Statthalter desselben verkündigt, und sie zur Ruhe und zum Gehorsam gegen die Gesetze ermahnt.

Türkei.

* Ein Schreiben aus **Belgrad** vom 21 Oct. bringt nichts neueres über die Flüchtlinge in Widdin. Ein englischer Courier war durch Belgrad nach Konstantinopel geeilt. Er versicherte daß das englische Cabinet fortwährend entschlossen sey der Türkei jede Unterstützung zu gewähren welche die Aufrechthaltung ihrer Würde fordere. Andererseits hieß es dort auch Oesterreich wolle nicht nachgeben. Von dem bereits eingeleiteten Compromiß, den die Berichte aus Wien und Petersburg, wie die aus Paris und London durchblicken lassen, war also dort noch nichts bekannt.

* Dagegen erhalten wir eben noch ein Schreiben aus **Galacz** vom 16 Oct., worin versichert wird Fuads Mission nach St. Petersburg werde scheitern, da Rußland nicht nur auf der Auslieferung der Flüchtlinge bestehe, sondern auch von der Pforte verlange daß sie auf die Suzeränetät über Moldau, die Walachei und Serbien verzichte, und sich auf ein Schutzrecht beschränke, wie Rußland. Diesen Forderungen seyen einige andere, noch weiter greifende beigefügt: Occupation Serbiens durch russische Truppen, Ausdehnung der griechischen Gränzen rc. Der Brief kommt aus sonst wohlunterrichteter Quelle; dießmal aber scheint sie dieß nicht zu seyn, denn jene Forderungen wären so maßlos daß sich damit — um von anderm zu schweigen — die durchaus versöhnende Sprache des gestern mitgetheilten St. Petersburger Artikels (vom 18 Oct.) gar nicht reimen ließe.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 27 Oct. Consols $92^{5}/_{8}$.

Paris, 27 Oct. 3proc. 56.90; 5proc. 88.30; Bankactien 2335; belg. Anlehen von 1842 $97^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $89^{1}/_{2}$; neap. 5proc. 88; röm. 81; span. act. $21^{1}/_{8}$; pass. $3^{5}/_{8}$; 3proc. $34^{1}/_{8}$; innere Schuld 27; piem. 5proc. 83.40; Oblig. v. 1834 992 50, v. 1849 890; Vers. R.-B. rechte 217.50; linke 170; Paris Orleans 725; Rouen 525; Straßburg 353.75; Nordbahn 432.50; Rouen-Havre 232 50; Mars.-Avignon 218.75; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 401.25; Tours-Nantes 282.50; Antw.-Gent 250.

Amsterdam, 27 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $52^{13}/_{16}$; 3proc. $62^{1}/_{2}$; 4proc. 82; Synd. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{7}/_{8}$; Metall. 5proc. 83; Ard. $10^{5}/_{16}$.

Augsburg, 30 Oct. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 P. 4proc. $92^{1}/_{2}$ P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P. $100^{1}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 646 P. Promessen 63 P. Oesterr. 5proc. Metall. 90 P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. 84 P. $4^{1}/_{2}$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 29 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. $87^{1}/_{8}$; Bankactien 1330; preuß. Staatsschuldsch. $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 P.; Ludwigsh.-Berbach 86; württ. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{5}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $97^{7}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $78^{1}/_{2}$; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. 84; Frankf. 3proc. 80; $3^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{4}$, $89^{3}/_{4}$; Disc. $1^{1}/_{2}$ P.

♀ **Wien**, 28 Oct. An der heutigen Sonntagsbörse waren Curse mit Ausnahme der $4^{1}/_{2}$proc. Metalliques des neuen Anlehens etwas matter und schlossen bei geringem Umsatz: 5proc. Metall. $84^{7}/_{8}$–$^{15}/_{16}$. Neues Anlehen lebhafter gefragt und bis $84^{5}/_{8}$–$^{11}/_{16}$ bezahlt. Nordbahnactien $108^{7}/_{8}$–109. In andern Effecten kein Verkehr.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Erörterungen über deutsche Politik.

XII.

● Nichts verräth so sehr wie die öftern Wandlungen des Standpunkts in den deutschen Verfassungsfragen daß der feste Boden für eine nationale Politik erst gefunden werden muß. Wäre der Streit nur über die Wahl der Mittel und Wege, aber er wird über das Ziel selbst geführt, und die Regierungen und Kammern sind keine viel bessern Taktiker als die Parteien. Welch ein neckisches Herüber- und Hinüberspringen — gestern eine überschwengliche Weltweisheit die sich des Gefühls für das Vaterland schämt weil ihr ein europäischer Vernunftstaat vorschwebt, heute eine praktische Staatskunst die ihren Flug so bescheiden senkt daß ihr schon die Idee des einigen Deutschlands als Ueberspanntheit erscheint. Von einem Selbstvertrauen das sich unterstand zwei Großmächte einer parlamentarischen Gesetzgebung zu unterwerfen die allein auf der Kraft der öffentlichen Meinung beruhte, ist man zu einem Particularismus herabgestiegen in welchem die Souveränetät von Hessen-Homburg und Liechtenstein wieder eine Stimme hat, oder wenigstens dergleichen thut. Das ist ein diplomatisches Rennen zwischen Wien und Berlin mit Abstechern nach München und Frankfurt, ein Vereinbaren in Noten und Conferenzen, Vorschlägen und Gegenvorschlägen, Einreden, Ausflüchten, Hinhaltungen mit Fristgesuchen, Offenlassen des Protokolls, Zusagen und nachhinkenden Vorbehalten und Deuteleien, und das alles mit welcher Wirkung? Daß man ein volksthümliches Princip um das andere fallen läßt, und doch zuletzt nichts Ganzes, nichts als ein neues Provisorium zu Stande bringt, daß man die Schwankungen, Spaltungen, Intriguensucht der Parteien, um derenwillen die Nationalversammlung so harte Urtheile über sich ergehen lassen mußte, aus der plebejischen Sprache des Rednerstuhls und der Clubs in den Curialstyl übersetzt, daß die Zwietracht der Dynastien vor dem Publicum und nicht länger hinter dem Vorhang der Paulskirche spielt. So kurz die Reichsherrlichkeit war, Eins hat denn doch die Nation aus ihrer feierlichen **Erklärung der Rechte** als guten Brauch in dieses abermalige Interregnum herübergerettet — eine anständigere Behandlung von Seiten ihrer Vormünder als sie langeher gewohnt war. Es sind nicht mehr die ministeriellen Offenbarungen im Ton von Decreten der Vorsehung in welchen sie zu vernehmen hat was über sie verhängt ist, sie wird nicht mehr von der Acteneinsicht ausgeschlossen, es wird an ihr Urtheil, Beifall oder Mißfallen, appellirt. Wollte man ihr mit diesen Vorlagen nur nach Umständen eine Freundlichkeit erzeigen ohne Verbindlichkeit für künftig (und bei manchen Staatsmännern mag es nicht anders gemeint seyn), so hat sie einstweilen den Vortheil: sie weiß woran dieß und jenes hängt, auf welcher Seite Gründe sind und welche, wo Ernst und wo Chicane ist.

Bei den ehemaligen Congreßverhandlungen genoß Deutschland die Wohlthat der Oeffentlichkeit nur in sehr beschränktem Maße: es erfuhr wohl die Ergebnisse für die staatliche Ordnung, die Beschlüsse sofern sie der Nachachtung wegen zur Mittheilung gehörten, aber selten wie sie erzeugt und zur Welt geboren wurden, manche viel später, zufällig, ohne authentische Form, unvollständig, ohne ihre geheime Geschichte, in die bloß den wenigen Eingeweihten der Blick vergönnt war. Konnte es ein kränkenderes Gefühl geben als wenn das Volk so oft die deutschen Sachen mit den allgemeinen europäischen zusammengeworfen und in fremden Händen sah, wenn die Regierungen keine Verpflichtung anerkannten es über ihre Politik auf dem Laufenden zu erhalten, wenn sie es nöthigten diese Kenntniß aus der je und je fließenden Quelle des verletzten Amtsgeheimnisses, aus der Hinterlassenschaft eines verabschiedeten Diplomaten oder aus auswärtigen Zeitungen zu schöpfen? Wer hat vergessen wie der Bundestag immer lichtscheuer wurde, bis er sich am Ende in ein völliges Dunkel zurückzog, aus dem er nur zuweilen die Bannstrahlen seiner unverantwortlichen Polizeimacht wetterleuchten ließ? Wer hat es nicht bitter empfunden dieses Isolirungssystem, das keine gesunde öffentliche Meinung aufkommen ließ, das von allen Volkseinflüssen frei und den Hofeinflüssen aller Welt dienstbar, halb Autokratie, halb Oligarchie, einen Kriegszustand hervorrief zwischen den officiellen Gewalten und dem Geist einer neuen Gesellschaft für den sie kein Verständniß, keine Pflege hatten, den sie mit aller Anstrengung nicht besiegten, sondern durch Hindernisse und Verfolgung nur immer revolutionärer, verzweifelter, majestätsverbrecherischer machten, und der wie er selber zum Carbonarismus werden konnte, sie wiederum einer fortwährenden freiheitsmörderischen Verschwörung anklagen durfte? Dieses feindliche Verhältniß dessen was Autorität und Gesetz war zu dem was das Bewußtseyn der Berechtigung, aber auch des Unvermögens in sich trug sich Geltung zu verschaffen, daher das Herumtreiben in Negationen, das Mangelhafte, Unreife eigener Erfahrung die von fremdem Beispiel, aus dem unaufhaltsamen Ideenstrom der Presse und Tribüne des liberalen Westens mehr Reiz als Nahrung zog — dieß alles ist mit in Betracht zu nehmen wenn man nach den Ursachen fragt warum das deutsche Volk sich die Früchte seiner Märzerhebung so kläglich selbst verdorben hat. Ja selbst verdorben, denn wozu hintennach über Verräther, verkaufte und bestochene Söldner schreien die planmäßig irregeleitet haben, und nicht vielmehr gestehen daß Eitelkeit und Sorglosigkeit die gefährlichsten Verführer waren, nicht zugeben daß, wo die andern Bedingungen fehlten, aller wissenschaftliche und gelehrte Reichthum zu arm war die staatsmännischen und parlamentarischen Kräfte zu wecken welche aufs innigste zusammenwirken mußten wenn das unendlich schwierige Werk der Wiedergeburt einer großen aber in sich zerfallenen Nation vollbracht, die widerstrebenden Elemente versöhnt, die historisch gewordenen Befangenheiten gelöst, wenn die Schande von diesem Land genommen werden sollte daß im Katechismus der Diplomaten die Unmacht der deutschen Nation noch immer ein Hauptglaubensartikel ist?

Es sind nun allerdings, seitdem das Heft den müden Händen der Nationalversammlung entfallen ist, schöne Hoffnungen begraben, glänzende Täuschungen zerstört worden. Anarchie, Aufruhr und Bürgerkrieg haben mit blutigem Griffel in die deutsche Geschichte geschrieben, und der Nachrichter hat das Blatt nicht leserlicher gemacht. Wir haben den ehrwürdigen Namen des Reichs — sammt Reichsverweser und Reichsministerium — zum Spottbild verzerrt, die Centralgewalt auf Frankfurt zusammengeschrumpft und dort nicht einmal unbestritten gesehen. Wir haben das Reich noch auf der deutschen Flotte gefunden, wir haben nichts von Anlagen zu Werften, Häfen und Arsenalen, aber die Sage von einer Art Argonautenfahrt nach einem belgischen oder österreichischen Kolchis gehört. Wir haben uns über die einfältige, abenteuerliche Figur schämen müssen die man Deutschland vor Europa machen ließ. Doch wäre es ungerecht zu verkennen was gegen früher besser geworden ist, es wäre ungeschickt das Bessere gering anzuschlagen und den Gewinn zu verschmähen der sich daraus ziehen läßt, unbillig und thöricht den Führern zum Vorwurf zu machen daß man auf der neuen Bahn straucheln kann. Der Fortschritt ist nicht bloß in den volksthümlicheren Geschäftsformen der Regierungen für die deutschen Angelegenheiten, er ist noch wirklicher und gesicherter in der großen Thatsache der **ausnahmslosen** Einführung des constitutionellen Staatsrechts in den einzelnen Ländern. Wenn sich die Ereignisse von 1848 in Deutschland in keiner Weise zur Bedeutsamkeit einer Revolution steigerten, so wäre es wegen dieses Siegs in dem alten Principienkampf. So lange die beiden Großmächte dem Absolutismus huldigten, behauptete ihre Politik im Namen des monarchischen Princips ein Uebergewicht das alle deutschen Verfassungen, wie auch ihr Werth beschaffen seyn mochte, mehr oder weniger zu einem Schein herabdrückte, sie in ihrer natürlichen Entwicklung hemmte, ihnen durch Preßzwang, durch Verweigerung des Vereinsrechts und des Volksgerichts den Lebensodem entzog, und so lange war auch keine Möglichkeit zu einem gleichartigen Staatenwesen zu gelangen, welches wiederum die Bedingung einer höhern Nationalgemeinschaft war. Nun der innere Gegensatz überwunden ist, hat auch der Particularismus seine Stütze verloren. Noch will sich ein grillenhafter Sonderungstrieb als Charakter gebärden, aber der Staatszweck ist überall derselbe, und diese Erkenntniß hat mit einemmal die künstliche Scheidewand zwischen den Brudervölkern niedergerissen. Wenn wir noch mühsam ringen für eine Gesammtverfassung die Form zu finden, so ist doch damit eine der Hauptschwierigkeiten schon gehoben. Nicht minder ist den deutschen Völkern, da sie sich jetzt allgemein parlamentarischer Einrichtungen erfreuen, in ihren Kammern ein Einfluß gewahrt der, ob auch nur mittelbar, wirksam genug ist daß, wenn auch die Nation als solche augenblicklich nicht vertreten wäre, keine Reichsverfassung ihrer Zustimmung entbehren könnte.

Sind deßwegen Besorgnisse wie sie hin und wieder laut werden, sind Verwahrungen gegen Usurpationen und Gewaltstreiche in den deutschen Verfassungsangelegenheiten durchaus unzeitig und gegenstandlos? Keineswegs. Es gibt Parteien, Männer der alten Schule die, unangesehen daß der störende Einfluß überspannter Richtungen politisch und moralisch vernichtet ist, gerne die Erfolglosigkeit des Frankfurter Parlaments zum Vorwand nehmen möchten um die Kleinsouveränetäten unter die Fittige des vormärzlichen Staatenbundes zu flüchten, ja die überzeugt sind daß man zu diesem zurückkommen **muß**, und ebenso gibt es einen Scharfsinn des Argwohns dem, im Angesicht der feierlichsten Verheißungen, der angekündigten Ausschreibung des Reichstags, nichts so wahrscheinlich ist als daß der Bundesstaat, jetzt wo er der Verwirklichung näher zu rücken scheint

als je, bereits aufgegeben sey, daß der Verwaltungsrath in Berlin nur darum seine regelmäßigen Berichterstattungen ans Publicum anfange weil er auf dem Punkt stehe von der Bühne zu verschwinden und ein gutes Andenken hinterlassen wolle. Der Zweifel kann aus einer gerechten Sorge für das Vaterland entspringen, heißt es aber nicht den feindseligen Umtrieben in die Hände arbeiten wenn man sich darin gefällt den Glauben an die Erfüllung der theuersten Hoffnungen zu vernichten, uneingedenk daß man zugleich den Drang, den Muth zum Fortschritt zerstört? Weiß man nicht daß eine Politik die etwas für Deutschland thun will, die Berufung an die Nation nicht zu scheuen braucht, daß der Beistand dessen sie gegen die Sonderbündlerei benöthigt ist, ihr diese Berufung zum Bedürfniß macht, daß bei der Zähigkeit des particularistischen Elements das Bedürfniß kein vorübergehendes seyn kann, also in ihm allein schon eine wesentliche Bürgschaft für die Stätigkeit der constitutionellen Ausbildung des Bundesstaats liegt? Auch die bloßen Dynastiker könnten sich das Interim vom 30 Sept. zur Warnung dienen lassen. Was ist es anders als eine Zweitheilung der Oberherrschaft über Deutschland, jetzt noch mit gemeinschaftlicher Führung aber aus innerer Nothwendigkeit auf eine Länderscheidung hinweisend, eine Dictatur angeboten und genommen, vorbildlich für eine endliche Feststellung die gegen das liberum veto der Dreißiger nicht nachsichtiger seyn wird als das Werk der Paulskirche. Mögen sie sich selber sagen was sie mit ihrem Widerstand gegen eine Verfassung die sie in einen nationalen Organismus verbinden wollte, gewonnen haben wenn sie dafür die Unterwerfung unter die besondern Interessen und die Eigenmacht von Oesterreich und Preußen eintauschen, die getäuschten Völker aber, um sich dieser Vasallenschaft zu entziehen, mit dem Gedanken vertraut werden könnten die Einheit im völligen Aufgehen in einem der beiden Großstaaten zu suchen.

Ueberhaupt kann nicht oft genug erinnert werden daß die Lage der Kleinstaaten eine ganz andere geworden ist. Ihre Stärke und Bedeutung war in der Opposition des constitutionellen gegen das absolutistische System der Großstaaten, ihre Schwäche in der Unmöglichkeit die parlamentarische Regierung streng durchzuführen. Ueberall den nationalen Fragen begegnend stießen sie auf eine Schranke die für sie unübersteiglich war. Den Vortheil Träger eines großen politischen Princips zu seyn hatte man im Süden besser begriffen als im Norden, Bayern und Würtemberg waren im Wetteifer Verfassungen zu geben vom Wiener Congreß weg den andern zuvorgeeilt, sie bildeten dann und wann auf dem Bundestag die äußerste Linke, fanden es aber ein andermal auch nicht übel Bundespflichten, Einreden von Wien und Berlin vorschützen zu können um den ihnen unbequemen Folgerungen des Princips auszuweichen. Zeit unserer parlamentarischen Unschuld, Zeit wo wir uns bewunderungsvoll um die sehr kleindeutschen Rednerstühle von München, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt versammelten, wo unsere Volkstribunen das Schwert der Steuerverweigerung schwangen um die Regierungen zum Sturmlaufen auf den Bundestag zu zwingen, wo sie Jahr um Jahr das unveräußerliche Recht der Preßfreiheit zurückforderten und den Ehrenbecher empfingen, Blüthezeit des Quasiconstitutionalismus wo bist du? Mit dieser Romantik war es vorbei als der abstracte Liberalismus praktisch werden wollte, als die Regierungen in der Nationalökonomie Gegengift, Ableiter und Zerstreuung entdeckt zu haben glaubten gegen die Gefahren der politischen Bewegung, als sie wider Wissen und Wollen den Zauber lösten unter dem der deutsche Geist gebannt war, mit dessen mächtigern Schwingungen sich Verhältnisse gestalteten von einer Größe gegen welche die Unzulänglichkeit unserer patriarchalischen Kleinwirthschaften um so greller abstach. Die Fürsten, zwischen dem Bundestag und ihren Kammern auf der Schaukel, bedienten sich abwechselnd des Bundestags als eines Schilds gegen die Kammern, und so der Kammern gegen den Bundestag. Die Völker mußten sich bescheiden in ihren Ständen einige Controle gegen die gröbsten Mißbräuche der landesväterlichen Willkür, einige Gelegenheit zum Petitionsrecht zu haben. Die Opposition als angenommener Maßstab der politischen Verdienste durfte in keiner Kammer fehlen, aber sie war mehr zur Hausehre denn zum Gebrauch. Noch häufiger war ein sogenanntes Juste-Milieu das tapfere Reden hielt und feig abstimmte, das die Freiheit umbringen half, und über ihren Untergang Thränen vergoß. Alle diese Parlamente, ohne eine nationale Meinung hinter sich, ohne Einfluß auf den allgemeinen Gang der Weltbegebenheiten der auch für das Schicksal der kleinen Staaten bestimmend ist, in Rücksichten und Philisterhaftigkeiten befangen, wie konnten sie auf die Aufgaben der Gegenwart Antwort und Lösung finden! Erst durch die Versammlung im weißen Saal bekam man eine Idee von einem deutschen Parlament. In ihm war eine Sonne aufgegangen vor der all die Landtagslichter erbleichten, und dieß fühlten die Fürsten so gut daß sie gar keine Freude an ihrem neuen constitutionellen Collegen hatten, sondern sich Mühe gaben seinen Abfall vom Absolutismus rückgängig zu machen, weil er ihnen als Gegner ihres Systems nicht so furchtbar schien wie als Nebenbuhler.

Schon damals, lange vor der Revolution von 1848, war männiglich offenbar geworden daß der Particularismus sich überlebt hatte. Die Revolution hatte seine Hülflosigkeit nur noch grausamer aufgedeckt. Wo gab es einen wildern Tummelplatz der Demagogie als in seinem Schooß, wo Parteien, eine toller als die andere, communistische, atheistische, wie man's haben wollte, so ohne die geringste Anschauung großer Staatsverhältnisse, ihrer organischen Bildung und Wirksamkeit, daß die Führer, während sie den losgebundenen Volkswillen — einen Willen an jedem Ort, in jedem Club verschieden — als oberstes Gesetz verehrten, im Ernst daran denken konnten in Deutschland bald die föderative bald die eine und untheilbare Republik auszurufen, um die Zersplitterung und Vielherrschaft unter einen Hut zu bringen. Wären nicht in Frankreich die Blauen und die Rothen einander in den Haaren gelegen, so hätte sich der Verrath Straßburgs in unsern Tagen in Rastatt und Landau wiederholt. Doch will man der Kleinstaaterei wieder auf die Beine helfen. Die Lockung mit den materiellen Interessen wird wieder versucht, man schmeichelt dem Handel und den Gewerben, man träumt von industriellen Congressen, von neuen Zollvereinen, von Eröffnung unbekannter Quellen des Wohlstands, von Continentalsperren gegen das treulose Albion, man will das Reich auf national-ökonomischem Weg herstellen (warum nicht gar auf Actien?), als ob die Verständigung über die Geheimnisse der Reichthumslehre, über die Canäle des Güterlebens leichter wäre als die politische Constituirung Deutschlands! Hannover im Norden, Bayern im Süden haben die Hand am Werk. Beide appelliren an die deutsche Freiheit — jene Freiheit die so viel dynastische Scheingrößen schuf, und von Deutschland nichts übrig ließ als daß man von ihm sagen konnte wenn es noch bestehe, so bestehe es durch die Gnade der göttlichen Vorsehung, nicht durch die Weisheit der Menschen. Bayern will eine dritte Macht bilden, Hannover will es. Aber Hannover wird eher wieder eine brittische Colonie werden, und in Bayern ist auf das Geräusch der diplomatischen Geschäftigkeit eine peinliche Stille gefolgt, die Kammern geben die Arbeiten der deutschen Commission nicht heraus, die Minister behalten die Aussichten auf Donau und Adria im Portefeuille, die Eisenbahnen münden noch immer bloß nach Norden. Oh! sie sind für die Einheit, aber für eine Einheit von der sie wissen daß sie eine Unmöglichkeit ist, sie verlangen den Bundesstaat mit Bedingungen die sein Wesen aufheben, sie verlangen ihn mit Oesterreich das ihn nicht will und das man nicht zwingen kann, sie nennen den Bundesstaat ohne Oesterreich eine Theilung des ganzen großen Deutschlands, und verwerfen diese Theilung die über dreißig Millionen Deutsche im engern, die übrigen im weitern Bund vereinigen würde, sie machen aus lauter Großdeutschthum daß Deutschland in der alten Zerstücklung bleibt. Hannover, das an Sachsen einen wackern Schildknappen hat, scheint in den engern Bund eingetreten zu seyn lediglich um ihn zu sprengen, es bestreitet ihn jetzt im Princip und durch Ränke gegen die Einberufung des Reichstags, in der Hoffnung daß unterdessen der Vertrag ablaufe und dann alles vorüber sey. Ist es Wahrheit oder Dichtung? Sogar ein Bundesstaat ohne Oesterreich und Preußen, ein über Norden, Westen und Süden zerstreutes Kleindeutschland, taucht als Einfall auf.

Neben ihnen in vereinzelter Stellung befindet sich Würtemberg. In der Theorie unitarisch, unter den Königreichen das einzige das die Reichsverfassung anerkannt hatte, benimmt es sich doch jetzt ganz particularistisch. Fragt man ob es den Bundesstaat wolle, so sagt es ja, aber der einzige Weg der dazu führt, ist ihm nicht recht. Fragt man: warum? Weil das dynastische Interesse, dasselbe das sich keinem Hohenzollern unterwirft, mit den Volksvorurtheilen zusammentrifft. Dieß ist das einzige positive Hinderniß, alle andern sind Maske oder Vorwand, sie verschwinden jedenfalls als Einreden vor dem Gedanken daß wer den Zweck will, auch das Mittel wollen muß, zumal es ein solches ist das, der großen Mehrheit der Regierungen genehm, kein verwerfliches seyn kann. Oder hat Würtemberg die Einbildung einen eigenen Weg zum Bundesstaat erfinden zu können, wie v. d. Pfordten sich rühmt daß die erste Idee zu der neuen dualistischen Centralgewalt eine bayerische Erfindung sey, obgleich die amtliche Kunde von dem Vertrag so spät nach Bayern kommt? Dieß sic vos non vobis ist nicht einladend. Wenn die Zögerungen Würtembergs um so auffallender sind als eine Ständeversammlung ausdrücklich zum Behuf der Revision der Landesverfassung nach Maßgabe des nationalen Bundesstaats gewählt ist, die auf Einberufung wartet, wie soll man sich eine Unschlüssigkeit erklären die dem Zustandekommen des Bundesstaats überhaupt gefährlich werden kann? Hält die Regierung etwa die Reichsverfassung auch im gegenwärtigen Stadium der Umwendungen und Ermattung noch für durchführbar? Schwerlich. Die Demokratie dort hat diesen Glauben, sie predigt ihn wenigstens, sie braucht ein Agitationsmittel, und kann es ein edleres geben? Einer der achtungswerthesten Charaktere der württembergischen Demokratie, G. Tafel, hat als Berichterstatter über die aus allen Theilen des Vaterlandes eingegangenen Zustimmungsadressen der schon aufgelösten Nationalversammlung und ihrem Werk noch ein Denk-

mal gesetzt, er hat damit sich und seine Partei geehrt; ist es aber würdig, ist es klug daß diejenigen welche die letzten waren an dem parlamentarischen Sieg zu verzweifeln, nun, so viel an ihnen, sich sperren und spreizen damit der Karren wo möglich in das Gleis von 1815 bis 1847 zurückgeschoben werde, dessen traurige Gelegenheit sie so gut erfahren haben als andere? Ist eine Opposition gerechtfertigt deren Politik die Monomanie des Hasses, der Trotz der Verneinung ist? Sie können sich nur damit entschuldigen daß auch die Stellung des officiellen Württembergs eine so unklare sey. Es lehnt sich an eine ultramontane Nachbarschaft, es hat ein Ministerium das eine Politik befolgt die nicht die seinige seyn kann, das in dem Reichsverweser ohne Nationalversammlung eine factische, keine gesetzliche Gewalt mehr sieht, die es anerkennt oder nicht anerkennt nach Gutdünken, und das jetzt gegen das Interim protestirt haben soll aus dem Grund daß der Reichsverweser gesetzlich seine Gewalt nur in die Hände der Nationalversammlung niederlegen könne. Konnte es glauben daß es angehe sich das einmal auf den Boden der Thatsachen, das anderemal auf den Rechtsboden zu begeben, oder daß politische Fragen juristisch entschieden werden? Noch ist Württemberg auf sein Märzministerium stolz und auch in Deutschland hat es sich goldene Meinungen erworben; es muß aber seinen Entschluß fassen, System annehmen, oder es wird dem Sturm der sich aus zwei entgegengesetzten Regionen über ihm zusammenzieht, nicht lange widerstehen *). Die Demokratie die es untergraben hilft, wird dann sehen was sie gewonnen hat.

Wenn doch die großen Bruchtheile des deutschen Volks, Föderalisten und Unitarier, Plebejer und Patricier allmählich so viel gelernt hätten daß sie einander die Grundlage der Existenz gönnen müssen, wenn nicht ein nutzloser Kampf ewig sich erneuen soll! Die Revolution ist gedemüthigt, und nirgends ist auch mehr ein auf die Spitze getriebenes Stabilitätsprincip zu besiegen; wozu also diese Donquixoterie der Opposition und der Reaction, im Namen von Thron und Altar, die überall wieder mit eingelegter Lanze anrennt? Das ist nicht die wahre Demokratie wo ein Buchstabenstreit um einige Freiheiten die große Angelegenheit ist über der die selbstherrliche ganze Freiheit, die Rechtsquelle des parlamentarischen Willens der Nation, unbemerkt versiegen könnte, noch ist das die ächte Aristokratie die nicht begriffen hat, was man in England seit Jahrhunderten weiß, daß Standesvorzüge unangefochten und geachtet, in einer Bedeutung nicht bloß der Hoffähigkeit oder Hofgunst sich nur erhalten können, verwachsen mit den Bollwerken der nationalen Freiheit und Größe! Man hat den großen Haufen zum Schweigen gebracht, wird der kleine Haufen sich zur Vernunft bringen lassen, daß er nicht am Ende, in dieser letzten Stunde der Entscheidung, durch dünkelhafte Engherzigkeit, Neid oder Rachsucht ebenso viel verderbt als der große Haufen durch sein rohes Geschrei verdorben hat? Wird man ihn seine Hand ausstrecken lassen um von neuem die Fackel der Zwietracht zu schwingen der schon so viele Opfer gefallen sind, um den Gedanken der Versöhnung in der Geburt zu ersticken und die Staatsgewalten zum Altar jener Themis hinzudrängen die wie nach Laune die Schächer herausfängt und das entsündigende Blut tropfenweise vergießt, um vielleicht, wenn keine Wunden vernarben, die gerechtesten Erwartungen nicht erfüllt werden, wenn alles durcheinander verkehrt und zerrissen wird, eines Tages einem russischen Satrapen Anlaß zu geben heimzuschreiben: Deutschland liegt Ew. kaiserlichen Majestät zu Füßen?

Das ist keine leere Gespensterfurcht. Während einerseits Oesterreich, wahrscheinlich auf längere Zeit, die Form der Dictatur braucht, um für das constitutionelle Leben, dessen Princip es anerkannt, die Vorbedingungen zu schaffen und sich so einzurichten daß es nicht bei jedem auswärtigen Sturm den Abfall ganzer Provinzen zu fürchten hat — während andererseits Preußen, mit der Fronte gegen den Rhein und ohne Seemacht, eine Lage hat welche die russische Freundschaft voraussetzt, und insofern noch ohne die volle Selbständigkeit einer Großmacht ist, während also die beiden deutschen Hauptstaaten, Oesterreich in der Gründung seines Einheitsstaates, Preußen in seiner organischen Verbindung mit einem deutschen Bundesstaat, die schwierigsten Aufgaben, aber auch Kämpfe der innern Entwicklung vor sich haben, die sie vorübergehend nach außen schwächen oder doch ihre ganze Kraft in Anspruch nehmen werden — inzwischen hat Rußland das europäische Gleichgewicht zu seinen Gunsten nicht unbeträchtlich verrückt. Wie groß oder klein sein Antheil an der Unterwerfung Ungarns war — es beutet dieses Verdienst nach Kräften aus. Im Triumph hat man die Trophäen von der Theiß durch die Straßen von St. Petersburg und Moskau getragen, ihr Anblick hat dem weißen Czar und seinem Volk die Brust geschwellt. Der Despotismus der die Revolution zertreten, und die Barbarei der Leibeigenen fühlen sich als göttliche Weltordnung. Ihre Sprache ist stolzer, herrischer geworden. Sie hat den Prophetenton angenommen und verkündigt der „gottlosen“ Civilisation den Zorn des heiligen Rußlands, das in demselben Augenblick den Arm gegen den „gläubigen uncivilisirten“ Orient erhebt, sich auf der Straße von Konstantinopel aufstellt und an die hohe Pforte des Serails klopft. Darum weht zwar seine Fahne noch nicht auf der Aja Sophia, noch bedrohen seine Flotten Griechenland und Italien, wo man fragen müßte ob noch irgendwo Raum für die Unabhängigkeit des Abendlandes sey — es sind noch andere Mächte da die vorher ein Wort drein reden würden. Aber Nordländer fühlen sich ohnehin immer nach dem glücklichern Süden hingezogen, unbekümmert ob dadurch der Schwerpunkt ihrer Macht verlegt wird, und wie leicht kann man, wenn man Selbstherrscher ist, ungeduldig werden die Früchte einer langsam gepflegten Politik noch persönlich zu genießen? Da können oft auch leichtfertige Ursachen zum Bruch führen, und ein Bruch dort machte vielleicht eine neue Geographie. Sollte Deutschland leer ausgehen? Sollte es, das bei so manchen europäischen Händeln die Zeche bezahlt hat, dann zufrieden seyn müssen wenn man es nur selbst ungeschoren läßt? Sicherlich wird es bei dieser und bei jeder andern europäischen Krisis im besten Fall das Zusehen haben, solange es kein Reich und folglich keine Macht ist. Aber wir sind wunderliche Politiker: sonst in der Welt gibt es wohl Parteien die einem Regierungssystem feind sind, weil es unpopulär, nach ihrer Ansicht falsch ist, aber sie getrösten sich eines Ministerwechsels; bei uns, wenn man gegen Preußen, die leitende deutsche Macht, Beschwerden zu haben glaubt, verwirft man den Bundesstaat und sagt sich los. C. A. M.

*) Die Bildung eines neuen Ministeriums aus Männern der vormärzlichen Zeit ist bereits geschehen.

Frankfurt.

⁞ **Frankfurt a. M.**, 25 Oct. Zu unsern Verfassungswehen sind noch Gemeindeordnungswehen hinzugekommen, die uns nicht minder quälen, und wobei nur wie bei jenen sehr zu wünschen ist daß kein Theil der Bürgerschaft sich einfallen lasse auswärtige Geburtshelfer zuzuziehen, die selten eine bessere Niederkunft zu Stande bringen, und sich ihre Mühe gewöhnlich sehr theuer bezahlen lassen. Die Sache verhält sich nämlich so. Zum Staate Frankfurt (wir schreiben dieses Wort mit patriotischem Stolze nieder) gehören außer der Stadt, deren Bevölkerung sich auf etwa 58,000 Seelen beläuft, noch 7½ Dörfer, die zusammen nicht ganz 10,000 Einwohner haben. Daß früher eine societas leonina zwischen der wohlregierenden Metropolis und den nicht immer wohlregierten Dorfschaften bestand, ist unläugbar. Weder ihr Ochsenfleisch, noch ihre Theologen, Aerzte oder Rechtsgelehrte durften in der Stadt verwandt werden. Aber verwaltet wurde ihr Gemeindehaushalt redlich, billig und mäßig, und wir wüßten nicht daß sie hierüber Klage geführt hätten. Jetzt aber, da wir nicht mehr als eine simple Freistadt mit Annexen, sondern als einen Freistaat mit Stadt- und Landgebiet uns fühlen — jetzt bedarf es auch einer großartigeren Einrichtung. Gewiß ist, nach den besseren Grundsätzen der Neuzeit, die Organisation der Gemeinde, ihrer Rechte und Pflichten, ihrer Freiheit und Autonomie, ihrer Befugnisse und Verbindlichkeiten von der höchsten Wichtigkeit; aber daß es darum in einem Staate, der nicht viel mehr als eine Stadt mit einigen näheren oder entfernteren Vorstädten ist, einer so haarscharfen Theilung und Trennung der Staats- und der Stadtverwaltung, des Staats- und des Stadtvermögens, der Staats- und der Stadtregierung bedürfe wie der Verfassungsausschuß unserer Constituante vorschlägt, das ließe sich vielleicht bezweifeln. Wir wissen mindestens daß in Bremen die Verfassung eine Theilung nur verfügt, wenn sie verlangt wird. Auf alle Fälle aber scheint uns vernünftig diesen Punkt wie in der neuen Hamburger Verfassung zu ordnen, nämlich die Angelegenheiten der Stadtgemeinde in derselben Weise wie die des Staats, jedoch nur von den städtischen Abgeordneten und dem Rath (oder Regierungsrath) leiten zu lassen. Hier hat man sich die Sache sehr schwer gemacht, und will Staat und Stadt so streng von Tisch und Bett scheiden daß beide sich eine besondere, sehr kostspielige und mit doppeltem Dienstpersonal versehene Haushaltung einrichten müssen. Die Stadt soll, um für ihre Klötze nicht sorgen zu müssen, ihr Holzamt, um für die Gleichheit wirksam zu seyn, ihr Pfandamt behalten, aber die Hoffnung soll sie dem Staat (nämlich dem Staate Frankfurt) mit der Lotterie abtreten müssen. Symbolisch finden wir das sehr recht, was hat ein deutscher Staat oder Mann jetzt anderes und besseres als die Hoffnung? Die Lotterie repräsentirt gleichsam den neckischen Zufall, den Gott den Träumer, den „Zeitenschooß in welchem noch die schwarzen und die heitern Loose ruhen“. Aber was versteht ein guter Frankfurter von der Symbolik? Unser Geld wollen wir behalten, wir wollen der Esau nicht seyn der dem Jakob seine Erstgeburt verkauft ohne die Valuta dafür zu erhalten. Besonders hat das vorgeschlagene Einführungsgesetz zur Verfassung erschreckt, und unsere reichen Handelsherren und klugen Advocaten erheben ein großes Zetergeschrei darüber. Darin heißt es nämlich daß die städtischen Gemeindegüter bis zur Ausscheidung derselben aus dem bis jetzt ungetrennten Staats- und

Stadtvermögen von den Staatsbehörden fortverwaltet werden sollen. Da wird, schreien sie, die Stadt im voraus aus dem Besitze, die Advocaten hingegen gleichzeitig in einen Besitz, nämlich von zahllosen Processen gesetzt, wie sich das bei ähnlichen Verfügungen in der Schweiz gezeigt hat. Diese Staatsbehörden werden ihren Staat von der Stadt bestreiten, und endlich die Prophezeihung eines zweiten Nostradamus sich erfüllen, daß man Briefe hieher nach „Frankfurt bei Bornheim" adressiren werde. So sprechen die „Heuler", die „Wühler" lachen drob, und wir, der wir zu keiner dieser beiden Schaaren gehören, wir referiren ohne zu concludiren.

München.

|| **München.** Der Ausschußantrag der zweiten Kammer in der deutschen Frage lautet vollständig: „In Erwägung daß der Grundgedanke und das Ziel der deutschen Bewegung des Jahrs 1848, sowie die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung die politische und materielle Einigung aller deutschen Stämme gewesen ist; daß einzig und allein die Erreichung dieses Zieles den Anforderungen des Nationalwillens zu genügen vermag, und daß sie daher so lange angestrebt werden muß als nicht die letzte Hoffnung verschwunden ist dasselbe zu erringen; daß aber diese Absicht durch den von Preußen ausgegangenen Verfassungsentwurf nicht erreicht wird, indem derselbe den Bestimmungen des Bundesvertrags widerspricht und Deutschland durch den Ausschluß Oesterreichs zerreißt; daß die von dem Staatsminister des Aeußern theils der Kammer vorgelegten, theils dem Ausschuß vertraulich mitgetheilten Actenstücke darthun derselbe habe nicht versäumt, in richtiger Auffassung der Stellung Bayerns, einerseits Oesterreich zu einer Aenderung seiner bisherigen zuwartenden und ablehnenden Politik und zu einem engeren staatlichen Verbande mit dem übrigen Deutschland unter den der öffentlichen Meinung und den Bedürfnissen des Volks entsprechenden Formen und Bürgschaften zu vermögen, und andererseits Preußen gegenüber die Beseitigung der Hindernisse zu erwirken welche jenem Anschlusse im Wege stehen; daß mithin das Staatsministerium durch sein Bestreben den Grundgedanken des nationalen Aufschwungs festzuhalten und zu verwirklichen, den Interessen Deutschlands und Bayerns entsprechend gehandelt hat; in weiterer Erwägung daß durch die factische Spaltung der beiden deutschen Großmächte der künftigen Einigung Deutschlands die größte Gefahr drohte, daß der Mangel einer allseitig anerkannten Bundesgewalt einen Zustand allgemeiner Verwirrung und Rechtlosigkeit hätte herbeiführen müssen, dessen Vermeidung vor allem nothwendig war; daß wenn auch die neugebildete Centralgewalt unläugbar die Rechte der Einzelstaaten wesentlich gefährdet und den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes in keiner Weise genügt, somit deren Fortdauer über die festgesetzte Zeit unter keiner Voraussetzung zuläßig ist, dennoch nur durch ihre Bildung die sofortige Zerreißung Deutschlands vermieden und der Uebergang zu einer definitiven Neugestaltung desselben vermittelt wird; daß unter diesen Verhältnissen die Opfer welche Bayern durch die Anerkennung der provisorischen Centralgewalt dem Zwecke der Einigung bringt, gerechtfertigt erscheinen: aus diesen Gründen geht die Kammer zur motivirten Tagesordnung über. In Erwägung jedoch daß die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Vaterlandes nicht nur eine bedenkliche Aufregung erhält, sondern auch die materiellen Interessen des Volks aufs schwerste beeinträchtigt und gefährdet; daß der trostlos schleppende Gang der Unterhandlungen und das überwiegende Hervortreten dynastischer Bestrebungen jene Uebelstände ins Unbestimmte zu verlängern drohen; daß aber gerade jetzt bei dem Mangel einer allgemeinen Vertretung des deutschen Volks es um so dringendere Pflicht der Regierungen ist mit Entschiedenheit, Offenheit und Selbstverläugnung das schleunige Zustandekommen einer ganz Deutschland umfassenden Einigung anzustreben, welche durch Herstellung seiner ungetheilten Macht gegen außen, durch kräftige Förderung seiner materiellen Interessen im Innern, durch vollständige Entwicklung und unverkümmerte Geltung des constitutionellen Princips dem gerechten Wunsch des deutschen Volks Genüge zuleisten vermag; daß überdieß die Gründe welche Oesterreichs bisherige Haltung bedingen mochten, nunmehr in den Hintergrund getreten sind, daher sein Anschluß wesentlich erleichtert erscheint; aus diesen Gründen erwartet die Kammer: das Ministerium werde bei den ferneren Verhandlungen in der deutschen Frage den Grundgedanken der Einigung des gesammten Deutschlands festhalten, und die für das Zustandekommen einer definitiven Verfassung in diesem Geiste nothwendigen Opfer nicht scheuen, und der Kammer die Ergebnisse der Verhandlungen zur Kenntniß und zur Zustimmung vorlegen."

Aus Baden.

* **Aus Baden**, 27 October. In verschiedenen kleinen Amtsblättern ist auf Anordnung des Kriegsministeriums ein Verzeichniß der bis zum 11 d. M. gefällten und vollzogenen standrechtlichen Urtheile mitgetheilt. Die erste Verurtheilung erfolgte am 6 Aug., und die Zahl derselben bis 11 Oct. beträgt 49. Darunter sind 17 Todesurtheile, 29 Urtheile auf 10 Jahre Zuchthaus, eines (bei einem Lehrling) auf 5 Jahre Arbeitshaus, und 2 Verweisungen an den ordentlichen Richter. In einem Falle wurde die erkannte 10jährige Zuchthausstrafe in 5jährige Festungsstrafe verwandelt, alle übrigen erkannten Strafen wurden ohne Aenderung des Urtheils vollzogen. Außer den badischen Standgerichten, bei welchen zwar Preußen (obgleich nach badischen Gesetzen) zu Gericht sitzen, wo aber die Anklage und die Untersuchung durch badische Beamte geführt, und die unter Umständen vorbehaltene Bestätigung der Urtheile bei dem großherzogl. badischen Kriegsministerium eingeholt wird, besteht bekanntlich auch noch ein preußisches Kriegsgericht, welches ganz unabhängig von der großherzoglichen Regierung und ohne Mitwirkung badischer Beamten preußische Unterthanen, die (sey es in der Rheinpfalz oder auf badischem Gebiet) den königl. preußischen Truppen bewaffneten Widerstand entgegensetzten, aburtheilt, und, wie bekannt, sind von diesem preußischen Kriegsgericht schon mehrere Verurtheilungen gegen preußische Unterthanen ergangen, die in dem vom großherzoglichen Kriegsministerium aufgestellten und bekanntgemachten Verzeichniß nicht vorkommen. Es bestätigt sich daß die großherzogliche Regierung keine Todesurtheile mehr vollziehen läßt. Ihre Anordnung hat aber hinsichtlich der Verurtheilungen welche etwa vom preußischen Kriegsgericht gegen Preußen ausgehen könnten, keinen Erfolg, insofern nicht in dieser Beziehung von der preußischen Regierung ein gleicher Beschluß gefaßt wird.

Preußische Kammerverhandlungen.

∸ **Berlin**, 24 Oct. Abends. Ein gedrängt volles Haus wartete heut schon lange vor Mittag auf die angekündigte Radowitzsche Erklärung. Mit gespannter Aufmerksamkeit und ängstlicher Stille hörte man seiner Rede zu. Mit diesen Zeilen wird sie Ihnen schon durch die Abendblätter zugegangen seyn. Ich brauche daher über ihren Inhalt nichts zu sagen; auch erfuhr man eigentlich nicht mehr als man schon wußte, und nur die feste Versicherung des Regierungscommissarius daß die Regierung es als eine Ehrenpflicht erachte bis an die Gränze des Möglichen beim Bundesstaate zu verharren, und die unternommene Aufgabe im Interesse der deutschen Stämme zu lösen welche auf Preußen ihr Vertrauen gesetzt, war der erfreuliche Lichtschein durch ein sonst dunkel gehaltenes Gemälde. Die deutsche Partei in Preußen erschrickt weniger vor den Hindernissen draußen, als sie täglich besorgt darüber erwacht ob nicht der Muth im Innern wankend geworden. Ein Rückblick auf unsere schwarzweiße Reaction, die in ihrer Selbstgenügsamkeit täglich kühner auftritt, kann die Bangigkeit rechtfertigen, wenngleich ein tieferer Blick in die Verhältnisse uns sagt daß sie niemals siegen kann. Aber der Schwäche, die sich vom Schein überwältigen lassen könnte, thun solche Stärkungen, wie sie Radowitz' Rede enthält, gut. Wenn der Regierungscommissär gegen eine Ansicht protestirte die sich geltend machen wolle als sey das Jahr 1848 am deutschen Bundestag spurlos vorübergegangen, so darf man hoffen daß die Regierung sie auch an andern Dingen nicht für schon verwischt hält. Die darauffolgende Debatte war heiß, die namhaftesten Redner der Kammer traten auf, Bismark-Schönhausen, Graf Dyhrn, Beckerath, Graf Arnim, ohne daß die Frage zum Ziel kam, ohne daß selbst nur im Princip eine Einigung stattfand, ob man vorzugsweise eine aus Kreis- und Provincialvertretern gewählte erste Kammer, oder eine vorzugsweise aus Grundbesitzern hervorgehende Pairie wolle? Die Ueberzeugung daß eine wirkliche Pairie aus unabhängigen Männern von Einfluß und Macht eine sicherere Stütze für die Volksfreiheiten seyn werde als eine gewählte erste Kammer, schien über Nacht auch da sich Anhänger erobert zu haben wo sonst theoretisch der entgegengesetzte Grundsatz vorherrscht. Das Nachgeben der ersten Kammer in der Steuerfrage hat gewirkt, auch ohne daß man es sich gesteht. Nur Bismark-Schönhausen spielte gelegentlich darauf hin daß eine erste Wahlkammer den Gegnern doch nicht die Sicherheit gewähre auf die sie gehofft. Von den Vertretern des Wahlrechts ward aber wiederholentlich hervorgehoben daß man eine Pairie weder mit Geld erkaufen, noch durch Machtsprüche erzwingen könne. So verschieden nun die Ansichten über den Stoff waren aus dem ein Oberhaus zu bilden, so waren die Vorkämpfer doch darin einig daß man ein Provisorium vermeiden müsse, daß Preußens Stellung gegen das übrige Deutschland eine definitive Entscheidung gebieterisch fordere. Dyhrn und Arnim beschwören beide die Versammlung in patriotischem Eifer, aus welchem Stoffe sie es auch bilden wollten, wenigstens ein starkes Oberhaus zu bilden. Die Debatte hatte leider auch einen bittern Nebengeschmack. Die gestrige Rede des Frhrn. v. Canitz gegen die Pairie hatte die Gefühle der Adelspartei verletzt. Nachdem Hr. v. Bismark-Schönhausen die Ehre des preußischen Adels in einer scharfen,

desultorischen Rede verwahrt, mit heftiger Rüge gegen jeden Redner, kam auch Graf Arnim darauf zurück, obgleich der Präsident, Graf Schwerin, dringend gebeten dieses Thema nicht zu berühren da die Kammer keinen Adelstand kenne, und hier nur von den großen Grundbesitzern die Rede sey. Graf Arnims Rede war ergreifend, weil sie aus tiefbewegter Brust, aus der Ueberzeugung kam er kämpfte pro domo et aris, er hätte aber mehr gewirkt, denn seine Gründe waren wirklich überzeugend, wenn er die Drohungen am Schluß vermieden, und indem er aufzählte was man dem Adel genommen, zu warnen schien daß man ihn nicht zum äußersten treibe. Noch sey er kein Feind der Freiheit geworden, aber man solle durch fortgesetzte ungerechte Bezüchtigungen ihn nicht dazu zwingen. Die Sprache wäre an ihrem Ort gewesen wo es galt dem Adel noch mehr nehmen, wie sie aber dahin paßte wo es galt ihm eine neue Stellung im Staate zu vindiciren und die Meinung für ihn zu stimmen, war nicht recht abzusehen.

∸ **Berlin,** 25 Oct. Preußen erhält keine Pairie. Mit einer großen Majorität ist heute das Keller'sche Amendement und alle dasselbe begleitenden, welche auf ähnliches hinausliefen, verworfen. Das Riedel'sche Amendement, welches sich dem Commissionsantrag näherte und eventuell auch von Beckerath empfohlen ward, ist angenommen. Nach demselben bleibt es bei der Zahl von 180 Mitgliedern für die erste Kammer; ein Drittel wird von den höchstbesteuerten Grundbesitzern, ein anderes Drittel von den Kreisvertretern, das dritte von den Provinzialvertretern gewählt. Also eine neue Wahlkammer der zweiten zugesellt, die in sich keine größere Bürgschaft der Festigkeit und Dauerhaftigkeit bietet als die zweite, die von der Krone aufgelöst werden kann wie jene, wenn es ihr beliebt! Nur den Prinzen des k. Hauses hat man Gnade widerfahren lassen, sie dürfen vermöge ihres Geburtsrechts im Parlament erscheinen und stimmen; den Standesherren, den ehemaligen Unmittelbaren, hat man dieß Recht, eine dürftige Entschädigung für die verlornen, nicht zugestanden. Man wollte consequent auf dem Wege der Theorie fortschreiten, und die Wirkungen der Revolution anerkennen. Wenn man das einmal wollte, so läßt sich wenig oder nichts dagegen sagen, und es waren auch genügende Gefühlsgründe dafür daß man das wollen konnte. Ob man aber klug gehandelt jener Consequenz und diesem Gefühl sich hinzugeben ist eine andere Frage. Wenn man dem Adel, d. h. den großen Grundbesitzern, dießmal Vertrauen gezeigt, so glaube ich, er würde dieß Vertrauen geschätzt haben, und eine Pairie wäre das geworden um was man sie errichtet hätte, das Gerippe der Verfassung, das weder der Volksstrom fortspülen, noch der Zorn der Krone mit einem Feuerhauch vernichten konnte, der Faden, der Halt, an dem nach neuen Stürmen und Verwüstungen die Verfassung sich wieder anknüpfen, ansetzen können. Eine Pairie, deren Mitglieder keine persönlichen Bevorzugungen genossen, die, wie nach dem Arnimschen Vorschlage, etwa nur zum dritten Theil erbliche Magnaten gewesen wären, hätten dem Staate und dem Nationalwillen gar nicht, gewiß aber weniger geschadet als dieselben Familien deren Besitz sie dazu berechtigt, durch den mittelbaren Einfluß schaden können wenn sie ihn einsetzen wollen. Man hat es nicht gewollt! Die erbliche Pairie hatte kaum einige siebenzig Stimmen. Es ist vielleicht weniger an diesem Resultat der Einwand schuld daß man keinen Stoff zu einer Pairie in Preußen finden könne, noch die Furcht vor der allgemeinen demokratischen Strömung im Publicum — die in diesem Punkte sehr nachgelassen hat — als die persönliche und Parteigereiztheit. Das Ministerium, und was hinter ihm steht, hat sich im Lauf der Debatte unverkennbar dem Keller'schen Amendement zugeneigt. Minister Manteuffel ward in der heutigen Debatte sogar empfindlich. Die Kammer hielt es für ihre Pflicht an ihrem einmal ausgesprochenen Willen in einer wichtigen und Hauptsache unverbrüchlich festzuhalten. Wenn der Krone selbst so viel an einer Pairie lag (was aber dort nur aus einer besondern Vorliebe sich erklären ließ), so wäre es ihr wohl möglich gewesen die Beistimmung der zweiten Kammer zu erhalten, wenn sie in der Steuerbewilligungsfrage anders gehandelt hätte. Nach einem solchen Nackenschlag den die zweite Kammer durch das Votum der ersten erhalten, glaubte sie nicht länger und gegen ihre eigenen ursprünglichen Ansichten nachgeben zu dürfen. Das hätte geheißen, auch sie füge sich unter die unsichtbare Macht welche mit einem feuchten Schwamme auch alle die großen Züge auslöschen will welche das Jahr 1848 in die Geschichte eintrug. Unverkennbar spielen Uebermuth, Hohn und Bitterkeit auf der Physiognomie der Reaction. Was ihre jugendlichen oder älteren Vorkämpfer in der Kammer noch nicht öffentlich auszusprechen wagen, das wird immer klarer, dürrer in der Kreuzzeitung ausgesprochen und gefordert. Die Wirksamkeit derselben ist größer als man sie anschlägt. Nicht nur daß sie auf dem Lande, in einzelnen Provinzen, auf Edelhöfen, in Pfarr- und Wirthshäusern schon allein gehalten und als Evangelium betrachtet wird, was im ganzen genommen nicht so viel zu bedeuten hätte, so wird sie bei Hof gelesen, ja sie soll die seyn welche dem König täglich und zuerst vor Augen kommt. Ihre leitenden Artikel sind fortlaufende Postulate: jetzt ist das errungen, es ist nun zunächst dieß und dieß nöthig um den christlichen Staat zu retten. Diese Artikel sind geschickt — kurz — abgefaßt, in der Sprache, in dem Sinne die dem König von Gottes Gnaden zusagt. Und wenn er sich so vor Augen geführt sieht wie wirklich die Revolution Schritt für Schritt überwunden wird ohne zu großen Widerstand in seinen Kammern, wenn ihm in die Hand gegeben wird was demnächst geschehen muß, und niemand ist in seiner Nähe der ihm sagt daß es in der Welt anders aussieht, daß die Kammern aus ganz andern Rücksichten als aus Ueberzeugung nachgeben, wenn er seine Minister antreibt rascher in dem Werke fortzufahren, was ja Gott selbst sichtlich will, wo es nur einer kräftigen Willensäußerung bedürfe, und das gute Volk folge ja nach, und die Minister sind in Verlegenheit, sie wissens besser, aber ihre Vorstellungen sind zu leise, oder man hört nicht darauf — erwägt man alles dieß, so kann es zur unerläßlichen Pflicht der Kammer geworden seyn, durch einen Act der keine andern Auslegungen zuläßt, den Verblendeten die Augen zu öffnen, und zu zeigen daß die Volksvertretung einen Willen hat, und dieser Wille ist die Verheißungen des Jahres 1848 nur da fallen zu lassen wo sie sich nicht zum Wohl des Landes bewährten, sonst aber daran festzuhalten, und am wenigsten sie darum zurückzugeben weil ihre ursprüngliche Quelle eine Revolution war von der die Welt erschüttert ward. Es galt der Reaction zu zeigen daß man ihren Uebermuth und ihre Verachtung, dem Ministerium daß man seine Drohung mit einem Ministerium Gerlach nicht fürchte. Möge es kommen und versuchen ob es Preußen umwenden kann, scheint eine einhellige Stimme in der Kammer jetzt zu rufen; wir ließen uns schon zu lange durch das Gespenst erschrecken. So erklärt sich der heutige Ausfall. Wir loben weder daß der Widerstand gerade auf dieser Position erfolgen mußte wo man nach unserer Ansicht sich selbst eine Wunde beigebracht hat, noch sind wir der Meinung daß die Kammer mit diesem einen Act sich selbst genuggethan hat; aber wie die Verhältnisse verschoben waren, erscheint der Widerstand, auch denen die seine Wirkung bedauern, als ein nothwendiger.

Oesterreich, Preußen und Westdeutschland.

† Die Vereinbarung über die provisorische Centralgewalt zwischen Oesterreich und Preußen hat — wer wollte es läugnen — in vielen Kreisen eine trübe und gedrückte Stimmung erzeugt. Man besorgt: die einstweilige Einrichtung könnte Angesichts der Schwierigkeiten welche einem Endabschluß der deutschen Verfassungsfrage entgegenstehen, leicht unter dem Gewicht momentaner, aber nie abreißender Verlegenheiten Verlängerungen erleiden, durch welche kaum merklich das Provisorium kraft seiner eigenen Schwere in ein Definitivum hinübergleiten möchte. Dann hätte das zwischen Preußen und Oesterreich stehende Deutschland die Wahl: im bessern Falle und solange beide Großmächte einig sind, zwei Herren zu haben; im schlimmern, oder wenn ein Zerwürfniß einträte, zwischen beiden getheilt zu werden. Dagegen empört sich nicht bloß das sonderthümliche Selbstgefühl des Süddeutschen, sondern mehr noch der deutsche Sinn, der bei einer Scheidung des preußischen Nordens und des österreichischen Südostens nur mit tiefstem Schmerz für alle Zeiten von dem Gedanken eines deutschen Vaterlandes Abschied nehmen könnte.

Unter diesen Umständen und in diesem entscheidenden Augenblick ist ein Gedanke von höchster Wichtigkeit, der uns in der Schrift: „Oesterreich, Preußen und Westdeutschland" (Leipzig 1849. Verlag von Otto Spamer) wie ein rettender Genius entgegentritt. Der Verfasser hält eine preußische Reichsvorstandschaft für gleichbedeutend mit dem Verderben von Deutschland; sie müßte, meint er, alle natürlichen Gefühle verläugnen, wenn sie nicht die Preußen allein wie die rechten Kinder, die übrigen als die Stiefkinder betrachten wollte. Darum auch habe Preußen so entschieden verlangt in der Besetzung aller Aemter völlig freie Hand zu haben; gerade so wie es noch heute Dänemark in Schleswig versucht, würden auch in Deutschland alle besten und einträglichsten Stellen den Preußen vorbehalten seyn. Wie sich bei einer regelmäßigen Belagerung der Fall auch einer unüberwindlichen Festung bis auf den Tag vorausberechnen läßt, so kann es nicht dem mindesten Zweifel unterliegen daß Preußen, welches genau weiß was es will, eine der kleinern Mächte nach der andern durch Furcht oder Vortheil unter seinen Willen beugen und in demselben Verhältniß an Macht zunehmen würde in welchem seine Gegner im Bunde nothwendig abnehmen, bis es endlich dieselben zerdrückt hat und Deutschland in zwei große Hälften zerfällt. Mit den Rechten über Deutschland, auf welche Graf Brandenburg unter keiner Bedingung verzichten zu wollen erklärte, würde niemand die preußische Krone hindern können sich dieser Befugnisse zum Sondervortheile Preußens zu bedienen; die Neigung dazu bekundet heute schon der dänische Waffenstillstand. Ja, wenn es selbst den Schein der strengsten Gesetzmäßigkeit retten wollte, so würde es nur einige

kleine Staaten, auf die es den nächsten Druck ausübt, zu gewinnen nöthig haben, um auf verfassungsmäßige Weise, ohne daß eine Widerrede gestattet wäre, ganz Deutschland zu seinem particulären Vortheil auszubeuten. Daraus folgert der Verfasser daß, wenn das übrige Deutschland nur die Wahl hätte an Oesterreich oder an Preußen sich anzuschließen, so müßte es sich nothwendig für Oesterreich entscheiden. „Nun bestreiten wir aber daß uns die einzige Wahl zwischen Oesterreich und Preußen gelassen sey, und halten dafür daß Deutschland auch noch etwas für sich seyn kann, ja für sich seyn müsse, wenn es nicht überhaupt seinen tausendjährigen Platz an der Spitze der Völker aufzugeben gemeint ist.“

Der aus diesem Grundgedanken entwickelte Plan ist im wesentlichen folgender. Die nothwendige von allen gewünschte Einheit Deutschlands kann nur dann erreicht, und gleichzeitig das Recht der Einzelnen nur dann geschont werden, wenn alle deutschen Staaten, außer Oesterreich und Preußen, zu einem Bundesstaat vereinigt würden, und dieses vereinigte Westdeutschland dann als gleichberechtigtes Glied mit Oesterreich und Preußen den deutschen Bund als Staatenbund fortsetzte. Allerdings müssen auf diesem Weg die mittlern und kleinern deutschen Staaten die Opfer ihrer Selbständigkeit bringen welche die Zeit einmal fordert, aber sie sollen sie sich selbst bringen. Sie sollen, einen deutschen Fürsten als Reichsstatthalter an der Spitze einer frei aus ihrer Mitte hervorgehenden Bundesbehörde, im europäischen Völkerrecht die Stellung einnehmen auf welche sie als gleichberechtigte Theile eines großen Ganzen einen Anspruch haben. In einem westdeutschen Staatenbund wäre keine Unterjochung durch ein übermächtiges Mitglied zu fürchten. Die ungefähre Gleichmächtigkeit der Genossen würde den Vortheil haben daß die Befugnisse der Bundesgewalt rein auf die unentbehrlichen Bedürfnisse beschränkt werden könnten, das heißt auf alle die welche erfahrungsmäßig in einem kleinen Staatsbereich entweder gar nicht oder nicht mit gleicher Ersparniß befriedigt werden können. Dieß gilt von der Vertheidigung nach außen und innen, von der völkerrechtlichen Vertretung und der allgemeinen Gesetzgebung. Beeinträchtigung von den beiden Gliedern des deutschen Bundes hätte er wegen der getheilten Interessen desselben nicht zu befahren, genöße dafür aber äußern Feinden gegenüber den ganzen Vortheil der Unantastbarkeit den ihm ein Bund mit solchen Genossen gewährt. Außerdem würde eine gemeinschaftliche Zolllinie das äußere Band bilden, welches das ganze Großreich des deutschen Bundes zusammenhielte. Ein Volkshaus aber, dessen Beruf es wäre sich mit den Bundesregierungen über neue Gesetze in Bundessachen zu vereinbaren, würde am passendsten wie Oesterreich es schon früher vorgeschlagen, aus der Wahl der Ständeversammlungen der Einzelstaaten hervorgehen. Es gehört, sagt die obgenannte Schrift, die ganze Verblendung der erbkaiserlichen Partei dazu um nicht einzusehen daß kaum ein Haus volksmäßiger zusammengesetzt seyn kann als wenn die aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgegangenen Landstände die Stelle der Wahlmänner vertreten.

Der zunächst liegende Einwurf gegen diesen Plan: daß ein Gesammtstaat Westdeutschland geographisch undenkbar sey, verschwindet bei näherer Erwägung. Sämmtliche im Bundesstaat Westdeutschland zu vereinigende Länder liegen in einem fast regelmäßigen Viereck zwischen dem 25sten und 30sten Grade östlicher Länge und zwischen dem 47sten und 54sten Grade nördlicher Breite. Der Bundesstaat Westdeutschland würde in geographischer Hinsicht selbst vor Preußen begünstigt seyn, dessen Rheinlande die nordwestliche Ecke von Deutschland bilden und für Preußen nur durch dieses zugänglich sind. Käme dieser Plan *) zur Ausführung so würde, außer der Sache, noch Deutschlands Name gerettet, der sonst dem naturnothwendigen Lauf der Dinge gemäß in Preußen verschwinden würde wie die Namen der mediatisirten kleinern deutschen Länder in Württemberg und Bayern verschwunden sind. Und weil die Grundlage der Vereinigung des deutschen Bundes eine offene wahre und rechtliche wäre, weil kein auf Uebervortheilung gestellter Plan dabei im Hintergrund lauerte, würde auch jeder sich die Wahrung des Rechts angelegen seyn lassen. Man könnte sagen: „Westdeutschland falle der Reichsapfel, Oesterreich das Scepter und Preußen das Schwert des Reiches ganz von selbst zu.“

Der Verfasser ist sichtlich bemüht Oesterreich die Palme größerer Freisinnigkeit vor Preußen zu vindiciren. Wir dächten: es bedürfte keines Wortsstreits; die That wird in der nächsten Zukunft entscheiden. Diejenige von diesen beiden Mächten welche dem eben entwickelten Plane sich geneigt erweisen, ihm freudig und bereitwillig zustimmen, ihn mit eigener Macht begünstigen wird, diese dürfen wir unbedenklich als die freisinnigste und uneigennützigste, es am treuesten mit Deutschland meinende anerkennen. Hic Rhodus, hic salta.

*) Wir verweisen auf die in der heutigen Zeitung dem Lloyd gegebene Entgegnung, worin diese Frage von einem andern Gesichtspunkte beleuchtet ist.

Triest.

+ **Triest**, 24 Oct. Gestern ist der „Schild“ hier eingetroffen, der Lloyd-Dampfer, welcher die afrikanische Linie befährt. Was er uns aus Alexandria bis zum 16ten brachte, ist nicht sehr tröstlich — eine Liste der Verkäufe die in letzter Zeit statthatten und wenig Handelsleben beurkunden, auch wenig für die nächste Zukunft hoffen lassen. Die neueren politischen Nachrichten hatten dort noch mehr Bedenken hervorgerufen. Derselbe Dampfer berührte auch die jonischen Inseln, und zeigt uns die Beendigung des Aufstandes von Cephalonien an. Am 15 erschien in Argostoli eine Proclamation des Lord-Obercommissärs, womit die Gefangennahme der Insurgentenhäupter Theodor Vlacco und Vombotis, die mit Hülfe der Bauern bewirkt wurde, angezeigt und die Aufhebung des Embargo, sowie des Martialgesetzes, dem Versprechen des Lord-Obercommissärs gemäß, binnen 24 Stunden verkündet wird. Der Bezirk Palichi allein ist von dieser Wohlthat ausgenommen, denn er hat nicht nur nichts zur Herstellung der Ordnung gethan, sondern vielmehr die Insurgenten unterstützt. Die Proclamation einer Amnestie, welche ebenfalls zu Lord Wards Verheißungen gehörte, ist unterblieben. Die eingefangenen Insurgentenführer haben nämlich, so wird angegeben, Geständnisse gethan wodurch manche, wie es scheint, selbst höher gestellte Personen bloßgestellt werden — Personen auf welchen bisher nicht ein Schatten von Verdacht ruhte. Unsere eigenen Zustände bieten wenig erfreuliches. Die Cholera hat im eigentlichsten Sinn des Wortes eine Niederlage unter uns angerichtet. Das officielle Bulletin der Central-Sanitätscommission, von welchem wir glauben wollen daß es gewissenhaft aus den einzelnen Eingaben der Sanitäts-Inspectorate zusammengestellt ist, welches aber nicht alle Fälle enthalten kann, weil jene Eingaben von den behandelnden Aerzten dictirt sind, so mancher unserer Brüder aber ohne ärztliche Hülfe dahingerafft wurde — jenes Bulletin nun zeigt uns die Zahl der seit 13 Aug. bis einschließlich 22 Oct. erkrankten Individuen mit 4458 an, wovon 1735 unterlagen. Wir können ohne Uebertreibung annehmen daß der dritte Theil der Ergriffenen der Seuche zum Opfer wurde. Ist dieß an sich schon ein trauriges Resultat, und haben wir unter den Geraubten manchen wackern Mann zu betrauern der für Intelligenz oder Handel zu früh verloren ging, so wurde das Unglück noch größer durch die Menge hülflos gebliebener Wittwen und Waisen. Eine Commission des Municipiums, unterstützt von menschenfreundlichen Bürgern, sammelt nun Geld, Wäsche ꝛc. für diese Unglücklichen. Gegenwärtig ist die Krankheit sehr im Abnehmen. Das Wetter ist, wie es scheint, günstig, und wir hatten in den letzten Tagen (Stadt, Spitäler und Territorium zusammengenommen) nur noch einige 40 Fälle.

[3921]

Bekanntmachung.

(Die Einführung von Franco-Marken auf den königl. bayer. Brief-Posten betreffend.)

Im Namen Sr. Majestät des Königs von Bayern.

Im Vollzuge der königl. allerhöchsten Verordnung vom 5 Junius l. J. „den neuen Briefpost-Tarif betr.“ wird in Ansehung der dadurch angeordneten Einführung von Franco-Marken auf den königl. bayer. Briefposten hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, was folgt:

1) Vom 1 November l. J. anfangend kann die Frankirung von Briefpostsendungen im Innern von Bayern ausschließlich nur mittels gestempelter Marken bewirkt werden, welche von den Absendern selbst auf den Briefen zu befestigen sind.

2) Diese Marken tragen die Zeichen der nach dem neuen Brieftarife für den innern Verkehr in Bayern geltenden einfachen Taxsätze von 1, 3 und 6 Kreuzer und können bei jeder Posterpedition gegen Erlag der durch die Marken selbst ausgedrückten Taxbeträge in beliebiger Anzahl bezogen werden.

Der Verlag von Marken durch Private zum Wiederverkaufe ist vorerst nicht gestattet, und haben Dagegenhandelnde polizeiliche Beschlagnahme des Vorrathes zu gewärtigen.

3) Die Marken sind jedesmal von dem Absender auf der Adreßseite des Briefes ꝛc. im oberen Ecke links durch Befeuchten des auf demselben befindlichen Klebstoffes gut zu befestigen, und die auf solche Weise frankirten Briefe sodann gleich den unfrankirten lediglich in die Briefkästen zur Versendung abzulegen.

4) Zur richtigen Frankirung gibt die vor jeder Postexpedition öffentlich ausgehängte Taxe für Briefpostsendungen in Bayern mit den derselben angefügten Bemerkungen die erforderlichen Anhaltspunkte.

Ueberdieß ist zur Bequemlichkeit des Publicums ein alle Postanstalten in den Kreisen diesseits des Rheines umfassender General tarif angefertigt, welcher für jede Aufgabspost in Bayern jene bayerischen Postanstalten angibt, nach welchen gemäß der Entfernung bis zu 12 Meilen im Umkreise die einfache Brieftaxe nur 3 kr. beträgt, so daß nach allen andern Postanstalten diesseits und jenseits des Rheines, welche unter jenen nicht begriffen sind, als einfache Brieftaxe 6 kr. anzunehmen ist.

Dieser Tarif wird von jeder Postanstalt, am Sitze der königl. Oberpostämter durch die Haupt-Zeitungs-Expeditionen, um den Preis von 12 kr. abgegeben.

Bezüglich der Correspondenz nach solchen Orten wo keine Expeditionen bestehen, weiset das geographische Postlexikon für das Königreich Bayern für jeden Ort in Bayern die Postanstalt nach, durch welche die dahin abgehenden Briefe &c. bestellt, resp. bis zu welcher dieselben frankirt werden müssen, und können Exemplare dieses Lexikons, so weit der vorhandene Vorrath reicht, auch von Privaten gleichfalls durch jede Postanstalt um den Preis von 3 fl. 30 kr. bezogen werden.

5) Die einfache Taxe reicht nach den seit dem 1 Juli l. J. in Anwendung kommenden neuen Taxbestimmungen bis zu einem Loth Zollgewicht einschließlich; in Ermangelung dieser Gewichts-Gattung kann übrigens das zur richtigen Taxberechnung erforderliche Gewicht eines Briefes auch mittels eines ganzen und eines halben bayerischen Guldenstückes gefunden werden, da diese beiden Stücke zusammen in ihrem Gewichte einem Loth Zollgewicht gleich kommen.

6) Schwerere Briefe und resp. Briefpostsendungen (ausschließlich der Druckschriften) zahlen bis zu 4 Loth Zollgewicht den doppelten Portosatz, und sind daher bei der Frankirung in der Regel mit 2 Marken der auf dieselben treffenden einfachen Taxe zu versehen.

Jedoch steht auch nichts entgegen bei mehr als 1 Loth schweren Briefen, für welche die einfache Taxe nur 3 kr. betragen würde, statt zweier Marken zu 3 kr. eine solche zu 6 kr., oder bei Druckschriften über 2 bis 3 Loth statt dreier Marken zu einem Kreuzer eine solche zu 3 kr. in Anwendung zu bringen.

7) Briefe, Schriftenpakete, Druckschriften und Waarenmuster über 4 Loth schwer gehören zur Fahrpost; würden solche gleichwohl in den Briefkasten frankirt abgelegt so müßten dieselben demnach an die Fahrpost überwiesen werden, und könnte in diesem Falle die stattgefundene Frankatur keine Berücksichtigung finden.

Ebenso hat die Frankirung mittels Marken für Briefe und Briefpostsendungen nach dem Auslande keine Gültigkeit, und kann daher das Franco für dieselben nach wie vor nur bei der Aufgabe baar berichtiget werden.

8) Für Briefe welche von dem Absender durch unrichtige Anwendung der Marken unzulänglich frankirt worden sind, wird der noch fehlende Taxbetrag von dem Empfänger nacherhoben.

München, den 20 October 1849.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

[3897] Im Commissionsverlag der Cast'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen und durch dieselbe sowie durch jede gute Buchhandlung des In- und Auslandes zu beziehen:

Valdivia und Chiloë

für deutsche Auswanderer.

Herausgegeben von J. F. Cast,
Lehrer des Vereins für nationale Auswanderung und Colonisation.
Mit einer colorirten Karte. Gr. 8. brosch. Preis 24 kr.

Der Verein für nationale Auswanderung und Colonisation in Stuttgart veröffentlicht in vorstehender Schrift eine wahrheitsgetreue Schilderung über die Lage, Beschaffenheit und Zustände jener Provinzen des südamerikanischen Freistaates Chile, welche er als künftiges Auswanderungsziel ermittelt und bestimmt, und entwickelt zugleich den Plan seines Strebens und seiner Wirksamkeit daselbst. Er weiß, indem er dieß thut, vollkommen zu erwägen daß wer nur immer dem Strome der Auswanderung eine neue, von der bisherigen abweichende, Richtung zu geben beabsichtigt, mehr als gewöhnlichen Muth besitzen und seiner Sache, in der That, gewiß seyn muß; er hält es aber ebenso für Pflicht eines jeden der eine neue Abzugsquelle für die Auswanderung zu erforschen vermag, solche zu veröffentlichen, unter getreuer Darstellung der Licht- wie der Schattenseiten; den Auswanderungslustigen alle zu erwartenden Schwierigkeiten vor Augen zu führen, und sie an der Hand der Erfahrung dahin zu geleiten. Und dieses Pflichtgefühl ist es auch das dem Verein gebot die in jenen Provinzen angestellten Forschungen zu veröffentlichen, dieselben für Ansiedelungszwecke mit bestem Wissen und Gewissen vorzuschlagen und unsern auswanderungslustigen Landsleuten zu empfehlen.

[3754—59] Im Verlage von Gustav Mayer in Leipzig ist erschienen:

Erinnerungen aus der Paulskirche

von

Karl Biedermann,
ehemaliger Vicepräsident der National-Versammlung.
Ca. 27 Bogen 1½ Thaler.

Nicht sowohl das äußere stoffliche Resultat, als vielmehr das innere geistige Leben der National-Versammlung, das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien, ihr Entstehen, und ihre verschiedenen Umgestaltungen, die Zusammensetzung und der eigenthümliche Charakter jeder einzelnen, sowie ihr Einfluß auf die Versammlung — alles dieß wird theils in allgemeinen Skizzen, theils in einer Reihe einzelner tiefeingehenden Schilderungen der Parteiführer und Parteigenossen, soweit dieselben nur irgendwie bemerkbar hervorgetreten sind, dargestellt. Vorzugsweise ist dabei die letzte entscheidende Periode der National-Versammlung — von dem ersten Kampfe der Großdeutschen und der Kaiserpartei an, bis zu den verunglückten Bestrebungen für Durchführung der Verfassung und dem Fortgange der Versammlung von Frankfurt — zum Ausgangspunkte für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Parteien und der Einzelnen genommen, und es sind namentlich die letzten Wochen der Versammlung, die Verwickelungen in die sie seit der Vollendung der Verfassung gerieth, und die noch so wenig bekannten als vorhandenen Ursachen ihrer allmählichen Auflösung ausführlich geschildert. Dem Verfasser stand für alle diese Schilderungen ein reiches Material zu Gebote, durch seine Stellung als Vorstand einer der mittleren Parteien und als Mitglied des Büreau, welche ihn in vielfachen persönlichen Verkehr mit Abgeordneten aller Parteien brachte, und ihm Gelegenheit verschaffte an den wichtigsten Club- und Privatberathungen, öffentlichen Sendungen und sonstigen Begebnissen, welche tiefere Blicke in das innere Leben der Versammlung und den Charakter einzelner Mitglieder verstatteten, theilzunehmen.

[3843] So eben erschien:

H. C. Andersen,

ausgewählte Werke.

5 Bände 8. broschirt. Preis 5 Thlr.

Enthaltend: Das Märchen meines Lebens. — Reiseschatten. — Bilderbuch ohne Bilder. — Der Improvisator. — Nur ein Geiger. — O. Z. — Gesammelte Märchen.
Einzelne Bände dieser Ausgabe können nicht abgegeben werden.

Leipzig, im October 1849. **Carl B. Lorck.**

[3771—73]

Das allgemeine Geschäfts-Comptoir

des Anton Klepp zu Gratz in Steiermark,

befindet sich nun am Hauptplatze im Schlosser'schen Hause Nr. 225 1. Stock, und empfiehlt sich allen welche in Steiermark oder in andern Provinzen Güter von kleinem und großem Umfange, Häuser oder andere Realitäten anzukaufen oder zu verkaufen gesonnen sind, zu gefälligen Aufträgen, indem selbes wegen der ausgebreiteten Correspondenz in der angenehmen Lage ist jedem nur möglichen Wunsche zu entsprechen.

(3837) ☞ Neueste Erfindung ☜

Kleiner Schall-Leiter oder Gehör-Instrument.

Nach vielfachen Zeugnissen berühmter Aerzte die dieses Instrument untersucht, und vieler glaubhafter Personen die dasselbe mit bestem Erfolg gebraucht haben, hat es sich genügend bewährt daß es an Wirksamkeit alles übertrifft was bis jetzt zur Erleichterung der Taubheit in Anwendung gebracht worden ist. Mit seiner wirksamen Kraft, dem Gehör Organe volle Thätigkeit zu verschaffen, verbindet es den Vortheil wegen seiner Kleinheit im Ohre kaum bemerkbar zu seyn.

Die Taubkranken werden dadurch in den Stand gesetzt an jeder Unterhaltung theilzunehmen, während das Sausen welches sie zu verspüren pflegen, gänzlich verschwindet.

Wer hiervon Gebrauch zu machen wünscht, beliebe sich an unterzeichnete Adresse zu wenden, wo gegen portofreie Einsendung des Betrags Instrumente mit Etui und Gebrauchs-Anweisung zu nachstehenden Preisen zu haben sind, als:
ein Paar Instrumente in feinem Silber 4 Rthlr., in vergoldetem Silber 5 Rthlr. und in Gold 8 Rthlr.

H. J. Frankenheim in Bleicherode bei Nordhausen.

☞ Auch durch alle Buchhandlungen von der Adolph Büchting'schen Buchhandlung in Nordhausen zu beziehen.

[3830]

Für Lichterfabrikanten!

Talg nach einem verbesserten Verfahren durch bloßes Abtropfen ohne Presse stearinähnlich zu machen. Preis der Vorschrift 20 preuß. Thlr., wovon 12 voraus einzusenden sind. Nürnberg bei C. Leuchs & Comp.

[3860] Bei C. Krebs in Aschaffenburg ist so eben erschienen und vorräthig in allen bayerischen Handlungen:

C. Stumpf (Director und erster Professor an der königl. bayer. Forstschule), **Anleitung zum Waldbau.** Mit in den Text gedruckten Holzschnitten. 25 Bogen. Gr. 8. Velinpap. geh. 3 fl. 48 kr.

---

[309] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dr. Jos. Konr. Bangold,
königl. württemberg. Generallieutenant,

Ueber die Cholera.

Ein Beitrag zur Beleuchtung des Wesens dieser Krankheit und zur Ermittlung einer entsprechenden Heilmethode, sowie eines angemessenen Verhaltens zur Vorbauung gegen dieselbe.

Preis 18 kr. od. 6 Ngr.
Stuttgart und Tübingen, im Oct. 1849.
J. G. Cotta'scher Verlag.

[3895] Bei Th. Fischer in Kassel ist erschienen (zu beziehen durch M. Rieger in Augsburg):

Für Jäger und Jagdfreunde.
Beiträge zur Geschichte der Jagd und der Falknerei in Deutschland. Von Dr. G. Landau. Gr. 8. geh. 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr.

Das Duodecimalsystem,

vorgeschlagen für Münze, Maß und Gewichte in Deutschland, nebst Anweisung daß mit Duodecimalzahlen leichter und schneller zu rechnen sey als mit Decimalzahlen, vom Prof. **A. H. W. Breithaupt.** Mit 3 Taf. gr. 8. geh. 10 Sgr. oder 36 kr.

[3836] So eben ist bei Gustav Brauns in Leipzig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Gentleman.

Kalender

in der Brieftasche

auf das Jahr 1850.

Geograph. statist. genealog. geschichtliches Jahrbuch der Vergangenheit und Gegenwart.

Ein Hülfsbuch
für Gedächtniß und Unterhaltung
von ***Edwin Müller.***
Brosch. 6 Sgr. (excl. Stempel).
Erster Jahrgang.

Dieser hinsichtlich Form und Bearbeitung ganz neue Kalender, mit dem sich kein anderer vergleichen lässt, eignet sich, da er in einer Brieftasche tragbar, ganz besonders zum bequemen Rathgeber für Privat- und gesellschaftliches Gebrauch.

[3861—63] **Herrschaften**

in Steiermark mit bedeutendem Waldstande von 8000, 1500, 1300 und 1200 Joch schlagbaren und leicht ausbringlichen Holzes sind zu verkaufen, und belieben Kaufsliebhaber in frankirten Zuschriften sich zu wenden an das Geschäfts-Comptoir des Anton Klepp in Gratz am Hauptplatze Nr. 225.

(3884—86) **Eine große Herrschaft,**

mittels der Eisenbahn nur eine halbe Tagreise von Wien entfernt, mit der sehr großen Area von 15,000 Joch schlagbarer Waldung, sehr vielen Eisenwerken und anderen Entitäten ist entweder im Ganzen um den Preis von 2,500,000 fl. C.-Mze. oder auch in abgesonderten Theilen zu verkaufen. Kaufsliebhaber belieben sich in frankirten Zuschriften an den zum Verkaufe Bevollmächtigten Anton Klepp im Geschäfts-Comptoir zu Gratz am Hauptplatze Nr. 225 zu wenden.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag Nr. 305. 1 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Erzherzog Albrecht nach Mainz. Prinz von Preußen nach Karlsruhe. Die Centralgewaltscommissarien. Rückkehr des Erzherzog-Reichsverwesers. Gewerbthätigkeit am Niederrhein); München (vorläufige Debatte über die deutsche Frage. Ministerielle Zusicherung wegen der Bamberg Frankfurter Eisenbahn. Die Kammer nimmt das Schullehrergesetz mit einigen Modificationen an); Darmstadt (Hr. v. Lepel und die Gagern'sche Partei. Die Erwartungen von einem Reichstag); Hamburg (Erklärung Klapka's. Festrede von Dr. Riesser); Weimar (auch hier ein französischer Gesandter); Dresden (ein französisches Urtheil über die Paulskirche. Ausfall der Wahlen. Preußische Kriegskostenrechnung. Minckwitz); Köthen (die Verfassungsänderungen); Detmold (Beitritt zum engern Bund); Hannover (Gagerns kurze Anwesenheit); Düsseldorf (die gerichtliche Verfolgung des Steuerverweigerungsbeschlusses aufgegeben); Trier (Verlauf der Cholera); Berlin (die Kriegserklärung zwischen dem Ministerium und der gemäßigt liberalen Partei. Ein Schreiben des österreichischen Cabinets über den Reichstag. Die Forderungen an Bayern. Die Session. Auch Holstein, Lauenburg und Luxemburg zum engern Bund geladen); Königsberg (Jacoby); Aus der Ukermark (Kinkel); Wien (die Presse. Vorschlag zu einer Münzeinigung. Der Belagerungsstand und die Verfassung. Vorschüsse für den Pesther Handelsstand. Laube); Von der Etsch (die Truppenaufstellungen an den Gränzen).

Portugal. Die Finanznoth. Wirkung des spanischen Tarifs. Gibraltar (der Zwist zwischen Frankreich und Marocco noch unausgeglichen).

Spanien. Die Hofcabale und das Ministerium.

Großbritannien. Auch die Times erwartet gütliche Ausgleichung der türkischen Frage. Das Cap.

Frankreich. Die Cholera in Paris erloschen. Die Abstimmungsverhältnisse bei der Zurückberufungs- und der Amnestiefrage. Fürst A. Czartoryski. Tod der Königin von Madagascar. Einfall auf Nossi-Bé. Marseille (Bewegungen der englischen und französischen Flotte im Mittelmeer.)

Belgien. Der Erzherzog Reichsverweser und König Leopold.

Niederland. Thorbecke's Erklärung. Nun doch ein entschieden liberales Cabinet in Aussicht.

Italien. Mailand (Text der Radetzky'schen Proclamation); Neapel.

Norwegen. Christie †.

Griechenland. Athen 24 Oct. Keine politischen Flüchtlinge mehr zugelassen.

Türkei. Konstantinopel 17 Oct. Noch Ungewißheit über den Ausgang des diplomatischen Zerwürfnisses. Die englische Flotte in den jonischen Gewässern. Rüstungen der Pforte. Der Aufstand von Samos.

Beilage. Die deutsche Frage in Oesterreich. (II.) — Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten. (Die Anträge, in der deutschen Frage.) — München-Salzburger Eisenbahn. — Post und Eisenbahn im Lande Schwaben. — Die badischen Officiere. — Verhandlungen der preußischen Kammern. — Der Verwaltungsrath des engern Bundes. (Hr. v. Lepel.) — Prag. — Frankreich. (Paris: Die Parteien und Ludwig Bonaparte. Straßburg: Die Cholera ganz verschwunden.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: Madrid 22; Wien 20; Frankfurt 30; Augsburg 31 Oct.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 29 Oct. Erzherzog Albrecht wurde gestern Abend bei seiner Ankunft von dem Reichskriegsminister Fürsten Wittgenstein und dem österreichischen Gesandten Grafen Rechberg u. s. w. empfangen. Später brachte die bayerische und Frankfurter Militärmusik ein Ständchen vor dem „russischen Hof." Der Erzherzog ist heute um 11 Uhr, nachdem er vorher die Officiercorps der verschiedenen Besatzungstruppen empfangen, nach Mainz abgereist. Es scheint nunmehr entschieden zu seyn daß die neue provisorische Bundescommission aus den HH. v. Kübeck und Schönhals von österreichischer, v. Radowitz und Bötticher (früherem Regierungspräsidenten in Königsberg) von preußischer Seite bestehen werde. Ueber den Zeitpunkt ihrer Ankunft und Einsetzung ist noch keine definitive Bestimmung erfolgt, und kann auch wohl nicht eher erfolgen als bis die Zustimmungserklärungen sämmtlicher deutschen Regierungen zu der Uebereinkunft vom 30 Sept. d. J. eingegangen seyn werden.

*† **Frankfurt a. M.,** 30 Oct. Der Erzherzog-Reichsverweser ist bereits aus Belgien zurückgekehrt. Der Prinz von Preußen wohnte gestern Abend einer Abendgesellschaft bei dem brittischen Gesandten, Lord Cowley, bei. Heute in der Mittagsstunde reiste Se. k. Hoh. nach Baden ab, wird sich aber auch dort nicht lange Rast gönnen. Wie es nun heißt, wird die Einsetzung der neuen provisorischen Centralcommission in der Mitte des November erfolgen können, und damit stimmt auch eine Aeußerung des Prinzen von Preußen überein. Alle Handelsnachrichten versichern daß von den niederrheinischen Fabriken namentlich die in Seiden arbeitenden vollauf zu thun und starken Absatz nach dem In- und Ausland haben.

Bayern. || **München,** 31 Oct. Die Kammer der Abgeordneten hat heute ein zahlreiches Publicum herbeigezogen. Vor allem wird eine Interpellation Kirchgeßner's wegen des Baues der bayerischen Westbahn von Minister v. d. Pfordten dahin beantwortet: von den für die Jahre 1847/48 und 1848/49 bewilligten 20 Mill. seyen ungefähr 14 Mill. aufgebracht und gegen $12\frac{1}{2}$ Mill. verwendet worden, $1\frac{1}{2}$ Mill. seyen noch vorhanden. Weitere Verwendung unterblieb aus politischen und staatswirthschaftlichen Gründen, und weil Differenzen über die Bahnrichtung schweben. Im Frühjahr sollen die Bauten mit größter Energie und in weitester Ausdehnung wieder beginnen, und darüber demnächst der Kammer erschöpfende Vorlagen gemacht werden. Hierauf erstattet Hr. v. Link den bereits bekannten Ausschußvortrag über die deutsche Frage. Der Präsident Graf Hegnenberg kündigt an daß die Berathung und Abstimmung auf die Tagesordnung einer übermorgen stattfindenden Sitzung gesetzt werde. Dr. Rubner verlangt Namens der Linken Druck und Vertheilung der dem Ausschuß über die Verhandlungen mit Oesterreich mitgetheilten Papiere und legt Verwahrung gegen die „vertrauliche Manipulation" im Ausschuß ein. Minister v. d. Pfordten hat seinerseits nichts gegen diese Veröffentlichung zu erinnern, er überlasse dieß dem Ermessen der Kammer umsomehr als diese Documente bereits in einer Zeitung (N. Würzburger Ztg.) veröffentlicht worden. Prof. v. Lassaulx läßt der Kammer gegen eine in der beantragten Veröffentlichung liegende unparlamentäre Indiscretion eine so eindringliche Warnung zugehen, daß ihn der Präsident mit einem Ordnungsruf über künftige bessere Ausdrucksweise belehrt. Fürst Wallerstein rechtfertigt den Rubner'schen Antrag vom parlamentarischen Standpunkt; am wenigsten dürften die deutschen Verhandlungen in einen vormärzlichen Schleier gehüllt werden; Oesterreich sey erstarkt genug und gehe seinen Weg so klar und entschieden daß es selbst nicht Geheimthuerei anspreche; was Oesterreich erklärt, sey ein gewichtiger Factor für die bevorstehende Beurtheilung. Hr. v. d. Pfordten berichtiget daß dem Ausschuß nur bayerische Documente abschriftlich, die österreichische Antwort darauf aber lediglich in einem mündlichen Referat mitgetheilt worden sey. F. Wallerstein: Werden wir also die österreichische Antwort nicht erfahren? v. d. Pfordten: Den Ausschußmitgliedern wird sie noch im Gedächtniß seyn; sie wurde auch dort nicht schriftlich mitgetheilt. Die Verhandlung schließt damit daß der Rubner'sche Antrag gegen die Stimmen der HH. Lassaulx, Sepp und Larosée angenommen wird. Die übrige Zeit der Sitzung wird zu Berichten über die formelle Zulässigkeit verschiedener Beschwerden und Anträge verwendet.

|| **München,** 31 Oct. Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf über Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer. Referent Erzbischof Graf Reisach und ihm folgend Graf C. Seinsheim beginnen die allgemeine Discussion mit Hinweisung auf die practische Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes; was nicht mit dessen specieller Eigenschaft unmittelbar zusammenhänge, solle hier nicht in Betracht kommen. In der speciellen Discussion beanstanden die-

selben beiden Redner ein von der andern Kammer beschlossenes Amendement, welches in den Eingangsworten des Gesetzes „der demnächst bevorstehenden vollständigen Regelung der Verhältnisse der Schullehrer und der dabei einschlagenden financiellen Beziehungen“ erwähnt. Diese Einschaltung sey unpassend, sehe einem Mißtrauen in die Zusagen des Ministeriums gleich und überdieß überflüssig, da sie keinen praktischen Nutzen gewähre. Nachdem Frhr. v. Zu-Rhein sich in ähnlichem Sinn geäußert und auf einen Wunsch verwiesen hatte der zu dem im Amendement enthaltenen Zwecke dem Gesetz angehängt werden solle, verwirft die Kammer einstimmig die obenerwähnte Einschaltung. Art. 1, 2 und 3 werden in der von der zweiten Kammer beschlossenen Fassung ohne Discussion angenommen. Eine Debatte wird hingegen durch einen von den Abgeordneten neu eingeschalteten Artikel 4 veranlaßt. Dieser bestimmt daß wenn einem Schullehrer oder seinen Hinterbliebenen auf Grund der bisherigen Gesetze seine Heimathgemeinde eine Unterstützung zu gewähren hat, hiezu auch alle auswärtigen Gemeinde-Angehörigen, die dem betreffenden Schulsprengel zugetheilt sind, beizutragen haben. Der Referent beanstandet diesen Artikel aus Gründen die in der Gemeinde- und Heimathsgesetzgebung liegen, und von einer so neuen und fragmentarischen Bestimmung abrathen sollen; er, mit ihm jedoch nur die Minorität des Ausschusses, will daher Streichung des Art. IV. Die Majorität der Commission will dessen Beibehaltung mit einer kleinen Modification, indem vor den zwei letzten Worten des Artikels eingeschaltet werde: „nach gleichem Maßstabe.“ Graf Montgelas befürwortet diese Ansicht und verweist auf die Nothwendigkeit, was als materielles Recht anerkannt sey, auch als Gesetz festzustellen. Graf C. Seinsheim ist mit dem Hrn. Erzbischof völlig einverstanden; diese Bestimmung gehöre nicht in dieses Gesetz. Frhr. v. Zu-Rhein befragt den Hrn. Minister Ringelmann, ob die Regierung das Zustandekommen des Gesetzes von der Verwerfung dieses Zusatzartikels abhängig mache. Da dieses verneint wird, entwickelt er ausführlich seine Zustimmung zu dem vom Ausschuß modificirten Art. IV. Frhr. v. Freyberg, Präsident Arnold sind gegentheiliger Ansicht, v. Niethammer hebt hingegen für den Art. IV hervor daß die durch das Gesetz den Gemeinden neu auferlegte Last eine billige Repartition durch dasselbe Gesetz erhalten müsse. Die Debatte spinnt sich über diese Frage zwischen denselben Rednern noch längere Zeit fort. Hr. v. Maurer spricht noch für, v. Aretin, Minister Ringelmann und der Referent gegen den Art. IV, und dieser wird auch schließlich verworfen. Das ganze Gesetz wird sofort einstimmig in der Art angenommen, daß es wegen der zwei Abweichungen von den Beschlüssen der andern Kammer noch einmal an diese zurückgelangen muß. Dem Gesetze wird als Wunsch noch beigefügt was, wie erwähnt, im dispositiven Theil über die feste Regelung der Schullehrerverhältnisse gestrichen ward.

Gr. Hessen. ** **Darmstadt,** 26 Oct. Einer Ihrer Frankfurter Correspondenten ist der Ansicht, das Votum des großherzogl. hessischen Bevollmächtigten im Verwaltungsrath in Betreff des Interim sey von der „Gagern'schen Coterie“ veranlaßt, weil diese das Interim für nicht vereinbar halte mit dem Zustandekommen eines Reichstags für das engere Bündniß. Ueber jenen Ehrenmann will ich hinwegg-hen, obwohl ich der Ansicht bin daß jene Partei so gut wie andere ein Recht auf Existenz und auf diesen Namen hat. Was aber die Sache betrifft, so ist die Vermuthung Ihres Correspondenten schwerlich richtig. Das erklärte Organ der Gagern'schen oder Gotha'schen Partei, die Deutsche Zeitung, hat sich zwar, seitdem der Text des Interimsvertrags bekannt geworden, nicht weiter mit Bestimmtheit ausgesprochen, allein aus ihrer vorgängigen Billigung und nachträglichen Schweigsamkeit ist wohl abzunehmen daß die Partei ihre vorstechenden Eigenschaften der Einläßlichkeit und der Unterwerfung auch in diesem Falle geübt hat, und was den Reichstag betrifft, so kann sie wohl beruhigt seyn durch die Verhandlungen im Verwaltungsrath und die Erklärung des Hrn. v. Bodelschwingh. Jenes Votum ist wohl zunächst die persönliche Ansicht eines Mannes der von Natur wie durch eine lange richterliche Laufbahn gewohnt ist mit unumwundener Offenheit, ohne Rücksicht auf Gunst von unten oder oben seine Meinung zu sagen. Wie Hr. v. Lepel im Frühling des vorigen Jahrs, als die Fluth der Bewegung noch hoch ging, sein bekanntes arg verlästertes Promemoria dem Bundestag vortrug, so hat er auch jetzt im Verwaltungsrath eine Meinung gesagt, die den „Herrn Vorsitzenden“ und die hinter ihm saßen nicht sonderlich angenehm berühren mochte. Sie traf den wundesten Fleck, das wahre πρῶτον ψεῦδος der preußischen Bestrebungen, die Anerkennung des alten Bundes, die Ideen des „Bundes im Bunde,“ der Union u. s. w. — lauter Einrichtungen von denen die eigenen Anhänger sagen, der eine Paciscent müsse nothwendig zur Null gemacht werden, die also auf innere Kämpfe und auf Ränke im Finstern von vornherein gestellt sind, wobei uns andern das Räthsel zu lösen bleibt wie dabei eine parlamentarische Regierung und eine große, kräftige Politik bestehen soll. Vielleicht hat das Votum noch eine andere, wenn auch nicht beabsichtigte Bedeutung. Hr. Römer bemüht sich, wie man sagt, eine neue allgemeine Volksvertretung neben dem Interim zu Stande zu bringen; was allerdings für einen Mann wie Römer, dem es um die Freiheit Ernst ist, der österreichisch preußischen Interimsdictatur gegenüber gewissermaßen eine Ehrensache wäre. Sie sind vielleicht anderer Ansicht; ich halte einen Reichstag neben dem Interim selbst dann für unmöglich wenn das Unglaubliche geschähe und Oesterreich seine Einwilligung gäbe. Die Zeiten sind wohl vorüber für ein so großes Experiment wie ein allgemeiner deutscher Reichstag es wäre. Und wird er verweigert, was könnte geschehen? Beachtet man die Gerüchte von einem Bündniß der vier verschmähten und beleidigten Königreiche, so könnte vielleicht von allen Königreichen, vielleicht von den beiden die man jetzt österreichische Bundesgenossen nennt, vielleicht nur von einem eine Unabhängigkeits- oder Souveränetätserklärung, eine Art von Protest gegen das Interim ausgehen, der nur in den weitesten Gränzen sogenannter „Bundespflichten“ sich hielte. Wie in frühern Zeiten wo es die Bundesacte galt, so könnten auch jetzt dynastische Interessen sich einen Schein von Liberalismus umlegen. Wenn nun ein solcher Schritt von Seite der Königreiche geschähe, so wäre zehn gegen eins zu wetten daß von den kleinen Staaten ein ähnlicher nachfolgte. Dieß zuerst darum weil es ein Rang- und Etikettenschritt wäre, den gewißlich immer ein deutscher Staat dem andern nachthut; dann weil das nämliche Movens, die staatliche Selbständigkeit, hier wie dort obwaltet. Seine Selbständigkeit will keiner verlieren; die größern gar nicht und unter keiner Bedingung, die kleinern nur zu Gunsten des ächten Bundesstaats. Dieß ist der Unterschied, und darauf würden auch die Erklärungen beider Seiten hinauslaufen. Als ein Vorspiel zu einer solchen Erklärung der kleinern Staaten ließe sich nun der Artikel der Darmstädter Zeitung, von dem ich Ihnen neulich schrieb, und das Votum des Hrn. v. Lepel betrachten. Ob nun wirklich ein solcher Schritt geschieht, das hängt von vielfachen Umständen und hauptsächlich von den Garantien ab die Preußen seinen Bundesgenossen zu geben wüßte; ebenso wie das Pronunciamiento der Königreiche hauptsächlich davon abhinge was man an den verschiedenen Höfen unter deutscher Volksvertretung versteht.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 28 Oct. Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt, Heinrich v. Gagern! in der Bremer Tischrede mit dem Unterschiede zwischen Nationalsouveränetät und Volkssouveränetät. Wäre dieser Unterschied damals geltend gemacht worden als mit dem Worte Volkssouveränetät eine Pandorabüchse unklarer Begriffe geöffnet worden war, es wäre besser gewesen als beim Feste post festum. Wenn dagegen derselbe Redner die Ablehnung der Verfassungsvereinbarung zwischen Nationalversammlung und Fürsten damit rechtfertigt daß er vorausgesehen habe es werde auf diesem Wege niemals zu einem Ziele gelangt werden, so hat die jüngste Geschichte Deutschlands bewiesen daß jene Würdigung des Verhältnisses zwischen Nation und Fürsten nur zu wahr gewesen ist. Dabei aber läßt sich nur beklagen daß die Parteigestaltung der Nationalversammlung selbst ihr jenes hohe Schiedsrichteramt, in der Verfassungsangelegenheit zwischen Völkern und Fürsten endgültig zu entscheiden, aus der Hand gewunden hat. Es ist nicht ohne Interesse nach manchem deutschen auch ein französisches Urtheil über die Nationalversammlung zu hören. Saint-René Taillandier, der sich bekanntlich viel mit deutschen Verhältnissen beschäftigt, einen unparteiischen Mittelsmann zwischen rechtem und linkem Rhein-Ufer gemacht hat, spricht es am Schlusse einer „Geschichte des Frankfurter Parlaments“ aus, die in mehreren Abschnitten in der Revue des deux Mondes erschienen ist. Er sagt: „Das Urtheil welches über jene erste deutsche Nationalversammlung zu sprechen ist, scheint einfach in der Geschichte ihrer Arbeiten zu liegen, und wird von der öffentlichen Meinung in ganz Europa, wohl auch in Deutschland selbst, wenn sich dort der innere Hader befriedigt hat, dahin gefaßt werden: das Frankfurter Parlament hat seine Aufgabe verfehlt; berufen Deutschlands Einigkeit zu begründen, hinterließ es Deutschland zerrissener als je. Nicht genug: es hatte feierlich versprochen das Land während der Stürme des Jahres 1848 zu schirmen, alle Gefahren zu entfernen, Ordnung innen, Frieden nach außen aufrechtzuerhalten, kurz dem Westen Europa's das erhabene Beispiel einer gesetzlichen und friedlichen Umwälzung zu geben. Was ist aus diesen stolzen Verheißungen geworden? Die Frankfurter Versammlung war es welche für die deutschen Staaten das Gefahrvolle jenes Jahres erhöht hat. Nach außen bedrohte sie Holland (!), führte sie einen neuen Schlag gegen Polen, verwickelte sie Dänemark in einen unbilligen (!) Krieg; im Innern rief sie schließlich die Revolution zur Bundesgenossin auf, nachdem sie dieselbe anfänglich bekämpft hatte. Unter den Farben der deutschen Reichsfahne schlug sich die Demagogie allerwegen. Und wenn sonach jene edel angekündigte Umwälzung weder gesetzlich noch friedlich blieb, hat sie wenigstens eingeschlagen, und werden ihre Fehler durch segensreiche Erfolge

verdeckt werden? Nein; nur das ancien régime hat von der Frankfurter Politik Nutzen gezogen. Jener Absolutismus den man durch die 1848er Aufstände in Berlin und in Wien zu Boden geschlagen meinte, gewinnt mit jedem neuen Aufstande neue Kraft. Nicht genug daß jener abscheuliche (affreuse) Dresdener Aufstand die letzten Tage des Parlaments mit Blut befleckte, es mußte im Augenblick seiner Auflösung die Pfälzer Wirren und jene lächerliche badische Republik vererben, welche sechs Wochen lang die lachendsten und glücklichsten Landstriche am Ufer des Rheins umstürzte. So richtet der Absolutismus von Tag zu Tag sich höher auf; im Süden sind es republicanische Phantasien, im Norden communistische Versuche, die ihm nach und nach das zurückgeben was ihm die gesetzmäßige Arbeit der öffentlichen Vernunft entrungen hatte; der gute Glaube der Völker wird erschüttert, und der Ekel vor Revolutionen zieht den Ekel vor Reformen nach sich; kurz, wenn die Cabinette nicht den Rathschlägen der Klugheit endlich ihr Ohr öffnen, wenn die gewiegten Führer der constitutionellen Partei nicht mit entschlossenem Muthe das Errungene festhalten, dann wird die von Rußland unterstützte Anhängerschaft des Lehenswesens und des Pietismus bald stark genug seyn um alle Freiheiten Deutschlands zu vernichten." Der Ausdruck l'école féodale et piétiste ist zu bezeichnend, als daß er nicht die Blicke auf gewisse Mitglieder der preußischen ersten Kammer richten sollte; und doch war er bereits vor den Debatten über die Pairie niedergeschrieben! An die Führer der constitutionellen Partei also ergeht der Ruf zu wachen, damit nicht eine stärkere Sündfluth anschwillt. Wie nun hat die constitutionelle Partei sich bei den gegenwärtigen Wahlen in Sachsen geltend zu machen gewußt? Obschon noch nicht alle Wahlresultate bekannt sind, so stehen doch bereits soviel Wahlen fest daß ein ungefährer Ueberblick sich gewinnen läßt. In 52 (von 75) Wahlbezirken zur zweiten Kammer sind die Wahlen von 25 Candidaten der radicalen Partei durchgesetzt worden, mit einer Doppelwahl; unter den Gewählten sind neun wegen Betheiligung an dem Mai-Aufstande Suspendirte, und zu diesen neun gehört auch einer unsrer provisorischen Regenten, Kreisamtmann Heubner — ein glänzender Beweis für den politischen Sinn des Wahlbezirkes Freiberg. Unter den 27 Wahlen der Gegenpartei sind zwei Doppelwahlen. Von den 50 Abgeordneten zur ersten Kammer sind 18 definitiv gewählt, von denen 8 zu den Candidaten der Radicalen gehören; doch glaub' ich, lassen diese Parteibestimmungen sich nicht so fest nach der Zahl fixiren, da unter den Gewählten viele homines novi sind, von denen die Farbe nur vermuthet wird. Verhältnißmäßig stark scheint dießmal der geistliche Stand vertreten zu seyn, nächst ihm der unvermeidliche der Advocaten. Fragen wir aber mit welcher Parteitaktik gewählt worden ist, so zeigen die speciellen Wahlnachrichten daß die sogenannten Conservativ-Liberalen fast überall ihre Stimmen zersplittert haben; ja es soll vorgekommen seyn daß in combinirten Wahlbezirken zur ersten Kammer mit den beiden radicalen Candidaten zehn bis zwölf Gegencandidaten concurrirt haben. So ist die radicale Partei in nicht wenig Bezirken mit den unausbleiblichen Minoritätswahlen Siegerin geblieben. Wie traurig zeigt sich da der politische Sinn von der Nasenlänge bei der Partei die es einmal nicht hören, nicht begreifen will daß man vom Feinde Politik lernen muß. Eine Regierung aber welche nicht schein-constitutionell genug ist um in Kammern aus Minoritätswahlen eine wahrhafte Repräsentation des Volkes erblicken zu wollen, wird nicht umhin können nach zwei verunglückten Versuchen mit dem directen Wahlmodus zu dem indirecten so lange zurückzukehren bis die Urwähler jenen Grad von politischer Bildung erlangt haben daß auch ohne Clubdirection Minoritätswahlen vermieden werden. In den Bezirken welche Suspendirte gewählt haben, wird dem Vernehmen nach die Regierung anderweite Wahlen anordnen. Sonach wird namentlich die zweite Kammer für den Beginn der Sitzungen nicht vollzählig seyn. Mit eben der Sehnsucht welche die Regierung hat ihre Politik in der deutschen Frage den Kammern darzulegen, sieht man diesen Vorlagen entgegen, zumal wenn solche Baccalaureus-Reden gegen Sachsen fallen wie dieser Tage in der Kasseler Ständeversammlung. Bei dem Ueberblicken der deutschen Verhältnisse, wie sie jetzt durcheinander gewirrt sind, ist mir unwillkürlich die Erinnerung an Immermanns Münchhausen und jenen dämonischen Höherauch gekommen, der im Schlosse Schnuck-Muck-Puckelig zuletzt alles in gelblich grauen Dunst hüllt, daß der Baron und Fräulein Emerentia nicht mehr wissen wohin vor dem gespenstigen Qualm sie fliehen sollen. Wann wird für uns eine klare Wintersonne die finstern Novembernebel zerstreuen? — Nachschrift. Ich höre heute erzählen daß die preußische Kriegskostenliquidation vom Mai-Aufstande nun doch eingegangen seyn soll. Für jetzt nur dieß Gerücht; ich werde wohl Veranlassung haben auf diesen Kostenpunkt zurückzukommen. Zugleich ergreife ich die Gelegenheit einen hie und da verbreiteten Irrthum zu berichtigen. Der bei der Dresdener Untersuchung öfter genannte Minckwitz ist ganz und gar nicht, wie viele meinen, dieselbe Person mit dem durch seine philologischen Leistungen rühmlichst bekannten Dr. Joh. Minckwitz. Letzterer wurde unlängst durch das Ministerium an die Universität Leipzig gerufen, um Vorlesungen über die classische Litteratur zu halten.

F. Lippe. **Detmold**, 27 Oct. Die Regierung hat dem Landtag eine Mittheilung über den Anschluß an das Dreikönigsbündniß (dem zwei Könige fehlen) gemacht. Der Beitritt ist am 29 Sept. unbedingt geschehen, die Ratification noch vorbehalten.

H. Anhalt. **Köthen**, 23 Oct. Dem früheren Beschluß des vereinigten Landtags gemäß war derselbe vom 15 Oct. an von Dessau hieher verlegt, und nach zehntätiger Vertagung ward die fünfundzwanzigste Sitzung gestern hier vom Präsidenten Mann eröffnet. Heute theilte ihm der Präsident ein am 14 d. während der Vertagung beim Präsidium eingegangenes Schreiben des herzoglichen Gesammtministeriums mit, durch welches dasselbe noch einen wichtigen Verfassungsänderungsantrag stellt. „Die auf Abänderung der Staatsverfassung hinauslaufenden Beschlüsse bedürfen unter allen Umständen der ausdrücklichen Sanction des Herzogs." Die Aufregung über dieses Schreiben war groß: es ist leicht möglich daß es über die verschiedenen dem Landtag vorgeschlagenen Verfassungsänderungen zu einem offenen Bruch zwischen diesem und der Regierung kommt.

Thüringen. **Weimar**, 27 Oct. Auch hier wie in Kassel und Mecklenburg-Strelitz hat man jetzt wieder einen neuen bevollmächtigten Minister der französischen Republik. Hr. v. André hat dieser Tage in der genannten Eigenschaft dem Großherzog sein Creditiv überreicht.

K. Hannover. **Hannover**, 28 Oct. Heute Morgen ist Gagern, der sich seit vorgestern Abend hier aufhielt, mit der Eisenbahn über Köln wieder seiner Heimath zugegangen. Hier hielt er sich sehr zurückgezogen. Er verkehrte nur mit Stüve, mit der Mutter des Reichsjustizministers Detmold und mit frühren Reichstagsabgeordneten. Ein Bericht in der Deutschen A. Z. über Gagerns Zusammenseyn mit Stüve läßt durchblicken daß Gagerns Worte bei dem hannoverischen Minister wohl keine Meinungsänderung hervorrufen.

Hansestädte. Bei dem in Hamburg Heinrich v. Gagern veranstalteten Festmahl sprach Dr. Riesser über das Wirken der Paulskirche und die Aufgabe der Gothaer Partei: „Schwierig war das Werk, riesengroß die Aufgabe der wir uns unterzogen hatten. Mitten im Sturme der Leidenschaften, ringsum vom Brausen der Völkerstürme umtobt, sollten wir auf zerklüftetem Boden ein dauerhaftes Verfassungswerk aufrichten. Wie aber möchte ein Bau gedeihen, wenn wir die Balken zu demselben herbeitragen während es in den Nachbarhäusern brennt? Wie möchte die zarte Pflanze, die des Sonnenscheins und der treulichsten Pflege bedarf, in Sturmesnacht sich entwickeln? (Großer Beifall.) Daß aber unser Werk nicht gedieh, wessen Schuld ist es als die Schuld derer die auf die unaufhörlich mahnende und warnende Stimme der Männer des friedlichen Fortschritts nicht hörten, solange es noch Zeit war und als ein anhaltender Frieden noch unser theures Vaterland beglückte? Als nun im vorigen Jahr die Stürme losbrachen, als die Dämonen der Leidenschaft entfesselt waren, als die Flamme der Parteiung an allen Ecken und Enden des Vaterlandes emporloderte, da nahmen dieselben Männer welche die Schuld an diesen trostlosen Zuständen trugen, ihre Zuflucht zu jenen populären Männern denen sie solange das Gehör versagt hatten, da benutzten sie die gefeierten Namen derselben zum Schilde gegen das Andringen derer die sie nur zu lange des Genusses der Freiheit beraubt hatten. Aber wundern Sie sich nicht wenn Sie manche jener Männer die damals eine Schutzwehr der Throne gegen die Fluthen der Revolution bildeten, schon jetzt wieder in den Reihen der Opposition erblicken. Männer wie die Dahlmann, Schwerin, Camphausen, Beckerath, Harkort, haben den Kampf nun wieder nach einer andern Seite hin aufnehmen müssen. Es gilt jetzt gegen eine übermüthige Reaction in die Schranken zu treten. (Großer Beifall aus einem Theil des Saals.) Doch nicht überall bietet sich dasselbe traurige Beispiel daß die friedliche Vereinbarung, der gesetzliche Fortschritt, das beharrliche Vorwärtsgehen auf der Bahn der Freiheit auf so große Hindernisse stößt. Wir haben es vor wenigen Tagen erlebt daß in einem Nachbarlande durch eine friedliche Vereinbarung ein Werk zu Stande gekommen ist das einen gerade in diesem Staat früher nie gehofften und geahnten Fortschritt in sich schließt, und das viele und gute Keime zu einer gesunden Staatsentwicklung in sich trägt. Friedlich und durch Uebereinkunft ist die mecklenburgische Verfassung entstanden, obwohl auch da eine Partei besteht die das Extrem will. Diese Partei ist es die den Frieden und den Wohlstand des Landes ernstlich gefährdet; es ist dieselbe Partei die jüngst in einem dort einheimischen und in einem nur zu bekannten preußischen Organe unseres Gagern Wirken ins Lächerliche zu ziehen und zu begeifern suchte. Es ist endlich dieselbe Partei die lieber den Triumph des Landesfeindes als den der Freiheit in der eigenen Heimath herbeigeführt sehen möchte. Wohl war es uns nicht beschieden daß wir unser Werk in Frankfurt mit Erfolg gekrönt sahen, wohl mußten wir unsere Wünsche und Hoffnungen herabstimmen; aber wir halten fest an der Zuversicht des endlichen Gelingens

unserer Bestrebungen, wenn wir auch dem Ziel nur allmählich, nur auf Umwegen uns zu nähern im Stande sind. Das Gothaer Programm das wir angenommen, ist das Programm der schmerzlichsten Resignation, der entsagendsten Vaterlandsliebe. (Großer Beifall.) Man hat zuweilen im vorigen Jahr der demokratischen Partei den Vorwurf gemacht daß sie mit dem Ausland buhle, daß sie der ächten, treuen, hingebenden Liebe zum Vaterlande entbehre. Aber nunmehr ist es die absolutistische Partei die sich nicht entblödet hat dem Feinde Deutschlands den Sieg zu wünschen, während sie die Freiheit überall niedergehalten, aufs äußerste verfolgt und bis in ihre letzten Asyle verfolgt sehen möchte. Was wir begehren und erstreben ist die Freiheit, wie sie im Bewußtseyn der Menschenwürde und in den Ueberzeugungen der edelsten Männer der Gegenwart und der Vergangenheit wurzelt. Wenn nicht ein warmer Hauch der Freiheit die starren Glieder erwärmt, kann unser Bau nicht gelingen. (Rauschender Beifall.) Einer der Redner hatte den Frauen und Jungfrauen ein Hoch gebracht. Daran anknüpfend sagte H. v. Gagern: Es ist der Geist der Frauen, es ist ihr Herz und ihre Gunst der Hebel zur großen That. Und sie waren zu keiner Zeit ohne Wirkung. Die Wimpel, die deutschen Unternehmungsgeist in die Ferne führten, wurden wohl schon zu den Zeiten der Hansa von Frauen gestickt und geziert. Dieser Unternehmungsgeist, er hat sich bis heute fortgepflanzt und erhalten, und möge auch fortan mächtig bleiben und wachsen. Dem Geiste der Hansa, der die Welttheile mit einander und mit dem Vaterlande verkettet, dem rührig schaffenden und wirkenden Geiste der Hansa ein Hoch. Es lebe der Geist der Hansa! — Hierauf folgte ein Trinkspruch von Hrn. Meier aus Bremen auf die Einigkeit und alte Schwestertreue der Hansestädte, und von Hrn. Dr. Geffcken auf Meier und Bremen. Dann nahm zum Schluß Hr. Godefroy das Wort und brachte ein Hoch auf Deutschland aus. Das Ende des Festes war 9½ Uhr. (Hamb. Börsenh.)

Hamburg, 27 Oct. Die norddeutschen Blätter theilen folgende Erklärung von Klapka mit: „Die Const. Ztg. (Beilage vom 24 Oct.) entnimmt der Const. Correspondenz folgende Mittheilung: „„die ungarischen Flüchtlinge scheinen ihre Auswanderung nach Amerika nicht ganz mittellos angetreten zu haben. Klapka hat hier in Berlin die Summe von 200,000 Thlr. Gold in Wechsel auf England umgesetzt.““ Da diese Mittheilung darauf berechnet scheint mein Wirken in Ungarn zu verdächtigen, so glaube ich sowohl meiner Ehre als der meiner Unglücksgenossen die öffentliche Erklärung schuldig zu seyn daß jene Mittheilung eine freche Lüge ist. Ich und meine Genossen haben kaum so viel gerettet um unsere allernächste Zukunft nothdürftig sicher zu stellen. Uebrigens war ich bekanntlich in Berlin gar nicht in der Lage frei über meine Handlungen zu disponiren, da ich während der kurzen Zeit meines dortigen Aufenthalts stets von einem Polizeibeamten begleitet und bewacht wurde. Hamburg, 26 Oct. 1849. Klapka.“

Preußen. **Düsseldorf,** 26 Oct. Dem Hrn. Advocat-Anwalt Bloem dahier ist folgende Zuschrift zugegangen: „In der Untersuchung gegen diejenigen Mitglieder der Nationalversammlung welche den Steuerverweigerungsbeschluß vom 15 Nov. v. J. zur Ausführung zu bringen unternommen haben, benachrichtige ich Sie daß von dem gegen Sie eingeleiteten Verfahren Abstand genommen ist. Berlin, den 22 Oct. 1849. Sethe.“ Soviel wir wissen, sagt die Düsseld. Ztg., war Hrn. Bloem nichts davon bekannt gewesen daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet.

* **Trier.** Die Cholera kann in hiesiger Stadt als erloschen betrachtet werden, nachdem in dem Zeitraume vom 23 Julius bis 10 October von einer 16,000 Seelen starken Bevölkerung intra muros 1369 Individuen an dieser Seuche erkrankten, von welchen 701 starben, 643 genasen und 25 noch in Behandlung, respective in Genesung begriffen sind. Vor dem 10 Sept. war das Verhältniß der Genesenen zu den Gestorbenen ein sehr ungünstiges, 1 : 5. Seit dem gedachten Tage stellte es sich besser, was ja auch an andern Orten gesehen worden ist. Die Opfer welche die Cholera gefordert gehören fast ohne Ausnahme der ärmern Classe an. Aus dem Mittelstande sind nur wenige und aus der wohlhabenden Classe sogar nur 6 erkrankt und von diesen nur 3 gestorben, und diese waren solche welche vermöge ihres Standes mit den Cholerakranken in häufige Berührung kamen. In Koblenz, wo die Krankheit auch eine epidemische Verbreitung gewonnen, tritt sie milder als in Trier auf. Sonderbarerweise ist in Koblenz der Mittelstand vorzugsweise davon heimgesucht, das Proletariat dagegen wenig.

Berlin. Die Berliner Presse legt in allen ihren Schattirungen offen den Bruch dar der zwischen dem Ministerium und der liberalen Seite der Kammer ausgebrochen ist. Männer wie Beckerath, Auerswald, Schwerin, Simson, Dahlmann, die so lange als möglich, und noch etwas darüber hinaus, mit der Regierung zusammenhalten wollten, konnten doch den preußischen Kammern das erste Recht des Repräsentativstaats, das freie Urtheil über die Staatsfinanzen, nicht nehmen lassen ohne den ganzen Verfassungszustand Preußens und des Deutschlands das sich ihm anschließen will, in die Luft zu stellen. Daß sie die Minister fast flehentlich gebeten eine Versöhnung mit den Verfassungsfreunden nicht unmöglich zu machen, wird ihnen nun als Drohung ausgelegt. Das Organ des Ministeriums, die in der Regel so leise auftretende Deutsche Reform, sagt: „Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen daß eine gewisse Fraction der Kammer nunmehr offene Fehde will: der Weg welchen Hr. v. Auerswald neulich zuerst beschritten hat ist von Hrn. v. Beckerath gleichfalls verfolgt worden, und auch die Dii minorum gentium können sich das Vergnügen nicht versagen ihre machtlosen Pfeile auf das Ministerium zu richten. Sie müssen wohl in dem neulichen Anerbieten des Ministers des Innern in Bezug auf eine mögliche Versöhnung ein Zeichen der Schwäche oder kleinmüthiger Nachgiebigkeit erblickt haben, um auf einmal so zuversichtlich und keck von der bisherigen Vorsicht zur übermüthigen Herausforderung überzugehen. Aber wir sind unbesorgt: sie werden hoffentlich sehr bald gewahr werden daß sie es nicht mit der Schwäche zu thun haben, sondern mit demselben energischen Willen welcher sich seit dem November in allen Lagen bewährt hat, welcher in der versöhnenden, vermittelnden Milde eben um seiner Kraft willen weit, sehr weit gehen kann, dessen Selbstbewußtseyn es aber nimmermehr zuläßt daß man ihm statt die Hand zur Versöhnung zu reichen, mit vornehmem Tone gleichsam Verzeihung anbiete. Für uns war dieses Auftreten nicht überraschend; denn wir haben nie an einen aufrichtigen Frieden von dieser Seite geglaubt.“

In scheinbarem Widerspruch mit diesen Drohungen des ministeriellen Blatts steht folgende Angabe der Berliner Nachr., deren confuses Ende aber ihrerseits wieder im Widerspruch mit dem Anfang steht. „Es verlautet aus guter Quelle daß die Regierung zu einer Verständigung mit der zweiten Kammer in Bezug auf §. 108 bereitwillig die Hand bieten werde, so daß die volle Feststellung und Bewilligung des Budgets beiden Kammern gewährt werden soll. Dagegen verlangt die Regierung daß die Steuerpflichtigen ihre Pflichten gegen den Staat unausgesetzt zu leisten haben, mithin die Steuern fortwährend in die Staatscassen fließen müssen.“

⁑ **Berlin,** 29 Oct. Gegen die Zusammenberufung des Reichstags für den engern Bund ist von Seite Oesterreichs kein Protest eingelegt worden. Wohl aber ist, wie ich höre, ein Schreiben eingetroffen in welchem mit Bezugnahme auf die freundschaftliche Stellung der beiden deutschen Großmächte diese Maßregel einer vertraulichen Besprechung unterworfen, und die Besorgnisse ausgedrückt werden welche man österreichischerseits vor den Folgen hegt. Es ist dabei auch auf die Spannung hingedeutet die durch Sachsens und Hannovers Widerspruch entstanden ist, und in welcher man Gefahren erblicken will. Ueberhaupt betrachtet man den ausgeschriebenen Reichstag in Wien nur als eine Art von Propaganda der Bewegung; warnt davor und sträubt sich besonders gegen den Gedanken daß der von Preußen gegründete neue staatsrechtliche Verband als Kern zu einem größeren Bundesstaate angesehen werde. Man bringt dieß letzte österreichische Schreiben mit der Abschiedsunterredung der HH. v. Zeschau und v. Wangenheim mit General v. Prokesch in Verbindung. Es wird dasselbe wahrscheinlich eine ebenso freundliche und beruhigende Entgegnung finden, ohne daß Preußen in Beziehung auf Hannover und Sachsen nur irgendwie seine Haltung verändert. Die Quaestio litis kommt zunächst vor das Bundesschiedsgericht, und überdieß ist man hier fest entschlossen innerhalb des Verwaltungsraths keinerlei ähnliche Hemmungen von jenen Staaten zu dulden. Die pfälzische Besetzungsangelegenheit und die Entschädigungsfrage wird nunmehr wohl auch Gegenstand diplomatischer Verhandlungen werden. Eine Note der bayerischen Regierung ist jedoch bis heute, wie ich aus guter Quelle weiß, nicht eingegangen, und daher auch dasjenige was Ihr Berliner A Correspondent als Folge derselben bezeichnet, als unbegründet anzusehen. So fest es hierorts stand daß über diesseitige Forderungen überhaupt erst nach Anerkennung bayerischerseits ein Liquidationsverfahren eintreten, und daß also von einem Einhalten der Steuerquoten noch nicht die Rede seyn könne, so scheinen doch seit der Beantwortung der Lerchenfeld'schen Interpellation, welche jedes Entschädigungsanrecht Preußens zu verneinen schien, ein sehr entschiedenes Geltendmachen dieses Anrechts und auch vorbeugende Maßregeln eintreten zu sollen. Es versteht sich von selbst daß es dabei sich immer nur von den wirklichen Requisitionen Bayerns handelt. In der schleswigischen Angelegenheit wird es preußischerseits sehr übel vermerkt daß Dänemark durchaus noch keine Einleitung zu den Friedensunterhandlungen trifft und so den Conventionszustand und seine Unregelmäßigkeiten verlängert. Frhr. v. Werther, der einige Zeit hier anwesend war, hat neue Instructionen empfangen und Dr. Balemann häufige Conferenzen mit dem kaum wiederhergestellten Minister des Aeußern Hrn. v. Schleinitz gehabt. Die Sicherung

der Fregatte Eckernförde (Gefion) liegt der Regierung sehr am Herzen, zumal sie bei einem doch möglichen Ausbruch der Feindseligkeiten leicht eine Prise der Dänen werden könnte. Wenn die in „Reichsdiensten“ befindliche Mannschaft derselben sich nicht widersetzte, wäre sie längst in einem preußischen Hafen geborgen. Die Aufforderungen zum Beitritt zu dem Vertrage vom 30 Sept. sind nunmehr auch an den König von Dänemark als Herzog von Holstein und Lauenburg und an den König der Niederlande wegen Luxemburg ergangen.

Aus der Ukermark, 25 Oct. Ein Gutsbesitzer, dem das Geschick Kinkels warm am Herzen liegt, hatte gleich nach seiner Ankunft in Naugard an denselben geschrieben und ihm seine kleine Bibliothek zur Disposition gestellt, in der einfachen Absicht Kinkel durch den Gebrauch derselben in möglichen Mußestunden eine geistige Zerstreuung zu gewähren, bis es seinen Freunden in der Heimath mit der Zeit gelungen seyn würde ihm eine größere und bessere litterarische Auswahl zu beschaffen. Auf diesen an Kinkel selbst gerichteten Brief war folgendes Schreiben des Directors der königl. Straf- und Besserungsanstalt zu Naugard die Antwort: „Der Strafgefangene Gottfried Kinkel kann in seiner jetzigen Lage von der ihm angebotenen Lectüre zur Zeit keinen Gebrauch machen, was ich Ew. ꝛc. auf die gefällige Zuschrift vom gestrigen Tage hiemit ganz ergebenst erwiedere.“ Da diese Zuschrift in Naugard am 21 Oct. zur Post befördert ist, so dürften sich die früheren Nachrichten über die Milderung der Lage Kinkel's hiermit widerlegen. (Nat.-Z.)

Königsberg, 24 Oct. Bei der am 20 d. M. stattgefundenen Vernehmung des Dr. Jacoby soll derselbe alle auf die Stuttgarter Verhandlungen bezüglichen Facta eingeräumt haben. Die Voruntersuchung ist bereits geschlossen. Da dem Staatsanwalt die gesetzliche Verpflichtung obliegt die Anklageschrift innerhalb acht Tagen einzureichen, so wird der Proceß des Dr. Jacoby jedenfalls noch vor dem Schwurgericht, welches den 5 Dec. d. J. hier zusammentritt, zur Verhandlung kommen. (N. Königsb. Ztg.)

Oesterreich. * **Wien,** 27 Oct. Die Ostdeutsche Post greift heute auf der politischen Pfeife nach einem gewagten Ton. Die provisorische Organisation Ungarns legt ihr die Frage vor: ist jene Militärdistricts-Administration und die verfassungsmäßige parlamentarische Regierung möglich? Sie erklärt: „Die ganze Fülle der ausübenden Gewalt in Ungarn, und das ausschließliche Recht zur Kundmachung gesetzlicher Verfügungen sowohl im Mittelpunkt der gesammten Landesverwaltung wie auch innerhalb der neu gebildeten militärischen Districte, ist in die Hände des Armee-Obercommandanten, beziehentlich der Militärdistricts-Commandanten gelegt, welchen zur Seite der bevollmächtigte kaiserliche Commissär und die von ihm abhängigen Ministerialcommissäre in den Districten, sodann die Districtsobergespäne ungefähr in der Eigenschaft wie Adjutanten für die den Militärbeamten weniger geläufigen Civilgeschäfte fungiren. Ueber die Stellung des Armee-Obercommandanten und der seinem Befehl untergeordneten Districtscommandanten gegenüber der verantwortlichen Centralregierung enthält das Organisirungsstatut kein Wort, wogegen der dem ersteren zur Seite stehende bevollmächtigte kaiserliche Commissär allerdings als das dem Ministerium unmittelbar untergeordnete und von ihm ausgesendete Organ bezeichnet wird. Wüßten wir nicht daß nach den Grundsätzen der Reichsverfassung ein dem Ministerium nicht untergeordneter, ein von ihm unabhängiger Träger der Executivgewalt staatsrechtlich unmöglich ist, so läge wahrlich nach dem offenbaren Gegensatz dieser letzteren Bestimmung die Annahme sehr nahe daß der eigentliche Träger der gesammten vollziehenden Gewalt in Ungarn, jeder Abhängigkeit von dem Willen des Ministeriums entzogen, weder ihm (und zwar zunächst dem Kriegsministerium) untergeordnet, noch als von ihm abgesendet zu betrachten sey. Jedenfalls hätte das Organisationsstatut in dieser Beziehung diesem Zweifel entweder nicht Nahrung geben oder ihn völlig beseitigen sollen. In der That scheint aber die Lösung dieser Frage, die uns heute nicht zum erstenmal beschäftigt, seit gestern durch den merkwürdigerweise gleichzeitig veröffentlichten allerhöchsten Armeebefehl vom 16 Oct. wesentlich erleichtert, indem wir dadurch erfahren daß allerdings alle auf das Operative der Armee Bezug habenden Geschäfte sowie alle höheren Personalien derselben vom Stabsofficier aufwärts der Verwaltung und somit der möglichen Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums entzogen sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber werden die Maßregeln des Hrn. Armee-Obercommandanten zur Wiederherstellung und Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und zur Handhabung des Ausnahmszustands wohl zu der Operative der Armee in Ungarn gehören, sowie die Frage über die bei dieser Gelegenheit erfolgte Auswahl der Personen durch obigen allerhöchsten Armeebefehl hinreichend beantwortet ist.“ Der Lloyd dagegen, den weder Scrupel noch Zweifel plagen, ist munter und guter Dinge, weil er die Gabe hat aus dem angezogenem Gesetz gerade das Gegentheil wie die Ostdeutsche Post herauszulesen. Denn „was er für Ungarn wünschte war daß das Ministerium selbst die Verantwortlichkeit für die Regierungsmaßregeln übernehmen sollte, daß nicht länger jeder Tadel unzweckmäßiger Maßregeln auf die Militärverwaltung abgewälzt werden konnte, die doch in der Regel weder den Beruf noch den Ehrgeiz hat eine Civiladministration zu leiten, und der auch jede öffentliche Kritik gleichgültig bleibt welche nicht ihre Waffenthaten betrifft. Ein tüchtiger General tröstet sich leicht darüber wenn man ihm auch beweist daß er ein sehr untüchtiger Administrator ist, und einen guten Soldaten kümmert es wenig wenn man ihn einen schlechten Civilbeamten nennt. Ein Feldherr der sich seine Lorbeeren auf heißen Schlachtfeldern gepflückt hat, mag darüber lachen wenn man von ihm sagt daß er nicht verstanden habe sich auch eine Krone von Eichenlaub zu winden, an der ihm gar nichts gelegen ist, aber das Land findet Ursache hierüber zu weinen. Jetzt wird dieß nicht mehr in Ungarn der Fall seyn können. Der Minister des Innern, der Justizminister, der Finanzminister, der Handelsminister, der Minister für Landescultur und Bergbau, sie werden jetzt ihren Ruf und Ruhm zum Pfand für die zweckmäßige und weise Leitung der Regierung in Ungarn einzusetzen haben.“ Die Petition aus Steiermark in der Ostdeutschen Post, von der ich Ihnen schrieb, gibt heute der Presse Gelegenheit dem Hrn. Minister des Innern einige bittere Worte zu sagen. Die Verschleppung des Verfassungswerks wird dem Nachfolger des Grafen Stadion zur Last gelegt, während letzterer „bekanntlich die Durchführung der Verfassung mit großem Eifer betrieb und ein nicht ungewöhnliches Organisirungstalent besaß.“ Den Grund des Aufschubs selbst findet die Presse darin „daß die Landtage bei der frühern Fassung der Statute und der großen Entfernung des Zeitpunkts wo der Reichstag zusammentreten konnte, sich leicht verleiten lassen möchten Gegenstände für ihre Berathungen zu wählen welche nicht unmittelbar in ihren Wirkungskreis gehörten. Dieser Wirkungskreis mußte näher bestimmt, die übrigen Statuten verfaßt, und damit die Verhandlungen in ihrem Geleise gehalten würden, die alsbaldige Berufung des Reichstags ermöglicht werden.“

Die Ostd. Post sagt: „Wenn wir dasjenige Maß auf welches wir heute reducirt sind, mit dem vergleichen was der Presse im vorigen Jahr in den ersten Monaten des Ausnahmszustandes zu sagen erlaubt war, so beschleichen uns die ernstlichsten Sorgen um die Freiheit der Presse in Oesterreich. Niemand in der Welt wird es abzuläugnen wagen daß der Geist der Bevölkerung ein zehnfach calmirterer ist als wie in den ersten sechs Monaten nach dem grausen October. Jedermann ist zu seiner gewohnten Beschäftigung zurückgekehrt, jedermann sieht ein daß der Veitstanz des vorigen Jahrs wahnwitzig war, selbst die wenigen Unverbesserlichen, die noch etwa von Revolutionen träumten, müssen durch das totale Niederschlagen der Revolution in Ungarn, die doch von Umständen und Machtentwickelungen begünstigt war wie keine zweite, nüchtern geworden seyn. Und doch ist das freie Wort heute gefährlicher als in den Tagen wo der Ausnahmszustand seine ersten Schuhe anlegte, und doch sind heute die Ansprüche an die Schweigsamkeit und Selbstentmannung der Presse größer als im vorigen eiskalten Winter!“ Indessen findet man in den Pesther Correspondenzen doch den ungeschminkten Ausdruck des Schmerzes und Bedauerns über die neuen Hinrichtungen, besonders über die des Barons Sigmund Perenyi.

* **Wien,** 28 Oct. Auf den gestrigen Artikel der Ostdeutschen Post, welcher die Lage der österreichischen Presse als sehr drückend schilderte, erfolgt heute eine Erwiederung der „Presse“, welche die Ostdeutsche Post der Schwarzseherei anklagt. Denn wenn jenes Journal zu verstehen gäbe, als klopfe die erlauchte Censur schon an die Thore Wiens, so brauche man sich nur an §. 83 der Verfassung zu erinnern, welcher vorschreibt: „Die Presse darf nicht unter Censur gestellt werden.“ Für den lebendigen Inhalt dieses Gesetzes aber sey das kaiserliche Wort verpfändet. Auch wäre der Vergleich mit den Zuständen des Novembers vergangenen Jahrs nicht stichhaltig, denn schon damals hätten die Minister die Kritik ihres Programms der „Presse“ verwiesen. Dabei tröstet sich dieses Journal: „Es ist uns zwar ebenso bekannt, wie der Ostdeutschen Post, daß das Ministerium fortwährend wohlgemeinte Rathschläge erhält den Belagerungszustand nicht aufzuheben, ohne wenigstens früher das bestehende Repressivgesetz gegen die Presse angemessen zu verschärfen. Das Ministerium weiß aber zu genau daß eine weise Regierung nicht nöthig hat die freie Presse zu fürchten, und daß Maßregeln welche die Wohlfahrt des Landes befördern, eine feindselige Sprache unmöglicher machen als die schärfsten Repressivgesetze.“ Ohne meine eigene Meinung einem fremden Journal unterlegen zu wollen, verstehe ich den Artikel der „Presse“ nicht anders als wolle sie der Ostdeutschen Post die Vorsicht anempfehlen den Teufel nicht an die Wand zu malen. Möglich daß man auf der oberen Bäckerstraße von politischer Melancholie beherrscht wird, denn der erste Artikel der heutigen Ostdeutschen Post enthält gar wenig tröstliche Betrachtungen. Die neue Militäradministration neben oder unter der Märzverfassung erscheint ihr als die seltsamste Staatenbildung, wie eine Mischung von Rußland und Belgien, von Repräsentativ- und Martialstaat. Auch ihr glänzt als einziger nicht umwölkter Stern das Wort der Majestät daß nicht das Militärstatut vom 12 d. die österreichische Gesammtverfassung

verschlinge. Es sey der nächsten Geschichte vorbehalten darüber zu entscheiden: „Wird der Einfluß der übrigen unter dem Schutze der Verfassung stehenden Kronländer mildernd hinüberragen in die theilweise außerhalb derselben gestellten Provinzen, oder wird nicht der Geist der Strenge, den man für jene als Norm nöthig glaubt, unwillkürlich herüberspielen zu uns die wir unter dem Schutz der noch nicht realisirten und noch lange nicht zu realisirenden Verfassung stehen? Es ist ein großer ernster Wendepunkt an dem wir stehen sollen; wie weit wir auch in der Geschichte der neueren Zeit umherspähen, nirgends finden wir ein analoges Beispiel für die Lage in welcher Oesterreich jetzt sich befindet, nirgends finden wir einen Dualismus solcher Art in einem und demselben Staate auch nur auf die Dauer von Monaten möglich, und mit ernster Seele müssen wir uns fragen welches von beiden Elementen wird die Oberhand gewinnen?“ Ich will als gutes Omen zur Entscheidung dieser Frage hier auf die Nachricht im Lloyd verweisen daß die Vollstreckung der Todesstrafe für rein politische Verbrechen nach Beschluß des Ministerraths fernerhin in Ungarn nicht mehr statthaben solle. — Der Lloyd bringt heute einen langen wichtigen Artikel für Einführung einer gleichen Münze für ganz Deutschland, oder besser Centraleuropa. Ich ziehe den Artikel nicht aus, weil ich recht wohl Ihr Interesse an einer Handelseinigung des Südens mit dem Norden kenne, und die Allgemeine Zeitung, als ein Journal welches vorzugsweise in Süddeutschland wurzelt, alle Ursache hat für die localen Bedürfnisse Sorge zu tragen und daher den Artikel vollständig geben wird. Nur Eines will ich hinzufügen. Die Münzeinheit welche vorgeschlagen wird ist die spanische, welche in Nord- und Südamerika und im Orient Geltung hat. Schließt sich nun Deutschland, d. h. die 70 Millionen von der Nordsee bis nach Orsova, diesem schon gegebenen verbreiteten Münzfuß an, so könnte der spanische Thaler zur Weltmünze werden. Der Gedanke ist ein genialer, und Ihr Bremer Mitarbeiter wird hier seine Lieblingsidee angeregt finden, nämlich Deutschland von dem Londoner Wechselmarkt zu befreien, und durch eine Münzeinheit mit den transatlantischen Gebieten einen Baumwollenmarkt in einen deutschen Hafen zu ziehen. Das Verdienst darf man dem Lloyd nicht absprechen daß er unermüdet zu einem ökonomischen Kreuzzug gegen England predigt, denn der Erfolg der vorgeschlagenen Maßregel dürfte ein sehr empfindlicher Schlag für die Londoner Börse werden.

— **Wien**, 27 Oct. Ist es nicht als ob in den Regionen welche Oesterreichs Geschicke leiten, zwei entgegengesetzte Naturen mit einander rängen? Die eine hängt sich an den Geist der alten Zeit „mit klammernden Organen;“ aus ihr gehen die fürchterlich strengen Maßregeln, die Hinrichtungen in Ungarn hervor. Dieses Wesen, das stets verneint, scheint es nicht begreifen zu können daß Milde oft eine weit wohlthätigere Wirkung ausübt, in einem viel höheren Maße ein staatsmännisches Mittel seyn kann, als die unerbittliche Handhabung des nackten Gesetzes. Wir wünschen ein starkes Königthum, weil für uns in demselben eine Garantie mehr des sich neu entfaltenden constitutionellen Lebens liegt; aber der Uebergang von dem alten absolutistischen System zu diesem neuen politischen Seyn des Staates war ein so rascher, ein so wenig vermittelter daß man schon aus solcher Rücksicht die wuchernden Auswüchse der revolutionären Feuerepoche billiger hätte beurtheilen sollen. Die andere Richtung in jenen Regionen ist die der organisirenden Kraft, des Begründens ökonomischer Zustände, die eigentlich allein im Stande sind Oesterreichs Wiedergeburt nachhaltig zu befördern; und welche vielleicht einst die Namen ihrer Schöpfer den ersten Staatsmännern von Frankreich und England auf diesem Felde, einem Colbert, einem Huskisson an die Seite stellen. Brachten uns vor ein paar Tagen die Blätter aus Ungarn wieder Nachrichten von Todesurtheilen, von der Hinrichtung eines Greises, die dem natürlichen Tode vielleicht nur um die kleinste Spanne Zeit vorgegriffen hat, so enthält dagegen, gerade um diesen Gegensatz auf das schärfste zu beleuchten, die Wiener Zeitung eine Kräftigung der längst von der wahrhaft großdeutschen Partei gehegten Hoffnungen, nämlich Vorschläge zur Anbahnung eines Handelsbundes in der Mitte von Europa. Oesterreich legt, wenn die Sache ernstlich verfolgt wird, vielleicht die Grundlage zur Reconstituirung des alten römischen Reiches deutscher Nation ein; aber das Oesterreich das sich den Norden auch politisch gewinnen will, vermag seine Herrschaft nur auf der strengsten sittlichen Basis über der ökonomischen Grundlage zu erhalten; und in diesem Sinne fällt auf die Hinrichtungen in Ungarn ein noch zweifelhafteres Licht staatsmännischer Weisheit. Die Allgem. Zeitung hat in ihrer Beilage von Nro. 248 bis 253 in einer Reihe von Artikeln unter dem Titel der „Norddeutsch-österreichische Handelsbund“ die ökonomischen Linien von Europa in seiner Verbindung mit den übrigen Welttheilen gezogen; sie hat damals darin das Axiom aufgestellt daß dieselben alle in Wien zusammenlaufen. Dort hieß es am Schlusse: „Glücklich die Völker welche, wie Spanien und Frankreich, vermöge ihrer Lage der Mitte Europa's zwischen zwei Meeren angehören, und dreimal glücklich unser Vaterland (das Gesammtdeutschland) das als Mittelpunkt auch zwischen dem Osten und Westen die gesammten Handelsfäden eines in allen Adern pulsirenden Welttheils, ein Herz in sich zu concentriren bestimmt ist.“ Der Schluß des Artikels aus der Wiener Zeitung stimmt fast wörtlich mit diesem Satze überein!

△ **Wien**, 29 Oct. Die Nachricht daß ein Courier mit dem Befehl die Todesstrafe aufzuheben nach Ungarn abgegangen, bestätigt sich *); die neuesten Pesther Berichte bringen zwar eine nicht unbedeutende Zahl von Verurtheilungen, aber sie sind sehr gelinde ausgefallen. Die Kaufleute aus den Provinzen langen ungemein zahlreich an, um sich von hier auf den Pesther Markt zu begeben. Die Regierung hat eine Million Gulden zur Unterstützung des Pesther Handelsstandes bewilligt. Diese Summe wird auf Waaren zu zwei Drittheilen des Werthes auf zwei Jahre vorgestreckt. Das in den Zeitungen verbreitete Gerücht daß die dem Fürsten Metternich gehörende Herrschaft Königswarth mit Beschlag belegt worden sey, entbehrt, wie ich Ihnen aus ganz glaubwürdiger Quelle mittheilen kann, aller Begründung. Heute war in der Nationalbank ein ziemlicher Andrang um die Einlagen zum 4½proc. Anlehen noch vor dem an dem 14 Nov. festgesetzten Termine ganz oder theilweise zu vervollständigen. Dieser Umstand deutet das Vertrauen des Publicums zu dieser Finanzoperation besser an als es durch zweideutige Börsenmanövers geschehen kann. Unsre Buchhändler sind über den neuen Erlaß des Feldzeugmeisters Welden, der eine beinahe förmliche Censur für alle politischen Broschüren und Schriften befiehlt, in Verzweiflung, und wagen nicht etwas drucken zu lassen. Es muß nämlich jedes Manuscript vorher der Militärbehörde eingereicht werden. — Heinrich Laube's Anwesenheit hier gibt wieder Veranlassung zu dem Gerüchte daß er die Stelle eines Dramaturgen an unserer Hofbühne nun doch endlich erhalten werde. Morgen erwarten wir die erste Vorstellung seines „Struensee.“ Die „Karlsschüler“ gehören hier längst zu den beliebten Stücken. In Betreff der Persönlichkeit Laube's ist es hier in guter Erinnerung daß er in den heißen April- und Maitagen des vorigen Jahres, wo er sich ebenfalls hier befand, zur Ruhe und Besonnenheit mahnte, während Schütte und andere die Sturmpetitionen schürten, die uns allerdings Stürme genug brachten, ohne andern Erfolg als daß alle Knospen und Blüthen des hoffnungsreichen Frühlings in Staub fielen. Welchen Unwillen erregten damals hier Laube's Briefe in der Allgem. Zeitung, und wie wahr und prophetisch finden wir sie jetzt, da wir sie wieder lesen in Laube's kürzlich erschienenem: „Das erste deutsche Parlament!“

✠ **Von der Etsch**, 28 Oct. Die angekündeten Durchmärsche zur Verstärkung des Schwarzenberg'schen Corps nahen ihrem Ende, wenn nicht etwa, wie es etliche wissen wollen, ein kleiner Nachtrag von ein paar tausend Mann noch zugewogen wird, da unterdessen auch die Vertheilung der Truppen eine veränderte geworden ist. Bis jetzt ist diesseits des Brenners und der Malserhaide kein Soldat im Standquartier verblieben, die ganze Aufstellung zog sich nordöstlich, während sie früher südwestlich ihre Basis finden sollte. Vom Bodensee zum Lech und obern Inn blieb die gleiche Linie, nun aber wurde sie dem letztern Fluß nach verlängert bis ins untere Innthal bei Schwatz. Die Feldjäger zogen nach Reutte, ein Theil der Reiter und Geschütze ging von Innsbruck westwärts, in der Hauptstadt blieb der Stab von Nugent-Infanterie, die zwei Bataillons selbst und Erzherzog Ludwig-Landwehr liegen theils dort, theils in den Dörfern des Mittelgebirges rechts und links der Sill bis nach Hall hinab und noch weiter. Auch eine Division der leichten Reiter und Artillerie machte in und um Innsbruck Halt. Drei Heerhaufen von Benedek-Fußvolk gingen westlich, ebenso wenden sich die drei italienischen Bataillone von „Erzherzog Albrecht“, die wir heute sahen, über das Vintschgau nach dem Arlberg. Letztere Truppe, schöne Leute von gewandter Haltung, trägt fast durchweg die neue Ausstattung mit den Waffenröcken. Sind nun die Schaaren baldigst auf ihren Posten eingerückt, so ist der bayerischen, oder wenn Sie wollen deutschen, Gränze gegenüber der Cordon fertig von Kufstein bis Bregenz. Ueber diesen Umstand genießen wir noch immer die confusesten Voraussetzungen und Schlußziehungen, das Provisorium der Bundesgewalt wird jetzt zumeist als der Grund bezeichnet welcher diese Kriegsleute aufs Piket gerufen habe.

Portugal.

Englische Blätter haben Nachrichten aus Lissabon bis zum 21, aus Oporto bis zum 22 Oct. Das Ministerium scheint sich immer mehr zu befestigen trotz der Finanznoth welche die Regierung gezwungen, unmittelbar nach der Anleihe von 240 Contos, eine zweite von 100 Contos mit

---

*) Die Presse und die A. Z. C. will die Nachricht dahin reduciren, von Haynau — nicht vom Ministerrath — sey die Anordnung ausgegangen daß während seiner Abwesenheit keine Todesurtheile vollzogen werden sollen.

dem Bankhaus Aranjo abzuschließen. Schatzscheine wurden als Unterpfand hinterlegt. Die letzte Summe, hieß es, solle auf Bau und Ausbesserung von Landstraßen verwendet werden, wozu sie aber nicht hinreicht. Der Disconto der Lissaboner Bank stand fortwährend zu 20 Proc. Die Verkündigung des spanischen Tarifs hatte den Handel noch mehr gedrückt, und viele Handelsleute an der Gränze hatten nicht nur ihre Bestellungen zurückgenommen, sondern auch unterwegs befindliche Waaren abgelehnt. So dürfte der Transithandel Portugal ganz verlassen, ehe es seinen Tarif modificiren kann, da die Cortes wahrscheinlich erst im Januar zusammentreten. — Mit derselben Post vernimmt man aus **Gibraltar** daß die Hoffnung Pariser Blätter auf gütliche Beilegung der Zwistigkeiten zwischen Frankreich und Marokko voreilig waren. Am 8 Oct. soll vielmehr der Kaiser von Marokko nach Tanger definitiv eröffnet haben daß er die von Frankreich geforderte Genugthuung nicht leisten könne. Sofort fuhr die französische Dampf-Fregatte „Pomone“ nach den verschiedenen marokkanischen Küstenplätzen, Mogador u. s. w., wo französische Consuln wohnten, um diese einzuschiffen. Nach diesem erbot sich die maurische Regierung den Streit dem Schiedsgericht des amerikanischen Generalconsuls zu unterstellen, dieser lehnte aber den Auftrag ab wegen des diplomatischen Zerwürfnisses zwischen seiner Regierung und dem französischen Gesandten in Washington. Hierauf zeigte der französische Geschäftsträger in Tanger dem marokkanischen Minister des Auswärtigen an: wenn bis zum 21 Oct. nicht Genugthuung erfolge, werde er sich einschiffen und die Feindseligkeiten ihren Anfang nehmen.

Spanien.

Die (Nr. 301 der Allgem. Ztg. berichtete) kurze Ministerkrisis in Madrid hat der Afterchronik reichlichen Stoff geliefert; Weiber und Priester waren dabei im Spiel, und der königliche „Gemahl“ Franz v. Assis, der gute Paco, hat wieder einmal einen König von der traurigen Gestalt vorgestellt. Sein Beichtvater Pater Fulgencio, ein verkappter Carlist, soll die Seele der Intrigue gewesen seyn; er ist nun in ein Kloster in Andalusien verbannt. Dem König selbst ist die Administration des Palastes entzogen, und er soll wünschen zu seinem Vater nach Valladolid ziehen zu dürfen, wozu er aber kaum die Erlaubniß erhalten wird. Auch General Balbao ward, als bei dem Complot betheiligt, verhaftet und nach Ceuta verbannt. Die amtliche **Gaceta** vom 22 Oct. enthält das königl. Decret, wodurch Narvaez und dessen Collegen wieder in ihre ministeriellen Aemter eingesetzt werden. Die Königin-Mutter wies den Verdacht ihrer Betheiligung bei der Sache entschieden zurück, und drohte Isabellen sogar mit ihrer mütterlichen Ungnade, wenn sie nicht alsbald den Narvaez zurückriefe. Das geschah denn.

Großbritannien.

London, 27 Oct.

Die **Times** hat nun gleichfalls aus Wien die Nachricht daß Rußland nicht auf Auslieferung der Flüchtlinge in der Türkei, welche russische Unterthanen sind, bestehen werde, und daß folglich Oesterreich von der „Nothwendigkeit“ dieselbe Forderung an die Türkei zu stellen erlöst sey. Das Journal feiert sofort, jedoch in gemäßigten und bescheidenen Worten, den in dieser Sache von England über Rußland gewonnenen Sieg.

Eine Post vom **Cap der guten Hoffnung** reicht bis zum 29 Aug. Die Agitation gegen den Deportationsplan des Colonialministers Lord Grey dauerte fort, und es war zu befürchten daß die Landung des ersten Sträflingschiffs einen Aufstand zur Folge haben würde. Indessen war bis zum obigen Datum noch keines angekommen. Martin West Esq., der erste Gouverneur des bekanntlich als besondere Colonie errichteten Port Natal, ist am 22 Aug. gestorben.

Frankreich.

Paris, 28 Oct.

Die Nachricht vom Unwohlseyn des Präsidenten der Republik hat nichts auf sich gehabt. Er hat gestern wieder im anderthalbstündigen Ministerrath präsidirt, und von dem neuen bolivischen Gesandten, General Andreas Santa-Cruz, seine Beglaubigungsbriefe entgegengenommen. Der Nachfolger des Hrn. v. Falloux ist noch nicht gefunden, ohne daß neue Gerüchte über die wahrscheinliche Wahl zum Vorschein kommen.

Die Cholera ist in Paris und Umgegend gänzlich erloschen. Seit dem 14 Oct. war in sämmtlichen 12 Stadtbezirken kein einziger tödlicher Fall mehr vorgekommen, und seit mehreren Tagen, wie die medicinischen Zeitungen versichern, auch kein neuer Erkrankungsfall weder in den Spitälern noch in der Stadt. In den Spitälern befinden sich noch 85 Reconvalescenten.

Es ist nicht unmerkwürdig wie das Verhältniß der Abstimmungen über die Zurückberufung der Bourbons sich vertheilt hat. Die 97 Stimmen für den Creton'schen Antrag gehörten größtentheils der conservativen Majorität oder der Mittelpartei an, und nur 17 oder 18 von der Bergpartei unterstützten ihn, wohl nur sofern darin die Absicht liegen konnte der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Mehrere der bedeutendsten Mitglieder enthielten sich der Abstimmung, indem sie theils nicht in die Sitzung gingen, theils sich vor dem Schluß entfernten, theils auch blieben aber nicht stimmten, so die HH. Thiers, de Broglie, de Morny, Remusat, Piscatory, Bavin, Cunin-Gridaine, A. Fould, Dalmatie u. a. Dieselbe Taktik beobachteten viele bei der Amnestiefrage in Bezug auf die noch auf den Pontons zurückgehaltenen Juniusgefangenen, namentlich die HH. Berryer, Molé, Thiers, Larochejacquelein, die Generale Cavaignac, Changarnier und Rullière. Daß Hr. v. Montholon sich im ersten Fall unter den Nichtstimmenden, im zweiten Fall aber der Adjutant des Präsidenten der Republik, Hr. v. Persigny, sich unter den Gegenstimmenden befand, wird beiden von **La Presse** sehr übelgenommen. Zwischen den HH. Dabirel und N. Bonaparte wäre es fast nachderhand noch zu einem Duell gekommen, ihre Ehrensache wurde jedoch durch Vermittler beigelegt, welche von dem erstern die Erklärung erlangten daß er sich, weil die Abstimmung durch Aufstehen und Niedersitzen immer etwas Ungewisses habe, getäuscht haben könne wenn er geglaubt Hr. N. Bonaparte habe selbst für das ursprüngliche Deportationsdecret gestimmt. Uebrigens behauptet die Pariser Correspondenz eines englischen Blattes, des **Globe**, im Staatsrathsverein habe ein Mitglied mehreren Anhängern der Orleanistischen Partei Briefe von den Herzogen v. Aumale und Nemours gezeigt, worin diese sowohl in ihrem Namen als in dem der Herzogin v. Orleans erklären daß sie von einer Amnestie welche ihnen die republicanische Regierung bewilligen würde, keinen Gebrauch machen könnten, und unter den vorliegenden Umständen den Grafen v. Chambord als ihren rechtmäßigen Chef betrachten müßten.

Ein demokratisches Blatt, **Le Pays**, behauptet der Fürst A. Czartoryski, der seit 1832 in Paris lebt, habe von der Regierung die Aufforderung erhalten Frankreich zu verlassen. Diese Ausweisung soll eine Gefälligkeit gegen den Kaiser von Rußland seyn, in welcher man den Einfluß eines kürzlich in Paris angekommenen kaiserlichen Adjutanten erkennen will.

Aus der Insel Réunion (Bourbon) wird aus den ersten Tagen des Augusts der Tod der Königin von Madagascar, Ranavalo Manjacka, gemeldet, und man rechnet auf die Geneigtheit ihres Nachfolgers den abgebrochenen Verkehr mit den Europäern wieder anzuknüpfen. Auf der Colonie Nossi-Bé hatten indeß die Sacklaven aus Madagascar einen Einfall gemacht und fast alle französischen Soldaten getödtet, die europäische Bevölkerung aber genöthigt sich auf einige vor Anker liegende Schiffe zu flüchten. Die Chefs der Truppen und der Station bei der Insel Réunion rüsteten sich zu Repressalien.

* **Marseille**, 26 Oct. Das Dampfschiff „Caire“ bringt Briefe von Malta vom 22 d. In diesem Hafen war das Dampfschiff „Rosamond“, vom englischen Geschwader kommend, angelangt. Es hat dasselbe in den Gewässern von Hydra verlassen, indem es seine Richtung nach den Dardanellen nahm. Dieses Schiff überbrachte die wichtige Nachricht nach Malta daß sich die türkische Flotte der englischen anschließen und der Admiral William Parker Oberbefehlshaber über diese vereinigte Seemacht seyn werde. Auch daß derselbe Weisung habe in dem schwarzen Meer einzulaufen im Fall Rußland der Türkei den Krieg erkläre. Der „Rosamond“ überbrachte dem Gegenadmiral Harvey den Befehl alle englischen Kriegsschiffe welche in die Nähe von Malta kommen, sogleich nach der Levante zu schicken. Die Fregatte „Thetis“ hat bedeutende Mundvorräthe aufgenommen um sie nach den Dardanellen zu führen. Das Dampfschiff „Ardent“ welches die Bestimmung hatte nach England zurückzugehen, hat den Befehl erhalten im mittelländischen Meere zu verbleiben. Von dem französischen Geschwader ist man in Toulon ganz ohne Nachricht. Die Schiffe „Marsouin“ und „La Provençale“ haben wieder eine große Anzahl Munitionsgegenstände von Civitavecchia nach Frankreich zurückgeführt.

Belgien.

Lüttich, 25 Oct. Gestern Abend um 5 Uhr traf der König zum Empfang des Erzherzogs-Reichsverwesers hier ein. Heute Vormittag kam der Erzherzog Reichsverweser an, dem zu Ehren der König Heerschau über die hier in Besatzung liegenden Truppen und die hiesige Bürgerschaft abhalten wird.

Brüssel, 28 Oct. Vorgestern wurde der König und der Reichsverweser, der heute von Lüttich wieder abreist, zu Seraing glänzend empfangen. Sie frühstückten daselbst, besichtigten das großartige Etablissement in allen Einzelheiten und kamen gegen Abend nach Lüttich zurück, wo ihnen Serenaden gebracht wurden. Gestern Morgen besuchte der König mit dem Erzherzog die Militärgebäude, hielt Heerschau über die Truppen und besichtigte die Stückgießerei. (**Köln. Ztg.**)

Niederland.

⌓ **Amsterdam**, 27 Oct. Thorbecke docirt seit einigen Tagen wieder in Leyden und wird also kein Ministerium bilden. Dem Dunkel wel-

des diesem Umstande zu Grunde liegt, steht eine baldige Aufklärung zu erwarten. Nachdem man von vielen Seiten gedrungen um die Krisis der Krisis zu enthüllen und somit die Gerüchte zu beseitigen, erschien gestern folgender Brief im Handelsblad: „MM. HH.! So sehr als jemand begreife ich daß es meine Pflicht ist eine öffentliche Erklärung der Ministerkrisis zu geben, insoweit ich davon berührt (betrokken) war. Mein Schweigen für den Augenblick werden Sie zu würdigen wissen. Sobald es Zeit ist, jedenfalls wenn die Kammer wieder versammelt ist, hoffe ich diese Pflicht zu erfüllen ꝛc. J. R. Thorbecke." — Der Staatscourant bringt noch immer keine officielle Ministerliste. Van Goltsteyn soll dem Vernehmen nach ein Cabinet bilden und zu diesem Zweck häufige Conferenzen mit dem Gouverneur von Overyssel, Hrn. Bruce halten. Hr. Bruce war in frühern Jahren Präsident der zweiten Kammer. — Der Viceadmiral Ryck erhielt gleichzeitig mit seiner Pensionirung als Minister seine Entlassung als Flaggenofficier, was Stoff zu allerlei Muthmaßungen gibt. — In den Grobschmiedewerkstätten zu Leyden werden bedeutende Bestellungen für die österreichische Marine ausgeführt. — Man spricht von einer Reorganisation des ostindischen Heers, und namentlich von der Verschmelzung seines Officierscadre mit dem im Mutterlande.

⌓ **Amsterdam,** 28 Oct. Meine früher in Ihrer Zeitung ausgesprochene Muthmaßung, je länger die Ministerkrisis dauere, desto stärker werde die Nothwendigkeit entschiedene Männer des Fortschritts an die Spitze des Staats zu stellen, hat sich bewahrheitet. Weder Hr. van Goltsteyn noch Bruce combinirten ein Cabinet. Heute wurden wir angenehm überrascht durch den officiellen Bericht aus dem Haag: der König habe Thorbecke und Rosenthal kommen lassen um mit ihnen direct Verhandlungen zu pflegen. Zugleich wurden Donker Curtius und Lightenveld ihres Auftrages ein Cabinet zu bilden auf eigenes Ansuchen enthoben. Somit gewärtigen wir das baldige Ende der Krisis.

Italien.

Neapel, 23 Oct. Es ist jetzt sehr bestimmt von der nahen Rückkehr des Papstes nach Rom die Rede. — Der König hat endlich die Republik Mexico anerkannt.

Folgendes ist der Text der gestern kurz erwähnten, aus Verona erlassenen Proclamation des Feldmarschalls Grafen v. Radetzky: „Einwohner des lombardisch-venezianischen Königreichs! Se. Maj. der Kaiser hat geruht mich zum Generalgouverneur für die Civil- und Militärangelegenheiten des lombardisch-venezianischen Königreichs zu ernennen. Se. Maj. legte in meine Hände diese doppelte Gewalt, um mit der Kraft und Heiligkeit des Gesetzes auch die Mittel zu deren Geltendmachung zu verbinden. — Daß die Nichtbeobachtung der Gesetze zur Anarchie und zum Ruin der Völker führt, das habt ihr an euch selbst erfahren. Die Herrschaft einer Gewalt ohne Gesetze kann in der kurzen Frist eines einzigen Jahrs mehr Unheil säen, als die weiseste Gesetzgebung und Verwaltung in zehn Jahren wieder gut zu machen im Stande ist. Noch einmal ermahn' ich euch daher, seyd auch ihr ein Ring der großen Kette welche unter sich die Völker unserer gemeinsamen Monarchie verknüpft, deren freisinnige Institutionen jede mit der Wohlfahrt aller vereinbare Entwickelung eurer Interessen und eurer Nationalität sichern. Einwohner des lombardisch-venezianischen Königreichs! Fern von euern Herzen sey das Mißtrauen in die Aufrichtigkeit und Lauterkeit der Absichten eurer Regierung, dieses Mißtrauen das viele von euch beherrscht. Es ist der Wunsch und der Wille des Kaisers, unseres Herrn, das lombardisch-venezianische Königreich unter Seinem Scepter glücklich und zufrieden zu sehen, und ich bin stolz darauf zum Werkzeug seines Willens erwählt zu seyn. Wär' ich auch zur Zielscheibe irgendeiner unverdienten Unbild gemacht worden, in meinem Herzen ist jede Erinnerung daran erloschen. Verzeihen und Vergessen des Vergangenen ist mein Wahlspruch. Ich rechne auf eure Mitwirkung, auf euer Vertrauen; ich bedarf dessen um die Vorsätze ins Leben zu führen die mich für die Wohlfahrt eines Landes beseelen, das mir durch langen Aufenthalt theuer geworden ist, und in welchem ich mein zweites Vaterland liebe. Graf Radetzky, Generalgouverneur."

Norwegen.

Bergen, 11 Oct. Gestern starb hier im Alter von 71 Jahren der Stiftsamtmann W. F. C. Christie, bekanntlich einer der Gründer der norwegischen Verfassung.

Griechenland.

* Wir erhalten eine Post aus **Athen** vom 24 Oct. Das Ministerium hat allen griechischen Consulaten eingeschärft keinem politischen Flüchtling mehr einen Paß nach Griechenland zu unterschreiben. Die Flüchtlinge die noch in Griechenland weilten, verließen nach und nach das Land wieder; manche wandten sich nach Aegypten oder Kleinasien. Jene Maßnahme scheint durch die Besorgnisse hervorgerufen worden zu seyn welche die Ansammlung von Flüchtlingen auf griechischem Boden einigen Cabinetten, auch den englischen Behörden auf den jonischen Inseln eingeflößt hatte.

Türkei.

* In später Stunde geht uns noch ein Schreiben der neuesten Konstantinopler Wochenpost zu. Es ist vom 17 Oct. Man war in der türkischen Hauptstadt noch im ungewissen über den Ausgang des diplomatischen Conflicts. Die Gesandten von England und Frankreich hatten von ihren Regierungen die Billigung ihrer Schritte erhalten. Das englische Geschwader in den jonischen Gewässern sollte auf den ersten Wink Sir Stratford Cannings im Archipel oder vor den Dardanellen erscheinen. Die Pforte setzte ihre Rüstungen fort. Der Aufstand in Samos hatte einen ernsthaftern Charakter angenommen. Die Insel ward in Blokadestand erklärt.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 22 Oct. 3proc. 27 1/2 P.

München. Verkehr auf den k. bayerischen Eisenbahnen im Monat August und September 1849.

Bahnstrecken.	Personen.			Frachtgüter.				Bagage, Equipagen Thiere ꝛc.		Gesammt-Summe der Einnahme.	
	Zahl.	Einnahme		Gewicht.		Einnahme		Einnahme			
		fl.	kr.	Ctr	Pf	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Im August 1849. München-Kaufbeuren-Gunzenhausen	63484	49077	26	70095	93	15038	[illegible]	7254	41	71370	23
Schwabach-Hof . .	55130	36851	47	108425	63	20886	56	3864	6	61602	49
Summa	118614	85929	13	178521	56	35925	12	11118	47	132973	12
Im September. München-Kaufbeuren-Gunzenhausen	67770	54157	43	72670	3	10314	[illegible]	7651	32	72123	27
Schwabach-Hof . .	56845	37418	[illegible]	117680	88	25428	42	4144	5	66991	32
Summa	124615	91576	25	190350	91	35742	54	11795	37	139114	59

Augsburg, 31 Oct. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 86 P. 4proc. 92 1/2 P. 5proc. 100 1/2 P., 100 1/4 G. Bankactien II. Sem. 646 P. Promessen 63 P. Oesterr. 5proc. Metall. 90 P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württ. 3 1/2proc. 84 P. 4 1/2proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 30 Oct. Oesterr. 5proc. Metall. 87 3/8; Bankactien 1338; preuß. Staatsschuldsch. 88 3/4; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 86 P.; Ludwigsh.-Berbach 86; württ. 3 1/2proc. 81 1/4; 4 1/2proc. 94 1/4; bad. 5proc. 97 3/4; 3 1/2proc. 78 1/2; darmstädt. 5proc. —; 4proc. 89; 3 1/2proc. 82 1/2; nass. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankf. 3proc. 60; 3 1/2proc. 93 1/4, 89 5/4; Disc. 1 1/2 P.

♀ **Wien,** 29 Oct. Die heutige Börse war matt und schlossen Fonds, mit Ausnahme der 4 1/2proc. Metall, die sich ziemlich fest behaupteten, sowie Eisenbahnactien niedriger, während der Wechselcurs auf fremde Plätze und Comptanten sich höher stellten. Der Geldmangel war heute in Folge der stattfindenden Einzahlungen auf das neue Anlehen stark fühlbar, da bereits die Stücke des neuen Anlehens (mit Zinscoupons) bezogen werden. Die 4 1/2proc. Metall. wurden heute mit 84 3/8 und Certificate mit 84 1/2 bezahlt. Von fremden Devisen war besonders London mehr gesucht und über Notiz bezahlt. Gold und Silber hat ebenfalls angezogen. Die Umsätze waren jedoch beschränkt. Wir notiren nach der Börse (1/2 4 Uhr): 5proc. Metall. 94 5/8–94 3/4, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 84 3/8–84 1/2, Loose vom J. 1834 162 1/2–162 3/4, Loose vom J. 1839 113 1/2–114, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien 108 1/4–108 3/8, Gloggnitzer 109–109 1/2, Mailänder 83 1/2–83 3/4, Pesther 77 1/2–78. London (in l. S.) 10.49–10.50, Hamburg 157–157 1/4, Augsburg uso 107–107 1/4, Frankfurt 106 3/4–107, Amsterdam 149–149 1/2, Mailand 98 1/2 P., Livorno 106 3/4 G., Genua 125 G., Paris 127–127 1/2, Marseille 127–127 1/4, Bucharest (31 Tage S.) 263 1/2–264. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12 1/4, Silberagio 7 bis 7 1/4 Procent. Zur Regelung der Bankverhältnisse und zunächst zur Reorganisirung der Bankstatuten wird eine Commission zusammentreten, an deren Berathungen auch Vertrauensmänner aus den verschiedenen Provinzen theilnehmen sollen.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Die deutsche Frage in Oesterreich.

II.

. **Wien**, 26 Oct. In meinem letzten Briefe versprach ich Ihnen diejenige Partei in Oesterreich zu schildern welche allen Anspruch hat die deutsche genannt zu werden. Es ist jetzt fast Mode geworden vom deutschen Parlament herabsetzend zu sprechen, man beliebt es bereits der Geschichte verfallen zu erklären, nicht bloß in Oesterreich, auch in Norddeutschland. Jede Partei die in der Paulskirche unterlegen, hat den Mund voll Schimpf und Spott, und die einzige welche man als Siegerin betrachten darf, schwor in Kleinmuth und Selbsterniedrigung das Document ab worunter sie ihren Namen gesetzt. Was sie in ihrem selbstvernichtenden Treiben gethan, geschah zur Wohlfahrt des deutschen Volkes, denn die Frankfurter Verfassung mit der berüchtigten Spitze war ja ein Kind vom Ehebruch der Parteien erzeugt. Darum ist es so leicht jene große historische Erscheinung am Main als eine akademische Sitzung, von radicalem Fußscharren durchbrochen, zu verschmähen und ihr jede über ihre Dauer hinausreichende politische Gewalt abzusprechen. Hier steht sich die Sache anders an. Jene von Glocken in der Wiege begrüßte Verfassung ist freilich bloß die erste politische Studie unserer Nation, und nichts als Studie, aber der Geist der dort geschaffen, jene wunderbare Kraft welche in der Atmosphäre der Paulskirche blitzte und leuchtete, mit pythischem Dampf Hörer und Sprecher betäubend, daß sie in höherem Wahn die Dinge nicht sehen wollten die außerhalb der bezauberten Wände lagen — dieser Dämon des seltsamsten aller Parlamente hat doch eine große geschichtliche Wirkung gehabt, die sich noch jetzt fortpflanzt und weiter als man glauben möchte, und woraus vielleicht der Anstoß zu großen Dingen gegeben seyn dürfte. Je mehr Majestät in dieser deutschen Versammlung gelegen, desto lebhafter erweckte es die nationalen Gefühle, und wenn wir Norddeutschen *) weniger uns übereilen, die Süddeutschen, die Oesterreicher haben mehr Blut für eine Sache. Wir konnten uns entsetzen über das Wiener Octoberregiment, sie konnten Weherufe erheben über den badischen Kampf, aber beider Wahnsinn erregt zugleich unser Mitleiden, während wir für die kühle Frechheit der Berliner Demokraten, welche gerade vor einem Jahre am Schauspielhause mit den Latourstricken spielten, nur Verachtung haben. Bei dem leicht erregbaren Blute der Oesterreicher konnte das nationale Parlament auf größere Begeisterung rechnen, und jetzt kehren sich auch die treuen Herzen nicht sogleich ab mit erniedrigendem Spott gegen die Schwächen und Blößen von Frankfurt. Es ist Mode geworden zu vergessen wie innig immer noch, wie inniger seit der letzten Revolution die Schicksale Deutschlands und Oesterreichs zusammenhängen. Sowie die Deutschen im Vorparlament zusammentraten und alle nationalen Stoffe zu einer politischen Phalanx sich schaarten, da merkten die Slaven in Oesterreich daß es sich um Seyn und Nichtseyn handle. Die Antwort auf die Heidelberger Versammlung der süddeutschen Liberalen blieb nicht aus, und mit dem Briefe Palazky's datirt der Anfang des nationalen Kampfes im Osten, der zur Entscheidung ausgefochten werden wird, und wenn sich die Volksstämme auch immer und immer wieder unter dem habsburgischen Adler versöhnend, aufrichtig versöhnend die Hände bieten würden. Man sucht die Gefahr zu verträumen, wenn man sich auf England, auf die Schweiz, auf die Vereinigten Staaten beruft. Eine „Gleichberechtigung“ wie der Ire und Schotte in Großbritannien ihrer sich erfreut, kann auch in Oesterreich stets geboten werden, aber welcher Stamm herrscht denn *politisch* in England? Die Iren? die Schotten? Will man also *einer* Nationalität nicht den Präsidentenstuhl in Oesterreich einräumen, so bleibt nur übrig sich zu einem Staatenbündniß zu entschließen, und hier stehen die Lehren des Jahres 1848, der ungarische Krieg mit warnendem Finger vor dem Entschluß. Wiederum ist es nicht denkbar daß die Hegemonie den Slaven zufiele. Dazu geht ihnen schon die Stammeseinheit ab, denn das Slaventhum ist ein ethnographischer Begriff, es gibt keine Slaven, ebensowenig als es Germanen gibt, sondern nur Tschechen, Slovenen, Illyrier, Croaten, Serben, und Deutsche, Skandinavier, Angelsachsen. Niemals aber, so lange Deutschland noch politisch existirt, ist es denkbar daß in Oesterreich die Deutschen, und wären sie nur das Drittheil der Bevölkerung, unter slavischer Verwaltung stehen könnten, die Schwerter führen alsogleich aus der Scheide. Hatte das deutsche Parlament auf der einen Seite die Slaven bereits zum Verzweiflungskampf gefordert, so mußte der deutsche Sinn in Oesterreich an jener trotz aller Verkehrtheiten gebietenden historischen Erscheinung erstarken. Die Nothwendigkeit drängt Oesterreich zu einer energischen politischen Gliederung, seit dreißig Jahren steht der Kaiserstaat wieder groß und mächtig, und mächtiger als je da. Will es sich den gebührenden Platz in Europa gewinnen, so darf es jetzt den Moment nicht versäumen, den zum zweitenmal zu schaffen nicht in seiner Macht liegt. Nur jetzt kann es ihm gelingen eine Staatsordnung herzustellen welche das stammgetheilte wirklich zu dem einigen macht.

In dieser Hinsicht sind jetzt zwei folgenreiche Dinge geschehen, denn das einige Oesterreich kann und darf nur seine hohe Politik von *einem* Volksstamm empfangen, und der Instinct wie die historische Vergangenheit führt es von selbst zu dem Volksstamm welcher politisch der fähigste ist. Oesterreich muß Ungarn erobern, sagen die Centralisten. Nicht mit dem Säbel in der Faust, dieß ist bereits geschehen, sondern politisch. Die magyarische Revolution hat gezeigt daß jener Stamm nicht das Talent besaß selbständig zu werden, denn dazu gehören mehr als Husarenkünste und Husarentapferkeit. Die vormärzliche Aristokratie verstand nicht die feudale Verrottung des Staates aufzugeben, und arbeitete so dem Demagogenspiel der Kossuth-Demokraten in die Hände, und deren staatsmännisches Wesen war weiter nichts als Sansculottismus und Schreckensherrschaft. Hätten sie dabei die Weisheit der französischen Jacobiner besessen, es wäre vielleicht anders gekommen. Die alte französische Revolution war stark genug die Rheinlinie gegen den Continent zu *vertheidigen*, die magyarische Herrschsucht begann aber damit streitbare Nationen *anzugreifen*. Das Magyarenthum ist jetzt auf ziemliche Dauer vernichtet, der Krieg hat es in Typhusschwäche zurückgelassen, und so wäre der Moment gekommen es auch politisch zu erobern. Es fragt sich: welcher nationale Geist soll der neuen Lebensgliederung sein Gepräge ausdrücken? Soll Ungarn magyarische Institutionen erhalten? Es gibt keine solchen, denn der alte robotende Staat und die Comitatsanarchie wurden bereits vor Kossuth zu Grabe getragen. Oder slavische Institutionen? Auch solche sind mir nicht bekannt, denn vor dem März war ja kein Volksstamm politisch schöpferisch, und unter Metternichs Beamtenstaat war die Verwaltung und Gesetzgebung durchgängig deutsch.

Lesen Sie die provisorischen Verordnungen für Ungarn genau nach, und Sie werden mit mir finden daß sie nicht bloß auf die Saison eines gewöhnlichen Belagerungszustandes, sondern auf längere Dauer berechnet sind. Nun bemerken Sie in dem Document zwei Punkte: „I. Als Organ der politischen Verwaltung fungiren: der Befehlshaber der Armee in Ungarn mit dem für die Civilangelegenheiten bevollmächtigten kaiserlichen Commissär ...“; und im zweiten Abschnitt §. 13: „der Geschäftsverkehr aller administrativen Organe Ungarns und der Civilbehörden daselbst, dann mit allen Militärbehörden und Civilautoritäten außer Ungarn hat in deutscher Sprache statt zu finden.“ Ohne viel Nachdenken gewahrt ein jeder welche mächtige Propaganda für das Deutschthum in dem österreichischen Heer lag. Das Heer ist deutsch, wenn auch nicht schwarzrothgolden, das Heer hat Oesterreich gerettet, das Heer, wenn man die nationale Erhebung der Südslaven ausnimmt, bekämpfte überall das föderale Streben, im Heer war das einige Oesterreich, und im Heer waren die deutschen Stoffe die herrschenden. Auf Jahre hinaus wird jetzt Ungarn militärisch verwaltet, und die beigegebenen Civil-Assessoren verkehren in deutscher Sprache. Dieß erklärt warum sich die altconservative Aristokratie in Ungarn ganz von den öffentlichen Geschäften zurückzog. Die nationale Oberherrlichkeit der Magyaren wird tödlich getroffen, und dazu durfte kein Ungar die Hand bieten.

Hierin liegt das eine große Ereigniß welches die österreichische Politik bestimmen muß; das andere ist das Uebereinkommen mit Preußen in der deutschen Frage. Als man noch Noten wechselte zwischen Wien und Berlin: ob der engere Bund rechtlich durch die Bundesverträge nicht angefochten werden könnte, sagte Oesterreich zu Preußen: „Wenn du vorgibst den alten Bund mit deiner Dreikönigs-Aufstellung nicht zu gefährden, so darfst du Oesterreich nicht hindern den Bund so auszubilden wie es die Verträge von 1815 gestatteten und vorsahen.“ Wenn die centralistische Partei das Einflußüben Oesterreichs auf Deutschland zu kostspielig findet, so scheint man in dem Cabinet anders zu denken; denn man will ja den Bund von 1815 ausbilden, nicht aus Beruf, auch nicht etwa in germanischem Eifer, wohl aber vielleicht von einer höchsten politischen Nothwendigkeit gezwungen. „Wer Oesterreichs Stellung in Deutschland angreift, der greift ihm nach dem Leben.“ *) Von zwei Dingen eines. Wollte Oesterreich seinen Einfluß auf Deutschland, und damit auch den sehr heilsamen *Einfluß Deutschlands* auf Oesterreich nicht verlieren, sollten immerfort die Deutsch Oesterreicher sich auf dreißig Millio-

*) Diese Briefe kommen aus norddeutscher Feder.

*) Worte der bekannten österreichischen Staatsschrift.

nen Verbündeter berufen dürfen, so mußte Oesterreich entweder Kraft haben eine engere politische Einigung des andern Deutschlands, und damit eine politische Trennung des deutschen Oesterreichs von Deutschland hindern zu können, oder es mußte jener politischen Einigung entgegenkommen und Opfer bringen. Besaß es in Friedenszeiten unter Metternich schon nicht genug Macht den deutschen Zollverband zu hindern, wie weniger jetzt, da dort die Forderungen weit höher gespannt und hier im eignen Reich das höchste Maß von Anstrengung aufgeboten werden muß das alte Länder- und Völkergebiet streng zusammenzuhalten? Dazu kommt noch daß Oesterreich vor allen Dingen den alten natürlichen Verbündeten in Preußen nicht verlieren darf, und nimmt jetzt der deutsche Norden einen maritimen Aufschwung, so werden die deutschen Schiffe in der Ostsee und die Lloyd-Marine im adriatischen und im schwarzen Meere derselben Flagge begegnen; Seemächte vertragen sich aber noch weniger als Landmächte, und es wäre sehr rathsam nach einer alliirten Flotte umzusehen welche andere Gewässer beherrscht. Daraus entsprang das „Interim“, und aus diesem möchte man von Seiten Oesterreichs den sogenannten weiteren Bund entwickeln, der wahrscheinlich ein weiter Bund seyn wird. Diese Verhältnisse darf man nicht außer Augen lassen, wenn man die großdeutsche Partei in Oesterreich verstehen und gerecht beurtheilen will. Darüber in meinem nächsten Briefe.

, **Wien,** 27 Oct. Als ich gestern Morgen meinen Brief an Sie zuschloß, hätte ich nicht gedacht daß die Erfüllung dessen wovon ich Ihnen vor mehreren Tagen andeutungsweise sprach, so rasch meinem Berichte nachfolgen werde. Im nichtamtlichen Theile der Wiener Zeitung finden Sie die Vorschläge zur Zolleinigung mit Deutschland. Hatte ich also Recht wenn ich Ihnen vor einer Woche schrieb: die Politik des Zuwartens von Seiten Oesterreichs ist gerechtfertigt? Mancher im Reiche draußen wird jetzt in seiner Klugheit denken: warum hat Oesterreich nicht längst das große Wort der Einigung gesprochen? Man hätte dann vielleicht am 28 März in Frankfurt keine Glocken geläutet und der deutschen Reichscasse (oder Armencasse, mit dem Capuciner zu reden) wären die Reisediäten der Kaiserboten erspart worden. Freilich, freilich! Aber wenn das Wiener Cabinet nun ebenso klug und noch ein wenig klüger gewesen wäre? Ein Wagniß gelingt nur wenn der Augenblick der Reife gekommen ist. Ein Wagniß, denn merken Sie auf, welchen katzengräulichen Lärm alle meine Lieblinge der österreichischen Presse, die slavistischen Centralblätter, die Narodni Noviny, die Agramer und die Südslavische Zeitung jetzt anstimmen werden. Das ist Hochverrath an den Slovenen, Ruthenen, Slovaken und Raitzen! Eine Escamotage des Deutschthums in das slavische Oesterreich, „welches nur der Panslavismus retten kann“. Das guckt der Eule ins Nest hinein, und die wird ein paar Augen machen! Und darum mußte erst bei Temeswar eine Schlacht geschlagen und mußten bei Vilagos die magyarischen Waffen gestreckt werden, ehe von dem weiteren Bunde und von den vier Perioden die Rede seyn konnte. Oder war es nur denkbar daß ein österreichischer Reichstag sich überhaupt, sich jetzt schon zu einem Zollbündniß entschlossen hätte? Wie abgeneigt sind überhaupt beschließende Körper gegen eine solche Umwandlung an Haupt und Gliedern! Der Einzelne erschrickt vor dem Verlust der ihn treffen könnte, und preßt die Hand auf die Tasche. Von den Slaven mag ich gar nicht reden, welche doch die Mehrheit gebildet hätten, und denen das Aufblühen eines reichen Handels und die Förderung einheimischer Industrie diesseits und jenseits der schwarzgelben Schlagbäume für den philologischen Genuß einer slavischen Endsylbe feil war. Denn so wenig nationalökonomische Kenntniß auch im Reich der Mitte aufzufinden, man ahnt schon jetzt den Zusammenhang der Geldinteressen mit der Politik, und versteht die Worte des Fürsten Schwarzenberg zu deuten: „Lassen Sie uns erst einig seyn, die Einheit kommt von selbst“. Wie man in Berlin darüber denken wird, weiß ich nicht, aber es gibt dort viele Köpfe mit farbigem Haar, die anfangen könnten grau zu werden, und gegen graue Haare helfen keine Soldaten, kein Theewitz, keine gemalten Cherubgestalten. Wenn man sich in der Politik wie im Proceß in integrum restituiren lassen dürfte, wenn das deutsche Parlament die Kaiserkrone von Parteignaden noch einmal in den hohenzollern'schen Palast tragen könnte — vielleicht, vielleicht! Sehen Sie, auf dem deutschem Schachbrett stehen zwei Könige, so lange das Spiel auch immer währen mag, auf beiden Seiten wird es lichter, die Bauern werden hinausgeschlagen, es fallen die Springer und Laufer, die Thürme decken nicht mehr oder werden ins Jenseits mediatisirt, und wenn auch noch in einer Ecke ein dualistischer Mühlenzug von einem Feld zum andern und zurück eine Zeitlang übrig bleibt, enden muß jede Schachpartie, und wie sie endet, weiß jeder Spieler. Preußen konnte das Spiel vielleicht gewinnen, aber aus doctrinärem Eigensinn band es sich im entscheidenden Augenblick an die Regel: daß der König nicht vorgehen sollte. Ein alter politischer Arc-Vers seit 1815 sagt daß sich Preußen arrondiren müsse; was bleibt ihm jetzt übrig nach dem Artikel im nichtamtlichen Theile der Wiener Zeitung? Das preußische „Zollgebiet“ von dem austro-deutschen absondern? Dann wäre die Folge der norddeutsch-österreichische Handelsbund, wie er in der Allg. Zeitung geographisch entworfen worden, die Verbindung der Nordsee mit dem Mittelmeer über Bremen und Triest, eine Handelsstraße zwischen den Rheinlanden und Pommern! Wie stände es dann mit der Arrondirung? So bleibt ihm nur der Anschluß möglich, so kann es wenigstens das retten was ihm für seine militärischen Feldzüge gegen die Revolution als Belohnung angeboten wird: als zweites und gleichberechtigt mit Oesterreich im weiteren Bunde zu stehen. Das hat ihm die Rhetorik aus Schleswig und den kleinen Rheinländern wenigstens errungen. Und die „Kleinen“ kann es und soll es auch zu sich kommen lassen und ihnen Speere werfen lehren. Und wenn die Elbe und die Donau nicht bloß kaiserlich-königlich seyn wird, sondern kaiserlich-kaiserlich, dann wollen wir auch aus der Saufscene den Reim streichen „das alte heil'ge Röm'sche Reich, wie hält's nur noch zusammen!“ Doch, pst, pst! Zwischen der Druckspalte des amtlichen und nichtamtlichen Theiles der Wiener Zeitung liegen noch eine Menge deutscher Kirchthürme, und auf jedem wischt sich ein blöder Gemeindevorsteher seine bleigefaßte Brille, um sich zu überzeugen ob über dem Berge wirklich noch Land liegen könne; ehe es im amtlichen Theile „auf wird“, liegen auch noch alle Hochverrathsprocesse und Ministeranklagen der Agramer und Prager Journalisten. Heinrich, mir graut vor dir!

Verhandlungen der bayerischen Kammer.

‖ **München,** 30 Oct. Der Vortrag des Ausschusses der Abgeordneten über die deutsche Frage liegt vor mir, und ich beeile mich einiges aus demselben nachträglich zu dem bereits mitgetheilten Schlußantrag — motivirte Tagesordnung mit angehängtem Wunsche — herauszuziehen. Vor allem entschuldigt der Ausschuß sein langes Wartenlassen mit Unwohlseyn seines Referenten Dr. v. Link, und mit der Schwierigkeit der Aufgabe die durch die Convention vom 30 Sept. noch verwickelter wurde. Nach mehreren vertraulichen Sitzungen, in welchen der Hr. Staatsminister des Aeußern über die mit Oesterreich gepflogenen Unterhandlungen in vertraulicher Weise Aufschlüsse gab, wurde am 5 Oct. der Referent gewählt und von da bis zum 27 Oct. mit zwei Ausnahmen jeden Tag in oft 4- bis 5stündigen Sitzungen berathen. Bei den weit auseinandergehenden Ansichten der Commissionsmitglieder suchte man eine Form der doch die Mehrzahl zustimmen könne. Nach mehrfachen Debatten und Abänderungen ward nun der bereits mitgetheilte Antrag mit 5 (Thinnes, Lerchenfeld, v. Link, v. Hermann, Forndran und Heine) gegen 3 Stimmen (Kirchgeßner, Paur und Jäger) angenommen. Thinnes beantragte, ohne jedoch eine Majorität zu erzielen, eine andere Form, durch welche auch ausdrücklich anerkannt wird „daß das Ministerium durch sein Bestreben den Grundgedanken des nationalen Aufschwungs festzuhalten und zu verwirklichen den Interessen Deutschlands und Bayerns entsprechend gehandelt habe, und daß die unter diesen Verhältnissen von Bayern bei Anerkennung der provisorischen Centralgewalt gebrachten Opfer gerechtfertigt erscheinen“ ꝛc. Forndran wollte in einem Zusatz die Ueberzeugung ausgesprochen sehen: „die bayerische Regierung werde nicht versäumen dahin zu wirken daß, unbeschadet dieser Aufgabe, vor allem die industriellen und handelspolitischen Verhältnisse und Bedürfnisse aller deutschen Staaten unter geeigneter Betheiligung des Volkes gemeinsam geregelt werden.“ Kirchgeßner begründet in einem Separatvotum — im Hinblick auf die Bestimmungen der bayerischen Verfassung, des vorjährigen Wahlgesetzes nach Frankfurt, und in Würdigung dessen daß Vorparlament und Fünfzigerausschuß wie die Bundesversammlung durch Regierungen und Volk das deutsche Verfassungswerk durchführen wollten, aber in dem Nichtzustandekommen der Frankfurter Verfassung ein Verzicht des deutschen Volks nicht gefunden werden könne, vielmehr aus allen Einigungen der Regierungen nur ein Entwurf erwachsen könne, der eben um so annehmbarer sey, je sicherer dabei ohne Gefährdung der Interessen der Volksvertretung die Vereinigung aller deutschen Stämme gegeben ist — die Bitte an den König: „durch dessen Staatsregierung mit allem Eifer dahin wirken zu lassen daß eine deutsche Nationalvertretung auf Grund der früheren Wahlgesetze alsbald berufen werde, um durch dieselbe zwischen den Regierungen und dem Volk das Verfassungswerk zu Stande zu bringen.“ Zugleich beantragt Kirchgeßner eine Verwahrung der Kammer gegen alle Acte der Staatsregierung die in Betreff der deutschen Verfassungsfrage einseitig ohne Zustimmung der Volksvertretung abgeschlossen wurden oder werden. Abg. Jäger versagt in einem Separatvotum dem Entwurf der Majorität seine Zustimmung, weil er als Abschluß der Märzbewegung einen kräftigen Bundesstaat mit centraler Volksvertretung und einheitlicher Diplomatie anstrebe, das bayerische Ministerium aber die Einigung Deutschlands so lange verzögert habe bis Oesterreich, das den Bundesstaat

negirt, wieder thätig in die deutschen Verhältnisse eingreifen und die Bewegung des Jahrs 1848 zu ihrem Ausgangspunkt, dem alten Bundestag in neuer Gestalt, zurückführen konnte, und weil endlich das bayerische Ministerium in seinen Unterhandlungen mit Oesterreich und Preußen nicht gestrebt habe die reine Idee des Bundesstaats zu verwirklichen. Außer diesen Separatvoten, welche die Zerklüftung des Ausschusses wie der Kammer genügend bezeichnen, gab Dr. Heine, der mit der Majorität der Commission stimmte, in Bezug auf den Schlußantrag noch ein besonderes Gutachten ab, welches mit folgendem Antrag schließt: A. „Die k. Staatsregierung wolle sich im Verein mit Württemberg, welches bis jetzt dem Dreikönigsbündniß nicht beigetreten ist, und bei der etwaigen Ablehnung dieses Staates ohne ihn, mit der k. k. Staatsregierung in vorläufiges Benehmen darüber setzen: ob Oesterreich die süddeutsche Hegemonie unter folgenden Verpflichtungen von seiner Seite zu übernehmen gesonnen sey: 1) Die constitutionellen Verfassungen Bayerns und der mit ihm übertretenden süddeutschen Staaten zu gewährleisten; 2) diesen Staaten den gebührenden Antheil und Zutritt an dem künftigen österreichischen Parlament zur Begründung seiner endlichen definitiven Staatsverfassung resp. des süddeutsch-slavischen Bundesstaates einzuräumen; 3) seine Zollschranken diesen gegenüber fallen zu lassen; 4) die preußische Hegemonie über die nordwestlichen Staaten Deutschlands anzuerkennen, und 5) auf dieser Basis mit derselben einen weiteren Staatenbund als Umgestaltung des alten deutschen Bundes unter einem Directorium, mit der preußischen, österreichischen und einer aus der periodischen freien Wahl der Mittelstaaten hervorgegangenen Dynastie an der Spitze, anzubahnen, welchem Directorium auf einer wie oben angedeutet normirten Verfassung eine aus den Kammern sämmtlicher Einzelstaaten gewählte Volksvertretung — laut Vorzug durch intellectuelle Befähigung, größeren Güterbesitz und Charakter ein Oberhaus — die periodische Mitwirkung zu leihen hätte. B. Die königliche Staatsregierung wolle die Entgegnungen der kaiserlich österreichischen Staatsregierung auf diese ansinnenden Vorfragen, welche der brüderlichsten Hingebung für Oesterreich zu einem großdeutschen Zweck entquellen, die Rathgeber der österreichischen Krone bis in die tiefsten Herzensfalten zu prüfen geeignet sind wie weit es ihnen noch anliege mit den deutschen Interessen an Einigung und Freiheit zu gehen, zum Entscheide für weitere Maßnahmen den versammelten bayerischen Kammern zur Mittheilung bringen.“ Der Vortrag des Ausschusses wird in einer morgen früh stattfindenden Sitzung förmlich erstattet werden, worauf die Berathung bald folgen.

München-Salzburger Eisenbahn.

Ueber das Project der München-Salzburger Eisenbahn schreibt die Wiener „Presse“: „Die bayerische Regierung hat eine Gesellschaft concessionirt welche München mit Salzburg durch eine Eisenbahn in Verbindung setzen wird, und unsere Regierung wird den Weiterbau bis Linz auf Staatskosten unternehmen. Diese neue Bahn, welche Bayern bis an die Gränze durchschneiden wird, und in Verbindung mit der bereits bis Hof eröffneten und befahrenen Strecke eine Hauptader des Verkehrs schafft, wird über Rosenheim gehen, und von Rosenheim in einer Zweigbahn nach Kufstein ausmünden, von wo aus unsere Regierung gleichfalls bis Innsbruck den Weiterbau übernimmt. Ein Blick auf die Karte lehrt den ganzen Umfang dieser neuen Verkehrsbelebung schätzen, und niemand wird einer solchen segensreichen Wirksamkeit seine Theilnahme versagen. Bayern hat nebst der großen vollendeten Süd-Nordbahn von Hof bis Kaufbeuren, dann jener von München nach Augsburg, auch in den fränkischen Provinzen eine Westbahn von Bamberg nach Würzburg und Aschaffenburg vorbereitet, und sich so die Verbindung zwischen dem Rhein, der Donau und der Elbe als großes Ziel gesteckt. Die jetzt concessionirte Bahn in Verbindung mit den in Aussicht stehenden Anschlüssen auf österreichischem Gebiet soll die Verbindung mit Wien, Triest, Oberitalien und Venedig, und dann die Verkehrslinie mit der Levante durch den österreichischen Kaiserstaat, sowie mit Frankreich u. s. f. herstellen. Die ganz eigenthümliche Art in welcher die München-Salzburger Bahn ins Leben gerufen wird, verdient, obgleich schon erwähnt, nochmals berührt zu werden. Nach dem Programm beträgt der Aufwand für die München-Rosenheim-Salzburger Bahn 11 Millionen Gulden R. W. Diese Summe soll zunächst von 60 000 Personen in der Weise aufgebracht werden daß sich jeder Zeichner verpflichtet durch fünf Jahre täglich 6 kr. in wöchentlichen oder monatlichen Raten, also im ganzen in fünf Jahren 182 fl. 30 kr. R. W. zu entrichten. Hiefür erhält jeder Theilnehmer mit Inbegriff einer Zinsenvergütung eine auf 200 fl. lautende Antheilsobligation, wobei es dem Staate frei steht jederzeit sie gegen 5procentige Staatsobligationen einzulösen. Nach diesem Plan ist eine Theilnahme auf der breitesten Basis geboten. Nicht nur ist dem Unbemittelten eine entsprechende durch den Capitalswerth und die Einnahmen verbürgte Sparcasse geboten, in welcher er ohne alle Anstrengung seiner Zahlungskräfte in den Besitz von Actien gelangt, sondern es ist auch dem aller Geldkräfte entblößten Fleiß Gelegenheit gegeben sich in den Besitz eines kleinen Vermögens zu setzen. Es können nämlich die bei der Bahn beschäftigten Arbeiter durch Zurücklassung eines Lohnantheils, Gewerbsleute durch Lieferung von Baumaterialien und Baugeräthschaften, Grundbesitzer durch Abtretung ihrer Parcellen u. s. f. nach fünf Jahren zu Actionären der Bahn heranwachsen, welche durch ihren Fleiß, ihre Arbeit, oder ihre Naturalbeiträge geschaffen wurde.“

Post und Eisenbahn im Lande Schwaben.

** **Ulm**, 28 Oct. Aus der Nichtbeachtung welche Ihrem „Post- und Eisenbahnanliegen“ überschriebenen Artikel aus Stuttgart vom 19 d. M. (Nr. 295) von der württembergischen Presse bewiesen worden, dürfen Sie den Schluß nicht ziehen als finde derselbe auch keinen Anklang im Lande. Die württembergische Presse hat viel wichtigere Dinge zu thun als die Interessen des Gewerbestandes zu vertreten. Sie muß sich den Kopf zerbrechen ob Hr. Speidel die Bürgerwehr vom Paradiren am Geburtstage des Königs abgehalten, oder nicht, was Hr. Eisenlohr denkt, was Hr. Schnitzer treibt, was Hr. Seeger spricht, ob Hr. Römer in Frankfurt nur seinen Koffer abgeholt, oder mit dem Präsidenten des Reichsministeriums geredet *) und mit dem Reichsverweser gespeist hat — da bleibt freilich nicht Raum noch Zeit die gedrückte Lage unseres Handelsstandes, die Isolirung Württembergs, die Ueberflügelung des ganzen südwestlichen Deutschlands durch den Norden vermöge seiner Telegraphen, Eisenbahn- und Postverbindungen in Erwägung zu ziehen. Glauben Sie aber nur nicht daß das gebildete Publicum gleich wenig Theilnahme für die wahren Interessen des Verkehrs hege, daß es ebenfalls der Parteinamen bedürfe um für eine Sache zu erwarmen. Die Ansicht Ihres Berichterstatters wird von allen Einsichtsvollen getheilt. Man schätzt den Gewinn welchen Fürst Taxis jährlich aus den württembergischen Posten gezogen auf 400,000 fl. Aus welchen Elementen diese Berechnung gebildet worden, wüßte ich nicht zu sagen: aber daß in den Kammern von einer Summe die sich so hoch belief, die wenigstens zwischen 300,000 und 500,000 fl. jährlich schwankte, die Rede war, und daß daraus mit Recht die ungeheure Verletzung Württembergs in dem Postvertrage gefolgert wurde, das können Sie von allen Ständemitgliedern vernehmen, und werden insbesondere die gegenwärtigen Minister bezeugen. Diese Summe gibt Spielraum und Mittel zu Portomoderation und Erleichterungen aller Art, vielleicht sogar zu Steuerermäßigungen. Es ist darum ganz gewiß wohl gethan diesen Löwenvertrag aufzulösen, und unserm Lande diesen entsetzlichen, jährlich wiederkehrenden Aderlaß zu ersparen. Hat doch Fürst Taxis im Jahr 1819 nur eine Jahresentschädigung von 46,000 fl. gefordert. Diese Krebswunde muß geheilt werden. Aber das Mittel zeugt von geringer Klugheit des Arztes. Wir werden behandelt wie jenes Pferd welches, um vor allen andern nützlich zu werden, bei vieler Arbeit an die Enthaltung vom Futter gewöhnt werden sollte. Als es das Hungerleiden gelernt hatte, crepirte es. So auch wird die Zurückweisung der Post von der Eisenbahn wohl dem Fürsten Taxis Schaden bringen, aber dem Lande Württemberg ganz gewiß einen ungleich größeren und dauernderen. Das nördliche Deutschland wird uns eben in aller Hinsicht den Rang ablaufen. In Ermangelung der Communicationen werden wir immer weniger mit demselben concurriren können, und wenn nach langer Zeit es erlaubt seyn wird die Verbindungen, deren Gebrauch wir uns selbst versagen, zu benützen, dann wird man daran gewöhnt seyn daß Württemberg nicht zur Sprache kommt wo von Handel und Verkehr die Rede ist. Erleichterungen wie die bayerische Regierung sie dem Postverkehr mit dem 1 November zu Theil werden läßt, werden wir eben darum noch lange zu erwarten haben. Dagegen mag für unser Ministerium am Ende die Genugthuung nicht ausbleiben in dem Geduldspiele, wie Sie es neulich nannten, mit dem Fürsten Taxis sein Ziel zu erreichen. Für eine juristische Verwaltung, welche die materiellen Belange nicht hoch anschlägt, mag das genügen. Bei diesem „fiat justitia, pereat mundus“ geht denn auch wirklich die Welt zu Grunde.

Die badischen Officiere.

Rastatt. In einem Schreiben der „Deutschen Zeitung“ über die gestern erwähnte Standgerichtsverhandlung über Lieutenant Bisele,

*) Der Prinz Wittgenstein ist ein Mann von seltener Größe. Darüber vergißt man den Reichsminister des Innern, den kleinen aber geistvollen Detmold. Wegen seiner Kleinheit schlüpft er durch, und darum sind auch Hrn. Römers Conferenzen mit ihm nicht zur Sprache gekommen. D. Eins.

welchen Professor Fickler vertheidigte, heißt es: „Fickler sprach beinahe eine Stunde lang. Ohne in das Detail seiner Rede einzugehen, sey nur eines höchst wichtigen Punktes in derselben erwähnt; er führte nämlich an daß, was bereits in einer in Karlsruhe vorgängigen Untersuchung constatirt worden, ein Hauptmann v. S., der noch einige Zeit in der mehrerwähnten Absicht bei seinen Soldaten ausgeharrt, durch einen ihm bekannten Kammerherrn direct beim Großherzog, der sich damals noch im Elsaß aufhielt, anfragen ließ was er thun solle; dieser habe den Wunsch ausgesprochen, die Officiere möchten bleiben so lange als möglich. Dieser Ausspruch ist so wichtig daß er besonderer Erwähnung verdient: er konnte geschehen seyn, denn er sollte bewirken daß durch das Ausharren der badischen Officiere bei ihren Soldaten letztere wieder auf die Bahn des Gesetzes geführt, sonach eine Bundeshülfe unnöthig würde; daß dieß in der Absicht des Großherzogs gelegen haben kann, dafür spricht seine Milde, seine Liebe zur friedlichen Lösung jeder Verwickelung, wie sie ein Fürst ja wünschen muß; daß Fickler diese Angabe aus zuverlässiger Quelle nahm, und nicht aus der Luft griff, ist wohl sicher, wenn auch dem Staatsanwalt die Sache unbekannt war, denn Fickler nannte alle Namen der dabei vorkommenden Personen. Daß sonach die Art und Weise wie die Untersuchung jetzt gegen die dageblieben Officiere geführt wird, die, wie Fickler sagte, im einfachen Civilkleide, zurückgesetzt und gekränkt umhergehen, während jene, die so schnell das Land verließen, in voller Uniform und mit Orden geschmückt erscheinen, nicht in des Fürsten ursprünglicher Absicht lag, scheint wohl daraus hervorzugehen. Mit Recht stellten beide Vertheidiger die Frage, was dann wäre wenn es den wenigen Officieren wirklich gelungen eine Contrerevolution oder wenigstens eine schnelle Uebergabe der Festung herbeizuführen? Im ersten Fall gewiß die größte Anerkennung und Belohnung, im zweiten allerwenigstens eine verdiente Amnestie! Der Worte eines der Angeklagten sey hier noch gedacht; er sprach: Es gehört mehr Muth dazu unter den verrätherischen Soldaten im wilden Sturme auszuhalten und sie wieder zu beschwichtigen als außer den Landesgränzen Schutz zu suchen. Auffallend günstig erschien uns auch das Zugeständniß eines Officiers, der gleichfalls noch eine Zeitlang dageblieben war, und aussagte, das Benehmen der Soldaten habe etwa 14 Tage nach Ausbruch der Revolution allerdings alle Aussicht auf Besserung und Erfolg einer Gegenrevolution geboten.“ (D. Z.)

Verhandlungen der preußischen Kammern.

☿ **Berlin,** 26 Oct. In der zweiten Kammer antwortete heute der Finanzminister auf die früher erwähnte Interpellation des Abg. Reichensperger, daß über die Aufhebung der Steuerexemtionen und gleiche Vertheilung der Grundsteuer bereits ein Entwurf ausgearbeitet sey, und daß der Kammer hierüber in kurzem nähere Mittheilungen zugehen würden. Die Tagesordnung führt zur Berathung des Art. 64 der Verfassung. (Legislaturperiode der ersten Kammer.) Derselbe bleibt unverändert. Zu Art. 65 (Bedingungen der Wählbarkeit zur ersten Kammer) schlägt die Commission den Zusatz vor: „Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten noch Diäten.“ Amendements von Schöpplenberg, Rhoden und Hüpser, welche die Mitglieder der ersten Kammer denen der zweiten in Hinsicht der Diäten und Reisekosten ganz oder zum Theil gleichgestellt sehen wollen, werden auf die Bemerkungen Bodelschwinghs, Riedels und des Referenten Beckerath abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen. Art. 66 soll nach der Commission lauten: „Die zweite Kammer besteht aus 360 Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz in der Weise festgestellt daß mindestens zwei Abgeordnete von einem Wahlkörper gewählt werden.“ Die Kammer genehmigt den Antag. Den Artikel 67 will die Commission so gefaßt sehen: „Jeder selbständige Preuße, welcher das 24ste Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde in welcher er an den Gemeindewahlen theilzunehmen berechtigt ist, stimmberechtigter Urwähler.“ Der Abg. Landferman erklärt sich gegen das Princip des Census. Man solle das Wahlrecht eher erweitern als einschränken; sonst werde es von den weitern Kreisen mit Gewalt erobert werden. Der Abg. Bodlschwingh (Hagen) erinnert daran daß alle Steuerexemtionen aufhören und jeder Steuer zahlen werde der nicht Almosenempfänger sey; er fügt hinzu: wer das geringere Recht der Gemeindewahlen nicht ausüben dürfe, der könne auch das höhere der Abgeordnetenwahlen nicht ausüben. Die Kammer tritt der Commission bei und nimmt auf den Vorschlag derselben als Art. 68 auch den Satz an: „Das Wahlrecht der activen Militärpersonen ist unabhängig von dem Verhältniß zu einem Gemeindeverband.“ Die Debatte über Art. 69 wird auf morgen vertagt. Zu erwähnen ist von der heutigen Sitzung noch daß der Abg. v. Saucken, als er gegen die letzten Worte die in der gestrigen Sitzung der Minister des Innern gesprochen protestiren wollte, von der Rechten so heftig unterbrochen wurde daß er nicht weiterreden konnte und die Tribüne verlassen mußte. Als der Abg. Trojan auf dieselben Worte anspielte, bemerkte der Minister: er habe der Majorität des Hauses durch seine gestrige Erklärung nicht zu nahe treten wollen; man möge ihnen aber das stolze Bewußtseyn gönnen daß ihre Verwaltung dem Lande nicht zum Schaden gereicht habe! Die Rechte nahm dieß mit großem Beifall auf.

☿ **Berlin,** 27 Oct. Die zweite Kammer erledigte heute die noch übrigen Artikel des Titels V der Verfassung. Der Art. 69 soll nach dem Antrag der Commission lauten: „Auf jede Vollzahl von 250 Seelen der Bevölkerung ist ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden directen Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Die Gesammtsumme wird berechnet: a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet; b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist. Die erste Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern auf welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Gesammtsteuer fallen. Die zweite Abtheilung besteht aus denjenigen Urwählern auf welche die nächstniedrigeren Steuerbeträge bis zur Gränze des zweiten Drittheils fallen. Die dritte Classe besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, auf welche das letzte Drittheil fällt. Jede Abtheilung wählt besonders, und zwar ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner. Die Abtheilungen können in mehrere Wahlversammlungen eingetheilt werden, deren keine mehr als 500 Urwähler in sich schließen darf. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der stimmberechtigten Urwähler des Urwahlsbezirks ohne Rücksicht auf die Abtheilung gewählt. Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt. Das nähere über die Ausführung der Wahlen zur zweiten Kammer bestimmt das Wahlausführungsgesetz.“ Dazu hat schon gestern der Minister des Innern als Abgeordneter das Amendement gestellt: statt „Wahlversammlungen“ den allgemeineren, weniger vorgreiflichen Ausdruck „Wahlverbände“ zu gebrauchen. Andere Amendements wollen daß man das Wort „Staatssteuern“ in „Steuern“ verwandle; daß vor vollendeter Revision der Steuergesetzgebung dem Wahlgesetz die Communalsteuer zu Grund gelegt werden könne; daß da wo indirecte Steuern bestehen die Urwähler durch die Gemeindebehörden nach Maßgabe der indirecten Steuern zu bestimmen seyen. Der Abg. v. Bardeleben schlägt vor: jeder der 100 Thlr. Steuern entrichte ist eo ipso Wahlmann, und die niedriger Besteuerten werden wieder in drei Classen getheilt um in indirecter Wahl für sich die übrigen Wahlmänner zu wählen. Der Antragsteller weist auf die Nothwendigkeit hin eine conservative zweite Kammer zu bekommen; er bezweifelt daß die Annahme des Commissionsantrags dieß verbürge und meint, wenn die demokratische Partei nach dem neuen Wahlgesetz gewählt hätte, so wäre die Kammer wieder ungefähr so ausgefallen wie die aufgelöste. Der Abg. Matzerath ist gegen diesen Vorschlag, der eine Art erblicher Pairie für die zweite Kammer schaffen würde. Die andern Antragsteller suchen zu beweisen daß vor der Revision der Steuergesetzgebung eine einstweilige Ausgleichung Platz greifen müsse. Der Referent Beckerath erklärt sich gegen die Herbeiziehung der Communalsteuern, da es sich hier nur um Leistungen an den Staat handle, und bemerkt: die Wahlberechtigung für den eigenen Staat anders zu begränzen als für den Bundesstaat, habe der Commission nicht angemessen geschienen. Der Commissionsantrag mit dem Amendement des Minister-Deputirten wird angenommen, die übrigen Amendements verworfen. Art. 75 der die Einberufung der Kammern auf den November jeden Jahrs festsetzt, wird beibehalten, und der Commissionsantrag der den October vorschlägt, verworfen, nachdem der Minister des Innern erklärt hat daß im Staatsministerium darüber berathen werde das Finanz-Etatsjahr anders als bisher zu legen. Zu Art. 77 stellt Hartmann das Amendement den zweiten Satz so zu fassen: „Beamte bedürfen zwar keines Urlaubs zum Eintritt in die Kammer, sie tragen aber die Kosten ihrer Stellvertretung nach den durch das Gesetz festzustellenden Grundsätzen.“ Der Antragsteller weist nach daß der Staat, wenn er die Stellvertretungskosten trage, jährlich 26,000 Thlr. verliere, und fügt hinzu daß kein Grund vorhanden wäre die Beamten so zu bevorzugen. Geppert ist gegen das Amendement: weil die preußischen Beamten nicht allzuhoch besoldet, in der Kammer aber sehr nöthig seyen. Scherer drückt dieß noch stärker aus, indem er sagt: „ohne Beamte würde sich die Kammer oft nicht zu rathen und zu helfen wissen“ (oh! oh!). Der Minister des Innern ist nicht gegen das Princip des Amendements, er wünscht aber daß bloß gesagt werde: dieser Gegenstand sey durch das Gesetz zu regeln. Das Amendement wird in namentlicher Abstimmung mit 160 gegen 124 Stimmen angenommen. Zu Art. 83 will der Abg. Wegener den Satz daß auch bei der Verhaftung eines Abgeordneten wegen Schulden die Genehmigung der Kammer nöthig sey, gestrichen wissen. Beckerath bemerkt dagegen: der Grundsatz daß ohne

die Genehmigung der Kammern unter ihren Mitgliedern keine Veränderung vor sich gehen dürfe, sey zu wichtig als daß man aus einer untergeordneten Rücksicht davon abweichen dürfe. Die Kammer verwirft das Amendement in namentlicher Abstimmung mit 145 gegen 136 Stimmen (meist von Mitgliedern der Rechten!). Die übrigen sehr bekannten Bestimmungen über die Kammern werden theils unverändert, theils nach Modificationen der Commission angenommen. — In der ersten Kammer stellte heute der Abg. v. Vincke den Antrag an einer geeigneten Stelle der Verfassungsurkunde den Artikel aufzunehmen: „Die Formel des Eides ist: so wahr mir Gott helfe!“ Auf Antrag des Ausschusses beschließt die Kammer die Bestimmung der gewöhnlichen Gesetzgebung zu überlassen, wofür auch der Justizminister sich erklärte. Dann discutirt sie Titel III der Verfassung: „Vom König.“ Eine Einschaltung der zweiten Kammer: „Der König ist das Oberhaupt des Staats“ wird verworfen. Ebenso ein Antrag des Ausschusses: statt des dritten Satzes in Art. 47 („der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besondern Gesetzes niederschlagen“), zu sagen: „Die Abolition von Verbrechen die noch nicht zur richterlichen Cognition gekommen sind, sowie die Niederschlagung bereits eingeleiteter Untersuchungen kann nur auf Grund eines besondern Gesetzes erfolgen.“ Der Justizminister bemerkte dagegen daß hiernach eine allgemeine Amnestie unmöglich wäre. Die Kammer nahm hier wie in den meisten Artikeln die Fassung der zweiten Kammer an.

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

⁄ **Berlin**, 26 Oct. Der Correspondenzartikel in Nr. 296, Frankfurt 20 Oct., behauptet: die Abstimmung von Hessen-Darmstadt (alias Großherzogthum Hessen) in dem Verwaltungsrath gegen das Interim einer Bundescommission sey durch die Gagern'sche Coterie bestimmt worden. Er enthält zugleich die Versicherung daß die Nachricht aus sicherer Quelle geschöpft sey, und hat freilich durch diese stereotype Phrase nach bekannter Erfahrung die Wahrheit der Nachricht selbst sofort in Zweifel gestellt. Die Unrichtigkeit ergibt sich aber auch aus dem veröffentlichten Protokoll vom 8 October jedem der es mit Aufmerksamkeit lesen will. Ein solcher Leser wird — ohne zwischen den Zeilen lesen zu müssen — gleich herausfinden daß erst in der Sitzung selbst die Bevollmächtigten durch ihren Vorsitzenden Kenntniß von dem Inhalt der Verabredung zwischen Preußen und Oesterreich erhielten, dessenungeachtet aber veranlaßt wurden ihre persönliche Ansicht sofort auszusprechen, also nicht im Namen ihrer Regierungen sich zu äußern, von welchen sie Instructionen unmöglich hätten einholen können, denen selbst jener Inhalt der Uebereinkunft noch gar nicht bekannt war. Der großh. hessische Bevollmächtigte hat also ebenso wie die übrigen Bevollmächtigten nur seine individuelle Meinung ausgesprochen, und diese ist noch nie von einer Coterie (in Beziehung auf Hrn. v. Gagern ist der Ausdruck ohnedieß ein unwürdiger) oder auch einer Partei, sondern lediglich durch eigene Ueberzeugung bestimmt worden. Die Ansicht des großh. hessischen Bevollmächtigten weicht aber auch von der des Hrn. v. Gagern — wie dieser die seinige vor wenigen Tagen in Hamburg öffentlich ausgesprochen hat — geradezu ab, kann also durch solche nicht bestimmt worden seyn, ordnet sich indeß als Voraussicht sehr gern der des Hrn. v. Gagern unter, weil er, nicht zum erstenmal, wünscht daß diese und nicht die seinige sich verwirklichen möge.

Prag.

ꝫ **Prag**, 24 Oct. Die Aufstellung des Armeecorps im westlichen Böhmen soll zu Ende dieses Monats vollendet seyn. Seit langer Zeit sahen wir nicht so viele Truppen wie jetzt durch unsere Stadt marschieren. Die meisten kommen aus Ungarn und Italien. — Man sagt daß israelitische Handelsleute, dem Grundsatz der Gleichberechtigung gemäß wie er in unserer Verfassung ausgesprochen wurde, ihre Kaufläden in der Christenstadt aufschlagen wollten, daß aber unser Bürgermeister in einem Schreiben an den israelitischen Gemeindevorsteher Landau das Ersuchen gestellt habe diesen Schritt noch aufzuschieben, um nicht Unruhen zu erregen. Jeder der den hier in allen Classen verbreiteten Judenhaß kennt, glaubt an die Wahrheit dieses von manchen bezweifelten Gerüchtes; auch würden gewiß schon viele Israeliten in die Christenstadt übergesiedelt seyn, wenn sie nicht Beunruhigung von Seite des Volks befürchteten. Der ständische Landesausschuß hat zur Hebung der böhmischen dramatischen Litteratur Preise von 250 Gulden für zwei aus der böhmischen Geschichte entnommene Dramen, und einen von 200 Gulden für ein Lustspiel, welches das Volksleben mit Berücksichtigung der neuern Zeitverhältnisse schildert, ausgeschrieben, und für ein oder zwei der diesen an Werth nächstkommenden Stücke ein Accessit von 100 fl. bestimmt. — Der bereits vor mehrern Jahren von dem Domherrn Peschina angeregte großartige Plan unsern herrlichen Dom auszubauen, wozu der Genannte schon mit größtem Eifer Vorarbeiten gemacht, wird jetzt wieder ernstlich aufgenommen. Ein Comité hat sich zu diesem Zweck gebildet, Statuten verfaßt und sie der Regierung zur Genehmigung vorgelegt. — Der Bildhauer Em. Max, der von Rom nach Prag übersiedelt, ist bereits hier angekommen. Sein Atelier in Rom hat während der dortigen Unruhen gar nicht gelitten, obwohl er abwesend war. — Vorgestern stürzte ein auf der Altstadt allzuschnell gebautes Haus ein; 25 Arbeiter wurden hiebei beschädigt und einige sollen an den Verletzungen gestorben seyn. Als der Baumeister an die Unglücksstätte kam, wurde er ohnmächtig.

Frankreich.

⁹ **Paris**, 21 Oct. Die Lage der Dinge hat einen innern Ernst, den es nöthig ist von zwei Seiten scharf aufzufassen. Einerseits ist es der sich steigernde Einfluß der Socialisten und Communisten auf den Bauern in einem Theile Frankreichs, ohne daß gerade abzunehmen wäre wie dieser Einfluß auf den Handwerker abgenommen haben sollte. Andererseits ist es das Verhältniß des Präsidenten zur Majorität in der Versammlung, welches Verhältniß sich noch mehr als einmal verkleistern lassen kann, aber nichtsdestoweniger sehr gefährlicher und spannhafter Natur zu werden droht. Der Bauer, auch der begüterte, z. B. in der reichen Umgegend von Lyon, wird keineswegs bestochen durch die revolutionären, die socialistischen, die communistischen Systeme als solche — das wäre Thorheit anzunehmen, so faßt er sie keineswegs auf; aber man weckt in ihm das Bewußtseyn er sey ein Theil des souveränen Staates, und zwar der bedeutendste Theil desselben; in seinen Händen liege der Staat durch die Wahlen, es sey also natürlich daß er sich aus seiner eignen Mitte seine Repräsentanten wähle, oder solche Leute welche am besten seine Interessen zu verfechten verstehen würden, nämlich die Schullehrer auf dem Lande, einige Zeitungsschreiber der Departemente, einige Aerzte und Advocaten der kleinen Landstädte, das sind nun gerade alle Mitglieder der politischen Clubs; das eigentliche System aber wird ihm auf eine ganz eigene Weise vorgestellt, nämlich es sey nicht Recht daß es eine Classe von Gutsbesitzern gebe welche durch Pächter oder auch durch Maier ihre Güter verwalten lasse, anstatt sie wie die Bauern selber zu bearbeiten, daß factisch dadurch diese Classe sich an Bildung, Genüssen, Antheil an Staatsämtern über die Bauern erhebe, daß dieser Uebermuth eine Folge sey eines überflüssigen Reichthums, daß man also die Gutsbesitzer zu Bauern machen müsse, indem man ihren Ueberfluß unter die Bedürftigen vertheile, aus dem Ueberfluß sowie aus den Gutsbesitzern selber neue Bauern schaffe. So fassen diese Bauern das System auf, man weckt in ihnen den Kitzel der Habsucht und des Hochmuths; das ist die unterhöhlende Arbeit, bestimmt nach drei Jahren durch neue Wahlen ein neues revolutionäres Frankreich hinzustellen. Was die Stellung des Präsidenten zu der Majorität der Versammlung betrifft, so ist sie eine sehr delicate. Louis Bonaparte hat als Präsident bis jetzt der Sache der öffentlichen Ordnung, dem Staatswohl einen außerordentlichen Dienst geleistet. Es ist auch nicht zu verhehlen daß die Majorität diesen Dienst sehr wohl erkennt; der Pact des Präsidenten und der Majorität ist also wohl begründet. Aber hier drängen sich zwei Arten von Leuten zwischen diesen Pact: der frühere Anhang des Generals Cavaignac einerseits, andererseits eine Partei sehr erklärter Bonapartisten zum Theil aus der nächsten Umgebung des Präsidenten; dahinter stellt sich die Montagne auf die Lauer, und zwar so daß sie, in der ganzen Debatte über die römische Angelegenheit, ihre Ehre dem Verlangen geopfert hat einen Bruch zwischen der Majorität und dem Präsidenten einzuleiten. Sie hat auch kein Wort vorgebracht über die Staatsgefangenen vor dem Versailler Gerichtshof, über die Opfer gerade dieses Kampfes der Montagne zu Gunsten der römischen Mazzinisten. Sie schwieg in der Erwartung den Präsidenten mit der Majorität zu überwerfen. Diese Majorität ist aus drei Elementen gebildet: Legitimisten in Masse, Orleanisten der bescheidenere Theil, Bonapartisten ein sehr geringer Theil; die Noth und Gefahr eines Bruches gruppirt sie factisch um die Republik und den Präsidenten. Aber die Bonapartisten in der Majorität sind nicht alle so in die Interessen der Majorität verflochten, daß nicht ein bonapartisches Interesse bei einigen vorherrschend wäre. Sie flüstern dem Präsidenten ein daß in den Augen der Legitimisten und Orleanisten er nur ein Werkzeug sey und kein Zweck, daß die Häupter des Legitimismus und Orleanismus in der Kammer vollkommen einverstanden seyen, daß das Haus Orleans Verzicht leiste auf seinen Thronanspruch, daß die Herzogin von Orleans, welche zu Gunsten ihres Kindes etwa protestiren dürfte, als Deutsche, als Protestantin fremd sey im Lande, daß die Thiers und Berryer u. s. w. für die Zukunft an den Herzog von Bordeaux dächten; kurz sie spornen den Präsidenten an durch die Macht der Truppen im Nothfall einer legitimistischen Verschwörung vorzubeugen, die Herstellung eines bonapartischen

Kaiserthums einzuleiten. Bauern und Handwerker würden zustimmen, die Kleinbürger nachfolgen, der Rest stünde ohnmächtig da, und zugleich würde die Montagne ihrer letzten Hülfsmittel beraubt. Unter allen Formen wird der Präsident von seinen Vertrauten auf diese Weise angegangen; jedes rasche Wort, in dem Verein des Staatsraths und den andern Kreisen der Majorität ausgesprochen, wird ihm vielfach vergiftet hinterbracht. Widersteht der Präsident solchen Lockungen, und versteht das Ministerium die Majorität zusammenzuhalten, so wird dieß ein Meisterstück seyn der Selbstbeherrschung und der Politik.

. **Paris**, 26 Oct. Man läuft kaum Gefahr zu übertreiben, wenn man die Behauptung aufstellt daß in den siebenzehn Jahren des Julius-Königthums nicht so oft die verantwortlichen Räthe der unverantwortlichen Krone ins Palais Royal und dann in die Tuilerien berufen worden als in den zehn Monaten die verantwortlichen Räthe des verantwortlichen Präsidenten der Republik in das Elysée national. Seit den letzten Tagen besonders scheint Ludwig Bonaparte den Tag für verloren zu halten an welchem nicht wenigstens einmal Ministerrath in seinem Palaste abgehalten wurde; denn ein Ministerrath vor dem Frühstück, ein anderer vor dem Mittagmahl und ein dritter vor dem Nachtessen war in der letzten Zeit an der Tagesordnung, und nur ausnahmsweise begnügte man sich mit zwei oder einem Ministerrath im Raum von vierundzwanzig Stunden. Auf was deuten diese häufigen Versammlungen der Minister hin? Etwa daß große Dinge im Werke, oder große Gefahren im Anzuge sind, oder bloß daß man in fortwährender Rathlosigkeit stets von neuem zur Berathung zusammentritt? Anzunehmen daß große Dinge im Werke, verbietet uns die angeborne Bescheidenheit und Anspruchlosigkeit sämmtlicher Cabinetsmitglieder; große Gefahren schließt an sich jeder provisorische Zustand eines Landes ein, und da alle Welt den gegenwärtigen Zustand der Dinge in Frankreich für einen provisorischen ansieht, so liegt schon hierin allerdings wenn nicht die Gefahr selber, doch die Drohung der Gefahr, welche oft der unbedeutendste Umstand oder Zwischenfall heraufzubeschwören geeignet ist; allein davon abgesehen, lagen in der letzten Zeit keine besondern Gefahren vor. Die römische Angelegenheit konnte solche nicht einschließen, und die Spaltung der Majorität die man befürchtete vermied man ebensowohl auf der einen als auf der andern Seite, weil man auf keiner Seite die Folgen eines solchen Ereignisses berechnen konnte. Die Verwicklungen in Konstantinopel mögen der Regierung manche Sorge machen, doch das ist keine der Gefahren die Frankreich allein und zunächst, sondern ganz Europa und England nicht minder als Frankreich berühren. Wenn also weder große Dinge im Werk noch große Gefahren im Anzuge sind, so dürfte vielleicht die Rathlosigkeit über mancherlei nicht unwichtige Angelegenheiten, bei denen überdieß die Personen eine größere Rolle als die Dinge spielen, die Schuld an dem häufigen Zusammentritt der Minister tragen. Dieß ist jedenfalls von der Frage über den Nachfolger des Hrn. v. Falloux wichtig. Der Gesundheitszustand erlaubt demselben keineswegs sein Amt wieder aufzunehmen, darum scheint er auch seine Schiffe in der römischen Frage dem Präsidenten gegenüber verbrannt und für die vielfältige Verbreitung der Rede Montalemberts 200 Fr. unterzeichnet zu haben, gleich darauf reichte er seine Entlassung ein, die der Präsident auch sofort angenommen. Wie aber ihn ersetzen? Ludwig Bonaparte und Hr. Barrot wie dessen Freunde möchten Hrn v. Corcelles ins Cabinet berufen; Hr. v. Corcelles aber gehört zu der sogenannten Fraction des Tiers-Parti, und wiewohl er der Majorität eine grata persona wäre, würde sie dennoch seinen Eintritt als eine Verletzung ihrer Prärogative als Majorität ansehen. Sie stellt in der That Hrn. v. Beugnot und Hrn. Vatimesnil, beide Legitimisten, ersterer ehemals Pair von Frankreich, letzterer Justizminister unter der Restauration, voran. Auf Seiten der Majorität versichert man mir Hr. v. Beugnot werde Hrn. v. Falloux' Nachfolger seyn, auf Seiten des „constitutionellen Cirkels" zweifelt man am Eintritt des Gesandten in Rom nicht; dabei ist nur Eines gewiß daß hierüber schon seit mehreren Tagen enge Ministerberathungen täglich im Elysée national abgehalten worden und ein förmlicher Depeschenwechsel zwischen dem Ministerium und den Chefs der Majorität stattfindet.

Straßburg, 27 Oct. Während die Nachklänge des Processes in Metz allmählich verhallen, entwickelt das republicanisch-napoleonische Centralcomité in Paris, das unter dem Vorsitz des Generals Montholon arbeitet, eine außerordentliche Thätigkeit im Elsaß. Dasselbe hat seinen Generalsecretär Hrn. Suau de Varennes nach unserm Departement abgeordnet, um dahin zu wirken „daß in den Wahlkämpfen der Triumph solcher Candidaten gesichert werde welche der Größe und dem Gedeihen des republicanischen Frankreichs aufrichtig ergeben sind." — Der Oberbefehlshaber unserer Truppen, General Magnan, ist vor einigen Tagen wieder aus Paris zurückgekehrt. In den einzelnen Besatzungen des Elsasses werden vorläufig keine Verminderungen vorgenommen werden, sowie denn überhaupt der Effectivstand des französischen Heeres keine Reduction erleidet, zumal nach den Beschlüssen des Kriegsministeriums die Garnison in Paris eine ständige Truppenzahl von 100,000 Mann (einschließlich der in dem Citadellengürtel der Hauptstadt untergebrachten Regimenter) erhält. Der Plan Hüningen zu befestigen ist noch nicht zur Reife gekommen, dagegen sollen für den Festungsbau von Belfort beträchtliche Summen angewiesen werden. — Die Cholera ist gänzlich verschwunden. Seit 12 Tagen sind weder Erkrankungen noch Sterbefälle an dieser Seuche vorgekommen, daher denn die Sanitätscommission ihre Sitzungen eingestellt hat. Auch Rappoltsweiler ist von der asiatischen Krankheit vollständig befreit. (Die Bitte, welche wir neulich in diesen Blättern an die Direction der großherzoglichen Posten in Bezug auf eine raschere Versendung der Allg. Zeitung richteten, ist von derselben berücksichtigt worden, so daß uns heute Ihr Journal statt Nachmittags 4 Uhr schon in früher Morgenstunde zukam.)

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Oesterreich. Weitere Ordensverleihungen: dem kais. russ. General der Infanterie, Baron Berg, das Großkreuz des k. ung. St. Stephans-Ordens; dem k. k. Geh. Rath H. Grafen v. Bombelles denselben Orden. Sodann für die 107tägige Vertheidigung der Festung Temeswar den Orden der eisernen Krone, und zwar den Obersten Baron Blomberg und Szankovics diesen Orden 2ter Classe, und denselben Orden 3ter Classe den Majoren Dauber von Zanini, Schifter von Leiningen, Pöschel von Sivkovich; Hauptleuten: Melczer von Leiningen, Metz von Rukavina, Babich vom Romanen-Banater-Regimente, Baron Leonhardy vom Ingenieur-Corps, Rittmeister Baron Wendt von Schwarzenberg-Uhlanen; Oberlieutenanten: Carlon vom 4ten Artillerie-Regimente, Keil vom Ingenieur-Corps, Hennike und Baron Uracca von Leiningen, Baron Eschwege von Rukavina, Lieutenant Fopker von Schwarzenberg-Uhlanen, Hauptmann und General-Commando-Adjutant Weymann und Regimentsarzt Dr. Mayner. Ferner dieselbe Ordensclasse: dem Major und Grenadier-Bataillons-Commandanten Richter, von Wohlgemuth-Infanterie, dem Major Baron Rüstel von Deutschmeister-Infanterie, dem Oberlieutenant Dankelmann von Civalart-Uhlanen, den Artillerie-Hauptleuten Bareis und Deimer, dem Artillerie-Oberlieutenant Hoffmann und den Unterlieutenanten derselben Waffengattung, Einfalt und Krobatin; deßgleichen dem Ingenieur-Major C. Wurmb, in Anerkennung der als Feld-Genie-Director der Süd-Armee geleisteten Dienste; dem Hauptmanne Tunkler, des Ingenieur-Corps, und den Oberlieutenanten Freiherrn von Maltzahn und Navarre, des Drag.-Reg. Franz Joseph; dem Rittmeister Bar. Edelsheim und dem Major Grafen Saint-Quentin; sodann in Anerkennung des Muthes und der Entschlossenheit bei Vertheidigung der Festung Arad dem Major G. Bar. Berger, den Ingenieur-Hauptleuten Bar. Cesati und Lepkowsky, dem Hauptmanne Ranninger der Garnisons-Artillerie, dem Oberlieutenant Unnlich von Rukavina-Infanterie, und dem Rittmeister-Auditor Müller. Ferner dem emeritirten Reg.-Arzt Dr. L. Mauthner; deßgleichen für kriegerische Auszeichnung im Banat: dem Major Anthoine und Hauptmann Gutter von Sivkovich-Infanterie; dem Major Kollmann, von Rukavina-Infanterie; dem Major Eisler, vom Romanen-Banater Gränz-Reg. und dem Lieutenant Amon von Leiningen-Infanterie; sodann dem Feldzeugmeister Grafen Nugent das Großkreuz des Leopold-Ordens; dem kais. russ. Kriegsminister Fürsten Tschernitscheff das Großkreuz des k. ung. St. Stephansordens; dem Rath des Obersten-Gerichtshofs, Dr. K. A. Minutsti, bei seiner Versetzung in Ruhestand, das Ritterkreuz des kais. österr. Leopold-Ordens. Ferner auf Empfehlung Radetzky's für erworbene Verdienste im ital. Feldzuge: das Ritterkreuz des Leopold-Ordens dem General-Major Grafen Degenfeld, dem Obersten Mandel von Nugent Infanterie, dem Obersten Steininger vom Oguliner Gränz-Reg., dem Obersten Schiller vom Generalstabe, dem Obersten Grafen Degenfeld von Erzh. Leopold-Infanterie, dem Major Baron Rzikowsky vom Ing.-Corps, dem Major Edlinger von der Artillerie und dem Unterlieut. Jastrzebsky von Mazzuchelli-Infanterie. Den Orden der eisernen Krone dritter Classe: Dem Major Meisrimel vom Generalstabe, dem Oberlieutenant Grafen Pecking von Constantin-Infanterie, dem Oberlieutenant Banofszki vom Mineur-Corps, dem Unterlieutenant Rehak von Reuß Husaren und dem Unterlieutenant Wimmer vom 1sten steirischen Schützen-Bataillon. — Der gleiche Orden ward auch zu Theil dem Adv. Sp. Petrovich in Zara; dann dem Feldmarschall-Lieut. Standeisky derselbe Orden 2ter Classe; dem Gen. Major Ign. Trimer das Ritterkreuz des Leop. Ordens; dem Hptlt. H. Huff und K. Appiano, dem Comm. der Triester Nat. Garde, Mangiarli und dem Major Buschek der Orden der eisernen Krone 3ter Cl. Erlaubniß zur Annahme fremdherrlicher Orden hat erhalten: der im wallachischen Dienst gestandene k. k. Ingenieur Bolzano für den osmanischen Verdienstorden.

Wissenschaft und Kunst. Oesterreich. Dem Fabrikbesitzer J. Dierzer zu Linz ist, in Anerkennung seiner Verdienste um die vaterländische In-

dustrie und um Hebung des Wohlstandes unter den arbeitenden Volksclassen, von Sr. Maj. dem Kaiser der Orden der eisernen Krone 3ter Classe verliehen worden. — Der Dechant J. Strigl ist zum Kanonikus am Dom-Capitel zu Linz ernannt; die Lehrkanzel der Anatomie am Lyceum zu Salzburg dem Dr. K. Aberle übertragen; der Prof. Dr. Fr. Mozhnik in Lemberg zum Professor der Mathematik an der Universität Olmütz ernannt. — **Preußen.** Der Gemeinderath in Köln hat den Musik-Director Ferdinand Hiller in Düsseldorf zum städtischen Capellmeister an Stelle des zum königlichen Capellmeister in Berlin ernannten Heinrich Dorn berufen. — Am 22 dieses Monats hat zu Münster die vierte Generalversammlung der Aerzte Westphalens stattgefunden. Nach erfolgter Wahl des Kreisphysicus Dr. Bernay zum Secretär hielt der Präsident des Vereins, Dr. Brefeld aus Hamm, einen lehrreichen Vortrag über die an letzterem Orte ausgebrochene Cholera. Nach mehreren andern Vorträgen wurde auf den Antrag des Kreisphysicus Dr. Wiesmann aus Dülmen von der Versammlung der Beschluß gefaßt, dem Professor Dr. Nasse zu Bonn zu seinem fünfzigjährigen Doctor-Jubiläum ein Gratulationsschreiben zu überreichen und ihn zum Ehrenmitglied des Vereins zu ernennen. Als nächster Versammlungsort wurde Dortmund festgesetzt, und als Thema der Besprechung die Medicinal-Taxe bestimmt. — Der von dem Greifswalder Magistrat an das dortige Gymnasium zum Director berufene Professor Hiecke aus Merseburg ist von dem Könige in dieser Eigenschaft bestätigt. — **Kurhessen.** Professor Dr. Zeller zu Bern ist zum ordentlichen Professor der Philosophie an der Landes-Universität Marburg bestellt.

Todesfälle. In **Berlin**, am 25 Oct, der Consistorialrath Otto v. Gerlach, er war ein Bruder des Gerichtspräsidenten v. Gerlach und des Generalmajors v. Gerlach, Adjutanten des Königs. — In **Stuttgart**, am 16 Oct, der pens. Prälat v. Heermann, 72 J. a.

[3918] **Venedig**, 6 Oct. Es wird Ihren Lesern nicht unwillkommen seyn nach so vielen kriegerischen Nachrichten aus dem Lande der schönen Künste auch wieder freundlichere Töne zu vernehmen.

Unsere Schreckenstage sind nun vorüber. Venedig wird freilich noch auf lange Zeit physisch und moralisch niedergedrückt bleiben; denn ohne lebhaften Handel gibt es weder inneres noch äußeres reges Leben; dennoch mußte der früher allgemein gefürchtete kaiserliche Feldmarschall Radetzky bei seinem Einzug in die Dogenstadt der lange schwer geängsteten Bevölkerung als ein wahrer Schutzengel und Erlöser von unaussprechlichen Uebeln erscheinen. Als ein solcher ist er auch bewillkommnet worden. Wenn dieß hier, bei so vielen Ursachen zu tiefer Trauer, nicht mit dem feurigen Enthusiasmus wie in der Residenz geschehen konnte, so bot dagegen durch die eigenthümliche Lage der Stadt, mit ihren teppichgeschmückten Palästen, dieser Triumphzug auf dem Wasser, vom schönsten sonnigen Himmel begünstigt, eine der seltensten Erscheinungen dar.

Für Oesterreich ist dieser Triumph besonders interessant als der eigentliche Schlußact der italienischen Revolution, und wird dereinst unter den merkwürdigsten Tagen in den Annalen des Landes dastehen; interessant aber besonders auch für den gefeierten Heldengreis, der nach so vielen großen Thaten nun auch die Genugthuung fühlt, seinem Kaiser einen der schönsten Edelsteine der Krone zurückgebracht zu haben.

In der Allg. Zeitung wird dieser glorreiche Einzug von Radetzky in Venedig am 30 August 1849 mehrmals erwähnt, und erst noch vor kurzem in der Beilage zu Nr. 269 mit geistreichen Zügen lebendig vorgeführt. Von vielen ist nun schon der Wunsch geäußert worden diesen für Oesterreich und seine tapfere Armee so wichtigen Moment der Nachwelt würdig aufbewahrt zu sehen. Wie viel schneller sind uns Deutschen hierin die Engländer und ganz besonders die Franzosen voraus, ja diese selbst oft mit etwas zu viel Aufopferung der Wahrheit! Hören wir nicht eben hier, im Dogenpalast, noch heute den geringsten Venetianer vor jenen Bildern, den redenden Zeugen einer großen Vergangenheit, mit Stolz ausrufen: „questi eranno dei nostri!“ War denn nun am 30 August kein Maler zugegen, oder fühlt sich keiner der Aufgabe gewachsen den großen Moment künstlerisch wiederzugeben? Wir irrten uns. Im Atelier unseres deutschen Landsmannes, des Malers Federigo Nerly, steht dieser Einzug Radetzky's mit dem glänzenden Generalstab in den prächtigen Scale's *) nebst der ganzen feierlichgeschmückten Umgebung wie hingezaubert da. Wir können dem Künstler unsere aufrichtige Bewunderung nicht versagen, indem wir ihm zugleich zu der geistreichen Auffassung Glück wünschen. Wir sehen hier ein weltgeschichtliches Ereigniß mit voller Naturwahrheit von Meisterhand geschrieben.

Der Carton — von beiläufig $2\frac{1}{2}$ Meter Länge und $1\frac{1}{2}$ Meter Höhe — ist zwar vorläufig nur als Farbenskizze behandelt, allein bei Nerly's glücklicher Hand und bei der entschiedenen Anerkennung welche seine Werke in den höchsten Kreisen gefunden, zweifeln wir nicht daß das vollendete Gemälde recht bald eine Zierde der kaiserlichen Gemächer in Wien oder Petersburg seyn wird. Möchte uns als Laien dabei noch die Bemerkung vergönnt seyn daß Nerly bei der weitern Ausführung dieses Kunstwerkes die obenerwähnten, sinnreich für diesen Tag gewählten Scale's mit ihren vergoldeten Emblemen und symbolischen Figuren wohl etwas mehr in den Vordergrund treten lassen sollte. Denn an der einen Barke trägt eine Figur in darbietender Stellung die Krone Italiens und an der andern ein knieender Engel die Dogenmütze.

Jedenfalls wird dieses großartige historische Gemälde, welches zugleich die architekturreiche Piazzetta so schön wiedergibt, und mit Einem Worte so recht die Herrlichkeit Venedigs darstellt, von den sonst gewöhnlich etwas steifen Paradebildern und Generalporträts, in Pulverdampf und Staubwolken eingehüllt, sich vortheilhaft unterscheiden. Heil dem genialen Meister, und wohl uns daß wir nach so vielfachen Schrecknissen uns wieder an gediegenen Kunstschöpfungen erfreuen können.

*) Scale's heißen die kaiserlichen höchst eleganten Prachtbarken die unter Napoleon gebaut wurden.

(3888—90) **Luizhausen bei Ulm.**

Aufruf an Gläubiger u. Schuldner.

Durch die schnelle Erkrankung und das eben so schnelle Absterben des August Bartholomäus Schmid, Gastgebers zum Löwen, war der Wittwe die Möglichkeit abgeschnitten sich mit demselben über ihre häuslichen Angelegenheiten und namentlich über ihre Beziehungen zu Gläubigern und Schuldnern ausführlich zu besprechen, weßwegen auch die Wittwe zu gegenwärtiger Maßregel behufs einer gründlichen Bereinigung der Verlassenschaftsmasse den geeigneten Antrag gestellt hat.

Es werden nun die Gläubiger hiemit aufgefordert ihre Rechnungen, insoweit dieß in den jüngst verflossenen Tagen nicht schon geschehen seyn sollte,

am Montag den 26 Novbr.

bei den unterzeichneten Stellen einzureichen, oder solche unterdessen an das k. Amts-Notariat einzusenden, um hierauf bei dem Abschluß des Theilungsgeschäfts gebührenden Bedacht nehmen zu können.

Die Folgen einer Versäumniß haben sich unbekannt bleibende Gläubiger selbst zuzuschreiben.

Gleichzeitig werden auch die Schuldner der Erbschaftsmasse hiemit angegangen ihre Verbindlichkeiten möglichst bald zu erfüllen, oder aber Verhinderungsfälle zur amtlichen Kenntniß zu bringen. — Den 25 Oct. 1849.

K. Amts-Notariat Westerstetten. Waisengericht zu Luizhausen.

vdt. **Amts-Notar Plöst in Ulm.**

[3911—13] Nr. 21,382. J. S. der badischen allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe Kl.

gegen Lithograph Schäbler hier Bekl., Forderung betr.,

hat Klägerin folgende Klage erhoben:

Sie habe am 4 März 1841 dem Beklagten die Summe von 4700 fl., verzinslich zu 4½ Procent, und mit der Bedingung dargeliehen daß 6 Wochen nach Verfall der Zinsen jeweils 5 Procent zu bezahlen seyen.

Für die Zinsen sey der 15 Februar als Verfalltag, für die Heimzahlung des Capitals eine dreimonatliche Aufkündung bedungen worden.

Beklagter habe sich im Laufe des vorigen Jahres ohne Rücklassung eines seine Schuldverhältnisse vertretenden Bevollmächtigten von hier entfernt, und ihr, der Klägerin, unmöglich gemacht das Capital vertragsmäßig aufzukünden.

Außer dem Capital schulde der Beklagte den rückständigen Zins pro 15 Februar 1847 und 1848, es werde sonach gebeten denselben zur Zahlung des rückständigen Zinses mit 235 fl. binnen kurzer Frist sowie zur Zahlung des Capitals von 4700 fl. mit 5 Procent Zins vom 15 Februar 1848 an mit Frist von 3 Monaten zu verurtheilen.

Zur mündlichen Verhandlung über diese Klage haben wir Tagfahrt auf

Montag den 26 November d. J.,

früh 8 Uhr,

angeordnet, und wird hiezu der Beklagte, da sein jetziger Aufenthalt diesseits unbekannt ist, auf diesem Wege bei Vermeidung des Rechtsnachtheils vorgeladen daß der thatsächliche Inhalt des Klagvortrags für zugestanden und jede Schutzrede dagegen für versäumt erklärt würde.

Konstanz, den 19 October 1849.

Großherzogl. Bez.-Amt.

K. V.

v. Seyfried.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 306. 2 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Beschlüsse der ersten preußischen Kammer und der deutsche Bundesstaat. Der Prinz von Preußen in einer Freimaurerversammlung); München (die Künstler zu Ohlmüllers Gedächtniß. Hoftrauer für Karl Albert. Allerseelenfest. Ministerialrath Neumayr nach Stuttgart. Die Vorverhandlungen der Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage); Stuttgart (Dankadresse der städtischen Behörden an die abgetretenen Minister. Dreiunddreißigster Jahrestag des Regierungsantritts Sr. Maj. Die Locomotive übersteigt die württembergische Alb); Heilbronn (Post- und Eisenbahn); Mainz (Erlöschen der Cholera); Dresden (amtliche Antwort auf die preußischen Erklärungen im Verwaltungsrath); Leipzig (auch für Sachsen die jüngsten Zollvereinseinnahmen in Berlin zurückgehalten); Paderborn (Soldatenhändel); Münster (Zwiste der Verwaltung mit dem Klerus); Berlin (Antwort auf die bayerischen Erörterungen über die Intervention in der Pfalz); Von der polnischen Gränze (Marschbereitschaft der russischen Truppen gegen Süden. Die Gränze des Königreichs Polen gegen Preußen soll einige Festungen erhalten); Wien (ein Einkommensteuergesetz. Der Redacteur der „Presse" vor die Militärbehörde geladen. Einige tausend Ungarn von Widdin nach Oesterreich zurückgekehrt. Zwei Hinrichtungen in Klausenburg).

Spanien. Der königliche Gemahl. Der Senat.

Großbritannien. Die Times über die erwartete Ausgleichung der türkischen Frage. Oberst Anderson †. Neuestes: Hofbulletins. Klapka in London. Amerikanische Post (Milderung der amerikanischen Navigationsgesetze zu Gunsten Englands. Steigende Bewegung in Canada).

Frankreich. Der Ausfall in den Staatseinnahmen. Interpellation über den Belagerungsstand.

Italien. Rom (eine Deputation an den Papst. Collision der römischen mit der französischen Polizei. Eine Extra-Steuer); Turin (fortdauernde Feindseligkeit der Deputirtenkammer gegen die Regierung. Eine kriegsgerichtliche Freisprechung); Parma (fürstliche Satire); Mailand (das neue Gubernium); Neapel (das Ballet und die grüne Reaction).

Rußland und Polen. Der Czar an den Padischah.

Jonische Inseln. Beleuchtung eines auffallenden Vorwurfs des Lord-Obercommissärs gegen Griechenland.

Beilage. Die Fürstenthümer Hohenzollern und Preußen. — Die österreichisch-deutsche Zolleinigung. (I.) — Das ungarische und das deutsche Element. — Schleswig-Holstein. — Die Lage der Schweiz. — Schweden. (Ein Zerwürfniß im Officiercorps.) — Belgrad. (Ein serbisches Verlobungsfest.) — Konstantinopel. (Die Auslieferungsfrage. Der Aufstand von Samos. Italienische Oper.)

Datum der Börsen: New-York 17; London, Paris, Amsterdam 29; Wien 30; Frankfurt 31 Oct.

Deutschland.

§§ **Frankfurt a. M.,** 30 Oct. Als die verfassunggebende Reichsversammlung durch Mehrheitsbeschluß dem Reichsoberhaupt das absolute Veto abgesprochen und nur ein suspensives zugestanden hatte, flüsterte man zuerst und sprach dann lauter, bis die Berliner Blätter Chorus machten und ausriefen: „Euer Bundesstaat mit Reichsoberhaupt und verantwortlichem Ministerium ist eine verkappte Republik!" Mit dem gleichen Recht wird man nach dem Beschluß der ersten Kammer in Berlin, welcher das den deutschen Stämmen zu allen Zeiten gebührende und selbst im Zustande geringer politischer Entwicklung geübte, nie bestrittene, unbedingte Steuerverwilligungs- und also auch Steuerverweigerungsrecht aufgibt, sagen müssen, „eure constitutionelle Monarchie ist nichts als ein aufgeputzter schlechtverhüllter Absolutismus!" Die beiden letzten und größten, und eben darum in wahrhaft constitutionellen Monarchien fast nie geübten Rechte des Fürsten und des Volkes sind auch die untrüglichen Charaktere dieser Verfassungsform. Ist es die Condescendenz der ersten Kammer gegen die Regierung oder die Verzagtheit die alle Spitzen gern abgebrochen sähe, damit alles recht glatt verlaufen, nichts gefährliches, dann aber freilich auch nichts großes unternommen werden kann, sie hat sich einen Denkstein gesetzt um den sie keine Körperschaft beneiden wird. Der Regierung aber hat sie den größten Schaden zugefügt. Sie hat ihre Aufrichtigkeit ganz in Frage gestellt, sie hat die Vorhersagungen über den Gebrauch den man von den Minoritätswahlen machen werde wahr gemacht, und hat, in einem Augenblick wo die Regierung, wenn jemals, des allgemeinen Vertrauens in Deutschland bedarf, demselben eine klaffende Wunde beigebracht. Denn wenn man nicht einräumen will daß es nur die preußische Heeresmacht ist unter deren Flügel die kleinen Souveräne kriechen, wenn die Völker in der That etwas seyn sollen in dieser Verbindung und die Reden von Einheit, Freiheit, Volksthümlichkeit nicht ein bloßer Schall, so mußte man erwarten daß der Staat dessen Macht diese theuern Ideen vorzugsweise zu verwirklichen berufen seyn sollte, ihnen selbst, also auch dem vom Genius der Zeit geforderten Constitutionalismus huldige. Denn das ist es was in der Einigung erstrebt wird, Garantie der edelsten Güter durch gemeinsame Kraft. Wenn der preußische Staat aber seinen Umbildungsproceß **rückwärts** macht, und aus der Verpuppung am Ende die absolute Monarchie wieder herauskriecht, wie schon vorher gemildert durch Klugheit, Billigkeit und schöne Redensarten, so verlohnt ein solches Bündniß fürwahr der Mühe des Anstrebens nicht. Aus nichts wird nichts! Das ist ein altes, aber wahres Sprüchwort. Wenn Preußen selber nicht ein constitutioneller Staat ist, so kann unter seiner Mitwirkung ein constitutionelles System in dem deutschen Bundesstaat zwar wohl verhindert, aber nicht zu Stande gebracht werden, und wenn die Alternative so stände daß entweder nur in den einzelnen Theilen und nicht im Ganzen oder nur im Ganzen und nicht in den einzelnen Theilen des Bundesstaates eine wahrhafte Volksvertretung zulässig wäre, so würde mir die Homogeneität der Elemente unter dem Einfluß des wahren Constitutionalismus die bessere Bürgschaft für Freiheit und Humanität gewähren. Der einzige Grund weßhalb bisher ein großer Theil der Deutschen das Außerhalbstehen Oesterreichs als etwas unvermeidliches betrachtet hat, war daß dieser Staat nach seiner Erklärung und nach seiner Verfassung die Zustimmung zu einem deutschen Volkshause nicht geben konnte. Wenn seine Verfassung sich aber wirklich im constitutionellen Geiste entwickeln sollte, so würde Oesterreich als Theilnehmer am deutschen Bunde **ohne Volkshaus** einem großen Theil der Freisinnigen willkommener seyn als Preußen **mit dem Volkshause**, wenn seine eigene Verfassung eine innere Unwahrheit, nichts als ein verkappter Absolutismus ist. Ob die gegenwärtigen Inhaber der Gewalt die Form welche die geschmeidige Ständeversammlung ihnen willig bietet, dazu benützen werden um nach Lust und Laune zu regieren, oder ob sie, durch Gewissenhaftigkeit und Klugheit geleitet, davon einen solchen Gebrauch machen werden, als wenn die Verfassung in der That eine Wahrheit wäre, darauf kommt nichts an: man kann sich, wie der Schreiber dieser Zeilen, der besseren Ansicht zuneigen und wird doch auf das gleiche Ergebniß kommen daß ein so offenbares Abweichen von der constitutionellen Bahn dasjenige Vertrauen ersticken muß dessen Vorhandenseyn allein Preußen befähigt an der Spitze eines deutschen Bundesstaates zu stehen. Und hat man denn gar nicht bedacht daß man damit den kleinen Souveränen allen Grund und Vorwand genommen hat bei dem preußischen Bündniß zu verharren? Die Hoffnung die idealen Nationalgüter unter dieser Einigung zu bergen war das günstige Gewand welches das Streben die dynastischen und Familien-Interessen einigermaßen zu sichern verhüllt hat. Reißt man das herunter, und das kann und wird nicht fehlen; weil gerade in den kleinen Ländern der Constitutionalismus am tiefsten eingedrungen ist, so bleiben als Grund der erstrebten Einigung nur selbstsüchtige Zwecke der Dynasten- und Regentenfamilien uns offen zu Tage. Und mit einer solchen Weihe soll ein Bundesstaat beginnen der drei Fünftheile der Deutschen, nämlich alle Oesterreicher, und alle Bewohner der vier Königreiche zu Widersachern hat und in der eigenen Mitte mehr zweifelhafte Freunde und entschiedene Gegner als treue Anhänger zählt?

÷ **Frankfurt a. M.,** 29 Oct. In unserer Zeit der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit müssen sich auch die harmlosen geheimen Gesellschaften, welche man Freimaurerlogen nennt, gefallen lassen an das Licht gezogen und öffentlich besprochen zu werden. So hoffen wir denn kein Ver-

brechen an dem Schatten des Königs Salomo zu begehen, wenn wir in diesem vielgelesenen Blatt erzählen daß der Prinz von Preußen gestern die hiesige Loge „Sokrates zur Standhaftigkeit" besuchte, der über zwei Stunden dauernden Einweihung eines Lehrers in die Geheimnisse des Ordens mit großer Aufmerksamkeit beiwohnte, und sowohl an die Versammlung als an den Neuaufgenommenen, welchen er herzlich umarmte, beachtungswerthe Worte richtete. Mit Vergnügen entnahmen wir denselben daß der Prinz die Bedeutung der öffentlichen Meinung wohl erkennt, und hörten gern aus seinem Munde Aeußerungen die ungefähr darauf hinausliefen daß unruhige Bewegungen und Zustände zwar durch das Schwert besiegt, aber nur durch eine wahrhafte und aufrichtige Versöhnung der Gemüther für alle Zeiten verhindert werden könnten. In sehr gewinnender Weise wandte sich der Prinz an die zahlreich versammelten Mitglieder der hiesigen Logen, sprach sich dahin aus wie es den Regierungen nicht einfalle das Gute das die Neuzeit gebracht aufzuheben, und daß nur zu wünschen sey es möge das Vertrauen wiederkehren, und zu hoffen daß alle Gutgesinnten in ihren Kreisen bemüht seyn würden das Ihrige dazu beizutragen. Die Persönlichkeit des Prinzen, die feine, offene und nichts weniger als aristokratische Weise in welcher er sich vernehmen ließ, die ununterbrochene Aufmerksamkeit die er der ziemlich lange dauernden Logenarbeit zollte, sowie die verbindlichen Worte die er an die Beamten derselben richtete, gewannen ihm die Herzen der zahlreichen Anwesenden. Ich glaube ganz gewiß, wenn der Anschluß Frankfurts an den Dreikönigsbund bei diesen Männern verhandelt würde, sie würden schon in den maurerischen Tugenden des Prinzen einen Grund für dessen Annahme finden. Aber wir dürfen nicht vergessen hinzuzufügen daß auch das Haus Oesterreich mit den Anhängern des weisen Anbeters der Königin von Saba, der so gut Räthsel zu rathen verstand, in ganz gutem Verhältniß steht. Der Erzherzog-Reichsverweser ließ sich das Local mehrerer Logen zeigen, unterhielt sich sehr freundlich mit den Beamten, und hat sie, nicht minder als der Prinz von Preußen, sehr angenehm angesprochen.

Bayern. ⊙ **München,** 1 Nov. Ministerialrath Neumayr begibt sich in diesen Tagen zufolge allerhöchster Bestimmung nach Stuttgart, um daselbst nach dem Abgang des bisherigen bayerischen Gesandten am königl. württembergischen Hofe, Frhrn. v. Malzen, die laufenden gesandtschaftlichen und diplomatischen Geschäfte einstweilen bis zur Ernennung eines neuen Gesandten zu versehen. König Max wird vor Ende der nächsten Woche hier nicht zurückerwartet.

◆ **München,** 30 Oct. Die Münchner Künstlerschaft hat gestern den Manen eines großen Genossen ein Todtenopfer gebracht. Nachdem in vergangener Woche die Gebeine Ohlmüllers, des Erbauers der prachtvollen Pfarrkirche der Vorstadt Au, sang- und klanglos von dem Stadtfriedhof weg in die Gruft dieser Kirche gebracht worden, vereinigten sich die Freunde des Verlebten in dem Plan einer nachträglichen Trauerfeierlichkeit, und luden Künstler und Gewerkleute zu einem Fackelzuge ein, welcher gestern Abend gegen 6 Uhr auch wirklich stattfand. Von dem Akademiegebäude aus bewegte sich der Zug durch die Stadt über die steinerne Isarbrücke nach jenem herrlichen Tempel, dessen Säulengänge sich nunmehr — ein kolossales Monument — über des Erbauers irdischen Resten wölben. Dem Musikcorps an der Spitze folgten jüngere Architekten, in ihrer Mitte die florbehangene Trauerfahne, welcher eine Statuette Ohlmüllers und ein Lorbeerkranz auf schwarzem Kissen nachgetragen wurde. Sänger und Fackelträger folgten, und bildeten, an der Kirche angelangt, vor der Hauptfaçade derselben einen Halbkreis, aus dessen Mitte alsbald Beethovens unsterblicher Chor „die Ehre Gottes" in die stille, wundervolle Nacht hintönte. Das war ein ergreifender Augenblick. Die klare, kalte Luft ließ die Klänge voll und hell aufsteigen; der flackernde Schein von aberhundert Fackeln übergoß das schöne Bauwerk mit einem warmen Lichte, daß es in seinen Massen hell abging von dem dunkelblauen Himmel, während der Thurm emporrankte — leicht und luftig wie eine Riesenblume, die oben in tausend magisch verschlungenen Knospen und Krönchen auslief. Von Zeit zu Zeit erleuchtete eine bengalische Flamme den durchbrochenen kunstvollen Bau, während die hohen Spitzbogenfenster, von innen erleuchtet, die ganze Pracht ihrer Glasgemälde entfalteten. Nach Absingung des Lieds hielt Hr. Maler Teichlein, der Wortführer der Münchener Künstler, von der Estrade am Hauptportale herab eine kurze, entsprechende Rede und begab sich sodann in das Innere der Kirche um den Lorbeerkranz auf der Steinplatte niederzulegen, welche Ohlmüllers Gruft schließt. Ein Choral tönte während dieses Actes von dem Empor herab. Nach dieser Feier wurden die Fakeln auf dem Platze vor der Kirche zusammengeworfen, und wir hatten ein neues imposantes Schauspiel wenn sich von Zeit zu Zeit die schwarzen Rauchwolken öffneten und den ebenmäßigen Bau in voller Lichtglorie erblicken ließen. Uns aber ergriff ein wehmüthiges Gefühl über diese letzte Huldigung die man dem Gedächtnisse eines großen Meisters aus einer großen Künstlerepoche darbrachte. Wir hörten aus den Klängen des Chorals heraus das Grablied einer mediceischen Zeit, und die stattliche Bürgerwehr der Vorstadt, welche nicht versäumt hatte Spalier zu bilden, gemahnte uns unwillkürlich an Krieg und Standrecht und Belagerungszustand. Ohlmüller hat zuletzt Recht gethan daß er noch bei Zeiten von dannen ging! Er hätte vielleicht einen seiner schönsten Entwürfe, den Plan zu einer großartigen deutschen Ruhmeshalle im deutschen Baustyle, der noch in des verewigten Mappe ruhen soll, im bittern Grimme vernichtet. So bleibt derselbe doch noch den Epigonen, die ihn immerhin einmal noch ausführen können, wann die Worte „deutscher Ruhm" nicht mehr so märchenhaft klingen werden.

∸ **München,** 31 Oct. (Fünfzehnte Sitzung der Kammer der Abgeordneten.)*) Der Vortrag des Berichterstatters des deutschen Ausschusses (dessen Anträge s. Allg. Zeitung Beilage Nr. 304) erstreckt sich nicht über die bekannten Motivirungen der Ausschußanträge, und hebt nur nochmals hervor wie zuerst der Ausschuß gewillt gewesen sey positive Anträge über die definitive Gestaltung Deutschlands zu stellen, dieß aber angesichts der neuesten Wendungen der Dinge aufgegeben habe. Als der Präsident ankündigt daß er die Discussion dieser Angelegenheit auf übermorgen anzusetzen beschlossen habe, erhebt sich Abg. Rubner zu einer Verwahrung dagegen für sich und seine politischen Freunde. Sogleich nach Vorlegung der Actenstücke über die Verhandlungen in der deutschen Frage durch das Ministerium des Aeußern habe er gegen die Berichterstattung darüber durch eine besondere Commission gestimmt: einestheils weil ihm die Vorlagen für eine solche keinen materiellen Inhalt zu bieten schienen, anderntheils weil er vorausgesehen daß die Berichterstattung doch nur auf eine Billigung der Ministerialpolitik hinauslaufen werde, welcher er nicht beizustimmen vermöge. Noch mehr sey diese Abstimmung durch den Umstand bedingt gewesen daß bei der Vorlage der Actenstücke eine ganze, zur Beurtheilung des ministeriellen Verfahrens höchst wesentliche Reihe von Documenten gefehlt habe, nämlich die Verhandlungen mit Oesterreich. Auch der Ausschuß habe diesen Mangel empfunden, deßhalb Mittheilungen darüber vom Ministerium erbeten und in vertraulicher Weise erhalten. Jetzt fordere nun der Ausschuß daß die Kammer auf die von diesen vertraulichen Mittheilungen motivirten Ausschußanträge eingehe, ohne die motivirenden Actenstücke zu kennen. Auf solche Weise werde die ganze vormärzliche Kammerpraxis zurückgerufen; er erinnere beispielsweise an das griechische Anlehen, wobei ganz ähnliche Verhältnisse geherrscht hätten. In Ansehung alles dessen protestire er mit seinen Freunden nochmals feierlich gegen jede Discussion dieser Angelegenheit, bevor jene Actenstücke der gesammten Kammer vorgelegt seyen. Allerdings bedauere er die damit abermals hervorgerufene Verzögerung dieser Verhandlungen, indessen werde dieselbe nicht bedeutend seyn, da heute schon die Acten gedruckt und morgen vertheilt werden könnten. Auf diesen Protest gründe sich denn auch der Antrag: daß die Kammer den Minister des Aeußern ersuchen möge die dem Ausschuß vertraulich mitgetheilten Actenstücke zur Kenntniß der Kammer zu bringen. Abg. Thinnes, der Vorsitzende des Ausschusses: Die Acten sind noch in meiner Hand und ich habe schon den Hrn. Minister fragen wollen, ob dieselben auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden sollen, ob nicht. Da der Hr. Minister eben anwesend ist, bitte ich ihn um Antwort. Minister v. d. Pfordten erörtert daß diese Acten weder im Interesse Bayerns, noch um sie der Kammer etwa vorzuenthalten, nicht vorgelegt worden seyen. Lediglich die Rücksicht darauf daß die Verhandlungen mit Oesterreich noch nicht zum Abschluß kamen, da das jenseitige Ministerium bestimmte Vorschläge zur Erledigung der Verfassungsangelegenheit noch nicht gemacht habe, und also die vorzeitige Veröffentlichung der Verhandlungen leicht den reifenden Entschlüssen Oesterreich störend in den Weg treten könnte, habe dieß Verfahren bedingt. Niemals sey er gemeint gewesen Mittheilungen über diese Verhandlungen zu verweigern, und so habe er auch dem Ausschuß die betreffenden Documente übergeben. Vieles davon sey bereits durch die Zeitungen veröffentlicht worden. Wie das habe geschehen können, wisse er nicht. Da indessen dieser Umstand einmal eingetreten und nur die erwähnte Rücksicht auf Oesterreich die bayerische Regierung zur Nichtveröffentlichung bestimmt habe, so lege er es ganz in die Hand der Kammer ob auch sie jene Rücksichten für bindend erachte, ob nicht; ob sie also die Actenstücke veröffentlicht sehen wolle oder nicht. Während der Abg. Thinnes zur Rechtfertigung des Ausschusses bemerkt daß von diesem bereits Schritte gethan seyen um zu erweisen wie an der in der Würzburger Zeitung erfolgten Veröffentlichung keines seiner Mitglieder betheiligt sey, ändert der Abg. Rubner zufolge der vom Ausschußpräsidenten und Minister gemach-

*) Wir verweisen in Betreff der Vorerörterungen dieser Sitzung auf die gestrige Allg. Zeitung.

ten Mittheilungen den vorhin gestellten Antrag dahin: „es möge die Kammer beschließen daß die dem Ausschuß vertraulich mitgetheilten Actenstücke über die Verhandlungen mit Oesterreich gedruckt werden.“ Abg. v. Lasaulx findet es, in den gewohnten unparlamentarischen Ausdrücken, welche ihm auch eine doppelte Rüge des Präsidenten zuziehen, gegen alle parlamentarische Praxis daß der Beschluß zur Veröffentlichung noch schwebenbender Verhandlungen gefaßt werde. Da er sich dabei auf England bezieht, so entgegnet Abg. Fürst Wallerstein: wie der Fall im Parlament sehr häufig vorkomme daß Actenstücke über schwebende Fragen veröffentlicht werden. Verweigere freilich der Minister diese Veröffentlichung, dann beruhige sich die Kammer allerdings bei dieser Erklärung. Hier dagegen liege ein solcher Fall nicht vor. Ueberdieß könne für Oesterreich, welches jetzt so entschiedenen Schrittes in Bezug auf die deutsche Frage vorgehe, eine Veröffentlichung jener Acten gar nicht unangenehm seyn. Veröffentliche die Kammer diese Schriftstücke nicht, nun so würden sie bald auf anderem Wege an die Oeffentlichkeit gelangen. Uebrigens könne doch wahrlich der Kammer nicht zugemuthet werden daß sie über ihr unbekannte Documente ein Urtheil fälle. Minister v. d. Pfordten: Ich habe dem Ausschuß keine österreichischen Actenstücke vorgelegt, sondern ihm nur mündliche Mittheilungen darüber gemacht; vorgelegt wurden nur die bayerischen Actenstücke der Verhandlungen mit Oesterreich. Abg. Fürst Wallerstein: Also sollen wir nur einen Theil, eine Seite der Verhandlungen erfahren, nicht auch die Antworten des Fürsten Schwarzenberg, auf welche sich die bayerischen Schriftstücke beziehen? Minister v. d. Pfordten wiederholt hierauf die schon gesprochenen Worte, indem er nur beifügt daß was er mündlich mitgetheilt habe, seinem Inhalte nach den Ausschußmitgliedern wohl noch erinnerlich seyn werde. Hiermit schließt diese Debatte, und der Antrag des Abg. Rubner wird, so viel wir bemerkten, bloß gegen die Verneinung der HH. Lassaulx und Sepp angenommen. Die übrige Erledigung der Tagesordnung, deren Inhalt wir bereits angegeben, war ohne bemerkenswerthe Erscheinung.

♀ **München**, 31 Oct. Wegen des Ablebens Sr. Maj. des Königs Karl Albert von Sardinien hat nun auch unser Hof eine dreiwöchentliche Trauer angelegt. Dieser Tage kam der österreichische Legationsrath Graf v. Philippsburg auf einer Reise nach Stuttgart hier durch. — Unser neuer Friedhof, erbaut nach dem Plane des verstorbenen Oberbauraths v. Gärtner, soll, nachdem noch neuerdings einige bauliche Veränderungen an demselben vorgenommen wurden, nun demnächst eingeweiht und seinem Zweck übergeben werden. Auf dem alten Friedhof ist der schönen hier einheimischen Sitte gemäß heute schon große Rührigkeit, indem für das bevorstehende Allerseelenfest Hoch und Niedrig beschäftigt ist die Gräber seiner Angehörigen mit Blumen und Kränzen zu schmücken und den traurigen Leichenacker in einen schönen Frühlingsgarten umzuwandeln.

Unter den Vereinen „für constitutionelle Monarchie und religiöse Freiheit“, die bekanntlich nicht zu den Radicalen gehören, hat der vom Ministerium vorgelegte Gesetzentwurf über das Vereins- und Versammlungsrecht üble Sensation erregt. In dem Hauptverein zu München wurde derselbe unter dem Beifall der Versammlung einer sehr scharfen Kritik unterworfen, und auch die Zweigvereine beginnen sich zu regen. Namentlich ruft der Art. 16 ihr Mißfallen hervor welcher jede Verbindung der Vereine unter sich verpönt. Eine von dem Hauptverein eben an beide Kammern gerichtete Eingabe behandelt vorzüglich diese Bestimmung, durch welche er das ganze Vereinsrecht thatsächlich aufgehoben sieht. „Ueberhaupt aber, sagt die Eingabe am Schluß, erwarten wir von den Vertretern des Landes daß sie neben der nothwendigen Autorität der Staatsgewalt auch die bürgerliche Freiheit der Vereinsgenossen gegen polizeiliche Willkür und gegen die Schwäche wie gegen die Anmaßung pflichtvergessener Beamten schützen.“

Württemberg. ** **Stuttgart**, 31 Oct. Der Ministerwechsel hat keine Gelegenheit zu irgendwie öffentlichen Demonstrationen bis jetzt gegeben, mit Ausnahme eines Dankschreibens, welches die städtischen Körperschaften an die abgetretenen Minister erlassen. Im ganzen wurde das Ereigniß als ein längst schon vorausgesehenes mit ziemlicher Gleichgültigkeit hier aufgenommen. Gestern waren es 33 Jahre daß König Wilhelm den Thron bestiegen. Da auf denselben Tag das Geburtsfest der Prinzessin Marie, vermählten Gräfin v. Neipperg, fällt, so fand bei Hof Familiendiner statt.

Am 1 Nov. wird zum erstenmal eine Locomotive die württembergische Alb besteigen. Die Probefahrten von Geislingen auf die Höhe der Alb und wieder abwärts nach Geislingen werden an diesem Tag mit unbelasteten und belasteten Wagen beginnen, und sollen, um das Personal einzuüben, über den Winter bei jeder Witterung fortgesetzt werden. Die höchste Steigung auf dieser Linie ist 1 auf 45 Fuß, und die kleinste Curve hat einen Radius von 950 Fuß. Auf der bayerisch-sächsischen Bahn ist bei Culmbach eine etwa ebenso lange Linie mit der noch bedeutenderen Steigung von 1 auf 40 Fuß seit etwa einem Jahr im Betrieb. (Württemb. Z.)

* **Heilbronn**, 30 Oct. Wenn Ihr Blatt (Nr. 295 vom 22 Oct.) die Klage aus Stuttgart bringt daß die württembergische Regierung gar nichts thue um den inländischen Handel gegen die durch ihre Communicationen übermächtige Concurrenz des nördlichen Deutschlands zu schützen, so können wir in Heilbronn Ihnen nur Dank wissen daß Sie wiederholt einer tief empfundenen Beschwerde das Wort verliehen. Wir wissen recht gut was die Regierung kann und was sie nicht kann, und stellen keine unbillige Forderung an dieselbe. Daß sie uns Erleichterungen im Postverkehr schuldig ist und, wenn nur der gute Wille vorhanden, dieselben in vollem Maße und bald gewähren kann, das wissen wir auch. Diese Erleichterungen müssen bestehen in größerer Raschheit der Beförderung, also vor allem in Benützung der Eisenbahn für die Postsendungen, Päckereien und Briefe, in Herabsetzung der Portotarife, in Vermehrung der Verbindungen mit der Eisenbahn, in Eröffnung allgemeiner Concurrenz für den Personentransport, wobei der Regierung jedoch die Verpflichtung bleibt überall selbst in die Concurrenz zu treten wo das Publicum nicht hinreichend oder nicht gut bedient wird. Das alles ist längst in Aussicht gestellt, großentheils von Taxis angeboten (unter anderm, wie ich bestimmt weiß, die Aufhebung der Briefkreuzer und Bestellgelder, welche 60,000 fl. betragen, als Aequivalent für den Gebrauch der Eisenbahn), aber mit Recht von der Regierung zurückgewiesen, da noch weit größere Erleichterungen gewährt werden müssen und gewährt werden können, wenn nur erst der Staat die Posten selbst verwaltet und die enormen Einnahmen nicht mehr in eine fremde Tasche fallen. Drei- bis viermalhunderttausend Gulden muß der Reinertrag per Jahr unbedenklich ausgemacht haben. Ein schweres Geld für das arme Württemberg, und eine laesio enormissima, wie Duvernoy sagt. Der Grundsatz muß zur Wahrheit werden daß das Postinstitut höchstens sich selbst zu erhalten hat, daß aber die Rücksicht auf die Lebendigkeit der Verkehrsbewegung selbst Opfer der Staatscasse rechtfertigen würde. Aber länger warten auf die Verwirklichung der Zusagen können wir, wie Ihr Stuttgarter Correspondent der Wahrheit gemäß sagt, nicht ohne die empfindlichsten Nachtheile, und wenn es richtig ist, was allgemein behauptet wird, daß die Auseinandersetzung mit Taxis noch in den Anfängen steht, so droht uns die dringende Gefahr einer verderblichen Verzögerung. Zwar thut das Stuttgarter Deutsche Volksblatt in Nr. 251 so als würden morgen die Verhandlungen mit Taxis geendet und übermorgen die Post in Staatsregie seyn. Aber wir glauben nicht daran, und es liegt uns auch nichts daran ob der Postinhaber Taxis heißt oder Staat, wenn nur die Posten wohlfeil und schnell befördern, und die Ausbeutung des württembergischen Volks ein Ende hat. Obwohl das Volksblatt schilt daß man um so kleine Dinge sich kümmere und nicht nach dem Donauverkehr und nach der Adria strebe — was an die naive Frage des Kindes erinnert, „weßhalb die armen Leute, wenn sie kein Brod haben, nicht Kuchen essen“ — so liegt uns die Kleinigkeit doch schwer am Herzen, und wir sprechen nicht unsere persönliche Ansicht allein, sondern die eines großen Theiles unserer Mitbürger aus.

Gr. Hessen. In **Mainz** ist die Cholera nun ebenfalls im Erlöschen. Am 28 Oct. kam keine neue Erkrankung, am 29 weder ein Erkrankungs- noch ein Sterbefall vor.

K. Sachsen. **Dresden**, 28 Oct. Unterm 25 d. erging, wie man durch die Leipz. Ztg. erfährt, aus dem königl. Ministerium des Auswärtigen ein ausführlicher Erlaß an die königl. Gesandtschaft zu Berlin, welcher die vom königl. preußischen Bevollmächtigten in der Verwaltungsrathssitzung vom 17 d. über den sächsisch-hannoverischen Vorbehalt gemachten Bemerkungen zu widerlegen bestimmt ist.

Leipzig, 31 Oct. In Erwiederung auf die Angabe der „Const. Corr.“, daß Sachsen die Erstattung der Verpflegungskosten des preußischen Militärs beanstande, bringt die Leipz. Ztg. heute einen längern halbofficiellen Artikel, der neben seinem polemischen Theil folgendes Thatsächliche enthält: „Die Erstattung der Verpflegungskosten des preußischen Militärs in Sachsen kann überhaupt gar nicht in Frage kommen, nachdem die Verpflegung der preußischen Truppen in Sachsen auf Kosten der mit der Einquartierung Belasteten stattgefunden hat. Die Anforderungen welche Preußen in Folge der gewährten Hülfsleistung an Sachsen zu stellen hätte, könnten daher nur einen Kostenaufwand anderer Natur als der bezeichneten zum Gegenstand haben. Bis jetzt hat aber die k. preußische Regierung noch gar nicht einmal eine Berechnung dieses Aufwandes aufgestellt, und die sächsische Regierung war daher gar nicht in die Lage gesetzt dessen „Erstattung zu beanstanden.“ Was zu jenem Artikel muthmaßlich Veranlassung gegeben hat, ist eine Vernehmung des preußischen mit dem sächsischen Finanzministerium. Ersteres hat nämlich unlängst dem letzte-

ren eröffnet daß es die Summe von nahe 60,000 Thalern, welche als Antheil an den Zolleinkünften gegenwärtig von Preußen an Sachsen auszuzahlen und zur Auszahlung fällig ist, nicht verabfolgen, sondern im Hinblick auf die von Sachsen zu erstattenden Kosten der preußischen Hülfsleistung innebehalten werde. Das diesseitige Finanzministerium hat hierauf erwiedert daß, da eine Erörterung bezüglich der gestellten Forderung nicht im Kreise seiner Competenz liege, eine Kostenberechnung jenseits nicht einmal aufgestellt sey, die Compensation einer illiquiden Forderung mit einer liquiden nicht zulässig erscheine, endlich aber die Vorenthaltung der fälligen Zollrate eine Störung in das Rechnungswesen bringe, es die gefällige Abführung der letztern sich zu erbitten habe. Es kann nicht in den Absichten der sächsischen Regierung liegen sich der Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten entziehen und der k. preußischen Regierung die Geltentmachung derjenigen Ansprüche deren Begründung sie nachzuweisen für angemessen halten wird, streitig machen zu wollen, und wir glauben daß der Credit der sächsischen Regierung noch Gewähr genug bietet als daß es der Innebehaltung fälliger Gelder bedürfe um eine Forderung gegen sie sicher zu stellen.

Preußen. **Münster,** 26 Oct. Die alten Differenzen zwischen der Regierung und dem katholischen Klerus sind wieder aufgetaucht. Der Lehrer des Knabenseminars Gasdonk bei Goch (Diöcese Münster), Dr. Perger, der vom hiesigen Bischof ohne Genehmigung der Behörde dort installirt war, ist von der Regierung zu Düsseldorf in der Fortführung seines Amtes verhindert; ja es heißt sogar daß das Seminar auf höheren Befehl geschlossen sey. In Trier sind gleichfalls Zwistigkeiten zwischen Geistlichkeit und Regierung offen hervorgetreten.

Paderborn, 27 Oct. Nachdem vorgestern eine Schlägerei zwischen Soldaten und Einwohnern vorgefallen war, verübten gestern Abend, wie die Westfälische Zeitung meldet, die Husaren blutige Excesse gegen wehrlose Männer die vor ihrer Thür standen oder über die Straße gingen. Sieben Personen wurden verwundet, vier von ihnen lebensgefährlich.

Berlin, 29 Oct. Die Frequenz an hiesiger Universität ist in diesem Wintersemester ungemein schwach. Die meisten Lehrer haben auch aus Mangel an Zuhörern theils viel später als sonst, theils noch gar nicht mit den Vorlesungen angefangen. Die in der Nacht auf den 18 d. vorgefallene gleichzeitige Erkrankung von vier Fünfteln der Zöglinge im hiesigen Cadettenhause ist ohne üble Folgen vorübergegangen; wahrscheinlich rührte sie davon her daß bei der theilweise schadhaften Verzinnung der kupfernen Speisekessel eine Kupferbeimischung in irgendeiner Speise stattfand. Die Berliner Blätter machen darauf aufmerksam daß sich in der letzten Zeit Attentate auf Leben und Eigenthum alleinwohnender alter Frauen in der Hauptstadt mehrfach wiederholt haben.. Zwischen der preußischen und der sächsischen Regierung ist ein Vertrag abgeschlossen worden, in Folge dessen die beiden Staaten mittels einer über Leipzig gehenden elektro-magnetischen Telegraphenlinie in Verbindung gesetzt werden sollen.

Berlin, 30 Oct. Der Preußische Staatsanzeiger (vom 31 Oct. datirt) erwähnt der in der bayerischen Abgeordnetenkammer kürzlich stattgehabten Verhandlungen über die preußische Waffeneinschreitung in der Pfalz. Als Antwort darauf veröffentlicht das officielle Blatt eine „thatsächliche Darstellung", d. h. eine Denkschrift die von der preußischen Regierung zu Ende Jun. d. J. den k. Gesandtschaften mitgetheilt wurde. Wir tragen das Actenstück nach.

Eine Correspondenz aus **Naugard** vom 26 Oct. in der Ostsee-Ztg. und eine aus **Pommern** vom 27 Oct. in der Berl. Nat. Ztg. behaupten einstimmig daß Kinkel nach wie vor spule, obgleich die Stettiner Regierung, in Betracht daß das Landrecht für die Sträflinge eine ihren Fähigkeiten angemessene Beschäftigung zuertheilt, dem Director der Anstalt den Auftrag gegeben hatte Kinkel fortan in der Schreibstube angemessen zu beschäftigen. Der Correspondent in der Nationalzeitung vermuthet daß entweder der Director den Befehl der Regierung eigenmächtig nicht ausführte, oder daß er besondere Verhaltungsbefehle von seinem obersten Vorgesetzten, dem Minister des Innern hat.

• **Von der polnischen Gränze,** 28 Oct. Die Verwickelungen im Süden müssen ihrer Lösung doch noch nicht so nahe seyn als uns manche Blätter glauben machen wollen, wenigstens deuten die abgeschlossenen Contracte über großartige Lieferungen für die in Polen stehende russische Armee darauf hin daß diese gewaltige Truppenmasse leicht die Bestimmung erhalten könnte aufs neue zu einem Feldzug im Süden verwendet zu werden, indem fast alle Magazine in der Nähe der galizischen Gränze angelegt werden, und überdieß das ganze Armeecorps welches im Norden des Königreichs, im Gouvernement Augustowo, Winterquartiere beziehen sollte, Gegenbefehl erhalten hat und nunmehr auch diesseits der Weichsel, und zwar in nicht zu großer Entfernung von der Krakauer Eisenbahn, verlegt werden wird. Aus allen Anordnungen geht hervor daß die Truppen sich gewissermaßen immer marschfertig halten müssen. Eine andere, für Preußen hochwichtige Nachricht, die uns aus glaubwürdiger Quelle zugeht, ist die daß nunmehr wirklich der Befehl gegeben seyn soll eine Anzahl längs der preußischen Gränze gelegener Städte im Königreich Polen mit Festungswerken zu versehen; unter denselben ist auch Kalisch, dessen Befestigung alsbald in Angriff genommen werden soll. Deßgleichen soll es entschieden seyn daß die Zweigbahn des Warschau-Krakauer Schienenwegs, welche nach dem bisherigen Plan auf Bromberg geleitet werden sollte, nunmehr, und zwar aus strategischen Gründen, von Lowicz auf Kalisch geführt werden soll. Noch vor kurzem hieß es mit Bestimmtheit die Bahn werde von Lowicz auf Slupce gebaut werden zum Anschluß an die projectirte Bahn von Posen auf dem kürzesten Weg bis zur polnischen Gränze; inzwischen soll jetzt Kalisch vorgezogen seyn, weil es gewissermaßen an drei Hauptstraßen liege: nach Posen, nach Glogau und nach Breslau. In Kalisch selbst liegt bis jetzt keine große Besatzung, da alle Truppen an die Eisenbahn herangezogen sind. Die Gesammtmasse der russischen Truppen in Polen beläuft sich, genauen Angaben zufolge, auf 160,000 Mann.

Oesterreich. *.* **Wien,** 29 Oct. An den Straßen ist heute eine militärgerichtliche Entscheidung gegen den Redacteur des „Telegraphen" angeschlagen. Das Blatt bleibt während des Belagerungszustandes verboten, obgleich der Redacteur eine seltsame Entschuldigung für den incriminirten Artikel vorgebracht. Er habe nämlich anfangs radical scheinen wollen um das Vertrauen bei dem so gestimmten unreifen Publicum zu erwerben, später habe er es im conservativen Sinne belehren wollen. Das Gericht ließ sich natürlich durch diese offengestandene Heuchelei nicht bestechen. Der Vorfall wäre unbedeutend, wenn er nicht die Presse überhaupt in der Meinung des Publicums herabsetzen müßte. Auch ist es traurig solch eine Erbärmlichkeit erleben zu müssen. In meinen Augen ist Radicalismus kein Verbrechen, nur Unglück oder Unwissenheit; wo er aber mit Feigheit gepaart auftritt, muß er nicht den Andersdenkenden Ekel und Verachtung einflößen? Ein Franzose würde sich so etwas gar nicht oder nur ausnahmsweise zu Schulden kommen lassen. Man erzählt sich in anderer Beziehung eine Anekdote von Haynau, die ich Ihnen wiedergebe, ohne beurtheilen zu können ob sie wahr oder erdacht sey. Nach der Capitulation von Komorn wurde dem General ans Herz gelegt zur Beruhigung des Publicums die Nachricht baldigst in den Wiener Blättern bekannt zu machen. Haynau verweigerte jede Mittheilung, „denn wozu nütze sie? Die Journalisten wüßten es doch besser als die Feldherrn selbst! Da könne man heute in dem einen Blatt lesen daß Komorn weder durch Sturm noch Belagerung zu nehmen sey, im andern daß es nur des Commando's zum Angriffe bedürfe, hier daß die Magyaren an Uebergabe nicht dächten, dort daß schon die und jene Bedingungen festgestellt seyen." Kann man solche Urtheile, sie mögen kommen aus welchem Munde immer, ganz unbillig finden? Die Presse ist ein Spiegel der politischen Zustände, sie ist eine Macht, eine dauernde gewaltige Macht, aber nur wo sie mit Kenntniß, ohne Anmaßung und im bürgerlichen Leben mit der Würde auftritt die ihr neben der Autorität in politischen Fragen auch die Achtung für die Träger einer bestimmten Meinung sichert.

— **Wien,** 28 Oct. So oft es im Leben nach Jago's Worten heißt: „Thu' Geld in deinen Beutel," so sind die Menschen mit wenigen Ausnahmen so ziemlich alle zum Empfangen bereit; sobald es aber an's Bezahlen geht, erschöpft sich weit lieber der Verstand vergeblich in Gegengründen, als der Daumen sich von dem Knopfe des Säckels zurückzieht. Das ist am Ende der Hauptgrund warum noch kein fehlerfreies Steuersystem aufgefunden worden ist. Erwägt man außer dieser Wahrheit daß die Bourgeoisie jetzt unmittelbar es empfinden muß, wie es mit dem salbungsvollen Predigen von Ruhe und Ordnung allein nicht gethan ist, welches sich bisher so billig treiben ließ, sondern daß der Staat zur nachhaltigen Aufrechthaltung des Gesetzes auch wirkliche Opfer verlangt, so darf man sich über die Opposition nicht wundern welche der neue Steuererlaß des Finanzministers in Oesterreich hervorgerufen hat. Es ist seiner Zeit einmal von David Hansemann gesagt worden, als er das preußische Finanzportefeuille in Händen hatte, „daß er auf Dornen ohne ein einziges Rosenblatt gebettet sey" — ein Wort, welches später, vielleicht mit noch mehr Recht, auf den Reichshandelsminister Arnold Duckwitz übertragen wurde; aber Hr. v. Kraus möchte denn doch wohl in einer noch beschwerlicheren Lage als jene beiden sich befinden. Einer rührigen Geldaristokratie gegenüber, die ihren ganzen Einfluß benutzt um ihr unter dem alten System begründetes unrechtmäßiges Servitut zu behaupten, auf einem vom Krieg und Papiergeld gleich erschöpften Lande, soll er, mit einer Bureaukratie die von oben herunter allem andern, nur nicht den Anforderungen der neuen Zeit entspricht, Geldverhältnisse rasch wieder einrichten die seit einem halben Jahrhundert auf so arge Weise verwirrt sind. Die Allg. Zeitung hat bereits ihrerseits auf die in den österreichischen Blättern ventilirte Frage, ob der Finanzminister berechtigt sey ohne Zustimmung des Reichstags eine Steuererhöhung vor-

zunehmen, dahin geantwortet daß unter den obwaltenden Umständen im nächsten Parlament sogleich auf eine Indemnitätsbill von Seite des Ministeriums anzutragen sey; eine Ansicht mit welcher auch der Berliner Correspondent der „Ostdeutschen Post“ übereinstimmt. Jetzt in Oesterreich einen legislativen Körper einzuberufen, welcher staatsmännisch seine Aufgabe zu erfassen vermöchte, ist bei der augenblicklichen Lage des Kaiserreichs noch nicht möglich; und wir wollen uns um so eher darüber trösten, als die bisherigen reformatorischen Schritte des Ministeriums dem Lande hinreichende Garantien zu geben scheinen daß man von oben her etwas anderes als die Rückkehr der alten Zeit im Sinne trägt. Erst nachdem der Boden ein wenig mehr als gegenwärtig geebnet ist, läßt sich aus so verschiedenen Elementen eine Versammlung bilden die sich rein in den Gränzen der Legislatur zu halten vermag, ohne stets durch die rohen Zustände des Staatsorganismus zum selbstthätigen, executiven Eingreifen leidenschaftlich aufgestachelt zu werden. Bis dahin jedoch die „brennenden ökonomischen Fragen“ hinauszuschieben hieße nicht nur negativ allen neuen Schöpfungen im Handels- wie Justizwesen hindernd in den Weg treten, sondern sogar positiv den gesammten Staat von neuem an den Rand des Abgrunds stellen, von welchem ihn dann wohl keine noch so kräftige Soldatenhand mehr zurückzuziehen im Stande wäre. Der Minister hat gegen die Form des Gesetzes gefehlt, aber salus reipublicae summa lex esto; es läßt sich auf der andern Seite ein Gesetz den Worten nach scharf einhalten, während dessenungeachtet der ganze Staat im Scheinconstitutionalismus regiert wird. Wer nicht Opposition quand même machen, sondern die Schritte des Ministeriums richtig beurtheilen will, der muß sich jeden Augenblick selbst fragen was in dieser gegenwärtigen Phase des österreichischen Staats zu thun sey um aus den unfertigen embryonischen Zuständen allmählich zu geordneten Verhältnissen zurückzukehren; der darf es nie vergessen daß das Werdende nicht mit demselben Stabe zu messen ist den man an die vollendete Krystallisation zu setzen allerdings das ganze Recht hat. Die Thatsache daß ohne neue Zuschüsse von Seite des Landes weder Ordnung in das Geldwesen noch in den Staatshaushalt zu bringen ist, steht fest; was aber hatte der Finanzminister in diesem Augenblick für Hülfsquellen, rasch liefernde Hülfsquellen, dem unaufhörlich zehrenden Feuer der finanziellen Verwirrung gegenüber? Sollte er etwa den Handelsstand stärker herbeiziehen, der noch unter der Last des Kriegs zusammengedrückt ist, und dem man seine Capitalien, selbst wenn er sie so schnell einzahlen könnte, nicht rauben darf weil sie vor allem andern die Production im Lande heben? Wie Pitt am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, so blieb auch Hrn. v. Kraus nur der einzige Weg übrig sich an das unbewegliche Eigenthum zu wenden. Daß die sogenannte Consolidation der Landrenten in England an das Mark des Landes griff, wollen wir damit ebensowenig in Abrede stellen als daß der Griff in das Häuser- und Grundvermögen der letzte ist den Oesterreich thun konnte. Der Boden aber ist ja am Ende stets die feste Stange an welcher sich, im Falle der flottirende Reichthum sich erschöpft zeigt, die Gesammtheit wieder emporrichten muß, und der deßhalb schon aus diesem Grunde nicht so sehr zertheilt werden darf daß die einzelnen Stücke eigentlich nur noch für das Ackerbauproletariat eine Gelegenheit ununterbrochenen Tagelohns bilden. Nationalökonomisch, d. h. auf dem Standpunkt der abstracten atomistischen Wissenschaft mag es immerhin ganz richtig seyn, wenn man annimmt daß durch eine höhere Besteuerung des Grundes und Bodens schließlich auch die etwa darauf haftenden Hypotheken getroffen werden; allein bei dem dringenden Bedürfniß nach Capital konnte der Minister nicht ohne große Ungerechtigkeit die Hypotheken frei ausgehen lassen, weil es stets einiger Zeit bedurft hätte ehe sich der Rückschlag der vermehrten Abgabe auch auf die Pfandgläubiger erstreckt haben würde. In besondern Fällen mag aus den neuen finanziellen Maßnahmen eine schwere individuelle Bedrückung entstehen; allein die Opfer des Einzelnen dürfen dem Wohl der Gesammtheit gegenüber nicht in Betracht kommen, sie werden zum bloßen Unglück, sie sind keine Beeinträchtigung mehr. Und daß man im Ministerium so schonend wie nur immer möglich verfahren will, beweisen die überall eingehaltenen Uebergänge in Gegenden wo die neuen Abgaben in einem zu unvermittelten Verhältnisse zu den alten Steuern sonst gestanden hätten. Wir hegen überhaupt einen wohlbegründeten Zweifel an dem längern Bestehen dieser Steuer; Oesterreich wird in einem Jahrzehnt reich genug seyn um seine staatlichen Bedürfnisse auf eine leichtere Weise befriedigen zu können — dafür bürgen die im Handelsministerium gehegten Plane. In der jetzigen Uebergangszeit aber ist die vorgenommene Belastung des Grund und Bodens in unsern Augen vollkommen gerechtfertigt.

§ **Wien,** 30 Oct. Das in der heutigen Wiener Zeitung veröffentlichte kaiserliche Patent, betreffend die neue provisorische Einkommensteuer für das Jahr 1850, hat auf der Börse keinen ungünstigen Eindruck hervorgebracht, obschon die nunmehr ausgesprochene allgemeine Besteuerung auch den Rentenbezug von Staatsschuldverschreibungen, sowie das Erträgniß von Industrieactien (Eisenbahnen ꝛc.) trifft. — Außer den in Klausenburg an dem Major Tamas und Ladislaus Sandor am 18 d. vollstreckten zwei Todesurtheilen erwähnt ein heute verlautetes Gerücht abermals weiterer Executionen die in Pesth stattgefunden haben sollen. Unter andern nennt man den Exminister Nyary und den gewesenen Deputirten Bebthy unter den Hingerichteten. Wir hoffen jedoch daß dieses Gerücht sich nicht bestätigen werde.

* **Wien,** 30 Oct. Die heutige Wiener Ztg. enthält ein Gesetz über eine für das Jahr 1850 zu erhebende Einkommensteuer. Der ministerielle Vortrag sagt daß man sich theilweis die englische income and property taxe zum Muster genommen, die Steuer selbst aber ist gemischt: theils eine progressive, theils eine nach festen Procenten gemessene und zwar unterliegt das Gewerbe und die Rente von und auf Grundbesitz einer gleichmäßigen Besteuerung von 5 Proc. Dagegen wird das Einkommen an Gehalten, Pensionen ꝛc. progressiv von tausend zu tausend Gulden um ein Proc., überhaupt aber bis zum Maximum von 10 Proc. anwachsend besteuert. Daß das Gesetz nur ein provisorisches, für ein Jahr gültiges sey, erkennt der Gesetzgeber dadurch an daß er die Hypothekarschuld-Versteuerung nicht von dem Gläubiger, sondern von dem Schuldner erhebt, und es diesem überläßt seine Abzüge dem Gläubiger zu machen. Die einjährige Geltung des Gesetzes verhindert aber ein Aufkündigen der Capitale oder eine Erhöhung des Zinsfußes auf Hypothekarschulden. Das Abendblatt der heutigen Presse bringt die überraschende Nachricht daß Hr. Zang, Redacteur der Presse, wegen eines Artikels in Nr. 115 des Abendblatts von der Militärbehörde zur Verantwortung gezogen worden. (Es war eine Notiz, der Deutschen Ztg. aus Böhmen entlehnt, über den Proceß des Dr. Fischhof.) Die Wiener Ztg. enthält heute ganz im Anfang eine Verordnung über die Rehabilitirung der ungarischen Officiere.

△ **Wien,** 30 Oct. Der Finanzminister hat durch seine heute in der Wiener Zeitung mitgetheilte Vorlage einer provisorischen Einkommensteuer einen sehr erfolgreichen Schritt gethan. Der Charakter des Provisoriums, den der Minister seinem Entwurfe beilegt, deutet auf den möglichen Zusammentritt eines österreichischen Reichstags. Diesen jetzt schon einzuberufen läge nicht im Bereiche der Möglichkeit. Als ein weiterer Beweis der rastlosen Thätigkeit unseres Ministeriums diene die Nachricht daß vielleicht morgen die Gerichtsorganisation in der Wiener Zeitung veröffentlicht wird. General Standeisky in Triest ist an der Cholera gestorben. General Hauslab hat bereits 3000 ungarische Flüchtlinge aus Widdin mit der Zusage des Generalpardons über die Gränze geschickt. Man erwartet daß der Feier der silbernen Hochzeit des erlauchten Elternpaares Sr. Maj. durch einen besondern Gnadenact werde hervorgehoben werden.

Spanien.

Madrid, 24 Oct. Die Gaceta verkündigt die Ernennung des Marques v. Miraflores zum Präsidenten, des Fürsten v. Anglona und des Herzogs v. Veraguas zu Vicepräsidenten des Senats; ferner die Ernennung mehrerer neuen Senatoren, worunter der Bischof von Girona. — Der König behält den Ehrenposten des Palastgouverneurs, die Verwaltung desselben aber, heißt es, soll dem Hrn. Armandariz anvertraut werden. Man glaubt nicht daß Se. Maj. Madrid verlassen werde.

Großbritannien.

Die (vermuthlich aus dem österreichischen Gesandschaftshôtel in Wien herrührende) telegraphische Nachricht der Times, deren wir gestern gedachten, lautete also: „Wien, 21 Oct. Der russische Kaiser will nicht auf der Auslieferungsforderung bestehen, vorausgesetzt daß keine drohende Einmischung stattfinde von Seite einer gewissen westlichen Großmacht — Englands.“ Dazu bemerkt das Blatt: „Wenn man einen Augenblick lang glaubte daß Rußland auf seiner Forderung beharren würde, so kam es daher weil russische Monarchen schon manchmal vergaßen daß sie Menschen waren, und daher sich in Lagen stürzten die auch sie zu behaupten außer Stand waren. In jener schwindlichten Höhe die ein Czar einzunehmen das Unglück hat, ist es nur allzu natürlich daß er dann und wann der Rechte und der Menschenliebe, welche älter sind als menschliche Einrichtungen und selbst als kaiserliche Ukasen, vergißt, und zugleich die Hindernisse übersieht welche der Welt der Begehrlichkeit eines Einzelwillens in den Weg legt. Gewisse historische Erinnerungen ließen uns, nicht so sehr für die Türkei und für Europa, als für uns selbst und für den Kaiser selbst besorgt seyn. Natürlich, ein großer Autokrat der auf das Menschengeschlecht losbricht, ist ein Schauspiel das sich nicht ohne eine gewisse unbestimmte Unruhe betrachten läßt; aber je mehr man von diesem Autokraten glaubte daß er ein vernünftiger und billiger Mann sey, desto weniger wurde die Gefahr gefürchtet, und indem wir uns allmählich die Folgen der Beharrung Rußlands auf seiner Forderung vergegenwärtigt, hatten wir auch beinahe aufgehört es für unbesonnen zu halten daß es denselben trotzen würde. — In der Form wie die Nachricht von dieser heilsamen Ein-

nesänderung uns erreicht hat, ist sie von einer Art Protest gegen die Einmischung einer gewissen westlichen Macht begleitet. Es wäre ebenso unpolitisch als mißfällig die erfolgreichen Remonstrationen des brittischen und des französischen Gesandten zu rühmen. Das Resultat spricht für sich selbst. In einem Moment plötzlicher Aufregung stellten zwei absolutistische Kaisermächte eine rechtswidrige *) und unmenschliche Forderung an einen neutralen und friedlichen Nachbar. Dieser trat ihnen mit einer Entschiedenheit und einem Heldenmuth entgegen der offenbar die Wahrheit auf seiner Seite hatte. Wie es sich öfter unter solchen Umständen trifft, sie wurden stutzig und zollten der ritterlichen Gesinnung eines minder mächtigen und civilisirten Volks eine späte Anerkennung. Einen andern Gedankengang als den hier bezeichneten braucht man nicht vorauszuziehen, und die unsern Verbündeten gebührende Achtung veranlaßt uns diese Deutung jeder andern vorzuziehen. Aber keine Empfindung kann die Thatsachen verändern, welche jetzt der Geschichte angehören. Die Repräsentanten der zwei großen Westmächte haben gegen die Forderungen Rußlands und seines Waffengenossen protestirt. Der Sultan wurde durch ihre Meinung und ihren Rath bestärkt; sie ermunterten durch ihre Anwesenheit die Widerstandsrüstungen mit denen sich plötzlich die Ufer des Bosporus belebten. Ein tiefer und allgemeiner Enthusiasmus erwachte in England und in Frankreich zu Gunsten der unglücklichen Flüchtlinge und ihres beleidigten Beschützers. Unsere Flotten rückten dem Schauplatz eines möglichen Zusammenstoßes näher, und eine brittische Dampf-Fregatte erschien vor Konstantinopel. Wenn diese Thatsachen einer Interpretation bedurften, so liegt sie in dem Proteste Rußlands gegen westliche Einmischung. Diese Thatsache krönt das Ganze und läßt nichts zu wünschen übrig. Während also unsere Freundschaft und Achtung für Oesterreich und Rußland ihre Besinnung zum Bessern (second thoughts) gern den gewöhnlichen Ursachen einer würdevollen Reue zuschreiben möchten, können wir doch nicht vergessen, weil wir die Thatsache nicht auslöschen können, daß ihr Ungestüm die gewöhnliche Folge hatte eine edle, feste und gewichtige Remonstration hervorzurufen. — Den zwei Mächten (the two repentant powers) kann nicht entgangen seyn daß Europa, bei all seiner Schwäche und Zerrüttung, doch nicht in einer für Uebergriffe von rachsüchtigem, eroberungssüchtigem oder propagandistischem Charakter günstigen Stimmung ist. Die freien westeuropäischen Staaten würden die Absorption der Türkei, sey es in die Herrschaft oder in das System Rußlands nicht wohlgefällig mit ansehen. Wir Engländer haben viele Gründe ruhig daheim zu bleiben und uns nicht in auswärtige Zänkereien hineinziehen zu lassen, es wäre denn durch die harte Nothwendigkeit der Selbsterhaltung oder durch das Gebot der Ehre. Aber während Rußland Schritt vor Schritt gegen die Donau-Provinzen, Konstantinopel und dessen asiatische Dependenzen vorrückt, sind wir selbst eines ruhmlosen Friedens innerhalb unserer eigenen Gränzen nicht sicher. In diesem Fall hatten wir also keine andere Wahl als zu protestiren. Wir haben uns in neuerer Zeit keineswegs ausgezeichnet durch unsere freiwilligen Interventionen. Unsere Mission als Befreier des Menschengeschlechts ist entschieden mißlungen. Eine Nation um die andere hat wahrgenommen wie wir sie, in langsamem und würdelosem Rückzug, dem zarten Erbarmen des Absolutismus preisgaben. Auch ist dieß kein eigenthümlich englischer Charakterzug. Es ist eine von den Entdeckungen der Neuzeit daß die Völker sich auf ihre eigenen Angelegenheiten beschränken, und andern den Genuß der Selbstregierung gönnen müssen die sie für sich selbst ansprechen. In der That, Rußland selbst hat uns eine Lection über dieses Thema gelesen, und an den Ufern des Mittelmeers die Lehre der Nichteinmischung erklärt. Jetzt erhält es an den Ufern desselben Meers diese Lehre von uns zurück. Wenn England dem Hofe von Neapel nicht seine Interpretation der sicilischen Rechte oder seine constitutionellen Grundsätze aufdrängen darf, so darf andrerseits Rußland die nämliche Autorität nicht über die Türkei ansprechen. Dieß also ist der Schluß der europäischen Controverse. Zwar er ist noch nicht in Tractaten verkörpert, aber er ist nicht weniger wesenhaft und bindend. Europa gewährleistet die Unabhängigkeit seiner verschiedenen bestehenden Regierungen, so lange wenigstens als sie ihren Anspruch auf gemeinsamen Schutz nicht verwirkt haben."

Oberstlieutenant Anderson, vom Geniewesen, der in dem spanischen Bürgerkrieg unter den Cristinos, im Jahr 1840/4 in Syrien diente, wo er sich besonders in den Gefechten bei Ascalon und Gaza auszeichnete, ist als Secretär des königl. Invalidenhauses in Chelsea gestorben.

⁑ **London,** 29 Oct. Es erscheinen ärztliche Bulletins über zwei kranke Königinnen. Die Schafpocken, die sich bei der Königin Victoria entwickelt, nehmen einen günstigen Verlauf. Die weit bedenklichere Krankheit der Königin-Wittwe dürfte, fürchtet man, kaum zu einem guten Ausgang führen. — Moore O'Ferrall Esq., der Statthalter von Malta, schifft sich heut in Southampton zur Rückkehr auf seinen Posten ein. — General Klapka ist mit mehreren ungarischen Officieren in London angekommen, und in der Sablonière abgestiegen. — Das Postdampfboot „Canada" hat d.d. New-York, 17 Oct., eine wichtige Nachricht mitgebracht: die Washingtoner Regierung hat angekündigt daß vom 1 Jan. 1850 an alle Schiffe aus brittischen Häfen, die mit brittischen Waaren unter brittischer Flagge segeln, in allen Häfen der Vereinigten Staaten mit denselben Rechten zugelassen werden welche die amerikanischen Schiffe in den brittischen Häfen genießen. Also die lange erwartete Reciprocität für die Abschaffung der englischen Navigationsgesetze! — Wichtig sind auch die Nachrichten aus Canada. Die Oppositionspartei tritt dort immer kühner auf, und hat eine öffentliche Erklärung für den Anschluß an die Vereinigten Staaten erlassen.

*) Die Forderung war zum mindesten den Tractaten gemäß.

Frankreich.

Paris, 29 Oct.

Die Staatseinkünfte wollen sich im Jahr 1849 noch nicht recht bessern. Die wirklichen Einnahmen sind fast durchgehends unter den Voranschlägen geblieben. Man übersieht zwar erst die drei Quartale bis 30 Sept., aber daß eine Vermehrung des öffentlichen Einkommens um 13 Mill. gegen das Revolutionsjahr 1848 wenig ist, dieses insofern für das ganze Rechnungsjahr maßgebende Resultat hat man jetzt schon. Geht man auf das Jahr 1847 zurück, welches als Theurungsjahr für die Finanzen auch kein blühendes war, so ergeben die Ziffern des Moniteurs daß der Minderertrag in diesen neun Monaten von 1849 gegen damals nicht weniger als 89,818,000 Fr. ausmacht. Die Voranschläge sind gewöhnlich niederer gegriffen als der muthmaßliche Ertrag, doch ist dieser in den wichtigsten Einnahmsquellen unter dieser Schätzung geblieben. Registrirungs-, Kanzlei- und Hypothekengebühren: Anschlag 134½ Mill., Ertrag 132,930,000 Fr.; Einfuhrzölle (ohne den Colonialzucker): Anschlag 68 Mill., Ertrag 60 Mill.; Colonialzucker: Anschlag 26 Mill., Ertrag 28,974,000 Fr. Im Jahr 1847 hatte der ganzjährige Ertrag 42,279,000 Fr. abgeworfen. Rübenzuckersteuer: Anschlag für das Jahr 29,168,000 Fr., also für die neun Monate gegen 22 Mill., wirklicher Ertrag nur 15,894,000 Fr.; Tabak (überall dreivierteljährig gerechnet): 90 Mill., Ertrag 85 Mill. Die Salzsteuer macht eine Ausnahme. Sie wurde vom 1 Jan. an um ⅔ vermindert, sie hatte im vorigen Rechnungsjahr 43,123,000 Fr. ertragen, und es wurde daher nur ein Drittel dieser Summe erwartet, also 14,847,000 Fr., allein es hat sich abermals bestätigt daß wenn ein solcher Gegenstand des allgemeinen Bedürfnisses nieder besteuert ist, die Einbuße des Schatzes durch den Mehrverbrauch nach und nach gedeckt wird, denn die Salzsteuer hat gegen 60 Proc. über den Anschlag, 22,521,000 Fr. ertragen. Nicht so günstig ist der Postertrag ausgefallen. Anschlag etwas über 38 Mill., Ertrag 31 Mill. Endlich was die directe Steuer (die ordentliche und den Zuschlag der 45 Cent.) betrifft, so waren von der vorjährigen noch 87,891,000 Rückstände zu erheben. Diese waren bis auf einen Rest von 7,681,000 Fr. eingegangen. Von der heurigen hatte der Schatz 265,661,000 Fr. erhoben, und 172,680,000 Fr. stehen noch aus.

In der Nationalversammlung ist wieder eine jener voraussichtlich nutzlosen Interpellationen gestellt, indem der Minister des Innern über eine Anfrage oder vielmehr über Beschwerden in Betreff des Belagerungsstands Rede zu stehen hat. Hr. Bouvet klagt hauptsächlich daß man auch das Ain-Departement, lediglich wegen der Nachbarschaft von Lyon, in diesen Ausnahmszustand versetzt hat. Ein anderes Mitglied, Hr. Bancel, begreift nicht warum dieß in fünf Departements nun seit bald einem halben Jahr geschieht, er spricht von Präventivunterdrückung der Presse, nennt es einen Kreuzzug gegen die demokratischen Ideen, die Repräsentanten der Linken u. s. w. Aehnliche Klagen sind schon so oft vorgekommen daß Hr. Dufaure in diesem Falle nur Wiederholungen erkennt und die Versammlung auffordert die Frage, auf die gleiche Art wie frühere Fälle, durch Uebergehen zur Tagesordnung zu erledigen. Doch läßt er sich auf ausführliche Erörterungen ein, um zu zeigen daß der Belagerungsstand mit größter Mäßigung gehandhabt werde, daß man nicht die demokratischen Ideen verfolge, sondern die Verirrungen dieser Ideen. Bei der jetzigen Ministerkrisis, die den ganzen Tiers-Parti aus dem Cabinet zu verdrängen sucht, muß dem Chef dieser Partei daran liegen die Freunde der gemäßigten Freiheit zu überzeugen daß diese an ihm und seinen Freunden eine Stütze hat.

Italien.

↑ **Neapel,** 22 Oct. Man redet gewöhnlich von rother Reaction wie von rother Republik — in Neapel ist die Reaction grün. Die Farbe der Hoffnung? Wollte Gott sie wäre für andere Dinge ein gutes Omen. Der Herbst kommt, die grünen Blätter beginnen gelb zu werden wo die Natur altert, legt die Kunst sich ins Mittel. Während gewöhnlich Weiß die Unschuldfarbe ist, hält die Sittenpolizei das Grün für tugendhaft.

Einst gab es auf der neapolitanischen Bühne eine Mode die schwerlich von Paris gekommen war und bei allen Fremden die komischste Verwunderung erregte: die Tänzerinnen trugen grüne Hosen. Aller beißende Spott, alle ästhetischen Einwendungen fanden taube Ohren: Terpsichore's graziöseste Priesterinnen mußten sich dem Reglement unterwerfen. Da kam die Revolution des vorigen Jahres, und ohne Lärm verschwand die seltsame Tracht. Man hätte denken sollen der moderne Areopag wäre froh gewesen die Sache auf solche Weise abzumachen, statt sich ferner zu blamiren. Das Theaterpublicum rief im stillen Victoria. Doch „jedem kann begegnen was Erd' und Meer von ihm zu trennen scheint." Kammern, Preßfreiheit, dreifarbige Cocarde und wie die Dinge sonst heißen mögen, wurden eine nach der andern beiseite gelegt — wie sollte da die Bühne sich mit einer Errungenschaft brüsten? Es heißt man habe lange darüber zu Rathe gesessen, ob man Neapel der Gefahr der Demoralisirung durch weiße Hosen noch länger preisgeben dürfe. Im Theater Fondo erschien das Ballet Paquita. Spiegelfechterei der Hölle! Mlle. Fitzjames hüpft unbefangen an die Lampen, in bauschigen grünen Inexpressibles die ihr bis an die Wade gehen, hinter ihr das ganze Corps de Ballet, hübsch und häßlich wie die Natur sie eben geschaffen hat, in dem fabelhaften Anzug. Es war als hätte man dem Parterre ein Medusenhaupt vorgehalten. Wären's minder bedenkliche Zeiten gewesen, der verletzte Schönheitssinn hätte sich ohne Zweifel Luft gemacht; aber der Neapolitaner sagt „Si vuol' prudenza" und die einzige Manifestation bestand darin daß nach zehn Minuten das Haus halb leer war. Die armen Tänzerinnen! Man denke sich den Effect welchen die dunkle Farbe unter den kurzen spanischen Röcken beim Fandango und die weißen Roben bei der Menuette hervorbrachte. O Fanny Elßler und Marie Taglioni, solche Geschicke treffen eure Kunst unter dem als poesiereich gepriesenen Himmel Neapels!

⊾ **Rom**, 24 Oct. In Ermangelung politischer Nachrichten über unsre hiesigen Verwickelungen, deren Lösung noch immer problematisch bleibt, kann folgende charakteristische Episode als ein Beweis der zwischen der französischen und römischen Polizei regierenden Entente cordiale dienen. Ein neapolitanischer Arzt der in den Wirren seines Vaterlandes und besonders in der Geschichte des 15 Mai sehr betheiligt war, hatte sich hieher geflüchtet, und bis jetzt war er, troß seiner bekannten politischen Meinungen, nicht beunruhigt worden. Die neapolitanische Regierung aber hatte, sogleich nach der Einsetzung der Cardinalscommission, sehr darauf gedrungen daß ihr dieser Hr. Caputo, so heißt er, ausgeliefert werde, um so mehr als er außer den politischen Sünden die er mit vielen seiner flüchtigen Landsleute gemein hatte, angeklagt war er hätte aus seinem eigenen Vermögen eine Summe von 1000 Piaster demjenigen versprochen der den König Ferdinand aus der Welt zu schaffen im Stande wäre. Caputo hat übrigens beständig diesen Umstand geläugnet, auch zur Zeit der Republik, wo er bei manchen eben dadurch als wahrer Patriot erschienen wäre; er behauptete immer es sey dieß eine Verläumdung seiner Feinde um ihn unwiederbringlich zu verderben. Wie dem auch seyn mag, seine Auslieferung war begehrt worden, und die römische Regierung hatte sich deßhalb an die französische Polizeibehörde gewandt um den Caputo verhaften zu lassen, was aber durchaus verweigert wurde. Die römischen Behörden, denen daran gelegen war der befreundeten neapolitanischen Regierung den geforderten Dienst zu erweisen, und zugleich einen Revolutionär loszuwerden, ließen ihn unter irgendeinem Vorwande auf die Polizei locken, wo er, kaum angelangt, im Hofe von den römischen Sbirren, die ihn erwarteten, gepackt wurde. Zu seinem Glück war er von einem jungen Römer begleitet; dieser lief auf der Stelle die Treppen hinauf in den ersten Stock, wo die französischen Polizeibehörden ihre Bureaux haben, und erzählte das Ereigniß dem Polizeipräfecten, der alsobald von zwei andern französischen Beamten begleitet hinuntereilte, den Caputo den man in einen Wagen werfen wollte, aus den Händen der Sbirren reißen ließ, und ihn hinauf in seine Zimmer brachte. Darauf wurde ein anderer Wagen herbeigeholt, Caputo in Begleitung von einem Officier nach Ripa grande, dem Tiberhafen in Rom, geführt, dort auf eine große Barke, welche für die Militärtransporte immer bereit steht, eingeschifft und nach Civitavecchia gebracht, um mit dem nächsten französischen Dampfschiffe nach Marseille übersiedeln zu können. Und dabei blieb es, römischerseits wurde nicht gemuckst, die Franzosen sprachen weiter nicht von dem ganzen Handel, und ein jeder that als wäre nichts vorgefallen. — Die Cholera in Bologna zeigt sich sehr gelinde. Privatbriefe versichern, es gäbe sehr wenig Kranke mehr, und die meisten der Genesung nahe. In Rimini, St. Arcangelo und auch in Pesaro soll sich die Seuche etwas schlimmer zeigen, jedoch bei weitem nicht so fürchterlich als im Jahr 1836/37. Die römische Zeitung sagt kein Wort davon, aber die officiellen Berichte kommen täglich von den angesteckten Provinzen an die Regierungscommission.

⊾ **Rom**, 25 Oct. Die provisorische Municipalcommission hat auf Vorschlag ihres Präsidenten eine Adresse an den heiligen Vater votirt, um ihn zu bitten er möge seine Rückkehr nach Rom beschleunigen, wohin ihn die Wünsche seiner treuen Unterthanen rufen; eine aus ihrer Mitte ernannte Deputation wird Sr. Heiligkeit diese Bittschrift überreichen. So die Gazzetta di Roma von gestern. Die Deputirten sind: Fürst Odescalchi, Präsident des Municipiums; Dr. Belli; B. Pericoli, und die Advocaten Massani und Scaramucci, letzterer ein persönlicher Freund Pius IX. Ein Erlaß des Finanzministeriums legt dem ganzen Staat eine Uebertaxe von dem Betrag zweimonatlicher Grund- und Häuser-Abgaben auf, die im Laufe des Jahrs 1849 zu entrichten ist. Also 14 Monate Abgaben statt 12. Man erwartet für 1850 eine gleiche, wenn nicht noch stärkere außerordentliche Steuer. Advocat Lunati, früher Mitglied der Deputirtenkammer von 1848 und Finanzminister nach dem 16 Nov. und unter der provisorischen Regierung, der aber unter der Republik seine Abdankung einreichte, hat vorgestern vom römischen Polizeiministerium den Befehl erhalten den römischen Staat zu verlassen. Lunati wandte sich an den französischen Minister Hrn. v. Corcelles, der ihm antwortete: er könne vorderhand unter französischem Schutz ruhig in Rom bleiben. Lunati ist ein fähiger, vielleicht im Finanzfache der einzige fähige Mann im Lande, und übrigens von sehr gemäßigter, obgleich freisinniger politischer Meinung.

Turin. Die Blätter melden aus Alessandria daß die wegen ihres Benehmens im letzten Krieg mit Oesterreich daselbst vor ein Kriegsgericht gestellten beiden Officiere, General Fanti und Oberst Sanfront, gegen welche der Ankläger Todesstrafe beantragt, freigesprochen worden. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten war bis zum 27 Oct. noch nicht definitiv wiederbesetzt. Es hieß daß es dem Ingenieur Paleocapa angetragen worden. La Legge sagt: „In der Sitzung vom 25 Oct. hat die Deputirtenkammer das erste Anzeichen gegeben welche Fortschritte bei ihrer Majorität der Geist der Versöhnung gemacht hat nach der neulichen Cabinetsveränderung, in deren Folge der Minister, welcher bisher als das einzige Hinderniß der Versöhnung galt, seine Entlassung genommen. Das Ministerium hatte die Ermächtigung zur Forterhebung der Taxen und indirecten Steuern auf die zwei Monate November und December verlangt; die Steuercommission aber, deren Berichterstatter der ehrenw. Vincenzo Ricci ist, machte — obgleich Hr. Pinelli Minister zu seyn aufgehört hat — den Vorschlag diese Ermächtigung auf den Monat November zu beschränken, und die Kammer hat — obgleich Hr. Pinelli nicht mehr Minister ist — den Antrag der Commission angenommen." — Ritter Lisies y Bardoji, Geschäftsträger der Königin von Spanien, hatte am 25 die Ehre dem König in besonderer Audienz das Großkreuz des Ordens Karls III zu überreichen. Se. Maj. ist bereits Inhaber des goldenen Vließes.

Wie Turiner Blätter berichten, hat der Herzog von Parma den Zuchthaussträflingen seines Landes ein neues Costüm gegeben, nämlich den Calabreserhut wie ihn früher die Demokraten trugen.

Der Mailänder Zeitung vom 28 Oct. zufolge steht es fest daß Graf Radetzky als Generalgouverneur des lombardisch-venezianischen Königreichs in Verona residiren wird. Unter ihm fungirt als Stellvertreter in der Lombardei, mit dem Sitz in Mailand, der Feldmarschall-Lieutenant Fürst Karl v. Schwarzenberg; in Venedig der Cavallerie-General Baron Anton v. Puchner. Die Finanzverwaltung des Königreichs steht, unabhängig vom Generalgouvernement, unmittelbar unter dem Finanzministerium, und soll noch eine besondere Behörde dafür geschaffen werden.

Rußland und Polen.

(Indépendance.) Das mehrerwähnte Schreiben welches der Kaiser von Rußland im August an den Sultan gerichtet hat, lautete folgendermaßen: „Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Souverän und Padischah der Osmanen. Bekannt mit den Gesinnungen Ew. Maj. zweifle ich nicht an dem Antheil welchen Dieselbe an der Entwickelung des erbitterten Krieges nehmen wird der so lange Ungarn in Blut gebadet hat. Ich beeile mich Ew. Maj. dieß Ereigniß anzuzeigen, an welchem meine Heere einen so thätigen Antheil genommen haben. Dasselbe wird, wie ich hoffe, eine neue Aera herausführen und dem Unheil ein Ziel setzen, in welches der revolutionäre Schwindel die politische und moralische Welt fortgerissen hat. Alle diese so grundlos hervorgerufenen anarchischen Erschütterungen haben so viel Trümmer aufgehäuft, so viel Elend geschaffen, daß die enttäuschten Völker anfangen nach der Rückkehr zur Ordnung, zum Vertrauen, zur Sicherheit zu streben. Der magyarische Aufstand bedrohte nicht allein die Existenz des österreichischen Reichs, dessen Unversehrtheit einen wesentlichen Bestandtheil des politischen Gleichgewichts ausmacht, sondern in Folge der Solidarität, welche ihn mit den verschiedenen revolutionären Mittelpunkten auf dem Festlande, und besonders mit der polnischen Propaganda verknüpfte, griff dieser furchtbare Aufstand die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung an, der nur noch die bewaffnete Macht als letzter Rettungsanker übrigblieb. Von Stund an konnte ich nicht zaudern das Gewicht der verfügbaren Streitkräfte meines Reichs in die Wagschale zu werfen. Rußland ist in Ungarn eingeschritten kraft dessel-

den conservativen Princips welches den bewaffneten Beistand leitete den ich Ew. Maj. zu leisten für meine Pflicht hielt, um das offen verkannte Ansehen Ew. Maj. im vorigen Jahrs in den Donaufürstenthümern herzustellen, wo eine factiöse Partei unter dem Schutze der allgemeinen europäischen Verwirrung subversive Plane zu verwirklichen hoffte. Die göttliche Vorsehung hat unsere Anstrengungen gesegnet. Jenseits der Donau wie in den Theißebenen hat Rußland mit Selbstverläugnung seinen wiedergutmachenden Beruf erfüllt. Seine Heere sind in jenen Landen erschienen um den Triumph der guten Ordnung und der Legitimität zu sichern. Ich beauftrage den General Fürsten Radziwill, welcher die Ehre haben wird gegenwärtiges Schreiben Ew. Maj. zu überreichen, Ihnen Rechenschaft über alle Vorgänge in Ungarn abzulegen. Ich wünsche mir zu dem erfreulichen Ausgang dieses Kriegs um so mehr Glück als die Herstellung der Ordnung in Ungarn nothwendig einen heilsamen Einfluß auf die moralische Pacification der osmanischen Donauprovinzen ausüben wird, welche in Folge ihrer frühern Unruhen noch so viele revolutionäre Keime beherbergen. Je mehr ich den Ernst dieser erwäge, desto mehr würdige ich die weise, feste und richtige Haltung der Abgeordneten der hohen Pforte bei Gelegenheit des von Bem versuchten bewaffneten Einfalls in die Moldau, dessen offen ausgesprochener Zweck es war eine Erhebung dort hervorzurufen. Die leitenden Grundsätze des unsere Reiche verknüpfenden Bündnisses, welche von den osmanischen Behörden in ihrem Verhalten gegen die aufs osmanische Gebiet übergetretenen magyarischen Banden so glänzend bethätigt worden sind, flößen mir die innige Ueberzeugung ein daß Ew. Maj. eine Frage, die mir lebhaft am Herzen liegt, der ernstlichen Aufmerksamkeit Ihrer Minister empfehlen wird. Sie ist der Gegenstand der Schritte die mein Vertreter bei der hohen Pforte in meinem Auftrage thun wird, und die einige polnische Flüchtlinge betreffen, welche, nachdem sie sich des Hochverraths gegen meine Regierung schuldig gemacht haben, zuletzt verbrecherischen Antheil an den unglücklichen ungarischen Ereignissen nahmen. Indem aufrichtigen Wunsche daß keine Wolke zwischen unsern beiden Reichen aufsteigen möge, lege ich einen ganz besondern Werth auf die befriedigende Lösung dieser Angelegenheit. Indem ich auf die günstige Aufnahme rechne welche die Vorstellungen des Hrn. v. Titoff bei der Regierung Ew. Maj. finden werden, bitte ich Ew. Majestät die Versicherung der Hochachtung und unverletzlichen Zuneigung zu genehmigen, mit welchen ich bin &c. Warschau 26 Aug. 1849. **Nikolaus.**"

Jonische Inseln.

⊙ **Korfu,** 15 Oct. Am 12 d. ging aus der Regierungsdruckerei ein außerordentliches Blatt hervor, eine Proclamation, ein Actenstück aus der Kanzlei des Lord-Obercommissärs Sir H. G. Ward, gerichtet an den Präsidenten des Senates der sieben Inseln. Da dieses officielle Actenstück in drei Sprachen abgefaßt ist, der englischen, griechischen und italienischen, so ist seinem Zwecke der größtmöglichen Verbreitung vollauf Genüge gethan. Den Inhalt bildet die Aufzählung einiger Umstände und des scheinbaren Zusammenhangs des letzten Aufstands in Cephalonien. Höchst unwürdig erscheinen die Quellen aus denen der Lord-Obercommissär selbst angibt geschöpft zu haben, und alle englische Anmaßung übertreffend erscheint die Anklage welche der englische Statthalter einem benachbarten Fürsten macht, eine Anklage, geschöpft aus dem Schlamm der Angaben welche selbsterzogene Verbrecher zu machen bereit waren. Die Proclamation ist ziemlich lang; ich beschränke mich darauf jene die gehässigen, leidenschaftlichen Vorwürfe des englischen Statthalters enthaltenden Stellen anzuführen. Sie fängt ohne weitere Einleitung folgendermaßen an: „Wir haben in Erfahrung gebracht daß während der Unruhen in Cephalonien einige türkische Albanesen von griechischen Unterhändlern besoldet wurden um an den Kämpfen theilzunehmen; daß jeder von ihnen 10 Thlr. des Monats erhalten sollte, und daß man die Leute heimlich aus Zaberda nach Cephalonien bringen wollte." Die Erzählung fährt dann weiter fort wie in Argostoli (Cephalonien) sich beim Lord-Obercommissär ein Mann eingefunden, der ihm wichtige Papiere und eine schriftliche Auseinandersetzung über die Vorfälle gemacht und unterzeichnet habe, mit der Bedingniß daß sein Name nicht genannt werde. Diese Abhandlung soll nun die Entdeckung einer geheimen Verbindung enthalten, unter dem Namen der „großen Bruderschaft," deren Vorstände ein gewisser Stephanos Ballanos und ein Albanese, genannt Antonios de Philippon, zugleich mit Petro Kouartano seyen, in deren Papieren sich die Organisation der Gesellschaft befinden soll. Die Bewegung auf Cephalonien ist als ein Theil des allgemeinen Planes dargestellt in diesem Aufsatz. „Die Plane der großen Bruderschaft können unvernünftig und phantastisch seyn, allein die Mitglieder sind eng verbunden durch geheime Eide; sie selbst sind armselige Abenteurer und haben nur Hoffnung bei einer Umwälzung der Dinge, sie sind bereit sie zu bewerkstelligen mit allen verzweifelten Mitteln, indem sie zu ihrem Symbol das heilige Kreuz wählen, während ihr eigentlicher Zweck ist öffentliches und Privateigenthum zu rauben. Sie haben den Glauben, wie man aus einem Briefe ersieht der sich bei Ballanos befand, daß ihre Plane sich königlicher Unterstützung erfreuen, und von einem benachbarten Fürsten nicht mit bösen Augen angesehen werden." Dieß sind die Worte der Proclamation, und dem „benachbarten Fürsten" mag es anheimgestellt seyn sich dem Lord Obercommissär erkenntlich zu erweisen für die Zusammenstellung der ruchlosen Plane armseliger Abenteurer und des königlichen Wohlgefallens. Bei Ballanos sollen sich Papiere finden? Es sey erlaubt zuerst zu sagen wer dieser Ballanos ist. Ohne weiter in sein Leben zurückzugreifen ist anzuführen daß dieser verruchte Mensch (längst als ein von englischen Agenten geschützter griechischer Meuterer bekannt) an dem Bankraub und der Brandschatzung der Stadt Patras theilgenommen, und nur durch die unerhörte Vermittlung des englischen Consuls und des herbeigebrachten englischen Schiffes der Gerechtigkeit entzogen wurde! Wer erinnert sich nicht mit Abscheu jener Scenen, wer weiß nicht daß der Räuberanführer Merenditis mit Ballanos gastfreundliche Aufnahme in Malta und später in Korfu gefunden hat? Aber weniger bekannt ist daß die griechischen Behörden unausgesetzt die jonischen vor diesen Leuten gewarnt haben. Merenditis wurde vor einigen Wochen auf griechischem Gebiet von Dorfbewohnern ermordet. Er war es der Albanesen warb um einen Einfall in Griechenland zu machen, während er unter jonischem Schutze stand. Er und Ballanos sind die „griechischen Unterhändler," deren die Proclamation, die Schuld auf Griechenland werfend, erwähnt. Aus den Papieren solcher Verruchten, die dem Henkertode auf ungesetzliche Weise entzogen wurden, und auf jonischem Boden durch englische Freundschaft beschützt, unablässig feindliche Plane gegen ihr Vaterland und den griechischen Thron schmiedeten, erlaubt sich der englische Statthalter den Schluß zu ziehen daß ein benachbarter Fürst diesen Planen königliche Unterstützung angedeihen lasse! Wenn der Ausspruch nicht zu schmählich boshaft wäre, müßte man ihn wahnsinnig nennen!

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 17 Oct. Curs auf London 110, 110$\frac{4}{8}$.

London, 29 Oct. Consols 93$\frac{1}{8}$.

Paris, 29 Oct. 3proc. 56.5; 4$\frac{1}{2}$proc. 69.20; 5proc. 88.60; Bankactien 2335; belg. 5proc. 97$\frac{1}{2}$; neap. 5proc. 88; röm. 81$\frac{1}{2}$; span. act. 21$\frac{1}{2}$; innere Sch. 27$\frac{3}{8}$; piem. 5proc. 83.50; Oblig. v. 1834 992.50, v. 1849 890; St. Germain E.-B. 405; Vers. rechte 216.25; linke 178.50; Paris Orleans 730; Rouen 527.50; Straßburg 360; Nordbahn 435; Rouen-Havre 236.25; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 292.50; Bordeaux 401.25; Boulogne-Amiens 135; Tours-Nantes 283.75; Dieppe-Fecamp 182.50.

Amsterdam, 29 Oct. 2$\frac{1}{2}$proc. 52$\frac{15}{16}$; 3proc. 62$\frac{3}{4}$; 4proc. 82$\frac{1}{4}$; port. 5proc. 32$\frac{3}{4}$; Metall. 5proc. 84; Ard. 10$\frac{1}{8}$. Curs auf London 12.06 k. S. Curs auf Hamburg 34$\frac{15}{16}$ k. S. Curs auf Frankfurt 99 6 W.

Frankfurt a. M., 31 Oct. Oesterr. 5proc. Met. 87$\frac{5}{8}$; 4proc. 70$\frac{1}{8}$; 3proc. 53$\frac{1}{2}$; 2$\frac{1}{2}$proc. 46; Bankactien 1334; 500fl.-Loose 150$\frac{3}{4}$; 250fl.-Loose 105$\frac{3}{4}$; prß. 50Thlr.-Prämiensch. 100$\frac{1}{2}$; 3$\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldsch. 88$\frac{7}{8}$; bayer. 3$\frac{1}{2}$proc. 86 P.; Ludwigcanal 48; Ludwigs.-Berbach 65$\frac{1}{4}$; württ. 4$\frac{1}{2}$proc. 94$\frac{1}{4}$; 3$\frac{1}{2}$proc. 81$\frac{1}{4}$; bad. 5proc. 97$\frac{3}{4}$; 3$\frac{1}{2}$proc. 78$\frac{1}{2}$; Lotto-Anleh. à 50 fl. 53$\frac{1}{4}$; 35fl.-Loose 31$\frac{3}{4}$; darmst. 4proc. 85$\frac{3}{4}$; 3$\frac{1}{2}$proc. 82$\frac{1}{2}$; 50fl.-Loose 72$\frac{1}{2}$; 25fl.-Loose 26$\frac{5}{8}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordb. 53$\frac{3}{8}$; 40Thlr.-Loose 34$\frac{1}{4}$; nass. 5proc. 101$\frac{1}{2}$; 3$\frac{1}{2}$proc. 84$\frac{1}{2}$; 25fl.-Loose 25$\frac{1}{8}$; Frankf. 3proc. 80; 3$\frac{1}{2}$proc. 93, 89$\frac{1}{2}$; Taunusbahn 295; holl. Integr. 53$\frac{1}{4}$; span. innere Schuld 26$\frac{3}{4}$; poln. 300fl.-Loose 112; 500fl.-Loose 81; sard. 36Fr.-Loose 32$\frac{1}{2}$; Disc. 1$\frac{1}{2}$ P.

♀ **Wien,** 30 Oct. Nachdem die Curse in dem gestrigen Abendgeschäfte auf das bloße Gerücht von dem zu gewärtigenden Erscheinen des neuen Einkommensteuergesetzes einen plötzlichen Rückgang erlitten hatten — 5proc. Met. wichen bis 93$\frac{7}{8}$, Nordbahnactien bis 107 zurück — hat die heutige officielle Veröffentlichung der neueingeführten Besteuerung (in der Wiener Zeitung) den Cursen einen günstigeren Impuls gegeben. Die Börse war fest, und sowohl Fonds- als Eisenbahncurse erholten sich wieder von dem gestrigen Rückgange. Der Umsatz, namentlich in 5proc. Metall. und Nordbahnactien, ziemlich lebhaft. Das Geld war auch heute sehr knapp, und Prolongationen konnten nur gegen sehr hohe Zinsen effectuirt werden. In Devisen und Comptanten wenig Veränderung. Wir notiren nach der Börse ($\frac{1}{2}$4 Uhr): 5proc. Metall. 94$\frac{5}{8}$–94$\frac{11}{16}$, 4$\frac{1}{2}$proc. 84$\frac{1}{2}$–84$\frac{5}{8}$, Loose vom J. 1834 162$\frac{1}{4}$–162$\frac{3}{8}$, Loose vom J. 1839 113$\frac{1}{4}$–113$\frac{1}{2}$, Bankactien 1200–1203, Nordbahnactien 108$\frac{1}{4}$–108$\frac{3}{8}$, Gloggnitzer 108$\frac{1}{2}$–109, Mailänder 83$\frac{1}{4}$–83$\frac{3}{8}$, Pesther 77–77$\frac{1}{2}$. London (in l. S.) 10.50–10.52, Hamburg 157$\frac{1}{4}$–157$\frac{1}{2}$, Augsburg uso 107$\frac{1}{4}$ G., Frankfurt 107 G., Amsterdam 149$\frac{1}{2}$–150, Mailand 98$\frac{1}{2}$ P., Livorno 105$\frac{1}{2}$–106, Genua 124$\frac{1}{2}$ G., Paris 127$\frac{1}{4}$–127$\frac{1}{2}$, Marseille 127$\frac{1}{2}$ B., Bukarest (31 Tage S.) 262–264, Konstantinopel (31 Tage S.) 422 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12–12$\frac{1}{8}$, Silberagio 7–7$\frac{1}{8}$ Proc.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart

Die Fürstenthümer Hohenzollern und Preußen.

] Das Jahr 1848 brachte in den deutschen Verhältnissen eine Krisis zum Ausbruch welche, wenn sie nicht zu der radicalen formellen Umgestaltung führte die eine Zeitlang von der öffentlichen Meinung und bis zuletzt durch eine zahlreiche Partei gefordert war, dennoch nicht ohne die nachhaltigste Wirkung bleiben konnte. Nachdem das Jahr über Versuchen verstrichen war deren Mißlingen keinen in Verwunderung setzen wird, der die Extreme der mit einander streitenden Ansichten, Wünsche und Bestrebungen ermißt, und die Geschichte Deutschlands an diejenige anderer Länder hält welche durch solche große und entscheidende Umwälzungen durchgegangen sind, kam es zum offnen Kampf zwischen den wieder erstarkten und bewußten gouvernementalen Gewalten und den revolutionären Elementen — ein Kampf in welchem letztere unterlagen. Aber der große Impuls war einmal gegeben, und wenn einerseits die absoluten Unitätsprojecte in ihrer Unausführbarkeit dastanden, welche freilich von vornherein durch Geschichte und tägliche Erfahrung aufs klarste hätte demonstrirt werden können, so ward andrerseits über Deutschlands bisherige Verfassung der Stab gebrochen. Was das concrete Endresultat seyn wird, läßt sich heute noch nicht absehen: zweifelsohne aber ist es ein Compromiß zwischen den mit einander kämpfenden Tendenzen, worin allein die Möglichkeit des Verständnisses zu liegen scheint, wie es überhaupt bei der praktischen Lösung principieller Streitfragen der Fall ist. Unterdeß wird durch diese heftige und lange vorbereitete Krisis manches Ereigniß beschleunigt welches seit längerer Zeit geahnt, und durch das naturgemäße Fortschreiten der Tendenz bedingt ist die seit zweihundert Jahren im germanischen Staatsleben sich zeigt: die Tendenz der Concentrirung, welche auf die entgegengesetzte des Mittelalters, die particularisirende Theilung, unter Entwicklung einer Energie gefolgt ist welche man an solchen einander gewissermaßen ablösenden Signaturen und Grundgedanken ganzer charakteristischer Epochen stets wahrnimmt. Seit dem Lüneviller Frieden, der das bisherige deutsche Staatsgebäude eigentlich umstieß, und den mit ihm zusammenhängenden Entschädigungsplanen und Verträgen, die hier keineswegs gelobt werden sollen, da sie nur Acte großer Ungerechtigkeit waren, ist diese Tendenz in einer oder der andern Form und mit verschiedenartigen Berechtigungen und Ansprüchen stets aufs neue hervorgetreten; die Auflösung des deutschen Reichsverbandes stand nur scheinbar mit ihr in Widerspruch, und während die Kaiserthümler des Frühlings 1848 eine allgemeine Mediatisirung mit einem Schlage träumten, gehorchten sie nur denselben Impulsen, so sehr sie auch Chimärisches mit dem Möglichen verwechselten.

Die jüngsten Ereignisse in Süddeutschland haben das Gefährdete der Stellung der Mächte zweiten und dritten Ranges nur zu sehr an den Tag gelegt, und das praktische Bedürfniß hat über manche herkömmliche Bedenken des Particularismus leichten Sieg errungen. Was bei einem größern Staate wie Baden durch militärische Hülfe und Besetzung erreicht werden konnte, hat bei einem kleinern wie die hohenzollerischen Fürstenthümer, freilich unter vielfach verschiedenen Bedingungen, den Gedanken der Abtretung an eine Großmacht reif werden lassen. Man hat diesen Entschluß der Betheiligten auf widersprechende Weise beurtheilt: zur richtigen Würdigung desselben genügt es indeß sich eine klare und bestimmte Ansicht der bestehenden Verhältnisse zu verschaffen. Bekanntlich besteht seit des großen Kurfürsten Zeiten ein Erbvertrag der schwäbischen Linien des Hauses Hohenzollern mit der fränkischen, welche auf dem Königsthron Preußens sitzt: der Vertrag wurde geschlossen als die durch Jahrhunderte lange Trennung einander fremdgewordenen beiden Hauptzweige die Stamm-Einheit wieder bethätigten und bekräftigten, welche sie seitdem aufrecht gehalten haben. Der König von Preußen, welcher auf die durch bekannte politische Umstände veranlaßte militärische Besetzung der Fürstenthümer bereitwillig eingegangen ist, bei seiner Achtung aber vor fremder Hoheit, die kein Theil seiner eignen, ungern zu der staatlichen Besitzergreifung sich verstanden hat, konnte zu letzterer bloß durch das Princip bewogen werden welches er als Familienoberhaupt und erbberechtigter Agnat bei einem anticipirten Erbfall zu vertreten hat, wie es einst, wenngleich unter den modificirten Umständen einer eigentlichen Secundogenitur, beim Rückfall der fränkischen Fürstenthümer, und zwar in Folge des in Aussicht stehenden Aussterbens der jüngern Linie Ansbach-Baireuth der Fall war. Die beiden Fürsten von Hechingen und Sigmaringen haben im richtigen Verständniß der mahnend an die Thüren klopfenden Zeit gehandelt, indem sie sich entschlossen ihrer Souveränetät zu Gunsten eines stammverwandten mächtigen Herrschers zu entsagen und die nicht umfangreichen Besitzungen, welche nach vielfachen Wechseln des Schicksals dem Zollerischen Hause in der eigentlichen Heimath geblieben sind, wo Staufen, Wittelsbach, Württemberg und Zähringen diejenige Entwicklung und Ausbreitung hinderten zu welcher es einst berufen schien, auf die Linie zu übertragen welche, nachdem sie sich erst in Mitteldeutschland durch Klugheit, guten Haushalt und Kraft des Armes eine schöne Hausmacht gebildet, im Norden zu so glänzender wie wichtiger Aufgabe berufen ward.

Wenn mit der Einverleibung der Fürstenthümer in das Königreich Preußen für letzteres keine Geldopfer verbunden sind, so entsteht daraus ebensowenig für jene eine Einbuße, ja die Vereinigung dürfte schließlich beiden zugute kommen, wenngleich in der weiten Entfernung der Hohenzollerischen Stammlande selbst von der preußischen Rheinprovinz ein nicht geringer Uebelstand liegt. Die Bodenfläche beider Fürstenthümer beläuft sich auf nicht ganz 21 Quadratmeilen, wovon zwei Drittel auf Sigmaringen kommen, mit etwa 66,000 Einwohnern, somit nicht ein Drittel des kleinsten preußischen Regierungsbezirks — Umfang und Bevölkerung die zu dem Apparat zweier Regierungen souveräner Staaten und der damit verbundenen nothwendigen Repräsentation keineswegs in richtigem Verhältniß stehen. Die Administration würde durch Umschaffung der beiden bisher getrennten Landestheile etwa in zwei Landrathsbezirke, falls man nicht ein eignes Regierungs-Collegium dort zu errichten denkt, die Justizverwaltung durch nöthige Vereinfachung und Zurückführung auf eine der Einwohnerzahl entsprechende Norm, eine die Interessen des Landes fördernde Umgestaltung erfahren müssen. Die Verpflegung und Besoldung der Besetzungstruppen geht vom preußischen Militäretat aus, während natürlich der bisher von den Hohenzollerischen Landescassen geleistete Contingentsbeitrag, gegen 50,000 Gulden jährlich, einstweilen auf denselben übergeht. So lange die preußische Convention mit Baden fortwährt, dürften keine besondern Aufwendungen für die Fürstenthümer vom Kriegsdepartement gemacht werden. Das Aufgehen kleiner Staaten in größere hat neben den guten auch seine nachtheiligen Seiten, welche letztere gewöhnlich im ersten Moment hervortreten. Sie verlieren die unmittelbare Selbständigkeit, sie verlieren ein größeres Dienstpersonal, sie verlieren den Hof und die mit demselben verbundene Repräsentation. Manche vormalige Fürstensitze Deutschlands, außer jenen der geistlichen Herrscher mit ihren prächtigen Schlössern, namentlich Mannheim, Gotha, Hildburghausen, Baireuth, Ansbach, Köthen, befinden sich speciell in diesem Fall. Aber solche Verluste, welche meist einzelne Orte betreffen, verschmerzen sich mit der Zeit, während im Durchschnitt die Vortheile sich wesentlich steigern, und bald außer Verhältniß zu jenen sind. So wird es auch den schwäbischen Fürstenthümern ergehen, wo überdieß noch besondere Umstände eintreten. Da die Linie von Hechingen nur auf zwei Augen steht, und im Fall ihres Erlöschens das Ländchen an Sigmaringen fällt, so würde schon in letzterm eine Concentrirung stattgefunden haben. Die Fürstenfamilie welche ihre Hausdomänen unter preußischer Hoheit behält, wird sich nicht ganz von dem nahebei tausendjährigen Stammsitz trennen, wenn sie auch souverän zu seyn aufhört, und so dürfte demselben auch in Zukunft ein wesentlicher Theil der Privateinkünfte zu gute kommen. Der Fürst von Hechingen hat beträchtliche Besitzungen in Schlesien: dort wie in Berlin dürfte er sowie sein Vetter, der Fürst Karl Anton von Sigmaringen, mit seiner Familie ihren Wohnsitz nehmen, während ihnen eine ihrem Rang wie ihrem verwandtschaftlichen Verhältniß zum Königshause entsprechende Stellung natürlich gesichert bleibt. Nach welchen Grundsätzen Verwaltung, Besteuerung u. s. w. der Fürstenthümer geregelt werden, muß schon die nächste Zukunft lehren, da die Besprechungen über die Modalitäten der Abtretung begonnen haben. Die von den preußischen durchaus abweichenden Verhältnisse, die Charakterverschiedenheiten und Gewohnheiten des süddeutschen Stammes werden eine geübte und sichere sowohl wie sanfte Hand erfordern.

Eine Schwierigkeit besonderer Art liegt aber noch in der Verfassung der Länder, welche dieselben von den übrigen gegenwärtigen Theilen der Monarchie politisch ebenso unterscheidet wie die im Jahr 1815 überkommenen rheinischen Provinzen hinsichtlich des Gerichtswesens verschieden waren. Bei der Art und Weise wie der Uebergang stattfindet und den Gesinnungen der auf beiden Seiten dabei Betheiligten ist vorauszusehen daß hier eine Verständigung ohne Beeinträchtigung erworbener Rechte eintreten wird. Seit längerer Zeit hat Preußen dem Auslande gegenüber Hohenzollern-Sigmaringen diplomatisch vertreten, und wenn es jetzt in Süddeutschland einen Landbesitz erlangt der in Betracht des Umfangs wohl kaum zur Eifersucht Anlaß geben dürfte, während er in militärischer Beziehung für die schwächere und bedrohtere Seite Deutschlands von Belang seyn kann, so kommen die Bewohner der schwäbischen Fürstenthümer auf die Dauer schwerlich dabei zu kurz, indem sie die Fortdauer der Autonomie

kleiner Einzelstaaten mit dem Verhältniß als Theile eines großen und mächtigen Ganzen vertauschen. Vielleicht lebt auch die Zollernburg, diese alte Warte an Deutschlands südlichster Gränze, welcher die gegenwärtig regierenden Fürsten nicht nur, sondern auch Friedrich Wilhelm IV so reges Interesse gewidmet, und für deren Restauration im Style des spätern Mittelalters ruhigere Zeiten so schöne Plane entworfen hatten, in nicht zu ferne liegender Zukunft aus jahrhundertelangem Ruin zu neuem Daseyn wieder auf.

Die österreichisch-deutsche Zolleinigung.

I.

┬ **Wien**, 27 Oct. Die österreichische Regierung ist entschlossen in der deutschen Frage auf dem Wege vorwärts zu gehen der zuletzt allein zu einem befriedigenden Ergebnisse führen kann. Hiergegen kann fürder — wir sagen es mit Genugthuung — kein gegründeter Zweifel mehr aufkommen. Lesen Sie die Vorschläge in der gestrigen Wiener Zeitung „zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung," lesen Sie dieselben recht aufmerksam, denn sie sind bedeutungsvoll durch ihren Inhalt wie durch ihr Erscheinen in dem officiellen Blatt. Auch dem hartnäckigsten redlichen Zweifler wird es beim Lesen dieses Artikels wie Schuppen von den Augen fallen. Der Entschluß ist gereift, der Rubicon überschritten. Das Ministerium hat Wort gehalten, es hat die Zusagen seines Programms noch früher erfüllt als die Welt erwartete. Damals galt es vor allem den österreichischen Staat, der in seine Atome zu zerfallen schien, mit starker Hand wieder in sich zusammenzufassen und innerlich zu beleben, eh' die deutschen Beziehungen mit gehörigem Nachdruck ins Auge gefaßt werden konnten, und jetzt — kaum ist Italien, ist Ungarn befriedet, kaum athmet das Kaiserreich aus seinen innern schweren Träumen wieder etwas freier und behaglicher auf, und sofort bekundet das Ministerium seinen Willen auch den letzten Punkt seines Programms wahr zu machen; mit gleicher Energie wie bisher dem eigenen Land, wendet es nun seinen scharfen Blick der Neugestaltung der deutschen Verhältnisse zu, und stellt zum Wahrzeichen davon das große Ziel der österreichisch-deutschen Zollunion auf. Oesterreich will sich nimmer von Deutschland trennen, nimmer wieder in die alte mehr passive als active Rolle und hinter die vormärzliche Linie zurücktreten. Laut und bestimmt spricht es jetzt aus: es wolle die Annäherung, die Vereinigung auf dem Gebiete der materiellen und ökonomischen Interessen thatkräftig anbahnen, in der Ueberzeugung daß so nur eine wahrhaft feste und fruchtbare Ordnung der Dinge gegründet, so nur alle wirklichen Bedürfnisse der Völker befriedigt werden können. Schon daß dieser Gedanke von oben mit solcher Prägnanz und Schärfe ausgesprochen wird, deutet einen unermeßlichen Fortschritt an in Vergleich mit den vormärzlichen Zeiten. Freilich muß der Gedanke der heute wieder viele überraschen dürfte, bis zu seiner Verwirklichung noch Propaganda machen, nicht bloß im übrigen Deutschland, sondern ganz besonders auch in Oesterreich selbst. Die großen entgegenstehenden Schwierigkeiten die hier von innen, zumal seitens der „furchtsamen Interessen," vielleicht noch größer sind als von außen, hat sich die Regierung sicher am wenigsten verhehlt. Um desto größere Anerkennung verdient es aber daß das Ministerium davor nicht zurückschreckt, und trotz derselben die Initiative in der wichtigsten und deutschesten aller Fragen kühn ergreift; um desto mehr Anspruch hat es wahrlich auch auf das offene warme Entgegenkommen der öffentlichen Meinung in Deutschland und auf dessen Vertrauen in seine organisirende Thätigkeit. Die Einigung Oesterreichs und Deutschlands auf der Basis der volkswirthschaftlichen Interessen ist, wie jetzt die deutschen Verhältnisse liegen, die alles andere anbahnende, entscheidende und beherrschende Frage, und an ihre glückliche Bearbeitung und Lösung haben hier wie dort alle Vaterlandsfreunde, alle Einsichtsvollen ihre besten Kräfte, ihre volle Hingebung zu setzen.

Da Sie den beregten Artikel, in richtiger Würdigung seiner Tragweite, Ihren Lesern wohl vollständig mittheilen werden, so will ich mich hier nur auf ein Urtheil darüber und auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

In der That, die Vorschläge scheinen mir eine plausible praktische Lösung der österreichisch-deutschen Lebensfrage zu enthalten, sie rücken dieser, die bei aller Wichtigkeit doch bisher immer nur in nebelhafter Ferne wie ein bleicher Schatten umherging, nicht bloß einmal nahe auf den Leib, sondern sie treffen in der Hauptsache den Nagel auf den Kopf. An entgegenstehenden Meinungen wird es indeß hier wie überall nicht fehlen, und ich fühlte mich fast aufgelegt dieselben aufzufordern eine Lanze mit mir zu brechen, in der Ueberzeugung daß solche Reibung gut sey für eine neue Sache, und daß wenn auf beiden Seiten mit redlichen Waffen für das große vaterländische Ziel gekämpft wird, daraus der Gedanke selbst nur geläutert und gestärkt hervorgehen könne.

Als leitender Grundsatz wird ganz richtig vorangestellt: die österreichisch-deutsche Zollvereinigung ist so durchzuführen daß darunter kein wesentliches Interesse des einen oder andern bisherigen Handelsgebiets verletzt werde, daß vielmehr die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche welche vielfach besprochen und bekannt sind, möglichst alle ihre Befriedigung erhalten. Der ernste Wille die österreichisch-deutsche Zolleinigung herbeizuführen muß sich also darin am schlagendsten aussprechen daß bei der eigenen Tarifreform, deren jedes deutsche Handelsgebiet bedürftig ist, auch das Bedürfniß des Ganzen ins Auge gefaßt und festgehalten werde.

Dieß geschieht in Oesterreich; namentlich wird bei der im Werke begriffenen Tarifreform auf eine Zollannäherung an Deutschland und auf eine zukünftige großartige volkswirthschaftliche Gestaltung entschieden Rücksicht genommen. Glaubwürdigem Vernehmen nach hat die zur Revision des österreichischen Zolltarifs niedergesetzte und ganz aus den geeigneten Männern zusammengestellte Commission bereits sehr umfassende Reformen vorbereitet, und wenn diese auch erst durch allseitiges Einvernehmen mit den Sachverständigen und berathenden Körperschaften ihre Vollendung erhalten werden, so dürfte doch schon jetzt soviel feststehen daß die Ergebnisse der Tarifreform auch die gespanntesten Erwartungen der deutschen Handelswelt erfüllen, und dem mit nachdrucksamem Ernst erstrebten Ziele bedeutend näher führen werden. Hiefür sprechen schon die Grundsätze über welche die Commission sich verständigt hat, wie Aufhebung aller Ein- und Ausfuhrverbote die den Zweck des Zollschutzes nicht erfüllen, dagegen Festhaltung eines kräftig schützenden Zollsystems mit thunlichst wenigen, wohlabgerundeten Tarifsätzen. Die Höhe des Schutzzolls soll nach dem Princip des vollkommen ausreichenden Schutzes der Arbeit (einschließlich des Capitals- und Unternehmungsgewinnes) bemessen werden, wodurch die für unsere schwierige Gränzlage nicht räthlichen Zollabstufungen nach dem verschiedenen Werthe der Waaren einer Gattung auch überflüssig werden. Ferner Erleichterung des Bezugs der Roh- und Färbestoffe für die Industrie, freie und erleichterte Ausfuhr der Fabricate gegen eine bloße Controlabgabe, Erweiterung der Verzollungsbefugnisse der Zollämter, Nichterhebung von Zöllen unter einem Kreuzer, Befreiung ausländischer Gegenstände von Ausfuhrzöllen, überhaupt Erweiterung der Zollbefreiungen, namentlich auch in Betreff der Gegenstände des ländlichen Gränzverkehrs und täglichen Bedürfnisses — was alles dem Verkehr mit dem Zollverein besonders zu gute kommen wird. Wichtig wäre ferner die beantragte Einführung des Z o l l c e n t n e r s (= ½ metr. Cntr.) als Gewichtseinheit im auswärtigen Verkehr, vorläufig noch neben dem niederösterreichischen Centner. Ueberhaupt hat die Commission grundsätzlich die thunlichste Annäherung an den Tarif des Zollvereins, insoweit dieser nicht selbst der Reform bedarf wie häufig der Fall ist, ausgesprochen, auch die nämliche allgemeine Eingangsabgabe (15 Sgr. pro Zollcentner) und eine dreijährige Tarifrevision, wo möglich gleichzeitig mit jener des Vereins-Zolltarifs, in Antrag gebracht.

Das sind doch Thatsachen die über Richtung und Absicht der neuen österreichischen Verwaltung beredter sprechen als ein ganzes Buch. Es ist mehr als eine Vermuthung wenn ich sage daß die österreichische Tarifreform, in solchem Geiste fortgeführt, wesentlich auch den Wünschen und Bedürfnissen der Industriellen des Zollvereins entsprechen werde, wenigstens wenn der von ihnen selbst mit so großer Sorgfalt aufgestellte Entwurf eines deutschen Zolltarifs, wie doch mit Sicherheit anzunehmen, einen genauen Ausdruck derselben bildet. Was steht denn noch im Weg daß man sich hier auf beiden Seiten entgegenkommend die Hand reiche, durch die eigene Reform zunächst eine größere Uebereinstimmung der beiderseitigen Tarife bewirke und dadurch allein schon einen ganzen Berg von vermeintlichen Hemmnissen hinweggräumt? Ist erst diese vereinende Richtung in allem Wesentlichen angebahnt, so kann man das andere mit Vertrauen der Aufklärung der Interessen, dem Drange der unsterblichen Einheitsidee, der Nothwendigkeit der Entwicklung selbst überlassen.

Das hatte gewiß auch die österreichische Regierung wohl überdacht als sie mit Entschiedenheit jenen Weg der Anbahnung betrat, zu dessen Beschleunigung sie nun die Hand zu einem umfassenden Vertrage bietet. Nur das konnte verständigerweise von ihr nicht gefordert werden daß sie die österreichisch-deutsche Zollvereinigung wie mit einem Ruck, mit einem salto mortale ohne Uebergangsstufen ins Leben rufe. Sie hat wichtige leibhaftige Interessen zu schonen, und den eigenen Volkshaushalt, der eben aus einer schweren Zeit wieder aufathmet, vor neuen Erschütterungen zu hüten. Sie kann nur mit der nöthigen ökonomischen und finanziellen Vorbereitung von Stufe zu Stufe nach festem Plan vorschreiten, und dieser Plan muß nach seiner allgemeinen Seite hin durch einen Vertrag mit Deutschland geregelt werden.

Die Grundzüge des angeregten Vertrags — und nur solche will der Artikel der Wiener Ztg. offenbar aufstellen, die nähern Bestimmungen aber der Ausführung überlassen — scheinen mir logisch und zweckmäßig

gegriffen zu seyn. Die erste Periode der innern Reform und Vorbereitung ist offenbar die wichtigste, weil sie durch die eigene freie Thätigkeit die weite Bahn brechen und den beiderseitigen Handelssystemen die zusammenführende Richtung geben soll. Zu gleicher Zeit jedoch werden hochwichtige Vertragsbestimmungen sofort in Aussicht gestellt, wie der gegenseitige freie Austausch aller Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, ebenso der rohen Metalle unter Voraussetzung eines gleichmäßigen wirksamen Zollschutzes an der Gränze des beiderseitigen Zollgebiets, Erleichterung des Gränzverkehrs, freie Durchfuhr und eine ganze Reihe von Uebereinkünften wegen gemeinsamen Gewichts-, Maß- und Münzsystems, und wegen übereinstimmender, die Industrie, den Verkehr und die Schifffahrt innig berührender Zweige der Gesetzgebung. Ich gedenke hierauf näher zurückzukommen, um aus den bestehenden Verkehrsverhältnissen heraus zu beweisen wie durch ein solches Vorgehen wirklichen Bedürfnissen entsprochen, und die Industrie und der Handel auf beiden Seiten wesentlich gefördert werden würden.

Gleich zweckmäßig und alle gerechten Besorgnisse der Interessen beschwichtigend, erscheint die schrittweise Zollannäherung durch die drei weitern Vertragsperioden auf Grundlage der dann durchgeführten Reform und der Verwohlfeilung, also der Bedingungen der österreichischen Production, nämlich so daß die Manufacturerzeugnisse im gegenseitigen Verkehr zuerst auf $^3/_4$, dann auf $^1/_2$, endlich auf $^1/_4$ des allgemeinen Zollsatzes gegen den fremden Staat herabgesetzt werden, und jene Gewerbzweige in deren Entwicklung beide Gebiete sich schon ziemlich gleichstehen, ihre Waaren gegen Ursprungszeugnisse gegenseitig ganz frei ein- und ausführen — ein gleichmäßiger, wirksam schützender Zollsatz an der beiderseitigen Gebietsgränze vorausgesetzt. Mit dieser Zusammenführung der Zolltarife soll zugleich das Schifffahrtssystem auf gemeinsamer Basis ausgebildet, somit auch der Weg zu einer gemeinsamen auswärtigen Vertretung und Handelspolitik angebahnt werden. Der letzte Schritt zur völligen Zolleinigung, der natürlich noch manche politische und finanzpolitische Ausgleichung vorhergehen müßte, auf welche jedoch der ganze anbahnende Vertrag nicht warten darf — der letzte Schritt aber soll dem Abschluß eines weitern Vertrags und der vollen parlamentarischen Entscheidung vorbehalten bleiben.

Kurz wir sehen hier nüchterne Logik, folgerichtige Abgränzung der Uebergangsperioden und vor allem die Möglichkeit der Durchführung, wenn sich guter ernster Wille dazu nur von allen Seiten begegnet. Groß aber erscheint der Gedanke, unabsehbar fruchtbar und folgereich für Deutschland und Oesterreich, seine Ausführung nothwendig, wenn man die Größe und Macht dieser Reiche und in der Wohlfahrt ihrer Völker, in der Befriedigung all ihrer wahren Bedürfnisse eine dauernde heilvolle Gestaltung der Dinge begründen will. Auf diesem Wege werden bald in den erweiterten Raumverhältnissen alle noch schlummernden Kräfte zur Thätigkeit aufgerufen, alle jetzt noch gebundenen ökonomischen Potenzen frei werden, wird das deutsche Güter- und Menschenleben voll und ungehindert in das österreichische hineinströmen, sowie dieses in jenes, werden deutsche Kräfte, statt sich nach allen Weltgegenden ziellos zu zersplittern, in immer größerer Fülle sich über die weite österreichische Monarchie ergießen und die Cultursaat nach dem Osten ausstreuen helfen, werden Oesterreich und Deutschland in Industrie und Verkehr mächtig erstarken und bald selbst mit der seekräftigsten Nation auf allen Meeren und allen Märkten wetteifern. Deutschland kann nimmer hoffen seine handelspolitischen und socialen Aufgaben je vollkommen zu lösen und aus seinen innern Widersprüchen und seiner untergeordneten Weltstellung herauszukommen, wenn es nicht auf ökonomischer Basis mit Oesterreich zusammenwächst, und sich dadurch befähigt in die weitesten Kreise des Orients thatkräftig einzugreifen. Indem Oesterreich aber durch die Zolleinigung der Schwerpunkt des europäischen Güterlebens, ja des großen Weltverkehrs wird, gewinnt es auch politisch sowohl für seine innere einheitliche Neugestaltung als für seine Beziehungen zu Deutschland, die sich auf der einmal gewonnenen gemeinsamen ökonomischen Grundlage fest und unlösbar schließen müssen. Was Preußen durch den Zollverein für das übrige Deutschland geworden, das wird Oesterreich durch die glückliche Durchführung der handelspolitischen Vereinigung des Ganzen noch in höherm Maße für Mitteleuropa werden, und erst in dieser großen Vereinigung werden alle seine Völker, unbeschadet ihrer individuellen Lebensgestaltung, die höhere Befriedigung, die größere Freiheit und Fülle an Wohlfahrt und Macht finden.

In dieser Hoffnung begrüßen wir denn die „Vorschläge“ als eine Fahne, unter deren Entfaltung eine große Zukunft errungen werden soll, als ein freudiges Wahrzeichen daß es nicht wieder rückwärts in die alte abgestandene Zeit und den faulen Sumpf des Bundestags, sondern frisch vorwärts gehen soll einem hohen, luftigen, leuchtenden Ziele zu, an welchem Deutschland und Oesterreich einig und groß, frei und mächtig wie sonst keiner dastehen.

Das ungarische und das deutsche Element.

△ **Pesth**, 25 Oct. Düster und trübe ist die Stimmung, doch noch nicht hoffnungslos. Die Leiden und die Schmach welche eine tolle Revolution dem Lande auflegte, müssen mit Ergebung als Strafe hingenommen werden; nur die Hoffnung nicht auf ewig bestraft zu werden gewährt noch Trost. Sollte durch Vernichtung der Nationalexistenz auch dieser letzte Trost den Ungarn genommen werden, so ist die Wiederherstellung des innern Friedens, die constitutionelle Gebahrung Oesterreichs unmöglich. Ungarn enthält in sich die Elemente eines gesunden Staatslebens; seine Bevölkerung verabscheut nach den jüngsten Erfahrungen jede Revolution, und verlangt ihre Felder in Frieden zu bearbeiten. Ungarn erkennt jetzt mehr als je die Nothwendigkeit der innigen Verbindung mit Oesterreich; möge der Genius Oesterreichs die Männer der Regierung erleuchten, und sie die Bedingungen erkennen lassen unter welchen allein dieser Verband auf Jahrhunderte hin begründet werden kann! Unfähig die Vernichtung seiner Nationalexistenz zu ertragen, in seinem eigenen Lande dazu verurtheilt gebeugt und niedergedrückt einherzuwandeln, würde der Ungar, zur Verzweiflung getrieben, sich in endlosen Bewegungen entweder verbluten oder sich den Slaven anschließen. Wird dagegen Ungarn geschützt in seiner Integrität und Nationalität durch Oesterreich, so ist es der natürlichste, der treueste Verbündete des deutschen Elements zu werden bestimmt. Mit Zuversicht blicken die deutschen Provinzen auf dieses Land. Während über die constitutionelle Reorganisation der italienischen Provinzen kaum hie und da in den Journalen sich einige Stimmen hören lassen, auch über dießfällige Ministerialberathungen nichts verlautet, als ob die Anwendung der neuen Verfassung dort in weite Ferne verschoben werden sollte, oder mit den Bürgschaften der Ordnung und Ruhe noch nicht vereinbar wäre, wiederhallen fast täglich Stimmen über die politischen Institutionen Ungarns, über die Mittel den socialen Frieden im Schooße dieses gebeugten Volkes herzustellen, als ob, trotz des kaum beendeten Bürgerkrieges, hier ein geregeltes politisches Leben und mit demselben die constitutionelle Einheit des Kaiserstaates schon jetzt angebahnt werden könnte. Ich glaube in diesem Ausdruck der öffentlichen Meinung keine Täuschung wahrzunehmen, sondern darin zugleich ein Kennzeichen des erwachenden Bewußtseyns zu finden daß durch die Verfassung vom 4 März der Schwerpunkt der österreichischen Monarchie nach Ungarn verlegt (?) und von der innigen Vereinigung mit diesem Kronlande die politische Einheit Oesterreichs abhängig gemacht wurde. Ich weiß nicht ob das Ministerium von dieser Voraussetzung geleitet die neue Charte verfaßte. Ich meinerseits hege die Ueberzeugung daß der durch die Verfassung octroyirte Einheitsstaat aller österreichischen Völker das Gebäude unserer Monarchie auf Pfeiler setzte, welche, zwar von mannichfaltigem, doch nur einheimischem Marmor errichtet, der österreichischen Baumeister harren, die den Schlußstein in die Wölbung welche alle vereint, legen sollen. Unter diesen wäre den Repräsentanten Ungarns eine hervorragende Stellung beschieden. Das ist nicht eine Meinung, eine Vermuthung, es ist die unausbleibliche Folge der Verfassung, welche 120 ungarische Deputirte in die Reichsversammlung aus einem Lande beruft das ein Drittel der österreichischen Monarchie umfaßt, und mit seinen in parlamentarischem Leben auferwachsenen Männern naturgemäß einen gewichtigen Einfluß auf die Entschließungen des Reichstages üben muß.

Diese Ueberzeugung scheint jedoch bei manchen österreichischen Publicisten von der Furcht begleitet zu seyn: es möchte der herrschsüchtige Stamm der Magyaren diesen Einfluß für seine Anmaßungen ausbeuten, und in Verbindung mit den italienischen und den polnischen Deputirten entweder die Einheit der Monarchie gefährden oder die Provinzen deutscher Zunge unterjochen. Dieser Befürchtung muß ich die Idee einer ethnographischen Trennung Ungarns in slovakische, serbische, romanische und ungarische Ministerialdistricte mit gesonderter Verwaltung und Districtuallandtagen zuschreiben, durch deren Verwirklichung man das magyarische Element niederzuhalten hofft, während man von den übrigen in Betreff ihrer Nationalität befriedigten Volksstämmen der österreichisch-deutschen Centralregierung gewogene Deputirte sich verspricht. Ich will den dagegen mit vollem Recht gemachten Einwurf hier unerörtert lassen daß diese vorgeschlagene Trennung, in offenem Widerspruch mit der neuen Verfassung, den ganzen kaum begonnenen Bau des constitutionellen Oesterreichs heftig erschüttern und gleiche Wünsche in den Tschechen sowie den Italienern in Tirol erwecken müßte. Ich will mich nur auf die Beweisführung beschränken daß eine solche Trennung das vorgesteckte Ziel nicht nur verfehlen, sondern das Gegentheil, die Vernichtung des deutschen Uebergewichtes in der Centralregierung, nach sich ziehen wird.

Jeder District soll unter der Leitung eines eigenen Statthalters oder Ministerialcommissärs seine eigenen politischen und juridischen Behörden,

diese letztern in ebenso viel Instanzen als das größte Kronland erhalten, wodurch die Kosten der Verwaltung, welche jeder District mit seinen eigenen Kräften natürlich bestreiten müßte, vermehrt werden. Für die Befriedigung seiner Nationalitätsgefühle müßte der Slovak oder Serbe mehr zahlen, seine Bedürfnisse also einschränken oder darben. Diese Wahrnehmung erzeugt in der Familie Unfrieden, der Vater wird gedrängt durch Erlangung einer amtlichen Besoldung an den gehofften Wohlthaten der Nationalgleichberechtigung theilzunehmen. Doch alle können nicht angestellt werden, und die Mehrheit zieht sich grollend, ja voll Neid gegen die mit neuen Opfern bezahlten Beamten zurück, die Hoffnung hegend daß die Nationalverwaltung für eine wohlfeile und prompte Justiz, für eine sorgfältige und wohlfeile Erziehung ihrer Kinder Sorge tragen werde. Bald bemerkt jedoch der Thurozer slovakische Leinwandhändler, dessen Waarenabsatz auf die Theiß-Comitate beschränkt ist, oder der Batscher serbische Fruchthändler, der in Wieselburg seinen Weizen verkauft, daß seine früher durch eine einfache Comitatscorrespondenz eingetriebene Forderung nun durch seinen Bezirkscommissär an den Kreiscommissär, durch diesen an den Districtscommissär und von hier an den slavischen oder serbischen Ministerialcommissär berichtet werden müsse, der sein Ersuchungsschreiben an den ungarischen Ministerialcommissär zu richten hat, während dieser wieder durch drei Organe herab den betreffenden Bezirkscommissär zur Eincassirung auffordern muß. Für die Uebersetzung der slavischen, serbischen und ungarischen Documente sind Taxen zu entrichten, und da der betreffende Beamte nur für die einheimischen Bewohner ohne Diäten zu amtiren verpflichtet ist, Fremde aber die Kosten seiner Amtirung zu tragen haben, können die Parteien den Taxen auch hier nicht entgehen. Also wieder zahlen und dennoch warten. „Wohin soll ich meine Kinder in die Schule senden?“ fragt der Lyptauer Slovak; „früher hatten sie Kost umsonst im Käsmarker oder Leutschauer Alumneum; diese deutschen Städte gehören aber einem andern District zu, ihre Schulen sind mit deutschen Lehrern besetzt, meine Kinder werden dort nicht mehr aufgenommen.“ Nun, wenn ihr zahlen wollt, sagt der Ministerialcommissär, werden wir in Rosenberg ein Lyceum errichten, da in der Slovakei für Protestanten keine höheren Schulen existiren und auch die Katholiken keine akademischen Lehranstalten besitzen. „Wieder zahlen“, murrt der arme Vater, „und unter der Leitung eines katholischen Ministerialcommissärs protestantische Schulen errichten, das ist mir doch etwas zu arg, um diesen Preis wollte ich keine Nationalverwaltung erkaufen.“ Der Rausch verfliegt, und der Jammer über die abgebrochene Verbindung mit Ländertheilen welche ihm Hülfe gewährten, seine Lasten theilten, beginnt. Dieselbe Lage verstimmt den Romanen und den Serben, die statt des früheren Comitatsmagistrats ganze Provinzialverwaltungen bestreiten müssen. Selbst Croatien und Slavonien können der Mißstimmung nicht entgehen, welche die Vermehrung ihrer Provinciallasten, zu denen früher Ungarns Cameralprovente beisteuern mußten, nothwendig erzeugen wird.

Das allgemeine Mißbehagen der slavischen Stämme muß den Gedanken einer einzigen slavischen Provinz, deren vereinfachte Verwaltung geringere Kosten erheischt, um so mehr erzeugen als dieser Wunsch in den Herzen der Stimmführer seit dem Beginn der jetzigen Bewegung ruht, und die Präponderanz der slavischen Repräsentanten auf dem ersten Wiener Reichstage sie belehrte zu welcher Macht das slavische Element in Oesterreich berufen sey, wenn auch Ungarn hiezu sein Contingent liefert. Ich glaube zwar daß, wenn die mit ungarischen Sympathien in ihrer Mehrheit erfüllte Intelligenz der Slowakei ihren Einfluß bei der Deputirtenwahl aufbietet, trotz obiger Trennung, ungarisch gesinnte Repräsentanten in das Reichsparlament gesendet werden könnten; doch wird leider die durch diese Trennung erzeugte Mißstimmung die Gemüther zu sehr aufregen als daß Besonnenheit von jenen gefordert werden könnte die eine Veränderung ihrer Lage um jeden Preis wünschen, und die Gewißheit der slavischen Majorität dem problematischen Erfolge der deutsch-ungarischen Partei vorziehen werden. Die Magyaren hingegen haben nach bewerkstelligter Theilung Ungarns — wenn auch pro forma für gewisse Gegenstände ein allgemeiner Landtag dieses Kronlandes bewilligt würde — nichts mehr zu verlieren, sondern durch eine Verbindung mit den Slaven nur zu gewinnen; daher sie die Gelegenheit nicht versäumen werden die Urheber dieser Theilung von der Regierung zu entfernen und einem aus der slavischen Majorität hervorzugehenden Ministerium sich anzuschließen.

Wenn wir nun den entgegengesetzten Fall annehmen: daß die österreichische Regierung der Integrität und Nationalität Ungarns ihren Schutz angedeihen ließe, und den Rathschlägen erfahrener, mit dem Lande bekannter Männer nachgebend, der Trennungsidee nicht nur entsagen, sondern auch die kräftige Hülfe ungarischer Autoritäten bei der Abfassung und dem Vollzug des Landesstatuts, mit welchem das Ministerium nicht länger zögern kann, in Anspruch nehmen würde, so wäre die Beschlagnahme eines Theils der ungarischen Gesammtbevölkerung zu Gunsten des deutschen Oesterreichs die augenblickliche, und die innige Verbindung des magyarischen mit dem deutschen Element die weitere sichere Folge dieses Schrittes. Ungarns Geschichte liefert den augenscheinlichen Beweis daß das magyarische Element, von dem deutschen angezogen, in einem langsam fortschreitenden Auflösungsproceß begriffen war, dessen Fortgang nur die raschen Maßregeln Josephs II hemmten. Während die nach Ungarn schon unter den arpadischen Königen eingewanderten Deutschen sowie die späteren Ansiedlungen mit Vorliebe aufgenommen wurden, ihre Sprache und ihre Sitten sich immer mehr verbreiteten, die deutschen Städte einen wichtigen parlamentarischen Einfluß übten, suchten die Ungarn zwar ein- und das anderemal ihre Könige in Polen und Neapel; mit diesen aber immer unzufrieden, wendeten sie sich wieder an deutsche Herrscher, und fanden ihre Beruhigung erst in der festgesetzten Erbfolge der erlauchten Habsburger, unter deren Scepter die innern Befehdungen der kriegslustigen Ungarn fast ganz aufzuhören schienen, bis die Reformation, welche von Deutschland kam und eben wegen der für das deutsche Element vorherrschenden Sympathien in Ungarn reißend um sich griff, den ersten Widerstand gegen die österreichische Regierung hervorrief. Nicht die Abneigung gegen das Deutschthum, vielmehr die den österreichischen Staatsmännern mißliebige begeisterte Aufnahme deutscher Reformen in Ungarn legte den Keim der darauf folgenden Kämpfe und Widerwärtigkeiten. Maria Theresia sah daß ihre österreichischen Rathgeber den Weg zur Beseitigung derselben nicht finden konnten, sie wendete sich an ungarische Autoritäten, den Kanzler Palffy, den Palatin Batthyany, den Kammerpräsidenten Grassalkovich, die auch die erfolgreichen Mittel anriethen durch welche diese kluge kaiserliche Frau einen unumschränkten Einfluß auf die Ungarn ausübte und die dankbarsten Erinnerungen zurückließ, während sie zugleich dieses Land so innig an Oesterreich heranzog daß wir keine Epoche kennen in welcher das brüderliche Band aufrichtiger, die Fortschritte des deutschen Elements in Ungarn größer gewesen wären. Sie vereinigte alle Classen der Bevölkerung unter dem Glanz ihrer ungarischen Krone, welchen sie persönlich geltend zu machen wußte, und streute der vorherrschenden Nationaleitelkeit Weihrauch um das deutsche Element einzuschmeicheln, nicht aufzudringen. Die Vorliebe für deutsche Bildung und Sprache durchdrang das ganze Land, die Magyaren erblickten in Oesterreich ihren natürlichen, wohlwollenden Bundesgenossen, die stärkste Stütze ihres eigenen Gebäudes, und trachteten dasselbe unter ein Dach mit dem österreichischen zu bringen. Das Werk der klugen Mutter aber zerstörte ihr Sohn, der talentvoll, doch weniger eingeweiht in den Geist des Regierens, keine Nachsicht für Nationalschwächen und Vorurtheile hatte, daher auch für seine Maßregeln keine Nachgiebigkeit bei einem Volke fand welches er, ohne den Talisman seiner Mutter, deutsch regieren wollte. Die Sympathien indessen für das deutsche Element sind in Ungarn noch mächtig genug um bei Anwendung der erprobten Mittel den natürlichen Trieb zur Vereinigung mit demselben zu fördern. Unser hochherziger Monarch folge dem Beispiel Maria Theresiens, Oesterreich gönne diesem Lande den Schutz seiner Integrität und Nationalität, und keine Provinz wird Ungarn an Hingebung für seinen König, an brüderlicher Anhänglichkeit für Oesterreich übertreffen. Eine Grundfeindschaft zwischen den Slaven oder Romanen und den Magyaren existirt nicht: die Geschichte des zusammen verlebten Jahrtausends widerlegt diese Behauptung einiger ehrgeizigen Stimmführer. Die geschichtlichen Rechte haben ihre Interessen, welche alle Stämme vereinigen und unter das Panier Oesterreichs rufen. Zertrümmert man jedoch das Werk von Jahrhunderten, so wird aus den Ruinen zwar ein neuer, aber sicherlich kein deutsch-österreichischer Bau sich erheben. Nur das ganze Ungarn wird, entflammt von Dankbarkeit für den Schutz welchen Oesterreich seiner geschichtlichen Existenz bietet, sich aufrichtig an das deutsche Element schmiegen, und verbunden mit den 70 Repräsentanten der deutschen Provinzen in der Majorität von 190 Stimmen die deutsche Centralregierung gegen die Coalition der slavischen Deputirten schützen; sie werden dem deutschen Elemente das Uebergewicht im Ministerium gern gönnen weil sie nur unter dieser Bedingung zu Hause Ungarn bleiben können. Das Deutschthum ist berufen in dem bevorstehenden parlamentarischen Kampfe der österreichischen Völker zu siegen, und seiner Cultur gebührt auch die Ehre des Sieges, aber der Sieg ist unerreichbar, ja seine Niederlage scheint mir gewiß wenn es nicht in innigem Bunde mit Ungarn den Kampfplatz betritt.

Schleswig-Holstein.

Apenrade, 26 Oct. Dem von der Landesverwaltung hier eingesetzten Polizeimeister und Stadtvogt Kundsen haben die Senatoren erklärt daß sie nach Gewissen und Ehre nicht amtlich mit ihm verkehren könnten; das Deputirtencolleg hat ihm erklärt, es habe nur mit dem Senat, nicht mit ihm zu verhandeln. Der Bürgerverein zu

Apenrade hat einen Protest gegen die Landesverwaltung veröffentlicht, worin er die von dieser erfolgte Aufhebung des Staatsgrundgesetzes für eine Nullität erklärt, und es ausspricht daß „eben weil das Staatsgrundgesetz nach wie vor noch in Kraft besteh:, so wird vom 1 Nov. an, mit dem ein neues Steuerjahr beginnt, keiner verpflichtet seyn irgendeine Steuer, die Communalabgaben ausgenommen, zu bezahlen, da es eine absurde Voraussetzung seyn würde die schleswig-holsteinische Landesversammlung werde einer von ihr nicht anerkannten Regierung Steuern bewilligen.“ Das Stadtverordnetencollegium, Bürger und Einwohner der Stadt Tönning (105 an der Zahl) haben unterm 17 d. eine Erklärung unterzeichnet daß sie das Staatsgrundgesetz nach wie vor als gültig betrachten. Die Vertreter der Grundbesitzer und der Eingesessenen der Landschaft Angeln haben unterm 21 d. durch eine öffentliche Erklärung „die von der Landesverwaltung zu Flensburg am 17 Sept. d. J. erlassene Bekanntmachung, betreffend die Aufhebung mehrerer Gesetze, als nicht zu Recht bestehend, namentlich die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes als einen Verrath an dem heiligen Rechte unseres Vaterlandes erklärt.“

Flensburg, 26 Oct. Von schleswigischen Schiffen welche die interimistische Flagge gebrauchen, vernimmt man bittere Klagen über die Beleidigungen und Verhöhnungen denen sie deßhalb von Seiten der Dänen überall ausgesetzt sind. Selbst im Flensburger Hafen genießt die neutrale schleswigische Flagge keinen Schutz, sondern ist noch jedesmal den Insulten dänischer Matrosen ausgesetzt gewesen, und zu ihrer eigenen Sicherheit werden die Schiffer daher genöthigt den Danebrog wieder aufzuziehen. Mit dem Zollwesen steht es in Gemäßheit einer von der Landesverwaltung unterm 28 Aug. d. J. erlassenen Bekanntmachung nun schon seit zwei Monaten so daß, allen Rechten zuwider, Dänemark hier unter Zollvergünstigung einführt, die Ausfuhr von hier nach Dänemark steht aber unter Zoll, resp. Nachzoll.

Altona, 28 Oct. Wie man erfährt, ist seitens der Statthalterschaft der Altona-Kieler-Eisenbahngesellschaft die Concession zur Nivellirung der von Altona über Oldesloe nach Lübeck anzulegenden Eisenbahn gegeben worden.

Kiel, 25 Oct. Die Gefions-Angelegenheit ist noch immer nicht beseitigt: daß fünf oder sechs dänische Kriegsschiffe vor dem Eckernförder Hafen liegen und daß Steen-Bille kürzlich zu einer Conferenz in Flensburg war, hat hier und in Eckernförde großes Mißtrauen gegen dänische Absichten auf die eroberte Fregatte erregt. Die holsteinischen Blätter erzählen daß Tillisch in der Landesverwaltung wirklich den Antrag gestellt habe die Gefion nach Sonderburg oder dem Flensburger Hafen zu bringen, „weil in Eckernförde ihre Sicherheit gefährdet sey;“ der Graf zu Eulenburg habe dagegen protestirt, Hodges aber habe dem Vorschlag von Tillisch Beifall gezollt, und der Besuch Steen-Bille's in Flensburg habe mit diesem Vorschlag in Verbindung gestanden.

Die Lage der Schweiz.

* **Vom Bodensee.** Seit die Revolution in Deutschland, Frankreich, Italien und Ungarn unterlegen ist, hört man von manchen — und darunter einflußreichen — Personen die Meinung äußern daß die Großmächte ihr Werk nur halb gethan haben, solange sie nicht die Hyder der Demokratie in ihrem Ursitz aufzusuchen und zu erdrücken wagen. Als solcher wird die Schweiz bezeichnet, welche nach dieser Ansicht zugleich der Ausgangspunkt und Schlupfwinkel der europäischen Revolution ist. Ohne die praktische Schwierigkeit eines solchen Unternehmens zu beleuchten, die zu sehr auf der Hand liegt als daß Männer von Stellung sich darüber täuschen könnten, fragt es sich vor allem: ob diese Meinung an sich wirklich begründet ist? Auf diese Frage antwortet eine vor einigen Wochen in Zürich erschienene klar und würdig geschriebene Broschüre „Schreiben eines conservativen Schweizers an einen deutschen Staatsmann über die gegenwärtigen Verhältnisse der Schweiz zum Ausland und insbesondere zu Deutschland,“ die aus der Feder eines namhaften, schon vor dem Sonderbundskrieg von allen Parteikämpfen entfernten Mannes herrühren soll, und deren Lectüre wir den Freunden und Feinden der Schweiz in Deutschland empfehlen möchten. Die Freunde der Schweiz — und deren gibt es bei uns denn doch viele — werden daraus sehen daß besonnene Mäßigung und Vaterlandsliebe, und jener ebenso bescheidene als achtunggebietende Tact der den schweizerischen Staatsmännern früherer Zeit im Verkehr mit dem Auslande eigen war, in der Schweiz noch nicht erstorben sind. Es spricht sich in diesem conservativen „Schreiben“ jene wahrhafte Liberalität der Gesinnung aus welche Goethe mit so großem Recht als unerläßliche Bedingung für den Staatsmann gefordert hat, welche aber in der Schweiz durch die Heftigkeit der Parteikämpfe nur zu oft erstickt worden ist. Die Feinde der Schweiz aber mögen sich daraus überzeugen daß jene ihre Anschauung und damit auch ihre Befürchtungen ohne Grund sind. Wäre die Schweiz — dieß ist in Kürze der Inhalt des „Schreibens“ — wirklich der Herd der Revolution, so müßten die Ideen welche sie bewegt haben, und das Ausland noch bewegen, als ein geistiges Erzeugniß von ihr auf die andern Staaten übertragen worden seyn. Die Geschichte erweist aber das Gegentheil: Europa, und namentlich Deutschland hat seine Ideen nach der Schweiz übertragen, indem es ihr seine Flüchtlinge schickte, und die Schweiz hat trotz manchem Fehler doch in jeder Krisis noch nationale Kraft genug gezeigt um sich von diesen europäischen Einflüssen nicht überwältigen zu lassen. Der Verfasser verkennt somit nicht die kosmopolitische Bedeutung der Schweiz. „Die Schweiz,“ sagt er, „ist der republicanische Mikrokosmus des monarchischen Makrokosmus von Europa gewesen, und es mußten daher die in Europa auftauchenden staatlichen Principien sich zu dem für eine schnelle Verwirklichung so geeigneten Boden der Schweiz hingezogen fühlen. Aber daraus den Schluß ziehen zu wollen daß der Makrokosmus nicht zur Ruhe kommen könne bis nicht der Mikrokosmus zerstört sey, wäre in der That nicht viel anders als wenn jemand, dem der Spiegel ein häßliches Gesicht zeigt, um der Häßlichkeit los zu werden den Spiegel zertrümmern wollte.“ Der Verfasser entschuldigt damit nicht die Verirrungen die ein Theil der schweizerischen Radicalen sich gegen Europa hat zu Schulden kommen lassen, aber er weist nach daß die Majorität der Schweiz fest entschlossen ist sowohl der Erneuerung dieser Fehler vorzubeugen, als die Selbständigkeit der Schweiz gegen jeden Angriff zu wahren. Seine Schrift selbst ist dafür der sprechendste Beweis, und aus diesem Grunde hat sie uns geeignet geschienen dem weiten Leserkreis der Allg. Ztg. zur Beachtung empfohlen zu werden.

Schweden.

* **Stockholm,** 19 Oct. Bei der herrschenden Windstille in unserm Land verlohnt es sich kaum der Mühe zu schreiben, indeß muß ich Ihnen, da die Windstille hauptsächlich daher rührt daß man sich hinreichend gegenseitig ausgesprochen, einen Fall erzählen der durch die Folgerungen die man daraus zieht, und die Aufmerksamkeit welche er allenthalben erregt, ein politisches Interesse erlangt hat. Im Lauf des Sommers wurde, als das Commando einer Batterie erledigt wurde, ein Hauptmann Zachrisson, welcher zunächst an der Reihe zur Beförderung war, übergangen, und die Batterie einem 4 Jahre jüngern Capitän Namens Schützenkranz verliehen. General v. Arbin ließ den erstern kommen und erklärte ihm im Namen des Königs daß seine Theilnahme an einer Reformgesellschaft Ursache sey weßhalb er, obwohl am meisten zu der vacantgewordenen Batterie berechtigt, dieselbe nicht bekomme. Da dem Hauptmann Zachrisson durch diese Erklärung die Möglichkeit benommen war sich bei dem König wegen seiner Zurücksetzung zu beschweren, so griff er zur Oeffentlichkeit und machte die ihm gewordene Mittheilung durch die Zeitung bekannt. Dieß machte großes Aufsehen, und der König, obwohl er ganz formell dem General van Arbin den Auftrag gegeben haben soll, entließ denselben seines Feldzeugmeisteramts. Somit war schon die Sache unangenehm genug, nun aber gingen die Verfolgungen gegen Hauptmann Zachrisson an. Sein Vorgesetzter, Generalmajor v. Dalström belegte ihn, volle 6 Wochen nach Veröffentlichung seines Schreibens, ohne sonstige weitere Ursache mit einem zweimonatlichen Arrest auf der Hauptwache wegen Mißachtung und ungeziemenden Betragens gegen seinen obersten Vorgesetzten, und die leidige sogenannte loyale Dienstfertigkeit ging noch weiter, indem eine Anzahl Officiere in Stockholm in einer öffentlichen Schrift erklärten „Hauptmann Zachrisson habe durch sein Benehmen die Forderungen der Ehre bei Seite gesetzt, und solches streite mit der Handlungsweise wie sie einem Mann von Ehre zukomme.“ Diese von 13 Officieren unterzeichnete Schrift ist um so unkluger als sie ganz offenkundig gegen das Duellgesetz verstößt, und einer der Unterzeichner sogar Mitglied des Kriegshofgerichts ist, also darüber seine Stimme geben soll, wenn Zachrisson nach Entlassung aus dem Arrest sie wegen beleidigter Ehre vor dem Kriegshofgericht belangt. Um diesen unangenehmen Folgen auszuweichen will man jetzt in der Verfolgung Zachrissons noch weiter gehen und eine Erklärung sämmtlicher Officiere der Armee gegen ihn hervorrufen. Hoffentlich wird man von oben herab so vernünftig seyn die Sache möglichst in Güte und Stille beizulegen, sonst könnte sie eine Spaltung in der Armee hervorrufen, und aus einem ärgerlichen Handel ein sehr schlimmer werden. Letzteres ist er schon darum weil man in dem unwilligen Benehmen des Königs gegen Zachrisson eine politische Manifestation sieht. König Oskar hat bis jetzt zwischen den sich bekämpfenden Parteien seines Landes möglichst sich in der Mitte zu halten gestrebt, und hat manche Verbesserung im einzelnen einzuführen gesucht, aber in der Lebensfrage, der Reform der Verfassung, sich möglichst neutral gehalten. Sein Benehmen gegen Zachrisson nimmt man als ein deutliches Zeichen daß er einer ächten

Reform der Verfassung abgeneigt sey, und in dieser Beziehung hat sich die Stellung der liberalen Partei gewissermaßen verändert; sie steht jetzt der persönlichen Neigung des Königs gegenüber, was sie bisher wohl wußte, aber nicht aussprach.

Belgrad.

△ **Belgrad, 21 Oct.** Heute wurde hier die Verlobung der Prinzessin Polyxena mit Hrn. Nikolaevics gefeiert. Das klingt recht bürgerlich, und in der That die ganze Feierlichkeit war eine durch und durch bürgerliche. Das Brautpaar ging zu Fuß in die Kirche, und ebenso nach der Trauung zu Hause, die Braut, in der Volkstracht gekleidet, mit einem nett gezierten Fez auf dem Haupte und dem langflatternden gestickten Schleier. Zwischen dem Hochzeitsgange der Prinzessin und jenem einer Bürgerlichen war durchaus kein anderer Unterschied als daß dießmal die Regimentsmusik nationale Freudenweisen aufspielte, während es für gewöhnlich von Zigeunern oder Türken mit Hülfe eines Cymbels und einer verstimmten Violine geschieht. Nichts ist in dem Charakter des Serben so ausgesprochen als seine Gleichgültigkeit gegen jedwede Standesverschiedenheit, die er im Grunde gar nicht begreift. Durchreist der Fürst das Land, so frägt der Bauer über die Ehrerbietung seiner Vorgesetzten, dem Reisenden gegenüber, verblüfft: wer denn der Gospodin sey? und erfährt er: ein Fürst — so denkt er sich nichts als: ah, das ist der Kmet (Bauernrichter) der Hauptstadt, und rückt nicht einmal seine Mütze vor ihm. In dieser demokratischen Denkart wird er noch durch die Einfachheit und Gemüthlichkeit des gegenwärtigen Fürsten bestärkt, der allen Aufwand vermeidet, und dem Bauer gegenüber keine andere Rolle spielt als die eines höhern Beamten. Auch bei jener Gelegenheit zeigte sich seine Liebe zum Volkthümlichen in einer schönen Weise. Er lud nicht nur alles was zum höhern Beamtenthum gehört ein, sondern das ganze Land ward in allen seinen Kreisen und Gemeinden durch die Nacalnikas (Kreishauptleute) und Kmets vertreten. Nach der Trauung ging es zur Tafel. Neben dem Fürsten saß ein Bauernrichter, und unweit der Repräsentant der französischen Republik, den der Fürst lächelnd befragte: „ob er nicht finde daß es hier zu Lande auch recht republicanisch zugehe?“ Was dieß betrifft, so ist die serbische Republik jedenfalls achtungswerther als die große überfeinerte französische die sich nur so nennt, und die die erste im großen Völkerkampfe einherschritt um die Unabhängigkeit anderer Völker zu zertrümmern. An Toasten fehlte es natürlich nicht. Dieselben hatten nur ein Familien-Aeußeres und trugen durchaus keine politische Farbe. Ein einziger Toast wurde der serbischen Nationalität ausgebracht, in den wir herzlich einstimmen, falls diese Nation dahin strebt zu erstarken um von den Russen nicht verschlungen zu werden. Der Minister des Innern, Karasanin, an der Spitze der Verwaltung, sorgt trefflich für jene Erstarkung. Abends 6 Uhr begann der Ball und dauerte bis zum frühen Morgen. Die Festlichkeit selbst wird drei Tage fortgesetzt. — Von den Flüchtlingen in Widdin erfuhren wir nichts neues. Bems Apostasie wird hier als eine höchst übereilte betrachtet, sie entehrt den „Freiheitskämpfer“ und zeigt ihn uns im Trüblichte des Handelns aus Interesse. Was Oesterreich betrifft, so scheint es nicht zu ahnen welch fürchterlichen Eindruck die Executionen in Pesth und Arad selbst bei den gegen Ungarn eben nicht freundlich gesinnten Serben hervorbrachten. Dieß Verfahren schadet Oesterreich viel mehr als es demselben nützt, und jene Staatsmänner die durch derlei Mittel wähnen die Ruhe aufrechtzuerhalten, täuschen sich gewaltig. Ich spreche dieß freimüthig aus, weil es für Oesterrich zu wichtig ist daß in den Donauländern Vertrauen und Theilnahme für das mächtige Kaiserthum erhalten werden, das wir so gern als den Träger der europäischen Bildung und als den Schirmer vor russischer Vergewaltigung betrachten.

Konstantinopel.

△ **Konstantinopel, 17 Oct.** Die Auslieferungsfrage ist noch immer in der Schwebe, und ich kann Ihnen daher auch heute nicht viel mehr als Gerüchte mittheilen. Das Benehmen der hiesigen Gesandten Englands und Frankreichs soll von ihren respectiven Regierungen vollkommen gebilligt und ihnen der Auftrag ertheilt worden seyn die Pforte auch fürderhin in gleichem Sinne zu unterstützen. General Aupick soll ferner, im Namen seiner Regierung, der Pforte zu der schönen Haltung Glück gewünscht haben welche sie in dieser Angelegenheit eingenommen. Zudem sollen er sowohl als Sir Stratford Canning eifrig daran arbeiten die Auslieferung jener Engländer und Franzosen zu erreichen welche als Theilnehmer an dem ungarischen Insurrectionskampfe sich nun unter den Flüchtlingen in Widdin befinden. Hiezu dürfte allerdings eine Berechtigung für sie in dem Princip der Jurisdiction liegen welche den fremden Mächten über ihre Unterthanen in der Türkei zusteht; nur wäre schwer zu begreifen nach welchem logischen Gesetz sie dann die Pforte zum Widerstande gegen das aus demselben Princip fließende Begehren Oesterreichs und Rußlands drängen zu müssen glauben. Mit Spannung sind die Augen des hiesigen Publicums auf das englische Geschwader in den jonischen Gewässern gerichtet, von dem man — mit Recht oder Unrecht — vermuthet daß es auf den ersten Wink Sir Stratford Cannings im Archipel oder sonst wo erscheinen würde, um vorkommendenfalls, wenn nämlich die Pforte durch Drohungen vom Norden ins Schwanken geriethe, als Gegengewicht zu wirken. Alles dieses gebe ich Ihnen, wie gesagt, nur als Gerüchte, da begreiflicherweise ein diplomatischer Schleier die Verhandlungen der Cabinette sowohl als ihrer Gesandtschaften deckt, und bevor Rußland und Oesterreich ihr letztes Wort gesprochen, eine Entscheidung der Sache noch immer ferne liegt. Gerüchtweise spricht man auch von Rüstungen der Pforte, die theils in Truppenaushebungen theils in Beischaffung von Remontepferden für ihre Cavallerie und Artillerie bestehen sollen. Kein bloßes Gerücht, sondern Thatsache ist aber der ernste Charakter welchen der Aufstand auf der Insel Samos angenommen hat. Eine Escadre unter den Befehlen des Kapudana Bey, Mustafa Pascha, ist kürzlich dahin abgeordnet worden, und laut einer Kundmachung der Pforte ist die Insel vom 27 l. M. an in Blokadezustand erklärt. Sichere Nachrichten über das Wesen dieses Aufstandes fehlen, doch scheint er durch die schlechte Verwaltung des Hrn. Vogorides und seiner Unterbeamten hervorgerufen. Es hat daher viele Wahrscheinlichkeit daß die Pforte diesen Anlaß benützen werde um die administrative Selbständigkeit welche dieser Insel, unter ihrem Fürsten Vogorides, im Jahre 1833, gleichsam als Nachhang zur Regelung der griechischen Angelegenheiten geschaffen wurde, wieder aufzuheben. Die Samioten selbst werden allerdings wenig dabei gewinnen, ob Vogorides' Creaturen sie selbständig bedrücken, oder ob ihnen das Glück zu Theil wird unter die directe Verwaltung türkischer Effendis gezogen zu werden. — Hr. Schinas, der neuernannte hellenische Minister am k. bayerischen Hofe, reiste dieser Tage durch Konstantinopel durch. Er schiffte sich gestern auf dem nach Galatz abgehenden Dampfboote ein, und dürfte somit einer der ersten Reisenden seyn welcher seit langer Unterbrechung auf der dem friedlichen Verkehr glücklich wieder geöffneten Donau vom Orient aus bis ins Herz von Deutschland dringt. — Gegen einen hier lebenden italienischen Advocaten, Hr. Loschi aus Parma, ist dieser Tage durch einen österreichischen Slavonier ein Mordanschlag ausgeführt worden, dem, wie es scheint, eine Privatrache zu Grunde lag. Der Proceß ist im Gange, doch ist der eigentliche Anstifter dieses Verbrechens noch nicht ausgemittelt. — Das Triester Dampfboot Germania, welches eines am Bord desselben vorgekommenen Cholerafalles wegen in Smyrna einer zwölftägigen Quarantäne unterworfen war, ist Donnerstag den 11 d. hier eingetroffen, und brachte zur Freude der kunstsinnigen Peroten die für die bevorstehende Session engagirte italienische Operngesellschaft welche dem Vernehmen nach ihre Vorstellungen Anfang Novembers mit Verdi's Giovanna d'Arc eröffnen wird. — Aus Syrien erfährt man daß der unter der muselmännischen Bevölkerung in Tripolis ausgebrochene Aufstand, welcher eine Regung von Fanatismus gegen ihre christlichen Mitbewohner zum Grunde hatte, durch die zweckmäßigen Anstalten des Statthalters Wamik Pascha gänzlich unterdrückt wurde. Im Libanon war man mit den Vorarbeiten zur Anfertigung eines Katasters beschäftigt, durch welchen dort den endlosen Streitigkeiten in Betreff der Steuerfragen abgeholfen werden soll.

Personal-Nachrichten.

Deutsche Reichsmarine. Se. kais. Hoh. der Reichsverweser hat den Corvettencapitän Strutt seines Dienstes und Ranges in der deutschen Marine enthoben.

Hofämter. Oesterreich. Die beim k. k. Obersthofmarschallamt erledigte Kanzlei-Directors-Stelle ist dem k. k. niederöstr. App. Rath Ed. Wittek v. Salzberg übertragen.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Der Sectionsrath im k. k. Finanz-Ministerium, Dr. R. Fränzl, ist, als Ritter des österr. kais. Ordens der eisernen Krone, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des Kaiserstaats erhoben, mit dem Prädicat „v. Westeneck.“

Ordensverleihungen. Preußen. Am 23. Oct. feierte der Präsident des Aachener Handelsgerichts, Hoffmann, sein fünfzigjähriges Amts-Jubiläum. Die Regierung, der Stadtrath, das Landgericht, das Handelsgericht, so wie die Militär-Behörde hatten durch Deputationen oder in corpore sich eingefunden, da der Jubilar alle anderen Feierlichkeiten sich verbeten hatte. Eine Anerkennung des Staates wurde ihm durch Ueberreichung des rothen Adler-

Ordens 2ter Cl. zu Theil. Der Kaiser von **Oesterreich:** dem Hptm. Fr. Wilsdorff das Ritterkreuz des Leopold-Ordens; dem Hptm. J. Weilgony und dem Unterlt. W. Kayer den Orden der eisernen Krone 3ter Classe. — Der Großherzog von **Baden:** dem Geh. Rath und Prof. Dr. Creuzer in Heidelberg den Stern zum Commandeurkreuz des Zähringer Löwen-Ordens; dem Obersten Frhrn. v. Röder das Eichenlaub zu dieser Ordens-Classe; dem Oberstlt. Hilpert das Commandeurkreuz und dem Reg. Rath Stephani das Ritterkreuz desselben Ordens. — Der Großh. von **Sachsen-Weimar:** den Reg. Rath Chr. Fr. Schmidt in Weimar, bei seiner Versetzung in Ruhestand, das Comthurkreuz des großh. H.-O. der Wachsamkeit; dem Professor und Hofmaler Preller ebendaselbst das Ritterkreuz dieses Ordens.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Der Feldmarschall-Lieut. v. Kempen ist zum General-Inspector der gesammten Gendarmerie in allen österr. Kronländern ernannt; deßgl. der Feldzeugmeister Ritter v. Heß nunmehr zum wirklichen Chef des General-Quartiermeisterstabs der gesammten k. k. Armee, mit der Bestimmung daß derselbe im Centralpunkt der Militärverwaltung seinen Aufenthalt nehme. Ferner ist dem Gen. Major Machio das Militär-Districts-Commando in Pesth übertragen; der FMLt. v. Gedeon pensionirt; der Gen Maj. Alemann zum Mil. Distr. Combt. in Preßburg, und der Gen. Major Frhr. v. Wernhardt zum Mil. Combt. des Temeswarer Districts ernannt; dem pens. Oberst Frhrn. v. Lazarich für seine Thätigkeit in Istrien während der Jahre 1848 und 1849 der Gen. Majors-Charakter ad honores verliehen; der Obrstlt. K. v. Körber aus demselben Grunde zum Obersten im Generalstab ernannt; ferner für kriegerische Auszeichnung im Banat der Hptm. Czernoevic zum Major und der Hptm. Sandrovic zum Platzmajor im Banat. **Großh. Baden.** Dem Rittmeister Speck in der Gendarmerie ist der Charakter als Major ertheilt; der Oberst v. Rotberg, seinem Ansuchen gemäß, unter Ertheilung des Charakters eines Gen. Majors in Ruhestand versetzt.

Civildienstnachrichten. Oesterreich. Die Stelle eines Bergraths bei der k. k. Berg-, Salinen- und Forstdirection in Salzburg ist dem Officialen des Ministeriums für Landescultur, A. Edler v. Kendler übertragen; der Reg. Rath Fr. Keil zum k. k. Ministerial-Commissär und Präsidenten der für Oesterreich ob der Enns bestellten Grundentlastungs-Landes-Commission ernannt. — **K. Sachsen:** der Reg. Rath C. A. Körner ist zum Geh. Reg. Rath im Ministerium des Innern ernannt; der Staatsminister a. D. Dr. Braun, seinem Ansuchen gemäß, des Rangs und Titels eines Staatsministers enthoben und demselben unter Ernennung zum Geh. Reg. Rath die Verwaltung der 4ten Amtshauptmannschaft im Zwickauer Bezirk übertragen. —

Todesfälle. In Lieberosa, am 6 Oct., der k. preuß. Postmeister H. Chr. V. Trierenberg, 63 J. a. — In Berlin, am 17 Oct., der Provincial-Schulrath Otto Schulz: er hatte sich um das Schulwesen große Verdienste erworben, und seine Schulbücher erfreuen sich noch jetzt sehr lebhaften Beifalls; er war einer der heftigsten Gegner des Seminar-Directors Diesterweg. — In Karlsbad, am 27 Sept., der k. k. wirkl. Kämmerer, Major und Militär-Bade-Commandant A. Graf Gorcey, 61 J. a. —

(3919) Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter:

Die Grenzboten,

Zeitschrift für Politik und Litteratur VIII. Jahrgang. IV. Quartal.

redigirt von
Gustav Freytag und **Julian Schmidt.**

Nr. 40 — 43 brachten folgendes: **Bilder und Stimmen aus Oesterreich:** Das neueste österreichische Finanzpatent. — Bilder aus dem Fürstenthum Serbien. — Briefe aus Oesterreich. — Erinnerungen aus Galizien. — Monatsrechnung für Wien. — Czechische portraits. — Die Siebenundsechziger. — Kossuth von einem Rabbi gesegnet. — Strafen in Oesterreich. — Karl Beck. — Aus Pesth. — Kaiserl. königl. Anarchie. — Der 6 October des Jahres 1849. — **Preußische Briefe:** 23 (Reminiscenzen der Diplomatie). — Berlin bei Nacht. — Preußische Loyalität auf der Eisenbahn. — Kinkel u. d. Aarthal. — Von einem sächsischen Patrioten. — Streiflichter auf badische Zustände. — Die Wintersaison der deutschen Kunst. — Aus Kissingen. — Russische Paßabenteuer. — Deutsche Flüchtlinge in der Schweiz. — Sachsen und die deutsche Frage. — Zur Schleswig-Holsteiner Frage. — Die Nationalversammlung und die Parteien in Paris. — Historische Gemälde: 1) Friedrich der Große nach der Schlacht von Kollin. 2) Das Todtenmahl der Girondisten. — Das russische Heerwesen. — Mecklenburg in seiner jetzigen Entwicklung. — Deborah. — Unter der Erde.

Von 1849 I—III. Quartal, sowie Jahrgang 1 bis 7 sind ebenfalls noch einige Exemplare vorhanden.

[3905—6] Bei den Unterzeichneten ist so eben in Commission erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Mittheilungen
der antiquarischen Gesellschaft
in Zürich.
Sechster Band.

gr. 4. mit 9 Kupfern. 3 Thlr. 20 Ngr. oder 4 fl. 24 kr.

Inhalt: **Ueber Ursprung und Bedeutung der Wappen** mit Bezug auf eine alte Wappenrolle der Zürcherischen Stadtbibliothek von Dr. und Prof. *Friedr. v. Wyss.* — **Das alte Nekrologium des Klosters Reichenau,** im Facsimile herausgeg. und mit einem Commentar versehen von Dr. *Ferd. Keller.* — **Die Ortsnamen des Kantons Zürich,** aus den Urkunden gesammelt und erläutert von Dr. *Heinrich Meyer.* — **Beschreibung der Burgen Alt- und Neu-Rapperswil,** von Dr. *Ferd. Keller.* — **Chronik von Rapperswil** vom Jahre 1000 bis zum Jahre 1388, herausgegeben von Dr. u. Prof. *Ludw. Ettmüller.*

Jede einzelne Abhandlung dieses Werkes ist auch besonders zu haben.

Meyer u. Zeller in Zürich.

[3925] „Höchst interessante Preisschrift!"

Im Verlage der Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Augsburg durch M. Rieger) zu beziehen:

Katzenberger, J. M. Dr.
Religion und Kunst
oder:
Welche Erhebung gewann durch die christliche Religion die Idee der Schönheit und damit die moderne Kunst?
Gekrönte philosophische Preisschrift.
gr. 8. brosch. Preis 1 fl. 12 kr.

Würzburg, im October 1849. **Stahel'sche Buchhandlung.**

(3721) Bei Flammer und Hoffmann in Pforzheim ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands und der angränzenden Länder zu haben:

Diotima.
Die Idee des Schönen.
Philosophische Briefe
von
Dr. Kuno Fischer.
Octav. Geheftet. Preis 2 fl. 42 kr. oder 1 Thlr. 25 Ngr.

Der Verfasser dieser Schrift hat nicht die Absicht gehabt, mit einem neuen Lehrbuche der Aesthetik die bunte Reihe der vorhandenen zu vermehren. Im Gegentheile ist die Schule mit ihrer zünftigen Form geflissentlich vermieden und mit künstlerischer Popularität die freie Erkenntniß des Schönen erstrebt worden.

Der Verfasser hat die Welt aus dem Gesichtspunkte des Schönen dargestellt, und auf dem parteilosen Gebiete einer ästhetischen Weltanschauung auch die verwandten Fragen der Religion und Sittlichkeit zur Sprache gebracht, die das menschliche Leben als wichtige Probleme bewegen. Denn es gibt nichts das dem Schönen nicht verwandt wäre. Es wird hier von dem großen Weltereigniß des Schönen die Rede seyn, nicht in einem schwierigen Unterrichte, sondern in der zwanglosen Form einer leichten Unterhaltung.

Nicht ohne die Einflüsse eines berühmten Systems, aber ohne die Abhängigkeit davon ist diese Schrift entstanden, die wir dem bücherlesenden Publicum hiermit anbieten. Man wird die Entdeckungen darin finden welche die Weisen unseres großen Zeitalters gemacht haben und, in der Ruhe des Schönen betrachtet, werden diese Entdeckungen aufhören dem einen geheimnißvoll, dem andern feindselig zu scheinen. Man kann die Gemüther aufklären ohne sie zu erhitzen, und es ist möglich allen die Wahrheit zu sagen, wenn man nichts will als sie aufklären.

Es ist für die Literatur überhaupt und vorzüglich für die deutsche eine wichtige Aufgabe: die Entdeckungen der Philosophie im Sinne einer solchen Aufklärung zu redigiren und die Geheimnisse der Denker in den offenen Verstand des Volkes zu übersetzen. Vorausgesetzt daß sie die ächte Popularität wählt.

Die deutsche Philosophie, eine Zeitlang der einzige Tummelplatz unserer Parteifragen, ist jetzt nach der Wiedergeburt des öffentlichen Geistes dieser unnatürlichen Stellung enthoben worden. Jetzt, nachdem es still geworden ist auf ihrer Arena, wird sie ihre volksthümliche Bewegung beginnen, indem sie ihren reichen und entwickelten Inhalt in die künstlerische Form der Aufklärung erhebt. Auf diesem Wege wird sie die Bildnerin eines klaren Geistes und einer gereinigten Sprache werden. Das Glück der Griechen und der Genius der deutschen Sprache möge sie leiten!

Der Verfasser unseres Buches hat diesen Weg betreten. Das Buch selbst aber empfehlen wir nicht bloß dem gebildeten, auch dem bildungsfähigen Leser, dem es um eine höhere und klare Würdigung der menschlichen Dinge zu thun ist. Wir reden im Sinne des Verfassers wenn wir uns auch an die Frauen richten, denen das Thema des Buches nicht gleichgültig seyn wird.

Wir erlauben uns am Schluß die Bemerkung daß von demselben Verfasser sich ein zweites Buch: „Sokrates, die Idee der Religion" unter der Presse befindet.

Die Verlagshandlung.

(3774—76) Die HH. **Bernard** und **Leopold Ulrich** werden von ihren Angehörigen ersucht ehestens über ihren jetzigen Aufenthalt Mittheilungen zu machen und längstens innerhalb eines Monates zurückzukehren, da in wichtigen Familienangelegenheiten ihre persönliche Anwesenheit ebenso dringend als wünschenswerth erscheint.

[3898] Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung (Laupp u. Siebeck) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Lacordaire, P. H. Dom., Die Kanzelvorträge in der Notre-Dame-Kirche zu Paris. Aus dem Französischen übersetzt von Jos. Lutz. Dritter Band. Erste Lieferung. Die Vorträge von 1848. 14 Bogen gr. 8. brosch. 1 fl. 12 kr. oder 22 Ngr.

Diese Reden schließen sich enge an den vorausgehenden Jahrgang an. Während jener von dem innern und äußern Leben Christi handelte, ist in vorliegendem Jahrgange das innere und äußere Leben Gott Vaters behandelt, sein inneres in der heil. Dreieinigkeit, sein äußeres in der Schöpfung der Welt und des Menschen. Während die Reden des frühern Jahrgangs die Vollkommenheit und Seligkeit des Menschen als letzten Zweck des Lebens und der Thätigkeit Christi darstellen, ist der Schluß jeder der vorliegenden Reden dieselbe Vollkommenheit und Seligkeit, welche Gott Vater dem Menschen in der Schöpfung der Welt, in seiner Stellung als geistiges, moralisches, physisches, religiöses, sociales Wesen verschaffen will. Und wenn in den frühern Jahrgängen außer den hohen Wahrheiten nicht minder die edle Weise der Darstellung anzog, die Wärme die über das Ganze sich verbreitet, der Schwung der Begeisterung der aus dem Ganzen strahlt, und das Herz in seiner innersten Tiefe trifft, so werden wir auch aus den vorliegenden Reden erkennen daß die indeß vorangeschrittene Zeit, welche die edelste Kraft bricht, unserm Redner nichts an seiner jugendlichen Frische und Lebhaftigkeit zu nehmen vermochte, und wir übergeben dem Publicum diese Reden mit dem Vertrauen daß sie keinen geringern Beifall ernden werden als die Reden der frühern Jahrgänge.

Der Preis der beiden frühern Bände ist 5 fl. 30 kr. oder 3 Rthlr. 15 Ngr. — Jeder Band wird auch einzeln abgegeben.

[3855—56] Hr. F. J. Bleymüller aus Gotha, Reisender des Hrn. Melchiack u. Comp. in Riembrecht, wird hiemit aufgefordert, sich persönlich hierher zu begeben oder uns seinen gegenwärtigen Aufenthalt anzuzeigen, indem sehr dringende Briefe für ihn bei uns liegen. — Würzburg, den 20 October 1849.

Müller u. Zehner.

(3733—35) Ein seit Jahren bestehendes, solid fundirtes und gut rentirendes Fabrikgeschäft, das noch weiterer Ausdehnung fähig ist, sucht **einen Gesellschafter der über ein Capital von etwa 15 — 20000 fl.** zu verfügen hätte. Nähere Auskunft ertheilen die HH. J. P. Lanz u. Comp. in Mannheim.

[3815—17] In einer der ersten Städte Südbayerns wünscht ein thätiger Geschäftsmann einige gangbare Artikel zum Commissions-Verkauf zu übernehmen. — Gefällige Offerte bittet man unter Chiffre A. Z. Nr. 3815 franco an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

[3818—19] Ein routinirter Reisender, 30 Jahre alt, der seit 7 Jahren Deutschland, die Schweiz und die österreichischen Staaten in verschiedenen Manufacturwaaren bereiste, wünscht als Reisender ein Engagement. Frankirte Briefe unter Karl Kollat poste restante Wien.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend — Nr. 307 — 3 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Schöff Harniers Rückkehr. Hr. v. Itzstein. Gagern und Stüve); München (am ersten Tag der Discussion über die deutsche Frage noch kein Beschluß. Noten des bayerischen Cabinets an das österreichische); Kassel (auch hier ein Rücktritt vom engern Bund vermuthet); Meiningen (das neue Ministerium tritt dem Dreikönigsbund bei); Dresden (bei den Wahlen die Conservativen für beide Kammern in der Mehrheit); Berlin (die von Hrn. v. Radowitz vorgeschlagenen Abänderungen des Reichsverfassungsentwurfs. Die erste Kammer über Aufhebung der Lehen und Fideicommisse. Die zweite Kammer über Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Gewährung der Ablösung der Grundlasten); Wien (die Einkommensteuer. General Schönhals. Graf Hoyos †. Ankunft der Kaiserin Mutter und des Erzherzogs Ludwig. Die theilweise Amnestie in Ungarn. Laube's Struensee); Tirol (Fallmerayer).

Oesterreichische Monarchie. Preßburg (Haynau. Sechsundfünfzig Verhaftete freigelassen. Amnestieverkündigung).

Großbritannien. Das tausendjährige Jubiläum Alfreds des Großen. Die Repeal-Agitation in Irland. Eröffnung der Londoner Kohlenbörse.

Frankreich. Ministerkrisis. Die Aufhebung des Belagerungsstands noch nicht in Aussicht. Errichtung eines Oberkriegsraths vorgeschlagen. Abbé de Deux-Brézé. Ausweisung algerischer Colonisten. Batna. Expedition gegen Zaatscha.

Italien. Neapel (fortdauernde Verhaftungen. Filangieri Generalstatthalter von Sicilien. Hinrichtungen in Catania).

Griechenland. Athen (Besserung der Finanzlage. Maßregeln wegen der Flüchtlinge).

Beilage. Von der Schelde zum Rhein. (I.) — Preußische Denkschrift über die Einschreitung in der Pfalz. — Die preußischen Kammern und das Ministerium. — Rom. (Die Vertheilung der fremden Truppen. Die Deputation an den Papst. Hausdurchsuchung im Ghetto.) — Rückblicke aus Turin. (Mamiani über Karl Albert. Gioberti, Azeglio und Mazzini.) — Frankreich. (Chalons.) — Personalnachrichten.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 30; Wien 31 Oct.; Frankfurt 1; Augsburg 2 Nov.

Deutschland.

‖ **Frankfurt,** 31 Oct. Es scheint jetzt entschieden zu seyn daß der Erzherzog-Reichsverweser auch nach Einsetzung der neuen Bundescommission noch einige Zeit in Frankfurt verweilen wird. — Schöff Harnier ist gestern Abend von seiner Mission nach Berlin zurückgekehrt. Ueber das Resultat derselben verlautet natürlich bis jetzt nichts näheres; doch dürfte man nicht irren wenn man einen Anschluß Frankfurts an das Dreikönigsbündniß zu den vorerst sehr unwahrscheinlichen Dingen rechnet. Wenn irgendeine Hinneigung dazu vorhanden war, so ist sie durch die neuesten Constellationen, namentlich den offenkundigen Abfall Sachsens und Hannovers (denen nach einigen Symptomen vielleicht auch Kurhessen folgen dürfte), sowie durch die preußischen Bestrebungen für die Wahl Erfurts zum Reichstagssitze bedeutend geschwächt, wo nicht gänzlich beseitigt worden. — In Homburg droht ein eigenthümlicher Conflict zwischen Regierung und Stadtgemeinde. Erstere macht nämlich die nach den Märzbewegungen des vorigen Jahres erfolgte Abtretung der Accise-Einnahmen an die Stadt wieder rückgängig, „weil damals dem Landgrafen Zwang angethan worden sey." Die Stadt ihrerseits scheint den Rechtsweg betreten zu wollen. — Hr. v. Itzstein, welchen einige Zeitungen mit Raveaux nach England reisen ließen, traf unlängst aus der Schweiz hier ein und begab sich nach kurzem Aufenthalt nach seinem Landgut Hallgarten im Nassauischen, wo er noch verweilt. — Die durch Einführung der deutschen Grundrechte in Frankfurt gesetzlich ausgesprochene Vollberechtigung der Israeliten hat in Bezug auf Zulassung zu Staatsämtern vor kurzem durch die Ernennung des Dr. med. Crailsheim zu einem Amtsphysikate ihre erste praktische Verwirklichung erhalten.

Frankfurt, 30 Oct. Gestern Abend sind Heinrich v. Gagern und Karl Mathy von ihrer Reise durch Norddeutschland hieher zurückgekehrt. Wir erfahren daß H. v. Gagern in Hannover außer seinen dortigen Freunden auch Stüve besuchte, welcher zu gleicher Zeit mit ihm in Jena studirt hat. Ihre Unterredung soll in dem Austausch der beiderseitigen Ansichten über den Stand und die Entwickelung der deutschen Verfassungsangelegenheit bestanden, eine Annäherung jedoch, wie vorauszusehen war, nicht bewirkt haben. Die Partei von Gotha hatte zwar den Weg welchen Stüve mit Preußen und Sachsen durch das Bündniß vom 26 Mai betrat, ebenfalls als den richtigen erkannt um zu dem Bundesstaat zu gelangen. Allein es zeigt sich jetzt daß Hannover und Sachsen ihre damaligen Zusagen nicht als unverbrüchliche betrachten, indem sie den Grundsatz der Vereinbarung, welchen sie weder auf den Verfassungsentwurf vom 28 Mai, noch auf das Schiedsgericht streng angewendet, der Berufung des Reichstags entgegenhalten. Stüve soll insbesondere die preußischen Zustände und Staatsmänner in so ungünstigem Lichte sehen daß er Preußen nicht für fähig halte gegenwärtig die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen. Die Erklärung welche Hannover im Verwaltungsrathe gegen die Berufung des Reichstags abgegeben, wird die Zustimmung der Kammern nicht erhalten, und die Stimme des Landes wird sich einer Politik nicht zuwenden welche die Frage über die Gestaltung Deutschlands nicht an einen Reichstag, sondern an einen wieder einzusetzenden Bundestag bringen möchte. (Deutsche Z.)

Bayern. **München.** Aus dem „Nachtrag zu den Actenstücken über die deutsche Frage [illegible] geben wir heute die beiden wichtigsten aus: „I. Denkschrift in vertraulicher Weise an die k. k. österreichische Regierung gerichtet. Die Trennung Oesterreichs von Deutschland, in der Weise wie sie in Frankfurt und Berlin eingeleitet worden ist, würde für Deutschland von den größten Gefahren begleitet seyn. Diese sind oft genug dargestellt worden. Eine solche Trennung würde aber auch für Oesterreich nicht ohne große Gefahren seyn, und auf diese nochmal hinzuweisen scheint nothwendig in dem Augenblick der Entscheidung. Seit Jahrhunderten stand Oesterreich an der Spitze von Deutschland, und galt, obgleich europäische Großmacht, dennoch zugleich für die erste deutsche Macht. Dieser Umstand, hervorgegangen aus dem deutschen Charakter der alten Erblande und der Dynastie, erhielt in der großen Monarchie selbst das Uebergewicht der deutschen Nationalität über die übrigen, obgleich zahlreichen Stämme, und bot in diesem Uebergewichte die Lösung der Hauptschwierigkeit welche für die Verfassung und Regierung Oesterreichs in der Verschiedenheit der Nationalitäten liegt. Mit der Trennung Oesterreichs von Deutschland muß jenes Uebergewicht der deutschen Nationalität um so sicherer aufhören, als in unsern Tagen das Nationalgefühl krankhaft gereizt und eifersüchtig ist. Eine solche Veränderung in dem Schwerpunkt eines Staates ist unter allen Verhältnissen gefährlich, wird es aber in dem vorliegenden Falle noch besonders um ihres wahrscheinlichen Resultates willen. Nach dem natürlichen Gesetze der Schwere würde das der Zahl nach weit überwiegende slavische Element zur Herrschaft gelangen, um so mehr als es sich jetzt in den schweren Kämpfen treu um den Thron geschaart und gegen Magyaren und Italiener gekämpft hat. Oesterreich würde sehr bald in dem Grade ein slavischer Staat seyn in welchem es bisher ein deutscher war. Dadurch würde aber die Stellung Oesterreichs zu Rußland wesentlich geschwächt werden; denn wenn auch die Idee des Panslavismus nicht so mächtig und gefährlich ist als viele glauben, so ist doch gewiß daß fast alle Slaven einen Zug der Sympathie für Rußland und seinen Kaiser in sich tragen. Diese Sympathie wird um so stärker hervortreten wenn Oesterreich jetzt mit Rußlands Hülfe die Revolution bezwingt. Es ist traurig genug daß, in der Zeit welche so viel von deutscher Einheit spricht, statt der deutschen Heere die russischen zu Hülfe gerufen werden mußten, aber nichtsdestoweniger liegt das Gegengewicht gegen die möglichen Nachtheile der russischen Hülfe in festem Anschlusse

Oesterreichs an Deutschland. Aber nicht bloß im Verhältniß zu Rußland, sondern in seiner ganzen Stellung als europäische Macht wird Oesterreich eine nachtheilige Rückwirkung empfinden. Mit Deutschland im Rücken war Oesterreich im europäischen Rathe zugleich der preußischen Stimme ziemlich sicher, und stand an Machtgebiet keiner Großmacht nach. Kommt aber die Trennung zu Stande, so wird Deutschland, oder vielmehr das vergrößerte Preußen, seine eigenen Wege in der Politik gehen, wird an Bevölkerung und Waffenmacht der österreichischen Monarchie gleichkommen, und diese wird sowohl Frankreich als Rußland gegenüber nicht mehr das bisherige Gleichgewicht haben, umsomehr als sie dann Gränzen zu decken haben wird welche bisher befreundete waren. Nicht minder bedenklich würden die Folgen der Trennung auch für die innern Zustände Oesterreichs seyn. Die Verfassung der Monarchie ruhte bis zum Jahr 1848 auf provinciellen Grundlagen. Der Eintritt in das constitutionelle Princip hat die Idee der Centralisation vorangestellt. In der Verfassung vom 4 März d. J. sind beide Elemente enthalten, und es bleibt der Zukunft überlassen welches Element das überwiegende werden soll. Bleibt Oesterreich im deutschen Verbande, so muß das provincielle Element das vorherrschende bleiben; denn wenn man auch die Anforderungen an die größere Einigung Deutschlands noch so sehr ermäßigt, so wird doch die Neugestaltung des deutschen Bundes jedenfalls keine solche werden können daß auch die Lombardei darin Platz fände; Oesterreich wird also nur unter der Voraussetzung seine Stellung in Deutschland behaupten können daß es die verschiedenen Glieder seines eigenen Organismus erhält. Sondert sich dagegen Oesterreich ganz von Deutschland, so wird es zunächst durch äußere und innere Zustände auf der Bahn der Centralisation fortgetrieben werden, welche es betreten zu haben scheint. Diese Bahn aber kann Oesterreich nicht zu dauerndem Frieden führen. Die Geschichte zeigt wie schwierig die Centralisation verschiedener Stämme selbst dann ist wenn sie derselben Nation angehören und dieselbe Sprache reden. Zur Unmöglichkeit wird es aber verschiedene Nationalitäten zu centralisiren, außer durch einen Despotismus wie er von Oesterreich nicht beabsichtigt wird, und in unserer Zeit am allerwenigsten durchgeführt werden kann. Eine constitutionelle Verfassung welche vier ganz verschiedene sich gegenseitig anfeindende und sogar hassende Nationalitäten in ein einzig Volk zu verschmelzen unternimmt, ist unausführbar. Schon der Reichstag zu Wien und Kremsier hat den Beweis dafür geliefert, obgleich die Italiener nicht daran theilnahmen. Eine solche Verfassung würde eine Pandora-Büchse der Zwietracht und des Bürgerkrieges werden, und die ganze Macht des Staates lähmen, zuletzt aber zur Auflösung der Monarchie führen. So eben haben die naturwidrigen Centralisationsversuche der Frankfurter Nationalversammlung Deutschland zerrissen und in Bürgerkrieg gestürzt. Aehnliche Versuche auf einem allgemeinen österreichischen Reichstage würden den Kampf wieder auflodern machen, der so eben erst in Italien beendigt ist und in Ungarn noch wüthet. Die alte Revolutionslust der Polen wird diesem Beispiel nicht widerstehen. Aber selbst die bisher treuesten und ruhigsten Lande, die deutschen Stammlande, würden dadurch in eine neue Richtung getrieben werden. In dem centralisirten Oesterreich sind, wie schon oben angedeutet wurde, die Deutschen in der Minderzahl, und müssen in kurzem das Uebergewicht verlieren das sie bisher behauptet haben. In dem Grade als dieß geschieht, werden sich ihre Blicke nach dem neugebildeten Deutschland richten, und dieses wird seine Anziehungskraft um so stärker üben, je mehr sich in ihm die constitutionellen Einrichtungen entwickeln. Die politische Agitation wird das ihrige hinzuthun. Schon jetzt ist gerade hierauf der Plan der erbkaiserlichen Partei gestützt worden. Sie hat es offen bekannt daß sie auf den Zerfall der österreichischen Monarchie rechnet, sie gesteht zu daß dieses Kleindeutschland ohne die deutschen Bundesländer Oesterreichs keine Zukunft habe, aber sie stellt in Aussicht daß diese Länder in kürzester Zeit dem neuen deutschen Reiche zufallen müßten. Hat diese Partei erst ihr nächstes Ziel dadurch erreicht daß sich Oesterreich von Deutschland trennt, so wird sie alle Hebel der Verführung, der List und Gewalt in Bewegung setzen um das letzte Ziel zu gewinnen. Man wird diesen Besorgnissen die Anhänglichkeit an die Dynastie und die Treue und Tapferkeit der Armee entgegenhalten. Allein die dynastischen Gefühle haben in unserm Jahrhundert unverkennbar, selbst in Oesterreich, abgenommen; die Interessen der Völker überwiegen. Durch Armeen aber kann man wohl ein Land erobern, nicht aber regieren und auf die Dauer gewinnen: Italien ist erobert, Ungarn wird es werden; aber die Quellen ihrer Revolutionen werden dadurch nicht beseitigt. Dazu gehört die innere Befriedigung des Volkes durch eine naturgemäße Verfassung, durch eine Verfassung welche dem besondern Leben dieser Völker den Raum zur Entwickelung, den besonderen Bedürfnissen und Interessen derselben die Möglichkeit der Geltendmachung gibt. So wird Oesterreich durch seine inneren Zustände zur Ausbildung der Provincialverfassung aufgefordert, die es durch die Constitution vom 4 März d. J. verlassen zu haben scheint. Kann aber Oesterreich das in dieser Constitution proclamirte System der Centralisation wieder verlassen? Gestattet dieß das gegebene kaiserliche Wort? die Würde und Kraft der Regierung? Allerdings ist dieß ohne dringende Veranlassung schwierig. Aber eine ebenso ausreichende als würdevolle Veranlassung ist eben die Verhandlung mit dem sich neu gestaltenden Deutschland. Diese zu benützen wird um so rathsamer seyn, wenn man erwägt daß zuletzt das Bedürfniß der dauernden Pacification von Italien und Ungarn doch noch zu jenem Einlenken zwingen wird. Gewiß ist es vortheilhafter aus freiem Entschlusse eine Bahn zu betreten die zugleich Oesterreichs Stellung in Deutschland wahrt, und die Mittel zum friedlichen Vergleiche mit Ungarn und Italien bietet, als sie später nach erfolgter Trennung von Deutschland deßhalb betreten zu müssen um nicht auch Italien und Ungarn aufs Spiel zu setzen. Zu denselben Resultaten führt endlich die Betrachtung der Weltstellung der österreichischen Monarchie. Diese war bisher eine centraleuropäische, gestützt auf Hegemonie in Deutschland und in Italien. Die jetzige Krisis muß entscheiden ob Oesterreich diese Doppelstellung behaupten, ob es eine davon, ob beide verlieren soll. Die Behauptung und Befestigung beider ist im Interesse Europa's wünschenswerth; sie ist jedenfalls die Lebensfrage für die Zukunft des Germanenthums, für die Erhaltung germanischer Civilisation. Sie ist aber nur möglich wenn Oesterreich die Bahn der innern Centralisation verläßt. Eine richtige Provincialverfassung der Gesammtmonarchie wird gestatten daß Oesterreich mit seinen deutschen Landen an der Spitze von Deutschland, mit der Lombardei an der Spitze von Italien steht, daß endlich Ungarn und Galizien mehr und mehr germanisirt und dem Gesammtverbande Deutschlands einverleibt wird. Dann beherrscht das Germanenthum unter Oesterreichs Führung die Geschicke von Europa. Setzt aber Oesterreich, getrennt von Deutschland, seine innere Centralisation fort, so verliert es die Hauptseite seiner bisherigen hegemonischen Stellung gewiß, und die andere wahrscheinlich. Sollte es unmöglich werden beide Stellungen zu behaupten, so ist es doch wichtiger daß die mächtigere festgehalten werde, und diese liegt diesseits der Alpen. Schon die Gegenwart zeigt daß Oesterreichs Vordringen in Italien seinen Einfluß in Deutschland schwächt. Stünde seine Armee, die in Toscana siegt, in Böhmen und Vorarlberg, so wären die Berliner Verträge vom 28 Mai d. J. nicht geschlossen worden. Die Trennung Oesterreichs von Deutschland ist für beide verderblich. Sie ist der Markstein der germanischen Geschichte. Sie beraubt Oesterreich seines germanischen Charakters, und gibt dem Germanenthum zwischen Slaven und Romanen eine auf die Dauer unhaltbare Stellung, deren Ende eine Theilung seyn wird wie die polnische. Halten aber Oesterreich und Deutschland fest zusammen, so kann die Macht welche das Kaiserthum des Mittelalters ideell in sich trug, zur politischen Thatsache werden. **München**, den 7 Jun. 1849."

II. Schreiben des Hrn. v. d. Pfordten an Fürst Schwarzenberg. Nachdem der ergebenst Unterzeichnete in wiederholten Besprechungen Ew. Durchlaucht den Standpunkt dargelegt hat welchen die Regierung Sr. Maj. des Königs von Bayern in der deutschen Verfassungsfrage festhalten zu müssen glaubt, erachtet er es nunmehr für seine Pflicht die Hauptfragen, deren Entscheidung mit jedem Tage dringender wird, dem ihm von Sr. Maj. dem König von Bayern ertheilten Auftrag gemäß darzustellen. Die bayerische Regierung geht von der Ueberzeugung aus daß eine Trennung Oesterreichs von Deutschland die Interessen beider Theile tief verletzen und einen beklagenswerthen Wendepunkt in der deutschen Geschichte bilden würde, daß insbesondere die süddeutschen Staaten, und an ihrer Spitze Bayern, einer solchen Trennung entgegenzuarbeiten berufen sind. Von dieser Ueberzeugung geleitet hat die bayerische Regierung sowohl den Verfassungsbeschlüssen der Nationalversammlung zu Frankfurt, als demjenigen Verfassungsentwurfe welchen die Königreiche Preußen, Hannover und Sachsen aufgestellt haben, ihre Zustimmung versagt, und wendet sich nun, gestützt auf die innigen Beziehungen welche zwischen Oesterreich und Bayern bestehen, vertrauensvoll an das k. k. Cabinet, um über jene Hauptfragen eine Verständigung zu erzielen. Nachdem die Verhandlungen zu Berlin, an welchen anfangs auch der k. k. Gesandte Antheil genommen hatte, eine Unterbrechung erlitten haben, ist es zunächst die Absicht der k. bayerischen Regierung: durch den Unterzeichneten, der sich von hier nach Berlin begeben wird, bei der preußischen Regierung darauf anzutragen daß diese Verhandlungen wieder aufgenommen und der k. k. Gesandte zur Theilnahme an denselben eingeladen werde. Der Unterzeichnete gibt sich der Hoffnung hin daß Ew. Durchlaucht den k. k. Gesandten zu Berlin ermächtigen werden dieser Einladung Folge zu leisten. Der nächste und dringendste Gegenstand der Verhandlung wird die Frage über den Fortbestand der provisorischen Centralgewalt und eventuell deren Ersatz seyn müssen. Die bayerische Regierung geht von der Ansicht aus daß

auch nach Auflösung der Nationalversammlung die provisorische Centralgewalt zu Frankfurt a. M. in den Händen Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesers ebenso rechtlich als factisch besteht. Sie wünscht die Fortdauer dieser Centralgewalt, und wird, so viel an ihr ist, dazu beitragen diese Fortdauer möglich zu machen. Es ist jedoch nicht zu verkennen daß Se. kais. Hoheit mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, welche fürchten lassen ihre Ueberwindung werde nur noch auf kürzere Zeit gelingen. Für diesen Fall erscheint es als dringendes Bedürfniß daß sich die Regierungen der größern deutschen Staaten, namentlich die von Oesterreich, Preußen und Bayern darüber einigen in welcher Weise ein neues Organ des noch vollkommen rechtsgültig bestehenden deutschen Bundes geschaffen werden soll. Die bayerische Regierung schließt sich in dieser Beziehung im allgemeinen dem Vorschlage an welchen das k. k. Cabinet unterm 16 Mai d. J. an die preußische Regierung hat gelangen lassen. Sie glaubt zwar daß es den Verhältnissen vollkommen entsprechend seyn würde wenn Bayern die dritte Stimme in der neu zu schaffenden provisorischen Centralgewalt erhielte, und glaubt darauf rechnen zu dürfen daß ein hierauf gerichteter Antrag bei den Verhandlungen in Berlin die Unterstützung Oesterreichs finden werde. Sollte dieß jedoch wegen des bereits angekündigten Widerspruchs von Seite Preußens nicht zu erreichen seyn, so würde sie ihre Zustimmung wohl nicht versagen wenn durch Bestimmungen über die Dauer und die Competenz der neuen provisorischen Centralgewalt, namentlich rücksichtlich der Militärangelegenheiten, diejenigen Garantien geboten würden zu deren Beanspruchung Bayern durch seine Stellung sich ebenso berechtigt als verpflichtet erachtet. In dieser Hinsicht dürfte es angemessen seyn die Dauer der neuen provisorischen Centralgewalt auf sechs Monate zu bestimmen, weil zu hoffen ist daß es innerhalb dieser Zeit gelingen wird die Verfassungsfrage definitiv zu lösen. Die Rechte dieser Centralgewalt würden im wesentlichen, und namentlich in Beziehung auf die Militärverhältnisse, durch Verweisung auf das bisherige Bundesrecht und die Bundes-Militärverfassung zu bestimmen seyn. Demgemäß würden andere Bundestruppen in das bayerische Gebiet nicht anders einrücken können als auf Requisition oder im Einverständniß mit der bayerischen Regierung. Die bayerische Armee würde innerhalb des Königreichs durchaus nur unter ihren eigenen von Sr. Maj. dem König zu ernennenden Führern stehen, und wenn dieselbe zum Schutz gegen äußere und innere Feinde auf Verlangen der Centralgewalt außerhalb des Königreichs verwendet würde, wäre darauf Bedacht zu nehmen daß die bayerischen Truppen so viel als möglich als selbständige Corps unter ihren eigenen Führern zu operiren hätten. Jedenfalls müßte es der bayerischen Regierung unbenommen seyn durch einen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt sich vertreten zu lassen, durch welchen die Geschäftsverbindung zu vermitteln wäre. Gelänge es auf diese Weise den ungeschmälerten Fortbestand des deutschen Bundes durch ein entsprechendes Centralorgan zu sichern, so würde sodann die definitive Gestaltung der deutschen Gesammtverfassung den weitern Gegenstand der Verhandlungen bilden. Die nächste Grundlage dieser Verhandlungen würde die bestehende Bundesverfassung seyn. Es ist aber unbestreitbar daß eine unveränderte Wiederherstellung derselben unmöglich ist, weil sie den Ueberzeugungen des deutschen Volks, den wiederholten Versprechungen aller deutschen Regierungen und den Bedürfnissen der Gegenwart widersprechen würde. Das Centralorgan muß in einer Weise gestaltet werden welche eine raschere und kräftigere Thätigkeit zu entwickeln vermag, und eine Vertretung des deutschen Volks bei jenem Organ ist unerläßlich. Schon die Feststellung der neuen Gesammtverfassung kann in Folge der bestimmten Erklärungen der deutschen Regierungen im vorigen Jahr nicht mehr durch eine Octroyirung, sondern nur unter Mitwirkung einer Volksvertretung herbeigeführt werden, wenn die deutsche Revolution zu einem dauernden Abschluß gebracht werden soll. Da jedoch die Nationalversammlung nicht mehr besteht und auch nicht wieder berufen werden kann, so bietet sich kaum ein anderer Ausweg dar als daß die Regierungen sich über die Berufung einer Volksvertretung auf neuen Grundlagen einigen. In dieser Erwägung hat die k. bayerische Regierung sich bereit erklärt sich bei der Berufung eines Reichstags auf denjenigen Grundlagen zu betheiligen welche die Regierungen von Preußen, Hannover und Sachsen vorgeschlagen haben, ohne daß dadurch noch etwaige Modificationen des Wahlgesetzes ausgeschlossen wären. Sie hat dieß gethan mit der bestimmten Erklärung daß sie dem Verfassungsentwurf welcher von den genannten drei Regierungen in Berlin vereinbart worden ist, nicht zustimmen werde, und zugleich in der Hoffnung daß auch die k. k. österreichische Regierung in ähnlicher Weise an der Berufung eines deutschen Reichstags sich betheiligen werde. Hierauf hinzuwirken hat der ergebenst Unterzeichnete von seiner hohen Regierung zur besondern Aufgabe erhalten, und er hat die Gründe auf welchen dieser Auftrag ruht, Ew. Durchlaucht so ausführlich dargelegt daß er sie hier zu wiederholen unterlassen kann. Er beschränkt sich daher darauf nochmal die Ueberzeugung auszusprechen daß die Nichtbetheiligung an einem deutschen Reichstag von Seite Oesterreichs in Deutschland als das freiwillige Aufgeben der politischen Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland ausgelegt werden wird, und in Folge davon diejenige Partei welche schon seit Jahresfrist auf die Ausschließung Oesterreichs hinarbeitet, neue Kräfte erlangen und ihrem Ziele näher gebracht werden wird. Wesentlich für die Erhaltung der naturgemäßen Einigung von ganz Deutschland wäre es daher wenn das k. k. Cabinet, sofern dasselbe die in Berlin vorgeschlagene Bildung eines Reichstag nicht annehmen kann, irgendeine andere Art einer allgemeinen Vertretung bezeichnen könnte, an welcher zum Zweck der definitiven Feststellung der deutschen Gesammtverfassung auch Oesterreich sich zu betheiligen vermöchte. Bayern würde einem solchem Gegenvorschlage Oesterreichs sich anschließen, soweit nur immer seine inneren Zustände es ihm gestatten. Sollten die Verhältnisse der österreichischen Monarchie im gegenwärtigen Augenblick jede Theilnahme Oesterreichs an einem deutschen Reichstag unmöglich machen, und mithin der Zeitpunkt noch nicht gekommen seyn für welchen das Programm des gegenwärtigen kaiserl. Cabinets vom 27 Nov. v. J. die Aussicht eröffnet hat, daß das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich bestimmen, so würde Bayern zwar sowohl in Folge der wiederholten königl. Zusagen als auch nach der entschiedenen Stimmung des bayerischen Volks sich der Theilnahme an einem deutschen Reichstag nicht enthalten können, aber es würde als die Aufgabe dieser Theilnahme betrachten die gemeinschaftlichen Interessen von Oesterreich und Bayern zu vertreten, und eine solche Gestaltung Deutschlands zu erstreben daß für Oesterreich der Platz offen erhalten würde, der ihm nach den Ueberlieferungen der Geschichte, nach dem Bundesrechte und den wahren Bedürfnissen der Gegenwart gebührt. Dieser Auffassung gemäß glaubt die bayerische Regierung sich der Ueberzeugung hingeben zu können daß die verschiedene Stellung zu einem deutschen Reichstag, welche die beiden Regierungen den innern Zuständen ihrer Länder gemäß einnehmen würden, nicht die geringste Aenderung in den freundschaftlichen Beziehungen herbeiführen würde welche zwischen Oesterreich und Bayern bestehen. Damit jedoch von Seite Bayerns die Betheiligung am Reichstag in dem hier angedeuteten Geiste geleitet werden kann, muß der bayerischen Regierung vor allem daran liegen darüber nicht in Zweifel zu seyn welche Gestaltung Deutschlands von dem k. k. Cabinet als eine solche erachtet wird daß Oesterreich sich nicht durch dieselbe von Deutschland ausgeschlossen fühlt, sich vielmehr die Möglichkeit gewahrt glaubt, nach Herstellung des Friedens in seinem Innern das obenerwähnte Programm des k. k. Cabinets zu verwirklichen. Es bedarf kaum der Erwähnung daß die Einsetzung eines bleibenden oder erblichen Oberhauptes hiemit unverträglich ist, daß vielmehr die oberste Gewalt nicht bloß rücksichtlich der Gesetzgebung, wie in dem Berliner Entwurfe, sondern auch hinsichtlich der Executive einem Fürstencollegium übertragen werden muß, in welches Oesterreich eintreten kann, sobald ihm seine Verhältnisse dieß gestatten, in welchem Falle es dann wegen des Vorsitzes sich mit Preußen zu verständigen haben würde. Weniger unzweifelhaft ist die Beantwortung der Frage welche Competenz dieser obersten Behörde einzuräumen wäre, da die Bestimmungen der Bundesakte wenigstens nach der beschränkteren Weise ihrer Ausführung kaum ausreichen dürften. Endlich wird aus den oben schon angedeuteten und von dem ergebenst Unterzeichneten mündlich weiter entwickelten Gründen auch in der definitiven Verfassung eine Vertretung des Volkes, sey es durch unmittelbare oder mittelbare Bestellung — nicht umgangen werden können. Eine solche hat auch das kaiserl. Cabinet selbst bereits im März d. J. als ausführbar bezeichnet, und es dürfte am Ende mehr eine verschiedene Ansicht über die Zusammensetzung und die Wahlart zu Grunde liegen, wenn dieser Vertretung der Name eines Volkshauses versagt worden ist. Die Mißdeutungen denen diese Erklärung bewußt und unbewußt unterzogen wurde, machen es um so wünschenswerther daß das kaiserl. Cabinet, soweit es ihm jetzt schon möglich ist, die Formen näher bezeichnen möge in denen es sich jene künftige Gesammtverfassung Deutschlands denkt. Indem der ergebenst Unterzeichnete sich der Hoffnung hingibt daß Ew. Durchlaucht in dieser ausführlichen und offenen Meinungsäußerung den aufrichtigen Wunsch der bayerischen Regierung erkennen die innigste Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland zu erhalten, glaubt er zugleich das Ersuchen um eine gefällige Rückäußerung darauf um so mehr stellen zu dürfen, als die weitern Schritte der bayerischen Regierung in der deutschen Verfassungsfrage dadurch wesentlich bestimmt werden können, und ergreift mit wahrem Vergnügen auch diese Gelegenheit um Ew. Durchlaucht den Ausdruck seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu wiederholen. Wien am 19 Juni 1849. (Gez.) von der Pfordten. Sr. Durchlaucht dem Hrn. Fürsten von Schwarzenberg k. k. Feldmarschalllieutenant und Minister der auswärtigen Angelegenheiten rc.

|| **München,** 2 Nov. Die Tribünen der Abgeordnetenkammer sind heute überfüllt: mindestens die deutsche Frage zeigt noch einige

Anziehungskraft. Um 10½ Uhr eröffnet Graf Hegnenberg die Sitzung. Vor Beginn der Discussion befrägt Dr. Rubner, Namens der Linken, den Minister des Aeußern: ob er nicht gewillt sey die Schwarzenbergische Antwort auf die nunmehr veröffentlichten bayerischen Noten mindestens in jener Weise mitzutheilen wie es durch mündlichen Vortrag im Ausschuß geschehen? Minister v. d. Pfordten lehnt dieß ab, da die Bekanntmachung sowohl der allgemeinen diplomatischen Discretion als dem gemeinsamen Interesse, Oesterreich und Deutschland zusammenzuhalten, zuwiderlaufe; übrigens sey jene Note im wesentlichen dilatorisch und aus dem Inhalt anderer Noten bekannt. Dr. Rubner legt, um den Inhalt der Note der Berathung mit zu unterstellen, Abdrücke aus jener Zeitung vor welche dieselbe kürzlich, und zwar wie Hr. Thinnes neulich als Ausschußvorstand versicherte, „correct“ veröffentlichte. Thinnes stellt eine solche bestimmte Versicherung als seinerseits nicht vorliegend in Abrede. Damit wird diese Vorfrage als erledigt erklärt, und der Präsident gibt die Namen von 8 bis 10 eingeschriebenen Rednern bekannt. Die Reihe eröffnete Frhr. v. Lerchenfeld; in einer längern staatsmännischen Rede billigt er die Thätigkeit des bayerischen Ministeriums, indem es weder der Frankfurter noch der Berliner Verfassung sich fügte, wohl aber die Convention vom 30 Sept. genehmigte. Ich muß es einem andern Berichterstatter überlassen Ihnen die ganze Reihe von Urtheilen und Erwägungen wiederzugeben die in diesem Votum enthalten waren und mit besonderer Schärfe sich gegen Preußen richteten. Das Endergebniß der Rede ist Beistimmung zum Majoritätsantrag, während der Hr. Redner selbst in seinen Schlußworten für die Gestaltung Deutschlands nur die traurige Hoffnung zu geben weiß daß sie sich einstens aus einem nationalen Unglück heraus entwickele.*) Dr. Bayer spricht gegen den Commissionsantrag, indem er vorzugsweise für die Volksvertretung das Recht zur Neugestaltung der deutschen Verfassung beansprucht. v. Hermann erklärt sich im Sinn des Commissionsantrags; die Ablehnung der Dreikönigsverfassung rechtfertigt der Redner aus dem alten Bundesrecht und durch eine gediegene Vorlesung über Handelspolitik und Zollverhältnisse; er rühmt das Verdienst der bayerischen Regierung schon im Mai die Errichtung einer neuen Centralgewalt angeregt zu haben; er sieht heute mehr als früher das Verhalten Oesterreichs gegen die Frankfurter Versammlung gerechtfertigt; nur auf dem Boden des österreichischen Rescripts vom 9 März werde sich die deutsche und österreichische Verfassung entwickeln. Den Beitritt des ganzen Oesterreichs zu Deutschland würde der Redner als ein so großes Glück für letzteres ansehen, daß das kleine Uebel verschiedene Sprachen im Parlament zu hören gar nicht dagegen in Betracht kommen könnte. Ein Directorium würde Gelegenheit geben vor Berufung eines allgemeinen Parlamentes durch ein specielles die Handels- und Verkehrsfragen zu regeln. Auf die „formelle“ Seite der deutschen Frage übergehend, anerkennt der Redner das Verdienst der Berliner Aufstellung, abgesehen von ihrem Inhalt, und befürwortet eine Octroyirung in der Art daß die Regierungen unter sich vereinbaren und die Genehmigung der einzelnen Kammern erholen. Die Berathung eines Verfassungsentwurfes durch ein Centralparlament scheint ihm unnöthig und unfruchtbar. Ohne besondern Antrag schließt der Redner mit dem Wunsche nach einer großdeutschen, die Zukunft offen lassenden Verfassung. Der folgende Redner Rebenac weist auf die Stellung Oesterreichs zu Deutschland von der entgegengesetzten Seite; Bayern müsse durch Beiziehung der Nationalvertretung verhüten daß die neue Centralgewalt zum oder hinter den alten Bundestag führe. Er schließt mit einem warmen Wunsche für Deutschlands Kräftigung von innen nach außen. Dr. Heine entwickelt in einem originell geistreichen, aber sehr weit ausholenden Vortrag seinen bereits mitgetheilten Separatantrag. Darauf folgt Professor Lassaulx, indem er der Macht und nicht der Rede den Entscheid der deutschen Frage vindicirt. Aus einem längern geschichtlichen Ueberblick zieht er die Lehre: nur in erhöhter specifischer Glaubenskraft bestehe der Anker nationalen Fortbestandes; darum Anschluß an Gesammtösterreich und seine frommen, wenn auch minder gebildeten Slaven. Nach 3 Uhr hat dieser Redner geendet, und es ertönt der Ruf nach Vertagung; die Kammer erhebt diesen Wunsch zum Beschluß. Morgen wird die Berathung fortgesetzt werden und Fürst Wallerstein als erster Redner auftreten.

— **München,** 2 Nov. Die eindringliche Sprache in den Noten des Hrn. v. d. Pfordten an Fürst Schwarzenberg scheint einen guten Eindruck zu machen, da sie ebenso kräftig die Bedeutung Oesterreichs für Deutschland als die Bedeutung Deutschlands für Oesterreich hervorhebt. Noch aber scheint ein sicheres Resultat der Abstimmung kaum vorzusehen.

*) Der Redner sagte nach der Lithogr. Münchn. Correspondenz: er ziehe eine traurige Wahrheit der Selbsttäuschung vor, nur in einem großen nationalen Unglück liege das Mittel die Staaten zu läutern um jener Opfer fähig zu werden welche Deutschland fordere.

Acht Deputirte der Mittelpartei (Paur, Weis, Nar, Neuffer rc.) haben für die morgige Sitzung einen besondern Antrag eingebracht, der in seinen Motiven hervorhebt wie Bayern nicht bloß zuschauen, sondern auch durch directes Handeln mitwirken müsse, daß die Frage in einer dem Nationalwillen entsprechenden Weise gelöst werde. Die Kammer solle daher die Erwartung aussprechen: „daß das Ministerium durch seine Maßregeln im allgemeinen, insbesondere durch baldige Vorlagen über die zugesicherten Verfassungsreformen den thatsächlichen Beweis liefere daß die kgl. Staatsregierung das constitutionelle Princip wahrhaft durchzuführen gemeint sey; daß dasselbe im möglichsten Verständnisse zunächst mit den bedeutenderen deutschen Mittelstaaten auf Grundlage einer wahrhaft deutschen Politik bezeichne und feststelle unter welchen Normen das deutsche Verfassungswerk, unter Mitwirkung der deutschen Nationalversammlung, zum Abschlusse zu bringen sey, und daß endlich dasselbe s. Z. die betreffenden Resultate der Kammer vorlege, welche unter allen Verhältnissen in dem Erstehen eines deutschen Bundesstaates allein auch die Erhöhung der politischen Bedeutung und der materiellen Wohlfahrt Bayerns erkennen kann, und zur Erreichung dieses hohen Zweckes die nöthigen Opfer nicht scheuen wird.“

K. Sachsen. Der Ausfall der Wahlen, soweit er bekannt ist, gibt in der ersten wie in der zweiten Kammer der conservativen Partei einen Vorsprung.

Thüringen. **Meiningen,** 28 Oct. Das neue Ministerium hat den Anschluß an das Dreikönigsbündniß ratificirt ohne die Zustimmung des Landtags abzuwarten.

Preußen. Die von Hrn. v. Radowitz vorgeschlagenen Abänderungen des Reichsverfassungsentwurfs (sagt ein Berliner Brief in der D. Z. finden weder im deutschen Verwaltungsrath noch in den preußischen Kammern Anklang. Kleinmüthigere als die neugewählten Benennungen ließen sich kaum erfinden. Die Reichsgewalt wird in „Vereinsgewalt,“ das Reichsoberhaupt in „Vereinsoberhaupt,“ der Reichsvorstand in „Vereinsvorstand“ umgetauft. Der König von Preußen soll Vereinsvorstand werden. Wer gleicht uns diesen Widerspruch zwischen Poesie und Prosa bei Potsdam aus! So sehr vorsorglich diese Abänderungen sind, hat der Reichstag doch aus lauter Bänglichkeit einen Namen erhalten der bei weitem eher anstößig gefunden werden könnte: „das deutsche Parlament.“ Wenn Bayerns erste Kammer die der Reichsräthe heißen kann, wenn in österreichischen officiellen Actenstücken von der dasigen „Reichsverfassung“ gesprochen wird, wenn in Preußen von 1840—1847 die „Reichsstände“ erheischt wurden, so kann wohl die Versammlung der Vertreter der Vereinigten Staaten Preußen, Hessen, Hannover, Baden, Sachsen, Thüringen, Nassau, Oldenburg, Mecklenburg, der Hansestädte, Braunschweig den Namen eines Reichstags und dieser Bundesstaat den Namen „Reich“ führen. Daß dieses Wort anticipirt, ist kein Fehler, sondern ein Vorzug, der übrigens keine Ausschließung enthält. Soweit betreffend die Abänderungen des Wortlauts, aber auch eine weit erheblichere sachliche Veränderung schleicht sich ein. Während auf die hannoverische Rechtsausführung Preußen in seiner Erwiderung ausdrücklich die Fortdauer der Bundesverfassung als eines organischen Ganzen geleugnet und als Consequenz für den engern Bund das altpreußische Recht über Krieg und Frieden vindicirt hat, ist unter den vorgeschlagenen Abänderungen zu lesen: daß der „Vereinsvorstand“ nur gemäß dem Bundesrecht über Krieg und Frieden entscheidet, das heißt selbständig gar nicht. Das hieße, der Bundesstaat wäre mediatisirt; das hieße z. B. Oesterreich allein könnte die schleswig-holsteinische Sache austragen. Es ist Pflicht der Presse auf diesen alles mitbedingenden Punkt, der so gleichsam unter der Hand hervorgesprungen ist, die allgemeine Aufmerksamkeit der Staatsmänner zu lenken.

§ **Berlin,** 30 Oct. Der Minister des Innern machte der zweiten Kammer in ihrer heutigen Sitzung eine Vorlage, worin das Ackerbauministerium auf Bewilligung eines Credits von etwa 108,000 Thlrn. anträgt, damit es der Melioration eines zwischen der obern Ems und der Lippe gelegenen, zwei Quadratmeilen großen Heidelandes die Beihülfe des Staates leisten könne. Die Kammer überwies die Vorlage einer aus Mitgliedern der Agrar- und der Finanzcommission zu bildenden Commission und ging dann zur Berathung der Art. 38 und 39 der Verfassung über, die von der Aufhebung der Lehen und der Familienfideicommisse handeln und die Ausnahmen bezeichnen. Die Commission beantragt daß die Artikel angenommen und nur dem erstern der von der ersten Kammer genehmigte Zusatz angefügt werde: „Auf Familienstiftungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.“ Ein Amendement des Abg. v. Werdeck verlangt die Streichung der beiden Artikel. Ein zweites, von dem Abg. v. Rohrscheidt, will den Art. 38 so gefaßt wissen: „Die Lehensherrlichkeit ist aufgehoben und die Errichtung neuer Lehen verboten. Ueber die Fortdauer bestehender Familienstiftungen und Fideicommisse wird ein

Gesetz das Nähere bestimmen." Ein drittes, von Ebert, schlägt vor zu sagen: „Die Aufhebung von Lehen und die Beschränkung von Familien-Fideicommissen, soweit dieselben durch das volkswirthschaftliche Interesse erfordert werden, wird durch das Gesetz geordnet." Aus der Discussion ist wenig auszuheben. Die Gegner des Commissionsantrags suchen zu beweisen daß durch Art. 38 ein bestehendes Recht aufgehoben werde ohne hinreichenden Grund und im Widerspruch mit den Art. 8 und 40 der Verfassung, welche die Unverletzlichkeit des Eigenthums aussprechen und dem Eigenthümer die freie Verfügung über dasselbe zuerkennen. Sie warnen vor den Folgen einer unendlichen Theilbarkeit des Grundes und Bodens und vor den socialistischen Consequenzen einer Beschränkung des Eigenthums. Graf Schwerin erklärt sich für das Amendement von Rohrscheidt. Er bemerkt, er habe das Wort nicht ergriffen weil er glaube über diesen Gegenstand etwas neues sagen zu können, sondern um dem Wunsche einiger Freunde nachzukommen, die hierin mit ihm einerlei Meinung seyen. Es frage sich ob ein Recht welches bisher bestanden habe, aufgehoben, und ob diese Bestimmung in die Verfassung aufgenommen werden solle. Die Nothwendigkeit davon könne er nicht einsehen. Die Gleichmacherei sey eine Feindin der politischen Freiheit; dieser sey es entgegen wenn das freie Verfügungsrecht über das Eigenthum da eingeschränkt werde wo es das öffentliche Wohl nicht erfordere; und in Preußen erfordere das öffentliche Wohl zwar die Aufhebung der Lehen, aber nicht der Familienfideicommisse, durch welche immer nur ein sehr kleiner Theil des Grundbesitzes festgelegt werde. Die Vertheidiger der Artikel (Müller von Siegen und Reichensperger) erinnern daran mit welcher Freude die Aufhebung der Fideicommisse in den Rheinlanden aufgenommen worden sey; sie führen aus wie die Fideicommisse dem wahren Geist der Zeit entgegen und der Cultur des Bodens nachtheilig wären. Reichensperger leitet das Unglück der Bevölkerung Irlands von dem gebundenen Grundbesitz her, und fügt hinzu in England habe derselbe die Folge gehabt daß das ganze Land in den Händen weniger sey, und daß auf dem Lande nur noch ⅓ der Bevölkerung lebe, das größtentheils aus Besitzlosen bestehe. Der Berichterstatter Simson widerlegt die Behauptung daß die Artikel 8 und 40 mit dem Art. 38 im Widerspruch stehen, indem er anführt daß durch das Verbot der Fideicommisse das Eigenthum nicht verletzt, sondern nur bestimmt werde daß keinem der gebührende Theil davon entzogen werden solle. Gegen die Behauptung daß die Antipathie gegen die Fideicommisse ein Product der letzten Jahre sey, führt er die französische Gesetzgebung und den wesentlichen Schöpfer des preußischen Landrechts, den nicht genug anerkannten Suarez an, der in seinen „Vorbemerkungen" die bedenklichen Folgen der Fideicommisse genau bezeichnet habe. Die Amendements werden verworfen; das von Ebert in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 103 Stimmen (worunter auch die Minister des Innern und des Handels, die sich consequent für die Amendements der Rechten erhoben). Zuletzt wird der Commissionsantrag mit großer Mehrheit angenommen; auch die Minister stimmen dafür.

Am 31 Oct. nahm die zweite Kammer den Art. 40 der Verfassung an, welcher die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Gewährleistung der Ablösbarkeit der Grundlasten ausspricht. Auch der Zusatz der ersten Kammer fand Annahme, wonach für die todte Hand Beschränkungen des Rechts Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen zulässig sind.

⁝ **Berlin,** 31 Oct. Hr. v. Radowitz, dessen Thätigkeit in der deutschen Verfassungsfrage nur von den für seine Wirksamkeit in Frankfurt nothwendigen Vorbereitungen unterbrochen wird, wird morgen von Sanssouci zurückerwartet, da in der ersten Kammer eine Interpellation über die letzten Regierungsvorlagen bevorsteht. Dieselbe soll sich dem Vernehmen nach auf folgende Punkte beziehen: ob bezüglich der zu bildenden Bundescommission zu erwarten sey daß alle Regierungen ihre Zustimmung geben? Ob von Seite Hannovers und Sachsens nachträgliche Erklärungen erfolgt oder zu erwarten seyen? Ob eine Erklärung Oesterreichs vorhanden sey über das Recht Preußens während des Bestehens der provisorischen Centralgewalt mit Bildung des Bundesstaats vorzugehen? Ob die Regierung die Absicht hege während des Reichstags zu Erfurt gleichzeitig auch die preußischen Kammern tagen zu lassen? Endlich sollen auch noch Bedenken gegen die jetzige veränderte Fassung des §. 67 des Verfassungsentwurfs für den Bundesstaat geltend gemacht, und eine Angelegenheit zur Sprache gebracht werden, welche in der letzten Zeit oft in der Presse berührt worden ist, nämlich das Verhältniß des bisherigen Bundeskriegsrechts zu den Verträgen Preußens mit den kleineren Staaten, behufs des Anschlusses der Truppencontingente. — Noch immer ist von Seite Dänemarks nichts zur Einleitung der Friedensunterhandlungen geschehen, und Frhr. v. Pechlin, der außerordentliche dänische Gesandte, verläßt, wie ich höre, sogar in diesen Tagen Berlin um nach Kopenhagen zurückzukehren. Die Fregatte Eckernförde soll in jedem Falle in Preußens Gewahrsam gebracht werden; der Widerspruch seitens der frühern provisorischen Centralgewalt ist in dieser Hinsicht aufgegeben.

Oesterreich. — **Wien,** 30 Oct. Die heutige Wiener Ztg. enthält den Vortrag des Finanzministers über die schon länger projectirte neue Einkommensteuer, und zugleich die technischen Verfügungen in Betreff ihrer Erhebung für das Verwaltungsjahr 1850. Die Motion schließt sich der großen Reihe von Begründungen mit welchen neuerdings die österreichischen Minister ihre mannichfaltigen tief eingreifenden Reformen dem Kaiser wie dem Volk vorzulegen pflegen, würdig an; die Wissenschaft legt in ihnen den Chormantel des Katheders ab, sie kleidet sich in ein staatsmännisches Gewand, und dürfte in dieser Gestalt nicht ohne Einfluß auf die Abstraction bleiben. Der Minister sagt bei diesem Vorwort zu seiner Steuerveränderung: „Ein Gebot dreifacher Nothwendigkeit fordert den gegenwärtigen Zustand nicht länger in seiner bisherigen Gestalt zu belassen. Es ist dieß ein Gebot der Gerechtigkeit, die darauf dringt daß an der Tragung der Staatslasten alle Arten des Einkommens in gleichmäßigem Verhältniß theilnehmen, was bei dem bestehenden System der directen Besteuerung nicht vollständig der Fall ist. Es ist dieses ein Gebot der materiellen Nothwendigkeit, indem die außerordentlich gesteigerten Bedürfnisse des Staats gebieterisch fordern daß alle Quellen des Staatseinkommens zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben im ergiebigen Maß benutzt werden. Es ist dieses endlich ein Gebot richtiger staatswirthschaftlicher Berechnung welche, zu einer Zeit wo die Kräfte der Steuerpflichtigen im gesteigerten Maß in Anspruch genommen werden müssen, deutlich erkennen läßt daß die erhöhten Summen leichter ohne Störung des Wohlstands eingebracht werden können wenn man die Last auf alle Arten Einkommen vertheilt, und dadurch für diejenigen die bisher allein in Anspruch genommen wurden, den sie betreffenden Theil minder hoch bestimmt als es ohne die Benützung der bisher weniger oder gar nicht direct besteuerten Quellen des Volkseinkommens möglich wäre." Dabei treten nun zwei Arten von Schwierigkeiten der Besteuerung des ganzen Einkommens entgegen: nämlich einmal die allgemeinen, die außer Großbritannien keine Regierung bei Durchführung leicht überwunden hat, und zweitens die speciell österreichischen, indem der Kaiserstaat ein ausgebildetes folgerechtes System der directen Besteuerung besitzt, das mit Vorzügen ausgestattet ist, zugleich jedoch auch an Mängeln leidet, und deßwegen zwar verbessert aber nicht ganz beseitigt werden soll. Abgesehen von diesen Verhältnissen ist außerdem die wichtigste Schwierigkeit für das Ministerium darin gelegen daß die Zeit zum unmittelbaren Handeln drängt, jedoch ein Reichstag nicht versammelt ist, man daher bei den Anordnungen die vorgeschlagen werden, sich innerhalb der Gränzen des dringend Nothwendigen einschließen muß, und den Zuwachs an Aufklärungen, Gründlichkeit und Entschiedenheit entbehrt, den die Berathungen und Beschlüsse des Reichstags verleihen. Diesen Schwierigkeiten gegenüber kann das provisorische Gesetz nicht so weit reichen als ein definitives, das von dem Reichstag geprüft und angenommen worden wäre; das erstere würde durchaus unrichtig beurtheilt, wenn man solches als ein vollständiges mängelfreies betrachten wollte. Im Gegentheil dasselbe kann und soll nur eine Uebergangsmaßregel bilden die dem Nothwendigsten Genüge leistet, und deren wichtigster Werth nicht so sehr in der Begründung einer bleibenden Einrichtung als vielmehr in der Vorbereitung und Erleichterung eines umfassenden Gesetzes bestehen dürfte, eines Gesetzes das bei den verwickelten Verhältnissen, die in das Auge gefaßt und mit Einsicht vermittelt werden müssen, nur aus dem Zusammenwirken sämmtlicher Zweige der gesetzgebenden Gewalt hervorgehen kann." Der Minister setzt weiter auseinander, wie bei dem Bestand einer Gewerbe- und Grund- und Gebäudesteuer nur zwei Arten Rente erreicht werden könnten, nämlich das Einkommen aus der Arbeit und jenes des Capitals; aber daß selbst diese bisher nicht in angemessener Weise herangezogen worden, indem viele Arbeitszweige frei ausgingen, und bei dem Kauf einer Realität die darauf fallende Steuer schon stets in dem Kaufpreis berechnet sey, so daß die aus der Benutzung derselben entspringenden Zinsen ebenfalls nicht getroffen seyen. Zur Belastung des Gesammteinkommens gibt es nun zwei Wege, indem man entweder die in Bausch und Bogen angegebenen reinen Einkünfte berechnet und meistens damit eine progressive Besteuerung verbindet, oder die Steuerbemessung vornimmt, getrennt nach den einzelnen Unternehmungen und Ertragsquellen des Steuerpflichtigen, und nicht vereint für das Gesammtvermögen und den Gesammterwerb desselben. Das Steuerausmaß ist nach diesem System in der Regel ein gleiches für alle Arten des Einkommens und für alle Steuerpflichtigen. Dieses letztere, sogenannte englische System, bekanntlich von Lord Greenville 1807 in Großbritannien zuerst eingeführt, soll fortan in Oesterreich Platz greifen. Ist es auch unter den gegenwärtigen Umständen nicht ausführbar, dieses System in seinem ganzen Umfang auf Oesterreich anzuwenden, so glaubte doch der Ministerrath dasselbe in der Hauptsache als Leitfaden festzuhalten, und nach Möglichkeit den Verhältnissen anzu-

passen. Dieser Ansicht folgend schien es das einfachste und zugleich zweckmäßigste die Zinsen von dem Verkaufspreis der Realitäten durch einen Zuschlag der Grund- und Gebäudesteuer von 1/3 d. i. beiläufig mit 5 Procent zu belegen, und für die mit hypothecirten Schulden belasteten Realitäten die Uebertragung der Steuer von dem Theil des Ertrags den die Hypothekargläubiger durch die Zinsen beziehen, auf die letztern den Parteien selbst dadurch zu überlassen daß der Eigenthümer der Realität berechtigt wird seinem Gläubiger die Steuer von den Zinsen in Abzug zu bringen. Uebrigens beträgt die Einkommensteuer nur einen so mäßigen Theil des Zinsbezugs, daß es, weil dieselbe vorübergehend, nur für ein Jahr gefordert wird, durchaus nicht wahrscheinlich ist es werde deßwegen die Aufkündigung der hypothecirten Capitalien in ausgedehntem Maße erfolgen. In Verbindung mit diesen Betrachtungen ist der Gesetzentwurf dahin gerichtet alle andern Zweige des Einkommens, außer jenem von den hypothecirten Capitalien, soviel möglich einer ebenmäßigen Besteuerung zu unterwerfen, und dadurch einer Störung in der bisherigen Anlegung und Bewegung des Capitals zu begegnen. Diese Zweige des Einkommens zerfallen in drei Classen, deren eine die Rente der Arbeit allein, die andere die Benützung des Capitals allein, und die dritte den Erwerb der Capitalbenützung durch die Arbeit und vereint mit dem Ertrag der letztern umfaßt. In den Grundsätzen der Einkommensteuer ist es jedoch gelegen daß dieselbe nicht bis zu dem geringsten Maß des Einkommens herabsteigt. Diesem Grundsatz entsprechend wird vorgeschlagen: in der ersten Classe eine sehr große Zahl kleiner Gewerbtreibender welche in die unterste Classe der Erwerbsteuer gereiht sind, in der zweiten Classe nebst den Bezügen der im activen Dienst stehenden Soldaten und Officiere, dann der Mendicanten, und einiger Erziehungs- oder Wohlthätigkeitsanstalten, einen Jahresbezug der 600 fl. nicht überschreitet, endlich in der dritten Classe nebst den Zinsen von den Einlagen in Sparcassen ein Einkommen von 300 fl. von der Einkommensteuer gänzlich frei zu lassen. Und ebenso wird rücksichtlich der Capitalsrente dieselbe Berechtigung die den Eigenthümern der Hypothek in dem Verhältniß zu ihren Gläubigern ertheilt wurde, auch für die Handels- und Gewerbsunternehmungen vorgeschlagen. Außerdem ist beschlossen: daß ein Unterschied zwischen dem Einkommen das ausschließend oder doch überwiegend die Frucht des persönlichen Erwerbs ist, und anderem Einkommen bei welchem die Verzinsung eines Capitals das Vorwaltende ist, festgehalten werden muß. Nur für die letztere Art soll über die Gränze des »no egoat« hinaus eine progressive Heranziehung nach Art des preußischen Entwurfs stattfinden. Für die Einkommenszweige der zweiten Art hingegen kann übereinstimmend mit dem Grundsatz der brittischen Einkommensteuer nur ein gleiches Procent angenommen werden. Mit der Einführung der Einkommensteuer hätte dann die besondere Besteuerung aufzuhören welcher die Bezüge der Beamten, ihrer Angehörigen und der geistlichen Personen mit dem Circular vom 19 Jun. 1848 unterworfen wurden. Uebrigens gilt der vorliegende Entwurf nur für die Kronländer in denen die Erwerbsteuer eingeführt ist. Man behält sich die Anträge vor ob und in welcher Art die Einkommensteuer in den übrigen Kronländern einzuführen sey. Der Kaiser hat, wie wohl nicht mehr hinzugefügt zu werden braucht, dem Plan des Ministers seine Genehmigung ertheilt.

Der Ostdeutschen Post entlehnen wir folgende biographische Skizze: „Karl v. Schönhals ist im Jahre 1788 zu Braunfels in Preußen geboren, trat im Nov. 1807 als Cadet in das Jägerregiment Nr. 64, kam, nach der Auflösung desselben in 9 selbständige Jägerdivisionen, zur zweiten Division, avancirte daselbst zum Unterlieutenant, machte als solcher den Feldzug vom Jahr 1809 mit, wo er bei Aspern schwer verwundet wurde, ward 1813 zum Oberlieutenant und im Februar 1814 zum Hauptmann in das italienische Freicorps unter Baron Schneider befördert. Bei der Schlacht von Dresden wurde der Oberlieutenant Schönhals schwer verwundet. Nach Beendigung der Feldzüge 1813 und 1814 war Schönhals bei dem 6ten Jägerbataillon eingetheilt, kam im Jahre 1821 in gleicher Eigenschaft zum 8ten Jägerbataillon, mit welchem er dem Feldzuge gegen die neapolitanischen Insurgenten beiwohnte, und ward im Anfange des Jahrs 1829 zum Major bei dem Infanterieregiment Prinz Hohenlohe Nr. 17 und Generalcommando-Adjutanten in Verona ernannt. Im September 1830 war Schönhals zum Oberstlieutenant und Generaladjutanten des Generals der Cavallerie Baron Frimont ernannt, kam hierauf in derselben Eigenschaft zum Feldmarschall Graf Radetzky, ward im Jahr 1832 zum Obersten befördert und erhielt das Commenthurkreuz des herzogl. parmaischen Constantin-St.-Georg- und des päpstlichen St. Georg-Ordens. Am 15 Jun. 1838 zum Generalmajor ernannt, war Schönhals als solcher mit der Leitung der Geschäfte des Generaladjutanten beauftragt, und demselben in Anerkennung seiner bisher geleisteten trefflichen Dienste das Ritterkreuz des österreichischen Leopoldordens verliehen. Auch von andern fremden Mächten war er mehrfach ausgezeichnet worden. So erhielt er 1839 das Ritterkreuz des päpstlichen Christus-Ordens, 1846 den kais. russischen Stanislaus- und den Lucca'schen Militär-St.-Georg-Orden erster Classe. Mit 12 April 1846 war Schönhals zum Feldmarschall-Lieutenant in seiner Anstellung ernannt. Bei der Katastrophe in Mailand im März 1848, sowie in den ewig denkwürdigen Feldzügen von 1848 und 1849 gegen die mit den italienischen Insurgenten vereinigten Piemontesen war der Generaladjutant Feldmarschall-Lieutenant Schönhals stets an der Seite des Feldmarschalls Radetzky; er erhielt für seine Leistungen in jener ernsten Zeit neue Auszeichnungen.“

△ **Wien,** 31 Oct. Die Wiener Ztg. veröffentlicht heute den Erfolg der Mission des Generals Hauslab nach Widdin, sowie die von demselben erlassene Proclamation. Im Angesicht der heftigen Beschuldigungen der gesammten europäischen Presse über das Vorgehen in Ungarn ist es besondere Pflicht der öffentlichen Organe auch der humanen Zurückberufung dieser Flüchtlinge Erwähnung zu thun. Ihr Blatt hat zuerst die besonders von der perfiden englischen Presse vorgebrachten romantischen Schilderungen der türkischen Urbanität und Gastlichkeit auf die nackte Darstellung des Thatbestands reducirt und, wie wir aus der Wiener Ztg. ersehen, ganz richtig dargestellt. Seit gestern bildet begreiflicherweise der ministerielle Vortrag und das Resultat desselben — die Einkommensteuer — den Gegenstand aller Gespräche, und es ist merkwürdig welchen Fortschritt urplötzlich die radicalen Ideen auf der Börse gemacht haben. Die kaufmännische Welt im allgemeinen hat zwar nichts gegen diese Besteuerung; aber die reichen Geldmänner werden nun auch ihr Scherflein zu den Staatslasten beitragen müssen! Sie kennen Feldmarschall Radetzky's Proclamation an die Lombarden, worin er sie in seiner gewöhnlichen Kernsprache auffordert sich mit Zutrauen an Oesterreich anzuschließen, um die liberalen Institutionen des Gesammtreiches zu genießen. Er selbst habe sich das Motto Verzeihung und Vergessenheit gewählt, und denke deßhalb an keine der ihm erfahrenen Unbilden. Das ganze Actenstück athmet Versöhnlichkeit. Wann wird die Zeit kommen wo die heißblütigen Welschen sich mit Oesterreich befreunden werden?

dt **Wien,** 31 Oct. Zu der silbernen Hochzeit des Erzherzogs Franz Karl und der Erzherzogin Sophie erwartet man hier die Königinnen von Preußen und Sachsen als Gäste. Die „Preßburger Ztg.“ brachte heute einen Gnadenact des Generals Haynau, wodurch 56 Personen der Haft und Bestrafung entzogen werden, auch sind Nachrichten von Pesth hier daß wirklich eine Verfügung dort eingetroffen sey die Vollstreckung der Todesstrafe gegen politische Verbrecher nicht mehr stattfinden zu lassen. Spät kommt sie, doch sie kommt! Gestern wurde zum erstenmal Laube's Struensee in der Burg aufgeführt. Das Haus gefüllt zum Ersticken. Auch darf der Dichter sich nicht über die Dankbarkeit der Wiener beschweren, er wurde wiederholt gerufen, nur der fünfte Act blieb ohne Wirkung was dem ästhetischen Geschmack des Publicums keine Schande macht. Uebrigens war die Vorstellung ein politisches Ereigniß, denn es kamen einige starke Tendenzapplause vor z. B. bei den Worten „Ich mag nicht auf das Volk schießen lassen weil es wider mein Gefühl streitet.“ Das Publicum des Burgtheaters welches der höhern Bourgeoisie angehört, war seit zwölf Monaten von untadelhaft „guter“ Gesinnung, und daher hat der Vorfall einiges Aufsehen gemacht. In den Vorstadttheatern sind solche Dinge tägliche Erscheinungen, ja wir haben hier sogar eine Eintheilung der Theater nach politischen Farben. Das Publicum welches in der olympischen Höhe thront ist radical im richtigen Verständniß des Wortes, auch verhehlt man das gar nicht. Hr. Heinrich Laube scheint wirklich Aussicht zu haben die Dramaturgenstelle am Burgtheater zu erhalten, indessen ist bis jetzt nur soviel gewiß daß noch nichts gewiß ist.

** **Wien,** 30 Oct. Das hohe Fest der silbernen Hochzeit Ihrer kais. Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie und des Erzherzogs Franz welches den 4 November begangen wird, wird eines der glänzendsten seyn. Groß sind die Anstalten welche sowohl in Schönbrunn als auch im kais. Lustschlosse zu Hetzendorf getroffen werden. Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter ist bereits eingetroffen,*) und auch der Erzherzog Ludwig und die meisten Mitglieder des Kaiserhauses sollen ankommen um diesem schönen Feste beizuwohnen. Hohe Gäste werden vom bayerischen und sächsischen Hofe erwartet. — F.M.L. Graf Hoyos-Sprinzenstein, früherer Obercommandant der Wiener Nationalgarde, verschied vorgestern auf seinem Gute Horn. Der edle Graf, geachtet von allen die ihn genau kann-

*) Nach Mittheilungen aus Salzburg war es die Freifrau Sturmfeder, nicht die Gräfin Khevenhüller, welche bei dem neulichen Umwerfen des Wagens J. M. der Kaiserin-Mutter verletzt wurde.

ten, hatte das Unglück bei einem Spazierritte vom Pferd zu stürzen, und erlitt dadurch eine heftige Erschütterung, die den Tod herbeiführte.

* **Aus Tirol,** 30 Oct. Während man in Bayern daran war den genialen Fallmerayer, den wir hier zu Lande noch mit Stolz den unsern nennen, mit Steckbriefen zu verfolgen, berief man ihn in Wien an die dortige Universität. Sie lächeln wohl darob, und denken kopfschüttelnd an seine gewappnete Vorrede in den Fragmenten und sein Ausharren bei der Frankfurter Versammlung bis zu ihrer Auflösung. Im constitutionellen Oesterreich übersah man aber diese Meinungsverschiedenheit wenigstens dießmal, und brachte trotz dieser Legirung den Goldgehalt in Anschlag; unsere Lehr- und Lernfreiheit soll nicht zur Illusion werden. Leider stellte der Fragmentist solche Bedingungen für seinen Eintritt die unsere Hoffnungen mehr als schwankend machen. Wir bedauern dieß wie einen großen Verlust, denn der Eintritt dieses freien und unabhängigen Geistes in den Lehrkörper des österreichischen Kaiserstaats, welch letzterm er durch seine Geburt als Tiroler angehört, gälte uns als ein glückverkündendes Vorzeichen für die Zukunft. (Irren wir nicht, so wurden die österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung, die mit nach Stuttgart gingen, im Oesterreichischen durchaus keiner Verfolgung unterworfen.)

Oesterreichische Monarchie.

= **Preßburg,** 29 Oct. Feldzeugmeister Frhr. v. Haynau kam gestern Vormittag hier an, und setzte heute seine Reise nach Pesth fort. Dem Vernehmen nach soll derselbe für alle minder angeschuldigten politischen Gefangenen in Ungarn Amnestie gebracht und gleich hier in Preßburg den Anfang damit gemacht haben 52 Civilpersonen, die in den hiesigen Militärgefängnissen saßen in Freiheit setzen zu lassen. Auf dem vorgestern von Pesth angekommenen Dampfboot befanden sich viele Civilgefangene, darunter auch der Bischof von Neusohl und Graf Zelinski, welche unter militärischer Escorte nach Theresienstadt abgeführt werden, woselbst sie ihre Strafzeit abzubüßen haben.

= **Preßburg,** 30 Oct. Meine gestrige Mittheilung bezüglich einer Amnestie für politische Civilgefangene leichterer Kategorie bestätigt sich. Vom hiesigen Militär-Districtcommando wird soeben folgender Erlaß veröffentlicht: „Se. Exc. der Hr. Feldzeugmeister und Armee-Obercommandant in Ungarn, Frhr. v. Haynau, hat sich während seines Aufenthalts allhier auch über den Stand der beim hiesigen Kriegsgerichte wegen politischer Vergehen im Zuge begriffenen Untersuchungen Bericht erstatten lassen. Nach mit gewohntem Scharfblicke bewirkter Erwägung der Umstände hat derselbe sich bewogen gefunden eine bedeutende Anzahl der minder gravirten Arrestanten aus dem Civilstande durch ausgesprochene Abolition straffrei zu entlassen und diesen Gnadenact zugleich auf jene wegen gleicher politischer Vergehen bereits abgeurtheilten und in der Strafe befindlichen Individuen auszudehnen, insofern das über letztere verhängte Strafausmaß die Dauer einer einjährigen Arrestirung nicht überschreitet. Die an dieser huldvollst ausgesprochenen Strafnachsicht Betheiligten werden ohne Zweifel, diesen Gnadenact würdigend, sich eifrigst bestreben fortan durch treue Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten die frühern Verirrungen zu sühnen. Uebrigens werden — wenn wider besseres Vermuthen etwa noch Vergehen politischer Art vorkommen sollten — diese nach den in voller Kraft bleibenden Kriegsgesetzen geahndet werden. Preßburg, 29 Oct. 1849. Wie schon erwähnt soll dieser Gnadenact des Hrn. Obercommandanten auf ganz Ungarn ausgedehnt werden.

Großbritannien.

London, 29 Oct.

Das (früher erwähnte) tausendjährige Jubiläum der Geburt Alfreds des Großen ward am 25 Oct., als dem muthmaßlichen Tage seiner Geburt im J. 849, wirklich in Wantage, seinem Geburtsort in Berkshire, gefeiert, und fand lebhafte Theilnahme. Das Städtchen war geschmackvoll geziert mit Fahnen, Kränzen u. s. w., und man zog in Procession nach dem in der Nähe befindlichen „Alfreds-Brunnen," wo man glaubt daß eine Burg der Sachsenkönige gestanden. Rüstige altenglische Spiele wurden gespielt, dann folgte ein Banket im Alfred's Head Inn; denn in diesem Ort heißt alles nach Alfred. Man beschloß eine Geldzeichnung zur Erweiterung der alten lateinischen Schule in Wantage, welche fortan König Alfreds-Collegium heißen soll. Auch ward eine Münze auf den „Aeltervater der englischen Freiheit" geschlagen.

Die neue Repeal-Agitation in Irland, unter John O'Connells Auspicien, ist ein todtgebornes Kind. Man hält nach früherer Weise Montagsversammlungen in der Versöhnungshalle in Dublin, aber sie sind sehr schwach besucht, und die Geldbeiträge fließen gar spärlich. Die katholische Geistlichkeit auf deren Unterstützung O'Connell der Sohn vorzugsweise gerechnet, zeigt sich lau, und mehrere angesehene Mitglieder derselben haben ausdrücklich erklärt daß sie mit der Politik weiter nichts zu schaffen haben wollen.

: **London,** 30 Oct. Königin Victoria ist genesen, ihre Aerzte rathen aber daß sie noch einige Tage das Zimmer nicht verlasse. Darum erfolgte heute die Einweihung der neuen Kohlenbörse (coal exchange) — sie liegt in einem engen und ziemlich schmutzigen Bezirk der City, nahe an der Themse — nur durch den Prinzen Albert, welchen der siebenjährige Prinz von Wales begleitete. Es war ein großer Aufzug zu Wasser, und die städtischen Behörden zeigten sich in vollem Glanz. Auch Lord J. Russell mit mehreren Ministern war anwesend. — Die Freihandelspresse ist voll Jubel über die wichtige Nachricht aus den Vereinigten Staaten (s. die gestrige Allgem. Zeitung.) — Seit mehreren Tagen ist in London kein einziger Cholera-Fall mehr vorgekommen. Auch in Schottland ist die Seuche ganz verschwunden.

Frankreich.

Paris, 30 Oct.

Die Journale melden die Ernennung des Abbé de Dreux-Brézé, Canonicus und gewesenen Generalvicars von Paris, eines Freundes des verstorbenen Erzbischofs de Quelen, zum Bischof von Moulins. Der Ami de la Religion rühmt unter den Verdiensten des neuen Prälaten die ihn zu seinem hohen Beruf befähigen, auch seine bewunderungswürdige Hingebung für die arbeitenden Classen.

Die aus Pariser Arbeitern in Algerien vorm Jahr angelegten Colonien scheinen keinen ordentlichen Fortgang zu haben. Seit einiger Zeit klagen die französischen Blätter daß viele der improvisirten Ansiedler die Niederlassungen verlassen, und nun meldet der in Algier erscheinende Atlas daß auf Befehl des Generalstatthalters auf einmal über hundert ausgewiesen worden sind. Die Oppositionspresse macht deßhalb dem Kriegsminister General Rullière Vorwürfe, der überhaupt nicht in großer öffentlicher Gunst zu seyn scheint. Der in der Nationalversammlung gestellte Antrag dem Kriegsministerium einen consultativen Rath zur Seite zu stellen, wird von vielen als ein Mißtrauensact gegen den jetzigen Kriegsminister betrachtet. Dieser Antrag, der von den Generalen Achard, de Grammont, de Chasseloup-Laubat, Tartas, Gourgaud, Fabrier und d'Ornano ausgeht, verlangt eine Behörde die aus sechzehn Divisionsgeneralen (vier von jeder Waffe) fünf Brigadegeneralen, davon zwei vom Fußvolk, einem Staatsrath der nicht Militär ist, einem Militärintendanten und einem Oberarzt besteht, deren Mitglieder je auf 2 Jahre von dem Präsidenten der Republik ernannt werden und die unter dem Vorsitz des Kriegsministers ihre Sitzungen hält. — Batna soll zum Deportationsort für die Junius-Insurgenten von Belle-Isle bestimmt seyn.

Der Belagerungsstand wird sobald noch nicht aufhören — dieß ist der kurze Inhalt der Erklärungen des Ministers des Innern auf die Interpellationen. Einer der Hauptgründe ist die Anwesenheit französischer Flüchtlinge in Genf, und die Gefahr wenn es ihnen im Zusammenwirken mit den Genfer Radicalen gelingen sollte bei den bevorstehenden Wahlen zum großen Rath der demokratischen Partei den Sieg zu verschaffen. Die kleine Republik Genf flößt der großen französischen Republik Besorgnisse ein! Dieser Grund wurde von der Majorität sehr plausibel gefunden, überhaupt scheint Hr. Dufaure, nach dem stürmischen Beifall zu schließen den seine entschiedene Sprache gegen die Bergpartei fand, seine Ministerstellung bei dieser Gelegenheit befestigt zu haben. Die Departements Loire, Drôme, Isère und Ain haben das Belagerungsgesetz, nicht weil in ihnen ein Aufstand war, sondern weil im Rhone-Departement, in Lyon einer war, wo sie angränzen, und das Ain-Departement noch insbesondere wegen der Nähe von Genf — ein Mitglied, Hr. Raymond, hatte spottend bemerkt was man diesen Departements vorwerfe, sey ein bis jetzt unbekannt gewesenes Verbrechen, ein geographisches Verbrechen, ein Verbrechen der Nachbarschaft. Heute haben neue Interpellationen statt, sie betreffen Algerien. Dieses Land ist gegenwärtig wieder da und dort Schauplatz kriegerischer Bewegungen. Nicht ohne einige Besorgniß sieht man den Nachrichten von der Expedition gegen die Oase von Zaatscha entgegen, welche General Herbillon mit 8000 Mann, bis zum 13 Oct. erfolglos, angegriffen hat. Ein kleines berberisches Dorf scheint die Franzosen zu einer förmlichen Belagerung zu nöthigen.

. **Paris,** 30 Oct. Die ministerielle Krisis ist jetzt näher als je. Die Majorität ist über die Zumuthung den Unterrichtsminister Hrn. v. Falloux durch ein Mitglied des Tiers-Parti zu ersetzen und so die ganze Gewalt in den Händen einer Fraction von etwa 40 Mitgliedern zu concentriren so aufgebracht daß sie nicht mehr mit dem Eintritt des Hrn. Vatimesnil

oder Beugnot sich begnügen will, sondern ernstlich auf den Sturz des ganzen Ministeriums hinarbeitet. Abgesehen davon daß die Majorität aus der schwankenden und unsichern Politik herauszukommen denkt, drängt persönlicher Groll gegen den Minister des Innern und ein wenig auch gegen eine noch höherstehende Person zu der Krisis hin. Hr. Dufaure hat so auffallend die gekränkte Eigenliebe des Präsidenten der Republik durch den Bericht des Hrn. Thiers über die römische Frage ausgebeutet, und Louis Bonaparte neigte so sehr dem Minister des Innern sein Ohr selbst auf die Gefahr hin mit der Majorität zu brechen, daß diese stark in Versuchung gekommen jetzt, nachdem man über den Gegenstand des Zwiespalts sich geeinigt hatte, einen andern Zankapfel aufzulesen und in Hrn. Dufaure dem Präsidenten zugleich eine Lection zu geben. Der Minister des Innern hat nämlich über 100 Unterpräfecten, deren Anstellung sich aus den Zeiten Ledru-Rollins oder Cavaignacs herschreibt, auf ihren Posten gelassen. Diese Beamten flößen der Majorität wenig Vertrauen ein, sie sollen in der That den Rothen oder Socialisten vieles durch die Finger sehen, sie sogar in ihrer Propaganda unterstützen. Diese Beschwerden sind ziemlich alt, und sollen jetzt der Majorität als Unterlage eines Votums dienen ob die Kammer ferner ihr Vertrauen in die Verwaltung des Hrn. Dufaure setze. Hr. Denjoy scheint dazu bestimmt den Minister über das „Treiben“ gewisser Unterpräfecten zu interpelliren. Fiele die motivirte Tagesordnung gegen Hr. Dufaure aus, dann gäbe er seine Entlassung und die übrigen Minister würden sich mit ihm zurückziehen, da es kein Geheimniß ist daß es die Majorität nicht allein auf Hrn. Dufaure abgesehen hat. Hr. Molé würde an die Spitze einer neuen Verwaltung treten als Minister des Aeußern; zu seinen Collegen bezeichnet man einstweilen die HH. v. Remusat, Leon Faucher, Vatimesnil, Daru, Bedeau, Benoit (d'Azy). Der Verein des Staatsraths, welcher diese und ähnliche Angelegenheiten in einer zahlreichen Versammlung am 27 Abends sehr lebhaft erörtert und auf heute hinsichtlich eines definitiven Entschlusses sich vertagt hat, ist bereits um 1 Uhr in Berathung gewesen, und hat sich auf heute Abend, da die Morgenversammlung nicht sehr besucht war, abermals vertagt. Entscheidet man sich für die Interpellationen, dann ist die Krisis als ausgebrochen anzusehen, und ein völliger Ministerwechsel nicht leicht mehr zu vermeiden.

Italien.

Der Turiner Legge wird aus Neapel vom 22 Oct. geschrieben: „Die Verfolgung erstreckt sich in die Provinzen; man kann die Verhafteten nicht mehr zählen. Der Marchese Girolamo Segariga, Ex-Deputirter des Bezirks Bari, hat sich durch die Flucht gerettet; ebenso der ausgezeichnete vormalige Deputirte von Aquila, Gaetano Giardini. Das Königreich ist eine Wüste: die Redlichen und die Einsichtsvollen liegen im Kerker, oder seufzen im Elend. Die Gefangenen werden gräulich behandelt: der arme Carlo Porrio ist in die geheimen Kerkerhöhlen (segreto) des Castells dell' Uovo gebracht; der Schriftsteller Francesco Trinchera ist zu Räubern und Mördern in die Grüfte der Vicaria geworfen worden.“ In der officiellen Presse dauert eine heftige Polemik gegen Lord Palmerston wegen seiner neuerdings versuchten Einmischung in die sicilischen Angelegenheiten fort. Zum Generalstatthalter Siciliens ist nun Filangieri ernannt, der auch als Minister-Staatssecretär fungiren wird. La Lumia ist zum Minister (direttore) der Gnade und Justiz und der Kirchenangelegenheiten ernannt; Scrofani dem Departement des Innern, Buongiardino den Finanzen, Moniscalco der Polizei in Sicilien vorgesetzt. — Die amtliche Gazzetta di Catania meldet neuerdings die kriegsgerichtliche Verurtheilung von fünf Bauern zu Pulver und Blei wegen Theilnahme an den Ruhestörungen des 31 Aug. d. J. (Widerstand gegen die Wiedereinführung der Mahlsteuer). Es waren meist junge Leute in den zwanziger Jahren. Eine fünfzigjährige Bäuerin wurde zum Arbeitshaus verurtheilt. „Kobelenz ist ruhig.“

Griechenland.

* **Athen,** 24 Oct. Verschiedene Blätter Italiens und Frankreichs enthalten Artikel mit welchen der Welt glauben gemacht wird daß die politischen Flüchtlinge sich in Griechenland ein Stelldichein geben können, und daß sie im Ueberflusse mit Geld versehen seyen. Es ist an der Zeit diese verführenden Lügen niederzuschlagen. Allerdings hat das Ministerium Christidis es auf sich genommen den italienischen Flüchtlingen den Eintritt ins Land zu verstatten, und unter Christidis' persönlicher Mitwirkung hat sich ein Unterstützungsverein gebildet, der mit Mühe einige Drachmen zusammenbrachte um die Hungernden zu nähren. Für diesen Mißgriff waren Christidis' Tage kurz — er hat längst aufgehört mit seiner Ideenverwirrung das Ministerium zu behelligen. Das Ministerium war damals von einem — uns von ganz Europa längst abgesprochenen Gefühle geleitet — dem der Nationaldankbarkeit. Seitdem ist man von dieser Phantasie zurückgekommen, und als triftigen Beweis davon führe ich an daß das Gesammtministerium zwei Rundschreiben erlassen hat, eines an die griechischen Consuln in allen Ländern, das andere an die Regierungspräsidenten des Landes. Das erste enthält die Weisung an die Consuln „keinem Flüchtling mehr den Paß nach Griechenland zu unterschreiben,“ das zweite beauftragt die Nomarchen keinen Flüchtling mehr in ihrem Kreise aufzunehmen, der nicht von einem griechischen Consul den Paß unterschrieben hat. Die noch in Athen und Patras Anwesenden vermindern sich täglich, indem sie sich theils nach Aegypten oder Kleinasien, oder auch nach andern Theilen Europa's begeben, z. B. nach Belgien. — Ein Atheniensisches Blatt gibt eine vergleichende Uebersicht des Zustandes der Einnahmen des Jahres 1848 mit 1849, woraus folgende Resultate ersichtlich sind: Vom 1 Januar bis 31 August 1848 betrugen die wirklichen Einnahmen des Staates 7,272,517 Drachmen, während sie in derselben Zeitperiode des heurigen Jahres 8,971,139 Drachmen betrugen, wodurch ein Mehr von 1,688,621 Drachmen entsteht. Im Jahr 1847 betrugen die Einnahmen kaum die Hälfte der dießjährigen Summe. Die letzten zwei Finanzminister glauben dieses Resultat allein auf Rechnung ihrer Geschicklichkeit setzen zu müssen — dieß will aber niemand glauben.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 30 Oct. Consols $93^{1}/_{8}$; Bank Stock $198^{1}/_{2}$. Span. 3proc. $34^{1}/_{2}$.

Amsterdam, 30 Oct. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{1}/_{4}$; 3proc. 63; 4proc. $82^{3}/_{8}$; port. 5proc. $33^{3}/_{8}$; Metall. 5proc. $84^{3}/_{5}$; Ard. $10^{9}/_{16}$. Curs auf London 12.05 f. G. Curs auf Hamburg $34^{13}/_{16}$ f. G.

Augsburg, 2 Nov. (5 fl. K. Corr. = 6 fl. i. $24^{1}/_{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83^{7}/_{8}$ P. Hamburg 1 M. $73^{3}/_{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. $93^{1}/_{8}$ P. Triest 1 M. $93^{1}/_{8}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99^{7}/_{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99^{3}/_{8}$ G. Berlin 1 M. $105^{1}/_{4}$ P. Leipzig 1 M. $105^{1}/_{4}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. $118^{3}/_{4}$ P. Lyon 1 M. $118^{3}/_{4}$ P. Marseille 1 M. $118^{3}/_{8}$ G. Mailand 1 M. $60^{1}/_{16}$ G. Genua 1 M. 52 G. Livorno $61^{1}/_{8}$ G.

Augsburg, 2 Nov. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $85^{1}/_{2}$ P. 4proc. $92^{1}/_{2}$ P. 5proc. $100^{3}/_{8}$ P. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 83 P. Oesterr. 5proc. Metall. $86^{1}/_{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württem. $3^{1}/_{2}$proc. $83^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. 94 G.

Frankfurt a. M., 1 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87^{7}/_{8}$; Bankactien 1336; preuß. Staatsschuldsch. $88^{7}/_{8}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86 P. Ludwigsh.-Berbach $85^{3}/_{8}$; württemb. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{3}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{3}/_{8}$; bad. 5proc. $97^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $78^{1}/_{2}$; darmstädt. 4proc. $88^{3}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{3}/_{8}$; Frankfurt 3proc. 80; $3^{1}/_{2}$proc. 93, $89^{3}/_{8}$; Disconto $1^{1}/_{2}$ P.

♀ **Wien,** 31 Oct. Die Börse eröffnete zwar ziemlich fest, schloß jedoch im ganzen etwas matter. Curse variirten indeß bei schwachem Geschäfte nur wenig. Fremde Devisen, anfangs etwas höher bezahlt, blieben zu Ende etwas billiger angeboten. Comptanten behaupteten sich fest im Preise. Das Geld war heute flüssiger und der Mangel an Effecten fühlbarer als in den letzten Tagen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94^{5}/_{8}$–$94^{3}/_{4}$, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $84^{1}/_{2}$–$84^{5}/_{8}$, Loose vom J. 1834 $161^{1}/_{2}$–162, Loose vom J. 1839 $113^{1}/_{2}$–$113^{3}/_{4}$, Bankactien 1200–1205, Nordbahnactien $107^{7}/_{8}$–108, Gloggnitzer $108^{1}/_{2}$–$109^{1}/_{2}$, Mailänder $82^{3}/_{4}$–83, Pesther $77^{1}/_{4}$–$77^{1}/_{2}$. London (in l. S.) 10.47–10.48, Hamburg $157^{1}/_{4}$ P., Augsburg uso $107^{1}/_{4}$ G., Frankfurt f. $106^{3}/_{4}$ G., l. 107 G., Amsterdam $149^{1}/_{2}$ P., Mailand 98 G., Livorno $105^{1}/_{2}$ G., Genua $124^{1}/_{2}$ P., Paris $127^{1}/_{4}$ P., Marseille 127 P. Goldagio für kais. Münzducaten $12^{1}/_{4}$, Silberagio $7^{1}/_{8}$–$7^{1}/_{4}$ Proc.

Berichtigung.

In der gestrigen Nummer S. 4749, Sp. 2, Z. 21 v. u. lese man „aus dem englischen Gesandtschaftshôtel“ anst. „österreichischen.“

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Auf der Schelde zum Rhein.

Von J. G. Kohl.

I.

Die Schelde ist wie die Themse bei London, der Tiber bei Rom, der Jordan bei Jerusalem, der Skamander bei Troja, ein sehr kleiner und dennoch weltberühmter und höchst bedeutungsvoller Strom. Obgleich sie kaum so lang ist wie mehrere Zuflüsse der Seine, und obwohl das ganze Ländergebiet das sie bewässert kaum so groß ist wie eine der zahlreichen Provinzen des Rheins, so ist doch ihr Name in der Geschichte so groß und auf dem Erdboden so weit bekannt wie der des Rheins, der Donau, der Elbe und anderer gewaltiger Ströme, mit welchen verglichen die Schelde nur zwergartig erscheint.

Die kleine Schelde verdankt diese ihre kolossale Berühmtheit und Bedeutung zum Theil der Fruchtbarkeit der Landstriche welche sie bewässert und deren Ergiebigkeit sie selbst noch erhöht, zum Theil ihrer geographischen Lage und Weltstellung. Während die Maas mit ihren Armen das malerische aber zum Theil sterile Gebirgsland der Ardennen in vielen Richtungen durchbricht, fließt die Schelde fast von ihren Quellen an mit allen ihren Nebenflüssen, entweder in völliger Ebene oder doch in einem anmuthigen und fruchtbaren Hügellande. Fast die Hälfte des Scheldegebiets ist angeschlämmtes Deltaland, während sonst bei andern Flußgebieten der Delta- und Marschboden sich zu ihrem ganzen Körper nur wie der Rahm zur Milch verhält.

Während im Maasgebiete, so weit sie in Belgien fließt, fast durchweg der minder begabte Volksstamm der Wallonen sich verbreitete, machte die viel begabtere, energischere und thätigere Nation der Flamingen die Schelde zu ihrem Hauptstrom. Man kann in dieser Beziehung sagen daß ganz Belgien in zwei Hauptstücke zerfällt, in das Belgien der Maas und in das der Schelde. Jenes entspricht dem wallonischen und dieses dem flämischen Belgien. Längs der Schelde selbst, längs ihrer Nebenflüsse, der beiden Nethen, der Dyle, der Rypel, der Dender, der Lys, überall hat sich vermuthlich von der Mündung her der flämische Volksstamm bis nach Frankreich hinein verbreitet. Nur unbedeutende obere Quellentheile dieser Zuflüsse hat er nicht in Besitz genommen.

Dieser niederdeutsche Volksstamm hat nun die Schelde-Landschaften mit der schönsten Bodencultur, mit sehr dichter Bevölkerung bedeckt, und hat an den Ufern ihrer Wasseradern die berühmtesten und volkreichsten Centralpunkte der Cultur und Bevölkerung Belgiens angelegt. Während an der Maas nur Namur und Lüttich als solche zu nennen sind, finden wir dagegen im Gebiete der Schelde fast alle andern großen Städte des Landes: Löwen, Brüssel, Mecheln, Antwerpen, Gent, Mons, Kortryk, Doornik, und noch dazu in Frankreich in nächster Nachbarschaft: Cambray, Valenciennes, Arras, Douay und Lille.

Man begreift darnach welche Wichtigkeit und Bedeutung selbst die kleinsten Zweige dieses Flußsystems gewinnen mußten, wie gleichsam jeder kleine Faden dieses Flußgespinnstes kostbar und unschätzbar werden mußte. Seine Fluthen circuliren, reinigend und durstlöschend, beständig durch hunderttausend Haushaltungen jener reichen Städte; sie dienen zur Speisung von hundert nützlichen Canälen in den Städten und zur Verbindung der Länder; an jeden Faden heften sich Tausende von werthvollen Aeckern, die aus ihm Lebenskraft und Reichthum beziehen. Und alle Wellen dieses kleinen Flusses thun also mehr Arbeit und Werk, spenden mehr Reichthum und Fülle umher als viele andere große Ströme welche thatenlos unbewohnte Wüsten durcheilen.

Schon die angeführten Verhältnisse hätten hingereicht den Scheldegewässern eine sehr hohe Bedeutung zu geben. Mehr aber als alles andere trug die Beschaffenheit des Mündungsstücks des Flusses zur Erhöhung dieser Bedeutung bei. Obwohl so klein, erlangt doch die Schelde schon bei Antwerpen eine so große Breite, Tiefe und Wasserfülle wie sie gewöhnlich nur großen Strömen eigen zu seyn pflegen. Zur Fluthzeit ist sie schon bei Antwerpen 40—45 Fuß tief, und besitzt dabei eine Breite von 1000 Ellen, die sich allmählich nach dem Meer zu in beständiger Steigerung meerbusenartig erweitert. Von dem genannten Punkte an hat also die Schelde beinahe das Ansehen, die Beschaffenheit und Brauchbarkeit eines Meerbusens. So wie die Hälfte ihres Gebiets Delta ist, so gestattet ein Drittel ihres ganzen Laufes Meeresschiffahrt. Die Meeresströmungen und Fluthen welche in die Mündungen des Flusses eindringen, mögen hier die Flußwasser so aufgestaut und auch selbst bei Fluth und Ebbe so tief und breit um sich gegriffen haben daß daraus diese großartigen Proportionen hervorgegangen sind. Von der Schelde aus weithin nach Südwesten gibt es keinen Punkt der zugleich so tief im Innern des Landes läge, und von dem aus bequeme Seeschiffahrt zugleich so gut möglich wäre wie Antwerpen. Und auch im Nordosten sind die Fahrwege des Rheins minder mächtig weil mehr zersplittert und zerspalten, weßhalb denn eine solche Concentrirung der Handelskraft wie sie bei Antwerpen stattfindet, verhindert wird. Alle die reichen Landschaften des ganzen innern und südöstlichen Belgiens werden auf Antwerpen als ihren nächsten und natürlichsten Seehafen hingeführt, und ebenso auch, wie ich schon oben andeutete, sogar ein Theil der obern Rheinlande.

Die Schelde fließt zuerst aus Südwesten, bis sie zwölf Meilen vom Meere auf einmal in einem rechten Winkel nach Nordwesten umwendet. Bis zur Spitze dieses Winkels geht die Hauptfluth des Meeres, bis dahin geht die große Tiefe des Flusses, von da an werden alle seine Proportionen anders. Und eben in dieser Winkelspitze haben sich die Waaren-Magazine, Märkte und Comptoire Antwerpens angesetzt.

Am besten läßt sich die Schelde, und namentlich ihr unteres Stück mit der Themse vergleichen. Auch bei diesem kleinen Flusse findet eine ähnliche, plötzliche und nutzbare Ausweitung und Austiefung statt. Auch bei ihr ist ein so tiefes Eindringen der Meeresfluth und der Seeschiffahrt möglich. Auch durch sie ist ein wundervoller Seehafen bis in die Mitte des Landes verlegt. Dort wie hier ist im innersten Busen dieses Hafens eine Welthandelsstadt entstanden, mit der zur Zeit ihrer Hauptblüthe nur wenige andere rivalisiren konnten. In den Zeiten als Antwerpen blühte, im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert, als es von Tausenden von Schiffen aller Nationen in seinem Hafen wimmelte, mochte auch in Bezug auf Handelsleben die Schelde der Themse gleichen. Jetzt freilich als wir auf dem belgischen Dampfer den Fluß hinabfuhren, stand die Schelde bedeutend hinter der Themse zurück.

Es ist ein Unglück für die kleine Schelde daß sie mit so gewaltigen Concurrenten, wie es Maas und Rhein sind, in ein und dasselbe Meeresbecken fällt, und daß sie mit ihnen bei der Mündung ihre Gewässer vermischt. Sie ist dadurch in mehr oder weniger große Abhängigkeit von ihnen gerathen. Gäbe es zwischen den Rhein- und Scheldemündungen etwa in der Richtung der Insel Schouwen ein tüchtiges Gebirge, so hätten sich gewiß die nördlichen Niederländer, die Bataver, hinter diesem Gebirge gehalten, und die südlichen Niederländer, die Flamingen, hätten ihre Scheldemündung bis ans Meer bevölkert und beherrscht. Statt dessen ist aber nun hier ein Archipelagus von Inseln, die, alle ganz flach, sich sämmtlich unter einander sehr ähnlich sind, und an deren Küsten die Gewässer der Schelde, der Maas, des Rheins und des Meeres sich der Art miteinander mischen daß man zuweilen kaum erkennen kann was dem einen oder dem andern angehört.

Die nördlichen Niederländer oder Bataver waren von Haus aus ein Inselvolk, während die Flamingen mehr binnenwärts saßen. Jene bewohnten schon die Inseln und Halbinseln von Nord- und Süd-Holland und die vielen Inseln an der Rhein- und Maasmündung. Bei ihnen war das Schiffer- und Fischerleben der Insulaner vorzugsweise entwickelt. Was Wunder daß sie auch noch die Schelde-Inseln, die den ihrigen so benachbart und mit ihnen vermischt waren, als einen Theil ihres ganzen Insel-Archipels zu betrachten sich gewöhnten, und daß sie eine ihnen verwandte Bevölkerung über diese Inseln hinausschoben?

Wir sehen daher alle diese Inseln, die wir zusammen unter dem Namen Seeland befassen, zu allen Zeiten der Geschichte und so auch noch jetzt von Niederdeutschen bewohnt, welche leibliche Brüder der Holländer sind, und sich ebenso wie diese von den Flamingen unterscheiden. Und ebenso sehen wir diese Seeländer, diese „Zeeuws“ wie die Niederländer sie nennen, bei allen politischen Bewegungen mehr den holländischen Brüdern folgen, während die mehr binnenländischen Flamingen von den Wallonen sich hinreißen ließen. Mit den Holländern fallen die Zeeuws vom Katholicismus und von der spanischen Herrschaft ab, sowie sie mit ihnen dem König Wilhelm treu bleiben. Mit den Wallonen dagegen bleiben die Flamingen bei Spanien und Rom, sowie sie sich mit ihnen von König Wilhelm in neuerer Zeit trennten.

War das Zusammenhalten aller Insulaner des Rhein-, Maas- und Schelde-Archipels vom Vorgebirge De Helder im Norden bis nach Kadzand im Süden natürlich, so war es doch auch wieder ebenso natürlich daß die flämischen Schelde-Anwohner einen Theil dieses Archipels, der hauptsächlich als das Zubehör oder Product ihrer kleinen Schelde betrachtet werden konnte, für sich in Anspruch zu nehmen trachteten, und aus dieser Verschmelzung und Verwirrung der Naturverhältnisse entstanden denn auch zu allen Zeiten politische Wirren und Reibungen. Wie Napoleon, wie Joseph II im Namen Belgiens die Freiheit und Oeffnung der Scheldemündung verlangten, ja sogar auch Seeland als ein natürliches und daher

auch politisches Zubehör von Flamland erklärten, so hatten schon vor ihnen die Grafen von Flandern, die Herzoge von Burgund ähnliches gethan. Daher denn die vielen Kriege und Streitigkeiten welche zwischen den Römern und Batavern, den Grafen von Flandern und denen von Seeland und Holland, zwischen den spanischen und österreichischen Beherrschern von Belgien und der Republik der sieben Staaten um den Besitz der zeeländischen Inseln und um die Oeffnung der Schelde geführt wurden. Daher zu Zeiten selbst eine gewisse Hinneigung der Schelde-Inseln Walchern und Beveland zum Süden, zu ihren Scheldegenossen. (Die Bürgerschaften einiger seeländischen Städte haben sogar zuweilen mit den Spaniern gegen die Holländer gekämpft.)

Die großen Wasserstraßen und Eisenbahnen von der holländischen Städtegruppe (Amsterdam, Rotterdam, Leyden rc.) streben der Hauptsache nach von Westen nach Osten nach Deutschland zu. In eben der Richtung und mit ihnen parallel gehen die großen Bahnen der belgischen Städtegruppe (Brügge, Antwerpen, Gent, Brüssel rc.). Sie ziehen auch nach Osten landeinwärts. Beide Gruppen miteinander verbindende Bahnen, die aus Norden nach Süden gingen, gibt es noch nicht. Es erklärt sich dieß sehr natürlich aus der rivalisirenden Thätigkeit der Schelde- und der Rheinmündungslande, welche beide die eine Hand der See, die andere dem Binnenlande reichen, untereinander aber nicht so großen Austausch und Verkehr pflegen. Es sind hier ähnliche Verhältnisse wie zwischen der Weser- und Elbemündung, zwischen Hamburg und Bremen, die auf dieselbe Weise mit einander rivalisiren, und die daher mit dem Binnenlande längst durch flüssige Eisenbahnen verknüpft sind, während von einer Nachbarstadt zur andern noch schlechte Pflasterstraßen nach uraltem und höchst unbequemem Schnitt führen.

Der hauptsächlichste Verbindungsweg zwischen dem flämingischen Süden und dem holländischen Norden ist die Schiffahrt auf den Schelde- und Maasarmen, zwischen den seeländischen Inseln hindurch. Und zwar geht der belebteste aller Verbindungswege zwischen Süd- und Nord-Niederland, die Schelde hinab, dann durch die Oster Schelde weiter im Osten der Insel Schouwen vorbei, in den Maasarm der das Volke Rack heißt, in den andern Maasarm des sogenannten Butter-Vliet und den Bies-Bosch, durch einen kleinen Queerarm bei Dordrecht vorbei in die Merwe nach Rotterdam. Die Waaren zwischen Nord und Süd gingen schon immer diesen Weg, seit der Einrichtung der Dampfschifffahrt thun es auch die Personen. Und seitdem sind die wenigen Chausseen und Poststraßen die durch Nord-Brabant nach Holland hinüberführen, ziemlich verlassen.

Es ist eine der interessantesten Fahrten die man machen kann, da sie durch ein höchsteigenthümliches Land führt, das von einem ebenso eigenthümlichen Volk bewohnt ist. Seinen Namen „Seeland" trägt es mit vollem Recht. Denn es ist so gut wie historisch ausgemacht daß es erst in jüngerer Zeit durch die Reaction der See gegen die ausströmenden Flüsse entstanden ist. Im Innern von Flandern und Brabant weist man noch heutigen Tags eine weitstreichende Linie von Sandhügeln oder Dünen nach, welche die ehemalige Gränze des Meeres bezeichnen, und über welche dann das Seeland hinausgewachsen ist. Jetzt, und ebenso schon vielleicht seit einigen tausend Jahren, streicht die Linie der äußersten Dünen etwa 12 Meilen von diesem Binnenstrich entfernt vorüber. Von dieser neuern Dünenkette hat jede der äußersten Inseln des ganzen Archipelagus ein Stück bewahrt. Die Inseln Walchern, Nord Beveland, Schouwen, Over-Flakkee, sie sind alle auf ihren nach dem Meere zugekehrten Seiten mit einer kleinen halbmondförmigen Dünenreihe eingekantet, die gegen das Meer hin ihre Hauptmassen vorschieben und sich dann an den Enden landeinwärts umkrümmen, erniedrigen, abschmälern und verlieren. Die Insulaner suchen diese Dünen als ihre Hauptschutzwälle auf alle Weise zu erhalten, und haben an einigen Stellen, wo Lücken in diesem Sandwalle entstanden, zur Ausfüllung derselben bewunderungswürdige Erdbauten hineingekeilt. So hat z. B. namentlich die Insel Walchern an ihrem Westende eine solche Lücke in der Dünenkette, welche durch die berühmten Dämme von West-Kapelle ausgefüllt werden. Solche Lücken-Ausfüllungen verschlangen in einem Jahrhundert Millionen auf Millionen. An ihnen arbeiteten unausgesetzt im Ringen mit der Natur die Seeländer, die vornehmsten Vorkämpfer der Sicherheit der weiter binnenwärts liegenden Inseln. Diese letztern Inseln sind ohne Dünenschutz, und ihre Existenz beruht daher ausschließlich auf der Sicherheit welche die künstlichen Dämme von Menschenhand gewähren. Weil sie aber dem ersten Anlauf der Fluthen und Wellen des Oceans nicht ausgesetzt sind, können sie sich mit etwas minder mühsamen und kostspieligen Werken begnügen. Es gibt hier wenigstens zwanzig größere oder kleine Inseln, die alle mit hohen Erddämmen eingezäunt und außerdem auch noch mit einem dichten Netze von Dämmen überzogen sind, deren Totallänge viele hundert Meilen beträgt, und deren Errichtung mehr Mühe, Geld und Menschenleben verschlungen hat als sämmtliche Pyramiden und Babylonische Thurmbaue der Welt zusammengenommen.

Trotzdem daß der Mensch hier schon seit unvordenklichen Zeiten *) ringt, haben die gewaltigen Naturkräfte ihn doch häufig übermannt, und die Gewässer sind, alle menschlichen Anstalten und Gebote mißachtend, ihre eigenen Wege gewandelt — und haben den Menschen mitsammt seiner Erdscholle an der er haftete, begraben. Man hat die Anwohner der Städte und Dörfer des Aetna und Vesuv bewundert, die es wagen in einer so gefährlichen Position wie es die Nähe des Feuerberges ist, zu hausen, Gärten und Aecker zu bauen, Ehen zu schließen und Kinder zu zeugen. Hier in Seeland aber zeigt ein ganzes Volk von mehreren hunderttausend Menschen dem Meere gegenüber keine geringere Kühnheit. Die Eruptionen des Oceans in den Sturmfluthen, und die Ströme mit denen er zu Zeiten tief in die Länder eingebrochen ist, sind unvergleichlich viel zerstörender und unbarmherziger als die Lavaströme jener Feuerberge. Zu Zeiten sind hier ganze Länderstriche untergegangen. Das Meer streifte Bäume, Pflanzen, Menschen, Häuser, Städte von den Inseln ab wie man die Farben von einem Schmetterlingsflügel streift, und ließ bei seinem Rückzug die blühende Landschaft entweder als eine öde Sandbank, oder als einen Sumpf wieder emportauchen. Ganze Inseln scheiterten hier mit allen ihren tausend Einwohnern gleichwie Schiffe mit Mann und Maus. Zuweilen trieb das Meer einen ganz neuen tiefen Arm wie einen neuen Ast ins Innere des Landes hinein. Dieser Ast hatte eine Zeitlang Bestand. Der Mensch benutzte ihn sofort zur Schifffahrt. Blühende Handelsstädte keimten sofort an seinem Ufer auf, bis die Gewässer sich gemach wieder verloren, bis der neue Ast wieder vertrocknete, und mit ihm auch das Leben das er gebracht hatte. So etwas ist z. B. von der westlichen Schelde aus geschehen, wo das Meer im Mittelalter, im 13ten Jahrhundert, in der Richtung auf Brügge bei einer großen Fluth einen tiefen Canal ausgrub, der, als tief ins Land gehender Hafen, der Schifffahrt außerordentliche Vortheile darbot, der eine Zeitlang lebendiger befahren wurde als die Schelde selbst, an dem die reichen Städte Damme und Sluis, die mit Antwerpen rivalisirten, entstanden, der aber dann wieder versandete und auch die zwei Städte und die Nachbarorte wieder in Unbedeutenheit versinken ließ. Das sogenannte „verlorne Ende" (het verloren Eynde) bezeichnet noch heutiges Tages diesen Vorgang. Noch größer sind die Veränderungen in der Oster-Schelde gewesen. Noch im 11ten und 12ten Jahrhundert erscheint sie als ein kleiner schmaler Flußarm zwischen bebauten compacten Ländermassen, während sie jetzt einem breiten Meeresarme gleicht, der über viele ehemals blühende Landschaften seine wüsten Gewässer dahinrollt.

Preußische Denkschrift.

Die Unterdrückung des Aufstandes in Baden und der Rheinpfalz lag im gemeinsamen Interesse des ganzen Deutschlands; zu welchen, selbst europäischen Verwickelungen es führen könnte wenn die Revolution dort sich consolidirte und auf die benachbarten Länder einwirkte, ließ sich nicht absehen. Alle Regierungen die in der Lage waren Hülfe zu gewähren, mußten sich dazu umsomehr verpflichtet fühlen als die großherzoglich badische Regierung factisch nicht mehr bestand, und daher gar keine Mittel hatte dem Aufstande selbst entgegenzutreten, die königl. bayerische Regierung aber zu ihren Vorbereitungen Zeit bedurfte und deßhalb die Verwirrung ihrer Rheinprovinz eine Weile sich selbst überlassen mußte. Sie hatte dieß schon unter dem 11 Mai der königl. Regierung durch ihren hiesigen Gesandten angezeigt, und daran den Wunsch geknüpft daß die Oberbehörde der preußischen Rheinprovinz angewiesen werde einem etwaigen Ansuchen des königl. bayerischen Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. um Hülfe Folge zu leisten, und daß namentlich ein Truppencorps bei Kreuznach aufgestellt werde.

---

*) Man hat sich viel Mühe gegeben die Zeit der ersten Eindeichungen von Ländereien in Seeland u d überhaupt in den Niederlanden zu bestimmen. Man hat aber keine Periode ausfindig machen können in der man nicht schon solche Werke fände. Vermuthlich haben die Seeländer schon zur Zeit der Römer mit dem Meere gekämpft, gedeicht und gedämmt. Man hat auf Walchern ein altes Monument aus der Römer Zeiten ausgegraben, auf welchem eine alte Göttin der Seeländer unter dem romanisirten Namen Nehallenia dargestellt ist. Diese Göttin erscheint als eine Frau die einen Korb mit Früchten trägt und einen wachsamen Hund zur Seite hat. Wie könnte man dieß Bild wohl anders deuten als auf die Wachsamkeit und Thätigkeit der Seeländer gegen die Gewässer, und auf den Gewinn und Gottes Segen den sie in Folge dieser Wachsamkeit ärnteten. Und wie könnte diese Wachsamkeit schon damals sich anders als durch Deich-Anlagen bethätigt haben. Jetzt führen die Seeländer ein ganz ähnliches und gleichbedeutendes Symbol im Wappen, nämlich einen mit den Wellen kämpfenden und gegen sie anbrüllenden Löwen. Jedoch ist dieser Löwe von einem minder sinnreichen und etwas bombastischen Poeten und Wappenmaler erfunden als jenes ansprechende Bild der alten Göttin Nehallenia mit ihrem Hunde und Fruchtkorbe.

Die königl. Regierung selbst hatte die Wichtigkeit der Verhältnisse zeitig ins Auge gefaßt und deßhalb schon gegen Ende Mai's Maßregeln getroffen, um in ihren zunächst gelegenen Provinzen hinreichende Streitkräfte aufzustellen um die Revolution in beiden Ländern mit Energie zu unterdrücken. Sowohl der innere Zusammenhang beider Aufstände, als die geographische Lage der beiden Länder machten es unumgänglich erforderlich die Operationen gegen beide gemeinsam zu behandeln.

Zu gleicher Zeit fanden in Berlin die Verhandlungen über den Abschluß eines Bündnisses zwischen den deutschen Regierungen statt. Preußen sah in diesem Bündnisse das beste Mittel um die erforderliche Gemeinschaftlichkeit des Handelns herzustellen. Diese war von größter Wichtigkeit auch für die Operationen im Südwesten Deutschlands; Preußen wünschte daher aufrichtig namentlich den Beitritt Bayerns.

In einer Instruction vom 21 Mai wurde daher der königl. Gesandte in München beauftragt eine schleunige und offene Erklärung Bayerns dringend zu befürworten. In Bezug auf die eventuell zu leistende Hülfe wurde darin gesagt: „Um die nothwendige vom Augenblick geforderte Energie und Einheit in die gegenwärtig zu treffenden Maßregeln zu bringen übernimmt Preußen die provisorische Leitung in dem bezeichneten Bunde für die angegebenen Zwecke der inneren und äußeren Sicherheit. Es verpflichtet sich dagegen jedem der diesem Bunde beitretenden Staaten die erforderliche Hülfe zu leisten; über denselben hinaus aber kann es anderen nicht beitretenden Staaten gegenüber keine Verpflichtung zur Hülfsleistung übernehmen."

Nach den oft wiederholten Erklärungen Preußens daß es an dem rechtlichen Fortbestand des Bundes von 1815 und also auch an der Erfüllung aller daraus hervorgehenden Verpflichtungen festhalte, konnte die königl. Regierung diese Aeußerung nicht für mißverständlich halten. Es handelte sich nur um die Uebernahme neuer Verpflichtungen, welche für die dem Bunde nicht beitretenden Staaten abgelehnt werden mußte; die früheren bestehenden Verpflichtungen blieben dabei natürlich unberührt.

Als inzwischen die königl. bayerische Regierung die Möglichkeit eines solchen Mißverständnisses andeutete und sich auf die bundesmäßige Verpflichtung bezog, hielt die königl. Regierung es nicht für überflüssig eine offene und beruhigende Erläuterung zu geben. In einer weiteren Instruction an den königl. Gesandten in München vom 29 d. M. erklärt sie: „daß sie die bundesmäßige Verpflichtung zur Hülfe weder in Abrede zu stellen noch die Leistung zu verweigern denke, und daß sie den Beitritt zu dem Bündnisse nur als den geeignetsten und kürzesten Weg habe bezeichnen wollen, um eine vollkommene Gemeinschaft der Handlung und ein unverzügliches Eintreten ihrer vollen Mitwirkung herbeizuführen."

Sie machte in dieser letzteren Beziehung darauf aufmerksam daß für die Bundeshülfe nach den Verträgen von 1815 und der Wiener Schlußacte in der Regel die Requisition durch das berechtigte Organ des Bundes vorausgesetzt werde, Preußen aber die Existenz eines solchen nach der Stellung die der Reichsverweser durch sein verantwortliches Ministerium zu der nicht mehr rechtsgültig bestehenden Nationalversammlung eingenommen, nicht mehr anerkennen konnte.

Ehe noch diese Instruction abgesandt worden, theilte der königlich bayerische Gesandte, Graf v. Lerchenfeld, in einer vom 30 Mai datirten Note mit: „daß die königlich bayerische Regierung die Centralgewalt zu Frankfurt bundesrechtlich angerufen habe, damit die Unterdrückung des Aufstandes in der Pfalz, insbesondere aber der Entsatz und Schutz der Bundesfestung Landau, möglichst schnell von Bundes wegen eingeleitet werde, und daß er, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen und unheilvollen Spaltungen eine derlei Requisition auf formelle Hindernisse oder Verzögerungen stoßen könnte, sich verpflichtet halte die Erhaltung und Rettung der wichtigen Festung Landau der königlich preußischen Regierung in dringendster Weise anzuempfehlen, und das eben so dringende Ansuchen an dieselbe zu richten daß den formellen Schwierigkeiten, welche den Umständen gemäß für Preußen in der Gewährung bundespflichtiger Aushülfe bestehen sollten, keine Rechnung getragen werde."

Das einfachste Mittel zur Beseitigung dieser formellen Schwierigkeiten war offenbar darin zu finden daß die königlich bayerische Regierung eine directe Requisition um Hülfe an Preußen richtete (wie es die königlich sächsische Regierung kurz zuvor in einem ähnlichen Falle gethan), und es wurde daher dieß in einer Nachschrift zu der obenerwähnten Instruction dem k. Gesandten in München mitgetheilt.

Inzwischen stellte sich die dringende Nothwendigkeit eines schleunigen und energischen Einschreitens immer deutlicher heraus. Ein Schreiben des Prinzen von Wittgenstein an den wirklichen Legationsrath v. Kamptz vom 31 Mai stellte die Lage der Dinge wegen der Unzulänglichkeit der dort zu Gebote stehenden Hülfsmittel als sehr bedenklich dar, und erklärte die Unmöglichkeit mit diesen Kräften mehr zu erreichen als der Revolution in Baden und der Pfalz gegenüber eine feste Defensivstellung zu nehmen.

Wenngleich die königliche Regierung das Ansuchen um beschleunigtes Vorrücken der preußischen Truppen, ihren ausgesprochenen Grundsätzen gemäß, nicht als eine bundesrechtliche Requisition berücksichtigen konnte, so durfte sie doch der in diesem Schreiben enthaltenen Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse und der dringenden Gefahren ihre Augen nicht verschließen.

Sie glaubte daher nicht länger zögern und auf die directe Requisition von Seite Bayerns, deren baldiges Eintreffen sie mit Bestimmtheit vorauszusehen berechtigt war, umsoweniger erst warten zu dürfen, als die Interessen der königlich bayerischen Regierung ebensowohl wie die des deutschen Bundes durch eine solche Verzögerung hätten auf das bedenklichste benachtheiligt und die Bundesfestung Landau der größten Gefahr preisgegeben werden können. Sie ließ daher in den ersten Tagen des Junius an die Befehlshaber der auf dem linken Rheinufer aufgestellten Truppen den Befehl abgehen, so schleunig als die materiellen Vorbereitungen es möglich machten vorzurücken, und ertheilte ihnen die Anweisung wegen Combination der Operationen mit den unter dem Oberbefehle des Generals v. Peucker stehenden Truppen in Verbindung mit letzterem zu treten. Sie wollte, wenn gleich sie selbst in keinem officiellen Verkehr mehr mit dem Ministerium der Centralgewalt, von welchem der General v. Peucker noch abhing stehen konnte, doch durch diese Formfrage die wesentlichen und materiellen Interessen der Kriegführung nicht gefährdet wissen.

Am 4 Jun. erhielt die königl. Regierung durch eine Note des königl. bayerischen Gesandten von diesem Tage ein förmliches und directes Ansuchen um die bundesfreundliche Mitwirkung Preußens bei den gegen die Rheinpfalz nöthigen militärischen Operationen, als auf gemeinsamen Interessen und Gefahren beruhend.

Dieselbe Note theilte mit daß die königl. bayerische Regierung nunmehr beschlossen habe selbst ein bayerisches Truppencorps an den Rhein zu senden, welches, aus circa 11,000 Mann bestehend, unter dem Commando des Generallieutenants Fürsten Taxis in 10 bis 12 Tagen also um den 14 oder 16 Jun., in der Rheinpfalz seyn werde, und präcisirte die gewünschte Hülfe vorderhand auf folgende drei Punkte:

1) Daß von Mainz aus Vorsorge getroffen werde daß der Rheinübergangspunkt Oppenheim rechtzeitig und vollkommen gesichert erhalten werde;
2) daß einige Bataillone preußischer Truppen die Bestimmung erhielten sich an der Expedition nach der Pfalz zu betheiligen und Landau gemeinschaftlich zu besetzen;
3) daß der commandirende General der preußischen Truppen am Oberrhein den Befehl erhalten möge sich mit dem Fürsten Taxis in genaues Benehmen zu setzen und gemeinschaftlich mit demselben zu handeln.

Sie knüpft daran die Erklärung: „Dabei ist der Unterzeichnete in keiner Weise gemeint auf die in Folge bundesmäßiger Requisition möglicherweise bereits eingeleiteten diesseitigen Dispositionen störend einwirken zu wollen. Je früher es möglich seyn wird der Bundesfestung Landau Hülfe zugewähren und dem Aufruhr in der Pfalz ein Ziel zu setzen, je mehr wird solches den gemeinschaftlichen Interessen entsprechen und von Bayern gebührend anerkannt werden."

Die königl. Regierung konnte hierin nur einen Grund mehr erkennen die bereits angeordneten Operationen mit allem Nachdruck und in vollem Umfange ausführen zu lassen, wovon der kgl. bayerischen Regierung durch Vermittelung des Hrn. v. Bockelberg unverzüglich Kenntniß gegeben wurde, indem die kgl. Regierung dabei zugleich bemerkte wie sehr es ihrem Wunsche entsprechen würde wenn die von München aus angekündigte Absicht einer Sendung des Generals v. d. Mark nach Berlin ausgeführt würde, um sich mit demselben vollständig über die vorzunehmenden Operationen zu verständigen. Zugleich wurden, dem Wunsche der königl. bayerischen Regierung gemäß, die commandirenden Generale am Rhein angewiesen sich mit dem Generallieutenant Fürsten v. Taxis ins Einverständniß zu setzen.

Unter diesen Umständen und nach diesen Vorgängen mußte es der königl. Regierung unerwartet und überraschend seyn als von bayerischer Seite Bedenken gegen das Vorrücken der preußischen Truppen vor dem Eintreffen des bayerischen Corps laut wurden, nachdem die Beschleunigung der Operation so dringend empfohlen, und namentlich die für die Bundesfestung Landau im Verzuge liegende offenbare Gefahr hervorgehoben worden war. Diese Bedenken wurden sowohl durch die Vermittelung des kgl. Gesandten in München als durch mündliche Aeußerungen des kgl. bayerischen am hiesigen Hofe ausgedrückt, ohne daß die kgl. bayerische Regierung irgendeine schriftliche Mittheilung darüber gemacht hätte. Sie beruhten,

wie sich aus diesen Aeußerungen ergab, wesentlich auf der Voraussetzung daß die preußischen Truppen schon am 4 oder 6 in die Pfalz einrücken würden, und schienen sich daher leicht dadurch zu erledigen daß die Operationen erst am 13 oder 14, also um dieselbe Zeit wo das bayerische Truppencorps am Rhein erwartet werden durfte, beginnen konnten. Es war also kein Grund vorhanden die an die Generale am Rhein ergangenen Instructionen zu modificiren, wozu überdieß auch keine Möglichkeit mehr war. Dieß schien auch bayerischerseits anerkannt zu werden, und es unterblieb jede fernere Bemerkung gegen die von der kgl. Regierung getroffenen Maßregeln, welche mit dem inzwischen eingetroffenen General v. d. Mark mit der größten Offenheit besprochen wurden.

Das Obercommando über die in der dortigen Gegend vereinten preußischen Streitkräfte wurde von Sr. Maj. dem Könige Sr. kgl. Hoheit dem Prinzen von Preußen übertragen, welcher Berlin am Abend des 11 Jun. verließ, um sich zu den Truppen zu begeben. Daß die Operationen der letztern baldmöglichst nach dem Eintreffen des Prinzen beginnen würden, war sowohl dem kgl. bayerischen Gesandten als dem General v. d. Mark bekannt, und es wurde kein Einspruch dagegen erhoben.

Erst am 15 Jun., als die Nachricht von dem wirklichen Beginn der Operationen und dem Einrücken der Truppen in die Pfalz eingetroffen war, wurde von diesen beiden Herren dem Ministerpräsidenten mündlich die Eröffnung gemacht daß, da die bayerischen Truppen inzwischen noch nicht am Rhein angekommen seyen, dieß einseitige Vorrücken der preußischen Truppen den Wünschen und Erwartungen der königl. bayerischen Regierung nicht entspreche und dieselbe sich dagegen verwahren müsse.

Der Graf v. Brandenburg richtete in Folge dessen an den Grafen v. Lerchenfeld die Aufforderung einen solchen Protest schriftlich zu formuliren, falls es die Absicht seiner Regierung sey daß demselben Folge gegeben werden solle, da die Sache von zu großer Bedeutung sey als daß sie durch eine nur mündlich vorgetragene Einwendung abgemacht werden könne. Der königl. bayerische Gesandte erklärte hierauf daß es nicht seine Absicht sey einen formellen schriftlichen Protest einzugeben. Hiernach war die königl. Regierung berechtigt anzunehmen daß es nicht in der Absicht der königl. bayerischen Regierung liege eine Sistirung oder Rückgängigmachung der bereits im Gange befindlichen Operationen zu provociren. Eine Zögerung in der Ausführung war in diesem Augenblicke nicht mehr möglich, auch hätte sie nicht den Interessen der königl. bayerischen Regierung, sondern nur der Revolution entsprechen können. Ueberdieß war das bayerische Armee-Corps bereits nahe genug um in der Pfalz die erforderlichen Stellungen einzunehmen.

Der Erfolg hat die getroffenen Maßregeln vollständig gerechtfertigt. Die bayerische Pfalz befindet sich in diesem Augenblick dem größten Theile nach wieder unter der Autorität ihrer rechtmäßigen Regierung und ist von bayerischen Truppen besetzt.

Aus der hier gegebenen einfachen und thatsächlichen Darlegung geht hervor daß die königl. Regierung, als sie ihre Anordnungen für die militärischen Operationen gegen die Pfalz traf, und die Instruction zum Vorrücken an die commandirenden Generale erließ, zu der Annahme berechtigt war daß sie damit ebensosehr den Wünschen als dem Interesse der königl. bayerischen Regierung entspreche. Ebenso klar dürfte es seyn daß, nachdem die Nothwendigkeit ihrer Theilnahme am Kampfe durch den ausgesprochenen Wunsch der königl. bayerischen Regierung ebenso sehr als durch die ganze Lage der Dinge feststand, die Mitwirkung der preußischen Truppen deren Thätigkeit nothwendig die Pfalz und Baden zugleich umfassen mußte, weder verzögert noch auf die Entsendung einer kleinen Truppen-Abtheilung zur Unterstützung der bayerischen Truppen beschränkt werden konnte, sondern den Umfang und die Leitung der Operationen nur nach den in Betracht kommenden strategischen Rücksichten von der königl. Regierung bestimmt werden durfte. Berlin, den 25 Juni 1849.

Die preußischen Kammern und das Ministerium.

∸ **Berlin**, 28 Oct. Der Handschuh ist hingeworfen, aufgenommen und die Degen sind gezogen. So steht sich die constitutionelle Partei und das Ministerium gegenüber. Es fragt sich nur wer hinter beiden steht. Beide Parteien glauben: das ganze Land, und beide Parteien täuschen sich. Die constitutionelle hat allerdings eine ungeheure Partei hinter sich, ähnlich wie 1847 der Vereinigte Landtag — die Bildung und Intelligenz der Nation. Aber ihr fehlt etwas, und das ist viel, das Ursprüngliche, das erste Aufknospen, die erste Entwickelung jener freisinnigen Ideen wie sie die siegreiche Opposition im weißen Saal der Regierung gegenüber verfocht. Das war auch damals freilich an und für sich nichts weniger als etwas neues, aber es war es für die Massen in Preußen. Es war eine Heroenzeit, eine mythische Glorie umstrahlte die Häupter jener Volkslieblinge. Die Märzrevolution und ihre erschreckenden Folgen haben darin geändert. Nicht daß die welche damals mit vollem Bewußtseyn den Beckerath, Auerswald, Vincke, Saucken beistimmten, es nicht auch jetzt thäten, vom Gefolge aber haben sich viele einschüchtern lassen. Wie erwartete man es anders! Wenn diese Ideen zur Demokratie führten, und zu der Demokratie die ihr schmutzig rothes, widerwärtiges Schauspiel vor unseren Augen aufführte, wie sollen wir ihnen noch jetzt huldigen! Gegen diese Philisterargumentation gibt es erst dann Gegenbeweise, wenn ein Volk politisch erzogen ist. Solange die Lehrjahre dauern, muß man diese Argumentation gewähren lassen. Der Abfall der Urtheilslosen die, ohne von der Lehrmeisterin Geschichte zurecht gewiesen zu werden, sich vom Schreck und Impuls des Augenblicks leiten lassen, schadete im ganzen nicht zu sehr, denn für die Verlornen sind andere gewonnen, solche die in der Stille zur Erkenntniß gereift sind. Aber der Partei die numerisch, trotz jenes Abfalls, noch immer unbedenklich die stärkere ist, steht entgegen daß sie keine neuen, leuchtenden Kräfte ins Feld schickt, daß sie fort und fort auf ihre früheren Matadore verwiesen ist. Wir sagen nicht daß sie verbraucht sind, aber sie haben sich seit dem Vereinigten Landtag abgearbeitet zum Theil in Frankfurt, zum Theil in der hiesigen Nationalversammlung und der früheren zweiten Kammer. Sie gingen ans Werk mit der guten Absicht die Regierung zu stützen um die Ordnung herzustellen, die deutsche Frage zu kräftigen und die Verfassung ins Leben zu führen. Gegen ihre guten Absichten und ihre Moralität hat man auch nichts, aber wo ist ihr Achilles, wo nur ihr Ulyß? Und es ist Krieg, und in dem Krieg bisher hat man, wenn nicht Helden und Feldherren, doch Gladiatoren kennen gelernt welche die Scheide hinter sich werfen. Für den ausgleichenden friedlichen Zwist genügten die Beckerath, Simson, Auerswald, aber im Krieg vermißt die Partei ihren Vincke von Hagen. Sie gab nach und wieder nach, bis sie nicht mehr nachgeben konnte, sie verlor den Boden unter ihren Füßen, bis sie fühlte daß sie stehen bleiben müsse um nicht unterzusinken. Diese Wahrnehmung erst gab ihr den Entschluß ein zum allgemeinen Kampf. Aber läßt es sich an als wenn es ein Verzweiflungskampf werden wird? Gegenüber haben die Minister erklärt: wir weisen Euern guten Rath von uns, denn Ihr habt uns einmal dieß und einmal jenes gerathen. Da Ihr Euch nicht mit uns verständigen wollt, wie wir wollen, wollen und werden wir für uns allein stehen, denn wir haben die unermeßliche Mehrheit der Nation hinter uns. Das ist zum erstenmal kühn gesprochen; aber auch wahr? Wenn sie nichts sind als Werkzeuge einer Macht die nach der constitutionellen Schablone im constitutionellen Kampf nicht zum Vorschein kommen darf, dann haben sie allerdings eine starke Partei hinter sich. Aber sie wollen als constitutionelle Minister, ausdrücklich in dieser Eigenschaft, den Krieg führen. Als solche fordern sie die Gegner heraus zum Lanzenbrechen auf constitutionellem Feld. Wir besorgen daß sie ohne jene Macht anzurufen den Kürzern ziehen. Wer steht aber hinter ihnen, wenn wir, wie sich von selbst versteht, die Demokratie abziehen, als die Reaction welche die Constitution entweder überhaupt nicht will, oder nur als ein aufgedrungenes, transitorisches Uebel, und endlich jene Constitutionellen? Freilich die große Masse derer welche nach Ruhe verlangen, unter welchen Bedingungen es auch sey. Aber dieser Masse ist es gleichgültig wer ihr die Ruhe schafft, sie nimmt sie aus eines jeden Händen. Diese Masse agirt und wählt nicht; aber sie läßt sich desto mehr agiren. Einen Augenblick gab es wo sie geneigt schien sich der Demokratie in die Arme zu werfen, weil diese ihr vorspiegelte: wir müssen durch und dann wird Friede; jetzt läuft sie dem Treubund nach. Sie ist jedem bereit nachzulaufen und auf seine Worte zu schwören der ihr die marktschreierische Versicherung gibt: mein Mittel ist untrüglich. Nur den Constitutionellen geht sie nicht nach, und nicht diesem Ministerium, weil beide mit Vernunft und Bescheidenheit agiren wollen, weil sie nichts gewisses versprechen, sondern das Gute nur als wahrscheinlich in Aussicht stellen. Das Ministerium hat in der Presse eigentlich nur Ein Organ, die Deutsche Reform. Das ist schon ein mißliches Zeichen. Denn die Aufsätze welche dann und wann auf ihre Inspiration in der Spenerschen oder Vossischen Zeitung, abwehrend oder angreifend, in die Luft säuseln, suchen immer ihre Quelle zu verstecken als schämten sie sich. Das ist noch mißlicher. Die Deutsche Reform, seit Keller sie redigirt, lavirte; man konnte ihren gemäßigten, verständigen Ansichten mit Theilnahme folgen. Seit das Schicksal des §. 108 in der ersten Kammer entschieden, seit die Constitutionellen der zweiten Kammer das Schwert gezogen, tritt sie angriffsweise gegen sie vor. In glücklicher Paradestellung ruft sie in zwei Aufsätzen ihnen zu: was hat es denn mit Eurem vielgerühmten Beistand auf sich, indem Ihr das Ministerium alles thun ließet gegen die Demokratie, was es gethan, auf seine eigene Gefahr, aber Eure Zustimmung erst dann gabet als es gethan war und die Gefahr vorüber? Es läßt sich darauf wenig erwiedern, wenn man nicht annimmt daß Frankfurt hierin auch für die constitutionelle Partei in Preußen gehandelt hat. Aber das Keller'sche Organ, dasselbe das noch vor kurzem den Ausfällen

der Kreuzzeitung ausgesetzt war, wird nicht allein das Ministerium stützen können. Und es will fort und fort die Constitution, und diese durch das Ministerium, wie es ist, repräsentirt! Dieser Weg ist schmal und unhaltbar. Das Ministerium wird, wäre es auch wider Willen, der Reaction in die Arme gedrängt, und diese leiht ihre Hülfstruppen nicht umsonst. Sie ist kein großer, aber ein vollständig gerüsteter Körper, so disciplinirt, mit einem so bestimmten Ziel im Auge und so ohne Rücksichten darauf losgehend als die Demokratie. Wie Heinrich III in Frankreich steht das Ministerium zwischen zwei feindlichen Mächten; selbst zu schwach beide zu bekämpfen, muß es der einen sich anschließen, und, was sich von selbst versteht in ihr aufgehen. Entweder Calvinisten oder Ligue, entweder Heinrich von Navarra oder die Guisen. Jener hätte vielleicht den schwachen dritten Heinrich bestehen lassen, dieser hatte die Scheere schon schleifen lassen um ihm das Haar zu verschneiden und ihn ins Kloster zu sperren. Das Ministerium Manteuffel kann sich darüber nicht täuschen; wenn es mit Hülfe der Reactionspartei kämpfen und siegen will, muß es sich derselben ganz verschreiben, und ihre Bedingungen sind nicht leicht. Das neue Programm das die Partei Milenz aufsetzt ist dagegen ein Kinderspiel. Das Ministerium muß aus sich selbst herausgehen, und ließe man auch einige seiner Persönlichkeiten nominell am Ruder, so muß es desto mehr in der Sache hingeben und Fremdes annehmen. Eines Programms bedarf es nicht; dieses liefert die Kreuzzeitung täglich. Können die HH. v. Manteuffel und Ladenberg das übers Herz bringen, könnten sie sich und ihre laut ausgesprochenen Grundsätze so vor der Welt verläugnen? Und wenn sie's könnten, wenn sie sich moralisch nicht gedrungen fühlten abzutreten, wie können sie der Hoffnung seyn daß die neue Combination einen endlichen Sig davontrüge? Zwar würde einem Ministerium welches die Gerlach-Stahl'schen Principien in den preußischen Staat einführen wollte, eine mächtige Unterstützung nicht fehlen, aber welch' andere Kraft würde im ganzen Preußen, allüberall, sich dagegen von selbst erheben! Dann wäre es nicht mehr der Kampf des Constitutionalismus mit dem Absolutismus, es wäre einer der Preußen schon so oft erschüttert, sein Ausgang blieb aber immer derselbe. Um deßwillen mögen wir dem Gerücht glauben das seit gestern wieder lauter wird: daß trotz der ostensiblen Apparate zum Kampf auf beiden Seiten die Ueberzeugung Platz greift, wie ein solcher nur zum Nachtheil beider streitenden Parteien ausschlagen muß, daß man daher noch einmal nach einem Vermittlungsweg sucht. Die gerüstete Reaction und die Demokratie hatten sich verständigt, um lächelnd dem Kampf zuzuschauen, der, so oder so, nur zu ihrem Vortheil ausschlagen konnte. Sie werden unzufrieden seyn, der wahre Patriot kann es nur von Herzen wünschen.

Rom.

⁚⁚ **Rom,** 25 Oct. Die definitive Feststellung in Betreff der Vertheilung fremder Occupationstruppen im Kirchenstaat scheint nach den neuesten, aus guter Quelle fließenden Nachrichten im wesentlichen alles beim alten zu lassen, nur daß vielleicht Reductionen in den verschiedenen Truppenkörpern stattfinden. So würden von den Franzosen nur 6000 Mann in Rom und ebensoviel in der Umgegend bleiben, Oesterreicher, Spanier und Neapolitaner ihre bisherigen Positionen behalten. Hier ist man damit insofern zufrieden als man von den Spaniern befreit bleibt, die durchweg in üblem Rufe stehen. Der Pabst dürfte in Folge dieser Anordnung sobald als möglich nach Rom zurückkehren, wo zwar die frühere Liebe zu ihm nicht wieder erwacht ist, aber doch das Bedürfniß seiner Gegenwart, wenn auch nur aus materiellen Gründen, vielfach gefühlt wird Eine Deputation verschiedener Collegien ist auch deßhalb von hier nach Neapel abgereist, um seine Rückkehr zu beschleunigen. Diesen Vormittag fand eine großartige Haussuchung statt; sie umfaßte nichtsweniger als das ganze Judenviertel. Der Grund dieser Anordnung läßt sich leicht vermuthen. Der größte Theil der während der Revolution verschleppten Gegenstände aus Kirchen, Klöstern u. s. w. ist, wie anderswo, auch hier in die Hände dieses handelslustigen Volkes für Spottpreise übergegangen, und es möchte den jetzigen Eigenthümern also schwer werden den rechtlichen Besitz überall nachzuweisen.

Rückblicke aus Turin.

Mamiani über Karl Albert. Gioberti, Azeglio und Mazzini.

..i.. **Turin,** 25 Oct. Von allen Schriften die aus Veranlassung der Todtenfeier Karl Alberts erschienen sind, ist unstreitig die Trauerrede die Graf Terenzio Mamiani am 4 October in der Metropolitankirche zu Genua hielt, weit aus die beste. In stylistischer Beziehung verdient dieselbe den Namen eines Meisterstückes; dagegen ist ihr geschichtlicher Werth nur sehr gering anzuschlagen, und namentlich müssen die Freunde Mamiani's, zu denen sich auch Schreiber dieser Zeilen zählt, bedauern daß der Redner diese Gelegenheit nicht wahrnahm um Aufschluß über sein noch immer unaufgeklärtes Verhalten beim Ausbruch der römischen Revolution zu geben. Die beiden Briefe in denen er sein Benehmen zu rechtfertigen suchte, der eine an den Papst, der andere an seine Wähler gerichtet (Due lettere di Terenzio Mamiani, Roma 1849), lassen im unbefangenen Leser den Eindruck zurück daß Mamiani keineswegs die Absetzung des Papstes beabsichtigte, allein zum Sieg der Mazzinisten wesentlich dadurch beitrug daß er wider den ausdrücklichen Willen Pius' IX nach der Ermordung Rossi's das Ministerium annahm, und dasselbe trotz des von Gaëta aus erlassenen Protestes vom 27 November behielt. Mamiani gehört zu den Männern die mit den besten Absichten zu der heillosen Wendung der Dinge in Italien mehr beigetragen haben als die wildesten Republicaner; zu den Ideologen, denen es in der Politik noch immer begegnet ist daß sie zwischen zwei Stühlen niedersitzen. In Piemont fühlt man es recht deutlich wie viel Unheil diese Krankheit unseres Zeitalters, die Ideologie, von der die Majorität der hiesigen Abgeordnetenkammer angesteckt ist, stiften kann. Wenn ich über dieses Thema eine kleine Nachlese auf dem zertretenen Boden der italienischen Revolution halte, hoffe ich damit schon deßhalb nichts unnützes zu thun, weil, wie mir scheint, aus wenigen Zügen vom öffentlichen Schauplatz abgetretener Männer sich die ganze Zukunft des constitutionellen Italiens herauslesen läßt.

Karl Albert hatte seinem Land eine constitutionelle Verfassung verliehen und den Grafen Cesare Balbo, den berühmten Verfasser der Speranza d'Italia und der Lettere politiche, beauftragt in Gemeinschaft mit Pareto, dem gegenwärtigen Kammerpräsidenten, ein Ministerium zu bilden. Graf Balbo ist der ächte Repräsentant des liberal gesinnten piemontesischen Adels, fest und zäh wie die Alpenfelsen an denen seine Wiege stand. Pareto dagegen kann als der leibhafte Ausdruck des ligurischen Küstenvolkes gelten: beweglich, tumultuarisch, aufschäumend wie die Woge die an dem Strande Genua's auf- und niederrollt. Vor der Revolution war Pareto wegen seiner republicanischen Grundsätze und als solcher bekannt der sich der Vereinigung Genua's mit Piemont durchaus abgeneigt gezeigt hatte; nach Bekanntmachung der Constitution erklärte er jedoch sich rückhaltlos mit der constitutionellen Regierung des Königs versöhnen und seine tumultuarisch aufgeregte Vaterstadt beschwichtigen zu wollen. Ins Ministerium berufen, bestand er zunächst darauf daß sein Freund und Landsmann Ricci gleichfalls ein Portefeuille erhalte, und beide gingen hernach gegen ihre genuesischen Glaubensgenossen die Verpflichtung ein: nur unter der Bedingung anzunehmen daß sofort der Krieg an Oesterreich erklärt, die Verfassung abgeändert, mehrere Forts in Genua demolirt und die übrigen der Bürgerwehr übergeben werden. Durch den Ausbruch der Wiener und der Mailänder Revolution war die erste Frage rasch genug erledigt; die Abänderung der Verfassung aber erklärten die Grafen Balbo und Sclopis für ungesetzlich und ungelegen; zudem habe das Ministerium weder das Recht noch die Macht eine derartige Verpflichtung einzugehen. Der Demolition der Forts widersetzten sich alle Minister, und namentlich erklärte der General Franzini: nach Unterzeichnung eines solchen Befehls würde er es nicht mehr wagen vor ein piemontesisches Regiment hinzutreten. Am Ende wurde die Frage zu einer offenen, unverbindlichen gemacht, worauf Pareto in der Kammer die sonderbare Aeußerung that: in dieser Angelegenheit setze er seine Eigenschaft als Minister gänzlich bei Seite, und erinnere sich allein seines genuesischen Ursprungs.

So konnte doch nur ein Ideologe sprechen, aber die Krone wurde dieser confusen, zweideutigen Politik bei der Debatte über die Antwortsadresse auf die Thronrede dadurch aufgesetzt daß derselbe Minister des Auswärtigen ein Amendement, das den Wunsch für die Einheit Italiens aussprach, in dem Sinn unterstützte daß damit keine Liga und keine Föderation, sondern die wirkliche, wahre und ächte Einheit verstanden werde. Wie konnte einem Lande das noch in den constitutionellen Windeln lag, mit solchen Staatsmännern gedient seyn!

Noch in höherem Grade hat Gioberti einer Idee oder besser einem Vorurtheil die höchsten und heiligsten Interessen seines Vaterlandes geopfert. Der Zufall wollte es daß die beiden Häupter der constitutionellen und der republicanischen Partei in Italien beim Ausbruch des Krieges gegen Oesterreich sich in Paris befanden. Mazzini siedelte mit seinem Anhang nach Mailand über und Gioberti ging nach Turin. So sehr beider politische Ansichten auch von einander abwichen, so stimmten sie ihren praktischen Ergebnissen nach doch vollständig überein: die Idee, mochte sie Mazzini oder Gioberti eigen seyn, lediglich durch das Denken abstrahirt und ohne alle Beziehung zu den eigentlichen Bedürfnissen der menschlichen Natur, stieg den unerfahrenen Jüngern zu Kopf, und wenn sie nicht fanatisirte, exaltirte sie wenigstens. Man hat Gioberti nicht uneben mit Lamartine verglichen, wogegen die Gegner des erstern in der Regel noch

einen Schritt weiter gehen und seinen fortwährenden Meinungswechsel aus unedlen Motiven ableiten. Man kann es in Italien überall hören: Gioberti habe seinen Gesuita moderno bloß aus Rache gegen die Väter Curci und Pellico geschrieben, die seine Ansichten bekämpften, wobei er mit derselben Unredlichkeit und Parteilichkeit zu Werke gegangen die man an ihm als Kammerpräsidenten und Minister bemerkt haben will. Dagegen ist er in den Augen anderer nach wie vor der Höchste, Unerreichte (sommo), was jedenfalls nur als zweifelhaftes Lob gelten kann.

Wie dem auch seyn mag: seine Reise nach Mailand, Genua, Florenz, Rom war ein wahrer Triumphzug, und hätte er damals seine Popularität gehörig zu benutzen verstanden und, statt seines nichtssagenden Programms daß die Befreiung Italiens von den Völkern ausgehen, die Ausführung aber den Regierungen überlassen bleiben müsse, das Seil am rechten Ende gefaßt und dem constitutionellen Princip vorderhand in den einzelnen Staaten Bahn gebrochen, so konnte er damals großes Unglück von Italien abwenden. Aber seine „Idee" plagte ihn zu sehr wie weiland den Berliner Held die seine. Gerade in dem ungelegensten Zeitpunkt leitete er die Agitation auf die Costituente, den monstrosesten, vieldeutigsten, unklarsten Begriff den man sich denken kann. Mazzini hatte dieses politische Unding, das einen unitarischen Convent, einen Bundestag, oder auch nur eine in jedem einzelnen Staate behufs Ausarbeitung einer Constitution gewählte Versammlung bedeuten konnte, in Mailand sehr gut für seine Zwecke zu benutzen gewußt. Damals bezog sich die Costituente lediglich auf die lombardisch-venezianischen Provinzen und ihren Anschluß an Piemont. Von Mailand nahm das neugewählte Schlagwort seinen Weg nach Genua, Livorno, Florenz, wo man die Massen damit aufregte; die heimkehrenden Verbannten brachten den Ruf: die Constituirende Hoch! mit nach Rom, und Mamiani machte damit im Kirchenstaat, Montanelli in Toscana den ersten Versuch, der mit dem Umsturz der monarchischen Gewalt in beiden Ländern endete. Um wie vieles vernünftiger war es wenn Gioberti mit den Balbos und d'Azeglios gemeinschaftliche Sache zur Niederkämpfung der Demagogie machte, statt an die Spitze des Radicalismus zu treten und den bei Custozza geschlagenen König von neuem zu abenteuerlichen Unternehmungen zu drängen! Allein der Ideologe vermochte den Schmeicheleien der exaltirten Partei nicht zu widerstehen, die ihn für den Augenblick zu ihrem Oberpriester machte und durch den Glanz seines Namens eine oppositionelle Kammermajorität zu Stande brachte. Eine einfache Empfehlung Gioberti's hatte in vielen Wahldistricten genügt um einem Candidaten alle Stimmen zu verschaffen. In diesem Parlament galt bereits d'Azeglio als reactionär, er der mit unermüdlichem Eifer die Sache der Reform bei Pius IX und Karl Albert bevorwortet, und sofort mit allen Kräften seines reichen Talents die Exaltirten in Florenz und Rom zu einer Zeit bekämpft hatte wo viele seiner politischen Freunde in der Agitation weiter nichts als ein Mittel erblickten um rascher in den Besitz der constitutionellen Freiheiten zu gelangen; er der als Adjutant Durando's den Feldzug im Venezianischen mitgemacht und in Vicenza bei mannhafter Vertheidigung des Monte Berico ein Bein auf dem Schlachtfeld gelassen hatte, während Mazzini nach dem Rückzug der piemontesischen Armee sich als „Garibaldi's Soldaten" ausposaunte, beim Anrücken der Oesterreicher aber es gerathen hielt auf dem neutralen Boden der Schweiz seine Flinte an die Wand zu stellen und in dem Pamphlet ai Giovanni die gemäßigt Liberalen als „Machiavelle des Vorzimmers" zu stigmatisiren. Wer hätte auf einen solchen Angriff besser antworten können als d'Azeglio? Er that es in dem Werkchen: Timori e Speranze, worin er besonders Mazzini's Ausspruch: der Krieg der Könige sey nunmehr zu Ende und der Krieg der Völker werde beginnen, in seiner ganzen Leerheit beleuchtete. „Das Volk", sagte er, „kennt, nachdem ihm die früheren Regierungen die Aneignung jeglicher politischen Idee unmöglich gemacht hatten, weder seine Rechte und noch viel weniger seine Pflichten. Das Volk — ich verstehe darunter die Masse, $^{90}/_{100}$ der Bevölkerung — hatte bis gestern keinen andern politischen Begriff als auf der einen Seite einen Papst, einige Fürsten und ein Oesterreich, letzteres wie eine Art Fatum, eine geheime Macht, fern zwar und doch gegenwärtig, überall gerüstet, gleichsam ein Deus ex machina. Auf der andern Seite Jacobiner, Freimaurer, Carbonari, in alle jene Schrecknisse gehüllt welche Kinder mit dem Gedanken an ihre Popanze verbinden. Die Menge sah beständig beide Heerlager im Kampfe mit einander: die Freimaurer im Begriff den Papst todtzuschlagen auf Geheiß und zum Vortheil ihres Oberpriesters, des Teufels; den Papst wie er zur Freude und zum Heil der Kirche die Freimaurer zur Hölle verdammte — und im Hintergrunde Oesterreich, das die Frage zu Gunsten des Papstes und zum Nachtheil des Teufels entschied, wenn sich der Sieg auf Seiten des letztern zu neigen schien. Von Italien, Nationalität, Unabhängigkeit keine Spur. Wir hatten es unternommen dieses Volk zuerst zu erziehen, bevor wir es zu großen Unternehmungen anfeuerten. Umgekehrt wollte das junge Italien Republicaner daraus improvisiren. Ich für meine Person fürchte die Republik nicht, aber ich fürchte daß sie in Italien nicht möglich, wenigstens ohne Bestand ist; ich fürchte den Despotismus und vielleicht die Croaten; denn wenn ich recht sehe, arbeitet die heutige Republik mit allen Kräften an der Wiederaufrichtung der Monarchie, und zwar nicht sowohl der constitutionellen Monarchie als der absoluten, despotischen."

Gerade diesen festen und erleuchteten Charakter verdächtigte die unter Gioberti's Flügeln ausgebrütete Kammermajorität. Sehr pikant äußerte sich d'Azeglio darüber in einem Rundschreiben an seine Wähler: „Hört, meine Freunde, wie ich ein Zopf (reactionär) geworden bin. Euer Deputirter, derselbe Massimo d'Azeglio den sie ehedem als überspannten Liberalen verfolgten, kehrt als Reactionär, als Dunkelmann zu euch zurück. Die Neuigkeit gehört nicht zu den erfreulichen, aber es ist einmal so, und wißt ihr warum? Weil ich an die costituente, an die demokratischen Minister, an die Brüder von Livorno, an den heiligen Dolch und so viele andere Neuerungen nicht glauben wollte!" Und die Partei welche d'Azeglio in den Geruch eines Dunkelmanns brachte, war damals die Partei Gioberti's, dieselbe Partei welche den Minister Pinelli so lange mißhandelte, bis er, sogar auf der Straße thätlich insultirt, nicht der Drohung wich, aber einer Erklärung die Gioberti sammt 57 Oppositionsmitgliedern gegen ihn erlassen hatte. Gioberti wurde sein Nachfolger, und mußte nunmehr sein eigenes Programm, das auf unverweilte Wiederaufnahme des Kriegs und Verwirklichung des constitutionellen Princips in möglichst democratischem Sinne lautete, die Feuerprobe bestehen lassen. Allein angesichts der in Rom und Florenz ausgebrochenen Revolutionen hielten die schönen Redensarten nicht lange Stich, und er der auf eine innige Verbindung Piemonts mit Mittelitalien gedrungen hatte, trat vor die Kammer mit der Forderung einer Intervention in Toscana. Jetzt traf ihn der Fluch aller halben Standpunkte: er erlag seinen eigenen Waffen; seine Freunde ließen ihn im Stiche, denn die Valerios, die ganze Bücher gegen Mazzini schrieben, waren der Hauptsache nach und im Grunde ihres Herzens doch Mazzinisch gesinnt. Eigentlich schlug er sich nur selbst, wenigstens seine bisherige schiefe Stellung in's Gesicht, wenn Gioberti sofort in dem Probeblatt des Saggiatore mit leidenschaftlichem Ungestüm über Mazzini herfiel: „Gänzliche Unkenntniß der Menschen und der Dinge, rief er, absolute Unerfahrenheit, eine knabenhafte Politik, ein lächerlicher Mysticismus sind die Eigenschaften dieses Mannes. Der Savoyerzug und die neuesten Vorfälle in Toscana zeigen deutlich was er taugt sobald er von seinem Zauberstuhl herabsteigt um zu handeln. Gleich als ob schon sein Wort ätzend und auflösend wirkte, setzt er in kein Land seinen Fuß ohne Zwietracht, Unordnung und Ausgelassenheit dahin zu schleppen. Die unmächtige Beschränktheit seines Geistes wird in keinerlei Weise durch Eigenschaften des Herzens ersetzt. Er ist ebenso feig als beschränkt, der Letzte in der Gefahr und der Erste auf der Flucht. Für einen so gewöhnlichen Menschen wäre es zu wünschen daß sein Andenken mit ihm stürbe; aber die ungeheure Summe Unheil das er stiftete, verschaffte ihm das traurige Anrecht auf Nachruf: verabscheut und verflucht wird sein Name auf die Nachwelt gelangen. Und wie das Haupt so die Glieder."

Es ist dieß dieselbe Sprache politischer Ideologen die neulich Mazzini in der Lettera ai Signori Tocqueville e Falloux laut werden ließ. „Ich nehme mit mir in die Verbannung die heitere Ruhe eines reinen Gewissens. Getrost kann ich mein Auge aufschlagen ohne Blicken zu begegnen die mir sagen: du hast wissentlich gelogen. Unablässig und furchtlos habe ich bekämpft und werde ich bekämpfen, wo es auch seyn mag, die schändlichen Unterdrücker meines Vaterlandes, die Lüge, in welchem Gewande sie auch erscheint, und die Regierungen die, wie die eurige, durch Bestechung, blinde Gewalt und Negation des Fortschritts bei den Völkern die Herrschaft des Privilegiums beizubehalten oder wieder aufzurichten suchen." Alle solche Redensarten können keine Theilnahme erwecken, und ich weiß nicht ob Gioberti in seine freiwillige Verbannung nach Paris mehr Sympathien gefolgt sind als Mazzini in sein gezwungenes Exil. Wahrhaft bedauern aber muß man die Verblendung Karl Alberts daß er nach Gioberti's Rücktritt die Gelegenheit nicht benützte und sich den Armen der Partei entzog, die ihn unfehlbar ins Verderben stürzen mußte. Damals konnte ein Ministerium d'Azeglio ihn noch retten, und bedurfte es dazu einer Kammerauflösung, so war damit noch weniger Gefahr verbunden als bei der Berliner Kammerauflösung im November vorigen Jahres, da der sardinische Monarch sich auf sein Militär mindestens ebenso gut verlassen konnte als Friedrich Wilhelm IV. Aber es war als ob ein böses Verhängniß ihn rettungslos nach dem Abgrund zöge. Weder war die Armee, trotz der großen Anstrengungen die man zu ihrer Reorganisation gemacht, im gehörigen Stande, noch auch das Volk nur einigermaßen für den Krieg gestimmt. Ein Augenzeuge, de Cardenas, hat unlängst über den letztern Punkt merkwürdige Thatsachen veröffentlicht.

Die Kammermajorität, Gioberti's Erbstück, ist auch nach der Schlacht von Novara in derselben eigensinnigen Ideologie befangen geblieben von der sie ehedem geplagt wurde. Was Wunder, wenn nunmehr der Senat mit einem äußerst verdächtigen Conservatismus gegen die Beschlüsse der Ideologen in die Schranken tritt? Die Stellung der beiden Kammern zu einander hat sich bei Veranlassung des Bürgerrechtsgesetzes deutlich genug abgezeichnet. Einem mehr edlen als wahrhaft patriotischen Gefühle folgend, hatte die zweite Kammer einen Gesetzentwurf angenommen der allen italienischen Flüchtlingen die Erwerbung des piemontesischen Staatsbürgerrechts ohne weiteres ermöglichte, was, als allgemeiner Grundsatz ausgesprochen, unvernünftig, den verbannten Venezianern, Lombarden, Modenesen, Parmesanern gegenüber aber, die eine Zeitlang rechtlich und thatsächlich zum Verbande des piemontesischen Staates gehört hatten, nicht mehr als billig war. Der Senat verwarf mit 48 Stimmen gegen zehn den Entwurf gemäß dem von La Charrière verfaßten Commissionsbericht, hauptsächlich deßhalb weil unter dem Schutz eines solchen Gesetzes alle revolutionären Elemente in Piemont zusammenströmen und eine Absperrung des Landes von Seiten der Nachbarstaaten herbeiführen würden. Einer Verpflichtung gegen die Lombarden und Venezianer glaubte der Senat dadurch überhoben zu seyn daß in Mailand und Venedig die Revolution ausbrach noch bevor die piemontesische Armee im Felde erschien. Ein vermittelnder Vorschlag Maestri's und des Grafen Sclopis fand wenig Unterstützung. Sowie das Ministerium sich ergänzte, findet es noch immer keine Gnade vor der Opposition: mittlerweile stellt es sich heraus daß die radicalen Journale Tag um Tag an Einfluß und Abonnenten verlieren. Als litterarisches Curiosum füge ich bei daß die unlängst erschienenen Memorie ed Osservazioni sulla guerra dell' Independenza d'Italia nel 1848—49 aus der Feder Karl Alberts selbst geflossen seyn sollen. Die Einleitung äußert sich besonders heftig über die provisorische Regierung in Mailand.

Frankreich.

⚦ **Chalons**, 26 Oct. Wenn es auf allen Wegen die nach Frankreichs Hauptstadt führen, so aussieht wie auf dem der durch die hiesige Stadt geht, so dürfte Paris diesen Winter an Fremden keinen Mangel leiden, und von dem lustigen Leben der alten Zeit ein gutes Theil zurückerhalten. Drei Dampfboote kommen täglich von Lyon an, auf allen dreien wimmelt das Verdeck von Menschen, und die Masse abgerechnet die den letzten Platz füllt und meist aus Bewohnern der Saone-Ufer und Soldaten auf Urlaub besteht, benützen fast alle Ankommenden den zunächst abgehenden Wagenzug auf der Eisenbahn von Dijon um nach Paris zu eilen. Die Reisenden können sich nicht beklagen, sie haben unvergleichlich schönes Herbstwetter. Der Rauch des Boots das um 3 Uhr Nachmittags anzulangen pflegt, verschwimmt in einem glitzernden Meer von sonnigem Duft, dessen blendende Wirkung dem Auge der auf dem breiten Kai wandelnden Müßiggänger und Müßiggängerinnen wehe thut, während die Ankunft der beiden andern Boote, die gewöhnlich schnell nach einander anderthalb oder zwei Stunden später eintreffen, von dem milden und frohen Himmel mit bunten Wimpeln und dem reichsten Tapetenschmuck gleichsam mit vollem, rauschendem Farbenorchester gefeiert wird. Von dem hohen Kai bis zu den ersten Wellen geht eine steinerne prachtvolle Treppe, auf der wartende Fachini cynischen Philosophen gleich sich sonnen; da schwatzen ein Paar zusammen, dort streckt ein langer Körper alle Viere gähnend aus, und mitten auf der Treppe, gerade an dem Flecke wo die Sonne am heißesten aufsitzt, schnarcht malerisch hingegossen und von den Lichtstrahlen magisch gestreift ein schlanker bleicher Bursche von etwa zwanzig Jahren, in weißem Kittel und eine Mütze auf dem Kopf, deren Farbe vielfacher Gebrauch unkenntlich gemacht hat. Es ist eine Scene voll Anmuth, Eigenthümlichkeit und Humor. Aber wie die Glocke klingt die des Bootes Nahen anzeigt, da springen sie, wie von einem geheimen Federdruck bewegt, aus ihrem Farniente plötzlich auf, und liegt das Schiff einmal am Land, so stürzen sie, Piraten ähnlich, in hastigem Durcheinander auf das Verdeck, und als wenn es eine allgemeine Plünderung gälte, greift jeder nach irgendetwas Tragbarem, Koffer, Schachtel, Kiste, Sack, gleichviel, jeder packt was ihm unter die Hand kommt, und der Reisende muß folgen er mag wollen oder nicht. So oft ich diesen Sturm mit ansah, meinte ich eine Vorübung zu dem großen Tag des Communismus zu sehen, und in der That gehören diese zudringlich dienstbaren Geister beinahe alle zu der rothen Bande und heulen Nachts beim Nachhausegehen, wenn das Geld das sie ein paar Stunden zuvor verdienten, zum größten Theil verthan ist, demagogische Lebehoch und revolutionäre Lieder.

Personal-Nachrichten.

Civildienstnachrichten. Großh. **Baden.** Dem Director der Regierung des Unterrheinkreises, Böhme, sind die Functionen eines außerordentlichen Landescommissärs für den Unterrheinkreis übertragen; der Generalauditor Dr. L. v. Jagemann wieder auf seine frühere Stelle als Ministerialrath im großherzoglichen Justizministerium versetzt; der Ministerialrath Brauer mit dem Charakter und Rang eines Geh. Rathes dritter Classe zum Generalauditor ernannt; dem Hofrath und Professor Dr. v. Rabat an der Universität Freiburg die nachgesuchte Entlassung aus dem großh. Staatsdienste ertheilt, und der bisher dem Prinzen von Preußen beigegebene Generalcommissär, Geh. Rath Schaaff, zum Generalcommissär bei dem nunmehrigen Generalcommando der königl. preuß. Armee in Baden ernannt. — **Sachsen-Weimar:** Der Geh. Regierungsrath G. Thon ist, unter Verleihung des Dienst-Prädicates „Geh. Staatsrath", zum Mitglied des Staats-Ministeriums ernannt. Nachdem in Gemäßheit der Verordnung vom 25 September d. J. die Aufhebung der Verwaltungs-Mittelbehörden und die neue Organisation des Staats-Ministeriums vom 1 Oct. d. J. an in Ausführung gebracht worden, wird die vorläufig eintretende Verwendung des betreffenden Staatsdiener-Personals zur öffentlichen Kenntniß gebracht: A. Das Staats-Ministerium bilden der dirigirende Staats-Minister Dr. Ch. B. v. Watzdorf, als Chef des I. Departements, zugleich Vorsitzender des Gesammt-Ministeriums mit dem Rechte der Oberaufsicht über den Geschäftsgang sämmtlicher Ministerial-Departements; der geh. Staatsrath Dr. O. v. Wydenbrugk, als Chef des II. Departements; der geh. Staatsrath G. Thon, als Chef des III. Departements, und der Staatsrath G. Th. Stichling, kraft besondern Auftrags. B. Die einzelnen Departements. I. Departement. Chef: Wirklicher Geheimerath und Staats-Minister Dr. Ch. B. v. Watzdorf. Erste Abtheilung. (Präsidial-Reservate.) Angelegenheiten des großh. Hauses und der Landesverfassung, Führung der Staats-Correspondenz, besonders auch in deutschen Verfassungsangelegenheiten (mit Ausnahme nur der Zollsachen), die Militär-Angelegenheiten, soweit sie nicht zum bisherigen Ressort der Landes-Direction gehörten, die allgemeine Leitung der Verhandlungen mit dem Landtage, die Angelegenheiten der Presse, die Aufsicht über die Staats-Archive und die Redaction des Regierungs-Blattes, die Angelegenheiten der Universität Jena und (nach §. 15 der Statuten des Falkenordens) das Ordens-Canzlariat: Staatsrath Stichling. Zur Aushülfe: geh. Referendar Müller. Zweite Abtheilung. Oberaufsicht über die unmittelbaren Anstalten für Wissenschaft und Kunst: vortragender Rath Geh. Hofrath Dr. Vogel. Dritte Abtheilung. Die gesammte Landes-Polizei-Verwaltung in dem §. 5. B. der Verordnung vom 25 September bezeichneten Umfange. Director: Präsident v. Conta. Vortragende Räthe Geh. Landes-Directions-Rath Wirth, Geh. Landes-Directions-Rath v. Helldorff, Geh. Landes-Directions-Rath Schambach, Landes-Directions-Rath Schmith, Landes-Directions-Rath v. Schwendler (deputirt nach Eisenach). Technische Räthe: geh. Kriegsrath v. Buchwald, für Militär-Oekonomie, geh. Hofrath Dr. Vogel, für Medizinal-Angelegenheiten, Ober-Bau-Director Streichhan, für Bausachen. II. Departement. Justiz-, Kirchen- und Schul-Sachen. Chef: Geh. Staatsrath Dr. Oscar v. Wydenbrugk. Vortragende Räthe: Ober-Consistorial-Rath Heyer, Regierungsrath v. Grebach, Justiz-Rath Ackermann. (Die Mitglieder des dem zweiten Ministerial-Departement zur Berathung der rein geistlichen und kirchlichen Angelegenheiten beigeordneten Kirchenrathes sehe man weiter unten.) III. Departement. Die gesammte Staats-Finanz-Verwaltung in dem §. 7 der Verordnung vom 25 September näher bezeichneten Umfange. Chef: Geh. Staatsrath Gustav Thon. Director: Staatsrath Carl Christian Cäsar Bergfeld. Vortragende Räthe: Geh. Finanz-Rath Freiherr v. Groß, Geh. Kammerrath v. Rott, Geh. Kammerrath v. Müller, Finanz-Rath Meyer, Finanz-Rath Schumann, Kammer- und Forst-Rath Schweitzer. Ferner als außerordentliche Räthe: Geh. Landes-Directions-Rath Oettelt, Ober-Consistorial-Rath Thon, Justiz-Rath Emminghaus. — In Gemäßheit der Verordnung vom 25 September d. J. ist der für rein kirchliche und geistliche Angelegenheiten der protestantisch-evangelischen Kirche collegialisch zusammengesetzte Kirchenrath am 8. d. Mon. installirt worden, wobei nachbenannte Geistl. als Mitglieder in Pflicht genommen wurden, nämlich: 1) der Geh. Kirchenrath Dr. th. J. C. E. Schwarz, ordentl. Prof. der Theol. in Jena; 2) der Geh. Kirchenrath und Stiftsprediger Dr. th. C. Fr. Horn zu Weimar; 3) der Ober-Consistorial-Rath und Hofprediger Dr. ph. C. Fr. Ch. Köhler zu Weimar; 4) der Ober-Consistorial-Rath und Diakonus Fr. W. Trautvetter zu Eisenach; 5) der Superintendent und Oberpfarrer M. Ch. Fr. G. Teuscher zu Buttstädt. Demnächst hat Se. königl. Hoh. der Großherzog a) den Ober-Consistorial-Vicepräsidenten und General-Superintendenten Dr. th. J. A. Nebe zu Eisenach von der Mitgliedschaft des Kirchenraths dispensirt; b) den Ober-Consistorial-Rath Fr. C. Rodenbrandt zu Aufträgen in Kirchen- und Schul-Angelegenheiten in Eisenach belassen; c) den bisherigen Titel „Ober-Consistorial-Rath" für die Ober-Consistorial-Räthe Dr. Köhler und Trautvetter in das Amts-Prädicat „Kirchenrath" verwandelt, und d) dem Superintendenten M. Teuscher das Amts-Prädicat „Kirchenrath" beigelegt.

[3907—8] Bei den Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Geschichte des schweizerischen Bundesrechtes

von den

ersten ewigen Bünden bis auf die Gegenwart.

Von

Dr. C. Bluntschli,

Professor des deutschen Rechtes in München.

Erster Band.

Geschichtliche Abtheilung.

8. brosch. 4 Thlr. oder 6 fl. 57 kr.

Der zweite, das „Urkundenbuch" enthaltende Band wird binnen kurzem erscheinen.

Meyer u. Zeller in Zürich.

[3914—16] Mit **15. November d. J.** erscheint unter meiner Leitung und unter Mitwirkung mehrerer gleichsgesinnter Freunde eine neue Zeitschrift, unter dem Titel:

Oesterreichische Reichszeitung.

Diesen Namen wählten wir, weil wir in ihm die Idee eines Journals hinzustellen beabsichtigen welches die Interessen des gesammten grossen Staates mit demjenigen Masse von Einheit und wahrer Freiheit das die Verfassung des 4 März gegeben, zu vertreten bestimmt ist.

Wir versprechen vor allem Wahrheit; sie allein erzeugt das Vertrauen, welches unser Vaterland in die Männer setzen muss die täglich zum Publicum zu sprechen unternehmen.

In dieser kurzen Anzeige geben wir kein politisches Programm; Formeln entscheiden nicht. Alles zeigt und beweist die täglich sich erneuende Thätigkeit des Journals.

Der Inhalt unseres neuen Blattes soll alle wichtigen Fragen der *Tagesgeschichte* und *Litteratur* umfassen.

Politik und Volkswirthschaft, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft werden mit gleicher Sorgfalt darin vertreten seyn.

Für rasche Mittheilungen und ausgebreitete Correspondenz haben wir besondere Sorge getragen.

Das *Feuilleton* wird eine Reihenfolge der neuesten Erzeugnisse ausgezeichneter deutscher und fremder Schriftsteller im Gebiete der Kritik und Novellistik liefern.

Format und Ausstattung werden dem umfassenden Inhalte des Blattes entsprechend seyn.

Um dieser vielseitigen Aufgabe genügen zu können, sehen wir uns genöthigt, die Abonnementspreise für die **„Oesterreichische Reichszeitung"** folgendermassen zu bestimmen:

für **Wien** jährlich	12 fl.	für die **Provinzen** jährlich	15 fl. — kr.
halbjährig	6 fl.	halbjährig	7 fl. 30 kr.
vierteljährig	3 fl.	vierteljährig	3 fl. 45 kr.
monatlich	1 fl.	Couverts-Gebühr pr. *Monat*	— fl. 10 kr.
für Sendung ins Haus monatlich	— fl. 10 kr.		

Einzelne Blätter für Wien 3 kr.

Inserate und Einrückungen im *„Journal Aller"* die gespaltene Petitzeile 2 kr.

Zur grösseren Bequemlichkeit des Publicums wird am 1 und 16 eines jeden Monats ein neues Abonnement für Wien eröffnet. Für das halbe Quartal, vom 15 *November* bis 31 *December*, kann mit 1 fl. 54 kr. bei täglich portofreier Postversendung pränumerirt werden.

Man abonnirt bei allen Postämtern des In- und Auslandes, sowie in Wien im Expeditionslocal der „Oesterr. Reichszeitung," Stadt, Wollzeile Nr. 864. Geldbriefe für Pränumerationen und unversiegelte Zeitungs-Reclamationen, wenn sie als solche auf der Adresse bezeichnet sind, übernehmen die k. k. österreichischen Postämter zur portofreien Beförderung.

Wien, am 24 October 1849. **Dr. Leopold Landsteiner.**

---

[310] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Was ist die Cholera

und wie kann man sich vor ihr am sichersten verwahren?

Nebst Angabe der bewährtesten Heilung derselben.

Von

Dr. J. Ennemoser.

Zweite verbesserte Auflage.

8. brosch. Preis 30 kr. oder 9 Ngr.

Inhalt.

Name und Geschichte. — Kennzeichen der indischen Cholera. — Vorboten, Verlauf und Ausgang. — Ursachen. — Das Wesen der Cholera. — Wie man sich vor der Cholera verwahren kann. — Diätetische Ermahnungen. — Arzneiliche Mittel und Vorkehrungen. — Mittel wider die Ansteckung. — Mittel beim ersten Ausbruch der Krankheit. — Behandlung der Cholerine und der Vorboten.

Stuttgart und Tübingen. J. G. Cotta'scher Verlag.

[3829] **Schnellpresse für Landwirthe und Wein-Producenten.**

Die berühmte in Frankreich erfundene Schnellpresse, welche die hydraulischen und Hebelpressen mit Vortheil ersetzt, wenig Raum einnimmt, transportabel ist, nur einen Arbeiter erfordert und um $^1/_3$ wohlfeiler kommt als eine gewöhnliche Presse die von gleicher Wirksamkeit ist, ist bei **C. Leuchs & Comp.** in Nürnberg einzusehen und eine mit 8 Atmosphären Druck zu 450 fl. zu haben.

[3780—82] **Bekanntmachung.**

In der Streitsache der freiherrl. v. Ebner'schen Gutsadministration dahier gegen die Erben des verstorbenen Kaufmanns Albert Johann Cramer zu Nürnberg, Benennung eines Erbzinslehenmannes und Guterückstandes betreffend, wird zum Sühneversuch, eventuell zur Vernehmlassung des Mitbeklagten Handlungs-Commis Georg Cramer auf die demselben im Duplicat bereits mitgetheilte Klage vom 6 August 1846, sowie zur protokollarischen Verhandlung der Sache im gewöhnlichen Verfahren wiederholt Termin

auf Montag den 10 December,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, und Georg Cramer, dessen Aufenthalt dermalen unbekannt ist, auf Antrag des klägerischen Anwalts d. d. 2 pr. 6 d. M. hiezu unter dem Rechtsnachtheil edictaliter vorgeladen daß im Nichterscheinensfalle die Klage für abgeläugnet erachtet, Beklagter seiner Einreden als verlustig erklärt, und Klägerin zum Beweis des Klaggrundes zugelassen werden wird.

Als gemeinschaftlicher Anwalt zum Zweck der Insinuation der in dieser Sache weiters ergehenden gerichtlichen Verfügungen an die Beklagten ist der Mitbeklagte Kaufmann Theodor Cramer Klett dahier von Amtswegen bestellt worden, wovon Georg Cramer mit dem Eröffnen in Kenntniß gesetzt wird daß er allenfallsige Erinnerungen hiegegen bis zum anberaumten Termin hierorts anzubringen habe, widrigenfalls auch die in Bezug auf ihn ergehenden Verfügungen dem Mitbeklagten Theodor Cramer Klett dahier insinuirt und als rite vollzogen betrachtet werden.

Kläger sowie die Mitbeklagten werden hievon in Kenntniß gesetzt, und den letztern das Duplicat des klägerischen Antrags d. d. 2 d. M. mitgetheilt.

Nürnberg, den 28 September 1849.

Königliches Landgericht.

[3896] In Sachen der großherzoglichen Generalstaatscasse c. den frühern Hauptzollamtsassistenten Goegg zu Mannheim,

Beklagten,

Ersatzforderung betreffend.

Nr. 31716. Für die kläger. Forderung von . . . . 49441 fl. 37 kr.
sammt betreffenden Zinsen
zu 5 Proc. nämlich aus
500 fl. vom 9 Juni d. J.
1000 fl. „ 30 „ „
10000 fl. „ 10 „ „
140 fl. „ 15 „ „
37801 fl. „ 10 Juli „
ferner an Kosten,
Inserationsgebühren der
Karlsruher Zeitung 18 fl. 39 kr.
Desgl. im Mannheimer Journal . 13 fl. 3 kr. 31 fl. 42 kr.
Zusammen 49473 fl. 19 kr.

an den dermalen landesflüchtigen Amand Goegg von Renchen, früher Hauptzollamtsassistent dahier und später Finanzminister unter der revolutionären Regierung, wird auf dessen Liegenschaften in der Gemarkung von Renchen sowie auf das in Händen seines Vaters Handelsmann Goegg in Renchen befindliche mütterliche und großväterliche Erbe Vollstreckung erkannt. Dieses wird dem gedachten landesflüchtigen Schuldner mit dem Anfügen eröffnet, daß letzterwähntes Guthaben der Klägerin an Zahlungsstatt zugewiesen wird, wenn diese nicht

innerhalb 4 Wochen

befriedigt seyn sollte.

Mannheim, den 22 October 1849.

Großherzogl. Stadtamt.

Mallebrein.

[3938] Ein Mann im kräftigsten Alter, der früher dem Handelsstand angehörte, später eine längere Reihe von Jahren einer bedeutenden Fabrik von Schwefelsäure, Glaubersalz, Soda und Chlorkalk vorgestanden hat, die Bereitung der genannten Artikel nach den neuesten Systemen nicht nur genau kennt, sondern auch in Herstellung der dazu nöthigen Apparate, sowie im Ofenbau vollkommen bewandert ist, bietet seine Dienste sowohl im kaufmännischen Fach, als zur Leitung oder Einrichtung eines Etablissements, wie vorgenannt, hiemit an, und kann sich über seine Leistungen durch die besten Zeugnisse ausweisen.

Lusttragende, welche von seinen Erfahrungen gerne Nutzen ziehen möchten, werden gebeten sich unter Nr. 3938 an die Expedition dieses Blattes zu wenden, welche Anfragen an den sich hiemit Anbietenden zu besorgen die Güte haben wird.

[3936—37] **Agentengesuch.**

Agenten die sich mit dem Debit eines lucrativen Artikels gegen annehmbare Provision befassen wollen, werden gesucht und nur ausgebreitete Bekanntschaft und Reellität verlangt. Anmeldungen unter O. R. werden franco poste restante Frankfurt a. M. erbeten.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag — Nr. 308. — 4 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Preußen und seine Bundesgenossen); München (weitere Actenstücke in der deutschen Frage. Debatte der zweiten Kammer. Lerchenfelds Rede); Hannover (die Zusammensetzung der neuen Kammer. Aussichten); Wien (Oesterreich und Deutschland).

Frankreich. Reibungen der Personen und Parteien. Errichtung einer „französischen Legion." Befestigung der Insel Corsica.

Italien. Genua (General Pepe nach Paris); Turin (der französische Gesandte).

Neuestes. München. (Rückkehr Sr. Maj. des Königs. Die Discussion über die deutsche Frage auch am zweiten Tag nicht beendigt.) — Berlin. (Die Königin nach Wien.) — Wien. (Der Vergleich mit der Pforte. Ein Cassationshof.) — London. (Der Friedenscongreß. Die Orangisten.) — Paris. (Verhandlungen über den Zerfall der Marine. Das gesammte Ministerium soll abgedankt haben. Die neuen Minister.) — Haag. (Das neue Thorbecke'sche Ministerium.) — Rom. (E. Sarti †.) — Ostindien. (Die Moplas. Ueberschwemmungen.)

Beilage. Auf der Schelde zum Rhein. Von J. G. Kohl. (II.) — Braunschweig. (Nachwahlen zum Landtag.) — Mecklenburg-Schwerin. (Die „Ritterschaft" an den Großherzog.) — Die preußische Kammer und das Ministerium. — Wien. (Die Zolleinigung Oesterreichs mit Modena und Parma, und mit Deutschland. Graf Stürmer. Die Jesuiten in Linz.) — Großbritannien. (Der Eisenbahnkönig Hudson entlarvt. Das Freihandelssystem.) — Schweiz. (Truppenanhäufung in Vorarlberg. Häusser. Fallmerayer. Religiöse Verfolgungen in Lausanne. Professor Troxlers Inquisition.)

Datum der Börsen: London, Paris 31 Oct.; Wien 1, Frankfurt 2 Nov.

Deutschland.

§§ **Frankfurt** a. M., 31 Oct. Es ist etwas faul im Staate Dänemark! Diese Worte Hamlet's hätte General v. Radowitz in seiner Rede über das Dreikönigsbündniß recht wohl zur Anwendung bringen können. Wie gerne man den Bestrebungen der preußischen Regierung nach Verwirklichung des deutschen Einheitsbedürfnisses Gerechtigkeit widerfahren läßt, wie wenig man geneigt ist sich von der Vermuthung des Daseyns von Nebengedanken beschleichen zu lassen, und wie guten Grund man auch hat in der Zeit worin das Bündniß zu Stande gekommen, weil das Feuer der Begeisterung in der Nation noch nachglühte, und an manchen Orten zur wilden Flamme geworden war, an den aufrichtigen Willen zu glauben, an den ernsten Vorsatz dem deutschen Volke genugzuthun: trotz alledem und alledem kann man der Sorge sich nicht erwehren daß die weitere Verfolgung der eingeschlagenen Bahn doch nicht zum Ziele führen wird. Fürwahr, es ist zu wenig gesagt, wenn man von Sorge spricht! — Der Grundgedanke des Dreikönigsbündnisses war nicht die Festhaltung der Bundesacte und der Wiener-Schlußacte; sondern deren Umgestaltung. Die Bundesgenossen sollte ein neues Band umschlingen, die Bundeszwecke sollten verändert, die Bundesverfassung sollte neugestaltet werden. Die Frage von dem rechtlichen Fortbestehen des alten Bundes war vor der Allgewalt der Verhältnisse in den Hintergrund getreten, sie war als eine müßige angesehen; es wurde als eine unwidersprechliche Wahrheit betrachtet daß der alte Bund abgenützt, verworfen, nicht mehr lebensfähig sey. Daraus allein läßt sich die auf die Frankfurter Verfassung gebaute Berliner Aufstellung, ihre Erstreckung auf alle deutschen Länder mit Ausnahme Oesterreichs, und die beabsichtigte Errichtung der sogenannten Union mit dem Kaiserstaate erklären. Nachdem Oesterreich dem Projecte widersprochen, und die Fortexistenz des Bundes von 1815 behauptet, und von Preußen die Anerkennung dieser Forderung erlangt hat, ist dem Dreikönigsbündniß der Boden unter den Füßen weggezogen. Selbst das Interim, wenn der darin ausgesprochene Dualismus nicht durch das Uebergewicht der beiden deutschen Großmächte am Ende zu einem Definitivum wird, ist eine Anerkennung nicht bloß des Fortbestehens des Bundes, sondern auch des Fortbestehens der Bundesverfassung, und zwar auf der einen Seite mit aller ihrer Bildungsfähigkeit, auf der andern mit allen in ihr liegenden Hindernissen der Befriedigung des nationalen Einigungsbedürfnisses. Alles was das Dreikönigsbündniß sich als Zweck darstellt, die gemeinsame Vertretung, die gemeinsame Vertheidigung, die Erhaltung des innern Friedens, hat sich die Bundes- und Wiener-Schlußacte auch als Ziel gesetzt. Zu gleicher Zeit von dem Theile und von dem Ganzen können diese Ziele aber nicht verfolgt werden. Wenn die Bundesgewalt berechtigt ist den deutschen Bund als ein Ganzes dem Auslande gegenüber zu vertreten, so kann der Theil welcher sich um Preußen schaart dieses Recht nicht für sich üben; wenn der Bund über Krieg und Frieden zu beschließen hat, so hat eine Gruppe im Bunde unmöglich dieselbe Zuständigkeit. Das Miteinanderbestehen der engern Vereinigung im Bunde und des Bundes selbst ist nur denkbar wenn die Bahnen sich nicht berühren, das heißt wenn — die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der alten Bundesverträge vorausgesetzt — der engere Verein die selbständige Entscheidung über das was in den Bereich des Bundes fallen muß, von vornherein aufgibt. Was wird aber dann übrigbleiben woran die Nation sich erheben und erwärmen könnte! Glaubt man wirklich daß ein großer Theil des zu einem Parlament berufenen Volkes mit einer so engen Begränzung sich werde abfinden lassen? Wenn der Berliner Verfassungsentwurf eine solche Abänderung erleidet daß die Staatengruppe für welche er bestimmt ist, der Bundesgewalt nach den Grundsätzen der Bundesacte von 1815 unterworfen bleibt, so ist damit höchstens der Weg eröffnet um durch moralische Nöthigungen, durch Appellationen an den Volksgeist, auf die außerhalb stehenden selbständigen Glieder zu wirken, und sie nach und nach für die im Volke wurzelnden Ansichten und Forderungen zu gewinnen. Die Lage der unter sich vereinigten Regierungen, welche einem Parlament Rede zu stehen haben, kann dadurch vergleichungsweise weit bedenklicher werden als die der außerhalb verbliebenen, auf ihrem eigenen gewohnten Organismus beruhenden, und da die Hauptursache der Sonderung in Particularinteressen liegt, so wird die in der Natur der Dinge begründete Activität der zu einem constitutionellen System vereinigten Stämme, gegenüber den in ihrer Sonderstellung verharrenden und durch stete Negation dieselbe vertheidigenden Staaten, zu einer ermüdenden sterilen Oscillation, oder zu einem Antagonismus führen. Das eine System wird das andere auffressen müssen, oder die Unverträglichkeit der ungleichen Elemente wird zu einer Scheidung in der That führen.

Bayern. **München.** Aus dem Nachtrag zu den Actenstücken über die deutsche Frage nach Kammerbeschluß vom 31 Oct., aus denen wir gestern schon die zwei jüngsten Documente mitgetheilt, folgen hier die beiden ältern: Staatsministerium des Aeußern. Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. eilt ihrer Selbstauflösung entgegen; die Folge hievon wird die Auflösung des jetzigen Reichsministeriums seyn, und es ist zweifelhaft ob Se. kaiserl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser ein anderes Ministerium bilden kann und will, so wünschenswerth dieß auch erscheint. Es droht also die Gefahr daß sich die provisorische Centralgewalt auflöse, bevor es den Regierungen auch bei dem besten Willen möglich ist sich über die deutsche Verfassung zu einigen. Es muß aber alles aufgeboten werden diese Gefahr abzuwenden, weil sie der Revolution neue Kraft zuführen würde. Dazu ist erforderlich daß sich die Regierungen der größeren Staaten unverzüglich über die Bildung einer provisorischen Centralgewalt einigen, welche in demselben Augenblicke ins Leben zu treten hätte in dem der Reichsverweser etwa zurücktritt. Hierüber müssen sich zunächst die Regierungen von Oesterreich und Preußen einigen, und ihren Vorschlag den k. Höfen vorlegen. Bayern wird bereitwillig darauf eingehen, wenn seine Stellung dabei nicht gefährdet wird. Das zweckmäßigste scheint daß man dieser provisorischen Centralgewalt schon jetzt diejenige Form gebe welche für die definitive Gestaltung als die nothwendige sich darstellt, nämlich die collegiale. Um die gefährliche Erinnerung an den Bundes-

tag zu vemeiden, empfiehlt sich ein Directorium von drei Mitgliedern. Oesterreich und Preußen hätten je eines zu ernennen, das dritte könnte man billig für jetzt Bayern ernennen lassen, oder auf den schon früher beliebten Modus eingehen daß Bayern drei Candidaten vorschlüge, aus welchen die übrigen Regierungen zu wählen hätten. Dieses Directorium hätte seinen Sitz in Frankfurt zu nehmen, einige Reichsminister zu ernennen und durch diese auf Grund des Gesetzes vom 28 Jun. v. J. über die Centralgewalt und des Bundestagsbeschlusses vom 12 Jul. v. J. die Centralgewalt auszuüben. Jedoch wäre zu seiner Competenz auch die Leitung der Verhandlungen über die Verfassung selbst zu verweisen. Zu seiner Sicherstellung würde ein Armeecorps bei Frankfurt aufzustellen seyn. Dabei wäre noch zu erwägen ob man die Nationalversammlung auffordern solle einen Ausschuß zu bestellen, um mit der so gebildeten provisorischen Centralgewalt das Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen. Es wäre dafür aber freilich vorauszusetzen, daß sich die Nationalversammlung bis dahin nicht so vollständig auf den Weg der Revolution begeben habe, daß es den Regierungen unmöglich ist mit ihr zu verhandeln. Dieser Vorschlag schließt sich möglichst an das Bestehende an, und ist viel leichter auszuführen als die Verlegung der ganzen Centralgewalt an einen andern Ort. Er würde auch die Zustimmung des Volkes leichter erlangen. Die Mitglieder des Directoriums wären wohl am besten aus Prinzen der regierenden Häuser zu wählen, ohne daß jedoch die betreffenden Regierungen nicht auch andere Personen dazu wählen könnten. Es versteht sich übrigens von selbst daß hiedurch das Bedürfniß nicht erledigt wäre so schnell als möglich sich über die Verfassung selbst definitiv zu einigen, und auch hiefür bereitet die königl. Regierung die Darlegung ihrer Ansichten bereits war. Die königl. Gesandtschaft wird beauftragt, den hier gemachten Vorschlag bei der königl. Regierung zu bevorworten, und alles aufzubieten damit eine baldigste Befriedigung dieses unabweislichen Bedürfnisses gewonnen werde. München, den 3 Mai 1849. Gez. v. d. Pfordten. An die königl. Gesandtschaften in Wien und Berlin. Die deutsche Frage betreffend. Durch den Minister der Generalsecretär gez. Rappel.

Denkschrift, in vertraulicher Weise an die k. k. österreichische Regierung gerichtet. Durch die Erklärungen der drei größten deutschen Regierungen gegen die in Frankfurt beschlossene Verfassung ist der Kampf mit der Revolution aufgenommen. Die Nationalversammlung und ein nicht geringer Theil des Volkes scheint zur Gewalt schreiten zu wollen. Hierüber muß vor allem gesiegt werden. Es genügt aber nicht die Revolution physisch zu überwinden. Sie kann nur beendigt werden wenn der Friede in die Gemüther zurückkehrt. Dazu ist es aber unerläßlich daß die Regierungen, sobald als möglich, sich über die neue deutsche Verfassung einigen, und in dieser die wahren Bedürfnisse der Zeit, nicht die eingebildeten, befriedigen. Die Aufgabe ist schwierig, aber nicht unlösbar. Man muß sich dabei auf unbefangene Würdigung der Zeit, auf das Gebiet der Thatsachen stellen, nicht auf Theorien und Ideale bauen. Unbestreitbare und beherrschende Thatsache ist es daß die Bundesverfassung nicht wieder hergestellt werden kann. Sie ist wirklich von der Nation verworfen und gegen eine so entschiedene Ueberzeugung eines ganzen Volkes läßt sich nicht kämpfen. Der Grund dieser Verurheilung liegt übrigens weniger in der Verfassung des Bundes als in der Art wie sie gehandhabt worden ist, in der Unthätigkeit des Bundestages. Neben dieser negativen Thatsache steht ebenso entschieden eine positive. Die deutsche Nation will eine starke Gesammtverfassung, durch welche sie als eine einige Nation sich fühlen, nach außen anerkannt werden, im Innern sich frei entwickeln kann. Dieser Drang nach größerer Einigung als sie bisher bestand, kann nicht verkannt werden, man mag darüber urtheilen wie man will. Er ist da, er wird bleiben und unbefriedigt an Kraft wachsen. Er ist jetzt nur ein Drang nach größerer Einigung; es kann ein Drang nach völliger Einheit werden, wenn man ihn mißachtet. Um nun zur Befriedigung der in der Sachlage enthaltenen Bedürfnisse zu gelangen, darf man nicht zuerst die Verfassungsform aufstellen und aus dieser, wie aus einer Zauberformel, den Verfassungsinhalt folgern, wie es die Frankfurter Doctrinärs gethan haben. Man muß zuerst feststellen welche Gränzlinie zwischen den Rechten der Centralgewalt und den Einzelstaaten zu ziehen ist, und hiernach muß sich dann die Verfassungsform richten und ihr Name. Aber auch dieser allein praktische Weg bietet große Schwierigkeit, weil das Bedürfniß und die Möglichkeit der Abtretung von Rechten an die Centralgewalt so sehr verschieden ist bei den an Größe und Macht so ungleichen Einzelstaaten. Hier liegt der Angelpunkt der Frage, hauptsächlich für Oesterreich. Es ist aber unverkennbar daß Oesterreich gewisse Opfer bringen muß wenn es seine Stellung in Deutschland behaupten will, und daß es sich zu diesen Opfern rasch entschließen muß. Sonst wird es gewiß von Preußen überflügelt, und auch Bayern wird der Wucht der Verhältnisse kaum widerstehen können. Oesterreich kann aber auch diese Opfer bringen. Denn Preußen selbst wird dahin wirken daß sie nicht zu groß werden, und die entsprechende Theilnahme an der Centralgewalt wird für diese Opfer entschädigen. I. Wendet man sich nun zu der Frage: welche Rechte der Centralgewalt einzuräumen sind, oder mit anderen Worten, in welchen Beziehungen eine größere Einigung Deutschlands erforderlich ist, so sind hauptsächlich folgende Punkte zu erwägen: 1) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands in seinen allgemeinen Angelegenheiten nach außen. Daß diese der Centralgewalt zukommen müsse, ist nicht bloß von der Nationalversammlung und der öffentlichen Meinung gefordert, sondern auch von denen welche die Beschlüsse der Nationalversammlung als zu weit gehend verwerfen, wie z. B. Hansemann in seiner interessanten Schrift. Es ist auch von den Regierungen im Laufe des letzten Jahres, namentlich von der bayerischen, wiederholt ausgesprochen worden, und kann umsoweniger zurückgenommen werden, als selbst in dem deutschen Bunde schon der Grundgedanke dafür lag, wie der Beschluß vom 12 Jun. 1817 und die Wiener Schlußacte A. 50 zeigen, und für eine nach außen starke Gesammtverfassung, man mag sie nun Bundesstaat nennen oder nicht, die lebendige Entwicklung dieses Gedankens unerläßlich ist. Dagegen wäre den einzelnen Staaten das Recht Gesandte zu empfangen und abzusenden, insbesondere unter sich selbst, vorzubehalten und es ihrem Ermessen überlassen in welchem Umfang sie von diesem Rechte Gebrauch machen wollen und können. Die Bestellung der deutschen Gesandten von Seite der Centralgewalt dürfte vielleicht in der Art geregelt werden, daß die auswärtigen Gesandtschaften der größeren Einzelstaaten nach einer gewissen Vertheilung den Charakter der deutschen Gesandten erhielten. Diesen Gedanken gemäß würde z. B. Bayern immer einen Gesandten in Athen und Rom haben, und diese könnten zugleich Gesandte der deutschen Centralgewalt seyn. 2) Die Entscheidung über Krieg und Frieden gebührt der Centralgewalt, umsomehr als sie auch schon dem Bundestage zustand. 3) Die Oberleitung der bewaffneten Macht steht hiemit in nothwendigem Zusammenhange. Auch diese hatte schon der Bundestag. Die Militärverfassung wäre aber etwas straffer anzuziehen. Die einzelnen Armeecorps müssen nach dem geographischen Zusammenhang der Staaten, nach militärischen Reichskreisen gebildet werden. Dadurch würden die kleineren Staaten ohne Mediatisirung in das richtige Verhältniß gesetzt. Oesterreich, Preußen, Bayern behalten ihre selbständigen Armeecorps. In den übrigen bekäme der größte Staat die durchgreifende Leitung über die ihm angeschlossenen Staaten. Es würden sich so etwa die sieben Gruppen bilden, die schon vorgeschlagen wurden. Da jedoch inzwischen die beiden Mecklenburger besondere Verträge mit Preußen abgeschlossen haben, so dürfte es zweckmäßiger seyn nur sechs solche Gruppen zu bilden, etwa in folgenderweise: Oesterreich mit Liechtenstein, Preußen mit Mecklenburg und Anhalt, Bayern mit Großherzogthum Hessen, Hessen-Homburg, Nassau, Frankfurt, Sachsen mit den sächsischen Herzogthümern 2c., Hannover mit Kurhessen, Braunschweig 2c., Württemberg mit Baden. Die Marine zu centralisiren dürfte am wenigsten Schwierigkeiten haben, da sie im wesentlichsten erst zu schaffen ist. Sie würde aber von selbst in zwei Haupttheile zerfallen, den nördlichen und südlichen, und jener unter die Leitung von Preußen, dieser unter die von Oesterreich gestellt werden, resp. diesen Staaten in ähnlicher Weise angehören, wie ihre Armeen. 4) Die Sorge für die Erhaltung des Landfriedens, der innern Ruhe und Sicherheit war schon Bundesangelegenheit und muß auch der Centralgewalt bleiben. 5) Besonders wichtig erscheint das Zollwesen. Zolleinheit und nationales Zollsystem sind Losungsworte der Zeit geworden. Sie sind aber auch ein Bedürfniß. Der Zollverein hat so feste Wurzeln geschlagen, daß seine Auflösung nicht bloß von der öffentlichen Meinung für unmöglich erklärt wird, sondern in der That die gefährlichsten Folgen haben würde. Der Eintritt aller noch fehlenden nordeutschen Staaten in den Zollverein wird bald erfolgen, wenn nicht eine kaum glaubliche Umstimmung der Ansichten eintritt. Für Oesterreich mag auch diese Frage besondere Schwierigkeiten haben; es müßte aber wenigstens der Eintritt als Ziel bestimmt ausgesprochen und sofort durch Uebergangsmaßregeln angebahnt werden, so daß möglichst bald die Zollschranken fielen für alle diejenigen Gegenstände welche nicht kaiserliches Regal sind. Die in Frankfurt in der Zollconferenz gemachten Vorarbeiten müssen sehr brauchbares Material liefern. Von Seite Oesterreichs wird hier wohl zu erwägen seyn welchen politischen Einfluß Preußen durch den Zollverein gewonnen hat, und in welchem Grade dieser nothwendig wachsen muß wenn die übrigen norddeutschen Staaten in den Zollverein eintreten. Durch einen solchen Eintritt, ohne die möglichste Betheiligung Oesterreichs, würde aber auch das System des Freihandels bald den Sieg erringen, und die materiellen Kräfte von Süddeutschland, deren industrielle Bestandtheile mäßiger Schutzzölle bedürfen, in einer auch für Oesterreich nachtheiligen Weise sprächen. 6) In nächster Verbindung mit dem Zoll- und Handelssystem stehen die Anstalten für den Verkehr. Eine möglichst gleichmäßige Einrichtung derselben ist schon früher angestrebt worden, und die Postconferenz zu Dresden war ein wichtiger Versuch dazu. Es wäre daher der Centralgewalt wohl die Oberaufsicht über diese Anstalten einzuräumen, über die Post, Eisenbahnen, Straßen, schiffbare Flüsse und Telegraphen. Dieses Recht müßte sich aber darauf beschränken die leitenden Principien zu ermitteln und für deren gleichmäßige Durchführung zu sorgen. Die Einrichtung und Verwaltung selbst muß den Einzelstaaten bleiben. Die kleineren Staaten mögen sich deßhalb an größere anschließen, wie z. B. schon jetzt die Post im Herzogthum Altenburg an Sachsen überlassen ist. Daß die Ernennung von Beamten nur den Einzelstaaten zukommen könne, ist an sich klar. 7) Gleichheit in Münze, Maß und Gewicht wird zwar auch allgemein als nöthig gefordert, ist aber der Erfahrung gemäß sehr schwer zu erreichen, weil sich die Gewohnheit

des täglichen Lebens nicht so leicht ablegt. Als ein durch die Centralgewalt zu vermittelndes Ziel kann man sie bezeichnen; man wird ihr aber nicht das Recht einräumen können darüber sofort Gesetze zu geben. Hierin ist der Weg der Vereinbarung unter den Einzelstaaten vorzubehalten. 8) Die Gesetzgebung. Die Note des Fürsten Schwarzenberg an v. Schmerling vom 5 April d. J. erklärt: Oesterreich werde seine gesetzgebende Gewalt nimmals einer fremden gesetzgebenden Versammlung unterordnen. Dieß hat man in Deutschland so aufgefaßt als sage sich Oesterreich von dem ganzen deutschen Verfassungswerke los, und es ist dieser Satz zum Schlagworte der Agitation gegen Oesterreich gemacht worden. Gewiß hat man hiebei den etwas allgemein gefaßten Ausdruck mißverstanden. Hatte ja doch selbst der deutsche Bund eine Art gesetzgebende Gewalt. Hat doch Oesterreich auch das neue deutsche Wechselgesetz angenommen. Es wird hier hauptsächlich darauf ankommen die Gegenstände der gemeinschaftlichen Gesetzgebung genau zu bestimmen, und den größern Staaten den rechten Einfluß auf dieselbe zu gewähren. Eine gemeinschaftliche Gesetzgebung erscheint wünschenswerth: a) über das Heimathsrecht, die Freizügigkeit und das Reichsbürgerrecht. Dagegen muß die Ansässigmachung insbesondere durch Verehelichung und das Gewerbswesen der Landesgesetzgebung überlassen bleiben, damit sie nach den besondern Verhältnissen der Mehrung des Proletariats entgegentreten kann; b) über die höheren politischen Rechte der Staatsbürger bezüglich der Presse, Vereine, Versammlungen. Eine gemeinsame Gesetzgebung wird hier größere Garantien bieten als die vereinzelte, weil bei dieser ein Stätchen das andere durch Concessionen zu überbieten sucht; c) über die oben sub 1 — 6 angeführten allgemeinen Angelegenheiten; d) über Handels- und Wechselrecht. 9) Die Finanzen. Daß die Centralgewalt Geld braucht ist klar. Die Aufbringung desselben muß aber durchaus auf den bisherigen modus der Matricularbeiträge beschränkt bleiben. Jede Beschränkung der Finanzhoheit der Einzelstaaten ist unstatthaft. Nun ist zwar nicht zu verkennen daß eine Sicherstellung für die vollständige und rasche Einzahlung der Beiträge gegeben werden muß. Diese darf aber nicht durch Centralisirung der Verbrauchssteuern erfolgen. 10) Die innere Verwaltung muß durchaus den Einzelstaaten bleiben. Eine Hierarchie von Reichsbeamten darf nicht entstehen, und die Absendung von Reichscommissären an die Einzelstaaten muß als Product der Revolution mit dieser verschwinden. Der Verkehr zwischen der Centralgewalt und den Einzelstaaten hat sich durch die Bevollmächtigten der letzteren zu bewegen. Dieß dürften diejenigen Grundzüge seyn nach welchen die Competenz der Centralgewalt und der einzelnen Staaten zu bestimmen wäre. Bei der Redaction der Bestimmungen selbst dürfte es rathsam seyn, soweit als möglich ist, sich an die von der Nationalversammlung gewählte Fassung anzuschließen. II. Eine auf die bisher entwickelten Gedanken gestützte Verfassung würde entschieden den föderativen Charakter haben, und man könnte sie Staatenbund oder Bundesstaat nennen, zwei Begriffe die keineswegs so weit auseinander liegen als man jetzt gewöhnlich annimmt. Um aber die Erregung der Leidenschaften zu vermeiden die sich an diesen Wortstreit knüpft, wäre es wohl gut, wie jetzt Hansemann vorschlägt, den Ausdruck: „Vereinigte Staaten von Deutschland" zu gebrauchen. Daß dieser Ausdruck den Bundesstaat nicht ausschließt, zeigt Nordamerika. Bei Bildung der Organe dieser Centralgewalt kommen nun folgende Punkte in Erwägung. An der Spitze kann, wenn der föderative Charakter des Ganzen gewahrt werden soll, nur ein Directorium stehen. Ueber die Bildung desselben sind bis jetzt zwei Ansichten aufgestellt worden. Nach der einen wäre ein Collegium von sieben Mitgliedern zu bilden, entsprechend den sechs oder sieben Staatengruppen oder Reichskreisen welche sich namentlich durch die obenangedeutete Militärverfassung ergeben würden. Nach der andern Ansicht soll das Directorium nur drei Mitglieder haben, so daß Oesterreich und Preußen ständig die übrigen Königreiche durch einen Turnus darin vertreten wären. Beide Ansichten haben wichtige Gründe für sich. Gleichwohl scheint die zweite den Vorzug zu verdienen weil sie das Directorium einfacher und kräftiger gestaltet und deßhalb auch in der öffentlichen Meinung günstiger aufgenommen werden dürfte. Dabei wird man jedoch jedenfalls für Bayern eine umfassendere Betheiligung festsetzen müssen als für die übrigen Königreiche, etwa so daß es je zwei Jahre hindurch in dem Directorium sitzt, und die übrigen nur je ein Jahr lang. Daß dieses Directorium nicht selbst die Geschäfte führen kann, ist klar. Es bedarf also hiefür besonderer Beamten (Minister) die von dem Directorium durch Stimmenmehrheit ernannt würden. Die Zahl derselben wäre auf fünf zu beschränken: für das Auswärtige, die Militärangelegenheiten, die Zoll und Handelsverhältnisse, die Finanzen und die innern Angelegenheiten. Ein Justizminister wäre ebenso überflüssig als ein Cultusminister, von dem man auch schon gesprochen hat. Damit dieses Ministerium aber fortwährend in lebendigem Verkehr mit den Einzelstaaten bleibe, haben diese das Recht, ständige Bevollmächtige bei der Centralgewalt zu halten, durch welche ausschließlich jener Verkehr vermittelt wird. Kommen die schon erwähnten Staatengruppen zu Stande, so würde jede solche Gruppe nur einen gemeinschaftlichen Bevollmächtigten aufzustellen haben. Hiedurch würde nicht bloß große Vereinfachung und Kräftigung der Verhandlungen gewonnen, sondern auch dem Einwand begegnet daß man den alten Bundestag wieder hergestellt habe. Diese Bevollmächtigten würden ebenso gut einzeln mit dem Directorium und Ministerium verhandeln können als in collegiale Berathung treten. In dieser letztern Richtung erfüllten sie zugleich die Bestimmung des sogenannten Reichsrathes, der von der Nationalversammlung in der ersten Lesung der Verfassung angenommen war, in der zweiten aufgegeben wurde. Es müßte sogar festgesetzt werden daß das Ministerium nicht bloß Gesetzesvorschläge, sondern auch alle wichtigeren Verwaltungsmaßregeln mit diesem Bevollmächtigten beriethe. Würden die Centralregierungs-Organe in dieser Weise gebildet, so wäre unverkennbar eine weit wirksamere Thätigkeit derselben begründet, und die Einigung der Staate schärfer dargestellt als in der alten Bundesverfassung, und dennoch wäre der föderative Charakter gewahrt. III. Die Errichtung eines Reichsgerichtes wäre wohl ohne Schwierigkeiten möglich, und für gewisse, namentlich mehr staatsrechtliche Streitigkeiten vortheilhaft. Hier braucht über diesen Gegenstand nicht mehr gesagt zu werden. IV. Durch die bisher entwickelten Organe der Gesammtverfassung ist aber den Bedürfnissen der Gegenwart noch nicht genügt. Es sind dieß nur die Organe für die Regierung der vereinigten Staaten, und es muß für eine Vertretung des Volkes bei dieser Regierung gesorgt werden. In der österreichischen Note an v. Schmerling vom 9 März wird eine solche Vertretung scheinbar verworfen. Es wird zwar ein Staatenhaus zugelassen, gebildet durch Abgeordnete der Volksvertretungen der einzelnen Staaten, nicht aber ein Volkshaus neben diesem. Diese Erklärung Oesterreichs hat die öffentliche Meinung noch viel mehr verletzt als die Weigerung sich einer fremden gesetzgebenden Versammlung unterzuordnen. In der That liegt hier der Angelpunkt der ganzen Bewegung unserer Zeit. Der Gedanke eines deutschen Parlaments wurde lange schon gehegt, kurz vor der französischen Februar-Revolution v. Bassermann in der badischen Kammer ausgesprochen. Er wurde zum Losungsworte des ganzen Volkes nach jener Revolution, und alle deutschen Regierungen, auch die österreichische, erkannten die Berechtigung dieses Gedankens an durch die Bundesbeschlüsse vom 30 März und 7 April v. J. und deren Vollzug. Die Vertretung des Volkes beim Bunde war die officielle Bezeichnung dessen was alle Regierungen, namentlich die bayerische, in den Proclamationen der Fürsten feierlich zusicherten. Es könnte nicht mehr zurückgenommen werden, selbst wenn man zur reinen Bundesverfassung zurückkehren wollte; es kann um so weniger beseitigt werden, da man zu einer geschlossenen Gesammtverfassung schreiten will. Wenn auch das österreichische Volk nicht darauf besteht, für jede andere deutsche Regierung ist es unmöglich hievon abzugehen umsomehr nachdem jetzt Preußen seine Circulardepesche vom 28 April veröffentlicht hat. Die Frage kann daher nur seyn wie diese Volksvertretung zu bilden ist. Man wird sich aber dabei für das Zweikammersystem entscheiden müssen, theils weil die in ihm liegenden Garantien der Ordnung auch für die Gesammtverfassung ebenso nothwendig sind als für den Einzelstaat, theils und hauptsächlich weil das Beispiel des Einkammersystems in der Gesammtverfassung unaufhaltsam auch für die Einzelnverfassungen maßgebend werden würde. Es dürften aber auch die Besorgnisse nicht ganz begründet seyn welche der österreichischen Regierung vorgeschwebt zu haben scheinen, die allerdings zu befürchtende Collision zwischen dem Gesammtparlamente und den Einzelparlamenten wird in gleicher Weise möglich bleiben, jenes mag aus einem oder aus zwei Häusern bestehen, abgewendet aber kann sie dadurch werden daß die Gränze zwischen der Competenz der Centralgewalt und der der Einzelstaaten genau festgestellt wird. Die Lähmung des einen Hauses durch das andere, wovon die österreichische Note vom 9 März d. Js. spricht, ist aber nur das Gleichgewicht des Zweikammersystems, und ist vielmehr ein Vortheil als ein Nachtheil. Denn auch ein so zusammengesetztes Haus wie es jene Note andeutet, bedarf eines solchen Gegengewichtes. Sie denkt sich die Mitglieder dieses Hauses, wie es scheint, theils von den Kammern der Einzelstaaten gewählt, theils von den Regierungen ernannt. Beides bietet keine conservativen Garantien. Die Majoritäten der Einzelkammern würden nur Männer derselben Richtung wählen, und diese Majoritäten sind jetzt fast überall radical. Die Regierungen werden nicht umhin können Männer zu ernennen welche nicht in zu großem Gegensatze zu der Richtung der Majoritäten ihrer Kammern stehen, weil sie sonst mit diesen in Kampf gerathen, und die Ernannten selbst werden nicht immer stark genug seyn der Popularitätssucht zu widerstehen. So dürfte leicht ein solches Haus gefährlicher werden als das Parlament von zwei Häusern, wenn für diese ein zweckmäßiges Wahlgesetz gefunden wird. Das von der Nationalversammlung beschlossene Wahlgesetz ist natürlich unbrauchbar. Die Grundzüge des zu erlassenden Wahlgesetzes könnten wohl folgende seyn. Für das Volkshaus wären mittelbare Wahlen anzuordnen; Urwähler wäre jeder unbescholtene Mann von 25 Jahren, der eine gewisse directe Steuer zahlt, wählbar nur wer 30 Jahre alt ist, sowohl zum Wahlmanne als zum Abgeordneten. Auf 150,000 Seelen ein Abgeordneter würde passend seyn. Die Mitglieder des Staatenhauses würden theils von den Regierungen ernannt, theils von den Kammern der Einzelnstaaten gewählt, hier könnte aber nur wählbar seyn wer eine ziemlich hohe Steuer zahlt, so daß in diesem Hause Intelligenz und Besitz vertreten wären. Die Competenz des Parlamentes wäre eine zweifache, die Gesetzgebung in Gemeinschaft mit dem Directorium innerhalb der oben bezeichneten Gränzen, und die Bewilligung der durch Matricular-Beiträge zu bestreitenden Ausgaben. Für die Gesetzgebung hätten zwar auch die beiden Häuser die Initiative, aber das Directorium das absolute Veto. Gleiches gelte für Verfassungs-Abänderungen. V. Kann aber Oesterreich

einem also gestalteten Deutschland beitreten, ohne die Grundlagen seiner eigenen Macht zu gefährden? Kann es dieß namentlich Angesichts der neuen Verfassung des Kaiserstaates? Dieß wird von der kleindeutschen Partei mit Entschiedenheit verneint, und der Schein von Wahrheit der hierin liegt hat diese Partei so stark gemacht. Eine ruhige Erwägung dürfte aber gleichwohl zur Bejahung jener Fragen führen. In der neuen österreichischen Verfassung sind zwei Elemente staatlichen Lebens enthalten, die Centralisation und der Particularismus der Provinzen. Es muß sich bald zeigen welches Element das stärkere wird. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird das provincielle Element vorwalten. Schon die Verfassung selbst weist darauf hin, indem sie den Reichstag nicht bloß aus den Provincialständen hervorgehen läßt, sondern erst nach der Feststellung der Provinzverfassungen beruft. Hiezu kommt daß zwar jetzt im Kampfe und in der Armee das Centralgefühl naturgemäß hervortritt, daß aber der Friede ebenso naturgemäß das Stammgefühl beleben wird. Eine Germanisirung Italiens wird kaum zu erreichen seyn, die völlige Einverleibung Ungarns in die Monarchie wenigstens nicht ohne lange Kämpfe. Sind diese Erwägungen richtig und nimmt hienach die Verfassung Oesterreichs selbst den förderativen Charakter an, so steht auch nichts im Wege daß die meisten Provinzen Oesterreichs dem deutschen Staatenverbande beitreten in der oben entwickelten Gestalt. Für alle Provinzen wird es allerdings nicht möglich seyn. Italiener und Deutsche können weder im Staatenhause noch im Volkshause gedeihlich zusammenwirken, und ein Resultat der Bewegung von 1848, welches die Lombardei und Hannover als homogene Theile der deutschen Nation erscheinen ließe, ist dem starken Nationalgefühle beider Völker gegenüber schlechthin unmöglich. Hier ist die Gränze, welche bei aller Berücksichtigung historischer Zustände nun einmal nicht überschritten werden kann. Es gibt physische Unmöglichkeiten; es gibt aber auch ethische und psychologische. Mögen die Lenker des österreichischen Staates in diesem entscheidenden Augenblicke wohl mit sich zu Rathe gehen, ehe sie den letzten Ausspruch thun. Sind Oesterreich und Deutschland einmal förmlich geschieden, so werden sie sich schwer, wohl niemals wieder vereinigen. Dann wird im österreichischen Staate das deutsche Element sehr in den Hintergrund gedrängt werden, wo nicht ganz unterliegen. In Deutschland aber wird die Centralisirung unaufhaltsam vorwärtsgehen, und es ist dann vielleicht in nicht sehr ferner Zeit wahrscheinlich daß dieser große, rein deutsche Staat eine mächtige Attraction auf die in Oesterreich unterliegenden deutschen Elemente übt. Hierauf hoffen und bauen die Führer der kleindeutschen Partei. Tritt dagegen Oesterreich sofort mit seinen bisher zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen dem neuen Verfassungswerke bei, und behält es sich den Beitritt für Ungarn vor, so wird die irregeleitete öffentliche Meinung außerhalb Preußen, namentlich in Süd-Deutschland, schnell wieder auf seine Seite sich neigen, die süddeutschen Regierungen werden sich fest an Oesterreich anschließen, und Oesterreich und Deutschland werden vereinigt erhalten. Es ist nicht zu verkennen daß einem solchen Entschlusse von Seite Oesterreichs Bedenken entgegenstehen. Allein sie werden sich in der praktischen Ausführung der neuen Verfassung mindern, und von zwei Gefahren ist doch die kleinere vorzuziehen.

⁓ **München,** 2 Nov. (Sechzehnte Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Die Galerien überfüllt, die Diplomaten-, Hof- und Reichsrathstribune dicht besetzt, das Ministerium vollzählig versammelt, in den Gruppen der Abgeordneten gespannte Erwartung — das war die äußere Physiognomie des heutigen Sitzungsbeginns. Mit Erwähnung zweier Adressen des constitutionell-monarchischen Vereins zu München und des vaterländischen zu Erlangen, welche sich auf die heute beginnende Berathung über die deutsche Frage beziehen, und von ihren entgegengesetzten Standpunkten aus die Beschlüsse der Kammer gefaßt wissen wollen, leitet der Präsident die Discussion ein. Der Abg. Rubner nimmt zuerst das Wort. Er habe in der letzten Sitzung die Veröffentlichung der österreichisch-bayerischen Verhandlungen beantragt, und danke für die Unterstützung des Hauses, welches den Antrag zum Beschluß erhoben, obgleich er von der Linken ausgegangen. Die Ausschußanträge seyen ihm nach Einsicht dieser Documente wenigstens begreiflich geworden, wenn er auch nicht dafür stimmen könne. Aber zu einer Berathung der vorliegenden Angelegenheit erscheine auch noch die Vorlage der Schwarzenberg'schen Antwort auf Bayerns Vorschläge vom 19 Jun. erforderlich, da man nicht wisse wie Oesterreich sich zu dem eventuell in Aussicht gestellten Beitritt Bayerns zum deutschen Bundesstaat auch ohne Oesterreich ausgesprochen, da ferner daraus erhellen werde von wem die Truppenansammlungen in Böhmen und Vorarlberg ausgingen. Er frage also den Hrn. Minister: ob er geneigt sey dieses Actenstück zur Kenntniß der Kammer zu bringen, oder wenigstens, damit die Verhandlungen nicht nochmals aufgehalten würden, jene mündliche, dem Ausschuß gegebene Mittheilung über dessen Inhalt hier zu wiederholen. Minister v. d. Pfordten: Die Regierung hat bewiesen daß sie von dem was aus ihrer Mitte hervorgeht, dem Volke und den Kammern nichts vorenthält; daß dieß nicht geschehe, zu dieser Forderung haben beide ein Recht. Damit glaubt sie aber auch an der Gränze dessen angelangt wozu sie befugt ist. Müssen wir schon im gewöhnlichen Leben vertrauliche Mittheilungen einer Privatperson als solche achten und wahren, wie viel mehr im Staatenverkehr! Schon im Ausschuß habe er bemerkt daß jene Antwort im wesentlichen eine dilatorische des Sinnes sey: daß das österreichische Ministerium damals noch nicht sich im Stande befunden habe sich zu äußern. Auch bis jetzt seyen, heißt es dann weiter, bestimmte Aeußerungen darüber noch nicht erfolgt wie Oesterreich die deutsche Frage zu lösen gedenke. Er müsse daher seine bereits gegebene Erklärung wiederholen: daß nicht im Interesse Bayerns, oder weil etwas in jener Note sey was man verbergen wolle, sondern lediglich um nicht möglicherweise hindernd in die reifenden Entschlüsse Oesterreichs einzugreifen, die Mittheilung des Schriftstücks selbst oder über seinen Inhalt verweigert werden müsse. Die Verweigerung sey also durch diplomatische, ja vielleicht in diesem Falle sogar übertriebene Discretion einerseits, andererseits im Interesse der deutschen Sache selbst geboten. Abg. Rubner bedauert diese Antwort und reservirt sich das Recht dieselbe bei der Discussion zu Grund zu legen; Abg. Thinnes bemerkt daß ja der Inhalt des Schriftstücks dem Ausschuß bekannt sey, wird aber beinahe unterbrochen von der Verwahrung des Ministers v. d. Pfordten dagegen, als ob mit seiner neulichen Aeußerung, dem Ausschuß werde das Wesentliche seiner Mittheilung noch im Gedächtniß seyn, gemeint gewesen sey der Ausschuß solle nun aus dem Gedächtniß davon wieder der Kammer Mittheilung machen. Da wäre ja die Veröffentlichung der Note selbst viel einfacher und kürzer gewesen. Uebrigens wiederhole er die schon gemachten Versicherungen hinsichtlich der Gründe des Vorenthalts. Als erster Redner erhält Abg. Frhr. v. Lerchenfeld das Wort. Er sagt im wesentlichen: „Ich bin, als Ausschußmitglied, bei der vorliegenden Frage von der Voraussetzung ausgegangen daß es sich bei der hohen Kammer hauptsächlich darum handeln würde, ein Urtheil über die Wirksamkeit des gegenwärtigen Ministeriums in der deutschen Frage zu fällen. Dasjenige was einer frühern Vergangenheit angehört, glaube ich, kann die Kammer nur als vollendete Thatsache betrachten, welche zwar bei der Beurtheilung im allgemeinen nothwendig in Rechnung gezogen werden muß, welche aber für die Beurtheilung der Thätigkeit des gegenwärtigen Ministeriums nur insofern von Wichtigkeit ist als eben die Thatsachen daraus hervorgegangen sind auf deren Grund hin das Ministerium handeln mußte. Der erste Gegenstand unserer Beurtheilung dürfte wohl seyn: was das Ministerium in der Zeit von dem Antritt seiner Wirksamkeit bis zu dem Momente wo die Verhandlungen, welche mit dem Vertrage vom 30 Sept. schlossen, begonnen haben — ob das Ministerium in dieser Zeit die Interessen Bayerns gehörig gewahrt, ob es die Haltung angenommen hat welche den Interessen Deutschlands entsprechend war. In dem Augenblick als das Ministerium seine Wirksamkeit begann, war die Reichsverfassung bereits von der Nationalversammlung beschlossen, eine vollendete Thatsache. Die erste Frage die sich seiner Erwägung somit darbot, war offenbar die: ob es diese Reichsverfassung unmittelbar anerkennen solle oder nicht. Sie wissen daß die Reichsverfassung, um ins Leben zu treten, vor allem die Annahme der Kaiserkrone durch den König von Preußen voraussetzte. Nur in dieser Voraussetzung war sie beschlossen, nur in dieser Voraussetzung konnte sie ins Leben treten. Von dem Augenblick also wo der König von Preußen diese Anerkennung versagte, war sie ein unvollendetes Ganze, eine nicht mehr lebensfähige Schöpfung. Sollte nun die bayerische Regierung diese Verfassung anerkennen ehe Preußen seinen Entschluß gefaßt hatte? Schon im ersten Augenblick konnte, wer sich nicht durch Hypothesen und vage mysteriöse Andeutungen leiten ließ, voraussehen was der Entschluß der preußischen Regierung seyn würde. Unterwarf man sich demungeachtet der Reichsverfassung, so blieb dann keine Wahl mehr sich spätern Arrangements, welche Preußen vorschlagen mochte, zu entziehen. Die Erfahrung hat dieß auch gelehrt. Alle Regierungen, mit einer Ausnahme, welche sich der Reichsverfassung unterworfen hatten, haben auch ebenso unbedingt die preußische Verfassung vom 26 Mai angenommen. Von dem Moment an wo die Verfassung von Preußen zurückgewiesen worden, konnte Bayern durch eine Anerkennung nur die Verwirrung, welche ohnehin schon von allen Seiten drohte, vermehren, und sich in eine unhaltbare Lage stellen, ohne irgendjemand zu nützen. Die zweite Frage ist also: sollte Bayern die Verfassung vom 26 Mai annehmen? Für alle welche die Zerreißung Deutschlands für ein Unglück halten, welche nicht schon von vornherein den Schnitt der Karte durchführen wollen welcher nothwendigerweise die Trennung in Süd- und Norddeutschland herbeiführen wird und muß, für alle diese, glaube ich, kann die Frage nicht zweifelhaft seyn daß jedenfalls alles aufgeboten werden mußte um die unbedingte Durchführung jener Verfassung nicht sofort zur vollendeten Thatsache werden zu lassen. Würde Bayern sich dieser Verfassung damals angeschlossen haben, so fragt sich sehr ob nicht, weit entfernt daß man dadurch die Ruhe in Bayern befestigt hätte, in den südlichen Theilen des Landes eine Aufregung hervorge-

rufen worden wäre welche vielleicht die öffentliche Ruhe und Ordnung noch mehr gefährdet hätte als sie schon gefährdet war. Für mich also und diejenigen welche meinen Standpunkt theilen, kann weder darin daß das Ministerium die Reichsverfassung nicht anerkannt hat, noch darin daß es dem Vertrag vom 26 Mai nicht beigetreten ist, ein Anlaß zum Tadel liegen. Wir glauben vielmehr daß das Ministerium hier offenbar nicht bloß im Interesse Bayerns, sondern auch im Interesse der deutschen Freiheit überhaupt gehandelt hat, indem es uns wenigstens die Hoffnung erhielt jene Einheit durchführen zu können. Ich komme nun zu der Frage der Verhandlungen bezüglich der provisorischen Centralgewalt. Ich bin weit entfernt das Zustandekommen dieser provisorischen Centralgewalt freudig zu begrüßen, es als ein nur überhaupt beruhigendes Ereigniß zu betrachten. Offenbar ist das constitutionelle Princip in Deutschland dadurch schwer bedroht daß alle diejenigen Staaten in welchen jenes Princip zur Wahrheit geworden ist, von der Theilnahme an der Leitung der Geschicke Deutschlands wenigstens für die Zeit des Provisoriums unbedingt ausgeschlossen sind. Es liegt darin gewiß eine Bedrohung, eine Gefährdung ihrer Rechte welche mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen werden, und uns zur größten Wachsamkeit auffordern muß um jenes ohnehin so schwer gefährdete Princip aufrecht zu erhalten. Allein was war zu thun? Der frühere Zustand war ein durchaus unhaltbarer. Ein Theil, und zwar beinahe der größere Theil von Deutschland weigerte sich, offenbar bundesvertragspflichtwidrig, die Centralgewalt welche für ganz Deutschland, mit Einwilligung aller Regierungen selbst und mit ihrer Anerkennung, eingeführt worden war, fernerhin anzuerkennen. Und zwar geschah dieß unter Verhältnissen durch welche die Thatsache jener Weigerung wesentlich erschwert wurde. Hätte jener Zustand länger fortgedauert, so mußte nothwendigerweise der Theil Deutschlands welcher die Centralgewalt anerkannte, und sich an seine Bundespflicht noch gebunden hielt, sich vollkommen von jenem Theil lossagen der diese Verpflichtungen nicht mehr anerkannte. Denn ich vermag jene geistreiche, aber unjuristische Distinction nicht gutzuheißen welche in einer andern Versammlung geltend gemacht worden ist, wo man unterschied zwischen der Verfassung des Bundes und den Verpflichtungen welche der Bund auferlegt. Meiner Ansicht nach kann eine Verfassung welche zerrissen ist, auch keine Verpflichtungen mehr auflegen. Auch konnte man, wenn man jene Verfassung nicht mehr anerkennt, zur Constituirung der Centralgewalt nicht mitwirken, welche ihre Rechte und Verpflichtungen eben aus dieser Verfassung ziehen muß. Sollte nun also dieser höchst gefahrdrohende Zustand nicht fortdauern, so mußte namentlich von Seite der Staaten welche Deutschland nicht sofort zerrissen sehen wollten, alles aufgeboten werden um ihm ein Ende zu machen. Wenn in dieser Beziehung Bayern Opfer bringen muß, so glaube ich daß es gerade jetzt am Ort sey die Versicherung der Aufopferungsfähigkeit, die so oft wiederholte Versicherung daß man von Seite Bayerns der deutschen Sache freudig und gern Opfer bringen wolle, durch die That zu bewähren. Nur wenn Bayern in seiner Stellung als derjenige der kleineren Staaten welcher am ehesten auf Berücksichtigung Anspruch machen konnte, mit dem Beispiel voranging, wenn es vor allen andern auf eine Betheiligung selbst verzichtete, nur dann konnte es hoffen daß auch die übrigen dem Beispiel folgen würden und könnten — nur dadurch daß es ein Opfer schnell und freudig brachte, konnte es einen Werth erhalten. Ich also, von meinem Standpunkt aus, bin weit entfernt dem Ministerium wegen dieses Vertrags einen Vorwurf zu machen, so sehr ich auch die Thatsache dieses Vertrags an und für sich beklage, so sehr ich mich auch verwahre dagegen daß dieser Vertrag die Brücke zu einer Fortsetzung des Rechtszustandes sey wie er durch denselben begründet worden ist. Er ist, er kann nur provisorisch seyn, er muß, je eher, desto besser ein Ende nehmen. Eine Beruhigung, eine Befriedigung ist für Deutschland auf diesem Weg nicht zu erwarten. Diese Befriedigung verlangt mit Nothwendigkeit das Gefühl das nicht erst seit dem Jahr 1848, das schon seit 30 Jahren Deutschland durchzuckt hat. Ward es in jenen Jahren schmerzlich getäuscht, so hat es an Innigkeit und Tiefe von Jahr zu Jahr nur zugenommen. Leider aber liegt die Frage wie es befriedigt werden soll noch in tiefem Dunkel. Ich glaube daß noch ein Versuch gemacht werden muß jene Einigung von ganz Deutschland herbeizuführen, daß er umsomehr gemacht werden muß weil die Folgen seines Mißlingens von solcher Schwere sind daß sie niemand zu ermessen vermag. Es sind verschiedene Wege vorgeschlagen worden diese Einigung von Deutschland zu erreichen. Der erste dieser Wege liegt in dem mehrbesprochenen Plan einer Vereinigung der kleineren constitutionellen deutschen Staaten, um gewissermaßen einen engeren Bund unter sich zu bilden, welcher dann neben Oesterreich und Preußen die deutsche Trias bilden soll. Ich glaube daß dieser Versuch nie einen großen praktischen Erfolg haben würde. Zuerst bezweifle ich daß die übrigen kleineren deutschen Staaten sich dazu je mit derjenigen Aufopferungsfähigkeit, mit dem Vertrauen an einander schließen würden welches nothwendig wäre um denselben zu bilden. Es ist eine allgemeine Erfahrung daß der Schwächere, wenn er das Bedürfniß des Schutzes fühlt, sich nicht an den nächst Stärkeren anschließt, sondern daß er sich gleich an den Stärksten wendet, um sich an ihn als an eine feste Säule anzulehnen, nicht an einen Pfosten der ihm für sich selbst wenig Sicherheit zu haben scheint. Allein ganz abgesehen hievon, so sind die Thatsachen diesem Plane vorausgeeilt. Die kleineren Staaten haben zuerst die Reichsverfassung, wie ich glaube willenlos, anerkannt; sie sind ebenso willenlos der preußischen Verfassung vom 26 Mai beigetreten, und mit Ausnahme Württembergs stehen sie alle, ohne Ausnahme, unter preußischer Hoheit. Ob Sachsen und Hannover sich davon wieder frei zu machen im Stande seyen, ist eine Frage welche erst die Zukunft lösen kann. Allein nehmen wir auch an, alle jene kleinen und mittleren deutschen Staaten einigten sich, so würde dieß ein Kleindeutschland bilden das nach meiner Ueberzeugung sehr wenig Lebensfähigkeit hätte; denn das constitutionelle Princip allein reicht nicht aus, in dem Drang und unter dem Druck der Kolosse welche heutzutage die europäische Politik bestimmen, und unter den gewaltigen Ereignissen welche von allen Seiten drohen, eine Selbständigkeit zu wahren wie sie nothwendig ist um das Selbstgefühl zu erhalten, ohne welches kein Staat in Europa mehr aufrecht und kräftig bestehen kann. Diese Staaten würden keinen geographischen Zusammenhalt haben, und ich fürchte der politische Zusammenhalt würde auch nicht der stärkste seyn. Ich halte es für eine schöne Theorie, sie wäre vielleicht vor zwanzig Jahren mit Erfolg durchzuführen gewesen; heute gehört sie kaum mehr in das Bereich der praktisch ausführbaren Entschlüsse. Soll ein großes ganzes Deutschland nicht zu Stande kommen, so bleibt nichts übrig als sich an einen der beiden Großstaaten anzuschließen. Das Wort: „Anschluß", meine Herren, lautet sehr unverfänglich; aber täuschen Sie sich nicht: dieser Anschluß ist unvermeidlich die Mediatisirung. Schließen Sie sich Oesterreich oder Preußen an, Sie sind mediatisirt; und ich glaube es bleibt keine andere Wahl übrig als die: wenn wir nicht zu einem großen Deutschland kommen, so muß die Mediatisirung vor sich gehen. Schließen Sie sich Oesterreich an, so wird die Mediatisirung minder drückend seyn. Es ist eine alte Erfahrung daß man mit großen, reichen und mächtigen Herren sich besser stellt als mit kleineren. Es geht großartiger zu im ganzen Haushalt, man ist weniger beengt, man wird mit einer gewissen Generosität behandelt. Oesterreich bietet in materieller Beziehung Vortheile welche Preußen nicht bieten kann. Oesterreich mit seinen reichen Donauländern bietet dem Handel, bietet der Fabrication, der Colonisation, bietet Deutschland unermeßliche Hülfsquellen, und nur, wenn Deutschland sich diesen verbündet, wenn es seine Colonisation dahin wenden kann, wird ihm eine freudige — eine hoffnungsreiche Zukunft. Oesterreich selbst hat, nach meiner Ueberzeugung, ein dringendes Interesse diesen Anschluß auf jede Weise zu erleichtern. Denn nur dieß sichert das Uebergewicht des deutschen Elements in Oesterreich, das nöthig ist, soll nicht Oesterreich ein Slavenstaat werden, soll es nicht mehr und mehr in die Bahnen des russischen Kolosses geworfen werden. Allein, meine Herren, diese glänzende Vorderseite hat auch ihre bedenkliche Schattenpartie. In Oesterreich ist das constitutionelle Leben noch völlig unentwickelt, Oesterreich ringt darnach aus einem bisher absoluten Staat sich in die Formen des Constitutionalismus einzuleben, und ein solcher Uebergang geht nicht so schnell vor sich, es werden viele, viele Jahre vorüberrinnen ehe Oesterreich nur auf jenen, dort so oft mit mitleidigem Spott behandelten Stand der öffentlichen Freiheit kommen wird, dessen wir uns bisher in bescheidener Abgeschlossenheit erfreut haben. Es ist dabei ferner zu bedenken daß wir gerade wenn eine gemeinschaftliche Vertretung stattfinden soll — und darauf müssen wir denn doch vor allem zielen, das allein kann eine Bürgschaft für die Erhaltung des constitutionellen Systems seyn — in dieser Versammlung beinahe immer in der Minderheit seyn werden, und daß wir nur auf die Macht der Ideen hoffen können, um dadurch nach und nach das höchst ungünstige Verhältniß der Stimmen auszugleichen. Man hat von der Gefahr gesprochen daß in diesem Fall eine Trennung des Zollvereins stattfinden würde, daß Bayern aus dem preußischen Zollverein ausgeschlossen würde. Diese Betrachtung bezieht sich auch auf die erste Frage, auf die Voraussetzung der Gestaltung eines Kleindeutschlands. Ich meines Theils glaube nicht daß Preußen kein Interesse hat die süddeutschen Staaten aus seinem Verein auszuscheiden. Ich glaube die Verhältnisse auch ein wenig zu kennen, und habe mich überzeugt daß Preußen beim Bestehen des Zollvereins unendlich mehr gewinnt als es verliert. Es bringt in dieser Beziehung durchaus keine Opfer, sondern es zieht recht ordentlich aus Süddeutschland. Ich weiß zwar wohl daß für die preußische Büreaukratie, welche gewohnt war die materiellen Interessen gering anzuschlagen, das gerade kein absoluter Grund sey um vor einem Schritt der Trennung zurückzuschrecken, und gewisse Verhältnisse, welche neuester Zeit eingetreten sind, scheinen darauf hinzudeuten daß man beinahe Lust

hat zu einem Austritt Veranlassung zu geben. Ich wenigstens kann mir jene unerklärliche Zurückhaltung der Zollgefälle, wenn nicht etwa in Folge des Standes der preußischen Cassen, nur dadurch erklären daß Preußen diesen Schritt gethan hat Bayern zu veranlassen den Vertrag zu kündigen. Allein ich glaube nicht daß das im Interesse Preußens läge, denn Preußen würde weit mehr dabei verlieren als Bayern. Nach der Erörterung der Frage des Anschlusses an Oesterreich erlauben Sie mir auch kurz meine Ansicht über den Anschluß an Preußen mitzutheilen. Daß auch hier Mediatisirung unvermeidlich wäre, liegt auf flacher Hand. Preußen gestattet niemand den Anschluß unter andern Bedingnissen als unter denen der Verfassung vom 26 Mai. Und daß in dieser die Mediatisirung liegt, werden schwerlich diejenigen welche dem Vertrag das Wort sprechen ernstlich in Abrede stellen. Wenn das Recht über Krieg und Frieden und Bündnisse zu entscheiden, wenn eine solche Einmischung in die innere Verwaltung, wie es dort bestimmt ist, einem Dritten proprio jure übertragen ist, dann ist der Staat der diesen Schritt gethan hat, offenbar nicht mehr selbständig, er ist mediatisirt. Ob ein solcher Schritt zu beklagen sey oder nicht, das ist eine andere Frage die mich in diesem Augenblick nicht beschäftigt; ich komme darauf zurück. (Fortsetzung folgt.)

K. Hannover. ⌄ **Hannover,** 30 Oct. Wenn man wissen will wie unsere in wenig Tagen zusammentretenden Kammern aussehen werden, so muß man die Parteien im Lande ansehen. Hier findet man: Ministerielle, Demokraten, unitarische Constitutionelle, und die große Anzahl der Indifferenten, die überall dem Sieger zufallen. Was das Ministerium Stüve will, läßt sich mit kurzen Worten ausdrücken: es will das Hannoverthum, wie einst Graf Münster gegen Stein und Hardenberg, so heute gegen den Grafen von Brandenburg und Hrn. v. Manteuffel schützen und erhalten, ja, wenn es seyn könnte, stärken und mehren. Eine centralisirte Einheit ist Stüve eine Chimäre, der Bundesstaat ihm deßhalb ein verhaßter Begriff. Er will das Nebeneinander in Deutschland aufrecht erhalten wissen, und daher Oesterreich in Deutschland haben. Die übrigen Staaten sollen ihm das Band seyn das die Gegengewichte Oesterreich und Preußen verbindet. Der Dualismus mache sich nur dann geltend, wenn dieß Band zerschnitten sey; die Metternichsche Mainlinie ist ihm der crasseste Dualismus, das größte Unglück für Deutschland. Die materiellen Interessen und Entwickelungen hält Stüve für so weit auseinanderliegend daß der Versuch nach Einheit hier nur zu Zerwürfnissen führen werde. Im Innern will Stüve einen gewissen doctrinellen Constitutionalismus (einen Stüve'schen), starke monarchische Kraft und ganz bestimmte ständische Rechte, namentlich Steuerbewilligung und Verweigerung, Erziehung zum Selbstregiment. Stüve's Anhänger wollen was er will in blinder Verehrung, das hat das Dreikönigsbündniß gezeigt; sie würden heute in Preußen aufgehen wollen wenn er es wollte. Von diesen Anhängern Stüve's sind in den Kammern die bedeutendsten und talentvollsten: Theodor Meyer, jetzt Landdrost in Hildesheim, Oberbürgermeister Lindemann aus Lüneburg, der Stadt-, auch Reichs-Schiedsrichter Franke aus Harburg-Erfurt, und der geschäftskundige Advocat Buddenberg aus dem Osnabrückschen. Wenn die Präsidentschaft in der zweiten Kammer wohl Lindemann zufallen möchte, besonders wenn sich die Anhänger desselben zu Concessionen wegen des Vicepräsidenten im Sinne der Opposition verstehen, so hat doch das unangenehme parteiisch scheinende Wesen Buddenberg's diesen als Generalsyndicus unmöglich gemacht, und er wird Hantelmann, Hirsch oder Groß weichen müssen. Wie groß die Anzahl der Ministeriellen in der Kammer ist, läßt sich noch nicht sagen; Stüve scheint auf eine Majorität zu rechnen, und will diese auf eine harte Probe stellen, wenn er es wagt die von den Kammern im März d. J. vollendete Geschäftsordnung als Gesetz nicht zu publiciren, sondern von neuem in veränderter Fassung vorzulegen, wo dann die Stände nicht ändern und verbessern dürfen, sondern in Bausch und Bogen annehmen oder verwerfen müssen. Die Angst das Märzministerium von 1848 zu verlieren und der „Aristokratie" in die Hände zu arbeiten, schafft und hält Stüve Anhänger, allein wie weit mit diesem Schreckmittel zu kommen steht dahin. Es gibt in der Kammeropposition keine Ministercandidaten. Unsere Demokraten sind von solchem Ehrgeiz fern, und jede in dieser Beziehung ausgesprochene Verdächtigung müßte Verleumdung seyn. Daß aber in den Regionen welche durch den März aus dem Ministerium gedrängt wurden, Ministercandidaten sind, die auf den glücklichen Augenblick warten wo der kleine Doctor seine Omnipotenz verliert, ist kaum zu bezweifeln. Im Interesse des Landes wäre gewiß zu wünschen daß Stüve mehr von der Opferfähigkeit hätte, die er 1848 dem Adel anempfahl, „im Geiste der Eintracht kein Opfer zu scheuen, auch nicht dasjenige der eigenen Ansicht und Meinung." Die hannoverschen Demokraten sind unitarisch, und zwar beinahe sämmtlich im Gagernschen Sinne. Die Erhaltung des Hannoverthums liegt ihnen nicht am Herzen, sie würden gern in Deutschland aufgehen, aber in Preußen wollen sie nicht aufgehen. Wie von den Deputirten der Nationalversammlung, die nicht der Rechten angehörten, nur der Brüsseler Ahrens großdeutsch war, so zeigt sich im Volke ein ungemeiner Sinn für den centralen Bundesstaat. Die Zerstörung des Staatsgrundgesetzes rächt sich an dem dynastischen Elemente, denn gerade sie legte die Schwäche und Rechtsunsicherheit der kleinstaatlichen Verfassung klar. Die Parole der Demokraten war bisher das Festhalten an der rechtsgültig beschlossenen Reichsverfassung vom 28 März. Obgleich eine große Anzahl derselben dahin gekommen war rebus stantibus prout stant einzusehen daß dieß eine Phrase sey, hält der Ausschuß der Volksvereine in seinem dieser Tage erlassenen Ausschreiben noch daran fest, mit dem ausgesprochenen Verzicht für die nächste Zeit auf Verwirklichung zu hoffen. Die Zeitung für Norddeutschland, das Organ der Demokraten, ebenso glücklich in scharfkantiger Kritik und Aufdecken der Blößen und Schwächen der Octroyirungs-, Vereinbarungs- und Diplomatenpolitik, als unglücklich bei eigenen Organisationsplänen (der Vorschlag zu einem Landesvertheidigungsausschusse im März d. J. hat dem talentvollen Th. Althaus ein hartes Straferkenntniß von 3 Jahren Gefängniß zugezogen), sowie die Hannover'sche Morgenzeitung bemühen sich gegenwärtig das Anklammern an die Bundesbeschlüsse vom 30 März und 7 Sept. v. J. als Ausweg und Rettung aus dem Wirrniß der deutschen Frage zu empfehlen. Es ist nicht unwahrscheinlich daß die hannover'schen Stände diesem Rathe folgen, obgleich der Erfolg nur der seyn möchte daß die Regierung den ihr davon zusagenden Theil, die Lösung vom Dreikönigsbündniß, acceptirt, den andern Theil ignorirt, oder sich mit der Unmöglichkeit entschuldigt beim Widerstreben Preußens auf diesem Wege weiter zu kommen. Wenn wir nichts helfen können, so wollen wir mindestens unsere Ehre retten, pflegen die Demokraten zu sagen. Die Demokratie hat im August einige Niederlagen bei den Wahlen erlitten, weil sie beharrlich nichts vom Dreikönigsbündnisse wissen wollte; jetzt stellt sich die Sache so daß die Leute welche damals gewählt wurden um für den Entwurf zu seyn, dagegen seyn werden, weil die Minister es sind. Die demokratische Partei hat nur wenig hervorragende Führer, sowohl überhaupt als in den Kammern. In der ersten Kammer möchten es der Lehrer Rosenthal, der Gutsbesitzer v. Honstedt und der Procurator Wiencke seyn. In der zweiten Kammer ragen Lang d. J. der Schatzrath, Ellissen und Hantelmann hervor. Lang I, Syndicus in Verden, schon Alterspräsident der Nationalversammlung, ist eben alt, und auch Freudentheils Beredsamkeit ist mit dem Alter breiter geworden, und sein Ruf hat in Frankfurt einen Stoß erhalten, nicht ohne Detmolds Schuld. Die Landsmannschaft (Bremenser) hält aber noch große Stücke auf ihn. Die knattrige Beredsamkeit des Syndicus Büren aus Emden verfehlt auf seine Landsleute nie ihre Wirksamkeit, und die Polemik gegen den Erblandmarschall, deren wir uns freudig erinnern, wird nicht ausbleiben, sie zieht sich wie ein langer Faden durch verschiedene Themata. Von den neuerwählten Vertretern müssen Dr. Gerding, der Leiter der hannover'schen Volksvereine, Advocat Delering aus Osnabrück, der im dortigen Tagblatte bisher die schärfste Polemik gegen Stüve führte, Dr. Schläger, Dr. Klee, der vormalige Assessor Groß, Collaborator Bojunga, v. Horst II sich erst noch als parlamentarische Kämpfer bewähren. Die unitarischen Constitutionellen, kürzer die Gothaer, sind im Lande wie in den Kammern schwach vertreten. Im Lande haben sie eigentlich nur zwei Pflanzstätten, in Göttingen und Celle, dort an den Professoren, die schnell den Mantel nach dem Dreikönigswinde drehten, hier an den Oberappellations- und Justizräthen, wenn nicht neuerdings die Drehung des Windes Einfluß übt. An beiden Orten unterlagen aber die Candidaten dieser Partei, Professor Zachariä in Göttingen, Ellissen, und in Celle wurde erst Gerding, dann Delering gewählt, was die Hannover'sche Zeitung damals identificirte mit „sich für die rothe Republik erklären." Wie in die Kammern überhaupt wenige der früheren Parlamentsglieder gewählt sind (in erster Kammer Lünzel und Wachsmuth, in zweiter Kammer Freudentheil, Lang I, Dammers, Horst II, Groß und Röben, dessen Wahl freilich beanstandet wird) so sind noch weniger Gothaer in derselben. In erster Kammer muß wohl Hr. Cassirer Horstmann aus Celle für die Gothaer das Wort ergreifen, vielleicht unterstützt ihn Rath Wachsmuth. In zweiter Kammer hat sich Lang I bei seiner Wahl von den Gothaer Beschlüssen losgesagt, dagegen würden diese durch Groß, Röben, Dammers vertheidigt werden, wahrscheinlich auch von v. d. Horst II, obgleich er in Gotha dissentirte. Doch darf man nur auf eine schwache Minorität in diesem Sinne rechnen, da die Abneigung gegen das Preußenthum als solches groß ist, und selbst Leuten die dem Dreikönigsentwurfe an sich geneigt sind, jedes Vertrauen zu preußischen Staatsmännern sowohl als nach den jüngsten Berliner Kammererfahrungen Vertrauen auf die aus dem Dreikönigswahlgesetz hervorgehenden Reichstagsdeputirten fehlt. Ministerium wie Opposition scheinen die preußische Politik als eine auf bloßen Gewinn berechnete anzusehen, bei der es auf die übrigen Verheißungen nicht mehr ankomme, wenn der Hauptzweck, der dynastische, auf Machtvergrößerung, erreicht sey.

Oesterreich. *** Wien, 30 Oct. Ueber jener wichtigen Erklärung in unserm officiellen Blatte habe ich ganz vergessen Ihnen die von mir sogenannte deutsche Partei weiter zu schildern. Die jüngste Geschichte Deutschlands hat viel ähnliches mit der Fahrt des Columbus nach dem Westen. Hat das Ausland nicht unser Streben nach politischer Einigung wie einen Eigensinn verlacht? wie eine gelehrte Grille? Und auf alle Hindernisse und Schwierigkeiten die uns vorgemalt wurden, wie Kindern denen man einen beharrlichen Wunsch ausreden will, konnten wir immer nur mit unserer These erwiedern: es gibt einen Weg nach Indien, und er liegt dahinaus! Wer hätte aber für solche Phantasien sein Geld gewagt? es klang so abenteuerlich, und der Entdecker des neuen Reiches wanderte viele Jahre von Hof zu Hof, suchte für seine Plane zu werben, und mußte froh seyn wenn er nicht ins Narrenhaus spazierte. Endlich, wie durch ein Wunder, ward im März ein Geschwader gerüstet. Alles schien gewonnen, und schien doch nur, denn in den Köpfen des Schiffsvolkes war nicht die geographische Ueberzeugung wie bei ihm. Ein ganz unbekanntes Meer lag in unabsehbarer Fläche vor dem küstengewöhnten Auge, und kaum einige Wochen zwischen Himmel und Wasser, da kam eine wüste Bank grünen häßlichen Seetangs. Das sollte das Wunderland seyn! Unnützes Kraut welches den Lauf des Schiffes hemmte, meilenweit nach allen Richtungen sich breitend! So muß es dem ergehen der sich verlaufenen Abenteurern anvertraut die nichts zu verlieren haben, und in gotteslästerlicher Keckheit die heiligen Schriften corrigiren wollen, die von einem Lande jenseits nichts wissen. Profane Gaukler! Die Felder Unkraut auf der glatten Tafel des Meeres waren überwunden, aber drüber hinaus lag wieder Wasser! Wasser, nichts als Wasser und hundert und mehr Tage rückwärts die süße Heimath! O wie war es so schön in der sichern Bucht des Mittelmeeres! Man konnte vom Bord aus erkennen wie die Mägde aus der Stadt kamen und in den Trögen am Ufer die Linnen wuschen und vom Seewind trocknen und bleichen ließen. Und jetzt in einer Oede, ringsherum! Wahrlich, wäre der Sonnenball nicht auf- und niedergestiegen, wären nicht allabendlich die bekannten Sterne erschienen, es wäre ein Grauen ohne Ende gewesen, denn selbst die kluge Nadel verlor ihre Richtung, und die Menschen fühlten wie ihre Denkkraft aus den Fugen war. Dazu der Hader der Führer selbst, wo der eine mehr nord-, der andere mehr südwärts wollte. Eine Meuterei welche dem gottversuchenden Treiben ein Ende gemacht wäre Verdienst gewesen, denn das Schiffsvolk war es müde in den nahrungslosen Ocean geschleppt zu werden. Das Steuer gewendet! Nach Hause! nach der alten Heimath! Vielleicht wird Ihnen mein Gleichniß zu lang, aber es muß so seyn, ich muß Sie durch alle peinlichen Erinnerungen hindurchführen, damit Sie die Freude begreifen als nach langer trostloser Fahrt an den Bug des Schiffes ein Stab geschwommen kam, der aufgefischt als hölzerner Pfeil neugierig von allen Seiten betrachtet wurde. Das ist von Menschenhand gemacht, und drüben muß ein Land liegen das seine Völker nährt; das Land mit dem Gewürzduft und dem rothen Golde in Fülle! So ähnlich etwa begrüßten die Deutschgesinnten in Oesterreich den Artikel der Wiener Zeitung, dessen Verfasser wohl schwerlich eine Ahnung von meiner Zumuthung hatte daß er damit einen indischen Pfeil geschnitzt. Denken Sie sich hinein in die Seele der deutschen Oesterreicher, welche dankbar sich erinnerten daß sie durch deutsche Bildung geworden was sie sind, stolz auf die vielen Vorzüge unserer Nation, reich im Besitz unserer geistigen Schätze, einer Kunst wie sie seit der glücklichen Zeit des Pindar nicht wieder gekommen, eines Wissens aller Dinge welche sich im weltenbelebten Raume bewegen, daß die andern Völker zu uns in die Schule gehen müssen, und jetzt neuerdings ein kräftiger Wille die alte brütende Schläfrigkeit abzuwerfen, eine edle Begierde Manneswerk zu schaffen und im Staate zu gebieten — vergessen Sie nichts von dem, und fragen Sie sich: ist den deutschen Oesterreichern die Freude zu verdenken daß die Frankfurter Verfassung, daß die Aufstellung der drei Könige verdarb? Es sind nur zwölf Millionen im Osten, aber getrennt von dem Mutterlande, ja von den bevorzugten Söhnen des Nordens wie Aschenbrödel behandelt, waren sie ohne Verbindung mit ihrer großen Nation den Ansprüchen der Slaven preisgegeben, die ihnen laut und lauter ihre Kopfzahl vorrechneten, deren Furcht vor der bezwingenden höhern Bildung die Denkmale deutscher Cultur mit Koth bewarf, und die in nationalem Fanatismus lieber die Nebel des Mittelalters zurückwünschten, wo ihre Nationen einen Namen hatten, als daß sie sich der sittlichen, gebildeten deutschen Oberherrlichkeit gefügt. Denn einer muß sich fügen, es gibt kein neutrales Drittes! Die Schlacht am weißen Berge früher oder später wäre zum andernmale geschlagen worden, und hätte Kleindeutschland als gleichgültiger Unbetheiligter, ja als **tertius gaudens** daneben gestanden, was wären zwölf Millionen gegen eine doppelte Uebermacht gewesen, wenn diese die zahlreichen Vettern und Sippen ihres Feindes nicht zu fürchten gebraucht? „Besser der Bundestag als ein Parlament in Berlin; habt ihr solange gewartet, mögt ihr noch die Zeit erwarten wo die Gelegenheit uns günstiger ist. Wo ein altes Familienerbe veräußert oder zerschlagen werden soll, müssen alle Häupter der Familie gehört werden und einwilligen, oder der Act ist nichtig nach dem Recht!" Gesetzt den Fall, das Reich der Mitte würde zum zolleinigen verwandelt, kann man einen Augenblick noch zweifeln daß das größte und reichste Zollgebiet nicht ohne Parlament regiert werden könne? Glaubt man daß die Weltpolitik, welche dieses reichste Stück der Welt doch einschlagen müßte, gedrängt von der eigenen Natur, einzig und nur durch das Hofgeflüster und diplomatische Couriere bestimmt werden könne? Die wichtigste aller politischen Fragen, die Geldfrage, steckt innerhalb der Zollschranken, und die parlamentarische Vertretung der einzelnen Länder sinkt nachher zu bloßen Landtagen herab. Ist man der Meinung daß das constitutionelle Deutschland den wichtigsten Theil der Gesetzgebung anders abtreten werde als an einen höhere Achtung gebietenden, beschließenden Körper! Mag er Staatenhaus, Parlament, Congreß, Reichstag heißen, zur Hälfte nur aus Wahlen und indirecten Wahlen zusammengesetzt werden, mag er recht sparsam mit seiner Kopfzahl seyn, mag man ihm eine Entscheidung über innere Fragen gar nicht oder nur eine berathende Stimme darüber gönnen — was thut Name und Umfang? Steht doch dahinter das allmächtige Bedürfniß, souveräner als die souveränen Fürsten oder die souveränen Völker! Ist der Senat auf eine karge Zahl beschränkt, dann wählen Deutsche und Oesterreicher aus ihrem politischen Adel die Trefflichsten; je mehr Bewerber bei einer Wahl, desto mehr Verdienst wer siegen will, desto höhere Achtung vor dem kleinen Kreis seltener Männer, desto erlauchter ihre Entschließungen, desto unanfechtbarer ihr Wille. Ist das Feld der Gesetzgebung zu schmal gemessen, Alexander war nur König der Macedonier, und eroberte den Orient bis Indien. Und nun — Junge im Korb oben, reibe die Augen hell — siehst du noch kein Land?

Frankreich.

Von Principienkämpfen ist jetzt wenig in den Journalen, desto mehr persönliche Reibungen. La Presse hat entdeckt daß eigentlich der Kriegsminister General Rullière an der Februar-Revolution schuld sey, denn er habe an dem verhängnißvollen 24 Febr. zweimal Befehl erhalten für die Unabhängigkeit der Berathungen der Abgeordnetenkammer zu sorgen, und diesen Befehl nicht befolgt, und jeden Tag fragt das Blatt: „Hat er geantwortet?" Einen andern General, den Eroberer von Rom, hatte der National beschuldigt, und ist trotz der Widerlegungen des Moniteur auf dieser Behauptung geblieben, derselbe habe eine vor einem Kaffeehaus aufgesteckte Fahne wegnehmen und als Trophäe im Invalidenhôtel aufhängen lassen, und General Oudinot sieht sich genöthigt in einem Schreiben an den Kriegsminister (27 Oct.) eine lange Geschichte zu erzählen wie wirklich die zweideutig gemachte Trophäe eine der Waffenthaten des glorreichen Sturms auf die Villa Pamfili sey. Auch die längst abgetretenen Staatsmänner entgehen den Anfechtungen nicht. Einer der Belastungszeugen in Versailles, Hr. Gregoire (der übrigens abwechselnd mit der niederländischen und der französischen Polizei in vertrautem Verkehr gestanden zu haben scheint), erhebt gegen den Ex-Minister Bastide die Bezichtigung daß die Verabredungen zu dem propagandistischen Unternehmen von Risquons-Tout in dessen Cabinet getroffen worden seyen. Hr. Bastide widerspricht, wird es aber nicht Leute geben die dem Ankläger lieber glauben werden? Eine neue Erscheinung ist daß auch die Juden als solche Gegenstand persönlicher Angriffe sind. Sonst hörte man kaum einmal bemerken daß der oder jener Abgeordnete jüdischen Glaubens sey. Die Regierung sucht die confessionelle Parteilosigkeit zu behaupten, aber als sie kürzlich einen Hrn. Cohen zum Professor am Collège von Nantes und einen Hrn. Weil zum Professor der Mathematik in Hagenau ernannte, entstanden Gewissensscrupel, der Bischof von Nantes belegte das Collège mit einer Art Interdict, und die Stadtbehörde widersetzte sich der Zulassung eines jüdischen Professors. Charivari persiflirt diese Richtung in einem Schreiben des jungen Estancelin an Hrn. A. Fould, worin diesem großen Conservativen der Rath ertheilt wird sich im Ghetto einzumiethen, seinen heidnischen Namen Achilles abzulegen und den Namen Laban anzunehmen, oder seinen Talmud zu verbrennen und sich zu bekehren. Nicht minder sonderbar sind manche persönliche Allianzen welche die conservative Coalition hervorgerufen hat. Die HH. Berryer und Piscatory, letzterer der Eidam des Generals Foy, sollen die Aufgabe förmlich übernommen haben eine Annäherung zwischen den beiden Linien des Hauses Bourbon herbeizuführen. Kurz, es herrscht eine Verwirrung der persönlichen und der Parteiverhältnisse die kaum ärger gedacht werden kann. Einer der Helden der Februar-Revolution soll unter diesen Umständen heimathmüde geworden seyn. La Presse läßt sich aus Konstantinopel, 15 Oct., schreiben: Hr. v. Lamartine wünsche sich im Orient niederzulassen um in ländlichen Beschäftigungen geistige Sammlung zu suchen, und der Sultan habe ihm durch Vermittlung eines Freundes, des Hrn.

Rolland, Grundstücke von sehr großer Ausdehnung in der Nähe von Smyrna zum Geschenk gemacht.

Eine der vorübergehenden Schöpfungen der Februar-Revolution ist ihrem Ende nahe. Die noch bestehenden 6 Bataillone Mobilgarde sollen mit Ausgang des Jahres 1849 auf drei vermindert werden, und diese dann unter der Benennung „französische Legion" nach Afrika geschickt und der Fremdenlegion gleichgestellt werden. Hr. Peter Bonaparte soll das Commando erhalten. Diese Mobilgarde bildete in der letzten Zeit die Besatzung von Corsica, von dessen Befestigung die Rede ist. Eine Commission ist ernannt um die vorliegenden Plane zu prüfen und einen Gesetzentwurf auszuarbeiten welcher der Nationalversammlung zur Beschlußnahme vorgelegt werden soll.

Italien.

Genua, 30 Oct. General Wilhelm Pepe ist gestern nach Paris abgereist. Dort befindet sich bekanntlich auch Manin mit andern Leitern der italienischen Revolution.

Turin, 30 Oct. Lucian Murat ist als französischer Gesandter hier eingetroffen.

N e u e s t e s.

c **München,** 3 Nov. Se. Maj. der König wird für heute Abends, sohin früher als vermuthet worden, im Schloß zu Nymphenburg von seinem Landaufenthalt am Tegernsee zurückerwartet. Bis zur vollendeten neuen Einrichtung des hiesigen „Königsbaues" wird das königliche Hoflager in Nymphenburg verbleiben.

‖ **München,** 3 Nov. Von 9 Uhr bis wenige Minuten vor 4 Uhr währte heute die zweite Sitzung der Abgeordnetenkammer über die deutsche Frage. Kirchgeßner und Paur entwickelten vor allem ihre bereits bekannten Anträge, dann sprachen die eingezeichneten Redner nach der Reihe: Thinnes, Fürst Wallerstein, Forndran, Dr. Sepp, v. Steinsdorf, Moser, Demler und Döllinger. Thinnes verweist nach vielem Lob und Tadel aufs Warten und Verständigen. Fürst Wallerstein durchgeht ausführlich und anziehend die Geschichte des vormärzlichen Bureaukratismus und der Märzrevolution, tadelt scharf die Thätigkeit der ihm seit dem März 1848 gefolgten Ministerien, reiht sie der bayerischen Geschichte der verlorenen Gelegenheiten an und beantragt lediglich zur einfachen Tagesordnung überzugehen, da ja das Ministerium auf die in der motivirten Tagesordnung ausgeführte Billigung seiner Thätigkeit selbst keinen Werth zu legen scheine. Forndran spricht für eine Modification des Commissionsantrags und regt die gestrige Hermann'sche Idee der Fürsorge für die materiellen Interessen neuerlich an. Dr. Sepp, für den Commissionsantrag sprechend, entwickelt historisch-politische Curiosa, mit welchen man eine bayerische Kreuzzeitung gründen könnte. Die folgenden drei Redner bewegen sich auf bekanntem Terrain und scheinen denselben Antrag befürworten zu wollen. Döllinger wendet sich hauptsächlich gegen Wallersteins Rede, und gibt diesen in einer anderthalbstündigen Rede manchen scharfen Seitenhieb. Fürst Wallerstein replicirt schlagfertig; es konnte ihm freilich nicht gelingen den Vorwurf zu widerlegen selbst bureaukratisch genug amtirt zu haben, wohl aber warnt er mit sichtlichem Erfolg vor der religiös-politischen Richtung, mit der man die Mittelstaaten von sich stoße. Tafel ergreift noch das Wort um der Döllinger'schen Beurtheilung der Parlamentsthätigkeit sein Urtheil hierüber entgegenzuhalten. Die Fortsetzung der fast siebenstündigen Sitzung wird auf übermorgen angesetzt. Im Beginn der heutigen Sitzung ward die Austrittserklärung des Abgeordneten Advocat Wächter von Aschaffenburg von der Kammer genehmigt.

Berlin, 2 Nov. Während der König aus Blankenburg wieder zurückgekehrt, ist die Königin zur Feier der silbernen Hochzeit der Erzherzogin Sophie nach Wien gereist.

* **Wien,** 1 Nov. Die Presse wiederholt die Nachricht daß in der türkischen Frage von Seite Oesterreichs ein Abkommen dahin getroffen sey: daß die Pforte sich verpflichte alle Insurgenten welche es nicht vorziehen in ihr Vaterland zurückzukehren, im Innern der Türkei streng zu bewachen und für ihr Entkommen zu haften. Die ministeriellen Organe bestätigen daß die durch die Einführung der Jury nöthig gewordene Errichtung eines Cassationshofs bevorstehe.

† **London,** 31 Oct. Gestern Abend hat der „Friedenscongreß" wieder eine große Versammlung in der Exeter-Hall am Strand gehalten; Cobden war der Hauptredner. Unter den eingeführten Fremden war General Klapka; der Vertheidiger der Festung Komorn wurde von den Friedensmännern mit großem Applaus empfangen. — Die Parlaments- und Finanzreform-Association hat ein großes Meeting in Brighton gehalten. — Von Dublin wird berichtet daß Militärverstärkung nach Nord-Irland abgegangen; man besorgte einen Ausbruch der Orangisten gegen die Katholiken.

Paris, 31 Oct. Die gesetzgebende Versammlung hat die Anfrage des Hrn. Didier wegen Ausführung des Decrets, welches auf das heurige Budget 5 Mill. für algerische Colonisation bestimmt, gestern damit erledigt daß auf den Bericht über den Zustand der algerischen Colonien vertröstet wurde, den die an Ort und Stelle abgeschickte Commission in einigen Tagen erstatten soll. Eine andere wichtige Sache hatte Hr. Corall in Form eines Antrags zur Sprache gebracht — die Vollziehung der Verträge zur Sicherung der Unabhängigkeit und Integrität des osmanischen Reichs — die Commission für parlamentarische Initiative hielt jedoch dafür daß eine Proposition für diesen Fall nicht passend, sondern die Form der Interpellation zu wählen wäre, und die Versammlung trat dieser Ansicht bei. Dann wurde eine längere Discussion über den Zustand oder vielmehr Zerfall der Marine angefangen und in der heutigen Sitzung fortgesetzt, wahrscheinlich mit dem Erfolg daß die Niedersetzung einer parlamentarischen Untersuchungscommission beschlossen wird. Die Ministerkrisis, die man nach der beifälligen Aufnahme der Dufaure'schen Erklärungen von Seiten eines Theils der Majorität schon beseitigt glaubte, ist nun doch zum Ausbruch gekommen. Die Erkrankung des Hrn. O. Barrot, der sich auf seinem Landsitz Bougival befindet, scheint zuletzt die Entscheidung gegeben zu haben. Noch ist nichts officiell bekannt, aber wie es scheint hat das gesammte Ministerium abgedankt. In der Nationalversammlung ging folgende Liste herum: General d'Hautpoul, Präsidium des Ministerraths und Krieg; F. Barrot (Bruder Odilons), Inneres; Parieu, öffentlicher Unterricht und Cultus; Romain Desfossés, Marine; Bineau, öffentliche Arbeiten; Dumas, Handel; A. Fould, Finanzen; Casimir Perier, auswärtige Angelegenheiten; Rouher, Justiz.

* **Haag,** 30 Oct. Das Ministerium ist jetzt im Staatscourant officiell aufgeführt: Thorbecke, Minister des Innern; van Sonsbeeck, Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Nedermeyer van Rosenthal, Minister der Justiz; Vice-Admiral Lucas, Minister der Marine; Generalmajor v. Spengler, Minister des Kriegs; Pahud, Minister der Colonien; van Bosse, Finanzminister. Die Fonds sind gestiegen, während man einige Tage zuvor sich Mühe gab sie zum Fallen zu bringen, als ob die öffentliche Meinung das Ministerium verwerfe.

* **Rom,** 28 Oct. Rom hat wieder eine seiner wissenschaftlichen Notabilitäten verloren: Emiliano Sarti ist gestern gestorben.

Ostindien. Eine neue Ueberlandpost ist in Marseille angekommen, und zwar d. d. Bombay 3 Oct., also von sehr neuem Datum. Aus China fehlen weitere Nachrichten. Aus Brittisch-Indien nur die Notiz daß die aufrührerischen Moplas an der Küste von Malabar am 4 Sept. geschlagen wurden. Diese Fanatiker waren nur 64 Mann stark, aber bis auf einen einzigen ließen sie sich alle lieber niederstoßen als daß sie Pardon nahmen. Sie wurden durch zwei Compagnien Sipahis bei einem Orte Namens Tirmanam Kunettu bewältigt. In den drei Präsidentschaften waren Mitte Septembers übermäßige Regen gefallen, welche in mehreren Gegenden verheerende Ueberschwemmungen verursachten. Namentlich die Stadt Surate am Tapti hat schwer gelitten. Nichts neues aus dem Pendschab.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 31 Oct. Consols 93; Bank Stock 198$^{1}/_{2}$; Schatzscheine 45 Sh. Spanische 3proc. 35$^{1}/_{4}$.

Paris, 31 Oct. 3proc. 56; 4proc. 69.20; 4$^{1}/_{2}$proc. 78; 5proc. 88.30; Bankactien 2330; belg. 5proc. 97$^{1}/_{2}$; Anleh. v. 1842 97$^{1}/_{2}$; 4$^{1}/_{2}$proc. 89$^{1}/_{4}$; neap. 5proc. 88.60; röm. 81$^{1}/_{2}$; span. active 21$^{3}/_{4}$; passive 3$^{1}/_{2}$; 3proc. 34$^{3}/_{4}$; innere Sch. 27$^{1}/_{2}$; piem. 5proc. 83.45; Obl. v. 1834 992.50; v. 1849 890; Vers. rechte U.-B. 215; linke 170; Paris-Rouen 527.50; Straßburg 358.75; Nordbahn 433.75; Rouen-Havre 227.50; Straßburg-Basel 102.50; Orleans-Vierzon 300; Bordeaux 401.25; Boulogne-Amiens 140; Tours-Nantes 285; Dieppe-Fecamp 180.

Frankfurt, 2 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87$^{7}/_{8}$; Bankactien 1335; bayer. 3$^{1}/_{2}$proc. Oblig. 86; Ludwigsh.-Berbach 86; Taunusbahn 294.

♀ **Wien,** 1 Nov. Wegen des Allerheiligenfestes war die öffentliche Börse heute geschlossen. Das Geschäft im Börsen-Kaffeehaus beschränkte sich auf einige Umsätze in Metalliques und Nordbahnactien, welche ohne besonderen Grund etwas billiger abgegeben wurden. Die Curse schlossen bei beschränktem Verkehr: 5proc. Metall. 94$^{9}/_{16}$–$^{5}/_{8}$. 4$^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) 84$^{3}/_{8}$–$^{1}/_{2}$. Nordbahnactien 107$^{5}/_{8}$–$^{3}/_{4}$.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Auf der Schelde zum Rhein.

Von J. G. Kohl.

II.

Man könnte denken daß jene wilden Ereignisse endlich aufhören müßten wenn das Land einmal völlig organisirt wäre, daß sich ein Gleichgewicht herstellen müsse zwischen den tobenden Angriffen der Wogen und den Schutzwerken der Menschen, wenn diese erst überall so hoch, so stark und mächtig wären wie es die an jedem Punkte stattfindenden Angriffe nöthig machen. Allein dieses Gleichgewicht kommt sowohl wegen der steten Schwankungen in den veränderlichen Strömungen, als auch wegen der Ungleichheit in der menschlichen Thätigkeit nie zu Stande.

Die Gewässer führen aus dem Innern des Landes immer neues Material herbei, das sie abzusetzen wünschen. Da wo sie es niederschlagen ist der Mensch bei der Hand es mit Dämmen einzufangen, und es zu seinen übrigen Acker- und Wiesen-Capitalen zu schlagen. (So ist z. B. im siebzehnten Jahrhundert im Osten von Walchern eine ganz neue Insel von fünf Stunden im Umkreis entstanden, die zwischen den Jahren 1631 und 1671 stückweise dem Meer abgetrotzt und mit Dämmen umgeben wurde.) Dadurch schon verändert sich die Gestalt der Inseln. Die Strömungen werden in Zukunft an den Brüstungen der aufgeworfenen Dämme abgewiesen und müssen sich andere Auswege suchen. Sie werfen sich nun vielleicht auf die Ausläufer eines gegenüber liegenden Landes. Hier entsteht eine stärkere und tiefere Strömung, und kommt dann einmal eine außerordentliche Fluth, so nimmt das Wasser vielleicht das ganz längst gefährdete und lange unterminirte Landstück völlig hinweg. Es ist begreiflich daß jede solche Veränderung der bisherigen Ufergränzen sofort eine Veränderung in der Bewegungsweise des ganzen zusammenhängenden Wassernetzes hervorbringen muß.

Auf eine eben solche Veränderlichkeit wirken die Strömungen und Reactionen der Seegewässer hin. Im ganzen steigt zwar die Fluth beständig regelmäßig auf und ab, fließt in dieselben Thore landeinwärts und durch dieselben Thore wieder ab. Durch den Zusammenstoß mit den ihnen entgegenkommenden Flußgewässern entstehen große mächtige und oft den Schiffen gefährliche Wirbel, die meistens Jahrhunderte lang genau an derselben Stelle sich drehen. Zuweilen aber stört wohl ein unregelmäßig heftiger Luftstrom, ein Sturm, diese regelmäßigen Bewegungen. Er treibt die Fluthen und den Sand in einer Richtung der sie bisher nicht zustrebten. Er legt so vielleicht den Grund zu einer Sandbarre an einer Stelle wo bisher keine existirte. Die Fluthen fließen nun eine Zeitlang um diese Sandbarre herum, räumen anderswo auf, und so entsteht denn im Laufe der Jahre eine große Sandbank, an einer Stelle wo bisher keine war. Auch dadurch werden denn bald wieder andere Ufertheile bedroht, die bisher gefahrlos waren.

So schwankend wie die Wasserbewegungen, sagte ich, ist auch die Thätigkeit des Menschen. Die Bewohner haben zwar in ihrem sogenannten „Wasserstaate" ein bewundernswerthes Beaufsichtigungs- und Leitungssystem aller Deiche und Uferbauten entwickelt. Zwar stehen demzufolge alle diese Bauten unter einer gemeinsamen Controle, welche alle Arbeiten und Unternehmungen an den Ufern in Harmonie zu bringen und so einzurichten sucht daß sie sich in die Hand arbeiten und nicht gegenseitig schaden. Allein vollkommen läßt sich dieß doch nicht durchführen. Es gibt Gemeinden, ganze Landstriche, in welchen die Deiche in schlechtem Zustand sind, andere wo alles auf das Vollkommenste und Solideste ausgeführt ist. Auch täuschen sich oft die gescheidtesten Directoren des „Wasserstaats." Es werden zuweilen Deichbauten unternommen die man für zweckmäßig hielt, die aber bei ihrer Vollendung ein anderes Resultat geben, die in den natürlichen Ablauf der Gewässer störend eingreifen, die vielleicht die eine Gegend schützen, dagegen einer andern den Feind auf den Hals ziehen.

In Folge aller dieser Umstände, sage ich, kommt es daß die Gestalt der Ländertheile und die Linien der Wasserläufe nie bleibend fixirt werden, daß das Meer bald hier eine neue Sandbank aufbaut, bald dort eine alte Sandbarre verschwinden läßt, daß die Ströme der salzigen Ebbe und Fluth wie der süßen Landgewässer sich gleichsam in ihrem Prokrustes-Bette beständig hin- und herwerfen, bald hier neue fette Landschichten aufhäufen, bald dort alte Polder bedrohen, angreifen, annagen und endlich zerstören, daß ein kleiner Graben im Lauf der Jahre allmählich zu einem mächtigen Strome anschwillt, oder ein breiter Arm völlig versandet und austrocknet, daß demnach der Mensch beständig auf seiner Hut seyn muß, indem seine Wachsamkeit bei dem fortwährenden Schwanken bald hier bald dort mehr in Anspruch genommen wird, daß ihm bald hier etwas zuwächst, bald dort wieder etwas entschlüpft, und daß demzufolge die Karten dieses Landes fast in jedem Jahrhundert ein völlig verändertes Bild geben.

Die meisten jener Revolutionen und Umgestaltungen stellen sich freilich dem Auge des Reisenden nicht so interessant und malerisch dar wie die Felsenspaltungen, Bergzerklüftungen und Thalausgrabungen in den Gebirgsländern. Vielmehr erscheint hier dem Auge des Beschauers alles einförmig, gleichgestaltet, und ohne diese interessanten historischen Narben, Runzeln, Monumente und Ruinen wie wir sie z. B. in den Alpen sehen. Man sieht nur zweierlei Flächen vor sich, die eine eine bewegte, glänzende, flüssige, die andere eine feste, grüne, grasige Fläche. Da ist nichts Majestätisches und Imponirendes. Und lagerte sich ein ruhiger, sonniger Tag über dem Lande, wie es bei uns heute der Fall war, so sollte man kaum glauben daß dieser so unschuldig blickende, glatte Gras- und Wellenteppich so viel Stoff zum Nachdenken zu liefern im Stande wäre, so viele Schwierigkeiten darböte und auf Schritt und Tritt so viele Narben und Spuren einer in Zerstörungen und neuen Geburten unerschöpflichen Geschichte an sich trüge. Nur im Geiste gleichsam kann man das Malerische des Anblicks dieses Landes genießen. Nur wenn man einige dieser Inseln zu Fuß durchwandert und die hundert in der Ferne unsichtbaren Kunstwerke, die versteckten Schleußen, die Dämme, die gemauerten Ufer, die Canäle gesehen, nur wenn man einige dieser zahlreichen, breiten und engen, sich erweiternden oder versandenden Stromarme beschifft und ihre vielfache Verzweigung bewundert hat, und wenn man dann sich vorstellt wie das Ganze auf viele Meilen Weite ebenso bearbeitet wurde, nur dann dämmert allmählich im Geist ein Bild des Landes auf, das an Interesse und Mannichfaltigkeit fast noch alles übertrifft was die Gebirgsländer dem leiblichen Auge darbieten und so zu sagen handgreiflich geben. So vieles ist hier schon unter dem Wasser versteckt, was die Phantasie gleichsam wie ein Taucher erst wieder herausbringen muß. Einige von den langen Sandbänken welche in doppelten und dreifachen Reihen im Westen vor der Küste von Seeland meilenweit ins Meer hinausliegen, sind sich gestaltende Inseln, die Jahrhunderte lang unter dem Niveau des Meeres wachsen, sich langsam verbreitern und verlängern, denen Körnchen zu Körnchen hinzugefügt wird, bis einst ihr Rücken über dem Wasser hervortaucht und sie unter dem erwärmenden und trocknenden Strahl der Sonne mit Blumen und Kräutern ergrünen. Andere aber sind Ruinen und Trümmerfetzen ehemaliger bewohnter Inseln, todte Rumpfe und Leichname von früher lebendigen Ländern, die einst die Schiffe im sichern Hafen herbergten, die jetzt aber die Fahrzeuge wie treulose Sirenen stranden lassen, auf dem einst die Tauben und Störche ihre Nester bauten, wo jetzt aber die Seeungeheuer am Raube sich laben. Andere Länderfetzen wiederum gibt es, von denen man nachweisen kann daß sie wechselsweise von der Fluth gehoben und wieder zusammengerissen wurden, und die bald als lebendige grüne Insel, bald wieder als todtes ödes Wrack erscheinen. Du siehst es nicht, aber nichtsdestoweniger ist es eine ausgemachte Wahrheit welche die Geschichte bezeugt, daß fast überall wo dein rauschender Kiel die Wellen durchfurcht, er über ehemalige Wiesen und Wälder und zerstörte Felder und Gärten dahinschwebt. Die Bäume dieser Wälder und die Kirchthürme der Dörfer liegen noch neben hundertfachen Schiffstrümmern unter unsäglichem Schlamme begraben. Auch die zahllosen Pfahlwerke und Gemäuer die bei jedem kleinen Orte als die Grundfesten seiner Existenz und die Bollwerke seines Hafens im Boden verborgen sind, muß man im Geist sich vergegenwärtigen um das Bild dieses Kunstlandes zu vervollständigen, und das Ganze erscheint dir dann einer höchst künstlichen Spitzenklöppelei im Großen ähnlich. Auf jeder der hundert kleinen und größern Inseln aus denen das Ganze besteht, haust ein kleiner in Pfahlwerken und Festungsmauern eingewickelter Ort wie eine Spinne in ihrem Neste; alle Gräben und Deichnetze dieser Spinne ziehen sich über die Inseln hin und greifen mit ihren Fäden in einander. Bloß in den verschiedenen Winkeln, Verstecken des kleinen sogenannten „Holländischen Flandern" *) gibt es über ein Dutzend solcher umpfählter, ummauerter und gegen Meereswogen und Kanonen befestigter Hafenorte. Wenn man bedenkt daß jeder dieser kleinen Orte wohlhabend ist, und oft erstaunliche Reichthümer und Menschenkräfte barg, so glaubt man eine Seidenkammer vor sich zu haben, wo zahlreiche Cocons in Seide gehüllt sitzen und mit Seide das Land überspinnen.

Aber auch selbst ohne Beihülfe der Phantasie, dem bloßen körperlichen Auge bietet eine Fahrt in diesem merkwürdigen Lande Scenen in Menge dar die interessant genug sind, und die eine außerordentliche Augenweide gewähren und wunderbare Stimmungen in der Seele erwecken.

*) Es ist eine wenige Meilen breite und lange Inselgruppe im Norden des Belgischen Flandern, die zu Seeland gehört.

Dahin gehört z. B. das täglich sich zweimal wiederholende Schauspiel der Ebbe und Fluth des Meeres. Ganz Seeland mit allen seinen Nachbarlanden und Nebeninseln ist gleich einem großen Schwamme der sich täglich zweimal bis zum Ueberlaufen vollsaugt, und zweimal sich fast bis auf den Boden entleert. Wir waren von Antwerpen mit der ausströmenden Ebbe abgefahren, und unser Schiff schoß rasch mit den wetteifernd ablaufenden Gewässern des Flusses und des Meeres zur Schelde hinaus. Da stürzten sich in eiliger Hast mächtige Ströme durch die Oster- und Westerschelde und durch alle die andern Mündungen ins Meer hinaus. Alle Gewässer sind in Bewegung, aus allen Flieten, Canälen, Graben und Zweigadern des Landes strömt es hervor wie in den Straßen einer Stadt nach einem heftigen Regen. Es war ein Schauspiel wie es Noah am Ende der Sündfluth hatte. Ueberall wuchsen trockne Länder aus dem Grund hervor und nahmen zusehends an Umfang zu. Jede Insel an der wir vorüberfuhren umgab sich mit einem breiten Gürtel von Vorland, das sich sofort, wenn auch nur für einige Stunden, mit Menschen bevölkerte, die den Krabben und andern im Schlamme zurückgebliebenen Seethieren nachstellten. Als wir in die Osterschelde hineinsegelten tauchten lange Strecken des einst untergegangenen Theils von Süd-Beveland wie Gespenster aus dem Grunde auf. Sie stellten sich dar wie die zerfleischten und mißhandelten Körper eines getödteten Riesen. Man bezeichnete uns die Stellen im Schlamme, wo einst die blühenden Orte Ereck, Nieuwkerke, Ekodde und andere lagen. Wir sahen die tiefen Furchen der Gräben und Canäle die einst — Boote und Schiffe tragend — die Wiesen des Landes durchzogen. Jetzt waren es nur noch wilde unbedämmte Rinnen ohne Schleusen in denen die Ebbe schaltete. Da die Ebbe hier das Niveau des Wassers gewöhnlich um 15 Fuß, zuweilen auch um 20 erniedrigt, so kann man sich denken wie die daraus folgende Erhöhung und Hervorsteigung aller Dämme, Ufer und Bänke ebenfalls um 15 Fuß, die Physiognomie des Landes verändern muß. Die Seedeiche scheinen riesenhoch zu wachsen, die Bollwerke, Brücken und Pfahlreihen der Häfen steigen mit langen Piedestalen empor, die Schiffe sinken mit dem Wasser herab und verstecken sich in den hochufrigen Rinnen.

Die Fahrt in unserm Inselarchipel bis Rotterdam dauerte zwölf Stunden. Wir wurden daher unterwegs auch noch wieder von der rückkehrenden Fluth erreicht, und hatten Gelegenheit auch die umgekehrten Erscheinungen, die Phänome der Fluth zu betrachten. Zuerst entsteht eine Art von Stillstand in den Strömen. Es scheint als wären alle während der Ebbe so rasch eilenden Flüsse plötzlich in stagnirende Seen verwandelt. Allmählich aber kommt wieder Leben und Regsamkeit in die versiegenden Gewässer, die im niedrigen Schlamm fast dahin sterben zu wollen schienen. Doch kommt diese Bewegung nun von der entgegengesetzten Seite. Das Meer drängt erst leise rückwärts. Die süßen Gewässer welche aus dem Innern des Landes her sich den Ausweg erringen wollen, gerathen mit ihm in Streit. Aus diesem Streite entsteht an vielen Punkten eine Menge von Wirbeln — „Walen," wie die Kinder des Landes sie nennen, die erst klein sind, die aber immer weiter und mächtiger sich schwingen je stärker das Andringen des Meeres wird. Diese Wirbel sind zuweilen so heftig daß sie den Schiffen gefährlich und von ihnen gemieden werden. Endlich siegt Okeanos. Seine Schulter hebt sich gewaltig, und er zieht siegreich zu allen Thoren des Landes ein. Es ist als wollte er seine ihm tributpflichtigen Fluß-Nymphen zu Paaren treiben. Sie müssen weichen, und wie bei Aeneas Ankunft in Latium der Tiber

„rückwärts ebnete der Wellen Erguß,"

so fliehen sie alle landeinwärts den Bergen zu. Alle kleinen und großen Canäle des Landes füllen sich mit flüssigem Stoff. Alle andern schwellen bis an den Rand. Man erinnert sich des Briefes von Plinius, in welchem er das allmähliche Zusickern und Wachsen des Wassers in einer periodischen Quelle am Comersee so interessant beschreibt, und man staunt dasselbe interessante Schauspiel hier auf eine großartige Weise und tausendmal vervielfältigt vor sich zu haben. Die weiten kahlen Sandbänke schmiegen sich gemach wieder unter die feuchte Decke des Oceans, zu dessen Gebiet sie gehören, zurück, wie Unterthanen die sich den Armeen ihres Herrschers fügen. Die Menschen, die Fischer, die Austern- und Krabbensucher, die Strandspaziergänger die für ein paar Stunden dieß Terrain occupirten, ergreifen die Flucht und verbergen sich hinter ihren Dämmen und Deichen. Die Inseln, deren Außen- und Vorlande verschwinden, schmelzen rasch auf die Hälfte ihres Ebbeterrains zusammen. Kleine Landestheile, die noch so eben mit dem Festlande zusammenhingen, lösen sich und gestalten sich als Inseln für sich. Die Molos und Hafendämme der Städte, die sich bei der Ebbe als Riesenbauten darstellten, schrumpfen fast zu nichts zusammen. Alle Gräben, alle Canäle, alle Meeres- und Flußarme füllen sich bis an den Rand der Deiche. Unser Schiff hebt sich mächtig in die Höhe und scheint als dominirender Riese durch die Gegend zu fahren. Wir schauen über die Dämme hinweg ins Innere des tiefen und niedrigen Landes hinein, das allmählich untergehen zu wollen scheint. Es wandelt einen bei diesem allmählichen und unwiderstehlichen Anschwellen die Besorgniß an: noch wenige Fuß solchen Wachsthums, und der Ocean möchte das Ganze verschlingen. Aber regelmäßig und zu den festgesetzten Stunden gebietet ein Gott den Gewässern Stillstand, begnadigt das Land, und läßt die Feinde den Rückmarsch antreten. Statt des Untergangs entwickelt sich mit der Höhe der Fluth ein neues reges Leben, und es tritt mit ihr im ganzen Gebiet des inselreichen Seelandes eine allgemeine Thätigkeit ein, wie in einer Baumwollenspinnerei, wenn der Maschinenmeister den Dampf ausließ und nun alle Räder und Arme sich in Bewegung setzen. Da überall sich die Wassertiefen um eine Flüssigkeitschicht von 10 bis 15 Fuß Dicke vermehrten, so werden kleine Gräben, die zwölf Stunden zuvor kaum ein Boot zu tragen vermochten, selbst für große Fahrzeuge schiffbar. Alle Schiffe welche die Ebbe auf den Sand setzte, und die schief und auf die Seite gebeugt auf dem Sande traurig dalagen wie Fische die der Sturm ans Land warf, richten sich gemach wieder empor, und erholen sich allmählich wie arme Kranke die man der frischen Luft zurückgab. Endlich lösen sie sich völlig aus dem klebrigen Boden und schweben beweglich und schwankend empor auf dem klaren Elemente, wie flüchtende Enten die vom unbequemen Festland aus den glatten Teich erreichten, und triumphirend auf der glatten Bahn sich hin und her schaukeln. Da wird nun in allen Häfen und an allen Ufern gerüstet. Schiffe aller Größen und Arten spannen die Segel auf, lösen sich vom Strande, und tragen ihre Waaren, ihre Reisenden, ihre Botschaften und Aufträge leicht und bequem von Ufer zu Ufer. Auch die großen Seefahrer die vor den Mündungen der Ströme den Moment der Fluthhöhe erwarteten, ziehen landeinwärts, und man sieht sie mit gebauschten Segeln und mit vollem Wasser in die sichern Thore des Festlands und der Häfen heranschwimmen.

Viele niederländische Maler haben das Ansprechende und Anregende das in diesem täglich sich wiederholenden Wechsel der Fluth und Ebbe liegt, sehr wohl aufgefaßt, und haben auf zahlreichen Bildern die Phänomene und malerischen Schauspiele die dadurch herbeigeführt werden, dargestellt. Es ist aber bemerkenswerth daß es weit mehr Ebbe- als Fluthbilder gibt. Und in der That muß man auch gestehen daß die Ebbe viel ergiebiger ist in Erzeugung solcher Bilder und Phänomene als die Fluth. Die vollkommene Sättigung des Landes und der Gewässer zur Fluthzeit läßt sich nicht wohl darstellen. Die Ebbe ist poetischer, wie die Armuth, wie das Unglück und die Noth. Da liegt das arme Schiff gestrandet am Ufer, das unser Mitleiden erweckt. Da kriecht dann das Bettelvolk der Küstenstädte, die zerlumpten Kinder und die armen Muschelsammler und Krabbenfänger hervor und schleichen an den Bollwerken der Häfen herum, an denen ihre Ernte gereift ist, nämlich die Muscheln die das Meer hier säete und pflanzte. Mit der Fluth ist nur der Reiche und Glückliche im Bunde, der seine stolzen Schiffe auf ebener Bahn entsendet. Die Ebbe enthüllt auch eine Menge Geheimnisse der Tiefe, welche die Fluth mit dem einförmigen Teppich des Wassers gleichmäßig überzieht. Da kommen die hübschen Muscheln und die wunderlichen Ungethüme des Meeres zu Tage die sich auf dem Grunde versäumten, da sieht man die versandeten Wracks und Balken der ehemals gestrandeten Schiffe, da zeigen sich im Sonnenschein die Kräuter und Korallen die in der dunkeln Tiefe des Meers wuchsen. Auch sonst ist die Ebbe viel reicher an Contrasten der Lichter und Farben als die Fluth. Diese erfüllt alles was tief ist mit einer gleichmäßigen Masse von strömenmendem Wasser, das in einer und derselben Richtung sich fortbewegt, und als einziger Gegensatz dazu erscheinen nur die grünen Länderflicken der fast ersäuften Inseln. Jene dagegen bringt mehr Mannichfaltigkeit in das Bild, setzt die gelben Streifen der Sandbänke hinein. Es bleiben nur einzelne mächtige Ströme, zwischendurch stagnirt das Wasser in vielen kleinen Tümpeln, auf deren glatten Spiegel die Sonne blinkt. Hie und da ist das Land nur mit einem dünnen Schleier von Wasser von wenigen Zoll Tiefe wie mit einem glatten Firniß überzogen. Alles dieß reizt wie die Darstellungskunst des Malers so auch unsere Augen in höherem Grade als das wechsellosere Spiegelbild der Fluth. Auch in der Luft herrscht zur Zeit der Ebbe ein regeres Leben. Die Vögel machen sich heran der Ebbe zu folgen. Sie finden dann wie das arme Bettelvolk der Hafenstädte ihre Tafel auf den Sandbänken reichlich gedeckt. Die Strandläufer, die Möwen, selbst die Schnepfen und Störche flattern oder wandeln am Strome und auf den entblößten Lagunen um auf das Seegewürme Jagd zu machen. Während der Fluthzeit, die ihnen einen Theil ihrer Nahrung entzieht, sitzen sie dann ruhig am Lande auf den Wiesen hinter den Deichen, mit dem unpoetischen Geschäft der Verdauung beschäftigt.

Es ist wohl kein Zweifel daß der Inselarchipel von Seeland zu den am seltensten besuchten und am wenigsten gekannten Strichen der Niederlande, und man kann hinzusetzen Europa's gehört. Es rangirt dieser Inselarchipel in dieser Beziehung mit den Western Islands an der schot-

tischen Küste, mit dem Nordende von Jütland das uns auch so nahe ist, und das doch seltener ein mitteleuropäischer Reisender besucht als die weit nördlicher liegenden Gegenden von Norwegen. Sogar in Holland selbst ist Seeland eine ziemlich unbekannte und sogar etwas verrufene Gegend. Die Holländer sprechen von Zeeland und von den „Zeeuws" meistens mit einer Art von Wegwerfung, etwa wie die Engländer von Irland, oder wie die Curländer von Semgalen. Und doch haben diese Seeländer ihrem Vaterlande gerade viele seiner tüchtigsten Männer und Wohlthäter geliefert, die Ruyter und andere Admirale, welche die Seemacht Hollands auf den Gipfel der Blüthe brachten, den Dichter und Großpensionär Cats, der der Reformator der holländischen Litteratur und Sprache war, den allgemein in Holland verehrten Beukels, den Begründer der holländischen Häringsfischerei. Es scheint den Seeländern auf ähnliche Weise unrecht gethan zu werden wie bei uns den Schwaben. Dieses Unrecht erscheint noch größer wenn man bedenkt daß auch der Ackerbau fast in keinem Theile von den Niederlanden in so hohem Grade blüht wie eben in Seeland. Der beste und mehlreichste Weizen in den Niederlanden ist der seeländische. Hülsenfrüchte, Erbsen und Bohnen kommen vorzugsweise aus Seeland. Der Hauptsitz des Krappbaues ist wieder Seeland, dessen Flachs und Hanf ebenfalls denen von Holland vorgezogen werden. Wie gesagt, trotz alledem aber schauen die Holländer aus ihren städtischen Mittelpunkten von Haag, Leyden, Amsterdam aus auf Seeland wie auf eines der Enden ihrer Welt. Das andere dieser Enden liegt in Friesland; ebenso wie die Belgier ihrerseits auf das waldreiche, schlecht bevölkerte, uncultivirtere Luxemburg als auf einen äußersten Ausläufer der belgischen Welt hinabblicken.

Die Ursachen von diesem allen liegen zum Theil in der geographischen Gestaltung Seelands, das seiner vielen breiten Fluß- und Meeresarme wegen wenig zugänglich, und dessen Bereisung höchst umständlich, kostspielig und zeitraubend ist. Um von einer Insel zur andern gelangen zu können, muß man oft Tage lang auf Gelegenheit warten. Im Innern der Inseln gibt es fast gar keine Chausseen, Diligenzen, regelmäßige Treckschuiten-Fahrten rc. Auch fürchten dort die Holländer, wie die Fremden überhaupt, das Polderfieber, das nirgends gefährlicher ist als hier, das daher hier auch unter dem besondern Namen des „Seeländischen Fiebers" erscheint, und das zu verschiedenen Perioden der Geschichte dort schon ganze fremde Armeen aufgerieben hat.

Und wenn Holland auch einen Theil seiner besten und tüchtigsten Genies aus Seeland bezogen hat, so sind doch diese Genies eben in Holland selbst ausgebildet, und im Ganzen genommen ist die Masse der Seeländer, eben in Folge ihrer geographischen Isolirung, in Bildung und Intelligenz hinter den Festland-Niederländern zurück. Der größte Theil der Bewohner lebt in Dörfern und auf einzelnen Gehöften, und während es in der kleinen Provinz Südholland allein wenigstens ein halbes Duzend von weltberühmten Städten gibt, hat man deren auf allen den großen Inseln zwischen Rotterdam und Brügge fast keine, und selbst nur einige wenige solcher Lebens- und Bildungscentra dritten Ranges, wie Middelburg auf Walchern, das schon zu der Römer Zeiten blühte, oder wie Zieriksee auf Schouwen, welches die alte Residenz der Grafen von Seeland war.

Das eigentliche Seeland wird nur von den Inseln und Küstenstrichen gebildet die zu beiden Seiten der beiden großen Schelde-Arme liegen. Aus der Osterschelde führte uns ein Seitenarm in den Inselarchipel und die Mündungsarme der Maas und des Rheins hinüber, und zwar in die sogenannte Krammen, und dann in einen andern Arm, in die sogenannte Flakke Hanning und das Holländsche Diep. Das Volk hat in der Regel allen diesen breiten Wasserarmen, von einer sehr richtigen Anschauungsweise geleitet, obwohl sie unsere Kartenzeichner als Arme und Theile der Binnenflüsse darstellen, besondere Eigennamen gegeben. Es ist dieß sehr natürlich, denn die meisten dieser Arme haben sozusagen eine von diesen Binnenflüssen ganz unabhängige Existenz. Die Ebbe und Fluth des Meeres schalten und walten mächtiger darin als die Flüsse, die eigentlich nur von jenen Gewalten ins Schlepptau genommen werden. Sonderbarerweise hat man dabei nur zu Gunsten der Schelde eine Ausnahme gemacht, denn die beiden großen, nicht weit von Antwerpen zusammenkommenden Meeresarme, in welche sich die Schelde mündet, nennt man gewöhnlich die Oster- und Westerschelde, obgleich die schmächtigen Scheldegewässer in diesen weiten Busen sich eigentlich völlig verlieren. Einer von ihnen hat allerdings auch wieder einen Eigennamen, nämlich die Westerschelde, welche auch „Hont" genannt wird. Ein großes Meerthor hat auch den Namen der Maas behalten. Vom Rhein aber ist hier überall gar nicht die Rede. Er ist sozusagen völlig verschollen, worüber die Gletscher in Graubünden und wir poetischen Deutschen am Neckar und Main vor Aerger zerspringen möchten. Denn wenn irgendwelche Binnengewässer in diesen Biesboschs, Honts, Volke-Racks und Butter-Vliets noch eine einigermaßen imposante Rolle spielen, so sind es die Gletscherströme der Schweiz und das Naß das den schwäbischen, fränkischen, allemannischen und hessischen Quellen entspringt.

Braunschweig.

⊠ **Braunschweig**, 29 October. Als vor mehreren Wochen unser Landtag sich für den Anschluß an das Dreikönigs-Bündniß entschied, erklärten sofort vier Abgeordnete der Stadt Braunschweig, die HH. Aronheim, Lucius, Kloß und Grossau, ihren Austritt aus der Versammlung, welche sich durch jenen Beschluß, nachdem sie einige Monate zuvor die Rechtsgültigkeit der Frankfurter Verfassung anerkannt, in einen solchen Widerspruch mit sich selbst gesetzt habe daß sie, die Austretenden, ihr nicht länger mit Ehren angehören können. Nach dieser Erklärung war man nicht wenig erstaunt bei den auf vorgestern ausgeschriebenen Ergänzungswahlen die drei letzten der obengenannten Herren wiederum als Bewerber auftreten zu sehen. Was Hrn. Aronheim betrifft, so lehnte er die Candidatur „aus Gesundheitsrücksichten" ab, ein Motiv wodurch er sich selbst eine schreiende Inconsequenz und seinen Collegen eine Beschämung erspart. Als Ersatzmann für Hrn. Aronheim wurde dem Volksverein, dem die ausgetretenen Mitglieder angehörten, ein Hr. Fabricius vorgeschlagen, welcher sich durch nichts anderes zu empfehlen wußte als durch die bequeme Versicherung daß er ganz so denke wie sein Vorgänger, und in jeglichem Punkt eben so stimmen werde wie dieser. Von Seite des gegnerischen vaterländischen Vereins wurden vier Candidaten aufgestellt, an denen vorzüglich die Selbstverläugnung Lob verdient mit welcher sie sich einer schon wahrscheinlichen Niederlage preisgeben. Der vaterländische Verein bildet hier wie anderer Orten die Mittelpartei welche bei jeder Gelegenheit, wo sie den Demokraten mit gleichen Waffen entgegentreten muß, weniger durch ihre numerische Schwäche als durch Trägheit und gänzlichen Mangel an Eifer und Willenskraft von vornherein zum Unterliegen bestimmt ist. An diesen negativen Eigenschaften, man kann es ohne Prophetengabe vorhersagen, wird jene Partei in ganz Deutschland zu Grunde gehen, und es ist daher sehr begreiflich wenn so manche Männer welche mehr Berechnungsgabe als Charakter besitzen, sich von derselben abwenden, obgleich sie ihr durch ihre An- und Einsichten näher stehen als irgendeiner andern. Auch dießmal rührte sich unser vaterländischer Verein erst als es bereits zu spät, die Frist zur Abholung der Wahlzettel bereits verstrichen war. Zwar wurde diese Frist, wohl mehr im Interesse der Partei des vaterländischen Vereins als in Uebereinstimmung mit dem bisherigen Gebrauche, nachträglich um mehrere Tage verlängert, aber in der Hauptsache vergebens. Bei der heute vorgenommenen Zählung der vorgestern abgegebenen Stimmen stellte sich der vollständige Sieg des Volksvereins heraus, dessen Candidaten sämmtlich, wenn auch zum Theil nur mit einer Mehrheit von 6 bis 8 Stimmen, als Abgeordnete ausgerufen wurden. Wenn die Mittelpartei auf dem Landtage selbst die Mehrheit hat, so verdankt sie es lediglich dem Umstand daß die Hälfte der Abgeordneten, im Geist des octroyirten preußischen Wahlgesetzes, durch die Höchstbesteuerten gewählt wird, welche dann auch noch bei der Wahl der zweiten Hälfte der Abgeordneten gemeinschaftlich mit den übrigen Bürgern das Stimmrecht ausüben

Mecklenburg.

Schwerin, 28 October. Nach der Const. Ztg. geht die aufgelöste Ritterschaft ernstlich mit dem Gedanken an eine Steuerverweigerung um. Der Nordd. Corr. theilt zwei Schreiben der „Ritterschaft" an den Großherzog mit. In dem einen, vom 9 Oct., erklären die „allerunterthänigst treugehorsamsten Deputirten der treugehorsamsten Ritterschaft, daß die in Aussicht gestellte Lösung der Union durch Vereinbarung beider Landesherren eine illegale wäre, und daß die Ritterschaft hierdurch, wie durch die weiter in Aussicht gestellte Publication des vereinbarten Staatsgrundgesetzes die Rechte der Ritterschaft in rechtwidriger Bedrohung der Existenz der alten Verfassung umsomehr gefährdet sehen muß, als überhaupt die von Ew. kön. Hoh. Commissarien mit der gewesenen Abgeordnetenversammlung vereinbarte Verfassung rechtsungültig ist, indem von dem Augenblick an wo der Großherzog von Strelitz die Verhandlungen mit der Versammlung definitiv abbrach, auch von Ew. kön. Hoh. Commissarien nichts rechtsgültiges mit derselben vereinbart werden konnte, und stellen demnach den Antrag: „der treugehorsamsten Ritterschaft in Gemäßheit der Patentordnung vom 28 November 1817 den Rechtsweg eröffnen und die Entscheidung der Streitfragen im compromissarischen Weg zulassen zu wollen." In dem zweiten Schreiben, vom 19 d., beklagen die De-

putirten daß der Großherzog, der in der Patentverordnung vom 28 Nov. 1817 gegebenen Zusicherung zuwider, die Streitfrage nicht zur rechtlichen Entscheidung gebracht, sondern ohne weiters mit Publication des als rechtsungültig angefochtenen Staatsgrundgesetzes vorangegangen sey. Sie legen Protest gegen das Staatsgrundgesetz, gegen die Aufhebung der Landstände und ständischen Corporationen ein, und erklärren daß die Ritterschaft, wenn nicht binnen wenigen Tagen ein Bescheid auf ihre Vorstellung vom 9 eingehe, „da Hülfe gegen die Maßregeln ihres Landesherrn wird nachsuchen müssen, wo auf Antrag Ew. königl. Hoh. Vorfahren selbst der Inhalt der Patentverordnung vom 28 Nov. 1817 garantirt ist.“

Die preußische Kammer und das Ministerium.

Ueber die in der preußischen Abgeordneten-Kammer eingetretene Bewegung sagt ein Berliner Brief der Weser Ztg. „Wenn die ruhigsten und besonnensten Männer unserer Kammern, eben dieselben welche während der tobenden Bewegung des vergangenen Jahres den Muth hatten als die Vertreter des conservativen Princips in die Schranken zu treten, es unverhohlen aussprechen daß das ganze Verfahren der Regierung wieder auf den Standpunkt des Jahres 1847 zurückdränge, und daß in Folge davon die Zeit nicht fern seyn dürfte wo jeder wahre Patriot sein Haupt in Trauer hüllt, dann sind wir des Beweises dafür überhoben. Von einer constitutionellen Regierung ist wenigstens daselbst der äußere Schein verschwunden, wo das Ministerium sich gegenüber seinen eclatanten Niederlagen in der Kammer auf eine hinter ihm stehende Majorität außerhalb derselben beruft, wo die Vota der Volksvertreter auf die Bedeutung eines „guten Raths“ herabgesunken sind, über dessen Befolgung oder Nichtbefolgung die Vertreter der Krone „sich dann in ihrem Gewissen befragen.“ Nachdem die Sachlage nun soweit gediehen, nachdem der Bruch zwischen dem Ministerium und der Kammer-Majorität in deutlichen Worten ausgesprochen ist, aber weder ein Rücktritt des Ministeriums noch eine Auflösung der Kammer erfolgt, so tritt die Frage in den Vordergrund: was die Pflicht dieser Kammer-Majorität sey um die Rechte des von ihr vertretenen Volkes zu wahren und zu schützen. Diese Frage mußte deßhalb auch den fast einzigen Berathungs-Gegenstand seit den letzten denkwürdigen Sitzungen innerhalb der Fractionen bilden welche in ihrer Gesammtheit diese Majorität ausmachen. Der so vorsichtige Auerswald, der so sehr zur Vermittelung geneigte Beckerath würden den offenen Bruch mit dem Ministerium nimmermehr so bestimmt herbeigeführt haben, wenn sie nicht erkannt hätten daß es für die Entscheidung dieser Frage hohe Zeit gewesen wäre. Die Idee eines gemeinsamen Austritts aus der Kammer war die erste auf welche man kam; sie lag bereits angedeutet in den Worten die Beckerath als Referent sprach, daß Männer auf die das Vaterland sonst mit Stolz blicke dießmal nicht in der Kammer erschienen seyen, und daß auch er und seine Gesinnungsgenossen nur gekommen wären um einen letzten Versuch der Vermittelung zu machen, d. h. also, daß auch sie dem Beispiele jener ersteren folgen würden sobald auch dieser Versuch fehlschlüge. Die Männer der ganzen doch so überaus gemäßigten Oppositions-Partei bis in das sehr nach rechts überneigende Centrum hinüber, bis zu Kühlwetter hinan zeigten sich diesem Austritte geneigt, und doch siegte endlich die entgegengesetzte Meinung, indem man der Erwägung Raum gab wie alles wieder werde in Frage gestellt werden wenn man die Verfassungs-Revisionsarbeit nicht zuvor zum Abschluß bringe. Deßhalb fiel der Endbeschluß dahin aus vorläufig auszuharren und mit allem Fleiß hintereinander der Verfassungsrevision obzuliegen, namentlich auch alles aufzuwenden um die schließlichen Vota der zweiten Kammer mit denen der ersten uniform ausfallen zu lassen. Dagegen hielt man auf das entschiedenste an der Ansicht fest daß diese von beiden Kammern in gleichlautender Fassung vorgebrachten Abänderungs-Vorschläge alsdann nicht die Bedeutung eines „guten Rathes“ hätten, bei dem die Regierung freie Wahl hätte was sie davon befolgen wolle, was nicht, sondern daß dieselbe die Pflicht habe diese Abänderungen in ihrer Gesammtheit entweder zu genehmigen oder ihr Veto gegen die ganze Verfassungsrevision einzulegen; eine freie Wahl stehe der Regierung nur zu hinsichtlich derjenigen Punkte bei denen eine Einigung zwischen den beiden Kammern nicht zu Stande gekommen wäre. Sollte aber das gegenwärtige Ministerium sich nicht in der Lage befinden diese von den Kammer-Majoritäten angenommenen Abänderungen der Krone einfach zur Annahme zu empfehlen, so habe es eben die Pflicht zurückzutreten; sollte dieses auch alsdann nicht geschehen, so sey es mit der Ehre der Majoritäts-Mitglieder nicht vereinbar an den Berathungen einer in dieser Weise unconstitutionell behandelten Kammer theilzunehmen, und dann sey also der Zeitpunkt für den gemeinsamen Austritt gekommen.“

∸ **Berlin**, 29 Oct. In Bezug auf die Steuerfrage ist die Regierung aus freien Stücken der Kammer entgegengekommen, sagt heute das ministerielle Organ in einem Aufsatz der zum Zweck hat zu beweisen: einmal daß Minister Manteuffel mit der Aeußerung „die große Majorität des Landes steht hinter uns“ nicht gesagt haben wolle: wir appelliren von der Kammer an das Land — und zweitens daß das Ministerium nach wie vor die Majorität in der Kammer selbst für sich habe. Das letztere möge auf sich beruhen, wir haben zur Zeit noch keinen Beweis dafür oder dagegen, noch weniger kümmert uns jetzt was der Minister damals mit jenen Worten gemeint, seit wir aus dem Aufsatz seine gegenwärtige Meinung kennen. Das Ministerium denkt an keine Kammerauflösung, es hofft mit der gegenwärtigen Kammer zurechtzukommen, und noch weniger ist es willens seine Macht in die Hände anderer niederzulegen. Letzteres ist das wichtigste seit die Neue Preußische Zeitung in ihrer letzten Rundschau direct sich gegen das Ministerium wendet und ihm die Forderung stellt: entweder gehe zu unserer Partei über, stütze dich auf sie und werde ein Parteiministerium, oder gehe zur Revolution über und erfülle ihre Verheißungen; ein drittes dazwischen ist nicht möglich. Insofern die Deutsche Reform den Gedanken des Ministeriums ausspricht (und es ist darüber kein Zweifel), so hat es doch den ersten Bund ausgeschlagen und doch den dritten Weg gewählt, versuchend das Unmögliche möglich zu machen. Das Ministerium ist der Kammer in Bezug auf §. 108 entgegengekommen. Ihr Vorschlag besteht darin: es bleibt bei dem §. 108, also werden die Steuern forterhoben auch ohne neue Bewilligung der Kammern; dagegen sollen diese Steuern bei den Einnehmern sistirt bleiben und die Minister kein Recht haben darüber zu verfügen, bis die Kammer den Etat durchgegangen und gutgeheißen hätte. Davon hoffen die Minister allen Ernstes daß die Kammern sich befriedigt erklären würden. Wenn auch sie den Frieden vor allem wollen und nur noch einen Grund suchen um mit Ehren nachgeben zu können, so ist es möglich; sonst weiß man in der That nicht was dieß Zugeständniß helfen soll. Die Steuereinnehmer, Unterbeamten der Regierungen und die Regierungen selbst, unterworfen der Gunst des Ministeriums und dem Disciplinargesetz, würden doch schwerlich zaudern die Gelder einzuliefern wenn ihre Vorgesetzten es befehlen, und mit welchen Augen würde man sie ansehen wenn sie ihren Vorgesetzten antworten wollten: wir müssen erst den Beschluß der Kammern abwarten, ob wir euch das Geld ausliefern, das euch zukommt. Hat man an diese Anomalie, an diese unnatürlichste Art der Steuerverweigerung gedacht, oder denkt man eine dritte, von Regierung und Kammern unabhängige Behörde einzusetzen welche die Steuern in Verschluß nimmt und behält bis die Kammern sagen: liefere aus. Unmöglich, es wäre ein neuer Rückschritt ins Mittelalter, der den Organismus des Staates erschütterte und den keine Partei will. Die heutigen Verhandlungen der ersten Kammer waren unerheblich: die neue Gemeindeordnung soll dem künftigen Gesetze vorbehalten bleiben.

Wien.

• **Wien**, 30 Oct. Aus einem Artikel der Ostdeutschen Post geht hervor daß die Idee eines größeren italienischen Zollverbandes mit Oesterreich als unausführbar aufgegeben, dagegen der Anschluß von Modena und Parma nur noch der Ratification bedürfe. Für den Plan einer außerdeutschen Zolleinigung sieht die Ostdeutsche Post die Ausdehnung über die kleinen italienischen Herzogthümer als kein Hinderniß an. Ueber den Anschluß Oesterreichs an das ganze Deutschland stellt dasselbe Journal folgende weitere Betrachtungen an: „Fassen wir die seit dem Jahr 1848 eingetretenen Zustände ins Auge, so scheint uns zunächst die Stellung welche Oesterreich dadurch in Deutschland wieder gewinnen müßte, wichtig. Zollfragen reichen tief in das materielle Leben der Völker. Nicht nur werden einzelne Volksvertretungen nicht zu umgehen seyn — Bayern und Württemberg entschieden nie ohne Zustimmung ihrer Stände — sondern das gemeinsame Interesse wird einen berathenden und beschließenden Centralkörper wünschenswerth machen, welcher leicht der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Volksvertretung werden könnte. Dann ist Oesterreich auf würdige Weise wieder in den Kreis deutschen Lebens eingezogen und hat einen Ausschluß von Deutschland nicht mehr zu fürchten, mit dessen materiellen und industriellen Interessen es sich immer mehr verwebte. Andererseits sähe es sich auch genöthigt eine durchaus deutsche Politik einzuschlagen. Sein Beitritt hat nur dann vollen Werth wenn es Deutschland die Donaustraße ungeschmälert bis zur Mündung zusichern kann. Welche Aenderung aber in Bezug auf seine gegenwärtige Stellung zu Rußland dann eintreten müßte, liegt zu Tage.“ Endlich läßt sich auch heute die „Presse“ in dieser Sache vernehmen, aber ganz nebenbei, auch nicht an dem Platze der leitenden Artikel, und indem sie mit der Frage die Anzeige einer Broschüre verbindet. Sie sieht die Einigung des ganzen Deutschlands in größter Ferne, am liebsten gar nicht. Sie sagt:

„Da es für die Feststellung des handelspolitischen Systems wohl zu erwarten ist daß die Interessen Süddeutschlands mit den Interessen Oesterreichs leichter zusammenfallen als mit Norddeutschland und Preußen, und da die neue Centralgewalt einen Dualismus anerkennt, also eine geographische Abgränzung in eine südliche und nördliche Hälfte sich von selbst darbietet, so wird es zunächst darauf ankommen zu wissen wie jede dieser Hälften sich zu einander verhält, ehe man an die Einheit des Ganzen denken kann — wofern eine solche überhaupt im Wege friedlicher Entwickelung möglich ist. Also nur durch Krieg oder Revolution! Die „Presse“ schließt sich daher an das Urtheil der Schlußworte einer Broschüre Dr Scherers an: „Oesterreich, Bayern und das südwestliche Deutschland“, wovon die Austria die einzelnen Stücke brachte. Der Verfasser sagt nämlich über seine Schrift: „Ich wollte zeigen daß die Gemeinschaft der Handels- und Gewerbsinteressen zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten eben keine politische Combination der neuern Zeit ist, sondern daß sie seit Jahrhunderten bestanden und sehr segensreich geblüht hat. Nicht minder daß wenn sie auch vergleichungsweise in Verfall gekommen, doch immer noch ein ganz ansehnlicher Betrag geblieben ist, der seit den letzten zehn Jahren Summen repräsentirt, vor deren Thatbestand sich gewisse Behauptungen, die Süddeutschland mit den gewaltsamsten Gründen in das nordische Bündniß zwingen und von dem Südosten losreißen wollen, schwer begreifen lassen. Zuletzt, daß gerade der Wendepunkt der Geschicke Deutschlands, die neue Weltstellung Oesterreichs als constitutioneller Gesammtstaat und die entscheidungsvolle Lösung der Ereignisse in Ungarn dringend verlange daß deutschem Leben und Einfluß, deutscher Production und Bildung keine ihrer naturgemäßen Richtungen zum Nutzen der einen und zum Schaden der andern verkümmert oder verschlossen werde.“ — Die türkische Frage nimmt allmählich auch in den Journalen Abschied. Die jüngst veröffentlichten Correspondenzen zwischen St. Petersburg und Konstantinopel geben der „Presse“ Veranlassung, Hrn. v. Stürmer einer nicht eben günstigen Kritik zu unterziehen. Nach einer Lobrede auf die russische Diplomatie welche mit Takt und Gewandtheit auf die Flüchtlingsfrage nur nebenbei gedeutet, als eine „Wolke„ die sich zwischen beiden Kaiserstaaten lagern könnte, habe der österreichische Gesandte am 14 Sept. einen andern Ton gegenüber dem Divan angeschlagen. „Während dieser Diplomat, fährt die „Presse“ fort, bisher berühmt war wegen seiner nachsichtigen, stets gefälligen und zuwartenden Haltung in allen Fragen der orientalischen Politik, verläugnet er plötzlich seine oft erprobte [illegible] diplomatische Geduld und stellt der Pforte eine peremtorische Frist von 24 Stunden, nach welcher er, wenn er nicht indessen die bestimmte Versicherung der Auslieferung erhält, alle diplomatischen Relationen mit dem türkischen Cabinet abbrechen wolle. Hr. v. Stürmer beruft sich zwar auf seine bestimmten und dringenden Instructionen, und was, als von einem österreichischen Diplomaten gegenüber dem Divan geltend gemacht, noch merkwürdiger ist, auf die Macht der öffentlichen Meinung in Oesterreich; wir hätten aber im Interesse unsrer alten freundschaftlichen Stellung zur hohen Pforte, und im Interesse des Ansehens und des unerschütterlichen Vertrauens welches unser Cabinet jederzeit bei der türkischen Regierung genoß, lebhaft gewünscht daß ein so extremer Schritt ungeschehen geblieben wäre, der bei der Wahrscheinlichkeit der Nichterfüllung seiner äußersten Consequenzen für uns nur compromittirend für alle Zukunft seyn kann.“ — Ein erfreuliches Zeichen des rückkehrenden Wohlstandes ist es daß sich die Sparcasse regelmäßig alle Wochen füllt, auch in der letzten Periode übertrafen die Einlagen und einlegenden Parteien die Rückzahlungen und zurückziehenden Parteien beinahe um das Doppelte.

Der „Wanderer“ berichtet von einem baldigen Wiedereinfinden der Jesuiten in Linz. „Es ist dieß“, schreibt man ihm aus Oberösterreich, „nicht insofern wichtig als ob die ehrwürdigen Patres einen besondern Einfluß in unsrer Provinz gehabt hätten (ihr Publicum bestand größtentheils nur aus einer gewissen Classe von frommen Frauen und Jungfrauen aus der minder gebildeten Kategorie der Bevölkerung), sondern als ein Zeichen der Zeit. Es war im Frühjahr 1848 als eine Abtheilung der jungen Nationalgarde, unter Anführung eines höheren Beamten, den sogenannten „Freibergerthurm„ umstellte, und unter Androhung von Gewaltmaßregeln die heiligen Bewohner desselben zwang ihren Aufenthalt zu verlassen. Sie irrten lange Zeit theils in der Provinz verkleidet umher, theils hielten sie sich bei ihren Beichtkindern in Linz versteckt. Das Jahr 1849 brachte auch ihnen wieder eine schönere Zeit zurück. Allmählich tauchten sie als Prediger hier, als Aushülfspriester dort wieder empor. Ihre Wohnung und Kirche am Freiberge war unentweiht geblieben, man hatte sich begnügt die Thüren zuzuschließen; ein Laienbruder des Ordens war als Hausmeister zurückgeblieben. Die Freunde der Jesuiten und des von ihnen verfochtenen Princips gründeten die Katholikenvereine, von denen ich Ihnen schrieb daß ihre Resultate nicht unbedeutend sind.“

Großbritannien.

*** **London**, 28 Oct. Endlich kommt man nach langen Schwankungen und Hin- und Hertappen aus dem Chaos des Eisenbahnschwindels heraus, und fängt an klar zu sehen. Hudson steht jetzt da als ein entlarvter Spitzbube, dem man seine Schurkenstreiche nachweisen und nachrechnen kann, und der deßhalb nicht bloß vor Gericht verklagt, sondern auch aus dem Parlament als ein überwiesener Betrüger gestoßen werden wird. Am 25 fand eine außerordentliche Versammlung der York-Newcastle- und Berwick-Eisenbahnactionnäre statt, worin der Bericht über die frühere Verwaltung vorgelegt wurde, den ich Ihnen nicht besser als mit den Worten Hrn. Wiley's aus Liverpool schildern kann, welcher sich folgendermaßen vernehmen ließ: „Ich kann nicht umhin meine Bewunderung des Benehmens der Committee auszusprechen, welche ein Verwaltungssystem enthüllt hat das ich als schändlich bezeichnen muß. Ich verlange von dieser Versammlung daß sie von den Schuldigen vor Gericht Rechenschaft fordert. Ich will mich nicht in persönliche Invectiven einlassen gegen den reichen Betrüger, denn er wird vor einem andern Tribunal Rechnung stehen müssen. In früherer Zeit wurde ein Mitglied des Unterhauses ausgestoßen wegen seiner Theilnahme an der schwindelhaften Unternehmung der Südsee-Compagnie. Eine gleiche Folge erwartet jetzt den Mann der in seinem übelerworbenen Reichthum schwimmt.“ Es stellt sich durch den Bericht heraus daß Hr. Hudson die Rechnungen dieser Eisenbahn seit deren Eröffnung im Jahr 1844 vorsätzlich und consequent gefälscht hat, nicht um durch die Fälschung selbst und direct zu gewinnen, sondern um durch die unmäßig hohen Dividenden die Preise der Actien zu steigern und die Speculation zu fördern. Wahrscheinlich sind andere nicht minder schuldig als Hudson, aber er hat den Betrug aufs grandioseste getrieben, und am meisten dazu mitgewirkt den Eisenbahnschwindel auf jene fabelhafte Höhe zu treiben, die nach dem unvermeidlichen Rückschlag Tausende und aber Tausende ins Verderben hineinriß. Man muß es den jetzigen Ministern zur Ehre nachsagen daß sie nicht nur selbst die Hände rein hielten von Eisenbahnspeculationen, sondern daß sie auch, so viel an ihnen war, der Eisenbahnwuth entgegenarbeiteten, während Peel, augenscheinlich in keiner sonderlichen Voraussicht, zu den directen Linien zwischen den verschiedenen Städten selbst aufforderte, bei der [illegible] im Thale der Trent, als erster Minister Englands, selbst den ersten Spatenstich führte, Hrn. [illegible] einlud, ihn bewirthete und ihn über seine glückliche Laufbahn beglückwünschte, somit selbst die Eisenbahnwuth förderte, zu einer Zeit wo die Bank von England durch die Erhöhung des Zinsfußes schon das Zeichen gegeben hatte daß die Eisenbahnspeculation das Land in eine gefahrvolle Krise zu stürzen drohe. Man hat Sir R. Peel sein damaliges Benehmen nicht vergessen, und wirft es ihm neuerdings vor, nicht ohne die Nebenabsicht dadurch dem Freihandelssystem, zu dem er sich so schnell und unerwartet bekehrte, selbst einen Streich zu versetzen, indem man zeigt daß der Mann der im Rathe der Nation demselben den endlichen Sieg verschaffte, nicht der große vorschauende Staatsman sey für den ihn seine Freunde und Bewunderer ausgegeben. Das bleibt denn auch nicht ohne Wirkung, und der Kampf gegen den Freihandel wird mit erneuter Energie geführt. In der nächsten Parlamentssitzung wird man schwerlich schon einen ernsten Angriff gegen dasselbe unternehmen, aber auf das Jahr 1851 bereitet man sich mit Macht vor, und hofft bis dahin durch die Presse hinreichend die öffentliche Meinung bearbeitet zu haben, um sich einen sichern Erfolg zu versprechen. Sie sehen man verliert in England so leicht nicht den Muth, und weiß eine auf ein praktisches Ziel berechnete Agitation Jahre lang fortzusetzen. Auf welche Beweise sie sich stützen, davon eine Probe. In jedem Lande sind es die großen Städte welche den Markt der Lebensmittel und namentlich des Korns regeln, denn die Versorgung dieser Städte ist das Hauptgeschäft des Kornhandels; das flache Land versorgt sich selbst, und kleinere Städte werden durch die nächste Umgebung versorgt; aber eine Weltstadt wie London, welche den sechsten Theil der Bevölkerung von ganz England in sich schließt, muß von einem weiten Umfang her versorgt werden. Die Versorgung Londons hielt die Kornpreise in England in der Höhe, jetzt aber darf man nur die Berichte vom Kornmarkt in London nachlesen um sich zu überzeugen daß London größtentheils von außen her versorgt wird, denn der Transport von Hamburg und Antwerpen nach London ist wohlfeiler als von den meisten Punkten von England, Schottlands und Irlands ganz zu geschweigen. Zudem ist der Transport so niedrig gestellt daß sich englische Rheder kaum darum bemühen mögen. Ferner stellt sich jetzt heraus daß Seiden- und Wollenwaaren in London immer stärker,

namentlich aus Belgien und Frankreich eingeführt werden. Es wird nicht versäumt diese Punkte dem englischen Publicum, das sich bisher sehr ruhig der Ansicht getröstete daß in Handel und Industrie kein Land es England gleichthun könne, zu gehöriger Zeit vorzuführen. Wichtiger ist noch der Umstand daß kein Land bis jetzt die Freihandelspolitik Englands erwiedert hat; die einzige Concession welche Amerika machen will ist die: daß die Vereinigten Staaten alle aus England kommenden Waaren, mögen sie nun englische seyn oder nicht, als englische behandelt, was bisher, wie bei den englischen Navigationsgesetzen, nicht der Fall war; alle andern Theile der Navigationsgesetze bleiben bestehen, und was die Zölle auf fremde Waaren betrifft, so zeigt sich eher Geneigtheit diese zu erhöhen als niedriger zu stellen. Alles dieß arbeitet den Protectionisten gewaltig in die Hände, und wie gesagt, sie hoffen im Jahr 1851 den Sturz der Freihandelspolitik herbeizuführen. Ob diese Hoffnungen sich verwirklichen, wage ich nicht zu behaupten, aber es unterliegt keinem Zweifel daß sie nicht mehr als so chimärisch betrachtet werden wie noch vor einem Jahr; Wiederherstellung des Schutzsystems ist die Losung.

Schweiz.

*** Chur,** 26 Oct. Von Bregenz bis an die Gränze Oesterreichs auf eine Entfernung von ungefähr fünf Stunden begegnet man berittenen Husaren die im Felddienst geübt werden. Jedes Dorf beherbergt seine Compagnie und darüber, und im Umkreis von 10 Stunden sollen gegen 16,000 Mann aus allen Waffengattungen angehäuft seyn. Größerer Zuzug, meist Infanterie, wird zunächst erwartet. Der fürstl. Liechtensteinische Gränzpfahl kennt weder Paß- noch Mauthvexationen, darum mag das Wappen mit der Umschrift „souveränes Fürstenthum Liechtenstein" noch lange und in ungestörtem Frieden das Glück der Selbständigkeit genießen, welches die Wiener Verträge ihm beschieden haben. In zwei und einer halben Stunde fährt man von Nord nach Süd durch die ganze Länge des an Bodenerzeugnissen und Industrie ziemlich armen Ländchens. Schon haben die Alpen ihr Winterkleid angezogen, während die Thäler noch im saftigen Grün prangen, und der ruhige Landmann unter Gesang und Musik seine heurige gesegnete Weinernte feiert. Die Schweizer Blätter beschäftigen sich viel mit der Frage des künftigen Münzfußes der Eidgenossenschaft. Es wäre wahrhaftig an der Zeit daß diese Confusion oder besser Calamität für den innern Verkehr, für den Handel nach außen und für den Reisenden endlich ein Ende gemacht würde. Die östliche Schweiz, mit der Bank von St. Gallen an der Spitze, welch letztere wöchentlich bedeutende Geldsendungen aus Augsburg und andern benachbarten Städten erhält, verlangt den süddeutschen Münzfuß, während die mittlere und westliche Schweiz das französische Münzsystem einführen möchte. Leonhard Pestalozzi in Zürich hat eine Broschüre über diesen Gegenstand veröffentlicht, und darin vom politischen wie vom staatsökonomischen Standpunkte dem süddeutschen Münzfuße den Vorrang eingeräumt, indem er die Grundlage von 24½ fl. = 36⅝ Schweizerfranken für die Kölnische Mark feinen Silbers festsetzt. Die neue Bundesverfassung hat die politischen Parteien geeinigt, sollte es ihr nicht leichter seyn eine untergeordnete Frage im gemeinsamen, rechtverstandenen Interesse zu lösen?

Zürich, 31 Oct. Die Berufung Hagens an die hiesige Hochschule ist nicht gegründet, wohl aber die Nachricht von der beabsichtigten Berufung Häussers. Mit Fallmerayer sind Unterhandlungen angeknüpft worden, die man nur in Folge einer mißverstandenen Aeußerung des berühmten Fragmentisten aufgegeben zu haben scheint. Fallmerayers Freunde und Verehrer in Zürich geben indeß die Hoffnung nicht auf ihn an die hiesige Hochschule berufen zu sehen. In Bern hat das radical-communistische Tendenzen verfolgende Tagblatt, „der Unabhängige," aus Mangel an Abonnenten zu erscheinen aufgehört, selbst gegen Bürgschaft für die Kosten hat sich keine Druckerei in Bern zum Druck des Blatts verstehen wollen. In der Berner Regierung hat die conservative Partei einen namhaften Sieg erfochten. Der Bundesrath beabsichtigt für den Winter eine neue Vertheilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Kantone. (L. C.)

*** Lausanne,** 28 Oct. Als vor einigen Jahren von der neuen radicalen Regierung der Verfolgungskrieg gegen viele evangelische Geistliche begann, weil sie die ihnen zugemuthete Ablesung politischer Proclamationen von der Kanzel nicht vornehmen wollten, als sich darauf die Verfolgung in skandalöser Weise auf alle religiösen Vereine und Zusammenkünfte außerhalb der sogenannten Nationalkirche erstreckte, rühmte sich die Regierung ihres guten Vernehmens mit der katholischen Geistlichkeit. Damit ist es nun auch aus und fast aus demselben Grunde. Die Regierung verlangte nämlich vor kurzem von den katholischen Geistlichen sie sollten eine halbpolitische Aufforderung zur Feier des Bundes-Bußtages von der Kanzel verlesen. Da sie es nun entweder gar nicht, oder nur mit Weglassung gewisser Stellen thaten, so sind sie zu Straf und Besserung vom 27 October bis 20 November d. J. mit Zurückhaltung alles Gehaltes und aller sonstigen Emolumente von ihren Stellen suspendirt worden. Diese vom Staatsrath ausgesprochene Suspension trifft die katholischen Geistlichen von Assan, Etagnières, Bottens, Poliez, Pittet, Bretigny, St. Barthélemy, Echallens, Villars-le-Terroir, Morges, Nyon, Rolle, Vevey und Yverdon. Die von der Hauptkirche in Lausanne haben sich in die Zumuthung der Regierung gefügt. Man erinnert sich wohl des abscheulichen Wüthens des von der Regierung aufgehetzten und abgesendeten, daher ganz unbestraften Pöbels gegen die von einem Pfarrer zur Bildung von Diaconissinnen gegründete und trefflich geleitete Heilanstalt in Echallens, sowie der Mißhandlung Monnards in Montreux und Vinets in Lausanne, und anderer ausgezeichneten Geistlichen. Es ist nun auch bei uns die Zeit gekommen wo das früher über die radicale Regierung verblendete Volk zum Sehen gelangt und ähnliches nicht mehr ertragen würde. Man thut überhaupt die Augen besser auf um die Herren am radicalen Webstuhl zu sehen. Der Professor H. Troxler im Kanton Luzern ist gewiß eine der vorzüglichsten Reputationen in der Schweiz, und doch cursirt jetzt eine Circularverordnung worin er als Präfect von Willisau den ihm untergeordneten Gemeinde-Syndiken im Auftrag des Luzerner Staatsraths wahre Spionsdienste, Inquisitionsmaßregeln gegen diejenigen aufgibt die im Februar 1848 oder später ihre politischen Rechte wegen politischer Umtriebe (menées politiques) für kürzer oder länger verloren haben; ihre Familien und Gesinde sollen gewonnen und ausgeforscht und über alles ausgekundschaftete regelmäßig alle 8 Tage, manchmal aber auch früher Bericht an den Hrn. Präfecten erstattet werden. Solches geschieht in der sich liberal und frei nennenden Schweiz, von einem ihrer in Schrift und Rede freisinnigsten Männer. Dazu passen wenig die aufgeschwollenen Worte der Landeszeitungen, und ihr vornehmer Tadel dessen was in andern Ländern geschieht. „Politische Umtriebler" heißen bei jenen Luzerner Herren alle die welche dem alten Sonderbund zugethan sind, wenn sie sich auch sonst ganz ruhig verhalten.

[4002—3] Die unterzeichneten Kattunfabricanten haben sich gegenseitig verpflichtet im Bereiche des Zollvereinsgebietes vom 1 November 1849 an nach einem und demselben Maße zu messen und zu versenden.

Bisher wurde nicht nur von dem einen nach Brabanter Elle, von dem andern nach Berliner Elle verkauft, sondern in der Brabanter Elle selbst fand auch eine Verschiedenheit von 1 und 2 Procent statt, und ein und derselbe Verkäufer berechnete z. B. nach den preußischen Rheinprovinzen nach Brabanter, nach Schlesien aber nach Berliner Elle.

Unwillkürliche Täuschungen und Unzuträglichkeiten aller Art waren bei einem so ungeordneten Verfahren nicht zu vermeiden. Diese künftig vermieden zu sehen, dürfte demnach mehr noch im Interesse der soliden Käufer als in dem der Verkäufer liegen.

Indem daher die Unterzeichneten sich gegenseitig verpflichten vom 1 November 1849 an nur allein nach der Berliner Elle zu verkaufen und zu messen, und in keinem Falle und nach keiner Provinz innerhalb des Zollvereinsgebietes eine Abweichung sich zu gestatten, glauben sie dabei auf Anerkennung und Unterstützung der resp. Käufer rechnen zu dürfen.

Bodemder u. Comp. in Eilenburg.
Danneberg u. Sohn.
Ehrenberg u. Richter.
Pfaff u. Sohn in Chemnitz.
Wapler u. Richter.
Uhlemann u. Lantzsch in Frankenberg.
Gebr. Bockmühl-Schlieper u. Hecker in Elberfeld.
Scheube u. Brehme in Zeitz.
Hoffmann u. Benndorf in Greiz.

(3991)

Zur Nachricht.

Das Handlungshaus **Johann Smania in Verona** beehrt sich hiemit zur Anzeige zu bringen daß bei der in seiner k. k. priv. inländischen Seifenfabrik entstandenen Feuersbrunst nur ein Theil des Etablissements durch die Flammen verzehrt wurde, und die Ausführung der Bestellungen daher keine Unterbrechung erleidet!

(3489)—91 **Edictalladung.**

Wallrab Christian Heinrich (Bernhardt) Bloß aus Remda, geboren am 7 Januar 1780, welcher vor länger als 10 Jahren sich von hier entfernt und während eines zehnjährigen Zeitraums von seinem Leben keine Nachricht gegeben hat, wird auf Antrag seiner hier lebenden Verwandten hierdurch aufgefordert,

den 8 Januar 1850,

Vormittags 10 Uhr, persönlich oder durch gerichtlich legitimirten Bevollmächtigten, oder auf unzweifelhafte Weise schriftlich beim hiesigen Patrimonialamte sich zu melden, um über sein bisher hier verwaltetes Vermögen selbst verfügen zu können und zwar unter dem Rechtsnachtheile, daß er außerdem in dem auf

den 18 Januar 1850

anberaumten Bescheidstermine für todt werde erklärt und der Nachlaß, wenn der zu ertheilende Bescheid die Rechtskraft beschritten, ohne Caution an seine Vertrags-, Testaments- oder Intestaterben, oder an die sonst dazu befugten Personen werde ausgeantwortet werden.

Zugleich werden alle Erb-Prätendenten hierdurch geladen in dem anberaumten Anmeldungstermine zu erscheinen, sich gehörig zu legitimiren, und ihre Erbansprüche auf den Nachlaß des Verschollenen anzugeben unter der Verwarnung daß, ohne auf die Ausgebliebenen Rücksicht zu nehmen, der Nachlaß in Gemäßheit des die Rechtskraft beschreitenden Erkenntnisses denen welche ein Erbrecht oder sonst einen rechtlich begründeten Anspruch angemeldet und bescheinigt haben, werde ausgeantwortet werden.

Remda am 17 August 1849.

Großherzogl. S. acad. Patrimonialamt.

K. Schultze.

[3974—79] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Musenklänge aus Deutschlands Leierkasten.

Mit 160 Holzschnitten.

Ein sehr spaßhaftes Büchlein. Unter den unendlich vielen Lieder- und Gedichtsammlungen einzig dastehend, enthält es fast nur Unsinn, aber mit Bewußtseyn gemachten Unsinn, und der verfehlt seine Wirkung nicht. Da findet sich die Wanderlust: „Nach Italien, nach Italien, möcht ich, Alter, jetzt einmal ziehen," Eduard und Kunigunde, das neue Lied vom Hecker, die Hussiten vor Naumburg, ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Strummel-Putsch, Fieschi, der grause Bösewicht, Tscheck, der Attentäter und noch viele andere, alle mit feinen Holzschnitten geziert für

10 Silbergroschen.

[3952] Im Verlag unseres **Geographischen Instituts** sind folgende von *H. Kiepert* entworfene Karten erschienen:

Fürstenthum **Moldau,** Fol. 18 kr. n.
„ **Serbien,** „ 21 kr. n.
„ **Walachei,** gr. Folio. 28 kr. n.

Diese in sehr gefälliger Manier ausgeführten Karten zeichnen sich bei einem Massstabe, welcher hinreicht um ein für jeden Gebrauch, namentlich auch für den Militär brauchbares Blatt zu geben, durch grössere Correctheit aus, als selbst in allen österreichischen Karten derselben Länder zu finden ist.

Das Landes-Industrie-Comptoir in Weimar.

[3754—59] Im Verlage von **Gustav Mayer in Leipzig** ist erschienen:

Erinnerungen aus der Paulskirche

von

Karl Biedermann,

ehemaliger Vicepräsident der National-Versammlung.

Ca. 27 Bogen $1\frac{1}{2}$ Thaler.

Nicht sowohl das äußere stoffliche Resultat, als vielmehr das innere geistige Leben der National-Versammlung, das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien, ihr Entstehen, und ihre verschiedenen Umgestaltungen, die Zusammensetzung und der eigenthümliche Charakter jeder einzelnen, sowie ihr Einfluß auf die Versammlung — alles dieß wird theils in allgemeinen Skizzen, theils in einer Reihe einzelner tiefeingehenden Schilderungen der Parteiführer und Parteigenossen, soweit dieselben nur irgendwie bemerkbar hervorgetreten sind, dargestellt. Vorzugsweise ist dabei die letzte entscheidende Periode der National-Versammlung — von dem ersten Kampfe der Großdeutschen und der Kaiserpartei an, bis zu den verunglückten Bestrebungen für Durchführung der Verfassung und dem Fortgange der Versammlung von Frankfurt — zum Ausgangspunkte für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Parteien und der Einzelnen genommen, und es sind namentlich die letzten Wochen der Versammlung, die Verwickelungen in die sie seit der Vollendung der Verfassung gerieth, und die noch so wenig bekannten als verstandenen Ursachen ihrer allmählichen Auflösung ausführlich geschildert. Dem Verfasser stand für alle diese Schilderungen ein reiches Material zu Gebote, durch seine Stellung als Vorstand einer der mittleren Parteien und als Mitglied des Büreau, welche ihn in vielfachen persönlichen Verkehr mit Abgeordneten aller Parteien brachte, und ihm Gelegenheit verschaffte an den wichtigsten Club- und Privatberathungen, öffentlichen Sendungen und sonstigen Begebnissen, welche tiefere Blicke in das innere Leben der Versammlung und den Charakter einzelner Mitglieder verstatteten, theilzunehmen.

[3940] Im Verlage der Unterzeichneten sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

G. W. F. Hegels Werke.

Vollständige Ausgabe, durch einen Verein von Freunden des Verewigten.

18 Bände und 1 Suppl.-Band.

2. Auflage. Gr. 8. 38 Thlr.

Zur Einführung in das Studium der Hegel'schen Philosophie, sowie für eine allgemeinere Verbreitung dürften besonders die folgenden Bände geeignet seyn:

Philosophie des Rechts. $1\frac{5}{12}$ Thlr.
Philosophie d. Geschichte. 3. Aufl. $2\frac{1}{3}$ Thlr.
Vorlesungen über die Aesthetik. 3 Bände. $6\frac{1}{3}$ Thlr.
Geschichte d. Philosophie. 3 Bde. $6\frac{1}{3}$ Thlr.
Encyklopädie d. h. phil. Wissenschaften in 1 Bde. $2\frac{1}{3}$ Thlr.
Leben Hegels von K. Rosenkranz. 3 Thlr.

C. L. Michelet,

Geschichte der letzten Systeme der Philosophie in Deutschland von Kant bis auf Hegel.

2 Bde. Gr. 8. 7 Thlr.

Philipp Marheineke's

theologische Vorlesungen.

Herausgegeben von Steph. Matthies und W. Vatke.

1. Bd. System der theol. Moral. gr. 8. 3 Thlr.
2. Bd. System der christlichen Dogmatik. gr. 8. 2 Thlr. 20 Sgr.
3. Bd. System der christlichen Symbolik. gr. 8. 3 Thlr. 10 Sgr.
4. Bd. Dogmengeschichte. 3 Thlr. 20 Sgr.

K. Daubs

philos. und theol. Vorlesungen.

Herausgegeben von Ph. Marheineke u. Th. W. Dittenberger.

Gr. 8. 7 Bände. 20 Thlr. 24 Sgr.

Bd. I. Philos. Anthropologie. Bd. II. Prolegom. zur Dogmatik. Bd. III. Prolegom. zur theol. Moral. Bd. IV. System der theol. Moral I. Bd. V. 1. Dasselbe. II. 1. Bd. V. 2. Dasselbe. II. 2. Bd. VI. System der christlichen Dogmatik. 1. Bd. VII. Dasselbe. 2.

Duncker u. Humblot in Berlin.

[3992—94] Bei **Friedrich Fleischer in Leipzig** ist eben erschienen:

Genesis der Revolution in Oesterreich im Jahre 1848.

Mit dem Motto: Iliacos intra muros peccatur et extra.

* * *

Errando discimus.

Preis $1\frac{1}{3}$ Thlr. oder 2 fl. 24 kr.

Freunde wahrer Freiheit und des besonnenen Fortschritts werden diese, den Gang der österreichischen Regierung vor und nach der Märzrevolution rasch, aber ruhig beurtheilende Schrift als eine den hochwichtigen Gegenstand erschöpfend behandelnde Darstellung freundlich begrüßen, während sie Revolutionären wie Ultra-Demokraten schwerlich zusagen dürfte.

Ist in allen Buchhandlungen Deutschlands und des östert. Kaiserstaats zu erhalten.

[3960] Aus dem Verlage von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu haben:

AD. STIELER, Kleiner Atlas **der deutschen Bundes-Staaten.** 29 Bl. illum. 3te Auflage. 1848. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

— — **Schul-Atlas** über alle Theile der Erde und über das Weltgebäude. 28 Bl. 29ste Aufl. 1849. $1\frac{1}{6}$ Thlr.

Schul-Atlas der alten Welt. Nach d'Anville, Mannert, Ukert, Reichard, Kruse, Wilhelm u. a. 15 ill. Karten, nebst Abriss der alten Geographie von Dr. *J. H. Möller.* 21ste Aufl. 1849. 1 Thlr.

Taschen-Atlas über alle Theile der Erde. Nach Stielers Hand-Atlas verkleinert. 24 Karten. 2te Aufl. 1847. $\frac{1}{3}$ Thlr.

[3920] Neuer schönwissenschaftlicher Verlag von F. L. Herbig in Leipzig.

(Zu beziehen durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes.)

Meißner, Alfred, **Ziska.** Gesänge. 2te Auflage. $1\frac{1}{2}$ Thlr.

Meißner, Alfred, **Gedichte.** 2te Auflage. $1\frac{2}{3}$ Thlr.

Meißner, Alfred, **Im Jahre des Heils 1848.** Gedicht. 4 Ngr.

Horn, Uffo, **Gedichte.** $1\frac{1}{2}$ Thlr.

Horn, Uffo, **Böhmische Dörfer.** Novellen. 2 Bde. $3\frac{1}{3}$ Thlr.

Kompert, Leop., **Aus dem Ghetto.** Geschichten. $1\frac{2}{3}$ Thlr.

Kombst, Gustav, **Erinnerungen** aus meinem Leben. 2 Thlr.

Kuranda, Ign., **Belgien** seit seiner Revolution. $2\frac{1}{2}$ Thlr.

Boas, Eduard, **In Skandinavien.** Nordlichter. 20 Ngr.

Nordmann, Joh., **Aurelie.** Ein Roman. 2 Bde. 3 Thlr.

(Bölte, Amely) **Erzählungen** aus der Mappe einer Deutschen in London. $1\frac{2}{3}$ Thlr.

Julius von der Traun, **Südfrüchte.** Novellen. 2 Thle. $2\frac{1}{4}$ Thlr.

Julius von der Traun, **Ober-Oesterreich.** Skizzenbuch. $1\frac{1}{2}$ Thlr.

Wohlmuth, Leonhart,] **Gedichte.** 1 Thlr.

Aus der Kaserne. Memoiren eines österreichischen Militärs. 2te Auflage, 2 Bde. $1\frac{1}{2}$ Thlr.

Benedix, Roderich, **Bilder** aus dem Schauspielerleben. 2 Bde. 1 Thlr.

---

[311] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

***Joh. Fr. Böhmer*, Regesta Imperii inde ab anno MCXCVIII usque ad annum MCCLIV.** Die Regesten des Kaiserreichs unter Philipp, Otto IV., Friedrich II., Heinrich VII. und Conrad IV, 1198—1254. Neu bearbeitet. Zweite Abtheilung. gr. 4. Auf geleimtem Velinpapier. LXXXVIII und 289 bis 392 Seiten (24 Bogen). Preis 3 fl. 36 kr. oder 2 Rthlr. 4 Ngr.

Mit dieser zweiten Abtheilung ist das Werk nunmehr vollständig. Dieselbe enthält außer den Auszügen von nahezu 200 die wichtigsten Reichsangelegenheiten betreffenden vermischten Urkunden, diejenigen von fast 700 bisher noch nie zusammengestellt gewesener päpstlicher Briefe, welche den tiefsten Einblick in die Verhältnisse der Päpste zu den Kaisern und zu Deutschland gewähren. Voran geht eine umfassende Einleitung, welche die Resultate des ganzen Werkes, und somit den Kern dieses Abschnitts der Kaisergeschichte nach den nun vervollständigten Quellen und den neuesten Forschungen in gedrängter Darstellung zur Uebersicht bringt. Archivare und Bibliothekare, Lehrer und Liebhaber der vaterländischen Geschichte werden in diesem Werk, welches im Ganzen über 3000 Urkunden und Briefe in gehaltvollen Auszügen und eine Menge von geschichtlichen Nachweisungen, Erörterungen und Fingerzeigen darbietet, die ächteste Grundlage für die Geschichte der betreffenden Periode und reichen Stoff zur Verbesserung und Ergänzung aller bisher vorhandenen Darstellungen derselben finden.

Stuttgart und Tübingen, im October 1849. J. G. Cotta'scher Verlag.

[3924] So eben ist erschienen und durch die Unterzeichnete sowie durch alle auswärtigen Buchhandlungen (in Augsburg durch M. Rieger) zu beziehen:

Der königl. Hofkeller zu Würzburg.

Bildlich dargestellt mit Text

von **M. Oppmann**, königl. Kellermeister.

Quer-Quart mit 4 wohlgelungenen lithogr. Abbildungen und 39 Seiten Text, in allegor. Umschlag geheftet. Preis 1 fl.

Würzburg, im October 1849. Stahel'sche Buchhandlung.

[3827]

Für Seifenfabrikanten!

Mittel das Harz geruchlos zu machen, so daß zu 100 Pfund Thran oder Oelen 20 bis 40 Pfd. Harz gesetzt werden können, ohne daß es bemerkbar ist, ohne daß mehr Potasche nöthig, oder das Sieden verlängert wird. Die Kosten um 100 Pfd. Harz geruchlos zu machen betragen nur 8 Sgr. Wird an solide Seifenfabrikanten gegen Einsendung von 20 preuß. Thalern mitgetheilt durch **C. Leuchs & Cp. in Nürnberg.**

[3845—46] So eben ist erschienen und durch Gendler u. Comp. in Wien zu beziehen:

Oesterreich, Bayern und das **südwestliche Deutschland.** In Gemeinschaft ihrer *Handels-* und Gewerbsinteressen, von Dr. *H. Scherer*, Verfasser des „Sundzolles." 8. brosch. 40 kr. C.-M. od. 15 Sgr.

[3909—10] Bei Meyer & Zeller in Zürich sind soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Erzieherin, die. Eine Zeitschrift für weibliche Erziehung. Fünfter Jahrgang 8. br. 16 Ngr. oder 54 kr.

Meier, Konrad. Jubellieder. 16. $9\frac{1}{2}$ Ngr. oder 32 kr.

Uhinger, Hrch. Der Concurs der Gläubiger nach Zürcherischem Rechte. Erstes Heft: Wesentlich concursrechtlicher Theil. 8. 16 Ngr. oder 54 kr.

Baumann, C. Fr., Gesellschaftslieder für Sopran-, Alt-, Tenor- und Baßstimmen. Erstes Heft. Partitur und Stimmen à $2\frac{1}{2}$ Ngr. oder $7\frac{1}{2}$ kr.

— — **Zwei Volkslieder im Schweizer-Dialekt.** 2 Ngr. oder 7 kr.

— — **18 Schweizerlieder für drei ungebrochene oder gebrochene Stimmen.** 7 Ngr. oder 24 kr.

— — **Religiöse Lieder und Gesänge für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte.** $10\frac{1}{2}$ Ngr. oder 36 kr.

[3838] Bei Ernst Fleischer in Leipzig ist in Commission erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Löschke, J. T., über das Turnen Geisteskranker, im Allgemeinen und in Sonderheit über das Turnen der Geisteskranken in der kgl. sächs. Heil- und Verpflegeanstalt zu Sonnenstein bei Pirna. Geheftet 10 Ngr.

(3840—41) **Stuttgart.**

Verkauf einer Rente.

Der Eigenthümer einer bei der württemb. Staatshauptcasse jährlich zu erhebenden, mehrere tausend Gulden betragenden immerwährenden Rente wünscht dieselbe theilweise oder ganz käuflich abzutreten, und ersucht die Kaufsliebhaber ihre Offerte dem Unterzeichneten in frankirten Briefen mittheilen zu wollen.

Schuldenzahlungs-Casse-Controleur:

Herzog.

[3970] Stuttgart. Eine Französin, des Deutschen ganz mächtig, im Unterrichten, in der Haushaltung und in weiblichen Arbeiten erfahren, sucht eine Stelle bei einer Dame, bei größeren Kindern oder in einem Geschäft. Gef. Offerte besorgt Buchhändler **W. Connewald.**

[3820—21] Aug. Schillinger, Handelsagent, Leopoldstadt N. 330 in Wien, empfiehlt sich zur Uebernahme von Musterkarten und Commissionslagern, sowie zur Besorgung aller Geschäfte in den österreichischen Staaten, Rußland und Levante.

[3871—73] Aus einer Spinnerei der östlichen Schweiz wäre man geneigt eine Anzahl Baumwollspinnstühle (circa 1200 Spindeln zusammen) nebst nöthigen Vorwerkmaschinen billig zu verkaufen.

Anfragen in Briefen, mit L. H. bezeichnet, befördert **Hr. Alb. Heinzelmann in Augsburg.**

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonetzeile berechnet: im Hauptblatt mit 18 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag **Nr. 309** **5 November 1849.**

Uebersicht.

Deutschland. München (die Discussion über die deutsche Frage. Schluß der Rede Lerchenfelds); Augsburg (die bayerischen Buchhändler und der katholische Bücherverlag); Stuttgart (nachträgliches über den Ministerwechsel); Baden (die Aufhebung der Standgerichte. Nächste Aussichten); Bückeburg (das Ministerium gewechselt, die Stände vertagt); Dresden (die Wahlen. Am Vorabend der Kammereröffnung); Eisenach (Herzog und Herzogin von Nemours); Berlin (der Beitritt Lübecks. Die Einverleibung der hohenzollerischen Fürstenthümer. Kinkel. Die österreichische Depesche. Eine neue Staatengruppirung. Gerücht von einer früheren Berufung des Reichstags. Ausgleichung der liberalen Partei mit dem Ministerium. Die Kammercommission trägt auf Verwilligung der Geldmittel für die Ostbahn an. Der Aachen-Düsseldorfer und der Gladbacher Eisenbahn eine Zinsengarantie zugesichert. Ermäßigung des Briefporto); Wien (der Eid der Staatsbeamten. Eine Execution in Arad. Auch der Herausgeber der „Ostdeutschen Post" vorgeladen. Die Begnadigung und Rückkehr einiger tausend Flüchtlinge von Widdin. Stiftung eines militärischen Verdienstkreuzes); Innsbruck (amtliche Zusicherungen wegen einer bayerisch-tirolischen Eisenbahn).

Spanien. Englische Muthmaßungen über die letzte Ministerkrisis.

Großbritannien. Das Fest bei Eröffnung der Kohlenbörse. Abermaliges Gerücht von einem Zerwürfniß zwischen den Ministern Grey und Palmerston.

Frankreich. Der Ministerwechsel nun officiell. Vorverhandlungen im Elysée und Eindruck in der Nationalversammlung.

Türkei. Konstantinopel (Urquhardt angeblich von Seeräubern überfallen.)

Hayti. Der Kaiser. Monopolien.

Beilage. Melchior Goldast von Haimensfeld. — Aus Thüringen. (Gotha: Ministerkrise, das Kammergut, Reformen im Innungswesen.) — Preußische Kammerverhandlungen. (Ueber das Grundeigenthum). — Die gegenwärtige Lage Schleswig-Holsteins. — Spanien. (Palast-intriguen. Der Sturz und die Wiederberufung des Generals Narvaez.) — Studium der mittelalterlichen Architektur in Italien. — Florenz. (Revision der Wahllisten. Baldige Wiedereröffnung der Kammern. Neue Anleihe. Die Vollendung der Centraleisenbahn.) — Vereinigte Staaten von Nordamerika. (Das Umlaufschreiben in Betreff der Schifffahrts- und Handelsverhältnisse zu England.)

Datum der Börsen: Amsterdam 1; Wien 2; Frankfurt 3 Nov.

Deutschland.

Bayern. — **München.** Fortsetzung der Verhandlung der zweiten Kammer über die deutsche Frage am 2 Nov. Der Abg. Frhr. v. Lerchenfeld fuhr fort: Wenn Oesterreichs Politik bisher eine unsern Verhältnissen sehr wenig zusagende war, so ist es die preußische gewiß auch nicht in hohem Grade gewesen. Die Unzuverlässigkeit derselben, ich möchte beinahe sagen die Unfähigkeit dieser Politik ist wohl notorisch. Ich verwahre mich feierlichst daß ich irgendwie irgendjemanden hier zu nahe zu treten die Absicht habe. Allein es handelt sich heute um die Zukunft von Bayern, und ich glaube in diesem Fall muß es jedem gestattet seyn seines Herzens innerste Meinung, ohne Rücksicht ob eine Empfindlichkeit dadurch verletzt werden könnte, offen darzulegen. Ich werde den Beweis führen daß nicht Persönlichkeiten, sondern nur die Sache selbst mich bei dieser Erörterung leitet. Gehen Sie auf die ältere Zeit zurück, so werden Sie finden daß der Pillnitzer Vertrag, der Baseler Frieden, die Neutralitätserklärung und die Besetzung von Hannover fast unmittelbar aufeinander gefolgt sind. Auf den Befreiungskrieg ist die heilige Allianz und sind die Karlsbader Beschlüsse gefolgt, und so ging es fort. Ich weiß nicht ob es den Herren allen erinnerlich ist daß schon beim Wiener Congreß die Idee eines Zollvereins angeregt wurde. Schon damals gab es sehr tüchtige und sehr politische Männer, welche ganz wohl erkannten daß das materielle Interesse das wesentlichste Band der Vereinigung für die Länder ist, und die daher überzeugt waren daß nur in einer Vereinigung von ganz Deutschland in dieser Beziehung eine Garantie für das Fortbestehen Deutschlands liegen könne. Diese Verhandlungen wurden, als der Wiener Congreß zu Ende ging, abgebrochen, wahrscheinlich in der Hoffnung daß sie in Frankfurt wieder ins Leben treten sollen. Allein der Frankfurter Boden scheint nicht sonderlich günstig gewesen zu seyn. Ich erwähne nur die Thatsache daß im Jahr 1818 oder 1819 diese Verhandlungen zwischen den süddeutschen Staaten in Darmstadt fortgeführt wurden — denselben süddeutschen Staaten welche zuerst ihr Wort bezüglich der zugesicherten freien Institutionen für Deutschland, so gut sie es konnten und verstanden, gelöst haben. Dieß genügte die beiden Großmächte gegen diese Verhandlungen mit Unmuth zu erfüllen, und sie haben redlich, Preußen und Oesterreich Hand in Hand, dahin gestrebt — und bekanntlich mit sehr großem Erfolg — jene Verhandlungen nicht zu Stande kommen zu lassen. Bald wurde der eine bald der andere der kleinern Staaten zu den maßlosesten Forderungen aufgestachelt, wodurch die Verhandlungen bis 1826 — oder noch länger — ohne Resultat hingezogen wurden. Endlich entschloß sich Bayern dazu diesem Zustand der Ungewißheit ein Ende zu machen. Es schloß den bayerisch-württembergischen Zollverein. So wie dieß im Werk war, ging Preußen, mit wirklich großen Opfern in mehr als einer Beziehung, sogleich einen Vertrag mit Darmstadt ein, nur um ein Zustandekommen der Einigung von Süddeutschland zu verhindern und die andern Staaten in die Unmöglichkeit zu versetzen diesem Vertrage beizutreten. Daß später der Zollverein wirklich zu Stande kam, erkenne ich dankbar an, allein Preußen hat offenbar nicht das Verdienst die Initiative dazu ergriffen zu haben. Preußen hat auch in den Verträgen welche es als Leiter des Zollvereins geschlossen hat, die Interessen desselben auf das schlechteste gefördert. Nachdem es Luxemburg in dem Vertrag über die definitive Trennung Belgiens von Holland preisgegeben hatte, hat es den Zollverein die Opfer zahlen lassen; denn bekanntlich wurde der Zuckervertrag zu dem Zwecke geschlossen um Holland zu bestimmen in diesen Vertrag einzutreten. Ebenso hat Preußen, um auf die jüngsten Verhältnisse zurückzukommen, zuerst die Rechte Schleswig-Holsteins emphatisch anerkannt, wie es dieselben jetzt aber anerkennt, lehrt uns leider jeden Tag die Zeitung. Ein Mann welcher bei einer andern Regierung eine der ausgezeichnetsten Stellen einnimmt und bekannt ist als Schriftsteller in vielen Fächern, hat bei den dortigen Verhandlungen geäußert daß Oesterreich früher die Leitung des deutschen Bundes gehabt habe, daß es ihm aber nicht gelungen sey ihn zu einer fruchtbaren Entwicklung bringen zu können. Er hat bei dieser Gelegenheit auf Luxemburg, Braunschweig, auf die schleswig-holsteinische Frage und auf die Incompetenzerklärungen der Bundesversammlung hingewiesen. Wenn ich in jener Versammlung gewesen wäre, so würde ich mir erlaubt haben zu fragen wer denn in allen diesen Fragen Oesterreichs getreuer Schildknappe gewesen, und wer es eben dadurch dahin gebracht habe daß der deutsche Bund zu keiner erfreulichen Entwicklung kommen konnte. Ich würde ihn an die Incompetenzerklärung in der hannoverischen Sache erinnert und gefragt haben, wer damals die Majorität zu Stande gebracht welche die Rechte Hannovers preisgab? Ich komme nun nochmal auf das Verhältniß Preußens zur Centralgewalt zurück. Ich glaube kein deutscher Staat war der Centralgewalt so sehr zu Dank verpflichtet als Preußen. Wenn wir uns in die Zeit zurückversetzen wo der Malmöer Waffenstillstand beschlossen wurde, wo ganz Deutschland voll Entrüstung gegen die Schritte der preußischen Regierung gährte, so werden wir wohl zugeben müssen daß, wenn damals die Centralgewalt rücksichtslos es zu einem Bruch hätte kommen lassen wollen, Preußen schwerlich viel dabei gewonnen hätte. Doch diese Zeiten wurden vergessen, und im Mai 1849 hat nun mit einemmal dieses nämliche Preußen die Centralgewalt in seine Hand zu nehmen verlangt und gleichzeitig die deutsche Frage. Es hat dadurch, meiner Ansicht nach, offenbar die Nothwendigkeit einer Centralgewalt, die bald darauf so ganz in Abrede gestellt wurde, genügend anerkannt. Kaum war diesem Verlangen entgegengetreten worden, so stellte es jede Haltbarkeit der Centralgewalt in Abrede und kam seinen Verpflichtungen gegen dieselbe nicht mehr nach, und das in einem Momente wo mehr als zu einer andern Zeit eine kräftige Unterstützung der Centralgewalt

im Interesse aller Regierungen gelegen wäre. Preußen hat nun auf eigene Faust gehandelt, es hat Baden pacificirt, es hat die schleswig'sche Frage zu Ende geführt. Erlauben Sie mir nicht weiter auseinanderzusetzen in welcher Weise dieß letztere geschah; aber das kann ich nicht unerwähnt lassen daß man nachher noch auf eine Weise die ich unerklärlich finde, die Gehässigkeit dieses Schrittes auf Oesterreich zu wälzen versuchte. Es hat ein anderer ausgezeichneter preußischer Staatsmann, ein Mann der durch seine früheren Stellungen zu der Centralgewalt in nächste Beziehung getreten war, sich auf eine Depesche des Hrn. v. Canitz berufen, um zu behaupten daß Oesterreich der Staat gewesen sey welcher zuerst der Centralgewalt seine Anerkennung entzogen. Wenn Sie nun jene Depesche lesen, werden Sie nichts anderes finden als daß das österreichische Gouvernement erklärte daß es die gegenwärtige Stellung der Centralgewalt für eine unhaltbare erachte, daß sonach entweder eine andere geschaffen oder diese gekräftigt werden müsse. Von einer Verweigerung die Centralgewalt anzuerkennen ist in dieser Depesche nichts zu finden. Ich weiß nicht ob dieses vielleicht auch einer der Schreib- oder Druckfehler sey welche in der preußischen Diplomatie eine so traurige Rolle gespielt haben. Bekanntlich gelten dort Veränderungen von Verträgen für unwesentliche Gegenstände, worüber man eine weitere Correspondenz einzuleiten nicht für nöthig findet.

Was die preußische Verfassung selbst anbetrifft, so ist meiner Ansicht nach der erste und entscheidende Vorwurf welcher ihr gemacht werden kann und muß, der daß man dadurch Oesterreich unbedingt von Deutschland losreißt. Man beruft sich zur Rechtfertigung auf das Bedürfniß der Vermeidung einer gewissen Doppelstellung. Man sagt, wenn Oesterreich in Deutschland bliebe, so würde es in Folge seiner Stellung als Großmacht eine doppelte Stellung Deutschland gegenüber einnehmen, welche mit dem Interesse Deutschlands unvereinbar wäre. Ich glaube daß sich auch bezüglich Preußens derselbe Vorwurf machen ließe. Auch Preußen wird gewiß in eine ähnliche Doppelstellung gerathen. Denn wenn der König von Preußen zugleich Reichsoberhaupt und König von Preußen ist, so stehen ihm zur Seite deutsche und preußische Minister, eine deutsche und eine preußische Nationalvertretung, und Collisionen zwischen diesen verschiedenen Elementen sind beinahe unvermeidlich. In welchem Sinn dieselben entschieden werden, läßt sich leicht voraussehen. Diese Duplicität ist meiner Ueberzeugung nach unvermeidlich, wenn man sich nicht zu einer Leitung der allgemeinen Angelegenheiten des Bundesstaates oder Staatenbundes entschließt, welche nur eine Delegation der Staatsgewalt der einzelnen Staaten ist. Ich weiß, jener Staatsmann hat erklärt Delegation sey nur eine Fiction, und sonach stets schwach und haltlos. Die Erfahrung aller Republiken scheint mir das Gegentheil zu beweisen. Preußen selbst hat diese Idee in dem Vertrage den es Oesterreich anbot, in dem Unionsprojecte welches Hr. v. Canitz übergeben hat, aufgestellt, es hat dort eine delegirte Centralgewalt constituirt. Man hat behauptet der Bundesstaat erfordere eine einheitliche Centralgewalt, der Staatenbund ein Directorium, und das sey der wesentliche Unterschied. Denn leider sind die Ausdrücke „Staatenbund und Bundesstaat" neue und so elastische Begriffe daß sie jeder nach seinen Wünschen und Bedürfnissen zurecht richtet. Mir scheint daß der Staatenbund der ist in welchem jedes Mitglied autonom, in welchem jeder nur durch seine Einwilligung u. s. w. gebunden ist. Deßhalb gibt es auch in einem Staatenbunde keine gesetzgebende, keine feste Centralgewalt; dort ist Einstimmigkeit der Theilnehmer nöthig zum Beschluß. Im Bundesstaate dagegen muß offenbar eine anerkannte Centralgewalt, eine allgemein gesetzgebende und eine allgemein vollziehende Gewalt bestehen, welcher alle Glieder unterworfen sind ohne daß ihre eigene freie Zustimmung nothwendig wäre. Hier gibt es kein Veto. Sehen Sie auf die neue Verfassung der Schweiz, auf die Nordamerika's, so werden Sie finden daß auch im Bundesstaate eine delegirte Centralgewalt denkbar sey; und doch ist es meine innigste Ueberzeugung daß überall, wo eine Centralgewalt proprio jure, aus eigenem Rechte besteht, kein Staatenbund, sondern ein Einheitsstaat besteht. Das hat auch, wie ich glaube, die preußische Verfassung vom 26 Mai bewiesen; allein die Schwierigkeit liegt nicht hierin, sie liegt vielmehr in dem unglückseligen Verhältnisse der Vielstaaterei welches Napoleon arglistig uns erhalten hat und welches beim Wiener Congresse schwerlich aus besseren Gründen verschont wurde. Und gerade diese Kleinstaaterei ist bisher von Seite Preußens aufs eifrigste vertheidigt worden, und Preußen will, wie der preußische Staatsmann erklärt hat, das gute Recht des kleinsten deutschen Staates wahren, aber auch das gute Recht des ganzen Deutschlands. Mir scheint das gute Recht von dreißig kleinen Staaten mit fünfthalb Millionen Menschen ist bereits gewahrt, und ich danke es Preußen aus ganzem Herzen daß es uns von diesem Fluche der Kleinstaaterei erlöst hat. Zwar hoffe ich nicht daß dieses die einzige Errungenschaft des Jahres 1848 seyn wird Aber selbst wenn wir alle unsere andern Hoffnungen getäuscht sehen würden, so würde ich doch diese Errungenschaft als eine erfreuliche begrüßen. Ich glaube daß gerade damit jene Gefahr einer Doppelstellung Preußens wie sie oben gezeigt wurde, am besten beseitigt ist. Ich sehe in der diplomatischen Vertretung die in dem Vertrage vom 26 Mai der Centralgewalt zugewiesen wurde, keine Beeinträchtigung jener Selbständigkeit deren sich bisher die kleineren Staaten erfreut haben. War doch dieselbe immer nur eine scheinbare. Das Recht über Krieg und Frieden hat nur der welcher im Stande ist den Krieg allein und mit Nachdruck zu führen. Bei jedem andern ist diese Selbständigkeit nur Illusion. Ohne irgendeinem jener Herren welche bisher ihre Kräfte der Diplomatie gewidmet haben nahe treten zu wollen, muß ich offen sagen daß unsere Diplomatie in den letzten 30 Jahren sehr wenig genützt hat, wenn sie überhaupt etwas genützt. Ganz anders verhält es sich nach meiner Ueberzeugung mit jener Einmischung der Centralgewalt in den inneren Haushalt, wie dieß in der preußischen Verfassung der Fall ist, aber auch hier findet ein gewaltig großer Unterschied zwischen jenen, wie ich hoffe, selig verschiedenen kleineren Staaten statt, und jenen welche ganze Stämme bilden, und welche eben dadurch einen gewissen Anspruch auf selbständige Entwickelung haben. Wenn Sie, meine Herren, eine Anzahl von Vögeln in einen großen Käfig sperren, so werden die Kanarienvögel und Zeisige sich wohl befinden, denn sie haben hinlänglichen Raum zur Bewegung. Die Adler und Falken hingegen werden sich gewaltig unbehaglich fühlen. Die kleineren Staaten die bisher auf einen kleinen Wirkungskreis angewiesen waren, werden sich in der preußischen Verfassung wohlbefinden; allein die Staaten die ganze Stämme sind, werden diese Einmischung in ihre innern Angelegenheiten, jene angebliche Sorge für die Sicherheit ihrer Zustände, namentlich in Beziehung auf die Gewerbe und die Ansässigmachung, schmerzlich fühlen, und sich niemals mit diesem Princip der Centralisation versöhnen. Eine weitere Schwierigkeit liegt in dem preußischen Wahlgesetz. Ich kann dieses Gesetz nun und nimmer für gerecht und passend finden. (Hier folgt eine Vergleichung mit dem alten römischen Wahlgesetz, die wir übergehen.) Ich glaube auch daß diese Beschränkung, diese Uniformität gar nicht so wesentlich ist. Wir haben in Frankfurt eine Versammlung gehabt, gegen deren Zusammensetzung gewiß nichts zu sagen war. Es waren in ihr die Intelligenzen von ganz Deutschland gewiß in genügendem und glänzendem Maße vertreten, und sie ist aus ganz verschiedenen Wahlgesetzen hervorgegangen. Ich komme nun noch auf einen letzten Punkt, es ist dieses die Gefährdung des constitutionellen Princips, welche im Anschluß an die preußische Verfassung gegeben ist. Ich mache Preußen deßhalb keinen Vorwurf. Es ist eine Folge seiner ganzen Stellung. Abermals ein preußischer Staatsmann, der auch seiner Zeit bei der Nationalversammlung in Frankfurt eine bedeutungsvolle Rolle mehr durch Schweigen als durch Sprechen gespielt, hat geäußert daß Preußen schon zu der Zeit eine Großmacht gewesen sey als es verhinderte daß Bayern aus der Reihe deutscher Staaten ausgestrichen wurde. Ich will nicht auf so frühe Zeiten zurükommen, ich müßte sonst auf Ludwig den Bayer zurückgehen, der den Burggrafen von Nürnberg gar günstig beschenkt hat. Ich will nur bemerken daß ich glaube, Preußen habe damals Bayern gebraucht um sein Gewicht in die europäische Wagschale zu legen gegen das österreichische Uebergewicht. Preußen war übrigens damals keine Großmacht, weil der Begriff einer Großmacht im heutigen Sinn noch gar nicht bestand. So lange das Volk keine Mittel hatte seine Ansichten, Bedürfnisse und Wünsche auszusprechen, so lange es — mit einziger Ausnahme jener glücklichen Insel — nicht im Stande war sich als Ganzes geltend zu machen, so lange es bloß durch die Bureaukratie vertreten war, konnte Diplomatenlist, Soldatenzahl und Geld, welches man sich auch durch Brandschatzungen verschaffte, die mangelnde natürliche Basis eines Staates ersetzen, und ein kleiner Staat mit einem tüchtigen Kopfe an der Spitze, mit einem tüchtigen geworbenen Heere und mit voller Casse, konnte eine große Rolle spielen. Deßhalb sahen wir im vorigen Jahrhundert eine so große Anzahl von europäischen Mächten: Portugal, Holland, Schweden, Dänemark, Sardinien, lauter Staaten welche kein Mensch mehr unter die Großmächte rechnet. Preußen war zu jener Zeit auch eine solche europäische Macht, aber keine Großmacht, es war die Schöpfung eines Genies und zweier seiner tüchtigen Männer, die glücklicherweise aufeinandergefolgt waren, und es war nächst Sardinien, wie ich glaube, der jüngste der europäischen Staaten. Was mich dazu veranlaßt hat Ihnen diese Abschweifung vorzubringen ist die Ueberzeugung daß Preußen auch heute noch keine Großmacht ist. Es fehlen ihm die materiellen Mittel. Gehen Sie die Großmächte durch, so werden Sie sich überzeugen daß Preußen schon nach den Zahlverhältnissen die schwächste unter ihnen ist. Mit einer Bevölkerung von höchstens 16 Millionen Menschen, mit einem großen Theile unfruchtbaren Landes, von der See völlig abgeschnitten, indem auf der einen Seite Holland den Rhein sperrt und auf der andern Seite

sein undankbarer Schützling Dänemark ihm den Sund verlegt, kann es nicht zu jenem Grade von Entwicklung kommen wozu es sonst durch den Besitz einer so langen Küstenstrecke geeignet wäre. Zudem ist Preußen, wie Sie wissen, lange gedehnt, und hat nirgends natürliche Gränzen. Preußen ist nur dann stark wenn es andere Hülfsquellen als die seiner materiellen Mittel zur Verfügung hat. Deßhalb sahen wir es auf einmal wieder so unendlich schwach werden. Es war stark im 7jährigen Kriege durch das Genie Friedrichs des Großen, durch die Sympathie der Fortschrittspartei von ganz Europa; es war unmächtig und schwach vom Jahre 1792 bis 1806 und 1807, weil es diese Sympathien verlor, weil es keinen Friedrich den Großen mehr an der Spitze hatte. Es war stark in den Jahren 1813—1815, weil es damals der Fahnenträger von ganz Deutschland war, weil nicht nur die moralischen, sondern selbst ein großer Theil der materiellen Hülfsquellen von ganz Deutschland ihm damals freudig zu Gebote standen. Sobald es aber in die heilige Allianz eingetreten war, sobald es jene Geister welche es zuvor beschworen hatte, wiederum mit russischer und österreichischer Hülfe zu bannen suchte, war es wieder schwach. Und doch datirt von jenem Momente seine „Großmacht", denn bekanntlich hat von der heiligen Allianz an das System der Pentarchie, das sich in Europa entwickelte, in Deutschland sich geltend gemacht. Aus dem innern Gefühle der Schwäche erkläre ich mir das Streben Preußens durch möglichste Entwicklung und Entfaltung aller seiner Kräfte sich zu stärken, um nöthigenfalls seine Schwäche zu decken. Deßhalb eine Centralisation die sich unter allen europäischen Staaten in Preußen am glänzendsten entwickelt hat, und die beinahe überall mit einem Hang zum Militär-Despotismus Hand in Hand ging. Deßhalb jene Nachgiebigkeit gegen die großen, mächtigen Staaten und deren Schützlinge wie wir sie von keiner andern Großmacht je erlebt haben; deßhalb auf der andern Seite, ich möchte sagen um sich dafür wieder zu entschädigen, jenes schroffe Auftreten gegen die Mindermächtigen, wie es fast nie einer Großmacht eigen ist; deßhalb auch die Rolle die Preußen im deutschen Bunde gespielt hat vom Jahre 1818—1848 während voller 30 Jahre. Im Jahre 1848 brach dieser hohle Polizeistaat mit einer Schnelligkeit zusammen, wie wir sie beinahe nirgends anderswo gesehen haben. Als dann Wien gefallen war, sahen wir auch Preußen sich erholen; der revolutionäre Geist ist gebannt, der Unfug vernichtet, und mit einem Staatsstreich hat Preußen eine Verfassung octroyirt, deren Vollzug ich gar nicht besprechen möchte, wenn mich nicht eine andere Nothwendigkeit dazu zwingen würde; denn ich glaube daß die Art und Weise, wie jetzt diese Verfassung im Einklang mit der Kammer verhandelt und amendirt wird, nur zu leicht das Vorspiel von dem seyn könnte was der deutschen Verfassung vom 26 Mai bevorsteht, wenn der Reichstag berufen wird, von dessen Einberufung jetzt soviel die Rede ist.

Wie die Sachen jetzt stehen, so glaube ich nachgewiesen zu haben daß Preußen, obwohl es offenbar das Haupt, der überwiegende Staat in Norddeutschland, doch zu schwach zu einem Großstaat ist, und daß es durch den Zuwachs von $4^1/_2$ Millionen, im günstigsten Falle von 8 Millionen noch nicht in die Lage eines Großstaates kommen würde, wie ihn die gegenwärtigen Verhältnisse Europa's fordern. Ich fürchte daß gerade deßhalb jenes System der Ueberspannung aller Kräfte, um nach außen das Gewicht eines Großstaates in die Wage legen zu können, nothwendigerweise fortdauern müsse! In diesem Systeme aber liegt die Nöthigung zu einer Centralisation, zu einer Neigung zum Militär-Despotismus, bei der nach meiner Ueberzeugung die constitutionellen Garantien zu kurz kommen werden. Ob dieß anders würde wenn sich Bayern und Würtemberg anschlössen, möge dahin gestellt seyn. Im Falle des Anschlusses aber halte ich allerdings den Sieg des constitutionellen Princips für möglich. Dann halte ich es auch für möglich daß in Preußen ein solches Ueberwiegen des constitutionellen Princips in der Volksvertretung begründet werde, daß dagegen die preußische Bureaukratie nicht wird bestehen können. Täuschen Sie sich aber nicht, meine Herren: der Kampf wird Ihnen nicht leicht gemacht; der Sieg wird Ihnen nicht ohne große schmerzliche Opfer gelingen; denn die preußische Bureaukratie verfügt über ebenso große materielle als intellectuelle Hülfsquellen, und die Erfahrung hat gelehrt daß sie dieselben zu benützen verstehe. Jedenfalls, wie auch die Wahl fallen mag, ist es eine höchst bedenkliche. Daß die preußische Bureaukratie die Gefahr ahnet welche ihr bei diesem Anschlusse droht, ist offenbar; denn nur daraus läßt sich jener Rath erklären, der in der jüngsten Zeit wiederholt in der preußischen Kammer gegeben wurde: Preußen solle sich auf sich selbst zurückziehen, solle sich von dem übrigen undankbaren Deutschland lossagen. Ich wiederhole: ich halte bei dem Anschlusse Bayerns an Preußen den Sieg des constitutionellen Princips nicht nur für möglich, sondern auch für sehr wahrscheinlich; aber, wie gesagt, nicht ohne lange Kämpfe, nicht ohne große Opfer wird er gelingen. Das erste Opfer welches wir bringen werden und bringen müssen, ist unsere Selbständigkeit. Die Mediatisirung muß vorausgehen. Untersuchen wir den Gedanken daß Bayern selbständig dastehen könne. Ich habe erwähnt welche unglückliche Rolle bisher Preußen gespielt hat, weil es nicht diejenigen Kräfte und materiellen Hülfsmittel besaß die nothwendig sind für einen Staat der eine unabhängige Rolle unter den jetzigen Verhältnissen in Europa spielen will. Die Zeit der Kleinstaaterei ist offenbar vorüber, und alle Völkerstämme drängen nach einer Constituirung in großen Massen, welche eine möglichst reiche und freie Entfaltung ihrer Kräfte gestatte. Es könnte also auch Bayern, wenn es für sich stehen wollte, nur eine unglückliche Rolle spielen, keine andere Rolle als bisher Sardinien in Italien gespielt hat. Es müßte von der Uneinigkeit der Großmächte leben, es wäre sogar darauf hingewiesen diese Uneinigkeit mit all seinen Kräften zu unterstützen, um von ihr Nahrung ziehen zu können. Daß eine solche Rolle Bayerns nicht würdig ist, daß sie nur zum Fluche von ganz Deutschland seyn würde, das glaube ich, meine Herren, bedarf keiner weitern Erörterung. Bleibt uns also noch eine Hoffnung, so ist es die daß ein Bundesstaat sich bilden lasse welcher alle deutschen Stämme umfaßt. Allein das sind auch nur Wünsche. Bürgschaft für die Erreichung derselben wird Ihnen niemand geben können. Sehen Sie hin auf den jetzigen Zustand Deutschlands, sehen Sie hin auf diesen Mangel an Nationalgefühl bei dem Volke, welches auf der einen Seite in Jubel ausbricht, wenn die Nachricht ertönt daß die Ungarn ein österreichisches, ein deutsches Heer geschlagen haben; sehen Sie hin auf jene Gehässigkeit mit welcher in Wien und Berlin die Hinrichtungen in Rastatt und Pesth angerechnet werden, auf welcher Seite das Saldo des Blutes sey; sehen Sie hin auf jenen Mangel an Selbstverläugnung, welche leider die Verhandlungen mehr als einer Kammer gezeigt, welche namentlich die Verhandlungen jener Kammer gezeigt haben die berufen seyn sollte sich an der Spitze von Deutschland zu stellen; sehen Sie hin auf die Verhandlungen über die provisorische Centralgewalt in Berlin, wo man mit Genauigkeit bis auf den Zoll hinaus nachgewiesen hat daß Preußen kein Opfer bringe, so daß es diesen Schritt für gerechtfertigt halten könne; sehen Sie hin auf den Jammerruf den die gefährdeten und bedrohten Interessen Bayerns zurückgaben, sobald es sich darum handelte für Deutschland ein Opfer zu bringen; sehen Sie hin auf den traurigen Mangel an Pflichtgefühl, wie er seit einem Jahre in ganz Deutschland zu Tage getreten ist. Sie werden mir zustehen daß die Zukunft Deutschlands keine helle, keine freundliche ist. Meine Herren, ich war niemals Schmeichler, ich habe mich nie vor der Gewalt erniedrigt, ich glaube auch das Recht zu haben dem Volke traurige, wenn auch bittere Wahrheiten zu sagen. Ich glaube das nothwendigste ist unsern Zustand zu kennen und richtig zu beurtheilen. Nur keine Selbsttäuschung. Mag die Wahrheit noch so traurig seyn, so ist sie jedenfalls besser als die glänzendste Täuschung. Ich glaube daß nur ein großer moralischer Aufschwung die Regeneration von Deutschland herbeiführen kann. Ich fürchte daß die jetzige Zeit nicht die nöthigen Mittel bietet; ich fürchte daß nur ein großes Nationalunglück uns so weit zu läutern im Stande seyn wird um für die deutsche Sache die Opfer zu bringen die sie fordert. Glauben Sie nicht, meine Herren, daß ich Ihren Muth niederschlagen will; wir wollen nicht trüben und niedergeschlagenen Herzens der Zukunft entgegengehen, weil dunkle Wolken sie umhüllen. Nein, mit festem Muth und heiterer Stirne wollen — müssen wir ihr entgegengehen; denn allein darin liegt die Bürgschaft, wenn es überhaupt noch eine gibt, für ein mögliches Gelingen. (Fortsetzung folgt.)

— **München,** 4 Nov. Die Verhandlungen der zweiten Kammer über die deutsche Frage werden wohl morgen zum Schluß kommen. Es ist noch eine Reihe von Rednern eingezeichnet, aber die ersten Repräsentanten der Parteien haben gesprochen, die gegenseitigen Standpunkte sind klar dargelegt, es bleiben also nur Recapitulationen übrig, falls nicht in der letzten Stunde Hr. v. d. Pfordten noch das Wort ergreift, um Aufschlüsse über den neuesten Stand der Dinge und die Ansichten der Regierung darüber zu geben. Er würde dieß ohne Zweifel thun oder bereits gethan haben, wenn in den Reden und Anträgen eine directe oder indirecte Aufforderung dazu gelegen hätte. Das ist aber — mit Ausnahme des Kirchgeßner'schen Antrags — seltsamerweise nicht der Fall. Indessen sind die Wünsche und Forderungen die das Ministerium an Oesterreich und Preußen im Namen Deutschlands stellte, in den mitgetheilten Noten bestimmt genug umrissen, und namentlich Oesterreich gegenüber in kräftigerer Sprache als wir gehofft hatten. Das Ministerium besteht auf einer Volksvertretung beim Bunde, wie sie alle Regierungen und zwei ausdrückliche Bundesbeschlüsse zugesagt hatten; es weist darauf daß Bayern an dem Reichstage theilnehmen werde, müsse, auch wenn Oesterreich sich

ausschlösse. Warum haben die gestellten Anträge — mit Ausnahme des Kirchgeßner'schen — diesen vom Ministerium selbst so offen vorgezeichneten Weg nicht betreten, und dafür ihre Wünsche und Hoffnungen in vage Allgemeinheiten gehüllt? Dadurch entziehen die Kammern dem Ministerium selbst die Möglichkeit sich auf eine bestimmt formulirte Meinung der bayerischen Volksvertretung zu berufen und zu stützen. Selbst die Adresse des constitutionell-monarchischen Vereins in München ging darin entschiedener zu Werke, während die Adresse von Erlangen geradezu auf Einberufung eines Reichstags besteht. Zu den eigentlich staatsmännischen Reden möchten bloß die der HH. v. Lerchenfeld und Wallerstein zu rechnen seyn. Aber auch diese beiden enthalten sich praktischer Schlußfolgerungen. Fürst Wallerstein deutete an daß Bayern an die Spitze der constitutionellen Staaten hätte treten sollen, als eine Aufforderung an es ergangen sey. Aber diese Aufforderung erfolgte in einem Augenblick als die Nationalversammlung in Frankfurt in der Auflösung war, und bloß noch die Linke auf den Bänken saß, aus deren Mitte denn auch allein jene geheime Mission an Bayern erging. Wenn Württemberg, das die Reichsverfassung anerkannt hatte, dergleichen Lockungen von sich wies, wie hätte Bayern sich darauf einlassen können, nachdem es die bloß auf Preußen berechnete Reichsverfassung beharrlich bekämpft hatte? Ein Ja in jenem Augenblick hätte Bayerns Motive mit dem Stempel des Egoismus bezeichnet und wäre das Signal des Bürgerkriegs gewesen.

In der gestern mitgetheilten bayerischen Denkschrift sind in einem Theil der Exemplare aus Versehen folgende Schlußworte weggeblieben: „Die Ausschließung Oesterreichs ist das Feldgeschrei der Revolution geworden. Die Erreichung dieses Zieles ist der Sieg der Revolution, und wird diese auf lange Zeit unüberwindlich machen. **VII.** Zuletzt ist noch zu untersuchen auf welchem Wege nun, nachdem die Verhandlung mit der Nationalversammlung unmöglich gemacht worden seyn dürfte, die deutsche Verfassung zu begründen ist. Vor allem müssen sich die größeren Regierungen einigen. Der geeignetste Ort zur Verhandlung ist jetzt aber Berlin, abgesehen von allen anderen Gründen schon deßhalb damit Preußen nicht wieder zurücktreten kann. Dann wären nach dem neu zu erlassenden Wahlgesetz die beiden Häuser zu berufen, und diesen die von den Regierungen unter sich vereinbarte Verfassung zur Zustimmung vorzulegen. Eine reine Octroyirung ist nicht durchführbar. Denn selbst die conservativen Parteien Deutschlands erklären die Fürsten für hiezu nicht berechtigt, und würden eine solche octroyirte Verfassung nicht anerkennen. Es würde hierdurch das Signal zu einer neuen Revolution gegeben, und die Regierungen könnten dieser nicht mehr mit vollem Recht entgegentreten wie jetzt. Denn die Bundesbeschlüsse vom vorigen Jahr haben das Recht der Nation anerkannt an der Begründung der Verfassung mitzuwirken. Dieß ist es was geschehen muß. Es muß aber auch rasch geschehen. Die Revolution ist gut organisirt, beherrscht die Massen und zieht mehr und mehr die Mittelclassen auf ihre Seite. Verharren die Regierungen unthätig, geben sie nicht sehr bald die Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse, so sind sie verloren, und die staatliche Ordnung ist auf Decennien vernichtet. München, am 5 Mai 1849."

Augsburg, 31 Oct. Die Beschwerden der bayerischen Buchhändler gegen den katholischen Bücherverein sind nunmehr auf dem Wege friedlicher, seitens des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bereits bestätigter Uebereinkunft gehoben worden. Nach derselben verpflichtet sich der Verein: 1) vom 1 October d. Js. an den Sortimentsbuchhandlungen von allen Artikeln die er führt, somit von Büchern des eigenen wie von den erworbenen Büchern fremden Verlags, einen Rabatt von 20 pCt. des von ihm festgesetzten Verkaufspreises zuzugestehen; 2) an Orten wo sich berechtigte Buchhändler befinden, keine Depots zu halten (dadurch soll jedoch die Befugniß des Vereins in München wie anderwärts Hauptniederlagen zur Abgabe in die Depots der Commissionäre zu haben in keiner Weise beschränkt werden), und seinen Commissionären an andern Orten, sowie jedem einzelnen Abnehmer die Bücher um die bemerkten Verkaufspreise zu überlassen, also ohne Rabatt, den lediglich die Buchhändler zu beziehen haben. Diese Uebereinkunft ist versuchsweise auf 5 Jahre abgeschlossen worden. (A. Postztg.)

Württemberg. Stuttgart. Die Württembergische Ztg. schreibt: „Ueber die württembergische Ministerkrisis ist so viel gefabelt worden daß einige berichtigende Worte am Platze seyn dürften. Gleich nachdem der Ministerrath den Beschluß gefaßt hatte den Anschluß an das Dreikönigsbündniß unter den vorliegenden Umständen für jetzt abzulehnen, erklärte Duvernoy daß er hierdurch genöthigt werde abzutreten, und Goppelt, welcher schon früher ein Entlassungsgesuch eingereicht hatte, ließ sich nur mit Mühe noch zurückhalten. Unmittelbar vor der Abreise Römers nach Frankfurt theilte Duvernoy diesem mit daß es Gewissenssache für ihn sey mit seinem Entlassungsgesuch nicht mehr länger zu zögern, und daß er deßhalb mit Sr. Maj. dem König sprechen werde. Römer machte ihn wiederholt darauf aufmerksam daß die Ablehnung nicht definitiv sey, und daß, wenn er auch vorläufig mit dem König sprechen wolle, er jedenfalls vor seiner Zurückkunft keinen definitiven Schritt thun solle. Noch ehe diese erfolgt war legte Duvernoy am Mittwoch sein Gesuch in die Hände Sr. Maj. nieder, und am folgenden Tag hatte er seine Entlassung. Römer kam erst am Freitag in Stuttgart an, und nun handelte es sich darum den wichtigen Posten eines Ministers des Innern wieder zu besetzen. Die Schwierigkeiten zeigten sich, wie Römer vorausgesagt hatte, sogleich. Einige Beamte welche vorzugsweise befähigt gewesen wären, gehörten entweder einer extremen Richtung an, oder neigten sich in Beziehung auf die deutsche Politik zu den Ansichten Duvernoy's. Bei dieser Lage der Dinge wurde dem allerhöchsten Ermessen anheimgestellt ob nicht eine Aenderung des Gesammtministeriums vorgenommen werden wolle, und es wurden nach rechts und links einige Namen hervorgehoben. Ob während dieser Zeit auch durch andere, z. B. durch den vormaligen Geheimenrathspräsidenten Hrn. v. Maucler, Ministerialcombinationen versucht wurden, und zwar, wie der Beobachter sagt, hinter Römers Rücken, ist für die Sache selbst gleichgültig. Römer erhielt durch Dritte Kenntniß davon, aber er sah dem Ende der Dinge ruhig entgegen, und als er am letzten Sonntag Mittag sein Entlassungsdecret nebst der Liste der neuen Minister erhielt, war er nicht im geringsten davon überrascht. Es ist richtig daß er nicht, gleich seinen Collegen, um seine Entlassung gebeten, sondern daß er sie ungebeten erhalten hat; denn er hatte keinen Grund zu Einreichung eines Entlassungsgesuches, und er hütete sich wohl sich dem Vorwurfe auszusetzen daß er den Kampfplatz unmittelbar vor dem Zusammentritt der Landesversammlung verlassen habe. Se. Maj. hatten die Gnade den Wunsch auszudrücken er möchte dem Dienste des Staates erhalten werden, da er der neuen Combination nicht habe beitreten wollen, und es wurden ihm zwei seiner bisherigen Stellung entsprechende Stellen bezeichnet, von denen besonders die eine den Vorzug vor allen übrigen im Staate verdienen dürfte; allein er konnte sich zur Annahme nicht entschließen, weil er im Zweifel darüber ist ob das seitherige System werde beibehalten werden, und weil er seine öffentliche Wirksamkeit nicht durch den Verdacht beeinträchtigt wissen will daß er sich habe abfinden lassen. Er hat, was wir einigen Böswilligen entgegenhalten, seit dem 8 März vorigen Jahres an irdischen Gütern nichts gewonnen. Sein und seiner Collegen Loos waren Sorge, Mühe, Gefahr, Aufopferung. Wie er kam kehrte er wieder zurück. Seine Lebensquelle ist, wie früher, so auch fortan die Arbeit."

* **Aus Baden**, 31 Oct. Durch die großh. Verordnung vom 27 d. ist nun der Kriegszustand und das Standrecht verlängert, die Gerichtsbarkeit der Standgerichte hinsichtlich der bereits verübten Verbrechen aber aufgehoben. Es lautet dieß (nach dem Begriff von Standrecht) vielleicht unrichtig. Dessenungeachtet ist, wenn man die Standrechtsverordnung vom Junius d. J. damit vergleicht, nicht zweifelhaft was gemeint sey. Jene Verordnung bedroht viele Handlungen mit schwerer Strafe, die sonst nach der ordentlichen Gesetzgebung nur mit geringen, oder an und für sich wohl auch mit gar keiner Strafe bedroht sind. Diejenigen die nach der Verkündigung jener Verordnung solche Handlungen verübten, sollen nun fortan mit der darauf gedrohten Strafe belegt werden, da kein Grund vorliege zwischen den Schuldigen die früher und jenen die später zur Aburtheilung kommen, in Beziehung auf die verwirkte Strafe einen Unterschied zu machen. Jene Strafbestimmungen sollen also fortwirken, aber die Gerichtsbarkeit des Standrechts (d. h. eigentlich das Standrecht selbst) soll aufhören und die Angeschuldigten sollen nunmehr (wenn gleich materiell nach der Standrechtsverordnung) nur noch von den ordentlichen Gerichten abgeurtheilt werden. Wegen etwaiger neuen Uebertretungen würde aber wieder das standrechtliche Verfahren vorbehalten bleiben. Hoffentlich kommt dazu keine Veranlassung. In der Hauptsache ist nun doch die ordentliche Justiz hinsichtlich der Theilnehmer am Aufstand wieder im Gang, und in dieser Beziehung der Ausnahmszustand beseitigt. Todesurtheile sind nicht mehr zu erwarten, und wenn sie erfolgten, so würde die Begnadigung helfen. Alle Todesurtheile der ordentlichen Gerichte können ohnehin schon nach alter Gesetzgebung nur mit Bestätigung des Großherzogs vollzogen werden, die unter den jetzigen Umständen, auch wenn kein dießfallsiger Beschluß gefaßt wäre, bei politischen Verbrechern nicht zu erwarten wäre. Im übrigen herrscht jetzt äußere Ruhe, und wenn man gleich bei der Masse noch wenig von eigentlicher Besserung sprechen kann, so ist doch eine Schichte der Gesellschaft vorhanden die zu besserer Einsicht kam daß auf dem Wege des wilden Treibens kein Heil zu erwarten sey, und daß das bloße Negiren und Anfeinden der Regierung, wie es vor der Revolution im Gang war, nicht zum Guten führe. Viele können jedoch die alte Gewohnheit nicht lassen, und es ge-

stellen sich ihnen manche zu die unter dem vorigen Ministerium der Regierung anhingen, weil sie die volksthümlichen Institutionen, worüber dasselbe Gesetzentwürfe zur Verhandlung brachte, liebten, die sie durch das neue System vereitelt glauben, was am bevorstehenden Landtag zu Tag kommen wird. Dabei kommt übrigens auch manches grundlose und selbst thörichte aus bloßer Tadelsucht oder aus Gleichheitsschwindel vor, wie z. B. der in öffentlichen Blättern enthaltene Vorwurf daß eine neue Excellenz geschaffen worden sey, während die Verordnung vom 7 Dec. v. J. dieses Prädicat abgeschafft habe. Letzteres ist gar nicht richtig, da die Verordnung nur sagt „daß im Geschäftsverkehr (der großh. bad. Behörden) die auf den persönlichen Rang sich beziehenden Bezeichnungen, als: Excellenz, Hochwohlgeboren, Wohlgeboren ꝛc. zu vermeiden seyen.“ Diese Verordnung findet auch bei dem neuernannten Oberstallmeister Anwendung, stand aber seiner Erhebung in die erste Rangclasse nicht im Wege, obgleich es klüger gewesen wäre des ihm gleich andern Mitgliedern dieser Classe zukommenden Rangprädicats bei der Ernennung keine Erwähnung zu thun.

Thüringen. **Eisenach,** 31 Oct. Heute Mittag kamen der Herzog von Nemours und Gemahlin dahier zum Besuch bei der Herzogin von Orleans an.

K. Sachsen. **⁑ Dresden,** 30 Oct. Die Einweisungscommissionen für beide Kammern haben heute bereits fungirt. So ist den Steuerbewilligungsvorschriften der Verfassung von Seiten der Regierung streng nachgegangen worden, insofern bestimmt ist daß sechs Monate vor Ablauf des Jahres, für welches die Regierung von dem Rechte der einjährigen einseitigen Steuerforterhebung Gebrauch macht, ein ordentlicher Landtag einberufen seyn muß. Dieser strengen Verfassungsmäßigkeit im Formellen einer Steuerfrage hatte als einer selbstverständlichen kaum gedacht zu werden gebraucht, wenn man nicht durch die kürzlichen Berliner Debatten auf das Steuerbewilligungsrecht der repräsentirenden Körperschaften gespannt worden wäre. Man kann nicht gleichgültig zusehen wo Hr. v. Gerlach den Triumph einer Consequenz verkündet hat. Darüber, wann die Kammereröffnung erfolgen — ob Se. Maj. der König die Kammern selbst eröffnen wird, hört man noch nichts bestimmtes. Für die zweite Kammer sind noch zehn, für die erste noch achtzehn Wahlen unbekannt; unter den bis jetzt bekannten hat die conservative Partei sowohl in der ersten als in der zweiten Kammer einen Vorsprung vor den Gegnern. Es wird zwar von manchen Seiten bitter beklagt daß nach diesem Wahlausfall immer noch zu viele „demokratische Elemente“ in die Kammern gekommen seyen; allein vergleicht man die Resultate der letzten Wahlen mit den jetzigen, läßt man dabei nicht aus dem Auge daß bei den mehrfachen Minoritätswahlen der Radikalen die conservative Majorität noch entschiedener seyn würde, wenn der politische Sinn dieser Partei sich nicht von der strengen Disciplin der Gegner werfen ließe, so kann man nur mit Befriedigung den Beweis geliefert sehen daß, auch bei so allgemeinem Wahlrechte wie das unsrige, eine conservative Majorität möglich ist. Bestätigt es sich daß in den Bezirken wo Suspendirte gewählt wurden, sofort Neuwahlen durch die Regierung angeordnet werden, ohne daß diese Wahlfragen als zweifelhafte (was sie eben nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes nicht sind) zur Cognition der Kammern gelangen, so wird in den ersten Wochen des Landtags die Majorität auf der Seite der Conservativen ziemlich stark seyn. Die Präsidenten- und Ausschußwahlen werden dieß nachweisen. Wie dagegen diese Majorität zu der ministeriellen Politik sich stellen wird, ist bis jetzt nicht abzusehen und hängt zum großen Theile von den in Aussicht gestellten Vorlagen in der deutschen Frage ab. Ob mit diesen unser Ministerium stark genug seyn wird sich zu halten, bedingt sich hauptsächlich durch die Streitkräfte der Opposition für das unbedingte Festhalten am Dreikönigsbunde. Man hörte bereits in diesen Tagen von einem Ministerwechsel sprechen, indem es hieß Hr. v. Friesen werde den HH. v. Zeschau oder v. Carlowitz einen Platz im Cabinette einräumen; doch entbehrt wohl dieses Gerücht besonderer Begründung. — Heute ward der Schlußstein der neuen Eisenbahnbrücke eingefügt — ein stolzes, kühnes Werk, von dessen Mitte man einen reizenden Blick nach der obern Brücke und der Stadt genießt. Muntres Leben wogte auf dem Bauplatz des linken Ufers; dort waren zwischen den Landpfeilern zwei der Bogenhallen zu Tanz- und Speise-Sälen für die feiernden Bauleute hergerichtet worden. Daraus scholl Musik und Gläserklang, und darüber flaggten mit den sächsischen auch die deutschen Farben. Diese Fahnen sind stumme Erinnerungszeugen des Jahres 1848, die kalte Küche vom deutschen Einheitsbankette.

F. Lippe. **Bückeburg,** 30 Oct. Mehrere Blätter schreiben daß der Fürst von Bückeburg das Ministerium entlassen habe. Dieß ist insofern unrichtig als die verantwortlichen Räthe der Regierung, die HH. König, Bömers und Capaun-Karlowa ihre Entlassung eingereicht haben, nachdem der Fürst alle Vorlagen für die Stände die am 1 Nov. wieder zusammentreten sollten, trotz aller Erinnerung unerledigt zurückbehalten hatte. Der Fürst hat die Entlassung angenommen und die Stände bis zur Bildung einer neuen Regierung vertagt. (D. Reichsztg.)

Preußen. **Berlin,** 1 Nov. Der „Staatsanzeiger“ meldet daß am 12 Oct. der Beitritt von Lübeck zu dem Bündniß vom 26 Mai erklärt, diese Erklärung am 15 Oct. ratificirt, und die Ratificationsurkunde am 23 Oct. bei dem Verwaltungsrath eingereicht worden ist. — Nach der „Const. Corresp.“ wird die Regierung den Kammern eine Vorlage über die Acquisition der Fürstenthümer Hohenzollern machen, um ihre Zustimmung vor der definitiven Ratification einzuholen. Daß zwischen dem Ministerium und der zweiten Kammer wegen §. 108 der Verfassung eine Verständigung im Werk sey, scheint sich nach den Berliner Blättern zu bestätigen. — Die B. N. enthalten einen längern Artikel über die Behandlung Kinkels in der Stafanstalt: „Es muß allerdings zugegeben werden daß ihn der Vorsteher der Strafanstalt sehr rauh empfangen hat, und es soll dieß sogleich gerügt worden seyn, nach amtlichen Ermittelungen hat er jedoch nie Wolle spulen müssen. Diesem hätte schon der §. 556 der Criminalordnung entgegengestanden, nach welchem eine Behandlung wie die in Bezug auf den Prof. Kinkel gerügte nicht statthaben darf, denn es ist daselbst von einer angemessenen Beschäftigung die Rede. Sobald dem Ministerium des Innern Kunde zukam daß sich Beschwerden wegen seiner Behandlung erhoben hätten, hat dasselbe sogleich gemessene Anweisungen darüber an die Regierung zu Stettin erlassen, unter welcher obige Strafanstalt steht. Auf die darüber gegebenen Erklärungen hin daß es bestimmt unrichtig sey daß der Prof. Kinkel Wolle spulen müsse, sind auch die in der Kammer beabsichtigten Interpellationen unterblieben, welche unfehlbar darüber hätten geschehen müssen, indem vielfache Zuschriften aus den Provinzen darauf drangen daß, im Fall die gerügte Behandlungsweise wirklich stattgehabt hätte, dieselbe sogleich abgestellt würde.“

⁑ **Berlin,** 1 Nov. Ich bitte meine gestrige Mittheilung über die Anfragen der ersten Kammer an die Regierung dahin zu berichtigen daß man dieselben nicht in der Form einer Interpellation gestellt, sondern daß der Ausschuß für die deutsche Frage vertrauliche Eröffnungen in seiner Mitte darüber verlangt hat, welche ihm denn auch heute durch General v. Radowitz, wie ich vernehme, in sehr ausführlicher Weise zu Theil geworden sind. Besonders befriedigend soll die Erklärung über die Haltung Oesterreichs der Idee des von Preußen auszuführenden Bundesstaates gegenüber ausgefallen seyn. Es ist wohl kein Zweifel darüber, und die neuesten Nachrichten aus Wien scheinen es zu bestätigen, daß man sich daselbst immer mehr mit der von Preußen vertretenen Richtung befreundet und auch die früheren Unionsplane wieder ins Auge faßt. Darf man nach der letzten österreichischen Depesche schließen, in welcher gegen den Reichstag des engeren Bundes nicht protestirt, sondern nur freundschaftliche Besorgnisse vor möglichen Folgen ausgedrückt worden, so hätte Oesterreich das Recht den engeren Bundesstaat fortzubilden ebensowenig formell bestritten, als es denselben früher formell anerkannt hat. Von Seiten Hannovers sind dem Anschein nach keine weiteren officiellen Eröffnungen erfolgt, wiewohl die Hannoverische Zeitung in ihren Artikeln gegen den Verwaltungsrath eifrig zu polemisiren fortfährt. Die Bedenken des Ausschusses gegen den §. 67 des Verfassungsentwurfs für den Bundesstaat bezogen sich auf das nunmehr veränderte Stimmenverhältniß im Fürstencollegium, welchem eine neue Staatengruppirung zu Grunde liegt. Bei dieser Gruppirung und Vertheilung der Stimmen soll einmal Preußen benachtheiligt seyn, und dann auch das Binnenland überhaupt gegen das Küstenland im Vortheil stehen.

✠ **Berlin,** 1 Nov. Man hört von einer neuen Entschließung in Betreff der Wahlen zum deutschen Parlament in Erfurt. Diese sollen schon am 20 Nov. stattfinden. Ein von dem Minister v. Manteuffel ausgearbeitetes Wahlgesetz soll morgen dem gesammten Staatsministerium zur Berathung vorgelegt werden. Zwischen den beiden Kammern wird hinsichtlich des Artikels 108 der Verfassung eine Verständigung angebahnt. Es finden Besprechungen zwischen Mitgliedern und Fractionen beider Kammern statt, und die Regierung wird ebenfalls mit einer Proposition hervortreten. Ueber den Inhalt derselben scheint man im Ministerium bereits einig zu seyn und nur noch die passendste Form dafür zu suchen. Die Kammern sollen das Steuerbewilligungsrecht haben; das Ministerium, dem die Steuern nicht bewilligt werden, soll keine Ausgaben machen dürfen und mithin in die Unmöglichkeit gesetzt werden fortzuregieren; aber die Steuerpflichtigen sollen nicht von der Steuerzahlung entbunden werden können. Die Auerswald-Beckerath'sche Partei hat die Erklärung abgegeben daß die in den letzten Sitzungen der zweiten Kammer hervorgetretene Opposition gegen das Ministerium sich nur auf bestimmte Punkte beziehe, und nicht etwa der Anfang einer

grundsätzlichen Opposition gegen die Regierung sey. Gestern erblickte man Hrn. v. Auerswald am Ministertisch in lebhaftem Gespräch mit Hrn. v. Manteuffel. Während so alles sich zur Versöhnung zu neigen scheint, führen die Deutsche Reform und die Constitutionelle Zeitung ihren Streit rüstig weiter fort, und erreichen dadurch wenigstens daß ihre leitenden Artikel mit grösserer Begierde gelesen werden als früher.

ꝗ **Berlin,** 2 Nov. Die Nachricht daß die durch Auerswald und Simson repräsentirte Partei nicht grundsätzliche Opposition gegen das Ministerium machen werde, wie man dieß verbreitet hatte, erhielt durch die heutige Sitzung der zweiten Kammer ihre Bestätigung. Die Commission für Prüfung der Gesetzesvorlage über den Bau der Ostbahn, der westfälischen und der Saarbrücker Bahn beantragte einstimmig: daß die Kammer der Vorlage über den Bau der genannten Bahnen, sowie über Beschaffung der dazu erforderlichen Geldmittel mit der im §. 2 vorgeschlagenen Vervollständigung ihre Zustimmung ertheilen möge. Bevor hierüber die allgemeine Discussion eröffnet wird, legt der Minister v. d. Heydt zwei neue Gesetzentwürfe vor: die Uebernahme einer Zinsgarantie für die Aachen-Düsseldorfer und die Gladbacher Eisenbahn, um welche von Seiten der Unternehmer nachgesucht worden, und die Ermäßigung des Briefporto's betreffend. Der Minister sagt in Bezug auf den letzteren: „Das Porto für Geldsendungen ist im vorigen Jahr herabgesetzt worden und bedarf keiner Ermäßigung, wohl aber das für Briefe. Es sind hierüber mit andern deutschen Staaten Unterhandlungen angeknüpft und im Laufe dieses Jahres Conventionen abgeschlossen worden. Nach diesen wird das Porto für einen einfachen Brief bis auf 10 Meilen 1 Sgr., bis auf 20 Meilen 2 Sgr. und für jede weitere Entfernung 3 Sgr. betragen. Bei Paketen zahlt ein Loth einfaches Porto und jedes Loth mehr auch immer einen Sgr. mehr. Das Bestellgeld für Pakete wird dem Bestellgeld für Briefe gleichgestellt."

Oesterreich. **Wien,** 31 Oct. Im Münzamte arbeiten die Prägmaschinen bei Tag und Nacht an Erzeugung von Scheidemünzen. Das hiezu verwendete Silber kommt theils aus Ungarn, theils aus Böhmen. Die Bergwerke des letzteren Landes lieferten im Laufe eines Jahrs 13,680 Mark Silber, 18,022 Centner Bleierze ohne Silbergehalt, 10,904 Ctr. Bleiglätte, 156,000 Cntr. Eisen. Die Goldgewinnung kämpft mit ungeheuern Schwierigkeiten, und ist unbedeutend. (Oest. Corr.)

§ **Wien,** 2 Nov. Wie ich eben höre, werden II. kk. HH. der Erzherzog Franz Karl und die Erzherzogin Sophie zur Feier ihrer silbernen Hochzeit auch durch den Besuch der Könige von Preußen und Sachsen erfreut werden. *) — Briefe aus Pesth bestätigen daß beschlossen worden den ferneren Hinrichtungen für politische Verbrechen in Ungarn Einhalt zu thun. Indessen hat, ehe dieser Beschluß bekannt seyn konnte, in Arad am 25 Oct. eine Execution stattgefunden. Der Hingerichtete, dem Vernehmen nach Namens Kasinczy, war früher Husarenofficier, und diente hierauf nach seiner Quittirung unter dem Insurgentengeneral Graf Vecsey. Die zwei neulich in Klausenburg Hingerichteten waren nach dem standgerichtlichen Spruch überwiesen eine Anzahl gefangener Walachen haben erschießen zu lassen. Schuselka's Schrift „Vor und während der Revolution" ist eben erschienen.

* **Wien,** 2 Nov. Die Ostdeutsche Post, in gleichem Preßvergehen wie die „Presse" befangen, nämlich Data aus dem Fischhof'schen Proceß mit Verletzung des Amtsgeheimnisses veröffentlicht zu haben, wird in ihrem Herausgeber und Redacteur Moriz Gerold gerichtlich zur Rechenschaft gezogen. — Die preußischen politischen Zustände werden von den Wiener Journalen als fabula docens benutzt, gestern vom Lloyd, heute von der Ostdeutschen Post. Sie behauptet nämlich man rüste sich in Preußen zum Sprunge nicht vor das Jahr 1848 oder 30, sondern zurück bis nach 1790. „Dort wird vor Aller Augen die Kunst geübt das constitutionelle Princip der modernen Staatsverfassung zu eskamotiren. Und wer übt dort diese Kunst? Wer ist der Träger und Lehrer ihrer Principe? Einzig und allein die Absolutisten von gestern, die so schnell bereit waren im Herenkessel des Constitutionalismus heute Rock und Farbe zu verändern."

Nach der Ostd. Post wird die neue Eidesformel für Staatsbeamte lauten: „Sie werden einen Eid zu Gott dem Allmächtigen schwören und bei Ihrer Ehre und Treue geloben Sr. Maj. Franz Joseph I von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen ꝛc. und nach allerhöchst demselben dem aus allerhöchst dessen Stamm und Geblüte nachfolgenden Erben treue und gehorsam zu seyn. Und nachdem Sie zum — — — ernannt worden sind, so werden Sie schwören stets das Beste des Staatsdienstes im Auge zu halten, in allem und jedem die wahre Wohlfahrt der Monarchie auf Grundlage der von Sr. Maj. Ihren Völkern allergnädigst ertheilten Verfassung zu befördern. . . ." ꝛc.

Durch eine kaiserliche Entschließung ist ein Militärverdienstkreuz gestiftet worden, und dabei angeordnet daß damit für dermalen ausnahmsweise nachträglich jene Officiere zu betheilen sind denen in den Feldzügen 1848 und 1849, dann bei den in diesem Zeitraum stattgehabten sonstigen Ereignissen die Allerhöchste Zufriedenheit bekannt gegeben wurde. Dasselbe besteht aus einem silbernen Kreuz mit roth emaillirten Rändern und der Inschrift „Verdienst." Es hat nur eine Classe und wird an dem für die Tapferkeitsmedaille vorgeschriebenen Band getragen. (Wiener Ztg.)

Die Wiener Zeitung gibt über die Rückkehr der Flüchtlinge von Widdin folgende erfreuliche Details: „Von den geflüchteten ungarischen Insurgenten stand seit ihrem Eintreffen die gemeine Mannschaft mit wenigen Officieren in einem Lager — Italiener, Ungarn, Polen — abgesondert und von türkischen Truppen bewacht, vor der Stadt Widdin unter Zelten außerordentlich elend untergebracht, die übrigen und der größte Theil der Officiere wohnte in der Stadt unter Aufsicht. Durch Entbehrungen aller Art, den Mißhandlungen der Türken und der Furcht zur Annahme des Islam gezwungen zu werden preisgegeben, war bei den meisten der Wunsch rege geworden selbst auf die Gefahr der strengsten Bestrafung in ihr Vaterland zurückzukehren. Am 12 d. langte hier der k. k. österreichische General Hauslab an, und wurde von dem hiesigen Statthalter Zia Pascha mit orientalischem Pomp und Auszeichnung empfangen. Die freudige Stimmung der sich nach der Rückkehr Sehnenden, die in dem österreichischen General einen Befreier ahnten, wurde dadurch gerechtfertigt daß bereits Tags darauf alle Mannschaft in die Vorstädte einquartiert wurde, und wenigstens jetzt bei dem Eintritt der schlechten Witterung vor derselben geschützt war." Am 16 d. früh wurde an das k. k. Consulargebäude nachstehende Proclamation angeheftet: „Die k. k. österreichische Regierung hat, nachdem sie in Erfahrung brachte daß viele ihrer Unterthanen sich hier in trauriger Lage befinden und den Wunsch hegen zurückzukehren, in ihrer väterlichen Vorsorge sich bewogen gefunden diesen von wahrer Reue erfüllten, und im Durchschnitt gewiß mehr verführten als mit Bewußtseyn schuldigen Kindern des Vaterlandes dasselbe wieder zu eröffnen, und wegen der hiezu nöthigen Einleitungen mich hieherzusenden. Der gesammten Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, insofern es österreichische Unterthanen sind, wird straffreie Rückkehr in das Vaterland verbürgt, jedoch mit der Bestimmung daß sie nach Befundnahme ihrer Tauglichkeit wieder in die k. k. Armee ohne Rücksicht auf die früher bekleidete Charge eingetheilt werden. Jene Cadetten, Expropriis oder Unterofficiere und Soldaten welche nach dem Uebertritt in das Insurgentenheer zu Officieren vorgerückt sind, werden in diese Bestimmung miteinbegriffen. Die Officiere des Insurgentenheeres welche als solche schon in der k. k. Armee dienten, oder jene welche nicht in derselben gedient haben, haben sich bei der Rückkunft nach Oesterreich der Untersuchung der betreffenden Commissionen und deren Aussprüche zu unterziehen. Um die Abtransportirung mit möglichster Schnelligkeit und doch der nöthigen Ordnung einleiten zu können, haben sich alle jene Officiere und die höchsten Chargen der Truppenabtheilungen welche die Rückkehr wünschen, schleunigst bei mir zu melden um dann durch sie die Verfassung der Listen über die Mannschaft und deren Eintheilung veranlassen zu können. Der Abmarsch geschieht sogleich nach dem Eintreffen der Dampfschiffe, welche bereits heute von Orsowa hieher bestellt wurden. Nachdem vollkommene Straflosigkeit zugesichert wird, versteht es sich von selbst daß bei der Assentirung der Individuen des ehemaligen Insurgentenheeres keine Verurtheilung zu einer lebenslänglichen Dienstzeit, oder immerwährendem Verbleiben als Gemeiner stattfinde. Widdin, 16 Oct. 1849. Hauslab, m. p. Generalmajor."

Innsbruck. Der „Bote von und für Tirol" enthält nachstehendes: Der Deputation der Stadt Innsbruck welche zur Förderung des Baues der bayerisch-tirolischen Eisenbahn sich nach Wien begeben hatte, wurde auf die an das Ministerium überreichte Eingabe folgende Antwort ertheilt: „Die von der löblichen Deputation mir überreichte schätzbare Eingabe vom 13 d. M. entwickelt die Verhältnisse welche für Tirol den baldigen Bau von Eisenbahnen und namentlich jener von Innsbruck an die bayerische Gränze bei Kufstein, höchst wichtig und wünschenswerth machen. Es gereicht mir zum wahren Vergnügen Ihnen hierauf erwiedern zu können daß die Verhandlungen wegen dieser Bahn bereits aufgenommen sind; daß der bayerischen Regierung die Anlegung der Bahn von Rosenheim gegen Kufstein sogar als Bedingung des Anschlusses der von ihr beabsichtigten München-Salzburger Bahn an das österreichische Eisenbahnsystem gesetzt wurde, und daß die Ausführung der tirolischen Bahn auf Staatskosten, sobald Bayern seinerseits den Bau beginnt, unverweilt in Angriff genommen werden wird. Ich kann bei diesem Anlasse nicht mit Stillschweigen

*) Aus Berlin und Dresden wird bis jetzt bloß die Abreise der beiden Königinnen angezeigt.

übergehen daß der Oberbaudirector im lomb.-venetianischen Königreiche, Sectionsrath Ritter v. Negrelli, angewiesen ist die Ausästung der lomb.-vent. Bahn durch Südtirol nach Botzen in Erwägung zu nehmen, und die Einleitungen für diesen Bau unverweilt zu treffen. So läßt sich erwarten daß Tirol binnen wenig Jahren im Norden und Süden die gewünschten Eisenbahnen besitzen wird, zu deren Verbindung dann nur noch das Problem der Uebersteigung des Brenners zu lösen bliebe. Zugleich werden, wie ich hoffe, die braven und tapferen Tiroler die Ueberzeugung schöpfen daß die Centralregierung das Wohl und die Wünsche ihres tig im Auge hat, und daß Se. Maj. unser allergnädigster Kaiser ihrer schönen Landes sorgfällig auch in neuester Zeit so glänzend erprobten un- Treue und unerschütterlichen Hingebung mit anerkennender Huld gedenke.

Wien, 24 Oct. 1849. v. Bruck.

Spanien.

Nähere Andeutungen über die eigentlichen bewegenden Ursachen der letzten Hofintrigue (S. d. Beilage) finden sich in den englischen Blättern. So sagt der Examiner: „Die wirkliche Königin von Spanien ist seit vielen Jahren Christine. Sie hat es regiert, Revolutionen geleitet, mit fremden Höfen gezettelt, ihre Töchter an Ludwig Philipp verkauft, alles Geld eingesteckt und alle Macht gehandhabt, während die „unschuldige Isabelle" sich in eine Reihe nicht sehr respectabler Vergnügungen vertiefte. Christine war so glücklich einen Haudegen zu finden, der zuerst sie selbst restaurirte und seitdem sie jederzeit gegen die liberale Partei vertheidigte. Dieser Mann des Säbels war Narvaez. Nie waren zwei Menschen einander unentbehrlicher als Narvaez und Christine, und nie haben zwei Menschen einander herzlicher verabscheut — stets mit einander hadernd, und stets das Bedürfniß fühlend sich zum Schein wieder auszusöhnen. So lebten Narvaez und Christine neben einander fort und theilten die Macht unter sich, während jedes derselben Tag für Tag auf den Ruin des andern sann, und doch jedes die Süßigkeit der Rache, als gefährlich oder selbstmörderisch, aufschob. — Welches Ereigniß oder welche Intrigue nun doch einen Bruch herbeiführte ist noch unaufgehellt. Wir wissen nur daß Christine endlich den Narvaez aufzuopfern beschlossen, und daß dieser, obgleich er ein zähes Leben zeigt und sich nach einem großen Fall nochmals auf seine ministeriellen Füße gestellt hat, doch kaum lange mehr im Besitze der Gewalt bleiben wird. Nach dem Versuch, wenn nicht den Zea Bermudez, doch einen seiner Verwandten an die Spitze der Geschäfte zu stellen, scheint es daß von der Partei dieses Mannes der Schlag ausging der den Narvaez stürzte. Zea Bermudez hat eine Grille, nämlich die: Isabellen von Oesterreich und Rußland anerkannt und in den Kreis der legitimen Monarchen aufgenommen zu sehen. Der Marques v. Bedmar, der Günstling der jungen Königin, ward unlängst von Narvaez ins Exil geschickt, und er reiste für die Zwecke des Zea Bermudez. Er ist eben zurückgekehrt, und bei der einigermaßen drohenden Haltung welche Frankreich und England gegen das östliche Europa angenommen, ist es wichtig Spanien jenen Staaten zu entfremden. Dieß war um so nöthiger, als Narvaez, in engem Einverständniß mit Ludwig Napoleon, sich alle Mühe gab mit England Frieden zu schließen. So wurde sein Sturz beschlossen und ein mehr absolutistisches Ministerium berufen, welches bestimmt war Spanien auf gleiche Linie mit Rom und Neapel zu stellen."

Daily News argumentirt: „Die Generale sind jetzt an den meisten festländischen Höfen, unmittelbar oder mittelbar, die Minister. In Spanien war Narvaez seit vielen Jahren Herr und Gebieter. Diese Unterordnung unter die Soldateska muß aber Königen und Höfen im Grunde sehr verdrießlich seyn, namentlich wenn der Souverän selbst keine Uniform anziehen kann. In der That, allmählich werden die Fürsten finden daß Repräsentativ-Versammlungen, selbst bei etwas unruhiger Volksstimmung, weniger anmaßliche Controlführer sind als jene Dictatoren mit Epauletten. Die Königinnen von Spanien haben jedenfalls ihre Lage unleidlich gefunden und sich empört. Zwar sind wir auf Conjecturen angewiesen, aber wir irren wohl nicht wenn wir muthmaßen daß die priesterliche Reaction, welche jetzt überall in Europa so thätig ist, und welche die römische Geschichte in Bewegung gesetzt, dem Sturze des Narvaez nicht fremd war. Narvaez zeigte sich in letzter Zeit lau hinsichtlich des römischen Kreuzzugs. Anfangs hatte er sich, wohl auf Frankreichs Eingebung, warm dafür interessirt, aber neuerlich wünschte er sich davon zurückzuziehen, vermuthlich auf dieselbe Eingebung. Narvaez, durch seine Heirath mit den Bonapartes verbunden, zeigte keine Lust im Waschen der schmutzigen Cardinalswäsche über die Rathschläge des Palastes Elysée hinauszugehen. Im gleichen Geiste hielt Narvaez die Montpensiers von Madrid entfernt und in einer Art von Ungnade. Jetzt, wo Restauration der allgemeine Gedanke ist, und die ältern und jüngern Zweige der Bourbonen sich verständigt haben, thut es noth den Weg zu dem gemeinsamen großen Ziele vorzubereiten. Se. Ex-Majestät Ludwig Philipp verzichtet für sich, seine Söhne und Enkel auf seine Thronansprüche in Frankreich zu Gunsten des Herzogs v. Bordeaux. Da dieser Prinz keine Leibeserben hat, so fällt dann natürlich die Krone von Frankreich an das Haus Orleans zurück, welches sofort als legitimer Erbe eintritt. Während dergestalt über die französische Krone fideicommissarisch verfügt wird, soll die spanische nicht an den ältern Zweig zurückfallen, sondern auf die Montpensiers übergehen. Narvaez soll dieser Uebereinkunft im Wege gestanden seyn. Er liebte niemals die allzu enge Verbindung zwischen der Krone von Spanien und Frankreich, weil er darin eine Abhängigkeit seines Vaterlandes sah. Dieß, versichert man, war die entfernte, wenn nicht die unmittelbare, Ursache seiner Entlassung."

Madrid, 26 Oct. Die Gaceta enthält ein k. Decret welches dem Minister des Auswärtigen Vollmacht überträgt alle kgl. Hofstellen zu besetzen! Narvaez hatte diese Bedingung gestellt. Es gehen Gerüchte von einer Modification des Ministeriums durch Heranziehung einiger Exaltados, denen Narvaez sich sichtbar genähert hat. Das Ministerium hat beschlossen Hrn. Mon als Candidaten um die Präsidentschaft der Deputirtenkammer zu unterstützen. Ein Brief an den nach Sevilla verwiesenen Pater Fulgencio, vormaligen Beichtvater des Königs, ward auf der Post weggenommen, weil man glaubte er sey vom Könige geschrieben, dieser läugnete aber der Verfasser zu seyn. Franz v. Assis ist noch schweigsamer geworden als früher, benimmt sich aber aufmerksam gegen die Königin und höflich gegen die Minister. (Franz. Bl.)

Großbritannien.

London, 31 Oct.

Die Toryblätter erneuen das oft dagewesene Gerücht von einem unheilbaren Zerwürfniß zwischen Viscount Palmerston und Lord Grey, dem Colonialminister, welches zu dem Austritte des einen oder des andern aus dem Cabinet führen dürfte. Das eine wie das andere würde ein Gewinn fürs Land seyn, meint der Standard, findet aber selbst die Sage nicht sehr glaubhaft. Uebrigens ist die Partei Grey im Ministerium vier Mann stark: Graf Grey selbst; Sir George Grey, der Staatssecretär des Innern; Sir Charles Wood, der Schatzkanzler; und Graf Clarendon, der Lordstatthalter von Irland. Palmerston steht allein.

Die Zeitungen besprechen die städtische Festlichkeit bei Eröffnung der neuen Kohlenbörse in höchst ausführliche Schildereien. In welchem Geschmack sie theilweise gehalten sind, erhellt aus folgender Stelle im Globe (der sie jedoch selbst zu stark gewürzt findet): „Der ehrwürdige Strom floß ruhig wie immer, unbewußt daß er königliche Personen auf seinem Rücken trug." Das Fest und der dabei für das Königthum kundgegebene Enthusiasmus müssen übrigens wieder als Beweise dienen wie sehr England den Continentalländern an loyaler Gesinnung voraus sey; behauptet doch der Standard: Königin Victoria und Kaiser Nikolaus sey dermalen die einzigen Monarchen die sich ohne militärische Bedeckung unter ihrem Volke zeigen könnten — eine Bravade die offenbar nur lächerlich ist. Zum Dank für die schöne Anordnung und die ihrem Gemahl und ihren zwei ältesten Kindern bezeigte Anhänglichkeit hat die Königin dem Lordmayor den Baronetstitel verliehen. Zu ihrem Privatcassier (keeper of the privy purse) haben die Königin und Prinz Albert den Oberstlieutenant C. B. Phipps, bisherigen Privatsecretär Sr. königl. Hoh., an des verstorbenen G. E. Anson Stelle ernannt.

⁑ Die Kunde vom französischen Ministerwechsel, welche nach Augsburg vier Tage brauchte, war durch den elektrischen Telegraphen schon am 1 Nov. Nachmittags 5 Uhr nach London gelangt. Die Börse war an diesem Tage geschlossen, so daß der Eindruck der Nachricht auf die Fonds nicht sichtbar geworden ist. — Die Königin-Wittwe befand sich etwas besser.

Frankreich.

Paris, 1 Nov.

Mit dem neuen Ministerium hat es seine Richtigkeit — es ist das Ministerium vom 31 Oct. Ein Extrablatt des Moniteurs von gestern Abend bringt die Ernennungen, und der Telegraph beförderte sie nach Straßburg*). Es ist ganz dieselbe Liste welche wir bereits mitgetheilt haben, mit der einzigen Abänderung daß das auswärtige Departement Hrn. v. Rayneval übertragen ist. Es war Hrn. C. Perier, dem Sohn des berühmten Casimir, wirklich angeboten, aber von ihm ausgeschlagen worden. Da Hr. v. Rayneval (Tochtermann des Eigenthümers des Journal des Débats) in diesem Augenblick abwesend ist (er hat den neapolitanischen Gesandtschaftsposten und befindet sich in Gaëta), so übernimmt General d'Hautpoul einstweilen auch dieß Portefeuille. Jedenfalls geht er nun nicht nach Rom um die Expeditionstruppen zu commandi-

*) Der Telegraph war dießmal nicht besonders schnell: die Depesche war am 1 Nov. 2 Uhr abgegangen, und am 2 Abends 4 Uhr angekommen.

ren. Die neuen Minister sind parlamentarisch homines novi. Die HH. Parieu und Rouher sind Repräsentanten aus Auvergne, beide Juristen, der erstere auch Staatsökonom; Hr. Bineau ist Ober-Ingenieur der Bergwerke, und saß auch in der Deputirtenkammer wo er mit der dynastischen Linken stimmte. Hr. Ferdinand Barrot ist Advocat in Paris. Hr. Dumas als Chemiker ausgezeichnet; Hr. Romain des Fossés, Gegenadmiral, hatte die unglückliche Geschichte bei Madagascar. Hr. A. Fould, der jüdische Bankier, jetzt Finanzminister, ist auch der Privatbankier des Hrn. Bonaparte. Gestern Vormittag wußten die vorigen Minister selbst noch nicht was man im Elysée vorhatte. Um 10 Uhr war Ministerrath, in welchem der Präsident der Republik sie zwar seiner persönlichen Achtung versicherte, aber zugleich erklärte das Cabinet besitze in seinen Augen nicht die gehörige Unabhängigkeit gegenüber der Majorität der Nationalversammlung.. Er nahm dabei Beziehung theils auf die Verhandlungen über die italienische Frage, theils auf die letzten Berathungen des Staatsrathsvereins, dessen Chefs sich allerdings benahmen als ob sie ohne weiteres über die Portefeuilles zu verfügen hätten. Auch beklagte er sich über die Langsamkeit womit das Cabinet sich entschließe die im Personal der Verwaltung und im diplomatischen Corps nöthigen Veränderungen vorzunehmen, zog aus all diesem den Schluß daß die vertraute Uebereinstimmung zwischen ihm, dem Chef der vollziehenden Gewalt, und seinen Ministern, nicht bestehe, kurz deutete ihnen an daß sie sein Vertrauen nicht mehr besitzen und daß er gesonnen sey andere Minister zu wählen. Hr. O. Barrot, der zu Bougival war, wußte um 2 Uhr Nachm. noch nichts von seiner Abdankung, und die neuen Minister saßen noch als einfache Mitglieder in der Nationalversammlung als sie nach dem Elysée gerufen wurden um ihre Bestallung zu empfangen. Der Versammlung selbst wurde das Ereigniß durch eine Botschaft an das Präsidium angezeigt das die Linke mit scheinbarer Ruhe, die Majorität mit dem Gefühl der Verwunderung und Betroffenheit aufnahm. Es ist der Versuch der persönlichen Regierung, die Emancipation von der parlamentarischen Majorität, was Hr. L. Bonaparte die Nothwendigkeit einer einigen und festen Leitung nennt. Sein Wahlspruch bleibt: im Innern Ordnung, Autorität, Religion, Volkswohl; im Aeußern Nationalwürde. Er verspricht den Gedanken der Wahl des 10 Dec. zu verwirklichen — die Autorität zu heben ohne die wahre Freiheit zu beunruhigen, das religiöse Princip zu befestigen, ohne etwas von den Eroberungen der Revolution aufzugeben, und so das Land zu retten trotz der Parteien, der Ehrsüchtigkeiten und selbst der Unvollkommenheiten welche die Institutionen enthalten könnten. Die Werkzeuge zu diesem großen Werk hat er nun im Kreis seiner Umgebung, in einen zwar aus der Majorität, aber ohne Rücksicht auf die parlamentarische Geltung gebildeten Bonapartistischen Cabinet gesucht, und man wird bald sehen ob er sie auch gefunden hat. Das Cabinet Barrot hatte übrigens gegenüber der verfassunggebenden Nationalversammlung zuerst das Beispiel gegeben einer Regierung die außerhalb der parlamentarischen Leitung steht. Nach Anhörung der Botschaft ging die Nationalversammlung in unbeschreiblicher Aufregung auseinander, nachdem sie sich zuvor bis Freieg vertagt hatte.

Türkei.

* **Konstantinopel,** 17 Oct. Man schreibt aus Skala nuova daß ein Boot von Tscheschme, auf dem sich das bekannte englische Parlamentsmitglied Hr. Urquhart befand, von griechischen Seeräubern überfallen wurde, wobei letzterer alles was er bei sich hatte, einbüßte. Der seit vielen Jahren hier ansässige italienische Advocat Loschi, welcher in letzter Zeit unter dem Schutze der Pforte stand, wurde am 13 d. zur Tageszeit auf öffentlicher Straße von einem Slavonier mörderisch angefallen, der ihn mit einem Stock so arg mißhandelte daß er für todt liegen blieb. Der Thäter wurde sogleich verhaftet. — Nachschrift vom 20 Oct. Der Advocat Loschi ist an den erhaltenen Wunden gestorben.

Hayti.

Die Berichte von Port-au-Prince in den nordamerikanischen Zeitungen reichen bis zum 20 Sept. Kaiser Soulouque hatte in Paris einen zweisitzigen Thron für sich und seine Kaiserin bestellt, der an Pracht die vornehmsten europäischen verdunkeln soll. Deßgleichen hat Se. Maj. zwei Ritterorden, für seine neue Noblesse geschaffen — daß sie „Verdienste" hat versteht sich von selbst: der eine heißt St. Faustins-Orden, der andere Orden der Ehrenlegion. Uebrigens hatte der Kaiser alle politischen Gefangenen in Freiheit setzen lassen, und eine Amnestie für die nach Jamaica u. s. w. Geflüchteten versprochen. Der Handel stockte, zumeist in Folge der Strenge womit die Monopolgesetze gehandhabt werden. Die Häfen sollten 30 Tage lang für alle Ein- und Ausfuhr in fremden Schiffen geschlossen bleiben.

Handels- und Börsennachrichten.

Amsterdam, 1 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $33\frac{5}{16}$; 3proc. $62\frac{5}{8}$; 4proc. $82\frac{1}{4}$; Met. 5proc. $84\frac{5}{8}$; belg. $2\frac{1}{2}$proc. $40\frac{1}{8}$; Ard. $12\frac{3}{8}$. Curs auf London 12.05 f. P. Curs auf Hamburg $34\frac{15}{16}$ f. G. Curs auf Frankfurt $98\frac{7}{8}$ P.

° **München,** 3 Nov. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 11,584 Sch., wovon 10,958 Sch. verkauft und 726 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 48 kr. (gest. um 22 kr.), Korn 7 fl. 11 kr. (gest. um 6 kr.), Gerste 6 fl. 53 kr. (gest. um 10 kr.), Haber 4 fl. 21 kr. (gest. um 4 kr. Die Reste bestunden in 305 Sch. Weizen, 357 Sch. Gerste. Umsatzsumme 85,930 fl. Mittelgattungen Hopfen 80 bis 100 fl., vorzüglichere Qualitäten 110 bis 140 fl.

Frankfurt a. M., 3 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{1}{2}$; 4proc. $70\frac{3}{8}$; 3proc. $52\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$proc. 45; Bankactien 1325; 500fl.-Loose 151; 250fl.-Loose $105\frac{1}{4}$; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $100\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldsch. $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $85\frac{1}{2}$ P.; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $85\frac{1}{2}$; württ. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{8}$; bad. 5proc. $97\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $78\frac{1}{2}$; Lotto-Anl. à 50 fl. $53\frac{1}{4}$; 35fl.-Loose $31\frac{3}{4}$; darmstädt. 4proc. $88\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{2}$; 50fl.-Loose $72\frac{1}{8}$; 25fl.-Loose $27\frac{1}{8}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $54\frac{3}{8}$; 40Thlr.-Loose $34\frac{3}{8}$; nass. 5proc. $101\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{5}{8}$; 25fl.-Loose $25\frac{1}{4}$; Frankfurt 3proc. 80; $3\frac{1}{2}$proc. $93\frac{1}{4}$. $89\frac{1}{4}$; Taunusbahn 294; holl. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{1}{4}$; span. 3proc. innere Schuld $26\frac{7}{8}$; poln 300fl.-Loose 112; 500fl.-Loose $80\frac{5}{8}$; sard. 36Fr.-Loose $32\frac{1}{2}$; Disconto $1\frac{1}{2}$ P.

♀ **Wien,** 2 Nov. Ungeachtet der besseren Notirungen aus Paris und Amsterdam waren auch heute die Curse matter, und zunächst das $4\frac{1}{2}$proc. Anlehen und Pesther sowie Mailänder Eisenbahnactien flau. Der Wechselcurs auf fremde Plätze ziemlich unverändert, doch schlossen Devisen zuletzt mehr Brief als Geld zur Notiz. Geld und Silber mehr gefragt und etwas besser bezahlt. Das Geschäft im ganzen von keinem Belang. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{2}$–$94\frac{9}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $84\frac{1}{8}$–$84\frac{1}{4}$. Loose vom J. 1834 $161\frac{1}{2}$–162, Loose vom J. 1839 $113\frac{1}{2}$–$113\frac{3}{4}$. Bankactien 1197–1200, Nordbahnactien $107\frac{3}{4}$–$107\frac{7}{8}$. Gloggnitzer 108–109, Mailänder $81\frac{1}{2}$–82, Pesther $76\frac{3}{4}$–77. London (in l. S.) 10.48 P., Hamburg $157\frac{1}{4}$ P., Augsburg uso $107\frac{1}{4}$ G., Frankfurt k. $106\frac{3}{4}$ P., l. 107 P., Amsterdam $149\frac{1}{2}$ P., Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno 106 P., Genua 125 P., Paris $127\frac{1}{4}$ P., Marseille $127\frac{1}{4}$ P. Goldagio für kais. Münzducaten $12\frac{5}{8}$. Silberagio 7 Procent. Dem heut erschienenen Ausweise zufolge über den Stand der österreichischen Nationalbank vom 30 Oct., betrug der Baarfonds der Bank an ausgeprägter Conventionsmünze und Silberbarren 28,862,937 fl. $19\frac{1}{4}$ kr. und der Banknotenumlauf 256,678,214 fl. Das Gesammtportefeuille (für escomptirte Effecten und jene vom Wiener Aushülfscomite, vom Brunner-, Pesther- und Prager-Handelsstand mitbegriffen) umfaßte 25,722,711 fl. 24 kr., und die Vorschüsse gegen statutenmäßig deponirte inländische Staatspapiere, sowie an den Lloyd und einige Sparcassen außerhalb Wien, beliefen sich auf 20,005,800 fl. Die von der Bank an den Staat geleisteten Vorschüsse betrugen an verzinslichen 137,051,244 fl. $24\frac{2}{4}$ kr. und an unverzinslichen 81,552,708 fl. $41\frac{3}{4}$ kr. — zusammen also noch 218,603,953 fl. $6\frac{1}{4}$ kr.

Berichtigung.

In der heutigen Beilage S. 4084, Sp. 2, Z. 22 muß es heißen: „Bustillos, Marineminister; Armesto, Finanzen." Ebendaselbst S. 35 lese man „die Mancha befriedete", anstatt „befehligte."

In der gestrigen Zeitung ist S. 4778 Sp. 2, Zeile 15 v. u. zu lesen: schwächen statt sprächen. S. 4779 Sp. 1, Zeile 29 v. o. modus statt motus.

Verantwortliche Redaction:
Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Melchior Goldast von Haimendsfeld,

geboren 1576 bei Bischofzell im Thurgau, gestorben 1635 zu Gießen, ist in gewisser Beziehung als der Begründer der deutschen Staatsrechtslehre angesehen, und die wichtigsten seiner vielen Schriften haben sich, zum Theil durch neuere Auflagen, als unentbehrliche Hülfsmittel bis auf den heutigen Tag auf den Repositorien der Staatsrechtslehrer erhalten, wie denn der berühmte Pütter denselben trotz ihren Mängeln einen immerwährenden Gebrauch prophezeit hat. Goldast hat bekanntlich, der erste unter einer ganzen Reihe gelehrter Antiquare — einer Gelehrtenclasse, deren Werth die Neuzeit, jemehr jene ausstirbt, desto höher zu schätzen wissen sollte — die das heilige römische Reich deutscher Nation angehenden öffentlichen Actenstücke aus Archiven und Privatbibliothken zu sammeln und herauszugeben angefangen, wodurch er sich um die Wissenschaft des deutschen Rechts ein Verdienst erworben, welches ihm nach Hrn. Coerings Ausdruck, wäre er unter den alten Athenern geboren gewesen, unzweifelhaft einen Platz im Prytaneum gesichert hätte. Seine äußerst zahlreichen Schriften sind aber zum Theil durch die beharrliche Ungunst des Schicksals, das schon den Verfasser hart verfolgt hatte, so außerordentlich selten geworden daß nicht leicht eine der öffentlichen Bibliotheken Deutschlands, dem er doch sein Leben in unermüdlicher Thätigkeit gewidmet, sich wird rühmen können dieselben vollständig zu besitzen. Insbesondere sind aber Goldasts zahllose Briefe an die berühmtesten Gelehrten seiner Zeit und jener Zeitgenossen an ihn zum größten Theil nach allen Winden zerstreut, und trotz ihrem hohen historischen und litterarischen Interesse bisher der gelehrten Welt vorenthalten worden — ein Umstand den schon sein wohlverdienter Biograph, der spätere Reichshofrath Freiherr v. Senckenberg, so lebhaft beklagte und so gern gehoben hätte, weßhalb derselbe seinen vor etwas mehr als 100 Jahren gefaßten Plan Goldasts Leben würdig-ausführlich zu schildern (ea qua par est viri summi vitam descriptam exstare amplitudine), aufzugeben sich genöthigt sah. Möchte was jenem versagt war in unsern Tagen dem Unterzeichneten gelingen, der, am gleichen Orte wo Goldast weiland seine fruchtbringenden Forschungen anhob, nun dieses seines berühmten Landsmannes Andenken unter dankbaren Enkeln durch einen würdigen Bericht von seinem Leben und Wirken auffrischen möchte, und deßhalb eine dringende Bitte um Anzeige Goldastischer Manuscripte und seltener Schriften (zu welchen nur die Sammlungen der alemannischen und schwäbischen Scriptores nicht gehören) an alle diejenigen richtet welche entweder im Besitze solcher oder im Falle sind Nachweisungen zu geben wo solche aufzutreiben seyn möchten. St. Gallen, im October 1849.

W. C. v. Gonzenbach.

Aus Thüringen.

ꝛ **Gotha**, 29 Oct. Nachdem die Verfassung unsers Herzogthums beschworen, ist der Principienstreit gestillt, aber gestritten wird noch reichlich, namentlich ums Geld. Das Zerwürfniß des Herzogs mit dem Minister von Stein beruht darauf daß dieser dem Landtag besonders in Hinsicht des Kammervermögens zu große Zugeständnisse gemacht haben soll. Wie der Minister so nahm auch der Kammerdirector v. Szymborski seinen Abschied, weil er, so heißt es, im Privatauftrag des Herzogs gezeichnete (schlecht stehende) Eisenbahnactien nicht auf die jetzt ganz selbständig gewordene Staatscasse übernehmen und dem Herzog die Jagd in den Staatswaldungen nicht für eine bestimmte, dem verantwortlichen Departementsvorstande zu gering erscheinende Pachtsumme überlassen wollte, zumal landesherrliches Wildhegen und staatswirthschaftliche Forstcultur wieder in Collision gerathen würden. Der Herzog bemühte sich vergebens in Dresden einen neuen Minister zu gewinnen. Hr. v. Carlowitz war zum Besuch in Reinhardsbrunn, aber hat die Wahl zur sächsischen ersten Kammer angenommen. Hier am Orte lehnte, wie sich Herzog Ernst selbst prägnant ausdrückt, die Rechte mit nein, die Linke mit nä das Ministerium ab. Es ist deßhalb bei einem Provisorium geblieben; der alte Kutscher von Coburg-Gotha, *) der Hr. v. Stein, ist von seiner Reise hierher zurückgekehrt und wird die Zügel des Landwagens wohl wieder übernehmen müssen, da niemand die Pferde und den Weg bei Tag und Nacht besser als er zu kennen scheint. Als das Kammergut für Staatseigenthum erklärt wurde, erhielt ein Zusatz dem Herzog den Rechtsweg offen sie als Privateigenthum zu reclamiren. Dieser Weg soll, da die Opferfeuer auf dem Altar des Vaterlandes erloschen sind, versucht werden. Indeß war der Landtag, welcher das Zugeständniß machte, auf jeden Ausgang des Processes gefaßt. Fallen die Domänen an das Haus Coburg-Gotha zurück, so wird die Civilliste eine beträchtliche Herabsetzung erfahren müssen, und der Streit darum könnte für das Bestehen der kleinen Monarchie entscheidend werden. Gegenwärtig sind Landesherr und Land durch den Vergleich aneinander gebunden. Ohne das würde die Unverantwortlichkeit des Staatsoberhaupts mit 100,000 Thlr. bei 104,000 Einwohnern unverantwortlich hoch bezahlt erscheinen; der Herzog hätte als sehr reicher Grundherr kein so großes Interesse mehr die gering bezahlte Regierung in Händen zu behalten, und es scheint fast so als könnte Gotha der erste Staat werden der sich Preußen einverleiben ließe, falls die Großmächte diese Erschütterung des europäischen Gleichgewichts gestatteten. Die innern Reformen nehmen inzwischen ihren behutsamen Fortgang. Zwar erzeugt die neue Einkommensteuer viele verdrießliche Gesichter, indeß man fügt sich; nur wird über vielfach zu geringe Declaration geklagt, die wenig rechtschaffnen Bürgersinn verräth. Die Herrnhutercolonie in Neudietendorf macht jedoch eine rühmliche Ausnahme, und darf als Muster von Gewissenhaftigkeit aufgestellt werden. Bei dieser Brüdergemeinde, die freilich die Kreuzzeitung eifrig liest, würden unsere Communisten überhaupt viel praktischen Communismus lernen können, namentlich den Satz daß wenn man für eine Idee begeistert ist, man für ihre Realisation, sey es auch noch so unscheinbar, selbst Hand anlegen muß, statt die Durchführung von andern und besonders von Staats wegen zu erwarten. Die Umgestaltung der Innungen des Landes will noch nicht recht glücken. Sie besorgten bisher schon ihre Angelegenheiten selbständig durch Obermeister und Handwerksversammlungen, und die Schlichtung innerer Streitigkeiten geschieht durch Friedensgerichte. Nun wird auch der Versuch gemacht — und Hr. v. Manteuffel hat ja die Versuche erlaubt! — die Gewerbe nach ihrer Verwandtschaft in Gruppen zu vereinigen, welche in jedem Gewerbebezirk gemeinschaftliche Vertreter wählen, denen als Gewerberath die Ueberwachung sämmtlicher Innungsanstalten, die Aufsicht über Behandlung und Unterweisung der Lehrlinge, die Aufsicht über Gesellen- und Meisterprüfung, die Unterstützung verarmter Meister und Gesellen etc. obliegt. Hätte man nun folgerecht aus den Gewerberäthen eine Gewerbekammer für das ganze kleine Land gebildet, welche die Begutachtung und Beantragung gewerblicher Gesetze, die Regelung des Arbeits- und Handelsgebiets u. s. w. in die Hand nähme, so war das Ganze organisch abgeschlossen. Statt dessen soll aber in jedem Gewerbsbezirk, deren wahrscheinlich 9 gebildet werden, eine besondere Gewerbekammer existiren: es fehlt also die Verpflichtung zu gemeinsamer Verständigung, die Regierung muß nach den verschiedenen, namentlich zwischen Land und Stadt gewiß immer noch abweichenden Gutachten eine Entscheidung treffen, und diese wird von den dissentirenden Gewerbebezirken stets als aufgedrungen betrachtet werden. Schon weicht das provisorische Statut der Innungen der Residenzstadt Gotha von dem der Stadt Ohrdruff, dem der Stadt Waltershausen und dem des Amtsbezirks Ichtershausen ab; da es aber erst provisorisch, so läßt sich vielleicht noch abändern.

*) Ich denke an Kaunitz, den Hormayr den alten Kutscher von Europa nennt.

Preußische Kammerverhandlungen.

ꝟ **Berlin**, 31 Oct. In der zweiten Kammer kam heute der Art. 40 der Verfassung zur Berathung. Derselbe lautet: „Das Recht der freien Verfügung über das Grundeigenthum unterliegt keinen andern Beschränkungen als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundeigenthums und die Ablösbarkeit der Grundlasten wird gewährleistet. Aufgehoben ohne Entschädigung sind: a) die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obrigkeitliche Gewalt, sowie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und Privilegien, wogegen die Lasten und Leistungen wegfallen welche den bisher Berechtigten oblagen. Bis zur Emanirung der neuen Gemeindeordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizeiverwaltung; b) die aus diesen Befugnissen, aus der Schutzherrlichkeit, der früheren Erbunterthänigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbeverfassung, herstammenden Verpflichtungen. Bei erblicher Ueberlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung des vollen Eigenthums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer Zins vorbehalten werden." Die Commission beantragt unveränderte Beibehaltung des ersten Satzes, schlägt aber statt des zweiten und dritten die allgemeinere Fassung der ersten Kammer vor. Die Worte: „bis zur Emanirung" etc. will sie unter die Uebergangsbestimmungen gestellt wissen. Zunächst kommt der erste Satz zur Discussion, zu dem v. Bodelschwingh (Hagen) das Amendement gestellt hat die Worte: „die Theilbarkeit des Grundeigenthums und" zu streichen.

Die Vertheidiger des Amendements — Bodelschwingh, v. Klützow, v. Paguilhen — glauben man dürfe der künftigen Gesetzung nicht die Hände binden, die hier möglicherweise veränderte politische und sociale Verhältnisse zu berücksichtigen hätte. Die Aufnahme dieser Worte in die Verfassung könnte zu der Meinung Anlaß geben als ob die Theilbarkeit des Grundeigenthums in infinitum gewährleistet sey. Die Zersplitterung des Grundbesitzes habe allzu großen Volkszuwachs und Verarmung zur Folge. Gegen die Amendements sprechen Osterrath, Aldenhoven und Lensing. Bei der Theilbarkeit des Grundeigenthums sey weder eine Theilung in infinitum noch die Zerstückelung aller großen Güter zu fürchten. Die Theilbarkeit müsse aber in der Verfassung gewährleistet seyn, weil sonst Beschränkungen versucht werden könnten, wie dieß früher geschehen sey. Auch dürfe den Mitgliedern des vierten Standes nicht die Möglichkeit entzogen seyn einen kleinen Grundbesitz zu erwerben. Nachdem der Minister des Innern erklärt: er habe weder gegen den Commissionsantrag noch gegen das Amendement etwas einzuwenden, wird dieses verworfen; der erste Satz des Artikels 40 bleibt daher unverändert. Ein Zusatz der ersten Kammer, wornach für die todte Hand Beschränkungen des Rechts Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen zuläßig sind, wird genehmigt. Zu dem zweiten stellt der Abgeordnete Robe das Amendement, die Worte „Hoheitsrechte und Privilegien“ so zu lesen: „Hoheits-Rechte und -Privilegien.“ Der Antragsteller und die Abgeordneten Schöpplenberg und Winzler suchen nachzuweisen daß die schlesischen Verhältnisse die bestimmteren Bezeichnungen des Artikels der Verfassung erfordern. Der Referent Simson muß dieß einräumen, meint aber daß auch durch den Commissionsantrag die Sachlage nicht alterirt werde. Die Kammer genehmigt nur den Vorschlag der Commission wornach der Satz „bis zur Emanirung“ ꝛc. unter die Uebergangsbestimmungen verwiesen wird. Die Aenderungen der ersten Kammer verwirft sie, und nimmt den ursprünglichen Text mit dem Amendement Robe's an. Dann kommt noch der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Classensteuerbefreiungen zur Berathung. Mehrere Amendements, welche verlangen daß vorläufig noch die Schullehrer befreit seyn sollen, werden verworfen, nachdem die Gegner hervorgehoben daß die Schullehrer in ihrer Mehrzahl dieß selber nicht wünschen und aus politischen Gründen nicht wünschen können. Der Antrag der Commission das Gesetz in ihrer Fassung, wo nur Unterofficiere ausgenommen sind, zu genehmigen wird angenommen.

Die gegenwärtige Lage Schleswig-Holsteins.

* **Von der Ostsee,** 26 Oct. Niemals habe ich, seit manchem Jahr die Verhältnisse und Bewegungen meines nähern Vaterlandes beobachtend, mit so schmerzlichem, niederbeugendem Gefühl die Feder ergriffen als in diesem Augenblick wo eine kurze und wenigstens in einigen Punkten erhebende Vergangenheit abgeschlossen daliegt, wo die Gegenwart zerrissen und stumm ist, und wo kein menschliches Auge vermag das Räthsel auch nur der allernächsten Zukunft dieser schönen, festen, edlen Lande zu durchschauen. Das tiefe Schweigen das darauf ruht, ist ein Schweigen des Kummers und Grimmes zugleich; es ist nicht die Lautlosigkeit einer bewältigten und fürchtenden Partei, nicht die Stille der Kraftlosigkeit; es ist der Schmerz über die Lage unsers Landes und die Ahnung einer trüben, leidenvollen Zeit, der wir allein widerstehen könnten wenn wir nicht durch die gebunden wären die, wenn sie uns wirklich geholfen, doch unsern Feinden allein genutzt haben. Und weiter geht die Klage derer die die hohe Bedeutung des jetzt zerrissenen Schleswig-Holsteins für Deutschland und seine Zukunft kennen, und die den Verlust den Deutschland in uns leidet, nicht minder hoch anschlagen als den den wir selber erdulden. Ist es nicht eine mehr als ernste Wahrheit daß Schleswig-Holstein seit so vielen Jahrhunderten allein mit dem Dänen jedesmal fertig geworden, während es in diesem Jahr trotz des deutschen Reiches, trotz aller Adressen und Reden jenseits der Elbe, mit Deutschland im Bunde, von den Dänen bewältigt ward, und daß eine deutsche Macht über uns vermocht hat was die dänische nie vermochte? Und gerade in dieser Zeit richtet sich der Blick auf dieß kleine Land; denn wenn nicht die Vorzeichen trügen, so steht eine nahe Erledigung seiner Zukunft bevor. Sie wird nicht eine freundliche werden; sie droht uns mit einem furchtbaren Unglück, Deutschland mit einem unersetzlichen Verlust. Eben darum ergreifen wir die Feder, und versuchen es noch einmal den Blick der Deutschen hierher zu richten. O daß wir die Zeit wieder zurückrufen könnten wo Verstand und Gefühl mit gleicher Kraft dieser Sache in ganz Deutschland zur Seite standen!

Es ist unsere Absicht, um dieser Theilnahme ihren festen Boden zu geben, hier in kurzen Zügen die Lage Schleswig-Holsteins sowohl nach innen als nach außen zu schildern; möge man daraus ermessen wie nahe die Gefahr, und wie groß die Fehler sind die hier begangen wurden! Wir glauben aber daß dieß von ganz besonders hohem Interesse seyn wird, denn so groß ist die Verwicklung der verschiedenen Elemente die sich hier durchkreuzen, daß wenige außerhalb unserer Gränzen im Stande seyn dürften jene Lage in all ihren Beziehungen richtig zu würdigen.

So wunderbar verwirrt und widersprechend auch die Bewegungen erscheinen mögen die in Diplomatie und militärischer Taktik in Beziehung auf Schleswig-Holstein stattgefunden haben, so werden sie doch alle selbst bis in ihren letzten Widerspruch hinein von Einem großen Satze beherrscht, den seiner Zeit weder das Frankfurter Parlament noch die preußische Politik gehörig gewürdigt hat. Nur der Instinct des Volks hat ihn begriffen; wer ihn nicht versteht wird niemals ein klares Urtheil über diese Verhältnisse besitzen.

Schleswig-Holstein ist durch seine Lage zu Wasser und zu Land, indem es einerseits allein die beiden großen deutschen Seeküsten des baltischen und des deutschen Meeres zugleich trennt und verbindet, andererseits die natürliche Brücke von Deutschland nach Scandinavien bildet, ein Land von außerordentlicher Wichtigkeit; wir sagen es unbedenklich, kein gleich großer Theil Europa's hat eine gleich große Bedeutung. Allein Schleswig-Holstein hat diese Bedeutung durchaus nur für Deutschland; es bedeutet wenig in der Hand Dänemarks, gar nichts wenn es allein steht. Und wiederum in Deutschland hat es diese Bedeutung nicht für einen einzelnen Staat, ebenso wenig für Hannover als für Preußen oder gar Oesterreich; keiner von diesen Staaten könnte mit Schleswig-Holstein etwas erhebliches beginnen, wenn auch jeden derselben andere Gründe abhalten; sondern das ist der Kern der Sache daß Schleswig-Holstein nur für das einheitliche Deutschland seinen wahren Werth hat. Aus diesem Satze, dessen unumstößliche Wahrheit jeder Ueberlegung einleuchten wird, folgt mit ganz entschiedener Nothwendigkeit daß die einzig natürliche und dauernde Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage einzig und allein aus dem Gesichtspunkt dieser deutschen Einheit gefunden werden könne. Dieß aber ist das Wesen und die Gewalt eines solchen natürlichen Princips daß jedes andere, auf ein solches Verhältniß angewendet, durchaus nichts als eine gegenwärtige Verwirrung, eine gewaltsame und darum unhaltbare Entscheidung, und den Keim künftiger Friedensbrüche mit sich bringt.

Nun ist der eigentliche Charakter der Lage Schleswig-Holsteins der daß man dieß natürliche Entscheidungsprincip aufgegeben hat, und daß damit die Herzogthümer in ein unabsehbares Chaos von äußern und innern Verwicklungen, in denen die Grundsätze den Interessen, die Interessen dem Rechte, die Rechte den Zuständen, die Zustände den Vorschlägen auf allen Punkten widersprechen. Nachdem der haltende Mittelpunkt verloren, sind die Fäden in unseligster Verwirrung durcheinander gerathen, und niemals wohl ist in Geschichte und Diplomatie ein ähnlicher Zustand gesehen worden.

Ich will es versuchen die Hauptrichtungen in diesem mittelpunktlosen Chaos, und mit ihm die Elemente der Lage zu bezeichnen in welcher sich die schleswig-holsteinische Angelegenheit in diesem Augenblick befindet. Wer sie betrachtet, wird erkennen daß mit ihnen der Beweis geführt ist wie alle Kunst und alle Kraft daran scheitert einen zweiten Ausweg zu finden, nachdem man weder den Muth noch die Einsicht hatte den ersten natürlichen und einfachen beizubehalten.

Die vier Elemente welche in und über Schleswig-Holstein walten, sind Dänemark, die Großmächte, Preußen, und Schleswig-Holstein selber. Ihre gegenseitigen Beziehungen in dieser Frage entfalten uns ein wunderbares, fast beispielloses Bild.

Dänemark zuerst begann im vorigen Jahr den Krieg mit einem Gedanken, der trotz der mannichfachsten Streitigkeiten dennoch bis zum gegenwärtigen Augenblick die Politik des Kopenhagener Cabinets beherrscht. Es wußte aus hundertjähriger Erfahrung daß es nie und nimmer im Stande seyn werde Schleswig und Holstein sich zu unterwerfen und zu danisiren. Es erkannte daher von jeher in der Verbindung Holsteins mit Schleswig die Gefahr für seine Bestrebungen, und war doch zu klein um Schleswig ganz aufgeben, zu stolz um eine Theilung Schleswigs zulassen zu wollen. Es wollte daher und will vor allen Dingen zuerst und zuletzt eine Trennung Schleswigs von Holstein mit einer Verbindung Schleswigs und des eigentlichen Königreichs. Es will dieß, aber es will auch nichts weiter. Holstein mag seinethalben Republik oder Monarchie, deutsch, englisch, französisch oder russisch werden, wenn es nur gründlich von Schleswig getrennt ist. Geschieht dieß, so ist es ihm nicht weniger gleichgültig in welcher Form Schleswig mit Dänemark verbunden wird. Allerdings wird es immer dahin streben daß die schleswig'schen Stände mit den dänischen vereint werden; aber es würde schon mit einer bloßen, nach Kopenhagen zu verlegenden höchsten Verwaltung für Schleswig zufrieden seyn, in der Ueberzeugung daß es bald Herr des südlichen Schleswigs und seiner deutschen Sympathien seyn werde. Ich weiß wohl

daß es eine Partei in Kopenhagen gibt welche auch so noch Holstein keineswegs aufzugeben beabsichtigt, sondern eine Personalunion desselben mit Dänemark fordert. Allein diese Partei ist nicht stark, und hat zu viele schwerwiegende Gründe gegen sich als daß sie über jene den Sieg davontragen könnte; vor allem den daß Holstein innerhalb des einen dänischen Gesammtstaats ein unversöhnlicher Feind desselben und ein untilgbarer Herd der schleswig-holsteinischen Ideen seyn werde, während es, ganz von Dänemark getrennt, ein unbedeutender Nachbar ist. Jene erstere Ansicht hat daher die sichere Majorität für sich.

Warum nun bringt man diesen Plan nicht einfach zur Ausführung, und schneidet den gordischen Knoten der Frage durch, Dänemark die Aufgabe überlassend mit dem deutschen Süden fertig zu werden?

Zuerst darum nicht weil man nicht weiß was man mit dem somit selbständigen Holstein machen soll. Gäbe es ein Deutschland, und ginge Deutschland aus irgendeinem Grunde in jene Bedingungen ein, so würde Deutschland einfach Holstein als Reichsgebiet verwalten lassen, wie dieß der Sache nach seit dem Mai vorigen Jahrs geschehen ist. Da es aber ein solches Deutschland nicht gibt, so muß man einen Fürsten einsetzen. Hier sind nur zwei Fälle möglich: entweder man gibt Holstein dem dänischen Fürsten wieder als Landesherrn, oder man gibt es einem fremden. Im ersten Falle hat man das was die klügere Partei in Dänemark nicht will, die Aufnahme Schleswigs in den dänischen Gesammtstaat, und mithin den Keim einer neuen Revolution; jedenfalls aber die Nachkommenlosigkeit des Fürsten, an die sich die alte schleswig-holsteinische Frage unmittelbar wieder anknüpft. Im zweiten Fall erweckt man alle Bedenken die ein octroyirter Fürst gegen sich hat. Darum ist jene Lösung, die wir die dänische nennen, keine Lösung.

Sie hat aber zweitens den großen Uebelstand daß man doch immer nicht wissen kann ob nicht Holstein, das stark gerüstet ist, plötzlich wieder losbricht wenn ihm das Schwert der Dänen so nahe auf die Brust gesetzt wird. Man weiß daß Holstein mit den Aushebungen die sich aus Schleswig freiwillig gestellt haben, jetzt etwa 25,000 Mann stellen kann, und daß es die Dänen wahrlich nicht fürchtet. Man rechnet sehr richtig wenn man die Dänen allein für unfähig hält dieß Holstein zu unterwerfen; man fürchtet, und nicht ohne Grund, es könne gar so kommen daß die Dänen, wie bereits mehrmals geschehen, von uns recht gründlich geschlagen würden. Und dann müßten entweder nichtdeutsche Truppen den Dänen zu Hülfe kommen, was die Deutschen, besonders die Preußen, ungern gestatten, oder es müßten die preußischen Truppen gegen die Schleswig-Holsteiner marschiren um sie dem Dänen zu unterwerfen. Dieß wenigstens wagt Preußen nicht. Also läßt sich Holstein nicht füglich von Schleswig trennen ohne äußerste Gefahren; und so ist hier kein Ausweg der mit einiger Sicherheit betreten werden könnte.

Das zweite Element in dieser Frage bilden die Großmächte. Ihr Verhältniß zu derselben ist im allgemeinen ein einfaches. Sie haben von jeher erkannt daß die schleswig-holsteinische Frage vor allem eine deutsche sey; daß ein selbständiges Schleswig-Holstein auch im schlimmsten Falle einen gewissen Grad von Einheit in Deutschland erzeugen müsse, wie andererseits das einheitliche Deutschland sofort diese Frage durch ein entschiedenes Vertreten der schleswig-holsteinischen Forderungen erledigen würde. Sie wußten sehr gut daß durch die Vereinigung der Herzogthümer mit Dänemark Deutschland im Norden consolidirt, die Grundlage einer deutschen Seemacht gelegt, die Handelsverhältnisse Deutschlands dauernd geordnet seyn würden. Sie wußten daß Deutschland durch den Besitz der Herzogthümer einen mächtigen Posten in der skandinavischen Zukunft, sowie in allen das baltische Meer wie die Westsee betreffenden Fragen gewinnen müsse; sie erkannten daß erst durch den Besitz Schleswig-Holsteins der Grund für die deutsche Großmacht zur See gelegt werde. Sie stimmten deßhalb alle dahin überein daß der deutsche Gesichtspunkt die schleswig-holsteinische Frage nicht entscheiden dürfe; und dieß haben sie bis zum gegenwärtigen Augenblick mit aller Kraft vertreten. Eben darum war es seiner Zeit einer von den vielen politischen Fehlern die das deutsche Parlament beging daß es Schleswig ohne weiters in den deutschen Bund aufnahm, ohne doch den Muth zu haben weder mit Frankreich sich offen zu associiren, noch Rußland gegenüber eine ernste Haltung zu entfalten. Jetzt aber kann leider auch ein solcher Fehler nicht mehr begangen werden; die deutsche Sache liegt zu Boden, und jeder andere Gesichtspunkt wird die schleswig-holsteinische Frage eher entscheiden als der deutsche.

Darum ist das Verhältniß der Großmächte zu dieser Frage, in natürlicher Weise gegeben, ein solches daß es ihnen jetzt, nachdem die deutsche Erledigung derselben unmöglich gemacht ist, ziemlich gleichgültig bleibt wie diese Frage entschieden wird, wenn sie eben nur entschieden wird. Denn sie wissen daß die einzige Entscheidung die sie fürchteten nicht mehr eintreten kann. Und da damit der gemeinsame politische Zweck fehlt, so betrachtet jede derselben sie nur von ihrem Standpunkt.

England und Frankreich wollen Frieden und möglichst die Herstellung des alten Zustandes, ohne jedoch den Keim eines künftigen Kriegs zu legen. Sie sind, und besonders England, daher die natürlichen Vermittler. Allein weil die einzig natürliche Lösung verloren ist, so wird auch ihre Diplomatie von den entgegengesetzten Erwägungen, Hoffnungen und Befürchtungen hin- und hergeworfen. Sie haben leider gar kein selbständiges System, sie sind nur dazu dienlich die von andern vorgeschlagenen möglichst schonend zur Ausführung zu bringen. Sie werden nie die Lösung der Frage bringen, aber sie werden die Lösung, wenn sie gegeben ist, auf alle Weise durchführen. Von ihnen darf man keine Initiative erwarten.

Oesterreich, und vor allem Rußland, stehen dagegen anders. Rußland weiß recht gut daß jetzt Dänemark doch im wesentlichen seinen Willen bekommt. Es will daher nur Eins, es will durch eine möglichst starke aber vorsichtige Unterstützung Dänemarks sich einen alten und abhängigen Bundesgenossen erhalten, und indem es die Sache hinzieht, hauptsächlich Preußen in einer Weise beschäftigen die ihm soviel als möglich in allen seinen Bewegungen hinderlich, in seiner angestrebten Hegemonie soviel als möglich nachtheilig ist. Es bedarf keiner Beweise daß es dieß dadurch am besten erreicht daß es Dänemark zu immer neuen Forderungen reizt, so daß Preußen selbst mit den demüthigsten Aufopferungen die so viel und so dringend gesuchte Ruhe nicht findet. Preußen erleidet in Schleswig-Holstein täglich Schlag auf Schlag; was kann dem großen, gebornen Feinde Deutschlands erwünschter kommen? Wie endlich diese Frage entschieden wird, das ist auch Rußland jetzt ziemlich einerlei, da es weiß daß Schleswig-Holstein so wenig an Preußen als an Deutschland fallen wird; ihm ist die Hauptsache daß sie so spät als möglich entschieden wird. Und so ist alles was von den Großmächten kommt, schon seinem Ursprunge nach ein wankendes und schwankendes; sie werden die Sache nicht erledigen.

Preußen endlich, das dritte Element in diesem Streite, hat eine durchaus eigenthümliche, aber trotz der endlosesten äußerlichen Verwicklung innerlich sehr einfache Stellung, die allerdings, und zwar durch Preußens eigene Schuld, wahrlich nicht beneidenswerth ist. Wir können diese Stellung mit Hinblick auf das obige in wenig Worten charakterisiren; sie wird die ganze beklagenswerthe Haltungslosigkeit der preußischen Diplomatie deutlich genug bezeichnen.

Als Preußen im April vorigen Jahrs sich der Sache Schleswig-Holsteins annahm, that es scheinbar so als ob es diese Sache im Namen Deutschlands ergreife. In Wahrheit aber hatte es diese Absicht nicht. Es wollte erstlich jede andere Intervention ausschließen, es wollte zweitens das Entstehen der vielgefürchteten Nordalbingischen Republik verhindern, es wollte drittens seine Garden rehabilitiren. Jener Schein der Sache gab Preußen den Beruf für die Sache der Herzogthümer aufzutreten. Die Herzogthümer warfen sich ihm daher rückhaltlos — zu rückhaltlos für das Interesse beider Theile — in die Arme, und zwar mit der Erklärung daß sie in Preußen die Vertretung Deutschlands erblickten. Preußen ward dadurch gezwungen allerlei zu thun was es gerne gelassen hätte. Denn kaum war der Strom deutscher Einheitsbewegungen im Sande der Frankfurter Reden verlaufen, als es sofort diesen Schein zum größtentheil fallen ließ und seine Sonderabsichten verfolgte. Diese aber, der eigentlichen Idee der schleswig-holsteinischen Sache durchaus fremd, warfen Preußen aus der natürlich ihm angewiesenen Bahn heraus, und von da war seine schiefe Stellung unabänderlich festgestellt. Es trat nach wie vor im Namen des ganzen Deutschlands, also auch für das Recht und das Interesse desselben auf, aber in Wirklichkeit gab es die deutsche Lösung der Sache auf, und jetzt begann jene wunderliche Verwirrung die noch gegenwärtig besteht. Preußen hatte nämlich bereits im vorigen Jahr jene drei besonderen Absichten verwirklicht; seine Ziele waren erreicht, und in Wahrheit hatte es in Schleswig-Holstein gar nichts mehr zu thun. Aber es mußte dennoch im Auftrag jenes nicht mehr existirenden Deutschlands bleiben und die Verhandlungen führen. Wie war ein solcher Widerspruch haltbar ohne in immer neue, immer bedenklichere Widersprüche zu gerathen? Er war eben unhaltbar; die ganze Stellung Preußens war eine gänzlich widersinnige, und von Tag zu Tag verwickelte es sich weiter hinein in jenen Widerspruch, zum großen Jubel seiner Feinde. Dennoch sollte und mußte es irgendeinen Abschluß, irgendeinen Vorschlag zur Beendigung der verzweifelten Lage finden. Und hier zeigte sich seine beklagenswerthe Halbheit im höchsten Grade. Als preußische Macht hätte es am liebsten ein irgendwie selbständiges Schleswig-Holstein geschaffen, damit es in ihm einen treuen Verbündeten und ein Gegengewicht gegen Rußlands Einfluß in Dänemark gewänne; als Hersteller der göttlichen Ordnung in Deutschland konnte es die Revolution nicht gegen den legitimen Landesherrn siegen lassen; als Vertreterin Deutschlands konnte es kein Aufgeben des Rechts der Herzogthümer auf Einheit und Selbständigkeit der Herzogthümer zugestehen; alleinstehend gegen die übrigen

Großmächte und gegen Dänemark, konnte es diese Einheit und Selbständigkeit dennoch nicht ohne eine großartige Kraftanstrengung aufrecht halten, und wenn diese Anstrengung dem Versprechen des Königs vom 24 März v. J. entsprach, so widersprach sie doch den Principien des Cabinets welche keine Vertheidigung der Revolution zulassen. Auf diese Weise ist es gekommen daß Preußen nicht nur nicht eine annehmbare Erledigung der Frage vorgeschlagen hat, sondern daß es innerlich ganz außer Stand ist eine solche vorzuschlagen, weil eine jede Form derselben mit einer Haupttendenz des Cabinets in Widerspruch tritt. Daß diese Unfähigkeit da ist, das sieht jetzt jedermann; aber man wagt nicht sich den wahren Grund derselben zu gestehen; er liegt darin daß Preußen die einzige Basis auf welcher die Einheit und Selbständigkeit der Herzogthümer erreicht werden kann, die Basis der deutschen Zukunft verlassen hat, und doch auch nicht wagt sie offen durch ein Aufgeben der Herzogthümer aufzugeben. Diese Stellung ist eine durch und durch ungesunde; sie hat Preußen eine schwer zu heilende Wunde geschlagen, und die Zukunft wird zeigen wie viel Preußen hier verloren hat. Die Gegenwart aber beweist daß Preußen außer Stand ist diese Frage zu entscheiden.

Was soll ich nun schließlich von Schleswig-Holstein sagen? Seine Lage ist eine an sich einfache, aber im höchsten Grad traurige. Es hat sich an Preußen angeschlossen, so fest daß es außer Stand ist sich von ihm loszumachen. Es hat dieß theils, ich sage nicht allein deßwegen gethan, weil Preußen im Namen Deutschlands kam. Es sieht jetzt daß Preußen Schleswig-Holstein fallen läßt, und hat demnach kein Deutschland an das es sich um Hülfe bittend wenden könnte. Es sieht in dem Untergang Deutschlands seinen eigenen Untergang, und doch wird dieser im Namen Deutschlands herbeigeführt. Es weiß daß es allein im Stande ist gegen Dänemark sein Recht und seine Zukunft zu vertheidigen, und sieht dennoch daß gerade Preußen es davon abhält. Es ist das ruhigste, besonnenste, aller Demokratie und demokratischen Revolution abgeneigteste Land in Deutschland, und muß dennoch begreifen daß es ohne eine gründliche Umgestaltung Deutschlands verloren ist. Es trägt eine ungeheure Last, und kann dennoch nicht die Hoffnung hegen daß sie ihm im geringsten nützen wird. Es erkennt die Kurzsichtigkeit seiner Regierung in dem Augenblick wo auch der größte Genius ihm nicht mehr helfen kann. Es fühlt seine Kraft gerade da am stärksten, wo es am nächsten vor der unabwendbaren Vernichtung derselben steht. Es sieht wie die preußischen Bajonnette die deutschen Einwohner Schleswigs unterjochen; es hört daß Preußen die Cession besetzt hat, und die Auslieferung an die deutsche Centralgewalt verweigert; es wird das Staatsgrundgesetz für Schleswig aufgehoben, und von der preußischen Landesverwaltung alles Recht zerbrochen, und doch kann und weiß es nicht zu helfen, und seine kurzsichtige und aller Energie bare Statthalterschaft sieht unthätig zu. Mit welchem Namen wollen Sie daß ich diesen unglückseligen Zustand benenne?

So stehen die Dinge, und man mag nun hinhorchen und fragen nach welcher Seite man will, immer hört man die Antwort daß kein Mensch weiß wie es werden soll. Diese Rathlosigkeit aber ist nichts anderes als der entscheidende Beweis daß wirklich die einzige natürliche Grundlage der Lösung dieser Frage aufgehoben ist; mit der Auflösung Deutschlands ist die schleswig-holsteinische Angelegenheit unauflöslich geworden.

Und was folgt aus dieser gewiß unumstößlichen Wahrheit? Daß die Zukunft unseres Landes nicht eher entschieden werden wird als bis die Zukunft der deutschen Einheit entschieden ist. Ich weiß nicht ob ich das eine traurige oder eine freudige Gewißheit nennen soll; aber mir wenigstens steht sie unzweifelhaft fest. Eben darin liegt die große Bedeutung Schleswig-Holsteins, daß es durch seine unabänderlichen Verhältnisse zum Gradmesser der Entwicklung der deutschen Einheit bestimmt ist. Wenn Deutschlands Einheit aufgelöst wird, so ist Schleswig-Holstein Dänemark verfallen, und umgekehrt; keine Diplomatie wird dieß ändern. Wenn aber Deutschlands Einheit feststeht, so steht auch die Einheit und Selbständigkeit der Herzogthümer fest; und darum ist kein dauernder Friede, kein rechtes Ende in dieser Frage der Herzogthümer für sich zu finden. Nachdem einmal das wahre Verhältniß derselben zu Deutschland klar geworden, wird die Zukunft beider identisch bleiben. Im kleinen Spiegel wiederholt sich hier das Leben des Ganzen. So mächtig ist kein Mensch und kein Staat daß er diese ewige Natur des Landes ändern könnte. Es kann und wird Schleswig-Holstein nur für Deutschland verloren, aber durch Deutschland gewonnen werden. Jede Erledigung seiner Angelegenheiten ist eine vorübergehende und haltlose, die nicht die deutsche Sache und ihre feste Form zur bestimmten Grunlage hat. Das ist das unzweifelhafte Princip daß die nächste und die fernste Zukunft dieser Frage beherrschen wird.

Deutschland hat dieß bisher mehr gefühlt als begriffen. Wann wird die Zeit kommen wo das Licht des kalten festen Verstandes in öffentlichen Dingen hier mächtiger seyn wird als die Wärme des vielbewegten Gemüths?

Spanien.

Ueber die letzte Palast-Intrigue und die durch sie veranlaßte Ministerkrisis haben wir vier Briefe unseres Madrider Correspondenten vor uns liegen, die wir hier auszugsweise mittheilen wollen. Der erste Brief, v. 19 Oct., spricht von der allgemeinen Ueberraschung welche am Morgen dieses Tages die Kunde veranlaßt, daß Narvaez und seine sämmtlichen Collegen ihre Entlassung eingereicht, und daß diese von der Königin angenommen worden. Noch am Abend zuvor wußten die Minister selbst nichts von einer so drohenden Veränderung, und beschäftigten sich ruhig mit Vorarbeiten für die nahe bevorstehende Session. Ueber den Anlaß der Krisis wußte man nur so viel gewiß daß der königliche Gemahl Isabellen, auf welche er sonst so wenig Einfluß übt, bestimmt den Ministern zu bedeuten daß eine Aenderung der Administration wünschenswerth sey. Als wichtig von allen Partieen ward übrigens nur der Rücktritt des Narvaez betrachtet.

*** Madrid,** 20 Oct. Das neue Ministerium ist bereits gebildet, und besteht aus folgenden Personen: Graf v. Colombi (Bruder des Zea Bermudez), Präsident und Staatsminister, des Auswärtigen; Graf Cleonard, Kriegswesen; Don Jose Manresa, Gnade und Justiz; General Balboa, Inneres; General Bustillos, Finanzen. Noch bleibt das Handelsministerium zu besetzen, welches interimistisch von Balboa bekleidet wird. Graf Colombi befindet sich dermalen als Gesandter in Portugal, und bis zu seiner Ankunft ist Manresa mit seinem Portefeuille betraut. Noch haben sich die Leute nicht von ihrem Erstaunen erholt über den plötzlichen Sturz des Narvaez und die Erhebung von Männern welche man nie zuvor als Ministercandidaten betrachtet hatte. Graf v. Cleonard ist ein vollendeter Edelmann und tüchtiger und ehrenhafter Militär. Graf Colombi hat seit zwanzig Jahren Spanien nicht mehr betreten, aber als Bruder des bekannten Staatsmannes Don Francisco de Zea Bermudez theilt er, läßt sich annehmen, dessen politische Ideen. General Balboa ist ein Mann von Talent und Energie; er befehligte als zweiter im Commando unter General Narvaez als dieser im J. 1838 die Mancha befehligte. Armesto, früher Oberrechnungsrath, ist ein sehr geachteter Beamter. Bustillos ist Befehlshaber unseres Geschwaders im Mittelmeer; seine politischen Ansichten sind nicht näher bekannt. Manresa war früher ein wenig bekannter Advocat. Keiner dieser Männer ist Deputirter oder Senator, ausgenommen der Graf v. Cleonard, und dieser Umstand, verbunden mit den streng royalistischen Meinungen zu denen sich alle bekennen, läßt besorgen daß ein vollständiger Wechsel des Systems eintreten könnte. Bis jetzt ist übrigens kein Decret erschienen welches auf den Gang dieser neuen Verwaltung schließen ließe. Die Abdankung des Ministeriums Narvaez geschah auf eine plötzliche und auffallende Weise. Die Königin zeigte dem Grafen v. Pinohermoso (Majordomus des Palastes und Bruder des Grafen v. Molins) einen Brief des Königs, worin dieser ihr sagte: sie stehe auf einem Vulcan, und es thue noth daß sie sich um jeden Preis aus den Krallen (garras) des Narvaez und seiner Anhänger frei mache. So lauteten buchstäblich die Ausdrücke des Briefs. Bei dem Vorzeigen des Briefs fügte die Königin jenem Pinohermoso hinzu: sie müsse ihre Maßregeln ergreifen, und das thue ihr leid weil der Graf v. Molins Marineminister sey. Pinohermoso verstand dieß als einen Wink seinen Bruder davon zu benachrichtigen. Molins setzte den General Narvaez und die übrigen Minister von diesem Vorgang in Kenntniß. Was sie zusammen sprachen, hat nicht verlautet; aber gewiß ist daß die Minister sofort ihre Entlassung einreichten, und daß die Königin diese annahm ohne sich in weitere Erörterungen mit ihnen einzulassen. Ihre Maj. fuhr in das Hoftheater, wo eine Oper gegeben wurde, und ernannte sofort die neuen Minister. Die Königin-Mutter bemüht sich diese Aenderung rückgängig zu machen; es dürfte ihr aber kaum gelingen, vielleicht weil es ihr nicht recht Ernst damit ist. Niemand kann sich den Wechsel erklären, noch errathen was man eigentlich vorhat; nur dieß scheint ziemlich sicher daß die Sache schon vor längerer Zeit beschlossen war, und die Idee zunächst vom König ausging. Die 3procentigen Fonds, welche zu 28 standen, sind bis auf 23 herabgegangen.

*** Madrid,** 21 Oct. Die Scene hat sich vollständig verändert: seit gestern ist Narvaez mit dem ganzen früheren Ministerium wieder eingesetzt. Die Sache ging so zu. Um 5 Uhr Abends begab sich die Königin ins Haus ihrer Mutter, und sagte ihr: sie wünsche Narvaez zurückzurufen. Dieser und seine Collegen wurden sofort beschieden, wobei der Herzog v. Rianzares den Vermittler machte, und schon um 9 Uhr Nachts leisteten die Wiedereingesetzten den Eid in die Hände der Königin. Gleich darauf

ließen sie Verhaftungen vornehmen, darunter die der Minister Balboa und Mansera, die noch nicht wußten daß sie es zu seyn aufgehört. Mit gleicher Schnelligkeit nahm man den Pater Fulgencio, den Beichtvater und Privatsecretär des Königs, fest, deßgleichen zwei Kammerherren des Königs und mehrere untergeordnete Hofbeamte. Heute Morgens wurden der Beichtvater und General Balboa, jener nach Sevilla, dieser nach Ceuta abgeführt. Die Absetzung der Eintagsminister geschah in der verächtlichsten Form. Narvaez und seine Amtsgenossen sind voller Freude; indessen hör' ich daß viele verständige Männer, welche die Entlassung des Narvaez bedauerten, nicht weniger die Art beklagen wie er bei seiner Wiedereinsetzung, um seine verletzte Eigenliebe zu rächen, die Würde der Krone schonungslos behandelte und von dem ihm anhängenden Theile der Presse behandeln ließ. Narvaez, der gefürchtete Feind der Revolutionäre, hat hier, wo sein Egoismus mit im Spiele war, kein Bedenken getragen selbst der Revolutionspartei neuen Zunder zu liefern. Man spricht davon: der König solle seinen Posten als Palastgouverneur verlieren, und an seiner Statt ein Palastintendant ernannt werden; ja sogar von seiner Verbannung aus Madrid ist die Rede. Das wäre ein neuer Schlag für das Ansehen der Monarchie, und zwar geführt von ihren vorgeblichen Vertheidigern.

⊕ Madrid, 24 Oct. Die Wiedereinsetzung des Ministeriums Narvaez begann mit der Verhaftung und Deportation mehrerer Personen von denen man glaubt daß sie seinen Sturz befördert, und seitdem fährt es mit Maßregeln fort welche anzudeuten scheinen daß man ausnehmende Furcht vor den Carlisten hegt, als vermöchte diese so sehr gedemüthigte Partei dermalen noch irgendetwas in Spanien. Daher hat man angefangen einigen Exaltados hohe Posten zu verleihen, und befördert nachgerade eine Coalition zwischen den Moderados und Exaltados, wie um sich gegen eine dieser beiden Parteien drohende gemeinsame Gefahr zu verstärken. Diese Coalitionen, das wissen wir in Spanien aus trauriger Erfahrung, dienen nur dazu daß eine der verbündeten Parteien der andern auf die Schultern steigt. Darum sind denn auch die sich so nennenden Moderirten in großem Schrecken, denn sie sehen voraus daß, wenn auf dieser Bahn weiter vorgegangen wird, die exaltirte Partei in nicht ferner Zeit zur Macht gelangen muß. Dann würde aber für Spanien eine verhängnißvolle Epoche beginnen, welche dahin führen würde uns der zügellosesten Demagogie zu überliefern und einer schlimmern Revolution als alle früher von uns durchlebten. Hoffentlich werden die Minister, wann erst ihre Gemüther sich wieder beruhigt haben, zu einem mehr besonnenen Verfahren zurückkehren und uns nicht überstürzen; allein Besorgniß erregt der Charakter des Narvaez. Dieser so ausgezeichnete Mann hat nämlich einen großen Fehler, und dieser ist seine Schwachheit gegen seine Schmeichelei und seine allzu große Reizbarkeit. Diesen Fehler haben ihm die Exaltados abgesehen und wissen ihn zu benützen. Wer ihm am meisten schmeichelt das ist der General Infante, und diesem Manne ist es gelungen ihn auf unglaubliche Weise für sich einzunehmen. Infante besitzt viel Talent und Schlauheit, versteht sich vortrefflich darauf Clubs und geheime Gesellschaften zu organisiren und Revolution zu machen ohne sich dabei persönlich bloßzustellen. So hat die Moderadospartei wohl Ursache für die Ruhe des Landes zu fürchten. — Auch im Palaste der Königin trägt das Ministerium Sorge seine Herrschaft zu sichern, und darum verlangt es daß alle Ernennungen von Hofbeamten vom Staatsminister ausgehen sollen. So streben jetzt die Moderados das an was die Revolutionäre nie zu versuchen gewagt. Dem König-Gemahl hat man all seinen Einfluß bis auf das kleinste herab zu entziehen gesucht, ja man wollte seine Entfernung aus Madrid veranlassen. Der erstere Punkt führte zu einem heftigen Haber zwischen den obersten Palastbeamten und Narvaez, und was den zweiten Punkt anlangt, so duldete die Königin nicht daß man ihren Gemahl beleidigte. In Folge dessen findet Narvaez doch nicht gerathen auf dieser seiner übertriebenen, und dabei kleinlichen Forderung zu bestehen; hingegen hat er ein großes Spionirsystem im Palast eingerichtet. — Die Regierung hat eine fast ganz aus Exaltados bestehende Commission zu dem Zweck ernannt die Rückzugsgehalte und Pensionen zu prüfen und zu reduciren. Diese Maßregel hat Tausende von Familien, die auf diese Subsistenzquellen angewiesen sind, mit Schrecken erfüllt. Sparsamkeit im Staatshaushalt ist freilich nöthig, nur sollte sie am rechten Orte ausgeübt werden. Indessen spricht man auch von Reductionen in der Armee und von beträchtlichen Reformen in verschiedenen Zweigen des Civildienstes.

Studium der mittelalterlichen Architektur in Italien.

Rt. Neapel, 17 Oct. Die herzoglich parma'sche Regierung hat, zuerst in Italien so viel mir bekannt, die Einführung des Studiums der mittelalterlichen Architektur auf der dortigen Akademie der schönen Künste angeordnet. Ein Decret vom 3 d. M. besiehlt daß in der architektonischen Abtheilung die Baustyle der verschiedenen Völker und Zeiten vom Verfall des griechisch-römischen bis auf unsere Tage gelehrt werden sollen, die byzantinische, gothische, longobardische, angelsächsische, italienische und französische Architektur des Mittelalters, wie die des 15ten bis 17ten Jahrhunderts, mit Berücksichtigung der Ornamentik und Praxis, und genauer Charakteristik der verschiedenen Epochen. Dieß ist gewiß etwas sehr löbliches, und muß als ein erster aber entscheidender Schritt betrachtet werden von jener Mißachtung der mittelalterlichen Architektur zurückzukommen welche seit der Mitte des 15ten Jahrhunderts eingerissen ist, und Italien um viele seiner schönsten Gebäude gebracht hat. In dieser Mißachtung sind seit jener Zeit die jungen Architekten aufgewachsen: in der Schule hörten und hören sie nur von Tritume gotico reden; die HH. Professoren verspotteten was sie nicht verstanden, und wenn ja einmal eine der mittelalterlichen Kunst minder feindliche Gesinnung sich kundgab, so handelte es sich doch nur um deren nachsichtig achselzuckende Duldung. Von einem Verständniß der Regeln derselben ist nie die Rede gewesen; seit Brunnelleschi's und Leon Batista Alberti's Zeiten hat man sich nur bemüht die antiken oder antikisirenden Formen wieder anzuwenden (wäre es immer mit dem Genie und Geschmack dieser großen Männer geschehen!); seit Vasari's Zeiten hat man die sogenannte gothische Baukunst nur als Product der Licenz und des ausschweifenden Mißverstehens der Vorschriften betrachtet, und sie ganz bei Seite zu schieben oder, wo dieß nicht anging, zu corrigiren gesucht, wovon unter anderm die Façade des Mailänder Doms ein eclatantes Beispiel darbietet. Ich erinnere mich bis auf die neueste Zeit kaum eines namhaften italienischen Architekten der dem mittelalterlichen Styl nicht in seinem Herzen gram wäre, und wenn einmal einer, wo es namentlich auf den Ausbau irgendeines unvollendet gebliebenen Werkes jenes Styls ankam, eine Anstrengung gemacht, und nicht eine korinthische Façade einem Spitzbogen-Innern angeklebt hat, wie N. Matas in der projectirten Florentiner Dom-Façade, so ist im Durchschnitt mehr der gute Wille als die Ausführung zu loben. Seit einiger Zeit hat man zwar nicht mehr gewagt solche Acte der Barbarei im Großen zu begehen, wie ich sie hier in Santa Chiara, S. Domenico, S. Lorenzo, renovirten Kirchen der Zeit der beiden ersten Anjous, vor Augen habe; aber der Sinn für das Mittelalter ist kaum viel lebendiger und richtiger geworden, am wenigsten in Neapel und Rom, mehr in Toscana und im obern Italien, in welchem letztern Theile der Halbinsel verschiedene Schriftsteller, mit größerem oder geringerem Scharfsinn und Erfolg, Untersuchungen über die Geschichte der mittelalterlichen Baustyle angestellt haben, so Cordero di S. Quintino und die Brüder Sacchi über die Longobarden- und Carolingerzeit, P. Selvatico über den Spitzbogenstyl u. s. w. mit besonderer Berücksichtigung Venedigs. Wenn ich nach diesen den Neapolitaner Carlo Troya, den gelehrten Geschichtschreiber des Mittelalters, nenne, so geschieht es nur um seiner (in dem 2ten Bande seiner Storia d'Italia nel medio-evo — 1847 — entwickelten) Ansicht zu erwähnen, welche die sogenannte gothische Architektur, die germanische nämlich, wirklich auf die Ostgothen zurückführen und behaupten will der legitime Name derselben habe von Theodorich dem Großen bis auf Vasari's Zeiten stets seine Geltung bewahrt, und sey nicht erst vor dem gedachten Schriftsteller des Cinquecento auf die aus Deutschland gekommene „maledizione del malvagio edificare" angewandt worden. Doch es ist hier nicht der Ort auf diesen Gegenstand näher einzugehen, und ich begnüge mich die Kunsthistoriker auf das Troya'sche Buch (Bd. II. Thl. 2, S. 797—859) und die scharfsinnige Untersuchung über Architektur und Liturgie des Arianismus hinzuweisen.

Der akademische Unterricht in den mittelalterlichen Stylen, um zu diesem zurückzukehren, wird insofern auf wesentliche Schwierigkeiten stoßen als die wenigsten Professoren sich irgendwie damit beschäftigt haben, und es noch lange währen kann bis Italien ein Hoffstadt'sches ABC-Buch aufzuweisen haben wird. Die Bezeichnung der verschiedenen Style in dem Decret der parma'schen Regierung läßt an sich auf einige Verwirrung in der kunstgeschichtlichen Ansicht schließen; aber das Factum des Beschlusses ist schon ein sehr erfreuliches, und wir wollen hoffen daß man in Italien, selbst bei der Fortdauer der unter den gegebenen Umständen sehr natürlichen Vorliebe für die Antike und die aus derselben hergeleiteten Formen, welche nationale Geltung erlangt haben, von einer Einseitigkeit zurückkommen wird welche die große Mehrzahl der italienischen Architekten vereinzelt und sie inmitten des in den meisten andern Ländern, namentlich in Deutschland, England und Frankreich erwachten regen Lebens und Strebens ärmlich und in nachtheiligem Licht erscheinen läßt.

Florenz.

= **Florenz**, October. Das toscanische Ministerium hat die Revision der Wahllisten durch Circularschreiben der Präfecten der verschiedenen Departemente an die Gonfalonieren (Bürgermeister) der Communen verordnet, und es heißt daß die Wiedereröffnung der Kammern im Januar stattfinden soll. Nach dem vom Großherzog wie vom Gouvernement seit der Restauration im vergangenen Mai beständig beobachteten Verhalten konnte man nichts anderes erwarten, und inmitten der divergirenden Richtungen die sich in politischer Hinsicht in Italien offenbaren, ist diese Bekanntmachung ein mächtiges Mittel zur Beruhigung der Gemüther und zur Sicherung unserer öffentlichen Verhältnisse. Wer die gegenwärtige Stellung vorurtheilsfrei in Betracht zieht, muß dem Ministerium ebensowohl Anerkennung dafür zollen daß es nicht den Versuch machte den parlamentarischen Weg wieder zu betreten, bevor zum mindesten die schlimmsten Spuren der traurigen Zeiten, die mit dem August vorigen Jahres begannen, vertilgt seyn würden, wie ihm für das Halten der Versprechungen danken welche der Großherzog von dem Augenblick an gemacht hatte wo die toscanische Deputation zu Mola di Gaëta vor ihn trat und um Rückkehr in seine Staaten bat. Die Schwierigkeiten mit welchen das Azeglio'sche Ministerium in Gegenwart einer radicalen Kammer zu kämpfen hat, beweisen hinreichend wie wohl die HH. Baldasseroni, Landucci und Collegen daran thaten die nach so heftigen Stürmen unvermeidlich fortwährende Aufregung nicht noch durch den Zusatz von Parlamentsdebatten zu vermehren. Denn wenn Toscana hinsichtlich der Zusammensetzung seiner Wahlkammer nach bereits zweimaliger Erfahrung auf das Ueberwiegen des conservativen Elements rechnen kann, und sich somit in günstigerer Lage befindet als Piemont, so ist doch andrerseits diese Lage insofern minder günstig als die Finanzverhältnisse noch schwankender sind als dort, die Administration schwächer ist, die lucchesischen Differenzen im Steigen begriffen sind, und das Land von eignen brauchbaren Truppen sozusagen entblößt ist, während fremde Occupation durch vorige wie jetzige Umstände nöthig gemacht, aber gerade kein Mittel ist beim Volke das Gefühl der Festigkeit der gegenwärtigen Ordnung der Dinge zu erzeugen und die Zukunft in heiterem Licht erscheinen zu lassen. Aber diese Zukunft wird hoffentlich zeigen daß das Gouvernement Recht gehabt hat dem constitutionellen Wege treu zu bleiben, statt dem Beispiel von Rom und Neapel zu folgen. Es ist das beste Mittel das Vertrauen wieder zu befestigen, und das Land wird, wir zweifeln nicht daran, verständige Männer in die Kammer senden welche dem Gouvernement die Schwierigkeiten seiner Lage zugute halten und, statt nach abstracten Dingen und Idealen zu haschen, das Praktische und Mögliche berücksichtigen werden. Das toscanische Volk hat von jeher praktischen Sinn gehabt, und wird durch ein Revolutionsjahr nicht verdorben seyn. Die augenblickliche Lage ist in mehr denn einer Beziehung ungünstig, aber die Schäden sind nicht unheilbar; die Finanzen sind in schlimmem Zustand, aber die Hülfsquellen des Landes sind keineswegs erschöpft, und es bedarf nur der Ruhe und des Vertrauens um sich wieder zu heben. Der Abschluß einer Anleihe zu guten Bedingungen wird als bevorstehend gemeldet: es ist das erstemal daß das Gouvernement eine regelmäßige Operation dieser Art macht — wollte Gott es hätte sie früher versucht statt sich mit lauter kleinlichen und am Ende dennoch lästigen Auskunftsmitteln zu behelfen. Daß man im Lande den Muth nicht verliert, zeigt die ungeachtet der drohendsten Zeitumstände erfolgte Vollendung der Central-Eisenbahn welche Florenz mit Siena verbindet. Im Jahr 1842 geschah der erste Vorschlag durch den damaligen Gouverneur von Siena, nachherigen Minister Grafen Serristori, und der Professor Pianigiani erklärte nach vorläufigen Messungen daß der Ausführung nichts wesentliches im Wege stehe. Man war damals ziemlich allgemein geneigt das Project für chimärisch zu halten, aber am 14 d. M. fand in Gegenwart des Großherzogs und seiner Familie durch den Erzbischof von Siena die feierliche Einweihung der Bahn statt, welche, nachdem sie von Empoli bis Poggibonsi ohne Schwierigkeit dem Thale gefolgt, von da an unter vielfachen Krümmungen eine Menge Hügelrücken durchschnitten und Niederungen überschritten, eine Millie von der Stadt bei dem erst begonnenen Tunnel von Monte Ariosi endet, welcher sie bis an das Thor von Fonte Branda führen soll. Die Arbeiten sind durch denselben Professor Pianigiani geleitet worden, welcher den Dank aus des Großherzogs Munde und Hand erhielt.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Die schon berichtete, die Schifffahrts- und Handelsverhältnisse zu England betreffende Bekanntmachung der Washingtoner Regierung geschah durch folgendes Umlaufschreiben des Schatzamtes: „Treasury Departement, 15 Oct. 1849. In Folge der von Kaufleuten und andern gestellten Anfragen wie es, nach den neuerlichen Aenderungen der brittischen Navigationsgesetze, mit den Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten vom 1 Januar k. J. an — als dem Tage an welchem jene Acte des brittischen Parlaments in Wirksamkeit tritt — diesseits gehalten werden soll, erachtet das Schatzamt es für zweckdienlich schon jetzt folgende Generalinstructionen zur Kenntniß der Zollbeamten und sonstigen Betheiligten zu bringen: 1) zufolge der obenerwähnten Aenderungen der brittischen Navigationsgesetze dürfen brittische Schiffe aus brittischen oder andern fremden Häfen vom 1 Januar 1850 anfangend mit Waaren, die in jedwedem Theile der Welt natürlich oder künstlich erzeugt sind, in unsere Häfen einlaufen. 2) Solche Schiffe und ihre Ladungen werden, an und nach dem besagten Tage, in Bezug auf Zölle und Abgaben unter den gleichen Bedingungen zugelassen wie Fahrzeuge der Vereinigten Staaten und ihre Ladungen. W. M. Meredith, Secretär des Schatzamtes." — Die amerikanischen Journale verfehlen nicht, indem sie diese Bekanntmachung besprechen, hervorzuheben daß die amerikanische Republik zuerst der Idee der freien Schifffahrt gehuldigt habe, indem durch das Gesetz über die Schifffahrt der Vereinigten Staaten vom 1 März 1817 schon der Grundsatz der Gegenseitigkeit für solche seefahrende Staaten ausgesprochen worden welche amerikanische Waaren auf amerikanischen Schiffen in ihren Häfen zuließen — welches Vortheils sich denn auch die Hansestädte, Dänemark, Schweden und die meisten südamerikanischen Staaten schon seit 32 Jahren bedienen. Da jetzt Großbritannien seine Navigationsbeschränkungen aufgehoben, so trete es folgerecht ebenfalls in den Genuß dieser Gegenseitigkeit. (Die englischen Freihandelsblätter ermangeln nicht an die nun gesetzlich festgestellte Schifffahrt- und Handelsfreiheit zwischen England und Amerika, den „zwei aufgeklärtesten Nationen der Welt", ein fabula docet für die protectionistischen Staaten des europäischen Continents anzuknüpfen.)

[3823—25] **Edictal-Citation.**

In der Proceßsache des Buchdruckers Albrecht Wolfhart von Augsburg gegen den Handelsmann Joseph Hoffstetter aus Weißenhorn wegen Forderung wird zum Vergleichsversuch, eventuell zur Klagsverhandlung im gewöhnlichen Verfahren auf

Donnerstag den 27 December,
Vormittags 9 Uhr

dahier Termin anberaumt, und hiezu der abwesende Beklagte Hoffstetter unter Hinweisung auf §. 18. Nr. 1. der Proceß-Novelle von 1837, da Kläger die Anerkennungs-Urkunde im Original mit der Klage übergeben hat, bei Vermeidung der Verurtheilung in die Kosten hiemit öffentlich vorgeladen.

Alle weitern landgerichtlichen Verfügungen an Beklagten werden übrigens durch Anheftung an das Gerichtsbrett als insinuirt erachtet werden. Die Klage mit Beilage wurde der Ehefrau des Beklagten im Duplicate zugestellt.

Roggenburg am 16 Oct. 1849.
K. B. Landgericht Roggenburg.
Grabherr, Landr.

[3703—5] Nachdem bei dem königl. Appellationsgericht zu Leipzig

1) Auguste Wilhelmine Kolbe, geb. Brauer, daß ihr Ehemann, der Bürger und Victualienhändler Friedrich Wilhelm Kolbe aus Leipzig, im Juli 1848 sie verlassen habe und dem Vernehmen nach nach Amerika ausgewandert sey;
2) Clara Reitholdin, geb. Schlenk, daß ihr Ehemann, der Conditor Bernhard Reithold zu Leipzig, gegen Ende des Jahres 1848 in überschuldetem Zustande sich entfernt und muthmaßlich nach Amerika gewendet habe;
3) Carl Friedrich Huhn zu Hubertusburg, daß seine Ehefrau, Auguste Henriette Huhn, nach wiederholter Verletzung der ehelichen Treue, seit dem Jahre 1842 ihn verlassen, dem Vernehmen nach zunächst an mehreren Orten des Inlandes sich aufgehalten habe, seit dem Jahre 1844 aber gänzlich verschollen sey;
4) Christiane Juliane Erler, geb. Kögel, daß ihr Ehemann, der Schuhmachermeister Carl Gottlieb Erler, im Jahre 1847 seinen Wohnort Hainichen verlassen, und seitdem einige Nachricht von sich nicht gegeben habe, angeführt, und auf Grund böslicher Verlassung um Einleitung des Eheprocesses, und eventuell Trennung der Ehe gebeten; auch
5) Auguste Sophie Francisca Dittmann, geb. Kuß in Grimma; ingleichen
6) Eva Rosine Steubte, geb. Wagner zu Rochlitz, unter Bezugnahme auf das Ausbleiben ihrer resp. Ehemänner in dem am 16 Mai d. J. gestandenen Verhörstermine die anderweite Vorladung derselben beantragt haben, so werden

ad 1) Friedrich Wilhelm Kolbe,
„ 2) Bernhard Reithold,
„ 3) Auguste Henriette Huhn,
„ 4) Carl Gottlieb Erler,
„ 5) Johann Baptist Dittmann;
„ 6) Carl August Steubte

und zwar erstere vier bei 5 Rthlr. Strafe, beide letztere aber unter der Verwarnung, daß sie außerdem als bösliche Verlasser angesehen und auf weitern Antrag die Ehe werde getrennt werden, hierdurch geladen,

den 19 December 1849,
Vorm. 10 Uhr,

im königlichen Appellationsgericht zu erscheinen und weiterer Verhandlung, auch nach Befinden der Publication eines Erkenntnisses, welches rücksichtlich der Ausbleibenden für publicirt zu achten, gewärtig zu seyn.

Leipzig, den 27 September 1849.
Königl. sächsisches Appellationsgericht.
Dr. Beck.
Krugsick.

[3791—92] Un jeune homme de Genève, pouvant offrir les meilleures recommandations désire trouver une place de précepteur dans une famille de Munich. S'adresser franco à l'Expédition de cette feuille sous Z. Y. Nr. 3791.

[311] **Humboldt's Ansichten der Natur. 3te Auflage.**

In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt worden:

Ansichten der Natur

von

Alexander v. Humboldt.

Dritte verbesserte und vermehrte Ausgabe.

2 Theile. 8. brosch. Preis 4 fl. 30 kr. od. 2 Rthlr. 20 Ngr.

Bald nach seiner Rückkehr aus der neuen Welt, wo er durch erstaunliche wissenschaftliche Thätigkeit den Grund zu seinem Ruhm gelegt, gab Alexander v. Humboldt seine Ansichten der Natur heraus, ein Buch das eine Reihe der anziehendsten Naturbilder in der edelsten Sprache enthielt, wo bei jedem Abschnitt wissenschaftliche Erläuterungen beigegeben waren. Humboldt verfolgte dabei den doppelten Zweck: „die Phantasie zu beschäftigen, und durch Vermehrung des Wissens das Leben mit Ideen zu bereichern." Er wollte nicht nur eine geistreiche Lectüre bieten; er wollte, indem er der belebten Schilderung einzelner Landstriche und Naturerscheinungen die wissenschaftlichen Belege beifügte, den Leser mit dem wahren Wesen der auf strenge Beobachtung gegründeten Wissenschaft bekannt machen; er wollte ihm durch die Einsicht in die durch die ganze Natur herrschende Gesetzlichkeit eines der reinsten und kräftigsten Bildungsmittel an die Hand geben. Seit der ersten Ausgabe dieses vortrefflichen Buchs ist fast ein halbes Jahrhundert verflossen. Mit dem Rufe des großen Naturforschers haben sich seitdem alle Zweige der Wissenschaft mächtig ausgebreitet, eine Menge ganz neuer Begriffe und Anschauungen sind zur Geltung gekommen, und so erwarb sich der kein geringes Verdienst, der ein Buch, das seiner Zeit für die deutsche Cultur von nicht geringer Bedeutung gewesen, nach den heutigen Standpunkten umarbeitete. Daß es aber dem hochverehrten Verfasser nach mehr als einem Menschenalter vergönnt seyn sollte dieß noch selbst zu vollbringen, das erscheint uns als die wunderbare Krönung des reichsten und fruchtbarsten Lebens. Kaum hatte der Achtzigjährige mit seinem Kosmos dem gebildeten Europa das werthvollste Geschenk gemacht, so griff er mit Liebe zum bedeutenden Werk seiner Jugend, um es zum Genuß eines neuen Geschlechts zu verjüngen. Die neue Ausgabe ist fast um die Hälfte stärker als die zwei früheren; mehrere Abschnitte sind ganz neu, die wissenschaftlichen Erläuterungen sind fast alle ergänzt oder durch neue inhaltreichere ersetzt; die den ältern unserer Zeitgenossen so werthen „Ansichten der Natur" sind nach dem heutigen Stande des Naturwissens und nach dem Bedürfnisse der Zeit völlig umgeschmolzen. Humboldt selbst spricht es im Vorwort aus daß die Verbindung eines litterarischen und eines rein wissenschaftlichen Zwecks eigenthümliche Schwierigkeiten darbiete. Schwerlich mochte einer der jetzt Lebenden eine solche Aufgabe glücklicher lösen als der Mann bei dem sich, was so selten ist, der höchste wissenschaftliche Scharfsinn und das ausgebreitetste Wissen mit dem bedeutendsten schriftstellerischen Talent vereinigt finden. Dieses Buch ist für alle Bildungslustigen von größter Bedeutung, und wer es genossen und darüber der wirren Gegenwart Deutschlands vergessen hat, der mag Trost aus dem Gedanken schöpfen, auf welcher Höhe ein Volk stehen muß, aus dessen Geist solche Werke geboren werden.

Stuttgart und Tübingen, im September 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[3981] **☞ Sechste Original-Auflage ☜**

eines sehr werthvollen Buches, welches bei Johann Ulrich Landherr in Heilbronn erschienen und in allen soliden Buchhandlungen Deutschlands, der österreichischen Monarchie, der Schweiz und des übrigen Auslandes zu haben ist:

Reisen

in den Mond, in mehrere Sterne und in die Sonne.

Geschichte einer

Somnambüle

in Weilheim an der Teck in dem Königreiche Württemberg.

Ein Buch,

in welchem alle über das Jenseits wichtige Aufschlüsse finden werden.

Herausgegeben

von einem täglichen Augenzeugen und Freunde der Wahrheit und der höhern Offenbarungen.

Mit einem Verzeichnisse derjenigen Heilmittel gegen verschiedene Krankheiten welche die Somnambüle in ihren somnambülen Schläfen je auf besonderes Befragen angegeben hat, und die sich bei richtigem Gebrauche bewährt haben.

Sechste Auflage.

8. elegant in farbigem Umschlag broschirt. Preis 2 fl. oder 1 Rthlr. 5 Ngr.

☞ Sechs starke Auflagen in ganz kurzer Zeit verbürgen den Werth dieses außerordentliche Sensation erregenden Buches. Nicht ohne höchstes Interesse nimmt der Leser die wunderbaren Ereignisse bei einem Mädchen wahr, deren Geist in magnetischem Zustande sich von der Erde in höhere Regionen erhob, und Dinge zu sehen im Stande war die uns in das höchste Staunen versetzen. — Niemand wird ohne innigste Vertröstung in diesem Buche lesen.

(3939) Im Verlage der Unterzeichneten sind folgende kriegswissenschaftliche Werke erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der italienische Feldzug des Jahres 1848

dargestellt und beurtheilt durch

W. v. Willisen,

K. Pr. Generallieutenant z. D.

gr. 8. geheftet 2 Rthlr. 15 Sgr.

Auch unter dem Titel: Theorie des großen Krieges. 3r Theil. Früher erschien von demselben Verfasser: Theorie des großen Krieges angewendet auf den russisch-polnischen Feldzug 1831. 2 Thle. gr. 8. geh. 2 Rthlr. 15 Sgr.

F. v. Smitt,

Geschichte des polnischen Aufstandes und Krieges

in den Jahren 1830 und 31.

Nach authentischen Quellen dargestellt.

3 Bde. (Band 1 u. 2. 2te Aufl.) gr. 8.

Mit 16 Plänen und 31 Tabellen 12 Thlr.

Eine getreue aus den Papieren des russischen Generalstabs geschöpfte Darstellung des Aufstandes der Polen im Jahre 1830 und seiner Bekämpfung durch Diebitsch und Paskewitsch. Genaue Karten und Pläne verdeutlichen die Operationen.

Duncker & Humblot in Berlin.

(3914) So eben ist erschienen und durch die Hahn'sche Hofbuchhandlung in Hannover und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Hundert Merkwürdigkeiten der herzoglichen Bibliothek zu Wolfenbüttel Für Freunde derselben aufgezeichnet von C. P. C. Schönemann. Und **Legende vom Ritter Hrn. Peter Diemringer von Staufenberg in der Ortenau.** Mit Holzschnitten. Hannover, Druck und Verlag von Fr. Culemann. gr. 8. geh. Preis ⅚ Thaler.

(3990) In der unterzeichneten Buchhandlung ist so eben erschienen:

Künstlerlexikon, neues allgemeines, oder Nachrichten von dem Leben und den Werken der Maler, Bildhauer, Baumeister, Kupferstecher, Formschneider, Medailleure, Zeichner, Lithographen u. s. w. Unter Mitwirkung von Gelehrten, Künstlern, Kunstkennern und Kunstfreunden bearbeitet von Dr. G. K. Nagler. XIX. Band. 4te Liefer. gr. 8. brosch. 11¼ Ngr. oder 36 kr. rhn.

Das ganze Werk gibt 20 Bände (à Bd. 6 Liefer.), wird nächstes Jahr vollendet und kann durch jede solide Buchhandlung des In- und Auslandes bezogen werden.

Dieses in der deutschen Kunst-Litteratur einzig dastehende Werk, welches in seiner Art classischen Werth hat, umfaßt das ganze Gebiet der bildenden Kunst, und ist aus den authentischesten Quellen gesammelt. Es führt in die classischen Epochen der Griechen und Römer, geht durch die folgenden Jahrhunderte hindurch, und nimmt den großen Kreis der neuern Kunst auf, so daß es schon in letzter Hinsicht unentbehrlich geworden ist. Auf streng kunsthistorischer Basis ruhend ist es biographisch und kunstbeschreibend zugleich, und gibt die Leistungen an welche das In- und Ausland rühmt. Es hat bereits solche Anerkennung gefunden, daß es fast in allen europäischen Staaten verbreitet ist.

München, im October 1849.

E. A. Fleischmanns Buchhandlung.

(3955) Aus dem Verlage von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Dr. H. BERGHAUS: Atlas von ASIA. In grösstem Landkarten-Format. 15 Bl. nebst Text. 32 Thlr.

— — **Physikalischer Atlas.** 8 Abtheilungen: 1) Meteorologie; 2) Hydrographie; 3) Geologie; 4) Erd-Magnetismus; 5) Pflanzengeographie; 6) Zoologische Geographie; 7) Anthropologie; 8) Ethnographie. Vollständig in 2 Bänden (18 Lieferungen). 1848. $31\frac{1}{3}$ Thlr.

[3953]

Julius Müllers theologische Schriften.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

1) **Die christliche Lehre von der Sünde.** Dargestellt von Julius Müller. **Dritte** vermehrte und verbesserte Ausgabe. 2 Bände. gr. 8. 1849. $76\frac{1}{4}$ Bogen. 5 Rthlr. 15 Sgr.

Diese dritte abermals verbesserte und sehr vermehrte Ausgabe, von zahlreichen Bestellern längst erwartet, wird wohlwollender Theilnahme von neuem sich zu erfreuen haben. — Als eine bedeutende Erscheinung im Gebiete der theologischen Litteratur ist obiges Werk längst anerkannt; in seiner jetzigen Vollendung wird es eine befriedigende Entwickelung der hier behandelten Lehre sicher herbeiführen.

2) **Das Verhältniß der dogmatischen Theologie zu den antireligiösen Richtungen der Zeit.** Von Dr. Julius Müller. gr. 8. 1843. $7\frac{1}{2}$ Sgr.

3) **Die nächsten Aufgaben für die Fortbildung der deutsch-protestantischen Kirchen-Verfassung.** Von Dr. Julius Müller. gr. 8. 1845. 10 Sgr.

4) **Die erste General-Synode der evangel. Landeskirche Preußens und die kirchlichen Bekenntnisse,** von Jul. Müller, Mitglied der Synode. gr. 8. 1847. geheftet. 1 Rthlr.

Mit ernsten Waffen und mit einer Gründlichkeit die alle Schriften des Hrn. Verfassers auszeichnet, kämpft die gegenwärtige Schrift gegen eine Partei die sich bemüht der christlichen Gemeinde ein falsches, in seinen Grundzügen entstelltes Bild von den Verhandlungen und Absichten der ersten General-Synode zu geben. Jener Partei falsche Darstellungen finden hier ihre vollständige Erledigung.

5) **Predigten von Dr. Julius Müller.** 1r und 2r Band. gr. 8. 1846, 1847. geheftet. 2 Rthlr. $27\frac{1}{2}$ Sgr.

Der erste Band: **Das christliche Leben, seine Entwickelung, seine Kämpfe und seine Vollendung,** dargestellt in einer Reihe Predigten von Dr. Julius Müller. Dritte verb. Aufl. gr. 8. 1847. geh. 1 Rthlr. 10 Sgr.

Der zweite Band: **Zeugniß von Christo und dem Wege zu ihm für die Suchenden.** Predigten von Dr. Julius Müller. gr. 8. 1846. geh. 1 Rthlr. $17\frac{1}{2}$ Sgr.

„Hier ist reines, unverfälschtes Wort Gottes, was vom Herzen zum Herzen bringt und nicht blitzend glänzt, sondern dauernd und segensreich erleuchtet," sagte ein Beurtheiler in dem **Schlesischen Litteratur-Blatt** schon beim Erscheinen der ersten Auflagen des ersten Bandes dieser Predigten. — In der Vorrede zum zweiten Bande sagt der Hr. Verfasser: „Es mag hier bemerkt werden, daß unter den Suchenden auch solche mitverstanden werden, welche Christum suchen ohne es zu wissen. Und an solchen scheint diese tiefbewegte Zeit besonders reich zu seyn, an Menschen welche von innerer Unruhe getrieben bald nach diesem bald nach jenem Gute greifen, um darin Licht und Frieden und Freiheit zu finden, die ihnen doch nur der Glaube an Christum und der Gehorsam gegen sein Wort gewähren kann. — Mein innigster Wunsch ist: daß es diesen Predigten durch Gottes Segen gelingen möge hie und da einem solchen Suchenden, dem es Ernst ist mit seinem Fragen und Forschen, den offenbaren und doch so verborgenen Weg zu zeigen zu Dem welcher selbst der Weg ist und die Wahrheit und das Leben."

Die Verlagshandlung glaubt noch bemerken zu dürfen: daß die Predigten auch zu werthvollen Geschenken an religiösgesinnte Männer und Frauen zu Weihnachten und andern Festtagen ganz besonders zu empfehlen seyn dürften.

Buchhandlung **Josef Max & Comp.** in **Breslau.**

(3835)

Für Weihnachten.

Nachstehende Werke unsers Verlages, die sich besonders zu Weihnachts-Geschenken eignen, erlauben wir uns hiemit zu empfehlen.

Münster, im August 1849. **Aschendorff'sche Buchhandlung.**

Weihnachtskränze

aus Dichtungen aller christlichen Jahrhunderte.

Gesammelt und geordnet
von **Siegmund Fellöcker,**
Capitular von Kremsmünster.

gr. 8. Geheftet 1 Rthlr. 10 Sgr.

Die Frau des Hrn. Erzherzog Reichsverwesers hat die Dedication des Werkes angenommen.

Sammlung ausgewählter Schriften

von
Heinrich Conscience.
Aus dem Vlämischen.

9 Bändchen. gr. 12. Geheftet in Umschlag 2 Rthlr. $17\frac{1}{2}$ Sgr.

Biographie
von

Ludwig van Beethoven.

Verfaßt von
Anton Schindler.
Zweite vermehrte Auflage.
Mit dem Portrait Beethovens und drei Fac-Similes.
gr. 8. Geh. 2 Rthlr.

Goldene Medaille 1844.

(2974—3006) **Brustreiz-Krankheiten.**

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Redlinger & Comp., in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

Silberne Medaille 1844.

[3950]

Neue Compositionen

von **Fr. Kücken.**

Im Verlag von **Fr. Kistner** in **Leipzig.**

Op. 46. Kriegerchor. Vor der Schlacht. „Auf greift zum Schwert," von O. Prechtler. Partitur und Stimmen. 15 Ngr.

Op. 47. Nr. 1. Neapolitanisch. „Du mit den schwarzen Augen," Gedicht von E. Geibel für Sopran oder Tenor m. Pianoforte. 15 Ngr.

Op. 47. Nr. 1. Dasselbe Lied für Alt oder Bariton mit Pianoforte. 15 Ngr.

Op. 47. Nr. 2. Lied: „Wo still ein Herz von Liebe glüht," von E. Geibel, für Alt oder Bass mit Pianoforte. 10 Ngr.

Op. 47. Nr. 2. Dasselbe Lied für Sopran oder Tenor m. Pianoforte. 10 Ngr.

Op. 48. „Wachet auf!" Gedicht von E. Geibel. Chor für Männerstimmen. Partitur und Stimmen. 1 Rthlr.

Op. 50. Ernste Gesänge. Zwei Marienlieder: Ave Maria. Die Trösterin der Betrübten, für Alt oder Bass und weiblichen Chor mit Pfte. oder Orgel. 15 Ngr.

Op. 52. Nr. 1. Lied: „Gut' Nacht fahr' wohl mein treues Herz," für Bass oder Alt mit Pianoforte. 10 Ngr.

Op. 52. Nr. 1. Dasselbe Lied für Sopran od. Tenor m. Pianoforte. 10 Ngr.

Der Prätendent. Romantisch-komische Oper in 3 Acten von C. P. Berger. Vollständiger Clavier-Auszug vom Componisten. 12 Rthlr.

Hieraus alle Nummern einzeln. Nr. 1 — 25 à 5 Ngr. bis 1 Thlr. 25 Ngr.

Ouvertüre zur Oper: der Prätendent, für Orchester 3 Thlr. 10 Ngr., für Pfte. zu 4 Händen 25 Ngr., für Pianoforte 20 Ngr.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London; für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag | Nr. 310. | 6 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die constituirende Versammlung für directe Wahl des Ministeriums durch Stadt und Land); München (die Discussion über die deutsche Frage noch einmal vertagt. Rede des Ministers v. d. Pfordten); Dresden (die Kammern noch unvollzählig. Antwort Sachsens auf die preußische Erklärung wegen des Vorbehalts); Berlin (die Verwilligung für die Ostbahn. Drei österreichische Noten. Alle thüringischen Staaten dem engern Bund beigetreten); Wien (Allerseelenfest. Der Belagerungsstand soll mit dem 1 Jan. aufhören: Wachsmuth, Wackernagel, Steinheil rc. berufen. Die Wiener Ztg. über Batthyany. Ankunft II. MM. des Kaisers Ferdinand und der Kaiserin Maria Anna, der Königin von Preußen und der Prinzessin Amalie von Sachsen. Verkündigung der Verfassung in Ungarn. Die Flüchtlinge von Widdin. Alle bis zu einem Jahr Verurtheilten der Haft entlassen. Die Provincialverfassungen sollen demnächst veröffentlicht werden).

Großbritannien. Die Kohlenbörse und ihre Bedeutung. Zwei Peers †.

Frankreich. Die Präsidentenbotschaft und das Ministerprogramm. Verhandlungen über die Marine.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 2; Wien 3; Augsburg 5 Nov.

Deutschland.

⫶ **Frankfurt a. M.,** 3 Nov. Im Eigensinn liegt, dem Mißgeschick gegenüber, etwas achtungswerthes; wenn er aber gar nicht auf Gründe hören will, und das alte Lied immer wieder in derselben Weise absummt, dann wird die Geduld des ruhigen Beobachters doch auf eine zu harte Probe gestellt! Es ist männlich der Gewalt, es ist thöricht der Vernunft nicht nachgeben zu wollen. Mit diesem Gefühl verließen wir heute unsere constituirende Versammlung. Sie weiß daß das Schwert des Damokles über ihr hängt, und wir loben daß sie sich nicht einschüchtern läßt, aber nicht ohne Sorge und Unwillen bemerken wir daß ein großer Theil der Mehrheit sich auch nicht einreden läßt. Heute wurde die Frage über Zusammensetzung und Wahl des Regierungsraths in spo verhandelt. Nach den Beschlüssen bei der ersten Lesung soll dieser aus 7 Personen bestehen, die aus allgemeiner directer Wahl hervorgehen, wozu Stadt und Land einen einzigen Wahlbezirk bilden. Diese oberste Regierungsbehörde soll immer nach fünf Jahren vollständig wieder auf dieselbe Weise erneuert werden, wobei indeß Wiederwählung der Austretenden zulässig ist. Daß der Regierungsrath nicht, ganz oder größtentheils, wie der Gegenentwurf verlangt, aus lebenslänglich fungirenden Personen bestehe, daß er nicht von anderen Volks- oder Staatsbehörden, sondern vom ganzen Volke gewählt werden solle, das liegt in der politischen Meinung zu welcher sich die Mehrzahl in unserer Constituante bekennt; daß sie darauf beharrt, ist consequent, und Consequenz verdient Lob. Aber daß diese Ernennung nicht einmal von Wahlmännern ausgehen soll, welche die Gesammtzahl der Bürger ernennt, daß 9 bis 10,000 Menschen direct entscheiden sollen wer der beste Finanzmann, der beste Leiter des öffentlichen Unterrichts, der geschickteste Staatsmann, Diplomat u. s. w. ist, daß mit einem Worte aus allgemeiner directer Wahl nicht etwa nur, wie in Frankreich, ein Präsident, sondern ein Ministerium hervorgehen soll, das ist denn doch wahrhaftig nicht anders als Unverstand zu nennen, wofür zwar Beispiele, aber kein einziger stichhaltiger Grund anzugeben ist. Auch kämpften viele Männer der Mehrheit mit den überzeugendsten Motiven dagegen. So wählt man ja nirgends, sagten sie, einen Forst- oder Baumeister, so ja eben nach dieser Verfassung auch bei uns nicht die Richter oder die Geschwornen. Tausende können sehr wohl den redlichen, gesinnungsvollen Mann herausfühlen, und darum hat die directe Wahl der Volksvertreter allerdings viel für sich. Aber Specialitäten, gründliche oder nur scheinbare Kenntnisse und Erfahrungen in diesem oder jenem Fache, die findet man doch wahrlich auf dem Markt nicht heraus! Augenscheinlich leuchteten diese Gründe vielen, vielleicht den meisten in der Versammlung ein, aber der Berichterstatter des Verfassungsausschusses wußte so viel Witz, zum Theil auch Geist ins Feld gegen die gesunde Vernunft zu führen daß die, wenn auch etwas verringerte, Schaar seiner Treuen wieder Amen sagte. Alles hat freilich seine Nachtheile, aber wer weiß besser als das Volk ausgezeichneten Männern, leuchtenden Verdiensten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen — das war ungefähr der langen Rede kurzer Sinn, Gründe die allenfalls bei der Wahl eines Präsidenten scheinbar (aber auch nur scheinbar), bei der von 7 Fachmännern aber geradezu ohne allen Sinn sind. So ward denn beschlossen daß Stadt und Land in einem Wahlact das künftige Staatsministerium direct wählen, und ebenso daß alle gleichzeitig austreten, wenn sie nicht wieder neu gewählt werden. Hr. Bürgermeister Köster begab sich seiner Stimme über beide, 9 von der Minorität über die letzte Frage.

Bayern. ∸ **München,** 3 Nov. (Siebenzehnte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die gestern vertagten Verhandlungen über die deutsche Frage wurden heute zunächst durch die Begründung zweier Anträge wieder aufgenommen, welche von den Abgg. Kirchgeßner und Paur gestellt sind. Der Kirchgeßner'sche Antrag geht dahin daß die Kammer beschließen möge: „Se. Maj. den König allerehrfurchtsvollst zu bitten durch Allerhöchstdesselben Staatsregierung mit allem Eifer dahin wirken zu lassen daß eine deutsche Nationalvertretung auf Grund der früheren Wahlgesetze alsbald berufen werde, um durch dieselbe zwischen den Regierungen und dem Volke das Verfassungswerk zu Stande zu bringen.“ Diesem Antrag ist noch beigefügt die Verwahrung der bayerischen Abgeordneten „gegen alle Acte der Staatsregierung welche in Betreff der Verfassungsfrage einseitig ohne Zustimmung der Volksvertretung abgeschlossen wurden oder abgeschlossen werden.“ Die Begründung dieses Antrags beruft sich nun theils auf die Verfassungsurkunde, wornach jede Aenderung der Verfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege, d. h. unter Mitwirkung der Volksvertretung geschehen kann, theils darauf daß durch die Nichtbeendung des Verfassungswerkes von Seite des Parlaments kein Verzicht auf dessen Vollendung, noch weniger aber eine Berechtigung der Fürsten zur Herstellung einer solchen Verfassung ohne Mitwirkung der Nationalvertretung entstanden sey. Bayern dürfe so wenig an Oesterreich als an Preußen allein sich anschließen, sondern müßte darauf halten daß die ganz Deutschland gegebenen Zusagen erfüllt werden. Der von Paur und Weis nebst sechs andern Abgeordneten gestern eingebrachte Antrag, dessen Wortlaut bereits mitgetheilt ist, wird vom Abg. Paur vorzüglich durch den Hinweis darauf begründet wie die Sache deutscher Einigung noch keineswegs so hoffnungslos dastehe, als sie gestern von mehreren Rednern hingestellt worden sey. Denn die Bewegung von 1848 sey nicht, wie andere Stimmen behaupteten, eine zufällige oder gar der französischen nachgeahmte, sondern durch den innern Entwickelungsgang des Volkslebens vorbereitet, aus ihm hervorgegangen, eine Urbewegung. Noch habe sich keine Stimme hören lassen welche das von Oesterreich und Preußen geschaffene Provisorium nicht als eine Calamität betrachte. Dagegen sey allerdings bei der Uneinigkeit der Stämme und Dynastien dessen Einsetzung eine Nothwendigkeit geworden, die man als vollendete Thatsache hinzunehmen habe, wenn man auch eine Gestaltung derselben, wie sie ist, aufs tiefste beklagen müsse. Indessen bleibe nichts übrig als sich diesem Provisorium, dieser vorübergehenden Calamität zu fügen. Zu sorgen sey dagegen daß sie die festgesetzte Zeit nicht überdauere. Was die angerathene Verbindung Bayerns mit den bedeutenderen Mittelstaaten anlange, so sey diese Abtheilung des Antrags aus einer genauen Würdigung der Macht Bayerns hervorgegangen, wornach diese nicht überschätzt, nicht gleichbedeutend mit der der Großstaaten erachtet werde, wornach aber andererseits auch der hohe moralische Einfluß in Anschlag gebracht sey welchen jenes als ältester constitutioneller Staat, im Verein mit den bedeutenderen Mittelstaaten, wie auf diese so auf die Großstaaten auszuüben vermöge. Eine seltsame Parteilosigkeit bekundet der Abg. Thinnes, Vorsitzender des deutschen Ausschusses, in einer Rede deren Hauptinhalt das Bekenntniß ist, wie der Redner in allen eingebrachten Anträgen, die des Ausschusses eingerechnet, einige Punkte finde denen er sich anschließen könne, in allen

aber auch andere Punkte mit denen er nicht einverstanden sey. Die Hauptbedenken des Ministeriums welche sich in dessen Verhandlungen und Verhalten aussprechen, theile er, finde also auch im allgemeinen dessen Verfahren gerechtfertigt, und erachte besonders den Abbruch der Verhandlungen mit Preußen nicht für vorzeitig, wie seitdem Sachsens und Hannovers Beispiel gelehrt habe. Man ersehe nämlich daraus daß mit Preußen in der That nicht zu unterhandeln sey, und sonach habe Bayerns Regierung Recht gehabt sich gar nicht tiefer mit ihm einzulassen. Auch in der Verhandlung mit Oesterreich habe das Ministerium den besten Tact bewiesen, indem es den Standpunkt der kleinern zur großen Macht genau festgehalten, aber zugleich gefordert und angeregt habe was jeder Vernünftige nur irgend wünschen müsse. Wie jetzt jedoch die Dinge gestellt seyen, möge man den Trost festhalten: kommt Zeit, kommt Rath.

Da der Redner des Allerseelentags erwähnt hatte, an welchem die Verhandlung der deutschen Frage in dieser Kammer begonnen, so faßt dieß der Abg. Fürst v. Wallerstein mit den Eingangsworten auf: „Wir wurden soeben an den Allerseelentag erinnert, und wir stehen allerdings an dem Grabe einer theuern Verstorbenen, unsrer Hoffnung, welche im vorigen Jahr gleich einem Meteor erstand und zur Grube hinabstieg. Mehrere Redner haben gestern das System des Ministeriums gelobt; dieß ist unsre Ansicht nicht. Andere haben harten Tadel auf die Nationalversammlung und die Revolution gehäuft; aber nachdem die Ereignisse abgeschlossen hinter uns liegen mit ihrem Gedräng und ihrer Ueberstürzung der Erscheinungen, ist eine Beurtheilung dessen was hätte geschehen sollen nicht schwer.“ Nach einer cursorischen Uebersicht der revolutionären Bewegungen in Italien, Frankreich und Deutschland heißt es weiter: In Deutschland habe die Bureaukratie geherrscht, und von den großen Bewegungen welche der Revolution vorausgingen nichts in sich aufgenommen als größere Gewandtheit und Schroffheit in Handhabung der Gewalt. Sie sey es gewesen die durch 30 Jahre Deutschland niedergedrückt jeden Fortschritt von den Fürsten ferngehalten und alle freiere Thätigkeit dem Volke versagt habe. Daß sich endlich das Volk dagegen erhob, und sein Recht forderte war natürlich. Ja, sein Recht: Befreiung vom bureaukratischen Regiment. Die Revolution blieb vor den Thronen stehen, sie war eine durchaus dynastische, sie wollte nichts als Abschüttelung des Jochs der Bureaukratie. Mancher Fürst erkannte dieß an. Aber gerade diese Richtung sey zur Verkümmerung der Revolution von der Bureaukratie benutzt worden. Im ersten Augenblick trat sie erschrocken zurück; da sie aber erkannte daß die Bewegung den Thronen nicht galt, stützte sie sich auf diese; sie rief auch Einheit und Freiheit, und stellte sich wohl gar als Volksvertretung an die Spitze der Bewegung. Als die Berufung einer Nationalvertretung nicht mehr aufzuhalten gewesen, habe sie diese mit den Worten bewerkstelligt: die Nationalversammlung ist berufen die Verfassung zwischen Fürsten und Völkern zu vereinbaren. Niemand habe dahinter Arges vermuthet, die alte Schule aber wohl gewußt, wie diese Worte unter veränderten Verhältnissen zu deuten seyen. Als die Nationalversammlung nun zusammengetreten war, ließ die Bureaukratie dieselbe ohne alle Vorlagen, und jene mußte sich alle Vorarbeiten erst schaffen. Unterdessen wendete die Bureaukratie die Blicke der Versammlung nach außen, nach Schleswig-Holstein, Frankreich, auf die Limburger Frage und gegen den angeblich drohenden Osten. Auf solche Weise verwirrte man die Begriffe der Versammlung über ihre Aufgabe ꝛc. Der Redner führt das Bild dieser angeblichen systematischen Verschwörung der Bureaukratie bis zum Schlußdrama der Nationalversammlung fort, und kommt endlich zu dem Satze: nachdem die Bureaukratie ihren Sieg vollkommen gelungen gesehen, streite sie nun um dessen Beute. Was aber biete die Gegenwart? Den Dualismus. Die Alleinmacht der beiden Großstaaten siegte, nachdem ihr das deutsche Volk 30 Jahre lang entgegengekämpft, und die Herstellung der neuen provisorischen Centralgewalt sey nichts zufälliges, sondern der Ausdruck der heutigen thatsächlichen Zustände, Alleinmacht der Großstaaten, Ohnmacht aller andern deutschen Staaten. Was werde kommen? An die gestern so nahe bevorstehend verkündete formelle Mediatisirung könne der Redner nicht glauben; aber umgürtet sey Deutschland mit einem Heeresring, innerhalb desselben herrsche Zerspaltung und Niedergedrücktheit, thatsächliche Mediatisirung der Kleinstaaten in Kleindeutschland; in Oesterreich dagegen Absolutismus oder doch gewiß kein constitutioneller Zustand. Auch das Handbillet des Kaisers welches das constitutionelle Kriegsministerium beseitigt habe, erziele keineswegs eine gleiche Stellung der Armee wie in England, wo diese unter einem von der Volksvertretung ernannten Oberbefehlshaber stehe (?). Preußen sey nun zwar constitutionell, wolle aber nicht weiter gehen als vor 1848. Preußen wolle aber trotzdem ein wirkliches Deutschland, und habe sogar einen sehr starken Assimilationsdrang. Oesterreich dagegen könne nicht einmal einen Bund wollen, könne keine Freiheit und Provinzialverfassung wollen; denn es habe seine Provinzen erst mit Schwert und Blut zurückerobert und unterworfen, müsse also die Centralisationsverfassung durchführen, und könne sonach auch keinen deutschen Bundesstaat zulassen. Stehe aber eine der beiden Großmächte dem Bundesstaat so schroff entgegen, so werde die Einmischung der auswärtigen Staaten in Deutschlands innere Angelegenheiten wieder mächtig. Und keiner der auswärtigen Großstaaten könne ein einiges Deutschland zugestehen, höchstens England ein materiell einiges, weil es dabei auf Einführung des Freihandels hofft. Durch diese Stellung der Verhältnisse sey nun eine formelle Mediatisirung der Mittelstaaten geradezu unmöglich gemacht. Trotzdem bleibe die Lage des nicht großstaatlichen Deutschlands sehr schlimm. Was aber Bayerns Politik speciell betreffe, so habe diese beim Beginn der Bewegung sich an deren Spitze gestellt, im Manifest vom 6 März 1848 zuerst das Wort „Nationalvertretung“ genannt. Am 8 März sey Bayern auch noch auf dem Punkt gestanden im Bund die neue Richtung nach allen Seiten hin zu vertheidigen. Unterdessen hätten aber fremde Einflüsse Platz gegriffen und dieses Princip wankend gemacht. Anstatt der Politik unter Gleichgestellten der erste zu bleiben, habe man das Princip zu verfolgen begonnen sich den Großmächten als Anhängsel einzufügen. Wenn Bayern, als die Verfassung durch das Parlament hergestellt war und Preußen die Kaiserwürde ausgeschlagen hatte, die ihm früher schon eventuell dargebotene Reichsstatthalterwürde angenommen haben würde, so hätte es sich an die Spitze des nicht großstaatlichen Deutschlands gestellt. „Dieß war sein großer Moment, den es nicht benutzte.“ Allerdings würden Oesterreich und Preußen diesem Bundesstaat nicht beigetreten seyn; Bayern hätte dagegen an der Spitze von 16 Millionen gestanden, die Großmächte würden wenigstens nicht gewagt haben diesen Bundesstaat gewaltsam zu hindern, und die blutigen Revolutionskämpfe der Folgezeit wären voraussichtlich verhindert gewesen. Anstatt dessen habe Bayern in Wien die Trias beantragt. Im Mai sey Deutschland in seiner Hand gewesen, aber es habe nur gestrebt die provisorische Centralgewalt zu mobilisiren (?) um eine neue zu schaffen. Dieß sey gelungen, aber ohne alle Mitwirkung der Volksvertretung, und dennoch solle diese nun nachträglich durch ihre Beistimmung Bayerns Handeln gleichsam sanctioniren. Wozu man aber nicht mitwirkend gezogen worden sey, das könne man nicht ratificiren. Nach diesen Erörterungen wendet sich der Redner abweisend gegen den Hermann'schen Rath zum Anschluß an Oesterreich, mit andern Bemerkungen gegen einige Ausführungen der Lerchenfeld'schen Rede; dann gegen Lassaulx's Ansicht daß der Germanismus am Ende seiner Tage durch das Slaventhum stehe, endlich gegen Thinnes' Hoffnung daß man von der Zeit eine Verständigung der 38 Fürsten erwarten dürfe. Nein, ein Parlament allein könne solche Uebereinkunft erzwingen. Wenn ein anderer Redner Deutschland mit einem Käfig voll Singvögel verglichen habe, so sehe er dagegen Deutschlands Freiheit allerdings auch in einem Käfig, allein im Käfig einen Aar. Dieser Aar werde die Stäbe seines Kerkers brechen und sich befreien. Mit dem jetzigen, in Frieden erwachsenen Geschlecht werde die Reaction vielleicht ihr Werk vollenden können, aber die heranwachsende Jugend, deren erster Anblick die erwachende Freiheit, dann deren Verkümmerung gewesen, werde das Werk vollenden, welches jetzt unvollendet geblieben.

In das rauschende Bravo der Zuhörer, welches diese Rede begleitet, fallen einige sogenannte factische Berichtigungen des Abg. Lassaulx, d. h. Entgegnungen von seinem Standpunkt auf Ansichten der andern Seite. Und während die Abgeordnetenplätze sowie die Gallerien sich lichten, nimmt Abg. Forndran das Wort um in den Schlußsatz des Ausschußantrags die Einfügung der Worte: „mit einer wahrhaften, unverkümmerten Vertretung des Volks“ zu befürworten, sowie einen Zusatz, worin die Regierung noch namentlich auf Berücksichtigung der Zolleinigung hingewiesen wird. Mit dem Anfang der gestrigen Lassaulx'schen Rede: die vorliegende Frage ist eine Frage der Macht, erhebt sich auch der Abg. Sepp. Mit historischen Ausführungen aus seinem Standpunkte erweist er daß Preußen „seine Existenz der Gnade Oesterreichs“ verdanke, daß wir uns vor „schwarzweißen Täuschungen“ zu hüten haben u. s. w. Schließlich stimmt er für den Ausschußantrag, doch nicht ohne einen Anschluß an Oesterreich noch besonders zu empfehlen. Eine Mediatisirung sey dabei nicht zu fürchten, denn selbst als Bayern diese im Erbfolgekrieg Oesterreich angeboten, sey sie nicht erfolgt; es scheine „nicht in den Wegen der Providenz zu liegen, soweit sich diese erkennen lassen, daß Bayern jemals mediatisirt werde.“ Einer dem Ausschußantrag ein formell abänderndes Amendement beifügenden Erörterung des Abg. Steinsdorf folgt der Abg. Moser mit einer so heftigen Philippica gegen Preußen daß selbst die Versammlung ein leises Lächeln der Verwunderung bei einzelnen Stellen nicht zu unterdrücken vermag; worauf Abg. Temmler sich in Bezug auf Deutschlands Zukunft für eine Trias erklärt, da diese ihre hi-

storische Basis habe und eine Vertretung aller Staatselemente am besten zulasse. Doch habe das Ministerium vorderhand vollkommen Recht gehabt die Herstellung des Interimisticums auf alle Weise zu unterstützen. Wäre die jetzt vom Präsidenten vorgeschlagene Vertagung durchgegangen, so wäre wohl die Rede des Abg. Döllinger in manchen ihrer Partien an einem folgenden Tag kaum von so schlagender Wirkung gewesen als heute. Auch er beginnt mit dem Gedanken der HH. Lassaulx und Sepp daß die vorliegende Frage eine Frage der Macht sey. Aber diese Macht sey nicht nur materiell, sonst entscheide sie wer 300,000 Bajonnette ins Feld stelle; sie sey auch moralischer, geistiger Natur, und mit diesen Potenzen könne Bayern den Ausschlag geben. Vorbedingung dafür sey aber Einigkeit zwischen Regierung und Volk. Wenn je das Sprüchwort Geltung habe: „Eintracht gibt Macht" — so habe es solche im gegenwärtigen Momente. Gleichwohl sey die Kammer aber und zwar in einer höchst beredten Rede (des Hrn. Fürsten Wallerstein) aufgefordert worden durch ihren Beschluß der bayerischen Regierung in einem Momente wo sie nie mehr als eben jetzt der Unterstützung bedürfe, dieselbe nicht zu gewähren; ja sie sey sogar aufgefordert worden die entschiedenste Mißbilligung des ganzen bisherigen Verfahrens des Ministeriums in der einen oder andern Form offen auszusprechen. Das sey ja doch gewiß der Kern des ganzen Vortrags des Hrn. Fürsten gewesen. Derselbe habe uns eine Art von Drama vorgeführt, in welchem zwei Personen als Hauptschuldige vorkamen. Der erste und größte Verbrecher in diesem Trauerspiel sey der fürstlichen Darstellung zufolge offenbar Oesterreich, nach ihm komme als nächster schwer Angeschuldigter Bayern oder vielmehr das bayerische Ministerium. Die Kammer habe gehört wie der Hr. Fürst in seiner Darstellung vortheilhaft Licht und Schatten vertheilt, wie er ihr zuerst ein Gemälde von der deutschen Bureaukratie entworfen habe, ein Gemälde dessen Treue, Wahrheit und Aehnlichkeit er seine vollste Anerkennung zollen müsse. Der Hr. Fürst habe dieses Gemälde mit um so größerer Wahrheit entwerfen können als er von sich sagen konnte: „cujus pars magna fui" und wenn nicht auf dem dunkeln Grunde jenes Gemäldes so viele Anklagen nach anderer Seite hin gerichtet wären, so könnte man diesen Vortrag „Bekenntnisse eines vormaligen Chefs und Meisters der bayerischen Bureaukratie" nennen. Mit dieser Wendung geht der Redner auf eine specielle Widerlegung der Aufstellungen dieser Rede über. Zunächst kämpft er gegen die Behauptung als sey von einer Verschwörung der Bureaukratie die Revolution systematisch zerrüttet worden. Dieß führt ihn zu einer Kritik der Nationalversammlung, wobei er von seinem Standpunkt hervorhebt daß die Elemente der Selbstauflösung von Anfang an in der Versammlung gelegen seyen. Besondere Anklagen erfährt dabei die „Verbrüderung zwischen der erbkaiserlichen und demokratischen Partei" (später durch die Bemerkung Tafels zurückgewiesen, wie alle Welt wisse daß diese Verbrüderung zwischen der österreichischen, nicht erbkaiserlichen Partei und der Linken geschlossen worden.*) Zurückgewendet zu dem Angriff auf die Wallerstein'sche Rede verliert sich das Mitglied für Weilheim in Specialitäten welche auf die Frage der Tagesordnung durchaus keinen Bezug haben, also hier füglich übergangen werden können. Erst nachdem wir länger als eine Stunde diese allerdings mitunter interessanten Darstellungen vernommen, wendet sich die Rede zu ihrem eigentlichen Zweck, Anempfehlung des Anschlusses an Oesterreich in Uebereinstimmung mit den HH. v. Lassaulx und Sepp. Auch die Bemerkung Lerchenfelds daß Preußen seiner ganzen Natur nach den Constitutionalismus gefährde, wird für diesen Zweck verwendet und endlich die Uebereinstimmung mit dem bisherigen Verhalten der Regierung ausgesprochen. Im Paur-Weiß'schen Antrag findet der Redner noch unter den Erwägungen (III, vorletzte Erwägung) die Voraussetzung bedenklich daß die Regierung bei ihrem Mitwirken an der Herstellung einer Reichsverfassung „keinerlei particularistische und dynastische Interessen" verfolgen solle, da diese Worte so vieldeutig und ein „guter" Particularismus das einzige erhaltende Element in Deutschland sey. Dieser mangle jedoch ebenso wie der gesetzliche Sinn noch heute in Deutschland, eine sofortige Berufung einer Nationalversammlung sey darum immer wieder der Gefahr ausgesetzt daß sich der noch sehr starke Demokratismus der Wahlen bemächtige. Eine Conversation zwischen den Abgg. Döllinger und Fürst Wallerstein, worin ersterer versichert daß unter dem Ministerium des letztern der Bureaukratismus nach der allgemeinen Ansicht an Straffheit und Schärfe der Formen zugenommen, wofür er die Antwort erhält daß die nachfolgende neunjährige Periode der Herrschaft der Döllinger'schen Partei wahrlich dieses angeblich vorgefundene Uebel nicht gehoben, sowie einige factische Berichtigungen gewisser Aeußerungen der Döllinger'schen Rede von Seite der HH. Fürst Wallerstein und Tafel bilden die Schlußscene der beinahe siebenstündigen Sitzung.

*) Bekanntlich fanden jene beiden Verkoppungen statt, 1) zwischen der erbkaiserlichen Partei und der Partei Simon, als diese durch Zugeständnisse im demokratischen Sinne gewonnen wurde für die Kaiserwahl zu stimmen, während früher schon ein Theil der Rechten mit den Demokraten gegen den Reichsrath und für das allgemeine Wahlrecht sich erklärte.

|| **München,** 5 Nov. Um 9½ Uhr eröffnet Graf Hegnenberg die 3te Sitzung welche die zweite Kammer der deutschen Frage widmet, mit der schreckenerregenden Nachricht daß noch 17 Redner eingezeichnet seyen. Gleichwohl bleiben fast während der ganzen Sitzung Saal und Galerie in gespannter Aufmerksamkeit. Vier Redner aus der Pfalz, Römich, Jäger, Lang und Weiß sprechen, der erste und vierte mit besonderm Beifall, für den Kirchgeßner'schen und Paur'schen Antrag. Sie zeigen zum Theil Hinneigung zur Berliner Verfassung. Stöcker hielt eine Rede voll Citaten im Genre des Richard Wanderer; die Berücksichtigung der Volkswünsche und die Zuziehung der Volksvertretung ist der Kern seiner Absicht. Gelbert stellt den Vorwürfen gegen Preußen andere gegen Oesterreich entgegen, um zu folgern daß eben überall nur der Dynastie, nicht dem Volke gedient werden wolle. Pfarrer Ruland findet die bayerische Regierung offen, treu und consequent; sein Motto scheint jenes königliche Wort zu seyn: einem Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ein neues deutsches Parlament sey erst am Platz wenn sich die Fieberhitze des Volks gelegt habe. Dr. Morgenstern führt den Gegensatz der Haus- und Nationalpolitik durch; die Mediatisirung sey wenn den einen recht, den andern billig. Die Idee der Demokratie müsse die geschwundene Kraft des Glaubens ersetzen. Er stimmt für den Kirchgeßner'schen Antrag; Wening und Keller für den der Commission. Minister v. d. Pfordten ergreift nun das Wort um in einer längern, von Beifall öfter unterbrochenen, rhetorisch glänzenden Rede das Ministerium zu rechtfertigen. Er geht von seinem Axiom „kein zerrissenes Deutschland" aus, bemerkt daß der Satz „kein Deutschland ohne Oesterreich" nur die momentane Richtung jenes Axioms bezeichne, und gelangt zu dem Schlusse daß er als Kriterium des Bundesstaats das Princip der Majorität ansehe. Allerdings wisse er nicht ob man dieses Ziel erreichen könne, indessen dürfe man der Form willen nicht die Existenz gefährden, nicht das Vaterland zur Form, wohl aber die Form fürs Vaterland suchen. Gelegentlich bemerkte der Hr. Minister auch daß an eine Kündigung des Zollvereins von Seite Bayerns nicht gedacht werden könne, wenn auch die Erfüllung der Vertragsbestimmungen erschwert werde. Schließlich verlangt der Minister einen klaren Ausspruch der Kammer, welcher Billigung oder Mißbilligung außer Zweifel setze. Unter Beifall für den letzten Redner wird die Sitzung um 2½ Uhr geschlossen, die nächste auf morgen früh anberaumt. Dr. Kirchgeßner erklärt wie er jede directe oder indirecte Betheiligung an der bekannten Veröffentlichung der Würzburger Zeitung zurückweisen müsse.

K. Sachsen. **Dresden,** 3 Nov. Noch immer sind die Abgeordneten nicht in beschlußfähiger Anzahl beisammen.

Der schon erwähnte Erlaß des sächsischen Ministeriums vom 25 Oct. an die königl. Gesandtschaft in Berlin, der die von dem preußischen Bevollmächtigten am 17 d. im Verwaltungsrath gemachten Bemerkungen über den sächsischen und hannoverischen Vorbehalt bekämpft, ist ein langes Actenstück, von dem die Hauptstellen folgende sind: „In der vom königl. preußischen Hrn. Bevollmächtigten gegebenen Auffassung wäre der betreffende Vorbehalt etwas ganz überflüssiges gewesen, denn um spätere Abänderungen der Verfassung im verfassungsmäßigen Wege zu beantragen, dazu bedurften die Regierungen von Sachsen und Hannover nicht eines besondern Vorbehalts. Allein es widerspricht auch überdieß der Wortlaut selbst der bezüglichen Erklärungen auf das bündigste einem derartigen Verständnisse. Einem solchen vorzubeugen wurde in der Erklärung des sächsischen Bevollmächtigte, welche die Bevollmächtigten der königl. hannoverischen Regierung sich aneigneten, ausdrücklich gesagt: Die königl. sächsische Regierung darf daher nach freimüthiger Darlegung vorstehender Gründe nicht besorgen ihre Absichten verkannt zu sehen, wenn sie sich für den Fall daß bis zu dem Zeitpunkte der Einberufung des ersten Reichstags jene ihre Entschließung bedingende Voraussetzung sich nicht verwirklicht haben sollte, das Recht anderweiter Verhandlungen vorbehält. In dieser der Aufmerksamkeit des königl. preußischen Hrn. Bevollmächtigten entgangenen Stelle ist die von ihm vermißte Suspensivbedingung vollständig enthalten. Endlich hat der königl. preußische Hr. Bevollmächtigte in der weitern Ausführung darauf hingewiesen daß bei den Anschlußverhandlungen keinem der beigetretenen Staaten, die fast sämmtlich die Voraussetzung ausgesprochen daß der Verfassungsentwurf für alle Theilnehmer des Bündnisses feststehe, und nur unter Zustimmung Aller abgeändert werden könne, eröffnet worden sey daß ein dieser Voraussetzung widersprechender Vorbehalt existire. Es kann inzwischen aus diesem Umstande, welche Bewandtniß es immer damit haben möge, irgendeine die Wirksamkeit der sächsisch-hannoverischen Vorbehalte schwächende Folgerung in keinem Falle hergeleitet werden. Das Sachverhältniß ist einfach folgendes: Bei den im Monat Mai zu Berlin abgehaltenen Conferenzen war es durchgehends Grundcharakter der Verhandlung daß Preußen den Bevollmächtigten derjenigen Staaten welche auf seine Einladung in Berlin

vertreten waren, bestimmte Propositionen vorlegte, über deren Annahme dieselben sich zu entscheiden hatten. Die Regierungen von Sachsen und Hannover, welche nächst der königl. bayerischen Regierung dabei betheiligt waren, hielten es, nachdem der Schluß der Verhandlungen als dringlich beantragt worden war, und gleichwohl der Bevollmächtigte Bayerns zu einer bestimmten Erklärung nicht ermächtigt zu seyn kundgegeben hatte, dem Interesse ihrer Länder angemessen nicht unbedingt für alle Fälle beizutreten, sondern für eine mögliche Eventualität anderweite Verhandlungen vorzubehalten. Sie gaben indessen ihre Zustimmung dazu die übrigen Staaten sämmtlich zur Annahme des Verfassungsentwurfs, welcher, wie das Circular vom 28 Mai besagt, auf einer von Preußen vorgelegten Proposition beruhte, einzuladen, nachdem der Beitritt der süddeutschen Staaten von ihnen als Bedingung ihres eigenen dauernden Beitritts in eben jenem Vorbehalt bezeichnet worden war, und sie gaben, indem sie sich dieser Einladung anschlossen, den sprechendsten Beweis ihres aufrichtigsten Bestrebens den Beitritt sämmtlicher deutscher Staaten zu bewirken. Den in Folge jener Einladung ihren Beitritt erklärenden Regierungen war es dagegen unbenommen in gleicher Weise ihre Zustimmung an eine bestimmte Bedingung zu knüpfen. Insofern aber hierbei angenommen werden wollte daß eine rechtzeitige und vollständige Bekanntschaft mit den bezüglichen Erklärungen von Sachsen und Hannover für die Entschließung der später verhandelnden Regierungen entscheidend gewesen sey, so würde zugleich darauf hingewiesen werden müssen daß eine Mittheilung eben dieser Vorbehalte vor allen Dingen der k. preußischen Regierung, welcher die oberste Leitung jener Verhandlungen zufiel, obgelegen haben würde. Die kön. sächsische Regierung hat, indem sie den von ihr eingelegten Vorbehalt weder der Oeffentlichkeit übergab noch dessen Mittheilung an irgendeine der zu dem Beitritte eingeladenen Regierungen bewirkte, lediglich im Interesse des im Verein mit Preußen begonnenen Unternehmens und in der gewissenhaftesten Beobachtung der auf die preußische Regierung zu nehmenden Rücksichten gehandelt. Sie würde es allerdings schmerzlich zu empfinden haben wenn gegenwärtig dieses Verfahren, in dessen beharrlicher und unter den damaligen Umständen mit nicht geringer Selbstverläugnung verbundener Durchführung sie sogar in der Ansprache an das eigene Land einer dessen Rechte und Interessen wahrenden Erklärung nicht gedacht hat, um eben in keiner Weise der Annahme der Verfassung von Seite des gesammten Deutschlands hemmend entgegenzuwirken, wenn, sage ich, dieses Verfahren von Seite der k. preußischen Regierung jetzt zum Gegenstand des Vorwurfs gemacht, oder wenn daraus eine für ihre Rechte nachtheilige Consequenz hergeleitet werden wollte. Einer solchen müßte indessen diesseits auf das entschiedenste widersprochen werden. Die später beigetretenen Staaten könnten, aus dem Umstande daß ihnen die Vorbehalte der beiden Regierungen nicht hinreichend bekannt gewesen seyen, höchstens soviel folgern daß die Geltendmachung jener Vorbehalte ihnen selbst die Füglichkeit anderweiter Verhandlungen gewähre, und dieses Recht wird ihnen diesseits nicht bestritten. Keineswegs aber haben sie einen Anspruch darauf daß Sachsen und Hannover, des erklärten Beitritts der übrigen Staaten wegen, ihre Vorbehalte sollten fallen lassen. Ueberdieß würde es nicht ganz zulässig erscheinen wenn die betreffenden Regierungen sich auf ihre Unbekanntschaft mit jenen Vorbehalten berufen wollten. Das Schlußprotokoll vom 26 Mai, welches der Vorbehalte gedenkt, ist — soviel diesseits bekannt — keinem der unterhandelnden Bevollmächtigten vorenthalten worden, auch haben die meisten der betreffenden Regierungen ihren definitiven Beitritt erklärt, nachdem die Vorbehalte bekannt geworden waren. Wenn aber die Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen im Verwaltungsrathe, gelegentlich einiger Anschlußverhandlungen, sich dafür ausgesprochen haben daß der Verfassungsentwurf nur unter Zustimmung aller Contrahenten abgeändert werden durfte, so kann daraus eine Zurücknahme oder Schwächung des Vorbehalts in keiner Weise gefolgert werden, indem von Seite der beiden Regierungen fortwährend die Annahme der Verfassung als eine bedingte angesehen und nach Erfüllung der gestellten Bedingung, nämlich der Annahme der Verfassung von Seite des gesammten Deutschlands, mit Ausnahme Oesterreichs, der Verfassungsentwurf als eine nur mit Zustimmung aller Regierungen abzuändernde wirkliche Reichsverfassung betrachtet wurde. In den bei den gedachten Verhandlungen beinahe durchgängig unter Zustimmung des könig. preußischen Bevollmächtigten abgegebenen Erklärungen des königl. sächsischen Bevollmächtigten kann nur der wiederholte Ausdruck der Absicht der k. sächsischen Regierung erkannt werden die Einführung der vereinbarten Verfassung an den vorausgehenden Beitritt sämmtlicher deutschen Staaten, außer Oesterreich, zu binden und keine mit den Vorbehalten im Widerspruch stehende Abweichungen zuzulassen. Die diesseitige Regierung konnte sich aber des Rechts auf den gemachten Vorbehalt zu recurriren nur dadurch begeben daß sie auf denselben ausdrücklichen und namentlichen Verzicht leistete. Die königl. sächsische Regierung weiß die Gesinnungen und Absichten vollkommen zu schätzen welche der k. preußische Hr. Bevollmächtigte am Schlusse der betreffenden Erklärung dargelegt hat, um die Nothwendigkeit einer baldigen Einberufung des Reichstags zu begründen, damit der deutschen Nation die Befriedigung der ihr gewährleisteten Ansprüche auf eine einheitliche Gestaltung geboten werde. Die sächsische Regierung theilt diesen Wunsch auf das Vollständigste, und eben deßhalb zögert sie zu einer Maßregel ihre Zustimmung zu geben welche bei der gegenwärtigen Lage der Dinge ihrer innersten Ueberzeugung nach dazu führen muß die Erreichung jenes Zieles in noch weitere Ferne hinauszurücken. Die Erfahrung hat im Laufe der mannichfachen Bewegungen und Verhandlungen, zu welchen die Umgestaltung Deutschlands während des letzten Jahres Anlaß gegeben, wiederholt gelehrt daß die größten Schwierigkeiten für das Zustandekommen deutscher Einheit und für die endliche Verwirklichung der in der Nation durch ihre Regierungen und ihre Vertreter geweckten Hoffnungen durch übereiltes Voranschreiten im Wege vollendeter Thatsachen bereitet worden sind. Das Schicksal der deutschen Nationalversammlung nach der zweiten Lesung der Verfassung legt hierfür ein warnendes Zeugniß ab, und wäre der Abschluß der Berliner Verhandlungen nicht aus Rücksicht auf die gebieterischen Zeichen der Zeit so sehr beeilt worden daß der bayerischen Regierung nicht einmal materiell die Zeit vergönnt war den Verfassungsentwurf vollständig zu kennen, über dessen Annahme sie sich zu entscheiden hatte, so würde ein rechtzeitiges Verständniß mit dieser Regierung vielleicht möglich gewesen seyn, und die Regierungen von Sachsen und Hannover hätten sich nicht in der Nothwendigkeit befunden Vorbehalte zu machen, deren Erledigung jetzt für sie Vorbedingung der Verwirklichung des vereinbarten Verfassungswerkes ist. Die königl. sächsische Regierung erkennt nicht minder als ihren heiligsten Beruf dazu beizutragen daß die Nation dem gewünschten Ziele zugeführt werde. Die welche ihr auf dieser Bahn vorausgehen, müssen aber vor allem darauf denken daß die inmitten liegenden Hemmnisse aus dem Wege geräumt werden, und es genügt nicht wenn die Führer allein kühn darüber hinwegschreiten. Beseelt von dem redlichen Willen die durch Annahme des Verfassungsentwurfs vom 26 Mai d. J. gegen ihr Volk übernommenen Zusagen zu überfüllen, jedoch entschlossen die damit verknüpften Opfer nur der gewissen Erreichung des erklärten Zwecks, der Einigung des gesammten Deutschlands zu bringen, vermag die k. sächsische Regierung nicht der Hoffnung zu entsagen daß die k. preußische Regierung in ihrer Weisheit die Nothwendigkeit einer vermittelnden Ausgleichung der widerstreitenden Interessen sowol als der entgegenstehenden Anforderungen des Rechts erkennen und der Befriedigung dieses ersten und dringendsten Bedürfnisses zunächst ihre patriotischen Bestrebungen zuwenden werde. Daher glaubt sie auch zuversichtlich auf eine Modification derjenigen Ansichten rechnen zu dürfen welche der Hr. Vorsitzende des Verwaltungsraths bezüglich der Gültigkeit der organischen Bundesgesetze dargelegt hat, und hinsichtlich deren die diesseitige Regierung im Anschluß an die von dem k. hannöverischen Bevollmächtigten im Verwaltungsrath abgegebene Erklärung sich weitere Entgegnung vorzubehalten hätte."

Preußen. ⁝ **Berlin,** 3 Nov. Das Gerücht von einer österreichischen Note welche gegen den engeren Bund und die Zusammenberufung eines Reichstages Protest erheben soll, ist durchaus unbegründet, und ich kann dem Geschrei der Presse gegenüber meine neuliche Mittheilung nicht nur bestätigen, sondern dieselbe noch aus sehr gut unterrichteter Quelle bis ins einzelne begründen. Es sind in der jüngsten Zeit im ganzen drei Depeschen von Wien aus in der deutschen Angelegenheit an das hiesige Cabinet gelangt. Eine derselben scheint in officieller Form von Hrn. v. Prokesch übergeben worden zu seyn; sie bezieht sich auf den hannoverischen und sächsischen Protest, welcher in formeller und materieller Beziehung von Oesterreich gebilligt wird. Auch soll in derselben ebenfalls die Ansicht ausgesprochen worden seyn daß man zu Verfassungsreformen im Bunde, auch nach jetziger Sachlage, Stimmenmehrheit der Bundesglieder für nothwendig halte. Diese Ansicht hat hier nicht im mindesten überrascht, auch hält man sie natürlich für keinen Protest, läßt vielmehr jedem seine Rechtsanschauungen, um ebenso ungestört bei den eigenen verharren und sie in legaler Weise in Ausführung bringen zu können. Dieß ist übrigens die einzige Depesche der man den Charakter einer Note vindiciren könnte, was sie aber nicht ist. Die beiden andern an Hrn. v. Prokesch nur zur vertraulichen Mittheilung ergangenen Depeschen sind nur ganz freundschaftliche Kundgebungen. Von einer derselben welche Besorgnisse vor den Folgen des Reichstages ausspricht, habe ich Ihnen neulich berichtet, die andere ist bloß eine Anfrage bei Hrn. v. Prokesch, ob die Erklärung des Hrn. v. Bodelschwingh im Verwaltungsrathe vom 7 Oct. so gemeint sey daß Preußen in der Bundescommission sich lediglich als Repräsentant des engeren Bundes betrachte? Wenn dieß der Fall wäre, so könne man nicht umhin österreichischerseits darauf aufmerksam zu machen daß diese Stellung Preußens mit dem Geiste im Widerspruch stehe in welchem der Interimsvertrag geschlossen worden. Das diesseitige Cabinet ist nach vertraulicher Mittheilung dieser Bedenken allen weiteren Erörterungen hierüber mit der Erklärung zuvorgekommen: „daß Preußen in der Bundescommission so gut wie Oesterreich zunächst als Mandatar für ganz Deutschland auftrete." Es verstände sich aber von selbst „daß es in allen Fällen welche den engeren Bund berühren könnten, sich als Vertreter desselben benehmen und mit seinen Verbündeten berathschlagen würde." Ich habe Grund zu vermuthen daß die beregten österreichischen Kundgebungen dem Ausschuß für die deutsche Frage in der ersten Kammer in größter Vollständigkeit mitgetheilt worden sind, mit der Versicherung daß das gute Einvernehmen der beiden Höfe in erfreulicher

Weise fortdauere und die besten Resultate für die Verfassungssache hoffen lasse.

Der Staatsanzeiger theilt in Nr. 300 aus dem Verwaltungsrath die Verhandlungen über den am 12 Oct. erfolgten Beitritt Lübecks zum Vertrag vom 26 Mai mit (s. das Protokoll in Nr. 303 der Allg. Ztg.) Außerdem: der Bundesanschluß des Fürstenthums Schaumburg-Lippe ist durch dessen Bevollmächtigten, den Regierungsrath Capaun-Karlowa in der Sitzung vom 9 Oct. zu Protokoll erklärt, und mittelst deßhalb ausgestellter Ratificationsurkunde vom 19 Oct. c. definitiv vollzogen worden. Die bereits am 26 Jul. c. erfolgte Beitrittserklärung des Herzogthums Sachsen-Meiningen hat am 24 Oct. c. ebenfalls die Ratification erhalten. Die Ratificationsurkunde wurde am 25 Oct. übergeben. Die thüringischen Staaten sind demnach gegenwärtig sämmtlich Mitglieder des Bündnisses.

⁴ **Berlin,** 3 Nov. Meine Angabe daß am 20 Nov. die Wahlen für das deutsche Parlament stattfinden sollen, ist dahin zu berichtigen daß an diesem Tage das Wahlgesetz publicirt werden soll. Die zweite Kammer berieth heute die drei Paragraphen des Gesetzentwurfs über die Ostbahn u. s. w. Nach langer Debatte (die Sitzung dauerte bis nach 5 Uhr!) wurden alle Amendements verworfen. Der Commissionsantrag auf Bewilligung der Anleihe von 21 Millionen wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Oesterreich. **Wien,** 1 Nov. Der nichtamtliche Theil der Wiener Ztg. enthält einen längeren Leitartikel welcher die verschiedenen Anklagpunkte gegen Batthyany zusammenstellt, und daraus die Nothwendigkeit seiner Hinrichtung abzuleiten sucht. Dieselben lauten: 1) er ward schuldig befunden durch hochverrätherische Emittirung der ungarischen Banknoten den wesentlichen Hebel der Empörung geschaffen zu haben; 2) durch die, ohne Sanction des Monarchen bewirkte Ausrüstung einer bewaffneten Macht das zur Führung des Bürgerkriegs bestimmte und verwendete Revolutionsheer zusammengebracht zu haben; 3) durch Sendung von eigenen Gesandtschaften an die republicanische Regierung Frankreichs und an die deutsche Centralgewalt die äußere Gefahr Oesterreichs vergrößert zu haben; 4) den Bürgerkrieg zwischen den Ungarn und den Croaten durch pflichtwidrige Nichtbeachtung der Weisungen des Kaisers zur Beilegung dieser Wirren, und durch vorsätzliche, in dem Losreißungsbestreben begründete Unthätigkeit herbeigeführt und zur ungeheuersten Gefahr des ganzen Staats alles unterlassen zu haben was diesen Byrgerkrieg hätte beseitigen können; 5) er ward schuldig befunden an mehreren auf Losreißung Ungarns zielenden Handlungen und Maßregeln bestimmenden Antheil genommen zu haben, als: an der decretirten Separirung des ungarischen Militärs durch eine verschiedenartige Uniformirung, durch ausschließlich ungarisches Commando, durch einen eigenen Fahneneid, in dem des Kaisers von Oesterreich gar nicht gedacht wird, ferner an der eigenmächtig verfügten Beschlagnahme der in den Cassen Ungarns vorhanden gewesenen Gelder, an häufigen Vorenthaltungen von zur Abfuhr bereit gelegenen Summen, an dem Verbot österreichischer Banknoten in Ungarn, und an anderen den Verkehr und die bisherige commercielle Verbindung Ungarns mit den übrigen Ländern Oesterreichs hemmenden Anordnungen; 6) er ward der Betheiligung an der in Wien stattgefundenen Katastrophe des 6 Oct. 1848 schuldig befunden. Ein Originalschreiben Batthyany's am 17 Sept. an Pulszky beweist daß er letzterem Geldmittel zu Gebot stellte, angeblich „zur Gewinnung der Sympathien in Wien für das Königreich Ungarn und für die ungarische Nation." Batthyany selbst gesteht die Gefährlichkeit Pulszky's als Agitators und Satelliten Kossuths gekannt zu haben. Es ist ferner durch Zeugen bewiesen daß Batthyany, nachdem er in der Nacht vom 5 auf den 6 Oct. von Wien nach Oedenburg abgereist war, an letzterem Ort gesagt hat: „daß es ihm auch viele Mühe gekostet habe bis die Wiener aufgepfeffert worden", und daß er am 7 Oct. einem seiner Bekannten in Oedenburg die Ermordung Latour's als ein für ihn erfreuliches Ereigniß mit den Worten mitgetheilt habe: „Weißt du schon, der Hundsfott Graf Latour hängt schon — nun stehen unsere Actien in Ungarn besser." Notorisch ist daß in jener Zeit die Gewinnung der Sympathien, namentlich in der Wiener Presse, bei der damaligen Haltung derselben ganz überflüssig war, und daher dieselbe als ein nichtiger Vorwand sich darstellt. Es ist endlich bewiesen daß mit bloßem Bezug auf die Batthyani'sche Geldanweisung über 4000 fl. C.-M., und gleichzeitig mit unausgesprochenem Zweck eine Summe von beiläufig 10,000 fl. C.-M. an berüchtigte Individuen jener Zeit, wie Pulszky und andere, verwendet wurde. Aus der Zusammenhaltung dieser Umstände fand das Gericht Batthyany schuldig die Originalgeldanweisung an Pulszky in der Absicht ausgestellt zu haben daß das Geld zur Hervorrufung der Octoberrevolution oder zur „Aufpfefferung der Wiener", wie er den Ausbruch dieser Revolution nannte, verwendet werde, und sich demnach an dieser furchtbaren Katastrophe durch bewußte Herbeischaffung der Mittel betheiligt zu haben; 7) in der Mitte des Monats October in die bewaffneten Insurgentenreihen als gemeiner Garde zu Pferd in der Schaar eines gewissen Vidos eingetreten zu seyn. Nicht minder ward er schuldig befunden in den öffentlichen Blättern, und namentlich am 19 Oct. in der Pesther Ztg., einen Brief veröffentlicht zu haben, worin er das ganze Land zur Gewalt und zum Aufruhr gegen seinen Monarchen aufrief. Endlich ward er vom Gericht schuldig erkannt im December 1848 als Deputirter des Savarer Bezirks in den gesetzlich bereits längst aufgelösten und in seinem Bestand, sowie in seiner ganzen Thätigkeit deutlich das Gepräge der hochverrätherischen Qualification ragetnden ungarischen Reichstag eingetreten zu seyn.

Die Wiener „Oesterreichische Correspondenz" vom 2 Nov. erzählt: „Wir haben ebenso verläßliche als interessante Nachrichten aus Widdin erhalten, welche bis 22 Oct. d. J. reichen. Dem umsichtigen Benehmen des Generals Hauslab glückte es die zahlreichen von den Rebellenhäuptlingen versuchten Umtriebe, welchen die dortigen unteren Behörden indirect Vorschub leisteten, zu nichte zu machen. Es ward z. B. versucht die italienischen und polnischen Flüchtlinge nicht als österreichische Unterthanen gelten zu lassen, und demgemäß deren freiwillige Abreise mit General Hauslab für unzulässig zu erklären; seinen ernsten Vorstellungen gelang es erst dem Rechte Anerkennung zu verschaffen. Bem, jetzt Murad Pascha, erließ am 14 Oct. eine neue Proclamation, worin er den Flüchtlingen, im Fall sie zum Islam übertreten würden, die glänzendsten Versprechungen machte. Guyon redete die schaarenweise zur Abreise Strömenden vom Balkon an. Beide und die hervorragendsten Häupter der Emigration beabsichtigten sogar, wie es heißt, einen Handstreich gegen die Person des Generals Hauslab, um sein Friedenswerk zu paralysiren. Das rechtzeitige Eintreffen des österreichischen Dampfers Ludwig, Capitän Milano, imponirte jedoch den Abenteurern, die auch von der Mannschaft, welche mit Sehnsucht dem Momente der Rückkehr in das Vaterland entgegensah, übles zu erwarten gehabt hätten. Namentlich die Italiener zeigten sich voll des besten Willens, und Hauptmann Buroni, der sie davon abhalten wollte, wurde nur mit Mühe von türkischen Soldaten ihrer Wuth entzogen. Auf seine Anrede: „No lasciate la sacra cosa della libertà" *) riefen sie hallend: „Evviva l'Austria!" Guyon und Consorten gingen in ihrem pöbelhaften, selbst von einem Theil der Emigration getadelten Treiben so weit den alten 71jährigen k. k. Consul durch Pfeifen zu insultiren und rissen die Proclamation des Generals Hauslab von den Thoren des Consulargebäudes. Vor einigen herbeigeeilten Zigeunern ergriff jedoch die Rotte die Flucht. Ueber Beschwerde und auf Verlangen des Generals Hauslab ward Guyon am folgenden Tage von den türkischen Behörden unter starker türkischer Escorte trotz des furchtbarsten Regenwetters nach Konstantinopel abgeführt. Ungeachtet aller Machinationen schifften sich am 21 Oct. um 6 Uhr Abends auf den Remorqueurs Magyar und Merkur mit 6 Schleppschiffen 3171 Mann, darunter mehr als 60 Officiere nach Oesterreich ein; unter ihnen befand sich sogar ein Individuum welches bereits den Uebertritt zum Islam gelobt hatte. Unter nicht enden wollendem Jubelrufe und herzlichen Vivats für Se. Maj. den Kaiser, welcher den Verirrten wieder die Pforten der geliebten Heimath öffnen ließ, ward die Reise angetreten. Sämmtliche Magyaren, galizische Polen und aus Oesterreich gebürtige Italiener schifften sich ein; zurückblieben im ganzen höchstens 700 Mann, fast durchgehends russische Unterthanen. Kossuthnoten, die sonst in Widdin noch um 3⅕ Procent ihres Nominalwerthes Curs hatten, werden nun gar nicht mehr angenommen. Solchergestalt sind sowohl die physischen als pekuniären Kräfte, auf welche die Insurgentenhäuptlinge bei einem unzweifelhaft beabsichtigten künftigen Freischaarenzuge rechneten, gänzlich zunichte geworden.

*** **Wien,** 2 Nov. Graf Hoyos, Feldmarschall-Lieutenant, der erste Commandant der Nationalgarde, wurde so eben, 3 Uhr Nachmittags, begraben. Ich bemerkte viele Bürger im Leichenzuge, der mit allem militärischen Pomp stattfand. Heute vor einem Jahr waren die Kirchhöfe unzugänglich, der Besuch der Gräber war daher heute um so lebhafter, und ein nie gesehner Luxus von Kränzen ꝛc. wurde entwickelt. Auf dem Schmelz-Kirchhof ist bekanntlich das Grab der März-Gefallenen; es war mit den schönsten Kränzen und Blumensträußen buchstäblich bedeckt, das Gitter mit Festons verziert, eine colossale Blumenvase stand in der Mitte u. s. w., wie in diesen Räumen keine schönere Decorirung je gesehen wurde. Der Zudrang war ungeheuer, und nicht bloß von „Proletariern;" aber alles verlief in größter Ruhe, mit allem Anstand. Uebrigens waren an 100 Municipalgardisten auf dem Kirchhof und in dessen Nähe vertheilt. Mit dem 1 Januar soll der Belagerungszustand definitiv aufgehoben werden. Eines der Hindernisse war bisher der Mangel an Gen-

---

*) Lasset nicht von der heiligen Sache der Freiheit!

darmerie, deren Errichtung vorangehen muß. Die Armee wird bereits in der Art reducirt daß die „auf Kriegszeit“ Angeworbenen Entlassung nehmen können. Die Minister entwickeln die regste Thätigkeit, aber in den mittlern Stellen gibt sich eine Renitenz gegen die constitutionellen Neuerungen kund, welche den Ministerien bereits Verlegenheiten bereitet. An unsere Universität sollen viele Notabilitäten des Auslandes berufen werden, Robert Mohl, Wackernagel, Hagen (?); Wachsmuth ist definitiv berufen sowie Steinheil von München. Dieser geniale Mann ist zwar zunächst zur Leitung des Telegraphenwesens bestimmt, aber auch in anderer Beziehung ein unschätzbarer Gewinn für uns. Er hat bereits angenommen. Höfken, welcher ins Handelsministerium als Secretär getreten ist, hat an Czörnigs Stelle (mit dem er einst in der Paulskirche gesessen) die Leitung der Austria übernommen. Auch soll er an unserer Hochschule Vorlesungen halten.

△ **Wien,** 3 Nov. Die Regierung hat durch einen schönen Gnadenact bewiesen daß sie auf dem Weg der Versöhnung in Ungarn vorwärtsschreiten will. Alle welche zu Arreststrafen bis zu einem Jahr verurtheilt sind, haben bereits ihre Freiheit erhalten. Bedenkt man daß diese Kategorie in den verschiedenen Gefängnissen ziemlich vertreten war, so kann man leicht ermessen daß ein nicht unbedeutender Theil der Gefängnißinsassen ihren Familien zurückgegeben worden ist. Durch die Bekanntmachung der Reichsverfassung in Ungarn hat die Regierung endlich alle Zweifel über die künftige Stellung dieses jetzigen Kronlandes gelöst. Marschall Haynau wiederholt in der darauf bezüglichen Proclamation den Ungarn die hochherzigen Worte aus dem kaiserlichen Manifeste vom 4 März: „Völker Oesterreichs! Schaaret euch um euern Kaiser, umgebt ihn mit eurer Anhänglichkeit und thätigen Mitwirkung, und die Reichsverfassung wird kein todter Buchstabe bleiben. Sie wird zum Bollwerk werden eurer Freiheit, zur Bürgschaft für die Macht, den Glanz, die Einheit der Monarchie. Groß ist das Werk, aber gelingen wird es den vereinten Kräften.“ Heute Nacht sind JJ. MM. der Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna hier angekommen und sofort nach Schönbrunn gefahren. Deßgleichen langten auch die Königinnen von Preußen und Sachsen mit der Prinzessin Amalia von Sachsen an. Das neuentstandene Journal „Die Zeit,“ das hier in noch schärferem Sinne als die Ostdeutsche Post ein Oppositionsblatt werden wollte, ist suspendirt. — Es heißt daß in nächste Woche sämmtliche Provincialverfassungen in der Wiener Zeitung erscheinen werden.

Großbritannien.

London, 1 Nov.

Der whiggische Lord Wogan Talbot de Malahide, in Irland begütert und als Lord Furnival im Oberhaus sitzend, ist 84 Jahre alt gestorben. Sein Bruder erbt den Peerstitel. — Graf v. Aldborough, ebenfalls von der irischen Pairie, ist in Italien gestorben.

(Standard.) Wir vernehmen von den jonischen Inseln daß, als die Gefangennehmung der beiden Rebellen Vlacco und Nodara stattfand, letzterer von Sir G. H. Ward in Person verhaftet wurde. Der Priester Nodara hatte einige Minuten lang mit seiner Flinte auf den Lord-Obercommissär angeschlagen, und brauchte dann eben diesen Umstand, daß er dessen Leben geschont, als Grund um Begnadigung anzusprechen. Indessen das Kriegsgericht verurtheilte beide zum Tod, und sie wurden am 19 Oct. aufgehangen. Vlacco benahm sich feig in der Todesstunde; der Priester, ein schöner Mann, ging seinem Schicksal mit Gleichgültigkeit entgegen. Das Ergebniß dieser Gefangennehmung war die Wiederherstellung der Ruhe, und das Martialgesetz hat sofort wieder dem gewöhnlichen Rechtsgange Platz gemacht (d. h. man hat es nicht wochenlang über den Kriegszustand hinaus erstreckt).

⁂ **London,** 31 Oct. Wenn England als eine von den festesten Stützen der constitutionellen Monarchie zu betrachten ist, so hat man dieß in den jetzigen Zeitläufen kaum mehr der angeerbten Loyalität unseres Volks zuzuschreiben als der Klugheit, dem Patriotismus und Wohlwollen der erhabenen Repräsentanten des brittischen Königthums. Auch gereicht es Deutschland nicht zu geringer Ehre in der Person des Prinzen Albert nicht bloß einen der gebildetsten Gentlemen Europa's, sondern auch einen der fähigsten und ehrenwerthesten Volkslenker hervorgebracht zu haben. Er ist langsam und allmählich zu der hohen Stellung emporgestiegen die er in der Achtung der englischen Nation einnimmt; aber in dem jetzt zur Neige gehenden Jahr war die Zunahme seines Rufs und Einflusses eine ungemeine. In Werken der Nächstenliebe und der Wohlthätigkeit, als Vorsaß in Vereinen zur Hebung der schönen Künste, bei Unternehmungen des Handels und der Industrie, vor allem aber als leuchtendes Vorbild eines reinen und edeln Familienlebens hat er bei unserem Inselvolk, welches den häuslichen Herd so hoch hält, goldene Meinungen verdient. Der bemerkenswerth leichte und glückliche Ausdruck seiner Reden, um nicht zu sagen seine Beredsamkeit, erregt allgemeine Bewunderung; sein Geschmack ist im ganzen correct, wenn auch vielleicht etwas zu mittelalterlich; sein Urtheil über Menschen schnell und klar, und sein Patronat in allem Edeln und Nützlichen umsichtig und ächt fürstlich. Daher, obschon die Königin selbst gestern durch ein leichtes Unwohlseyn gehindert war der Eröffnung der Kohlenbörse in der City beizuwohnen, war der Empfang des Prinzen um nichts weniger enthusiastisch, und die Begeisterung wurde bis zu einem Paroxysmus der Loyalität (a paroxysm of loyalty) gesteigert durch die Anwesenheit der beiden ältesten königlichen Kinder, der „Princeß Royal“ Victoria Adelaide (geboren 21 Nov. 1840) und besonders des jungen Thronerben, des Prinzen von Wales, Albert Edward (geb. 9 Nov. 1841). Die Kinder Englands — denn sind sie nicht die Kinder der Nation? — werden so äußerst einfach und still erzogen, daß der sie zum erstenmal in solcher Nähe umdrängende Volksjubel ihren unschuldigen Herzen ganz bange zu machen schien. Der Prinz von Wales, Kind wie er ist, mochte sich halbbewußt die Frage stellen: „wer bin ich denn? und was hab' ich denn gethan um so viel Liebe zu ernten?“ Ach! stellten sich die erwachsenen Prinzen nur öfter diese Frage, und faßten, wenn die Liebe des gutmüthigen Volks ihnen, wie fast immer, von selbst entgegenkommt, bei sich den löblichen Entschluß dieselbe auch nachträglich zu verdienen! — Daß man zum Besuch der Londoner Altstadt, um hier den größten Kohlenmarkt*) der Welt zu eröffnen, den Wasserweg wählte, war ein glücklicher und charakteristischer Gedanke. Die Gewässer des „Vater Thames“ — denn die englische Poetenphantasie denkt sich den Fluß männlich — waren von jeher die Hochstraße zwischen den Palästen von Westminster und dem großen Wohnsitz des englischen Handels, und die vergoldeten Barken welche gestern den Strom herabschwammen nur eine Wiederbelebung so mancher glänzenden Scene der englischen Geschichte. Aber die „Kohlenbörse“ ist wesentlich die englische Schöpfung des neunzehnten Jahrhunderts. Da liegt der Genius gefesselt dessen feuriger Hauch in tausendfältiger Form die Industrie dieser Inseln belebt, und wenn der Kaiser von China bei einem jährlichen landwirthschaftlichen Feste selbst den Pflug führt, so mag ein König von England gleich schicklich den Markt einweihen welcher das für unzählige Hochöfen, Fabrikmühlen, Bergwerke, Schiffe und Wohnungen des Landes unentbehrliche Material liefert. Das Volk fühlte dieß. Daher war ihm das Fest keine bloße Kurzweil, keine leere Augenweide, sondern eine positive Thatsache, und während die Krone ihre Theilnahme an den Hoffnungen der Industrie bethätigte, drängten sich die Söhne der Arbeit mit inniger Hingabe um den Repräsentanten des Königthums. Man nennt die jetzige Zeit eine poesielose, aber ich kann mir, gesteh' ich, nichts die Einbildungskraft ergreifenderes denken als diese Feier. Die niedrigsten Berufsarbeiten des Lebens mit einem Schein zu verklären, die Menge zu durchleuchten mit dem Glanze der Monarchie und mit einem gemischten Gefühl von Ehrfurcht und Liebe ihre Herzen zu rühren, sie zu überzeugen daß, bei allem Abstand zwischen dem Königspalast und dem Kohlenschuppen, die Nation in ihren Gefühlen und Interessen eins ist, und daß das Symbol dieser Einheit Victoria und ihr Geschlecht — das sind offenbar Dinge die wohl werth sind daß das Königthum sich deßhalb in Bewegung setze, und nicht unwerth eines freien und religiösen Volks.

Frankreich.

Paris, 2 Nov.

Daß Frankreich für seine Seemacht einen Aufwand macht dem ihr Zustand und ihre Leistungen keineswegs entsprechen, ist eine alte Klage die in den letzten Jahren der Juliusmonarchie den Wunsch nach einer gründlichen Reform der ganzen Verwaltung dieses Departements hervorgerufen hatte, der sich jetzt wiederholt. Es ist der Antrag gestellt eine parlamentarische Commission von fünfzehn niederzusetzen mit dem Auftrag die Beschaffenheit und Organisation sämmtlicher Marinedienste einer strengen Untersuchung zu unterwerfen, und mit der Vollmacht alle Nachforschungen anzustellen sowie vorzuladen und zu vernehmen alle Personen welche geeignet sind Nachweisungen und Auskunft zu ertheilen. Unter den Mitgliedern welche diesen Antrag unterstützten war eines der sachkundigsten Hr. Collas, seine Rede läßt uns einen tiefern Blick in die Geschichte, die Gegenwart und Zukunft der französischen Marine thun. „Frankreich, sagte er unter anderm, will daß seine Flagge überall hoch wehe und geachtet sey, es macht keinen Anspruch auf das Reich der Meere, aber es will die welche daselbst die Oberherren spielen möchten belehren daß dieses Reich nur Gott gehört. Frankreich hat eine Seegränze über welche es Güter empfängt die ihm Arbeit und Leben geben auf eine Ausdehnung die seine Landgränze um ein Zehntel über-

*) Noch vor 300 Jahren genügten zwei Schiffsladungen Steinkohlen jährlich für Londons Bedarfs; jetzt beschäftigt dieser Bedarf 2700 Fahrzeuge von durchschnittlich 300 Tonnen Gehalt, und gegen 21,600 Fährleute!

steigt. Wir brauchen also eine Marine die im Stand ist dieses Uferland gegen die Gefahr eines Ueberfalls zu decken, im Stand ein Dampfboot zu hindern unsre Städte zu beschießen, im Stand diese arme Handelsmarine zu schützen die der Gegenstand unserer ganzen Sorge seyn sollte und die von uns verwahrlost wird. Wir brauchen eine Marine um mit Autorität in die Weltangelegenheiten einzugreifen, denn die großen Fragen werden zur See entschieden. Wir brauchen eine Marine um eine große Nation zu seyn, und ihr habt keine Marine. (Stimme rechts: Das kann man nicht sagen, wenn wir 6 Linienschiffe, 60 Dampfschiffe und 30 Fregatten haben.) Schaut Rußland, diese Macht die erst in der Welt zu Rang und Ansehen gekommen ist als Peter der Große sie mit einer Marine versehen hat. Rußland besitzt 43 Linienschiffe und 48 Fregatten. Da seine geographische Lage ihm die nöthige Schiffsmannschaft verweigert, so verwandelt es die Hirten seiner Steppen in Matrosen. Und wir die wir uns an den Ocean und das Mittelmeer lehnen, sind entwaffnet. Während Deutschland in Bewegung ist um Häfen und Schiffe zu erhalten, lassen wir die Trümmer unserer Flotten zu Grunde gehen. Wenn der Krieg ausbricht werden wir kraftlos auf den Meeren seyn, und beträchtliche Städte wie Bordeaux, Nantes, Rouen können vielleicht in die Lage kommen eine feindliche Dampfflottille zu sehen, die sie in einigen Stunden in einen Schutthaufen verwandelt. Ich darf wohl erinnern an das was der Frankreich so ergebene Hr. Admiral v. Joinville dem Land gesagt hat, und ich nehme keinen Anstand von diesem Rednerstuhl herab laut zu erklären daß Frankreich ihm Dank schuldet für den Patriotismus wovon er in allen Handlungen seines Lebens Proben abgelegt hat. (Sehr gut! Sehr gut!)" Der Redner warf nun einen kritischen Blick auf den Gang der Marineverwaltung, indem er die Bemerkung vorausschickte das Land habe den Glauben an die Möglichkeit eine Marine zu schaffen nachgerade fast verlieren müssen, denn es habe nur immer die Millionen gesehen die sie verschlungen, nicht aber gewußt daß der größte Theil der für sie bestimmten Summen für andere Zwecke verwendet worden. Nach seiner Berechnung hat die Marine seit 1840 1,038 Mill. gekostet, und doch kennt er keinen stärkern Contrast als zwischen dem damaligen und dem jetzigen Zustand der französischen Seemacht. Damals hatte Frankreich ein Geschwader in den Gewässern der Levante, zwei Reservedivisionen in Tunis und Toulon, doch setzte es seine Rüstungen fort, und im folgenden Jahr waren 217 Fahrzeuge auf der See. „Frankreich," fuhr er fort, „stand allein, aber es hatte die Sympathien der Völker, es hatte eine mächtige Flotte die seine Farben geehrt, und an ihrer Spitze einen Admiral (Joinville) der das Andenken der Duquesne und des Suffren zurückgerufen hätte. Gott, der Frankreich schützt, hatte uns in Alexandria die unermeßliche Flotte des Pascha von Aegypten aufbewahrt. Wir hatten über 30 Fahrzeuge mit Mannschaften die seit länger als drei Jahren bei der Blokade des Rio de la Plata kriegsgeübt waren. Diese Schiffe hätten, in den Meeren jenseits des Cap Horn und des Cap der guten Hoffnung sich verbreitend, die Handelsplätze unserer Feinde zerstört, und wenn sie auch zuletzt unterlegen wären, unsern Feinden hundertfachen Verlust verursacht. Was ist im Jahr 1849 von dieser Seemacht noch übrig? fragt er. Nicht mehr als 77 Fahrzeuge, darunter 11 Fregatten und 6 Linienschiffe die seefähig sind." Auch an der Dampfflotte hat er viele Ausstellungen zu machen. Sie besteht aus 98 Fahrzeugen, welche zusammen 19,650 Pferdekräfte darstellen. Darunter sind 18 Dampffregatten, jedoch nur 12 ausgerüstet, und diese eigentlich bloße Transportschiffe von 2400—3000 Tonnen, schwerfällig, mit einem Aufwand erbaut von je 2½ Mill., d. h. um einen Preis welchen ein Schiff ersten Ranges zu kosten pflegt. Als Hauptgebrechen bezeichnet er dann 1) die schlechte Central- und Arsenalverwaltung; 2) den Mangel an Verbindung zwischen den speciellen Corps und der dienstthuenden Marine, eine Einrichtung die so verschieden von derjenigen der englischen Marine ist daß diese in einigen Tagen mehr Schiffe ausrüsten kann als die französische Marine in zwei Jahren; 3) die Vielregiererei, wie denn das englische Admiralitätsamt mit 40 Angestellten arbeitet, während der Hafen von Toulon allein nicht weniger als 150 beschäftigt, ungerechnet 255 Schreiber die nicht im Staatshandbuch stehen. Der Marineminister Hr. Tracy, auch keine Specialität, vertheidigte die Verwaltung nur schwach, und die beantragte parlamentarische Untersuchungscommission wurde genehmigt.

Folgendes ist die Präsidentenbotschaft über die Bildung des neuen Ministeriums. Sie war an Hrn. Dupin gerichtet, der sie in der Sitzung der Nationalversammlung vom 31 Oct. verlas. „Hr. Präsident! In den ernsten Umständen worin wir uns befinden, kann der Einklang der zwischen den verschiedenen Staatsgewalten herrschen soll, sich nur erhalten wenn sie, von gegenseitigem Vertrauen beseelt, sich offen gegen einander erklären. Um das Beispiel dieser Aufrichtigkeit zu geben, setze ich die Versammlung in Kenntniß von den Gründen die mich bestimmt haben das Ministerium zu wechseln (hört! hört!), und mich von Männern zu trennen deren vorzüglichen Diensten ich gern ein öffentliches Zeugniß gebe und denen ich Freundschaft und Dankbarkeit gewidmet habe. Um die von so vielen Seiten durch die Anarchie bedrohte Republik zu befestigen, um die Ordnung wirksamer zu sichern als sie es bis jetzt war, um auswärts den Namen Frankreichs auf der Höhe seines Rufs zu erhalten, sind Männer erforderlich die, von patriotischer Hingebung beseelt, die Nothwendigkeit einer einigen und festen Leitung und einer bestimmt formulirten Politik (Aufregung) begreifen, die durch keine Unentschlossenheit die Gewalt bloßstellen, die ebenso für meine Verantwortlichkeit als für die ihrige besorgt sind, und zwar im Handeln wie im Reden. (Neue Bewegung und Unterbrechung.) Seit bald einem Jahr habe ich Proben genug von Selbstverläugnung abgelegt, daß über meine wahren Absichten kein Mißverständniß seyn kann. Ohne Groll gegen irgendeine Individualität wie gegen irgendeine Partei, habe ich Männer von den verschiedensten Meinungen zu den Geschäften gelangen lassen, aber ohne die glücklichen Resultate zu erzielen die ich erwartete. (Lautes Geflüster.) Statt einer Verschmelzung der Schattirungen habe ich nur eine Neutralisirung der Kräfte erlangt. (Eine Stimme: Das ist wahr!) Die Einheit der Gesichtspunkte und des Zwecks wurde verhindert, der Geist der Versöhnung für Schwäche genommen. Kaum waren die Gefahren der Straße vorüber, so hat man auch die alten Parteien ihre Fahnen wieder erheben, ihre Nebenbuhlerschaften erwachen und durch Verbreitung von Unruhe das Land erschrecken sehen. Inmitten dieser Verwirrung sucht Frankreich, unruhig weil es keine Leitung sieht, die Hand, den Willen des 10 Dec. Nun dieser Wille kann nicht gefühlt werden außer wenn volle Gemeinschaft der Ideen, der Ansichten, der Ueberzeugungen zwischen dem Präsidenten und seinen Ministern besteht, und wenn die Versammlung selbst sich dem nationalen Gedanken beigesellt dessen Ausdruck die Wahl der vollziehenden Gewalt war. (Verschiedene Eindrücke.) Ein ganzes System hat am 10 Dec. triumphirt, denn der Name Napoleon ist an sich ein ganzes Programm. Er besagt: im Innern Ordnung, Autorität, Religion, Volkswohl; nach außen Nationalwürde. Dieser Politik, die durch meine Erwählung die Weihe erhalten hat, will ich mit dem Beistand der Versammlung und des Volks den Sieg verschaffen. Indem ich die beschworene Verfassung aufrechthalte, will ich des Vertrauens der Nation würdig seyn. Ich will dem Land durch meine Loyalität, meine Beharrlichkeit und meine Festigkeit ein solches Vertrauen einflößen daß die Geschäfte wieder in Gang kommen und daß man Glauben an die Zukunft hat. Ohne Zweifel ist der Buchstabe einer Verfassung von großem Einfluß auf die Geschicke eines Landes, aber die Art wie sie ausgeführt wird vielleicht noch von größerem. Das Mehr oder Weniger der Dauer der Gewalt trägt zum Bestand der Dinge mächtig bei, aber auch durch die Ideen und Principien welche die Regierung zur Geltung zu bringen weiß, beruhigt sich die Gesellschaft. Heben wir also die Autorität, ohne die wahre Freiheit zu beunruhigen. Stillen wir die Besorgnisse indem wir die schlimmen Leidenschaften kühn bändigen und allen edlen Trieben eine nützliche Leitung geben. Stärken wir das religiöse Princip ohne etwas von den Eroberungen der Revolution aufzugeben, und wir werden das Land retten trotz der Parteien, der Ehrsüchteleien und selbst der Unvollkommenheiten welche unsere Institutionen enthalten mögen. Ludwig Napoleon Bonaparte." Eine ministerielle Gegenzeichnung fehlt.

Die Nationalversammlung hatte sich heute sehr zahlreich eingefunden, aber zuerst war die Ministerbank noch unbesetzt und das Präsidium schlug daher vor einige Geschäfte vorzunehmen die zu keiner Discussion Anlaß geben würden. Endlich kamen die Minister und der Ministerpräsident General d'Hautpoul bestieg die Tribüne, um sein Programm vorzutragen. Es ist eine Umschreibung der Präsidentenbotschaft, und enthält nur noch bestimmter ausgedrückt die Versicherung daß der Präsident der Republik nicht gemeint sey sich von der Majorität zu trennen, hernach das Versprechen die Arbeit in allen Graden und allen Formen zu schützen, im Staatshaushalt aber alle möglichen Ersparnisse zu machen, endlich die Bitte um Unterstützung. Da die Versammlung jetzt die Berathung des Gesetzentwurfs über die Nationalgarde von Lyon vornehmen wollte, so entschuldigte sich der Minister des Innern, Hr. F. Barrot: da er erst 24 Stunden im Amt sey, so habe er noch nicht Zeit gehabt die betreffenden Actenstücke herbeizuschaffen, und bat um Aufschub auf Montag. Dieser wurde bewilligt, und die Versammlung beschloß überhaupt bis dahin sich zu vertagen, um dann gleich die Interpellation des Hrn. Sabatier Laroche über die Ursachen der Auflösung des Cabinets zu verhandeln. Wegen des Allerheiligenfestes waren die Pressen gestern geschlossen und die Journale fehlen heute.

Paris, 1 Nov. Die ministerielle Krisis hat nun plötzlich einen ganz andern Ausgang genommen als der vorausgegangene Kampf in der Presse erwarten ließ. Die Mittelpartei unter Dufaure, die den Brief des Präsidenten als Grundlage der zu befolgenden Politik genommen wissen wollte, wurde von den Organen der Rechten heftig angegrif-

fen und Hr. Dufaure nebst seinem Anhang im Ministerium förmlich ersucht auszutreten. „Der angestellte Versuch mit dieser Partei, heißt es in einem dieser Blätter, ist, scheint uns, genügend um ihre Unfähigkeit darzuthun. Sollten denn die Vertreter der gemäßigten Gesinnung ihn dennoch weiter ausspinnen wollen? Oft schon haben wir auf die Gefahr aufmerksam gemacht solchen Männern die Macht in Händen zu lassen, über deren Ergebenheit mindestens Zweifel walteten. ,Heute aber sind es keine Zweifel mehr, sondern Gewißheit. Hrn. Dufaure's Anhang legt die Maske ab und tritt mit Ansprüchen hervor die der Majorität völlig feindselig sind. So möge denn die Majorität sich entschließen dem Ding ein Ende zu machen; denn gegen sie selbst ist jetzt die Politik der Mittelpartei gerichtet.“ Ein anderes Organ der Rechten ging sogar zur Drohung über: „Die Majorität hat sich in der römischen Frage ausgesprochen; der im Elysée bedrohte und in der öffentlichen Meinung compromittirte Minister hat sich in den Schooß der Majorität geflüchtet. Die Majorität bleibt einig und behält mithin eine Machtvollkommenheit die zu verkennen gefährlich ist. Man versichert uns daß unverständige Freunde sich bemühen dem Präsidenten ein Minoritätsministerium zuzuführen, deren Mitglieder unter den Verbündeten der Revolutionärs würden gewählt seyn. Gewiß, es liegt uns nichts so sehr am Herzen als nach Kräften auf Erhaltung der Eintracht hinzuwirken; sollten indeß böse Rathschläge den Präsidenten bewegen sich von der Majorität zu entfernen, so würden wir nicht abstehen von unserer Pflicht, sondern alles was uns unsere Energie an Kräften und die Constitution an Miteln reicht aufbieten zur Vertheidigung derjenigen Sache der wir uns seit Februar gewidmet. Die Majorität ist der Ausdruck der Gesinnung Frankreichs, und sie wird nicht abwarten daß man von einem Zugeständniß zum andern, von Schwachheit zu Schwachheit sie alles Einflusses beraube und einem Staatsstreiche bloßstelle.“ Dagegen ließen sich Organe der Mittelpartei in folgendem Tone vernehmen: „Wir haben seit zehn Monaten unglaublich an Stabilität gewonnen, aber noch nicht das volle Maß erreicht. Darf denn Ludwig Bonaparte Männer berufen die ihren Einfluß im Dienste der Juliusmonarchie oder im Schooße der Parteien abnutzten oder compromittirten? Wir glauben es nicht, und wüßten auch keine andere ministerielle Combination die besser als Barrot, Tocqueville und Dufaure geeignet wäre bei Sicherstellung der Gegenwart die Zukunft an die Vergangenheit anzuknüpfen. Casimir Perier hat einen geachteten und achtungswerthen Namen zurückgelassen; das Gute das er bewirkte hat sich während langer Jahre auf das erfreulichste entwickelt; es bedurfte der von Ludwig Philipp begangenen Fehler und der Verirrungen Guizots um den Erfolg jener rühmlichen Wirksamkeit zu zerstören. In diesem Augenblick da ähnliche Verirrungen und Gewaltstreiche Gefahr zu bringen drohen, vereinigen sich andere Männer von Casimir Periers Gesinnung beseelt und widmen sich gleichem Zweck: die zerstreuten Elemente des öffentlichen Wohls und die Lebenskräfte des Landes um sich zu sammeln zur Befestigung und Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt.“ Aus diesem allen ersah man daß die Mittelpartei, und vor allen Hr. Dufaure, sich schwer behaupten würde; denn der Gegner der mehr und mehr auftaucht ohne erscheinen zu wollen, war zu mächtig als daß er ihm, wenn derselbe sich entschließt unverschleiert und unverhohlen hervorzutreten, widerstehen konnte. Hr. Thiers spielte in diesem Augenblick eine gewaltige Rolle und entschied als höchster Richter über die officielle Politik. Sein Bericht war ein Sieg selbst über den Präsidenten, und was mehr bedeutet über sich selbst, insofern er, der frühere Gallicaner und Schirmvogt der Universität, für die er gegen den ultramontanen Montalembert so manche gewaltige Lanze einsetzte, diesem vormaligen langjährigen Gegner nunmehr den herrlichsten Triumph bereitete. Doch wozu alle Gerüchte von ministeriellen Combinationen die fast mit jedem Tag ins Publicum gebracht werden? Um es zu prüfen, oder es zu hintergehen? Parlamentarisch genommen hatte der „Temps“ Recht wenn er sagt, es sey auf dergleichen gar kein Gewicht zu legen, denn alle solche Combinationen, auch wenn sie wirklich einen Inhalt hätten, seyen haltlose und aller Bedeutung bar. Der Lage angemessen gebe es nur ein einzig wahres Ministerium, und zwar das worin die HH. Thiers, Montalembert, Changarnier, Berryer und Molé Sitz und Stimme hätten; die übrigen seyen nur verantwortliche Drathpuppen einer unverantwortlichen Komödie. Mit dem genannten Ministerium würde die Komödie als Fleisch und Blut auftreten, und man wüßte dann woran man wäre. Auf einen so plötzlichen Rücktritt des Ministeriums in corpore war keiner gefaßt. Die Aufregung in welche die Nationalversammlung beim Vortrag der Botschaft des Präsidenten gerieth, ist begreiflich. Sie enthält viel wahres was der Majorität schlecht ins Ohr gefallen seyn mag. Das neue Ministerium ist noch immer eines der Majorität, aber was politische Bedeutung betrifft ein völlig nichtiges, durch welches sich der Charakter der zu befolgenden Politik gar nicht offenbart. Ist es ein Versuch? Ein absichtlicher Griff ins Gewöhnliche um das Ungewöhnliche vorzubereiten? Wir werden sehen. So viel ist gewiß daß die Nachricht davon große Sensation macht, und über die Feigen wieder Angst und Noth hereinbrechen.

= **Paris,** 1 Nov. Das neue Ministerium besteht großentheils aus Bonaparte'schen Elementen. Der Monarchie sind sämmtliche Auserkorne zugethan, denn sie sind fast alle Hausfreunde des Elysée. An der eklektischen Zusammensetzung der abgetretenen Verwaltung hatte der Präsident schon längst allen Geschmack verloren, und so versucht er es nun mit einer mehr homogenen Zusammensetzung. Das neue Cabinet hofft auf eine Majorität in der Kammer, und wir glauben daß ihm diese im Anfang gewährt werden wird. Das „fait accompli“ in der römischen Angelegenheit übernimmt auch das Ministerium d'Hautpoul. Als eine bedeutende Opposition wird sich in der nächsten Zeit der Cavaignac'sche Anhang geltend machen, denn es ist nicht unwahrscheinlich daß Dufaure allmählich zu diesem mit Sack und Pack übergehen wird. Von verschiedenen Seiten wird zwar der neuen Verwaltung alle Lebensfähigkeit abgesprochen, allein wir sind der Ansicht daß sie jedenfalls den ersten Stürmen Trotz zu bieten vermag. Die Pariser im allgemeinen billigen den Entschluß des Präsidenten das Cabinet Barrot verabschiedet zu haben. Selbst Gegner des Präsidenten rufen aus: „on a trop maltraité le neveu de l'empereur.“

Handels- und Börsennachrichten.

London, 2 Nov. Die Pariser Nachricht hatte die Fonds gedrückt, doch standen die Consols heut um 2 Uhr Nachmittags zu 92$\frac{3}{8}$ auf Rechnung; Bank Stock 190. Spane 3proc. 35.

Paris, 2 Nov. 3proc. 55.30; 5proc. 87.30; Schatzsch. 5$\frac{1}{2}$; Bankactien 2315; neap. 5proc. 88; röm. 80$\frac{1}{2}$; span. 3proc. 34$\frac{5}{8}$; innere Schuld 27$\frac{3}{8}$; piem. 5proc. 82.50; Oblig. v. 1834 992.50; v. 1849 890; Vers. C.-B. rechte 210; Paris-Orleans 725; Rouen 520; Straßburg 352.50; Nordbahn 427.50; Mars.-Avignon 212.50; Straßb.-Basel 100; Boul.-Amiens 135; Tours-Nantes 280; Antwerpen-Gent 270.

Amsterdam, 2 Nov. 2$\frac{1}{2}$proc. 53$\frac{1}{16}$; 3proc. 62$\frac{11}{16}$; 4proc. 82$\frac{1}{8}$; Met. 5proc. 84; Ard. 12$\frac{3}{4}$.

Augsburg, 5 Nov. (5 fl. A. Corr. = 0 fl. i. 24$\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83$\frac{7}{8}$ P. Hamburg 1 M. 73$\frac{3}{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. 93 P. Triest 1 M. 93 P. Frankfurt a. M. 1 M. 99$\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. 99$\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. 105$\frac{1}{8}$ P. Leipzig 1 M. 105$\frac{1}{8}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 118$\frac{3}{4}$ P. Lyon 1 M. 118$\frac{5}{8}$ P. Marseille 1 M. 118$\frac{3}{8}$ G. Mailand 1 M. 60$\frac{1}{16}$ G. Genua 1 M. 52 G. Livorno 61$\frac{1}{8}$ G.

Augsburg, 5 Nov. Bayer. 3$\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85$\frac{1}{2}$ P. 4proc. 92$\frac{1}{2}$ P. 5proc. 100$\frac{3}{8}$ P. Bankactien II. Sem. 646 P. Promessen 63 P. Oesterr. 5proc. Metall. 88$\frac{1}{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württem. 3$\frac{1}{2}$proc. 82 P. 4$\frac{1}{2}$proc. 94$\frac{1}{2}$ P.

♀ **Wien,** 3 Nov. Bei stillem Geschäfte waren Curse auch an der heutigen Börse sehr matt, und schlossen zunächst 4$\frac{1}{2}$proc. Metall., Nordbahn- und Mailänder-Eisenbahnactien niedriger. Letztere sind seit gestern um 1$\frac{3}{4}$–2 Proc. zurückgegangen, während das neue Anlehen bis 83$\frac{3}{4}$ ziemlich angeboten blieb. In fremden Devisen wenig Umsatz und Veränderung, mit Ausnahme von lang London, welches mehr gefragt bis 10.50 gut zu lassen war. Gold und Silber etwas flauer, Goldsorten hingegen gesucht und fehlend. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94$\frac{1}{4}$–94$\frac{3}{8}$, 4$\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) 83$\frac{3}{4}$–83$\frac{7}{8}$. Loose vom J. 1834 161$\frac{1}{2}$–162, Loose vom J. 1839 113$\frac{1}{2}$–113$\frac{3}{4}$, Bankactien 1197–1200, Nordbahnactien 107–107$\frac{1}{4}$, Gloggnitzer 108–108$\frac{1}{2}$, Mailänder 80–80$\frac{1}{2}$, Pesther (etwas fester) 77–77$\frac{1}{4}$. London (in 1. S.) 10.50–10.51, Hamburg 157$\frac{1}{8}$ B., Augsburg uso 107$\frac{3}{4}$ G., Frankfurt 107$\frac{1}{4}$ B., Amsterdam 149$\frac{1}{2}$ B., Mailand 98$\frac{1}{2}$ B., Livorno 106 B., Genua 124$\frac{1}{2}$ G., Paris 127$\frac{1}{4}$ B., Marseille 127$\frac{1}{2}$ B., Bucharest (31 Tage Sicht) 261–262. Goldagio für kais. Münzducaten 12, Silberagio 7 Proc. Bei der gestern stattgefundenen (206ten) Verlosung der ältern Staatsschuld ist die Serie Nr. 366 gezogen worden, enthaltend mährisch-schlesische Aerarial-Obligationen de Sessione, 6 Dec. 1793 zu 4 Proc. von Nr. 20886 bis einschlüssig 24731 im Capitalsbetrage von 1,255,310 fl. 41$\frac{3}{4}$ kr. und im Zinsenbetrag nach dem herabgesetzten Fuße von 25,106 fl. 13 kr.

Berichtigungen.

In den ersten Exemplaren der Beilage zu Nr. 310 in dem Aufsatze „zur Würdigung von Shakspeare“ sind noch folgende Verbesserungen vorzunehmen: S. 1, Sp. 1, Z. 4 v. u. lese man Poetik statt Poesie. Sp. 2, Z. 1 v. u. des gallichten statt der gallichten. S. 2, Sp. 2, Z. 16 v. o. Bescheidung des „Verfassers.“

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur Würdigung von Sheakspeare, von Gervinus. — Schukowsky's Uebersetzung der Odyssee ins Russische. — Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage. — Eine Rede von Frhrn. v. Canitz.

Zur Würdigung von Shakspeare von Gervinus.

Dritter Theil.

** Daß ein sittlicher Hauptgedanken jedem shakspeare'schen Stücke zu Grunde liege aus dem sich die Charaktere und die Handlung desselben vollständig erklärten, hat Gervinus in den zwei ersten Bänden dieses Werkes mit dem größten Erfolg durchgeführt; man wird es sehr natürlich finden müssen daß er in diesem dritten Theile, in dem er die größten Tragödien Shakspeare's zu behandeln hat, bei demselben verharrt. Es ist mir nicht bekannt ob in öffentlichen Beurtheilungen Einsprache gegen den erwähnten Grundsatz erhoben worden ist, oder ob vertrauliche Bemerkungen einen Zweifel an ihrer Angemessenheit enthalten haben, gewiß ist daß Gervinus sich veranlaßt sieht diesen seinen Grundgedanken bei Erklärung shakspeare'scher Dramen zu rechtfertigen. „Man könnte es unnatürlich finden", sagt er im Anfang seiner Besprechung des Lustspiels Viel Lärmens um Nichts, „daß Shakspeare bei den zwanglosen Handlungen seiner Lustspiele überall nach einem bestimmten, im voraus gefaßten Gedanken gearbeitet haben sollte; schon die Entfernung von aller Betrachtung, auf die wir in „Wie es euch gefällt" selbst aufmerksam machten, und die in „Viel Lärmens um Nichts" wo möglich noch entschiedener ist, könnte dem zu widersprechen scheinen. Wir haben aber auch, wenn wir von den leitenden Gedanken shakspeare'scher Stücke reden, nie sagen wollen daß den Dichter bei irgendeinem seiner Werke eine abstracte Idee in Bewegung gesetzt, der er dann in systematischer Berechnung und Vorüberlegung einen poetischen Körper übergeformt habe. Der Dichter hatte große innere Erfahrungen gemacht, über die er mit sich zu Rathe gegangen war; er las Darstellungen in Gedichten, Schauspielen und Romanen, oder er beobachtete in der Geschichte der Gegenwart und Vergangenheit Ereignisse und Verhältnisse, die zu ihm sprachen, die für ihn innerlich lebendig waren, weil er ein Entsprechendes in sich, seiner Natur oder seinem Leben besaß, das sie ihm aufhellte; solche aufgenommene und erlebte, durch beiderlei Art der Empfängniß desto lebhafter wirkende Eindrücke griff er für seine Dramen auf und rundete sie künstlerisch. Und bei diesem Geschäft allerdings besaß er in einer wunderbar glücklichen Mischung die Gabe jeden Theil der Dichtung auf eine Grundanschauung des gegebenen Gegenstandes zurückzubeziehen und jeden Charakter in einem bestimmten Verhältniß dazu zu bilden, ohne gleichwohl diese ordnende Hand in der Maschinerie seiner Werke mehr durchblicken zu lassen als sich mit der dichterischen Täuschung vertrug. Diese Grundanschauung ist nie von abstract philosophischer, sondern immer von sittlich psychologischer Natur. Dem lichtvollen Geiste des Dichters konnte keine Erzählung oder Fabel, die sich zu dramatischer Behandlung eignete, entgegentreten, ohne daß er in den Verhältnissen und Menschen, aus denen die Handlung erwächst, gewisse Bedingungen entdeckte unter deren Voraussetzung allein solch eine Handlung möglich oder wahrscheinlich war. Eben diese Bedingungen zu erfassen, sie möglichst auf eine Hauptbedingung, auf eine gegebene Naturanlage oder Charakterbild der Handelnden zurückzuführen, und alles Zufällige dabei möglichst zu entfernen, dieß ist wesentlich was den Stücken Shakspeare's die geistige Einheit gibt, die wir nachzuweisen suchen, und die doch nirgends der lebendigen Mannichfaltigkeit oder plastisch künstlerischen Darstellung den geringsten Eintrag thut."

Ich habe diese Stelle in ihrer ganzen Ausdehnung gegeben, weil sie die Gründe der Darstellung der shakspeare'schen Dramen durch Gervinus vollständig enthält, und will nur noch bemerken daß diese Methode für die Beurtheilung und für das Studium unschätzbar ist, daß aber angehende Dramatiker sich wohl hüten mögen sich dem Glauben zu überlassen daß nach dieser Methode Dramen zu construiren seyen die den shakspeare'schen ähnlich seyn müßten; sie möchten die Erfahrung des großen Mathematikers Euler machen der, auf seine tiefe Kenntniß des mathematischen Theils der Compositionslehre gestützt, den Wettkampf musikalischer Dichtung mit (wenn ich nicht irre) Graun einging, und am Erfolg lernte daß der Poet noch etwas weiteres bedürfe als die Poetik.

Nimmt man zu jener eben angeführten Stelle noch einige andere allgemeine Gedanken hinzu welche Gervinus in diesem Bande bei verschiedenen Anlässen ausspricht, so wird man über die Gründe seiner Anschauungsweise Shakspeare's vollständig ins Klare kommen. „Das Schicksal", sagt er sehr bezeichnend, „ist dem Shakspeare nichts anderes als des Menschen eigene Natur." — „Wir versuchen", heißt es an einer andern Stelle, „aus dem ganzen Sinn des Dichters den Sinn der Stücke, aus dem ganzen Sinn der Stücke den Sinn der Charaktere, aus dem ganzen Sinn der Charaktere ihre einzelnen Aeußerungen und Züge zu beurtheilen." Daher erklärt es sich dann wie die eigene Entwicklung und Ausbildung Shakspeare's als auf die Wahl seiner Stoffe, auf die Behandlung der Charaktere Einfluß gewinnend dargestellt werden kann. Alles Einzelne hängt immer mit dem Ganzen des Dichters in einer bestimmten Zeit zusammen. „Das Gefühl des Menschen von seinem Werthe", lesen wir anderswo, „und seiner Bestimmung gilt Shakspeare für den Grund und Boden in dem alle menschlichen Tugenden und Laster ihre Wurzel haben. In seiner Ausbildung zum reinen edlen Selbstgefühl (wie bei Henry v. Monmouth, bei Porcia, bei Leonatus) sieht der Dichter des Menschen Wesen und Natur auf ihrem Gipfel; steigert sich dieß Gefühl zu Selbstsucht, Ehrgeiz, Ruhmbegierde, zu den sich selbst überstürzenden Eigenschaften, so entsteht das Trauerspiel; wird es Einbildung, Eitelkeit, Eigenliebe, das Lustspiel. Bleibt es im rechten Maße, so sehen wir den ruhigen Gang des Schauspiels." — „Shakspeare hat überall in seinen tieferen Stücken die Intrigue vernachlässigt, und das ganze Gewicht auf die Motive (Charaktere) gelegt", heißt es im Eingang zur Beurtheilung von „Was ihr wollt."

Um die seinen Conceptionen entsprechenden Charaktere zu finden, sah sich Shakspeare gedrungen sie aus den verschiedenen Zeiten zu nehmen. Diese Bemerkung schließt das Verständniß der shakspeare'schen Charaktere besonders auf, andere Charaktere erscheinen in den Zeiten der Kämpfe in England, aus denen Shakspeare die Stoffe seiner Stücke aus der englischen Geschichte nimmt, andere in Rom zu den Zeiten der Triumvirn; um die stärksten, gewaltigsten, verheerendsten, rücksichtslosesten Charaktere zu bilden und auf entsprechenden Boden zu stellen, mußte er in die rohe heidnische Zeit und in den Norden zurückgreifen. „Mußte ein Geist von dieser Größe nicht empfinden daß der stärkste dichterische Genius, um sich auszubreiten, den nöthigen Raum nur gerade in der Darstellung der stärksten Leidenschaften hat? Daß es seinen guten Grund hat warum die antike Tragödie ihre Stoffe aus der Urzeit der Heroengeschlechter nahm wo sie den größer gebauten Naturen gewaltigere Kräfte verleihen durfte? Auch scheint es in der That ja anerkannt daß Shakspeare gerade in der Schilderung dieser entfesselten Menschheit im Macbeth, im Hamlet, aber besonders im Lear die höchste Höhe seiner Kunst erklommen habe. Wie oft ist nicht Lear das größte und erhabenste aller seiner Dramen genannt worden? Wie staunte Schlegel „„den beinahe übermenschlichen Schwung des Genius in diesem Werke an, wo der Geist sich ebenso sehr in Betrachtung aller Höhen und Tiefen desselben verliere, wie der erste Eindruck das Gefühl überwältige."" Diese und ähnliche Geständnisse der Bewunderung sind gemacht worden zum Theil ohne Beanstandung des herben Inhalts, zum Theil trotz demselben; es wäre aber noch eine Frage ob sie nicht auch verdient sind gerade wegen des kolossalen Inhalts, der auch in dem Schrecklichen und Herben der Ereignisse über die natürliche Größe hinauswächst, und wegen der ganz außerordentlichen Entwicklung derselben."

Gehen wir von diesen allgemeinen Bemerkungen zu der Darstellung der dichterischen Thätigkeit Shakspeare's in den einzelnen Dramen, so finden wir daß sich Gervinus in diesem Theile mit den Lustspielen: „Wie es euch gefällt", „Viel Lärmens um Nichts", „Was ihr wollt" und „Maß für Maß"; mit den Trauerspielen: „Hamlet", „Othello", „Macbeth", „König Lear", und mit dem Schauspiel „Cymbeline" beschäftigt. Ein vierter Theil wird den Rest der shakspeare'schen Dramen darstellen. Wir sehen also daß der Verfasser sein Werk in der Arbeit wachsen sieht, denn er hatte es erst auf drei Bände berechnet; zugleich wird uns dadurch klar daß es nicht ein schon länger ausgearbeitetes Werk ist, wie einige — was jeder der diese gewaltige Arbeit zu beurtheilen versteht, natürlich finden wird — geglaubt haben, sondern daß es, die weitgreifenden Studien vorausgesetzt, frisch aus dem Geiste des Verfassers hervorwächst. „Wie es euch gefällt" ist als das Pastorale dargestellt welches den Gegensatz des Hoflebens und des Landlebens zum Gegenstande hat, und dessen sittliche Lehre in dem Nachweis liegt daß die Beschaffenheit des Gemüthes Ruhe und Genuß bringt, nicht die äußere Lage, so daß man jenes horazische est Ulubris als Motto davor schreiben könnte. Wie die Eigenschaften der einzelnen Personen, ihr mehr oder weniger Maß halten, ihre Schicksale und den Gang des Stückes bestimmen, ist vortrefflich auseinander gesetzt; hinsichtlich des gallichten Humoristen

Jaques wurden wir durch Gervinus' Beurtheilung an eine Bemerkung über diesen Charakter erinnert, welche sich in einem vor etwa dreißig Jahren erschienenen Heft eines wenig bekannten Journals befand, daß Shakspeare mit gutem Fug diese Art von Humor in einen sittlich zerrissenen Menschen gesetzt habe, daß die tugendhaften und reinen Humoristen bei Jean Paul der wahren Natur entbehrten, daß dagegen Goethe seine tiefere Kenntniß des Menschenlebens dadurch gezeigt daß er den Humoristen Friedrich im „Meister" als sittlich haltlos darstellte.

In „Maß für Maß" zeigt uns Gervinus zwei verschiedene Schichten der Gesellschaft, Charaktere feinerer Bildung und Caricaturen in denen sich das Selbstgefühl in seinen verschiedenen Arten darstellt, der übertriebene Eigendünkel in dem Puritaner Malvolio, das stolze Selbstgefühl in Olivia, der Egoismus, der für Liebe gelten will, im Herzog rc., die dann durch die Caricaturen Andreas und Tobias an der einen und durch die frischen, klaren, und wahrhaften Naturen Sebastians und Viola's ins Licht gesetzt werden. Denn obgleich Olivia als ein Weib von nicht gewöhnlicher Energie, streng, tugendhaft, freien und ernsten Geistes erscheint, eine hohe Frau, so ist doch in ihrem Verhältnisse zum Herzog, ungeachtet durch dessen Rangstolz ihr Charakterstolz herausgefordert wird — eine Härte die ihrer Vollkommenheit Abbruch thut, und auch durch ihr plötzliches Verlieben in Viola gestraft wird. Eine im hohen Grade interessante Bemerkung macht Gervinus bei Gelegenheit des Narrenfestes in diesem Stücke über die verschiedenen Classen von Narren in den shakspeare'schen Stücken überhaupt. Dieser Narr (er möge immer nur als Sänger eingeschoben seyn, wie denn in allen Stücken Shakspeare's aus dieser Zeit sich das musikalische Element finde) stehe sehr hoch, es sey der sich seiner Klugheit am hellsten bewußte Narr in Shakspeare, und modle seine Bemerkungen in vollster Klarheit nach den Personen an die er sie richte. Das vielfach mißverstandene und unbillig beurtheilte Stück „Maß für Maß" hat Gervinus der eindringendsten Behandlung unterzogen. Coleridge hat dieses Stück, trotz seiner hohen Bewunderung für Shakspeare die ihn überall zum Vertheidiger des Dichters macht, das peinlichste seiner Stücke genannt. Gervinus vertheidigt Shakspeare gegen diese Anschuldigung aus den Motiven der Handlungen und dem psychologischen Zusammenhang derselben. Die Feinheit dieser Vertheidigung wird sich aus folgenden Hauptgedanken derselben ergeben. Das Stück spielt in der verderblichsten, zügellosesten Stadt, aus der alle Sitte und alle richterliche Strenge verschwunden ist. Ueber diese Stadt herrscht ein Mann von angeborner Herzensgüte und Milde, welche der Grundzug seines Charakters ist, ein trefflicher Soldat, Gelehrter und Geschäftsmann, der da fordert daß der Herrscher und Richter so heilig als streng seyn müsse; er selbst ist mäßig, sanft, gelassen, ein besonnener Weiser der nicht nach dem Beifall des Volkes jagt, ein Freund der Einsamkeit und eifrigst bestrebt sich selbst und seine Werkzeuge kennen zu lernen. Zu mild hat er die strengen Gesetze gegen Unzucht einschlafen lassen, nun hält er es für unbillig sie selbst wieder in Kraft zu setzen, er trägt dieß einem Statthalter auf. Dazu wählt er nicht den großen Staatsmann und Rechtsgelehrten, den mäßigen und gerechten Escalus, der ihm an Rang der nächste ist, sondern den sittenstrengen, enthaltsamen, jüngern Angelo, einen Tugendstolzen, der viel zu viel und ängstlich auf den Schein bedacht ist als daß nicht Ueberspannung in seiner puritanischen Sittenstrenge seyn sollte; er hütet sich unaufhörlich vor dem Neid, und hat den reizbarsten Ehrgeiz den Ruf des Untadelhaften keinen Augenblick zu verlieren; damit hängt sein äußerer Ehrgeiz, sein Streben nach Würden innig zusammen. Der Herzog beschließt ihn zu prüfen. Angelo hat eine Braut aufgegeben weil ihr Heirathsgut verloren gegangen ist, und sich dadurch zu rechtfertigen gesucht daß er ihre Ehre verleumdete. Der Herzog beobachtet ihn unerkannt, in der Nähe, und diese Nähe, gleichsam eine Vorsehung, beruhigt uns über das Fürchterliche was sich begeben soll. Es ist zu bemerken daß alle diese feinen Beziehungen Shakspeare's Erfindung sind, und daß sie in der Novelle aus der er schöpfte durchaus fehlen. Angelo geht nun aufs strengste ans Werk; aber seine Strenge vertilgt das Laster nicht, dieß verbreitet sich vielmehr, weil man ihm die privilegirten Stätten nimmt. Wie überall kommen die Schlimmsten durch und die weniger Schuldigen werden ergriffen. Er straft Claudio, der, in Schwäche gefallen, weniger schuldig als der treubrüchige Angelo ist; die Gerechtigkeit soll ihren Lauf haben, er denkt nicht an seine eigene Schwäche. Da kommt ihm das Gerücht durch Claudio's Schwester Isabella, die, eine Kennerin der Menschen, geistvoll, schön für den Bruder bei Angelo fürzubitten bestimmt wird. „Die Mischung von Mitleid und Charakterstärke, von eigener Unschuld und Rücksicht auf anderer Schwäche, von Zärtlichkeit und Festigkeit, von weiblicher Schüchternheit, ja selbst Mißtrauen in sich selbst und dem sichersten Tacte des Handelns, von Bescheidenheit und Befähigung, von Bescheidung und von geistiger und sittlicher Kraftentfaltung durchzieht den ganzen Charakter dieses Weibes." Die endliche Begnadigung Angelo's ist durch den guten Kern, der doch noch in ihm war, und besonders dadurch erklärt daß der Herzog ja selbst durch seine Uebertragung des Richteramtes an Angelo die Versuchung herbeigeführt hatte. Und so weiset uns auch dieß auf die „weise Mitte in allem" als den Hauptgedanken des Stückes hin.

Ich habe die Behandlung dieses Stücks weitläuftiger besprochen um ein Beispiel von Gervinus' Behandlung der Lustspiele dieser Periode überhaupt zu geben. In „Viel Lärmens um nichts" ist der Grundgedanke gleich vortrefflich durchgeführt. Wer die schöne Neumann als Beatrice und Ifflands Collegen von Mannheim her, Beck, als Benedict in diesem Stücke spielen gesehen, mußte einen bleibenden Eindruck von der Feinheit shakspeare'scher Charakteristik empfinden. Mir ist er seit 1823 vom Theater in Hannover geblieben.

Was die großen Tragödien betrifft die in diesem Bande besprochen werden, so ist über sie in England und Deutschland das trefflichste gedacht und gesagt worden, und es zeugt von der Bescheidung des Verfassers daß er dieß einfach anerkennt und sich begnügt die Resultate früherer Forschung, die ihm genügen, zusammenzustellen. Diese Zusammenstellung aber ist mit solcher Sicherheit und Klarheit und mit solchem Bewußtseyn der eignen, den besten Erklärern ebenbürtigen Kraft gemacht daß sie sich als ein Meisterwerk liest und als ein durchaus neues erscheint. In dem Urtheil über Cymbeline genügen Gervinus die Vorgänger nicht; ihm gebührt das Verdienst dieses herrliche Werk zuerst ins volle Licht gestellt zu haben. Wenn er von Lear sagt daß, da den Stoß mächtiger Leidenschaften auf die natürlichen und sittlichen Schranken der Menschheit zu schildern die eigentliche Aufgabe der Tragödie sey, diese Aufgabe sich im Lear generalisirt zeige, indem Shakspeare da die Leidenschaft allgemein schildere, wie die andern Trauerspiele einzelne Leidenschaften, weßhalb man den Lear die Tragödie κατ' ἐξοχὴν heißen könne, so bemerkt er über Lear und Cymbeline folgendes: „Im Hamlet und Macbeth, im Othello und Timon dreht sich alles um einen einzigen Hauptcharakter, in Lear und Cymbeline nimmt sich Shakspeare einen viel weitern Stoff. Wenn es sich bei jenen Tragödien wesentlich um eine einzelne Leidenschaft und ihre Entwickelung handelte, so sind in Lear und Cymbeline gleichsam ganze Zeiten und Geschlechter dargestellt." „Sehr wenige Beurtheiler, sagt Gervinus, haben dieß Stück so hoch gestellt, ich weiß aber auch keinen der ihm Gerechtigkeit gethan hätte. Auf neue und aparte Ansichten nirgends versessen, freue ich mich immer wenn mein Urtheil über die einzelnen Werke unsers Dichters in Einklang mit dem ist das die Zeit und die allgemeine Meinung festgestellt haben. Nur in diesem Einen Falle weiche ich weit von der herkömmlichen Schätzung ab." Wie Gervinus dieß meint geht aus dem Schluß seiner Abhandlung über Cymbeline hervor, den ich deßhalb beifüge. „Es liegt so sehr in Shakspeare's Gedanken und Erfahrungssystem über die sittlichen Dinge, es ist ein so gewöhnlicher Satz seiner Lebensweisheit daß die Fälle und Verhältnisse den Menschen nicht selten antreten wo sich Tugend in Laster und Laster in Tugend verkehrt. Die Ueberzeugung unsers Dichters ist überall gewesen daß nicht ein äußeres Gesetz die Regel des sittlichen Handelns in schroffe, stets gültige Vorschrift fassen kann, sondern daß es überall darauf ankomme daß ein inneres Gesetz und Gefühl uns anleite nach Umständen und Lagen an dem Buchstaben der Pflicht ab und zuzuthun, daß das Selbstgefühl und das Selbstbewußtseyn in uns geläutert und gebildet sey, um uns in den zweifelhaftesten Verwickelungen des Augenblicks immer ein lebendiges Gesetz und ein richtiger Richter zu seyn. Jenem Naturmenschen galt eine unschädliche Heimlichkeit, eine heilsame Verstellung, eine Nothlüge, ein Nothtrug nach der Beschaffenheit der Welt um ihn her, und nach dem Zwang der Verhältnisse nicht für eine Sünde. Mitten unter Bösen und Falschen gut, wahr und treu zu bleiben ist nicht möglich, ohne sich selbst zu verderben. Diese Erfahrung hat sich Pisanio mit schlichtem Tacte aus dem Umgang und der Kenntniß der Menschen abgezogen, und darnach seine Handlungsweise geregelt. Sich in der argen Welt arglos und rein zu erhalten wäre nur möglich wenn man aus der Welt ausschiede um als ein Einsiedler zu leben. In dieser Lage hat uns der Dichter die zwei Knaben des Cymbeline gezeigt. Aber sie selbst treibt der Drang der menschlichen Natur nach den Gefahren des Lebens und seinen Prüfungen hinaus; sie schlagen dabei den elterlichen Segen in die Schanze, und die erste Berührung der Welt hätte sie auch gleich, wenn nicht eine Vorsehung günstig waltete, in die gefahrvollste Verwicklung gebracht. Der Dichter hat uns sodann vollkommenere Menschen gezeigt die mitten im Strudel der Welt unversehrt geblieben waren. Wir haben gesehen wie in Nähe und Ferne, Imogenes und Posthumus Sittenreinheit gekannt, anerkannt und ohne Tadel geblieben war. Aber auch diese Vollkommenheiten sollen von dem Geifer der Welt verunreinigt, ihre Tugend soll versucht und verleumdet, ihre Besonnenheit erschüttert, mit ihrem äußern Glück auch ihr inneres gestört werden; auch sie sollen erfahren daß es in der Welt nicht möglich ist sich fleckenlos rein zu behaupten. Sogar wenn in

diesen Ausnahmen der Menschheit eine solche innere Kraft denkbar wäre, die sie in sich selber vor aller Versuchung zum Bösen sicher stellte, so würde die Außenwelt sie dennoch ihr bloßstellen. Der Verleumder drängt sich an Posthumus an, er fälscht ihm das worauf er sein höchstes Vertrauen hatte, er reißt ihn aus seiner guten gläubigen Natur; nun verirrt sich Posthumus in der besten Absicht, indem er eine voreilige, rücksichtslose Gerechtigkeit üben will, die, sagt er später, wenn sie gegen seine Fehler geübt worden wäre, ihn für seine Rache nicht hätte leben lassen. Von Imogen hatte man den Geliebten losgerissen, man hatte ihre Geduld vergiftet, ihre Sehnsucht überspannt, sie entzieht sich durch Flucht um den Gatten zu sehen, um ihn, da sie ihn treulos glaubt, zu retten; beides entschuldbare, selbst löbliche Absichten, aber sie machen Täuschungen, Verkleidungen, Ausreden, Lügen, Gefahren der Sittsamkeit unvermeidlich, sie muß, bezeichnend genug, unter falschem, Treue bezeichnenden Namen ihre Treue bergen und bewahren. Wider dieß alles sträubt sich Imogens makellose Natur an sich, sie findet sich aber hinein unter dem Zwang der Verhältnisse. Diese reinsten Spiegelbilder der Tugend haucht das Gift der Welt an, Argwohn und Mißtrauen ergreift sie, das ihnen fremd war, die Prüfungen treten sie an, Versuchung in ihrer schlauesten Gestalt, mit Unglück und Verzweiflung gewaffnet, aber sie halten in ihrer Treue zu einander aus auf die alle diese Stöße abzielen. Und das ist es worauf es allein ankommt, was zuletzt Unglück und Bosheit überwindet, daß man von dem Weltlauf nicht den Lauf der Welt selber lerne, daß man sich von fremdem Laster nicht zu eignem verführen lasse oder berechtigt glaube. Die Treulosigkeit als Rache gegen Treulosigkeit von Joachim der Imogen empfahlen, hätte beider Glück und Liebe für ewig zerstört; das treue Ausharren beider, troz der geglaubten Falschheit des andern, überwand die üble Nachrede und selbst das unheilbare Unheil, den geglaubten Tod. Und diese in so harten Prüfungen bestandene Treue hat nach dieser Trübung und Beschmutzung eine ganz andere Lauterkeit, einen ganz andern Glanz als vorher. Denn auch diese Lehre predigen die Thatsachen unsers Stücks vernehmlich und laut, daß die geprüfte Tugend, auch wenn sie gewankt hat, einen weit höhern Werth habe als die unerschütterte, die unversucht war. Diese Weisheit schlummert in dem Welttriebe des Knaben Cymbeline's, sie liegt tief eingegraben in der so angefochtenen Wette des Posthumus; denn so stellt nur ein Mensch den liebsten Menschen den er hat auf die Probe, und so wie Imogen besteht sie der Geprüfte nur wenn es in beider innerster Ueberzeung liegt daß die ächte Tugend keine Prüfung, auch nicht die empfindlichste scheuen darf. Diese Lehre spricht auch aus der Stellung die Shakspeare dem Cymbeline gegeben hat, dessen Name nicht gerade zufällig auf dem Titel des Stücks steht. In der Mitte aller dieser versuchenden und versuchten Kräfte steht der schwache König, ohne Selbstgefühl, das Bild eines untergeordneten Menschen, der der Spielball jedes guten oder schlechten Einflusses ist, der von jeder Prüfung, von jeder Anmuthung immer umgestoßen wird, nicht wie der Baum vom Winde gebogen und gefestigt. Er ist wie eine reine Null, die von der geringen oder hohen Ziffer ihren Werth erhält die sich gerade vor sie schiebt; man kann ihm das Böse nicht anrechnen, zu dem ihn die angestiftet die er für weise und gut hielt, und nicht das Gute das er geschehen läßt wahllos und urtheilslos wie das Ueble. Faßt man wieder den Gegensatz dieses Charakters zu dem der geprüften Dulder genau ins Auge, so wird unser Stück wie zu einer dichterischen Theodicee; es rechtfertigt den in uns gelegten Trieb zum Bösen, und die Kämpfe mit dem äußern Bösen, die uns auferlegt sind, damit daß es an jenen gegensätzlichen Beispielen versinnlicht, wie das Gute, ohne den Kampf mit dem Bösen bestanden zu haben, keinen Werth hat, und daß es ohne Laster keine Tugend gibt. Der Dichter hat die Gottheit selbst heruntersteigen lassen zu den klagenden Schatten von Posthumus' Aeltern und zu des schlummernden Dulders Lager, um ihnen diesen Sinn unsers Stücks selbst zu erklären, um ihnen ausdrücklich zu verkündigen was den Posthumus schon eigene Einsicht und andere die Erfahrung selber gelehrt hatte, daß die Götter das Böse verhängen zur Prüfung des Guten, daß „ein Fall oft das Mittel ist glücklicher wieder aufzustehen,“ daß „das Schicksal manches Boot glücklich heimbringt dem das Steuer zerbrochen ward,“ daß „Gott den liebt den er kreuzt um seine Gabe verschiedenartig zu verschönern,“ daß demnach nur die geprüfte Tugend, welche die Berührung mit dem Bösen erst gereift hat, der Liebe werth ist; daß die theuersten Söhne der Welt sich nicht ihren Schlägen und Stößen entziehen, sondern durch Widerstand gegen ihre Anfechtungen ihren innern Werth erst sicher stellen sollen. Shakspeare läßt hier den Lenker der Welt persönlich in das Drama eingreifen, wie es im Epos üblich ist, wo die Handelnden im Einklang mit der Gottheit und ihren Gesetzen sind. Diesen epischen Charakter, den guten Ausgang des Epos mußte auch dieses Stück erhalten. Denn es sind Freunde und Lieblinge der Götter die hier handeln und irren, weil sie selbst das was sie wider die Satzungen der Sittlichkeit in ruhiger Sicherheit oder in unsicherer Leidenschaft thun, aus sittlichen Beweggründen thun oder in sittlicher Empörung; so daß das Drama mit einem tragischen Ausgang eine Anklage gegen die Weltordnung geworden wäre. Ich glaube daher nicht daß Shakspeare es gelten lassen würde, wenn Ulrici die Göttererscheinung einen Mißgriff nennt, oder daß er der Entschuldigung Tiecks bedürfte, es sey dieß ein Rest der aus einem Jugendversuch dieses Stücks geblieben sey. Vielmehr scheint mir die Einführung der Gottheit in diesem dramatisirten Epos von eben dem tiefen und merkwürdigen Instinct zu zeugen mit dem Shakspeare in die Natur und Dichtung, ihrer Gattungen und Bedingungen eingesenkt war. Der Dichter benützte dann den Vortheil den ihm diese Einführung der verkörperten Vorsehung gestattete, indem er die Geschichte an einzelnen Stellen durch unberechenbare Zufälle weiter rücken ließ; die eingeführte wunderbare Gewalt hebt die Wunder des Zufalls wieder auf, die Shakspeare sich sonst nirgends zu gebrauchen erlaubte. Durch diese Maschinerie der Vorsehung ist aber der freien Bewegung der Handelnden nirgends der geringste Abbruch geschehen. Und was in der Verknüpfung der äußern Ereignisse dadurch etwa willkürlich erscheinen sollte, das ist mit aufgewogen durch die unnachahmliche Entwicklung des wunderbar verschlungenen Knotens am Ende des Stückes. Sie hat selbst vor Johnson Gnade gefunden, sie ist so übersichtlich reich, daß der Dichter selbst sich dessen zu beloben scheint wenn er Cymbeline sagen läßt: diese rasche Abkürzung sey so vielfach verzweigt, daß jedes einzelne Herausgeschiedene noch voll und reich seyn würde. Prüfe man dieß nur an einer Stelle, an der, wo Imogen, auf Posthumus ruhend, ihres Auges harmlose Blitze wirft, auf ihn, den Vater, den Bruder, jeden mit Entzücken treffend, von jedem anders erwidert. Dieß allein schon gibt der großen dargestellten Scene Leben und Befriedigung; und gelesen läßt die Stelle einmal recht gründlich empfunden, und ist ein ganzer Commentar über die Nothwendigkeit daß Shakspeare gesehen werden muß.“

Ich habe diese Stelle in ihrer ganzen Ausdehnung gegeben, weil sie auf das klarste zeigt wie Gervinus die sämmtlichen Dramen Shakspeare's als ein großes organisirtes Ganzes begreift und, indem er uns den Einblick in die Organisation dieses Ganzen gibt, unser richtiges Urtheil von dem Einzelnen und somit den vollsten Genuß an demselben ermöglichet. Wie die zwei ersten Bände, so ist auch dieser dritte von einem deutschvaterländischen tiefen Gefühle getragen, das um so stärker wirkt je seltener es sich in bestimmten Andeutungen und Analogien ausspricht. Was Shakspeare uns vorführt erinnert an die gegenwärtige Lage des Vaterlandes und was ihm noth thut, und selbst die furchtbaren Zeiten in denen Macbeth und Lear spielen, sieht der Beurtheiler in nicht weiter Ferne dem deutschen Lande drohen. Die hohe sittliche Ansicht, die er als Grund der ganzen poetischen Thätigkeit Shakspeare's aufzeigt, erkennt er dann als das einzige Heilmittel gegen vorhandene und drohende Noth. Manche werden es tadeln daß er es nicht deutlicher ausgesprochen, daß die sittlichen Grundsätze die Shakspeare's Dramen zu Grunde liegen, die des Christenthums in seiner schönsten praktischen Verklärung sind, sie sind es aber, und in dem Ziele das durch sie und vermittelst ihrer erstrebt werden soll, sind alle wahrhaften Freunde des Vaterlandes einverstanden. Erhabener und lieblicher aber kann dieses Ziel und der Weg dazu nicht vorgestellt werden als es Shakspeare gethan hat, wenn man ihn im Sinne dieses seines edlen Auslegers zu begreifen gelernt hat.

Schukowsky's Uebersetzung der Odyssee in das Russische.

* Die Leser Ihres Blattes werfen gerne bisweilen aus unserm politischen Wirrsal einen Blick über die Gränzen des engern und weitern Vaterlandes hinaus auf die culturgeschichtlichen und namentlich litterarischen Erscheinungen des Auslands. Eine der interessantesten dieser Gattung ist wohl die vor kurzem in Karlsruhe, in der durch den bekannten slavischen Linguisten Reiff gegründeten Officin, erschienene Uebersetzung der Odyssee in das Russische; wird dieses Werk wohl, mit wenig Ausnahmen, auch selbst den gebildeten Deutschen unzugänglich bleiben, so verpflichtet doch eine Art von Nationalrücksicht für den ausgezeichneten Verfasser (k. Geheimenrath Schukowsky, bekanntlich Erzieher des Großfürsten Thronfolgers) es in Deutschland nicht unbeachtet zu lassen, nachdem derselbe durch seine in Rußland so berühmt gewordenen Uebersetzungen aus Schiller, Hebel und Uhland diese Lieblingsdichter unseres Volkes auch unter der russischen Mittelclasse einheimisch gemacht hat. Es existirt zwar schon eine russische Uebersetzung Homers, allein sie ist auf eine so geist- und geschmacklose Weise in ultravossischem Ton gehalten, daß sie in Rußland weder die Liebe zu Homer erwecken, noch sein Studium fördern konnte. Beides ist dagegen von dem vorliegenden Werk in hohem Grad zu erwarten, da diese Uebersetzung, bei möglichster Worttreue, im freien und natürlichen Flusse einer Originaldichtung auf eine beinahe magische Weise Ton, Färbung und Geist des Urbildes mehr erneuert als nachahmt. Wenn in

diesen Beziehungen keine Sprache, auch die deutsche nicht, eine bessere Uebersetzung Homers aufzuweisen haben dürfte, so hat wohl auch der Charakter der russischen Sprache nicht unwesentlich zu Erzielung eines so vorzüglichen Erzeugnisses beigetragen. Die meisten Ausländer stellen sich unter der russischen Sprache irgendeinen hyperboreischen Wust vor, der jeder besseren Volksbildung für immer einen unübersteiglichen Damm in den Weg stelle; einem russischen Gespräche hören sie mit jenem unheimlichen Grauen zu mit welchem etwa ein Römer sich von den Lauten unserer Vorfahren abgewendet haben mag. Wie erstaunen dann diese Befangenen zu vernehmen daß diese Sprache vielmehr eine der reichsten, feinsten und bildsamsten ist, daß sie in der Fähigkeit sich durch Verbindungen und Wortbildungen jedem neuen Begriffe anzupassen die deutsche noch übertrifft, daß sie in ihren Formen und Constructionen unter allen europäischen Sprachen den classischen, und namentlich durch ihre schmiegsamen Participial- und Gerundial-Constructionen der griechischen am nächsten steht, so daß, wie gesagt, vielleicht gerade diese nahe Verwandtschaft der vorliegenden Uebersetzung zu ihrer hohen Vollendung geholfen hat. Allein weitaus am meisten verdankt sie doch immer dem reichen Talente, dem Fleiß und der Uebung, dem tiefen poetischen Sinn, dem alterthümlich kindlichen Gemüthe des Verfassers. Es muß eine innere Seelenverwandtschaft zwischen einem Autor und seinem glücklichen Uebersetzer bestehen wenn der letztere sein Vorbild nicht einmal in dessen Sprache lesen kann. Mit Erstaunen wird man erfahren daß der Verfasser dieser vortrefflichen Uebersetzung in der That die griechische Sprache gar nicht versteht, und den Homer demnach niemals in der Ursprache hat lesen können, wodurch seine Arbeit sogar zur litterarischen Curiosität wird; aber auch mit Rührung wird man unten finden welch unerhörten Weg der Verfasser eingeschlagen hat um sein Original wörtlich verstehen zu lernen — ein Weg so mühvoll daß nur die wärmste Begeisterung für Homer, nur ein tiefverwandter Sinn zwischen dem greisen Sänger und seinem greisen Uebersetzer, nur eine beispiellose Ausdauer das Ziel hat erreichen lassen können. Homer mußte von neuem tief durchdacht, tief empfunden und durchlebt seyn, um bis zu einem gewissen Grade als Original in einem neuen Leibe wieder aufzuleben. Um die Schwierigkeiten kennen zu lernen welche Fleiß und Liebe zum Werke hier überwunden haben, um die aus wahrer Begeisterung entspringende Befähigung des Verfassers zu beweisen, schließen wir diese Anzeige mit der Uebersetzung der Vorrede des Werkes, wozu der Verfasser ein Bruchstück eines seiner früheren Briefe verwendet hat. Dazwischenlegen aber wollen wir nur noch eine Bemerkung über die voraussichtlich bedeutende äußere Wirkung dieser litterarischen Erscheinung: wie nämlich der Germanismus und die ganze westeuropäische Bildung durch Vermittlung der römischen Kirche sich besonders auf lateinischer Sprache und Litteratur erhoben hat, so scheint auch eine höhere Civilisirung des russischen Volks nur auf dem Grunde der griechischen Sprache und Bildung möglich; Sprache, Geschichte, Kirche, in gewisser Beziehung der Volkscharakter, und vielleicht auch die Zukunft des Reichs weisen Rußland auf diesen Pfad zu höherer geistiger Entwicklung; und wenn das vorliegende Werk Schukowsky's, wie nicht zu zweifeln, das Verständniß Homers in Rußland fördert, und damit dort Liebe zu ihm und zu griechischer Litteratur überhaupt in gewissem Maße anregt, so dürfen wir das Erscheinen dieser Uebersetzung geradezu als ein bedeutendes Moment in der Culturgeschichte des russischen Volkes bezeichnen.

Wir geben nun die obengedachte Vorrede mit dem Zusatze daß, wie wir mit Vergnügen hören, der Verfasser, ermuntert durch den Beifall competenter Richter, sich gegenwärtig zur Uebertragung auch der Ilias anschickt.

Statt einer Vorrede Bruchstück eines Briefes: — — — — —

„Sie fragen wie es mir bei meiner Unbekanntschaft mit der griechischen Sprache wohl in den Sinn gekommen sey mich mit der Odyssee zu beschäftigen, und mich aus einem romantischen Schwärmer zu einem nüchternen Classiker zu machen. Hier die einfache Antwort: als Greis im ruhigen Hafen des Familienlebens angelangt, wollte ich meine Seele an uranfänglicher Dichtung ergötzen, die strahlend und ruhig so sehr anregt und doch so beschwichtigt; die alles um uns her so friedlich verklärt, die weder erschüttert noch in irgendeine nebelhafte Ferne fortreißt. Das Alter ist die zweite Kindheit; im Alter liebt man Erzählungen, und so kam auch mir der Wunsch mich dem Erzähler voll einfältigen Herzens zu nähern und, bei Abgang eines Reichthums an eigenen Sagen, seine uralten griechischen Sagen in das Russische herüberzuführen. Mit einem Worte meine Absicht war mich in meiner Muße mit poetischem Gespräche zu zerstreuen. Dieß gelang mir: zwölf Gesänge der Odyssee sind fertig, alle vierundzwanzig würden bereits vollendet seyn *), hätten mich nicht während zwei Jahren Störungen aller Art an der Fortsetzung meiner Arbeit gehindert. Mein Hauptzweck wenigstens wurde erreicht: viele Stunden meines Greisenalters hat die Muse Homers vergoldet. Aber was mich selbst so süß, so selbstvergessen entzückte, wird dieß auch für meine vaterländischen Leser, mit denen ich meine dem Homer entlehnten Schätze theilen möchte, ein Genuß seyn? Ich weiß es nicht; ist es aber der Fall, dann will ich mich an dem Gedanken erfreuen daß in Rußland ein dauerndes Denkmal meines Poesielebens besteht. Der treue Vertreter Homers zu seyn . . . . . Doch wie kann man, fragen Sie, ohne Homers Sprache zu verstehen, seine Sprache im Russischen reden? Das muß ich Ihnen freilich erklären: es half mir die gewissenhafte, emsige deutsche Gelehrsamkeit. In Düsseldorf (wo ich drei Jahre verweilte) fand ich Professor Graßhof, einen großen Hellenisten, der sich die Erklärung Homers zur besondern Aufgabe gemacht hat. Er übernahm es meiner Unwissenheit zu Hülfe zu kommen. Eigenhändig und sehr leserlich schrieb er mir die ganze Odyssee im Original ab; unter jedes griechische Wort schrieb er das entsprechende deutsche, und unter jedes deutsche Wort die grammatische Bedeutung. Auf solche Weise hatte ich den ganzen buchstäblichen Sinn der Odyssee und die Anordnung der Worte vor meinen Augen. In dieser chaotisch-treuen, dem Leser ganz unverständlichen Uebersetzung lagen, so zu sagen, die Materialien zum Baue vor mir, es gebrach ihnen nur an Schönheit, Ordnung und Harmonie. Und das ist es worin meine eigene Arbeit bestand; mir lag ob aus dem gegebenen Ungeordneten die darin verborgene Ordnung herauszufinden, mit poetischer Spürkraft die Schönheit in der Unform aufzusuchen, eine Harmonie aus ohrzerreißenden Lauten zu schaffen; und dieß alles ohne Beeinträchtigung, sondern unter treuer Bewahrung der alten Physiognomie des Originals. In dieser Beziehung mag sich meine Uebersetzung denn auch ein Originalerzeugniß nennen. Allein auf die Frage ob mein Unternehmen mir gelungen, vermag ich nicht mein eigener Richter zu seyn, da ich ja nicht vergleichen kann. Sie dagegen können den Homer darüber hören — fragen Sie ihn ob er mit seinem hyperboreischen Stellvertreter zufrieden ist, und theilen Sie mir seine Ansicht mit. Ich bemühte mich Wort für Wort zu übertragen, so weit es geschehen konnte, ohne der Sprache Gewalt anzuthun (worin so oft die Treue der Sklaven zum Verrathe des Sklaven wird); besonders aber strebte ich denjenigen Worten im Verse ihre Stelle zu erhalten welche gerade an dieser Stelle eine besondere poetische Wirkung hervorbringen. Ich wiederhole hier was ich an einem andern Orte über meine Arbeit gesagt habe:

„Die Uebersetzung Homers läßt sich mit keiner andern vergleichen. Bei jedem andern Dichter der kein uranfänglicher, sondern schon Kunstdichter ist, begegnet man neben seiner eigenen Begeisterung einer erstrebten Kunstform. Homer weiß nichts von solcher Kunstform; er ist ein kleines Kind, das alles was es wunderbares auf Erden und im Himmel gibt, im Traume sieht, und mit traumhafter kindlicher Stimme an der Brust seiner Amme, der Natur, davon lallt. Es ist ein ruhiger, breiter, klarer Strom ohne Wellen, der den Himmel und die Ufer, und alles was an den Ufern lebt und webt, rein und treu zurückstrahlt; wohl ist das treue Spiegelbild sichtbar, aber der leuchtende Krystall der es zurückwirft, ist gleichsam nicht vorhanden; das Auge bemerkt ihn nicht. In der Uebersetzung Homers, und namentlich der Odyssee, wird der nicht weit kommen der sich aufs Gerathewohl mit jedem einzelnen Verse besonders abgibt; denn Homer hat keine besonders schlagenden Verse, sondern sie bilden zusammen einen Strom der in seiner Gesammtfülle und Herrlichkeit aufgefaßt werden muß. Wohl muß jedem Verse seine Eigenthümlichkeit erhalten werden, doch nur so daß seine Besonderheit in der Harmonie des Ganzen zerfließt und in ihr aufgeht. In der Auswahl der Worte bedarf es der sorgsamsten Umsicht; häufig ist ein Wort, sey es noch so poetisch, malerisch und prächtig, gerade deßhalb für Homer nicht passend.

„Alles was an Neuheit an eine Erfindung unserer Zeit erinnert, alles Ungewöhnliche findet, als eine Art von Anachronismus, hier keinen Platz; man muß zur Ursprache zurückkehren, welche freilich, weil alle die sich mit alter Poesie beschäftigen sie gebrauchen, ihre Frische schon etwas verloren hat; allein man muß dieser veralteten und verbrauchten Sprache diese erste Frische und Neuheit wiedergeben, dagegen allen Neuerungen entsagen welche die Dichtersprache, die sich von der frühesten Schlichtheit entfernte, nothwendig an die Stelle jener kindlichen Einfalt setzen mußte. Mit einem Worte, der Uebersetzer Homers muß sich jeden Prunkes, jeder Ausschmückung, alles Haschens nach Effect, aller Gefallsucht enthalten; er muß Wirkung unmerklich hervorbringen im Ganzen, durch Einfalt, Schlichtheit und Bescheidenheit des Ausdrucks, durch Harmonie in den breiten, oft überreichen Perioden die bisweilen gleichsam absichtslos durch hervorspringende, etwas glänzendere Verse unterbrochen werden; in der Periode muß jeder Vers, im Verse jedes Wort einen gemeinsamen Einklang bilden, der durch keine sonderlichen, auffallenden oder gar rauhen Töne verletzt werden darf. Das ist eine sehr mühevolle Arbeit, für die es keine klaren

*) Sind nunmehr sämmtlich erschienen.

Regeln gibt, in der man sich nur vom poetischen Instincte leiten lassen kann. Für mich war diese Arbeit um so beschwerlicher, da ich in dieser Beziehung nicht mit dem Original das ich nicht kenne, sondern nur zu errathen vermag, vergleichen konnte. Aber dafür auch welches Schwelgen in dieser Arbeit! in diesem Lauschen auf die ersten Seufzer der aus dem Meerschaum entstehenden Anadyomene (denn sie ist das wahre Symbol der homerischen Poesie); welches Entzücken in dieser Treuherzigkeit der Sprache, in der Uranfänglichkeit der Sitten, in dieser Vermischung des Wilden mit dem Erhabenen und Reizenden, in der malerischen Kraft ohne Ueberflüssigkeit, in jener Schlichtheit und Unschuld des Ausdrucks, in jener oft überfließenden, und doch dem Charakter der Kunstlosigkeit und Einfalt so wesentlichen Redseligkeit! Und vor allem welcher Zauber in jener Wehmuth die unmerklich und dem Dichter selbst, der mit der Welt um ihn lebt und braust, unbewußt alles durchdringt — eine Wehmuth die nicht das Werk ist der Phantasie, die trauernde Klage freiwillig erfände, sondern tief saß in dem Wesen der wirklichen damaligen Welt, in der alles Leben hatte, und praktische Kraft in der Gegenwart; — denn alles war ja nichtig, da die Seele jenseits der Gränzen dieser Welt keine Zukunft hatte und mit dem irdischen Daseyn als wesenloser Schatten entfloh: der Glaube an Unsterblichkeit hatte ja noch keinem durch das Geräusch des zeitlichen Lebens hindurch seine großen alles belebenden Tröstungen zugeflüstert.

„Ich füge noch hinzu daß ich überall strebte die einfache legendarische Sprache ohne Ziererei anzuwenden, und mich nur wo ich mußte, des erhabeneren kirchlich slavonischen Dialektes bediente*), mich sonst strenge an die russische Sprache haltend wie sie sich durch den allgemeinen Gebrauch festgestellt hat; nach Möglichkeit suchte ich ihre Formen mit den Formen des Originals (dessen sämmtliche Materialien mir in der Interlinearübersetzung erhalten waren) in Uebereinstimmung zu bringen, so daß der homerische Vers im russischen Verse durchgefühlt werde, ohne diesen jedoch ins Griechische zu verdrehen ꝛc.“

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage.

(Sitzung vom 2 November.)

∸ **München.** Eine schwungvolle Rede des Abg. Bayer protestirt namentlich gegen jede Bestimmung über Deutschland welche ohne Zustimmung und Mitwirkung des Volkes in Bezug auf Deutschlands Geschichte getroffen werde. Das Volk würde sich durch den Verzicht darauf des Namens als großes, starkes Volk unwürdig machen, dessen Erringung der Zielpunkt der Revolution von 1848 gewesen. „Ein großes Volk macht seine Geschichte selbst, und dieß ist Deutschlands Beruf wie Berechtigung.“ Daraus entwickelt sich eine scharfe Kritik des Ausschußberichts, weil er dieser Wahrheiten nicht erwähnt. Man könne und dürfe auch die neue Reichsverfassung jener Gründe halber noch nicht anerkennen. Vorzüglich auch des Wahlgesetzes halber nicht, weil auch dieses octroyirt sey, weil es die Volksvertretung nur sehr uneigentlich herstelle. Oberste Aufgabe sey Herstellung einer Volksvertretung im eigentlichen Sinne des Worts, damit sie die Revision der Frankfurter Reichsverfassung vornehme, die nur unterbrochenen Verfassungsberathungen wieder aufnehme. — Diesen begeisterten, wenn auch etwas declamatorischen Worten folgt eine ruhige Erörterung des Abg. v. Hermann. Wir heben nur die wichtigsten leitenden Sätze daraus hervor. Erste Frage ist: sollte Bayern den preußischen Verfassungsentwurf annehmen oder ablehnen? Die Beantwortung geht wieder von der Frage aus: ob der deutsche Bund noch fortbestehen kann, ob nicht? Durch Preußens Sonderbund ist ein Fortbestehen unmöglich geworden. Hätte aber Oesterreich sein Recht im Bunde nicht so fest gewahrt, so wäre Bayern wohl genöthigt gewesen sich dem Sonderbund anzuschließen. Da aber Oesterreich fest beharrte, konnte ruhig erwogen werden was zu thun sey. Das preußische Verfassungsproject bedingte die Unterwerfung der beitretenden Staaten unter Preußen. Drängte also die Noth nicht, so durfte die bayerische Regierung nicht darein willigen. Bayerns Propositionen zum Verfassungsentwurf waren so billig daß Preußen füglich denselben hätte beistimmen können, wenn es nicht eben deren leitenden Gedanken, die Offenhaltung des Bundesstaats für Oesterreichs Eintritt, abgewiesen hätte. Wäre nun trotzdem Bayern dem preußischen Verfassungsentwurf beigetreten, so hätte es nicht nur die Nachtheile des davon bedingten Bundesverhältnisses, sondern obendrein auch den Nachtheil einer Opposition gegen Oesterreich gehabt, mit dem es durch eine so lange Gränze verbunden ist, nachdem dieses fortwährend seine Ansprüche auf ein Verbleiben im Bunde geltend gemacht hatte. Die Ablehnung war also schon hierdurch gerechtfertigt. Noch mehr aber dadurch daß, wenn man Oesterreich als Glied Deutschlands festhält, für den Bundesstaat ein unermeßlicher Reichthum an materiellen Kräften gewonnen ist, während andererseits in dieser Hinsicht unendlich viel verloren geht. Eine Scheidung zwischen Oesterreich und Deutschland bedingt eine Aufstellung von zahlreichen Gränzheeren, da besonders in der ersten Zeit beide Staaten schwerlich in einem freundschaftlichen Verhältniß zu einander stehen werden. Oesterreichs Eintritt ermögliche daneben die Reduction der Armeen, nehme eine ungeheure Finanzlast von den Schultern des Volkes. In materiellen Beziehungen würde der neue Bundesstaat keine Verschiedenheit vom Zollverein geboten, d. h. sich nicht selbst genügt haben. Oesterreichs Eintritt dagegen gestalte die Verhältnisse ganz anders, gebe dem Bundesstaat ein materielles Selbstgenügen, weise ihn nicht mit dem Absatz der Producte auf das Ausland, festige die Handelszustände und hebe moralisch die jetzt auf den Schmuggelhandel gewiesene Gränzbevölkerung. Endlich sey auch der nationale Zug Bayerns zu Oesterreich wohl zu beachten. Also sey der Abweis der preußischen Verfassung auch in dieser Hinsicht gerechtfertigt. Hätte man den durch die Märzereignisse innerlich ganz umgestalteten Bundestag neben der Nationalversammlung fortbestehen lassen, so würde man eher zu einer Einigung Deutschlands als durch Erschaffung der Centralgewalt gediehen seyn. Daher habe sich Bayern große Verdienste erworben, als es schon am 3 Mal die Nothwendigkeit eines neuen, allseitig anerkannten Provisoriums nachgewiesen. Was aber nun die Zustimmung der Volksvertretung zur jetzigen Erschaffung des Provisoriums anbelange, so werde man vom Rechtsstandpunkt aus der Regierung das Recht nicht absprechen können auch ohne die Kammern darüber zu beschließen, da bei der Stimmenabgabe in Bundesangelegenheiten dieselben niemals befragt worden seyen. Politisch sey nun zwar eine Zustimmung der Kammern wünschenswerth, aber wegen drängender Zeitumstände nicht möglich gewesen. Was endlich seine persönliche Ansicht anbelange, so stimme er den Ausschußanträgen bei, denn man habe sich lang genug im Gebiet der Wünsche bewegt und müsse sich nun auf den Boden der Thatsachen stellen. Die österreichische Regierung habe vom 27 November an consequent ihre centralisirende Verfassung verfochten und werde jetzt, wieder zu Kraft gelangt, umsoweniger zurücknehmen was es früher durch sein Decret vom 9 März in Bezug auf sein Verhältniß zu Deutschland ausgesprochen habe. Zuverlässig werde sich also Deutschlands Verfassung auch nur auf dieser Basis normiren lassen. Vor allem anerkenne dieses Rescript die Nothwendigkeit eines Directoriums mit dem Recht der Vertretung nach außen „wo es nützlich ist“. Eine Vertretung ohne Nutzen sey aber an sich ein Unding, also aus diesem Zusatz kein Vorwurf für Oesterreich abzuleiten. Schon damals wurde der nach Wien gesandten Frankfurter Deputation der Großdeutschen vertraulich mitgetheilt daß, wenn sich eine von Oesterreich gebilligte Einigung Deutschlands herstelle, jene Zollannäherung in Aussicht stehe deren Grundlinien jetzt die Runde durch die Zeitungen machen. Auch wurde die freie Einwanderung verheißen. Ferner sey die Ansicht irrig wenn man jenes Rescript deute als wolle Oesterreich keine Volksvertretung. Es sey noch sehr fraglich ob eine besondere Wahl für die Centralvertretung besser den Volkssinn ausdrücke als die von Oesterreich zugestandene Vertretung aus den Particularlandtagen. Wie nach dem österreichischen Princip die Centralgewalt eine Zusammenfassung der Regierungen seyn solle, so sey auch die Centralvertretung eine Zusammenfassung der Particularrepräsentationen, also eine Coordinirung der Volksvertretungen, keine Unterordnung unter ein Wahlgesetz der Centralgewalt. Die Zusammenfassung der Einzelstaaten in Gruppen coordinire diese ebenfalls, und Oesterreich selbst wolle sich nur als eine dieser Einzelheiten hinstellen. Die verschiedenen Zungen Oesterreichs auf dem Reichstag seyen auch nicht zu fürchten; wenn man nur das Rechte verhandle, so verstehe man einander schon. Preußen habe dagegen eine Hegemonie für sich beansprucht, Oesterreich nicht. Eine Vereinbarung mit Preußen sey deßhalb unmöglich, mit Oesterreich aber aus materiellen und politischen Gründen sehr leicht.

Die verschiedenen Zungen Oesterreichs sind es nun gerade welche dem Nachredner, Abg. Rebenak, den stärksten Grund abgeben sich gegen dessen Eintritt in den Bundesstaat zu erklären, wenngleich ein regstes völkerrechtliches Bündniß zwischen beiden Reichen hergestellt werden müßte. Eine Verfassungseinheit Deutschlands mit Oesterreich und seinen halbbarbarischen undeutschen Völkern sey geradezu unmöglich. Dieß habe Oesterreich selbst erkannt und deutlich genug ausgesprochen. Wohin soll aber nun das Provisorium führen? Entweder wieder zum Bundestag oder noch weiter zurück. Beides kann nur durch eine deutsche Reichsversammlung und die

---

*) Die griechisch-russische Kirche bewahrt bekanntlich namentlich auch in der Bibelübersetzung und für Kirchengesänge den alten kernigen archaistischen slavonistischen Dialekt, den man früher auch für jede ernste und höhere Dichtung beibehielt; Schukowsky aber wollte sich von dieser Fessel lossagen, und die eigentlich russische Sprache nach Kräften und wo möglich zur Würde ernster Dichtersprache erheben.

Vereinbarung einer sich an die Frankfurter Verfassung anlehnenden Verfassung erreicht werden.

Der Abg. Heine spricht für seinen aus dem Ausschußberichte bekannten Separatantrag, mit den Worten einleitend: Was ich Ihren Idealen von Reich und Reichseinheit für Hoffnungen machen kann, ist sehr wenig. In diese Einsamkeit habe ich mich durch meinen Separatantrag im Ausschuß gestellt. (Folgt dessen Verlesung). Ich fühle daß ich damit doppelt verletzt habe, denn ich umgehe den Weg einer Berathung der Verfassung, ich spreche die Spaltung in Nord- und Süddeutschland offen aus. Die Verfassung hat den heiligen Gedanken einer politischen Einigung und den der Freiheit für diese neue Schöpfung, worauf sie ruhen soll. Von diesem Satze gelangt die sprunghaft bewegte, von geistreichen Gedanken durchleuchtete Rede auf eine Vergleichung zwischen den italienischen und deutschen Reformern um sich in einen scharfen Angriff gegen den Verfassung gebenden Doctrinarismus zuzuspitzen, dessen Schluß die Behauptung ist daß die Herstellung der Verfassungen durch die gescheidten Leute immer übel ausgehe. Naturwüchsig müßten dieselben sich nach und nach ausbilden. Dann heißt es weiter: Mein zweites Verbrechen ist die Spaltung Deutschlands. Ja, ich spreche es offen aus, denn ich will Vernichtung der Kleinstaaten um der Arbeit einen großen Markt zu schaffen und durch Großstaaten dem deutschen Volke die Macht zu sichern. Denn bei den heutigen Verkehrsmitteln ist von einer wirklichen Trennung keine Rede. Frage man nach der Macht, so stehe diese in jeder Hinsicht noch bei Oesterreich, obgleich die Berufung der Russen eine Schwächung des deutschen Elements herbeigeführt habe. Diese zu heben sey Deutschlands Aufgabe. Noch habe er zu beweisen daß Süddeutschland zu Oesterreich durch Bayerns Vortritt geführt werde. Dieß ganz einfach aus Eigennutz, der, ein Grundzug des allemannischen Charakters, die schwäbischen Stämme nach der Donau führen werde. Preußen müsse aber als nordwestlicher Hegemon anerkannt werden, zunächst damit sich der Charakter des Südens durch den des Nordens compensire, dann auch weil der Süden solchergestalt nicht in Abhängigkeit vom Norden komme, da dieser des süddeutsch-slavischen Marktes bedürfe, während Süddeutschland ein Meer und zwei Hauptflüsse besitze. Einigen sich aber jetzt Preußen und Oesterreich zur Verschlingung der Mittelstaaten, so müssen sie dieselben auch bald wieder ausspeien rc. Nachdem sich die Rede noch, freilich ohne große logische Ordnung, gegen die schlechten Anhängsel der Revolution mit geistreichen Bemerkungen gewendet, fragt sie: Welches soll nun die Verfassung seyn? Eine Verfassung soll gar nicht sogleich geschaffen, sondern nur vor allem ein Oberhaus gebildet werden, welches die Keime zur Entwicklung einer solchen legt, indem es zunächst die Frage der Arbeit berücksichtigt.

Abg. Lassaulx. Die heutige Frage ist eine Frage der Macht und nur an der Stelle zu entscheiden wo die Macht ist. Wäre sie mit Worten zu entscheiden, so wäre dieß in Frankfurt von dem Parlament oder in Stuttgart von der Reichsregentschaft geschehen. Soweit ist aber das Volk noch nicht gekommen Worten solche Macht zuzugestehen. Unsere Regierung hat das Verdienst eine vorzeitige Entscheidung der deutschen Revolution gehindert zu haben; jetzt da Oesterreich wieder in Macht ist, wäre es thöricht von dieser Regierung zu verlangen daß sie Preußen und Oesterreich gegenüber eine Macht entwickle die sie nicht hat. Die Erfahrung hat bewiesen daß die auf ideale Voraussetzungen begründete, von der Nationalversammlung geschaffene Centralgewalt der Weltpraxis gegenüber keine Macht hat, deßhalb haben Oesterreich und Preußen die neue reale Centralgewalt eingesetzt. Nachdem dem Extrem der Volkssouveränität das Extrem der Fürstensouveränität entgegengetreten ist, wird eine Vertragung zwischen beiden Souveränitäten die Verfassung erzeugen. Wie dieß geschehen werde kann kein Mensch sagen. Die nationalen Staaten erreichen ein gewisses Alter, dann sterben sie ab. Vielleicht daß Oesterreich, der letzte Rest des Reiches deutscher Nation, in ein Slavenreich übergeht. Vorderhand ist allerdings einem deutschen Reich mit Oesterreich noch die Suprematie materiell und geistig gesichert; aber dieß nur, wenn Süddeutschland sich mit Oesterreich verbündet. Einen directen Antrag kann ich natürlich nicht stellen, ich habe nur meine Ansichten aussprechen wollen.

Dieß die Grundgedanken des interessanten Schlußwortes der heutigen Verhandlung. Die Verkündigung des Beschlusses zu der von der Versammlung lebhaft gewünschten Vertagung wurde vom Präsidenten mit dem guten Rath begleitet doch mehr auf den Inhalt als auf die Form der Reden sehen zu wollen.

Eine Rede des Frhrn. v. Canitz.

※ Die Rede welche Hr. v. Canitz am 23 October in Berlin gegen die Erblichkeit der Pairie gehalten hat, ist zur Hälfte wahr, aber auch nur zur Hälfte. Die andere Häfte ist Spott und, was schlimmer ist — Irrthum. Mit kurzen Worten will ich versuchen die Wahrheit die in jener Rede liegt zu ergänzen, den großen gefährlichen Irrthum zu beseitigen.

Alles Treffende was Hr. v. Canitz gegen die Erblichkeit der Pairie gesagt hat, gilt auch gegen die Erblichkeit der Krone, dennoch ist die Erblichkeit der Krone nothwendig; wer darüber zweifelt, mit dem ist es nicht der Mühe werth als Politiker zu streiten.

Aber damit die Erblichkeit der Pairie möglich sey, damit die erbliche Pairie im Stande sey den Thron zu stützen, und nicht vielmehr dem Throne schade dadurch daß der Haß des Volkes gegen den Adel hinaufreiche bis zum Souverän und beide zugleich ins Verderben stürze, ist eine Bedingung nöthig: Begränzung des Adels auf den Aeltesten der Familie, auf den wirklichen Besitzer der Familiengüter. Ohne diese Begränzung ist keine geehrte Adelskammer möglich. Wenn ein Graf einen Sohn hat welcher den großen Grundbesitz des Vaters erbt, so ist es der Natur der Dinge gemäß daß dieser Sohn auch die politischen Rechte des Vaters erbe, und in die erste Kammer eintrete. Aber wenn sieben jüngere Söhne welche das Erbgut nicht besitzen, dennoch behaupten daß sie ähnliche politische oder sociale Vorrechte haben müssen wie derjenige Sohn welcher das Gut geerbt hat, so ist das ein Widerspruch, eine Ungerechtigkeit, so ist das was man füglich die communistischen Prätensionen des Adels nennen kann. Hr. v. Canitz hat sich vielen Tadel und Haß von seinen „Standesgenossen" zugezogen durch seine kritische Rede. Alle „Junker", d. i. nichterbenden Verwandten des großen Grundbesitzes behaupten: Standesgenossen zu seyn, im politischen Sinne, als Pairs, die auf ererbtem Besitz als unabhängige Männer leben können. Das ist lächerlich. Nicht bloß lächerlich, sondern gefährlich ist's ein Stück aus der englischen Constitution nachzuahmen und das andere Stück des Gewölbes, welches das politische Gleichgewicht erhält, zu versäumen. In Frankreich hat es nicht gelingen wollen eine erbliche Pairskammer zu gründen. Weßhalb nicht? Weil die Cadets nicht einwilligen wollten in die Begränzung des Adels auf den Aeltesten der Familie. Nie wird man sich in Frankreich oder in Deutschland eine Pairie gefallen lassen die ein Drittel der legislativen Gewalt hat, und nichts ist als ein Extract von 20,000 Familien welche eine bevorrechtete Kaste bilden wollen, die jährlich tausend arme Junker producirt, die nach Versailles gehen um auf Kosten des steuernden Volkes versorgt zu werden, standesmäßig versorgt zu werden. Viel lieber absolute Monarchie. Wir sind überzeugt von der Nothwendigkeit einer erblichen Pairskammer, denn noch hat die Geschichte kein Beispiel gezeigt von dem Bestand einer erblichen Monarchie ohne Erbadel. Damit dieser aber die Stütze und nicht der Fluch des Thrones sey, ist nothwendig: Begränzung des Adels auf den Aeltesten, auf den Erben des Familiengutes. Protegirt werden die Verwandten der Pairs immerfort, das liegt in der menschlichen Natur. Es ist gut daß es consularische Familien gebe wo die Söhne erzogen werden zu hohen Staatsgeschäften, aber wenn der Herzog v. Wellington sieben oder siebzehn Nachkommen hätte die nichts besäßen als den Titel: Herzog v. Wellington, und sie würden alle verlangen im Civil- oder Heerdienst, bei Hof oder im Parlament eine dem Rang des Vaters entsprechende Bevorzugung, so würden sie sich lächerlich und bedauernswerth machen.

Schweizerische Nordbahn.

[3987] 

Den HH. Actionären wird hiemit angezeigt daß die gedruckten Berichte über die Verhandlungen der vierten Generalversammlung im Bahnhofe in Zürich und bei den Hrn. Bankiers der Gesellschaft in Empfang genommen werden können. — Zürich, den 1 November 1849.

Die Verwaltung.

[4001] **Steckbrief.**

Dr. Hupfauf, praktischer Arzt von Günzburg; Schmid, Tapezierer von da, und Heinrich Hochheimer, Lehramtscandidat von Ichenhausen, sind wegen Aufforderung zum Staatsverrath in Untersuchung, vom Hause abwesend und der Flucht verdächtig.

Man stellt daher an sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden das Ansuchen, auf die Genannten Spähe anzuordnen, und sie im Falle Betreffens hieher liefern zu lassen.

Augsburg, den 29 October 1849.

Der functionirende Untersuchungsrichter

Löblein.

Signalement.

1) Dr. Hupfauf ist ungefähr 42 Jahre alt, beiläufig 5' groß. Er hat hellbraune Augenbraunen und Bart, hohe Stirne, etwas gebogene Nase, großes vorstehendes Kinn mit gleichfalls hervorstehendem Unterkiefer, großen Mund, gesunde Gesichtsfarbe, längliche Gesichtsform. Sein Gang ist schleppend, und an den Vorderfüßen hat er Ueberbeine. Seine Kleidung kann nicht beschrieben werden.

2) Heinrich Hochheimer, etwa 21 Jahre alt, ist ungefähr 5' 10'' groß, von schlankem hagern Körperbau. Er hat dunkelbraune Haare und Augenbraunen, blasse Gesichtsfarbe, schmale gebogene Nase und ist kurzsichtig. Seine Kleidung kann nicht beschrieben werden.

3) Tapezierer Schmid ist ungefähr 26 Jahre alt, etwa 5' 6'' groß und nicht besonders kräftig gebaut. Er hat braune Haare, Augenbrauen und Bart, braune Augen, lebhafte Gesichtsfarbe, eine schmale gebogene Nase, niedere Stirne, proportionirten Mund, und spricht den schwäbischen Dialect. Seine Kleidung kann nicht angegeben werden.

[3600—2] **Bekanntmachung.**

Die Verlassenschaft des Franz de Paula Kräer betreffend.

Auf dem von den Relicten des Säcklers Mathias Burger zu Laufen durch Kauf an den Uhrmacher Piracher dahier übergegangenen Anwesen ist für die Erben des verstorbenen Stadtrichters Kräer ein Capital v. 400 fl. in 1. Hypothek eingetragen, worauf der am 19. Juni 1841 zu Marseille verlebte Commis Franz de Paula Kräer ausschließenden Anspruch gehabt haben soll.

Auf dieses Capital macht nun die Stadtrichters-Tochter Katharina Kräer zu Salzburg, zweibändige Schwester des zu Marseille kinderlos, jedoch mit Hinterlassung seiner Ehefrau Margaretha Caruso, von welcher aber bisher ungeachtet der angestellten Recherchen keine Spur aufzufinden war, Anspruch. Es werden demnach die Wittwe des Franz de Paula Kräer oder alle diejenigen welche auf dieses Capital Anspruch machen zu können glauben, aufgefordert ihre Ansprüche

binnen drei Monaten

von heute an hierorts um so gewisser geltend zu machen, als außerdem in vorliegender Verlassenschaft weiter verfahren, und das bei der k. Staatsschuldentilgungscassa München angelegte Capital von 400 fl. der Katharina Kräer, welche sich als Erbin bereits legitimirt hat, ausgefolgt werden würde.

Laufen, am 17. Sept. 1849.

Königliches Landgericht Laufen

D. l. a.

v. Speckner, Assessor.

(3417—19) **Amortisations-Edict.**

Der Anna Huber, Bauerswittwe beim Haingl zu Gartofen d. G., ging bei dem in des Nachbars Behausung entstandenen Brand, wodurch auch ihre Wohn- und Oekonomie-Gebäude zerstört wurden, eine 3½ % auf ihren Namen lautende Staatsobligation mit Cat. Nr. $\frac{16232}{11632}$ dd°. 1. Mai 1842 auf 1000 fl. lautend, mit den Coupons von Ziff. VII bis XVIII, zu Verlust.

Es werden daher alle diejenigen aufgefordert welche davon Kenntniß haben oder im Besitz derselben seyn sollten, sich

binnen 6 Monaten

mit ihren Rechtsansprüchen auszuweisen, außerdem selbe nach Ablauf dieses Termines für amortisirt und kraftlos erklärt würde.

Ebersberg am 17. Sept. 1849.

Kgl. Landgericht Ebersberg.

Der kgl. Landrichter

Liebl.

(3513—14) **Oeffentliche Vorladung.**

Der Vormund des von Magdalena Seefelder aus Reichau am 26 Sept. 1848 außerehelich gebornen Kindes hat beim unterfertigten Gerichte am 12 d. gegen Anton Schwerz von Osterberg wegen Vaterschaft und Kindesernährung Klage gestellt.

Es wird sofort zum Versuche der Sühne und für den Fall daß sie mißlingen sollte, zugleich zur Verhandlung dieser Klage im gewöhnlichen Verfahren auf

Freitag den 21 December d. J.,
früh 9 Uhr,

Tagfahrt dahier anberaumt, und wird hiezu Beklagter, da sein Aufenthalt nicht bekannt ist, öffentlich unter dem Rechtsnachtheil vorgeladen daß er, wenn er bei der bezeichneten Tagsfahrt nicht erscheinen sollte, in die Kosten derselben verurtheilt würde.

Zugleich wird Beklagter aufgefordert bis zu obiger Tagsfahrt am Gerichtssitz um so gewisser eine Person, welcher die Erlasse zugestellt werden sollen, zu ernennen, als sonst dieselbe für zugestellt erachtet werden würde. Die Klage kann von Beklagtem jederzeit bei Gericht eingesehen werden.

Illertissen, den 22 September 1849.

Königl. bayer. Landgericht.

Ott.

(3892—93) **Heilbronn a. N.**

Gebäude-, Garten- und Handels-Gärtnerei-Verkauf.

Nach dem Beschlusse der Gläubiger des in Gant gerathenen hiesigen Handelsgärtners Philipp Blau soll dessen Anwesen, soweit es zum Betriebe der Gärtnerei gehört, sammt den vorhandenen theils in Töpfen, theils im freien Lande stehenden Pflanzen in einem Gesammt-Verkaufe veräußert werden. Dasselbe ist zu dem genannten Gewerbe sehr gut gelegen und eingerichtet, und enthält

Gebäude:

Ein zweistöckiges Wohnhaus Nr. 1048 vor dem Sülmerthor, welches neben einem gewölbten Keller zu 50 Eimern und einem Pumpbrunnen im untern Raume ein großes hohes heizbares Local zur Ueberwinterung und zum Treiben der Pflanzen, eine große Kammer, und ein von Stein gebautes heizbares sogenanntes Holländer-Haus, in der Bel-Etage aber eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche und Speisekammer, unter dem Dache 2 Kammern und Bodenräume umfaßt, taxirt zu 2500 fl.

Gärten:

Vor, neben und hinter diesem Hause einen gut angelegten Garten 1⅛ Morgen 14 Rthn. im Meß haltend; mit Gartenhaus und Bienenstand sowie einem auf Pfosten stehenden mit Ziegel bedeckten Schopfen taxirt zu 3800 fl. Die mit in den Kauf zu gebenden zu 700 fl. taxirten Pflanzen umfassen ein reiches Sortiment aller zu einer Kunst- und Handelsgärtnerei gehörenden lebenden Gewächse, namentlich viele veredelte Rosenbäumchen, Länder mit Azalien und Rhododendron, hochstämmige Rosen, Dahlien, Ziergesträuche, exotische Gewächse von größerer Dimension in vielen Sorten, Obstbäumchen, Nadel- und Laubholz-Pflanzen, Weinreben 2c. Zum Aufstreichs-Verkaufe ist Termin auf

Samstag den 17 November d. J.
Vormittags 9 Uhr

bestimmt, und werden hiezu Liebhabende eingeladen, sich hiebei auf dem hiesigen Rathhause einzufinden, mit dem Anfügen daß Auswärtige sich mit obrigkeitlichen Prädikats- und Vermögens-Zeugnissen zu versehen haben.

Das Anwesen kann täglich eingesehen und näheres bei dem Güterpfleger Bierbrauerei-Besitzer Louis Hentges hier erfahren werden.

Heilbronn, am 17 Oct. 1849.

Rathsschreiberei.

Maur.

(3888—90) **Lutzhausen bei Ulm.**

Aufruf an Gläubiger u. Schuldner.

Durch die schnelle Erkrankung und das eben so schnelle Absterben des August Bartholomäus Schmid, Gastgebers zum Löwen, war der Wittwe die Möglichkeit abgeschnitten sich mit demselben über ihre häuslichen Angelegenheiten und namentlich über ihre Beziehungen zu Gläubigern und Schuldnern ausführlich zu besprechen, weswegen auch die Wittwe zu gegenwärtiger Maßregel behufs einer gründlichen Bereinigung der Verlassenschaftsmasse den geeigneten Antrag gestellt hat.

Es werden nun die Gläubiger hiemit aufgefordert ihre Rechnungen, insoweit dieß in den jüngst verflossenen Tagen nicht schon geschehen seyn sollte,

am Montag den 26 Novbr.

bei den unterzeichneten Stellen einzureichen, oder solche unterdessen an das k. Amts-Notariat einzusenden, um hierauf bei dem Abschluß des Theilungsgeschäfts gebührenden Bedacht nehmen zu können.

Die Folgen einer Versäumniß haben sich unbekannt bleibende Gläubiger selbst zuzuschreiben.

Gleichzeitig werden auch die Schuldner der Erbschaftsmasse hiemit angegangen ihre Verbindlichkeiten möglichst bald zu erfüllen, oder aber Verhinderungsfälle zur amtlichen Kenntniß zu bringen. — Den 25 Oct. 1849.

K. Amts Notariat Westerstetten.	Waisengericht zu Lutzhausen.

vdt. Amts-Notar **Glöß in Ulm.**

[3011—13] Nr. 21,352. J. S. der badischen allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe Kl.

gegen Lithograph Schädler hier Bekl.,
Forderung betr.,

hat Klägerin folgende Klage erhoben:

Sie habe am 4 März 1841 dem Beklagten die Summe von 4700 fl., verzinslich zu 4½ Procent, und mit der Bedingung dargeliehen daß 6 Wochen nach Verfall der Zinsen jeweils 5 Procent zu bezahlen seyen.

Für die Zinsen sey der 15 Februar als Verfalltag, für die Heimzahlung des Capitals eine dreimonatliche Aufkündung bedungen worden.

Beklagter habe sich im Laufe des vorigen Jahres ohne Rücklassung eines seine Schuldverhältnisse vertretenden Bevollmächtigten von hier entfernt, und ihr, der Klägerin, unmöglich gemacht das Capital vertragsmäßig aufzukünden.

Außer dem Capital schulde der Beklagte den rückständigen Zins pro 15 Februar 1847 und 1848, es werde sonach gebeten denselben zur Zahlung des rückständigen Zinses mit 235 fl. binnen kurzer Frist sowie zur Zahlung des Capitals von 4700 fl. mit 5 Procent Zins vom 15 Februar 1848 an mit Frist von 3 Monaten zu verurtheilen.

Zur mündlichen Verhandlung über diese Klage haben wir Tagfahrt auf

Montag den 26 November d. J.,
früh 8 Uhr,

angeordnet, und wird hiezu der Beklagte, da sein jetziger Aufenthalt diesseits unbekannt ist, auf diesem Wege bei Vermeidung des Rechtsnachtheils vorgeladen daß der thatsächliche Inhalt des Klagvortrags für zugestanden und jede Schutzrede dagegen für versäumt erklärt würde.

Konstanz, den 19 October 1849.

Großherzogl. Bez.-Amt.

K. A.

v. Seyfried.

[3799—801] J. S. der Ehefrau des Müllers Karl Bernard Luise, geb. Schneider von Kuppenheim Kl.,

gegen ihren zur Zeit flüchtigen Ehemann Bekl.,
Vermögensabsonderung betreffend,

ergeht

Versäumungs-Erkenntniß.

(Nr. 32,650). Es wird das Thatsächliche des Klagvortrags für zugestanden angenommen, jede Schutzrede für versäumt erklärt und durch

Urtheil

zu Recht erkannt, es sey das Vermögen der Klägerin von jenem ihres Ehemannes des Beklagten, abzusondern unter Verfällung desselben in die Kosten.

Gründe.

Die Klägerin hat ihren Antrag auf Vermögensabsonderung durch die gegen den flüchtigen Beklagten angeordnete Vermögensbeschlagnahme und das Ergebniß der Vermögens- und Schuldenaufnahme hinreichend begründet.

Nach Ansicht des Art. 1443 des L. R., ferner in Anbetracht daß der Beklagte innerhalb der ertheilten Frist seine Vernehmlassung nicht abgegeben hat, wurde auf den Antrag der Klägerin gemäß §. 670 und der Kosten wegen nach §. 169 P. O. obiges Versäumnißerkenntniß erlassen.

Rastatt, den 13 October 1849.

Großh. Oberamt.

(3956) Aus dem Verlage von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Dr. C. A. BRETSCHNEIDER: Historischer Wand-Atlas. — Europa zur Zeit der Reformation, nach *K. v. Spruner*. 9 grosse ill. Blätter. 1849. 2 Thlr.

[3996] Im Verlage der Matth. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen und durch alle soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Lehrbuch der Landwirthschaft

zum Gebrauch in Landwirthschafts- und Gewerbsschulen und zum Selbstunterricht

von **Raimund Veit,**

Vorstand der k. Staatsgüter-Administration und Director der landwirthschaftlichen Centralschule zu Schleißheim.

Gr. 8. 37 Bogen. Mit drei lithographirten Tafeln und einer Tabelle zur Reduction der Maße, Gewichte und Münzen mehrerer deutschen Länder.

Zweite vermehrte Auflage.

Preis 2 fl. od. 1 Thlr. 8 gGr.

Um die Aufmerksamkeit des Auslandes auf dieses Werk zu richten, dürfte die Nachricht genügen daß der Verfasser zu dessen Bearbeitung von Seiten der allerhöchsten Stelle aufgemuntert, und daß dasselbe in den Landwirthschafts- und Gewerbsschulen Bayerns als Lehrbuch sogleich eingeführt wurde, wodurch die erste Auflage binnen 2 Jahren vergriffen war. Dasselbe verbreitet sich über alle Zweige der Landwirthschaft, und gibt das Resultat der bewährtesten Erfahrungen in denselben in einem verständlichen, bündigen Vortrag: daher es auch für jeden ausübenden Landwirth, für den Bauern, wie für den Gebildetern zum Handbuch dienen kann. Die Verlagshandlung hat einen ungewöhnlich niedern Preis gestellt, um auch den weniger Bemittelten, besonders Schülern, die Anschaffung dieses reichhaltigen Werkes möglich zu machen.

[3983] **Urtext des Nibelungenlieds.**

Bei Johann Ulrich Landherr in Heilbronn ist erschienen:

Das Nibelungen-Lied

nach der reichsten und ältesten Handschrift des **Freiherrn Joseph v. Laßberg,** mit einem Wörterbuch, grammatikalischen Vorbemerkungen, einem getreuen Facsimile der alten Handschrift und einem Stahlstich, herausgegeben von

Ottmar F. H. Schönhuth.

Zweite Auflage.

Geh. gr. 16. XVIII und 498 Seiten. Ladenpreis: 20 Ngr. — 16 gGr. — 1 fl. 12 kr. rhn. oder 1 fl. C.-M.

☞ Die Handschrift, nach welcher die gegenwärtige correcte, schöne und höchst wohlfeile Handausgabe veranstaltet wurde, ist unbedingt die älteste und reichste unter zweiundzwanzig bisher theils vollständig, theils in Fragmenten zu Tag gekommenen Handschriften, und es wurden von dieser neuen Schulausgabe innerhalb Jahresfrist 1000 Exemplare abgesetzt.

[3760—61] Bei Justus Perthes in Gotha ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

ALMANACH DE GOTHA

P. L'ANNÉE 1850. Avec 6 Portraits.

Preis 1⅓ Thlr.

Gothaischer

genealogischer Hofkalender auf 1850

nebst diplomatisch-statistischem Jahrbuch.

87r. Jahrgang mit 6 Bildnissen. Preis 1⅓ Thlr.

Der Inhalt dieses Jahrgangs kann als ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Zeit gelten, insbesondere durch die ausführliche Chronik der Begebenheiten, sowie durch Darstellung der staatlichen, statistischen und diplomatischen Verhältnisse.

Ferner der 23ste Jahrgang des

Genealogischen Taschenbuches der gräflichen Häuser

auf das Jahr 1850. Preis 1½ Thlr.

(3998—99) **Schnupfen, Katarrh und Reizungen der Brust, im Halse und den Luftröhren-Aesten.** Gegen diese verschiedenen Uebel gibt es keine wirksameren Mittel als **Nafé-Syrup** und **Nafé-Teig**, deren Vorzüglichkeit vor allen gegen Brustbeschwerden bisher angewandten Heilmitteln von den Aerzten der Pariser Hospitäler, sowie von allen Mitgliedern der medicinischen Facultät anerkannt und dargethan worden ist.

Niederlage des **Nafé-Syrup** und **Nafé-Teigs** in

Straßburg bei **J. D. Weber, Kaufmann.** (Hauptniederlage.)
München bei Hrn. **Angelo Sabbadini.**
Augsburg bei Hrn. **J. C. Wüst.**
Stuttgart bei Hrn. **C. F. Autenrieth.**
Ulm bei Hrn. **Heinrich Rübling.**
Würzburg bei Hrn. **G. A. Veniro sel. Erben.**
Lindau bei Hrn. **J. Rasco.**
Landau bei Hrn. **J. F. Stahl.**

[3771—73] **Das allgemeine Geschäfts-Comptoir**

des **Anton Klepp** zu **Gratz** in Steiermark,

befindet sich nun am Hauptplatze im Schlosser'schen Hause Nr. 225 1. Stock, und empfiehlt sich allen welche in Steiermark oder in andern Provinzen Güter von kleinem und großem Umfange, Häuser oder andere Realitäten anzukaufen oder zu verkaufen gesonnen sind, zu gefälligen Aufträgen, indem selbes wegen der ausgebreiteten Correspondenz in der angenehmen Lage ist jedem nur möglichen Wunsche zu entsprechen.

(3767—69) Das Recept zu einem sicher wirkenden

Mittel gegen veraltete Gicht und Podagra,

in allen Fällen als vorzüglich heilsam erprobt, ist gegen portofreie Einsendung von zwei Thalern zu erhalten durch

Gust. Schaarschmidt in Leipzig (Neumarkt, Nr. 31).

[3833—34] Bei Wilh. Appel in Kassel ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ebert, Dr. Adolf, Quellenforschungen aus der Geschichte Spaniens. — I. Zur Verfassungsgeschichte der Stadt Barcelona im Mittelalter. II. Geschichte der allgemeinen Brüderschaft (Germania) der Handwerker Valencia's im Anfang der Regierung Karls V. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Bewegungen im XVI. Jahrhundert. Preis 1 Thlr. 10 Sgr.

Marlo, Karl (Professor Winkelblech), Untersuchungen über die Organisation der Arbeit, oder System der Weltökonomie. I. Bd. 3tes Heft. 15 Sgr. — (Erschienen sind I. Bd. 1—3tes Heft und II. Bd. 1. 2tes Heft. Die Fortsetzung folgt jetzt regelmässig und in kurzen Zwischenräumen).

Plan von Kassel. Nach den bei kurfürstl. Obersteuercollegium befindlichen Original-Kataster-Karten reducirt und herausgegeben von *C. L. Kraus*. Neue in 1849 revidirte Ausgabe. Preis 15 Sgr.

(3951) Bei Chr. E. Kollmann in Leipzig ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

An Se. Majestät

den

König von Preußen.

Eine öffentliche Stimme des christlichen und wissenschaftlichen Bewußtseyns über Lebensrecht und Volksfreiheit im Staate.

Vom

Prof. Dr. Med. **Klencke.** geh. ⅓ Rthlr.

---

[256] **Nachricht für Erfinder.**

Erfinder, welche in Oesterreich, Frankreich und England Patente zu erhalten oder ihre Erfindungen zu verkaufen wünschen, belieben sich zu wenden an das Comptoir der Alphalt-unternehmung, Leopoldstadt, Stadtgutgasse Nr. 386 in Wien.

(4004—6) **München.** Ein Mann in den dreißiger Jahren, dahier wohnhaft und unverheirathet, vom Handlungsfache, welcher in mehreren Geschäften arbeitete, wünscht unter annehmbaren Bedingungen von einer oder mehreren inländischen Fabriken Commissionslager dahier zu erhalten, oder auch den Verschleiß der Fabricate auswärts zu besorgen. Derselbe ist auch im Stande auf Verlangen Caution zu leisten, sowie sich über guten Leumund auszuweisen.

Offerte bittet derselbe an die Expedition dieses Blattes unter Adresse U. Z. M. Nr. 4004 franco einzusenden.

[3911—42] Bei dem Vereine der Wasserfreunde ist die Stelle eines ärztlichen Berathers erledigt.

Praktische Aerzte, welche Beweise ihrer Tüchtigkeit als Wasser-Aerzte an den Tag gelegt und bei Wiederbesetzung dieser Stelle berücksichtigt zu werden wünschen, wollen sich alsbald an uns wenden.

Berlin, den 17 October 1849.

Der Vorstand des Vereins der Wasserfreunde.

(3681—83) **Herrschaften**

in Steiermark mit bedeutendem Waldstande von 8000, 1500, 1800 und 1200 Joch schlagbaren und leicht ausbringlichen Holzes sind zu verkaufen, und belieben Kaufsliebhaber in frankirten Zuschriften sich zu wenden an das Geschäfts-Comptoir des Anton Klepp in Graz am Hauptplatze Nr. 225.

(3884—86) **Eine große Herrschaft,**

mittels der Eisenbahn nur eine halbe Tagreise von Wien entfernt, mit der sehr großen Area von 15,000 Joch schlagbarer Waldung, sehr vielen Eisenwerken und anderen Entitäten ist entweder im Ganzen um den Preis von 2,600,000 fl. C.-Mze. oder auch in abgesonderten Theilen zu verkaufen. Kaufsliebhaber belieben sich in frankirten Zuschriften an den zum Verkaufe Bevollmächtigten Anton Klepp im Geschäfts-Comptoir zu Graz am Hauptplatze Nr. 225 zu wenden.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch — Nr. 311 — 7 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Welcker. Die Gefion); München (die dritte und vierte Sitzung der Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage. Der Landtag bis zum 10 Januar 1850 verlängert); Augsburg (eine Todtenfeier für Mendelssohn-Bartholdy); Stuttgart (die Alpbahn. Die Landesversammlung soll bis zum 1 Dec. berufen werden); Dresden (noch immer die Kammern nicht vollständig); Hannover (weitere Urtheile über die Zusammensetzung der Kammer); Berlin (die Frage über das Ministerium der provisorischen Centralgewalt. Die Geldbewilligungen für neue Eisenbahnbauten); Mecklenburg (Vermählung des Großherzogs Friedrich Franz II); Schleswig (Schmidt von Lübeck †. Die Schweden); Wien (die silberne Hochzeit des kaiserlichen Elternpaars. Die Art der Veröffentlichung des Centralgewaltsvertrags in Berlin. Steinheils Berufung. Die Zollvereinigungsvorschläge); Prag (Handelsverbindungen nach dem Sudan); Gräfenberg (Graf Stadion).

Großbritannien. Lord Albemarle †. Journalurtheile über den französischen Ministerwechsel. Kossuth erwartet. Lady Franklin.

Frankreich. Umstände, Ursachen und wahrscheinliche Folgen des Ministerwechsels. Straßburg (die Eisenbahn bis Chalons erst am 10 Nov. eröffnet).

Türkei. Konstantinopel 24 Oct. Noch immer die Entscheidung erharrt.

Ostindien. China. Die Sipahi und Sir Ch. Napier. Die Verwicklung wegen Macao's.

Datum der Börsen: Hamburg 2; London, Paris, Amsterdam 3; Frankfurt 5; Augsburg 6 Nov.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 3 Nov. Seit einigen Tagen befindet sich C. Welcker wieder in unsern Mauern. Vor etwa drei Monaten hatte er, zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit, eine Reise nach Italien angetreten, begleitet von seinen drei Töchtern. In Triest erkrankte die älteste Tochter und starb nach vierwöchentlichem Leiden an der Cholera. Statt der Erholung ward die Reise dem tiefgebeugten Vater eine Quelle des herbsten Kummers. Sein ältester Sohn, der als Arzt den Feldzug der Aufständischen in Baden mitgemacht, sitzt noch gefangen in den Casematten zu Rastatt, doch soll seine Freilassung nahe bevorstehen. Der zweite Sohn, wegen seiner Anhänglichkeit an den Vater von den Heidelberger Demokraten verfolgt und schwer mißhandelt, hat in aufwallendem Unmuthe das Vaterland verlassen und ist nach Amerika gegangen. (D. Ztg.)

Die Oberpostamtszeitung enthält einen Artikel amtlichen Charakters, wornach vom Reichsministerium der gemessene Befehl ertheilt worden ist die Kriegsfregatte „Gefion“ eher in die Luft zu sprengen oder zu verbrennen, als zuzugeben daß dieselbe in die Hände der Dänen gelange.

Bayern. ⊤ **München**, 5 Nov. (Siebzehnte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Auch der dritte Tag der Verhandlungen über die deutsche Frage zeigt die den Versammlungssaal umlaufenden Zuhörerräume überfüllt wie bisher, den Ministertisch vollzählich besetzt wie bisher, die Abgeordnetenplätze sämmtlich eingenommen. Nach der Verlesung des Protokolls erfahren wir daß noch 17 Redner eingeschrieben, und der zuerst auftretende, Abg. Römich, eröffnete die Verhandlung mit seiner Jungfernrede. Er spricht einfach, aber klar und eindringlich die Ueberzeugung aus daß Oesterreich nie und nimmer in einen Bundesstaat Deutschland eintreten könne, wie auch die mancherlei Anzeichen dafür daß es sein Prohibitivsystem ferner nicht festhalten wolle, keineswegs zu dem Glauben führen dürften als sey diese Oeffnung seines Landes für den Handelsverkehr ein Vorläufer des politischen Verbandes mit dem neuen Bundesstaat. Man könne auch nicht von Oesterreich verlangen was allerdings wohl innerhalb der natürlichsten Wünsche liege, die bunte Zusammenwürfelung der Völker seiner Monarchie hindere die alleinherrschende Entwickelung des deutschen Elements. Wenn aber die Idee ausgesprochen sey die frommen Slaven sollten die Deutschen Staatenbildung lehren, so überlasse er diese Idee ihren Erfindern. Dem ministeriellen Verfahren Bayerns in der deutschen Frage könne er sonach von seinem Standpunkt aus keinen Beifall zollen; doch wolle er dasselbe ebenso wenig tadeln, da er überzeugt sey daß dasselbe im festen Glauben gehandelt habe sich auf die Volksmeinung zu stützen. Ein Vorredner habe gesagt, er hoffe Bayern werde den Zollverein kündigen und sich dafür so weit gen Südost ausdehnen daß die blau-weiße Flagge noch auf Belgrads Zinnen wehen werde, andere seyen mit wilden Angriffen gegen Preußen vorgegangen und hätten den Stammeshaß von neuem aufgeregt. Aber sey denn zu diesem Zwecke die Kammer versammelt? Dagegen hätten andere von einem Herzenszuge der Bayern zu Oesterreich gesprochen; in einem gewissen kleinen Theile Altbayerns möge dieß wahr seyn, aber das Bild an der Sendlinger Kirche und mancherlei Volkslieder zeigten daß auch entschiedene Antipathien gegen die nächsten Nachbarn herrschen. Indem dann der Redner am Schlusse nochmals zur Vermeidung alles unnöthigen Tadels anderer deutschen Staaten mahnt, sagt er: Bayern könne allerdings die Anerkennung des Interims nicht verweigern, aber in Bezug darauf fasse er die Minister beim Wort daß dem Volke bei Feststellung des Definitivums ebenfalls sein Theil werde.

Was sich in der vorigen Rede nicht mit directester Anwendung auf die vorliegende Frage aussprach, gewinnt diese unmittelbare Anwendung in den nachfolgenden Worten des Abg. Jäger. Der Bundesstaat, lauten die leitenden Sätze, ist keine im vorigen Jahr plötzlich erfundene Idee, sondern hatte lange im Volke geschlummert, bis sie mit den Märzstürmen zum Durchbruch kam. Denn auch der Particularismus war, außer im Landvolk, gegenüber den französischen und englischen Anmaßungen im größern Publicum lange schon machtlos geworden. In erster Reihe steht die Idee der deutschen Einheit, in zweiter die Freiheit. Der erste factische Schritt zur Einheit war die Wahl des Reichsverwesers. Wie deren Weiterführung unterbrochen wurde, sey bekannt. Aber soll diese Idee unverwirklicht bleiben? Gewiß nicht. Jetzt frage man freilich nur ob Anschluß an Preußen, ob an Oesterreich? Aber dieß sey nicht die ächte und rechte Frage. Kann denn auch Oesterreich, der Slavenstaat, durch den Beitritt zu Deutschland deutsch werden? Nein. Aber Preußen, der durchaus deutsche Staat, wird dadurch zu einem nationalen Staat, wird es besonders dadurch daß sein Schwerpunkt aus Berlin heraus mehr nach dem Süden fallen muß. Und indem Preußen in den Bundesstaat eingeführt wird, wahrt ein von allen Staaten des Bundes beschicktes Parlament das constitutionelle Princip. Um so tiefer ist es zu beklagen, da wir erkennen daß ein Bundesstaat Deutschlands einzige Möglichkeit ist, daß hier Worte gesprochen wurden welche nicht zur Versöhnung einander widerstrebender Elemente führen. Ja, man habe selbst dahin gedeutet Preußen für sein bisheriges Vorgehen in der deutschen Sache durch Lossagung vom Zollverein zu strafen. Dabei mag man Altbayern im Auge gehabt haben und dessen Vortheile aus einem Handelsanschluß an Oesterreich, aber der drei Franken und der Pfalz habe man nicht gedacht. Diese vom Zollverein loslösen würde sie materiell vernichten heißen. Von demselben Standpunkte, welchem diese Vordersätze entsprangen, geht nun auch die nachfolgende Kritik des Verhaltens der Regierung in der deutschen Frage aus: und schließlich spricht sich die Ansicht des Redners aufs entschiedenste für Bayerns Beitritt zur Verfassung vom 26 Mai aus. Einen besondern Antrag deßhalb vor dieser Kammer stellen würde nutzlos seyn, aber so viel sey sicher daß wir, wenn die Regierung die Verfassung vom 26 Mai angenommen hätte, wenigstens etwas von den Hoffnungen des Volks gerettet haben würden. So aber stünden wir auf deren Trümmern. Breche jedoch ein neuer Märzsturm aus dem Westen hervor, dann wehe Deutschland, wehe Bayern! Der Abg. Sepp, dessen vorgestrige Rede von beiden vorhergehenden Sprechern keineswegs unberührt blieb, erhebt sich zu „factischen Berichtigungen.“ *)

Abg. Lang: „Wenn wir auf der einen Seite den redlichen Willen des Ministeriums bei seinem Verfahren in der deutschen Frage nicht verkennen können, so können wir auch auf der andern nicht läugnen daß die Voraus-

*) Wir kommen auf die Vorträge Hrn. Sepps und mehrerer andern Redner zurück.

setzungen worauf es sein Handeln stützte, nicht eingetreten sind.“ Aus diesem Satz entwickelt sich die Erörterung daß Preußen nach Ablehnung der vom Parlament erlassenen Reichsverfassung nicht aus Herrich- und Eroberungsgier, sondern zur Unterdrückung der Anarchie zunächst den Dreikönigsbund geschlossen habe. Auch erst als die Gefahr vorüber, zogen sich zwei Königreiche, denen dieser sogar seinen Namen verdankte, davon zurück. Bayerns Beitritt würde Württemberg gleichfalls zum Beitritt genöthigt, diese Macht des Süddeutschthums das Berlinerthum unterdrückt haben, würde mit Sachsen und Hannover den drohenden Militärdespotismus abgehalten, die Aufdringung des Wahlgesetzes von den kleinern Staaten abgewendet haben. Und wäre denn nicht auch Oesterreich der Beitritt offen geblieben? Gewiß. Aber dieses schloß sich selbst aus. Durch Süddeutschlands Beitritt würde auch der Bundesstaat viel eher als durch die nunmehrigen diplomatischen Verhandlungen gegründet worden seyn. Aber freilich Oesterreichs Centralisationsstreben und neuestens die Art wie Ungarn unterworfen wurde, haben bewiesen daß es einem Bundesstaat nicht beitreten könne. In der That habe es auch eine andere Aufgabe, nämlich die Verbreitung des Germanismus gen Osten; um diese Aufgabe zu erfüllen müsse es seine Provinzen mit seinen Soldatenmassen besetzt halten, müsse es die aufdringliche Hülfleistung bei Beherrschung der Provinzen abwehren, könne sich also Deutschlands Interessen nicht hingeben. Trotzdem würde es durch Annahme der dargebotenen Union, ohne von seinen Interessen abgezogen worden zu seyn, viel enger als durch die bisherige Bundesgenossenschaft mit Deutschland verbunden worden, also dieser Vortheile theilhaftig geworden seyn. Man spreche nun zwar viel von der durch den wirklichen Beitritt zum Bundesstaat bedingten Mediatisirung. Aber er wolle ja nichts als Verbindung der Staaten in freier Gliederung, und Sachsens und Hannovers Beispiel, welche nichts opfern mochten, zeige jetzt welch ungeheurer Ausdehnung dieser Begriff der freien Gliederung fähig sey. Was Bayern anbelange, so behaupte man der preußische Verfassungsentwurf gefährde wichtige materielle Interessen. Aber seyen denn diese Interessen wirklich so wichtig? Seyen sie so sehr gefährdet? Nein, man benutze sie nur um Gespenster heraufzubeschwören. Und nun stachele man überdieß den Stammeshaß an, stachele ihn als ob Preußen mit seinem engern Bund bestimmte Sonderinteressen verfolgte, als ob Preußen fort und fort nur egoistisch gehandelt hätte. Dagegen vergesse man Preußens deutsche Verdienste, vergesse daß seine Krieger in Schleswig-Holstein tapfer gefochten, seine Provinzen um dieses Kriegs willen schwer gelitten, daß Preußen den Aufruhr in Baden und der Pfalz überwunden. Die Deutschlands Einheit entgegenstehenden Schwierigkeiten lägen aber vorzugsweise in der Macht der Verhältnisse, also solle doch niemand diese Hindernisse noch zu vergrößern suchen. Nachdem sich der Redner noch speciell gegen einige Aeußerungen anderer Redner der vorigen Tage gewendet hat, erörtert er die Nothwendigkeit einer Berufung des Reichstags; allein in einer von diesem herzustellenden Centralgewalt erblickt er die Möglichkeit einer Beruhigung der socialen Revolution durch Wiederherstellung geordneter Zustände, denen sogleich auch erneute Gewerbs- und Handelsthätigkeit entblühen werde. Versäume man aber noch länger diese dringendste Nothwendigkeit, so werde die drohende Proletarier-Revolution uns verschlingen.

Einer Rede des Abg. Stöcker, aus welcher wir umständlich erfahren daß wieder Gewaltherrschaft auf Deutschland laste, daß die Kammer, wenn auch nichts weiter, doch ihre Ehre retten müsse, indem sie jener entgegentrete, daß aber trotzdem die Zukunft Deutschlands nicht gar so trüb sey als mancher Vorredner sie geschildert, weil man wenigstens die Glaubensfreiheit errungen habe — dieser großen Rede folgt eine Erörterung des Abg. Gelbert, aus der wir nur einzelne Momente ausheben. Er stellt den Satz auf daß durch die Diplomatenkunst der Gegenwart der von ihr erdrückte Aufschwung der Nation nach keiner Seite hin wieder angeregt werden könne, weder gegen Preußen mit allerlei Beschuldigungen, noch für Oesterreich mit dem Hinweis auf dessen angebliche Anbahnung einer materiellen Vereinigung mit Deutschland. Ja, wenn man um dieser halben Hoffnungen willen bayerischerseits etwa sich vom Zollverein lossagen möchte, so gebe man sämmtliche neubayerische Provinzen um den geringen möglichen Vortheil Altbayerns in materieller Hinsicht preis. Nun habe man freilich auch gesagt, Preußen habe sich undeutsch in Schleswig-Holstein benommen. Er wolle dieß nicht läugnen. Aber was that denn Oesterreich in jener Zeit als die preußischen Truppen auf der deutschen Walstatt tapfer kämpften? Es ließ seinen Gesandten fortwährend am dänischen Hofe, hatte aber keinen Soldaten im deutschen Heerlager. Gewiß that ferner Preußen Unrecht als es der Centralgewalt die fernere Anerkennung verweigerte. Aber hatte denn Oesterreich jemals mit irgendeiner Handlung deren Anerkenntniß constatirt, that es irgendetwas um diese Centralgewalt in der Hand eines österreichischen Prinzen zu schützen? Nicht die Frage nach Abwägung der größern oder geringern Vergehen der einen oder andern Macht könne hier gestellt werden. Die Regierungspolitik als solche, als dynastische Politik, verletze das Herz des Volks. Herstellung einer wirklichen Volkspolitik, sey also die Aufgabe. Dem Staate allein welcher dieß anstrebe, könne man beistimmen.

Der Abg. Ruland vertheidigt Princip wie Praxis der Regierung in jeder Richtung und erweist als deren leitende Motive ehrliche Offenheit, Treue am großen, ganzen, dem Volk verheißenen Vaterland, Consequenz im Abweis aller Anmuthungen, um nach keiner Seite gebunden zu seyn. Auch er bedauert indessen die feindlichen Reden der verflossenen Tage gegen Preußen in diesem Saal. Jetzt frage es sich um die Zukunft. Auch dann, meint er, werde es Aufgabe der Regierung seyn sich weder Preußen noch Oesterreich zu unterwerfen, sondern nur immer dahin zu streben daß durch eine Verfassung die Verwirklichung der Volkswünsche erreicht werde. Wohin diese gehen, erfahren wir allerdings nicht, wohl aber daß der Redner nicht für baldige Berufung eines Reichstags ist. Dieß darum weil Deutschland noch voll Krankheitsstoff stecke, noch an den Nachwehen eines kaum vorübergebrausten Fiebers leide, also keine gesunden Elemente für die Berathung liefern könne. Im übrigen erachtet auch er, gleich den HH. Lassaulx, Sepp und Döllinger, die deutsche Frage für eine Frage der Macht, welche also Bayern nicht entscheidend lösen könne. Seine Aufgabe bleibe sonach auch in der Zukunft die der Vermittlung. Und wie Hr. v. Radowitz vor den Kammern erklärt habe daß Preußen seine Aufgabe furchtlos fortführen werde, sey's mit Vielen oder Wenigen, so solle auch Bayern die Politik der Vermittlung forterstreben.

Die folgende Rede des Abg. Morgenstern weist besonders darauf hin, wie bei der immer wiederkehrenden Erwähnung der Opfer die man für die deutsche Einheit bringen solle oder wolle, eine solche Vermischung der Haus- und Nationalpolitik vielleicht absichtlich herbeigeführt worden sey, daß man jetzt kaum mehr wisse wem die Opfer zugemuthet würden. Dennoch stünden beide Arten der Politik sich fast immer feindlich gegenüber; darüber sey weder Freiheit noch Einheit zu Stande gekommen. Auch er wolle nicht einen Anschluß an die Politik Preußens, an dessen Hauspolitik, wohl aber an Preußen, an dessen Volk. Ein Anschluß an Oesterreich scheide dagegen Bayern von Deutschland, und gebe es unbedingt der Mediatisirung preis. Selbst der „Herzenszug zu Oesterreich“ herrsche nur in Altbayern, ein Handelsanschluß vernichte aber ganz Bayern in materieller Hinsicht. Die sehr ausführliche Beweisführung dieses Satzes schließt dann mit der Mahnung zum Anschluß an Preußen. Freilich müsse man in diesem Fall auch eine Nationalpolitik schaffen, dazu sey aber die Gelegenheit in der Berufung einer neuen Nationalversammlung gegeben; und so empfehle er den Kirchgeßner'schen Antrag der Versammlung zur Annahme. Die Reden der Abgg. v. Wening-Ingenheim und Koller, welche sich für das Verfahren der Regierung aussprechen und auch die Gestaltung der Zukunft deren Weisheit ganz anheimgegeben wissen wollen, bieten keine neuen Gesichtspunkte, dagegen erscheint eine den Paur-Weis'schen Antrag unterstützende Rede des Vicepräsidenten Weiß von Interesse, da sie gerade in den Hauptpunkten der Begründung einige eigenthümliche Wendungen bietet, welche der unmittelbar darauf folgende Rede des Ministers die Anhaltpunkte zu einer mittelbaren Anempfehlung dieses Antrags zu geben scheinen. Es habe sich, sagt er, bei der Erhebung von 1848 keineswegs nur um Einheit, sondern vorzugsweise um das constitutionelle Element gehandelt, um wirkliche Volksvertretung. Dieß Gefühl, obgleich seit 1813 vorhanden, sey als Bewußtseyn aufgetreten, könne also nicht wie die Revolution unterdrückt werden, sondern müsse vielmehr sein Genüge erhalten. Der Ausschuß habe nun seinen Anträgen nur die vom Ministerium erhaltenen Documente zu Grund gelegt. Dieß genüge nicht. Vielmehr müsse das ganze Verhalten des Ministeriums in den Betrachtungskreis gezogen werden. Zunächst sey anzuerkennen daß dasselbe in seiner Politik gar keine Partei genommen, weder mit Preußen noch mit Oesterreich. Es habe vielmehr alle Anmuthungen beider Seiten abgewiesen um seinen eigenen Grundsätzen treu zu bleiben. Diese neutrale, hinwartende Stellung könne in Anschauung der herrschenden Zustände nur gebilligt werden, wie es im Antrag geschehen. Aus der Begründung der andern Punkte scheint uns noch besonders jene der angerathenen Verbindung mit den bedeutenden Mittelstaaten bemerkenswerth. Bayerns Politik, ist dessen Inhalt, habe in den letzten Jahren das allgemeine Vertrauen verloren. Dieses wieder herzustellen sey oberste Aufgabe. Die Erreichung dieses Zieles werde am sichersten errungen wenn sich Bayern als gleicher Staat den gleichgestellten Staaten zugeselle, und es sich zur Pflicht mache das constitutionelle Princip in der Vollbedeutung des Wortes gegen etwaige reactionäre Gelüste Preußens und Oesterreichs durchzuführen. Mit dieser Aufgabe werde dann Bayern als der bedeutendste Staat an der Spitze seiner Verbündeten stehen. Aber nicht die baldigste Einberufung eines Reichstags sey dafür der angemessenste Weg, sondern es müßten diesem Feststellungen bestimmter Normen für die Verfassung durch Verhandlung mit den übrigen

Mittelstaaten vorangehen, damit man mit denselben den Aufstellungen des engern Bundes, wie auch den etwanigen Vorschlägen Oesterreichs entgegentreten könne.

Wie es scheint zur Ueberraschung der Versammlung, erscheint jetzt Minister v. d. Pfordten auf der Rednerbühne, und entwickelt in einer mehr als einstündigen Rede theils die leitenden Grundsätze der Regierung, theils deren Ansichten über die verschiedenen Anträge und Aeußerungen der Verhandlungen. Wir fassen deren Hauptsätze im Folgenden zusammen. Einen so reichen Stoff hat bereits die dreitägige Discussion der deutschen Frage aufgesammelt, daß es an deren vollem Schluß kaum möglich seyn würde einen genügenden Rückblick darauf zu werfen. Ansichten zu besprechen ist indessen nicht meine Aufgabe, es ist dieß vielmehr die praktische: der Kritik des Verhaltens der Regierung zu folgen und dieser, die Regierung vertheidigend, zu antworten. Diese Kritik war indessen der Art daß diese Aufgabe keine schwere, sondern eine Freude. Von dem vorhergehenden Ministerium haben die Männer welche gegenwärtig die Ehre haben an der Spitze der Verwaltung zu stehen, eine Erbschaft an Verheißungen überkommen, welche sie mit Treue und Ernst zu erfüllen suchen. Ist darin noch nicht alles geschehen, so möge man bedenken daß die großen Ereignisse, die entscheidenden Wendungen in den deutschen Angelegenheiten sämmtlich in die sechs Monate des Bestehens dieses Ministeriums fallen. Unter den sich zunächst aufdrängenden Aeußerungen der Kammer befinde sich auch jene: Oesterreich könne nicht zu Deutschland treten. Bayerns Grundsatz sey dagegen: kein zerstückeltes Deutschland. Habe sich dieser in der Form geäußert: kein Deutschland ohne Oesterreich, so sey dieß eben nur in Anwendung auf die speciell vorliegenden Verhältnisse geschehen. Träte der Fall ein daß man ein Deutschland ohne Preußen bilden wollte, so würde Bayern ebenso entschieden eintreten wie jetzt, da es Oesterreich nicht losreißen lassen will. Nicht aus Gefühlspolitik, sondern aus Verstandespolitik wolle aber Bayern ein ganzes Deutschland. Es wolle den mächtigen Bundesstaat, und diesen zu bauen bedürfe es vor allem eines Territoriums. Denn auf der Geographie müsse die Politik fußen. Dieß Territorium für einen machtvollen Staat ist aber beim Ausschluß Oesterreichs oder Preußens nicht gegeben. Ohne Oesterreich kann dieses Deutschland nicht in irgendeiner Form zur Gestaltung kommen. Es ist dieß rein unmöglich. Seine Gränzen würden weder militärisch noch politisch wohl zu vertheidigen seyn, sein Territorium würde für seine Zwecke und die anwachsende Menschenmenge nicht ausreichen, es wäre gezwungen sich vom Ausland abzuschließen, es wäre eingekeilt zwischen die großstaatlichen Kolosse Rußland, Oesterreich, Frankreich. Aber, sagt man, um mit Oesterreich in Frieden zu leben bietet man ihm ja die Union. Ich habe die Unionsprojecte sorgsam geprüft, und nach reiflicher Erwägung gefunden daß bei denen die es ehrlich meinen nur eine Gefühlspolitik sie befürwortet, indem sie zwischen Oesterreich und Preußen ein brüderliches Einverständniß voraussetzen. Mit Gefühlen und sanguinischen Hoffnungen ist aber keine Staatenpolitik zu machen. Oesterreich hat historische Berechtigungen zur Hegemonie über Deutschland und ist dieselbe gewohnt. Seit anderthalb Jahrhunderten steht ihm Preußen als Rival gegenüber; Preußen ist allerdings im Ringen um die Hegemonie nie ganz besiegt worden, konnte aber auch Oesterreich nie besiegen. Der preußische Bundesstaat wäre dagegen ein vollständiger Sieg Preußens über einen Theil der welthistorischen Aufgabe Oesterreichs. Dieß kann Oesterreich nicht zulassen. Es hat darum im tiefsten Unglück, als selbst seine Freunde an seinem Erstehen zweifelten, keinen Augenblick geschwankt über die Stellung welche es dem preußischen Plan gegenüber einzunehmen habe. Und jetzt verlangen die Unionisten daß es den preußischen Sieg mit hingebender Freundschaft erwiedere? Dieß ist unmöglich. Ein Bundesstaat ohne Oesterreich ist aber auch nicht denkbar, weil nur durch das Hereinziehen desselben das rechte Gleichgewicht zwischen Deutschlands Norden und Süden herzustellen ist. Aber die Frage ist ferner: kann denn Oesterreich einem deutschen Bundesstaat beitreten? Ich habe noch Hoffnung dafür, und Oesterreichs neueste Schritte beweisen daß es den praktischen Weg zu einer materiellen Einigung betritt, wodurch die politische so sehr erleichtert wird. Allein wäre selbst das Endergebniß daß uns Oesterreich aufgäbe, daß es sagte ich habe redlich gestrebt eine engere Verbindung mit Deutschland anzubahnen, ich erkenne daß es nicht möglich ist — so wäre Bayern sicherlich nicht zu tadeln daß es so lange möglich für Oesterreich den Eintritt offen gehalten hat. Bayern hat in den Monaten der Aufregung sich vor den Riß gestellt, welcher zwischen Oesterreich und Preußen sich aufzuthun drohte. Ein Vorredner (Hr. Koller) hat bemerkt es werde die gelungene Verhütung dieses Bruchs den Männern die sie erzielt, noch spät die freudigste Erinnerung seyn. Ich bin sonst nicht gewohnt viel von mir zu reden, aber ich gestehe, ich bin stolz darauf es gethan zu haben. (Vielfaches Bravo.) Ich trage nicht die feste Ueberzeugung daß dieser Bruch nicht wieder eintreten könne, die Wendungen der Dinge sind unberechenbar, aber zu hoffen ist es daß Deutschland als Ganzes gerettet bleibt. Dann aber muß man allerdings gewisse Schlagworte opfern; auch „den Bundesstaat.“ Man muß sich gewöhnen die materiellen Interessen wieder über die ideellen zu stellen. Man habe nun allerdings gesagt, nur um seinen Particularismus zu verdecken stelle sich Bayern großdeutsch; es habe, um sich zum Großstaat zu machen, den betretenen Weg eingeschlagen. Zeigen nun gleich der Haß und die Angriffe, denen wir wie kaum ein anderes Ministerium ausgesetzt sind, die Bedeutung Bayerns, so ist doch die Idee, es wolle sich dasselbe zum Großstaat machen, nur die eines beschränkten Kopfes. Es wäre ja dieß eine Isolirung gegen Deutschland. Wir überschätzen unsere Kräfte nicht, aber unterschätzen sie auch keineswegs. Wir wollen eine qualitative Gleichstellung der deutschen Staaten; und in diesem Sinne sind wir particularistisch. Aber man zeige uns nur ein Ziel wofür Opfer zu bringen sind, und man wird erkennen ob Bayern eine particularistische Politik verfolgt.

Ich komme (fuhr Hr. v. d. Pfordten fort) zum andern Haupttheil meiner Aufgabe, zu den einzelnen Punkten der vorliegenden Angelegenheit. Man hat Bayern vorgeworfen es habe seine Aufgabe nicht erfüllt, indem es den großen Moment unbenutzt ließ die Reichsstatthalterschaft zu übernehmen. Ja, es gibt große politische Momente die eine Regierung ergreifen muß, aber auch bloße politische Gelegenheiten die sie nicht ausbeuten darf. Der Unterschied liegt darin daß eine Regierung den großen politischen Moment mit Recht ergreift, bei Ausbeutung der Gelegenheit aber Ehre, Treue, Ansehn in die Schanze schlägt. (Bravo.) Bayern glaubte damals das gebotene von sich weisen zu müssen. Es konnte nicht plötzlich eine Reichsverfassung annehmen die es vierzehn Tage früher aufs weiteste abgelehnt hatte, dieß wäre ein Verrath am Volke gewesen. Bayern hätte sich überdieß Oesterreich und Preußen nicht entgegenstellen können, ohne einen andern Rückhalt als Süddeutschland bei Ergreifung dieses „großen Moments“ gehabt zu haben. Es hatte aber auch keine Veranlassung eine Gelegenheit zu benutzen, diese führt zu Verlegenheiten und moralischen Niederlagen. Was ferner den Vorwurf des Particularismus anlangt, so hat Bayern gerade einem unberechtigten Particularismus entgegengearbeitet indem es das Ueberwiegen Norddeutschlands über Süddeutschland verhinderte. Den Verfassungsentwurf Preußens mußte es ebenfalls abweisen, weil seine Abänderungsvorschläge nicht darin aufgenommen, sondern nur dem Reichstag zur Berücksichtigung vorgelegt werden sollten, bei welchem es bei dessen Berufung aus dem engern Bunde damals gar keine Hoffnung auf gerechte Würdigung derselben hatte. Man hätte sie, da dieser Reichstag unter den Auspicien der Gothaer Partei zusammengekommen wäre, als bayerischen Particularismus verworfen. Lächerlich ist aber nun die ebenfalls ausgesprochene Verdächtigung als ob Bayern der Verfassungsstreitigkeiten halber vom Zollverein zurücktreten wolle, weil man ihm die Erfüllung der Zollvereinsverträge erschwert. Bayern und Oesterreich haben ebensowenig einen Separatzollverein geschlossen, obgleich die Zeitungen schon vor vier Monaten davon sprachen, als ob sie den Vertrag gelesen hätten. Noch bleibt das Interim zu besprechen. Die hohe Versammlung hat bewiesen daß sie die Rechte und Ueberzeugungen der Regierung anerkennt. Zu bemerken bleibt nur etwas gegen die Annahme als habe sich Oesterreich dabei undankbar gegen Bayern gezeigt. Der Begriff der Dankbarkeit im gewohnten Sinn ist überhaupt in der Politik nicht anwendbar, und jedenfalls hat Bayern sich Preußens und Oesterreichs Achtung erworben durch seine Handlungsweise. Allerdings hätte es das Interimisticum hindern können; daß es dieß nicht that, daß es im Vertrauen auf Oesterreichs und Preußens Anerkenntniß seiner Opfer sich auf sechs Monate seiner Bundesrechte begab, ist wohl der beste Beweis daß es nicht particularistisch handelt. Dieß ist was ich zu sagen habe über diese drei Punkte. An Ihnen ist es nun ein Urtheil zu fällen. Fälle man es mit Ruhe und Klarheit. Jedenfalls muß man uns zugestehen daß wir seit sechs Monaten mit voller Offenheit kämpften. Wir thaten es indem wir auf dem Boden fester Ueberzeugungen standen. Sie brauchen uns nicht beizustimmen, sollen uns aber ruhig, leidenschaftslos beurtheilen. Von diesem Standpunkt aus ist noch einiges über die Anträge zu sagen. Der Ausschußantrag bietet dazu keine Gelegenheit, er kräftigt die Regierung von neuem in ihrem Bestreben. Der Kirchgeßner'sche Antrag bietet eine Ansicht, er liegt außer dem Bereich dieser Bemerkungen. Auf demselben Standpunkt, wie der Ausschußantrag, steht auch nach der vernommenen Erklärung des Vicepräsidenten Weiß der Paur-Weiß'sche Antrag. Nur der Wunsch unter Nr. 3 daß die Regierung die Normen des Verfassungswerkes bezeichne und „feststelle“, ist wohl zu schroff ausgedrückt. Die Fassung des ersten Theils soll nun nach der eben erwähnten Erklärung eine Billigung des Regierungsverfahrens ausdrücken. Aber diese Billigung ist nicht entschieden als solche bezeichnet. Soll sie nun einmal ausgesprochen werden, so dürfte sie wohl deutlicher zu erwarten seyn. Lassen Sie mich nochmals die Worte wiederholen: die Regie-

rung hat seit sechs Monaten einen schweren Kampf gekämpft, wohl schwerer als noch je ein bayerisches Ministerium. Nun wohl, dann glaub' ich auch ein Recht zu haben den Ausdruck der Billigung ihres Verfahrens so zu fordern daß niemand daran zweifle. Ich habe meine Aufgabe nach meinen Kräften, nach meiner Ueberzeugung gelöst. (Vielfacher Beifall.)

‖ **München,** 6 Nov. Die vierte Sitzung welche unsere Abgeordneten der deutschen Frage widmen, beginnt um 9½ Uhr, mit der Eröffnung daß die Dauer des Landtages bis zum 10 Jan. 1850 verlängert sey. Dr. Hopf empfiehlt den Commissionsantrag, Bayer und Vorst den Kirchgeßner'schen. Pfarrer Westermayer wendet sich zuerst gegen die gestrige Rede Morgensterns, und gelangt unter Verlesung einer Stelle aus Hirschers Buch zu der Nothwendigkeit Deutschland durch das Christenthum von neuem Geist durchdringen zu lassen; dann greift er die Vergangenheit des Fürsten Wallerstein so heftig und in so maßlosen Ausdrücken an, daß ihn der Präsident und ein großer Theil der Versammlung zur Ordnung rufen; er schließt mit dem Satze: es freue ihn daß aus dem bureaukratischen Saulus ein volksthümlicher Paulus geworden. Morgenstern und Wallerstein entgegnen; letzterer erklärt sich erfreut Angriffe beantworten zu können, obgleich er dieß heute wo die deutsche Frage vorliegt unterlassen und präcise Anklagen erwarten müsse; immerhin sey es auffallend daß die Herren, die mit der Absolution so vertraut seyen, nur da keine Inconsequenz finden wo man zu ihrer Fahne schwöre. Döllinger wendet sich gegen einige der vorangegangenen Redner und schließt wie früher, indem er dem Ministerium dankt daß es nichts übereilt und nichts versäumt habe. Arnheim, Schnitzlein und Kirchgeßner empfehlen des letztern Antrag: dieser enthalte weder Mißbilligung noch Billigung des ministeriellen Verfahrens, indem die Antragsteller den guten Willen der Minister anerkennen; er bezwecke nur das Verfassungswerk durch Regierung und Nationalvertretung ohne die störende Mitwirkung der Einzelkammern zu Stande zu bringen. Prell und Ultsch erklären: eine Billigung des Ministeriums wegen seiner Haltung zur Nationalversammlung und seiner Vorlagen über Amnestie, Presse, Association 2c. nicht aussprechen zu können. Prof. Stadlbauer (aus der Oberpfalz) hält eine emphatische Lobrede auf die Minister, und spricht dieß im Namen „des pfälzischen Volkes" aus. Advocat Rudhart aus Regensburg versichert, weder er noch die obere Pfalz habe dem Hrn. Stadlbaur ein Mandat dazu ertheilt. Noch sprechen Tafel, Dr. Heine und Prinz; dann ertönt zum erstenmal der Ruf nach Schluß. Fürst Wallerstein kann jedoch nicht umhin noch einmal das Wort zu nehmen, mit dem Bemerken daß die Linke von den bisherigen 22 Discussionsstunden nur 3¾ für sich gehabt habe, und spricht Namens der Linken. Die ausgedehnte Rede schloß im wesentlichen mit Beistimmung zum Kirchgeßner'schen Antrag, oder einem andern der sich an das Ministerium anlehne, aber die Unmöglichkeit der alten Bundesverfassung, die Nothwendigkeit einer Gesammtverfassung mit Volks- und Staatenhaus und des Eintritts Bayerns, selbst wenn Oesterreich nicht beitreten könnte, förmlich anerkenne. Hauptsächlich aber warnt er am Schlusse vor jener Partei die man von früher kenne, und die jetzt, wenn auch nicht am Ruder, so doch in dessen Nähe sey. Diese Rede ruft Entgegnungen von Thinnes, Döllinger, Nar und Prinz hervor. Fürst Wallerstein warnt noch einmal davor dem Ministerium unbedingt beizustimmen, und übergibt eine Erklärung, welche die Beistimmung der Linken zum Kirchgeßner'schen Antrag motivirt. Arnheim verwahrt seine Fraction gegen diese Motivirung. Noch entspinnt sich eine persönliche Fehde zwischen Dr. Heine und Fürst Wallerstein; sie wird endlich durch einige Schlußworte Frhrn. v. Lerchenfelds beendet. Die Debatte wurde um 3¼ Uhr geschlossen, und auf eine morgige Sitzung die Schlußäußerungen des Referenten und des Ministers und sodann die Abstimmung anberaumt.

∠ **Augsburg,** 4 Nov. Die hiesige Liedertafel hat dem allzufrüh heimgegangenen Mendelssohn-Bartholdy am 22 Nov. 1847 eine würdige Todtenfeier gehalten. Hatte doch der Verblichene selbst einst rühmend der Leistungen dieses Vereins gedacht, ein Grund mehr für ihn zu diesem Act der Pietät. Damit sollte aber unsere Trauer um den Heimgegangenen nicht enden. Alljährlich, wenn am Tage Allerseelen wir der auf dem Friedhof ruhenden Lieben gedenken, werden die zahlreichen Freunde die Mendelssohn in unserer Mitte zählt, auch ihm ein „requiescat in pace" sprechen. Heuer wurde diese Pietät nicht im stillen Herzensschrein allein begangen: dem verewigten Künstler erhob sich ein Castrum doloris inmitten der Räume in denen seine Schöpfungen so oft den Hörer entzückt hatten. Der Orchesterverein veranstaltete zu diesem Zweck im Saale zur goldenen Traube die Aufführung des Oratoriums „Paulus." Wer gewohnt ist die Tonwerke unserer deutschen Meister mit dem Aufwande von Kräften den sie beanspruchen zu hören, dem genügen die Leistungen der Vereine zweiten Ranges in der Regel nicht. Heute aber möchten selbst höhere, nur halbwegs bescheidene Ansprüche Befriedigung gefunden haben; denn nicht leicht hat es sich wie eben jetzt herausgestellt daß begeisterte Liebe zur Sache, gepaart mit Eifer und Ausdauer, vorhandene Mängel zu beseitigen und scheinbar unüberwindliche Hindernisse zu besiegen vermögen. Unserm Capellmeister Drobisch gebührt das Verdienst diese Aufgabe gelöst zu haben, indem er die erwähnten Hebel nicht nur in sich selbst vereinigte, sondern sie alle auch auf die Mitwirkenden überzutragen wußte. Lange war der wackere Componist und Dirigent, dem wir in jüngster Zeit wieder zwei kleine Cantaten und eine mit ungetheiltem Beifall hier zuerst aufgeführte Symphonie zu danken haben, durch ein Augenübel von der Leitung der Musikproductionen fern gehalten worden. Da eben wurden wir so recht inne was wir an ihm besitzen. Die Aufführung des „Paulus" ging in allen Theilen trefflich von statten. Mögen sie alle, deren aufopfernder Liebe für den schönen Zweck wir genußreiche Stunden danken, in dem ihnen nach Gebühr gezollten Beifall Aneiferung finden dem Gedeihen der edlen Musika in unserer stillen Stadt auch fürder ihre Kräfte zu widmen!

Württemberg. **Stuttgart,** 3 Nov. Die Probefahrten auf der Alpbahn zwischen Geißlingen und Amstetten wurden vorgestern begonnen, gestern fortgesetzt, indem das von Ludwigsburg in zwei Zügen nach Geißlingen gebrachte Infanterieregiment von da nach Amstetten hinauf, das von Ulm in Amstetten angelangte Regiment aber von da nach Geißlingen hinab mit Benützung der neuen Eisenbahnstrecke befördert wurde. Die Fahrt aufwärts geschah in zwei Zügen von beziehungsweise fünf und vier achträderigen, zusammen mit etwa 600 Mann besetzten Personenwagen. Dem ersten Zug waren die Maschine „Alp" von schwerem Kaliber und die Maschine „Teck" der leichtern Classe, dem zweiten Zug zwei Maschinen der leichtern Classe („Eßlingen" und „Stromberg") vorgespannt. Beide Züge gelangten ohne den geringsten Anstand der erste in 15, der zweite in 13 Minuten auf die Hochebene der Alp. Im Herabfahren wurde dem Zug von fünf Wagen die Locomotive „Alp", dem Zug von vier Wagen die Locomotive „Teck" vorgespannt, und die Fahrt wurde mit gleichmäßiger Schnelligkeit in 15 Minuten vollbracht. Eine weitere Fahrt geschah endlich mit der Locomotive „Alp", welcher vier mit etwa 200 Personen besetzte Personenwagen angehängt wurden. Mit diesem Zuge erreichte die Maschine die Station Amstetten in 20 Minuten und vollbrachte die Rückfahrt in 17 Minuten. Das Ergebniß der angestellten Versuche kann durchaus als ein sehr günstiges angesehen werden. Sie haben praktisch erwiesen was Männer von Fach, denen die Leitung des württembergischen Eisenbahnbauwesens übertragen worden, an der Hand der Wissenschaft und Erfahrung längst für zweifellos gehalten und hingestellt haben. Die Möglichkeit den nördlichen Abhang der Alp durch Locomotiven mit ausreichendem Nutzeffect und vollkommener Sicherheit zu betreiben ist nun außer Frage gestellt; auch unterliegt schon jetzt keinem Zweifel daß sobald Maschine und Bahn einige Zeit benützt seyn werden, erstere im Stand seyn würde eine Bruttolast von 2000 oder eine Nettolast von über 1000 Centnern von Geißlingen aus auf die Höhe der Alp zu fördern — eine Leistung für welche die Alpmaschinen berechnet sind, und welche in dieser Größe von der mit ihrer Fertigung betrauten Maschinenfabrik in Eßlingen garantirt wurde. (Schw. M.)

Stuttgart, 4 Nov. Wie man hört, soll der revidirende Landtag auf den 1 Dec. zusammenberufen werden. Bis zu dieser Frist werden die erforderlichen Vorarbeiten, besonders finanzieller Natur, vollendet seyn. Bei der Frage über die Verlängerung der provisorischen Steuerverwilligung bis 1 Jul. 1850 wird es sich dann zeigen ob das Ministerium und die neue Landesversammlung nebeneinander bestehen können. In Betreff der deutschen Frage wird diese Mehrheit wohl im Einverständnisse mit der bayerischen Linken auf Einberufung eines allgemeinen Reichstags dringen. In dieser Beziehung steht sie der particularistischen Idee eines Bundes der Mittelstaaten nicht so fern als man glauben sollte. (Karlsr. Ztg.)

K. Sachsen. **Dresden,** 4 Nov. Auf gestern haben sich noch nicht Abgeordnete genug eingefunden um die Kammern beschlußfähig zu machen. Den Grund dieses spärlichen Eintreffens und der dadurch verzögerten Eröffnung des Landtags sieht die Leipz. Ztg. darin daß in 18 Bezirken Neuwahlen zu veranstalten, in 2 Bezirken die Wahlen noch nicht vollendet sind. In 13 von jenen 18 sind nach ihr Suspendirte gewählt, die nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes nicht wählbar sind.

x **Aus dem Hannoverischen,** 1 Nov. Unsere jetzigen politischen Zustände werden vielen Nichthannoveranern etwas unbegreiflich seyn. Das ist sehr natürlich, denn in der That weiß auch kein Hannoveraner wie sie sich entwirren sollen. Die demokratische Partei, welche jedoch in ihrer Zusammensetzung und ihrer Tendenz himmelweit verschieden ist von der Partei gleichen Namens im Süden des Vaterlands, scheint mit einemmal das von ihr früher so angefeindete Ministerium

Stüve stützen und vertheidigen zu wollen. Dagegen wenden sich entschiedene Anhänger von ihm ab, und so ist denn alles ein Chaos, welches sich erst gestalten wird, wenn die Kammern am 8 d. zusammentreten. Dann wird sich zeigen ob die persönliche Hochachtung und Freundschaft für den Minister Stüve stark genug ist seine Partei troß des letzten heftigen Stoßes zusammenzuhalten. Viele derselben grollen ihm allerdings, weil er sie mit dem Berliner Verfassungsentwurf aufs Glatteis geführt und compromittirt hat. Wir zweifeln indessen doch daß dieser heimliche Groll irgendwelche Folgen haben wird, da ein großer Theil der Partei auf welche sich jene Herren stützen, den Groll nicht theilt. Die alte liberale Partei des Königreichs Hannover steht nicht mehr hinter ihnen; diese ist fast ganz in das Lager der Demokraten übergegangen, und nur die Führer sind dem Freund treu geblieben, dessen deutsche Politik sie durchaus nicht billigen. Daher erklärt sich der fast einstimmige Ruf nach der Reichsverfassung im Frühling dieses Jahrs, daher die nicht ganz ungünstige Aufnahme des Dreikönigsentwurfs, bevor man ahnete daß die Regierung im Herzen so entschieden dagegen sey. In dieser Richtung wird das Ministerium eigentlich nur von dem sehr schwach vertretenen, fast allein in der Stadt Hannover und im älteren Beamtenthum wurzelnden, specifisch hannoverischen Particularismus unterstützt. Von Kammermitgliedern wüßten wir — ein paar Beamte ausgenommen — kaum jemanden zu nennen welcher den Stüveschen Ansichten über die Constituirung Deutschlands recht von Herzen beipflichtete. Dessenungeachtet wird das Ministerium — abgesehen von der Verneinung des Bündnisses und dem Widerstand gegen die neue provisorische Centralgewalt — nur eine Majorität gegen sich haben, wenn die zehn bis fünfzehn Mitglieder der zweiten Kammer, welche mehr oder weniger dem Programm von Gotha zustimmen, sich mit der demokratischen Partei zu positiven Vorschlägen verbinden. Als solche können wir uns nur das Beharren auf dem Beschluß der aufgelösten Kammern wegen der Gültigkeit und Publication der Grundrechte, sowie die Forderung einer Wiederherstellung des Parlaments auf den Grund des Wahlgesetzes vom 7 April v. J. denken. Wenn wir von den 81 Mitgliedern der zweiten Kammer etwa 30 bis 40 zur sogenannten demokratischen Partei und 10 bis 15 zur sogenannten Gothaer rechnen — welche sämmtlich ihrer Ueberzeugung und ihren früheren Abstimmungen nach für die Geltung der Grundrechte seyn müssen — so sind noch dann 10 bis 20 Mitglieder da die in dieser Frage recht wohl eben so zu stimmen sich veranlaßt finden könnten. Das ist die Hauptgefahr für das Ministerium, und sie kann unseres Erachtens nur beseitigt werden wenn die demokratische Partei, wir müssen sagen unklug und unpatriotisch genug seyn sollte das Ministerium um jeden Preis zu erhalten, weil es sie von dem verhaßten Dreikönigsentwurf und dem noch verhaßteren octroyirten Wahlgesetz befreit. Diese Abneigung würde weniger lebhaft seyn wenn man in Berlin bei der Berathung der Verfassung anders verführe, aber der hier wieder erstehende Absolutismus macht es unseren eigentlichen Demokraten, welche entschiedene, wenn auch zum Theil verkappte Republicaner sind, leicht ihre aufrichtig constitutionellen Freunde mit sich fortzureißen. Wenn dieß wirklich geschehen sollte, so würde unsere Volksvertretung diesesmal verschulden was die Regierung im Frühling verschuldet hat. Wir fürchten jedoch nach unserer Kenntniß der Mitglieder der sogenannten demokratischen Partei der Kammer ein solches Verfahren nicht, wenngleich es in einzelnen Blättern empfohlen zu werden scheint. Aus diesen kurzen Andeutungen ersehen Sie wie ungewiß unsere Zukunft ist. Daraus erklärt sich auch daß man hier so wenig über dieselbe liest und hört. Ein hervorragendes Mitglied der zweiten Kammer, ein Freund Stüve's, sagte uns neulich ganz offen daß er noch nicht wisse, ob er ministeriell oder antiministeriell seyn werde. In vierzehn Tagen wird sich alles entscheiden.

Preußen. ⚲ **Berlin**, 3 Nov. Der Director des Naugarder Zuchthauses hat an das Ministerium Tagebuchnotizen von Kinkel eingesandt. Aus diesen geht hervor daß der Befehl des Ministers v. Manteufel, den Gefangenen mit aller Schonung und Rücksicht zu behandeln, soweit es das Gesetz irgend zuläßt, zur Zufriedenheit desselben wirklich vollzogen wird. Der ihm gemachte Antrag die Besorgung der Schreibsachen für die Anstalt zu übernehmen ist jedoch von ihm selbst abgelehnt worden, mit dem Bemerken daß er mechanische Arbeit vorziehe, weil diese seinem Geiste mehr Freiheit lasse. Sein Verhalten wird übrigens gerühmt, und der Director der Anstalt hat sich aus diesem Grunde bewogen gefunden ihm eine Freistunde mehr zu bewilligen. Auf seinen Wunsch ist ihm auch zugestanden worden sonntäglich an seine Familie zu schreiben. Dr. Beseler ist hier angekommen und soll bei hochgestellten Personen die traurigsten Schilderungen über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein gemacht, und einen unerwarteten Ausbruch der Feindseligkeiten als möglich dargestellt haben.

Berlin, 3 Nov. Nach der soeben ausgegebenen neuesten Nummer des Militärwochenblattes können in Folge eines Vertrages mit den Regierungen von Mecklenburg-Strelitz, Anhalt-Dessau, Köthen und Bernburg fortan junge gebildete Männer aus den genannten Staaten, die nach preußischen Gesetzen die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst besitzen, unter gleicher Bedingung wie jeder Preuße bei jedem Truppentheile der preußischen Armee in Dienst treten. (A. Z.-C.)

⁝ **Berlin**, 4 Nov. Noch ist eine Hauptfrage für die Bildung der Interimscommission nicht erledigt, die nämlich ob die vier Commissarien eine Art von Centralgewalt bilden und sich mit einem geschäftsführenden Ministerium umgeben, oder ob sie selbst ein solches Ministerium seyn und die verschiedenen Geschäftszweige unter sich vertheilen sollen? Daher sind alle Gerüchte welche selbst mit Bezeichnung der Persönlichkeiten von anzustellenden neuen Beamten von Frankfurt aus verbreitet werden, durch und durch unbegründet. Von solchen Einzelheiten kann jetzt begreiflicherweise noch gar nicht die Rede seyn. Es ist wohl nicht unwahrscheinlich daß man österreichischerseits einzelne Beamtete aus den Bureaux des früheren Reichsministeriums nach getroffener Theilung der Geschäftszweige beibehalten wird, alles aber was man über die Besetzung derjenigen Ressorts welche an die preußischen Commissarien fallen würden, unter das Publicum zu bringen sucht, beruht auf Fictionen. Die Nachrichten welche hier neuerdings aus dem Schleswig'schen einlaufen, zeugen von einer sehr besorglichen Gährung unter den Parteien daselbst, und die Ansicht gewinnt hier immer mehr Raum daß im Fall der Zurückziehung der preußischen Truppen ein feindseliger Ausbruch unter diesen Parteien im Land sehr zu befürchten sey. Es scheint als ob das frühere Reichsministerium der Bergung der Fregatte Eckernförde in einem preußischen Hafen nunmehr kein Hinderniß mehr entgegenstelle.

⚲ **Berlin**, 4 Nov. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer wurde zuerst §. 1 des Gesetzentwurfs zur Discussion gestellt. Er lautet: „Unser Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist ermächtigt: 1) den Bau der Eisenbahn nach Königsberg, welche den Namen „Ostbahn" führen soll, einschließlich der Brücken über die Weichsel und Nogat und der durch die Eisenbahnanlage bedingten Strom- und Deichregulirungen an diesen beiden Strömen, vorläufig von dem Kreuzungspunkte der Ostbahn mit der Stargard-Posener Eisenbahn ab, in der Richtung über Bromberg, Dirschau, Marienburg, Elbing, Braunsberg nach Königsberg mit einer Zweigbahn von Dirschau nach Danzig für Rechnung des Staates auszuführen; ingleichen 2) die westfälische Eisenbahn von der kurhessischen Gränze bei Haueda ab über Warburg, Paderborn, Lippstadt, Soest nach Hamm, für Rechnung des Staats zur Ausführung zu bringen, auch zu diesem Zweck die Köln-Minden-Thüringer Verbindungseisenbahn nach Maßgabe des unterm 23 Dec. 1848 mit dem Bevollmächtigten der Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrags für den Staat zu erwerben, und 3) den Bau der Saarbrücker Bahn für Rechnung des Staats vollenden zu lassen." (Wir haben das Resultat der Abstimmung — die Annahme im Sinne des Ministeriums, und die Verwilligung der Anleihe von 21 Mill. Thlrn. — gestern gemeldet.)

Gr. Mecklenburg. * **Schwerin**, 3 Nov. Heute fand in dem Schlosse zu Ludwigslust die feierliche Vermählung des regierenden Großherzogs Friedrich Franz II von Mecklenburg-Schwerin mit der Prinzessin Auguste von Reuß, aus dem mediatisirten Hause Storsdorf in Schlesien, statt. Aus ganz Mecklenburg hatten sich ungemein zahlreiche Gäste zu diesem Ehrentage des geliebten Fürsten eingestellt, nur der begüterte Landadel fehlte fast gänzlich, da er in ziemlich offene Fehde mit dem Großherzog wegen dessen Verkündigung unserer neuen Verfassung getreten ist. Ueberhaupt hat ein Theil unserer Aristokratie erklärt den Hof fortan gänzlich meiden zu wollen. Der feierliche Einzug des neuen Paares in die Residenzstadt Schwerin findet am 7 d. statt, und bei dieser Gelegenheit wird ganz Mecklenburg mit geringer Ausnahme sich bestreben so viel als irgend möglich auch durch äußere Festlichkeiten, Aufzüge u. s. w. zu zeigen wie sehr es seinen jungen Fürsten verehrt.

Schleswig-Holstein. **Altona**, 1 Nov. In diesen Tagen starb hier der früher oft genannte Dichter Schmidt von Lübeck, beinahe 84 Jahre alt. Mit dem Großherzog von Oldenburg hat die Statthalterschaft eine Vereinbarung getroffen, wodurch der Zollvertrag und der Cartellvertrag vom 4 Jan. 1839 zwischen dem Herzogthum Holstein und dem Fürstenthum Lübeck, betreffend die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben, bis zum 1 Jan. 1851 verlängert worden ist. Von Flensburg aus beklagt man sich unter Anführung der einzelnen Fälle bitter über die unwürdige Behandlung welche die Schweden sich gegen beurlaubte schleswig-holsteinische Soldaten herausnehmen.

Oesterreich. — **Wien**, 2 Nov. Die eigenthümliche Art in welcher die preußische Regierung die Verträge über das mit Oesterreich abgeschlossene Interim veröffentlichte, beschäftigt die Blätter des Kaiser-

reichs. Nicht nur die verschiedenen Organe Wiens machen über den beiläufigen Artikel des Staatsanzeigers ihre Glossen oder ziehen aus demselben mehr oder weniger glückliche Schlüsse, sondern auch in allen Provincialjournalen kehrt die O. C. (bekanntlich nicht ohne ministerielle Verbindung) wieder, die das „Befremdende" eines solchen Verfahrens von Seiten des befreundeten Staats unzweideutig hervorhebt. Wir sehen im gegenwärtigen Augenblick allerdings an der Spree eine rückgängige Bewegung sich geltend machen; wir wissen ferner wie geschickt man bisher zu Berlin die Ungewißheit auszubeuten suchte in welcher sich das Publicum hinsichtlich des Verhältnisses beider Regierungen befand. Das Zustandekommen des Dreikönigsbündnisses hing zum großen Theil davon ab daß Oesterreich, wenn auch nur ideell, in der öffentlichen Meinung von den deutschen Angelegenheiten fern gehalten wurde. Hätte es sich machen lassen daß die Kenntniß des Vertrags noch eine Zeitlang geheim geblieben wäre, so hätten die übrigen deutschen Staaten wohl kaum eine andere Wahl als sich an Preußens Politik hinzugeben. So jedoch sind diese Pläne durch die eine Nummer der Wiener Ztg. zerstört, und die andere Nummer die Oesterreichs Vorschläge zur Zolleinigung enthält, hat, wie der Berliner Correspondent der Ostdeutschen Post schreibt, eben auch nicht dazu beigetragen die sorgenvollen Verstimmungen im Norden zu verscheuchen.

△ **Wien,** 3 November. Ein Beschluß des Gemeinderaths gestattete einigen speculativen Viehhändlern das Pfund Fleisch für 3 kr. billiger zu verkaufen als unsre ehrsame Fleischerzunft. Diese Anwendung der Freihandelsprincipien hat in der Zunft Verstimmung hervorgerufen, während die Bevölkerung sich darüber freut. — Prof. Gfrörer ist gegenwärtig hier, und dürfte höchst wahrscheinlich Vorträge über Geschichte halten. — Die gestrige Allerheiligenfeier gab den Wienern Gelegenheit eine kleine Demonstration zu Ehren der Märzgefallenen zu veranstalten. Man bestreute den einfachen Grabhügel mit weißem Sande, und zeichnete dazu die Inschrift der drei Märztage. Der Zudrang der Neugierigen war sehr groß. Heute wurden einige, wie es schien, hervorragende Gefangene unter Bedeckung mittelst der Eisenbahn hergebracht. Aus Hamburg sind wieder 120 Centner Silber hier angekommen, um zur Scheidemünze ausgeprägt zu werden. Tag und Nacht arbeitet der Prägstock, und doch ist im Verkehr keine Spur vom Silbergelde zu finden. Nach wie vor müssen wir uns mit allerlei Papierschnitzeln behelfen.

△ **Wien,** 4 Nov. Die österreichische Kaiserfamilie hat zu allen Zeiten eine ächt bürgerliche Ehrbarkeit in allen Lebensbeziehungen gezeigt, und dadurch den wohlthätigsten Einfluß auf alle Schichten der Gesellschaft geübt, im Gegensatz zu dem französischen rc. Hofleben. Dieser Umstand hat nicht wenig zu der Popularität der österreichischen Herrscher beigetragen, und so sehr war das Privatleben der Kaiserfamilie dem Volke ehrwürdig geworden, daß eine seltene Theilnahme noch fast bei allen bedeutsameren Gelegenheiten sich kundgab und kundgibt. Heute feiern die Eltern unsers jungen Monarchen ihre silberne Hochzeit im Familienkreise. Nach dem Wunsche einer hohen Person wird im Burgtheater Wallensteins Lager gegeben werden, welcher Vorstellung die kaiserliche Familie dem Vernehmen nach beiwohnen wird, um sich nach alter Tradition bei einem so freudigen Feste dem Publicum zu zeigen. Man erwartet Amnestirung weiterer Kategorien der ungarischen Insurgenten; einstweilen sind in Pesth allein bereits 150 Individuen in Freiheit gesetzt worden.

‡ **Wien,** 2 Nov. Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich hat den Hrn. Professor v. Steinheil zu München unter dem 31 October zum Sectionsrathe des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten ernannt, und mit der obersten Leitung des Telegraphen-Departement's betraut. Wem bekannt ist wie ausgezeichnet die Leistungen und die unermüdliche Thätigkeit des Hrn. v. Steinheil sind, und welche Verdienste er sich um die Telegraphie insbesondere in der letzten Zeit erworben hat, der kann Oesterreich zu dieser Acquisition nur Glück wünschen. Bayern dagegen wird diesen verdienten Mann nur mit Bedauern scheiden lassen. So sehen wir wie die k. k. Oesterr. Regierung von allen Seiten her ausgezeichnete und sachkundige Männer an sich zu ziehen sucht, wie sie hauptsächlich bemüht ist die vielleicht zu lange versäumte Verbindung mit dem südwestlichen Deutschland herzustellen, was sich in der allernächsten Zeit mit der zwischen Wien, München und Augsburg in's Leben tretenden Telegrapheneinrichtung bewahrheiten wird. Preußen hat seine über 300 Meilen umfassenden Telegrapheneinrichtungen mit großer Energie ausgeführt, Oesterreich wird sich nicht von ihm übertreffen lassen, wie es überhaupt unausgesetzt bemüht ist den materiellen Interessen Rechnung zu tragen, so weit nur die Umstände es gestatten. Unabläßig wird daran gearbeitet auf dieses Ziel hinzuwirken.

Die Wiener Zeitung enthält die amtliche Motivirung der Unterdrückung des Journals „Die Zeit." Die Redaction hatte verweigert einen über militärgerichtliche Strafen ausgesprochenen Tadel in vorgeschriebener Weise selbst zu desavouiren. Der Lloyd nennt die Publication der Zollvereinigungsvorschläge in der Wiener Zeitung ein epochemachendes Ereigniß, dessen Bedeutung nicht hoch genug gestellt werden könne. Der Zolltarif sey vom Handelsministerium bereits in Angriff genommen.

Die Wiener Ztg. enthält ein größeres Verzeichniß von Individuen die in Anerkennung ihrer belobten Tapferkeit und sonstiger vorzüglichen Leistungen während des Feldzuges in Ungarn theils mit Orden, theils durch den Ausdruck der allerhöchsten Zufriedenheit ausgezeichnet wurden.

Prag, 1 Nov. Aus einem Privatbriefe aus Reichenberg entnehmen wir daß Daniel Salis-Soglio, ein Schweizer von Geburt, der sich früher als Geschäftsreisender durch längere Zeit in Reichenberg befand, und seitdem große Reisen in Kleinasien und Afrika unternommen hat, sich gegenwärtig in Kairo unter dem Schutz des österreichischen Consuls in der Absicht aufhält mit den Negervölkern einen Verkehr in böhmischen Gewerbsproducten anzuknüpfen, und deßhalb sich bereits an verschiedene Fabrik- und Handelshäuser in der Reichenberger Gegend brieflich gewendet hat. Diese Notiz dürfte für viele unsrer Industriellen von Interesse seyn. (D. Z. a. Böhmen.)

* **Gräfenberg,** 29 Oct. Seit der Anwesenheit des Ministers Stadion in unserm Curorte machen Nachrichten der widersprechendsten Art über seinen Gesundheitszustand die Runde in den deutschen Blättern. Schon wenige Tage nach dessen Ankunft gab sein zufälliges Irregehen im nahen Walde Veranlassung zu Correspondenzartikeln mit mythischer und mystischer Ausschmückung; später lasen wir die trostreichsten Berichte über das schnelle Gedeihen der Cur, welche, kaum begonnen, auch in Bälde ihr Ende erreichen sollte, ja wir fanden den Grafen in voller Genesung und seinen Winteraufenthalt in Grätz angezeigt. Wir lächelten noch über diese sanguinischen Zeitungsberichte, und stellten sie gern auf Rechnung des auch von uns getheilten innigen Wunsches daß der Graf recht bald wieder eine vorwaltende Rolle in dem schweren Werke der Wiedergeburt unsers Vaterlandes übernehmen möge — da kömmt uns das Blatt der Allg. Zeitung vom 20 d. und in derselben die Mittheilung der Deutschen Zeitung zu, durch welche alle Hoffnungen zu nichte gemacht und der Graf an Gift unheilbar dahinsiechend berichtet wird. Sollten alle diese Correspondenznachrichten wirklich an der Gräfenberger Quelle ihren Ursprung haben? Wir können es nicht glauben; wer wollte hier die Lüge suchen wo die Wahrheit so leicht zu erlangen! Wer immer in der Theilnahme für Stadion sich an unsern trefflichen Prießnitz mit der Frage wendet wie es um den Kranken stehe, und welche Hoffnungen er für denselben hege? erhält die im bescheidenen Tone gehaltene Antwort: „daß sich über ein Resultat der Cur invorhinein nicht absprechen lasse, daß mehrere Leidende gleicher Art hier Heilung gefunden, daß bisher der Verlauf der Cur günstig sey, und daß, um die Zuversicht einer vollen Herstellung zu äußern, ein späterer Zeitraum abgewartet werden müsse." Wenn wir dann den edlen Grafen, meist in Gesellschaft seines Bruders, rüstig den Quellen zuschreiten sehen und seinen für einen Kranken immerhin kräftigen Körper mit dem genommenen Gifte in Verbindung bringen, und — stets fruchtlos — den Ausdruck des tiefen Siechthums erlauern wollen, so frag wir uns unwillkürlich nach den Correspondenten um welche der Deutschen Zeitung jenen Bericht gesendet haben sollen. Die Fabel des Giftes zerfällt vollends wenn man von nahen Bekannten Stadions erfährt daß die nämlichen Krankheitssymptome, welche jetzt den Grafen in Folge überanstrengender geistiger Arbeit befallen, schon vor mehreren Jahren zu Triest ihn durch mehrere Wochen dienstunfähig gemacht. Der Correspondent der Deutschen Zeitung möge also, wenn er es mit dem Grafen Stadion ehrlich meint, seine Nachrichten über dessen Zustand nicht bei einem nebelhaften Leibarzte schöpfen, den wir nie hier gesehen, sondern mit uns des Ausspruches unsers gefeierten Aeskulaps ohne Diplom und Doctorhut harren, dessen angeborner wunderbarer Erkenntniß menschlicher Gebrechlichkeiten selbst die Facultäten Gerechtigkeit widerfahren lassen.

* Ueber Graf Stadions Zustand schreibt uns ein anderer Freund aus **Gräfenberg.** „Der Körper ist thätig, das heißt: es sind Ausschläge und Krisen vorhanden, und Prießnitz ist damit zufrieden. Zwischen dem Körper und dem Geist mit der Sprache ist fortwährende Wechselwirkung. Ist der Geist heller und die Sprache geläufiger, dann sistiren die Krisen und verschwinden die Ausschläge. Sind diese wieder zu Tage und also Körper thätig, dann ist der Geist stumpfer und die Sprache stockt. Prießnitz sagt noch immer, er könne sich über die Wahrscheinlichkeit der Heilung nicht bestimmt aussprechen; was er am meisten wünscht ist ein Anfall hitzigen Fiebers oder eine Entzündung; dazu ist es bisher nicht gekommen."

Großbritannien.

London, 2 Nov.

Graf v. Albemarle, Hofmarschall unter Wilhelm IV und unter der jetzigen Königin, ist 78 Jahre alt auf seinem Landsitz in Norfolk ge-

storben. Er war ein eifriger Whig, und noch ein persönlicher Freund von Charles Fox. Sein Ahn, der erste Peer des Namens, kam mit Wilhelm von Oranien aus Holland. Das Haus Keppel ist eine von den bekanntesten Adelsfamilien in England.

Kossuth wird mit dem Dampfboot „Sultan„ in Southamton erwartet: man will ihn daselbst zu einem Festessen einladen. — Der russische Gesandte Baron Brunnow hatte gestern eine Unterredung mit Lord J. Russel in der Downing-Street.

Die Mehrzahl der Londoner Journale findet den von Ludwig Napoleon gethanen Schritt sehr bedenklich, ja gefährlich, und daß dieß auch die Ansicht der englischen Geld- und Handelswelt, zeigte sich in der Wirkung auf die Börse, wo die Fonds anfangs beträchtlich herabgegangen. Die Times meint: Ludwig Napoleon habe mit diesem Ministerwechsel, und der Art wie er ihn Frankreich angekündigt, sich den alten Wahlspruch Ludwigs XIV: „l'état c'est moi" angeeignet, und schließt ihre Betrachtungen mit den Worten: „Unter die mehr unmittelbaren Folgen dieser Aenderung stellen wir in erster Reihe den Ansporn den sie offenbar allen und jeder der Parteien und Factionen in Frankreich gibt, die aus verschiedenen Ursachen die Stunden der jetzigen Regierung zählen. Vom Ultra-Legitimisten an, der von der Wiedereinsetzung Heinrichs V auf den Thron seiner Ahnen träumt, bis herab zum rothen Republicaner, der mit Begierde dem Tag entgegenharrt welcher Frankreich nochmals einer Horde von Wilden überantworten soll, betrachtet jede dieser politischen Banden den Ludwig Napoleon als Uebergang zu etwas anderm, und jede derselben sieht ein daß durch Uebernahme der persönlichen Hauptverantwortlichkeit in einem solchen Moment Ludwig Napoleon sich die Alternative gestellt hat: entweder absoluter Erfolg gekrönt von absoluter Macht, oder Vernichtung. Ein großer Mann wie sein Oheim mochte den erstern erreichen; ein kleinerer Mann wie der Neffe ist wenigstens vor der letztern nicht zurückgebebt. Seine Adresse ist unklug, aber muthvoll, und wenn es nichts leichtes seyn mag sich über den streitenden Schaaren französischer Politiker zu erhalten, hat Ludwig Napoleon auch wenig Ursache einer derselben die Huldigung der Dankbarkeit oder der Furcht zu zollen." Das Chronicle urtheilt: Ludwig Napoleon begehe als Präsident einer Republik den nämlichen Fehler, welchen Ludwig Philipp als erwählter König der Franzosen gemacht, nämlich er verwechsle, wie dieser gethan, das régner und gouverner. So dürfte sich der Fehler auch in ähnlicher Weise an ihm rächen. „Wir fürchten," so schließt das Peel'sche Blatt, „es ist nicht zu viel gesagt: die conservative Mehrheit ist zertrümmert, der Präsident und die Nationalversammlung sind wieder im Kriege mit einander, und Frankreich hat einen großen Schritt zu einer neuen Revolution gethan." Aehnlich der ministerielle Globe, der jedoch den Präsidenten mehr zu bemitleiden als zu tadeln findet, als welcher seine Regierungszeit hinwegschwinden sehe ohne seine, doch wohl ehrlich gemeinte, Ruhmrede wahr machen zu können daß der Name Napoleon einem ganzen socialen System gleichbedeutend sey. Daß der Präsident einen Staatsstreich im Schilde führe, will der Globe nicht glauben. Daily News vermuthet: nur die Partei welche die schnelle Wiedereinsetzung der Bourbonen wünsche, könne dem Manne diesen Schritt angerathen haben, aber weder ein weiser oder aufrichtiger Freund der Republik, noch des Napoleonischen Interesse's. Günstig urtheilen nur die zwei der Person Ludwig Bonaparte's befreundeten Toryblätter M. Post und Standard. Die Maßregel, sagt letzterer, sey gerade eine solche wie sie von dem Muth und der Charakterkraft des Präsidenten zu erwarten gewesen, und die Rechtfertigung derselben liege in dem verächtlichen Intriguenspiel dessen einige der früheren Minister sich schuldig gemacht. Es sey Zeit gewesen diesen Zungendreschern zu zeigen daß die Präsidentenmacht höher stehe als daß sie ihrer Stütze bedürfe. Ludwig Napoleon habe beschlossen daß Frankreich fortan die feste und stätige Politik haben solle die demselben noth thue, und welche die Franzosen mit ihrer Wahl vom 10 Dec. angestrebt. Es sey nicht zu zweifeln daß Frankreich auf seiner Seite stehen werde.

Die edle Lady Franklin, welche seit zwei Jahren weder Mühe noch Kosten scheut um die Rettung ihres Gemahls im nördlichen Polarmeer zu bewerkstelligen, besuchte in den letzten Tagen die schottischen Häfen wo Wallfischjäger aus jenen Gewässern eingelaufen; aber keiner derselben wußte etwas von der verschollenen Nordpol-Expedition, und ebensowenig von den zur Aufsuchung ausgeschickten Schiffen des Sir John Roß. Im Athenäum argumentirt ein Seemann mit, wie es scheint, leider nur zu triftigen Gründen, daß man den neulichen Gerüchten über Sir John Franklins Wiederauffindung, welche zunächst auf den unbestimmten Aussagen einiger Eskimaux beruhten, wohl zu großes Gewicht beigelegt habe.

Frankreich.

Paris, 3 Nov.

Der Moniteur bringt nachträglich die einzelnen Ernennungsdecrete der neuen Minister, immer mit dem Beisatz daß die Abdankung des Vorgängers angenommen sey. Dieser Beisatz ist, wie das J. des Débats bemerkt, so zu verstehen: die Collegen des Hrn. O. Barrot hatten sich zwar am Morgen geweigert dem Verlangen des Präsidenten zu entsprechen und ihren Abschied zu nehmen, allein sie hatten ihn am Nachmittag nach Anhörung der Botschaft in der Nationalversammlung schriftlich genommen. Gestern früh haben die Minister ihre Amtswohnungen bezogen. Hr. F. Barrot, welcher Präsidentschaftssecretär war, hat in dieser Stelle den Ex-Präfecten von Marseille, Hrn. Prauger, zum Nachfolger erhalten. Das Siècle will wissen Hr. L. Bonaparte habe Hrn. O. Barrot die Pille versüßen wollen und schon fünf Decrete ausgefertigt gehabt, in welchen derselbe an einem Tag zum Ritter, Officier, Commenthur, Großofficier und Großkreuz der Ehrenlegion ernannt werden sollte, in derselben Art wie Hr. Molé unter Ludwig Philipp auf einmal vom Officier der Ehrenlegion zum Commenthur, Großofficier und Großkreuz erhoben worden war, auf ausdrückliche Bitte des Exministers sey jedoch die Einrückung dieser Decrete in den Moniteur, allerdings unter den vorliegenden Umständen eine sehr zweifelhafte Ehre, unterblieben. Hr. Dufaure hat sich als Minister des Innern selbst das ehrendste Andenken dadurch gesichert daß er in den letzten vier Monaten von den geheimen Fonds oder, wie man sie jetzt nennt, den Fonds für die allgemeine Sicherheit, fast gar keinen Gebrauch gemacht hat. Seine ganze Ausgabe betrug nach dem Bericht des Generals Baraguay d'Hilliers 2813 Fr., und 42,541 Fr. die ihm noch bewilligt waren, konnte er dem Staatsschatz zurückgeben. Im Fall Hr. v. Rayneval ausschlägt, soll Hr. de la Moskowa zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten bestimmt seyn.

Die neue Ministercombination hat zwar einen Verwandten des Hrn. Bertin in sich aufgenommen, es scheint aber nicht daß Hr. v. Rayneval den angebotenen Posten annehmen wird, wenn man liest wie das J. des Débats über die ganze Geschichte urtheilt: „Wir gestehen daß unsere Ueberraschung, unsere Verwunderung so groß ist als sie nur irgend seyn kann. Aber wir müssen auch hinzufügen daß wir seit 18 Monaten außerordentliche Dinge genug gesehen haben, um zu glauben daß man das Rechte und Wahre treffe wenn wir nicht alle lautgewordenen Besorgnisse theilen. In dem kecken Abenteuer zu welchem sich Frankreich am 24 Febr. 1848 hinreißen ließ, ist nur ein Grund mehr bei jedem unvorhergesehenen Theaterstreich nicht zu verzweifeln. Freilich muß es beunruhigend scheinen ohne leicht faßliche Ursache ein Ministerium über den Haufen gestürzt zu sehen das über 300 Stimmen Majorität verfügt, aber das ist am Ende nicht gegen die neue Verfassung. Indem sie einen verantwortlichen Präsidenten schuf, hat sie für gut befunden ihm mehr Freiheit des Handelns zu lassen als einem constitutionellen König. Das ist aus dem Gesichtspunkt der Lehre von der Volkshoheit vielleicht seltsam, aber haben wir nicht schon andere Seltsamkeiten erlebt? Uebrigens ist bis jetzt, man muß es anerkennen, alles in der gesetzlichen Form geschehen, und noch mehr, wenn die neuen Minister auch keine große parlamentarische Verherrlichung genießen, so gehen sie doch alle aus den Reihen der Majorität hervor. Hoffen wir daher daß die Majorität trotz ihrer Ueberraschung, trotz der Bedauernisse die vielleicht lebhafter waren als sie gestern noch selbst gedacht hätte, sich nicht spalten, sondern sich stets erinnern werde wie unumgänglich nothwendig zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung ihre Einigkeit ist, und daß die Vertheidigung der Gesetze und der Freiheit auf ihrer Festigkeit und Mäßigung beruht. Nur Narren können in diesem Augenblick daran denken neuen Abenteuern nachzulaufen, und noch kennen wir in Frankreich keine Partei die von Staatsstreichen träumt als diejenige aus der die Juniusstreiter von 1848 und die Conventmänner des Conservatoire des Arts et Metiers hervorgegangen sind."

. **Paris,** 1 Nov. Es ist nicht leicht den Eindruck zu schildern den die Botschaft des Präsidenten gestern auf die Nationalversammlung hervorgebracht hat, die Rechte blieb wie versteinert auf ihren Bänken, jede Phrase steigerte ihr Erstaunen, ihre Verblüfftheit, und als Hr. Dupin das Manifest Ludwig Bonaparte's zu Ende gelesen und die Sitzung für geschlossen erklärt hatte, blieb die Rechte noch immer auf ihren Sitzen und ward nur durch den Lärm auf der andern Seite aus ihrem Traum oder ihrem Schrecken geweckt. Die Linke war zwar nicht minder erstaunt über die Haltung die der Präsident der Republik annimmt der Kammer gegenüber, denn auf dieser Seite hatte man zuvörderst die Genugthuung welche die Bestürzung der Feinde gewährte, und dann die Hoffnung daß aus den bevorstehenden Verwickelungen vielleicht die Dinge zu ihren Gunsten sich gestalten könnten. Dieß war wenigstens der erste Eindruck unter den Montagnards. Bei näherer Prüfung fanden sie jedoch, oder glaubten zu finden daß mit dem Sturze der Majorität der Sturz der Republik nicht mehr fern sey, ihre Schadenfreude wich daher vor dem Gefühle der eigenen Gefahr zurück, und National, République und Voix du Peuple sehen in der Botschaft ebenso eine Anwandlung zu einem

18 Brumaire als Débats, l'Ordre, Union und Gazette de France. Das Débats hat gegen die Gefahr eines Staatsstreiches allerdings die Bürgschaft: „Nur Narren könnte es einfallen in diesem Augenblick nach Abenteuern zu jagen.“ Allein diese Bürgschaft ist bei weitem geistreicher als beruhigend, denn eben darin daß es nur Narren in diesem Augenblick einfallen kann Abenteuern nachzujagen und Staatsstreiche zu träumen, eben darin liegt die Gefahr solcher Abenteuer. Ja, wenn die Narren im Narrenhause oder sonstwo in Verwahrung wären! Aber die Narren gehen frei herum, noch mehr, die Narren sind allein im Augenblick in der Stellung abenteuerliche Einfälle zu haben! Und da die Narren schon zweimal derlei Einfälle hatten und heute eine Anwandlung der Art haben, so kann man vernünftigerweise nicht dafür einstehen daß sie nicht morgen wirklich zum drittenmal auf ein gewisses Abenteuer losgehen. In der That mit Ausnahme einer einzigen, deutet jede andere Phrase in dieser Botschaft auf einen bevorstehenden Staatsstreich hin. L. Bonaparte bricht aber allen Partеien ohne Ausnahme und ohne Unterschied den Stab, auf der Linken sieht er Fractionen der Anarchie und Unordnung, auf der Rechten Fractionen die man nicht verschmelzen kann, und die miteinander gemengt, im scheinbaren Bunde sich gegenseitig entkräften, anstatt eine Summe von Kräften hervorzubringen. Ludwig Bonaparte ist somit die letzte, die einzige Stütze Frankreichs, in diesem Vorgefühl hat Frankreich ihn zur Rettung auserkoren, und nachdem er die vergebliche Probe gemacht es mit Hülfe der vorigen Minister zu retten, will er es jetzt auf eigene Faust retten und Männer zu Gehülfen nehmen die denken wie er denkt, wollen was er will und besonders thun was er wünscht. Das ist der langen Rede kurzer Sinn. Ludwig Bonaparte hat nun acht Individuen gefunden die für den Titel Minister seine Werkzeuge zu seyn den Ehrgeiz haben, oder die Patriotismus genug besitzen eine so zweideutige Stellung anzunehmen in der Absicht durch ihre Hingebung eine noch bedenklichere Krise wo nicht zu vermeiden, doch wenigstens zu vertagen. In der That versichert man daß L. Bonaparte eine Anzahl seiner Freunde von Straßburg und Boulogne an die Stelle der fortgejagten Minister zu berufen willens war, falls die acht Mitglieder der Majorität die ihnen angebotene Ehre abgelehnt hätten. Aus diesem Grunde wird die Majorität vorerst das neue Cabinet mit Schonung und Nachsicht behandeln, allein bei dem besten Willen kann sie es doch nicht lange dulden, denn die Mitglieder desselben glänzen nicht nur durch ihren parlamentarischen Unwerth, sondern mit Ausnahme zweier Männer vom Fache, Achille Fould als Finanzmann, Bineau als Ingenieur für die öffentlichen Bauten — gehen den übrigen auch die nöthigen Fachkenntnisse der Administration ab.

= **Paris**, 2 Nov. Man hat heute wieder größeres Zutrauen, und dieses gab sich namentlich zu Anfang der Börse kund. Das Ministerium ist einer ansehnlichen Majorität in der Kammer gewiß. Der neue Finanzminister beabsichtigt durchgreifende Reformvorschläge in die Nationalversammlung zu bringen. In der Besetzung der auswärtigen Gesandtschaften treten vorderhand wenig Veränderungen ein. Lamoricière ist übrigens hieher berufen. Der Präsident beabsichtigt in den nächsten Tagen eine große Heerschau über sämmtliche Truppen und Nationalgarden abzuhalten. Familienmitglieder des Hrn. v. Rayneval bezweifeln daß derselbe das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übernehme, und in diesem Fall würde, falls das Ministerium unmittelbar nach Vorlegung seines Programms die Majorität in der Kammer erhält, Hr. Casimir Perier ins Cabinet treten. Hrn. Leon Faucher ist ein bedeutender Gesandtschaftsposten zugedacht.

Straßburg, 3 Nov. Die große Menge steht erstaunt an den Straßenecken und öffentlichen Plätzen, wo das Manifest des Präsidenten und die telegraphische Botschaft in Bezug auf die Ernennung eines neuen Ministeriums angeschlagen sind. Die Urtheile über das „Ereigniß“ in Paris sind natürlich verschieden, allein darin stimmen alle miteinander überein daß die Phase in welche die Republik getreten ist, als eine höchst bedenkliche betrachtet werden muß. Wie sollen die politischen Wehen in denen sich das Land befindet, geheilt werden wenn von der einen Seite das allgemeine Stimmrecht, von der andern aber die persönliche Staatsklugheit des Präsidenten maßgebend seyn soll? Die Legitimisten haben freilich ihr Spiel zu weit getrieben, und davon können Sie überzeugt seyn daß die monarchischen Stürmer durch ihren voreiligen Eifer in der letzten Zeit außerordentlich an Boden verloren haben. Sollen wir nun aber von einem Extrem ins andere geführt werden, und der Bonapartismus nach Persigny'scher Lehre zum obersten staatlichen Grundsatz erhoben werden? Warten wir ab was die neuen Männer der Verwaltung als einheitliches Glaubensbekenntniß kundthun werden gegenüber den Chefs der alten Schule, im Angesicht der HH. Thiers, Molé, Montalembert und Consorten, sehen wir zu welchen Eindruck die Botschaft Ludwig Bonaparte's im Ausland machen wird, und vertrauen wir zuvörderst auf den guten Geist der Nation die in ihrer Mehrzahl dem eigentlich kriegerischen Elemente abhold ist, und auf friedliche Eroberungen im Bereiche materieller Thätigkeit Bedacht nimmt.

Straßburg, 4 Nov. Die Ausdehnung der Fahrten der Paris-Straßburger Eisenbahn bis Chalons a. M. erfolgt nun definitiv am 10 d. Die Beförderung der Briefpost mittelst dieses Schienenwegs wird wohl erst in einigen Wochen erfolgen, da die Unterhandlungen zwischen der Generalpostdirection und der Eisenbahncompagnie noch nicht zu Ende sind. Die erstere nimmt nämlich darauf Bedacht daß ein besonderer Schnellzug zwischen Paris und Chalons für die Expedition der Correspondenzen eingerichtet werde, und dieser würde dann den 172 Kilometer betragenden Weg in vier Stunden durchlaufen, während die gewöhnlichen Züge nur etwa 28 bis 30 Kilometer in der Stunde zurücklegen. Böte man in Baden und Württemberg die Hand dazu daß ein pünktlicher Anschluß an die Paris-Straßburger Mallepost eingerichtet würde, so könnte in der nächsten Zeit die Pariser Post nach 30 Stunden in Karlsruhe, nach 38 in Stuttgart und nach 50 Stunden in Augsburg seyn. Der großherzogl. badischen Postdirection müssen wir die Anerkennung widerfahren lassen daß von ihrer Seite in der letzten Zeit für Beschleunigung des Verkehrs von und nach Frankreich das Mögliche geschah; allein die leidigen Postconflicte in Württemberg wirken eben zu hemmend als daß die Paris-Wiener Postroute wieder in ihr altes Geleise gebracht werden könnte. Die Handelskammer in Mülhausen hat eben vor einigen Tagen eine Bittschrift an das Ministerium befördert, in welcher dasselbe um Beschleunigung der Eisenbahnbauten zwischen Chalons und hier gebeten wird. Wir wissen übrigens aus bester Quelle daß die Arbeiten zwischen letzterer Stadt und Vitry mit dem größten Kraftaufwand fortgesetzt werden, und daß die elsässische Eisenbahncompagnie mit der Paris-Straßburger in Unterhandlung ist, um den Betrieb der Linie zwischen hier und Saarburg im nächsten Sommer zu übernehmen. Sämmtliche Posthalter Frankreichs treten am 15 d. in Paris zu einer Conferenz zusammen, bei welcher auch die Verbindungen mit Süddeutschland zur Sprache kommen sollen.

Türkei.

* Wir erhalten die neueste Konstantinopler Wochenpost, die bis 24 Oct. reicht. Noch waren die englisch-französischen Schiffe nicht in den levantinischen Gewässern erschienen. Indessen wußte man daß in Paris und London die Weigerung der Pforte, die Flüchtlinge auszuliefern, volle Beistimmung erhalten hatte. Die Antworten aus Oesterreich und Rußland waren noch immer nicht eingetroffen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 3 Nov. Consols $92\frac{5}{8}$; Bank Stock $198\frac{1}{2}$. Span. 3proc. $35\frac{1}{2}$.

Paris, 3 Nov. 3proc. 55.75; 5proc. 87.90; Schatzsch. $4\frac{1}{2}$; Bankactien 2320; belg. 5proc. $97\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $88\frac{3}{4}$; belg. Bank 705; österr. Loose von 1834 390; neap. 5proc. 88.50; röm. 80; span. active 22; passive $3\frac{1}{2}$; innere Sch. $27\frac{1}{8}$; piem. 5proc. 83; Obl. v. 1834 902.50; v. 1849 890; Vers. rechte U.-B. 211.25; linke 170; Paris-Orleans 725; Rouen 527.50; Straßburg 356.25; Nordbahn 430; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 217.50; Straßburg-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 297.50; Bordeaux 400; Tours-Nantes 282.50; Dieppe-Fecamp 180; Grand' Combe 775.

Amsterdam, 3 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{1}{8}$; 3proc. $62\frac{7}{16}$; 4proc. $82\frac{1}{2}$; portug. 5proc. 33; Metall. 5proc. $84\frac{1}{8}$; Ard. $12\frac{11}{16}$.

Augsburg, 6 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $85\frac{1}{2}$ P. 4proc. $92\frac{1}{2}$ P. 5proc. $100\frac{3}{8}$ P. Bankactien II. Sem. 646 P. Promessen 63 P. Oesterr. 5proc. Metall. $88\frac{1}{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1125 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 5 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{3}{8}$; Bankactien 1326; preuß. Staatsschuldsch. $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 84 P. Ludwigsh.-Berbach $85\frac{1}{2}$; württemb. $3\frac{1}{2}$proc. $80\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{4}$; bad. 5proc. $97\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $78\frac{1}{2}$; darmstädt. 4proc. $88\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{2}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. —; Frankfurt 3proc. 80; $3\frac{1}{2}$proc. 93, $89\frac{1}{4}$; Disconto $1\frac{1}{2}$ P.

Hamburg, 2 Nov. Hamb.-Berged. E.-B.-A. 97 P. Berl.-Hamb. $86\frac{1}{4}$. Altona-Kiel $96\frac{1}{2}$. Mecklenb. $37\frac{1}{4}$. Rendsb.-Neum. 110 P. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 45 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. $87\frac{1}{4}$. Hannov. 5proc. 106. Ruff. engl. Anl. $104\frac{1}{2}$. Dän. 3proc. Anl. 72. Schwed. 4proc. $98\frac{1}{2}$. Norw. 4proc. $99\frac{1}{2}$. Amerik. 6proc. 105.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Anton Ritter v. Spaun.

* Absichtlich ließ ich eine Zeit vergehen in welcher unser ungarischer Krieg unsere innern Angelegenheiten und die Wirrnisse Deutschlands die allgemeine Aufmerksamkeit sehr in Anspruch nahmen, ehe ich von einem Manne sprach an den meine Seele immer mit größter Liebe und Verehrung denken wird, der einer der größten und edelsten des Landes war, und den die sturmvolle Zeit, die so viel des Häßlichen hervorkehrte, ich will nicht gerade sagen weggerafft, dessen Tod sie aber gewiß sehr beschleunigt hat. Im Junius dieses Jahres starb in der Benedictiner-Abtei zu Kremsmünster, wohin er sich zur Erholung und Erlangung seiner Gesundheit begeben hatte, Anton Ritter v. Spaun, landständischer Syndikus des Landes Oesterreich ob der Enns. Wenige Menschen werden so viel des Edlen im Privatleben vereinen wie er, wenige so ihre Berufstreue wahren wie er, und wenige so werth seyn nicht nur in dem Vaterlande, sondern auch in weiteren Kreisen bekannt zu seyn wie er, ohne daß es ihm eher gegönnt war diese Anerkennung in vollstem Maße zu finden als nach seinem Tode, wo man gewiß seine Schriften wieder hervorheben und nicht wird begreifen können wie man so viel Großes, Edles und Erhabenes nicht schon längst gekannt und geahnt hat. Darum vergönnen Sie daß ihm ein Freund in Ihrem weitverbreiteten Blatt eine Blume des Andenkens auf das Grab lege. Vor hundert Jahren hat der Großvater Spauns die Landsmannschaft in Oesterreich ob der Enns erworben. Spauns Vater war in Linz Landrath, dann Syndikus der Stände. Im Jahr 1790 wurde ihm Anton geboren. Er erhielt seine Erziehung in Linz, und vollendete seine gesammten Studien mit Inbegriff der Rechts- und politischen Wissenschaften ebendaselbst. Im Jahr 1810 wurde er Auscultant bei dem Landrecht zu Linz, 1817 Rechtsprotokollist, 1818 Secretär, 1821 Stadt- und Landrath, der er bis 1839 verblieb, wo er aus dem Staatsdienst trat, da er einstimmig zum ständischen Syndikus erwählt worden war. Als solcher wirkte er bis zu dem Jahr 1849. Wie sehr er seiner Pflicht als Staatsdiener nachkam, erzählen alle die welche sein Wirken hierin gekannt haben. Was er aber Edles, Menschliches und Hohes in seinen Beruf hineintrug, konnten nur wenige Vertrautere wissen. Da unser früheres Wirken kein öffentliches war, da sich also wenige unter den Beamten des Staates und der Stände zu öffentlichen Charakteren entwickeln konnten, da aus denselben Gründen auch in dem Bürgerstande Gemeinsinn und Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten nicht aufkommen konnten, so blieb das Reinste und Höchste von ihm das er in seinen Geschäften wirkte wenig beachtet. Wie er sein Richteramt mit Gerechtigkeit und Energie, aber auch zugleich mit Wohlwollen und möglichster Schonung ausübte, liegt in den Acten, und wie er in dem Ständewesen der Provinz wirkte, davon kam wenig zur Kenntniß des Publicums und wurde vergessen. Im Jahr 1848 bewahrte er seine auf Grundsätzen beruhende Ueberzeugung daß kein Heil von gewaltsamen Umstürzen und Entfesselung der Leidenschaften, sondern nur von gesetzlichem Fortschritt zu erwarten sey. Diese Ueberzeugung sprach er unter allen Stürmen und in allen öffentlichen Verhandlungen aus. Was auf diesem Wege zur Freiheit führte, fand in ihm einen Vorkämpfer. Schon im April 1848 hat er in der Versammlung der Provincialstände zu Wien den Verzicht der historischen Stände auf ihre erblichen Vertretungsrechte für eine unerläßliche Bedingung einer freien volkthümlichen Verfassung erklärt. Aber auch jeder blinden Leidenschaft, jedem selbstsüchtigen Uebergriffe, jeder unreifen Staatskenntniß trat er beharrlich entgegen. Oft war er hiebei nur von wenigen unterstützt, oft stand er allein. Wie tief sein Herz bei der immer mehr abirrenden Freiheitsbestrebung litt, wie gern er sein Volk, das er so liebte, auf eine edle Stufe gestellt hätte, wie sehr er auch die welche alles durch Ungestüm und Unkenntniß zu verwirren drohten, auf bessere Wege hätte führen mögen, wissen die welche ihm nahe gestanden und welche die Eröffnungen seines Herzens über die Tagesereignisse und über die Führer des Tages vernommen hatten. Ein tiefer Schmerz war in seiner Seele, und gewiß hat dieser Schmerz auf ein Uebel das er schon länger hatte (eine Herzkrankheit), so gewirkt daß er ihm unterlag, und im Angesicht der schönen Gebirge, die er so oft betrachtet (wie ein edler Dichter von ihm sagte), begraben liegt.

Sein schönstes und bestes Wirken nebst der erhebenden Lieblichkeit seines Umganges war sein schriftstellerisches. Gedrückt von dem Zustande des Landes und nicht in der Lage durch directes Wirken abzuhelfen, wandten sich seine Augen auf die glanzvolle Geschichte unserer Vorzeit, welche die Keime einer freieren Verfassung enthielt als sich in späteren Jahrhunderten entwickelt hat. Er wollte durch Darstellung des Glanzes dieser Geschichte große Erinnerungen wecken, die Schattenseiten aus denen das System geflossen war erhellen, das Volksbewußtseyn erheben und auf das Treue, Volkthümliche und Altsittliche unserer ländlichen Bevölkerung hinweisen. Daß ihn der Sinn für Hebung der Menschen hauptsächlich beseelte, zeigte er schon in der Jugend, wo er mit gleichgesinnten Freunden eine Zeitschrift für Bildung der Jünglinge herausgab. Zwei Bände waren erschienen, als aber ein freisinniges bekanntes Oppositionsblatt in Weimar das Erscheinen dieser Zeitschrift als eine Morgenröthe deutscher Gesinnung in Oesterreich begrüßte, wurde Spaun durch ernste Drohungen an der Fortsetzung gehindert, und das Erschienene verschwand aus dem Buchhandel. Vorzüglich war sein Gemüth der Heldensage zugewendet. Schon 1816 beschäftigte er sich mit ihr, und schon damals, pflegte er zu sagen, habe er geahnt daß seine Heimath, das schöne Oberösterreich, einen Antheil an ihrer Pflege habe. Voll Liebe zu diesem Lande, wie er war, und dadurch gekränkt daß das andere Deutschland auf Oesterreichisch-Deutsch mit Geringschätzung blicke, ging er seiner Ahnung nach, und forschte unermüdlich in dieser Richtung. Das erste Ergebniß dieser Forschungen war die Schrift über Heinrich v. Ofterdingen und das Nibelungenlied. Sie wurde in Oesterreich größtentheils unbeachtet gelassen, und von norddeutschen Philologen verunglimpft. Schlosser in Heidelberg aber schrieb ein umfassendes sehr anerkennendes Urtheil darüber, in welchem er unter anderm sagt: daß in diesem kleinen Büchlein so viel Geschichte sey, nicht bloß über das einzelne Gedicht, sondern über den Kreis wozu es gehört, und über die Poesie der Zeit aus welcher es hervorgegangen, als man in manchen dicken Büchern vergeblich suchen würde. Die k. dänische Gesellschaft für nordische Alterthumsforschung zu Kopenhagen trug ihm ein Diplom an, der alterthumsforschende Verein in Sachsen-Meiningen ernannte ihn zum correspondirenden Mitglied und der historische Verein für Kärnthen, Krain und Steiermark zum Ehrenmitglied. Am 24 Mai 1848 wurde er von der Akademie der Wissenschaften zu Wien zum correspondirenden Mitglied ernannt.

Was auch die Meinung über den Endbeweis der Schrift seyn kann, wenn Spaun auch irrt (was der Oberösterreicher, den die Heimathluft aus jeder Zeile der Nibelungen anweht, durchaus nicht glauben kann), so ist doch der Werth der Schrift ein sehr großer, ein Muster edler gewissenhafter Forschung, ein reicher Quell von Thatsachen und eine reine edle Darstellung, was besonders Schlosser hervorhebt. In letzter Zeit ist bei Heckenast wieder eine Schrift über die Heldensage „die Nibelungenklage“ erschienen, aber in die Revolution gefallen. Spaun bereitete ein Werk über den ganzen zusammengehörenden Kreis jener Dichtungen vor, in welchem immer dieselben Adelsgeschlechter spielen; er hatte überraschende Thatsachen entdeckt, aber der Tod hinderte das Gedeihen. Viele andere Schriften, die in einzelnen wenig gekannten Sammelwerken zerstreut sind, zeigen alle das Bemühen Liebe zu unserer Vorzeit und Nationalgefühl zu wecken. Im Jahr 1845 gab er die österreichischen Volkslieder mit ihren Singweisen gesammelt heraus, und widmete sie allen Deutschen. Die Darstellungsweise in seinen Schriften reiht ihn den ersten Meistern an, sie ist rein, edel, würdevoll, tief, klar, fließend, aus den Anschauungen einer großen Seele kommend und zu dem innersten Herzen sprechend. Mir drangen seine Arbeiten, ehe ich ihn selber persönlich kannte, mit der schönen Ruhe Herder'scher Darstellung in das Gemüth. Gewiß wird man die wenigen Bändchen die seine gesammelten Schriften enthalten können, einst in Ehren halten, und sie als von einem ausgezeichneten Mann kommend zu den andern Werken stellen die uns unsere großen Geister hinterlassen

haben. Im Umgang mit gleich gestimmten Menschen machte er den Eindruck eines weisen, rechtschaffenen, klaren und bescheidenen Mannes. Ich habe wenige Menschen in so kurzer Zeit so sehr lieben gelernt wie ihn. Mögen ihn die wenigen Worte im Jenseits freuen, und möge ihm die vaterländische Erde, die er so liebte, leicht seyn! Adalbert Stifter.

Die Gold- und Silberwährung.

* Der neueste Economist vom 27 Oct. spottet über die „vorsichtigen Holländer," daß sie in der möglichen Aussicht eines Fallens der Goldpreise die Goldmünzen zur bloßen Handelswaare machen; auch die Regierung Belgiens entgeht dem Tadel nicht, indessen lassen sich die Sachen immer mehr dahin an daß die englische Regierung in nicht sehr ferner Zeit wird Maßregeln ergreifen müssen. In Hamburg steht Gold um 0,40 Proc. schlechter als in England, in Paris um 0,16 Proc., aus Belgien strömen die Sovereigns nach England, und es sollen bereits gegen 400,000 Stück angelangt seyn; selbst der Wechselcurs auf Nordamerika gibt der Goldeinfuhr einen wenn auch kleinen Gewinn. So sehen wir das Gold nach England strömen, während das Silber rasch aus England abzieht, und die Regierung mit dem Schlagen der Silbermünzen nicht fortmachen kann. Das Silber ist bekanntlich in England wie 1 : 14,28 gewerthet, aber nach dem neuesten Marktbericht kostet Standardsilber 4 Sh. 11½ D., was mit dem Standardgold zu 3 Pfd. 17 Sh. 9 D. ein Verhältniß von 1 : 15,68 gibt, sonach 9 Proc. über die Währung. Bei diesem Verhältniß ist es unmöglich Silbergeld in größerer Menge zu schlagen, denn es müßte alsbald ausgeführt werden. Der Spott des Economist ist gänzlich verfehlt, und der Grund auf welchen dieser Spott sich basirt, ist es nicht minder. Er bemerkt nämlich: Californien werde bald ebensoviel Quecksilber als Gold liefern, und ein Fall der Quecksilberpreise müsse nothwendig zur großen Vermehrung der Silbererzeugung führen. Das ist richtig: viele mexicanische Minen werden gegenwärtig nicht angebaut, wegen der unmäßigen Quecksilberpreise die durch das spanische Monopol der Quecksilberminen von Almaden hinaufgetrieben wurden; man darf hierüber nur das Werk von Duflot de Mofras nachlesen, um zu ersehen wie Spanien durch seine Quecksilberpreise fortwährend seine ehemaligen Colonien brandschatzt. Allein die Quecksilbergewinnung geht nicht so rasch wie die Goldgewinnung, und eine Vermehrung der Silbermasse wird viel langsamer ein Sinken der Silberpreise herbeiführen, da das Silber sich in viel zahlreichere Canäle vertheilt. Hier liegt aber die Frage gar nicht, sondern darin ob man eine oder zwei Währungen haben, d. h. ob der Staat willkürlich den Preis einer Waare festsetzen könne. Auf dem Continent haben wir mit Ausnahme Bremens factisch nur Eine Währung, nämlich eine Silberwährung, und in England wieder nur Eine, eine Goldwährung. Welche von beiden die bessere sey, brauchen wir hier nicht zu untersuchen; auf dem Continent ist Silber, in England Gold allgemeines Zahlungsmittel; die Frage ist nur: kann und wird England dem Continent und fast der ganzen übrigen Welt gegenüber seine Goldwährung halten können oder nicht, und wenn es sie nicht halten kann, was ist die Folge dann für den Continent und für Deutschland insbesondere? Wir haben aus den obigen Angaben des Wechselcurses ersehen daß gegenwärtig das Gold in England ein- und das Silber ausströmt, weil das Silber als Waare um 9 Proc. höher steht als es der Währung nach, wenn diese sich festhalten ließe, seyn sollte. In der Bank liegt gegenwärtig nur die völlig unbedeutende Summe von 277,077 Pfd. an Silberbarren, während sie gesetzlich eine Masse von 2,800,000 Pfd. im Verhältniß zum Gold haben dürfte, und vor einigen Jahren auch wirklich hatte. Tritt nun der Fall ein daß ein für England ungünstiger Wechselcurs große Baarzahlungen nach dem Continent nothwendig macht, so muß mit Gold gezahlt werden, woran, wie bei Zahlungen auf Hamburg, fast ein halb Procent verloren werden kann; ein solcher Fall von Geldsendungen muß aber eintreten sobald die Angelegenheiten auf dem Continent sich mehr und mehr consolidiren, und die nach England geflüchteten Geldsummen, bekanntlich eine Masse von mehr als 20 Mill. Pfd. St., wieder herüberströmen. Dann tritt auf dem Continent eine viel schlimmere Calamität ein als im Jahr 1838 durch die Goldzahlungen für Getreide, weil dann für England der Augenblick gekommen ist seine Währung zu ändern, wodurch das Zurückströmen des Goldes verhindert, und wenn die Goldwährung auf dem Continent beibehalten wird, das Silber hinübergezogen würde. In einem solchen Fall müßte der Verlust für den Continent sich auf viele Millionen belaufen. Der „vorsichtige Holländer," über den der Economist spottet, ist also nicht ohne Grund vorsichtig; denn auf ihn müßte, bei dem starken Productenabsatz nach England, ein nicht unbedeutender Theil des Verlustes fallen. Die Frage bleibt also: was wird England thun, und diese Frage hängt natürlich von der Ansicht ab welche die englische Regierung und die Kaufleute von einer möglichen Ueberfluthung mit Gold hegen. Daß diese Besorgniß um sich greift, leidet keinen Zweifel, auf der andern Seite aber sind Vorurtheil und Herkommen so sehr für eine Goldwährung daß nur die dringende Noth eine Aenderung derselben herbeiführen wird. England ist freilich in einer seltsamen Lage; der Continent kann ohne allen Schaden, selbst mit Vortheil, seine doppelte Währung aufgeben, England muß für den kleinen Verkehr immerhin auch Silbermünzen haben. Zudem würde man die Einführung einer einzigen Silberwährung fast für unredlich halten, geradezu für eine breach of national faith, weil damit eine Entwerthung aller jetzt vorhandenen Verbindlichkeiten einträte; freilich darf man nicht vergessen daß vor 30 Jahren durch die Rückkehr zu den Baarzahlungen der Bank eine noch viel stärkere Erhöhung des Werthes aller Verbindlichkeiten eintrat, weßhalb man ebenfalls dießmal über die Bedenklichkeiten hinweggehen dürfte, umsomehr als ein Verbleiben bei der Goldwährung noch viel größern Schaden herbeiführen könnte. Der Gegenstand ist in England einmal angeregt und wird ohne Zweifel mehr und mehr besprochen werden; wenn aber die Regierung in der Thronrede bei Eröffnung der nächsten Parlamentssession auch nur andeutend erwähnt daß man sich mit der „Currency" zu beschäftigen haben werde, dann darf man sich auf dem Continent beeilen die Goldwährung abzuschaffen, und die Goldmünzen für bloße Handelswaare zu erklären, denn in diesem Fall steht Gefahr auf dem Verzuge.

Frankfurt.

‖ **Frankfurt a. M.,** 3 Nov. Man bezeichnet jetzt den 15 Nov. als den Tag an welchem die neue provisorische Bundescommission eingesetzt werden soll. Was öffentliche Blätter von einem neuen Anstand berichten, der sich durch die angebliche Forderung der preußischen Regierung in der Commission als Vertreterin der Staaten des engern Bundes zu erscheinen erhoben haben soll, scheint uns wenig Beachtung zu verdienen. Die preußische Regierung kann schwerlich ein Interesse dabei haben das so mühsam zu Stande gebrachte Interim im Augenblick seines Vollzugs durch Forderungen wieder in Frage zu stellen die durch den Vertrag vom 30 Sept. keineswegs begründet erscheinen, und die jedenfalls mehr formellen als praktischen Werth haben würden. — Das seit einiger Zeit von Mainz hieher entsendete Bataillon vom österreichischen Regiment Polombini wird nächster Tage nach Böhmen abgehen, und durch ein Bataillon des Regiments Erzherzog Rainer (von welchem bereits ein Bataillon hier liegt) ersetzt werden. — Die zu Anfang des Sommers von dem hiesigen „Montagskränzchen" eröffnete Nationalsubscription für Reichstagsmitglieder hat bis jetzt einen Ertrag von nahe an 5000 fl. geliefert (darunter 3500 von Frankfurt und dessen Gebiet). Ein ungefähr gleiches Resultat ergab die von einem besondern Comité veranstaltete Sammlung für die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz. So eben ist nun durch Dr. Löwenthal (Litterarisch-Artistische Anstalt) ein Aufruf „an die Demokraten Deutschlands" zu Beiträgen für die Kinder des im Zuchthause zu Naugard seine Strafe abbüßenden Dichters Kinkel ergangen.

Bayerische Kammerverhandlungen.

München, 5 Nov. Minister v. d. Pfordten äußerte in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten im wesentlichen: Es sey früher leichter gewesen Verheißungen zu machen als sie heute zu erfüllen. Das Princip der Regierung wolle kein zerstückeltes Deutschland, sondern ein ganzes, und darum sey ihr Wahlspruch gewesen: „kein Deutschland ohne Oesterreich", er würde auch „kein Deutschland ohne Preußen" lauten, wenn dieses nicht eintreten wollte. Politik lasse sich nicht mit Gefühl machen; bei Bildung eines Bundesstaates müsse vor allem das Gebiet ins Auge gefaßt werden auf welches man bauen wolle. Es gelte nicht die Form zu wählen ehe der Boden da sey. Ohne Oesterreich werde Deutschland von Rußland, Frankreich und Oesterreich eingekeilt, und Oesterreich würde eine solche Niederlage, einen Sieg des rivalen Preußen, während es Jahrhunderte an der Spitze Deutschlands gestanden habe, nicht um eines freundlichen Entgegenkommens willen verschmerzen, darum habe es ja schon die Union abgelehnt. Er habe noch Hoffnung daß Oesterreich eintreten werde, schon seine Handels-, Telegraphen- und Eisenbahneinrichtungen deuteten auf seinen Wunsch des Anschlusses. Wenn aber auch Oesterreich nicht eintreten wolle, so würde doch der bayerischen Regierung ein Vorwurf nicht daraus zu machen seyn, da sie dieß solange für möglich hielt als Oesterreich nicht das Gegentheil erklärte. Im April, Mai und Juni bestand die Gefahr des Risses zwischen Oesterreich und Deutschland, und wie der Abg. Weiß gesagt, werde es wirklich die glücklichste Erinnerung seines Lebens seyn beigetragen zu haben diesen Riß zu verhüten. Nur eine thörichte Politik könnte Bayern isolirt stehen lassen wollen. Wenn andere Opfer zu bringen bereit seyn würden, werde auch Bayern

Opfer zu bringen wissen. Die Regierung wolle nicht quantitative, sondern qualitative Gleichstellung der andern Staaten. Hierauf suchte der Minister die Behauptung des Fürsten Wallerstein zu widerlegen den großen Moment versäumt zu haben, man könne nicht der augenblicklichen Gelegenheit Grundsätze zum Opfer bringen, Gelegenheit führe oft in Verlegenheit. Welcher Vortheil wäre es für Bayern Preußen und Oesterreich gegenüber denn gewesen an die Spitze von Deutschland zu treten? Während der Minister nun die einzelnen möglichen Fälle erwägt, hebt er namentlich noch hervor daß Bayern den Zollverein nicht kündigen werde; wenn auch die Vollziehung des Vertrags erschwert werde, werde es doch auf dessen Erfüllung zu dringen wissen. Das Provisorium werde nicht mißbraucht werden, und sollte ein Mißbrauch versucht werden, *) so wären die Staaten mächtig genug ihm entgegenzutreten. (Lith. C.)

Tirol.

Von der Etsch, 31 Oct. Die Gerüchte von einer Vermehrung des tirolischen Truppencorps haben sich bestätigt, und obendrein sind wir es im deutschen und wälschen Südland denen die Beherbergung dieser Gäste zugedacht ist. Im Laufe des Novembers werden aus Italien herauf 7 Bataillone Fußvolk mit $3^1/_2$ Batterien und 100 Reservepferden anlangen und sich an der Etsch vertheilen; man nennt das croatische Regiment Erzherzog Leopold und das italienische Erzherzog Sigismund, jedes zu 3 Heerbannern, und die Feldjäger Nr. 10. Allmählich wird die Vermuthung gültiger daß die gesammte Einlagerung des Kriegsvolks in unsern Bergen neben etwaigen, unerklärlichen, politisch-strategischen Gründen wohl auch die friedliche und freundliche Absicht nicht ausschließe die erschöpften, hartgehaltenen kriegsmüden Leute in frischer Luft, guter Atzung und ungestörter Ruhe bei uns in Tirol rasten und gedeihen zu lassen. Kein Land, kein Volk ist zu solcher Gastlichkeit geeigneter. Der deutschtirolische Bauer und Bürger sorgt mit seltener Gutmüthigkeit, ja mit Freigebigkeit weit über die Verpflichtung für den bei ihm Einquartierten. Um so ruhigeren Gewissens konnten wir es daher hinnehmen als die Soldaten der wälschen Bataillone hinter den vollen Flaschen und Schüsseln verwundert gestanden: sie hätten die Versicherung erhalten jenseits Trient werde für sie Elend, Noth und Verfolgung beginnen, die Deutschen werden sie vor die Thüren weisen und sie hungern lassen, und in der Heimath der schrecklichen Gavanotti werden sie es büßen müssen daß ihrer etliche im vorigen Jahr unter der Fahne der Spada fochten, und ihre Landsleute, die Barbari, mit Gift und Dolch ausrotten wollten. Mit welchem Behagen aßen sie — die man in Italien so knapp gehalten — unsere barbarischen Knödel und Hammelbraten! Leider haben sie noch ziemlich viele Kranke bei sich, und lassen in Folge der Märsche, ungewohnter Nahrung, und selbst des Mißtrauens fast an jeder Station Fiebernde und Ruhrleidende zurück. Doch genug von Waffen und Waffenmännern — noch ein paar Worte Neuestes über Handel und Wandel. Die Eisenbahndeputirten erzählen uns, Minister v. Bruck habe ihnen nicht allein den Bau der Rosenheimer-Innsbrucker Bahn zugesichert, und mitgetheilt daß man die bayerische Regierung zur Anlage der Zweigbahn bis an erstern Ort verhalten habe, sondern auch eröffnet der lombardisch-venezianische Oberbaudirector v. Negrelli werde demnächst den Entwurf der Veroneser-Botznerbahn fertigen, die auch sofort ins Werk gesetzt werde.

In voriger Woche hielten die Weinproducenten des deutschen Etschlandes eine Berathung zu Botzen und beschlossen ein unmittelbares Gesuch ans Ministerium, worin dieses aufgefordert wird bei der bayerischen Regierung, bis zur Ordnung der Zollverhältnisse, zum mindesten das Zugeständniß zu erreichen: ein bestimmtes Quantum Wein, etwa 30,000 Eimer, zollfrei einführen zu dürfen. Die Schrift der Bittsteller nennt dieß Ansuchen mit vollem Recht „den Nothschrei eines Volkes das in Mitte der fruchtbarsten Natur verurtheilt ist zu verarmen." Statt längstersehnter Erleichterung und Hülfe droht den Weinbauern aber eine neue Last und Beschwerde durch die jüngste provisorische Ministerialverordnung über die Accisbehebung. Die bisherigen Binnenzölle sollen beseitigt werden — an ihrer Stelle beschenkt hingegen in bündigen 12 Paragraphen dieses in der Weltentfremdung einer Cameralkanzlei erwachsene Project das arme Volk mit einer solchen Fülle von Controltorturen, Hemmnissen und Verkehrsbelästigungen daß für Gubernium und Unterthanen, die gleichmäßig hievon überrascht waren, der einzige Trost in seiner gänzlichen Unausführbarkeit liegt. Manche fragen ob wohl in solcher Weise das Heil der Centralisation den Hartgläubigen nachgewiesen werden dürfte.

*) Wir liefern die Rede vollständig nach, und kommen auch auf die übrigen bemerkenswertheren Reden zurück.

Triest.

+ Triest, 1 Nov. Nachdem bereits seit einigen Tagen ein scharfer Nordost (die berüchtigte Bora) vom rauhen Karst herabgetobt und ein rasches Sinken in der Ziffer unsers Krankenstandes eingetreten war, sind wir endlich bei dem glücklichen Resultate angelangt die Cholera fast als erloschen bezeichnen zu dürfen. Am 30 hatten wir noch 10 neue Fälle aber nur 2 Todte; die letztern im Krankenhause. Von gestern 10 Uhr Morgens bis heute zur selben Stunde sind im ganzen nur 2 Fälle, und auch diese im Spital vorgekommen. Von den Erkrankten ist ein Kind (gleichfalls im Spital) gestorben. Stadt und Territorium sind also als befreit zu betrachten. Beim Militär, wo die Seuche sehr gewüthet, ist seit einigen Tagen schon kein Cholerafall mehr gewesen. Die wenigen Fälle im Spital scheinen dort selbst entstanden zu seyn. Vom 13 Aug. bis Ende Octobers waren 4709 Individuen von der Krankheit ergriffen worden, und 1856 erlagen derselben. Wenn wir die mangelhafte Nachweisung der Sanitätscommission als vollständig annehmen, dafür aber und in Anbetracht der Unzahl von Flüchtlingen unsere Bevölkerung von 80,000 auf 65,000 Seelen reduciren, so zeigt sich daß in jener Zeit mehr als 7 Procent von der Cholera befallen wurden, und von den Kranken mehr als die Hälfte — nahe an 3 Procent der Bevölkerung — unterlagen. Hierin liegt keine Uebertreibung. Die Central-Sanitätscommission, welche so vorsichtig ihre Maßregeln in dieser trüben Zeit getroffen hatte, macht nun bekannt daß künftighin nur noch zwei Apotheken während der Nacht offen gehalten werden, und das Municipium stellt mit dem heutigen Tag die Diäten des Heilpersonales ein — ein Beweis daß auch auf amtlichem Wege sich die vollste Gewißheit über das Beruhigende unserer Sanitätsverhältnisse ergab. Nur ist zu fürchten daß dieser Tage in den untern Schichten einige Unordnung einreißen werde. Außer dem heutigen Feiertag begehen wir morgen das Fest unsers Stadtpatrons, des heiligen Just, und für übermorgen (Allerseelentag) beabsichtigt das Volk eine zweite großartige Procession, theils als Dank-, theils als Trauerfeierlichkeit, nach dem Kirchhof von St. Anna; das würde der dritte Feiertag seyn, worauf dann der Sonntag folgt. Bei jener Procession soll wieder die „wunderthätige" Madonnenstatue figuriren die in jüngster Zeit so Epoche machte. Wir kennen unser Volk, das auch in den gefährlichsten Tagen große Indifferenz an den Tag legte, nun schon gewonnen zu haben glaubt und sich lustig herumtreiben wird. Zum Ueberfluß hat man auch den Verkauf des neuen Weins gestattet.

Die alte Provinz „Küstenland" hat nun ihre neue politische Organisation erhalten. Das „reichsunmittelbare" Triest sucht die Ursache seiner ausnahmsweisen Begünstigung in den Verdiensten die es sich anno 1848 und 1849 erworben, Verdienste die indeß mit seinen eigenen Vortheilen so ziemlich zusammentrafen. Görz und Istrien, nach der neuen Eintheilung nur Ein Kronland, sind enttäuscht in ihren Erwartungen „Kronländchen" zu werden. Aus dem Gouverneurs-, den Raths-, Secretärs- und Concipistenposten geht ganz einfach ein Statthalter mit zwei Statthaltereiräthen, zwei Concipisten und einem Secretär hervor. Und auch dieser letztere ist nur der Chef der Manipulation. In Görz und Istrien werden Kreisregierungen mit einem Präsidenten an der Spitze residiren. Diesem steht wieder ein Kreisrath, ein Concipist und ein Secretär zur Seite. Letzterer abermals Chef der Manipulation. Nach dem zu urtheilen dürfte sich die Masse der Registraturs-, Expeditions-, Protokollsbeamten, und wie sie alle heißen mögen, in Oesterreich bedeutend vermindern. Das neue Kronland „Görz-Istrien" (so wollen wirs nennen, denn den Namen scheint man vergessen zu haben) ist in 11 Bezirkshauptmannschaften eingetheilt. In jeder wird ein Bezirkshauptmann fungiren, die sämmtlich den Kreisräthen gleichgestellt sind, in jeder wenigstens ein Bezirkscommissär, in manchen deren zwei, und abermals in jeder ein Secretär. Da der Concurstermin für alle diese Posten mit dem 20 Nov. zu Ende geht, so scheint es dem Ministerium wirklich Ernst zu seyn die neue Organisirung baldmöglichst zu verwirklichen.

Gestern ist unser Militär-Obercommandant Feldmarschall-Lieutenant Ritter v. Standeisky mit den üblichen militärischen Ehren begraben worden. Er starb nach einem kurzen Krankenlager an der Leberentzündung.

Die Sammlungen für die ohne Stütze gebliebenen Familien, deren Häupter von der Cholera dahingerafft wurden, haben bereits die große Summe von fast 23,000 fl. erreicht, und doch sind erst die Beiträge von verhältnißmäßig sehr wenigen Parteien veröffentlicht.

Wien.

:: **Wien**, 1 Nov. Heute vor einem Jahre! Wer da lustwandelt durch die zerschossenen noch halb verbarricadirten Straßen und Gassen der Wiener Vorstädte, wer all den Jammer miterlebt, all die Seufzer mitge-

fühlt, mit klarem vom Parteigeiste ungeblendeten Aug' all das Elend betrachtet hatte, wie es sich abspiegelte in den reuigen Mienen der Gespenstern gleich an den zertrümmerten Mauern hinschleichenden Einwohner, und heute die Centralstadt Oesterreichs wieder sieht, der fühlt sich zu Betrachtungen angeregt die betrübend nur in einer Richtung hin, andererseits aber viel des Freudigen bieten. Die Physiognomie der Residenz ist eine lachende, ihr Habit nur erinnert an die Zeit der Trauer, der Verwirrung und des Schmerzes. Wien gleicht gegenwärtig einer Wittwe die sich über den Verlust eines ungeliebten Mannes längst schon tröstete, des Anstandes wegen jedoch Trauerkleider trägt. Die Malcontenten trauern, sie drängen um Aufhebung des Belagerungszustandes, die Erwerbenden und Besitzenden hüllen sich in denselben wie in ein Kleid das gegen Wind und Wetter schützt. Und die Regierung? „Oh, die steht auf der Seite jener denen der normale Zustand ein Gräuel," seufzt ein blasser durch die Ereignisse des letzten Jahrs frühzeitig gealterter Jüngling in knappanliegendem Legionsrock, den jedoch die Zeitverhältnisse einigermaßen im Schnitt veränderten. Es ist nicht ganz uninteressant zu erörtern ob denn die Regierung wirklich bei der Aufrechthaltung des exceptionellen Zustandes so sehr gewinnt wie von mancher Seite her behauptet wird. Die gegenwärtige Regierung ist ehrlich; wäre sie es nicht, sie hätte die Kanonen von den Wällen längst schon herabfahren lassen, und einen neuen Putsch abgewartet um — sie wieder und zwar für sehr lange Zeit daselbst aufzupflanzen. Sie arbeitet aber nicht aus freieigenem Willen, sondern nothgedrungen um die unbesonnene Masse im Zaum zu halten, und das Schicksal von halb Europa nicht wieder in Frage zu stellen, unter dem Schutze der ultima ratio regum an organischen Gesetzen, um nach Vollendung dieser letzteren die Macht der Bomben und der Speere auf lange, vielleicht für innere Kämpfe auf immer entbehrlich zu machen. „Sie kommt aber, sagen die Unzufriedenen, mit diesen Arbeiten nicht zu Stande." Die Antwort auf diese Bemerkung liegt nahe genug. Wien ist nicht die Monarchie. Erst — und diese Frist rückt rascher heran als viele glauben — erst wenn das ganze constitutionelle Haus wohnlich eingerichtet ist, wenn alle Stützen der gesetzlichen Ordnung so fest gemauert sind daß das Gebäude nicht mehr einzustürzen droht, wenn einer der Grundpfeiler bersten sollte, dann ist es an der Zeit zu sagen: „Mars, wir bedürfen deines Schutzes nicht mehr, der gesetzliche Friede ist eingekehrt in unsere Mauern." Der Brand der Oesterreich durchloderte ist zwar gelöscht, die rauchenden Trümmer liegen noch ringsumher, der ganze Schutt, nicht nur ein Bruchtheil davon, muß zum Neubau verwendet werden, und solch ein Unternehmen braucht Zeit und Geld und Kraft. Es ist nicht so lange her daß Görgey auf Gnade und Ungnade sich ergab, und diese Zeitfrist nur kann billigerweise als die zur Endberathung hochwichtigen Verfügungen, auf denen die Zukunft Oesterreichs basirt, geeignete betrachtet werden. Die Reichsverfassung enthält die Idee der Regelung, diese selbst ist durch combinirte Elaborate bedingt die auf tausend Hemmnisse stoßen. Sie alle müssen beseitigt werden soll Neuösterreich vom nächsten politischen Windstoß nicht wie ein Kartenhaus zerfallen. Der trennungssüchtige Föderalismus bläst noch immer die Backen auf, holt weitaus Athem um seinen Hauch zum Sturm zu gestalten; er ist das Irrlicht welches die Sonne der praktischen Vernunft vergebens bescheint, eine Gasflamme am hellen Tage die sehnsüchtig der Nacht entgegenflackert. Diese Nacht mit allen ihren Schrecknissen fern zu halten ist die Aufgabe der Regierung. Wie sie dieselbe zu lösen bemüht ist, verdient den Dank der Einsichtsvollen. Was war Oesterreich vor Jahr und Tag? Ein zertrümmerter Koloß dessen Siechbett lachende Erben umstanden. Was ist es jetzt? Ein lebensfreudiger, mit dem kommenden Tage an Kraft gewinnender Jüngling, mehr und mehr von der Sehnsucht durchglüht seiner deutschen Braut die Hand zum ewigen Bunde zu bieten. Die Nachricht: „in Triest sey die Nationalgarde entwaffnet worden" welche vorgestern die Ostdeutsche Post brachte, gehört in die Kategorie der Erfindungen. Das wahre an dieser Angabe ist daß die Bürgergarde des kleinen Städtchens Fuligniano entwaffnet wurde wegen Umtrieben, die mehr excessiver als politischer Natur waren. In Triest selbst ist das Institut der Nationalgarde ebenso geachtet als beliebt, und eine Stütze der gesetzlichen Ordnung.

— **Wien**, 2 Nov. Der Cultusminister hat abermals eine Verfügung getroffen welche beweist wie wenig gerecht die öffentliche Meinung über den Grafen Leo Thun bei seiner Uebernahme des Portefeuille geurtheilt hat. Die heutige „Wiener Zeitung" enthält einen vom Kaiser genehmigten Vortrag wegen Ernennung provisorischer Schulräthe. Die oberste Leitung der Schulen und Unterrichtsanstalten der meisten Kronländer war früher concentrirt in der Studienhofcommission, deren nächste Organe die Gubernien oder Landesregierungen bildeten. Seit der Einsetzung eines besondern Ministeriums des Unterrichts aber hat dieses dieselbe übernommen. Mit ihm sind die Universitäten und höheren technischen Lehranstalten in unmittelbare Verbindung gesetzt worden, während hinsichtlich der Gymnasien und Mittelschulen die wissenschaftliche und disciplinäre Aufsicht in die Hände der Lehrkörper selbst gelegt wurde, und den Gubernien und Landesregierungen nur derjenige Einfluß blieb welcher sich auf äußere, besonders ökonomische Verhältnisse bezieht. Um aber dem Ministerium die Oberaufsicht auch über diese Lehranstalten zu ermöglichen, beabsichtigt der Minister als Mittelorgane Schulräthe einzurichten, Inspectoren von specieller Fachkenntniß, also in der Regel die einen für die Volksschulen, andere für die Gymnasien und wieder andere für die Real- und die übrigen dem Unterrichtsministerium unterstehenden Mittelschulen als Staatsbeamte zu bestellen, welchen die sämmtlichen betreffenden Unterrichts- und Erziehungsanstalten ihres Amtsbereichs unterstehen, und welche die Vollziehung der das Unterrichtswesen betreffenden Reichs- und Landesgesetze, die Beaufsichtigung, Leitung und Organisirung der öffentlichen Schulen in Betreff der wissenschaftlichen und pädagogischen Angelegenheiten derselben, sowie die in den Gesetzen begründete Beaufsichtigung der Privatanstalten unter dem Ministerium und nach den Weisungen desselben zu besorgen, und zugleich auf die äußern, besonders die ökonomischen Verhältnisse der öffentlichen Schulen durch Gutachten und Anträge denjenigen Einfluß zu üben haben, der wegen des zwischen den innern und äußern Angelegenheiten der Schulen stattfindenden Zusammenhangs nothwendig ist. Als Regel soll dabei gelten daß wenigstens in den größern drei Kronländern drei Inspectoren bestellt werden, entsprechend den drei obenbezeichneten Arten von Schulen. Dieselben führen den Titel: k. k. Schulrath, und stehen in der siebenten Diätenclasse. Zugleich soll der Titel und Rang eines Schulraths verdienten Lehrern zu Theil werden, ohne daß ihnen damit jedoch das Amt eines Inspectors übertragen würde. Für einzelne Geschäfte überdieß welche einer vielseitigen Berathung bedürfen, würde es sich als zweckmäßig herausstellen aus sachkundigen Männern Commissionen zu bilden welche den Schulräthen berathend zur Seite stehen. Für den Augenblick ist die Anstellung der Schulräthe noch provisorisch.

Großbritannien.

‡ **London**, 2 Nov. General Klapka und seine Kriegsgefährten erregen in der Londoner Gesellschaft große Theilnahme. Hr. v. Pulszky, der vormalige ungarische Gesandte unter Kossuths Regiment, ist dermalen mit seiner Gemahlin bei dem Geheimenrathspräsidenten, Marquis v. Lansdowne, in Wiltshire auf Besuch. — Hr. Disraeli hat soeben eine große landwirthschaftliche Versammlung in der von ihm vertretenen Grafschaft Buckinghamshire abgehalten. Der Examiner nennt ihn den „Leiter ohne Gefolge". — Eine neue westindische Post meldet von ernstlichen Ruhestörungen auf der Insel Trinidad wegen eines vom dortigen Colonialparlament ergangenen harten Gesetzes über Behandlung kleiner Schuldforderungen. Es kam in Port of Spain zu einem Aufstand, der mit Waffengewalt gedämpft werden mußte. Zwei Frauen und ein Kind wurden erschossen!

Paris.

✕ **Paris**, 2 Nov. Sie kennen nun das neue Ministerium, das vielfach gedeutete, besprochene, wenig gelobte. An die Stelle von Ney, Flavigny, Casimir Perier, die alle als Minister des Aeußern bezeichnet waren, die aber alle die gefährliche Würde abgelehnt haben, haben Sie, einstweilen als Strohmann, Hrn. v. Rayneval zu setzen; es ist höchst wahrscheinlich daß er seine Ernennung nicht annehmen wird, denn Hr. v. Rayneval gehört der Familie und der politischen Innung der Bertin vom Journal des Débats an, und in dieser Region ist es nicht Sitte ein leckes Schiff zu halsbrechenden Ausflügen zu besteigen. Ja, wenn Bonaparte wollte, oder besser gesagt, wenn er könnte! Heute noch wäre es ihm möglich seine Popularität zu retten, wiederzuerwerben, so gefährdet sie ist; so vieles ist im Namen gefeit, und das Volk ist von unverwüstlicher Poesie! Ich unterbreche meine politisch-philosophischen Betrachtungen, um Ihnen den Anblick der heutigen Sitzung zu geben: sie hat um 3 Uhr angefangen, es ist halb 4 Uhr in dem Augenblick wo ich Ihnen schreibe, die Sitzung ist beendigt, und morgen keine; die neuen Minister müssen sich erst in die neue Zwangsjacke eingewöhnen; undankbare Mühe, und von kurzer Dauer allem Vermuthen nach! General d'Hautpoul besteigt die Tribüne und liest eine Art Manifest, das er offenbar nicht selbst geschrieben hat, denn er kann es nur gebrochen herausbringen. Was enthält es? Nichts, und zwar, sagt es selbst, weil die Botschaft des Präsidenten klar genug ist. Die Versammlung ist eisig und die Rechte schmollt. Tiefes Schweigen während des Vorlesens und einige Secunden nachher, bis plötzlich ein unbarmherziges schallendes Gelächter

mehrerer Stimmen im linken Centrum des Saales die unheimliche Stille unterbricht . . . So war der Anfang. Wie wird das Ende seyn? Nur ein Wort noch: das ministerielle Manifest erklärt ausdrücklich sich nicht von der Majorität trennen zu wollen. Wozu dann die Aenderung? Die alten Minister waren offenbar fähiger als die neuen.

Rom.

** **Rom,** 28 Oct. Rom hat wieder eine seiner wissenschaftlichen Berühmtheiten durch den Tod verloren. In vergangener Woche starb Emiliano Sarti, Professor des Griechischen an der Sapienza und Scrittore an der vaticanischen Bibliothek, in Folge eines inneren Leidens, das schon lange an seiner Gesundheit gezehrt. Seinen Verlust in diesem Augenblick richtig zu würdigen ist schwer. Er hatte mit vielen italienischen Gelehrten das gemein daß er an seinen Schriften fast bis zum Uebermaß feilte, weßhalb von größern Leistungen nur ein Band über die Crypten des Vatican und außerdem nur kleinere Aufsätze von ihm vorliegen. Doch ist bekannt daß er seit Jahren mit der Bearbeitung der Inschriften des vaticanischen Museums beschäftigt war, und ausgebreitete Studien über römische Topographie gemacht hatte. Indem er dabei manche wissenschaftliche Hülfsquellen für sich monopolisirt, mußte er freilich andern Gelehrten mehr hemmend als fördernd in den Weg treten. Auch die Zurückgezogenheit in der er wegen körperlicher Gebrechlichkeit lebte, mußte dazu beitragen daß sein persönlicher wissenschaftlicher Einfluß sich nur in geringem Maße zeigte. Doch sind die deutschen Gelehrten die zu ihm Beziehungen gewonnen hatten, des Lobes seiner Gelehrsamkeit voll, und schon Niebuhr führt ihn als den tüchtigsten Vertreter der kritischen Alterthumswissenschaft in Rom an. Es ist daher zu hoffen daß sein Nachlaß noch ausgezeichnetes bieten wird, aber ebenso sehr zu wünschen daß derselbe tüchtigen Händen, die ihr Werk schnell fördern, zur Herausgabe anvertraut werde.

⌞ **Rom,** 28 Oct. Nachdem bei vielen verdächtigen Leuten in und außer Rom Nachsuchungen stattgefunden haben, um die zur Zeit der Republik sowohl bei Privatpersonen als in Kirchen und andern öffentlichen Orten im Namen der Freiheit gestohlenen, oder um höflicher zu reden, requirirten Effecten und Kostbarkeiten wiederzufinden, fiel es der römischen Untersuchungscommission endlich nach vier Monaten ein: es möge wohl manches oder das meiste der gestohlenen Sachen im Ghetto oder Judenquartier verkauft worden seyn und dort verborgen liegen. Es ist sonderbar genug daß man nicht früher auf den Gedanken gekommen, und bei den mit dergleichen Schleichhandelsgeschäften sich befassenden Hebräern nachgesucht hat, anstatt ihnen vollauf Zeit zu lassen das Verhehlte auf die Seite zu schaffen. Solche Nachsuchungen bei einzelnen verdächtigen Individuen würden niemanden befremdet haben, und im Gegentheil ganz passend gefunden worden seyn. Die Art aber wie man sie jetzt, nach so langer Zeit anzustellen, für gut gefunden, ist mehr einer Verfolgung als einer Polizeimaßregel ähnlich. Achtundvierzig Stunden lang ward das ganze Ghetto, welches über 4000 Einwohner zählt die in engem Raum zusammengepfercht sind, von Truppen und Polizeidienern förmlich umlagert, ohne daß einem Juden gestattet wurde herauszukommen. Die römischen Sbirren, wohl der Abschaum aller Polizeidiener der Welt, wurden während dieser Zeit in das umzingelte Quartier eingelassen, um ohne Unterschied alle Häuser zu durchsuchen, ein Auftrag dessen sich diese mit aller möglichen Rohheit und Rücksichtslosigkeit entledigten. Unter den gröbsten Beschimpfungen packten sie alles was sie an Silberzeug, Kupfergeschirr und baarem Gelde bei den unglücklichen Juden finden konnten auf, luden es auf Karren und ließen es auf die Polizei führen, wo nun die Eigenthümer sich einfinden müssen um den Beweis des rechtmäßigen Besitzes zu liefern. Die reichsten und geschätztesten Kaufleute entgingen dieser entwürdigenden Maßregel nicht, und ich könnte den Namen eines der wohlhabendsten und bekanntesten nennen der für viele Tausend Scudi jährliche Geschäfte macht und dessen Ehrlichkeit bekannt ist, dem man 350 Scudi baares Geld aus seinem Kasten nahm und ihn über den Ursprung dieser ungeheuren Summe verhörte. Freilich hat man bei einigen Kelche und andere Geräthschaften gefunden, an denen wohl kein reiner Besitztitel haften mag; aber hatte denn die Polizei nicht die Mittel diese verdächtigen Leute zu kennen, und wenn sie sie kannte bei ihnen Nachsuchungen anzustellen, ohne einige Tausend Unschuldige zu ängstigen? Hat man doch auch bei manchen christlichen Einwohnern Roms Haussuchungen angestellt und Gestohlenes gefunden, ohne mit der Polizei das Quartier wo diese wohnten zu umzingeln und alle Einwohner desselben zu verdächtigen. Aber im Ghetto sind ja nur Juden, und mit diesen prädestinirten „Spitzbuben" braucht man es so genau nicht zu nehmen; das wird wohl die Entschuldigung eines solchen Verfahrens seyn. Und doch sind es jetzt gerade zwei Jahre daß Papst Pius IX die Thore und Ringmauern des Ghetto, welches früher jeden Abend nach Sonnenuntergang verschlossen und am Morgen erst wieder geöffnet wurde, niederzureißen erlaubte, und den Hebräern gestattete auch außer dem Ghetto zu wohnen, was diese aber aus Furcht vor dem gemeinen Pöbel unterließen. O quantum mutatus ab illo!

Schweiz.

△ **Bern,** 1 Nov. Die Lage der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz wird mit jedem Tage peinlicher. Wird der eidgenössische Polizeidirector Druey angefragt ob keine weitern Ausweisungen zu besorgen seyen, so ist die Antwort je nach seiner Stimmung ausweichend, oder er sagt geradezu: den Mitgliedern der badischen und pfälzischen provisorischen Regierung könne er den Aufenthalt in der Schweiz auf keinen Monat hinaus garantiren. Welchen nächsten Anlaß aber die oft so plötzlichen Ausweisungen haben, und mit welchen Nebenumständen sie oft verknüpft sind, davon nur zwei Beispiele, welche als wahr angenommen werden müssen, da sie schon lange bekannt, aber bis jetzt vom Bundesrath weder direct noch indirect als unwahr bezeichnet worden sind. Sie erinnern sich daß die Zeitungen sich wiederholt mit einer Note beschäftigten welche von Seite Preußens an die Eidgenossenschaft gerichtet seyn soll. Die einen erklärten diese Nachricht für eine leere Erfindung, die andern sagten Preußen habe nur wieder einmal gedroht. Der Sachverhalt wird nun so erzählt. Etwa in der Mitte des Monats September machte der preußische Gesandte dem Hrn. Druey einen Besuch und kündigte ihm eine Note seines Cabinets an, da dasselbe nicht dulden könne daß noch immer nicht alle Flüchtlingschefs die Schweiz verlassen hätten. Hr. Druey erklärte hierauf: der schweizerische Bundesrath werde eine solche Note nicht erhalten, und als der preußische Gesandte über diese Behauptung staunte, fügte Hr. Druey bei: er wolle schon dafür sorgen daß die Führer der Flüchtlinge fortgeschafft und dadurch die Noten überflüssig würden. Hierauf wären die strengen Maßregeln gegen die Flüchtlinge verfügt worden. Nun ist von zwei Fällen nur einer möglich. Entweder ist dieser Thatbestand im wesentlichen richtig, und dann ist es schwer zu begreifen warum es von dem Bundesrath in den halbofficiellen Erklärungen einiger Blätter so oft heißt: seine Politik gegenüber dem Ausland sey eine völlig selbständige, und in der Flüchtlingsangelegenheit habe er sich in keiner Weise durch Zumuthungen von außen leiten lassen. Sind aber diese Mittheilungen unrichtig, warum werden sie nicht für unwahr erklärt? Ganz ähnlich verhält es sich mit der Ausweisung Mazzini's. Oesterreich habe dieselbe vom Bundesrath verlangt, erhielt aber, so berichten französische und schweizerische Blätter, eine entschieden abschlägige Antwort, was dann weitere Verhandlungen und namentlich ein drohendes Ultimatum von Seite Oesterreichs zur Folge gehabt habe. Kurze Zeit nach dem vorgeblichen Ultimatum Oesterreichs ließ Hr. Bundesrath Druey dem Präfecten desjenigen waadtländischen Bezirks in welchem sich Mazzini aufhielt, anzeigen: er sey nach dem Tagsatzungsconclusum vom Jahr 1833 aus der Schweiz verwiesen und könne daher nicht geduldet werden. Da Hr. Druey diese Verfügung mit Umgehung der waadtländischen Regierung getroffen hatte, so remonstrirte diese, erhielt aber die Antwort: Druey habe sich bereits mit dem Präsidenten des Staatsraths in Lausanne verständigt, und Hr. Briatte half dem Polizeiminister aus der Verlegenheit, indem er die Sache auf sich nahm. Bei einer solchen unzuverlässigen Politik ist das Schicksal der Flüchtlinge ein wirklich trauriges, da sie heute nicht wissen können was der Bundesrath morgen über sie verfügt. Dazu kommt der täglich wachsende Haß der Bevölkerung gegen diese unfreiwilligen Gäste. In den letzten Tagen wäre es beinahe zu einem vielleicht sehr blutigen Zusammenstoß gekommen. Es war Tanz in der unmittelbaren Nähe Berns; Streit entstand zwischen Bernern und Fremden, und zwei Berner wurden durch Messerstiche so verwundet daß der eine bereits gestorben seyn soll. Diese Fremden mußten deutsche Flüchtlinge seyn, wiewohl es sich bereits herausgestellt haben soll daß es Franzosen waren. Die ärmere Bevölkerung Berns wurde allarmirt; Abends sammelten sich viele hundert Menschen, mit Prügeln ꝛc. bewaffnet, auf dem Kornhausplatz, um das Kornhaus, wo die deutschen Flüchtlinge einquartiert sind, zu stürmen. Besonders thätig waren die Metzger. Zum Glück gelang es der Polizei jedes Eindringen in das Kornhaus zu verhindern, und dadurch großes Unglück zu verhüten. Die Untersuchung über diesen traurigen Vorfall ist im Gange. Sehr viele Flüchtlinge sollen entschlossen seyn sich lieber nach Neapel anwerben zu lassen, oder aufs Gerathewohl in die Welt zu gehen als ohne Hoffnung der Rückkehr in die Heimath hier fortwährend diesem Haß einer mißtrauischen Bevölkerung ausgesetzt zu seyn. Einer Mittheilung der badischen Staatsregierung zufolge werden die politischen Flüchtlinge und Soldaten des Großherzogthums künftig nur an den Stationen von Basel und Constanz, und nur dann wenn sie mit von der badischen Gesandtschaft in der Schweiz legalisirten Ausweisschriften versehen sind,

hineingelassen, dann aber nicht mehr nach Rastatt escortirt, sondern an ihre Heimathsbehörden oder Aemter gewiesen. Vielleicht wird auf diese Maßregel hin die größere Zahl der Flüchtlinge bewogen nach Haus zurückzukehren.

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

* **New-York**, 17 Oct. Je mehr wir uns dem Zusammentreten des Congresses nähern, desto bedeutungsvoller werden alle Fragen unserer innern und äußern Politik, deren Lösung diesem Congreß überlassen bleibt, und welche allerwenigstens dazu beitragen das Schachspiel unserer Parteikämpfe interessanter und verwickelter zu machen. Inwiefern wir jetzt schon im Stande sind den Gang dieser Verwicklungen vorauszusehen — und unsere Politiker sind in der politischen Wahrscheinlichkeitsberechnung weiter als irgend andere — wird die Stellung unseres Cabinets bei dem bevorstehenden Congreß eine sehr unerfreuliche seyn; denn bereits jetzt stellt sich ein solches Verhältniß der Locofoco- zu den Whigstimmen heraus daß die wenigen Freibodenmänner (etwa ein Zehntel der Stimmenden) es in ihrer Hand haben den Ausschlag zu geben, und diese stehen den Locofocos viel näher als den Whigs, von welchen letztern sie wenigstens nach der abolitionistischen Seite ihrer Tendenzen hin weniger zu hoffen haben als von den ersteren. Dazu ist das Cabinet zu wenig populär und kann dieß auch nicht seyn; denn es erfordert die geübtesten politischen Taktiker um den Sturm der Aemterjägerei so an sich vorübergleiten zu lassen daß er keine weiteren schädlichen Folgen hat, und solche Taktiker sind die Whigs in der Regel nicht, am wenigsten jene unabhängigeren Whigstaatsmänner aus denen Taylor zum größeren Theil sein Cabinet zusammengesetzt hat. Dazu kommt daß unseres wackern Präsidenten wahre Popularität, schlichte Gutmüthigkeit, aber doch überall sich selbst bewußt werdende Bestimmtheit der großen Masse des Volkes viel näher steht als es den Männern seines Cabinets je gelingen wird volkthümlich zu werden, und so würde es — gäbe es die Sklavenfrage nicht — gar nicht zu verwundern seyn wenn unser Old Jack eines Morgens als Locofoco-Demokrat, wenngleich wider Willen, erschiene, denn die angebliche Demokratie der Whigs dürfte doch in manchen Punkten die Probe kaum halten. Da sich übrigens die Hauptfragen unserer innern Politik vor Anfang des Congresses noch so gestalten werden daß ihre praktische Lösung wohl kaum zweifelhaft seyn dürfte, so sind es gegenwärtig hauptsächlich auswärtige Verhältnisse welche den Stoff hergeben müssen unser Cabinet fortwährend unter dem Messer einer schonungslosen Kritik zu halten. Europäische Verhältnisse kommen hierbei, außer in einigen wohlfeilen Declamationen, nöthig um überflüssiges Gas des geräuschvollsten Liberalismus abzulassen, nur wenig in Betracht. Sie stehen uns zu ferne, und es läßt sich bei dem Einmengen in dieselben wenig gewinnen; so viel steht einmal fest daß wir uns nichts werden bieten lassen, noch viel wahrscheinlicher aber ist daß man uns auf keine Weise wird zu verletzen wagen. Die amerikanischen Beziehungen dagegen könnten von mehr Einfluß seyn, und unsere Verhältnisse zu den süd- und mittelamerikanischen Staaten gewinnen durch unsere Goldzüge immer mehr an praktischer Bedeutung. Unsere Yankees werden die letzten seyn sich von den republicanischen Zerrbildern Südamerika's, von jener verrotteten spanischen Wirthschaft das geringste gefallen zu lassen, und die Vorfälle in Chili und Peru werden so schnell geordnet werden als es unsere Jugendkraft und die Altersschwäche dieser Staaten nur immer zuläßt. Dazu kommt daß wir an allen Hauptplätzen Südamerika's festeren commerciellen Fuß fassen werden, denn unser Südseehandel bedarf dieß, und niemand versteht dem Bedarf schneller zu entsprechen als der Yankee. In Mittelamerika können wir uns bereits als zu Hause ansehen. Der Isthmus wird von unsern Reisenden überschwemmt, und so werden es die Straßen über Nicaragua und nach Tehuantepec binnen kurzem werden. In Nicaragua hat Sauier, unser Geschäftsträger, sich eines glänzenden Empfanges zu erfreuen gehabt, und bereits einen Handels- und Freundschaftsvertrag, sowie den Vertrag wegen Erbauung des Canals von San Juan nach Realejo einberichtet. Vor ihm schon hatte Hise, vielleicht diplomatisch geschickter, aber weniger durchgreifend, in gleicher Weise gewirkt; je rücksichtsloser aber England wurde, desto nachdrücklicher mußten wir eingreifen, um der Moskito-Königs-Posse ihre gebührende Stelle anzuweisen. Sauier hat allerdings, was viele Blätter tadeln, den alten Monroe'schen Grundsatz: daß Europa in Amerika nichts zu suchen habe, ganz glatt ausgesprochen; wenn aber der erste Aerger besser ist als der letzte, so hat er daran ganz recht gethan, denn wir fangen nachgerade an so kräftig zu werden und dieß ausreichend zu fühlen, um diesen Grundsatz zur Wahrheit werden zu lassen; ja wenn irgend etwas zu befürchten ist, so würde es das seyn daß wir in dieser Hinsicht zu weit gehen werden, wobei uns freilich unser durchaus mangelhafter Respect vor bloß historischen Rechten und Prätentionen gar sehr zu Hülfe kommt. England wird also, zumal bei seinen jämmerlichen westindischen Zuständen, die Moskito-Majestät gewiß zur rechten Zeit fallen lassen, und auch seine Plane auf Yucatan nicht leicht ausführen können, wenn gleich dieselben vorderhand noch unbeachtet scheinen. Ein Uebergriff Englands in Yucatan müßte sofort eine große Freundschaft zwischen uns und Honduras herbeiführen, bei welcher England alsbald den kürzeren ziehen würde. Ueberhaupt wird Mittelamerika, wenn nur einmal unsere Industrie sich dort mehr Wege gebahnt und festgesetzt haben wird, in so enge Verbindung mit uns treten müssen daß dem dann eingeschlossenen Mexico ganz unheimlich zu Muthe werden dürfte. Unsere Aufgabe ist es jedenfalls das Panier der anglo-amerikanischen Freiheit auf dem ganzen amerikanischen Continent aufzupflanzen, und das Bewußtseyn dieser Aufgabe wird unsere Abgeordneten in dem bevorstehenden Congreß leiten, der vielleicht für die politische Gestaltung Amerika's wichtiger wird als der todtgeborne Congreß von Panama hätte werden sollen. — Dazu kommt daß sich der anglo-amerikanische Geist in Canada gewaltig regt, und daß Annexation an unsere Union dort gegenwärtig ganz offen zur Sprache gebracht worden ist. Die Montreal-Blätter (Herald und Courier) vom 9 und 10 October bringen eine von ungefähr 300 angesehenen und tüchtigen Bürgern unterzeichnete Adresse an das canadische Volk, in welcher die Unzulänglichkeit aller andern Mittel Canada auf die ihm gebührende Stelle zu heben dargethan, und deßhalb ganz offen der freien, friedlichen Annexation (einer solchen wie sie General Scott in seinem bekannten Westpointbriefe will) das Wort geredet wird. Weder Schutz des canadischen Handels in England noch Schutz des canadischen Gewerbfleißes in Canada, weder engere Vereinigung noch sogar unabhängiges Bestehen der brittischen Provinzen Nordamerika's können auf die Dauer helfen; freier gegenseitiger Handelsverkehr mit der Union, ohne Theilnahme an der politischen Freiheit der letzteren, würde noch weniger guten Erfolg haben, Annexation sey daher das einzige Mittel welches Canada retten könne, und Annexation schlage man daher offen und ungescheut vor. Eine eigene „Annexation-Association“ ist sofort zusammengetreten und hat auf die beste Flugschrift zu Bevorwortung der Annexation einen Preis von 500 Dollars ausgesetzt, und so wird denn für die nächsten Monate Annexation das große Thema seyn welches man im Norden unserer Union behandeln wird. Unser Süden freilich wird diesem Project wenig günstig seyn, ja ihm mit aller Gewalt entgegenarbeiten, namentlich wenn neben der Constitution des Mormonenstaates „Deseret“ auch die Constituirung des californischen Küstenlandes ohne Sklaverei erfolgt ist; denn die Sklavenfrage würde dann schon bei der leisesten Berührung erdrückt werden können; der Norden aber, und vor allem die Abolitionisten, möchten dagegen Canada gern in unseren Sternenkranz reihen. Dieß hieße nun freilich den mittelamerikanischen Annexationen Thür und Thor öffnen; denn wie die Europäer an ihrem historisch-politischen Gleichgewicht, so leiden wir an dem Gleichgewicht zwischen weißer Freiheit und farbiger Sklaverei, und der Druck der Kaste wird bei uns zum Druck der Race. In Canada liegt übrigens dem Annexationsgelüste hauptsächlich nur der verletzte Stolz des anglo-amerikanischen Theiles der Bevölkerung dem französischen Theil der letzteren gegenüber zu Grunde, und die Regierung welche die französischen Bewohner vor dem unbilligen Uebergewicht der Anglo-Amerikaner geschützt hat, hat sich durch diesen Act der Gerechtigkeit mehr geschadet als durch so manche andere Stiefmütterlichkeit. Der Anglo-Amerikanismus der Union soll deßhalb nunmehr das französische Element erdrücken helfen, wie dieses und das spanische Element in Florida und Louisiana nach und nach erdrückt worden sind. Im Norden geht dieß aber nicht so leicht, und es wäre eher wahrscheinlich ein neues gemischtes indianisch-französisches Element entstehen zu sehen als daß die französischen Canadier so ganz spurlos von dem Schauplatz ihres frühern Glanzes abtreten sollten.

[3984—86] **Edictal-Citation.**

Seit mehr denn hundert Jahren, und schon vom vormaligen hiesigen Kloster, wird dahier eine Masse verwaltet, dessen Eigenthümer man nicht kannte. Nachforschungen haben nunmehr ergeben daß der ursprüngliche Capitalsbetrag zu 60 fl. fränkisch eine Erbportion eines gewissen Hanns Martin Kraus gewesen, dessen Aufenthalt schon im Jahre 1735 unbekannt war.

Ein Bruder dieses ec. Kraus war P. Dionysius Kraus, der bis ungefähr 1760 im vormaligen Kloster dahier als Conventual lebte.

Ein zweiter Bruder hieß Johann Georg Kraus, der als kaiserlicher Büchsenmeister zu Prag 1735 verstarb und vier Söhne: Joseph, Johann, Georg und Franz hinterließ, von denen der erste 1753 als preußischer Soldat zu Brandenburg an der Havel stand, während der Aufenthalt des letzten schon damals unbestimmt war, und die beiden andern 1736 zu Prag verstorben zu seyn scheinen.

Eine Schwester des Hans Martin Kraus hieß Anna, war zu Eggolsheim verheirathet und um 1735 daselbst schon verstorben.

Ein Johann Heinrich Kraus aus Eggolsheim, der bis 1704 vier Jahre lang Kanzleischreiber im Schottenkloster zu Wien war, scheint ein weiterer Bruder des Hans Martin Kraus gewesen zu seyn.

Weiter war über die verwandtschaftlichen Verhältnisse des Hans Martin Kraus nichts zu ermitteln.

Da nun dieser selbst offenbar längst nicht mehr lebt, werden dessen Erben und Nachfolger derselben, sowie alle jene die an die Kraus'sche Masse irgendwie Ansprüche zu machen haben, hiemit aufgefordert

bis längstens 25 April 1850

ihre Erbs- oder anderen Ansprüche an benannte Masse dahier um so bestimmter anzumelden und nachzuweisen, als sonst letztere, die nach der letzten Rechnung 446 fl. 37 kr. beträgt, dem königlichen Fiscus ausgeantwortet werden wird.

Banz im Regierungsbezirke Oberfranken, am 25 October 1849.

Königl. bayer. Gerichts- und Polizeibehörde.
Glaser.

[3667—69] **Oeffentliche Aufforderung.**

Simon Friedberg von Frankfurt hat als Cessionar des Herrmann Böckmühl und der Ehegattin desselben daselbst gegen die Wittwe des Friedrich Ludwig Pfalz dahier und die Kinder derselben eine Klage auf Rückzahlung eines, dem verlebten Friedrich Pfalz und der Ehegattin desselben dargeliehenen, Capitals von zehntausend Gulden sammt Zinsen vom 26 Januar l. J. an vor unterzeichnetem Gericht erhoben. Da nun der Aufenthaltsort des August Pfalz unbekannt ist, so wird derselbe auf den Antrag des Simon Friedberg hierdurch aufgefordert, um so gewisser

binnen drei Monaten,

vom Tage an gerechnet wo gegenwärtige Verfügung zum erstenmale durch öffentliche Blätter bekannt gemacht wird, sich auf die Klage zu erklären, widrigenfalls August Pfalz mit Einreden ausgeschlossen und der Klage geständig erachtet wird.

Die weiter zu erlassenden Verfügungen werden nur durch Anschlag an der Gerichtsthüre bekannt gemacht werden.

Offenbach, den 10 October 1849.
Großherzogl. hessisches Landgericht.
Strecker.

Wetzler.

(4018) Bei Franz Nöldeke in Karlsruhe ist so eben erschienen und durch alle Buch- und Kunsthandlungen Deutschlands zu beziehen:

Porträt- und Costüm-Galerie aus der badisch-pfälzischen Revolution von 1849.

Enthaltend
die Abbildungen der merkwürdigsten Personen in ganzen Figuren, treu nach der Natur gezeichnet und sorgfältig colorirt.

2 Lieferungen, jede mit 6 Abbildungen, Preis 2 Rthlr.; 3 fl. 36 kr.

Inhalt der 1sten Lieferung: **Böning aus Wiesbaden. Germain Metternich. Mieroslavski. Willich. Madame Blenker als Amazone. Frau von Struve.**
Inhalt der 2ten Lieferung: **Brentano auf dem Balkon des Rathhauses in Karlsruhe. Blind in der Arbeiterversammlung. Struve als Gefangener der Karlsruher Bürgerwehr. Madame Annekе als Amazone. Schlöffel sen. Goegg.**

(3948) Bei Julius Klinkhardt in Leipzig ist so eben erschienen:

Deutsches Familienbuch.

Mustersammlung deutscher Poesie und Prosa
herausgegeben von den
Schuldirectoren **Berthelt, Jäkel, Petermann** und Lehrer **Thomas.**
A. u. d. Titel:

Lebensbilder IV.

Lesebuch für höhere Bildungsanstalten.

Gr. 8. ($41\frac{1}{2}$ Bog.) fein Papier 1 Rthlr., ord. Papier $\frac{5}{6}$ Rthlr. Preis bei **Abnahme von 10 Exemplaren** $\frac{2}{3}$ Rthlr.

Inhalt. **Erste Abtheilung.** I. Erzählende Schreibart. (Erzählende Prosa und epische Poesie). II. Beschreibende und schildernde Schreibart. (Beschreibende Prosa und lyrische Poesie). III. Belehrende Schreibart. (Belehrende Prosa und didaktische Poesie). **Zweite Abtheilung.** (Prosa). A. Naturbilder. B. Bilder aus der Länder- und Völkerkunde. C. Geschichtsbilder.

Der Name der durch Lebensbilder I. — III. bekannten Herausgeber bürgt für die Zweckmäßigkeit und Vortrefflichkeit der getroffenen Auswahl. Das Buch ist bestimmt die litterarhistorische Bildung zu befördern und eine genauere Kenntniß der edelsten Geister deutscher Nation zu vermitteln. Es darf zuversichtlich behauptet werden daß ein Werk von ähnlicher Reichhaltigkeit bei beispielloser Billigkeit in der deutschen Litteratur noch nicht vorhanden ist. Zur Einführung in Gymnasien, Realschulen, Seminarien ec. empfiehlt es sich vor vielen andern ähnlicher Art. Die Ausstattung ist vorzüglich, der Druck, obschon compreß, von durchgehend neuen scharfen und den Augen wohlthuenden Lettern. Die feinere Ausgabe eignet sich vorzugsweise zu Geschenken.

(4024) **Für Forstmänner, Baumeister, Holzhändler etc.**

Im Verlage der Nicolai'schen Buchhandlung in Berlin ist erschienen (zu beziehen durch M. Rieger in Augsburg):

Georg Ludwig Hartigs
(k. preuß. Staatsraths und Ober-Landforstmeisters),

Kubiktabellen

für geschnittene, beschlagene und runde Hölzer, nebst Geld- und Potenz-Tabellen.
Sechste vermehrte Auflage
herausgegeben von **Dr. Theodor Hartig,**
herzogl. braunschw. Forstrathe.
Mit Holzschnitten und einer concentrirten Kubiktabelle.
Dauerhaft in Cattun gebunden, Preis $2\frac{1}{2}$ Thlr. oder 4 fl. 30 kr.

In einer öffentlichen Beurtheilung dieses Werks heißt es:

„Den Werth dieser Tabellen wird der praktische Forstmann, Holzhändler ec. beim Gebrauch bald schätzen lernen. Sie übertreffen alle bisher erschienenen an Vollständigkeit und allgemeiner Brauchbarkeit. Sie sind in den preußischen Staaten allgemein eingeführt, und Referent wünscht daß sie auch in den übrigen deutschen Staaten gesetzlich eingeführt, und dadurch die Ungleichheit und Ungewißheit gehoben werden möge die bei dem Gebrauche der verschiedenartigen Tabellen noch so häufig erzeugt werden."

Die Verlagshandlung erlaubt sich nur noch hinzuzufügen daß die gegenwärtige 6. Auflage durch eine zweckmäßige „Anleitung zur Messung und Berechnung liegender sowohl als stehender Bäume," sowie durch mehrere neue Tabellen und eine große Menge von Holzschnitten bereichert worden ist, wodurch die Brauchbarkeit des Buches sehr gewonnen hat.

[3954]

Die Brettner'schen Lehrbücher.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung sind erschienen und zu haben:

1) **Leitfaden für den Unterricht in der Physik auf Gymnasien, Gewerbeschulen und höheren Bürgerschulen, von Prof. Dr. H. A. Brettner,** königl. Regierungs- und Schulrathe, Director des Marien-Gymnasiums zu Posen, Mitgliede mehrerer gelehrten Gesellschaften. **Mit 4 Steintafeln. Elfte, vermehrte und verbesserte Auflage. 8. 1849. $24\frac{1}{4}$ Bog. $22\frac{1}{2}$ Sgr.**

In kurzen Zwischenräumen haben sich bereits zehn Auflagen von diesem Leitfaden vergriffen, und die obige elfte abermals verbesserte Auflage wird nun jetzt als erschienen zur Anzeige gebracht; die Zweckmäßigkeit desselben beim Unterricht in der Physik ist dadurch thatsächlich dargethan. Wir erlauben uns dieses Lehrbuch allen Lehranstalten von neuem zu empfehlen.

2) **Leitfaden beim Unterrichte in der Buchstaben-Arithmetik, Algebra und Combinationslehre. Von Dr. H. A. Brettner. Vierte verbesserte Auflage. 8. 1846. 20 Sgr.**

3) **Lehrbuch der Geometrie für Gymnasien, Realschulen und höhere Bürgerschulen. Von Dr. H. A. Brettner. Mit 7 Steintafeln. Vierte verbesserte Auflage. 8. 1847. 1 Rthlr. 5 Sgr.**

4) **Die bürgerliche Rechenkunst. Ein Leitfaden beim Unterricht in den bürgerlichen Rechnungsarten. Von Dr. H. A. Brettner. 8. 1840. 10 Sgr.**

Diese drei Lehrbücher umfassen den ganzen mathematischen Unterricht von Sexta bis Prima. Klarheit und Faßlichkeit in der Darstellung, die möglichste Gedrängtheit bei aller Vollständigkeit und Gründlichkeit sind die Vorzüge welche diesen Lehrbüchern zur Empfehlung gereichen. Daß diese Vorzüge vielfach anerkannt worden sind, beweisen die immer von neuem nöthig werdenden neuen Auflagen.

Buchhandlung **Josef Max & Comp. in Breslau.**

(3997) Im Verlage der Math. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Lehrfreiheit,

ihre

Motive, Bedingungen und Folgen für Staat, Kirche und Schule,

geschildert mit vorzüglicher Hinweisung
auf **Belgien und Nordamerika.**
Von **Alexander Schöppner,**
königl. Studienlehrer.
Broschirt. 8. Preis 24 kr. oder 6 gGr.

Eine sehr wichtige Schrift für alle die sich um den Unterricht bekümmern. Der Verfasser zieht die Resultate, begründet durch genaue statistische Notizen über die Mängel und Vorzüge des Unterrichts in Belgien und Amerika, in den Kreis seiner Untersuchungen. Das Beste der Erziehung, sonst nichts, stand ihm vor Augen. Sein Grundsatz ist: nur der freie Lehrer arbeitet freudig und segensvoll. Der Staat soll die Schule nicht schulen, sondern sich darauf beschränken dieselbe zu überwachen, das Erziehungsgeschäft zu lenken, nicht zu betreiben. Das Regieren von Oben und Draußen herein greift die Schule in ihrem innersten Leben an, macht sie steif und lahm, und setzt an die Stelle einer frischen, freudigen Selbstthätigkeit, todte Maschinenmäßigkeit.

(3927) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen zu beziehen:

Evangelia, IV., Novi Testamenti. Graeca ad Vulgatam, quam opposuit, accurate recognita orthodoxe explanata, in latinum sermonem conversa edidit A. Liber Baro de **Berlepsch.** Vol. I. Evangelium Matthaei compl. Lex.-8. cart. 6 fl. oder 3 Thlr. 12 gr.

Führich, J., die **klugen** und **thörichten Jungfrauen** des **Evangeliums.** Gezeichnet von etc. und in Stahl gestochen von J. Leudner. Mit einem entsprechenden Texte von Dr. S. Brunner. gr. qu. Roy.-Fol. 2 fl. oder 1 Thlr. 6 gr.

[4007—9] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Fahrten

von

Franz Schuselka.

I. Band. Von der Revolution.
II. Band. Während der Revolution.
Preis für beide Bände eleg. brosch. 4 fl. 30 kr. C.-M. oder 3 Rthlr.

Inhalt:

Reuß Lobenstein-Ebersdorf-Schleiz. — Salzburg, Aign, Berchtesgaden, Brückenau. — München. — Weimar, Jena, Erfurt, Wartburg. — Coburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Passau. — Eine Nibelungenfahrt.

Hamburg. — Berlin, Breslau. — Wien I. — Frankfurt I. — Wien II. — Frankfurt II. — Wien III. — Die Octobertage. — Kremsier.

Mit gewohntem Freimuth schildert der Verfasser seine interessanten Erlebnisse und liefert manchen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte.

(3971) Im Verlage von **Bernh. Tauchnitz jun.** in **Leipzig** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

BIBLIA HEBRAICA

AD OPTIMAS EDITIONES
IMPRIMIS EVERARDI VAN DER HOOGHT
ACCURATE RECENSA ET EXPRESSA.
Curavit
argumentique notationem et indices nec non clavem masorethicam
addidit
Car. Godofr. Guilielmus Theile,
Prof. Lipsiensis.
Editio stereotypa. gr. 8. brosch. $2\frac{1}{3}$ Rthlr.

[3988] Bei Friedr. Schulthess in Zürich ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Unsere junghegel'sche Weltanschauung

oder

der sogenannte neueste **Pantheismus.**
Allen denkenden J. P. Romanys gewidmet
von **A. E. Biedermann,**
8. brosch. 1 fl. 15 kr. oder 24 Ngr.

(3973)

Leipziger Kunstauction.

Durch alle Buch- und Kunsthandlungen ist vom Unterzeichneten zu beziehen:

Verzeichniß von mehreren gut gewählten Sammlungen, von Kupferstichen, Radirungen, Handzeichnungen, Kupferwerken rc. meist aus Nachlässen von Künstlern und Kunstfreunden, welche den 26 Nov. d. J. zu Leipzig gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Rudolph Weigel.

(3989) In der Buchhandlung von G. A. Fleischmann in München ist so eben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen Deutschlands, der Schweiz rc. versendet worden:

Der Haus-Doctor für Stadt und Land. 50jährige Erfahrungen, gesammelt an den Krankenbetten in der Civilpraxis und in den größten Civil- und Militärspitälern der bedeutendsten Hauptstädte. Enthaltend die besten Mittel zur sichern Heilung selbst der hoffnungslosesten Krankheiten und Gebrechen,

und die bisher völlig unbekannte, dem Grafen v. Howersdorff von dem weltberühmten **Paracelsus** mitgetheilte Anweisung zur Bereitung des ächten Lebenselixirs, genannt der **Himmelstrank**, zur Erlangung eines gesunden, 100jährigen Alters, durch dessen Gebrauch einem von allen Aerzten Deutschlands bereits aufgegebenen **Kurfürsten von Bayern** noch das Leben gerettet wurde.

In allgemein verständlicher Schreibart herausgegeben von einem praktischen Arzte. 2te verb. Auflage. Mit einem merkwürdigen Anhange: **Enthülltes Geheimniß der Erzeugung des Menschen.** Gr. 8. brosch. $22\frac{1}{2}$ Ngr. oder 1 fl. 12 kr.

Separat-Abdruck aus dem Werke der Haus-Doctor: Der **Himmelstrank**, oder die bisher völlig unbekannte, von dem weltberühmten Paracelsus dem Grafen v. Howersdorff mitgetheilte Anweisung, wie das ächte Lebenselixir bereitet wird rc. Taschenf. brosch. 4 Ngr. od. 12 kr.

(4036) Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung (Laupp u. Siebeck) ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das Geschwornengericht

für **Nichtjuristen** dargestellt von
C. Reinhold Köstlin,
Doctor und Professor der Rechte.
Zweite, unveränderte Auflage.
14 Bogen. Gr. 8. broschirt. 1 fl. 30 kr. oder 27 Ngr.

Das Buch hat in allen deutschen Ländern so seltenen und ungetheilten Beifall gefunden daß seit der kurzen Zeit seines ersten Erscheinens die sehr starke Auflage vergriffen und eine neue nöthig wurde. Wir hielten es für passend dieselbe ganz unverändert erscheinen zu lassen und der glänzende Erfolg der ersten kann dieß nur rechtfertigen. Wir wünschen dem Buch auch fernere ausgedehnte Verbreitung.

[3943] Bei mir, Französische Straße Nr. 11 in Berlin, ist erschienen und auf dem Wege des Buchhandels zu beziehen:

Programm, oder Darstellung der Grundsätze der von mir aufgestellten praktisch-wissenschaftlichen Methode Sprachen, und besonders das Sprechen und Schreiben derselben, auf eine leichte, schnelle und gründliche Art zu erlernen, mit Proben aus den neuesten Lehrbüchern der französischen und englischen Sprache. 5 Sgr.

C. A. F. Mahn, Dr.

(4039—40) Hr. F. J. Biehmüller aus Gotha, welcher bisher einige Provisionsgeschäfte für uns machte, ist nicht mehr in unsern Diensten. Wir machen unsere Geschäftsfreunde mit dem Bemerken darauf aufmerksam daß wir keine Handlung von ihm mehr anerkennen, viel weniger dafür haften.

Rymbrecht bei Köln, den 26 Oct. 1849.

Milchsack & Comp.

[3815—17] In einer der ersten Städte Südbaverns wünscht ein thätiger Geschäftsmann einige gangbare Artikel zum Commissions-Verkauf zu übernehmen. — Gefällige Offerte bittet man unter Chiffre A. Z. Nr. 3815 franco an die Expedition dieses Blattes gelangen zu lassen.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag Nr. 312. 8 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Prinz von Preußen. Der Telegraph. Die Aschaffenburg-Frankfurter Eisenbahn. Besorgnisse für das Jaup'sche Ministerium. Frankfurt tritt dem Wiener Vertrag, über die Centralgewalt bei); München (Abstimmung der zweiten Kammer in der deutschen Frage: der Kirchgeßner'sche Antrag verworfen, der erste Satz des Commissionsantrags und der zweite des Paur'schen angenommen. Schlußrede des Ministers v. d. Pfordten); Stuttgart (Schoder verläßt den Staatsdienst); Wiesbaden (Major Morhagen verurtheilt); Kassel (Rittmeister Grau verurtheilt. Jordan für das Schiedsgericht ernannt); Köthen (ein parlamentarischer Sturm im Wasserglas); Dessau (der Verfassungsjahrestag gefeiert); Meiningen (der Landtag einberufen); Köln (Kinkels Familie. Die Stimmung im Land); Berlin (Minister Kamptz †. Der Verwaltungsrath antwortet auf die jüngste sächsische Erklärung); Potsdam (ein Toast des Königs auf den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin); Mecklenburg (kein Verfassungsprotest des Königs von Preußen); Schleswig-Holstein (die Gefion. Eröffnung der Landesversammlung. Ministerielle Mittheilungen über die Stellung Preußens. Dänische Drohungen); Wien (freudiger Empfang der kaiserlichen Familie im Theater. Verordnung wegen der Aufschriften auf den Kaufläden in Pesth. Schuselka's Buch im Bereich des Belagerungsstands verboten. Eindruck der Pariser Berichte); Olmütz (die Hochschule); Steyermark (Oesterreich und Deutschland).

Oesterreichische Monarchie. Krakau (die Russen. Consulate).

Großbritannien. Whitshed, Oberadmiral der Flotte †.

Frankreich. Feierliche Einsetzung der Magistratur. Personalien der neuen Minister. Journalurtheile über die politische Lage.

Italien. Neapel (der Papst nach Benevent); Florenz (neues Anleiheproject); Modena (der Infant Don Juan und Cabrera); Turin (Wechsel im Kriegsministerium. General Pepe).

Datum der Börsen: Wien 5; Frankfurt 6; Augsburg 7 Nov.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 5 Nov. Der Prinz von Preußen, welcher gestern Abend von Karlsruhe hier eintraf, wird sich demnächst nach Coblenz begeben, von wo er jedoch — wie man versichert — zur feierlichen Einsetzung der neuen provisorischen Bundescommission sich wieder hier einfinden wird. Heute nahm unter anderm der Prinz das Heiliggeistspital in Augenschein. Der Erzherzog-Reichsverweser hatte gestern der Preisvertheilung in der hiesigen polytechnischen Schule beigewohnt, und am Schluß derselben ermunternde Worte an die Zöglinge gerichtet. — Die hiesige Effectensocietät hat das Vorhaben die täglichen Cursnotirungen von Berlin durch den Telegraphen kommen zu lassen, wegen des mehrere tausend Gulden betragenden Kostenaufwandes wieder aufgegeben. Dagegen haben sich die hiesigen Zeitungsredactionen geeinigt den Telegraphen zur Mittheilung der wichtigeren Nachrichten aus Berlin regelmäßig zu benutzen. — Die ministerielle Mittheilung die der bayerischen Abgeordnetenkammer in Betreff des Baues der Westbahn (Bamberg-Aschaffenburg) gemacht wurde, hat hier um somehr Interesse erregt je inniger die Verkehrsverhältnisse Frankfurts wie der ganzen Rhein- und Maingegend bei dem baldigen Zustandekommen dieses Schienenweges betheiligt sind. Hoffentlich wird die in Aussicht gestellte Beschleunigung der Bahnarbeiten vom nächsten Frühjahr an zur Wahrheit werden! — Von Darmstadt wird berichtet daß dort in manchen Kreisen die Besorgniß auftauche, das hessische Märzministerium möchte in kurzem das Schicksal des Ministeriums Römer theilen. Bereits wird als Nachfolger des Hrn. Jaup der vormärzliche Minister v. Hombergk bezeichnet. — In Nassau soll die beurlaubte Mannschaft der Artillerie einberufen seyn. Der nassauischen Artillerie gebührt bekanntlich ein wesentlicher Antheil an der ruhmvollen Waffenthat von Eckernförde. Ihre jetzige Mobilmachung wird daher von manchen Seiten mit der Angelegenheit der „Gefion“ (über welche das Reichsministerium in der heutigen Oberpostamts-Zeitung eine so energische Erklärung erlassen) in Verbindung gebracht. (?)

Frankfurt a. M., 5 Nov. Der Senat der freien Stadt Frankfurt hat in seiner letzten Plenarsitzung die Zustimmung zu dem Vertrag vom 30 Sept., die Einsetzung einer neuen provisorischen Centralcommission betreffend, ertheilt. (Frankf. J.)

Bayern. || **München,** 7 Nov. Die deutsche Frage, in den ersten drei Berathungstagen mit Geist und Würde behandelt, hatte sich gestern schon in den Sand verlaufen; heut zeigte sich an mehrern Erscheinungen daß es hohe Zeit zum Schlusse war. Nachdem Frhr. v. Lerchenfeld eine ohne Entscheidung gebliebene Conversation darüber angeregt ob im Protokoll die gestern von Fürst Wallerstein abgegebene Erklärung als von der „Linken“ ausgehend bezeichnet werden dürfe, bestieg Hr. Dr. v. Link (ein übrigens verdienstvoller Gelehrter) als Referent die Bühne um über drei Stunden lang nicht zu sprechen, sondern zu lesen, und zwar Dinge welche ebenso undeutlich geschrieben schienen als schwer zu verstehen waren. Die Kammer und die Gallerien erleichterten sich ihren peinlichen Zustand durch Lectüre und Privatgespräche, und begannen nur in Heiterkeit zu gerathen wenn der Referent ein neues Heft hervorzog oder mit einem spätern Zurückkommen auf eine Frage drohte. Die Verlesung schien hauptsächlich zu bezwecken eine im Ausschuß abgelehnte weitausgesponnene Verfassungsidee über eine eigenthümliche Gestaltung der Trias der Oeffentlichkeit zu übergeben. Hierauf ergriff Minister v. d. Pfordten das Wort um in Kürze sich gegen die Wallersteinischen Zusatzanträge zu erklären, da dessen Partei die Grundgedanken des Ministeriums nicht theilen könne, und daher auch einzelnen Aeußerungen der Minister nur beistimmen würde, indem sie aus dem Zusammenhang des Ortes und der Zeit herausreiße. Die Regierung habe von der Beschickung eines Reichstags nur unter der Voraussetzung gesprochen daß demselben eine Verfassung vorgelegt werden könnte, über die sich die Regierungen geeinigt hätten. Der Hr. Minister schließt mit der allgemeinen Betrachtung wie die Vertreter der Monarchie ihre Grundpfeiler vor jeder Untergrabung schützen müßten, und mit der Bitte einen bestimmten und klaren Ausspruch in dieser für Bayern, Deutschland und mittelbar vielleicht für Europa wichtigen Abstimmung zu fällen. Nachdem hierauf Wallerstein seine Anträge zurückgezogen wurde, endlich zur Abstimmung durch Namensaufruf geschritten. Der Kirchgeßnerische Antrag wird mit 73 gegen 56 Stimmen abgelehnt; mit demselben Stimmenverhältniß wird der erste Theil des Ausschußantrags, nach Verwerfung des betreffenden Theils des Paur'schen Antrags, angenommen. (Motivirte Tagesordnung über die Vorlage des Ministeriums.) Weiter ward der zweite Theil des Pauer'schen Antrags (motivirte Tagesordnung in Betreff des Provisoriums vom 30 Sept.) mit 70 gegen 59 Stimmen angenommen, der die künftige Behandlung der deutschen Frage behandelnde Paur'sche Wunsch mit 106 gegen 23 Stimmen abgelehnt, und der des Ausschusses mit 70 gegen 59 angenommen. Mit großer Majorität werden hiezu zwei Zusätze von Forndran, die Volksvertretung im allgemeinen und für handelspolitische Regelung betreffend, angenommen. Um halb 3 Uhr schließt der Präsident die Sitzung mit dem Bemerken daß im Interesse der Thätigkeit in den Ausschüssen während dieser Woche keine öffentliche Sitzung mehr stattfinde. *)

∸ **München,** 6 Nov. Ich theile Ihnen das Wesentliche der heutigen Schlußrede des Ministers des Auswärtigen, Hrn. v. d. Pfordten, mit. Er sagte: Ueberhaupt sey es nicht seine Absicht gewesen die Abstimmung durch eine lange Schlußrede aufzuhalten, noch weniger werde er dieß jetzt thun. Nur die Wichtigkeit der Sache mache es ihm zur Pflicht, nachdem er bereits vorgestern die Ansichten der Regierung offen dargelegt, auf die Ehre des Schlußwortes nicht zu verzichten. Unbank-

*) Wir bemerken daß wir von der ganzen Discussion der letzten Tage umfassende Nachträge geben werden, um die Lücken die jeder Tagesbericht haben wird, soweit möglich zu ergänzen.

bar würde es seyn wenn er nicht anerkennen wollte daß alle Fractionen der Kammer sich in einer Weise ausgesprochen hätten daß, wenn man auch in den Ansichten nicht mit allen Seiten übereinstimmen könne, doch der Form und Haltung der Discussion durchaus nichts entgegenzusagen sey. Nur gegen einen einzigen Punkt, gegen einen vom Fürsten Wallerstein eingebrachten Zusatzantrag müsse er sich verwahren, da derselbe aus frühern Actenstücken der Regierung einzelne Stellen aushebe und an diese die Billigung der Regierungspolitik binden wolle. Auch könne in der That vom Antragsteller und seinen Freunden keine Billigung der Regierung beabsichtigt seyn, dazu seyen beide Theile in dieser Frage von zu verschiedenen Standpunkten ausgegangen. Solche einzelne Sätze aus einer Reihe von Staatsschriften auszuheben und diese als Momente hinzustellen zu denen eine Beistimmung ausgesprochen werden solle, während es sich um ein ganzes Princip und dessen Verfolgung handle, gehe nicht an. Beispielsweise führe er nur einen Satz an welcher der Zustimmung empfohlen werde. Es sey dieß jener der Note vom 19 Jun., worin gesagt werde daß, falls die Verhältnisse der österreichischen Monarchie im gegenwärtigen Augenblick jede Theilnahme an einem deutschen Reichstag unmöglich machen, und mithin der Zeitpunkt noch nicht gekommen seyn sollte für welchen das österreichische Ministerprogramm die staatliche Bestimmung der gegenseitigen Beziehungen Oesterreichs und Deutschlands in Aussicht gestellt habe, Bayern sich der Theilnahme an einem deutschen Reichstag nicht enthalten könne. Damals hätten die Verhältnisse wirklich das Ansehen gehabt als ob Oesterreich auf jede engere Verbindung mit Deutschland verzichten wolle. Indessen habe die bayerische Regierung nie daran gedacht einen Reichstag berufen zu lassen, ohne daß ihm ein Verfassungsentwurf vorgelegt werden könne über den sich die Regierungen bereits geeinigt hätten. Dieser Fall sey nicht eingetreten. Werfe er (der Minister) nun einen allgemeinen Rückblick auf die Verhandlungen, so scheine ihm eine bestimmte Ueberzeugung davon was in der Zukunft geschehen solle durch jene nicht zu Stande gekommen zu seyn. Selbst der Kirchgeßner'sche Antrag fordere nur Beschickung des Reichstags. Durch die Abstimmung werde sich also der Grundgedanke zu ergeben haben nach welchem sich eine künftige Leitung dieser Angelegenheit richten könne. Mehrere Redner hätten aus den verschiedensten Standpunkten die Zukunft aufs düsterste geschildert und, wenn das Einigungswerk nicht schleunig vollendet werde, besonders die Monarchie aufs tiefste bedroht gesehen. Wenn aber die Erhaltung der Monarchie nur in der Vernichtung ihrer einzelnen Erscheinungen gesehen werde, so sey es Pflicht mit allen Kräften dieser partiellen Vernichtung entgegenzustehen. Veräußere dennoch eine Monarchie diese Rechte, so sterbe sie aus Furcht vor dem Tode. In diesem Sinn habe die Regierung sowohl der Reichsverfassung des Parlaments als dem Entwurf vom 26 Mai ihre Anerkennung versagen müssen. Uebrigens möge man nicht glauben daß die Regierung unter dem Eindruck jener Ansicht stehe als ob das Ende der gegenwärtigen Stürme auch das Ende des monarchischen Princips seyn werde. Nein, ich glaube, der Monarchie gehört die Zukunft. Darum stehe ich nicht mit Bangen sondern mit der Gewißheit des Siegs auf der Stelle wo ich die Monarchie zu vertheidigen habe. Denn im Volk, im eigentlichen Volk lebt der Begriff der Monarchie noch in voller Kraft. Schließlich wiederholt der Minister die Bitte an die Kammer in ihren Abstimmungen feste und bestimmte Ansichten niederzulegen. Man möge bedenken daß die heutige Abstimmung nicht bloß für Bayern von größter Wichtigkeit sey, sondern auch für Deutschland, ja mittelbar für ganz Europa.

|| **München,** 7 Nov. Die von den Abgeordneten in der deutschen Frage heute erfolgten Abstimmungen ergeben folgende Redaction des Endbeschlusses. „In Erwägung: daß der Grundgedanke und das Ziel der deutschen Bewegung des Jahrs 1848 sowie die Aufgabe der deutschen Nationalversammlung die politische und materielle Einigung aller deutschen Stämme gewesen ist; daß einzig und allein die Erreichung dieses Ziels den Anforderungen des Nationalwillens zu genügen vermag, und daß sie daher so lange angestrebt werden muß als nicht die letzte Hoffnung verschwunden ist dasselbe zu erringen — daß aber diese Absicht durch den von Preußen ausgegangenen Verfassungsentwurf nicht erreicht wird, indem derselbe den Bestimmungen des Bundesvertrags widerspricht und Deutschland durch den Ausschluß Oesterreichs zerreißt; daß die von dem Staatsminister des Aeußern theils der Kammer vorgelegten, theils dem Ausschuß vertraulich mitgetheilten Actenstücke darthun, derselbe habe nicht versäumt in richtiger Auffassung der Stellung Bayerns einerseits Oesterreich zu einer Aenderung seiner bisherigen zuwartenden und ablehnenden Politik und zu einem engeren staatlichen Verband mit dem übrigen Deutschland unter den der öffentlichen Meinung und den Bedürfnissen des Volks entsprechenden Formen und Bürgschaften zu vermögen, und andererseits Preußen gegenüber die Beseitigung der Hindernisse zu erwirken welche jenem Anschluß im Wege stehen; daß mithin das Staatsministerium, durch sein Bestreben den Grundgedanken des nationalen Aufschwunges festzuhalten und zu verwirklichen, den Interessen Deutschlands und Bayerns entsprechend gehandelt hat, geht die Kammer über die Vorlagen des Ministeriums zur motivirten Tagesordnung über. In Erwägung daß unter den bestehenden Verhältnissen, bei der Zerrrissenheit des Vaterlandes die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt an sich, sowohl hinsichtlich der Sicherung und Stellung Deutschlands gegenüber dem Ausland, als hinsichtlich der Besorgung seiner noch bestehenden innern gemeinschaftlichen Angelegenheiten ein politisches und praktisches Bedürfniß war; in Erwägung daß wenn auch der Vertrag vom 30 Sept. d. J., die Bildung einer provisorischen Bundescentralcommission betreffend, so wie er geschlossen, ebenso den bisherigen Bundesrechten der Einzelstaaten entgegensteht, als er nicht geeignet erscheint in dem deutschen Volke Vertrauen auf die Gestaltung seiner Zukunft zu erwecken, es gleichwohl bei der Dringlichkeit des Bedürfnisses nicht mehr ausführbar erscheint ein anderes Organ an die Stelle dieser provisorischen Centralgewalt zu setzen, beschließt die Kammer, indem sie jede Verlängerung der Dauer dieses Provisoriums für unzulässig erklärt, und indem sie für jetzt Umgang von der Erörterung der Frage nimmt ob von Seite der königl. Staatsregierung ihre Zustimmung zur Genehmigung des erwähnten Vertrags zu erholen gewesen wäre, auch über diese Mittheilung des königl. Ministeriums zur motivirten Tagesordnung überzugehen. In Erwägung jedoch daß die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Vaterlandes nicht nur eine bedenkliche Aufregung erhält, sondern auch die materiellen Interessen des Volks aufs schwerste beeinträchtigt und gefährdet; daß der trostlos schleppende Gang der Unterhandlungen und das überwiegende Hervortreten dynastischer Bestrebungen jene Uebelstände ins unbestimmte zu verlängern drohe; daß aber gerade jetzt bei dem Mangel einer allgemeinen Vertretung des deutschen Volkes es um so dringendere Pflicht der Regierungen ist mit Entschiedenheit, Offenheit und Selbstverläugnung das schleunige Zustandekommen einer ganz Deutschland umfassenden Einigung anzustreben, welche durch Herstellung seiner ungetheilten Macht gegen außen, durch kräftige Förderung seiner materiellen Interessen im Innern, durch vollständige Entwicklung und unverkümmerte Geltung des constitutionellen Princips dem gerechten Wunsche des deutschen Volkes Genüge zu leisten vermag; daß überdieß die Gründe welche Oesterreichs bisherige Haltung bedingen mochten, nunmehr in den Hintergrund getreten sind, daher sein Anschluß wesentlich erleichtert erscheint; aus diesen Gründen erwartet die Kammer: das Ministerium werde bei den ferneren Verhandlungen in der deutschen Frage den Grundgedanken der Einigung des gesammten Deutschlands festhalten und für das Zustandekommen einer definitiven Verfassung in diesem Geiste mit einer wahrhaften unverkümmerten Vertretung des Volkes nothwendige Opfer nicht scheuen und der Kammer die Ergebnisse der Verhandlungen zur Kenntniß und zur Zustimmung vorlegen. Zugleich gibt sich die Kammer der Ueberzeugung hin: die bayerische Regierung nicht versäumen werde dahin zu wirken daß, unbeschadet dieser Aufgabe, vor allem die industriellen und handelspolitischen Verhältnisse und Bedürfnisse aller deutschen Staaten unter geeigneter Betheiligung des Volkes gemeinsam geregelt werden."

Württemberg. **Stuttgart,** 5 Nov. Wir hören daß Regierungsrath Schoder seine Entlassung aus dem Staatsdienst nehmen wird. Derselbe wird sich als Rechtsanwalt dahier niederlassen. (Beob.)

Kurhessen. **Kassel,** 1 Nov. Gestern sprach das Militärgericht in der Untersuchungssache gegen den Rittmeister Grau vom Leibhusaren-Regiment, betreffend die bekannte Gefangennehmung von 70 kurhessischen Husaren durch einen Ueberfall der Dänen zu Norre-Snede, das Urtheil. Der Angeklagte wurde wegen Vernachlässigung der ihm als commandirendem Officier einer detaschirten Truppenabtheilung obliegenden Pflichten neben Dienstentsetzung zu vierjähriger Festungsstrafe und zum Ersatz des verursachten Schadens, beiläufig etwa 10,000 Thlr., verurtheilt. Nach Verkündigung des Urtheils wurde der Angeklagte wieder in Arrest abgeführt. Er ist übrigens von dem Gericht der landesherrlichen Gnade behufs Wiederanstellung im Civildienst empfohlen worden. Dem Angeklagten steht gegen dieses Urtheil das Rechtsmittel der Berufung frei, welches derselbe alsbald angezeigt haben soll. (Kass. A. Z.)

Aus **Kassel** melden zuverlässige Bericht daß Jordan zum Mitglied des Schiedsgerichts in Erfurt bestimmt ist. (Darmst. Z.)

H. Nassau. **Wiesbaden,** 2 Nov. Wie man vernimmt, ist der Major Mohrenhofen von dem hier über ihn gehaltenen Kriegsgericht verurtheilt seiner Dienststelle entsetzt zu werden. Genannter Officier commandirte im jüngsten badischen Feldzug bei dem Treffen von Oos das nassauische Bataillon, welchem die Schuld beigemessen wird daß die Mek-

lenburger um eine Kanone welche den Freischaaren in die Hände fiel, gekommen sind. (Fr. J.)

Thüringen. **Meiningen,** 31 Oct. Der Landtag ist auf den 4 Nov. einberufen, man sagt wegen des (vom neuen Ministerium bereits ratificirten) Anschlusses an das Dreikönigsbündniß. (Dorfz.)

H. Anhalt. **Köthen,** 30 Oct. Den heutigen Jahrestag der Verfassung, der in Dessau mit großen Festlichkeiten begangen wurde, hat in Köthen der vereinigte Landtag durch seine Abstimmung gefeiert. Die Anträge statt der §§. 4 und 5 der Verfassung die Bestimmung zu wählen: „Die Regierungsform beruht auf dem Princip einer verfassungsmäßigen Theilung der Gewalten zwischen Fürst und Volk," und „Die Regierungsform ist die monarchische unter Mitwirkung des gesammten Volks durch seine verfassungsmäßigen Vertreter," sind nacheinander verworfen, der erste mit 30 gegen 14, der zweite mit 34 gegen 10 Stimmen, und unter großem Jubel der Galerien die ursprünglichen Paragraphen: „Die Regierungsform ist die demokratisch-monarchische; alle Gewalten gehen vom Volk aus," bestätigt. Man hält eine Auflösung des Landtags, und, damit in Verbindung stehend, eine Aenderung des Ministeriums für wahrscheinlich: Pernice wird als derjenige genannt der bestimmt seyn dürfte ein neues Ministerium zu bilden. So die Deutsche Ztg. Nach der Magdeburger Zeitung wurde vom vereinigten Landtag auch der ministerielle Antrag mit 33 gegen 8 Stimmen abgelehnt, wonach die Bestimmung über den Adel nur dahin lauten sollte: „Der Adel als Stand ist aufgehoben, und alle Standesvorrechte sind abgeschafft." Dagegen wurde der radicaler lautende Commissionsantrag angenommen.

Dessau, 30 Oct. Der Jahrestag unserer Verfassung wurde festlich vom Volke begangen.

Preußen. 0 **Köln,** 3 Nov. Die vorgestrige Kölnische Zeitung enthielt eine beredte Aufforderung aus Bonn zur Unterstützung der Hinterbliebenen von Gottfried Kinkel. Es heißt darin daß Kinkel einer gleichen Berücksichtigung werth sey wie Robert Blum, dessen verwaiste Söhne das deutsche Volk als Kinder der Nation adoptirt habe. Gewiß kann auch hier ein Tribut der Menschlichkeit gezollt werden, allein sehr wahrscheinlich wird er nicht reichlich ausfallen. Die Tage der Begeisterung und Verbrüderung sind dahin, und wenn die Sammlung für Robert Blum einen großen Ertrag brachte, so kam es zu einem guten Theil daher daß Robert Blum Sympathien bei dem vermögenden Mittelstand hatte, der in Leid und Noth sein Scherflein geben kann. Kinkel war aber ein Mann der socialen Republik, der stets nur an der Spitze des Proletariats der sogenannten Bourgeoisie schroff entgegentrat und den ehrlichen Leuten von Hab' und Gut nicht wenig Angst und Aerger machte. Es liegt aber auch alles politische Leben im Volke kläglich darnieder, von den Demokraten gar nicht zu reden, auch bei den Constitutionellen. Nur in der jüngsten Zeit erwachte einige Theilnahme als das Ministerium die Partei Mielentz mit dem verbissenen Hochmuth abzufertigen versuchte, der unserer Bureaukratie jenseits der Elbe von jeher eigen war. Man hat sich wieder versöhnt, allein man kennt die Reticenzen der Versöhnlichen. Wo nur der Sinn für Bürgerthum in der Reinheit des Jahrhunderts in die Erscheinung treten will, erheben sich die Helden mit der angestammten Treue im Herzen, mit dem „herrlichen sieggewohnten Heer" im Rücken, und reden und handeln als wenn das Jahr 1848 nur Ketzerei geboren hätte. Die Lage und Stimmung der Constitutionellen in der Singakademie ist hier durch einen Bericht unsers Abgeordneten Bürgers an die Wähler klar geworden; der Bericht hat die Debatte über die Beibehaltung, Beschränkung oder gänzliche Streichung des Schlußsatzes des Art. 105 der Verfassung zum Gegenstand, und gibt bei einer scharfen Beleuchtung der Sache Licht und Schatten für die obwaltenden Zustände im allgemeinen. Das Ministerium will die Verfassung allenfalls, aber kein constitutionelles Leben, und so erleidet auch die postdiluvianische Theorie des Hrn. v. Manteuffel, daß wohl die Kammern, nie aber die Wähler die Steuern sollen verweigern dürfen, Anwendung jenseits der Finanzfrage. Es ist zum verwundern daß noch niemand auf den Gedanken gekommen ist die Verfassungswidrigkeiten zu registriren und insgesammt zu veröffentlichen, die hier und dort von den Beamten hoch und niedrig ungescheut begangen werden, und man muß bedauern daß die einst sehr mißbrauchte Freiheit des Interpellirens dermalen gar nicht geübt wird, während man aufs weitläufigste über die Paragraphen der Verfassung verhandelt. Die Presse erfüllt in dieser Beziehung ihre Pflicht schlecht. Man hat sich daran gewöhnt alles gehen zu lassen wie es eben geht, oder vielmehr es hat sich so gestellt daß unsere Journalisten über fremde Dinge eifern und über die eigenen, wenn sie nicht loben können, schweigen.

Berlin, 5 Nov. Gestern starb der Staatsminister v. Kamptz. Nach der „Const. Corr." hatte er sich bis zum letzten Augenblick litterarisch beschäftigt; zwei Manuscripte liegen noch ungedruckt bei Vogler.

Berlin, 6 Nov. Die vor kurzem veröffentlichte Note des sächsischen Gesandten d. d. 23 Oct. über die Vorbehalte ist in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 30 Oct. zur Sprache gekommen. Der Preuß. Staatsanzeiger theilt die über sie gepflogenen Verhandlungen mit. Das Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. wurde im Original den Mitgliedern des Verwaltungsraths dargelegt, die von dem Vorsitzenden als Bevollmächtigtem der preußischen Note auf jene vom 23 Oct. gegebene Erwiederung ward bei Feststellung des Protokolls niedergelegt, und nach sofortiger vorläufiger Besprechung gaben die anwesenden Bevollmächtigten der sämmtlichen übrigen Regierungen ihre Erwiederung auf die Note vom 23 Oct. in gemeinschaftlicher Antwort zu Protokoll. Der Schluß dieser Antwort lautet: „Die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen bleiben hiernach, der jetzigen Note des königl. sächsischen Staatsministers ungeachtet, der vollen Ueberzeugung: daß jede Argumentation die den von Sachsen und Hannover bei dem Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. vorbehaltenen nachträglichen Erklärungen möglicherweise entnommen werden könnte, gegen die von ihnen vertretenen Regierungen in keiner Weise Platz greift; daß vielmehr zwischen diesen Regierungen und den königl. Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover die Gesammtheit der gegenseitigen Rechte und Pflichten in dem von Preußen, Sachsen und Hannover ihren Regierungen ohne allen Vorbehalt dargebotenen und von diesen Regierungen unbedingt acceptirten Bündnißvertrag vom 26 Mai d. J. beschlossen liegt; und daß der Art. IV dieses Bündnißvertrages die sämmtlichen Theilhaber des Vertrages zu der auf die demnächstige Einberufung des Reichstages abzweckenden vorläufigen Vereinbarung, wie dieselbe in dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 17 Oct. d. J. festgestellt ist, durchaus berechtigt. Indem die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen dieses gute Recht ihrer Regierungen gegen jede Anzweiflung nochmals feierlich verwahren, lehnen sie zugleich alles ab was das Interesse auch ihrer Regierungen in „die Füglichkeit anderweitiger Verhandlungen" setzen könnte, auch wenn die Geltendmachung einer solchen Füglichkeit, wie in der Note im voraus zugesichert wird, seitens der königl. sächsischen Regierung nicht bestritten werden sollte. Die accedirenden Regierungen wollen die Aufrechthaltung und den Vollzug des Bündnißvertrages, und nur dieses; sie wollen bei diesem Vertrag verharren, nicht davon zurücktreten."

Potsdam, 3 Nov. Der Pr. Staatsanzeiger enthält, nach einigen Worten über die vom König im Grunewald abgehaltene Hubertusjagd, wohl nicht ohne Absicht die Notiz: „Nach vollendeter Jagd war großes Festessen im Jagdschloß Grunewald. Bei der Tafel brachte der König das Wohl des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin auf Anlaß der am heutigen Tag stattfindenden Vermählung dieses Fürsten aus."

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 2 Nov. Die Mecklenburgische Zeitung bemerkt über die Nachricht der Neuen Preuß. Ztg. daß der König von Preußen „zur Wahrung seiner Rechte als Agnat" einen Protest gegen die in Mecklenburg-Schwerin verkündete Verfassung eingelegt habe: „da mancher geneigt seyn möchte die N. Preuß. Ztg. — trotz der groben Ignoranz, die sie dadurch bekundet daß sie den König von Preußen einen „Agnaten" des mecklenburgischen Hauses nennt — für gut unterrichtet zu halten, so geben wir hierdurch aus zuverlässiger Quelle die Erklärung daß die obige Nachricht vollkommen unwahr ist."

Schleswig-Holstein. **Glückstadt,** 2 Nov. Heute früh traf das deutsche Kriegsdampfboot „Lübeck", von der Weser kommend, auf unserer Rhede ein und setzte Officiere nebst Mannschaft ans Land, welche sogleich mit der Eisenbahn nach Norden abgingen und, wie man hört, zur Besetzung der „Gefion" bestimmt seyn sollen. (H. N.)

Altona, 3 Nov. Abends. Durch die gestern über Glückstadt nach Kiel und von dort nach Eckernförde gegangene Mannschaft des „Barbarossa" soll die „Gefion" nach Bremerhafen transportirt werden.

Kiel, 2 Nov. Der Präsident Bargum eröffnete die gestrige Sitzung der Landesversammlung mit folgenden Worten: „Ich erkläre die heutige Sitzung der schleswig-holsteinischen Landesversammlung für eröffnet. Als wir zuletzt in Schleswig versammelt waren, ward von der Landesversammlung der Beschluß gefaßt daß das Bureau zu beauftragen sey nöthigenfalls die Versammlung wieder zu berufen. Nicht in Folge dieses Auftrages sind wir heute hier zusammengekommen; die Mitglieder des Bureau hatten bis dahin keine Veranlassung von dem ihnen ertheilten Mandat Gebrauch zu machen. Der Art. 85 des Staatsgrundgesetzes bestimmt daß am 1 November jeden Jahres der ordentliche Landtag zusammentreten soll; Sie werden alle mit mir einverstanden seyn, meine Herren, daß wir in Folge dieser gesetzlichen Bestimmung uns hier eingefunden haben. . . . Die traurigen Zustände welche in einem Theile unseres Vaterlandes obwalten, und welche ihre betrübende Wirkung auf den übrigen Theil des-

selben mehr oder weniger äußern, haben uns nicht abhalten können unsern Obliegenheiten nachzukommen. Ob das Eintreten der Landesverwaltung, welche für das Herzogthum Schleswig in Flensburg factisch besteht, durch Maßregeln unserer Regierung oder durch Beschlüsse der Landesversammlung überall hätte verhindert werden können, will ich jetzt gänzlich dahin gestellt seyn lassen; daß aber das Unglück welches durch diese Landesverwaltung schon über das Land gebracht ist und vielleicht noch ferner wird gebracht werden, weder unserer Regierung noch der Landesversammlung als Verschulden angerechnet werden darf, darüber werden wir alle einig seyn. Wohl konnte man erwarten daß der durch den Waffenstillstand geschaffene interimistische Zustand von denjenigen Dänen welche das Heil ihres Vaterlandes in einer völligen Einverleibung Schleswigs in das Königreich finden wollen, benutzt werden würde um in allen Fällen, in welchen sich nur ein Schein des Rechts finden ließe, den Zustand vorzubereiten den man durch einen Frieden auf dieselbe unglückliche Basis festgestellt hoffte; allein nimmermehr konnte man voraussehen daß alles Recht und Gesetz gebrochen werden sollten, daß rohe Gewalt an die Stelle treten und daß auch diejenigen ein solches Verfahren in ihrem Interesse halten würden deren eifrigstes Bestreben es ist die Herzogthümer mit Dänemark unter demselben Scepter vereinigt zu erhalten — ein Verfahren welches immer größere Erbitterung hervorrufen und die Bewohner dieser Lande der Verbindung mit dem armen, von exaltirten und verblendeten Leuten im eigenen Land mißhandelten Dänemark immer mehr entfremden muß; nimmer konnten wir auch nur ahnen daß ein preußischer Commissär, der ja auch ein Deutscher seyn will, zu diesen Maßregeln, oder doch wenigstens zu dem größten Theil derselben, seine Zustimmung geben, und daß dieses Unwesen, welches selbst die Gewissen beschwert und gegen die Diener Gottes gerichtet ist, von dem König von Preußen auch nur so lange geduldet werden würde als es schon geschehen ist. Nun — alles Irdische hat ein Ende, und die Macht der Gewaltigen wird oft am schnellsten gebrochen; so wird denn auch jene Gewaltherrschaft, die in ihren Verfügungen oft nicht den Schein des Rechts für sich gewinnen kann, ein Ende nehmen, vielleicht ein baldiges. Eine friedliche Lösung der Frage über unser Land, die nun einmal zu dem Streben für das Aufrechthalten eines Gleichgewichts unter den europäischen Staaten eine Bedeutung gewonnen zu haben scheint, wollen wir noch hoffen, wenigstens will ich die Möglichkeit nicht läugnen; allein der Faden der ursprünglich einfach und unverwickelt zum rechten Ziel leiten konnte, ist immer mehr umsponnen und von immer neuen Arbeitern immer mehr verknotet worden, so daß es aller Kunst der gewandtesten Diplomaten zu bedürfen scheint um ihn wieder herauszufinden und zu entwirren; nur wenn sie Recht und Gesetz achten und der Vernunft Gehör geben wollen, wird es ihnen gelingen; sonst wird er sich am Ende zu einem wirren unauflöslichen Knäuel gestalten. Und wäre es Gott des Allmächtigen Wille daß er zerhauen werden soll, so wird er uns auch einen Alexander senden und ihm ein scharfes Schwert in die Hand geben. Dann aber hüte man sich daß der Hieb nicht tiefer fahre, daß nicht zerhauen werde was man durch Protokolle und Tractate, durch Garantien und Machtgebote für vollkommen gesichert hält."

Kiel, 2 Nov. Nachdem gestern die Landesversammlung der Herzogthümer mit einer energischen Ansprache des Präsidenten eröffnet war, machte heute der Departementschef des Auswärtigen v. Harbou eine kurze Mittheilung in Bezug auf die politische Lage des Landes. Er äußerte: die Umstände machten es ihm zur Pflicht darüber nicht viel mitzutheilen. Die Regierung sey unablässig bemüht gewesen den Zustand im Herzogthum Schleswig zu einem erträglichen zu machen. Ihr Streben sey ohne Erfolg geblieben. Die preußische Regierung habe nicht eingehen wollen auf die Nachweisung daß von der Regierungscommission in Flensburg über die Bestimmungen der Waffenstillstandsconvention hinausgegangen werde, weil dieselbe die Commission für unabhängig erachte von denjenigen Regierungen von welchen sie eingesetzt worden. Versuche feste Normen für das Verhalten der Regierungscommission herzustellen seyen von vornherein gescheitert, weil die Commission Bedingungen gestellt auf welche die Statthalterschaft nicht habe eingehen können. Die Commission wende physische Gewalt an, sie verkenne ganz daß diese völlig ungeeignet sey. Jetzt wolle sie durch Vermehrung der Macht ihr Ziel erreichen. Gegen den in diesen letzten Tagen erfolgten Einzug preußischer Truppen habe die Statthalterschaft Vorstellung gethan, die preußische Regierung aber erklärt daß sie unter allen Umständen den Durchmarsch durchsetzen werde, da sie durch die Bestimmung über die Zahl der Truppen in der Waffenstillstandsconvention sich gebunden erachte. Die Statthalterschaft habe nicht geglaubt wegen dieses Punktes es zum Bruch mit einer deutschen Macht kommen zu lassen. Die Herzogthümer seyen durch keine Handlungen ihrer Regierung in Geltendmachung ihrer Rechte, weder der Art noch Zeit nach, gebunden. In entferntem Zusammenhang mit dieser Aeußerung des Ministeriums fand eine Interpellation des Abgeordneten Theodor Olshausen darüber statt ob, in Gemäßheit vorhergehender Beschlüsse der Landesversammlung, das Verhältniß zu den in unserer Armee dienenden fremden Officieren dergestalt geordnet sey daß das Land im Augenblick der Gefahr gegen die Abberufung vor völlig geendigtem Krieg gesichert sey? Die Statthalterschaft wird in ihren Maßnahmen gegen Dänemark den Impuls vom Land erwarten, und dieser dürfte auch nicht ausbleiben. Unmöglich kann der jetzige Zustand im Herzogthum Schleswig sich länger erhalten. Die Dänische Berlingsche Zeitung, welche gewöhnlich im vorweg ankündigt durch Anrathen was geschehen wird, äußerte am 27 v. M.: daß man ganz andere und ernstlichere Mittel benutzen werde um das trotzige Verhalten der Aufruhrspartei zu ersticken. Dieß kann nur darauf gehen daß man die angeseheneren Männer im Herzogthum Schleswig verhaften, fortführen und selbst dem Standrecht übergeben wird. Auch die ehemalige Festung Friedrichsort am Eingang des Kieler Hafens hat jetzt von den schleswig-holsteinischen Truppen geräumt werden müssen und ist von preußischem Militär besetzt worden. In Flensburg hat der von der Landesverwaltung angestellte Oberpolizeimeister Schrader den Polizeiofficianten aufgegeben die tobenden und lärmenden dänischen Matrosen namentlich in den Tagen des Jahrmarkts nicht zu stören.

Oesterreich. — **Wien**, 4 Nov. Die österreichischen Blätter beschäftigen sich jetzt mehrfach mit der Frage: ob der Staat die neue Einkommensteuer auch auf seine eigenen Gläubiger ausdehnen und etwa durch einen Abzug bei Einwechslung der Coupons erheben solle. An und für sich betrachtet ist die Rente von einem dem Staat geliehenen Capital rechtlich ebenso gut dem Abgabengesetz verfallen als jeder andere Zinsertrag; aber der Staat würde unpolitisch handeln wenn er dieselbe auf die eben berührte Weise heranziehen wollte. Denn der ausländische Besitzer der österreichischen Papiere würde bei einem solchen Verfahren entweder sein Capital ganz zurückziehen, oder bei einem etwaigen künftigen Anleihen auf diese Schmälerung ebenso gut von vornherein Rücksicht nehmen und darnach die Berechnung des Kaufpreises regeln wie bei jedem belasteten Realwerthe, so daß schließlich der Staat, was er an Einnahmen gewänne, an Capital einzubüßen hätte. Läßt es sich jedoch nicht — so lautet unsere Frage — in einem Staat dahin bringen daß die Unterthanen in ehrlicher Weise eine Selbstbesteuerung vornehmen? Wir erinnern uns gehört zu haben daß in Bremen der Beitrag der Bürger, nach den bestimmten Procenten ihres Vermögens oder Einkommens, in einer geschlossenen Büchse eingesammelt wird, wobei niemand erfährt was der andere hineingelegt hat, ohne daß bisher jene Stadt Ursache gehabt hätte von diesem ächt bürgerlichen Wege des „Schoßens" abzugehen. In einem großen Staat ist zwar eine derartige Erhebung nicht möglich; allein die offene Angabe der Einkünfte, woher sie immer rühren mögen, läßt sich gewiß durchsetzen. Wenn auf den Fall des entdeckten Betrugs der Verlust der bürgerlichen Rechte gesetzt wird — wie das mit allem Fug geschehen kann, weil der keine constitutionellen Rechte ausüben darf der sich den Pflichten des Staatsbürgers treulos entzieht — so dürfte durch die Furcht doch mancher zur Ehrlichkeit genöthigt werden, der sonst vielleicht denkt: „Che è ratto al comuno è ratto al nessuno!"

ch Es ist gewiß nicht uninteressant in der deutschen Presse die Wirkung zu beobachten welche die neuen Vorschläge Oesterreichs in Betreff einer Handelseinigung mit dem übrigen Deutschland hervorrufen. Ueberraschung zeigt sich so ziemlich in allen Blättern wieder, und darin liegt zugleich das Zugeständniß daß sich weder die politische noch die ökonomische Seite dieses Planes von vornherein leicht übersehen läßt; aber ebensowenig wird man in den verschiedenen Journalen eine selbstbewußte scharfe Opposition finden. Als Heinrich Wuttke vor einigen Wochen in der „Leipziger Zeitung" die feste Versicherung gab daß man im österreichischen Handelsministerium dergleichen Absichten hege, lachte man ihn so ziemlich in allen norddeutschen Blättern aus; die „Reichszeitung", welche sonst den commerciellen Verhältnissen des Vaterlandes ihre stete Aufmerksamkeit zuwendet, nannte ihn geradezu einen Phantasten und selbst die „Allg. Zeitung" konnte nicht umhin, jener Notiz ein Fragezeichen beizufügen, obgleich ihr selbst die zu Grunde liegenden Ideen keineswegs fremd waren. Daß der österreichische Handelsminister großartige Plane hegte, ahnte man im allgemeinen zwar wohl; allein selbst Hr. v. Hermann hielt ihn in einer handelspolitischen Polemik nach seinem Ausdruck für einen zu „nüchternen praktischen Mann" um auf dergleichen Ideen einzugehen, indem dann ja eine völlige Steuerreform in ganz Oesterreich erfolgen müßte, und eine norddeutsche commercielle Autorität stand in dieser Beziehung ebenfalls zu sehr auf ihrem specifisch particularistischen Standpunkte, um den Muth des Gedankens an eine Zolleinigung von Mitteleuropa zu besitzen. Das Zollvereinsblatt, dem diese Ideen unter der Hand mitgetheilt waren, lehnte noch vor ganz kurzer Zeit jede

Betheiligung an der Realisirung derselben ab; der Zollverein würde ja dadurch gefährdet, und die Furcht vor einer „Sprengung" desselben lieferte dem Vereinsblatt für deutsche Arbeit Stoff genug zu manchem eben nicht sehr weitsichtigen Leitartikel. Jetzt freilich, und man muß es dieser Zeitung zum Ruhm nachsagen, steht sie keinen Augenblick an die neue weite Perspective und alle die großen Hoffnungen welche sich darin zeigen, mit frohem Blicke zu überschauen, bis zum völligen Ausbau des entworfenen Risses wird es freilich noch Kämpfe genug kosten; allein wir hoffen daß dann die Federn in der Publicistik wieder wach werden die schon im Jahr 1847 Deutschlands ökonomische Regeneration mit so zäher Energie anzubahnen sich bestrebten.

△ **Wien,** 5 Oct. Die heute hier eingetroffenen Nachrichten aus Paris haben auf der Börse sowohl als auch im größern Publicum einen peinlichen Eindruck hervorgebracht; man hat sich seit der glücklichen Lösung der ungarischen Flüchtlingsfrage gewöhnt an eine ruhige Entwicklung der europäischen Verlegenheiten zu denken. In unserer Nähe ist übrigens nichts bedeutendes vorgefallen. Aus Pesth schreibt man daß einer Bekanntmachung zufolge alle Aufschriften an den Gewölben und Kaufläden die bloß in ungarischer Sprache abgefaßt sind, bei 20 fl. C.-M. Strafe auch eine deutscher Uebersetzung erhalten müssen. Die Stadt Pesth ist übrigens gegenwärtig reichlich mit kauflustigen Fremden versehen; unsere hiesigen Kaufleute erwarten einen sehr glänzenden Markt. Die kaiserliche Familie wurde gestern Abend im Burgtheater mit großem Enthusiasmus empfangen; am Schluß der Vorstellung wurde das Volkslied und ein Gelegenheitsgedicht gesungen. Auch in den Vorstadttheatern gab sich der Patriotismus auf mannichfache Weise kund. (Die Meldung mehrerer Blätter daß auch Kaiser Ferdinand in Schönbrunn angekommen sey, war eine irrthümliche. Mit der Königin von Sachsen war die Prinzessin Johann, nicht die Prinzessin Amalie eingetroffen.) Schuselka's neueste Schrift (Deutsche Fahrten) darf für die Zeit und im Bereich des Belagerungsstandes nicht verkauft werden.

= **Steiermark,** 2 Nov. Wir waren nicht im geringsten im Zweifel es werde im rechten Augenblick, d. h. nach Beendigung der äußeren Kriege und der innern Revolutionskämpfe, wenn erst ein tieferes Eingehen in die rein deutschen Angelegenheiten wieder möglich geworden ist, gerade von österreichischer Seite die Bahn gesucht und auch gefunden werden, um eine Einigung des Gesammtvaterlandes durch ein Band hervorzubringen das eng genug wäre um gegen Stürme von außen und innen festzuhalten, aber nicht so enge daß es nothwendig die eigenen Glieder der Verbundenen wund reiben müsse. Auch davon waren wir überzeugt daß sich Oesterreich dabei auf das Feld der Thatsachen stellen, und die Schönrednereien denen ausschließlich überlassen werde die sie bedürfen, um damit den politischen Mangel an praktischen Resultaten zu bedecken. Das rastlose Bestreben die guten Absichten Oesterreichs zu verdächtigen und Mißtrauen gegen dasselbe zu erwecken, es immerdar noch unter dem Einfluß vormärzlicher Traditionen darzustellen, und die Grundsätze der Gegenwart zu ignoriren — alle diese Parteikunstgriffe werden nicht mehr ausreichen. Man hat der österreichischen Staatsverwaltung in Frankfurt und seither vielfach den Vorwurf gemacht sie ergehe sich in Allgemeinheiten, und man erwarte von ihr vergebens scharf formulirte Anträge. So gerecht diese Anklage einerseits war, ebenso gewiß mußte andrerseits zugegeben werden daß in jenem Zeitpunkte die Umstände es dem österreichischen Cabinet unmöglich machten aus dieser Allgemeinheit hinauszugehen. In dieser Zeit ist eine nur einigermaßen genügende Gestaltung der deutschen Verhältnisse auch von dem übrigen Deutschland nicht erreicht worden. Kaum aber gestatteten es die Siege der österreichischen Waffen dem Kaiser den Frieden in seinem Innern herzustellen, und sich an den deutschen Angelegenheiten wieder unmittelbar zu bethätigen; kaum wird vom österreichischen Cabinet diese Meinung dahin ausgesprochen, als sich zu Berlin die unmotivirteste Eile hervorstellt, mit dieser Gestaltung ohne Oesterreich fertig zu werden. Was 18 Monate auch nicht annäherungsweise zu Stande kam, soll jetzt auf einmal in großer Hast zur Entscheidung gebracht werden. Dabei wird immer als feststehender Grundsatz von vornhinein angenommen Oesterreich sey absolut durch seine specielle Lage außer Stand sich an einem allgemeinen Constitutionswerke zu betheiligen. Oesterreichischerseits ist auf diese Unterstellung immer mit einer entschiedenen Verneinung geantwortet worden. Gewiß ist es daß Vorschläge die das tausendjährige Band Oesterreichs und Deutschlands neu kräftigen sollen, nicht auf Grundlagen beruhen sollen und können die eine solche Einigung nur als einen nothwendig gewordenen Zwangsact erscheinen ließen, unter dem Herzeleid der Betheiligten als letztes Auskunftsmittel aus der an ihren Erfolgen gänzlich verzweifelnden Rathlosigkeit hervorgegangen. Eine solche Verbindung kann nur auf einer ungezwungenen organischen Wechselwirkung, in natürlichster, dauerhaftester und freiester Entwicklung beruhen. Wo aber wäre diese zunächst zu suchen? Ohne dem nationalökonomischen Moment ein ausschließendes Gewicht beilegen, und jede dadurch andere Rücksicht für erschöpft halten zu wollen, sehen wir doch in ihm allerdings den ausschließenden Weg um zur Herstellung des deutschen Reichs zu gelangen, und wir sind überzeugt daß es auf dem Boden vereinbarter materieller Interessen bedeutend fester und sicherer ruhen würde als auf allen aus der Paulskirche und ihrem Nachhall hervorgegangenen theoretischen Controversen, die sich bis diesen Augenblick noch nirgends zu irgendeiner Realität hervorzuarbeiten im Stande waren. Stünden aber die materiellen Interessen selbst abgesondert von ihren natürlichen Consequenzen, wie sie doch nicht stehen, so würden sie ihre reale Geltung dennoch nicht entbehren, schon weil sie für die Massen der Betheiligten bei weitem in erster Linie stehen. Auf diesem Weg wird allerdings der Mittelpunkt der staatlichen Gewalt nicht umgestellt werden, im entgegengesetzten Fall erkläre man die Republik lieber ohne Heuchelei! Soll aber Deutschland, und wir hoffen es soll es, ein constitutionell-monarchisch gegliederter Bundesstaat werden, in dem Völker und Fürsten festbegränzte, aber unantastbare Rechte innehaben, dann liegt in dem von Oesterreich angedeuteten Weg der Vereinbarung der materiellen Interessen alles, um auch die Staatsidee nach außen in vollkommener Ganzheit auszubilden. Die Vorschläge zu einer allgemeinen deutschen Zoll- und Handelsvereinigung, die Gleichstellung des Mercantilsystems zu Land und See, das gleiche Wechselrecht, das gleiche Post- und Münzwesen, gleiches Maß- und Gewichtsystem, gleiches Eisenbahn- und Telegraphensystem, allgemeine Consulatvertretung — kurz die Verschlingung aller materiellen Interessen in einen einzigen Knoten, macht sie nicht die gemeinsame politische Vertretung nach außen, und ihre bewaffnete Vertheidigung gegenüber dem Ausland, von selbst als eine nothwendige Consequenz erscheinen? Oder wollte man in der That behaupten sie könnten abgesondert, eine ohne die andere bestehen? Was dann die separate innere Ausbildung der deutschen Stammesangelegenheiten betrifft, so lasse man diese doch ja auf ihrem getrennten Entwicklungswege fortschreiten, und trachte nicht aus Pommern Schwaben, aus Oesterreichern und Bayern Westfalen machen zu wollen; danken wir vielmehr dem Himmel daß diese Stammesverschiedenheiten der nationalen Einheit unbeschadet bestehen können, ja daß gerade diese sich um so enger und fester zusammenziehen muß, je weniger beengt erstere in ihren Eigenthümlichkeiten bleiben. Welches Hinderniß stellt sich somit der Einigung Deutschlands auf diesem praktischen Wege entgegen? Keines! Und doch wurde eine solche von der kleindeutschen Partei immer von Anfang an in Bezug auf Oesterreich für unmöglich erklärt, und noch der ehrenwerthe Gagern nimmt diese Unmöglichkeit in seinen Ansprachen zu Bremen und Hamburg als erwiesene Thatsachen an. Wer aber hat dieser kleindeutschen, oder besser gesagt der gesondert-preußischen Partei das Recht und die Befähigung zugestanden für Oesterreichs Stellung das Wort zu nehmen? „Oesterreich wird nicht können!" heißt es, seit dem Augenblick als separatistische Wünsche in Deutschland hofften es werde und müsse so kommen. Wir sehen aber thatsächlich daß Oesterreich kann und können will, und daß es gemeint ist ohne Beschränkung der innern Autonomie jedes deutschen Staats in alle Bedingungen einzuwilligen die nothwendig sind auf vereinten Interessen ein großes gemeinsames Reich nach außen zu constituiren, das Deutschland heißt. Ob nun österreichische oder preußische Diplomatie diese gemeinschaftlichen Interessen nach außen vertritt, kann weitern Bestimmungen vorbehalten bleiben. Die executive Spitze hätte, selbst getheilt, noch immer hinlängliche Macht für die Ehre und den Nutzen des Vaterlandes mit Erfolg zu handeln. Es ist ziemlich gleichgültig ob österreichische oder preußische Diplomatie nach Umständen an der Spitze stehe, wenn auch für die österrreichische unbestritten größere Fähigkeit, weniger kleinlicher Intriguengeist und der traditionelle Altersvortritt in Anschlag gebracht werden könnte. Oesterreich hat dabei nicht nöthig die Anmaßung eines Emporkömmlings geltend zu machen, und wählte man z. B. vorzugsweise preußische Diplomaten um die Ausgleichung schleswig-holsteinischer Zerwürfnisse zu gutem Ende zu bringen, so darf ihm das nicht leid seyn! Wir behalten uns vor in dem Augenblick in welchem Oesterreich am Werke ist dem gesammten Deutschland den Zugang zu allen seinen innern Schachten offen zu stellen, in einem nächsten Briefe die Aufmerksamkeit Deutschlands auf einen Gegenstand von unermeßlicher Tragweite zu lenken, das ist auf die Colonisation deutscher Einwanderer in Ungarn, nach größtem Maßstabe, wozu seit Jahrhunderten eben jetzt der günstigste Augenblick erschienen ist. Jetzt oder nie wird die deutsche Cultur nach Osten getragen werden!

Olmütz, 20 Oct. Unser Universitätsleben ist auf Null herabgesunken. Kann es wohl anders seyn? Klericale Hemmnisse auf der einen, nationale Spaltungen auf der andern Seite lassen ein selbständiges wissenschaftliches Leben schwer aufkommen. Das wichtigste was man

erwartet, ist die Besetzung der erledigten Professur für Philosophie. Unsere Professoren haben ihren Vorschlag schon an das Ministerium abgeschickt; erstens den **Dr. Rob. Zimmermann** vorgeschlagen (einen der wenigen Gelehrten Oesterreichs die in Deutschland Achtung durch ihre litterarischen Leistungen, zugleich die gesetzlichen Vorbedingungen für eine Universitätslehrkanzel besitzen); dann Professor Victorin aus Görz (in Oesterreich einigermaßen bekannt durch seine Logik); endlich **Dr. Volkmann** aus Prag. Außerdem sind noch eilf Candidaten. Einem — wir wollen hoffen ungegründeten — Gerücht zufolge soll aber das Ministerium einem durch alles eher als durch wissenschaftliche Leistungen bekannten Slaven diese Lehrkanzel verleihen wollen. (Ost d. Post.)

Oesterreichische Monarchie.

I. Krakau, 30 Oct. Wir haben unsere russischen Gäste noch immer zu beherbergen, und es werden wohl noch gegen 14 Tage verstreichen bevor alle russischen Truppen, und besonders die hier den ganzen Sommer über installirt gewesenen Kanzleien Krakau gänzlich räumen. Die Spuren ihrer Gegenwart werden wir aber noch lange zu fühlen haben. Hier im Innern der Stadt haben die Kaufleute und Handwerker von den russischen Officieren so viel profitirt, daß dadurch theilweise die von den Soldaten verübten gar argen Excesse ausgeglichen werden. Die Officiere, heißt es, haben hier nahe an eine Million Silberrubel in klingender Münze verausgabt, da lassen sich wohl die erlittenen Unbilden, die rauhe Behandlung, die zerbrochenen Möbel und der Verlust dessen was sonst abhanden kam verschmerzen. Doch das Landvolk wird sich wohl nicht so bald von seinen Leiden und Verlusten erholen. Die Russen haben in den Dörfern theilweise wie auf feindlichem Boden gehaust. . . Wir haben auch einen Wechsel unserer österreichischen Garnison erlitten. Die bis jetzt hier gestandenen Compagnien Schönhals haben uns verlassen und einige Compagnien Wellington und Koudelka haben ihre Stelle eingenommen. Man wollte dieses mit irgendwelchen Befürchtungen in Verbindung bringen, aber mit Unrecht. Auch der bisherige Commandirende, Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch, hat sich auf seinen neuen Posten nach Vorarlberg begeben, und der Divisionär Hlawitscheck ist indessen provisorisch mit diesem Amt bekleidet. Es heißt aber allgemein daß der Feldmarschall-Lieutenant Moltke, einer der humansten Männer der österreichischen Armee, der sich hier durch einen langjährigen Aufenthalt allgemein beliebt gemacht, von Theresiopel, wo er gegenwärtig stationirt ist, als Commandirender hieher kommt. Auch wird ein russischer Consul für Krakau, der bereits angestellt und in Warschau schon angelangt seyn soll, hier erwartet. Es ist nicht überraschend daß Rußland, nun seine Truppen Galizien räumen, nach Krakau einen Vertreter der russischen Handelsinteressen schickt, der, wie dieses schon überall die Nebenmission der russischen Handelsconsulate bildet, auch auf andere außer seinem Bereich liegende Dinge ein wachsames Auge haben wird. Natürlich läßt sich aber staatsrechtlich kein plausibler Grund auffinden um Rußland ein ihm zustehendes Recht zu verweigern. Doch wäre es höchst wünschenswerth daß Preußen gleichfalls einen Consul hieher beorderte, dessen Aufgabe es wäre in unserer durch seine Eisenbahn und seinen Handel mit Deutschland in dem lebhaftesten Verkehr stehenden Stadt die deutschen Handelsinteressen zu wahren und den etwaigen Uebergriffen Rußlands auf einem andern Gebiet ein heilsames Gegengewicht entgegenzustellen.

Großbritannien.

London, 3 Nov.

Sir J. Hawkins Whitshed, der Oberadmiral der brittischen Flotte — ein Ehrenposten der immer streng nach dem Dienstalter vergeben wird — ist 90 Jahre alt mit Tod abgegangen. Er trat schon im Jahr 1773 in den Seedienst, der ihn durch Kämpfe, Abenteuer und Schiffbrüche unter allen Himmelsstrichen führte; unter andern nahm er an der Seeschlacht am Cap St. Vincent 14 Febr. 1797 theil. Sein ältester Sohn James Bentinck H. Whitshed fiel im J. 1813 als Schiffscadet in einem Gefecht im Mittelmeer.

Frankreich.

Paris, 4 Nov.

Die politische Welt hat sich noch nicht von ihrem Schrecken erholt, in welchen das persönliche Hervortreten des Präsidenten der Republik sie versetzt hat. Zwar der Constitutionnel hat sich schnell beruhigt und dem neuen Cabinet vorläufig seine Unterstützung zugesagt, aber bei weitem die Mehrzahl der öffentlichen Organe weiß noch nicht recht wie sie sich zu der angekündigten Politik der rettenden That stellen sollen. Das J. des Débats, indem es die Sitzung schildert in welcher die neuen Minister ihre erste Aufwartung machten, bemerkt: „Das Stillschweigen in allen Theilen der Versammlung, die Isolirung des Ministeriums inmitten aller ihrer Bestandtheile war die auffallende Erscheinung. Wir wollen nicht sagen daß daraus ein Symptom der Feindseligkeit gegen das neue Cabinet sich ergibt. Die Botschaft des Präsidenten verspricht eine neue Politik, und daß auf das Reden nun das Handeln folgen soll; es ist also ganz natürlich daß die Versammlung wartet bis sie ein wenig besser unterrichtet ist, ehe sie über diese neue Politik und diese neue Thaten urtheilt. Der vage Charakter, die durchaus unbestimmbare Farbe des Manifestes läßt noch nicht verstehen warum das alte Ministerium aufgehört zu existiren, warum das neue Ministerium die Geschäfte ergriffen hat. Bei dieser so tiefen Dunkelheit scheint die Majorität den Entschluß gefaßt zu haben zuzuwarten, das ist auch das gescheidteste, aber nur unter der Bedingung daß das Zuwarten zu keiner Auflösung führt, und daß sie nicht vergißt daß in den kritischen Umständen worin wir uns befinden, vor allem eine Nothwendigkeit vorgesehen seyn muß, die einer Regierung." Wenn man das Organ des Elysée, le dix Décembre, hört, so kann man die Erwartungen nicht hoch genug spannen — es spricht von der Präsidentenbotschaft als einem Ereigniß von unermeßlicher Tragweite. Ob es dieß werden wird, läßt sich freilich noch bezweifeln, aber jedenfalls ist so viel gewiß daß jetzt kein Ministerium mehr zwischen der Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Nationalversammlung steht, sondern daß er die Verantwortlichkeit allein zu tragen hat. Er ist über den Rubicon gegangen, sagt daher die République, aber Großes scheint ihm eigentlich niemand zuzutrauen, weder die demokratische noch die conservativ-liberale Partei. Der National vergleicht den Cabinetswechsel mit dem kürzlich in Spanien vorgekommenen, wo Baquo das eintägige Cabinet Cleonard zur Welt brachte, und L'Ordre (Odilon-Barrots Blatt) sagt: „Der Präsident, durch das Grundgesetz verantwortlich erklärt, macht den Anspruch zu regieren und will daß dieser Anspruch offenkundig sey. Gut, es ist sein Recht, aber wenn er das Verdienst der Erfolge hat, so wird er auch die Last der Fehler tragen. Ehre ihm, wenn er Frankreich den Frieden, die Sicherheit, die Größe gibt, die er ihm verheißt. Aber wehe uns und ihm wenn diese Hitze des Willens, diese Ungeduld des Handelns nur eine Hülle der Unmacht ist." Auch Proudhon, aus seinem Gefängniß in St. Pelagie, läßt in der Voix du Peuple sich in seiner originellen Weise vernehmen: „Nein, es handelt sich nicht mehr darum, glaubt es uns, Frankreich zu regieren wie nach einander Imperialisten, Legitimisten, Orleanisten und Republicaner sich eingebildet haben es zu regieren. Frankreich, wißt ihr, ist unregierbar. Es handelt sich darum es zu lehren seine Geschäfte selber zu führen und sich allein zu regieren. Da ist die Aufgabe des Jahrhunderts, da, Bürger Bonaparte, ist die Bedeutung Eures Titels, da ist für unsere Epoche die Bedeutung des großen Namens Napoleon. So hört denn auf nach Eurem Belieben den Buchstaben der Verfassung auszulegen, und nachdem Ihr bereits eine Vermehrung der Civilliste erlangt habt, um eine Verlängerung Eurer Vollmachten anzuhalten. Ihr habt, wenn Ihr Eure Aufgabe begreift, zehnmal die nöthige Zeit um die Parteien auszulöschen und die Freiheit zu gründen. Ludwig XIV sagte vor zwei Jahrhunderten: Der Staat bin ich! Der Kaiser Napoleon, Euer Oheim, ein wenig Schauspieler durch Naturell, sagte vor vierzig Jahren: Die Revolution bin ich! Er war im Verständniß seiner Lage so gut als Ludwig XIV. So wagt denn Ihr zu sagen: Die Freiheit bin ich! Beweist uns daß Eure Candidatur kein dynastischer Heißhunger, Euer Brief vom 18 Aug. keine Marktschreierei und Eure Botschaft kein Narrenstreich war, und seyd unbesorgt um die Dankbarkeit der Republik." La Presse hatte zuerst geschwiegen, sie erklärt jetzt den Hergang als eine natürliche Entwicklung des in die Verfassung der französischen Republik übergegangenen amerikanischen Systems der Präsidentenverantwortlichkeit, das keine Minister im Sinn der constitutionellen Monarchie kenne, sondern Staatssecretäre, Verwaltungsagenten, Commis, einen Congreß zum Beschlüssefassen und eine vollziehende Gewalt zum Ausführen. Sie gibt die Fragestellung also: der Präsident der Republik hat das Recht zu Gehülfen d. h. zu Ministern zu wählen wen er will. Das ist unbestreitbar. Aber nicht weniger unbestreitbar ist daß er nicht das Recht hat eine persönliche Politik zu haben, nicht das Recht einen Willen zu haben der von dem der parlamentarischen Majorität, der lebendigen Repräsentation der Nationalselbstherrlichkeit, verschieden ist. Der Präsident hat sein Recht, die Majorität hat das ihre. Wenn die gesetzgebende Versammlung gegen die Wahl der neuen Minister protestirte, so würde sie aus ihrer Bahn weichen, gleichwie der Präsident der Republik durch den Inhalt seiner Botschaft aus seiner Bahn gewichen ist. Dieses Weichen wird unvermeidlich einen Zusammenstoß herbeiführen. Wird es ein 18 Brumaire (9 Nov. 1799) mit einem vorausgegangenen 18 Fructidor seyn? Wird es ein 27 Jul. 1830 seyn, gefolgt von einer vierten Revolution?" Ob nun freilich die Nebeneinanderbewegung zweier Gewalten, der gesetzgebenden und vollziehenden, in ihrer Selbständigkeit und wieder in der Unterordnung der letztern unter die erstere, in dem centralisirten Frank-

reich so einfach und ungestört möglich ist, wie in dem amerikanischen Bundesstaat, wo überall in den einzelnen Staaten die Selbstregierung durchgeführt ist, so daß die Centralregierung einer Menge Verwaltungen überhoben bleibt — diese Frage hat La Presse ununtersucht gelassen.

Das J. des Débats enthält einige Mittheilungen über die Personalien der neuen Minister. Der Präsident des Ministeriums, General d'Hautpoul (oder eigentlich Vicepräsident, da Hr. L. Bonaparte selbst dessen Präsident seyn will) ist der älteste Divisionsgeneral des Heeres (geb. in Versailles 4 Jan. 1789). Berühmter ist ein anderer General d'Hautpoul, sein Oheim, der in der Schlacht von Eylau bei einem glänzenden Reiterangriff tödtlich verwundet wurde, und dem Napoleon aus den eroberten Kanonen dann ein Standbild errichten ließ. Zögling der Militärschule von Fontainebleau (vom 22 Nov. 1805 bis 10 Oct. 1806) machte der Neffe die Feldzüge in Deutschland und Polen (1806 bis 1807) Spanien und Portugal (1808 bis 1812) mit, er war Capitän als er in einem Treffen bei Salamanca (22 Jul.) in englische Gefangenschaft gerieth, in der er bis 30 Mai 1814 blieb. Im spanischen Feldzug von 1823 führte er als Obrist das 3te Regiment Fußvolk der königlichen Garde. Im Jahr 1828 (29 Oct.) wurde er zum Generalmajor, im Jahr 1841 (26 Mai) zum Generallieutenant ernannt, im Jahr 1846 (4 Jul.) in die Pairskammer berufen, und bei den allgemeinen Wahlen im Mai 1849 im Aude-Departement in die gesetzgebende Versammlung gewählt. Kurz vor der Julirevolution (28 März 1830) war er zum Director der Kriegsverwaltung ernannt, nachher (4 Aug.) in Disponibilität gesetzt, nach mehreren Jahren jedoch (9 Nov. 1838) wieder in activem Dienst angestellt und nach und nach mit verschiedenen Militärdivisionen betraut worden. Nach der Februarrevolution hatte ihn die provisorische Regierung mit vielen andern Oberofficieren (17 April 1848) verabschiedet, die jetzige Regierung (10 Oct. 1849) wieder in den Rahmen des activen Heers eingereiht, und fast unmittelbar nachher (24 Oct.) zum Oberbefehl des Expeditionscorps des Mittelmeers, d. h. der römischen Occupationstruppen ernannt. Kürzer ist die Geschichte der andern Minister. Der Marineminister, Romain Desfossés, Abgeordneter von Finistère, ungefähr 50 Jahre alt, Schiffslieutenant auf dem „Duquesne" bei dem Kriegszug gegen Algier, im Jahr 1839 neben dem Prinzen v. Joinville Unterbefehlshaber der Corvette „Creole" bei dem Kriegszug gegen Mexico, dann Capitän der Corvette „Cornaline" in den Gewässern der Levante, Schiffscapitän 1841, Stationscommandant von Bourbon und Madagascar von 1844 bis 1846 und als solcher an der Spitze der französischen Division in dem unglücklichen Treffen von Tamatave, war im Jahr 1847 Gegenadmiral geworden und bekleidete seitdem die Stelle eines Major-Generals der Marine in Brest. Der Finanzminister Hr. A. Fould ist geboren 1799, Chef des bekannten Bankhauses, Abgeordneter des Seine-Departements, für das er auch in der verfassunggebenden Nationalversammlung saß, Conservativer vom reinsten Wasser, als Mitglied der ehemaligen Deputirtenkammer Guizotist. Der Handelsminister Hr. Dumas ist der berühmte Chemiker, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Dekan der Facultät der Wissenschaften, Professor an der Sorbonne und Professor der organischen Chemie an der Medicinschule, in die Nationalversammlung vom Nord-Departement gewählt. In der Deputirtenkammer hatte er als Regierungscommissär für einen Gesetzentwurf über die Umprägung der Münzen das Wort geführt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Hr. Bineau, geboren 1805, Abgeordneter des Maine- und Loire-Departements, ist Oberingenieur der Minen, gewesener Generalinspector des Materials des Eisenbahnbetriebs, stimmte in der Deputirtenkammer mit der Opposition. Minister des Innern ist Hr. Ferdinand Barrot, der jüngste unter den Brüdern Odilons, geboren 1806. Von 1830 bis 1836 Substitut des Procurators des Königs beim Seine-Departement, 1839 bis zur Februarrevolution Advocat des Schatzes, war er dem Bonapartismus befreundet als Vertheidiger des Obristen Vaudrey im Straßburger Proceß (1836), nachher vor dem Pairshof (1840) wo er mit den HH. Berryer und Marie die Vertheidigung des Prinzen Ludwig Bonaparte führte, und bald nach der Wahl des 10 Dec. hatte ihn der letztere zum Präsidentschaftssecretär ernannt. Die zwei jüngsten des neuen Cabinets ist der Unterrichtsminister Hr. Esquirou de Parieu (geboren in Aurillac 13 April 1815), und der Justizminister Hr. Rouher (geboren 1813), beide Advocaten in Riom und Mitglieder auch der verfassunggebenden Nationalversammlung. In der Verfassungsdebatte hatte Hr. Parieu dem Grevy'schen Antrag, welcher einen von der legislativen Versammlung stets entlaßbaren Cabinetspräsidenten an die Spitze der vollziehenden Gewalt gestellt wollte, seinen Beifall geschenkt.

Gestern hat die Einsetzung der Magistratur im Justizpalast mit großem Pomp stattgehabt. Die richterliche Gewalt hat den Revolutionssturm, nachdem der Grundsatz ihrer Unabhängigkeit anfangs in Frage gestellt war, unversehrt überstanden, und die Verfassung der Republik hat ihr nur eine neue Weihe ertheilt. Was man die Einsetzung nennt war daher eigentlich nur eine neue Beeidigung, aber um diesen Act feierlicher zu machen hatte man die Capelle des Justizpalastes, die sich noch vom heiligen Ludwig herschreibt, in ihrer ursprünglichen Gestalt restaurirt, und die hohe Versammlung begab sich zuerst in die Capelle, wo der Erzbischof den Präsidenten der Republik, den dem Cassationshof, der Rechnungshof und der Appellationshof von Paris folgten, an der Schwelle empfing und dann Rede und Messe hielt. Die Hauptscene war in dem äußerst geräumigen Saal des Pas perdus. Derselbe war mit einer großen Zahl Tribünen versehen, auf welchen die Mitglieder der Nationalversammlung, Deputationen des Staatsraths, des Instituts, des diplomatischen Corps u. s. w. Platz nahmen, die royalistischen Embleme durch republicanische ersetzt, und man las folgende Inschriften: Karl der Große erläßt die Capitularien; Ludwig der Dicke befreit die Gemeinden; Ludwig der Heilige promulgirt seine Etablissements; Philipp der Schöne organisirt die Parlamente; Ludwig XIV promulgirt seine Ordonnanzen; Ludwig XVI beruft die Reichsstände; 1790 Errichtung des Cassationshofs; 1804 promulgirt Napoleon seine Gesetzbücher; 1849 Einsetzung der Magistratur. Der neue Justizminister Rouher, der Präsident Portalis, der Generalprocurator Dupin traten nun nach der Reihe als Redner auf, worauf der erste den Eid in folgender Formel schwören ließ: „Im Angesicht Gottes und der Menschen schwöre und verspreche ich, in meiner Seele und meinem Gewissen, gut und treu meine Obliegenheiten zu erfüllen, das Geheimniß der Deliberationen gewissenhaft zu beobachten und mich in allem als würdiger und redlicher Magistrat zu benehmen." Jeder der versammelten Richter antwortete: „Ja, ich schwöre es." Den Beschluß machte der Präsident der Republik mit einem schriftlichen Vortrag, in welchem der Gedanke durchschimmerte: die Dynastien und Verfassungen seyen verschwunden, und als einzig dauernd nur die Institutionen des Kaiserthums und des Consulats geblieben.

† **Paris**, 1 Nov. Uebermorgen findet im Justizpalast die feierliche Einsetzung und Beeidigung der Gerichte statt. Früh um 10 Uhr wird sich der Präsident der Republik, nebst dem Vicepräsidenten, den Ministern und seinen Adjutanten dahin begeben, am Fuße der großen Palasttreppe von einer Deputation empfangen und zum großen Audienzsaal des Cassationshofes geleitet, woselbst sich das gesammte Rathscollegium eingefunden. Um 11 Uhr Aufbruch zur heiligen Capelle, wo der Präsident von der Geistlichkeit empfangen wird und mit der ganzen Versammlung dem vom Erzbischof abgehaltenen Gottesdienst beiwohnt. In dieser Zwischenzeit nehmen die eingeladenen Collegien und Behörden im Audienzsaal die ihnen angewiesenen Sitze ein, woselbst sich nach beendetem Gottesdienst der Präsident nebst Gefolge und dem ihn begleitenden Richterstand zurück begibt. Die Sitzung wird durch den Großsiegelbewahrer und Justizminister eröffnet, und es erfolgen Anreden vom ersten Präsidenten und dem Generalprocurator des Cassationshofes, worauf nach erfolgter Aufforderung vom Großsiegelbewahrer der Generalsecretär des Justizministeriums das Gesetz vom 8 Aug. und die Formel des vorgeschriebenen Eides verliest. Beim Namensaufruf erheben sich nach der Reihe die Aufgerufenen und sprechen mit erhobener Hand gegen den Präsidenten gewendet die Worte: „Ja, so schwöre ich!" Dann erklärt der Großsiegelbewahrer die Sitzung aufgehoben und die Deputation geleitet den Präsidenten der Republik bis zur äußern großen Treppe, an deren untersten Stufen sie ihn empfing. Das Palais de Justice, oder vielmehr die Anhäufung verschiedener Gebäude die diesen Namen trägt, verdankt bekanntlich seinen Ursprung, wie man glaubt, schon den Königen der ersten Dynastie; denen der dritten die vielen Erweiterungen, dem Hugo Capet den Neubau, es bestehen noch jetzt Mauern aus den Zeiten Roberts. Erst später diente der alte Königspalast den Gerichtshöfen zum Sitz. Er liegt mitten in der Cité mit dem Haupteingang nach der Rue de la Barillerie gekehrt, der ältesten Straße in Paris, durch die schon Cäsar mit seinen Legionen zog. Der Cassationshof, in dessen Versammlungssaal die erwähnte Feierlichkeit stattfinden wird, hat seinen Sitz in der ehemaligen großen Kammer des Parlaments, demselben Saal in welchem das Revolutionstribunal sechzehn Monate lang seine Sitzungen hielt und seine Bluturtel sprach. Die dem Palast südlich anstoßende heilige Capelle, eines der schönsten und zierlichsten Bauwerke, ist eine in den Jahren 1245 bis 1248 gebaute Schloßkirche, worin der heilige Ludwig die von Balduin, Kaiser von Konstantinopel, gekauften Reliquien zur Aufbewahrung niederlegte. Sie besteht aus einer obern und einer untern Capelle; erstere in Verbindung mit dem Palast für König und Hofstaat dienend, letztere als Pfarrkirche in den Schloßhof sich öffnend. Die architektonischen Details, Pfeiler, Säulenschäfte, Deckenwölbungen sind alle auf das reichste gemalt, mit Gold- und Silberverzierungen geschmückt und die ursprüngliche Pracht wiederhergestellt; im schlanken Bau mit den herrlichen Portalarbeiten und

Glasmalereien mit das Reinste und Trefflichste was die gothische Baukunst des 13ten Jahrhunderts hervorgebracht hat. Ernster Männerquartettgesang den vor einigen Jahren, da noch an der Restaurirung gearbeitet ward, auf besondere Vergünstigung die hiesige deutsche Liedertafel vor einer kleinen Versammlung hier ausführen durfte, machte unter diesen hohen Wölbungen eine treffliche Wirkung, und einen seltsamen Eindruck das Geheimnißvolle solcher Töne zur Nachtzeit bei spärlichster Beleuchtung in solchen Räumen, bei umherstehenden nur theilweis restaurirten, schon bemalten oder noch verwitterten steinernen Figuren von alten Königen und Heiligenbildern die sich unter dem unsichern Spiel von Licht und Schatten zu beleben und zu bewegen schienen. Wie herrlich erst wird nicht in diesem Prachtbau die ihm angemessene in selber Zeit wie er selbst erzeugte Musik ertönen müssen! Dafür ist bei dieser Gelegenheit gesorgt worden. Während der Messe nämlich werden unter Leitung Felix Clements, Mitglieds der Commission für religiöse Kunst und Kirchendenkmäler, liturgische Gesänge zur Ausführung kommen, die aus dem 13ten Jahrhundert, aus der Epoche da Ludwig der Heilige die Schloßkirche bauen ließ, stammen: Qui regis sceptra, Regnantem sempiterna, Orientis partibus, Haec est clara dies, Sequenzen und anderer Cantus firmus aus Didrons archäologischen Annalen werden nach Jahrhunderten zum erstenmal wieder in diesen Räumen erschallen, wo sie in alter Zeit zur Erbauung französischer Könige so oft ertönten.

Italien.

Florenz, 1 Nov. Nachdem unlängst der Abschluß der Anleihe mit einem holländischen Bankhaus gemeldet worden, vernimmt man jetzt daß diese Unterhandlung nicht zu Stande gekommen. Statt dessen hat nun — so meldet der Nazionale — die Regierung ein Anleiheproject von 30 Millionen Lire in Loosen von je 1000 Lire zu 5 Procent ausgeschrieben, wozu noch eine Prämie von 10 Proc. bei der Heimzahlung kommt. Die näheren Bedingungen sollten noch bekannt gemacht werden. — Es heißt: das Commando der österreichischen Truppen in Toscana werde, an d'Aspre's Stelle, ein Fürst von Liechtenstein übernehmen.

Am 29 Oct. ist, wie der Messaggero di Modena meldet, der spanische Infant Don Juan, jüngerer Sohn des Don Carlos, in Begleitung des Generals Cabrera von London in dieser Stadt angekommen und im herzoglichen Palast abgestiegen. Der Infant ist mit der Prinzessin Schwester des Herzogs vermählt, welche unlängst in London eines kleinen Infanten genesen ist. Die hohe Dame ist in London geblieben.

Turin, 2 Nov. Vorgestern überreichte Hr. Lucian Murat, der neue französische Gesandte, dem König seine Beglaubigungsschreiben, und dessen Amtsvorfahr, Hr. St. Bois-le-Comte, verabschiedete sich von Sr. Maj. Einige Tage zuvor hatte der preußische Gesandte, Graf v. Rödern, seine Antrittsaudienz. — Das Gerücht geht: General Bava, der Kriegsminister, habe als solcher seine Entlassung genommen, und Hr. Alfonso della Marmora sey zu dessen Nachfolger bestimmt.

Die Turiner Blätter vom 3 Nov. bestätigen den Austritt des General Bava als Kriegs- und Marineminister. Il Risorgimento schreibt demselben ernstliche Zwistigkeiten zu die zwischen Bava und der Obercommission zur Reorganisirung der Armee eingetreten. Ueber verschiedene Punkte dieser Reorganisation führten in letzter Zeit mehrere höhere Officiere einen so heftigen, ins Persönliche ausartenden Zeitungskrieg, daß das Kriegsministerium sich veranlaßt fand durch ein Umlaufschreiben zur Mäßigung zu mahnen.— General Pepe ward in Turin, auf seiner Durchreise von Genua nach Paris, vom Hof und den Ministern mit großer Auszeichnung behandelt. — La Legge hat aus Rom die, wohl der Bestätigung bedürfende, Nachricht: der Papst sey von Portici nach Benevento abgereist, welches bekanntlich ein päpstliches Enclave im neapolitanischen Gebiet ist. (Auch die neueste Mailänder Ztg. bringt diese Nachricht.)

Handels- und Börsennachrichten.

Augsburg, 7 Nov. Bayer. 3½proc. Oblig. 86½ P. 4proc. 92½ P. 5proc. 100⅜ P. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 63 P. Oesterr. 5proc. Metall. 88 P. Bankactien II. Sem. 1120 P. Württem. 3½proc. 82 P. 4½proc. 94½ P.

Frankfurt a. M., 6 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87⅝; Bankactien 1328; preuß. Staatsschuldsch. 88½; bayer. 3½proc. Oblig. 83; Ludwigsh.-Berbach 85⅜; württemb. 3½proc. 81¾; 4½proc. 94⅛; bad. 5proc. 97⅞; 3½proc. 78½; darmstädt. 4proc. 88¾; 3½proc. 82½; naß. 5proc. 101⅜; 3½proc. 84½; Frankfurt 3proc. 79½; 3½proc. 92¾, 89; Disconto 1¾ P.

♀ **Wien**, 5 Nov. Ungeachtet der ziemlich anhaltenden Geschäftslosigkeit war unsere Börse in Folge der Pariser Nachricht von dem dortigen Ministerwechsel und der heutigen schlechteren Notirung bewegt, und die Curse (welche sich Vormittags sogar etwas gebessert hatten) wichen zur Notiz zurück. Besonders flau waren Pesther Actien, welche bei fühlbarem Geldmangel bis 75½ zurückgingen. Nordbahnactien, in welchen zu Anfang des Geschäftes (in Folge des günstigen Erträgnißausweises für den Monat October) lebhaftere Nachfrage bis 107⅞ herrschte, konnten sich ebenfalls nicht behaupten. In fremden Devisen, mit Ausnahme von London und Frankfurt, wenig Verkehr und Veränderung. Gold und Silber sehr gesucht und etwas höher. Das Goldagio für kaiserliche Münz-Ducaten wurde heute bis 12¾ Proc. gemacht. Viel wird in Comptanten für Italien aufgekauft, daher auch manche Sorten stark fehlen. Die Umsätze waren etwas lebhafter. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94–94⅛, 4½proc. 83⅝–83⅞, Loose vom J. 1834 161½–162, Loose vom J. 1839 113–113¼, Bankactien 1195–1198, Nordbahnactien 107¼–107⅜, Gloggnitzer 108–108½, Mailänder (ohne Umsatz) 80–80½, Pesther 75¾–76, London (in f. S.) 10.50–10.51, Hamburg 157½ P., Augsburg uso 107⅜ G., Frankfurt 107¼ G., Amsterdam 150 P., Mailand 98 G., Livorno 106 P., Genua 124½ G., Paris 127¼–127⅜, Marseille 127¼ P. Goldagio für kais. Münzducaten 12⅝–12½, Silberagio 7¼–7⅜ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Actenstücke über die Gefion. — Die Dinge in Baden. — Wien (Journalurtheile über die Verurtheilungen und das deutsche Zollproject). — Schweiz (Die Räuberbanden. Die l'Alliance des Peuples, die Epanchements d'un homme d'état.) — Konstantinopel (Die Flüchtlingsfrage. Safweti Pascha zum Statthalter von Kastambolu ernannt. Lamartine. Michanovich). — Ostindien. China (Die Sipahi und Sir Charles Napier. Die Wendung der Dinge in Macao).

Actenstücke über die Gefion.

. Frankfurt, 30 Oct. Vom Reichsministerium der Marine ist eine Reihe von Actenstücken zusammengestellt die über die Gefion und deren Angelegenheiten, wenn auch keineswegs vollständige oder allseitige, doch wichtige Mittheilungen enthalten. Die Actenstücke sind:

I. Ein vom Reichsministerium der Marine ausgehendes Memorandum dd. 12 Oct., betreffend die seitens der preußischen Militärbehörden gegen die Reichsfregatte Eckernförde alias Gefion angedrohten Zwangsmaßregeln. Unterm 14 Sept. erhielt Commodore Brommy die Weisung sich mit der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft ins Benehmen zu setzen, um die durch einen Erlaß der schleswigschen Landesverwaltung dd. 7 Sept. gefährdeten, in Eckernförde befindlichen Reichs-Marine-Gegenstände in Sicherheit zu bringen. „Nach persönlichem Uebereinkommen mit der Statthalterschaft — so fährt das Memorandum dann fort — berichtet der Commodore Brommy am 22 Sept., daß unter andern die Anordnung getroffen sey die Fregatte „Eckernförde" alias „Gefion" in Bälde unter geeigneten Umständen und Vorsichtsmaßregeln aus dem Eckernförder Hafen nach Kiel bugsiren zu lassen. Es waren mehrseits Befürchtungen laut geworden daß wenn auch nach den wiederholten Erklärungen der Organe der k. preußischen Regierung kein geheimer Artikel, die Auslieferung der Fregatte „Gefion" an Dänemark stipulirend, der Berliner Waffenstillstands-Urkunde vom 11 Jul. beigefügt sey, dennoch Vorbehalte oder Unterhandlungen möglicherweise dahin führen könnten daß eine Ueberlieferung an das selbständige Schleswig stattfände, und somit jenes nunmehr deutsche Kriegsschiff indirect wieder der dänischen Seemacht anheim fiele. Bei den unterbrochenen Beziehungen der Centralgewalt zu Preußen blieb es außer dem Bereich des Ministeriums officielle Auskunft über derlei hoffentlich ganz und gar ungegründete Gerüchte nachzusuchen und zu erhalten, jedenfalls aber lag kein Motiv vor dem Angehen der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft nicht zu entsprechen, da die noch nothwendigen Reparaturen an der Fregatte „Gefion" völlig so gut in Kiel als in Eckernförde, unbedingt aber im Kielerhafen mit einem erhöhten Grade von örtlicher Sicherheit vor sich gehen konnten. Am 27 wurde von Kiel aus das Dampfschiff „Bonin" nach Eckernförde beordert, mit dem Auftrag die „Gefion" in der Nacht (um einem etwaigen dänischen Angriff zu entgehen) zurück nach Kiel zu bugsiren. Als aber das Dampfboot „Bonin" in Eckernförde einlief, wurde nach einem Bericht des derzeitigen Commandirenden dieser Reichsfregatte, Lieutenant Poppe, dd. 28 Sept., von Seiten der preußischen Truppen in Eckernförde Generalmarsch geschlagen und die Werften besetzt. Lieutenant Poppe zeigt ferner an: „wie nunmehr von den Preußen scharf geladen wurde, was natürlich auch seitens der Marinetruppen geschah, doch es blieb nur beim Laden, indem Lieutenant Poppe erklärte wie er es nicht zugäbe daß die Fregatte besetzt werde." Der preußische Commandeur in Eckernförde, Major Lehmann, übergab alsbald den sub Nr. 2551 hier beigefügten Protest dd. 27/28 Sept. (dieser Protest findet sich unter den vom Reichsministerium veröffentlichten Actenstücken nicht), worin ein casus belli vorgezeichnet ist, ohne nähere Bestimmungen jedoch gegenüber welcher Macht. Die Streitfrage fand indeß eine vorläufige Erledigung dadurch daß das Meer gefallen und die Fregatte gezwungen war an Ort und Stelle zu bleiben, bis das Fahrwasser auf eine hinreichende Tiefe und Breite ausgebaggert werden konnte. Seitdem ist an den Lieutenant Poppe die Weisung ergangen die Reparaturen an der „Gefion" fortzusetzen, und die Baggerung der Barre, welche das Auslaufen der Fregatte hindert, zu fördern. Unter dem 3 Oct. meldet jedoch jener Officier daß nach erhaltenen Befehlen aus Berlin der genannte k. preußische Major ihm abermals erklärt habe daß die Fregatte nicht aufgetakelt werden könne, und das Ausbaggern des Hafens unterbleiben müsse, weil sonst „der Major augenblicklich dreimal die Trommel schlagen lassen werde, was das Zeichen wäre daß die Soldaten auf jeden Mann am Bord schießen sollten." „Obgleich nun diese Drohung," sagt Lieutenant Poppe, ihn nicht hindern werde seine Pflicht zu thun, so wolle er doch erst weitere Befehle abwarten." Der Commodore Brommy hat auf diesen Bericht hin den sehr einsichtigen Befehl ertheilt einstweilen das Auftakeln der Fregatte auszusetzen und nur mit den Zimmerarbeiten fortzufahren, und ich habe, in Anbetracht der in Wien am 30 Sept. abgeschlossenen Convention zwischen den Kronen Oesterreich und Preußen, diese Weisung am 11 d. M. dahin ergänzt daß der Lieutenant Poppe unter gegenwärtigen Umständen sich hinsichtlich der Ausbaggerung des Hafens mit der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft ins Benehmen zu setzen habe. Ueber den Lieutenant Poppe spricht sich der Commodore Brommy im allgemeinen sehr lobend aus. In Betreff der eventuellen Ueberfahrt der „Gefion" von Eckernförde nach Kiel, sagt er unter anderm am 22 Sept.: „Um zu verhindern daß die völlig unbewaffnete Fregatte in die Hände der (vor Eckernförde kreuzenden) Dänen gerathe, habe ich dem Lieutenant Poppe die gemessensten Befehle ertheilt das Schiff nicht wegnehmen zu lassen, und habe die volle Ueberzeugung in ihm den Mann gefunden zu haben dem ein solcher Auftrag ertheilt werden durfte. Es sind bereits die betreffenden nöthigen Vorkehrungen getroffen worden, und somit die Ehre der deutschen Marine sicher gestellt. Es ist mithin anzunehmen daß die Fregatte auch gegen jeden andern Gewaltstreich als gewahrt betrachtet werden kann. Schließlich ist noch zu bemerken daß bis jetzt der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft, soviel mir durch ihren hiesigen Bevollmächtigten bekannt ist, noch kein Protest in Betreff der Fregatte Gefion oder Eckernförde seitens der k. preußischen Regierung direct zugekommen ist."

II. Ein Bericht des Marinelieutenants Poppe an das Reichsmarineministerium dd. Eckernförde, 14 Oct. 1849, worin er anzeigt „daß, da mir von Seiten des hier commandirenden preußischen Majors nichts mehr in den Weg gelegt wird, die Arbeiten an der Fregatte Eckernförde mit allem Fleiß betrieben werden, und hoffe, sollte nichts hindernd in den Weg treten, die Fregatte in 5—6 Wochen segelfertig zu machen. Da bis December und länger hier fast fortwährend hohes Wasser ist, so halte ich die Baggerung der Barre jetzt für unnöthig, da dieses nur mit großen Kosten verknüpft ist, und werde ich suchen die Fregatte soweit wie nur möglich hinaus zu bringen."

III. Ein Bericht des Marinelieutenants Poppe an den Commodore Brommy dd. 13 Oct. 1849. „Vorgestern wurde mir von Seiten des preußischen Majors erlaubt mit der Fregatte Eckernförde zu unternehmen was mir beliebe, und ich habe deßhalb bereits angefangen die Wanden aufzunehmen, auch werde ich nicht unterlassen die Fregatte erster Tage über die Bank zu bringen."

IV. Commodore Brommy theilt am 15 Oct. dem Reichsministerium der Marine den Bericht des Marinelieutenants Poppe vom 13 Oct. mit, mit dem Bemerken daß derselbe mit dem Schreiben (des Reichsmarineministeriums) dd. 11 Oct. in Widerspruch zu stehen scheine.

V. Schreiben des Reichsmarineministeriums dd. 19 Oct. an den Marinelieutenant Poppe. „Abgesehen davon daß dem Befehlshaber der k. preußischen Landtruppen zu Eckernförde auf keinen Fall das Recht eingeräumt werden kann factisch irgendwie in Ihre Befugnisse als Commandirender eines Reichskriegsschiffs einzugreifen, haben Sie hieher direct zu berichten ob nunmehr — was aus Ihren letzten Meldungen dd. 13 und 14 Oct. nicht klar hervorgeht — nur die Schwierigkeiten hinsichtlich der Zimmerarbeiten, des Auftakelns und der eventuellen Ausbaggerung der Barre gehoben sind, oder ob auch der etwaigen Abfahrt, resp. Bugsirung per Dampf der Fregatte nach Kiel keine Hindernisse mehr entgegenstehen. Sie werden mithin direct an das Ministerium zu berichten haben wann im günstigsten Fall die Arbeiten an der Fregatte soweit fortgeschritten seyn werden daß dieselbe zum Auslaufen bereit seyn könnte, und welche Präliminarmaßregeln Sie etwa in dieser Hinsicht, im Benehmen mit der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft, haben treffen können sowohl hinsichtlich der in Kiel noch zu beendigenden Reparaturen als der Bugsirung des Schiffes nach jenem Hafen."

VI. Protokoll über eine Sitzung des Gesammt-Reichsministeriums am 22 Oct. 1849. Der Reichsminister der Marine „übergibt unter Bezugnahme auf seinen letzten Vortrag über die Reichsfregatte „Eckernförde" (alias „Gefion") ein diesem Vortrage entsprechendes Memorandum dd. 12 Oct., nebst acht Anlagen und einem Circular an die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen bei der provisorischen Centralgewalt, mit dem Bemerken daß nunmehr diese Actenstücke lithographirt und zum Unterzeichnen bereit seyen. Aus den seitdem eingelaufenen und unter Anlage C (Anlage C besteht aus Actenstück II, III und IV) beigefügten Berichten des Marinelieutenants Poppe in Eckernförde erhelle aber daß bereits die preußischen Behörden in demselben Orte hinsichtlich der angedrohten

Zwangsmaßregeln, die Gefion betreffend, Gegenbefehle erhalten haben, weßhalb der Hr. Minister dem Gesammtministerium anheimgibt, ob es unter so bewandten Umständen nicht geeigneter erscheine das obige Rundschreiben zu sistiren, hauptsächlich wenn, wie nach den Berichten kaum zu bezweifeln, auch dem Abgange der „Gefion" von Eckernförde nach Kiel keine Hindernisse seitens k. preußischer Militärbehörden entgegengestellt werden sollten. Würde letzteres geschehen, so wäre es noch immer an der Zeit das Circular zu erlassen und anderweitige Maßregeln zu ergreifen. Nach stattgehabter Erörterung wird das bezeichnete Verfahren genehmigt."

VII. Ein Bericht des Marinelieutenants Poppe dd. Eckernförde, 24 Oct. 1849 an das Reichsmarineministerium, die Antwort auf Actenstück V enthaltend. „Ob mir von Seiten des Commandanten der hier liegenden preußischen Landtruppen hinsichtlich des Ausbringens der Fregatte aus dem Hafen Schwierigkeiten in Weg gelegt würden, konnte ich damals nicht in Erfahrung bringen, da sich dieser über diesen Punkt nicht deutlich aussprach. Um nun klares Licht darüber zu bekommen, setzte ich mich heute abermals mit demselben ins Benehmen, und äußerte er sich dahin daß ich mit der Fregatte unternehmen könne was ich für gut finde, nur dürfe dieselbe nicht von der Stelle, und nicht einmal das Tau an welchem sie ans Land befestigt ist, gelöst werden, widrigenfalls er nach dreimaliger Aufforderung auf die Leute schießen lassen werde. Hinsichtlich des Baggerns der Barre lege er mir keine Hindernisse in den Weg." Schließlich zeigt der Marinelieutenant Poppe an daß sich seit dem 23 Oct. dänische Kriegsschiffe vor den Eckernförder Hafen vor Anker gelegt haben.

VIII. Ein Schreiben des Reichsministeriums der Marine an den Marinelieutenant Poppe dd. 27 Oct., er möge genau berichten „ob und wann der Wasserstand zu Eckernförde jetzt hoch genug ist, damit die Fregatte zu jeder Zeit über die Barre kommen kann, oder aber ob eine Ausbaggerung nothwendig ist — auch wann eine etwaige Ausbaggerung beendigt seyn könnte, und welche Verabredungen oder Uebereinkunft in dieser Hinsicht mit der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft stattgefunden."

IX. Ein Schreiben des Bevollmächtigten für die Statthalterschaft von Schleswig-Holstein an das Reichsministerium der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine dd. Frankfurt a. M., 28 Oct. Eben empfangenem Auftrage zufolge habe ich die Ehre an die hohen Reichsministerien der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine in Betreff der Fregatte Eckernförde nachstehende ergebene Mittheilung zu richten. Von einem glaubwürdigen Mann in Flensburg wird von dort am 23 d. M. an meine Regierung folgendes geschrieben: „Aus einer, wie ich nicht zweifeln darf, vollkommen sichern Quelle erfahre ich daß der Admiral Steen-Bille, welcher sich gegenwärtig hier befindet, mit dem Oberst Hodges über den Plan die Gefion zu entführen in der Weise einig geworden daß dieselbe nach einem Platz gebracht werde wie Arroesund oder Alsen, unter dem Vorwand sie dort sicherer zu überwintern. Es sey nicht der geringste Zweifel daß der Weg von Arroesund nach Kopenhagen dann für die Gefion ein sehr kurzer seyn werde." Bei der Wichtigkeit dieser Mittheilung darf ich nicht unterlassen um eine gefällige Empfangsbescheinigung ergebenst zu bitten, indem ich mich zugleich der Hoffnung überlasse daß es als statthaft erscheinen möge unverzüglich geeignete Maßregeln zur Sicherstellung des gefährdeten Reichsguts in Ausführung zu bringen. Die hohen Reichsministerien wollen geneigtest ermessen wie die denselben auf anderweitigem Wege bereits zur Kenntniß gekommene Thatsache, welche ich gleichfalls, heutiger Nachricht zufolge, zu bestätigen im Stande bin: daß am 22 d. M. fünf dänische Kriegsschiffe den Hafen von Eckernförde unweit der Stadt besetzt haben, darauf hinweist daß der oben gedachte Plan seiner Verwirklichung nahe ist."

X. Weisung des Reichsministeriums der Marine an den Marinelieutenant Poppe, d. d. 28 October (4 Uhr Nachmittags). In einem Bericht des Commodore Brommy, d. d. 22 September, sagt derselbe in Betreff der eventuellen Ueberfahrt der Fregatte „Eckernförde" alias „Gefion" von Eckernförde nach Kiel: „Um zu verhindern daß die völlig unbewaffnete Fregatte nicht in die Hände der (vor Eckernförde kreuzenden) Dänen gerathe, habe ich dem Lieutenant Poppe die gemessensten Befehle ertheilt das Schiff nicht wegnehmen zu lassen, und habe die volle Ueberzeugung in ihm den Mann getroffen zu haben dem ein solcher Auftrag ertheilt werden durfte. Es sind bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden, und somit die Ehre der deutschen Marine sicher gestellt." Aus Ihren verschiedenen Meldungen bis zum 24 October d. J. incl. Nr. 61 ersehe ich mit Befriedigung daß Sie in verschiedenen Collisionen mit k. preußischen Militärbehörden in Eckernförde pflichtschuldigst die Ehre der deutschen Flagge aufrecht zu erhalten bestrebt gewesen sind, und ich nehme daher an daß die Fregatte auch gegen alle und jede Gewaltstreiche als gewahrt betrachtet werden kann. Was auch geschehen möge, Sie haften für das Ihrem Befehl anvertraute Kriegsschiff. Es ist Reichseigenthum. Ihre Instruction geht einfach dahin: entweder die Fregatte unter deutschen Farben dem Reiche zu erhalten oder dieselbe zu vernichten. Sie soll weder den Dänen noch irgendeiner andern unbefugten Macht in die Hände fallen. Sie haben mich deutlich zu verstehen: weder k. preußische Streitkräfte noch solche welche die schleswig'sche Landesverwaltung etwa beordern möchte, noch irgend andere, nicht Ihrem unmittelbaren Befehl unterstellte Marine- oder Landtruppen dürfen die Reichsfregatte besetzen. Ehe dieses geschieht, sprengen Sie das Schiff in die Luft oder verbrennen dasselbe. Ergreifen und ergänzen Sie alle Vorbereitungen. Pulver und Brennmaterialien müssen in vollem Maße fertig gehalten und in der Art vertheilt seyn daß das Schiff in jedem Augenblick an zehn oder mehreren Stellen zugleich in Brand gesteckt werden kann, daß fernerhin die Sprengung gesichert ist, wohingegen alles was zum Löschen dienen könnte vernichtet wird. Sie haften mit Ihrer Ehre und Ihrem Leben für die unbedingte Ausführung des gegenwärtigen Befehls, unbesorgt über alle Folgen. Sie sind mithin jeder Anfrage und Instructionseinholung überhoben, alle Einzelnheiten der Ausführung sind Ihnen überlassen, mit einziger Ausnahme solcher die aus späteren directen Weisungen des Commodore Brommy zu entnehmen sind. Dem Seezeugmeister geht eine Abschrift dieses Befehles zu, und seinen Anordnungen werden Sie pünktlichst nachzukommen haben. Es bleibt Ihrem Ermessen anheimgegeben ob und wann Sie den k. preußischen Commandanten zu Eckernförde Kenntniß von der gegenwärtigen Instruction nehmen lassen wollen."

XI. Weisung des Reichsministeriums der Marine an Commodore Brommy, d. d. Frankfurt den 25 October 4½ Uhr Nachmittags. Dem Commodore wird die Gefährdung der Reichsfregatte und das Actenstück Nr. X mitgetheilt. „Sie werden ohne Zeitverlust angesichts dieses die geeignete Ergänzung der gegebenen Befehle erlassen und auch alsogleich noch zwei Seeofficiere Ihrer Wahl zum temporären Dienst auf die Fregatte „Eckernförde" beordern. Diesen Officieren wollen Sie noch eine nach Ihrem Ermessen zu bestimmende Anzahl Matrosen oder Marinesoldaten, sichere Leute, unterordnen, damit der in meiner auch für Sie selbst gültigen obigen Weisung an den Lieutenant Poppe vorgeschriebene Zweck auf jeden Fall erzielt werde. Die Detail-Instruction bleibt Ihnen überlassen. Sie haben zu bestimmen: 1) daß die entsendeten Officiere und Mannschaften in kürzester Frist und ohne Aufsehen an den Bord der Fregatte gelangen; 2) daß mein heutiger Befehl an den Lieutenant Poppe durchgängig auf das entschiedenste ausgeführt werde; 3) daß die geeigneten Maßnahmen mit der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft verabredet werden, welche sich jedoch nur auf die etwaigen Hülfsmittel zur Ausführung des fest und unabänderlich dastehenden Hauptbefehls beziehen können. Nach Ihrem Ermessen wollen Sie auch den Lieutenant Poppe instruiren ob und wann etwa dem k. dänischen Geschwader-Commandanten vor Eckernförde im allgemeinen Kenntniß der ertheilten Befehle zu seiner Warnung zu geben sey."

XII. Weisung des Reichsministeriums der Marine an den Hauptmann Marcard, d. d. Frankfurt den 28 October 5 Uhr Nachmittags. „Noch diesen Abend werden Sie sich direct nach Eckernförde begeben und den beifolgenden offenen Brief an den Lieutenant Poppe, d. Z. die Fregatte „Eckernförde" commandirend, überbringen. Der Inhalt desselben dient Ihnen zur Instruction und Vollmacht. Schleswig-holsteinische Mannschaften sind nur an Bord der Fregatte zuzulassen, wenn dieselben unbedingt unter die Befehle des jenes Kriegsschiff befehligenden Reichsmarine-Officiers gestellt werden. Gegenwärtige Weisung dient Ihnen auch um sich bei der schleswig-holsteinischen Statthalterschaft als Bevollmächtigter des Reichs-Marineministeriums zu legitimiren."

XIII. Ein Schreiben des Reichsministers des Auswärtigen und der Marine an den schleswig-holsteinischen Bevollmächtigten, d. d. Frankfurt den 28 October 5 Uhr Abends. Dem Bevollmächtigten werden die Actenstücke X — XII mitgetheilt „zur geneigten Kenntnißnahme und Folgerung Ihrer hohen Regierung, mit dem Angeben dieselbe möge auch ihrerseits ohne Zeitverlust mit den betreffenden Behörden sich ins Benehmen setzen um das Reichseigenthum oder wenigstens die Ehre der Flagge sicher zu stellen."

XIV. Ein Circular des Reichsministeriums der Marine an die Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt, d. d. Frankfurt den 29 Oct. „Das angebogene sub lit. A abschriftlich erfolgende Protokoll des Gesammt-Reichsministeriums d. d. 22 Oct. (Actenstück Nr. VI.) wird Ihnen, Hr. Bevollmächtigter, den aus den versöhnlichsten Principien entnommenen Grund des verspäteten Erlasses eines ebenfalls beiliegenden Rundschreibens des Marineministeriums, d. d. 12 Oct. 1849, hinlänglich zu erkennen geben. Die im Protokoll angedeutete Hoffnung daß dem Abgang der Reichsfregatte „Eckernförde" alias „Gefion" nach Kiel keine neuen Hindernisse in den Weg gelegt werden möchten, hat sich leider nicht bewährt. Im Gegentheil, zu den eigenmächtigen, die Sicher-

heit jenes Reichskriegsschiffes bedrohenden Zwangsmaßregeln seitens königlich preußischer Militärbehörden gesellt sich das gleichzeitige Erscheinen eines königlich dänischen Kriegsgeschwaders vor Eckernförde unter höchst bedenklichen Umständen. Nach nochmaliger Erörterung der ganzen Angelegenheit im Reichsministerrathe ist nunmehr der Unterzeichnete in die Nothwendigkeit versetzt, unter Bezug namentlich auf seine Weisung vom 28 October an den Commandirenden der Fregatte „Eckernförde", Sie, Hr. Bevollmächtigter, ergebenst zu ersuchen sämmtliche Actenstücke, die Gefährdung dieses Reichskriegsschiffes betreffend, Ihrer hohen Regierung als eine diesseitige einstweilige verwahrende Erklärung zur geneigten Kenntnißnahme und Rechtsfolgerung gefälligst übermitteln zu wollen."

Die Dinge in Baden.

. Aus Baden, 1 Nov. Endlich hat uns das Regierungsblatt die erwünschte Kunde gebracht daß für früher begangene Verbrechen die Standgerichte aufhören sollen. Die Befriedigung über diesen ersten Anfang einer Umkehr zu normalen Zuständen wird im ganzen Lande ziemlich allgemein seyn; denn auch die erbittertsten Fanatiker der standrechtlichen „Ruhe und Ordnung" müssen allmählich einsehen daß mit jedem Tage der Verlängerung solch unerbittlicher Ausnahmszustände die friedliche Heilung der zähen innerlichen Krankheit immer schwerer wird. Ein strenges Gericht war in Baden nöthig; aber wir zweifeln ob die Art und die Ausdehnung den politischen Zweck erreichte den man vernünftigerweise im Auge haben mußte. Ein strenges Gericht, sagen wir, war nöthig; denn wir haben alle Experimente der Milde und Versöhnlichkeit vor dem Mai durchgemacht. In zwei Aufständen hatte man den blutigen Weg der Martialgesetze und Ausnahmsgerichte vermieden, eine lange und ausführliche Procedur wie bei ganz gewöhnlichen Verbrechen angeknüpft, ganze Centner Acten verschrieben, dazwischen mit Amnestien nachgeholfen und zuletzt, nachdem die Erinnerung an das Vergehen schon fast verwischt war, die Schuldigen und zum Theil rückfälligen Schuldigen im ungünstigsten Zeitpunkt vor eingeschüchterte und furchtsame Geschworne gestellt. Die Erfolge liegen zu Tage; man hat der Milde mit völliger Zuchtlosigkeit geantwortet, die Amnestie mit unsinnigem Zeitungslärm über Härte und Grausamkeit erwiedert, die gewissenhafte und pedantische Procedur, die alle Ausnahmsmittel martialischer Art verschmähte, mit Hohn, Undank und Frechheit belohnt. Es war in Baden zuletzt viel schwieriger und gefährlicher Ordnung und Gesetz zu achten, als Krawall und Rebellion zu machen; war man im ersten Fall stets der Lynchjustiz „souveräner" Brutalität schutzlos preisgegeben, so hatte man im zweiten Fall nur eine gelinde Strafe, meistens Freisprechung oder Amnestie zu erwarten. Nur die barste Unkenntniß unserer Verhältnisse konnte daher verlangen daß man auch bei dem dritten Aufstand das mißlungene Experiment der Milde wiederholen sollte; man mußte, wenn man auch dießmal die Schuldigen amnestirte, wenigstens den Unschuldigen die Möglichkeit eröffnen sich anderswo eine sichere Zufluchtstätte und ein neues Vaterland zu suchen. Die Amnestie einer dreimaligen Rebellion war die indirecte Verurtheilung aller gesetzlichen und ordnungsliebenden Leute; gestattete man jenen wieder ihr altes Wesen in Baden neu zu beginnen, so mußte man diesen die Mittel schaffen nach Amerika auszuwandern. Die übertriebene Humanität gegen die einen ist in solchen Fällen nur eine Härte gegen die andern; das scheint man in der Presse und in den Gerichtssälen der Geschwornen heutzutage nicht selten zu vergessen, wenn man auf Kosten des Rechtsgefühls der Bessern eine wohlfeile Milde übt und anempfiehlt. Man muß die Erfahrungen die man in Baden gemacht hat, im Auge behalten um zu begreifen wie eine Menge Leute, deren Natur und Ueberzeugung sonst allem terroristischen Gewaltsystem fern steht, eine Zeitlang und zum Theil jetzt noch die mitleidlose Justiz die in Baden geübt ward, vertheidigten und billigten. Gleichwohl muß sich auch ihnen mehr und mehr die Einsicht aufdrängen daß, ganz abgesehen von allen humanen Rücksichten, rein vom Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit aus, das standrechtliche Verfahren eingestellt werden mußte und, wie wir bereits vor Wochen in diesen Spalten hervorhoben, viel besser schon früher eingestellt worden wäre. Und dieß aus dem einfachen Grunde weil der politische Zweck den diese Justiz allein haben konnte, nur zum kleinsten Theil erreicht — wenn nicht ganz verfehlt worden ist. Solche Ausnahmsgerichte, wenn sie schrecken und bessern sollen, müssen der verbrecherischen That rasch auf dem Fuß folgen und dann die Urheber und Rädelsführer aus der verführten und bethörten Masse herausgreifen. Beides ist in Baden nicht geschehen; die Standrechtsjustiz hat erst, nachdem die erste Erinnerung verwischt war, ihr trauriges Geschäft begonnen, und ist der That um viele Monate nachgehinkt. Für das öffentliche Gefühl ist dieß ein wesentlicher Punkt; namentlich wir in Baden haben darüber zureichende Erfahrungen gemacht. Als Struve im September 1848 gefangen war, erwartete, ja verlangte die öffentliche Meinung (mit Ausnahme der Gesinnungsgenossen die erschrocken schwiegen) dessen kriegsrechtlichen Tod; und sechs Monate nachher hätte, auch wenn ihn die Geschwornen einstimmig zum Tod verurtheilt hätten, die Vollziehung eines solchen Spruchs schwerlich eine Stimme der Billigung gefunden — selbst unter denen deren Urtheil über Struve's politische Strafbarkeit im April noch dasselbe war wie im September. Ganz ähnlich haben in diesem Jahr die Stimmungen umgeschlagen, und in den meisten Gemüthern war die natürliche Milde die mit unsern Sitten und Vorstellungen innig verwachsen ist, bald mächtiger als die Entrüstung und das anfangs so laute Verlangen nach unerbittlicher Züchtigung der Schuldigen. Wer die Gräuel der Soldatenmeuterei mit erlebt, den Kannibalismus eines zügellosen uniformirten Pöbels im einzelnen angesehen hatte, wer die politische und sittliche Zerrüttung des Landes betrachtete und die herbe Zukunft der wir entgegengingen, wer diese Trümmer unseres Wohlstandes und unserer bürgerlichen Freiheit vor Augen hatte, wie sollte der unter dem starken Eindruck der Dinge wie sie waren Mitleid fühlen mit den gewissenlosen Urhebern? Und diese Stimmung war in den ersten Zeiten der Pacification die vorherrschende; aber sie wich bald mildern Anschauungen, und in dem Maße als die herben Eindrücke von ihrer ersten Stärke verloren, in dem Maße wandte sich das menschliche Gefühl von den Ausnahmsgerichten ab. Dieß wurde übersehen von denen in deren Händen die Macht lag eine Aenderung zu treffen; dieß Uebersehen war ein politischer Fehler, denn der Stimmung dieses Theils der Bevölkerung durfte man wohl Rechnung tragen. Wenn eine mächtige „demokratische" Presse, die bei Auerswalds, Lichnowsky's und Latours feigem Meuchelmord nur schlechtverhüllten Hohn und Schadenfreude äußerte, jetzt auf einmal Krokodilsthränen der Humanität vergießt, so begreifen wir es recht wohl daß man darauf keinen Werth legt; aber wenn ganz conservative Leute, d. h. solche die es nicht erst seit dem Einzug der Preußen geworden sind, sich von einer gerichtlichen Procedur nur abgestoßen und innerlich verletzt fühlen, sollte man dagegen doch nicht zu gleichgültig seyn. Diese Stimmen verdienten jedenfalls mehr Berücksichtigung als die terroristischen Wünsche der Unverbesserlichen, oder die standrechtliche Ungeduld solcher die alte demagogische Sünden durch neuen loyalen Durst nach Todesurtheilen zu sühnen meinen. Was am peinlichsten berührte, war die handgreifliche Unbilligkeit die nicht den Richtern, wohl aber zum guten Theil dem Institut und den Verhältnissen zuzurechnen ist. Die Verhältnisse brachten es mit sich daß die meisten intellectuellen Urheber des Aufstandes sich bei Zeiten dem Bereich der Martialgesetze entzogen hatten; was zurückblieb waren meist schon untergeordnete Werkzeuge, oder solche die bei aller Schuld es vortrefflich verstanden hatten zur rechten Zeit den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Von dieser letzten Kategorie laufen viele, ja die meisten straflos umher, auch wenn sie eine zehnmal größere Verantwortung trifft als die Thoren und Verführten, welche für sie die Kastanien aus dem Feuer holten. Aber sie waren vorsichtig; sie halfen, solange noch keine Gefahr dabei war, den Staat und die Gesellschaft zerrütten, das Netz des Clubwesens ausbreiten, in den Massen alle gesetzlichen Begriffe ersticken — und wie der Ausbruch im Mai erfolgte, operirten sie hinter den Coulissen, und überließen es Phantasten oder Einfaltspinseln statt ihrer durch Dick und Dünn zu gehen. Von den letztern hat mancher die ganze Strenge des Martialgesetzes empfinden müssen; von den andern sind nur sehr wenige von der Ausnahmsjustiz überhaupt behelligt worden. Im Lande selbst, wo man die Persönlichkeiten und ihre Antecedentien kennt, machte das begreiflicherweise einen nichts weniger als versöhnenden Eindruck, auch wenn man recht gut einsah daß die zufällige Natur des ganzen Instituts daran die Hauptschuld trägt, nicht die Richter und nicht die Regierung.

Unter der geringen Zahl derjenigen Angeklagten die man als stark belastet betrachten konnte, standen fast in erster Reihe Kinkel und Mögling — beide Männer vollständig zurechnungsfähig, nach ihrem Alter, ihrer Bildung und socialen Stellung in einem solchen Fall zehnmal strafbarer als die betrunkenen Rastatter Soldaten, oder der arme Tropf von Schullehrer, oder der junge fanatisirte Dortu, die man die ganze unerbittliche Strenge der Martialjustiz hat fühlen lassen. Kinkel und Mögling sind geschont worden — ein Verfahren das wir schon deßhalb billigen weil es den ganzen Gegensatz der Standgerichte zu unsern Sitten und Anschauungen recht grell aufdeckte und die längere Fortdauer der blutigen Justiz eigentlich unmöglich machte. Denn daß nach diesen beiden Acten der Begnadigung keiner mehr gerichtet werden durfte, wenn man nicht eine offene Ungerechtigkeit begehen wollte, das leuchtete jedem ein und war das übereinstimmende Urtheil Aller. Aber man begnadigte Kinkel, weil niemand es über sich nehmen wollte das harte blutige Urtheil über einen Mann zu sprechen der bei aller Verirrung und Strafbarkeit durch seine geistigen und gemüthlichen Anlagen der Nation einst lieb geworden war; man schob sich einander voll Verlegenheit das peinliche Amt des

Richters zu, und alle fühlten in welchen Conflict mit der öffentlichen Meinung und Sitte man gerathen würde — auch wenn man nichts weiter thue als den Buchstaben des Gesetzes zu vollziehen. Aus dieser Verlegenheit konnte nur die Begnadigung helfen oder, genauer gesagt, die Bestätigung eines formell ungerechten Urtheils, das aber materiell mit unsern Vorstellungen und Anschauungen besser zusammenstimmt als der Wortlaut eines Gesetzes das zu unsern Sitten nicht mehr paßt.

Aehnlich war es mit Mögling; der Anführer in den drei badischen Freischaarenzügen hatte nach dem Gesetz den Tod verdient so gut wie irgendeiner. Gleichwohl hätte die Vollziehung eines solchen Spruchs auch unter allen denen die das demagogische Unwesen aus tiefster Seele verabscheuen, nur ein Gefühl der Mißbilligung erregt — weil die Sitte und Erziehung mächtiger ist als der gesetzliche Buchstabe. Auch die Richter standen unter diesem Eindruck; sie hatten Mitgefühl mit einem Mann der unter einer ganzen Reihe gespreizter Abenteurer und Renommisten ziemlich der einzige gewesen war der offen und ehrlich sich zu seiner Sache bekannte, statt wie die andern sich „herauszulügen". Sie fühlten daß es unsern sittlichen Begriffen widerspreche einen politisch Verirrten mit Pulver und Blei unschädlich zu machen, und hängten ihrem Todesurtheil jene Clausel an die ihre Wirkung nicht verfehlen konnte. Abermals war ein hartes Gesetz unvollzogen geblieben, und alle Welt war damit zufrieden, eben weil diese Art Justiz und Gesetzgebung heutzutage nur als ein äußerstes Gebot der Nothwendigkeit noch Entschuldigung findet, aber nicht als eine ständige Procedur, die Monate lang mit aller Förmlichkeit und fast mit dem Anspruch einer ordentlichen Justiz fortgesetzt wird.

Diese letzten Fälle haben praktisch und eindringlich die Unhaltbarkeit des Verfahrens dargethan; man mußte die Ausnahmsgerichte für früher begangene Verbrechen einstellen, da die Richter und die höchsten Instanzen selbst in den schwersten Fällen lieber der Sitte als dem Gesetz gefolgt waren. So ist denn der Begnadigung Möglings rasch die Sistirung der standrechtlichen Justiz gefolgt; zur Befriedigung aller derer die mehr vorwärts als rückwärts blicken, denen an der Versöhnung für die Zukunft mehr gelegen ist als an der Rache für die Vergangenheit.

Ob diese Standgerichte die letzten seyn werden die wir in Baden erleben, das hängt nun von dem guten Willen und der Weisheit derer ab denen es dießmal noch gelungen ist die Revolution niederzuwerfen. Bei uns in Baden allein ist das Uebel nicht zu heilen, weil seine Wurzeln nicht allein in Baden liegen. Aber eines drängt sich uns bei der Betrachtung der traurigen Arbeit der letzten Monate als bittere Wahrheit auf: daß ohne die Erziehung und Zucht der lebenden Generation, ohne starke feste Pfeiler der gesellschaftlichen und politischen Ordnung alle unsere Humanität und Culturverfeinerung die sittliche Desorganisation nur vollenden hilft. Wir öffnen der Zügellosigkeit und Wildheit aller rohen Gelüste nur vollends Thür und Thor, wenn wir die humane Theorie allein walten lassen, und uns in der Lüge einer Mündigkeit und Reife der Massen herumtreiben, statt sie für eine freie und feste Staatsordnung erst recht in Zucht und Erziehung zu nehmen. Was haben wir in Baden seit zwei Decennien nicht für humane Gesetze gemacht, wie haben wir Verbrecher und Verurtheilte mit aller Rücksicht gefühlvoller Seelen behandelt sehen wollen — und indessen ist die zuchtlose Verwilderung und Unbändigkeit so gewachsen daß die harte unerbittliche Noth bald unserer humanen Gesetze spottete. Noch kurz vor der Mairevolution haben wir nach Anweisung der Paulskirche die Todesstrafe abgeschafft — um bald in die summarische Justiz „des Pulver und Blei" zurückzufallen! Und doch hatte vor fast drei Vierteljahren*) eine treffliche Stimme in diesen Blättern die Warnung ausgesprochen: „der allerneueste Staat wird ohne Ernst seyn, und darum wenig fähig zu Schutz und Trutz wider die finstern Mächte in der Gesellschaft. Schon länger war das Richterschwert zum Galanteriedegen geworden; nun verwandeln sie's vollends in ein Ellenmaß auf welchem die Zolle und Linien die Zahl der Jahre und Monate der Gefangenschaft angeben werden. Aber wenn der Staat nicht mehr den Muth hat mit Schärfe zu strafen, so erhebt sich aus der Mitte der beleidigten Gesellschaft die Rache, welche persönlich und blind ist, und welcher zuletzt auch Unschuldige zum Opfer fallen werden. Ein Staat der erst die Empörung abwarten muß bis er das Schwert ziehen darf, kommt nach und nach durch die Summirung der Einzelverbrechen ums Leben."

Das prophetische Wort hat sich angefangen zu erfüllen, aber solch kassandrische Weissagungen werden immer erst begriffen, wenn es zur vorbeugenden Abwehr zu spät ist.

*) Allg. Zeitung, Beilage Nr. 55.

Wien.

* **Wien**, 4 Nov. Die „Presse" will dem Ministerium eine Inconsequenz nachweisen daß, wenn eine Amnestie ursprünglich jetzt vom Ministerium ausginge, dieß eine Verurtheilung der eignen bisher befolgten Politik seyn würde. Denn: „Bei den ausgedehnten Vollmachten mit denen Baron Haynau noch immer betraut ist, kann eine Sistirung der Todesurtheile wie wir neulich schon bemerkt haben, nur von ihm, oder als ein Act der Gnade direct vom Monarchen selbst ausgehen. Die ministerielle Einmischung könnte wohl eine Modification der Vollmachten, eine Aenderung in den Personen hervorrufen, die Vollziehung der kriegsrechtlichen Urtheile aber liegt außer ihrem Bereich. Wir wollen durch diese Ansicht niemanden zu dem Glauben verleiten als sey das Ministerium aller Verantwortung dessen was in Ungarn geschieht, vollkommen enthoben." Die „Presse" erklärt ihr Schweigen über das deutsche Zollproject damit, daß sie erst die Stimmen der deutschen Presse sammeln wolle. Bei dieser Gelegenheit legt sie ein Wort ein für das Verlangen des niederösterreichischen und des Reichenberger Gewerbvereins um Einberufung eines Industrie-Congresses. „Das Ministerium," sagt sie, „fürchtet vielleicht daß der Widerstreit so verschiedener Interessen als sich in einem industriellen Parlament kundgeben dürften, den Zusammenhang und die Einheit gefährde womit es seiner Zeit den revidirten Tarifentwurf der öffentlichen Debatte in der Presse und in dem Reichstag zu übergeben wünscht. Denn wir gehören nicht zu denen welche meinen daß man ein so tief in die ganze Staats- und Volkswirthschaft eingreifendes Gesetz, wie das Zollgesetz, auf dem Verordnungswege einführen werde. Hier, wo es sich um das gesammte Güter- und Erwerbsleben der Nation handelt, muß es der Regierung angelegen seyn mit äußerster Vorsicht zu Werke zu gehen und ihre Entschließungen nur auf das vollständigste, bis ins kleinste ausgedehnte Gehör aller Interessen und Bedürfnisse zu gründen. Eher können staatsrechtliche als nationalökonomische Maximen durch das Machtwort einer Gewalt zur Geltung gebracht werden." Endlich beruft sich die „Presse" auf einen Berliner Vorgang im Jahr 1844, wo man bei Gründung des Handelsamtes auf entschiedenes Verlangen des Chefs Hrn. v. Rönne die Industriellen zur Mitberathung gezogen habe. Diese Ansicht scheint der Lloyd nicht zu theilen, der sich über die nämliche große Frage in einem Prager Bericht schreiben läßt. „Was den Zolltarif betrifft, so ist es bekannt daß das Ministerium des Handels denselben bereits in Angriff genommen hat, und uns vielleicht schon in kurzer Zeit das Resultat dazu liefern wird. In Böhmen taucht hierüber der Wunsch der Industriellen auf „einen Industrie-Congreß für den ganzen österreichischen Kaiserstaat" einzuberufen, der, hervorgehend durch freie Wahl aus dem Handels- und Gewerbsstande, über die Zollverhältnisse Oesterreichs berathen, und dem Ministerium, nebst den commerciellen Bedürfnissen der einzelnen Provinzen, auch die Mittel dieselben zu befriedigen angeben und vorschlagen sollte. Man will diesen Congreß gleichsam als Ersatz für die in spätere Aussicht gestellten Handelskammern bei der Dringlichkeit der Sache von dem Ministerium erbitten, da bei Berathungen dieser Art Finanzbeamte nicht ausreichen um vollkommen entsprechend alle praktischen Seiten gehörig zu erfassen, und die Eigenthümlichkeiten, die besondern Bedürfnisse und Interessen einzelner Provinzen von ihren Vertrauensmännern am gründlichsten gekannt und empfunden werden. Wie sehr man auch auf den guten Willen eines solchen Congresses und auf die Fähigkeit seiner Glieder rechnen könnte, so scheint doch eine Constituirung in dieser Form überflüssig, da die Einberufung tüchtiger Fachmänner aus den einzelnen Kronländern zu den ministeriellen Berathungen über Handelsangelegenheiten kaum weniger Garantie für die Sache bietet, aber weit einfacher und minder zeitraubend ist als es die Ausschreibung von Wahlen zu einer solchen Versammlung seyn würde." Dem Lloyd gereicht übrigens das Erschrecken stockpreußischer Journale über die Handelspläne zur großen Freude. Oesterreich trete mit einemmale aus seiner passiven Stellung überraschend vor und — fügt er salbungsvoll hinzu — „gibt den treuen deutschen Gemüthern, die sich in ihren großdeutschen Gesinnungen in bedenklichen Zeiten treu blieben, glänzende Genugthuung." (Sie sehen wie genial und über alle Begriffe erhaben der Lloyd ist, neulich nennt er die deutsche Einigungsfrage Geschmacksache, heute füttert er die hungrigen deutschen Gemüther mit einem Zolltarif, der uns lieb und werth ist, dem aber constitutionelle Bürgschaften zur Seite gehen müssen.) Beachten Sie aber den Schluß des Artikels: „Es wird sich im Lauf einer kurzen Zeit herausstellen daß jene Publication in dem österreichischen officiellen Organ ein epochemachendes Ereigniß gewesen ist. Man scheint es hier noch nicht seiner vollen Wichtigkeit nach gewürdigt zu haben, aber die Erfahrung wird beweisen daß es nicht leicht war die Tragweite und politische Bedeutung jenes Vorschlages zu überschätzen." Wir unterschätzen sie gewiß nicht; aber noch fehlt jenen Grund-

zügen jede sichtbare amtliche Autorität. Die Ostdeutsche Post glossirt den neuen Bankausweis folgendermaßen:

Der Baarvorrath vermehrte sich um	. . .	fl. 1,478,913.
Der Notenumlauf verminderte sich um	. .	„ 1,747,077.
Das Wechselportefeuille hob sich um	. . .	„ 1,109,037.
Das Conto des Staates sank um	. . .	„ 2,776,178.

Wenn man die obige Zusammenstellung überblickt, muß man sich mit Recht fragen, nachdem man seit beinahe zwei Jahren an nichts anderes als eine Verminderung des Baarvorrathes und Vermehrung der Notencirculation gewöhnt war: woher also die gedrückte Stimmung welche auf der Geschäftswelt lastet, warum erleiden unsere Fonds im Auslande einen mit jedem Tag merklicheren Rückgang, und warum fällt unsere Valuta überall, nachdem die neue 4½ procentige Anleihe, welche zwar nicht den von ministeriellen Blättern prognosticirten glänzenden Succeß erreichte, aber doch gänzlich an Mann gebracht ward? Es muß den Fachmann überraschen daß sich die Schuld des Staates bei der Bank um nicht mehr als 2,776,178 fl. verminderte. Wir wollen absehen von der sardinischen Kriegscontribution, von welcher eine Baarzahlung an die Bank bereits abzutragen gewesen wäre, was aber bis zum gegenwärtigen Bankausweise in den betreffenden Zahlen des Baarvorrathes und der Noteneirculation noch nicht zu finden war; wir erlauben uns nur auf das männiglich bekannte Factum zurückzukommen daß die neue Anleihe nichts anderes als die Herstellung der Landesvaluta bezwecken, die Schuld des Staates an die Bank tilgen und zu diesem Behufe der Erlös jener an die Bank cedirt werden sollte. Am 14 d. M. verfällt bereits die zweite 10procentige Einzahlung auf die 71 gezeichneten Millionen nom. Capital, welche allein einen Baarbetrag von sechs Millionen Gulden abwirft. Um so auffallender erscheint es daß die Verminderung des Staatsconto bloß die Summe von fl. 2,776,000 beträgt."

Schweiz.

* **Vom Genfer See,** 29 Oct. Starke Räuberbanden zu 50 und 60 Mann, wohl mit Feuergewehren bewaffnet, machen jetzt mächtige Angriffe auf unsere Jura-Gegenden, dergleichen sind kürzlich bei St. Cergues, Gex und in der Nähe vorgekommen, ja sogar die Pariser Malle ist in der Nähe der Faucilles angegriffen worden, nur wenige Stunden von Genf. Die französischen und Genferischen Gendarmen sind in Masse ausgerückt um das Land von diesen Banden zu säubern. Man muß gestehen, unser Uferland hat dieß Jahr besonderes Glück. Kaum sind die Mazzini, Struve, Heinzen und andere fort, denen man wenigstens die Gerechtigkeit lassen muß daß sie im Exil-Lande selbst keine Anzettelungen machten, ihren Einfluß vielmehr auf den engen Kreis ihrer Freunde und Vertrauten beschränkten, so soll hier in Lausanne eine Zeitschrift unter dem Titel: „l'Alliance des peuples" unter der Redaction eines Hrn. Galeer aus Vienne erscheinen, wodurch Europa wo möglich von neuem aufgeregt werden soll. Es handelt sich von nichts geringerem als von dem Versuch die Schweiz, das natürliche Hochland Europa's, auch zum politischen Hochland zu stempeln; sie soll das sie allein am Leben erhaltende Princip der Neutralität ganz aufgeben um sie zum Mittelpunkt, zur festen Burg europäischer Insurrection, eines offenen Kriegs gegen alle Throne und bestehenden Regierungsgewalten zu machen. James Fazy in Genf hat denselben kühnen Plan schon viel früher in seiner „Europe centrale" ausgesprochen, auch voriges Jahr wieder bei der Tagsatzung in Bern angedeutet, als er auf kräftige Unterstützung Italiens durch ein großes schweizerisches Hülfscorps im Dienste der Spada d'Italia antrug, was damals vor den verlornen Schlachten von Custozza und Novara, und vor dem Fall Mailands und Venedigs doch noch einige schwache Wahrscheinlichkeit des Gelingens für sich hatte. Wird aber jetzt, wo die Großmächte des Continents überall die äußere Ruhe hergestellt haben, wo sie für die schnelle und kräftige Unterdrückung und Bestrafung aller insurrectionellen Versuche sehr entschieden einverstanden sind, wo sie dafür bis an die Zähne bewaffnet in großen Massen stehen, wird jetzt ein Aufruf wie diese Alliance des peuples Glück machen? Die Schweiz ist auch in der neuesten Zeit so bescheiden und klug geworden, sie hat sich trotz Palmerston'sches Abreden in die billigen Forderungen der Mächte gefügt. Dieser Alliance des peuples dürfte es gehen wie der unter weit günstigeren Umständen von Lamartine und Ledru-Rollin proclamirten. Eine Arbeit ganz anderer Art, und in ganz entgegengesetztem Sinn sind die in Genf herausgekommenen Epanchements d'un homme d'état, wovon bereits die zweite Ausgabe gedruckt wird, das Werk eines Mannes voll geistreicher Ansichten, Kenntnisse und Erfahrung. Wie wir hören erscheint nächstens in Berlin eine deutsche Uebersetzung davon. Das geistige Leben beginnt sich überhaupt wieder mehr in Genf zu regen. Bekanntlich hatte die Akademie seit 1846 theils durch eigene Schuld, theils durch die Entlassung ausgezeichneter und die Anstellung mittelmäßiger Lehrer sehr gelitten, und die Studien waren dadurch sehr in Verfall gerathen. Nun haben die alten entlassenen Professoren eine Privatanstalt unter dem Namen Gymnase libre, unter der Leitung der HH. August de la Rive, Albert Rilliet und Ern. Naville gebildet, um mit dem officiellen akademischen Gymnasium in Concurrenz zu treten. Die Hauptgegenstände des Unterrichts sind durch tüchtige Männer vertreten: Griechisch, Lateinisch und alte Litteratur lehren die HH. Rilliet, Aug. Turrettini und Abert; französische Sprache, Geschichte, neuere Litteratur und die Elemente der Philosophie haben die HH. Naville, Savous, Bungener und Roget übernommen; Naturwissenschaften und Mathematik die HH. de la Rive, Marcet und Aubert. Bereits sind zahlreiche Subscriptionen vorhanden, und die Vorlesungen sollen den 29 October beginnen.

Konstantinopel.

△ **Konstantinopel,** 24 Oct. Vor wenigen Stunden lief ein französisches Kriegsdampfboot, le Tartare, im goldenen Horne ein, und setzte nach kurzem Aufenthalt seine Fahrt nach Therapia, dem Landsitze des französischen und englischen Botschafters, fort. Es kommt dem Vernehmen nach aus Toulon, und überbringt den beiden eben genannten Repräsentanten abermalige, die Flüchtlingsfrage betreffende Weisungen, vielleicht Nachrichten über die Bewegungen der respectiven Flotten, deren Annäherung an die levantischen Gewässer tagtäglich hier als Gerücht erzählt wird, ohne daß darüber etwas bestimmtes verlautet hätte. Eine ausgemachte Sache ist daß die Weigerung der Pforte in der Auslieferungsfrage in London wie in Paris vollkommen gebilligt worden ist, und daß die Türken sich schon gewonnenes Spiel zu haben schmeicheln. Was werden aber die englisch-französischen Noten in Wien und Petersburg ausrichten? das bleibt nach wie vor die Frage, es sey denn die beiden Seemächte sind im vorhinein entschlossen das Ehebündniß der Türkei mit dem europäischen Radikalismus unter ihren Auspicien einzuleiten und einen allgemeinen Krieg — dessen Endresultat für die Pforte kaum zweifelhaft seyn dürfte — gewaltsam hervorzurufen. Doch lassen wir vorderhand diese trüben Aussichten. Noch sind — das kann ich Sie mit Bestimmtheit versichern — weder aus Wien noch aus Petersburg die Rückantworten der Kaiserhöfe bei der Pforte eingelangt, und bis dahin ist jede Vermuthung auf Sand gebaut. Gönnen wir indessen den Türken die Freude welche sie über die schönen Artikel in den englisch-französischen Journalen und über die ihnen so verschwenderisch dargebrachten Lobhudeleien empfinden. Auch mag es ihnen nicht übel taugen daß die Presse in den beiden Ländern, aus Unkenntniß oder in absichtlicher Verdrehung der Thatsachen, das Ganze durchaus zu einer rein russischen Frage, zu einem perfiden Streich des moskowitischen Cabinets zu stempeln bemüht ist. Da muß Kaiser Nikolaus plötzlich ohne Fug und Recht die Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge begehren, während hier wohl jedermann weiß daß Oesterreich und Rußland, jedes für sich, einzig und allein die ihrer Unterthanschaft nach jedem von ihnen zuständigen Flüchtlinge verlangte. Da muß das ganze Begehren nach Auslieferung ein Ausfluß russischer Präpotenz seyn, während hier jedermann ebenfalls weiß daß Graf Stürmer das Begehren der österreichischen Regierung schon direct beim Sultan betrieb, bevor der jenen Blättern so verrufene Fürst Radziwil in dieser Hauptstadt den Fuß ans Land gesetzt hatte; ja, wie mir aus guter Quelle versichert wird, schreibt sich das Verlangen des Wiener Cabinets gar nicht erst von der Zeit des wirklichen Uebertritts magyarischer Flüchtlinge her, sondern es wurde auf Grund der Tractate, die Oesterreich anrufen zu können glaubt, schon in den ersten Zeiten des ungarischen Krieges, also selbst lange vor der russischen Intervention, eventuell gestellt, als nämlich nach der Einnahme von Buda-Pesth durch Fürst Windisch-Grätz die ungarische Rebellion besiegt und die Flucht der Häuptlinge auf türkisches Gebiet nahe zu liegen schien. Allein so wird, selbst in unsern Zeiten der Oeffentlichkeit, Geschichte gemacht. — Das Ministerium Reschid hat wieder einen seiner Gegner von hier zu entfernen gewußt. Safweti Pascha, der ehemalige Finanzminister unter Risa, der seit einigen Monaten ohne Anstellung in dieser Hauptstadt lebte, wurde zum Statthalter des kleinasiatischen Ejalats von Kastambolu ernannt. Einem Gerüchte zufolge hätten wir Aussicht den Helden und Geschichtschreiber der Februar-Revolution bald hier zu sehen. Die türkische Regierung soll ihm nämlich auf seinen Wunsch beträchtliche Grundstücke in der Gegend von Magnesia zum Geschenk gemacht haben, auf die er sich nun zurückzuziehen gesonnen seyn soll, um seinen Meditationen und wahrscheinlich auch der Herstellung seiner zerrütteten Finan-

zen zu leben. Mit dem Sonntags den 21 d. eingelaufenen Lloyd-Dampfboote ist ein neuer österreichischer Generalconsul, Hr. v. Mihanovich, der früher in gleicher Eigenschaft in Salonich und Smyrna fungirte, hier angekommen.

Ostindien. China.

(Times.) Wären nicht die damit verbundenen außerordentlichen Umstände, so würde die erwähnte Ruhestörung in der Präsidentschaft Madras wohl kaum zur Kenntniß des Publicums gelangt seyn; denn Vorkommnisse der Art sind unserem Militär in Indien, insofern es die Polizei zu handhaben hat, etwas alltägliches. Ein Haufe von Raufbolden, von einer der vielen fanatischen Kasten der Küste Malabar — den Moplahs — hatte sich, nach Verübung vieler Gewaltthaten, in eine aus Steinen starkerbaute Moschee in der Nähe von Calicut (Hauptstadt der Provinz Malabar, vormals sehr blühend, aber durch Hyder Ali's und Tippu Saibs Kriege herabgebracht), geworfen, von welchem Bollwerk aus sie den Civilbehörden Trotz boten. Man rief deßhalb Militärhülfe herbei, und 60 Mann Sipahi vom 43sten Regiment, welchen eine gleich starke Abtheilung in einiger Ferne nachfolgte, rückten gegen die Moschee an. Allein 15 mit Messern und Luntenflinten bewaffnete Moplahs traten ihnen keck entgegen, und bei dem Anblick dieser kräftigen, wilden und halbnackten Gestalten erfaßte die indischen Soldaten ein so panischer Schreck, daß sie, ohne das Commandowort abzuwarten, eine wirkungslose Salve gaben und die Flucht ergriffen. Nur ihr Anführer der Fähndrich Wyse hielt mit 4 oder 5 Getreuen Stand, und diese wurden von der Ueberzahl bewältigt und niedergestoßen. Auch dem Hauptmann Watts, der mit der Verstärkung nachrückte, gelang es nicht die Fliehenden wieder zu sammeln, noch seine eigenen Sipahi zum Angriff zu bewegen, obwohl die ganze Zahl der Fanatiker damals nicht über 30 betragen haben mag. Wie unbedeutend an sich die Ruhestörung war, erhellt aus der Schnelligkeit womit nach Ankunft einer Abtheilung des 94sten Infanterieregiments von Cannanore die Aufrührer, welche mittlerweile Verstärkung erhalten, bewältigt wurden, und zwar mit beträchtlichem Verlust, während englischerseits nur 3 Mann blieben. Aber der Vorfall selbst, so geringfügig er auch an sich ist, beweist neuerdings die unbedingte Nothwendigkeit europäische Truppenreserven in Indien zu haben. Die nämlichen Sipahi, welche hier vor einer Handvoll Barbaren flohen, lassen sich wahrscheinlich muthvoll zum Sturm einer Batterie führen; aber diese Truppengattung bedarf immer des aneifernden Beispiels europäischer Soldaten. Mit Recht hat man gesagt daß Indien ein Land ist wo sich heute nicht voraussehen noch voraussagen läßt was binnen einem Monat dort geschehen kann, und daher, sowie auch namentlich bei unserer trotz officieller Versicherungen bedenklicher Stellung zu dem Fürsten von Kaschmir, ist man in Indien nicht ohne Besorgniß wegen des angekündigten Rücktrittes des Sir Charles Napier vom Obercommando. Dieser Rücktritt ist sehr zu beklagen; was aber auch dessen Folgen seyn mögen, dem Sir Ch. Napier können sie nicht zur Last gelegt werden. Eine Reputation wie die seinige hat ihre Rechte so gut wie ihre Pflichten, und mit Grund mag er wünschen einem Posten enthoben zu werden dessen Verantwortlichkeit seine Autorität übersteigt, und in welchem seine beschränkte Freiheit zu handeln ihn hindert die auf ihn gebauten Erwartungen zu befriedigen.

Auf einem entgegengesetzten Endpunkte der orientalischen Welt hat sich mittlerweile ein außerordentliches Ereigniß zugetragen, welches, während es hoffentlich die neuerlich zwischen uns und den Portugiesen entstandenen Animositäten beilegen wird, zugleich geeignet ist ernstliche Verwicklungen mit der Regierung von China herbeizuführen. Der Statthalter von Macao, Hr. do Amaral, ward am 22 August Abends, als er seinen gewöhnlichen Spazierritt machte, innerhalb der Gränzen seiner eigenen Jurisdiction von sechs Chinesen angefallen und grausam ermordet, worauf die feigen Meuchelmörder seinen Kopf und seine einzige Hand abhieben und mit fortnahmen. Die Katastrophe erregte den ernstlichen Verdacht daß die chinesische Regierung bei der Unthat betheiligt sey, und die portugiesischen Behörden nahmen sofort eine mißtrauische und feindselige Stellung gegen dieselbe. Nach Absendung einer vorwurfsvollen Adresse an den kaiserlichen Commissär in Canton setzte sich das Conseil von Macao in Verkehr mit dem brittischen Statthalter auf Hongkong, und seinem Hülferuf wurde schnell dadurch entsprochen daß Capitän Troubridge mit der „Amazon" und der „Medea" auf der Rhede von Macao erschien; so daß die nämlichen Streitkräfte welche kurz zuvor mit der Garnison der portugiesischen Besitzung in feindliche Berührung gekommen, nun durch ihre Unterstützung deren Dank einernteten. In der That scheinen in diesem außerordentlichen Fall sämmtliche Europäer gemeine Sache gemacht zu haben, sowohl weil sie alle noch weitere Gewaltthaten besorgten, und dann weil der ermordete Gouverneur in allgemeiner Achtung stand. Senhor do Amaral war einer von den ausgezeichnetsten Officieren der portugiesischen Marine. Im Alter von 18 Jahren verlor er bei dem Sturm auf Itaparica, an der Küste von Bahia, seinen rechten Arm, aber dieser Unfall unterbrach nicht seine militärische Laufbahn, und er focht später an der Seite Sir Ch. Napiers (des jetzigen Admirals) in den Bürgerkriegen seines Vaterlands, mit Muth und Auszeichnung. Als Anerkennung seiner Dienste ward er zum Gouverneur jener Colonie ernannt, und hier war es höchst wahrscheinlich die Energie und Selbstständigkeit seines Charakters was seinen allzu frühen Tod herbeiführte. Die Chinesen, scheint es, wähnten daß in Folge unserrs neulichen Zwistes mit diesem unglücklichen Officier derselbe vereinzelt dastehe, und sahen darin eine Aufmunterung für ihre barbarischen Absichten; allein in diesen Erwartungen haben sie sich gewaltig betrogen, und die Portugiesen sind, unterstützt durch die Haltung ihrer europäischen Alliirten, mittlerweile zu offenen Kriegshandlungen geschritten. Nach früheren Vorgängen zu schließen, wird unsere Intervention Mittheilungen aus Peking veranlassen, indessen hoffen wir zuversichtlich daß die Erfüllung unserer Pflicht gegen eine befreundete Macht keine ernstliche Störung unserer Verhältnisse zu China nach sich ziehen werde.

Andere englische Journale finden die Sache bedenklicher. So sagt die M. Post: „Die Ermordung des portugiesischen Statthalters von Macao durch Chinesen kann politische Folgen haben. Das Verfahren des Capitäns Keppel, der einen von demselben Statthalter wegen Mißachtung der katholischen Frohnleichnamsprocession verhafteten brittischen Unterthanen gewaltsam befreite, hat die Frage zur Erörterung gebracht bis zu welchem Grade Portugal souveräne Oberhoheit über Macao besitzt. Von einigen Seiten wurde behauptet: der Kaiser von China habe die Herrschaft über Macao nie aufgegeben, sondern dasselbe nur vor etwa 200 Jahren allen europäischen Fremdlingen zum Wohnplatz angewiesen, und dabei die Portugiesen als die damals im Orient angesehenste europäische Nation vorangestellt. Ein Grundzins wurde für das Land festgesetzt, welchen die Portugiesen bis vor ungefähr vier Jahren regelmäßig entrichteten, und alle Jurisdiction über die in Macao wohnenden Chinesen wurde vorbehalten, so zwar daß daselbst zu diesem Ende immer ein Mandarin von Canton aus bestellt wurde. Dieser Behauptung hat jedoch die portugiesische Regierung amtlich widersprochen, und so vollständige Souveränetät über Macao behauptet wie sie England, kraft des Friedensvertrags von Nanking, über Hongkong besitzt. Die Portugiesen berufen sich ferner auf Lord Aberdeen, der als englischer Minister des Auswärtigen in den Jahren 1845/46 dieses Souveränetätsrecht förmlich anerkannt habe; wir haben aber diesen Brief noch in keinem blauen Buch (d. h. Parlamentsact) gesehen. Uns scheint es daß, nachdem mit unserer Erwerbung Hongkongs unsere ungehörige und demüthigende Stellung in Macao aufgehört, die Portugiesen sofort sich ein ähnliches Besitzrecht auf Macao zu gründen suchten, wie wir es in Bezug auf Hongkong erlangt. Sie versuchten dieß zuerst auf dem regelmäßigen Weg, durch Unterhandlung mit den Chinesen, was ihnen aber mißlang; die Behörden in Canton waren hinsichtlich des Grundzinses und der Jurisdiction über Chinesen unerbittlich. Da wurde Capitän Amaral, ein Seeofficier von Muth und Entschlossenheit, als Nachfolger da Pinto's nach Macao geschickt, und dieser verjagte gleich nach seiner Ankunft die chinesischen Behörden, erhob Zölle von chinesischen Booten und verweigerte den bisher gezahlten Grundzins. So setzte er sich in eine trotzende, wenn nicht geradezu feindselige Stellung gegen die chinesische Regierung, und daher die Ermordung des Gouverneurs. Welche Bestürzung in Macao darüber entstand, kann man sich denken. Die von Amaral gebildete Streitmacht von 450 Mann verlangte mit Ungestüm gegen das nächste chinesische Fort, oder vielmehr befestigte Dorf, geführt zu werden. Dieses ward erstürmt und viele Chinesen niedergemacht, worauf die Portugiesen als Repressalie den Kopf und eine Hand des chinesischen Anführers als Trophäe nach Macao mitnahmen.*) Dieß Verfahren erinnert an das was alte Reisebücher von den portugiesischen Unternehmungen im 16ten und zu Anfang des 17ten Jahrhunderts erzählen. Aber die Portugiesen sind noch wenig über ihren damaligen Zustand fortgeschritten. Das schlimmste an der Sache ist daß alle Kriegsschiffe in der Bocca Tigris, zwei brittische, ein französisches und eine amerikanische Fregatte, dem Gesuch des portugiesischen Senats Folge leistend, angeblich um Leben und Eigenthum zu schützen ihre Marinesoldaten landeten, und so mit den Portugiesen in ihrer Feindschaft gegen die Chinesen einigermaßen gemeine Sache machten. Der Senat richtete an den Vicekönig in Canton ein Schreiben, worin er diesen geradezu als Mordanstifter bezeichnete. Die Antwort soll nicht befriedigend gelautet haben; natürlich wird der

---

*) Der Standard tadelt die Portugiesen daß sie bei ihren Repressalien unter anderm ein chinesisches Boot in den Grund schossen, auf welchem sich mehrere arme Frauen befanden.

Vicekönig, wenn er auf eine solche Beschuldigung überhaupt antwortet, jede Theilnahme oder Mitwissenschaft an dem Verbrechen läugnen. Aber darüber wird erst die nächste Post näheres bringen. Es fragt sich nun aber: was wird geschehen? Werden die Portugiesen China ernstlich bekriegen? Wird es ein bloßer Buccanierkrieg seyn mit einigen schlechtbewaffneten Schiffen und jener Macao-Armee von 450 Mann? Oder wird die portugiesische Regierung ein Heer und eine Flotte absenden? Die portugiesische Regierung mag sich wohl bedenken ehe sie diesen Schritt thut; denn sie besitzt weder Geld noch Credit, weder die Armee noch die Flotte zur Unternehmung eines solchen Kriegs. Was werden andererseits die Chinesen thun? Das läßt sich wohl theilweise errathen. Wenn sie auch die Theilnehmerschaft am Mord desavouiren, werden sie doch nicht im Stande seyn die entrüsteten Dorfbewohner von einem offenen oder heimlichen Angriff auf Macao abzuhalten. Diese werden wahrscheinlich zurückgeschlagen, dann aber beginnt ein kleiner Buccanierkrieg, und zwar gerade auf der Hauptstraße des Welthandels mit China. Werden die Portugiesen den Fluß von Canton blokiren? Das kann nicht geduldet werden. Gütliche Vermittlung der Sache mögen die Chinesen in ihrem Herzen so sehr wünschen wie wir; aber ihr Stolz wird ihnen niemals erlauben eine Vermittlung anzusprechen. So ist die Sachlage eine sehr kitzliche."

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Die Fürsten von Hohenzollern: dem k. preuß. Gen. Lieut. v. Pencker das Ehrenkreuz 1ster Classe des fürstlichen Hausordens. — Der König v. **Hannover:** Sr. Maj. dem Könige von Schweden und Norwegen den St. Georgs-Orden, und Sr. k. Hoheit dem Kronprinzen von Schweden und Norwegen das Großkreuz des k. Guelphen-Ordens. (Letzterer hat dem König Ernst August den schwed. Seraphinen-Orden überbracht.) Auch ist dem Baron v. Manderström, Kammerherrn des Königs von Schweden, das Commandeurkreuz erster Classe; dem Grafen Hamilton, Chef des Generalstabes des Kronprinzen von Schweden, und dem Grafen Wachtmeister, Hofmarschall des Kronprinzen von Schweden, das Commandeurkreuz 2ter Classe; dem Grafen Wrangel, Adjutanten desselben, dem Hrn. von Lövenskiold das Ritterkreuz und dem Dr. Lundberg, Arzt des Prinzen, die 4te Classe dieses Ordens verliehen. Ferner hat Se. Maj. verliehen: das Ritterkreuz mit der Schleife den Oberstlieutenanten Fr. Brinckmann, Commandeur des 3ten Inf. Reg., Rieffugel vom 5ten Inf. Reg., Schneider, Commandeur des 2ten Inf. Reg., Thorbeck, Commandeur des 3ten leichten Bataillons, Wehner, Commandeur des 1sten leichten Bataillons, C. Brinckmann beim Leib-Reg.; das Ritterkreuz den Capitäns Cordemann vom Generalstabe, Meyer vom 1sten leichten Bataillon, und Spindler vom 4ten Inf. Reg. Die vierte Classe des königlichen Guelphen-Ordens dem Capitain C. von der Decken vom 2ten Inf.-Reg., dem Premier-Lieutenant von Arentsschildt vom Dragoner-Reg. „Herzog von Cambridge", und dem Brigade-Adj., Pr.-Lieut. Flöckher vom 3ten Inf. Reg. Der König von **Preußen:** I. Den Militär-Verdienst-Orden: dem königl. sächsischen General-Lieutenant, Herzog Ernst zu Sachsen-Koburg. II. Den Rothen Adler-Orden erster Classe mit den Schwertern: dem königl. bayerischen General-Lieutenant Prinzen Eduard zu Sachsen-Altenburg. III. Den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit den Schwertern: dem königl. hann. General-Major Wyneken und dem königl. sächs. General-Major von Heintz. IV. Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit den Schwertern: dem herzogl. sachsen-altenb. Obersten von Dieberichs. V. Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem schleswig-holst. Major Geerz, dem schleswig-holst. Hardesvoigt Seestern-Pauly, dem schleswig-holst. Landrath von Ahlefeld. VI. Den Rothen Adler-Orden vierter Klasse mit den Schwertern: dem königl. sächs. Rittmeister von Hengendorf, dem herzogl. nass. Artillerie-Capitän Müller und dem königl. sächs. Ober-Lieutenant Köhler Ferner dem k. russ Cornet v. Meyendorff ebenfalls den RAO. 4ter Cl. mit den Schwertern; dem Friedensrichter Winkens zu Burtscheid, Regierungs-Bezirk Aachen, dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium zu Bonn, P. J. Rodel, dem praktischen Arzte Dr. Geis zu Treffurt, Regierungs-Bezirk Erfurt, und dem Lazareth-Inspector erster Classe, Große zu Schweidnitz, den Rothen Adler-Orden vierter Classe; sodann dem Secretär des aufgelösten kurmärkischen Pupillen-Collegiums, Justizrath K. L. Brün, und dem prakt Arzte, Hofrath Dr. Pulst zu Breslau, den Rothen Adler-Orden dritter Classe mit der Schleife; dem Kanzleirath Ch. K. Fable zu Münster, und dem Hofrath C Fr. W. Bischoff zu Karolath, den Rothen Adler-Orden vierter Classe; endlich erhielt der Kreisdeputirte Baron de la Valette St. George Erlaubniß zur Annahme des Großkreuzes des Ritterordens vom h. Grabe.

Militärdienstnachrichten. Kurhessen. Der Oberst Vogeley, Commandeur des Cadetten-Corps, ist zum wirklichen Obersten ernannt, dem Zeughauptmann, Major Moyé, dem Major Hopffe, vom Cadetten-Corps, und dem Major Willius, Commandant des Castells, der Charakter als Oberstlieutenant, dem Hauptmann von Schmid von der Landgendarmerie, der Charakter als Major beigelegt. — K. **Sachsen.** Major Schmalz von der reitenden Artillerie ist zum Brigade-Commandanten ernannt; Hptm. Schneider zum Major; Hptm. Grundig zum Command. des Commissariatstrains; sodann zu Bataillonscommandanten Oberstlieutenant v. Egidy-Geißmar, die Majore Prinz Albert von Sachsen, Liebe, von Wurmb und von Falkenstein; zu Majors die Hauptleute von Strauwitz, Freiherr von Hausen, von Wolffersdorff. — **Preußen.** Nach dem Militär-Wochenblatt vom 20 Oct. ist der General-Lieutenant v. Peucker zum Chef des Stabes des Prinzen von Preußen, als Militär-Gouverneur der Rhein-Provinz und Westfalens; der General-Major v. Hahn zum Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspection ernannt, soll jedoch bis auf weiteres in seinem com. Verhältniß in Hamburg verbleiben; dem Rittmeister a. D. v. Petersdorff, zuletzt aggr. dem 6ten Kür.-Regiment, der Charakter als Major beigelegt, und dem General-Lieutenant v. Weyrach, commandirendem General des 3ten Armee-Corps, als General der Infanterie mit Pension der nachgesuchte Abschied ertheilt.

Civildienstnachrichten. Kurhessen. Der Reg. Director Ph. Fr. K. Lotz ist zum Director und ersten Mitglied der Direction der Landescreditcasse ernannt.

Wissenschaft und Kunst. Hohenzollern-Sigmaringen. Dem Prof. Stelzer ist das Rectorat am Gymnasium zu Hedingen übertragen. — **Kurhessen.** Dem a. o. Prof. der Medicin, Dr. K. F. W. Ludwig in Marburg, ist die nachgesuchte Dienstentlassung bewilligt; Prof. Ludwig hat den Ruf zur Professur der Anatomie und Physiologie an der med. Facultät der Züricherschen Hochschule angenommen, und wird schon in diesem Wintersemester seine Vorlesungen halten. Der Professor Dr. Thöl, bisher zu Rostock, ist zum ordentlichen Professor der juristischen Facultät zu Göttingen ernannt.

Todesfälle. In Hannover, am 12 Oct., der Geh. Cab. Rath Dr. jur. et phil. J. Ph. Rose, 62 J. a. — In Hävern, am 6 Oct., der k. han. Capt. außer Dienst H. v. Mandelsloh, 40 J. a. — In Tönningen, am 4 Oct., Moriz Habrofsky, ein geflüchteter junger Oesterreicher, der als Arzt bei der Marine angestellt war. — In Darmstadt, am 7 Oct., der großh. Hptm. und Stallmeister G. Reuß. — In Berlin, am 6 Oct., der Eisenbahn-Director, Kaufmann L. Stegmüller, 44 J. a. — In Charlottenburg, am 8 Oct., der k. Director des dortigen Pädagogiums, Wilh. v. d. Lage. — In Lissa (Großh. Posen), am 29 Sept., der k. preuß. Oberst a. D. Frhr. v. Kittlitz, 64 J. a. — In Bergen in Norwegen, am 10 Oct., in dem Alter von 71 Jahren, der Stiftsamtmann W. F. C. Christie, bekanntlich einer der Gründer der norwegischen Verfassung.

(3980) Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, erscheint:

Der große deutsche Hausschatz.

Eine Quelle des Reichthums und der Wohlfahrt für Jedermann.

Belehrungen und Aufklärungen über alle Zweige des menschlichen Wissens aus dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Länder- und Völkerkunde, der Geschichte und Geographie, des Staats- und Völkerrechts, des Handels und der Gewerbe, der Haus- und Landwirthschaft, der Litteratur und schönen Künste.

Mit über 2000 in den Text gedruckten Abbildungen.

In Lieferungen von 4 Bogen (à 16 Spalten), umfassend den Raum von 10 Octav-Bogen,

Preis einer Lieferung: 3 Sgr.

Inhalt der ersten zehn Lieferungen:

1) Einleitung. — 2) Die Sternkunde. Von Dr. G. A. Jahn. — 3) Ueber Seifenfabrication und Beleuchtung. Von Dr. R. Wagner. — 4) Die socialistischen und communistischen Lehren unserer Tage. Vom Prof. L. Stein. — 5) Die Entstehung der Erdoberfläche. Vom Prof. Burmeister. — 6) Erklärung des Kalenders. Von Dr. G. A. Jahn. — 7) Der sechste Erdtheil oder das Südpol-Festland. Von C. Winderlich. — 8) Münzen, Maaße und Gewichte aller Länder. Von Dr. M. Hoffmann. — 9) Die Chemie und ihre Anwendung auf Künste und Gewerbe. Von Dr. R. Wagner. — 10) Der gegenwärtige Standpunkt der Staatsökonomie. Von Dr. G. Franck. — 11) Die Homöopathie und das homöopath. Heilverfahren. Von Dr. Franz Hartmann. — 12) Deutscher Volks- und Sittenspiegel. Von C. Winderlich. — 13) Die Hauswirthschaft in ihrem gesammten Umfange. Von W. Löbe. — 14) Die Lufterscheinungen oder die Witterungslehre. Von Dr. G. A. Jahn. — 15) Die Kunst gesund zu leben. Von Dr. G. A. Schubert. — 16) Die Banken, Leihkassen, Sparkassen und Versicherungsanstalten aller Art. — 17) Franklins Leben, Grundsätze und Lehren, nach dessen eigenen Schriften.

☛ **Jede Lieferung wird einzeln für 3 Sgr. verkauft.**

(4025) Durch alle soliden Buchhandlungen ist zu haben (Augsburg M. Rieger):

Pierer's Universal-Lexikon

(Encyklopädisches Wörterbuch der Wissenschaften, Künste und Gewerbe)

bearbeitet von mehr als 300 Gelehrten

mit einem Atlas der Abbildungen von 68 Tafeln in Querfolio

dritte, neue Auflage (4. Ausgabe).

Preis jedes Bandes zu 60 Bogen (doppelt so stark als die früheren) 1 Thlr. 15 Sgr. (2 fl. 42 kr. rhn., 2 fl. 15 kr. C.-M.). **Preis** des ganzen Werks: 25 Thlr. 15 Ngr. (44 fl. 36 kr. rhn., 38 fl. 15 kr. C.-M.)

Das Universal-Lexikon wird in **monatlichen Lieferungen**, je 1 Band zu 60 Bogen, ausgegeben, so daß der Besitzer in $1\frac{1}{2}$ Jahren im Besitz des **vollständigen Werkes** ist. Der 1. Band ist bereits vollendet, im October folgt der 2. und sofort.

Die allgemeine Anerkennung die das Werk bei jedermann findet, seine Reichhaltigkeit (an 750,000 Artikel) und Gediegenheit sprechen mehr für dasselbe als alle Anpreisungen. Alle Buchhandlungen sind mit ausführlichen Anzeigen versehen.

Altenburg, im September 1849. **H. A. Pierer.**

(3995) Im Verlage der Matth. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Sammlung

arithmetischer und algebraischer Aufgaben

von

Dr. Fr. X. Pollak,

Professor der Mathematik am Lyceum zu Dillingen.

Erste Abtheilung.

Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage.

19 Bogen. gr. 8. Preis 16 gGr. oder 1 fl.

Da bereits die erste Auflage in allen Theilen Deutschlands mit vielem Beifall aufgenommen und in vielen Lehranstalten, besonders Norddeutschlands, eingeführt wurde, so wird diese erweiterte Ausgabe noch mehr entsprechen. Der Preis ist, trotz der Vermehrung von 3 Bogen, der frühere geblieben, damit es für Schulen die wohlfeilste derartige Sammlung ist.

Die 2te Abtheilung wird so eben in 2ter Auflage gedruckt und erscheint im November d. J.

(3968—69) Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes zu beziehen:

Geschichte der ungarischen Revolution

in den Jahren 1848 und 1849,

mit Rückblicken auf die Bewegung in den österreichischen Erbländern.

Von

Julian Chownitz,

Redacteur der „Opposition" während der Revolution in Pesth.

2 Bände. 8. Velinpap. Preis 3 fl. oder 1 Rthlr. 24 Sgr.

Zum erstenmal schildert hier ein geborner Ungar — ein Augenzeuge — die letzten denkwürdigen Ereignisse im Magyarenlande mit ergreifender Anschaulichkeit.

Was vielen noch räthselhaft seyn dürfte, findet hier Aufklärung in lebendiger Darstellungsweise — von Anfang bis zum Schlusse des ungarischen Drama's. —

Das Werk erscheint noch dieses Jahr vollständig in 6 Lieferungen à 30 kr. oder 9 Sgr. und sind die ersten Lieferungen bereits in allen Buchhandlungen zu haben.

[3736—37] Im Verlage von Joh. Palm's Hofbuchhandlung in München ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Neue englische und deutsche

Gespräche

mit beigefügter Aussprache, steter Hinweisung auf die Regeln der Grammatik und besonderer Rücksicht auf die Eigenthümlichkeiten beider Sprachen, zur Erleichterung des Studiums bearbeitet von

J. S. S. Rothwell,

Professor der engl. Sprache.

8. eleg. geb. 1 fl. 12 kr. oder $22\frac{1}{2}$ Sgr.

Der Hr. Verf. bietet hier wirklich neue Gespräche, die durch ihren Inhalt ebenso anziehend als belehrend sind. Denjenigen welche sich der größeren Grammatik des Hrn. Rothwell bedienen oder bedient haben, ist dieses Gesprächbuch zur weiteren Ausbildung besonders zu empfehlen.

In demselben Verlag ist ferner erschienen:

Rothwell, vollständige, theoretisch-praktische Grammatik der englischen Sprache. 2te Aufl. 1847. gr. 8. geh. 2 fl. 24 kr. od. 1 Rthlr. 15 Sgr.

— — **vereinfachte, theoretisch-praktische Schulgrammatik der englischen Sprache.** 1849. gr. 8. geh. 1 fl. 21 kr. oder 24 Sgr.

— — **englisches Uebersetzungsbuch.** 1845. gr. 8. geh. 1 fl. 36 kr. od. 1 Rthlr.

— — **the English Reader, a Key to the English language and literature.** 2te Ausg. 1850. gr. 8. geh. 48 kr. od. 15 Sgr.

— — **a select Collection of the Beauties of Modern English Poetry.** 1844. 12. geh. 1 fl. oder 20 Sgr.

[3807-9] ☛ **Für Jagdfreunde!!**

So eben ist erschienen und in der Kollmann'schen Buchhandlung in Augsburg zu haben:

Jagd-Büchl nach den besten Quellen und eigenen 30jährigen Erfahrungen. Enthält die Beschreibung der Eigenschaften und Lebensweise der Jagdthiere, deren Habhaftwerdung und Benützung. Mit Abbild. brosch. 24 kr.

Ein unentbehrliches Vademecum für alle Liebhaber des edeln Waidwerkes.

[3789—90] Un jeune homme d'une bonne famille de la Suisse française, ayant fait ses études classiques à l'académie de Genève, connaissant l'allemand et l'italien, cherche à se placer le plus tôt possible comme secrétaire ou comme instituteur; en s'adressant franco à la Expedition de cette feuille, sous Z. X. Nr. 3789, on recevra plus amples informations et certificats.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag | Nr. 313 | 9 November 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (der Prinz von Preußen nach dem Rhein. Nichtbeitritt zum engern Bund. Kriegeriſche Gerüchte in Bezug auf Schleswig-Holſtein); Bayern (Poſt- und Eiſenbahnwünſche. Hohe Gäſte erwartet. Die Reichsräthe. Das Lager in Franken. Erklärung gegen die preußiſche Darſtellung in Sachen des däniſchen Waffenſtillſtands); Stuttgart (die Landesverſammlung ſoll am 30 Nov. zuſammentreten. Dankadreſſe an die abgetretenen Miniſter. Erklärung Römers in der deutſchen Frage. Der alte Todtenfeierſpuk. Verſammlung der Geſangsvereine in Göppingen); Raſtatt (die Auslieferung der heſſiſchen Gefangenen betrieben. Abdicationsgerüchte); Leipzig (der Landtag noch immer unvollſtändig. Das Wahlgeſetz. R. Blum und Kinkel); Detmold (auch der Landtag erklärt ſich für den engern Bund); Köln (Klapka in Düſſeldorf angehalten); Berlin (das Miniſterium ſchließt ſich noch entſchiedener der rechten Seite der Kammer an. Der preußiſche Staatsanzeiger erklärt ſich über die Zolleinigungsvorſchläge der Wiener Ztg.); Schwerin (Schreiben des Königs von Preußen an den Großherzog); Schleswig-Holſtein (die preußiſche Beſatzung. Die Jammerzuſtände); Wien (die Woiwodina. Ein rutheniſches Nationalmuſeum. Cilly. Behandlung der Geſchäfte in Ungarn. Unterſtützung des Bacſer und Temeſcher Comitats. Schuſelka's Buch. Die Zeitungsanzeigen unter Controlle geſtellt. Nachträgliches über das Feſt in Schönbrunn. Hurter. Eindruck der Wendung der Dinge in Paris).

Spanien. Eröffnung der Cortes. Gerücht von einer neuen Miniſterkriſis.

Großbritannien. Jahrstag der Pulververſchwörung. Amerikaniſche Poſt.

Frankreich. Scenen im Juſtizpalaſt: Reden L. Bonaparte's und Dupins; Etikettestreit. Verhandlungen über die Nationalgarde von Lyon. Zur Geſchichte des Miniſterwechſels. Marſeille (die Belagerung von Zaatſcha).

Belgien. Fürſt Metternich und der Erzherzog-Reichsverweſer.

Niederlande. Beeidigung des Miniſteriums. Die zweite Kammer tritt erſt am 13 Nov. wieder zuſammen. Ungünſtige Kaffeeberichte aus den Colonien. Der Naturforſcher Sommer †.

Italien. Neapel (Abreiſe des ruſſiſchen Geſandten); Rom (Eindruck der franzöſiſchen Kammerverhandlungen. Nothwendigkeit der Rückkehr Pius' IX).

Schweiz. Bern (Rückkehr einer großen Anzahl badiſcher Flüchtlinge. Befürchtungen in Genf. Einberufung beider Räthe auf den 12 Nov.).

Rußland und Polen. Note nach England wegen der engliſchen Flotte. Penſionsfonds für die Schullehrer.

Datum der Börſen: Madrid 31 Oct.; London, Paris, Amſterdam 6; Wien 6; Frankfurt 7; Augsburg 8 Nov.

Deutſchland.

|| **Frankfurt a. M.,** 6 Nov. Der Prinz von Preußen iſt heute Mittag — nach erhaltenem Gegenbeſuch des Reichsverweſers — mit ſeinem Sohn, dem Prinzen Friedrich Wilhelm, nach Mainz und Koblenz abgereist. Der hieſige Senat iſt dem Vertrag vom 30 Sept. in Betreff der neuen proviſoriſchen Bundescommiſſion beigetreten. Der Anſchluß an das Dreikönigsbündniß iſt dagegen, wie mehrſeitig verſichert wird, abgelehnt worden. Verſchiedene Anzeichen laſſen vermuthen daß man von Seite der deutſchen Regierungen die Eventualität eines Wiederausbruchs der Feindſeligkeiten mit Dänemark ernſtlich ins Auge faßt. Bereits iſt die Rede davon daß die als Reichscorps unter den Befehlen des Generals v. Peucker in Baden vereinigt geweſenen Truppen neuerdings in Marſchbereitſchaft geſetzt werden ſollen. Zu dieſen Truppen gehören bekanntlich auch das Frankfurter Linienbataillon und das hier liegende bayeriſche Jägerbataillon. Die neuerlichen Rüſtungen im Naſſauiſchen ſcheinen obige Vorausſetzung zu beſtätigen. Für den Fall des Ausmarſches preußiſcher Truppen nach Holſtein ſoll auch das ſeit kurzem erſt hier eingerückte einunddreißigſte Linienregiment an der Expedition Antheil nehmen.

Bayern. ⊙ **München,** 5 Nov. Schon ſeit Jahren iſt die verſpätete Ankunft der Pariſer Poſt ein ſtehender Artikel in Ihrem Blatt. Da in Paris ein großes Stück der Weltgeſchichte ſich abſpinnt, und jeder Stoß welchen dort die öffentlichen Verhältniſſe erleiden, unſerm Vaterlande einen Rückſtoß fühlbar macht, ſo iſt im allgemeinen politiſchen wie im Handels- und gewerblichen Intereſſe der dringende Wunſch gerechtfertigt über die Ereigniſſe in Frankreich aufs ſchnellſte unterrichtet zu werden. Noch in jedem Winter hat ſich laute Klage über die verſpätete Abfertigung der franzöſiſchen Poſt in Karlsruhe erhoben. Mit dem 10 Nov. wird nun ein neues Eiſenbahn-Segment (Chalons) in Frankreich dem Betrieb übergeben, das die Poſt von Paris nach Straßburg um 12 bis 14 Stunden fördert.*) Wird die badiſche Poſtverwaltung dieſe Beſchleunigung den vorwärts liegenden Ländern Württemberg und Bayern zu ſtatten kommen laſſen, oder wird es dieſelbe durch verſpätete Beförderung wieder paralyſiren? Und wird endlich Würtemberg die Eiſenbahnbenützung der Poſt zugeſtehen, ſo daß die Beſchleunigung in Frankreich auch Ulm, Augsburg und München zu ſtatten kommt? In den Zollverträgen haben die Regierungen ſich gegenſeitig das Verſprechen jeder möglichen Verkehrserleichterung gegeben. Soll die Benützung der Eiſenbahnen zum Correſpondenzverkehr von dieſer allgemeinen Regel ausgenommen, und es in das Belieben jeder Regierung geſtellt ſeyn ob ſie die Brief- und Zeitungsbeförderung hindern oder begünſtigen will? Bayern kann ſich des Urtheils über die Mittel enthalten durch welche die württembergiſche Regierung dem Fürſten Taxis ſeine Poſtrechte zu verleiden gedenkt. Aber wenn die weit größeren Nachtheile welche das württembergiſche Publicum durch dieſes Schachſpiel treffen, auch von dieſem zunächſt zu verſchmerzen oder klagend hervorzuheben ſind, ſo wird den übrigen Ländern des ſüdlichen Deutſchlands doch wohl die Frage vergönnt ſeyn, wie ſie dazu kommen darunter ebenfalls zu leiden? Es iſt die Sache des bayeriſchen Miniſterims einer ſolchen Hemmung des Verkehrs, welche Bayern auf das tiefſte verletzt, nicht länger geduldig zuzuſehen, und ein nachbarliches und den Verträgen entſprechendes Benehmen endlich dringend von der württembergiſchen Regierung zu fordern.

♀ **München,** 7 Nov. In der geſtrigen N. Münchener Ztg. wird gegen die Faſſung des von der preußiſchen Regierung den Berliner Kammern vorgelegten Promemoria über die däniſche Angelegenheit und beſonders gegen deſſen Schlußſatz „daß die übrigen deutſchen Staaten (worunter Bayern begriffen) ihre Zuſtimmung zu dem preußiſch-däniſchen Waffenſtillſtande nicht verſagt" Einſprache gethan, und behauptet daß zwar die bayeriſche Regierung aus verſtändlichen Gründen ihr Truppencontingent nach Verkündung des Waffenſtillſtandes zurückbeordert und dadurch dieſer Uebereinkunft eine factiſche Folge gegeben, jedoch zur ebengedachten Convention ihre Zuſtimmung nicht ertheilt habe. Vielmehr habe die Regierung Sr. Maj. des Königs auf erhaltene Aufforderung zur Acceſſion durch zwei an die k. preußiſche Geſandtſchaft dahier gerichtete Noten ihre Zuſtimmung formell verſagt und ſich auch im Materiellen ihre Billigung auszuſprechen außer Standes geſehen! — Nach der heutigen Kammerſitzung, in welcher das Miniſterium einen ſo glänzenden Sieg davongetragen hat, wurden ſämmtliche Miniſter in Nymphenburg zur königlichen Tafel gezogen. Am hieſigen Hof werden in dieſen Tagen mehrere hohe Gäſte erwartet, ſo der erl. Vater unſerer jungen Königin, deren Bruder Adalbert und der Schwiegerſohn des Königs Ludwig, der Großherzog von Heſſen. — Das bisherige bayeriſche Obſervationscorps in Franken wird bedeutend vermindert durch theilweiſe Beurlaubung einerſeits, und Zurückziehung eines Theils der Truppenabtheilungen in ihre Garniſonen andrerſeits. — Heute Mittag wurde durch die über die Drehſcheibe hinauslaufende Locomotive des Güterzuges in Folge von Unvorſichtigkeit des Locomotivführers eine Wand in unſerem neuen Bahnhofe durchſtoßen, und an dem Gebäude ſowohl als an der Locomotive erheblicher Schaden dadurch angerichtet.

= **München,** 8 Nov. Die Kammer der Reichsräthe hatte während der Verhandlung über die deutſche Frage in der „Schweſterkammer"

*) Wir verweiſen auf den vorgeſtrigen Straßburger Brief.

keine Sitzung; ihre Mitglieder waren dort theilnehmende Zuhörer, sie werden nächste Woche sich an die gleiche Berathung, und wohl dieselbe oder eine ähnliche Beschlußfassung begeben. Indessen war heute eine Reichsrathssitzung; das Gesetz über die Behandlung der Preßvergehen in der Pfalz wurde berathen und erhielt einige Modificationen, so daß es vorerst in die zweite Kammer zurückgeht.

Würtemberg. **Stuttgart**, 6 Nov. Der Termin für Einberufung der revidirenden Landesversammlung ist sicherm Vernehmen nach auf den 30 Nov. festgesetzt. (Würtemb. Z.)

Stuttgart. Eine ansehnliche Zahl hiesiger Einwohner sandte den HH. Römer, Duvernoy, Goppelt, Rüpplin und Roser nachstehendes Schreiben: Hochverehrte Mitbürger! Indem Sie von dem ehrenvollen Posten abgelöst werden zu welchem Sie vor zwanzig Monaten durch das Vertrauen des Königs unter der allgemeinen Zustimmung des Landes berufen worden sind, fühlen wir uns gedrungen Ihnen für das was Sie geleistet haben im Namen des Volkes zu danken. In schwer bewegter Zeit haben Sie mit ebensoviel Muth als Mäßigung eine Gefahr nach der andern von unserem theuren Vaterland, vom Haupt unseres Königs wie von der ärmsten Hütte abgewendet, und mitten unter den äußeren Stürmen zugleich im Innern allem was als Landesbeschwerde bisher auf jedem Landtag ausgesprochen, aber nicht beachtet worden war, abgeholfen, unzählige verjährte Mißbräuche für immer ausgerottet und mit unermüdetem Fleiß dem Volke materielle Erleichterung durch Abschaffung oder Ablösung alter Lasten verschafft, und die Saat der bürgerlichen Freiheit in Gesetzen ausgesäet wie sie das gereifte Bewußtseyn, das endlich zur Wahrheit werdende constitutionelle System und die deutschen Grundrechte verlangen. Je verwickelter die Verhältnisse, je ungestümer die Anforderungen der entgegengesetzten Art, je gehässiger die offenen und versteckten Angriffe auf Sie gewesen sind, um so ruhmvoller war für Sie die Festigkeit Ihres Benehmens und die treue Ausdauer bei Ihrer kampfvollen Arbeit. Mögen die einen, welche Ihnen heute diese Anerkenntniß versagen, an die Tage der Angst zurückdenken, in denen sie bei Ihnen Schutz gesucht und gefunden haben. Mögen die andern, die Ihnen heute gleichfalls den Dank schuldig bleiben, von der Zukunft lernen wie unweise sie handelten wenn sie das freisinnigste Ministerium im Namen der Freiheit anklagten. Als wir uns beim Antritt Ihres Amtes glückwünschten, zählten wir auf Ihre Bürgertugend, ohne zu ahnen wie schwer dieselbe geprüft werden würde. Doch sie ist makellos aus dieser Prüfung hervorgegangen. Wenn es gerade diese Reinheit Ihrer Gesinnung und Handlungsweise war die Ihnen von der Leidenschaft der Parteien am wenigsten verziehen wurde, so haben Sie nur eine Erfahrung gemacht wie sie die edelsten Bürger des Alterthums machten mußten, und wie jenen, so wird auch Ihnen die Zukunft mehr Ehre gewähren als die Gegenwart. Unsere Tage sind zu denkwürdig, das was in ihnen geschieht ist zu wichtig, als daß die Geschichte nicht sollte aufzeichnen müssen was Würtemberg Ihnen, die als die Würdigsten in der gefahrvollsten Zeit zu Wächtern seines Wohles und seiner Ehre bestellt wurden, schuldig geworden ist. Sie nehmen, hochverehrte Männer, den schönen Ruhm mit sich daß Sie uneigennützig Ihr Amt angetreten haben, es ebenso uneigennützig, selbst in Bezug auf den Dank, wieder verlassen, erhoben allein durch das Bewußtseyn strenger Pflichterfüllung und durch die Zuversicht daß dem Volke dem Sie so treu gedient haben, doch von Ihrem kurzen, aber fruchtbaren Wirken viel bleiben, viel zu Gute kommen werde. Mit größter Hochachtung zeichnen wir — den 30 Oct. 1849 — (folgen die Unterschriften.)

Auch von anderen Orten des Landes haben die abgetretenen Minister Anerkennungsadressen erhalten. Römer sagte dieser Tage in einer längeren Erklärung in der Würtembergischen Ztg.: „Ich bin für ein ganzes Deutschland, nicht für ein preußisches. Aber ich bin auch für eine deutsche Volksvertretung, und wenn sich Oesterreich vermöge der Eigenthümlichkeit seiner Verhältnisse oder auch vermöge seiner Politik zu einer solchen nicht verstehen kann oder nicht verstehen will, Preußen dagegen daran festhält, und von der in Aussicht gestellten Verkümmerung der Grundrechte abläßt, so bin ich, selbst ohne Oesterreich, für eine Verbindung mit Preußen und dem übrigen Deutschland; denn etwas ist besser als gar nichts. Dieses habe ich stets und überall ausgesprochen, selbst auf die Gefahr hin nicht überall zu gefallen."

In **Göppingen** soll am 25 Nov. eine Versammlung stattfinden, auf welcher durch Abgesandte sämmtlicher Gesangvereine des Landes die künftige Einrichtung der Preissängerfeste, sowie die Förderung des Volksgesanges überhaupt besprochen werden soll. — Von welchem Geiste noch immer die demokratischen Vereine des Landes getrieben werden, zeigt der Umstand daß in Heilbronn — der bestdurchwühlten Stadt des Landes — sowie in Stuttgart und andern Orten am 10 und 11 Nov. wieder Todtenfeierlichkeiten für Robert Blum stattfinden werden. Sowie R. Blums unselige Mission nach Wien mehr als alles andere den Riß zwischen Wien und Frankfurt vorbereitete, so haben jene Todtenfeiern für ihn im vorigen Jahr nicht wenig dazu beigetragen die Zustände herbeizuführen deren Opfer Baden geworden ist. Und an den Anstiftern dieser Feiern hat es nicht gelegen daß Würtemberg jetzt nicht das Schicksal Badens theilt. Wir haben damals — ohne die Art der Procedur gegen Blum irgend in Schutz zu nehmen — vor jener wühlerischen Ausbeutung des Ereignisses gewarnt, wofür die Allg. Ztg. auf dem Marktplatz in München verbrannt wurde.

Gr. Baden. Die Köln. Ztg. läßt sich aus **Baden** vom 1 Nov. folgendes schreiben: „Es verlautet, eine mächtige Partei, die katholisch-aristokratische, den Frhrn. v. Andlaw an der Spitze, sey daran den Großherzog zur Abdication zu bewegen. Sie geht dabei von der Ansicht aus daß das Land in seinem innersten und edelsten Theile faul und angefressen, daß es nicht mehr lebensfähig sey; und das ist eine Ansicht die allerdings auch von andern welche weniger selbstsüchtige Zwecke verfolgen, getheilt wird. Zu Erben der Verlassenschaft würden Oesterreich, Bayern und das Großherzogthum Hessen gemacht werden."

* **Rastatt**, 5 Nov. Mit der Auslieferung der Gefangenen aus den verschiedenen deutschen Staaten scheint es nun Ernst werden zu wollen. Gestern befand sich ein Commissär der großherzogl. hessischen Staatsregierung (Stadtrichter Pistor in Darmstadt, einer unserer tüchtigsten Justizbeamten) hier, um die Liste der in den Casematten des Forts A verwahrten Angehörigen des Großherzogthums zu erhalten und sich von den Zuständen zu unterrichten; er besuchte, von dem preußischen Commandanten bereitwillig unterstützt, die Casematten des Forts A, ein Erscheinen das den armen Gefangenen, die dessen Grund erfuhren, sehr wohl that. Nach Empfang des Verzeichnisses das über 120 Personen, meistens aus Rheinhessen, aufzählte, reiste der Commissär nach Karlsruhe zurück, um mit dem badischen Gouvernement, repräsentirt von dem Generalauditor Brauer (einer auch auf dem Gebiet der Litteratur sehr vortheilhaft bekannten tüchtigen Persönlichkeit) wegen der Auslieferung abzuschließen. Es ist die höchste Zeit daß eingreifend geholfen wird. Mögen die deutschen Regierungen sich an dem Eifer der hessischen, die bisher unausgesetzt thätig war, zu gleichen Bestrebungen entzünden! Es handelt sich um die edelsten Güter, um Leben und Gesundheit, und noch hat kein Howard die Casematten von Rastatt besucht.

K. Sachsen. ⚲ **Leipzig**, 6 Nov. Nach den Bestimmungen der sächsischen Verfassung ist die erste unserer Kammern beschlußfähig wenn mindestens die Hälfte ihrer Mitglieder, die zweite wenn mindestens zwei Drittheile derselben versammelt sind. Es fehlen jener bis heute noch 7, dieser noch 11 Abgeordnete um die Arbeiten des Landtags zu beginnen. Von Regierungsvorlagen sind erst zwei im Druck vollendet, die Entwürfe zu einer Landtags- und einer Bergordnung. An Vorschläge zur Revision des Wahlgesetzes scheint die Regierung nur zögernd gehen zu wollen. Und doch bedarf das Provisorium einer Bestätigung oder einer Modification. Die Rechte in Sachsen ist nach „organischer Gliederung" des Gesellschaftskörpers, nach jener Classeneintheilung lüstern wie sie Preußen ins allgemeine Wahlrecht brachte. Mancher beruft sich dabei allen Ernstes auf den weisen Salomo, der seiner Zeit ebenfalls eine Eintheilung des Volkes nach Classen beliebte. Aber schon der bloße Hinweis auf preußische Weisheit würde in Sachsen genügen von der besten Maxime zurückzutreten. Hat doch das jetzige Ministerium nicht anders als durch ein Verläugnen der intimen Bundesgenossenschaft mit Preußen, nicht anders als nach einem Zurücktreten vom deutschen Bundesstaat vor den neuen Kammern bestehen zu können geglaubt. Die Dynastie braucht ihr Dankgefühl gegen die verschwägerte Krone Preußen nicht verläugnen zu wollen, allein sie kann ein Ministerium brauchbar und wünschenswerth finden das sich in der Antipathie gegen den bedrohlichen Nachbar mit der Mehrheit im Lande in Einklang zu halten weiß. Die Furchtsamkeit gibt sich hier den Anstrich constitutioneller Gesetzmäßigkeit und Aufrichtigkeit. Hält man den jetzigen provisorischen Zustand Sachsens mit seiner vorherrschenden Demokratie in der Vertretung für lebensfähig, so mußte man gleich nach den Dresdener Ereignissen zu einer durchgreifenden gründlichen Reorganisation der Verfassung sich den Muth fassen. Es bedurfte damals nur weniger schlagfertiger Griffe und Wendungen. Allein jene buchstabengetreue Gewissenhaftigkeit wie sie Friedrich August „dem Gerechten" Napoleon gegenüber innewohnte, ist bezeichnend geworden in der schicksalsvollen Führung Sachsens. Der jetzige König, ein Fürst dem die schärfste Kritik noch keinen politischen Fehler nachweisen konnte, hat den revolutionären Ausbruch in Dresden nicht zu einer Reform in der Verfassung benützen mögen, die ihm die Mehrheit seines Volkes für eine entschiedene Gegenrevolution erklärt hätte. Wird er Undank dafür ernten? Undank ist in aller Politik der gewohnte Lohn. Wird eine Demokratie die blind und kopflos genug war die Dynastie zu zwingen bei Preußen Hülfe zu suchen, zu einer Reform des allgemeinen Stimmrechts friedlich und willig die Hand reichen? Einer Revision bedarf das Provisorium des Wahlgesetzes. Das Stimmrecht zum Landtag ist ausgedehnter als die Berechtigung zur Gemeindewahl. Meint man, es sey zur Führung des Ganzen mehr Talent, mehr guter Wille

und weniger brutale Leidenschaft vorhanden als bei der Führung in Sachen des Gemeindewohls? Soll für die Gemeinde die Praxis, die Treue, und die Einsicht, für den Staat aber und für seinen Zusammenhang mit dem größern Vaterlande die kopflose Phrase, der heimtückische Racenhaß und das blinde Vorurtheil des populären Dünkels geschäftig und wirksam seyn? In der That der Widerspruch: die Berechtigung zur Volksvertretung auf dem Landtage weiter zu stecken als die Berechtigung und Verpflichtung zur Wahrung des Gemeindewohles ist zu schreiend um ihn erträglich zu nennen. Ebenso stark ist die Unzulänglichkeit, mit der bürgerlichen Mündigkeit die in Sachsen das einundzwanzigste Jahr feststellt, auch schon die staatliche Mündigkeit gesetzlich zu machen, eine Unzulänglichkeit die sich besonders darin an den Tag legt daß mit dieser Feststellung der Soldat für den Landtag wahlfähig ist. Der Uebermuth des Kriegsvolkes ist fühlbar genug gewesen, gleichviel ob er in seinen Zeitpunkten noch schwankt, heute sich gegen die Subordination, morgen gegen die bürgerliche Ordnung wendet. Und doch ist es dasselbe Kriegsvolk welches erst nach dem Einrücken der preußischen Garden in Dresden seine offenbaren Sympathien für die Demokratie unterdrückte. Wird die staatliche Mündigkeit, die Wahlberechtigung zum Landtag, bis zum 25sten Jahr hinausgerückt, so wird dieser Unzulänglichkeit abgeholfen. Von welcher Art unser Landtag nach seiner Mehrheit seyn werde, läßt sich erst nach Vollzug der noch rückständigen Wahlen ermessen. Eine Schätzung wornach 35,000 Stimmen aus der sogenannten Volkspartei, 31,000 aus der Vereinigung des conservativen Liberalismus des Landes hervorgegangen seyen, läßt nicht auf die Beschaffenheit der Mehrheit in der Kammer schließen. Davon abgesehen daß jene Schätzung die suspendirten Wahlen umfaßt, so scheint eine neue Fraction in der Volkspartei die Rechnung trüglich zu machen. Dr. Joseph und mehrere für entschieden freisinnig Geltende werden, wie es den Anschein hat, eine Zwischenstellung einnehmen; Erfahrung und Praxis haben ihnen die Nothwendigkeit eines linken Centrums glaublich gemacht. Ein linkes Centrum solcher Art wird aber jedenfalls mit der äußersten Linken zusammenwachsen, wenn die Regierung zu schwächlichen Griffen ihre Zuflucht nimmt. Ein Gemisch von Furcht und Schwäche liegt in dem Vorfall des gestrigen Tages. Sämmtliche Redacteure politischer Blätter Leipzigs wurden aufs Rathhaus berufen, um sie zu verwarnen Aufforderungen zur Feier von Robert Blums Todestage in ihren Spalten Raum zu geben. Wären die Manen des Todten — was wir nicht glauben — noch fähig zur rächerischen That aufzurufen, so würde man sie nicht durch die Presse, geschweige durch kleinliche Maßregeln die nur das Feuer schüren, beschwören können. Wunderbar daß es in Sachsen noch immer Leute gibt die an die Wirksamkeit des Kanzleistyls glauben. Andrerseits glaubt man auch noch an den Fanatismus der Aufregung in den Massen. Eine Aufforderung in hiesigen Blättern: Gottfried Kinkels Kinder zu Kindern der Nation zu machen, trägt den Stempel dieses blinden Glaubens. Und doch ist es als Lüge constatirt daß der Gefangene „Wolle kratzt." Kühne's **Europa** brachte in ihrer neuesten Nummer den dritten Act eines historischen Drama's von Gottfried Kinkel. Werden die deutschen Bühnen ihre Schuldigkeit thun? Die deutschen Volksclubs kümmern sich bloß um Kinkels Phrasen; die deutschen Nationalinstitute sollten sich um sein Talent kümmern!

Wie der Reichstagszeitung geschrieben wird, soll die Vorlage des Ministeriums über die deutsche Frage schon fertig seyn, und zwar soll dieselbe eine ganz neue Lösung der deutschen Frage in Vorschlag bringen, die allen Wünschen und Interessen Rechnung trage.

Die Commune Dresden hat an Entschädigungsansprüchen für die preußische Einquartierung 43,000 Thaler an die Staatscasse zu fordern. Der wirkliche Kostenaufwand beläuft sich für die Dresdener auf 130,000 Thlr.

F. Lippe. **Detmold,** 3 Nov. Nachdem die Regierung am 22 Sept. in Berlin ihren unbedingten Anschluß an das Bündniß vom 26 Mai ausgesprochen, dabei aber die Ratification vorbehalten hatte, hat sich der Landtag mit 13 Stimmen gegen 9 für den unbedingten Beitritt zum Bündniß ausgesprochen.

Preußen. **Köln,** 5 Nov. Die Westd. Ztg. bringt die Nachricht daß Klapka gestern Abends in Düsseldorf verhaftet worden sey. Er war auf der Reise von London nach Hamburg begriffen. Der Const. Correspondenz zufolge ist Klapka nur von Düsseldorf aus über die Gränze gewiesen worden.

Eben erhalten wir noch die neueste Kölnische Ztg. Danach wurde Klapka von der Polizei bloß die Weiterreise versagt, da sein Paß ihn nicht dazu ermächtigte. Es ward in Berlin angefragt. Einstweilen wohnte Klapka bei einem Bankier in Düsseldorf.

4 **Berlin,** 5 Nov. Die letzten Verhandlungen der zweiten Kammer sind begleitet gewesen von einer gewissen Gährung ihrer Elemente, welche jetzt zur Krisis gelangt ist und eine ganz neue Parteistellung zur Folge gehabt hat. Derjenige Verein conservativer Männer, welcher an Zahl die andern Parteien übertraf und die eigentliche Stütze des Ministeriums abzugeben versprach (Partei Stadt London), ist bei den Verhandlungen über die Steuerbewilligung und die Zusammensetzung der ersten Kammer so sehr auseinandergegangen daß ihre Führer (Geppert u. a.) sich selbst zu dem Bekenntniß genöthigt sahen sie könnten nicht mehr als eine parlamentarische Partei gelten. Das Ministerium hatte unter solchen Umständen nur die Wahl sich entweder der Partei Mielentz (der Auerswald-Beckerathschen) oder dem Verein der Conversationshalle (der äußersten Rechten) zunähern; und das letztere, wie die neuerlichen Sitzungen zeigen, ist geschehen. Unterdessen ist aber eine kleine Zwischenfraction von etwa 15 Mitgliedern, aus deren Mitte das Amendement Möcke nebst andern beifällig aufgenommenen Anträgen hervorgegangen, zu immer größerem Ansehen gediehen. Diese Männer (Falck, Sattig u. a.) sahen die Nothwendigkeit ein das rechte Centrum von neuem zu organisiren und auf Grund eines neuen Programms sich mit den ihnen gleichartigen Elementen der Stadt London zu verbinden. Dieß ist geschehen, und damit eine Partei gestiftet welche an Stärke und Geschlossenheit die frühere übertrifft. Das Hauptprincip ihres Programms ist: die Revision der Verfassung von der übrigen legislatorischen Thätigkeit streng zu trennen und diese niemals abhängig zu machen von dem Durchsetzen ihrer Plane auf jenem Gebiet. Zugleich haben sie sich die Aufgabe gestellt das Zustandekommen der Verfassung durch das Einschlagen praktischer Vermittlungswege zu erleichtern. Die auffallende Minorität, in welcher das Simson'sche Amendement zu dem Gesetzentwurf über die Ostbahn ꝛc. geblieben ist, soll nach der Ansicht von Kammermitgliedern einerseits in der Erklärung des Ministeriums, die Annahme des Amendements einer Verwerfung des Gesetzes gleich zu achten, andererseits aber in der Rede des Abg. Wentzel ihren Grund haben, indem hier für viele Abgeordnete klar herauszutreten schien daß man durch den Aufschub der Creditbewilligung nur eine Waffe zu entschiedener Opposition gegen das Ministerium in der Hand behalten wolle. Es hätte sich mithin schon bei dieser Abstimmung das Princip der neuen Fraction geltend gemacht: bei legislatorischen Bestimmungen lediglich das Wohl des Landes, ohne Rücksicht auf die Stellung des Ministeriums in der Verfassungsfrage, im Auge zu haben. Die conservative Partei betrachtet die Entscheidung über die Ostbahn als einen großen Gewinn, und hofft nun auch mit Zuversicht auf eine Ausgleichung in der Steuerbewilligungsfrage. Das Ministerium soll erklärt haben der Entscheidung einer Commission von Vertrauensmännern der ersten und zweiten Kammer sich in dieser Frage unterwerfen zu wollen.

Berlin, 7 Nov. Der Prinz Wilhelm und der Prinz Adalbert sind, wie der Preuß. Staatsanz. meldet, nach „Nymphenburg in Bayern" abgereist; der Sohn des Prinzen von Preußen ist am 3 d. Abends nach Frankfurt a. M. abgegangen.

Der Preuß. Staatsanzeiger vom 7 Nov. enthält eine umständliche Beleuchtung des neulichen Artikels der Wiener Ztg. über eine Zolleinigung zwischen Deutschland und Oesterreich. Man stößt darin auf ironische Seitenblicke auf das „Selbstgefühl" der Wiener Ztg., auf den „hohen Flug", dem bis zu seinem Ende zu folgen dem Staatsanzeiger vielleicht nicht möglich sey, obwohl es ihn aufrichtig freue von demselben Punkt aus und wohl auch ein gutes Stück mitgehen zu können. Dann folgt die Erklärung daß man sich der politischen Auffassung und dem nationalökonomischen Ausgangspunkt anschließe; habe man doch das Vergnügen hier auf alte Bekannte zu treffen. Sey man aber in Betreff der materiellen Grundprincipien einverstanden, so scheiden sich die Wege in Betreff der formellen Behandlung. Der erste Schritt zur Annäherung sey es, worauf es jetzt für Deutschland wie für Oesterreich allein ankomme. Weiter zu gehen und das Gesetz zu bestimmen nach welchem sich das jetzt zu knüpfende Band im Verlauf der Jahre immer enger zusammenziehen soll, halte man weder für zulässig noch für nöthig. Wer, der das Jahr 1848 erlebt habe, getraue sich zu sagen welche Gestalt unser politischer und nationalökonomischer Zustand in fünf, zehn, fünfzehn Jahren (der vierten Periode der Wiener Ztg.) haben werde? Man wünsche jene vierte Periode herbei, glaube aber daß es dazu keinen sichreren Weg gebe als wenn man sich jetzt über die Gegenwart in einem Sinn verständige welcher in der Annäherung der gegenwärtigen Interessen den Keim zu einer noch engeren Verschmelzung der zukünftigen von selbst in sich trage. (Wir tragen den ganzen bemerkenswerthen Artikel nach.)

Swinemünde, 2 Nov. Schon seit mehreren Tagen sind mit frischem Nord- und Nordwest-Winde mehr als 100 zum größern Theil bedeutende Schiffe in unsern Hafen eingesegelt. Die Schiffe kommen fast sämmtlich von England; jedoch sind auch sehr bedeutende Weinladungen von Bordeaux ꝛc. mit dabei. Ein früherer preußischer Wallfischjäger, die Borussia, bringt allein von Bordeaux über 2000 Orhoft Weine für

Stettiner Rechnung. Am 28 und 29 Oct. allein trafen 78 Schiffe ein. (D. Reform.)

Mecklenburg. **Schwerin.** Der sogenannte Protest des Königs von Preußen besteht in einem Schreiben an unsern Fürsten, in welchem diesem Vorwürfe wegen der Publication des Staatsgrundgesetzes gemacht werden. (C. Z.)

Schleswig-Holstein. * **Schleswig,** 1 Nov. Ein Bataillon des 12ten preußischen Infanterieregiments ist gestern zur Verstärkung der Garnisonen von Husum, Friedrichstadt und Tönning von hier abmarschirt, und das 7te preußische Infanterieregiment ist über Hamburg, mit Umgehung Rendsburgs, hier angelangt. Der General v. Hahn wird statt des Obersten v. Leppin (der den Dänen nicht wohl will) den Oberbefehl übernehmen. Vergeblich hat die Statthalterschaft sich in Berlin bemüht, die Vermehrung der Occupationstruppen abzuwenden. Nach Berliner Ansichten hat die Statthalterschaft, wie die Kölnische Zeitung schreibt, kein Einspruchsrecht, weil sie von der Centralgewalt ernannt ist (nämlich im März d. J. als Preußen die Reichsgewalt anerkannte), und weil letztere die deutschen Truppen aus den Herzogthümern hat zurückgehen lassen. Nach dieser Lehre gibt nur die militärische Gewalt Regierungsrechte, eine beruhigende Aussicht für die übrigen deutschen Staaten wenn Oesterreich und Preußen das Interim bilden! Welche Gewaltstreiche nun die in solchem despotischen Geiste waltende Flensburger Regierung durch die verstärkten Executionstruppen zu rechtfertigen und auszuführen versuchen wird, ob den Preußen die Ehre zugedacht ist den Hrn. v. Plessen in Tondern als Amtmann einzuführen, oder den braven Pastor Haack an der ältesten christlichen Kirche im Lande, zu Haddebyn bei Schleswig (wo schon 825 der Bischof Ansgarius taufte), von der Kanzel zu vertreiben, weil dieser gleich den übrigen gewissenhaften Predigern die conventionswidrigen Erlasse der Landesverwaltung nicht in der Kirche publiciren lassen will, muß die nächste Zukunft lehren. Die neu ankommenden Preußen werden übrigens bald, wie unsre bisherigen Gäste, fühlen was es heißt wenn deutsche Krieger dänisches Regiment über deutsche Lande befestigen sollen. Der Norden Schleswigs wird von den Skandinaren, der Süden von den Preußen bewacht, um von Dänemark desto sicherer unterjocht zu werden. Welche Zukunft einem sogenannten selbständigen, von Holstein getrennten Schleswig bevorsteht, wenn die dänisch-preußisch-brittische Staatsweisheit der Convention vom 10 Jul. sie gestalten soll, zeigt der bisherige Verlauf. Welche Garantie kann Schleswig gegen die dänische Willkürherrschaft gegeben werden, da sogar der erste darauf gerichtete Staaatsvertrag, ungeachtet Preußens und Englands Theilnahme, täglich zu Gunsten Dänemarks verletzt wird? Was wird Preußen, das so ohnmächtig ist nicht dem kleinen Dänemark zu widerstehen, was England, das jeden Schützling seinem Schicksal überläßt, wenn nicht Albions augenblicklicher Vortheil daran hängt, für Schutzmittel gegen dänische Uebergriffe darbieten? Das Verfahren der Commission zeigt dieses deutlich. Die Herzogthümer können, verbunden und auf ihre eigenen Kräfte bauend, eine Zeit lang den erneuerten Angriffskrieg abhalten; sie werden es thun und den Frieden nicht annehmen den jene Basis vom 10 Jul. andeutet, die ihre theuersten und ältesten Rechte vernichten soll. Schleswig-Holstein sieht sich aufs neue mit Vertrauen nach dem Beistande Deutschlands um, und zunächst nach treuen und kühnen Führern seines kleinen aber tapfern Heeres, das bald zu 30,000 Mann angewachsen ist. Ein bewährter Freund, wie wir deren in den deutschen Heertheilen mehr als einen kennen gelernt, wird nicht ausbleiben. Und dann hoffen wir auf die Kammern der älteren constitutionellen Staaten. Von diesen ist den Herzogthümern die erste Sympathie in Anträgen für den Schutz ihrer Rechte bezeugt, und die thatsächliche Hülfe ist nicht ausgeblieben. Sie werden sich wieder ermannen, die deutsche Sache nicht fallen lassen, nicht zugeben daß der Feind Deutschlands über die Uneinigkeit triumphire, welche augenblicklich deutsches Land und ein biederes Volk dem Hohn und dem Uebermuth einer absolutistischen Partei preiszugeben droht.

Oesterreich. — **Wien,** 5 Nov. Nach Briefen aus Agram zu schließen, mit denen die „Südslavische Zeitung" übereinstimmt, ist die Angelegenheit der serbischen Woiwodschaft so gut als beendet. Dieselbe wird ein Kronland und der Kaiser um den Titel Woiwode von Serbien reicher werden. Das Land tritt mit den vereinten Königreichen in das Verhältniß in welchem diese bisher zu Ungarn standen. Beide Kronländer erhalten einen Landtag, abwechselnd in den vereinten Königreichen und in der Woiwodschaft abzuhalten, eine besondere Verwaltung, in Serbien den Woiwoden, in Croatien den Ban an der Spitze. Um den Zusammenhang zwischen ihnen und dem Gesammtministerium herzustellen wird ihnen ein kaiserlicher Statthalter zur Seite stehen. Unter den Ruthenen hat das Ministerium eine große Freude durch die Verfügung vom 11 Oct. hervorgerufen daß die Brandstätte des Lemberger Universitätsgebäudes zur Gründung und Errichtung eines ruthenischen Nationalmuseums unentgeltlich abgetreten werden soll. Dagegen hatte nach der Mittheilung eines Cillier Correspondenten die Deputation welche sich kürzlich Cilli als Kreissitz des slawonischen Theils ausbat, eine abschlägige Antwort erhalten. In Pesth hat ein von der Stadtbehörde im Namen des Militärcommando's veröffentlichtes Placat großes Aufsehen hervorgerufen. Nicht nur sollen binnen 48 Stunden alle tricoloren Verzierungen an den Kaufläden verschwinden, sondern es soll auch bei 20 fl. Strafe ein jeder Aushängeschild neben der ungarischen in deutscher Sprache abgefaßt seyn. Diese Nachricht entspricht ganz dem energischen Auftreten des k. k. Civilcommissärs Frhr. v. Gehringer in Ungarn, von dem die Oesterr. Corr. heute spricht. Derselbe hat mehrere Comité's zeitlich bestellt, welche in unmittelbarer Einwirkung der Ministerien auf die im Lande zu errichtenden Organe vorbereiten und während der Zwischenzeit innerhalb des provisorischen politischen Organismus die gleichförmige Behandlung der speciellen Geschäftsaufgaben in den einzelnen Districten vermitteln sollen. So besteht derzeit 1) ein Comité zur gründlichen Berathung der Studienangelegenheiten unter dem Vorsitze des Barons Paul v. Sennyei, 2) ein Comité zur Erörterung des gegenwärtigen Zustandes und der künftigen Verwaltung der ungarischen Stiftungsangelegenheiten unter Vorsitz des Statthaltereirathes Karl v. Szabo; 3) ein weiteres Comité zur Erörterung des künftigen Zustandes und der Einrichtung des Bauwesens nach den für die übrigen Kronländer sanctionirten Grundsätzen und für die laufenden Geschäfte im Baufache unter dem Vorsitz des Grafen Waldheim; 4) zur gründlichen Erörterung der Maßregeln zur Einführung des Steuerprovisoriums und der aus den früheren Urbarialverhältnissen sich ergebenden Fragen ein Comité unter der Leitung des früheren Statthaltereisecretärs Gabriel v. Pap. Die Justizorganisation für Ungarn wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Der Oesterr. Corresp. berichtet daß die neulich den Einwohnern des Bacser und Temescher Comitats vom Kaiser gewährte Unterstützung im Belauf von einer Million Gulden auf Vortrag des Ministers des Innern im vollen Ministerrath gefaßt und unter Beachtung aller constitutionellen Formen zur Ausführung gebracht wurde. Der „Wanderer" hatte nämlich die Nachricht gebracht daß die Verabfolgung dieser aus dem Staatsschatz genommenen Summe ohne Contrasignirung eines Ministers vor sich gegangen sey. Weiter antwortet dieselbe Correspondenz auf eine Mittheilung der Berliner „Constitutionellen Zeitung", wonach zu Wien eine aus 500 Personen bestehende demokratische Versammlung aufgehoben worden wäre und diese Erfahrung genügen würde um die Beibehaltung der Militärherrschaft gerechtfertigt zu finden, dahin daß dieselbe ebenso gut ein Märchen enthalte als die gemeldete Vereinigung des Civil- und Militärgouvernements in der Person des Generals der Cavallerie Grafen v. Schlik.

(Oesterr. Corresp. vom 6 Nov.) Im Schloß zu Schönbrunn fand gestern die Feier der silbernen Hochzeit der Eltern des Kaisers statt. Die von fernher eingetroffenen Gäste, als die Königinnen von Preußen und Sachsen und die k. Prinzessin Johann von Sachsen, sämmtliche hier anwesende Mitglieder des Kaiserhauses umgaben das hohe Paar; auch der greise Erzherzog Ludwig war herbeigeeilt aus seiner ruhigen Zurückgezogenheit um Zeuge der Feier zu seyn. Um 10½ Uhr fand in der Burgcapelle ein festlicher Dankgottesdienst statt; um 3½ Uhr begab man sich zur Tafel, welche in dem großen, die Mitte des Schlosses einnehmenden Saale hergerichtet war und 75 Gedecke zählte. Der Kaiser saß neben der Prinzessin Johann von Sachsen und der Königin von Preußen; das Paar welches der Anlaß der Feier war, saß zwischen den zwei königlichen Damen, ihnen gegenüber der Erzherzog Ludwig und die Kaiserin-Mutter. Außerdem waren sämmtliche Minister und die höheren Militärautoritäten, der Ban Jellachich und mehrere Sommitäten des hier befindlichen diplomatischen Corps, sowie auch als Repräsentanten der Commune und der Bürgerschaft Wiens der Präsident des Gemeinderaths Dr Seiller und der Vicebürgermeister Bergmüller zugezogen.

Der Wortlaut der Adresse welche die Deputation des Wiener Magistrats und Gemeinderaths den erlauchten Eltern des Kaisers überreicht hat, ist folgender: „Durchlauchtigster Erzherzog! Gnädigste Frau! Das Fest der Liebe welches heute in dem kaiserlichen Familienkreise gefeiert wird, findet den tiefsten, den freudigsten Nachhall in der Brust jedes wahren Oesterreichers, und die Vertreter der Hauptstadt des Reiches, der Vaterstadt unsers geliebten Kaisers, sind hochbeglückt bei so freudiger Veranlassung den Gefühlen der ganzen Bevölkerung Wiens Worte leihen zu können. Unsere Wünsche erheben sich zum Himmel, vereint mit denen des jugendlichen Fürsten, dem in ernst bewegter Zeit die Lenkung der Geschicke eines großen Reiches von der Vorsehung anvertraut worden, dem Millionen Herzen liebevoll hoffend zugethan sind. Und diese Hoffnung wird überreich erfüllt werden, denn die Tugenden des hohen Ehepaares gingen über auf den erl. Sohn, die Freude und den Stolz des Vaterlandes; sie sind uns Bürgschaft einer schönen glücklichen Zukunft. Die patriarcha-

lische Einfachheit in Leben und Gesittung, die tiefe Religiosität und herzliche Liebe welche alle Glieder der kaiserlichen Familie so innig verbindet, sie sind nicht nur ein leuchtendes Vorbild für den Bürger, sie sind zugleich das festeste Band geworden das jene altbewährte Anhänglichkeit zwischen Fürst und Volk in Leid und Freud knüpfte, jene Anhänglichkeit welche die Stürme der letzten Zeit nicht nur nicht erschüttert sondern neu erhärtet haben. Aus diesen Stürmen wird das geliebte Vaterland unter der schirmenden Aegide seines constitutionellen ritterlichen Kaisers größer, herrlicher als je hervorgehen. Möge das erlauchte Elternpaar Franz Josephs I, durch eine lange Reihe von Jahren in des Vaterlandes und Fürsten unzertrennlichem Glück, das eigene Glück, den süßesten Lohn seiner Tugenden finden."

dt. **Wien,** 5 Nov. Die Nachricht von dem Ministerwechsel in Paris, die sich seit Mittag rasch in der Stadt verbreitet, erregt großes Staunen, denn obwohl seit langem auf irgendeine Bewegung dort gefaßt, kam die Nachricht doch überraschend. Dazu weiß man noch gar nicht aus den neuen Ministernamen den Charakter des Ereignisses zu bestimmen. Es sind zum Theil ganz neue Leute, und man erwartet sich von ihnen daß sie dem Präsidenten mehr Einfluß zugestehen als die früheren. In der That wenn Louis Bonaparte mit der Majorität gebrochen, weil sie ihm zu lästig und hinderlich wurde, kann er sich vielleicht nur dann halten, wenn er eine specifisch französische Politik einschlägt, und so sieht man denn mit Bangen den häuslichen Frieden des Continents wieder durch Unbesonnenheit und Launen der Pariser bedroht. Es wäre möglich daß der Präsident, von dem übermächtigen Gegner bedroht, Geister zu Hülfe rufen müßte die er dann nicht mehr zu bannen vermöchte, und so kann man sich leicht vorstellen daß die französische Post von Unruhigen und Besorgten mit Spannung erwartet wird. — Schuselka's Buch ist für unseren Belagerungsbereich verboten, gleichzeitig ist der Wiener Zeitung das Anzeigen solcher Bücher untersagt worden, und die Zeitungsanzeigen unterliegen jetzt der Controle der Stadtcommandantur. Da nun diese Maßregel, bloß auf die amtliche Zeitung ausgedehnt, ohne Erfolg seyn müßte, weil alle großen Journale Ankündigungen geben, so könnte vielleicht der wunderliche Fall eintreten daß für den politischen Theil Preßfreiheit, für die Inserate Censur existirte.

Als einen interessanten Beleg zu den bereits erwähnten Machinationen, welche zu Widdin gesponnen werden um die Rückkehr der geflüchteten Insurgenten in die Heimath zu hindern, theilen wir folgende, von Ludwig Kossuth erlassene, als „Gouverneur" gezeichnete Proclamation vom 18 Oct. auszugsweise mit: „Daher mache ich nach officieller Erklärung Sr. Exc. des Pascha's hiemit bekannt: 1) daß Se. Maj. der Sultan, dem Gott ein langes Leben verleihen wolle, sich entschlossen habe niemanden der bleiben will dem Feinde auszuliefern, sondern uns zu beschützen und in der Gunst des Gastrechts zu erhalten; 2) diejenigen welche an der Begünstigung des Gastrechts weiterhin theilnehmen wollen, werden nicht nur wie bisher mit Speise, sondern auch mit Kleidungsstücken versehen werden, ja sie können in Betreff der Löhnung von Sr. Maj. dem Sultan eine seinem Ruhme und Glanz entsprechende Entschädigung erwarten. Es ist auch Hoffnung vorhanden daß es den Officieren freistehen wird mit Beibehaltung ihres Ranges, ohne Zwang zum Religionswechsel, in türkische Dienste zu treten, und daß man bedacht seyn wird das Schicksal der ganzen Emigration, sey es durch eine Niederlassung oder auf andere schickliche Weise, sicher zu stellen." Wenn man bedenkt daß dieser Aufruf in einem Augenblick wo den Flüchtigen die straffreie Rückkehr zugesichert war, erlassen wurde, so kann man leicht den geeigneten Schluß auf die fortdauernd feindseligen Absichten der Insurgentenführer ziehen. Wir haben die Rückkehr der Flüchtlinge bereits vor einigen Tagen gemeldet. (Oest. Corr.)

dt. **Wien,** 6 Nov. Ein sonderbarer Vorfall setzt die hiesige Journalistik in Bewegung. Den Redactionen der großen unabhängigen Journale wird heute ein Aufsatz zugeschickt der eine Besprechung von Schuselka's Buch „deutsche Fahrten" enthält, und dem Verfasser nicht gerade hold ist. Dazu eine kurzgefaßte Weisung daß der Aufsatz ohne Zögerung in das betreffende Journal aufgenommen werde, unterzeichnet: das Militär-Stadtcommando. Soviel ich höre, nehmen außer der amtlichen Wiener Zeitung alle Journale Anstand dem Ansinnen Folge zu leisten; wenigstens scheinen sie, bei etwaniger Aufnahme, die Quelle bezeichnen zu wollen; auch seyen bereits Schritte geschehen die Sache vor eine höhere Instanz zu bringen, deren Entscheidung, so geringfügig auch der Gegenstand an sich, von wesentlicher Bedeutung seyn mußte, da es sich hier um ein Präjudiz handelt. — Die Abendblätter sind ganz leer an Neuigkeiten, und selbst Paris mit seinen neuen Ministern hat die politische Litteratur getäuscht. Man erwartete Stoff für eine Woche und, ein paar neue Namen ausgenommen, scheint alles im alten Geleise bleiben zu wollen.

△ **Wien,** 6 Nov. Der Eindruck der französischen Ereignisse auf unsere Börse ist ein nachhaltiger, und die Wirkung derselben zeigte sich an dem Rückgange aller Fonds. Insbesondere wird diese Conjunctur benützt das neue Anlehen zu drücken. In Pesth ist ein strenges Paßreglement bekannt gemacht worden, in welchem unter andern auch wie früher die Religion angegeben werden muß. Der Gnadenact des Feldzeugmeisters hat dort eine gute Wirkung hervorgebracht. Hofrath Hurter, von dem die Journale soviel fabelhaftes zu erzählen wußten, lebt ganz ruhig in Wien, und wenn wir gewisse Artikel der Oesterr. Corresp. aufmerksam durchlesen, so scheint uns daß der gelehrte Hofrath diesem Journal nicht ganz fremd sey. Für das lombardisch-venetianische Königreich ist eine Recrutirung von 15,000 Mann ausgeschrieben. In Prag soll dem Vernehmen nach der Maiproceß noch vor Abschluß dieses Jahres zu Ende gebracht werden, weßhalb man dort auf die Aufhebung des Belagerungszustandes schließt.

Spanien.

Madrid, 21 Oct. Die Cortes sind ohne Thronrede und sonstige Feierlichkeit eröffnet; es wurde bloß ein königl. Decret zu diesem Ende abgelesen. Der Senat hat sein Bureau ernannt; die Deputirtenkammer ist aber noch nicht vollzählig genug um sich definitiv constituiren zu können. Gleichzeitig geht wieder das Gerücht von einer Ministerkrisis. Gestern hieß es Narvaez habe abgedankt, und Hr. Isturiz sey mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt. Gewiß ist daß die Königin gestern bei ihrer Rückkunft vom Theater sämmtliche Minister auf sie wartend fand, und von diesem Besuch in so später Stunde sehr überrascht war. Narvaez erklärte Ihrer Majestät: jetzt nach Eröffnung der Cortes müsse das Ministerium bestimmt wissen ob es das Vertrauen der Krone besitze, denn es seyen gegentheilige Gerüchte im Umlauf. Isabelle erklärte, bewegt und in nachdrücklichen Worten: sie setze volles und unbedingtes Vertrauen in ihre Räthe. Darauf entfernten sich die Minister. Gleichwohl ist obiges Gerücht nicht verstummt, und es knüpft sich an die Schwierigkeiten der Palastfrage.

Großbritannien.

2 London, 5 Nov. Heut ist der Guy Fawkes-Tag, d. h. der Jahrestag der Pulververschwörung; dieser sonst für die englischen Katholiken gefährliche Tag ist aber nachgerade in England selbst ein harmloses Kinderfest geworden, an welchem sie Puppen oder Strohmänner unter dem Namen Guy Fawkes durch die Straßen schleppen und ein Liedchen dazu singen. Hingegen ist man nicht ohne Besorgniß wie dieser Tag, bei der jetzigen Aufregung der Oranienmänner, in Nord-Irland verlaufen werde. Sie hatten die letzte Woche her auf mehreren Punkten des Landes, so auch in Dublin selbst, Meetings gehalten und Adressen an Lord Roden beschlossen, der jedoch seinerseits alles that um die Ruhe zu wahren. Die Besatzungen in Nord-Irland sind verstärkt. — Das Dampfboot „Hermann" hat auf der Fahrt nach Bremen in Cowes angelegt; es bringt eine New-Yorker Post vom 20 October. Auch in den Vereinigten Staaten war die Bestätigung angelangt daß Sir John Franklin im Polarmeer gefunden und wohlbehalten ist. Die Kunde aus Canada lautet beruhigend.

Frankreich.

Paris, 5 Nov.

Die Nationalversammlung war heute zuerst mit der Wahl der parlamentarischen Marine-Commission beschäftigt, hernach nahm sie den Gesetzentwurf über den Aufschub der Reorganisation der Nationalgarde von Lyon in Berathung. Eine förmliche Anfrage an die neuen Minister über den Cabinetswechsel scheint aufgegeben, in der Hoffnung daß sich von selbst schon Gelegenheit darbieten werde die Sache zu besprechen. Dieß war denn auch gleich der Fall. Hr. Chanay argumentirte gegen das Gesetz so. Es ist noch von Hrn. Dufaure, entworfen auf Berichte von Präfecten die in zwei Jahren viermal gewechselt wurden, die Bevölkerung von Lyon daher nicht kennen lernen konnten. Jetzt sind die vorigen Minister abgedankt, ohne Zweifel weil ihr System schlecht war, denn wenn ihre Nachfolger es fortsetzen wollten, so war kein Grund sie wegzuschicken die ihnen an Talent überlegen sind, man mußte sie entweder beibehalten oder, wenn man eine neue Politik anfangen will, anerkennen daß auch die von ihnen hinterlassenen Gesetzentwürfe nichts taugen. Diese Schlußfolgerung konnte nun der Minister des Innern, Hr. F. Barrot, natürlich nicht zugeben, er nannte es seltsam daß das neue Cabinet das Gegenstück von dem vorigen seyn sollte, erklärte vielmehr in demselben glorreiche Traditionen, geleistete Dienste zu erkennen, und daß er und seine Collegen entschlossen seyen ihren Vorgängern nachzuahmen. So weit bei Abgang der Post.

Da die persönliche Regierung des Präsidenten der Republik begonnen hat, so gewinnt seine Ansprache bei Einsetzung der Magistratur eine größere Bedeutung als die einer bloßen Festrede. Sie ist zwar noch keine der versprochenen Thaten, aber man hat doch wieder eine Art politisches Glaubensbekenntniß von ihm. Die Journale bemerken daß er das

Schriftstück mit starker volltönender Stimme vorgelesen habe, und das amtliche Blatt enthält noch die Versicherung daß es mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden sey, während einige demokratische Blätter von einem bezeichnenden Stillschweigen sprechen. Die Rede lautet wie folgt: „Meine Herren! Ich fühle mich glücklich mich heute in Eurer Mitte zu befinden und einer feierlichen Ceremonie vorzusitzen, die, indem sie die Magistratur wieder aufbaut, ein Princip herstellt das nur in einer augenblicklichen Verirrung mißkannt werden konnte. In den aufgeregten Epochen, in Zeiten wo die Begriffe von Recht und Unrecht verwirrt scheinen, ist es nützlich den Zauberschimmer der großen Institutionen wieder aufzufrischen und zu beweisen daß gewisse Principien eine unzerstörbare Kraft in sich enthalten. Man liebt sagen zu können: die Fundamentalgesetze des Landes sind erneut, alle Staatsgewalten sind in andere Hände übergegangen, und doch inmitten dieser Umstürze und Schiffbrüche ist das Princip der Unentsetzbarkeit der Magistratur aufrecht gestanden. In der That, die Gesellschaften umgestalten sich nicht nach dem Belieben der menschlichen Ehrgeize, die Formen wechseln, die Sache bleibt. Trotz der politischen Stürme die seit 1815 hereingebrochen sind, leben nur noch die vom Consulat und Kaiserthum auf breiter Basis gegründeten Institutionen, die Dynastien und die Charten sind dahin, aber was überlebt hat und was uns rettet das ist die Religion, das ist die Organisation der Justiz, des Heers, der Verwaltung. Ehren wir also was unwandelbar ist, aber ehren wir auch was es in den eingeführten Veränderungen gutes geben kann. Heute z. B., wenn ihr von allen Enden Frankreichs herbeieilt vor den ersten Magistrat der Republik um den Eid zu leisten, schwört ihr nicht Treue einem Menschen, sondern dem Gesetz. Ihr kommt hieher um im Angesicht Gottes und der großen Staatsgewalten zu schwören ihr wollet gewissenhaft ein Mandat erfüllen dessen strenge Erfüllung die französische Magistratur stets ausgezeichnet hat. Es ist ein tröstender Gedanke daß außerhalb der politischen Leidenschaften und der Gährungen der Gesellschaft eine Körperschaft besteht von Männern die keinen Führer haben als ihr Gewissen, keine Leidenschaft als das Gute, keinen Zweck als das Walten der Gerechtigkeit. Ihr werdet in eure Departements zurückkehren, meine Herren. Nehmt dahin mit die Ueberzeugung daß die Aera der Revolutionen hinter uns liegt, und daß wir eingetreten sind in die Aera der Verbesserungen welche den Katastrophen vorbeugen. Bringt mit Festigkeit, aber auch mit größter Unparteilichkeit die schirmenden Bestimmungen unserer Gesetzbücher in Anwendung. Möge es nie Schuldige geben die straflos ausgehen, nie Unschuldige die verfolgt werden. Es ist Zeit, wie ich kürzlich sagte, daß die welche das Gute wollen Vertrauen fassen, und daß die welche versuchen ihre Meinungen und ihre Leidenschaften an die Stelle des Nationalwillens zu setzen, sich bescheiden lernen. Indem ihr die Gerechtigkeit in der edelsten und weitesten Bedeutung des Worts anwendet, werdet ihr, meine Herren, viel gethan haben zur Befestigung der Republik, denn ihr werdet im Land die Achtung des Gesetzes, diese erste Pflicht, diese erste Eigenschaft eines freien Volkes, verstärkt haben." Vorausgegangen war der Vortrag des Hrn. Dupin, der die Repräsentation als Präsident der Nationalversammlung dem Vicepräsidenten Napoleon Daru überlassen hatte, um bei dieser Feierlichkeit in seiner Eigenschaft als Generalprocurator des Cassationshofs das Wort zu nehmen. Es war auch keine bloße Gelegenheitsrede, sondern eine historische Darstellung der wichtigsten Epochen der französischen Magistratur, von den königlichen Lits de justice und den Kämpfen des Parlaments, das zuletzt die Reichsstände im kleinen vorzustellen glaubte, bis zur Revolution die mit Abschaffung der Privilegien, Freimachung des Menschen und des Bodens, Gleichheit vor dem Gesetz, Theilung der Gewalten diesen Conflicten ein Ziel setzte, bis auf Napoleon, der die Gesetzbücher gab, die Herstellung der Unentlastbarkeit der Richter versprach aber die Verwirklichung dieses großen Princips der Charte von 1814 überließ, aus der es in die Charte von 1830 und in die Verfassung von 1848 hinüber gerettet worden ist. Nicht unabsichtlich hat wohl der Redner unter den Verdiensten des ehemaligen Parlaments die standhafte Vertheidigung des öffentlichen Rechts und der Maximen Frankreichs gegen die einst so furchtbaren Anmaßungen der Ultramontanen besonders betont. In der Anrede bediente er und die andern Redner sich der Formel: Hr. Präsident, meine Herren, nur der Justizminister wandte sich ausschließlich an den Präsidenten; seine Rede war kurz und unbedeutend, man lobt es aber an ihm als ein Zeichen von Tact daß er für den abgetretenen O. Barrot, der die ganze Feierlichkeit veranstaltet hatte und nun darum gekommen war, einige Complimente einfließen ließ, indem er sagte: „Um diese Magistrate dem Erwählten der Nation vorzustellen fehlt hier — und Sie wissen mehr als jemand wie sehr ich es bedaure — fehlt dieser gefeierte Redner, dieser unermüdliche Athlet der Freiheit, dieser hochherzige Vertheidiger der Ordnung, der noch vor wenigen Tagen an die Spitze der Magistratur gestellt war und den Ihre Zuneigung, Ihre Achtung und die Verehrung von ganz Frankreich in seine Zurückgezogenheit begleiten." Wenn diese Zurückgezogenheit eine freiwillige wäre, so hätte sich ohne Zweifel dieses Bedauern noch besser ausgenommen. Bei der Einrichtung des Saals war der Lehnsessel für den Präsidenten der Nationalversammlung anfangs auf eine niederere Estrade gestellt als der Lehnsessel des Präsidenten der Republik, Hr. Daru erkannte hierin eine Beeinträchtigung der Würde der legislativen Gewalt und die Estrade mußte sogleich erhöht werden. Zwischen dem Siegelbewahrer und dem Vicepräsidenten der Republik war ein ähnlicher Streit über den Vortritt entstanden. Um diesen Verdrießlichkeiten vorzubeugen, sind einige Mitglieder der Nationalversammlung gesonnen Anlaß zu nehmen daß der Platz des Präsidenten bei öffentlichen Ceremonien durch die Geschäftsordnung genau bestimmt werde.

. **Paris**, 4 Nov. Wenn die Majorität, wie die ganze Kammer, wie alle Welt von der Botschaft Ludwig Bonaparte's am 31 Oct. überrascht war, so kam das darin versprochene Ministerium nicht ganz unerwartet, ja, ich kann Ihnen mit Bestimmtheit melden daß die Mitglieder desselben „mit Vorwissen und Zustimmung der Majorität" die ihnen angebotenen Posten angenommen haben. Der Hergang der Sache war nämlich folgender. Am 30 Oct. ward General d'Hautpoul ins Elysée National berufen und erhielt von Ludwig Bonaparte das Anerbieten ein Ministerium aus mehreren „jungen Leuten" zu bilden, die ihm (dem Präsidenten) „von jeher vielfache Beweise der Hingebung" gegeben haben. Der General erstaunt über diesen Antrag stellte dem Präsidenten die Folgen eines solchen Unternehmens vor, versicherte ihn seiner Hingebung, erklärte aber entschieden daß er nur an einer der Majorität entnommenen Verwaltung theilnehmen werde. Hierauf erwiederte Ludwig Bonaparte er habe nichts gegen ein Ministerium der Majorität, allein da er jetzt entschlossen sey selber die Leitung desselben zu übernehmen, könne er nur Männer von untergeordneter parlamentarischer Stellung ins Cabinet berufen; wenn nun der General eine Verwaltung dieser Art zu bilden im Stande wäre, werde er dem Lande einen wesentlichen Dienst erweisen und die ministerielle Krisis schnell beenden; im entgegengesetzten Fall werde er seinem Secretär Hrn. Ferd. Barrot die Bildung eines Ministeriums anvertrauen. Ludwig Bonaparte nannte mehrere der gegenwärtigen Cabinetsmitglieder, an deren Annahme er nicht zweifle, als: besagten F. Barrot, Fould, Rouher, Parieu und Bineau, und General d'Hautpoul, dem der Entschluß L. Bonaparte's unerschütterlich schien, übernahm unter Vorbehalt der Zustimmung Seitens der Majorität die angebotene Sendung, setzte sich sofort mit den Häuptern derselben ins Vernehmen, die zwar über die Wendung der Krisis nicht wenig verblüfft waren, aber dem General versicherten daß die von ihm gebildete Verwaltung auf ihr Wohlwollen rechnen könne so lange sie sich mit der Majorität nicht in Widerspruche setze. General d'Hautpoul hatte bereits am Abend des 30 Oct. mit Ausnahme des Portefeuille des Aeußern alle andern an Mann gebracht, und die Ministerliste der Genehmigung des Präsidenten vorgelegt, der seine Zustimmung auf den folgenden Tag verschob. Am 31 Oct. berief dieser einen Ministerrath zusammen worin er, wie bekannt, seine bisherigen Rathgeber ihre Entlassung einzureichen aufforderte, was diese verweigerten da sie das Zutrauen der Majorität genößen. Hierauf schickte der Präsident seine Botschaft ab, welche die alten wie die neuen Minister gleich sehr überraschte, da von dieser Botschaft in der Unterhandlung mit dem General d'Hautpoul nie die Rede war. In der That zögerten dann die acht Nullitäten die um einen Bruch „des legitimen Staatsoberhauptes" mit der Majorität zu vermeiden sich opfern wollten, im Angesicht eines nun erklärten Bruches wie die Botschaft ihn nur zu deutlich aussprach, die ihnen bestimmten Portefeuilles anzunehmen. Die ganze Nacht nahm im Elysée eine Unterhandlung mit den noch nicht ernannten Ministern weg, die nur unter der Bedingung eintreten wollten wenn ihnen der Präsident gestatte den übeln Eindruck den seine Botschaft hervorgebracht durch eine bestimmten Erklärung zu verwischen, da das neue Cabinet seine Stütze in der Majorität der Kammer suche. Ueber diese Erklärung oder das Programm des Ministeriums hatte man sich erst am andern Morgen verständigt, und so konnte noch die officielle Ernennung der neuen Minister erst am 1 Nov.*) erscheinen, wiewohl die Botschaft sie für den Abend des 31 Oct. angekündigt hatte. Daraus erklärt sich ferner der offenbare Widerspruch zwischen dem Programm des General d'Hautpoul vom 2 Nov. und der Botschaft welche der Präsident am 31 Oct. übermacht hatte.

* **Marseille**, 2 Nov. Der Courier von Algier vom 30 Oct. bringt Nachrichten von dem französischen Lager vor Zaatscha. Am 12

*) Die außerordentliche Beilage des Moniteur mit der Ernennung der neuen Minister wurde in Paris erst am Nachmittag des 1 Nov. ausgetheilt, sie muß aber schon am 31 Oct. auf die Post gegeben worden seyn, denn in Augsburg kam sie mit den Journalen von diesem Datum an.

hatte sich das von Bou-Saada abgegangene Truppencorps mit der Expeditionscolonne des Generals Herbillon in Verbindung gesetzt. Am 20 war die Bresche hinlänglich vorgerückt, und es wurde am frühen Morgen dieses Tags, unter Bedeckung der Artillerie, Sturm gelaufen. Der Widerstand der Araber war jedoch so ernstlich und anhaltend daß sich die Franzosen nach zweistündigem Kampf auf den Mauern von Zaatscha nach ihren Laufgräben zurückziehen mußten, indem sie 170 Todte und Verwundete, wobei 9 Officiere, davon trugen. Der Obrist Carbuccia führte die Sturmcolonne an. Sie bestand aus 25 Mann Sapeurs vom Genie, einer Grenadiercompagnie vom zweiten Regiment der Fremdenlegion und einer Compagnie vom fünften Jägerbataillon. Als dieselbe an der Bresche angelangt waren, suchten die Vertheidiger ein Stück Mauerwerk auf die Anrückenden zu werfen, was ihnen auch gelang und wobei neun Soldaten auf der Stelle todt blieben. Zugleich wurde auf die Angriffscolonne ein so heftiges Feuer gerichtet daß diese in einigen Minuten 14 Todte und 39 Verwundete zählte. Auf der rechten Seite rückte der Obrist Dumontez mit einem Bataillon und einer Sapeursection vor. Er durchschritt mit seiner Colonne einen Graben wo ihnen das Wasser bis an die Achseln ging. Nach zweistündigem Kampf mußte man sich mit 17 Todten und 80 Verwundeten, worunter ein Bataillonschef, zurückziehen. In der folgenden Nacht versuchten die Belagerten einen Ausfall, der jedoch für sie ohne Erfolg war. Am 21 wurde der Platz enger umschlossen — neue Batterien wurden errichtet — man erwartete von Bathna Munitionsvorräthe. Am 25 sollte die Stadt neuerdigs beschossen und die Maßregeln zu einem zweiten Angriff so getroffen werden daß ein günstigerer Erfolg zu erwarten ist. Ein Journal von der Insel Mauritius vom 8 Aug. zeigt den Tod der Königin von Madagascar an. Sie hat einen Sohn zum Nachfolger welcher der christlichen Religion angehört. Es ist daher zu hoffen daß derselbe eine freisinnigere Politik annimmt als diejenige welche seine Mutter verfolgte, und über welche sich die französische und englische Regierung so sehr zu beklagen hatten. Vorgestern starben hier 12, und gestern 10 Personen an der Cholera.

Belgien.

• **Brüssel**, 4 Nov. Seit meinem letzten Schreiben haben sich wohl Stoffe vorgefunden welche die Aufmerksamkeit Ihrer Leser hätten in Anspruch nehmen können, aber sie sind so einfacher Natur, so unschuldigen Charakters daß Sie dieselben ohne Commentar mit der Scheere den hiesigen Blättern entnehmen konnten, und ich nicht einen besondern Brief darüber aufzusetzen brauchte. Ich meine nämlich die Ansiedelung des Fürsten v. Metternich, der hier die hinter der Sternwarte liegende Besitzung des Violinvirtuosen Beriot in Miethe genommen und bereits bezogen hat, und den Besuch des Erzherzogs Johann in Lüttich und der Umgegend, wobei unser König selbst den Cicerone machte. Bis jetzt hat noch niemand die Meinung ernstlich aufgestellt die Zusammenkunft der beiden Fürsten habe einen politischen Zweck gehabt, und nichts in der That gäbe zu dieser Ansicht einigen Anlaß. — Was der Presse wieder aus ihrem Schlummer herausgeholfen, ist die Ernennung des Hrn. H. de Brouckère zum Gesandten in Rom und an den übrigen italienischen Höfen als Nachfolger des Fürsten v. Ligne. Der gemäßigte Liberalismus des Hrn. Kammervicepräsidenten hält zwar eine heftige Mißbilligung dieser Wahl von Seite der Opposition zurück, aber in den Wünschen welche die verschiedenen Nüancen ihm auf den Weg gegeben, herrscht eine ziemliche Meinungsverschiedenheit. Es wird ihm, dem steten Gegner der geistlichen Suprematie, dem eifrigen Verfechter der Civilehe, von den Conservativen der beiden Hauptparteien besonders nahe ans Herz gelegt, wohl zu bedenken daß es in Rom heute nur eine Alternative gebe, nämlich zwischen Pius IX und Mazzini; eine Zwischenfarbe vertrage die römische Atmosphäre nicht; er möge daher ja den Schweiß der akademischen Fehden zwischen Brüssel und Löwen abtrocknen, und nur dahin wirken die belgische Regierung als eine den Bestrebungen des Papstes geneigte zu vertreten. Andere sagen: laßt euch nicht von Lord Palmerston, dem feinen und schlauen Feinde Oesterreichs und des Papstes, der so schön durch Lord Minto den italienischen Boden unterwühlen ließ, ins Schlepptau nehmen; es ist schon genug daß Hr. Van de Weyer in London die Rolle eines britischen Ministers spielt. Die Freunde des Observateur rufen ihrerseits den Text des vor drei Jahren auf dem liberalen Congreß beschwornen Programms ins Gedächtniß, wornach die Erwirkung der Unabhängigkeit des niederen Klerus zu einem der hauptsächlichsten Zielpunkte des Liberalismus erklärt wird. Wird sich Hr. de Brouckère in diese kitzliche Angelegenheit mischen, und die dem Episkopat so feindliche Stellung des jetzigen Ministers Frère zur seinigen machen? Wir bezweifeln es, denn er mag mit seinen human gesinnten Menschen die garantielose Lage des niedern Klerus und die daraus für die Hebung der Volksbildung erwachsenden Hemmnisse bedauern, so lang er will; darüber kann er kaum im Zweifel seyn daß der belgische Staat sich um das Loos seiner Geistlichen als solcher nicht zu kümmern habe; wer die Weihe empfängt, soll wissen wozu er geweiht wird. Die Kirchenreform muß aus dem Schooß der Kirche hervorgehen, und nicht im weltlichen Arm eine Stütze finden. Als Candidaten für die durch Hrn. de Brouckère's Abgang vacant gewordene Repräsentantenstelle in Brüssel zeigen sich ministeriellerseits Advocat Fontainas, von Seite des antiministeriellen, doch aber constitutionellen Liberalismus Advocat Roussel, Professor an hiesiger Universität. Letzterer hat sich endlich rein gewaschen vom Republicanismus, für dessen treuen Anhänger man ihn das ganze Jahr 1848 hindurch gehalten hatte. Die Katholiken haben keinen Bewerber vorgeschoben, in richtiger Würdigung der hiesigen Verhältnisse.

Niederland.

⌂ **Amsterdam**, 6 Nov. Die neuen Minister haben bereits den Eid in die Hände des Königs abgelegt. Der Zusammentritt der zweiten Kammer ist auf den 13 Nov. verschoben worden. Man erwartet daß das neue Cabinet alsdann ein Programm vorlegen werde. Den Anforderungen ihrer Zeit und Stellung gewachsen, werden diese Staatsmänner bei thätiger Unterstützung seitens der Generalstaaten, trotz der zahllosen Schwierigkeiten mit denen sie immer kämpfen mußten und kämpfen werden, das Vertrauen der Nation rechtfertigen und keine Täuschung bereiten. Freilich träumerische Wünsche können nicht erfüllt werden, ebenso wenig läßt sich Unmögliches möglich machen. Der Bürgermeister dieser Stadt, Hr. Huidekooper, hat die aus Gesundheitsrücksichten nachgesuchte Entlassung erhalten. Dieser Umstand steht in durchaus keiner Verbindung mit den politischen Ereignissen der letzten Tage. Die Berichte aus Ostindien lauten ungünstig über die Kaffeecultur. Besser stand der Reis. Der Ertrag der Ein- und Ausfuhrzölle auf Java und Madura ergibt im Vergleich mit frühern Jahren sehr erfreuliche Resultate. Die Steinkohlenminen am Flusse Batoe-api an der Süd- und Ostküste Borneo's geben reichliche Ausbeute. Leider haben wir den Verlust unsers deutschen Landsmanns Sommer, der am 23 Jun. in Tialarong (Timor) starb, zu beklagen. Kurz vor seinem Tode noch hatte der verdienstvolle Geolog auf der Insel Timor Kupferbergwerke entdeckt.

Italien.

⊥ **Neapel**, 30 Oct. Der russische Gesandte Graf Chreptowitsch verläßt uns morgen, ohne daß man weiß ob er auf bloßen Urlaub geht oder eine anderweitige Bestimmung erhält. Er wird einstweilen durch einen Geschäftsträger vertreten. Man schrieb ihm einst großen Einfluß auf den König zu. Die neapolitanische Diplomatie im Ausland wird allerwärts vervollständigt, und die Posten in Wien, Konstantinopel, Bern, Turin, Florenz sind neubesetzt worden. In allen Administrationszweigen finden große Personalveränderungen statt. Se. Heiligkeit der Papst hat viele Orte der Umgebung der Hauptstadt besucht und ist gegenwärtig nach Benevento gereist. Obgleich alles friedlich ist, sind die Truppen der hiesigen Garnison und der benachbarten Orte wie Capua u. a. in steter Bewegung und in den Niederungen des Volturno wie um Caserta finden Uebungen statt, welchen der König beiwohnt. Der Kriegsminister Fürst Ischitella hat vom Papst den Ordine Piano in Brillanten erhalten, wie Oudinot und Radetzky, und es findet eine große Ordenvertheilung an die im Mai d. J. gegen die römischen Republicaner commandirten Truppen statt. Die Vermehrung der Armee geht noch immer ihren Gang, so bedeutend auch schon die gegenwärtige Kriegsmacht ist. Noch sind die Gasthöfe leer und die Stadt ist leblos, und bei den allgemeinen Besorgnissen, von denen vielleicht nur der besitzlose Lazzaro, der Musterproletarier, freibleibt, verspricht man sich keinen heitern Winter. Es wird nun schon der zweite seyn welchen wir auf eine vom Ehemals so verschiedene Weise durchmachen müssen, und die Stimmung ist jetzt eigentlich noch schlechter als im vorigen Jahr, obgleich damals die Erinnerungen an die revolutionären Stürme noch frisch und die sicilianischen Verhältnisse nicht geordnet waren.

Man schreibt dem J. des Débats aus **Rom** vom 24 Oct. daß der Bericht des Hrn. Thiers und die Aeußerungen in der öffentlichen Meinung (die Abstimmung über die römische Frage war noch nicht bekannt) zu Rom einen sehr günstigen Eindruck gemacht haben und eine Annäherung zwischen dem Papst und Frankreich hoffen lassen. „Die Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit des Papstes ist die einzige Art zu einer Lösung zu gelangen, wenigstens zu der dringendsten Lösung für diesen Augenblick, d. h. der Rückkehr des Papstes nach Rom. Denn solange der Papst nicht zurückgekehrt seyn wird, wird nichts geschehen. Selbst mit ihm werden viele Schwierigkeiten bleiben, aber ohne ihn gibt es nur Unmöglichkeiten."

Mailand. Die Wiener Ztg. meldet: „Der Gubernialrath des vorbestandenen Mailänder Guberniums, Karl Graf Pachta, ist mit kais. Entschließung vom 17 Oct. d. J., unter gleichzeitiger Enthebung von der Leitung der Armee-Intendantur in Italien, in den wohlverdienten Ruhe-

stand versetzt, und ihm in Anerkennung seiner langjährigen Dienstleistung und seiner ersprießlichen Leistungen als Leiter der Intendantur der k. k. österreichischen Armee in Italien, der Rang und Charakter eines k. k. Hofraths taxfrei verliehen worden." (Dem Grafen Pachta wurde besonders die Urheberschaft der bekannten Mailänder Prügelstrafen zugeschrieben.)

Schweiz.

△ **Bern,** 4 Nov. 127 badische Flüchtlinge haben sich, veranlaßt durch die Ihnen im letzten Briefe mitgetheilten Vorfälle, die sich zu wiederholen drohten, an den hiesigen Regierungsrath gewendet, ihm ihren Entschluß auf gut Glück in die Heimath zurückzukehren mitgetheilt, und ihn zugleich um Verwendung bei dem Bundesrath gebeten, damit ihrer Heimreise keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, denn sie fürchten an der Gränze zurückgewiesen zu werden weil sie keine Ausweisschriften haben. Sicher hat der Regierungsrath diesen Entschluß mit großer Freude vernommen und dem Gesuch gern entsprochen, da sich eine immer gereiztere Stimmung im Publicum gegen die Flüchtlinge kund gibt. Nicht nur die Armen, die Hunger haben und mit wachsendem Zorne sehen wie die Verbannten täglich auf Staatskosten gesättigt werden, brechen in Drohungen aus die leicht zu gefährlichen Auftritten führen können; auch die Männer der Neutralitätspolitik sehen in Dr. Galeers „Völkerbund" ein Centralorgan der Flüchtlinge, dessen sich die vielen sehr bedeutenden Kräfte unter ihnen als Agitationsmittel bedienen würden, um für eine neue Revolutionirung Deutschlands thätig zu seyn. Wie dem auch sey, bei der herrschenden Stimmung ist es gut wenn die weniger gravirten Flüchtlinge heim gehen; es ist ja sogar in der gestrigen Sitzung des großen Raths der Antrag gestellt und begründet worden: der große Rath möchte alle Flüchtlinge die nicht aus eigenen Existenzmitteln leben können und daher vom Staat erhalten werden, ausweisen. Der „Beobachter" berichtet als sicher daß keine deutschen Flüchtlinge mehr in die neapolitanischen Regimenter aufgenommen werden, weil Radetzky ihnen den Uebertritt über die Gränze verweigert. Zugleich erwähnt er ein Gerücht, das auch in Neapel herrsche und vom Wiener „Lloyd" mitgetheilt werde, daß das österreichische Ministerium auf das Ansuchen des Bundesraths die in den österreichischen Staaten befindlichen schweizerisch-neapolitanischen Werbbureaus aufgehoben habe. Der Bundesrath hat durch Kreisschreiben den National- und Ständerath auf den 12 d. in die Bundesstadt einberufen. Der große Rath wird nur noch diese Woche versammelt bleiben, das Schulgesetz aber erst in der Decembersitzung berathen, da die hierfür niedergesetzte Commission einen ausführlichen Bericht über das Gesetz drucken und im Volke verbreiten lassen will. Die Commission schlägt bedeutende Modificationen vor, und hofft durch ihre Ansichten beruhigend auf die noch immer aufgeregte Volksstimmung zu wirken. An die Stelle des Hrn. Jaggi hat der große Rath den Regierungsstatthalter von Känel zum Regierungsrath gewählt. In den Jurawaldungen haust eine Diebsbande welche die Gegend sehr unsicher macht; es sollen abgedankte Arbeiter vom Fort de Rousses seyn. Auch in und um Bern mehren sich die Diebstähle und Einbrüche auf bedenkliche Weise. Der französische Minister Dufaure hat den Präfecten der an Genf stoßenden Departemente die Weisung ertheilt mit aller Strenge darüber zu wachen daß nicht verdächtige Subjecte über die Gränze in die Schweiz gehen, da nach zuverlässigen Nachrichten dergleichen Leute am 12 Nov. in Genf Skandal machen wollen um auf die Wahlen zu influenziren. Die Aufregung in diesem Kanton steigert sich je näher der entscheidende Tag rückt. Die von den Conservativen für den Staatsrath bestimmten Candidaten sollen seyn: die HH. Rigaud Constant, Crämer, Dufour, Turrettini-Favre, Odier-Cazenove, Jacquier und Montfalcon.

Rußland und Polen.

Von der russischen Gränze, 18 Oct. Eine der wohlthätigsten Bestimmungen für das Gemeinwohl ist jüngst in St. Petersburg zu Stande gekommen, die Gründung eines Pensionsfonds für betagte und durch Krankheit unfähige Volksschullehrer des ganzen Reichs. Seit mehrern Jahren schon war der Minister des Volksunterrichts für Bildung dieses Fonds bemüht. Jetzt beläuft sich derselbe fast auf 200,000 S. R. und wächst jährlich durch speciell ihm zugewiesene Quellen. Ein Ukas bestimmt genau die Fälle und Bedingungen bei welchen Elementarlehrer künftig an Volksschulen berechtigt seyn sollen auf Leibrenten Ansprüche zu machen. Das ganze Lehrerpersonal in Rußland darf jetzt, gleich den Staatsdienern, nur zu einer bestimmten Frist im Jahr seine Dienstentlassung nehmen, nach beendigten jährlichen Lehrcursen und darauf bezüglichen Prüfungen, um die regelmäßigen wissenschaftlichen Vorträge nicht zu unterbrechen. (Berl. Z.)

Nachrichten aus **St. Petersburg** vom 24 Oct., die man in Paris erhalten hat, melden daß der Kaiser sehr ungehalten war als er vernahm die englische Flotte habe Befehl erhalten nach den Dardanellen zu segeln. Er ließ, wie es heißt, durch den Grafen Nesselrode eine energische Note an die englische Regierung richten.

In dieser Note (behauptet die französische Correspondenz) protestirt der Kaiser gegen diese feindliche Demonstration mitten im Frieden, und gegen die Anmaßung Englands sich in eine Angelegenheit zu mischen die nur Rußland und die hohe Pforte angehe. Im Fall etwa daraus sich ergebender Schwierigkeiten sey die Auslegung des zwischen beiden Mächten bestehenden Vertrags ihre eigene Sache, und England habe dabei schlechterdings nichts zu schaffen. Der Kaiser habe hierauf dem Fuad Effendi bedeutet er könne seine Sendung bei ihm als beendigt ansehen, seine Gegenwart in St. Petersburg sey ohnehin eine Verletzung einer zwischen der Pforte und Rußland abgeschlossenen Uebereinkunft, wornach der Sultan keinen außerordentlichen Botschafter nach St. Petersburg schicken könne ohne die russische Staatskanzlei vorher in Kenntniß gesetzt zu haben. Se. Maj. habe nun zwar aus freundnachbarlicher Gesinnung über diesen Vertragsbruch ein Auge zugedrückt und dem außerordentlichen Gesandten des Sultans eine Ehrenaudienz bewilligt, aber von dem Augenblick an da dieser die Intervention Frankreichs und Englands in Anspruch genommen, hätten diese guten Gesinnungen gegen die hohe Pforte sich natürlich ändern müssen, und färder könnten Mittheilungen des türkischen Gesandten nur noch durch das Medium des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten stattfinden. Diese Nachrichten, deren Quelle in der französischen Gesandtschaft zu St. Petersburg zu seyn scheint (wo es früher so friedlich gelautet hatte), haben auf der Pariser Börse die Fonds gedrückt.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 31 Oct. 3proc. $27^1/_4$ auf Rechnung.

London, 5 Nov. Die Besserung der französischen Renten hat günstig auf die englischen Fonds zurückgewirkt: Consols $92^7/_8$; Bank Stock $198^1/_2$.

Paris, 5 Nov. 3proc. 55.65; 4proc. 69; $4^1/_2$proc. 77.65; 5proc. 87.75; Bankactien 2325; belg. 5proc. $97^1/_4$; Anleh. v. 1842 $97^1/_4$; $4^1/_2$proc. $88^3/_4$; belg Bank 705; österr. Loose v. 1834 390; röm. 80; span. 3proc. 35; Hayti 195; piem. 5proc. 88.50; Oblig. v. 1849 890; Vers. E. B. rechte 213.75; linke 170; Paris-Orleans 725; Rouen 525; Straßb. 355; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 297.50; Bordeaux 400; Tours-Nantes 282.50.

Amsterdam, 5 Nov. $2^1/_2$proc. $53^1/_4$; 3proc. $62^3/_4$; 4proc. $82^3/_8$; Met. 5proc. 84; Ard. $12^{11}/_{16}$. Cours auf London 12.06 k. P. Cours auf Hamburg $34^{13}/_{16}$ k. G. Cours auf Frankfurt $98^3/_4$ 6 W.

Augsburg, 8 Nov. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24^1/_2$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83^5/_8$ G. Hamburg 1 M. $73^3/_8$ P. Wien in 20ern 1 M. 93 P. Triest 1 M. 93 P. Frankfurt a. M. 1 M. $99^7/_8$ P. Nürnberg 1 M. $99^5/_8$ G. Berlin 1 M. $105^1/_8$ P. Leipzig 1 M. $105^1/_8$ P. London 1 M. 10.6 P., 2 M. 10.5 P., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. $118^3/_4$ P. Lyon 1 M. $118^5/_8$ P. Marseille 1 M. $118^3/_8$ G. Mailand 1 M. 60 P. Genua 1 M. 52 G. Livorno $61^1/_8$ G.

Augsburg, 8 Nov. Bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. 85 P. 4proc. $92^1/_2$ P. 5proc. $100^3/_8$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. 88 P. Bankactien II. Sem. 1120 P. Württem. $3^1/_2$proc. 82 P. $4^1/_2$proc. $94^1/_2$ P.

Frankfurt a. M., 7 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87^1/_8$; Bankactien 1322; preuß. Staatsschuldsch. $88^1/_2$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. 83; Ludwigsh.-Berbach $85^1/_4$; württemb. $3^1/_2$proc. 81; $4^1/_2$proc. $94^1/_8$; bad. 5proc. $97^7/_8$; $3^1/_2$proc. $78^1/_2$; darmstädt. 4proc. $88^3/_4$; $3^1/_2$proc. $82^1/_2$; naß. 5proc. $101^3/_8$; $3^1/_2$proc. $84^1/_2$; Frankfurt 3proc. $79^1/_2$; $3^1/_2$proc. $82^3/_4$, 89; Disconto $1^3/_4$ P.

♀ **Wien,** 6 Nov. Ungeachtet der beruhigenden lautenden Berichte aus Paris war unsere Börse heute sehr gedrückt, und sowohl Fonds als Eisenbahnactien stark weichend. Die 5proc. Metall. gingen auf 93, $4^1/_2$proc. Metall. des neuen Anlehens auf 83, Nordbahnactien auf 106 zurück und erholten sich zur Notiz. Pesther- und Mailänder-Actien sind seit gestern ebenfalls um $1^1/_2$ Proc. gewichen. Der Wechselcurs auf fremde Plätze, sowie Gold und Silber stellten sich sämmtlich höher und waren besonders Devisen auf London und Augsburg lebhafter gefragt. Der Verkehr war ziemlich lebhaft und die Umsätze nicht unbedeutend. Wir notiren nach der Börse ($^1/_2$4 Uhr): 5proc. Metall. $93^9/_{16}$–$93^5/_8$, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) 83–$83^1/_4$, Loose vom J. 1834 $161^3/_4$–162, Loose vom J. 1839 $112^3/_4$–113, Bankactien 1190–1195, Nordbahnactien $106^1/_2$–$106^3/_4$, Gloggnitzer (ohne Geschäft) 108–109, Mailänder 78–$78^1/_4$, Pesther 74–$74^1/_4$, London (in l. S.) 10.52–10.53, Hamburg 158 P., Augsburg uso $107^3/_4$ G., Frankfurt $107^1/_2$ G., Amsterdam $150^1/_2$–151, Mailand $98^1/_4$ P., Livorno 105–106, Genua $124^1/_2$ G., Paris 128 P., Marseille $127^1/_4$ P., Bukarest (31 Tage S.) 259–260, Konstantinopel (31 Tage S.) 421–422. Goldagio für kais. Münzducaten $12^3/_4$–13, Silberagio $7^1/_4$–$7^1/_2$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Beilage zu Nr. 313 der Allgemeinen Zeitung vom 9 November 1849.

Uebersicht.

Die Zeit und die Litteratur. — Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage. — Die preußische Landwehr. — Berlin (Die preußischen Kammern und das Ministerium. Lesecabinette. Theater). — Prag (Die Hochschule. Wissenschaftliches). — Chalons (Deutsche Bettlerwanderungen). — Schweiz (Veränderte Physiognomie des großen Raths. Das Schulgesetz. Die Geistlichkeit gegen die Presse. Der Züricher große Rath gegen Scherr.)

Die Zeit und die Litteratur.

Wie tiefe Wunden die Revolution von 1848 mit ihren Folgen dem Buchhandel und der Litteratur geschlagen hat, zeigen die Meßkataloge die alle Halbjahre als Tugend- oder Sündenregister der deutschen Schriftsteller erscheinen. Statt der früher so dickleibigen Bände erhalten wir jetzt sehr zusammengeschrumpfte. Diese Kataloge als Beweise für den Zustand unserer Litteratur aufzuführen scheint sehr materiell und rein äußerlich, aber der Beweis trifft darum doch zu. Zahlen beweisen! Der zu Ostern 1848 ausgegebene Katalog, welcher Rechenschaft ablegte über die Thätigkeit deutscher Federn während des letzten Winters, wo sie sich trotz Censur und Verbot dennoch so recht con amore ausgeschrieben, zählt 408 Seiten, der um Ostern 1849 erschienene nur 326. Um Michaeli 1848 wurden auf 323 Seiten die Werke deutscher Schriftsteller aufgezählt, und um Michaeli 1849 reichten gar 288 Seiten dazu hin. Bringt man hierbei die zahllose Masse von politischen Broschüren in Anrechnung, die im Katalog, auch wenn sie nur einen Bogen stark sind, ebenso großen Raum einnehmen wie ein dreibändiges Werk, so ergibt sich schon hieraus wie äußerst gering die Production ist, wüßte man nicht daß die Buchhändler die vorsichtigsten Leute von der Welt geworden sind und allen Muth verloren haben. Selbst die renommirtesten Firmen sind kopfscheu geworden. Hat doch sogar Hr. Brockhaus die Jenaische Litteraturzeitung eingehen lassen (was wir freilich ganz natürlich finden), die Blätter für litterarische Unterhaltung um jährlich 52 Nummern beknappt, sondern auch die Urania, die uralte Vorgängerin im Reigen der Taschenbücher, seit dem vorigen Jahr nicht erscheinen lassen. Konnte selbst diese nicht auf Absatz rechnen, so muß es in der That sehr schlimm aussehen. Auch die ältere hochbetagte Schwester der Jenaischen Litteraturzeitung, die einst so berühmte Hallische, wird mit dem Ende dieses Jahres der Auszehrung erliegen. Sie wurde schon 1787 in Jena von Schütz begründet und wanderte 1804 mit ihm nach Halle. (Bekannt ist auch das Eingehen von Menzels Litteraturblatt und des Kunstblattes.)

Das Gute hat diese Umwälzung daß wir nicht mehr von der ungeheuren Fluth schlechter Productionen überströmt werden, daß von größeren Werken zwar wenige, aber meist gute erscheinen. Besonders erfreulich ist es daß so wenige dreibändige Romane zum Vorschein kommen; ihre Zahl, früher Legion, ist auffallend gering geworden. Die Buchhändler lassen sich nur mehr mit renommirten Schriftstellern ein. Außer Fanny Lewalds „Prinz Louis Ferdinand", der im Preußenthum, und Adolf Stahrs „Republicaner in Neapel", die in seinem früheren Werke über Italien einen Rückhalt fanden, sowie Levin Schückings „Sohn des Volkes", ist kaum ein größerer Roman von Bedeutung zu nennen, denn man kann es doch nicht eine Bereicherung der Litteratur nennen wenn Luise Mühlbach und Cons. wieder Romane liefern. Eine wirkliche Bereicherung steht uns aber in naher Aussicht: Adalbert Stifter läßt einen fünften und sechsten Band seiner „Studien" erscheinen, während der erste und zweite gleichzeitig in einer dritten Auflage gedruckt werden. Von Robert Prutz kündigt Brockhaus einen zweibändigen Roman: „Das Engelchen" an. Hr. J. G. Kohl, der noch mit dem dritten Bande seiner Alpenreisen im Rückstand ist, überrascht uns schon wieder mit einem Werk in drei dicken Bänden. Dießmal aber ist es keine Reise, sondern eine Art Selbstbiographie. Der Titel des Buches ist „Aus meinen Hütten". Hr. Kohl bezeichnet es auch als „Geständnisse und Träume eines deutschen Schriftstellers", und vertheidigt sich in der Vorrede daß er eine Selbstschau herausgebe.

Die Litteratur des deutschen Parlaments wird immer reichhaltiger; für die nächste Zeit stehen mehrere Schriften darüber in Aussicht, die deßhalb ein besonderes geschichtliches Interesse haben werden, weil sie von Mitgliedern des Verfassungsausschusses herrühren. So sind von Droysen und Max Duncker zwei Schriften angekündigt. Außerdem stehen von Wurm in Hamburg und von Karl Jürgens zwei Bücher in Aussicht, abermals also wieder zwei Beleuchtungen vom Standpunkt des linken und des rechten Centrums.

Eine neue romantische Tragödie „Svend Dyrings Haus" von Henrik Hertz, dem Dichter von „König René's Tochter", ist in Berlin am 29 d. aufgeführt und — durchgefallen. Die Tragödie ist, nach Berliner Kritikern, ein lockeres Gewebe unmotivirter und zusammenhangsloser Vorgänge, der Grund des tragischen Conflictes ein Zufall ohne Sinn und Zweck. Die Sprache des Stückes soll jedoch von einer gewissen kindlichpoetischen Empfindung seyn, von der man sich berührt und an einzelnen Stellen lieblich angesprochen fühlt.

Karl Gutzkow ist jetzt mit dem zweiten Theile der Trilogie beschäftigt, mit welcher er die Jugendzeit Goethe's dramatisch illustriren will. Die Hauptmomente dieses zweiten Stückes bilden Goethe's Liebe zu Gretchen und die Kaiserkrönung zu Frankfurt. Dießmal wird also die Sprache dieses Stückes wohl eine deutsche seyn, dankbar genug ist der Stoff allerdings. Das dritte Stück soll dann den Dichter in seinem Aufenthalte zu Leipzig darstellen. Auch hier hat Hr. Gutzkow wieder sehr schlau gewählt, Gellert, Gottsched und die Gottschedin, wie überhaupt die ganze gelehrte Welt des damaligen Leipzigs, bilden in diesem Stücke den Hintergrund. Voraussichtlich wird es mit diesen beiden Stücken dem Dichter besser gehen als mit dem ersten; mit dem „Königslieutenant" sieht es auf sämmtlichen Bühnen jetzt schon sehr bedenklich aus. Mosenthal, der Dichter der „Deborah", hat ein neues Stück vollendet, welches den Titel „Cäcilie von Albano" führt. Rudolf Gottschall hat ein neues Stück „Major Schill" vollendet, welches in Königsberg mit dem größten Beifall aufgeführt ist. Der Dichter wurde viermal gerufen.

In Berlin erscheint nächstens ein Roman aus der Feder der Gattin des aus den ersten Tagen des Frankfurter Parlaments her bekannten Professors Kapp. Die geistreiche Dichterin, durch Familienverhältnisse nach verschiedenen Seiten hin in das tragische Geschick des ersten deutschen Parlaments verflochten — sie ist eine Schwester des geflüchteten Hrn. v. Rappard — lebt in Soest. Der neue Roman „Manhold" ist das erste dichterische Erzeugniß der Frau Kapp das zum Druck gelangt. (W. Ztg.) *)

Aus der Verhandlung der bayerischen Abgeordnetenkammer über die deutsche Frage.

Wir lassen den übersichtlichen Mittheilungen über diese bedeutsame fünftägige Debatte noch einige zusammenfassende Nachträge aus den bemerkenswerthesten Reden folgen.

Der Abg. v. Hermann sagte in der Sitzung vom 2 November: So lange nicht eine absolute Nothwendigkeit dazu drängt, darf kein Staat sich freiwillig selbst aufgeben; am wenigsten ein Staat der $4\frac{1}{2}$ Millionen Einwohner hat, constitutionell entwickelt und mit den Bürgschaften der Freiheit der Bürger versehen ist. Bloß um einer allgemeinen Idee willen durfte die Regierung nicht einwilligen daß Bayern nahezu gar keinen Antheil an der Regierung des Bundesstaates gehabt hätte, und ebenso wenig auf so manche materielle, Bayern sehr wesentlich beeinträchtigende Punkte in jener Verfassung eingehen. Die Propositionen welche das bayerische Ministerium auf Abänderung des preußischen Entwurfes gemacht hat, sind so billig und so einfach, daß eine Zustimmung preußischerseits wohl hätte erfolgen können. Statt dessen wurden die bayerischen Anträge über den Hauptpunkt, der entscheiden mußte einmal über Stellung der beitretenden Staaten, dann über die Möglichkeit eines künftigen Anschlusses von Oesterreich, die Oberhauptsfrage, völlig zurückgewiesen. In Bezug auf andere materielle wichtige Abänderungen wurde zwar das bayerische Begehren nicht ganz verworfen, aber statt einer Abänderung des Verfassungsentwurfes selbst bloß die Zusicherung gegeben: man werde die Reichstagscommissäre instruiren. Wenn Sie daher bloß von dem Gesichtspunkt der politischen Stellung Bayerns ausgehen, und

*) Bei Gelegenheit dieses litterarischen Berichtes bemerken wir daß der Verfasser des Buches: „Neue Dorfgeschichten nach Berthold Auerbach", Hr. Schlönbach, auch der Allg. Ztg. wie andern Blättern die Erklärung eingesandt hat daß er an jenem trüglichen Titel durchaus unschuldig sey. Er wirft alle Schuld auf die Berger'sche Buchhandlung, die mit seinem Namen und seiner Schrift solches Spiel getrieben, und auf den Verleger, Louis Hirschfeld in Berlin, gegen welchen er wiederholt dagegen protestirt hatte daß man seinem Buche jenen Titel ohne sein Wissen und Willen gegeben; er selbst hatte der Schrift den Titel vorgesetzt: „Das deutsche Bauernbuch, oder so lebt das Volk." Eigenmächtig ward nicht nur der Titel geändert, sondern auch der Name des Verfassers und seine Widmung an Auerbach und Glasbrenner weggelassen. Sollte nicht ein buchhändlerisches Ehrengericht in derlei Fällen einschreiten?

die Pflichten erwägen welche der bayerischen Regierung dem eigenen Lande gegenüber oblagen, so müssen Sie zugestehen, es konnte nicht zugestimmt werden. Der Beschluß den Bayern faßte war übrigens um so bedeutungsvoller, als von der bayerischen Zustimmung zum preußischen Entwurf auch die Zustimmung von Hannover und Sachsen zu demselben und deren Verbleiben in dem preußischen Sonderbund abhing. Indem Bayern ablehnte, hat es überhaupt das Zustandekommen des ganzen Sonderbundes in dem Umfang wie er projectirt war, unmöglich gemacht. Erwägen Sie andrerseits daß wenn Bayern zustimmte, es zu allen jenen politischen Nachtheilen noch offenbar gegen Oesterreich in feindliche Stellung gerathen wäre. Dieß durfte gegen seinen nächsten Nachbar, einen Nachbar mit dem es eine so lange Gränze gemein hat, jedenfalls nicht geschehen. Es durfte nicht geschehen gegenüber der ersten deutschen Macht, die entschieden aussprach sie verbleibe bei Deutschland, die ihr Recht wahrte über die Neugestaltung Deutschlands mitzurathen und zu beschließen, und die früher ernst erklärt hatte: sie werde sich ihre Stellung in Deutschand zu wahren wissen. Indem also Bayern ablehnte, hat es, wie mir scheint, in politischer Beziehung seiner Pflicht und Stellung entsprechend gehandelt.

An diese speciellen Erwägungen reiht sich das Versprechen das die bayerische Regierung oft wiederholt hatte: ernst und fest dahin zu arbeiten daß eine Einigung von ganz Deutschland zu Stande komme, und daß sie dafür Opfer nicht scheuen werde. Sie durfte daher zu Deutschlands Zerreißung nicht die Hand bieten. Nächst den inneren politischen Beziehungen mußte sie dann noch die Fragen der Macht und des Handels in dem neu zu gestaltenden Reiche ins Auge fassen. Hält man Oesterreich als ein Glied von Deutschland fest, so ist für das Reich an Macht, an Finanzkraft und an Handelsbeziehungen ein unendlicher Reichthum gewonnen; scheidet sich Oesterreich, so kann nur Schwäche und Beschränkung die Folge seyn. Trennen Sie Oesterreich, so haben Sie nicht bloß österreichischerseits, Sie haben auch auf Seite des neu zu gestaltenden Bundesstaates mit bedeutender Macht eine Gränze zu decken die bisher keines Schutzes bedurfte; trennen Sie Oesterreich, so müssen beide geschiedene Theile Deutschlands ununterbrochen große Truppenmassen erhalten, weil sie auf lange hin sich in nicht freundlicher Stellung befinden. Bleibt das ganze Oesterreich bei Deutschland, so kann der Wunsch erfüllt werden, der wohl einer der allerwichtigsten ist, daß nämlich endlich einmal die ungeheuern Heere gemindert werden, und die unerschwingliche Finanzlast, die durch sie auf die Völker gelegt ist, gemindert werde. Nur wenn Oesterreich und das übrige Deutschland ein einiges Ganzes sind, sind sie so mächtig daß sie im Stande sind der Welt den Frieden zu gebieten, auch wenn sie selbst ihre Heere reducirt haben. Bleiben sie geschieden, so ist keines für sich stark genug. Sie müssen sich dann an das Ausland anlehnen; sie können keine selbständige Politik haben; diese besitzen sie erst wenn sie ihre Macht verbinden. Werfen Sie dann einen Blick auf die materiellen Verhältnisse, der neue Bundesstaat, wie er projectirt war, hätte sich im wesentlichen von dem Zollverein in dieser Beziehung nicht unterschieden. Denn wenn auch Hannover hinzutrat und dadurch das Gewicht von Norddeutschland mit seinen Interessen etwas wuchs, so blieb doch im übrigen alles gleich. Nun, meine Herren, ist ununterbrochen im Zollverein die Klage daß er nicht in sich selbst ein durch die eigenen Gegensätze des Bedürfnisses und der Production sich in erwünschter Weise genügendes Ganze sey. Es überwiegt im Zollverein unstreitig die Fabrication. Er ist schon in sehr wichtigen Fabrikzweigen ganz auf die Ausfuhr hingewiesen. Gerade die Ungleichheit seiner Schutzzölle, die auffallende Bevorzugung einzelner Zweige der Industrie hat mit dahin gewirkt ihn in einzelnen Gewerbszweigen zum ausführenden Staat zu machen, und einzelne Landestheile, die vorzugsweise solche ausführende Industrie betreiben, durch den Kampf mit der Industrie des Auslandes in nicht unbedeutende Noth zu bringen. Der Zollverein gewährt einen zu kleinen innern Markt um eine vollständig selbständige Handelspolitik verfolgen zu können. Er muß schwanken zwischen dem Wunsche Freihandel zu gewähren um dem norddeutschen Interesse zu genügen, und dem dringenden Begehren der Industriegegenden, die vollständigen Zollschutz verlangen. Sie finden daher in den verschiedenen Maßregeln des Zollvereins ununterbrochen diese zwei Principien schwankend und abwechselnd angewendet. Das ist kein Vorwurf, das liegt in der Beschränktheit seines Gebietes und in der Einseitigkeit seiner Industrie.

Nun erwägen Sie dagegen was der Beitritt Oesterreichs bietet. Fürs erste werfen Sie einen Blick auf die ungeheure Länge der Zollgränzen die wegfielen. Gegenwärtig kostet dem Zollverein die Meile zu bewachen 2000 Thaler. Wir dürfen diese Summe verdoppeln, da wohl Oesterreich gleichviel ausgibt; diese 4000 Thaler für die Meile fielen weg. Dabei fallen aber auch weg Tausende von Bestrafungen, tausendfältiges Unglück das sich in den ärmern Familien an der Gränze immer wieder erneuert, die der leichte Gewinn zum Schmuggel verlockt. Rechtlichkeit und Arbeitsamkeit kehrt an den Gränzen wieder zurück, und dieses allein schon muß als unschätzbarer Gewinn erscheinen. Ich erwähne das nur beiläufig. Es ist nur eine unbedeutende Folge des ganzen wichtigen Ereignisses, denken Sie sich nun ganz Oesterreich in Handel und Verkehr mit dem übrigen Deutschland vereinigt, dann, meine Herren, haben Sie gerade die Gegensätze im größten Maßstab, die vorhanden seyn müssen wenn im Innern eines Reiches eine lebendige Ausgleichung von Bedürfniß und Production möglich seyn soll. Sie haben eine weiter entwickelte Industrie im Zollverein, und auch in Oesterreich ragen einzelne Industriezweige bedeutend hervor. Sie haben aber zugleich weite Strecken im österreichischen Gebiet, in welchen bei der reichsten natürlichen Ausstattung die Industrie wenig entfaltet ist, die der Entwickelung des Reichthums, der Betriebsamkeit den weitesten Spielraum bieten. Sie haben überhaupt einen innern Markt wie ihn gegenwärtig kein anderes Reich in der Welt besitzt, und wie sich nur später ein zweiter in Amerika entwickeln kann. Sie haben ein großes Ganzes, durch das alle großen Handelsstraßen Europa's ziehen, das gewissermaßen den ganzen Handel von Europa beherrscht, weil kein Land sich mit dem Ausland frei und vollständig in Austausch setzen kann, ohne irgendwo durch dieses ungeheure Gebiet seine Waaren zu senden oder seine Waaren zu beziehen. Sie haben namentlich in Wien den Mittelpunkt eines unermeßlichen Welthandels, der sich noch weiter entwickeln muß wenn das übrige Deutschland beitritt. Dann erst machen seine Ströme, und die Meere in die sie münden, Deutschland zum Nachbar aller überseeischen Länder. Jetzt ist der Zollverein nur gegen Norden, und auch da erst dann offen wenn Hannover beitritt. Durch Oesterreichs Zugang ist zugleich das schwarze Meer und das Mittelmeer offen, der Handel mit Südrußland, der levantische Handel und späterhin der Handel mit Indien und ein großer Theil des nordischen Handels knüpfen sich dann erst an den Verkehr der großen deutschen Staatenverbindung. Ein solches Gebiet kann seiner innern Industrie vollständigen Schutz gewähren, weil bei 70 Mill. Bewohner von einem Monopol nicht die Rede seyn kann. In einem solchen Gebiet können Sie auch bedeutenden Zoll auf die Einfuhr von Fremdwaaren legen, ohne den Vorwurf fürchten zu müssen daß Sie dadurch die Consumenten beschweren. Es kann sich hier rasch, auch in bloß dem Luxus angehörigen Productionszweigen, eine solche innere Concurrenz entwickeln daß die Waaren überall auf den niedrigsten Preis heruntergesetzt werden, bei dem der Producent bestehen kann. Ein solches Gebiet braucht nicht nach fremder Zustimmung sich umzusehen, wenn es irgendwie Schutzmaßregeln anwenden will, sondern es ist im Stande vollkommen selbständig seinen Weg zu gehen. Erst also wenn Oesterreich mit Deutschland sich verbindet, haben Sie die vollständige Unabhängigkeit des deutschen Handels, und natürlich der mit ihm verbundenen Schifffahrt vom Ausland begründet; erst dann kann man den gefürchteten Handelsconcurrenten, England, in seine Gränzen zurückweisen, aber dann braucht man ihm auch nicht mehr feindlich entgegenzustehen. Er wird von selbst, wie ich überzeugt bin, sich zu solchen Verträgen herbeilassen die nicht wie die frühern vom Zollverein abgeschlossenen nur eine Schmach für Deutschland sind.

So liegt es im allgemeinen wenn wir auf das ganze Deutschland sehen. Aber Bayern hat eine ganz besondere Verpflichtung, ein ganz besonderes Interesse zu verhindern daß, solange eine Hoffnung vorhanden war, nicht die Scheidung von Oesterreich ausgesprochen, und dadurch die bayerische Gränze für immer zur Gränze Oesterreichs gemacht werde, an der die beiderseitigen Zollmaßregeln den Verkehr der Bewohner lähmten. Man hat mir früher und in einer andern Versammlung vorgeworfen es bestehe jetzt in Südbayern kein lebendiger Handel mit Oesterreich, es sey also auch in Zukunft die Aufhebung der Zollschranken nicht nothwendig. Eine so große Autorität es sonst seyn mag die das geäußert hat, so werden Sie mir zugeben daß dieß im Mund eines Staatsmannes ein etwas sonderbares Argument ist. Wir wollen ja eben daß diese Beschränkung aufhöre. Das ist der sehnlichste Wunsch seit vielen Jahrzehnten, Befreiung des Verkehrs von den innern Schranken und Belebung des Handels veranlaßte Bayern zum Abschluß des Zollvereins; warum soll die Erwartung die dort in Erfüllung ging, nun nicht in gleichem Maße, ich möchte sagen in erhöhtem Maße gegenüber von Oesterreich gehegt werden dürfen? Erwägen Sie dabei daß, was in Frankfurt bei der gegenseitigen Berührung der süddeutschen Abgeordneten hervortrat, in der That ein Herzenszug besteht zwischen Bayern und Oesterreichern. Dieser Zug des Gemüths, ich möchte sagen diese Verwandtschaft der natürlichen Begabung, ist in neuerer Zeit durch die angeregte Hoffnung inniger Vereinigung mit Oesterreich noch bedeutend verstärkt worden — wenn nun dem gegenüber die bayerische Regierung, ohne daß Oesterreich noch gesprochen hatte, selbst in dessen Ausschluß gewilligt, selbst von Oesterreich abgetreten wäre,

so hätte sie einen solchen Schritt ihrem Volk gegenüber nicht verantworten können!

Wir müssen jetzt vor allem die Frage aufstellen: auf welcher Grundlage kann Oesterreich beitreten? Auf welcher Grundlage hätte in Berlin verhandelt werden sollen, damit der Beitritt Oesterreichs möglich wurde? Nicht die Theorie für einen Bundesstaat, sondern eine Verfassung bei der Deutschland ein Ganzes werden kann, das ist es was wir suchen. Oesterreich hat schon unterm 27 November erklärt daß es sich erst im Innern neu gestalten müsse, ehe an die Regelung der Verhältnisse zu Deutschland gegangen werden könne. Ich gesteh' es, ich habe mit vielen andern damals eine Art Unwillen getheilt über diese Erklärung; sie schien mir eine Ablösung von Deutschland zu seyn, eine Scheidung, ein Entgegentreten gegen die Einigung die das Volk wollte. Aber stellen Sie sich auf den Standpunkt auf den eigentlich alle Regierungen sich gestellt hatten, auf den der Vereinbarung, so werden Sie zugestehen daß ein Staat der über sein Verhältniß zu andern Staaten vereinbaren will, erst selbst feststehen muß, ehe er andern einen bestimmten Halt und Boden für dieses Verhältniß bieten kann. Es liegt daher in jener Erklärung ein ganz richtiger Grundgedanke, der um so überzeugender hervortritt, nachdem sich eine Verfassung wie die Frankfurter, welche Preußen unterworfen und Oesterreich gespalten hätte, wenn man überhaupt zur Einigung kommen wollte, sich als Unmöglichkeit erwies. Oesterreich hat sodann, als es seine Verfassung unterm 4 April wirklich erlassen, gleichzeitig das Verhältniß in welches es zu Deutschland zu treten bereit ist, in einer so klaren Weise ausgesprochen, daß über den Sinn kein Zweifel seyn kann, ich meine hier in dem Rescript an seine Bevollmächtigten in Frankfurt vom 9 März. Als dieses Rescript erging — ich habe mich als Abgeordneter der großdeutschen Partei in Wien befunden während es erlassen wurde — war Oesterreich noch in einer Lage die Anlaß gab zu glauben die neue auf eine bedeutend stärkere Centralisation hinarbeitende Verfassung Oesterreichs werde kaum ins Leben treten. Es schienen sich so viele Hindernisse dieser Verfassung entgegenzustellen, daß Oesterreich bei der Ausführung wesentliche Modificationen werde machen müssen. Dieß mochte die Annahme unterstützen daß Deutsch-Oesterreich doch noch auf der Grundlage der Frankfurter Verfassung in den Reichsverband werde eintreten müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus, den damals die ganze großdeutsche Partei theilte, nahm man in den darauf erfolgten Anträgen über den österreichischen Beitritt immer an: Oesterreich könne noch einer solch eigenthümlich centralisirten Staatsverbindung, wie sie die Frankfurter Verfassung wollte, wenigstens mit seinen deutschen Provinzen beitreten. Allein das leuchtete einem jeden ein daß, wenn Oesterreich ein ganzer in sich centralisirter Staat bleibt, wie er nach der Verfassung werden sollte, alsdann die Ablösung der deutschen Provinzen und die staatliche Vereinigung derselben mit dem Bundesstaat, der Frankfurter Verfassung oder des Berliner Entwurfs unmöglich ist. Aber Oesterreich mußte bei Deutschland verbleiben, und nur eine solche Verfassung durfte vernünftigerweise eingeführt werden wobei es im Bunde bleiben kann. Ich sage, anfangs konnte man im Zweifel seyn ob Oesterreich seine eigene Verfassung werde durchzuführen vermögen, und der Zweifel konnte sich fortspinnen solange die Kämpfe im Innern Oesterreichs dauerten. Immer fand er neue Nahrung, so oft die österreichischen Waffen unterlagen. Die Lage der Dinge hat sich aber geändert. Die österreichische Regierung, vom 27 Nov. v. J. an mit der größten Consequenz fortschreitend, hat auch einen der größten innern Kriege nicht gescheut um den Grundgedanken ihrer Verfassung zur Durchführung zu bringen. Nachdem Ströme von Blut vergossen worden, nachdem ungeheure Kriegskosten aufgewendet sind, und nachdem die Regierung gesiegt hat und in so würdiger Weise dasteht, wäre es doch etwas gar zu sanguinisch zu glauben daß sie nun nur um gewisser Verfassungsformen willen für die in Deutschland Vorliebe besteht, die Grundidee ihrer Verfassung aufgeben und von dem abweichen werde, was sie früher bezüglich ihrer Theilnahme an den deutschen Angelegenheiten ausgesprochen hat. Täuschen wir uns nicht, dieß ist eine Unmöglichkeit. Setzen Sie sich nur einen Augenblick in die Lage der Staatsmänner von deren Hand Oesterreichs Geschick mit solchem Erfolge geführt wurde, so müssen Sie zugestehen: Oesterreich kann auch in seinen Beziehungen zu dem übrigen Deutschland auf eine Decentralisation nicht eingehen. Was kann aber unter diesen Umständen geschehen? Zuverlässig werden die Männer die mit solcher Consequenz vorgegangen sind, um Oesterreich zu einem Einheitsstaate zu gestalten, und die gleich bei dem ersten Gedanken dieses Staates auch das richtige Verhältniß desselben zu Deutschland ins Auge faßten, von dem was sie hierüber ausgesprochen haben in dem Rescript vom 9 März, nicht zurücktreten. Es ist daher meine Ueberzeugung daß das ganze Verhältniß Deutschlands zu Oesterreich, und überhaupt die ganze politische Neugestaltung Deutschlands sich nur auf der Grundlage des Rescripts vom 9 März entwickeln kann.

Ich weiß, indem ich dieses ausspreche, habe ich auf große Popularität und Beifall nicht zu rechnen, aber ich lebe der festen Ueberzeugung daß man zuletzt mit dieser Grundlage wohl zufrieden seyn wird, weil sie den wahren Bedürfnissen entspricht. Erlauben Sie mir mich näher darüber auszusprechen. Dieses Rescript des österreichischen Cabinets vom 9 März anerkennt vor allem die Nothwendigkeit eines Directoriums mit dem Rechte der gemeinsamen Vertretung des Reichs nach außen, wo sie nützlich ist. Man hat gegen diesen Beisatz „wo sie nützlich ist" vielfach sich erhoben, und den Vorwurf geäußert: daraus ersehe man wie wenig Oesterreich gewähren wolle. Aber würden Sie wohl eine Vertretung verlangen, auch wo sie nicht nöthig, wo sie unnützlich ist? Ich meine daß dieser Beisatz sogar nothwendig war, da ich nicht einsehe warum die ganze Vertretung centralisirt werden soll. Das Rescript sodann räumt ein: die Verfügung über die Land- und Seemacht, Institutionen welche die Ordnung gewährleisten, Förderung der staatlichen und materiellen Interessen. Schon im Februar d. J. wurde den Abgeordneten an das österreichische Ministerium, unter welchen ich zu seyn die Ehre hatte, derselbe Plan auseinandergesetzt der gegenwärtig bezüglich der allmählichen Herbeiführung einer Handels- und Zolleinigung mit dem übrigen Deutschland in öffentlichen Blättern von Wien aus sich verbreitete. Schon damals wurde mit größter Klarheit und Offenheit ausgesprochen daß, wenn es auf der Grundlage des Rescripts vom 9 März zur Einigung Oesterreichs mit Deutschland komme, Oesterreich bereit sey die Zollschranken fallen zu lassen in der Weise wie hier angedeutet wurde. Mir waren daher die neueren Andeutungen nichts neues. Ich sah hierin vielmehr den festen Weg auf dem Oesterreich in Bezug auf sein Verhältniß zu Deutschland fortschreitet. Damals schon wurde die Erlaubniß der Einwanderung und Ansässigkeit im ganzen österreichischen Gebiet allen Angehörigen des übrigen Deutschlands unter denselben Bedingungen angeboten wie sie den österreichischen Unterthanen selbst zusteht. Daß Oesterreich ernstlich eine solche Annäherung an Deutschland will, dafür sprechen auch kleinere Anzeichen, wie z. B. neuerlich die Beschlüsse bezüglich der Führung von Eisenbahnen und bezüglich der Verbindung der Telegraphenlinien. Man hat behauptet Oesterreich lasse keine Volksvertretung zu; das finde ich nicht richtig. Nirgends steht als absolutes Axiom fest daß eine Volksvertretung bei der Centralgewalt nur dann bestehe wenn sie für diesen Zweck neu und gesondert gewählt ist. Aber das Rescript vom 9 März gesteht ausdrücklich ein Parlament bei dem Directorium zu, beschickt von der Volksvertretung der einzelnen Glieder des großen deutschen Bundes. Sollte denn diese Beschickung nicht eine einfache, zweckmäßige und jedenfalls zehnmal bessere Wahlart seyn als die neuere Berliner? Ich gestehe aufrichtig, ich halte sie auch für besser als die in Frankfurt beschlossene. Ich bin überhaupt der Ansicht daß es der bisherigen Erfahrung ganz widerspricht, wenn wir glauben ein Centralparlament oder zwei Häuser im Centrum, durch neue gesonderte Wahlen zusammengesetzt, würden neben den particularen Volksvertretungen besser wirken als ein Centralhaus, zusammengesetzt aus Mitgliedern der particularen Volksvertretungen. Sehen Sie auf die Beschlüsse der aufgelösten Berliner Versammlung nur in der einzigen Polenfrage, so finden Sie den schärfsten Gegensatz zwischen der Berliner und der Frankfurter Versammlung. Dahin muß es immer kommen wenn über denselben Gegenstand eine Centralvertretung separat zu beschließen hat, über welchen auch einer von ihr ganz verschiedenen Particularvertretung irgendein Entscheidungsrecht zusteht. Oesterreich kann, nachdem es erklärt hat ein Ganzes für sich seyn zu wollen, kein Organ anerkennen welchem die gesetzgebende Gewalt über Oesterreich untergeordnet wäre. Das kann kein Staat der für sich bestehen will. Aber Oesterreich, wie jeder solcher Staat, kann eine Gesetzgebung und Regierung außerhalb des eigenen Staats anerkennen, an deren Directorium die österreichische Regierung, an deren Volksvertretung die österreichische Volksvertretung selbst theilnimmt. Wie nach dem österreichischen Vorschlag die Direction nur eine Zusammenfassung der Regierungen der einzelnen Staaten ist, also ihrer eigenen Macht, ihrem eigenen Ansehen formell nicht widerspricht, gerade so würde die centrale Vertretung eine Zusammensetzung seyn der Vertretungen in den einzelnen Staaten, eine Collectivvertretung seyn. In dieser Weise wird die Unterordnung der Staaten unter die Centralgewalt vermieden; sie erhalten ihre Selbständigkeit, aber wirken zusammen für den großen Zweck der Gesammtmacht Deutschlands. So, meine Herren, fasse ich das Rescript auf, und so scheint mir eine Einigung Deutschlands, eine staatliche Einigung Deutschlands möglich, während doch Oesterreich ein großes Ganzes für sich bleibt. Ueberhaupt muß es auffallen daß man bei dieser großen Frage nicht die Bedingungen unter welchen wir zu erwägen und zu beschließen haben, ins Auge zu fassen pflegt, sondern Beispiele bald da bald dort sucht, um die für Deutschland passende Bundesform danach einzurichten. Wie oft ist die nordamerikanische Verfassung angeführt wor-

den! Aber in einem neuen Staate und in Republiken konnte scharf ausgeschieden werden was der Centralregierung und was den Particularregierungen zustehen soll. Dort steht auch der einzelne Staat nicht unter der Centralregierung, sondern er hat seine coordinirte Stellung. Die Centralregierung besorgt nur die Centralangelegenheiten. Diese Ausscheidung ist aber nicht mehr möglich in Deutschland. Auch die Frankfurter Verfassung hat sie unmöglich gefunden; sie hat viel mehr centralisirt als die nordamerikanische. In der nordamerikanischen Verfassung finden Sie nicht die vielen Aufsichtsrechte welche in der Frankfurter Verfassung dem Reichsorgan zugewiesen sind, welche allein schon zu unendlichen Schwierigkeiten in der Ausführung führen mußten. Wenn strenge Ausscheidung der Rechte nicht möglich, und jene Aufsichtsrechte ebenso unstatthaft wären, wenn die einzelnen Staaten fortbestehen sollten wie es nach der Absicht (vielleicht nur der offenen, nicht der versteckten) der Frankfurter Verfassung der Fall war, so muß man sich fragen: welche andere Einrichtung ist möglich? Die Antwort führt immer darauf zurück: es ist die von Oesterreich angedeutete, daß sowohl das Directorium als die Vertretung der Nation im Centrum eine collective sey, genommen aus den Regierungen und Vertretungen der einzelnen Staaten. Nur so kann den Conflicten, die sowohl im Bereiche der Regierungen als im Bereiche der Volksvertretungen außerdem unvermeidlich wären, vorgebeugt werden, nur so kann sicher auf den Vollzug der Beschlüsse der Centralgewalt gerechnet werden.

Indem ich auf diese Weise mich ganz auf den Standpunkt des Rescripts vom 9 März stelle, bitte ich Sie zu untersuchen ob denn außerdem sonst noch etwas mögliches vorgeschlagen worden ist? Gerne werde ich es annehmen wenn es den Beitritt Oesterreichs sichert. Ich kenne keinen andern Vorschlag der dieser Bedingung entspräche. Kommt es zur Ausführung des österreichischen Grundgedankens, so wird genau das erreicht was zuerst in Vorschlag kam als man eine Vertretung beim deutschen Bunde begehrte, nur in vollkommener und besserer Weise, weil zugleich eine vollständige Umgestaltung und Reorganisation des Bundes erfolgt. Die Bewegung des Volkes fing an mit der Freude über den von Bassermann wiederholten Antrag, den früher schon Welcker gestellt hatte. Hätten damals die Regierungen rasch zugestimmt, so bin ich überzeugt daß es zu einer eigentlichen Revolution nicht gekommen wäre. Jetzt haben wir die Erfahrung dessen was unmöglich ist. Ich bitte Sie daher, schweifen wir nicht weiter über das Mögliche hinaus. Lassen Sie uns das Dargebotene ergreifen, und wenn in materieller Beziehung die Versprechungen erfüllt werden, in Bezug auf die Form nicht das Unmögliche verlangen. Oesterreich hat sich einem preußischen Bunde und überhaupt engern Staatenverbindungen in Deutschland an sich nicht widersetzt. Es hat nur solchen Verbindungen seine Anerkennung versagt die der deutsche Bund selbst werden wollen. Es hat selbst, in dem bedeutenden Document das ich so oft angeführt habe, darauf hingedeutet daß die kleinern Staaten sich in Gruppen zusammenschließen sollen die in sich gemeinsame Vertretung, Rechtspflege, Kriegseinrichtungen haben, und die als einzelne Glieder dem großen Reich einverleibt werden. Wie uns die Parteileidenschaft verblendet, zeigt sich am besten darin daß gerade über dieses Erbieten Oesterreichs als Ganzes dem großen deutschen Staatenverband beizutreten der allergrößte Lärm entstand. Gleichwohl, wenn es nicht als Ganzes beitritt, wären alle Vortheile seines Anschlusses, all jene Machtentwicklung und all die reiche Entfaltung des Verkehrs unmöglich. Es ist ein Glück daß dieser große Gedanke in Oesterreich gefaßt wurde, und ich wünsche von ganzem Herzen daß man ihn dort nicht zurücknehme, sondern daß es wirklich zu einer Vereinigung von ganz Oesterreich mit Deutschland kommen möge. Ich würde mich nicht im mindesten fürchten vor den verschiedenen Sprachen im deutschen Parlament. Denn so wenig diese Verschiedenheit der Zungen der Macht Oesterreichs Eintrag thut, so wenig wird es uns schaden. Wenn nur alles das dem Reichsorgan zugewiesen wird was wirklich gemeinsam ist, und wenn die rechten Leute geschickt werden, so werden sie sich über wahre Interessen auch in verschiedenen Sprachen vereinigen. Zeuge dessen ist Nordamerika; Zeuge dessen ist die Schweiz. Ich habe noch auf einen Punkt hinzudeuten. Es ist anderswo und hier zur Sprache gekommen daß Preußen, indem es einen Sonderbund gewollt, zu rücksichtslos sein eigenes Interesse verfolgt habe. Ich bin der Ansicht, jede Regierung müsse von dem Trieb der Selbsterhaltung durchdrungen seyn der in jedem lebensfähigen Staat waltet, und keiner Regierung darf man es zum Vorwurf machen wenn sie auch mit noch so kaltem Egoismus vorschreitet. Aber Eines muß ich bemerken: Oesterreich hat sich gegenüber von Deutschland zwar kalt und zurückhaltend benommen; es hat wenig gesprochen; aber was es gesprochen hat steht noch fest; ja es ist das einzige was noch besteht. Oesterreich hat keinerlei Hegemonie und keinerlei Vergrößerung angesprochen, es hat den andern überlassen sich zusammenzuschließen, es wollte nur ein Glied in dem ganzen Großen des deutschen Reichs werden.

Wahrlich, das verdient Anerkennung. Bei dem österreichischen Vorschlage kommt noch Ein Punkt in Betracht, den ich Ihrer Aufmerksamkeit ganz besonders empfehle. Wenn man nach der Frankfurter Verfassung oder nach der Berliner Aufstellung einen Bund macht, so setzt dieses voraus daß mit einem Schlage, ordentlich wie durch Zauberei, ein Centralorgan mit einem Ministerium, mit einem Reichsgericht, mit einem Beamtensystem zu regieren anfängt, und daß dabei in den Einzelstaaten zur Einfügung in dieses Gebäude alle Einrichtungen von Grund aus umgeformt werden. Nie und nimmermehr hat sich aber ein Staat so gebildet; es ist unmöglich daß auf diese Weise ein Ganzes aus Deutschland geworden wäre, und der Erfolg hat dieß bewiesen. Die menschlichen Kräfte haben ihre Gränzen. Erwägen Sie was es heißt die bayerische Verfassung umzubilden, wie einzelne Punkte so genaue und ausführliche Erörterungen verlangen, und nun mit einem Schlage sollte das ganze deutsche Reich nach einer Verfassung gestaltet werden die auf die Particularverhältnisse so gut wie keine Rücksicht genommen hatte? Das war unmöglich. Nach dem österreichischen Vorschlage kann die Reichsverfassung Schritt für Schritt zur Ausführung kommen, wie es die Rücksichten erfordern welche die bestehenden Verhältnisse verlangen. Lassen Sie z. B. zuerst ein angemessen eingerichtetes Directorium bestehen, und geben Sie diesem vor allem, nächst der Aufgabe für die Ordnung und Sicherheit des Reichs im Innern und nach außen zu sorgen, die weitere Aufgabe die Einheit des Verkehrs, des Zollwesens herbeizuführen, so könnte sogar, ehe noch das allgemeine Parlament berufen wird, eine Versammlung speciell für diesen Zweck zusammenberufen werden, welche zunächst bloß über Gegenstände des Handels und Zollwesens zu berathen und zu entscheiden hätte. In ähnlicher Weise kann ruhigen und festen Schritts eine gemeinsame Institution nach der andern eingeführt werden. Hier begegnet man nirgends Chimären; überall tritt man auf festen Boden.

Die preußische Landwehr.

χ **Aus Thüringen**, 4 Nov. Als die Erfurter Landwehr nach Baden marschirte, war mancher Mann, wie ich Ihnen damals schrieb, höchst unzuverlässig. Einige der jetzt Zurückgekehrten die ich im Junius kennen gelernt hatte, besuchten mich um mir eiligst zu sagen daß sich ihre Stimmung völlig geändert habe. Die Redensarten von unaufhaltsamem Fortschritt, von Volkswillen und Freiheit, bei denen sich jeder etwas anderes dachte, sind von dem bestimmteren Inhalt des militärischen Lebens verdrängt. Von der verwickelten preußischen Verfassungsfrage, von der ebenso complicirten deutschen Einheit konnte sich der Landwehrmann nie einen rechten Begriff machen, und gegenwärtig ist seine Phantasie mit andern Dingen erfüllt. Zu Hause war er unzufrieden mit einzelnen bäuerlichen und städtischen Einrichtungen, er war unzufrieden daß er zur Muskete greifen mußte, verlangte man aber nähere Grundangabe, so reducirte sich die Klage auf Sold, Kost und Behandlung von Seiten einzelner Officiere. Der Felddienst hat die ganze Sachlage schnell geändert. Der Sold verdoppelte sich; die Kost schmeckt im fremden, unruhvollen Lande besser als in der heimathlichen, langeweilerfüllten Caserne; die reichliche Zufuhr ergab sogar ein höchst behagliches Vertrauen auf das Proviantwesen wohlgeordneter Truppen, wo der Soldat die unglücklichen Aufständischen an jedem Lebensbedürfniß Mangel leiden und nothgedrungen da zugreifen sah wo etwas zu finden. Das Betragen des Officiers gegen den Soldaten wurde im Felde von selbst ein anderes als in der Garnison, deren Ruhm Gaudy darzustellen wußte. Der Werth der Disciplin wurde in Getümmel und Gefahren erkannt; die gegenseitige Aushülfe in Mühe und Kampf weckte ein cameradschaftliches Verhältniß, an das in der Caserne nicht zu denken war. General v. Schack verstand es vortrefflich die Soldaten die ihm früher nicht sonderlich zugethan waren, an sich zu fesseln. Er tadelte den Major der seine Truppen, „zumal die Landwehr", im Regen stehen ließ, natürlich so daß diese es hörte, und die Erzählung von der Fürsorge des Generals ging von Mund zu Mund; er belobte seine „Kinder" bei jeder Gelegenheit; er bat die „Cameraden" um einen Schnaps, und zwanzig Feldflaschen waren ihm jubelnd entgegengestreckt. Die Siegesgewißheit, das Bewußtseyn der strengen Pflichterfüllung hob den Stolz des Soldaten; das glänzende Erscheinen des Prinzen von Preußen, die ausgetheilten Decorationen gaben diesem Stolz einen äußern Anhaltspunkt für Tausende, und die Versicherung der Officiere: keiner von uns wünscht die alten Zustände zurück, wir alle wollen die Freiheit, nur nicht durch Aufruhr und Verrath wie die in Baden! hat einen Corpsgeist erzeugt und genährt der bei der Rückkehr in die Heimath verspürt werden wird. Zwei Söhne eines Schullehrers

gehörten beim Ausmarsch zu den aufwieglerischen Köpfen — jetzt versicherten sie ihr Vater dürfe den Mund nicht wieder aufthun gegen den König, den sie jetzt erst in seiner Fürsorge für seine Soldaten kennen gelernt hätten. Ich will nicht behaupten daß dieser Sinn auf immer befestigt und niemals wieder zu wenden sey, aber so viel ist gewiß erzielt daß diese Menschen den rhetorischen Ueberschwänglichkeiten entrückt und die wirklichen Zustände unmittelbarer ins Auge zu fassen geneigter gemacht worden sind. Merkwürdig wie sich die jetzt herrschende Gesinnung in Soldatenliedern geltend zu machen sucht, wo die Poesie der Anfang eines neuen Nachdenkens ist. In ausführlicher Rede und weitgreifender Consequenz kann sich der schlichte Landwehrmann noch nicht bewegen; aber was er fühlt, was er sich mit denselben Worten wieder und wieder vorstellt, das sucht er im Bild und Reim zu befestigen. Es ist rührend wie der Soldat Gefühl genug besitzt um auf den traurigsten Bürgerkrieg keine schwungvollen Siegeslieder zu dichten; es ist aber für den patriotischen Sinn zugleich demüthigend daß jene schöne Kraft in keinen Freiheitsjubel, in keine Vaterlandsbegeisterung getaucht werden konnte, sondern daß sie sich in wehmüthigen Drohungen gegen den Feind der Ordnung, gegen die Verächter des preußischen Königs kehren muß.

Berlin.

∸ **Berlin**, 3 Nov. Es thut ihnen leid! Das ist ungefähr das Resultat der Woche. Wenn es auch nicht laut ausgesprochen wird, so liest es sich doch heraus aus allem was gesagt und nicht gesagt wird, und das Publicum fühlt es. Es sind zwei Momente die ihnen leid thun. Im Siegerglück, im Ueberstürzen der Reaction, vor Kammern die sich gegenseitig in Höflichkeit gegen die Regierung überboten, konnte man viel wagen, einige meinten sogar alles. Das meinte das Ministerium nicht, aber eine ewige Steuer glaubte es fordern zu können. Vielleicht war es zu diesem Glauben auch nur gezwungen, denn ich kann von der Vorstellung nicht abgehen daß es das wüste Geschrei gewesen welches die Preußenvereine und Treubünde nach dem Verwerfen des §. 108 erhoben, was der Regierung zuerst den Gedanken, dann den Muth eingab: wenn sie hierin fest aufträte, würde sie nicht allein siegen, sondern wie vor einem Jahr die ganze Nation allmählich hinter sich haben. Sie versuchte es. Der Erfolg in der ersten Kammer war schwer, aber es war doch ein Erfolg. In allen treubündlerischen Lagern ward er mit Freudenfeuern begrüßt, mit lautem Jubelruf; loyale Demonstrationen (wie der Antrag dem Grafen Brandenburg das Ehrenbürgerrecht Berlins zu ertheilen) folgten, und der Schrei: Neue Steuerverweigerer! sollte die stumpfe Masse der Zitternden und Zagenden erschrecken. Von der andern Seite war nur tiefe, stille Trauer; aber diese Stimme klang desto deutlicher, wenn jene gemachte Freude aus Erschöpfung schwieg. Bald schwieg sie aber nicht mehr in der Presse, und in der Kammer blitzte sie deutlich auf. Man hatte den Rubicon überschritten, man mußte weiter. Es kam der zweite Moment, der uns jetzt leid thut. Der Minister wies den guten Rath zurück und drohte — einer so fügsamen, so loyalen Kammer, die eine Errungenschaft, ein Recht nach dem andern der Krone zurückerstattete, um des Friedens, um der Ordnung, um der Verfassung willen, um — das angedrohte Ministerium Gerlach-Stahl zu vermeiden! Das war zu viel, auch für die loyalste Kammer. Darauf die Conferenzen im Hause Mielentz, das neue Programm welches die Schwachen ausscheiden sollte, eine systematische Opposition als unvermeidliche Nothwendigkeit, in der Perspective die Verweigerung der Gelder zur Ostbahn. Man transigirte hinter den Culissen, man bot, aber zu wenig. Die Debatten in der Kammer hallten davon wieder, manches unverständliche für den nicht Eingeweihten. Die Erbitterung wuchs. Durch so lange Erfolge verführt, wagte man durch ein gelindes Donnern einzuschüchtern. Die Deutsche Reform, das einzige und unzweifelhafte Regierungsorgan, sagte zu den Altliberalen: Was habt Ihr denn gethan als wir handelten, Ihr habt zugesehen, den Erfolg abgewartet und dann erst uns zugestimmt. Gibt Euch das ein Recht zu fordern daß wir Euerm Rath jetzt folgen sollen? Darauf hätte sich manches erwiedern lassen, z. B. daß der Altliberalismus Preußens jener Zeit nicht in Berlin, sondern in Frankfurt vertreten war, und daß er damals sehr viel, wo nicht alles zur Rettung der Monarchie gethan, zu einer Zeit als man noch nicht den Muth hatte nur den Gedanken zur rettenden That zu schöpfen. Aber die geöffnete Schleuße ließ noch weit mehr hinaus als man ursprünglich gewollt. Die Bourgeoisie, in ihrer weitesten Ausdehnung, das $^{1}/_{20}$stel der Nation, das sich angemaßt dem Königthum und der Aristokratie, den alten Ständen die Macht aus den Händen zu drehen, woher stamme denn sein Recht, und wohin müsse es führen wenn es allein die übrigen $^{19}/_{20}$ der Nation regieren wolle. Zurück mit seiner Anmaßung müsse es geschleudert werden, und Rettung sey für Staat und alle — nicht zwar in der Rückkehr zur Bevorzugung privilegirter Stände, wohl aber in der Gleichberechtigung aller Stände. Diese Sprache kennt man, aber man war des Himmels verwundert sie in der besonnenen Deutschen Reform zu finden. Das kam nicht von dem klugen Keller, auch gewiß nicht unmittelbar vom Ministerium Manteuffel, ein würziger Tropfen schien es aus dem Ideenmeer der Kreuzzeitung oder aus noch höheren Regionen, dem eine andere Feder einen publicistischen Aufguß verliehen. Offener Krieg war damit nicht mehr den Kammern, er war einer Macht erklärt die bis jetzt noch die alte Welt zusammengehalten hat. Die Wirkung der Artikel der Deutschen Reform war erstaunlich. Der Radicalismus jauchzte. Diese Wirkung hatte man allerdings nicht erwartet. Wie nun einlenkende Artikel dem Donner nachfolgten der nicht eingeschlagen hatte, ist bekannt; heute erscheint sogar seitens der Redaction eine Erklärung daß jener letzte Artikel von einem geistreichen, freien Mitarbeiter herrühre, dessen Ansichten von ihr selbst nicht im entferntesten vertreten würden. Wir wollens glauben; es ist nur seltsam daß ein solcher Artikel gerade jetzt, und vorn in dieser Zeitung zum Abdruck kam.

Das Ministerium hatte in der Steuerrechtsfrage nicht die Nation hinter sich; davon konnte es sich, trotz seiner entgegengesetzten Versicherung in der Kammer, täglich mehr überzeugen. Die kurmärkischen Edelleute, die Prediger und Bürgermeister einzelner Städte, und die Preußen- und Treubundsvereine sind nicht die Nation. Selbst unter den Beamten erkannte ein ansehnlicher Theil, der sonst die Constitution in das Pfefferland wünscht, daß, wenn einmal eine Constitution seyn soll, das Steuerbewilligungsrecht dazu gehört. In Berlin, auch unter den Bürgern welche mit dem Ministerium gern über Stock und Block gingen, war die allgemeine Stimme bald nicht mehr zu verkennen. Die Presse war fast einstimmig, wenn wir die Kreuzzeitung ausnehmen, von der nachher. Die auswärtigen Zeitungen aber gaben ein Unisono zurück, vor dem auch Blinden die Augen aufgehen mußten. Die Preußenfreundlichen in der deutschen Frage betrachteten den sogenannten Sieg mit Recht als eine Calamität, an welcher der Bundesstaat scheitern könne, denn seine eifrigsten Anhänger dürften sich zurückziehen, wenigstens in ihrem Eifer erkalten, wenn sie das Preußen welches die deutsche Volksfreiheit tragen soll, den Grundpfeiler der eigenen erschüttern sehen; und particularistische Blätter, die hannoverischen, jubelten: am Steuerbewilligungsrecht zu rütteln sey nicht einmal Ernst August in den Sinn gekommen als er die ganze Verfassung umstieß! Um den Chorus voll zu machen, mußten selbst österreichische Blätter, der Lloyd, mit Hohn die willfährigen Kammern verspotten, die ein Recht nach dem andern der Krone zurückschenkten, weil sie in ihrer Bescheidenheit fühlten daß sie seiner nicht werth seyen. Die Freisprechung der wirklichen Steuerverweigerer vor einigen Gerichten, die damit zusammenfällt, mag man auch hierher als Symptom rechnen.

An alles dieß hatte hier natürlich niemand gedacht, so wenig als an die rückschlägigen Wirkungen der zu Hrn. v. Patow in Brandenburg geäußerten Worte. Es war nichts weniger als eine schlaue Berechnung gewesen als man den §. 108 in die Verfassung vom 5 Dec. einschob, sondern die natürliche Wirkung des Schreckens den die Steuerverweigerung in der Nationalversammlung hervorgebracht. Man dachte gutmüthig: alle Freiheit dem Volk, aber diese Freiheit doch nicht, die es selbst nicht gewollt! Auf die Vorstellung daß man dadurch ein Grundprincip erschüttere, kam man wohl im Verlauf der Dinge, aber sie verliefen ja alle so gut daß man auch dieses mit fortzuspülen hoffte. Gute kurmärkische Stimmen flüsterten dann zwischen Thron und Ministerium: hierin fest bleiben; es ist keine Gefahr, denn das gute Volk will es selbst! Man hatte sich zu einem Heroismus aufgesteigert den man jetzt bereut; denn nach dem bekannten Spruch, was geschehen ist schlimmer als unrecht.

Die heftigsten Angriffe der Neuen Preußischen Zeitung, die sie je gemacht, fallen in diese Zeit. Ihre geschickten Leiter wußten wohl daß es hier kein unschuldiges Spiel galt, sondern einen Lebenskampf. Mit einer bis da nicht entwickelten Energie und allen Waffen stürzten sie sich daher auf ihre Gegner um sie zu erdrücken, mit Haß, Zorn, Spott, und das schon kurz vor dem Kampfe; denn sie wußten auch daß dieselben hier endlich aus ihrem Schlummer erwachen müßten, zum Kampf der Nothwehr, ums Leben. Vergessen war auf einen Augenblick die Demokratie, vielleicht auch mit kluger Berechnung ward sie geschont um das ganze Odium auf die Constitutionellen, die Liberalen auszuschütten. Es war keine Zeit zu verlieren, denn es galt jetzt wenn nicht die Krone, doch das Regiment erobern, und die Kreuzzeitung hätte in diesen Wochen das Euripideische Wort als Motto unter ihr eisern Kreuz setzen mögen, nach welchem um die Krone zu gewinnen auch Unrecht erlaubt ist. Hier galt es weit ausgreifen und zugleich das Kleinste fassen. Um die Beckerath, Auerswald, die Hansemann, Milde, Saucken, leichter zu beschmutzen, wurden täglich Heinrich v. Gagern und Vincke mit Koth beworfen. Manche hoffte man noch heranzuziehen, wie Graf Schwerin. So lange ward er geschont; als man sich getäuscht sah, verfiel er mit den andern der Verfolgung die einzig in

ihrer Art dasteht, wenigstens in Deutschland. Die Reactionspartei hat hierin ihre Muster, die Demokraten, weit übertroffen, nur mit demselben Resultat, das heißt ohne Erfolg.

Der Sturmangriff ist, abgeschlagen will ich nicht sagen, aber verfehlt. Den Grund mögen wir einfach im alten Sprüchwort finden: allzuscharf macht schartig. Es kommt aber noch ein anderes sittliches Motiv hinzu. Auch in unserer politisch demoralisirten Nation ist noch so viel deutscher Sinn daß der Respect für das Edle und Charakterreine durch allen Wahnsinn und alle Frivolität vorleuchtet. Mögen sie Heinrich v. Gagern verhöhnen, verspotten, den Spöttern wird eher der Athem ausgehen als der Nation der gesunde Sinn, der nach dem Sturmwirbel immer wieder zu den Gegenständen zurückkehrt, die durch ihre Thaten und ihre Gesinnung Anspruch auf ihre Hochachtung haben. Trotz seiner skeptischen Natur verlangt der deutsche Sinn Autoritäten, sittliche Charaktere die er bewundern will; weder die Demokratie noch die Ritter der Kreuzzeitung werden ihm aber Rivale aufstellen. Daß letztere schon jetzt dieß Spiel für verloren hingibt, mag man in ihren Leitartikeln lesen. (Denn darin ist sie ehrlich und wahr; die diplomatischen Kunststücke verschmähend hebt sie lieber den Ton des Predigers in der Wüste an.) Ehegestern schleuderte sie Donnerkeile gegen die öffentliche Meinung und die auf sie horchen (die Minister?), heute, bei Gelegenheit einer Strafpredigt auf die particularistisch hadernden Fürsten, ruft sie ihnen zu: Wenn nun plötzlich wieder der rothe Domino unter den Tänzern erschiene! (Wie beim Wiener Congreß.) Nicht mehr hätten wir es mit verführten, halbunwissenden Haufen zu thun, sondern ringsum lagere jetzt ein unversöhnlicher, rachedürstender Feind, dürstend das Versäumte nachzuholen. Was bisher geschehen, sey nichts als ein Gefecht mit hölzernen Schwertern gewesen, die Schlachten welche uns jetzt bevorstehen, würden Spuren hinterlassen, blutiger als die riesigen Leichengefilde des Freiheitskrieges. Nur eine reine Hand, ein frommes Gemüth wie die Kreuzzeitung, könne daraus siegreich hervorgehen. Eine Warnung die natürlich nicht allein den deutschen Fürsten, sondern auch den Constitutionellen gilt, in der Steuerfrage nachzugeben.

Und was ist nun in der Hauptsache geschehen? Keller, der vorgeschobene Posten, ist vom Ministerium desavouirt worden; die Deutsche Reform meint, es sey ja nicht so böse gemeint gewesen. Die Angriffe von der constitutionellen Seite schweigen auch. Es wird transigirt; wie, ist noch nicht ganz enthüllt. Das Anerbieten daß die Steuerpflichtigen zahlen sollen, die Minister aber nicht erheben wollen, bis u. s. w., wird wahrscheinlich noch sehr ausgedehnt werden. Die Anklagen gegen die alten, wirklichen Steuerverweigerer sind inzwischen sämmtlich zurückgenommen worden, und in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer hat sich auf die Propositionen der Regierung zur Führung und Uebernahme von Eisenbahnen eine günstige Stimmung gezeigt. Die Note aus Wien in der deutschen Frage hat gar keine Wirkung hervorgebracht; dahin ist man fest. An der Börse stiegen die Curse. Auch der wichtige Proceß gegen Waldeck, der in diesem Monat zur Verhandlung kommt, wird wahrscheinlich ohne bedeutende Aufregung ablaufen. Ein anderer innerer Kampf bereitet sich aber seitens der Stadt und mehrerer andern Städte gegen die neue Gemeindeordnung vor. Die Städte fangen zu fühlen an daß in der Stein'schen Schöpfung der Anfang einer Freiheit für den Staat gegeben war, die man erst jetzt schätzen lernt, wo die Gefahr droht sie zu verlieren.

× **Berlin,** 3 Nov. Wie schlimm es in Berlin mit der Demokratie steht, können Sie auch daraus ersehen daß mit dem 1 Nov. nun schon das zweite demokratische Lesecabinet Berlins, das des Hrn. Heinrich Benary, eingegangen ist. Das erste Institut der Art das einging war die Zeitungshalle von Julius. Der Keim zu ihrem Untergange und dem der gleichnamigen Zeitung wurde seltsamer Weise schon in den Märztagen des vorigen Jahres gelegt: denn seit dem Tage wo Hr. Julius den Bruch des Proletariats mit der Bourgeoisie für Berlin proclamirte, weil er sich von jetzt an entschieden auf die Demokratie stützen zu können glaubte, gingen seine Unternehmungen den Krebsgang; während an demselben Tag noch seine Abonnenten ihm das Haus stürmten um ihn zu Rede zu setzen, zogen sich die Börsenmänner aus seinem Local zurück, wie aus einem Hause das dem Untergang geweiht ist. Damals fürchtete man wirklich noch Socialismus und Communismus, während es jetzt nur ein willkommener Vorwand ist um sich von der demokratischen Zeitung zurückzuziehen, wenn man sagen kann daß man über Meyens ebenso unschuldige als ungeschickte Aeußerung über den Weinmann'schen „Tendenzdiebstahl" indignirt sey. Ein drittes Lesezimmer aus neuerer Zeit, das des Hrn. List, wird sich, obgleich es in mancher Beziehung empfohlen zu werden verdient, auch schwerlich Bahn brechen, und so bleibt nur das vor vielen Jahren von W. Häring begründete übrig, welches jetzt dem Hrn. Fürstenberg gehört, im Rufe der Reaction steht, General Wrangel und viele Minister unter seinen Abonnenten hat, und den in Berlin lebenden Engländern zum Sammelplatz dient. Das Local ist kaum zum zehnten Theil so groß als das des juridisch-politischen Lesevereins in Wien. Unter den auf dem Tisch übereinanderliegenden Zeitungen muß die Nationalzeitung ganz allein die Demokratie vertreten! Der Werth und das Verdienst des Instituts beruht indessen auf der besondern Berücksichtigung der vorzugsweise sogenannten Journale welche schon Hr. Julius für überflüssig zu halten schien, und die von den HH. Benary und List noch mehr vernachlässigt wurden.

Das Theater erfreut sich jetzt von Seiten des Publicums einer leidlichen Theilnahme und Unterstützung. Wir verdanken Hrn. v. Küstner in der letzten Zeit eine meisterhafte Aufführung Nathans des Weisen, bei der wir uns gestehen mußten daß der weise Jude des Bibliothekars von Wolfenbüttel denn doch hundert moderne Deborahs aufwiegt. Gestern Abend sahen wir die Komödie der Irrungen, von Holtey nach Shakspeare, wo Döring und Dessoir als Zwillingsbrüder und Sklaven der beiden Antipholus in dem beschränkten Rahmen des Lustspiels ein merkwürdiges und großartiges Stück antiken Lebens vor uns hinstellten. Ein Stück des Dänen Herz, Svent Dyrings Haus, welches wir zu sehen verhindert waren, hat im Opernhause wenig Anklang gefunden. Wir vermutheten schon daß dabei ein patriotisches Gefühl dem dänischen Dichter gegenüber im Spiele gewesen sey, das wir — wir gestehen es — dem blasirten Berliner schon der Merkwürdigkeit wegen, obgleich es im Theater nicht am Orte gewesen wäre, verziehen haben würden. Indessen hören wir daß dieß Stück des Dänen noch lyrischer, in der Charakterzeichnung und dramatischen Composition in der That noch schwächer seyn soll als „König René's Tochter", so daß es freilich auf deutschen Theatern wenig Ansprüche machen kann.

Prag.

♀ **Prag,** 2 Nov. Unser hochgeachteter Geognost und Mineralog F. Zippe wird, nachdem er die Bergakademie in Przibram eingerichtet, dem Rufe als Professor der Mineralogie an der Universität in Wien folgen; unterdessen wird diese Lehrkanzel für ihn einen Stellvertreter erhalten. Der Markscheider und Ober-Kunstmeister zu Przibram, C. Heyrowsky ward so eben zum Professor der Bergbaukunde an der neuen Bergakademie ernannt, ebenso sind auch schon die Assistenten dieses Gegenstandes und der Hüttenkunde bestimmt, noch fehlt aber der Professor des letztern Faches. Professor Curtius hat vor einigen Tagen seine Vorlesungen über classische Philologie mit einem ausgezeichneten Vortrag begonnen, worin er eine Geschichte der griechischen und römischen Litteratur in scharfen und klaren Umrissen gab, auf die Wichtigkeit dieser Studien für alle gebildeten Völker der Neuzeit hinwies und die Einwürfe der Realisten überzeugend entkräftete. Er wird abwechselnd über Geschichte der griechischen Litteratur und über die Ilias lesen, und zugleich für Lehrcandidaten philologische Uebungen mit besonderm Bezug auf die Odyssee veranstalten. Große Freude erregte bei allen Freunden der deutschen Litteratur die Nachricht daß der treffliche Germanist Dr. Hahn aus Heidelberg zur Prager Universität berufen ist. Man muß überhaupt bekennen daß unser Unterrichtsminister Graf Leo Thun eine außerordentliche Thätigkeit in Emporhebung unserer Studien entwickelt. Sensation macht hier ein so eben angekommenes Sendschreiben an den Professor der böhmischen und polnischen Sprache und Litteratur, Kaubek, welches Prof. Schleicher in Bonn in böhmischer Sprache veröffentlichte, und worin er den Tschechen empfiehlt ihre Sprache mit der Volkssprache der Slowaken zu bereichern. Prof. Schleicher hatte in Kremsier, als Correspondent der Allgemeinen Ztg. ꝛc., Studien in böhmischer Sprache gemacht, diese dann in Prag durch einige Wochen fortgesetzt und es dahin gebracht sich in der wahrlich nicht leichten böhmischen Sprache ganz gut auszudrücken! Was werden wohl unsere Koryphäen dazu sagen daß er einen Gegenstand berührt der zu den lebhaftesten Entgegnungen, die vor einigen Jahren in einem eigenen Werke zusammengestellt wurden, Anlaß gegeben? Denn man fordert von hier aus vielmehr daß die Slowaken in ihrer Litteratur die jetzige böhmische Schriftsprache annehmen. Von demselben wird auch im nächsten Hefte der Museumszeitschrift ein böhmischer Aufsatz über das böhmische Supinum erscheinen. — Obwohl die Cholera hier schon schwach geworden, so kommen doch noch einzelne Fälle vor; stark soll sie noch immer in dem eine Stunde von hier entfernten romantischen Felsenthal Scharka herrschen. — Graf Schlik erhielt vorgestern eine Verehrungsadresse als geborner Prager von Personen aus dem Bürger- und Handelsstande (500 waren unterschrieben) und gestern im Theater, wo ein auf ihn sich beziehendes Gelegenheitsstück gegeben wurde, zahlreiche Ehrenbezeigungen von Seite des Publicums.

Chalons.

Chalons, 31 Oct. Seit etwa zwei Monaten kommt von Süden her, aus der Gegend von Lyon wie es scheint, die schöne Bergstraße entlang die von der Saone nach dem Nordwesten führt, wanderndes Bettlervolk, größtentheils in Gruppen die Familien vorstellen, und beschäftigt die Bevölkerung der Districte die es durchzieht mit dem Räthsel seiner Erscheinung. Allerlei Vermuthungen über den Ursprung und den Zweck dieser Durchzüge kreuzen und verdrängen sich, man bringt sie am häufigsten in Zusammenhang mit dem Plane einer neuen Schilderhebung in Paris, und diese Auslegung findet gerade ihres abenteuerlichen Charakters wegen vielfachen Anklang, sieht in ihnen Ausflüsse der sogenannten „Voraces" in Lyon, ja dieser Name ist zur Bezeichnung der geheimnißvollen Gäste in einigen Bezirken schon allgemein üblich geworden, und manche von den wohlhabenden Einwohnern sind wegen der nichts weniger als erbaulichen Wallfahrten nicht ohne Besorgniß. Es benehmen sich in der That diese Pilger durchaus nicht demüthig; dreist in ihrem Auftreten und sehr gebieterisch in ihren Forderungen bedrohen sie diejenigen die ihrem Begehren nicht vollkommen Genüge leisten mit baldiger Züchtigung, und thun als ob sie die Rechte einer feindlichen Truppe hätten, ausgesandt um das Land zu brandschatzen. Alle betragen jedoch sich nicht so ungeeignet, und manche strecken die Hand erst aus wenn man ihnen freiwillig etwas gibt. Viele Familien haben einen kleinen von einem Esel gezogenen Karren, auf dem ihre dürftige Garderobe und hie und da auch halbverkommene Geräthe zum Behuf einer Schlafstätte lagert. Sie halten des Abends am Rand der Straße oder in einer nahen Wiese an, wenn nicht allzustarker Regen sie ein Obdach zu suchen zwingt, der Esel wird an die nächsten Disteln angewiesen und die Genossenschaft überläßt sich, mit Ausnahme eines einzigen Mitglieds das Wache hält und ein paar Stunden darauf abgelöst wird, nachdem das den Tag hindurch zusammengebettelte Brod verzehrt ist, einem erquickenden Schlaf unter freiem Himmel. Die Kinder spielen, ehe diese nächtliche Handlung beginnt, mit ihren nackten Füßchen Schildwache auf der Straße, und suchen den Vorübergehenden noch ein kleines Zehrgeld für die morgige Reise abzulocken. Ich redete zwei solcher Kinder, einen Knaben und ein Mädchen, französisch an um sie über ihre Herkunft und das Ziel ihres Weges auszufragen, allein ich erhielt keine Antwort, und da ich bemerkte daß sie sehr hellblonde Haare hatten, sprach ich deutsch. Sie antworten mir auch auf deutsch, allein darüber wo sie herkamen und wo sie hingingen konnt' ich durchaus nichts aus ihnen herausbringen. Daß eine solche Geheimnißkrämerei bei unwissenden zum Glauben an außerordentliche Dinge leicht geneigten Landleuten ein Anlaß zu sonderbaren Erzählungen wird ist natürlich, aber weniger natürlich ist es daß Präfect und Souspräfecten eine so wohlorganisirte Landstreicherei ruhig dulden, und die Reaction, welche die theoretischen Socialisten mit der lobenswerthesten Energie verfolgt, diesen Versuch eines praktischen Communismus unangefochten läßt.

Schweiz.

△ Bern, 2 Nov. Der große Rath, welcher seit 14 Tagen versammelt ist, bietet gegen früher einen sehr veränderten Anblick dar. Die compacte Majorität der radicalen Partei besteht nicht mehr; in die Abstimmungen ist ein auffallendes Schwanken gekommen; die Vorschläge des Regierungsraths, die man früher fast ohne Discussion annahm, werden theils verworfen, theils an Commissionen gewiesen in denen man vergebens die Häupter des Radicalismus sucht; die noch vor kurzem einflußlosen Führer der conservativen Partei treten in jeder Sitzung muthiger auf und greifen das jetzige Regiment auf das schonungsloseste an. Man merkt die Majorität fühlt den Boden unter sich wanken, und die Conservativen haben einen von Tag zu Tag wachsenden Rückhalt an der in allen Landestheilen erwachenden Opposition gegen das bestehende System. In dieser Stimmung konnte die Thätigkeit des großen Raths nur eine vorwaltend negative seyn. Das vom Regierungsrath vorgeschlagene und von seinem Präsidenten Stämpfli sehr warm empfohlene neue Wahlgesetz, wodurch die herrschende Partei sich den Sieg bei den im nächsten Frühling stattfinden Integral-Erneuerungswahlen sichern wollte, wurde verworfen. Das Straßengesetz wurde nach einer stürmischen Discussion an den Regierungsrath zurückgeschickt mit dem Auftrag neue Vorschläge zu bringen. Das Schulgesetz wies man an eine Commission und wählte zu ihrem Präsidenten den von den Radicalen durch ihre unausgesetzten Angriffe zum Rücktritt gezwungenen früheren Erziehungsdirector Schneider; außerdem sitzen in der Commission einige der einflußreichsten Conservativen. Das Schicksal dieses wichtigen Gesetzes ist vorauszusehen, man wird wahrscheinlich das Eintreten beschließen, es aber an den Regierungsrath zu neuen Vorlagen zurückschicken. Blösch, der am meisten beschäftigte Jurist im Kanton, aber wegen seiner conservativen Richtung von den Radicalen aufs äußerste gehaßt und verfolgt, wurde Präsident einer für ein anderes Gesetz niedergesetzten Commission. Gegen einen radicalen Regierungsstatthalter im Jura waren von den dortigen Gemeinden Beschwerden wegen seiner Amtsführung eingelangt; die Conservativen drangen mit Ungestüm darauf daß derselbe in Anklagezustand versetzt werde, aber die Radicalen setzten es, jedoch nur mit einer Stimme Mehrheit, durch daß über die Beschwerden zur Tagesordnung geschritten wurde. Sie sehen daß ein Umschwung der Stimmung stattgefunden hat. Wenn früher bei wichtigen Anlässen nur von radicaler Seite Volksversammlungen veranstaltet wurden, so ergreifen jetzt die Conservativen dasselbe Agitationsmittel. So fand letzten Sonntag im Rimmenthal eine Volksversammlung statt welche über den Zustand des Kantons berathschlagte und eine Commission niedersetzte in der alle Gemeinden dieses Landestheils vertreten sind. Diese soll mit allfälliger Zuziehung sachkundiger Männer eine Petition gegen das Schulgesetz und die Finanzverwaltung ausarbeiten und dieselbe von den stimmfähigen Bürgern der Gemeinden unterzeichnen lassen. Falls der große Rath den ausgesprochenen Wünschen kein Gehör gibt, soll die Commission die geeigneten gesetzlichen Mittel berathen welche anzuwenden seyen um mit mehr Nachdruck zu wirken. Der Regierung werden auch noch von anderer Seite Verlegenheiten bereitet. Die gesammte Geistlichkeit des Kantons hat eine Petition gegen das Umsichgreifen der antireligiösen Presse dem großen Rathe eingereicht, und von dem Verwaltungsrath des vierten Schweizerregiments ist eine Protestation gegen das Werbungsverbot eingelangt. Die Stellen in dem Regierungsrath sind auch nicht mehr sehr gesucht. Schon in der Sommersitzung gab der Polizeidirector Jaggi, der zu rechter Zeit die Aenderung des Windes gemerkt hat, seine Entlassung ein. Alle Wahlen die der große Rath zur Wiederbesetzung dieser Stelle in den Regierungsrath mit einer Besoldung von 3500 Schw. Fr. vornahm, hatten keinen Erfolg, da die Gewählten nicht annahmen. Heute wird er diese Sisyphusarbeit von neuem beginnen. Auch der eben in Zürich versammelte große Rath hat ein gewichtiges Votum gegen den Radicalismus abgegeben. Von dieser Seite nämlich wurde es schon längere Zeit betrieben dem Alt-Seminardirector Scherr eine Genugthuung zu geben. Der Regierungsrath beschloß daher dem großen Rath den Vorschlag zu bringen man möchte, um mehr Einheit in das Volksschulwesen zu bringen, die Stelle eines Kantonal-Schulinspectors creiren und dieselbe mit Hrn. Scherr auf sechs Jahre besetzen. Man zweifelte nicht an dem Gelingen des Projectes. Aber der große Rath hat diesen Gegenstand an eine Commission gewiesen, d. h. auf eine gelegenere Zeit verschoben. Sie sehen, die Politik der Schweiz in allen Behörden ist gegenwärtig eine lavirende; man will warten wie sich die Verhältnisse im übrigen Europa gestalten. In Genf dagegen ist die Entscheidung ganz nahe. Am 5 d. tritt der große Rath zusammen, und am 12 finden die Wahlen in den Staatsrath statt. Die radicale Partei veranstaltet Volksversammlungen um die Masse zu bearbeiten. Die Conservativen wirken durch die Presse; unter ihren Candidaten nennt man General Dufour. Der patriotische Verein in Lausanne war in dieser Woche versammelt und beschloß eine Adresse an die Bundesversammlung, worin er den Bundesrath zu einer volksthümlicheren und selbständigeren Politik auffordert. Den Radicalen in Genf drückte er in einer Zuschrift die Sympathien des waadtländischen Volks für die bevorstehenden Wahlen aus. Die Probenummer von Dr. Galeers „Völkerbund" ist erschienen. Diese Wochenschrift will mit offenem Visier gegen die Neutralitätspolitik der Schweiz kämpfen; nach ihr soll das Schweizervolk an dem europäischen Völkerkampfe für die Freiheit theilnehmen! Was ich Ihnen gestern von den hiesigen deutschen Flüchtlingen schrieb ist gewiß. Die Mehrzahl findet den Zustand unerträglich, und hat sich entschlossen um jeden Preis die Schweiz zu verlassen. Ueber Hundert wollen nach Baden zurückkehren; gegen 40 oder mehr werden nach Algier, andere nach Neapel gehen.

[3963] Aus dem Verlage von **Justus Perthes in Gotha** ist durch alle Buchhandlungen zu haben:

TH. WILTSCH: *Atlas sacer sive ecclesiasticus.* **Kirchenhistorischer Atlas. Nebst Text. 5 gr. Bl. mit 10 Nebenkarten. 3 Thlr.**

Dieser Atlas wird von Sachkundigen als *Zierde theologischer Bibliotheken* bezeichnet.

[3914—16] Mit **15. November d. J.** erscheint unter meiner Leitung und unter Mitwirkung mehrerer gleichgesinnter Freunde eine neue Zeitschrift, unter dem Titel:

Oesterreichische Reichszeitung.

Diesen Namen wählten wir, weil wir in ihm die Idee eines Journals hinzustellen beabsichtigen welches die Interessen des gesammten grossen Staates mit demjenigen Masse von Einheit und wahrer Freiheit das die Verfassung des 4 März gegeben, zu vertreten bestimmt ist.

Wir versprechen vor allem Wahrheit; sie allein erzeugt das Vertrauen, welches unser Vaterland in die Männer setzen muss die täglich zum Publicum zu sprechen unternehmen.

In dieser kurzen Anzeige geben wir kein politisches Programm; Formeln entscheiden nicht. Alles zeigt und beweist die täglich sich erneuende Thätigkeit des Journals.

Der Inhalt unseres neuen Blattes soll alle wichtigen Fragen der *Tagesgeschichte und Litteratur* umfassen.

Politik und Volkswirthschaft, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft werden mit gleicher Sorgfalt darin vertreten seyn.

Für rasche Mittheilungen und ausgebreitete Correspondenz haben wir besondere Sorge getragen.

Das *Feuilleton* wird eine Reihenfolge der neuesten Erzeugnisse ausgezeichneter deutscher und fremder Schriftsteller im Gebiete der Kritik und Novellistik liefern.

Format und Ausstattung werden dem umfassenden Inhalte des Blattes entsprechend seyn.

Um dieser vielseitigen Aufgabe genügen zu können, sehen wir uns genöthigt, die Abonnementspreise für die **„Oesterreichische Reichszeitung"** folgendermassen zu bestimmen:

für **Wien**	jährlich . .	12 fl.	für die **Provinzen**	jährlich	15 fl. — kr.
	halbjährig .	6 fl.		halbjährig	7 fl. 30 kr.
	vierteljährig	3 fl.		vierteljährig	3 fl. 45 kr.
	monatlich .	1 fl.	Converts-Gebühr pr. *Monat*		— fl. 10 kr.
für Sendung ins Haus	monatlich	— fl. 10 kr.			

Einzelne Blätter für Wien 3 kr.

Inserate und Einrückungen im *„Journal Aller"* die gespaltene Petitzeile 2 kr.

Zur grösseren Bequemlichkeit des Publicums wird am 1 und 16 eines jeden Monats ein neues Abonnement für Wien eröffnet. Für das halbe Quartal, vom 15 *November bis 31 December*, kann mit 1 fl. 54 kr. bei täglich portofreier Postversendung pränumerirt werden.

Man abonnirt bei allen Postämtern des In- und Auslandes, sowie in Wien im Expeditionslocal der „Oesterr. Reichszeitung," Stadt, Wollzeile Nr. 864. Geldbriefe für Pränumerationen und unversiegelte Zeitungs-Reclamationen, wenn sie als solche auf der Adresse bezeichnet sind, übernehmen die k. k. österreichischen Postämter zur portofreien Beförderung.

Wien, am 21 October 1849. **Dr. Leopold Landsteiner.**

[4060—64] **Sechste Aufl. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten.**

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen **Krankheiten der Geschlechtstheile** die in Folge heimlicher Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit **40** erläuternden anatomischen Abbildungen. Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgegeben von **Laurentius** in Leipzig. **6te Auflage.** 8. 170 S.

Allen Personen die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren oder es noch sind; allen die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Fehl wissen; allen welche die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter durch Leiden aller Art empfinden; allen endlich deren Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Befestigung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was nützt Geld und Gut mit Kränklichkeit, Geschwächtheit und Erschlaffung!

Diese 6te stark verm. Aufl. ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

[4085] Soeben erschien im Verlage von Friedrich Fleischer in Leipzig:

Aus meinen Hütten.

Oder

Geständnisse und Träume

eines deutschen Schriftstellers.

Herausgegeben von

J. G. Kohl.

Drei Bände.

Preis 4 Thlr. 15 Ngr. oder 8 fl 6 kr.

Der dem deutschen Publicum durch seine so anziehenden Reisebeschreibungen längst bekannte Verfasser betritt diesmal ein anderes Feld, indem er, anstatt einer Reise in irgend einen Theil der Außenwelt, einen Ausflug in das ihm noch näher liegende Land seiner Seele und seines Gemüths, in einer Reihe von Aufsätzen über Selbstbeobachtung, Einsamkeit, Phantasie, Gewöhnung 2c. bietet, welche in ihrer so ansprechenden aphoristischen Form, und gehoben von der so gewandten, oft wahrhaft rhetorischen und poetischen Darstellungsgabe des Verfassers, für den Gebildeten sich als eine der anziehendsten und wichtigsten Erscheinungen im Gebiete der praktischen Psychologie darstellt.

(3946) Im Verlage von Joh. Urban Kern in Breslau sind so eben erschienen:

Neue

Polterabend-Scherze.

Herausgegeben von

Johannes Kern und Mary Osten.

Erstes und zweites Heft.

8. geh. Preis $22\frac{1}{2}$ Sgr.

Dramatische Charaden.

Zur Aufführung in geselligen Cirkeln.

Von **Johannes Kern.**

Erstes Heft. 8. Velinp. Preis 10 Sgr.

Leicht aufführbar, mannichfache Abwechselung darbietend, gewähren diese dramatischen Scherze angenehme, spannende Unterhaltung geselligen Cirkeln.

Homers Frosch- und Mäusekrieg.

(Batrachomyomachia.)

Freie Uebertragung in Jamben.

Von **Johannes Kern.**

Prachtausg. mit Holzschn. gr. 8. carton. 10 Sgr.

[4016] Bei J. Scheible in Stuttgart ist erschienen:

Altvogt Andres

und seine

deutschkatholische Gemeinde.

Eine

Schwarzwälder Dorfgeschichte

von **K. Hollinger.**

Zweite Auflage.

Preis 18 kr. oder $5\frac{1}{2}$ Sgr.

[4054—55] **Dienst-Anerbieten.**

Ein kräftiger junger Mann von 36 Jahren der die Direction einer bedeutenden Kammgarnspinnerei in Rußland führt, klimatischer Ursache wegen jedoch wieder nach Deutschland zu kommen wünscht, sucht wo möglich in Süddeutschland, seiner Heimath, eine seinen Kenntnissen entsprechende Stelle. Derselbe ist im Stande neuere größere oder kleinere Fabriken mit allen möglichen ökonomischen Vortheilen einzurichten; er kennt die Streichgarn- und Flachsspinnerei, Weberei und Appretur technisch wie praktisch und wird ein Engagement, eine Societät oder einen Pacht in einem dieser Geschäfte, namentlich in ersterem, mit Wasser oder Dampfkraft da wo viele Webereien in der Gegend, gerne übernehmen.

Näheres bei S. Ulsamer, Bürgermeister in Distelhausen bei Tauberbischofsheim.

(4031) **Für Konchylien-Freunde.**

Auf frankirte Briefe wird ein Verzeichniß verkäuflicher Konchylien aus Ostindien, China, den Philippinischen Inseln, Persien, den Kaukasus-Gegenden, Griechenland, Labrador, Grönland, Surinam und andern Ländern frankirt zugesendet von

R. F. Hohenacker in Eßlingen
bei Stuttgart.

(4049—50) **Pünktlichst solideste Besorgung aller Art Geschäfte in Wien** und ganz Oesterreich, sowie Ein- und Verkauf von Besitzungen, Häusern und allen möglichen Artikeln 2c. — Geld- An- und Verleihungen u. s. w. übernimmt Hr. F. Ulbrich in Wien Leopoldst. 483 — Briefe franco.

(4046—48) **Dr. Pastlers**

Original-Tinctur.

Das bewährte Specificum

gegen die Cholera

ist nur ächt zu beziehen durch den Erfinder, Wien, Stadt 603.

Ein Fläschchen dieser Tinctur sammt der Anwendungsmethode in versiegelten und zum Zeichen der Aechtheit mit dem Namenszuge des Erfinders versehenen Couverts kostet 1 fl. C.-M.

Aerzte, Apotheker und Kaufleute die sich im Interesse der Hülfebedürftigen um die Verbreitung dieses erprobten Rettungsmittels anzunehmen willens sind, mögen sich mit ihren Bestellungen unmittelbar an den Erfinder wenden, um die näheren Bezugsbedingungen zu erfahren.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend | Nr. 314 | 10 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die städtische constituirende Versammlung beschließt Aufhebung der Todesstrafe. Zusammentreffen des Erzherzog-Reichsverwesers mit Gagern); München (Nachträge aus der Discussion über die deutsche Frage. Die nächsten Aufgaben. Die nahe in Aussicht stehende Telegraphenverbindung mit Wien, Berlin und Paris. Beförderungen in der Armee. Neue Volkszählung im Zollverein); Kassel (Verordnung über das provisorische Schiedsgericht. Das Statut des ratificirten Bündnisses vom 26 Mai veröffentlicht); Weimar (die staatsbürgerlichen Rechte); Berlin (die Nationalzeitung über die österreichischen Einigungsvorschläge. Ein Manifest des Verwaltungsraths zur Vornahme der Reichstagswahlen erwartet. Erklärung Dänemarks in Betreff der Session); Oldenburg (Erzherzog Stephan. Eröffnung des Landtags); Kiel (die Stellung zu Preußen. Die Amnestiefrage. Versammlung von Landesdeputirten); Wien (die Gefangenen in Widdin. Die Universität von Olmütz soll nach Brünn verlegt werden. Dr. Fischhof. Voreinleitungen zur Erzielung eines allgemeinen deutschen See- und Handelsrechts und zur Einführung der deutschen Wechselordnung. Die Befehlshaber der Armeecorps. Auch von Konstantinopel aus nun berichtet daß Rußland von der Pforte den Verzicht auf ihre Suzeränität über die Donaufürstenthümer verlange. Ungarn und die Parteien. Die Behandlung der Gefangenen).

Oesterreichische Monarchie. Die Deutschen in der Woiwodina.

Großbritannien. Rückkehr des Sir J. Roß aus dem Polarmeer. Sir John Franklin. General Anson †. Toronto die Hauptstadt von Canada.

Frankreich. Baraguay d'Hilliers Oberbefehlshaber über die Expeditionstruppen im Kirchenstaat. Der Präsident und seine Minister. F. de Lasteyrie, de Cabre, Lesur †. Der Zwist mit Marocco. Marseille (die französische Flotte an Malta vorüber).

Italien. Turin (zwei neue Minister-Ernennungen). Die Eisenbahn vom Fuß des Mont-Cenis nach Genua.

Schweiz. Bern (die Schweizer Kriegsgefangenen in Rastatt. Die badischen Flüchtlinge. Die Unterstützungen aus Deutschland. Die bevorstehenden Wahlen in Genf).

Griechenland. Athen, 30 Oct. (Die englische und französische Flotte vor Tenedos.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 6; Wien 7; Frankfurt 8; Augsburg 9 Nov.

Deutschland.

‖ **Frankfurt a. M.**, 7 Nov. Die constituirende Versammlung hat heute, im Einverständniß mit dem Senat und in Gemäßheit der Grundrechte des deutschen Volks, die Abschaffung der Todesstrafe für Civil- und Militärpersonen und ihre Ersetzung durch lebenslängliche Zuchthausstrafe gesetzlich ausgesprochen. Ausgenommen sind nur die Fälle wo gegen Militärpersonen wegen Verbrechens in Kriegszeiten oder in Folge standrechtlichen Verfahrens auf Todesstrafe erkannt worden ist. — Es scheint sich zu bestätigen daß das Frankfurter Linienbataillon nebst andern deutschen Truppen zum eventuellen Ausmarsch nach Schleswig-Holstein bestimmt ist.

Wie der Deutschen Reform geschrieben wird, traf der Erzherzog-Reichsverweser bei seiner Rückreise aus Belgien auf dem Rheindampfschiffe zwischen Köln und Mainz mit den aus Norddeutschland heimreisenden HH. Gagern und Mathy zusammen. Das zufällige Zusammentreffen des Reichsverwesers mit dem ehemaligen Präsidenten seines Ministeriums war nicht ohne Interesse. Sie sahen sich auf dem Verdeck beim Auf- und Niedergehen. Nach dem beiderseitigen Gruß fragte der Reichsverweser den Hrn. v. Gagern woher er komme? „Von Hamburg zurück," war die Antwort. „Und ich komme aus Belgien," entgegnete der Erzherzog. Noch ein Gruß, und die Unterredung war zu Ende und wurde nicht wieder angeknüpft.

Bayern. **München.** (Nachträge aus der Kammerverhandlung vom 2 Nov.) Rebenack: Wie wir aus den ministeriellen Erklärungen wissen war der Cardinalsatz der Politik des bayerischen Cabinets: kein Deutschland ohne Oesterreich; kein Centralregiment Deutschlands ohne die österreichische Krone; deßhalb Verhinderung jeder Gestaltung Deutschlands, solange Oesterreich nicht dabei mitwirken konnte. Ich muß mich gegen diesen Satz aussprechen im Princip sowohl als in seinen Consequenzen. Vor allem, meine Herren, was ist unter einem Deutschland zu verstehen? Ich definire mit den Worten der Thronrede, die wir jüngst hier vernommen haben: „Ein Deutschland, in dem das Volk als Nation sich erkennen und geltend machen kann." Also doch wohl ein Deutschland dessen Theile in allen staatlichen Beziehungen, durch Verfassungen und Institutionen in möglichst inniger, fester Verbindung stehen; nur ein solches Deutschland kann wohl in Mitte der Nationen, die uns in festgeschlossenem starrem Egoismus umgeben, eine Stellung erlangen und sie behaupten, eine deutsche Nation zur Geltung bringen. Kann denn nun aber Deutsch-Oesterreich zu einem solchen Deutschland werden, unter gleichen Bedingungen wie die übrigen Bestandtheile? Müßte Deutsch-Oesterreich um dieses zu ermöglichen, nicht seine erste und höchste Aufgabe fallen lassen: der Schwerpunkt, der Kern und, wenn ich so sagen darf, der germanische Kitt in dem zu sechs Fünftheilen nichtdeutschen österreichischen Kaiserstaat zu seyn, oder vielmehr es von jetzt an erst recht zu werden? Oder soll etwa der zu fünf Sechstheilen nichtdeutsche Gesammtstaat Oesterreich in jenes Deutschland eingekörpert werden; soll die Krone Oesterreichs an die Spitze oder mit an die Spitze Deutschlands treten, mit der ganzen Wucht des Kaiserstaats und mit dem mächtigen Nachdruck den diese Wucht noch erhält durch das was hinter dem österreichischen Staat, namentlich hinter seinen nichtdeutschen Bestandtheilen steht? Dann fürchte ich daß Sie in nicht sehr ferner Zukunft vielleicht von deutsch benamsten Satrapien, aber nicht mehr von Deutschland zu sprechen haben werden. Oesterreich wird mit Deutschland, zum Wohle beider, in dem engsten völkerrechtlichen Verbande, in der innigsten freundschaftlichen Beziehung stehen müssen; das ist beiderseitig Nothwendigkeit, das ist beiderseitiger Vortheil, und es wird als solcher auch mehr und mehr von beiden Seiten erkannt werden: aber Verfassung, Institutionen, staatliche innere Angelegenheiten können nicht, ohne unsägliche Nachtheile für beide Theile, in einander verflochten werden; das hat Oesterreich klar erkannt, und bei Gott deutlich genug ausgesprochen. Oesterreich und Preußen haben sich geeinigt und als provisorische Centralgewalt aufgestellt. Wohin wird aber dieses Provisorium führen? Etwa zu einem ihm ähnlichen Definitivum, also zum Bundestage zurück, oder weil diese von Grund aus zerstörte Stellung nicht mehr einnehmbar seyn wird, wohl noch hinter den Bundestag zurück? Das ist es was Bayern vielleicht verhüten kann, wenn es für sich selbst, und den kleinern Staaten Beispiel gebend, mit Entschiedenheit fordert daß eine deutsche Nationalvertretung einberufen und mit derselben anknüpfend, an die Beschlüsse des ersten Parlaments, die Verfassung Deutschlands und sein Verhältniß zu Oesterreich festgestellt werde, und zwar durch eine Vereinbarung die jetzt gelingen wird. Nur in solcher nationalen Sanction kann ich die Gewähr für eine Verfassung Deutschlands finden.

Aus des Abg. Dr. Heine's Rede gestattet uns der Raum nur folgendes auszuheben. „Mein Antrag heißt: Schließt sich die hohe Kammer der bayerischen Abgeordneten dem Antrag des Unterzeichneten an: A. Die k. Staatsregierung wolle sich im Verein mit Württemberg, welches bis jetzt dem Dreikönigsbündniß nicht beigetreten ist, und bei der etwaigen Ablehnung dieses Staats ohne ihn, mit der k. k. Staatsregierung in vorläufiges Benehmen darüber setzen: ob Oesterreich die süddeutsche Hegemonie unter folgenden Verpflichtungen von seiner Seite zu übernehmen gesonnen sey: 1) Die constitutionellen Verfassungen Bayerns und der mit ihm übertretenden süddeutschen Staaten zu gewährleisten; 2) diesen Staaten den gebührenden Antheil und Zutritt an dem künftigen österreichischen Parlament zur Begründung seiner endlichen definitiven Staatsverfassung, resp. des süddeutsch-slavischen Bundesstaats einzuräumen; 3) seine Zollschranken diesen gegenüber fallen zu lassen; 4) die preußische Hegemonie über die nordwestlichen Staaten Deutschlands anzuerkennen, und 5) auf dieser Basis mit derselben einen weitern Staatenbund als Umgestaltung des alten deutschen Bundes unter einem Directorium, mit der preußischen, österreichischen und einer aus der periodisch freien Wahl der Mittelstaaten hervorgegangenen Dynastie an der Spitze anzubahnen, welchem Directo-

rium auf einer wie oben angedeutet normirten Verfassung eine aus der Kammer sämmtlicher Einzelstaaten gewählte Volksvertretung — laut Vorzug durch intellectuelle Befähigung, größeren Güterbesitz und Charakter ein Oberhaus die periodische Mitwirkung zu leihen hätte. B. Die k. Staatsregierung wolle die Entgegnungen der k. k. Staatsregierung auf diese ansinnenden Vorfragen, welche der brüderlichsten Hingebung für Oesterreich zu einem großdeutschen Zwecke entquellen, die Rathgeber der österreichischen Krone bis in die tiefsten Herzensfalten zu prüfen geeignet sind, wie weit es ihnen noch anliege mit den deutschen Interessen an Einigung und Freiheit zu gehen, zum Entscheid für weitere Maßnahmen den versammelten bayerischen Kammern zur Mittheilung bringen." Hierin mein Antrag! Ich sehe was ich verletzt habe. Vor allem habe ich verletzt die Beruhigung für die Zukunft, mit der Feststellung und dem Baue eines Verfassungswerks alle politischen Hindernisse, welche sich der Einigung Deutschlands in den Weg stellen, abschneiden zu können. Ich habe diesen umgangen, ich habe ihn unter den gegebenen Verhältnissen sogar als einen jugendlichen Traum betrachtet. Ich habe ferner das anscheinend große Verbrechen über mich genommen die Theilung in Süd- und Norddeutschland offen und bestimmt auszusprechen. Ich habe damit also die Zerreißung Deutschlands gewollt. Ich habe diese zwei großen Sünden vorderhand auf mich genommen. Wollen Sie mich bestens anhören, um mich zu rechtfertigen.... Entschieden ist und bleibt, und das begrüße ich als ein Gut, daß ein Resultat aus dieser Revolution hervorgegangen ist, zwar nicht hervorgesungen und herbeigeklungen, aber durch die zwingende Macht der Umstände verwirklicht, d. i. das der größeren Staatenbildung, worüber sowohl die größern Dynastien als wie der kleinste Arbeiter am Pfluge oder in der Werkstätte übereinstimmen müssen. Man hat immer gesagt die Ideen, die juridischen oder politischen, machten die Revolution; keineswegs, es sind die Ideen der Arbeit welche Revolutionen machen. Nicht bloß Jean Jacques Rousseau oder Voltaire auf anderm Wege, oder Montesquieu, oder wie sie heißen mögen, haben die Revolutionen in Frankreich hervorgebracht, es ist Gesnay und Turbot, welche die Befreiung der Arbeit fordern. In dieser Befreiung der Arbeit, welche einen größern Markt will, liegt eine große Ursache, eine Triebfeder und Berechtigung der Revolution. Es liegt nichts daran ein großes Volk zu zerreißen wenn ihm seine Macht gesichert bleibt, denn es ist sehr wohl begreiflich daß man namentlich bei den heutigen Verkehrsmitteln ein Getrenntwerden gar nicht mehr kennt, es handelt sich also darum die Macht des Volkes zu sichern. Wir kommen nun auf die Lehre welche uns im letzten Jahre gefehlt hat. Nicht die Macht in Preußen allein, wie uns die Doctrinäre sagen wollen, nicht diese Macht ist es hauptsächlich. Mir ist darüber keinen Augenblick ein Zweifel wo der Knotenpunkt unserer Macht liegt. Dieses ist Oesterreich. Ich brauche nicht mehr einzugehen auf die Vortheile welche Oesterreich noch für die Zukunft der Arbeit gibt u. s. w. Ich habe von andern unterdessen zu reden, von den Feinden Deutschlands. Sie täuschen sich wenn Sie glauben daß Sie trotz aller Ihrer großen Cultur und Gelehrsamkeit einer besondern Affection oder Dankbarkeit von den auswärtigen Staaten sich zu erfreuen haben. Man hat es von England gesehen, welches Oesterreich sonst seinen ältesten Alliirten zu nennen pflegte, es hat mit Schadenfreude den italienischen und ungarischen Krieg gesehen, es hat während dessen geliebäugelt mit Preußen, welches den engern Bundesstaat mittlerweile eiligst herstellen wollte, aber nicht herstellen konnte. Es ist die ungeheure Schwächung Oesterreichs erfolgt mit dem Einmarsche russischer Truppen. Wo Rußland noch geholfen hat, hat es die Brandspuren seiner Tritte hinterlassen. Ich bedauere nichts mehr in unserer großen deutschen Einigkeit als daß Deutschland, und Preußen an seiner Spitze, Oesterreich nicht helfen wollte und es zwang, zwang sage ich, indirect die Russen in sein Inneres zu rufen. Ich möchte diesen Schritten Rußlands nachgehen, auf ihren hinweggenommenen Füßen, um jede Erinnerung an seine Gegenwart in Oesterreich, also auch in Deutschland hinwegzuwischen. Welche Schwäche hat sich mittlerweile also in Oesterreich gezeigt, in jenen zum Theil nationalen Bestrebungen der vorjährigen Bewegung? Es ist offenbar die Schwächung seines deutschen Elements. Unsere Pflicht ist es vor allem einen zuverläßigen Stoff in Deutschland zu erhalten, welcher zwar nicht so viel von seinem Deutschthum spricht, dafür aber grunddeutsch ist, durch den Beitritt der deutscheren in Oesterreich verbannten Elemente Oesterreich wieder zu stärken. Es ist eine Pflicht der Politik und der Dankbarkeit zugleich. Sie sagen, es sey unrecht, selbst wenn Deutschland zu Oesterreich beitrete, hegemonisch untergeordnet, wenn es dazu beitrete daß diese geringe Zahl dem slavischen Gewicht ein Gegengewicht in Oesterreich zu einem günstigen Ausschlag geben könnte. Wäre Oesterreich ein neuer Staat, so hätten diejenigen Recht welche mir diesen Einwurf machen. Oesterreich ist ein alter Staat, und in einem solchen gilt nicht bloß die numerische Stärke, sondern die historische Assimilation. Diese strömt noch durch Oesterreich und durch seinen slavischen Körper, wenn auch augenblicklich gedrückt und beschwert; beugen Sie sich vor dieser Autorität Oesterreichs, welche es wohl wegen seiner Macht und seiner früheren Stellung zu Deutschland verdient, wo es Preußen verlassen hat; bringen Sie neues deutsches Feuer in diesen gemischten Körper! Ich bin auch nicht so volkthümlich, daß ich mich etwa schämen möchte mit einem so rohen Slaven, wie man immer sagt, und nicht selten auch einem solchen slavischen Barbar, einem solchen Unthier in einer Kammer zu sitzen. Die Deutschen hätten von den Slaven und aus dieser Gesellschaft etwas ganz großes zu lernen, ich möchte sagen, sich auch an ihnen zu erziehen. Es ist eine kleine Tugend, es ist die Vaterlandsliebe, es ist eine andere Tugend, eine innige Religiosität, es ist eine dritte Tugend diesen beiden Elementen zu gehorchen und dafür kein Opfer zu scheuen. Meine Herren! ich bin auch ein Deutscher; um dieser Tugenden willen, die ich an den Slaven weit über den Deutschen bewundere, möchte ich gerne in slavische Schule gehen. (Allgemeines Lachen.) Ich gehe nicht auf das Materielle ein; die materiellen Vortheile sind zu klar. Es ist oft genug gesagt worden welche Zukunft Ungarn gewähre für die Deutschen durch Ansiedelung u. s. w.; das überlasse ich andern, die Sachen sind ohnehin klar. Ich setze also jetzt den Erfolg dieses meines Traumes, ich setze Bayern in solchen Verein zu Oesterreich; es ist eine Nothwendigkeit daß Süddeutschland ihm nachfolge, ich will Ihnen dieß nicht expliciren — nur einen kurzen Blick auf Württemberg! Der alemannische Stamm hat etwas Eigennutz, und der Eigennutz treibt ihn der Donau nach zu Oesterreich. Preußen und mit ihm Norddeutschland, oder Preußen mit nordwestlichen Staaten als norddeutsche Hegemonie, wird sich nun und nimmermehr unter den österreichischen Scepter fügen. Oesterreich hätte auch keinen Gewinn, denn es sind verschiedene Wege welche die preußische und norddeutsche Cultur gegangen ist, und gehen wird. Nichts kann in Deutschland einander entbehren. Das romanische Element von Süddeutschland und das südwestdeutsche, dieß productivere, aber auch zügellosere, braucht den Ernst und die Kritik des Nordens, es braucht die Sparsamkeit des Nordens um seiner Faulheit und Ueppigkeit entgegen zu seyn. Sie sehen daß ich über diese kleinlichen Dinge des Tages, wie man Preußen beurtheilt, wohl hinweggehen kann. Ich möchte keinen süddeutschen Staat schaffen, wenn ich nicht gewiß wüßte daß Preußen diesen süddeutschen, und umgekehrt dieser süddeutsche den preußischen Staat nicht entbehren kann. Ich habe von den geistigen Interessen gesprochen, wir kommen auf die augenblicklich zwingenden des Materiellen zurück. Denken Sie sich dieses Freenreich von den Ufern des Rheins bis Belgrad hinab und zum adriatischen Meer! Denken Sie sich welche Producte es gibt, und welche es verschlingt, denken Sie sich diese Wichtigkeit im Welthandel ohnehin und den deutschen Handel insbesondere — und ohne ihn kann Preußen nicht leben. Preußen ist großentheils ein armer Staat, d. h. arm oder im Mißverhältnisse der Begünstigung seiner Natur; es ist viel durch Fleiß, durch Anstrengung und Sparsamkeit geworden. Nehmen Sie ihm den süddeutschen slavischen Markt, und eine solche Verbindung habe ich hier in der Hand, um Preußen mit seiner Hegemonie von diesem Markt auszuschließen. Wir Süddeutschen und die Slaven brauchen nicht zu den Preußen zu kommen; wir haben ein Meer und Ströme welche uns völlig genügen. Aber die Preußen müssen wohl zu uns kommen, und ihr augenblicklicher Hochmuth wird wohl auch etwas geben müssen. Dieses sind die Hebel welche nicht auf bloßen Redensarten beruhen. Sie sind unvergänglich wie die verschiedenen Phasen in unseren Volksstämmen selbst. Meine Ansicht der Dinge hat von andern ähnlichen egoistischen Wünschen einer Schaarung unter Oesterreich nur das geltende Moment. Ich bin noch nicht darauf gekommen was uns eigentlich hindert uns eines schönen Tages nach Frankfurt zusammenzubestellen; wir könnten auch Erfurt nehmen; Erfurt liegt näher an Berlin. Ich frage: Was war es denn was in diesen vergangenen Bundestag den Tod hineingebracht hat? War es nicht die Eifersucht zwischen Preußen und Oesterreich, und war es nicht ihre gemeinschaftliche Erniedrigung in dieser Eifersucht vor den Slaven? Also ein Mitglied würde aus Deutschland ausfallen, welches am Bundestag leider lange genug mitpräsidirt hat, ich meine das russische. Welches würde dafür eintreten? Ich glaube die mitteldeutschen Staaten. Ich nenne mitteldeutsche Staaten jetzt jene welche sich vom Rhein an verengen, und wieder weiter wie eine Sanduhr bis an die Nordsee an Hannover hinziehen. Wenn man so viel geopfert hat, wenn ein Staat wie Bayern seine Selbständigkeit gewissermaßen verschenkte, ich frage Sie, oder es wird auch ein anderer fragen: Was kann einen solchen Staat entschädigen? Auch ich erkenne in der Politik den Trieb der Selbsterhaltung an; denn sie ist wohl im Durchschnitt das was die Politik, was die Begeisterung macht. Ich sage Ihnen daß diese von Preußen und Oesterreich verschlungenen Staaten plötzlich wieder, wie Jonas vom Wallfisch, ausgespieen werden müssen, sobald diese zwei Staaten sich die Hand bieten.

Denn sobald Süddeutschland mit Oesterreich sich einigt, resp. sich ihm unterordnet, tritt auch eine völlige Veränderung Oesterreichs in seiner innern Politik ein. Man spricht immer von dem denkendsten und mächtigsten aller Völker; wenn es gilt das deutsche Element um acht oder zehn Millionen zu verstärken, so werden diese acht oder zehn Millionen auch wieder wegfallen. Es ist das temperirende Element welches sich hier einem großen Staat beigesellt, für den alten Haselstecken, welcher doch hin und wieder manchmal auftaucht. Auf der anderen, auf der preußischen Seite ist dasselbe temperirende Element welches sich an seinen alten Zopf gewöhnt hat. Sie sehen es ist die Temperatur gegeben welche zu jeder dauernden Politik eintreten muß. Die constitutionellen Staaten, oder das Wort Constitutionalismus hat für mich nichts so gar großes. Dieses kann man über Nacht lernen und über Nacht wieder vergessen. Der Constitutionalismus, wenn man seine Lebensdauer in Deutschland nachrechnet, ist wirklich ein sehr junges Kind. Wir sehen nach Oesterreich, welches in dieser kurzen Zeit übrigens zu einer öffentlichen staatlichen Durchbildung gekommen ist welche wirklich in Erstaunen setzen muß. Wir haben aber andererseits gesehen daß trotz aller Philosophie, in welcher auch die Conservation der Staaten liegt oder liegen soll, Preußen im ganzen vorigen Jahr rath- und thatlos geblieben ist. Ich sage also: diese Bedeutung der Mittelstaaten welche in den großen Staaten verschwunden zu seyn schienen, tritt auf einmal mit lebendiger Macht und Stärke hervor. Denken Sie sich Oesterreich wollte tyrannisiren oder despotisiren; es bleibt ihnen alsdann nicht einmal der Uebertritt zu dem civilisirten Preußen! Welche ungeheure Lücke würde auf einmal in diesem Staat entstehen? Es ist gerade umgekehrt bei Preußen so. Lassen Sie Hannover, lassen Sie Sachsen u. dgl. mehr abtreten; diese können nicht in der Luft schweben, sie müssen an den österreichischen Staatskörper sich anschließen, und zweifeln Sie nicht daß, was für Preußen von ungeheurer Rückwirkung seyn wird, auch der Rheinstrom und Westfalen nachfolgt. Dieß wissen die Großmächte selbst am besten, obwohl sie es nicht glauben. Ich glaube hingegen daß Oesterreich zu einem Parlament in dieser Gestaltung beitreten werde, außerdem aber wird es dieß nicht thun können wegen seiner deutschen Stämme, und weil es sich vor der Eifersucht der Slaven fürchtet. Es wird aber umgekehrt, mit den Slaven nicht beitreten können, und zwar aus guten Gründen. Es wird nicht seine Slaven zu solchen nichtsfruchtenden Verhandlungen wie in Frankfurt ziehen wollen. Die Slaven brauchen keine Lectionen über die Diplomatie in Deutschland. . .

Dr. v. Lasaulx: Die deutsche Frage, welche heute am Tage Allerseelen hier besprochen wird, ist ihrer Natur nach wesentlich eine Frage der Macht, und wird da entschieden wo die Macht ist. Ließe sich diese Frage durch Reden entscheiden, so wären wir jetzt nicht in der Lage ein Wort darüber zu verlieren. Sie wäre dann von der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt entschieden worden, wo es an Reden, auch an guten, vollkommen so guten als in diesem Saale gehört werden, nicht gemangelt hat; oder sie wäre in Stuttgart entschieden worden von dem Rumpfparlament, und den Fünfmännern der sogenannten Reichsregentschaft, deren große, tapfere Worte ganz den Eindruck machen als hätten sich die Sprecher in jenem psychologisch interessanten Zustande befunden in welchem zuweilen gewöhnliche Menschen sich selbst für Könige, Kaiser oder Päpste halten. (Gelächter.) Bis zu dem Grade aber ist gegenwärtig das deutsche Volk noch nicht ermattet und herabgekommen, daß es bloße Worte für Thaten halten und durch eitele Rednerei sich sollte beherrschen lassen. Unsere Regierung hat in dieser Sache das entschiedene Verdienst, durch die Macht welche sie besitzt, eine voreilige Entscheidung der deutschen Frage glücklich verhindert zu haben. Jetzt aber, nachdem die erste deutsche Großmacht, Oesterreich, durch die pflichtgetreue Entschlossenheit seiner ruhmvollen Armee der anarchischen Bewegung in seinem Innern Herr geworden ist, und den Dämon der Revolution mit starker Hand niedergeworfen und nach Gebühr gezüchtigt hat; jetzt, nachdem der rechtmäßige Erbe des ehemaligen Reiches deutscher Nation an den deutschen Angelegenheiten wieder denjenigen Antheil nehmen kann der sein Recht und seine Pflicht ist, jetzt wäre es thöricht von unserer Regierung zu verlangen daß sie eine Macht entwickeln solle welche sie Oesterreich nnd Preußen gegenüber nicht hat. . . . Nachdem nach einem allgemeinen Naturgesetz das eine Extrem, die Forderung absoluter Volkssouveränetät, das andere Extrem, die volle Geltendmachung der Fürstensouveränetät, hervorgerufen hat, steht nun zu erwarten daß die definitive Lösung der deutschen Frage, wie es recht und billig ist, durch eine freie Vereinbarung zwischen den deutschen Regierungen und der deutschen Volksvertretung zu Stande kommen werde. Diese gerechte Erwartung auszusprechen für die Zukunft, für die Vergangenheit aber die Handlungsweise unsers Ministeriums zu billigen und demselben, so viel an uns liegt, den Dank des Vaterlands auszusprechen, dieß scheint mir dasjenige zu seyn was dem praktischen Verstand dieser Kammer in diesem Augenblick geziemend wäre. Voraus zu bestimmen welches die definitive Lösung der deutschen Frage in naher oder ferner Zukunft seyn werde, vorauszusagen wie sich das Leben des deutschen Volks definitiv gestalten solle, das ist in diesem Augenblick keinem Sterblichen möglich. Denn es hängt die Lösung dieses wie jedes großen politischen Problems nicht ab weder von der Willkür eines Fürsten, noch von der Willkür einer Volksvertretung, sondern sie ist abhängig von dem allgemeinen Entwickelungsgange des europäischen Lebens, von den großen Schicksalen welche Europa überhaupt und Deutschland insbesondere bevorstehen. Denn diese deutsche Frage ist in letzter Instanz nicht eine bloße deutsche, sondern eine europäische Frage. . . . Als das alternde altrömische Weltreich im dritten und vierten Jahrhundert in sich zusammenzubrechen begann, weil ihm, wie ein gleichzeitiger Schriftsteller sich ausdrückt, die Herzkraft ausging, da ergossen sich über dasselbe halb barbarische germanische Stämme, erfrischten hiedurch die alte Welt und wurden ihrerseits durch den Contact mit der römischen Civilisation gezähmt, veredelt und vorbereitet um die Träger der neuen christlichen Weltentwicklung des Mittelalters zu werden. Eine ähnliche Katastrophe des germanischen Lebens scheint auch uns bevorzustehen. Deutschland hat seine Jugend verloren und die Zeiten beginnen zu altern, und es ist nicht zufällig, sondern tief bedeutend daß aus dem letzten großen Reste des ehemaligen Reichs deutscher Nation, aus Oesterreich, ein Slavenreich heranwächst. Der sicherste Wärmemesser für das Leben eines Volkes ist die Glaubenskraft. Diese Kraft wirkt wie eine Naturkraft, wie die Kraft welche die Bäume wachsen macht. Wo die Glaubenskraft in großer substantieller Intensität vorhanden ist, da ist Wachsthum, Bildungsfähigkeit und fröhliches gedeihliches Leben. Wo diese Kraft, der eigentliche Feuerherd des Lebens, zu erkalten beginnt, da wird der Herzschlag matter, das Leben stirbt ab und geistert aus. Unter uns Deutschen — darüber können wir uns keiner Täuschung hingeben — ist die specifische Glaubenskraft seit lange schon im Abnehmen; unter den slavischen Völkern aber ist sie noch in großer substantieller Intensität vorhanden. Der Kaiser von Rußland, der das Glück hat, abgesehen von seiner Würde, der erste Mann seines Volkes zu seyn, der Kaiser von Rußland weiß dieses und spricht es offen bei jeder Gelegenheit aus daß Gott mit ihm und seinem Volke sey. Wenn ich nun diese thatsächlichen Umstände erwäge, so scheint es mir in hohem Grade für uns Deutsche wünschenswerth zu seyn daß wir nicht bloß mit der deutschen Bevölkerung Oesterreichs, sondern mit der Gesammtmonarchie in ein möglichst inniges Verhältniß treten. Wir könnten den edlen, slavischen Bestandtheilen des Kaiserstaats etwas von unserer überflüssigen Bildung abgeben, sie uns von ihrer ungebrochenen, unverbrauchten Naturkraft, und es könnte sich dadurch das Schicksal welches uns bevorsteht, und dem wir nicht entgehen werden, auf eine friedliche Weise einleiten, auf eine friedliche, dem gegenseitigen innersten Bedürfnisse entsprechende Weise. Das numerische Verhältniß der Nationalitäten in dem großen mitteleuropäischen Staatenverband, welches hervorgehen würde aus einer Verbindung aller deutschen Staaten mit der österreichischen Gesammtmonarchie, wäre folgendes: Die deutschen Staaten haben eine Gesammtbevölkerung von 32,000,000, der österreichische Kaiserstaat allein eine Gesammtbevölkerung von 38,000,000, unter welchen 8,000,000 Deutsche sind. Jener große mitteleuropäische Staatencomplex würde demnach eine Gesammtbevölkerung von 70,000,000 umfassen, 40,000,000 Deutsche, 30,000,000 Nichtdeutsche, unter den letztern etwa 21,000,000 Slaven. Es wäre sonach dem deutschen Elemente vorderhand die Herrschaft gesichert, einmal durch seine numerische Ueberlegenheit, und zweitens durch die Ueberlegenheit seiner höheren Geistesbildung. Auf der slavischen Seite dagegen wäre das Uebergewicht unverbrauchter Naturkraft. Und gerade die Verbindung dieser beiden, der Erfahrung des reifern Alters und der thatkräftigen Jugend könnte, wie mir scheint, eine gute Mischung des europäischen Völkerlebens geben. Beide würden sich gegenseitig temperiren und Maß und gezügelte Kraft geben. Sollte dagegen aus was immer für Gründen die zweite deutsche Großmacht, Preußen, und die Mehrzahl der kleinen norddeutschen Staaten einer solchen Verbindung widerstreben, so bin ich darin vollkommen einig mit meinem Freunde Dr. Heine daß es im höchsten Grade wünschenswerth wäre daß wenigstens Süddeutschland, wenigstens Bayern welches durch seine geographische Lage, durch die Identität des Kernes seiner Bevölkerung, durch die Identität der Sitten und Gemüthsart, durch die Identität aller größern geistigen und materiellen Interessen auf Oesterreich angewiesen ist, und dorthin gravitirt — daß, sage ich, wenigstens unser Bayern mit der österreichischen Gesammtmonarchie in dieses angedeutete innige Verhältniß treten möge. Einen bestimmten Antrag darauf zu stellen unterlasse ich nur darum, weil ich, unbekannt mit den Absichten der österreichischen Staatsregierung, diese große Frage in diesem Augenblick noch nicht für

spruchreif halte, und weil ich glaube daß dasjenige was sich nach der innern Nothwendigkeit der Dinge machen soll, sich vielleicht auch ohne unser Zuthun machen wird. Denn was wächst, macht keinen Lärm."

8 **München**, 9 Nov. In Gemäßheit der Vereinbarungen welche unter den Zollvereinsstaaten bestehen, sind die respectiven Volkszählungen welche der Theilung der Zolleinkünfte zu Grund gelegt werden von drei zu drei Jahren zu erneuern. Da das Triennium für welches die jüngste im Jahr 1846 vorgenommene Volkszählung Geltung hatte, abgelaufen ist, so kommt im nächsten Monat, December 1849, im gesammten Unionsgebiet eine neue Volkszählung vorzunehmen. Es sind daher vom Ministerium an die verschiedenen Behörden des Landes Weisungen ergangen hinsichtlich der Bevölkerungsaufnahme geeignete Verfügung zu treffen und bezüglich der Verfahrungsweise dabei sich an die früheren Ausschreibungen und Instructionen zu halten. Durch allerhöchste Entschließung vom 6 d. wurde der Oberstlieutenant und bisherige Artilleriedirector in Landau J. v. Pöllath zum Commandanten des zweiten Artillerieregiments (vac. Zoller) mit den Bezügen eines Obersten nach der Verordnung vom 5 Aug. d. J., und zum Artilleriedirector in der Festung Landau der Oberstlieutenant Karl v. Eisenhofen des zweiten Artillerieregiments ernannt, der functionirende Major, Hauptmann R. v. Weissenstein, von der Zeughausdirection als functionirender Major in obiges Regiment versetzt, und der Hauptmann L. Zeller von der Zeughausdirection zum functionirenden Major, sohin zum Mitglied bei derselben ernannt.

— **München**, 9 Nov. Die jüngste Debatte, die ebenso reich an erhebenden Momenten als an niederschlagenden Scenen war, hat wenig Eindruck hinterlassen, da sie die große Sache um die es sich handelte, um keinen Schritt förderte, vielleicht, wie die Sachen liegen, auch nicht fördern konnte. Die Kammer hat Protest dagegen eingelegt daß die provisorische Centralgewalt auch nur eine Stunde länger fortdauern solle als der Vertrag laute. Aber es ist kaum abzusehen wie in dieser kurzen Frist die große Verfassungswirrung sich lösen solle. Und ist sie nicht gelöst, wie sollte dann in ein paar Monaten die neue Centralgewalt weniger nothwendig seyn als heute? Bis zum letzten Tag scheint Unsicherheit über das wahrscheinliche Resultat der Abstimmung geherrscht zu haben. Die Erklärung Hrn. v. d. Pfordtens für bestimmte Fälle zurückzutreten, und die Abneigung gegen Namen die schon auf der Bresche zu stehen schienen falls das Cabinet fallen sollte, scheint die Mehrzahl der Stimmen geleitet zu haben, wobei sich die Kammer freilich nicht vor der Inconsequenz wahrte zwei in der Endabsicht auseinandergehende Anträge stückweise anzunehmen. Nach diesen Abstimmungen wird die vollständige Annahme der vorgelegten Gesetzentwürfe über Association und Presse — die bis jetzt von allen Seiten angefochten wurden, auch von den strengkatholischen Blättern — noch zweifelhafter als vorher. Was die Presse betrifft, so thäte man gewiß besser, statt das Maschennetz der Strafen so weit auszuspannen daß die Geschworenen immer sich versucht fühlen es zu durchbrechen, große Geldcautionen aufzustellen, welche die Herausgeber von selbst zur Vorsicht mahnen, ohne daß der Staatsanwalt jedem Worte nachzulaufen braucht. Vor allem indeß gebietet der Kammer das Gesetz der Humanität sich an den Amnestie-Entwurf zu machen. Mit Spannung sieht man der Vorlegung des Berichts und der Verhandlung entgegen.

∸ **München**, 9 Nov. Mit Vergnügen zeige ich Ihnen an daß schon in der ersten Woche Decembers die Telegraphen von Wien bis Augsburg werden arbeiten können. Schon ist — wie ich höre — der Tarif für telegraphische Depeschen, wie sie das Publicum benützen wird, mit Oesterreich festgestellt. Er wird wohl den Preisen entsprechen die bereits in Wien, Berlin, Köln, Frankfurt rc. zur Anwendung gekommen. Man muß der Regierung für die rasche Herstellung dieses beflügelten Communicationsmittels zu großen Dank verbunden seyn. Dem Vernehmen nach ist zu hoffen daß auch von Berlin nach Nürnberg, Augsburg und München der Telegraph noch im Laufe dieses Jahrs zur Thätigkeit kommen werde. Schließen Württemberg und Baden sich an, so kann die Telegraphenverbindung mit Leichtigkeit und in aller Schnelle bis Straßburg zum Anschluß an die Paris-Londoner Telegraphenverbindung fortgesetzt werden. Mögen denn die Telegraphendräthe die Signale seyn für die Vollendung der Eisenbahnen in diesen Richtungen! Es liegt vor allem im Interesse der Regierungen selbst daß für die großen Täuschungen in den Verfassungshoffnungen durch die Förderung der materiellen Interessen ein Ersatz geboten werde.

Kurhessen. **Kassel**, 5 Nov. Die Sammlung von Gesetzen rc. für Kurhessen, Nro. XIX October, enthält eine kurfürstliche Verordnung vom 25 Oct., die Bestimmungen für das Verfahren vor dem provisorischen Bundesschiedsgericht und die Vollziehung der Entscheidungen desselben betreffend. Zugleich ist das Statut des unterm 6 Aug. v. J. von dem Kurfürsten ratificirten Bündnisses vom 26 Mai beigefügt, und verordnet daß die von diesem Schiedsgericht für das erlassenen vor demselben und für die Vollziehung seiner Entscheidungen abgefaßten Bestimmungen mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden daß das Bundesschiedsgericht von dem durch III des gedachten Vertrages mit der oberen Leitung der vertragsmäßig zu ergreifenden Maßregeln eingesetzten Verwaltungsrathe angewiesen worden ist in Gemäßheit dessen Bestimmungen zu verfahren. (Kass. Z.)

Thüringen. **Weimar**, 4 Nov. Der Landtag, der in der letzten Zeit durch seine Beschlüsse für eine thüringische Einigung zu wirken suchte, berieth in diesen Tagen eine Regierungsvorlage über die Entziehung der staatsbürgerlichen Rechte und faßte dabei den Beschluß: daß zum Verlust der staatsbürgerlichen Rechte auch die Fähigkeit zu rechnen sey Inhaber von Ehrenzeichen oder akademischen Würden zu seyn, sowie Diensthgehalte, Wartegelder und Pensionen aus öffentlichen Kassen zu beziehen.

K. Sachsen. ⁝ **Dresden**, 7 Nov. Von den Mitgliedern der ersten Kammer war im Laufe der vorigen Woche die beschlußfähige Zahl eingewiesen worden, so daß diese Kammer heute ihre erste vorbereitende Sitzung halten konnte. Sie beschäftigte sich theils mit der Geschäftsordnung, von welcher seitens der Regierung ein, wie es scheint, restaurirter Entwurf vorgelegt worden ist, theils mit der Auslosung und Constituirung der fünf Wahlprüfungsabtheilungen. Außer den früheren Ministern Georgi und Weinlig war auch bereits v. Carlowitz anwesend; von ehemaligen Reichstagsabgeordneten sitzen Joseph und Mammen in der Kammer und nahmen heute an der Geschäftsordnungsdebatte lebhaften Antheil. Der frühere Staatsminister Oberländer hat eine auf ihn gefallene Wahl zur ersten Kammer abgelehnt. Die zweite Kammer wird morgen ihre erste vorbereitende Sitzung halten; die zu eilf angewachsenen Wahlen von Suspendirten und andere Wahlanstände ließen nur langsam die beschlußfähige Zahl sich sammeln.

Preußen. **Berlin**, 4 Nov. Während der deutsche Verwaltungsrath in seiner ziemlich unscheinbaren Thätigkeit fortfährt, indem er alle Woche in einer einmaligen Sitzung wenige Stunden zusammenkommt, fangen die Differenzen innerhalb desselben an in immer bestimmterer Form hervorzutreten. Die schon früher von Seite vieler Bevollmächtigten kundgegebe Ansicht daß durch den zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Vertrag über das Interim nicht bloß die Interessen des Bündnisses vom 26 Mai als solchen, sondern auch die der einzelnen Bundesmitglieder beeinträchtigt würden, fängt an immer tiefere Wurzeln zu schlagen und den Wunsch zu einer Nachfolge des Beispiels von Hannover und Sachsen immer mehr rege zu machen. Es ist natürlich daß in Verfolg hievon das Vertrauen auf eine Beseitigung der sich immer mehr häufenden Schwierigkeiten für eine entsprechende Regelung des deutschen Verfassungswerks zunehmend schwindet, ja man erzählt sich sogar eine Aeußerung des Vorsitzenden des Verwaltungsraths, Hrn. v. Bodelschwingh, die auch sein Vertrauen als in einem starken Abnehmen begriffen erscheinen läßt, indem auch er aus dem Verwaltungsrath auszuscheiden entschlossen seyn soll, sobald er sich von der Unmöglichkeit die Verhältnisse innerhalb desselben bald zu einem ersprießlichen Ziel zu führen noch mehr werde überzeugt haben. Die hiesige demokratische Partei trifft die Vorbereitungen für eine am nächsten Freitag zu veranstaltende Todtenfeier Robert Blum's in einem sehr großartigen Maßstabe. (Weser Ztg.)

* Wir erhalten in später Stunde die Berliner Post vom 7 Nov. Dänemark hat schriftlich erklärt daß keine Schritte zu Wiedergewinnung der Fregatte Gefion geschehen sollen. Der deutsche Verwaltungsrath will ein Manifest an die Bevölkerungen der verbundenen Staaten zur Vornahme der Reichstagswahlen erlassen.

Ueber den Vorschlag des österreichischen Handelsministeriums für die volkswirthschaftliche Einigung von Oestreich und Deutschland sagt die Berliner Nationalzeitung, das Organ der preußischen Demokratie: „Die materiellen Interessen, so hört man oft und nicht mit Unrecht sagen, regieren die Welt, und bestimmen in letzter Instanz die Politik der Völker und Fürsten. Es erscheint daher jeder Schritt welcher mit Ernst unternommen wird um in die widerstreitenden materiellen Interessen der verschiedenen deutschen Staaten Einheit zu bringen, für das Einigungswerk unseres Vaterlandes uns wichtiger als alle Compromisse, Uebereinkünfte und Verhandlungen der Fürsten, als alle Debatten von Minoritätskammern und alle glattgeleckten Phrasen der officiellen Redekünstler. Von diesem Standpunkt aus halten wir den „Entwurf für die volkswirthschaftliche Einigung Deutschlands und Oesterreichs", welchen das österreichische Handelsministerium jetzt veröffentlicht hat, für ein Actenstück wel-

ches nicht allein national-ökonomische, sondern hohe politische Bedeutung hat, und deßhalb eine nähere Besprechung erheischt. Daß Oesterreich auf diesem Felde die Initiative ergriff, zeugt von der praktischen Tüchtigkeit seiner Staatsmänner; daß es Preußen mit seinem Entwurfe zuvorkam, ist ein neuer Beweis für die alte Wahrheit daß Preußens Handelsministerium die hohen materiellen Interessen des Landes nicht so zu schützen und im Auge zu halten weiß als die Wichtigkeit derselben und die Umstände es gebieten. Während der Minister des Innern in Preußen eine unerhörte Thätigkeit in Octroyirungen aller Art und in den mannichfachsten Versuchen entwickelt eine Art von politischer Einheit Deutschlands zu Stande zu bringen, scheint der Handelsminister, Hr. v. d. Heydt, nur in den kleinlichsten Maßregeln, als Postreformen — von denen noch gar sehr die Frage ist ob sie wirklich Reformen sind — Telegraphendienst-Bestimmungen und anderen Bagatellen seine gesammte Thätigkeit zu erschöpfen, und jene wichtigen Fragen ganz unbeachtet zu lassen, deren Lösung nicht allein der Einheitsdrang der Nation, sondern auch das specifische Interesse Preußens kategorischer als je gebieten. Die Waffen ruhen vorderhand überall in Deutschland, die innere Bewegung hat, wie uns die Regierungsorgane rühmen, einer vollständigen Beruhigung Platz gemacht, Handel und Gewerbe sollen wieder ihre alte Thätigkeit gewinnen, der Credit sich heben und befestigen — und der Handelsminister in Preußen legt die Hände in den Schooß und thut gar nichts. Der Bau der Eisenbahnen welche zur Vervollständigung des preußischen (wenn nicht des deutschen) Netzes nothwendig sind, ruht noch immer; das neue Handelsrecht, welches ein wahres Bedürfniß ist, bleibt noch immer aus, und scheint kaum in Angriff genommen zu seyn; an eine gute Patentgesetzgebung (lois des brévets d'invention), welche so sehr noth thut, wird nicht einmal gedacht; unser Consularwesen wird in dem kläglichen alten Zustande belassen, die mächtige Stellung welche Preußen jetzt im Norden einnimmt, scheint nicht gehörig benutzt zu werden um die Einverleibung norddeutscher Staaten in den Zollverein wenigstens vorzubereiten; und endlich läßt sich Preußen sogar in der allgemeinen Frage der ganz Deutschland umfassenden Zolleinigung von Oesterreich überflügeln! Vergleichen wir hiermit die Thätigkeit des österreichischen Handelsministers. Während Oesterreich den schweren Krieg in Ungarn und Italien führte, hatte doch der Bau der Staatseisenbahnen seinen ruhigen Fortgang. Dreißigtausend Menschen arbeiteten und arbeiten noch zwischen Prag und Teschen an der Bahn welche nach Sachsen führt, und in der sächsischen Schweiz so viele Schwierigkeiten darbietet; auch die Südbahn wurde fortgebaut und bis Laibach vollendet; zu gleicher Zeit der Uebergang des Sömmering und die Linie über den Karst nach Triest festgestellt und in Angriff genommen. Industrielle und Techniker wurden inmitten des Kriegsgetümmels nach St. Petersburg und nach Paris, nach Alexandria und Trapezunt gesandt, um der österreichischen Industrie und dem österreichischen Handel neue Mittel und Wege des Absatzes und der Thätigkeit zu schaffen und auszuspüren; ein weit ausgedehntes Telegraphen-Netz wurde fast über alle Provinzen ausgedehnt; die Verbindung der Süd- und Nordbahn durch eine Bahn welche im Halbkreis um die Hauptstadt Wien läuft, nicht allein beschlossen, sondern das Werk fast vollendet; der Friede mit Sardinien wurde zu gleicher Zeit zum Abschluß eines günstigen Handelstractates benutzt; das Consularwesen wurde gründlich umgestaltet; ein großes ministerielles und vortreffliches Organ, die „Austria“, wurde für die Besprechung der Interessen des Handels, der Industrie und Gewerbe geschaffen, und endlich das ganze Handelsministerium auf rein nationeller Grundlage neu organisirt!“

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 4 Nov. Der Erzherzog Stephan von Oesterreich ist heute Nachmittag zum Besuch hier angelangt. Wie man sagt, wird er seinen Aufenthalt den ganzen Winter über hier nehmen.

Am 6 Nov. ward der allgemeine Landtag durch das Ministerium eröffnet. Die Thronrede zeigt dem Landtag den Beitritt des Großherzogs zum engern Bunde an; die außerordentlichen Staatskosten fänden sich — besonders durch die militärischen Ausrüstungen sehr vermehrt, indessen hoffe die Regierung daß außer der bereits bewilligten und realisirten Anleihe ferner außerordentliche Deckungsmittel entbehrt werden können; dem Landtag werden die Berechnungen zur Ausscheidung des Kronguts, sodann Gesetzentwürfe über die Ablösung von Grundlasten, Pensionirung der Beamten rc. vorgelegt werden. Zum Präsidenten ward Abg. Kitz erwählt, und hierauf wurden mehrere Schreiben des Ministeriums überreicht, unter andern eines über den Anschluß an das Bündniß vom 26 Mai. Dem letzteren lag die Anschlußurkunde selbst an. Der Anschluß ist darnach ein unbedingter mit dem Hinzufügen: daß man es als selbstverständlich annehme, daß das oldenburgische Staatsgrundgesetz nur insofern dadurch Aenderungen erleiden könne als die künftige Reichsverfassung und Gesetzgebung dieß bedinge. Der Verwaltungsrath ferner hat, wie man aus den vorgelegten Papieren ersieht, eingewilligt daß das Wahlrecht zum Volkshause an den Beitrag zur Armensteuer geknüpft wird, die bis auf das Minimum herabgehend nur wenige vom Wahlrecht ausschließt, daß der Wähler nur drei Jahre einem der verbündeten Staaten angehört haben muß, und daß die Wähler statt in drei in zwei Classen zerfallen. (Nordd. Bl.)

Schleswig-Holstein. **Kiel,** 5 Nov. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung erklärte der Departementschef des Innern auf eine Interpellation Rosenhagens: die Statthalterschaft könne auf den Antrag der Landesversammlung den wegen des 5 Sept. v. J. verurtheilten Soldaten allgemeine Amnestie zu ertheilen, nicht eingehen; die militärische Disciplin dulde es nicht; indeß habe sie einzelnen der Betheiligten ihre Strafe umgewandelt oder den Rest der Strafe erlassen, so daß jetzt von den Verurtheilten keiner mehr sich im Zuchthaus befinde, nur zehn noch eine Festungshaft abbüßen. Von Heiberg wurde der Antrag auf Mittheilung der Actenstücke über die Verhandlungen mit der preußischen Regierung begründet; gegen die Dringlichkeit des Antrags sprach sich die Rechte mit Erfolg aus, so daß derselbe an ein Comité verwiesen ward. Nachdem noch der Departementschef v. Harbou erklärt hatte: die Pflicht verbiete ihm viel über die Verhandlungen mitzutheilen, auch sehe er sich nicht im Stande die etwanigen Gründe und Ursachen dieses Verhaltens zu berühren, sey übrigens sowohl im Interesse der Versammlung als der Regierung für ein Comité. In einer geheimen Sitzung beantwortete sodann der interimistische Chef des Kriegsdepartements die Interpellationen über die Stellung der auswärtigen Officiere und über die definitive Wiederbesetzung des Kriegsdepartements. Neben der Landesversammlung hielt gestern Abend eine Versammlung von 75 Deputirten aus allen Theilen der Herzogthümer eine Sitzung in der Harmonie, in der eine Adresse an die Landesversammlung berathen und beschlossen ward. Unter den Deputirten, die meist angesehene, begüterte Bürger waren, sprach sich eine sehr kriegerische Stimmung aus; besonders aus den Städten des nördlichen Schleswig ertönte der Kriegsruf wie es in der Nordd. fr. Pr. heißt. In der von allen fünfundsiebenzig unterzeichneten Adresse wird die Landesversammlung unter anderm aufgefordert dafür Sorge zu tragen, „soweit an Ihnen liegt, daß, von der einstweiligen Herstellung der gesetzlichen Ordnung im Herzogthum Schleswig abgesehen, die Streitfrage zwischen uns und dem Landesfeinde in einem Frieden nicht anders ihre schließliche Erledigung finde als auf Grundlage der Landesgerechtsame, für die wir im März vorigen Jahres die Waffen erhoben, und des verfassungsmäßig ins Leben getretenen Staatsgrundgesetzes; daß, insofern nicht gegründete Aussicht vorhanden ist einen solchen Frieden zu erlangen, schleunigst möglich der Krieg wieder aufgenommen werde, und zwar allein von den Herzogthümern die das große gemeinsame Vaterland der auf ihm ruhenden Verpflichtung thätiger Beihülfe aus freien Stücken entbinden, wenn sie gleich jede bereitwillig gebotene deutsche Hülfe schon als Zeichen eines regen deutschen Gemeinsinnes mit Freuden entgegennehmen werden.“ — Aus Schleswig erfährt man daß von der Landesverwaltung denn nun wirklich der Pastor Haack in Haddebye entsetzt ist, sowie der Schullehrer Burgwardt in Flensburg, „weil er sich geweigert die Bekanntmachung vom 17 Sept. in der Kirche zu verlesen.“ Die Aufregung darüber ist groß.

Oesterreich. — **Wien,** 6 Nov. Die Ostd. Post meldet: „Nach eben eingegangenen Nachrichten aus Semlin vom 1 d. hatte General Hauslab Widdin bereits verlassen und war nach Orsova abgegangen. Der Rest der italienischen Legion, welche nicht österreichische Unterthanen waren, hat sich ebenfalls von Bem getrennt und ist nach Gallipoli, von wo sie nach Genua und Piemont transportirt zu werden verlangen, abgegangen. Kossuth befindet sich mit den übrigen magyarischen Chefs unter strenger Aufsicht in der Festung. Es ist entschieden daß Bems Uebertritt zum Islam unter den Flüchtlingen einen empörenden Eindruck gemacht hatte. Die Magyaren und Polen haben sich einstimmig darüber ausgesprochen.“ In unserer Hauptstadt sind am 2 Nov. acht junge Serben eingetroffen, welche auf Kosten des Fürsten von Serbien eine Reise durch Deutschland machen. Als weitere Notizen habe ich Ihnen zu melden daß das Handelsministerium das bisherige fürstl. Metternich'sche Privilegium auf Verbesserung von Eisengußöfen für erloschen erklärt hat; und endlich daß man gegenwärtig von Seiten des Magistrats ernstlich daran denkt eine den Rue Rocheriat Arbeiter-Casernen in Paris ähnliche Anstalt zur Pflege von Kindern mittelloser Eltern zu gründen, ein Plan dem hoffentlich die allgemeine Theilnahme nicht fehlen wird. — Dem Vernehmen nach werden Anstalten getroffen um die Universität von Olmütz nach Brünn zu verlegen; eine Festung und eine Hochschule sind zu heterogen als daß sie auf die Dauer ohne gegenseitige Beeinträchtigung innerhalb derselben Mauern verbleiben könnten. Man ist daher mit diesem Plan im allgemeinen sehr zufrieden. Noch lieber würde man aber eine Zurück-

verlegung des kaiserlichen Wohnsitzes von Schönbrunn nach Wien vernehmen; allein es werden für die Wache jenes Lustschlosses Anstalten getroffen die auf einen Winteraufenthalt schließen lassen. Dem Const. Bl. a. B. zufolge würde der Proceß des Dr. Fischhof in wenigen Tagen zu Gunsten des Angeklagten beendet. Dem Criminalgericht sey nämlich kürzlich eine allerhöchste Entschließung mitgetheilt daß alles was im Reichstage und in dessen Permanenz geschehen und beschlossen worden ist, keiner criminalgerichtlichen Untersuchung anheimzufallen hätte.

In Uebereinstimmung mit den in der Allg. Zeitung gestern gemeldeten Nachrichten aus St. Petersburg enthält die Wiener lithogr. Allg. Zeitungscorrespondenz von der Militärgränze ebenfalls Muthmaßungen, welche die friedliche Lösung der Flüchtlingsfrage aufs neue der Ungewißheit hingeben. In diesen Gegenden der österreichischen Monarchie wird die Aussicht auf Krieg, die besonders unter dem Militär vorherrscht, auch dadurch im Gang erhalten weil nach Handelsnachrichten aus Bosnien ein Tatar von Konstantinopel angelangt seyn soll, welcher die Handelsverbindungen mit Oesterreich als aufgehoben erklärt habe, worauf die österreichischen Zwetschgeneinsammler und andere Speculanten zur Rückkehr sich gezwungen glaubten.

○ Wien, 6 Nov. Der Grund der Entschiedenheit mit der die Cabinette von Wien und St. Petersburg auf der Auslieferung der in die Türkei geflüchteten Insurgenten beharrten, ist nun, da auch die Plane der Insurgentenchefs offenkundig geworden, vollkommen enträthselt. Die öffentliche Meinung beginnt die Motive dieser anscheinend strengen Handlungsweise ihrem ganzen Umfange nach zu würdigen. Was die Schweiz im Westen, sollte die Türkei für die magyarisch-polnische Propaganda im Osten werden, eine Zufluchtsstätte der Malcontenten. Die nahe Gränze, die Leichtigkeit die Fäden der Conspiration allmählich wieder über das moralisch noch nicht pacificirte Ungarn zu leiten, in die Jugend dieses Landes fortwährend dieselben Gesinnungen zu impfen, wie solche der Jugend der polnischen Ländertheile in den höheren gesellschaftlichen Schichten leider schon immanent sind, die Nähe der Donaufürstenthümer, deren Zwitterzustand Sympathien erwarten ließ, die Aufregung in Bosnien — das waren die Factoren welche Kossuth und Bem unter der Aegide des Asylrechts zu einem baldigen Freischaarenzuge benützen zu müssen glaubten. Der Ernst mit dem Rußland und Oesterreich die Flüchtlingsfrage behandelten, imponirte der durch die Einflüsterungen Englands verblendeten Pforte, die bald genug bedauern wird sich die Feinde jeder staatlichen Ordnung auf den Hals geladen zu haben. Welche Plane die türkische Regierung durch den Schutz den sie den Flüchtlingen gewährte, und den Führern derselben die von der straffreien Rückkehr ausgeschlossen sind, noch gewährt, auch verfolgen mag, sie wiegen den Nachtheil nicht auf der ihr aus der Aufnahme des revolutionären Elements über kurz oder lang erwächst. Sie hat Parteigänger in das Land gezogen; daß diese nicht müssig seyn, sondern bald sich einen Anhang zu verschaffen wissen werden, ist sicher anzunehmen. Das Benehmen der Pforte in der Flüchtlingsangelegenheit hat, so sehr es von mancher Seite her gebilligt und gepriesen wird, die orientalische Frage um ein bedeutendes näher gerückt, und den Frieden Europa's auf lange Zeit hin zu einem bewaffneten gemacht; nur noch ein Ruck von solcher Bedeutung, und der gewaltsame Zusammenstoß ist unvermeidlich. Abgesehen von diesen in das Gebiet der Conjecturalpolitik gehörigen Betrachtungen, ist die Gefahr welche man durch die magyarische Emigration für Oesterreich befürchtet, bei weitem nicht so groß als für die Pforte selbst. Die magyarischen Emigrés haben im Heimathlande jeden Stützpunkt verloren, sie werden herzlich gehaßt fast von allen Parteien, selbst von einem Theil der Ultranationalen. Ihr ungezügelter Ehrgeiz wird von diesen als die Quelle all des Unheils bezeichnet das über das Land hereingebrochen. Daß die Altconservativen auf den Agitator und seinen Anhang nicht gut zu sprechen sind, versteht sich von selbst, denn die Kraft die im magyarischen Elemente lag, ist durch ihn gebrochen, und ein dem seinigen gerade entgegengesetzter Weg muß eingeschlagen werden um dieselbe wieder zu gewinnen. Die Voranstalten zu dieser Aenderung der Politik sind auch bereits getroffen. Die Altconservativen umlagern den Thron, dem sie nach der nun auch in Ungarn publicirten Reichsverfassung nicht mehr als begünstigte, sondern als gleichberechtigte Staatsbürger angehören sollen, mit Rückschrittsideen. Ein constitutionelles Oesterreich dünkt ihnen eine Unmöglichkeit, im Absolutismus allein findet, ihrer jetzigen, doch nur zum Schein dargelegten Ansicht nach, der österreichische Kaiserstaat künftig seinen Schwerpunkt wieder. Zu diesem Spiele haben sie aber die Karten etwas zu rasch gemischt, die List ist einerseits zu plump gewählt und birgt andrerseits zu viel des Gefährlichen in sich, als daß dieses ganze Manöver mehr als die flüchtigste Verwunderung hervorrufen sollte. Selbst das plötzliche unerwartete Liebäugeln der Altconservativen vom geschmeidigern Schlage mit der Reichsverfassung wird mit jener Vorsicht hingenommen die so gewandten Gegnern gegenüber mehr als nöthig ist. Der eigentliche Schlachtplan dieser Partei ist voraussichtlich folgender: man fügt sich dem vorderhand Unabwendbaren, der octroyirten Verfassung vom 4 März, drängt aber nebenbei mit den Föderalisten der übrigen Kronländer um schnelle Einberufung der Landtage, aus denen sodann der Reichstag hervorgeht — der Reichstag, der nichts eiligeres zu thun haben wird als den Centralisationsideen des jetzigen Ministeriums einen föderalistischen Riegel vorzuschieben. Im Hinblick auf Böhmen und Italien, auf die dem Föderalismus huldigenden Fractionen in Galizien und Croatien hätte dieser Plan einige Chancen für sich, doch er wird paralysirt werden. Der Bestand Oesterreichs als Gesammtstaat muß hier vor allem als bedingend wirken. Vorderhand sucht die mehrerwähnte Partei das in Obigem dargelegte Endziel ihres regierungsfeindlichen Strebens durch loyale Schachzüge zu verdecken, sie genügen aber nicht mehr. Im Zeitalter der raschen That haben Worte, Versicherungen u. s. f. keine andere Bedeutung als die welche eben in ihren Begriffen liegt. Man ist in Oesterreich endlich zur Ueberzeugung gekommen daß der magyarische Adel vom Throne zumeist nur den Glanz liebt; ist dieser verwischt so ist auch die Liebe weg. Man hält sich nicht mehr an die Schale, man sieht auf den Kern, und der ist in den Mittelschichten der gesündeste. Die Politik der materiellen Interessen scheint bei uns die maßgebende werden zu wollen, und, offen gesagt, dieser Wendepunkt ist ein glücklicher. Mit der letzten Zollschranke die Ungarn von den übrigen Kronländern trennte, zerfällt auch der Begriff des **divide et impera**, wird begraben um nie wieder zu erwachen. Die letzte Zollschranke zwischen den innerösterreichischen Provinzen und Ungarn ist aber noch nicht gefallen, und darum setzt man alle Hebel in Bewegung es zu verhindern. Die Ultramagyaren begreifen nur zu gut daß ihr letztes Stündlein geschlagen hat, daß ihre bisher ausgeübte Suprematie in sich zerfällt, wenn der materielle Vortheil mit dem nationalen Vorurtheil den Kampf beginnt. Diesen Kampf suchen sie zu vermeiden, und zwar mit einer fluchtähnlichen Hast. Sie stellen sich besiegt, überlassen dem Gegner Terrain, aber nur in der Voraussetzung daß sein Sieg, wenn er ihn nicht rasch und mit der nöthigen Vorsicht zu benutzen versteht, doch noch zur Niederlage wird. Ziemlich naiv sind ihre Argumentationen in Betreff der angeblichen Schädlichkeit der Union. „Wir wollen die treuesten Hüter der Dynastie, die aufopferndsten Staatsbürger seyn, wenn —"; dieses wenn birgt aber eine Welt von Hemmnissen für die fernere Fortentwickelung Oesterreichs. Eines scheint mir klar: der Weg verständiger Centralisation führt in Oesterreich zu vernünftiger Freiheit, der Pfad des trennungsüchtigen Föderalismus durch neue Revolutionen zur — Despotie.

§ Wien, 7 Nov. Der in der Wiener Ztg. heute veröffentlichte und vom Kaiser sanctionirte Vortrag des Justizministers, betreffend die Voreinleitung zur Erzielung eines allgemeinen Privat-, See- und Handelsrechtes für alle österreichischen Kron- und deutschen Bundesländer, ferner der damit in Verbindung stehenden Einführung der von der provisorischen Centralgewalt Deutschlands am 27 Nov. 1848 bereits publicirten allgemeinen deutschen Wechselordnung bildet einen weiteren wichtigen Schritt in der von Oesterreich nunmehr ergriffenen Initiative zur Anbahnung der neulich erwähnten Zoll- und Handelseinigung zwischen Oesterreich und dem gesammten übrigen Deutschland.

dt Wien, 7 Nov. Sie werden in der heutigen Wiener Ztg. die Ernennungen des Grafen Wratislaw zum Commandanten des ersten, Radetzky's des zweiten, Baron Haynau's des dritten, und Baron Hammerstein des vierten Armeecorps finden; das fünfte steht bekanntlich unter dem Ban. Ein anderer wichtiger Erlaß ist die kaiserliche Ermächtigung des Justizministers zur Einleitung von Unterhandlungen mit den betreffenden Staaten des deutschen Bundes über ein gemeinsames Handels- und Seerecht. Der ministerielle Vortrag weist auf die geographische Nothwendigkeit einer innigeren Einigung mit Deutschland hin, auch der verwandten politischen Institutionen und der großen Vortheile wird gedacht welche aus der Zwischenverbindung der beiden deutschen Meere entspringen würden. Ein anderer wichtiger gesetzlicher Act, die Einführung der deutschen Wechselordnung, wie sie von der Centralgewalt für Deutschland publicirt worden, in ganz Oesterreich wird in Aussicht gestellt. Die Verständigung über das gemeinsame Recht will man durch Vereinbarung mit den deutschen Seestaaten erreichen, und zu diesem Zweck einen Handelscongreß berufen. Sie sehen es wird ernst mit der „Einigkeit", und Oesterreich ist dießmal in der seltenen glücklichen Lage „an der Spitze der Bewegung zu stehen." Ueber den gestrigen Vorfall zwischen dem Stadtcommando und den Redactionen der hiesigen Journale kann ich Ihnen berichten daß die Sache beigelegt wurde, indem die Journale den zugeschickten Artikel zu der korbgeflochtnen Manuscriptenhölle mit dem Dante'schen **lasciate ogni speranza** verdammten. Man hat ihnen in höherer Instanz Aufnehmen oder

zurücklegen ganz freigestellt. Der „Lloyd" erklärt darüber daß er in der Zusendung eine Verwechslung der Adresse sehen wolle, indem der Aufsatz nur für die Wiener Ztg. bestimmt seyn konnte. (Sie finden ihn in der Abendbeilage vom 6 d.) Das Abendblatt der Presse bringt wieder etwas Kriegsgeschrei aus dem Orient. Nach einer Nachricht aus Konstantinopel vom 27 v. M. rüstete man gewaltig in den Arsenalen, während man aus Smyrna vom 29 v. M. schreibt daß eine französische Flotte von 6 Linienschiffen und Gefolge geringern Calibers von Toulon nach der Levante aufgebrochen sey.

△ **Wien,** 7 Nov. Berichte aus Konstantinopel vom 27 Oct. melden daß Rußland sich mit der friedlichen Lösung der Flüchtlingsfrage begnügen werde, wenn die Türkei ihr Recht der Suzeränetät auf die Donaufürstenthümer aufgebe und deren Selbständigkeit unter Rußlands Protectorat anerkenne.*) Uebrigens hat Fuad Effendi gemeldet daß nach den Versicherungen des Grafen Nesselrode der russische Kaiser (wie bekannt) nicht mehr auf der Auslieferung beharre. Demselben Bericht entnehme ich daß die Türken das Erscheinen des Generals Hauslab mit scheelen Augen gesehen haben; es hat jedoch dieser wohlmeinende Schritt der österreichischen Regierung die beste Wirkung gemacht. Einer heutigen Bekanntmachung in der Wiener Zeitung entnehmen wir eine Widerlegung der über die Behandlung der politischen Gefangenen ausgesprengten böswilligen Gerüchte. Die Gefangenen werden nach dieser Mittheilung mit möglichster Rücksicht behandelt, und können lesen, schreiben und Besuche empfangen, und—was das wichtigste ist, werden zu keiner Arbeit gezwungen.

Oesterreichische Monarchie.

Im Bacser Comitat hat sich, nach der Preßburger Ztg., unter den dort an Zahl, Betriebsamkeit und Wohlstand so sehr überwiegenden Deutschen eine mächtige Opposition gegen die Einverleibung ihres fruchtbaren Landstriches in die projectirte Wojwodina erhoben. Die Deutschen sind eher entschlossen auszuwandern als sich die Oberherrschaft der Serben gefallen zu lassen. Eine Adresse an den Kaiser in diesem Sinne, welche bereits 100,000 Unterschriften zählte, wurde vorbereitet, als deren weitere Unterzeichnung und Verbreitung von dem serbischen Commissär Nikolics auf das strengste verboten wurde. Der Districtscommissär Latinovics hat in Folge dieses Verbots seine Stelle niedergelegt. — Die Nachricht daß in der nächsten Zeit die Zollschranken zwischen Ungarn und den übrigen Kronländern fallen werden, erregt in Ungarn eine allgemeine Zufriedenheit unter der Masse der Bevölkerung. Man hört daß die Regierung beabsichtige den Ausfall in der Einnahme durch eine Verzehrungssteuer zu decken. Nur dem Tabak soll sein altes Privilegium erhalten bleiben.

Großbritannien.

London, 5 Nov.

General Sir George Anson, Gouverneur des Invalidenhauses in Chelsea bei London, ist 80 Jahre alt plötzlich gestorben. Er war Oheim des Grafen v. Lichfield und des unlängst verstorbenen Privatcassiers der Königin, G. E. Anson Esq.

Sir J. Roß, der zur Aufsuchung des Sir J. Franklin ausgesandt und selbst lange Zeit verschollen war, ist nach einer sehr schlimmen Fahrt in den Hafen von Scarborough (Yorkshire) zurückgekehrt. Er bringt keine Nachricht von Franklin mit, indessen veröffentlicht soeben die Shipping Gazette einen Brief aus Kirkaldy vom 1 Nov., wornach ein daselbst aus der Davis-Straße angelangter Wallfischjäger ebenfalls von einer Anzahl Esquimaux, die sein Schiff besucht, vernommen daß im Prince Regent's Inlet seit vier Jahren zwei große Schiffe eingefroren liegen, daß die Mannschaft sich wohl befinde und an Lebensmitteln (Fischen und Rennthierfleisch) keinen Mangel leide. Eine ähnlich lautende Nachricht, jedoch ebenfalls nur auf der Aussage von Esquimaux beruhend, ist (wie gestern erwähnt) nach den Vereinigten Staaten gelangt. Ein Capitän Chapel, von der Barke „M'Lellan," brachte sie aus der Davis-Straße nach New London in Connecticut. Indessen fehlt es noch immer nicht an Zweiflern. — Mit dem Postdampfboot „Hermann," das von New-York nach Bremen geht, kam ein amerikanischer Staatsbote mit Depeschen für London und Paris.

⁑ **London,** 6 Nov. Eine neue amerikanische Post, um vier Tage neuer als die vorgestrige, bringt dd. Montreal 22 Oct. die Nachricht daß der Regierungssitz der Provinz Canada definitiv von dem unruhigen Montreal nach Toronto (Ober-Canada) verlegt ist — eine Maßregel die in der Londoner Presse sehr verschiedene Beurtheilung findet. In Ober-Canada herrscht die Bevölkerung von englischer Abkunft vor.

*) Schon vor etwa zehn bis zwölf Tagen ward uns bekanntlich diese angebliche Bedingung Rußlands aus Galacz mitgetheilt.

Frankreich.

Paris, 6 Nov.

Durch Decret vom 4 Nov. ist der Divisionsgeneral Baraguay d'Hilliers zum Oberbefehlshaber der Expeditionsarmee des Mittelmeers (im Kirchenstaat) ernannt. Wenn die Gazette de France recht unterrichtet ist, so ist der Papst über das Votum der Nationalversammlung in der römischen Frage so befriedigt, daß er Hrn. v. Rayneval seine Absicht zu erkennen gegeben hat nach Rom zurückzukehren, daß zu diesem Behuf ein französisches Fahrzeug zu seiner Verfügung gestellt ist, und dem Präsidenten der conservativen Coalition in dem Verein der Poitiersstraße, später des Staatsraths, die Ehre vorbehalten zu seyn scheint Se. Heiligkeit in die heilige Stadt zurückzugeleiten.

Das erste Auftreten des Ministeriums ist kein glänzendes, aber auch kein unglückliches gewesen. Die Nationalgarde von Lyon bleibt vorläufig bis Ende des Jahrs aufgelöst. Dem Grund daß der dort befehligende General Gemeau im Fall ihrer Reorganisation mit der jetzigen Truppenmacht von 10,000 Mann nicht auszureichen erklärt und eine Verstärkung von 15,000 Mann verlangt hatte, konnte die, wenngleich schmollende Majorität nicht widerstehen, sie ließ Hrn. F. Barrot eine Zeitlang, scheinbar theilnahmlos, mit der Linken sich herumbeißen und genehmigte dann die Maßregel. Eine weitere Verhandlung betraf einen Antrag des General Baraguay d'Hilliers gegen die unentgeltliche Aufnahme in die Militär- und die polytechnische Schule. Der General will aus politischen und finanziellen Gründen daß das Decret der verfassunggebenden Nationalversammlung vom 19 Jul. 1848, welches die freie Zulassung aufstellt, beschränkt oder aufgehoben werde, und die Versammlung beschloß mit 337 gegen 207 Stimmen den in den Augen der demokratischen Presse reactionären Antrag in Erwägung zu ziehen. Heute war eine nur kurze unerhebliche Sitzung. Die noch nicht beendigte Wahl der Marinecommission wurde fortgesetzt, ein Antrag auf Verbesserung der Straßen in den Departements wo keine Eisenbahnen sind besprochen und wiederzurückgenommen, endlich zur Vollendung des Hôtels der Präsidentschaft der Nationalversammlung 135,745 Fr. bewilligt.

Seit dem Cabinetswechsel sind noch wenig Veränderungen in Besetzung der Stellen vorgenommen worden. Der Minister des Innern und der Finanzminister haben, der eine Hrn. Edmond Blanc, der andere Hrn. Pelletier zu Cabinetschefs ernannt, der Unterrichtsminister hat Hrn. Jourdain in dieser Eigenschaft beibehalten. Der bezeichnendste Act ist die Sendung des Generals Baraguay d'Hilliers — ist es eine Gunst oder eine ehrenvolle Beseitigung eines unbequemen Einflusses? Bei einer Musterung in Versailles am Sonntag hatte der Präsident der Republik den General Changarnier zum Begleiter. Es scheint also daß der wichtige Posten des Oberbefehls über die Besatzung und Nationalgarde der Hauptstadt vorläufig nicht anders besetzt wird. Dagegen sprechen die Journale davon daß die Verwaltung der Departements nur persönlichen Anhängern des Präsidenten anvertraut werden solle, und daß demnächst die Ernennung von 25 neuen Präfecten zu erwarten stehe. Bei den letzten Abendgesellschaften im Elysée, gesteht der Dix Décembre selbst, glänzte die Majorität durch ihre Abwesenheit, desto eifriger war aber die Diplomatie vertreten, und unter den eingeführten Personen befand sich auch die reiche Engländerin Miß Burdett-Couts, welche von Lord Normanby vorgestellt ward. Ihr Erscheinen hat das vor einigen Monaten in der diplomatischen und Finanzwelt verbreitete Gerücht von dem Plan einer ehelichen Verbindung zwischen ihr und L. Bonaparte wieder in Erinnerung gebracht, umsomehr da gleichzeitig die Sage geht eine der ersten Amtshandlungen des neuen Cabinets werde seyn die Nationalversammlung um eine Vermehrung des Repräsentationsaufwands um 3 Mill. Fr. für den Präsidenten der Republik anzugehen. Solche Ansinnen dürften dort die Parteischeidungen in der bisherigen Coalition leicht beschleunigen, sie scheinen jedenfalls unausbleiblich, schon halten Legitimisten und Orleanisten wieder abgesonderte Versammlungen, und das Organ des liberalen Bonapartismus, La Liberté, spricht von Bildung einer neuen parlamentarischen Partei welche die persönliche Politik des Präsidenten zur Richtschnur nehmen werde.

Die Journale melden den Tod des Baron de Cabre in Passy, weiland französischen Gesandten am kurfürstlichen Hof zu Kassel, einer Residenz (wie das J. des Débats bemerkt) wo die politischen Angelegenheiten ohne Wichtigkeit waren, wo aber dieser Diplomat Gelegenheit fand in Unterhandlungen mit mehreren deutschen Staaten den Zollverein in seinen dem französischen Interesse nachtheiligen Tendenzen mit Erfolg zu bekämpfen. Eine Empfehlung des kleinstaatlichen Gesandtenrechts! Ein anderer Todesfall ist der des Hrn. Lesur, Verfassers mehrerer geschätzten

Schriften, eines Essai sur la puissance russe, einer Histoire des Cosaques, eines Werks: la France et les Français, und Gründers des Annuaire historique universel. Auch Hr. Ch. de Lasteyrie, Vicepräsident und einer der Stifter der Société d'Encouragement, ist gestorben.

Während die Nachrichten aus dem Süden Algeriens in hohem Grade beunruhigend lauten, schreibt der Toulonnais vom 1 Nov.: „Nach Zeitungen und Briefen aus Gibraltar scheint es daß unsere Zwistigkeiten mit Marocco, die man beendigt glaubte, vielmehr eine schlimmere Wendung genommen haben. Der Kaiser Abder-Rhaman hat bloß Zeit gewinnen wollen. Es ist immer dasselbe System. Man fragt sich ob die Regierung der Republik sich entschließen wird endlich mit Nachdruck aufzutreten gegen einen unredlichen Freund, der gewohnt ist Großmuth für Schwäche zu nehmen."

* **Marseille,** 3 Nov. Man schreibt von Malta vom 26 Oct. daß die französische Mittelmeerflotte unter den Befehlen des Admirals Parseval-Deschênes, bestehend in sechs Linienschiffen und zwei Fregatten, in der Nähe der Insel vorbeikam, indem sie ihre Richtung nach dem Orient verfolgte. Die Dampffregatte Descartes ist allein in den Hafen von Malta eingelaufen. — Die Nachricht von dem Ministerwechsel hat in unserer Stadt allgemeines Erstaunen erregt. — Gestern starben hier sechs Personen an der Cholera.

Italien.

Aus Piemont, 29 Oct. Mit Eifer wird an der Eisenbahn gebaut, und in zwei Jahren dürfte die Bahn vom Fuße des Mont-Cenis bis Genua dem Verkehr übergeben seyn. Die ungeheuren Arbeiten in den Ausläufern des Apennin, die in einem breiten Gürtel Genua umgeben, sind an den verschiedensten Stellen in Angriff genommen.

Turin. Die amtliche Zeitung vom 6 Nov. verkündigt die Ernennung des Generallieutenants Cav. Alfonso della Marmora zum Kriegs- und Marineminister, anstatt des zurückgetretenen Generals Bava; ferner die Ernennung des Civilgenie-Inspectors Cav. Pietro Paleocapa zum Minister der öffentlichen Arbeiten, welches Departement bisher der Minister des Ackerbaues und des Handels, Hr. v. Santa Rosa, interimistisch verwaltet.

Schweiz.

△ **Bern,** 5 Nov. Weil noch immer eine Anzahl Schweizer als Kriegsgefangene in der Festung Rastatt zurückgehalten werden, hat der Bundesrath sich veranlaßt gesehen einen eigenen Commissär in der Person des Hrn. Obersten Stehelin von Basel an die betreffenden badischen Behörden abzusenden mit dem Auftrag auf die Befreiung der gedachten Gefangenen hinzuwirken, denselben mit seinem Rathe an die Hand zu gehen und für möglichste Erleichterung des Looses dieser Unglücklichen sich zu verwenden. Aus dem Berichte des Delegirten geht hervor daß aus der Schweiz noch 64 Individuen in Rastatt gefangen sitzen, welche 18 Kantonen angehören; zwei sind gestorben. Nach dem Berichte ist in Beziehung auf die Beköstigung der Gefangenen auf ziemlich genügende Weise gesorgt; dagegen ist die Kleidung von manchen in äußerst kläglichem Zustande angetroffen worden, was namentlich im Hinblick auf die kommende rauhere Jahreszeit Besorgniß erwecken muß. Der Bundesrath hat nun durch die Kantonsregierungen die Verwandten der Gefangenen auffordern lassen ihren Angehörigen einige Unterstützung zukommen zu lassen. Die Bewilligung des Festungscommandanten zu derartigen Sendungen ist noch nicht erfolgt, wird aber erwartet; auch hofft der Bundesrath daß die Freilassung wenigstens derjenigen Gefangenen in nicht zu ferner Zukunft erwartet werden darf welche als weniger gravirt erscheinen. Dem Regierungsrath von Bern hat der Bundesrath angezeigt daß er hinsichtlich der Ausweisschriften derjenigen badischen Flüchtlinge die sich in ihre Heimath zu begeben gedenken, um die Verwendung des badischen Gesandten in der Schweiz nachgesucht, welcher sofort an die betreffenden Kreisregierungen geschrieben habe und die Zusendung der verlangten Ausweisschriften innerhalb 14 Tagen gewärtige, worauf der Rückkehr derselben keine Hindernisse mehr im Wege ständen. Um der Unordnung in der Vertheilung der aus Deutschland fließenden Unterstützungen für die Flüchtlinge abzuhelfen, hat sich in den letzten Tagen hier ein Central-Comité gebildet welches sich mit den Unterstützungscomités in Deutschland in Verbindung setzen und die einlangenden Gaben an die hiesigen Kantonalcomités je nach Verhältniß der von ihnen zu verpflegenden Flüchtlinge vertheilen wird. Aus Lausanne wird gemeldet daß ein Theil der Garibaldischen Legion dort angekommen und mit großer Sympathie aufgenommen worden sey. — Die Einbrüche und Diebstähle in und um Bern dauern noch immer fort, während man die Diebsbande in den Jurawaldungen entdeckt und mehrere Individuen derselben gefangen genommen hat. Eine Versammlung von Abgeordneten aus verschiedenen Gemeinden des Kantons Genf hat folgende Candidatenliste der Conservativen festgestellt: Cramer, General Dufour, Jacquier, Montfalcon, Odier-Cazenove, Rigaud-Constant, Turretinio Favre. Die Conservativen hoffen bei den Wahlen auf eine große Mehrheit, denn nur hierdurch könnte ein Staatsrath aus ihrer Partei die Schwierigkeiten überwinden die ihm der radicale große Rath in den Weg legen wird. Sollten die Radicalen Gewalt anwenden, so rechnen ihre Gegner auf den Schutz des Bundesraths.

Griechenland.

*† **Athen,** 30 Oct. Die englische Flotte, bestehend aus 14 Kriegsschiffen verschiedener Größe, war vor einigen Tagen in der Nähe unserer Küsten, und nahm ihre Richtung gegen Tenedos, wohin auch die französische Flotte segelte. Alle Tage kommen und gehen, oft zur Nachtzeit, englische Dampfer, übergeben ihre Papiere und ziehen weiter. Niemand weiß woher, wohin. Nach fünf regenlosen Monaten und nach einem Wärmegrade welcher noch im Monate October fast unerträglich war, ist endlich der Winter eingetreten, und der fruchtbarste Regen bei 15 Grad Réaumur gießt in Strömen vom Himmel.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 6 Nov. Consols 92 7/8; Bank Stock 198 1/2; Schatzsch. 48 Sh. Span. 3proc. 35.

Paris, 6 Nov. 3proc. 55.75; 4 1/2proc. 77.65; 5proc. 87.90; Bankactien 2380; belg. 5proc. 94 3/4; Anleh. v. 1842 94 3/4; österr. Loose v. 1834 385; dito herausgekommene 390; röm. 89; span. active 22; pass 3 1/2; innere Sch. 27 1/8; piem. 5proc. 82.60; Obl. v. 1849 890; Vers. rechte U.-B. 210; linke 167.50; Paris-Orleans 725; Rouen 525; Straßburg 356.25; Nordbahn 428.75; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 297.50; Bordeaux 397.50; Tours-Nantes 282.50; Dieppe-Fecamp 182.50; Mont.-Troyes 105.

Amsterdam, 6 Nov. 2 1/2proc. 53 5/16; 3proc. 62 3/4; 4proc. 82 3/8; port. 5proc. 33 3/16; Metall. 5proc. 83 3/4; belg. 2 1/2proc. 45 3/4; Ard. 12 11/16. Curs auf London 12.05 f. S. Curs auf Hamburg 34 15/16 f. S.

Augsburg, 9 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 1/2 P. 5proc. 100 3/8 P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1120 P. Württem. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 8 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87; Bankactien 1322 P.; preuß. Staatsschuldsch. 88 1/2; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 83; Ludwigsh.-Berbach 85 1/8; württemb. 3 1/2proc. 80 3/4; 4 1/2proc. 94 1/8; bad. 5proc. 97 3/4; 3 1/2proc. 78; darmst. 4proc. 88 1/2; 3 1/2proc. 82; nass. 5proc. 101 3/8; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankfurt 3proc. 79; 3 1/2proc. 92 3/4. 89; Disconto 2 1/4 G.

Berlin, 3 Nov. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. 106 1/2 B. Staatschuldsch. 88 1/2 G. Prämiensch. 101 G. Eisenbahnactien: Berlin-Anh. AB. 90 3/4 bz. Berl.-Hamb. 86 1/4 à 85 1/2 bz. Berl.-Stett.-Starg. 102 5/8 à 3/8 bz. Berl.-Potsd.-Magd. 65 1/2 à 65 bz. Halle-Thüringer 69 B. Köln-Minden 96 1/4 à 96 bz. Köln-Aachen 49 1/4 B. Düsseld.-Elberf. 79 1/2 à 79 bz. St.-Bohw. 36 B. Niederschl.-Märk. 84 1/4 B. Oberschl. A. 106 1/4 B., dito B. 104 B. Cosel-Oderberg 61 G. Krakau-Oberschl. 69 3/8 à 69 B. Berg.-Märk. 50 1/4 bz. Starg.-Posen 84 1/2 G. Magd.-Wittenb. 72 à 71 1/2 G.

♀ **Wien,** 7 Nov. Unsere Börse war auch heute, trotz der günstigeren Pariser Notirungen matt, und die Curse sogar weichend, indessen besserte sich gegen den Schluß die Stimmung zunächst für Metalliques und Nordbahnactien, welche gestern um 1/2-3/4 Proc. höher gingen. Fremde Devisen boten wenig Veränderung dar, und herrschte in denselben, mit Ausnahme von lang London und Augsburg, wenig Nachfrage. Gold und Silber haben wieder angezogen und bleiben Comptanten fortwährend gesucht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 93 11/16–93 3/4. 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 3/8–83 1/2. Loose vom J. 1834 162 1/2–163, Loose vom J. 1839 112 3/4–113, Bankactien 1195–1200, Nordbahnactien 107–107 1/8, Gloggnitzer 108–108 1/2, Mailänder 78 1/2–78 3/4, Pesther 74 1/2–74 3/4. London (in l. S.) 10.50–10.52, Hamburg 157 5/8–158, Augsburg uso 107 3/4 G., Frankfurt 107 3/4 P., Amsterdam 150–151, Mailand 98 1/8 G., Livorno 105 1/2–106, Genua 124 1/2 G., Paris 127 3/4 P., Marseille 127 5/8 P. Goldagio für kais. Münzducaten 13, Silberagio 7 1/2 Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Historisches Taschenbuch für 1850. — Die württembergische Alpbahn. — Die Zustände in Baden. — Spanien (das Intriguenstück bei Hof). — Neapel (Pius IX nach Benevent).

Historisches Taschenbuch für 1850.

rp. Von Friedrich v. Raumers historischem Taschenbuche, das seit 1830 unausgesetzt erscheint, liegt der neueste Band (3te Folge, 1ster Jahrgang. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1850) vor. Vom Herausgeber finden wir dießmal keinen Beitrag. Unter den fünf Aufsätzen (von G. E. Guhrauer, A. F. H. Schaumann, F. W. Barthold, G. F. Waagen und R. Prutz) kann der Schaumann'sche über die „Geschichte der Bildung des deutschen Bundes", ferner Bartholds „Geschichte der deutschen Seemacht", von der jedoch erst die erste Abtheilung hier mitgetheilt wird, und endlich das Lebensbild von Prutz „Karl Friedrich Bahrdt" des Stoffes wegen ein allgemeineres Interesse in Anspruch nehmen.

Barthold redet zunächst von dem Ungünstigen das sich in der Lage Deutschlands der Begründung einer Seemacht entgegenstellt, zeigt wie die alten Germanen zur See ihre eigenen Lehrmeister waren, und läßt die frühesten Unternehmungen der Bataver, Friesen und Chauken, der Franken und Sachsen an uns vorübergehen. Er spricht dann vom Seefahrerberuf der Altsachsen und der Eroberung Britanniens. Im zweiten Capitel zeigt sich unserm Auge die Seemacht der Merovinger und der ersten Karolinger, wir sehen die Friesen durch Pipins Flotte unterworfen, Karl den Großen als Schöpfer einer Seemacht auf vier Meeren, und zuletzt England durch die französischen Normands erobert. Im dritten Capitel sehen wir den Ursprung der deutschen Seemacht durch den Handel der Städte in Sachsen und im Niederland und die Seemacht der Ostseeslaven als materielle Grundlage der wendischen Hansestädte; ferner die Anfänge der deutschen Hansestädte selbst, Lübecks Aufstreben und die zahlreichen Einwirkungen der Kreuzzüge und anderer Weltereignisse auf die Schifffahrt. Im vierten Capitel die Entwicklung des Handels und der Seemacht Flanderns und des Niederlands, die Selbstbefreiung Lübecks, die Aufhebung des Strandrechts, die diplomatische Grundlegung der deutschen Hansa, die wehrhafte Schifffahrt des deutschen Städtebundes, den ersten gemeinschaftlichen Seekrieg der Hansestädte. Im fünften Capitel rühmt der Verfasser das Verdienst der wendischen Seestädte um die Behauptung der nördlichen Reichsgränzen, den großen siegreichen Krieg der deutschen Hansa wider die Dänen und den glanzvollen Frieden zu Stralsund. In der Periode welche das sechste Capitel behandelt, zeigt sich zunächst eine große Unsicherheit der Schifffahrt, die Vitalienbrüder treten auf, die Union von Calmar wird geschlossen, Gothland ist im Besitz des deutschen Ordens, Erich führt wegen Schleswig Krieg mit den wendischen Städten, die Holländer sagen sich von der Hansa los. Wir sehen „unsere nüchternen Kaufherren von Köln, Lübeck, Stralsund und Danzig, unsere hausbackenen Seehelden mit bewunderungswürdiger Thätigkeit sich mischen unter jene hochtragischen Gestalten denen Shakspeare's Dichtung ein unsterbliches Leben verbürgt." Barthold bemerkt: „Wäre es einem der mönchischen Bewohner des Stahlhofs in den Sinn gekommen auch nur schlicht zu erzählen was zu seiner Zeit im nahen Tower vorging, wir erblickten im unverdunkelten Zusammenhang wie, von Dichtern und Chroniken vergessen, die Hansen, die deutsche Seemacht, Yorks und Lancasters Schicksale bedingten." Am Schluß des sechsten Capitels sehen wir Burgund habsburgisch ohne Vortheil für die deutsche Seemacht und die spanische Heirath Erzherzog Philipps des Schönen. Damit, mit dem Jahr 1496 also, schließt die erste Abtheilung dieser Geschichte der deutschen Seemacht, von deren Anfang, obgleich sie noch im Mittelalter stehen geblieben ist, wir dem Leser doch schon einen raschen Ueberblick geben zu müssen glaubten und deren Beendigung jeder patriotische Geschichtsfreund mit Spannung entgegensehen muß.

Schaumann (wenn wir nicht irren von Göttingen nach Jena berufen als Ludens Nachfolger) hat in seiner zum Theil aus ungedruckten Quellen geschöpften Geschichte der Bildung des deutschen Bundes auf dem Wiener Congreß sich streng an das Thema gehalten, und nur darzustellen gesucht wie die Gesammtverfassung von 1815 für Deutschland nach und nach zu Stande gekommen ist. Seiner eigenen Erklärung zufolge hat er weder eine Kritik der Bundesacte noch eine Geschichte der territorialen Bildung der einzelnen Bundesstaaten liefern wollen. Die Gelegenheit aber bei einigen Hauptpunkten unseres deutschen Verfassungswerkes Vergleichungen anzustellen zwischen dem was 1815 und dem was 1848 und 1849 geschehen ist (sogar der Gedanke einer Zweiherrschaft in Deutschland war bekanntlich den früheren Einheitsbestrebungen nicht fremd), hat er nicht von sich weisen wollen, wenn gleich im ganzen die Vergleichungen des jungen Gelehrten — zum Nachtheil unserer Zeit ausfallen. Die Kaiserfrage steht seiner Meinung nach 1849 noch gerade so wie in Wien 1815, eher noch um ein bedeutendes ungünstiger für ihre Gewährung als vor 33 Jahren. Denn weil man damals vor einer förmlichen Entscheidung über sie freiwillig zurückgetreten war, so habe sie sich wenigstens im Geiste des Volkes noch manche günstige Stimmung bewahren können, welche sich auf Hoffnungen oder gar auf die Vermuthung stützte daß die Hindernisse von bösem Willen geschaffen seyen. Die Möglichkeit dieser Selbsttäuschung sey 1849 zerronnen, es habe sich jetzt gezeigt daß ein deutsches Kaiserthum für eine gewisse Zeit eine populäre Frage werden könne, aber noch nie eine einstimmig nationale Forderung, also eine Nothwendigkeit gewesen sey. An einer andern Stelle sagt der Verfasser: „Es war keine octroyirte Abschlagszahlung auf die gerechten Forderungen des Volkes als man in Wien 1815 als allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht forderte: vernünftige Preßfreiheit, gleiches Unterthanenrecht in allen deutschen Staaten, Freizügigkeit, ausnahmslose Stellung vor den ordentlichen Richter, Aufhebung der Leibeigenschaft, Befugniß sich auf jeder Lehranstalt bilden zu dürfen, rechtliche Gleichheit aller christlichen Confessionen und freisinnigere Volksvertretung in den einzelnen Ländern. Alle damaligen Forderungen der Besseren und Verständigeren im Volke waren damit wirklich erschöpft. Wenn ich neben diese sieben oder acht Rechte den Katalog der Grundrechte von 1848 halte, welcher deren leicht das Zehnfache enthält, so kann ich mich, wenigstens in Einer Beziehung, eines Gefühls der allertiefsten Betrübniß nicht erwehren. Die Sache kommt mir vor wie ein einfaches gesundes Mahl aus der alten guten Zeit der deutschen Einfachheit und Häuslichkeit neben einem Tische der überladen ist mit allem möglichen nach französischen Recepten zusammengesetzten feinen Leckereien, mit denen man in den verderbten Zeiten des Luxus und der Völlerei den Gaumen kitzelt ohne Gesundheit und Wohlbefinden zu fördern" u. s. w.

Der Aufsatz von Prutz über Karl Friedrich Bahrdt führt uns wieder auf das Gebiet der Charakteristik im Leben zu Grunde gegangener Genies, welches der talentvolle Verfasser (dessen litterarhistorisches Taschenbuch leider im Jahr 1848 auch nicht mehr erschienen ist) vom Anfang seiner litterarischen Laufbahn an von einem moralisirenden Standpunkt aus mit einer gewissen Vorliebe behandelt hat. Das Leben Shelley's, Chattertons, Schubarts, Waiblingers ist von ihm zu nicht geringer Erbauung des Publicums in dieser Weise behandelt worden. Wir wollen auf Bahrdts Leben, das Prutz hier ohnehin nur bis zur Erfurter Periode erzählt, nicht eingehen, sondern uns an einige allgemeine Bemerkungen halten die er über Bahrdt und seine Zeit macht. Durch das ganze 18te Jahrhundert, so entwickelt der Verfasser, geht das Bestreben die leibliche, sinnliche Seite des Menschen aus der theologischen Abstraction, welcher die deutsche Welt nach der Reformation des 16ten Jahrhunderts verfallen war, wieder herzustellen und sie mit der übersinnlichen geistigen Seite, mit den Forderungen des Gesetzes und der Sittlichkeit auszusöhnen. Auch diese allmähliche „Wiederherstellung des Fleisches" hat ihre Spuren in deutlicher und ununterbrochener Reihenfolge in der Litteratur des 18ten Jahrhunderts niedergelegt. Nur Goethe allein gelingt es Geist und Leiblichkeit in die schönste Harmonie zu setzen. Aber „zwischen Günther auf der einen, Schubart, Lenz und Bürger auf der andern Seite sind — es ist nicht zu viel behauptet — ganze Generationen untergegangen in dem vergeblichen Bemühen die Sittlichkeit mit der Sinnlichkeit, die Leidenschaft mit der Schönheit, den Himmel mit der Erde auszusöhnen; die Herzen ganzer Geschlechter sind verblutet an diesem Riß der durch das Jahrhundert ging, und den zu schließen die Götter selbst uns ihren sichtlichen Liebling senden mußten. Diese krankhafte Erregung nun, dieser innere Streit und Widerspruch des leiblichen und geistigen Menschen bleibt keineswegs in der poetischen Litteratur allein: auch die übrigen Gebiete geistiger Thätigkeit, die eigentlichen Wissenschaften, werden davon ergriffen." Der erste der die sittliche Zerfallenheit in die Region der Wissenschaft verpflanzte, war Klotz. Der Dr. Bahrdt mit der eisernen Stirn, dessen Weg zur Aufklärung, wie Prutz treffend sagt, „recta via durch das Bordell geht", folgte ihm auf dem Fuße, ihm gehört der traurige Ruhm für das specielle Gebiet der Theologie etwas ähnliches geworden zu seyn wie Klotz für die Gelehrsamkeit überhaupt. Auch der Gesichtspunkt von dem Prutz bei der Beurtheilung von Bahrdts wissenschaftlicher Stellung ausgeht, ist interessant. Die Litteratur aller

Völker — so entwickelt er in dieser Beziehung — ist zu allen Zeiten reich an Erscheinungen welche, nachdem sie eine kurze Zeit hindurch in dem vollen Sonnenglanze des Ruhmes und der öffentlichen Theilnahme gestanden, bald darauf in eine desto tiefere Nacht der Vergessenheit zurücksinken, und nicht bloß aus dem Gedächtniß des größeren Publicums, sondern auch aus dem Gedächtniß der Wissenschaft verschwinden. Und zu diesen gehört wiederum Bahrdt, der fast zwanzig Jahre hindurch einer der bekanntesten und weitverbreitetsten Namen seiner Zeit war, unter den Theologen aber geradezu der bekannteste. „Von Bahrdt, dem Reformator, dem Ketzer, dem Antichrist — von Bahrdt, dem Schwänkemacher, dem Abenteurer im Priesterrock, dem geistlichen Ueberall und Nirgends, dem unermüdlichen Helden von tausend Anekdoten, Scandalen und Fabeln — von dem wußte jeder und wollte jeder wissen." Nur wenig deutsche Gelehrte möchten in so zahlreichen Verbindungen gestanden haben wie er. Ausgedehnt wie sein Ruf und seine persönliche Bekanntschaft, war auch seine litterarische Wirksamkeit. Seine mündlichen Vorträge hatten eine Reihe von Jahren hindurch zahlreiche und zum Theil sehr ausgezeichnete Zuhörer. Aber „Bahrdts Andenken erlischt auf einmal, urplötzlich wie eine Spur im Sande." Der völlige Umschwung des philosophischen Denkens der in die neunziger Jahre fällt, sowie die ungeheuren Weltbegebenheiten machten seinem Andenken ein „ebenso rasches als nothwendiges Ende", und bevor noch das Jahrhundert verschwunden, ist schon jede Erinnerung an Bahrdt verschollen.

Wir sehen der Vollendung der Prutz'schen Arbeit über Bahrdt mit Interesse entgegen; doch können wir die Bemerkung nicht unterdrücken daß wir, wenn wir die Wahl hätten, die Vollendung seiner Geschichte des Journalismus bei weitem vorziehen würden. Den Gang einer fortschreitenden geistigen Entwicklung zu schildern versteht Prutz vollkommen, uns eine Persönlichkeit so recht zur Anschauung zu bringen gelingt ihm nicht. Ich rede hier nicht davon daß sein Urtheil über Persönlichkeiten meist so streng ausfällt, daß der Oesterreicher sich durch sein Urtheil über Sonnenfels, David Strauß, der Schwabe, sich durch sein Urtheil über Schubart verletzt fühlt, nicht davon daß er sein Urtheil über Lenau erst großmüthig zurücknahm als dieser in Winnenden angelangt, sein Urtheil über Karl Beck erst strich als dieser durch das preußische Obercensurcollegium populär geworden war. Für Bahrdt mit der eisernen Stirn wäre es sehr thöricht die Nachsicht des Litterarhistorikers in Anspruch nehmen zu wollen. Nur der grillenhafte Frevel eines v. Geismar (Edgar Bauer?) konnte uns diesen Theologen des 18ten Jahrhunderts jüngst im rosigen Lichte zeigen. Aber ein reiches Leben wurde hier gelebt, das mit zwei oder drei allgemeinen Gesichtspunkten, und wären sie noch so consequent durchgeführt, nicht ausgeschöpft werden kann. Prutz hegt freilich nicht die souveräne Verachtung gegen das Detail, welche Rötscher in dem Leben Seydelmanns (es ist denn auch danach!) — wie der Fuchs wenn er von den Weintrauben spricht — hat durchblicken lassen; aber er war bisher nicht glücklich in der Benutzung desselben. Haben aber wir Deutschen auch noch keine Aussicht eine Geschichtschreibung zu erhalten die so viel Fleisch und Blut hat wie die des Britten Macaulay, so wollen wir doch von jetzt an darauf halten daß die Litteratur wenigstens den einzelnen Menschen, wo sie ihn nachbildet, nur aus Fleisch von seinem Fleisch und aus Bein von seinem Bein vor uns hinstellt. Und was Bahrdt betrifft, so haben wir — um es kurz zu sagen — zwar durchaus nichts dagegen daß er mit Principien gepeitscht und mit Grundsätzen gesteinigt wird, aber wir wünschten den Doctor mit der eisernen Stirn bei der Gelegenheit denn doch auch einmal lebendig und leibhaftig vor uns zu sehen.

Die württembergische Alpbahn.

*** Geißlingen**, 2 Nov. Zu einem der wesentlichsten Fortschritte neuerer Zeit im Fache des Eisenbahnbaues gehört unstreitig das Uebersteigen von Anhöhen mit der Locomotive. Während man solches vor einigen Jahren noch als eine Unmöglichkeit betrachtete, und entweder, wenn die Steigungen nicht durch bedeutende Umwege vermieden werden konnten, sich zu dem Bau von Tunnels oder zum Heraufziehen der Züge mittelst stehender Maschinen — beides kostspielig und nicht ohne Gefahr — entschließen mußte, ist es dem regen Erfindungsgeist gelungen eine Locomotive herzustellen deren Zugkraft im Stande ist mit Lasten von 2000 Centnern und mehr Anhöhen zu überwinden, wobei die Steigung sich wie 1 zum 45, selbst 1 zu 40 Fuß verhält. Die Fortbewegung geschieht mit einer mäßigen Geschwindigkeit von etwa zwei Meilen in der Stunde, und gewährt sowohl beim Aufsteigen als Abwärtsfahren des Zuges völlige Sicherheit. Einen erfreulichen Beweis dieses Erfolges lieferte abermals die am 1 November stattgehabte erste Probefahrt mit der in der Maschinenfabrik Eßlingen (bei Stuttgart) erbauten Locomotive „Alp" auf der sogenannten schiefen Ebene zwischen Geißlingen und Amstetten, dem höchsten Punkt der über die schwäbische Alp geführten Eisenbahn nach Ulm. Einsender fand bei seiner Durchreise Gelegenheit dieser Versuchsfahrt beizuwohnen und sich zu überzeugen wie jene Maschine, allein 680 Centner an Gewicht, einen Zug, bestehend aus fünf mit Schienen beladenen achträdrigen Wagen, auf welchen noch eine große Anzahl Personen Platz nahmen, mit Leichtigkeit innerhalb 24 Minuten über eine Bahnstrecke von 18,000 Fuß Länge, deren Steigung 1 auf 45 Fuß beträgt, aus einer Krümmung in die andere übergehend, aufwärts bewegte. Der Bahnhof in Geißlingen liegt 1626 und jener in Amstetten 2021 Fuß über der Meeresfläche. Die Thalfahrt geschah mit derselben Last, etwa 1800 Centnern, in 18 Minuten bei abgesperrtem Dampf; bloß die Tender-Bremsen waren leicht angezogen, und mehrere Versuche den Zug unterwegs zum Stehen zu bringen gelangen vollkommen. Dieses Ergebniß auf einer noch nicht befahrenen Bahnstrecke, mit einer ganz neuen Maschine erreicht, läßt es außer allem Zweifel daß die Zugkraft der letzteren sich auf eine Last von 2000 Centnern ausdehnen werde, sobald dieselbe erst einige Zeit auf jener Bahn eingefahren seyn wird. Nicht minder wichtig ist die zuverläßige Sicherheit welche diese eigenthümlich construirte Maschine in Bezug auf richtige Adhäsion und ruhigen Gang gewährt, so daß nunmehr jede Besorgniß bei dergleichen Bergfahrten verschwinden muß. Rühmende Anerkennung deßhalb, insbesondere dem oben gedachten Etablissement, sowie im allgemeinen unserer deutschen Industrie in ihrem Streben den betretenen Pfad des Fortschritts mit Beharrlichkeit zu verfolgen!

Die Zustände in Baden.

***** Vom Rhein**, 4 Nov. Mit gespannter Erwartung sieht man in Baden der Entscheidung entgegen ob dem wieder zu berufenden Landtag eine Auflösung und Integralerneuerung, oder nur die regelmäßige Partialerneuerung vorausgehen werde. Die Mitglieder der alten Kammer gehören zum Theil der rechten Seite, zum Theil aber der Mitte, eigentlich der conservativ-liberalen Richtung an. Die extreme Linke ist bekanntlich im März und April d. J. gänzlich ausgeschieden. Man wundert sich vielfach wie bei diesem Stande der Dinge die Regierung über die Auflösungsfrage zweifelhaft seyn kann, und es auf das ungewisse Resultat einer allgemeinen neuen Wahl ankommen lassen möchte. Mancher wünscht den Zeiger der Uhr welcher die politische Zeit angibt, gern gar weit zurückzustellen, und einem solchen Beginnen wäre die alte Kammer allerdings nicht günstig. Wenn aber da und dort behauptet wird diese Kammer habe sich dem demokratischen Andrang gegenüber zu nachgiebig gezeigt und dadurch selbst das damalige Ministerium über das Maß mit sich fortgerissen, so hat man einerseits ein gar zu kurzes Gedächtniß an den überwältigenden Sturm des vorigen Jahrs, und man könnte fragen warum denn auch die erste Kammer, an deren streng conservativer Richtung wohl niemand zweifelt, überall zustimmte? Andererseits scheint man die Liebe zu liberalen Institutionen, wie sie in der freieigenen Richtung der Kammer lag, mit dem gefährlichen demokratischen Unverstand zu verwechseln. Dem letzteren hat sich die Kammer nach dem März 1848, in welchem Monat in ganz Deutschland alle Regierungsgewalt gebrochen war, gemeinschaftlich mit dem Ministerium mit einem Muthe entgegengestemmt der sicher Anerkennung verdient, wenn sie gleich später als der große Streit über die deutsche Reichsverfassung hier, wie anderwärts, allen Zusammenhang von neuem auflöste, die Untreue der Truppen und den dadurch veranlaßten Umsturz so wenig zu hindern vermochte als die Regierung selbst. Die zweite Kammer hat in allen wichtigen politischen Fragen die Regierung unterstützt, statt diese mit in einen demokratischen Strudel hineinzuziehen. Sie hat im Mai 1848 die Petitionen um Amnestirung der Theilnehmer am April-Aufstand lediglich zurückgewiesen, und im Julius die erneuerte Petition nur zu theilweiser Gewährung hinsichtlich der verführten Masse empfohlen. Selbst im November hat sie die Anträge auf allgemeine Amnestirung der Aprilbetheiligten, und hinsichtlich der Theilnehmer am September-Aufstand jede Intercession abgelehnt, in der Ueberzeugung daß zwar die Untersuchungen keinen gar zu großen Umfang erhalten dürfen, daß aber durch zu leichte Amnestirung das Ansehen des Gesetzes leide, und daß überdieß die Amnestirten meist ihre Freiheit nur wieder zu neuen Wühlereien benützen. Eine Petition des verhafteten Fickler voll falscher Beschuldigungen und Verdächtigungen, von Brentano und andern leidenschaftlich unterstützt, wurde, sowie der Antrag sich zu Ficklers Gunsten in den Gang der Justiz einzumischen, entschieden zurückgewiesen. Die Kammer hat das Gesetz über den Kriegszustand genehmigt und im October 1848 die gegen die Anwendung desselben von einigen Städten erhobenen Beschwerden zurückgewiesen. Ebenso hat sie, als das Ministerium im Julius v. J. (vor dem Erscheinen der Grundrechte) die demokratischen Vereine aufhob, die dagegen angebrachten

Beschwerden verworfen. Man wird nicht einen Fall aufweisen können wo bei einem Streite der Demokraten gegen das Ministerium die Kammer das letztere fallen gelassen hätte. Das Ministerium hatte in solchen Fragen die entschiedene Mehrheit für sich, und Kammer und Regierung stellten sich den revolutionären Versuchen gemeinschaftlich entgegen. Daher kam auch gegen beide der heftige Sturm der Demokraten, die das Ministerium als ihren Planen hinderlich ansahen, und deßhalb in der Presse, in Vereinen und Volksversammlungen ihre giftigen Pfeile gegen das Ministerium und gegen die dasselbe unterstützende Kammer richteten. Daher der radicale Sturm auf Kammerauflösung und Berufung einer constituirenden Versammlung, und es gehörte nicht wenig Muth dazu daß die arg mißhandelte Kammer gemeinschaftlich mit dem Ministerium diesem stürmischen Andrang sich standhaft widersetzte um dem Land die Jämmerlichkeit, welche solche Versammlungen im vorigen Jahr überall brachten, zu ersparen. Diese Thatsache allein würde genügen um den Vorwurf daß die Kammer dem demokratischen Andrange sich ungebührlich gefügt und das Ministerium mit hineingerissen habe, zu widerlegen, und die Vermuthung aufkommen zu lassen daß diejenigen von welchen der Vorwurf ausgeht, damit nicht eigentlich die demokratischen Auswüchse und revolutionären Gelüste meinen, sondern daß es sich vielmehr um die am Landtag berathenen freiheitlichen Institutionen handle. Diese Institutionen werden, dieß wird die Folge lehren, für die Erhaltung der Ordnung so nothwendig seyn als für die Erhaltung der Freiheit, und wenn auch die Erscheinungen der neuesten Zeit zeigen sollten daß in dem einen oder andern Punkte zu weit gegangen worden sey und Beschränkungen oder Sicherungen nöthig werden, so könnte man jedenfalls wegen eines solchen Irrthums der zweiten Kammer ebensowenig einen Vorwurf machen als etwa der ersten Kammer, aus der die jetzigen Minister größtentheils hervorgingen, und die ja allen jenen Gesetzen in allen ihren Bestimmungen, in gleicher Weise wie die zweite Kammer, zugestimmt hat. Zum besten des Landes, im Interesse der Ordnung und der Freiheit wollen wir wünschen daß die Neuwahlen nicht radicaler ausfallen als die Mehrheit der bisherigen Kammer.

Spanien.

Die Times wird durch das neuliche Palast- und Ministerspiel an die alte spanische Mantel- und Degen-Komödie (comedia de capa y de espada) erinnert, meint aber daß diese oft so vielverflochtenen und spannenden Intriguenspiele durch dieses Stück auf der politischen Bühne Spaniens noch weit überboten seyen. „Nur dann und wann ist uns ein Blick in das vergönnt was im Madrider Palast hinter dem Vorhang passirt, aber schon ein einziger Einblick liefert uns ein Material welches wir mit gutem Gewissen allen um Stoff verlegenen Bühnendichtern empfehlen können. Diese neue melodramatische Extravaganz möchte etwa der „Tag der Dupirten“ heißen und sein Plan folgender seyn: Don Francisco de Assis, königlicher Gemahl von Spanien, ein schwacher junger Prinz, der durch die Intriguen und Manövers des schlauen alten Monarchen eines Nachbarlandes seine Base die Königin Isabelle geheirathet, übrigens zu Staatsgeschäften ganz unfähig, ist den Jesuiten in die Hände gefallen. Pater Fulgencio, ein ausgezeichnetes Mitglied dieser nützlichen Gesellschaft und carlistischer Agent, hat es unternommen den König-Gemahl für seine Ansichten zu gewinnen. Der Prinz geht um so leichter in die Falle, als die Königin, voll Verdruß über die Heirath zu der sie gezwungen worden, seinen schlechtbegründeten Ansprüchen auf eheherrliche Autorität ein Schnippchen schlägt, einen abgesonderten Flügel des Palastes bewohnt, und sich für die Imbecillität ihres Gemahls dadurch zu entschädigen sucht daß sie maskirt oder im Domino die öffentlichen Bälle und Vergnügungsorte von Madrid besucht. Welche „Tableaux“ spanischer Sitten, Trachten und Gebräuche lassen sich da anbringen! General Narvaez und die Königin-Mutter Christine haben lange zusammen die Regierung von Spanien geführt, und sind entschlossen bei ihren Lebzeiten die Gewalt nicht fahren zu lassen, obgleich sich die beiden Partner im Herzen spinnefeind sind. Pater Fulgencio, der Jesuit, hat nichts geringeres im Schild als diese beiden furchtbaren Standespersonen zu stürzen, und König Paquo, wie gesagt, ist bei seiner Bigotterie das willige Werkzeug des erstern. Mit Hülfe eines intriganten Weibes, der Nonnenschwester Patrocinio, auch Mutter Clara genannt, wirkt der Jesuit so erfolgreich auf die Furcht des schwachsinnigen Don Francisco, daß dieser seine Zustimmung zu einer neuen Ministerliste gibt, die vom König von Neapel und der vornehmen Reactionspartei in Italien vorbereitet worden. Diese Liste wird der Königin eingehändigt, welche sie scheinbar mit Achtung empfängt, aber halb aus Muthwillen, halb aus Aerger gegen ihren ehelichen Strohmann, das Progamm des neuen Cabinets einem bei Hof herumschleichenden Lauscher zeigt. Alsbald werden die Königin-Mutter und General Narvaez von der Cabale in Kenntniß gesetzt, und sie legen eine Contremine an. Sie kommen unter sich überein: der Minister muß sich sogleich in den Palast verfügen und seine und seiner Collegen Entlassung einreichen, damit die Actoren des Complots sich demaskiren und ohne Rückhalt in seine Hände fallen. Mittlerweile gebraucht Madame Muñoz, oder Rianzares, ihr Ansehen um Isabellchen zur Vernunft zu bringen, was ihr als langebewährtem mütterlichen Tugendspiegel natürlich gelingt. Eine von den schönsten und rührendsten Scenen des Stücks ist wohl diejenige in welcher Narvaez seine, mit Aufopferung seines Privatvermögens, dem Vaterland erzeigten Wohlthaten aufzählt, und, nach einem energischen Lamento über das nun für Spanien bevorstehende Elend, der Königin seine und seiner Collegen Entlassung vor die kleinen Füße wirft, um, wie er sagt, auf Nimmerwiedersehen zu scheiden. Die Scene wechselt, und wir sehen den Pater Fulgencio im Moment seines Triumphs. Er ist des Erfolgs so sicher daß er sich bereits im bischöflichen Ornat hat malen lassen, denn die Bischofswürde kann ihm nicht fehlen. Er apostrophirt sein vor ihm stehendes Porträt in enthusiastischen Worten, und seine Freundin, Schwester Patrocinio, hilft ihm ihre lachende, geistlich-weltliche Zukunft in allen Regenbogenfarben ausmalen. Da werden sie ins Cabinet des Königs beschieden um die Aemtervertheilung unter den Bundesgenossen zu vernehmen. Unterdessen hat die Königin-Mutter ihrer Tochter ins Gewissen geredet und ihr Versprechen erhalten den Narvaez zurückzurufen, wobei sich Isabelle nur ausbedingt daß die Politik ihre Privatvergnügungen nicht stören darf — noli turbare circulos meos. Die Königin-Mutter, welcher das homo sum etc. nie fremd gewesen, bewilligt diese Bedingung, und kehrt mit der nöthigen Autorität bewaffnet zu Narvaez zurück, welcher bereits seine Anstalten getroffen um den Jesuiten und seine Helfershelfer im Moment ihres eingebildeten Triumphs festnehmen zu lassen. Die Schlußscene ist nur eine Wiederholung des berühmten Tags der Tölpel aus Cardinal Richelieu's Tagen. Schon hatten die Ratten das, wie sie meinten, sinkende Schiff verlassen — mit andern Worten: die Hofschranzen kannten bereits den Narvaez nicht mehr, und drängten sich mit tiefen Bücklingen zum Cabinet des königlichen Gemahls. Eben in diesem Augenblick aber erscheint General Narvaez mit einer Compagnie Grenadiere an der Thüre, und Pater Fulgencio und seine Genossen, die sich schon in süßen Träumen von Geld und Ehren wiegten, sehen sich theils in die Verbannung geschickt, theils zum Gefängniß verurtheilt. Narvaez und Christine aber treten wieder in den Besitz der Gewalt, nachdem es ihnen gelungen binnen 24 Stunden einige ihrer gefährlichsten Feinde zu vernichten. Wir fragen jeden Dramaturgen: ob er sich eine pikantere Verkettung von Ereignissen und Charakteren zu einem neuen Stück wünschen kann. Und doch ist dieß nur ein treues Resumé der Palast-Intrigue welche unlängst die Regierung von einem der wichtigsten Länder Europa's erschüttert hat.“

Neapel.

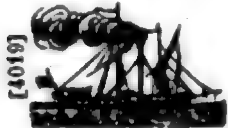
= **Neapel,** 31 Oct. Der Papst ist gestern nach Benevent gereist, und die Stadt welche, wenn man das kleine genau in demselben Verhältniß sich befindende Pontecorvo abrechnet, durch ihre isolirte Lage als Enclave des Königreichs Neapel geschützt, die einzige des Kirchenstaats war welche sich von der Revolution frei erhielt und päpstliche Administration unter ihrem Delegaten nebst päpstlichem Militär behielt, ist nun die erste Stadt des Staats welche Pius IX wieder in ihren Mauern sieht. Möchte es (und so sieht man es nach den neuesten Nachrichten aus Paris allgemein an) eine günstige Vorbedeutung der baldigen vollständigen Versöhnung des Papstes mit seinem Volk, der Rückkehr desselben nach Rom seyn! Seit Benedict XIII (Orsini-Gravina) war kein Papst in Benevent: seitdem sind an 125 Jahre verflossen. Es war nach alten Begriffen eine weite Reise, namentlich für einen Papst, und man muß in den Berichten jener Zeit lesen wie langsam die Fahrt ging welche Terracina, Mola di Gaëta, Monte Cassino berührte; freilich hatte damals noch kein Pius VI die Appische Straße durch die pontinischen Sümpfe wiederhergestellt. Benedict XIII war Erzbischof von Benevent gewesen; zu seiner Zeit ereignete sich das furchtbare Erdbeben des 5 Jun. 1688, welches einen großen Theil der Stadt in Trümmer legte und nach welchem der schon todtgeglaubte Prälat, wie durch ein Wunder gerettet, aus den Ruinen des eingestürzten Palastes hervorgezogen ward. Er bewahrte immer eine besondere Vorliebe für die Stadt, besuchte sie nachdem er Papst geworden, erzeigte der Kirche, der Stadt, dem Volk hundert Wohlthaten, so daß man heute noch in jedem Moment an Papst Benedict erinnert wird. Pius IX hat von Portici aus keine lange Fahrt nach der alten Samniterstadt gehabt: in wenigen Stunden erreicht man sie, theils die Eisenbahn, theils die vortreffliche Straße durch die Caudinischen Joche benutzend. Was Benevent für den Alterthumsforscher, den Kunstfreund,

den Historiker ist, weiß man; ist die Stadt gesunken und ärmlich geworden, ohne Industrie und Handel, abgeschnitten wie sie ist vom großen Verkehr, im Binnenland und ohne große Communicationsmittel außer mit Neapel, so erinnern doch ihre großartigen Monumente daran was sie gewesen, schöne Paläste vornehmer Familien sind geblieben, die Lage ist an sich glücklich, und Ort und Umgebungen rufen große Erinnerungen zurück, von den Römer- und Samniterkriegen an, die Jahrhunderte der Longobardenherrschaft hindurch die hier ihren Hauptsitz hatte und erst zu Robert Guiscards Zeit 1077 ein Ende nahm. Der Papst welcher im erzbischöflichen Palast wohnt, den gegenwärtig der Cardinal Carafa di Traetto innehat, denkt am 3 Nov. nach Portici zurückzukehren. Nach lange anhaltendem Sommer — denn der größte Theil des Octobers selbst brachte mehr Sommer- als Herbstluft — ist es endlich kühl geworden und Regenzeit und Winter sind im Anzug. Noch immer aber sind die Fremden nicht im Anzug; wenige, sehr wenige finden sich ein: die einen werden durch die allgemein ungünstigen Verhältnisse abgehalten und durch die noch nicht ganz bewältigte Furcht vor neuen Störungen; die andern durch die Cholera-Quarantäne, welche mit ihrer lächerlichen Aengstlichkeit den Dampfbootverkehr sozusagen vernichtet und die unglücklichen Reisenden auf vierzehn Tage nach der Pest-Insel Nisida verweist, während auf der Landseite der Nachweis eines vierzehntägigen Aufenthalts in Rom oder Albano genügt.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der König von **Sachsen** hat bei dem Verdienstorden nachstehende Beförderungen und Verleihungen vorgenommen: Zu Comthuren 2ter Classe sind befördert: der Kreisamtmann Atenstädt zu Meißen, der Präsident des Appellationgerichts zu Leipzig, Dr. Beck, der Oberappellationsgerichts-Vicepräsident, Dr. Einert, der Geh. Kirchenrath Dr. Hübel, der Geh. Legationsrath Lemaistre, der Geh. Finanzrath und Director der Oberrechnungskammer, v. Weißenbach, der Geh. Finanzrath v. Zahn in Leipzig. Das Ritterkreuz haben erhalten: der ord. Professor der Rechtswissenschaft, Hofr. Dr. Albrecht in Leipzig, der Oberst von der Armee, Aster, der Kreisamtsactuar Bauer in Meißen, der Stadtrichter Bergmann in Zittau, der Dr. med. Becker in Chemnitz, der Berghauptmann Frhr. v. Beust in Freiberg, der Pastor an der Annenkirche zu Dresden, Böttger, der Dr. jur. Brox, Hauptmann in der Communalgarde in Leipzig, der Amtshauptmann Brückner in Chemnitz, der Director der Forstvermessungsanstalt, Oberforstmeister Cotta in Tharant, der Hauptmann v. Craushaar von der Leib-Inf. Brigade, der Uhrmachermeister Ernst, Commandant des 4ten Bat. der Communalgarde in Leipzig, der Hauptamts-Rendant, Hauptmann Gautzsch in Eibenstock, der Superintendent und erste ord. Professor der Theologie, Dr. Großmann in Leipzig, der Geh. Leg. Rath Grünler, der Justizrath Dr. Günther in Leipzig, der Consul Hähner in Livorno, der Superintendent Dr. Hering in Großenhain, der Pastor primarius Klemm in Zittau, der Hauptmann von der Armee v. Klüchtner, Commandant der Communalgarde in Zittau, der Geh. Reg. Rath Körner, der Stadtrichter Körnich in Meißen, der Geh. Kirchen- und Schulrath Dr. Meißner, der Vicepräsident des App. Ger. zu Dresden, Dr. Müller, der Kammerherr v. Rauendorff, der Geh. Fin. Rath v. d. Planitz, der Professor der Hüttenkunde, Plattner in Freiberg, der Baudirector Poppe in Leipzig, der Reg. Rath Dr. Schulz, der Superintendent Dr. Schumann in Annaberg, der ord. Professor der Rechtswissenschaft, Dr. Steinacker in Leipzig, der Floßmeister, Oberlieutenant Walther in Olbernhau, der Kreisdirector v. Watzdorf in Zwickau, der ord. Professor der Medicin Dr. E. H. Weber in Leipzig, der Kaufm. Weinoldt in Leipzig, Zugführer in der dasigen Communalgarde, der Rector an der Landesschule zu Grimma, M. Wunder, der Amtshauptmann v. Zahn in Freiberg. Das Kleinkreuz: der Sattlermeister Apitzsch in Leipzig, Hauptm. in der dasigen Communalgarde, der Oberförster Börner in Seidewitz, der Oberförster Dietrich in Gorisch, der Hauptamts-Rendant Dietrich in Zittau, der Böttchermeister Frei in Leipzig, Hauptmann in der Communalgarde daselbst, der App. Ger. Secr. Fritzsche in Dresden, der Buchhandlungscommis Hartmann in Leipzig, Hauptmann in der dasigen Communalgarde, der Rent-Amtmann Kreyßig, Commandant der Communalgarde in Stadt-Schellenberg, der Amtsactuar Ludwig in Pegau, Vice-Commandant der dasigen Communalgarde, der Oberförster Müller in Lauter, der Schneidermeister Pönitz in Leipzig, Hauptmann in der Communalgarde daselbst, der Gutsbesitzer Preißler auf dem weißen Hirsch, der Bergmagazin-Inspector Puschmann in Freiberg, der Kanzlei-Insp. bei dem Fin. Minist., Schlipalius, der Cassirer bei der Porcellanmanufactur zu Meißen, Steuer, der Bezirkssteuereinnehmer Taube in Leipzig, der Vorstand der Rechnungs-Expedition bei der Zoll- und Steuerdirection, Rechnungs-Secretär Weigel, der Advocat und Gerichtsdirector Wirthgen in Mittweida, Vice-Commandant der dasigen Communalgarde, der Secretär Zschille in der Kanzlei des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten. (Außer diesen noch eine Anzahl Personen die goldene oder die silberne Medaille.)

Militärdienstnachrichten. Sachsen. Beförderungen und Ernennungen. Bei der Reiterei: zu Obersten die Oberstlieutenants v. Radke und v. Nostitz-Drzewiezki; zum Oberstlieutenant der Major v. Trotha; zu Majoren die Rittmeister v. Schütz, v. Egidy, v. Ehrenthal, Frhr. v. Fritzsch und v. Polenz; zu Rittmeistern die Oberlieutenants v. Thielau, v. Gordon, Frhr. v. Gregory und Kästner. Bei der Infanterie: zum Major der Hauptmann v. Bose, zum Hauptmann der Oberlieutenant v. Schulz. Ferner ist der zum Bau der sächs. bayerischen Eisenbahn verwendete Ingenieur-Hauptmann Wilke zum Ingenieur-Major ernannt.



[4123] **Zweite Auflage der theosophischen Schrift von der Seherin von Weinsberg!!!**

Im Verlage von Johann Ulrich Landherr in Heilbronn ist erschienen und zu haben in allen soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes:

Beschreibungen

über das

Wesen der Gottheit, der menschlichen Natur und der christlichen Religion.

Gewidmet allen christlich-gesinnten Freunden unserer Zeit

von

Christiane Käpplinger.

Zwei Theile in einem Bande.

8. Elegant geheftet. Preis 2 fl. 24 kr. oder 1 Rthlr. 10 Sgr.

Die Verfasserin ist die erste der zwei Somnambulen welche Dr. Justinus Kerner behandelte, und deren Geschichte er schon vor mehreren Jahren beschrieb. — Das vorliegende höchst werthvolle Buch, welches zu schreiben sie gedrungen worden ist durch das Andringen einer Sonne welche seit ihrer Kindheit neben ihr ging, enthält ein Compendium der biblischen Geschichte bis zum tausendjährigen Reiche der Auferstehung der Todten und dem Weltgericht hin, wesentlich nach J. Böhme'schen Principien, dieselben aber an innerer Tiefe weit übertreffend.

(4035) **Tübingen.** Im Verlage der **H. Laupp**'schen Buchhandlung *(Laupp u. Siebeck)* ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Handbuch der Heilmittellehre

von **Dr. Fr. Oesterlen,**

Professor der Medicin in Heidelberg.

Dritte, neu umgearbeitete Auflage.

Erste Lieferung. Bogen 1—20.

Preis des vollständigen Werkes (ca. 64 Bogen gr. 8.) 8 fl. 36 kr. od. 5 Rthlr.

Die dritte Auflage dieses Werks, dessen Inhalt und Richtung wir als der ärztlichen Welt bereits ziemlich bekannt voraussetzen dürfen, hat auch in dieser neuen Bearbeitung manche Veränderungen und Zusätze erhalten, wie sie der seitherige Zuwachs an Material und neueren Untersuchungen nöthig machte. Wir erinnern nur an die wichtigste Bereicherung der Pharmakologie in den letzten drei Jahren, an die Aetherisation etc.

Dieser und anderer Zusätze ungeachtet war es möglich, theils durch gedrängtere Behandlung der minder wichtigen Stoffe, theils durch ein grösseres Format den Umfang dieser dritten Auflage im Vergleich zu der vorigen zu vermindern, ohne der Vollständigkeit des Werkes zu schaden, und dadurch den Preis billiger zu stellen.

Diese Auflage erscheint in 3 Lieferungen à 20—22 Bogen, die schnell aufeinander folgen, da das vollständige Manuscript in unsern Händen ist.

Der Preis des Ganzen ist nur 8 fl. 36 kr. oder 5 Rthlr. — und somit bedeutend billiger als bei den früheren Auflagen.

Die Verlagshandlung.

[4017] Im Verlage von H. L. Brönner in Frankfurt a. M. ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Die geschichtlichen deutschen Sagen

aus dem Munde des Volks und deutscher Dichter.

Von **Karl Simrock.**

8. 532 Seiten. Geh. 1 Rthlr. 10 Sgr. od. 2 fl. 24 kr.

„Wir Deutsche besitzen einen großen Schatz historischer Sagen, und wie sehr unsere Dichter sich von ihnen angezogen gefühlt haben, thut ein Blick in diese Sammlung dar. Das kindliche Gemüth das dem poetischen nahe verwandt ist, wird sie aus dem Munde seiner Dichter mit doppelter Freude vernehmen. Zeiten wie die gegenwärtigen predigen die Wahrheit von allen Dächern daß die Ueberlieferung von Kenntnissen nicht der ausschließliche Zweck der Erziehung seyn darf. Wenn wir nicht Zöpfe, nicht Philister, nicht Selbstlinge ziehen wollen, so muß es nächst der Ehrfurcht vor Glauben und Sitte die Liebe zum Vaterlande, die Fähigkeit zur Begeisterung, zu großen aufopfernden Entschlüssen seyn, zu welchen wir unsere Jugend heranbilden.

Werth und Brauchbarkeit des Buchs sind wesentlich erhöht durch die Nachweisungen welche Dr. Alexander Kaufmann über die Quellen der eigentlichen historischen Sagen und Legenden im Anhang geliefert hat. (Aus der Vorrede.)

[4026] In meinem Verlage sind so eben erschienen und durch alle soliden Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu haben:

Biographien berühmter Zeitgenossen,

herausgegeben von

mehreren Gelehrten.

Gr. Lexikon-8. Eleg. geh. 8½ Bog. 15 Ngr.

Die hervorragendsten Männer der Zeit welche auf dem Gebiete der Politik und Geschichte, der Wissenschaften, Künste und Gewerbe einige Geltung erlangten, werden hier nach und nach vorgeführt, und wie diese Sammlung eine treue und ansprechende Darstellung der Gegenwart gibt, so bildet sie zugleich eine wichtige Ergänzung des beliebten Pierer'schen Universal-Lexikons.

Altenburg, im October 1849. **H. A. Pierer.**

(4032—34) **Verfassungs-Urkunden.**

Bei Carl Hoffmann in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Bromme, Tr., die Verfassungen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, der Freistaaten Pennsylvania und Texas, der Königreiche Belgien und Norwegen, die Bundesverfassung der Schweiz und die englische Staatsverfassung. 2te, mit der Staatsverfassung Frankreichs und der neuen deutschen Reichsverfassung vermehrte Aufl. 14 Bogen gr. 8., Preis brosch. 1 fl. 12 kr. oder ⅔ Thlr.

[4103] **Bücher-Auction**

von Incunabeln, seltenen und xylographischen Werken, Manuscripten und Curiosa

findet in Halle a. S. am **10 Januar 1850** statt. Kataloge sind von M. W. Schmidt in Halle direct und durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Ebenso sind Kataloge über die Auction vom **1 Dec. 1849** (Theologie, Philosophie, Philologie enthaltend) zu beziehen.

[4093] Im Verlage von **Emil Baensch** in **Magdeburg** erschien in *zweiter Auflage:*

Droguen- und Chemicalien-

Wörterbuch.

Lateinisch-Deutsch u. Deutsch-Lateinisch,

von

F. Buchner.

Zweite mit einem Nachtrag vermehrte Auflage, 260 Octavseiten. Eleg. brosch. Preis 20 Sgr.

Dieses Werk ist in allen Buchhandlungen zu haben.

[4104] Bei E. B. Schwicker in Leipzig ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Curtius, Dr. C. Fr., Handbuch des im Königreich Sachsen geltenden Civilrechts. 2ter Theil, 3te Abtheilung. Vierte, vermehrte und nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen ergänzte Ausgabe. (Besorgt von dem Stadtgerichtsrath Dr. P. H. F. Hänsel zu Leipzig.) gr. 8. 2 Rthlr. 5 Ngr.

---

(312) In Unterzeichnetem sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gedichte

von

August von Platen.

Neue elegante Octav-Ausgabe mit dem Bildniß des Verfassers.

Preis 3 fl. oder 1 Rthlr. 24 Ngr.

Stuttgart und Tübingen. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[4030] **Für Staats- und Gemeinde-Beamte, Armenpflegschaftsräthe, Landtagsabgeordnete ꝛc.**

Im Verlage der Matth. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist nun erschienen und in allen angesehenen Buchhandlungen vorräthig:

C. Th. v. Kleinschrod (Ministerialrath), die neue Armengesetzgebung Englands und Irlands in ihrem zehnjährigen Vollzuge. Nebst allgemeiner Betrachtung über die Arbeiterfrage und Massenverarmung. Mit 2 Abbildungen von Armenwerkhäusern. gr. 8. broch. 1 fl. 12 kr. oder 18 gGr.

Nur durch die Benutzung praktischer Erfahrungen können wir der Lösung des großen Problems — wie der Massenverarmung vorzubeugen ist — am ebesten näher kommen. Wo hätte man in dieser Beziehung wohl bessere Gelegenheit gehabt Erfahrungen zu sammeln, als in England, diesem ungeheuren Industrie-Staate! Diese in allen materiellen Fragen praktische Nation sah sich in der neuesten Zeit genöthigt ihren Gemeinden durch eine neue Armengesetzgebung zu Hülfe zu kommen, damit sie nicht durch das wachsende Proletariat erdrückt werde. Es ist daher gewiß ein großes Verdienst des auch als Schriftsteller rühmlichst bekannten hochgestellten Hrn. Verfassers, wenn er, gestützt auf amtliche Resultate aus der in ihrem 10jährigen Vollzuge bestehenden neuen englischen Armenverwaltung, dem Leser ein klares Bild derselben vorführt, um diese Erfahrungen bei der nothwendigen Neugestaltung der Armengesetzgebung in Deutschland benützen zu können.

Die Beilage zu Nr. 232 der Allgemeinen Zeitung vom 20 Aug. d. J. bringt eine ausführliche Besprechung dieses Werkes, worauf wir ganz besonders aufmerksam machen.

Fr. Jos. Hofgärtner (kathol. Pfarrer). Ueber Proletariat, Landwirthschaft und Auswanderung. Ein beachtenswerthes Wort an alle Deutschen, Hoch und Nieder, Reich und Arm. brosch. Preis 9 kr. oder 2 gGr.

Proletarier hat es immer, zu allen Zeiten gegeben, aber nie ist das Proletariat in einem ganzen Welttheile zu einer so zahlreichen Masse herangewachsen wie heute in den meisten europäischen Staaten. Das Proletariat hat seinen Entstehungsgrund nur in Regierungsfehlern, es ist daher Pflicht aller Staats- und Gemeindebeamten die Vorschläge zur Verbesserung dieser Zustände sorgfältig zu prüfen und die mögliche Abhülfe in den jetzt ruhigeren Tagen herbeizuführen.

In acht Tagen erscheint ferner in unserem Verlage und alle Buchhandlungen nehmen einstweilen Bestellungen darauf an:

Die materielle Noth der untern Volksclassen und ihre Ursachen.

Gekrönte Preisschrift von A. Frhrn. v. Holzschuher, k. b. Regierungsassessor. gr. 8.

Diese gekrönte Preisfrage Königs Maximilian II von Bayern bedarf wohl nur der Anzeige ihres Erscheinens, um der allseitigen Beachtung versichert zu seyn.

(4008) So eben ist bei Jasper, Hügel u. Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

M. G. Saphir's humoristisch-satyrischer

Volkskalender

nach Vor- und Rückwärts für 1850.

Motto: Der Zopf ist der Perpendikel nach hinten,
Der Schnurrbart ist der Zopf nach vorne.

Mit Illustrationen von Cajetan, C. Geiger u. a.

Zweite Auflage. Brosch. Preis 36 kr. C.-M. od. 12 Ngr.

☞ Enthält nur Originalartikel aus M. G. Saphirs Feder. Die erste sehr starke Auflage war binnen wenigen Tagen in Wien vergriffen.

[4012] Bei Unterzeichnetem ist erschienen und versandt:

Geschichte der Neckarschule in Heidelberg

von ihrem Ursprunge im 12ten Jahrhunderte bis zu ihrer Aufhebung im Anfange des 19ten Jahrhunderts.

Bearbeitet nach handschriftlichen bis jetzt noch nicht gedruckten Quellen und nebst den wichtigsten Urkunden

herausgegeben von **Johann Friedrich Hautz,**

Professor und alternirendem Director des großherzoglichen Lyceums in Heidelberg.

Preis 18 gGr. oder 1 fl. 12 kr. geh.

Inhalt: Erster Abschnitt. Von dem Ursprunge der Neckarschule unter dem Pfalzgrafen Konrad I. in der 2ten Hälfte des 12ten Jahrhunderts bis zur Vereinigung des Pädagogiums mit derselben unter dem Kurfürsten Otto Heinrich im Jahre 1556, in 12 §§. von Gründung der Neckarschule bis zur Gründung des Pädagogiums. — Zweiter Abschnitt. Von der Vereinigung des Pädagogiums mit der Neckarschule durch den Kurfürsten Otto Heinrich im Jahre 1556 bis zu der Aufhebung derselben als Unterrichtsanstalt durch den Kurfürsten Friedrich II im Jahre 1565. §. 1. Reformation der Universität und der Schulen. §. 2. Kurpfälzische Schulordnung. §. 3. Vereinigung des Pädagogiums mit der Neckarschule — Dritter Abschnitt. Von der Aufhebung der Neckarschule als Unterrichtsanstalt durch den Kurfürsten Friedrich III im Jahre 1565 bis zu der neuen Begründung und Organisation derselben durch den Pfalzgrafen Johann Casimir im Jahre 1587 in 5 §§. — Vierter Abschnitt. Von der neuen Begründung und Organisation der Neckarschule durch den Pfalzgrafen Johann Casimir im Jahr 1587 bis zum Brande und der Zerstörung der Stadt Heidelberg unter dem Kurfürsten Johann Wilhelm im Jahre 1693 in 10 §§. — Fünfter Abschnitt. Von dem Brande und der Zerstörung der Stadt Heidelberg unter dem Kurfürsten Johann Wilhelm im Jahre 1693 bis zur Vereinigung der Neckarschule mit dem Sapienz-Collegium unter dem Kurfürsten Karl Theodor im Jahre 1773 in 31 §§. — Sechster Abschnitt. Von der Vereinigung der Neckarschule mit dem Sapienz-Collegium unter dem Kurfürsten Karl Theodor im Jahre 1773 bis zur Aufhebung der Neckarschule und des Sapienz-Collegiums als Alumneen und Verwendung der Fonds beider Anstalten zu Stipendien unter dem Großherzoge Karl Friedrich im Jahre 1805 in 4 §§. — Siebenter Abschnitt. Aufhebung der Neckarschule und des Sapienz-Collegiums als Alumneen. Verwendung der Fonds beider Anstalten zu Stipendien im Jahre 1805 in 16 §§.

Die englische Staatsverfassung in ihrer Entwicklung nach der neuesten Schrift von F. S. Creasy. Dargestellt von Dr. Mittermaier. Mit einem Anhange von Dr. Franz Liber in Nordamerika, über die **englische und französische Freiheit.** Zweite Aufl. Preis 4 gGr. oder 18 kr. geh.

J. C. B. Mohr, akademische Verlagshandlung.

(4083) **Neu erschienene Bücher** der Dieterich'schen Buchhandlung in Göttingen.

Düring, A. N. v., de Sclerotitide et Staphylomate cum tabula aenea coloribus illustrata. gr. 4. à 12 Ngr. oder 44 kr.

Gauss, C. Fr., Beiträge zur Theorie der algebraischen Gleichungen. gr. 4. à 15 Ngr. oder 54 kr.

Marx, K. F. H., über Marc' Antonio della Torre und Leonardo da Vinci, die Begründer der bildlichen Anatomie. gr. 4. à 8 Ngr. oder 30 kr.

Krause's K. Chr. Fr., handschriftlicher Nachlass. Abthl. 1. Reihe I. Analytische Philosophie. II. Vorlesungen über die psychische Anthropologie. Herausgegeben von Dr. H. Ahrens. gr. 8. à 2 Rthlr. 10 Ngr. oder 4 fl. 12 kr.

Commissionsentwürfe zur Einführung und Ausbildung von Presbyterial- und Synodaleinrichtungen in der evangel. Kirche des Königreichs Hannover nebst dem begleitenden Berichte der Commission. gr. 8. geh. à 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr.

Studien des Göttingischen Vereins bergmännischer Freunde. Im Namen desselben herausgeg. von J. F. L. Hausmann Bd. V. Heft 3. gr. 8. à 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr.

Wüstenfeld, F., über das Leben und die Schriften des Scheich Abu-Zakarija Jahja el-Nawawi. Lex. 8. geh. à 15 Ngr. oder 54 kr.

(Zu beziehen durch M. Rieger in Augsburg.)

[4037] Bei J. Scheible in Stuttgart ist erschienen:

Der Vampyr

in den Pariser Friedhöfen.

Ein höchst merkwürdiger Criminalfall aus der neuesten Zeit.

Zunächst für Psychologen und Aerzte.

Aus dem Französischen der Gazette des Tribunaux.

Preis 12 kr. oder 3½ Sgr.

(4027) In Folge der Einführung von Franko-Marken bei den k. bayer. Briefposten empfehlen wir zur schnellen Uebersicht der Entfernungen von einem Ort zum andern:

Karte von Bayern mit größern Distanzen-Entfernungen. gr. 4. Preis 18 kr.

Neueste und vollständigste Post- und Eisenbahn-Reisekarte von Deutschland von G. Hanser, mit größern Distanzen. Flach, zum Aufhängen 1 fl. 15 kr., in Etui 1 fl. 21 kr., auf Leinwand 2 fl. 21 kr.

Nürnberg, den 31 October 1849.

Serz & Comp.

(Zu beziehen durch M. Rieger in Augsburg.)

(4021) In Baumgärtners Buchhandlung zu Leipzig ist so eben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versendet worden:

Kleine Weltgeschichte

für mittlere Bürgerschul-Classen.

Bearbeitet von Dr. Carl Ramshorn, Director der dritten Bürgerschule zu Leipzig. gr. 8. brosch. Preis 15 Ngr. oder 54 kr.

Von demselben Verfasser erschien früher:

Allgemeine Weltgeschichte für die Jugend in drei Abtheilungen mit 3 Karten. gr. 8. Die alte, mittlere und neuere Geschichte enthaltend. Gesammtpreis 1 Thlr. 21 Ngr. oder 3 fl. 4 kr.

☞ Bei Bestellungen von Partien für Schulen finden von beiden Werken namhafte Begünstigungen statt.

[4079] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, und die übrigen) zu beziehen:

Diöcesansynode, die, und ihre Aufgaben in unsrer Zeit. Eine Beleuchtung der Schrift J. B. Hirschers: „Die kirchlichen Zustände der Gegenwart." Von einem Priester der Erzdiözese Freiburg. gr. 8. geh. 30 kr. oder 8 gr.

Sattler, M., die Diöcesansynoden: ihr Ursprung, Wachsthum und Zweck, die gesetzlichen Bestimmungen über dieselben und die Ursachen ihrer Unterlassung in neuerer Zeit, nebst einer vollständigen Praxis und einem Anhange der üblichen Formularien. Eine i. J. 1849 von der k. theologischen Facultät der Ludwig-Maximilians-Universität zu München einstimmig mit dem Accessit belohnte **Preisschrift** nach Quellen bearbeitet. gr. 8. geh. 1 fl. 48 kr. oder 1 Thlr. 3 gr.

Das rühmliche Zeugniß welches die königl. theologische Facultät der Ludwig-Maximilians-Universität in München am 26 Jun. des Jahres 1849 öffentlich dieser Schrift ausgestellt hat, ebenso der Umstand, daß dem Verfasser für diese Arbeit einstimmig das Accessit zuerkannt wurde, macht wohl jede weitere Empfehlung dieser so zeitgemäßen Schrift überflüssig. Bei dem für die Diöcesansynoden allgemein wieder erwachten Interesse dürfte sich dieselbe eines ausgedehnten Kreises von Lesern vorzüglich darum zu erfreuen haben, weil sie unter den vielen über diesen Gegenstand in neuerer Zeit erschienenen Schriften die einzige ist in welcher die über die Diöcesansynoden vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen, wie z. B. über die Pflicht des Bischofes bei der Berufung der Synodalglieder, über die gegenseitigen Rechte des Bischofes, des Capitels und der übrigen Geistlichkeit in der Synode vollständig dargelegt, und mit Sachkenntniß, Urtheil und insbesondere mit Einsicht in die kirchlichen Bedürfnisse unserer Zeit erklärt und gewürdigt sind.

(4009) **Neue Zeitschrift** für alle **Gebildeten**, vorzüglich für deutsche **Lesegesellschaften.**

Die deutsche Eiche erscheint vom Neujahr 1850 an wöchentlich zweimal, je einen halben Bogen stark, Dienstags und Freitags. Der Preis ist in Heidelberg für das halbe Jahr 1 fl. 20 kr. Vorausbezahlung, auswärts mit geringer Erhöhung wegen der Sendkosten.

Die deutsche Eiche.

Sämmtliche deutsche Postanstalten und Buchhandlungen nehmen halbjährliche Bestellung darauf an. Im ganzen Großherzogthum Baden beträgt der Preis für das halbe Jahr mit dem Postaufschlag 2 fl. 20 kr. Einrückungen die Kleinzeile zu 3 kr.

Zeitschrift zur Förderung deutschen Sinnes, deutscher Gesittung und deutscher Reinsprache durch Belehrung und Unterhaltung.

Von vielen Mitgliedern des Vereins für deutsche Reinsprache, der sich in allen Gauen Deutschlands immer mehr ausbreitet und schon über 700 Theilnehmer in 120 Ortschaften zählt, aufgefordert, entschloß sich der Unterzeichnete in Verbindung mit mehreren wissenschaftlich gebildeten Männern und andern Freunden der Sache ein eigenes Blatt unter dem Namen: „Die deutsche Eiche" zu gründen.

Der Inhalt wird sich theilen in:

I. Gegenwart.

Sprachliche Zeit- und Lebensfragen; Allgemeinverständliches aus allen Zweigen der Wissenschaften und des Lebens, mit Berücksichtigung der Reinsprache; Merkwürdiges aus der Kunst- und Künstlerwelt; Ernst und Scherz über die Gegenwart; zeitgemäße Vorschläge und fromme Wünsche in Betreff mancher Einrichtungen und Wörter; Volksleben, Gebräuche und Sitten mit Bezug auf Sprache; Hervorhebung und Uebersetzung der am meisten im Schwange gehenden Fremdwörter; Streifzüge dagegen mit Nachweisung des Ueberflüssigen und Lächerlichen der Fremdthümelei; hie und da merkwürdige Zeitereignisse, kleine Bücherbeurtheilung, auch Gedichte.

II. Vergangenheit.

Aus der Geschichte des deutschen Volkes, seiner großen Männer, seiner Sprache, seines Schriftthums (Litteratur); über den Ursprung mancher Wörter und Eigennamen; Blicke in die Vorzeit, auch mitunter Erzählungen und Geschichtsdichtungen.

III. Vereinbetreffendes.

Aufsätze und Briefe von Mitgliedern des Vereins und von Freunden der deutschen Reinsprache; Geschichte des Vereins; Verzeichniß der Mitglieder, Lebensbeschreibungen der bedeutendsten unter denselben; Zweigvereine und deren Gründer.

IV. Schlußringe.

Fremdwörterschnacken, Witzfunken, Streiflichter, Leuchtkugeln, Witzstrahlen. — Verschiedene Anzeigen. Brieflade. (Wir bitten die Briefe frei einzusenden.)

Heidelberg. Der verantwortliche Herausgeber: Dr. **J. D. C. Brugger,**

(3966—67) Heute versandten wir:

Conversations-Lexikon

für bildende Kunst.

30ste Lieferung. (IV. Bds. 6te Lieferung.)

Mit 21 Illustrationen.

Ordinäre Ausgabe . . . . 10 Ngr.
Pracht-Ausgabe . . . . 15 Ngr.

Leipzig, den 20 October 1849. **Renger**'sche Buchhandlung.

(3949) **Neue Compositionen von Franz Liszt.**

Im Verlag von ***Fr. Kistner*** in Leipzig.

Ballade für Pianoforte . . . . 15 Ngr.
Etudes de Concert p. Pfte. No. 1—3 à . . . . 15 „
Glanes de Woronince pour Piano. No. 1. Ballade ukraine (Dumka). — No. 2. Mélodies polonaises. — No. 3. Complainte (Dumka) . . 25 „
Lied: „O lieb' so lang Du lieben kannst," von *Freiligrath*, f. eine Stimme mit Pianoforte . . . . 10 „
Die Macht der Musik: „Wer einsam steht im bunten Lebenskreise." Gedicht von der Herzogin *Helene von Orleans*, für eine Stimme (Tenor, Sopran oder Mezzo-Sopran) mit Pianoforte . . . . 25 „
Transcriptionen für Pianoforte.
No. 1. *R. Schumanns* Liebeslied. Widmung: „Du meine Seele." . 15 „
No. 2. *C. M. v. Webers* Schlummerlied mit Arabesken . . . 15 „
No. 3. *F. Mendelssohn-Bartholdy's* Wasserfahrt und Jäger-Abschied . 20 „
No. 4. *R. Franz'* „Er ist gekommen im Sturm und Regen." . . 10 „
No. 5. *R. Wagner*, Recit. und Romanze aus dem „Tannhäuser": „O du mein holder Abendstern." . . . . 15 „
No. 6. *E. H. z. S. C. G.* Halloh! Jagdchor und Steyrer aus „Tony." 20 „

[3947] Im Verlage von Joh. Urban Kern in Breslau sind erschienen:

English made easy.

Praktischer Lehrgang

zur Erlernung der englischen Sprache

von Dr. **Ottomar Behnsch,**

Lector an der Universität und Lehrer an der Realschule zu Breslau.

Fünfte verb. Auflage. 8. geh. 10 Sgr.

Dieß praktische Lehrbuch für Schulen gewinnt immer mehr die verdiente Ausbreitung, wie fünf Auflagen in 8 Jahren beweisen. Alle Schulanstalten machen wir darauf aufmerksam. — Ein zweiter Cursus „The teacher's assistant" (Preis 20 Sgr.) reiht sich an obigen ersten Cursus an.

Briefe für Mädchen

zum Uebersetzen ins Englische.

Nebst einer Anweisung zur Abfassung englischer Billette. — Zum Gebrauch für höhere Töchterschulen und beim Privatunterrichte.

Von Dr. **Fr. Otto.**

gr. 8. geh. Preis 7½ Sgr.

Petit ABC,

contenant des phrases, des mots, des exercices etc., pour apprendre à de jeunes enfans à lire et à parler français.

Par *Philippine Eicke* née *Dubieds.*

2de édition revue. 8. broché. 5 Sgr.

[4089] In der Palm'schen Verlagsbuchhandlung in Erlangen ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Gengler, Dr. H. G. Ph. (Professor der Rechte an der Universität Erlangen), **Deutsche Rechtsgeschichte im Grundrisse.** 1. Heft. gr. 8. geh. 1 Thlr. od. 1 fl. 36 kr.

☞ Von diesem trefflichen Werk erscheint das 2. Heft noch in diesem Jahre und der Schluß bis Ostern.

Maier, J. M. (Pfarrer, Decan, Districts-Schulinspector und Landrath), **Die Noth der untersten Volksclassen und ihre Abhülfe.** Ein Versuch zur Lösung der von **Sr. Maj. dem König von Bayern** gestellten Preisaufgabe. gr. 8. geh. 15 Ngr. od. 48 kr.

Der Hr. Verfasser hat sich bereits eines allergnädigsten Handbillets von Sr. Maj. dem König Max von Bayern wegen dieser Schrift zu erfreuen. Es ist dieß um so dankenswerther, als dieselbe mit großem Freimuth geschrieben ist und die tiefsten Gebrechen unseres Staats- und Völkerlebens **schonungslos** aufdeckt und **namentlich den Regenten und Regierungen gegenüber die ernste, nicht immer angenehme Sprache der Wahrheit spricht.**

Nauch, Dr. A. (Landtagsabgeordneter), **Parlamentarisches Taschenbuch, 5te Lieferung.** Enthaltend die Verfassung des Freistaates Hamburg nebst Wahlgesetz, das Staatsgrundgesetz für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, nebst Wahlgesetz, das Staatsgrundgesetz für das Königreich Dänemark, den octroyirten preußischen Entwurf der deutschen Verfassung, nebst Wahlgesetz und Entwurf eines provisorischen Schiedsgerichts, den hannover'schen Entwurf, nebst Denkschrift zur Verfassung des deutschen Reichs, preußisches octroyirtes Gesetz, das freie Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, nebst Preßgesetz. 12. geh. 15 Ngr. oder 48 kr.

Die günstige Aufnahme welche die ersten vier Lieferungen gefunden haben, lassen uns hoffen daß auch diese fünfte willkommen seyn wird, zumal wir den Preis derselben, troz der bedeutend stärkern Bogenzahl, nicht erhöht haben.

Nottmann, Eduard, Das bayerische Strafrecht in seiner gegenwärtigen Gestaltung. Nach der Artikelfolge des ersten Theiles des Strafgesetzbuches, aus den Strafgesetzen und den dazu ergangenen Verordnungen und Rescripten, mit Beibehaltung ihres Originaltextes zusammengestellt und mit Anmerkungen begleitet. gr. 8. geh. 15 Ngr. od. 48 kr.

Nottmann, Eduard, Das bayerische Strafverfahren. Nach dem System des Gesetzes vom 10 November 1848, die Abänderung des zweiten Theiles des Strafgesetzbuches vom Jahre 1832 betreffend, unter Beibehaltung des Originaltextes, der Gesetzesartikel und einschlägigen Verordnungen zusammengestellt. gr. 8. geh. 20 Ngr. od. 1 fl.

Diese praktischen und umsichtig gearbeiteten Zusammenstellungen werden unsern vielbeschäftigten Richtern, Anwälten und Geschwornen gewiß ein unentbehrlicher Begleiter bei ihren gerichtlichen Verhandlungen werden.

[3754—59] Im Verlage von Gustav Mayer in Leipzig ist erschienen:

Erinnerungen aus der Paulskirche

von

Karl Biedermann,

ehemaliger Vicepräsident der National-Versammlung.

Ca. 27 Bogen 1⅓ Thaler.

Nicht sowohl das äußere stoffliche Resultat, als vielmehr das innere geistige Leben der National-Versammlung, das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien, ihr Entstehen, und ihre verschiedenen Umgestaltungen, die Zusammensetzung und der eigenthümliche Charakter jeder einzelnen, sowie ihr Einfluß auf die Versammlung — alles dieß wird theils in allgemeinen Skizzen, theils in einer Reihe einzelner tiefeingehenden Schilderungen der Parteiführer und Parteigenossen, soweit dieselben nur irgendwie bemerkbar hervorgetreten sind, dargestellt. Vorzugsweise ist dabei die letzte entscheidende Periode der National-Versammlung — von dem ersten Kampfe der Großdeutschen und der Kaiserpartei an, bis zu den verunglückten Bestrebungen für Durchführung der Verfassung und dem Fortgange der Versammlung von Frankfurt — zum Ausgangspunkte für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Parteien und der Einzelnen genommen, und es sind namentlich die letzten Wochen der Versammlung, die Verwickelungen in die sie seit der Vollendung der Verfassung gerieth, und die noch so wenig bekannten als verstandenen Ursachen ihrer allmählichen Auflösung ausführlich geschildert. Dem Verfasser stand für alle diese Schilderungen ein reiches Material zu Gebote, durch seine Stellung als Vorstand einer der mittleren Parteien und als Mitglied des Bureau, welche ihn in vielfachen persönlichen Verkehr mit Abgeordneten aller Parteien brachte, und ihm Gelegenheit verschaffte an den wichtigsten Club- und Privatberathungen, öffentlichen Sendungen und sonstigen Begebnissen, welche tiefere Blicke in das innere Leben der Versammlung und den Charakter einzelner Mitglieder verstatteten, theilzunehmen.

[4020] **Bekanntmachung.**

Da sich innerhalb des in der Edictalladung vom 30 März 1849 vorgesteckten 6monatlichen Termins weder der landesabwesende Kaufmannssohn Johann Ludwig Bäumer, noch dessen allenfallsige Descendenz bei diesseitigem Gerichte gemeldet hat, so wird nunmehr in Folge des angedrohten und jetzt verwirkten Präjudizes dieser Ludwig Bäumer für verschollen und todt erklärt, und es wird dessen Vermögen an seine nächsten Verwandten ohne Caution hinausgegeben werden.

Augsburg, 23 Oct. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Der k. Director, Du Pontell.

[4059] **Steckbrief.**

Leonz Schlatter, Gastwirth aus Kissingen, ist wegen nächsten Versuchs des Hochverraths in Untersuchung, vom Hause abwesend und der Flucht verdächtig.

Man stellt demnach an alle Gerichts- und Polizeibehörden das Ansuchen genannten Leonz Schlatter auf Betreten zu verhaften und anher liefern zu lassen.

Augsburg, 3 Nov. 1849.

Der substituirte Untersuchungsrichter.

Löblein.

Signalement des Leonz Schlatter.

Alter 35 Jahre, Größe ungefähr 5' 11'', Statur schlank, Gesichtsbildung hager, Gesichtsfarbe bleich, Augen grau, Mund und Nase proportionirt, Haare und Bart schwarz. Schlatter trägt einen kleinen schwarzen Schnurrbart und eine Perücke, spricht das Deutsche mit starkem Schweizerdialekt, auch geläufig englisch und französisch, und kleidet sich sehr elegant und gesucht.

[4013—15] **Erkenntniß.**

Das königl. Kreis und Stadtgericht Nürnberg

erkennt in der Todeserklärungs-Sache über den Fruchtträgers-Sohn und Schlotfegergesellen Jakob Brennhäußer auf erstatteten Vortrag und nach collegialer Berathung zu Recht:

I. Es sey gedachter Jakob Brennhäußer für todt zu erklären.

II. Sey dessen Vermögen, insoweit es nicht von dem königl. Militärfiscus mit Beschlag belegt ist, an die sich legitimirenden Erben ohne Caution hinauszugeben. — Nürnberg, 23 Oct. 1849.

Seuffert

coll. **Seuder.**

[4051—53] **Oeffentliche Vorladung.**

Es ist bei uns die Todes-Erklärung der separirten Ehefrau des Schlächtermeisters Andreas Schmidt, Dorothee Wilhelmine gebornen Eger nachgesucht. Dieselbe ist eine eheliche Tochter des Schlächtermeisters Johann Friedrich Eger und dessen Ehefrau Friederike Dorothee Sophie gebornen Blaubel, und am 15 Jun. 1795 hierselbst geboren.

Nachrichten von ihr fehlen seit dem 4 Dec. 1837, an welchem Tage sie sich von hier heimlich entfernt hat.

Ihr hiesiges Vermögen beträgt ungefähr 200 Rthlr.

Der Antrag auf Todeserklärung ist zuläßig erachtet, und wird daher die vorbenannte separirte Schmidt, Dorothee Wilhelmine geborne Eger, oder insoferne sie bereits verstorben ist, werden deren etwanige Erben hiermit vorgeladen sich

binnen 9 Monaten

schriftlich oder persönlich bei uns, spätestens aber am

28 August 1850,

Vormittags 11 Uhr.,

vor dem k. Kammergerichtsrath Hrn. Focke im zweiten Stockwerke des königl. Stadtgerichts, Nr. 59 Jüdenstraße, Zimmer Nr. 21 zu melden und die weiteren Anweisungen zu erwarten.

Wenn die Verschollene sich nicht meldet, wird sie durch Erkenntniß für todt erklärt, und ihr Vermögen denjenigen welche sich als ihre Erben ausweisen, in deren Ermangelung aber der dazu berechtigten öffentlichen Behörde zugesprochen und verabfolgt.

Zu Bevollmächtigten werden denjenigen welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, vorgeschlagen die HH. Rechtsanwälte Licht, Turbach u. Gall. — Berlin, 6 Oct. 1849.

Königl. Stadtgericht hiesiger Residenzien Abtheilung für Civilsachen, Deputation für Credit rc. und Nachlaßsachen.

[4087] Ein Braumeister in München in den besten Jahren, ledigen Standes, welcher im Auslande nach neuester Art Brauereien angelegt, in denselben die Bierfabricationen nach bayerischer Art mit bestem Erfolg betrieben, und sich daneben vollkommen auszuweisen vermag, sucht eine annehmbare Stelle. Portofreie Briefe besorgt die Expedition dieser Zeitung unter der Chiffre S. P. Nr. 4087.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonetzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag — Nr. 315 — 11 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der engere Bund, der Zollverein und die neue Centralgewalt); München (Nachträge aus den Verhandlungen über die deutsche Frage: Fürst v. Wallerstein, v. Lassaulx. Forndran und die Politik der materiellen Interessen); Stuttgart (die Postfrage); Rastatt (Klagen über die Behandlung der Gefangenen); Meiningen (der Landtag. v. Seebach); Berlin (Wahlmodus für die Reichstagswahlen. Die Angelegenheit der Cession); Kiel (Versammlung von Abgeordneten der Gemeinden, kriegerische Stimmung); Wien (die ungarische Gerichtsverfassung und Proceßordnung. v. Schmerlings Vortrag über Voreinleitung zu Erzielung eines allgemeinen Privat-, See- und Handelsrechts für alle österreichischen Kron- und deutschen Bundesländer); von der schlesischen Gränze (ungeheure russische Truppenanhäufungen in Polen. Russisches Consulat in Krakau); Triest (Organisationsarbeiten. Cholera. Geldverhältnisse).

Neuestes. München. (Militärverhältnisse in der Pfalz.) — Hannover. (Eröffnung der Stände.) — Coblenz. (Prinz von Preußen.) — Wien. (Abreise der hohen Gäste.) — London. (Kirchengebete wegen Aufhörens der Cholera. Die türkische Frage. Weitere Parlamentsprorogation. Der österreichische Gesandte.) — Paris. (Das Unterrichtsgesetz. Bruch mit Marocco.)

Datum der Börsen: London, Paris 7; Wien 6 Nov.

Deutschland.

⁑ Frankfurt a. M., 7 Nov. Das Einschrumpfungsproject welches General von Radowitz dem Verwaltungsrath vorgelegt hat, und das bei Abfassung meines letzten Schreibens mir noch nicht bekannt gewesen ist, hat meine Vorhersagung bewahrheitet. Ich rühme mich dessen nicht, denn die Combination war freilich sehr leicht. Uebertroffen ist sie noch in der Form, denn die Wahl der Bezeichnungen „Verein, Vereinsvorstand" geht über das Bedürfniß hinaus, und ist geeignet der Sache einen noch größern Schaden zuzufügen als die principielle Veränderung ohnehin verursacht. Inzwischen hatte man dennoch Unrecht das Verharren bei den Bestrebungen zur Gestaltung einheitlicher Verhältnisse an sich zu tadeln. Ist man von der Nothwendigkeit der Erreichung eines Zieles durchdrungen, so darf man keinen der Wege geradezu verschmähen die dahin führen können. Wenn darauf Verzicht geleistet ist die größten Nationalinteressen in dem Körper welchen das Dreikönigsbündniß gestalten sollte, zu verwirklichen, so gibt es denn doch noch gar manche andere die einer gemeinschaftlichen Pflege bedürfen, die das Bewußtseyn der Nationalverwandtschaft groß ziehen, die Feindschaften oder Oppositionen nach und nach überwinden können. Von selbst wird man dadurch auf den Gedanken eines erweiterten Zollvereins geleitet, und ein solcher hat auch der preußischen Regierung in einer frühern Periode sehr bestimmt vor den Augen gestanden. Da fragt es sich nun freilich, was aus der Autonomie der Einzelstaaten werden, und ob dieselbe, die sich so äußerst nachtheilig in der ältern Bundesverfassung und im Zollverein bewiesen hat, nicht durch die Vertretung im engern Vereine, durch das Parlament, ersetzt werden wird. Auch diese Ansicht hat, wie Sie sich erinnern werden, schon lange vor dem März 1848 ihre Vertheidiger gehabt, und schon lange vorher ist eine Interessenvertretung durch Sachverständige verlangt worden. So gut nun der Zollverein die Zoll- und einige Vereinsverhältnisse, die Handelsbeziehungen und einen Theil der innern Gesetzgebung in seinen Bereich ziehen konnte, ebensogut wird der engere Verein im Bunde andere Zweige des Staats- und Volkslebens zu gemeinschaftlichen gestalten können, immer freilich bis auf den höchsten und entscheidenden. Und ebensogut wie im Zollverein die Autonomie der Einzelstaaten gewahrt war, und etwas gemeinschaftliches nur durch Uebereinstimmung erzielt werden konnte, kann die Entscheidung in die Hand eines Parlaments und eines Vereinsvorstandes gelegt werden. Damit ist, dem ursprünglichen Gedanken des Zollvereins entsprechend, der Weg angebahnt um doch noch zur Einheit zu gelangen. Der kürzeste freilich nicht, aber es ist doch ein Weg. Ob in unseren Tagen, wo die Plane der Menschen mit Siebenmeilenstiefeln einherschreiten, und nur übereilt werden von den Stürmen des Schicksals, die fast keinen zur Reife, noch seltener einen zur Erfüllung gelangen lassen, Erfolg von so gründlichen Unternehmungen zu erwarten ist, steht dahin. Es gehört eine religiöse Zuversicht, eine innere Nöthigung dazu daß man darauf vertraue. Verzweifelt man doch nicht an der Möglichkeit einer Volkserziehung, und schreitet immer wieder rüstig weiter in der Spendung moralischer und religiöser Grundsätze, in Bekämpfung von Aberglauben und Vorurtheilen und aller schädlichen Auswüchse der Menschennatur, und erlahmt nicht wenn Kriege und Revolutionen das Werk zerstören wollen, und die Vergleichung der Gesittungszustände in bestimmten Perioden der vollbrachten Arbeit kein Lob spendet. Wenn die großen politischen und National-Interessen von der selbständigen Behandlung des Parlaments ausgeschlossen sind, so fehlt auch das Hinreißende und Ueberwältigende, gegen welches der Egoismus und Particularismus nicht aufkommt, und da unter den zur Verfügung bleibenden Gegenständen Handel und Verkehr die erste Stelle einnehmen, die natürlichen Verschiedenheiten der Interessen aber in der Hingebung an eine Idee ihre Ausgleichung nicht finden werden, so könnten sie vielleicht die Spaltung noch ärger machen, statt die Annäherung herbeizuführen. Denke man an die Parteiungen im bisherigen Zollverein und deren Wirkungen. Wer die Münchner und Stuttgarter Blätter liest, der ist um Gründe für den Preußenhaß nicht verlegen, und weiß sehr gut daß die innerlich so wenig motivirte Abneigung dadurch hervorgerufen ist daß Publicisten und Staatsmänner zur Durchführung ihrer der Entwickelung Preußens feindseligen Plane Besorgnisse über Gefährdung des südwestdeutschen Wohlstands geflissentlich ausgesäet, und dadurch die Massen in Harnisch gebracht haben. Wie sorgfältig solche Stimmungen unterhalten, und wie gerne und speciell an ihre Grundlagen erinnert wird, davon werden Sie bei einiger Gabe der Beobachtung sich leicht überzeugen können, unter andern im Schweiger'schen Volkstheater in München, wo fast an jedem Abend (!) das Preußenthum zum Gegenstand des Verlachens oder der Verspottung gemacht, und gar oft an die preußische Ausbeutung erinnert wird. Die Erziehung ist schon so weit gediehen, daß es nichts gibt was das Publicum mehr verpflichtete und ergötzte. *) Ich könnte die Sache weiter zeichnen und würde dann auch nicht bei dem Kasperl stehen bleiben. Aber das genügt schon um die Frage aufzuwerfen: wie sich die Dinge gestalten werden wenn der aus norddeutschen Staaten großentheils gebildete Verein — aus Küstenstaaten die Handel und Schiffahrt neben Ackerbau und Viehzucht bei fast gar keinen beträchtlichen Manufacturgewerben treiben, in überwiegender Anzahl seine Vertreter auf die Berathung des Systems einwirken läßt, ob Schutz, ob Freihandel? — und wenn der Theil welcher andere Interessen hat von dort sein Gesetz nehmen soll. Treten Bayern und Würtemberg aus dem Zollverein, dann wird freilich die Opposition der südwestlichen Interessen verstummen, und die ähnlichen im Nordwesten werden sich fügen lernen. Wollten die beiden Königreiche aber im Zollverein bleiben ohne der neuen Verbindung beizutreten, so würden, wenn den verschiedenen Körpern gleiche Rechte einzuräumen wären, die Gegensätze der Belange bald zum offenen Bruche führen, die Abneigung und das innere Wirrniß nur vermehren. Wollte man endlich den Zollverein als durch das Berliner Bündniß nicht betroffen ansehen, dann freilich fehlte dem letztern nichts weniger als aller Inhalt. An die Stammesverschiedenheiten — ein wohlklingender Ausdruck, hinlänglich dunkel und dehnbar um der Phantasie Beschäftigung und Gelegenheit zu schönen Phrasen zu geben — als Hindernisse der Einigung in Deutschland habe ich nie geglaubt. Es existirt kein abgesondertes Band in Deutschland, dessen Gränzen mit den Gränzen der alten Stämme zusammenfielen, in welchem die Völkerschaften sich unvermischt erhalten hätten, und es existirt keine Dynastie in Deutschland welche als das Stammeshaupt im geschichtlichen Sinne betrachtet werden könnte. (!) Allerdings finden Sie große Verschiedenheiten in Sitten, Lebensart, Begriffen, Dialekten u. s. w.: wenn man sich aber die Mühe gäbe von Nord nach Süd, von Ost nach West nicht mittelst Dampf, sondern ganz sachte zu reisen und überall zu verkehren, so

*) Das erscheint uns doch sehr übertrieben; die wechselseitigen Neckereien zwischen Süddeutsch und Norddeutsch, zwischen München und Berlin sind älter als das Dreikönigsbündniß.

würde man bemerken daß die Abstufungen und Verschiedenheiten ganz allmählich, kaum wahrnehmbar sich darstellen, als leise Schattirungen die keine wirklichen Gegensätze bilden, sondern eher ineinander fließen: nur wo große Ströme oder große Gebirge die Länder trennen, finden sich diesseits und jenseits frappante Verschiedenheiten, und selbst da nicht immer. Ein recht gescheidter Mann sagte mir einmal: „wir wollen ja die Völkerschaften nicht auf einander legen, sie bleiben neben einander wie vorher." Soviel ist gewiß: die Stammesgränzen sind nie Hindernisse der Ländertheilung und der aus ihnen hervorgegangenen Zusammenlegungen gewesen. Die Schwierigkeit der Einigung in Deutschland liegt im Volke, in den materiellen Interessen, oder besser gesagt in der Anschauung welche man von der Schwierigkeit ihrer Ausgleichung hat, in der allerseitigen Ungeneigtheit Opfer zu bringen, in dem künstlich aufgestachelten Hasse und in dem dynastischen Selbstgefühl. Die nothwendigen Aenderungen in dem Verfassungsentwurfe üben auf die Stellung der Theilnehmer einen so großen Einfluß daß man wohl berechtigt ist zur Aufwerfung der Frage: ob die bisher erfolgten Ermächtigungen der Landtage auch gegenwärtig noch genügen? Bis vor kurzem wurde in Berlin eine der Frankfurter Reichsverfassung ähnliche mit Schutzwehren für die regierenden Familien und gegen den Geist der Demokratie erstrebt. Nachdem der Dualismus sanctionirt worden und die Competenz des Bundestages an Oesterreich und Preußen übergegangen ist, ist die Aufgabe welche jetzt noch in dem engern Verein zu lösen bleibt, die Erfindung eines Organismus zum leichteren Vollzuge der von Oesterreich und Preußen ausgehenden Beschlüsse, und zur Durchführung gewisser gemeinschaftlicher Maßregeln. Natürlich kommen Regierungen und Völkerschaften schlechter weg: die erstern erreicht eine doppelte Mediatisirung, die andern werden um dasjenige nicht gefragt werden was sie für die Hauptsache halten. Wären Bayern und Württemberg dem Dreikönigsbündniß beigetreten, so wäre der ohne sie unbestrittene preußische Einfluß gemäßigt, und durch das Gewicht des engeren Bundes der österreichische Einfluß in feste Gränzen gewiesen worden. Sie ziehen vor im Irrgarten fortzuwandeln, der Torso des Dreikönigsbündnisses wird nicht leben und nicht sterben können, und die Ereignisse welche sich wieder im Westen verkündigen, werden uns, trotz Soldateska und Standrecht, ein gutes Theil schwächer finden als im Februar 1848.

Bayern. **München.** (Weitere Nachträge zu den Verhandlungen der Kammer der Abg. über die deutsche Frage.) In der Sitzung vom 3 Nov. sagte Fürst Wallerstein in der zweiten Hälfte seiner Rede: Die Lage Deutschlands, des nicht großstaatlichen Deutschlands, dieser 16 bis 18 Millionen ist wahrhaftig nicht beneidenswerth. Welchen Antheil hat unser Cabinet gehabt an den veranlassenden Angelegenheiten? In den wenigen Monaten welche der deutschen Bewegung des Jahres 1848 vorangingen, hatte Bayern seine Kraft, seine Bedeutsamkeit gesucht in der Kraft, in der Bedeutsamkeit des nichtgroßstaatlichen Deutschlands. Damals war seine Diplomatie weder so unbedeutend, noch so unwirksam als eine verehrte Stimme von gestern es annehmen zu wollen schien. Als wir die Preßfreiheit für Deutschland forderten; als wir die Intervention in der Schweiz hinderten, da behauptete unser Bundestagsgesandter ein Gewicht das niemand zu läugnen vermag. Auch beim Beginne der deutschen Bewegung von 1848 stand Bayern an der Spitze. Die königl. Proclamation vom 6 März, die zum erstenmale das Wort „Nationalvertretung" aussprach, hat weit über Bayerns Gauen hinausgewirkt. Aber nicht lange darnach trat ein Wendepunkt ein, es erschienen hier Abgeordnete einiger süddeutschen Staaten, bemüht den bayerischen Monarchen dahin zu bewegen daß er freiwillig sich dem Königthume an der Spree unterwerfe. Zwar wurde diese Angelegenheit geordnet und geregelt, zwar wurde bestimmt daß die beabsichtete Verbindung der in die Bewegung eintretenden Staaten zunächst Preußen an die Spitze stelle, wenn Preußen vor Oesterreich der Reform beiträte, Oesterreich aber die erste Stelle einnehme, sobald sein Anschluß erfolge. Aber diese Zumuthung hatte doch subjectiv und objectiv ihren Eindruck nicht verfehlt. Der bayerische Gesandte der diese Mission bekleidete, ich darf davon reden denn ich war nicht mehr im Amte, hat wohl mehr als officielles Hinderniß denn als Förderungsmittel die Reise mitunternommen. Am 8 März hatte Bayern keinen andern Gedanken als eine Volksbewaffnung unter die Waffen zu rufen, in gleichem Maße wie jene von 1813 und 1814, sich mit den übrigen der Reform beigetretenen deutschen Mächten zu verbinden und mit ihnen in einem mächtigen Bunde nach Osten ebenso gut als nach Westen und Süden die neue Richtung zu vertreten. Nachher wurde diese Ansicht modificirt, und ich fürchte daß von dort an eine unglückliche Umkehr in der bayerischen Politik eingetreten ist. Statt seine Macht, Größe und Bedeutsamkeit zu suchen in der Collectivmacht, in der Collectivgröße und in der Collectivbedeutsamkeit des nicht großstaatlichen Deutschlands, hat Bayern seine Macht, Größe und Bedeutsamkeit gesucht in der Rolle eines Anhängsels an die Großmächte. Lieber als die erste unter den gleichen zu seyn, wollte Bayern gern die dritte unter den großen seyn, und, in diesem unglücklichen Streben, das schon vom April 1848 und nicht erst von dem jetzigen Ministerium datirt, wurzeln alle seitherigen Fehler unserer Politik. Im Mai 1848 hat Bayern das Verdienst gehabt zuerst und allein mit einem Vorschlage einer deutschen Verfassung hervorzutreten; aber was enthielt dieser Vorschlag? Statt die Idee zu fördern der Eintheilung Deutschlands in sechs oder sieben Kreise und eines Directoriums, bestehend aus den Häuptern der Kaiser- und Königreiche, verlangte Bayern die Trias, d. h. für sich den Sitz im Directorium, für Württemberg, Hannover und Sachsen gleiche Rolle mit Schwarzburg Rudolstadt und Liechtenstein. Das war ein unglücklicher Griff, es war ein Griff der nachtheilig auf die ganze Entwicklung der deutschen Zustände wirkte. Von dieser Idee konnte sich Bayern zu keiner Zeit mehr trennen. Später, als die Centralgewalt errichtet war, begrüßte Bayern sie freudig durch eine königliche Proclamation. Aber keine Regierung stellte sich eben dieser Centralgewalt thatsächlicher, eifersüchtiger gegenüber als eben Bayern. Ich erinnere Sie an die Beeidigungsfrage, an die Matricularbeiträge und an andere Dinge mehr. Als Anstände gegen die neue Verfassung zu formuliren waren, wer formulirte davon die meisten und mitunter sehr unbedeutende? Bayern! Nach decretirter Reichsverfassung kam für Bayern der große Moment. Es war beschlossen, wie Sie sich entsinnen, wenn Preußen die Annahme der Kaiserkrone verweigere, solle der größte unter den beigetretenen Staaten die Stelle des Reichsstatthalters einnehmen. Zwei Abgeordnete der Nationalversammlung kamen hieher: ein Mann der Linken und ein Mann der Rechten; nicht mit starren Vorschlägen traten sie auf; sie hätten die Offenhaltung der Oberhauptsfrage erklärbar gefunden, sie hätten auch natürlich gefunden daß die Revision der Verfassung dem nächsten Reichstage durch einfache Majorität vorbehalten bleibe; ihr Wunsch war Bayern einstweilen an die Spitze Deutschlands treten zu sehen; sie sahen darin das Heil des Vaterlandes. Hier war Deutschlands Loos in Bayerns Hand. Hätte Bayern die Verfassung mit Offenhaltung der Oberhauptsfrage und mit Vorbehalt der Revision anerkannt, so trat es an die Spitze des nicht großstaatlichen Deutschlands. Man wird mir antworten, Oesterreich und Preußen wären nicht beigetreten; ganz wahr! aber was hätte das zur Folge gehabt? Sechzehn Millionen Menschen sind keine Kleinigkeit; besonders wenn ein Funke von Begeisterung in ihnen wohnt, wie er damals in unserer Bevölkerung glühte. Hätte Bayern die Verfassung damals angenommen, hinter sich das Parlament, die Bewegung in Dresden wäre nicht eingetreten, das Unglück von Baden wäre vermieden worden, die Pfalz, sie wäre nicht in der Lage die wir jetzt beklagen. Die Freisinnigen aller Färbungen hätten sich vereinigt und geschaart um Bayern, und wahrhaftig, jene wenigen welche sich der Bewegung bemächtigten weil andere vor ihr zurückbebten, sie wären wie Spreu hinweggeweht worden vor dem allgemeinen, einstimmigen und natürlichen Enthusiasmus. Das Blut, das in Baden theils in Treffen, theils standrechtlich vergossen wurde, es wäre vergossen worden wenn es zum Kampfe gekommen wäre für Deutschlands Unabhängigkeit und Größe. Aber es wäre kein Blut jetzt vergossen worden; das nichtgroßmächtliche Deutschland hätte sich mit den Großmächten vertragen, das Parlament wäre bereit gewesen auf gar vieles einzugehen, und Deutschland stünde jetzt da groß und mächtig. Statt dessen schrieb Bayern schon am 3 März an seine Gesandten in Wien und Berlin, und machte sie aufmerksam, die Reichsversammlung sey im Erlöschen; sie möchten nun schön dahin wirken daß eine neue Centralgewalt ins Leben trete, abermals mit der bayerischen Trias. Statt an die Spitze dieser 16 Millionen freier Deutschen zu treten, wendet sich Bayern nach Wien und Berlin, um dort nochmal die Trias anzuregen. Am 5 Mai rühmte sich Bayern, in einer Druckschrift, durch seine verweigerte Anerkennung der Reichsverfassung den Kampf gegen die Revolution mit provocirt zu haben. Es heißt in dieser Denkschrift: die Weigerung der drei großdeutschen Staaten habe den Kampf mit der Revolution provocirt. Der Kampf ist auch gekommen; gleichzeitig scheint unser Cabinet von der Meinung ergriffen worden zu seyn die beiden deutschen Großmächte würden sich, wie man gewöhnlich sagt, bei den Haaren bekommen, sie würden sich mit dem Schwerte bekämpfen. Die Meinung war eine irrige, die Großmächte waren instinctiv einig über eines: über die Unterdrückung der hochfreisinnigen Bewegung in Deutschland. Sie konnten über die Mittel von einander abweichen, aber zu einem Kriege zwischen Oesterreich und Preußen war nie das Ansehen da. Unser Cabinet, in seinem irrthümlichen Glauben, sandte sogar seine Minister nach Wien und Berlin mit Vermittlungsaufträgen, welche gerade nicht glücklich ersonnen waren, und die deßhalb wenig Dank geerntet haben. Später hat Bayern fortan gewirkt, um die Centralgewalt schwinden zu machen und eine neue ins

Leben zu rufen. Es gelang endlich, und Bayern mußte dem Vertrage beitreten; es hatte ihn ja schon zu Wien und Berlin im voraus angenommen. Ich fürchte daß der Gang unserer Diplomatie kein glücklicher war. Ich fürchte Bayern hat zum zweitenmal das Experiment gemacht das es bereits am Wiener Congresse in seine Annalen einzeichnen konnte. Es wurde damals schlecht dafür belohnt. Dießmal übernahm Bayern die Rolle die deutschen Angelegenheiten so lange in der Schwebe zu erhalten bis Oesterreich freie Hand bekommen würde. Der Lohn wird dießmal kein besserer seyn. Man hat Bayern oft vorgeworfen es habe keinen oder schwachen Antheil an den Ereignissen des Tages. Der Hr. Minister nahm jüngst Act von meinen entgegengesetzten Bemerkungen. Ich gehe heute noch weiter. Ich sage: Bayern hat die Schuld daß die Dinge dahin kamen wohin sie gekommen sind. Im Mai lag es an ihm sie anders zu gestalten, der Moment wurde versäumt. Ich mache niemand deßhalb einen Vorwurf; in so ungeheuer großen Momenten kann man irren, ich bin aber überzeugt man hat geirrt. Und nun meine Herren! sollen Sie durch den Uebergang zur motivirten Tagesordnung einer so gearteten Politik Ihre Beistimmung geben. Wenn man Ihnen zugemuthet hätte zur einfachen Tagesordnung überzugehen, so würde von unserer Seite wenig gesprochen werden. Wir kennen wohl die Schwierigkeit des Momentes und sind nicht gewillt sie zu vermehren; aber Ihnen wird angesonnen eine Billigung, Ihnen wird sogar angesonnen ein Beschluß wodurch Sie so recht eigentlich das constituirende Recht der deutschen Nation aufheben, wodurch Sie das Werk der constituirenden Nation abhängig machen würden von den Ansichten der einzelnen Kammern! Was von der bayerischen Kammer gilt, gilt von der sächsischen, von der schwarzburgischen, gilt sogar von der Landesvertretung in Baduz. Nein, meine Herren! das können Sie nicht. Die Regierung fordert Sie auch nicht dazu auf; verfolgen Sie den Gang der Regierung. So oft ein wichtiger Moment in der deutschen Entwicklung kam, hat sie ihre Kammern nach Hause geschickt oder vertagt. Noch neulich, gelegentlich des Vertrages wegen der Centralgewalt, hatte die Regierung ihre Kammern an Ort und Stelle. Von ihrer Majorität stand gewiß kein grämliches Gesicht zu erwarten. Sie hat den Vertrag ratificirt, sie hat Sie um Ihre Beistimmung nicht gebeten, Sie wollen ihr dieselbe nun aufdringen. Fürwahr, diese Beistimmung ist nichts so leichtes. Bis jetzt steht die bayerische Nation noch da in voller Jungfräulichkeit. Man hat sie nicht gefragt, sie hat sich nicht manifestirt, und Sie sollten im Namen der bayerischen Nation nachträglich nun alles ratificiren was geschehen ist?! Nein, meine Herren! diese Verantwortung können und werden Sie nicht übernehmen. Altbayern ist ein ehrwürdiger Stamm, aber es ist nicht das ganze Königreich Bayern. Schwaben, das durch eigenthümliche Umstände momentan in seinem geistigen Aufschwunge unterdrückt wurde, aber noch in alter Weise fühlt, Franken und die Pfalz, auch sie denken, sie sollen doch gewiß mit Leib und Seele und ganzem Herzen Bayern bleiben. Meine Herren! sprechen Sie nicht im Namen dieser Provinzen ein Urtheil aus welches dort nie und nimmer Anklang, nie und nimmer Zustimmung finden wird. Und nun zum Schlusse nur noch wenige Bemerkungen. Eine Stimme mir gegenüber, die heute nicht anwesend ist, an die ich also mein Wort nicht richten kann, hat uns gestern die Vortheile der Verbindung mit Oesterreich in rosenfarbenstem Lichte gezeigt. Sie hat bewiesen wie durch diese Verbindung mit Oesterreich wir die Donaumündungen bekommen und unsere Auswanderer in Masse nach Ungarn und den Donaufürstenthümern senden können. Eine andere Stimme, die des ersten Hrn. Redners von gestern, hat in einem furchtbaren Klageact all' die vermeinten und wirklichen Sünden aufgezählt welche Preußen bezüglich Deutschlands sich vorzuwerfen habe. Dem verehrten Redner — nicht mir gegenüber, denn er ist nicht da, aber der mir gestern gegenüber stand — antworte ich: Meint er denn daß Oesterreich noch einen Einfluß auf die Donaumündungen hat? Rußland zog allerdings aus Ungarn ab. Es ließ aber nicht nur dort Sympathien zurück, weil die russische Schlauheit sich menschlicher zu zeigen wußte als die angestammte österreichische Herrschermacht, sondern es hat jedenfalls volles Fug zur Befestigung seiner Herrschaft über die Donaufürstenthümer erworben. Keine Macht der Welt ist mehr im Stande ihm die Mündung unseres vaterländischen Stromes wieder zu entreißen. Auf einer Seite der Donaumündungen stehen Kosaken, auf der andern Seite ankert eine russische Corvette. Der Pforte wurde nicht erlaubt den St. Georgencanal wiederherzustellen. Noch mehr! Rußland gestattete der Türkei nicht einmal auf ihrem eigenen Gebiete die Ansammlung des Sandes zu entfernen. Schon gegenwärtig kann man oft in vier Tagen nur einmal aus der Donau in das schwarze Meer kommen; noch zwei oder drei Jahre, und es ist durch diese Ansandungen das schwarze Meer der Schifffahrt versperrt, und die Donau hat keinen befahrbaren Ausfluß mehr. Der andern Stimme sage ich: Niemand fühlt für das alte Kaiserthum wärmer als ich; es war unser Mittelpunkt, es war das Ideal, das Centrum deutschen Wesens zur Zeit meiner Jugend. Allein wer vergißt des Vertrages von Campo Formio, in welchem das linke Rheinufer vergeben ward ohne daß Deutschland auch nur eine Ahnung davon hatte? Wer vergißt des Congresses von Rastadt, in welchem nur zum Scheine Diplomatie getrieben wurde, da die Lostrennung eben dieses Rheinufers von Deutschland zwischen Oesterreich und Frankreich von vorneherein feststand? Wer vergißt den Preßburger Frieden, und den geheimen Artikel der die Abdication des letzten deutschen Kaisers und die Bildung des Rheinbundes unter französischem Protectorate feststellte? Wer vergißt daß seit 1815 alle Maßregeln gegen den geistigen Aufschwung Deutschlands, alle Bemühungen den Polizeistaat bis zur höchsten Potenz zu entwickeln, gerade von Wien und der dortigen Staatskanzlei ausgingen? Ich bin weit entfernt die preußische Politik gegen Deutschland in Schutz zu nehmen, ich kann ebensowenig die österreichische in Schutz nehmen; beide haben sich viel vorzuwerfen aus vergangener Zeit, und ich wünsche daß sie es sühnen mögen heute in dem düstern Augenblicke wo sie vereint die volle Macht in Händen haben. Eine andere Stimme hat gesagt, die Weltrolle werde übergehen von der deutschen Menschheit an die slavische. Dieser Meinung bin ich nicht. Allerdings erblicke auch ich in den West- und Südslaven, namentlich in den Westslaven, in den Tschechen und Polen ein kräftiges und intelligentes Volk, voll Freiheitssinn; glaubt der geehrte Redner daß dieses Reis uns aufgeimpft wird, so sage ich: es wird uns verjüngen und eine Fülle von Vaterlandsliebe und Kraft mitbringen; daß aber das Slaventhum Europa beherrschen werde glaube ich nun und nimmermehr. Ueberhaupt bezweiße ich daß Völker fortan ihre Rolle ausspielen werden wie in den alten Zeiten, d. h. durch Versinken in Barbarei. Vielmehr wird die Civilisation, die mittelst unendlicher Verkehrsweisen mit Blitzesschnelligkeit durch alle Welttheile geht, in jedem Welttheile die ruhenden Kräfte zu neuer Thätigkeit entzünden. Cessirt aber einst die dominirende Rolle Europa's, so geht sie an Amerika über, an das jugendliche Amerika, wo das germanische und angelsächsische Princip in merkwürdiger Verjüngung sich entwickelt. Kommt dieser Moment, den ich noch bezweiße, so wird Amerika mit England eine Zeitlang die Weltrolle theilen und später ganz übernehmen. Indeß, es wird dieses wenig Einfluß auf unsern Beschluß haben, denn bis dieses eintritt, möchte sogar die deutsche Verfassungsfrage entschieden seyn (Heiterkeit), sogar wenn, wie uns Hr. Thinnes vorschlägt, eine Verständigung der Regierungen abgewartet wird, ehe die Berufung des Parlamentes stattfindet. Diesem Vorschlage kann ich übrigens unter keiner Voraussetzung beistimmen; meine Herren! ich frage Sie: das Wort „Verständigung der 38 Regierungen" — klingt es nunmehr nicht wie Scherz? wer glaubt noch gegenwärtig an eine Verständigung der 38 Regierungen? Wir brauchen ein Parlament, damit die Fürsten getrieben werden, sich zu verständigen, unter sich und mit dem Parlament. Wir dürfen nicht auf die Verständigung der Cabinette warten, diesen ist gar bequem ohne ein unwillkommenes Parlament zu regieren, und sollte der Moment der Verständigung zugleich jener werden des Eintrittes dieses unwillkommenen Parlaments, so wären wir umso gewisser kein Parlament zu bekommen.

v. Lasaulx: Der geehrte Vorredner hat im ersten Theile seiner geschickt angelegten Rede von „einer geheimnißvollen Hand der Bureaukratie" gesprochen, welche im Beginn der Nationalversammlung dieselbe düpirt, und von ihrer Aufgabe eine deutsche Reichsverfassung zu Stande zu bringen abgehalten habe. Ich bemerke daß ich in der ersten Sitzung des Verfassungsausschusses, wie die Protokolle desselben nachweisen werden, den Antrag gestellt habe: „Es möchte der sogenannte Siebzehner-Entwurf sofort zur Grundlage der Berathungen des Verfassungsausschusses gewählt werden." Dieser Vorschlag wurde von Robert Blum, Wigard und andern Mitgliedern der Linken bekämpft, und dieselben Herren waren es welche, so viel an ihnen lag, die Nationalversammlung von ihrer Hauptaufgabe, dem Verfassungswerke, abzuhalten und auf das Gebiet der Regierung hinüberzuführen versucht haben. Wenn also hier eine geheimnißvolle diplomatische Hand im Spiele gewesen ist, so war dieselbe allerdings im hohen Grade geschickt sich gerade solcher Männer zu bedienen bei denen man eine Verbindung mit der Diplomatie am wenigsten voraussetzen durfte. Auf das Zweite welches der Hr. Fürst den deutschen Regierungen vorgeworfen hat, daß sie nämlich der Nationalversammlung keinerlei Verfassungsvorschläge gemacht hätten, erlaube ich mir den Redner daran zu erinnern daß gleich im ersten Monate der Existenz der Nationalversammlung die bayerische Regierung einen ausführlichen Verfassungsvorschlag gemacht hat. Derselbe wurde mit Hohn aufgenommen. Ein weiterer Vorwurf, den der Hr. Fürst v. Wallerstein der bayerischen Regierung gemacht hat, ist folgender: Er sagt daß, nachdem die Reichsverfassung beschlossen gewesen und Preußen die darin begründete Kaiserwürde abgelehnt habe, „für Bayern der große Moment gekommen wäre" sich an die Spitze zu stellen. Diese Ansicht ist unter einer gewissen Menschenclasse hier in München ziemlich verbreitet; ich habe

dagegen nur zwei kleine Bedenken. Die bayerische Regierung war unter allen deutschen diejenige welche zuerst und fortwährend und am bestimmtesten das Princip der Vereinbarung festhielt. Hätte sie nun, nachdem Preußen die Kaiserwürde abgelehnt, selbst die Reichsvorstandschaft aus den Händen der Nationalversammlung übernehmen wollen, so würde sie damit eine Handlung begangen haben welche nach den Gesetzen der altgläubigen Moral nicht zu rechtfertigen gewesen wäre. Sie würde aber dadurch nicht bloß gegen das Gesetz der alten Ehre: „ein Mann ein Wort" gesündigt haben, sondern sie würde sich gleichmäßig auch einer Sünde gegen alle Gesetze des politischen Verstandes schuldig gemacht haben, indem sie sich mit einer Macht von fünf Millionen die Durchführung einer Verfassung zugetraut hätte welche Preußen mit einer Macht von fünfzehn Millionen nicht durchführen zu können glaubte; d. h. sie würde ebenso ehrlos als verstandlos gehandelt haben. Ueber die übrigen Bemerkungen des Hrn. Redners will ich kein Wort verlieren; denn die Frage die ich gestern angeregt habe ist eine ernste. (Forts. folgt.)

KW Die unerwartet lange Verhandlung der bayerischen Kammer über die deutsche Frage hat endlich ihr Ende erreicht, und wenn das Resultat vielen Erwartungen nicht entsprechen wird, so müssen wir uns schon begnügen, nach den hochfliegenden Hoffnungen und Planen des vorigen Jahrs, sehr klein wieder anzufangen, und, um einen Standpunkt zu gewinnen, von den im vorigen Jahr und zum Theil jetzt noch sehr vornehm betrachteten materiellen Interessen auszugehen. Sind hier auch keine rednerischen Lorbeeren zu pflücken, muß man sich in seinen politischen Bestrebungen nach der Decke strecken, d. h. nichts mehr als das Erreichbare suchen, so hat der Standpunkt auf der andern Seite den Vortheil daß er fest ist, und daß man keck und gerade auf sein Ziel zuschreiten kann, ohne daß man sich um Verdächtigungen oder vornehmes Achselzucken zu kümmern braucht. Es ist ein nicht uninteressanter Umstand daß die halbofficielle Erklärung der österreichischen Regierung über einen künftigen Zollanschluß an Deutschland fast zusammenfiel mit der fast einhelligen Zustimmung der bayerischen Kammer zu dem Antrag des Abgeordneten Forndran: daß die Regierung sich die „Regelung der industriellen und handelspolitischen Verhältnisse aller deutschen Staaten unter geeigneter Betheiligung des Volks" angelegen seyn lassen möge. Es lag in dieser Zustimmung eine gewisse Resignation, da der politische Verband vorerst so schlechten Fortgang genommen, wenigstens die zunächst liegenden materiellen Interessen aus dem Schiffbruch zu retten, umsomehr als die Regierungen selbst im Drang der politischen Verhältnisse sie nicht selten außer Acht gelassen hatten. Es ist in neuester Zeit mehrfach der Gedanke aufgestiegen Bayern wolle dem Zollverein entsagen, und sich einem österreichischen Zollsystem anschließen; wer aber nur einigermaßen die Verhältnisse von drei Viertheilen des bayerischen Staats erwägt, konnte sich ohne Mühe an den Fingern abzählen daß das ein durchaus müßiges Gerücht sey, und daß die bayerische Regierung nicht im entferntesten daran denke. Wenn sie aber weit entfernt ist eine Lostrennung vom Zollverein anzustreben, so kann man ihr auf der andern Seite nicht verargen daß sie ein etwas engeres Bündniß als bisher mit Oesterreich wünscht, da zwei Fünftheile der bayerischen Gränzen an Oesterreich stoßen. Dieser Wunsch hat vor der Revolution bestanden und tritt jetzt wieder hervor, es ist aber keineswegs daraus zu schließen daß Bayern das Verhältniß zum übrigen Deutschland deßhalb lockern wolle. Der österreichische Vorschlag selbst ist bis jetzt nur eine Anbahnung zu einem Separatvertrag mit dem Zollverein, zu einem Vertrag worin beide Theile einander Zugeständnisse machen die sie einen Dritten nicht machen würden; eine Vereinigung der Zollgebiete liegt dabei noch in sehr ferner Aussicht, und, den österreichischen Vorschlag auch ganz wörtlich genommen, so ist keineswegs damit gesagt wie lang oder kurz die Annäherungsperioden dauern sollen. Wenn deßhalb einige Blätter etwas verlaut von der Unmöglichkeit einer Zolleinigung mit Oesterreich wegen dessen ungeordneter financiellen Zustände, sprechen, so überschießen sie offenbar ihr Ziel, denn für jetzt steht jedenfalls trotz des Wortlauts in den Wiener Vorschlägen nichts als ein Separathandelsvertrag in Aussicht. Das aber ist gerade der fruchtbringende und für Deutschland wichtige Keim, denn wer den handelspolitischen Bestrebungen vor der Revolution mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, der wird sich erinnern daß es sich damals auch nur um einen solchen Separatvertrag mit den Nordseestaaten handelte, um eine Einigung in den Handels- und Schifffahrtsgesetzen, während die Schutzzollfrage vorerst noch ausgesetzt wurde. Wie mit Oesterreich kann man auch mit den Nordseestaaten alsbald einen Separatvertrag eingehen, der noch kein Zollverein ist, allein es früher oder später werden muß, und jedenfalls früher als aus dem Separatvertrag mit Oesterreich ein Zollverein wird, da die Nordseehäfen bald erkennen müssen daß es doch am Ende vortheilhafter ist das Zollhaus vor dem West-, als gleich hinter dem Ostthor zu haben. Der Vortheil läge darin daß ohne längere Zögerung ein gemeinsames Interesse geschaffen wird, und daß die Nordseestaaten sowie Oesterreich bis zu einem gewissen Punkt an den Zollberathungen theilnehmen, wenn auch vorerst nur mit berathender Stimme. Das scheint nur verwickelt, ist es aber gar nicht, sowie man die Sache selbst und nicht die Form ins Auge faßt. Das Provisorium in welchem wir uns mit unsern Zollangelegenheiten gegenwärtig befinden, ist für Geschäftsmänner höchst lästig, und wenn die welche im Zollverein nichts als eine Finanzanstalt sehen, auch von diesen Nachtheilen nichts verspüren, so darf man nicht zweifeln daß den Handelsministerien dieselben nicht entgangen sind, am wenigsten dem Hrn. v. Heydt in Berlin, der von Elberfeld aus zuverlässig sehr wohl unterrichtet ist und auf dem Laufenden erhalten wird. Wir sind lebhaft überzeugt daß die Stimmen für eine rasche Beendigung des Provisoriums sich bald sehr lebhaft erheben werden, und die Regierungen werden wohl thun ihren Zollcongreß nicht mehr zwischen Nord und Süd unstät umherwandern zu lassen, sondern ihn da zu festigen wo die provisorische Centralgewalt Deutschlands zusammentritt, und ihre Commissäre dort ständig zu erhalten. Dieß ist um so nothwendiger, je mehr sich das Bedürfniß herausstellen wird sachkundige Männer des Gewerbe- und Handelsstandes zu Rath zu ziehen. Als im Jahr 1844 das Handelsamt in Berlin errichtet wurde, war eine Berufung von Sachkundigen das erste was Hr. v. Rönne verlangte, und ganz ohne Erfolg ist selbst unter den damaligen Umständen die Zusammenkunft des sogenannten industriellen Parlaments nicht geblieben. Ebenso dringt man jetzt in Oesterreich auf die Berufung eines solchen, und wenn auch der Unterstaatssecretär im Handelsministerium vorerst abschlägig beschieden hat, so wurde das Gesuch doch bei der Rückkehr des Hrn. v. Bruck erneuert, und eine abermalige Zurückweisung ist, wenigstens bis jetzt, nicht erfolgt. Das Zusammentreten einer ähnlichen Versammlung in Deutschland wäre zwar nicht ganz ohne Schwierigkeiten, allein da eine solche Versammlung jedenfalls den Commissären der Regierung gegenüber nur eine berathende Stimme hätte, so wäre am Ende daran, ob der eine Staat oder die eine Provinz etwas mehr oder etwas weniger stark vertreten wäre, sehr wenig gelegen. Die Hauptaufgabe der vereinten Commissäre der Regierungen wäre vorerst: die Grundsätze eines Separatvertrags mit Oesterreich festzusetzen, und dann die Verhältnisse mit den Nordseestaaten in einer Art zu ordnen daß der Uebergang zum vollständigen Zollverein in Bälde und ohne Schwierigkeit stattfände. Für Hamburg wie für Bremen, Mecklenburg und Hannover läge darin ein bedeutender Gewinn daß von nun an Beschlüsse welche ihr Wohl und Wehe sehr empfindlich berühren können, nicht mehr ohne ihr Vorwissen gefaßt werden könnten, und eine Ausgleichung zwischen den nur anscheinend streitigen Interessen würde wahrscheinlich, besonders auch bei der neuen Gestaltung der Dinge in Mecklenburg, viel bälder und schneller zu erzielen seyn als viele Kleinmüthige jetzt glauben.

Württemberg. * **Stuttgart**, 6 Nov. Die Klagen welche mein Brief vom 19 Oct. über die Verkehrsbeeinträchtigung des südwestlichen Deutschlands und unseres württembergischen Vaterlandes durch die von der Regierung verfügte Ausschließung der Post von der Benützung der Eisenbahn erhoben, stehen nicht vereinzelt, sondern sind nun auch von andern Plätzen, von Ulm und von Heilbronn her laut geworden. Aber sie schweifen auf ein Gebiet hinüber wo sich uns noch eine lange Zögerung in Erfüllung unserer gerechten Ansprüche ankündigen würde. Es kommt jetzt nur allein darauf an dem bedrohten Verkehr schleunig zu Hülfe zu kommen, und dieß kann ganz füglich geschehen wenn man dem gegenwärtigen Inhaber der Post die Benützung der Eisenbahn durch eine Interimsmaßregel zur Pflicht macht. Das Interesse des Staats, welcher die Posten zurückerwerben will, kann nicht darin beruhen daß Briefe und Zeitungen unterdessen langsamer befördert werden, es kann ihn nur warnen dem Fürsten Taxis nicht solche Prärogative einzuräumen welche bei der Berechnung des Werths der Posten ihn in eine günstigere und den Staat in eine nachtheiligere Lage versetzen würden. Dem läßt sich aber vorbeugen, wenn man die Zeit während welcher die Taxis'sche Post die Eisenbahn benützen wird, ganz aus der Berechnung ausschließt, mit andern Worten wenn man mit Taxis ein Provisorium verabredet welches den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit nicht alterirt. Die Verhandlungen wegen Rückgewähr der Posten können nebenher ihren Gang gehen ohne daß Handel und Verkehr zwischenzeitlich beeinträchtigt und ruinirt zu werden brauchen. In meinem Brief vom 19 v. M. hatte ich Ihnen mitgetheilt daß von unterrichteter Seite Zweifel darüber erhoben würden ob die vom Fürsten Taxis als Inhaber der Posten genossenen Reineinnahmen auch wirklich so erheblich seyen als man bisher angenommen hat, und ob nicht, da doch die gerechte Absicht vorwaltete so enorme Einnahmen dem Lande zuzuwenden, am Ende die Rechnung ohne den Wirth gemacht sey. Ihre Correspondenten von Heilbronn und Ulm sprechen die allgemein verbreitete und, so viel ich weiß, auch von den Regierungsorganen genährte, wenigstens nie widersprochene Behauptung

aus daß die jährliche Reineinnahme zwischen 300,000 bis 500,000 fl. geschwankt habe. Aus der Quelle welche ich benützte, habe ich erfahren daß sie wenig mehr aufgebracht hätte als was zur Deckung der dem Fürsten schon im Jahr 1819 für den Verlust der Posten in Alt-Württemberg zuerkannten Entschädigung mit den Zinsen des Betriebscapitals erforderlich gewesen sey. Es ist unbegreiflich wie man in einer Zeit welche der Oeffentlichkeit huldigt, und bei einer Maßregel die ihr Fundament gerade in der Klarstellung der Zahlenverhältnisse zu suchen hat, solche Ungewißheit und solche schneidende Widersprüche unerläutert bestehen lassen kann, und es ist gewiß keine unbescheidene Zumuthung, wenn man von der württembergischen Regierung und selbst von der Taxis'schen Oberpostdirection fordert und erwartet daß sie dem Publicum reinen Wein einschenke.

Gr. Baden. ⚹ **Rastatt,** 2 Nov. Heute ist ein Tag frommer Trauer um die Verblichenen. Auf dem Gottesacker, dessen Gränzen man erweitert hat, beten die Hinterbliebenen an den schöngeschmückten Gräbern der Vorangegangenen; selbst an den schmucklosen Kreuzen der Hingerichteten und der an ihren Wunden Gestorbenen wagt da und dort eine mitleidige Seele ein Gebet, ein Paar Tropfen geweihtes Wasser auszugießen. Nehmen Sie denn heute ein Wort des Mitleids, einen Nothschrei der Humanität für die noch Lebenden auf! — Sie machten jüngst ein wohlmeinendes Fragezeichen zu meiner Nachricht daß die Schildwachen Befehl hätten auf jeden zu schießen der in den Spitälern sich am Fenster blicken lasse. Ich liefere den Commentar dazu. Als Tags darauf der Krankenwärter die Medicinen in eines der Lazarethe von Fort A brachte, und die Aufschriften am Fenster besah, trat ein Schweizer, Jacob Halter aus dem Bezirk Tobel, Kanton Thurgau, hinzu, seine Flasche in Empfang zu nehmen, denn aus Heimweh war er körper- und gemüthskrank. Es knallte ein Schuß, eine Kugel pfiff zwischen ihm und dem Krankenwärter durch, und zerschmetterte die Medicinflasche am Bette eines andern Kranken. Und eine Stunde darnach hatte der Schweizer schon die Erlaubniß in der Hand — sich in die Heimath zu wenden, d. h. durchzubetteln; sie war den Abend vorher ausgestellt und jetzt beinahe überflüssig geworden. Einige Tage darauf schoß wieder eine Schildwache in ein Krankenzimmer, weil ein Kranker Licht gemacht hatte. Sie können den Eindruck dieser Strenge daraus entnehmen daß der badische Etappencommandant im Interesse seiner in den Spitälern commandirten Leute Einsprache — wiewohl bis jetzt vergeblich — erhob, und ein Officier sich seines Dienstes daselbst überheben zu müssen glaubte. Ein anderer Mißstand ist die ohne ärztliche Berathung auf allzulange Zeit verübte Hungerkost. So wurde wegen Wortwechsels mit einem Officier der „Kriegsminister Stellvertreter" Enno Sander auf 3 Wochen ohne Unterbrechung auf Wasser und Brod gesetzt. Ich glaube zwar daß dieß Urtheil gemildert wurde, denn ich habe ihn vor einigen Tagen noch lebend gesehen. Aber ein anderer Gefangener, der Chemiker Bopp, erhielt die gleiche Hungerkost bei einem Fluchtversuch auf vier, beim andern auf acht Tage; den vierten Tag warf ihn der Typhus aufs Krankenlager, von welchem er vielleicht nicht wieder ersteht. Und dieß alles ist doch nur eine Untersuchungshaft! Wir gestehen zu daß das Benehmen der Gefangenen oft unausstehlich, scandalös ist, und daß es eiserner Strenge bedarf die zahlreichen Fluchtversuche zu hindern und dem Gesetze wieder Achtung zu verschaffen, aber wir glauben daß, abgesehen von der Unstatthaftigkeit solcher Mittel, nicht einmal der Zweck erreicht werde. Jedenfalls müssen wir das aufs entschiedenste mißbilligen daß den Gefangenen welche jetzt nachgerade des Trostes der Religion am meisten bedürftig sind, und mitunter wahrhaft darnach dürsten, nicht gestattet ist einem Gottesdienste anzuwohnen. Es hatte auf die wöchentliche Abhaltung eines solchen der evangelische Stadtpfarrer Lindenmayer, es hatte der katholische Feldprediger Thomas gedrungen — es wurde ihnen abgeschlagen aus Befürchtung etwaiger Fluchtversuche, wiewohl diese bei verschlossenen Thüren einer Kirche gewiß leichter zu verhüten sind als wenn die Gefangenen auf der Straße, im Freien, vor den Forts schellenwerken. Wir wollen hiermit dem Festungscommandanten sein ohnedieß so schweres Amt nicht durch Tadel noch mehr entleiden, ja wir anerkennen gerne daß er selbst in treuer Pflichterfüllung so handelt; aber die Pflicht der Menschlichkeit fordert hier umsomehr ihre Rechte als durch gelindere Mittel die gute Absicht sich ohne Zweifel ebenfalls erreichen ließe. So müssen wir demselben zu entschiedenem Danke anrechnen daß die Hehler und Stehler ärarischer Gegenstände nicht mehr in die Casematten gebracht, sondern von ihren Gerichtsbehörden bestraft werden. Wie weit der Unfug oder ungeschickte Wohldienerei der Behörden es hiebei trieb, mögen Sie aus folgendem ersehen. Das Bezirksamt Jestetten schickte einen Mann hieher, bei dem ein Gewehrpfropfen gefunden wurde. Der kann nun zwar selbst gemacht oder gekauft, er kann aber auch verheimlicht seyn. Ein solcher Pfropf kostet 2 bis 3 Kreuzer. Natürlich schickte der Commandant den Mann sogleich in die Heimath zurück, denn hiefür 4 Wochen Casemattenarrest zu verhängen, wer konnte es ihm zumuthen? Die Kosten des Transportes aber betrugen ohne die Zehrung 16 Gulden und etliche Kreuzer!

⚹ **Rastatt,** 7 Nov. Was dem Schweizer Halder gedroht hatte, ist gestern Abends an einem Landsmanne desselben in traurige Erfüllung gegangen. Mit einbrechender Nacht waren mehrere Gefangene von der Arbeit zurückgekehrt, und trockneten am Ofen ihre Kleider. Da sie zu diesem Behufe trotz der Abmahnung der Schildwache — so wird erzählt — die Ofenthüre öffneten, so gab diese Feuer. Die Kugel ging einem mitten durch den Kopf, und verwundete noch vier andere, worunter einen schwer. Auch die Ausscheidungscommission hat gegen das ihr selbst mit Gefahr drohende Verbot dem Fenster sich zu nähern Vorstellungen gemacht, und dadurch erreicht daß die Gefangenen ihr vorgeführt werden. Heute war das erste Kriegsgericht über acht Soldaten des dritten Regiments. Das Ergebniß ist noch nicht kund geworden, da die Sitzungen geheim sind. Man zweifelt aber nach der aufgestellten Scala der Strafanträge daß die Gefangenen eine bessere Nummer ziehen werden als bei den Standgerichten. Gestern Nachts sind, trotz der Strenge womit die Bewachung gehandhabt wird, wieder zwei Gefangene aus einem Lazarethe des Forts A entkommen. Am traurigsten ist hierbei das Loos der vor die ordentlichen Gerichte gewiesenen Lieutenants Weick und Biesele. Noch werden diese unglücklichen jungen Männer in den Casematten festgehalten unter täglich drohender Gefahr, Opfer der Unvorsichtigkeit eines ihrer Mitgefangenen oder irgendeines Mißverständnisses der Schildwachen zu werden. Ihre Vertheidiger vor dem Standgerichte haben deßhalb zum zweitenmale schon in dringender Vorstellung verlangt daß sie auf gleiche Weise wie die übrigen vor das Kriegsgericht gestellten Officiere behandelt werden.

Thüringen. In Meiningen ist dem am 4 Nov. eröffneten Landtag vom Minister Wechmar als erste Vorlage der bereits höchsten Orts sanctionirte Beitritt zum Dreikönigsbündniß behufs der ständischen Zustimmung mitgetheilt worden. Dem abgetretenen Ministerium Speßhardt hat die Kammer einstimmig ihren Dank zu erkennen gegeben. Als künftigen coburg-gotha'schen Ministerpräsidenten bezeichnet man allgemein den früheren Oberappellationsgerichtsrath v. Seebach zu Dresden.

Preußen. ♃ **Berlin,** 7 Nov. Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich so eben den Inhalt des von dem Minister des Innern vorgeschlagenen und von dem gesammten Staatsministerium genehmigten Wahlmodus für die Wahlen zum deutschen Reichstag. Die indirecte Wahl und die Theilung der Urwähler in drei Classen ist beibehalten; doch soll diese Theilung innerhalb größerer Bezirke geschehen, so daß z. B. die Stadt Berlin einen einzigen Bezirk ausmachen wird. Besonders bemerkenswerth ist daß die Abstimmung nicht in Wahlversammlungen stattfinden wird, sondern die Wähler ihre Stimmen dem Bezirksvorsteher zu Protokoll zu geben haben. Man verspricht sich von dieser Abänderung eine allgemeine Theilnahme an dem Wahlact, namentlich für das platte Land. Ferner erfahre ich daß der deutsche Verwaltungsrath ein Manifest an die Bevölkerungen aller verbundenen Staaten erlassen wird, worin der deutsche Patriotismus für die Wahlen zum Reichstag gewonnen werden soll. — Klapka ist in Düsseldorf zurückgewiesen worden, weil sein Paß weder von der österreichischen noch der preußischen Gesandtschaft in London visirt war.

⁝ **Berlin,** 7 Nov. Dänemark hat den preußischen Forderungen bezüglich der Sicherstellung der Fregatte „Eckernförde" durch die ausdrückliche schriftliche Erklärung genügt: daß keinerlei Unternehmungen stattfinden sollen welche die Wiedererlangung dieses Schiffes dänischerseits bezweckten. Bekanntlich liegen die Hauptschwierigkeiten welche sich der Sicherung der Fregatte entgegenstellen, darin daß sie unter der schwarz-roth-goldenen Flagge den Eckernförder Hafen nicht verlassen kann, weil dieselbe nicht anerkannt ist. Segelte sie aber unter einer andern anerkannten Flagge, so müßte die Fregatte erst zum Eigenthum des Staates gemacht werden dessen Flagge sie sich bediente. Eine Beleuchtung dieser Angelegenheit, sowie der Verdächtigungen die von Frankfurt aus gegen Preußen angeregt sind, wird morgen im Staatsanzeiger erwartet. Auf die österreichische Depesche welche die Rechtsansicht des Wiener Cabinets über den hannoverisch-sächsischen Protest aussprach, ist, wie ich höre, die Entgegnung bereits erfolgt. Die Sache ist als ein Austausch von Meinungen betrachtet worden, und man hat diesseits das Wiener Cabinet auf die Erklärungen der preußischen Regierung im Verwaltungsrath verwiesen, denen sich die Verbündeten Preußens angeschlossen haben, und welche man als den vollständigen Ausdruck der Rechtsansicht des preußischen Cabinets in der deutschen Verfassungsfrage geltend macht. Ebenso übereilt wie die Gerüchte von der Stellenbesetzung in den Bureaux der Bundescommission in Frankfurt, sind die Nachrichten von den am 20 Nov. in Aussicht gestellten Urwahlen zum Reichstag nach

Erfurt. Die Vorlagen über die Wahlvollstreckung sind noch nicht von allen Staaten im Verwaltungsrathe gemacht worden, auch ist nothwendig erst die Debatte in den preußischen Kammern über die neuen Regierungsvorlagen abzuwarten, welche in der ersten Kammer voraussichtlich sehr bald stattfinden wird.

Schleswig-Holstein. = **Kiel,** 6 Nov. Gestern Abend traten Beauftragte der verschiedenen Gemeinden im Lande von der Eider bis zur Königsaue und bis zur Elbe, von der Ostsee bis zur Westsee, zu Kiel in der Harmonie zusammen, um über die Lage der Dinge in Beziehung auf den Waffenstillstand gemeinsam zu berathen. Hunderte waren erschienen, Vertreter der verschiedenen Volksstämme, alle kräftige, kühne Gestalten, darunter Greise welche gegen jüngere Männer nicht zurückstanden. In allem wesentlichen herrschte fast völlige Uebereinstimmung: es solle der jetzige unerträgliche Zustand im Herzogthum Schleswig beseitigt, auf energische Fortsetzung des Kriegs gedrungen und der Friede künftig nur nach der Basis des Staatsgrundgesetzes geschlossen werden. Nur ein Beauftragter aus dem in unmittelbarer Nähe Hamburgs belegenen Amte Reinbeck sprach im Auftrage seines Districts für Fügsamkeit in einen politisch ungünstigen Frieden. In der Versammlung welche so energisch sich auszusprechen beschloß, waren ausschließlich die Grundbesitzer aus Land-Districten und angesehene Bürger aus den Städten in Vertretung ihrer Nachbarn zugegen. Eine erwählte Committee hat noch in der Nacht eine Petition an die Landesversammlung entworfen, welche heute feierlich im Saale der Harmonie entgegengenommen werden wird. Sowohl die Landesversammlung als insonderheit die Statthalterschaft werden nach dieser Petition vorgehen. Ob nun der General v. Bonin, welcher noch immer in preußischen Diensten verblieben ist, den Oberbefehl der schleswig-holsteinischen Armee fortführen wird, dürfte sehr zweifelhaft seyn. Insofern v. Bonin, wie vielfach erwartet wird, das Land verläßt, würden die militärischen und politischen Verhältnisse und Beziehungen sich wesentlich anders gestalten. Die Beauftragten aus dem nördlichen Schleswig äußerten sich sehr zufriedenstellend über das Verhalten der neutralen norwegisch-schwedischen Truppen, welche keineswegs Sympathien für die Dänen zeigen. Manche Restaurationsplane gegen die schleswig-holsteinischen Beamten in Stadt und Amt Hadersleben sind unterlassen worden, weil die deutschfeindliche Landesverwaltung nicht dem Beistand dieser Truppen vertraut. Die Stadt Tondern ist jetzt mit einer verdoppelten Anzahl preußischer Executionstruppen, d. h. mit 1000 Mann belegt, wofür die schwere Last mit Beihülfe der benachbarten Landgemeinden ohne viele Klagen unter patriotischer Aufopferung getragen wird.

Die Antwort welche Graf Reventlow Namens der Statthalterschaft der Fünfundsiebenziger-Deputation ertheilt hat, lautet keineswegs sehr kriegerisch. Es sey leider, sagte der Graf, jetzt wenig Aussicht einen guten Frieden zu erlangen; der Krieg sey aber auch sehr schwierig zu führen. Darauf dürfe sich aber jedenfalls das Land verlassen daß die Statthalterschaft, wenn der Fall eintreten sollte daß der Krieg wieder begonnen werden müsse, dazu den geeignetsten Zeitpunkt zu wählen wissen werde. Betreffs der Stellung der auswärtigen Officiere in schleswig-holsteinischen Diensten äußerte der Graf: über das Verdienst der auswärtigen Officiere wäre gewiß nur eine Meinung, und er wisse daß kein einziger unter ihnen sey der nicht lebhaftes Interesse für unsere gute Sache hege; die Statthalterschaft habe die feste Zuversicht daß die Officiere dieses Interesse auch bewahren würden im Fall des Wiederausbruchs des Krieges. Nach diesen letzten Worten zu schließen, beabsichtigt die Regierung allerdings nicht die auswärtigen Officiere zu einer Entscheidung darüber zu drängen daß sie entweder aus dem schleswig-holsteinischen Dienst austreten oder sich ihm ganz widmen.

Oesterreich. * **Wien,** 7 Nov. Es gab eine Zeit wo wir täglich und fast in jedem Journal eine Erörterung über die künftigen politischen Schicksale Ungarns zu lesen hatten, umsomehr muß es überraschen daß dieselben Journale, nachdem die gestrige Wiener Zeitung das inhaltschwere Gesetz über die Justizpflege in Ungarn gebracht, fast nichts darüber zu sagen wissen, denn Zeit zu reiflicher Ueberlegung bedarf es wohl dann nicht mehr wenn monatelang vorher überlegte und unüberlegte Aufsätze über die nämliche Frage durch die Blätter gelaufen. Die Ostd. Post allein begrüßt das Gesetz als theilweise Verwirklichung der Reichsverfassung, soweit nur immer die gegenwärtigen Umstände es zuließen, und findet darin einen mächtigen Hebel zur moralischen Befriedigung des Landes. Nach einem Seufzer wegen „der mannichfachen Ereignisse des Tages" fährt sie fort: „Mit aller Zuversicht klammern wir uns daher an diese neueste Erscheinung, welche, bei ihrem Zusammenhange mit den übrigen Zweigen der innern Politik, füglich nicht ohne Zustimmung des Gesammtcabinets ins Daseyn treten konnte, und hoffen in derselben die Richtung des Justizministeriums reiner und consequenter ausgeprägt zu sehen als es in der unglückseligen Verordnung über den Schutz des Hausrechts der Fall gewesen. Die Segnungen des freien Staates in so reichem Maße zu verwirklichen, als es in der Abwesenheit constitutioneller Factoren nur immer möglich ist, dieß ist die ernste Aufgabe des Ministeriums." Die Presse bringt heute wieder einen Artikel für Einberufung eines industriellen Congresses; sie verhehlt dabei nicht daß der Handelsminister nicht für ihre Plane gestimmt sey, hält jedoch dafür daß der Gewerbverein Anspruch auf die „politische Gefälligkeit" des Ministers habe. Weniger abgeneigt sey dieser gegen eine Commission Sachverständiger nach Analogie der parlamentarischen „select and special committees." Die Presse meint: „Ist auch eine solche Enquête nicht so belebend und umfassend wie ein Congreß, immer thut sie doch den großen Dienst die Frage von den Bureaux und Acten auf den Markt des politischen Lebens herauszubringen. Und wieviel dieß gerade in unserm Falle Werth hat bedarf wohl keiner Worte." Die Ostd. Post will von einem, wenn gegründet, höchst folgenreichen Gerücht wissen „daß die Armee reducirt wird, und zwar in der Weise daß die vierten Bataillons (die sogenannte Landwehr) aufgelöst, von jedem Bataillon 60 Mann beurlaubt, und ebenso die Freicorps. Nicht bloß unsere Finanzlage, sondern auch der offenbar beruhigte Geist der Bevölkerung sollen zu dieser Maßregel die Motive gegeben haben."

Aus dem Bureau des Justizministers sind (wie schon erwähnt) die provisorischen Bestimmungen in Betreff der in Ungarn einzuführenden Gerichtsverfassung und Proceßordnung hervorgegangen. Je nach den zwei Instanzen zerfallen die Gerichte vorerst in Bezirks- und Landes-, sodann in Districtualgerichte; die dritte Instanz bildet der oberste Gerichtshof. Die früher in Ungarn stattgehabten außerordentlichen Rechtsmittel fallen hinweg. Diese Bestimmungen gleichen ganz denen der Gerichtsorganisation in den übrigen Kronländern; in den Competenzfällen findet eine durch die ungarische Gesetzgebung gebotene Abweichung statt. Die Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind übereinstimmend mit denjenigen in Gesammtösterreich. Was die Verhältnisse so manches andern Kronlandes wünschenswerth erscheinen ließen, finden wir für Ungarn angeordnet, nämlich das Institut der Friedensgerichte. Was der Minister hierüber sagt, haben viele Stimmen auch schon in Betreff anderer Kronländer z. B. Tirols angeführt. Bezüglich der Abgränzung der einzelnen Arten von strafbaren Handlungen behält sich der Minister die Anträge nachtragsweise vor, und verspricht hiemit nicht zu säumen. Das Institut der Jury erklärt den Vortrag für nicht ausführbar unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Ungarn. In Bezug auf Handels- und Bergrechtssachen werden Fachgerichte in Aussicht gestellt, die geistliche Gerichtsbarkeit wird beschränkt. Bei der Proceßordnung sind die Aviticitätsverhältnisse in Berücksichtigung gezogen worden. In Ansehung der Kosten spricht der Vortrag von einem den früheren bedeutend übersteigenden Aufwand.

Der gestern erwähnte Vortrag des Ministers der Justiz, Ritter v. Schmerling, in Betreff der Voreinleitung zur Erzielung eines allgemeinen Privat-See- und Handelsrechtes für alle österreichischen Kron- und deutschen Bundesländer lautet vollständig: „Allergnädigster Herr! Unter den zahlreichen Ansprüchen auf Ergänzung und Vervollkommnung welche an die Gesetzgebung gestellt werden, tritt jener auf Erlassung eines allgemeinen Handelsgesetzbuches als einer der gerechtesten und dringendsten hervor. So umfassend und an sich gewiß höchst werthvoll auch die Vorarbeiten sind die das Justizministerium in dieser Beziehung von der früher bestandenen Gesetzgebungs-Hof-Commission überkam, so läßt sich doch das Bedürfniß einer nochmaligen gründlichen Revision der deßfalls ausgearbeiteten Gesetzentwürfe nicht verkennen. Dasselbe ergibt sich nicht nur als nothwendige Folge jener durchgreifenden Reform welcher die bisher bestandene Justizgesetzgebung und insbesondere die Organisation und das Verfahren bei allen Gerichten entgegengeht, sondern noch vielmehr aus dem durch die Reichsverfassung vom 4 März 1849 ausgesprochenen Grundsatze, wornach vorzugsweise in Beziehung auf diesen Zweig der Gesetzgebung in allen österreichischen Kronländern eine möglichst vollkommene Rechtseinheit angestrebt, und die Scheidewand welche bisher zum größten Nachtheil für den beiderseitigen Verkehr und Wohlstand die ungarischen Länder von dem übrigen Staatskörper trennte, beseitigt werden soll. Muß daher das Streben der Regierung Ew. Maj. dahin gerichtet seyn bei der demnächst einzuleitenden Revision der Handelsgesetzgebung vor allem auch auf die Eigenthümlichkeiten und localen Bedürfnisse des Handelsverkehrs in Ungarn und in den übrigen bisher mit diesem durch gemeinschaftliche Gesetzgebung verbundenen Kronländern, sowie in Siebenbürgen Rücksicht zu nehmen, so läßt sich doch bei dieser Gelegenheit auch der weitere hohe und wichtige Vortheil nicht übersehen der aus der möglichsten Uebereinstimmung der künftigen österreichischen Handelsgesetzgebung mit jener der übrigen durch Verkehr und verwandte bürgerliche Institutionen enge verbundenen Staaten für den beiderseitigen Verkehr und den Wohlstand die-

ser sämmtlichen Länder nothwendig entspringen muß. In dieser Beziehung erfordern insbesondere die vielfältigen und einer noch sehr beträchtlichen Steigerung fähigen Handelsverbindungen zwischen Oesterreich und den deutschen Bundesstaaten eine sorgfältige und umfassende Berücksichtigung. Von der Natur durch geographische Verhältnisse, durch die Lage an den beiden Hauptmeeren Europa's, den Lauf der größten schiffbaren Ströme, sowie durch die sich gegenseitig ergänzenden Culturverhältnisse nicht minder wie durch Geschichte und gleichartige politische Richtung zum festen und innigen Anschluß aneinander angewiesen, würde eine Gemeinschaftlichkeit in Beziehung auf die gesammte Handels- und Schifffahrtsgesetzgebung als nothwendige Bedingung eines erleichterten und sicheren Verkehrs und des davon abhängigen Handelscredits für die beiderseitigen Länder die Quelle der höchsten und in ihren Folgen unberechenbaren Wohlfahrt werden, und dem Aufschwunge der auf auswärtige Capitalien und auswärtige Arbeitskräfte noch gar sehr hingewiesenen Industrie und Gewerbsthätigkeit insbesondere in den bisher hierin weniger vorgeschrittenen Kronländern des österreichischen Kaiserstaates die großartigste Zukunft eröffnen. Nach der Stellung welche Oesterreich auch dermal noch im Bunde mit den übrigen deutschen Staaten einnimmt, und den ungeheuren Ressourcen welche es in dieser Beziehung zu bieten vermag, kommt es vor allem Ew. Majestät zu den nach Verwirklichung dieses hohen Zieles entgegenharrenden Hoffnungen die Mittel zur Ausführung zu bieten und bei den Schritten welche zu diesem Behufe nöthig sind, die Initiative zu ergreifen. Demnächst werde ich mir erlauben Ew. Maj. die Einführung der auf dem Leipziger Congresse im Jahr 1847/48 ausgearbeiteten und seitdem von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland am 27 Nov. 1848 publicirten allgemeinen deutschen Wechselordnung für alle Kronländer der österreichischen Monarchie zu empfehlen, wodurch die Einheit in Beziehung auf den Wechselverkehr für alle Länder vom Rheine bis zur untern Donau, von der Nord- und Ostsee bis zum Po und zu den Küsten des adriatischen Meeres ins Leben gerufen werden wird. Ich erlaube mir im Einklang mit dem Ministerrath Ew. Maj. ein ähnliches Verfahren auch rücksichtlich der übrigen Theile der Handelsgesetzgebung, in welchen Oesterreich sowohl wie die deutschen Staaten das Bedürfniß einer Einigung lebhaft empfinden, ehrerbietigst in Antrag zu bringen. Zu diesen zähle ich vor allem das Seerecht und das eigentliche Handelsrecht. In Beziehung auf ersteres liegt ein ausführlicher und von Fachmännern im österreichischen Küstengebiet wiederholt geprüfter Gesetzentwurf für das Privatseerecht vor, der in seinen wesentlichen Bestimmungen dem Bedürfnisse des Seeverkehrs vollkommen entsprechen dürfte. Ehe ich denselben jedoch Ew. Maj. zur Allerhöchsten Sanction vorzulegen mir erlaube, kann ich nicht unterlassen diejenigen Maßnahmen ehrfurchtsvoll zu beantragen von welchen die Erzielung einer übereinstimmenden Gesetzgebung in den österreichischen und den übrigen Seestaaten des deutschen Bundes und bei allen für die Interessen der Seeschifffahrt dieser Länder bestimmten Consularämtern im Ausland erwartet werden kann. In dieser Beziehung muß die Beschickung eines gemeinschaftlichen Congresses von allen jenen deutschen Staaten welche durch ihre maritimen Interessen zunächst bei der Regelung dieses Theils der Gesetzgebung betheiligt sind, als das nächste und practischen Erfolg in Aussicht stellende Mittel erscheinen. Die Einsicht und praktische Erfahrung der aus diesen Staaten abzusendenden Fachmänner wird jedenfalls dazu dienen um die Vorzüge und Mängel des bereits ausgearbeiteten Gesetzentwurfs noch klarer und bestimmter zu erkennen, und das allgemeine Bedürfniß aller dieser durch gemeinschaftliche Interessen mit Oesterreich so nahe verbundenen Länder bei Einführung der neuen Gesetzgebung würdigen zu können, eine Uebereinstimmung wenigstens in den wesentlichen Principien aber um so leichter zu erzielen seyn, als die dabei zu entscheidenden Fragen in geringerem Maß als bei anderen Zweigen der Gesetzgebung das allgemeine System des Privatrechts oder bestimmte Rechtsinstitutionen der einzelnen Staaten berühren, und für theilweise Abweichungen von den deßfallsigen Bestimmungen zu Gunsten des Seeverkehrs wohl in der Gemeinschaftlichkeit der Rechtsnormen, vorzüglich in den der Consulargerichtsbarkeit unterstehenden Fällen, ein überwiegender Ersatz sich darbietet. Ein ähnlicher Vorgang stellt sich auch bezüglich des eigentlichen Handelsrechts als wünschenswerth dar. Auch für diesen Zweig der Handelsgesetzgebung stehen zahlreiche Vorarbeiten zu Gebot. Zu dem für die österreichischen Länder, mit Ausschluß von Ungarn und Siebenbürgen, dann der Militärgränze im Jahr 1842 bearbeiteten Entwurf, dann vielen in den einzelnen deutschen Staaten in neuerer Zeit erschienenen Gesetzen und Entwürfen, trat der im verflossenen Jahr aus Anlaß des früheren deutschen Reichsministeriums von einer eigenen Commission begonnene Entwurf eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs für Deutschland, dessen Vollendung zwar nicht erfolgte, der aber ein schätzbares Material bei künftiger Bearbeitung dieses Zweiges der Gesetzgebung gewähren wird. Wie sehr das Bedürfniß einer Einigung über ein gemeinschaftliches Handelsrecht und wenigstens über die wesentlichen Grundsätze desselben im Interesse des Handelsverkehrs zwischen den österreichischen und den deutschen Bundesstaaten tief begründet ist, bedarf kaum einer näheren Erörterung. Es wird sich dasselbe in verstärktem Maß geltend machen, jemehr der Zug des Handels die durch die Natur der Verhältnisse ihm angewiesene Richtung gewinnt, und nach und nach die künstlichen und unnatürlichen Schranken fallen welche bisher den Verkehr zwischen diesen Ländern hemmten. Das seiner Vollendung mit raschem Schritt entgegengehende System der Eisenbahnen, die schon jetzt ihr Netz über sämmtliche deutsche und österreichische Länder ausbreiten, die bevorstehende Eröffnung der großen Wasserstraßen nach dem Osten welche bisher zum empfindlichen Nachtheil für den Verkehr der völkerrechtlich begründeten freien Schifffahrt zum Theil entzogen waren, Gemeinschaftlichkeit in Beziehung auf das Wechselrecht, diese vorzüglichste Basis kaufmännischer Unternehmungen, in Verbindung mit der vorbereiteten Verständigung über gleichartige Bestimmungen in Beziehung auf den Postverkehr, Maß, Gewicht und Zölle, werden nothwendig die Handelsthätigkeit in den deutschen und österreichischen Staaten einer schwunghaften Entwicklung schon in nächster Zukunft entgegenführen, gegen welche der schon gegenwärtig bestehende ausgebreitete Verkehr zwischen diesen Ländern als gering angeschlagen werden möchte. Hinter den Fortschritten welche dem internationalen Handelsverkehr in allen diesen Beziehungen bevorstehen, kann der Zustand der Handelsgesetzgebung ohne die größten und empfindlichsten Nachtheile für die beiderseitigen Staaten nicht zurückbleiben. Sie in allen Theilen auf die gleichen, dem gegenseitigen Interesse zusagenden Principien zu basiren, wird zu einer Frage nicht nur der beiderseitigen Convenienz, sondern selbst einer unläugbaren Nothwendigkeit. Die Schwierigkeiten welche sich einer Verständigung über derlei Fragen, bei welchen insbesondere auch die materiellen Interessen einer großen Zahl deutscher Bundesstaaten so nahe betheiligt sind, bisher entgegenstellten, dürften durch den zwischen der österreichischen und preußischen Regierung zu Stande gekommenen Vertrag über die Umbildung der provisorischen deutschen Centralgewalt wesentlich beseitigt seyn. Es läßt sich erwarten daß die entgegenkommenden Schritte der österreichischen Regierung zu einer Verständigung über eine einstimmende Gesetzgebung für alle Zweige des Handelsrechtes und zunächst über den Entwurf des Privat-Seerechts von den gleich lebhaft betheiligten deutschen Staaten unterstützt werden, und bald zu dem erwünschten Ziele der Einigung führen; und daß der Einladung zu Berathungen einer durch die einzelnen Regierungen mit rechtskundigen und kaufmännischen Mitgliedern zu beschickenden Commission entsprochen werden wird. Eurer Maj. erlaube ich mir demnach im Einklange mit dem Beschlusse des Ministerrathes den ehrfurchtsvollen Antrag zu unterlegen mich zu den in dieser Beziehung einverständlich mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einzuleitenden Schritten allergnädigst ermächtigen zu wollen. Wien, 25 Oct. 1849. Schmerling m. p. — Hierüber erfolgte nachstehende A. h. Entschließung: „Ich genehmige diese Anträge in Betreff des Vorganges zur Erzielung eines gemeinschaftlichen Privat-See- und Handelsrechtes für alle österreichischen Kron- und deutschen Bundesländer, und ermächtige Meinen Minister der Justiz, im Einvernehmen mit Meinem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die hierzu geeigneten weiteren Schritte einzuleiten. Schönbrunn, 2 Nov. 1849. Franz Joseph m. p."

Von der schlesischen Gränze wird der Wiener Presse geschrieben daß 220,000 Russen im Königreich Polen Winterquartiere beziehen, und vorläufig auf Kriegsfuß bleiben. Damit wird noch eine andere Thatsache in Verbindung gesetzt, nämlich „die Ernennung eines russischen Handelsconsuls in dem uns benachbarten Krakau, welche in diesem Augenblick fast ebenso großes Aufsehen bei uns erregt als die militärischen Gewaltstellungen Rußlands an unsern Gränzen, und die Gerüchte von einer durch den Kaiser Nikolaus jetzt befohlenen Befestigung polnischer Städte an der preußischen Gränze. Die Begründung eines russischen Handelsconsulats in Krakau ist aber von einer unabweisbaren politischen Wichtigkeit, da Rußland mit solchen Instituten besonders an den Gränzplätzen immer eigenthümliche Missionen und Ueberwachungen verbindet, welche den Einfluß der russischen Polizei bis in das Innerste eines fremden Landes und seiner Verhältnisse zu verbreiten wissen."

† **Triest,** 5 Nov. Die Commission für die Organisirung der Gerichtspflege und die politische Landescommission haben ihre Aufgabe eben vor, und die Grundentlastungscommissionen im Görzer und Istrianer Kreise beginnen sich durch Ziehung der noch nothwendigen Mitglieder zu ergänzen. So wird denn auch im Küstenlande endlich Hand an das neue Werk gelegt. Bezüglich des öffentlichen Unterrichtes steht vorderhand nur die Vermehrung des Gymnasialcurses um einen der beiden philosophischen Jahrgänge in Aussicht, und das Lehrpersonale des Gymnasiums wird auch die Lehrobliegenheiten jenes neuen Curses unter sich vertheilen. In Capo d'Istria

werden die paar untern Gymnasialclassen welche gegenwärtig dort bestehen, sich von Jahr zu Jahr um einen Curs vermehren. In Rovigno wird eine nautische Schule mit zwei Cursen errichtet, und eine eigene Commission ist mit dieser wichtigen Aufgabe betraut; der Director der hiesigen Real- und nautischen Akademie, Hr. Lugnani, wurde auch hiezu berufen. In Görz besteht ohnedieß das akademische Gymnasium, dessen beide letzte Jahrgänge in Verbindung mit den schon bisher dort gelehrten philosophischen Wissenschaften nach der neuen Eintheilung das „Obergymnasium" bilden. Die Sanitätscommission fand es räthlich die Schulen, welche bereits heute sich der Jugend öffnen sollten, noch bis zum 15 geschlossen zu halten. Die Cholera ist übrigens wirklich im Erlöschen, nicht nur nach der Anzahl, sondern auch nach der Intensität der Fälle. Der neuen Erkrankungen kamen im ganzen Gebiete in den letzten Tagen nur 4—6 vor, und auch diese wurden officiell als ganz leicht bezeichnet. Die Procession welche das Volk vorhatte, ist unterblieben. Wäre dieß nicht geschehen, so dürften wir einen höheren Krankenstand zu erwarten gehabt haben, denn die luftreinigende Bora hat leider wieder mit dem hier auch den Gesunden so lästigen Südwinde gewechselt. Die Wohlthätigkeit öffnet ein reiches Füllhorn über den unglücklichen in Folge der Seuche verwaisten Familien. Nur wenige Subscriptionslisten sind bereits veröffentlicht, und der Fonds den sie repräsentiren, erreicht schon nahe an 30,000 fl.; noch reiche Spenden sind aber zu gewärtigen. Die Zahl der heimkehrenden Flüchtlinge wird täglich größer, das Gewühl auf der Börse dichter und die Bewegung im Handel reger. Die Marine hat wenig gelitten. Von den Kriegsschiffen sind im ganzen einige 80 Mann erkrankt. Seit vorgestern werden die Geschäfte des St. Justimarktes betrieben, bei dem übrigens meist Producte für die Landleute und einiges Küchengeräthe feilgeboten werden. Die Anweisungen auf die ungarischen Landeseinkünfte beginnen auch hier zu circuliren. Metallmünze, mit Ausnahme der kleineren Scheidemünze, ist rein Waare geworden, und steigt auch als solche wieder im Preise. Zwanziger lassen sich wieder mit mehr als 8 Proc. an Mann bringen. Ein Schreiben aus Oran vom 25 v. M. meldet daß dort die Cholera entsetzlich wüthe. Mehr als 500 Personen vom Civil und noch mehr vom Militär sind in einer Woche eine Beute der Krankheit geworden.

Neuestes.

e **München,** 10 Nov. Der Auflösung des fränkischen Armeecorps ist dieser Tage ein allerhöchster Beschluß über die Militärverhältnisse in der Pfalz gefolgt. Der Belagerungszustand von Landau und Germersheim soll aufgehoben, dagegen der Kriegsstand in der Pfalz vorerst noch aufrechterhalten werden. Die Festungsbesatzungen haben sich durch einige bisher außerhalb gestandene Truppenabtheilungen zu verstärken, während andere durch Baden und Großherzogthum Hessen in ihre Garnisonen diesseits des Rheins einrücken sollen. Neben den ansehnlichen Festungsbesatzungen werden ein Infanterieregiment, ein Jägerbataillon, ein Chevaulegersregiment und eine Batterie im Kreise verbleiben. Das pfälzische Armeecorps steht auch fernerhin unter dem besondern Commando des Generallieutenants Fürsten Taxis. Im diesseitigen Bayern treten deßgleichen einige Städte-Garnisonswechsel ein.

Koblenz, 7 Nov. Der Prinz von Preußen traf heute hier ein und wurde sehr festlich empfangen. Den Winter hindurch wird sein Hauptquartier hier bleiben.

* **Hannover,** 8 Nov. So eben erfolgte die Eröffnung der Ständeversammlung durch den Ministerpräsidenten Grafen Bennigsen, welcher die Thronrede las. Diese rühmt den wohlgeordneten Staatshaushalt, verspricht die Gesetzentwürfe zu voller Ausführung des Gesetzes vom 5 Sept. 1848, und stellt neue Eisenbahnbauten in Aussicht. Die ersten Sätze der Thronrede gelten der deutschen Frage; sie lauten: „Meine Herren! Se. Maj. der König, unser allergnädigster Herr, welcher auch heute verhindert ist sich persönlich in Ihre Mitte zu begeben, hat mir abermals den ehrenvollen Auftrag ertheilt in Seinem Namen Sie beim Beginne Ihrer verfassungsmäßigen Thätigkeit zu begrüßen. Ist auch in den meisten Staaten Europa's die Ordnung, freilich nicht ohne Waffengewalt, hergestellt; und sind auch in Deutschland die Gefahren welche im Frühjahr die Auflösung der Ständeversammlung herbeiführten entfernt, so ist doch für Deutschland zur Zeit weder der äußere Frieden mit Sicherheit hergestellt, noch die nothwendige Entwicklung und Vervollkommnung seiner Gesammtverfassung, welche seit länger als einem Jahre den Mittelpunkt aller Thätigkeit bildet, erreicht worden. Se. Maj. haben befohlen ihnen vollständige Kenntniß von den Verhandlungen zu geben; und jemehr die Bedingungen ruhiger Entwicklung hergestellt sind, um desto ernster werden Allerhöchstdieselben dahin streben der übernommenen Verpflichtung gemäß Deutschlands Einigung und die Erreichung einer Gesammtvertretung des deutschen Volks im verfassungsmäßigen Wege zu verwirklichen." Das Dreikönigs-Bündniß ist mit keinem Worte erwähnt.

§ **Wien,** 8. Nov. II. MM. die Königinnen von Preußen und Sachsen, sowie die königl. Prinzessin Johann von Sachsen sind heute früh mit einem Separattrain auf der Nordbahn abgereist. Se. Maj. der Kaiser gab den hohen Gästen das Geleite. Die Entscheidung ob die serbische Woiwodschaft ein abgesondertes Kronland bilden, oder mit dem dreieinigen Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien vereinigt werden soll, dürfte in den nächsten Tagen erfolgen, worauf der Patriarch Rajachich nach Carlowitz und der Banus Jellachich nach Agram zurückkehren werden. Letzterer übernimmt mit der Civil- und Militärregierung der besagten Provinzen und der Militärgränze zugleich das Commando über das fünfte Armeecorps.

London, 6 Nov. Der Standard sagt in seinem Börsenartikel: „Die Berichte vom Continent sind heute Morgens in der City mit Interesse gelesen worden, insofern sie melden daß der Kaiser von Rußland über das Dazwischentreten Englands in der Flüchtlingsangelegenheit entrüstet ist. Man betrachtet dieß in ziemlich ernstem Lichte, um so mehr als das neue französische Ministerium, wie es scheint, abgeneigt ist die Ansichten des Präsidenten hinsichtlich eines thätigen Zusammenwirkens mit England gegen Rußlands Forderungen zu unterstützen." Uebrigens war die Einwirkung auf die Fonds nicht bedeutend. — Gestern ward in einem auf Windsorschloß gehaltenen Conseil beschlossen daß am 15 Nov. in allen Kirchen des Landes Dankgebete für das Schwinden der Cholera gebetet werden sollen. In London hat die Seuche ganz aufgehört, in England, Schottland und Irland kommen nur noch wenige Fälle vor.

‡ **London,** 7 Nov. In einem gestern unter Vorsitz der Königin abgehaltenen geheimen Rath wurde das Parlament v. 20 Nov. weit er bis zum 16 Jan. k. J. prorogirt; der wirkliche Zusamentritt dürfte aber am 1 Febr. erfolgen. — Dank den getroffenen Vorkehrungen, ist der 5 Nov. in Nord-Irland ruhig vorübergegangen. — Die M. Post will wissen: der österreichische Gesandte Graf Colloredo werde nächster Tage von London abreisen, und wahrscheinlich ins österreichische Cabinet eintreten.

Paris, 7 Nov. In der Nationalversammlung fängt man an zu fühlen daß das parlamentarische Geschäft gar zu schläfrig betrieben wird, und der Präsident Dupin fand für nöthig die Sitzung mit einer Ermahnung der Mitglieder zu größerem Fleiß zu eröffnen. Dann wurde die Frage verhandelt ob das Unterrichtsgesetz dem Staatsrath vorgelegt, oder in der Form aus welcher es aus der Hand der Commission hervorgegangen ist, in Berathung genommen werden soll? Von mehreren Seiten wird eine Umarbeitung gewünscht, die orleanistisch-legitimistische Coalition scheint jedoch mit ihrem Werk zufrieden zu seyn und es so durchführen zu wollen. Die Minister machten sich in der Sitzung wenig bemerklich, außer daß der Finanzminister ankündigte die Regierung werde ihre Meinung über die Getränkesteuer im Lauf der nächsten Woche mittheilen. Zu den auswärtigen Verwicklungen ist jetzt eine neue gekommen — ein Bruch mit Marocco. Das J. des Débats gesteht daß eine gütliche Ausgleichung unmöglich geworden sey, daß fast alle französischen Consularbehörden und die französischen Unterthanen sich geflüchtet hätten, und daß die nach der Levante beorderte Flotte wahrscheinlich Gegenbefehl erhalten haben werde um den Kaiser von Marocco zu züchtigen. — Hr. A. Chevalier, Bruder des bekannten Nationalökonomen und Mitarbeiters des J. des Débats, ist zum Generalsecretär der Präsidentschaft ernannt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 7 Nov. Consols $92\frac{7}{8}$; Bank Stock $198\frac{1}{2}$. Spanische 3proc. 36. Die Eisenbahn-Actien zeigen wieder ein erfreuliches Steigen.

Paris, 7 Nov. 3proc. 55.65; 5proc. 87.80; Bankactien 2325; belg. 5proc. 95; Anleh. v. 1842 95; $4\frac{1}{2}$proc. $86\frac{5}{8}$; österr. Loose v. 1834 385; neap. 5proc. 88.50; röm. 80; span. act. $22\frac{1}{2}$; 3proc. 35; innere Schuld $27\frac{1}{4}$; piem. 5proc. 82.75; Oblig. v. 1849 890; Vers. E.-B. rechte 211.25; linke 168.75; Paris-Orleans 725; Rouen 525; Straßb. 350; Nordbahn 427. 50; Rouen-Havre 230; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 297.50; Bordeaux 395; Tours-Nantes 281.25; Dieppe-Fecamp 180; Montereau-Troyes 103.75.

♀ **Wien,** 8 Nov. Die Börse war heute animirter und für Fonds günstiger gestimmt. Besonders fand das neue Anlehen lebhafte Nachfrage und waren Certificate auf dasselbe bis $83\frac{7}{8}$ gut zu lassen. Auch Pesther Eisenbahnactien stellten sich um 1 Proc. besser und waren mit $75\frac{1}{2}$ begehrt. Fremde Devisen wurden bei geringem Umsatze fast zur gestrigen Notirung abgegeben, schlossen jedoch im ganzen mehr Brief als Geld. Comptanten preishaltend. Geld und Silber gesucht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{3}{4}$–$93\frac{7}{8}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{7}{8}$–84, Loose vom J. 1834 (höher) $163\frac{1}{2}$–$163\frac{1}{2}$, Loose vom J. 1839 113–$113\frac{1}{4}$, Bankactien ohne Geschäft 1193–1197, Nordbahnactien 107–$107\frac{1}{4}$, Gloggnitzer 107–108, Mailänder $78\frac{1}{4}$–$78\frac{1}{2}$, Pesther $75\frac{1}{2}$–$75\frac{3}{4}$. London (in 1. S.) 10.50–10.52, Hamburg $157\frac{3}{4}$ B., Augsburg uso 108 B., Frankfurt $107\frac{1}{4}$ G., Amsterdam 150 G., Mailand $98\frac{1}{2}$ B., Livorno $105\frac{1}{2}$–106, Genua $124\frac{1}{2}$ B., Paris $127\frac{3}{4}$ B., Marseille $127\frac{1}{2}$ B., Goldagio für kais. Münzducaten 13–$13\frac{1}{4}$, Silberagio $7\frac{1}{2}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege. (Nostitz). Die englische Allianz. — Preußische Kammerverhandlungen. Der Preußische Staatsanzeiger über eine Zolleinigung mit Oesterreich. — Aus Algier (Lage der Colonie.)

Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege.

II.

Karl v. Nostitz. *)

= Eine dankenswerthe Bereicherung der deutschen Memoirenlitteratur ist das Leben und der Briefwechsel des Generallieutenants Karl v. Nostitz: nicht sowohl wegen des thatsächlichen Reichthums, als um des geistigen Hintergrundes willen der den Thatsachen als Träger dient, und der Meinungen und Gesinnungen wegen wie sie damals in den begabtesten und einflußreichsten Kreisen verbreitet waren. Es wird uns mit diesem Buche das Andenken eines Mannes wiederaufgefrischt dessen Namen schon fast als verschollen betrachtet werden konnte; und doch hatte er lebhaften Antheil genommen an den Dingen seit der Katastrophe von 1806, und war durch Bekanntschaften und Verbindungen vielfach und eng in die großen Verhältnisse verflochten. Sein Uebergang in den russischen Kriegsdienst entfremdete ihn wenigstens äußerlich der Heimath, und obwohl er erst 1838 starb, war doch sein Name fast zu den vergessenen zu rechnen — nur bei den Freunden nicht denen die geistvolle und interessante Persönlichkeit im Leben nahe gestanden war. Einer dieser Freunde, dem Nostitz seine Aufsätze und Correspondenzen mitgetheilt, erneuert nun das Andenken des Verstorbenen durch Veröffentlichung der Tagebücher und Briefe, die freilich beide nur einen Theil seines reichen und bewegten Lebens umfassen. Mit einer Reihe der hervorragendsten Männer, mit Prinz Louis Ferdinand, Gentz, Gneisenau und andern durch engen freundschaftlichen Verkehr verbunden, als Adjutant und Begleiter des Prinzen Louis, bis zur Katastrophe von Saalfeld von diesem unzertrennlich, dann auf dem Wiener Congreß in hohe und einflußreiche Bekanntschaften verflochten, war Nostitz wohl im Stande interessante biographische Aufzeichnungen und einen Briefwechsel zu hinterlassen, in denen sich die Stimmungen und Gedanken bedeutender Zeitgenossen charakteristisch und treu ausprägten. Schade daß nicht auch aus seiner spätern Lebensperiode, wo er mit vielen bedeutenden Männern in Rußland einen ausgebreiteten Briefwechsel unterhielt, das Interessanteste hat veröffentlicht werden können. Besonders anziehend waren seine Briefe an den damaligen Obersten und Adjutanten des Großfürsten Constantin, jetzigen Generallieutenant Grafen Nesselrode, die der letztere sorgfältig aufbewahrt hatte, aber während des polnischen Aufstandes der Vernichtung preisgeben mußte. Auch außerdem müßte sich, nach der Meinung des Herausgebers, noch manches interessante in dem handschriftlichen Nachlaß des Verstorbenen vorfinden, zu dessen Veröffentlichung sich vielleicht einmal der Sohn, in dessen Händen sich der Nachlaß befindet, entschließen dürfte.

Seine Jugend und „Lehrjahre" schildert uns Nostitz selbst sehr anziehend, und mit jener psychologischen Feinheit und Sicherheit die dem vielerfahrnen Weltmann eigenthümlich war. Ungünstige Familienverhältnisse hatten den Knaben eine sorgsame elterliche Pflege und Erziehung entbehren lassen; er war von früh an mehr auf sich selbst angewiesen und zufälligen Einwirkungen preisgegeben, als durch eine liebevolle und aufmerksame väterliche oder mütterliche Fürsorge geleitet. Nur einmal kam er in einen Familienkreis, der auch das gemüthliche und innerliche Wesen des vielfach sich selber überlassenen Knaben anregte und befriedigte; auch gelang es ihm, nach einer bunten Abwechslung von Müßiggang und planlosem Lernen, eine tüchtige Erziehungsanstalt durchzumachen, aber die Eindrücke seines Jugendlebens blieben vorherrschend. Früh zu einer gewissen Selbständigkeit entwickelt, an Leib und Seele gleich kraftvoll und glücklich begabt, war der junge Nostitz zu einem friedlichen Berufe und der stillen Thätigkeit im eigenen Haus und Hof wenig geeignet. Keine Musen, sagt er selber, hatten mir das Wiegenlied gesungen, um, wenn ihre Gunst das Toben der ersten Jahre besänftigt, mich mir selbst zum frohen stillen Genuß wiederzugeben. Stets aus mir herausstrebend, jagte ich äußerm Glücke nach; mußte ich nicht glauben es dort am sichersten zu finden wo es am hellsten glänzte, d. h. im Kriegerstande?

So trat eines Tages der wilde sächsische Student auf einem dürren Miethgaul den Weg nach Potsdam an (1800) um dort ein militärisches Unterkommen zu finden — ohne Bekannte und Empfehlungen, im offnen Kampfe gegen den Willen seines Vaters gelang es ihm gleichwohl als „fünfter übercompleter Officier" angenommen zu werden. Da tummelte er sich nun in dem wilden Muthwillen des Garnisonslebens herum; als verwegener und tollkühner Reiter war er bald in ganz Berlin bekannt, durch wilde Streiche und alle die „modischen Eigenschaften eines Gendarmerieofficiers" und einen Aufwand der ihn für reich gelten ließ, und durch keckes Auftreten gegen jede Ordnung ragte er unter seines Gleichen fast ebenso hervor wie äußerlich durch seine mächtige, ritterliche Erscheinung. Doch ging er in dem Strudel nicht unter: wissenschaftliche Beschäftigungen mit dem Kriegswesen, namentlich unter Scharnhorsts Leitung, zogen ihn an, und gleichzeitig erweiterte sich sein geselliger Gesichtskreis, er beachtete „die Welt die außerhalb des wüsten, militärischen Weichbilds liegt", und suchte sich Wege in die höhere Gesellschaft zu bahnen. Mit bedeutenden Leuten, wie z. B. Gentz, war er schon früh bekannt geworden, bald gerieth er auch mit dem Prinzen Louis in ein nahes und inniges Verhältniß. So bildete er sich aus einem bunten, mannichfaltigen Leben, stets in lebhafter Berührung mit geistreichen und bedeutenden Menschen, durchaus zum Weltmann, zum scharfen und feinen Beobachter der Persönlichkeiten und Verhältnisse. So fand ihn später Varnhagen auf dem Wiener Congresse, wo er ihn mit Jassoy und Wiesel zusammenstellt und von ihnen sagt: Diese drei, ungleich in fast allem Betracht, hatten doch in Bezug auf den Congreß die merkwürdigste Gemeinschaft. Ihr unbestreitbarstes Eigenthum war der scharfe Weltverstand, die kluge Einsicht in fremde Thorheit und Schwäche, der unbedingte Haß aller Selbsttäuschung, die Lust und Entschlossenheit sich die nackte Wahrheit, und wäre sie noch so häßlich, vor Augen zu stellen, daher Zweifel und Mißtrauen gegen alles was in der Welt etwas bedeuten will. In diesen dreien hatte sich die Verneinung, die Satire und der Hohn incarnirt, sie folgten allen Erscheinungen und Vorgängen des Tages mit ihren zerstörenden Bemerkungen, mit unerbittlicher Schärfe und mit einer Derbheit für die es keine schriftliche Ueberlieferung gibt. Sie waren das aristophanische Salz des Congresses, die mephistophelische Lauge, die, indem sie das Scheinsame verzehrt, auch das wahrhaft Hohe und Heilige wenigstens anzubeizen versucht.

Die interessantesten Stellen der Nostitz'schen Aufzeichnungen betreffen theils die Geschichte des Wiener Congresses, theils sein früheres Verhältniß zum Prinzen Louis Ferdinand. Er nimmt natürlich den Prinzen gegen die bittern Anklagen in Schutz die damals und später gegen ihn erhoben worden sind, weist an einzelnen Beispielen nach wie arg man den an Geist und Gemüth so reichbegabten Fürsten verleumdet, und nicht selten auch seine harmlosen Genüsse verdächtigt habe. Indessen das was Nostitz selber über das Treiben des Kreises in welchem der Prinz und seine Freunde sich bewegten, aufgezeichnet hat, beweist denn doch daß es den Anklägern wenigstens an der Handhabe nicht fehlte. Wenn auch die geistreiche Gesellschaft von Weltleuten, deren Mittelpunkt der Prinz war, die Orgien und Bacchanalien verschmähte deren man sie beschuldigt hat, so lag doch eine gewisse Frivolität der Sitten und ein raffinirter Sybaritismus in den Genüssen über dem ganzen Cirkel ausgebreitet; man schlug dort Geist viel höher an als Sitte und Charakter, man tändelte und scherzte mit aller Erfindungsgabe verfeinerter Genußsucht, und fühlte wenig von dem überwältigenden Ernst in sich den die furchtbare Zeit und ihre Katastrophen hätten wecken müssen. Es mochte reizend und poetisch seyn in dieser Zeit der gewaltigsten Weltconvulsionen sich auf einen kleinen Kreis geistreicher Männer und Frauen zurückzuziehen, dort Jagdabenteuer, Spiel, Musik und geistvolles Gespräch mit ausgesuchten Tafelfreuden zu pflegen; es mochte gar verführerisch seyn in solcher Umgebung die feinste Sinnlichkeit befriedigt und doch Ton und Haltung nie zum Trivialen und Gemeinen herabgedrückt zu sehen — aber eine Generation wie sie die schwere Zeit bedurfte, ward in solchen Umgebungen nicht großgezogen. Hören wir Nostitz selbst, wie er die Jagdzerstreuungen des Prinzen und seiner Begleiter schildert. Von Morgens 10 Uhr bis zum Abend trieb man sich auf der Jagd umher, dann ging's zu einem opulenten Mahle, „das in antikem Styl gefeiert, durch Musik und den Wechsel heiterer Erholung weit über das gewöhnliche Maß verlängert ward. Der Prinz und Dussek musicirten dazwischen; wer nicht aß und trank, warf mit Karten und Würfeln, oder führte ein Gespräch mit dem Nachbar. Die Frauen, auf dem Sopha in antiker Freiheit gelagert, scherzten, entzückten, rissen hin, und verliehen dem Symposion jene Zartheit und Weichheit die einer Gesellschaft von Männern unter sich durch ihre Härte und

*) Aus Karls v. Nostitz, weiland Adjutanten des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen und später russischen Generallieutenants „Leben und Briefwechsel. Auch ein Lebensbild aus den Befreiungskriegen". Dresden 1848.

Einseitigkeit abgeht. Die Stunden verflogen und an solchen Abenden und die Nächte hindurch ungemessen, und es geschah wohl daß wir uns erst des Morgens um 5, 6, 7, auch wohl um 8 Uhr trennten, viele von demselben Stuhle aufstehend auf den sie sich den Abend vorher niedergesetzt."

Es war gewiß eine schmähliche Verleumdung wenn man solche Freuden, wie wohl hie und da geschehen ist, mit den Orgien der Regentschaft verglich, oder wenn auch nur der Neid hinter den Pforten die ihm verschlossen blieben, arge Dinge wittern wollte, aber zu der Noth und dem Ernst der Zeit stimmte dieß leichtfertig tändelnde und nur genießende Geschlecht ebenso wenig als der Prinz und seine Cavalierpassionen dem Volk ein besonders erbauliches Exempel gaben. Nostitz deutet dieß wohl hie und da fein genug an, doch so daß man es nur zwischen den Zeilen herauslesen kann. So macht er über des Prinzen Verhältniß zur Frau Wiesel, die in ziemlich schlimmem Ruf stand, eine Bemerkung, die, so fein und zierlich sie auch eingekleidet ist, doch den ganzen sittlichen Charakter solcher Verbindungen scharf genug zeichnet. „Was ein heißes Blut von ihr erheischte, sagte er, das gewährte sie freilich nicht immer nach sorgfältiger Wahl, gehörte aber darum nicht minder zu den geistreichsten Erscheinungen der damaligen Welt. Es war in ihr die freieste Ungebundenheit und eine muntere Keckheit gegen alles was sie umgab, und was sie gleich unter den drolligsten Beleuchtungen ihres regen Geistes darstellte. Es gehörte die gleiche geistige Ungebundenheit des Prinzen dazu um sich im Trotz gegen die Welt dem Hange zu dieser Frau ganz hinzugeben. Durch die Sinne einander unterthan, standen sie dem Geiste nach frei einander gegenüber." An einer andern Stelle, wo Nostitz den Prinzen gegen die Ankläger rechtfertigt, deutet er zugleich richtig die Quelle an aus der die Schwächen des Mannes und seiner Lebensweise entsprangen. „Durch Mangel würdiger Beschäftigung, sagt er, durch strenge Entfernung von allem was durch höhere Thätigkeit seine großen Eigenschaften in einem bestimmten Wirkungskreise angespannt hätte, hat man seiner Seele ein tödtendes Opiat beigebracht das sie auf mancherlei Abwege trieb. Wenn sich dann die Jugend des Prinzen in vielerlei Liebesabenteuer, sein rasches Blut in mancherlei Verbindungen verwickelte wo es unter Saus und Braus lustig herging, so stempelte man das mit dem Namen Immoralität, und nannte ihn einen verlornen Menschen. War aber der verloren der bei Weibern, beim Zechen und in allem wilden Jubel der Jugend sich selber nie verliert, der immer bleibt was er ist, und bei der leisesten Anstrengung des edleren Stoffes sich in dem Adel seiner Seele und in der Freiheit seines Geistes aus jeder Tiefe im Adlerflug erhebt?"

Was Nostitz hier von seinem Prinzen sagt, galt von ihm selber; auch ihn hielt mitten in dem frivolen Treiben die angeborne Kraft und Tüchtigkeit aufrecht. Obwohl mit den Berliner Sybariten eng verbunden, ließ er sich doch nie von der Sinnlichkeit überwältigen wie sein Freund Gentz, den er auf dem Wiener Congreß wiederfindet, aber kaum wieder erkennt. Er findet ihn alt und grau; „dieser Mensch, schreibt er in seinem Tagebuch, ehedem mit dem flatternden Sinn und der üppigen Lebenslust, ist ein ganzer Philister geworden; das Freie, Geniale ist von ihm gewichen, und durch seine trippelnde Weisheit wird er nichts großes hinstellen." Auch dem wüsten Muthwillen des Berliner Garnisonslebens entwuchs Nostitz völlig, so sehr er selber in diesem Treiben Virtuose gewesen war. Unter den Zügen des Uebermuths und der Ausgelassenheit, worin das preußische Lieutenantsthum vor 1806 excellirte, heben wir einen hervor den Nostitz mittheilt, nicht ohne die naive Verwunderung auszusprechen daß man dergleichen damals ärgerlich und strafbar fand. Man wollte einmal einen Aufzug zu Pferd veranstalten; ein Officier schlug vor das damals häufig aufgeführte Werner'sche Stück die „Weihe der Kraft" zum Gegenstand einer solchen Mummerei zu wählen. Der Vorschlag gefiel und es wurde folgende Parodie des Stücks entworfen. In einem Auftritt desselben wird in Wittenberg ein Nonnenkloster aufgehoben, und der diese Handlung vollziehende sächsische Kanzler sagt den Frauen: „Geht in die Welt und wirket!" Alle verlassen hierauf das Kloster, und es ist im Stück keine Rede mehr von den in die Welt gestoßenen Nonnen, nur Catharina v. Bora bleibt auf der Scene um später Luthers Frau zu werden. Die Parodie sollte nun ergänzend das fernere Schicksal der übrigen Nonnen darstellen. Diese nämlich, so ward angenommen, ziehen, um einen Wirkungskreis zu suchen, nach Berlin, und finden hier in Madame Etschern (einer bekannten Kupplerin) die Vorsteherin unter der sie zu wirken anfangen. Als Luther solches vernimmt, reist er in Begleitung seiner Hausfrau nach Berlin um die neue nutzbar gemachte Frauenanstalt zu besuchen. Hier macht er eines Tages zur Erholung eine Schlittenfahrt mit den ehemaligen Lebensgefährtinnen seiner geliebten Catharina und ihrer neuen Vorsteherin, der Madame Etschern, die auch auf Observanz zu halten hat, und ihre pflegebefohlenen Jungfrauen nicht ohne Aufsicht in die Welt lassen kann. Nostitz gibt zwar zu daß der „Spaß etwas roh" war, findet es aber doch rigoristisch und übertrieben daß der König und die Regierung die Urheber und Theilnehmer des wirklich ausgeführten Zuges streng bestrafte. Solcher Art waren die noblen Vergnügungen der säbelschleppenden und prahlenden militärischen Jugend in dem Augenblick wo Napoleon Oesterreich niederwarf und Preußen in seiner Existenz bedrohte!

Eine sehr anziehende Episode bildet in den Nostitz'schen Aufzeichnungen dasjenige was er über den Wiener Congreß in seinen Tagebüchern niedergelegt hat. Es finden sich darin über die Verhältnisse sehr treffende und richtige Bemerkungen, und von den Personen Charakteristiken in denen wir jene weltmännische Feinheit und Schärfe finden die Varnhagen an Nostitz rühmt. Er beklagt es daß über die Föderativ-Verfassung Deutschlands noch nichts genügendes zu Stande gekommen, und findet das von Metternich vorgelegte Project ziemlich bunt; aber auch gegen dieses hätten Württemberg und Bayern, die nur egoistisch glauben bewahren und gewinnen zu müssen, ein gewaltiges Geschrei wegen Beeinträchtigung ihrer Souveränetät erhoben. Der russische Reiterofficier macht dabei eine Bemerkung die unsere Staatsmänner hätten allezeit beherzigen sollen. „Was sich, sagt er, nach dem herrschenden Zeitgeist allgemein aufdringt, wird in Deutschland nicht ausbleiben, und ordnet es sich nicht gütlich, so gestaltet es sich in Erschütterungen denen politische Mißhelligkeiten den nächsten Funken geben." Und ein andermal sagt er: „Es geht immer durcheinander, bis man das Schwert zieht, oder, was das wahrscheinlichste ist, eine Theilung macht — der Stempel der Mittelmäßigkeit, eine erbärmliche Aushülfe der Noth und Schwäche. Quidquid delirant reges, plectuntur Achivi! Unterdessen ringt eine schlaue Politik nach dem höchsten Standpunkt, den Rußland jetzt mehr dadurch erhält daß es nicht über den andern, sondern mitten zwischen den andern steht, und durch sein Mehr oder Weniger, durch sein Ja oder Nein den Gang der Begebenheiten leitet." Man glaubt in der That Betrachtungen über unsere Tagesgeschichte zu lesen; so unverändert wahr sind diese Bemerkungen geblieben.

Ein andermal schreibt er die bittern aber wahren Worte in sein Tagebuch: „Während der große Gang der Unterhandlungen sich langsam ab- und verwindet, schreien die kleinen Fürsten wie die Raben am Bach, und es ist kein Unsinn auszudenken den ihre Noten nicht enthalten. Alle wollen haben, und nicht bloß was sie hatten, wenn man z. B. auf die Grundlage des westfälischen Friedens zurückkommen wollte, nein auch damit speist man die Hungrigen nicht ab. So hatte ich mit dem vierundsechzigsten Reuß, einem jungen Menschen von viel Tiefe und praktischer Brauchbarkeit, eine Erörterung über die Entschädigung der Fürsten und ihre zukünftigen Rechte. Er protestirte gleich gegen den westfälischen Frieden und wollte kaum die goldne Bulle statuiren: es waren alles Eingriffe in der Fürsten Rechte. So sprachen die Klügsten; was soll man nun mit den Menschen anfangen? Neulich haben sie gegen alle Lehnsverpflichtung von ihrer Seite an die größern Souveräne gesprochen, haben aber die statuirt, ja heiß verfochten, welche die Unterthanen gegen sie haben müßten."

Sind die Betrachtungen und Bemerkungen die Nostitz über die großen politischen Fragen des Congresses in seinem Tagebuch niederlegt, überall von zutreffender Wahrheit, so zeichnen sich seine Schilderungen von Persönlichkeiten ebensosehr durch Feinheit der psychologischen Charakteristik aus, als durch jene unerbittliche Schärfe und Rücksichtslosigkeit die nach Varnhagens Schilderung sein Verhältniß zum Congreß vorzugsweise bezeichnete. Ueber die hervorragenden Staatsmänner, über die zahlreichen fürstlichen Persönlichkeiten, selbst über die „Phantasten und Beutelschneider des Congresses", wozu er vorzugsweise Fr. Schlegel und Z. Werner rechnet, legt er Bemerkungen nieder die von einer bemerkenswerthen Beobachtungsgabe Zeugniß ablegen; mancher Individualität die sich damals noch wenig ausgeprägt hatte und das milde Urtheil täuschte, sieht der scharfe nüchterne Nostitz bis auf den Grund der Seele. Von den Congreßgesandten macht er einmal die Bemerkung: „Die Unterhändler, statt durch gründliche staatswissenschaftliche Kenntniß belehrt zu seyn, ergreifen nur immer das nächste, und klammern ihr Ziel an den ersten günstigen Schein; ja sie greifen oft aus gutem Vorbedacht zu etwas falschem, irrigem, um durch scheinbare Nachgiebigkeit den eigentlichen Zweck zu gewinnen; auf solchem Kunstgriff beruht die ganze List der Mystification die mit kecker Stirn in dem großen Leben gehandhabt wird. Ihr Ursprung liegt in unserm geselligen Umgang, in dem Verkehr mit Weibern, eine Bahn die unsere jetzigen Minister oft durchlaufen sind und deren Künste sie nun in die höhern Geschäfte übertragen, als Ersatz der ehemaligen geistigen und wissenschaftlichen Mittel. Metternich ist ein Hauptkünstler auf dieser Arena in dem Geist eines großen diplomatischen Parteigängers." Ueber Gentz, seinen alten Freund, schreibt Nostitz das einfache wahre Wort nieder: „Gentz ist alt und grau geworden; Seele und Körper zittern ihm in ewigem Fieberfrost von moralischer und physischer Erkältung. Die Gemüthlichkeit der Jugend erwacht wohl noch zuweilen,

doch ist sie stets geregelt, und erlaubt durch Zwang keine Gegenseitigkeit der Hingebung. Zudem ist der alte Diplomat eingeengt in die Beschränkung seines jetzigen Vaterlands, und erschrickt vor dem Geiste der ihn sonst bewegte; darum ist es ihm auch nicht wohl in der Umgebung seiner Freunde von ehedem, wenn er sie nicht genau auf seinem Wege findet. Doch was geschrieben steht gehört der Welt an, und der Gentz von Berlin ist ein anderer als der von Wien; man lese nur was jener damals geschrieben."

Unter den Briefen finden sich geistreiche und interessante Mittheilungen theils von Nostitz selbst, theils von dem Schweizer Merian, der damals als russischer Staatsrath der großen Politik nahe genug stand, und in origineller Weise und oft ganz desultorischer Form seine Meinungen darüber mit dem innig befreundeten Nostitz austauscht. Wir finden da ein derbes aber vortreffliches Wort über Talleyrand: „Wie wollen Sie, schreibt er an Nostitz, menschliche Größe und Kraft an Talleyrand messen? Ein anderes ist durch sich groß seyn, ein anderes durch den der hinter uns steht. Mit Napoleons Hetzpeitsche war's leicht Minister seyn. Damals war die ganze Kunst der Unterhandlung die: „Ihr Ochsen, die Ihr alle seyd, Euch Flegeln geb ich den Bescheid" rc. Befehlen ist lustig, unterhandeln verdammt mühsam. Hätte Talleyrand einen Funken Ehre im Leibe, so würde er sich lieber spießen lassen als auf eben dem Flecke, unter eben den Menschen wo er sonst geherrscht hat, jetzt herumzukriechen wie eine lahme Wanze. Das kann nur ein Franzos!" Und über Metternich, den „superklugen Hrn. Mystificator", setzt er hinzu: Es war ein trauriger Mißgriff so einen Herrn obenan zu stellen! Zerschlägt sich der Congreß, so ists ob seiner Feinheiten und Kniffe. Da betrachten Sie einmal Sir William Temple dagegen. Was sagte man von dem, so oft er bei einer Unterhandlung auftrat? „Aha, England ist's Ernst, sonst ließe sich Temple nicht brauchen."

Der Ernst und die rücksichtslose Schärfe womit die Freunde im Wetteifer der Lüge der Zeit zu Leibe gehen und so in die panegyrische Auffassung vieler Zeitgenossen gar manchen bittern Wermuthstropfen einfließen lassen, spricht sich auch in ihrer Beurtheilung französischer Personen und Zustände aus. Beide, Nostitz und Merian, waren während der Occupationszeit als militärische Administratoren in Frankreich, hatten also hinlänglich Gelegenheit die sittliche Fäulniß, Frivolität und Hohlheit, die als Erbschaft von Bonaparte's Größe zurückblieb, im Großen und Kleinen kennen zu lernen. Nostiz namentlich studirte dabei das Volk, seine Art und Eigenthümlichkeit wie es sich als kleiner Bürger oder Landmann darstellte; es war seine Hauptbeschäftigung wenn er durch seinen Beruf in ein ödes Nest in den Ardennen oder sonst wohin gebannt war. Der Totaleindruck französischen Wesens, wenn man die einzelnen feinen und scharfsichtigen Bemerkungen zusammenhält, wird darnach freilich kein sehr günstiger; aber in der Hauptsache behält er Recht, auch wenn ihn die Stimmung der Zeit oft zu einem noch strengeren Urtheil vermochte als es die angeborne Schärfe seines Wesens mit sich brachte. Vortrefflich schreibt er einmal an General Vieth: „Doch Freund, was bleibt uns wenn so der Franzose ist? Waren wir nicht seine Narren und darum schlechter als er? Seine Narren, ja; schlechter, nein; nur tiefer, bedachtsamer, heiliger, möchte ich sagen; wir glaubten nicht daß bloße Spiegelfechterei sey was uns verdutzte, und wußten nicht wie es eigentlich mit der politisch-moralischen Frivolität beschaffen sey, dem Mobil des französischen Kolosses, den unsere steife Weisheit, nicht geneigt den Franzosen etwas nachzuconstruiren, immer von sich selbst abdemonstriren wollte. Unsere ehrliche Schwerfälligkeit konnte nicht dagegen bestehen, und unser bißchen Weltweisheit verglomm gegen die Flamme welche die französische Frechheit von dem dürren Reisig eines eingegangenen Lebensbaumes allenthalben zusammenschürte. Endlich hat uns im eigentlichsten Sinne des Wortes das Feuer auf die Nägel gebrannt, und das Gefühl ist endlich wieder im Menschen, trotz des dummen Verstandes, erwacht, um erst den eigenen schlechten Plunder auf die Seite zu rücken und dann die Fremden zum Hause hinauszuwerfen. Der Mensch der im Gemüth erwacht, ist ein Simson, der trotz der Blindheit Säulen und Dächer umwirft."

Die englische Allianz.

k Die Wiener „Presse" hatte kürzlich (26 Oct.) als die Wolken des türkischen Conflictes sich bereits etwas verzogen hatten, ein kriegerisches Phantasiebild gebracht. Da kämpfte England im Bund mit — Frankreich und — Preußen und — Schweden siegreich um den Besitz von Konstantinopel, während Oesterreich, falls es sich Rußland anschlösse, damit bedroht wurde eine „Municipalregierung des russischen Kolosses" und „von diesem mit einer chinesischen Mauer umgeben" zu werden. Die Absicht war gut: es galt eine Warnung für Oesterreich sich nicht zu tief in russische Politik verstricken zu lassen. Aber die „Oesterreichische Correspondenz" — die freilich bis jetzt hinter ihrem Vorbild, der Berliner „Constit. Correspondenz" weit zurückgeblieben ist — bemerkte: die Presse habe sich da von einer zu lebhaften Einbildungskraft leiten lassen. Dieser Friedensprotest ward in der Allg. Ztg. berührt. Darüber grollt die „Presse." Die Wiener Blätter sind ein empfindliches Geschlecht. Seit Fürst Windisch-Grätz seinen Einzug durch das Rothe-Thurmthor gehalten, haben die Presse, der Lloyd rc. gelernt mit Geduld und Anstand Kamele zu verschlucken; aber bei der kleinsten Mücke eines Tadels „aus dem Reiche" richten sie sich kerzengerad auf, wie geschwellt vom Bewußtseyn stolzester Unabhängigkeit. Stören wir sie nicht in der angenehmen Illusion, und gehen wir auf die Sache ein. Die „Presse" hat ganz Recht: in Deutschland ist keine Sympathie für die russische Allianz. Wer aber, nach all den Erfahrungen welche die Völker mit englischer Allianz gemacht, dieser noch vertrauen wollte, wäre blind am Licht des Tages. Wenn z. B. die brittische Schutzherrschaft auf den jonischen Inseln russische Sympathien mit Peitsche und Galgen verfolgen muß, so ist das doch die bitterste Satire auf die Politik von St. James. Seit 33 Jahren stehen die Inseln unter brittischer „Protection;" keines der unter Garantie der europäischen Verträge ihnen versprochenen Rechte ward ihnen gehalten: ihre Presse ist geknebelt, ihr Parlament ein Schattenbild, die eigene Verwaltung, die eigene Truppenmacht existiren nicht. Sehnsüchtig blicken die jonischen Inselgriechen auf den hellenischen Bruderstaat, begierig suchen ihre Söhne die Hochschule von Athen auf, den Trost und die Leuchte aller Griechen die in Thessalien, Macedonien, Candia rc. noch unwilligen Herzens dem Halbmond gehorchen. Aber in Athen fast wie auf Corfu residirt ein brittischer Proconsul, und der dictirt sein Machtgebot in derselben Haltung welche dem Lloyd so reizend erscheint, „die Reitpeitsche in der Hand." Wehrt die Regierung König Otto's die Rebellen ab die ihr brittische und türkische Freundschaft an der Gränze unterhält, so wird sie des Uebergriffs und der Tyrannei angeklagt. Regt dagegen auf den jonischen Inseln sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt da und dort einmal das Volk, der Willkürherrschaft überdrüssig, so werden die Insurgenten als „Communisten" ausgepeitscht, als „Räuber" gehenkt. Da erinnert man sich auf den Inseln der Zeit wo Rußland dort gebot, und der spätern Tage wo der Sohn der „Sieben-Inseln," Capodistrias, seinen Landsleuten wie ein Pfand der Vereinigung aller Griechen erschienen war. So entstanden, unter englischer Willkürherrschaft, die russischen Sympathien, eine Erscheinung die uns auf den ersten Anblick wie die räthselhafteste Abnormität vorkommt.

Wir wollen schweigen von dem Verrath den englische Agenten auf Candia geübt haben, das nach kurzem Freiheitstraum der blutigsten Verheerung preisgegeben ward. Ward doch alles was in diesen Gewässern von englischer Politik geschah um die aufstrebende griechische Seebevölkerung nicht zur Entfaltung irgendeiner maritimen Macht kommen zu lassen, überboten durch die Preisgebung des heldenmüthigen Parga. Vergebens hatten die Pargioten (1818) ihre Stadt unter den Schutz der brittischen Flagge gestellt, nachdem General Campbell sie versichert hatte daß sie das Loos der Sieben-Inseln theilen würden. England nahm Besitz von Parga, aber nur um es seinem Feinde und Henker, Ali Pascha von Janina, zu überantworten. Da gruben die verzweifelnden Pargioten die Gebeine ihrer Väter aus und überlieferten sie den Flammen oder trugen sie als Reliquien mit sich fort, indem sie ihren Wohnungen und der mütterlichen Erde Lebewohl sagten, während die englische Besatzung den anrückenden Albanesen und Türken die Stadt übergab, die sich ihrem Schutz anvertraut hatte. Diese Scenen rufen sich die Griechen zurück, wenn man ihnen den Namen Englands nennt. Die Pforte und Aegypten aber vergessen wohl Navarin und Syrien nicht, wo unter englischer Führung die türkische Flotte und das ägyptische Landheer zerstört, und damit für Kairo und Konstantinopel die Säulen einer selbständigen Zukunft gebrochen wurden, während die ebenso edelmüthigen russischen Einflüsterungen den Sultan zur Vernichtung seiner Janitscharenmacht getrieben hatten. Und nach solchen Schlägen wagt die eine wie die andere Macht noch der Pforte von ihrer Freundschaft, von der Sorge für ihre Selbständigkeit zu reden!

Unaufhaltsam wie das Verhängniß drängt es Rußland zur Besetzung Konstantinopels, um die Schlüssel der Dardanellen und damit für seine Flotte den Ausgang ins Mittelmeer zu erhalten. Mit derselben Nothwendigkeit strebt England nach dem Besitz Aegyptens, um es seiner Reihe bewaffneter Forts auf dem Wege nach Indien anzuschließen. Nimmt Frankreich — das in solchem Fall mit Rußland, nicht mit England verbündet seyn wird — an diesem Wettkampf um die Meeresherrschaft, der Garantie seiner Weltstellung, Theil, und weiß es Spanien und Portugal aus ihren innern Intriguen und Zerfleischungen wieder heraus auf diese Bahn ihrer einstigen Größe zu lenken, so ist Europa, vor allen Deutschland, vor den Continentalkriegen gerettet, mit denen sonst die unbeschäftigten Heere Frankreichs und Rußlands uns früher oder später wieder

bedrohen. Behält dagegen England sein europäisches Monopol der Seeherrschaft und des Welthandels, so werden alle die gährenden Kräfte des Continents sich zurückwenden zu innern Aufständen und nationalen Kriegen, und England wird heute diesem, morgen jenem Staate seine Allianz anbieten, um wechselsweise jede europäische Concurrenz auf jenen Weltgebieten zu lähmen. Welch lange Reihe von Krämpfen und Wehen, von Aufstachelung und Preisgebung bietet die Geschichte der letzten fünfzig Jahre von Skandinavien, den Niederlanden, Genua, Venedig, Sicilien, Neapel, Portugal, Spanien, Aegypten, Konstantinopel, kurz von allen Punkten deren Lage Bethätigung nach außen, freie Beschreitung der Weltstraßen forderte, während die drei europäischen Staatenkolosse — Rußland, Frankreich und England — sie mit Güte oder Gewalt in ihre Bahnen zogen, um sie wechselsweise zu zerreißen und unter die Füße zu treten! Auch Oesterreich und Preußen theilten dieses Schicksal, wieviel mehr noch das arme zerstückelte Deutschland! Der funkelnde Stern des vorigen Jahrs, der für uns eine neue Zeit heraufzuführen schien, ist untergegangen, wer weiß auf wie lange, trotz aller Reden und Betheuerungen. Unter solchen Umständen muß das Drohen eines Conflicts, wie der in Konstantinopel — von dem in Paris zu schweigen! — nirgends bedeutsamer erscheinen als eben im constitutionellen Deutschland, wo man schlechter als je in der Fassung ist erneuerten Gefahren zu begegnen.

Hätte die frühere Verwaltung Oesterreichs die lange Zeit des Friedens benützt, wie sie Rußland und Frankreich benützt haben, um dem Kaiserreich eine Flotte zu schaffen, so könnte es unmittelbar in den levantischen Gewässern seine Schiffskanonen mitsprechen lassen, und in einem großen Griechenland eine Schöpfung voll mächtiger Zukunft ins Leben rufen. So aber muß es sich beschränken sein ungeheures Heer zur Erringung der alten Geltung zwischen der Donau und dem adriatischen Meer aufzustellen. Von England wird es dabei mit so eifersüchtigem Auge betrachtet werden als von Rußland, aber es bedarf beider nicht wenn es mit Deutschland festgegliedert ist. Das möge die Wiener „Presse" in ihrem kurzsichtigen Abschließungssystem gegenüber von Deutschland bedenken; *) es wird dieß viel besser seyn als Oesterreichs Geschicke auf die Unterstützung von Frankreich und Schweden, oder gar von England zu stellen. Wäre Deutschland wieder als Ganzes constituirt, so würden alle jene Staaten

*) Die Presse bemerkt: „Wir wissen wohl daß es bei der kriegerischen Gesinnung eines mächtigen, gegenwärtig sehr einflußreichen Theils unserer Landsleute eine geläufige Redensart geworden ist: man müsse die Türken aus Europa hinauswerfen, Bosnien und die Herzegowina besetzen und Oesterreichs Gränzen bis an die Mündung der Donau ausdehnen.... Ob aber Oesterreich im günstigsten Fall durch Verstärkung des slavischen Elements in seinem Innern wirklich gewinnen würde, wollen wir nicht untersuchen." Die Presse scheut also zurück vor einer Verstärkung des slavischen Elements, und doch will sie dem deutschen Element nicht die natürliche Stütze im deutschen Gesammtvaterland geben, während das österreichische Ministerium in weit tieferer Einsicht sagte: Oesterreich aus Deutschland verdrängen heiße ihm ans Leben greifen. Bezeichnend genug war neulich das folgende Glaubensbekenntniß eines der ersten westslavischen Journale, der Narodni Noviny. „Was ist denn die Seele unseres verjüngten Oesterreichs? Wodurch wird wohl unser Oesterreich, da die Ketten des Absolutismus die es hielten, sprangen, nun zusammengehalten? Durch nichts anderes als durch den Panslavismus. Erschrecken wir doch nicht vor diesem Wort; es ist nicht jener Panslavismus der von Kamtschaka bis an das adriatische Meer, vom Jenisei bis an den Schwarzwald reicht. Es ist ein kleinerer, frischerer, es ist der südwestliche mitteleuropäische Panslavismus, ein nicht so gefährlicher Panslavismus, es ist ein brüderlicher Bund, den kleinere Slavenvölker zur Wahrung ihrer eigenen Nationalität und Selbständigkeit schließen. Wir wollen Oesterreich und zwar freiwillig beisammen erhalten; was denn anderes, fragen wir, als das Bewußtseyn des österreichischen Panslavismus, soll geeignet seyn dieses gütliche Beisammenleben zu erzielen? Begreift man jetzt auch noch nicht dieses Geheimniß, so wird die Zukunft unsere Worte um so mehr bekräftigen. Als im vorigen Jahre das zerrüttete, mit dem Einsturz bedrohte Haus Oesterreich von Italienern, Magyaren und Deutschen wie von Mäusen die, wie man sagt, ein zusammenbrechendes Gebäude fliehen, verlassen dastand, da sprachen die österreichischen Slaven, die bis dahin nur Dienern dieses Hauses glichen: dieß Haus ist noch fest genug, wir wollen es stützen und ausbessern und friedlich drinnen wohnen. Und jeder würde Verrath üben an diesem Hause der daraus ohne Ursache jene vertreiben wollte die da freiwillig darinnen verbleiben wollen, und der ihnen die Existenz in demselben so verleiden würde daß die Unzufriedenen ihre Blicke nach andern Wohnungen richten müßten. Eine solche Wohnung, ungeheuer und gefährlich, befindet sich eben in der Nachbarschaft und lenkt die Blicke der Unzufriedenen auf sich. Wer einen kleinen Panslavismus meidet der sehe zu daß er einen großen nicht herbeiführe. Und wer kann sich rühmen in das Dunkel der Zukunft des Schicksals geblickt zu haben? Fürwahr, wenn wir die verschiedenen Schritte des österreichischen Ministeriums betrachten, so scheint es uns als wüßte es das nicht zu würdigen was jeder tüchtige Staatsmann als die Hauptstütze Oesterreichs erkennen muß — das österreichische Slaventhum, welches nach Selbständigkeit strebt und unter den gegenwärtigen Verhältnissen nirgends mehr Garantie für sich findet als gerade in Oesterreich."

an seiner Peripherie — Holland, Belgien, Italien, die Schweiz, Skandinavien — in der mehr oder weniger engen Verbindung mit ihm neue Kraft und neue Blüthe erhalten, während Wien der glänzende Mittelpunkt jenes Staatenkreises würde. Bleibt Deutschland aber getheilt und ungewiß in der Luft schwebend, so werden alle die kleineren Staaten und Stämme Europa's allmählich vor dem gefräßigen Umsichgreifen der nahrungbedürftigen europäischen Kolosse verschwinden. Hr. v. Lerchenfeld hat in seiner neulichen Streitrede das Hinwelken jener ehemaligen „Mächte" berührt; er hätte weiter gehen können, und darauf deuten wie sie mit uns wieder aufleben müssen, wenn wir ihnen nicht in dasselbe Grab nachsinken sollen. Die Verlängerung der jetzigen Zustände käme niemand zu gut als unsern Feinden. Sehen wir uns doch schon jetzt in solcher Unmacht, daß die Repräsentanten von Bayern in fünftägiger Debatte keinen Trost und keinen Ausweg finden; daß Preußen mit seinen 16 Mill. Menschen über das Schicksal von Schleswig nicht zu entscheiden sich getraut. Hätten Rußland und Frankreich," oder Frankreich und England sich verbunden, während Ungarn und Italien in Flammen standen und in Deutschland der Aufstand an alle Pforten pochte, wie hätten jene Großmächte den geographischen Begriff, den man unser Vaterland nennt, verrücken können!

Als dieser Tage der Steckbrief gegen Fallmerayer in den Zeitungen erschien, gerade wie die Entwicklung des Conflicts in Konstantinopel alle Welt beschäftigte, drängte es uns die Mahnungen nachzulesen welche der Fragmentist heute vor vier Jahren an Deutschland richtete. Viele mochten ihn damals einen Träumer nennen, aber was sich seitdem begeben, hat seine Voraussagungen bestätigt, nicht widerlegt. In jenem unübertrefflichen Capitel über die weltgeschichtliche Bedeutung Konstantinopels sagt er unter anderem:

„Zwei heilige Stühle stehen sich in Europa feindlich gegenüber, und der Kampf zwischen den nebenbuhlerischen Gewalten wird nicht lange zu verhindern seyn. Von diesem politisch-kirchlichen Dualismus kann sich der alte Continent nicht mehr loswinden, und die Stellung der Parteien wird erst dann klar, wenn Neu-Rom sein Schicksal erfüllet *) und die Kinder der anatolischen Kirche mit ihrem neuen Constantin zu thatsächlichem Bewußtseyn ihrer Weltbestimmung gekommen sind. **) Denke man sich das unermeßliche Chaos von Kräften, die unter jenem Himmelsstrich noch gebunden, aber Eines Willens, eines Impulses gewärtig sind um einen einzigen Gedanken lebendig in die Weltgeschichte einzuweben. Im weiten Halbringe schlingt es sich um Europa und bereitet den letzten Schöpfungsact im politischen Bau der abendlichen Welt,

circumfluus humor
Ultima possedit, solidumque coërcuit orbem.

Die Restauration von Byzanz — das ist Axiom — kann nur eine „slavogräkische" seyn.

„Nur zwei Dinge, sagen die byzantinischen Kirchenfürsten heute noch — nur zwei Dinge hat Gott schlecht gemacht, Rom und Mahomet. Diese beiden Uebel zu verbessern und die Welt in Vollkommenheit herzustellen habe er dem rechtgläubigen Imperator von Moskovien überlassen." Nach diesem Thema lebt und handelt die ganze byzantinische Welt, und eine Idee für welche Normannenfeuer mit Geduld und Mannszucht der Slaven ficht, ist überall ein bedeutungsvoller Gegner. Alle Mittel das Anschwellen dieser anatolischen Staats- und Kircheneinheit zu hemmen, sind ohne Wirkung geblieben. Umsonst schleuderte man europäische Skepsis, Feuerbrände, gesellschaftauflösende Doctrinen in den byzantinischen Gährungsproceß; umsonst suchten andere in kluger Berechnung Theile vom Ganzen geistig abzulösen und durch Einimpfung germanischer Kirchen- und Staatsideen die Quelle weitgreifender Apostasien aufzuthun. Das diamantene Rüstwerk, das eherne Gewand des anatolischen Kirchencolosses vermochte kein Geschoß zu brechen.

„Wie einst gegen die Allgewalt der Legionen, so ist ohne Zweifel das heldenmüthige, geistiger Entwürdigung von Natur abholde Volk der Germanen auch wider das erniedrigende Joch byzantinischen Scythenthums als Schirmvogt und Vorfechter aufgestellt. Setzet ihr aber der Idee nicht eine Idee entgegen, und hoffet ihr noch länger es könne das germanische Viele mit dem byzantinischen Einen, mit dem Verbundenen das Aufgelöste in gleicher Hoffnung des Sieges die Arena betreten, so habt ihr euch selbst gerichtet. Den süßen Gewohnheiten des Tages entsagen und den Strom des öffentlichen Lebens in ein neues Rinnsal lenken, ist unter allen Heilmitteln dasjenige zu dem sich der Mensch am spätesten, und erst nach fruchtlosem Erschöpfen jeglicher Ausflucht unter Zwang und Noth entschließt. Aber wo ist die Universalidee? Wo der Genius,

*) Der Lloyd meint: der Ausdruck in der Rede des Hrn. v. Radowitz: „sein Schicksal erfüllen," sey nicht deutsch. Danach verständen Radowitz und Fallmerayer, mit Goethe, Tieck 2c., nicht deutsch. Der tiefbedeutsame Ausdruck scheint die einfache Uebertragung des: fatum explere.

**) Man sieht aus einer neuesten Rede in der Münchener Kammer, worin die Frömmigkeit der Russen gerühmt und der Czar als der erste Mann seines Volks — nicht bloß der Würde nach — bezeichnet wird, wie sich zu einigen strebt was noch vor wenigen Jahren in unversöhnbarem Gegensatz zu seyn schien.

der Deutschland wie einen Mann bewegt? Noch ist man nicht überall vom Zaubertrunk des 18ten Jahrhunderts ausgenüchtert, niemand will verzichten auf Kraftzersplitterung, auf Einzelbestrebung und auf Privatkönigthum; seinem in Blut und Lymphe demokratischen Charakter hat das lateinische Europa nicht entsagt. Ein providentieller Damm, eine Kirchengeißel in der Ferne soll uns zur Besinnung bringen. Wo viele rhythmisch nach Einem Ziel sich bewegen, ist nicht selten auch Erfolg. Unter solchen Umständen in Europa die Geister gleichsam zu byzantinisiren und überall die Energie der Seelen abzustumpfen wäre schlechte Politik. Wie könntet ihr ohne lebendige Kraft und ohne Beistand eines vom Volksherzen herausflammenden Zorns der Prüfung widerstehen? wie der feindlichen Hinterlist, dem langsam aber ohne Rast den Boden unter eurer Sohle wegnagenden Element nicht endlich erliegen?... Oder meint man vielleicht, wie einst im christlichen Byzanz, die öffentliche Gewalt könne Kraft und Nervengeist der Völker nach Belieben ersticken und im Augenblick der Noth durch ein Zauberwort wieder ins Leben rufen? Kann man sich dem beruhigenden Gefühl überlassen daß die Gewaltigen der Zeit überall in der harten Schule der Widerwärtigkeit zur Erkenntniß dieses verderblichsten aller Irrthümer gekommen sind? Ist in Europa der große Wendepunkt eingetreten, das seelendurchdringende Verlangen der Wiederherstellung, des geistigen Aufbaues einer im Orkan demolirten Welt?

„Einheit der Gewalt und religiöser Glaube sind die Baumeister aller menschlichen Ordnung.... **Orbis ruit,***) die Fugen des Weltgebäudes geben auseinander, wehret der Fluth, von allen Seiten bringt die Doppelbrandung ein, die Kirchengeißel, der hungernde Demos und der byzantinische Koloß. Jeden Tag wird es in Europa schwerer König und Dynast zu seyn. Viele und edle Gemüther verzagen gänzlich, sehen schon die Anfänge des Antichrists und erwarten in naher Erfüllung der Zeiten das apokalyptische Ende des irdischen Wohnplatzes. Gewalthaber! An euch ist es jetzt die Pfade des öffentlichen Heiles aufzuthun und den Feuerglauben an die letzte Medicin im Occident wieder anzuzünden."

*) Epistol. S. Hieronym.

Preußische Kammerverhandlungen.

⊥ **Berlin,** 4 Nov. Heute kam in der zweiten Kammer nur ein Quodlibet von Petitionen zum Vortrag. Wie wenig die Bedeutung repräsentativer Volksversammlungen im Volke selbst noch erkannt ist! Es kann sich immer noch nicht von der Vorstellung trennen daß die Kammer eine neue Behörde sey, den alten hinzugefügt. Wenn die aufgelöste Nationalversammlung sich executive Befugnisse beizulegen Lust hatte, so traf sie darin mit den Ansichten der Masse überein, und es gab einen Augenblick wo sie darauf hätte sich stützen mögen, wenn nicht der angestammte Respect für König und Königshaus bei dieser Masse denn doch größer gewesen als vor einem noch so gewaltigen Regierungscollegium. Heute bat unter andern ein Tischler die Kammer ihm in seiner Gewerbsnoth mit einer Anleihe von 300 Thlr. beizuspringen; er versprach sie wieder zu erstatten wenn die Kammer aufgelöst würde! Er bat um baares Geld, und es war baarer Ernst. Die erste Kammer hat vorgestern eine Partie Verfassungsparagraphen, und darunter die wichtigsten wie §. 105, nachdem sie von der zweiten Kammer amendirt worden, mit diesen Amendements zu Stande gebracht. Aus allem Wortkampf entsprang nichts erhebliches, nichts neues. Man kann nicht umhin diese Kammer, nachdem ihr durch die Beschlüsse der zweiten über ihre künftige Formation der Todesstoß gegeben, nur noch als umherwandelnde Schemen zu betrachten. Gewählt nach einem improvisirten Wahlgesetz das jedermann für schlecht erklärt, wenn er auch darum das neue noch nicht für vorzüglich hält, haben alle Mitglieder dieser Kammer keinen Gönner als eben jenes nun aufgehobene Wahlgesetz. Sie fallen auseinander bei der nächsten Auflösung ohne daß die wenigsten von ihnen eine Anwartschaft hätten wieder in diese Kammer gewählt zu werden. Im Gegentheil dürfte die künftige erste sich wahrscheinlich aus sehr vielen Mitgliedern der jetzigen zweiten bilden. Gewählt als **disjecta membra,** durch ihre Verhandlungen zu keinem Corporationsbewußtseyn gekommen, gehen sie nun wieder der Auflösung entgegen ohne Aussicht auf Auferstehung; ja was schlimmer, sie eine transitorische Kammer, hinterlassen den übeln Geruch ein ewiges Recht einer constitutionellen Nation verkürzt zu haben, das Steuerbewilligungsrecht. Der Vorwurf trifft nicht die einzelnen, von denen es nicht gesagt zu werden braucht daß von unsern Besten darunter sind, sondern die üble Composition des Ganzen, die der Bindekraft ermangelt. Die scherzweise Pairs Genannten scherzen wieder über sich daß sie die Armen seyen, während unter den mit Diäten ausgestatteten Mitgliedern der zweiten Kammer Reichthum und großer Grundbesitz vertreten wären. Der neue Wahlmodus wird zum Theil wenigstens große Grundbesitzer in die Kammer bringen, was jedenfalls besser ist als abhängige Geheimeräthe und andere Beamte; ob aber dieß und der festgehaltene Grundsatz daß nur die welche um Diäten und Reisegelder sich nicht zu kümmern haben, hier Eintritt finden, die Eigenschaft eines Körpers fördern wird? Bis sich nicht dieser stabilere Charakter herausstellt, ist der Zweifel nicht widerlegt an der Nothwendigkeit zweier, und davon einer ersten Kammer. Mit welcher Autorität sollen die Mitglieder dieser, wie sie ist, jetzt noch an die Revidirung der Beschlüsse der zweiten gehen, nachdem ihnen das Odium hinsichts des Steuerbeschlusses aufhaftet? Oder erwartet man daß sie gar noch der Kraft wären den Beschluß hinsichts ihrer eigenen Reconstruction umzuändern und, gegen ihr eigen Fleisch und Blut wüthend, doch noch eine Pairie zu schaffen? Hinsichts des §. 105 galt es natürlich nicht ihn ganz wegzuschaffen, obgleich einige Seufzer darnach sich hören ließen, sondern nur ob man ihn in der Fassung annähme den die zweite Kammer ihm gegeben, und welchen die Ministerialberechtigung zu extra-ordinären Gesetzeserlassen auch in Worten auf die extremsten Fälle beschränkt, oder in einer milderen, minder beschränkenden? Die Kammer entschloß sich bei der Fassung welche die andere ihm gegeben, zu bleiben. Der Ernst der Debatte ward durch ein komisches Intermezzo unterbrochen. Ein Mitglied der aristokratischen Partei wollte die Anzahl der Beamten im Staate auf 500,000 schätzen. Von bureaukratischer Seite ward ihm ironisch entgegnet daß bei dieser Annahme auf jeden sechsten Familienvater ein Beamter komme. Der Statistiker Geheimerath Dieterici berichtigte die Angabe. Der Staat zählt 27,000 Beamte. In der zweiten Kammer ist zwar ein sehr wichtiger Gegenstand verhandelt, und die Debatte selbst war von Wichtigkeit, ich zweifle aber ob sie für das Ausland von Interesse ist. Die Kammern haben die Regierungsproposition zum Bau der Ostbahn nach Königsberg und einer westfälischen angenommen und die dazu außerordentlich benöthigten 21 Millionen bewilligt. Die Debatte zerfiel in zwei Hauptfragen, eine wissenschaftlich staatsökonomische und eine politische. Hinsichts jener ward gewissermaßen **ultra petitum** der Regierung erkannt. Sie forderte nur die Beihülfe der Kammer zu gewissen für das Staatswohl nothwendigen Bahnen, für die sich indeß keine Privatunternehmer finden wollen, die Kammer schien aber, mit wenigen Ausnahmen, sehr zum Grundsatz geneigt das ganze Eisenbahnwesen dem Staat zu überlassen und ihm die Aufgabe zu stellen allmählich auch alle Privateisenbahnen zu erwerben, dergestalt daß der Minister gegen diese zu große Bewilligung, die für den Staat zu einer Last werden könnte, sich zu wahren genöthigt sah. Daß dieses Princip endlich durchgreifen wird, ist übrigens wohl kaum zweifelhaft. Neben dieser Frage lief der für Unbetheiligte noch unersprießlichere Streit über die Richtung der Ostbahn, wobei allerdings ein politisches Interesse mit zur Sprache kam, der Wunsch durch die gegebene Richtung Posen ganz an Deutschland zu fesseln. Der eigentlich politische Nerv der Frage blieb dagegen dem Publicum verhüllt. Es sah allerdings aus der Debatte und aus dem Resultat daß die constitutionelle Partei ihre Opposition, von der so viel die Rede gewesen, nämlich hier nicht zu bewilligen, um dadurch das unbedingte Steuerbewilligungsrecht im allgemeinen wieder zu erringen, aus patriotischem Gefühl oder in Folge obschwebender Verhandlung aufgegeben hatte. Ob aber das Simson'sche Amendement, welches die Bewilligung an gewisse Modalitäten und das je nach der Zeit darzulegende Bedürfniß knüpfte, den Rest einer politischen Opposition darstellte, war so wenig klar daß es selbst in der Kammer mißverstanden ward, und Hr. v. Bodelschwingh seinen Protest dagegen nach einer aufklärenden Bemerkung Simsons zurücknehmen mußte und sich zu einer Ehrenerklärung gegen letzteren überdem gedrungen fühlte. Man hat also ohne Reservationen und ohne Mißtrauen gegen die Regierung bewilligt, indem auch das Simson'sche Amendement nur eine geringe Stimmenzahl für sich hatte; an Empfindlichkeiten fehlte es aber auch bei dieser Debatte nicht, aus der wenigstens so viel hervorging daß der Friede noch zu keinem definitiven Abschluß gekommen ist. Wentzel, einer der Hauptführer jetzt in der constitutionellen Partei (ihr Centralissimus nach der Kreuzzeitung), bestand darauf daß Vorsorge getroffen werde daß die Anleihe nicht zu andern Zwecken verwendet werden könne. Dieß sey um so nöthiger wo noch immer Mißtrauen in der Nation sey, wo die Demokratie die Gewählten mit ihrem Hohn überschüttet habe, wo man jetzt in der Kammer hören müsse daß die Verfassung nur ein Erzeugniß des Dranges und der Eile gewesen. In der aufgelösten Kammer seyen harte Aeußerungen gegen den 18 März gefallen, jetzt richteten sich schon die gesteigerten Angriffe gegen den Vereinigten Landtag. Minister Manteuffel erinnerte darauf daß er schon einmal die Hoffnung ausgesprochen daß über „gewisse Differenzpunkte" eine Vereinigung zu Stande kommen werde. Er seinerseits glaube dieß nicht besser möglich machen zu können als wenn er auf den allgemeinen Theil jener Rede nichts erwiedere. Die Amendements wurden sämmtlich verworfen. Wie aber steht es nun mit der Vereinigung? Finden wir vielleicht das Resultat in der Negation daß die Kreuzzeitung nicht froh ist? Sie gratulirt dem Ministerium Brandenburg zu seinem ersten Geburtstagsfest. Sie wünscht ihm langes Leben das es um seiner Verdienste willen verdiene, aber — indessen — sie könne doch ihren Schmerz nicht verbergen wenn — und daß — und man könne sich weder auf Fürsten noch auf Minister ganz

verlassen. Klein sey nur die Zahl ihrer (der Kreuzzeitung) Freunde; indeß wo die Lüge das Regiment an sich reißen wolle, klinge es in ihr: die Wahrheit (die Kreuzzeitung) wird Euch frei machen. Nehmen wir darnach an, die Minister sind nicht frei, weil die Vereinigung zu Stande kommt?

Der Preußische Staatsanzeiger über eine Zolleinigung mit Oesterreich.

Berlin, 6 Nov. Die Wiener Zeitung vom 26 October widmet der Frage über die Zolleinigung von Oesterreich und Deutschland eine ebenso ausführliche als interessante Besprechung. Sie erklärt mit Selbstgefühl daß sie in dieser wichtigsten aller Fragen, bei welcher es sich um Begründung einer neuen gemeinsamen Grundlage der ökonomischen Verhältnisse und der ganzen Volkswirthschaft für Deutschland und Oesterreich handle, die der Wiener Presse vielfach vorgeworfene negative Haltung verlassen und die Discussion mit bestimmten Vorschlägen eröffnen wolle. Diese Vorschläge, bei welchen als leitender Gedanke festgehalten werden soll daß die Zollvereinigung kein wesentliches Interesse der drei großen deutschen Handelsgebiete — Oesterreich, Zollverein und Steuerverein — verletzen dürfe, werden mit der Erklärung eingeleitet daß man in Oesterreich entschlossen sey die Ausfuhrverbote aufzuheben, die Einfuhrverbote durch kräftige Schutzzölle zu ersetzen, die Ausfuhr von Fabricaten einer bloßen Controle-Abgabe zu unterwerfen und beim Uebergang über die Zolllinie auf jede Weise zu erleichtern, die Zollbefreiungen bedeutend zu erweitern, die Zölle unter 1 kr. nicht zu erheben, die Gegenstände des ländlichen Gränzverkehrs und des täglichen Bedarfs zu befreien, und überhaupt sich thunlichst an den Tarif des Zollvereins anzunähern. Der Zollverein soll durch eine Reform seines Tarifs in dem von seinen Industriellen gewünschten Sinn auf halbem Weg entgegenkommen, und es soll das auf diese Weise durch beiderseitige Reformen vorbereitete Einigungswerk, nach Maßgabe eines zwischen den betheiligten Regierungen, nach Vernehmung der consultativen Körperschaften und unter Mitwirkung der legislativen Gewalten, vertragsmäßig festzustellenden Plans, allmählich und zwar nach folgenden Grundzügen ins Leben treten. In der ersten Periode beschäftigt man sich auf beiden Seiten wesentlich mit der innern Reform, und zwar in dem Sinne möglichster Annäherung der beiderseitigen Tarifsätze. Namentlich werden in Oesterreich die Zölle auf Roh- und Färbestoffe für die Industrie beseitigt oder ermäßigt, die Verbote und Prohibitivzölle durch kräftige Schutzzölle ersetzt und die Zollschranken im Innern aufgehoben; gleichzeitig tritt der gegenseitige zollfreie Austausch aller einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, sowie, unter Voraussetzung gleichmäßigen Schutzes an den Gränzen der beiderseitigen Zollgebiete, der rohen Metalle ein, der Gränzverkehr wird überhaupt möglichst erleichtert, und es wird für die gegenseitige Durchfuhr Zollfreiheit bewilligt. Daneben werden Conventionen über gemeinsames Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Handels-, Wechsel- und Seerecht, Gewerbe- und Heimathsgesetzgebung, Flußschifffahrts-, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen vorbereitet und abgeschlossen. In der zweiten Periode werden die beiderseitigen Zölle von Manufacturerzeugnissen für die gegenseitigen Einfuhren auf drei Viertel des tarifmäßigen Satzes ermäßigt, und es erfolgt eine durchgreifende Erleichterung in der beiderseitigen Gränzverwaltung. Die dritte Periode bringt eine weitere Herabsetzung jener Zölle auf die Hälfte des tarifmäßigen Satzes, eine Annäherung in den Finanzzöllen und gemeinsame Bestimmungen über die Seeschifffahrt und etwanige Differentialzölle. In der vierten Periode endlich sollen die Zölle von Manufacturwaaren für die gegenseitigen Erzeugnisse, soweit thunlich, ganz aufgehoben, jedenfalls aber auf ein Viertheil der Tarifsätze ermäßigt, und es soll gleichzeitig das gemeinsame Schifffahrtssystem ausgebildet, wo möglich ein Schifffahrtsgesetz für ganz Deutschland erlassen und die gemeinsame auswärtige Vertretung und Handelspolitik angebahnt werden. Der letzte entscheidende Schritt: der Uebergang zur völligen Zollvereinigung mit Feststellung eines allgemeinen österreichisch-deutschen Zolltarifs, bleibt alsdann einem neuen Vertrag im Einverständniß mit den legislativen Gewalten vorbehalten. So weit die Vorschläge der Wiener Zeitung.

Man sieht, diese Vorschläge sind von der umfassendsten Art. Durchdrungen von der Nothwendigkeit einer Annäherung und Verschmelzung der seit länger als einem Vierteljahrhundert gewaltsam getrennten materiellen Interessen Deutschlands und Oesterreichs, greift eine lebhafte Phantasie weit in die Zukunft hinaus, und versucht es dem Entwicklungsgang der staatswirthschaftlichen Verhältnisse von Mitteleuropa für Jahrzehnte eine planmäßig durchdachte Regel vorzuschreiben. Wir zweifeln ob es uns gelingen wird diesem Fluge bis an sein Ende zu folgen, aber wir freuen uns aufrichtig daß wir von demselben Punkt aus- und wohl auch ein gutes Stück Weges mitgehen können.

Zunächst können wir uns der politischen Auffassung, welche durch den ganzen Plan hindurchgeht, vollkommen anschließen. Es werden zwei große handelspolitische Gebiete gedacht, jedes in sich durch eine gemeinsame legislative Gewalt zu einem politischen Ganzen verbunden, beide ausgehend von dem Bewußtseyn eines durch ihre Natur, ihre Geschichte und das positive Recht begründeten engen Zusammenhanges, und in diesem Sinn ihre beiderseitigen materiellen Interessen regelnd. Freilich gehen wir mit dieser Auffassung schon um einige Schritte über die augenblickliche Wirklichkeit hinaus, denn weder Oesterreich noch Deutschland ist zur Zeit ein durch gemeinsame Legislatur verbundenes politisches oder auch nur ein handelspolitisches Ganze, aber hier wie dort hat die Herbeiführung einer politischen und staatswirthschaftlichen Einigung die Sphäre der Projecte bereits verlassen und das Feld der Thaten betreten.

Mit gleicher Entschiedenheit nehmen wir den national-ökonomischen Ausgangspunkt an, ja wir haben sogar das Vergnügen hier auf alte Bekannte zu treffen. Man mag es uns daher verzeihen wenn wir einen Augenblick hier verweilen und an ein halb vergessenes Stück Geschichte erinnern.

Als im Jahr 1835 der Zollverein in seiner jetzigen Gestalt im wesentlichen vollendet war, und Oesterreich auf seiner ganzen 300 Meilen langen Gränze gegen Deutschland ein einziges handelspolitisches Gebiet sich gegenüber hatte, glaubte man in Preußen daß der Zeitpunkt gekommen sey wo Oesterreich die bis dahin den einzelnen Bundesländern gegenüber festgehaltene gänzliche Entfernung in seinen Zoll- und Handelseinrichtungen aufgeben könne. Man hatte dabei weder eine völlige Uebereinstimmung der Tarife, noch weniger eine Gemeinschaftlichkeit der Zollrevenuen im Auge, sondern eine wechselseitige Erleichterung derjenigen Beschwernisse welche für die an einander gränzenden Länder aus den gegenseitigen Zolleinrichtungen erwachsen, und eine unter dieser Voraussetzung um so genügender zu gewährende Mitwirkung zum Schutze der beiderseitigen Zollintraden. In diesem Sinne wurde die Sache im Herbst 1835 in Teplitz und im Frühjahr 1836 in Wien zwischen preußischen und österreichischen Staatsmännern vertraulich besprochen. Preußischerseits knüpfte man an den von Oesterreich kundgegebenen Wunsch um Abschließung eines Zollcartells an. Man machte darauf aufmerksam daß der Zollverein die Anwendung von Maßregeln zum Schutze der österreichischen Zollintraden seinen Angehörigen gegenüber nur unter der Voraussetzung rechtfertigen könne, wenn Oesterreich sein Zollsystem in dem Sinn ändere daß ein gesetzlicher Handel nach seinem Zollgebiet möglich werde, und man bezeichnete als die dahin zielenden Anordnungen: die gegenseitige Zollfreiheit der beiderseitigen Rohproducte beim Eingang und Ausgang, die Aufhebung der österreichischen Einfuhrverbote von Manufacturwaaren und deren Ersatz durch angemessene Schutzzölle, sey es für die gesammte österreichische Einfuhr, sey es in der Beschränkung auf Erzeugnisse des Zollvereins, endlich eine Annäherung der beiderseitigen Tarife hinsichtlich der eigentlichen Finanzzölle. Ein Resultat wurde indessen nicht erzielt. Man hielt in Wien die Zollbefreiung vereinsländischer Rohproducte nicht für möglich solange dieselben Producte bei dem Uebergang aus Ungarn in das österreichische Zollgebiet einer Eingangsabgabe unterlägen; man war ferner zwar von der Unhaltbarkeit des Prohibitivsystems überzeugt, aber man glaubte die mit demselben verflochtenen wichtigen und mächtigen Interessen nur mit großer Schonung behandeln zu dürfen; am ersten wäre man mit der später auch zum Theil erfolgten Annäherung in den Finanzzöllen einverstanden gewesen.

Zehn Jahre später gab die Einziehung Krakau's in die österreichische Zollgränze der preußischen Regierung Veranlassung auf jene Andeutungen zurückzukommen. Der Erfolg war nicht viel günstiger als damals; man verständigte sich über einige wenig bedeutende Erleichterungen des Gränzverkehrs.

Kehren wir nach dieser Abschweifung zu den Vorschlägen der Wiener Zeitung zurück, und fassen wir die Hauptgesichtspunkte derselben, vorläufig abgesehen von der für die Ausführung proponirten Form, ins Auge, so kommen wir, zunächst in Beziehung auf die eigentlichen Handelsverhältnisse, auf folgende Sätze:

1) gegenseitiger zollfreier Austausch der einheimischen Roherzeugnisse und Nahrungsstoffe, einschließlich der rohen Metalle;
2) gegenseitige Begünstigung bei der Einfuhr der beiderseitigen Manufacturerzeugnisse, unter gleichzeitiger Annäherung der beiderseitigen Tarifsätze für diese Artikel;
3) Befreiung des gegenseitigen Transits;
4) Annäherung der Sätze für die beiderseitigen Finanzzölle.

Wir werden in der Consequenz mit der von Preußen und dem Zollverein befolgten Handelspolitik bleiben, wenn wir diese Sätze in dem

Sinne vollständig acceptiren daß darin das Ziel ausgedrückt ist dessen Erreichung von beiden Seiten als die nächste Aufgabe angesehen werden muß.

Schon im verflossenen Jahre war es für die Regierungen der Zollvereinsstaaten Gegenstand der Erwägung ob rohe Fabrikmaterialien und Nahrungsstoffe von jedem Zoll zu befreien, oder doch, wie z. B. Vieh und Talg, erheblich zu ermäßigen seyen. Was die gegenseitige zollfreie Einfuhr der Metalle anlangt, so macht die Wiener Zeitung dieselbe von „einem gleichmäßigen Schutz an den Gränzen der beiderseitigen Zollgebiete gegen die nicht zu denselben gehörenden Länder" abhängig, und da fragt es sich freilich was unter dem gleichmäßigen Schutze zu verstehen ist. Von den wichtigeren Metallen sind gegenwärtig in Oesterreich nur Kupfer und Zink mäßig besteuert — ersteres etwa mit dem Satz des Zollvereinstarifs, letzteres sogar nur mit etwa 12½ Sgr. der Wiener Centner. Dagegen ist Zinn mit beinahe 3 Thlr. der Wiener Centner belastet, und Eisen und Blei gar außer Handel gesetzt. Wir bitten die Wiener Zeitung bei diesem Punkt nicht zu übersehen daß unter den auch von ihr als beachtenswerth anerkannten, den Zolltarif betreffenden Wünschen der Nordseestaaten der Wunsch nach niedriger Besteuerung der Metalle mit in erster Linie steht.

Ueber die in sichere Aussicht gestellte Aufhebung der österreichischen Einfuhrverbote und Prohibitivzölle für Manufacturwaaren können wir uns nur aufrichtig freuen, denn diese Aufhebung ist die unerläßliche Vorbedingung für die commercielle Annäherung Oesterreichs an Deutschland. Nicht daß wir uns sanguinischen Hoffnungen auf ein ausgedehntes Ausfuhrgeschäft in vereinsländischen Fabricaten nach Oesterreich hingäben, wir wissen sehr wohl welchen Standpunkt die österreichische Industrie in den wichtigsten Zweigen der Fabrication erreicht hat; aber wie ist eine Annäherung der Interessen überhaupt denkbar, solange der eine Interessent den wichtigsten Interessen des anderen grundsätzlich jede Anerkennung versagt? Also daß Oesterreich die von seinen Staatsmännern längst erkannte Unhaltbarkeit des Prohibitivsystems endlich in seiner Zollgesetzgebung anerkennen will, ist jedenfalls schon im Princip etwas werth. Freilich wird es nun weiter darauf ankommen welche concrete Form diesem Princip gegeben wird, und hiervon hängt es wesentlich ab welche Hoffnungen man auf die Wirklichkeit einer commerciellen Annäherung setzen kann. Wir verkennen nicht daß der Uebergang von einem Prohibitivsystem zu einem Schutzzollsystem, welches sich nicht etwa bloß dem Namen nach von dem ersteren unterscheidet, keine ganz leichte Aufgabe ist, wir müssen aber mit voller Ueberzeugung aussprechen daß von der Art wie diese Aufgabe gelöst wird, unser Vertrauen auf die commercielle Annäherung Oesterreichs an Deutschland abhängt. Die „Wiener Ztg." legt auf die Assimilirung der beiderseitigen Tarife in dem Sinn daß die Tarifsätze des Zollvereins eine Erhöhung erfahren sollen, großen Werth; wir wollen ganz dahingestellt seyn lassen ob und in welchem Maße eine solche Erhöhung überhaupt räthlich wäre, soviel scheint uns aber unzweifelhaft daß eine höhere Besteuerung der aus Oesterreich in den Zollverein eingehenden Waaren nicht gerade der erste Schritt zu einer commerciellen Annäherung seyn dürfte. Ebensowenig ist aber diese Annäherung eine Wahrheit, solange im großen und ganzen vereinsländische Erzeugnisse in Oesterreich höher belastet sind als die gleichartigen österreichischen Erzeugnisse im Zollverein, und wir glauben deßhalb daß man, wie sich auch die beiderseitigen Tarifsätze für die Einfuhren aus dritten Ländern stellen mögen, bei der Behandlung der gegenseitigen Einfuhr fabricirter Waaren beiderseits von den Sätzen des jetzt bestehenden Zollvereinstarifs auszugehen haben wird.

In liberaler Behandlung der Waarendurchfuhr ist Oesterreich dem Zollverein voran. Beide Handelsgebiete befinden sich hierbei allerdings in verschiedener Lage: der Zollverein erhält im Transit durch Oesterreich höchstens 250,000 Ctr. Waaren jährlich, während Oesterreich im Transit durch den Zollverein weit mehr als das Doppelte, nämlich etwa 650,000 Ctr. Waaren, erhält, darunter die wichtigsten Fabrikmaterialien: Baumwolle und Baumwollengarne und wichtige Verzehrungsgegenstände, wie Zucker und Kaffee. Wir sind indeß mit der „Wiener Ztg." der Meinung daß die gegenseitige zollfreie Durchfuhr erreicht werden muß und zu erreichen ist, so groß die Schwierigkeiten auch sind welche das mit wichtigen Fragen internationaler Handelspolitik eng verflochtene Zollwesen auf den sogenannten conventionellen Flüssen in dieser Beziehung nicht für Oesterreich, wohl aber für Deutschland in den Weg legt.

Die Annäherung der beiderseitigen Finanzzölle verstehen wir eben nur als eine Annäherung, d. h. wir sehen von der Erreichung eines gemeinschaftlichen Tarifs ab, und fassen als Ziel nur eine solche Assimilirung ins Auge bei welcher ein Schleichhandel in dem Sinn nicht mehr lohnend ist daß fremde Waaren in dem einen Gebiet versteuert werden, um aus dem freien Verkehr desselben im Wege des Schleichhandels in das andere Gebiet zu gelangen. Dieses im beiderseitigen Interesse wünschenswerthe Ziel zu erreichen scheint uns nicht schwer. Fassen wir die wichtigeren von den mit eigentlichen Finanzzöllen belegten Gegenständen der Waareinfuhr ins Auge, und abstrahiren wir von der für den vorliegenden Zweck irrelevanten Gewichtsdifferenz zwischen dem Wiener Centner und dem Zollcentner, so sind besteuert:

		in Oesterreich,			im Zollverein,	
		Thlr.	Sgr.	Pf.	Thlr.	Sgr.
Kaffee	mit	8	22	6	6	15
Cacao	„	7	—	—	6	15
Raffinirter Zucker	„	12	18	—	10	—
Rohzucker für Sieder	„	5	7	6	5	—
Wein	„	10	15	—	8	—
Branntwein, incl. Zuschlag	„	5	7	6	8	—
Rum, Arak deßgl.	„	11	2	6	8	—
Rosinen, Korinthen ꝛc.	„	2	24	—	4	—
Mandeln ꝛc.	„	4	6	—	4	—
Käse	„	5	7	6	3	20
Baumöl	„	2	24	—	1	10
Saatöl	„	1	22	6	1	10
Häringe	„	1	22	6	—	10
Muskatnüsse	„	28	—	—	6	15
Pfeffer	„	14	—	—	6	15
Zimmt	„	105	—	—	6	15
Cassia lignea	„	15	5	—	6	15
Reis	„	—	19	—	2	—

Man sieht daß bei der Mehrzahl der Gegenstände die Differenz schon jetzt nicht allzu groß ist, und man kann wohl erwarten daß die übertrieben hohe und für die Staatscasse gewiß sehr nachtheilige Besteuerung der Gewürze in Oesterreich einem mäßigen Zoll Platz machen werde. Ein sehr wichtiger Artikel fehlt freilich in dem vorstehenden Verzeichniß, weil er kein Gegenstand des freien Handels ist: der Tabak. Hoffen wir daß es der österreichischen Regierung gelingen werde durch Aufhebung des bestehenden Monopols einem gesetzlichen Handel mit dieser Waare Bahn zu brechen.

Dieß wären die auf die Handelsverhältnisse im engeren Sinn bezüglichen Fragen. Daß wir gegenseitige Vereinbarungen über Münzen, Maße und Gewichte, über Handels- und Seerecht, über Flußschifffahrts-, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen u. s. w. ebenso freudig begrüßen werden als die „Wiener Ztg., versteht sich von selbst: Preußen hat, nachdem es bei Vereinbarung des gemeinsamen deutschen Wechselrechts die Initiative ergriffen hat, und nachdem es mit der Eröffnung der Staats-Telegraphen für das Publicum in Deutschland vorangegangen ist, hierbei nur auf einer schon betretenen Bahn fortzuschreiten.

Damit sind wir aber auf dem Punkt angelangt auf welchem sich, zu unserem Bedauern, unser Weg von demjenigen der „Wiener Ztg." trennt; in den materiellen Grundprincipien waren wir einverstanden, in der Frage über die formelle Behandlung gehen wir aus einander.

Der erste Schritt zur Annäherung ist es worauf es jetzt für Deutschland wie für Oesterreich allein ankommt. Weiter zu gehen und das Gesetz zu bestimmen nach welchem sich das jetzt zu knüpfende Band im Verlauf der Jahre immer enger zusammenziehen soll, halten wir weder für zuläßig noch für nöthig.

Wir haben es schon oben angedeutet daß wir es uns nicht zutrauen zukünftigen Entwicklungen ihre Regel vorzuschreiben. Die Gegenwart gehört uns, wir wissen wie unsere politische und staatswirthschaftliche Lage heute beschaffen ist, wir können ermessen welchen Einfluß es auf diesen oder jenen Zweig der Industrie oder des Handels haben wird wenn wir den Zoll für diese oder jene Waare erhöhen oder ermäßigen. Wir verrechnen uns freilich zuweilen dabei, aber wir haben doch in dem Vorhandenen, uns Bekannten eine feste, positive Grundlage. Wie wollen wir aber, wir die alle das Jahr 1848 erlebt haben, es unternehmen zu sagen welche Gestalt unsere Politik und unser national-ökonomischer Zustand nach Verlauf von fünf Jahren haben werde, geschweige denn nach zehn und fünfzehn Jahren, ein Zeitraum welcher bis zum Eintritt der vierten Periode der „Wiener Ztg." doch wohl verlaufen möchte? Nehmen wir ein dem System der „Wiener Ztg." entsprechendes Beispiel. Die österreichische Regierung ist heute wohl in der Lage zu beurtheilen, ob ihre Seidenfabrication lohnend würde bestehen können wenn deutsche Seidenwaaren zu einem Zollsatz von z. B. 160 fl. per Centner zugelassen würden, woher will sie aber die Unterlagen nehmen um zu ermessen welchen Einfluß es auf jene Fabrication haben werde wenn dieser Satz nach fünf Jahren auf 120 fl., nach weiteren fünf Jahren auf 80 fl. und nach nochmaligen fünf Jahren auf 40 fl. herabgesetzt wird? Woher will sie die Ueberzeugung nehmen daß im Lauf eines fünfzehnjährigen Zeitraums die österreichische

und die deutsche Industrie ganz gleichmäßig fortschreiten, oder daß die erstere der letzteren den Vorsprung abgewinnen werde?

Ein solches Vorwärtsgreifen in die Zukunft ist nicht möglich, es ist aber auch nicht nöthig. Entweder finden Oesterreich und Deutschland im Lauf der Zeit daß eine noch engere Annäherung ihrem Interesse zusage oder nicht. Im ersten Fall, den wir für den wahrscheinlichen halten, wird es ihnen nicht schwer fallen sich über die Art und Weise dieser engeren Annäherung zu verständigen, und es wird diese Verständigung sehr viel leichter seyn wenn sie von den gemachten Erfahrungen und von dem alsdann vorhandenen Zustande ausgeht, als wenn sie in eine Jahre vorher entworfene Regel hineingezwängt werden soll. In letzterm Fall würden beide Contrahenten oder würde der eine Contrahent gezwungen seyn einen ihm positiv nachtheiligen Vertrag auszuführen. Die „Wiener Ztg." will für diesen Fall Vorsorge getroffen wissen daß der Ablauf ihrer Perioden hinausgeschoben werden könne; sie frage den Wiener Handelsstand was der zu einer auf diese Weise zum Princip erhobenen Unsicherheit der Tarifsätze sagen würde. Und wenn nun nach Ablauf der ein oder zwei Respitjahre die Interessen noch ebenso stehen wie vorher? Wir appelliren an die Geschichtskunde der „Wiener Ztg." über das was in solchen Fällen zu geschehen pflegt, und was sicherlich zur Einigung nicht beiträgt.

Wir wünschen den Zeitpunkt heran welchen die „Wiener Ztg." in ihrer vierten Periode charakterisirt. Wir glauben aber daß man diesen Zeitpunkt auf keinem Wege sicherer herbeiführen kann als wenn man sich jetzt über die Gegenwart in einem Sinn verständigt welcher, in der Annäherung der gegenwärtigen Interessen, den Keim zu einer noch engeren Verschmelzung der zukünftigen von selbst in sich trägt.

Algier.

♀ **Algier,** 30 Oct. Unser armes Algerien ist in einer sehr kritischen Lage. Man hat das Heer in einem Augenblick vermindert wo man alle Ursache hatte gegenüber den Eingebornen stark zu bleiben, man hat die Localgewalt verringert, während das Bedürfniß die Einheit und Kraft des Commando zu erhalten nie größer war. Die Parteien in welche Frankreich getheilt ist, sind in Bezug auf uns entweder feindselig oder gleichgültig. Die Conservativen wollen nichts von uns, weil (sagen sie) wir ein Geld aufzehren das anderswo besser verwendet werden könnte. Den Rothen sind wir zuwider, weil die unterrichteten Officiere, die abgehärteten Soldaten die wir hinübergeschickt, die Meute gebändigt, das Emporkommen der socialistischen Demokratie verhindert haben. Wenn man uns Ackerbaucolonisten herübergeschickt und dafür 50 Mill. bewilligt hat, so ist das geschehen um sich gefährlicher Leute zu entledigen, nicht aus Rücksicht auf das Wohl Algeriens. Es sind für diesen Zweck 10 Millionen ausgegeben, und dabei wird es wahrscheinlich sein Verbleiben haben. Denn diese Colonisten sind nichts, sie können nichts werden, weil sie dem Ackerbau fast durchaus fremd sind. Um ihnen einen Besitz zu geben hat man die Araber vertrieben die das Land anbauten, und es ist nun in Händen von Menschen die es nicht anbauen. Kurz, in den Ackerbaucolonien sind die Soldaten welchen das Urbarmachen, und die Araber welchen das Säen und Ernten obliegt, alles zum Besten der Colonisten welche zusehen. Diese Lage hat bei den Eingebornen ein großes Mißvergnügen erzeugt, und kann leicht einen Aufstand herbeiführen welcher der gefährlichste von allen werden könnte. Denn es handelte sich für die einen darum nicht Hungers zu sterben, für die andern dieselbe Gefahr abzuwenden im Fall der Ausdehnung dieser Colonien. Noch haben wir nicht die große Insurrection, wofür uns der Himmel bewahren möge, aber doch den Aufstand der Ziban und der Ulad Nail. Seit dem 7 Oct. haben wir 7000 Mann vor einer Oase, Zaatscha, stehen. Man hat Kanonen auffahren und Laufgräben anlegen müssen. Ein Sturm am 20 ist abgeschlagen, und man muß nun 12Pfünder aus Constantine kommen lassen. Sie sehen die Völker der Sahara sind noch immer die alten:

Gaetulae urbes, genus insuperabile bello.

Die Insurgenten von Zaatscha haben zu Bundesgenossen die Ulad Nail, einen großen kriegerischen Stamm im Westen, und die Kabilen des Aurasius im Norden. Aber die letztern, die nur Fußvolk haben, wagen sich nicht mehr in die Steppen der Sahara, wo ihnen unsere Reiterei jüngst eine derbe Lection gegeben hat. Die Widerstandskraft einer Oase wird in Europa nicht begriffen, sie wird es selbst von manchen hier nicht. Denken Sie sich einen Wald von sehr hohen Palmen. Unter diesen Palmen stehen Oel- und andere Bäume von mittlerer Größe, noch tiefer Gesträuch und Pflanzen aller Art. Das Ganze zusammen bildet ein undurchdringliches Dickicht, Bewässerungsgräben ziehen sich hindurch, und in der Mitte sind die Wohnungen, umgeben von einer Ringmauer. Alles von gestampfter Erde, so daß wohl die Kugel durchgeht, es aber nicht zerstört. Der Angriff einer solchen Stellung erfordert eine Art Belagerung, die man in Algerien nicht gewohnt ist. Am 26 erwartet man die Ankunft des groben Geschützes, und es soll dann nochmals ernstlich zum Angriff geschritten werden. Mittlerweile haben die Ulad Nail Busada angegriffen, wo wir eine Besatzung von 200 Zuaven hatten: diese kleine Garnison hat jedoch, in Verbindung mit der Einwohnerschaft und einem Aufgebot der unterworfenen Stämme, die Angreifer mit Verlust zurückgeschlagen. Noch mehr, das arabische Amt von Medea, von diesen feindlichen Bewegungen der Ulad-Nail unterrichtet, hat die Aufgebote seines Bezirks versammelt und in den Duars der Aufständischen eine Razia gemacht, die letztern aber sich dafür an den Beni-Mzab schadlos gehalten und eine Karawane derselben, die nach Algier zog, ausgeplündert. All diese Bewegungen gehen auf der Südgränze, 60 bis 70 Lieues von der Küste, vor sich. Unser neuer Präfect, Hr. Lautour Mezeray, ist noch nicht angekommen. Der ihm vorausgehende Ruf ist nicht erfreulich. Man schildert ihn als eine Art Dandy, mit Schulden belastet und ohne besondere Fähigkeiten. Wir werden es bald sehen wenn er am Werk ist.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag | Nr. 316. | 12 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Ausbleiben der Post); München (der oberste Gerichtshof verwirft das Ablehnungsgesuch zweier verhafteten Mitglieder der ehemaligen Nationalversammlung. Prinz Wilhelm von Preußen. Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe über das Preßvergehengesetz für die Pfalz. Nachträge aus den Verhandlungen der zweiten Kammer über die deutsche Frage: Sepp und Döllinger); Kassel (die Erbfolge in Kurhessen und Dänemark); Hannover (bezeichnende Wahlen beider Kammern); Berlin (der Staatshaushaltetat. Ruhestörungen aus Anlaß der Blum-Feier. Ein ministerielles Fest. Unbestimmte Ministerwechselgerüchte); Oldenburg (die ersten Wahlen im Landtag); Wien (Haynau in Pesth gegen das Denunciantenwesen. Zollanschluß von Parma und Modena an den Kaiserstaat. Drei neue Eisenbahnlinien in Oberitalien. Hr. v. Bruck. Die deutsche Industrie und Erzherzogin Sophie. Oesterreich und der engere Bund); Salzburg (der Telegraphenbau).

Großbritannien. Capt. Carr und die deutsche Auswanderung nach Australien.

Frankreich. Sieg der Opposition in der Unterrichtsfrage. Protestation der Journalisten gegen die Räumung ihrer Tribüne.

Niederland. Haag (die Kammern und das Ministerium. Heer und Flotte. Die Austrocknung des Haarlemer Meeres. Die Armencolonien.)

Italien. Rom (San Marino. Die Cholera).

Jonische Inseln. Corfu (die grausamen Strafen und Verfolgungen auf Cephalonien. Erklärung von Balianos gegen das Manifest des Lord-Obercommissärs).

Datum der Börsen: Paris 8; Wien, Frankfurt 9 Nov.

Deutschland.

Die Frankfurter Post vom 10 Nov. ist uns heute nicht zugekommen.

Bayern. **München.** (Nachträge aus der Verhandlung der bayerischen Abgeordnetenkammer am 3 Nov.) Dr. Sepp sagt im Verlauf einer langen Rede unter anderm: Bayern ist zwar nur eine Macht von 4 Millionen, aber es hat schon mehr als einmal die Rolle einer Großmacht vertreten, und ist dagestanden wie eine Macht von 14 Millionen, wie selbst unsere Gegner bekannten. Bayern hat die Wagschale zu halten zwischen den beiden Großmächten in Deutschland, und welcher es immer beitritt, wird in der Nation es den Ausschlag geben. Ich kann dieses noch beweisen indem ich anführe daß auch da wo Bayerns Politik eine verkehrte war, sie immer von Entscheidung gewesen ist. Ich erinnere auch mit dem Hrn. Fürsten von Wallerstein an das Zurückbleiben Bayerns in der Zeit des Sonderbundkrieges, wo Bayern sich geweigert hat auf Andringen Oesterreichs und selbst gegen die Vorstellungen beim Bunde die Schweizergränze zu besetzen, und dadurch der Revolution wesentlich in die Hand arbeitete. Ich bin erstaunt daß der Mann der damals sich schon vor hoch und nieder gerühmt hat, er habe jene Angelegenheit beim Bunde hinterstellig gemacht, auch heute noch hier in der Kammer den Muth hat sich dessen gleichsam zu rühmen. Hätte Bayern damals seine Schuldigkeit gethan, die Preußen stünden jetzt nicht vor Basel! Dagegen erheben sich nun freilich viele Stimmen und sagen: „Wer erkennt denn die Stellung Bayerns an, hat man nicht die fragliche Intervention von allen Seiten als unbefugt abgewiesen, steht sich nicht Bayern zwischen zwei Stühle gesetzt?“ Gestern erst ist uns zu guter Stunde durch die Vorsorge der linken Fraction ein Abklatsch eingehändigt worden, worin auf ein Document hingewiesen ist das Fürst Schwarzenberg an die bayerische Regierung erlassen hat, und worin er anerkennt daß Oesterreich an den freundschaftlichen Verhältnissen Bayerns zu Oesterreich zwar nie gezweifelt habe, daß aber das Benehmen Bayerns in der letzten Zeit geeignet gewesen sey Oesterreich förmlich zum Danke zu verpflichten und das Band der Freundschaft noch enger zu knüpfen. Man beruft sich auf einen Theil der dortigen Blätter! Nun ja! das jene Schacher-Presse; es hat sich nämlich in Oesterreich, wo die Presse noch nicht selbständig entwickelt ist, eine Gesellschaft von Leuten zusammengethan in deren Adern übrigens kein deutsches Blut fließt, sie hat eine Anzahl Zeitungen wie selbst den Lloyd, die Ostdeutsche Post und das Blatt, „die Presse“ genannt, an sich gebracht, und macht nun damit ein einträgliches Geschäft, um an die Meistbietenden zu verkaufen, um in deren Interesse die Feder zu führen. Auch daß die preußische Presse den bayerischen Politikern Lob widerfahren lassen will, befremdet mich nicht; das sind gefährliche Zeiten wo Preußen auf Bayern lobend zu sprechen ist. Ist Bayern als Königreich eine Napoleonische Schöpfung, so darf man auch sagen, Preußen als deutsche Großmacht ist eine französische Schöpfung; oder sollte man sich nicht erinnern an die berühmte Demarcationslinie die im Baslerfrieden ausgemacht wurde, wobei Preußen sich mehrere Länderbezirke zur Protection übergeben ließ? Erinnert man sich nicht an die berühmte Entschädigungs-Convention, an die Aneignung von Hannover, wo Preußen mit Bewilligung Frankreichs sich zu vergrößern versucht hat, und wie in der Folge eigentlich Preußen nur einen Austausch dieser Länder, womit es seine Macht vergrößerte, vorgenommen hat, der ihm im Frieden bewilligt worden ist? Wahrhaftig hätte Oesterreich ebenso undeutsch an Preußen gehandelt wie Preußen an Oesterreich, dann würde Preußen als deutsche Großmacht nicht mehr existiren; denn der Gnade Oesterreichs allein dankt es diese Existenz. (Verwunderung.) Ja! sage ich, hätte Kaiser Franz mit Napoleon seinem Schwiegersohne gehalten, hätten Oesterreich und Bayern ihre Waffen, nach den Schlachten von Lützen und Bautzen, mit den französischen vereinigt gehalten, (!) Preußen wäre dann zerstückelt worden, und Preußen hat es am allerwenigsten uns vorzuwerfen wir seyen eine Napoleonische Schöpfung. Wahrhaftig, das Königreich Bayern ist keine französische Schöpfung! Tausend Jahre bevor man den Namen Preußen in der Geschichte recht gekannt hat, hat das Königreich Bayern existirt. Der General v. Radowitz hat vor kurzer Zeit in der Nationalversammlung in Berlin als Commissär seines Königs die Erklärung abgegeben daß Preußen noch immer auf der Einberufung des sogenannten deutschen Reichstags nach der preußischen Festung Erfurt beharre, indem es seinen engern Bund, den zu schließen ihm kraft des 11ten Artikels der Bundesacte zustehe, durchsetzen werde, gleichviel ob viele ob wenige beitreten werden. Großtönende Worte von dieser Seite zu hören sind wir schon gewohnt, daß aber der Erfolg hier auch eintreten werde, glaube ich nimmermehr. Die Einberufung eines Reichstags nach Erfurt ist nicht mehr und nicht weniger als eine europäische Kriegsfrage, ja eine europäische Kriegsfrage. Nimmermehr wird Oesterreich die Fortsetzung der preußischen Sonderbündelei zugeben, und Oesterreich hat in diesem Augenblicke über die erste Armee in Europa zu verfügen, ja über eine Armee die von ganz anderem Siegesgefühl getragen ist als die preußische, die von ihren Thaten in Schleswig-Holstein und von dem wohlfeilen Feldzuge aus der Pfalz zurückkehrt, wo kein Mann auf dem Platze geblieben ist. Preußen will es mit Gewalt erzwingen daß Hannover und Sachsen diesen Reichstag besenden. Das würde zur Folge haben daß nicht bloß Oesterreich, nein daß leider auch Frankreich und Rußland sich einmengen würden, und ein solcher Krieg könnte für die Nation das Unglück haben daß die Franzosen die Rheingränze und die Russen die Weichselgränze von Preußen in Anspruch nähmen. Ich glaube, Preußen wird sich dreimal besinnen ehe es seinen Reichstag einberuft. Auch an Bayerns Cabinet ist es hier mit Oesterreich Hand in Hand zu gehen, und sich Hannovers und Sachsens gegen die Zumuthungen der Diplomatie des Cabinets von Sanssouci anzunehmen. Preußen hat uns den Zollverein indirect aufgekündigt, es hat sich herausgenommen die Zollvereinsgelder mit offenbarer Verletzung unserer Regierung zurückzubehalten. Ich glaube, es ist Aufgabe des Cabinets ja nicht lange zu bitten und zu betteln daß wir im Zollverein mit Preußen bleiben dürfen. Es hat seine Vortheile gehabt daß wir diesem Zollvereine beigetreten sind, aber die Idee mit den mitteldeutschen Staaten in einen solchen einzugehen, ja mit diesen im Bunde den beiden deutschen Großmächten gegenüber eine dritte Macht zu bilden, worauf bei der bevorstehenden Gestaltung

des Reichs dann die Trias in der Spitze von Gesammt-Deutschland beruhen würde, diese Idee ist älter als der preußische Zollverein, und eigentlich wohl die Aufgabe und der Grundgedanke der bayerischen Regierung seit Jahren. . . . . Wir würden uns selbst verläugnen wenn wir die uns gebotene Hand nicht hinnehmen würden. Bayerns Volk ist hüben und drüben, Bayern sind zu aller Zeit auch die Oesterreicher geblieben. Die Bayern haben in alle Lande bis an Ungarns Gränzen, ja bis Oberschlesien hinein, ihre Colonien geschickt. Bayern sind die Deutschen in Böhmen, soweit sie nicht aus dem slavischen Stamme hervorgegangen sind; in Kärnthen, in Steyermark, wo noch heut zu Tag die Hauptstadt Bayerisch-Grätz heißt, ist alles bayerisches Volk. Der Zug der gleichen Stammbruderschaft führt uns nothwendig und naturgemäß zu Oesterreich hin, und die Auswanderungsfrage wird für uns auch in Gegenwart und Zukunft wieder nach dieser Richtung hin und Donauabwärts ihre Lösung finden. Auch der Ruf des ganzen Bayernlandes, soweit es an der Donau sich betheiligt, geht dahin daß endlich die widerwärtigen Schranken an Oesterreichs Gränze fallen mögen, daß wir mit ihm eine möglichst enge Volkseinigung schließen mögen. Wenn wieder der Verkehr sich hebt am adriatischen Meere, wozu am Ende auch das bayerische Cabinet die Mahnung zu erlassen hat, Oesterreich zunächst mit ganz Istrien und Triest zum deutschen Bunde beitritt, und der Handel mit Italien sich hebt, dann dürfen wir ungleich mehr Vortheile hoffen als uns jede Zolleinigung mit Preußen bietet. Aber da höre ich den Ruf: „Eine Einigung mit Oesterreich ist gleich einer Mediatisirung!" Mit nichten erwiedere ich — es liegt gar nicht in der Macht Oesterreichs uns zu mediatisiren! — Staaten mit 4—5 Millionen tragen die Grundbedingung ihrer Forteristenz in sich selbst. Sowie Bayern zu Oesterreich, steht Sardinien zu Frankreich, Portugal zu Spanien, Belgien zu Holland oder Frankreich und Holland, aber keiner von diesen Staaten wird so leicht oder auf die Dauer mediatisirt. Bayern ist ein zu großer Brocken um so leicht verspeist zu werden. Es liegt nicht in der Macht Oesterreichs Bayern sich einzuverleiben. Wenn wir Bundesgenossen Oesterreichs sind, dann werden wir ihm ungleich mehr nützen, dann glaub' ich wird es noch dazu kommen daß die blauweiße Fahne nochmals auf den Zinnen von Belgrad ruhmvoll wehen wird. (Ueberraschung und mehrseitiges Verneinen.) Es liegt auch nicht in der Politik Oesterreichs Bayern zu mediatisiren. Es wird doch nicht selber die Gränzmauer wegräumen wollen, die es von einer beständigen feindseligen Berührung mit Frankreich scheidet. Es wäre große Gefahr daß Oesterreich wieder die Politik des Krebsganges einschlüge, wenn ihm nicht Nachbarn an der Seite stünden die es von diesen langsamen und retrograden Wegen abbringen. Mir kommt Oesterreich vor wie jener Gichtbrüchige am Teiche Bethesda. Derselbe ist 38 Jahre lang, wie man es verstehen will, vor dem Gesundbrunnen gelegen, wiederholt ist der Engel des Herrn herabgestiegen — wiederholt ist das Völkermeer in Bewegung gesetzt worden, aber Oesterreich mit seinen 38 Millionen Volkes fand sich in den langen Jahren nicht bemüssigt in den Gesundbrunnen hineinzusteigen oder sich hinabheben zu lassen. Da endlich zur guten Stunde hat der Sturm es erfaßt und mitten hineingeschleudert in das Bad der Wiedergeburt. Wohl bekomm' es ihm (Heiterkeit), wenn die Wasser- und Bluttaufe ihm zugleich zur Feuer- und Geistestaufe gereicht. Aber schlimm wär' es wenn es glaubte es hätte jetzt nichts anderes zu thun als schnell nach seinem Bett zu greifen und zu gehen, und dann wieder auf das alte Faulbett sich niederzustrecken. Das zu verhindern hat Bayern die große Aufgabe, und die freundnachbarlichen Beziehungen werden diese Wiedererhebung bedingen.

Aus der Rede Dr. Döllinger's, von welcher unser Münchner Berichterstatter bereits einen größern Auszug gegeben, tragen wir noch folgende Partien nach: Es ist vom Hrn. Fürst v. Wallerstein uns mit Hinweisung auf die von dorther drohenden Gefahren gesagt worden, daß jetzt auch wieder die auswärtige Politik ein Wort mitspreche in den Angelegenheiten Deutschlands. Ich kann das nicht widersprechen, ich habe keine Beweise dafür, sie sind aber auch nicht nothwendig, die Sache ist wahrscheinlich genug; was ich an der Aeußerung des Hrn. Fürsten zu berichtigen hätte, wäre nur die Art der Beschränkung, indem er sagt jetzt auch spreche die äußere Politik in den Angelegenheiten Deutschlands wieder mit. Ich meine, sie hat nie aufgehört ein Wort mitzureden; die Herren von Frankfurt mögen sich an das erinnern was wir alle damals sehr genau wußten, daß der englische Gesandte in Frankfurt eine sehr thätige Rolle schon während der Verhandlungen in der Nationalversammlung spielte, und es ist kein Geheimniß daß derselbe mit mancherlei ihm zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirkte daß die preußische Erbkaiserpartei sich vergrößere und zuletzt den Sieg davon trage — also selbst am Sitze der Nationalversammlung hat die auswärtige Politik ihr altes Wort mitgeredet, und jetzt wird dieß noch mehr geschehen, da leider die Zustände Deutschlands von der Art sind daß die auswärtige Politik sich förmlich eingeladen finden muß mitzureden. Es ist ganz wahr, Rußland hat Deutschland gegenüber durch die letzten Ereignisse eine drohendere Stellung erhalten als es früher schon einnahm; überdieß sind die Verwicklungen in Baden von der Art daß sie, wo nicht jetzt, doch vielleicht in der allernächsten Zeit von der entgegengesetzten Seite eine sehr entschiedene Einwirkung auswärtiger Politik hervorrufen werden; der Zustand Badens ist unter sämmtlichen deutschen Ländern der traurigste und hoffnungsloseste. Ich habe dieses Land vor kurzem selbst in der Nähe besehen, und von einem Ende zum andern die entschiedenste Abneigung gegen die Regierung gefunden, und vielfach namentlich im Oberlande den Wunsch vernommen daß Oesterreich sich ihrer erbarmen, und sie zu dem machen möchte was sie so lang gewesen, nämlich österreichische Angehörige. Im Eilwagen, an der Wirthstafel, in der Conversation, noch überall habe ich die eine Stimme gefunden: „Am besten wär' es wenn wir österreichisch würden; wo nicht, so würden wir uns gern entschließen preußisch zu werden, aber um keinen Preis das bleiben was wir jetzt sind." Das ist die Stimmung in diesem Lande; eine Ausnahme davon macht allerdings Karlsruhe, dort herrscht ein anderer Geist und theilweise auch in Mannheim; was aber das übrige Land betrifft, so glaube ich mich in meinem Urtheil nicht zu irren. Wenn nun gegenwärtig schon Baden ganz und gar unter preußischem Einflusse und theilweise unter preußischer Occupation steht, glauben Sie daß man jenseits des Rheins für die Dauer gleichgültig zusehen wird, und daß Frankreich nicht ein sehr deutliches Interesse dabei hat nicht den ganzen Rhein, den oberen sowohl wie den unteren, in die Hand eines einzigen großen deutschen Militärstaats kommen zu lassen? Daß nun eine Lage welche das Mitreden der auswärtigen Politik so stark hervorruft, ein beklagenswerther Zustand sey, wird in ganz Deutschland keinem Menschen zu läugnen einfallen, nur muß man nicht nur einer oder ein paar Regierungen die Schuld beimessen daß es so ist, sondern man muß die Schuld auch noch anderwärts suchen. Wenn die badische Revolution, und was ihr als Ursache vorausgegangen ist, das Land in einen solchen Zustand versetzt hat daß Frankreich so zu sagen den Zeitpunkt herannahen sieht wo es seine Interessen veranlassen werden sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen, so brauche ich nicht zu untersuchen wo die Schuld ist — wenigstens wird es nicht die Macht die mit den Sünden aller übrigen für alles einstehen soll, die als großer Sündenbock belastete österreichische Bureaukratie seyn die auch dort das Unheil herbeigeführt hätte. Wie uns Hr. Fürst Wallerstein deutlich gesagt hat die bayerische Regierung gewissermaßen das Unheil erst vollendet, nachdem es Oesterreich hauptsächlich angefangen und fortgeführt hat. Der Hr. Fürst hat uns gezeigt daß einmal für Bayern ein großer, aber zu allem Unglück versäumter Moment gekommen sey; damals nämlich als bereits in Frankfurt die Reichsverfassung beschlossen war, hätte Bayern im Interesse von ganz Deutschland die beschlossene Reichsverfassung anerkennen, und sogleich Gebrauch machen sollen von der darin enthaltenen Bestimmung daß einstweilen der mächtigste Fürst unter den Anerkennenden als Statthalter an die Spitze des Reichs treten solle, nur hätte dabei die Regierung die Oberhauptsfrage und die Revision sich vorbehalten sollen. Was zunächst die Zumuthung betrifft Bayern hätte die Reichsverfassung nur mit diesem Vorbehalt annehmen sollen, so muß ich Sie aufmerksam machen daß mit dem Vorbehalte der Revision, wenn darunter nicht der Vorbehalt der Octroyirung verstanden wird (und das will der Hr. Fürst gewiß nicht darunter verstanden wissen), gar wenig oder eigentlich gar nichts gewonnen gewesen wäre; denn, wohlgemerkt, wenn einmal die Reichsverfassung eingeführt gewesen wäre, so war in der Verfassung selbst gesorgt daß eine Veränderung durch welche ihr demokratischer oder republicanischer Charakter abgestreift oder in einen monarchischen verwandelt worden wäre, nicht so leicht hätte durchgeführt werden können, denn es wäre für jede beabsichtigte Veränderung eine Majorität von zwei Drittel Stimmen nothwendig geworden. Mit dem Vorbehalte der Revision würde also Bayern sich äußerst schlecht gebettet haben. Nicht besser wär' es mit dem Vorbehalte der in der Verfassung bereits entschiedenen Oberhauptsfrage daran gewesen, denn es ist in der Verfassung deutlich gesagt daß nur eine einstweilige Statthalterschaft eingeräumt werden solle, und daß, sobald Preußen beitrete, eo ipso der König von Preußen als Oberhaupt an die Spitze des Reichs treten solle. Das aber versteht sich von selbst daß die ganze Reichsverfassung auf den später sicher erfolgenden Beitritt Preußens berechnet war, denn eine Verfassung für ein deutsches Reich welcher Preußen nicht beitritt, wäre ein Unsinn, also hätte Bayern, wenn es nach der Darstellung des Hrn. Fürsten den großen Moment richtig erfaßt hätte, damit erreicht daß ihm nur vorläufig auf einige Zeit die Statthalterschaft mit allen daran geknüpften unerfüllbaren Zumuthungen, diese Krone mit Dornen ohne Rosen, zu Theil geworden wäre. Es ist aber doch sonderbar daß auch außer Bayern niemand zu diesem königlichen Statthalterthum Neigung hatte, denn der König von Württemberg hatte ja die Verfassung anerkannt, er war also der

mächtigste, dem von selbst die Statthalterschaft hätte zufallen sollen. Wie ist es gekommen daß man auf einmal, von der Stuttgarter Versammlung gewählt, die HH. Schüler, Raveaux und Vogt als Reichsregenten figuriren sah? Dann meint ferner der Hr. Fürst, wenn Bayern diesen seinen Moment richtig erfaßt hätte, würden alle Freisinnigen um Bayern sich geschaart haben; ja, alle Freisinnigen, wir wissen wen der Hr. Fürst darunter versteht, sie würden sich um Bayern geschaart haben, erlauben Sie es mir zu sagen, wie die Adler und Raben sich um gewisse Objecte schaaren. Bayern, hat der Hr. Fürst uns angeführt, erhalte stets schlechten Lohn für seine Bemühungen die es im Interesse Oesterreichs aufwende. In mancher Beziehung mag diese Beschuldigung begründet seyn. Ich will sie historisch nicht untersuchen, es herrscht aber ziemlich allgemein in Bayern die Ansicht daß dasselbe beim Rieder Vertrag zu kurz gekommen sey. Sey es so, jedenfalls wird Bayern künftig eben nicht gerade auf die Dankbarkeit Oesterreichs allein zu rechnen brauchen, sondern es wird, wenn es seine Stellung richtig versteht und durchführt, schon im Stande seyn sich selbst die gehörigen Vortheile oder die Erfüllung seiner gerechten Ansprüche zu verschaffen. Es ist auch nicht eine Frage der Dankbarkeit um die es sich hier handelt, sondern der Naturnothwendigkeit; wenn zwei Länder so an einander gekettet sind in allen Interessen, wie Bayern und Oesterreich, so kommt es nicht darauf an ob eine dieser Mächte in frühern Zeiten einmal gerade Undank gezeigt hat. Ueberhaupt spielt die Dankbarkeit in der Politik nur eine sehr untergeordnete Rolle. Bayern hat also nach der Darstellung des Hrn. Fürsten eine ungeheure Schuld auf sich geladen; er will aber doch, setzt er gleich, obwohl nicht ganz logisch, bei, der Regierung keine Vorwürfe machen. Ich meine an Vorwürfen gegen die bayerische Regierung habe es in dieser Rede nicht gefehlt; Sie sehen aber, das Ganze bildet wieder einen Beitrag zu der Theorie eines französischen Philosophen daß die größten Ereignisse an kleine Veranlassungen sich knüpften. Denn Sie sehen, wenn in Bayern ein anderer Minister gestanden wäre, ein Minister der vorher, durch einen an sich geringfügigen Umstand veranlaßt, von den Geschäften abgetreten war, dann wäre nicht bloß der Zustand Bayerns, sondern auch Deutschlands, sogar auch der von Europa ein anderer geworden. Auch vieles Blutvergießen wäre dann vermieden worden. Denn offenbar würde dann, wie der Hr. Fürst uns gesagt hat, der pfälzische und badische Aufstand vermieden worden seyn; natürlich, wir wissen es ja, damals handelte es sich immer nur rein um die Reichsverfassung. Die badischen Insurgenten waren die entschiedensten Vertheidiger der deutschen Reichsverfassung ohne allen Neben- und Hintergedanken, kurz es würde in Deutschland anders gegangen seyn, und wir würden jetzt, wenn ich die Darstellung recht verstanden habe, statt uns noch sehr weit entfernt vom festen Lande, auf stürmischer See zu befinden — wir würden vielleicht mit Bayern als Steuermann an der Spitze in den ersehnten Hafen der Sicherheit und des vollständigen Friedens eingelaufen seyn. Seit dem Jahre 1815 sollen alle volksfeindlichen Maßregeln von Wien ausgegangen seyn. Es ist uns im weitern Verlauf der Rede gesagt worden daß die Haltung des Bundestags, die mit vollem Rechte die allgemeine Unzufriedenheit in ganz Deutschland erregt und bis zu jenem Ausbruche gesteigert hat, daß diese Oesterreich beizumessen sey. Es wäre vielleicht rathsamer, die Frage, wer eigentlich dabei die meiste Schuld trage, würde nicht so genau untersucht; denn wir können nicht läugnen daß auch Bayern bei der Haltung des Bundestags, die früher die allgemeine Unzufriedenheit erregt hat, seinen Theil von Schuld mitträgt, d. h. die damaligen Organe der bayerischen Regierung theils in München, theils in Frankfurt. Es ist auch mehr als einmal geschehen daß Bayern in ganz particularistischem, dazu oft übel verstandenem Interesse das Zustandekommen besserer Maßregeln verhindert hat. Würde bloß behauptet worden seyn daß die Politik des Fürsten Metternich auf den Bundestag einen nachtheiligen Einfluß ausgeübt habe, so würde niemand widersprechen. Das ist allerdings anzuerkennende Thatsache; nur muß man nicht übersehen daß die Schuld sich doch so ziemlich zwischen Preußen und Oesterreich gleich theilen möchte, und da hierüber ein merkwürdiges Actenstück, welches bisher gar wenig beachtet worden ist, sehr klaren Aufschluß gibt, auch ein sehr sprechendes Licht auf unsere gegenwärtige Lage, namentlich Preußen gegenüber, wirft, so erlaube ich mir Ihnen nur ein paar Zeilen daraus mitzutheilen. Es ist eine preußische Denkschrift von 1822 über die namentlich in Beziehung auf den Bundestag und auf Deutschland zu verfolgende Politik Preußens, welche aus dem Cabinet des Hrn. v. Nagler den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden hat, und deren Aechtheit nicht widersprochen worden ist. In dieser Denkschrift heißt es unter anderm: „Preußen habe vor allem gemeinschaftlich mit Oesterreich Deutschland eine kräftige Militärverfassung und solche Bundesformen zu geben um bei der nächsten europäischen Krise über die Streitkräfte der übrigen Bundesstaaten rasch und kräftig disponiren und von denselben eine größtmögliche Unterstützung an Truppen ziehen zu können; ferner gemeinschaftlich mit Oesterreich über die Erhaltung der Ruhe in Deutschland zu wachen, zugleich das repräsentativ-demokratische System zu bekämpfen und auf die übrigen Bundesstaaten thunlichst in dem Sinne einzuwirken um sie zur Ergreifung und Verfolgung der angemessenen Maßregeln im Innern zu vermögen rc. Dabei aber doch möglichst alles so vorzubereiten daß, wenn einst eine Trennung Preußens von Oesterreich erfolgen und demzufolge eine Spaltung Deutschlands stattfinden sollte, der überwiegende Theil der Bundesstaaten sich für ersteres erklärte, und daß alsdann die vorhandenen Bundesformen nicht zu sehr zum Nachtheil der preußischen Partei benützt werden könnten" — d. h. mit andern Worten: Preußen habe darauf hinzuarbeiten den Bundestag so zu schwächen, die Competenz desselben so herabzudrücken daß, wenn es einmal das Handeln des Bundestages zum Nachtheil der preußischen Interessen gelten sollte, ja nichts gelingen sollte. Weiter wird nun noch ausgeführt daß bei dieser Politik Preußens, die namentlich auch darein gesetzt wird das Gehässige von allen Maßregeln möglichst auf Oesterreich fallen zu lassen, wenn auch Preußen mit Theil an denselben nehme, der Gang so einzurichten sey daß um so sicherer die Mehrzahl der Bundesstaaten Preußen zufallen müsse, „wenn das Aufhören der preußisch-österreichischen Allianz auch den Druck den ihr vereintes und umfassendes Gewicht ausübte, aufhören läßt." Es sind noch andere interessante Mittheilungen in derselben Denkschrift enthalten. Das Angeführte aber dürfte hinreichend seyn zu zeigen daß seit 1822 eine sehr zusammenhängende Politik verfolgt wurde, und zu zeigen daß die Ereignisse am Bundestag und die Haltung die er eingenommen hat, nun freilich viel leichter begreiflich werden, und daß eben nicht Oesterreich allein der böse Genius des Bundestages und der daran geknüpften deutschen Interessen war.

(Fortsetzung folgt.)

|| **München,** 9 Nov. In ihrer 9ten Sitzung berieth die Kammer der Reichsräthe gestern den von der zweiten Kammer an sie gelangten Gesetzentwurf über die Preßvergehen in der Pfalz. Der IIte Präsident Graf Seinsheim nahm gleich Gelegenheit auf die Schwurgerichte loszugehen: er habe schon früher seine Ansicht ausgesprochen daß bei Preßvergehen und politischen Verbrechen die Schwurgerichte nicht die geeigneten seyen; die neuere Zeit habe ihn nicht eines bessern belehrt; im Gegentheil in Sachsen, in der Lausitz und in Hessen haben die Geschwornen die auffallendsten Verbrechen und Rechtsverletzungen mit ihrem Nichtschuldig sanctionirt, ja sogar die Münchner Jury müßte entweder den Staar gehabt oder die Augen absichtlich geschlossen haben als sie den Redacteur Vecchioni freisprach. Wie es schien, ohne sich des Preßedicts vom 4 Juni 1848 zu erinnern, meinte der Graf die Regierung sollte gerade jetzt nicht eine Gewalt aus der Hand geben die sie in der Pfalz durch das Rechtsprechen rechtsgelehrter Richter habe, es sey dieß nicht politisch. Trotz seiner Abneigung, und obwohl er das Ganze bloß für einen großartigen Versuch halte, stimme er doch dem Gesetze bei, weil ein solches Gesetz ohne Geschworne in der andern Kammer und vielleicht auch in dieser nicht durchgehen würde. Er erwarte und wünsche jedoch daß dieses Gesetz erst zur Geltung komme wenn die beiden andern der Kammer der Abg. vorgelegten Gesetze über den Schutz gegen den Mißbrauch der Presse und über die Abstellung einiger Preßmißbräuche ebenfalls berathen seyn werden. Bei Gelegenheit dieser Mißbräuche bewundert der Hr. Reichsrath die Geduld der Regierung, indem sie das Colportiren nicht schon längst durch polizeiliche Maßregeln abgeschafft, sondern auf die gesetzliche Beschränkung warte. Der Hr. Redner schildert den Colporteurunfug mit düstern Farben, und fragt die hohe Kammer — der Lerchenfeldischen Rede folgend — was sie dazu sagen würde wenn es die Polizei duldete daß man Gift an den Straßenecken verkaufte, und doch seyen durch Gift noch keine so traurigen Aufstände hervorgerufen worden wie durch die Presse in Baden und in der Pfalz. Der Referent v. Maurer berichtigt den Vorredner, welcher glaube Preßvergehen würden im diesseitigen Bayern nicht auch von Geschwornen abgeurtheilt, und wünscht dieses Gesetz je bälder je lieber in Wirksamkeit zu sehen. Die Beschleunigung der beiden andern Gesetze wünscht er ebenfalls, da Bayern der einzige constitutionelle Staat sey der eine freie Presse ohne Schutz gegen ihren Mißbrauch habe. Hierauf wurde zur speciellen Debatte übergegangen. Die einzelnen Artikel werden sämmtlich ohne weitere Discussion mit den von der Kammer der Abg. vorgenommenen Aenderungen und Einschaltungen, jedoch mit einigen vom Referenten beantragten, bloß größere Deutlichkeit und Präcision bezweckenden Redactionsänderungen auch von dieser Kammer angenommen, so daß keine wesentliche Differenz zwischen beiden Kammerbeschlüssen obwaltet. Es wird noch das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und sodann die Sitzung geschlossen.

8 **München,** 11 Nov. Se. k. H. Prinz Wilhelm von Preußen, der erl. Vater Ihrer Maj. der Königin, ist, wie im voraus angezeigt war, gestern im Schlosse zu Nymphenburg eingetroffen. — Nach der Neuen

Münchener Ztg. hat der oberste bayerische Gerichtshof das Ablehnungsgesuch der von dem Centraluntersuchungsgericht zu Augsburg Verhafteten, Professor Haggenmüller und Gerichtsarzt Blumröder, welches diese gegen das Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg angebracht hatten, als unbegründet zurückgewiesen.

Kurhessen. **Kassel,** 5 Nov. Ueber die eventuelle Succession in Dänemark und Kopenhagen, die jetzt die öffentlichen Blätter beschäftigt, sagt die Kass. A. Ztg. u. a.: „Daß beide Throne nicht einen Inhaber erhalten können, ergibt sich aber schon aus der Bestimmung des §. 11 der kurhessischen Verfassungsurkunde daß die Regierung nicht außer Landes verlegt werden könne. Wenn übrigens einige Zeitungen so weit gehen für Kurhessen Erbfälle nach dem Erbverbrüderungsvertrag zwischen Hessen, Sachsen und Brandenburg ins Auge zu fassen, so sind dabei nicht nur die Bestimmungen dieses Erbvertrages, wobei Brandenburg als später eintretender Theil in geringerem Maße betheiligt ist als Hessen und Sachsen, sondern auch der augenfällige Umstand ganz außer Acht gelassen daß das hessische Fürstenhaus in mehreren Linien blüht, und in diesem Augenblick 20 männliche Sprossen, und darunter mit Einschluß zweier regierenden Herren nicht weniger als dreizehn Prinzen in dem Alter unter 50 Jahren in seiner Mitte zählt."

K. Hannover. **Hannover,** 7 Nov. Ueber die Zusammensetzung der ersten Kammer gibt die Deutsche Reichsztg. einen längeren Bericht. Die Kammer besteht aus 69 Mitgliedern, von denen 57 gewählt sind, nämlich 33 Abgeordnete der größeren Grundeigenthümer, welche nach dem Grundsteuerertrage auf die verschiedenen Provinzen vertheilt sind (in 33 Wahlbezirken wird von je 150 höchstbesteuerten Grundeigenthümern als Urwählern je ein Deputirter erwählt); 10 Abgeordnete für Handel und Gewerbe; 10 Abgeordnete der Kirchen und Schulen, 4 Abgeordnete des Standes der Rechtsgelehrten. Von diesen 57 Gewählten scheidet je um das dritte Jahr die Hälfte (das erstemal durch das Loos) aus. Die 12 nicht gewählten Mitglieder der ersten Kammer endlich sind: der Kronprinz, 3 Standesherren (solang sie im Besitz ihrer Standesherrschaften sich befinden), der Erblandmarschall des Königreichs Graf v. Münster, 2 Grafen Stolberg (wegen der Grafschaft Hohnstein); 4 vom König ernannte Mitglieder, und der von der Kammer noch zu ernennende Commissär für das Schulden- und Rechnungswesen. — Das Oberappellationsgericht in Celle hat das auf 3 Jahr Zuchthaus lautende Erkenntniß des hannover'schen Stadtgerichts in dem Staatsverrathsproceß gegen den frühern Redacteur der Z. f. Nordd. Th. Althaus, bestätigt, und Althaus wird noch diese Woche in das Staatsgefängniß nach Hildesheim abgeführt werden.

* **Hannover,** 9 Nov. Die Wahlen des Bureau sind gestern und heute so ausgefallen wie ich in meinem letzten Schreiben vorhersagte, nur daß der Sieg der Opposition nicht etwa auf Convention mit dem demnächstigen Centrum, sondern in eigener Kraftfülle beruhte. In zweiter Kammer, von der nur allein die Rede seyn kann, wurde der Regierung zum Präsidenten vorgeschlagen Oberbürgermeister Lindemann aus Lüneburg mit 75 gegen 2 Stimmen, an zweiter Stelle Dr. Ellissen aus Göttingen (der Freund und frühere Reisegefährte Ihres Fallmerayer, wenn ich nicht irre), eine persona ingrata, an dritter Stelle siegte dagegen der Landdrost Th. Meyer, den die Regierung als Candidaten wünschte, nach zweimaliger vergeblicher Wahl mit nur zwei Stimmen gegen Freudentheil. Heute nachdem Lindemann als Präsident bestätigt und beeidigt, wurde zum Vicepräsidenten an erster Stelle präsentirt Dr. Ellissen mit 40 von 76 Stimmen, der Candidat der Regierung Landdrost Meyer blieb in der Minorität, siegte aber secundo loco nach zweimaliger Wahl mit wenig Stimmen über Freudentheil. Zur dritten Stelle wurde abermals ein Candidat der Opposition Justizrath Schlüter präsentirt. Noch siegreicher erwies sich die Opposition bei der Wahl des Generalsyndicus und seines Gehülfen welche praktisch wichtiger ist als die des Präsidenten. Hr. Hantelmann wurde hier mit 44 Stimmen gegen 32, welche auf Buddenberg fielen, zum Generalsyndicus, Hr. Stadtrichter Hirsch aus Goslar mit 68 gegen 8 zum Vicegeralsyndicus ernannt.

Preußen. ♀ **Berlin,** 7 Nov. In der zweiten Kammer machte heute der Präsident die Mittheilung daß ihm eine Deputation des Central-Gewerbe-Vereins aus Brandenburg eine Dankadresse an die hohe Kammer wegen ihrer Beschlüsse über das Gewerbegesetz übergeben habe. Der Referent der Centralcommission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats, Abg. v. Bodelschwingh (Hagen) erklärt: die Commission werde erst in einigen Wochen ihre Arbeit zu Ende gebracht haben, über der Berathung würden ebenfalls einige Wochen vergehen und unterdessen das Etatsjahr abgelaufen seyn. Aus diesem Grunde schlage die Commission eine combinirte Berathung der Etats für 1849 und 1850 vor, indem sie voraussetze daß die Regierung den letztern bald vorlegen werde. Der Finanzminister ist damit einverstanden und bemerkt daß die Vorlage bald erfolgen werde. Die Kammer geht hierauf an die Berathung des Commissionsberichts über den Ausgabe-Etat der ersten und zweiten Kammer. Die Commission ist nicht damit einverstanden daß die erste Kammer in ihrem Etat die Gehalte für ihre Beamten höher angesetzt hat als für die Beamten der zweiten Kammer, und trägt darauf an: „1) daß der in der Anlage abgedruckte Normal-Etat für die Ausgaben der ersten Kammer in seinen fortlaufenden Ausgaben auf jährlich 3800 Thlr., und in seinen monatlichen Ausgaben auf 6815, für eine viermonatliche Sitzungszeit also auf 27,260, mithin zusammen auf 31,090 Thlr. festgesetzt werde; 2) daß der in der Anlage abgedruckte Normal-Etat für die Ausgaben der zweiten Kammer an Reisekosten und Diäten für die Abgeordneten auf 150,000 Thlr., in seinen fortlaufenden Ausgaben auf jährlich 4390, und in seinen monatlichen Ausgaben auf 7650, für eine viermonatliche Sitzungszeit also auf 30,600, mithin zusammen 184,990 Thlr. festgestellt werde; 3) daß bei Ausführung der Etats die am Schlusse der Entwürfe abgedruckten allgemeinen Grundsätze für maßgebend zu erklären; 4) daß dieser Beschluß der ersten Kammer und der Staatsregierung zur Erklärung, bezüglich zur Einholung der allerhöchsten Genehmigung und Aufnahme in den Staatshaushalts-Etat, mitzutheilen; 5) daß der Präsident der zweiten Kammer ermächtigt sey bei der königlichen Regierung die Einräumung einer Dienstwohnung in der unmittelbaren Nähe des Kammergebäudes und die angemessene Ausstattung dieser Wohnung in Antrag zu bringen." In der Specialberathung werden angenommen: 1) ein Amendement von Harkort auf Ansetzung einer Summe von 500 Thlrn. für Reisekosten an Sachverständige; 2) ein Antrag von Hirsch, an Stelle von Nr. 5 zu sagen: „Dem Präsidenten wird eine Dienstwohnung in der Nähe des Sitzungslocals der Kammer mit angemessener Ausstattung zugewiesen." Ein zweiter Vorschlag des Abgeordneten Hirsch, daß den Präsidenten der ersten und zweiten Kammer monatlich 1000 Thaler auszusetzen seyen, wird von dem Grafen Schwerin bekämpft und von der Kammer verworfen. Im übrigen werden die Vorschläge der Commission angenommen. Die Kammer ertheilt noch auf Antrag der betreffenden Commissionen folgende Verordnungen: 1) vom 9 Febr. d. J. über Errichtung von Gewerbegerichten, 2) vom 3 März d. J. über Aenderung des Zolltarifs in Rücksicht auf den Eingangszoll für ungereinigte Soda, und 3) vom 18 Dec. v. J. über die bäuerliche Erbfolge in Westfalen, jedesmal mit sehr großer Mehrheit, die nachträgliche Genehmigung. In Bezug auf die erste Verordnung bemerkte der Justizminister, in Halle, Magdeburg, Wernigerode und Stettin beständen Gewerbegerichte, von andern Städten seyen sie beantragt, die Erfahrung werde daher lehren können was an dem Gesetze noch etwa zu ändern sey. Hinsichtlich der zweiten Verordnung führte der Referent Camphausen an, es wäre unter dem Namen einer ungereinigten gereinigte Soda eingeführt worden, und es sey daher nothwendig gewesen alle Soda mit einem Zollsatz von 1 Thlr. zu belegen. Die nächste Sitzung wird übermorgen 10 Uhr stattfinden und darin der Abschnitt der Verfassung über Kirche und Schule zur Berathung kommen.

Der König ist am 8 Nov. der Königin nach Breslau entgegengereist, wo er auch die Königin von Sachsen und die Prinzessin Johann von Sachsen antreffen wird.

Berlin, 8 Nov. Die Arbeitsverhältnisse hier sind fast in allen Zweigen der Beschäftigung befriedigend zu nennen, da in Folge der politischen Zustände Berlin eine Menge Menschen verloren hat, die zum größten Theil der Arbeiterclasse angehörten. Mit dem Wegweisen von Arbeitern die keine Arbeit finden konnten, von Dienstmädchen ohne Dienst ist die Polizei seit einem Jahr sehr streng gewesen. Den hiesigen Buch- und Kunsthändlern ist durch einen Polizeibeamten mündlich eine Präsidialverordnung vom 3 d. M. communicirt, in Folge deren das öffentliche Ausstellen gewisser Porträts, wie von Waldeck, Temme u. s. w., sowie von Kerkerscenen und Erschießungen untersagt wird. Ueber die Kinkel'sche Angelegenheit wird in den Blättern noch beständig geredet. Die Const. Corr. bemerkt darüber, sowie über die preußischen Staatsangehörigen die sich an der Insurrection in Baden betheiligt haben: „Die meisten derselben sind von unseren Truppen gefangen genommen, nicht aber an die badischen Behörden ausgeliefert, sondern den preußischen Militärgerichten zur kriegsrechtlichen Untersuchung überwiesen worden. Wäre ihre Auslieferung an die badischen Behörden erfolgt, so würden sie wegen ihrer Verbrechen gegen das Großherzogthum Baden oder gegen badische Unterthanen dem standrechtlichen Verfahren verfallen seyn, während sie nach Ueberweisung an preußische Militärgerichte bloß wegen der gegen unsere Truppen verübten verrätherischen Handlungen zur Untersuchung gezogen worden sind. Aus diesem Umstande und aus der Milde unserer Militärgesetze wird es erklärlich daß nur gegen sechs dieser Individuen

auf Todesstrafe erkannt worden ist, von denen zwei begnadigt worden sind. Wenn dennoch in einigen öffentlichen Blättern über zu große Strenge der preußischen Militärgerichte in Baden hauptsächlich deßhalb geklagt wird weil Kinkel nicht zu Festungsarrest, sondern zum Verlust der Nationalkokarde und zu einer mit Arbeit verbundenen lebenswierigen Freiheitsstrafe vom Kriegsgerichte verurtheilt worden ist, so beruht dieß entweder auf böswilliger Entstellung der Wahrheit oder auf Unkenntniß der Gesetze."

Im Kroll'schen Local fand am 9 Nov. am Jahrestage von dem Antritt des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel, ein Festmahl statt, an dem viele Mitglieder beider Kammern, viele hohe Civil- und Militärbeamte theilnahmen. Ueber 1100 Personen hatten nach der „deutschen Reform" ihre Betheiligung zugesagt gehabt. Der Minister Graf Brandenburg dankt den Veranstaltern des Festes im Namen des Ministeriums und in seinem. Zugleich brachte er einen Trinkspruch aus „auf den alten preußischen Sinn der mit dem großen Kurfürsten bei Fehrbellin, mit dem großen Könige in allen seinen siegreichen Schlachten war, auf den preußischen Sinn der uns gerettet hat aus den Niederlagen bei Jena und Auerstädt, der uns leitetete als wir auf Leipzigs Feldern im Kampfe für deutsche Freiheit standen, und der auch fernerhin zur Zeit der Noth Deutschlands Hülfe seyn wird. Ein dreifaches Hurrah auf den alten, guten preußischen Sinn!" Die Minister wollten sich eben entfernen, als von allen Seiten ein lautes Lebehoch auf den Minister des Innern v. Manteuffel erschallte, worauf derselbe etwa antwortete: „Meine Herren! Ein Witzblatt hat neulich gesagt: Das Ministerium sey jetzt ein Jahr alt, es könne nun laufen. Ich rechte deßhalb mit dem Witzblatt nicht; dieß ist ein guter Witz. Aber das versichere ich Sie: weglaufen wird das Ministerium nun und nimmermehr. Ich glaube daß das Ministerium auch schon früher bewiesen hat daß es stehen kann. Daß es stehen konnte, verdankt es den Wohlgesinnten im Lande. Es wird auch ferner zeigen daß es gehen kann, wo es gilt Vorwärts zu Preußens und Deutschlands Ehre. Meine Herren! ich habe das Glas und bitte Sie nicht bloß mit mir zu trinken, sondern auch mit mir zu gehen. Ich trinke auf den Fortgang im Fortschritt!" Der lauteste Beifall hatte diese Worte mehrmals unterbrochen, und ein abermaliges Hoch auf den Minister folgte ihnen.

Am Abend zuvor ward in der Villa Colonna eine Gedächtnißfeier R. Blums begangen, bei der, nach der Nationalztg., mehr als 3000 Menschen zugegen waren. Nachdem sie etwa zwei Stunden gedauert hatte, erklärten die Polizeibeamten: sie seyen zu der Ueberzeugung gekommen es finde hier eine Todtenfeier statt, und die sey nicht angezeigt. Darüber erfolgte eine Debatte mit dem Vorsitzenden. Die Polizeibeamten erklärten die Versammlung für inhibirt, und ersuchten den Vorsitzer mit zum Polizeipräsidenten zu gehen. Die Versammlung kam in Aufregung, die Polizeibeamten wurden gestoßen, geschlagen, die Menge im Saal entfernte sich nur sehr langsam, und zuletzt wurde Militär requirirt und die Anwesenden mit Gewalt entfernt. Im Verlauf des Abends wurde Dr. Abarnabell sowie etwa 20 Personen verhaftet, ersterer jedoch gestern wieder freigegeben. Tumult und Verhaftungen fanden am 8 Abend auch in und vor dem Hause der Friedrichstädtischen Halle statt, als eine Sitzung die in ihm zum Gedächtniß Blum's abgehalten werden sollte, von der Polizei inhibirt ward.

∸ **Berlin,** 9 Nov. Abends. Die Stadt ist nicht unruhig, aber auch nicht ruhig. Die Wachen an der Stadtvogtei sind verdoppelt, die Constabler patrouilliren auf den Straßen und stehen in beobachtenden Gruppen an den Thoren. Andrerseits ist nicht zu läugnen daß man auf dem Pflaster auch manchen Bassermann'schen Gestalten begegnet, untersetzt einhergehend und Blicke schießend, wie man sie jetzt nicht mehr gewohnt ist. Sonst ist es still, nur aus dem Munde der Straßenjugend hört man dann und wann den Namen Robert Blum. Die militärischen Veranstaltungen beziehen sich übrigens weniger auf den heutigen Tag und seine sogenannte Doppelfeier, als daß sie vorsorglich wegen der gestrigen Excesse verordnet sind. Es ist wirklich Blut geflossen als der Polizeibeamte die demokratische Zusammenkunft in der Friedrichsstädtischen Halle aufhob. Das nähere über den Anlaß und die Thätlichkeiten selbst ist noch nicht bekannt. Man weiß nur so viel daß sich die Wuth gegen den Constableranführer Kaiser erhob, als er durch die Vorträge über Blum sich gedrungen fühlte sein Veto auszusprechen und die Räumung des Saales zu befehlen. Im Gedränge oder Handgemenge ward ihm mit einem Messer die Hand durchstochen, einem andern Constablerofficier soll durch einen Stockdegen eine Wunde beigebracht seyn. Man nennt noch einen dritten verwundeten Constabler. Die Constablerwache hatte gegen den Widerstand nicht ausgereicht, und es ward selbst militärisches Einschreiten nöthig. Aehnliche Scenen, wenn auch nicht so heftige, fielen in andern Localitäten, wo Blums Todestag vorgefeiert werden sollte, vor. Etwas ernsthaftes lag nirgend in der Absicht. Die Gemüther der Demokraten sind begreiflicherweise erbittert daß ihre Associationen und Vorträge so oft durch das polizeiliche Einschreiten unterbrochen werden, auch da wo sie meinen innerhalb der gesetzlichen Schranken geblieben zu seyn, die Unterbeamten der Polizei aber der entgegengesetzten Meinung sind. Erstere mögen hierin zuweilen im Recht seyn. Wie kann man von Polizeisergenten und Constablerunterofficieren fordern daß sie in einer Rede, die zuweilen doch auf wissenschaftlichem Grunde ruht, das Maß zwischen erlaubter Freiheit und gesetzwidriger Frechheit im Augenblick erkennen! Wird das doch oft einem gelehrten Richter schwer. Der genannte Kaiser soll aber ein besonders strenger Censor seyn. In vielen dieser Versammlungen sind Frauen und Töchter von den Demokraten mitgebracht, und das Veto verderbt das Ballvergnügen. Doppelter Grund zur Unzufriedenheit. Dießmal hatte sie freilich noch andern Grund. Man hätte in Berlin schwerlich daran gedacht den todten Robert Blum durch Concerte, Ball und Zweckessen leben zu lassen, wenn die Demokratie nicht durch die conservative Demonstration gereizt worden wäre. Konnte sich die conservative Partei nicht genügen lassen daß sie gesiegt, mußte sie auch in die Thorheiten ihrer Gegner verfallen und durch alle möglichen Ostentationen in die Wunde neues Gift träufeln! Der 9te November feierte sich durch sich selbst. Ihn in der Art begehen wie geschieht ist Hohn, und kann von den Gegnern als Zeichen der Unsicherheit und Schwäche ausgelegt werden. Die Schuld kommt nicht allein vom Treubunde und den Preußenvereinen, wo der Magistrat seinem Bürgermeister gestattet hat mit den Emblemen seiner Würde bei der Festlichkeit zu erscheinen! Es ist gestern Blut geflossen, glücklicherweise hat es kein Leben gekostet, aber ist ein so unnöthiges Fest nicht schon zu theuer damit bezahlt, unbeschadet des größeren Nachtheils daß der Riß zwischen den Parteien dadurch immer tiefer wird! Einige zwanzig Personen sind verhaftet. Heute morgen gingen die Constabler um die Bilder von Robert Blum von den Schaufenstern zu entfernen „als Aufregung erzeugend." Unmittelbare Folgen wird die Sache nicht haben, aber sie ist verdrießlich, und man hätte sie leicht vermeiden können. — Das Gerücht daß Minister Manteuffel seinen Abschied gefordert, erhält sich heute; man nennt auch schon seinen Nachfolger in der Person des Präsidenten v. Witzleben. Dagegen läßt man heute Graf Brandenburg, der gestern ebenfalls seinen Abschied gefordert haben sollte, im Amte bleiben. Wenn Manteuffel wirklich zurücktritt, geschähe es nicht aus Furcht vor der Kammer oder in Folge einer Debatte. Hr. v. Patow hat nun wirklich seine Entlassung. — Heute Abend ward, ein seltsames Zusammentreffen so verschiedenartiger wichtiger Begebenheiten, der des Raubmordes angeklagte Schiffer Kuhbeil von der Jury freigesprochen. Der Fall ist sehr interessant und zweifelhaft, doch zu weitläufig um ihn hier zu erzählen. Der Mord um den es sich handelt ward aller Wahrscheinlichkeit nach in der Barricadennacht (18 März 1848) vollbracht, und 22 Monate hatte der Angeschuldigte in Untersuchungshaft gesessen, bis er heute freigesprochen ward! Die Verwirrung nach dem Barricadenkampf hatte die Untersuchung so gelähmt daß der Polizei und Justiz die ersten Spuren entgingen. Als der Präsident dem Losgesprochenen ankündigte daß er frei sey und gehen könne wohin er wolle, bat er flehentlich man möge ihn wenigstens diese Nacht noch im Gefängniß lassen, da er nicht wisse wo er hin solle!

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 7 Nov. Zum Präsidenten des Landtags ist Kitz, zum Vicepräsidenten Pancratz erwählt, beide Gegner des preußischen Anschlusses. Die deutsche Frage ist an einen Ausschuß verwiesen, der aus sieben Mitgliedern besteht, von denen drei der Anschlußpartei angehören.

Oesterreich. Bei dem Streit der gegenwärtig noch immer in deutschen Blättern weiter geht, ob Oesterreich durch eine Note gegen das Zustandekommen des engeren Bundes in Berlin protestirt habe, oder nicht, dürfte folgender Artikel der Oesterreichischen Correspondenz, bekanntlich nicht ohne ministerielle Verbindung, von einigem Interesse seyn. Unter dem Titel „das Wesen der kleindeutschen Bestrebungen" sagt dieselbe: „Der Berliner Correspondent eines hiesigen Blattes will in Erfahrung gebracht haben daß Oesterreich dem preußischen Cabinet eine confidentielle Mittheilung habe zugehen lassen, worin es gegen die Fortsetzung der Versuche zur Bildung eines engeren Bundesstaates und die Einberufung des „deutschen Parlaments" remonstrirt. Von dieser Thatsache ausgehend, behauptet der Correspondent, habe sich Oesterreich endlich an den Gedanken daß weiteres Sträuben gegen die Bestrebungen der kleindeutschen Politik zur Unmöglichkeit geworden sey, zu gewöhnen. Unmöglichkeit? Wenn das Rechte und Vernünftige unmöglich wird im Leben der Völker, dann verräth dieß ihren tiefsten innerlichsten Zerfall, einen Krankheitsproceß der mit Auflösung oder Umwälzung enden muß. So weit ist es nun hoffent-

lich mit Deutschland nicht gekommen. Deutschland wird Oesterreichs Recht und seinen eigenen Vortheil im Nichtausschluß des Kaiserreichs wahren. Oesterreich muß fortfahren gegen die eigenwilligen aus dem Schooße des Berliner Verwaltungsrathes hervorgehenden Projecte zu remonstriren. Der kleindeutsch-preußische Bundesstaat ist eine Conception die das k. k. Cabinet unter keiner Bedingung gewähren lassen kann. Denn es darf und kann nicht zugegeben werden daß das große Deutschland eine lose Form erhalte, die eben nur dazu dienen würde den von der Bundesstaatspartei beabsichtigten Krystallisationsproceß zu verdecken und vor störenden Einflüssen zu sichern. Wahrlich, es gehört wundervolle Naivität zu dem Glauben das Auge der österreichischen Diplomatie sey starrblind gegen das Ziel und die Tragweite des kleindeutschen Princips geblieben. Es ist so gewiß daß Preußen eben nur die indirecte Mediatisirung der kleinen norddeutschen Staaten, somit eine auffallende Machtvergrößerung anstrebt, als ausgemacht ist daß, abgesehen von Oesterreich, die politische Einigung Deutschlands auf diesem Weg nimmer erreicht werden kann. Die preußische Diplomatie weiß beides gar wohl, auch das deutsche Volk durchschaut ihre Gesinnung; wer bleibt daher noch übrig um getäuscht zu werden? Ein vergrößertes Preußen, ein theilweise uniformirtes Norddeutschland würde das europäische Gleichgewicht wesentlich modificiren. Oesterreich ist daher nicht bloß als deutsche, sondern als europäische Großmacht berufen gegen jene Bestrebungen Einsprache zu thun. Nur eine solche Consolidation Deutschlands welche den Interessen der Einigung möglichst Rechnung trägt, indem sie das alte Machtverhältniß der einzelnen Staaten gänzlich unberührt läßt, kann Oesterreich zusagen."

Wien, 9 Nov. Der Landeschef von Tirol, Graf v. Bissingen, ist nach dem Vorgang anderer Länderchefs gleichfalls hier eingetroffen, um bezüglich der Durchführung der politischen Organisation, die auch in Tirol bis zum 1 Jan. k. J. ins Leben treten wird, mit dem Hrn. Minister des Innern persönliche Rücksprache zu pflegen. Das systematische Streben Oesterreich reactionäre Tendenzen zu unterschieben und es einer deutschfeindlichen, mit Rußland Hand in Hand gehenden Politik zu zeihen macht sich neuerdings in mehreren deutschen Blättern Luft. So lasen wir vor kurzem in der Kölnischen Ztg. es solle der Großherzog von Baden zur Abdication veranlaßt werden und Oesterreich einen Theil des Großherzogthums sich aneignen wollen. Die Braunschweiger Reichszeitung will in Nr. 264 von einer gemeinsamen Intervention Oesterreichs und Rußlands für Dänemark gegen Schleswig-Holstein wissen, und setzt dieser hochwichtigen diplomatischen Enthüllung durch die überraschende Nachricht daß der muthmaßliche Thronerbe von Dänemark, Prinz Friedrich von Hessen, eine Schwester Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich heirathen werde, die Krone auf. All diese Angaben sind sammt und sonders aus der Luft gegriffen, letztere namentlich schon deßhalb weil Se. Maj., wie bekannt und wie auch der genealogische Kalender ausweist, keine Schwester hat. Die in Turin erscheinende Concordia erzählt in Nr. 264 als Pröbchen des angeblich hier namenlos wuchernden Servilismus, daß der Mailänder Deputirte Conte Nava sich vor Sr. Maj. auf der Straße auf die Erde niedergeworfen habe rc. Eine zu offenbar mit dem Stempel der Lüge bezeichnete Nachricht um ernste Widerlegung zu verdienen! (Oesterr. Corresp.)

△ **Wien,** 9 Nov. Ein trauriges Zeichen unserer Zeit ist jene denunciatorische Speichelleckerei welche vor den jeweiligen Machthabern — seyen es revolutionäre oder legitime — in dem Staub kriecht. So war es im vorjährigen Winter in Wien, und so ist es gegenwärtig in Pesth. Der wackere Feldzeugmeister Welden wies zu seiner Zeit in einem sehr energischen Erlasse auf dieses Treiben hin, und erhöhte dadurch die allgemeine Achtung die seinem Namen schon gezollt wurde. Feldzeugmeister Haynau machte in Pesth ähnliche Erfahrungen, und erließ deßhalb an die betreffenden Militärcommandanten den gemessenen Auftrag keine Verhaftung vorzunehmen wenn nicht sichere Männer die Wahrheit der gemachten Anzeige verbürgen. — Die Stadt Triest will dem Feldmarschall Radetzky das Ehrenbürgerrecht ertheilen, und der hiesige Handelsstand beabsichtigt den Bau eines Kriegsschiffs, welches den Namen des Helden von Custozza tragen soll. Aus Mailand wird gemeldet daß die Herzogthümer Modena und Parma einen Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich abgeschlossen haben, der nach der gegebenen Frist nun in Vollzug tritt. Die österreichische Zollinie ist dadurch bis an die Gränze von Toscana, mit welchem ebenfalls Verhandlungen gepflogen werden, ausgedehnt. Der Handelsminister v. Bruck hat durch seine genaue Kenntniß Italiens und seinen seltenen Scharfblick die österreichischen Interessen auf der Halbinsel sehr gefördert. Betrachtet man nur die Anordnungen eines einzigen Tages, so muß man über die Thätigkeit dieses Staatsmannes erstaunen. In den heutigen Blättern lesen wir folgende Verfügungen des Handelsministeriums: es werden in Oberitalien drei Eisenbahnlinien, und zwar eine Eisenbahnlinie von Verona über Peschiera nach Brescia, eine andere von Verona über Mantua gegen Casalmaggiore, und endlich eine dritte von Mestre über Treviso, Udine nach Triest tracirt werden. Für das Handelspublicum in Graz, Laibach, Triest, Prag und Brünn werden nun nach dem Schlusse der Börse nicht nur die Curse, sondern auch die Notizen welche ein Steigen oder Fallen der Papiere bewirken, durch den Staatstelegraphen gemeldet. — Von der Frau Erzherzogin Sophie wird folgender interessanter Zug mitgetheilt. Sie besuchte in Begleitung ihrer königlichen Gäste die bedeutendsten Modewaarenhandlungen, machte große Einkäufe und äußerte sich mit großer Zufriedenheit über die deutsche Industrie, indem sie versicherte durchaus keine französischen Waaren kaufen zu wollen, da die deutschen Arbeiten in jeder Beziehung den Vorzug vor jenen verdienen. — Das Abendblatt der „Presse" meldet daß die Pesther Juden die strenge Weisung erhielten binnen 48 Stunden 200,000 fl. C. M. als eine Rate der ihnen auferlegten Contribution zu zahlen. In Pesth verbreitete sich das abenteuerliche Gerücht, die Türken wären mit den Ungarn über die Gränze marschirt und hätten die Kaiserlichen geschlagen! Es bedarf keines Wortes um diese einfältige Sage zu widerlegen.

** **Salzburg,** 9 Nov. Auf der ganzen Linie von München hieher ist man mit den Vorbereitungen zu Herstellung der elektro-magnetischen Telegrapheneinrichtung emsig beschäftigt.*) Von Beis, der ersten Poststation an, sieht man auf Zimmerplätzen rechts und links der Straße Arbeiter in Thätigkeit, theils mit Schälen und Glätten von Pfählen, theils an Feuern mit Brennen des in die Erde einzusenkenden unteren Endes derselben. Da und dort begegnet man Reihen solcher Hölzer schon in die Erde eingerammt in gleichmäßigen Zwischenräumen, hier der Straße folgend solange sie gerade hinläuft, weiter feldein ziehend wo diese von der Linie abkrümmt. Von hier (Salzburg) aus, Wien zu, sieht man die Telegraphenhölzer schon völlig hergestellt, oben mit doppelten Drathzügen versehen, und zwar wie man mir sagt, von hier bis Wien. Es ist also wohl keinem Zweifel unterworfen, daß die zwischen Oesterreich und Bayern festgestellte Telegraphenlinie mit dem 1 December ins Leben treten kann. Und so wird dann, Dank diesen beiden Regierungen, noch in diesem Jahr der metallene Faden als Träger dessen was zu wissen noth thut, demselben Worte leihen können mit einer Schnelligkeit für die noch kein Maß gefunden, und auf Entfernungen hin welche zwischen Völkern und Städten keinen Zwischenraum mehr lassen, und zwar bis in das Herz des südwestlichen Deutschlands, bis Augsburg. Das Privilegium den Flug der Gedankenmittheilung nur durch seine Ebenen ziehen zu sehen, wird dem nördlichen Deutschland nicht allein vorbehalten bleiben. Der Wunsch daß diesen wunderbaren Metallfäden in gleicher Richtung auch die Schienenwege bald nachfolgen möchten, ist um so gerechter als er zur Lebensfrage von Südwestdeutschland geworden ist.

Großbritannien.

London, 7 Nov.

Dem M. Herald wird aus Plymouth vom 3 Nov. geschrieben: „Auf dem schönen Schiff „Alfred," Eigenthum der HH. Godeffroy in Hamburg, ist heute Morgens der junge Prinz von Schleswig-Holstein angekommen, in Begleitung des Capitän Stanley Carr. Dieser ist wohl bekannt als der große Reformer der deutschen Landwirthschaft (?) und Verfasser vieler nützlichen Werke über diesen Gegenstand. Er verkaufte unlängst seine großen Güter in Norddeutschland — aus Gründen die sich jeder erklären kann der Deutschlands politischen Zustand kennt — und ist im Begriff zwei oder drei Jahre der Ansiedlung deutscher Auswanderer in Südaustralien und Port Philip zu widmen. Seine gründliche Bekanntschaft mit dem deutschen Charakter, das Vertrauen der Deutschen zu seiner Energie und seinen praktischen Kenntnissen, verheißt viel gutes von diesem Unternehmen. Jenen Colonien aber darf man Glück wünschen daß deutscher Fleiß, Nüchternheit und Geschicklichkeit in Behandlung der Merinoschafe unter solchen Auspicien dort eingeführt werden."

Frankreich.

Paris, 8 Nov.

Was scheinbar eine bloße Sache der Form ist, die Frage ob ein Gesetzentwurf der Begutachtung des Staatsraths unterzogen werden soll, hat im Fall des Unterrichtsgesetzes, das die vereinigte Weisheit der HH. v. Falloux, Montalembert, Berryer, Thiers u. s. f. bis zum Stadium der

*) Auch in Augsburg steht bereits der Telegraphenbaum aufgerichtet, der zur Fortsetzung der Telegraphen-Verbindung nach Leipzig, Berlin rc. bestimmt ist.

Berichterstattung gefördert hatte, eine Controverse hervorgerufen in der die bisherige compacte Majorität unterlag. Trotz der angestrengtesten Bemühungen des Berichterstatters, Hrn. Beugnot, und einiger andern Mitglieder die beweisen wollten daß der Staatsrath bei diesem organischen Gesetz umgangen werden könne, siegte die von den HH. Lherbette, Barthelemy St. Hilaire, General Cavaignac vertretene Ansicht, und die Verweisung an den Staatsrath, das heißt hier wohl die Vertagung ad graecas calendas, wurde mit 307 gegen 303 Stimmen beschlossen. Das Ansehen des Generals Cavaignac, neben der zweideutigen Neutralität der Regierung, trug zu diesem Entscheid wesentlich bei. Da Hr. Fresneau von der *leidenschaftlichen* Majorität der Constituante sprach, so erwiederte jener: es wäre zum Staunen wenn keine Stimme sich erheben sollte um zu sagen daß diese Majorität, die man angeklagt, von der Geschichte als ein Muster, als ein zu befolgendes gutes Beispiel in diesem Land aufgestellt werden wird. Ich erkläre, mein Urtheil ist gänzlich unabhängig von der Zuneigung welche diese Versammlung mir zu erkennen gab und die ich verdiente. Vermöge ihres verfassunggebenden Charakters konnte diese Versammlung Gesetze, gleichviel ob es organische oder andere waren, ohne den Staatsrath machen, die jetzige Versammlung kann dieß nicht, sie würde sich sonst die verfassunggebende Gewalt beilegen." Dieser Sieg der Opposition, der als eine Sprengung der Majorität angesehen werden kann, kam so überraschend daß die Chefs der Coalition es nicht für der Mühe werth gehalten das Wort zu nehmen, man konnte aber auf der Seite der bisherigen Majorität den Verdruß so wenig verbergen daß in der heutigen Sitzung sogar der Versuch gemacht wurde das Votum vom vorigen Tag zu annulliren, nachdem eine nochmalige Durchzählung der Abstimmungen es mit einer kleinen Veränderung des Stimmenverhältnisses bestätigt hätte. Noch war die gestrige Sitzung durch einen Zwischenfall bezeichnet, welcher großes Aufsehen erregt hat. Während der ziemlich stürmischen Verhandlungen gegen 5 Uhr war es in der Journalistentribüne etwas laut geworden, und ohne irgend eine Verwarnung vorausgehen zu lassen schickte der Präsident Dupin die Huissiers und ließ die Tribüne räumen. Gegen dieses Verfahren ist eine Protestation erschienen, der mit Ausnahme des Constitutionnel, des Dix Décembre und des Ordre alle Journale beigetreten sind. Die Maßregel wird *unerhört*, *unverantwortlich* genannt.

Niederland.

⁝ **Haag,** 5 Nov. Man erwartet hier mit großer Spannung die Wiedereröffnung der Kammern, seitdem aus der sechswöchentlichen Krise endlich ein Ministerium hervorgegangen ist. Es ist aus der äußersten Linken genommen, nachdem man umsonst Versuche gemacht hatte ein Coalitionsministerium zu bilden. Die Wichtigkeit dieses Cabinets liegt darin daß es wichtige Grundgesetze, namentlich das Wahlgesetz, vorzuschlagen hat. Bisher sind die Wahlen in Holland immer indirect gewesen, aber wahrscheinlich wird dieses Ministerium, um sich bei der Menge beliebt zu machen, directe Wahlen mit der möglichst großen Zahl von Wählern vorschlagen, eine Aenderung der man in dem besonnenen Lande unter den gebildeten Classen nicht günstig ist, da man das Treiben der Demagogen unter der sehr armen und sehr ungebildeten Masse fürchtet. Der zweite große Gegenstand der öffentlichen Besorgniß sind die Finanzen, die auf der sehr unsichern Basis der indischen Einkünfte beruhen. Die einzige große Ersparniß die sich machen läßt, wäre eine neue Herabsetzung der Zahl der Truppen. Der letzte König liebte mit Soldaten zu spielen, und hielt die Armee auf dem Fuß von 50,000 Mann, was weit über die Kräfte und die Bedürfnisse des kleinen Landes geht, wogegen er der Flotte abgeneigt war, während das Land im Gegentheil die Flotte liebt und vergrößert wünscht, und die Armee möglichst verringern möchte. Es ist auch etwas geschehen, und das Heer beträgt gegenwärtig nicht viel über 30,000 Mann. Holland glaubt ihrer nicht zu bedürfen, denn es weiß wohl daß die Eifersucht der großen Mächte untereinander, weder Frankreich noch Preußen, einen Angriff erlauben würde, auch wenn sie dazu Lust hätten, während die Nation England mißtraut und seine Flotte, auf der die Existenz der Colonien und der alte Ruhm des Landes beruhen, so stark als möglich zu sehen wünscht. Dagegen führen die Vertheidiger des Heers an daß das System von Festungen, das allein Holland gegen einen plötzlichen Angriff schützen könne, eine bedeutende Masse von Truppen erfordere, und Maestricht allein 10,000 Mann Garnison haben müsse um vertheidigt werden zu können. Es ist ein Streit der keiner unmittelbaren Lösung fähig ist, und Holland wird nur dann sein Heer herabsetzen wenn die Finanznoth und die allgemeine Ueberzeugung von der Unmöglichkeit die stehenden Heere auf ihrem gegenwärtigen Fuße zu halten, alle europäischen Mächte zu einer radicalen Reform ihres Kriegswesens bringt. — Die Austrocknung des Meers von Haarlem geht fort, aber langsamer als man erwartet hatte, obgleich seit Anfang dieses Sommers alle drei Maschinen arbeiten. Verschiedene Unglücksfälle, der Tod der englischen Ingenieure durch Cholera, und vor allem der feuchte und kalte Sommer verlängern die Operation über die ursprüngliche Berechnung, obgleich kein Zweifel über das endliche Gelingen dieser kolossalen Unternehmung ist. Nur wird der finanzielle Erfolg durch die unerwartete Langsamkeit der Arbeit in Gefahr gebracht, und es wäre ein großes Unglück wenn die Gesellschaft in den Fall gebracht würde vom Staat die Erfüllung seiner Garantie von 5 Proc. ihres Capitals auch nur theilweise zu verlangen, weil dieß den Staat abschrecken würde die Bildung ähnlicher Gesellschaften durch seine Garantie zu befördern. Doch glaubt man daß wenn keine neuen Schwierigkeiten eintreten, die Theilnehmer noch immer 5 bis 3 Proc. von dem Unternehmen ziehen werden, und in diesem Fall werden eine Menge ähnlicher, obgleich weniger große Plane zur Ausführung kommen, und Holland hat das größte Interesse seine urbare Fläche zu vergrößern und dem Wasser abzugewinnen was es vermag, um seiner übergroßen Bevölkerung Beschäftigung und Nahrung zu geben. Nur eine größere Fläche Ackerland kann das Land in den Stand setzen der Ausdehnung des Pauperismus eine Gränze zu setzen, denn dieser nimmt in den Städten in dem bedauernswürdigsten Grad überhand. In Amsterdam sollen 40,000 Arme seyn, d. h. Arme die Unterstützung erhalten, und in Leyden ist je der dritte Einwohner der Stadt zur Last. Die versuchten Armencolonien in den Haiden sind mißglückt, aber das Land das man dem Wasser abgewinnt, ist fruchtbar, und eine wohlberechnete Verwendung von Capital auf das Gewinnen solchen Landes wird hinreichen jeden Zuwachs der ländlichen Bevölkerung zu beschäftigen, und so die Verbreitung des Pauperismus von den Städten auf das flache Land zu verhüten. Darneben ist diese Gewinnung von Land in doppelt anderer Hinsicht unter den besondern Verhältnissen von Holland von großer Wichtigkeit: sie vermehrt die Fläche und die Bevölkerung eines Landes das gegenwärtig zu klein für seine politische Lage und für die Größe seines Colonialbesitzes ist; und es verschafft den holländischen Capitalien eine solidere Anlage als die fremden Anlehen, zu denen sie seit Menschengedenken verwendet werden. Daher ist es so wichtig daß die Austrocknung des Meers von Haarlem gelinge, und den Theilnehmern einen hinlänglichen Ersatz für ihr Capital von 20 Millionen Gulden liefere. Man hatte daran gedacht nach dem Haarlemer Meer die Zuydersee auszutrocknen, aber ich glaube nicht daß dieser ungeheure Plan ausgeführt werde, nicht als ob er unmöglich wäre und die Kunst der holländischen Wasserbauer überträfe, sondern wegen der Größe des Capitals und der Ungewißheit des Werthes der Ländereien die gewonnen würden, da diese zum großen Theil in Gerölle welches das Meer darin aufgehäuft hat, bestehen müssen. Im allgemeinen scheint der Wohlstand des flachen Landes in Holland zuzunehmen, besonders hat die Aufhebung der Korngesetze in England ihm einen sehr wohlthätigen Anstoß gegeben, aber diese macht andrerseits immer mehr unmöglich daß sich Fabriken im Land erheben, und die holländischen Städte, wo die Armuth schon jetzt groß ist, scheinen einem zunehmenden Zerfall ausgesetzt zu seyn, namentlich die welche von Fabrikarbeit leben wie Leyden, Delft u. a., und hier wie überall sind alle Versuche die arme Stadtbevölkerung auf das Land überzusiedeln mißlungen.

Italien.

∸ **Rom,** 3 Nov. Ich will heute Ihre Aufmerksamkeit auf einige Augenblicke für eine Auslieferungsfrage in Anspruch nehmen, die zwar nicht, wie die türkische, das Gleichgewicht Europa's zu verrücken, aber möglicherweise doch die Selbständigkeit eines „Staats" in Zweifel zu stellen droht, die Existenz der altberühmten Republik San Marino. Der Kampf wegen Auslieferung der römischen Republicaner hatte sich bis jetzt auf einen bittern diplomatischen Notenwechsel zwischen dem päpstlichen Commissär der Legationen und dem Capitanat der Republik beschränkt, droht aber jetzt in offenen Krieg auszuarten! „Ganz kürzlich," schreibt man mir, „nach Ertheilung der sogenannten Amnestie, hatte sich ein Barbier aus Pesaro nach S. Marino geflüchtet, der in seiner Vaterstadt den Ciceruacchio gespielt hatte, aber freilich auch beschuldigt war Antheil an einigen während der Herrschaft der Republik verübten Mordthaten zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt hatten wenigstens die päpstlichen Behörden die Sache aufgefaßt und die Auslieferung des Betreffenden verlangt. Dieser suchte ein Asyl im Hause eines frühern Capitano der Republik, aber alle Fürsprache war vergebens. Er wurde von der Polizei requirirt und gebunden, um in Serravalle, einem Dörfchen noch auf republicanischem Gebiete, an 17 päpstliche Carabinieri ausgeliefert zu werden. Wer je in San Marino war, weiß daß die Mehrzahl der dortigen Einwohner keineswegs demokratisch, sondern fast absoluter gesinnt sind als die Cardinäle und selbst Metternich. Umsomehr ist es zu verwundern daß es einem ehemaligen Hauptmann von Garibaldi gelang 40 Mann zu vereinigen und sich mit ihnen der verlangten und bewilligten Auslieferung zu widersetzen. Um nun die Existenz des Staats nicht gar

zu arg compromittiren zu lassen, schloß sich der obenerwähnte Protector selbst diesen Leuten an, die noch glücklich in Serravalle anlangten bevor das Corpus delicti den Carabinieren ausgeliefert war. Der geängstigte Barbier wurde natürlich sofort befreit; damit war indessen der Stolz der siegreichen Republicaner noch nicht befriedigt: die päpstlichen Carabinieri mußten die Waffen abliefern und unverrichteter Sache über die Gränze zurückkehren. Die Waffen wurden officiell vom Capitanat nach Rimini zurückgesandt. Jetzt wundern sich die San Marinesen selbst über ihre Heldenthat und erwarten was weiteres folgen wird." Das Treiben der Briganten in der Romagna soll jetzt toller seyn als je, und die Behörde alles dulden was von dieser Seite begangen wird, so daß selbst die friedsamsten, ruhigsten Leute ihren Unwillen darüber nicht verbergen können. In Ferrara, Bologna, Lugo, Bagnacavallo und besonders heftig in den Sümpfen von Comacchio herrscht die Cholera; auch in Rimini sind vereinzelte Fälle derselben vorgekommen. Mehr landeinwärts auf den Hügeln zeigen sich dagegen sehr bösartige gastrisch-nervöse Fieber, denen gerade die kräftigsten Naturen ausgesetzt sind. Wie man an andern Orten vor dem Erscheinen der Cholera das Sterben einzelner Thierarten bemerkt hat, so zeigt sich dieß dort wiederum: es sterben fast alle Katzen, an denen es den Leuten schon vor einiger Zeit aufgefallen war wie sie mit einemmal sehr melancholisch wurden.

Jonische Inseln.

⊙ **Corfu,** 23 Oct. Die noch auf Cephalonien umherirrenden Anführer des letzten räuberischen Aufstandes sind endlich gefangen genommen worden, und somit hätte diese unglückliche Insel bald die Hoffnung von dem Belagerungszustande befreit zu werden, der, weil drei dem Gesetz verfallene Menschen nicht aufzufinden waren, über die ganze Insel mit all seinen Schrecken verhängt worden war. Einige Tage lang arbeiteten die Henker und ihre Gehülfen ununterbrochen, bis gegen 40 Personen gehängt, 400 mit der englischen Katze zu Tode gehetzt oder dem Tode nahe gebracht waren, während unzählig viele noch ihrem Schicksal, das um nichts beneidenswerther seyn wird, entgegensehen. Die englische neunschwänzige Katze ist ein so furchtbares Züchtigungsmittel als die russische Knute: mit Schauder muß man sagen daß immer ein Theil der zu Züchtigenden todt oder tödlich verwundet liegen bleibt. Der Zustand der Insel ist fürchterlich: das Wehklagen der Sterbenden, der Wittwen und Waisen dringt an unser Ohr, und wir hier in Corfu stehen selbst unter dem Schwert des Damokles. Gott möge sich Cephaloniens erbarmen! Die Engländer, unsere von Europa bestellten Beschützer, haben kein Erbarmen, keine Gerechtigkeit. Ist es uns doch als wollten sie mit kaltem Blute die Ausrottung der Cephalonier durchführen! Sie fühlen sich gekränkt in ihrem gouvernementalen Stolze, und da allmählich der Lord-Obercommissär einsieht daß der ganze Aufstand weder einen politischen Zusammenhang mit andern Ländern hatte, noch mit der angeblich von ihm entdeckten geheimen Gesellschaft in Verbindung stand, so muß alles aufgeboten werden um den blutigen Belagerungszustand zu rechtfertigen. Man wird noch viele Schuldige finden, finden müssen! Vor einigen Tagen erschien von Stephanos Balianos, einem der Verhafteten auf Corfu, eine öffentliche Erklärung als Antwort auf das Schreiben des Lord-Obercommissärs an den Präsidenten des Senats. Ich kann nicht umhin es seiner Eigenthümlichkeit wegen stellenweise anzuführen. Balianos sagt unumwunden aus seinem Gefängniß heraus daß alle Nachrichten welche der Lord-Obercommissär von einem ihm unbekannten Namenlosen erhalten haben wolle, Erfindungen seyen, absichtliche Verleumdungen. Das Bestehen einer Gesellschaft, unter dem Namen der großen Verbrüderung, sey kein Geheimniß — wenn es der Lord-Obercommissär nicht gewußt habe, so bezeuge dieß nur seine Unkunde im allgemeinen. Diese Gesellschaft sey allen europäischen Höfen bekannt welche irgend Beziehungen zu Griechenland haben. Die griechischen Zeitungen hätten seiner Zeit viel darüber gesprochen, und zwischen vielen Regierungen haben deßwegen officielle Mittheilungen stattgefunden. „Was mich betrifft," sagt Balianos weiter, „so habe ich seit ich in Corfu lebe, öffentlich darüber geschrieben; es wurde gedruckt, und die Blätter dieser Schrift sind seit 20 Monaten in den Händen selbst von Regierungsmitgliedern. Der Lord-Obercommissär hat also gar keinen Grund sich auf diese angebliche Entdeckung etwas zu gut zu thun, wenn er sich nicht ferner lächerlich machen will. Sie ist keine geheime Gesellschaft, denn ihre Grundsätze, ihre Statuten wurden einst in dem atheniensischen Blatte „der Volksfreund" abgedruckt. Keine Gesellschaft der Welt besteht aus einer heiligeren, christlicheren und moralischern Verbindung als diese; dieß Bündniß hat keine Eide; die Plane derselben sind heilig und Erlösung bringend — ihr Zweck vollkommen bekannt. Mit der ganzen Christenheit Friede, mit der türkischen Regierung und dem Türkenthum ewige Feindschaft und Krieg! Schließlich fühle ich mich genöthigt zu erklären daß die Angabe in Bezug eines bei mir aufgefundenen Briefes, aus dem hervorgehen soll daß unsre Plane königliche Unterstützung haben, und zwar die Unterstützung eines benachbarten Fürsten, eine Verleumdung ist. Es findet sich kein Brief unter meinen Papieren, aus dem man so etwas herausdemonstriren könnte!" Wenn alle diese lügenhaften Angaben nach dem ausgesprochenen Verdachte nur dem König von Griechenland gelten können, so halte es Balianos für seine heiligste Pflicht zu sagen daß eben König Otto nie Miene gezeigt habe Unternehmungen zu begünstigen welche die Vergrößerung Griechenlands zum Zweck haben. „Schuld ist daß der eiserne Reschid Pascha auf dem Nacken unsrer griechischen Mitbrüder steht. Wir leiden unschuldig, aber Gott ist groß, wir vertrauen seiner Macht!"

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 8 Nov. 3proc. 55.85; 5proc. 88.20; Schatzsch. 4 1/2; Bankactien 2325; belg. 5proc. 95; Anleh. v. 1842 95; 4 1/2proc. 86 5/8; neap. 5proc. 88.75; röm. 80 1/2; span. active 22 1/8; paß 3 1/2; 3proc. 35; innere Sch. 27 3/8; Hayti 395; piem. 5proc. 82.70; Obl. v. 1849 885; Vers. rechte U.-B. 210; linke 168.75; Paris-Orleans 730; Rouen 525; Straßburg 356.25; Nordbahn 430; Rouen-Havre 230; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Bordeaux 395; Tours-Nantes 281.25; Mont.-Troyes 102.50.

Frankfurt a. M., 9 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/8; 4proc. 69 3/8; 3proc. 51 1/2; 2 1/2proc. 44 3/4; Bankact. 1316 P.; 500fl.-Loose 152; 250fl.-Loose 105 1/2; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; 3 1/2proc. Staatsschuldscheine 88; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 83; Ludwigcanal —; Ludwigshafen-Berbach 84 7/8; württemb. 4 1/2proc. 94; 3 1/2proc. 80 3/4; bad. 5proc. 97 5/8; 3 1/2proc. 78; Lotto-Anl. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose 31 1/2; darmstädt. 4proc. 88 3/4 P.; 3 1/2proc. 82; 50fl.-Loose 71 5/8; 25fl.-Loose 27 1/4; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn 52 3/4; 40Thlr.-Loose 34 1/8; naß. 5proc. 101 3/8; 3 1/2proc. 84 1/2; 25fl.-Loose 25; Frankfurt 3proc. 79 1/2; 3 1/2proc. 92 3/4. 89; Taunusbahn 294; holl. 2 1/2proc. 53 1/4; span. 3proc. innere Sch. 26 1/2; poln. 300fl.-Loose 112 P.; 500fl.-Loose 80 3/4; sard. 36Fr.-Loose 32 1/4; Disconto 2 1/4 G.

♀ **Wien,** 9 Nov. Die Börse behauptete sich fest und es herrschte zunächst für das neue Anlehen lebhafte Nachfrage und bedeutender Verkehr. In andern Effecten wenig Geschäft und Veränderung. Von fremden Devisen war kurz Augsburg etwas mehr begehrt und mit 106 bezahlt. Für andere Plätze zur Notiz mehr Abgeber als Nehmer. Gold und Silber preishaltend, und ersteres gesucht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. 93 5/8–93 3/4, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 15/16–84, Loose vom J. 1834 164–164 1/2, Loose vom J. 1839 113–113 1/4, Bankactien 1192–1195, Nordbahnactien 106 5/8–106 7/8, Gloggnitzer 107 1/2–108, Mailänder 78–78 1/2, Pesther 75 1/4–75 1/2. London (in l. S.) 10.50–10.51, Hamburg 157 1/2–157 3/4, Augsburg uso 107 3/4–108, Frankfurt 107 1/4–107 1/2, Amsterdam 150–150 1/2, Mailand 98 1/8–98 1/2, Livorno 105 1/2–106, Genua 124 1/4 G., Paris 127 5/8 P., Marseille 127 1/2 P. Goldagio für kais. Münzducaten 13, Silberagio 7 3/8–7 1/2 Proc. Die heute fällige französische und englische Post ist nicht eingetroffen.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Sprachkarten und Sprachen. (I. Bernhardi.) — Der Verwaltungsrath des engern Bundes. — Ein Wiener Vorstadttheater. — Aus Genua.

Sprachkarten und Sprachen.

I.

Sprachkarte von Deutschland, entworfen und erläutert von Dr. Karl Bernhardi. Zweite Auflage, unter Mitwirkung des Verfassers besorgt und vervollständigt von Dr. Wilhelm Stricker, Kassel 1849.

B. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war das Nationalitätsgefühl in Europa so gut wie von keiner Bedeutung. Von den Cabinetten wurde es nicht beachtet, von den Völkern wußten nur wenige daß es vorhanden sey. Seine Kraft entwickelte sich zuerst auf den Schlachtfeldern, in denen Frankreich gegen die Coalition, Spanien, Deutschland und Rußland gegen Napoleon ihr nationales Daseyn erkämpften. Auf diesen einmal großgezogen, trat es indeß nicht wieder in seine frühere demüthige Stellung zurück. In Griechenland half es dem Kreuz sich selbständig neben den Halbmond zu stellen, in Polen rief es einen großartigen Unabhängigkeitskampf hervor, und in den übrigen Ländern Europa's schuf es während der ruhigeren Jahre nach 1832 Wünsche, Plane und neue Gedanken, die sich vorerst meist das litterarische Gebiet zum Tummelplatz wählten. Schriften über die Individualität der Völker, Werke mit Bezug auf die Nationalitätsfrage gehörten besonders seit dem Anfang unsers Jahrzehnts zu der Lieblingslectüre der Gebildeten in Europa: ihr Erscheinen drängte sich auf den Büchermärkten der verschiedenen Nationen. Gioberti's Primat von Italien, Palazky's böhmische Geschichte, die gelehrten oder populären Werke in denen Deutschland sich selber kennen zu lernen und die Eigenthümlichkeit fremder Völker zu begreifen bemüht war, waren sämmtlich Blüthen eines und desselben Baumes; und auch das Bernhardi'sche Werk über die mit der Nationalität eng zusammenhängende Sprache, als es vor sechs Jahren in seiner ersten Auflage herauskam, war eine Frucht der Europa bewegenden Ideen. So dünn es war (es bestand aus einer Karte und 138 Seiten erläuternden Textes), wurde sein Werth dennoch rasch in weiten Kreisen erkannt. Niemals zuvor hatten wir Deutschen die Gränzen unserer Sprache den fremden gegenüber, die Gränzen unserer Mundarten unter einander auf Einer Karte zusammengefaßt gesehen. Unter den vielen Schriften die alljährlich von den Stapelplätzen des Buchhandels aus versandt waren, hatte noch keine sich die Aufgabe gestellt gehabt welche der erläuternde Text zu lösen erstrebte. Mit umfassender Sorgfalt nämlich bezeichnete letzterer die bestehenden geographischen Scheidelinien unserer Sprache und unserer Mundarten in Mitteleuropa; der Sprachgränzen früherer Zeit gedachte er gründlich und viel; über die Gegenden in denen die Gränzen sich geographisch kreuzen und verflechten, gab er ausführliche Auskunft; für seine Angaben nannte er pünktlich die Quellen. Sich selbst und die Karte bezeichnete der Text zwar nur als einen „wenn auch mangelhaften Versuch", in Wirklichkeit aber war das neue Werk trotz mancher (durch den Zustand der Wissenschaft gerechtfertigter) Lücken und Irrthümer die unumgängliche Grundlage, an die jede weitere Forschung über Deutschlands geographische Verhältnisse fortan sich anlehnen mußte, und seine beste Anerkennung ist ihm darin geworden daß es jetzt, in einer für litterarische Unternehmungen so ungünstigen Zeit, zum zweitenmal erscheint.

In ihrer gegenwärtigen Gestalt, die sie durch Beihülfe des Hrn. Stricker erhalten hat, ist die Sprachkarte ein gegen früher mehrfach verbessertes Werk. Vor allem ist in ihr die Gränze des deutschen Sprachgebiets fremden gegenüber vielfach berichtigt, und die Aenderungen derselben ergeben für unser Sprachgebiet nach Westen und Osten zu einen nicht unbedeutenden Gewinn. Zwischen Bastogne und Diedenhofen, bei Vionville und Aberschwiller sind Striche Landes welche die Karte vor sechs Jahren noch zum französischen Sprachgebiet rechnete, nun richtiger zum deutschen gezogen; bei Radkersburg, Welken, Gössing, Wieselburg, Dobrzan, Senftberg, bei Gabel und Kempen, zwischen Schneidemühl und Bromberg ist die deutsche Sprachgränze der slavischen gegenüber erweitert. Nur gegen Süden zu, bei Salurn, ist durch den Fortschritt der Wissenschaft eine Strecke, die früher als deutsch betrachtet ward, während sie doch italienisch war, jetzt dem erstern abgenommen. Alle die aufgezählten Aenderungen indeß und noch einige andere sind bloß Berichtigungen untergeordneter Art. Im großen Ganzen ist durch sie nichts gemodelt. Unser Sprachgebiet ähnelt noch immer am meisten einem großen unregelmäßigen Viereck, dessen Seiten statt aus geraden aus krummen, gebogenen, unregelmäßigen Linien bestehen, und dessen gegenwärtige Gestalt auf die Zeiten vor Christi Geburt uns zurückweist.

Damals nämlich — so behauptet Hr. Bernhardi mit Recht — dehnten sich die deutschen Sprachgränzen im mittlern Europa durchschnittlich ebenso weit aus wie sie heutzutage es thun. Mit ihnen fielen die deutschen Volksgränzen zusammen, und ihre erste große Erschütterung litten beide als im vierten Jahrhundert n. Chr. die Völkerwanderung Deutschlands Geschicke mit denen von Europa verflocht. Solange der Strom dieser hoch ging, flutheten die Nationen unsers Erdtheils uferlos über die Länder dahin; von ihren einzelnen Stämmen zog fast überall der streitbarste Theil aus um sich neue Wohnsitze zu suchen, der andere blieb als leichte Beute fremder Eroberer daheim; Volk wälzte sich über Volk, Stamm über Stamm, ohne mit dem unterliegenden zu sprachlicher Einheit zu verwachsen; die germanischen Gränzen bewegten sich in endlosem Schwanken hierhin und dorthin. Stetigkeit, wenigstens für eine Zeitlang, ward ihnen erst dann wieder, nachdem sich die wildesten Gewässer verlaufen. Da zeigte sich's daß in der westlichen Hälfte unsers Vaterlandes Bevölkerung und Sprache rein germanisch geblieben, in andern Gegenden alles ein anderes geworden war. In der östlichen Hälfte, vom Ausfluß der Elbe bis hinunter gegen das adriatische Meer, wohnten Slaven und Germanen beisammen auf demselben Gebiet, ohne in Sitte und Recht und sonstigen Hauptbeziehungen des Lebens sich einander irgend genähert zu haben; es herrschte dabier der slavische Stamm, der germanische gehorchte, und die deutsche Sprache, die nach Osten zu von dem Raum ihres Gebiets wohl nur weniges abgetreten hatte, wurde innerhalb dieses Raumes nur von den Unterjochten gesprochen. In höherm Ansehen dagegen stand sie besonders in Frankreich und Italien. Hier war sie die Sprache der Herren, denn unter der rasch besiegten Bevölkerung dieser zwei Länder hatten sich Theile germanischer Stämme als Eroberer niedergelassen; wohin sie gekommen waren hatten sie als ihr Eigenthum ihre Sprache mit sich getragen, nirgends jedoch dieselbe ihren Unterjochten mitgetheilt, indem sie von diesen ebenso schroff sich absonderten wie die gebietenden Slaven von den besiegten Germanen. Es hatten daher im vierten bis sechsten Jahrhundert die deutschen Sprachgränzen weniger an Ausdehnung eingebüßt als an Zusammenhang verloren; die früher bestandenen Völkerschlechter Europa's waren weniger in ihrem Wesen vernichtet worden als durch die Gewalt eines Erdbebens übereinander geschoben und übereinander geschleudert. Auf die jahrhundertlange Revolution mußte eine jahrhundertlange Reaction folgen. Rückwirkung gegen die Einwirkungen der Völkerwanderung ist von den zahlreichen Fäden, aus denen die Geschichte des Mittelalters sich webt, einer der breitesten und grellsten, und als diese Rückwirkung zuerst sich geltend machte, geschah es zu Ungunsten des Deutschen.

Der Strom der Auswanderung aus unserm Vaterland, nachdem er im sechsten Jahrhundert ins Stocken gerathen war, richtete sich auch in späterer Zeit fast nie wieder gegen Westen. Die in das französische Sprachgebiet eingedrungenen Germanen blieben frühzeitig abgetrennt von den ursprünglichen Wurzeln ihrer Kraft. Den eingebornen Welschen gegenüber standen sie in geistiger Vereinzelung da. Nur selten frischten Zuzüge aus der alten Heimath das deutsche Element in ihnen wieder an; an ihrer nationalen Eigenthümlichkeit aber nagte verzehrend der tägliche Verkehr mit den ihnen an Zahl, Bildung und Religion überlegenen Romanen, und da sich gegen die geistigen Einwirkungen von Kirche und Cultur das Schwert als nutzlose Waffe erwies, so entwickelte sich auf dem jetzt französischen Sprachgebiet bald eine friedliche Reaction gegen das Germanenthum, die etwa vom achten Jahrhundert an ohne Blut und Gewalt, einfach mit der Macht der Natur rasch und siegreich ununterbrochen fortschritt. Es wurden durch sie die unkatholischen Barbaren allmählich, unvermerkt, einer nach dem andern in der neuen Heimath entdeutscht, und mit jedem einzelnen der römisch civilisirt ward, verlor auch die germanische Sprache an Grund und an Boden. Wie sie langsam aus den Familien der vornehmen Verwelschten abstarb, wie sie dann im Munde der Geringeren erlosch, wie endlich ganze Ortschaften, die an den uralten Sprachgränzen gelegen und in Folge der Völkerwanderung germanisirt waren, nun allmählich wieder entgermanisirt wurden — über das alles mochte mancher redliche Degen weinen und fluchen, aber abgewendet wurde es dadurch nicht. Die Gränze zwischen dem deutschen und dem welschen Sprachgebiet zog sich immer mehr nach jenen Gegenden zurück wo sie vor der Völkerwanderung gelaufen war, und im elften Jahrhundert hatte sie dieselben wahrscheinlich schon vielfach, im sechzehnten wohl schon völlig erreicht. In jenem Jahrhundert lagen die Grafschaften Boulogne und Bouillon an

den Scheiden des deutschen Sprachgebiets (S. 18), in diesem war Buffang 1567 »dernier village du langage français« (S. 21).

So aber wie die Gränze zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts lief, so erhielt sie sich wenigstens in den Grundzügen noch bis heut, und was auch während der letzten Jahrhunderte ihre Aenderungen im einzelnen waren, im großen Ganzen verräth sie noch zur Stunde in ihrer gegenwärtigen Gestalt daß sie ihr Daseyn nicht den zufälligen Launen verwüstender Eroberung verdankt, sondern den gleichförmigeren Gesetzen friedlicher Entwickelung. Regelmäßig, einfach und bestimmt zieht sie auf der langen Strecke zwischen Calais und Fontaine-Mort sich hin; in beinahe gerader Linie bewegt sie sich anfangs von Westen nach Osten, und wenn sie später von Norden nach Süden etwas gebogener, etwas minder regelmäßig geht, so zeigt sie doch auch auf dieser zweiten Hälfte ihres Wegs sich nie eigentlich zerrissen, oder durch weitübergreifende Ein- und Aussprünge in zackige Enden zerschnitten. Deutsche Sprachinseln auf französischem Sprachgebiet, französische auf deutschem finden sich weder zwischen Fontaine-Mort und Calais, noch zwischen Grevelingen und Issime. Ueberall, zu beiden Seiten der Linie stehen sich die Sprachgebiete als compacte Massen gegenüber, und eben die Regelmäßigkeit mit der sie sich scheiden, gewährt uns einen sichern Schluß auch über ihre Zukunft. Wo die Spitzen der Begegnungen so abgeschliffen sind wie hier, wo so überall der Masse Masse die Stirn beut, da werden auch in kommenden Jahrhunderten die Gebiete sich nicht so leicht wesentlich ändern. Das bewegliche Element unserer Sprachgränze liegt vorzugsweise im Osten.

Im Osten unsers Sprachgebiets nämlich ist die gegenwärtige Scheide zwar gleichfalls durch die Reaction gegen die Einwirkungen der Völkerwanderung hervorgerufen worden, aber diese Reaction war hier ganz anderer Natur als die im Westen, und rief deßhalb auch eine ganz andere, eine viel zerrissenere und zersplittertere Gestaltung der Gränze hervor. Ueber ihren Charakter und Verlauf hat sich Hr. Bernhardi in seinem Werke mehrmals ausgelassen, wie denn überhaupt eben das zu den schönsten Vorzügen seiner Schrift gehört daß dieselbe in vollstem Maß die sprachlich-geographischen Verhältnisse der Gegenwart aus denen der Vergangenheit erläutert, und den Leser auf den genauen Zusammenhang zwischen sprachlich-geographischen und geschichtlichen Studien hinweist. Nicht absichtslos lauten gleich die ersten Worte ihres erläuternden Textes (S. 1): „Bei der allgemeinen Betrachtung des auf der vorliegenden Karte bezeichneten Sprachgebietes drängt sich uns zunächst die beachtenswerthe Erscheinung auf daß dasselbe, bis auf wenige Ausnahmen, mit den Gränzen von Deutschland übereinstimmt, wie uns die Römer diese schon vor beinahe 2000 Jahren angegeben haben.“ Und die letzten Zeilen (S. 132) sprechen wiederum aus: „Ueberhaupt dürfen wir als gewiß voraussetzen daß in dem Maße in welchem zuverlässige sprachliche Beobachtungen sich mehren, und die geographischen Abgränzungen mit Gewissenhaftigkeit und Sachkunde fortgesetzt werden, auch die historischen Ergebnisse mehr und mehr an Bedeutung gewinnen.“

Der Verwaltungsrath des engern Bundes.

Berlin, 6 Nov. Die in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 30 October vom Vorsitzenden, als Bevollmächtigtem der preußischen Regierung, auf die sächsische Note vom 25 October gegebene Erwiederung ist ein langes Actenstück. Der Bevollmächtigte erklärt: „Der Umstand daß die Vorbehalte der k. sächsischen und hannoverischen Regierung, in dem Augenblick wo der Vertrag zwischen Preußen, Sachsen und Hannover protokollarisch festgestellt und durch Unterzeichnung der Bevollmächtigten dieser Regierungen abgeschlossen wurde, nicht vorlagen, sondern erst nachträglich von den Bevollmächtigten der beiden letzten Regierungen übergeben wurden, ist durch die jetzige Note des k. sächsischen Staatsministers nur bestätigt. Was in dem Augenblick als die vertragsmäßigen Rechte zwischen Preußen, Sachsen und Hannover ihren Anfang nahmen, für und zu Gunsten der beiden letzten Regierungen von den Vertretern derselben vorbehalten wurde, war nichts mehr und nichts anderes als eine zunächst die Oberhauptsfrage betreffende, dem Protokoll schriftlich zuzufügende Erklärung.“

Ueber den Inhalt der Erklärungen die nach der Unterzeichnung des protokollarischen Vertragsschlusses von dem k. sächsischen und dem k. hannoverischen Bevollmächtigten übergeben wurden, kann der preußische Bevollmächtigte nur wiederholen daß alles was in den nachträglich übergebenen Erklärungen der Regierungen von Sachsen und Hannover über den Charakter und die Wesenheit der bei dem Vertragsschluß für Sachsen und Hannover vorbehaltenen Erklärungen hinausgeht, für die k. preußische Regierung von vornherein aller rechtlichen Wirkung entbehrt hat; er kann nur wiederholen daß bei dem Vertragsschluß nicht die nachträgliche Stellung einer Bedingung und noch weniger einer solchen Bedingung vorbehalten war welche die ganze Existenzfrage des bezweckten Bundesstaates den Entschließungen Bayerns und Württembergs hätte überantworten mögen; er kann nur wiederholen daß eine zunächst die Oberhauptsfrage betreffende Erklärung das Eine und Einzige war was Sachsen und Hannover als Gegenstand des Vorbehalts beim Vertragsschluß bezeichnete und in Anspruch nahm, und das Preußen gewährte. Da die preußische Regierung den Vertrag mit Sachsen und Hannover nicht für sich und um ihretwillen, sondern des tief erschütterten Vaterlandes wegen geschlossen hatte, so durfte sie sich bei ihrer Ueberzeugung von der rechtlichen Wirkungslosigkeit der Vorbehalte Sachsens und Hannovers, so weit dieselben über eine zunächst die Oberhauptsfrage betreffende nähere Erklärung hinausgehen, nicht völlig beruhigen. Sie bedurfte einer äußern Garantie daß dasjenige was als ein unbedingt Darzubietendes beschlossen war, nicht dennoch später von Sachsen und Hannover als ein Bedingtes geltend zu machen versucht werde. Sie fand dieselbe in der Collectivnote vom 28 Mai. Verharrten die k. Regierungen von Sachsen und Hannover dabei daß diese Note, die zwischen den deutschen Staaten die sich dem vorgelegten Verfassungsentwurf anschließen, und solchen die sich zu diesem Anschluß nicht veranlaßt finden, ausdrücklich unterscheidet, mithin den Anschluß aller deutschen Staaten außer Oesterreich als Bedingung des bezweckten Bundesstaates geradezu ausschließt, daß diese Note unverändert, wie sie vor Einreichung des sächsischen und hannoverischen Vorbehalts beschlossen war, als eine gemeinschaftliche Note Preußens, Sachsens und Hannovers an alle deutschen Regierungen entsendet wurde — dann hatten, dann mußten Sachsen und Hannover auf die Geltendmachung eines Vorbehalts verzichtet haben der vor dem Inhalt dieser Note schlechterdings nicht bestehen kann, was sonst auch immer im Augenblick der Einreichung des Vorbehalts die An- und Absichten der Bevollmächtigten Sachsens und Hannovers gewesen waren. Die k. Regierungen von Sachsen und Hannover haben der k. preußischen Regierung diese Garantie gegeben. Sie haben der Entsendung der Collectivnote nicht widersprochen; sie haben später nicht protestirt; sie haben nichts gethan die Bedeutung der auch für sie und in ihrem Auftrag veröffentlichten Note nachträglich zu brechen oder zu heben; sie haben alles unterlassen was ihrerseits geschehen mußte, sofern sie irgendwie gesonnen waren das in der Note gemeinschaftlich Angebotene jemals ihrerseits nicht ganz und unbedingt zu gewähren. Die Collectivnote beseitigte die Vorbehalte, soweit die Vorbehalte mit dem Inhalt der Collectivnote nicht übereinstimmen. Etwas anderes bei den k. Regierungen von Sachsen und Hannover vorauszusetzen stand der k. preußischen Regierung, so glaubte sie, nicht mehr zu. Sie war nicht darauf vorbereitet von Sachsen aus am 25 October die Hinweisung zu empfangen daß, der Collectivnote vom 28 Mai d. J. ungeachtet, eine Mittheilung eben dieser sächsischen und hannoverischen Vorbehalte an die übrigen Regierungen, vor allen Dingen ihr, der k. preußischen Regierung selbst, obgelegen habe! Die gewichtige Schwere der Collectivnote vom 28 Mai d. J. wird in der jetzigen Note des k. sächsischen Staatsministers auch im allgemeinen nicht verkannt; es wird indeß dabei bemerklich gemacht daß sie denjenigen Documenten angehöre die von der k. preußischen Regierung in der Schlußsitzung vom 26 Mai d. J. den übrigen Bevollmächtigten zur Annahme vorgelegt worden, und welche die Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover nach Ausweis des Schlußprotokolls unter dem Vorbehalt der mehrerwähnten, dem Protokoll beizufügenden Erklärung acceptirten, daß daher der Vorbehalt auch auf den Inhalt der Circularnote und der dadurch übernommenen Verpflichtung durchgehends die vollständigste Anwendung finde.“ „Die k. preußische Regierung hat Vorkehr zu treffen, damit das hier erwähnte Vorlegen und Acceptiren der Collectivnote in der Schlußsitzung nicht die Deutung erfahre als sey sie mit dieser Collectivnote erst im letzten Augenblick vorgetreten, oder als habe es den Bevollmächtigten der k. sächsischen und hannoverischen Regierung an der nöthigen Zeit und Vorbereitung zur Prüfung dieses Actenstücks gemangelt. Dem vorzubeugen, muß daran erinnert werden daß der Entwurf der Collectivnote allerdings in der Schlußsitzung vom 26 Mai d. J. seitens der k. preußischen Regierung vorgelegt wurde; aber dieses Vorlegen der Collectivnote in der Schlußsitzung war nicht das erste Vorlegen derselben. Preußen hatte bereits in der Conferenz vom 20 Mai den Inhalt der zu erlassenden Note, um die Worte des Protokolls zu wiederholen, vorschlagsweise dahin präcisirt: „die verbündeten Regierungen bringen den unter ihnen vereinbarten Entwurf einer Reichsverfassung in angemessener Weise zu allgemeiner Kenntniß, und stellen den andern deutschen Regierungen anheim ob sie sich demselben anschließen wollen. Sie werden zugleich aussprechen daß sie diesen Entwurf als ihre Proposition einem auf Grund dieser Verfassung und des dazu gehörigen Wahlgesetzes einzuberufenden Reichstage zur Berathung und Zustimmung vorlegen werden. Zeit und Ort des Reichstags bleibt vorbehalten.“ Am Schluß einer längeren Discussion — heißt es im Pro-

tokoll der Sitzung vom 20 Mai d. J. weiter — in der Preußen namentlich hervorhebt daß die Siegesgewißheit in dem bevorstehenden Kampf zum großen Theil darin gegeben seyn werde daß die Nation wisse wofür sie in den Kampf gehe, und was ihr am Schlusse desselben gewährt sey, erklärt Hannover sich diesem Vorschlag Preußens zustimmend, jedoch mit der Zugabe daß durch das zu schließende Bündniß die Rechte und Pflichten aus dem Bundesverhältnisse von 1815 nicht geschwächt werden; daß allen deutschen Bundesstaaten, und namentlich auch Oesterreich für seine deutschen Bundestheile, der Beitritt jederzeit frei bleibe, und endlich daß die provisorische Oberleitung Preußens (wie in der hannoverischen Vorlage sub littr. d — dem Bündnißstatut — auch wirklich geschehen) durch weitere Verabredungen näher bestimmt werden und nicht minder den Regierungen unbenommen seyn müsse, unbeschadet der gemeinschaftlichen Proposition des Verfassungsentwurfs, ihre abweichenden Ansichten, namentlich in Bezug auf die Gestaltung der Oberhauptsfrage, auf dem zur Beschlußnahme über die Verfassung zusammentretenden Reichstage geltend zu machen. Sachsen tritt dieser Erklärung Hannovers bezüglich der vorstehenden Proposition Preußens bei. Das geschah am 20 Mai. Das Protokoll der Sitzung vom 22 Mai d. J. beginnt mit folgenden Worten: „Preußen legt den Entwurf einer Collectiveröffnung vor, womit die conferirenden Regierungen in dem hoffentlich nahen Augenblick der zwischen ihnen zu Stande gekommenen Verständigung allen übrigen Regierungen der deutschen Bundesstaaten vor den Augen der Nation entgegenzutreten hätten, und zwar sowohl um den gewünschten Anschluß dieser Regierungen zu der diesseitigen Verfassungsvorlage zu bewirken und zu beschleunigen, als auch um die Nation von den Absichten und dem Zweck der Proponenten auf eine Weise in Kenntniß zu setzen die geeignet und ausreichend sey ihr die demnächstige Erfüllung ihrer gerechten Hoffnungen und Erwartungen, soviel es an den Regierungen, öffentlich zu verbürgen, und durch diese Bürgschaft alle Wohlgesinnten im Vaterlande gegen die verbrecherische Partei des socialen und staatlichen Umsturzes zu einem festen, siegesgewissen Bunde zu vereinigen. Der Entwurf wird von Preußen ausdrücklich als vorläufige Punctation dargeboten, und um freieste Meinungsäußerung und Fassung angesucht. Die Conferenz ist einig über die Nothwendigkeit und Dringlichkeit einer zu dem angegebenen Zweck zu erlassenden Eröffnung. Auch wird dem vorgetragenen Entwurf, einzelne wenige Punkte abgerechnet, völlig beigestimmt. Diese Punkte werden theils sofort geändert, theils soll diese Aenderung im Sinn der gemachten Vorschläge und Andeutungen noch herbeigeführt, und der Entwurf hierauf der Conferenz zur Erwägung und schließlichen Feststellung des baldigsten wieder vorgelegt werden.“ Diese schließliche Feststellung ist denn endlich dadurch wirklich erfolgt daß der k. preußische Bevollmächtigte die Collectivnote in der Schlußsitzung den Bevollmächtigten von Sachsen und Hannover nochmals zu freiester Meinungsäußerung über Inhalt und Fassung vorlegte, und daß diese Bevollmächtigten sie jetzt förmlich acceptirten; aber acceptirten nicht als eine ihnen bis dahin unbekannte, ihnen in der Schlußsitzung zuerst mitgetheilte, sondern als eine solche über deren „Nothwendigkeit und Dringlichkeit“ sie bereits vier Tage früher einig waren, und der sie in dem vorgetragenen Entwurf, einzelne wenige Punkte abgerechnet, bereits vier Tage früher völlig beistimmten. Es kann zugegeben werden daß der Abschluß der Berliner Verhandlungen „aus Rücksicht auf die gebieterischen Zeichen der Zeit beeilt“ wurde. Da aber der k. bayerische Gesandte an diesen Verhandlungen von Anfang an bis zu Ende unausgesetzten Theil nahm, und in dem Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. selbst „der Hoffnung“ war die Erklärungen seiner Regierung — die er sich ausdrücklich vorbehielt — „noch vor Entsendung der Collectivnote abgeben zu können,“ so darf billig bezweifelt werden „daß der bayerischen Regierung nicht einmal materiell die Zeit vergönnt gewesen sey den Verfassungsentwurf vollständig zu kennen, über dessen Annahme sie sich zu entscheiden hatte;“ und daß um deßwillen „ein rechtzeitiges Verständniß mit dieser Regierung,“ was sonst „vielleicht möglich gewesen,“ unterblieben sey.“

Während die Erwiederung des Vorstehenden sich besonders auf das Rechtsverhältniß zwischen Preußen, Sachsen und Hannover bezieht, behandelt die Antwort der Bevollmächtigten (s. die gestrige Allgem. Ztg.) besonders das Rechtsverhältniß zwischen den drei genannten Regierungen und den später accedirenden. „Was dem Abschluß des Bündnisses vorherging“, heißt es in derselben, „und ob und was dabei zwischen den ursprünglichen Contrahenten vorbehalten ward, ist für die accedirenden Regierungen in ihrem Rechtsverhältniß zu den proponirenden Regierungen ohne alle rechtliche Bedeutung. Für sie tritt nur in Erwägung was ihnen von Preußen, Sachsen und Hannover in der Collectivnote vom 28 Mai ohne allen Vorbehalt und ohne alle Bedingung zur Annahme dargeboten und angekündigt ward: das Bundesstatut, der Verfassungsentwurf, die authentische Interpretation desselben und das Wahlgesetz. Acceptirten sie das Dargebotene, so übernahmen Preußen, Sachsen und Hannover gegen sie die solidarische Verpflichtung der unverkürzten Gewährung seines ganzen Inhalts. Die accedirenden Regierungen haben das Dargebotene in förmlichen Vertragsschlüssen acceptirt und sich damit das unbestreitbare Recht gesichert daß ihnen gegenüber von irgendwelchen Vorbehalten zwischen Preußen, Sachsen und Hannover nicht entfernt die Rede seyn kann. Was aus den Vorbehalten folgt oder nicht folgt, haben sie nicht ferner zu erörtern. Ihr völlig klares und wohlerworbenes Recht geht auf den geraden und offenen Vollzug der Verfassung, wie sie öffentlich dargeboten und in der Collectivnote vom 28 Mai und der Denkschrift vom 11 Jun. authentisch interpretirt ist. Nur die Erfüllung dieses Rechts würde ihnen verweigert oder verzögert werden, wenn Sachsen und Hannover darauf verharren sollten sich auch gegen sie auf diese Vorbehalte zu beziehen. Das Recht selbst würden sie in dem Rechtsgefühl der Nation vollkommen gesichert wissen. Es ist in der Note gesagt daß die meisten der beigetretenen Regierungen ihren Beitritt erklärten, nachdem die Vorbehalte bekannt geworden seyen. Die rechtliche Irrelevanz eines solchen allgemeinen Bekanntwerdens und eines daraus folgenden möglichen Bekanntseyns von Vorbehalten die nicht Gegenstände der darauf folgenden Vertragsschlüsse geworden, bedarf keines Nachweises. Relevirte aber etwas aus diesem Umstande, so würde er die Verpflichtungen Sachsens und Hannovers gegen diejenigen Regierungen die vor jener Zeit beitraten, nur um so manifester, nur um so unverbrüchlicher machen. Inzwischen ist die Rechtsverbindlichkeit der k. sächsischen und hannoverischen Regierung gegen alle beigetretenen Regierungen völlig dieselbe: gegen die einen, weil sie die Existenz der Vorbehalte im Augenblick ihrer Vertragsschlüsse wirklich nicht ahnten, deren Inhalt jedenfalls nicht kannten; gegen die andern, weil, nachdem die Vorbehalte durch die Presse veröffentlicht oder sonst bekannt geworden waren, auch mit ihnen stets nur auf Grund des Bundesstatuts, des Verfassungsentwurfs und seiner authentischen Interpretation, der Denkschrift vom 11 Jun. d. J., und nicht auch auf Grund irgendwelcher Vorbehalte abgeschlossen wurde; ja, weil auf Andeutungen, zu denen die Besorgniß, hinsichtlich der doch nun einmal bekannt gewordenen Vorbehalte, später zuweilen hinführte, Erklärungen ertheilt wurden wodurch ein ferneres directeres Fragen nach etwa bestehenden, aber auch jetzt noch im Verwaltungsrath nicht vorgelegten Vorbehalten, geradezu verboten ward.“ (Hier wiederholt die Antwort jene dem nassauischen und kurhessischen Bevollmächtigten unterm 29 Junius und 26 Julius vom Verwaltungsrath und vom hannoverischen Bevollmächtigten ertheilte Erwiederung, die schon früher der hannoverischen und sächsischen Regierung in dieser Frage vorgehalten sind.)

„Der den verhandelnden und beitretenden Regierungen urkundlich vorliegende, beziehungsweise vorgelegte Inhalt des Vertrages schloß die Vorbehalte der sächsischen und hannoverischen Regierung so wenig ein, daß er dieselben nicht einmal andeutete. Das Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. selbst, worin sich Sachsen und Hannover wenigstens eine zunächst die Oberhauptsfrage betreffende nähere Erklärung vorbehalten, ist den Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen niemals vorgelegt worden. Was ihnen zur Annahme wirklich vorgelegt ward, war das in fünf Artikeln ausgearbeitete Bündnißstatut, und in diesem Statut — der einzigen Urkunde die den accedirenden Regierungen den Inhalt des ihnen zur Annahme dargebotenen Vertrages verbürgen sollte — findet sich nicht die erdenklichste Spur, weder von einem Vorbehalt noch auch nur von irgendeiner zusätzlichen Erklärung irgendwelcher Art und zu irgendwessen Gunsten. Die accedirenden Regierungen sind ihrerseits dem Vertrage vom 26 Mai d. J. beigetreten, nicht insoweit er in dem Schlußprotokoll, sondern lediglich insoweit er in diesem Bündnißstatut ausgeprägt ist. Die Beitrittserklärungen, die Acceptation derselben durch den Verwaltungsrath und die Ratificationen der souveränen Landesregierungen haben ausdrücklich nur den in dem Bündnißstatut ausgeprägten Vertrag vom 26 Mai d. J. zum Gegenstande. Findet der k. sächsische Staatsminister in der jetzigen Note angemessen darauf aufmerksam zu machen daß die von Sr. Majestät dem König von Sachsen vollzogene Ratification des gedachten Bündnißvertrages — d. i. eben dieses Statuts — unter ausdrücklicher Erwähnung und Erneuerung der Verwahrungen und Vorbehalte erfolgt sey, die in der dem Schlußprotokoll vom 26 Mai d. J. zuzufügenden Erklärung niedergelegt worden, so müssen die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen ihrerseits daran erinnern daß ihnen nach erfolgtem Beitritt ihrer Regierungen eine beglaubigte Ausfertigung des Bündnißstatuts stets nur mit der Ratification Sr. Maj. des Königs von Preußen ausgehändigt wurde, und daß in dieser Ratification von alle dem woran der k. sächsische Staatsminister jetzt erinnert, nicht das geringste zu finden ist. Daß die ihnen mitgetheilte k. preußische Ratification von der k. sächsischen und hannoverischen Ratification in ihrem wesentlichen Inhalt abweiche — daß ihnen bloß die eine mitgetheilt worden, weil die andern damit nicht völlig übereinstimmten, konnte, ja durfte von den beitretenden Regierun-

gen nicht unterstellt werden, da ja jene vereinzelte Mittheilung gerade mit auf Verfügung des k. sächsischen und hannoverischen Bevollmächtigten erfolgte. „Die Bevollmächtigten von Hannover und Sachsen“ — heißt es in der Note — „hätten sich bloß „„gelegentlich einiger Anschlußverhandlungen dafür ausgesprochen daß der Verfassungsentwurf nur unter Zustimmung aller Contrahenten abgeändert werden dürfe““ — aus welchem gelegentlichen Aussprechen denn eine Zurücknahme oder Schwächung des hannoverischen und sächsischen Vorbehalts in keiner Weise gefolgert werden könne.“ Die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen verdeutlichen das gelegentliche Aussprechen, indem sie — um bei diesem Einen stehen zu bleiben — daran erinnern daß der braunschweigische Bevollmächtigte in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 27 Jul. c. bemerklich machte: daß das Zustandekommen des ganzen Werkes zweifelhaft seyn müsse wenn die einzelnen Regierungen daran festhielten daß der Entwurf als solcher nicht bindend sey, und modificirt oder zurückgezogen werden könne; daß vielmehr eben daraus daß der Entwurf auf einer Vereinbarung der Regierungen beruhe, gefolgert werden müsse daß keine einzelne Regierung Modificationen als Bedingungen des Zustandekommens in Anspruch nehmen könne, und daß ein Zurücknehmen des Entwurfs gegen den Widerspruch auch nur eines einzigen Staats nicht möglich sey; daß auf diese Frage der damalige Vorsitzende erwiederte: „Was die von einzelnen Regierungen, nachdem sie dem Vertrage vom 26 Mai c. beigetreten, etwa noch zu beantragenden Modificationen des Verfassungsentwurfs betreffe, so werde die Zulässigkeit der Anbringung solcher Anträge völlig zugegeben, jedoch mit dem Beifügen daß bei mangelnder Zustimmung der übrigen Regierungen zu der beantragten Modification es auch für die betreffende Regierung bei dem Inhalte des vertragsmäßig acceptirten Verfassungsentwurfs lediglich sein Bewenden behalte;“ und daß das Protokoll jener Sitzung nunmehr so fortfährt: „die Bevollmächtigten der k. sächsischen und der k. hannoverischen Regierungen bestärken diese Erklärung durch die Ausführung daß der Abschluß des Vertrages vom 26 Mai c. und der Beitritt zu diesem Vertrage jede der contrahirenden und der beitretenden Regierungen zum unverbrüchlichen Festhalten an dem Inhalte des einmal verkündeten Verfassungsentwurfs verpflichtet habe und verpflichtet halte, und zwar so lange als nicht durch gemeinsame Uebereinstimmung aller dieser Regierungen eine Abänderung des Entwurfs nachträglich genehmigt und zugegeben werde.“ Die Note stellt die Behauptung auf daß es „den ihren Beitritt erklärenden Regierungen unbenommen“ gewesen „in gleicher Weise“ — d. h. wie Sachsen und Hannover — „ihre Zustimmung an eine bestimmte Bedingung zu knüpfen.“ Die Bevollmächtigten der accedirenden Regierungen heben diese Behauptung bloß hervor um sie zu constatiren. Widerlegt ist sie durch alle Verhandlungen und Vertragsschlüsse im Verwaltungsrathe. Es war der unbedingte Beitritt zu dem Bündniß-Vertrage vom 26 Mai c., und nur dieser, auf dem man seitens der einladenden Regierungen bestand, und zu dem sich die accedirenden Regierungen endlich entschlossen haben.“ (Den Schluß dieser Erwiederung siehe in der gestrigen Allg. Z.)

Ein Wiener Vorstadttheater.

O. Was man gewöhnlich unter Volksleben versteht, kennt der Norddeutsche in der Regel nur aus Büchern. Vielleicht kommt es daher daß ihn das Klima zwingt wenig auf der Straße zu leben, auch fehlt ihm etwas gänzlich, nämlich der katholische Fasching. Da er die Gabe harmlosen Muthwillens nicht besitzt, kann er auch den Muthwillen und die Lust sich auszutoben nicht privilegiren. Dann ist der Witz in der Mark so ohne Mark und Kraft, daß er in der Regel nur auf gewaltsam herbeigezogne Wortspiele hinausläuft, und ein Witz der Arbeit gekostet hat ist ohne Witz, weil Blitz und Knall wie beim Pulver eins seyn muß. Es ist häufig nachgewiesen worden daß die deutsche Volksbühne in Wien ihre Eigenthümlichkeiten am längsten bewahrt hat. Der Hanswurst ist hier zwar begraben worden, aber seine unsterbliche Seele schlupfte in andre irdische Hüllen und erzeugte die noblen Geschlechter der Kasperl und Staberl, und wie die andern Bälge heißen. Wo wirklicher Humor im Volke ist, da gedeiht wenigstens in komischer Richtung das Theater. Mag man darüber grämlich die Stirn runzeln, tragischer Verachtung hohe Worte leihen und feierliche Eide schwören seinen Caviar allein aufzuessen, weil er doch nichts für den ästhetischen Pöbel sey — besser ein Possenspiel zum Ergötzen des ganzen großen Hauses, als die Genüsse auf dem Gendarmen-Markt, wo Schauspieler (versteht sich, mit Ausnahmen) der Gewitterherberge eines Shakspeare'schen Schädels mit ihrer französischen Declamation eine Racine'sche Lockenperücke aufsetzen! Was die Komik in den Vorstadttheatern hier leistet, ist oft nur was der Berliner einen „imponirenden Blödsinn“ nennen würde, wer aber von den homerischen Ausbrüchen natürlichen Lachens nicht in den tollen Strudel hineingerissen wird und die ganze Lust harmloser leichtbefriedigter und darum glücklicher Menschen mit empfindet, der ist so arm daß er im ganzen Leben nach einer Erinnerung an ein „urkräftiges Behagen“ vergeblich suchen wird. Solche Menschen die mit einem verdorbenen Magen aus Mutterleibe gekommen, mögen denn auch in der Heimath des romantischen Dunstes und der Bitterwassercuren bleiben, denn das bewegliche Völkchen an der Donau mit seinen schmorenden Pfannen und conversationswidrigen Speisezetteln bleibt ihnen ein gottloses Räthsel, hat es doch gutmüthigen Leichtsinn in solchem Uebermaß daß es ein zerrissenes Papierstückchen voller Aggredienzen, daß man es ohne Handschuh nicht ungestraft berührt, für Geld ansieht! Solche wandernde Papierquadrate mit dem Aussehen von Handwerksburschen-Geld! So gut wie schweres blankes Geld! Das kann nicht zugehen mit frommen rechten Dingen!

Es ist eine vielgeglaubte Sage daß eine große Geschichte den Deutschen einen großen Bühnendichter bringen werde, denn das Theater erhielte erst dann Würde und Bedeutung wenn die Dinge draußen so groß wären als die Worte drinnen, welche zwischen den bemalten Lappen wichtig umherstolziren. In dieser Messiashoffnung der Deutschen liegt eine gewaltige Eitelkeit, als ob das Genie nie mangle wo nur der Stoff gegeben, aber auch eine seltsame Wahrheit nebenbei, denn wenn alles scheinbar das alte bequeme Bett aufsucht, mit dem Theater ist es wirklich anders geworden. Kürzlich sah ich seit den guten alten Zeiten zum erstenmal wieder den Egmont auf der Bühne, ich darf nicht sagen wo, weil es dem Eindruck meiner Behauptung schaden würde. Wie anders aber als sonst ging ich aus dem Trauerspiel, denn mir schien als hätte das Goethe'sche Stück die neue Revolution mit durchgelebt und träte nun mit unsern eignen Erfahrungen vor uns hin. Wie lebendiger und verständlicher alle diese Figuren von dem gnadelosen Herzog bis zum flämischen Wühler mit dem losen Maul! Mir schien daß ich noch nie oder wenigstens noch nie ganz den alten Meister begriffen, und wenn in jeder objectiven Darstellung immer eine gewisse Ironie liegt, um wie größer hier. Mancher mag schon gedacht haben: wie schade daß Goethe nicht erfahren was ich erfuhr! Und siehe da, ohne das Erhabene und Lächerliche, den wunderlichen Kram der letzten Jahre, erlebt zu haben, nimmt er alles aus sich heraus wie der Taschenspieler aus dem leeren Hut ein Nest Kaninchen. Müssen wir uns nicht schämen daß er Recht behält:

Bedenkt: der Teufel der ist alt,
So werdet alt ihn zu verstehen!

Wie es uns mit den classischen Stücken Goethe's und Shakspeare's geht, so geschieht es umgekehrt mit der neuen poetischen Welt welche entstanden, oder entstehen soll. Die Aufgabe ist eine höhere geworden, aber auch lohnender, denn nicht spur- und nutzlos ist eine große Zeit an dem innern Menschen vorübergegangen. Wir sind viel ernster und unser Urtheil über uns und die Welt strenger geworden. Das Läppische erscheint uns was es ist, und wir können keine Stunden mehr verlieren dünnen Plunder anzustaunen. Nur große Gegenstände können den Menschen erheben, und ist es möglich daß wir nach den inhaltschweren Erlebnissen einen Abend vor geringfügigen Bühnengeschicken versitzen werden? Schande wenn wir würden! Mit ästhetisch-spitzen Ansprüchen soll man freilich ein Volkstheater nicht betreten; gehen wir also ins Theater an der Wien, die darstellenden Kräfte sind brav, und das genüge. Man gibt heute „Unterthänig und Unabhängig“; sey das Stück wie es sey, der Stoff ist lebendig, denn man zeigt das Schicksal einer Dorfgemeinde vor und nach dem kaiserlichen Entschluß über Ablösbarkeit der Roboten, einen hochmüthigen Gutsherren, einen spitzbübischen Kammerdiener welcher später zum demokratischen Halunken, und am Schluß zu einer viel Durst habenden Gestalt der fliegenden Blätter herabsinkt, weiter einen alten Geldnarren der, von Titelsucht gepeinigt, zum Harlequin der rothen Republik sich befördern läßt, dann einen jungen Edelmann mit gediegenen Begriffen von Freiheit und Gleichheit, der seine adelige Frivolität bei einem gesunden Pächtermädchen curirt, einen schlichten Heros welcher, die Winkelzüge zur Beförderung verschmähend, zu Ehrlichkeit und schmaler Kost verdammt ist, über politische Dummheit von Bauern Thränen vergießen kann, und dabei in einem Abend mit dem Worte Freiheit so verschwenderisch umgeht daß der große William, wenn er alle seine Werke durchblätterte, ob seiner Sklaven-Armuth sich schämen müßte, endlich einen unvergleichlich dargestellten Demos, so grob, versoffen und verrüpelt daß seine Urmenschlichkeit zum Küssen häßlich ist. Und nun merken Sie wohl: in den Logen des ersten Ranges sitzt die feine Welt, Officiere und alte Herren mit wichtiger Miene — oben, den Göttern und den Sternen die nie lügen näher, die jubelnden Zünfte der ehrsamen Vorstadt. Unten die schwarzgelbe Vornehmheit welche aus gutem Ton mitlächelt wenn die Bühnenjustiz mit Censorenwürde mit ihrer Makel sie belastet, droben die unverdorbnen Geschlechter, welche für die Freiheit ihres Heroen noch erglühen, und hinunterjauchzen wenn der niederösterreichische Bauer mit plebejischer Hoheit seiner Herr-

schaft unter die Nase tritt: „Merkt's, mit der Gnädi'keit ist's mal aus!“ Das alte Wort des Britten, wie ist's so wahr, die Bühne sey der Spiegel des Lebens! Aber welch doppelter Genuß hier wo wir nur rückwärts zu schauen brauchen um die Person zu sehen die dem Porträt gesessen! Denn was dort auf der Bühne gespielt wird, das geht im Hause zum andernmale vor, das Publicum spielt mit durch seinen Applaus von oben oder unten, aus rechter oder linker Ecke, und dabei kann der unglückliche Bühnendichter erleben daß man jubelt wo er ironisch seyn, und gleichgültig bleibt wo er belehren wollte. Wer hätte vor einigen Jahren gewagt ein Stück zu schreiben wo die Peripetie in Hand und Zug-Roboten gelegen? Hatte man sich geträumt dafür ein Publicum, und ein aufmerksames Publicum zu finden welches bei zwanzig Vorstellungen das Haus noch füllte? Die Poesie geht jetzt hinter dem Pfluge drein, ist Landwirth geworden, und wir mit ihr; aber liegt darin nicht viel beruhigendes mitten in der Trostlosigkeit unserer jetzigen Zustände, daß sich das Publicum gewöhnt selbst mitten in Posse und Scherz durch einen Hintergrund an die ernsten und wichtigen Dinge erinnert zu werden, welche es wiederfindet sobald der Vorhang gefallen und sich das Menschengewühl in die Straßen vertheilt?

Aus Genua.

..i.. **Genua,** 2 Nov. Es muß in der That mit dem öffentlichen Geist in Genua, der von jeher im Geruche revolutionärer Launen stand, so schlimm nicht bestellt seyn, da die Notabilitäten der italienischen Emigration hier ungestört ihre Nomadenhütte aufschlagen konnten. General Pepe hat sich unlängst nach Turin begeben, von wo er sich nach Paris überzusiedeln beabsichtigt, da er mit Leib und Seele der venezianischen Revolution zugethan ist, deren Hauptvertreter, namentlich Manin, in der Hauptstadt Frankreichs weilen. Hört man Pepe, so haben sich die Venezianer heldenmäßig geschlagen: es will mir jedoch scheinen daß bei dieser Ansicht die fremden Freischärler und einige hundert Einheimische mit der großen Masse der Bevölkerung verwechselt werden. Mit letzterer kam Pepe in seiner Stellung als Obergeneral zu wenig in Berührung als daß seinem Urtheil großes Gewicht beizulegen wäre. Was den Grafen Mamiani betrifft, so wird er, wenn ich recht gehört habe, über sein politisches Verhalten nächstens in einer besondern Schrift Rechenschaft ablegen. Uns Deutschen thut es recht wohl im Auslande mit Männern zusammenzutreffen bei denen wissenschaftliches Streben und die feinste Urbanität Hand in Hand gehen, der Edelmann auf den Gelehrten stolz ist. Ich glaube nicht das Ziel zu verfehlen, wenn ich der Vermuthung Raum gebe daß ein sehr großer Theil der gebildeten Italiener mit dem Grafen Mamiani in vier Axiomen zusammenstimmt: 1) Pius IX, bis zum Uebermaß mißtrauisch wie die meisten schwachen Charaktere, verschmähte vernünftigen Rath, und brachte es niemals weiter als zu politischen Phantasmagorien. 2) Die Franzosen sind die angemessensten Bundesgenossen dieses Papstes, denn seit einem Jahrhundert ist ihr gesammter politischer Entwickelungsproceß weiter nichts als ein Gaukel- und Schattenspiel, das zwischen inhalt- und gedankenlosen Paradoxen hin- und herschwankt. Anstatt Carl Albert und seine Anhänger deßhalb zu tadeln daß sie ohne Frankreich siegen wollten, sollten die andern Völker sie vielmehr loben daß sie das französische Joch abgeschüttelt. 3) Die Bildungselemente wie sie in Deutschland und Italien vorliegen,*) sowie deren ganze geschichtliche Vergangenheit weisen auf einen innigen Anschluß der beiden Nationen hin, die mit vereinten Kräften ebensowohl dem Absolutismus des Ostens als den revolutionären Paroxysmen des Westens die Spitze abzubrechen berufen sind. 4) Die politische Freiheit kann in Italien nur dann gedeihen wenn die natur- und vernunftwidrige Vereinigung der geistlichen und weltlichen Macht in dem Institut des Papstthums für immer und unwiderruflich gelöst wird. Letztere Frage beschäftigt überhaupt nach den vorangegangenen Stürmen die Gemüther in Italien weit mehr und weit ernstlicher als man auswärts glaubt. Hier wie in Turin wird an allen Straßenecken feilgeboten eine unter dem Titel: **Non più Tiara! Parole d'un cattolico** veröffentlichte Broschüre, die durchaus denselben Geist athmet den Lamennais' und Lacordaire's Schriften zu Anfang der dreißiger Jahre in etwas gespreizter Weise zur Schau stellten. Ein eigentlicher Zusammenhang ist in dem Schriftchen ebensowenig ausfindig zu machen als in den **Paroles d'un croyant,** obschon der ungenannte Verfasser in dem Vorwort versichert, seine Absicht sey zu beweisen daß die weltliche Gewalt des Papstes kein göttliches Recht, vielmehr mit den wohlverstandenen Interessen des Katholicismus und des Papstthums unverträglich sey; ferner daß, wenn Rom der Mittelpunkt des Glaubens, der Papst der Vater, das erwählte Oberhaupt der Gläubigen sey, daraus noch nicht folge daß die römischen Staaten ihm zu eigen gehören, und der Freiheit nicht theilhaftig werden dürfen. Allein gerade der aphoristische, salbungsvolle und dem ersten Anschein nach tief religiöse Ton besticht den unbefangenen Leser. Es ist keine **Chronique scandaleuse** des Papstthums, und gleichwohl wird das ganze Sündenregister des römischen Stuhles durchgegangen, angeblich um daraus den Beweis abzuleiten daß die weltliche Attribution des Papstthums allein Schuld sey an den Verirrungen der Päpste. Jedenfalls ist es von dem Verfasser gut berechnet daß er sich als einen gläubigen, demüthigen und folgsamen Sohn der Kirche und rückhaltlos für die Unfehlbarkeit des Papstes in allen Gewissenssachen erklärt. Der deutsche Leser wird zumeist den Einfall glücklich finden daß des Briefes Erwähnung geschieht den Louis Bonaparte aus Veranlassung des Aufstandes in der Romagna 1831 an Gregor XVI schrieb, und worin wörtlich zu lesen ist: „M. wird Eurer Heiligkeit Aufschluß geben über den wahren Stand der Dinge hier. Er sagte mir, Eure Heiligkeit habe zu Ihrem großen Leidwesen hören müssen daß wir uns mitten unter denen befinden die sich gegen die weltliche Macht des römischen Stuhls empört haben. Die Bewohner der Romagna dürsten nach Freiheit, und ich muß ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen daß unter den Stimmen die fortwährend laut werden, nicht eine einzige ist welche gegen das Oberhaupt der Kirche gerichtet wäre. Dieß hat man den Führern zu verdanken die das größte Ansehen genießen, und ihre Anhänglichkeit an die Religion ebenso nachdrücklich kundgeben wie ihre Vorliebe für eine Aenderung in der weltlichen Regierung. Wie es scheint, will man, und zwar auf eine sehr entschiedene Weise, die Trennung der weltlichen Gewalt von der geistlichen. Eure Heiligkeit aber ist geliebt, und allgemein glaubt man Eure Heiligkeit sey entschlossen mit allen Ihren Schätzen, den Schweizern, dem Vatican in Rom zu bleiben und eine provisorische Regierung für die weltlichen Angelegenheiten sich bilden zu lassen. Ich beschwöre es und bitte Eure Heiligkeit inständig es mir zu glauben daß ich keine ehrgeizigen Absichten hege. Auch kann ich die Versicherung geben von allen, selbst von den weniger gemäßigten jungen Leuten gehört zu haben daß wenn Gregor auf die weltliche Gewalt verzichte, sie ihn anbeten und sie sich selbst unter die eifrigsten Vertheidiger einer von einem großen Papste gereinigten Religion stellen werden, die das freisinnigste Buch der Welt, das göttliche Evangelium, zu ihrer Grundlage hat.“

Solche Actenstücke lassen sich im Bewußtseyn eines Volkes nicht so leicht durch die Tagesordnung beseitigen, und diejenige Partei unter den Italienern die der Majorität der französischen Kammer beipflichtet, hat die öffentliche Meinung des Landes nicht für sich. Ohne es zu wollen, haben die Anhänger des Papstes in Frankreich die Sache so weit gebracht daß selbst die italienische Geistlichkeit, ohne anzustoßen, sich nicht für Pius IX erklären darf; dessen zu geschweigen daß unter den jüngern Geistlichen die Ansicht immer mehr Raum gewinnt die weltliche Attribution des Papstthums sey mit der Freiheit und Selbständigkeit Italiens unverträglich. Die Handhabung der kirchlichen Censur gegen „schlechte und gemeinschädliche“ Bücher erweist sich gleichfalls als eine vollkommen abgenutzte Waffe. Der hiesige Capitularvicar Degregori erließ unlängst eine Bannbulle gegen die socialistische Broschüre: **Gesù Cristo innanzi ad un consiglio di guerra.** Was war die Folge? Drei Mitglieder des Capitels die gegen das Urtheil gestimmt hatten, legten sofort ihre Stellen als Professoren nieder, und das an sich unschädliche Büchlein erlangte eine Celebrität der es sich bei unbehindertem Verkauf niemals würde zu erfreuen gehabt haben. Es geht damit wie mit den kriegsgerichtlichen Urtheilen in Folge der Niederlage von Novara. Ramorino ist in den Augen des Volkes ein unschuldiges Opfer der verrätherischen Officierscamarilla, und seine Aeußerung auf seinem letzten Gange: wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, müßten vier andere vor ihm sterben, findet allgemein Glauben. Jedenfalls hat sich bei den neulich stattgehabten kriegsrechtlichen Verhandlungen in dem Processe gegen General Fanti und Obrist Sanfront deutlich herausgestellt wie unendlich schwer es nach einer erlittenen Niederlage ist die Schuld oder Unschuld eines commandirenden Officiers darzuthun. Fanti, der die lombardische Legion befehligte, überschritt im Widerspruch mit dem ihm von dem Oberbefehlshaber zugegangenen Befehl den Po darum nicht weil sein Corps zu zerstreut war um es am anberaumten Tage über den Fluß zu führen; des andern Tages aber hatten die Oesterreicher bereits gesiegt, und der Versuch ihnen in den Rücken zu kommen schien unausführbar, weßhalb sich Fanti auf den ausdrücklichen Rath Lamarmora's gegen Alessandria zurückzog. Obrist Sanfront dagegen wollte der

*) Schon A. W. Schlegel weist auf die Verwandtschaft des deutschen und italienischen Geistes in seinen künstlerischen und wissenschaftlichen (philosophischen) Richtungen hin, sowie er andererseits behauptet daß Engländer und Franzosen sich, aller äußern Ungleichheit ungeachtet, geistig näher stehen als man gewöhnlich annimmt. Dann passen aber freilich auf die Geschichte dieser vier Völker die Goethe'schen Xenien von Magnetes Geheimniß:

„Wirst du deines gleichen kennen lernen,
So wirst du dich gleich wieder entfernen u. s. w.“

Ordre Fanti's diese rückgängige Bewegung gleichfalls zu machen nicht Folge leisten, weil er es für schmählich hielt sich zurückzuziehen, anstatt die Oesterreicher in der Flanke zu fassen. Wer hatte Recht? Offenbar niemand als Radetzky der die Schlacht gewann. Nach dem Buchstaben des Gesetzes hätten wahrscheinlich beide Angeklagte erschossen werden müssen, so aber sprach das Kriegsgericht sie frei, und die öffentliche Meinung hat einen Vorwand mehr die Niederlage der piemontesischen Armee als das Werk schmählichen Verrathes zu brandmarken.

Ohne Vergleich größere Befriedigung gewährt es Ihrem Correspondenten von dem Eifer zu berichten womit in Piemont eine Menge treffliche Männer sich mit den Angelegenheiten der Schule beschäftigen. Es hat sich zu diesem Behuf ein Verein gebildet der in den letzten Tagen seine erste Versammlung in Turin hielt. Alles deutet darauf daß auch in Italien die Schule sich zu emancipiren strebt, die Zeit der religiösen Tractätlein ist vorüber. Angelo Fava, Generalinspector der Elementarschulen, hat eine Libreria del Popolo Italiano ins Leben gerufen, von der eine Sammlung populärer Schriften verschiedenster Art ausgeht. Angekündigt sind zunächst drei Abhandlungen: Il popolo iniziato alla vita politica; Sistema decimale und Cristianismo, religione di progresso. Es kann nicht fehlen daß der eingeschlagene Weg zu einem freudigen Ziele führt.

Personal-Nachrichten.

Landstände. K. Sachsen. Die Leipz. Ztg. gibt in Nachstehendem das Verzeichniß der in beide sächsische Kammern gewählten Abgeordneten. Zur Bezeichnung der politischen Richtung, welche nur ganz im allgemeinen angedeutet werden kann, bedient sie sich der Buchstaben r. (rechts) und l. (links). Aus einigen Wahlbezirken fehlen noch Nachrichten.

A. Für die zweite Kammer. 1. Zittau? 2. Reibersdorf, Gutsbesitzer Schwerdtner in Kleinschönau. 3. Seifhennersdorf? 4. (Alt-) Ebersbach? 5. Herrnhut, Stiftssecretär Fr. Heinr. Sommer zu Bernstadt [r.] 6. Löbau? 7. Budissin, Pastor Jacob in Budissin. 8. Kleinwelke, Amtslandrichter Joh. Mros in Göda [r.] 9. Neusalza, Gerichtsdir. K. F. Müller [l.] 10. Bischofswerda, Bürgermeister König [r.] 11. Elstra? 12. Camenz, Bürgermeister Haberkorn zu Camenz [r.] 13. Radeburg, Gerichtsdir. Hähnel in Radeburg [r.] 14. Großenhain, Justizamtmann Böttger in Hain [r.] 15. Meißen, Professor Biedermann [r.] 16. Lommatzsch, Gutsbesitzer Oehmichen auf Choren. 17. Mügeln, Amtsactuar Prüfer [l.] 18. Oschatz, Landkammerrath Sommer [r.] 19. Wurzen, Bürgermeister Jul. Th. Schmidt [l.] 20. Grimma, Dr. jur. G. Haubold in Leipzig [l.] 21. Taucha, Fabricant K. Gottl. Schwedler jun. in Lindenau [l.] 22. Leipzig (äußere Vorstädte und Dörfer), Bürgermstr. Koch [r.] 23. Leipzig (innere Stadt), Messerschmiedemstr. Löwe [r.] 24. Leipzig (innere Vorstädte), Eisenbahndirector Harkort [r.] 25. Rötha? 26. Pegau, Bürgermstr. Trenkmann in Pegau [l.] 27. Borna, Bürgermeister Helbig [l.] 28. Colditz, Amtsactuar Rake in Leisnig [l.] 29. Döbeln, Buchdrucker Thallwitz in Döbeln [l.] 30. Nossen? 31. Frankenberg, Lohgerber Fr. Meißner jun. in Mittweida [r.] 32. Waldheim, Adv. Klinger [l.] 33. Rochlitz, Justizamtmann Heisterbergk in Rochlitz [l.] 34. Penig, Regierungsrath Heubner in Zwickau [l.] 35. Limbach, Stadtrath Rewitzer in Chemnitz [l.] 36. Remse, Dr. Schaffrath in Neustadt [l.] 37. Glauchau, Kanzleirath Funkhänel zu Glauchau [l.] 38. Werdau? 39. Zwickau, k. Apell.-R. Cuno [r.] 40. Wildenfels, Gutsbes. Joh. Gotth. Jacob aus Wielau [l.] 41. Reichenbach, Ger.-Dir. v. Dieskau in Plauen [l.] 42. Pausa, Stadtrichter Klinkhardt in Pausa [r.] 43. Plauen, Geh. Reg.-Rath Amtshauptm. Dr. Braun [r.] 44. Oelsnitz, Candidat Wich in Oelsnitz [l.] 45. Adorf, Kaufmann Wilh. Zschweigert aus Plauen [l.] 46. Auerbach? 47. Kirchberg, der suspend. Adv. Auerswald in Schneeberg [l.] 48. Eibenstock, Appell.-Rath Cuno [r.] 49. Schwarzenberg, Kreisamtmann Wieland in Schwarzenberg [r.] 50. Schneeberg, Stadtrath Wagner [l] 51. Lichtenstein, Reg.-Rath Heubner in Zwickau [l.] 52. Stollberg, Justizamtmann Hohlfeld [r.] 53. Grünhain, Pastor Mor. Rosenhauer zu Rittersgrün [r.] 54. Annaberg, Pfarrer Häring zu Sehma [l.] 55. Wolkenstein, suspen. Justizamtmann Hitzschold in Wolkenstein [l.] 56. Marienberg, Diaconus Wagner in Marienberg [r.] 57. Niederforchheim, suspend. Diaconus Dammann zu Lengefeld [l.] 58. Zschopau? 59. Chemnitz (Vorstädte und Dörfer)? 60. Chemnitz (Stadt), Prof. Dr. Hülße [r.] 61. Oederan, Bürgermstr. Adv. Baumgarten in Stadt Schellenberg [r.] 62. Mohorn, Pastor Flemming in Reinsberg [l.] 63. Freiberg, Kreisamtmann Heubner [l.] 64. Saida, Pastor Leonhard in Seiffen [r.] 65. Altenberg, Amtmann Voigt in Frauenstein [r.] 66. Tharandt, Bürgermstr. Maukisch in Dippoldiswalde [r.] 67. Berggießhübel, Kammerherr v. Friesen [r.] 68. Pirna, Adv. Klinger in Dresden [l.] 69. Neustadt, Stadtrichter Ziesler in Sebnitz [l.] 70. Radeberg, Apotheker L. Dammann jun. [l.] 71. Wilsdruf, Gutsbesitzer Eymann in Deuben [l.] 72. Dresden (Neustadt und Antonstadt), Oberlient. H. Müller [l.] 73. Dresden (Friedrichsstadt und Dörfer), Geh. Rath Dr. Weinlig [r.] 74. Dresden (Pirn. und Seevorstadt), Geh. Rath Dr. Held [r.] 75. Dresden (innere Stadt), Prof. Dr. Wagner [r.] In dem 16., 27., 34., 36., 44., 47., 51., 55., 57., 62. und 63. Wahlbezirke sind Suspendirte gewählt.

B. Für die erste Kammer: Bezirk 7, 8, 9 Erblehnrichter Hirsch zu Nauslitz [l.] und Landesbestallter Schenk in Budissin. Bez. 14, 15, 16 Hr. v. Römer auf Löthain [r.] und Geh. Rath Dr. Weinlig in Dresden [r.]. Bez. 22, 23, 24 Kramermeister Poppe in Leipzig [r.] und Gen. Consul Dufour daselbst [r.]. Bez. 20, 27, 28 Gutsbes. Oehmichen in Nerchau [l.] und Kaltofen zu Clennen [l.]. Bez. 29, 30, 32 Mühlenbes. Kaufmann in Obergruna [l.] und Gutsbes. Claus in Jennewitz [l.]. Bez. 31, 33, 34 Spinnereibes. Buhk in Göritzhain [r.] und Erbrichter Ahnert in Neswitz [l.]. Bez 36, 37, 51. Dr. Joseph in Lindenau [l.] und Reg. Rath Oberländer [l.]. Bez. 41, 42, 43 Kaufm. Chr. K. Wöhler [l.] und Kaufm. Fr. Aug. Mammen [l.]. Bez. 47, 48, 49 Gerichtsdir. Garten in Schwarzenberg [r.] und Landgerichtsdir. Meisel in Kirchberg [r.]. Bez. 50, 52, 53 Oekonomie-Commissär Rehnert zu Klösterlein [l.] und Gemeindevorstand Günther in Zwönitz [r.]. Bez. 63, 64, 65 Hr. v. Herder auf Rauenstein [r.] und Amtslandrichter Göhler [r.]. Bez. 13, 70, 72 Ablösungscommissär Haden in Lotzdorf [l.] und Staatsminister a. D. Georgi [r.]. Bez 73, 74, 75 Staatsminister a. D. Carlowitz [r.] und Finanzprocurator Küttner [r.].

(3958) Aus dem Verlage von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Dr. K. v. SPRUNER: HISTORISCH-GEOGRAPHISCHER Atlas zur Geschichte der STAATEN EUROPA'S vom Anfange des Mittelalters bis auf die neueste Zeit. 73 Karten mit mehr als 100 Nebenkärtchen, Planen etc., nebst erläuterndem Text. 22 Thlr.

— — Atlas zur GESCHICHTE von BAYERN. 8 gr. Bl. 3 Thlr.

Dr. K. v. SPRUNER und S. HAENLE: TABELLEN zur Geschichte der DEUTSCHEN STAATEN und ihrer geschichtlichen Geographie. I., II. und III. Lief. 2⅓ Thlr.

(4120) **Werthvolles Weihnachtsgeschenk!**

Johann Gottfried von Herders Lebensbild.

Sein chronologisch geordneter Briefwechsel, verbunden mit den hierher gehörigen Mittheilungen aus seinem **ungedruckten** Nachlasse und mit den nöthigen Belegen aus seinen und seiner Zeitgenossen Schriften.

Herausgegeben

von seinem Sohne Dr. **Emil Gottfried von Herder.**

Schillerformat. Sauber broschirt. 1ster bis 6ter Theil, mit 2 Stahlstichen.

Seitheriger Ladenpreis 8½ Thlr. preuß. Cour. od. 14 fl. 30 kr. rhn.

☞ Ermäßigter Preis von jetzt ab bis Ende des Jahres

3½ Thlr. oder 6 fl.

Durch alle soliden Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes zu beziehen.

Zu dieser Ermäßigung von vielen achtbaren Seiten aufgefordert, haben Herausgeber und Verleger zu alleinigen Gunsten des Publicums für eine kurze Frist sich dazu entschlossen. Ueber den Werth dieses classischen Litteraturwerkes (als nothwendiges Supplement zu Herders Gesammtausgaben, aber auch als selbständiges Ganze dastehend) sprachen sich die bedeutendsten kritischen Organe Deutschlands in solch anerkennender Weise aus daß weitere Empfehlungen hier überflüssig erscheinen dürften.

Bei dieser außerordentlichen Preisermäßigung sieht die Verlagshandlung zahlreichen und raschen Bestellungen entgegen, und kann dann auch alsbald die weitere Fortsetzung und den Schluß des Werkes, aus noch wenigen höchst interessanten Theilen bestehend, zusichern.

Erlangen, im November 1849. Die Verlagshandlung: **Theodor Bläsing.**

[4022] In **Baumgärtners Buchhandlung** zu **Leipzig** ist soeben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versendet worden:

Ma Jeunesse

extrait des Memoires d'outre-Tombe par Chateaubriand, **arrangé à l'usage des Ecoles et des maisons d'éducation par P. Brée.** Mit einem erläuternden Wörterbuche. 8. brosch. Preis 18 Ngr. oder 1 fl. 6 kr.

L'histoire Sainte

racontée aux enfants par Lamé Fleury.

Mit grammatischen Erläuterungen und einem Wörterbuche. Für Schulen und zum Selbstunterricht. Von C. Schnabel. 8. brosch. Preis 18 Ngr. oder 1 fl. 6 kr.

L'histoire du Nouveau Testament

racontée aux enfants par M. Lamé Fleury.

Mit grammatischen Erläuterungen und einem Wörterbuche zum Schul- und Privatgebrauch. Von C. Schnabel. 8. brosch. Preis 15 Ngr. oder 54 kr.

Petite Bibliothèque française

ou choix des meilleurs ouvrages de la littérature moderne, à l'usage de la jeunesse, suivi d'un questionnaire par Mme. A. Brée, Maîtresse de conversation à l'Institut français de Leipzig.

V. Volume. *Les contes de la bonne Maman, par L'abbé de Savigny, Léon Guérin, Mlle. Eugénie Foa, Auguste Auvial, Ortaire Fournier etc.* 16. br. 5 *Ngr. oder* 18 *kr.*

VI. Volume. *Les Soirées de Famille, histoires à l'usage de la Jeunesse. Avec un Questionnaire.* 16. *br.* 5 *Ngr. oder* 18 *kr.*

[4028—29] **Für Landwirthe und Oekonomieverwalter.**

Im Verlage der Matth. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen und durch alle soliden Buchhandlungen zu beziehen:

Handbuch der Landgüter-Verwaltung,

oder der

Einrichtungs- und Betriebs-Kunde

des landwirthschaftlichen Gewerbes.

Von

Raimund Veit,

Vorstand der k. Staatsgüter-Administration und Director der landwirthschaftlichen Centralschule zu Schleißheim.

Gr. 8. Drei starke Bände mit vielen Tabellen. 6 fl. oder 4 Thlr.

Dieses aus einer langjährigen praktischen Erfahrung hervorgegangene Werk hat in den angesehensten Landwirthschafts-Zeitschriften des In- und Auslandes die allervortheilhafteste Beurtheilung gefunden. Dasselbe behandelt alle Betriebszweige der Landwirthschaft mit solcher Gründlichkeit und Vollständigkeit, in einem so deutlichen Vortrage daß man auf jeder Seite den denkenden, theoretischen und praktischen Landwirth erkennt. Jeder Oekonom und Gutsbesitzer wird vielen Nutzen aus dem Studium dieses Werkes ziehen.

[4076] Bei **Fr. Ludw. Herbig in Leipzig** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Des Quintus Horatius Flaccus

Satiren.

Erklärt

von ***L. F. Heindorf.***

Neu bearbeitet von

E. F. Wüstemann.

Mit einer Abhandlung von **C. G. Zumpt** über das Leben des Horaz und die Zeitfolge seiner Gedichte, namentlich der Satiren.

Gr. 8. geh. Preis 3 Thlr.

Der Verleger erlaubt sich auf die Heindorf'sche, anerkannt die beste Ausgabe der Horazischen Satiren in ihrer neuen Bearbeitung, aufmerksam zu machen.

[4102] Bei uns erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Grosewsky, M., Aus der Einsamkeit. Lieder. 12. In engl. Einband mit Mosaik-Vergoldung. 1 Thlr. 15 Ngr.

Mitau, 1849.

G. A. Reyhers Verlagsbuchhandlung.

[4038] Im Verlage von **Joh. Palms** Hofbuchhandlung in **München** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Vollständiges

etymologisch-chemisches

Handwörterbuch,

mit Berücksichtigung

der Geschichte und Litteratur der Chemie.

Zugleich als

synoptische Encyklopädie

der

gesammten Chemie

von

Dr. **G. C. Wittstein.**

Neue Ausgabe.

I. Band 1ste Abthlg. Lex.-8. 2 fl. 42 kr. oder 1 Rthlr. 20 Sgr.

Die neue Ausgabe dieses für Chemiker und Aerzte gleichwichtigen Werkes, welches bei seinem ersten Erscheinen die günstigsten Beurtheilungen gefunden, erscheint in 6 Abtheilungen (2 Bände bildend) und einem Ergänzungshefte in monatlichen Zwischenräumen.

Der Preis einer Abtheilung von 20 Bogen ist 2 fl. 42 kr. od. 1 Rthlr. 20 Sgr., der des Ergänzungsheftes 1 fl. 36 kr. oder 1 Rthlr. — **Das ganze Werk kann auch sogleich vollständig für 17 fl. 48 kr. oder 11 Rthlr. bezogen werden.**

[4098] Bei Ludwig Oehmigke in Berlin ist so eben folgendes zeitgemäß interessante Werk erschienen:

Gneist, Dr. R., Die Bildung der Geschworenengerichte in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf England und Frankreich, nebst einem Gesetzentwurf. gr. 8. 16 Bogen. geh. 1 Thlr.

[4080] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel u. Manz, Herrengasse Nr. 251, und die übrigen) zu beziehen:

J. Döllinger,

die Freiheit der Kirche.

Rede, gehalten in der öffentlichen Versammlung des **katholischen Vereins** von **Deutschland** zu Regensburg am 3 October 1849.

2½ Bogen. gr. 8. geh. 12 kr. od. 3¾ gr.

(Der Erlös zum Besten des Vincentiusvereins in Regensburg.)

[3982] **Neue Original-Auflagen von zwei längst anerkannten, vortrefflichen Gebetbüchern für gebildete Katholiken, in edler, kernhafter und erhabener Sprache!!!**

Neu erschien im Verlage von Johann Ulrich Landherr in Heilbronn und ist in allen soliden Buchhandlungen des In- und Auslandes vorräthig zu haben, auch zu bekommen ohne Preiserhöhung bei jedem geschäftsthätigen Buchbinder in kleinen Städten und auf dem Lande:

Die **zwanzigste** rechtmäßige und verbesserte Original-Auflage von dem trefflichen

Gebetbuch für aufgeklärte kathol. Christen.

Herausgegeben von

Dr. Philipp Joseph v. Brunner,

weil. großherzogl. badischem geistlichem Ministerialrathe zu Karlsruhe.

Mit Genehmigung des bischöflichen Vicariats zu Bruchsal.

Mit 3 Stahlstichen und dem Titelblatte in Farbendruck.

26 Bogen 8. auf feinstem Velinpapier in sehr elegantem Druck. Preis 1 fl. 30 kr. oder 25 Sgr. Prachtvoll gebunden 2 fl. 42 kr. oder 1½ Thlr.

Zwanzig starke Original-Auflagen dieses vortrefflichen Gebetbuches, dessen innerer Gehalt längst anerkannt ist, und wovon gegenwärtige Auflage allein 5000 Exemplare beträgt, beweisen den außergewöhnlich großen Beifall dessen es sich seit einer langen Reihe von Jahren im katholischen Deutschland und der Schweiz zu erfreuen gehabt hat, wenngleich eine weniger geschmackvolle Ausstattung der ältern Auflagen eine noch größere und raschere Verbreitung hinderte. Es ist in mehrere Sprachen übersetzt worden, läßt alle bisher ans Licht getretenen katholischen Gebetbücher weit hinter sich, und ist nach dem richtigen Urtheile öffentlicher Blätter einzig in seiner Art. Ein verklärter Geist weht in allen Gebeten. Ueberall Belehrung des Verstandes und Bewegung des Herzens. Die Sprache ist edel, mit wenigen Worten vielsagend, rührend und herzerhebend. Dieses über alles Lob erhabene Gebetbuch verdient mit vollem Rechte in den Händen aller Christen zu seyn, und wird dann den größten Nutzen stiften. Möge es daher stets noch mehr verbreitet und namentlich zu Festgeschenken für Gebildete recht häufig verwendet werden, wozu es in der nun vorliegenden, in jeder Beziehung höchst gediegenen Gestaltung als eine schöne und werthvolle Gabe sich vollkommen eignet.

☞ **Eine höchst werthvolle Prachtausgabe dieses rühmlich bekannten Buchs in gr. 8., deren äußere Eleganz nichts zu wünschen übrig läßt, und die mit Recht den ersten Platz behaupten wird neben dem Schönsten was dieser Art existirt, hat so eben die Presse verlassen und ist à 3 fl. 30 kr., oder 2 Rthlr. elegant geheftet in Umschlag auf Ultramarinpapier in Silberdruck mit dem sprechend-ähnlichen und meisterhaft gelungenen Bilde Pius IX getreu nach dem römischen Original in allen Buchhandlungen des In- und Auslandes vorräthig.**

Katholisches Gebetbuch.

Mit bischöflicher Gutheißung.

Zum Theil aus den vier Bänden des biblischen Erbauungsbuches auf alle Tage des Kirchenjahres gezogen und herausgegeben von

Thaddäus Anton Dereser,

der Philosophie und Theologie Doctor, Domcapitular und ordentlichem Professor an der katholisch-theologischen Universität zu Breslau.

Mit 3 Stahlstichen und dem Titelblatte in Farbendruck.

Achte, verbesserte und vermehrte Original-Auflage. 25¼ Bogen. 8. auf feinstem Velinpapier in sehr elegantem Druck. Preis 1 fl. 30 kr. oder 25 Sgr. Prachtvoll gebunden 2 fl. 42 kr. oder 1½ Thlr.

Statt einer erneueren Empfehlung vom hehren Werthe dieses nach Plan und Ausführung meisterhaften Gebetbuchs, von welchem bereits über 20.000 Exemplare verbreitet sind, erlaubt sich der Verleger das Urtheil eines unserer würdigsten jetzt lebenden Prälaten zu erwähnen: „Deresers Gebetbuch, seinem Wesen nach dem Evangelium entnommen, gehört zu den schätzbarsten Anleitungen Gott im Geist und in der Wahrheit anzubeten,“ und die Gutheißung des bischöflichen Ordinariats zu Constanz hier wörtlich anzuführen: „Dieses ganz zweckmäßige Gebetbuch für aufgeklärte Christen, die bei ihrem Gebete mehr zu denken als Worte zu machen, mehr heilsame Entschlüsse zu ihrer Besserung zu fassen als leere und vorübergehende Empfindungen in sich zu erregen gewohnt sind, kernhaft, reichhaltig und salbungsvoll verfaßt, verdient von Ordinariatswegen alle Genehmigung und Empfehlung.“

[4084] In der Fest'schen Verlagsbuchhandlung in Leipzig erschien soeben und ist durch alle Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu beziehen:

Der

Ackerbau nach Naturgesetzen

mit

praktischen Blicken

auf

land- und volkswirthschaftliche Zeitfragen.

Von

W. Protz, vormals Gutsbesitzer.

gr. 8. brosch. Preis ⅚ Thlr. oder 1 fl. 21 kr.

[3945] Für alle Gymnasien!

Im Verlage von Joh. Urban Kern in Breslau ist erschienen:

Vollständiges Wörterbuch

zum **Eutrop,**

Von Dr. Otto Eichert.

Schillerformat. Preis 5 Sgr.

Von demselben Verfasser erschien bereits:

Vollständiges Wörterbuch

zum

Cornelius Nepos,

mit beständiger Beziehung auf die latein. Grammatik von Zumpt.

Von Dr. **Otto Eichert.**

Zweite verb. Aufl. 16. Preis 7½ Sgr.

Dasselbe zusammen mit dem latein. Text des **Cornelius Nepos,** bequeme Schulausgabe. 16. geh. 11¼ Sgr.

Im Verlaufe von 2 Jahren wurde die starke erste Auflage von diesem Schulbuch vergriffen, ein Beweis für seine große Brauchbarkeit! Wir machen alle Lehrer auf diese praktischen Ausgaben aufmerksam.

[3911–13] Nr. 21,382. J. S. der badischen allgemeinen Versorgungsanstalt in Karlsruhe Kl.

gegen Lithograph Schäbler hier Bekl.,

Forderung betr.,

hat Klägerin folgende Klage erhoben:

Sie habe am 4 März 1841 dem Beklagten die Summe von 4700 fl., verzinslich zu 4½ Procent, und mit der Bedingung dargeliehen daß 6 Wochen nach Verfall der Zinsen jeweils 5 Procent zu bezahlen seyen.

Für die Zinsen sey der 15 Februar als Verfalltag, für die Heimzahlung des Capitals eine dreimonatliche Aufkündung bedungen worden.

Beklagter habe sich im Laufe des vorigen Jahres ohne Rücklassung eines seine Schuldverhältnisse vertretenden Bevollmächtigten von hier entfernt, und ihr, der Klägerin, unmöglich gemacht das Capital vertragsmäßig aufzukünden.

Außer dem Capital schulde der Beklagte den rückständigen Zins pro 15 Februar 1847 und 1848, es werde sonach gebeten denselben zur Zahlung des rückständigen Zinses mit 235 fl. binnen kurzer Frist sowie zur Zahlung des Capitals von 4700 fl. mit 5 Procent Zins vom 15 Februar 1848 an mit Frist von 3 Monaten zu verurtheilen.

Zur mündlichen Verhandlung über diese Klage haben wir Tagfahrt auf

Montag den 26 November d. J.,

früh 8 Uhr,

angeordnet, und wird hiezu der Beklagte, da sein jetziger Aufenthalt diesseits unbekannt ist, auf diesem Wege bei Vermeidung des Rechtsnachtheils vorgeladen daß der thatsächliche Inhalt des Klagvortrags für zugestanden und jede Schutzrede dagegen für versäumt erklärt würde.

Konstanz, den 19 October 1849.

Großherzogl. Bez.-Amt.

K. A.

v. Seyfried.

[3941–42] Bei dem Vereine der Wasserfreunde ist die Stelle eines ärztlichen Berathers erledigt.

Praktische Aerzte, welche Beweise ihrer Tüchtigkeit als Wasser-Aerzte an den Tag gelegt und bei Wiederbesetzung dieser Stelle berücksichtigt zu werden wünschen, wollen sich alsbald an uns wenden.

Berlin, den 17 October 1849.

Der Vorstand des Vereins der Wasserfreunde.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Dienstag — Nr. 317 — 13 November 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (die Zuſtimmung von Bayern, Würtemberg, Hannover ꝛc. zum Centralgewaltsvertrag. Gedächtnißfeſte für Schiller und — Blum. Die Stellung der Einzelſtaaten); München (Nachträge aus der Verhandlung der zweiten Kammer über die deutſche Frage: Döllinger und Wallerſtein. Dießfälliger Beſchluß der Kammer der Reichsräthe. Der Amneſtieentwurf); Hannover (die Thronrede und die Parteigeſtaltung der zweiten Kammer); Berlin (die Entſcheidung über die Geſion dem Schiedsrichterſpruch von England anheimgeſtellt! Das Wahlgeſetz für den Reichstag. Neue hannoveriſche Erklärungen. Kurheſſen); Wien (die Berufung auswärtiger Gelehrten. Hahn und Purkinje. Theatercenſur. Telegraphenverbindung mit Ungarn und Italien. Kübeck und Schönhals. Die Erzherzoge Johann und Ludwig); Innsbruck (die Cholera in Südtirol. Die Innsbrucker Ztg.).

Spanien. Eine Anfrage in den Cortes. General Balboa.

Großbritannien. Koſſuth vergebens erwartet. Die Miſſion in China.

Frankreich. Die ſtaatsrechtliche Stellung des Präſidenten. Der Frieden zwiſchen Dupin und der Preſſe hergeſtellt. Der Staatsproceß beim Requiſitorium angelangt. Changarnier's und Baroche's Politik. Carlier Polizeipräfect. Verhandlungen über die Marſeille-Avignoner Eiſenbahn. Marſeille.

Malta und die joniſchen Inſeln. Auf Malta die italieniſchen Flüchtlinge zurückgewieſen. Die Hinrichtung der Inſurgentenführer von Cephalonien.

Datum der Börſen: London 8 u. 9: Paris, Amſterdam, Hamburg, Berlin 9: Wien 10; Augsburg 12 Nov.

Deutſchland.

∥ **Frankfurt a. M.**, 10 Nov. Außer der Zuſtimmung Bayerns zu der Uebereinkunft vom 30 Nov. ſind auch die Beitrittserklärungen von Württemberg, Hannover, Heſſen-Darmſtadt, Heſſen-Homburg und einigen andern Staaten dem Vernehmen nach bereits bei dem Reichsminiſterium eingelaufen. Den Erklärungen der übrigen deutſchen Regierungen ſieht man in den nächſten Tagen entgegen, ſo daß dann die Einſetzung der neuen proviſoriſchen Centralgewalt wohl keinen längern Anſtand finden dürfte. Wenigſtens wird als ziemlich beſtimmt verſichert daß die Mitglieder der Commiſſion im Laufe der kommenden Woche hier eintreffen werden. — Am geſtrigen Todestage Robert Blums waren in Sachſenhauſen ſowohl an der Brücke als an mehreren Privathäuſern ſchwarze Fahnen ausgeſteckt, die jedoch durch polizeiliches Einſchreiten alsbald beſeitigt wurden. Das hieſige Montagskränzchen begeht nächſten Dienſtag die Gedächtnißfeier für Robert Blum, wobei auch die Damen (und zwar in Trauerkleidern) erſcheinen werden. Eine ähnliche Feier findet, wie man hört, morgen in Offenbach ſtatt. Der 90ſte Geburtstag Schillers wird heute im Theater durch einen Feſtprolog, dann durch die Aufführung von „Wallenſteins Lager“ und des vierten Acts der „Piccolomini“ bei beleuchtetem Hauſe begangen.

z **Frankfurt a. M.**, 10 Nov. Die öſterreichiſchen Vorſchläge über eine graduelle deutſche Zoll- und Handels-Einigung ſollen, wie es ſcheint, nicht bloß eine nationalökonomiſche, ſondern vorzugsweiſe eine politiſche Bedeutung haben. Sie ſind ſichtbar beſtimmt Sympathien der Induſtriellen, nicht bloß von Bayern und Württemberg, ſondern auch des deutſchen Nordens zu wecken, und dadurch Reagentien gegen den Dreikönigs-Verfaſſungsbund, wenn man ihn noch ſo nennen darf, abzugeben. In der That iſt auch ſchon die bloße überraſchende Propoſition, von der wirklichen Ausführung abgeſehen, von großer Wirkung, und um ſo größerer je mehr in Berlin eine kleinliche Verzagtheit ſich geltend macht, und da wo man ein Reich zu gründen gedacht, nur noch ein „Verein“ geſchaffen werden ſoll. Daß Hr. v. Radowitz nun doch post varios casus als Bundescommiſſär hieher beſtimmt worden, kann gleichfalls als eine Vorbedeutung angeſehen werden, wie man den „Bundesſtaat“ an der Spree nur noch „mit Wenigen“ durchzuführen hoffen darf, d. h. wie Preußen allmählich die Form und die dilatoriſche Weiſe zu finden ſuchen wird um ſich auf ſich ſelbſt zurückzuziehen. So werden wir dann wieder pure ein Oeſterreich und ein Preußen in Deutſchland, aber kein Deutſchland mehr haben, und die Zukunft mag lehren ob neben ihnen noch „Weſtdeutſchland“ als dritter Groß- und Collectiv-Staat (im Grunde die alte Idee des Jahres 1815 von den drei Protectoraten in Deutſchland) im Definitivum Zulaß findet, ohne jene agitirenden Mittel ergreifen zu müſſen welche man jetzt hie und dort als revolutionär bezeichnet. Preußiſcherſeits wenigſtens enthält die von der Regierung in Berlin den Kammern jüngſt übergebene Denkſchrift über die Verhandlungen des Interims eine beachtenswerthe Stelle darüber, indem das preußiſche Cabinet gegen die Aufſtellung von Bevollmächtigten der einzelnen Staaten bei der Reichscommiſſion poſtulirte: daß dieſe ihre beſonderen Intereſſen nicht in Frankfurt, ſondern bei den Höfen von Wien und Berlin zu vertreten haben ſollten. Es gemahnt mich bei dieſem Interim oft an unſers Goethe's Wahrſpruch: „Beim Erſten ſind wir frei, beim Zweiten ſind wir Knechte.“ Unverkennbar ſteuert Oeſterreich auf die materielle Einigung Deutſchlands los, und hofft durch ſie die formale erſetzen zu können, welche letztere auch wirklich unausführbar iſt ſolange zwei Großmächte in Deutſchlands Rath Sitz und Stimme haben, und wozu unſer zerriſſenes Vaterland, das doch auch ſchon ein Stück Geſchichte gehabt, gar nicht prädeſtinirt zu ſeyn ſcheint. Mein neuerlicher Ausdruck „Gagern'ſche Coterie“ iſt übel vermerkt, aber mißverſtanden worden. Ich glaube daß ein Unterſchied zwiſchen der großen Nationalpartei und einer Coterie Gagerns beſtehe; in keiner Weiſe aber enthält das Wort Coterie in ſich etwas verletzendes, wie jeder Sprachkundige weiß.

Bayern. **München.** (Nachträge aus der Verhandlung der zweiten Kammer über die deutſche Frage.) **Dr. Döllinger** ſchloß ſeine Rede im weſentlichen mit folgenden Worten: Der Hr. Fürſt hat unter andern eine Andeutung, wenn ich recht verſtanden habe, ausgeſprochen, der ich allerdings meinen Beifall zolle. Er hat nämlich angedeutet daß die Stellung Bayerns es eigentlich erforderte ſich möglichſt mit den andern deutſchen Mittelſtaaten, außer Preußen und Oeſterreich, zu verſtändigen und womöglich an ihre Spitze zu ſtellen, und dadurch allerdings eine ſehr gekräftigte Stellung in Deutſchlands Angelegenheiten einzunehmen. Darin ſcheint mir ein ſehr richtiger Gedanke zu liegen; mir ſcheint auch daß Bayern zunächſt wohl die Aufgabe ſich ſtecken könnte, ſoweit dieß unter den gegenwärtigen Umſtänden noch möglich iſt, mit den deutſchen Mittelſtaaten in eine engere Verbindung zu treten. Wenn aus der deutſchen Einheit Ernſt werden ſoll, dann glaube ich muß eine gewiſſe Dreitheilung Deutſchlands eintreten, aus der dann die wahre, richtige und praktiſch-mögliche Einheit hervorgehen kann und wird. Dieſe Dreitheilung wird wohl nicht zu vermeiden ſeyn. Preußen und Oeſterreich gegenüber bilden eigentlich die ſämmtlichen übrigen deutſchen kleineren und größeren Staaten ein zuſammengehöriges oder doch ein in eine geordnete Verbindung zu bringendes Ganzes, und daraus ergäbe ſich, wie mir ſcheint, die wohlthätigſte und zweckmäßigſte Stellung dieſer Staaten zuſammen, Bayern mit innebegriffen, zwiſchen und neben Preußen und Oeſterreich. Dann würde eigentlich in Deutſchland der Schwerpunkt gerade in dieſem Verein der Mittelſtaaten liegen, einem Verein deſſen große Gefahren ich mir freilich nicht verberge, denn wie derſelbe ſich bilden würde, würde er ſogleich der Zielpunkt der verſchiedenſten Beſtrebungen und Einwirkungen ſowohl der auswärtigen Politik als der preußiſchen und öſterreichiſchen werden. Wir müſſen aber immer das Vertrauen zu dem guten Geiſt der deutſchen Nation haben daß wir hoffen der Sinn für die deutſche Einigkeit, der Patriotismus, ſey fremden Intereſſen gegenüber noch ſo ſtark, oder könne wenigſtens wieder ſo gekräftigt werden daß dieſer Verein von kleineren mittleren Staaten den ihm drohenden Gefahren und Verſuchungen zu widerſtehen die moraliſche Kraft und Entſchloſſenheit hätte. Darauf beruhen überhaupt alle unſere Hoffnungen für die Zukunft. Wenn wir dem deutſchen Volk, und beſonders dem Theil den wir hier ins Auge faſſen müſſen, nicht dieſe moraliſche Kraft zutrauen ſich der von außen bedrohenden Corruption zu erwehren, bleibt uns freilich nichts als an der Zukunft Deutſchlands zu verzweifeln. Ich

gehöre nicht zu den Verzweifelnden, ich halte noch an der Hoffnung fest, so lange überhaupt in der deutschen Nation ein gesunder Kern und Stamm des Volks vorhanden ist, und das, glaube ich, ist noch der Fall. So weit ist die Corruption, die Erschlaffung einerseits und der blinde Parteifanatismus andererseits in Deutschland noch nicht herrschend geworden, daß wir darum schon an der Zukunft des Vaterlands verzweifeln müßten. Und wohl würden manche Schwierigkeiten die jetzt fast unauflöslich erscheinen, sich gerade lösen können durch diese Bildung eines solchen mitteldeutschen Staatenvereins, der füglich, wie schon bezeichnet worden, Westdeutschland heißen könnte. Ich verkenne nicht daß eine Macht da ist deren ganzes Interesse es erfordert das Zustandekommen dieses Vereins zu hemmen, und diese Macht ist nicht Oesterreich, sondern Preußen. Preußen würde durch diese Vereinigung der kleineren Staaten vor allen bedroht seyn; Preußen, dessen rheinische Provinzen dann, ich möchte sagen mit unwiderstehlicher Anziehungskraft, nach diesem Verein sich hingezogen fühlen würden; Preußen das seiner geographischen Lage nach darauf bedacht seyn muß sich zu arrondiren, zu seiner weitausgestreckten Gestalt einen Inhalt, einen Leib durch die Incorporation Hannovers, Sachsens 2c. zu sichern. Das Interesse dieses Staats ist es überhaupt das der künftigen Gestaltung Deutschlands vorzugsweise im Wege steht. Ich erhebe damit keine Beschuldigung gegen Preußen; ich kann zwar das was in dieser Beziehung sehr beredt und mit Sachkenntniß uns bereits gestern vorgeführt wurde, nicht in Abrede stellen; aber ich bin der Ansicht daß Preußen in dieser Politik nur einer gewissen Naturnothwendigkeit gehorcht, und daß die Geschicke Preußens vielleicht mehr als die irgendeines andern europäischen Staats, ich möchte sagen, unabhängig sind von dem persönlichen guten oder schlimmen Willen des Monarchen und seiner Rathgeber 2c. Es erfüllt sich in dem Gang den Preußen einschlägt, eine durch die vorausgegangene Geschichte dieses Staats fast unvermeidlich gewordene Nothwendigkeit. Wir müßten Preußen eine in der Geschichte fast unerhörte Verläugnung aller seiner Interessen, ja vielleicht seiner Lebensbedingungen zumuthen, wenn es, besonders in der Lage wie die gegenwärtige, diese Versuche nicht machen, diese Bahn nicht einschlagen sollte. Ich wenigstens kann mich auf den Standpunkt eines preußischen Staatsmannes, eines Patrioten versetzen. Ich habe ihre Aeußerungen über diese Verhältnisse, über die Gesetze nach denen ihre Politik sich regeln muß, oft in Frankfurt aus dem Munde der Bestunterrichteten vernommen. Mir fiel, sobald man auf Preußens Stellung und Aufgabe zu sprechen kam, die merkwürdige Uebereinstimmung auch bei den am weitesten auseinandergehenden Männern auf, und ich überzeugte mich daß hier eine Gemeinsamkeit der Ansichten ist, eine gewisse allgemein verbreitete Ueberzeugung von der Rolle die Preußen von der Vorsehung angewiesen sey, und welche durchzuführen es nicht umhin könne; ich fühle mich dadurch zu einer milderen Beurtheilung der preußischen Politik aufgefordert; ich bescheide mich daß hier manche Interessen im Spiel sind die wir nicht gleich überschauen, und die gleichwohl eine so gebieterische Nothwendigkeit, einen so bestimmten Gang vorzeichnen daß selbst der der seiner ganzen Geistesbildung nach einer andern Anschauung zugethan ist, der für sich eine andere Bahn einschlagen möchte, widerwillig genöthigt ist in diese vorgeschriebene Bahn immer wieder einzulenken. Es wäre über die gegenwärtige Frage, selbst nach den trefflichen Reden die wir bereits vernommen haben, noch einzelnes zu sagen. Da aber das genau zusammenhängt mit dem Antrag der von Hrn. Paur und Consorten gestellt war, und dieser Antrag eine besondere Discussion erfordern wird, so behalte ich mir vor, wenn irgend das Wort mir noch einmal wird, noch einiges, namentlich über die Stellung Bayerns im gegenwärtigen Moment, soweit es mit diesem Antrag zusammenhängt, zu erwähnen. Ich wiederhole das Wort mit dem ich meine Rede begonnen habe: „Eintracht schafft Macht!" Ich glaube daß wir alle Ursache haben der bayerischen Regierung, soweit sie bisher diese so äußerst schwierige Angelegenheit geführt, in der Hauptsache beizustimmen. Ich wüßte nicht wie ein anderer Gang im wesentlichen hätte eingeschlagen werden sollen. Ich finde daß wir dabei auch noch in einer der schwierigsten Lagen ihr danken und von Glück sagen können daß die Dinge nicht eine für Bayern selbst und für Deutschland noch schlimmere Wendung genommen haben. Denn ich bin in der Betrachtung des gegenwärtigen Zustandes, und namentlich des jetzt geschaffenen Interims, keineswegs ein Pessimist, und möchte nicht gerade dieses Interim, wie ein Hr. Redner sich ausdrückte, als eine unendliche Calamität bezeichnen. Ich kann schon deßhalb keine unendliche Calamität darin finden, weil es ja nur einige Monate dauern soll. Ich gestehe daß ich von Anfang keinen andern Ausgang dieser Frage erwartete als den der uns jetzt vor Augen liegt. Der Anspruch Bayerns auf unmittelbare Theilnahme an der Centralgewalt konnte im gegenwärtigen Augenblick, wie schon ausgeführt worden ist, keine Befriedigung finden; es wäre selbst für Bayern, wie ich glaube, nicht einmal im gegenwärtigen Moment eine Wohlthat gewesen an der interimistischen Geschäftsführung der Centralgewalt theil zu nehmen... Ich erinnere mich daß in der Frankfurter Versammlung ein sehr geehrter Mann, der angesehene Führer einer Partei, der Frhr. v. Vincke, einmal den Ausspruch that: „Wir Preußen lieben unsern Fürsten," und diesen Ausspruch that er unter dem Beifall der Mehrzahl seiner Landsleute. Sollen wir Bayern bei einer solchen Gelegenheit, wo allerdings vielleicht selbst die Existenz unserer Dynastie in Frage gestellt ist, sollen wir da wirklich der Regierung zumuthen sie solle mit Hintansetzung aller dynastischen und particularistischen Interessen vorgehen, also wenn z. B. nach dem Plane welcher von einer Seite in Antrag gebracht ist, in nächster Zeit wieder eine Nationalversammlung zu Stande kommt, und die Majorität der Versammlung beschließt die unmittelbare Einführung des Einheitsstaats, folglich die unmittelbare Mediatisirung der deutschen Mittelstaaten, also geradezu die Absetzung oder Entfernung der Dynastien — soll nach diesem Votum unserer Versammlung die bayerische Regierung verpflichtet seyn auch dazu die Hand zu bieten, um sich nicht die Beschuldigung zuzuziehen daß sie, der bayerischen Kammer entgegen, gleichwohl dynastische Interessen vertreten und dadurch das Zustandekommen der deutschen Einheit verhindert habe? Wir haben in jüngster Zeit Erfahrungen genug darüber gemacht wie gefährlich es ist mit solchen vielsagengen Ausdrücken — ich möchte fast sagen — zu spielen. Es sind zweischneidige Schwerter, und es fehlt nicht an solchen die einen solchen Ausdruck ergreifen, ihm ihre Bedeutung unterschieben und eine Interpretation darauf bauen welche auch wohlerworbene feste Rechte umzustoßen im Stande ist. Wir haben das sprechende Beispiel am Beschlusse der Nationalversammlung vom 4 Mai, welchen man so interpretirt hat als ob sie damit den Aufstand in der Pfalz und in Baden provocirt und unter ihre schützenden Fittige genommen habe. Aber steht denn das was der Regierung in diesem Antrag untersagt werden soll, mit dem was ihr eingeschärft werden soll wirklich im Widerspruche? Wir sind gar nicht der Ueberzeugung, wenigstens ich nicht, daß unsere particularistischen und dynastischen Interessen im unauflöslichen Widerspruch mit einer deutschen und wahrhaft constitutionellen Politik stehen. Ich glaube im Gegentheil, es gibt einen gesunden Particularismus, der uns in nächster Zeit retten muß, wenn uns ja noch etwas rettet, und wenn ein verehrter Redner vor mir unter anderem geäußert hat: daß das Unglück in Deutschland hauptsächlich daher gekommen sey daß man eine ungeschickte Nachahmung der französischen Revolution in Deutschland hat durchführen wollen, möchte ich nur daran erinnern daß die französische Revolution wesentlich darum ihre Entwickelung genommen hat, die wir kennen, weil es den Franzosen an allem gesunden Particularismus zum Unglück von Frankreich gebrach, das heißt: wäre ein gesunder Particularismus dagewesen, wäre in den einzelnen Provinzen Anhänglichkeit an die bestehenden noch guten Provincialinstitutionen und Eigenthümlichkeiten vorhanden gewesen, so würde es in Frankreich nicht so zugegangen, nicht so schnell tabula rasa gemacht worden seyn. Wo ein solcher Particularismus da war, z. B. in der Vendee und Bretagne, da scheiterte die Revolution, wenigstens war ihr Erfolg sehr partiell, und jene Provinzen haben sich manches gerettet durch ihren gesunden und zur rechten Zeit geltend gemachten Particularismus, was dem übrigen Frankreich im Taumel der Revolution verloren ging. Schmähen wir nicht das was gegenwärtig noch Bedingung des Gedeihens in Deutschland ist. Ich kenne allerdings auch einen schlechten und verwerflichen Particularismus, aber mit der Allgemeinheit in welcher hier alles Aufgeben der particularistischen Interessen der Regierung zugemuthet wird, kann ich mich nicht befreunden. Ein gesunder Particularismus ist gerade in Deutschland noch das lebenskräftige und conservative Element, auf dieses müssen wir bauen um zu einer wahren und dauerhaften Einheit zu gelangen. Hätten wir in Deutschland die Revolution ihr Werk der Zerstörung vollziehen lassen an allen Institutionen und Eigenthümlichkeiten der einzelnen Staaten und Stämme, so hätten wir wohl auf dieser tabula rasa eine gewisse Einheit erlangt, an der wir aber nie eine Freude gehabt haben würden, eine Einheit die uns zum Fluch und zum Verderben geworden wäre. Nach diesen Erinnerungen möchte ich nur noch auf eines aufmerksam machen, was ich jetzt noch gleich anknüpfen will, weil eine besondere Discussion nicht stattfinden wird. Ein anderer in die Kammer gebrachter Antrag schlägt vor: die Regierung aufzufordern daß sie zu einer unverzüglichen Berufung einer neuen Nationalversammlung die Hand biete. Wie ich über diese neue Versammlung denke, werden Sie aus dem von mir Gesagten bereits vernommen haben. Die Parteien von denen ich vorhin sprach, die in Frankfurt ihr Wesen trieben, diese Parteien bestehen gegenwärtig noch in Deutschland in theils ungeschwächter, theils nur wenig geschwächter Kraft. Wir würden uns sehr bedenklichen Illusionen hingeben, wenn wir von einer neuen Nationalversammlung die Erwartung hegten daß die Sache daselbst wesentlich besser gehen würde, und daß dieser verderbliche Parteikampf, der die Nationalversammlung zu

ihrem traurigen Ende gebracht hat, nicht gleich bei dem Anfang der neuen auch wieder beginnen würde. Ich mache nur aufmerksam auf die Resultate der Wahlen in verschiedenen Gegenden Deutschlands, unter andern auf den Ausgang der sächsischen Wahlen, die uns schon zeigen daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Stellung der sächsischen Deputirten auf einer neuen Nationalversammlung keine sehr verschiedene von der in Frankfurt behaupteten werden würde. Ich bezeichne hier noch eine Quelle des traurigen Zustands in Deutschlands, den wir alle beklagen, und zwar keine der geringsten: das — und ich glaube dabei namentlich an alle Männer juristischer Bildung appelliren zu dürfen — das ist gewiß der Mangel eines gesetzlichen Sinnes in weiten Kreisen der deutschen Nation. Man muß diesen Schaden beim rechten Namen nennen. In dieser Beziehung stehen wir Deutschen gewiß andern Völkern, namentlich der englischen Nation weit nach; jener hohe Respect vor der Autorität des Gesetzes, der in England gewissermaßen Lebensbedingung ist, den man dort, sowie man den englischen Boden betreten, gleichsam mit der Luft einathmet, ist ein Element das in Deutschland von sehr untergeordneter Kraft und Bedeutung ist. Ungesetzlichkeit oder weitverbreitete Achtungslosigkeit vor dem Gesetze ist in Deutschland gewiß eine der wesentlichsten Volkskrankheiten. Freilich darf uns dieß nicht Wunder nehmen. Die bureaukratische Verwaltung Deutschlands während einer so langen Zeit hat gewiß viel dazu beigetragen; die Vielregiererei, das endlose Machen von Gesetzen und Polizeiverordnungen über alle möglichen Verhältnisse — was konnte das anders beim Volke hervorbringen als eine gewisse Mißachtung vor dem Gesetze, und es ist begreiflich daß es selbst in neuester Zeit noch nicht zwischen wirklichen Gesetzen und andern Verordnungen zu unterscheiden gelernt hat, und daß es in jeder gesetzlichen Schranke nur eine Erfindung der Willkür und eine drückende Last sieht. Nun aber haben die Ereignisse in der Frankfurter Nationalversammlung wesentlich dazu beigetragen dieses Uebel des Mangels der Achtung vor dem Gesetze in Deutschland noch zu vergrößern. Wenn inmitten von Deutschland eine Tribüne aufgerichtet war von welcher Tag für Tag Reden vernommen und mittels der Presse durch ganz Deutschland verbreitet worden sind in denen allem Gesetze und der darauf gegründeten Ordnung Hohn gesprochen, alle Autorität herabgewürdigt wurde, in denen das Volk aufgefordert wurde sich selbst zu bewaffnen und zur That, zur gewaltsamen Selbsthülfe zu schreiten, wenn im Verlaufe der traurigen Conflicte, welche an die Nationalversammlung sich knüpfen, Autorität gegen Autorität stand, Regierungen gegen Stände, Regierungen gegen die Nationalversammlung, und die Parteien gegen einander, was konnte das auf das Volk in Masse für einen Eindruck machen als den das Ansehen der gesetzgebenden Autorität wesentlich zu schwächen und herabzusetzen und den Sinn für gesetzliche Ordnung abzustumpfen? Wenn ich mir nun von einer neu zu berufenden Nationalversammlung im wesentlichen keine bessere Hoffnung machen kann, solange die Parteien, wie es gegenwärtig der Fall ist, in Deutschland noch kampfgerüstet einander gegenüberstehen, und auf den Augenblick warten wo es ihnen wieder vergönnt seyn würde alle Mittel der Demagogie, der Agitation in Deutschland loszulassen, so begreifen Sie daß ich schon aus diesen Gründen dem Antrag, zunächst das Schicksal Deutschlands dadurch zur Entscheidung zu führen daß wieder in unmittelbar nächster Frist eine Nationalversammlung werden sollte, unmöglich beitreten kann.

Fürst v. Wallerstein erwiederte in Bezug auf das Allgemeine der deutschen Frage: Der geehrte Hr. Redner hat einige meiner Aeußerungen direct mißdeutet. Vor allem hat er behauptet, ich fordere von der Kammer ein Mißtrauensvotum. Ich habe geäußert daß wir, meine Freunde und ich, zu der Politik des Ministeriums unmöglich unsere Beipflichtung aussprechen können. Ich habe aber auch, ich fordere Ihr Gedächtniß auf, gesagt: wenn die Majorität der Politik nicht widersprechen will, so möge sie die einfache Tagesordnung annehmen. Ebenso hat Hr. Döllinger keinen Anstand genommen zu behaupten, ich hätte beklagt daß nicht die ganze Linke in Deutschland sich an den anarchischen Bewegungen der jüngsten Zeit betheiligt habe. Wer kann das behaupten? Ich habe erklärt daß die Linke sich in drei verschiedene Richtungen gespalten habe, in die erste welche thatsächliche Erhebung wollte, in die zweite welche Demonstrationen wollte bis zur Gränze der Legalität, und in die dritte welche auf die moralische Action rechnete. Ich habe beigefügt daß es empörend ist wenn heute die Bureaukratie der gesammten freisinnigen Richtung in Deutschland Schuld an jener Bewegung beimißt, welche einen ganz andern Charakter angenommen hätte wenn die ganze Fortschrittspartei sich dabei betheiligt hätte. Wenn man zu Eintracht mahnt, so möge man auch die Worte nehmen wie sie gesprochen wurden, denn Verdrehungen der Worte führen nicht zur Eintracht. Der geehrte Hr. Vorredner kennt zwei Parteien, die Partei „des sogenannten Fortschrittes" und die erbkaiserliche Partei als solche an welche gegenseitig Deutschland ruinirt hätten. Natürlich seine Partei ist die harmlose, die unschuldige. (Gelächter.) Erster Präsident: Ich muß die Galerien erinnern daß sie sich jeder Aeußerung des Beifalles oder Mißfallens zu enthalten haben. Fürst v. Wallerstein: Sie hat mit der Gutmüthigkeit des Lammes zugesehen und über die Fehler geseufzt. Ich lasse es mir gefallen, und erkläre es mir gar wohl, daß diese Partei gegenwärtig sobald kein Parlament will. Die heute siegreiche Partei hat kein Bedürfniß nach Volksvertretung, und allerdings mögen die sächsischen Wahlen zunächst beweisen es sey noch ein Gefühl im deutschen Volke, welches reagirt gegen die Siege dieser Partei. Allerdings mag diese Partei Ursache haben dieses Parlament soweit als möglich hinauszuschieben, denn es werde gewählt wie es will, so wird es sich anders geltend machen als das Dogma der erwähnten Partei. Weiter hat man von der Trias gesprochen, anknüpfend an meine Aeußerung. Ja, ich habe geäußert daß Bayerns Größe, Macht und Bedeutsamkeit in der Größe, Macht und Bedeutsamkeit des gesammten nicht großstaatlichen Deutschlands liege. Aber ich war weit entfernt einen Bund zwischen dem nicht großstaatlichen Deutschland in diesem Augenblick zu beantragen. In diesem Augenblick kann das nicht großstaatliche Deutschland sich nicht verbinden, dafür ist gesorgt; auch können die beiden Großmächte in diesem Augenblick einen solchen Bund nicht zulassen. Denn da nothwendig ein Druck der beiden Großmächte auf dieses Deutschland stattfindet, so müßte sich dasselbe auf Frankreich stützen, und dieses können die Großmächte auf keinen Fall zugeben. Es war der Moment gegeben, er kann wieder kommen, gegenwärtig ist er nicht. Man hat weiter angespielt auf das Wort „dynastisch." Niemand wird glauben die HH. Paur, Weiß und die andern Antragsteller hätten ihren Antrag dahin verstanden wissen wollen: daß, wenn die zu berufende Versammlung alle Dynastien wegdemonstrire, sie hiezu ihre Einwilligung gegeben haben. Das ist weder der Sinn der Worte noch der Sinn der Antragsteller. Was bedeutet dieses Wort? Man hat hinter den dynastischen Begriff alle Ideen der Bureaukratie gehäuft und verschanzt. Man nennt es antidynastisch wenn Deutschland ein Centralorgan bekommt, indem man dadurch die Souveränetät der Dynastien anzugreifen wähnt, während dieselben Dynastien zehn Jahrhunderte hindurch stolz waren unter dem deutschen Kaiser zu seyn, und während sie unter dieser Unterordnung eine hohe und edle Rolle behauptet haben. Uebrigens wenn je eine Verbindung des nicht großstaatlichen Deutschlands zu Stande kommen solle, so ist vor allem eine Vorbedingung daß nicht das wieder auftauche und die Zügel in Bayern ergreife was uns in den letzten zehn Jahren vor der Bewegung von dem ganzen nicht Groß-Deutschland isolirt hat. Ich nenne die Richtung nicht; Sie verstehen mich ohnehin, Sie werden mir aber zugeben daß, wenn etwas uns von Württemberg, Baden, Hessen und überhaupt den kleineren Staaten entfremdet hat, es nur das Kopfüber Kopfunter war, womit wir uns in die Arme einer gewissen politisch-religiösen Richtung gestürzt haben."

|| **München**, 12 Nov. Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich heute in einer fast vierstündigen Sitzung, der die sämmtlichen Staatsminister, mit Ausnahme jenes des Kriegs, und 35 Kammermitglieder, darunter drei königliche Prinzen und ein bloß sitzberechtigter Reichsrath, anwohnten, mit der deutschen Frage. Der Antrag des Referenten Graf v. Armansperg, der im Ausschuß allseitig gebilligt war, wurde auch heute von allen Rednern — Prinz Luitpold, Graf C. Seinsheim, Frhr. v. Lotzbeck, Fürst Hohenlohe, Graf Arco-Valley, v. Niethammer, Frhr. v. Zu-Rhein, Heintz und Maurer — unterstützt, und schließlich in drei gesonderten namentlichen Abstimmungen mit Einstimmigkeit angenommen. Dieser Antrag lautet wörtlich: „Die hohe Kammer der Reichsräthe wolle durch einen förmlichen Beschluß in ihr Protokoll, nunmehr auf Grund der gemachten Vorlagen vom 24 Sept. d. J. über das ganze Verfahren und Benehmen der Staatsregierung in der deutschen Verfassungsangelegenheit während der Zeit vom 21 Mai bis 17 Sept. d. J. und über die von derselben hiebei an den Tag gelegte Bewahrung der wohlverstandenen Interessen Deutschlands und Bayerns, die dankbare Anerkennung, zugleich hierauf und auf den anerkennenden Beschluß vom 23 Mai d. J. gestützt, das wohlbegründete und volle Vertrauen niederlegen daß die Staatsregierung in der deutschen Frage den Grundgedanken der Einigung des gesammten Deutschlands festhalte, in diesem Geiste für das Zustandekommen einer definitiven Verfassung mit einer wahrhaften Volksvertretung kräftigst fortwirke, unbeschadet dieser Aufgabe vor allem die industriellen und handelspolitischen Verhältnisse einer gemeinsamen Regelung unter allen deutschen Staaten wirksam zuführe, übrigens in Betreff der Convention vom 30 Sept. und der deßhalb stattgefundenen Vorlagen im Hinblick auf die bestandenen Verhältnisse zur motivirten Tagesordnung übergehe." Wir kommen in einem ausführlichen Bericht auf die einzelnen Reden der HH. Reichsräthe und auf das Schlußwort des Hrn. Staatsministers v. d. Pfordten zurück.

München, 11 Nov. Das Amnestiegesetz wird einen der ersten Berathungsgegenstände in der zweiten Kammer bilden. Wie man ver-

nimmt, werden die fränkischen und pfälzischen Abgeordneten vereint eine Reihe Abänderungsvorschläge und Zusätze einbringen, da nach ihrer Ansicht die eingebrachte Amnestie so gut wie gar keine sich erweist. Es steht nämlich fest daß die ordentlichen Gerichte gegen a l l e in diese Amnestie Eingeschlossenen ohnedieß keinerlei Schuld zu erkennen in der Lage sind, wie es denn andrerseits der Fall seyn könnte daß der Ausspruch mancher Gerichtshöfe sich so in die Länge zöge daß ihm das Amnestiegesetz den Vorsprung abgewinnen würde. (N. N.)

□ **München,** 10 Nov. Es hat dem || Correspondenten Ihres Blattes beliebt eine von dem Abgeordneten v. Lerchenfeld bezüglich der vom Fürsten v. Wallerstein im Namen der vereinigten Fractionen der Linken übergebene Motivirung ihrer Abstimmung in der deutschen Frage gemachte Aeußerung in einer Weise zu erwähnen, als habe Frhr. v. Lerchenfeld eine ohne Entscheidung gebliebene Conversation darüber angeregt: ob im Protokoll die fragliche Erklärung als von der Linken ausgehend bezeichnet werden dürfe? Hätte sich die Aeußerung des Abgeordten v. Lerchenfeld wirklich nur auf den angegebenen Inhalt beschränkt, so möchte ihm wohl mit Recht der Vorwurf gemacht werden können daß es unpassend gewesen bei einem Gegenstand von so unendlicher Wichtigkeit eine Frage von so untergeordneter Bedeutung aufzuwerfen.*) Da dem aber nicht so war, so wird es wohl vom Standpunkt der Unparteilichkeit aus einem unbefangenen Beobachter gestattet seyn die nothwendige Berichtigung zu geben. Als es sich nämlich darum handelte die Zustimmung zu dem Kirchgeßner'schen Antrag zu motiviren, dem eigentlich consequent eine Partei nicht zustimmen konnte welche bisher bei jeder Gelegenheit die Endgültigkeit der Frankfurter Reichsverfassung proclamirt hatte, ergriff Frhr. v. Lerchenfeld das Wort um von dem in jüngster Zeit in verschiedenen Parlamenten, namentlich in Frankfurt, eingerissenen Mißbrauch abzumahnen durch eine Art von Mentalvorbehalten die Abstimmung zu motiviren, und so für Anträge zu stimmen die offenbar auf einer ganz anderen Ueberzeugung beruhen als wovon der Zustimmende ausgeht: eine Mahnung welche umsomehr am Platze erscheint, wenn man berücksichtigt daß der Abgeordnete Arnheim sich ausdrücklich gegen die fragliche Motivirung verwahrte, und wenn man die Gründe durch welche die Abgeordneten Arnheim, Schnitzlein und Kirchgeßner den Antrag des letzteren zur Annahme empfahlen, mit jenen vergleicht durch welche Fürst Wallerstein seine und seiner Partei Zustimmung zu demselben zu rechtfertigen suchte. Wenn, wie uns wenigstens schien, eine Hinweisung hierauf der Hauptzweck der Lerchenfeld'schen Rede war, so führte er allerdings bei dieser Gelegenheit auch an daß ihm die Bezeichnung eines jeder Unterschrift ermangelnden Actenstückes, als „von der Linken ausgehend", nicht bestimmt genug für eine Urkunde erscheine welche nach dem Wunsche des Ueberreichers dem officiellen Abstimmungsprotokoll einverleibt werden sollte. Diese Ansicht des Abgeordneten v. Lerchenfeld möchte auch umsomehr als begründet erscheinen, wenn man sich erinnert daß bekanntlich keine amtlich anerkannten Verzeichnisse der einer jeden Partei angehörigen Mitglieder aufgestellt werden, und auch in Wirklichkeit die Ansichten darüber keineswegs übereinstimmen, welche Mitglieder oder auch nur welche Fractionen zur Linken zu rechnen seyen und welche nicht, und wenn man die Reden der Abgeordneten Ultsch und Prell, die doch wohl auch zu der Linken gehören und ihre entschiedenste Mißbilligung der ministeriellen Politik aussprachen, mit der erwähnten Verwahrung des Abgeordneten Arnheim vergleicht, den wir ebenfalls bisher für ein Mitglied einer der Fractionen der Linken hielten.

Hannover. Wir haben den Anfang der Thronrede mitgetheilt. Sie lautet im Verfolg: „Wenn aber Hannover vor den Schrecken der Anarchie und des Bürgerkrieges bis jetzt glücklich bewahrt geblieben ist, so fordert dieses um so dringender auf diejenigen Einrichtungen ins Leben zu rufen welche erforderlich sind um dem Gesetze vom 5 Sept. 1848 volle Ausführung zu sichern. Die Regierung wird ihre zu diesem Ende an die letzte Ständeversammlung gerichteten Anträge erneuern. Sie hat die Zwischenzeit benutzt theils das Vorliegende wiederholter Prüfung zu unterziehen, theils das annoch Fehlende zu vollenden; und hofft noch während des Laufs der ständischen Berathung den Kreis der jetzt erforderlichen Gesetze völlig abgeschlossen vorlegen zu können. Je mehr aber Ruhe und Ordnung zurückkehren und so auch in den Nachbarländern Kräfte und Mittel großen Unternehmungen zur Entwicklung von Wohlstand und Verkehr zugewendet werden, um so dringender wird es auch für Hannover, neben Erhaltung der bisher ungetrübten Ordnung in den gewöhnlichen Geschäften und Bedürfnissen, auch jene größern Pläne nicht hintanzusehen deren Ausführung durch die Ereignisse der letzten Jahre unterbrochen ist. Unter diesen Umständen kann die Regierung mit doppelter Befriedigung Ihnen mittheilen daß der Staatshaushalt — abgesehen freilich von den großen Opfern welche die außerordentlichen Ereignisse der beiden letzten Jahre mit sich brachten — einen ermuthigenden Anblick gewährt. Eine die Anschläge abermals übertreffende Steuereinnahme, und ein Staatscredit welcher von dem keines andern deutschen Staates übertroffen wird, gewähren dem Lande den sichern Beweis wie sehr seine eigne Haltung in den Stürmen dieser Zeit die eigne Wohlfahrt gesichert und die Achtung vermehrt hat die es genießt und verdient. In diesem wohlgeordneten und gesicherten Haushalt besitzt das Land die erste Bedingung und die Mittel zu jeder Kraftentwicklung welche seine eigne Wohlfahrt fordern mag. So liegt denn, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen, vor Ihnen ein weites Feld heilbringender Thätigkeit. Mögen Ihre Verhandlungen dazu dienen die Früchte welche es verspricht zu zeitigen und die Schwierigkeiten welche noch im Wege liegen zu überwinden. Im Namen Sr. Maj. des Königs erkläre ich die Ständeversammlung für eröffnet.

* **Hannover,** 9 Nov. Der Landtag ist eröffnet — nicht durch den König in Person, sondern durch Graf Bennigsen. Das Cerimoniell war das gewöhnliche. Ungewöhnlich konnte es nur erscheinen daß im Vorhofe des ständischen Hauses eine Compagnie Bürgergarde mit schwarz-roth-goldener Fahne, den Reichsadler inmitten, aufgestellt war. Die Diplomaten, englische, russische, französische, preußische u. s. w. welche sich sehr zahlreich eingefunden, gewiß nicht um neues aus der Thronrede zu erfahren, sondern um eine müßige Stunde hinzubringen und einer Gewohnheit zu genügen, lächelten fein, wie sie in ihrer Loge lächelten über den Ernst mit welchem die HH. Stände die Komödie hinnahmen. Die Thronrede zeugt von dem Fortschritt unseres Ministeriums in der Kunst des Diplomatisirens. Sie sagt vieles und nichts, und alles mit vieldeutigen Phrasen. Soll ich sie übersetzen? „Es ist in Deutschland weder der äußere Friede mit Sicherheit hergestellt, noch die nothwendige E n t w i c k e l u n g und V e r v o l l k o m m n u n g seiner Gesammtverfassung, welche seit länger als einem Jahr der Mittelpunkt aller Thätigkeit bildet, erreicht worden." Dieser Einleitungssatz ist der klarste, ich brauche nicht darauf aufmerksam zu machen daß Entwickelung und Vervollkommnung der Gesammtverfassung auf das B e s t e h e n derselben in alter Integrität hindeutet, der Hauptgesichtspunkt von welchem unsere Regierung gegenwärtig ausgeht. Die Zeit wo es schien als erkenne dieselbe den Untergang der Gesammtverfassung an, die Separatverhandlungen mit Preußen, werden gar nicht erwähnt. Doch soll sich wohl hauptsächlich hierauf der nächste Passus beziehen: „Se. Maj. haben befohlen Ihnen v o l l s t ä n d i g e Kenntniß von den (?) Verhandlungen zu geben." Nun, wir werden sehen. „Je mehr die Bedingungen ruhiger Entwickelung hergestellt sind, um desto ernster wird der König dahin streben der übernommenen Verpflichtung gemäß Deutschlands E i n i g u n g und die Erreichung einer G e s a m m t v e r t r e t u n g des deutschen Volkes im v e r f a s s u n g s m ä ß i g e n W e g e zu verwirklichen." Die Motivirung ist brav, wie aber auf dem Wege welchen der weiland Bundestag bestimmte, dem der Einhelligkeit, zu einer Einigung und Gesammtvertretung zu gelangen, schwer einzusehen. Es wird somit etwas versprochen dessen Erfüllung unmöglich ist. Jetzt wird das frühere ehrenwerthe Motiv wiederholt: „Wenn Hannover vor den Schrecken der Anarchie und des Bürgerkriegs bis jetzt glücklich bewahrt ist, so fordert dieß um so dringender auf diejenigen Einrichtungen ins Leben zu rufen welche erforderlich sind um dem Gesetze vom 5 Sept. 1848 volle Ausführung zu sichern." Wie, nur dem Gesetze vom 5 Sept., nicht dem Ministerialprogramm vom 22 März? Sollen diejenigen Bestimmungen der Grundrechte welche in dem Schreiben des Gesammtministeriums vom 10 Febr. d. J. die Grundrechte betreffend als unverfänglich anerkannt wurden, nicht gleichfalls ins Leben geführt werden? „Die Regierung wird zu diesem Ende die an die letzte Ständeversammlung gerichteten Anträge erneuern! Ob alle, wird man heute sehen. Der nächste Passus läßt sich einfach so übersetzen: da Detmold, Hessen, Preußen an eine Verbindung der jetzt bei Karlshafen mündenden Eisenbahn, mit der Minden-Kölner oder Minden-Bremer denken, so ist es Zeit an unsere Südbahn zu gehen, und dann zur Ausgleichung auch an die Westbahn, welche beide bekanntlich von den Ständen schon längst bewilligt sind. Neid ist in Deutschland bei allen Eisenbahnen die mächtigste Triebfeder gewesen, so wird er denn auch dießmal wohl uns zu Hülfe kommen. Nun kömmt eine Lobrede auf den einen ermuthigenden Anblick gewährenden Staatshaushalt: „eine die Anschläge abermals übertreffende Steuereinnahme und ein Staatscredit welcher von dem keines andern Staats übertroffen wird." Es ist wahr unsere Zölle haben im Verein mit Oldenburg abermals ihre Steuerkraft glänzend bewährt und einen Ueberschuß geliefert der — das Deficit beinahe deckt. Es ist dieß Resultat übrigens keineswegs zu verwundern, und erklärt sich einfach aus dem

*) Jener Vorbericht der Kammerverhandlung, der immer die ganze Sitzung nur mit zehn bis zwölf Zeilen voruberführt, sollte auf jene Episode nur hindeuten, und mußte den nachträglichen umfassenden Mittheilungen das weitere überlassen.

wohlweise verschwiegenen Umstande daß das 1834 eingeführte Steuersystem die Einnahmen schlecht, d. h. viel zu niedrig veranschlagte, weßhalb Hannover seit 1834 etwa ½ Million Thaler Steuern jedes Jahr mehr aufbringen mußte als es bedurfte und Millionen von Ueberschüssen entstanden. Wir haben nun noch dasselbe Steuersystem nach welchem wir in Gemäßheit der Berechnung des Hrn. Stüve schon seit 1840 jährlich 307,317 Thaler hätten ersparen, d. h. an directen Steuern nachlassen können. Wir haben seit 1841 Biersteuer, Salzsteuer, Stempelsteuer, Besoldungs-, Einkommens- und Gewerbesteuer, Häusersteuer, welche in Gemäßheit der Stüve'schen Vorschläge 1841 wegfallen konnten, bezahlt, aber wir haben keine Ueberschüsse mehr, sondern ein Deficit ist schon da, oder klopft doch an die Pforten. Das sind die Gedanken welche beim ersten Anblick der Thronrede uns aufstießen... Da die Opposition bis jetzt aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, nur darin einig daß sie das Verfahren Stüve's in der deutschen Frage und einigen innern Angelegenheiten mißbilligt, so wird sich dieselbe theilen sobald es zur Aufstellung eines positiven Programms kömmt. Hr. v. Bodelschwingh darf sich jedoch aus dieser Opposition keinenfalls die Hoffnung bilden daß das Verhalten unserer Regierung dem Dreikönigsbündnisse gegenüber mißbilligt würde, oder daß die Demokratie sich hinreißen ließe Hrn. Stüve bei einer innern Angelegenheit zu stürzen. Leider fehlt es dazu nicht an Gelegenheit da die Beanstandung der Wahl Weinhagens von einer großen Zahl gemißbilligt wird, das Zurückziehen der Vorlagen über die Grundrechte (soweit solche im Februar für zulässig erachtet wurden) über die Geschäftsordnung u. s. w. böses Blut erregt. Uebrigens sind den Ständen so viel Vorlagen gemacht, daß eine halbjährige Sitzung zu deren Erledigung unmöglich ausreicht. Heute erschien die hiesige demokratische Volkszeitung mit schwarzem Rande zur Erinnerung an Blums Todestag. Die Bestätigung der Verurtheilung des Dr. Althaus wird die Amnestiefrage wegen aller politischen Vergehen in den nächsten Tagen auf die Tagesordnung der Stände bringen.

Preußen. In Erwiederung auf die in der Fr. O. P. A. Z. vom 5 d. befindliche „offenbar aus amtlichen Quellen geflossene Mittheilung" über die Gefion (die Frankf. Oberpostamts-Ztg. hatte, wie man sieht, in der fraglichen Mittheilung die vom Reichsministerium der Marine zusammengestellten Actenstücke benutzt — s. Allg. Ztg. vom 8 Nov. Beil.) enthält der Preuß. Staatsanzeiger einen längern Artikel daß dergleichen Insinuationen (über directe oder indirecte Auslieferung der Gefion an Dänemark — s. Actenstück I in der Allg. Ztg.) nur mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen und kaum mit völliger Unwissenheit und Urtheilslosigkeit ihrer Erfinder entschuldigt werden, sondern nur aus bösem Willen hervorgegangen seyn können, bedarf für den der die Lage der Dinge und die völkerrechtlichen Verhältnisse kennt, keiner Bemerkung. Ebensowenig wird es irgendeinem Unbefangenen zweifelhaft seyn daß Preußen diese Wegführung (der Gefion durch das Reichsministerium) nicht zugeben könnte. Die Gefion ist nach Kriegsrecht Eigenthum des deutschen Bundes geworden, und allein die Gesammtheit der Regierungen desselben hat Ansprüche auf diese Kriegsbeute. Seitdem Preußen die Führung der dänischen Angelegenheit übernommen, ist es den übrigen deutschen Regierungen für die Erhaltung der Fregatte verantwortlich, und kann daher weder dem jetzigen Frankfurter Ministerium noch der Statthalterschaft eine Verfügung über dieselbe zugestehen, um so weniger da es nur zu offenbar ist daß keine von beiden dieselbe zu schützen irgendwie im Stande wären." Die Wegführung der Gefion ohne Mitwirkung und Schutz der preußischen Regierung unter einer von Dänemark nicht anerkannten Flagge hätte schwerlich etwas anderes zur Folge als die Wegnahme derselben durch die Dänen. Das Verfahren der Militärbehörden hat demnach die vollständigste Billigung seitens der königlichen Regierung finden müssen." Daß Admiral Steen Bille mit Oberst Hodges über eine Entführung der Gefion einig geworden, sind „geradezu verleumderische Gerüchte." Die dänische Regierung hat durch ihren hiesigen Gesandten, Frhrn. v. Pechlin, ausdrücklich und schriftlich erklären lassen daß sie ihrerseits an keine Veränderung des Status quo in Bezug auf diese Fregatte denke; sie hat es überdieß wiederholt ausgesprochen daß sie dieselbe als eine durch kriegsrechtliche Erwerbung in das Eigenthum des deutschen Bundes übergegangene Kriegsbeute ansehe, und keinen Anspruch auf Herausgabe derselben mache. Hiernach könnte es keinen Anstand haben die Fregatte ruhig im Hafen von Eckernförde behufs weiterer Ausbesserung zu lassen, da sie, sofern der Waffenstillstand besteht und wirklich ausgeführt wird, dort keiner Gefährdung ausgesetzt erscheint. Da aber die Zustände in Schleswig der Art sind daß die nächsten Eventualitäten sich nicht mit Sicherheit vorausbestimmen lassen, hielt die königliche Regierung es für wünschenswerth daß die Fregatte zur Ueberwinterung in einen preußischen Ostseehafen gebracht würde, weil sie nur dort mit voller Sicherheit die Erhaltung derselben für die Gesammtheit des deutschen Bundes verbürgen und sie der Bundesgewalt zur Disposition stellen konnte. Sie war aber so weit entfernt eine gewaltsame Beschlagnahme derselben zu beabsichtigen, daß sie die Verwendung der kais. österreichischen Regierung in Anspruch genommen hat, um die Zustimmung Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Johann zu einer solchen Hinüberführung, welche natürlich nur unter der anerkannten preußischen Flagge mit Sicherheit geschehen kann, zu erlangen. Sie hat lieber formelle Rücksichten bei Seite setzen als bedauernswerthe Conflicte herbeiführen und auch nur den Schein einer eigenmächtigen Verfügung über Bundeseigenthum auf sich ziehen wollen. Da inzwischen die königl. dänische Regierung die Ansicht aufgestellt hat daß in Bezug auf die Fregtte Gefion, welche bei Abschluß der Convention vom 10 Jul. zwar von den kriegführenden Regierungen genommen, aber noch nicht geborgen gewesen sey, während des Waffenstillstands der Status quo aufrecht erhalten werden müsse, und in Folge dessen Protest gegen die Wegführung von Eckernförde eingelegt: so hat die königliche Regierung diese Rechtsfrage der vermittelnden Macht Großbritannien, deren Entscheidung in Fragen des Seerechts von besonderem Gewicht seyn muß, zur Beurtheilung vorgelegt, und sieht deren Antwort in kurzer Frist entgegen."

⁝ **Berlin,** 10 Nov. Der Verwaltungsrath hat in diesen Tagen wahrscheinlich viel hannoverische Noten einzuregistriren gehabt welche ihm von der preußischen Regierung, die sich nicht mehr damit zu befassen scheint, ohne weiteres zugefertigt werden. Sie betreffen alle die Reichstagsangelegenheit und sollen in ziemlich brüskem Tone abgefaßt seyn, so daß man fast zu der Vermuthung kommt als beabsichtige das hannoverische Cabinet einen raschen Eclat, um sich, gewissermaßen gedeckt von demselben, vom Bündniß zurückziehen zu können. Wie ich höre wird der Verwaltungsrath alle diese Noten durch eine protokollarische Erklärung abfertigen, in welcher genau die Ansichten der verbündeten Regierungen über Bund und Bundesrecht ausgesprochen sind. Was über ein Ausscheiden Kurhessens aus dem engeren Bund ausgesprengt worden ist, entbehrt aller und jeder Begründung. Factisch ist daß eine Allerhöchste Person von Hannover aus nach Kassel briefwechseln, dort jedoch nicht auf allzugroße Sympathien stoßen soll. Die klarste Widerlegung aller dieser Gerüchte liegt offenbar darin daß Hr. v. Winzingerode in das kurhessische Cabinet getreten ist, von dem alle Welt weiß er theile mit seinem Bruder dem nassauischen Minister durchaus die Ansicht: der von Preußen betretene Weg der deutschen Verfassungsreform sey der richtige und einzig zum Ziel führende.

8 **Berlin,** 10 Nov. Das von dem Ministerium beschlossene Wahlgesetz wird aller Wahrscheinlichkeit nach von dem Verwaltungsrath adoptirt und nur in unbedeutenden Modificationen den in den einzelnen Staaten bestehenden Verhältnissen angepaßt werden. Das Ministerium hat unter der Hand bei einzelnen Abgeordneten der zweiten Kammer angefragt, ob sie es für nöthig hielten daß das deutsche Wahlgesetz noch einmal die Kammer passire. Die Antwort soll dahin gelautet haben daß dieß nicht nöthig erscheine, weil das Princip durch die Kammer schon in der preußischen Verfassung anerkannt sey, überdieß aber auch das Beispiel anderwärts nachgeahmt und zu absichtlicher Verzögerung benutzt werden könnte.

Oesterreich. § **Wien,** 10 Nov. Das neue Theatergesetz soll nächstens publicirt werden, und wie man vernimmt werden freisinnigen Tendenzstücken keine Schranken gestellt, jedoch aufreizende und besonders obscöne und zweideutige Sachen von der Bühne entfernt und strenge überwacht werden. Die Vorarbeiten zur Legung der Telegraphenlinien haben nun auch in Ungarn bereits begonnen. In dem lombardisch-venetianischen Königreiche wird der Telegraph nicht nur Venedig mit Mailand, sondern auch in mehreren Ausästungen andere bedeutendere Städte dieser Kronländer verbinden.

△ **Wien,** 10 Nov. Der Gemeinderath der Stadt Wien war in letzterer Zeit in der Presse sowohl als im Publicum der Gegenstand heftiger Angriffe. Man beschuldigte die Väter der Stadt daß sie sich der Aufhebung des Belagerungszustandes widersetzen, weßhalb sie nun erklären daß Feldzeugmeister Welden keine den Belagerungszustand betreffende Anfrage gemacht. Die Wiener Zeitung veröffentlicht heute in ihrem nichtamtlichen Theil eine Rechtfertigung der Hinrichtung Csany's und Pereny's mit der umfassenden Wirksamkeit dieser Männer für die Insurrection. (Wir kommen darauf zurück.) Als einen Act der Gerechtigkeit muß man die Verfügung des Feldzeugmeisters Haynau, welche die Bezahlung aller während des Kriegs an die k. k. Truppen gemachten Naturallieferungen anordnet, bezeichnen, denn es wird so mancher verarmten Familie ein nicht unbedeutender Geldzuschuß eingehändigt. — An unserer Börse zeigt sich seit einigen Tagen ein sehr erfreuliches Steigen des neuen Anlehns; es ist also den Gegnern des Finanzministers doch nicht gelungen dieses Papier trotz der Nähe des Termins für die zweite Einzeichnung zu drücken.

Die Berufungen nach Wien theils zur Hochschule, theils zur Leitung größerer Journale (eben ist ein neues für Triest im Werk) mehren sich: außer Hahn in Heidelberg erhielt Professor Purkinje einen Ruf nach der österreichischen Hauptstadt. Die Ernennung des Frhrn. v. Kübeck und des Generals v. Schönhals zu Mitgliedern der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt soll nun unmittelbar amtlich verkündigt werden.

Die Ostdeutsche Post wird durch die Berufung der Professoren Wackernagel, Hahn ꝛc. an die hiesige Universität zu folgenden Betrachtungen angeregt. „Die Errichtung selbständiger Lehrkanzeln für deutsche Litteratur ist für uns deutsche Oesterreicher ein bedeutsames Ereigniß. Ist der Bau des St. Stephansdomes uns eine Erinnerung an eine große Zeit, wo kein Mensch daran dachte Wien nicht als im und zum Reich gehörig zu betrachten, so ist die Erinnerung an das mächtige deutsche Culturleben in Sprache, Litteratur und Sitte fast ganz zu Grunde gegangen, das an dem Hofe der Babenberger sich entfaltete und vom großen Max und einzelnen wenigen Habsburgern fortgeführt wurde. Die reiche epische Sagenwelt, die längs der Donau sich entwickelt und im fernen Ungarlande verklang, der Minnesang am Hofe Leopold des Glorreichen, von dem der Dichter singt daß „niemand lebt der ihm gleicht, sein Lob ist nicht ein Loblein: „er mag, er thât, er thut“, ist für Oesterreich fast verschwunden, und von unsern deutschen Stammesgenossen mit mehr Liebe und von umfassenderen Gesichtspunkten aus aufgefaßt worden als es von den emsigen aber leider vereinzelnten österreichischen Gelehrten geschehen konnte, die in ihrer dem deutschen Leben entfremdeten Jugend einen unfruchtbaren unvorbereiteten Boden fanden. Nun wird es wohl anders werden. Niemand denkt jetzt daran Wien den Charakter einer deutschen Stadt zu nehmen und der edlen Begeisterung des Volks und der Jugend für deutsches Recht, Leben und Sitte ihren Quell, ihre Wurzel zu nehmen. Die Ostmark, das Land „mit einem beständigen Mai, dem Milch und Honig in Bächen fließen und das Manna vom Himmel niederthauen läßt“, das in der letzten Zeit Deutschland seinen ersten Reichsverweser gab, kann sich mit Recht die Aufgabe stellen deutsches Leben an der unteren Donau wieder zu erwecken und zu beleben, der Durchgangspunkt des Culturstromes zu werden, der unaufhaltsam von Westen nach Osten seine befruchtenden Wogen wälzt.“

Die Ostdeutsche Post will wissen daß die Erzherzoge Ludwig und Johann ihre Stellen, ersterer als Chef der Artillerie, letzterer als Chef der Ingenieurakademie und aller militärischen Erziehungsanstalten in die Hand Sr. Maj. des Kaisers niedergelegt haben. Der Rücktritt des Erzherzogs Ludwig, bemerkt die Ostdeutsche Post, kam nicht unerwartet, allein der des Erzherzogs Johann ist überraschend.

Innsbruck, 8 Nov. Die südtirolische Zeitung vom 7 Nov. liefert in ihrer Anzeige der Verstorbenen in der Pfarre Botzen ein Verzeichniß von 18 Cholera-Todfällen, worunter 7 Soldaten vom Erzherzog Albrecht-, einer von Benedek-Infanterie und 10 Fälle vom Civil, darunter die Gattin des pensionirten Hrn. Präsidenten Grafen v. Hendl. Diese Todfälle ereigneten sich vom 30 Oct. bis einschließlich 6 Nov., daher die traurigen Gerüchte von dem starken Umsichgreifen der Cholera in Botzen hiemit auf ihr wahres Maß beschränkt werden. Hier in Innsbruck wissen wir von keinem weiteren erwiesenen Cholerafall. So berichtet die Innsbrucker Zeitung, welche kürzlich die Wiener Presse sterben ließ. Wir hoffen es bedeutet dem tirolischen Blatte, das stets so eifrig seine Sympathien für Deutschland aussprach, langes Leben.

Spanien.

Madrid, 3 Nov. Wie der Clamor Publico meldet, hat General Balboa eine nachdrückliche Eingabe an das Ministerium gerichtet, worin er gerichtliche Untersuchung seiner Sache verlangt, und behauptet: sein einziges Verbrechen bestehe darin daß er nach dem Willen der Königin Minister geworden und es wieder zu seyn aufgehört. — In der Deputirtenkammer klagte heute Hr. Moron: da die Session mit keiner Thronrede eröffnet worden, so könne man unmöglich wissen was die ministerielle Politik seyn werde; er forderte daher die Minister auf zu erklären ob sie gesonnen seyen Bills über Preßfreiheit, über persönliche Freiheit und über das Verhältniß zwischen den Civil- und Militärbehörden einzuführen. Der Justizminister antwortete: die Regierung werde nicht bloß solche, sondern auch andere nicht minder wichtige Gesetzvorschläge einführen. Der Finanzminister legte das Budget für 1850 vor.

Großbritannien.

London, 8 Nov.

Dieser Tage reiste der neue anglicanische Bischof für Hongkong mit seiner Frau und sieben jüngern Geistlichen nach China ab. Die englische Kirche hat bereits Missionen in Ningpo, Shanghai und Futscheu-fu.

Das der „Oriental und Peninsular Company“ gehörende Dampfboot „Sultan,“ mit welchem man Kossuth und andere ungarische Flüchtlinge erwartet hatte, ist am 6 November Morgens in Southampton eingelaufen ohne einen derselben mitzubringen; der Mayor und die Gemeinderäthe der Stadt, welche Hrn. Kossuth feierlich empfangen wollten, hatten sich vergebens an den Landungsplatz bemüht. Zugleich fällt die liberale Presse über den bisher so laut gepriesenen „heroischen Edelmuth“ der Pforte ein ganz anderes Urtheil. So sagt Daily News: „Unsere neuesten Berichte aus Konstantinopel, Widdin und Belgrad sind nichts weniger als befriedigend, und keineswegs ehrenvoll für die Türken. Der Pascha von Widdin bewacht seine Gefangenen noch immer mit der Aengstlichkeit eines Kerkermeisters, und zeigt dadurch daß Rußland nicht alle Macht über sie verlieren soll, und daß die Türkei, wiewohl sie sich so weit eingelassen hat daß sie außer Stand ist dieselben wirklich auszuliefern, doch den Czar dadurch zu versöhnen sucht daß sie mit den Flüchtlingen alles andere vornimmt was er zu befehlen geruhen mag. Das für Kossuth, Batthyany d. j. und die andern Chefs — welche zu stolz sind um Bems Beispiel zu folgen — vorbehaltene Schicksal ist annoch ungewiß. Aber Rußland, haben wir Grund zu glauben, verlangt ihre Einkerkerung, und der schwache Divan überlegt in diesem Augenblick in welcher Festung er die tapfern Ueberreste des ungarischen Aufstands kann einsperren lassen. Indessen wollen wir die Vollführung eines so schändlichen Vorhabens nicht für möglich halten. Gewiß wird die brittische Regierung es an ihrer edelsinnigen Energie nicht fehlen lassen, und Lord Palmerston seine bekannte Sympathie und Thatkraft in diesem Falle bethätigen, wobei er auf die unzweideutige und kräftigste Unterstützung des brittischen Publicums zählen darf.“ Ein Correspondent der Times schreibt aus Konstantinopel: keine fremde Macht genieße dort solches Ansehen wie dermalen die brittische und ihr Vertreter Sir Stratford Canning. Hr. Carr, der amerikanische Gesandte bei der Pforte, hat eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Adresse amerikanischer Bürger erhalten, die ihn auffordert sich bei dem Sultan für Kossuth und dessen Genossen zu verwenden, und denen die nach Amerika gehen wollen Schiffe zur Verfügung zu stellen.

Frankreich.

Paris, 9 Nov.

Der große Staatsproceß in Versailles nähert sich dem Schluß. Die Verhandlungen die sich nun seit mehreren Wochen hinschleppen, haben in Bezug auf das Thatsächliche der Anklage wenig neue Aufschlüsse geliefert, man hört noch immer Stimmen welche nicht bloß die Angeschuldigten in Schutz nehmen, sondern die Existenz des Complotts und Attentats geradezu läugnen, und die Gegenüberstellung der Belastungs- und Entlastungszeugen hat nicht selten bloß zu ärgerlichen Auftritten, Vorwürfen, gegenseitigen Verdächtigungen und Dementis geführt. Gelegentlich sind auch auf ganz andere Personen als die Angeklagten dunkle Schlagschatten gefallen. Ein Zeuge Namens Farina, Capitän der Artillerie, hat eine Unterredung erzählt die er am 12 Jun. mit dem General Changarnier hatte; und die Journale theilen sie jetzt nachträglich in authentischer Form aus den Spalten des Moniteurs (Bericht über die Gerichtssitzung am 3 November), der National seit einigen Tagen wiederholt, mit. „General: Sie wissen nichts, Capitän? Capitän: Meiner Treu, General, ich weiß nichts. General: Wie, Sie wissen nichts? Was sagt man denn von der Politik hier in der Welt? Capitän: Ich weiß nichts, General. General: Aber z. B. über Rom? Capitän: Mein General, wenn Sie wollen daß ich Ihnen meine Meinung sage, so wird es nicht bloß meine Meinung, sondern die allgemeine Meinung der Welt seyn. Nun denn, man glaubt die Regierung hätte sich nie vom Weg der Verfassung entfernen sollen. General (zornig): Was kümmert mich die Verfassung (je me moque bien de la constitution)! Lesseps ist ein Narr. Und Sie, Capitän Farina, sprechen auch von der Verfassung?“ Und indem der General die Worte: Was kümmert mich die Verfassung, wiederholte, stand er auf und setzte drohend hinzu: „Ihr seyd alle Pariser Spitzbuben. Nur der Kaiser hat es verstanden euch alle zahm zu machen. Wohlan, ich bin im Stand eure Stadt zusammenzubrennen (vous êtes tous des brigands de Parisiens. Il n'y a que l'empereur qui savait tous vous mater. Eh bien, moi je mettrai le feu dans votre ville).“ Dem Präsidenten Beranger war diese Wendung unangenehm geworden und er suchte abzubrechen mit der Bemerkung: Zeuge, das gehört nicht zur Debatte, worauf der letztere erwiederte: Sie haben mich schwören lassen die Wahrheit zu sagen, und ich sage sie. Bemerkenswerth ist daß die Hauptperson welche den ganzen Proceß eingeleitet hat und der seine Führung vor dem Staatsgerichtshof oblag, der Generalprocurator Baroche, den letzten Entwicklungen des gerichtlichen Drama — sey es aus Gesundheitsrücksichten wie man angibt, oder aus andern Ursachen — sich zu entziehen scheint. Auch ihm hat der Proceß indirect arg mitgespielt. Von ihm, der jetzt selbst das Recht der Bürger sich friedlich und ohne Waffen zu ver-

sammeln nicht mehr zugeben will, von ihm hat Hr. E. de Girardin in der „Presse" ein Wahlmanifest vom März 1848 abdrucken lassen, worin Se. Gestrengen sich gegen die Wähler der untern Charente also vernehmen läßt: „Ich habe mich beständig durch energische Abstimmungen den Mitgliedern der vorgerücktesten Opposition beigesellt. Ich war unter den 96 Deputirten welche die Einladung zu dem Bankett des zwölften Arrondissements (dem nächsten Anlaß der Februarrevolution) angenommen. Ich war unter den 54 Mitgliedern der Kammer welche der Volksjustiz um einige Stunden zuvorkommend (devançant de quelques heures la justice du peuple) die Inanklagestellung eines verhaßten und strafbaren Ministeriums (Guizot) vorgeschlagen hatten. Ich bin Republicaner durch Vernunft, durch Gesinnung, durch Ueberzeugung. Nicht als ein pis-aller oder als ein Provisorium nehme ich die Republik an, sondern als die einzige Regierungsform die fortan Frankreichs Größe und Wohlfahrt sichern kann. Ich bin überzeugt daß das Königthum in Frankreich sich überlebt, daß es keine Wurzel, keine Basis mehr im Land hat. Der Republik müssen sich alle guten Bürger ohne Rückhalt, ohne Hintergedanken anschließen und jeden Versuch einer monarchischen Restauration als verdammungswürdig betrachten." In diesem Ton war das ganze Schreiben gehalten und zuletzt als parlamentarische Aufgaben bezeichnet: unentgeltliche Erziehung, billige Belohnung der Arbeit, Abschaffung der *schändlichen* Verbrauchssteuern u. s. w. Wie dem sey, Hr. Baroche hat es dem Generaladvocaten Hrn. de Royer überlassen in der Gerichtssitzung vom 7 Nov. das Requisitorium zu stellen, das gegen 33 Angeklagte die Bezichtigung des Complotts, gegen 26 Bezichtigung bloß des Attentats aufrecht hält. Wie man hört, wird die allgemeine Vertheidigung in fünf Abtheilungen geführt werden. Hr. Michel (de Bourges) wird über den Proceß überhaupt plaidiren, Hr. Cremieux über die Verfassungsverletzung, Hr. Madier de Montjau über die Rechtmäßigkeit des Widerstandes angesichts einer Verfassungsverletzung, Hr. Thouret über das Recht der Bürger sich zu versammeln zum Behuf einer friedlichen Demonstration, endlich wird ein fünfter Redner beweisen daß Complott und Attentat gar nicht existirt haben.

Durch Decret vom 6 Nov. ist General Baraguay d'Hilliers nun auch zum Nachfolger des Hrn. v. Corcelles in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers in temporärer Sendung beim heiligen Stuhl ernannt. Die Abreise des Generals ist auf nächsten Samstag festgesetzt. Vor'm Jahr, als General Negrier in der Barricadenschlacht des Juniusaufstands gefallen war, hatte ihm General Cavaignac dessen Commando angeboten, jener aber auf den Grund daß ihm vor allem sein Beruf als Volksrepräsentant am Herzen liege, es ausgeschlagen. Die Journale fragen ihn nun ob er sich in Rom diesem Beruf besser widmen zu können glaube als bei der Vertheidigung von Paris.

Der Bruch zwischen dem Präsidenten der Nationalversammlung und der Pariser Presse ist wieder beigelegt. Man liest in den Journalen: „Das nachstehende Schreiben war an den Hrn. Präsidenten der legislativen Versammlung ergangen: Hr. Präsident! In Folge dessen was sich gestern zugetragen hat und der heute morgen in den Journalen veröffentlichten Protestation haben die Syndiker der Redacteurs en chef, Wächter der Würde der Presse, ihre Entlassung in die Hände ihrer Collegen niederlegt. Die Redacteurs en chef, versammelt um diesen Vorfall in Erwägung zu nehmen, haben beschlossen die ihnen eingeräumte Tribüne dem Hrn. Präsidenten zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Ehre ꝛc. Die Syndiker: E. de Girardin, L. Duras, Lubis, Chatard. Dieses Schreiben hatte der Hr. Präsident der gesetzgebenden Versammlung einem der HH. Quästoren zugestellt, und dieser erklärte den Syndikern daß keine Ursache vorhanden sey diesen Bruch der zwischen der Versammlung und der Presse bestehenden Verhältnisse anzunehmen, und daß demnach die Tribüne der Redacteurs en chef wie bisher zu ihrer ausschließlichen Verfügung seyn werde. In Folge dieser befriedigenden Erklärung haben die Redacteurs en chef von der Tribüne wieder Besitz genommen, deren innere Polizei unter die Verantwortlichkeit der Syndiker gestellt ist. Für die Syndiker: Eug. Chatard."

Die Nationalversammlung ist seit gestern mit einer Finanzfrage beschäftigt — es handelt sich darum der Marseille-Avignoner Eisenbahncompagnie zu Hülfe zu kommen. Dieser Compagnie, die auf 33 Jahre privilegirt ist, hat der Staat einen Zuschuß von 32 Millionen und unentgeltliche Grundabtretungen im Betrag von 4,300,000 Fr. bewilligt, sie selbst hatte sich mit einem Capital von 20 Millionen gebildet. Es zeigt sich aber daß die Anschläge viel zu nieder waren, denn im vorigen Jahr hatte sie ihr Gesellschaftscapital nicht nur erschöpft, sondern auch 6proc. Obligationen für 10 Mill. ausgegeben, und um die Arbeiten nicht unterbrechen zu lassen war der Staat mit einer Million ins Mittel getreten, jetzt aber braucht sie sowohl um ihre Gläubiger zu befriedigen als das Werk zu vollenden noch 30 Mill., die sie unter öffentlicher Bürgschaft aufnehmen will. Der Antrag ist eine Bürgschaft von 5proc. mit 2proc. Tilgung auf 26 Jahre von Staats wegen zu übernehmen. Ein Mitglied hatte sogleich vorgeschlagen auch die Concession zu verlängern — und zwar auf 99 Jahre. Dieses Amendement wurde von dem Minister der öffentlichen Arbeiten, Bineau, bekämpft, der übrigens von Seiten der Regierung eine dem Eisenbahnbauwesen günstige Gesinnung zu erkennen gab.

Ein neuer wichtiger Stellenwechsel ist die Ernennung des Hrn. Carlier, bisherigen Chefs der Municipalpolizei, zum Polizeipräfecten. Sein Vorgänger Hr. Rebillot wurde durch den Grad eines Brigadegenerals entschädigt. In den Blättern ist noch immer von Bildung eines Polizeiministeriums die Rede.

. Paris, 7 Nov. Man hat bei Abfassung der Constitution darauf hingewiesen daß eine ausübende Gewalt, die wie die gesetzgebende ihre Quelle in der Souveränetät des Volkes hat und noch überdieß verantwortlich ist, leicht mit der letztern in Conflict gerathen könne, und ein solcher Conflict um so bedenklicher werde als die Constitution zwischen der executiven Gewalt und der Zweiheit der gesetzgebenden Gewalt einen versöhnender Factor wie in der constitutionellen Monarchie oder in der Republik der vereinigten Staaten einzusetzen unterlassen hat. So wenig nun diese Gebrechen der Constitution von 1848 zu läugnen sind, so wenig kann man andrerseits läugnen daß sie eigentlich mehr der *Vorwand* als das *Recht* zu der Anmaßung bieten die in der überraschenden Botschaft vom 31 Oct. liegt. Wohl scheint diese Anmaßung Ludwig Bonaparte's selbständig, unabhängig, gewissermaßen im Falle des Zwiespalts *auch gegen die Majorität und ihren Willen* zu regieren einstweilen durch das zwei Tage darauf verlesene Programm des neuen Ministeriums neutralisirt zu seyn, allein der Präsident kann den einmal so kühn und so fest ausgesprochenen Willen — unabhängig von der Majorität zu regieren, noch bevor ein Widerstand dagegen sich geäußert hat, nicht so ohne weiteres und ein für allemal aufgegeben haben. Das Programm vom 2 Nov. sieht man daher nur als eine bloße Beschwichtigung der Besorgnisse an welche die Botschaft erweckt hatte, und erwartet ebenso sehr die Ausführung der persönlichen Politik wie einen weitern Versuch zu einer mehr als factischen Unabhängigkeit. Bei diesem Stande der Dinge ist ein näheres Eingehen in die Frage wohl an der Zeit ob die Constitution wirklich dem Präsidenten das Recht zuerkenne mit Umgehung der Majorität eine ihm persönliche Politik einzuschlagen und zu verfolgen. Wenn dem so wäre, müßte die Constitution in irgendeiner ihrer Verfügungen dem Präsidenten der Republik die Volkssouveränetät oder einen Theil derselben, d. i. eines oder mehrere Rechte der Souveränetät übertragen haben. Vergebens aber wird man nach einer Verfügung der Art in der Constitution suchen. Im Gegentheil, der erste Artikel des ersten Capitels der die Souveränetät definirt, lautet also: „Die Souveränetät ruht in der Allgemeinheit der französischen Bürger; sie ist unveräußerlich und unverjährbar, *kein Individuum*, kein Bruchtheil des Volks kann sich (die ausschließliche) Ausübung derselben aneignen." Unter dem: „kein Individuum" ist der Präsident ebenso gut als jeder andere Staatsbürger begriffen; in der That übertragen Artikel 20 und 21 an die Versammlung der Volksvertreter ausschließlich die gesetzgebende Gewalt und hiemit die ganze Souveränetät des Volkes, denn der Präsident hat keinen größeren Antheil an der Gesetzgebung als jedes andere Mitglied der Versammlung, das ebenso wie er Gesetzvorschläge einreichen kann. Unter der constitutionellen Monarchie liegt das wesentliche Kriterium der Souveränetät in der Theilnahme an der Gesetzgebung durch das absolute Veto gegen die Gesetze welche der Monarch mißbilligt. Dieses Veto hat aber der Präsident der Republik nicht, er kann bloß im Lauf des Monats nach der Annahme eines Gesetzes durch eine Botschaft an die Kammer eine abermalige Berathung über den Gegenstand desselben verlangen; beharrt aber die Kammer bei ihrer früheren Ansicht und nimmt das Gesetz von neuem unverändert an, so ist der Präsident verpflichtet drei Tage nach der Annahme (Art. 58) es zu veröffentlichen, und im Unterlassungsfalle veröffentlicht der Kammerpräsident (Art. 59) das Gesetz. Wie ihm die eigentliche Souveränetät in der Theilnahme an der Gesetzgebung abgeht, so geht ihm jedes andere Souveränetätsrecht ab: er hat nicht das Recht der Amnestie, selbst das Recht der individuellen Begnadigung ist durch die vorher einzuholende Ansicht des Staatsraths beschränkt; er führt nicht das Commando über die Truppen, er kann weder Krieg erklären noch Frieden schließen ohne Genehmigung der Kammer; er verfügt nicht über die Staatsgelder; die von ihm abgeschlossenen Verträge erhalten nur durch die Genehmigung der Kammer Kraft und Wirkung, mit einem Wort er besitzt kein einziges Souveränetätsrecht. Allein, wird man einwenden, wenn er für seine Regierungshandlungen verantwortlich ist, kann er der souveränen Nationalversammlung nicht unter- sondern bei-

geordnet seyn. Hier handelt es sich darum über die Tragweite dieser Verantwortlichkeit sich keine absichtliche Täuschung zu machen. Da die Constitution dem Präsidenten keine andere Macht, keine andere Mission übergeben hat als die Gesetze und Beschlüsse der Kammer zu vollstrecken, so ist er nicht für die Gesetze und Beschlüsse, sondern für deren Vollstreckung verantwortlich, d. h. er ist dafür verantwortlich daß die Beschlüsse und Gesetze gewissenhaft und pünktlich vollstreckt werden, gleichviel ob diese Gesetze und Beschlüsse zum Heil oder zum Unheil der Nation gereichen könnten. Ludwig Bonaparte hat daher durchaus nicht das Recht eine andere Politik zu verfolgen als diejenige welche die Majorität der Kammer durch ihre Beschlüsse ihm vorzeichnet, und jeder Widerstand gegen einen solchen Beschluß ist eine offenbare Verletzung der Constitution.

× **Paris,** 8 Nov. Von diesem Augenblick an besteht die Majorität nicht mehr. Dieser vielleicht übertriebene Schmerzensruf des Hrn. v. Montalembert heute, bei Anfang der Sitzung der Nationalversammlung, gibt Ihnen einen Begriff von dem Verdruß den die rechte Seite über die gestrige Niederlage empfindet. Das Unterrichtsgesetz, von Fallour entworfen, von Beugnot verbessert und vermehrt, von Montalembert gehegt und gepflegt, das Unterrichtsgesetz der katholischen Seite, zur Abstimmung fertig, nun an den Staatsrath verwiesen, das heißt auf unbestimmte Zeit begraben! Vergebens versucht die zur Minderheit gewordene Mehrheit heute die gestrige Abstimmung zu vernichten, sie will die Abwesenheit gewisser Glieder beweisen, und diese stehen urplötzlich in erschreckender Wirklichkeit vor ihr; sie läßt sich in Berechnungen ein und die Zahlen schlagen sie; genug, das gestrige Votum bleibt aufrecht, und Hr. v. Montalembert könnte wohl in gewissem Maß Recht behalten: die Majorität hat einen herben Stoß erhalten. Aber eins ist besonders ergötzlich. Sie wissen was man nach dem Charivari die Chaberts in der Versammlung nennt: der mehr oder minder kriegerische, soldatische Regiments- und Säbeltroß, den das Elysée National nach sich schleppt... Politiker sind die Chaberts eben nicht, dessen rühmen sie sich nicht, aber gut geschult, und die Disciplin ist ihr höchstes Gesetz: wo der Meister spricht hat der Chabert keinen Willen mehr. Nun, gestern hat der Meister gesprochen, in dem letzten Augenblick gerade wo abgestimmt werden sollte, und aus vielen Händen, auf gegebenen Wink, entfiel alsbald der blaue Stimmzettel g e g e n, und ward durch einen weißen f ü r die Verweisung an den Staatsrath ersetzt... Das ist die jüngste Heldenthat der Chaberts auf dem Feld der Willens- und Meinungsfreiheit. Ich wollte Ihnen von dem „Staatsstreich" sprechen der in der Luft schwirrt. Auf morgen.

* **Marseille,** 5 Nov. Die Dampfcorvette „Tenare" welche Tanger am 25 Oct. verlassen hat, ist, da sie in verschiedenen spanischen Häfen Quarantäne halten mußte, erst nach Verlauf von zehn Tagen in Frankreich angelangt. Wir erhalten daher erst heute die bereits durch die englischen Journale verbreitete Nachricht von dem Wiederabbruch der diplomatischen Verbindungen mit Marocco. Als vor einem Monate das Expeditionsgeschwader welches sich nach der Küste von Marocco begeben sollte, Gegenbefehl erhielt, geschah es weil man von Tanger Berichte über eine baldige gütliche Ausgleichung erhalten hatte. Die Unterhandlungen haben sich jedoch so sehr in die Länge gezogen daß die französische Regierung sich veranlaßt fand als letzten Termin zur Annahme ihres Ultimatums den 22 Oct. zu bestimmen. Die maroccanische Regierung hat diesen Termin ohne eine befriedigende Antwort verstreichen lassen, worauf sich der französische Consul eingeschifft hat und nun der Ausbruch von Feindseligkeiten zu erwarten steht. Es scheint daß sich der Pascha von Aegypten entschlossen hat seiner Armee eine Uniform nach türkischem Schnitt zu geben. Dieser Tage wurde eine große Anzahl Kisten welche die neue Truppenbekleidung enthalten, durch ein hiesiges Handlungshaus nach Alexandrien befördert. Vorgestern starben hier 6 Personen und gestern 14 an der Cholera.

Malta und die jonischen Inseln.

Malta. Der „Corriere mercantile" bringt folgende Mittheilung eines in Genua lebenden italienischen Flüchtlings: „Die britische Regierung, welche vor noch nicht langer Zeit das sicilianische Revolutionsparlament anerkannte, die aufständigen Bewegungen in Italien begünstigte und jetzt eine Großmuthsrolle zu spielen versucht, indem es seinen Schiffen die Aufnahme neapolitanischer Flüchtlinge gestattet, beginnt jetzt jene Unglücklichen aus seinen Staaten zurückzuweisen, welche es durch seinen vermeintlichen Schutz selbst compromittirt hatte. So waren mehrere hochgestellte neapolitanische Flüchtlinge am 25. October in Malta angekommen und am folgenden Morgen bereits polizeilich gezwungen worden die Insel, in der sie ein schützendes Asyl zu finden gehofft, schleunigst zu verlassen. Die Unglücklichen gingen hierauf nach Genua, wo ihnen gastfreundliche Aufnahme zu Theil wurde."

Die T i m e s veröffentlicht jetzt die kriegsgerichtlichen Acten über das Verhör des Insurgentenführers Theodor Vlacco. Dieser versicherte im Verhör daß er mit dem Tode des Ritters Metaxa Capsollveri (der mit seinen Dienern im eigenen Hause verbrannt wurde) nichts zu schaffen gehabt habe, versicherte ferner daß ihm von zwei Doctoren Namens Pretenderi und Focca 300 Doll. angeboten worden seyen wenn er den Lordobercommissär meuchlings bei Seite schaffe, welchem Anerbieten Focca noch hinzufügte daß Canada aufgestanden sey, und daß man diese günstige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen dürfe, versicherte endlich daß von den 70,000 Einwohnern Cephaloniens wenigstens 50,000 (!) bei dem Aufstande betheiligt gewesen. Dann, rief er aus: „Alle Cephalonioten hatten geschworen mir zu Hülfe zu kommen. Cephalonien hat mich ins Verderben gestürzt. Wenn ich mein Leben behielte, so wollte ich doch lieber den Teufeln der Hölle trauen als den Griechen" u. s. w. Der Urtheilsspruch lautet, daß Vlacco zu Lixuri gehangen werden soll, und „zwar in aller Form und mit den gehörigen Ceremonien, damit der Tod eines so berüchtigten Banditen, Meuchelmörders und Rebellenhäuptlings jedermänniglich zur Warnung diene", welches Urtheil denn auch, wie schon gemeldet, vollzogen worden ist. Eine englische Zeitung läßt ihn wie ein Weib sterben; es ist auch richtig daß er, als er aus dem Gefängnisse seinen letzten Gang antrat, bitterlich weinte, daß er jedoch im Angesicht des Galgens seine Fassung wieder gewann und keine Spur von Todesfurcht mehr verrieth. Der mit ihm hingerichtete Priester ging in stolzer Haltung und lächelnder Miene dem Tode entgegen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 8 Nov. Consols 93$^3/_8$ auf Rechnung.

London, 9 Nov. Consols 93$^1/_8$; Bank Stock 198$^1/_2$.

Paris, 9 Nov. 3proc. 56.20; 5proc. 88.60; Schatzsch. 5; Bankactien 2340; belg. 5proc. 95$^1/_8$; Anl. v. 1842 95$^1/_8$; neap. 5proc. 89; röm. 80$^3/_4$; span. pass. 3$^5/_8$; 3proc. 35$^1/_4$; innere Schuld 27$^3/_{16}$; piem. 5proc. 83; Vers. E.-B. rechte 210; linke 168.75; Paris-Orleans 730; Rouen 525; Straßburg 356.25; Nordbahn 433.75; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 215; Straßb. Basel 101.25; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 392.50; Tours-Nantes 281.25; Montereau-Troyes 106.25.

Amsterdam, 9 Nov. 2$^1/_2$proc. 53$^1/_{16}$; 3proc. 62$^7/_8$; 4proc. 82$^3/_8$; Met. 5proc. 83$^3/_4$; belg. 2$^1/_2$proc. 45$^9/_{16}$; Ard. 12$^3/_{16}$. Curs auf London 12.05 f. G. Curs auf Hamburg 34$^{13}/_{16}$ f. G.

Augsburg, 12 Nov. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. 24$^1/_2$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83$^5/_8$ G. Hamburg 1 M. 73$^3/_8$ P. Wien in 20ern 1 M. 92$^1/_2$ P. Triest 1 M. 92$^1/_2$ P. Frankfurt a. M. 1 M. 99$^7/_8$ P. Nürnberg 1 M. 99$^5/_8$ G. Berlin 1 M. 105$^1/_8$ P. Leipzig 1 M. 105$^1/_8$ P. London 1 M. 10.5 P., 2 M. 10.4 P., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 118$^3/_4$ P. Lyon 1 M. 118$^5/_8$ P. Marseille 1 M. 118$^3/_8$ G. Mailand 1 M. 60$^1/_8$ G. Genua 1 M. 51$^7/_8$ G. Livorno 61 P.

Augsburg, 12 Nov. Bayer. 3$^1/_2$proc. Oblig. 84$^1/_2$ P. 4proc. 92$^1/_2$ P. 5proc. 100$^3/_8$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. 87$^1/_2$ P. Bankactien II Sem. 1115 P. Württem. 3$^1/_2$proc. 82 P. 4$^1/_2$proc. 94$^1/_2$ P.

Hamburg, 9 Nov. Hamb.-Berged. E.-B.-A. 96 P. Berl.-Hamb. 82$^1/_2$. Altona-Kiel 96. Mecklenb. 36. Rendsb.-Neum. 110$^1/_2$ P. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 45 P. Neue 3$^1/_2$proc. Hamb. Anleh. 87$^1/_2$. Hannov. 5proc. 106. Russ. engl. Anl. 104$^1/_2$. Dän. 3proc. Anl. 72 P. Schwed. 4proc. 96$^3/_4$ P. Norw. 4proc. 99$^1/_2$. Amerik. 6proc. 105$^1/_4$.

Berlin, 9 Nov. I n l ä n d i s c h e F o n d s: Preuß. freiw. Anleh. 106$^1/_4$ G. Staatschuldsch. 88$^1/_4$ G. Prämiensch. 101$^3/_8$ G. E i s e n b a h n a c t i e n: Berlin-Anh. AB. 88 bz. Berl.-Hamb. 80$^1/_2$ G. Berl.-Stett.-Starg. 102$^1/_2$ bz. Berl.-Potsd.-Magd. 63 G. Halle-Thüringer 67$^1/_4$ G. Köln-Minden 94 à $^1/_4$ G. Köln-Aachen 48$^1/_4$ G. Düsseld.-Elberf. 79 bz. St.-Bohw. 36 P. Niederschl.-Märk. 83$^1/_4$ G. Oberschl. A. 106$^1/_4$ G., dito B. 103$^3/_4$ bz. Cosel-Oderberg 61 G. Krakau-Oberschl. 69 à $^1/_4$ G. Berg.-Märk. 48$^1/_2$ G. Starg.-Posen 84$^1/_8$ bz. Magd.-Wittenb. 67$^1/_2$ à 67 bz.

♀ **Wien,** 10 Nov. Bei all dem daß das Geschäft in den Obligationen des neuen Anlehens sich noch wenig entwickelt hat und einen noch geringen Spielraum zeigt, läßt sich doch eine größere Speculation in diesem Effecte um so gewisser gewärtigen, als der Mangel an effectiven Stücken bereits jetzt fühlbar ist, obschon bereits für an 20 Millionen Stücke effectiv bezogen worden sind. Der erste Impuls zum Aufschwung der 4$^1/_2$proc. Metalliques dürfte daher von der Contremine selbst ausgehen müssen. Auch an der heutigen Börse war die Nachfrage in dem neuen Anlehen anhaltend lebhaft und wurden bedeutende Beträge bis zum Curse von 84$^1/_4$ umgesetzt. In andern Fonds, mit Ausnahme von k. k. Anlehensloosen vom Jahr 1834, welche ebenfalls höher bezahlt wurden, wenig Verkehr und Veränderung. Von Eisenbahnen waren Nordbahnactien heute zum Schluß matter. Fremde Devisen boten fast keine Variation dar, und nur London stellte sich bei größerem Begehr etwas höher. Dagegen war Gold heute flauer und mehr offerirt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 93$^3/_4$–93$^7/_8$, 4$^1/_2$proc. (neues Anlehen) 84$^1/_8$–84$^1/_4$, Loose vom J. 1834 166–166$^1/_2$, Loose vom J. 1839 113$^1/_4$–113$^1/_2$, Bankactien 1193–1197, Nordbahnactien 106$^3/_8$–106$^1/_2$, Gloggnitzer 107$^1/_2$–108, Mailänder 78–78$^1/_2$, Pesther 75$^1/_4$–75$^1/_2$. London (in l. S.) 10.53 P., Hamburg 158–158$^1/_2$, Augsburg uso 108 G., Frankfurt 107$^1/_2$ P., Amsterdam 151 P., Mailand 98$^1/_2$ P., Livorno 105$^1/_2$–106, Genua 124$^1/_2$ G., Paris 127$^1/_2$–127$^3/_4$, Marseille 127$^3/_4$ P., Bukarest (31 Tage S.) 260 P. Goldagio für kais. Münzducaten 12$^1/_4$–13. Silberagio 7 Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege.

III.

Friedrich Perthes.*)

☰ Wer hätte nicht in diesen trüben Tagen ein wahres Bedürfniß empfunden sich von der unerbaulichen Betrachtung unserer politischen Dinge zu den gewohnten Beschäftigungen zurückzuflüchten und in einem tüchtigen Buche wieder nach alter deutscher Art den entbehrten Trost zu finden? Wie hoffnungsvoll haben wir vor anderthalb Jahren die Bücher zurückgelegt und sind der festen Zuversicht gewesen daß nun auch an uns die Zeit komme wo wir Geschichte machen, nicht bloß lesen und schreiben würden — und wie niedergeschlagenen Sinnes greifen wir jetzt, nach dem ersten mißlungenen Debüt, die verschmähten Bücher wieder auf! Wir beklagen diese Umkehr nicht, wenn es so treffliche und erquickende Bücher sind wie die vorliegende Biographie von Friedrich Perthes, ein schönes Denkmal kindlicher Pietät, und ein Denkmal das des Mannes werth ist dessen Gedächtniß es erneuern soll. Wir sind dem Biographen zu Dank verpflichtet daß er nicht seinem frühern Entschluß treugeblieben und mit der Bekanntmachung gewartet hat bis die ganze Arbeit vollendet war; er hatte ganz recht wenn er, als er die Vorrede schrieb (am 18 März 1848), glaubte daß für die Gegenwart in welcher wir leben, und für die Zukunft welcher wir entgegengehen, das Bild des frommen, muthigen und kräftigen Mannes eine Quelle der Freude und der Stärkung seyn könnte. Das treue und lebensfrische Bild des Vaters zu entwerfen, dazu war sein Sohn Clemens theils durch sein kindliches Verhältniß und viele mündliche Mittheilungen vorzugsweise befähigt, theils stand ihm ein überaus reicher Briefwechsel zu Gebote, der in ununterbrochener Reihenfolge bis in das fünfzehnte Lebensjahr des Verewigten zurückreicht, und den der Biograph vortrefflich benützt und in die Darstellung so passend verflochten hat, daß wir, ohne durch ein massenhaftes Material hindurchgehen zu müssen, doch fast überall den Verstorbenen persönlich und unmittelbar über sich selber Zeugniß geben hören.

Die Jugendgeschichte des mittellosen, früh der väterlichen Hülfe beraubten Knaben führt uns nach Thüringen zu jenem biedern, verständigen und herzhaften Volke, dem Perthes durch seine Abstammung ganz angehörte, und in die „gute alte Zeit" der frommen, genügsamen Erziehung, der strengen häuslichen Zucht und Nüchternheit, aus der sich allein ein kernhaftes und gesundes Geschlecht herausbilden kann. Wie der junge Perthes von trefflichen Verwandten tüchtig aufgezogen, wie er dann zu einem Leipziger Buchhändler in die Lehre gebracht ward, und in der großen üppigen Stadt einfach und genügsam sich in Arbeit und Gehorsam heranbildete, das alles wird uns aus seinen eignen Briefen, die er in die Heimath schrieb, in lebendiger Zeichnung vorübergeführt. Das altfränkische, pedantische und ehrbare Wesen jener Zeit lernen wir von seiner strengen, aber auch von seiner heilsamen pädagogischen Seite kennen; denn nur eine solche Erziehung war im Stande ein so arbeitsames, gläubiges und thatkräftiges Geschlecht heranzubilden, wie wir es in Perthes und seinen besten Zeitgenossen kennen lernen. Die Verpflanzung nach Hamburg war für Perthes' Zukunft entscheidend: die neuen Bekanntschaften die er dort anknüpfte, der Verkehr mit einer Reihe der bedeutendsten Menschen jener Zeit übte auf sein inneres Leben einen mächtigen und bestimmenden Einfluß, während sich in der großen Stadt, deren Handel den größten Theil des deutschen Nordens beherrschte, auch sein geschäftlicher Gesichtskreis erweiterte und er den Muth dazu faßte, mit ganz geringen eigenen Mitteln aber im Vertrauen auf die Unterstützung der Freunde und die eigene Rührigkeit und Umsicht, hier ein Geschäft zu gründen das einen noch wenig bebauten Boden zu cultiviren anfing und allmählich für die Geschichte des deutschen Buchhandels, namentlich im Norden, epochemachend geworden ist. Der Buchhandel war damals überhaupt erst im Werden; Verlag und Sortiment waren noch nicht geschieden, die meisten Handlungen standen noch in einer Art von Tauschrechnung mit einander, und erst allmählich kam die Nettorechnung auf, nach welcher auf jeder Messe das durch Tausch nicht Auszugleichende baar gezahlt werden mußte. Die Selbständigkeit des Sortimentshandels begann indessen mit dem Augenblick sich rasch zu entfalten, wo die Verleger ihre Bücher nicht mehr fest an den Sortimentshändler verkauften, sondern ihm eine beliebige Anzahl Exemplare zum Verkauf überließen und den unverkauften Rest zurücknahmen. So war es einem talentvollen Geschäftsmanne möglich, wenn er Kenntniß der Menschen und ihrer litterarischen Bedürfnisse hatte, auch ohne große Capitalien in einem lebhaften Orte sich ein blühendes Geschäft zu verschaffen.

Perthes setzte auf Hamburg mit Recht große Hoffnungen. Die große Handelsstadt von 120,000 Seelen hatte damals nur drei Buchhandlungen; das litterarische Bedürfniß, kaum erst geweckt, war einer Steigerung fähig die den bestehenden Buchhandel dort ganz umgestalten mußte. Perthes faßte die Sache im großartigsten Sinne auf. Ohne eine solche Gestaltung des Buchhandels schien ihm Wissenschaft und Kunst in ihrer Wirkung gefährdet; wo der Balgentreter fehlt, äußerte er, spielt der größte Virtuos vergebens auf der Orgel. Manche litterarisch todte Gegend hatte er durch die Regsamkeit eines tüchtigen Buchhändlers aufleben sehen, an andern Orten bemerkte er wie die Individualität des Buchhändlers weiter auf die Richtung des litterarischen Bedürfnisses vortheilhaft oder nachtheilig zurückwirkte. Gestützt auf solche Thatsachen schrieb Perthes dem Buchhandel einen wesentlichen Einfluß auf die Richtung zu in welcher Leser und Käufer bei der Auswahl ihrer geistigen Nahrung zu Werke gingen, und da ihm der in ungeheurem Wachsthum begriffene Einfluß der Litteratur auf Gesinnung und Leben vor Augen lag, so betrachtete er damals und sein ganzes Leben hindurch den Buchhandel und die Art seines Betriebes als eine tief in den Gang der Geschichte eingreifende Macht.

Ein Grauen kam ihm an, wenn er Buchhändler sah welche, wie er sich ausdrückte, gemeine Wirthschaft trieben mit Schreibgesindel, das für Stallung und Fütterung den Geist vermiethete. Deutschland, schrieb er mit Recht, ist mit elenden und scheußlichen Büchern überschwemmt, und würde frei von dieser Plage seyn wenn dem Buchhändler die Ehre lieber wäre als das Geld. Diese hochsinnige Auffassung die Perthes mit andern Zeitgenossen (wir erinnern nur an Reimer und Cotta) theilte, und die der deutsche Buchhandel eine Zeitlang mit Recht als sein eigenthümliches Verdienst rühmen durfte, hat in Deutschland gute Früchte getragen — sowie umgekehrt das Ueberwiegen des handwerksmäßigen Betriebs einen ganz sichtbaren und handgreiflichen Einfluß auf die litterarische und sittliche Verschlechterung unserer Zeit geübt hat. Perthes blieb sein Leben lang dem Standpunkt getreu von dem aus er im Jahr 1796 als vierundzwanzigjähriger Mann die Gründung eines eigenen Geschäfts betrieb und es mit bewunderungswürdiger Umsicht und Rührigkeit in Flor brachte. Sein Gedanke ging dahin daß die neugegründete Handlung in Hamburg, Holstein, Mecklenburg und Hannover die Grundlage ihres Geschäftsbetriebs finden, aber von dieser Grundlage aus eine Stellung gewinnen sollte durch welche sie zur Vermittlung des litterarischen Verkehrs aller europäischen Völker unter einander würde, indem sie die Litteratur eines jeden Volkes allen andern Völkern zugänglich machte. Hamburg schien für eine solche Stellung der rechte Ort; in London sollte eine Filialhandlung zur Unterstützung gegründet werden. Faßt man die Schwierigkeiten ins Auge unter denen Perthes sein Werk begann, denkt man an die wiederholten und furchtbaren Erschütterungen welche den Handel und Credit in Folge der Zeitereignisse, namentlich in Hamburg heimsuchten, so kann man die Umsicht, die unermüdliche Thätigkeit und den festen Glauben nur bewundern womit der edle Mann, freilich unter schweren Sorgen und Mühen, seiner Handlung eine immer wachsende Blüthe verschaffte mitten unter den gewaltigen Krisen und Katastrophen seiner Zeit.

Während er sich so die Unabhängigkeit der äußern Existenz schuf, hatte auch unter dem Eindruck der neuen Verbindungen und Bekanntschaften sein inneres Leben eine bestimmte und bleibende Richtung erhalten. Eine Zeitlang war Perthes mehr nach der philosophischen Seite der Bildung jener Zeit getrieben worden, und der bedeutende Einfluß geistreicher Freunde hatte ihn darin festgehalten. Mehr und mehr fanden aber vielfache Berührungspunkte statt zwischen ihm und der strenggläubigen und frommen Richtung; die norddeutsche Kirchlichkeit, der Kreis der mit Klopstock und Claudius zusammenhing, und selbst die frommen und frömmelnden Münsteraner die sich um die Fürstin Gallitzin sammelten, und zu denen Leute wie die Droste, F. Stolberg u. s. w. gehörten, waren mit Perthes befreundet und zum Theil persönlich eng verbunden. Seine Heirath

*) Friedrich Perthes' Leben. Nach dessen schriftlichen und mündlichen Mittheilungen aufgezeichnet von Cl. Th. Perthes, ordentlichem Professor der Rechte in Bonn. Erster Band. Hamburg 1848.

mit der Tochter von Claudius knüpfte diese Beziehungen noch fester, und es bestand seit der Zeit ein doppelt enger Verkehr einerseits mit der orthodoxen Frömmigkeit der holsteinischen Freunde die Perthes gewonnen hatte, andererseits mit der strengen katholischen Kirchlichkeit wie sie in dem Münster'schen Kreise ihren Ausdruck fand. Perthes war von Kindheit auf fromm und gläubig erzogen worden; die neuen Einwirkungen fanden in seinem Naturell und seiner innern Entwicklung verwandte Anklänge. Dabei war er von spielender Mystik, wie sie in dem Kreise der vornehmen Frömmigkeit heimisch war, eben so weit entfernt wie von der trägen Contemplation zu der sich blasirte Naturen so leicht hingezogen fühlen; Perthes' Frömmigkeit war von einer ganz gesunden Grundlage, kindlich, demüthig und hingebend, aber zugleich thatkräftig und aufopfernd, wie das fromme und willensstarke Geschlecht jener Tage war.

Er war den politischen Bewegungen seiner Zeit mit der größten Theilnahme gefolgt; seine Gesinnung war von dem wärmsten deutschen Patriotismus durchglüht, und stand dem vagen Kosmopolitismus ebenso fern als dem beschränkten Gesichtskreise localer oder territorialer Anschauung. Als die Revolution ausbrach war Perthes siebzehn Jahre alt gewesen, und hatte die Begeisterung seiner Zeitgenossen für den Kampf gegen das altfranzösische Königthum getheilt. Sobald aber der Krieg Frankreichs gegen das deutsche Reich ausbrach, stand er mit seinem Herzen auf deutscher Seite. Nicht in Oesterreich oder in Preußen oder in einem der größern deutschen Territorien, welche die wenigstens scheinbare Möglichkeit besaßen auf sich selbst beruhen zu können, war damals wie heute ein Reichsgefühl zu finden, aber in den kleinern Fürstenthümern lebte das Bewußtseyn des Reichszusammenhangs noch als politische Ueberlieferung fort. Perthes, in einem solchen kleinen Territorium groß geworden, hatte aus seinen Knabenjahren ein kaiserlich gesinntes Herz mitgebracht, und sobald sein Kaiser, sobald das deutsche Reich von den Franzosen bekriegt und bedrängt ward, wurde er ein Feind der Franzosen. Das Wachsen der bonapartischen Uebermacht steigerte diese Abneigung in ihm, und seit das französische Kaiserthum die Erniedrigung und Zerstückelung Deutschlands mit systematischer Consequenz betrieb, gehörte er zu denen welche von dem Schmerz über den Jammer der deutschen Zustände und die Nothwendigkeit eines völligen Umschwungs der Dinge aufs tiefste ergriffen waren. Die Aeußerungen die sich in seinen Briefen finden, geben ein sprechendes Zeugniß von dem was in den Gemüthern der besten und edelsten Patrioten vorging. „Ich bin, schrieb er im Sommer 1805 an den kleinmüthig verzweifelnden Johannes Müller, nicht so hoffnungslos, und gerade in der letzten Zeit wächst mein Muth; freilich bin ich jung, von der Geschichte nicht unterrichtet! Sie schließen folgerecht von dem Alten auf das Neue, und geben darum auf. Aber wurde nicht jedes Volk, ehe Einheit in ihm entstand, stets erst bereitet zum Empfang des Führers, des Retters, des Messias? Eine solche Bereitung, dünkt mich, ist unter uns sehr bemerkbar. Ein Schmachten, Sehnen, Greifen nach einem Haltungspunkt ist allgemein. Vieles ist auch schon weggeräumt — daß ich nur anführe· die Endschaft der papiernen Zeit; noch zwanzig Jahre solcher Buhlerei mit der Litteratur, solcher Verhätschelung geistiger Bildung, solcher Krämerei mit belletristischem Luxus — und wir hätten ein siècle littéraire erlebt, abgeschmackter als das unserer Nachbarn. Jetzt fühlt jeder der Jüngern daß das Vaterland nicht zum Dienste der Wissenschaft da ist, sondern umgekehrt." — Der treffliche Perthes erkannte sehr richtig die Schäden an denen unser öffentliches Leben litt, nur täuschte er sich in der Hoffnung daß die papierne Zeit ihre Endschaft erreicht und die Buhlerei mit der Litteratur vorüber sey. Beides kam nach kurzem Zwischenraum mit neuer Stärke zurück, seit unsere große Politik alles darauf anlegte die öffentliche Thätigkeit der Nation zu hemmen und sie an Kleinem und Kleinlichem verkümmern zu lassen; die Früchte liegen jetzt erschreckend zu Tage, und auch heute gilt leider noch was Perthes von seiner Zeit sagte: Wir büßen die Sünden unserer Väter; die letzte Generation arbeitete uns mit einem unglaublichen Leichtsinn nach dem Abgrund hin!

Wie Perthes die Gründe richtig erkannte aus denen sich unser politisches Elend herleiten ließ, so hatte er auch über das bonapartische Wesen die tiefsten und wahrsten Anschauungen; der schlichte, biedere Bürger erkannte den Feind besser als unsere hohe Diplomatie die sich vor dem Gewaltigen beugte, und unsere alexandrinische Gelehrsamkeit die ihm höfelte. Er sah in Napoleon eine historische Naturnothwendigkeit die aus der allgemeinen Schwäche und selbsüchtigen Verdorbenheit sich herausbilden mußte. „Napoleon, schrieb er, der Gewaltige der Welt, ist eins in sich, und sicher und fest wie kein anderer, weil er wie kein anderer nichts will als sich selbst, und wie kein anderer ist er des Teufels geworden weil er wie kein Anderer sich selbst zu seinem Gotte gemacht hat. Er will nicht, er wird gewollt, sagte mir mit treffendem Ausdruck Baggesen." Mit Recht war Perthes des festen Glaubens daß diesem Menschen die Welt von Gott dahingegeben sey damit an der peinigenden Kraft des Bösen die erstorbene Kraft des Guten, wenn auch unter den entsetzlichsten Wehen, von neuem geboren werde. „Was da war, äußerte er, ist ruinirt; welcher neue Bau sich auf den Trümmern erheben wird weiß ich nicht, aber *das entsetzlichste vn allem wäre wenn nach dieser Zeit des Schreckens die alte matte Zeit mit ihren zerbrochenen Formen wiederkehren sollte.*" In diesem festen Glauben an eine bessere Zukunft hielt ihn theils die freudige Wahrnehmung daß sich ein neuer Geist rege in dem unverwüstlichen deutschen Volk, theils die Hoffnung aufrecht daß Napoleon selbst sein schlimmster Feind sey und die Dinge unwiderstehlich dem Abgrund zutreibe. „Wenn Napoleon sich einmal begnügen und gemäßigt verfahren könnte, schrieb er an Max Jacobi, so wären wir verloren und hätten den Strick um den Hals, aber dieß ist nicht zu fürchten. Auf Thatsache stütze ich mich wenn ich sage daß des Kaisers Aberglaube an sich selbst so weit geht daß er sich noch wird anbeten lassen. Ihm fehlt in solchem Grade jeder Glaube an ein Etwas oben oder unten, er hat in solchem Grade nur sich selbst, daß das Schreckliche was bis jetzt nur in dunkeln Sagen umherirrt, auch noch an den Tag kommen wird. Ja es wird dahin kommen daß jeder sehen muß diese Ruhm- und Regierungswuth habe keinen Raum auf dem Erdball hienieden."

Neben diesem gründlichen Hasse gegen das bonaparte'sche Wesen, wie er durch die tägliche Anschauung der Scheußlichkeiten in Norddeutschland immer neu genährt werden mußte, war Perthes wieder von aller Blindheit für die Schwächen der Deutschen oder von der deutschthümelnden Befangenheit gegen das Fremde, weil es fremd war, ganz frei. Er erkannte die bleibenden wohlthätigen Wirkungen der neuen Einrichtungen sehr gern an; „ich achte, schrieb er an seinen Oheim, und schätze sehr vieles der neuen Wirthschaft und sehr weniges von dem was unsere Fürsten und Regierungen früher thaten." Er kannte recht gut seine Nation; die Völker, äußerte er, müssen erschreckt werden, sonst gewöhnen sie sich an alles. Und über unsere Grundfehler urtheilte er so klar und richtig, daß wir auch heute noch die schlichten Worte des trefflichen Mannes als schlagende politische Wahrheiten anführen dürfen. „Wir haben, sagt er, alles Recht uns reich bemittelt und tief an Charakter zu finden, aber nie haben wir es verstanden unsere Schätze anzuwenden; nie haben wir unserem Volk eine gemeinsame Tüchtigkeit und eine gemeinsame Bildung gegeben, und nie gemeinsame Anstalten gegründet welche das Gefühl für Nationalehre wach erhalten und uns Sicherheit gegen die Angriffe Fremder gewähren konnten. *Dennoch aber kann alles was wir denken und gedacht haben, nur wenn wir auch zu handeln lernen, Wahrheit und Wirksamkeit haben.* Männer welche nichts besitzen als Wissenschaft, werden, selbst wenn ihnen Geist und Kraft nicht fehlt, zu Narren, wenn sie in das Leben eintreten und auf das Leben einwirken wollen, ohne die Anwendung ihrer Mittel praktisch gelernt zu haben; wie mit dem einzelnen Menschen, so ist es auch mit einem ganzen Volke." Nur Eins hoffte Perthes dem Volk unverbrüchlich erhalten zu sehen: seinen Sinn für Wahrheit und Recht; „wer noch irgendein Mann ist, schrieb er an Müller, der muß seinen Kopf daran setzen daß uns nicht Unrecht für Recht, Lüge für Wahrheit aufgebürdet werde." Die Zeit kam — und Perthes hat sie noch erlebt — wo auch dieß nationale Capital schmählich angegriffen ward. Auch für diese Periode findet sich in einem Brief eines Freundes ein hartes aber nicht unbilliges Wort: „das Auflösen aller Charaktere, das moralische Faulfieber ist jetzt die grassirende Krankheit, vor der mir ärger als vor der Pest graust."

In diesem Sinne von seinem Kreis aus zu wirken war für Perthes eine Hauptaufgabe. So gründete er 1809 das vaterländische Museum — ein unverdächtiger Bund der deutschen Männer welche von Gott zu geistigen Leitern ihres Volkes berufen seyen, werde, so hoffte er, den Augen der Dränger verborgen ins Leben treten; jedes einzelne Mitglied könne nach Maß seiner Stellung und Bedeutung, ohne Aufsehen zu erregen, gleichgesinnte Männer an sich ziehen — ein Mittelpunkt, der einzige welcher jetzt möglich sey, werde durch die neue Zeitschrift gegeben, und schnell könne sich, wenn die rechte Stunde käme, der wissenschaftliche Verein in einen Bund umsetzen, welcher zu kräftigen Thaten Kraft und Zusammenhang besitze. Damit der Verein eine so breite Unterlage im Volksleben wie möglich erhalte, sollte keine Seite des deutschen wissenschaftlichen Lebens unvertreten bleiben. Von Rumohr erbat er sich Nachrichten über die Werke altdeutscher Kunst, von Wilcken über alte Gebräuche und Gewohnheiten und über die Wahrheit und Unwahrheit des Gegensatzes von Nord- und Süddeutschland; Feuerbach sollte über deutsches Recht und Gesetzgebung, A. W. Schlegel über deutsche, F. Schlegel über österreichische Litteratur insbesondere, Sailer in Landshut über das religiöse Leben der deutschen Katholiken, Marheinecke über die Bedeutung des deutschen Predigtamtes, Schleiermacher über die philosophische, Plank über die historische Theologie der Deutschen berichten.

Der Erfolg des Unternehmens überstieg anfangs alle Erwartung, aber die politischen Verhältnisse traten auch hier störend in den Weg. Seit Perthes französischer Unterthan geworden war, fiel auch er unter die chikanöse napoleonische Bücherpolizei. Jeder Buchhändler welcher nach irgendeinem Punkt des Kaiserreiches ein außerhalb desselben gedrucktes Werk einführen wollte, mußte Originalartikel, französische Uebersetzung desselben, Autor, Inhalt, Jahreszahl, Format, Druckort dem Generaldirector in Paris einschicken und die Erlaubniß zur Einführung nachsuchen. Hatte dieser kein Bedenken, so sendete er den sogenannten Permis an das Gränzdouanenamt, über welches der betreffende Bücherballen in das französische Reich eingehen sollte. Das Douanenamt, wenn die Bezeichnung des Ballens mit dem Permis übereinstimmte, sendete beides an den Präfecten, unter welchem der Bücherempfänger wohnte; der Präfect übergab es dem inspecteur de l'imprimerie et de la librairie, welcher es, nachdem er ein Protokoll darüber aufgenommen, dem vérificateur à l'estampille zusandte. Der Verificateur rief den Eigenthümer der Bücher, öffnete den Ballen in dessen Gegenwart, verglich den Inhalt mit dem Permis, nahm die nicht darin angegebenen Bücher weg, wog die andern und bestimmte die droits nach dem Gewicht! Am Ende jedes Monats sendete der Verificateur ein Verzeichniß aller freigegebenen Bücher an den Generaldirector nach Paris, damit eine nochmalige Vergleichung mit den in Paris geführten Listen vor sich gehen könne. So war der Quälereien kein Ende. Der Generaldirector konnte nach Gutbefinden Einsendung und Untersuchung des Manuscripts verlangen und den Druck verhindern, und ähnliches mehr. War nun zwar diese, wie manche ähnliche bonaparte'sche Erfindung, viel zu künstlich und complicirt als daß sie ihren Zweck hätte erreichen können, und konnte man mit Hülfe der französischen Unwissenheit manchmal die polizeiliche Chikane umgehen, so war doch dem norddeutschen Buchhandel der Lebensnerv zerschnitten, und Perthes gab die neue Unternehmung des deutschen Museums, das neben solchen Maßregeln nicht bestehen konnte, lieber auf.

Es kamen die Tage der Befreiung und auch für Hamburg trat eine Epoche der Erlösung, des neuen stärkeren Druckes und der dauernden Befreiung vom fremden Joche ein. Perthes nahm an diesem Umschwung den thätigsten und aufopferndsten Antheil; was sein Biograph darüber ausführlich mittheilt, ist das Interessanteste und Genaueste was wir bis jetzt über die Schicksale Hamburgs im Jahr 1813 vor uns haben. Perthes mußte, als Tettenborn Hamburg preisgab und Davonst seine Schreckensherrschaft begründete, fliehen und alle Schicksale des Geächteten und Verfolgten durchmachen; die edle hingebende Gesinnung der trefflichen Gattin, die Unterstützung der Freunde und die unverwüstliche Hoffnung auf den nahen Umschwung hielten ihn in diesen schweren Tagen, wo er alles verloren, aufrecht. Aber auch der Geächtete blieb unermüdet thätig für die gemeinsamen Interessen der Stadt und des großen Vaterlandes, dem er angehörte; es beschäftigte ihn in diesen Tagen der Verfolgung nie die Sorge um das eigene Ich, nur das Bestreben für die allgemeinen Angelegenheiten, an deren Leitung er als Mitglied des hansischen Directoriums den lebhaftesten Antheil nahm. Indessen hatten auch die Ansichten über die politische Zukunft eine bestimmtere Gestalt gewonnen. Auf Herstellung des in sich erneuerten deutschen Reichs unter einem Kaiser aus dem Habsburgischen Haus waren die Hoffnungen des außerpreußischen Norddeutschlands gerichtet. Die zum Hansabund vereinigten Städte sollten einen ebenso selbständigen Bestandtheil des Reichs wie Bayern oder Preußen oder Hannover bilden und, um lebenskräftig und geachtet auftreten zu können, sich in sich selbst erneuern. In diesem Sinn zu handeln, und theils auf die Hansen selbst, theils auf die Stimmung der leitenden Staatsmänner einzuwirken, war der Gegenstand von Perthes unermüdlicher Sorge — zu einer Zeit wo er als Verbannter, ohne Haus und Hof, kaum wußte wo er künftig sein Haupt niederlegen sollte. Doch kamen zum Ersatz nach so furchtbaren Katastrophen auch die Tage des Friedens, und am letzten Tage des Maimonats (1814) zogen die Verfolgten in das von Davonst geräumte Hamburg wieder ein. Wohl war schon damals manche Hoffnung die sich an die deutschen Angelegenheiten anknüpfte, zu Grabe getragen, aber Perthes blieb voll guten Muths daß das Schwerste überstanden sey. Diese Zeit und dieser Traum, schrieb er damals, sind mit Jammer, Blut und Elend angefüllt, aber die Resultate rechtfertigen die Weltregierung. Was auch künftig große und kleine Tyrannen beginnen mögen, es wird ihnen doch nicht möglich seyn den Geist ordnungsmäßiger Freiheit, den Sinn für Verfassung und ständische Rechte bei den Völkern zu unterdrücken.

Hier bricht der erste Band ab. Als ihn der Herausgeber der Oeffentlichkeit übergab, in den verheißungsvollen Märztagen des vorigen Jahres, schloß er sein Vorwort mit einem Wunsche, in den wir heute, nach diesem Jahr der bittern Lehren und Enttäuschungen, doppelt gern einstimmen. Möge, sagt er, Gott unserm Volk in den Zeiten, denen wir entgegensehen, viele Männer schenken wie Friedrich Perthes war. Deutschland wird sie nöthig haben.

Die österreichisch-deutsche Zolleinigung.

II.

T **Wien**, 8 Nov. Mit nicht gewöhnlicher Spannung hat man hier den Stimmen in den deutschen Blättern über den österreichischen Vorschlag zur Anbahnung der Zolleinheit zwischen dem Kaiserstaate und Deutschland entgegengesehen. Ich habe mich nicht getäuscht. Ein Gedanke, so oft und so lange nur geträumt, tritt unerwartet in ausgeprägter Form aus der Ungewißheit heraus, und zeigt sich der Verwirklichung näher als man ahnte. Den Ausharrenden, den Hoffnungsvollen eine wohlverdiente Genugthuung, richtet der Vorschlag auch jene wieder auf denen der Muth schon entsinken wollte. Der Wahn, der nicht bloß trügerisch genährt worden, der auch redliche Gemüther gefangen hielt, der Wahn Oesterreich werde an keine nähere Verbindung mit Deutschland denken — er ist zerstört, unwiderruflich zerstört durch ein Wort.

Doch nein, auch dieses Wort ist bereits hämischer Mißdeutung preisgegeben worden. Man hat die unangenehme, die peinliche Empfindung welche der österreichische Vorschlag an einzelnen Orten hervorgerufen, nicht unterdrücken können und zu dem alten abgenützten Kunstgriff seine Zuflucht genommen. „Oesterreich will uns nur wieder täuschen" — so lautet in jenem Lager die Parole. »Timeo Danaos et dona ferentes« geht's da von Mund zu Mund. Aber wir möchten doch diejenigen welche nicht geflissentlich tauschen oder getäuscht seyn wollen, fragen: was drängt denn Oesterreich jetzt gerade zu einer solchen täuschenden Gabe, deren innere Unwahrheit ja sich bald selbst verrathen müßte? Wo ist der äußere zwingende Anlaß zu dem Vorschlage, wenn dieser wirklich nicht aus der Politik der neuen Regierung selbst hervorgeht? Andere Regierungen sollen das Ministerium bestürmt haben ein derartiges Wort an die deutsche Nation zu richten, wenn auch in der Absicht es nicht zu halten oder um den eigentlichen Plan damit zu verdecken. Aber man weiß es ja aus den jüngsten Kammerverhandlungen und den veröffentlichten Noten daß Oesterreich von jenen Regierungen schon vorlängst bestürmt worden ist, zu einer Zeit zumal als die Verhältnisse zu Preußen weniger freundlich waren als jetzt — warum denn schwieg man damals und öffnet jetzt den Mund? Nicht weil man ein treuloses Spiel treiben will, das ebenso einfältig als gefährlich für die eigene Existenz wäre — denn Dinge wie das Erwerbs- und Güterleben der Völker ertragen das Tändeln nicht — sondern ganz einfach weil man sich im eigenen Hause nun erstarkt genug fühlt um auch der deutschen Sache seine Aufmerksamkeit und seine Thatkraft zuwenden zu können. Wahrlich, was Oesterreich, nachdem es sich selbst wieder gewonnen hat, freiwillig bietet, das hat jetzt eine ganz andere Tragweite als es während der überstandenen Erschütterungen haben konnte. Was Oesterreich nun, in einem Augenblick wo die große Mehrheit der Deutschen die ganze Einheitsbewegung des vorigen Jahrs für verfehlt oder gescheitert hält, dem übrigen Deutschland an Einigungsmomenten anträgt, das kann wirklicher dauernder Besitz für alle, eine wahrhafte Errungenschaft von nicht zu ermessenden Folgen werden. Darin gerade liegt die Bedeutung, ja der innere Zauber des Vorschlags.

Schade nur daß die Blätter welche, um ihre Verlegenheit zu bemänteln, sich anstellen nur Schnikschnak in den Vorschlägen zu sehen — Schade für ihre Sache daß sie nicht auch die Revision des österreichischen Zollsystems in den Mond versetzen können. Aber dieß ist eine unauslöschbare Thatsache, über alle Verdächtigungen ragend, die alle Mißdeutungen nicht umdeuteln können. An der Reform des österreichischen Zollsystems, an dem Geiste worin sie geschieht, werden alle jene Angriffe zu Schanden werden, die aus Aerger darüber entspringen daß Oesterreich eine große Handelspolitik mit schöpferischer Thatkraft begründen will. Schon in den „Vorschlägen" zur Anbahnung der Zolleinheit heißt es ausdrücklich daß die erste Periode, wesentlich der innern Zollreform gewidmet, die wichtigste sey und die Bahn brechen solle. Einmal die Entwickelung in diese Richtung hineingelenkt, folgt das übrige fast wie von selbst. In diese Bahn ist Oesterreich nun entschieden eingetreten, freilich ohne viel Aufhebens: es hat mit der Reform nicht gewartet bis der Vertrag abgeschlossen worden, es hat sich selbständig hineingeworfen und die Initiative ergriffen, in der Ueberzeugung daß die Form sich von selbst finden werde, wenn im Leben der Inhalt sich biete. Und nun kömmt man hinterher und sagt: das alles ist eine Finte, wir sind von den wahren Absichten des österreichischen Cabinets weit besser unterrichtet als der österreichische Minister selbst. Die Zollreform — ein Zeitvertreib! der Zollanschluß — eine hübsche Erfindung! „Oesterreich hat ja keine andere Politik, kein anderes Ziel als sich Rußland in die Arme zu werfen". — — Das mag nun der Wunsch einiger Thoren seyn, aber solange ma-

nicht beweisen kann daß die ganze Revision des Zolltarifs zum Schein vorgenommen werde, solange dieser erste und wichtigste Schritt zur Anbahnung der Zolleinheit nicht weggeläugnet werden kann, so lange wird uns gestattet seyn den Vorwurf, Oesterreich habe den Vorschlag zur Zolleinheit mit Deutschland nur als bunten Lappen zu Köderzwecken ausgehängt, für Wahnwitz oder für Verleumdung zu halten.

Uebrigens scheint man in Deutschland bei dieser Gelegenheit erst von der österreichischen Zollrevision gehört zu haben. Freilich, Oesterreich ist nicht gewohnt viel von sich zu reden, es spricht jetzt noch weniger von sich als vielleicht gut wäre. Hieraus erklären sich manche Mißverständnisse; die Wohlwollenden bilden zwar immer die Mehrzahl, nur muß man ihnen die Mittel an die Hand geben selbst zu urtheilen. Diesem Bedürfniß abzuhelfen scheint besonders die „Austria" berufen, deren Schöpfer, Minister v. Bruck, die Publicität zu üben gewohnt ist und als eine Macht anerkennt, die er, statt sie zu scheuen, vielmehr für seine Reformplane nöthig hält. Als das Organ hiefür ist die „Austria" doppelt interessant fürs Inland wie fürs Ausland. Brachte dieses Tagblatt schon früher Aufschlüsse und Motive zu einzelnen wichtigen Maßregeln, so ist es jetzt mit schlagfertigen Artikeln frisch ins Zeug gegangen, und scheint in einer Reihe Leiter namentlich auch das handelspolitische System zu entwickeln, nach welchem das Ministerium im Ganzen vorwärts zu gehen gedenkt.

Da die Politik als solche fern bleibt, so dürfte die „Austria" eine der eigenthümlichsten und interessantesten Erscheinungen unserer Presse bilden, auf welche ich im allgemeinen Interesse nicht unterlassen wollte die Aufmerksamkeit hinzulenken. Gegenüber der reformirenden und aufbauenden Thätigkeit der österreichischen Regierung muß man über die Schweigsamkeit der deutschen Presse staunen. Vielleicht ist diesseits die tiefeingewurzelte Gewohnheit alles ängstlich in das bureaukratische Dunkel und Geheimniß zu hüllen, selbst da wo die hellste Oeffentlichkeit viel zweckmäßiger wäre — diese Unart die sich nicht so leicht ablegt, wohl mit Schuld daran. Welch ein Lärm als im Frühjahr 1845 Hr. v. Rönne es endlich durchgesetzt hatte Sachverständige verschiedener Industriezweige zum Beirath nach Berlin einzuberufen — welch Redens von dem „praktischen" Parlament und einer neuen Aera des Zollvereins! Das ganze Ergebniß indeß war auf der nächsten Zollconferenz die Erhöhung einiger wenigen Zollsätze, und zwar in einer Weise daß dadurch niemand befriedigt wurde. Hier in Oesterreich legt man Hand an eine radicale Umgestaltung des ganzen Zollsystems — eine Umgestaltung deren politische Folgen nicht zu ermessen — und kaum spricht, ja weiß man davon. Die Zollcommission hat zunächst sich über die bei der Tarifreform leitenden Grundsätze verständigt, und dann mit Entwerfung des Theils des Tarifs begonnen welcher einer Aenderung am dringendsten bedarf, und der einheimischen Industrie, wohl zu merken, die Mittel zu einer wohlfeilern Production zu bieten geeignet ist. Wie wir vernehmen sind die Eisenwaaren, sämmtliche Metallerzeugnisse, Thon-, Steingut-, Porzellan- und Glaswaaren beendet; die chemischen Producte und Rohstoffe für die Industrie stehen an der Reihe. Nachdem die Commission in ihrem eignen Schooße, auf Grund umfassender Untersuchungen, einen Zollsatz ermittelt hat, beginnt die Enquête, indem man nicht nur Sachverständige mündlich vernimmt, sondern auch aus allen Theilen der Monarchie von den Industriellen schriftliche Gutachten darüber einholt. Jene Sachverständigen werden jedesmal auf besondere Aufforderung der Commission von der hiesigen Handelskammer und dem niederösterreichischen Gewerbverein bezeichnet, nachdem diese selbst die Frage vorher in Erörterung gezogen haben. Wie wir hören hat die Enquête bisher im wesentlichen immer die Vorschläge der Commission bekräftigt, selten waren diese in Folge neuer Aufschlüsse zu modificiren.

Sie sehen hieraus zugleich was von dem Verlangen nach einem „berathenden" Industrie-Congreß zu halten ist. Alle mäßigen Stimmen geben zu daß eine Enquête genüge, unter den obwaltenden Umständen auch allein zulässig sey. Eine Enquête aber findet statt wenn auch nicht mit der ganzen Feierlichkeit einer öffentlichen Gerichtssitzung wie in England. Weil die so äußere Form sich hier noch nicht eingebürgert und die Commission selbst noch nichts veröffentlicht hat, so schließen viele es fehle die Sache selbst. Auch würde jene Forderung wohl gar nicht erhoben seyn, wenn man nicht von gewissen Seiten her die Interessen einzelner Industriebezirke darüber beunruhigt hätte als walte in der Zollcommission der einseitige finanzielle und der freihändlerische Standpunkt vor, was völlig unbegründet ist. Ein Gewerbcongreß könnte gegenwärtig unmöglich seinen Zweck erfüllen, abgesehen selbst davon daß fremde Gegenstände hineingeworfen werden dürften (bekanntlich verfolgt der böhmische Gewerbverein mehr politisch-tschechische Sonderzwecke als allgemein gewerbliche). Er würde sicher nicht die ökonomischen Interessen aller Theile der Monarchie gleichmäßig vertreten. Kann überhaupt die Lösung einer Frage von solcher Tragweite für die Wohlfahrt Oesterreichs und Deutschlands, und von solcher Verantwortlichkeit nur auf gut Glück der Entscheidung eines Stegreif-Congresses anheimgegeben werden? Gewiß nicht! Wir sehen der Erneuerung solcher wohlgemeinten Vorschläge wenigstens nicht früher entgegen als bis alle innern Verhältnisse Oesterreichs geordnet sind, und wir zweifeln daß man dann noch ein solches Surrogat für wirkliche Parlamente hier als wünschenswerth erachten wird.

Der nächste Artikel soll zeigen daß, wie mit der Form, so auch mit dem Inhalt der Zollrevision, so weit sie vorgeschritten ist, den volks- und staatswirthschaftlichen Bedürfnissen sowie den Forderungen einer höhern deutschen Politik Genüge geleistet wird. Wer aber den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, rufe ich zum Schluß noch einigen preußischen Blättern zu, welche getrennte handelspolitische Bahnen wandeln wollen. Glaubt Ihr denn wirklich, von der Einheitsidee selbst abgesehen, daß die wirthschaftlichen Bedürfnisse Deutschlands sich auf die Dauer befriedigen ließen ohne Oesterreich, ohne die Donau und ohne das Mittelmeer? Glaubt man dieses Meer werde zu seiner alten handelspolitischen Bedeutung nicht zurückkehren, weil ein Theil Deutschlands dort keinen Schauplatz seiner Thaten sucht, und sich um die Völker weit draußen in der Türkei nicht kümmert? Gesetzt, der Durchstich der Landenge von Suez würde nach dem schon entworfenen Plane von England, Frankreich und Oesterreich ins Werk gesetzt, und der Durchgangszoll, wie doch nicht unwahrscheinlich, auch zu Gunsten ihrer Staatsangehörigen angeordnet — will und kann Deutschland sich diesen nächsten Handelsweg nach Indien verlegen und sich aufs Cap verweisen lassen? Der levantische und der indische Handel aber haben eine große Zukunft; auch werden, ich hoffe es, Holland und England nicht immer die alleinigen Monopolisten und Herren der reichsten Länder Asiens bleiben.

Ungarische Rechtszustände.

*** **Wien,** 9 Nov. Es hat unserer Presse, mit spärlichen Ausnahmen, nicht behagt die neue Gerichtsverfassung für Ungarn ernsthaft zu prüfen, weniger wohl, wie wir voraussetzen wollen, aus Unkenntniß der Frage selbst, als aus Scheu vor dem scheinbar unfruchtbaren Gegenstand. Man hat sich so sehr an äußerlich große Verhältnisse gewöhnt daß man vor einem Artikel zurückschrickt, wo man nicht gleich ganze Brigaden ins Treffen führen oder zwei feindliche in zornigen Pulverdampf gehüllte Flotten als Hintergrund zeigen kann. Wie der Anfänger in der Kunst zuerst nach gigantischen Gegenständen hascht, das Große mit dem Schönen verwechselnd, so wird sich der angehende Politiker nur von solchen Stoffen angezogen fühlen wo er den ganzen Umfang unseres Welttheils mit seinen Berechnungen überdecken könnte. Man schwärmt für Freiheit, Gleichheit, Selbstregierung, und hat doch weder Ernst noch Geduld den Folgerungen der Lieblingsgrundsätze bis in das prosaische Gebiet des bürgerlichen Verkehres zu folgen. Man declamirt von Gleichheit, indem man sich gegen Orden und Titel mit Entrüstung ereifert, und übersieht ganz daß die weit wirksamere Gleichheit vor dem Gesetz mehr Nachdenken und festeren Willen erfordert. In England hält man durch zehn und mehr Jahre Versammlungen für eine scheinbar geringfügige Gesetzbestimmung, wirbt um Gleichgesinnte und Unterschriften, und wälzt dann einen Petitionskoloß dem Parlament vor die Füße. Daher die endlosen Klagen daß tückische Absichten die Früchte der Revolution in Oesterreich verderben lassen, während doch täglich Dinge geschehen welche eine neue Ordnung dauernder begründen als Mißtrauen in löblicher Absicht zu ahnen vermag. Freilich wer findet auch immer in einer Gerichtsverfassung mit den langweiligen Abschnitten unter A, B und den peinigenden Unterabtheilungen a, b, c, daß es zuletzt „unverständliche" Gelehrsamkeit ist welche den Triumphkarren des modernen, strengen Staates durch die gesprengten Thore den Herren hereinfährt? Da ist die Gleichheit die Ihr gewollt! Begreift Ihr nicht daß der Abschluß der Revolution ebenso langweilig seyn kann als das große Buch der „Gerechtsame", „guten Gewohnheiten", „Gerechtigkeiten", „Freiheiten", und unter welcher komischen Verkleidung sich immer das gar wenig Freie, Gerechte, die sehr schlechte Gewohnheit des Privilegiums verbarg? Erlauben Sie mir also einmal den Rechtszustand in Ungarn zu schildern, wie er vor der Revolution bestand und wie es nachher „der Mensch so herrlich weit gebracht."

Je lebendiger der Verkehr eines Staates seyn wird, desto tiefer wird das Bedürfniß schneller Rechtshülfe empfunden werden. Von dem Proceßgang wird man umgekehrt auf die Entwickelung des Volkes in geistiger und materieller Beziehung schließen können. Wie roh das Recht in Ungarn gehandhabt wurde, kann man schon daraus abnehmen daß es für das bürgerliche und das Strafrecht keinen besondern Rechtsgang gab. Eine endliche Beilegung eines Rechtsstreites ward durch den wirklich barbarischen Rechtsgrundsatz erschwert daß eine Berufung an den höhern Richter solange möglich war als es einen solchen noch gab, woher es

denkbar wurde, wie ich gleich nachweisen will, daß in Haupt- und Nebenfragen ein siebenfacher Instanzenzug eintreten konnte. Dazu kommt noch die gränzenlose Verwirrung daß je nach den streitbaren Personen oder dem streitbaren Gegenstand andere Gerichte zu entscheiden hatten; der pflichtige Mann, der Adelige, der Städter suchten ihr Recht vor einem andern Stuhle. Für den Hintersassen war die erste Instanz der Herrenstuhl (schon früher aufgehoben) oder vor der Revolution der Stuhlrichter seines Districtes, für den Bürger der „Magistrat." In zweiter Instanz entschied der Vicegespan und die Comitats-Sedria, welche zugleich das unterste Forum für die Adeligen war. Ueber den Sedrien standen die Districtualtafeln, eigentliche Appellationsgerichte, deren es vier im Lande gab. Sodann als vierte Instanz die königliche Tafel, als fünfte das Septemvirat welches den Namen von der frühern Zahl seiner Mitglieder ableitet, die später freilich sich auf zwanzig und mehr beliefen, und welche der König „ernannte", d. h. ihre Wahl bestätigte. Von diesem hohen Gerichtshof konnte man sich an die ungarische Hofkanzlei als sechste Instanz, ja sogar zuletzt an den Kaiser selbst wenden. Bedenkt man nun daß die höhern Gerichte nur in vier Terminen und sehr kurz beisammen saßen, so konnten, ehe die Fristen und berechtigten oder gestatteten Versäumnisse abgelaufen, Jahre vergehen ehe der Rechtsstreit nur zur Verhandlung kam. Freilich war nicht bei jedem Proceß dieser abenteuerliche Instanzenzug möglich, denn man unterschied je nach dem streitigen Rechte **processus juris et facti**; die ersteren waren aber solche wo es sich um das Eigenthum adligen Grundes und Bodens handelte, und diese konnten in erster Instanz nur bei der königlichen Tafel anhängig gemacht werden. Nun hing eigentlich das Resultat schon in erster Instanz davon ab ob eine Berufung an den höheren Richter Suspensivkraft gegenüber dem ersten Urtheil hatte oder nicht. Die **appellata**, wie man im mongolischen Latein die erste Berufung nannte, war **intra dominium** oder **extra dominium** (ohne und mit Suspensivkraft), nicht etwa, wohlgemerkt, wie bei uns je nach der juristischen Natur des ersten Urtheils im Proceßganzen, sondern je nach dem streitigen Gegenstand oder der Person. Gesetzt nun die **appellata** wäre erfolglos gewesen, so konnte ein Adliger ein zweites Rechtsmittel ergreifen unter der Formel **oppono** (nämlich gegen die Vollstreckung). Seine Gründe erörterte er dem höheren Richter, und dieser entschied mit den Worten **rebus sic se habentibus**, daß eine Suspension des Vollzugs eintreten sollte. Jetzt konnte nun abermals ein Streit entstehen ob denn **res sic se habent**, und zwar konnte über das Thatsächliche der Streit bei der untersten Instanz begonnen werden. War es endlich gelungen und richterlich festgestellt daß sich **res sic non se habent** und es erschien der Richter am bestimmten Termin zur Vollstreckung des Urtheils am Orte, so galt nach „Gewohnheitsrecht" ein anderes Rechtsmittel. Der Adlige trat auf die Schwelle seines Hauses, erhob gegen den Richter einen Stock und erklärte: **repello!** Die Justiz, da sie sich unter dem Stock des Magnaten fühlte, zog sich auch sogleich zurück, neue Termine liefen und neue Verhandlungen nahmen ihren Anfang. Nicht genug daß eine Rechts*verfolgung* hier schon ganz unmöglich schien, so gab es noch andere adlige Vorrechte welche jeden Weg zur richterlichen Entscheidung versperrten. In vielen Fällen konnte „Revocation" eintreten, d. h. sobald die eine Partei merkte daß der Proceß ungünstig für sie schließen dürfte, desavouirte sie ihren Sachwalter, und unter dem Vorwande daß der Advocat den Proceß ungeschickt geführt, wurden alle frühern Proceßhandlungen für nicht geschehen erklärt, bekanntlich im Widerspruch mit dem Cardinalprincip des deutschen Processes, wo im Augenblick des Klagbarwerdens Zug um Zug der Rechtsstreit für beide Parteien verbindlich seinem Ende entgegenläuft. An diese Art der Integralrestitution schlossen sich zwei andere, nämlich **via novi simplex** und **via novi cum gratia**. Die erste trat ein wenn der Verurtheilte neuentdeckte Beweismittel aufweisen konnte, die zweite nach der ersten wenn unter demselben Vorwande der Verurtheilte von der ungarischen Hofkanzlei oder dem Kaiser, versteht sich durch persönliche Verwendung, diese Gnade erlangte. Außerdem konnte noch vermittelst sogenannter Mandate mannichfaltiger Art, welche eben durch gleiche Verwendung aus der ungarischen Hofkanzlei oder vom Kaiser erlangt werden konnten, ein richterliches Urtheil umgestoßen werden; so gab es z. B. ein sogenanntes **mandatum transmissorium**, welches darauf hinauslief den schon und also entschiedenen Rechtsstreit zur nochmaligen Verhandlung einem andern Gerichte zu übergeben, weil das erste „den Rechtsfall unrichtig aufgefaßt habe." So war die ungarische Justiz vor der Revolution, ein würdeloses unsittliches Spiel mit dem höchsten Begriff den der Mensch fassen kann, ein Hohn dem Rechte, ein Zustand unsittlichen Kampfes, wo Advocatenlist die einzige Waffe, Sonne und Wind ungleich getheilt waren. Hier konnte man wirklich mit dem Behagen des Teufels behaupten daß sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit von Geschlecht zu Geschlecht vererben, hier wurde Vernunft zu Unsinn, Wohlthat zur Plage. Das „Recht" schien eben nur erfunden für den einen und der Zustand war nicht glücklicher als der ursprüngliche, wo der Mensch um seine Behausung Gräben und Wälle zog. Der einzige Unterschied bestand darin daß man sich nicht an Blut und Leben bedrohte; über Güter und Besitz entschied doch nur der Zufall, ehemals die Stärke der Streitkräfte, später List und persönliches Ansehen.

Erst nach dieser geschichtlichen Erläuterung wird man das Patent vom 3 Novbr. richtig würdigen können, und mag man die Revolutionen, nur den augenblicklichen Schaden im Auge, verketzern und verlästern — hätte die ungarische dem Lande nichts gebracht als dieses Patent, der Segen desselben würde den Verlust schon hundertfältig ersetzen. Das neue Gesetz kennt nur drei Instanzen, und wenn ein hiesiges Journal die vierte gefunden haben will, so ist dieß nur der publizistischen Gabe zuzuschreiben Dinge zu sehen die nicht existiren. Die Gliederung der Gerichte ist eine sehr einfache: a. Bezirksgerichte, b. Landesgerichte, c. Districtualobergerichte, d. der oberste Gerichtshof. Den Bezirksgerichten als Einzelngerichten fallen nur Rechtsstreite über geringfügige Gegenstände zu; wo das Streitobject einen Werth von 500 fl. CM. übersteigt, sind in allen Fällen nur die Landesgerichte spruchfähig. Ueberall ist nur eine einmalige Appellation zulässig, und die zweite und letzte nur dadurch zu begründen daß das zweite Urtheil mit dem ersten nicht gleichlaute. Von den vielfachen Proceß-Erneuerungen kennt das Patent nur die eine durch **via novi**; abgeschafft sind die obenbeschriebenen: **revocatio procuratoris, oppositio, reoccupatio**, Repulsion, **via novi cum gratia, mandatum judiciale**. Man sieht, der ganze feudale Plunder geht in Rauch und Flamme auf. Alle Appellationen erfolgen mit Suspensivkraft des richterlichen Urtheils (**intra dominium**). Das neue Gesetz weiß von keiner Verschiedenheit der Rechtspflege, je nachdem der streitbaren Person oder streitigen Sache ein politischer Nimbus anhaftet. Es ist alles, alles gleich vor dem Gesetz. Damit wäre denn auch dem magyarischen Adel die Faust gebrochen, denn seine Macht gründete sich zum Theil auf gesetzliches Unrecht. Es ist darum sehr glaubwürdig wenn man versichert daß wer jetzt Ungarn bereisen würde, vielfach unter den frühern Anhängern des Kossuthischen Reiches ziemlich Zufriedenheit mit der österreichischen Regierung fände. Was Kossuth versprach ist bereits gewährt, und gegen zählbare Vortheile sind die Menschen nie unempfindlich. Daß man Schwurgerichte noch nicht zugestand, war sehr verständig. Ganz abgesehen von dem Mangel verbreiteter Bildung wären solche Gerichte jetzt noch darum zu fürchten weil die Zwietracht der Volksstämme in blinder Wuth das Richtschwert zum Justizmord hätte benutzen können, denn der Serbe würde den Ungar, der Szekler den Sachsen, der Walache den Szekler verurtheilt haben, eben weil er Szekler und weil er Walache ist. Daher darf der ministerielle Vortrag welcher, wenn ich nicht irre, aus Baron Franz Sommaruga's Feder kommt, mit Recht behaupten: „ich habe eine zu hohe Meinung von der Institution der Schwurgerichte um sie in Zeitläuften so bewegter Art, wie jene die wir noch zur Stunde in Ungarn erblicken, und deren so baldiges Ende kaum anzuhoffen ist, als ein Werkzeug für den Kampf entfesselter Leidenschaft und Hasses preis zu geben, und hiedurch die Anfänge eines theilweisen Rechtszustandes der mit so schweren Opfern erstritten worden, dessen Behauptung aber auch in diesem Augenblick der ganzen und ungetheilten Kraft der Regierungsgewalt bedarf, durch einen verfrühten Versuch auf das Spiel zu setzen."

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

* **New-York,** 17 Oct. Bei weitem das Interessanteste sind die Nachrichten von unserm fernsten Westen jenseits der Felsengebirge. Zunächst und vor allem tritt uns da bereits ein fertig gewordener Staat entgegen, und wenn dessen Bildung auch durch religiösen Fanatismus mächtig begünstigt wurde, so ist sie doch ein wahrer Triumph unseres Organisationstalents. Kaum sind es vier Jahre her daß Fremont zuerst von dem großen Bassin des Salzsees im nördlichen Californien Kunde brachte, und jetzt steht schon in diesem Bassin eine Stadt von mehr als tausend Häusern und ein paar tausend Einwohnern, ringsum aber begrüßen den ermüdeten Reisenden wohlbestellte Felder und alle Zeichen eines geordneten staatlichen Bestehens. Das Bassin selbst hat wohl schon an zehntausend Einwohner. Im Februar dieses Jahres wurden nun die Ansiedler in dem unermeßlichen Gebiete zwischen den Schnee- und den Felsengebirgen aufgefordert zu Constituirung eines Staats sich in der Stadt des Salzsees zu versammeln; am 5 Mai war diese Convention zusammen und ernannte einen Ausschuß von Zehn um den Entwurf einer Verfassung auszuarbeiten; am 8 Mai wurde der ausgearbeitete Entwurf vorgelegt, drei Tage lang discutirt und am 10 Mai war die Verfassung angenommen. Die erste „Assembly" unter der neuen Verfassung fand hierauf bereits am 2 Jun. statt, wo die Staatswahlen vorgenommen und Brigham Young zum Statthalter, Heber-Krinball aber

zu dessen Stellvertreter gewählt wurde; am 3 Jun. beschloß man in Washington um Zulassung in den großen Staatenbund der Union nachzusuchen, und dieses Gesuch liegt jetzt vor. Bald werden also in Washington Abgeordnete von jenseits der Felsengebirge, 2500 Meilen entfernt vom Sitz der Union, erscheinen, und der Welt das großartige Beispiel geben was unter der Göttlichkeit des Regierens eigentlich gemeint sey. Der Name des neuen Staats ist der von „Deseret", was der Mormonentradition zufolge „Honigbiene" bedeuten soll. Die Sklavenfrage ist in der Constitution des Staats Deseret ganz umgangen und weder ein Verbot noch ein Gestatten der Sklaverei ausgesprochen worden, da man es lediglich der weitern Gestaltung der Verhältnisse überlassen will ob Sklaverei nöthig oder auch nur finanziell möglich sey. Auf gleich thätige Weise, wenn auch durch tausend Nebeninteressen abgehalten und durch fremde Elemente vielfach gehindert, schreitet das californische Küstenland seiner staatlichen Constituirung entgegen; die Delegaten der verschiedenen Districte sind versammelt, und auch von da dürfen wir eine sofortige Constituirung erwarten. Eine Gränzdifferenz ist übrigens zwischen den Staaten Deseret und Californien bereits im Werden, da der District von San Diego bis S. Anna und S. Gabriel in den Gränzen des Staats Deseret mit inbegriffen ist, die Abgeordneten von S. Diego in der californischen Convention mit berathen. Die Gränzen von Deseret sind im Süden die Nordgränze Mexico's, im Westen bis etwa 33,⁰⁰ nördl. Breite die Südsee, dann aber die Sierra Nevada, im Norden die das innere Bassin des Colorado begränzende Bergkette bis zu den Windriver Gebirgen und im Osten die das Bassin des Rio Grande westlich begränzende Sierra Madre bis zur mexicanischen Nordgränze hinab (etwa 108° östl. Länge). Der Staat also umschließt das große Bassin und das Flußgebiet des Colorado; Neu-Mexico würde dann das Flußgebiet des Rio Grande, Californien den Küstenstrich westlich von der Sierra Nevada und Oregon das Flußgebiet des Columbia River und seiner zwei Arme umfassen; alles naturgemäße Abtheilungen und mithin zum Beginn einer Staatsorganisation vorzugsweise geeignet. Während das große Salzseebassin nun schon zum Staat geworden ist, geht eine Entdeckungsexpedition für dasselbe unter Capitän Stansbury wacker vorwärts und hat bereits am 5 August den Südpaß der Felsengebirge durchschritten, von wo sie nach Fort Hall gehen, von dort aber sich südlich nach dem Salzseethal wenden wird. Inzwischen dringen zwei von Texas ausgegangene Expeditionen, die eine unter militärischer Begleitung des Majors van Horne von San Antonio über den Pecos nach El Paso del Norte vor, und Commander Harry Love hat Befehl erhalten den obern Rio Grande genau zu untersuchen, während Major Giles Porter am untern Rio Grande befehligt, und wir so in Kürze authentischen Fingerzeigen über das was unsere Yankees mit diesem Fluß anfangen werden entgegensehen können. Häuser, Dampfboote, Holz und Eisen gehen fortwährend in Masse nach Californien; alle zwei bis drei Monate wird ein neues Dampfboot, dorthin bestimmt, gebaut oder gar schon abgesendet, und um zu Land dem Reisedrang zur See nicht nachzustehen, werden die Städte Chicago, St. Louis, Ohio City (das bisherige Cairo) und Memphis einen großartigen Wettkampf beginnen, welche von ihnen der Ausgangspunkt der großen Eisenbahn werden soll die wir nach den Felsengebirgen bald werden haben müssen, also auch bald haben werden. So nimmt der „Star of Empire" seinen Weg nach Westen, und da ja bei uns alles alle Tage vorwärtsdrängt, so scheint auch dieser Stern nicht mehr in der Landkutsche oder gar zu Fuß zu wandern, sondern läßt sich auf unserer großen Eisenbahn des ungehinderten Fortschritts im Fluge nach der Südsee befördern, wo er bald als Sonne aufgehen wird.

In Philadelphia, berühmt durch seine ewigen Kämpfe der Feuerleute, Boys und Farbigen, haben diese Händel kürzlich einen so organisirten Charakter angenommen daß das Gesetz jetzt dort in Reih und Glied und mit Ober- und Untergewehr verletzt wird. Die gesonderten Gerechtsame der Vorstädte Northern, Liberties und Moyamensing haben diesem Unfug bisher immer Straflosigkeit gesichert, nach den letzten Vorfällen aber, wo man Häuser niederbrannte und in den Straßen förmlich focht, wird es denn doch wohl einmal zu einer Entscheidung kommen. Diese Kämpfe sind ein wahrer Schandfleck für das sonst so musterhafte Philadelphia, und zeigen was eine amerikanische große Stadt ist wenn sie nicht das Glück einer einigen Organisation wie Boston, oder den stets erfrischenden Durchzug des New-Yorker Geschäftslebens haben.

Der hundertjährige Geburtstag Goethe's ist in den Vereinigten Staaten, wie es scheint, nirgends von den Deutschen gefeiert worden. In New-York dagegen tauchen immer mehr Wurstfeste, Jahrmärkte, Kirchweihen u. s. w. auf, in denen Mülheim, Alzei und Gott weiß noch welche Städte alle im physischen Genusse reproducirt werden sollen. Auch ein Fortschritt des deutschen Elements!

Der Vertrag Nicaragua's mit der New-Yorker-Canalcompagnie ist auf 12 Jahre zur Herstellung und 85 Jahre zur nachherigen Benutzung dieses Canales abgeschlossen. In diesen 12 Jahren erhält der Staat von der Compagnie: 10,000 Dollars bei Ratification des Vertrags, 10,000 Dollars im ersten Jahr, 20,000 Dollars in jedem andern Jahr des Herstellens, 700,000 Doll. in Canalstock, und das Recht im ersten Jahre des Bestehens des vollendeten Canals über 500,000 Doll. dieses Stocks zu disponiren, doch stets so daß die Mehrzahl der Actionäre amerikanische Bürger seyn müssen. Nach Vollendung des Canals bekommt der Staat im 1sten bis 20sten Jahr 20 Procent, im 21sten bis 85sten Jahr 25 Procent der Netto-Einnahme, außerdem aber 10 Procent des Reingewinns von allen etwaigen Nebenstraßen welche während des Canalbaues hergestellt werden sollten. Der Staat gibt dagegen alles Land frei, Holz und sonstige Bedürfnisse von den Staatsländereien, 8 Sectionen Land zur Ansiedlung am San-Juan Flusse und Freiheit der Einfuhr alles dessen was zum Canalbau gebraucht wird. Die Durchgangs- und sonstigen Preise wird der Staat 8 Tage nach deren Feststellung genehmigen, und dieselben sollen für alle Benützenden gleich seyn.

(4056—58) **Bekanntmachung.**

Nachdem sich am ersten Versteigerungstermine keine Kaufsliebhaber eingefunden haben, so wird zur Versteigerung der Gantrealitäten der Garnfabrikantenswittwe Magdalena Wegelin dahier, bestehend aus dem Hause Lit. C. Nr. 231 a und b in der kurzen Schmidgasse mit Vorder-, Mittel- und Hintergebäude und ⅓ Tagw. Garten, eingewertet auf 12,000 fl. und aus dem Hause Lit. C Nr. 125 auf dem Maurerberg, Schätzungswerth 5,000 fl. auf

Mittwoch den 5 Decbr.
l. J. Vormittags 9 Uhr,

in diesgerichtlichem Commissionszimmer Nr. 16 hiemit zweite Tagfahrt anberaumt.

An dem nämlichen Tage werden Nachmittags 3 Uhr im ganttirerlischen Hause Lit. C. 231 a 5 Zwirnmaschinen, 1 Haspel, 1 Spinnmaschine im Gesammtwerthe von 897 fl. wegen zu geringen Erlöses bei dem ersten Verkaufe nach §. 85 der Processnovelle von J. 1837 einer nochmaligen Versteigerung unterworfen. Der Zuschlag sowohl dieser Gegenstände als der Realitäten wird an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen.

Augsburg, 30 Oct. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht
Der k. Director, Du Ponteil.
Vorbeug.

(3852—54) **Edictalladung.**

Der Holzmesserssohn Samuel Franziscus Riedelsberger von Augsburg, geboren am 2. Sept. 1779, ist schon seit vielen Jahren abwesend, ohne daß seither sein Aufenthalt ermittelt werden konnte.

Nachdem nun derselbe 70 Lebensjahre vollendet hat, so wird er oder seine allenfallsige Descendenz anmit aufgefordert

binnen sechs Monaten a dato

sich bei dem unterfertigten Gerichte zu melden, und sein in 267 fl. 28 kr. bestehendes Vermögen in Empfang zu nehmen, umso gewisser als er außerdem für verschollen und todt erklärt, und sein Vermögen an seine nächsten Verwandten ohne Caution hinausgegeben werden würde.

Augsburg den 19. Oct. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht.
Der kgl. Director
du Ponteil.

[4045] **Edictalladung.**

Nastler Ottilia resp. deren Curator Herrmann Moß von Großkötz, k. Landgerichts Günzburg, gegen Nastler Georg, Privatier von Hochwang, p. deb. modo execut. betr.

Da in bezeichnetem Betreff auch am zweiten Versteigerungstermine, 30 April h Js., kein Kaufsliebhaber zur im Steuerdistricte Offing b. G. belegenen Wiese Plan-Nummer 1267 erschien, so stellte der klägerische Curator den Antrag ihm die Wiese um seine die Taxe übersteigende, im ersten Range versicherte Hypothekforderung zuzuschlagen.

Der Beklagte Georg Nastler wird beim Mangel jeder Nachricht über seinen gegenwärtigen Aufenthalt aufgefordert allenfallsige Erinnerungen hiegegen binnen

3 Monaten a dato,

bei Vermeidung des Rechtsnachtheiles, daß außerdem klägerischem Antrage entsprochen werden würde, dahier einzubringen.

Bruck, 27 Oct. 1849.
Königl. Landgericht Bruck.
D. l. a.
v. Hörmann, I Assessor.

[3823—25] **Edictal-Citation.**

In der Proceßsache des Buchdruckers Albrecht Volkhart von Augsburg gegen den Handelsmann Joseph Hoffstetter aus Weissenborn wegen Forderung wird zum Vergleichsversuch, eventuell zur Klagsverhandlung im gewöhnlichen Verfahren auf

Donnerstag den 27 December,
Vormittags 9 Uhr

dahier Termin anberaumt, und hiezu der abwesende Beklagte Hoffstetter unter Hinweisung auf §. 18. Nr. 1. der Process-Novelle von 1837, da Kläger die Anerkennungs-Urkunde im Original mit der Klage übergeben hat, bei Vermeidung der Verurtheilung in die Kosten hiemit öffentlich vorgeladen.

Alle weitern landgerichtlichen Verfügungen an Beklagten werden übrigens durch Anheftung an das Gerichtsbrett als insinuirt erachtet werden. Die Klage mit Beilage wurde der Ehefrau des Beklagten im Duplicate zugestellt.

Roggenburg am 16 Oct. 1849.
K. B. Landgericht Roggenburg.
Grasbey, Landr.

(4010) Es ist erschienen und versandt:

Kritische Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes, in Verbindung mit mehreren Gelehrten und Staatsmännern des In- und Auslandes. Herausgegeben von *Mittermaier*, *R. Mohl* und *Warnkönig*. XXI. Band 3. Heft. Heidelberg bei J. C. B. Mohr.

Inhalt: XVIII. Das französische Faustpfandrecht an beweglichen Sachen aus seiner germanischen Grundlage erläutert. Von Renaud, Prof. d. R. in Giessen. — XIX. Das neue spanische Strafgesetzbuch von 1848. Dargestellt von Mittermaier. — XX. Die Verhandlungen über die neue Constitution Frankreichs. Von Rauter, Dekan an der Rechtsfacultät zu Strassburg. (Forts. des Art. Nr. II. Heft I dieses Bandes.) — XXI. Ueber die Einführung der Geschwornengerichte in Civilrechtsfällen, und über das künftige Verhältniss der Richter. Von Dr. Marquardsen. — XXII. Der neue Entwurf einer Strafprocessordnung für den Staat Neuyork. Dargestellt von Mittermaier. — XXIII. Ueber den Ursprung der englischen *magna charta*. Von Biener, Justizrath in Dresden. — XXIV. Neuer englischer Gesetzesvorschlag in Beziehung auf die Aufhebung der Anklagsjury. Von Mittermaier. — XXV. Das französische organische Gesetz über den Staatsrath. Angezeigt von Robert Mohl. — XXVI. Englische Strafrechtsfälle. Von Mühry, Justizrath in Stade. — XXVII. Litterarische Anzeige. Juristische Werke, in England neuerdings erschienen. Mitgetheilt von Dems.

Preis des Bandes von 3 Heften. 2 Rthlr. 16 gr. oder 4 fl.

Vollständige Exemplare der Zeitschrift, so wie grössere Anzahl von Bänden werden zu wohlfeilen Preisen erlassen.

(4023) Für solche welche Englisch treiben oder lernen wollen

und für Auswanderer von besonderer Wichtigkeit.

Die ersten englischen Wörterbücher mit durchgängiger genauer Angabe der Aussprache des Englischen in ausgeschriebenem deutschen Text und mit Accenten.

So eben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben (in Augsburg durch die Buchhandlungen von Rieger, Lampart u. Comp. und Schmid):

Feller, Dr. F. E., englisch-deutsches und deutsch-englisches Handwörterbuch für Reisende, Auswanderer und Schulen, sowie für Deutsche in Amerika, nebst Grammatik, Gesprächen und Angaben über Münzen, Maaße und Gewichte. **Mit durchgängiger genauer Angabe der Aussprache des Englischen mit deutschen Schriftzeichen und mit Accenten.** 2 Thle. in 1 Band. Fein satinirtes Velinp. Eleg. und dauerhaft gebunden. 25 Sgr. oder 1 fl. 30 kr.

Feller, Dr. F. E. (Director der Handelsschule zu Gotha), **Handwörterbuch der englischen und deutschen Sprache für den Kaufmann und Fabrikanten,** nebst Grammatik, Gesprächen, Angaben über Münzen, Maaße und Gewichte und einer **merkantilischen Terminologie.** Mit durchgängiger genauer Angabe der Aussprache des Englischen mit deutschen Schriftzeichen und mit Accenten. 2 Thle. in 1 Band. Fein satinirtes Velinpap. Eleg. und dauerhaft gebunden. 27½ Sgr. od. 1 fl. 39 kr.

Wer das Schwierigste der englischen Sprache, die Pronunciation (eigenthümliche Betonung und Aussprache) rasch erlernen will, für den sind obige Wörterbücher, die bis jetzt einzig in ihrer Bearbeitung dastehen, unentbehrlich. — Prospect und Probedrucke sind durch alle Buchhandlungen gratis zu bekommen.

New-York bei R. Garrigue. Gera, Verlag von H. Kanitz.

---

(314) In der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen:

Das Ausland.

Ein Tagblatt für Kunde des geistigen und sittlichen Lebens der Völker.

Monat October 1849.

Größere Aufsätze.

Die Polen. — Die Küsten von Roussillon. — Verhandlungen der brittischen Naturforschergesellschaft. — Die Protestanten in Jerusalem. — Ein Ausflug in die kurdischen Gebirge. — Qualla-Town, das Tschirokesengebiet in Nordcarolina. — Die englische Staatsschuld. — Der Aberglaube auf der Insel Flores. — Der englische Handel mit China. — Schilderung von Lima. — Die französischen Finanzen. — Jagdscenen in Californien. — Der projectirte Zug nach Tombuktu. — Berbera. — Die Insel Norfolk. — Hydro- und topographische Aufnahme der Küsten der Vereinigten Staaten. — Geschichtliche und statistische Nachrichten über die Messe in Nowgorod. — Ein Ausflug zu den wilden Indianern Californiens. — Ostindien. — Sagen des russischen Volkes. I. — Die alte Stadt Oplontis bei Neapel. — Jahresbericht der asiatischen Gesellschaft in Paris. — Die officielle Heuchelei in England. — Das Kirchenfest zu St. Lorenzo-maggiore in Neapel. — Pächter und Gutsherren in England. — Die californischen Pferde. — Sitioria und sein Markt.

Chronik der Reisen.

Reise nach Californien. Vierter Brief. Ritt durch die Pampas von Buenos Ayres nach Mendoza.

Kleinere Mittheilungen.

Pachtungen in Irland. — Das mehrerwähnte eßbare Lichen in Algier. — Die Eisenbahn quer durch den nordamerikanischen Continent. — Die Ruinen der Stadt Thamugadis. — Preisfragen der französischen Akademie der Inschriften. — Weizeneinfuhr in England. — Censur der ostindischen Compagnie. — Tarring and Feathering in England — Merkwürdige Naturerscheinung in Finnland. — Die großen Anleihen. — Projectirte französische Unternehmung nach Tombuctu. — Rawlinson in England erwartet. — Aussendung von Verbrecherkindern aus England. — Alterthümertausch zwischen Schottland und Dänemark. — Die Arbeiten an der Brittannia-Brücke. — Nachricht von Sir John Franklin. — Macaulay's englische Geschichte in Amerika. — Bedenken über die neuen Guldenmünzen in England. — Mannaisall. — Das Kamel in Amerika. — Ein neues Labyrinthodon. — Zunahme der Bevölkerung Brüssels. — Ein Klapperschlangenjäger. — Die Ausfuhr von Maschinen aus England. — Metallminen in Amerika. — Handelsmarine der Vereinigten Staaten. — Merkwürdige Alterthümer bei Carnac in der Bretagne. — Homöopathisches Spital in London. — Die Dampfboot-Schifffahrt auf dem stillen Meere. — Antirentkrieg in Irland. — Goldlager in Australia Felix. — Urtheil des Athenäums über die Naturforscherversammlung. — Herkunft des Kohinur. — Der Socialist Cabet.

(4077) Bei Unterzeichnetem ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes bezogen werden:

Geschichte der Romantik

in dem Zeitalter der Reformation und der Revolution.

Studien zur Philosophie der Geschichte.

Von **Julian Schmidt.**

2 Theile. Gr. 8. 60 Bogen. Preis $4\frac{1}{2}$ Thlr.

Dieses Werk hat die Aufgabe an den bedeutendsten litterarischen Erscheinungen jener beiden Perioden die religiöse, politische und sociale Entwicklung anzuknüpfen.

Fr. Ludw. Herbig in Leipzig.

(3972) In unserm Verlage ist soeben erschienen:

SAMMLUNG MATHEMATISCHER TAFELN.

Als neue völlig umgearbeitete Auflage von

GEORGS FREIHERRN VON VEGA

GRÖSSEREN LOGARITHMISCH-TRIGONOMETRISCHEN TAFELN.

Herausgegeben von

Dr. J. A. HÜLSSE,

Prof. und Director der königl. Gewerbschule in Chemnitz.

Stereotyp-Ausgabe. Zweiter Abdruck, vermehrt mit den Zech'schen Tafeln für Addition und Subtraction der Logarithmen.

108 Bogen in 4. Brosch. Preis: 3 Thlr. 15 Ngr.

Ungeachtet diese neue Auflage um 20 Bogen stärker geworden ist als die erste, ist dennoch der ursprüngliche, schon äusserst billige Preis beibehalten worden.

Inhalt:

Vorrede.
Einrichtung und Gebrauch der Tafeln.
I. Tafel der gemeinen oder briggischen Logarithmen aller ganzen Zahlen von 1—107999.
Hülfstafel zur Verwandlung briggischer Logarithmen in natürliche.
Hülfstafel zur Verwandlung natürlicher Logarithmen in briggische.
II. Trigonometrische Logarithmentafel.
Hülfstafel zur Berechnung der Länge des Kreisumfanges für alle Grade, Minuten und Secunden für den Halbmesser 1 bis auf 11 Decimalstellen.
III. Tafel der wirklichen Länge der trigonometrischen Linien für den Halbmesser 1 von Minute zu Minute.
IV. Sehnentafel für den Halbmesser 500 und für alle Winkel von 0° bis 125° von 5 zu 5 Minuten.
Hülfstafel zur Verwandlung der Centesimalbogen in Sexagesimalbogen.
Hülfstafel zur Verwandlung der Sexagesimalbogen in Bruchtheile des Quadranten.
V. Tafel aller einfachen Factoren der durch 2, 3, 5 nicht theilbaren Zahlen von 1 bis 102000 und der Primzahlen von 102001 bis 400313.
VI. Tafel der natürlichen Logarithmen für alle aufeinanderfolgenden Zahlen von 1 bis 1000 und für alle Primzahlen von 1000 bis 10000.
Hülfstafel, enthaltend Potenzen der Zahlen 2, 3, 5.
VII. Potenzen der Grundzahlen = 2.71828 . . . des natürlichen Logarithmensystems für alle Hundertel von 0.01 bis 10.00 nebst den briggischen Logarithmen dieser Potenzen.
Hülfstafel, enthaltend die Werthe, welche für die dritte bis siebente Decimalstelle des natürlichen Logarithmus gesetzt werden, wenn derselbe in einen briggischen verwandelt werden soll.
VIII. Tafel der Quadratwurzeln (bis auf 12 Decimalstellen) und der Cubikwurzeln (bis auf 7 Decimalstellen) aller ganzen Zahlen von 1 bis 10000.
Hülfstafel, enthaltend die Coefficienten einiger unendlichen Reihen.
IX. Potenzentafel (A—G).
Hülfstafel zur Berechnung der Zeit, in welcher sich ein durch zusammengesetzte Zinsen wachsendes Capital vervielfältigt.
X. Mortalitäts- und Lebenserwartungstafeln.
Hülfstafel zur Verwandlung von Duodecimalmass in Decimalmass und umgekehrt.
XI. Tafeln zur Verwandlung der vorzüglichsten Masse und Gewichte.
XII. Tafeln der Additions- und Subtractions-Logarithmen von J. Zech.
Hülfstafel zum Interpoliren.
Logarithmen oft vorkommender Zahlwerthe.

Leipzig, October 1849.

Weidmann'sche Buchhandlung.

[4007—9] Soeben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Fahrten

von

Franz Schuselka.

I. Band. Von der Revolution.
II. Band. Während der Revolution.

Preis für beide Bände eleg. brosch. 4 fl. 30 kr. C.-M. oder 3 Rthlr.

Inhalt:

Reuß-Lobenstein-Ebersdorf-Schleiz. — Salzburg, Aign, Berchtesgaden, Brückenau. — München. — Weimar, Jena, Erfurt, Wartburg. — Coburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Passau. — Eine Nibelungenfahrt.

Hamburg. — Berlin, Breslau. — Wien I. — Frankfurt I. — Wien II. — Frankfurt II. — Wien III. — Die Octobertage. — Kremsier.

Mit gewohntem Freimuth schildert der Verfasser seine interessanten Erlebnisse und liefert manchen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte.

[3992—94] Bei Friedrich Fleischer in Leipzig ist eben erschienen:

Genesis der Revolution in Oesterreich im Jahre 1848.

Mit dem Motto: Iliacos intra muros peccatur et extra.
* * *
Errando discimus.

Preis $1\frac{1}{3}$ Thlr. oder 2 fl. 24 kr.

Freunde wahrer Freiheit und des besonnenen Fortschritts werden diese, den Gang der österreichischen Regierung vor und nach der Märzrevolution rasch, aber ruhig beurtheilende Schrift als eine den hochwichtigen Gegenstand erschöpfend behandelnde Darstellung freundlich begrüßen, während sie Revolutionären wie Ultra-Demokraten schwerlich zusagen dürfte.

Ist in allen Buchhandlungen Deutschlands und des österr. Kaiserstaats zu erhalten.

[4111—12] Folgende zwölf in den letzten zwei Jahren erschienene

gediegene belletristische Werke,

bestehend aus 27 Bänden, welche im Ladenpreis $37\frac{1}{2}$ Thaler kosten, sind zusammen für **10 Thaler** durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

☞ Einzelne Werke werden nur zum Ladenpreise abgelassen. ☜

Allerlei Man. Novellen und Erzählungen von Rupertus (R. v. Beyer). 3 Bde. 4 Thlr.
Novellen. Von Levin Schücking. 2 Bde. 3 Thlr.
Novellen und Erzählungen. Aus hinterlassenen Papieren der Frau Amalie Bezeredy. 2 Bde. 3 Thlr.
Erzählungen aus dem Bergischen. Von Walter Tesche. 2 Thle. 2 Thlr. 12 Ngr.
Heimgarten. Von Franz Stelzhammer. 2 Bde. 2 Thlr. 12 Ngr.
Erzählungen und Novellen von Deinhardstein. 1 Thlr. 12 Ngr.
Sieben Winterabende von Robert Heller. 2 Bde. 3 Thlr.
Florian Geyer. Roman von Robert Heller. 3 Bde. 5 Thlr.
Waldmeister. Roman von Josef Rank. 3 Bde. 4 Thlr.
Attila von Joseph Marlin. 3 Bde. 4 Thlr.
Der moderne Eulenspiegel. Roman von Adolf Ritter von Tschabuschnigg. 2 Bde. 3 Thlr.
Reise nach dem skandinavischen Norden und der Insel Island im J. 1845. Von Ida Pfeiffer, geb. Reyer, Verf. der „Reise einer Wienerin in das heil. Land." Mit einer Karte der Südwest-Küste der Insel Island. 2 Bde. 2 Thlr.

[3974—79] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Musenklänge aus Deutschlands Leierkasten.

Mit 160 Holzschnitten.

Ein sehr spaßhaftes Büchlein. Unter den unendlich vielen Lieder- und Gedichtsammlungen einzig dastehend, enthält es fast nur Unsinn, aber mit Bewußtseyn gemachten Unsinn, und der verfehlt seine Wirkung nicht. Da findet sich die Wanderlust: „Nach Italien, nach Italien, möcht ich, Alter, jetzt einmal gen," Eduard und Kunigunde, das neue Lied vom Hecker, die Hussiten vor Naumburg, ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwwel-Putsch, Fleschl, der grause Bösewicht, Tscheck, der Attentäter und noch viele andere, alle mit feinen Holzschnitten geziert für

10 Silbergroschen.

(4046—48) Dr. Bastlers

Original-Tinctur.

Das bewährte Specificum gegen die Cholera

ist nur ächt zu beziehen durch den Erfinder, Wien, Stadt 608.

Ein Fläschchen dieser Tinctur sammt der Anwendungsmethode in versiegelten und zum Zeichen der Aechtheit mit dem Namenszuge des Erfinders versehenen Couverts kostet 1 fl. C.-M.

Aerzte, Apotheker und Kaufleute die sich im Interesse der Hülfebedürftigen um die Verbreitung dieses erprobten Rettungsmittels anzunehmen willens sind, mögen sich mit ihren Bestellungen unmittelbar an den Erfinder wenden, um die näheren Bezugsbedingungen zu erfahren.

(4039—40) Hr. F. J. Stebmüller aus Gotha, welcher bisher einige Provisionsgeschäfte für uns machte, ist nicht mehr in unsern Diensten. Wir machen unsere Geschäftsfreunde mit dem Bemerken darauf aufmerksam daß wir keine Handlung von ihm mehr anerkennen, viel weniger dafür haften.

Rombrecht bei Köln, den 26 Oct. 1849.

Milchsack & Comp.

(3681—83) **Herrschaften**

in Steiermark mit bedeutendem Waldstande von 8000, 1500, 1800 und 1200 Joch schlagbaren und leicht ausbringlichen Holzes sind zu verkaufen, und belieben Kaufsliebhaber in frankirten Zuschriften sich zu wenden an das Geschäfts-Comptoir des Anton Klepp in Gratz am Hauptplatze Nr. 225.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 16 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 18 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch | Nr. 318 | 14 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (Nachträge aus der Verhandlung über die deutsche Frage: Jäger. Der Entwurf über die Wechselordnung an einen besondern Ausschuß verwiesen. Gesammtbeschluß über die Preßvergehen in der Pfalz. Der Bericht über die Amnestie zugesagt); Stuttgart (v. Sternenfels soll um seine Rückberufung gebeten haben. Erklärung Römer's über Preußen. Fürst Waldburg-Zeil); Hohenzollern (der Vertrag über Abtretung der beiden Fürstenthümer ratificirt); Darmstadt (die Wahlen zur zweiten Kammer angeordnet); Bremen (die Bürgerschaft bedenkt sich wegen der Reichstagswahlen); Dresden (Zusammensetzung der zweiten Kammer. Vorbereitende Sitzung); Hannover (die Parteistellungen in der zweiten Kammer. Beschluß für Oeffentlichkeit der Verhandlungen); Braunschweig (Wiedereröffnung des Landtags); Köln (die deutsche Volkshalle und die großdeutsche Politik. Aachen soll Sitz des Reichstags werden. Die Gefion und das schiedsrichterliche England); Berlin (die Publication der Uebereinkunft wegen der Centralgewalt); Schleswig-Holstein (die Mittheilung der Correspondenz zwischen der Statthalterschaft und der preußischen Regierung verweigert. Für Schleswig königliches Stempelpapier. Die Landesversammlung vertagt); Wien (die österreichischen Zolleinigungsvorschläge und der Erfurter Reichstag. Schleswig-Holstein und die neue Centralgewalt. Die Vertheilung der Armeecorps. Die Ernennung der HH. v. Kübeck und Schönhals officiell. Ackerbauschulen und Armencolonien für Ungarn. Lord Ponsonby's baldige Abreise. Schuselka's Buch dem freien Verkehr zurückgegeben).

Oesterreichische Monarchie. Preßburg (General Hauslab).

Großbritannien. Graf Colloredo verabschiedet sich von der Königin. Ein Eisenbahnunglück.

Frankreich. Verwahrende Erklärung des Präsidenten. Carliers Proclamation. Lage der Presse. Das Eisenbahnanlehen bewilligt. Die diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Baraguey d'Hilliers' Sendung. Die Municipalität von Auxerre. Marseille (die Flotte. Rossi-Bé).

Schweiz. Bern (den deutschen Flüchtlingen milde Behandlung bei der Rückkehr zugesagt. Die meisten entschließen sich zur Heimkehr). Erklärung von Heinrich Simon. Genf (ängstliche Spannung auf die neuen Wahlen am 12 Nov.

Dänemark. Noten von Oesterreich und Preußen wegen Schleswig.

Türkei. Konstantinopel, 31 Oct. Die englische und französische Flotte am Eingang der Dardanellen. Friedensversicherungen neben Kriegsbesorgnissen.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 10; Frankfurt 12; Augsburg 13 Nov.

Deutschland.

Bayern. **München.** (Nachträge aus der Verhandlung der Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage.)

Dr. Jäger: Als Mitglied des Ausschusses über die Frage welche uns heute beschäftigt, glaubte ich dem Antrag desselben nicht beistimmen zu können. Ich erlaube mir die Gründe hierüber näher zu entwickeln. Seit Verkündigung der österreichischen Verfassung, welche eine straffe Centralmonarchie statuirt, mußten alle, selbst die eifrigsten Anhänger Oesterreichs, einsehen daß dieses an einem nach innen und außen kräftigen Deutschland, wie es das deutsche Volk verlangt, sich nicht betheiligen kann. Um aber die Trennung Oesterreichs von dem übrigen Deutschland zu verhüten, will man jetzt das einigende Band so schlaff und eng als möglich schlingen. Die Frage liegt aber jetzt einfach so: das deutsche Volk will einen kräftigen Bundesstaat; Oesterreich kann weder im ganzen noch mit seinen deutschen Provinzen dem Bundesstaat beitreten. Sollen nun 30 Millionen Deutsche auf eine innige nationale Einigung und auf nationale Geltung verzichten um der 8 Millionen ihrer Brüder willen die an dieser Einigung sich nicht betheiligen können, weil sie schon einem großen, starken, in sich abgeschlossenen Staate angehören? Sollen wir, weil wir nicht den vollen Theil dessen erringen können was wir seit Jahren angestrebt, alle unsere nationalen Hoffnungen aufgeben und in der alten Ohnmacht verharren, die uns zum Hohn und Gespötte des Auslands macht? Man sagt jetzt: Oesterreich oder Preußen sey die Frage. Auch ich sage das. Wird aber Oesterreich durch den Zutritt Bayerns aufhören ein Slavenstaat zu seyn? Ich glaube nicht. Preußen dagegen wird durch diesen Zutritt gezwungen deutsch zu seyn. Die einzige Möglichkeit das Preußenthum untergehen zu lassen im Deutschthum ist der Beitritt sämmtlicher deutschen Staaten zum Verfassungsentwurf vom 26 Mai. Dieß begreift auch in Preußen eine starke Partei, der es keineswegs an Einsicht und Intelligenz gebricht, ganz gut, und deßhalb wirkt sie mit allen Kräften dem Zustandekommen eines solchen Bundesstaats entgegen. Durch den Beitritt der übrigen deutschen Staaten zum Verfassungsentwurf vom 26 Mai wird der Schwerpunkt des Bundesstaats von Berlin weg nach dem Süden Deutschlands, etwa nach Frankfurt gerückt, und auch das constitutionelle Princip wird dann, wie ein geehrter Redner unlängst schon dargethan, in Deutschland gewahrt bleiben. Man hat uns zwar, um uns abzuschrecken, die Sünden der preußischen Politik vor Augen geführt. Eine beredtere Stimme als die meine hat kürzlich gezeigt daß die der österreichischen um nichts geringer sind. Aber dieß scheint gegenwärtig weniger von Gewicht zu seyn als in früheren Jahren. Wir alle nehmen eine Betheiligung des Volks bei der Neugestaltung unsers Vaterlandes in Anspruch; von diesem Gesichtspunkt aus kommt es heutzutag weniger auf die gute oder schlechte Politik der einen oder andern Regierung, sondern auf die mehr oder minder deutsche Gesinnung der Volksstämme an, und da scheint es fast nothwendig hier daran zu erinnern daß auch die Preußen Deutsche sind, und fürwahr keine schlechtern als die Oesterreicher. Es scheint nothwendig daran zu erinnern daß Preußen es war welches schon zweimal Deutschland gerettet hat, einmal von der Fremdherrschaft im Jahr 1813, das anderemal aus den Händen der schlechten und entarteten Demokratie im Sommer 1849. Ein geehrter Redner hat uns in der letzten Sitzung anvertraut daß Preußen auf dem Höhepunkt seiner Macht angelangt sey, und er scheint kaum den Augenblick erwarten zu können wo dieser deutsche Staat in Trümmer geht. Ich wünsche dem geehrten Redner ein so langes Leben bis diese Katastrophe eintritt. Preußen trägt in seinem Schoß noch sehr gesunde, sittliche und religiöse Elemente, wie alle erfahren haben die mit seiner Armee in Berührung gekommen sind. Es scheint mir noch keineswegs so altersschwach und herabgekommen zu seyn daß es einer Verjüngung bedarf durch Aufpfropfen slavischer Wildlinge. Und freuen wir uns als Deutsche darüber; denn jede Kraft eines Einzelstaats kommt dem Gesammtvaterlande zu gut. Zu den Uebeln welche uns die Kleinstaaterei gebracht, gehört auch die Zerstörung aller sittlichen und politischen Lebenselemente in den kleinen Staaten. Die Demokratie in ihrer kläglichen Entartung ist hier geboren worden, und hat sich von da aus wie ein fressendes und zerstörendes Gift immer weiter verbreitet. Ich weise Sie, um nur Ein Beispiel anzuführen, auf das arme, unglückliche Baden hin, das weder leben noch sterben kann. Die größern Staatenkörper vermögen dieses Gift leichter zu neutralisiren und auszuscheiden als die kleinern, und auch Preußen genoß diesen Vortheil. Die Demokratie aber, ich meine nicht die edle und berechtigte, sondern ihr Zerrbild, wie es im Sommer dieses Jahrs in Baden und in der Pfalz zur Herrschaft zu kommen suchte, diese Demokratie wird ihr Spiel nicht verloren geben, sie wird bei der nächsten Gelegenheit einen neuen Wurf wagen, es müßte denn seyn daß sie, veranlaßt durch die Bitten des Hrn. Abgeordneten **Dr.** Sepp, auf ihre Plane verzichtete, um den preußischen Pickelhauben keine Veranlassung zum Einschreiten zu geben. Aber gründlich wird sie nur dann beseitigt, die Wurzel wird ihr nur dann abgeschnitten, wenn ein kräftiger Bundesstaat zu Stande kommt. Ich bin wahrlich kein besonderer Freund Preußens, ich bin ein Freund aller deutschen Stämme. Darum beklage ich aber daß in dieser trüben und ernsten Zeit, wo es Pflicht eines jeden Patrioten ist zur Versöhnung zu mahnen und den Nationalbrudersinn zu wecken, Worte in diesem Hause gesprochen wurden die hiezu nicht geeignet sind. Ein geehrter Redner hat uns förmlich aufgefordert uns vom Zollverein loszusagen um die gottlosen Preußen zu strafen. Hat derselbe auch wohl bedacht daß wir nicht hier sind um die altbayerischen Provinzen allein zu vertreten, daß wir hier sind um des ganzen Volkes, des ganzen Landes Wohl zu berathen? Eine Lostrennung Bayerns vom preußischen Zollverein

würde, wie ein geehrter Vorredner schon dargethan hat, den völligen Ruin der drei Franken und der Pfalz zur Folge haben, und käme einem förmlichen Preisgeben dieser letztern Provinz gleich. Ich weiß nicht ob uns die Aussichten an der untern Donau dafür entschädigen könnten, ob Belgrad ein Ersatz wäre für Germersheim. Ob es aber patriotisch ist das deutsche Kernvolk Altbayerns zu einer Lostrennung von dem übrigen Deutschland aufzufordern, und es zu ermahnen sein Geschick an das eines Slavenstaats zu ketten, das überlasse ich andern zur Entscheidung. Auch will ich keine pathologische Untersuchung darüber anstellen ob der Partikularismus des Hrn. Dr. Sepp, nach der Unterscheidung eines scharfsinnigen Vorredners, ein gesunder oder ein kranker sey. Die innige Stammesbeziehung zwischen Oesterreich und Bayern, von der er uns gesprochen, hat schon ein geehrter Vorredner beleuchtet. Eine andere gewichtige Stimme dieses Hauses hat uns, um uns den Verzicht auf eine innige Nationaleinigung zu erleichtern, die Aussicht geöffnet auf ein handelspolitisches Paradies, auf einen Markt wo 70 Millionen kaufen und verkaufen. Ein Staatenungethüm von 70 Millionen, zusammengesetzt überdieß aus so verschiedenen Nationalitäten, ist in Europa nie dagewesen und wird nie kommen. Die Handelsvortheile aber die man uns dort in Aussicht stellt, lassen sich auch ohne eine innige staatliche Einigung mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland erreichen. Die Idee welche ich meine, ist schon von Heinrich v. Gagern angeregt worden, es ist das innige völkerrechtliche Bündniß zwischen dem Bundesstaat und Oesterreich, wie es von den sogenannten Kleindeutschen beabsichtigt wird. Was nun die Unterhandlungen unsers Ministeriums mit Oesterreich betrifft, so habe ich in dieser Beziehung nur zu sagen was ein Vorredner bereits gesagt hat. Es war nach Verkündigung der österreichischen Verfassung so ziemlich klar daß Oesterreich an einer Einigung, wie wir sie verlangen und verlangen müssen, sich nicht betheiligen konnte. Dessenungeachtet hat unsere Regierung geglaubt die Unterhandlungen mit ihm fortsetzen zu müssen, und hat sie so lange fortgesetzt bis Oesterreich in Ungarn freie Hand hatte, und wieder auf die unheilvolle Weise in die deutschen Angelegenheiten eingreifen konnte wie es geschehen ist. In den Unterhandlungen mit Preußen verdient es Anerkennung daß unsere Regierung bezüglich der Ansässigmachung und Gewerbsverhältnisse bestimmte Vorbehalte gemacht hat, Vorbehalte die auch von Preußen nicht weiter beanstandet worden wären. Daß aber unsere Regierung auch auf dem unbeschränkten Gesandtschaftsrechte für Bayern und die kleinern Staaten bestanden ist, kann ich nicht billigen. Es ist endlich Zeit daß die klägliche Vertretung der Deutschen im Ausland ein Ende nehme; es ist endlich Zeit daß der Deutsche in der Fremde nicht länger mehr als Paria betrachtet und behandelt werde, sondern daß er den völkerrechtlichen Schutz finde der ihm als Angehörigen eines so zahlreichen Volks gebührt, den er mit Recht ansprechen kann. Das einzige Mittel hiezu ist die Centralisation der Diplomatie, und diese kann nur im Bundesstaat zu Stande kommen. Aus den Gründen die ich soeben entwickelt habe, hätte ich gewünscht daß unsere Regierung der Verfassung vom 26 Mai unter den von mir angedeuteten Vorbehalten beigetreten wäre. Einen darauf bezüglichen Antrag wollte ich jedoch nicht in das Haus bringen, weil ich im voraus überzeugt war daß er nur eine schwache Unterstützung finden würde. Da jedoch der Antrag des Hrn. Abg. Kirchgeßner in seiner praktischen Durchführung ebenfalls den Repräsentativbundesstaat erzielen würde, so werde ich diesem beistimmen. Wäre unser Ministerium der Verfassung vom 26 Mai beigetreten, so hätten wir wenigstens etwas gerettet aus dem politischen Schiffbruch des letzten Jahrs. So aber stehen wir heute auf den Trümmern unserer patriotischen Hoffnungen, und müssen sehen wie Männer die zu den edelsten unsers Volks gehören, an dessen Zukunft verzweifeln. Diese Zukunft ist freilich uns allen verhüllt, und niemand weiß was sie birgt in ihrem dunkeln Schoße. Kommt aber ein neuer Weststurm aus Frankreich herübergebraust, und er kann kommen, kommt ein neuer Weststurm bevor unsere öffentlichen Zustände verfassungsmäßig geordnet sind, dann wehe Deutschland und wehe der Monarchie! (Beschluß folgt.)

|| **München,** 13 Nov. Die Kammer der Abgeordneten begann ihre heutige kurze Sitzung mit Bewilligung eines achttägigen Urlaubs für die Abgeordneten Dr. Langer und Minister v. d. Pfordten; letzterer verlangte ihn auf ärztliche Anordnung. Ein Vortrag über die Rechnungen der Generallottoadministration wurde wegen Abwesenheit des Referenten Langguth vertagt. Boyé referirt über die in Ihrem gestrigen Blatt erwähnten abweichenden Beschlüsse der Reichsrathskammer in Bezug auf das pfälzische Preßvergehensgesetz. Die Kammer nimmt diese Modificationen ohne Debatte an und erzielt so einen Gesammtbeschluß über das vorgeschlagene Gesetz. Director Breitenbach erstattet Namens des Gesetzgebungsausschusses Vortrag über das Gesetz: „Die allgemeine deutsche Wechselordnung betreffend" und beantragt nach dessen einstimmigem Beschluß „gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 12 Mai 1848 über die Behandlung neuer Gesetzbücher, die Wahl eines Ausschusses zur Berathung über den Entwurf der allgemeinen deutschen Wechselordnung zu beschließen, welcher sonach unter Beobachtung der gesetzlich festgesetzten Vorschriften denselben der Prüfung zu unterstellen habe." Kirchgeßner erläutert daß mit dieser der neuen Gesetzgebung angepaßten formalen Behandlung der gesetzlichen Vollgültigkeit der Wechselordnung nicht vorgegriffen sey. Morgenstern erklärt daß die Linke nach ihren Grundsätzen die Endgültigkeit dieser Wechselordnung festhalten und eine materielle Prüfung derselben ablehnen müsse. Uebrigens sey dieselbe zuerst von den Vertretern der Regierungen in Leipzig beschlossen, in Frankfurt promulgirt und auch durch das Regierungsblatt örtlich publicirt worden. Sie erscheine daher selbst vom Standpunkte des alten Bundestages als endgültiges Gesetz. Der Hr. Referent glaubt hiegegen Bayern das Recht der Gesetzgebung im Civilrechte und die Aufrechthaltung seiner Verfassung so lange wahren zu müssen, als dieß nicht durch Kanonen beseitigt sey. Justizminister Kleinschrod widerspricht daß die Regierung jenen Grundsatz der Endgültigkeit jemals, unmittelbar oder mittelbar, durch Promulgation einzelner Gesetze im Regierungsblatt anerkannt habe. Auch habe die Regierung den vereinbarten Leipziger Entwurf nie als geltendes Gesetz angesehen; ebensowenig haben dieß die Gerichte oder die Wechselaussteller gethan. Die hiemit beendete Debatte ergibt die Beistimmung einer großen Majorität zum Ausschußantrag; morgen wird die Wahl des besondern Ausschusses vorgenommen. Schließlich befragt Professor Narr den ersten Ausschuß um den Stand seiner Vorarbeiten über das Amnestiegesetz; er schildert dabei die gespannte Erwartung der äußern Provinzen und malt mit düsteren Farben die Leiden der Gefangenen, besonders in Würzburg. Prinz sichert den Vortrag für die nächsten Tage zu, und bemerkt daß sich die Schwierigkeit der Bearbeitung dadurch mehrte daß er und seine Freunde eine Erweiterung der Amnestie beabsichtigen.

§ **München,** 13 Nov. Heute als am Todestage der Höchstseligen Königin Caroline wurde wie alljährlich in der protestantischen Kirche eine entsprechende Trauerfeierlichkeit veranstaltet, welcher Königin Marie und ihr erl. Vater, dann die Königin Therese und Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg mit seiner Gemahlin beiwohnten. Prinz Adalbert von Preußen wird demnächst wieder nach Berlin zurückkehren, Prinz Wilhelm indeß noch längere Zeit am hiesigen Hofe verweilen. Der seitherige Hofmarschall und Kämmerer Sr. Maj. des Königs Max Graf Eduard v. Yrsch ist des Hofmarschallamtes enthoben, und diese Stelle dem Flügeladjutanten Frhrn. v. Zoller interimistisch übertragen worden.

Württemberg. **Stuttgart.** Die Württembergische Ztg. will wissen, der württembergische Bevollmächtigte in Frankfurt, Obertribunalrath v. Sternenfels, habe um seine Rückberufung gebeten. Er wird bekanntlich zu den entschiedenen Gesinnungsgenossen des abgetretenen Ministeriums gezählt. Römer setzt in der Württembergischen Ztg. — die zu einem Oppositionsblatt gegen die jetzige Regierung geworden ist, und mehr und mehr dem Anschluß an Preußen das Wort redet — seine Auseinandersetzungen über die Stellung der Märzminister fort und erklärt in einem der jüngsten dieser Aufsätze: sowie Oesterreich sich in der neuesten Zeit gestellt, bleibe den andern deutschen Regierungen nichts übrig als dem engern Bund beizutreten. Die Zögernden würden zu spät ausrufen: wir sind verloren. Fürst Waldburg-Zeil hat an seine Wähler eine flammende Erklärung über die Nothzustände des Landes und über die Klagen welche die Katholiken hätten, erlassen, worin er das abgetretene Ministerium mit eben so herben Vorwürfen heimsucht, als er wenig von den neuen Ministern hofft. Der Fürst schließt mit den Worten: „Wird unsern gerechten Forderungen auch jetzt wieder nicht Rechnung getragen, dann mag ich es niemanden in unserm Oberlande verargen, wenn er seine Blicke hoffnungsvoll dahin wendet wo, wenn auch nicht mehr, ja vielleicht weniger Freiheit als in Württemberg, doch eine Macht vorhanden ist die nach außen schützt, und nach innen für uns eine materielle Wohlfahrt in Aussicht stellt, wie die ältern Männer Oberschwabens auf dem Lande und in den ehemaligen freien deutschen Reichsstädten sich derselben aus den Jahren vor 1806 noch erinnern!" Das Deutsche Volksblatt, das mit für die Interessen der Katholiken kämpft, bemerkt dazu: Die hier ausgesprochene Drohung eines Anschlusses an Oesterreich ist ein Gespenst, das von den entgegengesetzten Seiten dazu benützt wird schwache Köpfe zu schrecken.

F. Hohenzollern. **Sigmaringen,** 9 Nov. Es kann aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt werden daß die Verträge über Abtretung der Fürstenthümer Hohenzollern an Preußen abgeschlossen und ratificirt sind, und nur noch der Zustimmung der preußischen Kammern bedürfen, welche voraussichtlich erfolgen wird. Es scheint daß die Festsetzung Preußens in Süddeutschland einen Notenwechsel zwischen den größern Cabinetten veranlaßt habe. (S. M.)

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 9 Nov. Die Wahlen zur zweiten Kammer, schreibt die Darmst. Ztg., sind, wie man vernimmt, auf den 30 d. M. angeordnet.

K. Sachsen. **Dresden.** Von den in die zweite Kammer Gewählten waren nach dem Dresd. J. 36 von der radicalen, 32 von der conservativen und 5 von beiden Parteien empfohlen worden, so daß diese 6 sowie die nöthig gewordenen (17) Nachwahlen den Ausschlag zwischen den Parteien geben werden. Unter den jetzt Gewählten befinden sich 3 vormalige Minister, 1 suspendirter Regierungsrath, 1 Appellationsrath, 1 Kanzleirath, 7 Justizbeamte (worunter 2 Suspendirte), 8 Bürgermeister (worunter 2 Suspendirte), 1 Stadtrath, 2 Stadtrichter, 2 Actuarien und 11 Advocaten, 3 Professoren, 8 Geistliche (worunter 3 Suspendirte), 2 Lehrer und 1 suspendirter Candidat, ferner 6 Fabricanten und Gewerbtreibende, 2 Kaufleute, 10 Gutsbesitzer, worunter 3 Rittergutsbesitzer, und 1 Oberlieutenant. Zulassungsfähig sind vorderhand nur 52, von denen 29 entschieden der conservativen Partei angehören. Unter den in die erste Kammer Gewählten befinden sich 22 Candidaten der liberal-conservativen und 24 von der radicalen Partei Vorgeschlagene; ferner, dem Stand nach, 4 vormalige Staatsminister, 1 Graf, 1 Landesbestallter, 1 Amtshauptmann, 1 Landgerichtsdirector, 1 Oberbergamtsassessor, 6 Advocaten, 2 Ablösungscommissäre, 4 Kaufleute, 3 Fabricanten und Gewerbtreibende und 22 Gutsbesitzer, worunter 4 Rittergutsbesitzer. Neuwahlen sind übrigens auch für die erste Kammer nöthig.

⁝ **Dresden,** 10 Nov. Robert Blums Todestag ging gestern hier still vorüber. In Leipzig war auf Anordnung der Regierungsbehörde sämmtlichen Redactionen untersagt worden zu einer öffentlichen Todesfeier jenes Leipziger Bürgers aufzufordern oder einzuladen. Und doch hat bei uns Art. IV der Grundrechte: Die Preßfreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise durch vorbeugende Maßregeln beschränkt, suspendirt oder aufgehoben werden — gesetzliche Geltung! Wie reimt das zusammen? — Endlich, ja endlich heute konnte die zweite Kammer ihre erste vorbereitende Sitzung halten, da gerade die beschlußfähigen 50 Mitglieder sich zusammengefunden hatten. Mros, ein Abgeordneter eines Lausitzer Wahlbezirkes, war durch die Zahl seiner Jahre als Alterspräsident berufen, hat aber den Nächstältesten statt seiner eintreten zu lassen. Sein Name erinnerte uns an die Correspondenz der „Grenzboten" mit ihrem Lieblinge aus der seligen Berliner Constituante, Hrn. Michel Mros, über deren Humor wir damals herzlich zu lachen hatten. So kraus die Zeitläufte zu jener Zeit waren, so bleischwer scheinen sie jetzt zu lasten. Die heutige Sitzung der Kammer bot wenig erhebliches; nur bei einer Geschäftsordnungsfrage fanden beide Seiten Gelegenheit sich numerisch zu messen; der von links gestellte Antrag ward mit 29 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Damit ist nun aber auch die Kammer am Ende des Anfangs; denn ein genehmigtes Urlaubsgesuch hat die Kammer wieder auf die beschlußunfähigen 49 reducirt, bis ein zweiter Funfzigster eintrifft.

Hansestädte. **Bremen,** 7. Nov. In der heute abgehaltenen Bürgerschaft kam der Antrag wegen der Wahlen für den Reichstag zur Sprache. Ein Mitglied der Bürgerschaft, C. F. Rasch, stellte den Antrag, die Bürgerschaft möge folgenden Antrag zum Beschluß erheben: „Die Bürgerschaft findet sich veranlaßt, bevor sie auf die Niedersetzung einer gemeinschaftlichen Deputation, um ein Wahlgesetz für Bremen zu entwerfen, eingeht, die Deputation für die auswärtigen Angelegenheiten zu ersuchen: ihr vorab ausführliche Mittheilungen über den jetzigen Stand des Dreikönigsbündnisses zu machen, namentlich wie sich die Regierungen von Hannover und Sachsen wegen der Einberufung des Reichstages den andern Regierungen dieses Bündnisses gegenüber gestellt haben." Nach längerer Discussion wurde der Antrag mit 136 gegen 109 Stimmen angenommen. (D. Ref.)

H. Braunschweig. **Braunschweig,** 9 Nov. Heute ward die seit August vertagte Abgeordnetenversammlung wieder eröffnet. Unter den Regierungsvorlagen ist besonders das Wahlgesetz für das Vereins-Volkshaus bemerkenswerth, welches der Commission für die deutsche Frage überwiesen wurde. Die Wähler sind darin nach Maßgabe des Entwurfs in drei Classen getheilt, während unser Landes-Wahlgesetz einen Census nur für eine Classe der Wähler, die höchstbesteuerten, festsetzt, das Wahlrecht der zweiten Classe aber gar nicht von der Besteuerung abhängig macht.

K. Hannover. x **Hannover,** 9 Nov. Die gestrige Abstimmung über den dritten Präsidentschaftscandidaten mußte dreimal wiederholt werden um eine absolute Stimmenmehrheit für einen zu erreichen. Landdrost Meyer war endlich der Glückliche. Von den drei Präsentirten ist heute Lindemann bestätigt. Unter dessen Vorsitz ist nun Ellissen mit 40 Stimmen gegen 35, welche auf den Landdrosten Meyer fielen, primo loco, letzterer nach zweimaligem Scrutin mit 41 gegen 35 Stimmen für Freudentheil secundo loco, endlich Justizrath Schlüter aus Stade (zur demokratischen Partei gehörend), gleichfalls in der zweiten Abstimmung mit 43 gegen 31 Stimmen, für Francke und 3 für Hirsch tertio loco zum Vicepräsidenten erwählt. Das erste vergebliche Scrutinium bei der letzten Wahl ist nicht ohne Interesse, da man daraus auf die Parteiverhältnisse schließen kann. Es erhielten Schlüter 38 Stimmen, der Stadtrichter Hirsch aus Goßlar (aus dem Centrum) 15, und der Stadtrichter Francke, für unbedingt ministeriell geltend, 19 Stimmen. Nimmt man dazu das Resultat der Generalsyndicuswahlen, welche sich im ersten Scrutinium mit 44 gegen 33 Stimmen für Hantelmann (gemäßigter Demokrat) und mit 68 gegen 9 Stimmen für Hirsch als Stellvertreter entschieden, so kann man das Parteienverhältniß der zweiten Kammer einigermaßen bestimmen. Antiministeriell gesinnt scheinen mindestens fünfzig, von denen wohl fünf bis zehn aus Zweckmäßigkeitsgründen, sehr gegen ihre Sympathie, mit dem Ministerium zu gehen versuchen werden. Vierzig Mitglieder der Kammer sind unbedingt gegen das Ministerium; von denselben dürften aber nur zwanzig bis dreißig dessen Fall eigentlich wünschen. Ueberhaupt ist bis jetzt, selbst bei den eigentlichen Demokraten, die Stimmung vorherrschend Conflicte zu vermeiden. Wenn freilich das Ministerium so fortfährt, wie es — abgesehen von der allerdings versöhnlichen Thronrede — begonnen, so ist der Erfolg leicht vorauszusehen. Schon die Anfechtung der Wahl Weinhagens hat wegen der Unhaltbarkeit der Gründe, trotz der geringen Sympathie vieler für den Mann, wenig gefallen. Kleinlich hat man es aber gefunden daß das Ministerium gegen einen andern Abgeordneten (Dr. Schläger aus Hannover) ein besonderes Schreiben erlassen, in welchem es mit der Erklärung daß dessen Legitimation nicht angefochten werden könne, die demnach ganz nutzlose Bemerkung macht daß derselbe wegen Preßvergehen eine peinliche Strafe erduldet. Dergleichen kleine Neckereien, die aber böses Blut machen, fürchtet man mehr. Eine größere gleich heute, insofern als man die Bestätigung des Dr. Ellissen zum Vicepräsidenten zweifelhaft hält. Daß die neue vollständig berathene Geschäftsordnung nicht publicirt ist — lediglich wegen des weggefallenen Bestätigungsrechtes der Präsidenten, welches der König nicht aufgeben will — wird dann um so unangenehmer empfunden werden und sich dadurch der so schon bedeutende Stoff zum allerdings wohl nicht gesuchten Streite noch vermehren. In der heutigen Sitzung wurde denn auch die (hier noch immer nicht gesetzliche) Oeffentlichkeit der Verhandlungen bei gefüllten Tribünen einstimmig beschlossen. Das ist die Antwort auf das „Niemals" in dem Falcke'schen Rescripte.

Preußen. 0 **Köln,** 9 Nov. Die Rheinische Volkshalle ist mit dem 1 d. M. in eine Deutsche Volkshalle umgetauft und in den jüngsten Tagen reorganisirt worden. Das Unternehmen ging bis dahin sehr leidlich. Hr. v. Ghezy ist zurückgetreten und nicht ohne Differenzen, da er für drei Jahre engagirt zu seyn glaubte. Die Actionnäre, welche aus den Trümmern der frühern Gesellschaft eine neue gründeten, haben dem Prof. Dr. Müller zu Würzburg, Abgeordneten der Stadt Aachen zu Frankfurt, einem gebornen Rheinländer, die Redaction übertragen, die mit der Mitte dieses Monats in seine Hände übergehen wird. Das Blatt wird unter der Leitung dieses Mannes unzweifelhaft bei der Partei allgemeineres Ansehen und draußen größere Beachtung gewinnen, und die Mitarbeit von A. Reichensperger, Buß, Sepp, Gfrörer und andern ist gewiß nicht außer Anschlag zu lassen. Den Correspondenzartikeln nach zu schließen die sich aus allen Gegenden her datiren, ist zur Beförderung desselben in allen Gauen des Bayer-, Schwaben-, Franken- und Sachsen-Landes große Regung. Die großdeutsche Farbe wird sich bald noch heller, vielleicht auch greller zeigen als es bisher der Fall war, und dafür dient der Preußenhaß am Rhein als beste Folie. Auch steht der Redaction die Kenntniß des Materials und der Persönlichkeiten sehr zu Gebot; Professor Müller war ja, wie gesagt, Abgeordneter der Nationalversammlung und bis zu den Kaiserwirren in vertraulichem Verkehr mit Heinrich v. Gagern. Nehmen Sie zu dieser Nachricht, da ich einmal die deutsche Frage berühre, die andere daß die Aachener versichern ihre Stadt werde Sitz des künftigen Reichstags werden. Der geh. Justizrath Bloemer, Protokollant des Verwaltungsraths, früher Landgerichtsrath zu Aachen, soll dafür erfreuliche Mittheilung gemacht haben.

*) **Vom Rhein,** 11 Nov. Ist es doch als ob es gar keine Geschichtskenntniß mehr gäbe! Aber „was Gott und die Welt nicht weiß das wissen die Herren in Berlin," sagte neulich einer der Senioren der deutschen Wissenschaft, „nur nicht das was sie wissen sollen." Die Entscheidung über die „Gesion" soll England anheimgestellt werden, England, dessen Admiralitätsgerichte nicht den kleinsten Schandflecken in seiner für die internationalen Verhältnisse äußerst schmutzigen Geschichte bilden! Kennt man denn den Gang des englischen Seerechts so wenig? Der alte biedere J. G. Büsch hat demselben eine lange Abhandlung gewidmet, und

da wir nicht annehmen können daß in dem conservativen England seit jener Zeit der Geist sich geändert hat, so ist die „Gesion“ beim Zustandekommen dieses Gerichts eben so sicher verurtheilt, als Trützschler es war ehe er noch vor die Barre getreten. Aber es soll ja auch bei der Rückgabe der „Gesion“ nur die anständige Form gewahrt werden! Dasselbe England welches das schwarz-roth-goldene Banner an den schleswig-holsteinischen Schiffen für eine Piratenflagge erklärt, das nach Lord Broughams Worten die erste continentale Wirrniß zu einer Schwächung des aufstrebenden Deutschlands benützen muß, soll über unsere Seeangelegenheiten entscheiden und so Richter in seiner eigenen Sache seyn! Ist das Politik, ist es klug sich so Oesterreich gegenüber die letzten Gemüther zu entfremden? Oder sollen wir — nach dem was in und mit Schleswig geschehen — noch von Nationalehre reden?

Bekanntlich hatten die Wiener Blätter neulich dem Preußischen Staatsanzeiger einen Vorwurf daraus gemacht daß er die Uebereinkunft über die provisorische Centralgewalt nur in seinem nichtamtlichen Theile, als Abdruck aus der Wiener Ztg., wiedergegeben habe. Die Berliner ministerielle Presse erwiederte darauf: der Vorwurf treffe die Wiener Zeitung, denn der Vertrag hätte nur nach Zustimmung aller Regierungen verkündigt werden sollen.

Schleswig-Holstein. **Kiel,** 9 Nov. In der gestern Abend gehaltenen geheimen Sitzung der Landesversammlung hat nach der Deutschen Reform der Departementschef des Aeußeren, v. Harbou, erklärt: die Regierung könne die zwischen der Statthalterschaft und der preußischen Regierung sowie der Landesverwaltung in Flensburg gewechselten Schriftstücke nicht vorlegen, da durch das öffentliche Bekanntwerden derselben leicht Verhältnisse berührt werden würden die bis jetzt noch gänzlich geheim gehalten werden müssen, wenn nicht für die Sache des Landes nachtheilige Folgen daraus entstehen sollen. In den schleswig-holsteinischen Angelegenheiten seyen noch keine definitiven Resultate erzielt. Eine neue Bekanntmachung der Landesverwaltung vom 24 v. M. ordnet an daß das „Stempelpapier für das Herzogthum Schleswig für das Jahr 1850, statt des bisherigen Stempels, mit dem hiebei abgedruckten Wappenschild des Herzogthums Schleswig unter dem Namenszug Sr. Maj. des Königs mit der Königskrone versehen werden soll.“

Gestern beschloß die Landesversammlung sich bis zur zweiten Woche des Dec. d. J. zu vertagen; die nähere Bezeichnung des Tags gab sie dem Präsidium anheim; auch gab sie dem Bureau den Auftrag nöthigenfalls die Landesversammlung schon früher zusammenzuberufen.

Oesterreich. *,* **Wien,** 10 Nov. Wir müssen immer wieder auf den halbofficiellen Artikel der Wiener Zeitung über die Zolleinigung mit Deutschland zurückkommen. Was man früher nur errathen mochte, kann ich Ihnen jetzt als gewiß berichten: Die Berufung eines kleindeutschen Reichstags nach Erfurt hat die österreichische Regierung bestimmt rasch mit ihrem Handelsproject hervorzutreten. Man hofft damit alles was von den kleinen Staaten noch zu retten, von der Hegemonie Preußens zu emancipiren. Es ist ein Irrthum wenn man Oesterreich den Vorwurf macht daß die deutsche Revolution ihm keine Erfahrungen gebracht, oder daß es diese übersehen wolle. Man ist hier durchdrungen von dem Gedanken daß Oesterreich sich selbst rettet und erhält, wenn es seine ehemalige Stellung in Deutschland nach und nach wieder zu erobern sucht. Es waren ja die deutschen Provinzen vorzüglich welche Mittel und Kräfte herbeischafften das abtrünnige Ungarn und Italien wieder unter die alte Botmäßigkeit zurückzubringen. Der ungarische Krieg mit seinen unfreiwilligen Allianzen war noch viel lehrreicher: denn wenn man den Osten behaupten will, so darf man sich unmöglich von demselben Osten die Macht dazu leihen lassen. Will also Oesterreich deutsch bleiben und deutscher werden, so blieb den übrigen Deutschen nur die eine Besorgniß daß Oesterreich nicht alle Consequenzen der politischen Entwickelung in Deutschland anerkennen möchte. Es ist von Seite Oesterreichs das Bedenken erhoben worden als könne der Erfurter Reichstag den Sieg über die Revolution möglicherweise wieder in Frage stellen, wenn er sich hinreißen ließe zum andernmale nach einer Convetsgewalt zu trachten. Von Berlin aus hat man mit Zuversicht und väterlichem Stolze geantwortet, auf die Erziehungsfrüchte verweisend welche die höflichen, artigen, bescheidenen Kammern in Berlin zur Reife gebracht. Aber die Brandenburg-Manteuffel'schen Proceduren bieten doch der österreichischen Regierung keine sichere Garantie, und man wird alles aufbieten den Erfurter Reichstag zu verhindern, bevor man nicht über den sogenannten weitern Bund fest abgeschlossen. Von Hannover erwartet man entschiedenen Beistand, auf den festen Charakter des Königs rechnend, der von jeher „großdeutsch“ gewesen, und schon vor dem Dreikönigsschwank einige wohlgefällige schwarzgelbe Demonstrationen gemacht hatte. Sachsen aber denkt man, und mit Recht, durch die Zolleinigung ganz gewonen zu haben. So bliebe denn Preußen allein mit den unterthänigen Souveränetäten. Daß man von Wien aus den preußischen Vergrößerungsgelüsten nichts in den Weg legen wird, darf man versichert seyn. Es gibt kein Cabinet in Europa welches irgendeinen Einspruch erheben dürfte, wenn die Anhalte, Waldeck, Meiningen, Rudolstadt, und wie die politische Kleinwirthschaft heißt, recht bald ihr Testament machten, und Friedrich Wilhelm den Legitimen zu Erben einsetzten. Man würde einige collegialische Thränen in den deutschen Cabinetten weinen, und die alterschwachen Throne wie den Prinzen Hamlet zu trösten suchen: „Sterben ist gemein.“ Welche Vertretung Oesterreich dem deutschen Volke gönnen würde, läßt sich freilich schwer bestimmen. Der Zollcongreß dürfte vielleicht, durch die Art und Weise wie er beschickt und welche Befugnisse man ihm einräumen wird, schon eher auf die beabsichtigte Verfassungsform schließen lassen. Man kann nicht anders als auf parlamentarischem Wege dem weitern Bunde Gesetze geben, weil ganz Deutschland und Oesterreich verfassungsmäßig regiert werden, und man nie zu einer Einheit in der Gesetzgebung käme, wenn die einzelnen Landtage bei jeder Entscheidung ihre Stimme mitzugeben hätten. Gewiß sind aber die Erwartungen übertrieben welche dem künftigen Parlamente oder Congresse Befugnisse für die reinbürgerliche Territorialgesetzgebung einräumen möchten. Alles was nicht den gemeinsamen Verkehr, die gegenseitigen und die politischen Verhältnisse dem Ausland gegenüber betrifft, wird für die erste Zeit jener gesetzgebenden Thätigkeit entzogen bleiben. Durch das Interim zwischen Oesterreich und Preußen tritt mit einemmale die peinliche Frage über Schleswig-Holstein in den Vordergrund, denn so wie die neue Centralgewalt das Licht der Welt erblickt, werden die streitenden Parteien staatsrechtlich andere. Der Krieg mit Dänemark wurde von Deutschland geführt, und Preußen handelte nur als Bevollmächtigter von Deutschland. Daß es den Separatfrieden schloß, konnte damit begründet werden daß factisch ein Deutschland nicht existirte. Jetzt werden die Dänen auftreten und eine Unterhandlung mit Preußen allein zurückweisen, denn darin finden sie Vortheil und wäre es der einzige, Zeit zu gewinnen. Auch wird man lieber mit der neuen Centralgewalt unterhandeln, weil Preußen Verpflichtungen übernommen hat welche Dänemark immerhin berücksichtigen muß, so lästig sie für Preußen selbst seyn mögen, und so sehr man auch in Berlin dem „königlichen Freunde“ in Kopenhagen alles Gute und Schöne wünschen mag. Es läßt sich leicht denken daß die österreichische Regierung wenig begierig ist in eine Frage verwickelt zu werden wo selbst redlicher Wille keinen Ausweg weiß.

‡ **Wien,** 10 Nov. Die Schönbrunner Festlichkeiten sind zu Ende, und die frühere Geräuschlosigkeit kehrt wieder in das kaiserliche Lustschloß. Vorgestern sind die Königinnen von Preußen und Sachsen abgereist, und der Abschied von ihnen war ein ebenso rührender als früher ihr Empfang ein herzlicher gewesen. Se. Maj. der Kaiser in Begleitung seiner Brüder geleitete die Königinnen bis zur Nordbahn, und in Lundenburg waren alle Anstalten getroffen die hohen Reisenden nochmals mit einem fürstlichen Mahl zu bewirthen. Gestern begab sich auch Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter auf die Reise nach Salzburg, welche Stadt sie zu ihrem künftigen Wittwensitz erwählt hat. Zwei Deputationen vermochten nicht die hohe Frau dahin zu bestimmen Wien zu ihrem künftigen Aufenthalt zu nehmen, beide erfreuten sich zwar einer freundlichen Aufnahme, doch beide erhielten den traurigen Bescheid: „Es ist vorbei, doch nicht vergessen was sie einst in Wien erdulden mußte.“ Erzherzog Ludwig begibt sich nach Gratz, und auch die durchlauchtigsten Eltern Sr. Majestät, Erzherzog Franz Karl und Erzherzogin Sophie, sollen sich aus der Residenz in eine Provinzialstadt zurückziehen. — Die Theilnahme an dem hiesigen Gewerbverein befindet sich im Abnehmen. Dieß zeigte die am 6 d. abgehaltene Sitzung desselben, wobei sich eine so bedeutende Verminderung seiner Mitglieder und dadurch die Einnahmen des Vereins als so gesunken herausstellten, daß die Aufhebung der Vereins-Zeichnungsschule und des allgemeinen Gewerbs-Adressenbuchs beantragt wurde um die Ausgaben zu vermindern.

Die „Presse“ sagt bezüglich des preußischen Ansinnens durch preußische Commissäre die Staaten des Dreikönigbundes bei der neuen Centralgewalt vertreten zu lassen: „Es war vorauszusehen daß Oesterreich diese allgemeinere Repräsentationsfähigkeit Preußens in der Bundescommission bestreiten würde, und, wie wir hören, ist auch eine erläuternde Bemerkung dieser Art erfolgt, welche sich einfach auf den Wortlaut des Vertrags vom 30 Sept. stützt.“

Der Vorfall daß der Gemeinderath von Linz sich der von Salzburg angeregten Amnestieadresse nicht anschließen wollte weil ihm Befugniß dazu mangele, wurde in den Journalen schon mehrfach behandelt. Die heutige „Presse“ erklärt sich gegen die Ansichten des Linzer Gemeinderaths, und macht folgenden Vorschlag: „In diesem Augenblick wo die Presse das einzige und überdieß schwache Organ der öffentlichen Meinung ist, wo der verfassungsmäßige Weg zur Geltendmachung des Volkswillens noch längst nicht offen steht, auch nicht sobald geöffnet seyn wird, ist es die Pflicht der

Gemeinden ein starkes kräftiges Band um einander zu schlingen und, wie die Städtebünde des Mittelalters, so manches entschiedene Wort zu sprechen das sich sonst nicht geltend machen kann, Worte des Friedens die in dem Waffenlärm, der selbst, wenn der Kampf zu Ende ist, noch fortdauern muß, nur dann gehört werden wenn sie mit Kraft und Entschiedenheit gesprochen werden."

Das Const. Blatt a. B. läßt sich von **Wien** schreiben: „Aus glaubwürdiger Quelle entnehmen wir daß die englische Flotte ihre Stellung nicht früher verlassen wird als bis die Angelegenheiten in den Donaufürstenthümern geordnet sind, und dieselben von den russischen Truppen geräumt seyn werden." Ist die Quelle eine wirklich glaubwürdige, so wären damit die Kriegs- oder Friedenshoffnungen noch immer im Ungewissen. Bekanntlich soll Rußland von der Pforte eine Art Abtretung der Donaufürstenthümer unter sein ausschließliches, religiöses wie politisches Protectorat verlangen, und das wird in Englands Augen sicher viel zu sehr — trotz seines eigenen Protectorates auf den jonischen Inseln — die Humanität gefährden, um sich dem Zustandekommen dieser Uebereinkunft gegenüber ruhig zu verhalten.

Wien, 11 Nov. Nach den bereits bekannten Ordres de Bataille der vier österreichischen Armeen wird die Gesammtstärke derselben aus 358⅓ Bataillonen Infanterie, Jäger- und Extracorps, 281 Schwadronen und 766 Geschützen bestehen. Darunter sind die Truppen der Militärgränze, die unter Feldzeugmeister Van Jellachich die fünfte Armee bilden werden, nicht begriffen. Die erste Armee mit der Aufstellung in Oesterreich, Steiermark, Tirol, Mähren, Schlesien und Böhmen besteht aus vier Armeecorps in der Gesammtstärke von 108 Bataillonen, 117 Schwadronen und 283 Geschützen; Commandant General der Cavallerie Graf Wratislaw. Die zweite in Italien aufgestellte Armee zählt fünf Armeecorps mit 128 Bataillonen, 30 Schwadronen und 228 Geschützen; Armeecommandant Feldmarschall Graf Radetzky. Die dritte Armee in Ungarn und Siebenbürgen besteht aus vier Armeecorps mit 94⅓ Bataillonen, 118 Schwadronen und 231 Geschützen; Armeecommandant Feldzeugmeister Baron Haynau. Die vierte Armee in Galizien besteht aus dem vierzehnten Armeecorps mit 28 Bataillonen, 16 Schwadronen und 74 Geschützen; Armeecommandant General der Cavallerie Baron Hammerstein.

Die heutige Wiener Ztg. bringt die definitive Ernennung der HH. Baron Kübeck und des Feldmarschall-Lieutenants Schönhals zu Mitgliedern der provisorischen Bundes-Central-Commision, welche letztere, wie die Wiener Ztg. ausdrücklich bemerkt, nach erfolgter Zustimmung der übrigen deutschen Bundesregierungen und nach dem Rücktritt des Erzherzog-Reichsverwesers in Wirksamkeit zu treten habe.

Die Deutsche Ztg. aus Böhmen läßt sich von Wien berichten: „Lord Ponsonby wird Wien verlassen; an seiner Stelle verbleibt ein Geschäftsträger. Auch der österreichische Gesandte in London Graf Colloredo wird eben zurückerwartet, und nur ein Geschäftsträger, Hr. v. Kollern wird in London fungiren. An Krieg oder dergleichen ist indeß vorderhand nicht zu denken; in der Diplomatie trägt man sich mit dem Witzworte: Dem Lord Ponsonby ist die Wiener Luft zu scharf, und dem Grafen Colloredo die Londoner zu dick. Der französische Gesandte, Hr. de Sartiges und französische Consul Hr. Ad. Outrey sind aus Teheran hier angekommen. — Der „Ostdeutschen Post" zufolge hat man im Ministerium die Absicht in Ungarn Ackerbauschulen und Armencolonien zu errichten. Letztere würden jedenfalls einen Theil der in ungeheuren Flächen außer Cultur befindlichen Feldgründe, deren in Ungarn noch so viele vorhanden sind urbar machen, den Bettler zum Producenten umbilden, damit auch die Cultur und den Wohlstand des Landes heben. Wie man hört, sollen auch in Ungarn Filiale der österreichischen Nationalbank errichtet werden.

Der Kaiser hat den Hinterbliebenen des kürzlich zu Triest an der Cholera verstorbenen Redacteur des Osservatore Triestino Carlo Bombi, der auch deutschen Blättern als Correspondent bekannt war, 1000 fl. geschenkt.

Schuselka's „Deutsche Fahrten" sind nach einer eben erschienenen öffentlichen Bekanntmachung wieder freigegeben. Die Suspension war nur eingetreten weil die Verlagsbuchhandlung nicht vorher der Militärbehörde ein Exemplar zur Durchsicht übergeben hatte.

Oesterreichische Monarchie.

= **Preßburg,** 9 Nov. Von seiner erfolgreichen Sendung aus der Türkei zurückgekehrt, kam Generalmajor Hauslab heute hier an und begab sich sofort nach Wien, woselbst ihn bei seiner Ankunft die Beförderung zum Feldmarschallieutenant erwartet. Auch der künftige Festungscommandant von Komorn, Feldmarschallieutenant Simunich, reiste heute von hier aus auf seinen Posten. Truppendurchmärsche kommen noch immer Tag auf Tag in ungewöhnlichem Maße vor, und die hiesigen Einwohner seufzen auch jetzt noch schwer unter der Last der Einquartierung. Einem Gerüchte zufolge soll der Stadt Preßburg für die vielen Ueberbürdungen während der Kriegsläufte durch die Gnade Sr. Maj. des Kaisers eine Entschädigung von 400,000 fl. C. M. zu Theil werden. Die slovakischen Freischaaren werden unter Anführung ihres Commandanten, Baron Lewartowski, hier erwartet, woselbst sie nach ihrem Eintreffen aufgelöst und in ihre Heimath zurückgeschickt werden. Gestern trafen wieder große Honvedabtheilungen hier ein, worunter sich viele Officiere der Insurgentenarmee befanden. Heute wurden sie nach Wien abgeschickt.

Großbritannien.

London, 9 Nov.

(M. Post.) Se. Exc. Graf Colloredo, der österreichische Gesandte, hatte gestern seine Abschiedsaudienz bei Ihrer Maj., da er nach einer langen und ehrenvollen diplomatischen Laufbahn aus dem öffentlichen Leben zurückzutreten entschlossen ist. Der dem Grafen vorausgegangene hohe Ruf hatte ihm in der englischen Gesellschaft jenen herzlichen Empfang bereitet den seine persönlichen Eigenschaften ausgezeichnet rechtfertigten, und das Bedauern welches seine Abreise erregt, wird um so größer durch die besondern Umstände welche, glauben wir, zu seinem Rücktritt geführt haben.

Heute war Lordmayors-Tag, d. h. der vorjährige Bürgermeister der Stadt London, der unlängst von der Königin zum Baronet ernannte Sir J. Duke legte sein Amt nieder, und der neuerwählte, Alderman Farncomb, wurde mittels eines feierlichen Aufzugs zu Land und zu Wasser in seinen Posten eingeführt.

Am Mittwoch Abend ereignete sich auf der London-Blackwaller Eisenbahn ein großes Unglück. Ein langsam fahrender Personenzug, der sich obenein auf der Station Stepney ein paar Minuten verspätet, wurde von einem schweren Güterzug überholt, welcher die letzten Wagen des erstern Trains mit einem furchtbaren Krach zerschmetterte, wobei aber die anstoßende Locomotive des zweiten Zugs ihren Schlot verlor und sonst großen Schaden litt. Durch den Zusammenstoß wurden 11 Personen schwer verletzt, darunter ein junges Mädchen aus London welche, indem sie die Erschütterung an einen gegenübersitzenden Passagier schleuderte, durch dessen einschneidenden Hutrand ein Auge verlor; diese Verletzung afficirte die Sehkraft des andern Auges, und die Unglückliche wird wahrscheinlich unrettbar erblinden. — Einen andern Unglücksfall berichtet der Standard aus Belgien, nämlich die Explosion des Dampfboots „Jan Van Arkel" in dem Augenblick wo es den Hafen von Bois-le-Duc verlassen wollte. Der Kessel sprang mit einem solchen Krach daß die erschreckten Einwohner meinten es sey ein Erdbeben. Das Schiff wurde gänzlich zertrümmert, und sämmtliche darauf befindliche Menschen getödtet oder tödlich verletzt.

Frankreich.

Paris, 10 Nov.

Der Jahrestag des 18 Brumaire ist glücklich vorübergegangen, doch waren die Besorgnisse wegen einer Contrerevolution, besonders in den legitimistischen Blättern, so allgemein verbreitet daß man zu folgender Erklärung im Moniteur veranlaßt ist: „Der Präsident hat in seiner letzten Botschaft gesagt: „„Ich will des Vertrauens der Nation würdig seyn, indem ich die Verfassung die ich beschworen habe aufrecht halte."" Diese Worte sind bestimmt, deutlich, sicher vor Deutung und Zweifel. Es ist fast die Formel seines ersten Eides. Nur in gewissen Journalen, in den Salons, in der Assemblée, kurz überall beglaubigt man das Gerücht von einem beabsichtigten Staatsstreich, wie zum Vergnügen läßt man diese Drohung über dem Haupte von Personen schweben die so leicht zu beunruhigen sind, man stört auf boshafte Art die öffentliche Sicherheit. Wir sind ermächtigt zu erklären daß das ein treuloses Trachten, eine gehässige Verleumdung, eine Beleidigung der Loyalität dessen ist der nie sein Wort gebrochen hat."

Der neue Polizeipräfect Hr. Carlier hat das ganze höhere Personal seiner Präfectur gewechselt. In den Straßen war heute eine von ihm unterzeichnete Proclamation angeschlagen, worin er seine „Mitbürger" um ihre Mitwirkung anspricht und der Religion, der Arbeit, der Familie, dem Eigenthum, den guten Vorsätzen, selbst der Reue Schutz verheißt, aber sich auch als einen muthigen unermüdlichen Gegner — er will nicht sagen Feind — aller Ruhestörer, der Chefs wie der Werkzeuge, ankündigt, namentlich „Wachsamkeit und Strenge gegen den Socialismus, die Unsittlichkeit, die Unordnung, die schlechten Publicationen, die Verhärtung der Factionsleute" als Aufgabe der Polizei erkennt.

Durch Decret vom 7 Nov. ist Capitän Doret zum Gouverneur der Insel Reunion (Bourbon) ernannt, wo er den Generalcommissär der Republik, Hrn. Sarda Garriga, ablöst.

Die diplomatischen Verhältnisse mit den Vereinigten Staaten sind so gut als hergestellt. Hr. v. Tocqueville hatte noch vor 14 Tagen sich geweigert die Beglaubigungsschreiben des neuen Gesandten Hrn. Rives früher entgegenzunehmen als der Poussin'sche Zwist erledigt wäre, und am Donnerstag hat ihm der Präsident der Republik eine Audienz bewilligt. Die Aufnahme soll eine sehr freundliche gewesen seyn und Hr. L. Bonaparte nur bemerkt haben: er hätte wegen des zwischen beiden Regierungen obwaltenden Streitfalls sich die Ehre versagen müssen ihn zu empfangen, wenn Hr. Rives nicht ein republicanischer, sondern ein monarchischer Gesandter wäre. Obgleich dieß im Mund eines Bonaparte gut republicanisch lautet, wird behauptet er habe auf einen sehr monarchisch gesinnten Staatsmann die Augen geworfen um ihm das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übertragen — den ehemaligen Repräsentanten Frankreichs in Wien, General Flahault, der sich seit einigen Tagen in Familienangelegenheiten, wie es heißt, in Paris befindet. Auch der ehemalige Minister Duchâtel ist jetzt zurück, und Hr. Guizot, der sein Lehramt an der Sorbonne, das seit Jahren durch einen Stellvertreter versehen wurde, niedergelegt hat, scheint auch wieder ganz der Politik leben zu wollen. Uebrigens soll Hr. Sain de Bois-le-Comte, der nach Washington bestimmte Gesandte, um Enthebung von diesem Posten gebeten haben, und das J. de Havre will wissen daß Hr. de Laforest, mehrjähriger Generalconsul in den Vereinigten Staaten, nun für diesen Posten ersehen sey.

Die Nationalversammlung hat den Unterstützungsplan zu Gunsten der Marseille-Avignoner Eisenbahncompagnie noch in der gestrigen Sitzung im wesentlichen genehmigt. Heute wurden noch einige nähere Bestimmungen festgesetzt, z. B. darüber daß das Anlehen nur nach vorausgeholter Genehmigung der Regierung aufgenommen werden darf, sowie über die Einrichtung der Controle, durch welche sich der Staat versichert daß die Compagnie ihren Verpflichtungen nachkommt.

Das barsche Verfahren des Präsidenten Dupin gegen die Journalistentribüne ist von keinem Blatt bitterer empfunden worden als dem J. des Débats. Ohne sich zu verbergen daß die Versammlung von ihrem Recht Gebrauch gemacht hat, glaubt es doch daß dieser Gebrauch im vorliegenden Fall ein unbegründeter gewesen sey, und fährt dann also fort: „Nachdem wir anerkannt haben was der Versammlung gebührt, werden wir wohl auch unsere Rechte in Anspruch nehmen dürfen. Indem wir ihren Sitzungen anwohnen, bedienen wir uns eines Rechts das uns eigen ist und das uns die Verfassung gibt. Wir gehen in die Sitzung mit den Ueberzeugungen, den Sympathien, den Leidenschaften die uns beseelen. Die Fragen die täglich auf der Tribüne verhandelt werden, sind Fragen wobei die Geschicke, das Wohl und Wehe des Landes auf dem Spiel stehen. Sind wir so strafbar wenn wir an diesen Fragen dasselbe Interesse nehmen wie diejenigen die uns vertreten? Die Versammlung muß die Lebhaftigkeit im Ausdruck der Gefühle und Leidenschaften die wir mit ihr theilen, bis auf einen gewissen Grad dulden. Wir wohnen den parlamentarischen Verhandlungen bei als freie Menschen, wir können dabei nicht als bloße Automaten erscheinen. Die Probe auf die man uns manchmal stellt, wäre schwerlich auszuhalten. Um gegen uns nachsichtig zu seyn, hat die Versammlung nur sich selbst anzusehen, zu hören, kennen zu lernen." Sind diese Bemerkungen über die Stellung einer parlamentarischen Versammlung zur Presse von schlagender Wahrheit, so ist nicht weniger bedeutsam was das J. des Débats über die jetzige Lage der Presse sagt, oder vielmehr was sie den Leitern der Presse zu beherzigen gibt: „Wir leben in einer Zeit wo die Preßfreiheit nicht in Gunst ist bei denen die über ihre Rechte und ihre Zukunft verfügen. Sie ist heimlichem Groll und böswilligen Befangenheiten preisgegeben. Vielleicht bei der ersten Gelegenheit wird dieser Groll, werden diese feindlichen Leidenschaften die Maske abwerfen und in offene Gewaltsamkeiten übergehen. Das Interesse, die Pflicht der Presse ist diesen Excessen, diesen Gewaltsamkeiten keinen Vorwand zu leihen. Möge sie sich bei ihren geheimen und erklärten Feinden Achtung verschaffen indem sie sich selbst gewöhnt ihnen Achtung zu zollen, indem sie allen und der Versammlung selbst das Beispiel der Mäßigung, des Anstands und der Würde gibt. Das allein ist ihre Rolle, das allein die Haltung die ihr ziemt. Wenn sie dabei bleibt, so kann sie allen Ungerechtigkeiten, allen parlamentarischen Unbilden trotzen, und sie wird dem Land, der Sache der Ordnung und der wahren Freiheit alle die Dienste leisten wozu sie berufen ist." In der That es gibt noch manche andere Länder wo die Presse in derselben Lage ist, wo sie ebenso scheel angesehen, in der Stille bedroht ist und wo ihr die nämlichen Klugheitsregeln zu empfehlen seyn dürften.

⊙ **Paris**, 9 Nov. Das oft wiederholte Gerücht Pius IX wolle nicht nach Rom zurückkehren solange die französische Besatzung nicht die Stadt geräumt habe, findet eine vollkommene Wiederlegung in den Aussagen des Hrn. Fremy, welcher gestern zum erstenmal wieder in der Nationalversammlung erschien. Er beantwortete die Fragen womit er von allen Seiten bestürmt wurde, dahin daß der Papst ihm ausdrücklich versichert habe, er sey nicht nur weit entfernt den fortdauernden Aufenthalt der französischen Armee in seiner Hauptstadt mit Mißvergnügen zu sehen, sondern er betrachte die Armee auch als eine Bürgschaft der Sicherheit, und er hoffe sie bei seiner Rückkehr zu finden um ihr persönlich seinen Dank aussprechen zu können. Hr. v. Corcelles, erzählte Hr. Fremy, besitze das unbeschränkte Vertrauen des Papstes, und es habe dieser erklärt er warte nur auf ein Zeichen des Bevollmächtigten um die Rückreise anzutreten. Was die Amnestie betreffe, so sey es eine Seltenheit daß Pius IX die Bittschrift eines von derselben Ausgeschlossenen unberücksichtigt lasse. Er habe endlich die Absicht geäußert in kürzester Frist die in dem Motuproprio enthaltenen Bürgschaften im liberalsten Sinn zu entwickeln, und es sey überhaupt gegründete Hoffnung vorhanden daß eine befriedigende Lösung der römischen Frage nicht lange mehr auf sich warten lassen werde. Die Ernennung des Generals Baraguey d'Hilliers an die Stelle des Generals Rostolan theilt das Schicksal des Unterrichtsgesetzes insofern sie wie dieses von der äußersten Rechten und Linken angefeindet wird. Ueber den Unwillen dieser letztern darf man sich nicht verwundern weil der General dem Poitiersverein angehört, daß aber auch die Jesuiten des Univers über seine Wahl borstig sind, ist nicht so leicht zu erklären. Das ultramontane Blatt scheint Gründe zu haben die Orthodoxie des Generals in Zweifel zu ziehen, und gibt die Besorgniß kund der neue Chef sey vielmehr von dem Brief des 18 Aug. als von dem Motuproprio inspirirt. Unter den alten Schnurrbärten der Armee ist Baraguey d'Hilliers nicht sehr beliebt, weil er, wie es scheint, nach dem Sturze des Kaisers eine gar zu große Ungeduld die Gunst der Bourbonen zu erlangen gezeigt hat. Sehr verdrießlich mag der Regierung wohl die gestern eingetroffene Nachricht aus Auxerre seyn. Bekanntlich war der dortige Municipalrath aufgelöst worden, weil er mit Bezugnahme auf die römische Expedition, welche er für eine Verletzung der Verfassung erklärte, verlangt hatte daß der Präsident und das Cabinet in Anklagestand versetzt werde. Sämmtliche Mitglieder sind mit einer übergroßen Majorität wieder gewählt worden.

* **Marseille**, 7 Nov. Das levantische Postdampfschiff der „Tancrede" ist gestern hier angelangt. Als dieses Schiff sich in den Gewässern des Pyräeus befand, wurde es von dem englischen Dampfer „Tartarus" eingeholt, welcher ihm eine Depesche für die englische Regierung übergab. Der Commandant erkundigte sich in welchem Hafen sich das englische Geschwader befände, angeblich weil er Ueberbringer eines Befehls des Sir Stratford-Canning sey, welcher dem englischen Admiral vorschreibe sich nach den Dardanellen zu begeben. Nach Briefen von Malta verfolgte das französische Geschwader seinen Weg in der Richtung des Cap Matapan. Man sagt daß durch den Tancred für dasselbe eine Depesche in Smyrna zurückgelassen wurde, welche ihm ebenfalls vorschreibe nach den Dardanellen zu fahren. Unter diesen Umständen ist zu vermuthen daß die französische Regierung jetzt keine Expedition nach der Küste von Marocco unternehmen wird; auch bemerkt man auf der Rhede von Toulon keine besondere Bewegung. Das indische Brieffelleisen ist durch das englische Dampfboot „Medina" hier angekommen. Es bringt nähere Erläuterungen über den Angriff auf die französische Colonie Nossi-Bé. Dieß ist eine kleine Insel an der Küste von Madagascar, wo die Franzosen seit 1840 eine Civil- und Militär-Niederlassung errichtet haben, welche in Folge der Freisprechung der Sklaven vollständig vernichtet wurde. Die inländische Bevölkerung dieser Insel besteht aus dem kriegerischen Geschlecht der Sakalaven, die viele Sklaven besaßen und sich durch die Freilassung derselben in ihrem Eigenthum verletzt fühlten. Vergebens versicherte man daß ihnen eine Entschädigung gegeben würde. Sie verließen in Masse die Colonie, nachdem sie auf ihrem Rückzug alles in Brand gesteckt hatten. Zwei französische Kaufleute, die HH. Labrouelle und Wilder wurden ermordet, ihr Besitzthum und ihre Ernte niedergebrannt. Die Sakalaven, welche aus dem Innern Verstärkung an sich zogen, rückten bald mit 400 Mann gegen Hellville, den Sitz der Regierung, welcher nur durch eine leichte Besatzung vertheidigt ist. Der Lieutenant Cottey von der See-Infanterie, den man ihnen mit 100 Malgaschen entgegenschickte, wurde von diesen verlassen, zum Gefangenen gemacht und getödtet. Arme Ansiedler welche dem Aufstand entgehen konnten, wurden von einem Schiff aufgenommen welches sich auf der Rhede befand und nach der Insel „La Reunion" geführt, von wo aus man die Fregatte „La reine blanche", die Corvette „L'Artémise" und den Dampfer „Cassini" sogleich mit Verstärkung nach Nossi-Bé schickte. Briefe von Sebastobol melden daß die ganze russische Flotte noch daselbst vereinigt ist.

Schweiz.

Schweizer Blätter enthalten folgende Erklärung. Ein Artikel der Deutschen Volkshalle, datirt Königsberg. 9 Oct., erzählt mit Nebenumständen und Betrachtungen folgendes: „Ich soll, wie mein Freund

Hr. Johann Jacoby mitgetheilt habe, die in meinen Händen befindliche Verschreibung, durch welche Hr. H. v. Gagern sein unverbrüchliches Festhalten an der Reichsverfassung vom 28 März gelobt, an einen englischen Curiositätensammler fur 5 Guineen verkauft haben." Soweit mein Name und der von Jacoby bei dieser Erzählung in das Spiel gezogen, enthält sie eine Unwahrheit. Zürich, 4 Nov. 1849. Heinrich Simon.

△ **Bern,** 8 Nov. Gestern Morgen wurde den auf dem Kornhausboden einquartierten Flüchtlingen ein Circularschreiben des Bundesraths an alle Kantonsregierungen mitgetheilt, nach welchem letztere die Flüchtlinge aus Baden, der Pfalz, Hessen, Nassau, Rheinpreußen und Würtemberg dringend zur Rückkehr in die Heimath ermahnen sollen, da nach den vom Bundesrath mit den betreffenden Regierungen gepflogenen Unterhandlungen zwar keine vollständige Amnestie zugesichert, aber nach der milder gewordenen Stimmung der deutschen Behörden wenigstens die Aussicht eröffnet werden könnte mit einer kleinen Strafe davon zu kommen, während ihrem längeren Aufenthalt in der Schweiz immer größere Hindernisse in den Weg treten. Von den hundert Zwangspässen welche der Bundesrath an die Flüchtlingsführer ausgestellt hat, sind kaum dreißig bei den französischen Behörden abgegeben worden. Struve und Heinzen sind in London angekommen, und beabsichtigen dort ein Erziehungsinstitut zu gründen. Raveaux ist noch in Straßburg.

Aus der östlichen Schweiz, 8 Nov. Der Jubel mit welchem die seit geraumer Zeit schon nach der Heimath sich sehnenden Flüchtlinge die (obenerwähnte) frohe Botschaft vernommen haben, ist kaum zu beschreiben: wie ein Lauffeuer ging sie unter ihnen von Mund zu Mund, und nur in Zürich allein, wo in verschiedenen Localen deren noch immer über 300 casernirt liegen, haben sich unverzüglich, bis an 62, welche sich „allzu sehr" compromittirt fühlen, alle zur sofortigen Heimkehr bereit erklärt, und harren nun ungeduldig der von den zuständigen Behörden bereits für sie nachgesuchten Geleitscheine. Wie unter den Flüchtlingen selbst, so hat aber auch die erwähnte Nachricht unter denen die ihnen bis daher nahezu fünf Monate Nahrung und Obdach zu geben hatten, nicht geringe Freude erregt, und wer es mit eigenen Augen zu sehen Gelegenheit hat wie diese Flüchtlinge gerade da wo sie zuerst mit dem übertriebensten Enthusiasmus aufgenommen und durch Zweckessen und Bankette gefeiert wurden, nunmehr, nach einem am Ende doch so kurzen Aufenthalt, schon so überlästig geworden sind, der wird an meiner Versicherung wahrlich nicht zweifeln. (N. Corresp.)

* **Genf,** 3 Nov. Die Stadt ist seit acht Tagen in zunehmender Aufregung, und es läßt sich durchaus nicht bestimmen wie diese enden wird. Den 12 Nov. soll das Conseil général durch seine Wahl entscheiden ob die aus der Insurrection am 7 Oct. 1846 hervorgegangene, nun drei Jahre unter James Fazy und seiner Partei bestehende, von ihm mit Talent geleitete aber auch vielfach getadelte und heftig angegriffene Regierung ferner am Steuerruder des kleinen Landes bleiben oder eine andere, conservative, an ihre Stelle treten wird. Beide Theile arbeiten seit geraumer Zeit an der Vorbereitung günstiger Wahlen; Journale mit wahren oder halbwahren Anklagen, mit widerlichen, langweiligen lang ausgesponnenen Persönlichkeiten, Pamphlete, Bankette, Volkszusammenkünfte, Clubs und Cirkel und dergleichen in der Stadt und auf dem Lande sind in reger, unermüdeter Bewegung. Jeder Theil hofft der stärkere zu seyn und seine Männer emporzubringen; es wird für und wider gerechnet, ab- und hinzugezählt. Die Landleute, deren Stimme hier von großer Bedeutung ist, werden hinüber und herüber freundlich angezogen, nicht weniger die Katholiken, mit denen man auf- und abfeilscht. Wieviel wird nicht auf beiden Seiten gehofft und versprochen um Stimmen zu gewinnen! Die sieben Wahlcandidaten für eine conservative Regierung sind: der Alt-Syndik Cramer, der General Dufour, der Maire Jacquier, der Maire Montfalcon, Odier-Casenove, Rigaud-Constant und Turettini-Favre, lauter Ehrenmänner die durch ihren Ruf, durch reiche Kenntnisse und Erfahrung, sowie durch uneigennützige Thätigkeit bekannt sind, und von denen mehrere mit Auszeichnung schon in dem vorigen Genfer Staatsrath und in der Tagsatzung sich hervorgethan haben. Mitten in diese Aufregung, wo die Unklugen der herrschenden Partei manchmal Drohungen und auf Gewalt hindeutende Aeußerungen einfließen ließen, fielen in diesen Tagen von Ost und West Brandraketen. Von Bern aus wurde die Vermuthung immer stärker daß der Bundesrath zur Sicherung gesetzlicher Wahlen hier militärisch einschreiten und Bundestruppen einrücken lassen werde. Von Paris kam zuerst die Zeitungsnachricht von dem drohenden Einschreiten der Großmächte gegen den fremden und einheimischen Radicalismus in der Schweiz, von der geforderten Restauration Neuchatels und der Zurückführung der schweizerischen politischen Zustände auf den Wiener Congreß 1815, mit blocus hermétique oder Krieg in Aussicht. Vielmehr und allgemeiner aufregend war die Nachricht von des Ministers Dufaure Aeußerung in der französischen Nationalversammlung am 29 Oct., worin der Minister officiell erklärt er habe bestimmte Nachricht von den Umtrieben die bei den Wahlen des Genfer Conseil général am 12 d. stattfinden sollten. Nachdem sich der Minister beklagt daß Genf die vom Bundesrath angeordnete Internirung der Pariser und Lyoner Flüchtlinge in das Innere der Schweiz nur zum Theil und unvollständig vorgenommen habe, fügt er hinzu: diese Internirung sey nicht geschehen, weil in Genf gewisse Personen seyen die er nicht nennen wolle, die aber großes Interesse dabei hätten politische Flüchtlinge in der Stadt zurückzuhalten. . . Für die Abstimmung am 12 Nov. seyen sich die radicale und conservative Partei ziemlich gleich, die radicale aber habe ein Mittel ausgedacht auf die conservative Partei zu drücken und sie einzuschüchtern (de peser par l'intimidation) und dann fährt der Minister fort: „Ich schäme mich daß es Franzosen gibt die zu so schändlichen Absichten und Berechnungen die Hände reichen. Ich habe vielleicht nicht alles gesagt was man vorhat; wenn die Wahlen der radicalen Partei nicht günstig sind, so dürfte man sich nicht mit einer bloßen Einschüchterung begnügen. Wie dem auch seyn mag, in den Genf benachbarten Departements herrscht große Bewegung wegen dessen was dort am 12 vorgehen wird. Solche Projecte hegt man aber nicht nur in Genf, die französischen Flüchtlinge schreiben auch an ihre Freunde in den Departements Ain, Saone, Loire und Rhone, und fordern sie auf an diesem Tag nach Genf zu kommen. Mehrere sind schon dahin abgereist, zwei sind im Departement Ain verhaftet worden, und aus ihrem Mund haben wir das Geständniß über den Zweck, warum sie nach Genf gingen." Sie können sich denken wie thätig und geschickt die Conservativen diese wichtige ministerielle Erklärung benutzen und wie sie in Bern gewirkt haben wird. Unstreitig wird sich aber auch die Genfer Regierung bemühen der ministeriellen Erklärung ihre Wichtigkeit zu nehmen, durch Widerlegen oder Bezweifeln der französischen Angaben und Aussagen, zumal hier und da behauptet wird daß auch die hundert und zwanzig Badner und die andern politischen Flüchtlinge, sowie die zahlreichen im Kanton Neuchatel etablirten Genfer zu gleichem Zwecke wie die Franzosen hier am 12 mithelfen sollten.

* **Genf,** 4 Nov. Meine Vermuthung war richtig. Die gestrige Revue de Genève, das halbofficielle Organ der Regierung, bringt einen sehr gemäßigten Aufsatz zur Ablehnung der Dufaure'schen Aeußerungen. Sie erklärt den Minister vollständig im Irrthum und vorschnell nach irrigen Angaben und Nachrichten urtheilend. Sie gibt sie dem Einfluß der Genfer Conservativen durch den Präfecten des Ain-Departements schuld; sie erklärt bestimmt daß weder die in Genf wohnenden politischen Flüchtlinge, noch die aus den Nachbarcantonen oder die Einwohner aus den französischen Nachbardepartements für einigen am 12 Nov. in Genf zu übenden Zwang auf die Wahlen eingeladen worden seyen, daß die Regierung solche Mittel nicht brauche und verschmähe. Die Revue kündigt auch eine Erklärung an, worin alle hier wohnenden Franzosen versichern daß ihnen in dieser Beziehung keine Zumuthung von der Regierung gemacht worden sey. Das Departement de l'Ain, unser französischer Nachbar, ist in Kriegsstand erklärt, französische Truppen sind in Ferner und Gex eingerückt. Diese Maßregel ist auch von dem neuen französischen Ministerium noch nicht zurückgenommen worden. Es ist wahrscheinlich daß der Bundesrath deßwegen Bundestruppen nach Genf schicken wird, um die Schweizergränze zu wahren. Deßhalb ist der General Dufour für einige Tage nach Bern gereist. Für morgen früh ist auf dem Molard eine Volksversammlung radicaler Färbung angesagt zur Vorbereitung der Wahlen am 12 d. Die Conservativen wollen keinen Antheil daran nehmen.

Dänemark.

Nach dem Fädrelandet wären Noten von Oestreich und Preußen eingetroffen, welche Unterhandlungen über die Ordnung der Verhältnisse Holsteins in Bezug auf Deutschland verlangen, und in Bezug auf Schleswig dem König das Recht geben ohne fremde Einmischung die Verhältnisse zu ordnen und den Aufruhr zu dämpfen.

Türkei.

Die Correspondenz des J. des Débats aus Konstantinopel, 25 Oct., läßt die politische Frage noch immer unentschieden. Mit dem am Tag zuvor eingetroffenen Paketboot von Odessa, das Nachrichten aus Petersburg vom 15 d. M. brachte, hatte die Pforte keine neue Mittheilung erhalten. Das Gerücht war verbreitet die russische Flotte in Sebastopol werde ausgerüstet, der Kaiser sey unbeugsam und entschlossen es aufs äußerste ankommen zu lassen. Von der Annäherung der englischen und französischen Flotten war man unterrichtet, wußte aber nicht ob sie in Ourla bei Smyrna bleiben oder an den Eingang der Dardanellen vorgehen werden. Die Haltung der Cabinette von Paris und London hatte die Pforte über die Folgen eines Bruchs mit Rußland beruhigt.

* Eben erhalten wir noch eine Konstantinopler Post vom 31 Oct. Eine neue englische Dampf-Fregatte hatte gemeldet daß das

englische Geschwader bei Tenedos — Eingang der Dardanellen — vor Anker liege, und die französischen Kriegsschiffe ihm folgen. Das Journal de Constantinople meint, die Erscheinung dieser Geschwader sichere die Erhaltung des Friedens. In Konstantinopel schien aber im allgemeinen die entgegengesetzte Meinung vorzuherrschen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 10 Nov. Consols 93 1/8

Paris, 10 Nov. 3proc. 56 30; 4proc. 69 25; 5proc. 88.80; Bankactien 2345; belg. 5proc. 94 3/8; Anleh. v. 1842 94 3/4; 4 1/2proc. 86 5/8; österr. Loose v. 1834 390; neap. 5proc. 89; röm. 81; span. innere Schuld 27 3/8; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1834 972 50; v. 1849 885; Vers. rechte C.-B. 210; linke 170; Paris-Orleans 735; Rouen 527.50; Straßburg 357.50; Nordbahn 436.25; Rouen-Havre 233.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 207.50; Bordeaux 395; Tours-Nantes 280; Mont.-Troyes 106.25.

Amsterdam, 10 Nov. 2 1/2proc. 53 7/16; 3proc. 63; 4proc. 82 5/8; Met. 5proc. 83 1/2; belg. 2 1/2proc. 45 1/2; Ard. 12 5/16.

* **München,** 10 Nov. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 12,565 Scheffel, wovon 11,750 Sch. verkauft und 815 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 47 kr. (gef. um 1 kr.), Korn 7 fl. 8 kr. (gef. um 3 kr.), Gerste 7 fl. 6 kr. (gest. um 13 kr.), Haber 4 fl. 22 kr. (gest. um 1 kr. Die Reste bestunden in 414 Sch. Weizen, 50 Sch. Korn, 351 Sch. Gerste. Umsatzsumme 93,310 fl. Oberbayerische Mittelhopfen galten auf dem gestrigen Markt 92 bis 113 fl., bessere Sorten 108 bis 125 fl., mittelfränkische Hopfen 90 bis 125 fl., Spalter Landgut 120 bis 140 fl., dergleichen Stadthopfen 140 bis 150 fl. Der Absatz war 678 Centner und der Betrag 77,500 fl. Die Preise waren bis gegen Schluß des Marktes steigend, wo sodann etwas Flauigkeit eintrat.

Augsburg, 13 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 84 1/2 P. 4proc. 92 1/2 P. 5proc. 100 3/8 P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 1/2 P. Bankactien II. Sem. 1115 P. Württ. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 12 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87; Bankactien 1306; preuß. Staatsschuldscheine 88 1/2; bayer. 3 1/2proc. Oblig. —; Ludwigsh.-Berbach 84 7/8; württemb. 3 1/2proc. 80 1/2; 4 1/2proc. 94 1/8; bad. 5proc. 97 3/4; 3 1/2proc. 71 1/2; darmst. 4proc. 88 3/4 P.; 3 1/2proc. 81 3/4; nass. 5proc. 101 3/4; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankfurt 3proc. 79; 3 1/2proc. 92 3/4, 88 3/4; Disconto 2 1/4 G.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

[4160] **Erwiederung auf die „Nothwendige Erklärung“ dieses Blattes Nro. 312.**

Die so betitelte Seidenzeugfabrik und Großhandlung der HH. Pellouz Brentano u. Comp. in Augsburg tritt in ihrer sogenannten „Nothwendigen Erklärung“ mit Feuer und Flamme gegen mich auf, und wirft mit ebensoviel Gemeinheiten und Unwahrheiten um sich.

Eine detaillirte Erwiederung auf die erwähnte Erklärung abzugeben fühle ich mich nicht berufen, sondern beschränke mich auf nachstehende Replik.

Der unparteiische Leser jener „Nothwendigen Erklärung“ wird auf den ersten Moment erkennen daß die Triebfeder und die Tendenz jenes Artikels weiter nichts ist als gehässiger Brodneid.

Das gebildete und verständige Publicum, sowie überhaupt jeder gesunde Menschenverstand wird die Tendenz eines solchen Angriffs gebührend zu würdigen wissen. Die Verbreitung meines Circulars an die hochwürdige Geistlichkeit ist richtig, die in demselben aufgestellten Punkte sind vollkommen begründet, und die Anempfehlung meiner eigenen Fabricate ebenso natürlich als der Wahrheit vollkommen entsprechend.

Hätten Inseranten als gute Christen ein ehrliches Spiel beabsichtigt, so hätten sie nicht einzelne Bruchstücke ohne Zusammenhang aus meinem Circular der Oeffentlichkeit übergeben, sondern den vollen Inhalt dieses Rundschreibens der öffentlichen Beurtheilung unterstellen sollen, allein Inseranten haben dieses wohlweislich unterlassen weil sie wohl wußten daß sie bei Veröffentlichung des ganzen Inhalts meines Circulars bei der öffentlichen Meinung schlechte Rechnung gefunden hätten.

Dem entgegen hat man sich erlaubt sogar Verdrehungen in den Sätzen meines Circulars zur Beschönigung des verkappten Brodneides vorzuführen, denn in meinem Circular vom 1 August d. J. habe ich nicht die mir zu Theil gewordene Unterstützung von Seite des Staates als Vordersatz hingestellt und denselben mit dem Nachsatz verbunden:

„daß in sämmtlichen Zollvereins-Staaten kein zweites derartiges Institut bestehe,“

gerade entgegengesetzt mein Vordersatz lautet:

„daß das hohe Staatsministerium im Einklange der königlichen Regierung von Oberfranken, und den hiesigen städtischen Behörden die Wichtigkeit meines Etablissements erkannt, und in Berücksichtigung der Seltenheit, da in sämmtlichen Zollvereins-Staaten kein zweites derartiges besteht, mir ein Hülfscapital von 30,000 fl. aus Staatsmitteln verliehen.“

Die Seltenheit meines Etablissements und Gemeinnützigkeit desselben war der Grund der mir zu Theil gewordenen Unterstützung, und dadurch werden die Verdrehungskünste der Inseranten in ihrer ganzen Unwürdigkeit hingestellt.

Die Inseranten beschuldigen mich der Unwahrheit darüber daß ich mein Etablissement in der Art bezeichnete daß in den Zollvereins-Staaten ein derartiges zweites nicht bestehe, allein werden die Aus- und Anfälle meiner Gegner näher geprüft, so wird man finden daß diese Beschuldigung grund- und bodenlos ist.

Ich habe von einem zweiten derartigen Etablissement gesprochen, diese Behauptung ist zwar von dem Gegner angefochten, mir nichts aber entkräftet worden.

Sollen vielleicht die angeführten Firmen welche nur Waarenniederlagen umfassen, selbständige Fabriken repräsentiren? oder glauben die Inseranten mit der einseitigen Unterzeichnung Seidenzeugfabrik sich an die Seite meines Etablissements oder über dasselbe stellen zu wollen? Diese Mühe bleibt vergeblich, denn jeder Unbefangene wird bemessen daß Waarenniederlagen keine Fabriken sind, und daß der Begriff einer Seidenzeugfabrik so relativ ist daß man darunter eben so gut eine Riesen- wie eine Zwergfabrik verstehen kann; wenn freilich einige Webstühle, die in Betrieb gesetzt werden können, die Stelle einer wirklichen Fabrikwerkstätte zu repräsentiren vermögen, so könnten die Einsender im Rechte seyn, allein dadurch weil zwischen dem Riesen und dem Zwerge eine große Kluft besteht, so kann ich mit vollster Ueberzeugung wiederholt behaupten

„daß in den Zollvereins-Staaten kein zweites derartiges Etablissement wie das meinige besteht.“

Wer dieser meiner Behauptung nicht vollen Glauben beimessen will oder daran Zweifel findet, beliebe Einsicht von meiner Seiden-Brocatstoff-Fabrik und der Seidenzeugfabrik der Inseranten zu nehmen, und es wird sich selbst für den Profanen die Ueberzeugung feststellen daß zwischen beiden Instituten eine mächtige Verschiedenheit besteht, und die Lehre von dem Größenmaß auf eine Weise dargethan ist daß die Ausfälle der Inseranten in Nichts zusammenfallen.

Auf persönliche Angriffe gehe ich nicht ein, weil ich nicht gewöhnt bin mich auf solche Weise zu revanchiren; wenn aber Inseranten glauben daß sie durch ihre gehässigen Ausfälle dem Rufe meiner Fabrik Schaden und Nachtheil bringen wollen, so haben sie einen großen Mißgriff begangen, denn wer das Falsche von dem Wahren zu unterscheiden versteht, und wer die Absichten der Inseranten nicht verkennen will, der wird sich auch durch solche so betitelte Nothwendige Erklärungen nicht irreführen lassen, sondern sich auf die Seite des Angegriffenen stellen, besonders die hochwürdige Geistlichkeit, „auf welche es hauptsächlich abgesehen zu seyn' scheint ihre Aufmerksamkeit von meinem Etablissement ab und auf die angeregten Waarenniederlagen zu lenken;“ wird sich nicht abhalten lassen ihren Bedarf da zu beziehen wo es am vortheilhaftesten geschehen kann. Die hochwürdige Geistlichkeit darf sich versichert halten daß ich die mir anzuvertrauenden Aufträge gemäß derjenigen in meinem Circular vom 1 August c. geäußerten Zusicherungen, wodurch für alle Fälle ausreichende Garantie geboten und wodurch zu einer zwang- und kostenfreien Correspondenz Einladung getroffen ist, mit der größten Sorgfalt und Pünktlichkeit ausführen werde.

Obgleich mein Etablissement noch keine 53 Jahre hinter dem Rücken hat, so ist es, Gott sey Dank, dennoch in einem solchen kräftigen Jugendalter, daß es auf festen Beinen selbständig bestehen und allen Anforderungen der Gegenwart durch höchste Vervollkommnung der Fabricate entsprechen kann, die ergriffenen Theile übertreffen sogar das französische Fabricat an soliderer Qualität und billigerem Preise, was wohl erprobt werden kann.

Zur besonderen Notiz der Inseranten muß ich noch die Bemerkung beifügen daß ich den Zeitraum von 4 Jahren benützt habe mit Anstrengung großer Geld- und Zeitopfer die erwähnte Stufe der Vervollkommnung zu erringen.

Indem ich nun die Beurtheilung des vorliegenden Streitpunktes ruhig der öffentlichen Meinung überlassen kann, erkläre ich den Inseranten daß ich diese Erwiederung auch als meine Schluß-Erinnerung betrachte, und daß ich auf weitere Ausfälle umsoweniger eingehen werde als ich solche stillschweigend mit Indignation zurückweisen werde. — Bayreuth, den 10 Nov. 1849.

Jacob Neustädter, Fabricant und Fabrikbesitzer.

Uebersicht.

Wahre Dorfgeschichten aus neuer Zeit.

Aus den Papieren eines Landpfarrers, herausgegeben von Florus. Erstes Bändchen, Leipzig, 1850.

** Der Erfolg welchen Auerbachs genialer Griff auf dem Gebiet der Erzählungen hatte, hat, wie das zu geschehen pflegt, eine Reihe von Nachahmern hervorgerufen, welche sich vorzugsweise an das poetisch-romantische Element in Auerbachs Dichtungen hielten, und was bei jenem reines Ergebniß des Talents war, manierirt reproducirten. Das vorliegende Büchlein macht hievon eine erfreuliche Ausnahme. In demselben theilt ein Landpfarrer, wie es scheint aus dem Weimarischen, Bruchstücke aus der Geschichte seiner seelsorgerlichen Thätigkeit mit ohne alle romantische Ausschmückung, in der Art wie ein sprachgeübter Geistlicher sich die bedeutenden Vorkommnisse seines Amtslebens in Mußestunden in sein Tagebuch niederschreibt. Es sind die Geschichten einzelner Gemeindeglieder, die zum Theil einen sehr trüben Blick in die dörflichen Verhältnisse werfen lassen, zum Theil aber auch die interessantesten Lebensgänge von Leuten vorführen die aus einem bewegten Leben sich zuletzt in die Stille eines Dorfes geflüchtet haben. Es sind kaum die Erlebnisse eines einzigen Geistlichen die den Stoff zu diesem Büchlein gaben, der wohl aus eigener Erfahrung und den Mittheilungen von Amtsbrüdern genommen ist. Sehr wohlthuend weht durch alle diese kleinen Erzählungen der ruhige Athem ächt evangelischen Geistes, ohne eine Spur rationalistischer Verflachung oder zelotischen Dünkels, und es ist nicht zu viel gesagt wenn man von diesem Büchlein rühmt daß es der Unterhaltung, der Erbauung, der Belehrung und der sittlich religiösen Anregung gleich trefflich diene. Möge der Verfasser nur in den wie es scheint zu erwartenden folgenden Bändchen auf demselben Tone bleiben und sich nicht verleiten lassen romantisch Ersonnenes zu vermeinter Ausschmückung und Belebung beizumischen, wie das dem trefflichen Jeremias Gotthelf begegnet ist.

Göttingen.

† **Göttingen,** 5 Nov. Die Vorlesungen haben bei den nunmehr veränderten Ferienterminen dießmal schon alle gleich nach der Mitte Octobers begonnen. Die seit drei Semestern steigende Frequenz hat abermals beträchtlich zugenommen, und noch immer kommen einzelne nach. Am stärksten hat sich die juristische Facultät gehoben, welche auch die meisten neuen Lehrkräfte gewonnen hat. Drei frühere Mitglieder der deutschen Nationalversammlung, Waitz, Thoel und Rößler von Wien haben ihre Vorlesungen in diesem Semester zum erstenmal meist vor reichbesetzten Auditorien begonnen; auch Zachariä hat seine länger unterbrochenen Vorlesungen wieder aufgenommen. Dagegen werden die beiden Juristen Briegleb und Hermann dieß Semester nicht lesen, da sie als gewählte Mitglieder der ersten Kammer (ersterer von der Universität, letzterer von der Geistlichkeit) in den nächsten Tagen zur Ständeversammlung nach Hannover abgehen werden. Es ist ein Glück daß von jeher alle Hauptfächer principmäßig doppelt besetzt waren, wodurch solche momentane Entfernungen einzelner Lehrer weniger störend werden. Das Curatorium ist fortwährend bemüht nicht bloß neue Lehrkräfte zu gewinnen, sondern auch vorhandene zu erhalten. So wird unter den Theologen der hier sehr anerkannte Prof. Ehrenfeuchter trotz mehrerer Vocationen bleiben. Hansen, Professor der Nationalökonomie, hat die Berufung zu einem hohen Staatsamte in Mecklenburg abgelehnt und dieselbe auf keine Weise geltend gemacht, ja nicht einmal zur Anzeige gebracht. Er gehört mit den beiden Wiedergewonnenen von den Sieben, Ewald und Weber, sowie dem Chirurgen Prof. Baum ebenfalls zu den erst im vorigen Jahr gewonnenen Lehrern, und hat, wie alle die Genannten, die größte Anerkennung bei den Studirenden. Wie man hört, steht die Eröffnung eines mit der Universität verbundenen landwirthschaftlichen Instituts in naher Aussicht, wofür das Curatorium ebenfalls eine neue und bedeutende Lehrkraft gewonnen haben soll. Das neue, mit einem Aufwand von 120,000 Thalern erbaute Hospital wird im nächsten Sommer bezogen werden.

Aus einem Wiener Atelier. *)

O. Kennen Sie das Märchen von der schönen Melusine? Nicht das Goethe'sche, wo eine schöne Frau nicht größer als eine Stecknadel ein zierlich möblirtes Kästchen bewohnt, und ihren Geliebten in die Monarchie der Gnomen lockt, welche mit winzigen Raumbegriffen Käfer und Ameisen als vorweltliche Ungeheuer anstaunen, sondern ich meine die ältere Sage von einem Wesen halb Jungfrau, halb Fisch, vom Märchenschicksal in eine öde, wassergefüllte Grotte gebannt, bis geprüfte Liebe ihr vollendete Gestalt verliehen oder Untreue sie ganz zum Fisch verwandeln würde. Keine tückische Sirene welche den bestechenden Glanz der Augen, die flüssige Fülle des Haares, jungfräuliche Unschuld im Gesicht, die wehmuthsüße Stimme mißbraucht träumerisch irrende Jünglinge in den Verrath ihrer verheißenden Umarmung zu locken. Solche lauernde Truggebilder gehören dem griechischen Mythus; unsere Melusine ist in der Märchensprache zu reden eine „gute traurige Bestie", welche ihr Unglück, ich weiß nicht wem zu danken, und die uns nicht ängstigt, sondern Thränen entlocken will, denn sie hat ein menschliches Herz und garstige Schuppen und Flossen bedecken sie von den Hüften abwärts. Freilich ist ihr [illegible] eines Mannes erprobter Minne Erlösung verheißen, aber treue Männerliebe ist ein seltenes Juwel, und die arme Melusine kann nicht die Fülle aller Reize bieten, denn der boshafte Zauber zwingt sie die thierische Hälfte unter den schwimmenden Blättern der Teichrosen zu verbergen. Aber das Märchenschicksal, welches sich immer pünktlich erfüllt, führt ihr selbst den Versucher an die gefeite Stätte, und Melusine muß zum erstenmal sehen wie herrlich ein vollendeter Mensch, wie unterwerfend für das Weib die Hoheit eines Mannes sey. Da erwacht schon das Sehnen ihm zu gehören und der Gram über die widerliche Mißgestalt. Was freut sie noch länger vom zarten Schmuck der Felsen Kränze zu winden oder die großen Kelche der Sumpfblumen zu entblättern? Die vielgesungenen Ammenliedchen wollen nicht mehr passen, sie greift nach andern Weisen in die Leier, und staunt selbst über die wunderbar weiche Seele des Instrumentes, daß es sich zum erstenmal näher an sie schmiegt, lacht und klagt wie sie will, und die volle Lust der Schwermuth mit erfassen kann. Und wie von dem Saitenklang angeweht neigen sich die Rohre im Teiche hin und her. Ach, wenn nur Männertreue nicht leichter wankte als die Halme in den Fluthen! Der Rittersmann kann wohl den Blick aus blauem Auge nicht vergessen — die Melodien aus der Feengrotte begleiten ihn durch Forst und Flur, aber Erdentöchter mit blutwarmem Kuß sind lockender als ein nebelfeuchtes Feenkind, wenn auch seltene Perlen aus den Locken träufeln und ihrem Blick so viel Wonne entströmte als in ihrer Leier Melodien schlummern. Der falsche Cavalier steckt das bedeutungsvolle Ringlein an eine Hand von Fleisch und Leben, und Melusinens Schicksal ist erfüllt. Zwar dem Bilde kann der Treulose nicht entweichen: immer steht er Melusinens Augen gegen sich gekehrt, aber der Liebeszauber schwand daraus vor dem Blick voll Gram und Vorwurf, und jene hohen Liebeslieder welche sonst die stille Bucht belebten, klingen ihm wie Grabesläuten. So verläßt ihn nicht der Schatten Melusinens, und vor seinen Augen sieht er ihre Formen immer weiter sich in die Fischgestalt verwandeln, bis das Wesen doppelter Natur nach Genuß der edelsten Gefühle in die kalte Thierwelt wieder eingeschrumpft. Arme Melusine, daß Männertreue solches über dich gebracht!

Dieses Märchen hat uns ein Wiener Künstler gemalt, freilich ohne den lockern Ritter, dessen Wankelmuth das schöne Weib zum Fisch verderben ließ, aber doch Melusinen mit dem unvergeßlichen Auge, das uns selbst zum Ritter machen und zum Liebeseid verleiten könnte. Denn wer möchte Schwüre brechen, wenn er nach der ersten Lust den süßen Genuß dieses Mundes entbehren müßte? Es ist das Schooßkind von Sumpf und Steingeklüfte mit dem Götterleib und dem Drachenschweif, zu Einsamkeit und Gram erzogen, denn was nützt ihr daß sich die feuchte Gruft wo sie haust, aus mütterlicher Zärtlichkeit mit epheugrünen Ranken und feenbunten Glocken für sie ziert? Es lockt sie aus der Höhle, die vom Schimmer

*) Die „Melusine", von Leopold Pollack, ist vor wenigen Tagen hier vollendet worden, und der freundliche Künstler gestattet jedermann Zutritt zu seinem Atelier in der Josephstadt. Der Eins.

ihrer Glieder seltsam hell wird. Züchtig und schüchtern naht sie dem Tag unbefangen, weil sie ohne Ahnung was Flecken und Schande sey, einer jungen Rose zu vergleichen, die aus dem grünen Blätterhemd dem erquickenden Morgen sich entgegenbreitet. Und doch bangt mir für dich, Melusine, denn ich lese in deinem Blick Verlangen nach Weh und Jammer. Du suchst ihn, um nur rasch dich wegzugeben, weil die Lust so unsäglich ist nicht mehr zu seyn, sondern nur anzugehören; aber, sag' mir, fühlst du nicht mitten in diesem fremden Rausche bange innerliche Schauer? Sie bedeuten die Gefahr. Wehe, über solcher Empfindung brach schon manches Menschenherz, manch glänzendes Auge weinte sich matt, und du trauriges Geschöpf bist überdieß verdammt die trügerische Wonne in Froschgestalt zu büßen! Wirf sie weg deine Leier, die falsche Freundin schmeichelt dir alles nach was dir gelüstet! Du kannst nicht, Melusine? Für eine Stunde fernerer Lust ist dir alles feil? Dein leuchtend Brustbild in der spiegelnden Welle um eine Stunde! Du meinst die Ewigkeit im Krötenleib in Sumpfestiefe verlauert sey nicht lang genug für den Genuß deiner Erinnerung? Arme Melusine, dir ist nicht zu helfen, denn du bist ein Weib! Deine Grotte wird sich überdecken mit trauernden Ranken, die Rohre am Ufer werden einander näher rücken und ein grüner Mantel wird über den Teich sich breiten. Wenn ein Wanderer dann des Weges zieht, wird er nicht ahnen daß in der Oede unter dem stummen Wasser ein Herz begraben liegt welches menschlich gefühlt. Lautlos wird es rings herum werden, und die Stelle so schweigsam seyn als wäre nie etwas geschehen.

Die Reformen in Oesterreich.

—ch **Wien**, 7 Nov. Wer gegenwärtig von neutralem Standpunkt aus die Politik des österreichischen Ministeriums mit jener des Berliner vergleicht, der muß, selbst wenn er noch so tief in der alten Gewohnheit steckt das Kaiserreich nur unter der Beleuchtung des frühern Systems zu erblicken, sich eingestehen daß zu Wien eine Schöpferkraft sich geltend macht welche für jede staatsmännische Natur etwas großartiges, für jedes Gemüth etwas poetisches in sich schließt. Man hat hier die Linien erkannt die von ganz Europa, in seiner Isolirung wie in seinen Beziehungen zu den übrigen vier Welttheilen, sich am Stephansthurme treffen, und jede Reform die jetzt aus dem Innern der verschiedenen Ministerien hervorgeht, wird nur dann in ihrer ganzen Tragweite aufgefaßt werden können wenn man, unter Beobachtung der nöthigen Uebergänge, stets das Ziel im Auge behält daß der zu Wien sich concentrirenden politischen wie ökonomischen Sensibilität des europäischen Körpers eine gleich starke Irritabilität entsprechen soll. Sehen wir es doch fast in jedem Ministervortrag wie mit einem oder mehrern klaren Ausdrücken auf „das Reich der Mitte" hingedeutet wird. Die heutige Austria enthält das Wort eines französischen Staatsmannes, der auf die Frage: **Qu'est ce que c'est la politique?** sogleich antwortete: **Le commerce, rien que le commerce!** und dieses Wort ist das Motto geworden nicht nur für Hrn. v. Bruck, sondern in gleicher Weise für den Justizminister, den zu Frankfurt so gründlich gehaßten Hrn. v. Schmerling. Deutsche Publicisten haben wohl früher in politischen Träumereien von einem einheitlichen Staatsorganismus in der Mitte von Europa gesprochen der Europa zu beherrschen im Stande seyn würde, statt daß unser Vaterland, „Europa's Herz so zerrissen war als wie ein Herz nur seyn kann," und uns die ausländischen Staaten — man sehe die Briefe des russischen Gesandten, Baron Anstedt, an den Bundestag vom Jahre 1832 — belehrten, eben in dieser Nullität der Mitte bestehe das Geheimniß des europäischen Gleichgewichtes. Wir wollen keinen Augenblick verkennen daß in Oesterreich neben dieser neuen Zeit noch ein tüchtiger Rest der vergangenen störend vorherrscht, und noch lange vorherrschen wird — allein ist es denn möglich, vorausgesetzt daß man nicht eben seinen Staat auf „Tugend" construiren will, daß diese Richtungen schon jetzt paralysirt werden können, wo eben erst die Frage um die Fortexistenz des Kaiserstaates entschieden ist? Sie werden paralysirt werden, dafür bürgen jene großartigen Fortschritte auf allen Feldern des öffentlichen Lebens! Sie können aber allein dadurch paralysirt werden daß man den Schwerpunkt des Staates in den materiellen Interessen sucht, das Bürgerthum reich und unabhängig macht — dann ergibt sich der wahre Constitutionalismus in der einen oder andern Form von selber. Die Vorschläge des Justizministers zur Begründung einer einheitlichen commerciellen Gesetzgebung auf dem ungeheuern Areal von 70 Millionen Menschen müssen in der eben angegebenen Auffassungsweise abgeschätzt werden; dann wird man vielleicht zu dem Schlusse in seinem Gedankengange kommen daß sie die Grundlage bilden auf der jenes Gewölbe vollendet werden soll, zu dem der alte **Consolato del mare** im Mittelalter den ersten Stein gelegt hat. Und zu Berlin? Hr. von der Heydt will die Leinwand in Schlesien protectioniren, und erhält gerade aus Breslau gegen seine Aenderungen die wohlbegründetsten Proteste. Auch in dieser Beziehung gilt es: **ex ungue leonem!**

Memorandum des Reichsministers des Handels über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland.

Die vorliegende Ausführung kann sich nur auf den Boden des Programms des Reichsministeriums vom 18 December v. J., welches die Reichsversammlung gebilligt hat, bewegen. Daß Deutschland um jeden Preis, auch um den einer Verfassung, welche im wesentlichen nur den alten lockern Staatenbund für seinen ganzen Länderbestand erneuern würde, den Beitritt Deutsch-Oesterreichs erkaufen müsse, ist eine mit diesem Programm unvereinbare Ansicht. Nicht minder verläugnet dasselbe den entgegengesetzten Gesichtspunkt, nach welchem die deutsch-österreichischen Lande, wenn sie die neue Verfassung Deutschlands nicht annehmen können, aus dem bestehenden deutschen Bunde auszuschließen, und damit ganz von dem zu errichtenden engeren Bunde abzulösen seyn würden. Es bleiben nach dem Programm nur zwei Voraussetzungen als zulässige übrig: entweder daß die deutsch-österreichischen Provinzen wirklich in den neuen Bundesstaat eintreten, oder daß sie in ein weiteres Bundesverhältniß zu dem deutschen Bundesstaat gestellt werden, welches auf der Grundlage des alten deutschen Bundes, mit den von Zeit und Umständen geforderten Aenderungen desselben, einen zum mindesten eben so engen Verband als der alte Bund gewährte, für Deutschland und Oesterreich begründe.

Nachdem nun aber Oesterreich in der Note vom 4 Februar den Eintritt seiner deutschen Lande in einen Bundesstaat wie die deutsche Reichsversammlung ihn gründen muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen will, dadurch zurückgewiesen hat daß es die im Abschnitt des Verfassungsentwurfs von der Reichsgewalt enthaltenen Grundbestimmungen dieses Bundesstaats als Einheitsstaat bezeichnet, in welchen es nie eintreten werde — ist es nicht länger nothwendig die Folgen in Betracht zu ziehen welche ein Eintritt der deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat für die Stellung Oesterreichs zu Deutschland haben würde. Es mag dieß von Seite des Reichsministeriums um so eher unterbleiben, als sowohl dessen Programm vom 18 December v. J. als die zweite Erklärung vom 5 Januar d. J. vorausgesehen haben daß Oesterreich nicht in jenen Bundesstaat eintreten könne und werde. Somit ist jetzt nur noch der weitere Bund einer Erörterung zu unterwerfen, in welchen nach der immer festgehaltenen Ansicht des Reichsministeriums Oesterreich und Deutschland zu treten haben.

Unter diesem weiteren Bunde kann bei reiflicher Erwägung niemand eine solche Verbindung beider verstehen daß die kaiserliche Regierung aller unlösbar zu einer Gesammtmonarchie verbundenen Staaten von Oesterreich zugleich zur Centralgewalt von Deutschland würde, und daß in einem Völkerparlament die Abgeordneten von den Ländern der untern Donau bis zur Nord- und Ostsee gemeinsam tagten und gemeinsam Gesetze beschlössen. Erwägt man nämlich die ungeheure Verschiedenheit der Cultur, der Industrie, des Bodenbaues, der socialen und commerciellen Verhältnisse aller dieser Völkerstämme, so muß es einleuchten wie undenkbar es ist daß in einem solchen Parlament Gesetze und Bestimmungen vereinbart werden können die nur einigermaßen die Bedürfnisse der Völker befriedigen. Mit Zuversicht läßt sich voraussagen daß ein solches Reich der Mitte, wenn die europäischen Mächte seine Bildung überhaupt zulassen würden, in sehr kurzer Zeit einer natürlichen oder gewaltsamen Auflösung entgegen gehen müßte.

Ein anderer Weg muß eingeschlagen werden um die Interessen der österreichischen Monarchie und des deutschen Bundesstaats in einen solchen Einklang zu setzen daß beiden Völkern dauernde Befriedigung geschafft und zugleich zu ihrer eigenthümlichen Entwicklung Raum gelassen ist. Es wird uns nicht schwer fallen diesen Weg zu weisen und klar zu zeigen wie beide Staatencomplexe gemeinsam und Hand in Hand, gleichsam wie zwei Associés einer Handelsfirma, die Bahn der materiellen Entwicklung und des brüderlichen Verkehrs betreten können, wie dabei ihre Interessen von Jahr zu Jahr mehr sich in einander weben und sich als ein gemeinsames Gut darstellen werden, welches gemeinsamen Schutz verlangt und erhalten muß. Daraus wird sich denn von selbst, auch wenn man keine bestimmte Form dafür feststellen wollte, die politische Gemeinsamkeit herausentwickeln, eine gewiß ungleich haltbarere und entschiedenere als sie jemals das alte Bundesverhältniß hätte geben können.

Oesterreich hat sein eigenes Zollwesen, und diesem gemäß haben sich dessen Verkehr, Handel, Bodenbau und Industrie entwickelt. Theile des Kaiserstaates sind von andern Theilen durch besondere Zolllinien getrennt, welche letzteren jedoch in der Regel zum Hauptzweck haben die Staatseinkünfte zu vermehren. Es ist zu erwarten daß die mehr concentrirte

Monarchie zunächst darauf bedacht seyn wird diese trennenden, den Verkehr und die Befreundung der Volksstämme hindernden Schranken zu beseitigen, denn die Folge davon würde unfehlbar ein Aufschwung des gegenseitigen Austausches aller Erzeugnisse, eine Vermehrung des Nationalvermögens und Wohlstandes, eine Vergrößerung des Verbrauches von Gegenständen der Industrie, und daher auch eine gesteigerte Blüthe der letzteren seyn. Nach Maßgabe dieser Veränderung wird auch das ganze österreichische Gränzzollwesen und manche innere Besteuerungsweisen eine gründliche Aenderung erfahren müssen, wobei, wenn nicht viele wichtige Interessen auf das Spiel gesetzt werden sollen, lediglich nach den Verhältnissen die in der Gesammtheit der österreichischen Staaten zum Vorschein kommen, verfahren werden kann. Wahrhaft unverantwortlich würde es seyn, wenn über eine so folgenreiche, so sorgfältig zu prüfende Umwandlung nicht durch die eigene österreichische Regierung und durch österreichische, der Dinge kundige Volksvertreter, sondern durch die ferne Centralgewalt in Frankfurt und durch einen Reichstag beschlossen werden sollte, dessen Mitglieder der Mehrzahl nach Länder vertreten in welchen völlig andere Verhältnisse Beachtung fordern.

Der österreichische Gesammtstaat wird daher seinen eigenthümlichen Entwicklungsgang nehmen müssen, und dessen Regierung wird vollauf zu thun haben nur diesen zu übersehen. Sowie diese Entwicklung vorschreitet, wird sich ergeben bis zu welchem Maße die Zollschranken zwischen Oesterreich und dem Bundesstaat gemildert oder entfernt werden können.

Ein erstes Erforderniß wird seyn daß beide Staatenverbände sich verständigen über ein möglichst gleiches Zolltarifsystem gegen das beiden gemeinsame Ausland, sowie über gleich strenge und correcte Erhebungsnormen. Erst nachdem dieses Ziel erreicht ist, können unbedenklich für die beiderseitigen Erzeugnisse Erleichterungen des Austausches eintreten, anfänglich unter Begleitung von Ursprungsattesten; letzteres um zu vermeiden daß nicht die fremdländischen Erzeugnisse dieses Vortheils theilhaftig werden, deren Versteuerung vielleicht nicht in demjenigen Staate stattfände in welchem dieselben verbraucht werden. Bei Erzeugnissen welche in beiden Staaten einer Mitbewerbung des Auslandes gleicherweise entzogen sind, indem ein gleicher Gränzzoll in beiden stattfindet, würde bis zu völliger Zollfreiheit an der deutsch-österreichischen Gränze geschritten werden können. Solche Gegenstände, deren alsbaldige Freigebung bedeutende Interessen zerstören würde, kann man von diesem Austausche ausschließen. Es versteht sich dabei von selbst daß hinsichtlich derjenigen Waaren eignen Erzeugnisses welchen freier Zugang gegenwärtig gewährt werden wird, die Zölle auf die gleichartigen Waaren des Auslandes wenigstens im Minimalbetrage vertragsmäßig festgestellt seyn und bleiben müssen, weil sonst der eine oder der andere der beiden Staaten seine Eingangsrechte so mäßig stellen könnte daß über seine Gränzen und mittelst Versteuerung zu Gunsten seiner Cassen die fremde Einfuhr in beide Staatsverbände stattfinden würde.

Indem in dieser Art beide Staatencomplexe ihr Steuerwesen gehörig und gleichmäßig ordnen, läßt sich durch Vereinbarung ein großer Verkehr unter denselben zu beiderseitiger Bereicherung herbeiführen. Es läßt sich der Handels- und Verkehrsbund anbahnen wie es den Umständen angemessen ist, und wie es den Wünschen der beiderseitigen Bevölkerung entspricht, ohne Umsturz bestehender Erwerbszweige, ohne Gefährdung der so sehr eine Berücksichtigung heischenden Finanzen. Von Jahr zu Jahr würde der Verkehr unter den beiden Bundesstaaten sich ausdehnen und einem einheitlichen freien Handelsgebiete für alle heimischen Erzeugnisse sich nähern, ungeachtet für ausländische Erzeugnisse die Zollgränzen in ihrer vollen Strenge auch an der Gränze zwischen Oesterreich und dem Bundesstaate beibehalten würden, und jeder Theil sein eigenes Finanzwesen behielte. Daß künftig auch eine Gemeinschaftlichkeit der Zolleinkünfte und Rückvertheilung derselben stattfinden könnte, gehört nicht unter die Unmöglichkeiten, allein der Zeitpunkt bei welchem davon die Rede seyn könnte, liegt noch fern, und daher mag diese Frage einstweilen der Zukunft überlassen bleiben.

Zur Erwirkung eines Einverständnisses über diese Frage des Zollwesens und des gegenseitigen Verkehrs wird es, unter Festhaltung selbständiger freier Beschlußnahme beider Verbündeter, erforderlich seyn daß jährlich, vielleicht zweimal, Commissionen Sachverständiger gebildet, theils aus Regierungsbeamten, theils aus Industriellen, Kaufleuten und Gutsbesitzern, zusammentreten, und zwar einmal in Wien und einmal in Frankfurt, um sich über diese Verhältnisse zu berathen und den beschließenden Gewalten ihre gutachtlichen Aeußerungen vorzulegen. Unter den Regierungen von Gesammt-Oesterreich und Gesammt-Deutschland, bei welchen gegenseitig ständige Commissionen für die Zoll- und Handelsfragen sich aufhalten müßten, würden weitere Verständigungen einzutreten haben.

Strenge an die eben erörterten Fragen schließen sich die Verhältnisse der Seeschifffahrt an. Die Staaten Oesterreichs und Deutschlands befolgten seither eine liberale Schifffahrtspolitik. Sie werden das auch ferner thun, denn es liegt in ihrem allseitigen Interesse.

Es wird daher kein Bedenken haben daß die Schiffe Oesterreichs in deutschen Häfen als deutsche, und die deutschen Schiffe in österreichischen Häfen als österreichische behandelt werden. Die Gesetzgebungen über die Nationalität der Schiffe, die Art der Schiffspapiere, die Musterrollen 2c. können ohne Schwierigkeit nach gleichen Grundsätzen geregelt werden. Man wird österreichische Schiffsleute für deutsche rechnen, deutsche für österreichische, sowie es keinen Unterschied machen wird ob ein Schiff auf österreichischem Boden erbaut ist. Dabei kann eine Flaggenverschiedenheit so gut fortbestehen als sie seither unter den drei Hansestädten bestand, ungeachtet diese vereint ihre Handels- und Schifffahrtsverträge schlossen.

In weiterer Verfolgung dieser Schifffahrtsangelegenheiten wird es nöthig seyn daß in den Hauptgrundzügen beide Theile dieselben Principien annehmen welche sie ihrer Handels- und Schifffahrtspolitik zum Grunde legen wollen. Ohne eine solche Uebereinstimmung würde der eine Theil einen Schifffahrtsvertrag mit einem fremden Staat schließen können der im Widerspruch mit einem von dem andern Theil geschlossenen stände, selbst bei gemeinschaftlichen Unterhandlungen über einen Vertrag würden Meinungsverschiedenheiten unter den beiden Theilen zu überwinden seyn, welche zu großen Verzögerungen, ja zu völliger Veruneinigung führen könnten, wenn nicht das Ziel der Bestrebung ein vollkommen gleiches wäre. Wenn es auch nicht erforderlich erscheint daß die Verpflichtung eingegangen werde Handels- und Schifffahrtsverträge mit dem Ausland nur gemeinschaftlich zu verhandeln und abzuschließen, so werden doch beide Theile die Verbindlichkeit nothwendig eingehen müssen keinen Handels- und Schifffahrtsvertrag für sich mit einem fremden Staate abzuschließen, in welchem nicht dahin vorgesehen ist daß die besonderen Begünstigungen welche die beiden Staaten unter sich einführen, keinen Anspruch des fremden Staates irgendwelcher Art begründen sollen. Ohne solchen Vorbehalt würden die gegenseitigen Handels- und Verkehrserleichterungen auch fremden Staaten anheimfallen oder unterbleiben müssen, und ein engeres Band zwischen Deutschland und Oesterreich würde nicht begründet seyn. Den bestehenden Verträgen wäre nachträglich eine solche Clausel beizufügen, oder es würden dieselben, wenn schon und sobald kündbar, zu kündigen seyn.

Hat sich in dieser Weise die Gemeinsamkeit der Interessen festgestellt, ohne der Individualität eines jeden der beiden Staaten zu nahe zu treten, so wird sich der Modus der commerciellen Vertretung im Ausland, und die Art und Weise wie gemeinschaftliche Verträge abzuschließen sind, leicht finden lassen. Es sind schon Vorgänge bei mehreren deutschen Staaten vorhanden welche gemeinsam ihre Verträge geschlossen haben, und dabei stets denjenigen Staat mit der Unterhandlung beauftragten der nach Lage der Verhältnisse gerade das gewichtigste Wort reden konnte, und in dem gegebenen Fall die größte Sachkunde besaß. Aehnlich ließe sich die Sache auch zwischen Oesterreich und Deutschland einrichten und darüber besondere Abrede treffen. Was von Verträgen gilt, trifft auch bei dem damit in Verbindung stehenden Consulatwesen zu, sofern es sich bei diesem von bloßer handels-politischer Vertretung handelt. Hiervon wird jedoch ebenfalls erst in dem Maße die Rede seyn können als eine wirkliche gemeinsame Ausbildung der Handels- und Schifffahrtsverhältnisse beider Staaten voranschreitet.

Die Zahl der Dinge welche eine vereinte Ausbildung zulassen, ist groß und wird noch stets wachsen. Es sey hier für jetzt nur auf Postwesen, Eisenbahnen, Flußbauten und Handelsstraßen, Telegraphen, Auswanderung und Colonisation, Patentwesen und Handelsrecht hingewiesen, welche schon Stoff zu vielfachen Verständigungen geben.

Zur Handhabung aller dieser Beziehungen, sowie zur Besprechung und Vereinbarung der Fragen der höhern Politik, würde ein österreichisches Collegium, an dessen Spitze ein bevollmächtigter Gesandter stände, seinen Sitz in Frankfurt bei der deutschen Centralgewalt nehmen, und andererseits würde ein gleiches Collegium mit gleichem Vorstande von Seiten des deutschen Bundesstaats bei der österreichischen Centralgewalt in Wien errichtet werden können. Durch Vermittelung beider würden die Communicationen der beiden Regierungen stattfinden, und sobald eine Veranlassung vorhanden, beide Collegien oder deren Chefs mit den betreffenden Ministern beider Centralgewalten oder deren Delegaten Conferenzen halten, um sich über gleiche Schritte zu einigen. Es springt in die Augen wie leicht diese Organisation sich zu Zwecken gemeinsamer Wehrhaftigkeit nicht nur, sondern zur Anbahnung jeder Art von sachlich übereinstimmender Gesetzgebung im Innern, zur Einleitung und Sicherung einer gemeinsamen politischen Stellung nach außen benutzen und erweitern lassen würde. Je mehr aber die Zahl der Interessen und Einrichtungen welche gemeinschaftlich werden steigt, und sie wird von Anfang an groß seyn, desto mehr wird und muß sich das Band unter beiden Staa-

ten befestigen, es muß, durch die vorliegende Nothwendigkeit getrieben, am Ende fester werden als es irgendwelche formelle Bestimmungen zu machen vermöchten, die übrigens — sey es in einer Unionsacte, sey es in völkerrechtlichen Verträgen — zwischen Deutschland und Oesterreich festzusetzen unbenommen, ja wünschenswerth und zum Theil nothwendig bleibt.

Solchergestalt kann ein Bund zwischen Oesterreich und Deutschland begründet werden, der, obwohl auf das bisherige Bundesverhältniß gebaut, doch zum Vortheil beider Bundesgenossen weit von ihm verschieden, eine neue und höhere Gestaltung ist. Das Feld der gemeinsamen Wirksamkeit war bisher auf wenige Gegenstände beschränkt, und Oesterreich blieb dem übrigen, dem zollvereinten Deutschland ziemlich fern. Jetzt aber handelt es sich darum: in allen Fragen des Handels, der Schifffahrt, der Industrie, der Bodencultur, der diese fördernden Institutionen, des sie sichernden Rechtszustandes, der dieselben verbürgenden Schutzmittel wider das Ausland, also der Wehrkraft zu Wasser und zu Lande und der darauf sich stützenden höheren Politik, ein engeres Band zu knüpfen, und zwar Schritt vor Schritt vorschreitend, wie es die Interessen Aller erheischen, um die beiden großen Völker- und Staatencomplexe zu einem Zwillingsbundesstaate oder, wenn man lieber will, zu Vereinigten Staaten von Mitteleuropa zu machen, ohne dem einen oder dem andern die selbständige Wahrnehmung seiner eigenen Angelegenheiten zu nehmen, ohne das europäische Gleichgewicht zu stören und ohne Deutschland jener ihm nothwendigen engeren Einheit zu berauben, welche es im bloßen Staatenbund aller seiner Theile nicht erreichen kann.

Nur so ist es möglich die Verschiedenheit der Interessen zu verschmelzen, allen Theilen gerecht zu werden und glücklichere Zustände für eine große Bevölkerung herbeizuführen. Ein plötzlicher Umsturz aller bestehenden Erwerbsverhältnisse würde unfehlbar zu neuen Umwälzungen und argen Absonderungen führen. Hat man aber die Lage der wirklichen und materiellen Verhältnisse vor Augen, welche für die Gestaltung der Staatsformen von der überwiegendsten Wichtigkeit sind, so wird auf solcher Grundlage das Vereinigungswerk zwischen Oesterreich und Deutschland keine Schwierigkeit finden, und schon jetzt vor der Ausbildung und völligen Entwicklung der beiderseitigen Verfassungen und Gesetzgebungen eintreten können. Ja es ist sogar zu wünschen daß beide Staaten, in richtiger Würdigung der Sachlage, schon jetzt sich dahin vereinigen daß sie sich, jeder für sich, consolidiren, und daß zugleich das Werk des engen Bundes unter ihnen vom Anfang der Neugestaltung beider an beginne, damit in möglichster Uebereinstimmung und brüderlicher Harmonie die Formen eines bleibenden Einverständnisses sich nach Maßgabe des Erfordernisses und der Umstände ausbilden können.

Frankfurt a. M., den 12 Februar 1849.

Der Reichsminister des Handels.
(gez.) Duckwitz.

Preußische Kammerverhandlungen.

ⵒ **Berlin,** 9 Nov. Nachdem heute in der zweiten Kammer die allgemeine Discussion über die Artikel 11 bis 16 der Verfassung (die kirchlichen Verhältnisse betreffend) eröffnet war, bemerkte der Referent Keller (Barnim) daß in Bezug auf diese Artikel eine Menge von Petitionen eingegangen sey, welche durch ihren innern Gehalt Erwägung verdienten. Er beantrage sie auf das Bureau niederzulegen, damit jeder Abgeordnete davon Kenntniß nehmen könne. Die Kammer tritt dem Antrag bei. Amendements sind gestellt von Bartels, Krassow, Reuter (Tilsit), Müller (Wohlau) und Kleist-Retzow — alle im Sinn der Rechten und der Majorität der ersten Kammer. Der Cultusminister erbittet sich das Wort und sagt: „Die stürmischen Bewegungen des vorigen Jahrs erschütterten namentlich auch das religiöse Gebiet. Sie wurden maßlos, weil sie ohne Prüfung vor sich gingen. Schon die Nationalversammlung (in Berlin) unterzog sich der Ordnung dieser Verhältnisse. Die Regierung glaubte ihre Vorarbeiten benutzen zu müssen, und that es in Rücksicht auf die zu erwartende Revision." Nachdem der Minister hierauf die Erläuterungen, die er schon am 15 Dec. v. J. zu geben sich veranlaßt gesehen, und die Ernennung einer selbständigen Behörde für die innern Angelegenheiten der evangelischen Kirche berührt, bemerkt er daß die unrichtige Auffassung der erwähnten Erläuterungen von gewisser Seite her ihn zu einer näheren Erklärung zwinge, und sagt: „Die Art und Weise des Verhaltens der Regierung gegenüber der katholischen Kirche ist schon in den Erläuterungen angedeutet. Im Sinn derselben trat die Regierung mit den Bischöfen in nähere Beziehung. Die Erörterungen betrafen im Januar und März d. J. die Emancipation der Kirche vom Staat, und die Regierung faßte die Angelegenheit vom Standpunkte des ganzen Staats sowie von dem der einzelnen Provinzen auf. Auf ihre nothwendigen Erklärungen, den Forderungen der Bischöfe gegenüber, erschien im September die bekannte Denkschrift, die in vielen tausend Exemplaren im Lande verbreitet und auch der Regierung von einzelnen Bischöfen zugeschickt wurde. Es war der Regierung schmerzlich, gegenüber ihrem Verhalten, einen solchen Weg eingeschlagen und dadurch sehr bedauerliche Bewegungen hervorgerufen zu sehen. An einer Stelle legt diese Denkschrift feierlichen Protest gegen angebliche Erläuterungen zu den unverbrüchlichen Zusagen der Verfassung ein. Dieser Protest kann sich nur auf die von mir gegebenen Erläuterungen beziehen; dafür aber dürfte die Bezeichnung angeblich nicht passend erscheinen. Trotz dieser und ähnlicher Aeußerungen würde ich nicht dazu gebracht worden seyn mich öffentlich hierüber zu äußern, weil in Zeiten der Bewegung Staats- wie Kirchenbehörden Besonnenheit geziemt. Allein ich bin dazu provocirt worden." Der Minister erinnert an seine Aeußerungen in der ersten Kammer, und fährt fort: „Die Presse hat der Regierung nicht nur Unwahrheit vorgeworfen, sondern auch damit gedroht daß hinter den Bischöfen 7 Millionen ständen. Ich bin überzeugt daß dieß nicht nur nicht die Meinung der Bischöfe, sondern auch nicht der großen Mehrzahl der katholischen Einwohner ist. Wäre man aber unbesonnen genug zur Gewalt zu schreiten, so würde die Regierung die Mittel haben ihr entgegenzutreten. (Beifall.) Man behauptete auch daß ich die Bischöfe beleidigt hätte. Wenn ich das nur entfernt annehmen könnte, würde ich nicht anstehen die Beleidigung öffentlich zurückzunehmen; aber von Beleidigung mußte mich Klugheit und Dankbarkeit abhalten; denn ich erkenne die Leistungen der Kirche in den Tagen der stürmischen Bewegung durchaus an." Zum Schluß erinnert der Minister nochmal daran daß das Werk des Centralausschusses der Nationalversammlung in einer sehr bewegten Zeit erschienen sey, und daß die Regierung auf die Revision vertraut habe, deren Verbesserungen sie dankbar annehme! (Bravo). Die Abgeordneten Wülffing, Matzerath und Reichensperger sprechen hierauf gegen die Amendements und die Beschlüsse der ersten Kammer; Wehmer und Kleist-Retzow dafür. Wülffing erklärt die Unterwerfung der Kirche unter den Staat für eine Profanation der ersteren, die weder der Kirche noch dem Staat frommen könne. Matzerath vindicirt dem Staat die Eroberung der Erde, wie der Kirche die Eroberung des Himmels; daher müsse man fordern: 1) die Unabhängigkeit der staatlichen Berechtigung von jedem religiösen Glauben, und 2) die innere und äußere Freiheit der Kirche. Preußen sey dadurch groß geworden daß es sich an die Spitze des Protestantismus gestellt habe; aber schon mit der Eroberung Schlesiens sey das Verhältniß ein anderes geworden, und später noch mehr; jetzt entspreche dem Wohl des preußischen Staats nur die unveränderte Annahme der Art. 11 und 12 der Verfassung. Reichensperger ist für die Fortsetzung des betretenen Wegs, auch auf die Gefahr hin daß er zur Religionslosigkeit führen könnte. Er hofft aber daß die Kirche in der Freiheit eine Wiedergeburt erleben und zwischen den Hauptconfessionen ein geistlicher Wettlauf eintreten werde, der beiden nur zur Förderung gereichen könne. In Bezug auf die Rede des Hrn. v. Ladenberg sagt er: „Ich halte es nicht für wohl angebracht daß der Minister der geistlichen Angelegenheiten vor Eröffnung der Discussion sich auf das Gebiet des Persönlichen begab und gleichsam die Bischöfe anklagte. Ignorirt wird aber die Denkschrift der katholischen Bischöfe schwerlich werden können; vielleicht formell, aber gewiß nicht ihrem Inhalt nach. Die Zeiten wo man mit der einen Hand nehmen konnte was man mit der andern gegeben sind vorüber; und ich warne davor die besten conservativen Kräfte auf die Bahn der Opposition zu drängen!" (Beifall). Der Cultusminister bedauert das Mißverständniß des Redners. Er habe keine Anklage beabsichtigt, sondern eine Rechtfertigung und eine Verständigung. Die Denkschrift werde sicher berücksichtigt werden, aber an der Stelle die ihr zukomme. (Bravo). Wehmer findet daß der Art. 11 gegen die Toleranz verstößt, weil er den Indifferentismus vertrete; daß Art. 12, indem er das Aufsichtsrecht des Staats ganz abschaffe, der Vergangenheit, der Erfahrung und der Natur der Dinge widerspreche; daß Art. 14, indem er das Patronat aufhebe, die alten Verhältnisse auflöse ehe die neuen geordnet seyen. Kleist-Retzow verlangt daß der Staat das Christenthum anerkenne, daß er in seiner Organisation die Grundsätze desselben darstelle; er glaubt es sey das wenigste daß die Versammlung die Beschlüsse der ersten Kammer annehme, und ermahnt sie den Beweis zu geben daß sie nicht zu denen gehöre welche die Kirche untergraben wollen, weil sie hierin das sicherste Mittel sehen den Staat zu Grunde zu richten! (Beifall rechts). Nachdem die Discussion vier Stunden gedauert, wird sie auf morgen vertagt.

Paris.

† **Paris,** 8 Nov. Die Berichte welche in den letzten Tagen aus der nächsten Umgebung des heiligen Vaters dahier anlangten, lassen mit Bestimmtheit annehmen daß Pius IX demnächst nach Rom zurückkehren

werde. Im Ministerium wird bereits darüber berathen, ob die französische Besatzung gänzlich aus der ewigen Stadt zurückgezogen werden solle. Ein Beschluß ist hierüber noch nicht gefaßt. Der Moniteur wird in den nächsten Nummern zahlreiche Ernennungen im diplomatischen Corps sowie in den Präfecturen bringen. Eine ausgedehnte Amnestie soll am 10 December, dem Jahrestage der Wahl Ludwig Bonaparte's zum Präsidenten der Republik, erfolgen. In der Armee wachsen die Sympathien für den Neffen des Kaisers außerordentlich, während das Andenken an die Prinzen des Hauses Orleans allmählich erlischt. Der Herzog von Bordeaux hat beim Militär wenig Chancen für eine Mitwirkung zu seiner Restauration. Man nennt mehrere deutsche Regierungen welche ihre unmittelbar nach den Märzerrungenschaften abberufenen Gesandten wieder hieher schicken werden. Im diplomatischen Verkehr zwischen St. Petersburg und London ist wirklich eine auffallende Kälte eingetreten. Aus Lissabon wird gemeldet daß der Sturz des dortigen Ministeriums als ganz nahe bevorstehend zu betrachten sey.

8 **Paris,** 8 Nov. Was der Präsident will ist sehr klar, wie er es will ist nicht ebenso klar, ob er kann was er will ist noch dunkler, ob er der Mann ist das Gewollte in Macht zu übersetzen, es auszuüben, ist am allerdunkelsten. Einen entschiedenen Willen hat er und den Charakter dieses Willens; was seine Capacität betrifft, darüber ist man ganz und durchaus im ungewissen. Gegen diese Capacität zeugen die Geschichten von Straßburg und Boulogne, für die Capacität möchte sein Benehmen zeugen wie es seit der Februarrevolution sich geoffenbart hat. Ein erstes und großes Hinderniß gegen seinen Willen ist die Constitution; diese verbietet seine Wiedererwählung; es gehört ein Zeitraum von acht Jahren dazu um zum zweitenmal als vierjähriger Präsident wieder erwählt werden zu können. Dann hat er gegen sich den Radicalismus und den Socialismus, welcher nicht will daß ihm zum zweitenmal ein Bonaparte das Volk entreiße, das französische Volk welches die französische Demagogenpropaganda sich auserlesen hat zum Umgestalter des gesammten continentalen Europa, auf welches sie zählt um die Verluste in Deutschland und Italien mit der Zeit zu ersetzen. Ein zweites gewaltiges Hinderniß sind dem Präsidenten die Legitimisten: in allen ihren Häuptern lebt die Hoffnung daß sich, im Antlitz der Demagogengefahr, des bonapartistischen Andranges, alle angesehenen Männer der Bürgerclasse, der Partei Orleans, mit ihnen endlich verbünden werden zur Herstellung eines Throns der Legitimität. Ein drittes Hinderniß sind die Orleanisten, nicht als solche, sondern weil ein Theil sich mehr und mehr den Legitimisten anschließen dürfte, ein andrer Theil mit einigen Legitimisten vereint den ernstlichen Versuch machen dürfte einer moderirten Republik. Mit allen diesen kömmt der Präsident nicht aus; von vier Jahren ist schon eines verflossen, bleiben drei, und kommt es zu neuer Präsidentenwahl, kann er nicht wieder gewählt werden; so heischt es die Constitution. Die Macht des Präsidenten liegt nicht in einer alten bonapartistischen Partei; diese ist kaum des Namens werth, sie hat aufgehört zu seyn, sie hat sich in ihren Hauptmitgliedern längst dem Orleanismus ergeben; die jüngern sind in die Republik übergetreten oder einzeln zerstreut. Aber der Name Bonaparte hat die Macht der Bauern und bis auf einen gewissen Grad der Handwerker um sich gruppirt. Zudem machen, von Tage zu Tage, Socialisten und auch Legitimisten in diesen Massen Fortschritte, die ersten reißend schnell in einigen Provinzen, die andern mäßiger in andern. Bis jetzt ist die Armee bei weitem weniger für den Namen Bonaparte als das Volk. Der Präsident ist kein General. Changarnier, Cavaignac und andre haben, bis jetzt, den Einfluß im Heer. Nun versucht der Präsident zwei Dinge. Von Zeit zu Zeit durchbricht er ungestüm den hergebrachten constitutionellen Schlendrian; er spricht befehlend zu seinen Ministern, da ist Maleville der seine Demission gibt, das Ministerium Odilon Barrot welches er in Masse entsetzt, er schreibt an Oudinot Rom anzugreifen, und an Edgar Ney um Papst und Cardinäle zurechtzuweisen. Damit will er bestimmt dem Volk und der Armee imponiren: dem Volke zeigen daß es nur in ihm, dem Thatkräftigen aber leider Gebundenen, einen sichern Schutz habe; der Armee daß er allein im Sinne habe Frankreich die oberste Rolle in der europäischen Politik spielen zu lassen, aber verhindert werde durch die Schwätzer, seine Exminister und die Assemblée. Dadurch empfiehlt er sich beim Volk als den Mann der Zukunft Frankreichs im Innern, bei der Armee als den Mann der Zukunft Frankreichs im Aeußern; die Absicht ist trotz der Constitution zur Möglichkeit zu gelangen sich in der Präsidentschaft und dann so weiter zu behaupten. Ernennt ihn das Volk ein zweitesmal, so ist factisch die Constitution gebrochen, aber das souveräne Volk hat das Ei zu einem neuen Kaiserthum gelegt. Indessen bedarf der Präsident eines Anhanges in den gebildeteren Kreisen der Nation; hier aber trifft er auf die ganze Machtfülle eines Widerstandes. Sein Plan ist dieser: unter Radicalen und Socialisten, unter Legitimisten, unter Orleanisten allmählich die Mittelleute wegzufischen, die einen welche ehrgeizig sind und es traurig empfinden daß die bedeutenden Stellen in ihren Parteien ihnen längst vorweggenommen sind, die über die Männer des National, der Réforme, sowie über Cavaignac, Dufaure, Tocqueville, sowie über Berryer, Larochejacquelin, Molé, Thiers und wie sie alle heißen boudiren; die andern welche furchtsam sind, den Kampf der Parteien (auch der eigenen) fürchten, und glauben daß durch Volk und Heer ein Bonaparte ihre Zukunft sichern könne. Aber dieser bonapartistische Anhang ist kaum im Keimen. Es gibt auch noch eine Taktik, aber sie ist gefährlich — heut mit Hülfe der Revolutionsmänner die Legitimisten, morgen mit Hülfe der Legitimisten die Revolutionsmänner zu bekriegen. Wie aber immer die Sachen stehen mögen, Eines scheint unvermeidlich: Reibungen des Präsidenten und der Assemblée. Eine Wette ist eröffnet: daß nach drei Monaten Verlauf statt des friedlichen Dupin die Assemblée Cavaignac oder einen andern General zu ihrem Präsidenten ernennen dürfte, denn der Präsident der Assemblée hat im Nothfall den Befehl über die Truppen zu Paris. Die Zeit ist ernst, es kann aber auch seyn daß in allem diesen mehr Wille ist als Entscheidung.

× **Paris,** 9 Nov. Ein Staatsstreich! Das Consulat auf zehn Jahre, auf lebenslang! Das Kaiserthum!... Das alles läßt sich leicht sagen, und man kann sogar hinzufügen: Wer Straßburg geträumt und Boulogne verbrochen, kann auch Paris verwirken. Freilich, das ist ein Grund, ob aber bei dem neuen Spiel mehr erworben wird als bei dem alten, ob der verwegene Spieler nicht unrettbar selbst zerbrochen wird? Das ist eine andere Frage, und eine Frage die wohl Erwägung verdient. Man sehe sich doch ein wenig um: in Paris selbst drei Gegenparteien, die, feindlich unter sich, gegen jede kaiserliche Schilderhebung vereinigt und verbündet handeln werden. Wie in der Nationalversammlung, dieselbe Theilung, Parteiung und negative Verbündung in der Nationalgarde, in der Verwaltung, im Heer..., im Heer wo ein namhafter Theil der Oberofficiere legitimistisch, ein anderer orleanistisch gesinnt ist, wo viele der niedern Officiere und noch mehrere der Unterofficiere der Republik aufrichtig anhängen, und in den Generalen, den bekanntesten Namen im Schoße der Nationalversammlung selbst, augenblicklich Führer finden würden. Und in den Departementen gar! Man frage doch die Regierung welche Nachrichten sie von dorther empfängt! Sind die neuesten Wahlen in Bordeaux, Rouen und Auxerre nicht sprechend? Verkünden die jüngsten Freisprechungen, die von Metz namentlich, nicht klar genug die Gesinnung der Bevölkerung? Zwei, drei Tage noch, und der Assisenhof in Besançon, dem man die Angeklagten des Juniuscomplotts aus dem Oberrhein zugewiesen, wird einen neuen Beleg zu den zahlreichen schon vorhandenen liefern daß zwischen der Wahl vom 10 Dec. 1848 und heute eine tiefe Kluft inmitten liegt. Daß man brüte, daß man sich verschwöre, sich in der Vorstellung künftiger Größe berausche und taumelnd einer Entscheidung entgegeneile, das wird vielfach behauptet und mit triftigen Thatsachen wahrscheinlich gemacht. Aber zwischen dem verwegnen Gedanken und dem reifen Entschlusse starrt eine Welt von Schwierigkeiten, und größer noch fast dünkt uns jene zwischen der That, dem selbstgelungenen Wagniß und seiner Dauer. Die Worte die vor einigen Tagen Hr. v. Broglie in der Nationalversammlung in der Nähe eines Ihrer Freunde sagte, sind bezeichnend für die Stimmung der Parteien: „Und wenn der Streich gespielt ist, was dann?..." Fragte ihn der ehemalige französische Gesandte in der Schweiz, zur Zeit der schönsten Blüthe der diplomatischen Künste von Thiers und Ludwig Philipp. „Je nun, war die Antwort, so haben wir acht Tage vor uns, und für das übrige wird die Vorsehung sorgen..." So spricht nicht bloß der Orleanismus, so spricht auch die legitimistische Partei, und die demokratische Republik hält sich abseits wie die Pappenheimer in Wallenstein. Das sicherste, verhängnißvollste, unheilvollste was unter diesen Umständen aus einem Angriff gegen die Republik und die Verfassung entstehen würde, wäre ein Bürgerkrieg von unabsehbaren Folgen und Verwicklungen. Die Bourgeoisie aber, der Handel, die Gewerbe, der Ackerbau, das ganze industrielle Leben der Nation verlangen nach Ruhe und Sicherheit. Kann es ihr Sinn seyn solche im Chaos zu suchen?

Griechenland und die jonischen Inseln.

I **Athen,** 24 Oct. In der Anlage theile ich Ihnen das Schreiben mit welches der Lordobercommissär Sir G. Ward an den Präsidenten der jonischen Kammer gerichtet hat, und das in drei Sprachen aus der jonischen Staatsdruckerei hervorging. Ich enthalte mich über die Stimmung welches dieses officielle Schreiben in Athen hervorgerufen hat eine Meinung auszusprechen, weil der erste höchst unangenehme Eindruck noch zu frisch ist, und die Gemüther, in höchster Aufregung über das Verfahren der englischen Regierung auf Cephalonien, noch zu keinem andern Ur-

theil gelangen können als zu dem des bittern Hasses und des Abscheus. „Hoheit! Ich habe während des Aufstands auf Cephalonien in Erfahrung gebracht daß einige türkische Albanesen von griechischen Emissarien besoldet wurden damit sie an jener Bewegung theilnehmen sollten; daß jene Leute ferner eine Bezahlung von 10 spanischen Thalern der Mann des Monats erhalten sollten, und daß sie heimlich hätten nach Zaberdas gebracht werden sollen und von da nach Cephalonien. Dieser Plan wurde vereitelt durch die rasch genommenen Maßregeln und durch die plötzliche Niederlage der Insurgenten. Indessen sehe ich keinen Grund an der Wahrheit jener Mittheilungen zu zweifeln, um so mehr als alles was man mir damals sagte sich auch von anderer Seite her bestätigte. Bei meinem letzten Besuch in Argostoli suchte ein Mann, mir bisher unbekannt, die Gelegenheit mit mir im geheimen zu sprechen. Nachdem er mir auf eine hinlänglich befriedigende Weise Documente über seine Stellung und Person eingehändigt hatte, theilte er mir Thatsachen mit von wahrhaft überraschender Natur. Er ließ eine schriftliche von ihm unterzeichnete Auseinandersetzung in meinen Händen zurück, indem er nur das Versprechen verlangte daß sein Name verschwiegen werde. Nach dieser schriftlichen Mittheilung besteht in Corfu eine geheime Gesellschaft unter dem Namen „der großen Brüderschaft". Deren Vorstände sind ein gewisser Stephanos Valianos, ein lateinischer Albanese genannt Antonios de Philippos Melgonissi, und mit ihnen der Doctor der Rechte, Petros Quartanos, in dessen Papieren der Constitutions-Act der Gesellschaft sich befindet, versehen mit der Namensunterschrift des Antonios de Philippos, der mit Dr. Quartanos auch andern Gesellschaften des alten und neuen Carbonaribundes angehört. Als Secretär der Gesellschaft ist thätig G. Kalogeras und Dr. Pephantos als Emissär in Athen. Die weitern Angaben sind: daß in diese Gesellschaft neuerdings verschiedene italienische Flüchtlinge aufgenommen wurden, unter denen die vorzüglichsten sind: der Oberst Zambekaris und Rokkos Kangrinos, in deren Wohnungen Sitzungen gehalten wurden; daß ihre Plane Italien, die europäischen Provinzen der Türkei, und die jonischen Inseln umfassen, die sie beabsichtigen mit Griechenland zu vereinigen, von woher sie bedeutende Hülfe erwarten an Geld und Menschen; daß die Bewegung auf Cephalonien ein Theil des allgemeinen Planes war, und daß dieß bekannt war und besprochen wurde in den Sitzungen der Gesellschaft in Corfu eine Woche bevor sie stattfand; daß Albanesen besoldet wurden von den Emissären der Gesellschaft, 10 Thaler der Mann des Monats mit monatlicher Vorausbezahlung, mit der Verbindlichkeit in Cephalonien mitzukämpfen; daß sie aber nicht Antheil nehmen wollten sobald sie die Niederlage der Insurgenten bei Scala vernahmen; daß die Gesellschaft Gelder sammelte zu diesem Zweck, indem sie sich die Diplome beim Eintritt in die Gesellschaft bezahlen ließ (und weniger als 30 Pf. St. bezahlte keiner der vorzüglicheren Theilnehmer bei Gelegenheit seiner Aufnahme); daß ein gewisser Scarpa, ein Polizeibeamter der zugleich Mitglied der drei Gesellschaften ist, diese genau in Kenntniß gesetzt habe von allen Maßregeln welche die Regierung genommen hatte; daß viele von ihnen, vorzüglich Kalogeras, ihre Papiere verbargen sobald meine erste Proclamation in Cephalonien bekannt wurde, durch welche ich die geheimen Gesellschaften aufdeckte, daß aber noch viele solche Papiere hätten gefunden werden können wenn man rechtzeitig Nachforschungen gehalten hätte, um alles das zu bestätigen was mein Angeber mir mittheilte. (Wir verweisen auf das gestrige Schreiben aus Corfu.)

„Ew. Hoheit und der Senat werden, wie ich hoffe, meine Meinung theilen daß diese Mittheilungen von der größten Bedeutung seyen, um die Vorsichtsmaßregeln zu billigen die auf meinen Befehl sogleich getroffen wurden. Alle die Leute welche in jener schriftlichen Mittheilung genannt wurden, sind festgenommen, ihre Wohnungen untersucht und ihre Papiere versiegelt, ohne daß ihnen Zeit gelassen wurde sich zu verständigen. Am folgenden Morgen wurden sie aufgefordert sich zwei Personen ihres Vertrauens zu wählen um anwesend zu seyn bei der Entsiegelung und Untersuchung der Papiere, die mit der größten Unparteilichkeit und Sorgfalt vorgenommen wurde durch den Grafen Dusmani, Secretär des Senats, Hrn. Fraiser, meinen politischen Secretär, und Hrn. Laurence, Chef der Polizei, unterstützt durch den Hrn. Generalprocurator Xydion. Der anliegende Bericht des Generalprocurators enthält das Resultat dieser Untersuchung, und wenn auch das Verbrechen des Hochverraths (welches aus einigen directen Anzeigen der Einreihung von Albanesen, um am Kampf auf Cephalonien theilzunehmen, hätte sich ergeben können) noch bis jetzt durch kein Document erwiesen ist, so finden sich doch Beweise um die Gefahren kennen zu lernen welche den Frieden dieser Insel bedrohten, wenn es gelänge daß diese geheimnißvollen Bewegungen Wurzel fassen könnten. Die Plane der „großen Brüderschaft" mögen immerhin unvernünftig und phantastisch genannt werden, allein die Mitglieder dieser Verbindung sind eng verbunden unter einander durch Eide. Diese Leute sind erbärmliche Abenteurer, die nur auf den Umsturz der Dinge ihre Hoffnung bauen, und die bereit sind sie mit allen verzweifelten Mitteln herbeizuführen, indem sie zu ihrem Symbol das heilige Kreuz wählen, während ihr eigentlicher Zweck ist Privat- und öffentliches Eigenthum zu rauben. Auch glauben sie, wie Ew. Hoheit aus meinem Brief ersehen der sich bei Valianos befand, daß ihre Plane königlicher Unterstützung sich erfreuen, und daß diese Plane von einem benachbarten Fürsten nicht ungern gesehen werden.

„Die Regierung, so unloyal angegriffen, machte Gebrauch von ihren Rechten, um die Plane zu entdecken welche die öffentliche Ruhe in Gefahr brachten. Ich habe im Sinn den Bericht des Generalprocurators zur Zeit seiner Sitzungen im Monat November vors Parlament zu bringen; bis dorthin ist es aber besser daß die Einzelheiten welche darin enthalten sind, nicht bekannt werden. Ich nehme die Verantwortlichkeit über mich zu befehlen daß jene Fremden welche durch ihre Umtriebe das Gastrecht verletzten, den jonischen Boden verlassen, und daß die jonischen Unterthanen deren Namen ich angeben werde, unter polizeiliche Aufsicht gestellt werden, bis die gesetzgebende Versammlung entschieden haben wird ob es klug, ob es gefahrlos sey die Inseln ohne den Schutz eines Gesetzes zu lassen bezüglich aller der Gesellschaften deren Mitglieder unter sich durch geheime Eide verbunden sind. Ich halte es für unnöthig Ew. Hoheit zu bemerken daß ein solches Geheimniß den Grundsätzen der constitutionellen Freiheit entgegen ist, und daß die Folgen, sey es in Beziehung auf die innern Angelegenheiten des Staats, sey es um diese Inseln zu einem Herd beständiger Verschwörungen gegen benachbarte Staaten zu machen, gleich gefährlich sind für die Ruhe und Sicherheit des Landes. Ich habe die Ehre zu seyn Ew. Hoheit gehorsamster Diener H. G. Ward. Lordobercommissär."

*† **Athen,** 30 Oct. Das officielle Schreiben des Lordobercommissärs der jonischen Inseln an den Präsidenten des Senates bildet in Athen den hervorragendsten, ja fast den einzigen Gegenstand für Wort und Schrift. Alle atheniensischen Blätter füllen ihre Spalten mit scharfen, bittern Urtheilen über jenes ungerechte, einseitige, ja lächerliche Document eines englischen Beamten. Ich sage alle Blätter, weil nicht einmal diejenigen welche von jeher blindlings oder vielmehr gegen gute Bezahlung englischem Interesse dienten, die unbedingt dem Hasse und der Leidenschaft des frühern englischen Gesandten, Sir Edmond Lyons, selbst gegen ihr eigenes Vaterland, gegen ihre eigenen Mitbürger willfährige Werkzeuge waren, sich enthalten können den größten Tadel über das Benehmen des Lordobercommissärs auf Cephalonien und über sein Schreiben auszusprechen. Dieß mag ebenso gut für die Wichtigkeit reden welche man dieser Angelegenheit mit Recht beilegt, als auch dafür daß die sogenannte englische Partei aufgehört hat; sie ward durch die Heftigkeit, Leidenschaftlichkeit und die vollendete Unpolitik ihrer Führer rasch ihrem Tode zugeführt. Die besonnensten unter ihnen haben längst eingesehen daß dieß so kommen müsse; aber die neuesten Ereignisse werden auch die starrsinnigsten belehren. Es fehlt der atheniensischen Presse nicht an Beispielen aus der Geschichte Englands, wodurch sie beweisen will daß die innerste Natur des Engländers Grausamkeit sey. Gewiß ist, Unthaten und Gräuel erfüllen nur zu viele Blätter der englischen Geschichte, und gefürchtet ist das Volk von vielen Völkern, gehaßt von allen. Mit Entsetzen hört man in Athen von den fortdauernden Hinrichtungen, von den körperlichen Züchtigungen bis zum Aushauchen des Geistes, von dem Schrecken des Belagerungszustandes! Und warum das alles? Es ward ein arges Verbrechen begangen! Aber welche Regierung läßt eine ganze Provinz bluten einiger Schuldigen wegen? Was haben Euch die friedlichen Bewohner gethan, die Tausende welche kaum von der verbrecherischen Handlung gehört haben? Der Lordobercommissär klagt in seinem Schreiben Griechenland an und seine Regierung, und wirft einen Schatten des Verdachtes selbst auf dessen König! Die griechische Nation fühlt sich tief verletzt dadurch, verletzt in allen ihren Theilen! Der Lord sagt: „griechische Agenten bezahlen die Aufständischen in Cephalonien;" Agenten sind Organe der Regierung, und vielleicht versteht der Lord darunter daß sie sogar den Auftrag dazu hatten. Dann greift er die Griechen an, indem er sagt die Aufständischen erwarten von dort Geld und Menschen, und zuletzt den König, indem er die Verhafteten und Verschwornen glauben läßt daß ihnen königliche Unterstützung zu gute komme, und ihre Pläne nicht unlieb gesehen werden. Was hat der Lord in Griechenland unangetastet gelassen? Nichts, gar nichts! Einen schlechtern Dienst hätte Sir G. Ward sich selbst und seinem Lande nicht erweisen können! Wird nicht die Handlungsweise solcher englischen Agenten vollkommen lächerlich wegen ihres innern Widerspruches, die — wie Sir Edmond Lyons gethan — einen bittern Notenwechsel über das Benehmen eines griechischen Gendarmerieofficiers

veranlassen, der von seinen Feinden angeklagt wurde, zur Erpressung eines Geständnisses die Tortur angewendet zu haben? Diese erlogene Tortur bildete in allen englischen Noten einen stehenden Artikel. Und welches fürchterliche Schauspiel läßt jetzt der empfindsame englische Staatsmann vor unsern Augen aufführen! Schließlich ein Wort von unsern innern Angelegenheiten. Endlich nachdem die Kammer noch mit vieler Mühe das Budget fürs laufende Jahr erledigt hatte, und der Senat gestern damit zu Ende gekommen war, ist die Stunde erschienen wo die diesjährige Sitzung geschlossen werden wird. Wie man vernimmt, soll es im Lauf des heutigen Tages geschehen. In wenigen Wochen fängt dann die dritte und letzte Sitzungsperiode für diese Deputirten an.

N e u e s t e s.

Augsburg, 13 Nov.

Leipzig, 11 Nov. Die Leipziger Zeitung theilt eine königl. Verordnung vom 3 d. mit, durch welche für die bis zum 31 Oct. d. J. vorgekommenen Beleidigungen der Person des Staatsoberhauptes und seiner Familie Amnestie ertheilt wird.

Kassel, 9 Nov. In der heutigen Sitzung der Stände erklärte der Landtagscommissär mit Rücksicht auf einen Artikel in der Weser Zeitung, wornach die kurhessische Regierung im Hinblick auf den Rücktritt Sachsens und Hannovers von dem preußischen Bündniß ihr ferneres Verbleiben in demselben in Erwägung gezogen habe: daß die Regierung nach wie vor auf dem betretenen Wege fortschreiten werde.

Personal-Nachrichten.

Todesfälle. Preußen. Das Mil.-Wochenblatt vom 21 Oct. gibt in weiterer Folge die Nachweisung der seit dem 1 Jan. bis 1 Oct. 1849 bekannt gewordenen Todesfälle von ausgeschiedenen und dimittirten k. preuß. Officieren des stehenden Heeres und der Landwehr. Nach derselben sind ferner unter andern gestorben: d'Assiment, pens. Major vom 11. Inf. Reg. Dobrowolski, pens. Major vom 13. Inf. Reg. Dittert, pens. Major von der 6. Art. Brig. Rhäsa, pens. Major vom 29. Inf. Reg. v. Tesmar, pens. Oberstlt. und Commandeur des 3. Bat. (Neu-Stettin) 21. Ldw. Regts. Lenz, pens. Oberstlt. und Commandeur des 1. Bats. (Minden) 15. Ldw. Regts. v. Olszewski, pens. Major von der 2. Ing. Inspection. v. Schickfus, pens. Major vom 3. Bat. (Schneidemühl) 14. Ldw. Regts. v. Plotho, pens. Major vom 15. Inf. Reg. v. Hauenschild, pens. Major vom vorm. Kür. Reg. von Bünting (12). Giersberg, pens. Major von der 4. Art. Brig. Brese, pens. Major vom 18. Inf. Reg. v. Stutterheim, pens. Oberstlt. vom vorm. 7. kurmärkischen Ldw. Inf. Reg. Schrempf, pens. Major vom 4. Inf. Reg. v. Keler, pens. Major vom 3. Inf. Reg. v. Leslie, pens Oberstlt. und Chef der vorm. 1. Divisions-Garnison-Compagnie. v. Michaelis, pens. Major und Artillerie-Officier vom Platz in Graudenz. v. Knobelsdorff, pens. Gen. Lieut. zur Disposition und Commandeur der 2. Garde-Inf.-Brigade. Hoffmann, pens. Major vom 16. Inf. Reg. Lettgau, pens. Major von der 6. Art. Brigade. Jehn, pens. Oberstlt. vom 2. Uhl. Reg. v. Romberg, pens. Oberstlt. und Commandeur des Ldw. Bat. (Gräfrath) 40. Inf. Reg. v. Seebach, inact. Major vom 8. Kür. Reg. v. Stillfried-Rattonitz, pens. Major zur Disp. vom 11. Inf. Reg. Deppe, pens. Major vom 21. Inf. Reg. v. Carlowitz, pens. Oberst, aggr. dem Kaiser Franz Grenadier-Reg. v. Heidenreich, pens Oberst zur Disp. und Chef der vorm. 7. Divisions-Garn.-Compagnie. v. Kummel, pens. Oberstlt. vom 3. Inf. Reg. v. Wulffen, pens. Oberst vom 22. Inf. Reg. Unruh, pens. Oberstlt. vom 20. Inf. Reg. v. Grevenitz, pens. Gen. Major und Inspecteur der 2. Art. Inspection. v. Trebra, pens. Major zur Disp. von der vorm. 4. Jäger-Abth. v. Brause, pens. Major und Art. Officier vom Platz in Kolberg v. Clausewitz, pens. Gen. Lieut. vom Kriegsministerium. v. Madeweiß, pens. Oberst zur Disp., aggr. dem 3. Inf. Reg. v. Birckholtz, pens. Oberst und Führer des 2. Aufgebots vom 2. Bat. (Paderborn) 15. Ldw. Reg. v. Stülpnagel, pens. Major vom 12. Inf. Reg. Grüneberg, pens. Major und Platzmajor in Erfurt. Marquis de la Roche-Aymon, Gen. Major a. D. und Commandeur des 2. Huf. Reg. (2. Leib-Hus. Reg.), nachmals franz. Generallieut. und Pair. v. Rhein, pens. Major vom 38 Inf. Reg. (6. Reserve-Reg) Kalau v. Hoven, pens. Major vom Kriegsministerium. Lessing, pens. Major vom 2. Bat. (Herzberg) 32. Ldw. Reg. v. Bresler, pens. Generallieut. zur Disp. und 1. Commandant von Neisse. v. Weringen, Hauptm. a. D. vom 1. Bat. (Görlitz) 3. Garde-Ldw. Reg., als schleswig-holst. Major beim Ausfall der Dänen aus Fridericia geblieben 6 Jul. v. Unruh, Sec. Lieut. a. D., aggr. dem 10. Inf. Reg., als schleswig-holst. Hauptmann ebendas. geblieben 6 Jul. v. Gleißenberg, Sec. Lieut a. D. vom 1. Bat. (Krossen) 12. Ldw. Reg., als schleswig-holst. Hauptmann deßgl. 6 Jul. v. Roques, Hauptm. a. D. vom 30. Inf. Reg., als schleswig-holst. Major in Folge desselben Gefechts an Wunden gestorben 7 Jul. v. d. Malsburg, pens. Oberst und Kreis-Brigadier bei der vorm. kurmärkischen Gendarmerie-Ober-Brigade. v. Kepp, pens. Generalmajor und Brigadier der 4. Gendarmerie-Brigade. v. Derschau, Sec. Lieut. vom 1. Inf. Reg., später Universitätsrichter in Berlin. Graf Henckel v. Donnersmarck, pens. Gen. Lieut. und Commandeur der 6. Division. Frhr. v. Ohlen, pens. Rittm. vom 3. Huf. Reg. v. Massenbach, pens. Oberst und 2ter Commandant von Koblenz. v. Drosedow, Pr. Lieut. a. D. vom 3. Bat. (Neu-Stettin) 21. Ldw. Regts., als schleswig-holst. Hauptmann vor Fridericia verwundet, gestorben 30. Jul. v. Czarnowski, pens. Major vom 1. Uhl. Reg v. Lengefeld, pens. Oberst, aggr. dem 9. Inf. Reg. (Kolberg). Gulle, pens. Oberstlt. von der 1. Art. Brigade. Keusch, pens. Major und Führer des 2. Aufgebots vom 2. Bat. (Treuenbrietzen) 20. Ldw Regts. v. Ossowsky, Major a. D., aggr. dem 4. Inf. Reg, zuletzt pens. Garn. Verwaltungs-Inspector. v. Winterfeld, Major a. D. vom vorm. brandenb. Kür. Reg, zuletzt Postmeister in Perleberg.

Erklärung von Seite des Gabelsberger-Stenographen-Central-Vereins.

Sie haben in Ihrem vielgelesenen Blatte neulich einige Beispiele literarischer Freibeuterei gebrandmarkt. Erlauben Sie uns einen Fall darzustellen, in Beziehung auf welchen wir dem Publicum zu beurtheilen überlassen ob er jenen Fällen beizuzählen ist oder nicht. Franz Xaver Gabelsberger hatte im Jahre 1834 mit großen Opfern eine Anleitung zu der von ihm erfundenen deutschen Stenographie herausgegeben, und im Jahre 1843 neue Vervollkommnungen folgen lassen. War der pecuniare Verlust des Herausgebers bei jenem Werke ein bedeutender, so war der Gewinn bei diesem ein schmaler. Erst von einer zweiten Auflage des gesammten Werkes konnte in dieser Beziehung ein Besseres deßfalls erwartet werden, weil einestheiles das Gabelsberger'sche System in Deutschland sich mittlerweile überall erprobt, insbesondere über das Stolz'sche System, in Berlin, selbst einen glänzenden Sieg errungen hatte, und weil anderntheils durch die politische Gestaltung der neuern Zeit für die Stenographie ein größerer Wirkungskreis eröffnet schien. Nachdem die obengenannte „Anleitung“ vergriffen war, bereitete Gabelsberger die neue Auflage vor, und war auch hiemit beinahe zu Ende als ihn der Tod überraschte. Seine Schüler in München traten sofort, wie Sie bereits in Ihrem Blatte meldeten, zu dem Gabelsberger-Stenographen-Centralvereine zusammen, welcher sich strenge Aufrechthaltung des Gabelsberger'schen Stenographiesystems zum Zwecke setzte, und bald Zuwachs von allen Gegenden Deutschlands erhielt.

Unter andern wurde auch Herr Th. M. Ganz in Regensburg als Mitglied aufgenommen. Der Verein hielt es für seine Pflicht zu Gunsten der Relicten Gabelsbergers, welche dessen hinterlassene Papiere ihm aushändigten, die Herausgabe des Lehrbuchs der Gabelsberger'schen Stenographie, dieses deutschen Nationalwerkes, zu besorgen. Von dem hienach in Aussicht stehenden Erscheinen der zweiten Auflage wurde nicht nur das Publicum überhaupt durch Ankündigung in öffentlichen Blättern, besonders auch in Ihrem geschätzten Blatte, in diesem Frühjahre in Kenntniß gesetzt, sondern auch alle Vereinsmitglieder erhielten hievon genaue Kunde durch die als Organ des Vereins gegründete Zeitschrift, in deren erster an alle Mitglieder von Vereinswegen versendeten Nummer im Jul. l. J. jene Umstände weitläufig erörtert wurden. Nur aus dieser erfuhr auch Hr. Ganz die noch nirgends publicirte letzte Vervollkommnung Gabelsbergers, nämlich die Anwendung eines neuen Buchstabenzeichens (tsch). Nun erscheint plötzlich (beinahe gleichzeitig mit der 1sten Lieferung der vom Vereine herausgegebenen 11ten Auflage) das folgendermaßen betitelte Buch „Vollständiges Lehrbuch der Stenographie (nach Gabelsbergers System), oder theoretisch-praktische Anleitung zur Erlernung der deutschen Kurzschrift und Redezeichenkunst, vorzüglich zum Selbstunterrichte bearbeitet und lithographirt von Th. M. Ganz, ordentl. Mitglied des G.-St.-C.-Vereins zu München. Regensburg bei Manz 1849.“ Hierin ist auch jene letzte Vervollkommnung Gabelsbergers aufgenommen. So das Factum. Was aber das Buch selbst betrifft, so fühlen wir uns im Interesse der Sache verpflichtet kurz zu bemerken daß dasselbe ein unzulänglicher mißlungener A u s z u g aus Gabelsbergers Werk ist, in welchem insbesondere die tiefe wissenschaftliche Begründung und Durchführung des Systems, dann die Präcision und Consequenz der Schrift vermißt werden, welche gerade einen Hauptvorzug der Gabelsberger'schen Stenographie vor jeder andern, insbesondere auch vor der englischen bilden.

(316) **Für Lese-Cirkel und Leihbibliotheken.**

In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

E r i n.

Auswahl vorzüglicher irischer Erzählungen

mit lebensgeschichtlichen Nachrichten von ihren Verfassern
und Sammlung der besten irischen Volkssagen, Mährchen und Legenden
von **M. v. M.**

S e c h s t e s B ä n d c h e n.

8. broschirt. Preis 2 fl. 15 kr. oder 1 Rthlr. 10 Ngr.

Mit vorliegendem sechsten Bande ist diese interessante Sammlung vorläufig geschlossen und kostet nun vollständig 132⅓ Bogen stark 9 fl. 27 kr. oder 5 Rthlr. 22 Ngr. Statt aller Anpreisung lassen wir die Hauptabschnitte des reichhaltigen Inhalts folgen, und bemerken nur noch daß auch jedes Bändchen einzeln abgegeben wird.

Gerald Griffin, ein Schriftstellerleben. — Die begrabenen Beine. — Carrig-Clina. — Die Christnacht. — Columbkill (St. Columba) und der Druide. — Dherro Dhirlda. — Der Elfendorn. — Fin Mac Cul (Fingal). — Fin Mac Cul und der Lachs der Weisheit. — Fin Mac Culs Fingerstein. — Fin Mac Cul und der Ostkönig. — Fin Mac Culs Bergdieb. — Der Fräuleinthurm. — Der geborgte See. — Der gesegnete Torf. — Der Goban Saer. — Hans mit der Laterne (der Irrwisch). — Die Hasenjagd. — Der Holzkännchenmacher und die Elfen. — Sankt Kevin (Cavan). — Die heilige Latirin und der Schmied. — Die Münsterglocken von Limerick. — Der Mönchssee. — Osschin (Ossian) und das Land der Jugend. — Sankt Patricks Esche und Quelle. — Der Puka. — Der Reiter ohne Kopf. — Der rothe Bettelmann. — Der Schloßbau von Ballinacarrig. — Die Spuckstadt. — Der Teufel als Naglergesell. — Der Todeskünder. — Die verfallene Schmiede. — Die Wehmutter und der Elf. — Anmerkungen.

Gerald Griffin, die Schulfreunde. — Der Biersee. — Die Bischofsinsel. — Der braune Mann. — Darby Duly und sein Schimmel. — Der Drehstein des Unheils. — Die drei Rathschläge. — Elfenbeute. — Die Elfenburg und der heilige Quell. — Der Elfenfürst von Knockma. — Fin Mac Cul und die Hexe mit dem Finger. — Der Fluch von Kilconnel. — Der Geschichtenerzähler in Verlegenheit. — Hr. Dowling O'Hartigan. — Der Jagdruf des Elfenkönigs. — Mac Eneiry, der Habgierige. — Melcha und der See der Rache. — Die mißlungene Rettung. — Owney und Owney-na-Peak. — Der Poltergeist. — Der Priestersprung. — Der Räuber und seine Stute. — Der Räubersturz. — Des Sackpfeifers Abenteuer. — Die Schwäne Lirs. — Die Stadt im See. — Sankt Columba. — Sanct Kiran. — Sanct Patrick. — Vom versunkenen Lande. — Die weiße Frau von Ballintobber. — Das Wichtelmännlein. — Kürzere Legenden und Volkssagen. — Einiges von irischen Heiligengeschichten und Volksüberlieferungen. — Aberglaube. — Sprüchwörter. — Anmerkungen.

Stuttgart und Tübingen, October 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

[4107] In der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen:

G e s c h i c h t e
d e r

eidgenössischen Bünde.

Von **J. E. Kopp.**

Viertes Buch.

Die burgundischen Lande:

Die Grafen von Kiburg, von Buchegg und von Neuenburg (mit Arberg, Nidau und Straßberg); Gotteshäuser, und Freie; die Städte Solothurn, Freiburg und Bern; Bischof und Stadt Basel (mit Froburg und Pfirt), Lausanne und Genf; die Waadt, Savoyen mit Faucigny, und Hochburgund mit Mömpelgard und dem Delfinate;
bis zum Jahre 1291.

gr. 8. brosch. Preis 1 Rthlr. 20 Ngr.

[4096—97] **Mineralien-, Conchylien-, und Petrefactensammlungen als Weihnachtsgeschenke für die Jugend**

Unterzeichnete Kunsthandlung offerirt für Weinachten folgende interessante Gegenstände in ausgewählten Sammlungen in eleganten Kästchen mit Beschreibungen:

1. Kleine Mineraliensammlung. 25 Stück zu 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
2. Mittlere desgleichen, mit Gebirgsarten. 50 größere Stücke 4 fl. 24 kr. oder 2½ Rthlr.
3. Große desgleichen, desgleichen, mit besonders schönen Erzstufen und 12 Stück ächte geschliffene Edelsteine. 100 Stück 10 fl. 30 kr. oder 6 Rthlr.
4. Kleine Conchyliensammlung von 30 Stücken zu 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
5. Mittlere deßgleichen von 50 Stücken zu 4 fl 24 kr. oder 2½ Rthlr.
6. Große deßgleichen, meist seltener Gattungen 75 Stücke zu 10 fl. 30 kr. oder 6 Rthlr.
7. Petrefactensammlungen 36 Stücke 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
8. Kleine Sammlung von 12 geschliffenen Edelsteinen 2 fl. 42 kr oder 1½ Rthlr.

☞ Außerdem besitze ich viele einzelne ausgezeichnete Stücke von Mineralstufen, Prachtmuscheln, Petrefacten, Korallen und andere interessante See-Producte. In obigen Sammlungen befinden sich keine Doubletten, die Exemplare sind alle frisch, und die Conchylien sind sämmtlich außereuropäisch.

Gefälligen Aufträgen bittet man den Betrag franco beizufügen, wogegen sichere Verpackung zugesichert wird.

Kunsthandlung von **Heinrich Köhler** in S t u t t g a r t.

(4136) **☞ Verkauf eines Bauplatzes mit Wasserkraft.**

In einer der ersten Städte Bayerns ist ein Bauplatz von 2½ Tagwerk und einer Wasserkraft von 30 Pferden zur Errichtung irgendeines großartigen Etablissements zu verkaufen. Auf frankirte Briefe unter Chiffre S. V. Nr. 4136 an die Expedition der Allg. Zeitung erhält man genauere Auskunft.

(4129—30) **Der Wirthschaftspacht der Harmoniegesellschaft in Würzburg nähert sich seinem contractmäßigen Abschluße. Pachtlustige mögen sich wegen Kenntnißnahme der treffenden Verhältnisse und Bedingungen**

längstens bis zum 1 Januar k. J.

an den Untersertigten wenden. — Würzburg, am 8 November 1849.

Der Vorstand der Harmonie-Gesellschaft.

[4108] Im Verlage von **Karl Wiegandt** in Berlin erschien so eben:

Das Verhältniß von Haus, Staat und Kirche zu einander und der Schule zu Haus, Staat und Kirche. Zwei Bruchstücke, neu herausgegeben von Dr. L u d o l p h v. B e c k e d o r f f. Preis 5 Sgr.

(3888—90) **Luizhausen bei Ulm.**

Aufruf an Gläubiger u. Schuldner.

Durch die schnelle Erkrankung und das eben so schnelle Absterben des August Bartholomäus **S c h m i d**, Gastgebers zum Löwen, war der Wittwe die Möglichkeit abgeschnitten sich mit demselben über ihre häuslichen Angelegenheiten und namentlich über ihre Beziehungen zu Gläubigern und Schuldnern ausführlich zu besprechen, weßwegen auch die Wittwe zu gegenwärtiger Maßregel behufs einer gründlichen Bereinigung der Verlassenschaftsmasse den geeigneten Antrag gestellt hat.

Es werden nun die Gläubiger hiemit aufgefordert ihre Rechnungen, insoweit dieß in den jüngst verflossenen Tagen nicht schon geschehen seyn sollte,

am Montag den 26 Novbr.

bei den unterzeichneten Stellen einzureichen, oder solche unterdessen an das k. Amts-Notariat einzusenden, um hierauf bei dem Abschluß des Theilungsgeschäfts gebührenden Bedacht nehmen zu können.

Die Folgen einer Versäumniß haben sich unbekannt bleibende Gläubiger selbst zuzuschreiben.

Gleichzeitig werden auch die Schuldner der Erbschaftsmasse hiemit angegangen ihre Verbindlichkeiten möglichst bald zu erfüllen, oder aber Verhinderungsfälle zur amtlichen Kenntniß zu bringen. — Den 25 Oct. 1849.

K. Amts-Notariat Westerstetten. — Waisengericht zu Luizhausen.

vdt. **Amts-Notar Plöst in Ulm.**

[3700—801] **J. S. der Ehefrau des Müllers Karl Bernard Luise, geb. Schneider von Kuppenheim Kl.,**

gegen ihren zur Zeit flüchtigen Ehemann Bekl., Vermögensabsonderung betreffend,

ergeht

Versäumungs-Erkenntniß.

(Nr. 32,650). Es wird das Thatsächliche des Klagvortrags für zugestanden angenommen, jede Schutzrede für versäumt erklärt und durch

Urtheil

zu Recht erkannt, es sey das Vermögen der Klägerin von jenem ihres Ehemannes des Beklagten, abzusondern unter Verfällung desselben in die Kosten.

G r ü n d e.

Die Klägerin hat ihren Antrag auf Vermögensabsonderung durch die gegen den flüchtigen Beklagten angeordnete Vermögensbeschlagnahme und das Ergebniß der Vermögens- und Schuldenaufnahme hinreichend begründet.

Nach Ansicht des Art. 1443 des L. R., ferner in Anbetracht daß der Beklagte innerhalb der ertheilten Frist seine Vernehmlassung nicht abgegeben hat, wurde auf den Antrag der Klägerin gemäß §. 670 und der Kosten wegen nach §. 169 P. O. obiges Versäumungserkenntniß erlassen.

R a s t a t t, den 13 October 1849.

Großh. Oberamt.

[4135] **Associé-Gesuch.**

In ein bedeutendes Hammerwerk im Kreise Schwaben und Neuburg, welches einen reinen Gewinn von 5 bis 6000 fl. jährlich abwirft, wird ein Mittheilnehmer gesucht, welcher 12 bis 15,000 fl. Einlage leisten kann. Das Nähere im Verlags-Comptoir der Augsburger Abendzeitung auf frankirte Briefe unter B. V.

[4114—16] **Anstellungsgesuch**

als Rechnungsführer, Aufseher, Secretär, Kammerdiener, Vorleser, Hausmeister.

Ein Mann mittlern Alters, wissenschaftlich gebildet und mehrere Sprachen sprechend und schreibend, sucht in obigen Eigenschaften recht baldige Anstellung bei einer Familie auf dem Lande oder bei einer ältern Dame. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes unter Chiffre B Nr. 4114.

[4090] Ein solider, thätiger Kaufmann in einem der industriellsten Kantone der Schweiz wünscht Wollgarn (für Befransen 2c.) und andere courante Fabricate in Commission zu nehmen.

Näheres ist in frankirten Briefen unter Chiffre G. M. Nr. 4090 an die Expedition der Allg. Zeitung zu richten.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr. für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe: für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg. für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag Nr. 319 15 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

z. **Frankfurt a. M.**, 12 Nov. Ist es doch als ob niemanden recht Ernst wäre mit dem neuen Interim! Wie verzögern und verclausuliren sich die Beitrittserklärungen der Einzelstaaten! Man sieht keine Bundescommissäre ankommen die Geschäfte zu übernehmen, oder wenigstens eine Instruction für die Geschäftsführung vorzubereiten; man sieht den Reichsverweser keine Anstalt zur Abreise treffen. Doch nimmt man hier noch immer den 15 Nov. als den Tag der Einsetzung der Centralcommission an. Nicht wieder eine Täuschung? Das deutsche Volk sieht dazu sehr gleichgültig. Wie sollte es auch nicht? Insofern ein jeder Waffenstillstand — und ist das Interim nicht ein solcher? — schon die Präliminarien des definitiven Rechts und Friedens in sich schließt, scheint die neue Bundescommission wenig mehr als der reviviscirende deutsche Bundestag. Die bis zu dem März-Idus des Jahrs 1848 in der Hand von Oesterreich und Preußen gelegene Leitung der Bundesgeschäfte ist durch die neue Einrichtung nur concreter geworden; und bemerken Sie wohl daß nach den ausdrücklichen Accessionsverwahrungen der bedeutendsten deutschen Staaten nur die Angelegenheiten der vormaligen engeren Bundesversammlung der Interimscommission überlassen seyn sollen. Denken Sie sich nun den Fall der jeden Tag eintreten kann, dieselbe hätte einen vor das Plenum verwiesenen Gegenstand, einen casus belli zu entscheiden; was bliebe übrig als die Bevollmächtigten der Einzelstaaten im Schoße der neuen Bundescommission zu versammeln, und sich mit ihnen auf Grund der Bundesacte über die Frage des Kriegs oder Friedens zu verständigen? Wir sind also bereits der alten dictatura ziemlich nahe gerückt, und hat ein kühner Griff den Bundestag gesprengt, so könnte ein anderer ihn angemessen restauriren. Ich sehe freilich auf diesem Wege kein dauerhaftes Glück, sondern nur neuen erschütternden Kampf und Zerrüttung. Es scheint aber Deutschlands Geschick zu seyn, und seinem Schicksal kann niemand entgehen. Die deutschen Verhältnisse sind im Laufe von Jahrhunderten zu ungleichartig geworden als daß die deutschen Dynasten sich zu einigen vermöchten. Ist doch Karl V schon an dem Widerstande der Kurfürsten in seinem Vorhaben gescheitert eine deutsche Erbmonarchie zu gründen. Seitdem haben sich die Territorien des Reichs deutscher Nation noch viel mächtiger ausgebildet. Aber während von den einzelnen Gewaltträgern jeder für sein altes, auf seinem particulären Standpunkte gutes Recht streitet, erfüllt sich allen was in seinen Annalen Tacitus von den deutschen Stammesfürsten gesagt: „**Dum singuli pugnant, universi vincuntur.**"

‖ **Frankfurt a. M.**, 12 Nov. Wie seit gestern verlautet, hätte der Erzherzog-Reichsverweser seinen Entschluß den ganzen Winter hier zuzubringen geändert, und würde alsbald nach Einsetzung der neuen Bundescommission mit seiner Familie nach Grätz übersiedeln. — Der hiesigen Polizei ist es dem Vernehmen nach gelungen eines Theils der bei dem Raubmord der Wittwe Hirsch in Berlin entwendeten Pretiosen und Werthpapiere habhaft zu werden. Die Mittheilung über das begangene Verbrechen und die entwendeten Gegenstände war mittelst Telegraphen hieher gelangt. — Von Homburg vernimmt man daß einige neuere Regierungsmaßregeln, darunter die Zurücknahme der an die Stadt abgetretenen Accise, die Wiederanstellung eines vormärzlichen Polizeibeamten u. s. w., dort große Aufregung hervorgerufen hatten. In Folge dessen sah sich die Regierung veranlaßt preußisches und darmstädtisches Militär zu requiriren, welches seit gestern vorläufig die Homburg umgebenden Ortschaften besetzt hielt. Man sagt der im vorgerückten Alter stehende und kinderlose Landgraf wolle die Regierung seines Landes an Hessen-Darmstadt (dem sie nach seinem Ableben ohnehin zufallen würde) abtreten.

*** **Frankfurt a. M.**, 12 Nov. Dem Vernehmen nach haben bis jetzt die Regierungen von Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Hessen-Homburg und der freien Stadt Frankfurt in den anerkennendsten Ausdrücken für die Handlungsweise des Erzherzog-Reichsverwesers dem Reichsministerium Anzeige gemacht von ihrer den Cabinetten von Wien und Berlin erklärten Zustimmung zu dem Vertrag vom 30 Sept. Daraus daß nicht nur Sachsen und Hannover, sondern auch Braunschweig dieß gethan, geht die Grundlosigkeit des Gerüchts hervor: Preußen mache den dem Dreikönigsbündnisse beigetretenen Regierungen das Recht streitig dem von ihm und Oesterreich festgestellten Interim ihre Beistimmung zu ertheilen; denn das würde eine Anerkennung des Dreikönigbündnisses von Seiten sowohl Oesterreichs als der provisorischen Centralgewalt vorausgesetzt haben. Auch die Beistimmung der übrigen innerhalb oder außerhalb des Dreikönigsbündnisses stehenden Regierungen wird wohl nicht lange auf sich warten lassen, die Hauptschwierigkeit des Antritts des Interim wird aber in der Ausfüllung der Lücken zwischen Oesterreich und Preußen bestehen welche in dem Vertrag vom 30 Sept. geblieben sind, z. B. über die Bestimmung des Vorsitzes. Es wäre aber zu wünschen daß dieser und etwaige andere Differenzpunkte sobald als möglich ausgeglichen würden und das Interim zusammenträte. Auch der drohende Zustand in den Herzogthümern Schleswig-Holstein erfordert dieß. Preußen hat dort die Sachen dahin geführt daß es die Schleswig-Holsteiner, also einen Theil des seiner Hegemonie bestimmt gewesenen Deutschlands seinem Schicksal, d. h. einem übermächtigen Feind preisgeben will. Steht Oesterreich wieder an der Spitze Deutschlands, so kann es diese Stellung nicht dadurch einweihen daß es das zugäbe, so kann es nicht zugeben daß das kleine Dänemark wider die Verträge gegen einen Theil Deutschlands thue, was das mächtige Oesterreich gemäß den Verträgen in der Lombardei gethan hat: es sich wider unterwerfen und die Einmischung des übrigen durch keine Bundesacte geeinigten Italiens siegreich zurückweisen. — Die Pferde des Feldmarschall-Lieutenants v. Schönhals sind bereits hier eingetroffen und in den Stallungen des Bundestagspalast untergebracht. Bekanntlich ist dieser dem Hause Oester-

reich nach Vertrag vom Fürsten Turn und Taxis zum Gebrauch überlassen, und die Reparaturen daran haben bis zum Jahr 1848 auf Kosten Oesterreichs stattgefunden.

Die Fr. O. P. A. Z. enthält folgenden, offenbar officiellen Artikel: „Die Insinuationen des preußischen „Staatsanzeigers“ vom 8 d. M. wegen der von dem Reichsministerium in Bezug auf die Fregatte „Eckernförde“ angeordneten Maßregeln können füglich auf sich beruhen bleiben, da sie im wesentlichen auf die Kieler Statthalterschaft gehen, und soweit sie das Reichsministerium betreffen, nur eine Folge des gegenwärtigen Verhältnisses der preußischen Regierung zur Centralgewalt sind. In letzterer Hinsicht genügt es einfach zu wiederholen daß die Centralgewalt ihre gegenwärtige Stellung zur preußischen Regierung nicht hervorgerufen, sondern von letzterer in dieselbe hineingedrängt, nur ungern angenommen hat, daß sie aber jetzt und ohne die andrerseits dazu erforderlichen Schritte solche nicht aufgeben kann. In Folge dieses Verhältnisses blieben denn auch die Absichten der preußischen Regierung hinsichtlich jener Fregatte dem Reichsministerium völlig unbekannt. Erst aus einer Note des kais. österreichischen Cabinets, durch dessen Vermittelung die preußische Regierung die Zustimmung der Centralgewalt zur Ueberführung der Fregatte unter preußischer Flagge nach Swinemünde nachsuchte, konnte das Reichsministerium am 6 d. M. dieselben entnehmen. Aus diesen obwaltenden Umständen ergibt sich denn aber auch von selbst daß das Reichsministerium zu dieser Ueberführung, sowie zu der durch hannoverische Vermittelung beantragten Ueberwinterung eines weiteren Theils der Flotte in Swinemünde seine Zustimmung nicht ertheilen konnte, sondern seinen Entschluß die Marine direct der Verfügung der in der Kürze eintretenden Bundescommission zu überliefern zur Ausführung bringen wird. Uebrigens hat das Reichsministerium der k. preußischen Regierung durch die Vermittelung des österreichischen Cabinets gleichzeitig in Erwägung aller Eventualitäten seine Bereitwilligkeit erklärt die Fregatte „Eckernförde“ nach der Lübecks-Trave oder Wismar verbringen zu lassen.“

Bayern. ○ **München,** 14 Nov. Staatsminister v. d. Pfordten hat aus Gesundheitsrücksichten gestern eine kurze Erholungsreise in das Gebirge angetreten; doch soll seine Abwesenheit von den Geschäften nicht länger als acht Tage dauern, während welcher Zeit Minister v. Kleinschrod die Unterschrift in auswärtigen Angelegenheiten führt.

München. (Schluß der Nachträge aus der Verhandlung der Kammer der Abgeordneten über die deutsche Frage.*) Der Abgeordnete Gelbert: „Ich werde nicht versichern kurz zu seyn, ich werde es wirklich seyn, mich nicht in schwungvoller Rede verirren in die Irrgewinde der Diplomatie, aber einige nüchterne Bemerkungen darüber werden Sie mir wohl erlauben. Man spricht von einem Anschluß an Preußen oder an Oesterreich. Ich hätte immer gedacht die beste Politik Bayerns wäre die gewesen sich mit ächter deutscher Gesinnung an das ganze große Deutschland anzuschließen. Es ist dieß allerdings eine Schwierigkeit: Bayern hat es aber in jenen Momenten versäumt die jetzt verloren sind. In den Momenten wo noch eine helle warme Begeisterung durch ganz Deutschland ging, wär' es der Diplomatie allerdings möglich gewesen zu einigen was jetzt noch getrennt ist und in particularistischem Hasse gegen einander auflodern möchte. Ich weiß recht wohl Enthusiasmus und Begeisterung bauen nicht großartige Verfassungen, aber sie bringen die Herzen in Fluß, und wahrlich, hätte man zur rechten Zeit die Reichsverfassung, wenn auch mit allen ihren Mängeln, anerkannt, diese Herzen wären, von den Schlacken des Particularismus gereinigt, in einander verschmolzen und bildeten ein Ganzes. Man hat dieses — absichtlich vielleicht — vermieden und die Gemüther abzukühlen versucht, um dann die Hände freier im Spiele zu haben. Aber werden die Schöpfungen dieser Diplomatie eine solche Stimmung hervorrufen wie sie im März 1848 in Deutschland war? Werden zu Ehren des Interims, werden zu Ehren der verweigerten Anerkennung von den Alpen bis zu den Dünen der Nordsee, von dem Riesengebirge bis zu den Rebhügeln jenseits des Rheines Freudenfeuer brennen? Gewiß nicht. Werden die Vertreter des Interims, wenn sie einziehen in Frankfurt, wieder einen solchen Empfang sich bereitet sehen wie ihn einst der sichtbare Vertreter der deutschen Einheit, gewählt von dem ersten deutschen Nationalparlament, in Frankfurt sich entgegenkommen sah, und auf seiner ganzen Reise durch die deutschen Gauen? Ich frage Sie, wird dieses Erzeugniß der Diplomatie einen solchen Empfang im deutschen Volke finden? Man hat sich oft schon in diesem Hause auf die instructive Politik, auf den politischen Sinn des Volkes berufen. Hier haben Sie ein Beispiel. Was das Volk schafft aus seinem Innern heraus, ergreift es mit warmer Liebe; dafür steht es ein, dafür bringt es Opfer; aber für Diplomatenkünsteleien wahrlich nicht. Das Volk hat dann ein Recht daß auch im Jahr 1849 seine Gefühle mit ebenso großer Wärme ausgesprochen werden, als es sie seiner Zeit an den Tag gelegt hat. Man hat sehr zart gesprochen gegenüber von Oesterreich, hat eine scharfe Lanze gebrochen gegen Preußen. Man hat Preußen vorgeworfen daß es stets bemüht gewesen sey gegen das Zustandekommen eines Zollvereins. Was hat Oesterreich, das sich von jeher mit einer chinesischen Zollmauer von Deutschland abgesondert hatte, was hat Oesterreich für den Zollverein gethan? Wenn dem so wäre, wie uns Zeitungsnachrichten sagen, daß die vorgegebene Neigung zu einer Zolleinigung mit Bayern eine Mystification wäre, o ich kann mir das sogar denken daß es eine seyn kann — wie dann? Ist wirklich jetzt im Augenblick Oesterreich auch im Stande einen Handelsvertrag mit Bayern oder mit ganz Deutschland zu schließen bei seiner finanziellen und politischen Lage? Oesterreich hat erklärt daß „das verjüngte Oesterreich“ „dem verjüngten Deutschland“ die Hand reichen wolle. Ist es schon verjüngt, hat es seine staatlichen und finanziellen Verhältnisse so geordnet daß es frei und redlich einen solchen Handelsvertrag anknüpfen kann, und wenn es nun einen solchen anknüpft, wird nicht Preußen und der ganze Zollverein zustimmen müssen? So eng werden hoffentlich unsere Herzen und unsere geographischen Begriffe doch nicht geworden seyn, anzunehmen als ob Bayern bloß ein Donauland, nicht auch ein Main- und Rheinland sey. Es kann nicht bestehen ohne Verbindung mit dem weitesten Zollverein. Wir werden es dankbar anerkennen wenn Oesterreich die Hand bietet, wir bezweifeln aber sehr ob es schon jetzt im Stande ist; aber die Unterhandlungen die darüber gepflogen werden sollen, haben vielleicht uns schon einen empfindlichen Nachtheil zugebracht nach den Nachrichten die uns aus unserer Heimath zugekommen. Preußen räth nämlich Baden es möge, um schnell zu Geld zu kommen, die Moststeuer einführen. Es ist zwar nur Gerücht, ich stelle aber Gerücht gegen Gerücht. Führt aber Baden die Moststeuer ein, so haben alle pfälzischen Weine geringerer Sorte aufgehört in Baden Abgang zu finden. Die Pfalz ist so ziemlich von Preußen und ihm befreundeten Staaten umschlossen, mit Ausnahme der uns ohnehin schon verschlossenen Seite gegen Frankreich. Solche Gerüchte, als wolle einseitig Bayern Handelsverbindungen mit Oesterreich eingehen, würden die Folge haben daß man ein Glied Bayerns gänzlich unterbände, so daß das Blut in allen Adern des Verkehrs in demselben stocken müßte. Auch Franken kann ohne den Zollverein nicht bestehen. Die Reichsverfassung bot Oesterreich an seine Zollschranken fallen zu lassen; wir alle würden uns gefreut haben wenn dieses geschehen wäre. Man hat Preußen angeklagt, es habe eine nicht sehr deutsche Rolle in Schleswig-Holstein gespielt. Ich habe mich nie zum Lobredner weder der preußischen noch der österreichischen Regierungspolitik berufen gefühlt, aber ich frage auf der andern Seite: was that Oesterreich während des ganzen schleswig-holsteinischen Krieges, an welchem das deutsche Volk so innige Sympathien zeigte? Oesterreich hatte während dieser ganzen Zeit seinen Gesandten am dänischen Hof, aber nicht einen Mann auf dem Walplatz, der mitgefochten hätte gegen Dänemarks Uebermuth. Man hat Preußen, und ich glaube mit Recht, den Vorwurf oft gemacht daß es in völlig unberechtigter Weise gegen die Centralgewalt aufgetreten sey. Das kann niemand läugnen, ich läugne es auch nicht, und Preußen hat darin gewiß nicht im deutschen Sinn gehandelt. Aber hat Oesterreich je etwas zur Unterstützung der Centralgewalt gethan, und war es nicht so als hätte Oesterreich ganz vergessen daß einer der Prinzen seines Hauses der Ehre gewürdiget wurde der erste Mann Deutschlands auf schönster herrlichster Stelle zu seyn! Die Regierungspolitik ist es, sey sie die preußische, die österreichische oder vielleicht auch die bayerische, die das Herz des Volkes, das sehr warm geschlagen hat und das bei der Märzerhebung vor den Thronen stehen geblieben ist, diese Politik war es die das Herz des Volkes von sich gestoßen hat, und auf diesem Punkt stehen wir noch! Wenn irgendein recht wahres Wort in der ministeriellen Vorlage uns gesagt worden ist, so ist es das: „die dynastischen Sympathien schwinden, die Interessen des Volkes überwiegen.“ Ich meine, die beste Politik wäre die Interessen der Völker nicht bloß überwiegend zu machen, sondern vor allem zu schützen, zu wahren und zu fördern; und nur einer solchen Politik würde ich aus Herzensgrunde meine Beistimmung geben!“

Schluß der in der heutigen außerordentlichen Beilage abgebrochenen Rede des Staatsministers des Aeußern.

Es liegt Ihnen endlich der Antrag mehrerer HH. Abgeordneten vor, zu dessen Empfehlung der Hr. Redner vor mir gesprochen hat. Nach der Rede die ich darüber vernommen habe, nach der Erklärung welche

*) Wir haben in diesen Nachträgen nicht vollständige Aufzählung der Redner erstrebt — diese war in den vorhergegangenen Berichten enthalten — wir wollten vielmehr in möglichster Vollständigkeit nur diejenigen Reden ausheben die uns die gegenseitigen Standpunkte am klarsten oder prägnantesten darzustellen schienen.

dem Antrage gegeben worden ist, glaube ich nicht zu irren wenn ich annehme die Absicht der Antragsteller sey auch, wie die der Majorität des Ausschusses, das Verhalten der Regierung zu billigen, und nur bestimmter die Hoffnung, die Wünsche für die Zukunft, die Ueberzeugung über das was geschehen soll, auszudrücken. Was diesen zweiten Theil anlangt, so habe ich dagegen gar nichts einzuwenden. Die Principien auf welche im Antrage der HH. Baur und Weiß die Nummern II und III gestützt sind, sind im wesentlichen ja dieselben zu denen sich die Regierung in ihren Actenstücken bekannt hat, und ich möchte nur eines noch der Erwägung der hohen Kammer anheimstellen: ob der Schlußsatz unter Nro. III nicht etwas zu bestimmt gefaßt ist, und ob das darin von der Regierung Geforderte nicht doch die Kraft der Regierung übersteigt? Es soll die bayerische Regierung feststellen unter welchen Normen das deutsche Verfassungswerk zu Stande kommen soll. M. HH.! Das wird die bayerische Regierung nicht feststellen können allein, das wird sie nicht können, wenn sie sich, was ihr aufrichtiger Wunsch und ihr aufrichtiges Streben ist, mit den übrigen deutschen Mittelstaaten vollkommen vereinigt. Die zwei großen Factoren, Oesterreich und Preußen, können wir aus unserm Rechnungsansatze nicht weglassen, und wir werden daher ein Feststellen dieser Normen versuchen und anstreben, aber nicht aus eigener Kraft erreichen können. Ich glaube zwar daß der Hr. Antragsteller dasselbe gemeint hat; erlauben Sie mir aber darauf aufmerksam zu machen daß diese Fassung nicht ganz paßt. Was sodann den ersten Theil dieses Antrages anlangt, so kann ich allerdings nicht bergen daß er mir die Bestimmtheit der Aeußerung nicht darbietet welche ich in einer so hochwichtigen Sache beanspruchen zu können glaube, und was nach der Rede des Hrn. Vice-Präsidenten selbst die Absicht war. Wenn wirklich die Antragsteller das Verhalten der Regierung billigen wollen, so muß ich Sie ersuchen dieses bestimmt und deutlich auszusprechen. Die Fassung hier gibt dieses nach meiner innigsten Ueberzeugung nicht, und sie wird den Leser in Zweifel lassen in wie weit man den Intentionen der Regierung traut oder nicht, in wie weit sie Recht gehabt habe so zu handeln oder nicht. Denn es ist nicht nur mit dem Worte „insoferne“ eine Verklausulirung gegeben, sondern auch mit dem Ausdrucke: „wie es erklärt.“ Es klingt dieß wie ein Zweifel ob das wirklich die Absicht der Regierung ist, wie sie erklärt hat. Es ist dann am Schlusse gesagt: die Regierung mag genügenden Grund haben finden können. Das schließt nicht aus daß sie ebenso genügende Gründe für etwas anderes hätte finden können. Sie hätte auch Gründe finden können die Frankfurter Verfassung anzuerkennen, sich dem Dreikönigsbündnisse anzuschließen. Ich wiederhole: der Hr. Vice-Präsident hat die Zweideutigkeit beseitigt. Aber das Entscheidende ist nicht die Rede eines einzigen von denen die jenen Antrag gestellt; das Entscheidende ist der Beschluß der Kammer und die Wortfassung dieses Beschlusses. Ich hänge mich sonst nicht an Worte, aber hier stehen wir an einer Lebensfrage. Gestatten Sie mir nochmals zu wiederholen, die Männer welche jetzt die Ehre haben die bayerische Verwaltung zu bilden, haben seit sechs Monaten einen schweren Kampf gekämpft, ich glaube man kann sagen schwerer als seit langer Zeit eine bayerische Regierung. Sie haben nicht gewankt in diesem Kampfe, weil sie auf ihrer Ueberzeugung standen, und weil sie die Hoffnung in sich trugen die Vertreter des bayerischen Volkes würden ihr Verhalten billigen, nicht bloß nach der äußern Erscheinung, sondern auch in den Motiven welche offen und ohne Ruckhalt aus freier Ueberzeugung Ihnen dargelegt sind. Wir glauben deßhalb — oder vielmehr ich glaube, denn die Sache geht zunächst mich an — ich glaube deßhalb auch ein Recht darauf zu haben daß das Urtheil der Kammer, wenn sie ein solches ausspricht, klar und deutlich gefaßt sey, und weder mich noch jemand in Zweifel lasse. Urtheilen Sie wie Sie wollen; meine Aufgabe ist in gewissem Sinne gelöst. Als ich berufen wurde die deutsche Frage in Bayern in die Hand zu nehmen, da drohte der Riß zwischen Deutschland und Oesterreich. Jene Gefahr ist beseitiget; ich kann sagen ich habe einiges dazu beigetragen. Ob diese Gefahr wiederkehrt, ob sie künftig vermieden werden wird, das ist nicht mehr Sache der bayerischen Regierung allein, während es in diesem Sommer Sache der bayerischen Regierung war dieser Gefahr entgegenzutreten. Ich habe die Aufgabe die mir die Vorsehung gesetzt meiner Ueberzeugung nach gelöst, und sehe vollkommen ruhig Ihrem Urtheile entgegen. Ich glaube als Mann gehandelt zu haben. Ich bitte die Mitglieder der hohen Kammer auch als deutsche Männer jetzt offen und klar zu handeln.

|| **München,** 14 Nov. Die Abgeordnetenkammer hat heute in geheimer Sitzung den Ausschuß zur Vorberathung über die deutsche Wechselordnung gewählt, und eine baldige Erledigung derselben dadurch gesichert daß sie sämmtliche Mitglieder des Gesetzgebungsausschusses, die sich bereits mit der Sache beschäftigten, wieder wählte. Die Verstärkung welche gesetzmäßig dem Ausschusse aus Mitgliedern des Fachs werden soll, bilden die Abg. Neuffer und Pröll. Ersatzleute sind die Abgeordneten Weber, Sedelmayer und v. Harold.

Württemberg. E. **Stuttgart,** 13 Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt beruft die verfassungsrevidirende Versammlung auf den 1 Dec. d. J. ein, wodurch die lange gehegten Zweifel in unsern Journalen endlich gelöst sind. Zugleich enthält dieses Blatt eine königliche Verordnung, in welcher die Abänderung des vorgeschriebenen Ständeeides bestimmt wird. Es sey diese Formel in einer Zeit entstanden in welcher das Zustandekommen einer deutschen Reichsverfassung als gewiß angenommen worden; diese Voraussetzung sey nicht eingetreten, und es bestehe in Deutschland eine zur Anerkennung gelangte Reichsverfassung nicht, darum könne auch die Beachtung eines künftigen, noch unbekannten Zustandes vernünftigerweise nicht beschworen werden, und dürfe man nicht in zweideutigen Worten mit Eiden spielen, weil dadurch das religiöse und sittliche Gefühl des Volks aufs tiefste verletzt und dessen Rechtsbewußtsern irre geleitet werde. Dagegen wird folgende Eidesformel aufgestellt: „Ich schwöre als Mitglied der zur Revision der Verfassung berufenen Versammlung das Wohl des Königs und Vaterlands gewissenhaft zu wahren und ohne alle Nebenrücksichten nach freier eigener Ueberzeugung mitzuwirken zu einer den Grundrechten des deutschen Volks entsprechenden Aenderung der Landesverfassung.“

*0 **Aus Baden,** 12 Nov. Endlich kann man Ihnen doch einmal anderes aus Baden berichten als Füsilladen und Gefangenen-Noth. Man hat sich dazu entschlossen jene Unterofficiere denen nichts zur Last fällt als die Annahme von Officiersstellen, nicht mehr vor das Kriegsgericht zu stellen, sondern die erstandene Untersuchungshaft — und wahrlich sie ist streng genug gewesen — als hinlängliche Bestrafung anzusehen. Diese Entschließung, verbunden mit zu hoffender baldiger Entlassung der schweizerischen und hessischen „Landsknechte“ der „Republik Baden“ wird die Casematten so weit leeren daß die hiesigen Einwohner der erdrückenden Quartierlast ledig werden, und wohl auch die Commandantschaft von Maßregeln zur Bewachung der Gefangenen abgehen kann, welche allzusehr gegen die Menschlichkeit verstoßen. Das neueste Regierungsblatt LXXXI gleicht dem gestirnten Himmel; es enthält auf sieben Seiten die den preußischen, bayerischen, mecklenburgischen, hessischen und badischen Officieren und Kriegsbeamten verliehenen Orden. — Als eine Noahstaube des Friedens begrüßen wir das vierte Heft der Schriften der Alterthums- und Geschichtsvereine zu Baden und Donaueschingen. Es liefert durch den Rechenschaftsbericht des Vorstandes v. Bayer und eine Anzahl Abhandlungen von Mone, Bader, Rappenegger, Fickler die erfreuliche Nachweisung daß auch unter drückenden äußern Verhältnissen eine kleine Anzahl Männer nicht müde wurde für die Geschichte eines Landes zu wirken dessen Lebensfähigkeit da und dort in Zweifel gezogen wurde.

Bekanntlich hatte Mieroslawski in schweizerischen und französischen Blättern erklärt daß er für seine Theilnahme an der badischen Revolution nur die Summe von 1700 Fr. bezogen habe. In der Karlsruher Zeitung ist diese Angabe bereits als falsch nachgewiesen worden; nun treten auch Raveaux und Brentano auf um die Aussage Mieroslawski's Lügen zu strafen. Es geschieht dieß in der Kölnischen Zeitung vermittelst nachstehender Erklärung. „Vor einiger Zeit machte eine Erklärung Mieroslawski's die Runde durch alle Blätter. Ich habe diese Erklärung anfangs für einen schlechten Witz gehalten den sich irgendeiner gleichen Namens erlaubt hätte; nachdem ich mich aber überzeugt daß diese Erklärung wirklich von Mieroslawski herrührt, habe ich mich an Goegg und Brentano gewandt um eine schriftliche Gegenerklärung zu erhalten welche die Unwahrheit der Behauptungen Mieroslawski's klar hinstellt. Goegg war bereits abgereist. Brentano befand sich in Havre. So eben erhalte ich nun durch Vermittlung eines ehemaligen Mitgliedes des badischen Landesausschusses folgende Notizen, welche mir Brentano von Havre aus unter dem 28 October über den Geldpunkt zukommen läßt. Ich theile Ihnen den kurzen Auszug aus dem Briefe Brentano's an oben erwähntes Mitglied des Landesausschusses in der Unterstellung mit daß Sie geneigt seyn möchten durch Ihr vielgelesenes Blatt das Publicum mit, dem wahren Sachverhalt bekannt zu machen. Die schriftlichen Angaben Brentano's stimmen vollkommen mit dem überein was mir Goegg früher mündlich darüber mitgetheilt. Straßburg, 4 Nov. 1849. Fr. Raveaux.

Für Raveaux zur Notiz daß Mieroslawski 6000 Fr. Reisegeld nach Paris erhielt. Nachdem er angekommen, alles beaugenscheinigt, und den Oberbefehl zu übernehmen sich bereit erklärt, war er in einer Sitzung der provisorischen Regierung, wobei ich, Peter und Goegg, wahrscheinlich auch Mayerhofer und vielleicht auch du anwesend waren. Er verlangte dort die ausgedehntesten Vollmachten für sich und seinen Bruder, den Marine-Baumeister, und als Zahlung dieselbe Summe welche, wie er sich ausdrückte, die sehr knickerige sicilianische Regierung bezahlt habe, nämlich 160,000 Fr. Ich erklärte ihm daß wir hiezu außer Stande seyen, und nun begann ein förmlicher Judenhandel: wir boten ihm endlich 20,000 fl. für sich und seinen Generalstab; er ging bis auf 60,000 Fr., dann 50,000 Fr., und nahm endlich unser Gebot an. Die Vollmachten legte ich der Constituirenden zur Genehmigung vor, welche einige Aenderungen beschloß die Mieroslawski acceptirte. Am 17 Jun. schickte ich Fritz Frech mit 10,000 fl. als Abschlagszahlung nach Heidelberg, auf deren Ersatz ich belangt bin. Goegg hatte Tags vorher an Mieroslawski 5000 fl. bezahlt, welche ihm dann gegen seinen Willen an den 10,000 fl. abgezogen wurden, so daß er die letzte Summe vollständig erhalten hat. Mieroslawski hat also außer 6000 Fr. Reisegeld noch 10,000 fl. für seine Dienste erhal-

ten. Im Hauptquartier zahlten die Herren keinen Kreuzer, und alle Mahlzeiten, von denen Mieroslawski in seiner perfiden Erklärung spricht, sind aus der Kriegscasse bezahlt worden. In diese flossen natürlich auch die Gelder für die Volkswehr, und wenn letztere keine Löhnung erhielt, so trifft die Schuld lediglich die Commandanten ꝛc. Havre, 28 Oct. 1849. Brentano."

Gr. Hessen. **Mainz**, 10 Nov. Die Trauerflaggen die gestern als am Todestage Blums hier und da ausgehängt waren, mußten auf Befehl des von einem Polizeicommissär und einigen Polizeiagenten begleiteten Adjutanten des österreichischen Vicegouverneurs abgenommen, eine sogar abgeliefert werden. Nachmittags erschien sodann eine Gouvernementsordre folgenden Inhalts: „Für die Zukunft dürfen keinerlei Trauerflaggen mehr aufgehißt werden, und das Flaggen für Feste darf nur dann stattfinden wenn eine Erlaubniß bei dem k. k. österreichischen Gouvernement dazu eingeholt wurde."

K. Sachsen. ⁝ **Dresden**, 10 Nov. Die „Grenzboten" messen in einem Aufsatz ihrer neuesten Nummer den bis jetzt zu Tag getretenen Beschlußfähigkeitsmangel der zweiten Kammer theils der Abspannung, theils der Erbitterung des Volkes bei; allein diese Zustände, mögen sie auch vorhanden seyn, können und dürfen den erwählten Abgeordneten nicht abhalten dem Rufe in die Kammer zu folgen. Vielmehr ist der Grund jener seltsamen Erscheinung theils in den Wahlen der Suspendirten (ungefähr zu einem Sechstel der vollen Mitgliederzahl), theils in andern formellen Wahlbeanstandungsursachen zu suchen. Daß aber unsere Zustände mehr dornig als rosig sind, läßt sich nicht läugnen; die „Grenzboten" haben sie in jenem Aufsatze „der Verwaltungsrath des Bundesstaates und die sächsische Regierung" mit wenigen, aber scharfen und wahren Zügen geschildert. Nach Vergleichung der v. Beust'schen Erklärung und der darauf aus dem Verwaltungsrathe erfolgten Antwort heißt es: „Es steht schlecht um den Rechtspunkt Sachsens. Aus den jetzigen Deutungen und zum Theil spitzfindigen Erklärungen der früheren Verhandlungen ist klar zu sehen daß Sachsen, damals im Innern bedrängt, in die Führerschaft Preußens seufzend willigte, und seine dynastischen Bedenken vor der Gewalt der Verhältnisse schüchtern bei Seite legte, während es sich jetzt auf dieselben Bedenken stützen möchte um den lästigen Contract aufzuheben." Es werden die sächsischen Illusionen aufgezählt die der Sturm des Jahres 1848 abgestreift hat; auf jene vormärzlichen Liberalitätserrungenschaften war man gewohnt zwischen Oesterreich und Preußen zu pochen, hatte man einen verhältnißmäßig begründeten Particularpatriotismus gebaut; die Anhänglichkeit an die Person unseres Königs galt als Strebpfeiler des monarchischen Princips. Als aber die Gewalt der vor- und dießjährigen Ereignisse an den alten liebgewonnenen Verhältnissen gerüttelt hatte, als die Maitage blutig hineinrissen, da ist über Nacht manches anders geworden, und eins vor allem klar gelegt — die endliche Unhaltbarkeit der verhältnißlosen deutschen Kleinsouveränitäten. Das halbe Leben welches im Jahr 1815 Sachsen gelassen ward, gestaltet sich jetzt so kümmerlich daß man zu der Frage gedrängt wird: War damals nicht ein: Entweder — Oder das Bessere — wenigstens für das sächsische Volk? „Es gibt für das Volk und für die Regierung — schließen die Grenzboten — nur ein Mittel aus diesem schlaffen, kläglichen Zustande herauszukommen. Dem Volke muß die Möglichkeit geboten seyn sich für etwas zu erwärmen, größere Interessen in sich aufzunehmen und mit andern deutschen Stämmen welche entgegengesetzte Eigenthümlichkeiten haben, in eine Verbindung zu treten welche die Sachsen befestigt und erhebt ohne sie zu verderben. Jedes andere Einheitswerk wäre dem Sachsen angenehmer als das von Preußen angebahnte; aber wie es jetzt steht in Europa und wie Sachsen liegt, mit zwei Drittheilen seiner Gränzen und mit neun Zehntheilen seiner Interessen am Bundesstaat, bleibt ihm keine Wahl mehr. Ja, der endliche Beitritt Sachsens zur „norddeutschen Union" ist so wenig zweifelhaft, und wird in kurzem so dringend nothwendig werden daß hier zunächst nur die Verzögerung im Interesse Sachsens sowohl als des neuen Bundesstaats beklagt werden darf." Wenn die übrigens zugestandene Möglichkeit wahr würde daß die Majorität der Kammern gegen das „den Sachsen aus naheliegenden Gründen noch ungemüthliche und widerwärtige" Dreikönigbündniß sich erklärte, dann böte sich wohl auch Gelegenheit den Umstand hervorzuheben daß unsere Regierung durch Geltendmachung des Vorbehalts nicht sowohl den Bund zu sprengen als vielmehr die abgeneigten süddeutschen Staaten herüberzuziehen beabsichtige, und dabei mit Uneigennützigkeit über das Undankbare solcher Vermittlungscommissionen hinweggesehen hat, wie es in reichem Maße von einem Staatsmann gekostet worden ist der noch in den ersten Monden dieses Jahres im Rathe der sächsischen Krone saß. Aber auch mit dem redlichsten deutschen Willen wird unsere Regierung den härtesten Kampf wegen der düstern Schatten unserer Finanzzukunft zu bestehen haben. Schon durch die heutige Leipziger Zeitung zog ein Wolkenvorläufer, die schwer wiegenden Nullen des Militärbudgets andeutend, zugleich aber der demokratischen Volksbeglückungsschuld sie in die Schuhe schiebend; erwägt man aber dabei daß die letzten Zwecke der voraussichtlichen starken Anspannung der Finanzkräfte ebenso füglich dynastische seyn können als der vorgerückte „innere Frieden", dann lernt man bittere Gefühle menschlich beurtheilen. Den Schwarzsehern gibt nebenbei das im Norden von Böhmen zusammengezogene österreichische Armeecorps viel Stoff zum Fürchten.

Hansestädte. **Hamburg**, 9 Nov. Klapka hat durch directe Vermittlung des amerikanischen Gesandten in London an fünf verschiedenen Plätzen des Nordens in den Vereinigten Staaten nach eigener Wahl eine bedeutende Strecke Landes angewiesen erhalten, um dort eine bedeutende ungarische Colonie zu gründen. Der Preis der Landesstrecke ist sehr billig gelassen, weil auf eine starke Vermehrung für spätere Zeiten gerechnet worden ist, und die in Hamburg noch weilenden Ungarn werden den 15 d. bereits nach Amerika abgehen. (Auch der alte Itzstein hat sich nach Amerika gewendet.)

K. Hannover. **Hannover**, 9 Nov. Für die erste Kammer ist Briegleb als Präsident bestätigt und wird Hausmann als Vicepräsident die Bestätigung ohne Zweifel morgen erhalten. Als Generalsyndicus ist der Kanzleiprocurator Dr. Wynecken aus Stade an Dr. Wachsmuth's Stelle, welcher tertio loco zum Vicepräsidenten vorgeschlagen ist, erwählt.

Die zweite Kammer erklärte sich am 12 Nov. einstimmig, mit Einschluß auch der Minister Lehzen und Stüve, dafür daß der Advocat Weinhagen, dessen Eintritt in die Kammer von der Regierung beanstandet war, als Abgeordneter zugelassen werde.

Preußen. **Berlin**, 13 Nov. Der Pr. St. A. bringt einen k. Erlaß, d.d. 5 Nov., welcher genehmigt daß zur Fortsetzung des Baues der Ostbahn, sowie demnächst zur Verwaltung des Unternehmens und zur Leitung des Betriebes auf der Bahn nunmehr eine besondere Behörde eingesetzt werde. Dieselbe soll den Namen: „Königliche Direction der Ostbahn" führen, in Angelegenheiten der ihr übertragenen Geschäfte alle Befugnisse einer öffentlichen Behörde haben, und von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, unmittelbar ressortiren.

Die von Oesterreich ausgegangene Idee in Betreff einer anzubahnenden Zolleinigung zwischen Oesterreich und Deutschland ist in der bereits bekannten österreichischen Entwicklung dem preußischen Ministerium nun auch amtlich mitgetheilt worden, welche amtliche Mittheilung hier natürlich sehr überrascht hat, da man die Sache bisher nur als eine in die Oeffentlichkeit geworfene Idee betrachtet hatte. Wie wir hören, hat unser Ministerium dem österreichischen Cabinet auf die in Rede stehende Eingabe erwiedert daß man preußischerseits wegen der großen Wichtigkeit des Gegenstands genauern und bestimmtern Vorschlägen von Seite Oesterreichs entgegensehe, um für die bedeutungsvolle Angelegenheit von vornherein eine auf die thatsächlichen Verhältnisse anwendbare wirkliche Handhabe zu gewinnen. Es steht nun zu erwarten ob Oesterreich in der von Preußen gewünschten Weise ernstlich vorschreiten werde. Von preußischen Finanzmännern wird hervorgehoben daß eine solche Zolleinigung neben den anderweitigen Vortheilen für den bestehenden deutschen Zollverein auch mit materiellen Nachtheilen verknüpft seyn würde, indem die Zolleinnahme in Oesterreich auf den Kopf fast ein Drittel weniger betrage als im deutschen Zollverein. Auf der andern Seite würden sich allerdings auch Nachtheile für die österreichische Industrie herausstellen. Die gegenseitige Ausgleichung würde nun, wie man sich nicht verhehlen könne, mit manchen großen Schwierigkeiten verknüpft seyn, zu deren wirklicher Beseitigung ein entschieden ernstlicher Wille das Haupterforderniß seyn würde. (O.-P.-A.-Z.)

In der Sitzung der ersten Kammer vom 10 Nov. theilte der Präsident der Versammlung mit daß er Veranlassung genommen den Abg. Temme, nachdem eine angemessene Frist nach der Bestätigung dessen Wahl vergangen ohne daß dessen Eintritt in die Kammer erfolgt, zu einer bestimmten Erklärung über seinen Eintritt aufzufordern. Hr. Temme habe auf die Aufforderung bereits geantwortet daß gegen ihn wegen Theilnahme an den Beschlüssen in Stuttgart die Voruntersuchung wegen Hochverrath schwebe, und daß er sich in Haft befinde. Er (Präsident) habe deßhalb, auf Grund dieser Erklärung, die Untersuchungsacten eingefordert, nach deren Eingang er das weitere mittheilen werde.

Oesterreich. *** **Wien**, 11 Nov. Man hat den nationalen Zwist der österreichischen Völker unter einander dadurch auszugleichen gesucht daß man von Seite der Regierung die sogenannte Gleichberechtigung erklärte.

Die kleinen Nationen, in welchen wie bei allen kleinen Leuten die Eitelkeit am stärksten ist, haben daraus eine mystische Formel gemacht, deren Kraft sie das Entstehen des neuen Oesterreichs zuschreiben möchten. Wie weit man mit dem vieldeutigem Worte sein Spiel trieb und es übertrieb, dafür liefern namentlich die slavischen Zeitungen täglich noch sehr kurzweilige Beispiele. Zuletzt drehte sich aber alles um die Sprache welche von den richterlichen und verwaltenden Behörden und in Schule und Kirche gesprochen werden sollte. Die österreichische Regierung verstand unter der Gleichberechtigung wohl nur den verneinenden Sinn des Wortes: die Staatsgewalt solle nicht eine Sprache aufdringen, die von den einzelnen Stämmen nicht gekannt oder verschmäht würde. Allein das Wort war zweideutig, und namentlich die Slaven fanden seine positive Bedeutung heraus, nach welcher sie neben vielen andern Dingen auch verlangten, daß der Gesetzgeber zu jedem Volksstamm in seiner Sprache reden solle. Die Regierung ihrem Worte getreu, fügte sich und so erschien das Regierungsgesetzblatt in zehn verschiedenen Sprachen. Und gerade wo die imperativen Grundsätze lebendig werden sollen, muß es sich zeigen ob jenes Verlangen nicht vielleicht ein kindisches war, welches sich von der menschlichen Allmacht der Regierung vom Himmel herab Mond und Sterne als Spielzeug ausbat. Das Reichsgesetzblatt erscheint immer mit doppeltem Texte, und zwar mit einem deutschen und dem andern fremden Texte. Es hat sich schon bei der Abfassung der ersten Gesetze gezeigt daß man bei gutem Willen nicht einmal die Sache durchführen könne, denn unter den zehn Sprachen finden sich nur wenige mündige. Man kann im Deutschen und Italienischen vollständig, im Magyarischen, Tschechischen und Polnischen genügend ausdrücken was man sagen will, die andern Sprachen aber, das Serbische, Slavonische, Ruthenische, Walachische und Illyrische sind so arm an Begriffen, daß das Uebersetzungsbüreau im Justizministerium voll Seelenqual ist, wie das Fegefeuer. Die Cultur und ihre feinen Bedürfnisse haben sich zu rasch entwickelt als daß ihnen die ungebildeten, zum Theil bildungsunfähigen, Sprachen folgen konnten, und jetzt wo nun der Serbe, Walache und Ruthene vor dem Gesetz seine Sprache reden darf, wird er gewahren daß ihm die Erlaubniß nichts hilft wenn ihm die Fähigkeit zum Gebrauche mangelt. Weit entfernt daß das Regierungsblatt die nationalen Belebungsversuche fördern würde, verbreitet es durch den deutschen Text geradezu und sehr wirksam die deutsche Sprache. Man hat einem eigensinnigen Wunsche gewillfahrt und ohne Absicht, ja wider Absicht ist gerade die deutsche Sprache zur Gesetzessprache für das ganze Kaiserreich geworden, weil man bei Controversen nach den Regeln der Vernunft den Urtext als entscheidend im Zweifel betrachten muß; denn obgleich als Originaltext in allen einzelnen Sprachen verkündet, weiß doch jeder Oesterreicher daß die Gesetze deutsch berathen und deutsch verfaßt, dann aber übersetzt werden.

(Oesterr. Corresp. vom 12 Nov.) Die vom Grafen C. A. Festetics redigirte Zeitung „Morgenpost", dem Vernehmen nach ein Ableger des vor kurzem mit Verbot belegten „Telegraphen", ist von der Militärbehörde für die Dauer des Belagerungsstandes suspendirt worden. Der kais. russische Generalmajor Kuprianoff, dem in der Schlacht bei Debreczin beide Füße abgeschossen wurden, ist hier glücklich geheilt worden und am 10 d. M. in Begleitung seiner Angehörigen nach Warschau abgereist. Se. Maj. hat den Tapfern während seiner Anwesenheit zu Wien mit dreimaligem Besuch beehrt. Neuesten aus Paris eingetroffenen Meldungen zufolge hat das französische Gouvernement beschlossen die Flotte aus den levantinischen Gewässern zurückzurufen. Dieselbe soll nach kurzem Aufenthalt im Hafen von Neapel nach Toulon zurückkehren. Der bezügliche Befehl ist bereits telegraphisch an den Marinepräfecten zu Toulon ergangen, welcher ihn mittelst eines Separatdampfschiffs an den Admiral Romain Desfossés abgehen lassen wird. Hiermit scheint die orientalische Differenz definitiv dem Abschluß zugeführt zu seyn.

Die Austria sagt: „Das Handelsministerium sollte selbst die Leipziger Messe durch hiezu taugliche Männer besuchen lassen welche ein Sortiment von allen inländischen Manufacturen mitnehmen. Wenn auch die erste Sendung mißlingt, so versuche man eine zweite und eine dritte. Uebersehen wir nicht daß Oesterreich bei all seiner jetzigen Isolirung doch von dem Auslande schon so in den Kreislauf aufgenommen worden ist daß jegliche Handelscrisis von außen auch fur Oesterreich seine Wirkung hat. Ist in den Außenstaaten verstärkte Nachfrage um Rohstoffe, Gespinnste, Seide, so muß Oesterreich auch alles theurer zahlen, obgleich es auf seinen Handel zu Hause gar keinen Einfluß hat, während, wenn sein Geschäft schlecht geht, es doch die Urstoffe um nichts billiger erhält. Also wenn wir das Schlimme theilen, warum denn nicht auch das Gute? Oesterreichs Industrie hat keine Concurrenz zu fürchten, und die deutsche gewiß nicht. Die Weltmärkte besuchen, anschließen wo es nur irgend reelle Vortheile bringt, und die Handels-Institutionen auf möglichst freie Basis gründen, müßte Oesterreichs Industrie und Handel den Aufschwung geben wozu es durch Natur, Bildung und Politik in gleichem Maße befähigt und berechtigt ist."

△ **Wien,** 12 Nov. Aus der Pesther Ztg. erhalten wir nun die Bestätigung daß kein Todesurtheil mehr vollzogen wird, wenn auch eine ganze Reihe von Strafurtheilen die Spalten des besagten Journals füllt. Erfreulich ist es daß der Präsident des ungarischen Unterhauses Dionys v. Pazmandy gänzlich freigesprochen worden ist. Er war zu seiner Zeit (kraft eines Decrets das noch die Unterschrift des Erzherzogs Stephan trug) mit Hrn. v. Szalay nach Frankfurt als Gesandter Ungarns geschickt worden. In seiner Stellung als Präsident des Unterhauses entwickelte er ein sehr bedeutendes Talent. In einer früheren Untersuchung war er schon vom Fürsten Windisch-Grätz freigesprochen worden, und ist jetzt in einem Alter wo er seinem Vaterlande noch viele Jahre zu nützen im Stande wäre. Unter den hiesigen Studirenden, deren Zahl trotz des Belagerungsstands immerhin beträchtlich ist, wird gegenwärtig eine „Purification" vorgenommen, und werden diejenigen die in irgendeiner Weise von früherer Zeit her gravirt sind ausgewiesen. Auch einige Journalisten erlitten im Lauf der letzten Woche ein ähnliches Schicksal. In einem Schreiben aus Konstantinopel vom 31 Oct., welches der Wanderer mittheilt, heißt es daß zwei Flotten (eine französische und eine englische) vor den Dardanellen Anker geworfen haben, *) um die Pforte zu schützen. Wir erfahren indessen aus ganz zuverlässiger Quelle daß in Paris bereits friedlichere Gedanken durchgegriffen haben. Der Präsident der Republik hat an den Theil der Flotte welcher nach den Dardanellen bestimmt war, Befehl ergehen lassen umzukehren und in einen französischen Hafen einzulaufen. Der „Wanderer" meldet zugleich daß Hr. v. Demidoff in Konstantinopel angekommen ist, um durch den Zauber den er mit sich führt die Minister zu stürzen. — In Pesth soll man das geheime Archiv Kossuths aufgefunden haben.

* **Triest,** 9 Nov. Ueber die magyarische Flüchtlingsfrage haben wir aus der Levante keinerlei Notiz erhalten; doch scheint man dort nicht dadurch beunruhigt zu seyn. Die englische Flotte war noch am 27 in den kleinasiatischen Gewässern. Die letzte Woche des verflossenen Monats war eine Schreckenszeit in dem levantinischen und namentlich auf dem schwarzen Meer. Man meldet von einer Menge Schiffbrüche. Gestern ist im ganzen Stadtgebiet beim Civil gar kein Cholerafall mehr vorgekommen, und beim Militär nur ein einziger. Die Sanitätscommission hat nun beschlossen keine Bulletins mehr auszugeben. Vom 13 Aug. bis 5 Nov. zählen wir 4927 officiell constatirte Fälle, von denen 2063 mit Tod endeten. Ein Hülfsspital wurde geschlossen. Die Colleete für die unglücklichen Familien hat bereits 32,500 fl. eingetragen.

Innsbruck. Hr. Ludw. Schnell hat eine Erzählung: „Die Vertreibung der Zillerthaler" betitelt, zu Hamburg bei Campe erscheinen lassen. Es ist gewiß erfreulich einheimische Stoffe nach und nach zur Geltung kommen zu sehen, umsomehr wenn sich eine so geschickte Feder, wie die unsers verehrten Landsmannes Schnell, mit demselben beschäftigt. Seine Erzählung enthält manche gelungene Züge, namentlich die Schilderung des jetzt selig im Herrn entschlafenen Landtags. (Innsb. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth,** 8 Nov. Baron Haynau erließ dieser Tage einen Armeebefehl, worin alle politischen und militärischen Behörden angewiesen wurden: in Zukunft Verhaftungen in politischen Anschuldigungen nur dann vorzunehmen wenn in der Anzeige das Vergehen genau bezeichnet und auch die Zeugen genannt sind die es bestätigen können. Willkürliche und unbegründete Verhaftungen sind fortan nicht bloß untersagt, sondern sie werden auch streng geahndet werden. Wir finden das sehr zeitgemäß, denn Privatrache und Geldgier waren nur zu häufig bei diesen Denunciationen im Spiele, und die öffentlichen Ankläger hatten beinahe eine so leichte Rolle als weiland die Löwenrachen in Venedig, darein man politische Verdächtigungen zu werfen pflegte. Wie verlautet, sollen nicht bloß die geschleiften Festungswerke Ofens wieder aufgebaut werden — was ich bereits vor längerer Zeit berichtete — sondern auch die benachbarten Anhöhen, mit Verschanzungen versehen, eine Art großes verschanztes Lager bilden. Frhr. v. Gehringer hat als bevollmächtigter kaiserlicher Commissär für die Civilangelegenheiten in Ungarn mittels einer Circularverordnung das am 20 Oct. erlassene kaiserliche Patent bezüglich des für Ungarn genehmigten Steuerprovisoriums nebst der nöthigen Instruction zur Durchführung desselben an alle Districtual-Obergespäne herausgegeben. — Der Leopoldimarkt hat eine Menge Kaufleute und eine noch größere Masse von Frachtgütern nach Pesth geführt. Letztere wurden in solchem Gewicht hieher transportirt daß kürzlich das Dampfschiff Johann, das aus den untern Gegenden kam, fast untergegangen wäre. Trotz der Thätig-

*) Wir verweisen auf unser heutiges Schreiben aus Triest vom 11 Nov., das die Bewegung der Flotten bestimmter angibt.

keit welche die neuerrichteten Vice-Stadthauptmannschaften entwickeln, wird die öffentliche Sicherheit mitunter nächtlicher Weise gestört. So erfolgte in der vergangenen Nacht ein verwegener Einbruch auf der Kecskemeterstraße.

: : **Pesth**, 9 Nov. Der eigentliche Mörder des unglücklichen Feldmarschallieutenants Grafen Lamberg, der am 28 Sept. v. J. auf der Budapester Schiffbrücke grausam hingeschlachtet wurde, ein gewisser Kolossy, gerieth gestern in die Hände der strafenden Gerechtigkeit. Kolosy, der sich sechs Jahre lang in Pesth durch Stundengeben als Privatlehrer sein Brod verdiente, war der Wütherich welcher dem unglücklichen Grafen den ersten Hieb versetzte und später das blutige Schwert im Triumphe durch die Straßen der Hauptstadt trug. Der Mörder kehrte kürzlich unter anderm Namen nach Pesth zurück, hielt sich hier bereits acht Tage auf, und wurde, als er seinen falschen Paß in dem Paßbureau abholte, erkannt. Es besteht nämlich die Verordnung daß jeder seinen Paß selbst abholen muß. Die Sistirung der Todesurtheile für politische Verbrechen in Ungarn hat bereits Früchte getragen: das Todesurtheil von drei bei dem Großwardeiner „Blutgerichte" Betheiligten und zwei Stuhlweißenburger Meuterern wurde von dem General en Chef Feldzeugmeister Baron Haynau im Wege der Gnade zu Festungsarrest und Schanzarbeit gemildert. Wie verlautet, soll sich unter den kürzlich aufgespürten und verhafteten politischen Compromittirten auch ein Graf Bethlen befinden. In militärischer Beziehung nichts neues. In der mercantilischen Welt haben sich die glänzenden Erwartungen keineswegs gerechtfertigt die man bezüglich des laufenden Leopoldijahrmarkts hegte. Die ungarischen Geldwirren äußern noch immer einen etwas lähmenden Einfluß auf den Geschäftsverkehr auf dem hiesigen Platze. Das Schuljahr an der Pesther Hochschule ist gestern mit dem alljährlich üblichen heiligen Geistamt eröffnet worden. Am 21 Oct. fand in Fünfkirchen die Einweihungsfeier der kürzlich von Seite des päpstlichen Stuhls erfolgten Heiligsprechung des ersten Fünfkirchner Bischofs Maurus statt. — Unsere Journalistik ist noch immer allein durch die Pesther Zeitung repräsentirt, doch hat der bekannte ungarische Schriftsteller Ignaz Nagy die Erlaubniß zur Herausgabe eines „Damencouriers" (**Hölgy futár**) erhalten. Im Nationaltheater wurde gestern nach zwei Jahren zum erstenmal wieder ein ungarisches Originallustspiel aufgeführt. Es führt den Titel „Gazday nö" (eine reiche Frau) und hat den Litteraten Josef Csanyuga zum Verfasser. Es ward beifällig aufgenommen. Die Eröffnung des deutschen Interimstheaters dürfte am 16 Nov. erfolgen. Die zeitweilig eingestellten Fahrten der Theiß-Dampfschiffe zwischen Szolnok und Szegedin werden morgen aufs neue aufgenommen werden. Bezüglich der ungarischen Eisenbahn ist die militärische Paßcontrole aufgehoben worden, und hat ein städtischer Commissär die Aufsicht im Bahnhof erhalten.

* **Pesth**, 9 Nov. Heute ist wieder eine Liste mehrerer kriegsgerichtlichen Urtheile erschienen, darunter einige welche den Tod mittelst Strang verhängen, die aber von Seite des Obercommandanten Feldzeugmeister Haynau im Wege der Gnade in mehrjährige Gefängnißstrafe umgewandelt wurden. Unter den zum Tod verurtheilten befinden sich drei Individuen welche Mitglieder des sogenannten Blutgerichts zu Großwardein waren. Wir bemerken auch den Namen Fenyes darunter, wissen aber nicht ob es der bekannte Statistiker dieses Namens ist. Paul Nyari, Mitglied des ungarischen Vertheidigungsausschusses, ist unter Bedeckung von Arad nach Pesth gebracht worden; man glaubt daß wegen sehr mildernder Umstände sein Urtheil sehr mäßig ausfallen werde. Ein Gerücht, welches den berüchtigten Ladislaus Madaraß zur Haft bringen ließ, bestätigt sich nicht; es heißt jetzt, er sey in dem Augenblick als er hätte verhaftet werden sollen, entsprungen. Sein Bruder, Joseph Madaraß, vormaliger Deputirter, befindet sich in Gewahrsam. Gestern fand hier eine geheimnißvolle Verhaftung statt; man sagt es wäre Kolossy, einer der Hauptmörder des unglücklichen Lamberg. Die Dampfschifffahrt auf der Theiß, welche wegen niedrigen Wasserstandes unterbrochen wurde, was hier viel Gerede und nachtheilige Gerüchte veranlaßte, wird, laut einer heute erschienenen Kundmachung, theilweise wieder eröffnet, und alle jene Lügengerüchte von Aufständen, feindlichen Einfällen u. s. w. zerfallen auch bei den Leichtgläubigen in ihr nichts. Die vielbesprochene außerordentliche Besteurung der Juden in Pesth, Ofen und mehrern andern Orten des Landes hat in der Art eine Modification erhalten, wonach diese Strafbesteurung einzelner Gemeinden, die zusammen die Summe von etwa 2,300,000 fl. C. M. beträgt, auf alle Judengemeinden in Ungarn, mit Ausnahme Preßburgs und Temeswars, vertheilt wird. Man sieht der Staat muß unumstößlich sein Opfer haben, und was die einen Juden nicht leisten können, müssen die andern ersetzen. Der gegenwärtige Novembermarkt ist sehr lebhaft. Wolle wird in großen Quantitäten von In- und Ausländern zu erhöhten Preisen gekauft.

Großbritannien.

London, 10 Nov.

Gestern gab der neue Lordmayor der Stadt London in der Guildhall das übliche große Festmahl zum Beginn seiner Amtsführung. Außer den städtischen Behörden waren sämmtliche Minister, das diplomatische Corps u. s. w. eingeladen. Lord Palmerston beantwortete den Toast auf das Haus der Gemeinen, seine Rede spielte aber mit keinem Wort auf den dermaligen Stand der Politik an.

Frankreich.

Paris, 11 Nov.

Durch Decret vom 6 Nov. ist Hr. Magne zum Unterstaatssecretär der Finanzen ernannt.

Die Journale melden die Ankunft des englischen Conseilspräsidenten Marquis v. Lansdowne in Paris.

Vor dem Staatsgerichtshof in Versailles hat es wieder (in der Freitagssitzung) einen ärgerlichen Auftritt gegeben. Der Generaladvocat Suin hatte den Theil des Requisitoriums welcher die Schuld der einzelnen Angeklagten betrifft, vorgetragen und einer Zeugenaussage gedacht, als einer der Angeklagten, Schmitz, ihn mit den Worten unterbrach: „Niemand hat das Recht hier zu lügen." Der Präsident rügte diese Ungebührlichkeit und drohte ihn aus dem Gerichtssaal entfernen zu lassen. „Ich wünsche es nicht besser," versetzte Schmitz, „das ist mir lieber als Lügen zu hören." Nun stellte der Generaladvocat de Royer den Antrag daß Art. 222 des Strafgesetzbuchs, welcher von der Beleidigung eines Magistrats bei Ausübung seiner amtlichen Verrichtungen handelt, auf den Frevler angewendet werde, doch ließ er ihm noch die Wahl des Widerrufs. Mehrere seiner Nachbarn auf der Bank der Angeklagten flüsterten ihm zu er solle nicht eigensinnig seyn und den Vorwurf zurücknehmen, allein der sagte ganz trocken: „Ich bleibe bei dem was ich gesagt habe." Ein anderer Angeklagter, Lemaitre, erhob sich zu begütigen: „Hr. Präsident! dieses Dementi gilt nicht dem Hrn. Generaladvocaten, sondern Hrn. Duthy (dem Zeugen)." Der Präsident verwies ihn zum Schweigen, fragte indeß ob einer der Advocaten einige Bemerkungen für Schmitz zu machen habe? Hr. J. Favre, obwohl die Art wie Schmitz seinem Unwillen Luft gemacht hatte streng mißbilligend, bat um Entschuldigung, um Schonung eines Menschen bei dem man natürlich finden müsse daß er in einer durch den langwierigen Proceß aufgereizten Gemüthsstimmung sey, er sprach von der Möglichkeit daß die Erinnerungen des Generaladvocaten vielleicht nicht ganz genau seyen, und wünschte daß wenigstens das Gericht nicht eher als am Schluße des Processes über den Zwischenfall erkennen möchte. Noch einmal ließ der Generaladvocat die Wahl des Widerrufs. Als jener auch jetzt noch hartnäckig blieb, trat der Staatsgerichtshof auf eine neue Aufforderung des öffentlichen Ministeriums ab, und verurtheilte den Angeklagten Schmitz zu zweijährigem Gefängniß.

Gestern sollte das Plaidiren anfangen. Hr. Michel (de Bourges) der den allgemeinen Theil der Vertheidigung im Namen sämmtlicher Angeklagten und mit Zustimmung sämmtlicher Sachwalter übernommen hatte, erklärte wiederholt, trotz der freundlichen Vorstellungen des Präsidenten Berenger, sein Vertheidigungssystem auf folgende Beweisführung bauen zu wollen. „Jede Verfassungsverletzung von Seiten einer Regierung begreift in sich: 1) das Recht des Aufstands; 2) das Recht des Widerstands, und subsidiarisch das Recht der Protestation." Zugleich erklärte er seinen Entschluß, im Fall diese Argumentation nicht gestattet würde, gar nicht zu plaidiren, und stellte demgemäß seine Conclusionen, die er aus der Verfassung zu begründen suchte. Der Generaladvocat de Royer bekämpfte in einer ausführlichen Gegenrede, gleichfalls auf den Grund der Verfassung, diese staatsgefährliche Lehre, und der hohe Gerichtshof faßte nach einer stündigen Berathung einen zustimmenden Beschluß. Hr. Michel erwiederte: er unterwerfe sich ehrerbietig der Ansicht des Gerichtshofs und habe nichts weiter zu sagen. Nun wurde einer der Advocaten um den andern aufgefordert zu plaidiren, alle weigerten sich. Der Präsident sah sich genöthigt die Sitzung aufzuheben, und die weitern Verhandlungen bis Montag zu vertagen, um neue Vertheidiger von Amtswegen zu bestellen, die theils aus dem Barreau von Versailles, theils von Paris genommen werden sollen. Die Angeklagten gaben indeß zum voraus die Erklärung sie würden keinen dieser Advocaten annehmen, sie wollten entweder eine freie Vertheidigung oder gar keine. Unter ungeheurer Aufregung ging man auseinander.

♂ **Paris**, 10 Nov. Der Jahrestag des achtzehnten Brumaire ist ohne den Staatsstreich von dem das Publicum seit der Erscheinung der Präsidentenbotschaft geschäftig kannegießerte, wie ein anderer neurepublicanischer Novembertag, unter nebligem Sonnenschein und

dem far niente der erwartungsvollen Nationalversammlung ruhig und unbedeutend vorübergegangen. Nun kommt, um den furchtsamen Gemüthern völlig alle Besorgniß zu nehmen, noch der alte graue Moniteur und erklärt, nach guter deutscher Art, alle Gerüchte die über allerhöchsten Orts geschmiedete Pläne die Schranken der Verfassung zu durchbrechen im Gange seyen, für gehässige Verleumdungen und ähnliche Schandthaten. Ich habe nie an das Vorhandenseyn reifer Pläne dieser Art ernstlich geglaubt; ich nahm bei den Personen denen sie zugeschrieben wurden ein zu großes Maß von Bescheidenheit in Abschätzung ihrer eigenen Kräfte an, um sie des klaren und festen Gedankens an solche Tollkühnheit zu zeihen, und würde jeden Ansatz zur Verwirklichung derselben nur aus momentaner Geistesabwesenheit herleiten. Diese Bescheidenheit wird durch die Erfahrungen genährt welche man über die Stimmung des Heers und der Bürgerwehr zu machen Gelegenheit hatte. Vor einigen Tagen war großes Essen bei General Changarnier; verschiedene Würdenträger der Garnison und der Nationalgarde waren geladen. Nachdem über dieß und jenes während des Mahls kurz oder lang war verhandelt und geschwatzt worden, brachte man beim Nachtisch zwischen der Birne und dem Käse, wie die Franzosen zu sagen pflegen, die Reden anscheinend zufällig und in heiterer Weise auf die Frage wie sich bei einem vorkommenden Staatsstreich die Linie und die Bürgerwehr verhalten dürften, und siehe da, einstimmig fiel die Antwort dahin aus daß sie für ein solches Unternehmen ihre Mitwirkung schlechterdings versagen würden. Die Nachricht die ich Ihnen hier melde, beruht nicht auf einem Geruchte; Sie können sie als außer allem Zweifel annehmen. Ich weiß daß eine solche Kundgebung nicht viel für den Tag der Schlacht beweist, und mancher der jetzt vielleicht in ungemischt gutem Glauben seinen Vorsatz ausspricht gegen jeden feindlichen Eingriff zur Verfassung treu und muthig zu stehen, wenn er im entscheidenden Augenblick die Zunge der Wage sich auf die andere Seite neigen sähe oder nur sich neigen zu sehen glaubte, seine früheren Betheuerungen vergessen oder wenigstens zum Schweigen bringen würde. Im Elysée aber ist man zum mindesten eben so ehrgeizig als bedächtig, man zählt nicht unbesonnen auf einen Umschwung der Gewissen, und es müssen sich ganz außerordentliche Aussichten darbieten, die Verhältnisse müssen sich unendlich verführerisch gestalten, ehe man sich zum Zugreifen entschließt. Den Fall der völligen Geistesabwesenheit rechne ich natürlich noch extra. Es kann jeder von uns ein Narr werden.

Italien.

= **Rom,** 3 Nov. Die Reaction, durch das vorgesehene obwohl nicht völlig ungetrübte Resultat der römischen Discussion in der französischen Kammer ermuthigt und sich gesichert glaubend, läßt nun die härtesten Schläge auf alle Classen der Bevölkerung fallen. Nach der nothwendigen Wiederherstellung aller Abgaben welche von der republicanischen Regierung waren abgeschafft worden, nach der Verjagung oder Verhaftung aller derjenigen die sich in den weitreichenden Ausnahmskategorien der Amnestie befinden, nach Verabschiedung fast aller Officiere und Absetzung der unter der Republik ernannten Beamten, kommt nun die Reihe an die übrigen Beamten und Angestellten welche entweder der Republik ihre Verpflichtung gegeben, oder auch ohne diese, da wo sie nicht war gefordert worden, ihre Dienstpflicht zu thun fortgefahren haben. Seit dem 1 d. zählt man über 200 Absetzungen in den Provinzen und an 100 in Rom allein; vielleicht ist diese Zahl im Augenblick wo ich schreibe noch größer geworden. Ueberall auf den Straßen Roms begegnet man Leuten die sich gegenseitig mit den Worten anreden: „Wiß't Ihrs schon? mein Bruder, mein Sohn, mein Vater, mein Vetter hat seine Stelle verloren." Es ist ein wechselseitiges Beklagen, trauriges Händedrücken, bedenksames Ohrenflüstern; man sieht so viele entmuthigte, zornige Gesichter; das an Festtagen besonders gewöhnliche lebhafte Gewimmel im Corso ist zu einem so gedrückten Vorbeischleichen geworden daß wenn man etwa mit gutem Humor ausgegangen ist, man in melancholischer Stimmung wieder nach Hause kommt. Die meisten der Abgesetzten gehören der gemäßigten Partei an; viele keiner Partei. Es sind Leute die eine kleine Stelle inne hatten, und um diese nicht unter der Republik zu verlieren, da sie zum Unterhalt ihrer Familie nöthig war, derselben ihre Adhäsion gegeben, viele auch aus Furcht von den Republicanern übel behandelt zu werden. Im Ministerium des Innern sollen der Abgesetzten über 60 seyn. Ebenso viele unter den Beamten und Dienern der apostolischen Paläste. Von Monsignor Savelli's Austritt aus dem Ministerium wird kein Wort mehr gesprochen, wohl aber von seinen Vorkehrungen zu der nahen Ankunft des Papstes. Diese soll nun aufs neue wieder in die Ferne geschoben seyn, obgleich alles schon für seine Reise bereit war — die neapolitanische Escorte bis zur römischen Gränze, dann die spanische bis Velletri, endlich die französische bis zum Vatican, wo über Hals und Kopf geputzt, gefegt und gemalt wurde. Nun heißt es der Papst habe den römischen Deputationen die ihn um baldige Rückkehr anzuflehen nach Portici gekommen waren, geantwortet: unter den gegenwärtigen Umständen könne er, trotz seines heißesten Wunsches in seine Hauptstadt zurückzukehren, die Zeit noch nicht bestimmen wo dieß möglich seyn würde. Man erwartet die Deputation dieser Tage wieder zurück. Auch General d'Hautpoul, der neuernannte französische Obergeneral, wird täglich erwartet. Seine Abreise aus Paris soll aber verzögert worden seyn, weil er durchaus nicht annehmen wollte, wenn ihm nicht zugleich die Gesandtschaft zu Rom in die Hände gegeben werde, und zwar unmittelbar nach seiner Ankunft. Dieser Wunsch soll ihm auch gewährt worden seyn.

Florenz, 7 Nov. General Baron v. Aspre ist gestern Nachts von hier abgereist; wie schon erwähnt, heißt es, daß ein Fürst von Liechtenstein das Commando der österreichischen Truppen in Toscana übernehmen werde. — Hr. Garnier-Pagès ist in Florenz angekommen. — Am 4 d. M. starb dahier der Sohn des Pascha von Candia, der vor einiger Zeit von seinem Vater nach Florenz gesandt worden um da vom Stein curirt zu werden, in Folge einer unglücklichen Operation.

Schweiz.

△ **Bern,** 11 Nov. Mit der Aufforderung an die Kantonsregierungen die Rechnungen der Kosten für die Verpflegung der Flüchtlinge in kürzester Zeitfrist einzuschicken verbindet der Bundesrath die Anzeige daß er die Entschädigung für die Flüchtlinge möglichst beschränken und dieselbe nur noch denjenigen leisten werde, welchen sie durchaus unentbehrlich ist. Die Kantonsregierungen haben nun im Auftrag des Bundesraths die nicht besonders gravirten Flüchtlinge eingeladen sich ungesäumt Pässe von ihren Heimathsbehörden zu verschaffen, und dann die Schweiz zu verlassen. Der Bundesrath hat nämlich von den Regierungen Badens, Württembergs, Bayerns, Nassau's, Hessens und Preußens die Zusicherung erhalten daß die Rückkehr denjenigen Flüchtlingen welche sich nicht besonderer gravirender Vergehen schuldig gemacht haben, insofern gestattet sey, wenn sie sich über die Identität der Person durch auszuwirkende heimathliche Ausweisschriften legitimiren können. Flüchtlinge, welche zur Volkswehr und zum Aufgebot gehört haben, können mit aller Sicherheit zurückkehren, besonders die Unterofficiere und Soldaten. Soldaten, welche zur eigentlichen Armee, d. h. einem Regimente oder einem besondern Korps gehört haben, werden nicht mehr nach Rastatt escortirt, sondern lediglich in ihre Heimathgemeinde instradirt. Diese Bestimmungen sind auch auf die nicht allzusehr compromittirten Unterofficiere anzuwenden; ja sogar die Soldaten und Unterofficiere die während des Aufstandes Officiere geworden sind, werden als nicht besonders gravirt betrachtet, wenn nicht andere Gründe vorhanden sind. Württemberger können, wenn sie mit heimathlichen Ausweisen versehen sind, ohne alles Hinderniß zurückkehren. Diese Aussichten sind nun allen Flüchtlingen mitgetheilt worden, und bei weitem die größte Mehrzahl hat sich sogleich entschlossen heim zu gehen. Durch Vermittelung theils der Polizei, theils der Gesandten werden nur Heimathscheine verschrieben, und in etwa vierzehn Tagen ist die Schweiz von ihren Gästen befreit. Die Badener, Württemberger und Bayern haben sich gar nicht besonnen; die Preußen, Hessen und Nassauer, deren aber nur wenige sind, sind noch nicht entschlossen. Aber nicht nur diejenigen Flüchtlinge welche in den Casernen untergebracht sind, sollen zurückkehren, auch den übrigen, die bei Privaten Arbeit gefunden haben, ertheilt der Bundesrath die Mahnung in die Heimath zu gehen, da sie ohne Ausweisschriften doch früher oder später aus der Schweiz ausgewiesen werden müßten, indem sie sonst dem Lande als Heimathlose zur Last fallen könnten, und durch die Concurrenz welche sie den Landesangehörigen machten, die Volksstimmung gegen sie sich immer drohender gestalte. Täglich gehen nun Abtheilungen von Flüchtlingen weg. Es hält schwer jedem wenigstens so viel Reisegeld zu geben daß er, auf deutschem Boden angekommen, nicht genöthigt ist sogleich zu betteln. Man sagt die badische Regierung habe von der Schweiz eine Loskaufsumme von 6000 fl. für die in Rastatt gefangen gehaltenen Schweizer verlangt — ein Gerücht welches noch sehr der Bestätigung bedarf. Morgen tritt die Bundesversammlung zusammen; aber aller Augen sind mit gespannter Erwartung nach Genf gerichtet. Denn das ist gewiß daß dort wenigstens für die nächste Zukunft das politische System der französischen Schweiz festgestellt wird. Siegen die Conservativen, so werden die Kantone Waadt, Freiburg und Neuenburg zunächst den Einfluß dieses Ereignisses erfahren, und selbst Bern wird die Folgen spüren. Jede Partei rechnet sicher auf den Sieg. Die Katholiken werden entscheiden, denn man rechnet 3000 Radicale, ebenso viele Conservative und 4000 Katholiken. Die Wahlpamphlete der Radicalen treten in ungescheuter Zügellosigkeit auf. Der „Revenant", der an der Spitze ein Auge als Emblem trägt mit dem Motto: „Aug um Aug, Zahn um Zahn!" sagt unter an-

derm: „die Kanonen von St. Gervais sind wohl verwahrt, und man wird sie nicht mit Erbsen laden." Ferner: „die Scene wird mit einer Volksjustiz schließen, Drama mit großem Spectakel, Kanonen- und Kleingewehrfeuer; man wird dabei die „Laterne" tanzen, ein tragischer Pas, der mit einem großen Sprunge endigt, ein Bein in der Luft, und das andere auch nicht am Boden." Der Staatsrath hat über seine dreijährige Verwaltung einen ausführlichen Bericht abgestattet, welchen der große Rath in 5000 Exemplaren unter das Volk vertheilen ließ. Es geht aus demselben hervor daß die Administration zwar die Ausgaben zu decken vermochte ohne dem Volke neue Abgaben aufzulegen, daß dieß aber nur durch das Anlehen von mehr als 2 Millionen möglich war, welches mittels Zinses und jährlicher Abschlagszahlung die kommenden Budgets mit jährlichen Deficits von 125,000 Fr. belasten wird. General Dufour, der auf der Candidatenliste der Conservativen steht, ist gegenwärtig in Bern und geht nicht zu den Wahlen nach Genf.

Türkei.

* **Triest,** 11 Nov. Der Dampfer aus der Levante, welcher eben anlangt, bringt uns die Nachricht daß die englisch-französische Flotte in den Dardanellen sich befand (bei Beßicabey). Am 3 Nov. war in Konstantinopel ein englischer Dampfer mit Depeschen des Admirals Parker an Sir Stratford Canning eingetroffen. Ueber die österreichisch-russische Frage verlautet nichts mit Bestimmtheit, und der eben in Konstantinopel eingetroffene russische Dampfer schien auch nichts entscheidendes gebracht zu haben.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 6 Nov. 3proc. 27 1/2 P.

Augsburg, 14 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 84 1/2 P. 4proc. 92 1/2 P. 5proc. 100 3/8 P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 1/2 P. Bankactien II. Sem. 1115 P. Württ. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 13 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/4; Bankactien 1311; preuß. Staatsschuldsch 88 1/4; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 83 3/4; Ludwigsh.-Berbach 84 3/4; württemb. 3 1/2proc. 80 5/8; 4 1/2proc. 94 1/8; bad. 5proc. 97 3/4; 3 1/2proc. 78; darmstädt. 4proc. 88 5/8 P.; 3 1/2proc. 81 3/4; naß. 5proc. 101 3/8; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankfurt 3proc. 79 1/2; 3 1/2proc. 92 1/2, 88 1/2; Disc. 2 1/2 G.

♀ **Wien,** 12 Nov. Das gestrige Sonntagsgeschäft im Börsenkaffeehause bot keine Veränderung in den Cursen dar. Die heutige Börse war in Folge der günstigeren Pariser Notirungen gut gestimmt und Fonds stellten sich höher. Zunächst besserten sich heute die 5proc. Metalliques um 1/2, und k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 und 1834 um 2 bis 3 Proc. gegen die letzte Notirung. Besonders war die Nachfrage in den 500fl.-Loosen vom Jahr 1834 lebhaft. Auch Nordbahnactien haben zum Schluß etwas angezogen. Der Wechselcurs auf fremde Plätze variirte wenig, doch waren Devisen sowie Comptanten im ganzen mehr angeboten, auch Gold und Silber etwas flauer. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94 3/8–94 1/2, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 84 1/4–84 3/8, Loose vom J. 1834 169 1/2–170, Loose vom J. 1839 115 1/2–116, Bankactien 1193–1195, Nordbahnactien 107 1/2–107 5/8, Gloggnitzer 108–108 1/2, Mailänder 78–78 1/4, Pesther 75–75 1/4, London (in l. S.) 10.51–10.52, Hamburg 158 G., Augsburg uso 107 3/4–108, Frankfurt 107 3/8–107 1/2, Amsterdam 150 1/2 P., Mailand 98 1/4–98 1/2, Livorno 105 1/2 G., Genua 124 1/2 G., Paris 127 3/4 P., Marseille 127 3/4 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 12 3/4–13, Silberagio 7–7 1/8 Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. L. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Afrika-Reisende. — Niederländische Hauseinrichtung. — Die Verfassung für Hamburg. — Schleswig. — Das Telegraphennetz in der österreichischen Monarchie. — Deutsche Ansiedelung in Ungarn. — Paris. (Die heilige Capelle. Foulds Finanzplan.) — Konstantinopel. (Die diplomatische Wirrniß.) — Neuestes. (Hessische und preußische Truppen ins Homburgische gerückt.)

Afrika-Reisende.

ↄ **Alexandria,** 24 Oct. **Nili caput quaerere** war schon in alten Zeiten ein Sprüchwort, das so viel bedeutete als „etwas unmögliches unternehmen.“ So viel Naturforscher, Geographen und Ethnographen auf verschiedenen Wegen zur Aufsuchung der Nilquellen sich auch in Bewegung setzten, so kamen sie nie ans angestrebte Ziel, und viele wurden ein Opfer der wilden Horden von Schwarzen, andere unterlagen den Einflüssen des Klima's in Centralafrika, und nur eine geringe Anzahl gelangte wieder in die heimathlichen Gefilde. Da nun tauchte im verflossenen Jahr ein Mann aus England auf der dasselbe Ziel auf einem bis jetzt nicht versuchten Wege verfolgen wollte. Die zwischen dem vierten und achten Grad nördlicher Breite befindlich seyn sollenden Mondgebirge, auf denen der Ursprung des weißen Flusses gewöhnlich angenommen wird, versetzte sein schaffender Geist vielmehr unter den vierten Grad südlicher Breite, und dort beabsichtigte er das **caput** oder die **capita Nili** aufzusuchen. Gut, die Idee ist nicht zu tadeln einen neuen Weg vorzuschlagen, wenn man auf den verschiedenen alten, oft betretenen nicht zum Ziel gelangt. Die Art und Weise aber wie der Mann seine Idee auszuführen gedachte, ist so kühn daß ein nüchterner Verstand sie schwer begreift. Derselbe reiste, nur von einem zarten elfjährigen Söhnlein begleitet, über Aegypten nach dem rothen Meer, um unter dem vierten Grad südlicher Breite von der Ostküste ins Innere von Afrika zu dringen, bis er an die Nilquellen gelangen würde. Ohne die pecuniären Mittel und ohne die Kenntnisse der Sprachen gedachte der verwegne Nilquellenaufsucher ganz allein ins Innere sich zu begeben, als der englische Consul in Zanzebar sein „Veto“ gegen das weitere Fortschreiten einlegte. Der Unternehmer schreibt mir darüber folgendes, was für die seiner Idee mehr als der Ausführung derselben Zugethanen von Interesse seyn wird: „In Zanzebar wurde ich von dem dortigen brittischen Consul und Residenten am Hofe des sogenannten Imam von Muskat, welcher Sultan von Zanzebar ist, sehr gastfrei aufgenommen, aber er erklärte mir daß er die Ausführung meines Plans hindern müsse, weil er überzeugt wäre ich würde ermordet werden, sobald ich die Küste des festen Landes erreicht hätte, und daß das Blutvergießen, wenn es einmal angefangen, für **Dr.** Krapf und Hrn. Rebmann, welche sich an der Küste von Mombosa angesiedelt haben, sehr gefährlich werden könnte. Nachdem der Consul, Major Hamerton, erklärt hatte er müsse mich, wenn ich mir nicht abrathen lassen wolle, durch die Macht des Sultans von der Ausführung meines Unternehmens abhalten, und nachdem er mir schriftlich seine Gründe gegen meine Reise entwickelt hatte, schickte ich dieselben an **Dr.** B. in London, der mir versprochen hatte durch seine Bekannten mit den nöthigen Geldmitteln mich zu versehen. Dieser antwortet mir daß meine gegenwärtigen Bewegungen eigentlich als eine zweite Expedition anzusehen seyen, und daß er nur für die erste Verpflichtungen übernommen habe. Durch diese Ansicht meint er es zu rechtfertigen daß er mir im ganzen Jahr 1849 kein Geld geschickt hat. Meine in Zanzebar eingezogenen Erkundigungen bestätigen keineswegs — wie Hamerton behauptete — die Unausführbarkeit meines Unternehmens. Es schien mir damals als ob die Freunde des **Dr.** Krapf mein Unternehmen mit einer gewissen Eifersucht ansähen: sie suchten mich wie ein Unkraut im Garten des geographischen Ruhms auszujäten. Krapf selbst schien mehr als seine Freunde über solche Eifersucht erhaben zu seyn: er erklärte mir daß er zu sehr vom Consulat abhänge, um es wagen zu können mir durch Rath und That beizustehen, ehe die Einwendungen des Consuls beseitigt wären. Kraft selbst hat jetzt eine Reise angetreten die dem gedruckten Plan der meinigen ähnlich ist. F. B.“ Ich habe Ihnen diese Angelegenheit so umständlich mitgetheilt, da sie, als die authentische, den Verirrungen mancher deutschen Zeitschriften, die früher die Reise des Hrn. B. besprachen und jetzt neuerdings besprochen werden, energisch und erfolgreich entgegenzutreten im Stande ist. Der evangelische Bischof, Hr. Gobat, ist von Jerusalem hier angekommen, und hat, nachdem er am verflossenen Sonntag eine erbauliche Predigt in englischer Sprache in dem hiesigen protestantischen Tempel abgehalten, seine Reise nach der Hauptstadt Kairo fortgesetzt, um nach Inspection der dortigen protestantischen kirchlichen und pädagogischen Anstalten über die Wüste wieder nach Jerusalem zurückzukehren. Eines deutschen Mannes muß ich noch erwähnen der das Land der Pharaonen zu seinen humoristischen Studien für diese Wintersaison ausgewählt hat, nämlich des Hrn. Bogumil Goltz, des bekannten Verfassers des auch in Ihrem Blatte seiner Zeit besprochenen „Buchs der Kindheit.“ Er ist mit heiler Haut und noch heiterer Seele hier angelangt, und verspricht die seiner wahren und zu gleicher Zeit humoristisch barocken Anschauungsweise eigne Färbung auch in der neuen bunten Sphäre, in die ihn die eigenthümlichen socialen und moralischen Verhältnisse des Orients versetzen, festzuhalten. Er wird seine Wanderung bis zu dem hundertthorigen Theben und den von Lipsius verstümmelten Königsgräbern fortsetzen. **Dr.** Rüppell von Frankfurt ist von seiner Reise nach Wadihalfa zurückgekehrt, und wird vier Monate in Kairo zubringen um eine Sammlung von Nilfischen zu veranstalten. Später wird er seine ichthyologischen Forschungen am rothen Meer fortsetzen. Vor zehn Tagen sind sechsundzwanzig politische Flüchtlinge von Venedig hier angelangt; eine weit bedeutendere Anzahl ist in Patras geblieben. Es sind meistens Officiere der Marine, die in Folge der Capitulation auszuwandern genöthigt waren. Ihre bisherige musterhafte Aufführung hat ihnen die Sympathie der hiesigen europäischen Bevölkerung erworben.

Niederländische Hauseinrichtung.

J. G. K. Wir sprechen in Deutschland viel von unserer deutschen Gemüthlichkeit. Wir verstehen darunter vermuthlich nur eine gewisse innerliche Gemüthlichkeit, die sich in den äußeren uns umgebenden Gegenständen nicht weiter abspiegelt. Ich bin hier in Gent in den Privathäusern einiger Familien aus- und eingegangen, und ich muß gestehen daß ich hier, wie überhaupt in Belgien, in Brüssel, in Brügge rc., wo ich Gelegenheit hatte in Privathäuser zu kommen, das Ideal einer häuslichen Umgebung, wie es einem gemüthlichen Menschen vorschweben möchte, und wie es der Innigkeit des Familienlebens und eines häuslichen Kreises erwünscht seyn muß, weit häufiger verwirklicht fand als bei uns.

Schon die Gewohnheit große casernenartige Häuser zu bauen, und darin viele Familien einzuschachteln, eine Gewohnheit die in Berlin, Dresden, München, Wien und vielen andern unserer größern Städte herrscht, ist hinreichend alle Gemüthlichkeit aus dem Styl der Wohnhaus-Architektur zu verbannen. In solchen Häusern sind die Hausflur, die Treppe, die Corridore nur eine Fortsetzung der Straßen, dem großen Publicum, das Straßenschmutz und Straßenlärm ins Innere des Hauses verschleppt, preisgegeben. Da verliert das Haus alle Heiligkeit und Ruhe, und das Princip: **my house is my castle** findet hier keine Anwendung. In den flämischen und holländischen Niederlanden, sowie denn allerdings auch in einem großen Theil des nordwestlichen, niedersächsischen Deutschlands, findet man jenes Princip selbst bei den neueren Bauten noch immer aufrecht erhalten. Und daß dieß geschehe, ist die Hauptbedingung für die ganze innere Gemüthlichkeit, Anmuth und Häuslichkeit der Wohnung.

Nur wenn er das ganze Haus bis auf die Hausflur herab selber baut oder einrichtet, kann jeder es sich nach seinem Geschmack und seiner Bequemlichkeit und nach seinen Bedürfnissen rechtmachen. Da wo die Baumeister Häuser auf Speculation bauen, muß eine casernenartige Einförmigkeit der Einrichtung entstehen. Die Zimmer werden fabrikmäßig zurecht geschnitten, und dem Miethsmann, je nach der Größe des Preises den er anbietet, eine gewisse Quantität davon zugemessen. Die Lust und Liebe zur Ausschmückung jedes Winkels im Haus erwacht nur da wo der Inwohner das Ganze sein Eigenthum nennt, und wo er es auch auf seine Kinder zu vererben gedenkt. Da bei uns der Eintritt und Durchgang in einem Hause jedem gestattet ist der einen von den hundert Inwohnern aufsuchen will, so ist die Hausflur, wenn überhaupt statt einer solchen nicht etwa bloß ein enger, ungeschmückter Gang, eine Fortsetzung der Straße existirt, fast immer sehr unheimlich, dunkel und schmutzig. Welches Gefühl von Behaglichkeit aber kommt uns beim Eintritt in ein flämisches, holländisches oder überhaupt niedersächsisches Haus sofort entgegen! Die Hausflur ist meistens groß und geräumig, ja gewöhnlich ein Spielplatz der Kinder der Familie bei schlechtem Wetter. Zur Zierde stehen Statuen und Büsten umher, oder es hängen bunte alte Oelgemälde, zuweilen die Porträts der frühern Hauseigner, der Vorfahren der jetzigen, an den Wänden. Der Eingangsthüre gegenüber an der Hinterwand der Hausflur ist in großem blinkenden Mahagonykasten die Hausuhr errichtet,

die allen Bewohnern des Hauses bei ihren Geschäften und Zusammenkünften zur Richtschnur der Zeiteintheilung dient, und mit ihren gleichmäßig schwingenden Tick-Tack und wohlbekannten Glockenschlägen durch alle Räume des Hauses tönt, gleichsam als sanfte Regentin und Ordnerin aller häuslichen Verrichtungen. In Deutschland verschwindet bei dem überhandnehmenden Casernenbau diese Regentin immer mehr und mehr. Die Hausflur ist selber schon ein Zimmer und zuweilen gar mit Teppichen belegt, immer nett gehalten, freundlich und erfreulich. In ihrer Mitte, der Hausuhr gegenüber, hängt von der Decke herab die Hauslaterne, oft ein uraltes in Rococostyl geschmücktes Möbel, deren traute Flamme jeden Abend sich entzündet, und alle Aus- und Zugänge die in der Hausflur münden verständig beleuchtet. In manchen deutschen Städten ist das Innere der Häuser, in Folge der Sparsamkeit der verschiedenen Hauspartien, die sich über die Kosten der Beleuchtung der Treppe und Corridore nicht einigen können, gar nicht beleuchtet, oder wenn Beleuchtung da ist, so sind es höchstens wie auf der Straße kahle, prosaische Gasflammen, die, wenn auch zur Erleuchtung, doch zur Gemüthlichkeit bei weitem nicht so viel beitragen wie die nach des Eigenthümers Geschmack eingerichtete Hauslaterne.

Oft findet man schon in den Hausfluren eine Fülle von Blumen und Gewächsen, und jedenfalls blühen in den Gehöften und andern kleinen freien Plätzen, welche zwischen den Nachbarhäusern und den Abtheilungen desselben Hauses bleiben, einige Aprikosenbäume, oder Weinstöcke, oder Mandelbäume an den Mauern, die vielleicht schon der Vater oder der Großvater pflanzte, und welche die Nachkommen mit derselben Sorgfalt zwischen den Steinen pflegen wie Bernhard de Saintine's Gefangener seine Picciola pflegte. Bei uns gibt es neben der Hausflur meistens nur ein sehr trostloses Gehöfte, das entweder für die Wagen bestimmt ist, wenn es ein Herrschaftshaus ist, oder für die Aufspeicherung von Waaren-Emballagen, Tonnen und sonstigen Utensilien, wenn Geschäftsleute da wohnen, oder, was meistens der Fall ist, für die Zusammenführung des Kehrichts und Schmutzes aus dem ganzen Hause.

Hier in den Niederlanden sind diese inneren Gehöfte und diese kleinen Zwischenräume verschiedener Größe und Gestalt, die zwischen den Nachbarhäusern bleiben, auf die mannichfaltigste Art benutzt und geschmückt. Selbst wenn sie zu Wagen-Remisen oder Polterkammer dienen mußten, hat man doch immer noch kleine Plätze für Blumen, Bäume, Bildsäulen, Springbrunnen oder für sonstigen Natur- und Kunstschmuck darin zu reserviren gewußt. Waren sie größer, so hat man dann die reizendsten kleinen Gärten daraus gebildet. Es wird wenige Städte geben durch deren Stein- und Mauermassen so viele Baumgruppen, Blumen-Parterres und Gartenanlagen sich hindurch schlingen und winden wie die niederländischen Städte. Wie wichtig und angenehm ist dieß für Städter die so vielfach in die vier Mauern ihrer Zimmer eingeschlossen sind!

Recht häufig fand ich Theile solcher Hausgehöfte in den belgischen Häusern mit Glas überdeckt, mit Sophas und Tischen möblirt, so daß ich nicht wußte ob ich dieß eine Fortsetzung der Hausflur, ein Zimmer, ein Gehöfte oder ein Gärtchen nennen sollte. Diese freien, lichtvollen Räume, die doch gegen Wind und Wetter geschützt sind, benutzen die Hausbewohner gerne zum müßigen Zusammensitzen oder zum Conversiren. Man sieht sie daher auch fast immer bevölkert. In unsern Häusern haben die Hausbewohner in der Regel kein anderes Rendezvous als den Platz in der Hausthür an den Straßen, wo man sie zuweilen conversirend stehen sieht. Dieß ist ziemlich ungemüthlich.

Ein deutscher Binnenlandbewohner, ein Obersachse, ein Thüringer oder Brandenburger, macht in der Regel schon große Augen wenn er zu den Städten unserer deutschen Niederlande, nach Bremen und Hamburg kommt, und sieht welchen zweckmäßigen und wohlthuenden Comfort die Menschen dort um sich her geschaffen haben. Allein er wird seine Augen noch viel größer machen wenn er einmal nach Belgien und Holland kommt, und den ganzen Hausapparat eines reichen Bürgers von Brügge, Gent oder Amsterdam in Augenschein nimmt. In der That fröstelt mich ein wenig, und es muthet mich nichts weniger als heimlich an, wenn ich mir hier in dem Hause eines Genter Kaufmanns oder Gelehrten den niedrigen Grad von Luxus und Kunstfülle zurückrufe mit dem sich in Deutschland ein Mann von einer gleichen Lebensstellung begnügt. Unbequeme hartgepolsterte Sophas, geflochtene, zerbrechliche Rohrstühle, Lithographien statt der Oelgemälde an den Wänden, unbequeme steinerne oder hölzerne Zimmerfußböden die kein Teppich bedeckt, und auf denen das Spielzeug der Kinder unordentlich zerstreut ist, Tische auf denen nicht weggesetzte Kaffeetassen oder andere gebrauchte Eßgeräthe herumstehen, und wo zwischendurch ein schmutziges Buch aus einer Leihbibliothek erscheint, Fortepianos von denen man beim Eintreten des fremden Besuchs, schnell die Hauben, Tücher oder was sonst darauf liegen blieb, wegräumt, und dergleichen Dinge kommen mir dabei in den Sinn. Statt dessen finde ich hier Speise- und Wohn-, Gesellschafts- und Arbeitsstube überall zweckmäßig geschieden; die Zimmer überall mit schönen Tapeten oder Oelgemälden, die Fußböden mit Teppichen, welche das Haken-, Nagel- und Rindsohlenleder-Geräusch aus dem Haus verbannen, wohlbedeckt. Eine eigene wohlversehene Bibliothek liefert den litterarischen Bedarf des Hauses. Was in die Küche, was ins Toilettenzimmer gehört, ist dahin gebannt und dort wohl aufgehoben. Das ganze Mobiliar ist reich, geschmackvoll, zweckmäßig und bequem, und es ist dabei neue Eleganz und alte Solidität in angenehmer Harmonie vermählt.

Da man in diesen Landen alle solidesten Holzarten der vier Welttheile zu den Möbeln verwandte, so erhalten sie sich lange, und man sieht in den Sophas und Stühlen, Tischen und Schränken in den Niederlanden ebensowohl wie in den Häusern der Städte selbst eine ganze Reihe von Zeitaltern vertreten. Es gibt da noch Schränke, Tische und Großvaterstühle, Gläser und Becher aus der Zeit der Oesterreicher, Spanier und Burgunder, nicht nur etwa in den Museen und Kunstkammern, sondern noch im gemeinen Leben, im täglichen Gebrauche, und man erkennt daher in diesen Wohnungen und Zimmern selbst ein Spiegelbild auch der moralischen Zustände dieser conservativen Nation, welche auch in ihren Sitten, in ihrer Staatsgesetzgebung das Alte mit dem Neuen anmuthig zu verbinden weiß. Man glaubt überall in den niederländischen Häusern im neunzehnten und achtzehnten und siebzehnten und sechzehnten Jahrhundert zugleich zu leben.

Es herrscht in diesen Häusern, sowohl in ihrer äußern Architektur als in ihrer innern Einrichtung, ein sehr verschiedener Geschmack, eine große Freiheit und nichts weniger als Einförmigkeit. Und dadurch eben kommt das Malerische, das Gemüthliche dieser Städte, Häuser und Zimmer heraus. In den englischen Wohnungen ist auch überall die größte Ordnung, Nettigkeit, Reinlichkeit und Comfort. Aber sie sind alle — ich spreche hier insbesondere nur von dem gewöhnlichen Schlage der englischen Bürgerwohnungen und städtischen Häuser — erstaunlich einförmig, und dabei in der Regel ohne alle architektonische Pracht und Solidität. Beides verbietet in England fast schon der Umstand daß diese Wohnungen in der Regel auf einem Grund und Boden gebaut werden der den Bürgern nicht gehört, und der nach einem mehr oder weniger kurzen Zeitraum — meistens nach 99 Jahren — mit allem was darauf gebaut ist an den großen adeligen Grundherrn zurückfällt. Die Häuser der meisten englischen Städte sind daher alle nach einem und demselben zwar sehr zweckmäßigen, aber sehr unpittoresken und nüchternen Modelle zusammengezimmerte Fabricate. Privatwohnungen aus alter Zeit findet man nur auf dem Lande bei den Grundherren. Die englischen Städte sind mit jedem Jahrhundert wenigstens einmal von Grund aus umgebaut. Hier in Belgien dagegen, wo man sehr solide auf eigenem Grund und Boden baute, hat man immer sehr dauerhafte Wohnhäuser errichtet, und man findet daher in den Städten des Landes dergleichen Häuser in allen möglichen Arten des Styls. Hier haust ein Krämer in einem Gebäude in dem schon vor 300 Jahren ein spanischer Gouverneur oder ein Officier Alba's, ja vielleicht gar der Kaiser Maximilian *) selber wohnte. Dort steht eine ganze Straße von aufgetempelten und mit breitem Steinschnitzwerk verzierten Giebeln, die schon zur Zeit der Margaretha von Parma ganz ebenso dastand. Hier öffnet sich ein Platz mit ganz derselben Größe, mit derselben Physiognomie und Scenerie wie zur Zeit Karls V. Da werden einem dann die Straßen, die Marktplätze, und der Anblick den sie gewähren, wahrhaft interessant, ja heilig. Da begreift man warum es der Mühe werth ist sie anzublicken, sie zu beschreiben und ihr Bild mit Griffel und Pinsel zu verewigen. Da findet es der Historiker wichtig und lohnend die Straßen und freien Plätze, die Winkel welche sie bilden, die Ecken und Windungen welche sie machen, ebenso zu untersuchen und zu studiren wie der Geograph und Naturforscher die Durchbrüche der Thäler in den Gebirgen, ihren Lauf, ihre aus- und einspringenden Winkel, ihre Erweiterungen, Austiefungen und ihre Vorgebirge. Wie in diesen Thälern je nach ihrer Gestaltung die Gewässer und Luftströmungen sich so oder so bewegten, wie sich aus dem Studium dieser Gestaltung allein sich hunderterlei Naturerscheinungen erklären, so strömte auch die Bevölkerung in jenen festen Straßendurchbrüchen immer auf dieselbe Weise hin und her. Jahrhundertelang, von Geschlecht auf Geschlecht, gewähren sie dasselbe Bild. Auf diesem Platz versammelte sich das aufgeregte Volk gegen Wilhelm I zu protestiren. Auf demselben Platz vereinigten sie sich gegen Joseph II, gegen Alba, gegen Philipp II, ja gegen Philipp von Burgund und Karl den Kühnen. An dieser selben Straßenecke standen die Schneider und Schreiber und Gevatter Handschuhmacher, die Goethe uns in seinem Egmont schildert, wie sie gegen Tyran-

*) In Brügge gibt es bekanntlich noch ein solches Haus das unser Theuerdank einst eine Zeitlang bewohnte, und in welchem jetzt ein Epicier seinen Kram treibt.

nel conspiriren, oder wie sie den eisernen Marsch der spanischen Soldaten um die Ecke begaffen. Die Schweizer halten den Platz ihres Rütli am Altorfer See für einen geweihten. Allein in den Straßen und auf den Raths- und Stadthaus-Plätzen der niederländischen Städte, auf denen jetzt das Markt- und Alltagsgetümmel hinüberfluthet, gibt es eine Menge durch Hunderte von Conspirationen, von Volksaufläufen, von Kämpfen und Schlachten, von Freude- und Trauerfesten geweihte Stellen.

Aus diesen selben Fensteröffnungen, vor diesen selben Balconen jubelten sie vor Hundert Jahren ihren Fürsten, ihren Helden, oder ihren Volkskämpfern entgegen. Diese selben Wohnungen waren hundertmal mit Kränzen, und mit holländischen, oder belgischen, österreichischen oder spanischen, burgundischen oder französischen Farben und Fahnen geschmückt. Diese selben Hausthüren sahen tausendmal die Prediger zur Taufe eines neuen Ankömmlings oder zum letzten Troste eines Verstorbenen ein- und ausgehen. Dieses selbe fast unveränderliche Netz der Straßenlinien wurde von hundert Feldherren und Volksführern studirt um den Angriffsplan danach zu entwerfen, und der Zusammenstoß der Streiter fand immer an denselben Häuserecken, an denselben Centralpunkten statt wie in den Alpen der Kampf der Winde bei denselben Vorgebirgen, bei denselben Verbindungspunkten zweier Thäler.

Was ragte nicht alles in den Stadtgarten meines Genter Freundes D . . . . ., in dessen Familie wir heute Nachmittag Kaffee tranken, hinein! Reste alter Mauerwerke, deren Datum niemand mehr ausmachen konnte die Ruine eines alten Schornsteins der von irgendeinem spanischen, vielleicht maurischen Architekten mit Steinmetzarbeit so phantastisch geschmückt war wie etwa Prinzessin Sheherasade die Schornsteine ihrer Zauberpaläste geschmückt haben würde; eine Reihe alter Hausgiebel die, obgleich Greise, noch mit festen Stirnen und unveränderten alten, ehrwürdigen Zügen in unseren Garten hineinblickten. Zwischendurch ein elegantes Gebäude das die Neuzeit, die fast nicht minder schöne architektonische Werke in Gent erzeugt, hineinfügte. Darüber hinaus die hohen Thürme uralter Kirchen, deren Geläute schon Millionen von Gläubigen zu den Tempeln rief. Am Rande des Gartens, der mit den schönsten Blumen und Fruchtbäumen prangte, schmiegte sich ein Canal vorüber auf dem die Schiffe wie zur Zeit der Grafen von Flandern dahinglitten. Hie und da glaubt man in den belgischen Städten in einem Urwalde sich durcheinander schlingender Baulichkeiten alter und ältester Zeit zu stecken.

Einem Belgier der von Jugend auf an einen solchen Reichthum der Scenerie und historischen Decoration gewöhnt ist, müssen unsere Städte ziemlich unhistorisch, nüchtern und uninteressant erscheinen. Die seinigen sind gleich reichgekleideten Damen mit weiten faltenreichen Gewändern, an denen weder solide Stoffe noch üppiger Spitzenbesatz gespart sind. Unsere sind wie Mädchen in knappzugeschnittene Kleider aus Leinwand und Wolle gehüllt.

Man muß das Innere der Wohnungen der Flamingen und Holländer besuchen, um zu begreifen warum die Maler und Poeten dieser Nationen alles Materielle so gern ins Gebiet des Idealischen zogen, warum sie die Hauptgeräthschaften, die Möbeln, das Innere der Zimmer, ihre Häuser und Straßen so oft zu copiren nie müde wurden, warum sie so viele Stillleben malten, und so zahllose Stadt-, Straßen-, Zimmer- und Hausflur-Ansichten auf die Leinwand warfen.

Die Verfassung für Hamburg.

Hamburg, 7 Nov. Die durch Rath- und Bürgerschluß vom 27 Sept. d. J. eingesetzte Steuercommission (Verfassungscommission) hat am 3 d. dem Senat ihren Bericht über die Verfassung eingereicht, und heute ist er veröffentlicht. Zuerst verbreitet er sich über mehrere Vorfragen in Betreff der von der constituirenden Versammlung beschlossenen Verfassung (die der Senat anzunehmen sich weigert). Diese Verfassung, bemerkt der Bericht, habe nach einstimmiger Ansicht der Commission nicht eingeführt werden können ohne daß die wesentlichsten und höchsten Interessen des Staats dadurch gefährdet würden. Da zwischen der Commission und der Constituante eine Verständigung über etwaige Modificationen der Verfassung nicht habe erreicht werden können, so habe jene, „gestützt auf Gründe des positiven Staatsrechts Hamburgs und des sittlichen Gefühls des Bürgers und Staatsmannes“, sich berechtigt gehalten die ihr erforderlich scheinenden Abänderungen der erwähnten Verfassung auf eigene Hand vorzuschlagen. Nach diesen einleitenden Worten geht alsdann der Bericht auf den von der Commission ausgearbeiteten Verfassungsentwurf über. In ihm wird die gesetzgebende Gewalt (welche die Constituante ausschließlich der Bürgerschaft vindicirt hatte) dem Senat und der Bürgerschaft gemeinschaftlich übertragen. Der Senat soll aus 15 Mitgliedern bestehen, 7 Juristen oder Cameralisten und wenigstens 6 Kaufleuten. Gewählt werden sie unter Zusammenwirken von Senat und Bürgerschaft, und nach zurückgelegtem 70sten Lebensjahr müssen, vorher dürfen sie ihr Amt niederlegen. Der Senat ferner wählt zwei Bürgermeister auf zwei Jahre. Er schreibt die Wahlen zur Bürgerschaft aus, hat das Recht den Bürgerausschuß zu berufen, verfügt über die bewaffnete Macht, vertritt den Staat dem Ausland gegenüber und hat das Recht der Begnadigung. Das Institut der Syndici ist aufgehoben. Die Bürgerschaft (dritter Abschnitt) besteht aus 160 Mitgliedern, von denen 96 durch allgemeine directe Wahlen mittelst offener Abstimmung durch Einreichung von Stimmzetteln gewählt werden; die übrigen bestehen aus 24 Grundeigenthümern (nämlich den bürgerlichen Mitgliedern der General-Feuer-Cassen-Deputation und andern von derselben ernannten Mitgliedern) und aus 40 Mitgliedern der Gerichte und derjenigen Deputationen welche verfassungsmäßig den Handel, die Gewerbe, das Unterrichtswesen und die wichtigeren Zweige der Verwaltung, namentlich die Finanzen, vertreten. Die Wählbarkeit ist an das 30ste Lebensjahr und dreijährigen Genuß der staatsbürgerlichen Rechte geknüpft. Die Mitglieder der Bürgerschaft werden auf vier Jahre gewählt, alle zwei Jahre tritt die Hälfte aus. Die Sitzungen sind öffentlich. Die Gesetzgebung ist, wie gesagt, zwischen Senat und Bürgerschaft getheilt; beiden steht die Initiative zu, und eventuell kann der Senat die Bürgerschaft auflösen. Der Bürgerausschuß, der aus 20 von der Bürgerschaft gewählten Mitgliedern besteht, kann die Bürgerschaft einberufen. Das Gerichtsverfahren ist mündlich und öffentlich, für schwerere Strafsachen und politische Vergehen treten Geschwornengerichte ein. Die Grundrechte des deutschen Volks, wie sie jetzt festgesetzt sind oder künftig festgesetzt werden, gelten für den Hamburgischen Staat als Theil der Verfassung. Wie es heißt, wird auch dieser Verfassungsentwurf ebenso wie der der Constituante von mehreren Seiten als zu liberal angegriffen, und hat bis jetzt nicht viele Aussicht ins Leben zu treten. Beachtenswerth ist in dem Bericht der Commission noch eine Stelle über das Verhältniß des Raths und der Bürgerschaft zu der Constituante, in der es heißt: eine moralische Verpflichtung der Staatsgewalt zur Einführung der von der Constituante beschlossenen Verfassung sey nicht in Abrede zu stellen, nur sey diese Verpflichtung nicht eine unbegränzte, denn des Staates Wohl sey das höchste Gesetz — es erkenne die Commission die moralische Verpflichtung der bestehenden Staatsgewalt an das Werk der constituirenden Versammlung so weit unverändert anzunehmen wie es nach der gewissenhaften Ueberzeugung der Träger der Staatsgewalt mit den unabweislichen Rücksichten des Staatswohles vereinbar ist.

Schleswig.

= **Schleswig,** 7 Nov. Das Verhältniß zwischen den Bürgern und den bei denselben einquartierten, neuerdings angekommenen preußischen Truppen ist bereits ein ebenso günstiges als zwischen jenen und den jetzt fortgezogenen preußischen Truppen, welche unter Thränen Abschied nahmen. Es zeigt sich daß, als vom König von Preußen dem Andringen auf Verstärkung der preußischen Truppenmacht im Herzogthum Schleswig nachgegeben ward, nicht ohne Grund zugleich die Besorgniß ausgesprochen wurde daß die Truppen dort verzogen würden. Von Seite des Höchstcommandirenden, des preußischen Generals Hahn, ist dem hiesigen Bürgermeister zur Bekanntmachung an die Bürger zu erkennen gegeben daß das Militär die von der Landesverwaltung berufenen Beamten bei ihrem Einzug schützen werde, es den Communen aber überlassen müsse ob sie diese Beamten anerkennen wollten. Obwohl nun zu erwarten steht daß neue Versuche uns danisirte Beamte aufzudringen nicht unterbleiben werden, so ist doch gar nicht daran zu denken daß solche Beamte Anerkennung gewinnen. Die von der Landesverwaltung ausgesprochene Amtsenthebung des Pastors Haack in dem nächstbelegenen Landkirchspiel Haddebije wird von den Kirchenvisitatoren, den beiden schleswig-holsteinischen Abgeordneten, Baron Lilienkron und Boysen, nicht beachtet werden. Für die Landesverwaltung wird der Conflict mit den Kirchengemeinden ein völlig unmöglicher werden, sie muß wünschen daß Pastor Haack, welcher in diesen Tagen zu Jarpen, einem Kirchspiel in Holstein zur Wahl predigt, daselbst gewählt und dadurch von einer großen Verlegenheit befreit werde. In der Stadt Hadersleben herrscht zwischen den Schleswig-Holsteinern und den neutralen norwegischen Truppen jetzt ebenfalls das beste Einverständniß. Diese Normänner waren als sie ankamen, im Mißtrauen gegen uns befangen, hielten sich in den Häusern nicht sicher, weßhalb sie nur je sechs Mann ein Quartier beziehen wollten. Sie haben jedoch keineswegs dänische Sympathien gezeigt, und sind jetzt zu der Einsicht gelangt daß unser Recht gegen Dänemark eben so begründet ist als das welches Norwegen im Jahr 1813 geltend machen konnte. Alle, vornehmlich die Besitzenden, wünschen hier und im ganzen deutschgesinnten Bereich des Landes den Wiederbeginn des Kriegs gegen Dänemark, und die Deputationen welche um diesen Wunsch auszudrücken an die Landes-

versammlung und die Statthalterschaft nach Kiel gesandt sind, werden für die Beschlußnahme bestimmend seyn. Von Seiten Dänemarks wird, wenngleich die öffentlichen Blätter das Gegentheil melden, wieder ernstlich gerüstet. Es ist die junge Mannschaft welche erst im nächsten Jahr das Alter zur Aushebung zum Kriegsdienst erreicht, schon jetzt zu den Waffenübungen einberufen worden.

Das Telegraphennetz in der österreichischen Monarchie.

Da nunmehr die Pacificirung der insurgirt gewesenen Provinzen vor sich geht, so wird auch von Seite des Handelsministeriums die Ausbreitung des Telegraphennetzes über die ganze Monarchie nach dem alten Project wieder aufgegriffen, und die zu ziehenden Telegraphenlinien sind in dem Zeitraum von drei Jahren zur Vollendung beantragt. I. Die bereits fertigen Linien sind: a) Von Wien über Gänserndorf nach Preßburg; b) von Wien über Gänserndorf, Lundenburg, Prerau, Olmütz nach Oderberg, wo sie sich an den preußischen Telegraphen anschließt; c) von Lundenburg über Brünn nach Trübau; d) von Olmütz nach Trübau; e) von Trübau nach Prag; f) von Wien über St. Pölten, Linz nach Salzburg, wo der Anschluß an den bayerischen Telegraphen stattfindet; g) von Wien über W. Neustadt, Gratz, Marburg, Laibach nach Triest. II. In der Vollendung begriffen sind die Linien: a) Von Prag nach Bodenbach, wo sie sich mit dem sächsischen Telegraphen vereinigen wird; b) von Venedig über Padua, Vicenza, Verona, Brescia nach Mailand; c) von Padua nach Treviso; d) von Mailand nach Bergamo; e) von Mailand über Pavia, Lodi nach Piacenza und Cremona; f) von Verona nach Mantua. III. Diese vorhergehenden Linien werden verlängert wie folgt: a) Von Oderberg über Krakau, Tarnow, Jaroslau, Lemberg, Tarnopol nach Czernowitz; b) von Preßburg über Waitzen nach Pesth, von da über Debreczin, Großwardein, Klausenburg nach Hermannstadt; c) von Marburg nach Klagenfurt; d) von Laibach über Agram, Peterwardein nach Semlin; e) von Triest über Fiume, Zeng, Zara, Spalato nach Cattaro; f) von Salzburg über Innsbruck, Feldkirch, Lindau am Bodensee; g) von Agram über Warasdin nach Pesth; h) von Pesth über Kaschau, Eperies, Przemisl nach Lemberg. IV. Endlich noch folgende Verbindungslinien, als: a) Von Prag über Tabor, Budweis nach Linz; b) von Innsbruck über Botzen, Trient nach Verona; c) von Semlin nach Temesvar, Arad nach Hermannstadt; d) von Klausenburg über Bistritz, Suczawa nach Czernowitz. V. Sind noch kleine Auszweigungen in jene Orte beantragt wo Kreispräsidien hinkommen werden, und die zu entfernt von den Telegraphenstationen liegen. (Prager Z.)

Deutsche Ansiedelung in Ungarn.

= **Steiermark,** 10 Nov. Es ist begreiflich daß die neuesten Ereignisse in Ungarn und die nothgedrungene Eroberung des Landes, mit welcher die separatistischen Tendenzen mit ihren Uebergriffen in die Gleichberechtigung der andern Länder des Gesammtstaates ihr Ende erreichen müssen, nicht verfehlen können den Stolz eines Volkes empfindlich zu berühren das seine frühere Ausnahmsstellung seit Jahrhunderten gegenüber den übrigen Landes- und Reichsgenossen mehr als benützt hat. Bevorzugt wie es war durch Bodenreichthum, Abgabenfreiheit, Selbstverwaltung, vermochten die Magyaren doch ihr herrliches Land nicht auch nur entfernt zu dem Culturstande zu erheben der in fast allen Provinzen des Kaiserstaates ersichtlich war, welche alle diese Vortheile nicht genossen haben. Was aber auch diese Empfindungen bitteres haben mögen, ein tieferes Eingehen in die Ursachen wird diese Empfindlichkeit bald in ihre gerechten Gränzen verweisen. Man wird bald sehen daß der Nationalstolz zur Zeit keinen Grund habe sich gedemüthigt zu halten, sobald man sich nur erst zu der Anschauung des Gesammtwesens und des Gesammtverbandes erhoben haben und sich von ihm gehoben fühlen wird. Man wird gewahr werden daß der Nationalstolz eine viel bedeutsamere Basis gewonnen hat als Nationaleitelkeit und Nationalstolz haben konnten. Ungarn wird bald werden was es längst hätte seyn sollen, und mit dem Tablabiropatriotismus und noch weniger mit der Tablabiroverwaltung je werden konnte: das reichste, mächtigste, cultivirteste Kronland der gewaltigen österreichischen Monarchie, dem die Sympathien der alten Verbindung bald jenen vorragenden Platz von selbst einräumen werden, wie es in vieler Beziehung ja auch schon bisher der Fall war, den das Magyarenthum sich zu erkämpfen nimmermehr die Kräfte hat, wenn es auch in der That den unglücklichen Muth dazu hätte.

Sowie Oesterreich vielleicht allein dazu bestimmt ist Deutschland zu einem großen Ganzen zu machen ohne es zu knechten, oder von ihm geknechtet zu werden, so ist Ungarn diese Aufgabe in Bezug auf Oesterreich vorbehalten. Ohne Ungarns Zustimmung wird künftig in ganz Oesterreich keine große Maßregel stattfinden, während bisher Ungarns specielle Stimme außerhalb seiner Gränzen durchaus keine Geltung hatte. Es ist das erstemal seit der Zeit seiner eigenen Könige daß wieder von Ungarn aus ein entsprechender, wenn auch nur mittelbarer Einfluß auf die Leitung der Weltbegebenheiten geübt werden kann. Dieses neue staatliche constitutionelle Verhältniß ist unseres Wissens bisher in Ungarn vollkommen ignorirt worden, und doch liegt in ihm ein ganz anderes Moment politischer Bedeutung als in der bunten Gesetzlosigkeit aus der es bis jetzt eigentlich nie herausgetreten ist. Wenn das Magyarenthum, ohne deßhalb seinen Ursprung zu verläugnen oder seine Individualität irgend aufzugeben, erst gelernt haben wird auf gleiche Berechtigung mit andern zu leben, während es bisher nur die Anmaßung Vorberechtigter kannte, dann erst wird es seiner großen Bestimmung entgegengehen die mit der Rückeroberung begonnen, aber nicht geendet hat. Wir sehen mit welchem stolzen Bewußtseyn — stolz, weil bescheiden — Oesterreich jetzt vor Europa hintritt, fest entschlossen auch nicht dem Schwächsten zu nahe zu treten, aber sich auch nicht von dem Mächtigsten eine Demüthigung zumuthen zu lassen; wir sehen daß niemand diesem billigen Selbstbewußtseyn entgegenzutreten wagt. Zu diesem gerechten Selbstgefühl ist Ungarn im vollsten Sinne mit berechtigt, sobald es sich mit der Gesammtmonarchie als ein Ganzes zu fühlen die Einsicht hat. Um aber den umfassenden Antheil bald übernehmen zu können den es in der Gesammtmonarchie zu übernehmen berufen ist, wird vor allem nöthig daß die materielle Verwüstung, in welche diese unglückliche Revolution das Land gestürzt hat, sobald als möglich gehoben werde — eine genaue Statistik dieser Kriegsunbilden würde Verluste in dem ohnehin in Ungarn verhältnißmäßig sehr kläglich bestellten Betriebsmitteln ausweisen, die das Land aus sich selbst und den ihm ausschließend angehörigen Quellen bei der alten Ordnung der Dinge nicht in Menschenaltern ersetzen könnte. Durch die Verfassung vom 4 März den andern Kronländern gesetzlich und rechtlich gleichgestellt, wird ihm hinfür eine großartige Mitwirkung dieser letztern nicht fehlen. Schon in der früheren Epoche magyarischer Omnipotenz war der ungarische Credit über die Gränze ein rein persönlicher, heute würde Ungarn in seiner vorigen Stellung gegenüber dem Gesammtstaat auch nicht einen Gulden erhalten können! Lord Palmerston hat alles für den ungarischen Aufstand gethan, er hat sich an ihm als Freund und Bruder erwiesen, aber Geld — nicht einen Sixpence! Mit Oesterreich aber vollkommen gleichgestellt, gleichberechtigt mit allen Kronländern des Gesammtstaates, unter den gleichen Gesetzen, und nicht mehr unter der Comitats- und Rechtswirthschaft, für deren Nichtswürdigkeit die Sprache, trotz der schönen Landtagsreden, keinen Ausdruck hat, werden nicht nur aus den übrigen österreichischen, sondern auch aus außerösterreichischen Ländern Geldströme nach Ungarn fließen, die den Weg wohl in ein rechtlich verwaltetes Land finden, aber nicht in eines in dem nicht das Geld, wohl aber das Recht Chimäre war. Leider könnten wir weinende Zeugen in die Tausende für die Wahrheit dieser Behauptungen herbeirufen.

Soll aber der Zustand Ungarns in der That schnell gebessert werden, sollen die Spuren des Elends verschwinden, so ist vor allem nöthig daß der große Strom fremder Einwanderung sich, statt nach Amerika, nach Ungarn wende. In welcher Lage befände sich Ungarn wenn es lange zuvor, statt dem Panier blinder oder gewissenloser Wühler zu folgen, sich entschlossen hätte diesen mächtigen Hebel zu seiner nationalen Größe zu handhaben, und wenn überhaupt, Graf Steph. Szechenyi und Baron Eötvös ausgenommen, unter dieser Partei ein wirklicher patriotischer Staatsmann, statt jener Großsprecher der überschwänglichsten Selbstüberschätzung gewesen wäre; nie wäre das Land unter gewissenhaften Leitern in die Hände gefallen die ihm zu Debreczin den Todesstoß versetzt haben. Schreiber dieser Zeilen hat ein Recht so zu sprechen, denn es hat seit fünfzehn Jahren nicht an seinen Warnungen noch offenen Hinweisungen auf diesen innersten Kern der ungarischen Bewegungen gefehlt. Jeder der aufrichtig wünscht daß ein solcher Zustand der Dinge in Ungarn nie wiederkehren, und daß eine gründliche Heilung seiner tiefen Wunden möglich werde, wird die Mittel der Heilung in anderer Richtung suchen müssen als im Zurückkommen auf jene Zustände die diese Uebel erschaffen haben.

Die gegenwärtige Weltstellung läßt durch die im großen Maßstab zu versuchende Colonisation Ungarns nach drei Seiten hin wichtige Resultate erwarten: für Ungarn selbst, für den österreichischen Gesammtstaat und für Deutschland. In dem Augenblick wo Oesterreich am Werk ist seine tiefliegenden Interessen mit Deutschlands nächster Zukunft zu vereinen, kann wohl kein Gegenstand eine größere Aufmerksamkeit verdienen als Maßregeln welche, indem sie einerseits bei Zeiten dem überströmenden Proletariat einen Abzugscanal eröffnen, dadurch am andern Ende, wo nur Zerfall zu sehen war, eine materielle wie politische Kräftigung möglich machen. Seit Jahrhunderten ist, und in Jahrhunderten wird kein

günstigerer Zeitpunkt erscheinen als eben jetzt, um im Verein mit Oesterreich diese große Aufgabe deutscher Culturkraft mit größerem und allseitigerem Nutzen zu üben. Daher wünschten wir vor allem daß diesem wichtigen Werke nicht eine Stunde länger die Wohlthat allseitiger Berathung entzogen werde. Wir halten uns um so mehr verpflichtet sie anzuregen, weil sie bisher meist nur immer höchst oberflächlich zur Sprache gebracht wurde, und doch von unberechenbarer Tragweite für Deutschland, ja für ganz Mitteleuropa ist. Wir wissen nicht ob die eben vorübergegangene Gährungsperiode der Revolution ein geeigneter Moment für Friedrich List's feurigen und anregenden Geist gewesen wäre — wäre er aber jetzt unter den Lebenden, und noch nicht verbraucht und abgenutzt vom Schmutz dieser anarchischen Epoche, keiner wäre wie er unter den Lebenden der Mann den Deutschen diese zweite große Bestimmung zu predigen als der welcher ihnen die erste, die Eisenbahnen, gepredigt hat, bis die ersten Spatenstiche erfolgten und die ersten Linien von der Locomotive durchbraust wurden. In die Hand eines so thatkräftigen Genius wünschten wir heute diesen Gegenstand übergehen zu sehen. Männer wie Bruck, Czörnig, Hok, Höfken könnten viel beitragen auch hier das punctum saliens fremden Augen ersichtlich zu machen. Wer immer fördernd Hand an dieses Werk legt, wird ein Wohlthäter der Menschheit im allgemeinen, und ein Wohlthäter Ungarns insbesondere, das auf diesem Weg allein zur Entwicklung seiner Gesammtkräfte gelangen kann. Jener erwerbscheue Theil des deutschen Proletariats, jene an Müßigkeit und Raisonniren ins Blaue gewöhnten Massen können schwerlich allein auf die freischaarliche Löhnung und auf die Eingriffe in fremde Taschen hingewiesen werden; man wird auf andere Weise sie zu utilisiren bedacht seyn müssen: nützliche Arbeit wird sie zu nützlichen Menschen umschaffen. In Ungarn aber ist Raum für wenigstens sechs Millionen Arbeiter und für 200 Millionen Capital, die zu stätigem Erwerb in Bodencultur anzulegen wären. Wir verlangen indeß keineswegs daß alle jene die politischen Bankerott gemacht haben ihren Weg nach Amerika aufgeben sollen; denn wenn auch der bessere Theil des Proletariats für Ungarn anwendbar wäre, so würde es doch nur einen verderblichen Gewinn an dem schlechten Theile desselben machen. Wer aber mit einem kleinen Capital sich nicht der Gefahr aussetzen will den Betrag desselben auf der Ueberfahrt auszugeben und in Amerika mit leerer Tasche anzukommen, wer reichlich aber rechtlich erwerben will, und vielleicht sogar vorzieht in einer constitutionellen Monarchie Europa's als in einer Republik Amerika's zu wohnen, der wird kaum irgendwo seine Rechnung besser finden.

Wir glauben nicht daß es nöthig ist hier der Märchen zu erwähnen die man über die gegenwärtig obwaltende Tyrannei, über die schrankenlose Willkürherrschaft der Militärgewalt in Ungarn in Umlauf setzt. Wir wissen auch die Gründe nicht zu würdigen warum Widerlegungen in diesem Sinn und die Hinweisung auf die durchaus nothwendige Strenge des Gesetzes gegen anerkannte Verbrecher so schwer den Weg in öffentliche Blätter finden, dennoch wiederholen wir: man erweist der Freiheit einen schlechten Dienst, wenn man sie zum Schild des Verraths machen, und das Verbrechen, wenn es mißlingt, zu einem bemitleidenswürdigen Irrthum des Herzens aufputzen läßt! Wer Ungarn auch nur einen Tag aus eigener Anschauung gekannt hat, wird wissen daß die Colonisation in den früheren Perioden in diesem Lande nicht aus „Mangel an Freiheit" auszehren konnte, und daß sie, es in der gegenwärtigen Zeit zu müssen, noch viel weniger Gefahr laufe. Wer auch nur eine Woche in Ungarn gelebt hat, wird wissen daß die Freiheit weithinaus die Sicherheit des schützenden Gesetzes überflügelt und dieser letztern nur zu viel in zügelloser Weise Hohn gesprochen habe. Wir leben der Hoffnung daß Oesterreich bald, und somit Ungarn wenigstens in möglichst kurzer Frist, im Genuß aller constitutionellen Freiheit seyn werde die mit der monarchischen Grundlage vereinbar ist, die wir allein und ehrlich wollen. Durch das Trajanische Thor geht die Straße zur östlichen Welt für Deutschland, und erst an diesem muß es stehen um nach dieser Seite aus seiner Binnenstellung herauszukommen.

So viel über diesen Gegenstand als Einleitung im allgemeinen. Die sehr wichtigen speciellen Beziehungen und Erläuterungen behalten wir weiteren Mittheilungen vor.

Paris.

Paris, 7 Nov. Das Innere der sogenannten heiligen Capelle, deren Wiederherstellung in den letzten Jahren der Juliusregierung war begonnen worden und jetzt beinahe fertig ist, ist seit einigen Tagen, wahrscheinlich aus Anlaß der gerichtlichen Feierlichkeit die in derselben vor kurzem stattfand, dem Publicum zur Anschauung geöffnet worden, und wird auch von einer großen Anzahl Pilger aus fast allen Ständen jeden Tag besucht. Man muß sich, um diese Gunst zu genießen, wie bei den Theatern wo Zugstücke gegeben werden, in Reih und Glied stellen, rückt nach den Grundsätzen eines überaus gemäßigten Fortschritts immer in Reih und Glied bis zu der Thüre der mittelalterlichen Kirche vor, wird dann aber, wenn man einmal über die Schwelle in dem Heiligthum ist, von zweibeinigen Werkzeugen der öffentlichen Ordnung um so schneller durch den Tempel hindurch und wieder hinaus getrieben. Die heilige Capelle gehört zu den gefälligsten Bauwerken des Mittelalters, und wenn ihr Schiff auch nicht die geheimnißvolle Hoheit der Kathedralen besitzt, so wird doch der Anblick desselben auf jedes nur etwas empfängliche Gemüth einen edlen und läuternden Eindruck hervorbringen. Die leichten Säulengarben die gleich am Eingang uns begegnen, die geschmackvolle Anwendung goldener Zierrathen und die Reinheit der gothischen Formen müssen wohl jedem der für mittelalterliche Bauart einigen Sinn hat, wohlgefallen. Ich kann nicht sagen inwiefern die ausgeführten Reparaturen mit dem Plan des Baumeisters und dem ursprünglichen Zustand der heiligen Capelle übereinstimmten; doch schienen mir die neuausstaffirten Theile des schönen Werks etwas überladen und gar zu glänzend. Manche der farbigen Stäbe die an den Wänden emporragen, machten auf mich die Wirkung schwerfälligen Flitters, und die neuen Glasfenster ließen mich kalt. Diese Empfindung wurde auch von meinen Nachbarn getheilt, und ich hörte einen geistlichen Herrn sagen: in der Kunst sind wir, mit unsern Vorfahren verglichen, nur geschminkte Barbaren. Natürlich hatte der Speculationsgeist, der nach allem hascht, diese Gelegenheit nicht verabsäumt, und mit auf Fließpapier gedruckten Notizen wurden bedeutende Geschäfte gemacht. Jede Notiz kostete einen Sous, und dafür bekam ich nebst einer Lebensbeschreibung der heiligen Capelle von Ludwig dem Heiligen bis auf Louis Bonaparte, mit Uebergehung des Tyrannen Ludwig Philipp, noch die Botschaft des Präsidenten und die Liste der neuen Minister. Andere Notizen die ich sah enthielten bloß das letztere Document. Es wurden darüber allerlei Glossen gemacht, und man fand allgemein die Zusammenstellung so verschiedenartiger Litteraturerzeugnisse ziemlich sonderbar. Ich für meinen Theil finde nichts mehr sonderbar. Wo die Polizei ihre Hand im Spiel hat, da ist vieles möglich was sonst nicht möglich ist; dann muß man in Paris wo bei der Messe, zwischen Wandlung und Communion, verliebte Operettenarien schon mehr als einmal aufgespielt wurden, sich auf die tollsten Dinge gefaßt machen, und endlich leben wir in dem Jahr des Heils achtzehnhundertundneunundvierzig, unter der gnadenreichen Republik, und was ist da nicht alles denkbar? Wenn ich etwas sonderbar finde, so ist es die Botschaft selbst; daß sie auf Schleichwegen unter das Volk gebracht wird, das dünkt mich nicht so wundersam, im Gegentheil ich würde staunen wenn es nicht geschähe.

Paris, 10 Nov. Der Finanzminister ist mit der Bank von Frankreich in Unterhandlung hinsichtlich eines Projects, durch welches Hr. Fould die von seinem Vorgänger beabsichtigte Anleihe von 200 Millionen vermeiden und den Ausfall des Staatsschatzes durch den Ueberschuß der Bank decken will. Letztere läßt bekanntlich seit den glorreichen Tagen des Februars 400 bis 410 Millionen in ihren Kellern vermodern, Hr. Fould will ihr nun den Dienst erweisen 200 bis 300 Millionen davon fruchtbar zu machen, nicht etwa daß die Bank dem Staat eine Summe dieses Betrages gegen eine entsprechende Renteneinzeichnung vorstrecke, sondern daß die Bank die von der Regierung für die laufenden Bedürfnisse auszustellenden Schatzscheine übernehme. Das Uebereinkommen ist bereits dem Abschluß nahe, und dürfte sich der allgemeinen Anerkennung erfreuen. Es bietet in der That für den nächsten Augenblick bedeutende Vortheile über eine Anleihe in gewöhnlicher Form. Denn zuvörderst erhält der Staat auf diese Weise das nöthige Capital wenigstens um 2 Procent Interessen wohlfeiler; ferner braucht er seine Rentenlast nicht sofort zu vermehren, da die Schatzscheine eine Zeitlang ohne eingelöst zu werden cursiren können, und wahrscheinlich cursiren werden; dann ergibt sich aus dieser Combination für den Staat wie für die Bank der Vortheil daß nach und nach einige hundert Millionen, statt in den Kellern der Bank eingedämmt zu bleiben, in Fluß kommen. Die nächsten Folgen davon werden unstreitig ein Steigen der Rente und eine größere Thätigkeit in Handel und Industrie seyn. Das sind die Lichtseiten der Operation, die auch ihre Schattenseite hat. Denn in dem Maß als die angedeutete Wirkung auf Handel und Industrie bleibend wird, müssen auch dann die Ansprüche derselben an die Bank größer werden; wenn aber die Bank nicht mehr als den gesetzlichen Vorrath von baarem Gelde in ihren Kellern hat und wenn er nur mit ihren Noten oder den Schatzscheinen der Regierung das Leben der Geschäfte zu nähren angewiesen ist, könnte leicht durch den unbedeutendsten Anlaß ein Verlangen nach Einlösung der Scheine und Noten, mit einem Worte eine financielle Krise eintreten. Ob Hr. Fould diese Folgen vorausgesehen, oder vielmehr ob seine Combination auf irgendeine Weise ihnen zu begegnen gewußt, darüber können wir einstweilen nicht urtheilen, da uns nur die Hauptelemente seines Planes bekannt sind.

Konstantinopel.

△ **Konstantinopel**, 31 Oct. Die Einmischung der beiden Seemächte in die Flüchtlingsfrage, aus der sie, wie es scheint, durchaus die große orientalische Frage machen möchten, nimmt allmählich mehr und mehr Gestalt an. Den zahlreichen Courieren des Londoner Cabinets, welche in den letzten Wochen der hiesigen Botschaft auf allen Land- und Seewegen zuströmten, folgte endlich gestern eine neue englische Dampffregatte, „Dragon", mit der Meldung daß die von Sir William Parker befehligte Flotte bereits bei Tenedos vor Anker liege. Eine französische Flotte wird ihr, wie natürlich, nächstens dahin folgen. Den hier erscheinenden Zeitungen zufolge besteht die brittische aus den Linienschiffen: Caledonia, Queen, Howe, Bellerophon und Prince Regent, der obengenannten Dampffregatte Dragon und dem Dampfer Rosamond. Die Zusammensetzung der französischen Flotte, welche unter den Befehlen des Admirals Perseval-Deschenes am 1 des l. M. von Toulon aufgebrochen seyn soll, wird folgendermaßen angegeben. Linienschiffe: Friedland, Jena, Jemmapes, Inflexible, Jupiter, Hercule; Fregatte Psyche und Dampfcorvette Caton. So standen die Flotten der beiden Mächte an derselben Stelle vor 17 Jahren; damals sollten sie die von Mehemed Ali und Ibrahim Pascha bedrohte Pforte abhalten gegen die Gefahr des Unterganges bei Rußland Hülfe zu suchen; heute sollen sie gegen einen angeblich von Rußland und Oesterreich her drohenden Angriff der Pforte zum Schutz dienen. Im Jahr 1832 machten sie schlechte Geschäfte, indem Sultan Mahmud im entscheidenden Augenblick sich dennoch in die Arme des Kaisers Nikolaus warf, und am Ende zogen sie nothgedrungen ab, ohne daß es zum Entscheidungskampfe über die Geschicke des Orients gekommen wäre. Was bergen sie jetzt in ihrem Schooße? Als Sendboten Lord Palmerstons wird jeder der dem Gange der Ereignisse in Europa unparteiisch gefolgt ist, nur mit Mißtrauen auf sie hinblicken können. Das halbofficielle „Journal de Constantinople" gibt sich freilich in seiner letzten Nummer vom 29 d. alle Mühe die sonderbare These durchzuführen: daß die Erscheinung jener beiden Flotten, weit entfernt die Sachlage ernster zu machen (d'aggravor la situation), vielmehr ein sicheres Pfand für die Aufrechthaltung des Friedens sey (un gage infaillible du maintien de la paix).*) Das heißt aber doch die Regeln der Logik etwas gar zu leichten Kaufes losschlagen, und wenn die türkischen Unterhändler in Petersburg und Wien ihre Argumente in Hinweisung auf diese Friedenspfänder schöpfen, so ist es mehr als zweifelhaft daß die beiden Kaiserhöfe durch Beweise dieser Art sich in ihren Rechtsansichten beirren lassen werden. Hierüber muß uns jedenfalls die nächste Zukunft aufklären. Bis heute ist über den Gang der dort gepflogenen Verhandlungen hier nichts bekannt geworden, und auch die officiellen Mittheilungen in den Blättern dieser Hauptstadt beschränken sich darauf in kurzen Worten Fuad Efendi's am 10 October erfolgte Ankunft in Petersburg und den Besuch zu erwähnen welchen er am 12 dem Kanzler Grafen Nesselrode abstattete.

Neuestes.

Augsburg, 14 Nov.

* **Frankfurt a. M.**, 12 Nov. Wegen der im Homburgischen herrschenden Aufregung sind — auf Verlangen der Regierung — hessische und preußische Truppen auf das dortige Gebiet gerückt. Der Landgraf soll zu Gunsten des Großherzogs von Hessen abdanken wollen.

*) Dieselbe Argumentation findet sich in der Times.

In der Beilage zu Nr. 308 der Allgemeinen Zeitung — * Lausanne, 28 October — las Unterzeichneter folgende auf ihn sich beziehende Stelle: „Der Professor Hr. Troxler, im Kanton Luzern, ist gewiß eine der vorzüglichsten Reputationen der Schweiz, und doch cursirt jetzt eine Circularverordnung, worin er als Präfect von Willisau den ihm untergeordneten Gemeinde-Syndiken im Auftrag des Luzerner Staatsraths wahre Spionsdienste und Inquisitionsmaßregeln gegen diejenigen aufgibt die im Frühling 1846 oder später ihre politischen Rechte wegen politischer Umtriebe (menées politiques) für kürzer oder länger verloren haben; ihre Familien und Gesinde sollen gewonnen, ausgeforscht und über alles ausgekundschaftet, regelmäßig alle acht Tage, manchmal auch früher Bericht an den Hrn. Präfecten erstattet werden. Solches geschieht in der sich liberal und frei nennenden Schweiz von einem ihrer in Schrift und Rede freisinnigsten Männer." Offenbar rührt dieß von einem mit Personen und Zuständen der Schweiz höchst Unvertrauten her, denn in der Schweiz ist bekannt daß Unterzeichneter seit dem Jahr 1835 bis zur Stunde an der Hochschule Bern in seinem Berufskreise als Professor der Philosophie gelebt und niemals als Beamter im Kanton Luzern, wo es auch weder Präfecte noch Syndike gibt, fungirt hat. In den Bundeswirren seines Vaterlandes hat auch der Unterzeichnete eine von allem Parteiwesen unabhängige und den Extremen gegenüber selbständige Stellung behauptet. Die Grundsätze und Richtungen die er als Bürger im öffentlichen Leben verfolgt, hat er in einer Reihe von Gelegenheitsschriften ausgesprochen, wie besonders in der jüngsten: „Die Verfassung der Vereinigten Staaten Nordamerika's als Musterbild der schweizerischen Bundesreform, mit Vorwort und Erläuterungen. Schaffhausen 1848."

Auf diese Erklärung, die ich auch nur in Hinsicht auf meine außer der Schweiz lebenden Freunde und Bekannten nöthig erachtet, glaub' ich mich beschränken zu dürfen, um die erwähnte Correspondenz zu würdigen.

Bern, am 9 November 1849. Dr. J. P. V. Troxler, Professor der Philosophie an der Hochschule Bern.

(4131)

Kundmachung.

Die Generalversammlung der Actionäre der ungarischen Central-Eisenbahn betreffend.

Die im Mai des Jahres 1848 von der damaligen ungarischen Regierung angesuchte und auch bewilligte finanzielle Beihülfe von vier Millionen Gulden in Conventions-Münze, zum Behufe des Ausbaues und der Instruirung der Eisenbahnstrecke von der March bis Szolnok, wurde nicht verwirklicht.

Die von Sr. Durchlaucht dem Hrn. Feldmarschall Fürsten zu Windischgrätz im Februar dieses Jahres ernannte, aus vier in Wien domicilirenden Directoren der ungarischen Central-Eisenbahn bestehende provisorische Verwaltung dieser Unternehmung wendete sich daher an das hohe k. k. Gesammt-Ministerium mit dem Ansuchen:

„der unternehmenden Gesellschaft einen Vorschuß aus dem Staatsschatze zur Fortführung des Baues und zur vollständigen „Instruirung der Bahn gewähren zu wollen."

Von Seite des hohen k. k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten erfolgte unter dem 19 v. M. der Bescheid:

„daß dieser Bitte nicht entsprochen werden könne; daß die Direction der ungarischen Central-Eisenbahn die Einberufung „der Generalversammlung der Actionäre dieser Unternehmung zu veranlassen, derselben über die Verhältnisse der Unter„nehmung Bericht zu erstatten, und ihre Entscheidung entgegen zu nehmen habe: „„Ob die Gesellschaft durch Auftreibung „„der Mittel sich in die Lage versetzen wolle den Bau und den Betrieb der Bahn fortzuführen, worüber der Staatsver„„waltung genügende Bürgschaft geboten werden müßte, um jeder weitern Stockung der Unternehmung vorzubeugen; „„oder aber, ob sie ein Uebereinkommen mit der Staatsverwaltung abzuschließen gesonnen sey; in welch' letzterem Falle „„von der General-Versammlung ein Ausschuß zu ernennen und mit unbeschränkter Vollmacht auszustatten seyn werde, um

„„jede wie immer Namen habende Uebereinkunft und Bedingung rechtskräftig mit der Staatsverwaltung abschließen zu „„können.““

Dieser Weisung zufolge werden die sämmtlichen stimmberechtigten HH. Actionäre der ungarischen Central-Eisenbahn zu dieser General-Versammlung, welche

Freitag den 7 December 1849, um 9 Uhr Morgens,

in Wien, im Bureau der Unternehmung, hohe Brücke Nr. 145 stattfindet, hiermit ergebenst eingeladen.

Außer der oberwähnten hochwichtigen Frage, über welche die Verhandlungen mit der hohen Staatsverwaltung in der angedeuteten Richtung von Seite der provisorischen Direction im Interesse der Gesellschaft aufgenommen und zur Schlußfassung vorbereitet werden, kommen noch folgende Geschäfts-Gegenstände zur Verhandlung.

Erstens: Der Bericht über den Stand der Bauten und des Betriebes, sowie der Gebarung während des Verwaltungsjahres 1848.

Zweitens: Der Geschäftsbericht vom Beginne des Jahres 1849 bis zur Zeit der Generalversammlung.

Drittens: Die Ausweise über den Bedarf der Geldmittel zum Ausbau der noch unvollendeten Bahnstrecke und zur Anschaffung der Betriebsmittel für die ganze Bahnlänge.

Es werden nach §. 16 der Gesellschafts-Statuten jene Herren Actionäre zu dieser Generalversammlung eingeladen, welche drei Monate vor Abhaltung derselben in den Actienbüchern als Besitzer von 40 Stück Interimsscheinen eingeschrieben sind, und diese auf ihre Namen lautenden, ganz eingezahlten 40 Stück Interimsscheine bei der gesellschaftlichen Hauptcasse in Wien, drei Wochen vor der Generalversammlung, hinterlegen.

Die HH. Actionäre welche diesen statutenmäßigen Erfordernissen Genüge zu leisten in dem Falle sind, werden hiermit aufgefordert den Erlag von je 40 Stück Interimsscheinen bis incl. 16 November d. J. bei der gesellschaftlichen Hauptcasse in Wien vornehmen zu wollen, und dagegen die ordnungsmäßigen Reverse zu übernehmen, welche auch zum Eintritt in diese Generalversammlung als Legitimation dienen werden. — Wien, den 1 November 1849.

Ungarische Central-Eisenbahn.

(4117—18)

Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.

Auszahlung der Renten für das Jahr 1849.

Vom 15 November l. J. an wird die Auszahlung der vollen Renten und der Theilrenten für das Jahr 1849 stattfinden. Die zum Rentenbezug berechtigten Mitglieder der Anstalt, d. h. diejenigen welche in den Jahren 1835 bis einschließlich 1847 volle Einlagen gemacht, oder ihre Teileinlagen bis zum Jahr 1848 ergänzt haben, werden eingeladen ihr Rentenguthaben vom 15 November d. J. an entweder dahier bei unserer Hauptcasse, oder auswärts bei den Geschäftsfreunden (in Augsburg bei Hrn. Particulier G. Pfeil, in München bei Hrn. Kaufmann C. A. Buchner, in Kempten bei Hrn. Kaufmann A. Leipert, in Regensburg bei Hrn. Kaufmann J. Krippner, in Lindau bei Hrn. Kaufmann F. Jäger, in Nürnberg bei Hrn. Kaufmann L. Zöpfl, in Würzburg bei Hrn. Bankier G. Oehninger, in Bamberg bei Hrn. Kaufmann A. Burger, in Bayreuth bei Hrn. Handelsvorstand C. F. Dilchert, in Aschaffenburg bei Hrn. Maindampfschiffahrts-Agenten G. F. Rigel, in Zweibrücken bei Hrn. Einnehmer Feß) unter Vorlage der Rentenscheine zu erheben.

Die Renten für das Jahr 1849 betragen aus einer vollen Einlage von 200 fl.

in der Jahresgesellschaft von	in den Altersclassen, beziehungsweise Unterabtheilungen																			
	I		II		III		IVa		IVb		IVc		Va		Vb		VIa		VIb	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1835	7	23	7	36	8	1	9	15	16	23	21	5	29	51	60	—	115	13	300	—
1836	7	10	7	33	7	54	8	35	13	49	15	22	18	30	42	25	96	43	251	1
1837	7	4	7	19	7	46	8	12	14	37	24	53	24	53	35	11	89	20	—	—
							* —	51	—	51	12	7	2	6	7	54				
1838	7	1	7	9	7	40	8	6	11	57	14	18	16	41	28	39	28	39	114	37
1839	7	1	7	3	7	29	7	51	7	51	15	16	15	16	23	23	23	23	60	—
1840	7	1	7	2	7	20	7	40	7	40	15	12	15	12	25	48	30	30	46	32
1841	7	2	7	2	7	19	7	41	7	41	13	7	14	44	17	32	17	52	37	57
1842	7	1	7	1	7	17	7	41	7	41	12	4	12	4	13	37	14	13	31	13
													* 1	19	2	35	1	32	2	40
1843	7	—	7	2	7	4	7	2	7	2	10	40	10	40	11	14	12	16	19	26
1844	7	—	7	—	7	2	7	—	7	—	7	—	9	56	10	22	12	4	16	3
1845	7	—	7	—	7	—	7	1	7	1	7	1	9	1	10	25	12	57	13	11
1846	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	9	28	9	28	9	28	10	47
1847	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	8	50	8	50	8	50	11	51

Die Nummern der Rentenscheine, auf welche volle oder theilweise Renten für das Jahr 1849 ausbezahlt werden, sind in einem gedruckten Verzeichniß zusammengestellt, und es kann jedes Mitglied sowohl hier bei unserer Casse als auswärts bei den Geschäftsfreunden davon Einsicht nehmen.

Damit verbinden wir schließlich die Einladung zum Beitritt in die am 1 Februar 1848 eröffnete 14te Jahresgesellschaft, wozu außer der baaren Einlage von 10 bis 200 fl., nebst 1 fl. Eintrittsgeld, nur die Ausstellung einer Beitrittserklärung, und für jene die der Anstalt noch nicht beigetreten, die Vorlage eines Geburtszeugnisses erforderlich ist.

Karlsruhe, den 29 October 1849.

Verwaltungsrath.

*) Außerordentliche Dividende pro 1849 (§. 88 der Statuten).

[3935] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, und die übrigen) zu beziehen:

Weidtel, Dr. J., das canonische Recht, betrachtet aus dem Standpunkte des Staatsrechts, der Politik, des allgemeinen Gesellschaftsrechtes und der seit d. J. 1848 entstandenen Staatsverhältnisse. gr. 8. geh. 4 fl. od. 2 Thlr. 12 Gr.

Vorstehendes Werk erscheint in einer Zeit in welcher in mehr als einem Staate die kirchlichen Verhältnisse der Katholiken zu reguliren sind. Es erörtert die der Kirche gegen den Staat zukommende Stellung und das Verhältniß der Bischöfe zu dem päpstlichen Stuhle mit Ausführlichkeit und ganz nach dem Gesichtspunkte der Staatswissenschaften. Ferner wird man bei diesem Werke gewisse heikliche Fragen, z. B. von der indirecten Gewalt der Kirche, von dem Institute der Inquisition, von den Zehenten u. s. w. nicht übergangen, sondern mit Gründlichkeit erörtert finden.

(4134) Ankündigung der

Zeitschrift „Siloah" für religiösen Fortschritt inner der Kirche.

Redigirt von

Dr. Mart. **Deutinger**, Professor der Philosophie in Dillingen, und Studienlehrer Max. **Huttler**, Benedictiner zu St. Stephan in Augsburg,

welche in der K. Kollmann'schen Buchhandlung in Augsburg mit dem 1 Jänner des Jahres 1850 in wöchentlich zwei Nummern mit einer Beilage und halbmonatlichen Litteraturblättern zu je einem halben Bogen in Groß-Octav zu erscheinen beginnen wird. — Preis des Jahrgangs 6 fl. rhn. od. 3 Thlr.

Die Tendenz dieser Zeitschrift, für welche wir, da die Bewegung der Zeit, in rechter Tiefe aufgefaßt, auch den Grund ihrer Heilung wie der Schwemmteich in Jerusalem in sich birgt, den symbolischen Namen „Siloah" gewählt haben, ist einfach diese: die Bewegung und Entwicklung der Zeit durch die Hinweisung auf die ewige Wahrheit der Religion und die unwandelbaren Gesetze der menschlichen Natur, an welche jede göttliche Offenbarung gerichtet ist, in einer der Bildung und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechenden Form zum möglichst klaren Bewußtseyn zu bringen. Könnte dadurch die Religion dem menschlichen Gemüth wieder näher gebracht werden, so würde durch die tiefere Erkenntniß der Religion der abgenützten Zeit eine neue Lebensquelle eröffnet, und die unstäte Bewegung der Gegenwart durch die Verbindung mit ihrem höchsten unwandelbaren Ziel zum lebendigen Fortschritt umgestaltet.

Die Form, in welcher diese Tendenz erstrebt werden soll, ist die einer Zeitschrift, welche vorderhand in dem oben angegebenen beschränkten Umfang erscheinen soll, so daß immer die Eine Wochen-Nummer die Religion in ihrer Offenbarung nach außen in der Geschichte der Gegenwart und Vergangenheit, die übrigen Wochen-Nummern die Entwicklung derselben im menschlichen Geist in dem Verhältnisse und Einfluß derselben auf Kunst und Wissenschaft und insbesondere auf innere Religionsübung besprechen sollen. Die eine Nummer wird daher aus der Gegenwart Nachrichten welche auf die religiöse Entwicklung wesentlichen Einfluß haben, historische Schilderungen, welche in ihrer Beziehung zur Gegenwart diese erklären, und ausführlichere Erläuterungen der merkwürdigsten Ereignisse der Zeit; die übrigen werden Aufsätze über Entwicklung der geistigen Kräfte des Menschen in ihrem Verhältnisse zur Religion, in denen die bedeutendsten Fragen und Zweifel der Zeit einer innern Lösung entgegengeführt werden sollen, enthalten. Diesen soll dann halbmonatlich ein Litteraturblatt zur Würdigung derjenigen Litteratur welche die religiöse und allgemeine geistige Bildung der Menschen näher angeht, mit besonderer Berücksichtigung der belletristischen Seite derselben, von der die Anschauungen des lesenden Publicums so sehr abhängig sind, beigegeben werden.

Die Mittel, mit denen die Zeitschrift dieß Ziel zu erreichen strebt, liegen einerseits in dem unerschöpflichen Inhalt der Religion und in der Tiefe des menschlichen Gemüthes, andererseits in der thätigen Mitwirkung vieler und bedeutender Persönlichkeiten, deren Namen aus dem einfachen Grund nicht angegeben werden weil der Widerspruch sich heutzutage zunächst an Namen hängt, und weil der Inhalt ohnehin von ihrem Werthe hinreichend Zeugniß geben wird, und endlich in der Thätigkeit und dem Eifer des Verlegers, der die Zeitschrift in jeder Weise in ihrer äußern Erscheinung aufs beste auszustatten übernommen hat. —

Dillingen und Augsburg, den 31 October 1849.

Prof. Dr. **Deutinger**. — **Max Huttler.**

Die „Siloah" kann durch alle Postämter und Postzeitungs-Expeditionen in ganz Teutschland, Oesterreich, der Schweiz und des übrigen Auslandes durch die hiesige k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition stückweis oder in halben Monatsheften, sowie auch in halben Monatsheften durch die Buchhandlungen aller Länder bezogen werden. Probeblätter werden noch im Laufe Novembers erscheinen.

Karl Kollmann'sche Buchhandlung in Augsburg.

[3903—4] Bei den Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die Kirche Christi

und ihre Zeugen

oder die

Kirchengeschichte in Biographien

durch

Friedrich Böhringer.

Zweiter Band: **Mittelalter.**

Erste Abtheilung: Die Biographien von Columban und St. Gall, Bonifacius, Ansgar, Anselm von Canterbury, Bernhard von Clairvaux, Arnold von Brescia.

8. brosch. 48 Bog. 3 Thlr. 3 Ngr. oder 5 fl. 24 kr.

Der Verfasser dieses von fast allen kirchlichen Parteien, ja selbst von katholischer Seite als ausgezeichnet anerkannten Werkes ist nun mit diesem Band auch dem mehrfach geäußerten Wunsche nach Angabe der Quellen-Citate nachgekommen.

Meyer & Zeller in Zürich.

(4011) In der akad. Verlagshandlung von J. C. B. Mohr in Heidelberg ist erschienen und versandt:

Beobachtungen und Untersuchungen

aus dem Gebiete

der

Anatomie, Physiologie und praktischen Medicin

von Dr. **A. Nuhn,**

Prof. der Medicin und Prosector an der Universität zu Heidelberg.

Erstes Heft, mit VII Tafeln Abbild. gr. fol. carton. Preis 2 Rthlr. oder 3 fl. 30 kr.

[4109—10] Herabgesetzter Preis.

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

IRIS. Deutscher Almanach für das Jahr 1847 und 1848.

Neue Folge erster und zweiter Jahrgang.

Herausgegeben

von **Johann Graf Mailath.**

Jeder Jahrgang mit 6 Stahlstichen. Ladenpreis für alle 2 Jahrgänge $6\frac{2}{3}$ Thlr. brosch. und 10 Thlr. in rothe Seide geb.

Herabges. auf **2 Thlr.** brosch., **3 Thlr.** in rothe Seide geb.

Jeder dieser Jahrgänge enthält eine Erzählung von A. Stifter, die anderswo noch nicht gedruckt ist.

Von den früheren Jahrgängen sind bloß noch die für **1841, 1842, 1846** zu haben, wovon jeder **20** Sgr. kostet.

[3780—82] **Bekanntmachung.**

In der Streitsache der freiherrl. v. Ebner'schen Gutsadministration dahier gegen die Erben des verstorbenen Kaufmanns Albert Johann Cramer zu Nürnberg, Benennung eines Erbzinslehenmannes und Gültrückstandes betreffend, wird zum Sühneversuch, eventuell zur Vernehmlassung des Mitbeklagten Handlungs-Commis Georg Cramer auf die demselben im Duplicat bereits mitgetheilte Klage vom 8 August 1846, sowie zur protokollarischen Verhandlung der Sache im gewöhnlichen Verfahren wiederholt Termin

auf Montag den 10 December,

Vormittags 10 Uhr,

anberaumt, und Georg Cramer, dessen Aufenthalt dermalen unbekannt ist, auf Antrag des klägerischen Anwalts d. d. 2 pr. 6 d. M. hiezu unter dem Rechtsnachtheil edictaliter vorgeladen daß im Nichterscheinensfalle die Klage für abgeläugnet erachtet, Beklagter seiner Einreden als verlustig erklärt, und Klägerin zum Beweis des Klaggrundes zugelassen werden wird.

Als gemeinschaftlicher Anwalt zum Zweck der Insinuation der in dieser Sache weiters ergehenden gerichtlichen Verfügungen an die Beklagten ist der Mitbeklagte Kaufmann Theodor Cramer Klett dahier von Amtswegen bestellt worden, wovon Georg Cramer mit dem Eröffnen in Kenntniß gesetzt wird daß er allenfallsige Erinnerungen hiegegen bis zum anberaumten Termin hierorts anzubringen habe, widrigenfalls auch die in Bezug auf ihn ergehenden Verfügungen dem Mitbeklagten Theodor Cramer Klett dahier insinuirt und als rite vollzogen betrachtet werden.

Kläger sowie die Mitbeklagten werden hievon in Kenntniß gesetzt, und den letztern das Duplicat des klägerischen Antrags d. d. 2 d. M. mitgetheilt.

Nürnberg, den 28 September 1849.

Königliches Landgericht.

[3689—94] **Ein junger Chemiker,**

wo möglich Pharmaceut, welcher, theoretisch vollkommen gebildet, einen praktischen Curs zu seiner Ausbildung in einer chemisch-technischen Fabrik durch einige Jahre zu machen wünscht, kann gegen ein Honorar von 350 fl. im 20-Fuß (für Kost und Quartier) jährlich Aufnahme finden. — Frankirte Briefe mit Nr. 3689 befördert die Exp. der Allg. Ztg.

[3901—2] **Gasthaus-Verkauf.**

Ein bedeutendes Gasthaus in München auf einem der bequemsten Plätze, welches in großartigem Betriebe steht, ist unter billigen Bedingnissen zu verkaufen. Lusttragende Käufer wollen sich an die Expedition der Allgemeinen Zeitung in Augsburg in portofreien Briefen unter den Buchstaben K. und R. Nr. 3901 gefälligst wenden.

[2582—601] Ueber die **Privat-Entbindungs-Anstalt zu Ahrweiler in Rheinpreußen**, welche alle Garantien bietet, ertheilt auf portofreie Anfrage nähere Auskunft Dr. Preußer, Districtsarzt zu Ahrweiler.

Bayerische Kammerverhandlungen in der deutschen Frage.

Die Rede des Ministers v. d. Pfordten in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 5 November lautete vollständig:

Die dreitägige Debatte hat einen so reichen Stoff angesammelt daß es kaum möglich seyn wird, wenn ich den Schluß derselben abwarten wollte, auch nur auf das wichtigste davon noch Rückblicke zu werfen. Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich jetzt das Wort ergreife, mir vorbehaltend nach Bedürfniß zum Schlusse der Debatte noch einmal zu Ihnen zu sprechen. Es kann jetzt nicht meine Absicht seyn einzugehen auf die verschiedenen Ansichten die wir über die Vergangenheit, die Gegenwart und Zukunft Deutschlands haben entwickeln hören; und nicht meine Aufgabe ist es jetzt zu untersuchen, inwiefern die Befürchtungen, ja ich möchte beinahe sagen die Verzweiflung begründet ist die aus einzelnen Reden herausgeklungen hat, oder inwiefern wir Grund haben zu den Wünschen, zu den Hoffnungen die andere Redner vor unsern Blick führten. Meine Aufgabe ist vielmehr eine rein praktische, ganz so wie sie der geehrte Hr. Vorredner bezeichnet hat. Er hat mit Recht gesagt: die Kammer habe hauptsächlich das Verhalten des Ministeriums zu kritisiren und, wenn sie es für zweckmäßig erachtet, ihm einen Wegweiser für die Zukunft mitzugeben. Meine Aufgabe ist: der Kritik welche die Kammer über das Verhalten des Ministeriums zu üben im Begriffe ist zu folgen, und dabei die Haltung der Regierung zu vertheidigen, und ich freue mich daß diese meine Aufgabe, so wichtig sie ihrem Gegenstande nach und eben deßhalb schwierig ist, nach einem andern Gesichtspunkte mir sehr leicht vorkommen kann. Es sind nämlich auch die von den Ansichten und dem Verhalten der Regierung abweichenden Ueberzeugungen, es sind die Angriffe gegen das Ministerium und der Tadel über dasselbe in einer Weise ausgesprochen worden, daß es für jede politische Natur nicht eine Schwierigkeit, sondern eine Freude ist darauf zu antworten. Ich werde mich bei meiner Untersuchung hauptsächlich auf das Verhalten des gegenwärtigen Ministeriums, der gegenwärtigen Verwaltung beschränken. Ich will nicht darauf eingehen ob die politische Stellung Bayerns zu Anfang des Jahres 1848 so großartig war wie sie neulich angedeutet wurde; ich will ununtersucht lassen ob eine Veränderung, die in der ersten Hälfte des März 1848 eingetreten ist, eine so nachtheilige Rückwirkung auf diese Stellung geübt habe; ich beschränke mich hier auf den einen Gedanken: „die Verwaltung Bayerns, die nach dem 11 März 1848 bis zur Bildung des gegenwärtigen Ministeriums bestanden hat, hat von ihrer Vorgängerin eine Erbschaft von Verheißungen gemacht, welche zu geben leichter war als sie durchzuführen.“ Und ich glaube, ein billiges Urtheil wird jener Verwaltung das Zugeständniß nicht versagen daß sie mit Mannestreue und mit deutschem Ernste bestrebt war jene Verheißungen zu erfüllen. Es ist aber noch ein besonderer Grund warum ich auf das Verhalten des früheren Ministeriums nicht weiter eingehen zu müssen glaube; er liegt darin daß alle entscheidenden Momente in der deutschen Frage eingetreten sind unter der gegenwärtigen Verwaltung. Wir sind es uns wohl bewußt daß die eigentliche Verantwortung dieser Frage auf uns ruht, und wir lehnen sie in keiner Weise ab; denn der erste entscheidende Moment trat da ein als die bayerische Regierung sich fragen mußte: ob sie die Reichsverfassung die man in Frankfurt beschlossen hatte, anerkennen wolle oder nicht, und als dieser Augenblick kam, war an der Spitze der bayerischen Verwaltung das Ministerium welches jetzt der Kritik der Kammer seine Handlungen unterbreitet hat.

Erlauben Sie mir meine weiteren Erörterungen in zwei Haupttheile zu zerlegen, woron der eine das Grundprincip unserer Politik behandeln soll, der andere die einzelnen Acte die aus diesem Grundprincipe hervorgegangen sind. Ein Sprecher hat gesagt, der Grundgedanke der bayerischen Politik sey gewesen: „Kein Deutschland ohne Oesterreich,“ und er hat geäußert daß er dieses Princip nicht billigen könne, weil Oesterreich ja doch nicht im Stande sey dem Bundesstaate beizutreten den Deutschland brauche, den es wolle. Man kann nach der Anwendung des Grundgedankens unserer Politik wohl sagen, er laute so: „Kein Deutschland ohne Oesterreich;“ aber dieß ist doch bloß die augenblickliche Anwendung desselben. Unser Princip heißt: „Kein zerstückeltes Deutschland, sondern ein ganzes.“ In diesem Sommer aber war die Rede davon ob sich Deutschland von Oesterreich losreißen solle, um nicht zu sagen ob es Oesterreich aus Deutschland hinausweisen wolle, weil man gegen diesen letztern Ausdruck des Gedankens immer protestirt. Deßhalb haben wir dafür gekämpft daß nicht Deutschland ohne Oesterreich gebildet werde. Wäre dagegen die Rede davon gewesen, oder würde demnächst die Rede davon seyn ein Deutschland zu bilden ohne Preußen, so würde die bayerische Regierung mit derselben Entschiedenheit sagen: „Wir wollen kein Deutschland ohne Preußen.“ Es ist also jener Ausdruck nur die momentane Anwendung unseres Principes gewesen, nicht aber unser Princip selbst. Es wäre ein sehr kurzsichtiger Mann, er brauchte kein Staatsmann zu seyn, nur einen Blick auf die deutsche Karte zu werfen, der glauben wollte es könne Deutschland gebildet werden ohne Preußen. Das eine ist eben so unmöglich als das andere, und noch unmöglicher scheint mir ein Deutschland zu bilden ohne Oesterreich und ohne Preußen. Also wir wollen kein zerstückeltes Deutschland, sondern ein ganzes, und warum wollen wir dieses? Nicht bloß aus den Gründen des Gefühls die unser alter Arndt in seinem unvergeßlichen Liede niedergelegt hat; denn wir wissen sehr wohl daß man die Politik nicht mit dem Gefühle machen darf, sondern aus Gründen ruhiger, nüchterner Ueberlegung — wenn Sie wollen, aus Verstandesgründen allein, von denen ich wenigstens glaube daß sie in der Politik das Entscheidende sind, denn nur die aus ruhig verständiger Erwägung der Verhältnisse geborene Politik kann eine Dauer haben, die Politik des Gefühles vergeht mit der Erregung der sie ihre Entstehung verdankt. Wenn wir aber eine solche ruhige Prüfung vornehmen wollen, so ist das erste was meiner Ueberzeugung nach in Betracht kommt, das Gebiet auf welchem die neue politische Gestaltung aufgeführt werden, auf welchem sie wirken soll. Um gleich den Ausdruck „Bundesstaat“ zu gebrauchen, und mir eine etwaige Erörterung über seine Bedeutung vorbehaltend, sage ich also: Wenn ein solcher deutscher Bundesstaat gebildet werden soll um die Freiheit nach innen, die Kräftigung nach außen herzustellen, ist die erste Rücksicht welche der Staatsmann nehmen muß, wenn er nicht auf Sand bauen will, das Gebiet ins Auge zu fassen auf welchem er diesen Bundesstaat aufführen will, und dieses Gebiet ist durch das Territorium und die Begränzung desselben vorgezeichnet. Von der Geographie muß die Politik ausgehen, sonst baut sie in die Luft. Betrachten wir aber Deutschlands Territoriallage, so beweist uns eben diese daß wir ohne Oesterreich ebensowenig als ohne Preußen einen kräftigen, die Garantie der Dauer in sich tragenden Bundesstaat herstellen können. Alle die geehrten Redner welche von dem Gedanken ausgegangen sind nur in der Form des Bundesstaates könne Deutschland seine Bedürfnisse befriedigen, haben meines Erachtens versäumt das Gebiet dieses Bundesstaats ins Auge zu fassen. Es genügt nicht eine Form zu wählen die Stärke geben kann, man muß einen Boden haben auf welchem sich diese Form der Stärke entwickeln kann, sonst ist die scheinbare Stärke die Quelle der Schwäche und des Untergangs. Wenn man erst das Gebiet seiner Macht auf einen unhaltbaren Umfang einschränken muß, um auf diesem ein kräftiges Gebäude aufzuführen, so hat man das scheinbar kräftige Gebäude im Keime schon zerstört. Mein Grundgedanke, meine Hauptfrage war mir daher: kann dieses Deutschland ohne Oesterreich in irgendeiner Form staatlich auf die Dauer existiren? und diese Frage glaubte ich verneinen zu müssen. Ich habe die Gründe hiefür ausführlich schon am 4 Junius an diesem Platz entwickelt, und will Ihre Geduld nicht so sehr in Anspruch nehmen diese heute zu wiederholen. Sie sind auch ziemlich einleuchtend, und es wird genügen wenn ich an die Hauptmomente meiner damaligen Darstellung erinnere. Dieses Deutschland ohne Oesterreich hat Gränzen die es militärisch und politisch nicht vertheidigen kann. Es hat eine Territorialbildung die seinem Handel, seiner Industrie keine Zukunft verbürgt; es wird in einer Weise vom Auslande abgeschlossen daß der Ausdehnung seiner zunehmenden Bevölkerung aller freie Raum abgeschnitten ist, und es wird endlich zwischen dreien großen concentrirten und ihm an Macht überlegenen Staaten eingekeilt, zwischen welchen es sich nicht behaupten kann, zwischen Rußland, Oesterreich und Frankreich, die dann alle seine Feinde seyn — nicht nur werden, sondern müssen. Darum hat dieser deutsche Bundesstaat ohne Oesterreich keine Zukunft.

Man wendet mir ein: „du irrst, wenn du glaubst diese drei Staaten müssen seine Feinde seyn; Oesterreich wird sein Freund seyn, und wir bieten ihm zu diesem Zwecke die Union.“ Ich weiß, meine Herren, was der Reichsminister v. Gagern über diese Union mit Oesterreich gesagt; ich weiß was man in Berlin über diese Union ausgeführt hat. Ich habe es ruhig erwogen, denn Sie können mir glauben daß ein Mann, ehe er sich solchem Kampfe aussetzt wie ich ihn seit sechs Monaten gekämpft habe, wohl überlegt was er thut. Ich habe diese Unionsprojecte geprüft, und es ist meine feste, innige Ueberzeugung daß sie bei denen die sie ehrlich meinen, eine solche Gefühlspolitik sind die keine Zukunft und keinen Halt hat. Es sind sehr viele die ehrlich und aufrichtig daran glauben, dieses Deutschland und dieses Oesterreich würden in brüderlicher Liebe sich umschlingen, und so eine unendliche centrale europäische Macht bilden welche die Zukunft beherrschen werde. Ich glaube das nicht, und weil ich lebendig vom Gegentheil überzeugt bin, darum habe ich den Standpunkt eingenommen auf welchem ich stehe. Oesterreich steht seit Jahrhunderten nicht bloß in Deutschland, sondern an der Spitze von Deutschland, so zwar daß die politischen und militärischen Kräfte Deutschlands seinem Impulse gefolgt sind, daß es die Hegemonie in demselben bald in einem schwächeren, bald in einem stärkeren Grade geführt hat. Seit etwa anderthalbhundert Jahren ist ein Rivale gegen die österreichische Hegemonie in Deutschland aufgetreten, der mit wechselndem Erfolge sie bekämpft, aber niemals vollständig den Sieg errungen hat. Die Bildung dieses deutschen Bundesstaates ohne Oesterreich ist der Sieg dieses Rivalen, sie ist die Niederlage Oesterreichs, sie ist eine theilweise Vernichtung seines welthistorischen Standpunktes, und nun frage ich Sie: ob ein Volk von

15 Millionen, ob eine Regierung die auf einer solchen geschichtlichen Basis steht, einen solchen Sieg eines ihr widerstrebenden Elementes, eine solche Niederlage ruhig nicht bloß hinnehmen, sondern mit einer hingebenden Freundschaft erwiedern könne? Wer dieses glaubt, dessen Glaube kann Berge versetzen. Wer aber einen Beweis für die Beantwortung dieser Frage will: Oesterreich hat geantwortet auf die Unionsvorschläge, nicht etwa in einer Zeit wo es, wie jetzt, seine inneren Feinde überwunden hat, wo die stärkste Armee die im Augenblicke irgendeinem Staate zu Gebote steht, seinem Rufe folgt — nein, in jener Zeit wo selbst die Freunde Oesterreichs an seiner Erhaltung zu zweifeln anfingen, wo es niederlag wie seit lange nicht, wo das innerste Lebensmark Oesterreichs gebrochen und seine Macht für immer vernichtet schien — da hat Oesterreich nicht einen Augenblick gezweifelt wie es jene Unionsvorschläge zu beantworten habe: es hat sie stolz und entschieden zurückgewiesen. Damals waren die Staatsmänner Oesterreichs sich wohl bewußt daß es die Existenz des österreichischen Staates gelte; sie waren auch zu dem Kampfe für diese Existenz entschlossen, und wiesen daher jene Vorschläge zurück, da sie nur die Schwächung und Niederlage Oesterreichs unterzeichnet hätten. Darum also sagen wir: „kein Deutschland ohne Oesterreich." Aber entgegnet man, dann müssen wir auf den deutschen Bundesstaat verzichten, denn Oesterreich wird in diesen deutschen Bundesstaat niemals eintreten.

Ich habe wiederholt schon angedeutet, und andere geehrte Sprecher haben es auch gethan, daß das Wort Bundesstaat etwas sehr elastisches ist. Ich schließe mich der Bezeichnung an die der geehrte Hr. Vorredner aufgestellt hat. Das wesentlichste Merkmal einer künftigen kräftigeren Verfassung welche die verschiedenen Staaten umschlingen soll, ist das Princip der Majorität. Die bayerische Regierung hat sich diesem Princip nicht im allgemeinen widersetzt; nur unter den Vorschlägen die wir in Berlin gemacht haben, ist allerdings auch der daß die Abänderung des Verfassungsentwurfes, wenn wir uns mit der preußischen Regierung geeinigt haben würden, an Stimmeneinhelligkeit gebunden seyn sollte. Wir hielten diese Vorsicht für nothwendig, weil das Stimmenverhältniß von vornherein zu ungleich war. Wenn Sie den Bundesstaat gründen wollen auf dem Princip der Stimmenmajorität, so thun Sie es nur so daß nicht im voraus die Majorität feststeht; denn dann ist es kein Bundesstaat gleichgestellter Staaten mehr, sondern der eine Staat ist jener im voraus feststehenden Majorität unterworfen. Ziehen Sie Oesterreich herein in dieses Gebilde, so wird die bayerische Regierung auf dem Principe der Stimmeneinheit nicht bestehen, denn dann ist das Gleichgewicht hergestellt zwischen den verschiedenen Elementen in unserm Volksleben, die niemand verkennen wird; dann wird weder der Süden über den Norden, noch der Norden über den Süden die entscheidende und feststehende Majorität haben, und dann wird man dieses Grundprincip der Majorität als wesentlich in der künftigen Fortbildung der Bundesverfassung von bayerischer Seite nicht bestreiten. Kann denn aber Oesterreich einer solchen Umgestaltung sich anschließen? Man hat das entschieden verneint. Ich habe bis jetzt noch die Hoffnung daß es sich anschließen kann, und ich könnte hinweisen auf die neuesten Schritte die die österreichische Regierung gethan hat. Denn es wird wohl kaum ein Zweifel darüber seyn daß namentlich jenes wichtige Actenstück der Wiener Ztg. nicht außer Zusammenhang mit der österreichischen Regierung erschienen ist. Ich glaube also: diese neuesten Schritte die Osterreich thut, im Zoll- und Handelswesen, in Bezug auf Eisenbahnen und Telegraphenverbindungen, um sich mit Deutschland in innigen Zusammenhang zu setzen, könnten uns beweisen daß die fortwährend gegebenen Versicherungen Oesterreichs es wolle bei Deutschland bleiben, eine Wahrheit sind, und daß die österreichische Regierung aufrichtig auf praktischem Wege darnach strebt; auf praktischem Wege sage ich, denn lassen Sie in materieller Beziehung die Bande zwischen Deutschland und Oesterreich geschlungen seyn wie der Zollverein, an dessen Auflösung niemand denkt, sie um Süd- und Norddeutschland geschlungen hat, dann werden die politischen Schwierigkeiten sich außerordentlich vereinfachen. Ich will übrigens bei diesem Punkte nicht lange verweilen. Es kann von mir nicht gefordert werden daß ich die Intentionen der österreichischen Regierung darlege, und den Beweis darüber liefere was beabsichtigt wird. Ich wende mich vielmehr zu einem andern Gedanken, der meinem Zwecke näher liegt. Selbst wenn das Resultat das wäre daß uns Oesterreich aufgebe, daß die österreichische Regierung erkläre wir können wirklich nicht mit Deutschland in eine nähere Verbindung treten, wir haben zwar von jeher dieses redlich angestrebt und gewollt, wir sind aber jetzt überzeugt daß wir es nicht können; wäre dann ein Tadel auszusprechen über die bayerische Regierung daß sie, solange es Oesterreich nicht gesagt hätte, auch an die Möglichkeit dieser Erklärung nicht dachte, und die Wege offen hielt die Oesterreich und Deutschland zusammenführen sollten? wären wir dann wirklich zu tadeln daß wir nach dem Bilde eines sehr geehrten Redners während dieses Sommers gezaudert haben abzuschließen, und eine neutrale Stellung eingenommen haben? Ich glaube nicht. Wer, wie wir, von der Ueberzeugung durchdrungen ist daß diese Trennung Deutschlands und Oesterreichs der Markstein in Deutschlands Geschichte ist, daß er das Gebiet des Einflusses des Germanenthums auf unhaltbare Kreise einengt, der wird wohl sich nicht entschließen können zu einem solchen Aeußersten vorzeitig zu schreiten; er wird es für seine Pflicht halten die letzte Kraft anzuspannen daß es dahin nicht komme, und das hat die bayerische Regierung gethan. In den Zeiten der Aufregung, der Leidenschaft, der Fieberhitze — denn solche Zeiten waren die Monate April, Mai, Jun. d. Js., das wird wohl niemand bezweifeln — in jenen Zeiten bestand die Gefahr daß sehr verschiedene Motive (ich will sie nicht näher bezeichnen) den Riß zwischen Deutschland und Oesterreich vollenden und unheilbar machen wollten, und dem hat sich die bayerische Regierung entgegengestellt. Allerdings war sie allein und isolirt, aber ich schäme mich nicht es zu bekennen: ich bin stolz darauf, und mit Recht hat ein Redner gesagt, es wird das eine der schönsten Erinnerungen im Leben dieser Männer seyn daß sie es gethan haben. Gönnen Sie mir dieß Wort (ich bin sonst nicht geneigt von mir zu sprechen) vielen Angriffen gegenüber denen ich im Norden und Süden meines Vaterlandes ausgesetzt bin. Ich bin stolz darauf die Rolle zu spielen welche ein gütiges Geschick mir diesen Sommer angewiesen. Sie hat an meiner Kraft gezehrt, aber auch wenn sie sie aufgezehrt hätte, ich würde darüber nicht unwillig seyn. (Mehrere Stimmen: Bravo!) Gönnen wir der Erhaltung unseres großen Vaterlandes die kurze Frist welche die bayerische Regierung ihr zu gewähren bestrebt ist! Es sind Monate vergangen. Was sind Monate, was sind Jahre in dem Leben eines Volkes? Die Folgen des Risses zwischen Deutschland und Oesterreich werden unsere Enkel und Urenkel zu tragen haben. Wir waren verpflichtet einige kurze Monate daran zu setzen, damit dieser Riß wo möglich verhindert werde. Ich trage nicht die feste Ueberzeugung in mir — wenn ich dieß aussprechen wollte, so wäre ich unwahr — ich trage nicht die feste Ueberzeugung in mir daß unser Streben gelingen werde. Möglich ist es daß die dämonischen Gewalten die sich dieser Angelegenheit bemächtigt haben, stärker sind als die Bemühungen der Patrioten; möglich ist es daß eine höhere Hand die Gränzen unserer weltgeschichtlichen Existenz gezeichnet hat. Aber ich glaube es noch nicht. Noch belebt mich die Hoffnung daß Deutschland erhalten werden könne, und daß eben dieses Zusammenhalten des ganzen Vaterlandes noch eine neue Periode der Macht für unser Volk begründen wird. Wenn es aber gelingen soll, dann muß man allerdings darauf verzichten alles mit gewissen Schlagworten abzuthun, dann muß man auch den Muth haben im äußersten Falle auf das vielgeliebte Wort Bundesstaat zu verzichten.

Es gibt allerdings eine Partei in Deutschland die in ganz gutem Glauben (ich verdächtige ihn keineswegs) eine Verfassungsform aufgestellt hat, und nun herumreist um für diese Form ein Vaterland zu suchen. Das ist der verkehrte Weg; wir haben unser Vaterland, wir brauchen das nicht zu suchen, lassen Sie es uns festhalten, und eine Form suchen die für die zukünftige Machtentwicklung und für das Glück des Vaterlandes die geeignete ist! Ich will lieber den Bundesstaat aufgeben als Deutschland zerreißen; denn niemand wird behaupten können daß gerade in der Form des Bundesstaates, für die noch nicht einmal der Urtypus gefunden ist, Deutschlands Größe und Macht begründet werde; die materiellen Kräfte stehen über den formellen, und wenn wir uns nicht entschließen können diesen Standpunkt wieder einzunehmen, so werden wir unsere Existenz der Form zum Opfer gebracht haben.

Dieses ist es was ich über den Grund unserer Politik und seine Motive ausspreche. Man hat uns häufig vorgeworfen, das sey nicht so, wir gäben das nur vor; das eigentliche Motiv unseres Handelns sey der Particularismus, wir wollten nur Bayern als solches erhalten und wo möglich isoliren, ja man hat uns vorgeworfen wir wollten Bayern zu einer europäischen Großmacht erheben. Wir sind allerdings viel angefeindet und verleumdet, wir sind viel gehaßt, dessen sind wir uns wohl bewußt, das macht uns aber nicht irre; denn wie im Leben der Einzelnen so im Leben der Staaten, kann man an dem Hasse den sie erfahren ihre Bedeutung bemessen, und das was sie gerade im Augenblicke gewirkt oder verhindert haben. Es wäre eine sehr thörichte Politik welche Bayern isoliren wollte, ein Land das so mitten in Deutschland liegt, das gar keine Gränzen hat als das kurze Stückchen an Frankreich; sonst ist Bayern von deutschen Völkern umwohnt, und es müßte (ich kann mich nicht anders ausdrücken) ein sehr beschränkter Kopf seyn der auch nur einen Augenblick den Gedanken fassen wollte dieses Land zu isoliren, und demselben eine rein europäische Stellung einzuräumen. Aber wir haben den Particularismus allerdings vertheidigt, und zwar in dem Sinne den der geehrte Vorredner so richtig bezeichnete daß ich mich ganz auf seine Aeußerung berufe. Diesen Particularismus haben wir vertheidigt und werden ihn vertheidigen gegen jeden andern Particularismus, aber zeige man uns erst das Deutschland für das wir Opfer bringen sollen, und für das auch andere Opfer zu bringen bereit sind, und dann frage man uns ob wir Particularisten sind oder nicht. So lange aber nichts anderes uns entgegen tritt als ein anderer, wenn auch in sich vollkommen berechtigter Particularismus, setzen wir mit demselben Rechte auch den unsrigen entgegen. Ich will damit nicht sagen daß bei der zukünftigen Gestaltung Deutschlands die Opfer welche zu bringen sind für alle deutschen Staaten quantitativ gleich seyn müssen; auch das wäre ein thörichter Gedanke. Die Stellung Oesterreichs zu dem künftigen Deutschland wird unter allen Umständen eine andere seyn als irgend eines der kleinsten Staaten; ich verkenne ferner nicht: eine andere wird die Stellung Preußens und Oesterreichs immer seyn als die Bayerns; wir sind nicht so thörcht unsere Kraft zu überschätzen, wir unterschätzen sie aber auch nicht; das sind wir dem Lande, das sind wir unserm Volke schuldig! Wir verlangen nicht die quantitatve Gleichstellung der Staaten, aber

die qualitative, und wo wir die qualitative, gleichviel aus welchen Gründen, verletzt sehen, halten wir es für unsere Pflicht gegen Bayern und gegen Deutschland, das aus der richtigen Gliederung der Staaten hervorgehen soll daß wir dem widersprechen. Wir haben bei diesem particularen Standpunkte von Anfang an geglaubt das bayerische Volk hinter uns zu haben, und wenn wir nicht ganz falsch beobachtet haben, hat uns diese Erwartung nicht getäuscht.

Gestatten Sie mir nun zu dem zweiten Haupttheile meiner Erörterung überzugehen, nämlich zu den einzelnen Acten die aus diesem unserm Grundprincip hervorgegangen sind. Es sind deren hauptsächlich drei: Wir haben die Beschlüsse der Nationalversammlung, die Reichsverfassung in Frankfurt nicht anerkannt; wir sind dem Dreikönigsbündnisse nicht beigetreten; wir haben das Interim vom 30 Sept. vorbereitet, in seiner Entstehung unterstützt, und daher auch als es vollendet war anerkannt. Was die erste Thatsache anbelangt, die Nichtanerkennung der Reichsverfassung, so hat die Discussion in sehr praktischer Weise die rein theoretischen Fragen bei Seite gelassen; ich thue es daher auch; aber mehrere Redner haben der Regierung hier gerade einen Vorwurf gemacht, der, wenn er begründet wäre, der wichtigste von allen seyn würde. Man hat gesagt; es war ein großer Moment, und die bayerische Regierung hat ihn unbenützt vorübergehen lassen; man hat als diesen Moment jenen Zeitpunkt bezeichnet wo Oesterreich und Preußen sich von der Frankfurter Reichsverfassung abgewendet haben, und die Nationalversammlung den Beschluß faßte daß der größte Staat unter denjenigen welche die Frankfurter Verfassung anerkennen würden, oder vielmehr dessen Fürst als Statthalter an die Spitze gerufen werden solle. Man hat angedeutet Bayern hätte diesen Moment ergreifen müssen, um seiner eignen Größe willen, umsomehr als besondere Schritte geschehen seyen Bayern dazu einzuladen.

Meine Herren, gestatten Sie mir dieses Verhältniß nach Form und Inhalt etwas zu untersuchen. Was die Form anlangt, so kennen Sie, meine Herren, die Beschlüsse der Nationalversammlung über diese Statthalterschaft; ich will sie nicht wiederholen. Was aber jene angedeuteten besondern Schritte betrifft, so ist wohl dem geehrten Mitgliede dieser hohen Kammer, das sie angedeutet hat, noch viel besser als mir bekannt daß diese besondern Schritte nicht so recht eigentlich auf dem constitutionellen Wege einhergingen, und daß sie wenigstens von dem Scheine nicht frei waren als wolle man sich an die sonst immer geschwächten dynastischen Gefühle anklammern, um sie zu gewissen Zwecken zu benützen. Es wird dem sehr geehrten Mitgliede noch mehr als mir bekannt seyn, wie rasch und entschieden jener Versuch auf den constitutionellen Weg zurückgewiesen worden ist, und daß man ihn dort gleichsam nur pro forma wiederholt hat.

Was den Inhalt anbelangt, so möchte ich folgendes vorausschicken: Es gibt allerdings große politische Momente, und für die Regierungen die Pflicht solche Momente zu ergreifen und nach ihnen zu handeln. Es gibt aber auch politische Gelegenheiten, und für die Regierung die Pflicht sich nicht zur Ausbeutung solcher Gelegenheiten verleiten zu lassen. Worin liegt der Unterschied zwischen beiden? Man ergreift einen politischen Moment wenn man in die Lage der Verhältnisse nach seinen Grundsätzen, nach Pflicht und Gewissen eingreift. Man speculirt aber auf eine Gelegenheit wenn man die Aussicht auf einen Vortheil den Grundsätzen des Rechtes und der Ehre zum Opfer bringt. Daß die bayerische Regierung nicht aufgefordert worden seyn kann das zweite zu thun, das ist klar. Die geehrten Sprecher haben das erste im Sinne gehabt, es wird also nur darauf ankommen zu untersuchen ob ein solcher Moment gegeben war. Das bayerische Ministerium glaubte das zweite annehmen zu müssen; darum hat es sich nicht von dieser Gelegenheit verleiten lassen. Was hat man damals von Bayern verlangt? Es sollte dieselbe Reichsverfassung die es acht Tage vorher in ausführlicher motivirter Darlegung als im Widerspruch mit den Interessen Deutschlands und Bayerns bezeichnet und abgelehnt hatte, acht Tage später anerkennen, weil nun nicht mehr Preußens, sondern Bayerns König an die Spitze gerufen wurde. Als die bayerische Regierung gegen jene preußische Hegemonie kämpfte die in dem Verfassungsentwurf von Frankfurt lag, gegen den preußischen Erbkaiser, that sie es wahrlich nicht weil das Haus Wittelsbach dem Haus Hohenzollern gegenüber ein besonderes Interesse geltend machen wollte. Wer die Erklärung der bayerischen Regierung, die damals erlassen wurde, liest, wird finden daß die Stellung dieser beiden erhabenen Dynastien mit keinem Wort erwähnt wurde. Die bayerische Regierung that es weil jene preußische Hegemonie, sowie eine sächsische, hannoverische oder bayerische, Deutschland und Oesterreich zerrissen hätte, und weil sie diesen Riß nicht zulassen wollte. Derselbe Nachtheil wäre da gewesen wenn Bayerns König an die Spitze dieses so zerrissenen Deutschlands getreten wäre, und sein deutsches Gefühl hätte ihm dieses verbieten müssen, selbst wenn er die Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Es wäre eine Verläugnung der Grundsätze der Dynastie und der Regierung gewesen, wenn man nach acht Tagen das hätte annehmen wollen um eines besondern Vortheils willen, was man acht Tage vorher im allgemeinen Interesse abgelehnt hat. Die bayerische Regierung hatte sich der Frankfurter Verfassung auch noch aus andern Gründen widersetzt, weil sie in dieser Verfassung eine so wunderbare Mischung demokratischer, monarchischer und zum Theil revolutionärer Grundsätze erkannte, daß sie überzeugt war auf eine solche Verfassung könne das Glück des Volkes nicht gegründet werden. Mit dieser Ueberzeugung wäre es ein Verrath am deutschen Volk gewesen den Versuch zu machen sie ins Leben einzuführen. Aber wenn diese Erwägungen nicht durchdringen sollten, wenn man in der Politik (denn viele glauben dieses) durchaus den Vortheil über die Grundsätze setzen will, welcher Vortheil wäre dann da für Bayern oder Deutschland zu erreichen gewesen? Bayern hätte Oesterreich und Preußen gegenübertreten und die Durchführung der von ihnen verworfenen Verfassung übernehmen müssen. Wer würde sich angeschlossen haben? Die 28 Regierungen die vorher die Frankfurter Verfassung angenommen haben? Welche Energie in der Vertheidigung daraus erwachsen seyn würde, das ist leicht zu durchschauen. Würden denn Hannover und Sachsen sich Bayern angeschlossen haben, welche ebenso bestimmt wie die bayerische Regierung der Frankfurter Verfassung ihren Widerspruch entgegengesetzt hatten? Es würde sich vielleicht Württemberg und Baden an die bayerische Regierung angeschlossen haben, und das ganze Resultat wäre gewesen eine Ausscheidung dieser drei süddeutschen Staaten dem übrigen Deutschland gegenüber. Und wem hätten sie sich zuwenden müssen? Jenen Gewalten die bald darauf in der Pfalz und in Baden ihr Reich entwickelten und ihre Volksbeglückungstheorie ins Werk setzten, und vor aller Welt ihre Unfähigkeit einen Staat zu gründen, zu übernehmen oder zu regieren documentirt haben. Das waren die Bundesgenossen auf welche Bayern hätte zählen können, wenn man jenen großen Moment benützt hätte. Aus diesen Gründen hat die bayerische Regierung in jenem Augenblick nur die Versuchung zur Benützung einer Gelegenheit erkannt, und sie zurückgewiesen. Die Politik der Gelegenheiten, das beweist die Geschichte bis in die neueste Zeit, führt zunächst zu Verlegenheiten, dann zu Niederlagen und möglicherweise zur moralischen Vernichtung; denn auch dieses gilt von Staaten wie von Individuen, daß wenn man alle Grundsätze des Rechts und seine bisherige Ueberzeugung dem Vortheil des Augenblicks aufopfert, man damit moralisch vernichtet wird. Soviel über den ersten Punkt, die Anerkennung der Reichsverfassung. Was den zweiten Punkt anbelangt, den Beitritt zum Dreikönigsbündniß, so haben einige Redner beklagt daß die bayerische Regierung hiezu sich nicht entschlossen habe. Ich glaube aber, die Gründe die sie vorgebracht haben, sind widerlegt durch meine Erörterung über unsere Grundsätze. Wir haben in jenem Entwurf jene Zerreißung Deutschlands und jenes Uebergewicht der norddeutschen Majorität über Süddeutschland erkannt, also eine ungerechte Bevorzugung eines Particularismus den übrigen berechtigten Particularverhältnissen gegenüber. Wir haben uns bemüht Vorschläge zur Ausgleichung der Uebelstände zu machen; sie wurden nicht angenommen. Es hat ein Redner gesagt, er sey überzeugt die gewerblichen Interessen, die Ansässigmachungsfrage würde von Seite Preußens im Sinne Bayerns entschieden worden seyn. Ich kann nur sagen daß man mir gerade diesen Punkt als einen entschieden festzuhaltenden bezeichnete, und das preußische Ministerium hielt es für Pflicht gegen sein Land hieran festzuhalten. Aber auch in andern Beziehungen bitte ich zu beachten was zu hoffen gewesen wäre von der Revision, auf die man hindeutet. Der Entwurf sollte als der gemeinschaftliche der Regierungen an den Reichstag gebracht werden; und wenn er angenommen würde, sollte keine Regierung davon abweichen können. Unsere Abänderungsvorschläge wollte man nur als Instruction der Regierungscommissäre betrachten, so daß diese in der Discussion geltend zu machen wären. Wenn aber die Majorität des Reichstags auf diese Ausführung nicht eingegangen wäre, sondern an dem ursprüglichen Entwurfe festgehalten hätte, wären alle Regierungen daran gebunden gewesen. Nun frage ich Sie: ist es wahrscheinlich daß auf diesem Reichstag, wie er gebildet werden sollte, die Vorschläge Bayerns Berücksichtigung gefunden hätten? Das Frankfurter Parlament war ganz anders zusammengesetzt, da saßen österreichische Abgeordnete, da war das Uebergewicht des Nordens nicht so groß, und wir haben doch gesehen was die ruhigsten, entschiedensten Vorstellungen, nicht bloß der bayerischen Regierung, sondern aller bayerischen Deputirten, bewirkt haben in einer Frage die weder eine dynastische noch particularistische war, sondern gearadezu eine Lebensfrage des bayerischen Staats. Es ist dieß die Frage des Malzaufschlags. Was hat es in Frankfurt genützt daß man durch Zahlenberechnungen nachgewiesen hat daß der bayerische Staat es nicht ertragen könne wenn man diese Beschlüsse faßte, und doch sind sie gefaßt worden, und man hat mit einer gewissen Vornehmheit, wie sich ein sehr geehrter Hr. Redner ausdrückte, gesagt: das ist schlechter bayerischer Particularismus. Nun bitte ich zu beachten daß in dem neuzuberufenden Reichstage eine weitüberwiegende norddeutsche Majorität sich gebildet haben würde. Er würde zusammengekommen seyn unter der Weihe und den Auspicien derselben zu Gotha versammelten Partei, welche die Bekämpfung des abscheulichen bayerischen Particularismus als ihre ganz besondere Aufgabe betrachtete. Was würden die wohlbegründetsten Vorschläge Bayerns auf einem solchen Reichstage für Aussicht auf Berücksichtigung gefunden haben? Man hat ferner gesagt, es sey nicht richtig daß diese Berliner Aufstellung den Riß zwischen Deutschland und Oesterreich in sich schließe. Ich muß bekennen, entweder habe ich den geehrten Redner nicht verstanden der das gesagt hat, oder er hat sich die Berliner Aufstellung nicht vergegenwärtigt. Wie ist es möglich daß Oesterreichs Kaiser und Volk unter die erbliche Reichsvorstandschaft von Preußen sich fügen wird? Kann jemand, sey er von was immer für einer Partei, dieses für möglich halten? oder umgekehrt, glauben Sie daß wenn nun im Herbst, nachdem ein Reichstag diesen Verfassungsentwurf sanctionirt hätte, Oesterreich erklärt hätte wir wollen beitreten, daß Preußens Regierung und

Volk erklärt haben würden: Nun geben wir die Reichsstandschaft wieder auf, wir ordnen uns jetzt unter Oesterreich. Dieses ist ebenso unmöglich wie das andere. Es kommt also auch hier in Erwägung, man müsse in der Politik nicht die Gefühle, Wünsche und Hoffnungen, sondern die gegebenen Verhältnisse ins Auge fassen, und nach dem Möglichen, Erreichbaren trachten.

Man hat bei der Bevorwortung der Berliner Verfassungsaufstellung noch ganz besonders die Zollverhältnisse ins Auge gefaßt, und von den Gerüchten geredet es wollte Bayern bei dem Widerstande gegen jene Aufstellung aus dem Zollverbande sich zurückziehen und ganz an Oesterreich anschließen. Ich weiß, auch diese Dinge sind in den Zeitungen verbreitet worden; denn was wäre seit sechs Monaten nicht gegen Bayern geschrieben und gedruckt worden? Ich sollte aber meinen, wer uns nicht geradezu für verblendet, durch Leidenschaft namentlich verblendet hält, und ich glaube, so oft die Organe der bayerischen Regierung bis jetzt Gelegenheit gehabt haben öffentlich sich über diese Frage auszusprechen, haben sie sich von Leidenschaft frei gehalten — wer, sage ich, uns nicht für verblendet hält, der kann uns nicht den Gedanken zutrauen daß wir wegen der jetzigen Verfassungsstreitigkeiten am Zollvereine rütteln wollten, an diesem ersten und seit vielen Jahren eingewurzelten Schritt zu einer großen deutschen Einheit. Nein, die bayerische Regierung wird den Zollverein nicht künden, wenn man ihr auch die Vollziehung der Zollvereinsverträge noch so sehr erschwert. Sie weiß welche Rechte der Zollverein ihr gibt, und an diesen wird sie festhalten, und man kann auf Erfüllung von Verträgen dringen, man braucht nicht zurückzutreten wie ein unmuthiger Knabe. Die Besorgnisse also die sich hieran geknüpft haben, sind vollends unbegründet. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen daß die österreichische Regierung keineswegs beabsichtigt einen Separatzollverein mit Bayern zu schließen, und so Deutschland zu zerreißen. Ich weiß nichts von einem solchen Separatvertrage, obwohl die Zeitungen schon vor 4—5 Monaten davon sprachen, als hätten sie ihn gelesen. Ich weiß nur daß in der neuesten Zeit das Organ, das man für ein officielles in Wien zu halten guten Grund hat, eine Zollvereinigung Oesterreichs mit ganz Deutschland in Aussicht gestellt hat; wahrlich ein Gedanke dessen Tragweite jeder zu ermessen im Stande seyn wird der sich mit commerciellen Verhältnissen beschäftigt, und daß er nicht als Phantasie ausgesprochen ist, das beweist dieser Aufsatz selbst, weil er den Weg zur praktischen Verwirklichung zeigt. Ich hege auch hier nicht die Meinung daß die großen Schwierigkeiten plötzlich gehoben werden können, ich glaube aber daß Grund zu Besorgnissen auf diesem Gebiete am allerwenigsten vorhanden ist. Ich glaube keine deutsche Regierung wird die Verantwortung auf sich nehmen den jetzt bestehenden Zollverein zu zerreißen, und ich glaube jede Regierung wird freudig die Hand dazu bieten soweit möglich das Gebiet des Zollvereins auszudehnen. Es bleibt nun die dritte Thatsache übrig, in der man unser Grundprincip prüfen kann, das Interim. Hier kann ich kurz seyn, denn alle geehrten Sprecher haben hierin den Tact bewiesen, aus welchem hervorgeht daß wir uns in Mitte einer politischen Versammlung befinden. Es würde daher von mir doppelt unrecht seyn auf eine Frage einzugehen die die Kammer in weiser Würdigung der Verhältnisse bei Seite gelassen hat. Was die Regierung in dieser Hinsicht für eine rechtliche Ueberzeugung hat, liegt ohnedieß in ihren Handlungen am Tage. Nur auf eines mache ich aufmerksam; ich habe neulich schon angedeutet, dieses Interim ist nicht ohne uns und hinter unserm Rücken zu Stande gekommen. Es können alle ruhig seyn die glauben die beiden Großmächte hätten sich hier gleichsam gegen das übrige Deutschland verschworen, namentlich es habe sich Oesterreich undankbar gegen Bayern gezeigt. Was das letztere betrifft, so hat schon ein verehrter Redner darauf hingewiesen daß man in der Politik den gewöhnlichen Begriff der Dankbarkeit gar nicht anwenden kann. Die bayerische Regierung hat nicht gehandelt um Dank von Oesterreich zu erhalten, sondern aus Pflichtgefühl, nicht um irgendjemandes Gunst willen. Denn so stark fühlt sie sich, trotz aller Wirren der Zeit, daß sie weder um Oesterreichs noch um Preußens Gunst zu buhlen braucht, sowie umgekehrt diese beiden Regierungen auch nicht beanspruchen daß wir ihre Gunst suchen. Auf die Achtung Oesterreichs und Preußens wie aller andern Staaten, darauf legt sie großen Werth, und ich glaube, wenn die Zeit der Leidenschaft vergangen seyn wird, wird man ihr diese Achtung nicht versagen.

Was sodann die Furcht anlangt, beide Großmächte hätten die übrigen Staaten gemeinschaftlich hintangesetzt, so ist dieses, wie gesagt, nicht richtig. Es geht aus den Actenstücken hervor daß man den Vertrag zu Wien am 30 September abgeschlossen hat, als man versichert seyn zu können glaubte nach vertraulichen Verhandlungen daß er allgemeine Zustimmung finden werde. Sie werden vielleicht entgegnen: „um so schlimmer! So ist dieses Werk, welches wir nicht loben können, und welches die Regierung, nach der Art wie sie ihre Zustimmung aussprach, selbst nicht loben zu können scheint, durch die bayerische Regierung selbst mit errichtet worden.“ Ja, meine Herren! ich lehne die Verantwortung hiefür nicht ab, und glaube sogar umgekehrt sagen zu können: Bayern hat sich ein Verdienst erworben gerade dadurch daß es hiezu mitgewirkt hat. Man muß nur bei Beurtheilung dieser Fragen die Leidenschaft weglassen und die sanguinischen Hoffnungen, man muß nur, wie ich sagte, das Erreichbare ins Auge fassen. Wer einen Zweck will, muß auch die Mittel dazu wollen. Wir wollen den Zweck: die Zerreißung Deutschlands zu verhindern, Oesterreich und Deutschland zusammenzuhalten. Das nächste Mittel hiezu war die Herstellung einer Centralgewalt welche von Oesterreich und Preußen anerkannt ist; denn so lange dieser Zwiespalt über die Centralgewalt nicht gelöst war, war für Deutschland kein Heil. Das ist unsere feste Ueberzeugung. Nun wäre es ein leichtes gewesen das Zustandekommen dieses Vertrages zu hindern. Bayern hätte nur darauf zu bestehen gebraucht daß es in dieselbe eintrete, dann wäre sie entschieden nicht zu Stande gekommen. Erlassen Sie mir die Gründe auszuführen worauf dieses unübersteigliche Hinderniß sich gründet; wer die Lage Deutschlands ins Auge faßt, findet sie selbst. Wir konnten das Interim fordern*) wenn wir wollten; im Bewußtseyn dieser Möglichkeit haben wir dieß nicht gethan. Es ist unser Verdienst. Hier kam es darauf an zu zeigen ob wir solche Particularisten sind oder nicht, ob wir eine Aufopferungsfähigkeit haben oder nicht, und ich glaube die bayerische Regierung hat diese Probe bestanden; sie hat Opfer gebracht, diese vielgetadelten particularistischen Interessen auf die Seite gesetzt, und hat auf sechs Monate ihre Stimme an die beiden Großmächte übertragen. Sie hat es gethan im Bewußtseyn daß darin Gefahr liege, aber auch in dem Vertrauen daß die österreichische und preußische Regierung nie vergessen werden welchen wichtigen Beruf sie durch Bildung dieser Bundescommission übernommen haben. Sie werden nie vergessen daß das Deutschland, dessen Regierungen vertrauensvoll das Regiment über Deutschland auf sechs Monate in ihre Hände legten, daß dieses Deutschland vereinigt so ziemlich jeder von ihnen an Macht gleich sey, und daß eben das Vertrauen mit welchem man entgegenkommt, nicht mißbraucht werden darf. Ich zweifle keinen Augenblick daß ein solcher Mißbrauch nicht werde stattfinden; ich sage aber noch mehr: daß wenn er versucht werden wollte, die übrigen deutschen Staaten so sehr in ihrem guten Rechte sind daß sie schon dadurch stark genug wären jenem Mißbrauch entgegenzutreten. Bayern würde mit demselben Eifer mit welchem es das Interim gefördert hat, jenem Mißbrauche entgegentreten, und ich glaube es würde dann eine freudigere und energischere Unterstützung in seinem Volke und dessen Vertretern finden als jetzt, wo es den Schritt der besonnenen, resignirenden Ueberlegung zu rechtfertigen hat. Das ist es, meine Herren, was ich über die Hauptacte unserer Politik ausführen zu müssen glaubte. Was wir gethan haben liegt offen vor Ihnen; warum wir es gethan haben ist theils in diesen Actenstücken gesagt, theils habe ich ergänzende Worte hinzugefügt. An Ihnen ist es nun ein Urtheil zu sprechen. Ich bin weit entfernt demselben irgend Maß und Ziel zu setzen, aber Eine Bitte habe ich an Sie, fassen Sie dasselbe klar und deutlich! Ich glaube darauf hat die Regierung ein Recht. Man mag uns beurtheilen wie man will, dahin wird man einverstanden seyn daß wir seit sechs Monaten unsere Farbe frei gezeigt haben; man hat nicht im Zweifel seyn können auf welche Seite die bayerische Regierung sich stelle; ebenso gewiß ist es daß wir eben deßhalb einen schweren Kampf zu kämpfen hatten, angefeindet worden sind von innen und außen, mehr als seit langer Zeit irgendeine Regierung. Wir haben diesem Kampf entgegengesehen ehe er angefangen, wir sind ihm nicht gewichen während er geführt wurde. Die Freudigkeit hat uns nicht verlassen; denn wir standen auf fester, wohlbegründeter Ueberzeugung. Wir haben kein Recht von Ihnen Billigung unseres Verhaltens zu fordern; aber das Recht haben wir daß Sie Ihre Billigung oder Mißbilligung klar, deutlich und offen aussprechen. Von diesem Standpunkt aus muß ich mir einige Bemerkungen erlauben in Bezug auf die verschiedenen Anträge die an die Kammer gebracht worden sind. Sie haben den Antrag des Ausschusses vor sich. Ich habe bereits im Ausschusse erklärt daß die Regierung in der Fassung des Urtheiles über ihr Verhalten, wie sie der Ausschuß Ihnen vorlegte, eine klare und deutliche Billigung dessen was sie gethan hat erkennt, und daß sie, wenn dieser Antrag zum Beschlusse der Kammer erhoben wird, sich dadurch neu gekräftigt fühlen wird zur Erfüllung ihrer Pflicht. Es liegt Ihnen ferner ein Antrag vor von Seite des Hrn. Abgeordneten Kirchgeßner. Wenn ich ihn recht im Gedächtnisse habe, ist in ihm gar kein Urtheil über das Verhalten der Regierung enthalten, sondern nur ein Wegweiser für die Zukunft. Ich habe daher von meinem Standpunkte aus über diesen Antrag nichts weiter beizufügen. Ich begreife den Standpunkt der sich jeder Kritik enthält; nur kann ich nicht wünschen daß dieses der Standpunkt der Majorität werde; denn wenn die Regierung eines constitutionellen deutschen Staates mit sicherem Schritte gehen, mit fester Hand handeln soll, so wird ihr dieses nicht bloß schwierig, sondern fast unmöglich seyn, wenn nach drei- oder viertägiger Discussion über so wichtige Fragen kein Urtheil über ihr Verhalten gefällt wird.

(Schluß in der heutigen Zeitung.)

*) Soll wohl heißen hindern?

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Freitag — Nr. 320. — 16 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (die Verhandlung der Kammer der Reichsräthe über die deutsche Frage: Prinz Luitpold, Graf Armansperg, Graf K. Seinsheim, V. Lotzbeck, Fürst Hohenlohe. Willichs Instruction als Bundesgesandter. Aus einem Rechtsgutachten über das Amnestiegesetz); Augsburg (Freilassung zweier Staatsgefangenen); Würzburg (Freilassung); Stuttgart (die Einnahme der Taxis'schen Post); Freiburg (Auswanderung nach Amerika); Karlsruhe (die große Ordensvertheilung); Darmstadt (Assisenverhandlungen); Waldeck (die Abgeordneten von Waldeck und Pyrmont einberufen); Hannover (die Abgeordnetenkammer um Amnestie der politischen Verbrecher); Aus Norddeutschland (was ist möglich?); Köln (Prinz von Preußen); Berlin (Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten über kirchliche Verhältnisse); Breslau (Blum- und Brandenburg-Feier); Posen (die Liga Polska); Wien (Hofrath Hurter und die Deutsche Reform. Urtheile über die Zolleinigungsvorschläge. Die jüngsten Begnadigungen).

Großbritannien. Der Prinz von Wales. Die Times über den Herzog v. Augustenburg. Das Dampfboot Inca.

Frankreich. Effectivstand des Heers. Die Contrerevolutionsgerüchte. Civilliste des Präsidenten. Industriefest. Amnestirung einer großen Zahl Junius-Insurgenten. Tahiti und die Marquesas zu einer Strafcolonie bestimmt. Der Staatsproceß am Schluß. Ross.-Bt. Die Königin von Madagascar nicht gestorben. Marseille (Mißhandlung des französischen Consuls in Mogador. Patriarch von Jerusalem).

Italien. Neapel (Rückkehr des Papstes).

Schweiz. Bern (Eröffnung der Bundesversammlung. Rede Eschers); Zürich (wieder 33 Flüchtlinge ausgewiesen).

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam 12; Wien 13; Frankfurt 14; Augsburg 15 Nov.

Deutschland.

Bayern. || **München,** 12 Nov. Die Sitzung welche die Kammer der Reichsräthe heute der deutschen Frage widmete, begann mit der Vortragserstattung des Referenten Grafen v. Armansperg, dessen Antrag wir bereits mitgetheilt. Graf Armansperg machte am Schlusse noch die Aeußerung daß die vertraulichen Eröffnungen welche das Staatsministerium des Aeußern inmitten der Commission gemacht habe, sich vornehmlich auf die vertraulichen Erwiederungen bezogen haben welche die an den Fürsten Schwarzenberg gerichtete Note vom 19 Jun. d. J. gefunden. Der Inhalt derselben habe die Commission in hohem Grade beruhigt, und die Erwartungen der beiden anwesenden Präsidenten der Kammer der Reichsräthe und sämmtlicher Mitglieder der Commission übertroffen; die Veröffentlichung derselben würde sicher allgemein eine große Beruhigung geben. Die Commission bedauerte deßhalb im Interesse der Sache daß die diplomatischen Beziehungen dermalen noch einer Veröffentlichung entgegenstehen, welche den beiden Regierungen von Oesterreich und Bayern nur zur Ehre gereichen könnten. Dann erhält zuerst das Wort Prinz Luitpold; sein Votum lautet: „Mit Freuden entnehm' ich aus dem Antrag unseres verehrten Ausschusses ein Vertrauensvotum für das gesammte Staatsministerium. Mit Beharrlichkeit hat es ein schönes Ziel, die Einigung des gesammten Deutschlands angestrebt. Soweit es bei den obwaltenden schwierigen Verhältnissen möglich war, wurden auch diese Bemühungen mit Erfolg gekrönt. Mit voller Ueberzeugung trete ich daher diesem Vertrauensvotum bei. Während der halbjährigen Dauer der neugeschaffenen provisorischen Centralgewalt werden von unserer Staatsregierung große Opfer gebracht — ein neuer Beweis ihrer uneigennützigen Richtung. Bei der zu erwartenden Feststellung des Definitivums aber wünsche ich, ja erwarte ich mit Bestimmtheit daß es der Weisheit und Festigkeit der Staatsregierung gelingen werde für Bayern jene Stellung zu erringen zu welcher die Geschichte und politische Bedeutung in vollem Maße es berechtigen. Ich war gewohnt stolz darauf zu seyn mich einen Bayer nennen zu dürfen; auch in Zukunft hoffe ich stolz darauf seyn zu können."

Der Hr. zweite Präsident Graf v. Seinsheim: Unser schönes deutsches Vaterland, welches die edelsten und wichtigsten Producte fast aller Gattungen des Naturreichs erzeuge, dieses schöne Land habe leider in politischer Beziehung bisher nicht jene Stellung eingenommen und behauptet die ihm in der That nach seiner historischen Entwickelung und politischen Bedeutsamkeit gebühre. (Folgt ein geschichtlicher Rückblick vom 30jährigen Kriege an bis zu dem Befreiungskriege.) Jene Zeit wo die Völkerschlacht bei Leipzig geschlagen und der Feind über den Rhein gejagt worden, sey eine herrliche schöne Zeit gewesen; es war die Zeit wo die Fürsten die Völker aufriefen und diese Gut und Blut für die Fürsten einsetzten. Damals hätten die Fürsten manches dem Volke gewähren sollen, was dieses durch seine Treue und Aufopferung verdient hätte. Allein es geschah nicht; es wurden auf dem Wiener Congreß Länder und Völker zusammengewürfelt welche nicht zu einander paßten, schon damals zu manchem der Grund gelegt was wir jetzt beklagen. Es schien nun die Ruhe zurückgekehrt zu seyn: allein bald und zwar namentlich unter französischem Einfluß haben sich Parteien gebildet, sey Mißbehagen und Mißvergnügen entstanden, da man des langen Friedens überdrüssig zu seyn schien. So sey damals die Burschenschaft entstanden, welche anfangs zwar einen rein wissenschaftlichen Zweck gehabt, gar bald aber einen politischen Charakter angenommen habe. Einer unsrer tüchtigsten Juristen, der damals die Untersuchung des Burschenschaftswesens geführt, habe ihm, Redner, selbst versichert daß alles was im Jahre 1848 geschehen, ihm gar nichts neues gewesen, da die damalige Burschenschaft dieselben Plane gehabt habe. Frankreich habe dieß benützt... Das Jahr 1848 endlich sey das Losungswort für alle jene gewesen welche schon lange im stillen eine Empörung zu organisiren wünschten um die bestehenden Regierungen über den Haufen zu werfen, er erinnere an die traurigen Ereignisse in München, Wien, Dresden und Berlin. Hülfe that noth; jedermann habe diese Hülfe augenblicklich darin zu finden geglaubt daß der Bund selbst die Sache in die Hand nehme, allein dieß sey ohne Erfolg gewesen. Da seyen in Heidelberg einzelne Männer zusammengetreten um sich über das neue Project, Schaffung einer Volksvertretung am Bunde, zu besprechen. In Folge dessen vereinigten sich gegen 30 Männer in Frankfurt, und man habe nun von dort aus ein allgemeines Verlangen nach einem deutschen Parlament ausgehen sehen, welchem die Regierungen durch Ausschreiben der Wahlen und Erlassung von Wahlgesetzen gewissermaßen ihre Sanction ertheilt hätten. Allein schon der Anfang dieser Versammlung habe ihm wenig Vertrauen eingeflößt, als man den Vorschlag, es solle die Versammlung wie gewöhnlich mit Anrufung Gottes um seinen Beistand durch feierlichen Gottesdienst begonnen werden, mit Hohn zurückgewiesen."... Der Redner führt die spätern Ereignisse vorüber und schließt: „Der von der bayerischen Regierung eingeschlagene Weg sey der wahre, der einzig mögliche, der Deutschland vielleicht seine Ruhe wiedergeben könne. Mit Zuversicht hoffe er daß unser Ministerium das Interesse Bayerns, das Interesse Deutschlands, wie es dieß bisher so sehr bewiesen, stets im Auge behalten und auch in Zukunft dahin wirken werde daß den deutschen Völkern die Ruhe wieder gegeben, und nach und nach eine Einheit in Deutschland erzielt werde, welche vorzüglich in materieller Beziehung jene Zeit zurückführen werde wo deutscher Handel, deutsche Industrie einen so bedeutenden Aufschwung gewonnen hatten. Er sehe nicht so trübe in die Zukunft; sehe er in die Vergangenheit, so finde er daß über Bayern stets ein höherer Schutz gewaltet, daß sich bis jetzt in Bayern die allerorts bewunderte deutsche Wahrhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit rein erhalten habe, und daß diese Eigenschaften nicht sobald untergehen werden. Er glaube daß wir noch lange das Glück und die Freude haben werden den Stamm der Wittelsbacher zum Segen und Glück Bayerns blühen zu sehen."

Frhr. v. Lotzbeck: Er habe mit Bedauern alle Recriminationen gehört welche in Bayern gegen Preußen geltend gemacht wurden, und habe mit Bedauern die Recriminationen gelesen welche in Preußen gegen Bayern veröffentlicht wurden. In dem Augenblick wo sich alle deutschen Stämme einigen sollen, diene dieß nicht zur Einigung, und man sollte alles derartige vermeiden. (Der Redner lobt die Regierung daß sie das Dreikönigsbündniß

zurückgewiesen und fährt fort:) Das große deutsche Parlament könne sich — vom Standpunkt historischer Traditionen aus — nur bilden durch Ausschüsse sämmtlicher Kammern neben einem Oberhause aus sämmtlichen ersten Kammern, worin vor allem die Häupter der standesherrlichen Familien als vorzugsweise zur Berathung deutscher Angelegenheiten berufen Platz zu nehmen hätten, so daß durch zweckmäßige Umgestaltung ihrer Hausgesetze mit der Zeit eine angesehene deutsche Pairie entstehen könne. Die Note des Fürsten Schwarzenberg bahne allein den praktischen Weg an, um aus dem Labyrinth aller Ideen herauszukommen, wie die Zukunft bewähren werde welcher er mit heiterer, ernster Stirne entgegensehe, indem weder von oben noch von unten ein Nationalunglück drohe: letzteres nicht, weil eine etwaige neue Revolution, durch die nothwendige Begleitung socialistischer Tendenzen unorganisirbar, von der Staatsform der Monarchie leicht besiegt würde; ersteres nicht, weil das an historischen Traditionen festhaltende Oesterreich die Centralgewalt mit in die Hand genommen habe. Das dermalige Provisorium schade Bayern nicht, weil zur Beseitigung der Gefahren des Dualismus Mittelglieder nothwendig seyen, und das dermalige Staatsministerium die vermittelnde Rolle mit so vielem Geschick übernommen habe.

Fürst v. Hohenlohe: Er müsse vor allem dem Hrn. zweiten Präsidenten eine kleine Bemerkung machen: er habe nämlich ebenso wie jener bedauert als von der Nationalversammlung der Antrag auf Abhaltung einer Kirchenfeierlichkeit zurückgewiesen worden sey; übrigens sey dieser Beschluß der Aufregung der damaligen Zeit zuzuschreiben; allein deßhalb könne man die ganze Nationalversammlung nicht für die Reden einer einzelnen, wenn auch verrückten Partei verantwortlich machen. Bei dem heutigen Berathungsgegenstand habe er sich die Frage gestellt ob die Regierung die Anerkennung verdiene die das Ausschußgutachten beantrage, und bei dieser Frage werde er stehen bleiben. Der Hauptgegenstand hiebei sey das Dreikönigs-Bündniß, und in dieser Beziehung müsse er erklären daß wenn diese Frage noch eine offene, und die Kammer um ihre Erklärung gefragt worden wäre, er gerathen haben würde hiezu die Zustimmung zu ertheilen. Er gehe nämlich von dem Grundsatz aus daß eine starke Centralgewalt nothwendig sey, und diese sey in dem Dreikönigsbündniß gegeben, während eine vielköpfige Directorialgewalt, die immer nur nach Instructionen handle, wo es gelte rasch und kraftvoll einzugreifen, niemand befriedigen könne. Nationaleinigung und individuelle Selbständigkeit lassen sich nicht erreichen. Opfer der Einzelstaaten seyen unumgänglich. Doch die Frage über den Dreikönigsbund sey in diesem Augenblick eine geschlossene, sie sey wenigstens in ein Stadium getreten in welchem eine weitere Vertheidigung desselben nicht möglich wäre. Auch das bayerische Volk habe in seinen Vertretern sich dagegen ausgesprochen; die Convention vom 30 Sept. d. J. habe diese Frage auf die Seite geschoben, und was die Mehrheit des Volkes wolle, da trete er mit seiner subjectiven Ueberzeugung zurück. Wenn er nun mit seiner Ansicht zurücktrete, so wisse er keinen bessern Weg zu finden als den von dem gegenwärtigen Ministerium eingeschlagenen, um die Wünsche des Volks mit dem Princip der Einigung des ganzen Deutschlands in Einklang zu bringen. Wenn die Einheit im Jahr 1848 zu Grunde gegangen, so sey es nicht sowohl durch die Sonderinteressen der Dynastien, als durch die Feindseligkeit einzelner deutscher Stämme geschehen. Er sey dieß zwar eine traurige Wahrheit, aber unter solchen Verhältnissen müsse er bekennen habe die Regierung nicht anders handeln können. Indem er also diese traurige Pflicht erfülle, und nicht anders könne als dieses anerkennen, müsse er auch dem Antrage des Ausschusses beitreten. Es sey aber etwas zweifelhaft ob er bei den Grundsätzen zu denen er sich bekenne, auch der dankbaren Anerkennung beitreten solle; er glaubte in diesen Worten etwas nicht ganz parlamentarisches zu finden; er wolle sich aber an diesen Worten nicht stoßen, sondern dem Ausschußantrag beitreten. Wenn er aber dieses thue, so müsse er am Schlusse erklären daß er dadurch seine Ansicht über die definitive Gestaltung von Deutschland nicht ändere, das Provisorium sey von kurzer Dauer, und er wünsche daß die Verhandlungen über das Definitivum recht bald gepflogen würden, denn es könne eine Zeit kommen wo es zu spät seyn würde.

(Fortsetzung folgt.)

|| **München,** 13 Nov. Folgendes ist der Wortlaut der in der gestrigen Reichsrathssitzung von Reichsrath Heintz verlesenen Punctation Willichs, welche im Frühjahr 1848 als Instruction für den bayerischen Bundesgesandten dienen sollte: 1) Gestaltung der deutschen Staaten zu einem großen, starken, politischen Ganzen; in diesem Sinn ein einiges Deutschland, stark nach innen wie nach außen. 2) Centralpunkt: ein deutsches Parlament mittelst freier Wahl des deutschen Volkes, in der Weise daß das Parlament eine wahrhaftige deutsche Volksrepräsentation bildet, sey es daß die Wahl in gewissen größeren Wahldistricten geschieht, sey es durch die in den einzelnen Staaten bereits gewählten Deputirten (auch außerhalb ihres Gremiums), letzteres in der Unterstellung daß die Wahlgesetze der einzelnen Staaten eine wahre Volksvertretung darbieten. 3) Das Zweikammersystem, Bildung der ersten Kammer, sey es aus den ersten Kammern der einzelnen Staaten, sey es auf analoge Weise. 4) Executivgewalt: die Bundesfürsten als Collectiv-Souverän dem Parlament gegenüber: ein Bundesministerium, Möglichkeit einer kräftigen Centralgewalt im Falle der Gefahr fürs deutsche Vaterland. 5) Aufrechthaltung des monarchischen Princips in Deutschland mittelst Anerkennung der dem Volke gebührenden Rechte und Freiheiten, diese als möglichst breite und desto festere Grundlage der fortbestehenden Throne. 6) Competenzbestimmungen für das deutsche Parlament, wodurch seine Wirksamkeit für alle den verschiedenen deutschen Staaten und Völkern gemeinsamen Interessen und Angelegenheiten regulirt und für alle Zukunft gesichert werde. Als hieher gehörige Gegenstände dürften vorzüglich zu betrachten seyn: Vertretung Deutschlands nach außen, Gesandtschaften, Consulate, Bundesheer und Volksbewaffnung, Festungen, Flotte, Handel und Verkehr. Zollgesetzgebung, Gleichheit von Maß, Gewicht und Münze, Freiheit der Flüsse, Abschaffung der Flußzölle, Schiffbarmachung und Unterhaltung der Flüsse und Canäle, Post, freier Umzug, freie Ansässigmachung, freier Verkehr. Rechtsschutz: Bundesgericht für Streitigkeiten zwischen Regierungen, zwischen Regierungen und Ständen, zwischen Bundesgewalt und Regierungen, Anbahnung und Herbeiführung gleicher Gesetzgebung. Wechselordnung, Handelsrecht, Strafrecht, Civil- und Strafverfahren, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, Schwurgerichte; Gleichheit vor dem Gesetz mit Beseitigung aller entgegenstehenden Vorrechte. Preßfreiheit: Aufhebung aller Censur und aller sonstigen Präventivmaßregeln und Hindernisse, freier Postdebit und gleiches Postregulativ für Zeitungen etc., Schwurgericht für Preßvergehen. Glaubensfreiheit: gleiche bürgerliche und politische Berechtigung ohne Berücksichtigung der Confession. Vollziehbarkeit der Urtheile und executorischen Acten des einen oder des andern Staates in jedem andern deutschen Staate, keine cautio judicatum solvi gegen Deutsche, überhaupt alle Rechte des Inlandes überall in Deutschland, für jeden Deutschen. 8) Sonstige öffentliche Angelegenheiten jedes deutschen Staates mögen jeder Regierung mit ihren Ständen überlassen bleiben, in der Weise daß dadurch die Competenz und Wirksamkeit des deutschen Parlaments in keiner Beziehung gestört, benachtheiligt oder beeinträchtigt werden können.

‡ **München.** Die Amnestiefrage bildet im Augenblick den Gegenstand besonderer Thätigkeit des ersten (Gesetzgebungs-) Ausschusses der zweiten Kammer. Beachtung verdient ein seit einigen Tagen unter den Mitgliedern des ersten Ausschusses circulirendes umfassendes Memorandum aus der Feder eines der ersten Augsburger Rechtsgelehrten, der zu keiner Zeit zu den Radicalen, sondern stets zu den Gemäßigten, von den meisten zu den Conservativen gezählt wurde. Da ich mich versichert halten darf daß der Verfasser gegen eine Veröffentlichung nichts einzuwenden hat, so theile ich Ihnen einige gemilderte Auszüge mit. Nach einer in scharfen Zügen gezeichneten Einleitung sagt der Verfasser: „Das allgemeine Urtheil über den Gesetzentwurf ist in die kurzen Worte zu fassen: der Justizminister will keine Amnestie für irgendeinen der schon Verhafteten — nur eine Indemnitätsbill wegen unterbleibender weiterer politischen Verfolgungen gegen noch nicht Verhaftete. Betrachten wir das Gesetz im einzelnen. In den Art. 1 bis 3 der Abth. I des Entwurfs „in Ansehung des pfälzischen Kreises" ist die deutliche Versicherung gegeben daß eine Amnestie eigentlich gar nicht beabsichtigt sey, sondern nur einzelne Ausnahmen von der Regel der strafrechtlichen Verfolgung statuirt werden wollen. Die gegen eine Amnestie für den pfälzischen Kreis sprechenden Gründe mögen wirklich auf der Thatsache laut geäußerter Reclamationen ansehnlicher Gemeinden jenes Kreises und auf höheren politischen Erwägungen beruhen, denen zufolge die Frage einer großartigen Amnestie für einen bis zu so hohem Grade revolutionärer Gewaltthätigkeit geschrittenen Kreis im Princip und von vornherein verneint werden muß. Aber auch als theilweise Amnestie ist die hier dargebotene des Art. 1 und seiner sechs Kategorien keine, oder fast keine, denn der Art. 2 schließt in vier Sätzen wieder fast alle diejenigen von der Wohlthat des Art. 1 aus deren strafrechtliche Verfolgung irgend der Mühe werth wäre, während nur der Geschäftsüberhäufung und Kostenmehrung bei den Gerichten damit abgeholfen ist, wenn man die übrigen, als da sind: Handwerksburschen und entlaufene Studenten, terrorisirte Bürger und Bauern u. dgl. laufen, resp. nicht verhaften läßt, denen kaum irgendeine Jury weh thun und gegen die der Staatsanwalt kaum wirksame Anklagen zu formuliren im Stande seyn würde. Zu den im Art. 2 aufgeführten Ausnahmen drängen sich folgende Bedenken auf: ad Nr. 1. Nur auf Privat-Willensbestimmung beruhende Verletzung von Personen, nicht auch solche die eine Folge des Gehorsams bei gemeinsamem Handeln in der Freischaar o. dgl. war, also eigenmächtige und aus bösem Willen hervorgegangene Verletzung der Person mag hier als Ausnahme von der Wohlthat des Art. 1 Nr. 1 gelten. Verzeihe ich dem Revolutions-Soldaten der auf Commando geschossen und nicht

getroffen hat, so muß ich auch dem verzeihen dessen Kugel traf, nicht aber dem aus eigener Willensbestimmung in concreto Handelnden. Es wäre sonst der Zufall das Kriterion der Gnade, und das ist unstatthaft. Ebenso kann sich die Ausnahme wegen Verletzung des Eigenthums nur auf jene Fälle beziehen wo entweder eigennützige Absicht oder eigene Rohheit, muthwillige Zerstörungssucht, kurz Privat-Willensbestimmung und Bosheit in concreto der Handlung zu Grunde lag. ad Nr. 2, 3 und 4. Staats- und Gemeindebeamte, Anwälte und Notare, Geistliche und öffentliche Lehrer — das sind die unbedingt von aller Amnestie Ausgeschlossenen des Civilstandes. Was für Leute bleiben dann für die jene Partial-Amnestie des Art. 1 Platz greift? Darüber ist bereits oben gesprochen. Hier nur die Bemerkung daß es eine zu weit gehende Voraussetzung ist, anzunehmen diese Classen der Gesellschaft hätten in ihrer präsumtiven Bildung ein hinreichendes Schutzmittel dagegen gehabt sich vom Strom der Bewegung mithinreißen zu lassen und dem Eindruck des Schreckens, menschlicher Kleinmüthigkeit, der Selbsterhaltungssucht u. dgl. siegreich zu widerstehen. Wo alles flieht, ist der Einzelne der mitflieht nicht feig zu schelten. Mag man an die Stelle der strafrechtlichen Untersuchung und Bestrafung für diese Classe andere mindere Uebel setzen, z. B. summarische gerichtliche oder administrative Untersuchung ohne Haft bloß zum Zwecke der Herausstellung unzweifelhafter und nicht aus besonderen Motiven der Furcht, ganz unnützen Widerstandes u. dgl. zu entschuldigender Theilnahme, dann im Fall der Nichtexculpation temporäre oder definitive Suspension vom Amte, aber in so genereller und harter Unbedingtheit mit allen schlimmen Folgen des Strafprocesses gegen diese Classen ausschließlich und vorzugsweise fürzufahren, das sähe wohl einem vom „Zuge des königlichen Herzens" dictirten Gnadengesetze kaum ähnlich. ad Nr. 5 und Art. 1 Nr. 1. Daß Militärpersonen mit der im Entwurf angedeuteten Strenge behandelt werden sollen, darüber läßt sich nichts sagen, aber auch nur insofern als sie zugleich im activen Militärdienst verwendet waren. In Betreff der Amnestie bezüglich der Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen des nach Stuttgart übersiedelten Theils der deutschen Nationalversammlung wird hier aufmerksam gemacht auf die über dieß angebliche Reat bereits rechtskräftig bestehende Entscheidung in der Pfalz, wonach der Richter kein Reat in der zu amnestirenden That findet. §. 3. ad II. „In Ansehung der Landestheile diesseits des Rheins." ad Art. 4 und Art. 5. Nr. 1 bis 3, dann Art. 6. Die ganze Amnestie für die diesseitigen Landestheile besteht nach diesem Abschnitt des Entwurfs zuletzt in Nichts. Will man etwa einwenden daß doch eine große Menge Menschen sich zu dem in Art. 3. Nr. 1 als Reat gestempelten Eid auf die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung bereden ließ, die nun deßhalb nicht verfolgt würden, so möge man bedenken daß sich eine solche Verfolgung von selbst verbietet. . . . Es wäre denn doch nicht zu erwarten daß man gegen etwa 50,000 Personen oder noch mehr, die diesen Act öffentlich (und zwar ganz ungenirt und ungewarnt, sogar nach öffentlichem Anschlag und mancher Orten sogar in Gegenwart der höchsten Beamten in aller Ruhe und Gemüthlichkeit vollzogen haben, nun ebenso viele Haftbefehle erlassen und Untersuchungen einleiten werden wolle! Außerdem aber bleibt für die eigentliche Amnestie nichts übrig als daß man eben mit den bisher schon aufs eifrigste betriebenen und sich bereits auf etwa 60 Individuen diesseits erstreckenden Verhaftungen von jetzt ab sich begnügen und alle diese Untersuchungen nun noch quasi mit Zustimmung der Kammern ganz zu Ende führen möchte. . .*) Die Amnestie ist für niemand so recht eigentlich vermeint, und ganz gewiß nicht für diejenigen welche man auf Grund jenes bekannten Plenarbeschlusses bereits verhaftet und in Untersuchung gezogen hat. Der Justizminister wird nicht im Stande seyn auf die Frage: „wer wird frei durch dieses Gesetz?" auch nur ein Individuum zu nennen das in Folge seines Gesetzentwurfs der ihm angeworfenen Untersuchung und Haft ledig würde! Man wird mir ohne Zweifel hier einwenden, es würden doch diejenigen Verhafteten frei werden welche nicht eben unter den Art. 5 Nr. 1 fallen, die nämlich nicht als Anstifter und Vorstände von als Staatsverrath ersten oder zweiten Grads strafbaren Verschwörungen oder Verbindungen erscheinen; man wird meinen der Versuch nach Artikel 308 des Strafgesetzbuches vom Jahr 1813 Th. I gehe frei aus, es könnten höchstens ein paar so schwer gravirte Individuen sitzen deren Anschuldigung auf Art. 300 und 302, Theil I des Strafgesetzbuchs, beruhe, alle übrigen aber seyen allenfalls nur des Staatsverraths 3ten und 4ten Grades nach Art. 305 und 306 oder eines Vergehens wider den Staat nach Art. 404 bis 424 Th. I des Strafgesetzbuchs (nämlich Verletzung der dem Monarchen schuldigen Ehrfurcht, Beleidigung der Amtsehre, Verletzung der Ehrfurcht gegen die Obrigkeit, einfache Widersetzung gegen Obrigkeiten oder Tumult oder Aufstand, Vergehen wider den öffentlichen Rechtsfrieden im Staate durch Selbsthülfe, Verletzung der Person, Störung des häuslichen Friedens oder des Gottesdienstes) angeschuldigt und müßten also frei werden, weil sie nicht unter die Ausnahme des Art. 5 Nro. 1 und 2, sondern unter die Regel Art. 4 fielen — insofern sie nicht (Art. 5 Nro. 3 und Art. 2 Nro. 2 bis 5) trotzdem gleichwohl wieder nicht frei würden, weil sie Staats- oder Gemeindebeamte, Anwälte oder Notare, Geistliche oder öffentliche Lehrer wären? Weit gefehlt. Nach Art. 305 und 306 ist niemand angeschuldet; auch wird der Versuch nicht frei denn es steht zwar weder Art. 308 noch das Wort „Versuch" im Gesetzentwurfe, aber der ganze Art. 5 Nro. 2 ist die trockene Paraphrase des Art. 308, Strafgesetzbuch Th. I und besagt lediglich daß alle diejenigen welche des nächsten Versuches bezüglich der in Art. 300 und 302 des Strafgesetzbuchs verpönten Verbrechen angeschuldet sind, in Haft und Untersuchung bleiben. Nun sind aber alle diesseits Verhafteten entweder wegen Art. 300 und 302, oder wegen darauf bezüglichen Versuches nach Art. 308 in Untersuchung. Ja, sogar dann wenn einer oder der andere nur wegen eines nach Art. 404 bis 424 strafbaren Vergehens zunächst angeschuldigt gewesen wäre, so würde er nun, und solange die Centraluntersuchung auf Grund der erwähnten hochverrätherischen Complicitäts-Hypothese dauert, doch nicht frei, denn er wäre dann eben deßhalb weil er in diese Complicität hineinverwickelt ist, eines Reates verdächtig, welches mit nach Art. 300 und 302 strafbaren Verbrechen „im Zusammenhang" stehend zu erachten und zu behandeln ist. Aber nicht einmal in dem aufs äußerste beschränkten Sinne, wonach die Amnestie bloß Bauern und Bürger ohne alle öffentliche Stellung, Dienstboten und Lohnarbeiter u. dgl. treffen, und auch diesen nach Art. 5 Nro. 1 u. 2 wieder nur zum Theil und wieder nur mit Ausnahme zu gute kommen würde, wie gesagt, nicht einmal mit dieser fast alle Leute von einiger Bildung ausschließenden Restriction läßt sich dieß Gesetz als wirksam denken, denn derlei Verhaftete und Angeschuldigte haben wir gar nicht, und wenn auch zufällig einer darunter wäre, so müßte er gleichwohl auf Grund des Art. 4 und des in Kraft bleibenden oberstrichterlichen Plenarbeschlusses vom 14 Jul. d. J. die Süßigkeit der provisorischen Haft auskosten bis zur Neige, nämlich jedenfalls so lange bis die vom obersten Staatsanwalt a priori angenommene Complicität, welche den Grundstein der dadurch erzeugten Connexität aller betreffenden Untersuchungen und ihrer Gesammtdurchführung an dem hiezu besonders bestellten Centraluntersuchungsgericht Augsburg bildet, dem einen oder andern gegenüber als wirklich nicht existirend erkannt seyn würde." . . . Ich beschränke mich auf diese wenigen Auszüge aus dem sehr umfassenden Actenstück, das in seinen Conclusionen zeigt daß es keineswegs das wirkliche Verbrechen zu günstig beurtheilt, sondern daß es vor allem ankämpft gegen die künstliche Verschlingung die in der jetzigen Behandlung der Sache liegt. Hat die Kritik, im wohlmeinenden Eifer der Vertheidigung, etwas zu düster gesehen — wie nach den in den letzten Tagen eingetretenen theilweisen Freilassungen allerdings der Fall zu seyn scheint — so wird jedermann sich freuen wenn die bevorstehende öffentliche Erörterung in dieses Dunkel Licht bringt das wir vor allem von dem Hrn. Justizminister zu erwarten haben, den, als er in ins Amt trat, allgemeines Vertrauen begrüßte, und dessen Rechtlichkeit dieses Vertrauen gewiß verdient. Im August aber begann der Landtag. Die Thronrede verkündete wie Se. Majestät der König mit freudigem Herzen Gnade spenden werde. Die Antwortsadresse der Kammer nahm dieses königliche Wort dankbar auf, und drückte den Wunsch aus daß diese Gnade möglichst bald eintreten und möglichst weit sich verbreiten möge. Adressen aus vielen Städten des Landes sprachen dieselbe Bitte aus. Aber bald sind drei Monate vergangen und noch immer warten wir daß der ständische Ausschuß über das vorlängst eingebrachte Gesetz Bericht erstatte. Ein Wiener ministerielles Blatt sagt: daß Amnestie nur in dem Maße als die angefochtene Ordnung der Dinge sich befestigt und tiefe Wurzeln im Leben der Nationen geschlagen hat, ohne Gefährdung ertheilt werden können. Denn nur dann sey vorauszusehen daß die Gnade nicht als verkapptes Gefühl angethanen Unrechts, die Milde nicht als Schwäche gedeutet werde, nur dann sey von der Maßregel gründliche Wirkung zu erwarten. Ich theile diese Ansicht, aber wo in Deutschland wäre die Ruhe und Ordnung befestigter als in Bayern, wo sind die Stände und die großen Corporationen des Landes fester an die Regierung geschlossen, wo also dürfen wir fester darauf zählen daß das Vertrauen mit Vertrauen erwiedert werde?

*) Wir verweisen übrigens unten auf die Berichte von Augsburg und Würzburg, wonach eben einige Freilassungen stattgefunden haben. Auch von den aus Baden herübergebrachten Gefangenen soll in der letzten Zeit eine Anzahl auf freien Fuß gestellt worden seyn — so berichten öffentliche Blätter.

Augsburg. Der königl. Staatsanwalt beauftragte den Eisenmeister den Abgeordneten Michael Friedrich Reinhardt, dann dessen Sohn Peter Reinhardt, Handlungscommis, sofort in Freiheit zu setzen und anher anzuzeigen, nachdem durch Beschluß des königl. Kreis- und Stadtgerichts von gestern Abend die Einstellung des Verfahrens gegen beide wegen Mangels an Beweis hochverrätherischer Absicht verordnet wurde. (Augsb. Abendztg.)

Würzburg, 8 Nov. Auch in Schweinfurt wurde vor zwei Tagen Bierbrauer Wollenberger, der Theilnahme am Bamberger Congreß wegen verhaftet, nach 16 Wochen wieder freigelassen. (N. Fr. Z.)

Württemberg. **Stuttgart,** 12 Nov. Ein die württembergische Postfrage behandelnder Artikel in Nr. 315 der Allg. Ztg. thut der höchst verschiedenen Angaben Erwähnung welche über den dem Fürsten von Thurn und Taxis zufließenden Antheil an dem Ertrage der württembergischen Posten verbreitet sind und knüpft daran das Verlangen nach Auf-

klärung aus authentischer Quelle. Die in dieser Beziehung ausgesprochene Erwartung soll hiemit erfüllt werden. Nach Bestreitung der Verwaltungs- und Betriebskosten, nach Entrichtung von 70,000 fl. an den Staat und nach Berichtigung der im Jahr 1819 mit 46,000 fl. liquidirten und im Vergleichswege auf 40,000 fl. festgesetzten Entschädigung des fürstl. Hauses Taxis bleibt aus der Verwaltung der württembergischen Posten nach dem Durchschnitt von zwölf Jahren noch ein Gewinn von 11,000 fl. wenn die bei Ueberlassung der Postadministration vereinbarte, von nur 5000 fl. aber wenn die liquidirte Entschädigung zu Grunde gelegt wird. In diesem Gewinn besteht die ganze Vergütung für alle mit der Administration der Posten des Königreichs verbundene Verantwortlichkeit und für das in Ansehung des großen Betriebscapitals zu tragende Risico. (Schw. M.)

Gr. Baden. **Freiburg,** 10 Nov. Bekanntlich wurde den in Untersuchung befindlichen minder gravirten Theilnehmern an der badischen Revolution die Frage vorgelegt, ob sie wohl nach Amerika auszuwandern gewillt seyen. Dem Vernehmen nach haben von den hier in Untersuchung befindlichen Personen dieser Kategorie nicht viel über ein Duzend diese Frage bejahend beantwortet. (Freib. Z.)

Karlsruhe, 13 Nov. An 191 Officiere der Rhein-Neckaroperationsarmee, incl. die badischen Ordonnanzofficiere welche diesen Corps beigegeben waren, wurden zufolge Regierungsblatt vom 10 d. M. von dem Großherzog 15 Ritterkreuze des Karl Friedrich Militärverdienstordens und 176 Großkreuze, Commenthur- und Ritterkreuze des Zähringer Löwenordens, im ganzen somit 191 badische Orden, vertheilt. Von Frankfurt aus wurden gestern mehrere hundert preußische Recruten die von Koblenz kamen, auf der Main-Neckareisenbahn nach Baden weiter befördert, um die Mannschaften der hier stehenden Regimenter, die ausgedient haben und in ihre Heimath entlassen worden, zu ersetzen.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 11 Nov. Die Assisenverhandlungen wegen Zerstörung der Main-Neckar-Eisenbahn sind noch nicht vollendet. Das Verhör der Angeklagten zieht sich lange hin, da dieselben, wie es in der Fr. O. P. A. Z. heißt, die Geständnisse die sie in der Voruntersuchung ablegten, jetzt gleichmäßig zurücknehmen. In der nächsten Woche wird die Vernehmung der Angeklagten zu Ende kommen und die Beweisausführung anfangen.

Aus dem Waldeck'schen, 6 Nov. Die Abgeordneten des Fürstenthums Waldeck und Pyrmont sind den 19 d. M. durch Ausschreiben der Regierung einberufen. Der Anschluß an das Berliner Bündniß wird zunächst an der Tagesordnung stehen.

K. Hannover. **Hannover,** 14 Nov. Dr. Ellissen ist als Vicepräsident der zweiten Kammer bestätigt. Die zweite Kammer hat den Antrag Thiermanns: „Stände ersuchen königliche Regierung, den wegen politischer und Preßvergehen Verurtheilten oder in Untersuchung Befindlichen Amnestie zu ertheilen," mit 41 Stimmen gegen 34 angenommen. Einen Antrag Windhorsts, der Amnestie nur für die wollte „die ihr Verbrechen bereuen und um Gnade bitten," hat die Kammer mit 43 Stimmen gegen 32 verworfen.

* **Aus Norddeutschland,** 8 Nov. Eine öffentliche Meinung ist ein starkes, wo nicht das stärkste Gewicht im Staatsleben. Meinungen dagegen wiegen nicht schwer, und wenn sie noch so gehaltvoll wären. Im vorigen Jahr fehlte es an einer einigen bestimmten Meinung. Darum half selbst das Vorhandenseyn eines Volksorgans, eines Parlamentes nicht. Jetzt fehlt auch dieses, und die verschiedensten Meinungen wirbeln durcheinander wie nur je. Deßhalb hat das Volk so wenig Bedeutung und Macht in der Politik. Indeß ist es weder uninteressant noch unwichtig, aber auch schwer sich über die Meinungsstriche und Strömungen zu orientiren, wo deren so viele durch und wider einander laufende wahrzunehmen sind. Ich habe auf einem Ausflug nach allen Seiten umgeschaut. Hier ist das Ergebniß was die Meinungen über den preußisch-deutschen Bund, den sogenannten Bundesstaat, betrifft. Die meisten haben die Hoffnung aufgegeben daß man durch denselben zu einem einheitlichen Deutschland (d. h. ohne Oesterreich) gelangen werde. Sie hatten ursprünglich mit der Frankfurter Reichspartei darauf gerechnet daß die Könige durch ihre Stände, ihr Volk oder durch das preußische Schwert zum Beitritt, zur Unterwerfung genöthigt werden würden. Sie hatten ursprünglich geglaubt Preußen werde, nachdem die Fäden einmal abgerissen, dafür sorgen daß die Theilnahme Oesterreichs an der Führung der deutschen Angelegenheiten nicht wiederkehren werde. Allein an Krawalle oder Volkserhebungen, an Auftritte wie sie in Sachsen, Baden, Pfalz, Württemberg vorkamen und für andere Länder in Aussicht genommen wurden, ist nicht mehr zu denken. Jene Theilnahme Oesterreichs ist durch das Interim wiederhergestellt. Hiermit ist nun für sehr viele das Interesse am „Bundesstaate" verschwunden. Sie hatten ein einheitliches Deutschland neben Oesterreich im Auge, und sehen nun als Endziel bloß ein durch die kleinen Staaten vergrößertes Preußen vor sich. Sie hegten großentheils nichts weniger als eben Vorliebe für Preußen, das vielmehr, wie sie mit der Frankfurter Reichspartei hofften, so oder anders in Deutschland aufgehen sollte. Sie sehen voraus daß ein Bund zwischen Preußen und den kleinern Staaten zu nichts führen werde als zu einer widrigen und nachtheiligen Beherrschung derselben durch Preußen. Sie fürchten eine ewige Spaltung Deutschlands wenn letzteres die Kleinstaaten sich erst einverleibt hat und noch größer geworden ist. Sie nahmen einen Reichstag in Aussicht der sich mit den deutschen innern und äußern Angelegenheiten beschäftige und Einfluß darauf übe. Allein wie könnte ein Reichstag des aus Preußen und den Kleinstaaten bestehenden Bundesstaats in Wahrheit äußere Politik machen wollen, gegenüber der preußischen Landesversammlung, der preußisch-österreichischen Bundescommission in Frankfurt — dieser Reichstag mit seinem Uebergewicht von preußischen Stimmen? Ueberhaupt weßhalb forderte man den „Bundesstaat" und winkte der preußischen Regierung zu als sie Anstalten dazu traf? Vornehmlich um ungenirt durch Oesterreich Politik machen zu können. Aber da steht nun das Interim, und wer würde so kindisch seyn zu glauben daß Oesterreich im Mai freiwillig zurücktreten oder daß Preußen es hinausnöthigen werde? Damit verfehlt nun der Bundesstaat seinen Hauptzweck. Oesterreich ist so gut für ihn das unübersteigliche Hinderniß als es dieß war für das preußische Erbkaiserthum. So wünschen denn sehr viele das Zustandekommen des Bundesstaats gar nicht mehr, und haben es Hannover und Sachsen Dank daß dieselben sich zurückzogen sobald klar geworden daß es nur noch um einen nord- und mitteldeutschen Bund, Suprematie und Arrondirung Preußens im Wesen sich handle. Einzelne freilich leben enttäuscht noch immer in der Täuschung als handle es sich beim „Bundesstaat" noch um eine nationale, um die „deutsche" Sache, um die Einheit Deutschlands und nicht um das Gegentheil. Noch andere in den kleinen Staaten, und auch nicht wenige, haben das alles geradzu aufgegeben, oft gerade solche die am meisten für die Einheit Deutschlands schwärmten und am exaltirtesten dafür sich gebahrten. Sie sind ganz müde und matt. Ihre Gedanken gehen um so dichter an der Erde je höher sie sich im Fluge verstiegen hatten. Sie verzweifeln an einem einheitlichen Deutschland. Sie haben jetzt so wenig Geduld als vorhin wo sie augenblicklich das Vollkommenste — Kaiser und Reich haben wollten. Sie wollen jetzt in Preußen aufgehen, von Preußen sich beherrschen lassen, Preußen vergrößern helfen um nur zu einem festern Zustande zu gelangen oder um nur einem größern Ganzen anzugehören. In Preußen — dieß glaube ich annehmen zu dürfen — ist die überwiegende Mehrzahl gleichgültig gegen das Zustandekommen des Bundesstaats. Das Preußenthum war auch im vorigen Jahr und zeigt sich jetzt noch deutlicher, viel verbreiteter und stärker als das Deutschthum. Manche glauben Preußen dürfte eher schwächer als mächtiger werden wenn es den Anhang der Kleinstaaten sich anhefte, die ja doch in großen Fragen nach ihm sich richten und mit ihm gehen müßten. Andere, mehr deutsch als preußisch gesinnt, wünschen keine preußische Vergrößerung, weil sie darin eine Gefahr für die deutsche Einheit sehen. Auch fürchten sie Verwickelungen mit den nicht beitretenden, mit Oesterreich, ja mit Europa, und möchten dieselben um jeden Preis vermieden wissen. Am wenigsten wollen sie davon wissen worauf andere speculiren, daß durch Berufung eines Reichstags eine Art Brandfackel in Deutschland entzündet werde. Die wenigern welche das Zustandekommen des Bundesstaats wünschen, auch so wenn nur die Kleinstaaten dazu mit Preußen zusammentreten, stehen auf sehr verschiedenen Standpunkten. Einzelne unter ihnen sind begeisterte Ideal-Politiker, andere folgen dem alten Zuge der preußischen Vergrößerungsneigung und Politik. Noch andere gehen von der Erwägung aus daß Preußen für sich allein keine selbständige Großmacht sey und sich durch so viel deutsche Kräfte als möglich zu verstärken suchen müsse. In Hannover stimmen nur sehr wenige für den Bundesstaat. Die große Mehrzahl theilt sich in solche die specifisch-hannöverisch und solche die unitarisch dawider sind. Sollte man nicht wieder da beginnen müssen wo man im Anfang der Bewegung des Frühjahrs 1848 anfing um sich nur zu bald überstürzend in weiter gehende und mißlungene Plane zu verlieren, d. h. bei der Losung: Vertretung am Bunde, wie es damals hieß, Vertretung bei der Centralgewalt, wie es jetzt heißen müßte? Was mich betrifft, ich sehe keinen andern Weg zum Ziele deutscher Einheit und Wohlfahrt. Ich bin überzeugt, es ist Friedrich Wilhelm IV und Radowitz Ernst damit Deutschland zu schaffen was es bedarf. Sie ließen sich durch die öffentliche, wenigstens die lauteste Meinung, gerade die Bestimmungen in die Dreikönigsverfassung aufzunehmen nöthigen — denn sie wollten befriedigen und so die Revolu-

tion schließen — gerade die Bestimmungen welche den Beitritt der denselben weigernden verhindert und damit den Zweck vereitelt haben. Der Bundesstaat würde nur befriedigen und befriedigen können wenn wenigstens alle deutschen Staaten außer Oesterreich beigetreten wären. Es ist nicht geschehen, es darf nicht mehr erwartet werden, und so ist — durch Schuld der überspannten Forderungen — der Zweck verfehlt und die „Gränze des Möglichen" bereits erreicht. Möge das preußische Gouvernement nunmehr seinen preiswürdigen Gedanken nicht mehr auf dem unpraktikabel gewordenen Weg verfolgen wollen. Möge es die böse Nachrede derer nicht scheuen die etwa sagen möchten es werde wortbrüchig oder es sey ihm kein Ernst gewesen. Möge es vielmehr den Vorwurf scheuen daß es noch ferner nach dem Bundesstaate, der nicht mehr leisten und werden könne was er gesollt, trachte, um nun preußische Sondervortheile zu erreichen. Möge sich die öffentliche Stimme mit ihm in der Forderung einer Volksvertretung bei der Centralgewalt vereinigen. Die Arbeit und Mühe eines zweiten deutschen Parlaments wird eher gelingen. Es ist durch die Erfahrung des ersten reicher, und würde eine regelmäßige Regierung neben sich haben. Man hat die Gränzen des Möglichen und Erreichbaren besser erkannt, kann sie wenigstens jetzt besser treffen wenn man nur will. Hierdurch möchte manche verlorne Gunst der Umstände aufgewogen werden.

Preußen. **Köln,** 12 Nov. Der Prinz von Preußen traf gestern von Bonn kommend hier ein, und wird morgen über Duisburg und Ruhrort nach Wesel gehen. Sein hiesiger Aufenthalt bezieht sich nach der Kölnischen Ztg. zunächst auf militärische Zwecke.

Berlin, 12 Nov. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde die allgemeine Discussion der Art. 11 bis 16 der Verfassung zu Ende gebracht und der Art. 11 erledigt. Unter Verwerfung verschiedener Vorschläge faßte die Kammer folgende zwei positive Beschlüsse: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften (Art. 28 und 29) und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung wird gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen." „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Artikel 11 gewährleisteten Religionsfreiheit zum Grunde gelegt."

Breslau, 10 Nov. Gestern fand hier im Saal des Wintergartens eine Blum-Feier statt, im Börsenlocale eine Feier für den jetztjährigen Beginn des Ministeriums Brandenburg.

Posen, 10 Nov. Vorgestern wurde von den Posener Polen, die in die Liga polska eingetreten sind, eine Kreis- und Localdirection der Liga in Posen gegründet, die zu errichten seit einem Jahr ihr Bestreben war.

Oesterreich. * **Wien,** 13 Nov. Unsere Journale ergehen sich heute wieder in politischen Betrachtungen über die deutsche Frage. Die Ostdeutsche Post sieht durch die neugebildete Centralgewalt Oesterreich in den schleswig-holsteinischen Streit verwickelt, und räth die Gelegenheit zu benutzen alle Sympathien welche Preußen in Deutschland durch den dänischen Krieg verscherzt, für Oesterreich dadurch zu erwerben daß es auf der Politik des Bundestags, später des Reichsverwesers (Untrennbarkeit der Herzogthümer, Wahrung der Erbrechte des Mannsstamms) bestehe. Der Lloyd erwartet von der hohen Begabung des Baron Kübeck und Feldmarschall-Lieutenant Schönhals daß die Form der Einigung Oesterreichs und Deutschlands endlich gefunden werde. Diese Form würde freilich sehr abweichen von der mit welcher sich so viele im Geist befreundet hätten, indessen erwartet der Lloyd von den „Verständigen" in Deutschland daß sie nicht über dem Mittel zum Zweck den Zweck selbst fahren lassen würden. Die Ostdeutsche Post deutet auf den Widerstand den ein großer Theil der einheimischen Industrie einer Zollvereinigung entgegensetzen werde. Die trefflich geleitete Austria verhehlt die Schwierigkeiten nicht, aber hofft, frischen Muths, ihre Besiegung. Die Presse spricht wiederholt ihre Zweifel aus daß es mit den sogenannten „Vorschlägen," wie sie in dem epochemachenden halbofficiellen Artikel der Wiener Ztg. entwickelt waren, rechter Ernst sey im Widerspruch mit dem Lloyd welcher dem „jetzt lebendem Geschlecht" das Schauen des gelobten Landes, nämlich den Eintritt der letzten Periode weissagt. Schon die gegentheilige Prophezeiung der Deutschen Z. sey ein gutes Zeichen. Die „Presse" schickt den unanfechtbaren Satz voraus daß Communicationsmittel in der modernen Großartigkeit die Politik wesentlich mit bestimmen. Die Verbindungen des Südens mit dem Norden hätten die südwestlichen Staaten von Deutschland trotz wiederholter Klagen fest an den Zollverband geknüpft. Während nun die Uferstaaten am Rhein einen gemeinsamen Schifffahrtsvertrag eingegangen hätten und die Schifffahrt auf dem Rhein dadurch wirklich gemeinschaftlich geworden, herrsche auf der Donau das Monopol. So dürfe das bayerische Dampfboot (das württembergische nicht einmal bis Regensburg!) nur bis Linz, das österreichische nur bis Passau fahren, Privilegium stände gegen Privilegium. Während die Moldau sogar und alle größern deutschen Flüsse mit dem Segel befahren würden, trüge die Donau unförmliche Boote welche, thalwärts angelangt, zu Holz zerschlagen würden, und eine Bergfahrt wäre durch Mangel an gehörigen Leinpfaden nahe bis zur Unmöglichkeit erschwert. Endlich sey auch der österreichischen Dampfschifffahrtsgesellschaft ihr Monopol auf 30 Jahre d. h. bis 1880 erneuert worden! Man habe den Bau einer Salzburg-Brucker Bahn beabsichtigt. Dadurch wäre der steierischen Eisenindustrie ein außerordentlicher Aufschwung möglich und der kürzeste Handelsweg von Triest nach Süddeutschland gefunden worden. Allein die privilegirte Donaugesellschaft habe, weil man ihr damit einen großen Antheil am Verkehr entziehe, so entschiedene und erfolgreiche Einsprache erhoben daß die Regierung jenes Project ad graecas calendas vertagt habe. Die „Presse" macht in einem andern Artikel darauf aufmerksam daß die erfolgten Begnadigungen und Strafmilderungen nicht Folge eines Ministerialbeschlusses, sondern Ausfluß des Kronrechtes seyen, welches hier vom Alterego geübt wird. In der That liest man auch in den Urtheilen: „Se. Excellenz der Hr. Feldzeugmeister Frhr. v. Haynau, als Inhaber der Gerichtsbarkeit, haben dieses Urtheil im Wege Rechtens bestätigt, im Wege der Gnade aber ...."

Ein Wiener Correspondent der Berliner D. Reform, der unlängst den Hofrath Hurter wegen einer angeblichen Verschwörung mit Fürst Metternich ausweisen ließ, erzählt nun eine lange Geschichte, wie Hurter neulich als er gerade im Burgtheater auf seinem gewohnten Sperrsitz Nr. 23 gesessen, von einem Lieutenant abgeholt, und von einer Abtheilung Soldaten nach dem „Stock am Eisen" gebracht worden sey. Wieder spielt in der geheimnißvollen Geschichte Fürst Metternich und „sein Liebling" Dom Miguel, der Herzog v. Bolt in Rom, die „unbeschuhten Chorherren von Sta. Maria di Prassede in Aracoli ꝛc." Der Correspondent des Berliner ministeriellen Blattes hat sogar die Stirne zu versichern, er schöpfe aus glaubwürdiger, ja fast dürfte er sagen officieller Quelle. Es erschien uns von Anfang an als eine neue Mystification, da keine directe Mittheilung aus Wien etwas davon meldete. Nun erklärt der Lloyd: die ganze Erzählung sey der kolossalste Bär der je einem deutschen Blatt aufgebunden worden.

Großbritannien.

Die Londoner Post vom 12 Nov. fehlt uns.

Am 10 Nov. wurde der achte Geburtstag des Prinzen von Wales gefeiert. — Ueber die Krankheit der Königin-Wittwe Adelheid erscheint täglich ein ärztliches Bülletin; ihr Zustand scheint nachgerade hoffnungslos.

Das Dampfboot „Inca", einer von den drei Kriegsdampfern mit deren Bau für die deutsche Flotte die HH. Patterson und Comp. in Bristol beauftragt sind (irrthümlich war anfangs gemeldet sie seyen von der österreichischen Regierung bestellt), wurde dieser Tage geprobt und bewährte sich als ein vortrefflicher Segler, indem es bei sehr heftigem Gegenwind 6½ Knoten in der Stunde zurücklegte. Capitän Reuß ist Befehlshaber des Schiffs.

Die Times kommt wieder einmal auf die dänisch-deutsche Frage zurück, und der Ton wie sie und Consorten dieselbe consequenterweise besprechen, ist wohl ein sicheres Vorzeichen dessen was Deutschland zu erwarten hat wenn England wirklich zum Schiedsrichteramt über Herausgabe oder Nichtherausgabe der „Gefion"*) berufen seyn sollte. „Neues Licht," schreibt die Times, „ist jetzt über den Gegenstand verbreitet durch Veröffentlichung eines beträchtlichen Theils der ge-

*) Es wird öfter gefragt was der Name Gefion bedeute. Gefion ist eine altnordische Göttin, eine von den Asinnen. Sie wird als Jungfrau dargestellt, welcher alle jungfräulich sterbenden Mädchen dienen. Mit vier Riesenochsen pflügt sie nach der Sage Seeland aus dem schwedischen Boden heraus, so daß ein trennender See entspringt. Grimm (Deutsche Mythologie, S. 288) vergleicht sie mit dem männlichen Gott der alten Sachsen Geban, Geofon; wiewohl auch Gefn, ein Name der Freya, an Gefion gemahnt. — Was übrigens die Nachricht von dem englischen Schiedsrichteramt betrifft, so dürfte ein Mißverständniß obwalten. England, scheint es, soll nur entscheiden ob die eroberte Fregatte vor Abschluß eines definitiven Friedens von ihrem jetzigen Standort entfernt werden dürfe, oder nicht. Dänemark, mit andern Worten, verlangt Aufrechthaltung des status quo.

heimen Correspondenz des Herzogs von Augustenburg mit seinen nächsten Verwandten und geheimen Agenten. Diese Documente wurden vor einiger Zeit von den dänischen Truppen auf der Insel Alsen erbeutet; sie sind jetzt mit Genehmigung der dänischen Regierung bekannt gemacht, und wiewohl sie sich nicht bis auf die neueste Periode dieser Verhandlungen erstrecken, so bringen sie doch klar und nachdrücklich eine Reihe so schnöder und selbsüchtiger Praktiken („and such a tissue of villany" fügt das Original bei) an das Tageslicht, daß sie der von der irregeleiteten Meinung der deutschen Nation unterstützten Sache wohl den Todesstreich geben sollten. — Der Herzog von Augustenburg ist der nächste Seitenverwandte des dänischen Königshauses. Er repräsentirt (in Abwesenheit des russischen Zweigs) die Familie Holstein-Gottorp, deren Streitigkeiten mit der andern Linie der regierenden Familie jene unaufhörlichen Ruhestörungen Nord-Europa's im 17ten Jahrhundert veranlaßten, die durch den Vertrag von 1720 und die Bürgschaften der Großmächte glücklich beendigt wurden. Aber aus diesen Papieren, deren einige 30 Jahre weit zurückgehen, erhellt daß diese holsteinischen Prinzen ihre Rechte und Interessen auch später als getrennt von denen der Krone Dänemark zu betrachten fortfuhren, und daß sie in neuerer Zeit kein Bedenken trugen einen Geist der Unzufriedenheit durch die ärgerlichsten Machinationen zu nähren, und endlich eine Empörung anzustiften welche die Zertrümmerung des Königreichs zum Zwecke hatte. — Es ist bemerkenswerth daß in dem früheren Stadium dieser Intriguen der Herzog von Augustenburg und der Prinz von Noer, sein Bruder, gerade die heftigsten Gegner jener Volksrechte waren die seitdem zum Vorwand ihrer Rebellion gemacht worden sind. Im Jahre 1831 remonstrirte der Prinz von Noer beim Könige gegen das Project einer Constitution für die Herzogthümer, und schlug einen Plan vor zur Umgebung ihrer administrativen Einigung. Im Jahr 1837 lacht der Prinz über die Adresse der „schwachköpfigen Kieler Professoren" an die „Kerle" welche so eben vom König von Hannover aus Göttingen vertrieben worden; diese „Kerle" aber waren die sieben Professoren, Dahlmann, Gervinus, die Grimm, Ewald u. s. w., welche zehn Jahre später die Hauptverbündeten jener schwachköpfigen Kieler Professoren und eben jener Prinzen bei Verkündigung der Unabhängigkeit der Herzogthümer werden sollten. Doch gleichzeitig hatte der Herzog von Augustenburg angefangen in der Presse zu dilettiren, und in Halle ein von ihm selbst geschriebenen Pamphlet über die Erbfolge in Schleswig-Holstein drucken lassen, worin er die nachher vom deutschen Publicum adoptirten Ansichten entwickelte. Von da an kam eine Cabale der außerordentlichsten Art in Gang um die Maßregeln der dänischen Regierung in den Herzogthümern zu vereiteln, Unfrieden zu säen und förderiamst durch die Presse auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Mehrere Jahre hindurch war der Herzog von Augustenburg selbst der fleißigste Artikelschreiber über diesen Gegenstand in den Zeitungen die sich zur Begünstigung seiner Ansichten hergaben. Eine Menge Agenten, die meisten derselben von sehr niederm und armseligem Charakter, halfen ihm in dieser heimlichen Kriegsführung, und es ist nachgewiesen daß die Sprache solcher Journale wie der Altonaer Merkur, die Itzehöer Zeitung, der Kieler Correspondent, die Rendsburger Zeitung und die Börsenhalle ursprünglich ganz aus einer Quelle floß. In einigen Fällen war der Ton der herzoglichen Artikel so heftig daß sie zurückgewiesen wurden, und ein kecker Versuch ein Journal in dänischer Sprache zu gründen, um darin die Oberherrlichkeit Dänemarks anzugreifen, mißlang vollständig. Die Allgemeine Zeitung ward aus derselben reichströmenden Quelle versorgt,*) und, wie es scheint, wurden sogar in Frankreich und England Versuche noch unverschämterer Art gemacht. (Hier citirt die Times den Brief eines gewissen W. Duckett an den Herzog von Augustenburg dd. 28 Nov. 1843, worin jener sich erbietet diesem die Spalten der Times zugänglich zu machen — eine Insinuation die das Blatt mit Entrüstung zurückweist, indem sein Urtheil über die Frage von vornherein der Partei des Herzogs entgegen gewesen sey. Dann heißt es weiter:) Unser beschränkter Raum verbietet uns in alle Einzelheiten dieser Verschwörung einzugehen, worüber die mitgetheilte Correspondenz reichliche Aufschlüsse gibt. Aber in derselben Zeit wo diese untreuen (recreant) Prinzen Zeichen höchsten Vertrauens vom König von Dänemark empfingen und eine übertriebene Theilnahme für sein persönliches Wohl heuchelten, übten sie unbestreitbar gegen ihren Souverän den schnödesten Verrath. Ihr letztes Ziel war offenbar eine so mächtige deutsche Partei in den Herzogthümern zu schaffen daß, wenn der jetzige Monarch ohne Leibeserben stürbe, die Augustenburger Familie als Erbin angenommen würde, um sofort sämmtliche Gebiete des Dänenkönigs unter einem Scepter wiederzuvereinigen. „„Schlimmsten Falls,"" sagt der Prinz von Noer 1844 zu seinem Bruder, „„werden die Dänen Dich dem Hessen vorziehen,"" und um dieselbe Zeit bemerkte Sammer — ein Jurist der vom Herzog zur Abfassung einer Flugschrift und zur Bearbeitung der Zeitungspresse gebraucht wurde: „„Der andere Weg die Einheit der Monarchie zu sichern ist die Verzichtleistung der hessischen Linie."" Es ist mindestens tröstlich zu denken daß, wenn diese Prinzen unsägliches Unglück über ihr Vaterland gebracht, sie selbst auch ihren Lohn gefunden haben, und mit dem Verlust von allem, bis auf ihren guten Namen, bestraft worden sind. — Wir können indessen von diesem Gegenstand nicht scheiden ohne kurz das zu berühren was die Correspondenz über das bezügliche Benehmen des Königs von Preußen andeutet. Im November 1844 schreibt Prinz Waldemar von Augustenburg an seinen Vater von Potsdam aus: die deutsche Ansicht beginne vorzuherrschen, und nöthigenfalls dürfte von dieser Seite etwas geschehen. Zwar in den höheren Kreisen wisse man nichts von der Sache, und überhaupt sehr wenig von menschlichen Angelegenheiten, was der Grund seyn möge warum viele Personen ihren Trost im Himmel suchen. Der König sey ganz unbekannt mit der Frage, wie er (der Briefschreiber) in seinem Gespräch mit ihm entdeckt; aber wie immer nehme er sich, wenn die Idee ihm nahe gelegt werde, des deutschen Interesse an. Zum Unglück pflege der König selbst nicht zu lesen. — Zwei Jahre später finden wir, in einem Brief des Herzogs von Glücksburg an den Herzog von Augustenburg, Spuren einer charakteristischen Aenderung. „„Der König von Preußen,"" heißt es da, „„der sich zuerst mit Wärme für Aufrechthaltung deutscher Rechte erklärt hatte, ist seit der Ankunft des Grafen v. Moltke ganz verändert, und nennt jetzt die Bewegung in den Herzogthümern eine revolutionäre Aufwallung, die der König von Dänemark mit seiner ganzen Kraft bekämpfen sollte."" Dennoch waren dieß die Fürsten und dieß die Sache welche der König von Preußen am Ende mit seiner Armee unterstützte; dieß waren die Menschen deren geheimer Einfluß auf die deutsche Presse das deutsche Volk in einen Paroxysmus unwissender Leidenschaftlichkeit hineingetrieben; dieß waren die Künste mit denen der Krieg entzündet wurde, und Dänemark sollte geopfert, oder das Haus Sonderburg auf den Thron erhoben werden! Diese Correspondenz beweist daß die Rebellion ihr Werk war, und daß sie durch die schnödesten Mittel zu den selbsüchtigsten Zwecken zuwege gebracht ward. Sie wird ihnen einen unbeneidenswerthen Platz in der Geschichte sichern." (Wir haben diese englisch-dänische Parteidarstellung aufgenommen, weil sie angeblich neue Aufschlüsse bietet. Daß es sich bei der Frage der Herzogthümer nicht bloß um den Herzog von Augustenburg handelte, sondern um altverbriefte Rechte eines ehrenwerthen deutschen Volkstheils, braucht deutschen Lesern wohl nicht erst gesagt zu werden. Die angegriffenen fürstlichen Personen aber werden es nicht schwer finden ihre Vertheidigung zu führen.)

*) Directe Mittheilungen vom Herzog von Augustenburg hat die Allg. Ztg., soviel wir uns entsinnen, nie erhalten; aber sonderbar ist es wenn die Times eine Ansicht, in welcher das ganze deutsche Volk wie (leider) in wenigen andern einig ist, auf diesen einen Betheiligten zurückführen will. In London fehlt es umgekehrt nicht an Stimmen welche die Times mit der dänischen Gesandtschaft in Verbindung setzen.

Frankreich.

Paris, 12 Nov.

Nach Berichten des Cap. Febvrier Despointes, Commandanten der Schiffsstation von Reunion und Madagascar, aus Zanzibar vom 25 Sept. ist der Sakalavenaufstand in Nossi-Be beendigt. Die gefährlichsten Häuptlinge wurden entfernt, den andern ließ man Verzeihung angedeihen. Die vornehmsten der Unruhestifter waren nach Ambongu entwichen. Die Nachricht von dem Tod der Königin der Ovas wird durch ein Schreiben des Generalcommissärs der Republik auf der Insel Bourbon vom 14 Aug. widerlegt.

Der Effectivstand des französischen Heers hatte im Lauf des gegenwärtigen Jahrs die Voranschläge des Budgets um 73,060 Mann und 4800 Pferde überstiegen, wodurch die Gesammtziffer auf 453,884 Mann und 96,910 Pferde stieg, aber jetzt auch eine Nachbewilligung von 38 Mill. erforderlich ist. In einer Erklärung welche der Kriegsminister General d'Hautpoul im Schooße des Finanzausschusses gab, wird vorausgesetzt daß die Besetzung Roms noch nicht sobald aufhören kann, und eine Folge hievon ist die Unmöglichkeit schon jetzt zu dem Normalstand von 380,000 Mann zurückzukehren, daher er für 1850 einen Effectivstand von 400,000 Mann annimmt. Der Ausschuß ist zwar sehr für Ersparnisse und verlangt daß so wenig als möglich Soldaten unter die Fahnen gerufen werden, allein eine wesentliche Beschränkung des Militärstaats wird wohl frommer Wunsch bleiben. Neue Regierungen sind auch neuerungssüchtig in der Verwaltung, und dieß ist keine der geringsten Ursache warum es ihnen schwer wird haushälterisch zu seyn. Schon kündigt der Minister des Innern eine neue Organisation der mobilen Gendarmerie und der Polizei an, um Demagogie und Socialismus wirksamer zu bekämpfen,

und das wird wieder Geld kosten. Die Proclamation des neuen Polizeipräfecten Carlier war dazu gleichsam das Vorwort, er spricht auch von der Bekämpfung des Socialismus und nennt zuletzt als Aufgabe die Bildung einer „socialen Ligue“ gegen denselben. Darüber ist nun freilich in der demokratischen Presse großer Lärmen, und man hört sagen das heiße keine Partei, sondern einer durch alle Classen verbreiteten Meinung den Krieg erklären, das sey Aufreizung der Bürger zum Haß gegen einander, so habe einst der Herzog v. Guise gegen den Calvinismus eine sociale Ligue gebildet. Auch Hr. L. Bonaparte, als er vor einigen Jahren eine Schrift: **de l'extinction du paupérisme** herausgegeben, sey Socialist gewesen, ob das Handeln das er in seiner Botschaft ankündige darin bestehen solle daß man einen beträchtlichen Theil der Bevölkerung durch herausfordernde Proclamationen zu Demonstrationen veranlasse, um den Vorwand zu haben die Straßen mit Kanonen zu bedecken? Das Mißtrauen hat sich nicht in dieser allgemeinen Form gehalten, sondern es hat in namhaften Journalen einen sehr bestimmten Ausdruck gefunden. Nach dem Evenement hatte eine Anzahl Repräsentanten der Majorität sich bei einem Ex-Minister versammelt und ihn ersucht den Präsidenten der Nationalversammlung anzugehen damit derselbe zum Schutz ihrer Berathungen Maßregeln treffe, widrigenfalls eine Interpellation in der Versammlung selbst deßhalb an ihn würde gerichtet werden. Die Maßregel deren Ausführung von Hrn. Dupin erwartet wurde, sollte darin bestehen daß er Befehl gebe 40,000 Mann von der Besatzung von Paris auszuscheiden und einem der Generale in der Versammlung unterzuordnen, namentlich demjenigen den seine Ansichten als den entschiedensten Gegner eines Regierungswechsels bezeichnen. Unter diesem konnte kein anderer als Cavaignac gemeint seyn. Der Ordre, das Organ Odilon-Barrots und seiner Freunde, äußert sich, wenn auch in Form der Ungläubigkeit, über diese unheimlichen Gerüchte noch deutlicher. Wie im J. 1799 wäre einem Dragonerregiment, das seine Probe gegen die Anarchisten abgelegt hatte, die erste Rolle in der Contre-Revolution zugedacht gewesen, die im Saal des Pas perdus oder in der heiligen Capelle des Justizpalastes in Scene gesetzt werden sollte, 500 Karten seyen bereits insgeheim an Personen vertheilt worden um als Chor in dieser politischen Tragödie mitzuwirken, eine etwas verbesserte Auflage der Verfassung des Jahrs VIII sollte aus dem Staub der Archive hervorgehen, mit einem Senat von 300, gebildet aus wählbaren Kategorien von Generalen, Appellgerichtspräsidenten und Präsidenten der Departementalräthe, jedes Mitglied mit einem Jahrgehalt von 12,000 Franken, dann mit einer legislativen Kammer von 500 Mitgliedern ohne Taggelder. So hätte man das allgemeine Wahlrecht bestehen lassen, und doch hätten nur die Reichen eine Wahl annehmen können. Da man überall von diesen Dingen als einem fertigen Plan sprach, so war dem Präsidenten der Republik freilich nichts übrig geblieben als die feierliche Erklärung im Moniteur, und vielleicht jetzt der Feldzug gegen den Socialismus um sich bei der etwas stutzig gewordenen Majorität wieder mehr ins Vertrauen zu setzen. Die Gefahr eines Staatsstreichs ist für den Augenblick beseitigt, es fragt sich nun: wird es die Nationalversammlung um so geneigter machen dem Präsidenten in einer Geldfrage zu willen zu seyn? Was früher bloß sagenhaft erzählt wurde daß man mit einem Ansuchen von 3 Mill. für den Präsidenten (ob jährlich oder ein- für allemal, ist nicht angegeben) an die Nationalversammlung kommen wolle, das wird jetzt von dem Constitutionnel bestätigt. Schon das Ministerium Barrot-Dufaure hatte diesen Beschluß gefaßt, die Summe festgesetzt und hoffte die Verwilligung zu erlangen.

In der Nationalversammlung wurde am Sonnabend der Bericht des Hrn. v. Flavigny über das griechische Anlehen ausgetheilt. Die Commission trägt auf Verwilligung der verfallenen Semesterzahlung von 523,019 Fr. an. Die französischen Vorschüsse belaufen sich jetzt auf ungefähr 9 Mill., aber die griechische Regierung hat versprochen mit Anfang künftigen Jahrs den Dienst des Anlehens für ein Drittheil, und wenn die Mächte ihr die Fristen bewilligen, von drei zu drei Jahren für die beiden andern Drittheile zu sichern. Uebrigens sind von den 17½ Millionen ausgegebenen Obligationen in Frankreich über 3 Mill. durch die Tilgung erloschen.

Gestern fand die feierliche Vertheilung der Preise statt welche das Prüfungsgericht der Industrieausstellung, unter dem Vorsitz des Hrn. Ch. Dupin, den würdigsten Repräsentanten der nationalen Arbeit zuerkannt hatte, nämlich 52 Legionskreuze, 182 goldene, 540 silberne und 897 eherne Denkmünzen. Derselbe große Saal des Justizpalastes in welchem vor einigen Tagen die Beeidigung der Magistratur vor sich ging, war jetzt in einen Tempel der Industrie umgewandelt, Mauern und Säulen prangten in Sammt- und Goldschmuck, mit Emblemen und Inschriften, zwischen welchen rechts und links Namen und Bild berühmter Erfinder, reicher Industriebaronen auf silbernen Schildchen entgegentraten. Die Nationalversammlung war durch eine Deputation vertreten, und dießmal vorgesehen daß der Lehnsessel ihres Präsidenten nicht niederer zu stehen kam als der des Präsidenten der Republik. Das diplomatische Corps, Lord Normanby an der Spitze, die Generalstäbe der Nationalgarde und des Heers, sämmtliche Maires von Paris ꝛc. hatten sich eingefunden. Hr. Ch. Dupin, der Minister der öffentlichen Arbeiten Hr. Dumas, und zuletzt der Präsident L. Bonaparte verherrlichten das Fest durch oratorische Schaustellungen, und der letztere benutzte diese Gelegenheit um sich über Verleumdungen zu beklagen und seine treue Anhänglichkeit an die Landesverfassung zu betheuern.

In der Nationalversammlung sollte der Gesetzentwurf über die Versetzung der Junius-Insurgenten von Belle-Isle nach Algerien verhandelt werden, und die Commission hatte die Sache für dringlich erklärt, als der Minister des Innern, Hr. Ferd. Barrot, die Nachricht gab der Präsident der Republik habe 500 der Gefangenen in Freiheit setzen lassen, und es seyen jetzt nur noch Rückfällige übrig und solche die sich durch ihr schlechtes Betragen der Begnadigung unwürdig gemacht hätten, für Leute ihres Schlags aber in Algerien eine Colonie anzulegen würde nicht ohne Gefahr seyn. Die Commission wurde mit einem neuen Gutachten beauftragt, das ohne Zweifel mit dem unmittelbar nachher durch den Justizminister vorgelegten Gesetzentwurf zusammentreffen wird, der die Inseln Tahiti und Marquesas zu Strafplätzen bestimmt für diejenigen Verbrechen wo die Republik an die Stelle der Todesstrafe die Deportation setzt. In Versailles hat der Staatsgerichtshof, da auch die Officialanwälte nicht plaidirt haben, die Debatten geschlossen, und man erwartet heute Abend oder morgen früh die Erkenntnisse.

* **Marseille,** 9 Nov. Von Toulon wird geschrieben daß dem Befehlshaber des französischen Geschwaders neue Instructionen übermacht worden sind. Der Démocrate du Var will sogar wissen daß Befehl angelangt sey die Flotte sogleich zurückzurufen. Die Dampffregatten Cacique und Sané schicken sich an den Hafen zu verlassen; über ihre Bestimmung hat noch nichts verlautet, aber man spricht von der baldigen Abfahrt mehrerer Dampffregatten nach der Küste von Marocco. Ein Brief von Gibraltar an ein hiesiges Handlungshaus meldet daß neuerdings ein französischer Agent, Hr. Ballat, in Mogador groben Beleidigungen ausgesetzt war. Hr. Beaumont war auf dem Dauphin vor Mogador angelangt, und Hr. Ballat machte dem Pascha-Gouverneur die Anzeige daß er von seiner Regierung angewiesen sey die Stadt zu verlassen. Der Pascha bemerkte ihm jedoch daß wie die kaiserliche Erlaubniß zum Aufenthalt gegeben worden sey, so auch kaiserliche Erlaubniß zur Abreise nachgesucht werden müsse. Der Consul bat daher ihm wenigstens zu gestatten seine Frau und Familie einzuschiffen, indem er sein Ehrenwort gab vorerst Mogador nicht zu verlassen. Dieß wurde ihm so weit nicht verwehrt; als er jedoch den Seinigen im Hafen Lebewohl sagen wollte, waren 800 maroccanische Soldaten aufgestellt, an deren Spitze der Pascha selbst war. Einer dieser Leute, wie es scheint, glaubte daß Hr. Ballat das Gebot überschreiten wolle, stürzte auf ihn zu, und es entstand ein Handgemenge zwischen den wenigen französischen Matrosen und den Maroccanern. Da der Kampf zu ungleich war, so gab der Consul selbst den Franzosen ein Zeichen daß sie sich entfernen möchten, und er wurde verwundet unter Bedeckung nach der Stadt gebracht, wo er im Consulatgebäude als Gefangener bewacht wird. Der Dauphin der nur zwei Kanonen und 100 Mann trägt, schlug den Weg nach Tanger ein, wo sogleich die Fregatte La Pomone, mit 44 Kanonen und 600 Mann Besatzung, den Befehl erhielt sich vor Mogador zu begeben, um nöthigenfalls mit Waffengewalt den Consul zu befreien. — Die Nachrichten von dem Expeditionscorps vor Zaatscha gehen bis zum 27 Oct. An diesem Tage wurden die Belagerungsarbeiten fortgesetzt. Ungeachtet der Ereignisse in der Provinz Constantine ist keine Rede davon neue Truppen nach Algerien zu schicken, obgleich seit dem Februar 1848 die Armee daselbst sehr vermindert worden ist. — Si-Mohammed-Said-el-Ghabini, bekannt als einer der getreuesten Anhänger der Franzosen ist an der Cholera gestorben. Vor seinem Ende ließ er seinen Sohn und seine Verwandten an sein Bett kommen, und sagte ihnen daß er den Frieden und die Gerechtigkeit nur unter französischer Oberherrschaft gekannt habe, und er ihnen demnach anrathe zu handeln wie er gehandelt. — Mit dem Dampfschiff von Malta ist der Patriarch von Jerusalem hier angekommen.

Italien.

* **Neapel,** 3 Nov. Gestern Abend ist der Papst von Benevent nach Portici zurückgekehrt.

Schweiz.

Zürich, 12 Nov. Soeben ist Fenner von Fenneberg, Peter, Willmann, Weißhaar, Hiltmann, Comlossi und noch mehrern Flüchtlingen vom Polizeipräsidium die Eröffnung gemacht worden daß sie binnen kürzester Frist den schweizerischen Boden zu verlassen hätten. Ferner ausgewiesen sind: Kiefer, Kaiser, Mördes, Ziegler, Hoff, Thibauth, Rotteck, Richter, Shay, Steinmetz, Barbo, Torrent d'Ester, Gantert, Rindeschwender, Reuchling, Gallus Meyer, Eichfeld, Sznaide, Raquillet, Schlöffel, Schmid, Greiner, Fries, Reichard, Schimmelfennig, Techow, Rochow. *) (Lith. Corr.)

Bern, 12 Nov. Die erste Sitzung des Nationalraths wurde um halb 11 Uhr eröffnet. In der Eröffnungsrede des Hrn. Dr. Escher wird auf den Verhandlungsstoff hingewiesen: die durch die neue Bundesverfassung nöthig gewordenen gesetzlichen Einrichtungen. Leider könne man diese Gesetze nicht auf die Grundsätze der Erfahrung bauen, weil das Verhältniß in dem wir uns befinden, noch ein ganz neues sey. Auf die politische Lage übergehend, sucht der Redner einem vielgehörten Vorwurf zu begegnen, nämlich demjenigen der vollkommenen Gleichgültigkeit des schweizerischen Volkes gegen die neuen Bundeseinrichtungen. Allerdings sey nicht zu läugnen daß durch die neueste Wendung der politischen Ereignisse eine gewisse politische Apathie in unserem Volke hervorgerufen worden. Daraus dürfte aber durchaus nicht abgeleitet werden es gebreche der Jetztzeit an schöpferischer Kraft, und es dürfe das gegenwärtige Jahrzehent gegen das verflossene nicht herabgesetzt werden, denn die kantonalen Reformen des letztern haben unstreitig nicht dieselben kolossalen Anstrengungen erfordert wie die politische Umgestaltung der Eidgenossenschaft. Schließlich ermahnt der Sprecher noch zum gegenseitigen Wohlwollen um die nöthige Uebereinstimmung im Post- und Zollwesen zu Stande zu bringen. Auch in der Frage der Eisenbahnen appellirt er an den Gemeinsinn, wenn nicht das Vaterland, das jetzt gerade im allgemeinen Sturme sich des Friedens erfreue, die Schöpfungen des Friedens vernachlässigen und dadurch, wie es schon im Plane liege, in eine europäische Einsiedelei umgewandelt werden solle. Die Schöpfung einer schweizerischen Hochschule legt der Redner der Versammlung warm ans Herz, und warnt dieselbe dann die Gefahren die vom Auslande her drohen, nicht mit Gleichgültigkeit anzusehen, und schließt seine glänzende Rede mit dem Spruche: „Wer Ohren hat zu hören der höre, und wer Augen hat zu sehen der sehe." Nach einer Eröffnung des Präsidiums wird die Militärorganisation in die Vorderreihe der Debatten kommen. Der Ständerath wurde um $9\frac{1}{2}$ Uhr mit Beeidigung der neuen Mitglieder eröffnet. Die St. Galler und Walliser fehlen, nicht aber die Genfer. In die Prüfungscommission für die neue Militärorganisation wurden gewählt: die HH. Stehelin, Bourgeois, Weißenbach, Schorno, Castella. — Ein von den HH. Rossinger, Dr. Hanauer und Galeer unterzeichnetes Circularschreiben ladet zu Abonnements auf den „Völkerbund" ein, als dessen hauptsächlichste Redactoren die HH. Mazzini, Sterbini, Pyat, Thoré, Rolland, Herzen, Struve, Becker, Heinzen und Herwegh genannt werden! Im Waadtland finden in nächster Zeit die Gemeinderathswahlen statt, wodurch auch hier die Parteien in großer Bewegung sind. — Die Regierung von Freiburg geht in ihren „Reformen" keck vorwärts. Sie hat das theologische Seminar aufgehoben, und will die theologischen Fächer an der Kantonsschule lehren lassen. Dem großen Rath legt sie einen Gesetzentwurf über die Feiertage vor, welchen derselbe in seiner nächsten Sitzung berathen soll. Nach demselben werden vom Staat anerkannt und deren Entweihung nach dem Strafgesetz bestraft: außer den Sonntagen noch der Neujahrstag, Maria Verkündigung, Himmelfahrt, Allerheiligen und Weihnachten. Hinsichtlich aller andern Feiertage, von der Kirche anerkannt oder nicht, fallen alle Strafbestimmungen weg. Die öffentlichen Behörden und Beamten aller Dienstzweige sollen an allen Tagen, mit Ausnahme jener genannten, in Function seyn. — Der große Rath von Bern hat gestern seine Sitzung geschlossen. Seine Berathungen waren das treue Abbild der Stimmung des Landes: ein allgemeines Mißbehagen, zuversichtliches Auftreten der Conservativen, Schwanken der Radicalen. Der Bericht welchen die Commission über das Schulgesetz ausgearbeitet hat, wird erst gedruckt und dann in der nächsten Sitzung behandelt. Ein neues Gewerbgesetz wurde zu Ende berathen, und an der Stelle des austretenden Regierungsraths und Justizdirectors Jaggi ein junger, radicaler Regierungsstatthalter, Hr. v. Känel, gewählt.

*) Im Ganzen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen 33.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 12 Nov. 3proc. 56.75; 5proc. 89.40; Bankactien 2350; belg. 5proc. $94\frac{5}{8}$; $4\frac{1}{2}$proc. $86\frac{3}{4}$; neap. 5proc. 89.25; röm. $81\frac{3}{4}$; span. 3proc. $35\frac{1}{4}$; innere Schuld $27\frac{1}{2}$; piem. 5proc. 83.10; Obl. v. 1834 975; v. 1849 885; Vers. E.-B. rechte 211.25; linke 171.25; Paris-Orleans 735; Rouen 528.75; Straßburg 360; Rouen-Havre 236.25; Mars.-Avignon 223.75; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 302.50; Bordeaux 400; Tours-Nantes 282.50; Montereau-Troyes 110.

Amsterdam, 12 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{7}{16}$; 3proc. $62\frac{7}{8}$; 4proc. $82\frac{1}{2}$; Met. 5proc. $83\frac{5}{8}$; Ard. $12\frac{3}{16}$. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg $34\frac{7}{8}$ k. S. Curs auf Frankfurt $98\frac{3}{4}$ 6 W.

Augsburg, 15 Nov. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{3}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{1}{4}$ P., 2 M. 73 P. Wien in 20ern 1 M. $92\frac{1}{8}$ P. Triest 1 M. $92\frac{1}{8}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. London 1 M. 10.5 P., 2 M. 10.4 P. Paris 1 M. $118\frac{3}{4}$ P. Lyon 1 M. $118\frac{5}{8}$ P. Marseille 1 M. $118\frac{3}{8}$ G. Mailand 1 M. 00 P. Genua 1 M. $51\frac{7}{8}$ G. Livorno 61 P.

Augsburg, 15 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $84\frac{1}{2}$ P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{3}{8}$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 646 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. $87\frac{1}{2}$ P. Bankactien II Sem. 1110 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 14 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{5}{8}$; 4proc. 69; 3proc. $51\frac{1}{2}$; $2\frac{1}{2}$proc. $45\frac{1}{8}$; Bankactien 1325; 500fl.-Loose $156\frac{3}{4}$; 250fl.-Loose $106\frac{3}{4}$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldscheine $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85; Ludwigcanal 48; Ludwigshafen-Berbach $85\frac{1}{4}$; württemb. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $80\frac{7}{8}$; bad. 5proc. $97\frac{7}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. 78; Lotto-Anl. à 50 fl. $53\frac{3}{4}$; 35fl.-Loose $31\frac{1}{2}$; darmst. 4proc. $88\frac{3}{4}$ P.; $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{4}$; 50fl.-Loose $71\frac{1}{4}$; 25fl.-Loose $27\frac{1}{4}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $53\frac{7}{8}$; 40Thlr.-Loose $34\frac{5}{8}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$; 25fl.-Loose 25; Frankf. 3proc. $79\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{3}{4}$, $88\frac{1}{2}$; Taunusbahn 293; holl. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{1}{2}$; span. 3proc. innere Sch. 27; poln. 300fl.-Loose 112 P.; 500fl.-Loose $80\frac{7}{8}$; sard. 36Fr.-Loose $32\frac{1}{4}$; Disconto $2\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien,** 13 Nov. Die Börse eröffnete heute in steigender Tendenz, welche sich zunächst für Metalliques und Nordbahnactien auszusprechen schien; indessen schlossen die Curse zu Ende wieder matter, und das neue Anlehen sogar um $\frac{1}{2}$ Proc. niedriger gegen gestern. K. k. Anlehensloose waren auch heute lebhaft begehrt und etwas höher bezahlt. In fremden Devisen, mit Ausnahme von lang London und Paris, geringes Geschäft und wenig Veränderung. Gold etwas matter, Silber mehr gesucht. Die Umsätze ziemlich belangreich. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{8}$–$94\frac{1}{4}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{7}{8}$–84, Loose vom J. 1834 $170\frac{1}{2}$–171, Loose v. J. 1839 $115\frac{1}{2}$–116, Bankactien 1188–1192, Nordbahnactien $108\frac{1}{8}$–$108\frac{1}{4}$, Gloggnitzer 100–$100\frac{1}{2}$, Mailänder $76\frac{3}{4}$–77, Pesther 75–$75\frac{1}{4}$, London (i. l. S.) 10.52–10.53, Hamburg 158 G., Augsburg uso $107\frac{3}{4}$ G., Frankfurt $107\frac{1}{2}$ P., Amsterdam 151 P., Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno $105\frac{3}{4}$ P., Genua $124\frac{1}{2}$ P., Paris $127\frac{1}{2}$–$127\frac{3}{4}$, Marseille $127\frac{3}{4}$ P. Goldagio für kais. Münzducaten $12\frac{3}{8}$–$12\frac{7}{8}$, Silberagio $7\frac{3}{8}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. E. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent Garden in London; für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg; für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend — Nr. 321 — 17 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Gothaer. Eine Denkschrift des Fürsten Leiningen. Der Landgraf von Homburg und die preußische Hülfe. Erzherzog Albrecht); München (die Kammer der Reichsräthe: Graf Arco-Valley, Hr. v. Niethammer. Das Schullehrergesetz noch einmal an die Reichsräthe zurück. In der Kammer der Abgeordneten die Frage der Untersuchungen wieder angeregt. Die Milde der Regierung in der Pfalz); Rastatt (Gnadenakt am Geburtsfest des Großherzogs); Darmstadt (keine Ministerkrisis); Dresden (die Unterminirung des königlichen Schlosses in den Maitagen); In Köthen der Landtag aufgelöst; Berlin (A. v. Humboldt an den Magistrat und die Stadtverordneten von Potsdam); Schleswig (Oesterreichs Theilnahme an den Friedensunterhandlungen); Wien (Uebersicht der bis jetzt gefällten Urtheile. Gränzerleichterungen zwischen Galizien und Polen. Einzahlung der zweiten Rate des neuen Anlehens. Der Kaiser am 17 nach Prag. Der französische Gesandte nach Berlin); Prag (die Thätigkeit des Ministeriums und die Zolleinigungsvorschläge. Ein Denkmal auf dem weißen Berg); Triest (Hoffnungen und Befürchtungen wegen Konstantinopels. Aufstellung eines Beobachtungscorps am Isonzo. Die Mechitaristen. Befriedigender Gesundheitsstand).

Großbritannien. Abreise des österreichischen Gesandten. Die Familie Metternich. Die Eheleute Manning hingerichtet. Schändliche Scene.

Frankreich. Baraguey d'Hilliers nach Rom. Orleanistisches Programm. Michel (de Bourges) als Sachwalter vor dem Staatsgerichtshof. Die Verurtheilungen. Das Deportationsgesetz. Das officielle Sturmlaufen gegen den Socialismus. Straßburg (Beurlaubungen. Postbeschleunigungen).

Belgien. Brüssel (Eröffnung der Kammern).

Schweiz. Genf (Eröffnung des Wahlkampfs. Die Radicalen sollen gesiegt haben).

Rußland und Polen. Uwarow als Minister entlassen. Rückkehr der Garden nach St. Petersburg. Die Bedingungen des Kaisers gegen die Pforte.

Türkei. Des Sultans Schreiben an Kaiser Nikolaus, daß er die Flüchtlinge bewachen, nicht ausliefern wolle. Die Verschiedenheit der englischen und französischen Instructionen.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 13; Wien 14; Frankfurt 15; Augsburg 16 Nov.

Deutschland.

§§ **Frankfurt a. M.,** 15 Nov. Die Gothaer Partei fängt an zu begreifen daß das Spiel verloren ist. Man sagt, sie sey beschäftigt den Einsatz zurückzuziehen und stehe im Begriff über ihre Auflösung zu berathen. Der gute Wille und die edle Absicht eines großen Theils der Männer wäre eines bessern Erfolges werth gewesen. Daß ein solcher nicht erreicht werden konnte, ist schon oft in diesen Blättern klar nachgewiesen. Das Nichtverständniß der Zeit und der eignen Kraft ist der Vorwurf welcher die doctrinäre Schule als Errungenschaft von 20 Monaten in ihre Einsamkeit begleiten wird. Was hätte nicht aus Deutschland werden können wenn seine Geschicke mit höherer Klugheit geleitet worden wären! Dieser Tage ist mir ein handschriftliches Memoire des Fürsten Karl v. Leiningen vom 12 Nov. zu Gesicht gekommen. Wenn ich desselben habhaft werden kann, werde ich es mittheilen. Es enthält den Rath von unfruchtbaren Agitationen abzustehen, eine scharfe Kritik des Unverstandes und der Impotenz der Leiter der deutschen Bewegungen vom März v. J. an, und zornige Worte gegen die Rohheit und Dummheit der Demokratie, sowie gegen ihren Eigennutz. Der Kern ist daß man an den Dualismus der Großmächte sich anschließe, und diese selbst in ihrem Streben Deutschland geordnete Verfassungsverhältnisse zu geben unterstütze. Der Fürst ist seit dem 7 d. von München wieder zurück. Es ist in unsern Tagen schon so viel Ernstes zur Caricatur geworden! Der Landgraf von Hessen-Homburg, der bekanntlich das Dreikönigsbündniß verschmähte „weil er Souverän bleiben wolle," ist genöthigt gewesen preußische Militärhülfe zu begehren um seine widerspänstige Nation im Zaume zu halten. Wäre es nicht gar so traurig daß bei uns der Widerspruch in den Dingen und in den Worten ein historischer ist, man wäre versucht recht herzlich darüber zu lachen.

|| **Frankfurt a. M.,** 14 Nov. Erzherzog Albrecht von Oesterreich, welcher gestern Abend von Mainz hier eintraf, hielt heute Vormittag über sämmtliche hier liegende Truppen Musterung ab. Er begibt sich zunächst nach Böhmen, wird aber später zu längerm Aufenthalt nach Mainz zurückkehren. — Die Gedächtnißfeier im „Montagskränzchen" zum Andenken Robert Blums fand gestern Abend bei äußerst zahlreicher Betheiligung der Mitglieder und ihrer Angehörigen statt. Eine Sammlung von Beiträgen für die deutschen Flüchtlinge bildete den Schluß der Feier. Von Seite der Behörden war derselben durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt worden. — Die bisher verbreiteten Angaben über den Beitritt Württembergs zu dem Interim sind dahin zu berichtigen daß die Beitrittserklärung erst gestern bei dem Reichsministerium eingelaufen ist.

Bayern. **München,** 12 Nov. (Fortsetzung der Verhandlung der Reichsräthe über die deutsche Frage.) Graf v. Arco-Valley bemerkt nach einem Blick auf die Stellung der Kammer und auf die jüngste Vergangenheit: Er glaube daß die Glieder dieser Kammer ein Recht haben auf die jüngstvergangene Zeit zurückzukommen, sie hätten damals mitgekämpft und mitgelitten — er spreche hier nicht von einer kleinen Fraction dieser Kammer, nein, jene große Partei von ehrlichen Leuten die einmal eingesehen daß es sich um die höchsten Güter der Menschheit handle, daß es sich darum handle dem Ministerium beizustehen, zu wahren die Verfassung, die Monarchie, unsere Freiheit und mit ihr die Familie, das Eigenthum, das Christenthum und die Civilisation. Ja, in dieser Zeit habe sich Bayern glänzend bewährt. Er erlaube sich nur kurz anzuführen wie damals die Zeiten waren. Einen Tag sey aus Dresden die Hiobspost gekommen daß in Sachsen alles im Aufruhr sey; des andern Tags aus Baden, wo man die Reichsverfassung als Schild erhoben und doch den Aufruhr proclamirte; am dritten Tag sey die Pfalz in Flammen gestanden; die Truppen seyen nicht concentrirt, die schlagfertigen nach Schleswig-Holstein geschickt, die Beamten und die Gerichte eingeschüchtert, die Presse fast einstimmig für Anerkennung der Reichsverfassung gewesen; der einzige Bundesgenosse, Oesterreich, sey in Ungarn beim mörderischen Bruderkampf beschäftigt, in Italien die Verhältnisse mit Sardinien noch nicht geregelt gewesen. In dieser Lage habe das Ministerium den Muth gehabt zu widerstehen. Im Bewußtseyn eine gerechte Sache zu vertreten, habe es auch widerstehen können; dieß sey eine schöne Perle in der Krone welche das Ministerium sich aufgesetzt habe. (Der Redner gibt nun ein Bild der Landkarte, wie Deutschland aussehen würde wenn Bayern dem Dreikönigsbündnisse beigetreten wäre.) Im Norden seyen zwei Meere welche den Kanonen aller ausländischen Flotten preisgegeben, da unsere deutsche Flotte noch nicht viele Lebenszeichen gegeben habe; gegen Westen sey Frankreich welches, ob seine Regierungsform eine monarchische oder republicanische, stets nach der deutschen Rheingränze lüstern sey; gegen Osten, wo seyen die Gebirgspässe und Festungen? Gegen Süden liege das durch die Reichsverfassung aus Deutschland hinausdecretirte Oesterreich. Glaube man daß Oesterreich lange neutral geblieben wäre? Oesterreich das im Frieden 500,000 und im Krieg 800,000 Bajonnette aufstellen könne? Schon im Jahr 1843 habe die Kammer in ihrer Adresse gleichsam im prophetischen Gefühl von einem Central-Europa und von dessen Größe gesprochen. Auf die Frage was eigentlich ein bayerischer Minister seit dem März 1848 für verschiedene Wege hätte gehen können, müsse er antworten daß das bayerische Ministerium den allein richtigen Weg gegangen sey. In dieser Kammer stehe die Ueberzeugung fest daß ein bayerischer Minister unmöglich die Reichsverfassung habe annehmen und ebensowenig auf das Dreikönigsbündniß habe eingehen können, da insbesondere für letzteres nur wenige Glieder des Hauses noch Sympathien haben dürften. Man habe auch gesagt Bayern hätte sich an die Spitze der Mittelstaaten

stellen und Oesterreich durch Krieg und Waffengewalt zwingen sollen die Union anzunehmen. Er glaube aber daß von allen Regierungen keine beigetreten wäre; Bundesgenossen hätten sich allerdings gefunden, aber welche? Leute die in Frankfurt, Berlin und Wien auf den Barricaden gestanden, jene Partei welche er die ausländische, die undeutsche nenne, die damals gejubelt habe als die Gränzmarken Deutschlands vom Gardasee an den Brenner gebracht werden sollten, die damals kein Wort der Anerkennung gehabt als die tapferste Armee auf den Ebenen der Lombardei Ströme Bluts für Deutschlands Ruhm vergossen; jene Partei welche gejubelt als die Magyaren unsere sächsischen Brüder in Siebenbürgen hinschlachteten, welche die polnischen und schweizerischen Officiere ins Land gerufen und die deutschen Reichsfestungen an die Fremden habe überliefern wollen, was jedoch an der Ehrlichkeit der französischen Regierung gescheitert sey. Von Regierungen aber habe er eine zu hohe Idee als daß sie eine solche Politik hätten befolgen können. Bayern habe ferner wegen seiner geographischen Lage als Binnenstaat, der von Eger bis Lindau von den 38 Millionen Oesterreichs begränzt sey, keine isolirte Stellung einnehmen können. Die einzig wahre Politik sey die vom bayerischen Staatsministerium befolgte. Ein von ihm sehr geachteter Redner in der andern Kammer habe geäußert daß, wie die Sachen jetzt stehen, die Selbständigkeit Bayerns in Gefahr stünde. Diesem müsse er widersprechen. Durch die ganze Geschichte ziehe sich der Dualismus, es seyen zwei Großmächte mit verschiedener Politik, die eine habe eine fortschreitende, die andere eine conservative Politik. Ein Blick auf die Karte zeige dieß deutlich. Die eine liege eingekeilt zwischen Rußland, Belgien und anderen Staaten, sie sey ein Staat der Länge, nicht der Breite, müsse sich also auszubreiten suchen; die andere Großmacht habe ihren Beruf darin daß sie im Osten den Handel, die Industrie und die Colonisation fördere. Diese Großmacht habe in letzterer Zeit große Mäßigung an den Tag gelegt, da nur Stärke Mäßigung verleihe. Bei den Friedensunterhandlungen in Piemont habe sich dieselbe, statt auf Zahlung der liquiden Summe von 200 Millionen Franken zu bestehen, mit 75 Millionen begnügt; sie habe, was ein großes geschichtliches Opfer sey, auf die Vorstandschaft bei der Centralgewalt verzichtet, sie die Deutschland die alten Kaiser gab und von jeher den Vorsitz im Bund führte. Sie habe auf Wunsch des Prinzen von Preußen auf das Einrücken österreichischer Truppen in Baden verzichtet. Oesterreich verfolge im Interesse Deutschlands eine Einigung auf fester Basis; eine Macht welche 23 Jahre lang, wie Kaiser Franz es that, die Revolution bekämpfte, werde auch jetzt mit Consequenz verfahren. Eben so widerlege sich der Vorwurf daß es Oesterreich nicht recht Ernst sey durch die neueste Verbindung mit Telegraphenlinien, durch Verbindung mit den Eisenbahnen, durch die Artikel der Wiener Zeitung, wo erklärt ist daß man nach und nach die Zölle herabsetzen wolle, durch die Gleichheit des Münzfußes, durch die Uebereinkunft hinsichtlich des Wechselrechts und dergleichen mehr.... Was auch kommen möge — die Zukunft sey dunkel — er wünsche für Deutschland das Beste und hoffe daß Friede und Versöhnung sich Bahn brechen werden. Allein eines stehe fest: daß die Minister ihre Pflicht erfüllten; er wiederhole die Anerkennung und Billigung ihrer früheren Acte, und setze alles Vertrauen in die Fortführung der Geschäfte von ihrer Seite.

Reichsrath v. Niethammer: Er theile vollkommen die Ansicht der Commission und stimme ihr bei. Nur bezüglich des zweiten Punktes des Ausschußgutachtens müsse er eine Bemerkung machen, die bereits angeregt worden sey. In diesem zweiten Punkte sey gebeten daß die definitive Verfassung mit einer wahrhaften Volksvertretung baldmöglichst ins Leben treten und unsere Staatsregierung kräftigst dahin wirken möge. Der verehrte Hr. Vorredner habe bemerkt daß es am Ende doch keinen andern Ausweg gebe als auf den deutschen Bund zurückzukommen. Dagegen müsse er folgendes erwiedern: Schon vor der Erhebung des deutschen Volks im Jahr 1848 habe eine große Anzahl deutscher Fürsten erkannt daß der deutsche Bund Deutschland in keiner Weise mehr genügen könne; es sey dem deutschen Bund das schlimmste geschehen was einem derartigen politischen Institut geschehen könne, er sey in den Augen des Volks lächerlich geworden und könne nicht mehr eingeführt werden. Man sey von dem Gedanken ausgegangen Deutschland dadurch zu einigen daß man seine Interessen einige. Die Formen des Bundes in Bezug auf Militärverfassung hätten sich bewährt, die Gründung des Zollvereins habe gezeigt daß wenn auch nur ein großer Theil von Deutschland geeinigt sey, das Ausland mit einemmal Achtung vor solchen Vereinen bekomme. Die deutschen Kammern haben unbedingt den Regierungen die Vollmacht gegeben für das Zollwesen zu handeln, ohne einzelne Wünsche hervorzuheben, weil man im ganzen nichts zu Stande bringen konnte wenn jede einzelne Kammer mit andern Anforderungen hervorgetreten wäre. Dieß scheine ihm auch der wahre Weg zu Deutschlands Einigung zu seyn, daß man durchaus von unten baue, nicht von oben, nicht mit Theorien, ob Bundesstaat oder Staatenbund. Die Ideen welche schon vor dem Jahr 1848 einen Theil der deutschen Regierungen beseelten, hätten sich auch bereits damals gezeigt; es sey damals der Congreß in Leipzig für deutsches Wechselrecht, in Dresden zur Regulirung des deutschen Postwesens berufen worden. Er glaube daher daß wenn die geistigen und materiellen Interessen Deutschlands gemeinsam berathen würden, eine Einigung eintreten werde, die nicht in bloßer Form, sondern im Wesen beruhe. Die wahre Einigung des Staats sey diejenige welche auf seinen Interessen beruhe, auf seiner Geschichte, nicht die welche man von oben herab künstlich, sey es mit der Kaiserkrone oder was man alles seit Jahr und Tag gehört habe, ins Volk hineinbringen wolle. Der Hr. zweite Präsident habe auch der Burschenschaft erwähnt, er müsse bezüglich der darüber gemachten Aeußerungen erklären daß er selbst Mitglied einer Burschenschaft gewesen sey; aber nicht von Politik sey damals die Rede gewesen, sondern ein edlerer Zweck sey vertreten worden, nämlich daß nicht, wie es sonst auf deutschen Universitäten gewesen, der Preuße mit dem Sachsen, der Franke mit dem Schwaben im Kampfe war, sondern nach dem Jahr 1813 habe man durch die Burschenschaft ein gemeinsames Band um ganz Deutschland schlingen wollen. Allerdings gebe er zu daß später sehr viel Politik in diese Verbindung Eingang gefunden, aber der ursprüngliche Zweck sey dieß nicht, sondern bloß die Einigung der deutschen Stämme unter einander gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Mitglied der Kammer der Abgeordneten ersucht uns um Aufnahme folgender Zuschrift: „München, 14 Nov. Ein □ Artikel aus München in Nr. 317 der Allg. Ztg. mißbilligt die Art und Weise in welcher der || Correspondent desselben Blattes die Bedenken des Abg. v. Lerchenfeld gegen die Aufnahme einer Erklärung der Linken in das eigentliche Kammerprotokoll besprochen habe. Wir sind nicht gemeint auf diesen Zwist einzugehen, da die Allg. Ztg. trotz ihres universalen Standpunktes den Verhandlungen der bayerischen Volkskammer über die deutsche Frage umfassende Mittheilungen widmet, und diese Mittheilungen ohne Zweifel auch jene „Conversation“ nebst der Erklärung und dem Zusatzantrage der Linken, dann der Motivirung geben werden welche beiden durch die Schlußäußerungen des Fürsten v. Wallerstein zu Theil geworden. Erläuternd sey hier bloß folgendes angedeutet: Der Personalbestand der Linken ist bekannt. Die Namen ihrer Mitglieder befinden sich unter ihrem veröffentlichten Programme. Der Irrthum des Abg. Dr. Arnheim, als sey die Erklärung auch Namens des linken Centrums abgegeben, löste sich alsbald durch eine Aeußerung des Fürsten Wallerstein. Daß die Linke dem Kirchgeßner'schen Antrage ohne Mentalvorbehalt beipflichten konnte, beweist eben jene Motivirung; daß aber die Linke überhaupt mit Mentalvorbehalten sich nicht abgebe, erhellt aus ihrem Verhalten gegenüber dem Weiß-Paur'schen Antrage. Dieser Antrag war aus ministeriellem Munde selbst als ein solcher bezeichnet welcher über die bisherige Politik des Cabinets kein billigendes Urtheil ausspreche. Jedermann wußte daß seine Annahme den Rücktritt des Ministeriums zur Folge haben werde. Von der Linken hing es ab demselben eine namhafte Majorität zuzuwenden. Indem sie durch den Mund des Fürsten v. Wallerstein von vornherein erklärte: „sie habe nicht mit Personen, sie habe nur mit Systemen und Sachen zu thun, und in Ländern in welchen die Ministerien nicht naturgemäß hervorgehen aus großen politischen Parteien, in Ländern in welchen die Ministerien gebildet würden nach subjectiven Ansichten, noch doppelt in einer Zeit wo jede Aenderung einen Fortschritt im Rückschrittssinne erwarten lasse, hüte sie sich pflichtmäßig an der Stätte jener Fabrication zu rütteln“, indem sie ferner die Consequenz ihrer Grundsätze höher stellte als oppositionelle Zwecke, kann das Urtheil jedes Unbefangenen nicht zweifelhaft seyn.“

— **München**, 16 Nov. Die beiden letzten Sitzungen der Kammer der Abgeordneten zeigten die Abspannung die der langen und doch im wesentlichen unfruchtbaren Discussion über die deutsche Frage folgen mußte. Ueber das Gesetz in Betreff der Schullehrer wurde auch gestern noch kein Gesammtbeschluß erzielt. Es geht noch einmal an die obere Kammer zurück. Zu den Acten der Kammer, als nicht zu ihrer Competenz gehörig, war ein Gesuch von Frauen Nürnbergs gelangt um Beschleunigung der Untersuchung ihrer in Haft befindlichen Männer. Die Sache wird weiter zur Sprache kommen, da bei der heute darüber angeregten Conversation Rubner sich vorbehielt einen besondern Antrag auf Fürbitte der Kammer zu stellen. Der zum Landtag gewählte Assessor Mayer hat aus der Frohnveste in Augsburg ebenfalls eine Beschwerde über das lange Hinausziehen der über ihn verhängten Untersuchung gerichtet. Der Beschwerde ist eine Abschrift des vom Appellationsgericht von Schwaben und Neuburg gefällten Erkenntnisses vom 13 Oct. beigefügt. Durch dasselbe ward bekanntlich das die Untersuchung einstellende Urtheil des Kreis- und Stadtgerichts Augsburg vom 14 September aufgehoben und wörtlich verfügt: „daß die eingeleitete Voruntersuchung in

der Richtung gegen den königl. Landgerichtsassessor Mayer von Ottobeuren mit Fortbestand der Verhaftung und mit Rücksichtnahme auf die allenfallsigen Ergebnisse in den damit im Zusammenhang stehenden Untersuchungen fortzusetzen sey." Die letztere Verfügung stützt sich auf den bekannten Plenarbeschluß des obersten Gerichtshofs über die vorausgesetzte Complicität in allen diesen Untersuchungen. Diese Frage wird bei der bevorstehenden Erörterung des Amnestiegesetzes voraussichtlich in Vordergrund treten, da in jener Connexität das Hinderniß liegt die Sache der Angeklagten zur gerichtlichen Endentscheidung zu bringen, was vielleicht den ehemaligen Reichstagsabgeordneten lieber wäre als die Amnestie. Wenn der Entwurf zu letzterer zum Theil harte Anfechtung erleidet, so darf man doch, nach Billigkeit und Recht, Eines nicht verkennen: daß Bayern namentlich in der Pfalz, die doch im Zustand offenen und freventlichsten Aufstandes sich befand, mit einer Milde und Versöhnlichkeit vorgegangen ist die der Vergleichung mit Baden nicht bedarf, um in das hellste Licht zu treten. Der Dank für dieses hochherzige Benehmen der Regierung erklärt auch die conservative Haltung eines großen Theils der Pfälzer Abgeordneten. Und daraus schöpfen wir die besten Hoffnungen für eine baldige und befriedigende Entwicklung in den diesseitigen Provinzen.

Gr. Baden. ♀ **Rastatt,** 15 Nov. Heute ist das Namensfest des Großherzogs. Sonst ging dieser Tag ohne äußere Kundgebung vorüber; die Karlsruher Zeitung allein läßt ihr Blatt des Festes wegen nicht erscheinen. Und doch wird in vielen Gemüthern der Tag eine bleibendere Freude hinterlassen als Tanz und Festesprunk. Der Großherzog hat den Rest seiner Soldaten, die noch in den Casematten saßen, viele Unterofficiere und Feldwebel, die keine andere Schuld hatten als daß sie dem Strom sich nicht entziehen konnten der alles in wilden Strudeln dahinriß, aus den Casematten entlassen. Man bringt diese Handlung mit dem vor einigen Tagen erfolgten Besuche des Kriegsministers v. Rockenbach und des preußischen Oberbefehlshabers General v. Schreckenstein in Verbindung; allein es scheint uns angemessener sie als naturwüchsigen selbständigen Act der Milde eines Fürsten anzusehen an dem jeder Zoll — mit dem Dichter zu reden — ein edler Mensch ist. Auch für die Entledigung der auswärtigen Zuzüger ist so vorgesehen daß wohl kein nicht besonders schwer Gravirter den Winter über hier bleiben wird. Manche sind dieser Tage entlassen worden: für manche ist freilich der Friedhof bleibende Stätte und Ziel ihres unruhigen Treibens geworden. So für den Chemiker Bopp, welchem die Nachricht der Entlassung nur noch die letzten Stunden erheitern konnte. Ein Ungar, der nach vergeblichem Fluchtversuch mit einer Wunde nicht im gewöhnlichen Spital, sondern in einer Casematte untergebracht wurde, konnte kaum überzeugt werden daß er nicht sofort erschossen werde. So groß ist allmählich der Schrecken dieser Leute vor der Gewalt ihrer Wächter und Hüter.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 13 Nov. Die hiesige Zeitung versichert aus zuverlässiger Quelle den Ungrund des Gerüchts einer Ministerkrisis.

Köthen, 12 November. Am 9 d. erklärte sich der vereinigte Landtag mit 29 gegen 12 Stimmen für das Princip der directen Wahlen bei der Wahl der Geschwornen. Heute machte der Minister Goßler dem Landtage bekannt daß der Herzog „die Beschlüsse in Beziehung des Adels, der Orden, des Associations- und Petitionsrechts des Militärs, des Religionsunterrichts und der Prinzen sanctionirt habe; dagegen habe Se. Hoh. mit Bedauern Kenntniß davon genommen daß in den wichtigsten Fragen, namentlich in Beziehung auf das absolute Veto und die Bildung der Geschwornen, eine Verständigung zwischen dem Ministerium und dem Landtage nicht zu erzielen gewesen", und verlas darauf ein Patent das die Auflösung des vereinigten anhaltischen Landtags und der Sonderlandtage für beide Herzogthümer ausspricht.

K. Sachsen. **Dresden,** 12 Nov. Es ging vielfach das Gerücht um daß in den Maitagen von den Aufständischen die Unterminirung des königlichen Schlosses beabsichtigt und theilweise schon ausgeführt worden wäre. Auf die Requisition des hiesigen Stadtgerichts reichte der Ingenieurhauptmann und Compagniecommandant an das Artilleriecorps-Kriegsgericht unterm 16 Aug. d. J. einen Bericht ein, aus welchem man ersieht daß trotz angestellter Nachforschungen von Seite der Ingenieurs und Pionniers über den Grund oder Ungrund jenes Gerüchts völlige Gewißheit nicht hat erlangt werden können. Er schließt mit der Bemerkung daß es am wahrscheinlichsten erscheine daß die Bergleute zwar die Absicht gehabt haben möchten etwas der Art zu versuchen, aber sehr bald die Unmöglichkeit der Ausführung eingesehen hätten. (D. A. Z.)

Preußen. ..**Berlin.** Folgendes ist die Antwort die Alex. v. Humboldt an den Magistrat und die Stadtverordneten von Potsdam gerichtet hat, als ihm zu seinem 80jährigen Geburtstage das Diplom des Ehrenbürgerrechts überreicht wurde: „Ich glaube Ihnen, verehrungswertheste Mitbürger, meinen tiefgefühltesten Dank nicht lebhafter ausdrücken zu können als wenn ich sage daß Sie mir ebenso viel Freude bereitet als unerwartete Ehre geschenkt haben. Eine solche Freude will ich nicht durch die Frage trüben, wodurch könnte ich um Sie und Ihre schöne Stadt eine so seltene Auszeichnung verdienen? Sie haben, Ihrer würdig, neben der Sorgfalt für das materielle Wohl von höhern Ansichten geleitet, Ihre theilnehmende Achtung für die Bestrebungen dargethan, die mit den Fortschritten des Wissens, mit der Volkserziehung und der allgemeinen Bildung der Menschen zusammenhängen. Als den Lohn für einen Theil dieser Bestrebungen, denen mein ganzes, langes, vielbewegtes Leben gewidmet gewesen ist, nehme ich mit Stolz Ihre ehrenvolle Gabe an. Durch die Huld zweier edlen Monarchen ist mir 22 Jahre lang die Freude geworden, mit weniger Unterbrechung, als Ihr Mitbürger zu leben, und in einer anmuthig geschmückten Natur die Anregungen zu finden deren keine lebendige Naturdarstellung entbehren darf wenn sie sich zu dem Walten der Kräfte des Weltalls erheben will. Dankbar habe ich fast jede meiner neuern Schriften mit historischen Namen des Orts geschmückt der mir theuer geworden ist, und in dessen Mauern 1767 ein Bruder geboren ward dessen Namen in dem Andenken derer gefeiert wird bei denen sich für die größern Ansichten eines fortschreitenden, sich regelmäßig entwickelnden Staatslebens der freie Sinn erhalten hat."

Hr. Oberfinanzrath Mellin ist, im Auftrag des Handelsministers, in Begleitung des Obertribunalraths Lentze, nach England gereist um die Construction der neuern Eisenbahnbrücken dort an Ort und Stelle in Augenschein zu nehmen.

Schleswig-Holstein. = **Kiel,** 10 Nov. Vor Annahme der Vertagung hat die schleswig-holsteinische Landesversammlung in geheimer Sitzung um die Mitternachtsstunde der jetzigen Lage des Landes entsprechende Beschlüsse gefaßt. Das Verhältniß zu den noch im preußischen Dienste gebliebenen Officieren unserer Armee wird nun baldigst geregelt werden; auch ist man der Zuversicht daß der hessische General Schmidt doch noch für den Posten des Kriegsministers und wohl auch für das Generalcommando der Armee werde gewonnen werden. Unsere schleswig-holsteinische Sache würde durch ihn besonders gut berathen seyn. Dem Vernehmen nach gewinnen die Friedensverhandlungen durch Einwirkung Oesterreichs jetzt eine andere Basis, nämlich die des Gesammtstaates, so daß man auf den offenen Brief weiland König Christians VIII vom J. 1846 zurückgehen würde, welcher derzeit ganz Deutschland in Aufregung brachte und in Dänemark nicht genügte, weil man das Herzogthum Schleswig ganz und unbedingt sich anzueignen beabsichtigte. Im Sinne einer kleinen Partei in Dänemark wäre diese Basis des Friedens freilich ein Zurückgehen auf die vormärzlichen Zustände; aber in Deutschland wird dieß auch keine politische Partei zu behaupten wagen, indem es keinen Zweifel leidet daß der öffentliche Rechtszustand in unserem Lande von jeher ein anderer gewesen ist als der im „offenen Brief" gebotene. Unsere schleswigschen Städte sind jetzt factisch im Belagerungsstande; zahlreiche Militärpatrouillen durchziehen fortwährend die Straßen, und in der Stadt Schleswig sind täglich 200 Mann beordert und aufgestellt um den Postwagen welcher von Flensburg kommt in Empfang zu nehmen.

Oesterreich. — **Wien,** 13 November. Der Kaiser hat seiner durchlauchtigsten Frau Mutter der Erzherzogin Sophie bei Gelegenheit ihres silbernen Hochzeitsfestes ein kostbares Armband verehrt. Dasselbe wurde von drei hiesigen Meistern verfertigt und ist ein wahres Kunstwerk. — Von C. P. Haumann wird eine lithographirte Darstellung des Wahlspruchs unsers Kaisers: **Viribus unitis** erscheinen, mit einem ausführlichen erklärenden Texte begleitet. Die vereinten Kräfte Oesterreichs sind durch Repräsentanten der verschiedenen Volksstämme des Kaiserstaats im Nationalcostüm versinnlicht. — In der nächsten Zeit wird der Kaiser seinen längst gehofften Besuch in Prag abstatten. — Die Montags-Zeitung ist in den letzten Tagen eingegangen, sie vertröstet beim Abschied ihre Abonnenten mit ihrem Wiedererscheinen im nächsten Jahre. Der Wanderer wird in kurzem Namen und Form ändern, und als „Oesterreichische Reform" in vergrößertem Format erscheinen. Die Wiener Zeitungen haben heute ihr großes Vergnügen an einem sonderbaren Artikel, mit welchem die Berliner „Deutsche Reform" offenbar mystificirt ist. Derselbe meldet nämlich auf portugiesischem Hintergrunde die Verhaftung Hurters während einer Oper (!) im Burgtheater, und spricht von der Abführung desselben „zum Stock am Eisen", als sey dieser alte Pfahl ein Gefängniß! Und so etwas muß einem Hauptblatte in der Metropole der deutschen Intelligenz passiren! Gestern ist Daums Elysium wieder eröffnet worden, bekanntlich einer der beliebtesten Belustigungsorte Wiens, wenn auch den Fremden die in diesen großen phantastisch ausgeschmückten Kellerräumen wogende stete Carnevalslust nicht eben sonderlich anzieht. Die Presse benutzt die Gelegenheit um noch einmal dem Burgtheater die kürzlich eingezogenen Freikarten für die Redactionen

vorzuwerfen, indem Daum Hrn. v. Holbein an Generosität übertroffen hat. — Der niederösterreichische Gewerbverein hat für die fabrikmäßige inländische Erzeugung eines hydraulischen, dem besten englischen ähnlichen Cements einen Preis ausgeschrieben, welcher in der großen goldenen Medaille im Werthe von 1000 fl. besteht. — Aus Hamburg wird berichtet: „Die Silberversendungen von hier nach Wien werden großartig, sie dauern schon eine lange Zeit für Rechnung der österreichischen Regierung ununterbrochen fort. Ein einziger Transport, welcher Ende October in Wien eintraf, betrug allein 120 Centner, aus denen nichts weiter als Sechskreuzerstücke geschlagen sind, und doch klagen noch alle Wiener Briefe über Noth an baarer Münze, wenn sie auch nicht mehr derartig ist wie ehedem, das baare Geld in Wien scheint bei dem ersten Auftauchen schon wieder zu verschwinden."

△ **Wien,** 14 Nov. Die heutige Wiener Ztg. bringt eine nicht unbeträchtliche Reihe Verurtheilungen zu mehr oder minder beträchtlichen Strafmaßen. Bei dieser Gelegenheit dürfte folgende authentische Notiz über die Zahl der bereits gefällten kriegsrechtlichen Urtheile nicht uninteressant seyn. An 800 Urtheile, und nicht 1600 wie es in mehrern Zeitungen hieß, sind bereits gefällt worden. Von 72 zum Tode verurtheilten Personen sind 8 unbedingt begnadigt, 44 mit Kerkerstrafe belegt und 25 — worunter 9 Soldaten — hingerichtet worden. Aus dieser kurzen Uebersicht ist zu entnehmen daß man auch bei uns den Weg milder Versöhnung einzuschlagen gedenkt. Die Lemberger Ztg. enthält einige vom Fürsten Paskewitsch erlassene Erleichterungen im Gränzverkehr zwischen Galizien und dem Königreich Polen, die einem großen und fühlbaren Uebelstande abhelfen. Heute wird die zweite Rate des neuen Anlehens eingezahlt und ist die Nationalbank seit dem frühen Morgen von den vielen Einzahlenden fast belagert. Nach einer einfachen Schätzung dürften bereits 25 — 30 Millionen eingezahlt worden seyn; denn nicht nur daß auf Rechnung des Auslandes bedeutende Summen angelegt worden sind, haben auch viele Privatleute ihre Einlagen entweder zum Theil oder auch gänzlich eingezahlt. Das Vertrauen welches sich dadurch in den Bestand der Dinge in Oesterreich kundgibt, wird auch durch die energische Thätigkeit des Ministeriums gerechtfertigt. — Graf Leo Thun hat in Prag die Aeußerung abverlangt, welche dortige Kunst-Institute einer Unterstützung von Seiten der Regierung bedürfen. — Die Abreise Sr. Maj. des Kaisers nach Prag ist auf den 17 d. festgesetzt. Capitän Wyner ist gestern als Courier der brittischen Gesandtschaft nach London abgegangen. Der französische Gesandte de Sartiges und der Kanzler d'Outrav sind nach Berlin abgereist.

Viele Wiener Correspondenzen in den deutschen Blättern erklären die Abreise des Grafen Colloredo von London und dessen vorläufige Ersetzung durch einen Geschäftsträger, sowie die nahe Abreise des Lords Ponsonby aus Wien aus einer neuerlichen lebhaften Unterredung die zwischen Fürst Schwarzenberg und dem englischen Gesandten stattgefunden habe. Wir machen aber darauf aufmerksam daß schon vor Wochen in der Allg. Ztg. wiederholt angezeigt wurde, jene diplomatischen Veränderungen seyen eine beschlossene Sache.

8 **Prag,** 11 Nov. Alle Welt wundert sich über die außerordentliche Thätigkeit unsers Ministeriums das schnell hintereinander die wichtigsten, die Verhältnisse des gesammten Kaiserstaats umgestaltenden und regelnden Decrete erläßt; die merkwürdigsten sind aber ohne Zweifel für den Freund des allgemeinen Fortschritts die über Anbahnung eines Zollvereins mit Deutschland und eines gemeinsamen Handels-, Wechsels- und Seerechts. Bei diesen letztern herrlichen Vorsätzen wird unser Ministerium wohl mit eiserner Consequenz vorgehen müssen wenn das Ziel nicht in weite Ferne gerückt seyn soll. Denn nun werden all die particularistischen Tendenzen, verbunden mit den Interessen des Eigennutzes, sich auf den Kampfplatz stellen um die Vollbringung zu hindern. In Beziehung auf Böhmen, das hier vorzuglich ins Gewicht fällt, haben wohl die ausgezeichneten Fabricanten, besonders jener Artikel die den Ruhm von Böhmens Industrie begründen, nichts von einer Concurrenz mit dem außerösterreichischen Deutschland zu fürchten, aber freilich wird der Schrecken derer groß seyn welche schlechte Waare theuer liefern! Schon ist hier eine Schrift, betitelt: „Beiträge zur Lösung der Zolleinigung mit Deutschland" erschienen, welche im Interesse dieser Leute die Kopfe zu verwirren sucht, indem sie die Zolleinigung beständig mit „Freihandel" verwechselt, und bloß die Nachtheile die unsre Industriellen treffen können, mit Uebergehung jeglichen Vortheils, z. B. der Ausfuhr hervorhebt. Aber wir hoffen daß der großartige Gedanke der 70 Millionen verbindet, dennoch seine Verwirklichung erhalten soll, mag auch der Kleinlichkeitsgeist sich noch so sehr dagegen stemmen! Endlich haben unsre Stadtverordneten eine Frage, die sie monatelang in der Schwebe erhielten, entschieden: sie haben die Haftung der Gemeinde für das Darlehen von 100,000 fl. welches Se. Maj. unserer Stadt bewilligte, ausgesprochen. Es soll davon ein Darlehnsfonds für den Gewerbsstand gegründet werden, das erste Institut dieser Art in Oesterreich, das von den wohlthätigsten Folgen seyn wird. Der Vorschlag unsers Guberniums über die Besetzung der politischen Stellen ist soeben nach Wien abgegangen, der wegen Besetzung der Justizämter wird nächstens folgen. Unter den 90 Gemeinden des Rakonitzer Kreises werden Sammlungen veranstaltet um ein Denkmal auf dem weißen Berge bei Prag wegen der bekannten Schlacht zu errichten. Ein Gemeindeglied soll sich verpflichtet haben ein ganzes Feld hiezu „herzuleihen." Eine sondere Idee! Man hat bisher nur von Denkmälern gehört welche Sieger errichteten, nie aber von solchen die von Besiegten gebaut wurden! In welchem überspannten Kopfe in Prag mag diese wunderbare Idee, die jetzt eine recht unzeitige Demonstration ist, entstanden seyn! Ein Siegesdenkmal besteht bereits dort, nämlich eine Marienkirche zu welcher jährlich Wallfahrten von den Frommen Prags veranstaltet werden, deren Leitung Geistliche übernehmen. Ein beim Volke sehr beliebter Geistlicher, der ein eifriger Patriot ist, hatte aber alle Jahre seine Mitwirkung hiezu abgelehnt. Unter dem Militär soll jetzt große Desertion herrschen, besonders entweichen ältere Soldaten. Neulich wurden auf einem Marsche 27 Soldaten von einer Compagnie vermißt. Morgen soll Prag sich der Ankunft des Kaisers erfreuen. Das Volk hatte bereits, um sich das Nichtkommen des Monarchen zu erklären, eine Legende gedichtet, deren Inhalt abenteuerlich lautet. Ueberhaupt bewährt sich Böhmen als das sagenvolle Land, und die Prophezeiung des „blinden Jünglings," die freilich ziemlich verschieden erzählt wird, hat noch immer zahlreiche Verehrer. Der Vorsteher der hiesigen Israelitengemeinde, M. A. Landau, hat sein Amt niedergelegt.

* **Triest,** 12 Nov. Seit geraumer Zeit hat man in den hiesigen Hallen die Politik fahren gelassen, und die Hand an die Beschäftigungen des Friedens gelegt. Einen flüchtigen Seitenblick warf man noch von Zeit zu Zeit auf die alte Hauptstadt des Türkenreichs, ohne übrigens daraus klug zu werden was dort vorgeht. Briefe, Zeitungen, alles athmet Frieden, nur die englische Flotte bleibt ein Räthsel; und indem man uns aus Konstantinopel unterm 3 d. schreibt daß Engländer und Franzosen in jenen Gewässern seyen, daß sie bei Besikabey stünden, heißt es: „Ist das nahe bei Byzanz?" — „Ja, das muß nahe seyn", antwortete man kopfschüttelnd. Nichtsdestoweniger schreibt man uns von dort daß alles eine friedliche Lösung erwarte. Zwar hat das letzte russische Dampfboot, das einige Stunden vor Abgang unsrer Notiz in Stambul eintraf, nichts entscheidendes gebracht, worauf man für die Zukunft fußen könnte, aber man hat Vertrauen. Damit geht's freilich häufig nicht anders als mit dem Glauben; aber — man vertraut, und waren nicht gerade das Bairamsfeste und schlechtes Wetter dazwischengekommen, so würden die Handelsberichte günstig genug gelautet haben. Bei uns selbst gibt es wenig bemerkenswerthes, abgerechnet Truppenzüge von verschiedenen Seiten nach dem Isonzo, wo bekanntlich ein Observationscorps von 25,000 Mann aufgestellt wird. — Die Mönche des Mechitaristenordens, welche seit einigen Jahren sich hier aufhalten, und ein ganz stattliches Haus auf einem hohen Punkte der Stadt mit einer herrlichen Aussicht über diese und das Meer gebaut haben, werden keineswegs, wie man öfter sprach, hier eine Kirche für die armenische Gemeinde bauen, sondern beabsichtigen bloß einen Verbindungsknoten ihres Ordens zwischen Orient und Occident zu unterhalten. — Wir haben das herrlichste Wetter und den befriedigendsten Gesundheitsstand.

Großbritannien.

London, 12 Nov.

Die mehrerwähnte Industrie-Ausstellung in Birmingham, ein Vorspiel der großen von 1851, dauert noch fort, und Prinz Albert wird dieselbe morgen, in Begleitung Sir George Grey's, des Staatssecretärs des Innern, besuchen.

Graf Colloredo, der bisherige k. k. österreichische Gesandte, ist mit seiner Frau Gemahlin über Calais nach Brüssel abgereist. Nach einem kurzen Aufenthalt in der belgischen Hauptstadt werden dieselben (sagt der Globe) sich nach Italien begeben und erst dann nach Wien heimkehren. Als österreichischer Geschäftsträger bleibt Baron Koller in London zurück; Fürst A. Schonberg und Baron Wiedenbruck bleiben nach wie vor der Gesandtschaft attachirt. — Die ganze fürstliche Familie Metternich ist jetzt in Brüssel, und wird den Winter daselbst zubringen. Die jungen Fürsten Richard und Lothar Metternich, welche noch in England zurückgeblieben waren, sind dieser Tage ihren Eltern nachgereist.

Man will die bestimmte Entdeckung gemacht haben daß die Kartoffelfäule in England und Irland von dem Guano-Dünger herrührt, vor dessen Einführung jene Pflanzen-Krankheit unbekannt gewesen.

(M. Post.) Der Monat November zeichnet sich seit drei Jahren durch die Erscheinung sehr großer Flecken auf der Sonne aus. Dermalen zeigt sich eine ganze Reihe solcher Flecken, die als ein Ganzes mit dem

bloßen Auge zu bemerken sind. Mit dem kleinsten Teleskop oder Opernglas unterscheidet man sie als eine längliche dunkle Stelle, unfern vom Centrum. Die ganze Länge mißt in runder Zahl über 100,000 englische Meilen der Sonnenoberfläche, die Breite wechselt zwischen 15,000 und 30,000 Meilen. Es lassen sich ungefähr 20 einzelne Flecken zählen, deren Halbschatten (penumbrae) mit ungleichen Rändern in einander fließen.

‡ Die Londoner Blätter vom 13 Nov. berichten ausführlichst über die am Morgen dieses Tages erfolgte Hinrichtung des Mörderehepaars Manning. Der Volkszudrang war unermeßlich; viele Hunderte hatten, um sich einen „guten Platz" zu sichern, die kalte Nacht vor dem Gefängniß unter freiem Himmel zugebracht: um sich zu erwärmen, zechte der Pöbel in Branntwein, führte allerlei Tänze und heillose Possen auf. Die Taschendiebe hielten während der Galgenscene eine reiche Ernte. Ein neuer Beweis für die Abschreckungstheorie! Manning legte vor seinem Tod ein Geständniß ab, wornach seine Frau als die eigentliche Mörderin O'Connors, er als Mordgehülfe erscheint. Die Frau starb verstockt, die Unsterblichkeit der Seele laugnend.

Frankreich.

Paris, 13 Nov.

General Baraguay d'Hilliers ist gestern Abend von Paris abgereist. Der Rittmeister Dieu und der Hauptmann Foy vom Generalstab begleiten ihn als Adjutanten nach der heiligen Stadt.

Wenn der große Staatsproceß in Versailles in seinen meist kleinlichen Einzelheiten kein allgemeineres Interesse erregen konnte, so dürfte er leicht durch die Art wie die Chefs der demokratischen Partei als Sachwalter der Angeklagten ihr Vertheidigungssystem angelegt haben, in der Geschichte des revolutionären Frankreichs eine gewisse Epoche machen. Ein heiliges Recht der Insurrection gegenüber gesetz- und rechtloser Tyrannei ist zwar schon behauptet worden, und wie oft hat nicht der sophistische Ehrgeiz von Demagogen und Usurpatoren von einem solchen vermeintlichen Recht Gebrauch gemacht, auch ohne daß die ultima ratio einer unerträglichen Nothlage ihnen als Entschuldigung zur Seite stand? Doch gab es wohl selbst in den überspanntesten Zeiten, wenn auch einzelne Querköpfe, kaum eine Partei die sich die Appellation an die revolutionäre Gewalt im Namen der Volkssouveränetät oder eines eingebildeten persönlichen Berufs als einen Normalzustand und nicht vielmehr als einen exceptionellen momentanen Abfall vom positiven zum natürlichen Recht dachte, und jedenfalls ist der Versuch neu dem Insurrectionsrecht unter den Satzungen des Staatsrechts förmliche Aufnahme zu verschaffen. Dieser Versuch wurde in Versailles von Hrn. Michel (de Bourges) gemacht und darauf die ganze Vertheidigung gebaut. „Bürger Magistrate und Bürger vom Hochschwurgericht, hub er an, ich will vor euch das Zelt aufschlagen unter welchem die Vertheidigung Obdach zu finden hofft. Andere mögen nach mir kommen, stärkere, jüngere, kräftigere Männer, welche die Pfähle zur Befestigung des Gebäudes tiefer in den Schooß der Erde eingraben werden. Die Skizze eines allgemeinen Vertheidigungsplans war unerläßlich, man brauchte sie wegen des Umfangs und — ich wage es zu sagen — wegen der Majestät des Gegenstandes. Man brauchte sie für eure nicht erschöpfte aber ermüdete Aufmerksamkeit, man brauchte sie um den Gesetzen der Methode zu gehorchen ohne welche keine Offenbarung der Wahrheit möglich ist, dieser Wahrheit ohne die es keine Gerechtigkeit gibt. Das war also für alle ein ausgemachter Punkt daß euch ein Umriß des Vertheidigungsplanes vorzulegen sey. Der einzige Punkt worüber man verschiedener Meinung seyn konnte, und ich fürchte daß man es gar sehr ist, war die Wahl des Architekten der ihn aufnehmen und euch vorlegen sollte. Was mich anlangt, so bin ich dem Geheiß meiner Freunde gefolgt, ich habe mich von der zu vertrauensvollen Stimme der zweifachen Verbrüderung leiten lassen. Auch gibt es ja Pflichten welche das Alter, vielleicht die geleisteten Dienste auflegen und denen man sich nicht entziehen kann, nicht entziehen soll. Hier der Plan. Die Klarheit, die Einfachheit und die methodische Eintheilung sind die Nothwendigkeiten jedes Processes. Es liegt darin ein unumgänglicher Zwang dem das öffentliche Ministerium sich nicht genug unterworfen hat. Ich werde versuchen vor euch zu beweisen welches die Folgen der Verletzung der Verfassung sind, und damit es keine Ueberraschung gibt, werde ich sagen, beweisen daß jede Verfassungsverletzung das Recht der Insurrection nach sich zieht." Soweit hatte der Advocat gesprochen, als ihm der Präsident Hr. Berenger ins Wort fiel: „Hr. Michel, ich kann Sie nicht fortreden lassen. Am Anfang dieser Verhandlungen habe ich zu erkennen gegeben daß der Gerichtshof der Vertheidigung jede mit dem Interesse der Angeklagten verträgliche Freiheit gestatte, daß diese Vertheidigung keine Schranke haben solle als die unsern Gesetzen, der Gerechtigkeit, unsern Institutionen und den verfassungsmäßigen Gewalten schuldige Achtung. In diesen Gränzen muß die Vertheidigung bleiben. Sie kündigen nun an Sie wollen darthun daß man in gewissen Fällen das Insurrectionsrecht habe. Das öffentliche Gewissen würde sich empören, wenn irgendein Gericht erlauben könnte daß eine solche Lehre in einer Gerichtsrede entwickelt würde. Sie haben, so dünkt mich, eine andere Aufgabe zu erfüllen. Ohne Ihre Pflichten zu überschreiten und innerhalb derselben können Sie die Vertheidigung der Angeklagten ihrem ganzen Inbegriff nach führen. Es steht Ihnen frei die oder jene Frage aufzuwerfen, auf die oder jene Erörterung einzugehen die ich Ihnen nicht anzudeuten habe, und die von der Art seyn könnte die Meinung über die verbrecherische Beschaffenheit der den Angeklagten zur Last gelegten Thatsachen, wenn auch nicht gänzlich zu ihren Gunsten zu wenden, wenigstens zu mildern. Aber daß die Vertheidigung das Recht der Insurrection plaidire, ein Recht das nicht in unserer Verfassung ist (Hr. Michel: doch!), ein Recht das nicht in unserer Verfassung ist (Hr. Michel: doch!), ein Recht das der Umsturz der Gesellschaft wäre (Hr. Michel: ganz und gar nicht!), ein Recht das keinem civilisirten Volk erlauben würde im Frieden, unter dem Schutze der Gesetze zu leben — das, erkläre ich, kann ich nicht zulassen." Der Präsident fordert ihn auf, wenn er auf diesem Vertheidigungsplan bestehe, Conclusionen zu stellen, worauf der Gerichtshof erkennen werde. „Ihr seht, fährt Hr. Michel fort, daß ich niemand eine Falle lege. Der Gerichtshof sieht auch daß ich in einem Alter bin und in einer Lage wo man sehr gut weiß was man sagt. Ich bin gesonnen vor dem Gerichtshof zu plaidiren, oder nicht zu plaidiren, daß jede Verletzung der Verfassung nothwendig nach sich ziehe dieses dreifache Recht: das Insurrectionsrecht als Hauptpunkt, das Protestationsrecht als letzten Punkt und zwischen ihnen beiden das Recht des Widerstandes. (Präsident: Stellen Sie die Conclusionen und das Gericht wird erkennen.) Ich wiederhole, und ich stelle förmliche Conclusionen daß der Gerichtshof mir erlaube vor ihm zu plaidiren dieses der Vernunft, der Tradition, der Wissenschaft, der Civilisation, und was noch besser ist, der Verfassung gemäße Princip — nämlich daß wer in Frankreich, Präsident der Republik oder Flurschütz, Magistrat oder Huissier, sich erlaubt die Hand an die Verfassung zu legen, sie in ihrem Geist und ihrem Buchstaben zu verletzen, ein Verbrecher der verletzten Volksmajestät ist, und daß in demselben Augenblick das Insurrectionsrecht, das Protestationsrecht und das Widerstandsrecht offen sind. Ich sage daß das der Vernunft gemäß ist, ich habe nicht Zeit es zu beweisen und zeige es bloß an. Ich bleibe bei der Verfassung stehen. In der That hat die Verfassung alle möglichen Fälle vorgesehen. Der Verfassungsbruch kann nicht vom Volk ausgehen, es verletzt nie die Verfassung. Sie ist sein Werk, sie gehört ihm, es nimmt und gibt sie: Deus dedit, Deus abstulit — sein allein ist die Souveränetät — aber der Bruch kann von den Unterthanen ausgehen. Hier ist das Wort Unterthanen glorreich — Unterthanen des Gesetzes, das ist das Joch das wir alle stolz sind zu tragen, unter der Bedingung nur dieses zu tragen! Unter den Unterthanen der Verfassung befinden sich die constituirten Gewalten, und die richterliche Gewalt ist ein Theil derselben. Der Gedanke das Grundgesetz zu verletzen kann euch nicht in den Sinn kommen, ihr seyd seine Sklaven. Aber wenn die eigentlich sogenannten öffentlichen Gewalten, wenn die vollziehende Gewalt, wenn die Minister, wenn der Präsident des Conseils die Verfassung verletzten und (um mich auf einen praktischen leicht faßlichen Gesichtspunkt zu stellen, um die römische Frage die noch nicht ihre Stelle hat zu beseitigen) wenn z. B. heute, mit dieser Idee daß die Dauer der Gewalt zur Ordnung nothwendig ist, daß eine vierjährige Gewalt sehr kurz ist, daß sie nicht erlaubt alles wünschenswerthe Gute zu thun, daß man sie ein wenig verlängern solle, etwa um einen neuen Zeitraum von vier Jahren, wenn es den Ministern gefiele einen Gesetzesentwurf der Assemblée vorzulegen, worin gesagt wäre: „„Die Dauer der Präsidentengewalt ist auf acht Jahre,"" wenn ein solcher Entwurf vorgelegt würde im Namen der Präsidentengewalt, so würde der gesetzgebende Körper, das Gesetz der Gesetze, das constitutionelle Evangelium aufschlagend, sie hoffentlich als Antwort vor den Staatsgerichtshof schicken. (Präsident: Sie haben selbst anerkannt daß Sie nicht das Materielle der Frage plaidiren können. Sie können bloß plaidiren über die Conclusionen die Sie stellen wollen.) Wenn man mich vorsätzlich vor euch aller Autorität beraubt die ich von den Publicisten schöpfen könnte, wenn ich mich selbst aller Kraft beraube die mir die republicanische Tradition gäbe, so sollte man nichts weiter sagen. Was ich thue, thue ich mit Mäßigung, ohne Leidenschaft. Mein Satz ist der Artikel 110. Ich sage, wenn es unglücklicherweise geschähe — ihr könnt täglich in den Journalen lesen daß die Constitution eine Ungereimtheit, ein Unsinn sey, daß man sie ändern müsse. Nun gesetzt ein solches Vorhaben — ist es nicht wahr daß die gesetzgebende Gewalt, vermöge der Vollmacht die ihr das Gesetz gibt, die pflichtvergessenen Minister welche die Verfassung verletzten alsbald vor euch schicken müßte? Aber nehmet einen Augenblick an daß es nicht geschähe. Was würde die Folge seyn bei

dieser neuen Theorie die man seit einiger Zeit in die Luft wirft, daß der gesetzgebende Körper souverän sey? Souverän ja, unter dem Schutzdach der Verfassung, so allein. Kommen wir einmal zur Verletzung der Verfassung, da gibt es keine Majorität mehr. Und wenn ihr wollt daß ich meinen Gedanken noch deutlicher ausdrücke, wenn ich in die Assemblée trete, so sage ich mir daß die 750 Repräsentanten die da sind, selbst wenn sie einstimmig wären, nicht mehr Gewalt gegen die Verfassung haben als die Nationalgarde die vor dem Thor des Palasts die Wacht bezieht, als der letzte unserer Huissiers. Ich sage wenn wir zur Verletzung der Verfassung kommen (was bewiesen werden soll), so befinden wir uns dem Insurrectionsrecht gegenüber. Aber die Verletzung der Verfassung plaidiren um nicht dahin zu kommen ist nicht in meiner Natur, nicht in der Logik. Ich muß wissen warum ich vor euch plaidiren soll. Man plaidirt für die Wissenschaft, die Lehre, das Volk, man muß wissen was man will. Und nun behaupte ich meinestheils, so oft ihr dahin kommt daß die Majorität sich mit der vollziehenden Gewalt, deren Haupt sie unter die Verfassung beugen soll, zur Nachsicht versteht, in demselben Augenblick ist der Pakt zerrissen. (Der Präsident ermahnt abermals bei Entwicklung der Conclusionen stehen zu bleiben.) In Wahrheit, Hr. Präsident, man könnte sagen ein Obergericht wie dieses habe Furcht vor der Wahrheit, es das von der Wahrheit lebt. Ihr seyd wie ein Concil, die HH. Generaladvocaten sind eure Cardinäle, sie haben den Purpur, erfüllen sie seine Functionen, antworten sie uns? Ich sage das Gericht in seiner Wissenschaft und seinem Rechtsbrauch hat festzustellen was der Art. 110 (die Nationalversammlung vertraut das Depositum der gegenwärtigen Verfassung und Rechte die sie weiht, der Obhut und dem Patriotismus aller Franzosen) bedeutet. Ich sage er bedeutet hier (oder man muß ihn, wenn der äußerste Fall eingetreten ist, durchstreichen): wenn die vollziehende Gewalt, statt durch die gesetzgebende zur Verfassung zurückgeführt zu werden, in ihr einen Mitschuldigen findet, dann tritt die Thatsache an die Stelle des Rechts, dann ist die Verfassung der Obhut und der Vaterlandsliebe aller Bürgerclassen anvertraut." Diese Theorie wurde von dem Generaladvocaten de Royer in einer ausführlichen Rechtsdarlegung widerlegt, welche selbst Hrn. Michel so gelungen schien daß er bemerkte das öffentliche Ministerium könne sie auch mit allem Talent nicht improvisirt, sondern müsse sie vorbereitet haben. Die Argumentation war: daß das französische Volk seine Souveränetät an die Assemblée delegirt habe, daß die richterliche Gewalt nur in den von der Verfassung selbst vorgesehenen Fällen über Verfassungsverletzung erkennen könne, z. B. wenn der Präsident angeklagt sey daß er die Assemblée habe auflösen oder vertagen wollen, daß sie von andern Verfassungsverletzungen nichts wisse, daß wenn die Aufrechthaltung der Verfassung der Obhut und der Vaterlandsliebe aller Bürger anvertraut sey, dieß nicht den Sinn haben könne daß irgendeine Minorität aufstehen könne um mit den Waffen in der Hand die Entscheidungen der Majorität umzustoßen. In diesem Sinn erfolgte dann auch der Gerichtsbeschluß und darauf, wie bereits gemeldet, die Erklärung der Sachwalter und der Angeklagten auf die Vertheidigung, da sie nicht frei sey, lieber ganz zu verzichten.

Bei der Amnestie mit welcher der Präsident L. Bonaparte seine persönliche Regierung einweiht, hat zweierlei überrascht: einmal daß er mit der Maßregel hervortritt in einem Augenblick wo die Nationalversammlung ein Deportationsgesetz in die Hand genommen hat, eine Mühe die er ihr durch eine Voranzeige hätte ersparen können; und dann daß er es thut nachdem erst vor kurzem Hr. Dufaure im Namen der Regierung eine Amnestie für durchaus ungelegen erklärt hatte, während nun der neue Minister des Innern, Hr. F. Barrot, versichert es könne dabei nur Gefahr seyn wenn eine Regierung da wäre die weniger Wachsamkeit und Energie besäße! Ein Compliment für das vorige Ministerium und die Majorität! Die Juniusgefangenen waren beiläufig 1200, es sind jetzt noch 500 zu versorgen, die übrigen sind der Gesellschaft zurückgegeben. Da das neue Deportationsgesetz keine rückwirkende Kraft haben soll, so trifft es weder diese früher Verurtheilten noch die neuen vom Versailler Proceß. Der Gesetzentwurf bestimmt zwei Deportationsorte — nämlich für die, gegen welche diese Strafe erkannt wird in Fällen wo durch Art. 5 der Verfassung die Todesstrafe abgeschafft ist, also für die Verschwörer und Aufrührer die Citadelle von Zaoudzée auf einem kleinen Felsennest bei der Insel Mayotte, in der Nähe von Madagascar, für die welche nach Art. 17 des Strafgesetzbuchs zur Deportation verurtheilt werden, die Insel Parmangi und die Marquesas (nicht Tahiti), so daß bei Erkennung mildernder Umstände immer der letztere als der leichtere Strafort in Anwendung kommt. Der bürgerliche Tod, der sonst mit dieser Strafe verbunden war, ist aufgehoben und sie zieht nur die bürgerliche Degradation nach sich. Wie dieses Gesetz von der Opposition aufgenommen wurde läßt sich denken. Die Todesstrafe herstellen wäre besser! rief man. Die Versammlung schritt hierauf zu einer längern Verhandlung über einen Gesetzvorschlag der HH. Dufournel und Lebistondois, die Bildung von Gesellschaften zu wechselseitiger Unterstützung mittelst einer allgemeinen Pensionscasse für ausgediente Arbeiter betreffend. Diese Debatte, auf die wir umständlicher zurückkommen, wurde in der heutigen Sitzung fortgesetzt, aber ohne große Theilnahme der Versammlung. Denn die Nachricht von dem Verdict in Versailles beschäftigte alle Gemüther. Die Bänke der Bergpartei waren verlassen. Einer der freigesprochenen Repräsentanten, Hr. Lourion, trat gegen 2 Uhr in den Conferenzsaal und war bald von Mitgliedern umringt die sich vom Ausgang des großen Staatsprocesses erzählen ließen.

Das Urtheil war erst diesen Vormittag, in der um halb 8 Uhr eröffneten Sitzung gefällt worden. Freigesprochen sind: Beaune, Bureau, Lourion, Achintre, Delahaye, Merliot, Vernon, Angelot (diese fünf von der Artillerie der Pariser Nationalgarde), Lemaitre und Obrist Forestier. Verurtheilt, theils des Complotts, theils des Attentats schuldig, theils wegen beider Verbrechen, zur **Deportation**: Chipron, André, Dufelix, Lebon, Langlois, Paya, Commissaire, Maigne, Fargin Fayolle, Pilhes, Daniel Lamazière, Boch, Vauthier, Deville, Gambon, Guinard, Schmitz; zu fünfjähriger Detention (als schuldig mit mildernden Umständen) Suchez, Menbet, Fraboulet de Chalendar — alle solidarisch in die Kosten. Die meisten Angeklagten empfingen ihr Urtheil mit einem Hoch auf die demokratische und sociale Republik. Der Staatsgerichtshof hat jetzt noch über die landflüchtigen Angeklagten, worunter Ledru-Rollin, V. Considérant, Boichot, zu erkennen. Dieß geschieht ohne Geschworne.

. **Paris**, 12 Nov. Das J. des Débats stellt heute unter dem Vorwande eines Rückblicks auf die ministerielle Krise ein zwar verhülltes aber immerhin durchsichtiges politisches Programm auf. Nach diesem Rückblick wäre vorzugsweise die Rede des Hrn. Berryer über den Antrag auf Aufhebung der Verbannungsgesetze, die veranlassende Ursache der Krisis gewesen. Die „kaiserliche Partei" habe sich verletzt darüber gefühlt daß Hr. Berryer so kühn das Banner der Legitimität aufgepflanzt, und da Hr. Berryer einer der Chefs der Majorität in der Kammer ist, habe ihr Ludwig Bonaparte seinen Unwillen über diese Haltung der legitimistischen Fraction dadurch zu erkennen gegeben daß er, ohne erst ihr Gutachten darüber zu hören, das von der Majorität vorgeschlagene Cabinet ohne Umstände nach Hause schickte. An Staatsstreiche habe Ludwig Bonaparte nicht gedacht, allein wenn von denjenigen welche um die bleibende Gewalt Frankreichs sich streiten, die Rede ist, konnte er es nicht gleichgültig ansehen daß man ihn ignorire. Das J. des Débats zeigt nun welche drei Fahnen oder drei „große Parteien" um die Gewalt in Frankreich streiten, und nebenbei die Sendung haben vereint der allgemeinen Landplage des Socialismus entgegenzuarbeiten. Jener Streit um die Gewalt, meint das J. des Débats, könnte leicht diese Sendung gegenüber dem Socialismus beeinträchtigen. Auch sey es an sich verkehrt um etwas sich zu streiten was noch gar nicht vorhanden ist, ehe daher die drei großen Parteien um die Gewalt sich zanken, müßten sie zuvörderst diese Gewalt erst schaffen durch ihr vereintes Wirken. Und damit niemand diese etwas dunkeln Orakelsprüche mißverstehe, fügt das J. des Débats ausdrücklich hinzu, damit sey nichts anders gesagt als daß man bis zu der von der Constitution festgesetzten Zeit sich hübsch ruhig verhalten, und dann die Gewalt schaffen müsse. Das sey auch das Ziel Ludwig Bonaparte's, der seinen der Constitution geschwornen Eid nicht brechen wolle. Die Constitution aber im Sinne Ludwig Bonaparte's revidiren heißt nichts anders als ihn von neuem wählbar machen und die Dauer der Präsidentschaft auf zehn Jahre festsetzen, oder ein zehnjähriges, wo nicht lebenslängliches Consulat in seiner Person errichten. Als wir vor mehren Monaten das politische Ergebniß der letzten Versammlungen der Generalconseils besprachen, und die Niederlage der Legitimisten hinsichtlich ihrer Appellation an das Volk hervorhoben, bemerkten wir daß die Republik unter einer oder andern Form so lange dauern werde bis Orleanisten und Legitimisten sich über die Träger der herzustellenden Monarchie einverstanden haben, und sollte es bis zur Zeit der gesetzlichen Revision der Constitution zu einem solchen Einverständniß nicht gekommen seyn, dann hätte Ludwig Bonaparte als ein Nothnagel der Partei der Ordnung die meisten Aussichten nach einer zu diesem Behufe vorgenommenen Revision auf weitere vier Jahre oder für länger zum Präsidenten der Republik erwählt zu werden. Wenn nun heute das J. des Débats als Organ einer solchen Eventualität, und somit auch als Organ einer auf Grund dieser Eventualität sich bildenden Partei auftritt, so beweist das wie schroff Legitimisten und Bonapartisten einander gegenüberstehen hinsichtlich ihrer Ansprüche auf die Gewalt.

† **Paris**, 11 Nov. Der vor dem hohen Gerichtshofe zu Versailles sich entwickelnde Staatsproceß nimmt die vorauszusehende bedenkliche Wendung, und nicht minder hat eine von dem neuen Polizeipräfecten

Carlier veröffentlichte Proclamation große Unruhe hervorgebracht, indem dieselbe in so angreifenden Ausdrücken gegen den Socialismus gerichtet ist daß man glauben möchte es sey kein Polizeioberer der da rede, sondern ein Mitglied der antisocialistischen Propaganda des Poitiersvereins, was großes Mißfallen erregte, während der Beruf eines Polizeidirectors ist, ganz außerhalb der politischen Parteien, innerhalb seiner Befugnisse und seines Wirkungskreises für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, und nicht in Meinungsangelegenheiten sich feindselig einzumischen; auch hat besagte Proclamation, ein offenbarer Mißgriff, mehr beunruhigt als ihren Zweck erfüllt. Seinerseits hat der neue Finanzminister Fould ein in ähnlichem Geiste abgefaßtes Rundschreiben an die Oberbeamten seines Departements ergehen lassen, worin er sie zur Pflichttreue ermahnt. „Es thut mir leid, heißt es darin, Berichte vorzufinden, enthaltend die Angabe bedenklicher Handlungen, die sich Finanzbeamte in ihrem politischen Verhalten hätten zu Schulden kommen lassen. Ohne diese Beamten ihrer Meinungen über die Regierung wegen zur Verantwortung zu ziehen, steht es mir doch zu von ihnen zu erheischen daß sie sich ihrer amtlichen Stellung und ihres Einflusses nicht bedienen, um anarchischen Ideen Eingang zu verschaffen und staatsgefährliche, für die Gesellschaft verderbliche Lehren zu verbreiten. Solche Pflichtvergessenheit ist wahrer Verrath etc." Ueberhaupt wird auf den Socialismus von allen Seiten scharfe Jagd gemacht, was bei dem unzweifelhaften Umsichgreifen socialistischer Ideen, namentlich unter dem ihnen früher verfeindeten Landvolk, der Regierung nicht zu verargen ist, sicherlich aber kein so wirksames Mittel als wenn sie sich selbst an die Spitze der wachsenden Bewegung stellte und die vernünftigen unter den socialistischen Anstrebungen, die Verbesserungen im Staatshaushalt und in den Verhältnissen der arbeitenden Volksclasse, nach Kräften und bester Ueberzeugung dem wirklichen Bedürfnisse angemessen unterstützte und zu verwirklichen strebte. Statt dessen stellt sie sich den Socialisten feindlich gegenuber, und verfolgt, wie wir sehen auf Wegen und Stegen und unter allen Formen, von der Universität und dem Nationalinstitut bis zur Polizei herab, alles was nur irgendwie den Socialismus anstreift, wodurch sie diesen eben zu einer politischen Partei erhebt, deren Glieder in den Augen des Volks als Märtyrer und Opfer der Volkssache erscheinen. Das ist die Verblendung und die Gefahr; eine Blindheit die sich nur durch den panischen Schrecken erklären läßt in welchen die Mehrzahl der Bürger versetzt wird durch das theils berechnete, theils unwillkurliche so oft und unablässig wiederholte Angstgeschrei der bewußten und unbewußten Organe der alten streitenden politischen Parteien, zu besserer Verfolgung ihrer verborgenen Zwecke. Mit wie geringem Erfolg, oder vielmehr wie sehr zu ihrem eigenen Nachtheil und gerade zum Vorschub für die Socialisten, die antisocialistische Propaganda des Poitiersvereins gewirkt, zeigt sich nun allüberall durch die beklagenswerthesten Folgen. Was hat sie gethan? Mit großer Kraftanstrengung und Geldverschwenderung unsinnige, vom Standpunkte der größten Geistesbeschränktheit aus verfaßte Widerlegungen des Socialismus ins Land gebracht, die Dorfschaften damit überfüllt, und was damit erreicht? Unter den Bauern, die sonst nicht daran gedacht haben wurden die Lust zum Lesen von Flugschriften und Tractätchen geweckt, die Neugier auch einmal den furchtbaren Popanz kennen zu lernen, vor welchem sie als vor dem Ungeheuer aller Ungeheuer gewarnt wurden. Vor einem Jahr würden sich die Bauern beim ersten Aufruf mit Sensen, Heugabeln und Dreschflegeln wie ein Mann erhoben haben, um gegen die Teufelsbrut von Unruhestiftern, Gottesläugnern, Mordbrennern und Familienschändern auszuziehen, von denen sie von Paris aus so Schauderhaftes vernommen; jetzt, da sie von ihnen gelesen und aus den Streitschriften selbst ersehen daß es sich eigentlich um natürliche Dinge handle, finden sie, daß die Satanskinder im Grunde nicht so gar schlimm sind, und sogar mit einigem Verstand von landwirthschaftlichen Dingen redend, nicht so ganz Unrecht haben wenn sie meinen es stände da draußen auch nicht alles so wie es wohl seyn könnte. Das war die Folge des unverständigen übermäßigen Eifers bei einer einseitigen und leider auch unredlichen Polemik. Von diesem Umschwung der Meinung haben in letzterer Zeit die Wahlen der Stadträthe in großen und kleinen Orten, sowie die der Dorfschulzen und anderer Beamten oft genug Zeugniß abgelegt, und jüngst vollends in der bisher den Rothen feindseligsten Stadt Frankreichs, Bordeaux, die Wahl des Socialisten Lagarde in die Legislative, nicht etwa durch Ueberrumpelung, sondern durch eine Stimmenmehrheit welche die Gesammtzahl der von dem legitimistischen und dem orleanistischen Bewerber um fast zweitausend Stimmen übertraf. In diesem Theile des Landes gewiß eine bedenkliche Erscheinung!

Straßburg, 13 Nov. Seit einigen Tagen finden zahlreiche temporäre Beurlaubungen statt. Die Regierung ist nun ernstlich willens in der Armee Ersparnisse einzuführen, wie dieselben von den an der Spitze des Finanzwesens stehenden Staatsmännern schon längst beantragt waren. Die seit gestern dahier eintreffenden Eilwagen aus Paris benützen bereits die am 10 d. M. dem öffentlichen Verkehr übergebene Eisenbahn von der Hauptstadt bis Chalons a. M. Nach dem vor uns liegenden Winterfahrplane wird der 172 Kilometers (43 Stunden) betragende Weg von den gewöhnlichen Zügen in 5 und von den Schnellconvois in 4 Stunden 20 Minuten zurückgelegt. Nach diesem Verhältnisse wird, wenn die Bahn hierher vollendet ist, die im ganzen 120 Stunden lange Strecke in 14 beziehungsweise 12 Stunden durchlaufen werden. Die Versendung der Briefcorrespondenz mittelst des Schienenwegs, für welche noch ein besonderer Zug eingerichtet werden soll, dürfte im nächsten Monat beginnen. Sämmtliche Junius-Angeklagte des oberrheinischen Departements sind vorgestern Abend in Besançon unter dem Jubelrufe der Menge von den dortigen Geschwornen freigesprochen worden. Ihre Heimkehr wird in den verschiedenen Städten des Ober-Elsasses durch besondere Festlichkeiten gefeiert.

Belgien.

Brüssel, 13 Nov. Die neue Session der Kammern ist heute durch den König in Person eröffnet worden. Die Thronrede schildert die Lage des Landes als sehr günstig.

Schweiz.

Aus **Genf** liegen vom 12 Nov. (dem Wahltage) Berichte bis zum Abend vor. Es waren keine ernsten Ruhestörungen vorgefallen. Noch ließ sich auf kein sicheres Ergebniß zählen. — In Bern wollte man am 14 d. die — wohl noch der Bestätigung bedürfende Nachricht haben, die Radicalen hätten in Genf mit der kleinen Mehrheit von 800 unter 10 bis 11,000 gesiegt, der bisherige Staatsrath sey also bestätigt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 27 Oct. Nachdem wir die letzte Woche in lauter Furcht vor einem nahen gewissen Krieg zubrachten, ist heute alles wider in vollem Frieden. Bemerken Sie wohl daß ich sage „im Frieden" und nicht „im Einverständniß," denn mehr als eine Gesandtschaftskanzlei hat wichtige Gründe zur Unzufriedenheit, wobei sie jedoch zugleich erkennt daß gegenwärtig ein Krieg nicht mehr möglich ist. Hören Sie was geschehen ist. Ein Courier der Paris am 15 verließ, brachte Depeschen welche meldeten daß die Befehle an die französische und englische Flotte, gegen die Dardanellen zu operiren bloß das Resultat eines Mißverständnisses seyen, und daß überdieß diese Befehle gegeben worden waren noch ehe man wußte daß Fuad-Effendi vom Czaren empfangen wurde. Der Czar erklärte daß er die in den Depeschen ausgedrückten Gründe würdige; beauftragte aber zu gleicher Zeit Hrn. Nesselrode dem türkischen Gesandten seine Beschlüsse mitzutheilen. Wenn ich gut unterrichtet bin, so ist der Inhalt dieser Mittheilung folgender: „Der Kaiser gibt nicht zu daß sich irgendeine Macht in seine Differenzen mit der Pforte mische, weder in die welche die ungarischen Flüchtlinge, noch jene welche die Moldau und Walachei betreffen. Rußland ist von gar keinem persönlichen Ehrgeiz in Bezug auf diese beiden Provinzen beseelt, der Czar ist überzeugt dieß zur Evidenz bewiesen zu haben. Darum müssen auch alle Maßregeln welche im Interesse dieser Provinzen genommen werden, außer aller Controlle der westlichen Mächte bleiben. Was die Flüchtlinge betrifft, so verlangt der Czar daß sie entweder auf die Insel Candia oder sonst einem andern Punkt der Türkei internirt werden, wo es leicht ist sie zu überwachen. Wenn einige von ihnen nach Frankreich oder England wollen, solle man sie gehen lassen, der Czar wolle ein Auge zudrücken. Nichtsdestoweniger aber verkennt er das Gefährliche eines solchen Schrittes nicht, indem sowohl in England als Frankreich die Flüchtlinge jedenfalls die Möglichkeit finden durften eine neue Revolution vorzubereiten. Eine besondere Aufmerksamkeit erfordern die Polen, welche der Czar nie anders als „rebellische Unterthanen" nennt. Die Flüchtlinge welche den Islam angenommen haben, bilden eine der größten Schwierigkeit. Der Czar will nämlich daß sie als Gefangene behandelt und unter keinem Vorwand im activen Dienst verwendet werden. Eine höchst wichtige Bestimmung, die aber kein Hinderniß zu finden scheint, ist die Besetzung der Moldau und Walachei. Man weiß daß der Vertrag von Balta-Liman dem Czaren die Besetzung dieser Fürstenthümer nur mit 10,000 Mann erlaubt. Nun aber heißt es in der Note an den türkischen Gesandten daß für diesen Winter die Zahl der russischen Occupationsarmee auf 40,000 erhöht werden solle. Bucharest allein erhält eine Garnison von 10,000 Mann Infanterie und 3000 Mann Cavallerie. Die Avantgarde des russischen Armeecorps, welches in Bessarabien steht, soll bis an die Pruthlinie vorgeschoben und Jassy sowie Bucharest mit einer starken Garnison besetzt werden. Als Entgelt für diese Ausnahmsmaßregeln wird der Türkei zugestanden auch ihrerseits die Garnisonen an den Ufern der Donau, in Widdin und Sillistria zu vermehren. Das sind in kurzem die Bedingungen welche Rußland der Türkei stellt. Daß alles dieß viel zu reden

gibt können Sie sich denken,' und ungeachtet aller Zurückhaltung die man hier zu beobachten pflegt, gibt es an Commentaren und Gerüchten eine Unzahl. Daß die welche am wenigsten wissen, in der Regel am meisten übertreiben, ist bekannt, und so kommt es daß die Attachés der Gesandtschaften die schrecklichsten Dinge von dem neuen Conflict in die Welt schicken. Ich glaube Sie versichern zu können daß das was ich Ihnen hier mitgetheilt habe reine Wahrheit ist. Der englische Gesandte verhehlt seine Unzufriedenheit nicht; der französische ist zurückhaltender." (Patrie.)

St. Petersburg, 6 Nov. Der „russische Invalide" meldet daß die Gardetruppen auf dem Rückmarsch nach St. Petersburg begriffen sind. Das Preobraschenskische Regiment ist bereits am 31 v. M. hier eingetroffen, und die übrigen Regimenter werden bis zum 13 d. M. alle wieder hieher zurückgekehrt seyn. Durch einen Ukas des Kaisers vom 1 Nov. ist der Minister der Volksaufklärung, Graf Uwarow, seiner zerrütteten Gesundheit wegen auf sein Ansuchen des Amtes entlassen worden, bleibt indeß Mitglied des Staatsrathes und Präsident der kaiserl. Akademie der Wissenschaften.

Türkei.

Der „Wanderer" bringt in einer Correspondenz aus Konstantinopel das Schreiben das der Sultan unterm 14 Sept. an den Kaiser Nikolaus gerichtet hat, um es durch Fuad Effendi übergeben zu lassen. Es ist in den rücksichtsvollsten Ausdrücken abgefaßt, bedauert aber — nicht genau das thun zu können was Hr. v. Titoff in Bezug auf die Flüchtlinge verlangt habe. Doch sollen die Flüchtlinge fortwährend so überwacht werden daß es ihnen unmöglich falle aufrührerische Umtriebe anzuzetteln. Der Padischah bittet den Czar durch Billigung dieser Vorschläge die Ehre der Pforte zu wahren und ihm dadurch einen großen Beweis seiner Freundschaft und seines Wohlwollens zu geben. — Ein Brief aus Konstantinopel im Wanderer fügt bei: während die Weisungen des Lord Palmerston bestimmt lauten: die Integrität der Pforte um jeden Preis — selbst mit Kanonen — aufrecht zu halten, tragen die Instructionen des Hrn. v. Tocqueville das Gepräge der Unentschlossenheit und Zweideutigkeit.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 12 Nov. Consols 93, nachdem sie bis $93\frac{1}{8}$ hinauf gewesen. Auswärtige Fonds flau; Stand der Eisenbahnactien günstig. In einer einzigen Woche haben drei bis vier Versammlungen von Eisenbahn-Actionnären stattgefunden; die mit Hrn. Hudson, dem vormaligen Götzen der englischen Geldwelt, gemachte theure Erfahrung hat die Vorsicht der Herren wunderbar geschärft.

London, 13 Nov. Consols 93.

Paris, 13 Nov. 3proc. 56.75; 4proc. 69.40; 5proc. 89.60; Bankactien 2345; belg. 5proc. 95; Anleh. v. 1842 95; röm. $82\frac{1}{2}$; span. 3proc. $35\frac{1}{2}$; innere Schuld $27\frac{1}{2}$; piem. 5proc. 82.10; Oblig. v. 1849 865; Vers. rechte U.-B. 211.25; linke 170; Paris-Orleans 735; Rouen 528.75; Straßburg 357.50; Nordbahn 438.75; Rouen-Havre 237.50; Mars.-Avignon 222.50; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 303.75; Bordeaux 397.50; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 112.50.

Amsterdam, 13 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{9}{16}$; 3proc. $62\frac{15}{16}$; 4proc. $82\frac{9}{16}$; Handels-Maatschappy $163\frac{1}{4}$; port. 3proc. $33\frac{3}{16}$; Met. 5proc. $83\frac{1}{2}$; Ard. $12\frac{5}{16}$.

Augsburg, 16 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{3}{8}$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. $87\frac{1}{2}$ P., 87 G. Bankactien II Sem. 1110 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 15 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{3}{8}$; Bankactien 1325; preuß. Staatsschuldsch $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85; Ludwigsh.-Berbach $85\frac{3}{8}$; württemb. $3\frac{1}{2}$proc. 81; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{8}$; bad. 5proc. $97\frac{7}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. 78; darmstädt. 4proc. $88\frac{3}{4}$ P.; $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{8}$; naß. 5proc. $101\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$; Frankfurt 3proc. 78; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{3}{4}$, $88\frac{1}{2}$; Disc. $2\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien,** 14 Nov. Unter dem günstigen Eindruck der Pariser Notirungen herrschte auch an unserer Börse eine angenehme Stimmung, und stellten sich heute zunächst Metalliques und Nordbahnactien höher. In letzteren war das Geschäft besonders lebhaft. In andern Effecten wenig Verkehr und Veränderung. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{2}$–$94\frac{9}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $84\frac{3}{16}$–$84\frac{1}{4}$. Loose vom J. 1834 170–$170\frac{1}{2}$, Loose vom J. 1839 $115\frac{1}{4}$–$115\frac{1}{2}$, Bankactien 1187–1192, Nordbahnactien 109–$109\frac{1}{8}$, Gloggnitzer 109–$109\frac{1}{2}$, Mailänder $77\frac{1}{2}$–78, Pesther $75\frac{1}{4}$–$75\frac{1}{2}$. London (in l. S.) 10.53–10.54, Hamburg 159 G., Augsburg uso $108\frac{1}{4}$ G., Frankfurt $107\frac{3}{4}$ G., Amsterdam 151 P., Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno $105\frac{1}{2}$ G., Genua $124\frac{3}{4}$ G., Paris $127\frac{3}{8}$–$127\frac{5}{8}$, Marseille $127\frac{1}{2}$–$127\frac{3}{4}$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $13\frac{1}{8}$. Silberagio $7\frac{1}{2}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Berlin. (Der König und der engere Bund. Kirchliche Verhältnisse.) — Der englische Buchhandel. — Die französischen Finanzen. — Paris. (Der constitutionelle Geist im Elysée.) — Italien. (Turin. Florenz.) — Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten. (Squier über Centralamerika und seine Alterthümer. Die ethnologische Gesellschaft. Wissenschaftliche Expedition in Wisconsin. Die erste Convention wegen einer Eisenbahn nach dem stillen Meer. Der canadische Anschluß.)

Berlin.

∆ **Berlin,** 13 Nov. Die von der Reichszeitung gegebene Aussicht daß Sachsen neuerdings Schritte gethan habe sich der preußisch-deutschen Politik wieder mehr anzunähern, ist unbegründet; vielmehr besteht Sachsen darauf daß unter den obwaltenden Umständen ein ganz neuer Entwurf aufgestellt werden müsse. Dabei gibt es in seinen letzten Erklärungen deutlich zu erkennen daß es bei ihm besonders auf eine Aenderung in der Oberhauptsfrage abgesehen sey, indem es die einheitliche Spitze höchst bedenklich findet, und eher geneigt wäre nach der radicalen Seite hin Zugeständnisse zu machen. Man weiß daß von der preußischen Regierung in dieser Beziehung keine Nachgiebigkeit zu erwarten ist. In den letzten Tagen hat ein Ministerrath stattgefunden welchem der König selbst beiwohnte. Im Lauf der Berathung stellte sich die Entschiedenheit des Königs den in der deutschen Angelegenheit betretenen Weg mit aller Energie und durch alle seine Consequenzen zu verfolgen auf das unzweideutigste heraus, so daß alle Gerüchte von einer Aenderung der Politik des Königs und von einem Ministerwechsel jetzt bestimmter als jemals in Abrede zu stellen sind. Was die im Verwaltungsrath vorgekommene Meinungsverschiedenheit des Bevollmächtigten für Mecklenburg-Strelitz betrifft, so ist der Großherzog selbst hier eingetroffen um durch persönliche Besprechung diese Differenz zu heben. Von München aus ist die Nachricht eingegangen daß die deutsche Demokratie wiederum Berlin zum Vorort erwählt habe.

☿ **Berlin,** 10 Nov. Die zweite Kammer setzte heute die allgemeine Discussion über die Artikel 11—16 der Verfassung fort. Für die Beschlüsse der ersten Kammer und die Amendements sprachen: Landfermann, Stiehl, Graf Renard; für die Artikel: Beckerath, der protestantische Pastor Jubel und die katholischen Priester Poppe und Menzel. Jene verlangen daß dem Christenthum in der Verfassung ein Ausdruck gegeben werde. Der Staat sey christlich, er ruhe auf dem Christenthum und könne daher nicht fingiren als sey dieses nicht für ihn vorhanden. Wenn er die Religion auch nicht bevormunden solle, so müsse er doch ein Ministerium fordern über welches hinaus er keinen Schutz gewähren könne. Stiehl erklärt es für gefahrdrohend dasjenige zu ignoriren was man durch Ignoriren nicht vernichten könne. Die Kammer möge nicht dadurch daß sie in der Verfassung kein Zeugniß für die Religion ablege, die zuverlässigsten Bundesgenossen von sich stoßen! Graf Renard (der erste Katholik der sich gegen die Artikel der Verfassung ausspricht!) hält die Trennung der Kirche vom Staat für unmöglich. Er erinnert an die Eidesformel: „so wahr mir Gott helfe," die der religionslose Staat nicht vorschreiben könne; an die gemeinsame Betheiligung des Staates und der Kirche an der Schule; an alle die ihnen gemeinsamen Interessen. Der Staat der nicht für das Christenthum sey, der sey gegen dasselbe, darum beantrage er: den Artikel 11 (der die Religionsfreiheit gewährleistet!) zu streichen. Beckerath erklärt die Bemühungen für den Staat, welcher Macht über die Geister habe, für höchst gefährlich. Nehme man die Beschlüsse der ersten Kammer an, so werde der Staat zu entscheiden haben was Religion, was eine Religionsgesellschaft sey; und damit sey der Willkür Thür und Thor geöffnet. Betrachte er die Amendements zu den Artikeln, die er für wahre Errungenschaften halte, so überkomme ihn eine trübe Ahnung; es schleiche ein finsterer Geist durch das Haus der nichts gutes bringen könne. Jubel ist gleichfalls der Meinung daß die Religion und die sittlich gute Gesinnung vor ein anderes Forum gehören als das des Staates. Man möge nicht eine Bestimmung in die Verfassung bringen wornach man über Männer wie Fichte und Hegel, die des Atheismus und Pantheismus bezichtigt worden seyen, den Stab brechen müsse! Der Artikel 12 wolle sagen: selbständig soll die Kirche seyn; das Christenthum, wie es aus sich selbst entstanden, soll fortwährend aus sich selbst entstehen. Den Grund daß vorzugsweise Protestanten für die Religion sich besorgt gezeigt, erkennt der Redner in der mangelnden Selbständigkeit der evangelischen Kirche, und beantragt daher: daß das landesherrliche Kirchenregiment dieselbe zu einer selbständigen Verfassung überzuleiten und ihm dann seine Rechte zu übertragen habe. Der Cultusminister erklärt: das Kirchenregiment sey bereit die Rechte die es noch habe, zu übertragen; aber nur wenn sich ihm in vollständig geordneter Weise kirchliche Behörden gegenüber stellten! Die beiden katholischen Priester sehen in Art. 11 das Hauptgrundrecht des Volkes, das größte Meisterstück der ganzen Verfassung. Die vom Staat emancipirte Kirche werde gedeihen, und Gott werde mit ihr seyn. Diejenigen welche für die Religion besorgt seyen, möchten nur bei den Artikeln über die Schule diese Gesinnung bethätigen. (D. h. der katholischen Kirche den Einfluß zusichern, den sie verlangt.) Die allgemeine Discussion wird noch einmal, auf übermorgen, vertagt.

☿ **Berlin,** 12 Nov. In einer Sitzung die über acht Stunden dauerte, brachte die zweite Kammer heute die allgemeine Discussion der Artikel 11 bis 16 der Verfassung zu Ende, und erledigte den Artikel 11. In der allgemeinen Discussion sprachen Ameler und Graf Arnim für die Beschlüsse der ersten Kammer, Osterrath für die Verfassung. Jene äußerten: Kein Staat, am wenigsten der constitutionelle, könne des christlichen Elements entbehren; und würde den künftigen Einrichtungen nicht die christliche Lehre vom höchsten Gute zu Grunde gelegt, so würden sie nicht bestehen. Gerade dem edelsten, tüchtigsten Theil des Volkes sey die Religion das Theuerste; sie müsse daher, ebenso wie Königthum und Nationalität, mit schützenden Institutionen umgeben seyn, und es wäre Vermessenheit zu glauben daß sie dieser schützenden Institutionen nicht bedürfe. Graf Arnim schließt mit den Worten: „Wir stehen am Schluß der Verfassungsberathung; lassen wir hier Versöhnung walten, und zeigen wir daß wir das sind was wir seyn sollen: die Vertreter eines christlichen Staats." (Beifall rechts.) Osterrath bemerkt: der Staat könne sich nicht mit der Kirche, sondern nur mit einer Confession verbinden, und dieß führe zum Unheil. Die katholischen Einwohner wären für die Artikel der Verfassung, und es wären von ihnen viel mehr Petitionen eingegangen, wenn das katholische Volk nicht seinen Bischöfen vertraute, die auf der Höhe der Zeit ständen! Der Berichterstatter Keller (Barnim) theilt mit daß viele Mitglieder der Majorität des Ausschusses sich mit schwerem Herzen den Artikeln der Verfassung angeschlossen hätten. Sie wären aber der Ansicht gewesen: man könne nicht, nachdem ein Jahr lang das weitere System geherrscht habe, das engere an seine Stelle setzen, und es seyen hier die Nachtheile einer octroyirten Verfassung, deren Gutes man genossen, mit Resignation zu ertragen! Die Veränderungsvorschläge wünscht der Referent mit Milde beurtheilt zu sehen, und redet ihnen in gewissem Sinne das Wort. In der speciellen Discussion über den Art. 11 und die Zusätze der ersten Kammer zu den Artikeln 12 und 13 sprechen Bodelschwingh (Hagen) und Bieck für die Beschlüsse der ersten Kammer: Damit der Staat nicht in den Fall komme den Atheismus schützen zu müssen! Geppert erklärt sich theilweise für die erste Kammer, theilweise für die Commission. Viebahn vertheidigt seinen Zusatzantrag zu Art. 11, der, dem Zusatz der ersten Kammer zu Art. 13 entsprechend, so lautet: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staates welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der in Art. 11 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt." Er fordert daß die Sonntagsfeier u. s. w. solle geschützt werden können. Mit großer Entschiedenheit sprechen gegen die Beschlüsse der ersten Kammer Beseler und Graf Schwerin. Beide erklären zum Reden hauptsächlich durch die Worte des Ministers der geistlichen Angelegenheiten für jene Beschlüsse bewogen zu seyn. Beseler sagt: in den Verfassungsbestimmungen sey nur das allgemeine Bewußtseyn formulirt, wie es sich in den letzten zehn Jahren ausgebildet habe. Die Zusätze der ersten Kammer seyen theils nichtssagend, theils gefährlich. Würden sie angenommen, so würden Männer von Bedeutung als Parias zurückgestellt werden können. Das Recht der freien Vereinigung würde eben da beeinträchtigt werden wo es am nöthigsten sey — auf dem religiösen Gebiet. Graf Schwerin erklärt die Beschlüsse der ersten Kammer für wesentlich principiell. Was in Art. 11 gewährt sey, würde durch sie wieder genommen. Die Gesinnung von welcher der Zusatz zu Art. 12 rede, werde durch die Lehre eingeflößt; dem Staat würde hiernach das Recht gegeben seyn über die Lehre zu urtheilen. Wenn er aber zu beurtheilen habe wie Gott zu lehren sey, dann könne er auch wegen Gotteslängnung verdammen. Durch Annahme dieser Beschlüsse würde die Kammer nur einer kleinen Partei im Lande Genüge thun. Der Minister v. Ladenberg entgegnet: die Inquisition im kirchlichen Sinn müsse der Regierung fremd seyn, aber nicht die im rechtlichen Sinne; diese sey erfordert wo ihr der Bürger in einem religiös-bürgerlichen Geschäft gegenüberstehe, wie z. B. bei der Eideslei-

stung. Man brauche nicht auf die Lehre einzugehen um zu wissen ob sie Gott anerkenne. Vor dem Mißbrauch einer rechtlichen Inquisition sey das Volk durch die Verantwortlichkeit der Minister geschützt. Die Amendements von Kleist-Retzow, Weihe, Wartens und Art. 11 in der Fassung der ersten Kammer werden verworfen; der letztere in namentlicher Abstimmung mit 152 gegen 152 Stimmen. Das Amendement Reuters, im wesentlichen mit der ersten Kammer übereinstimmend, gleichfalls die Worte: „und der Theilnahme an irgendeiner Religionsgesellschaft,“ nicht enthaltend, wird mit 184 gegen 119 Stimmen angenommen. Der erste Theil des Zusatzes der ersten Kammer zu Art. 12 wird mit 228 gegen 71, der zweite mit 154 gegen 144 Stimmen verworfen. Der zweite Zusatz der ersten Kammer wird gleichfalls verworfen. Das Amendement Kellers (Duisburg) wird mit 166 gegen 131 Stimmen abgelehnt, das Amendement Wiebahns dagegen mit 220 gegen 93 Stimmen angenommen. Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Der englische Buchhandel.

* **London,** 6 Nov. Die Krisis der Eisenbahnen, der Ruin von Irland, der Uebergangszustand in dem sich der Landbesitz in Folge der freien Einfuhr der Lebensmittel befindet, und die politischen Unruhen auf dem Continent haben während der letzten zwei Jahre eine vorübergehende, aber augenblicklich große Noth in England hervorgebracht, und wie überall hat vor allem der Buchhandel die Folgen davon gefühlt. Er hatte seit langer Zeit seine wahre Basis mehr und mehr verloren, und die gegenwärtigen Umstände werden dazu beitragen eine längst nothwendig gewordene Revolution herbeizuführen. Der Buchhandel hatte, wie einige andere Handelszweige, lange versucht die hohen Preise beizubehalten die zur Zeit des Kriegs für alles bezahlt wurden, und war dadurch in ein künstliches System gefallen, das nothwendig in seiner eigenen Uebertreibung untergehen mußte. Im Verhältniß als die übrigen Bedürfnisse im Preis fielen, fühlte man den Preis der Bücher mehr und mehr als zu hoch, und das Resultat war daß man anstatt die Bücher selbst zu kaufen, sich bei Lesebibliotheken abonnirte. Diese nahmen daher an Zahl und Wichtigkeit schnell zu und entschädigten die Buchhändler lange Zeit für die einzelnen Käufer. Die großen Leihbibliotheken in London sind auf einen solchen Fuß eingerichtet daß sie von einem Buch, dessen Verfasser, Titel und Inhalt große Popularität verspricht, viele Duzend Exemplare nehmen, z. B. von Layards Niniveh haben mehrere fünfzig Exemplare, von Macaulay's Geschichte bis auf hundert Exemplare genommen. Neben ihnen bestehen zahllose Privatlesegesellschaften welche Bücher kaufen und unter ihren Mitgliedern herumgehen lassen. Die Folgen dieser Anstalten auf den Buchhandel und die Litteratur zeigten sich jedoch bald, man gewöhnte sich daran bei Verfassung und bei Herausgabe eines Buchs sie allein im Auge zu haben, und die halb ernsthafte, halb frivole Litteratur die nothwendig in ihnen am meisten verlangt wird, wurde mehr und mehr das einzige Augenmerk der Buchhändler und der Schriftsteller. Man berechnete bald die Herausgabe und die Zahl der Auflage einzig auf die Lesegesellschaften, und der Inhalt des Buchs wurde fast gleichgültig in Vergleichung mit dem Titel und dem Namen des Verfassers. Es brachte eine im ganzen weit bessere Litteratur hervor als die welche für Leihbibliotheken anderer Länder geschrieben wird, die Romane sind anständiger, die Reisen zahlreicher und unterhaltender, und eine Menge halbwissenschaftliche Schriften sind besser und nützlicher als die ähnlicher Art welche man in Frankreich oder Deutschland trifft. Wer eine Jahresliste von Bentley oder Colburn liest, hat einen deutlichen Begriff von der niedrigsten Classe der hiesigen Leihbibliothekslitteratur, und wer eine von Murray vor sich hat, sieht die beste Classe der Werke dieser Art vor sich, und im ganzen hat sich das Land nicht daran zu schämen, aber strengwissenschaftliche oder philosophische Werke sind so gut als ausgeschlossen, und wenn ein Buch nicht unter einen gewissen niedrigen aber doch anständigen Maßstab sinken darf um gelesen zu werden, so darf es sich ebenfalls nicht sehr weit darüber erheben um Glück zu machen. Die Lesegesellschaften haben nun lange möglich gemacht daß die Buchhändler die alten hohen Preise beibehalten haben, und gewöhnlich wurde was sie und einzelne Käufer nicht in den ersten Monaten von einer Auflage nahmen, vom Verleger in Auctionen an die Antiquare verkauft und von diesen zu sehr verminderten Preisen dem Publicum angeboten. Dieß geschah so allgemein daß die eigentlichen Bücherkäufer lieber abwarteten als die ersten hohen Preise zu bezahlen, und nur wenige Buchhändler, wie z. B. Murray und einige andere, haben Capital genug und genug Vertrauen auf den Werth ihres Verlags um nicht die Auflage nach dem ersten Verkauf im Rabatt loszuschlagen. Dadurch war aber der wahre Standpunkt des Buchhandels verrückt und verdorben, das Herausgeben wurde eine Lotterie, wo man auf die Neugierde spielte welche der Titel eines Buchs bei den Mitgliedern der Lesegesellschaften erregen mochte, aber das System hat sich überlebt, der Preis der Bücher ist sogar für die Lesevereine zu hoch geworden, und der frivole Charakter der meisten Bücher macht daß sie auch aus zweiter Hand nur zu sehr geringen Preisen Käufer finden. Seit langer Zeit haben einige unternehmende Buchhändler das Uebel eingesehen und versucht sich wieder mit den eigentlichen Käufern in Berührung zu setzen, indem sie Bücher zu vernünftigen Preisen herausgeben. Constable war der erste der den Versuch machte, Cadills wohlfeile Ausgaben von Walter Scott, Murray's Colonial Library, Bohn's Classical and European Library, Knights Shilling Volumes und mehrere Unternehmungen gehören dazu. Die Shillingbände von Knight wurden von ihm auf den Vorschlag von Miß Martineau unternommen, und ihre erste Erscheinung brachte auf der Stelle höchst interessante Thatsachen zu Tag, von denen es dem vornehmen Buchhandel in London nicht geträumt hatte. Z. B. es fand sich daß sich in England in aller Stille über zehntausend Lesegesellschaften gebildet hatten, deren Theilnehmer nur einen Penny wöchentlich bezahlen, und die bei den bisherigen Preisen der Bücher genöthigt sind sich mit Subscriptionen auf wohlfeile Journale wie das Penny Magazine, Chambers u. s. w. und auf den Ankauf von Büchern aus zweiter Hand zu begnügen, die aber alle sogleich die neue wohlfeile Sammlung ankauften. Die Unternehmung gelang über Erwarten und hat viele ähnliche nach sich gezogen, von denen die Sammlungen von Bohn die besten sind und sich trotz ihrer fast unglaublichen Wohlfeilheit doch bezahlen, während die Buchhändler welche die hohen Preise aufrechthalten wollen, nicht wagen ein Buch zu unternehmen. Das Bedürfniß von Büchern ist nie so groß gewesen als gegenwärtig, aber die Umstände fordern durchaus eine gänzliche Aenderung des Systems, damit der Buchhandel wieder auf eine natürliche Basis komme und sich direct an die Käufer wenden könne, ohne das sehr unsichere Mittelglied der Lesevereine und ohne die verderbliche Auskunft des Verkaufs aus zweiter Hand; und dazu gibt es gar kein anderes Mittel als daß sie die Preise der Bücher auf den wahren Maßstab herabsetzen. Dieß ist um so nothwendiger als die Aufhebung der Korngesetze einerseits die Einkünfte der Landbesitzer, andrerseits die Preise aller Waaren herabsetzt. Diese stille Revolution ist erst in ihrem Beginnen, aber die Folgen derselben sind schon sehr merklich, und werden es täglich mehr werden im Verhältniß als die größere Wohlfeilheit der Lebensbedürfnisse nach und nach in dem Preis der Arbeit fühlbar wird. Daß es bei Büchern sehr nützlich ist sie zu denselben Preisen wie in andern Ländern zu drucken, davon kann man sich leicht überzeugen wenn man einen Band von Bohns Sammlungen ansieht, und noch mehr wenn man bedenkt daß die Universitätspresse in Oxford eine ganze Bibel, in 24° mit großer Vollkommenheit gedruckt, um sechs Pence liefern und dabei noch gewinnen kann, und daß ihre Setzer dabei wöchentlich 30 bis 36 Schilling verdienen. Die Buchhändler haben Mühe sich von der Nothwendigkeit zu überzeugen sich den Bedürfnissen der neuen Zeit zu fügen, und man erzählt sich daß Murray mehrere Werke, z. B. eine Autobiographie des merkwürdigen Missionär Borrow, gedruckt daliegen habe und auf bessere Zeiten warte um sie auszugeben, aber er muß gefunden haben daß gegenwärtig ein Artikel im Quarterly review nicht mehr zureicht um eine Auflage verkaufen zu machen, und wird sich der Nothwendigkeit fügen müssen die er selbst durch seine Colonial Library zugesteht.

Die französischen Finanzen.

Hr. Leon Faucher, der gewesene Minister des Innern, hat seit kurzer Zeit schon den zweiten Aufsatz über die Finanzen in die Revue des deux mondes einrücken lassen, und so erhält man allmählich mehr Licht über die mannichfachen deßhalb erhobenen Streitfragen. Bekanntlich hat seit geraumer Zeit zwischen den französischen Financiers ein heftiger Streit getobt, ob die alte Monarchie oder die Republik an dem schlechten Stand der Finanzen schuld sey, und seit Garnier Pagès im Frühling vorigen Jahrs die Schuld officiell auf die Monarchie Ludwig Philipps warf, hat es an heftigen Gegenreden nie gefehlt; noch heftiger wurden diese seit Passy, ehemaliger Minister Ludwig Philipps, dieselbe Beschuldigung wie Garnier Pagès aussprach, denn nun sah sich Hr. Dumon, Ludwig Philipps letzter Finanzminister, veranlaßt in einem geharnischten Artikel gegen Hrn. Passy aufzutreten. Diese Streitigkeiten haben ihren historischen Werth, indem sie den Gang der Verhältnisse aufklärten, allein nicht den mindesten politischen, denn sie zeigten nicht den Ausweg aus der jetzigen Verlegenheit, die so groß ist daß, wie Leon Faucher sehr deutlich zu verstehen gibt, Hr. Passy im Geheim seinen Vertrauten gestand daß er an der Wiederherstellung der französischen Finanzen verzweifle. Wenn irgend jemand über den sonderbaren Streich des Präsidenten Ludwig Bonaparte erfreut war, so war es gewiß Passy, dem dadurch die Gelegenheit gegeben war mit guter Art von der Galeere zu entkommen. Jetzt hat Hr. Achille

Fould, der Privatbankier Ludwig Bonaparte's, den Muth gehabt auch der Staatsbankier zu werden, und da es ihm weder an Kenntnissen noch an Fähigkeit gebricht, so ist es vielleicht ein Glück daß er an die Antecedentien Passy's nicht gebunden ist, der mehrere Vorschläge gemacht hat deren Unausführbarkeit ziemlich in die Augen springt. Wir wollen hier vorerst von der seltsamen Regelung der Einkommenssteuer nichts sagen, sondern uns einen Augenblick auf das Ausgabenbudget beschränken dessen schlimmster Theil die außerordentlichen Arbeiten sind. Hr. Leon Faucher, dessen royalistische Gesinnung wohl niemand bezweifeln wird, sagt doch auch daß die Finanzverwaltung Ludwig Philipps sich in einer unentwirrbaren Weise verstrickt habe, und wenn jetzt noch ein Minister sich beigehen lassen wollte ein Budget der außerordentlichen Arbeiten zu unternehmen, wie in den letzten zehn Jahren Ludwig Philipps, so dürfe er nur gleich sein Testament machen und den Schlüssel des Finanzministeriums abgeben. Es muß also eine neue Bahn eingeschlagen werden, aber welche? das ist die Frage: viele Stimmen, namentlich auch die Hrn. Girardins, erheben sich für große Ersparnisse im Militär und der Marine. Der conservative Hr. Leon Faucher will von einer wesentlichen Ersparung im Militär nichts wissen, und meint wie sich in der ersten Revolution die Ehre Frankreichs in die Armee geflüchtet hätte, so jetzt die Ideen und Hoffnungen der Ordnung, und Frankreich könne in seiner politischen Lage durchaus nicht entwaffnen; die Erfahrung habe gezeigt daß jeder solcher Versuch nur später noch größere Ausgaben zur Folge gehabt habe; nur ein Heimsenden von etwa 66,000 jungen Conscribirten will er zugeben, dagegen aber verlangt er die Errichtung eines Veteranencorps von 36,000 Mann, die einen hohen Sold erhalten sollten mit Aussicht auf eine Pension nach zwanzigjährigem Dienst, so daß sie den Kriegsdienst als ihre Lebensaufgabe betrachteten. Wir führen diese Idee nur an, um zu zeigen welcher Umschwung in der öffentlichen Meinung sich geltend zu machen beginnt, daß man solche Vorschläge ohne weiteres zu machen sich getraut. Von finanzieller Bedeutung ist der Vorschlag nicht, denn die Ersparniß wäre gering, und nur der Vortheil wäre zu erzielen daß man 30,000 Mann mehr dem Ackerbau und der Industrie zurückgibt. Den Streit zwischen denen welche das Militär wesentlich vermindern wollen, und Hrn. Leon Faucher der sicherlich auch nicht allein steht, wollen wir hier nicht lösen, der letztere gibt im Kriegs- und Marinebudget höchstens eine Ersparniß von 20—25 Mill. Fr. zu. Das wird man begreiflich finden wenn man die Worte erwägt welche er über die Folgen des jetzigen Zustandes ausspricht: „Ein Krieg oder eine starke Wiederaufnahme der industriellen Thätigkeit kann allein uns der Katastrophe entreißen, auf welche wir durch den doppelten Zug der moralischen Anarchie und des financiellen Deficits zueilen." Das heißt mit andern Worten: „wenn wir die Bewegung im Innern nicht mehr halten können, so werfen wir sie nach außen." Mit solcher Offenheit ist dieser Ausspruch von einem so hochstehenden Mann in neuerer Zeit nicht gethan worden, und wir haben, da doch der Krieg uns hauptsächlich gelten soll, ein großes Interesse daran zu erfahren ob Frankreich im Stande ist sein Deficit auszufüllen, oder ob wir es auszufüllen bestimmt seyn sollen.

Hr. Passy hat die Ausgaben für 1850 auf 1591 Mill. Fr. berechnet, und die Einnahmen auf höchstens 1270, wonach sich ein Deficit von 320 Mill. herausstellte. Indeß geht dennoch einiges ab: er will vorerst die 79 Mill. rückgekaufter Renten vernichten; wir kommen also schon auf 1512 Mill. herab; das Amortissement soll für den Augenblick aufhören, was ebenfalls 65 Mill. beträgt; 40 Mill. welche der Staat an Eisenbahnbauten zu übernehmen hatte, sollen an Compagnien übergehen, 15 andere Millionen außerordentlicher Arbeit sollen aufgeschoben werden oder unterbleiben, am Ministerium des Innern meint Hr. L. Faucher drei, am Ministerium des Kriegs und der Marine mindestens 20 Mill. zu ersparen, alles dieß macht zusammen 143 Mill., und würden das Ausgabenbudget auf 1369 Mill. ermäßigen. Dabei hat Hr. L. Faucher freilich nicht berechnet, und — da das neueste Bonapartische Ministerium zur Zeit der Abfassung seines Aufsatzes noch nicht geboren war, konnte er auch nicht berechnen — daß der neue Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. Bineau, gar kein Freund der Ausführung und Betreibung der Eisenbahnen durch Privatcompagnien ist, und also wohl das vorgelegte, der unternehmenden Compagnie unmäßige Vortheile gewährende Gesetz über den Bau der Eisenbahn von Chalons über Lyon nach Avignon zurückziehen dürfte. Wie die Finanzen dabei fahren werden, das ist freilich eine Frage die sich nicht so leicht beantworten läßt, und zwar um so weniger als der neue Finanzminister, Hr. Achille Fould, notorisch in sehr schlechtem Vernehmen mit Hrn. v. Rothschild steht, und der Abschluß eines jedenfalls unvermeidlichen Anlehens, soweit solches von Hrn. v. Rothschild abhängt, auf gewaltige Schwierigkeiten stoßen dürfte. Indeß kann die obige Rechnung immerhin zeigen bis zu welchem Grad das Budget sich ermäßigen ließe, ohne zu tief in den bisherigen Gang der Dinge einzuschneiden. Freilich dürfte man obige 1369 Mill. mit Einschluß der nie fehlenden Supplementar- und Complementarcredite füglich auf die runde Summe von 1400 Mill. setzen, ohne sich der mindesten Uebertreibung schuldig zu machen. Hr. Passy hat seine Einnahmen für 1850 auf 1350 Mill. in runder Summe berechnet, darunter freilich auch die 60 Mill. Einkommensteuer aufgenommen, die Hr. L. Faucher als ganz unzuläsfig vorab wegstreicht; somit bleiben also 1290 Mill. übrig.*) Könnte der Ertrag der indirecten Steuern — im Jahr 1847 nicht weniger als 827 Mill., im Jahr 1849 auf 691 Mill. und im Jahr 1850 auf 709 Mill. berechnet — seine vorige Höhe wieder erreichen, so wäre die Lücke von 140 Mill. bald ausgefüllt, allein auf ein solches Steigen der indirecten Abgaben ist keineswegs zu rechnen, und Hr. Leon Faucher schlägt deßhalb eine bedeutende Erweiterung des Stempels, des Enregistrements und der Patente vor, und erwartet davon eine Mehreinnahme von 20 bis 22 Millionen. Der neue Finanzminister wird ohne Zweifel diese guten Lehren benützen, aber damit kommt er nicht nur nicht zum Ziel, sondern die Hauptschwierigkeit ist noch gar nicht besprochen, die Getränkesteuer. L. Faucher ist darüber sehr explicit; er bemerkt: „Die constituirende Versammlung hat die Getränkesteuer vom Jahr 1850 an unterdrückt. Der Hr. Finanzminister schlägt mit Recht vor sie wieder herzustellen, denn der öffentliche Schatz ist nicht im Stande jetzt eine Einnahme von 100 Millionen aufzugeben. Die Einrichtung dieser Steuer ist allerdings nicht mehr im Einklang mit den Gewohnheiten eines freien Volkes, und der Betrag ist wenigstens was die Weine betrifft, außer allem Verhältniß mit dem Werth der Waare. Man sollte allerdings aus Gerechtigkeitsgefühl, und um unsern südlichen Bevölkerungen eine Genugthuung zu geben, im Jahr 1850 das System einer Getränkesteuer ändern. Ich kann auf keinen Fall die gänzliche Unterdrückung dieser Steuer annehmen, denn die Getränke galten zu allen Zeiten als Steuerobjecte; England verlangt von ihnen 300 Mill. Fr. (12 Mill. Pf. St.), und die Malzsteuer allein beträgt fast eben so viel als bei uns die Steuer auf Alkohol, Wein, Bier und Cider zusammen. Dazu kommt noch daß nichts oder sehr wenig gethan ist, so lange man nur die vom Staat erhobenen Abgaben abschafft und die unter dem Namen Octrois bezahlten Steuern bestehen läßt. Die Existenz der Octrois zieht die Auflagen auf die Circulation, den Eingang in die Städte und selbst von dem Detailverschleiß nach sich. Es sind dieß integrirende Theile einer und derselben Auflage. Die Revision des Systems wird später nachfolgen, sie ist jetzt nicht möglich, im Augenblick ist gar nichts anderes möglich als die unklugerweise abgeschaffte Abgabe ganz einfach wieder herzustellen. Mögen die südlichen Departements ihren Patriotismus zu Rathe ziehen. Es ist dieß ein Opfer das man von ihnen verlangt um dem Schiffbruch zu entgehen; sie werden es ohne zu zögern, ohne zu murren bringen, sie werden als entschlossene Männer und gute Bürger der gebietenden Nothwendigkeit weichen."

Die pathetische Sprache in welche Hr. Faucher bei diesem Anlaß verfällt, und welche sich für einen so nüchternen Gegenstand schlecht paßt, beweist schon daß er sich seiner Sache gar nicht sicher fühlte. Man darf sich nur erinnern mit welcher fieberhaften Ungeduld namentlich die Gironde seit 30 Jahren das Joch dieser Steuer trug, wie sie mehrmals in ihre Bitten um Erleichterung mit Aufstand drohte, und man wird begreifen welcher Schrecken in Paris entstand als das sonst so monarchische Bordeaux ganz kurz vor der Debatte über die römische Angelegenheit bei einer Ergänzungswahl den Legitimisten wie den Orleanisten durchfallen ließ, und einen rothen Republicaner mit großer Mehrheit wählte. Der Grund dieser Wahl liegt einzig in der Getränkesteuer, und man wird alles aufbieten um eine Wiedereinführung derselben abzuwehren. Die Linke hat sich dieses Gegenstandes mit Glück bemächtigt, sie wird, um ihre Popularität zu steigern, die Wiedereinführung der Getränkesteuer aufs äußerste bekämpfen, und die Majorität dadurch in große Verlegenheit setzen. Die Appellation L. Fauchers an den Patriotismus der südlichen Departements wird wirkungslos abprallen, und die allerdings so gut wie unvermeidliche Wiedereinführung der Steuer wird eine gefährliche Gährung im Süden erzeugen — eine Gährung die man vielleicht an mehr als einem Orte mit Waffengewalt niederschlagen muß. Man hat zu lange gewirthschaftet ohne die untern Classen im mindesten zu fragen, und es ist viel verlangt, wenn man ihnen jetzt auf einmal vernünftige Ueberlegung und Resignation einpredigen will. Verschlimmert wird dieser Punkt noch dadurch daß L. Faucher, wahrscheinlich als Mundstück des Finanzcomité's, auch theilweise eine Wiedererhöhung der Salzsteuer vorschlägt. Die finanzielle Nothwendigkeit wird man zugeben müssen, ob aber nicht die politische Rücksicht auch mitzu-

*) Statt 1270, wie oben angeführt wurde, denn die Erhöhung des Enregistrements, die Erweiterung der Patentsteuer und des Stempels ist auf 19 bis 20 Mill. angeschlagen, und diese nimmt Hr. Leon Faucher als gute Prise an.

sprechen hat, ist eine andere Frage. Wie die Sachen stehen, ist die Getränkesteuer der Angelpunkt um den sich im Augenblick die Politik im Innern und die Finanzen drehen, und man darf deßhalb der von dem neuen Ministerium angekündigten Erklärung über die Getränkesteuer mit großem Interesse entgegensehen. Das allgemeine Stimmrecht, das die Republicaner mit einem Wurf in die Masse der durch das frühere Steuersystem aufgehäuften Unzufriedenheit hineingeschleudert haben, wird nicht ohne große und folgenreiche Wirkung bleiben; bezeichnende Wahlen haben im conservativen Lager Schrecken erregt, und wenn die conservative Partei jetzt noch eine entschiedene Majorität in der legislativen Versammlung hat, so ist sie doch durch die in den Massen des Landvolks und der Bürger der kleinen Städte wachsende Aufregung mit einer gewissen moralischen Ohnmacht geschlagen, die sich in der langandauernden Ministerkrise gezeigt und dieß napoleonische Ministerium möglich gemacht hat.

Inzwischen geht das Finanzcomité mit einer merkwürdigen Langsamkeit und Vorsicht zu Werke: bis jetzt hat es nur in der Person Hrn. Berryer's einen Berichterstatter über die Ausgaben ernannt, und es sollen bedeutende Ermäßigungen, größer als L. Faucher sie beantragt hat, gemacht werden; über den Berichterstatter in Betreff der Einnahmen ist das Comité noch zu keinem Schluß gekommen, und wahrscheinlich wird niemand sonderlich nach der Ehre geizen der Ueberbringer einer so fatalen Botschaft an die Nation zu seyn. L. Faucher, dieser schroffe aber energische Charakter, scheint inzwischen privatim die Arbeit über sich genommen zu haben, und darum verdienen seine Ansichten eine besondere Aufmerksamkeit. Außer der Erweiterung des Stempels und der Patentsteuer und der Erhöhung des Enregistrements, soll noch jedes Pfund Salz um einen Sous im Preise erhöht, die Brieftaxe von 4 auf 5 Sous gestellt, die Personal- und Mobiliarsteuer erhöht, eine Steuer auf Dienstboten gelegt, und als temporäre Hülfsquelle von allen Gehalten und Pensionen ein Zehntel abgezogen und den vier directen Steuern ein Zehntel zugeschlagen werden. Von allen diesen Erweiterungen und Vermehrungen der Steuern erwartet Hr. L. Faucher eine Mehreinnahme von 131 Millionen, die, vorausgesetzt daß die Getränkesteuer erhalten würde, das Deficit mehr als ausfüllen könnte.

Ohne uns im mindesten auf eine Beurtheilung dieser Vorschläge einzulassen, müssen wir bemerken daß Hr. L. Faucher darin von einem ganz richtigen Gesichtspunkt ausgeht, daß er als Grundsatz aufstellt vorerst die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen zu decken, ehe man sich an den Credit wende, denn so lange das Gleichgewicht zwischen den gewöhnlichen Ausgaben und Einnahmen nicht hergestellt sey, werde die Zuflucht zum Credit sehr hoch zu stehen kommen. Deßhalb will er vor allem das laufende Deficit, wenn auch durch harte Maßregeln, ausfüllen, und vorerst nicht seine Zuflucht zum Credit nehmen, außer allenfalls zur Bank. Seine Ansicht geht dahin, um die Unternehmungen der Eisenbahncompagnien nicht zu erschweren, und eben dadurch auch manchen Industriezweigen, namentlich der Eisenindustrie, aufzuhelfen, weder in diesem noch in dem nächsten Jahre auf dem Pariser Markt ein Anlehen zu machen, das man jetzt nicht über 82 Fr. für fünf Franken Renten zusammenbringen könnte; sey dann durch die vorgeschlagenen energischen Maßregeln das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt, so könne man im Jahr 1851 zu 90 oder 95, vielleicht gar zu Pari entlehnen.

Die Fragen welche sich in Betreff des Standes der französischen Finanzen erheben, haben gegenwärtig nicht bloß ein bedeutendes Interesse für den Gang der innern französischen Politik, sondern auch für den europäischen Geldmarkt überhaupt, der in den letzten Zeiten nicht nur durch mannichfache Anlehen in Anspruch genommen wurde, sondern auch demnächst noch mehr in Anspruch genommen werden dürfte.

Paris.

† **Paris**, 12 Nov. Seitdem im Elysée „regiert" wird, wittern die Nationalisten fast jeden Tag Staatsstreiche. Wozu sollte sich Ludw. Bonaparte jetzt schon so bedenklichen Chancen hingeben, da er doch ganz verfassungsmäßig noch mehr als zwei Jahre Staatsoberhaupt ist? „Alles mit der Constitution und durch dieselbe, alles mit dem allgemeinen Stimmrecht und durch dasselbe", so lautet der Grundsatz des Hrn. Persigny, und diesen hat sich auch Ludwig Bonaparte zu eigen gemacht. Kömmt Zeit, kömmt Rath. Die Franzosen werden durch ihre Musterrepublik so mürbe gemacht daß sie selbst daran arbeiten sich dieses Eldorado vom Leibe zu schaffen. Man hascht hier ganz nach der alten Hofetikette, und im Elysée fehlt es nur noch an hinlänglicher Geldkraft um allen Ueberlieferungen der kaiserlichen und königlichen Vergangenheit gehörige Geltung zu verschaffen. Es wird demnächst der Kammer das Ansinnen gestellt werden die „Civilliste" des Präsidenten zu erhöhen. An einer Bewilligung ist kaum zu zweifeln. Auch denkt man ernstlicher als je an einen Umzug in die Tuilerien, deren Räumlichkeiten sich besser zu großen Festen eignen als das Elysée. Man spricht neuerdings von einem bevorstehenden Besuch den die verwittwete Großherzogin Stephanie von Baden dem Präsidenten der Republik zu machen beabsichtigt.

Italien.

Turin, 8 Nov. Graf Terenzio Mamiani ist von der Stadt Pinerolo zum Deputirten gewählt. General Pepe ist gestern von hier nach Paris abgereist, höchlich erfreut über die huldvolle Aufnahme die er bei dem König Victor Emanuel gefunden. Der General will in Paris einen neuen Band seiner Memoiren ausarbeiten, welcher seine Theilnahme an den letzten italienischen Ereignissen erzählen wird. — Die Opinione will wissen: die Verfassung des lombardisch-venezianischen Königreichs werde nächstens veröffentlicht werden. Die Provinzen Lombardei und Venedig erhielten jede eine besondere Consulta, das ganze Königreich aber ein gemeinsames Parlament, welches überdieß Deputirte in das Reichsparlament zu entsenden hätte.

Florenz. Nach der Riforma di Lucca hat der Plan der toscanischen Regierung eine Staatsanleihe durch Subscription zu eröffnen günstige Aufnahme gefunden. Sie hofft auf Unterstützung zweier großen toscanischen Bankhäuser, welche hinwieder das Haus Rothschild unterstützen würde. Diesem Journal zufolge war General d'Aspre bis zum 5 Nov. noch nicht abgereist, und seine Abberufung soll rückgängig geworden seyn.

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

Squier über Centralamerika und seine Alterthümer. Die ethnologische Gesellschaft. Wissenschaftliche Expedition in Wisconsin. Die erste Convention wegen einer Eisenbahn nach dem stillen Meer. Der canadische Anschluß.

* **New-York**, 23 Oct. In der am 17 Oct. d. J. stattgehabten Sitzung der ethnologischen Gesellschaft waren die ausführlichen Berichte unseres Geschäftsträgers in Centralamerika, Squier, von großem Interesse. Squier hatte sich, sobald es seine Zeit gestattete, mit ethnologischen und antiquarischen Forschungen beschäftigt und, wie es scheint, reiche Ausbeute gefunden. Mit den Indianern stand er auf dem freundschaftlichsten Fuße, und in Subtiava schickten ihm dieselben sogar Abgeordnete zu, welche ihn als „Sohn Washingtons" feierlich begrüßten. Squiers Briefen zufolge ist es überraschend Washingtons Namen unter der indianischen Bevölkerung so populär und stets mit dem Begriff der Freiheit und des Schutzes gegen die Spanier verbunden zu finden. Selbst die Knaben rufen oft freudig Washingtons Namen aus. Die Adresse der Indianer von Subtiava schloß mit der Versicherung: „denn wir hassen die Spanier". Squier versichert es würde ihm ein leichtes seyn die ganze indianische Bevölkerung gegen die Spanier in Bewegung zu setzen. Für seine antiquarischen Studien war Squier diese freundliche Stimmung der Indianer sehr erwünscht, und es wurden ihm viele Idole ausgegraben, wenn er nur vorher versprach den Ort wo sie verborgen waren den Spaniern nicht zu verrathen; so erstanden bei Subtiava neun Idole, welche alle von den Indianern noch verehrt wurden, wie diese denn überhaupt die Ceremonien des christkatholischen Cultus lediglich auf ihren Götzendienst gepfropft haben und durch sie hindurch fortwährend doch nur zu ihren Götzen beten. So wenig gutes thut eine aufgezwungene Religion! Auf den Inseln des Nicaragua-Sees fand Squier eben auch vielfache Reste des alten Götzendienstes, so auf Omotepe und in Momotombita. Die Idole, denen in Copan in Gestalt und Ausführung ganz ähnlich, pflegten im Viereck mit den Gesichtern inseits aufgestellt zu werden, und bei Momotombita fanden sich Spuren von zwölf solchen im Viereck aufgestellten Figuren. Ein Idol, welches von einem früheren Versuch es fortzuschaffen noch dalag, schaffte Squier — der zu raschem, unverdrossenem, aber auch von keiner Schwierigkeit gehemmtem Handeln ganz der Mann, und als „Connecticutman" durch und durch ein mit Dampf vorwärts dringender Yankee ist — glücklicherweise zum Schreck und Staunen seiner geängstigten und fortwährend betenden und sich bekreuzigenden Bootsleute von der Insel Omotepe nach Nicaragua, und wird es mit seinen übrigen Sammlungen nach Washington einsenden. Von den merkwürdigen Entdeckungen einer im dichtesten Urwalde begrabenen großen Stadt, 150 Meilen nordöstlich von Guatimala in der Provinz Verapaz, war die Kunde auch nach Nicaragua gekommen, und Squier schreibt, er sey gesonnen wo möglich diese Stadt zu besuchen. Von Guatimala aus war eine Commission zum Besuch dieser, den Angaben nach alles bisherige übertreffenden Stadt abgeordnet worden; allein die politischen Unruhen hatten die Wirksamkeit

dieser Commission unterbrochen, und es war keine Aussicht vorhanden daß dieselbe wieder aufgenommen werden könne. Auf Verapaz wird Squier wohl überhaupt eine besondere Aufmerksamkeit richten, da es im Verhältniß noch wenig untersucht ist; die Wege auf denen Juan de Estrada und Bartolomeo de Becetria in 1641, Fray Diego de Ribas in 1685, Capitán Melchior Rodriguez Maçariegas und Capitán Alonzo Garcia de Paredes in 1695 mehrfache Ruinen fanden, sind, wie es scheint, nicht wieder nach ihnen betreten worden, und man hat überhaupt die amerikanischen Alterthümer bisher so stiefmütterlich behandelt und so wenig beachtet, daß eine endliche sorgfältigere, auf gehörige Vorstudien begründete Prüfung wirklich noth thut. Die Urgeschichte Amerika's bietet der Forschung ein Räthsel welches an Großartigkeit und Interesse gewiß keinem andern nachsteht; freilich aber ist bisher das Eingehen auf derartige Studien so wenig lohnend, so ungesucht am litterarischen Markt gewesen, daß eine allgemeinere Berücksichtigung der amerikanischen Alterthümer und genügende Vorstudien dazu gar nicht erwartet werden konnten. Von hier kann dieß am wenigsten erwartet werden, so sehr es eigentlich Sache der Amerikaner wäre hierin Großes zu wirken; denn zu ausreichenden Vorstudien haben wir weder Zeit noch Gelegenheit (unsere Bibliotheken sind in Bezug auf amerikanische Ethnologie und Antiquitäten überraschend mangelhaft), und dann stehen wir zu den Indianern noch immer so daß wir von ihnen wohl zu nehmen, sie zu vertreiben und zu verdrängen haben, nicht aber von ihnen zu lernen. Europa muß uns da noch sehr aushelfen, und da dessen Blicke jetzt so vielfältig nach der westlichen Hemisphäre gerichtet sind, so mag die Zeit bald kommen wo wir diese Blicke nicht bloß auf die Gegenwart, sondern auch auf die entferntere Vorzeit unseres Welttheils richten.

Als ein Curiosum wurde in derselben Sitzung der ethnologischen Gesellschaft ein ihr von dem Präsidenten Taylor mitgetheiltes Schreiben des Canonikus Don Justo Sahauraura zu Cuzco an letztern vorgetragen, in welchem der Schreiber sich als angeblichen letzten Sproß der Incas (er nennt sich hinter seinem Namen auch Ynca) dem Schutz und Wohlwollen unseres Präsidenten empfiehlt. Der Mann ist jetzt 90 Jahr alt, aber, wie Hr. Arnold von Providence, an den der Brief ursprünglich eingesendet war, versichert, noch rüstig und wohl auf. Er bezieht sich in seinem Brief auf die schon in der Yucatanischen Urgeschichte vorkommenden Prophezeiungen des Verreo, und will behaupten das Eindringen der späteren Beherrscher des Continents von Ingaterra aus sey schon vorausgesagt worden. Der ganze Brief ist eben nur ein Curiosum, und die Descendenz des Briefschreibers von Huanacapac wenigstens in gerader Linie wohl mehr als fraglich. Ein Brief des durch sein Werk über China wohlbekannten Missionärs Williams aus Canton gab über die Art und Weise wie man Japan durch Liu Schiu beikommen wolle, interessante Andeutungen, war aber schon kurz nach seinem Empfang im Sommer veröffentlicht worden, da er den ersten Bericht von dem Besuch unseres Kriegsschiffes Preble in Japan gab.

Zu den vielen Entdeckungsarbeiten welche fortwährend in dem Gebiet der Union im Gang sind, gesellt sich eine mineralogische und geologische Erforschung der Gegend zwischen den Menomone und Wolf Rivers im Nordwesten Wisconsins, durch Charles Whittlesey. Schon im vorigen Jahr hatte Oberst Foster diese Gegend zu untersuchen begonnen, allein er und alle seine Leute waren von vorhergehenden Untersuchungen im Minesotagebiete so erschöpft daß er eben nur durcheilen konnte ohne sich aufzuhalten. Hr. Whittlesey wird nun diese Forschungen genauer vornehmen und vielleicht schon zum bevorstehenden Congreß seinen Bericht abstatten können.

Die erste „Pacific Railroad Convention" hat am 15 bis 18 Oct. in Saint Louis stattgefunden, und war von nahe an 500 Delegaten der verschiedenen Staaten der Union besucht. Samuel A. Douglaß von Illinois war Präsident; es ist aber zu wenig Bestimmtem gekommen, da politische Rücksichten vielfache Opposition bedingten, welche sich in langen Reden pro und contra Luft machen. Interessant war daß Fremont in einem Brief an seinen Schwiegervater Benton sich dahin aussprach: man solle den Ort wo die Felsengebirge zu überschreiten seyen, noch nicht fest bestimmen, da der Paß zwischen den Quellen des Arkansas und dem Rio del Norte wohl am geeignetsten erscheine nach dem stillen Meer zu gelangen. General Persifor F. Smith habe von Californien aus eine Exploring party nach diesem Paß abgesendet, deren Resultat er dem nächsten Congreß bereits vorzulegen gedenke. Der Weg von Saint Louis ab scheint nach dieser Convention keineswegs gesichert zu seyn, und es steht nunmehr zu erwarten was die in kurzer Zeit folgende „Memphis Convention" für die durch Arkansas zu führende Straße thun wird, deren Richtung sich bisher noch immer als die geeignetste empfohlen hat. In New-Orleans hat eine am 5 October stattgefundene historische Versammlung beschlossen Abgeordnete nach Memphis zu senden, um für die Tehuantepec-Route zu wirken, welche freilich den Handel des Inlandes nach Californien vorzugsweise nach New-Orleans ziehen müßte. Der Isthmus von Tehuantepec soll übrigens nicht durch Canal, sondern mittelst Eisenbahn überschritten werden, wozu der Ingenieur Trostour alle nöthigen Vorlagen mittheilte. Die Versammlung wird als enthusiastisch geschildert, was, da sie amerikanisch und mit einem wichtigen Project, ganz besonders aber damit beschäftigt war mit andern Unternehmungen zu concurriren, sich von selbst versteht.

Die canadische Annexations-Adresse hat bereits eine Gegenadresse in das Leben gerufen, welche den 300 Zeichnern der erstern 600 Unterzeichner entgegenstellt. Doch sind die Berichte über die letztern darüber einig daß wenn die Unterzeichner „ponderandi non numerandi" sind, die Annexationsadresse die bedeutendere von beiden ist. Mittlerweile dauert die Auswanderung von Canada nach den Vereinigten Staaten ungeschmälert fort, und mehrere Hundert Familien sind erst kürzlich wieder von dem westlichen Canada sowie auch von Neubraunschweig, Prinz-Edwardsinsel und Unter-Canada nach der Union gekommen. Man berechnet daß, ohne die Auswanderung von der Selkirk'schen Colonie am Red River nach Pembina und weiter in das Innere von Minesota, jährlich an 3 bis 4000 Seelen von den brittischen Besitzungen nach den Vereinigten Staaten auswandern. Eine solche „annexation of life stock" ist allerdings am geeignetsten das Land den Leuten nachfolgen zu lassen, oder ersteres den französischen Canadiern zu überlassen, welche mit den Indianern vereint das ihnen so sehr zusagende Pelzhandelgeschäft im ganzen obern Norden des amerikanischen Continents fortführen könnten.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Veränderungen bei der k. k. Armee. Ernennungen. C. Graf v. Wratislaw, General der Cavallerie, zum Commandanten der ersten, J. Graf Radetzky de Radetz, Feldmarschall, zum Commandanten der zweiten, J. Frhr. v. Haynau, Feldzeugmeister, zum Commandantan der dritten, und W. Frhr. Hammerstein-Equord, General der Cavallerie, zum Commandanten der vierten Armee. Zu Corps-Commandanten: C. Graf Clam-Gallas, Feldmarschall-Lieutenant, des ersten; Fr. Graf Schlik zu Bassano und Weiskirchen, General der Cavallerie, des 2ten; Erzherzog Albrecht, Feldmarschall-Lieutenant, des 3ten; J. v. Legedics, Feldmarschall-Lieutenant, des 4ten; E. Frhr. d'Aspre, Feldzeugmeister, des 6ten; Ch. Frhr. v. Appel, Feldmarschall-Lieutenant, des 7ten; G. Graf Thurn-Valessassina, Feldmarschall-Lieutenant, des 8ten; G. Wocher, Feldmarschall-Lieutenant, des 9ten; C. Graf Wallmoden-Gimborn, Feldmarschall-Lieutenant, des 10ten; Fr. Edler v. Schulzig, Feldmarschall-Lieutenant, des 11ten; Ed. Fürst Schwarzenberg, Feldmarschall-Lieutenant, des 12ten, und Fr. Fürst Liechtenstein, Feldmarschall-Lieutenant, des 13ten Armee-Corps. Das 5te und 14te Armee-Corps ist unbesetzt. Zu Militär-Commandanten: Die Feldmarschall-Lieutenante und der General-Major: M. Frhr. Boyneburg-Lengsfeld, zu Troppau; W. Eliatschek v. Siebenburg, zu Innsbruck; C. Frhr. v. Stürmer, zu Laibach; A. Frhr. Csorich v. Monte Creto, zu Peterwardein; J. Kalliani de Kallian, zu Hermannstadt; W. Reiche, zu Zara; Fr. Ullrich v. Ullrichsthal, zu Czernowitz; Ed. Graf Wengersky v. Ungerschütz, zu Linz; A. Frhr. Schütte v. Warensberg, zu Temeswar; A. Frhr. v. Cynatten, zu Gratz, und J. Hlawaczek, zu Krakau. Zu adlatus der Armee- und Corps-Commandanten: Die Feldmarschall-Lieutenante und der Gen. Major: J. Ritter v. Gerhardi, zu Verona, bei der 2ten Armee; J. v. Knöhr, zu Ofen, bei der 3ten Armee; A. Vogl, zu Lemberg, bei der 4ten Armee; Fr. Teuchert, zu Brünn, beim 2ten Armee-Corps. G. Gorczkowsky v. Gorczkow, General der Cavallerie, wurde Festungs-Gouverneur zu Olmütz. L. Graf Wrbna und Freudenthal, Feldmarschall-Lieutenant, wurde Stadt- und Festungs-Commandant zu Verona; B. Edler v. Simunich, Feldmarschall-Lieutenant, Festungs-Commandant zu Comorn; A. Dietrich, Feldmarschall-Lieutenant, Festungs-Commandant zu Ofen; A. Graf Eltz, Feldmarschall-Lieutenant, Festungs-Commandant zu Piacenza; J. Wolter Edler v. Eckwehr, Gen. Major, Festungs-Commandant zu Venedig, und A. Sedelmayer v. Seefeld, Gen. Major, Brigadier und Festungs-Commandant zu Salzburg. L. v. Benedek, Gen. Major und Brigadier, wurde Chef des General-Quartiermeisterstabes der Armee in Italien. A. Dossen, Gen. Major, wurde Brigadier und Militär-Commandant zu Semlin. J. Braunhofer Edler v. Braunhof, und F. Mayerhofer v. Grünbühl, Gen. Majore, wurden Militär-Districts-Commandanten in Ungarn, ersterer zu Debreczin, letzterer zu Temeswar. Zu Regiments-Inhabern wurden ernannt: die Feldmarschall-Lieutenante und der General der Cavallerie: F. Fürst zu Schwarzenberg, vom vac. Inf. Reg. Nr. 21;

G. Frhr. v. Culoz, vom vac. Inf. Reg. Nr. 31; J. Graf Strassoldo, vom vac. Inf. Reg. Nr. 61; Fr. Fürst zu Liechtenstein, vom vac. Huf. Reg. Nr. 9; Fr. Graf v. Schlik, vom vac. Huf Reg. Nr. 4. Zu zweiten Regiments-Inhabern: W. Graf Lichnowsky, beim Inf. Reg. Nr. 11; E. Graf Falkenhayn, beim Inf. Reg. Nr. 18; Fr. Edler v. Schulzig, beim Inf. Reg. Nr. 39; J. Graf Nobili, beim Inf. Reg. Nr. 44; J. v. Legeditsch, beim Huf. Reg. Nr. 2, und Fr. Landgraf zu Fürstenberg, beim Drag. Reg. Nr. 6. — Beförderungen: Zum Feldmarschall: Der Feldzeugmeister L. Graf Nugent. Zum General der Cavallerie und Feldzeugmeister die Feldmarschall-Lieutenante: J. Frhr. v. Böhm, als ad latus des 1sten Armee-Commandanten für Niederösterreich; Fr. Graf Khevenhüller-Metsch, ad interim als ad latus des 1sten Armee-Commandanten für Böhmen, und zum Stadt- und Festungs-Commandanten zu Prag. Zu Feldmarschall-Lieutenanten die Gen. Majore: A. Frhr. v. Gynatten, als Militär-Commandant zu Graz; J. Frhr. Balthefer v. Löwenfeld, beim Kriegs-Ministerium, in seiner Anstellung; G. Frhr. v. Lederer, als Divisionär; J. Bordolo v. Boreo, Militär-Districts-Commandant, in seiner Anstellung; G. Fischer v. See, als Divisionär; F. Frhr. v. Schirnding, als Divisionär; J. Susan, General-Adjutant beim F. Z. M. v. Haynau, in seiner Anstellung; J. Ritter Dreihann v. Sulzberg am Steinhof, beim Kriegs-Ministerium, in seiner Anstellung; C. Zitta, vom Ing. Corps, im Corps; J. Frhr. v. Neustädter, als Divisionär; P. Ritter v. Chizolla, als Divisionär; Fr. Edler v. Hauslab, Art. Director in Ungarn, in seiner Anstellung; C. Frhr. v. Mertens, im Kriegs-Ministerium, in seiner Anstellung; G. Graf Wimpffen, als Divisionär. Zu General-Majoren die Obersten: Fr. Dorsner v. Dornimthal, vom 1sten Szekler Gränz-Inf. Reg. Nr. 14, als Brigadier; C. Steininger, vom Oguliner Gränz-Inf. Reg. Nr. 3, als Brigadier; F. Ritter Dreihann v. Sulzberg am Steinhof, vom Drag. Reg. Nr. 1, als Brigadier; T. Poppovich, vom Deutschbanater Gränz-Inf. Reg. Nr. 12, als Brigadier; J. Socsevich, vom Inf. Reg. Nr. 37, als Brigadier; C. Ritter v. Schobeln, General-Adjutant beim Fürsten Windisch-Grätz, in seiner Anstellung; Th. Graf Kollowrat-Krakovsky, vom Kür. Reg. Nr. 2, als Brigadier; C. Kussevich v. Szamobor, vom Inf. Reg. Nr. 26, als Brigadier; J. Frhr. v. Stutterheim, vom Inf Reg. Nr. 62, als Brigadier; G. Hartmann, vom Inf. Reg. Nr. 8, als Brigadier.

(Die weiteren Beförderungen werden nachgetragen werden.)

[4002—3] Die unterzeichneten Kattunfabricanten haben sich gegenseitig verpflichtet im Bereiche des Zollvereinsgebietes vom 1 November 1849 an nach einem und demselben Maße zu messen und zu versenden.

Bisher wurde nicht nur von dem einen nach Brabanter Elle, von dem andern nach Berliner Elle verkauft, sondern in der Brabanter Elle selbst fand auch eine Verschiedenheit von 1 und 2 Procent statt, und ein und derselbe Verkäufer berechnete z. B. nach den preußischen Rheinprovinzen nach Brabanter, nach Schlesien aber nach Berliner Elle.

Unwillkürliche Täuschungen und Unzuträglichkeiten aller Art waren bei einem so ungeordneten Verfahren nicht zu vermeiden. Diese künftig vermieden zu sehen dürfte demnach mehr noch im Interesse der soliden Käufer als in dem der Verkäufer liegen.

Indem daher die Unterzeichneten sich gegenseitig verpflichten vom 1 November 1849 an nur allein nach der Berliner Elle zu verkaufen und zu messen, und in keinem Falle und nach keiner Provinz innerhalb des Zollvereinsgebietes eine Abweichung sich zu gestatten, noch eine Extra-Vergütung dafür zu gewähren, glauben sie dabei auf Anerkennung und Unterstützung der resp. Käufer rechnen zu dürfen. — Den 18 October 1849.

Bodemer u. Comp. in Eilenburg.
Danneberg u. Sohn in Eilenburg.
Ehrenberg u. Richter in Eilenburg.
Pfaff u. Sohn in Chemnitz.
Wagler u. Richter in Chemnitz.
Uhlemann u. Lautzsch in Frankenberg.
Gebr. Bockmühl-Schlieper u. Hecker in Elberfeld.
Scheube u. Brehme in Zeitz.
Hoffmann u. Benndorf in Greiz.
Nauen Löwe u. Comp. in Berlin.
B. u. D. Liebermann in Berlin.
A. Levinstein in Berlin.
Nathan Wolff u. Sohn in Berlin.
Joseph Moser u. Comp. in Berlin.
P. Kochlin u. Söhne in Lörrach.

[4237]

Anonyme Gesellschaft der Maria Antonia-Eisenbahn von Florenz über Prato nach Pistoja.

Der Bau- und Verwaltungsrath der anonymen Gesellschaft der Maria Antonia-Eisenbahn hält es für angemessen die für das Unternehmen bestimmten Summen zu beziehen, und in Folge der Artikel 17, 18, 19, 20, 21, 22 und 103 der Statuten, beschließt:

Hiermit die Einzahlung der achten Rate von einem Zehntel des Nominalwerthes einer Actie, also die Summe von L. 100 auszuschreiben, welche am 20 December 1849 stattzufinden hat, vorbehaltlich der Verfügung des Artikels 19 der Statuten, in Betreff des Verzugs-Monates.

Die Einzahlungen sind zu leisten bei Hrn. Natal Bichi, Gehülfs-Cassier, zu finden im Geschäftslocal der Verwaltung, im Bahnhof von Florenz, welcher vom Verwaltungsrathe ermächtigt ist diese Einzahlungen auf die betreffenden Promessen zu bescheinigen, oder bei den Agenten der Gesellschaft, auf Rechnung und Gefahr der Actionäre, auf folgenden Plätzen, und zum unten verzeichneten Preise, unter Vergütung der diesen Agenten zukommenden Provision von ½ Proc. auf den Betrag der Einzahlung und sonstige Bank-Spesen:

London, Anglo-Italische Gesellschaft fur Eisenbahnen à L. 3. 6. 8 per Actie.
Wien, L. F. Heim à fl. 36. 20 Corrent per Actie.
Leipzig, Dufour Gebr. & Comp. à Rthlr. 23. 10 per Actie.
Augsburg, Georg Miltenberg à fl. 33. 15 Corrent per Actie.
Mailand, Carli di Tomaso à L. 109 Austr. per Actie.
Livorno, Stub & Comp. à L. 100 Toscane per Actie.

Die laufenden Nummern der Actien, auf welche eingezahlt worden ist, sind von den Cassieren und Agenten genau in eine Liste einzutragen. Auf die Promessen sind die Einzahlungen, die während des Verzugsmonats, also nach dem 20 December 1849, geleistet werden, mit rother Tinte zu bescheinigen, um desto leichter unterscheiden zu können auf welche Zahlungen die Zinsen des laufenden Jahres zu zahlen sind oder nicht.

Am 21 Dec. 1849 mussen sowohl die Cassiere als die Agenten, und diese letztern unter recommandirtem Couvert per Post, dem Secretär Gérant der Gesellschaft in Florenz ein genaues Verzeichniß von den Actien und deren laufenden Nummern einschicken, auf welche die Einzahlung des Zehntels bis zum 20 Dec. 1849 geleistet worden ist, und dafür unter ihrer Garantie an den Secretär Gérant der Gesellschaft in Florenz für das bis dahin eingegangene Geld Anschaffung machen.

Am 21 Januar 1850 Mittags sind durch einen öffentlichen Notar die Listen der Cassiere und der Agenten zu schließen, und nach diesem Act können keine weitern Einzahlungen mehr angenommen werden.

Am 22 Januar 1850 sind an den Secretär Gérant der Gesellschaft in Florenz, abermals unter recommandirtem Couvert, die Listen sammt dem Notariatsschluß-Acte, sowie die Anschaffungen unter eigner Garantie für das eingegangene Geld zu übermachen.

Bei Gelegenheit der Einzahlung genannter 100 L. haben die Actionäre das Recht die Zinsen des vierten Jahrganges, verfallen am 30 Sept. 1849, in Abzug zu bringen, nämlich für die ersten 6 Einzahlungen pr. 30 Sept. 1849 14 L. per Actie, was auf jeder Actie durch einen Stempel oder mit der Feder zu verzeichnen ist.

Die Agenten haben diese Anzeige in einer Zeitung ihres Wohnortes einrücken zu lassen, und zugleich die Zeit zu bestimmen wenn sie dieses Geschäft vorzunehmen bereit sind (in Augsburg bei Georg Miltenberg, täglich während der Comptoir-Stunden).

Florenz, den 5 Nov. 1849.

Der Secretär Gérant C. Tempestini.

[4013—15] **Erkenntniß**

Das königl. Kreis und Stadtgericht Nürnberg

erkennt in der Todeserklärungs-Sache über den Fruchtträgers-Sohn und Schlossergesellen Jakob Brennhäuser auf erstatteten Vortrag und nach collegialer Berathung zu Recht:

I. Es sey gedachter Jakob Brennhäuser für todt zu erklären.
II. Sey dessen Vermögen, insoweit es nicht von dem königl. Militärfiscus mit Beschlag belegt ist, an die sich legitimirenden Erben ohne Caution hinauszugeben. — Nürnberg, 24 Oct. 1849.

Seuffert

coll. Heuber.

(4047—48) In Folge hohen Auftrags k. Regierung von Oberfranken, de dato Bayreuth den 4 d. M., soll die pachtlos werdende Mineralbadwirthschaft zu Alexandersbad bei Wunsiedel unter für einen thätigen Wirth sehr annehmbaren Bedingungen alsbald weiter verpachtet werden.

Von dem sehr vollständigen Inventar können Pachtlustige Einsicht nehmen, und werden die nähern Verhältnisse auf portofreie Anfragen eröffnet werden.

Die Verpachtung geschieht im Submissionsweg, und wollen diesfallsige Anerbietungen entweder schriftlich eingereicht, oder hierorts zu Protokoll gegeben werden, wobei sich über Cautionsfähigkeit zu 1000 fl., dann über Befähigung und Leumund genügend auszuweisen ist.

Wunsiedel, den 10 November 1849.

K. Rentamt als Alexanderbad-Inspection.

Bernhold, als Bad-Commissär.

(4126—27) **Bekanntmachung.**

Auf Requisition des königl. Justizamtes Augustusburg sollen, in Gemäßheit des von den Erben des Lehngerichtsauszüglers, weil. Hrn. Johann Georg Schippang zu Flöha, gestellten Antrags, von dem unterzeichneten Patrimonialgericht

1) das von dem Erblasser laut gerichtlich bestätigten Vertrags erworbene und auf den Folien 1, 2, 6, 8, 10, 11, 12 und 21 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gückelsberg eingetragene Recht, die auf mehreren Gückelsberger Grundstücken vorhandenen Steinkohlenlager abzubauen, und
2) die auf dem Kohlenfelde befindlichen Gebäude:
   a) ein Wohn- und Huthaus,
   b) ein zweites Wohnhaus — das vormalige Kunstgebäude — und
   c) sechs verschiedene Kaue, Schauer und Hütten

künftigen zehnten December 1849

an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.

Mit dem Bemerken daß nach dem Gutachten des Bergverständigen das noch unabgebaute Kohlenfeld von 42,950 Quadrat-Ellen nach Abzug der Kosten für die Hülfsbaue, des Aufwandes zu Gewinnung und Förderung der Kohlen und der Abgabe an die Grundbesitzer einen Werth von 128,356 Rthlr. 5 Ngr. 5 pf. repräsentirt und die Gebäude, unberücksichtiget der darauf haftenden 63,08 Steuereinheiten, gerichtlich auf 187 Rthlr. 5 Ngr. gewürdert worden sind, richten wir hiermit an diejenigen welche das erwähnte Recht zum Kohlenabbau sammt den dazu gehörigen Gebäuden zu erstehen gesonnen seyn sollten, die Aufforderung, an dem angegebenen Tage zur Vormittagszeit an hiesiger Gerichtsstelle sich einzufinden, ihre Gebote zu eröffnen und über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, nach 12 Uhr aber der Versteigerung gewärtig zu seyn.

Genaue Beschreibungen und Taxen sowie die Subhastationsbedingungen sind bei dem Hrn. Finanzprocurator Neubert in Dresden, an Amtsstelle zu Augustusburg und vor hiesiger Gerichtsexpedition einzusehen.

Schloß Lichtenwalde bei Chemnitz im Königreich Sachsen, den 13 October 1849.

Die gräflich Vitzthum'schen Gerichte das.

Barth, Ger.-Dir.

(4153—54) **Rottweil a. N.**
im Königreich Württemberg.

Verkauf eines sehr vortheilhaft gelegenen Hauses.

Aus der Masse des hiesigen Handlungshauses J. A. Gaßner wird ein neuerbautes, dreistöckiges und zugleich mit einem Souterrain versehenes Gebäude Nr. 247

am Dienstag den 27 d. M.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause zum Verkauf im öffentlichen Aufstreich ausgesetzt.

Dieses Haus, welches um 18,000 fl. der Brandversicherung einverleibt, gegenwärtig aber nur zu 15,000 fl. gerichtlich taxirt ist, steht in der Mitte der hiesigen Stadt an zwei Hauptstraßen und gegenüber dem sehr frequenten Kornhause. Dasselbe enthält im Souterrain zwei gewölbte Keller, Stallung und großen Raum zu einem Magazin; im ersten Stock zur ebenen Erde einen großen geschmackvoll eingerichteten Laden, ein Comptoir, ein Wohn- und ein Schlafzimmer nebst Küche und Abtritt; im zweiten und dritten Stock je fünf heizbare, in einander gehende Zimmer nebst Alkoven und Küchen; auf dem Dachboden zwei Mansardenzimmer nebst Kammern und Fruchtbehältern. Am zweiten Stocke (belle étage) ist ein hübscher Balkon angebracht.

Bei der sehr günstigen Lage und zweckmäßigen Einrichtung dieses Hauses, auf welchem seit vielen Jahren ein ausgedehntes Ellen- und Modewaarengeschäft — in günstigen Zeiten sogar mit einem jährlichen Umsatz von etlich und vierzigtausend Gulden betrieben worden ist, und bei dem weitern Umstand daß sich dahier nur wenige Ellenwaarenhandlungen befinden, ist mit Sicherheit anzunehmen daß ein Käufer seine volle Rechnung um so mehr finden werde, als die hiesige Stadt jetzt zum Sitz eines Schwurgerichtshofs bestimmt ist. Ueberdieß sind die Kaufsbedingungen sehr billig gestellt, und kann der größere Theil des Kaufschillings auf dem Haus als verzinsliche Schuld stehen bleiben.

Indem man nun die Kaufsliebhaber zu der Verhandlung einladet, wird noch bemerkt daß auswärtige und diesseits unbekannte Liebhaber sich vor der Steigerung mit amtlich beglaubigten Prädicats- und Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Den 10 November 1849.

Für den Stadtrath.
Stadtschultheißenamt: Rapp.

[4065—69] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Medicinische Abhandlung über die Physiologie der Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reifern Alters, die größtentheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Geisteskräfte zerstören, alles Feuer und endlich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten; erläutert mit **40** Abbild. in farbigem Druck, betreffend die Anatomie, Physiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für jedermann faßlicher Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Functionen derselben, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Wirkungen 2c. Nebst praktischen Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen 2c., über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Rheumatismus, Gicht, Rückenmarksaffectionen, Lungenleiden, Abzehrung 2c. Anhang: Moyens préservatifs contre l'infection. — Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgeg. von **Laurentius** in Leipzig. 7te Aufl. 8. 170 Seiten.

Dieses nützliche und lehrreiche Buch sollte sich in aller Händen befinden; es kann mit Wahrheit behauptet werden daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen, und bei Empfang darauf sehen dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das ächte nicht.**

---

[317] In der **J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart** ist erschienen:

Dinglers
Polytechnisches Journal.

Dreißigster Jahrgang.

Zweites Octoberheft.

Inhalt. Erfahrungen über die Concurrenz der Eisenbahnen mit der Canal-, Fluß- und See-Schifffahrt in Beziehung auf schwere Frachtgüter. (1. Factische Resultate der Concurrenz zwischen Eisenbahnen- und Wasser-Communicationen. 2. Vergleich zwischen den eigentlichen Fahrtkosten der Landfuhrwerke, der gewöhnlichen Canal- und Flußschiffe, der Dampfschleppschiffe und der Eisenbahntrains.) — Beschreibung eines neuen Manometers für Dampfkessel; von Hrn. Hofmann. Mit Abbildungen. — Verbesserungen an Drehbohrern für Zimmerleute; von Cartwright, Werkzeugfabricant zu Sheffield. Mit Abbild. — Verbesserungen an Zündröhren zum Sprengen; von Loam. Mit Abbild. — Maschine zur Reinigung der Baumwolle; von Burn. Mit Abbild. — Verbesserte Methode das Getreide für das Mahlen zu reinigen; von Newton. Mit Abbild. — Verbesserungen an Chronometern; von Kessell und Clark. Mit Abbild. — Ueber das photochromatische Bild des Sonnenspectrums und die Erzeugung farbiger Bilder in der Camera obscura; von E. Becquerel. (Schluß.) Ueber die Darstellung von Lichtbildern auf Glas; von Blanquart-Evrard. — Verfahren basisches Chlorblei als Surrogat des Bleiweißes zu bereiten; von Pattinson. — Praktische Untersuchungen über technische Metalllegirungen; von A. Guettier. — Untersuchung eines neuen gelben Farbstoffs (Wongshy). Von W. Stein. — Ueber Melsens' Verbesserung in der Zuckerfabrication und die Darstellung des Zuckers aus Runkelrüben ohne Anwendung der Knochenkohle; von Dr. Lüdersdorff in Berlin. — Ueber die Wirkungsart des Gypses als Düngmittel; von Caillat. — Phosphorteig zur Vertilgung der schädlichen Thiere; von Dubois. — Miscellen. Die preußischen Telegraphenlinien. — Königlich preußisches Regulativ über die Benutzung der elektromagnetischen Staatstelegraphen seitens des Publicums. — Ueber Robinsons Apparat zur elektrischen Telegraphie. — Neues Verfahren für den Verwurf von Zimmerdecken, Wänden 2c.; von Allbay. — Strode's Gasfeuerzeug. — Ueber die Verdampfungswärme des Wassers; von Joule. — Ueber die Bereitung des Collodions. — Prüfung des Jodkaliums auf einen Gehalt von jodsaurem Kali. — Ueber Melsens' Verfahren zur Zuckerfabrication. — Ueber Gewinnung des Runkelrübenzuckers ohne Bildung einer Melasse; von Mene. — Bereitung des Lavendelöls.

Von diesem alle Zweige der Technik umfassenden Journal erscheinen auch ferner wie bisher monatlich zwei Hefte mit Abbildungen. Der Jahrgang, aus 24 Heften mit etwa 30 Tafeln Abbildungen und im Text abgedruckten Holzschnitten bestehend, mit einem vollständigen Sachregister versehen, macht für sich ein Ganzes aus und kostet bei den Buchhandlungen und allen k. bayerischen Postämtern nur 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. In das Abonnement kann nur für den ganzen Jahrgang eingetreten werden.

Die Verlagshandlung kann vom

Polytechnischen Journal

noch einige ganz vollständige Exemplare, welche sie aufgekauft hat, und zwar 1sten bis 29ster Jahrgang oder Band 1 bis 110 zu 464 fl. oder 270 Rthlr. 20 Ngr. anbieten. Einzelne Jahrgänge sind fortwährend zum Preise von 16 fl. oder 9 Thlr. 10 Ngr. zu haben.

[4095] Im Verlage von **Emil Baensch in Magdeburg** erschien so eben:

Der Erbe von Killmarnor.

Roman

von **Bertha Werder.**

2 Bände. Elegante Ausstattung 3 Thlr.

Die Verfasserin, rühmlichst bereits durch den im v. J. bei Brockhaus in Leipzig erschienenen Roman „Altes Lieben, neues Hoffen" in der belletristischen Welt bekannt, hat längere Zeit in Englands höhern Lebenskreisen verkehrt und war, wie selten eine deutsche Frau, befähigt charakteristische englische Zustände und Verhältnisse mit gewandter deutscher Feder zu schildern. Der „Erbe von Killmarnor" ist in poetischer Prosa geschrieben. Dichterische Gluth, hohe Phantasie und innige deutsche Gemüthlichkeit vereinten sich in glücklichster Weise, um die gebildete Lesewelt mit obigem ausgezeichneten Roman zu beschenken.

(In allen Buchhandlungen und Leihbibliotheken vorräthig.)

(4078) Von **Fr. Ludw. Herbig** in **Leipzig** ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gerstner, Franz Josef, Ritter v.,

Handbuch der Mechanik.

Mit Beiträgen von neueren Constructionen
vermehrt und herausgegeben von
Franz Anton Ritter v. Gerstner.

Gr. 4. 3 Bände (I. Bd. 83 Bogen. II. Bd. 69 Bogen. III. Bd. 72 Bogen). Mit 109 Kupfertafeln in gr. Folio.

Preis: 28 Thlr. Einzelne Bände 8 Thlr.

Der Rest der Auflage besteht nur noch in 10 Exemplaren.

(4150-52) Im Verlage der **Literar. artist. Anstalt**, Promenadestraße Nr. 10 in **München**, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Haus- und Landwirthschafts-Kalender
des landwirthschaftlichen Vereins für Bayern

auf das Jahr

1850.

Mit 25 Holzschnitten. Preis gestempelt 21 kr.

Dieser Jahrgang des obigen vom landwirthschaftlichen Vereine veranstalteten Kalenders enthält außer den auf die Landwirthschaft Bezug habenden Aufsätzen eine große Anzahl von allgemeinem Interesse, wodurch er nicht nur für die Landleute, sondern auch für die städtische Bevölkerung von praktischem Werth ist. Dabei ist derselbe mit 25 schönen Holzschnitten bereichert worden, wodurch er sich vor allen andern Kalendern auszeichnet. — (Bei Abnahme von Partien zum Wiederverkauf wird ein bedeutender Rabatt eingeraumt, wenn man sich direct an die Verlagshandlung wendet.)

[3754-59] Im Verlage von **Gustav Mayer** in Leipzig ist erschienen:

Erinnerungen aus der Paulskirche

von

Karl Biedermann,

ehemaliger Vicepräsident der National-Versammlung.

Ca. 27 Bogen 1½ Thaler.

Nicht sowohl das äußere stoffliche Resultat, als vielmehr das innere geistige Leben der National-Versammlung, das Zusammen- und Gegeneinanderwirken der Parteien, ihr Entstehen, und ihre verschiedenen Umgestaltungen, die Zusammensetzung und der eigenthümliche Charakter jeder einzelnen, sowie ihr Einfluß auf die Versammlung — alles dieß wird theils in allgemeinen Skizzen, theils in einer Reihe einzelner tiefeingehenden Schilderungen der Parteiführer und Parteigenossen, soweit dieselben nur irgendwie bemerkbar hervorgetreten sind, dargestellt. Vorzugsweise ist dabei die letzte entscheidende Periode der National-Versammlung — von dem ersten Kampfe der Großdeutschen und der Kaiserpartei an, bis zu den verunglückten Bestrebungen für Durchführung der Verfassung und dem Fortgange der Versammlung von Frankfurt — zum Ausgangspunkte für die Beurtheilung der Wirksamkeit der Parteien und der Einzelnen genommen, und es sind namentlich die letzten Wochen der Versammlung, die Verwickelungen in die sie seit der Vollendung der Verfassung gerieth, und die noch so wenig bekannten als verstandenen Ursachen ihrer allmählichen Auflösung ausführlich geschildert. Dem Verfasser stand für alle diese Schilderungen ein reiches Material zu Gebote, durch seine Stellung als Vorstand einer der mittleren Parteien und als Mitglied des Büreau, welche ihn in vielfachen persönlichen Verkehr mit Abgeordneten aller Parteien brachte, und ihm Gelegenheit verschaffte an den wichtigsten Club- und Privatberathungen, öffentlichen Sendungen und sonstigen Begebnissen, welche tiefere Blicke in das innere Leben der Versammlung und den Charakter einzelner Mitglieder verstatteten, theilzunehmen.

(4122) Im Verlage von **Johann Ulrich Landherr** in **Heilbronn** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Reisen

in den Mond, in mehrere Sterne und in die Sonne.

Geschichte einer

Somnambüle

in Weilheim an der Teck im Königreich Württemberg.

Ein Buch,

in welchem alle über das Jenseits wichtige Aufschlüsse finden werden.

Herausgegeben

von einem täglichen Augenzeugen und Freunde der Wahrheit und der höhern Offenbarungen.

Mit einem Verzeichnisse derjenigen Heilmittel gegen verschiedene Krankheiten welche die Somnambüle in ihrem somnambülen Schlafe je auf besonderes Befragen angegeben hat, und die sich bei richtigem Gebrauche bewährt haben.

Sechste Original-Auflage.

8. elegant in farbigem Umschlag broschirt. Preis 2 fl. oder 1 Rthlr. 5 Sgr.

(3500—2) Leichtfaßliche theoretisch- **Cither-Schule.** praktische Anleitung die Schlagcither in kurzer Zeit spielen zu lernen. Enthaltend 45 methodisch fortschreitende Uebungsstücke: Ländler, Schnadahüpfeln, Walzer, Volks- und Alpenlieder, Choräle, Etüden u. s. w., sowie 7 Musikstücke für 2 Cithern. 5 Bogen kl. 8. mit einer die Besaitung der Cither und die Haltung der Hände erläuternden Tafel. Brosch. Preis 1 fl. 12 kr. od. 21 Ngr.

München. Verlag von **Christian Kaiser.**

[4105] **Berlin, Buchhandlung von Julius Springer.**

In zweiter Aflage erscheint soeben und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Uli,
der Knecht.

Ein Volksbuch

von

Jeremias Gotthelf.

21 Bogen.

Wohlfeile Ausgabe. Preis 15 Sgr.

Ausgabe auf feinem Papier. Preis 27½ Sgr.

Ausgabe mit zwölf Zeichnungen von Theodor Hosemann. Preis 25 Sgr.

Dieselbe Ausgabe auf feinem Papier mit den Zeichnungen in Tondruck. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Dieselbe Ausgabe in elegantem Einbande.. Preis 1 Thlr. 25 Sgr.

Gotthelfs Uli ist bekannt: das Buch hat bei Hoch und Niedrig seine Freunde gefunden. Der schnelle Verkauf der ersten Auflage kann als bestes Zeugniß hiefür gelten. — Die neue Auflage erscheint zugleich in einer Ausgabe mit zwölf, von Hosemann's Meisterhand gefertigten, höchst gelungenen Zeichnungen, die dem Buche zur wahrhaften Zierde gereichen werden, und dasselbe auch äußerlich zu einer geschmackvollen Gabe machen.

Gotthelf's Uli verdient in einer Zeit wie die gegenwärtige die allgemeinste Verbreitung: der geringe Preis von nur 15 Sgr. für die wohlfeile Ausgabe (ohne die Zeichnungen) wird diese erleichtern, und findet bei Abnahme von Partien noch eine Preisermäßigung statt.

Als zweiter Theil des obigen Volksbuches erschien Ende vorigen Jahres von Jeremias Gotthelf:

Uli,
der Pächter

26 Bogen. Preis broschirt 1 Thaler.

Er enthält die Fortsetzung des „Knecht." Der fleißige und brave Knecht ist Pächter geworden und herrscht jetzt auf demselben Hofe auf dem er einst diente. Wenn in dem ersten Theile der Segen den ein gutes Verhalten als Knecht mit sich bringt, geschildert ist, so werden uns in dem zweiten Theile die vielen Gefahren denen ein junger Anfänger und Emporkömmling in einem großen Hausstande ausgesetzt ist, in aus dem Leben gegriffenen Bildern vorgeführt. Jeremias Gotthelf's Schriften sollten in keinem Hause fehlen!

[4167-68] **Die am 1 Juli l. J. verfallenen Zinscoupons des fürstl. Oettinger-Wallerstein'schen Anlehens Nr. 169, 226, jeder zu 5 fl., und Nr. 488 zu 10 fl. sind entwendet worden, was hiemit zur Warnung vor dem Ankauf derselben oder deren Einlösung veröffentlicht wird.**

(4170—72) Für

HH. Glasfabricanten.

Der Besitzer eines ausgedehnten Waldgrundes im Prachiner Kreise, wo zugleich neben niedrigen Holzpreisen Kies bester Qualität und reichliche Wasserkraft disponibel ist, beabsichtigt ein Glasfabriks-Etablissement im großen Maßstabe zu begründen, und dieses im Pachtwege auf 12 bis 18 Jahre zu überlassen.

(4046—48) Dr. **Basters**

Original-Tinctur.

Das bewährte Specificum

gegen die Cholera

ist nur ächt zu beziehen durch den Erfinder, Wien, Stadt 603.

Ein Fläschchen dieser Tinctur sammt der Anwendungsmethode in versiegelten und zum Zeichen der Aechtheit mit dem Namenszuge des Erfinders versehenen Couverts kostet 1 fl. C.-M.

Aerzte, Apotheker und Kaufleute die sich im Interesse der Hülfsbedürftigen um die Verbreitung dieses erprobten Rettungsmittels anzunehmen willens sind, mögen sich mit ihren Bestellungen unmittelbar an den Erfinder wenden, um die näheren Bezugsbedingungen zu erfahren.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Sonntag | Nr. 322 | 18 November 1849

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Adresse des amerikanischen Gesandten an den Erzherzog-Reichsverweser und Antwort des letztern); München (Schluß der Verhandlungen der Kammer der Reichsräthe über die deutsche Frage: Zu-Rhein, Heintz, v. Maurer. Ankunft des Großherzogs von Hessen. Abreise des Prinzen Wilhelm von Preußen. General v. Hailbronner); Bamberg (Ohlmüllers Entwurf zu einer Ruhmeshalle); Karlsruhe (der Gnadenact beim Geburtsfeste des Großherzogs. Stimmung des Landes); Thüringen (die Landtage von Weimar, Meiningen und Gera); Berlin (die Anklage-Acte gegen Ohm und Waldeck); Wien (Vorstellungen gegen die Contumazmaßregeln gegen die Cholera. Die Journalurtheile über Schleswig-Holstein).

Großbritannien. Ueber den Präsidenten Louis Bonaparte. Disraeli und die Agriculturistenpartei.

Frankreich. L. Bonaparte's Rede bei dem Industriefest. Der National über die „orleanistische Botschaft." Verhandlungen über Errichtung von Arbeiterpensionscassen.

Italien. Neapel (des Papstes Rückkehr von Benevent. Die Maßregeln gegen den Benedictinerorden. Die Ablehnung Hrn. v. Rayneval's. Wechsel in der russischen Legation. Hr. v. Potemkin †. Stille der Stadt).

Neuestes. Würzburg. (Freilassung.) — Dresden. (Wahlen der ersten Kammer.) — Berlin. (Die hannoverische Note und der Stand des engern Bundes. Besorgnisse vor Wiederherstellung des Belagerungsstandes.) — Salzburg. (J. M. die Kaiserin-Mutter und die Wiener Deputationen). — Wien. (Die Ungarn und Polen von Widdin nach Schumla gebracht.) — London. (Der neue Oberadmiral). — Paris. (Der neue Finanzplan der Regierung. Drouyn de Lhuys soll zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt und der Zwist mit Marocco beigelegt seyn.) — Italien. (Die sardinische Handelsmarine. Ein österreichisches Lager bei Piacenza.) — Genf. (Der Wahlsieg der Radicalen bestätigt.) — Rußland. (Gerücht von Friedensunterhandlungen mit den Tscherkessen.) — Belgrad. (Die Uebersiedlung der Flüchtlinge.) — Konstantinopel. (Stand der englischen und der französischen Flotte).

Datum der Börsen: New-York 30 Oct.; Paris 14; Wien 15; Frankfurt 16; Augsburg 17 Nov.

Deutschland.

Galign. Messenger theilt folgende Adresse mit die der amerikanische Gesandte in Frankfurt bei Gelegenheit seiner Abberufung am 2 Nov. an den Erzherzog-Reichsverweser gerichtet: „Kaiserliche Hoheit! Ich gehorche den Instructionen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, indem ich die Abberufungsschreiben überreiche welche die Mission beendigen womit ich bei Ew. kais. Hoheit beehrt worden. Es gereicht mir zu großer Befriedigung bei dieser Gelegenheit sagen zu dürfen daß, im Verlauf der ereignißvollen Scenen welchen die Centralgewalt ausgesetzt war, Ew. kais. Hoheit sich die Freundschaft und das Wohlwollen sowohl der Regierung als des Volkes der Vereinigten Staaten bewahrt hat. Die Hindernisse in Erreichung der ersehnten Einigung der deutschen Staaten sind noch nicht gänzlich beseitigt, aber sie sind vermindert, und wir hegen den Glauben daß sie endlich verschwinden werden vor dem Geiste der Versöhnung den Ew. kais. Hoheit beim Beginne der Centralgewalt so eifrig empfohlen und seitdem so treulich befolgt hat. Die Vereinigten Staaten sympathisiren tief mit jeder Bewegung welche auf die Herstellung repräsentativ-constitutioneller Regierung abzielt. Dieses Gefühl ist denselben angestammt, und ihre Nationalgeschichte, glauben sie, liefert den Beweis daß eine solche Verfassung verträglich ist mit gebührender Achtung für die Rechte aller andern Nationen und für die allwärtige Aufrechthaltung jener Grundsätze der Mäßigung und Gerechtigkeit ohne welche keine Regierung das Volksglück sichern kann. Dieß Gefühl wurde lebhaft geweckt als Ew. kais. Hoheit ein Vermittler wurden zwischen den Fürsten und den Völkern Deutschlands, und als der Depositar ihres beiderseitigen Vertrauens eine Verfahrungsweise vorzeichneten die geeignet war alle Agitation für leichtsinnige und gefährliche Neuerungen zu entwaffnen, zugleich aber alles zu wahren was dieselben nützliches als Reform und natürliches als den Ausdruck politischen Fortschrittes enthielten. In dieser schwierigen Stellung war eine leichte und alsbaldige Erreichung der von Deutschland angestrebten neuen Institutionen nicht zu erwarten. Alles was man hoffte, war daß der Bau begonnen und die Bauleute mit den Mitteln versorgt würden das Werk so schnell zu fördern, als diese durch die freiwillige und friedliche Beisteuer der verschiedenen Bundesglieder beschafft werden konnten. Diese Hoffnung hat Ew. kais. Hoh. aufrecht zu halten gewußt, und das mag von den Republicanern Amerika's und den Freunden constitutioneller Freiheit in Europa ehrend und herzlich anerkannt werden. Die eben gebildete neue Centralgewalt wird in kurzem eingesetzt werden. Indem ich die Hoffnung ausspreche daß ihr Werk vom Erfolg gekrönt seyn und eine dauerhafte Regierung gegründet werden möge, in welcher ganz Deutschland als eine große Nation ein gemeinsames, die auswärtigen Verhältnisse und die allgemeinen innern Anliegen leitendes Organ habe, bin ich überzeugt daß ich von meinem Wohlwollen für die wahren und bleibenden Interessen Deutschlands keinen bessern Beweis ablegen, noch dem Patriotismus und den ausgezeichneten Verdiensten Ew. kais. Hoheit eine angenehmere Huldigung darbringen kann. Indem ich von Ew. kais. Hoheit mich verabschiede, erlauben Sie mir einen Ausdruck meiner Dankbarkeit für persönlich genossene Huld beizufügen, und die Versicherung daß ich den aufrichtigen Wunsch in die Vereinigten Staaten mit mir nehme: die Interessen der Deutschen und der Amerikaner, die in so vielen Hinsichten das nämliche Volk sind, durch zunehmenden Verkehr mit einander noch fester gekittet zu sehen. Mögen die künftigen Lebenstage Ew. Hoheit mit Gesundheit und Glück gesegnet seyn!" — Antwort des Erzherzogs: „Hr. Donelson! Indem ich aus Ihrer Hand, Hr. Minister! die Abberufungsschreiben entgegennehme die Ihre Mission bei der deutschen Centralbehörde beendigen, freut es mich die freundlichen Verhältnisse anzuerkennen welche, auf wechselseitigen und bleibenden Interessen ruhend, den Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und der Regierung, mit welcher ich vom Volk und von den Fürsten Deutschlands provisorisch betraut worden, vorzugsweise bezeichnet haben. Ich empfange mit Dank die guten Wünsche die Sie für das Glück und die Wohlfahrt meines großen Vaterlands ausgesprochen. Die innigsten Bande des Interesses und der Abstammung verknüpfen es mit dem Ihrigen, welches seinen hohen Bestimmungen entgegengeht begleitet von unsern Gebeten für sein immer zunehmendes Gedeihen. Ich kann Ihnen, Hr. Gesandter! nicht Lebewohl sagen, ohne Ihnen meine vollkommenste Zufriedenheit auszudrücken über die loyale, treffliche und verbindliche Weise wie Sie allzeit und überall die Pflichten der Ihnen bei meiner Person und Regierung anvertrauten Gesandtschaft erfüllt haben. Johann."

Bayern. || **München,** 12 Nov. (Schluß des Berichts über die heutige Reichsraths-Sitzung.) Frhr. v. Zu-Rhein: „Eine kritische Beleuchtung der vorangegangenen diplomatischen Verhandlungen weicht vor einer vollendeten Thatsache. Aus innigster Ueberzeugung stimme ich bei daß das Ministerium seine Mission in vollem Maße erfüllt habe; Bayern gelang es den Riß in Deutschland zu verhindern, in seiner Zustimmung zum Interim zeigte es daß es nicht von Sondergelüsten geleitet ist. Es konnte aber auch nach dem naturgemäßen Entwicklungsgange der deutschen Geschichte nicht anders kommen. Seit der Reformation sehen wir mehrfache Widersprüche und Gegensätze im deutschen Volk auftauchen, die, wenn auch momentan unterdrückt, als züngelnde Flamme immer wieder aus dem Boden hervorbrechen. Der Dualismus von Süd- und Nord-, Katholisch- und Protestantisch-Deutschland trat bei jedem größern Ereigniß zu Tage, beim Fürstenbund unter Friedrich dem Großen wie beim Rheinbunde. Dieselbe Spaltung zeigt ein Blick auf die socialen Zustände und Bedürfnisse. Die neueste Zeit förderte am schlagendsten zu Tage wie intensiv dieser Dualismus der deutschen Nation eingeprägt ist. Wir alle erkennen als höchstes Ziel die endliche Einigung und Erstarkung der deutschen Gesammtnation. Welche Schuld die Fürsten und Cabinette daran tragen daß das Ziel nicht erreicht wurde, darüber wird die Geschichte richten; daß sie aber nicht alle Schuld allein tragen, dieß zeigt ein vorurtheils-

freier Blick in die neueste Geschichte. Die neuliche Stimme in der „Schwesterkammer“, welche die Geheimgeschichte des Parlaments so geistreich entwickelte, hat den Beweis geliefert daß es auch ohne jene Sondergelüste nicht anders gekommen wäre, weil die Gegensätze in der deutschen Nation, in allen ihren politischen Institutionen noch zu sehr bestehen. Es war ein arger Fehler alle Zustände und Bedürfnisse des regsten Volkslebens in eine improvisirte Form einzwängen zu wollen. Für gährende Elemente kann eine wenig dehnbare Form nicht genügen. Angesichts unseres Endzieles läßt sich nichts übereilen; was dauern soll muß langsam mit der Zeit reifen; es handelt sich um eine organische Gestaltung, die aus dem innersten Lebenstrieb entwickelt werden will. Diese Rücksicht hat man übersehen und mußte darum auf dem formalen Wege scheitern.“ Der Redner verweist auf die Begeisterung im Jahr 1813 und neuerlich für Schleswig-Holstein; dieser stund hemmend und zerrend eine einseitige Politik entgegen die dem Adlerfluge der deutschen Siege Schranken setzte, und kaum erwarten läßt daß die verpfändete deutsche Ehre gelöst werde. Daß wir endlich zum erhabenen Endziele gelangen, dazu muß jeder von seinem Standpunkt mitwirken. Eine Stelle aus einer frühern Rede citirend, gelangt der Hr. Redner zu dem ihn stets leitenden Gedanken: „Bayern muß die schroffen Gegensätze, den Dualismus, auszugleichen suchen. Dazu führt aber nicht der sterile Kampf mit Principien, die nur Zankäpfel sind; auf den Boden des praktischen Lebens müssen wir herabsteigen. Seit Jahren durchzieht Deutschland eine tiefe Klage, Mißbehagen aller Orten, nirgend Befriedigung. Wir fürchten die drohenden Gespenster des Communismus und Socialismus; wir können sie aber nicht mit Bajonnetten fern halten; es ist ein Miasma in der Luft, unerreichbar für die physische Gewalt. Die Anarchie mag man mit Waffengewalt, die Ideen mit Verbesserung materieller Zustände bekämpfen. Der Zollverein hat zuerst den Dualismus erschüttert, doch hat er durch die Art seiner Beschlüsse seine Aufgabe nur halb gelöst; denn richtig ist es: Deutschland hat zu große Production und einen zu wenig ausgebreiteten Markt. Im Vorkampfe für diese materiellen Interessen liegt die gegenwärtige Mission Bayerns; seine Lage und Zusammensetzung sichert ihm Sympathien und Erfolge. Aber auch in den geistigen Interessen hat Bayern die Fahne zu ergreifen und voranzugehen, und zwar zunächst mit der Entwicklung und ruhigen Fortbildung des constitutionellen Princips in Deutschland.“ Hieran knüpft sich ein Blick auf die Verfassung von 1818 und ihre Durchführung, eine Mißbilligung des Club- und Parteiwesens in den Kammern. Die Verheißungen des 6 März machen die Frankfurter Grundrechte zu bloßen Wiederholungen; durch treues und offenes Vorschreiten auf dieser Bahn können wir leichter als jeder andere Staat die Gegensätze ausgleichen. Geben wir das Beispiel wie man constitutionelle Freiheiten ohne Ueberstürzung in ruhiger Erwägung und mit besonnenem Fortschritt zu entwickeln habe, dann hat Bayern einen großen Beruf erfüllt, und die Anerkennung der übrigen deutschen Staaten wird ihm nicht entgehen. Bei dieser Tendenz, bei solcher intensiver Kraft und innerer Bürgschaft kann mich aber auch die auftauchende Furcht vor Mediatisirung nicht beschleichen. Die Gestaltung des Interim kann nicht bleiben; der Dualismus muß ausgeglichen werden, und kann auch in der Form nicht mehr fortbestehen. Der Hr. Redner schließt seinen mit gewohnter Wärme und Eleganz durchgeführten Vortrag mit dem innigsten Dank für die Minister, die als deutsche Männer gehandelt, und auch in der Folge das Rechte zu finden wissen werden.

Hr. Heintz: So unerquicklich ihm die Mittheilungen über die Unterhandlungen mit Preußen gewesen, so erfreulich sey ihm die vertrauliche Note Bayerns an Oesterreich; das Ministerium habe darin gezeigt daß es als Bedürfniß anerkenne daß Deutschland eine Gesammtverfassung erhalte, und daß es sich Mühe gebe diesem Bedürfniß entgegenzukommen; deßwegen habe er auch als Ausschußmitglied den Dank an das Ministerium votirt; er sey fest überzeugt dieses Bedürfniß müsse und werde bald befriedigt werden, so groß auch die Schwierigkeiten seyn mögen die sich ihm scheinbar entgegenstellen. Früher, bei der ersten Erhebung im Jahre 1848, da habe Einigkeit bestanden; das Losungswort war: ein Centralpunkt für die allgemeinen Interessen und im übrigen Beibehaltung der constitutionellen Staaten: dort war alles einig, selbst die Männer welche der extremsten Richtung in der bayerischen Kammer angehörten, seyen es in Bezug auf die Gestaltung der Centralgewalt gewesen. Er könne dieß sogar beweisen. Zum Belege dieser Ansicht verliest er die von Willich dem Ministerium aufgestellte Punktation, welche dessen politische Ansichten darlegt, als er zum Gesandten nach Frankfurt ernannt wurde. (S. die vorgestrige Allg. Ztg.) Die darin ausgesprochenen Ansichten könne er selbst heute noch als sein Glaubensbekenntniß unterschreiben, sie seyen damals die Ideen des gesammten Deutschlands gewesen. In Frankfurt erst sind die Parteien gebildet worden: die einen wollten die Republik und nur durch sie eine deutsche Einheit, die andern durch ein großes Preußen. Zu beiden Zwecken ward dasselbe Mittel angewandt, nämlich alles der Centralgewalt zuzuwenden, und dadurch die einzelnen Staaten zu schwächen; beide strebten nach dem Einheitsstaate. So kam eine Verfassung zu Stande der wir nie hätten beistimmen können. Sonderbar dabei ist daß die Parteien die sich dazu einigten, sich gegenseitig das Zugestandene wieder absagten, sobald sie frei sich regen konnten. Die Republicaner schüttelten sogleich das Monarchische der Verfassung ab, wie dieß in Baden geschehen, die andern schoben, als sie in Gotha zusammen kamen, das Republicanische hinaus. Die preußische Verfassung beseitigte zwar einiges Anstößige, blieb aber bei demselben Princip: Vernichtung der Einzelstaaten, und dieß hat Deutschland nie gewollt. Beide Verfassungen nicht anzuerkennen, daran that die Regierung wohl. Deutschland will eine starke Einheit mit Erhaltung der Einzelstaaten. Will man dieß, so darf man bei der Competenzbestimmung der Centralgewalt nicht zu weit greifen, man würde sonst zu stark in das Mark und Blut der Einzelstaaten eingreifen. Hier kann man helfen durch Aufstellung von Grundsätzen welche in den Einzelstaaten durchgeführt werden müssen, wie dieß zum Theil durch die Grundrechte geschehen, oder durch Festsetzung von Uebergangsperioden, wie dieß bei Einführung der allgemeinen Gewerbfreiheit nothwendig wäre. An beiden Verfassungen ist die ungleichmäßige Beschickung des Oberhauses zu tadeln, wo in Preußen etwa auf 350,000 Seelen, in Bayern auf 200,000, in Hessen-Homburg auf 25,000 ein Oberhausmitglied trifft. Man hat dieß als ein Geschenk der Großstaaten bezeichnet, allein vor solchen Geschenken muß man sich verwahren. Es würden später immer Gegenopfer und Gegenreichnisse verlangt. Sind diese beiden Mächte — die beiden Kammern — gebildet, dann handelt es sich um die Spitze. In Deutschland sind zwei ihrer deutschen Bevölkerung nach gleiche Großmächte, diese müßten naturgemäß die Spitze bilden, und um dieser zweischneidigen Spitze Einheit zu verschaffen, müßte noch ein drittes Glied geschaffen werden, nämlich die übrigen Staaten zusammen. Soll aber bloß Eine Spitze seyn, so soll dieß Oesterreich werden; dieses hat geschichtliche Anrechte und ist bei weitem mächtiger als Preußen. Erwiedert aber Preußen, ihm gebühre die Spitze; gut, so muß man vom bayerischen Standpunkt aus sagen: es ist recht, macht es mit Oesterreich aus. Bayern ist nicht particularistisch, es verlangt eine dritte Spitze bloß wenn diese nothwendig wird, weil zwei Spitzen für sich allein nicht bestehen können. Von diesem Standpunkt aus hat das Ministerium Recht gehabt mit Oesterreich zu unterhandeln. Oesterreich könnte aber allerlei Einwendungen machen, die wir nicht so schnell widerlegen können, z. B. über eine gemeinschaftliche Heeresorganisation. Allein auch hier müßte durch Uebereinkunft und Uebergangsperioden geholfen werden, und müßte man eben nachgiebig seyn um das große Werk zu Stande zu bringen daß Oesterreich beitrete. Man macht aber Bayern den Vorwurf: es schiebe Oesterreich bloß vor weil es wisse dasselbe könne nicht eintreten, um dadurch das Zustandekommen einer Verfassung zu hemmen; um auch diesen Verdacht von sich abzulehnen, hätte Bayern nicht etwa dem Dreikönigsbündnisse beitreten — denn man hat jetzt die Radowitz'schen Grundsätze und Zusagen, zu denen sich Bayern in den vertraulichen Verhandlungen geneigt zeigte, wieder desavouirt — sondern die Verfassung nach einer Berathung derselben beim Parlament annehmen sollen unter den Voraussetzungen: daß erstens für Oesterreich jederzeit der Eintritt offen bleibt, und daß für Bayern, wenn der Reichstag die Bestimmungen über Gewerbefreiheit und Ansäßigmachung beibehält, eine Uebergangsperiode von 10 Jahren festgesetzt werde, um diese seine Interessen tief berührenden Einrichtungen mit seiner Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Durch dieses Verfahren wäre der Beitritt Oesterreichs gewonnen worden, denn sicher würde binnen fünf Jahren, wenn man diesen Termin für seinen Eintritt setzen wollte, Oesterreich von seiner jetzigen Politik zurückgekommen seyn; denn es würde ohne Deutschland seine ganze Geschichte, seine ganze Zukunft verlieren. Ferner wäre durch ein solches Verfahren die öffentliche Meinung gewonnen, und diese ist heute mächtiger als 500,000 Bajonnette über die man commandiren könnte. Wäre aber Preußen nicht darauf eingegangen Oesterreich den Platz offen zu lassen, so hätte man eingesehen daß es andere Absichten habe, und es wäre ihm sodann die öffentliche Meinung ebenso entgegen als sie Bayern zu Gunsten sprechen würde. Der Redner bemerkt daß er hierüber keinen besondern Antrag stelle, er könne dem Ministerium den Gang seiner Politik nicht vorzeichnen; dieß seyen seine Ansichten, ob sie Anklang finden, überlasse er dem Ermessen der hohen Kammer.*)

Graf Bassenheim gibt hierauf statt der angekündigten Darlegung seiner Ansichten die kurze Erklärung ab: daß er die vom Hrn. Fürsten Hohenlohe entwickelten Ansichten theile. Graf Schönborn tritt diesem Hrn. Vorredner bei.

---

*) Wir kommen auf diese Vorschläge zurück.

Hr. v. Maurer: Die schwierige Lage Deutschlands verpflichtet jeden frei und offen seine Meinung auszusprechen. Während man die Einheit Deutschlands auf der Zunge führt, geschieht alles mögliche um keine Einigkeit zu Stande zu bringen. Man wirft Preußen den Basler Frieden vor und behandelt es als ob man ein Deutschland ohne Preußen constituiren könnte. Man erinnert Oesterreich an den Frieden von Campo Formio, an den Rastatter Congreß rc., und behandelt Bayern als stünde es noch im Rheinbunde und triebe den ganzen Tag nichts als Particularismus. Statt diese Wunden aufzureißen, frage man lieber wie Deutschland zu diesem Zustand gekommen ist, um dann Hand anzulegen daß es nicht dahin zurückkehren könne. Die Geschichte Preußens ist nichts anderes als eine Hauspolitik, ein Losschälen von Deutschland, das zum Basler Frieden und zur Niederlage bei Jena führte. Preußen ward erst wieder groß als es sich in den Jahren 1813 und 1814 wieder Deutschland näherte. Dasselbe war in Oesterreich der Fall. Seit Rudolf von Habsburg, dem man zwar auch Ruhe und Ordnung zu danken hatte, sehen wir das „glückliche“ Oesterreich, das wenig an Deutschland denkt. Indem es keine deutsche Politik befolgte, ist der Kaiser von Oesterreich nicht mehr Kaiser von Deutschland. Auch in den Jahren 1848 und 1849 ist ein großer Moment vorübergegangen, inner und außer den Mauern Iliums ward gefehlt. Die Nationalversammlung konnte nicht anders ausgehen, sie theilte den Erb- und Grundfehler der Deutschen, jene Hamletsnatur, die alles von oben herab construiren will. Mit Theoretisiren und Abstrahiren von allem Positiven fing man an und mußte so zu einem beklagenswerthen Ende kommen. Wie viel praktischer sind andere Völker zu Werk gegangen! Als in England die magna charta zu Stande kam, hat man sich an die Praxis, nicht an die Theorie gehalten, und dann die schon bestandenen Grundrechte niedergeschrieben und gegen Mißbrauch gesichert. In Deutschland aber ist die Freiheit zwar alt, aber der Mangel der Freiheit neu, man wußte sie nicht zu wahren. In England ist man Schritt für Schritt vorwärts gegangen, trotz der Kämpfe die auf die Niederlegung der Freiheiten in der magna charta folgten und bis zur Vertreibung der Stuarts fortdauerten; selbst in der Revolution von 1688 hat man nur das sanctionirt was sich bis dahin von selbst verstanden hatte. In Deutschland theoretisirt man ob die Volkskammern das Recht der Steuerverweigerung haben — in England kam das nie vor; das Parlament läßt keine Steuern erheben die es nicht bewilligt hat, aber von dem Princip selbst findet sich kein Wort in der Verfassung. Ebensowenig erörterte man je das Recht der Könige sich von Gottes Gnaden zu nennen, aber auf der andern Seite ist durch die Verfassung dafür gesorgt daß das göttliche Recht nicht zum Nachtheil der Verfassung ausgebeutet werden kann. Dieses ist ein praktisches Verfahren, und dasselbe beobachtet das amerikanische Volk. Als man sich dort von England lossagte, da war die Verfassung schon zur Zeit der Gründung der einzelnen nordamerikanischen Niederlassungen fertig gemacht; die Ansiedler hatten sich vom 16ten Jahrhundert her ihre Selbstregierung zu erhalten gewußt. So bestand alles bis auf die Verbindung unter sich. Denselben Weg muß man für Deutschland anempfehlen, nur mit dem Unterschied daß dort Republiken, hier monarchisch-constitutionelle Staaten zusammentreten. Selbst die analoge Bezeichnung „Vereinigte Staaten von Deutschland“ wäre der würdigste und bezeichnendste Ausdruck. Der Präsident von Nordamerika hat bei weitem nicht die großen Rechte die man in Frankfurt und Berlin dem deutschen Oberhaupt einräumte; denn er ist in vielen Fällen an Senats- und Congreßbeschlüsse gebunden. In Frankreich freilich ging man den ähnlichen Weg wie in Frankfurt, dagegen hat man dort auch seit 60 Jahren weder Ruhe noch Verfassung gefunden. In Frankfurt sollte der Bundesstaat wie Minerva aus Jupiters Haupt fix und fertig hervorkommen, und das Volk sollte dann hineingefügt werden. Deutschland will aber einfach eine starke Centralgewalt mit Volksvertretung und ein einiges Deutschland. Dieses will man schon lange, aber nicht eine Einheit die für die einzelnen noch lebensfähigen Staaten nicht paßt und darum unmöglich ist. Bayern hatte Recht eine Verfassung abzulehnen die es mediatisirt hätte, indem es ihm den Antheil an Entscheidung über Krieg und Frieden und die directe Verbindung mit dem Ausland raubt. Daß Oesterreich beitreten könne, hat es bewiesen, indem es selbst die Hand bot. Es wird zwar von der Centralisation die ihm ein Gebot der Selbsterhaltung ist, nicht abgehen, aber es wird sie nicht wie früher im absolutistischen Sinn mißbrauchen. Wie die Sprachverwirrung auf dem slavischen Congreß in Prag zur deutschen Sprache nöthigte, so wird man überhaupt die Centralisation anders aufgreifen müssen. Das Schwarzenbergische Rescript vom 9 März deutet bereits diesen Weg an, und es erscheint heute mehr als damals ausführbar. Den Ernst der österreichischen Absichten zeigt was neuerlich aus dem Handelsministerium hervorgegangen ist. Aber auch die Ministerien der Justiz und des Cultus gehen dort raschen Schritts vorwärts, und man will eine innere Einheit erzielen. Könnte man aber eine Einigkeit mit Oesterreich für unmöglich halten, dann bliebe freilich nichts übrig als mit Preußen und den übrigen deutschen Staaten sich zu verständigen. Deutschland aber in zwei Theile zu spalten, dieß wäre die unglückseligste Idee. Vom dynastischen Standpunkt wäre Bayern noch viel mehr mediatisirt, wenn bloß Süddeutschland Oesterreich beitreten sollte; und auch das Volk würde sich dem nicht fügen. Die Zeiten Josephs II sind nicht vergessen, das Landvolk um den Kochelsee denkt gar wohl noch an die Schlacht bei Sendling. Keinenfalls aber würden die fünf neuern Provinzen dieses System ertragen; sie hängen in allen ihren Interessen an dem übrigen Deutschland; es ist unmöglich sie davon loszureißen. Die oft erwähnte Mainlinie geht mitten durch Bayern. Doch es wird zu solcher Zerreißung nicht kommen. Wir bedürfen Oesterreichs und Preußens, und diese unser. Der Hr. Redner schließt mit der Billigung des Ministeriums, daß er auf dem eben gezeichneten Weg finde, und wünscht von ganzem Herzen daß es gelingen möge das Ziel noch zu erreichen, ehe es zu spät ist. Hiemit schließt der Präsident die Debatte. Graf **Armansperg** als Referent rechtfertigt in einem kurzen Schlußwort insbesondere den Ausschußantrag auf „dankbare“ Anerkennung gegen eine Beanstandung des Fürsten Hohenlohe.

♀ **München**, 16 Nov. Mit dem heutigen vorletzten Bahnzug traf hier der schon seit einiger Zeit erwartete Großherzog von Hessen mit Gemahlin zum Besuch bei seinen königlichen Schwiegereltern ein, und stieg im Wittelsbacher Palast ab. Mit demselben Bahnzug kam der gestern seiner Haft in Augsburg entlassene Landtagsdeputirte M. Reinhardt hier an, und wurde am Bahnhof von einer Anzahl seiner Gesinnungsgenossen von der Kammer empfangen. Prinz Wilhelm von Preußen hat heute Morgens das Hoflager in Nymphenburg wieder verlassen und ist nach Berlin zurückgekehrt; sein Sohn Adalbert wird noch längere Zeit dahier verweilen. — Generalmajor J. Frhr. v. Weinbach ist durch allerhöchste Entschließung pensionirt, und an seine Stelle der Oberst Karl v. Hailbronner vom fünften Chevaulegersregiment zum Generalmajor und Brigadier der Cavallerie ernannt worden; Oberstlieutenant Jordan vom vierten Chevaulegersregiment wurde zum Obersten im fünften Chevaulegersregiment befördert.

* **Bamberg**, 10 Nov. In Nr. 306 der Allgemeinen Ztg. ist von dem schönen Entwurfe des sel. Ohlmüllers zu einer großartigen deutschen und im deutschen Baustyle gedachten Ruhmeshalle die Rede, welchen der Künstler auf Befehl Sr. Maj. des Königs Ludwig fertigte. Es wird dort die Vermuthung geäußert daß der Plan noch in der Mappe des Verewigten ruhen möge. Ich finde mich durch die Aeußerung dieser Vermuthung veranlaßt Ihnen mitzutheilen daß dieser schöne, ganz vollendete, auf drei große und zwei kleinere Pergamenttafeln gezeichnete und herrlich illuminirte Bauplan, dem ganz detaillirte Kostenanschläge beigegeben waren, dessen Ausführung aber allerdings über zwei Millionen Gulden erfordert haben würde, von Sr. Maj. dem Könige Ludwig dem Schöpfer desselben mit den Worten zurückgegeben wurde, „es gefalle ihm derselbe außerordentlich, zu seiner Ausführung müßte er aber eine Goldgrube haben.“ Vielleicht war auch die rechte Zeit noch nicht dazu gekommen. Bis zu Ohlmüllers Tod verblieb dann der Plan allerdings in dessen Mappe. Einige Zeit hernach bot des Künstlers nun auch bereits seit vier Jahren verstorbener Bruder (Magistratsrath in Bamberg) als nächster Erbe (Ohlmüller war nicht verheirathet) den Plan mit allen Zubehörungen Sr. Maj. dem König Ludwig käuflich an, in der Ueberzeugung daß es nicht geeignet sey wenn derselbe in Privatbesitz bliebe. Der König ging jedoch nicht darauf ein. Darauf machte Ohlmüllers Bruder das gleiche Anerbieten dem Könige von Preußen, der sich den Plan zur Ansicht schicken, und sodann die Summe von 1000 Thalern dafür zahlen ließ. Es scheint aber als ob es weder dem Könige Ludwig „dem Deutschen“, wie wir ihn mit Recht nennen können, noch dem von der Nationalversammlung zum deutschen Kaiser gewählten Nachfolger Friedrich des Großen, vom Schicksale beschieden war diese Ruhmeshalle der Deutschen aufzubauen, und so möge denn Ohlmüllers Plan noch so lange schlafen als der alte Rothbart an seinem steinernen Tische. Die Entwürfe zu dem vollendeten Risse von Ohlmüllers eigner Hand, sowie auch seine Handzeichnungen zu der Ottocapelle befinden sich noch in den Händen der Erben. Diesen Notizen erlauben Sie mir einige Worte in Bezug auf die letzten Ehrenerweisungen beizusetzen welche die durch Talent und Geist nicht mehr als durch ein warmes Gefühl für alles Hohe und Edle ausgezeichnete Münchener Künstlerschaft den irdischen Resten ihres trefflichen Mitgenossen Ohlmüller, des Erbauers der herrlichen Auer-Kirche, am 29 Oct. bezeigt hat, als diese Reste auf den Befehl des seine Künstler auch nach ihrem Tode noch ehrenden Königs Ludwig vom Stadtfriedhofe aus nach ihrem letzten Ruheorte gebracht wurden. Sie haben sich und den Verblichenen dadurch auf gleiche Weise geehrt. Wenn es zu bedauern ist daß diese Feier eine nachträgliche war und nicht mit dem Act der Versetzung der Gebeine in diese letzte ruhmvolle Ruhestätte zusammenfiel, so scheint dieß durch denselben Umstand verursacht worden zu

seyn, der es den nächsten in Bamberg lebenden Verwandten des Baumeisters unmöglich machte der Feier beizuwohnen und ihren Gefühlen treuester Pietät dadurch zu genügen. Es gelangte nämlich erst am 23 Oct. Abends mit dem letzten Bahnzuge die Privatnachricht nach Bamberg an den Hrn. Professor D. Daumiller daselbst daß am andern Tage die Uebersetzung der Leiche in die Auer-Kirche stattfinden werde, und diese Nachricht wurde Tags darauf durch das Bamberger Tagblatt veröffentlicht. Aus irgendeinem Versehen scheint also überhaupt eine rechtzeitige Bekanntmachung der Sache unterblieben zu seyn.

Gr. Baden. * **Karlsruhe,** 15 Nov. Wenn seit lange bei uns fast alle umlaufenden Gerüchte über beschlossene oder beabsichtigte Regierungsmaßregeln sich als unbegründet erwiesen haben, so daß es einem zur Richtschnur werden mußte keinem „man sagt", auch dem wahrscheinlichsten, mehr Glauben zu schenken, so hat sich doch ausnahmsweise die Amnestie für Unterofficiere und Soldaten bestätigt, welche man auf heute als dem „Leopoldstag" erwartete, denn wirklich hat unterm heutigen das Kriegsministerium eine Verfügung erlassen, wonach alle in Untersuchung stehenden oder bereits abgeurtheilten Unterofficiere und Soldaten sofort freigelassen werden sollen, bei denen das Straferkenntniß oder der Strafantrag zwei Jahre Zuchthaus nicht überschreitet. Es belebt dieß unsere Hoffnung die öffentlichen Zustände nach und nach wieder in das ordentliche Geleise kommen zu sehen, und wahrlich es ist hohe Zeit daß dieß geschehe, soll nicht der Rest unseres häuslichen Wohlstandes vollends zu Grunde gehen. Möchte doch ja der ernstliche Versuch gemacht und die Wahrheit des Witzes wohl beherzigt werden, daß „bange machen nicht gelte." Denn das wird man doch nicht abwarten wollen bevor man den regelmäßig gesetzlichen Weg wieder allgemein betritt, daß alle jene bürgerlich und sittlich verkommenen Leute auf dem Land und in den kleinen Städten, welche die Bevölkerung der weiland demokratischen Vereine bildeten, daß der noch übrige Haufen jener wüsten Schreier vernünftig geworden, daß er den Wahnwitz, die Verworfenheit des bisherigen Treibens eingesehen, und Bürgschaft geleistet für ein redliches, gesetzliches Verhalten! Dürres Holz treibt keine frischen Aeste, und es kommt auch gar nicht darauf an; nicht darauf ob etwa in Thiengen Friedrich Hecker wieder in die Kammer gewählt, oder ob etwa an einem andern Ort ein ähnlicher Kraftstreich durchgesetzt werde, sondern das ist die Frage ob die große Masse durch die Ereignisse dieses Sommers belehrt worden, ob sie jetzt Charakterfestigkeit genug zeigen werde jener Minderheit von Wühlern und Umstürzlern einfach entgegenzutreten, und sie schon dadurch unschädlich zu machen, denn wenn dieß auch jetzt nicht geschähe, müßte man das ganze Spiel schlechtweg verloren geben; aber gar nichts rechtfertigt eine solche Unterstellung. Uebrigens hat die Ansicht welche Ihr Correspondent bereits vor Monaten ausgesprochen gewiß jetzt wenig Gegner mehr, die Ansicht nämlich: daß eine gründliche Heilung unserer tiefen Schäden innig zusammenhänge mit der allgemeinen Wiederherstellung eines befriedigenden Zustandes im gesammten deutschen Vaterland. Denn ohne ein solches wird der Fluch der Unfruchtbarkeit auf allem Mühen und allem Streben der einzelnen Staatsverwaltungen haften, wären sie auch dreimal fähiger, entschlossener, freisinniger als man es bis jetzt von der unsrigen zu rühmen vermöchte.

Thüringen. Die von der Conferenz thüringischer Regierungsabgeordneten zur Ausführung der Grundrechte bearbeiteten Gesetzentwürfe folgen rasch nach einander, und in **Weimar** werden sie nicht viel weniger rasch dem Landtag zur verfassungsmäßigen Erklärung vorgelegt. Die an letzteren gebrachten jüngsten zwei Gesetzentwürfe betrafen die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und des privilegirten Gerichtsstandes. In seiner 77sten Sitzung stellte der weimarische Landtag an die Regierung das Ersuchen sich mit den übrigen Regierungen wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichts in ganz Thüringen zu vereinigen. — Der zum Besuch bei der Herzogin v. Orleans gewesene Herzog v. Nemours hat am 10 Nov. mit seiner Familie die Rückreise nach England angetreten. — In Meiningen scheiden sich auf dem kürzlich zusammengetretenen Landtag nach der Frankf. Oberpostamts-Ztg. die Parteien so, daß die Linke noch 14 Mitglieder zählt, die Rechte durch die verschiedenen Nachwahlen bis zu 11 herangewachsen ist. — In Gera ist der Landtag am 26 Oct. bis zum 3 Dec. vertagt worden, nachdem er durch zweimalige Lesung eine Verfassung zu Stande gebracht hatte deren Sanction und Publication mit seinem Wiedereintritt erfolgen wird. Ueber das Veto ist in dieser Verfassung bestimmt daß der Fürst das absolute Veto in allen Verfassungsangelegenheiten, sowie in allen den Staatshaushalt und die Besteuerung betreffenden Punkten habe, dagegen in der übrigen Legislatur nur das suspensive Veto, wenn die fürstliche Verweigerung bis in die dritte Landtagsperiode (von je zwei Jahren) nach jedesmaliger Neuwahl der Abgeordneten und mit mindestens zwei Drittheilen der Stimmen für die gestellten Anträge sich erstreckte. Außer der Verfassung hatte der Landtag noch ein Recrutirungsgesetz und ein Collateralerbschafts-Steuergesetz vollendet, und die von thüringischen Conferenzen ausgearbeitete Gemeindeordnung unter Berücksichtigung der von der Staatsregierung gezogenen besonderen Erinnerungen großentheils durchberathen.

Preußen. **Berlin,** 14 Nov. Die National-Ztg. theilt die Anklageacte gegen Ohm und Waldeck mit. In diesem langen Document ist die Anklage selbst so formulirt: „Nach allen diesen Thatsachen muß Waldeck ebenso wie Ohm für schuldig erachtet werden: von einem Unternehmen, welches unter Erstrebung einer einigen untheilbaren social-demokratischen Republik, damit zugleich auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung des preußischen Staats oder gegen das Leben des Oberhauptes im Staate abzielte (§. 92 A. L.-R. II. 20), Mitwissenschaft gehabt zu haben, und da sie hiervon der Obrigkeit keine Anzeige gemacht haben, so werden beide auf Grund des §. 97 A. L.-R. II. 20 angeklagt: von einem hochverrätherischen Unternehmen Wissenschaft erhalten, es aber unterlassen zu haben davon der Obrigkeit Anzeige zu machen."

Oesterreich. — **Wien,** 14 Nov. Die Oest. Correspondenz schreibt heute: „Aus zuverlässiger Quelle hören wir daß die Erledigung der von dem im Mai v. J. zusammengetretenen croatisch-slavonischen Provinziallandtage gefaßten Beschlüsse nächstens erfolgen werde. Dieser Landtagsabschied dürfte die geeignete Brücke bilden um in den Bereich der in Croatien und Slavonien so unerläßlichen Reorganisation der administrativen und judiciellen Zustände zu gelangen. Die Pesther Stadtbehörde hat mittelst Publicandums vom 9 Nov. den Termin, bis zu welchem den magyarischen Inschriften bei Aushängtafeln und Schilden eine deutsche Uebersetzung beigefügt seyn muß, bis Ende d. M. erstreckt, zudem freigestellt ob der Inhaber nicht die Uebersetzung in eine andere Landessprache statt der deutschen vorziehen wolle, und alle dießfalls bisher verhängten Strafgelder nachgesehen. Wir wären nicht abgeneigt diese Concessionen als einen Schritt zum allmählichen Fallenlassen der Maßregel, welche die Lehre von der Gleichberechtigung nicht eben auf das treffendste illustrirt, anzusehen. In der Prager Zeitung lesen wir daß das Ministerium die entgeltliche Auflösung des Lehensverhältnisses im Sinne habe, und zu diesem Behuf einen Gesetzentwurf vorbereiten lasse. Bis dahin bleiben die Lehenspflichten noch zu Recht bestehend. Die Ernennungen der neuen politischen Behörden für Ober-Oesterreich sind bereits erfolgt, und werden demnächst kundgemacht werden. Die Besetzungsvorschläge für Mähren sind bereits schon an das Ministerium eingelangt. Die Wiener Handelskammer hat beschlossen dem Handelsministerium die Nachtheile darzulegen, welche die gegen die Cholera auf den jonischen und griechischen Inseln verhängten Contumazmaßregeln dem österreichischen Handel verursachen, und die um so eher zu beseitigen wären als die Cholera durchaus nicht contagiöser Natur ist.

* **Wien,** 14 Nov. Die schleswig-holsteinische Sache macht auch dem Lloyd Sorge. Er greift das Haus Augustenburg heftig an, dessen „häßliche Treulosigkeit" ihn anwidert. Der Lloyd gibt uns dagegen sein Wort daß Oesterreich ein entscheidendes Wort in der deutsch-dänischen Angelegenheit reden werde. Oesterreich würde die kleine Macht Dänemarks achten, aber auch den gerechten Ansprüchen Deutschlands nichts vergeben. Es werde den Schleswig-Holsteinern Amnestie auswirken, und sorgen daß Schleswig und Holstein constitutionelle Institutionen erhielten, der Anspruch Deutschlands auf das „dänische Schleswig" würde sicherlich aufgegeben werden müssen. Schließlich findet der Lloyd daß eine gesunde deutsche Politik Dänemark in seinem Bestand aufrechterhalten müsse, weil, wenn dieses einmal aufhören würde den Sund zu behaupten, der Wechsel einer Herrschaft über diese Meeresstraße keinen Vortheil für Deutschland bringen könnte. Sie sehen, darin ist alles oder nichts, viel oder wenig, wir hören weder ein Wort über die Erbfolge noch ein Wort über die politische und administrative Einheit Schleswigs mit Holstein.

Großbritannien.

Der Examiner scherzt über das Pariser Blatt Evènement, welches dem tollen Gerücht Glauben geschenkt daß eine Heirath zwischen Ludwig Napoleon und der reichen, aber nachgerade ziemlich in Jahren vorgeschrittenen Miß Angela Burdett Coutts in Aussicht stehe (die Dame war unlängst in Paris, und wurde durch Lord Normanby bei dem Präsidenten eingeführt); wobei jenes französische Journal, welches in Paris als eine Autorität über englische Dinge gilt, obenein den Schnitzer macht die Herzogin v. St. Alban's, von welcher Miß Burdett ihre Millionen geerbt, für identisch zu halten mit der berühmten Schauspielerin Siddons! — Die Mehrzahl der Londoner Blätter urtheilt übrigens zur Zeit keineswegs günstig über den Präsidenten der französischen Re-

publik, deren Lage sie zugleich, angesichts ihrer Finanznoth und der Zersetzung der politischen Parteien, in möglichst düsterem Lichte betrachtet. Der Pariser Correspondent der **Times** berichtet folgende Aeußerung eines, wie er sagt, ausgezeichneten Mitglieds der Majorität in der Nationalversammlung: „Wenn wir gegen einen etwa beabsichtigten Staatsstreich ganz hülflos dastehen, so haben wir's uns selbst allein zu verdanken. Wir sind in viele Fractionen zertheilt, und einhellig nur in einem Punkte — der Abneigung gegen den Präsidenten. Wir haben das Werkzeug in seine Hand gelegt das er wider uns gebrauchen kann. Unsere Leiter erklärten durch ihr Mundstück Thiers, in seinem letzten Bericht über die römische Frage, daß unsere Verfassung mangelhaft sey. Das war ein sehr unkluges Zugeständniß, und wenn der Präsident den Scharfsinn besitzt den ich ihm zutraue, so wird er dieses verhängnißvolle Wort zu seinem Vortheil ausbeuten. Hr. Thiers hat, wie wir andern, seinen Fehler zu spät eingesehen; — er läßt sich nicht mehr gut machen. Setzen wir den Fall, des Präsidenten Minister schlagen ein Hülfsmittel für dieses Verfassungsgebrechen vor, was kann Hr. Thiers antworten, da sie bloß auf seine Eingebung handeln? Zu einer Heilung in demokratischerem Sinne kann Hr. Thiers sicherlich nicht seine Zustimmung geben. Ich habe gesagt, wir lieben den Präsidenten nicht, aber wir sind gezwungen fast jeden Vorschlag anzunehmen den er uns macht. Wir müssen's thun um uns vor den Socialisten zu schützen, die über unsere Spaltung jubeln würden; um uns diese vom Leibe zu halten, müssen wir scheinbar einig seyn. Es handelt sich um Leben und Tod. Für jetzt müssen wir jedenfalls noch zum Staatsoberhaupt halten, wenn wir nicht der Gnade der Bergpartei überliefert seyn wollen. So glaub' ich in der That daß, ließe der Präsident sich morgen als lebenslänglicher Consul oder als Kaiser ausrufen, wir ihm Widerstand zu leisten kaum wagen könnten. Und alles das haben wir uns selbst zu danken!"

*** **London**, 10 Nov. Die Rede welche Disraeli am 31 October zu Aylesbury hielt, ist noch immer mannichfach der Gegenstand der Commentare in Tagesblättern und Wochenschriften; viele halten sie für das Programm der Protectionistenpartei für den nächsten parlamentarischen Feldzug, andere und zwar Disraeli's Freunde meinen, es sey im wesentlichen nur seine eigene Ansicht über das was die Protectionistenpartei mit der nächsten Parlamentssession zu thun und zu hoffen habe. Wahrscheinlich hält sich die Wahrheit in der Mitte; Disraeli hat nicht so gesprochen ohne mit einigen Führern seiner Partei, namentlich Lord Stanley, Rücksprache zu nehmen, eine officielle Berathung der Protectionistenpartei, welche übrigens, insoweit sie der höhern Gesellschaft angehört, auf ihren Landsitzen zerstreut ist, hat gewiß nicht stattgefunden. Es ist dieß aber auch nicht nöthig, denn im allgemeinen ist sie über die Hauptpunkte durchaus einig. Disraeli's Rede hatte zwei Hauptgegenstände zum Zweck: erstens zu zeigen daß die Localtaxen keine Localgegenstände, sondern allgemeine Landesgegenstände beträfen, somit von der Reichsschatzkammer und nicht von den Localitäten bezahlt werden sollten. Da diese Localtaxen 12 Millionen Pf. St. betragen welche auf dem Realeigenthum ausschließlich lasten, so ist der Gegenstand von großer Bedeutung, und es ist nicht ohne Wichtigkeit daß die Times die Billigkeit der Forderung nicht in Abrede stellen kann, aber großen Zweifel erhebt ob das Land geneigt seyn werde seine allgemeine Besteuerung um 22 Procent zu erhöhen. Der zweite und wichtigere Punkt ist der, daß Disraeli vorschlägt einen Theil der von Peel abgeschafften Zölle, namentlich auf Baumwolle und Korn, wieder herzustellen, und aus dem Ertrag einen Sinkingfond zu bilden, der die Lasten des Landes allmählich erleichtern könne. Damit wäre also eine Wiederherstellung des Schutzsystems gegeben. Bemerkenswerth ist daß Disraeli, ohne in nähere Angaben einzugehen, die Minister im allgemeinen als diesem Plan gar nicht abgeneigt schildert, und dieß ist in hohem Grade wahrscheinlich, wenn man erwägt daß die Minister sich nach dem Parlamentsschluß meist auf dem Lande aufhalten, wo sie fast nur mit dem begüterten Adel verkehren; so müssen sie durch alles was sie in solcher Gesellschaft vernehmen, auf die Folgen der freien Einfuhr von Landeserzeugnissen leicht aufmerksam geworden seyn, und es ist ganz natürlich daß sie sich dem Einfluß ihrer Umgebungen nicht entziehen können; das rasche Sinken des Ackerbaucapitals, die Unzufriedenheit der Pächter, das sporadische Auftreten Swing's, die Landarbeiterunruhen in Wiltshire, alles führt sie auf denselben Punkt zurück daß es eine Thorheit war mit der allerdings dem Handel verderblichen gleitenden Scala auch den Schutz des Ackerbaues überhaupt über Bord zu werfen. Wie weit die solchergestalt bereits gemachten Erfahrungen auf ein möglicher Weise verändertes Verhalten der Minister in der nächsten Parlamentssession einwirken werden, läßt sich freilich noch mit keinem Grad von Gewißheit behaupten, viele glauben die Scheu vor einer Beschuldigung der Schwäche und des Wankelmuths werde die Minister abhalten Schritte zur Aufhülfe der Pächter zu thun; nur von Lord Palmerston behauptet man daß er seine Collegen zu einem solchen Entschluß dränge, und in der That kann man von ihm mit Zuversicht behaupten daß er von allen Ministern die meiste Entschlossenheit und den nöthigen moralischen Muth besitzt. Ein bedeutendes Hinderniß ist Sir Robert Peel, der, durch sein Benehmen mit dem Ackerbau-Interesse persönlich verfeindet, hartnäckig seine Stellung behauptet, obwohl seine Partei in der letzten Session empfindliche Stöße und Abfälle erfahren hat. Wie dem aber auch seyn mag, die Aussichten auf die nächste Parlamentssession sind sehr ungewiß, und die entschiedensten Protectionistenführer rechnen erst auf die von 1851, indem früher die Bildung der Partei kaum vollendet seyn dürfte. Etwas ist indeß im Werke: schon Disraeli bemerkt, ein edler Lord, einst ein Freihändler und ein Kanzler der Schatzkammer, habe in Irland eine Bewegung zu Gunsten des Schutzsystems begonnen. Dieß ist Lord Mounteagle, weiland Spring Rice, der in einem Theil Irlands herumreist, Privatversammlungen hält, und von vielen Seiten her Berichte einzieht. Irland wird noch einmal die große Schwierigkeit werden: zwar ist dießmal eine reichliche Ernte eingetreten, die untern Classen leiden, nachdem die Jahre 1847 und 1848 eine Million Menschen hingerafft, gerade keinen Mangel, aber desto größer ist die Noth unter den mittlern Classen und den Gutsbesitzern: die Armen- und andern Localtaxen sind unmäßig, die Umlagen belaufen sich in sehr vielen Fällen auf 10 Schilling im Pfund, d. h. auf fünfzig Procent des berechneten reinen Einkommens; selbst Fälle von noch höherer Besteuerung kommen vor. Es ist geradezu unmöglich daß bei solchen Lasten das Land mit Vortheil angebaut werde. Der von Peel angeregte Plan, mit englischem Capital in Irland Grund und Boden zu kaufen, und mit englischem Fleiße anzubauen scheint in die Brüche zu fallen, denn englische Pächter die auf Beschau nach Irland gingen, fanden das Land so vernachlässigt daß sie im besten Fall 1 Pf. St. für den Acre Pacht zahlen wollten, wenn der Gutsherr die Armen- und andern Localtaxen übernehme. Dabei kann nun für einen Landbesitzer, wenn er den Boden nicht umsonst hat, kein Vortheil herauskommen, und der bedeutete Fall des Grundeigenthums gibt dafür die genügenden Beweise an die Hand; die Commission welche zur Regulirung der Verhältnisse überschuldeter Güter gegen Ende vorigen Monats nach langem Zögern endlich ins Leben trat, soll bereits sehr unangenehme und bedenkliche Aufschlüsse liefern. Die Armentaxe wird, wie O'Connell es vorausgesagt, für Irland zum Fluche, oder sie bringt mindestens die längst versteckte Krise zum Ausbruch, denn sie muß das Vermögen der kleinen und mittleren Gutsbesitzer aufzehren, und selbst das Peel'sche Project wird, wie schon erwähnt, daran scheitern, denn niemand wird sich auf einen Landkauf einlassen wenn man nicht weiß, ob nicht die Armentaxe mehr als die Hälfte der Einnahme verschlingt. Man fordert jetzt, um nur einigermaßen das Grundeigenthum zu retten, daß das Maximum dieser Localsteuern in Irland fixirt werde, allein wer soll die Lasten welche dieß Maximum übersteigen, tragen? Soll es Irland überhaupt seyn, so geht die Insel um so schneller einem nationalen Bankerott entgegen, und England wird sich auf die Länge bedenken jährliche Zuschüsse an die irische Armuth zu machen. Die kleinen irischen Pächter — von den kleinsten wurden im Verlauf der letzten Jahre über 150,000 von der Insel entfernt, und kamen mit den übrigen vor Elend um oder wandern aus — können, wenn sie selbst nicht hungern wollen, die alten Pachtschillinge nicht mehr zahlen, daher führen sie die Ernte gewaltsam fort und kümmern sich nicht um Gutsherrn und Steuereinnehmer; es mögen darunter manche seyn die nicht zahlen wollen, aber die Mehrzahl ist in der That zahlungsunfähig, und einer wird weichen müssen, der Gutsherr oder der Pächter. Da nun die letztern, d. h. fünf Sechstheile des Landvolks, nicht weichen können, so muß der Gutsherr zu Grunde gehen. Das ist in vielen Theilen des Landes die augenfällige Sachlage. Der Freihandel hat die lange chronische Krankheit zum Ausbruch gebracht, denn hatte schon früher der Pächter den Pachtschilling nur mit der größten Noth und eigenen Entbehrung aufgebracht, so wurde es jetzt wo die Landbauerzeugnisse um ein Drittheil ihres vorigen Preises fielen, ganz unmöglich. Diese Verhältnisse soll Lord Mounteagle erforschen, und an Material wird es ihm nicht fehlen. Auch aus Schottland wird zu gleichem Zweck Material gesammelt, aus England ohnehin, und zweifelsohne wird in der nächsten Parlamentssession ein Sturm auf das Freihandelssystem gemacht, ob auf das Ganze, oder vorerst nur um eine Wiedereinführung der Korngesetze herbeizuführen, das hängt wohl von Umständen ab. Wie lange eine Wiedereinführung des Schutzsystems für den Ackerbau noch ausbleibt, läßt sich freilich nicht sagen, aber lange kann es nicht mehr anstehen, denn der Rückgang des Ackerbaues muß sich fühlbar und empfindlich äußern. Bereits werden selbst die besten Freihandelsmänner stutzig, und das sinnlose Geschwätz, wenn England mit Ländern die besser durch das Clima begünstigt seyen, nicht im Landbau, namentlich in der Erzeugung von Weizen concurriren könne, so solle man den Weizenbau aufgeben und den Weizen einführen — das Geschwätz ist allmählich ver-

stummt. Der Ackerbau nimmt bei gehöriger Pflege, wozu auch der Schutz gehört, mit der Bevölkerung zu: England hat im Laufe dieses halben Jahrhunderts um 13 Millionen Menschen zugenommen, aber die Getreideeinfuhr ist von 1801 bis 1840 keineswegs in gleichem Verhältniß gestiegen: sie war in den ersten Jahren durchschnittlich 600,000 Quarters, im zweiten Jahrzehnt 458,000 Quart., im dritten 535,000, im vierten 907,000. Jetzt ist sie bedeutend gestiegen, weil der billigere Preis des Weizens ihn einer größern Masse zugänglich machte; aber diese unmäßige Zufuhr, wie sie jetzt bei gänzlicher Aufhebung des Zolls stattfindet, wird die wichtigste Industrie des Landes, den Ackerbau, allmählich herunterbringen, und die Folgen davon müssen auf die Industrie selbst zurückfallen. Diese ist inzwischen in gutem Flor, und erfreut sich einer starken Ausfuhr, die in den ersten 9 Monaten dieses Jahres um 8,295,554 Pfund mehr betrug als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres; nur die Maschinenausfuhr ist gesunken, was für den Fortschritt der Industrie auf dem Continent kein sonderliches Zeugniß ablegt. Oder haben die Maschinenfabriken auf dem Continent die englischen entbehrlich gemacht?

Frankreich.

Von politischer Bedeutung bei dem Industriefest war nur die Rede des Hrn. L. Bonaparte. Die des Hrn. Ch. Dupin, als Vorstands des Preisgerichts, war eine akademische Abhandlung über Handel und Gewerbe, ein Panegyrikus der im Moniteur vom 13 Nov. zu lesen ist, und den er, nachdem er das ungeduldige Publicum über anderthalb Stunden hingehalten, bei den immer offenbarer werdenden Merkmalen der Langweile sich genöthigt sah mitten im Redestrom abzubrechen. Ehe die Schriftführer des Preisgerichts auf Einladung des Handelsministers die dem Präsidenten gegenüber aufgestellten Preisträger aufriefen, erhob sich der letztere, und ließ sich also vernehmen: „Meine Herren! Indem ich euch den gerechten Preis empfangen sah für diese Arbeiten die den industriellen Ruf Frankreichs auf der ihm gebührenden Höhe erhalten, sagte ich mir: sie hat nicht dieses Gefühl der Ehre verloren — diese Nation, wo eine einfache Auszeichnung für alle Verdienste eine reiche Belohnung wird. Sie ist nicht entartet — diese Nation, die trotz ihrer Umstürze, eben als man die Werkstätten verödet und die Arbeit gelähmt glaubte, vor unsern Augen als einen Trost und eine Hoffnung die Wunder ihrer Erzeugnisse leuchten ließ. Der Grad der Gesittung eines Landes gibt sich zu erkennen durch die Fortschritte des Gewerbfleißes wie durch die der Wissenschaften und Künste. Die letzte Ausstellung darf uns stolz machen. Sie zeugt zumal von dem Zustand unserer Kenntnisse und dem Zustand unserer Gesellschaft. Jemehr wir vorrücken, desto mehr werden die Handwerke zu Künsten, wie es der Kaiser ankündigte, und desto mehr wird der Luxus selbst ein Gegenstand des Nutzens, eine nothwendige Bedingung unserer Existenz. Aber dieser Luxus, der durch den Reiz verführerischer Producte den Ueberfluß des Reichen anzieht um die Arbeit des Armen zu belohnen, gedeiht nur wenn der Ackerbau, in denselben Verhältnissen entwickelt, die Urreichthümer des Landes vermehrt und die Verzehrer vervielfältigt. Daher ist auch der Hauptplan einer aufgeklärten und besonders für die allgemeinen Interessen besorgten Verwaltung daß sie soviel als möglich die das Land drückenden Lasten erleichtert. Trotz der Sophistereien die täglich verbreitet werden um das Volk irrezuführen, ist es ein unbestreitbares Princip, das in der Schweiz, in Amerika, in England die vortheilhaftesten Ergebnisse geliefert hat — die Production zu befreien und nur den Verbrauch zu belasten. Der Reichthum eines Landes gleicht einem Fluß: wenn man die Wasser an der Quelle nimmt, so versiegt er; wenn man sie dagegen nimmt nachdem der Fluß groß gewachsen ist, so kann man eine reichliche Masse davon ableiten ohne seinen Lauf zu beeinträchtigen. (Beifall.) Der Regierung kommt es zu die guten Principien der Oekonomie festzustellen und zu verbreiten, die nationale Arbeit zu ermuthigen, zu schützen, zu ehren. Von ihr soll der Anstoß seyn zu allem was dahin zielt die Lage des Menschen zu heben, aber die größte Wohlthat die sie geben kann, diejenige woraus alle andern entspringen, ist die Aufrichtung einer guten Verwaltung, die das Vertrauen schafft und ein Morgen sichert. Vielleicht die größte Gefahr der modernen Zeiten kommt von dieser falschen Meinung die den Geistern eingeprägt wird, daß eine Regierung alles könne, und daß es die Wesenheit irgendeines Systems sey allen Forderungen zu entsprechen, alle Uebel zu heilen. Die Verbesserungen lassen sich nicht aus dem Stegreif dichten, sie entstehen aus den vorhergegangenen. Wie die menschliche Gattung haben sie eine Geschlechtsfolge, die uns erlaubt die Ausdehnung des möglichen Fortschritts zu ermessen und ihn von den Utopien zu trennen. Laßt uns daher keine eiteln Hoffnungen erregen, aber alle diejenigen erfüllen welche man sich vernünftig aneignen kann. Indem wir durch unsre Handlungen eine beständige Sorge kundthun für die Interessen des Volks, laßt uns zum Frommen derer die arbeiten diesen menschenfreundlichen Wunsch eines bessern Antheils an den Gewinnsten und einer gesicherten Zukunft verwirklichen. Wenn ihr, in eure Departements zurückgekehrt, in der Mitte eurer Arbeiter seyn werdet, so bestärkt sie in den guten Gesinnungen, in den gesunden Lehren, und durch die Ausübung dieser Gerechtigkeit welche jedem nach seinen Werken lohnt, mildert ihre Leiden, macht ihren Zustand besser. Sagt ihnen daß die Gewalt von zwei gleich lebhaften Leidenschaften beseelt ist — von der Liebe zum Guten und dem Willen den Irrthum und die Lüge zu bekämpfen. Während ihr so eure Bürgerpflicht erfüllt, werde ich, zweifelt nicht daran, meine Pflicht als erster Magistrat der Republik thun. Unberührt von den Verleumdungen wie von den Verführungen, ohne Schwäche wie ohne Prahlerei werde ich über eure Interessen wachen, welche die meinigen, meine Rechte aufrechthalten, welche die eurigen sind." Man sieht aus dem Eingang daß die Rede eigentlich abgefaßt ist um nach der Preisvertheilung gehalten zu werden. Der Präsident legte sie vorher ab, woraus man wohl zu dem Schluß berechtigt wird daß sie nicht von ihm ist. Besonders aufgefallen ist die Stelle über die Besteuerung, man will daraus folgern daß die Regierung für die Beibehaltung der Getränkesteuer sey, und dagegen den Weinbau in der Grundsteuer erleichtern wolle. Im allgemeinen scheint der Eindruck ein günstiger gewesen zu seyn.

Das orleanistische Programm des J. des Débats hat in der politischen Welt kein geringes Aufsehen erregt. Wie der parlamentarische Leiter der Legitimisten, Hr. Berryer, erklärt hat: der Graf v. Chambord könne nur als König nach Frankreich zurückkehren, so bekennt auch das ehemalige Hofblatt Ludwig Philipps daß es für die Prinzen des Hauses Orleans unmöglich wäre, wenn das Verbannungsdecret aufgehoben würde, als einfache Bürger in Frankreich zu wohnen, die Wache zu beziehen und die Dorfschulzen zu spielen (monter leur garde et être maires de leurs villages). Das sind republicanische Idyllen, an die es nicht glaubt. Diese Prinzen, versichert es, würden und könnten, wenn man sie hereinließe, keinen Bürgerkrieg erregen, aber sie könnten nur kommen um ihre Freunde zu besuchen, um bleiben zu können müßten sie in den Tuilerien wohnen. Der National, die Hauptschildwache der Republik, nennt diesen Artikel die Botschaft der orleanistischen Partei, oder der constitutionellen Monarchie, und urtheilt darüber: Es ist eine Kriegserklärung gegen das republicanische Princip, eine Aufforderung zum Umsturz der gegenwärtigen Regierungsform und zur Herstellung der monarchischen Form, unter Vorbehalt der Personenfrage, eine Aufforderung zur vorläufigen Eintracht an die verschiedenen Bruchtheile der sogenannten gemäßigten Partei, der Legitimität, Quasilegitimität und des Bonapartismus. Er sieht im Hintergrund den Bürgerkrieg.

Der Plan einer Arbeiter-Pensionscasse der in der Nationalversammlung verhandelt wird, ist aus zwei Vorschlägen hervorgegangen. Der eine von Hrn. Dufournel, aus facultativen Abzügen an den Löhnen eine Casse zu bilden, aus welcher dienstunfähig gewordene Arbeiter unterstützt werden sollen. Der andere, von Hrn. Lestiboudois, geht dahin diese Abzüge für gewisse Arbeiterclassen (in Manufacturen und Hüttenwerken die über 20 Arbeiter enthalten) obligatorisch zu machen, die Arbeiter zum Zurücklegen eines Nothpfennigs gesetzlich zu zwingen, er setzt voraus daß die Abzüge, centimenweise und durch Vermittlung der Dienstherren erhoben, welche den Betrag verdoppeln, niemand wehe thun werden, auch daß keine so beträchtliche Preiserhöhung davon zu fürchten wäre wie in England, das vorzugsweise für den auswärtigen Markt arbeitet, da die französische Industrie mehr auf dem innern Bedürfniß beruht. Nach seiner Berechnung würde eine Ersparniß von 15 Ct. in der Woche, vom 18ten bis zum 55sten Jahr fortgesetzt, eine Pension von 84½ Fr. ergeben, und durch eine gleiche Einzahlung der Dienstherren würde die Möglichkeit entstehen den Arbeitern über 55 Jahren, zu einem Zehntheil der Arbeitermasse angenommen, jetzt schon 70 Fr. jährlich angedeihen zu lassen — ein Betrag der später, wenn das Einlagensystem einmal in voller Wirksamkeit bestünde, zur Erhöhung der Ruhegehalte überhaupt verwendet, diese bei Mann und Frau über 300 Fr. erhöhen könnte. Hr. Lestiboudois hatte seine Auseinandersetzungen mit einem Ausfall auf den Socialismus gewürzt, als er nun von den „abscheulichen Lehren" sprach, rief eine grobe Stimme aus der Tiefe des Saals: „das heißt die Proclamation Carliers aufwärmen! Wißt ihr was der Socialismus ist?" Diese Reformen sind eine Art socialistischer Versuch der conservativen Partei, aber es ist kein rechter Ernst dabei, und dieser so wenig als der folgende Redner, Hr. Goldenberg, wußte die Versammlung zu erwärmen. Man ließ ihn einige Zeit darüber moralisiren daß es eigentlich nur Männer des Fortschritts, keine Socialisten im schlimmen Sinn geben könne (denn so unsinnig um die Gesellschaft zerstören zu wollen würden wohl nur wenige seyn), daß den strengsten Tadel diejenigen verdienen welche in einer höhern Stellung das Beispiel des Lasters und der Unsittlichkeit geben, Söhne von guten Familien, die, unwürdig ihrer Väter, in Schwelgerei und Wollust sich hervorthun — er hatte noch manche Seite seines Manuscripts umzuschlagen, da rief ihm einer zu: „Ei, Ihre Hundstare, das ist ein Fortschritt," und der

Präsident Dupin bemerkte: Ich habe den Redner schon zweimal erinnert daß er nicht bei der Frage sey, allein da seine Rede geschrieben ist, so kann er nicht darauf zurückkommen, und ich lasse ihn fortfahren. Endlich sprach Hr. Goldenberg das Wort: ich schließe, und der Ausdruck allgemeiner Befriedigung ging durch den Saal. Mag man auch noch so conservativ seyn, langweilen darf man deßwegen doch nicht. Um so leichter gelang es einem Redner der Linken, Hrn. Pelletier, wenn auch nicht mehr Interesse für die Sache zu erregen, doch sich Gehör zu verschaffen. „Ich weiß es, Bürger, wenn man sich bei den Mitgliedern der rechten Seite in Gunst setzen will, hub er an, so muß man seine Collegen der Linken hart anlassen, man muß von Plünderung, Brand, dem demokratischen Dolch reden, wie Hr. v. Montalembert, kurz mit all diesen Gemeinplätzen aufwarten. Unter allgemeinem Gelächter fuhr er fort: Da man diese Dinge täglich, bald in der Presse, bald auf der Tribüne, in einer neuen Melodie aufspielt, so will ich darauf antworten. Will man uns zum Vorwurf machen daß wir uns auf das Evangelium stützen, daß wir uns unter den Mantel der Kirchenväter stecken? (Mehrere Stimmen: Ihr habt sie nicht gelesen.) Will man sagen wir seyen radicaler, revolutionärer als die Kirchenväter? Nein, wir sind es nicht, das ist nicht möglich. Die Männer des Luxembourg sind nie so weit gegangen als die Basilius, die Chrysostomus, die Gregorius, Communisten von der größten Energie. Ich behaupte, wenn ein Republicaner diesen Grundsatz des Evangeliums als Gesetz formulirt auf die Tribüne brächte: der Ueberfluß ist euch nicht erlaubt wenn euer Bruder darbt, man würde ihn für einen Anarchisten nehmen und durch eine rügende Tagesordnung vom Rednerstuhle herabnöthigen." Diese Späße mundeten der Versammlung, und ein fortwährendes Gelächter begleitete sie. Freilich schlug der Beifall um als er die socialistischen Klaglieder anstimmte, von der Verlassenheit der Armen, der Tugend die auf dem Schmerzenslager im Spital sich härmt, indeß das vornehme Laster in Saus und Braus lebt, von dem ewigen Elend wozu der Arbeiter verdammt sey, von seiner Clientel als Höriger eines Dienstherrn bei Strafe Hungers zu sterben, da verwandelte sich die Heiterkeit in Murren, man rief rechts: das ist falsch! das ist falsch! Sie plaidiren für die Faullenzer, das sind Ihre Clienten." Die Linke secundirte ihm dafür mit ermunterndem Zuspruch, und bald hatte er auch wieder die Lacher auf seiner Seite. „Die Frage der Löhne, sagte er weiter, ist so alt als die Welt. Wir alle kennen die Bibel, wir lesen darin die Geschichte Esau's. Esau hat sein Erstgeburtsrecht verkauft weil er Hunger hatte. (Zustimmung und Widerspruch. Eine Stimme: Er liebte die Linsen zu sehr.) „Esau ist der Proletarier." Unter schallendem Gelächter gab er zuletzt, obwohl die Erwägung der vorliegenden Anträge nicht zurückweisend, seinen eigenen Plan: ich würde 350 Millionen entlehnen, ich würde eine Milliarde Papiergeld machen, ich würde 30 Mill. jeder meiner Banken geben, ich würde zu $3^1/_2$ Proc. borgen, zu 5 Proc. herleihen, also würde ich 27 Mill. gewinnen." Das waren ziemliche Abschweifungen von der Sache, Hr. Buffet lenkte wieder ein. Was ihm an dem Plan am besten gefällt, ist daß derselbe nicht den Dünkel hat das humanitarische Problem zu lösen, aber die Abzüge zwangsweise zu erheben scheint ihm ebenso unausführbar als unwürdig eines verständigen Volks, das durch die bürgerliche Freiheit, durch die Freiheit der Arbeit auch dahin kommen soll seine eigenen Geschäfte zu verrichten, diese wahre Freiheit zu finden wie sie geübt wird in den Händen des bewunderungswürdigen angelsächsischen Geschlechts, welches zeigt wie ein Volk sich selbst regiert.

Italien.

| **Neapel,** 3 Nov. Gestern Abend ist der Papst von seinem viertägigen Ausfluge nach Benevent wieder im Schlosse zu Portici eingetroffen. Der Empfang in der alten berühmten Stadt, welcher so selten das Glück zu Theil geworden ihre geistlichen Beherrscher in ihren Mauern zu sehen, war glänzend und herzlich, und Papst Pius, welcher im erzbischöflichen Palast beim Cardinal Domenico Carafa di Traetto wohnte (den Erzbischöfen von Benevent wie jenen von Neapel, welche meist den vornehmsten patricischen Geschlechtern angehören, wird gewöhnlich die Cardinalswürde zu Theil, welche auch dem gegenwärtigen neapolitanischen Erzbischof Sisto Riario Sforza verliehen ist), und alle Merkwürdigkeiten besichtigte, war mit diesem Empfang sehr zufrieden. Es heißt daß der Aufenthalt unsers hohen Gastes nun bald zu Ende gehen werde. — Die Maßregeln gegen den Benedictinerorden, deren in Ihrem Blatte schon ein paarmal gedacht worden ist, sollen durch zu freie Ansichten bei einzelnen Mitgliedern veranlaßt seyn; die Regierung von Parma hat dieß, zur Rechtfertigung ihres Verfahrens, amtlich bekannt gemacht, und die polizeilichen Untersuchungen, welche, wie es heißt, hier in Betreff mehrerer Mönche von Monte Cassino vorgenommen worden sind, deuten auf denselGrund hin. Wie dem auch seyn möge, so wäre zu wünschen daß man in beiden Fällen sich nicht etwa mit einem summarischen Proceß begnügte, sondern Vergehen und Urtheil specificirte. Die Maßregeln gegen di Jesuiten haben selbst da wo man für die Gesellschaft keine Vorliebe hegte, einen zu übeln Eindruck zurückgelassen als daß man in ähnlichem Falle ohne förmlichen Proceß und motivirten Spruch verfahren sollte, denn die Umstände sind nicht dieselben wie z. B. zu S. Carlo Borromeo's Zeit bei Aufhebung des Humiliatenordens. Es mag seyn daß hie und da ein Jünger des heil. Benedict liberalerer Politik gehuldigt als mit dem Stande dem er angehörte, wie mit den allgemeinen Tendenzen verträglich gewesen; aber man sollte erstens bedenken wie verworren die Zeiten und wie wechselnd seit drei Jahren die Verhältnisse des h. Stuhls (der Pater Luigi Tosti, einer der am meisten Angeschuldigten, weil einer der Gelehrtesten und Thätigsten, widmete vor etwa anderthalb Jahren dem Papste seine **Storia della Lega Lombarda**, aus welcher man ohne große Mühe manches herausconstruiren könnte was jetzt, wenn nicht kirchlich, doch politisch sehr ketzerisch erscheinen dürfte), andrerseits sollte man nicht außer Acht lassen was die Welt dem Benedictinerorden verdankt, und wie gefährlich es ist in einer Zeit wo die Ehrfurcht, ja die Achtung vor dem Klerus sich doch schon so sehr gemindert hat, durch Polizeimaßregeln, bei welchen infulirte Aebte nicht viel besser denn Lazzaroni behandelt werden, den Rest von Deferenz beim Volke zu zerstören und den Priesterstand herabzuziehen. Nur wo der Altar geehrt ist, kann der Thron feststehen. Gendarmen und Polizeibeamte auf Monte Cassino können aber bei der Menge nur den widerwärtigsten und schädlichsten Eindruck hervorbringen. Wie verschieden sind die Zeiten von denen in welchen Torquato Tasso nach den Stürmen des Hof- und Weltlebens in dem hiesigen Benedictinerkloster S. Severino (dem Kunstfreund durch die Fresken des Zingaro und Giovanni da Nola's Sculpturen lieb und werth), Einsamkeit und Frieden suchend, diese Mauern und Gänge als „**Nobil porto del mondo e di fortuna — di sacri e dolci studj alta quiete**" mit dankbarem Herzen begrüßte!

** **Neapel,** 8 Nov. Der hiesige französische Gesandte, Hr. v. Rayneval, dessen Name in den römischen Angelegenheiten so oft genannt worden ist, erhielt heute durch ein von Toulon angelangtes Dampfboot die Nachricht seiner Ernennung zum auswärtigen Minister in dem am 31 v. M. gebildeten Cabinet. Es heißt er habe die Ernennung nicht angenommen und das Boot werde sogleich wieder abgehen. Das Erstaunen welches dieser plötzliche Wechsel erregt ist außerordentlich, und man befürchtet neue Complicationen in der päpstlichen Sache, die ihrer Lösung nahe schien. Die abschlägige Antwort des Hrn. v. Rayneval wird übrigens als eine Deutung angesehen daß dieß Ministerium nicht mehr Lebensfähigkeit habe als das improvisirte spanische, zu welchem man von hier einen Marineminister holte, und unter Ludwig Philipp das des Herzogs v. Bassano. Auf die als bevorstehend gemeldete Abreise des Papstes wird dieser Wechsel warscheinlich hemmend wirken. — Die Eröffnung des großen Processes gegen die der Theilnahme an der Mai-Revolution des v. J. Beschuldigten, welche die hiesigen gewöhnlichen Gefängnisse und selbst Fort S. Elmo füllen, wird stets erwartet, ohne daß man bis jetzt etwas zuverlässiges über den Zeitpunkt wüßte. Je größer die Zahl der Familien ist deren Mitglieder dabei passiv betheiligt sind, umsomehr sehnt man sich nach einer Entscheidung. — An die Stelle des Grafen Chreptowitsch ist Hr. v. Schöpping als Geschäftsträger, an die des Fürsten de Ligne Hr. De Meester v. Ravestein in gleicher Eigenschaft gekommen. Der vormalige russische Gesandte in Rom, Hr. v. Potemkin, ist gestern nach langer Krankheit hier gestorben. — Das in frühern Jahren um diese Zeit schon so belebte Neapel ist noch immer stille, natürlich abgesehen von dem nie endenden Straßenlärm; die Gasthöfe und Hôtels garnis sind leer und man hört nichts als Klagen. Die Theater machen schlechte Geschäfte, und man befürchtete schon einen vollständigen Bankerott der rathlosen Administration. In geselliger Beziehung ist es leblos, obgleich nun die letzten Sommergäste von Castellamare und Sorrento zurückgekehrt sind. Die einzige Spur von Bewegung bemerkte man neulich am benachbarten Lago d'Agnano, wo man bis jetzt nur die an armen Hunden operirten Erstickungszufälle in der bekannten Grotte ansehen ging, während nun der Graf von Aquila k. Hoh., ein Liebhaber von schönen Pferden und Hunden, Steeple Chases daselbst zu etabliren denkt. Bereits fand ein vorbereitender Versuch statt; hoffentlich hat man nicht so traurige Folgen zu beklagen wie in der Campagna di Roma.

Neuestes.

Würzburg, 16 Nov. Gestern wurde Hr. Kaufmann Karl Mayer von hier, der sich als politisch Angeklagter seit einem Vierteljahr hier in Untersuchungshaft befand, entlassen. (Würzb. Ztg.)

Dresden, 15 Nov. In der ersten Kammer wurde heute Georgi zum Präsidenten gewählt, mit 17 Stimmen unter 34. Dr. Joseph hatte 15; erster Vicepräsident ward Schenk mit 18 Stimmen (Joseph als Gegencandidat hatte 14), zweiter Mammen mit 18 (Joseph als Gegencandidat hatte 14).

Berlin, 12 Nov. Die neueste in Form einer Depesche hier angelangte hannoverische Erklärung in der deutschen Frage, worin gegen alle ferneren Beschlüsse des Verwaltungsraths Protest eingelegt wird, insofern nicht Abgeordnete sämmtlicher deutschen Staaten daran theilnehmen, wird und kann nicht verfehlen für diese Verhältnisse entscheidend zu werden. Bei der gegenwärtig auch hier immer mehr Platz greifenden Anschauung ist dadurch vielleicht dieser Reichstag selbst noch von neuem ganz in Frage gestellt, wiewohl die preußische Regierung die Wahlen dazu nunmehr mit Gewißheit ausschreiben wird. Wir bemerken in Beziehung auf die hannoverische Note nur noch zum Schluß daß dieselbe in einer in der diplomatischen Welt fast unerhörten Sprache abgefaßt ist; es verbieten uns Rücksichten für jetzt eine Mittheilung derselben, einen Begriff wird man sich aber machen können wenn wir anführen daß sie z. B. mit den Worten beginnt: „Mit Erstaunen hat die Regierung Sr. Maj. des Königs davon Kunde erhalten daß der sogenannte Verwaltungsrath noch nach wie vor seine Thätigkeit fortsetzt", und wenn wir endlich noch hinzufügen daß an einer andern Stelle derselben von „dem königlich preußischen Bundesstaat" die Rede ist. (Wes. Z.)

∸ **Berlin,** 15 Nov., Mittag. Vor Abgang des Eisenbahnzuges in Kürze, was mir als zuverlässig erzählt wird. In der Decker'schen Hofbuchdruckerei lägen die Placate gedruckt welche die Wiederaufnahme des Belagerungszustandes verhängen, demnächst eine Verfügung welche die Ablieferung der Privatwaffen anordnet. Man will heute am frühen Morgen General Wrangel recognoscirend durch die Theile der Stadt reiten gesehen haben, welche an das Köpnicker Feld gränzen. Daß diese Maßregel, die uns nach den letzten Kammerverhandlungen überrascht, mit dem bevorstehenden Waldeck'schen Proceß in Verbindung steht, ist außer Zweifel. Indeß muß man ihre Wurzeln in den Demonstrationen beim Robert Blum-Fest suchen. Die Erbitterung wegen Aufhebung dieser Feierlichkeiten ist in den demokratischen Kreisen des Volkes sehr groß. War und ist dieß aber nur eine momentane Aufwallung, war das Fest nur eine Gegendemonstration gegen die Feste zu Ehren des Ministeriums Brandenburg, oder war es das Symptom einer tiefern Gährung, ja gefährlicher Plane, für welche der Umstand, wenn er wahr ist, spricht daß sich die Demokraten Zündnadelgewehre verschaffen wollen? Die Sache, der Plan zu einem ernst gemeinten Aufstand, und jetzt, scheint so unglaublich daß man dem Entgegengesetzten Raum zu schenken geneigt ist, daß es eine Finte der Reaction sey. Und doch ist diese ebenso unglaublich, ja unmöglich, wenn man die Persönlichkeiten des Ministeriums und seiner wirklichen Anhänger in Anschlag bringt. Die Anklage gegen Waldeck steht in den Zeitungen. Auch sie kann natürlich nur aufregend wirken, welcher Meinung man auch huldige.

* Briefe aus **Berlin** vom 15 Nov. Abends enthalten nichts weiter als daß die unbestimmten Gerüchte fortdauerten, die möglicherweise leere Sagen waren.

*† **Salzburg,** 16 Nov. In Ihrem Blatte vom 14 d. enthält ein Artikel aus Wien vom 10 Nov. die Nachricht daß Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter den Höchstdieselbe zur Rückkehr nach Wien einladenden Deputationen den traurigen Bescheid gegeben habe: „Es ist vorbei, doch nicht vergessen was ich einst in Wien erdulden mußte." Ihre Maj. haben solche Worte nicht ausgesprochen — ja es war vielmehr der Wunsch derselben nach Wien zurückzukehren, und nur der ausgesprochene Wille Sr. Maj. des Kaisers veranlaßte die hohe Frau für den Winter nach Salzburg zurückzukehren. Käme diese Berichtigung auch nicht aus einer ganz verläßigen Quelle, so dürfte es an und für sich schon kaum glaubbar gewesen seyn daß die als so liebevoll bewährte Kaiserin die erwähnten herben Worte gesprochen habe.

§ **Wien,** 15 Nov. Den neuesten, bis zum 4 d. reichenden Nachrichten zufolge, ist die gesammte zurückgebliebene magyarische Emigration nach Schumla transportirt worden. Der erste Zug, bestehend aus 400 Polen, und geführt vom General Bem — gegenwärtig Murat-Pascha — dem sich auch Meszaros und der Graf Bay angeschlossen hatten, ist bereits am 30 October dahin abgegangen. Tags darauf zogen 102 Italiener unter dem Grafen Monti dahin, und am 1 November setzte sich der dritte Zug aus sämmtlichen Renegaten, mit Ausnahme Bems und Balogh's bestehend, dahin in Bewegung. Dieser Zug, 165 Köpfe stark, stand unter der Anführung des ehemaligen Insurgentenchefs Stein, der gegenwärtig den Namen Fehrad-Pascha angenommen hat, auch schloß sich demselben Kmety, jetzt Kiamil-Pascha, sammt Gefolge an. Der Rest, bestehend aus Magyaren und einigen Fremden, im ganzen 320 Mann, zog am 3 Nov. ab. Kossuth trug auf seinem Hute eine weiße Feder, ihm zur Seite ritten der Graf Casimir Batthyany, die beiden Perczel, Balogh und der Pole Przyemski. Die Gräfin Casimir Batthyani fuhr in einem besondern Wagen, und etwa vierzig andere Frauen folgten dem Zuge, theils zu Wagen, theils zu Fuß.

London, 14 Nov. In Folge Ablebens des Flottenadmirals Sir. J. H. Whithsheb hat ein Vorrücken in den höchsten Commandoposten der Flotte stattgefunden. Zum Oberadmiral ist jetzt Sir T. B. Martin, bisheriger Admiral der rothen Flagge, ernannt.

Paris, 14 Nov. Die Verhandlung über eine Versorgungsmaßregel zu Gunsten der arbeitenden Classe hat vorläufig die Frucht getragen daß Hr. Dumas, der Handelsminister, der das letzte Wort hatte, versprach demnächst über diesen Gegenstand einen ausgearbeiteten und umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen. In der heutigen Sitzung wurde dem Kriegsminister ein außerordentlicher Zuschuß von 37,967,300 Fr. bewilligt — der größte Theil dieser Summe kommt auf den Römerzug, und dieser Kostenaufwand wird nicht der letzte seyn. Dann theilte der Finanzminister Hr. A. Fould den ungeduldig erwarteten Finanzplan mit. Die Getränksteuer bleibt, die Einkommensteuer wird zurückgenommen, ein Anlehen scheint nicht nothwendig. Vorgeschlagen sind Abänderungen der Registrirungsabgabe und der Brieftaxe (jedoch mit Beibehaltung der einigen Taxe), die Niedersetzung einer parlamentarischen Commission, um eine weniger lästige Erhebungsform der Getränksteuer auszumitteln, endlich eine Reform der Bankeinrichtungen. Durch dieses Mittel und durch Bewirkung von Ersparnissen, namentlich dadurch daß die Generaleinnehmereien aufgehoben und die Einzüge des Staatseinkommens durch der Bank besorgt werden sollen, hofft der Minister im nächsten Finanzjahr, ohne Vermehrung der schwebenden Schuld, durchzukommen. Der ganze Plan wurde sehr gut aufgenommen, und nicht an eine besondere Commission, wie die Opposition wollte, sondern an die ordentliche Finanzcommission verwiesen. Das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten soll jetzt an Hrn. Drouin de Lhuys, bisherigen Gesandten in London, aber seit einigen Tagen in Paris, vergeben seyn. Nach der Patrie ist der Zwist mit Marocco beigelegt.

Turin, 14 Nov. Die Deputirtenkammer hat sich endlich von der Nothwendigkeit überzeugt den Friedensschluß mit Oesterreich sich ohne weitere Discussion gefallen zu lassen. Das Ministerium hat eben mehrere Vorlagen zur Hebung der sardinischen Handelsmarine gemacht. Mit Toscana ist ein günstiger neuer Handels- und Schifffahrtsvertrag angebahnt. — Die Opinione meldet daß die Oesterreicher im Begriffe sind ein Beobachtungscorps bei Piacenza zusammenzuziehen. Feldmarschall-Lieutenant Wimpffen reiste am 6 Nov. von Bologna ab. Nach den Marken sind neue Truppen instradirt.

Genf. Der Wahlsieg der Radicalen (mit sehr kleiner Mehrheit) hat sich bestätigt; der Staatsrath ist wieder gewählt.

Rußland. Englische Blätter wollen wissen: Rußland habe mit den Tscherkessen Friedensunterhandlungen angeknüpft und ihnen sehr günstige Bedingungen angeboten.

* Ein uns eben eingesandter Brief aus **Belgrad** vom 10 Nov. bestätigt vollständig und mit vielem Detail die obigen Wiener Nachrichten von der Ueberbringung der Flüchtlinge von Widdin nach Schumla.

Konstantinopel, 3 Nov. Die brittische Flotte unter dem Oberbefehl Parkers hat im Thal Barbieri Anker geworfen. Sie besteht aus sieben Linienschiffen, vier Dampfbooten und einer Fregatte. Die französische Flotte soll bereits in Lemnos angelangt seyn. (Lloyd.)

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 30 Oct. Bis zu diesem Tage hat das Dampfboot „Niagara" Nachrichten nach England mitgebracht, die jedoch nur commercieller Natur sind; namentlich melden sie auch nichts neues aus Canada. Der Handel war lebhaft, die Frachten im Steigen. United States Sixes 114; Treasury Notes $112\frac{1}{2}$; Pennsylvania 89. Curs auf London $110\frac{1}{4}$. $\frac{1}{2}$. Das Schiff hat für 60,000 Pf. St. Species mitgebracht.

Paris, 14 Nov. 3proc. 57; 4proc. 69 40; $4\frac{1}{2}$proc. 80; 5proc. 90.5; Bankactien 2375; belg. 5proc. $95\frac{1}{2}$; Anleh. v. 1842 95; $4\frac{1}{2}$proc. $87\frac{1}{8}$; belg. Bank 710; neap. 5proc. 90.50; röm. 82; span. 3proc $35\frac{1}{2}$; Hayti 195; piem. 5proc. 83.15; Oblig. v. 1834 970; v. 1849 885; Vers. E.-B. rechte 211.25; linke 170; Paris-Orleans 737.50; Rouen 525; Straßburg 356. 25; Nordbahn 440; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 222.50; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 301.25; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 180; Montereau-Troyes 112.50.

Augsburg, 17 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{3}{8}$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 644 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Met. $87\frac{1}{2}$ P., 87 G. Bankactien II Sem. 1110 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 16 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{3}{8}$; Bankactien 1321; Ludwigsh.-Berbach $84\frac{7}{8}$; Taunusbahn 294; Disconto $2\frac{1}{2}$ Proc.

♀ **Wien,** 15 Nov. Heute, als am heiligen Leopolditage, war die öffentliche Börse geschlossen. Das Geschäft im Börsenkaffeehause beschränkte sich auf Umsätze in 5proc. Metalliques, dem neuen Anlehen und Nordbahnactien, deren Curse keine erheblichen Schwankungen darboten. Die 5proc. Metall. schlossen fest $94\frac{9}{16}$ — $\frac{5}{8}$. $4\frac{1}{2}$proc. Metall. des neuen Anlehens $84\frac{3}{16}$ — $\frac{1}{4}$, und Nordbahnactien $108\frac{7}{8}$—109. In andern Effecten kein Verkehr.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Ein Blick nach Osten und Westen. — Berlin und die Kammern. — Paris. (Die Verurtheilungen der Hochjury und die Freisprechungen der Departementaljuries.) — Ausgrabungen bei Neapel. — Verwaltungsstatistik des Kirchenstaats. — Spanien. (Madrid.) — Konstantinopel. (Schreiben des Sultans an Kaiser Nikolaus.) — Aus Indien. — Neuestes. (Berlin.)

Ein Blick nach Osten und nach Westen.

—ch **Wien**, 12 Nov. Heute herrscht wieder Sonntagsruhe in der Journalistik unserer Hauptstadt, und die Provinzialblätter geben, ohne selbständige Fragen zu behandeln, nur einen Abklatsch der Wiener Zeitungen von der vergangenen Woche. Will man nicht den Blick auf den äußersten Osten Europa's richten, bis er über die Dächer der Aja Sofia hinaus am Serai oder dem neuen Palaste des Sultans in Tscheragan haften bleibt, so findet sich für den Augenblick nach dieser Richtung hinaus kein Gegenstand für das politische Auge. Ich habe in Ihrem Blatte vor einigen Wochen die „Dinge am Bosporus" in ihre einzelnen Bestandtheile zerlegt; die Interessen welche in dieser Meerenge von den verschiedenen europäischen Reichen aus auf einander stoßen, sind natürlicherweise seit jener Zeit dieselben geblieben. Aber auch die Frage ob sie schon jetzt zu ihrer Geltung das Schwert ziehen werden, ist kaum weiter beantwortet worden als sie es damals war. Darf ich hier eine individuelle Ansicht aussprechen, so muß ich Ihnen gestehen daß ich an den baldigen Ausbruch dieses doch nun einmal nicht zu vermeidenden Kriegs glaube; vielleicht bin ich in meiner Auffassung der Verhältnisse durch den Wunsch influirt daß er losbrechen möge. Wird es doch ein Kampf zwischen Rußland und England seyn. Bisher hat man oft angenommen daß die Linien dieser beiden Mächte in Asien friedlich parallel liefen ohne sich zu kreuzen; aber dieses ist nur bei ihren Ansatzstellen an der kleinasiatischen Küste und dem Pontus der Fall. Weiter im Innern convergiren sie immer mehr, bis sie zuletzt in Persien ihren Schneidepunkt finden. Der Streit um die Türkei ist dabei für Rußland wie für England nur erst die Vorfrage um die Stellung bei ihrem Zweikampfe. Rußland muß mit seiner Flotte die Dardanellen doubliren können, ehe es die Fersen fest in den Boden zu stampfen vermag, und gerade deßwegen muß England ihm die Symplegaden verschließen. Es ist eine große Thorheit zu glauben das Cabinet von St. James meine es irgendwie ehrlicher mit der Türkei als das Cabinet von St. Petersburg — eine Thorheit die vielleicht nur von der Unwissenheit noch übertroffen wird welche sich einbildet der Divan täusche sich über die Endziele beider. Trotz des trefflich staatsmännischen Buchs von Urquhart über die Türkei ist jener Regenerationsproceß, in welchem sich dieselbe seit den letzten dreißig Jahren befindet, dem westlichen Europa so gut wie verborgen geblieben. Die „altersschwache Pforte" ist nun einmal die laufende Redensart, durch Caricaturen u. s. w. der Menge in ihren Gedanken noch geläufiger gemacht; daher läßt so ziemlich jede politische Combination dieselbe beim ersten Stoß zusammenstürzen. Und doch darf ich Sie aus eigener Anschauung versichern daß das türkische Heer durch preußische Officiere sehr gut eingeübt ist, und daß die Regierung im Frühling 1848, drei Wochen nach dem Eintreffen der Nachricht von der französischen Revolution, fünfzehn Kriegsschiffe, eins schöner als das andere, „kantig und klar", wie man im Bremerhafen zu sagen pflegt, vor Scutari liegen hatte. Von der Seeseite her ist Konstantinopel äußerst schwer anzugreifen. Der Eingang von dem schwarzen Meere ist kaum weniger stark an Batterien, deren ganzes System bis zu den Dardanellen hin der preußische Graf Kuschkoffsky leitet, als jene westlichen Thorhüter . . . „Wie wollen Sie," sagte mir zu jener Zeit der Lieutenant Jungmann, als uns auf dem Balkon des Gasthauses zu Bujukdereh die niedliche Mailänder Wirthin den goldenen Massala einschenkte, „wie wollen Sie mit einer Flotte in diesen Fluß hineinkommen? Von beiden Ufern werden Sie durch die Landkanonen bestrichen, und in der Enge selbst genügen zwölf Schiffe um in dreifacher Linie mit stets glatten Lagen jedes Ansegeln zu vereiteln. Zu dieser Operation bedarf es gar keiner gewandten Seemanöver, dazu genügt selbst noch jener alte Vierdecker den Sie bei Fanar verfaulen sehen, ohne Mast und Steuer, nur vor Anker breit hingelegt!" Und daß der L i e u t e n a n t Jungmann sich auf den Seekampf verstand, hat ein Jahr später der M a j o r bei Eckernförde bewiesen. Auf dem Wasser hat die Türkei Rußland nicht zu fürchten; ob auf dem Lande ist eine andere Frage. Denkt man jedoch an ihre Doppelstellung zwischen Rußland und England, und erwägt man daß England sie mit Landtruppen im Fall des Kriegs nicht sonderlich unterstützen kann, so wird der Divan sich wohl hüten eine englische und französische Flotte selbst zu seiner angeblichen Hülfe durch die Dardanellen zuzulassen; denn einmal erst auf dem goldenen Horn angelangt, dürfte es dem erfindungsreichen England nicht an Vorwänden zum längern Verweilen fehlen. Wenn sie den Statusquo nicht erhalten können, so werden die schlauen türkischen Diplomaten Rußland und England zu engagiren suchen, um sich dann schließlich durch Oesterreichs Vermittlung auf ein neutrales Gebiet zurückzuziehen. Denn Oesterreich hat ein kaum kleineres Interesse an dem Fortbestand der Pforte als diese selbst. Auch Oesterreich kann einen Krieg zwischen England und Rußland eben nicht zu ängstlich meiden; für seine Verhältnisse im Nordwesten möchten sich während eines solchen Kampfes viele günstige Chancen bieten, vorausgesetzt daß es im Osten sich seine Donau frei zu erhalten weiß.

Wenn ich nun nach diesem flüchtigen Blick gegen den Osten mich auf meinem Standpunkt gen Westen wende, so liegt es gegenwärtig nicht in meiner Absicht Oesterreichs Interessen nach dieser Richtung hin zu verfolgen. Nur einen Punkt möchte ich etwas schärfer ins Auge fassen, das Mißtrauen nämlich welches jetzt die von Wien ausgehenden ökonomischen Reformanerbietungen im übrigen Deutschland, und zwar unter vielen Ehrenmännern vorfinden. Wenn preußische Blätter die bekannten Vorschläge des Justiz- und Handelsministers als das Linsengericht hinstellen für welches die Erstgeburt der geistigen oder besser moralisch-politischen Güter eingetauscht werden soll, so ist das so weit ganz in der Ordnung. Der Stoß den Preußen durch die Verlegung des ökonomischen Schwerpunktes nach Wien erleidet, ist zu heftig als daß man nicht zu Berlin die Politik von Lord Palmerston nachahmen sollte, der ja bekanntlich auch an die „Freiheit" der Völker appellirt, wenn es gilt unter diesem Mantel die gewünschten Kastanien an sich zu ziehen. Daß aber auch andere Jourale oder Privatstimmen in diesen Chor mit einstimmen, und namentlich wegen der gefürchteten „Finte" jetzt am nachdrücklichsten auf den Anschluß an Preußen dringen, ist schwerer begreiflich. Hat denn etwa Preußen, so frage ich, euer rückhaltloses Vertrauen so belohnt? Ich sollte denken die Herren von Gotha könnten über dieses Thema sehr wehmüthige Variationen singen. Hat euch Preußen bisher auch nur das Geringste mehr gegeben als Redensarten? Oesterreich dagegen bietet bestimmte Ansatzpunkte für politische Hebel, fühlt ihr euch denn nicht Manns genug um kräftig eure Stange in dieselben hineinzustecken! Es liegt so etwas Weibisches, so ein Zugeständniß der eigenen Schwäche in diesem ewigen Lamento über Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit.

„Was man mit Händen halten kann,
Das soll man auch mit Händen greifen."

Denn sonst hat man sich nur bei sich selbst zu beklagen, wenn die alten Zustände zurückkehren, da man es ja zu ihrer dauernden Beseitigung an dem eigenen Mitwirken fehlen ließ in dem Moment als es galt alles dafür einzusetzen. Hat uns nicht der kleine Zollverein gelehrt, was für eine Basis die ökonomische Grundlage für die politische Entwicklung abgibt? Sollen wir für den Aufbau des „großen einigen mächtigen Deutschlands" (für das gar kein anderer Ausbau als ein ehrlich constitutioneller möglich ist, wenn man nicht in die Luft bauen will) das ökonomische Fundament, wie es die Wiener Vorschläge schaffen wollen, verschmähen? Wie klein und schwach wäre doch eine Politik welche sich einer solchen Möglichkeit gegenüber mit einem Anderthalb-Königsbunde begnügen wollte!

Berlin und die Kammern.

∸ **Berlin**, 13 Nov. Gestern vor einem Jahr war ein banger Sonntag für Berlin. Am Tage vorher war die Bürgerwehr aufgelöst, am gestrigen Jahrestage ward das Gebot der Waffenablieferung bekannt gemacht. Die Truppen standen in isolirten Pikets auf den Straßen, wie Feinde beäugelt, sie selbst die Volksmassen um sich her wie Feinde betrachtend, welche nur eines Winkes zu harren schienen sie anzugreifen. Ein Funken, ein Schuß, ein unglücklicher Zusammenstoß hätte ausgereicht Berlin (aber nicht das Land) in Brand zu stecken; denn die Nationalversammlung tagte noch, aus einem Local in das andere vertrieben, und es war an diesem Tage, wo die Officiere der Bürgerwehr noch einmal berathen konnten, ob ein Kampf mit den Truppen, die Berlin eng umzingelt und alle festen Punkte in der Stadt besetzt hielten, begonnen werden müsse, könne? Es ging ein finsterer Geist durch diese Stadt. Neulich sah Beckerath diesen Geist wieder durch das Parlamentshaus schreiten — den Geist der Intoleranz, der geistigen Knechtung auf dem religiösen Gebiete.

Drei Tage währte schon der Kampf um die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche in der zweiten Kammer. Beckerath hatte Recht jenen Geist zu erblicken, wenn er nur auf die Reihe der Amendements sah welche nicht weniger bezweckten als: die Gleichstellung der Religionsgesellschaften nicht auf die Juden auszudehnen, nachdem deren Emancipation ausgesprochen, auf ihre Mancipation zurückzugehen; die Aufsicht des Staats über die Extreme der Kirche; die Ausübung gewisser bürgerlicher Rechte vom religiösen Bekenntnisse abhängig zu machen; das ausgesprochene Institut der Civilehe aufzuheben, oder es wenigstens nur als Ausnahme zu beschränken. Aber diese Amendements kamen nur von einer Seite welche zwar nach der Herrschaft strebt, doch ohne Aussicht sie zu erfassen. Keller als Berichterstatter sagte. Wenn mit dem finstern Geist der Geist des Glaubenszwangs, der religiösen Unduldsamkeit gemeint ist, so halte ich dieß durch das was hier beantragt worden ist, nicht begründet. Er wollte damit schwerlich alle Amendements vertheidigen. Wenn ein Leitartikel des ministeriellen Organs sagt daß in der zweiten Kammer, wie in der ersten, das moralische Uebergewicht schon nach der allgemeinen Discussion auf Seiten der Vertheidiger des religiösen Elements im Staate gewesen, so ist er im Recht. Außer Beckerath hat niemand mit Wärme des Gefühls und Religion in sich die unsichtbare Kirche vertheidigt, die keinen Schutz, aber auch keine Beeinträchtigung vom Staate will. Der eigentliche Kampf unter den Parteien welche auf Erfolg einen Anspruch haben, drehte sich allerdings nur darum wie die Gewissensfreiheit vollständig gewahrt werden kann, ohne deßhalb dem Staat jedes „ausgesprochene Verhältniß zu der Religion des Volks zu untersagen.“ Es handelte sich um die in der ersten Kammer eingeschobenen Sätze, welche das Christenthum als ein lebendiges Element im Staate anerkennen; die darüber hinausgehenden Amendements waren von vornherein verlorne Ausläufer, die, nur den Parteienstandpunkt anzeigend, Proteste für Vergangenheit und Zukunft ablegen sollten. Der rationalistische oder will man atheistische Sinn, der im Blüthepunkt der Revolution den Staat ohne alle Berührung mit Religion und Kirche hinstellen wollte, hat eigentlich in beiden Kammer keine Vertheidiger gefunden — so schnell ist auch hierin der Umschlag erfolgt — die Mehrzahl aller Redner, auch der jetzigen Opposition, erkannte, wenigstens mit den Lippen, an daß der Staat der ohne Religion dasteht in sich unterhöhlt sey. Das historische Moment trat mächtig hervor, die Thatsache daß die ungeheure Majorität des Volks einer der beiden christlichen Hauptconfessionen angehöre, daß von ihren Satzungen und Traditionen alles was wir öffentlich thun, lassen, feiern, verwerfen, durchwachsen und zur Zeit bedingt ist, daß die kleinen Secten, die freien Gemeinden, trotz der Freigebung, in einer kaum sichtbaren Minorität verblieben sind. Alles das berechtigte zu einer Kundgebung welche den christlichen Staat anerkennt, wenn auch nur aus Anerkennung für das noch Lebendige, Geltende, als Regel, von dem Ausnahmen nicht allein zulässig sind, sondern auch garantirt werden.

Bis in die Mitte des gestrigen Tages schien die Schlacht sich günstig für die Anhänger des kirchlichen Elementes zu gestalten. Man hörte ohne Widerspruch Aeußerungen wie: „Kein Staat, am allerwenigsten der constitutionelle, kann des christlichen Elements entbehren, ohne dieses wirkt alle (!) Gesetzgebung verderblich auf das Volk. Soll der Staat seine Pflichten erfüllen, muß er wiedergeboren, ein christlicher Staat im vollen Sinn des Wortes werden.“ Am eigenthümlichsten war das Auftreten des Grafen Arnim. Man weiß er ist kein kirchlicher Staatsmann, noch weniger war es seine Rede, in der er für die christliche Färbung des Staates sprach. Man sah ihm das fremde Kleid an das ihm nicht recht paßte, in dem er sich aber doch mit der Geschicklichkeit eines Hof- und Weltmanns bewegte. Soll ausgesprochen werden, sagte er, was niemand bezweifelt, daß unser Staat ein christlicher sey! Diese Hauptfrage bejahend, suchte er als ein Advocat die Gegengründe zu entkräften; aber er sprach eben nur als Advocat der alles für seine Partei aufbietet was sie ihm liefert, aber nichts vom eigenen. Ihm schien die Furcht vor hierarchischen Bestrebungen „wichtig.“ Er gab auch zu daß protestantischerseits von der Auffassung des germanisch-christlichen Staates aus „vielleicht tiefer in die religiösen Verhältnisse eingegriffen worden als nöthig war, daß man die anders, aber vielleicht ebenso tief und innig Denkenden und Fühlenden weniger an sich herangezogen als ihnen entgegengetreten sey.“ Aber die Motive seyen doch edel gewesen; um der Vergeltung willen dürfe man nicht den Indifferentismus vertreten, und etwas auszusprechen sich scheuen was eine Wahrheit ist, daß der preußische Staat ein christlicher ist. Welcher Preuße der für Königthum, Nationalität und Freiheit glühend, das Vaterland verlassen müsse, würde sich einen mohammedanischen Staat zum neuen Vaterland erwählen! Wenn auch antikirchlich gesinnt, bleibe er Christ in Sitte und Erkenntniß von der tiefern Wahrheit. Warum sollten die es nicht bleiben die im Land bleiben? Er beschwor die Parteien in diesem Punkt versöhnlich zu handeln. Erblickte man hier den künftigen Minister, oder nur Winke von anderer Seite her, denen die Loyalität des Grafen gehorchen mußte?

Die Deutsche Reform hoffte bis dahin. Sie deducirte daß, wenn selbst die Beschlüsse der ersten Kammer unverändert angenommen würden, der religiösen Freiheit mehr gewährt sey als die Liberalen je zu fordern gemeint waren, daß sie selbst aber sich früher dagegen gesträubt hätten, wenn die Radicalen jene gänzliche Entgeistigung und officielle Entsittlichung des Staates vorgeschlagen welche jetzt von so vielen Seiten als das Wesen der religiösen Freiheit bezeichnet werde. Sie hoffte (gewiß mit Recht) der christliche Geist würde sich in den bürgerlichen Einrichtungen welche irgendeine Beziehung zur Religion fordern, allen Hindernissen zum Trotz geltend machen. Sie hoffte, aber — „ohne Zuversicht auf die Abstimmung.“ Sie warnte: „es würde der katholischen Kirche übel anstehen, wenn sie um sonstiger dogmatischer Differenzen willen den Staat in allen seinen zahlreichen Beziehungen zum Individuum lieber als Repräsentanten des Indifferentismus und des Atheismus sehen wollte, als getragen von einem Geiste allgemein christlicher Sittlichkeit.“ Sie warnte vor dem Pessimismus Reichenspergers, der zugibt daß absolute Trennung von Kirche und Staat nur eine Zeitforderung sey, der man aber doch nachgeben müsse, obgleich der Staat allerdings dabei zu Grunde gehen werde. Es liege in dieser Ansicht „eine Verachtung des nicht specifisch katholischen Staates zu Grunde, und die Hoffnung daß der als ein nicht katholischer zu Grund gegangene Staat dann durch die ihn überdauernde Macht des Katholicismus wieder aufgerichtet werden könne.“ Wir abstrahiten von der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser psychologischen Sonde, aber die Warnung der Deutschen Reform traf taube Ohren. Die katholische Partei blieb fest im Festhalten am Verfassungsentwurf. Einer ihrer Vertreter, Osterrath, sprach es aus: „Die vergangenen Zeiten sind eben vergangene. Ich glaube daß unter den Flügeln des vorigen Staats wahre Glaubensfreiheit nicht gedeihen konnte. Der größte Theil der Verfassungsbestimmungen ist in den Kreisen die ich kenne mit Freuden aufgenommen worden, und ich kann nur wünschen daß diese Freude in keiner Weise verkümmert werde.“ Aber nicht das Votum der katholischen Partei, nicht antichristlicher und antireligiöser Sinn in der Versammlung hat den Ausschlag gegeben, das that allein — die Furcht. Des Unterrichtsministers Worte: „Allerdings sind Uebergriffe möglich, jetzt aber sicher nicht beabsichtigt. Ich erkenne allerdings an daß diese Garantie nicht über die Amtsdauer des Ministeriums hinausgeht,“ fielen auf durchackerten Boden. Man wollte nicht den kleinen Finger geben, damit nicht Hand und Arm fortgerissen wird. Hier war ein Rückschlag für das Votum der ersten Kammer in der Steuerfrage.

Das Resultat ist Ihnen bekannt. Es darf die Besonnenen befriedigen. Die entschieden intoleranten Amendements, wie das Kleist-Retzow'sche, welches die Juden aus den Kammern und Aemtern entfernen will, wurden sofort über Bord geworfen. Eben deßgleichen die Fassung der ersten Kammer, namentlich der Zusatzartikel welcher Regierung und Kammer das Recht gibt zu prüfen ob die Dogmen einer Religionsgesellschaft ihren Mitgliedern „Ehrfurcht gegen Gott, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen alle Mitbürger einflößen.“ Präsident Graf Schwerin legte die Präsidentur nieder, um auf der Rednerbühne diesem „Princip der Inquisition“ zu widersprechen, welches, angenommen, alle Garantien der Verfassung zu leeren Phrasen mache. In seiner weitschichtig sentimentalen Fassung, aus dem allgemeinen Landrecht entnommen, konnte er kaum des Beifalls der streng Kirchlichen sich erfreuen. Nur ein Amendement der ersten Kammer welches einen Satz streicht der als Begünstigung des Atheismus gelten kann, ward angenommen. Der Zusatz derselben, welcher den christlichen Charakter des Staates vindiciren soll: „Die christliche Religion in ihren Hauptbekenntnissen wird als die Religion der großen Mehrheit der Bewohner des Staats den religiös-bürgerlichen Einrichtungen desselben, unbeschadet der Religionsfreiheit der anders Glaubenden, zum Grunde gelegt,“ ward endlich, nachdem er selbst und viele ähnliche Fassungen verworfen worden, in der mildesten Viebahn'schen mit großer Majorität angenommen: „Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats welche mit der Religionsübung im Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Artikel 11 gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.“ Der finstere Geist den Beckerath durch das Haus schreiten sah, ist damit wohl verschwunden, die protestantische Kirche aber wird, wenn sie sonst feststeht, dadurch nicht untergehen.

Paris.

× **Paris**, 13 Nov. Zwei Criminalurtheile zugleich: Besançon hat freigesprochen, Versailles verurtheilt. Alle Angeklagten des Oberrheins die vor die Assisen des Doubsdepartements verwiesen waren, sind entbunden von der Anklage, die dieselbe war wie jene in Versailles. Hier sind

alle Repräsentanten, mit Ausnahme von zweien, zur Deportation verurtheilt, und das Complott wie das Attentat als erwiesen betrachtet; nur Louttou ist freigesprochen und Suchet zu 5 Jahren Gefängniß vermildert. Außerdem zur Deportation verdammt: Guinard, Chipron, André, Dufélix, Lebon, Paya, Schmitz — Guinard und Schmitz und Lebon also wie die andern. Zu fünf Jahren, nebst Suchet, noch Montbel, Fraboulet, Offiziere der Artillerie; freigesprochen somit sind: Maillard, Beaune, Bureau, Achintre, Delahaye, Merliot, Vernon, Angelot, Lemaitre, Forestier. In Summa also haben achtzehn Gerichtshöfe der Departemente die ganz gleiche Anklage verworfen, nur das einzige hohe Gericht zu Versailles hat verurtheilt, und die höchste Strafe ausgesprochen . . . ohne Vertheidigung der Angeklagten. Ich schreibe Ihnen aus der Nationalversammlung. Die Montagne hat beschlossen an diesem „Trauertag" die Sitzung nicht zu betreten.

Ausgrabungen bei Neapel.

(M. Post.) In der 1845 gehaltenen siebenten Versammlung des italienischen Gelehrtencongresses wurden Zeichnungen von mehreren römischen Gebäuden, die man bei den Erdgrabungen behufs der Eisenbahn von Neapel nach Castellamare entdeckt, vorgelegt, und dabei die Muthmaßung ausgesprochen daß diese Gebäude zu der Stadt oder Station Oplontis gehörten, welche auf der **Tabula Peutingeriana** als sechs Milliarien von Herculanum entfernt bezeichnet ist — eine Entfernung welche mit der Lage jener alten Reste zusammentrifft. Seitdem ist jene Conjectur verstärkt worden durch die allmähliche Ausgrabung nicht bloß einzelner Häuser, sondern auch kleiner die Häuser trennenden Straßen. Da Strabo, Plinius, Ptolemäus und andere ähnliche Schriftsteller einer an jener Küste gelegenen Stadt Oplontis keine Erwähnung thun, und da andererseits die entdeckten Gebäude nach ihrer Vertheilung und Anordnung nicht als bloße Reste der Landhäuser betrachtet werden können mit denen, den alten Schriftstellern zufolge, der Meerbusen von Neapel umsäumt war, so darf man sie wohl mit besserem Recht als die Ueberreste einer römischen Reisestation oder Sammlung von Tabernen betrachten, welche in Anbetracht der umliegenden üppigen Villen, der unvergleichlichen Fruchtbarkeit des Küstenstrichs und der Pracht der nahen Städte Pompeji und Herculanum, sich den prahlerischen Namen Opulentia beigelegt. Aus Opulentia machte die verdorbene oscische Mundart wahrscheinlich Oplenti, woraus jener Name der Peutinger'schen Tafel entstand. Die diese Trümmer bedeckende Lava und Asche ist ganz die nämliche welche Herculanum, Pompeji und Stabiä verschüttet. Ein Geistlicher ist Eigenthümer dieser Ruinen, welche jedem von Neapel nach Castellamare Reisenden in die Augen fallen; man besucht sie von Torre del Greco aus. An Inschriften oder Kunstwerken hat man daselbst, mit Ausnahme einiger Mosaiken, bis jetzt nichts entdeckt. Der Eigenthümer sucht einen Käufer für seinen diese begrabenen Schätze in sich fassenden Weinberg, verlangt aber, wie gewöhnlich, eine fabelhafte Summe.

Verwaltungsstatistik des Kirchenstaats.

† **Rom**, im Oct. Unter dem Titel „**Statistica di tutti gli Ufficii ed impieghi governativi, giudiziarii ed amministrativi, co'rispettivi assegni annui per l'esercizio del dominio temporale della S. Sede all'epoca del 1848**" ist in der königlichen Druckerei zu Neapel eine Administrativstatistik des Kirchenstaats erschienen, welche in mehr denn einer Hinsicht Beachtung verdient. Zunächst ist es ein erfreuliches Zeichen daß die päpstliche Regierung nun selbst an die Oeffentlichkeit appellirt, und zwar mittelst einer Wissenschaft welche ihr in Olimszeiten so oft gefährlich erschien, und welcher von obenherab so geringe Gunst geschenkt ward. Es ist seltsam daß die Statistik so viele Gouvernements erschreckt hat: sie argwohnten sie wolle ihre Geheimnisse ans Licht bringen, und verweigerten ihr selbst den allerunschuldigsten Wirkungskreis, bis sie fanden daß sie in den meisten Fällen statt zu verlieren bei der Oeffentlichkeit gewannen. Der verschrienen Regierung Louis Philipp's gereicht es nicht zur Unehre noch zum Nachtheil, wenn man ihre Budgets mit dem des wohlfeilen republicanischen Regime's vergleicht. In Italien hat nur das piemontesische Gouvernement der Statistik furchtlos ins Auge gesehen: das toscanische glaubte vor einigen Jahren selbst eine Gesellschaft die sich mit dieser und den historischen Wissenschaften beschäftigte, unterdrücken zu müssen, und im Kirchenstaat wie im sicilischen Königreich hat man sich nur langsam und partiell von ungerechten Vorurtheilen erholt. Die Folge davon ist gewesen daß bis auf den heutigen Tag die statistischen Angaben über den größten Theil Italiens höchst ungenau und lückenhaft sind, daß Serristori's bekanntes, mehrmals gedrucktes Buch sehr häufig auf bloß approximativen Angaben und nicht selten fehlerhaftem Calcul beruht, daß die dem Dr. Bowring mitgetheilten und von ihm in seinem vielgebrauchten Parlamentsbericht aufgeführten Daten, wenngleich großentheils officiell, dennoch, wie man jetzt mit Bestimmtheit weiß, wenigstens für zwei Staaten kaum etwas anderes als eine Fiction sind, daß Zuccagni-Orlandini's Corografia, obgleich sie einige 16 dickleibige Bände füllt und dem Verfasser manche amtliche Hülfsmittel zu Gebote standen, in statistischer Hinsicht, besonders wo es sich um Finanzielles handelt, wenig zu brauchen ist. Nur auf einige specielle Arbeiten über einzelne Orte oder Gegenden kann man sich einigermaßen verlassen, aber diese sind theilweise von der abschreckendsten Weitschweifigkeit oder sie behandeln nur einzelne Seiten, wie in dem trefflichen Almanacco Lunese (über den toscanischen Antheil der bei der Territorialfrage zwischen Toscana und Modena vielbesprochene Lunigiana, wo jetzt alles zu den antediluvianischen Verhältnissen zurückgekehrt ist) von Gargiolli und in dem Buche über die römische Campagna von dem gegenwärtigen hiesigen Interims-Finanzminister Angelo Galli. Dieß vorausgeschickt, kann man das Erscheinen der römischen Administrativstatistik, welche streng amtlichen Charakter an sich trägt, nur willkommen heißen, wenn dieselbe auch vielmehr apologetischen als wissenschaftlichen Zweck hat. Denn sie ist eingestandenermaßen nur herausgegeben worden „um die bei manchen vorherrschenden irrthümlichen Ansichten über die Zahl der Geistlichen zu berichtigen, welche bei der weltlichen Verwaltung der Dominien des heil. Stuhls Aemter bekleiden." Der alte Lärm über das Accapariren der Stellen durch die Geistlichkeit, seit der Consolidirung des eigentlichen Clerikalregime's vor mehr als drei Jahrhunderten, ist seit der Revolution und Eroberung Roms wieder in dem Maße laut geworden wie Errungenschaften die man bereits als gesichert ansah, durch die nochmals veränderten Zeitverhältnisse nochmals in Zweifel gezogen worden sind. In der neuen päpstlichen Charte vom Monat September ist von Säcularisirung nicht die Rede, und die neuen Ernennungen zeigen wie wenig man daran denkt, da außer den Ministerien des Innern und der Polizei die sämmtlichen einstweiligen Provincial-Commissärienstellen, deren Wichtigkeit aus dem einen Umstande hervorgeht daß ein einziger Commissär (Monsignor Bedini) die Legationen verwaltet welche bisher von fünf Cardinälen, den Legaten von Bologna, Ferrara, Ravenna, Forli und Urbino regiert wurden, ein anderer (Monsignor Amici) die in die Delegationen Ancona, Fermo, Macerata, Camerino und Ascoli getheilten Marken, dem Clerus zugefallen sind. Aber das Gouvernement glaubt sich doch dagegen vertheidigen zu müssen, als habe vor der Constitution vom März v. J. die Geistlichkeit das Stellenmonopol gehabt; darum hat dasselbe die obengenannte Statistik drucken lassen, aus welcher sich allerdings ergibt daß die Geistlichen bei weitem die Minderzahl unter den Beamten bildeten. Die Behauptung daß der Charakter der Verwaltung ein ganz clerikaler gewesen, daß das clerikale Element die oberen Schichten derselben völlig durchdrungen habe, daß die Geistlichkeit der reiche Mann gewesen welcher den Weltlichen nur die Brosamen gelassen, mochten dieselben auch was Menge und Einkommen betrifft viel höher summiren als jene, daß endlich lediglich die Prälatur, diese seit zweihundert und fünfzig Jahren und drüber bestehende Institution, welche neben manchen Nachtheilen auch viel Gutes hatte, und dem heil. Stuhl bis auf die neueste Zeit eine Reihe der geübtesten und gewandtesten Staatsmänner geliefert hat, den Zugang zu den Würden eröffnete — diese Behauptung, von deren Wahrheit jeder welcher in früheren Zeiten in Rom gelebt hat überzeugt seyn mußte, wird auch durch die vorliegende Statistik nicht entkräftet. Was dieselbe jedoch klar beweist ist die Thatsache daß ein in Betracht der Umstände nicht gerade unverhältnißmäßig großer Theil der Einkünfte dem Clerus zufloß, und daß in allen Zweigen, selbst in den rein-geistlichen wie Congregationen und kirchlichen Secretariaten, die Zahl der weltlichen Beamten unendlich überwog. Kommen doch nach dieser Berechnung, in deren Richtigkeit man keinen Zweifel setzen darf, in der eigentlichen Verwaltung 109 Geistliche auf 5059 Weltliche; jene, mit Einschluß von 134 Caplänen für die Gefängnisse und Besserungsanstalten die man nicht wohl zu den eigentlichen Beamten zählen kann, mit einem Diensteinkommen von 190,316 Scudi, diese mit 1,186,194 — also im Ganzen 1,376,510 Scudi, nebenbei gesagt für einen Staat von drittehalb Millionen Einwohnern eine nicht bedeutende Summe, wobei freilich in Anschlag gebracht werden muß daß die Incerti, die Gratificationen und Sporteln welche bei italienischen Beamten einen so beträchtlichen Theil des Einkommens bilden, nicht miteingerechnet, und ebensowenig die Beamten der Specialverwaltungen der verpachteten Zölle, bekanntlich eine nicht geringe Zahl bei der für dieß ruinöse System gehegten Vorliebe, aufgeführt sind. Ein gleiches, man sieht nicht recht weßhalb, ist bei den Universitätsprofessoren der Fall, so daß man dennoch keine vollständige Uebersicht des Beamtenstandes durch diese Tableaux gewinnt.

Es ist hier nicht der Ort in das Detail dieser Statistik einzugehen: nur die Hauptresultate der Zusammenstellung mögen angeführt werden. I. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (Staatssecretariat in der neueren Beschränkung, obgleich der Cardinal Staatssecretär vieles außerhalb der politischen Sphäre Liegende zu besorgen hat, was bekanntlich im Frühling vorigen Jahres zu heftigen Streitigkeiten und zu einer Theilung dieses Ministeriums in die geistliche und weltliche Sparte führte, einer der Hauptanlässe des völligen Bruchs des Papstes mit der immer mehr dem Radicalismus sich nähernden Fortschrittspartei): 17 Geistliche, 30 Weltliche; Ausgaben für die Gehalte 79,954 Scudi, wovon 64,034 für die auswärtige Vertretung welche durch 7 Nuntien (zu Madrid, Paris, Wien, Brüssel, Neapel, Schweiz, Turin), 3 Internuntien (München, Lissabon, Haag) und 3 Geschäftsträger bewerkstelligt wird. II. Ministerium des Innern: 156 Geistliche, unter ihnen die schon erwähnten Capläne mit einem Einkommen von 5399 Scudi, was im Durchschnitt nicht viel über 40 Sc. für den einzelnen macht; 1411 Weltliche; Kosten 306,283 Sc. III. Ministerium des öffentlichen Unterrichts: 3 Geistliche und 11 Weltliche mit 4584 Sc., äußerst niedrige Zahlen selbst wenn man die Auslassung der Universitäten in Anschlag bringt, wobei man übrigens bedenken muß daß dieß Ministerium eine ganz neue Schöpfung und nur erst unvollständig organisirt war, und überhaupt bei den verschiedenartigen geistlichen Competenzen in seinen Befugnissen nur geringen Spielraum hatte, wie es denn bei der neuesten provisorischen Organisation des römischen Ministeriums wiederum ganz bei Seite geschafft und die Geschäfte wie früher einer der geistlichen Congregationen überwiesen worden sind. IV. Justizministerium: 59 Geistliche und 927 Laien; Budget 302,416 Scudi. In diesem Fach waren dem geistlichen Stande angehörig: der Minister; beim Tribunal der Segnatura der Präfect, der Auditeur und die 7 Votanti (Richter); beim Tribunal der Rota die 12 Uditori (Richter), deren Decan in der Regel nach einiger Zeit zum Cardinalat befördert wurde, bis der regierende Papst die sogenannten cardinalizischen Posten abschaffte oder wenigstens das Herkommen nicht mehr als bindend anerkannte (letzter Decan der Rota vor der Revolution war Monsignor Muzzarelli welcher, das einzige Mitglied der Prälatur, mit den Umsturzmännern gemeinsame Sache gemacht und die Absetzung des Papstes als weltlichen Souveräns votirt hat); beim römischen Civiltribunal I. Instanz der Präsident und die beiden Vicepräsidenten; bei der Sacra Consulta Präsident und 13 Ponenti (Richter); beim Vicariatsgericht, dem geistlichen Sittengericht, dessen Wiederherstellung im vergangenen Juli so viel Geschrei erregte, der Chef (Cardinalvicar), der Vicegerente und Stellvertreter nebst den Secretären; beim Tribunale della Camera die 9 Chierici di Camera. Alle diese richterlichen Stellen gehören bekanntlich zu den untern und obern Graden der Prälatur, die an der Rota und der Camera zu den wichtigsten und einflußreichsten derselben. V. Finanzministerium: 3 Geistliche auf 2017 Weltliche, Gehalte 519,852 Scudi. Dieß Ministerium war in der alten päpstlichen Administration vielfach getheilt, indem das Camerlengat der Kirche, die eigentliche Kammer, deren Uditor generale (zuletzt Monsignor Morichini, eine Zeitlang Nuntius in München, jetzt Vorsteher der großen Heilanstalt von Sto. Spirito) der wirkliche Finanzminister war, die Staatsschuldenverwaltung u. s. w. von einander ziemlich unabhängig waren, so daß hier eine Concentrirung sehr noththut. Neue Departements sind auch VI. und VII. Handels- und öffentliche Arbeiten, in jenem 1 Geistlicher (der Cardinal Camerlengo) und 61 Laien mit 15,136 Scudi, in diesem 2 (Ministercardinal und Secretär) nebst 100 Weltlichen, mit 34,941 Scudi Gehalt. Bei der Abtheilung für Künste und Antiquitäten finden sich in ersterem Ministerium: das Commissariat der Alterthümer (Commissär P. E. Visconti) mit 1276 Scudi, die Verwaltung der Ausgrabungen mit 552 Sc. (welche geringen Summen!), die Kunstschulen zu Bologna und Ravenna mit 6013 Scudi. Die römische Akademie von S. Luca, welche wohl ihre besonderen Stiftungen oder Municipaleinkünfte hat, ist nicht aufgeführt. Im letztern Departement steht ein „Consiglio d'Arte“ mit 6660 Scudi. Das VIII. Kriegsministerium hat lauter (98) Laienbeamte mit einem Gehalt von 34,151 Scudi. Der vormalige „Monsignore dell' Armi“, dieser Kriegsminister in Priestertracht, welcher zu so vielen Witzeleien herhalten mußte (der letzte war Monsignor de' Medici Spada, welcher den geistlichen Rock, an ihm das einzige Geistliche, auszog, und eine schöne Polin heirathete), war schon im Januar v. J. verschwunden. Endlich kommt, IX, die Polizei: 2 Geistliche (der Minister, vormals Monsignor Governatore, in der Fremdenwelt namentlich dadurch bekannt daß er bei der Eröffnung der Oper nach Weihnachten in Gala in dem mit tausend Lichtern erleuchteten Tordinonatheater erschien und Gefrornes umherreichen ließ — o ihr Traditionen des ruhigen Roms, was ist aus euch geworden!) und 404 Laien, mit einem Gehalt von 79,191 Scudi. — So war die Verwaltung des Kirchenstaats zu Anfang vorigen Jahres beschaffen: die revolutionären Stürme hatten damals schon arg gerüttelt an dem alten Gebäude und es wankte; Ende Aprils stürzte der Giebel ein und im November lag das Ganze am Boden. Nun handelt es sich ums Wiederaufbauen: möge man darauf bedacht seyn sicherere Fundamente zu legen. Der Administrativstatistik ist eine Uebersicht der geistlichen Tribunale und Congregationen beigefügt, der Inquisizione, der Visita apostolica, Concistoriale, Vescovi e Regolari, Concilio, Propaganda, und wie sie sonst heißen mögen. Die Gesammtkosten derselben belaufen sich auf 97,956 Sc., wovon nicht viel über ein Drittel auf die 161 geistlichen Beamten kommt, das übrige auf 316 Laien. Die Gehalte sind meist gering, manche der ersten Stellen werden gratis verwaltet. Ueberhaupt ist in argem Irrthum befangen wer, seit dem Ende der Regierung Pius' VI, mithin seit einem halben Jahrhundert, an die großen Schätze glaubt welche die höhere Geistlichkeit im Kirchenstaat in die Tasche gesteckt haben soll. Die Cardinäle, wenn sie kein Privatvermögen haben, müssen gute Haushalter seyn um mit ihren 4000 Scudi, dem gewöhnlichen Cardinalseinkommen, ihrem Range gemäß zu leben. Die Revenüen der Bisthümer sind meist gering: selbst die reichsten derselben kommen unsern deutschen Bisthümern kaum gleich. Auf die Provincialgouverneure, Stellen von großer Wichtigkeit, kommt im Durchschnitt ein Gehalt von 2294 Scudi, was niemand übertrieben scheinen wird. Roms goldene Tage sind längst vorüber, und statt eines silbernen und erzenen Zeitalters haben wir leider ein papiernes.

Spanien.

*** Madrid**, 7 Nov. Die Cortes sind nun eröffnet, und zwar durch ein königliches Decret und ohne Thronrede, um Zeitverlust zu vermeiden, und damit die Cortes sich mit den Fragen des materiellen Interesses befassen möchten, und nicht mit fruchtlosen Debatten über die große Politik, wie das bisher zu geschehen pflegte. Bereits sind dem Deputirtencongreß die Budgetvoranschläge vorgelegt. Sie bieten wenig neues dar, und beschränken sich auf die (früher angedeuteten) Reductionen in den Departements des Innern und des Kriegswesens, und auf eine Minderung der Besoldung der activen Beamten um den Betrag eines Monats, sowie der Pensionen und Rückzugsgehalte um mehrere Monatseinnahmen. Die Regierung beabsichtigt mehrere Reformen, darunter die Abschaffung der Gefaturas Politicas, welche mit den Intendencias vereinigt werden sollen. Dadurch würden aber viele Leute brodlos werden, und hiernach erscheint die Maßregel als bedenklich. In Spanien ist eine von den wichtigsten Fragen die Behandlung der Beamten; denn sie sind es welche die Revolutionen machen, den Senat und den Congreß vorzugsweise bilden, und somit den Frieden oder den Unfrieden in der Hand haben. Jeder Beamte der von seiner Stelle entfernt und dadurch in seinen Subsistenzmitteln verkürzt wird, ist eo ipso ein Oppositions-, wenn nicht ein Revolutions-Element, ein Mißvergnügter der das Bestehende zu stürzen sucht, weil er von dem Sturz der Regierung die Wiederverbesserung seiner Lage hofft. Uebrigens ist es richtig daß die Pensionen und Quiescenzgehalte eine große Staatslast sind, denn sie betragen für Spanien die ungeheure Summe von 150 Millionen Realen. Das klügste wäre wohl die noch brauchbaren Pensionäre — gar viele wurden nur aus politischen Gründen in den Ruhestand versetzt — in den zur Erledigung kommenden Stellen des activen Dienstes wieder anzustellen. Leider sieht die Regierung die Frage anders an, und hofft durch Verminderung der Pensionen etwas namhaftes erreichen zu können, während diese Maßregel doch in Wahrheit nur dazu dienen wird die Entsittlichung und die allgemeine Unzufriedenheit unter dieser in Spanien so wichtigen Menschenclasse zu vermehren. — Die Palastfrage ist nicht so bereinigt wie man sie wohl wünschen möchte. Das Ministerium hat nicht geruht bis es dem König-Gemahl allen Einfluß selbst auf die nächsten und persönlichsten Angelegenheiten seines Haushaltes entzogen, so daß die Ernennungen für Hofstellen jetzt ausschließlich vom Staatsministerium ausgehen; allein die Folge wird nur seyn daß die Intriganten sich dieser Stellen bemächtigen. Zu gleicher Zeit wo die Königin zu dieser harten Anordnung ihre Einwilligung gegeben, bemerkt man daß sie sich gegen ihren Gemahl liebevoller und achtungsvoller bezeigt als je zuvor. Dieser Umstand erregt bei den Ministern, nicht ohne Grund, die Besorgniß daß in Folge dieses guten Einverständnisses unter den hohen Ehegatten Königin Isabelle eines Tages plötzlich das System ändern und ihnen nochmals die nämliche Ueberraschung wie vor vierzehn Tagen bereiten könnte. Diese Lage ist verdrießlich, und darum hat Narvaez sich seiner Stellung im Palast vor Eröffnung der Cortes versichern wollen. Zwar hat ihm nun die Königin die schmeichelhaftesten Worte gesagt, aber er fühlt sich gleichwohl nicht ganz beruhigt. Freilich hat Narvaez durch die Energie und Festigkeit womit er das spanische Staatsschiff durch die europäischen Stürme des vorigen Jahres gesteuert, einen großen Namen erworben

aber jetzt, wo die Gefahr beseitigt ist, oder wenigstens beseitigt scheint, fängt man an seiner weniger zu achten, und seine Nebenbuhler bemühen sich die Schwächen des Mannes hervorzuheben und darüber seine großen dem Staat geleisteten Dienste vergessen zu machen. Es wäre nicht unmöglich daß ihnen ihre Machinationen gelingen, für Spanien aber wär' es sicherlich ein großes Unglück. — Die Zolltarife werden jetzt im Detail veröffentlicht; sie sind ziemlich günstig für den Handel, wenn sie es gleich weniger sind für unsere Industrie. Die Regierung verspricht sich eine große Zunahme in den Zollerträgnissen, und im ersten Jahre wird es ihr wohl glücken. Catalonien ist mit diesen Tarifen sehr unzufrieden, und wird keine Gelegenheit sie zu bekämpfen versäumen. — Es ist seit einigen Tagen wieder von Zurückziehung unserer Truppen aus Italien die Rede; aber fürs erste, wenigstens so lange die römische Frage nicht definitiv geregelt ist, glauben wir nicht daran. — Der französische Ministerwechsel hat hier großen Eindruck gemacht.

Konstantinopel.

Folgendes ist das erwähnte Schreiben des Sultans an Kaiser Nikolaus vom 26 Schewel 1265 — 14 Sept. 1849. Ich habe dem Fürsten Radziwil in den lebhaftesten Ausdrücken die Befriedigung geäußert welche ich über das durch ihn übersandte freundschaftliche Schreiben Eurer k. Majestät im Grunde meines Herzens fühlte, wie auch über jene erfreulichen Nachrichten welche das erwähnte Schreiben enthielt; ich habe diese Befriedigung auch in jenem Brief ausgesprochen den ich Ihnen als Antwort auf jenes Schreiben durch ihn übersandte. Doch wie ich — abgesehen von dem — in der ausdrücklichen Sendung des Fürsten eine neue Frucht jener aufrichtigen Freundschaft erblickte von der Eure Maj. mir jederzeit Beweise gaben, so habe auch ich Fuad Effendi — eines der ehrenwerthen Mitglieder meiner Regierung, mit einer speciellen Mission der Moldau und Walachei betraut — als außerordentlichen und bevollmächtigten Gesandten an Eure Majestät abgesandt, um Ihnen meine Theilnahme und Erkenntlichkeit bei dieser Gelegenheit unmittelbar darzulegen, und Ihnen das gegenwärtige Schreiben zukommen zu lassen. Zugleich habe ich auch den genannten Effendi beauftragt den Ministern Eurer Majestät offen und umständlich meine Gesinnungen in Betreff jener Individuen auseinanderzusetzen welche in Folge des glücklichen Ausgangs der Ereignisse in Ungarn sich in meine Staaten geflüchtet haben. Nie werden die thatsächlichen Beweise aufrichtiger Freundschaft, welche mir Eure Majestät bei jeder Gelegenheit lieferten, in Vergessenheit gerathen können, und Gott ist mein Zeuge daß, sowie es mein aufrichtigster und reellster Wunsch ist jene Einigkeit immer zunehmen zu sehen die glücklicherweise zwischen uns besteht, ich fortwährend Gelegenheit suche Ihnen die Aufrichtigkeit und Realität dieses Wunsches beweisen zu können. Darum kann ich es kaum ausdrücken wie schmerzlich es mir ist nicht genau das thun zu können was Hr. v. Titoff in Bezug auf die fraglichen Flüchtlinge mir bekannt zu geben beauftragt war. Mein einziger Trost sind die besondern Rücksichten Eurer kais. Majestät für meine Würde und das Vertrauen in Ihre aufrichtige Freundschaft. Ich zweifle nicht daß Eure Majestät einen Schritt günstig aufnehmen werden den ich jenem Princip gemäß thue, welches das Motiv Ihrer, einst meinem Vater glorreichen Andenkens, dann mir selbst und zuletzt Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich gewährten freundschaftlichen Hülfeleistung war, nämlich: im Namen der Ehre welche sich an die Souveränetät knüpft, wie im Namen jener wechselseitigen Freundschaft welche zwischen uns fest und aufrichtig besteht. Ich versichere Ew. Maj. — wie es auch Fuad Effendi thun wird — daß meine hohe Pforte immer und fortwährend die fraglichen Flüchtlinge in meinen Staaten behalten, und dieselben dergestalt überwachen wird daß sie es unmöglich wagen können in Zukunft aufrührerische Umtriebe anzuzetteln. Sobald nun die fraglichen Individuen sich außerhalb Ihrer Staaten befinden, wird auch durch diese Maßregel die Ruhe Ihres Reiches bedroht zu seyn aufhören, und so wäre dem Uebel welches aus den jüngsten Ereignissen für Ew. Maj. entstehen könnte, vollkommen vorgebeugt. Ich hege gegründete Hoffnung daß Ew. Maj. die Ehre meiner hohen Pforte wahren und mir dadurch einen großen Beweis Ihrer Freundschaft und Ihres Wohlwollens liefern wollen. Ich ergreife diese Gelegenheit um Ew. Maj. die Versicherung zu erneuern u. s. w.

Dieselbe Konstantinopler Correspondenz im Wanderer welche obiges Schreiben enthält, sagt über die dem englischen und französischen Gesandten von ihren Regierungen zugegangenen Instructionen: „Die Weisungen des Lord Palmerston sind klar und bestimmt: die Rechte der Türkei und ihre Integrität um jeden Preis (même à coups des canons) zu schützen. Im Gegentheil tragen die Weisungen des Hrn. Tocqueville das Gepräge der Unentschlossenheit und Zweideutigkeit. Auch er wollte die Türkei unterstützt wissen und hierbei im Uebereinstimmen mit England handeln — aber auf jeden Fall dem Krieg ausweichen, und die ganze Sache der Art beilegen daß dem St. Petersburger Hof das Recht ungeschmälert gelassen werde, und kein Abbruch in seiner Würde stattfinden solle (à ne pas prêter ombrage à la cour de St. Pétersbourg.)"

Aus Indien.

(Nach brieflichen Mittheilungen.)

L. v. O. Wenige Jahre sind es daß wir im Norden Indiens eine Macht sich bilden sahen welche dem Europäer eine höhere Bewunderung einflößte als die Erzählungen von dem Glanze und der Pracht ihres Hofes, dem Pomp und Reichthum ihrer Feudal-Häuptlinge mit ihren fürstlich schimmernden Umgebungen, und dem Wohlstande und der Macht ihrer Priesterschaft erregt haben würden. Es war eine Macht welche durch ihre Institutionen Dauer versprach, und in ihrer Militär-Verfassung und den gewaltigen kriegerischen Mitteln sich eine Stellung unter den Staaten Central-Asiens erworben hatte welche es selbst dem mächtigen Nachbar, dem Britten, wünschenswerth machte mit ihr alliirt zu seyn. Diese Macht, die der Siks oder Löwen wie sie sich nennen, war ein nicht zu verachtender Feind der brittischen Regierung, und in den Augen derjenigen welche die Engländer aus Indien vertrieben zu sehen wünschten, die dazu berufene Geißel. So war das gewaltige Reich Rundschit Sings! Und wo sind jetzt seine Monarchen, seine Radschas, seine Armeen, ja selbst der Name desselben geblieben! Sie sind nach dreijährigen blutigen Kämpfen, durch Verrath und Treulosigkeit, und weil sie jedweder sittlichen und höheren religiösen Grundlage ermangelten, von der Weltbühne verschwunden. Und was wird die nächste Zukunft England bringen, welche Wege wird es wider seinen Willen in Indien wandeln müssen um den ihm von höherer Hand gestellten Beruf zu vollenden, damit das Christenthum tief in Asien seine Stätten aufschlagen kann? Es werden zwar von Zeit zu Zeit Stimmen laut welche mit prophetischer Anmaßung den Fall Englands als nicht mehr fern verkündigen, dasselbe bald in Indien, bald in Europa dem Untergange nahe sehen. Aber jedes große Reich fällt nur durch sich selbst!

Es zeigt eine große Unkenntniß der geographischen Verhältnisse und des Zustandes der asiatischen Völkerschaften, wenn wir die Engländer in Indien von den Russen bedroht hören. Was einst einem Alexander dem Großen vor zweitausend Jahren möglich war, von Macedonien aus durch Persien und Central-Asien bis tief ins Peng'ab vorzudringen und alle damaligen Reiche über den Haufen zu stürzen, würde einem gleich großen Geiste an der Spitze des Czarenreiches unmöglich seyn. Jene Länder sind nicht mehr dieselben: da wo Alexander der Große fruchtbare Länder und Völker fand die ihm die Mittel gewährten sich und sein Heer zu erhalten und zu ergänzen, sind heute entvölkerte und wüste Strecken. Man erinnere sich nur des Zuges nach Kiwa! und was ist dieser Zug verglichen mit dem durch Persien, der Wüste und dem unwirthbaren Afghanistan bis an den Indus! Eine russische Armee, welche schlagfertig den Engländern am Indus die Spitze bieten will, bedarf wenigstens hunderttausend Kameele, der Esel, Pferde und Zugochsen nicht zu gedenken.

Die brittische Macht in Indien kann vor diesem Feinde unbesorgt ihre Aufgabe weiter verfolgen. Das Peng'ab, mit Ausnahme des Theiles welchen Ghulab Sing beherrscht, ist jetzt eine Provinz des brittischen Indiens; der letzte Mahâradchah, Dhulip Sing, ist ein Pensionär seiner Sieger geworden, und die Häuptlinge welche sich an dem letzten Aufstande betheiligt hatten, sind ihrer Jaghyrs (Ländereien) verlustig erklärt. Die Armee wurde, nachdem sie die Waffen abgeliefert, aufgelöst und nach Hause entlassen. In diesem Augenblick halten überall brittische Truppen Wache, unter deren Schutz eine übergroße Zahl von Civilbeamten geschäftig ist die der neuen Regierung zugefallenen ungeheuren Länderstrecken zu inspiciren und einzutheilen. Mit dem Schlechten wird leider auch das Gute über Bord geworfen, das einfache und in vielem Betracht mehr wirksame Gesetz der Siks wird durch das umständliche, langsam sich hinschleppende Gerichtsverfahren der Britten ersetzt. Doch der Wahrheit die Ehre: all solcher menschlichen Gebrechen ungeachtet werden die Bewohner des Peng'ab diesen Wechsel der Dinge gern sehen, und sich glücklich preisen aus den Händen ihrer Blutsauger befreit zu seyn. Die Geistlichkeit, sowohl die der Siks als der Mohammedaner, hat besonders Ursache einem so toleranten und großmüthigen Feinde verpflichtet zu seyn; denn erstere hatte sich, ungeachtet derselben große Bevorzugungen und wesentliche Vortheile zu Theil geworden waren, arger Hinterlist und scheußlicher Undankbarkeit schuldig gemacht. Es geht hier wahre Toleranz mit eigenem Vortheile Hand in Hand. Aber auch dem edeln General-Gouverneur, Marquis Dalhousie, gebührt hohe Anerkennung dem Schwerte die Palme des Friedens und die Werke der Liebe folgen zu lassen. Unter den vielen Herrschern, welche von dem goldenen mit Purpursammt ge-

deckten Thronſeſſel über Indien Wohl oder Wehe gebracht haben, iſt nächſt Lord Teignmouth wohl keiner von ſo tief chriſtlichem Geiſte beſeelt und bemüht ihn zum Heile der mehr als hundert Millionen ins Werk zu ſetzen, als der Marquis Dalhouſie. Darum wollen wir nicht überraſcht ſeyn wenn in nicht gar langer Zeit uns die Kunde kommen ſollte daß das Buch aller Bücher, die Bibel, unter den Eingebornen des Peng'ab von Hand in Hand geht.

Der General-Gouverneur, durch Geiſt und Herz gleich ausgezeichnet, iſt einer der bedeutendſten Staatsmänner ſeiner Zeit. Die Art und Weiſe mit welcher derſelbe die letzten Ereigniſſe zu leiten und zu benützen verſtand, zeugt von einer Klugheit und Energie welche nur großen Geiſtern eigen iſt. Das glückliche Ende dieſes ſo unglücklich begonnenen Feldzuges iſt lediglich ſein Verdienſt. Wer Schlachtberichten treuen Glauben ſchenken wollte, würde nicht immer gut berathen ſeyn, und dieß gilt noch mehr von denjenigen die von Zeit zu Zeit von Indien zu uns herüberkommen. Ohne dem Löwenmuthe, der bulldogartigen Zähigkeit brittiſcher Soldaten zu nahe treten zu wollen, ſo gilt es doch als Klugheit die Schwächen der europäiſchen Truppen ſo viel als möglich mit dem Mantel der Liebe zuzudecken; und darum ging auch der commandirende General ſo vorwurfsfrei als möglich über den verunglückten Angriff des 14 Dragoner-Regiments hinweg. Doch ſollte man ſich hüten zu lohnen und auszuzeichnen wer deſſen nicht würdig iſt.

Mulraſch, der hinterliſtige Gouverneur von Multan, ſprach bei ſeiner Gefangennehmung ſelbſt die Bitte aus daß das über ihn richtende Kriegsgericht nur aus Engländern zuſammengeſetzt ſeyn möchte; er zöge es jedem Gericht von Eingebornen vor. Der Ermordung der beiden Abgeſandten Vans Agnew und Capitain W. Anderſon angeklagt und ſchuldig befunden, wurde er einſtimmig zum Tode verurtheilt. Der General-Gouverneur hat dieſe Strafe in Transportation übers Meer und ewige Gefangenſchaft verwandelt. Aber wer des Menſchen Blut vergießt deſſen Blut ſoll wieder vergoſſen werden. Wir haben den philanthropiſchen Ideen unſerer Zeit die Todesſtrafe abſchaffen zu wollen nie unſern Beifall ſchenken können; am wenigſten iſt es gegen den Mörder anwendbar. In Indien iſt es weder gerecht noch weiſe, auch nicht das geeignete Mittel, dem Geſetze und der herrſchenden Macht Anſehen zu geben. Es wird Lord Ellenborough von Sachverſtändigen der Vorwurf gemacht durch das Abbrechen der Feindſeligkeiten im letzten Afghanenkriege die Gefangennehmung Akbar Khans und die Beſtrafung des grauſamen Amyrs von Bokhara, des Mörders von Oberſt Stoddart und Capitain Conolly, verhindert zu haben. Jetzt wird es den ſpionirenden Eingeborenen nicht entgehen daß abermals ein Mörder eines Agenten der britiſchen Regierung mit dem Leben davongekommen iſt. Dieß muß vor der Kritik der Aſiaten ſo ungewöhnlich erſcheinen daß es ihnen gleichſam zur Aufforderung dient ein ſolches Verbrechen zu wiederholen.

Während der letzten Kämpfe der Sicks beging Doſt Mohammed, König von Cabul, die große Unklugheit im geheim die aufrühriſchen Häuptlinge der Sikhs zu unterſtützen und einen Religionskrieg gegen die Ungläubigen zu predigen. Schwelgerei, berauſchende Getränke und der Harem haben ſeine kräftige Natur und ſeinen Geiſt vor der Zeit gealtert. Denn ſonſt würde Doſt Mohammed, der ſich beim Abſchiede aus der Gefangenſchaft ſo verſtändig äußerte und an dem ſo reiche Erfahrungen nicht nutzlos vorübergegangen zu ſeyn ſchienen, nicht ſo augenſcheinlich gegen ſein eigenes Intereſſe gehandelt haben. Aber er bildete ſich ein daß den Engländern im Peng'ab ein gleicher Untergang wie vor ſieben Jahren in Cabul bereitet werden würde, und er ſah ſchon im Traume ein anderes mohammedaniſches Raj (Königreich) entſtehen, welches ſich vom Hindu-Kuſch bis nach Delhi erſtrecken würde. Natürlich rechnete er auf die treue Hingebung ſeiner Glaubensgenoſſen die im geheim von ihm begünſtigten Sicks bald vernichten zu können. Denn ſich mit dieſen Butpuruſts (Götzendienern) — wie der Muſelman den von ihm gehaßten Sikh nennt — öffentlich zu alliiren würden ihm ſeine Glaubensgenoſſen noch weniger vergeben haben als wenn er ſich den Murdum-i-Kitab (den Männern des Buchs) hülfreich erwieſen hätte. Wenn ſich Doſt Mohammed ganz ruhig verhalten oder mit Herz und Schwert die Engländer zur Vernichtung der Inſurgenten unterſtützt hätte, ſo iſt beinahe mit Sicherheit vorauszuſetzen daß die engliſche Regierung ihn mit der Provinz Peſchauer belehnt haben würde. Jetzt hat er die neuen Nachbarn zu fürchten, in deren Macht es liegt ihn und ſeine Partei zu vernichten. Die engliſche Regierung darf nur alle Ein- und Ausgänge nach und von Affghaniſtan abſperren, was weder ſchwierig noch koſtbar iſt, und in noch nicht zwölf Monaten werden die älteſten Söhne aller Häuptlinge als Geiſeln ausgeliefert ſeyn, um dieſem unerträglichen Zuſtande ein Ende zu machen. Wehe Doſt Mohammed wenn er ſich ſeinem mächtigen Nachbar feindſelig zeigt, er iſt verloren und ſein Reich kommt in die Hände einer andern mächtigen Familie ſeines Landes. Affghaniſtan iſt zu arm und zu wenig verſprechend, als daß der berechnende Engländer wünſchen könnte es zu behalten. Den Khyberern gegenüber, einer wahren Räuberhorde, wird man wahrſcheinlich General Avitabile's Maxime befolgen, als er Gouverneur von Peſchauer war; er ließ ohne Unterſuchung jeden Khyberer hängen der ihm lebend gebracht wurde.

Dagegen ſteht der brittiſchen Regierung die Aufgabe bevor der Herrſchaft des berüchtigten Ghulab Sing bald ein Ende zu machen. Er hat während der letzten Wechſelfälle des Kriegs eine ſehr verdächtige Rolle geſpielt, und bevor ſich die Wage des Schickſals entſchieden zu Gunſten der Engländer neigte, die Rebellen Chattur Sing, Schyr Sing und andere im geheim unterſtützt. Nachdem Ghulab Sing ſeinen Ehrgeiz und ſeine Geldgier durch Einſetzung in die Herrſchaft einer ſo bedeutenden Provinz befriedigt ſah, quälen ihn allerlei Scrupel daß er dem von ihm tief gehaßten brittiſchen Chriſten als Lohn eines „treuen Alliirten“ dieß alles verdankt. Ghulab Sing iſt ein Radſchput, und er ſieht das Kuhſchlachten der Engländer, deren ſtrenges Verbieten der Sattie (Verbrennen von Frauen) und die Toleranz gegen die Mohammedaner mit dem tiefſten Abſchen an. In kurzer Zeit wird dieſer Gauner und Wüthrich, von denſelben gemeinen Triebfedern geleitet, die unkluge Idee das alte Hindureich zu errichten ins Werk ſetzen wollen, und anſtatt ſich als den Beſchützer Brahma's und den Retter des mehr und mehr untergehenden Hinduismus anzuſehen, all' ſeine Grauſamkeiten und Thorheiten in einem fernen Exil beweinen können. Sir Charles Napier, obgleich achtundſechzig Jahre alt, liebt viel zu ſehr Kriegsgetümmel, als daß er die Gelegenheit vorübergehen laſſen ſollte mit der Einverleibung Kaſchmirs und der Abſetzung Ghulab Sings das Reich der Engländer in Indien nach dieſer Seite für immer abgeſchloſſen zu haben.

Neueſtes.

Augsburg, 17 Nov.

* **Berlin,** 14 Nov. In der heutigen Sitzung nahm die zweite Kammer den Artikel 12 der Verfaſſung in folgender Faſſung an: „Die evangeliſche und die römiſch-katholiſche Kirche ſowie jede andere Religionsgeſellſchaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten ſelbſtändig, und bleibt in Beſitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke beſtimmten Anſtalten, Stiftungen und Fonds.“

(4144) ☞ **Neue wissenschaftliche Werke.**

Stuttgart. In unserem Verlag sind neu erschienen:

Bischoff, Dr. G. W., Prof. in Heidelberg, **die Botanik in ihren Grundrissen mit Rücksicht auf ihre historische Entwickelung.** gr. 8. 1 fl. 12 kr. oder 21 Ngr.

Fraas, Professor Dr., **historisch-encyklopädischer Grundriß der Landwirthschaftslehre.** gr. 8. 1 fl. 30 kr. oder 28 Ngr.

Grieb, Dr. Chr. Fr., **populäre Gesellschaftsökonomie**, enthaltend eine gedrängte Darstellung 1) der Geschichte der politischen Oekonomie, 2) der politischen Oekonomie der Adam Smith'schen Schule und 3) der Arbeiten der Socialisten. gr. 8. 2 fl. 42 kr. oder 1 Thlr. 16 Ngr.

Kraft, Pfarrer Dr., **die Religionen aller Völker in philosophischer Darstellung.** gr. 8. 1 fl. 54 kr. oder 1 Thlr. 5 Ngr.

Lafaurie, Dr. Ad., **Geschichte des Handels** in Beziehung auf politische Oekonomie und öffentliche Ethik. gr. 8. 1 fl. 54 kr. oder 1 Thlr. 5 Ngr.

Schwegler, Dr. A., Professor in Tübingen, **Geschichte der Philosophie im Umriß.** Ein Leitfaden zur Uebersicht. gr. 8. 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

Weber, Dr. W. E., Gymnasial-Director in Bremen, **classische Alterthumskunde** oder übersichtliche Darstellung der geographischen Anschauungen und der wichtigsten Momente an dem Innenleben der Griechen und Römer, eingeleitet durch eine gedrängte Geschichte der Philologie. gr. 8. 2 fl. 54 kr. oder 1 Thlr. 20 Ngr.

Wedekind, G. W. Freiherr v., Oberforstrath in Darmstadt, **Encyklopädie der Forstwissenschaft.** gr. 8. 1 fl. oder 18 Ngr.

Zeller, Dr. E., Professor in Bern, **Geschichte der christlichen Kirche**, übersichtlich dargestellt. gr. 8. 1 fl. 12 kr. oder 21 Ngr.

Vorstehende 9 Bücher sind Theile unserer „**Neuen Encyklopädie für die deutsche Nation in 8 Bänden**," über deren ferneres Erscheinen bis zu Ende (bis jetzt 4 Bände) wir später uns in diesem Blatte näher aussprechen werden. Bekanntlich ist es uns gelungen die bestklingenden Namen aus der deutschen Gelehrtenwelt für dieses Werk zu engagiren, und deren thatsächlichste Mitwirkung beweisen vorstehend angezeigte Abtheilungen, welche zu den beigesetzten billigen Preisen durch alle Buchhandlungen zu beziehen sind. Nachdem daß sich dieselben bereits sehr günstiger Besprechungen in den kritischen Journalen zu erfreuen hatten ist, und ein fernerer Beweis für deren Gediegenheit der Beifall des literarischen Publikums, welches denselben durch zahlreiche Nachfragen nach genannten Werken wie nach der „Encyklopädie" selbst sichtbar bethätigt.

Bei Wiederbeginn der Vorlesungen an den Universitäten sowie bei der allgemeinen Rückkehr zu ernsteren Studien von Seiten des leselustigen Publikums bleibt uns daher nur übrig, dieselben zur allgemeinen Erinnerung namentlich wieder aufzuführen.

Stuttgart, im Oktober 1849.

Franckh'sche Verlagshandlung.

(4149) **Stuttgart.** (Antiquaria.) Durch J. **Scheible** kann bezogen werden:

Diebold Schilling's Beschreibung der Burgundischen Kriege. Ausgabe mit **allen Kupfern.** Folio. Bern 1743. (Wegen der darin vorkommenden vielen alten Kriegslieder äußerst wichtig!) 10 fl. 48 kr.

Musée royal de Naples. Cabinet secret érotique. Mit 60 prachtvoll colorirten Kupferstichen. Quarto. Paris 1836. (Ladenpreis 200 Francs.) 40 fl.

Casanova's Memoiren, deutsch. 12 Bände. 8. Leipzig. (Ladenpreis 54 fl.) 28 fl.

Amusements érotiques. Mit 16 Kupfern in Folio. 25 fl.

[4128] **Werthvolle Kupferwerke, Wappenbücher und sonst geschätzte Werke aus allen Fächern,**

☞ Eine Sammlung von 320 Original-Stammbüchern und ein **Pergamentdruck.** ☜

J. **Heß**, Buch- und Antiquarhandlung in **Ellwangen** (Württemberg) verkauft:

I. **Kupferwerke.** **Musée français ou collection** complète des tableaux, statues et bas-reliefs qui composent la collection nationale, avec l'explication des sujets et des discours sur la peinture etc. Paris 1803—1811. 5 Vol. in Royalfolio. Die gute Ausgabe. (Ladenpreis 3840 Francs) 300 Thlr. preuß. Cour. od. 515 fl. rhn. **Rouillon-Petit campagnes mémorables des Français** en Egypte, en Italie, en Hollande, en Allemagne etc. ou histoire complète de toutes les opérations militaires de la France. Paris 1817. 2 Bde. in Folio mit Kupf. nach Vernet und Swebach und 100 Portraits der berühmtesten Generäle (Ldpr. 400 Francs) 33 Thlr. — **Galerie du Luxembourg** peint par Rubens, dessinée p. Nattier et gravée p. les plus illustres graveures. Paris 1710. fol. 14 Thlr. — **Gau, Neuentdeckte Denkmäler von Nubien** an den Ufern des Nils, von der ersten bis zur zweiten Katarakte, gezeichnet und vermessen im Jahr 1819, und als Ergänzung d. groß. franz. Werk-s über Egypten ganz vollst. in 13 Liefer. Fol. 1821—28. Vel.-Pap. noch neu (Ladpr. 136 Thlr.) 38 Thlr. — **Les peuples de la Russie,** ou description des mœurs, usages et coutumes des diverses nations de l'empire de Russie (p. C. comte de Rechberg) Paris 1812. 2 Bde. Fol. mit Farb-Kupf. (Ladenpreis 600 Fres.) 24 Thlr. — **Costumes et annales des grands Théâtres** de Paris p. Charnois, 7 Bde. mit Kupfer. 4. 1786—89. (Ladenpr. 144 Fres.) 10 Thlr. — **Cérémonies et Coutumes religieuses** de tous les peuples du monde. 7 Thle. m. Kpfrn. Fol. Amst. 1739 in Saffian und Goldschnitt gebd. mit reichen Goldverzierungen 38 Thlr. — **Meyers Universum** 12 Bde. 4. Hildburghausen 1847. schönes Ex. mit circa 600 Stahlst. (34 Thlr.) 15 Thlr. — **Scheible's Kloster.** 12 starke Bde. mit Tausenden von Abbildgen. 1849. (42 Thlr.) neu 28 Thlr.

II. **Naturwissenschaft und Medicin.** **Martini, neues syst. Conchyliencabinet** fortges. v. Chemnitz in 11 Bden. nebst Registerbd. mit illum. Kpf. 4. Nürnb. (210 Thlr.) 66 Thlr. — **D. Dietrich, Flora universalis.** 326 Hefte m. 3260 illum. Kupftaf. 1848. neu (815 Thlr.) 290 Thlr. — **Dietrich, Flora Deutschlands,** Band 1—3. 1844. m. 711 ill. Kpf. (44 Thlr.) 18 Thlr. — **Dietrich, Forstflora.** 2 Bde. m. 280 ill. Kpf. 1838. (20 Thlr.) 12 Thlr. — **Latham, Uebersicht der Vögel.** 8 Bde. mit illum. Kpfr. 4. mit Anhang und Register. 4. 1812. (41 Thlr.) 15 Thlr. — **Bloch, allgemeine Naturgeschichte** der Fische in 12 Bden. (d. 10te Bd. fehlt.) 4. Berlin, wie neu (Ldpr. 180 Thlr.) 24 Thlr. — **Baumgärtner, Krankenphysiognomik.** Lateinisch und deutsch, nebst einem Atlas von 72 nach der Natur gemalten Krankheiten. Fol. 1830. (Ladpr. 90 Thlr.) 40 Thlr. — **Salzburger medicin.-chirurg. Zeitung,** Fortsetzung von Erhard. 8. 1790—1833 mit Ergänzungen, 212 Bde. (12 Bde. fehlen.) (Ldpr. 400 Thlr.) 26 Thlr.

III. **Heraldik, Rechtswissenschaft und Diplomatik.** **Siebmachers großes Wappenbuch.** 6 Thle. in 2 Bdn. in Fol. mit 11 Supplementen. Nürnberg 1734. 40 Thlr. — **Nouveau traité de diplomatique** par deux religieux bénédictins. 6 Bde. 4. Paris 1750—65, mit Kupf. 28 Thlr. — **Biedenfeld, Geschichte und Verfassung aller geistl. und weltlich.** erloschenen und blühenden Ritterorden, nebst 1 Atlas mit beinahe 500 illum. Abbild. 2 Bde. 4. Weimar 1841. (Ladenpr. 36 Thlr) 14 Thlr. — **Archiv für civilistische Praxis.** 30 Bde. 8. Heidelberg 1818—1847. (Ldpr. 55 Thlr.) 28 Thlr. — **Glücks Erläuterungen der Pandekten** mit Register vollständig in 46 Bden. gut gebdn. (70 Thlr.) 40 Thlr. — **Mosers deutsches Staatsrecht** mit Zusätzen. 73 Bde. (Bd. 19 und 20 fehlen.) 4. Leipzig 1737—82. (Ldpr. 140 Thlr.) 20 Thlr. — **Rotteck und Welckers Staats-Lexikon.** 15 Bde. 8. 1834—43. (40 Thlr.) 17 Thlr. — **Protokolle der deutschen Bundsversammlung.** 15 Bde. und 5 Bde. Nachträge. 4. 1828. gut gebd. 12 Thlr. — **Klüber, Acten des Wiener Congresses.** 31 Hefte. (20 Thlr.) 6 Thlr.

IV. **Theologie.** **Binterim, vorzüglichste Denkwürdigkeiten der christkathol. Kirche.** 17 Thle. m. Abbild. Zweite Ausgabe, Mainz 1842, neu. (24 Thlr.) 16 Thlr. — **Alexander Natalis historia ecclesiast.** c. supplem. 20 Bde. 4. Bingen. 14 Thlr. — **Fleury historia ecclesiast.** latin reddit. 90 Bde. 8. 1768—93. gut gebd. (100 Thlr.) 16 Thlr. — **Görres' und Phillips polit.-historische Blätter** vollst. in 24 Bden. hübsch gebdn. München 1838—1849. (Ldprs. 84 Thlr.) 28 Thlr.

V. **Verschiedene Werke.** **Dingler, polytechn. Journal** Band 1—74. 1820—1839. — **Heeren und Uckert,** Geschichte der europ. Staaten. Band 1—27 nebst 1 Registerbd. 8. Hamburg. hübsch gebd. wie neu (Ldpr. 60 Thlr.) 22 Thlr. — **Prechtl's technolog. Encyklopädie** 15 Bde. m. Kupfn. neu gebd. (64 Thlr.) 34 Thlr. — **Die römischen und griechischen Prosaiker** übers. von Tafel, Osiander ꝛc. 350 Bdchen. 1842. br. (80 Thlr.) 24 Thlr. — **Voltaires oeuvres compl.** Zweibrücker Ausg. in 100 Bde. gebd. 12 Thlr. — **Jost, Geschichte der Israeliten.** 9 Bde. 1829. (16 Thlr.) 10 Thlr. — **Posselt, europ. Annalen** mit allen Fortsetzungen 148 Bde. 1796—1834. (200 Thlr.) 38 Thlr. — **J. G. Kohls** sämmtliche Reisen vollst. in 31 Bden. 8. Leipzig 1846. neu (66 Thlr.) 16 Thlr. — **Pierer's Universal-Lexikon,** dritte, neueste Auflage auf feinem weißem Papier, 34 Bde. mit Kupferatlas, broschirt (Ladenpreis 38 Thlr.) 20 Thlr. oder 35 fl. rhn. — **Ersch und Grubers Encyklopädie,** 90 Bde. 4. 1848. (Ldprs. 360 Thlr.) 112 Thlr. — **Sandrart, deutsche Akademie der Bau-, Bildhauer- und Malerkunst.** 8 Bde. Folio. Nürnberg. mit ausgezeichn. Kupfern. Schönes Prachtexemplar. 20 Thlr.

☞ **Eine Sammlung von 360 Stammbüchern** aus der Zeit von **1554—1790** mit Inschriften vieler fürstlichen Personen und der berühmtesten Gelehrten dieser Zeit, sowie mit meisterhaften Malereien, Zeichnungen, Wappen und Trachten versehen. Ueber die ganze Sammlung ist ein ausführl. **geschriebenes** Verzeichniß da.

☞ **Ein Atlas mit 5 sehr hübsch gezeichneten Landkarten,** von Benincasa in Venedig im J. 1463 gezeichnet.

☞ **Der Pergamentdruck** besteht in einem Exemplar von: **Hortus animae. Octav.** Nürnb. 1511. mit 70 sehr hübschen Holzschn. vollständig und wie neu. **15 Thlr.**

(3968—69) Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und des Auslandes zu beziehen:

Geschichte
der
ungarischen Revolution

in den Jahren 1848 und 1849,
mit Rückblicken auf die Bewegung in den österreichischen Erbländern.
Von
Julian Chownitz,
Redacteur der „Opposition“ während der Revolution in Pesth.
2 Bände. 8. Velinpap. Preis 3 fl. oder 1 Rthlr. 24 Sgr.

Zum erstenmal schildert hier ein geborner Ungar — ein Augenzeuge — die letzten denkwürdigen Ereignisse im Magyarenlande mit ergreifender Anschaulichkeit.

Was vielen noch räthselhaft seyn dürfte, findet hier Aufklärung in lebendiger Darstellungsweise — von Anfang bis zum Schlusse des ungarischen Drama's. —

Das Werk erscheint noch dieses Jahr vollständig in 6 Lieferungen à 30 kr. oder 9 Sgr. und sind die ersten Lieferungen bereits in allen Buchhandlungen zu haben.

[3905—6] Bei den Unterzeichneten ist so eben in Commission erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Mittheilungen
der antiquarischen Gesellschaft
in Zürich.
Sechster Band
gr. 4. mit 9 Kupfern. 3 Thlr. 20 Ngr. oder 4 fl. 24 kr.

Inhalt: **Ueber Ursprung und Bedeutung der Wappen** mit Bezug auf eine alte Wappenrolle der Zürcherischen Stadtbibliothek von Dr. und Prof. *Friedr. v. Wyss.* — **Das alte Nekrologium des Klosters Reichenau,** im Facsimile herausgeg. und mit einem Commentar versehen von Dr. *Ferd. Keller.* — **Die Ortsnamen des Kantons Zürich,** aus den Urkunden gesammelt und erläutert von Dr. *Heinrich Meyer.* — **Beschreibung der Burgen Alt- und Neu-Rapperswil,** von Dr. *Ferd. Keller.* — **Chronik von Rapperswil** vom Jahre 1000 bis zum Jahre 1388, herausgegeben von Dr. u. Prof. *Ludw. Ettmüller.*

Jede einzelne Abhandlung dieses Werkes ist auch besonders zu haben.

Meyer u. Zeller in Zürich.

(4008) So eben ist bei Jasper, Hügel u. Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

M. G. Saphir's humoristisch-satyrischer
Volkskalender
nach Vor- und Rückwärts für 1850.

Motto: Der Zopf ist der Perpendikel nach hinten,
Der Schnurrbart ist der Zopf nach vorne.

Mit Illustrationen von Cajetan, C. Geiger u. a.
Zweite Auflage. Brosch. Preis 36 kr. C.-M. od. 12 Ngr.

☞ Enthält nur Originalartikel aus M. G. Saphirs Feder. Die erste sehr starke Auflage war binnen wenigen Tagen in Wien vergriffen.

[4091] Im Verlage von Emil Baensch in Magdeburg erschien, und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Gothisches Glossar.
Von
Ernst Schulze.
Mit einer Vorrede von **Jacob Grimm.**
gr. Quart-Format. Eleg. brosch. Preis 7 Rthlr.

Ein Werk, wie kein zweites in der deutschen Literatur existirt!

Für seine hohe Bedeutsamkeit spricht das besondere Interesse welches das preuss. Ministerium für geistliche und Unterrichts-Angelegenheiten an der Herausgabe nahm, spricht der treffliche wissenschaftliche Excurs womit ein Jacob Grimm es in die Litteratur einführt.

(4155—56) **Ein Bergbaubeamter**

höherer Kategorie, der mit dem besten Erfolge seine Studien an der Bergakademie zu Schemnitz vollendete, welcher durch 19 Jahre bei dem Staatsbergbaue in Ungarn bedienstet ist, woselbst er die seltene Gelegenheit hatte sich im Betriebe des Bergbaues, der Forstwirthschaft, der Pochwerks-Manipulation, und des Gold-, Silber-, Kupfer-, Blei- und Eisenhüttenwesens so einzuüben daß er alle Manipulationen des Berg- und Forstweiens, erfahren in den Handgriffen und Vortheilen des Arbeiters, auch mit noch ungeübten Individuen entweder neu zu begründen oder zu regeln gründlich versteht, welcher alle Gebäude und Maschinen, welche darauf einschlagen, herstellen kann (und auch als vorzüglich anerkannte Grubeneisenbahnen, Pochwerke, dann Silber- und Eisenhüttenwerke wirklich neu erbaute), welcher endlich dieses alles zu leiten und zu verrechnen versteht, ist geneigt seine gegenwärtige Stellung gegen eine Anstellung in Amerika zu vertauschen, um seine Kenntnisse und Erfahrungen besser zu verwerthen als es ihm dermalen die Verhältnisse gestatten. Er ist bereit diese seine Kenntnisse und seine bisherigen Leistungen, seine Redlichkeit und Moralität durch glaubwürdige Belege zu erweisen. — Jene verehrlichen Bergbaubesitzer, die in der Lage sind, hievon den entsprechenden Nutzen ziehen zu wollen, sind eingeladen zur Feststellung der Bedingnisse sich an die Buchhandlung Gerold u. Sohn zu Wien in Österreich in frankirten Briefen zu wenden.

[4113] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist eben erschienen:

Die Kunst und die Revolution. Von Richard Wagner. 8. 1850. brosch. 10 Sgr.

Die Wibelungen. Weltgeschichte aus der Sage. Von Richard Wagner. 8. 1850. brosch. 15 Sgr.

Das Wesen der Ehe. Von Louise Dittmar. 8. 1850. brosch. 15 Sgr.

(3974—79) Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Musenklänge
aus Deutschlands Leierkasten.
Mit 160 Holzschnitten.

Ein sehr spaßhaftes Büchlein. Unter den unendlich vielen Lieder- und Gedichtsammlungen einzig dastehend, enthält es fast nur Unsinn, aber mit Bewußtseyn gemachten Unsinn, und der verfehlt seine Wirkung nicht. Da findet sich die Wanderlust: „Nach Italien, nach Italien, möcht ich, Alter, jetzt einmal gehn,“ Eduard und Kunigunde, das neue Lied vom Hecker, die Hussiten vor Naumburg, ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Strummel-Putsch, Fieschi, der grause Bösewicht, Tscheck, der Attentäter und noch viele andere, alle mit feinen Holzschnitten geziert für

10 Silbergroschen.

[4032—34] **Verfassungs-Urkunden.**

Bei Carl Hoffmann in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Bromme, Tr., die Verfassungen der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, der Freistaaten Pennsylvania und Texas, der Königreiche Belgien und Norwegen, die Bundesverfassung der Schweiz und die englische Staatsverfassung. 2te, mit der Staatsverfassung Frankreichs und der neuen deutschen Reichsverfassung vermehrte Aufl. 14 Bogen gr. 8., Preis brosch. 1 fl. 12 kr. oder ⅔ Thlr.

[4054—55] **Dienst-Anerbieten**

Ein kräftiger junger Mann von 36 Jahren der die Direction einer bedeutenden Kammgarnspinnerei in Rußland führt, klimatischer Ursache wegen jedoch wieder nach Deutschland zu kommen wünscht, sucht wo möglich in Süddeutschland, seiner Heimath, eine seinen Kenntnissen entsprechende Stelle. Derselbe ist im Stande neuere größere oder kleinere Fabriken mit allen möglichen ökonomischen Vortheilen einzurichten; er kennt die Streichgarn- und Flachsspinnerei, Weberei und Appretur technisch wie praktisch und wird ein Engagement, eine Societät oder einen Pacht in einem dieser Geschäfte, namentlich in ersterem, mit Wasser oder Dampfkraft da wo viele Webereien in der Gegend, gerne übernehmen.

Näheres bei G. Ulsamer, Bürgermeister in Distelhausen bei Tauberbischofsheim.

[4114—16] **Anstellungsgesuch**

als Rechnungsführer, Aufseher, Secretär, Kammerdiener, Vorleser, Hausmeister.

Ein Mann mittlern Alters, wissenschaftlich gebildet und mehrere Sprachen sprechend und schreibend, sucht in obigen Eigenschaften recht baldige Anstellung bei einer Familie auf dem Lande oder bei einer ältern Dame. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes unter Chiffre B Nr. 4114.

[4049—50] **Pünktlichst solideste Besorgung aller Art Geschäfte in Wien**

und ganz Oesterreich, sowie Ein- und Verkauf von Besitzungen, Häusern und allen möglichen Artikeln ꝛc. — Geld- An- und Verleihungen u. s. w. übernimmt Dr. F. Ulbrich in Wien Leopoldst. 485 — Briefe franco.

(4179) Ein junger Mann, welcher schon in bedeutenden Häusern Erzieher war, alter und neuer Sprachen, sowie der Musik kundig ist und ausgezeichnet empfohlen werden kann, sucht eine **Hofmeisterstelle.** Portofreie Briefe, mit U. B. Nr. 4179 bezeichnet, befördert die Expedition dieser Zeitung.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 46 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London; für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg; für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand; für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Montag — Nr. 323. — 19 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (Graf Bray. Steinheil. Henri Blaze. Antrag wegen der verhafteten Abgeordneten. Das Schullehrergesetz. Reorganisation des Medicinalwesens); Karlsruhe (Strafmilderung); Homburg (Berichtigung); Hamburg (Klapka und die Festmahle für die Ungarn); Braunschweig (Anregung auf Herabsetzung der Civilliste. Auch von hier aus eine Militärconvention mit Preußen betrieben); Köln (der Prinz von Preußen); Berlin (angebliche Erklärung an die Gothaer über baldige Berufung des Reichstags. Ausgleichung der Zolleinnahmendifferenz mit Bayern. Die Ernennung der HH. v. Radowitz und Bötticher nach Frankfurt nun officiell. Das Jagdgesetz. Die zweite Kammer über die Stellung der Kirche); Mecklenburg (der König von Preußen an den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. Ein neuer Protest der Ritterschaft); Wismar (ein Zusammenstoß mit dänischen Seeleuten); Schleswig-Holstein (energische Beschlüsse der Landesversammlung); Wien (Aufmerksamkeit für die italienischen und süddeutschen Eisenbahnen. Hr. v. Augustin Generaldirector der Artillerie. Feuchterslebens Wittwe. Die Reichszeitung); Prag (Zunahme der Cholera).

Spanien. Die Abberufung der Expedition von Italien amtlich angezeigt.

Frankreich. Contumazialurtheile und Schluß der Sitzungen des Staatsgerichtshofs. Näheres über den neuen Finanzplan. Heimberufung der Flotte. Verhandlung über die Betheiligung der Nationalversammlung bei öffentlichen Feierlichkeiten. Ballat aus Mogador zurück. Das griechische Anlehen.

Belgien. Brüssel (die Thronrede bei Eröffnung der Kammern. Herzog und Herzogin v. Nemours. Graf Colloredo. Arbeitseinstellungen in Gent).

Italien. Neapel (Bestätigung daß Rayneval abgelehnt); Rom (die Hoffnung auf nahe Ankunft des Papstes wieder vereitelt); Genua (ausführliche Mittheilung Englands über Abschaffung seiner Navigationsgesetze an die Genueser Handelskammer); Mailand (Anderloni †).

Dänemark. Untersuchung wegen Eckernförde.

Türkei. Berichte aus Belgrad und Widdin über die Heimkehr eines großen Theils der ungarischen Flüchtlinge, und die Uebersiedelung der andern nach der Festung Schumla. Zusammenziehen russischer und österreichischer Truppen längs der türkischen Gränze.

Jonische Inseln. Neben einer Amnestie eine Anzahl neuer Todesurtheile.

Datum der Börsen: Paris 15; Wien 16; Frankfurt 17 Nov.

Deutschland.

Bayern. ∸ **München,** 16 Nov. (Zeiundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Galerien nur sehr mäßig besetzt, die Diplomaten- und Reichsrathstribüne leer, spätes Vollständigwerden der Versammlung — das ist auch heute die Physiognomie der Sitzung, nachdem schon die erste nach Beendigung der Berathung über die deutsche Frage gleiche Erscheinungen gezeigt hatte. In jener waren die von der Reichsrathskammer beantragten Modificationen des Gesetzentwurfs über das Verfahren bei Preßvergehen in der Pfalz angenommen worden, und so folgte heute die Verlesung des Gesammtbeschlusses, welchen der Präsident sofort der königlichen Sanction zu unterbreiten verhieß. Aus dem nachherigen Vortrage des Berichterstatters des dritten Ausschusses (Hirschfelder) über den Gesetzentwurf, die Ausübung der Jagd betreffend, entnimmt man „daß der Ausschuß zwar in den gesetzgeberischen Principien, besonders auch in der Festhaltung des Grundsatzes mit der Regierung übereinstimmt, wornach im Grundbesitze die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden liegt, dagegen die beschränkenden Bestimmungen noch genauer präcisirt wissen will. Daraus fließt eine so bedeutende Verschiedenheit zwischen den Anträgen des Ausschusses und dem ursprünglichen Gesetzentwurf, daß von diesem nur drei Artikel unverändert bleiben, überdieß seinen 23 Abschnitten noch drei neue zugefügt werden. Zu einer längern Discussion geben die Rückäußerungen der Reichsrathskammer in Bezug auf den Gesetzentwurf über die Ergänzung des revidirten Gesetzes betreffs der Ansässigmachung und Verehelichung der Schullehrer Veranlassung. Angenommen sind von der Kammer der Reichsräthe die beschlossenen abkürzenden Modificationen des Gesetztitels, sowie des 2ten und 3ten Artikels. Dagegen wurde abgelehnt der beschlossene Zusatz zu den Eingangsworten: „noch vor der demnächst bevorstehenden vollständigen Regelung der Verhältnisse der Schullehrer und der dabei einschlagenden finanziellen Beziehungen." Der Ausschuß befürwortete diese Ablehnung ebenfalls, und wirklich wurde derselbe ohne Discussion von der Abgeordnetenkammer genehmigt. Weiter wollte die Reichsrathskammer jenen von der Abgeordnetenkammer aufgenommenen vierte Artikel ebenfalls gestrichen wissen, wodurch festgestellt wird daß für die eventuelle Unterstützung eines deutschen Lehrers oder seiner Hinterbliebenen auch alle auswärtigen, doch demselben Schulsprengel zugetheilten Gemeindeangehörige beizutragen haben. Die Ausschußmehrheit hatte auch diesen Antrag fallen lassen, ebenso einen modificirenden Antrag des Referenten zum Ersatz desselben abgelehnt. Die Streichung des Artikels ward außerdem vom Regierungscommissär Graf Hundt durch eine längere mit den Motiven der jenseitigen Kammer übereinstimmende Ausführung im Namen der Regierung unterstützt. Dagegen sprach der Abg. Wiedenhofer sich sehr entschieden für die Beibehaltung aus. Besonders richtete sich seine Rede gegen die juristischen Gründe des Ausschußberichts der Reichsrathskammer, worin gesagt ist: die bestehende Gesetzgebung stelle sich einem solchen Artikel entgegen. Es gelte hier nämlich, erörtert der Redner, keine Weiterentwickelung der bestehenden Gesetzgebung, sondern ein ganz neues Gesetz zu machen, ein Gesetz welches in der bestehenden Gesetzgebung wirklich kein Antecedens habe, also auch nicht aus dieser entwickelt werden könne. Indem wir die weitern juristischen Ausführungen für die Beibehaltung des Artikels gegen die vom juristischen Standpunkt jenes Berichts geltend gemachten Gründe für dessen Streichung übergehen, führen wir nur an daß die beiden folgenden Redner, Abgg. Hirschberger und Richter, der Beibehaltung des Artikels deßhalb das Wort reden weil das Gesetz nur als transitorisches zu betrachten sey, aber den Schullehrern bis zum Erscheinen eines ihre Verhältnisse im allgemeinen regelnden Gesetzes nicht die durch das transitorische Gesetz beabsichtigten theilweisen Abhülfen ihrer Mißzustände noch zu schmälern seyen. Abg. Thinnes wirft dagegen die Frage auf, was unter den „Hinterbliebenen" zu verstehen sey. Abg. Wiedenhofer faßt diesen Begriff sehr weit, so daß er sich hinsichtlich der Heimathsberechtigung mit ihren Consequenzen nicht nur auf die Wittwe und Kinder, sondern selbst auf die Kindeskinder erstreckt. Vorzüglich diese Erläuterung scheint den Abg. Pitzner zu bestimmen sich gegen die Beibehaltung des fraglichen Artikels zu erklären, und später einen Antrag auf dem Tische des Hauses niederzulegen, wornach nicht die Angehörigen des Schulsprengels aus einer andern Gemeinde, sondern die der Gemeinde wo der Lehrer heimathsberechtigt ist, eingepflichtete politische Gemeinde zur Unterstützung beizutragen hat. Abg. Ruland findet den ganzen Artikel deßhalb nicht statthaft weil er doch nur Ausnahmsfälle betreffe, da nach seinen Erfahrungen der Fall durchaus nicht als der häufigere anzusehen sey wo eine solche Unterstützung nothwendig werde, wie sie dieser Abschnitt vorsehen wolle. Als transitorische Bestimmung bis zum Erscheinen eines allgemeinen Schulgesetzes hält dagegen der Abgeordnete Fink den Artikel für nöthig, weil dadurch gesetzlich eine Art der Unterstützung festgestellt werde welche bisher allerdings schon herkömmlich bei den Gemeinden war, aber doch jeden Augenblick in Frage gestellt werden könne. Da dieser ganze Abschnitt der Debatte durch die Unbestimmtheit des Ausdrucks „Hinterbliebene" motivirt scheint, so beantragt der Abg. Morgenstern anstatt dieses Ausdrucks die Präcisirung: „alle diejenigen welche von der Heimath des Lehrers ihre Heimath abzuleiten berechtigt sind." Während ferner der Abg. Jörg glaubt daß wenn man den Antrag ganz fallen lasse, die Regierung sich zur beschleunigten Einbringung des Schulgesetzes veranlaßt sehen werde, weist der Abg. Demel nach daß derselbe nothwendig in der Consequenz des Gesetzes bedingt, also nicht fallen zu lassen sey. Abg. Fürst Wallerstein endlich findet den Urgrund aller Klagen und Mißzustände der Lehrer, sowie die bei einem Gesetze zu deren theilweiser Hebung stattfindenden Differenzen in jener Zwitterstellung, wonach die Lehrer halb Staatsdiener

halb Gemeindediener sind. Dieses Uebel werde auch nicht durch das vorliegende Gesetz beseitigt, denn auch dieses bestimme die politische Stellung der Schullehrer nicht. Als transitorisch könne dasselbe aber nicht erachtet werden, denn es sey nach dem eigenen Ausspruche des Ministers noch keineswegs festgestellt, ob das definitive allgemeine Gesetz noch beim gegenwärtigen Landtag zum Abschluß kommen könne. Das vorliegende Gesetz müsse also auch gemacht werden als ob es ein definitives sey. Nachdem sich der Redner noch über die frühern praktischen Verhältnisse verbreitet hat wo die Unterstützung der Schullehrer zunächst aus den Fonds der von kurfürstlichen Zeiten herstammenden Kreisschuldotationen gegeben, die Gemeinde aber erst in zweiter Reihe in Anspruch genommen wurde, da die Schullehrer vorzugsweise als Staatsdiener betrachtet worden seyen, erweist er weiter wie die jetzigen Zustände erst seit jener Zeit datiren da jenes Princip einer Zwitterstellung Geltung erlangt habe. Schon neulich habe er erklärt wie er das Gesetz nicht für zulänglich halte, aber doch in Erwartung eines allgemeinen Schulgesetzes dafür gestimmt. Auch heute stimme er dafür, aber mit dem Art. 4. Nachdem der Abg. Högg sich gleichfalls für die Beibehaltung dieses Artikels ausgesprochen, erhält der Referent das Schlußwort, welches in gleichem Sinne lautet. Noch erhebt sich der Minister Ringelmann. Obgleich er den Artikel nicht für nöthig erachtet, so wiederholt er doch die schon in der Reichsrathskammer gegebene Erklärung daß die Regierung von dessen Aufnahme oder Abweis die Annahme des Gesetzes nicht abhängig machen werde. Das Gesetz solle nur eine Lücke hinsichtlich der Bestimmungen über Heimathsangehörigkeit und Ansässigmachung der Schullehrer ausfüllen. Indessen möge man es nicht als absolut transitorisch betrachten, da dessen Feststellungen wohl auch in das allgemeine Schulgesetz aufgenommen werden könnten. Besonders scheine indessen das Pitzner'sche Amendement nicht gerechtfertigt, weil aus dessen Geltung nothwendig eine große Ungleichheit der Belastung der Gemeinden hervorgehen müsse. Uebrigens wird noch darauf hingewiesen, wie der Artikel eines legislatorischen Grundes entbehre, weil damit etwas anticipirt werde was im Schulgesetz seine nähern Bestimmungen finden müsse und werde. Die Fragstellung beginnt mit dem Antrag der Reichsrathskammer auf Streichung des ganzen Artikels, und diese wird genehmigt. Abgeworfen wird dann der Pitzner'sche Antrag, angenommen dagegen der Wiedenhofer'sche mit der Morgenstern'schen Modification. Sonach würde der Artikel lauten: Wenn einem wirklichen Schullehrer oder (nach Morgenstern) allen denjenigen welche von dessen Heimath ihre Heimath abzuleiten berechtigt sind (anstatt: dessen Hinterbliebenen) in Folge gegenwärtigen Gesetzes von seiner Heimathsgemeinde nach §. 5 des Gesetzes über Heimath vom 11 Sept. 1825 eine benöthigte Unterstützung zu gewähren ist, so haben zu derselben auch alle auswärtigen Gemeinde-Angehörigen welche dem betreffenden Schulsprengel zugetheilt sind, nach gleichem Maßstab beizutragen." In Folge dieses Beschlusses geht der Entwurf wieder an die Kammer der Reichsräthe zurück. Der Rest der Sitzung war der Berathung und Schlußfassung über die Zulässigkeit der vom Petitionsausschusse zur Vorlage geeignet befundenen Anträge gewidmet.

* **München,** 18 Nov. Der zum k. k. Sectionsrath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten ernannte Dr. Steinheil hat bereits seine Reise nach Wien angetreten. — Die Berufung Fallmerayers an eine österreichische Universität scheint völlig unbegründet. *) — Seit einigen Tagen erregt in hiesiger höherer Gesellschaft der hier weilende französische Schriftsteller Bury, unter dem Namen Henri Blaze durch seine treffliche Uebersetzung von Goethe's Faust ins Französische und ähnliche litterarische Arbeiten bekannt, sowie dessen Gattin als Gesangsdilettantin ausgezeichnet, Aufmerksamkeit. Der rühmlich bekannte Fabricant chirurgischer Instrumente Hr. Schnetter d. ä. hat von Sr. M. dem Kaiser von Oesterreich für ein eingesendetes chirurgisches Portativ-Etui eine werthvolle goldene Dose erhalten.

8 **München,** 18 Nov. Se. Maj. der König hat (wie es scheint in Berücksichtigung der Beschlüsse welche der Congreß bayerischer Aerzte im October voriges Jahr gefaßt und der allerhöchsten Stelle als Vorschläge vorgelegt hat) angeordnet: daß unter Leitung des Obermedicinalausschusses eine aus dem ärztlichen Stande aller Landestheile frei gewählte Commission zur Berathung und Antragstellung über die zweckmäßigste Art einer Reorganisation des bayerischen Medicinalwesens niedergesetzt werde. Der Charakter der Commission ist ein rein consultativer, sie steht unter Leitung des Obermedicinalausschusses. Zu ihrer Bildung wird in jedem Regierungsbezirke von allen daselbst domicilirenden promovirten und ausübenden Aerzten aus deren Mitte je ein Abgeordneter und ein Ersatzmann mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Die Dauer der Berathungen ist vorläufig auf drei Wochen festgesetzt, und dieselben beginnen in München am 7 Januar 1850.

Durch die Blätter geht die Nachricht daß Graf Bray wieder auf seinen frühern Posten als bayerischer Gesandter in St. Petersburg ernannt worden sey. Officielles ist darüber nichts veröffentlicht. Dem Vernehmen nach wird in dieser Woche der Bericht über den Amnestie-Entwurf in der Kammer der Abg. von dem pfälzischen Abg. Prinz erstattet werden; er soll auf eine etwas erweiterte Amnestie antragen. Mittlerweile ist der Vortrag des ersten Secretärs der Kammer, Abg. Nar, über das erneuerte Gesuch des verhafteten Abgeordneten Thomas Mayer von Ottobeuern erschienen. "Der Bericht trägt darauf an die Kammer möge die gerechte Erwartung ausdrücken daß jene Gerichte bei welchen zur Zeit Untersuchungen gegen verhaftete Abgeordnete anhängig sind, im Interesse der Vervollständigung der Kammer diese Untersuchungen mit möglichster Beschleunigung zu Ende führen werden."

Gr. Baden. **Karlsruhe,** 17 Nov. Das gestern Abend erschienene Regierungsblatt bringt ein provisorisches Gesetz vom 9 d., wornach die gegen Soldaten oder zu solchen degradirte Unterofficiere erkannte Arbeitshausstrafe als Militärarbeitsstrafe in einer Strafcompagnie erstanden wird. Die Militärgerichte sind ermächtigt in Fällen wo die bisherigen Gesetze die Zuchthausstrafe drohen, statt derselben — sofern das Verbrechen keine ehrlose Gesinnung beurkundet — auf Militärarbeitsstrafe zu erkennen. Die Sträflinge werden regelmäßig in einer inländischen oder andern deutschen Festung verwahrt und daselbst zu militärischen oder sonstigen öffentlichen Zwecken verwendet.

Hessen-Homburg, 16 Nov. Die Nachricht daß in unserm Ländchen Conflicte stattgefunden hätten welche die Regierung veranlaßt die Hülfe fremder Truppen zu requiriren, entbehrt alles Grundes. (D. Z.)

Hansestädte. ** **Hamburg,** 15 Nov. Klapka, der wieder hier erwartet wurde, ist noch nicht eingetroffen. (Er ist von Düsseldorf nach Brüssel gegangen.) Man will wissen daß einige schleswig-holsteinische Notabilitäten sich Mühe gegeben haben einige bedeutende ungarische Officiere anzuwerben, um sie für den Fall eines wiederausbrechenden Kriegs an ihre Spitze zu stellen. Hoffentlich wird man bei einigem Nachdenken diesen unglücklichen Gedanken wieder aufgeben: die edle Sache der Herzogthümer würde dadurch in das verderbliche Wirrniß der europäischen Revolutionspropaganda gezogen, was alle Cabinette begierig ergreifen würden um sich ganz davon loszusagen. Schon haben die den Ungarn in Hamburg gebrachten Ovationen und die Nachereden, die dabei von einigen Ungarn gehalten wurden, in vielen süddeutschen Blättern die Frage hervorgerufen: ob die Hamburger vergessen haben daß die Oesterreicher und die Sachsen in Siebenbürgen ihre Brüder sind.

H. Braunschweig. **Braunschweig,** 14 Nov. Gestern erfuhr die Kammer von ihrer Commission, dieselbe habe bei Ueberreichung des von ihr ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs dem Ministerium anheimgegeben, über eine angemessene Herabsetzung der Civilliste Verhandlungen zu eröffnen, indeß ohne Angabe weiterer Gründe die Antwort erhalten daß Se. Hoheit, was die beantragte Herabsetzung der für den Bedarf des Landesfürsten und des herzogl. Hauses festgesetzter Summe betreffe, nicht gewilligt sey Aenderungen des Finanznebenvertrages zuzulassen. Heute schritt die Kammer mit 27 Stimmen gegen 20 zur Tagesordnung über einen Antrag von Stockfisch, nachdem die Regierung mit den Nachbarländern über Zusammenlegung und Abrundung des Staatsgebiets in Unterhandlung treten, und wenn diese erfolglos wäre, beim nächsten Reichstage ein Gesetz darüber beantragen sollte. Nach einem hiesigen Localblatt verhandelt Oberst Morgenstern in Berlin über eine Militärconvention Braunschweigs mit Preußen.

Preußen. 0 **Köln,** 14 Nov. Der Prinz von Preußen hat uns gestern nach anderthalbtägigem Aufenthalt verlassen. Er empfing die Huldigungen der Behörden, besah sich den Dom, hielt auf dem Neumarkt eine Parade ab, gab ein großes Festmahl im Regierungsgebäude, und erschien in einer Soirée bei Hrn. Deichmann. Man lobt seine Leutseligkeit. Dem Gemeinderath gab er sein Wohlgefallen darüber zu erkennen daß, wenn auch einiges Schlimme vorgefallen sey, die Stadt in den Wirren des vorigen Jahrs sich loyal gehalten, namentlich den König gut empfangen habe, während ihm in der Nachbarschaft Unanständiges widerfahren sey. Die Unterhaltung mit dem Dampfschifffahrtspräsidenten Merkens lieferte ein halblustiges Intermezzo. In den Märztagen wurde das Dampfschiff „der Prinz von Preußen" umgetauft, indem man den Namen am Radkasten mit einer großen schwarz-roth-goldenen Cocarde übermalen ließ. Der Prinz erkundigte sich nach seinem Pathenkinde, und gab auf die verlegene Entschuldigung gutmüthig zu verstehen daß nunmehr wohl eine Restitution des Status eintreten werde. Hr. Merkens wird sich den Wink als Befehl gelten lassen. Er that damals übrigens nur das nothwendige.

*) In der Allg. Ztg. war nicht seine Berufung gemeldet, sondern nur gesagt worden es seyen Verhandlungen über seine Berufung angeknüpft gewesen.

Die deutsche Cocarde ist oder war nur ein Analogon zu der Ueberschrift: „Nationaleigenthum", mit der man in **Berlin** den Palast des Prinzen schützen mußte. In Coblenz war der Prinz nicht so gnädig wie hier, er verlangte von dem Oberbürgermeister Beweise besserer Führung durch Thaten und nicht bloß durch Worte, und in Düsseldorf gratulirte er den Behörden „zur Wiederkehr des Muthes im Bekämpfen der Revolution." (Das ist ein Wort das auch vielen andern Behörden als den Düsseldorfern gilt.) Daß dabei sehr verständlich auf die Armee verwiesen wurde, ist natürlich. Man ist in Preußen an das Herausheben des militärischen Elements gewöhnt, und der Prinz ist thatsächlich der Generalissimus des Staats.

Berlin, 16 Nov. Der Staatsanzeiger meldet endlich: „Der König hat den Generallieutenant v. Radowitz und den Oberpräsidenten Dr. Bötticher zu Mitgliedern der provisorischen Bundescommission ernannt, welche in Ausführung der am 30 Sept. d. J. zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Uebereinkunft, nachdem die Zustimmung zu derselben von Seite der übrigen deutschen Bundesregierungen erfolgt seyn wird, in Wirksamkeit zu treten hat."

7 **Berlin,** 14 Nov. Die erste Kammer berieth gestern das Jagd-Polizeigesetz. Nach Verlesung des Commissionsberichts bemerkte der Minister des Innern: „Das Jagdgesetz vom 31 Oct. v. J. hat das Rechtsbewußtseyn des Volks verletzt, aber auch die Fesseln des Grundbesitzes gehoben und somit Anklang bei einem Theil der Nation gefunden, wenn gleich nicht zu läugnen ist daß der gesunde Sinn des Landmannes an vielen Orten lieber eine Entschädigung gewährt hätte. Das Ministerium hatte sich nun die Frage vorzulegen ob es das vor seinem Antritt emanirte Gesetz wieder aufheben und eine Entschädigung einführen könne. Dieß zeigte sich aber als unausführbar, und so könnte nur an ein Gesetz gedacht werden welches die Nachtheile jenes Gesetzes verringere." Der Minister berührte die Nachtheile der absoluten Jagdfreiheit in materieller und moralischer Hinsicht, und erklärte daß die Regierung das Jagd-Polizeigesetz vorlege, nachdem viele Aufforderungen in dieser Beziehung an sie ergangen seyen. Nach längerer Debatte, in der Frhr. v. Gerlach nicht unterließ auszuführen wie durch das vorjährige Jagdgesetz das suum cuique verletzt worden sey, werden die ersten fünf §§ des Gesetzes theils unverändert, theils amendirt angenommen. Sie lauten im wesentlichen: zur Ausübung des Jagdrechts auf seinem Grund und Boden ist der Besitzer nur befugt a) auf solchen Besitzungen welche in einem Gemeindebezirke oder in mehreren aneinander gränzenden Gemeindebezirken einen land- oder forstwirthschaftlich benutzten Flächenraum von wenigstens dreihundert Morgen einnehmen und in ihrem Zusammenhange durch kein fremdes Grundstück unterbrochen sind (Trennung durch Wege und Gewässer wird nicht als Unterbrechung angesehen). b) Auf allen dauernd und vollständig eingefriedigten Grundstücken. c) Auf Seen, Fischteichen, Inseln, welche nur ein Besitzthum bilden. Wenn solche Grundstücke mehr als dreien Besitzern gemeinschaftlich angehören, so müssen sie die Ausübung des Jagdrechts einem, bis höchstens dreien unter ihnen übertragen, können es aber auch ruhen, durch einen angestellten Jäger ausüben lassen oder verpachten. Die übrigen Grundstücke eines Gemeindebezirks bilden einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk. Ein solcher kann nach freier Uebereinkunft auch aus mehrern Gemeindebezirken oder Theilen derselben gebildet werden. Besitzer isolirt gelegener Höfe können sich, mit den Grundstücken welche zusammenhängend den Hof umgeben, von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk ausschließen. Heute fuhr die erste Kammer in der Berathung des Gesetzes fort. Die zweite Kammer discutirte in ihrer heutigen Sitzung den Art. 12 der Verfassung: „Die evangelische und die römisch katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Cultus-, Unterrichts und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds." Die erste Kammer hat „innere" A)ngelegenheiten) eingeschaltet und hinzugefügt: „Die äußeren unter gesetzlich geordneter Mitwirkung des Staates und der bürgerlichen Gemeinden." Von einer Reihe Amendements wünschen die einen genauere Bezeichnungen; andere fordern für den Staat bei der Verwaltung des Kirchenvermögens ein durch das Gesetz näher zu bestimmendes Aufsichtsrecht, gesetzlich geordnete Mitwirkung u. s. w. Ein Zusatz von Contzen lautet: „die den gedachten Kirchen- und Religionsgesellschaften dem Staate gegenüber zustehenden Forderungsrechte, soweit sie etwa noch nicht befriedigt worden, bleiben ihnen vorbehalten." Der Minister der geistlichen Angelegenheiten erhebt sich um zu erklären daß die Regierung für die unveränderte Annahme des Art. 12 sey (lauter Beifall links). Die Trennung der Angelegenheiten der Kirche in innere und äußere sey bedenklich weil sehr schwierig. Bei einer großen Maßregel durch welche der Staat dasjenige was man ihm zugestanden der Kirche zu ihrer Selbständigkeit übergebe, müsse man auch einen großen Standpunkt einnehmen. Der Staat werde das Recht des Eigenthums überall wahren und schützen, und es sey zu erwarten daß auch von Seiten der Kirche und der Gemeinde keine übergreifenden Forderungen gestellt würden. Der Abg. Wentzel vertheidigt ein Amendement von Seiffert, wornach der Anfang des Art. lauten soll: „die evangelische — d. h. die lutherische, reformirte und unirte — und die römisch-katholische Kirche" u. s. w. Der Abg. Eckstein spricht in warmer Rede für das Amendement Fubels, die Ueberleitung der evangelischen Kirche zur Selbständigkeit betreffend. Es sey dringend nöthig daß diese sobald als möglich ins Werk gesetzt werde. Der Minister erklärt daß die Einleitungen zur Herbeiführung der Reorganisation der evangelischen Kirche, soweit sie möglich waren, getroffen seyen, daß aber das weitere nur nach Feststellung der Verfassung geschehen könne. Reichensperger sucht aus vorgekommenen Maßregeln der Regierung darzuthun, welche Ausdehnung man den durch die erste Kammer festgestellten Bezeichnungen geben könne. In der katholischen Kirche stände den Gemeinden in den innern Angelegenheiten keine Mitwirkung zu, noch weniger in den äußern. Zum Schluß sagt er: „Nach dem Concordat von 1821 sollte bis zum Jahre 1833 die Dotation der katholischen Bischöfe in einer näher bestimmten Weise geregelt werden. Diese Regelung ist noch nicht erfolgt. Daß der preußische Staat nicht im Stande sey seiner Verpflichtung nachzukommen, kann ich nicht annehmen; es ist daher dringend zu wünschen daß endlich eine Einigung stattfinde." Der Minister bemerkt: die Regierung erkenne an daß sie Verpflichtungen habe, und es sey dieß auch einer der Gegenstände der Verhandlungen mit den Bischöfen gewesen. Warum die Zusage bis jetzt nicht habe erfüllt werden können, sey hier nicht näher anzugeben. Auf diese Erklärung zieht Contzen sein Amendement zurück, und wünscht nur daß sie in das Protokoll aufgenommen werde. Auch davon steht er jedoch ab als der Minister äußert dieß heiße in seine Worte Mißtrauen setzen. Zum Schluß hält der Abg. Schaffraneck eine Rede die mehrmals allgemeine Heiterkeit hervorruft. Er sagt: er müsse sprechen um seine Freude auszudrücken daß der Minister für den Art. 12 sich erklärt. Er sey kein Revolutionär, weder einer vom vorigen Jahrhundert, noch vom vorigen Jahre; letzteres könne er durch ein ärztliches Attest beweisen. (Allgemeines Gelächter). Der Staat wolle daß die Kirche nicht ein Staat im Staate sey; dafür wolle die Kirche daß der Staat nicht eine Kirche in der Kirche sey. Wenn ein Prinz mit 18, ein gewöhnlicher Mensch mit 24, ein Schwabe mit 40 Jahren mündig sey, so werde es auch die evangelische Kirche seyn die 300, und die katholische die 1800 Jahre alt sey. Staat und Kirche müßten zusammengehen wie die zwei Räder an der Lokomotive, und wenn Gott der Lokomotivführer sey, so werde der Wagen auch am rechten Ziel anlangen. Die Kirche sey die Sonne, der Staat der Mond. Beide gingen ihre Bahn, und wenn eine Sonnenfinsterniß eintrete, so sey aus der Astronomie bekannt daß dieß nur von der unpopulären Stellung des Mondes herrühre. (Lautes Gelächter.) Die Emancipation der Kirche werde große Ersparnisse mit sich führen, indem keine Cultusminister mehr nöthig, und zu einer Menge von Interpellationen und Amendements der Anlaß genommen wäre rc. Bevor der Redner die Tribüne verläßt, drückt er die Druckschrift in welcher Art. 12 steht, mit einem pathetischen Ausruf ans Herz. Art. 12 wird angenommen, nachdem alle Amendements, außer dem von Fubel, gefallen sind. Art. 13 wird in der Fassung der ersten Kammer angenommen. — Den Berliner Nachrichten zufolge sieht man hier der Ankunft einer Deputation aus Schleswig entgegen, welche im Namen der deutschen Bewohner Schleswigs und Holsteins das dringende Verlangen stellen soll daß die deutschen Fürsten sich nicht mehr in ihre Angelegenheiten mit Dänemark mischen und die Ausgleichung derselben ihnen ganz allein überlassen möchten, da sie sich dazu stark genug fühlten. — Eine bedeutende Anzahl von Abgeordneten beider Kammern, darunter die HH. Diergart, v. Olfers, v. Rath, Graf Schwerin, v. Auerswald, Graf v. Fürstenberg-Stammheim, v. Ammon, v. Vincke, Herzog von Ratibor, Graf Helldorf, Graf v. Zieten, Milde u. a., hat sich vereinigt um einen Verein für deutsche Auswanderung und Colonisation zu gründen. Ihnen ist die großherzl. hessische Regierung durch ihren Bevollmächtigten Hrn. v. Kempis, und ebenso die großherzogl. badische Regierung durch den Frhrn. v. Meysenbug beigetreten. Ihren Zweck formuliren die genannten dahin: 1) die Deutschen auch jenseits des Meeres mit Rath und Hülfe zu begleiten; 2) ihnen (durch Territorialerwerbungen) neue Wohnstätten, vorzugsweise an den Ufern der Meere oder Ströme, zu bereiten, wo sie in Sitte, Gewohnheit und Bildung, wo möglich auch vom Klima unterstützt, in der Fortsetzung gewohnter Lebensweise und Beschäftigung Deutsche bleiben können, und 3) sie dadurch in geistigem wie in materiellem Verkehr mit dem Mutterland zu erhalten. Das Gesellschaftscapital des Vereins wird vorläufig auf 200,000 Thlr. in Actien à 100 Thlr. festge-

stellt; sobald 500 Actien gezeichnet sind, soll die constituirende Generalversammlung einberufen werden.

* Unsere neuesten Briefe aus **Berlin** reichen bis zum 16 Nov. Abends. In der Stadt war nichts außerordentliches vorgekommen. Man erzählte sich von einer förmlichen Verhandlung zwischen einem der einflußreichsten Staatsmänner und einem Abgesandten der Gothaer Partei. Auf die Anfrage des letztern habe der erstere erklärt daß die Regierung auf alle und jede Fälle darauf beharre den Reichstag bald zu berufen und ihr Werk der Errichtung eines Bundesstaats, selbst wenn Krieg darüber von Oesterreich drohen sollte, zu Ende zu führen. — Die Differenz mit Bayern wegen Zurückhaltung der Zolleinnahmen soll durch freundschaftlichen Notenwechsel ausgeglichen seyn.

Mecklenburg. **Schwerin,** 13 Nov. Die Mecklenb. Ztg. theilt mit daß der Großherzog zu seiner Vermählung ein überaus herzliches Glückwunschschreiben vom König von Preußen erhalten habe, und „daß die von andern Blättern gegebene Nachricht von einem um dieselbe Zeit eingegangenen protestirenden oder einen Dissens in Betreff des diesseitigen Vorgehens mit Publication der Verfassung enthaltenden Schreiben des Königs vollkommen ungegründet ist." Die am 27 Oct. auf dem „Amtsconvent" des ritterschaftlichen Amtes Nienkalden versammelt gewesenen Eingesessenen der Ritterschaft haben, wie eine Eingabe an das Ministerium d.d. 8 Nov. bezeugt, beschlossen gegen die (vom Ministerium unterm 10 Oct. ausgesprochene) „Auflösung der gesetzmäßig constituirten bisherigen Wegebesichtigungsbehörden feierlichst zu protestiren, und die neue Behörde nicht anzuerkennen, da diese Auflösung auf Grund des Art. 1 der besagten Verordnung vom 10 Oct. d. J., und letztere in Folge der Publication des neuen Staatsgrundgesetzes erlassen worden ist, gegen dessen rechtliche Gültigkeit die treugehorsamste Ritterschaft bekanntlich unterm 6 Oct. d. J. feierlichst protestirt hat." Die von Mecklenburg Strelitz gegen Mecklenburg Schwerin bei dem provisorischen Bundesschiedsgericht eingereichte Klage „wegen zu gewährender Mitwirkung zur Umgestaltung der mecklenburgischen Verfassung" hat noch zu keinem besondern Ergebniß geführt. Das Gericht hat erklärt, auf die von Strelitz beantragte schleunigste Erlassung eines Inhibitoriums dahin „daß das großherzogl. mecklenburg-schwerin'sche Gouvernement mit der Ausführung der die Auflösung der bisherigen landständischen Verfassung betreffenden Verfügungen einstweilen nicht weiter verfahre" nicht eingehen zu können; die zu einer solchen Erlassung erforderliche obrigkeitliche Gewalt sey ihm bei seiner Einsetzung nicht beigelegt worden. Im übrigen hat das Gericht das schwerinische Staatsministerium aufgefordert binnen 4 Wochen den ersten Klageantrag zu beantworten.

Wismar, 10 Nov. Hier im Hafen liegt das kgl. dänische Postdampfschiff „Slesvig", Commandant v. Wrisberg, unweit davon liegt ein kleines schleswig-holsteinisches Strandschiff, welches ländliche Producte, schwarzes Steinzeug u. dgl. feilbietet. Dieß Fahrzeug führte eine deutsche Flagge. Daran nahmen die dänischen Matrosen Anstoß. Sie überfielen den Holsteiner, und rissen ihm seine deutsche Flagge herunter. Ueberrascht und zu sehr in der Minderzahl, war an Widerstand seitens des Holsteiners nicht zu denken. Indessen bemerkten die hiesigen Hafenarbeiter und Träger, sehr solide Burschen, den schändlichen Auftritt, und bald nahete sich eine Anzahl derselben dem holsteinischen Schiffe und forderte daß die deutsche Flagge wieder aufgehißt werde. Dieß geschah. Aber die dänischen Matrosen machten Anstalt zum zweitenmale diese Flagge herunterzureißen. Nun griffen die inzwischen zahlreich gewordenen Hafenarbeiter ganz gehörig zu, prügelten die Dänen sämmtlich durch und trieben sie längs des Hafens unter steten Schlägen auf ihr Schiff zurück. (N. fr. P.)

Schleswig-Holstein. **Kiel,** 11 Nov. Wie verlautet und hier überall erzählt wird hat die Landesversammlung in ihrer letzten (geheimen) Sitzung folgenden Antrag fast einstimmig angenommen: „Die Statthalterschaft wolle dahin wirken, wenn nicht anders, so durch Wiederaufnahme des Kriegs, daß der ungesetzliche Zustand in Schleswig ein Ende nehme; zu dem Behuf werde sie autorisirt die Verhältnisse der Officiere, namentlich mit Rücksicht auf pecuniäre Verhältnisse, ganz ihrem Ermessen gemäß zu ordnen; und endlich mögen für die Wiedererneuerung des Kriegs der Statthalterschaft die nöthigen Gelder bewilligt werden." (Hamb. Nachr.)

Oesterreich. * **Wien,** 15 Nov. Die Presse erklärt sich heute über das Frankfurter Interim. Sie nennt es einen „diplomatischen Waffenstillstand" und die Bundescommission eine „Transactionscommission". Sie sieht preußischerseits ein Streben mit Hülfe des Interims die Bildung des engern Bundes zu beschleunigen, während Oesterreich Verzögerung auf demselben Wege zu erringen suche. Die Presse will nicht gerade behaupten daß der deutschen Bewegung staatsrechtliche Fesseln auferlegt worden, wohl aber daß mit der Bundescommission eine Gränze gezogen sey wo das staatsrechtliche Gebiet der nationalen Gestaltung formenbeschränkend entgegenstehe. Die Presse ist übrigens immer für ein Oesterreich nach der Märzverfassung, und will nur, soweit diese es zuläßt, Oesterreich eine Stellung in Deutschland gestatten. Die Verhandlungen der Münchener Kammer seyen ein Vertrauensvotum für Oesterreich in der deutschen Frage gewesen, es solle sich aber nicht durch „Parteiderisen" irre machen lassen an seiner Lebensaufgabe: den innern Staat aufzubauen. Die Ostdeutsche Post erinnert heute die Regierung daß seit dem 4 Sept. d. J., also seit zwei Monaten, die „Ergebnisse der finanziellen Gebahrung" nicht mehr veröffentlicht worden seyen. Sie macht aufmerksam wie schädlich die Geheimhaltung auf den Staatscredit wirke, wie umgekehrt der Erfolg des neuen Anlehens zum Theil von den seit den Märztagen gezeigten Vertrauen sich herschreibe. — Heute, am Tage Leopolds, des Patrons von Oesterreich, ist die langerwartete Reichszeitung erschienen. Dr. Landsteiner ist als Redacteur für den politischen Theil, Dr. Hebbel für das Feuilleton genannt. Der einleitende Artikel verräth uns noch nicht die Farbe des Blattes, wenn man nicht daraus schließen will daß mehrere Sätze anfangen: „die Regierung". In der deutschen Frage denkt das Blatt großdeutsch, was es unter großdeutsch oder Großdeutschland versteht möchte man vielleicht mit einiger Dreistigkeit daraus schließen daß von einer „staats- und völkerrechtlichen Form" für das fragliche Land die Rede ist. Das Aeußere des Blattes ist bis auf die Spaltenstriche dem Journal des Débats mit Sorgfalt nachgebildet. Schließlich noch ein altes Gerücht das heute mit vieler Sicherheit als begründet wiederholt wird: der Belagerungszustand solle nächstens aufgehoben werden. Drucken Sie das ohne Besorgniß, denn „nächstens" ist ein Ausdruck wofür es kein Dementi gibt.

△ **Wien,** 15 Nov. Wien hat sich heute — als am Tage des österreichischen Schutzheiligen — in Feiertagskleider geworfen und ruht von der Geschäftigkeit der letzten Tage aus. Die Theater sind geschlossen, sogar die Abendblätter erscheinen nicht. Man ist übrigens durch einige Concerte schadlos gehalten. Als Gerücht wird heute mitgetheilt daß man der abhanden gekommenen ungarischen Krone auf die Spur gerathen ist; man will wissen daß der gewesene magyarische Minister Szabas Vukovar gefänglich eingezogen ist und Briefe bei sich hat die auf eine Spur dieses kostbaren Schatzes leiten sollen. Bekanntlich geht die Sage daß nur drei Personen das wirkliche Versteck dieses Nationalkleinods wissen. Der General der Cavallerie Gorzkowsky hat eine sehr versöhnlich gehaltene Proclamation an die Venetianer, als deren Statthalter er sich ankündigt, erlassen. Hr. Negrelli befindet sich gegenwärtig in Verona um die italienischen Eisenbahnarbeiten zu leiten. Man sieht ein daß nachgerade die materiellen Interessen allein Italien an die Monarchie fesseln können, und daß man überdieß durch das italienische Eisenbahnsystem einer Hauptaufgabe Oesterreichs, den Orient mit dem Occident zu verbinden, entspricht. Hätten wir uns den süddeutschen Bahnen anstatt den norddeutschen angeschlossen, so wären wir dem Ziele weit näher als wir jetzt sind. Die jetzt am Ruder stehenden Staatsmänner sehen dieses recht gut ein und scheinen ihr Hauptaugenmerk nun dem Süden zuzuwenden.

dt **Wien,** 16 Nov. An die Stelle Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Ludwig ist Baron Augustin zum Generaldirector der Artillerie befördert worden. Die Beförderung ist eine glückliche, denn Baron Augustin ist eine militärische Berühmtheit, und durch die Ausbildung der Raketencorps hat er sich einen europäischen Namen gemacht. Hierin zeigt sich wieder daß man im neuen Oesterreich alles aufbietet Talent und Fähigkeit durch reiche Belohnung zu ermuntern und zu fesseln. Der Wittwe Ernst's v. Feuchtersleben ist vom Kaiser ein außerordentlicher Jahresgehalt bewilligt worden. Einige Correspondenzartikel der „Deutschen Reform" in der Hurter'schen Angelegenheit machen hier viel lachen. Die Berliner Redaction ist nämlich auf eine höchst komische Weise mystificirt worden. Während ihr von geheimnißvollen Conferenzen, Verhören, Beschlagnahme von Papieren, verschlossenen Droschken und schleichenden Karmelitern geschrieben wird, hat der Berichterstatter gleichzeitig die Schelmerei ein paar Zeilen tiefer den Stephansthurm vor das Kärnthnerthor zu schieben. *) — Heute hörte man in der Stadt wieder ein albernes Gerücht als wäre in Prag ein Aufstand ausgebrochen. Diese Leichtgläubigkeit der Wiener ist etwas ärgerliches, denn auch dagegen kämpfen Götter selbst vergebens.

Prag, 15 Nov. Nach dem letzten Ausweis über den Stand der Cholera vom 4 bis 11 ist die Seuche abermals in Zunahme. Im Laufe der genannten Woche kamen 35 neue Erkrankungsfälle vor, wozu noch 5 von der vorhergehenden Woche in ärztlicher Behandlung stehende Kranke

*) Ein neuer Brief in der D. Reform schildert umständlich wie Hurter, nach kurzer Haft im „Stock am Eisen", wieder in Freiheit gesetzt worden, wie man aber seine Briefe untersucht habe 2c.

kamen. Von diesen 40 Kranken starben 18; 4 genasen und bei 18 war die Entscheidung noch nicht erfolgt. (C. B. a. B.)

Spanien.

Madrid, 10 Nov. Am Schlusse der gestrigen Congreßsitzung zeigte der Minister des Auswärtigen wirklich an daß nach Italien der Befehl zur alsbaldigen Heimberufung des spanischen Armeecorps abgegangen. Hrn. Olozaga's Motion auf Mittheilung von Actenstücken über Spaniens innere und äußere Politik wurde mit 107 gegen 29 Stimmen verworfen; das Ministerium steht also den Cortes gegenüber fest.

Frankreich.

Paris, 15 Nov.

Die Verurtheilungen in Versailles haben in der Presse, je nach der Farbe der Parteien, entgegengesetzte Eindrücke hervorgerufen. Der Constitutionnel jubelt über diesen Sieg der Ordnung, Siècle und Crédit hoffen auf eine baldige Amnestie, da sie anerkennen daß die Strafe in keinem Verhältniß sey zu einer so leicht unterdrückten Demonstration wie die vom 13 Jun. gewesen. Der National legt Trauer an, besonders um seinen Freund Guinard, steht aber ein daß er in einer so reactionären Zeit wo der Ausdruck der Wahrheit verboten sey, nichts thun könne als seinen Schmerz in der Brust verschließen. Die Schlußsitzung des Staatsgerichtshofs hatte noch heftige Scenen herbeigeführt. Als der Präsident Berenger, nach Verkündigung des Ausspruchs der Geschwornen, die Angeklagten noch einzeln befragte ob sie über die Anwendung der Strafe etwas zu bemerken hätten, gaben die meisten keine Antwort, einige aber äußerten sich mit solcher Leidenschaftlichkeit daß er ihnen befahl zu schweigen, ja daß die Gendarmen einigemal Hülfe leisten mußten um sie zum Niedersitzen zu zwingen. Das Erkennen auf mildernde Umstände nahm Fraboulet de Chalendar mit einer verächtlichen Gebärde auf, Lebon erklärte er sey nicht der Mann eine Milderung zu verlangen. „Ihr habt eure Feinde in den Händen," setzte er hinzu, „schlagt auf sie los." Maigne rief aus: „Als Huldigung dem souveränen Rechte des Volks dargebracht, im Angesicht Frankreichs, unsers geliebten Mutterlandes, wird uns jede Strafe süß seyn. An euch ist es zu sehen wie tief ihr herabsteigen wollt auf dem Weg der Ungerechtigkeit den euch eine pflichtvergessene Regierung geöffnet." Der Präsident ließ ihn nicht weiter reden. Lamazière: „Ich habe nur ein Wort zu sagen, ich wünsche daß die 36 Menschen (die Geschwornen) . . ." Muß schweigen. Deville: „Männer wie ich nehmen eine Verurtheilung hin. Sie haben ihre Freiheit, ihr Leben für den Dienst des Vaterlandes, sie sind stets bereit ihm dieß Opfer zu bringen, aber sie markten nicht um den Preis ihrer Freiheit, ihrer Ehre. Verurtheilt mich, ich unterwerfe mich diesem Opfer. Ich hoffe daß es seine Früchte tragen und Frankreich mich rächen wird." Als der Präsident das Urtheil verlas, wo die Formel ist: nach Anhörung der Angeklagten und ihrer Vertheidiger, unterbrachen ihn Lamazière und Lebon mit den Worten: „Wagt man zu sagen man habe die Vertheidiger gehört?" Beim Weggehen ließen mehrere die demokratische und sociale Republik hoch leben. Lamazière aber rief den Richtern zu: que l'infamie vous soit legère, und Dufelix sagte zu den Geschwornen sie hätten eine schwere Last auf dem Gewissen. Endlich wurde noch über die Protestation der HH. Cremieux und der andern Sachwalter erkannt, und sie als eine Unehrerbietigkeit gegen die Magistratur von den Acten entfernt, dem Advocaten Thourel aber, der sich des Ausdrucks bedient hatte die Vertheidigung sey geknebelt, ein Verweis ertheilt.

Am 15 Nov. war die letzte Sitzung des Staatsgerichtshofs. Er hatte über 36 landflüchtige Angeklagte, Ledru-Rollin, Et. Arago, F. Pyat, die Sergenten Boichot und Rattier, V. Considérant u. s. f. zu richten. Der Generalprocurator Baroche in seinem Requisitorium verlangte die Anwendung der Strafen auf Complott und Attentat, und sie wurden sämmtlich zur Deportation mit solidarischer Haftung für die Kosten verurtheilt.

Der französische Consul in Mogador, Hr. Vallat, ist in Paris angekommen. „Es scheint gewiß," sagt das J. des Débats, „daß er vor seiner Abreise alle verlangten Genugthuungen erhalten hat, und daß die üblichen Begrüßungsschüsse zwischen den Forts und den französischen Fahrzeugen gewechselt worden sind." Dasselbe Blatt schreibt: „Man versichert der Kriegsminister habe in der Budgetcommission vorgestern (12) angezeigt daß die französische Flotte, welche Malta verlassen hatte um sich nach Smyrna zu begeben, Befehl erhalten werde, in Folge der friedlichen Beendigung des türkisch-russischen Zwists, nach Toulon zurückzukommen." (Warum diese Nachricht heute erst?)

Bei dem Finanzplan des Hrn. A. Fould sind als Ersatz für die von seinem Vorgänger vorgeschlagene und zu 60 Millionen berechnete Einkommensteuer folgende Ersparnisse angenommen: im Kriegsdepartement eine Ausgabenverminderung von $8\frac{1}{2}$ Mill. als Minimum, und von 16 Mill. wenn die Umstände die nahe Rückkehr der Expeditionstruppen erlauben sollten; in der Marine eine von 7 Mill.; im Departement des Innern eine von 3, nämlich 2,700,000 Fr. an der Mobilgarde und 300,000 Fr. an den Unterstützungsgeldern für die Flüchtlinge. Die Erhöhung der Registrirungssteuer soll 21 Mill., die der Posttaxe (durch Aufschlag eines Decime auf die unfrankirten Briefe) 7 Mill. abwerfen. Die außerordentlichen Arbeiten werden von 103 auf 65 Mill. beschränkt, in ein besonderes Budget verwiesen und aus der schwebenden Schuld bestritten, die sich auf etwa 600 Mill. belaufen wird, aber nicht allein mehr wie bisher aus 320 Mill. Schatzscheinen mit bestimmter Verfallzeit und 340 Mill. eintreibbaren Sparcassengeldern, sondern mit aus 200 Mill. Bankvorschüssen bestehen wird, und wenn man diese nicht rechnet, die Einzahlung von 84 Mill. für die Concession der Paris-Avignoner Eisenbahn aber dazu nimmt, sich auf 316 Mill. vermindert. Den Antrag des Hrn. Lagarde diesen Plan einer Specialcommission zur Prüfung zu übergeben ließ man rechts gar nicht zur Entwicklung zu, sondern der Antragsteller wurde durch entsetzliches Geschrei und Trommeln mit den Papierscheren vom Rednerstuhl herabgenöthigt, wofür dann die Linke auch den Finanzminister, als er noch einmal das Wort nehmen wollte, ebenso unbarmherzig herunterschrie. Nach dieser Einweihung des Finanzplans wurde noch, ohne Debatte, die Semesterzahlung des griechischen Anlehens bewilligt, und endlich beschlossen daß dem Antrag der HH. Achard, de Grammont und einiger andern Generale auf Errichtung eines stehenden Kriegsraths keine Folge gegeben werden solle. In der heutigen Sitzung war der Antrag des Hrn. Desmousseaux de Givré daß die Nationalversammlung zu keinen öffentlichen Feierlichkeiten mehr Deputationen schicken solle, in Verhandlung. Die Commission hatte sich einstimmig dagegen erklärt, der Antragsteller begründete ihn vornehmlich durch Hinweisung auf mögliche Conflicte der gesetzgebenden mit der vollziehenden Gewalt — und siehe da, die Versammlung beschloß mit unermeßlicher Mehrheit den Antrag in Erwägung zu ziehen.

♂ **Paris**, 14 Nov. Die Ansprache des neuen Polizeipräfecten ist, litterarisch betrachtet, gewiß die beste Probe amtlicher Stylistik welche die Pariser seit der Februarrevolution zu Gesicht bekommen. Die Ausdrücke sind klar und gewählt; der Ton ist kräftig und entschieden ohne Anmaßung; die Lebensfrage des Moments ist außerdem mit der größten Bestimmtheit gestellt und das Mittel die hereinbrechende Barbarei des Socialismus abzuwehren mit Aufrichtigkeit und Schärfe angegeben. Daß ein solches Auftreten diejenigen erbitterte die auf neuen Umsturz sinnen, das ist ganz in der Ordnung; auf den Beifall der Rothen hat Carlier sicher nicht gerechnet, aber es scheint seine Ansprache hat auch bei den Gemäßigten einen höchst betrübenden Eindruck gemacht. Der Freimuth mit der die Nähe und Furchtbarkeit der drohenden Gefahr in diesem Document einbekannt wird, gilt für ein schlimmes Wetterzeichen; man hört einen Nothschrei aus dieser offenen Sprache heraus, und in Familien die den Winter in Paris zuzubringen gedachten ist schon von einer Reise nach Spanien oder Griechenland die Rede. Die Franzosen sind ein Volk das an persönlicher Unerschrockenheit gewiß keinem andern in der Welt nur im geringsten nachsteht, aber ihr politischer und financieller Muth ist in den höheren Ständen der Nation von so gebrechlicher Structur daß ihn die unbedeutendste Wallung des öffentlichen Lebens aus den Fugen bringt. Sorglos bis zur Vermessenheit, solang die Oberfläche ruhig ist, setzt sie der leiseste Anschein einer Störung in oft unbegründeten Schrecken; und darum wäre es gewiß gut gewesen, wenn man in einem Augenblick wo die Geschäfte neu aufzublühen und die Springfedern des Vertrauens wieder zu gehen begannen, von oben herab alles vermieden was dem Publicum irgendeine Gemüthsbewegung verursachen, mithin alles Klimpern auf dem verstimmten Clavier der Politik unterlassen hätte. Zudem kommt der Winter heran, Neujahr ist nicht mehr fern und die Pariser Budenbesitzer konnten sich, nach und gerade wegen der langen Stockung, auf einen ergiebigen Fasching freuen. Dazu war völlige Windstille nöthig, kein Lüftchen durfte sich regen, aber wie mitten in dieses zarte Gewebe von Arbeit und Berechnung fährt plötzlich eine plumpe Hand mit rauhem Besen und kehrt die Hälfte davon weg. Paris wird trotzdem, wenn nicht verheerende Stürme losbrechen, ziemlich glänzend werden. Die reichen Fremden, namentlich die Engländer, lassen sich nicht so leicht abschrecken als die wohlhabenden Franzosen, und die Gasthäuser sollen bei weitem gefüllter als zur selben Zeit im vorigen Jahr seyn. Doch nur noch ein paar Unbesonnenheiten und wir fallen wieder ganz in den Morast von Mißtrauen, Rathlosigkeit und Noth zurück die das Gefolge jeder Revolution sind, und sehr häufig neue Revolutionen erzeugen. Eine neue Revolution ist vielleicht nöthig um die Corruption der Ideen, die einzige die allgemein verbreitet ist und tief eingreift, durch eine furchtbare Erfahrung aus dem Geist des Landes auszutreiben. Durch Gewalt-

maßregeln abdämmen läßt sich die Fluth des Socialismus schwerlich, ihn durch geschickte Reformen abzulenken ist nicht unmöglich, aber sicher ist ein Ruin nur durch seinen Triumph.

* **Marseille,** 12 Nov. Es wird allgemein versichert daß sich der Gegen-Admiral Trehouard von Civitavecchia mit seiner Dampfflottille nach der Küste von Marocco begeben werde. Die Volksstimmung im marocanischen Littoral soll zu Gunsten der Franzosen seyn, und es wird behauptet daß das Erscheinen einer französischen Flotte an der Küste das Zeichen zu einem allgemeinen Aufstande gegen den Kaiser Abderrhaman seyn könne. Auf der Rhede von Toulon bemerkte man in den letzten Tagen viel Bewegung. Mehrere Dampfschiffe sind nach verschiedenen Richtungen des mittelländischen Meeres ausgelaufen, um den Geschäftsträgern der Republik die Instructionen des neuen Ministeriums zu überbringen. — Das kleine spanische Truppencorps welches noch im Kirchenstaate steht, soll von allem entblößt seyn. Unlängst kam ein französisches Bataillon an der spanischen Besatzung vorbei, und fand dieselbe in einer so unglücklichen Lage daß es ihr seine Mundvorräthe überließ. — Vom 5 bis zum 11 d. sind hier 36 Personen an der Cholera gestorben.

Belgien.

* **Brüssel,** 13 Nov. So eben wurde die dießjährige Kammersession unter dem üblichen Festgepränge von Sr. Maj. eröffnet. Hiebei folgt die Thronrede: „Meine Herren! Die Lage des Landes zeigt sich fortwährend im günstigsten Licht. Die Ruhe deren es genießt, zeugt von dem vortrefflichen Geist der es beseelt und von der Güte seiner Institutionen. Das ruhige und freie Belgien nimmt eine ehrenvolle Stelle unter den Nationen ein, und die fremden Regierungen geben uns fortwährend Zeugnisse ihres Vertrauens und ihrer Sympathie. Die dießjährige Ernte ist äußerst ergiebig gewesen. Sie hat nicht nur unserer arbeitenden Bevölkerung die Wohlthat einer wohlfeilen Nahrung gesichert, sondern auch unseren Bauern erlaubt eine größere Menge ihrer Erzeugnisse auszuführen. Die Geister wenden sich mit neuem Eifer der Verbesserung des Ackerbaues zu. Die verschiedenen, von der Regierung ergriffenen und von den Provincial- und Communalbehörden, sowie von der Mitwirkung der Vereine und der Privaten unterstützten Maßregeln werden unfehlbar auf die Zukunft der Landwirthschaft einen Einfluß ausüben dessen glückliche Wirkungen jetzt schon bestätigt werden können. Der Zustand unserer Gewerbe ist im allgemeinen befriedigend. Unsere Ausfuhr nach ferne Gegenden zeigt eine merkliche Zunahme, die wir uns angelegen seyn lassen müssen zu erhalten und zu vermehren. Der Zustand der am meisten heimgesuchten flandrischen Districte hat eine fühlbare Verbesserung erfahren. Die letzte Genter Ausstellung hat die Tüchtigkeit und Energie dieser unserer Theilnahme so würdigen Bevölkerungen im schönsten Licht gezeigt. Mit Freude bestätigen wir diese Resultate. Das von Ihnen während der letzten Session beschlossene Postsystem hat bisher den daran geknüpften Hoffnungen entsprochen. Die neuen Postverträge, die wir mit mehreren Ländern theils abgeschlossen haben, theils abzuschließen in Begriff stehen, werden die Wohlthat einer niedrigen und einförmigen Taxe noch erweitern. Die bevorstehende Session wird, ich zweifle nicht daran, meine Herren, den früheren würdig sich anschließen. Derselbe Eifer, derselbe Patriotismus werden Ihre Arbeiten auszeichnen. Die letzte Session schloß mit der Annahme des Gesetzes über den höhern Unterricht. Die bisher mit diesem wichtigen Gesetz vorgenommene Ausführung ist vom besten Erfolg gekrönt worden. Sie werden ihr Werk durch die Erledigung der über die übrigen Zweige des Unterrichts angekündigten Gesetze dieses Jahr zu ergänzen haben. So wird denn endlich der auf Staatskosten ertheilte öffentliche Unterricht auf Grundlage der Verfassung, und mit dem freien Unterricht parallel laufend, seine definitive Organisation erhalten. Unsere Strafordnung sieht seit langer Zeit einer den Sitten und dem Geist der Zeit entsprechenden Abänderung entgegen. Ich hoffe daß Sie sich dieses Jahr mit den Modificationen des ersten Buches des Strafgesetzbuches werden beschäftigen können. Von jetzt an schon soll die Strafe der Brandmarkung aus unseren Gesetzbüchern verschwinden. Ein Specialentwurf wird Ihnen zu diesem Behuf vorgelegt werden. Der bevorstehende Ablauf der dem Privilegium der Société Générale unter den gegenwärtig bei dieser Bankanstalt herrschenden Bedingungen anberaumten Frist, und die durch das Gesetz über die Comptabilität auferlegte Verpflichtung den Dienst des Staatsschatzmeisters vor dem nächsten ersten Januar zu organisiren, verlangen Maßnahmen welche die ganze Aufmerksamkeit meiner Regierung in Anspruch nehmen. Gesetze Behufs der Einrichtung von Spar- und Grundcreditcassen sollen Ihrer Berathung unterworfen werden. Die Vorlage des letzteren Gesetzes macht die Prüfung des in der vorigen Session eingereichten Entwurfs über die Reform des Hypothekarsystems um so dringender. Ich empfehle gleichfalls Ihrem ernstlichen Nachdenken den Entwurf über die Pensionscassen für die arbeitenden Classen, deren materielles und sittliches Wohlseyn so billigerweise unser stetes Interesse in Anspruch nimmt. Die Armee zeigt sich fortwährend durch ihre Disciplin, ihre Bildung und ihre Ergebenheit des allgemeinen Vertrauens würdig. Die Bürgergarde ist durch ihre gute Organisation und die in derselben herrschende Gesinnung ein neues Unterpfand der öffentlichen Sicherheit. Ich habe im Lauf des Jahrs Gelegenheit gehabt mehrere unserer Provinzen zu besuchen. Ueberall habe ich Beweise der Liebe und des Vertrauens erhalten, deren Andenken mir stets theuer seyn wird. Mit inniger Freude verkündige ich hier dieses enge Band zwischen dem Land und seiner Regierung und das vollkommene Einverständniß unter den verschiedenen Gewalten des Staats. Hierin liegt unsere Hauptkraft für die Gegenwart wie für die Zukunft. Durch die loyale Mitwirkung die Sie meiner Regierung ferner schenken werden, werden Sie, meine Herren, ein System aufrecht erhalten helfen das die Rechte und die Interessen aller wahrt, und dadurch neue Ansprüche auf den Dank der Nation und die Achtung aller anderen Völker erwerben." Nach der Kammerfeierlichkeit fand eine Heerschau sämmtlicher Garnisonstruppen und Bürgerwehrlegionen der Stadt und Vorstädte statt. Gestern Abend sind der Herzog und die Herzogin von Nemours bei der königlichen Familie zum Besuch eingetroffen. Bei dem am 9 stattgehabten und in meinem letzten Brief angekündigten Wahlkampf zwischen den Candidaten des vorgerückten und des sogenannten gemäßigten Liberalismus hat der letztere, Schaff Fonteinas, die Oberhand gewonnen. Die Demokraten der Alliance und die Katholiken hatten sich bei der Wahl nicht zu betheiligen für gut befunden. General Klapka ist vor einigen Tagen hier angekommen.

Brüssel, 14 Nov. Bis heute ist keine Veränderung in dem schlimmen Verhältnisse, welches sich durch das Feiern der Arbeiter zu Gent zwischen diesen und den Fabrikanten gebildet hat, eingetreten. Die Aufhetzer unter den Arbeitern fahren in ihrem unseligen Gefahren eifrig fort. Anerbietungen einzelner Fabrikherrn wurden zurückgewiesen. Der Rath der Prudhommes selbst trat zusammen, allein alle seine Anstrengungen eine gütliche Ausgleichung zu erzielen waren vergeblich. Bereits sind es nicht mehr die Weber allein die eine Lohnerhöhung fordern, sondern auch die Spinner und Rattacheurs verlangen jetzt Erhöhung ihres Taglohnes. Man sagt diese Arbeiter hätten eine Deputation hieher geschickt — ich habe aber nichts hierüber erfahren können. — Während die Fabriken auf diese Weise feiern, begehen jene Fabrikanten welche bei der Ausstellung Preise erhielten, große Festlichkeiten. — Heute hatte der eben abgetretene österreichische Gesandte am englischen Hofe, Fürst Colloredo, die Ehre nebst seiner Gemahlin vom König in einer besondern Audienz empfangen zu werden. Der Fürst wohnt im Hôtel Belle Vue. (N. M. Z.)

Italien.

⁓ **Rom,** 10 Nov. Wieder einmal ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel! Vor drei Tagen war endlich aller Zweifel über des heiligen Vaters Ankunft gehoben, und der 26 Nov. zu seiner Rückkehr bestimmt. Es hieß auch die französischen Behörden werden endlich dem römischen Polizeiminister, Monsignor Savelli, sein ihm bis jetzt vorenthaltenes Eigenthum, die Polizeidirection, einhändigen, die französischen Truppen sollten um die Hälfte vermindert werden, und, was das beste von allem war, die päpstliche Regierung hätte Mittel gefunden und ein Anlehen von fünfthalb Millionen Scudi abgeschlossen (man sagte nicht mit wem!), welches bei der Ankunft des Papstes in Rom ratificirt werden sollte; mittelst dieses Anlehens würde das Papiergeld eingezogen, da man doch immer glaubt die Scudi contanti seyen das sicherste Mittel sich die Herzen zu gewinnen, und ihrer Silberstimme sey es ein leichtes alle republicanischen und constitutionellen Ciceros durch ihre einfache Eloquenz zum Schweigen zu bringen. Da erscheint der verhängnißvolle Moniteur vom 1 Nov. mit dem kaiserlichen Manifest Ludwig Napoleons, mit seinem aus unbekannten Größen zusammengesetzten Ministerium. Die Aufregung ist groß in allen Kreisen und in allen Parteien. Die klerikalische Partei ist verblüfft und mehr als je aufgebracht über die Franzosen, die sich wenden wie ihr Emblem auf den Dächern und Kirchthurmspitzen. Die Republicaner affectiren eine stoische Gleichgültigkeit. Für sie gibt es nur ein Gutes: den Triumph der Montagne in Frankreich und Mazzini's in Italien. Die gemäßigte Partei, und mit ihr der größte Theil der Bevölkerung, hofft auf günstigere Veränderung in der französischen Politik, da eine Folge des Entschlusses des Präsidenten der Republik die Verwirklichung seines Briefs vom 18 August seyn müsse, und also der täglich fürchterlicher werdenden Reaction werde Einhalt gethan werden. Manche denken es wäre wohl gethan noch abzuwarten ob man lachen oder weinen solle. Die spanischen Truppen sind ihrem Abmarsche nahe. Sie haben sich bei Terracina concentrirt, und nach den von ihnen geräumten Garnisonsorten Velletri, Narni, Spoleto sind bereits römische Truppen von hier aus abgeschickt. Gestern schiffte sich die Cavallerie ein. So berichteten Reisende die von dorther kamen. (S. Spanien.)

*† **Rom,** 3 Nov. Se. Heiligkeit Papst Pius IX hielt am 5 d. M. zu Portici ein zweites geheimes Consistorium, in welchem er folgende Würdenträger der katholischen Kirche promovirte: 1) Zum Erzbischof von Lucca mit Bewilligung des Palliums den Prof. der Theologie zu Pisa Monsignor G. Arrigoni von Bergamo aus dem Orden der Minoriten. 2) Zum Bischof von Cortona den bisherigen Bischof von Bethsaida in partibus A. Borghi aus dem Orden der Kapuziner. 3) Zum Bischof von Nicaragua in Centralamerica den bisherigen Bischof von S. Salvador eben dort, Monsignor Georg de Petri y Ungo. 4) Zum Bischof von Montefeltro den Dr. theol. und Erzdiacon im Metropolitancapitel zu Urbino, Monsignor G. Agostinucci. 5) Zum Bischof der unirten Kirchen von Pistoja und Prato den Generalprocurator der Karthäuser und Rath der Congregation der Bischöfe und Ordensgeistlichkeit, Monsignor L. Nicolai aus Florenz. 6) Zum Bischof der unirten Kirchen von Melfi und Rapolla (Neapel) den Dr. theol. und Canonicus bei der Kathedrale zu Lecce, Monsignor J. Sellitti.

Florenz, 11 Nov. Der Monitore Toscano veröffentlicht einen am 7 d. M. zwischen Piemont und Toscana abgeschlossenen Vertrag, wodurch die in Artikel 10 des am 5 Jun. 1847 abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrags stipulirten Differentialzölle aufgehoben und vollständige Reciprocität in der Behandlung der Handelsschiffe beider Flaggen in den Häfen beider Staaten gewährleistet wird. — Am 2 Nov. starb der rühmlich bekannte Tonsetzer Niccola Petrini Zamboni; die Florentiner Blätter rühmen unter seinen musikalischen Werken, außer Sonaten, einem Requiem u. s. w., eine noch ungedruckte Oper „La Pia dei Tolomei."

Am 13 Oct. d. J. starb auf seinem Landsitz Cabiate, unweit der Stadt Mailand, der berühmte Kupferstecher, Prof. Pietro Anderloni, der im Jahr 1785 zu Santa Eufemia bei Brescia geboren wurde. Er widmete sich anfangs der Malerkunst, wandte sich aber später der Kupferstecherkunst zu, in der er unter der Leitung des gefeierten Cavaliere Longhi die letzte Ausbildung erhielt. Sein erstes großes Blatt „Napoleon auf dem Schlachtfelde von Eylau" führte er im Auftrage des damaligen Vicekönigs Eugen aus, wofür er vom Kaiser Napoleon mit einer goldenen Medaille beehrt wurde. Im Jahr 1811 erhielt Anderloni für seine „Madonna" nach Rafael den großen Preis der Akademie der schönen Künste in Mailand; später befestigte er durch die zwei Kunstwerke: „die Ehebrecherin" nach Tizian und „Moses" nach Poussin seinen Künstlerruf auf die ehrenvollste Weise. Im Jahr 1823 vollendete er seine „Madonna mit dem Kinde und zwei sie anbetenden Engeln" nach Tizian, reiste 1824 nach Rom, woselbst er die „heilige Familie" nach Rafael und „Heliodor und Attila" ausführte. Im Jahr 1831 wurde Anderloni nach dem Tode des Professors Longhi in Mailand an dessen Stelle zum Professor an der Akademie der schönen Künste ernannt. Durch seine Arbeiten, deren zahlreiche kleinere wir des Raumes wegen hier nicht anführen können, hatte er sich eine solche Berühmtheit erworben daß nicht bloß die italienischen Kunstakademien, sondern auch die auswärtigen wetteiferten sich mit seinem Namen zu schmücken. Seine letzten Arbeiten waren: „Das Urtheil Salomonis" nach Rafael, und eine „Madonna" aus der Schule des Correggio, welches letztere Kunstwerk aber wegen seiner zugenommenen Krankheit unvollendet geblieben ist. Anderloni hinterläßt eine Frau mit sieben Kindern. Er starb ruhig und in Gott ergeben. Als Mensch war er ebenso achtungswerth wie als Künstler. (Wien. Z.)

Die norditalienischen Blätter melden als ganz bestimmt daß Hr. v. Rayneval in Neapel seine Ernennung zum französischen Minister des Auswärtigen nicht angenommen.

Wie aus dem Genueser Corriere Mercantile zu ersehen, hat jetzt die brittische Regierung angefangen den seefahrenden Staaten ausführliche Mittheilung über ihr neues Navigationssystem zu machen, welches mit dem 1 Jan. 1850 ins Leben tritt.

Dänemark.

Kopenhagen, 6 Nov. Aus dem „Archiv für das Seewesen" erfährt man in Betreff unserer Marineangelegenheiten daß unterm 20 Aug. d. J. eine Commission zusammengesetzt worden ist um durch ein Oberkriegsverhör das Benehmen aller Betheiligten bei dem Eckernförder Gefecht am 5 April zu untersuchen.

Türkei.

Die Wiener Zeitung veröffentlichte in den letzten Tagen auf einen Artikel des Journal de Constantinople *) folgendes weitere Schreiben aus Widdin: „Als am 26 Oct. Abends die zur Aufnahme der heimkehrenden Flüchtlinge bestimmten Dampfschiffe Ludwig und Magyar mit sechs Schleppern in Widdin angelangt waren, ließ der Gouverneur Sia Pascha dem Hrn. v. Hauslab sagen, er werde bloß die Ungarn vom Feldwebel abwärts, aber weder einen Italiener oder Polen, noch einen Insurgenten-Officier abgehen lassen. Für die letztern forderte er unbedingte Amnestie. Der österreichische General ermüdete nicht ihm Gegenvorstellungen zu machen, sowie er auch ein Schreiben des Omer Pascha, welcher ebenfalls die Rückkehr der Flüchtlinge an Bedingungen knüpfen wollte, angemessen erwiedert hatte. Der von Omer Pascha angeblich zur Ueberwachung der Emigranten nach Widdin gesandte Oberst Ismail Bey scheint es übrigens hauptsächlich gewesen zu seyn nach dessen Eingebungen der Gouverneur handelte. Soviel ist gewiß daß mit der Ankunft dieses Bey die Werbungen zum Islam nebst den harten Maßregeln gegen die Flüchtlinge, und zwar der untern Kategorien begonnen haben, denn gegen die Insurgentenchefs hatte man sich stets aufmerksam erwiesen; sowie man auch ganz anders gegen jene Individuen verfuhr welche den Glauben des Propheten annahmen. Als der Gouverneur den Vorstellungen des Hrn. v. Hauslab noch immer neue Schwierigkeiten entgegensetzte, und meinte daß mindestens noch eine Antwort auf eine nach Konstantinopel abgegangene Frage abzuwarten wäre, setzte ihm der General am 21 Oct. schriftlich auseinander, welcher schweren Verantwortung er sich aussetze wenn er österreichischen Staatsangehörigen die als solche sich unter den Schutz des kaiserl. Consularamts stellen und nach der Heimath zurückzukehren wünschen, hindernd in den Weg treten wolle. Hiebei erklärte Hr. v. Hauslab daß er entweder mit allen diesen Leuten oder allein zurückkehren werde. Diese Worte wirkten. Der Pascha widersetzte sich nicht länger der Einschiffung der Flüchtlinge, welche noch an jenem Nachmittag vor sich ging. Die Zurückbleibenden sandten den Scheidenden (über 3000 an der Zahl) aus den nächsten Häusern eine gewaltige Katzenmusik nach, welcher jedoch ein türkischer Officier ein Ende machte. Unter den Leuten zählte man beiläufig 200 Kranke, welche ein schauderhaftes Bild menschlichen Elends darboten. Viele von ihnen waren bloß durch die erlittenen Entbehrungen dem Hungertode nahe. General Hauslab sorgte für sie so gut es nur geschehen konnte; seinen Bemühungen war es gelungen die meisten dieser Unglücklichen zu retten, von welchen bloß 10 bis 12 auf der Reise starben."

△ **Belgrad,** 10 Nov. Die Flüchtlinge haben endlich Widdin verlassen. Am 31 Oct. Vormittags um 9 Uhr standen in ziemlich dichten Reihen vor dem Grundgericht zu Widdin die Polen aufgestellt. An ihrer Spitze ihr ehemaliger General und Commandant Wisoczky. Der Pascha mit Gefolg erschien zuerst, dann Kossuth, an seiner Seite ein ziemlich zahlreiches, berittenes Gefolge. Er wurde von den Polen mit lebhaftem Vivatrufen empfangen. Hierauf hielt ihnen Kossuth eine kurze, herzliche Abschiedsrede, in der er ihnen für all die Dienste dankte die sie seinem Vaterland geleistet, und in der er sie bat auch im Unglück „treue Anhänger der heiligen Freiheit" zu seyn. Manches Auge füllte sich mit Thränen. Die Krieger schieden von türkischen Lanciers begleitet. Am 1 Nov. wiederholte sich dasselbe Schauspiel mit der italienischen Legion. Ihr Oberst Monti, ein ebenso tüchtiger Soldat als trefflicher Mensch, brachte die ganze Zeit mit seinen Soldaten auf dem Felde zu. Er theilte mit ihnen im strengsten Sinn jedes Loos. Man sieht dieß auch der Legion an: nicht nur daß selbe die bestdisciplinirte, sondern die Leute sehen alle so nett aus als ob sie ihre Uniformen eben neu erhalten hätten. Nüchternheit und eine gewisse zierliche Reinlichkeit zeichnet dieß Corps besonders aus. Die Italiener mußten ihren Weg nach Galipoli nehmen, während Polen und Magyaren sich in Schumla wieder finden werden. Donnerstag den 2 Nov. begaben sich die Renegaten auf die Reise. Stein, nun Ferrat Pascha, Kmeti, nun Ismaïl Pascha, Bem, nun Murath Pascha mit beiläufig 60 Officieren vom Oberst abwärts — einige ihre ebenfalls „bekehrten," vermummten Weiber in ganz zugemachten Wagen mitfahrend, durchzogen stille — von ihren ehemaligen Kameraden gemieden, die kothigen, schmutzigen Straßen von Widdin. Sie mußten ihren übereilten Abfall strenge büßen. Ihre Lage war anfangs freilich eine fürchterliche. Die Emigration verließ arm, hülflos den Boden des Kampfs, kam unter Menschen einer ihnen ganz fremden Sprache, fremden Religion. Zu diesem elenden Zustand kam dann plötzlich ein albernes, mit der wahren Sachlage der Dinge in Konstantinopel durchaus nicht vertrautes Schreiben des ungarischen Agenten Andrassy, der seinen Landsleuten den Rath gab lieber heute als morgen zum Islam überzutreten, da es sonst um ihr Leben geschehen sey. Diesem Brief zunächst sind die Abfälle von der Religion der Väter zuzuschreiben, diesem und dem Hunger und Durst, der Kälte und Verzweiflung.*) Wir haben mithin die volle Ueberzeugung

*) Zu Konstantinopel erscheinen drei bedeutendere Blätter: die türkisch geschriebene Staatszeitung für die eigenen Unterthanen zu Bekanntmachung der Erlasse u. s. w., das Journal de Constantinople, ein halbofficielles Organ vorzüglich für die auswärtigen Beziehungen, das jedoch auch in Betreff der innern Reformen die Wege oft mit vielem Geist und ökonomischen Kenntnissen zu ebnen sucht, und drittens der Courrier de Constantinople, gleichfalls französisch, aber ohne gouvernementale Verbindung.

*) Die Oberofficiere?

erlangt daß bis auf wenige erzwungene Uebertritte die meisten aus freiem Willen geschehen sind. Die Renegaten beziehen den halben Sold türkischer Officiere, je nach ihrem ehemaligen Rang in der ungarischen Armee. Ein Pascha hat 15,000 Piaster monatlich (nicht ganz 4000 Zwanziger) ein Bim-Baschi (Major) 1500 Piaster. Die Capitäns und Lieutenants sind sehr schlecht bedacht; so beziehen die ersteren kaum 30 fl., die letzteren etwas über 20 fl. monatlich. Das materielle Interesse der Renegaten ist durch den Glaubenswechsel nicht besonders gefördert worden. Ihre moralische Lage muß eine furchtbare seyn. Ausgestoßen vom civilisirten Europa — einer Heimath nun angehörend die für sie ganz fremd, endlich noch dem Zweifel anheimgegeben ob sie denn Beschäftigung in der türkischen Armee erhalten werden? Unsere Berichte, aus zuverlässiger Quelle geschöpft, lauten eher auf Nein als auf Ja! Man wird sie erhalten, weiter nichts. Ausstoßen kann man sie nicht, das ist gegen den Koran. Diese Menschen werden also lebendig ein todtes Daseyn führen. Am 4 Nov. (Sonnabend) verließen auch die Magyaren Widdin. Zia Pascha erschien dießmal mit einem weit glänzenderen Gefolge und nahm von Kossuth, der an der Spitze seiner Anhänger ritt, einen herzlichen Abschied. Einem energischen Befehl von Seiten des Sultans zufolge änderte sich in letzterer Zeit das Betragen der türkischen Behörden zu Widdin den Emigrirten gegenüber ganz außerordentlich. Der Pascha fing an die Flüchtlinge mit einer Unzahl von Aufmerksamkeiten zu überhäufen. Das Volk erhielt die Weisung niemanden mehr durch Beschimpfungen zu verletzen. Zur Deckung der Reisekosten wurde den Magyaren allein außer dem gewöhnlichen Gehalt 25,000 Piaster ausbezahlt. Das Geld welches die Emigrirten beziehen, setzt selbe in den Stand, da die Mannschaft außerdem noch täglich Reis, Fleisch und Brod, die Woche zweimal außerdem noch Butter faßt — gut zu leben. Die Officiere fassen diese Rationen nach ihrem Rang in zwei-, drei- oder vierfachem Maß nach Belieben, entweder in Geld oder in Natura. Kossuth erhielt in der letzteren Zeit eines der schönsten Häuser Widdins zum Wohnsitz. Während er früher gezwungen ward ein einziges Zimmer zu bewohnen, wurde ihm jetzt ein ganzer Stock eingeräumt, und eine zahlreiche Dienerschaft von Türken zur Verfügung gestellt. Am Tag vor seiner Abreise sandte ihm Zia Pascha einen höchsteleganten Reisewagen mit hellblauer Seide ausgeschlagen. Ferner wurden zur Reise jedem Officier ein Reitpferd für seine Person und je vier Officieren ein Wagen für die Bagage angewiesen. Aus all diesem geht hervor daß die hohe Pforte ihren zugesagten Schutz nicht nur fest entschlossen scheint zu halten, sondern diesen Schutz auch noch auf das eclatanteste an Tag zu legen. Die Türkei scheint somit gesonnen Rußland und Oesterreich gegenüber in nichts nachzugeben. In diesem Entschluß wird sie von England und Frankreich unterstützt. Schon tummelt sich eine große Anzahl französischer Kriegsschiffe in den Dardanellen umher, und die Zahl der englischen wurde auch um ein beträchtliches vermehrt. Ueber des Czaaren Antwort an Fuad Effendi haben wir im Widerspruch mit der telegraphischen Depesche Lamoricière's den Bericht erhalten daß der Kaiser aller Reußen auf seiner ersten Forderung bestehe. Soviel ist gewiß daß die Türkei die ganze rechte Donauseite von Stambul aus bis Adakale mit Truppen besetzt, und daß auch Oesterreich 20 Bataillone Infanterie, 16 Schwadronen Cavallerie nebst 40 Kanonen an die Gränze schickt. Rußland hingegen hat seine Besatzungen in der Moldau und Walachei verstärkt, und darf man der Aussage einiger Reisenden trauen, gegen das linke Donau-Ufer Truppen vorgeschoben! Die größte Schwierigkeit in dieser Angelegenheit bieten jedenfalls die Renegaten, die nun einmal nicht ausgewiesen werden können. Die übrigen Emigranten sehnen sich nach nichts so sehr als baldmöglichst die Türkei verlassen zu können. Aber die 4 Generale, die 15 bis 20 Stabsofficiere, die sich dem türkischen Glauben ergeben haben, bleiben. Oestreich und Rußland haben daher in dieser Angelegenheit in jedem Falle diplomatisch genommen, bis jetzt nichts erlangtwas. sie, auf Tractatensich berufend, in Anspruch genommen. Ob nun diese beiden Mächte sich mit einer solchen Enttäuschung der Pforte England und Frankreich gegenüber zufrieden geben werden, ist der Knoten des Räthsels. Friedlich sind die Aussichten keineswegs, und wir sehen mit Besorgnissen dem kommenden Frühjahr entgegen. Wenn der Krieg wieder ausbricht, wie dann? Eine versöhnliche Politik Oesterreichs in Ungarn wird seine Stellung für einen solchen Fall wesentlich verbessern. Immerhin würde ein russisch-englischer Kampf von den unabsehbarsten Folgen für Europa begleitet seyn.

Jonische Inseln.

* **Triest,** 7 Nov. Gestern Abend traf der Lloyd'sche Dampfer „Italia" aus der Levante hier ein, der auf seinem Laufe auch die jonischen Inseln berührt hatte. Lord Ward hat eine allgemeine Amnestie für die bei den August- und Septemberereignissen Compromittirten ausgesprochen. Der Lord-Obercommissär gibt selbst in einer an die Cephalonier gerichteten und Argostoli, 24 Oct., datirten Proclamation Aufschluß über diesen Schritt. Er hoffte bei der Nachforschung nach den Ursprung der Verschwörung unterstützt zu werden. Niemand habe ihm aber Hülfe geleistet. So sey er in die Lage versetzt worden entweder fünf Bürger wegen Hochverrathes vor das Martialgericht zu stellen, und zwar auf eine noch nicht begründete aus der Liebe zum Leben geflossene Angabe von Leuten die desselben Verbrechens überwiesen wurden — oder durch eine Reihe von Processen, Verhaftungen und Angebereien eine vollständige Kenntniß des Verbrechens zu suchen. Dieß aber wollte Lord Ward nicht. Er versprach auch noch für denselben Tag die Freigebung der Gefangenen, und erklärte sich bereit dem Parlament die Angaben auf deren Grund er gehandelt, vorzulegen. Ausgenommen von der Amnestie sind G. Pierato Cutrocoi und Nicolo Metaxa di Dionisio, deren Processe in Lixuri sogleich verhandelt werden sollten. Der erstere ist ein alter Missethäter, der letztere soll Verbrechen büßen für welche auch so viele Bauern gestraft wurden. Nach Beendigung dieser Processe soll das Gericht sogleich aufgelöst werden. Der Conte Gerasimo Sbrin war überwiesen worden bewaffnet unter den Rebellen zu Marcopulo gewesen zu seyn; auf 21 Jahre zum Kerker verurtheilt wurde er zu zweijährigem Gefängniß begnadigt, weil sich zeigte daß er von beschränktem Geistesvermögen sey. Die Entschädigungsfrage für die verbrannten Häuser u. s. w. wird dem Senate vorgelegt werden. In den Bezirken wo der Aufstand war wird die Polizeimacht vermehrt. Mit einer andern Proclamation, d.d. Corfu 25 Oct., wird die vierte Sitzung des Parlaments auf den 10 Nov. vertagt. Der italienische Flüchtling, Obrist Zambeccari, verlangt in einem Schreiben an den Lord-Obercommissär, d.d. Corfu 14 Oct., ein ordentliches Gericht über die ihm zur Last gelegte Theilnahme am Aufstande. Er fordert weiter bis zur Versammlung des Parlaments auf den Inseln verbleiben zu dürfen. Auch Pietro Quartano stellt in einem Schreiben d.d. 19 d. eine Anforderung um Nachforschung nach Beweisen über seine Schuld.

* **Triest,** 12 Nov. Das neueste Konstantinopeler Lloyd-Dampfschiff hat auch Corfu berührt, und uns die Nachricht gebracht daß neun Cephalonier vom obersten Justizhofe wegen Hochverraths gegen die innere Sicherheit zum Tode und Ersatz der Gerichtskosten mit der Summe von etwas über 709 Pf. St. verurtheilt worden sind. Das Urtheil über diese Insurgenten aus den Septembertagen wurde am 31 Oct. verkündigt. Die Betroffenen sind: die Gebrüder Metaxao, Gerasimus Lazzari, Nikolaus Colaiti, Anastasius Supiona, Spiridion Zacchi, Georg Lorenzatto, Demetrius Apostolato, Spiro Mauroldi. Der von Lord Ward als „loyal" gepriesene District Pillaros ließ ihm eine Dank- und Vertrauensadresse überreichen.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 15 Nov. 3proc. 57; 4proc. 69.80; $4\frac{1}{2}$proc. 79; 5proc. 89.90; Bankactien 2395; belg. 5proc. $95\frac{1}{2}$; neap. 5proc. 90.50; röm. $82\frac{1}{4}$; span. act. $22\frac{1}{8}$; 3proc. $35\frac{1}{2}$; innere Schuld 28; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1849 885; Vers. rechte U.-B. 211.25; linke 170; Paris-Orleans 737.50; Rouen 525; Straßburg 357.50; Nordbahn 440; Rouen-Havre 236.25; Mars.-Avignon 221.25; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 302.50; Bordeaux 398.75; Tours-Nantes 281 25; Mont.-Troyes 112.50.

Frankfurt a. M., 17 Nov. Oesterr. 5proc. Met. $87\frac{3}{8}$; 4proc. $69\frac{3}{4}$; 3proc. 52; $2\frac{1}{2}$proc. $45\frac{3}{8}$; Bankactien 1320; 500fl.-Loose $156\frac{3}{4}$; 250fl.-Loose $106\frac{7}{8}$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine $101\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. Staatsschuldsch. $88\frac{1}{2}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 86; Ludwigcanal 48; Ludwigshafen-Berbach 85; württemb. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $80\frac{7}{8}$; bad. 5proc. $97\frac{7}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. 78; Lotto-Anl. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose $31\frac{7}{8}$; darmst. 4proc. $88\frac{3}{4}$ P.; $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{4}$; 50fl.-Loose $71\frac{1}{2}$; 25fl.-Loose $27\frac{1}{8}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $53\frac{3}{8}$; 40Thlr.-Loose $34\frac{1}{2}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$; 25fl.-Loose $25\frac{1}{8}$; Frankf. 3proc. 78; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{3}{4}$, $88\frac{3}{8}$; Taunusbahn 294; holl. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{3}{8}$; span. 3proc. innere Sch. $27\frac{3}{8}$; poln. 300fl.-Loose 112 P.; 500fl.-Loose 81; sard. 30Fr.-Loose $32\frac{5}{8}$; Disconto $2\frac{1}{2}$ G.

♀ **Wien,** 16 Nov. Ungeachtet der günstigen Notirung aus Paris und der sich zu Anfang der Börse kundgegebenen steigenden Tendenz schlossen heute sowohl Fonds als Actien matter, während fremde Devisen und Comptanten sich ziemlich höher stellten und stark begehrt blieben. Die Ursache dieser Erscheinung lag zunächst in dem Umstande daß die Bankactien heute unverhofft um 15 bis 20 fl. zurückgingen und ziemlich angeboten waren. Dem Vernehmen nach dürfte nämlich die für das zweite Semester zu bemessende Actien-Dividende unter den gegenwärtigen Bankverhältnissen geringer ausfallen als man bisher zu vermuthen geneigt war. Von Eisenbahnen waren Pesther- und Oedenburger-Actien (letztere bis 47) etwas mehr gefragt, indessen schlossen erstere wieder matter zur Notiz. Wechsel auf fremde Plätze, besonders lang London, Augsburg und Paris, sowie Gold und Silber bei Mangel an Abgebern zur Notiz gesucht. Die Umsätze im ganzen beschränkt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{2}$–$94\frac{9}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) 84–$84\frac{1}{8}$. Loose vom J. 1834 170–171, Loose vom J. 1839 $115\frac{1}{4}$–$115\frac{1}{2}$, Bankactien 1172–1175, Nordbahnactien $108\frac{3}{8}$–$108\frac{1}{2}$, Gloggnitzer 109–$109\frac{1}{2}$, Mailänder $78\frac{1}{4}$–$78\frac{1}{2}$, Pesther $75\frac{1}{4}$–$75\frac{1}{2}$. London (in l. S.) 10.54–10.56, Hamburg $159\frac{1}{4}$ G., Augsburg uso $108\frac{3}{4}$–109, Frankfurt 108 P., Amsterdam $150\frac{1}{2}$–151, Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno 106 G., Genua $124\frac{1}{2}$ P., Paris $127\frac{3}{4}$–128, Marseille 128 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $13\frac{1}{4}$, Silberagio $7\frac{3}{4}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag | Nr. 324. | 20 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Bedingung des württembergischen Beitritts); Vom Main (Entscheidung in dem Bentinck'schen Erbfolgestreit); München (der Antrag auf Beschleunigung der Untersuchung gegen verhaftete Abgeordnete von der Kammer einstimmig angenommen. Eine Wahllegitimationsfrage. Speyerer Adresse um Amnestie); Leutkirch (Erklärung von Fürst Waldburg-Zeil); Darmstadt (der große Eisenbahnproceß); Dresden (die Parteigestaltung der ersten Kammer, fortwährende Beschlußunfähigkeit der zweiten. Kriegsrechtliche Sprüche, Soldatenhändel); Leipzig (Blühen der Hochschule. Der Johanneskirchhof); Hannover (das Ministerium und die bunte Majorität); Berlin (die Verhandlung mit der Gothaischen Partei. Die Stadtverordneten und die Minister. Die Ausgleichung mit Bayern wegen der Zolleinnahmen. Preußen noch immer für Erfurt als Sitz des Reichstags); Wien (die Presse und die Reichszeitung. Die Telegraphenleitung über Salzburg nach Innsbruck und Bregenz nach Italien. Die Berufungen an die Universität. Der Zolltarifentwurf. Die Woiwodina. Die Reise des Kaisers nach Prag. Fürst Alexander v. Hohenlohe †. Neue Erklärung des Wiener Cabinets gegen den neuen Bundesstaat. Wiederholte Versicherung daß die Flüchtlingsfrage beigelegt sey); Brixen (Studenten der Theologie mit der Tapferkeitsdenkmünze geschmückt).

Portugal. Ein neuer Statthalter für Macao.

Spanien. Der Congreß billigt die Politik des Ministeriums.

Großbritannien. Allgemeines Dankgebet für Aufhören der Cholera. Eröffnung der Universität in Cork.

Frankreich. General Lahitte nach Berlin. Die Nationalversammlung und die Bonapartistische Politik. Proudhons Bekenntnisse eines Revolutionärs. Sein Urtheil über das Vertheidigungssystem in Versailles. Die Verurtheilten nach Doullens.

Schweiz. Genf: die Wahlen.

Türkei. Die angeblichen Unterhandlungen Rußlands mit den Tscherkessen.

Ver. Staaten von Nordamerika. Die Verhältnisse zu Frankreich und England. Die Indianer in Florida. Gelbes Fieber.

Datum der Börsen: London, Amsterdam 15; Paris, Hamburg 16; Wien, Berlin 17; Augsburg 19 Nov.

Deutschland.

|| **Frankfurt a. M.,** 18 Nov. Die vom 10 d. M. datirte württembergische Beitrittserklärung zu der Uebereinkunft vom 30 Sept. zeichnet sich vor allen bisher bekannt gewordenen Erklärungen durch den sehr bestimmten Vorbehalt aus: daß das Interim von Seite Württembergs nur bis zum 1 Mai 1850 „bis wohin eine deutsche Volksvertretung berufen und über eine deutsche Verfassung eine Vereinbarung getroffen werden kann" als bindend anerkannt wird. (Die Uebereinkunft vom 30 Sept. stellt bekanntlich eine Verlängerung des Interims über den 1 Mai hinaus, falls bis dahin das Definitivum noch nicht geregelt wäre, in Aussicht.) In dem weiteren Vorbehalt daß der provisorischen Bundescommission nur die Befugnisse des engeren Rathes zustehen, jene des Plenums aber an die einzelnen Regierungen zurückfallen sollen, stimmt die württembergische Erklärung mit der bayerischen überein.

** **Vom Main,** 16 Nov. Die durch einige Blätter gehende Nachricht „daß der bekannte gräflich Bentinck'sche Erbfolgestreit in Bezug auf die Herrschaft Kniphausen durch die provisorische Centralgewalt dahin entschieden worden sey daß der gegenwärtige Besitzer als nicht berechtigt zur Nachfolge in der halbsouveränen Herrschaft Kniphausen erklärt und Oldenburg aufgefordert sey die rechtmäßige Regierung herzustellen," klingt unglaublich, und ist doch wahr. Bekanntlich machte der Kläger den Proceß zuerst bei dem Oberappellationsgericht zu Oldenburg anhängig, dieses hielt sich für competent, und erst nachdem der Kläger in erster Instanz durch schiedsrichterlichen Spruch der Rechtsfacultät Jena verloren hatte, wandte er sich an den alten Bundestag und erhielt auf Berichterstattung des damaligen Bundestagsgesandten v. Pechlin den ihm günstigen und mit den Jena'schen Entscheidungsgründen in Widerspruch stehenden Bundesbeschluß vom 12 Jun. 1845. Oldenburg, welches darin einen Eingriff des Bundestags in die Justiz seines Landes erblicken mußte, sträubte sich lange gegen die Publicirung dieses Beschlusses, das Jahr 1848 schien demselben seine Bedeutung zu nehmen bis das Reichsministerium, dessen Präsident ein Verwandter des Klägers ist, jenen Beschluß, der doch bloß in die Rechtsfrage eingriff, noch überbietet und den ganzen Proceß, soweit er Kniphausen betrifft, factisch beseitigen will, und das zu einer Zeit wo derselbe seiner endlichen Erledigung durch die Rechtsfacultät der Universität Gießen entgegensieht. Wir sind begierig was Deutschland hiezu sagen, und ob das dem Dreikönigsbündniß beigetretene und die provisorische Centralgewalt nicht mehr anerkennende Oldenburg sich zur Ausführung einer solchen Maßregel hergeben werde. Uebrigens bewundern wir den Fleiß womit das Reichsministerium die Zeit gefunden noch vor Thorschluß einen so verwickelten und weitläuftigen Rechtsfall zu prüfen, nachdem die bedeutendsten Juristen darüber hin- und hergestritten haben.

Bayern. || **München,** 19 Nov. Die heutige Abgeordnetensitzung beginnt mit Beeidigung des kürzlich aus der Haft entlassenen Abgeordneten Reinhardt. Der erste Secretär, Nar, referirt über eine neuerliche Eingabe des verhafteten Abg. Mayer und beantragt: mit Bezugnahme auf einen frühern Kammerbeschluß die gerechte Erwartung auszusprechen daß die betreffenden Gerichte im Interesse der Vervollständigung der Kammer die Untersuchung gegen verhaftete Abgeordnete mit möglichster Beschleunigung zu Ende führen werden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen, nachdem Fürst Wallerstein und Reinhardt über Verzögerung in den Untersuchungen scharfe Klage erhoben, der Justizminister aber dagegen erwiedert hatte daß diese Klagen schon durch die Verwicklung der anhängigen Untersuchungen widerlegt seyen. Aus Wallersteins Votum entnehmen wir daß neuerlich gegen Vorsteher „liberaler Vereine" inquirirt werde. (Es dürften übrigens hier wohl nur Vernehmungen auf Requisition des Centraluntersuchungsgerichts vorliegen.) Eine sehr langwierige Debatte veranlaßt eine eigenthümliche Legitimationsfrage. Abg. Furth wurde nämlich vor kurzem im Staatsdienst befördert und hatte sich darum einer neuen Wahl zu unterziehen. Diese wurde nun lediglich in der Art vorgenommen daß die Wahlmänner darüber befragt wurden, ob er gleichwohl Abgeordneter verbleiben solle, was bejaht wurde. Der Referent Nar rechtfertigt dieses Verfahren, und beantragt zugleich daß der erste und dritte Ausschuß eingeladen werde Vorschläge zur Abänderung des betreffenden Paragraphen des Wahlgesetzes alsbald an die Kammer zu bringen. Mehrere Redner unterstützen diesen Antrag, während andere der Ansicht Morgensterns beipflichten daß jenes Verfahren annullirt und eine förmliche Neuwahl angeordnet werden müsse. Die Kammer tritt endlich den auch vom Minister Ringelmann befürworteten Nar'schen Anträgen bei. (In England, Frankreich ꝛc. muß in solchen Fällen die Wahl vollständig neu vorgenommen werden.) Nachdem noch Director Heigel über den Gesetzentwurf wegen Entscheidung über Recurse in Gwiggeldsachen Vortrag erstattet hatte, wird die Sitzung geschlossen und die nächste, der von der heutigen Tagesordnung noch genug Arbeit geblieben ist, auf morgen anberaumt. Unter dem neuesten Einlauf der Kammer bemerke ich eine Bitte des Vorstandes und der Stadträthe von Speyer: „um möglichste Ausdehnung des Amnestiegesetzes und Aufnahme des Friedrich Hilgard von Speyer unter die Amnestirten."

☐ **München,** 18 Nov. Gestatten Sie mir nur eine kurze Erwiederung auf die Zuschrift eines „Mitglieds der Kammer der Abgeordneten" wodurch den Mittheilungen welche die Allg. Ztg. über jenen Gegenstand allenfalls noch zu geben beabsichtigen sollte, *) in keiner Weise vorgegriffen werden soll. Zuerst nur die Bemerkung daß jene „Conversation" keineswegs so ganz erfolglos war, da ja Fürst Wallerstein seinen Antrag auf Einrückung der Abstimmungsmotive in das Protokoll zurückzog, was offenbar der Zweck jener „Conversation" war. Die Erörterung, ob jene Motive mit denen des linken Centrums so übereinstimmend waren wie der Verfasser der Zuschrift behauptet, dürfte zu weit führen,

*) Wir haben leider keinen Raum dafür. A. d. A. Z.

sicher ist aber daß das linke Centrum diese Ansicht nicht theilte, und deßhalb gegen die Verwechselung jener Motive mit den seinen protestirte. Ob die Linke dessenungeachtet mit jenem Antrag stimmen konnte, ist ihre Sache, ob sie aber auch mit den Anträgen der HH. Paur und Weiß hätte stimmen können, welche offenbar den von der Linken stets gepredigten Grundsatz, der Endgültigkeit der Reichsverfassung verwarfen und die Vereinbarung einer neuen Verfassung zwischen Volk und Regierung beabsichtigen, das kann der allgemeinen Beurtheilung überlassen bleiben, die, solange nicht der Grundsatz „daß der Zweck das Mittel heilige“ im öffentlichen Leben Deutschlands allgemeine Geltung erhält, darüber schwerlich lange zweifelhaft seyn wird. Bezüglich der Frage endlich, ob eine Erklärung „der Linken“ ohne Unterschriften in den Protokollen zulässig war oder nicht, genüge die Bemerkung daß bei der Freiheit der Ueberzeugung und Abstimmung welche bei Volksvertretern grundsätzlich vorausgesetzt werden muß, parlamentarische Fractionen nicht Regimenter sind, deren Mannschaft dahin marschiren muß wohin sie der Obrist befehligt, und daß die Programme derselben keinen Theil der amtlichen Verhandlung der Kammern bilden.

9 **München,** 19 Nov. Heute oder morgen wird Minister v. d. Pfordten von seiner Erholungsreise wieder hier eintreffen, und seine beiden Portefeuilles übernehmen. Die Kammer der Abgeordneten wird im Laufe dieser Woche fast täglich Sitzung halten, da hiefür genügend Stoff vorhanden ist. — Dem bisherigen Oberstallmeister Grafen v. Lerchenfeld ist die bisher unbesetzt gewesene Stelle eines Hofmarschalls übertragen worden.

Württemberg. Aus **Leutkirch** schreibt Fürst Waldburg-Zeil, der in der Nationalversammlung gesessen, zur Erklärung seiner neulichen Ansprache an die Wähler, an das „Deutsche Volksblatt“: Wenn bisher alles vergebens war um eine Gleichstellung der Rechte der Neuwürttemberger gegenüber den Altwürttembergern zu erzielen, so kann ein entschiedenes Fordern derselben nur als von der Nothwendigkeit geboten erscheinen. Alle desfallsigen Versuche sind bisher gescheitert; so viele Unterländer auch nach Oberschwaben als Beamte gekommen, sie sind altwürttembergisch geblieben in Gesinnungen und Ansichten; eine Verschmelzung beider Landestheile hat nicht stattgefunden, und kann nicht stattfinden solange nur katholische Oberländer stets der protestantischen altwürttembergischen Bureaukratie weichen müssen, solange unsere Verhältnisse nur nach altwürttembergischen Ansichten geregelt werden. Es muß dieß offen ausgesprochen werden, denn es ist Gefahr auf dem Verzuge! Noch kann das Oberland materiell gerettet werden, wenn seinen eigenthümlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird, und dieß auszusprechen halte ich meinen Wählern gegenüber unbedingt für Pflicht. Als Katholik glaube ich aber auch die uns vorenthaltenen geistigen Rechte reclamiren zu müssen. Was meine Aeußerung in Beziehung auf Oesterreich anbelangt, so habe ich mich dazu dadurch veranlaßt gesehen daß alle Briefe die mir vom Unterlande zukommen, entschieden aussprechen daß die Agitationen für Vereinigung mit Preußen mit der größten Thätigkeit betrieben werden. Wenn für Württemberg der Augenblick gekommen ist daß die eine Hälfte der Landesbewohner ein Aufgehen in Preußen entschieden anstrebt und anstreben darf, dann muß auch der andern Hälfte das Gleiche für Oesterreich gestattet seyn, um so mehr wenn die Nichtbewilligung gerechter Forderungen uns historische Erinnerungen aus nicht ferner Zeit, die Neuwürttemberg größtentheils mit seinen Wünschen und Hoffnungen zu Oesterreich hinführen, ins Gedächtniß zurückruft. Nur für diesen Fall galt meine desfallsige Aeußerung. Kann Württemberg seine Selbständigkeit erhalten, steht ihm eine Vergrößerung in Aussicht, die nur vortheilhaft auch für uns Oberschwaben seyn kann, werden wir allen andern Landestheilen gleichgestellt, und hören die Bestrebungen für ein Aufgeben in Preußen auf, so fällt auch andrerseits das Bestreben nach einer Vereinigung mit Oesterreich hinweg. Heißt aber über kurz oder lang die einzige Losung „Preußen oder Oesterreich“, dann wird — wie es der großdeutsche oberschwäbische Verein, dessen Mitglied ich übrigens nicht bin, in seiner Eingabe an das Ministerium unumwunden ausgesprochen hat — die ungeheure Mehrheit Oberschwabens sich nur durch Gewalt der preußischen Herrschaft unterwerfen lassen. Findet nur ein Bündniß mit einem oder dem andern Staate ohne Aufgeben der württembergischen Selbständigkeit statt, so wird dasselbe der Zustimmung des Volkes unterstellt werden müssen, und in diesem Fall wird ein Majoritätsbeschluß der Kammer im Einverständniß mit der Regierung für alle Württemberger verbindliche Kraft haben! Waldburg-Zeil.“

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 16 Nov. Heute in der 23sten Sitzung tritt eine neue Phase in dem großen Eisenbahnprocesse ein, ein Proceß der seines Gleichen sucht in der Geschichte der Criminalfälle. Die öffentlichen Verhöre sind beendigt und die Debatten beginnen. Von den in noch größerer Menge geladenen Zeugen wurden 124 wirklich abgehört; außerdem die auf den Anklagebänken sitzenden 67 Angeschuldigten, deren zum Theil angenommenes Widerrufssystem, welches die Verlesung ihrer Verhörprotokolle nöthig machte, die Sache auch noch um mehrere Tage verzögerte. Dieses Abläugnungssystem von früher bereits vollständig und übereinstimmend Eingestandenem war so auffallend und unklug daß es den Angeklagten wahrscheinlich nur zum Nachtheil gereichen kann. Heute hielt der Staatsanwalt einen ausführlichen Vortrag zur Begründung der Anklage. Ihm entgegnet über den allgemeinen Theil der Vertheidigung Advocat Fuhr. Die specielle Vertheidigung der Angeklagten wird von neun Advocaten geführt. Rechnet man die Erwiederungen des Staatsanwaltes und die Repliken der Vertheidiger, sowie das Resumé des Präsidenten welches in diesem kolossalen Processe auch nicht kurz seyn kann, hinzu, dann die Zeit für den Spruch der Geschwornen, dessen Festsetzung einige Tage erfordern wird, da ihnen mindestens dritthalbhundert Fragen vorgelegt werden, so kann der Proceß vor dem Ende nächster Woche kaum fertig werden. Die Geschwornen sind während der Zeit ihrer Berathung eingeschlossen und bewacht, und auch der Präsident muß anwesend bleiben um ihnen nöthigenfalls Auskunft geben zu können. Es werden zu dem Ende 14 Betten in den an den Assisensaal stoßenden Gemächern, neben dem Berathungszimmer auch ein Speisezimmer hergerichtet, alles von Gendarmen und Militär bewacht, zur Verhinderung jedes Zutritts von außen. (Frankf. J.)

K. Sachsen. ‡ **Dresden,** 15 Nov. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer gab die Wahl des Bureau's den beiden Parteien Gelegenheit ihre Kräfte zu messen. Von 34 Stimmen zeigten sich 18 auf der rechten, 16 auf der linken Seite des Hauses. Letztere unterlag daher mit ihrem Präsidentschaftscandidaten Joseph; als Präsident ward Georgi, einer unserer Märzminister, als erster Vicepräsident der Landesbestallte Schenk aus Bautzen, als zweiter der vormalige Reichstagsabgeordnete Mammen aus Plauen gewählt, den die Rechte aus der Linken als Candidaten sich ausersehen hatte. Die beiden Schriftführer sind aus der conservativ - liberalen Fraction gewählt. Der Beginn der regelmäßigen Kammerarbeit hängt von der Eröffnung des Landtags ab, welche durch die Zustände der zweiten Kammer noch immer hingehalten wird; durch einige Erkrankungen ist sie einstweilen wieder beschlußunfähig geworden. Bevor die Neuwahlen in den Bezirken welche das Vertrauen ihres Stimmenmehrs auf Suspendirte gesetzt hatten, in den Bezirken von Doppelwahlen und da wo die Wahlen wegen vorgekommener Formfehler zu cassiren gewesen sind, vollendet seyn werden, kann das Ende dieses Monats wohl herankommen. Das erste Oelblatt der Amnestie werden Sie in der Leipziger Zeitung gefunden haben: es betrifft die Niederschlagung von Untersuchungen wegen persönlicher Beleidigungen des Staatsoberhauptes; dieser Anfang läßt hoffen daß bald auch für die Maiangeschuldigten ein Wort der Gnade gesprochen werde. Von den inmittelst gefällten kriegsrechtlichen Sprüchen sollen bereits 18 auf Tod lauten: die Frage über ihre Vollstreckung wird vielfach besprochen. Ein böses Zeichen für die militärischen Zustände sind die öfter stattgehabten Schlägereien zwischen Soldaten verschiedener Truppengattungen, von denen die jüngste einen ziemlich blutigen Ausgang gehabt hat. Man will behaupten daß die Reibungen zumeist zwischen den Kämpfern in Schleswig und den Siegern der Maitage sich entspinnen. Ueber den Kampf dieser Tage ist vor kurzem eine Schrift des k. preußischen Obersten Grafen v. Waldsee, Commandeurs des Kaiser-Alexander-Grenadier-Regiments, versendet worden, über welche ich Ihnen zu schreiben mir vorbehalte, wenn sie interessante Aufschlüsse über unsern Häuserkampf nachbringen sollte.

Ein Schreiben aus **Dresden** (in der Const. Corresp.) sagt: „In der That bereitet sich hier in den einflußreicheren, höheren Regionen ein Umschlag der Meinung vor; man beginnt das Gefahrvolle des betretenen Wegs zu erkennen. Es würde uns nicht überraschen wenn die Partei des Hrn. v. Carlowitz dennoch wieder zur Macht gelangte. Die Partei des deutschen Bundesstaats läßt es an Thätigkeit übrigens nicht fehlen. Ueber das ganze Land werden Flugblätter verbreitet welche ihren Bestrebungen in kräftiger Sprache Ausdruck geben. Großen Eindruck macht das „fliegende Blatt aus Sachsen Nr. 2,“ welches die Proclamation des Königs vom 9 und 30 Mai, datirt vom Königstein, wieder abdruckt. Mit großer Schrift ist der Schluß der zweiten Proclamation gedruckt. „Es sind alle Staaten Deutschlands eingeladen worden sich dieser Verfassung anzuschließen, welche einem demnächst auf Grund des vereinbarten Wahlgesetzes einzuberufenden Reichstag zur Zustimmung vorgelegt werden soll. Ich bin ihr beigetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Zustimmung der sächsischen Kammern, die nach §. 2 der Verfassungsurkunde vom 4 Sept. hierzu nothwendig ist. Jetzt gilt es daß alle wahrhaft deutschgesinnten Männer Sachsens sich vereinigen meine Regierung auf dem betretenen Weg, dem einzigen der noch zu dem erstrebten großen Ziele führen kann, zu unterstützen. Festung Königstein, den 30 Mai 1849. (gez.) Friedrich August.“

Leipzig, 13 Nov. Während anderwärts, vorzüglich in Berlin und Heidelberg, ganz bedeutend über Mangel an Studirenden geklagt wird, erfreut sich die Universität Leipzig einer fortwährend steigenden Frequenz.

Die Gesammtzahl der Studenten beträgt in diesem Winterhalbjahr 963, seit 12 Jahren die höchste Zahl. Der Germanist Albrecht ist es vorzüglich der sich eines gefüllten Auditoriums zu erfreuen hat, so daß der größte Hörsaal kaum im Stand ist die Zuhörer zu fassen. — Der Johanniskirchhof, auf welchem sich Gellerts und anderer Berühmter Grab findet, wird geebnet, die Mauer entfernt und zu einem großen schönen Platz umgewandelt. Die Wallfahrten nach den Grabsteinen jener hören somit auf. (Fr. O.-P.-A.-Z.)

K. Hannover. * **Hannover,** 15 Nov. Acht Tage sind jetzt unsre Kammern beisammen, ihr Aussehen ist gerade so als ich es im voraus beschrieb, eine Opposition die wohl möchte aber nicht kann, eine Menge Amtsassessoren und sonstiger königlichen Diener die sich ängstlich um das Ministerium schaaren, und diesem durch Dick und Dünn folgen, wenig Unabhängige und noch weniger starke Geister, ein guter Theil von Mangel an Intelligenz, der bis jetzt ziemlich der ministeriellen Partei in die Hände gefallen ist. Die Opposition hat bei den Bureauwahlen vollständig gesiegt, Ellissen ist als Vicepräsident beeidigt, Buddenberg verdrängt, Hantelmann und Hirsch versehen die Stelle der Generalsyndiken (welche die Ordnung der Berathung mit dem Präsidenten aufrecht zu erhalten haben, in gewissen Fällen dessen Stelle vertreten, und was die die Hauptsache ist, nicht allein die Vollmachten sämmtlicher Mitglieder prüfen und darüber referiren, sondern über alle Eingänge und Petitionen Vorträge halten, in den Conferenzen zur Ausgleichung verschiedenartiger Beschlüsse der Kammern die Verhandlungen leiten), ein Hannover eigenthümliches Institut. Ja noch mehr, die Opposition hat einen allgemeinen Antrag auf Amnestie für alle seit März 1848 begangenen politischen Verbrechen und Preßvergehen, soweit damit gemeine Verbrechen nicht verbunden, durchgesetzt — hat das Vergnügen gehabt daß das Ministerium bei Discussion über die Zulässigkeit Weinhagens mit einer Menge bitterer und ironischer Reden überschüttet wurde, ohne ein Wort zu erwiedern, und daß die Kammern einstimmig (die Minister nicht ausgenommen) die Wahl Weinhagens als vollständig rechtsgültig anerkannten. Bei alle dem hat sich die Opposition noch nicht getraut auf eine Erwiederung der Thronrede anzutragen, sie hat jedes Wort in der deutschen Frage vermieden, und als heute ein Mitglied diesen Brand bei Gelegenheit der Discussion über die Publication der Wechselordnung in die Versammlung werfen wollte, dieß Mitglied desavouirt; sie hat, obgleich die Regierung die versprochenen vollständigen Mittheilungen in der deutschen Sache noch immer nicht gebracht hat, nicht den Muth darnach zu fragen, selbst das Interim scheint sie wenig zu kümmern. Und dennoch predigen die Reichszeitung und andere Verfechter des Dreikönigs-Entwurfs täglich daß von den hannoverischen Kammern das Schicksal des Bundesstaats abhänge. Von anderer Seite sucht die Opposition in Oldenburg, welche von dem Dreikönigsbündniß los will, in Hannover eine Stütze, und die der Reichsverfassung treue Partei aus Braunschweig wünscht gleichfalls daß die Kammern in Hannover sich entscheiden. Sie wollte wohl, die Opposition, aber sie kann nicht. Das erste Wort in dieser Beziehung würde sie sprengen, dazu ist es aber noch zu früh für die ehrgeizigen Bestrebungen Einzelner. Lieber Unklarheit über das eigene Wollen als die Binde zerreißen welche bei der ersten Gelegenheit von selbst zerspringt, welche aber von Nutzen ist solange Commissionsmitglieder aus ihr hervorgehen. Ich glaube, die Herren welche sich jetzt die Mühe geben aus den Kammermitgliedern einen Club zu bilden der sich zunächst die Erhaltung und den Schutz des Ministeriums Stüve's zur Aufgabe macht, hätten dieß nicht nöthig. Jeder Versuch das Ministerium zu stürzen würde das lose Band der Opposition sprengen und diese in drei Parteien zerspalten, und alles und jeden Einflusses berauben. Bei dieser Lage der Sache ist denn nur das eine gesichert, daß die Kammer das Ministerium unter keiner Bedingung zum Bleiben bei dem Dreikönigsbündniß zwingen wird, nicht einmal der Versuch wird gemacht werden. Kommt die deutsche Frage auf die Tagesordnung, so werden wir eine Menge schöner Phrasen hören, dann aber wird dieselbe an eine Commission verwiesen, d. h. bis März oder April nächsten Jahrs begraben werden, damit indeß die Dinge und die Diplomaten Geschichte machen und das Interim uns völlig in seine Schlinge nimmt. Das Ministerium hat die Stände mit einem wahren Wust von Vorlagen überschüttet. Zu den vom Frühjahr unerledigt gebliebenen — Schwurgerichte, Organisation der Justiz und Administration, Städteordnung, Volksschulwesen, Chausseebaugesetz, Postregulative rc. — kommt noch der Entwurf einer peinlichen Proceßordnung, die Organisation der Landgemeinden, die Organisation der Verwaltung rc. Daneben ein zweijähriges Budget, in welchem seit 1841 zuerst wieder die Domanialverwaltung an die Oeffentlichkeit gezogen ist. Kurz, Arbeit für ein Jahr, Arbeit die zum größten Theil in Commissionen erledigt werden muß. Dieß wird dann zur Folge haben daß die Stände bis Weihnachten abarbeiten werden was fertig zu machen ist, daß dann aber eine Vertagung und die Arbeit der Commissionen beginnt, von der man hofft daß sie bis Ende März vollendet seyn könnte, wo dann die Stände zu einem Landtag bis zur Ernte einberufen würden.

Preußen. **Berlin,** 14 Nov. Die so leidige Angelegenheit wegen Zurückbehaltung der für die bayerische Regierung aus der Zollvereinscasse fälligen letzten Steuerrate soll endlich einer Ausgleichung nahe seyn. Es konnte wohl kaum jemand zweifelhaft seyn daß in diesem Falle das Unrecht entschieden auf Seiten Preußens war; denn welche Ansprüche auch immer die preußische Regierung gegen Bayern geltend zu machen haben mochte, so läßt es sich doch nimmermehr vom Standpunkte des materiellen oder formellen Rechts rechtfertigen daß, wie dieß hier geschah, eine völlig liquide Forderung — denn Bayern hatte eben das Recht diese seine Steuerrate zu dieser Zeit aus der Zollvereinscasse zu fordern — für eine noch gar nicht einmal speciell liquidirte Schuld, deren Berichtigung also auch noch gar nicht förmlich zurückgewiesen worden war, zurückzubehalten. Es ähnelte dieß dem Falle im Privatrecht, wo jemand bereits Execution gewaltsam vollstreckt für eine Forderung die noch gar nicht einmal feststeht, die am allerwenigsten schon eingeklagt ist. Die bayerische Regierung hatte daher allerdings ein Recht, wie sie dieß in ihrer Denkschrift gethan hat, dieses Verfahren als einen von Seite Preußens begangenen Rechtsbruch der bestehenden Zollveinsverträge aufzufassen und die Drohung daran zu knüpfen daß, wenn Preußen diese Verträge bräche, auch die bayerische Regierung sich an dieselben nicht länger gebunden erachten und sich in der Lage befinden würde lediglich ihr specielles Interesse darüber zu Rathe zu ziehen, inwiefern ein längeres Verharren bei dem Zollverein angemessen sey. Diese durchweg energisch gefaßte Denkschrift ist von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frhr. v. Schleinitz in freundlicher Form beantwortet worden, indem er in seiner Antwort bedauert daß die in Rede stehende Differenz überhaupt stattgefunden habe, indem er den Ursprung derselben lediglich auf eine in dem Finanzministerium getroffene abgekürzte Verwaltungsmaßregel schiebt, und zum Schluß das bestimmte Vertrauen ausspricht daß eine baldige Erledigung der getroffenen Maßregeln möglich seyn werde. Es gewinnt nach dieser jüngsten Antwort fast den Anschein als ob preußischerseits zunächst eine Auszahlung der bayerischen Steuerquote werde zugestanden, hiernächst aber alsdann die fernere Geltendmachung der erhobenen Entschädigungsansprüche mit Nachdruck werde betrieben werden. Die außerordentlich weitschichtigen Debatten welche die Frage wegen des Orts für den Reichstag innerhalb des Verwaltungsrathes hervorgerufen hat, beweisen zur Genüge den an Eifersucht gränzenden Wunsch der einzelnen Staaten diese Körperschaft innerhalb oder doch in der Nähe ihrer Gränzen zu haben. Außer dem von Preußen vorgeschlagenen Erfurt sind bekanntlich noch Frankfurt, Braunschweig und Coblenz als Sitze des Reichstags von einzelnen Bevollmächtigten vorgeschlagen und bevorwortet worden. Eine definitive Beschlußnahme ist bis diesen Augenblick noch nicht erfolgt, doch glaubt man daß die Stimmenmehrheit sich schließlich doch für Erfurt entscheiden werde. Die preußische Regierung soll wenigstens an an ihrem Vorschlage festhalten, und legt man in Beziehung hierauf dem Hrn. v. Radowitz einen höchst dictatorisch klingenden Ausspruch in den Mund. Im Augenblick wo ein so großer Theil der deutschen Staaten mit Mißtrauen jede beeinträchtigende Geltendmachung der preußischen Macht beobachtet, wirken derartige Aeußerungen, aus solchem Munde kommend, wenig günstig und gehen selten unausgebeutet verloren. Und dieß ist denn auch dießmal der Fall. (Wes. Z.)

4 **Berlin,** 16 Nov. Große Aufmerksamkeit erregt hier eine Unterredung und Verhandlung welche zwischen einem unserer einflußreichsten Staatsmänner und einem Abgesandten von der Partei der Gothaischen Versammlung in den letzten Tagen stattgefunden hat. Die genannte Partei hat, um ihre Stellung zur preußischen Regierung bestimmen zu können, auf dem angegebenen Wege der letztern eine Reihe von Fragen vorgelegt und um eine möglichst freimüthige Beantwortung derselben gebeten. Diese ist ihr auch zu Theil geworden. Wie ich aus guter Quelle erfahre, sind unter diesen Fragen hauptsächlich folgende gewesen: 1) Ob die preußische Regierung sich mit demjenigen Umfang auf welchen nunmehr das Bündniß vom 26 Mai reducirt worden, genügen lassen wolle, oder ob sie ihr Absehen nach wie vor auf eine Einigung des ganzen Deutschlands außer Oesterreich richte? Die letztere Frage ist bestimmt bejaht worden. 2) Ob die Regierung ohne Verzug die Reichtagswahlen zu betreiben gedenke? Bejaht, mit der Bemerkung daß wenn ein Verzug entstehen sollte, derselbe nur von Seite der kleinern deutschen Staaten erwachsen könne, welche vielleicht mit dem Wahlmodus nicht so schnell ins Reine kämen. 3) Ob Preußen auch für den Fall daß Oesterreich in Verbindung mit Rußland das vereinigte Deutschland mit Krieg bedrohen sollte, auf dem betretenen Weg beharren werde? Auch diese Frage ist mit voller Entschiedenheit bejaht worden. Endlich: ob es Preußen mit dem Festhalten an dem constitutionellen Princip auch

voller Ernst sey? Hierauf erfolgte gleichfalls eine bejahende Antwort, nur mit dem erläuternden Zusatz daß Preußen unter Constitutionalismus nicht die Einrichtung der Verhältnisse nach einer abstracten Form verstehen könne, sondern daß es organische Institutionen mit Berücksichtigung der concreten Verhältnisse im Auge behalten müsse. Diese Antworten und Erläuterungen haben, wie versichert wird, einen Eindruck gemacht der ein festes Zusammengehen der Gothaischen Partei mit der Politik der preußischen Regierung erwarten läßt. — Bekanntlich ist die Stadtverordnetenversammlung auf den Antrag dem Ministerpräsidenten das Ehrenbürgerrecht der Hauptstadt zu ertheilen nicht eingegangen. Das Publicum suchte sich die Sache aus verschiedenen Gründen zu erklären, die mehr oder weniger auf ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium hinausliefen. Jetzt hat die Stadtverordnetenversammlung sich selbst veranlaßt gesehen diesen Auffassungen entgegenzutreten und dem Ministerium zu erklären: der wahre Grund der damaligen Ablehnung sey eben nur der gewesen daß jener Antrag nicht aus dem Schooß der Versammlung hervorgegangen, sondern ihr von außen her, durch mehrere Bürger, zugeführt worden sey, so daß sie geglaubt habe durch Annahme desselben ihre Selbständigkeit und zugleich den Werth des besten was sie geben könne, zu schmälern. Es scheint als ob die Versammlung nur den Schluß der Verfassungsrevision abwarten wolle, um aus eigenem Antrieb das vorläufig zurückgehaltene Ehrengeschenk zu ertheilen.

Oesterreich. * **Wien,** 16 Nov. Die heutige „Presse" wünscht eine billige Reform der Militärgerichte. Man solle den Angeklagten ein Recht nicht entziehen welches sie vor den ordentlichen Gerichten besäßen, und vor den Ausnahmsgerichten mit dem beschleunigten Justizlaufe um so mehr beanspruchen könnten — das Recht eines Vertheidigers. Die „Presse" spielt dabei auf die Procedur der Kriegsgerichte in Baden an, und wenn auch die Beschuldigten dort den harten und härtesten Strafen unterlegen wären, so bliebe doch dabei die Beruhigung daß den Anforderungen der Humanität Genüge geleistet worden. Schließlich wünscht die „Presse" daß man die harte Strafe der Schanzarbeit nicht auf Personen anwenden möge die unter dem Civilstrafgesetzbuch stehen. Ein allerhöchstes Rescript vom December v. J. verordne auch daß die Schanzarbeit in schweren Kerker verwandelt werden solle; aber in der Anwendung des Gesetzes zeige sich daß man diese Wohlthat nur allen an dem Octoberaufruhr Betheiligten angedeihen lasse, während die Uebertreter der Ausnahmsvorschriften dem harten Militärgesetz verfielen. — Die Oesterr. Reichszeitung erklärt heute offen in welcher Stellung sie dem Publicum gegenüberstehen wolle. Sie ist für Einheit im Staate, und insofern und solange die jetzige Regierung diesem politischen Grundsatze anhänge, will sie „gouvernemental" seyn. Den Grundsatz schroffer Centralisation, den **Dr.** Landsteiner so gut wie die geschmeidige Form seiner Leitartikel aus Frankreich mit hereingebracht, verfocht er bekanntlich schon in der Presse, die ihrerseits mehr und mehr ihren conservativen Charakter ablegt und zur Opposition greift.

·|· **Wien,** 16 Nov. In der letzteren Zeit hat man die officielle Nachricht gelesen: die Leitung der Telegraphendräthe über die Vogelstangen werde definitiv aufgehoben und dafür die unterirdische mittelst Guttapercha eingeführt werden, um einer etwa möglichen Zerstörung dieses Instituts vorzubeugen. Daß eine verborgene Leitung ersprießlicher sey, unterliegt keinem Zweifel, allein es erheben sich seit neuester Zeit andere Schwierigkeiten. Hier in Wien hat man nämlich den Gebrauch von Guttapercha versucht, und gelangte zu dem sehr mißfälligen Resultat daß die Harzumkleidung des Draths von den Ratten verwüstet wurde und oftmalige Ausbesserungen nothwendig machte. Dieser Erfahrung zufolge taucht nun die bereits einmal von Schönerer angeregte Idee, den Drath durch bleierne Röhren zu führen, neuerdings auf und findet viele Anhänger, und zwar umsomehr als die bereits definitiv beschlossene Errichtung eines elektro-magnetischen Telegraphen nach Ungarn, und zuvörderst nach Pesth eine unsichtbare Leitung wegen der Gefahren einer Verwüstung wünschenswerth erscheinen läßt. Das Netz der metallenen Correspondenzlinien gewinnt in jüngster Zeit immer mehr an Ausdehnung, wie denn überhaupt die Regsamkeit des Ministers Bruck sich die allgemeine Anerkennung aller Denkenden erwirbt. Die Prager Zeitung brachte vor kurzem die bestimmte Nachricht von der im Norden unserer Monarchie herzustellenden Telegraphenerweiterung; in einer der letzteren Sitzungen des Handelsministeriums wurde der einhellige Beschluß gefaßt auch den Süden mit der Residenz in magnetischen Rapport zu versehen. Es wird nun von Salzburg die Telegraphenlinie nach Innsbruck, Bregenz, Verona, Mailand und Venedig fortgesetzt werden.

§ **Wien,** 17 Nov. Die erwähnte Zollreform soll schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden, jedoch, wie ich Sie aus bester Quelle versichern kann, vorläufig nur als Entwurf gelten, der erst nachdem er nach allen Seiten hin gründlich erörtert und beleuchtet seyn wird (was natürlich allfällige Modificationen nicht ausschließt), zum definitiven Beschluß erhoben werden soll.

W **Wien,** 16 Nov. Das redliche Bemühen des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts die Universität Wien durch eine neue Organisation und durch Berufung von ausgezeichneten Kräften des Auslandes auf eine Stufe zu heben wie es der höchsten Bildungsanstalt der größten Stadt Deutschlands gebührt, erfüllt jeden Mann der Wissenschaft mit innigster Freude. In kurzer Zeit ist vieles und wichtiges geschehen. Die medicinische Facultät hat an Dr. E. Brücke eine ihrer größten Zierden erhalten. Hoffentlich wird bei der neuen Umbildung ein ausgezeichneter Kliniker Deutschlands die Lehrkanzel erhalten, die seit einem Jahrhundert von den bedeutendsten Aerzten Europa's besetzt war, jetzt aber leider sehr gesunken ist. Wichtige Veränderungen stehen der so sehr leidenden juridischen Facultät bevor, die dieselbe wohl emporzuschwingen im Stande sind. In der philosophischen Facultät haben schon mehrere Berufungen stattgefunden, wovon jedoch einige nicht glücklich ausgefallen sind. Um so freudiger wird daher die beabsichtigte Berufung von Wackernagel und Hahn begrüßt. Die botanischen Lehrkanzeln sowohl in der medicinischen als philosophischen Facultät sind trefflich besetzt; erstere hat nebst der Direction des botanischen Gartens Dr. Fenzl, letztere erhält Prof. Unger, der, wie bekannt, zu wiederholtenmalen nach Gießen berufen worden ist ohne jedoch dem Rufe gefolgt zu seyn. Für Zoologie und Mineralogie sind aber unbegreiflicherweise der Wissenschaft fast gänzlich unbekannte Männer gewählt worden. Freilich ist der Mangel an tüchtigen Zoologen und Mineralogen oder Geologen in ganz Deutschland ziemlich fühlbar. Desto unerklärlicher ist es daß vom Ministerium zwei Männer übergangen wurden die beide sich ausgezeichneter Namen erfreuen, und deren wissenschaftlicher Werth zu sehr anerkannt ist als daß wir hier näher darüber eintreten dürften. Beide leben mit großen wissenschaftlichen Arbeiten beschäftigt in stiller Zurückgezogenheit in Oesterreich, der eine in einer entfernten Vorstadt Wiens, der andere in Niederösterreich im ungarischen Gränzgebirge. Wir meinen Boué und Tschudi, von denen jeder eine Zierde unserer Universität seyn könnte. Wer weiß wie schwer es unter unsern Verhältnissen ist eine Organisation sämmtlicher Universitäten durchzuführen, wird manche Zögerung leicht begreifen, aber die Hoffnung auf das glückliche Gelingen des großen Werkes unter Leitung eines Mannes wie Thun nicht aufgeben.

Die ministerielle Oesterreichische Correspondenz vom 17 Nov. schreibt: Zuverläßigem Vernehmen nach werden die von mehreren Industriellen bezüglich der eventuellen Zolleinigung Oesterreichs und Deutschlands erhobenen Befürchtungen dem Handelsministerium, welches in dieser wichtigen Angelegenheit mit dem anerkennungswürdigsten Takte vorgeht, Gelegenheit zu einer Aufklärung im amtlichen Wege geben. Dasselbe ist nicht gesonnen der Idee eines dießfalls zu berufenden Congresses Raum zu geben; doch bilden die wichtigen Interessen der Industrie den Gegenstand seiner steten und wärmsten Obsorge. Die in der „Austria" und nach ihr in der Abendbeilage zur Wiener Ztg. enthaltenen fünfzehn Sätze erschöpfen in der That den dem Ministerium in dieser Sache vorschwebenden Gedanken, und wenn an die Stelle des verrotteten, durchaus unhaltbar gewordenen Prohibitivsystems ein den Verhältnissen der vaterländischen Industrie angemessenes Schutzzollsystem gesetzt wird, so ist ist dieß eine Reform mit der sich Jedermann, sey er dem Principe des Anschlusses an den deutschen Zollverein mehr oder weniger zugethan, einverstanden erklären muß. Ueber die bevorstehende Reise Sr. Maj. des Kaisers erfahren wir nachstehende Details: morgen Abend wird Se. Maj. wahrscheinlich in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern auf der Ferdinandsnordbahn direct nach Prag abgehen; nach mehrtägigem Aufenthalte wird die Rückreise über Budweis und Linz angetreten werden; die Gesammtdauer derselben dürfte beiläufig acht Tage in Anspruch nehmen. In der deutschen Journalwelt wird derzeit die Frage ventilirt, ob und wieweit das k.k. Cabinet für angemessen erachtet habe gegen das kleindeutsche Bundesstaatsproject zu remonstriren. Hier und dort wird der Ansicht Raum zu verschaffen gesucht, Oesterreich beobachte dießfalls entschiedene Zurückhaltung, und es dürfte das Zusammentreten des freilich noch eventuellen Erfurter Reichstags seinerseits stillschweigend angesehen werden. Diese Kundgebungen der Journale sind wohl nur als eine Art von Wahlmanöver hinzunehmen. Denn das k.k. Cabinet hat, wie wir auf Grundlage sehr genauer Erkundigungen versichern können, vor einigen Tagen erläuternde Mittheilungen, welche dem Berliner Cabinet zur Stunde bereits eröffnet worden seyn dürften, abgehen lassen. Es soll darin der bekannten von Hrn. v. Bodelschwingh vertretenen Auffassung der Bundesstaatsfrage entgegengetreten, und mit logischer Schärfe die Ansicht daß der projectirte Bundesstaat zu Conflicten mit der noch immer zu Recht bestehenden Bundesverfassung führen könne, durchgeführt seyn. — Ein Widdiner Bericht im „Wanderer" spricht, wenn auch indirect, die Befürchtung aus: die

Flüchtlingsfrage sey nichts weniger als beigelegt. Die Frage ist beigelegt, und zwar durch die weise Zurückhaltung Oesterreichs und Rußlands, und die Furcht Englands einer affectirten Sympathie wegen in ernste Conflicte zu gerathen. England ist eine egoistische Macht, und des wohlfeilen „Bravo" wegen, das ihm die sentimentalen Politiker zurufen würden wenn es die Angelegenheit auf die Spitze treiben wollte, beginnt es keinen Krieg. Sollte auch die orientalische Frage je wieder (!) auftauchen und zu ernsten Verwicklungen Veranlassung geben, die magyarische Flüchtlingsangelegenheit würde bei ihrer Erledigung nur eine secundäre Rolle spielen."

Ueber die Woiwodschaft Serbien und ihre Stellung zu Croatien ist noch immer nicht definitiv entschieden; die Südslavische Zeitung trägt das ihrige redlich dazu bei die verwickelte Sache noch mehr durch einander zu winden. Die „Presse" meldet übrigens daß eine baldige zufriedenstellende Lösung bevorstehe.

Der Bote von Tirol enthält einen Correspondenzartikel aus **Brixen** vom 7 Nov.: Es haben sich im Jahr 1848 Studirende der Theologie zur Vertheidigung der bedrohten Gränzen bereit erklärt und in die beiden akademischen Schützencompagnien einreihen lassen, welche dann ein glänzendes Beispiel der Tapferkeit im Kampfe mit den Feinden des Reichs an den Tag legten, weßwegen fünfzig derselben am obigen Tage auf eine höchst feierliche Weise mit silberner Denkmünze betheilt wurden, worauf die Worte sich befinden: „Dem Tiroler Vaterlandsvertheidiger. — Mit Gott, für Kaiser und Vaterland."

Fürst Alexander v. Hohenlohe, Bischof von Großwardein, ist dieser Tage bei Wien mit Tod abgegangen.

Portugal.

Lissabon, 9 Nov. Die Differenz mit England wegen des Vorgangs in Macao wo der englische Capitän Keppel den englischen Missionär Summers gewaltsam in Freiheit setzte, ist noch nicht beigelegt. In einer Staatsrathssitzung, welcher die Königin präsidirte, wurde Lord Palmerstons Depesche darüber für unbefriedigend erklärt. Capitän Pedro Alexandro de Cunha, dermalen Befehlshaber der in Rio de Janeiro liegenden Fregatte „Vasco de Gama," ist zum Statthalter von Macao ernannt; er gilt für klüger und vorsichtiger als sein Amtsvorfahr, der ermordete do Amaral. — Curs auf London $54^3/_4$.

Spanien.

Die Regierung wollte durch die Cortеseröffnung ohne Thronrede eine Adreßdebatte, und namentlich eine gleich anfängliche Verhandlung über die auswärtige Politik abschneiden. Indessen eine solche entspann sich gleichwohl am 7 Nov. in der Deputirtenkammer, und dauerte durch die Sitzungen vom 8 und 9 Nov. fort. Unter andern griff Hr. Patricio de la Escosura die französische Regierung heftig an, als welche er beschuldigte daß sie an der Spitze der Reaction in Europa stehe. Dieser Deputirte war unlängst von Frankreich ausgewiesen worden. Als die beste Rede wird die von Hrn. Gonzales Bravo bezeichnet, der sich darüber verbreitete wie nothwendig es sey daß Spanien in freundschaftlichste Verhältnisse mit dem nachbarlichen Portugal trete, und die Communicationsmittel durch Anlegung von Straßen und Hebung der Flußschifffahrt verbessere. *) — Die amtliche Gaceta verkündigt die Ernennung mehrerer neuen Senatoren, darunter der Herzog Francisco de Paula. — Die Journale Clamor Publico, Eco del Comercio und Observador wurden am 8 Nov. mit Beschlag belegt. — Die Abberufung der spanischen Expedition aus Italien ist nun amtlich bestätigt. Nach einem Schreiben des Journal des Débats aus Rom litten die spanischen Soldaten sogar am Nöthigsten Mangel, und die Franzosen ließen ihnen da und dort aus Erbarmen einige Mundvorräthe und sonstige Bedürfnisse zukommen.

*) Wie gestern gemeldet, wurde Hrn. Olozaga's Antrag mit großer Mehrheit verworfen.

Großbritannien.

London, 15 Nov.

Die Politik ruht heute, denn es ist der festgesetzte Tag allgemeinen Dankgebets für das Aufhören der Cholera — „dieser Heimsuchung," sagt der Globe, „welche sowohl durch ihre beobachteten Wirkungen, als durch das Geheimniß worin ihre Ursachen noch verborgen liegen, in viele unserer Familien tiefe Betrübniß, in alle aber mehr oder weniger Schrecken gebracht hat."

Der durch Tod erledigte Parlamentssitz für die Stadt Cork ist dem conservativen Bewerber Oberst Chatterton zugefallen, welcher mit 801 gegen 595 Wahlstimmen über seinen Gegner, den Repealer und Freihandelsmann M'Carthy, den Sieg davontrug. Diese Wahl ist insofern wichtig, als sie auf einen gewissen Umschlag der öffentlichen Meinung in jenem sonst vorzugsweise liberalen und antienglischen Theile Süd-Irlands deutet. Daniel O'Connell war bekanntlich selbst längere Zeit Vertreter der Stadt Cork. — Eine erfreuliche Feier, eine Oase in der trostlosen Wüstenei des irischen Elends, war die dieser Tage stattgehabte Eröffnung der unter der Peel'schen Verwaltung gegründeten Universität Cork — eines von den Collegien welche O'Connell und Sir Robert Inglis, d. h. der römisch-katholische und der anglicanische Zelotismus, seiner Zeit beide als „gottlos" bezeichneten.

Der berühmte Novellist Charles Dickens hat eine beredte Zuschrift an die Times gerichtet, worin er, nachdem er die schändlichen Volksscenen bei der Hinrichtung der Eheleute Manning beobachtet, sich auf das nachdrücklichste gegen öffentliche Executionen ausspricht.

Von Wellington in Neuseeland hat man eine Reihe Journale, die bis zum 30 Jun. reichen. Das legislative Conseil hatte am 28 dess. Monats eine fruchtbare Session beendigt. In Port Cooper war man im Begriff eine neue Niederlassung zu gründen. Von Auckland gehen die Berichte bis zum 15 Jul. Eine Petition der Eingeborenen an die Königin gegen die Einführung von Sträflingen in Neuseeland hatte zahlreiche Unterschriften erhalten. Lord Grey's neuer Deportationsplan stößt also hier auf denselben Widerstand wie am Cap und in Neu-Südwales.

Frankreich.

Paris, 16 Nov.

Die Journale melden die Ernennung des Generals Lahitte zum Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik am preußischen Hof.

Zu den Klagliedern der radicalen Presse über das Verdict von Versailles bildet das Urtheil Proudhons in der Voix du Peuple einen durch Wahrheit überraschenden Gegensatz, zur großen Freude der conservativen Blätter, welche es zwar nur als eines der lichten Intervalle eines Narren betrachten, aber nicht ermangeln es in ihren Spalten zu registriren. Proudhon sagt: „Wir erfahren zu gleicher Zeit den Ausgang des Processes von Besançon und des von Versailles. Das Schwurgericht von Besançon hat sämmtliche Angeklagte des Oberrheins einstimmig freigesprochen. Das Hochschwurgericht in Versailles hat einen verurtheilenden Spruch gefällt. Welcher Ursache ist diese Verschiedenheit der Erklärung des Schwurgerichts zuzuschreiben? Warum ist das was für die Geschwornen des Departements nur eine friedliche und legale Manifestation war, hervorgerufen durch einen Act der Gewalt in welchem die parlamentarische Minorität eine Verfassungsverletzung sah, für das Hochschwurgericht in Versailles eine schuldige Insurrection, ein Attentat gegen die Regierung der Republik geworden? Wir stehen nicht an es zu sagen, und sollte auch diese Erklärung uns viel Groll zuziehen, das kommt von der unerhörten unverantwortlichen Entschließung der Vertheidiger her. Als man den guten Glauben der Angeklagten rechtfertigen, zeigen mußte daß die Verfassung durch die Majorität und die Gewalt verletzt sey; als es demnach galt zu behaupten und zu vertheidigen die Berufung an das Volk, das Recht der friedlichen und gesetzlichen Manifestation, das einzige um das sichs handelte, hat man vorgezogen die an sich zweifelhafte und in allen Fällen vollkommen unnütze Thesis des Insurrectionsrechts aufrechtzuhalten; als die republicanische Würde gebot um jeden Preis der Anklage ihren letzten Vorwand zu nehmen, haben die Doctoren des Worts gefunden daß es für die Vertheidigung besser sey sich vor einem Beschluß zurückzuziehen der nur ihrer Schwätzerei Gränzen setzte, als sich einer Verurtheilung auszusetzen die ohne Zweifel möglich war, die aber nach der Feierlichkeit der Debatten sich für jedermann als ungerecht herausgestellt hätte, ungerecht in der Materie, ungerecht in der Form, ungerecht allüberall. Nun, Dank der Montagnard-Rabulisterei, können die vom Hochschwurgericht sich die Hände reiben und sagen: Gott sey Dank, wir haben keinen Unschuldigen verurtheilt. Das Complott hat sich durch den Mund seiner Vertheidiger selbst verrathen. Die Insurrection hat sich vor uns hingesetzt, **habuimus confitentes reos.** Das Gegentheil von dem was seyn sollte ist geschehen, die Angeklagten haben sich ihren Advocaten geopfert, ganz wie ein Kranker der stürbe um den Ruf seines Arztes zu retten. Gewiß, wir sind nicht gemeint dem Urtheilsspruch des Staatsgerichtshofs unsern Beifall zu zollen, so wenig als der von der Gewalt seit einem Jahr befolgten Politik, aber gestehen muß man es ist wieder einmal die Revolution von den ihrigen verrathen worden. Nach ihrem politischen Selbstmord auf dem öffentlichen Platz hat die Bergpartei einen moralischen Selbstmord begangen vor dem Staatsgerichtshof. Was ist dieser vorbedachte Rückzug der Vertheidiger anders als ein gerichtlicher 13 Junius? Was konnte der Zweck seyn dieser seltsamen Taktik? Mag man mit den großen Wörtern: Freiheit der Vertheidiger, Advocatenrecht, Würde der Robe, Tyrannei des Gerichtshofs, Grausamkeit des Systems, Disciplin der Meinungen, Lärmen machen soviel man will, dieß alles ist in unsern Augen nur eine eitle Verkleidung unter der sich, statt der wahren Liebe zur Republik, der

Despotismus des Parteigeists, der abgeschmackteste aller Despotismen, verbirgt. Gott bewahre daß wir durch die Strenge unserer Worte den Schmerz der Verurtheilten erschweren wollen, so wenig als die Gewissensbisse ihrer Vertheidiger, aber wir können nicht umhin es auszusprechen daß dießmal alle, Angeklagte und Vertheidiger, ihre Pflicht versäumt haben. Wie konnten Guinard, Forestier, Pilhes, Langlois, Bureau, alle die wir von Anfang den friedlichen Charakter der Manifestation betheuern hörten, wie konnten sie unterlassen sich zu erheben gegen die Conclusionen der Vertheidigung, dem Gerichtshof zu erklären daß, da sie nie etwas anders gedacht als eine friedliche Manifestation zu machen, sie nicht einsähen was es ihrer Vertheidigung nützen solle das Insurrectionsrecht zu plaidiren? Wer weiß wie eine solche Erklärung auf den Geist der Geschwornen hätte wirken können? Wer kann sagen daß, nach der Freisprechung der Angeschuldigten des Oberrheins, das Schwurgericht von Versailles nicht dem Beispiel der Schwurgerichte der Departements gefolgt wäre? Und wenn nach einer so offenen, so bestimmten Erklärung die Vertheidigung auch nur erreicht hätte daß eine größere Zahl der Angeschuldigten in der Freilassung begriffen und die Strafe der andern vermindert worden wäre, war dieser Vortheil so wenig werth daß die Advocaten das Recht hatten ihn ihrer Eigenliebe zu opfern? Abgesehen von diesen Erwägungen, geboten die Logik, die ganze Oekonomie des Processes sich in der durch den Beschluß des Gerichtshofs und das öffentliche Ministerium angezeigten Gränze zu halten. Wenn wir alle Einzelheiten der Debatte durchgehen, und besonders diese herrlichen Sitzungen wo Guinards Wort sich als die Stimme der Wahrheit und des Freimuths erhob, was sehen wir? Wir sehen daß die Bürger am 13 Jun., unter dem Eindruck einer Verfassungsverletzung, die ihnen die Republik bedroht erscheinen ließ, eine friedliche Manifestation machen zu müssen glaubten, als Aufforderung an die Gewalt zur Achtung des Gesetzes zurückzukehren, daß die Gewalt, roh und unterdrückend wie sie zu seyn pflegt, diese gesetzliche Manifestation mit Bajonnetten und Kanonen verhindert hatte, und daß alsdann erst einige Bürger, angegriffen in der Ausübung ihres Rechts und ihrer Pflicht, zum Widerstand griffen. Und nun, nachdem einen ganzen Monat lang Angeklagte, Zeugen, Advocaten bestrebt gewesen sind zu beweisen daß da der Zweck, das Recht, die Moralität des 13 Jun. war, nachdem nichts mehr zu plaidiren war als eine Frage der Thatsache, da hat man aus Liebe zur Taktik und um des Vergnügens willen einen Satz tribunitischer Beredsamkeit zu verfechten, diese doctrinelle Frage des Insurrectionsrechts aufgeworfen. Das Insurrectionsrecht! Wenn man darauf hinauskommen wollte, warum hat man nicht das beredte Stillschweigen gewisser Angeklagten nachgeahmt? Warum hat sich die Vertheidigung nicht gleich im Anfang der Debatte zurückgezogen? Aber die Advocaten wollten auch ihre Manifestation haben. Die Angeklagten haben geglaubt dem Beispiel ihrer Vertheidiger folgen zu müssen — sie haben übel gethan. Nicht um sie handelte sichs in diesem Proceß, es handelte sich um die Republik. Sich retten war sie retten. Verurtheilt oder freigesprochen aus dem Verdict hervorgehen, war gleichgültig, aber gerechtfertigt, das hieß die Verfassung auf unerschütterlichen Grundlagen befestigen. Wir bewundern das erhabene Opfer dem sie sich geweiht, aber wegen der Zukunft der Freiheit wünschen wir nicht daß es sich wiederhole. Heute ist nicht mehr die Zeit zum sterben, man muß siegen. Die Revolution darf die Zeit nicht verlieren mit beständigem Verbessern der Irrthümer der Revolutionärs." In der That ist selbst vom Standpunkt der Rothen wohl diese Kritik verdient, und Proudhon hat Recht daß eine Argumentation die sich auf den Grund der Verfassungsverletzung gestellt eine ganz andere Verlegenheit gewesen wäre, als diese Disputation über eine Thesis wie das Insurrectionsrecht. Die Advocaten fühlen wie einschneidend dieser Angriff ist, und der National kündigt bereits an daß sie eine öffentliche Erläuterung über ihr Verhalten in dieser Angelegenheit geben werden. Proudhon ist überhaupt der Mann den revolutionären Parteien die schonungslosesten Wahrheiten zu sagen. Dieß geschieht besonders auf eine höchst ergötzliche Weise in einer kleinen Schrift die aus der Conciergerie den Weg ins Publicum gefunden hat: **Les Confessions d'un Révolutionnaire, par P. J. Proudhon, mit dem Motto: levabo ad coelum manum meam et dicam: Vivo ego in aeternum. Deuteron. XXXII, 40.** Bezeichnend ist daß er die Ironie als seine Herrin anruft, wie er denn glaubt das jetzige Geschlecht brauche keinen Mirabeau, Robespierre oder Napoleon, sondern einen Voltaire, der die Zeit wieder über ihre Irrthümer und Abgeschmacktheiten lachen lehre. Es ist keiner seiner wenigst eigenthümlichen Züge daß er bei den Geißelhieben die er nach allen Seiten austheilt, wenn er L. Blanc mit seinem mystischen, theogonischen und transscendentalen Socialismus, wenn er Ledru-Rollin, selbst Barbès als Formen der Reaction untergeben läßt, aus Institutionen, Gesetzen, Sitten, Regierungen und Parteien tabula rasa macht, daß er selber als Reactionär sich vernichtet, zuletzt aber doch nichts übrig bleibt als er: **Moi, dis-je, et c'est assez.**

Am Mittwoch Abends 7 Uhr war den Verurtheilten in Versailles angekündigt worden daß sie sich zur Abreise bereit halten sollten. Nachdem sie ihre Habseligkeiten, die ziemlich von Umfang waren, eingepackt hatten, waren sie um Guinard versammelt, der Artillerieuniform trug, sangen patriotische Lieder oder unterhielten sich in nichts weniger als gedrückter Stimmung über ihren Bestimmungsort, sprachen von Blaye, Port-Louis, und waren zuletzt alle einig daß ihnen Doullens am liebsten wäre, weil sie da ihre Freunde finden würden. In Gegenwart des Präfecten, des commandirenden Generals Cavaignac (eines Vetters des gemeinen Präsidenten) und des Generalcommissärs Jaime, bei dem sie sich noch alle für die erzeigten Freundlichkeiten bedankten, erfolgte um halb 9 Uhr die Abführung aus dem Gefängniß durch die Gänge und Höfe. Von Distanz zu Distanz standen Stadtsergenten mit Fackeln, vorm Thor warteten ihrer zwei Zellenwägen und eine Bedeckung Reiterei. Um 4 Uhr traf der Zug in Paris auf dem Bahnhof der Nordbahn ein, wo noch Huber und Capitän Kleber dazu kamen, um halb 12 Uhr ging ein Extrazug mit ihnen nach Amiens ab, und Donnerstags um 8 Uhr in der Frühe befand sich die ganze Gesellschaft in Doullens. Alles war ohne Demonstration, ohne Störung abgelaufen.

Nach vorläufiger Erledigung der Etikettenfrage kamen in der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung noch zwei Geldverwilligungen vor, einmal von 203,080 Fr. zum Behuf der Liquidation der Colonialentschädigung, und dann von 500,000 Fr. zu Ankäufen für die Staatsgestüte. Daran knüpfte sich eine Verhandlung über die Verbesserung der Pferdezucht, und in der heutigen Sitzung über einen Antrag wegen Erwerbung des Marstalls von St. Cloud, eines Eigenthums der ehemaligen Civilliste, das zum Kauf ausgeboten ist. Es wurde vielfach der Wunsch laut daß der Staat eine solche Pflanzschule edler Pferde nicht in fremde Hände kommen lassen sollte. Bei Abgang der Post war der Einrichtungsaufwand für den Vicepräsidenten Boulaye (de la Meurthe) in Berathung. Das ursprüngliche Ansinnen war 52,000 Fr. Die Commission will nicht über 20,000. Man glaubt daß die Regierung mit diesem Ansinnen der Versammlung den Puls fühlen will, um, jenachdem diese Bereitwilligkeit zeigt, mit der „Civilliste" des Präsidenten an sie zu kommen.

8 **Paris,** 14 Nov. »Chassez le naturel, il revient au galop.« Man muß sich nicht täuschen. Wenn es eine Strömung im französischen Volksleben gibt wo alles von revolutionären Strudeln wimmelt, wo alles Aufruhr ist, Tumult, Ungehorsam, Verwegenheit, so gibt es auch eine ganz entgegengesetzte ebenso nationale Strömung. Diese bringt die Leute wie durch einen Zauberschlag in das Geleis der Autorität, umwogt die Autorität mit Dienern und Projectmachern, gibt alsobald einen Anschluß um den sich die große Masse derjenigen heranbildet welche vor allem ihr Behagen liebt, für ihren Erwerb eifert, und nach Ruhe, wenn es nicht anders gehen kann, gewissermaßen donnert. Kaum hat der Bonaparte in seiner Botschaft an die Kammer ein Wort eignen Willens verlauten lassen, kaum hat man aus seiner Stimme den Gebieter herauszuhören geglaubt, und zwar einen Gebieter der immer bereit ist, den wildesten Revolutionärs gegenüber, eine Appellation an das Volk zu richten, der die Revolution nicht fürchtet weil er glaubt sie übertönen zu können: als alsobald die compacte Majorität der Nationalversammlung in Reih und Glied geschlossen gegen die Montagne, voll leidenschaftlicher innerer Bewegungen, von denen die Magnetnadel der Hauptgesinnung auf Heinrich V wie auf ihren Pol zu zeigen schien, ins Schwanken geräth, von halb und halb abtrünnigen Legitimisten, Orleanisten, Republicanern (man zweifle nicht daß, über kurz oder lang, sich auch Montagnards darunter befinden werden) eine Minorität anwächst, eine Art Kern bildend um eine kleine Bonapartische Gruppe, leise, leise also anwachsend zu einer Art Bonapartischen Hofs, Bonapartischer Gesinnung. Wenn Ludwig Bonaparte nur halbwegs seine Sache versteht, hier zu laviren und dort zu befehlen nicht vergißt, eine vielstimmige Zunge in kurzen Tönen zu ihrer Zeit redet, so hat er der Assemblée gegenüber in Bälde gewonnen Spiel, die Majorität Thiers-Berryer-Molé geht auseinander, es bleiben einzelne Gruppen, unter diesen Gruppen die legitimistische, die des Generals Cavaignac, und ein Häuflein vollkommen Mißvergnügter unter Thiers, mehr oder minder Entmuthigter unter Berryer. Uebrigens täuschen sich die Koryphäen der alten Majorität keineswegs über die Auflösung dieser Majorität. Es fragt sich nun, werden auf entscheidenden Punkten gegen den Bonaparte sich die Minoritäten zeitlich mit der Montagne verbinden, um dem Präsidenten zu zeigen daß er machtlos sey ohne ihren Willen? Das ist allerdings möglich, aber nicht wahrscheinlich. Daß die Partei des Generals Cavaignac in dieses Extrem hinüberlenken dürfte, sowie sie für die Republik zu besorgen hat, ist fast gewiß, daß aber

Dufaure und Tocqueville, daß Thiers und Berryer, daß die Legitimisten sich so weit fortreißen lassen sollten, ist schwerlich anzunehmen, denn alsobald wandelte sich ihre Stellung, sie würden zum Stützpunkt der Montagne, sie brächen ihrem Credit im Land vollkommen den Hals. Das weiß oder vielmehr empfindet Louis Bonaparte recht gut; sollte er aber wirklich sich selber einem Aeußersten zuwenden? Keineswegs. Was ihn besorgt macht, ist die Constitution welche seiner Wiederernennung Schranken setzt. Deßhalb muß er das Volk für sich gewinnen damit es die Constitution zwinge; aber vor der Zeit loszubrechen und gewissermaßen auf eigne Faust wäre nicht gerathen. Ein sehr geläufiges, von der Bonapartischen Partei ausgestreutes Gerücht ist folgendes: der Präsident wolle vor dem Ablauf der drei Jahre an einem entscheidenden Punkt und besonders wenn eine Majorität in der Kammer ihm entgegentrete, wenn es auf ihm an Herzen liegende Maßregeln ankömmt, abdanken; alsdann würden mit gewaltiger Majorität die Massen ihn wieder ernennen, so würde die Constitution nicht angegriffen, sondern umgangen. Ein entschieden Bonapartisches Auftreten in der Mitte zwischen Legitimisten und Montagnards ist gewiß, die ganze Bonapartische Politik steht dabei auf dem Spiel.

Italien.

Verona, 9 Nov. Die „Gazzetta di Venezia“ vom 13 Nov. theilt mit daß die Ausbesserungsarbeiten an der Ferdinands-Eisenbahn in der Richtung von Mestre nach Venedig mit solchem Eifer betrieben werden, und man damit bereits soweit vorgeschritten ist, daß die Strecke bis S. Giuliano am 25 Nov. wieder fahrbar gemacht, und so die Wasserreise um die Hälfte verkürzt seyn wird.

Schweiz.

*† **Genf,** 13 Nov. Unser gestriger Wahltag ist fast zur Wahlstatt geworden, und es hat sich da fast alles gezeigt was bei den englischen Poll's herkömmlich ist. Sonntags den 4 Nov. war auf dem Molard eine Volksversammlung, wo die Redner der jetzigen Regierung mit weniger oder mehr Talent und Erfolg zu einem ziemlich geringen Haufen sprachen und von ihm applaudirt wurden. Kleinere Volksversammlungen waren auch auf dem Lande, überall aber sollen die radicalen Redner sehr kühl aufgenommen worden seyn. Es war unverkennlich daß die Radicalen da keinen günstigen Boden hatten. Je mehr sich der Wahltag (12) für die neue Regierung näherte, desto häufiger wurden die Flugschriften und Pamphlets, worin jede Partei ihren Gegnern zu schaden und die Schaar ihrer Anhänger zu vermehren suchte. Die letzten Proclamationen vom 9 und 10 waren auf beiden Seiten sehr würdig, mäßig und ohne Aufruf zu Leidenschaft oder Gewalt. Die Radicalen hielten sich des Siegs gewiß, ebenso die Conservativen, wiewohl bei letzteren die katholischen Einwohner, auf die sie bisher gerechnet hatten, nicht mehr compact und in Masse zusammenhalten, sondern in einzelne Stimmen, jeder nach seiner Ueberzeugung, aus einander gehen wollten. Immer aber rechneten die Conservativen auf eine Majorität von tausend Stimmen für ihre sieben Candidaten der neuen Regierung: Colladon, ehemaliger Procureurgeneral; Cramer, ehemaliger Syndik, General Dufour, Jacquier, Maire, Macaire, ehemaliger Staatsrath, Montfalcon, Maire, und Odier-Casenove. Die sämmtlichen Wähler der Stadt und des Cantons belaufen sich auf 13,000: man hoffte auf das Zusammentreten von 10—11,000, und unter diesen wenigstens auf 6 bis 7000 Conservative. Am Sonntag Abend (11) war alles ganz ruhig in der Stadt, selbst im Quartier St. Gervais war keine Art von Aufregung. Alle schienen einer ruhigen und gesetzlichen Wahl ihrer neuen Regierung entgegenzusehen. Die Versammlung des Conseil général sollte in St. Peter, der alten Kathedrale, der größten Kirche Genfs, stattfinden, unter dem Präsidium der HH. A. Carteret, des Professors Pictet de la Rive und des Maire Fontanel, ersterer und letzterer entschiedene Radicale, Carteret überdieß ein tüchtiger Volksredner. Gestern (12) früh um 10 Uhr zog ein Haufen Radicaler in blauen Blousen die Lyoner Straße nach dem Thor Cornavin hinunter, vier Trommler an ihrer Spitze, eine große rothe Fahne in der Mitte, es mochten ihrer ungefähr hundertundzwanzig seyn. Als sie in St. Gervais einrückten, wurden sie mit Vivats und Bravo's ihrer Genossen empfangen, bewillkommt und begleitet. So zogen sie in allen Richtungen durch die Stadt und endlich nach St. Pierre. Hier stellten sie sich größtentheils zwischen die Säulen des Peristyls vor den zwei Eingängen in die Kirche, wovon der eine als Ausgang bezeichnet war. An dem Gitter war die Inschrift befestigt: „La Ville et la Campagne“ und darunter zwei verschlungene Hände. Am Fuß des Ausgangs, am Gitter, waren einige Nationalgardisten aufgestellt um Unordnung und Gedräng zu verhüten. Von den Blousenmännern standen viele mit rothen (radicalen) Wahllisten an den Säulen und suchten sie jedermann in die Hände zu drücken, während sie alles mögliche gethan haben sollen um die ihnen durch Kleidung, Haltung oder sonst bekannten Conservativen nicht in die Kirche zu lassen, indem sie ihnen den Weg zum Eingang versperrten. Mehrere Wähler versicherten daß sie dreimal umsonst versucht hätten zum Eingang zu gelangen, und daß es ihnen erst nach mehrstündiger Bemühung gelungen wäre. Viele conservative Landleute, die gern wieder nach Haus wollten, gingen unverrichteter Sache wieder fort. Weniger kräftige Männer, alte oder gebrechliche sollen sogar umgeworfen worden seyn, bis man endlich eine Nebenthür der Kathedrale für sie öffnete. Wir waren dreimal zu verschiedener Tageszeit vor der Kirche, haben aber nichts von alledem gesehen, ebensowenig von den vielen andern listigen oder gewaltsamen Maßregeln um Stimmen zu gewinnen, wie von vielen sehr zuverlässigen Conservativen behauptet worden. Der Eintritt in die Kirche selbst war uns nach Art. 20 des Gesetzes über das conseil général als Nichtgenfer versagt. Alle Conservativen stimmen darin überein daß der Art. 20 dieses Gesetzes vom Anfang bis zum Ende des Wahlacts verletzt worden sey, wonach jeder Wähler durch nichts an der Ausübung seines Wahlrechts gehindert werden soll; das ganze Innere der Kirche soll gedrängt voll Radicaler gewesen seyn, die durch List und Drängen alles mögliche gethan hätten um den Conservativen ihre weißen Stimmzettel oder Wahllisten aus den Händen zu nehmen und zu zerreißen. So seyen viele hundert Personen noch in der Kirche selbst um ihre Papiere gekommen, nachdem es ihnen schon mit großer Mühe und Anstrengung gelungen durch die dichte sich entgegenstemmende Menge einzudringen. Die Radicalen läugnen dieß ganz, oder verweisen auf ähnliches, oft noch viel schlimmeres bei den Wahlen in dem loyalen England. Der Dr. Baumgartner, ein in England geborner Genfer, ehemals sehr radical, von dessen zahlreichen witzigen, scharfen, heftigen, aber oft zu persönlichen Broschüren gegen die Radicalen, seine frühern Genossen, wir Ihnen schon früher berichtet haben, konnte bis Abends ziemlich spät nicht in die Kirche bringen; endlich gelang es ihm gegen 9 Uhr; sogleich wurde er von erbitterten Radicalen in der Kirche erkannt, gepackt, niedergeworfen, mit Füßen getreten, seine Kleider wurden ihm theils vom Leib gerissen, theils verbrannt, als der Staatsrath Decrey herbeieilte, die Angreifer voll Unwillen und kräftig zurückstieß und bedrohte, so den Dr. Baumgartner befreite, durch eine Nebenthür der Kirche in die Sacristei der Kirche und hernach in das benachbarte Gefängniß l'Evêché für einige Stunden rettete und dann nach Mitternacht nach Haus brachte. Gewiß ein schöner edler Zug gegen einen heftigen politischen Widersacher! Erst Abends 9 Uhr wurde das Conseil général geschlossen, die Wahlurne vom Comité versiegelt, die Nacht über bewacht und seit heute früh zur Stimmenzählung wieder eröffnet. Soeben, halb fünf Uhr Nachmittags, tönt von allen Seiten der Stadt radicales Freudenschießen und Kanonendonner zum Zeichen daß diese Partei bei der Wahl die Majorität hat. Es sind von 10,225 gültigen Wahlzetteln 5540 radicale Stimmen auf die erneute radicale Wahl des Staatsraths Decrey gefallen, auf James Fazy 5483; von den conservativen Candidaten erhielt der General Dufour, der geachtetste, nur 4860, alle übrigen Conservativen bedeutend weniger; im ganzen blieben also letztere mit 680 Stimmen in der Minorität, die doch nicht wohl bloßen Wahlumtrieben um und in St. Peter zugeschrieben werden können. Abends war St. Gervais ganz ruhig.

Türkei.

Konstantinopel, 31 Oct. Zur Ergänzung meines Berichts in Betreff der Unterhandlungen Rußlands mit den Circassiern muß ich noch beifügen daß die Russen ihnen alle Festungen mit Ausnahme jener von Sukkum-Kale und Anapa abzutreten anbötig sind, und ihre Unabhängigkeit zu wahren unter der Bedingung versprachen, wenn sie ihrerseits die Aushebung der Recruten in ihrem Lande zugestehen, und das Protectorat Rußlands anerkennen werden. Die Cirkassier haben diese Bedingungen zurückgewiesen, und entsandten an die türkische Regierung Sendlinge sich bei ihr des Rathes zu erholen und Unterhandlungen anzuknüpfen. Diese Sendlinge sind der Sultan Guerah, die drei Brüder Tury Oglu von Abassien und ein Abgesandter Schamils, welcher letztere versichert daß muselmanische Sendlinge Schamils die Krim und das Land der Tataren in jeder Richtung durchziehen um sie ehenächst zum Ergreifen der Waffen anzueifern. (Agramer Ztg.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Von der New-Yorker Post d. d. 31 Oct., welche das Dampfboot „Niagara“ nach England mitgebracht, erfährt man nachträglich einige politische Notizen. Der diplomatische Streit zwischen der amerikanischen und der französischen Regierung schläft zwar zur Zeit, indessen ist man in Washington nicht ganz ohne Besorgniß, erstens weil Hr. Bois-le-Comte noch vor der Entlassung des Hrn. Poussin, nicht in Folge dieser, zum Gesandten ernannt worden, und dann weil Frankreich auf seine Entschädigungsansprüche nicht verzichtet hat, vielmehr, wie man glaubt, nächstens auf deren Befriedigung dringen dürfte. Uebrigens wird es jedenfalls zu nichts weiterem kommen als einem diplomatischen Federkrieg. In noch ernsterem Lichte wird von der amerikanischen Presse die Frage wegen der Mosquito-Küste betrachtet, nachdem man aus England vernommen daß Lord Palmerston entschlossen sey die Ansprüche des

Mosquito-Königs auf den San Juan-Fluß und dessen Ufer zu unterstützen, während anderseits die Washingtoner Regierung an der Doctrin festhält: die Vereinigten Staaten dürfen keine fernere europäische Colonisation auf dem amerikanischen Festlande zugeben; als eine solche wird aber mittelbar jene Besitznahme durch die von England abhängigen Mosquitier betrachtet. Diese Angelegenheit dürfte den nächsten Congreß vorzugsweise beschäftigen. — Die Indianer-Unruhen in Florida waren im Erlöschen, nachdem jene mehrere Mitglieder ihres Stamms, welche Weiße ermordet, ausgeliefert. Hingegen vernimmt man aus Mexico von fortdauernden gräßlichen Gefechten mit den Apache- und sonstigen Indianern. — In New-Orleans, dem kaum von der Geißel der Cholera befreiten, herrschte das gelbe Fieber.

Mittel-Amerika.

(Times.) Die Gaceta de Guatemala vom 31 Aug. enthält die amtliche Anzeige von Lord Palmerston an die dortige Regierung daß Hr. Frederick Chatfield, brittischer Generalconsul in Mittel-Amerika, auch zum diplomatischen Geschäftsträger bei der Republik Guatemala ernannt, und diese Ernennung vom Präsidenten bestätigt ist. Der Abschluß eines Handels- und Schifffahrtsvertrags mit England ward als ein für Guatemala sehr günstiger Umstand betrachtet. Die Hauptstadt war ruhig.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 14 Nov. Die neuesten Nachrichten aus Amerika melden ein nicht ganz unbedeutendes Steigen der Baumwollenpreise, und zugleich die Bestätigung daß die Ernte im besten Falle schwerlich 2,200,000 B. übersteigen werde; die letzte betrug 2,700,000 Ballen, der Ausfall ist also bedeutend, und man hat das ganze Jahr, wenn nicht ungewöhnliche Stockung in den Geschäften eintritt, ziemlich hohe Baumwollenpreise zu gewärtigen, was bereits eine Bewegung in der Handelswelt verursacht. Die Fabricanten halten auf höhere Preise, welche man bei so stark überführten Märkten zu zahlen nicht sehr geneigt ist.

London, 15 Nov. Wegen des Dankgebettags für Aufhören der Cholera die Börse geschlossen.

Paris, 16 Nov. 3proc. 56.85; 5proc. 89.90; Schatzsch. $4\frac{1}{2}$; Bankactien 2385; belg. Anleh. v. 1842 $95\frac{1}{2}$; belg. Bank 710; österr. Loose v. 1834 390; röm. $82\frac{1}{4}$; span. innere Schuld $27\frac{7}{8}$; piem. 5proc. 83; Obl. v. 1849 880; Vers. C.-B. rechte 210; linke 170; Paris-Orleans 527.50; Straßburg 356.25; Nordbahn 437.50; Rouen-Havre 235; Marf.-Avignon 221.25; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 400; Tours-Nantes 280; Montereau-Troyes 112.50.

Amsterdam, 15 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{7}{16}$; 3proc. $62\frac{15}{16}$; 4proc. $82\frac{5}{8}$; Metall. 5proc. $83\frac{7}{16}$; Ard. $12\frac{1}{8}$. Curs auf London $12.02\frac{1}{2}$ l. S. Curs auf Hamburg $34\frac{7}{8}$ l. S. Curs auf Frankfurt $98\frac{3}{4}$ 6 W.

* **München**, 17 Nov. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 13,739 Scheffel, wovon 12,397 Sch. verkauft und 1342 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 45 kr. (gef. um 2 kr.), Korn 7 fl. 11 kr. (gest. um 3 kr.), Gerste 7 fl. 3 kr. (gef. um 3 kr.), Haber 4 fl. 19 kr. (gef. um 3 kr. Die Reste bestunden in 426 Sch. Weizen, 37 Sch. Korn, 864 Sch. Gerste, 15 Sch. Haber. Umsatzsumme 102,005 fl. Die Preise von Hopfen des gestrigen Marktes waren 105 fl. für oberbayerische Mittelgattungen, für bevorzugtere 120 fl., für mittelfränkische Mittelsorten 100 fl., für edleres Gewächs 136 bis 150 fl., böhmische Landhopfen schwere Qualität 155 bis 160 fl., Auscharr leichte Sorte 120 bis 125 fl. Umsatz 505 Centner. Geldbetrag 56,665 fl.

Augsburg, 19 Nov. (5 fl. A. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{5}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{1}{4}$ P. Wien in 20ern 1 M. 92 P. Triest 1 M. 92 P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{6}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. London 1 M. 10.5 P., 2 M. 10.4 P. Paris 1 M. $118\frac{3}{4}$ P. Lyon 1 M. $118\frac{5}{8}$ P. Marseille 1 M. $118\frac{1}{2}$ P. Mailand 1 M. 60 P. Genua 1 M. $51\frac{7}{8}$ G. Livorno 61 P.

Augsburg, 19 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{1}{8}$ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{1}{2}$ P., 87 G. Bankactien II. Sem. 1110 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Hamburg, 16 Nov. Hamb.-Bergeb. C.-B.-A. 94 P. Berl.-Hamb. [illegible]. Altona-Kiel 95. Mecklenb. $35\frac{1}{2}$. Rendsb.-Neum. 112. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 42 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. $86\frac{1}{2}$. Hannov. 5proc. $105\frac{3}{4}$. Ruß. engl. Anl. $104\frac{3}{4}$. Dän. 3proc. Anl. $70\frac{1}{2}$. Schwed. 4proc. $98\frac{1}{2}$ P. Norw. 4proc. $99\frac{1}{2}$. Amerik. 6proc. $105\frac{1}{4}$ P.

Berlin, 17 Nov. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $106\frac{1}{2}$. Staatschuldsch. $88\frac{1}{2}$. Prämiensch. $101\frac{5}{8}$ P. Eisenbahnactien: Berlin-Anh. AB. $86\frac{1}{4}$. Berl.-Hamb. $81\frac{1}{2}$ bz. Berl.-Stett.-Starg. $104\frac{1}{2}$ G. Krakau-Oberschl. $71\frac{1}{2}$ Niederschl.-Märk. $83\frac{1}{2}$. Oberschl. A. 108. Halle-Thüringer $60\frac{1}{4}$ G. Berg.-Märk. $48\frac{1}{2}$ Köln-Minden $94\frac{3}{4}$ bz. Köln-Aachen 48. Magd.-Wittenb. 68. Starg.-Posen $84\frac{1}{6}$.

♀ **Wien**, 17 Nov. Der Actienmarkt war heute vorzüglich in Mailänder- und Pesther-Actien animirt und erfuhren selbe bei regem Begehr eine Preiserhöhung von 1 bis $1\frac{1}{2}$ Procent. Auch Oedenburger-Actien waren gefragt und bis $47\frac{1}{2}$ bezahlt. In andern Eisenbahnlinien sowie in Fonds herrschte eine flauere Stimmung, dagegen stellten sich fremde Devisen und Comptanten durchgehends höher und waren von ersteren, besonders London, Augsburg, Hamburg und Paris gefragt. Das Gold- und Silberagio hat abermals angezogen, da viel Geld und Silber sowohl für Italien als für Deutschland aufgekauft wird. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. $94\frac{1}{4}$–$94\frac{3}{8}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{7}{8}$–84, Loose vom J. 1834 170–171, Loose v. J. 1839 $115\frac{1}{4}$–$115\frac{1}{2}$, Bankactien 1170–1175, Nordbahnactien $107\frac{3}{8}$–$107\frac{3}{4}$, Gloggnitzer 109–$109\frac{1}{2}$, Mailänder $79\frac{1}{8}$–$79\frac{3}{4}$, Pesther $77\frac{1}{4}$–$77\frac{1}{2}$. London (t. L. S.) 10.58 gemacht, Hamburg 160 G., Augsburg uso $106\frac{7}{8}$ G., Frankfurt $108\frac{1}{4}$ G., Amsterdam 151 G., Mailand $98\frac{1}{4}$ B., Livorno 106 G., Genua 125 P., Paris 128 G., Marseille 128 G. Goldagio für kais. Münzducaten $13\frac{1}{4}$–$13\frac{1}{2}$. Silberagio $8\frac{3}{8}$–$8\frac{1}{2}$ Proc. Bei der gestrigen Verloosung der Graf Casimir Esterhazy'schen 20 fl.-Loose hat die Nr. 18552 den Haupttreffer mit 30,000 fl. gewonnen. Die Nr. 16890 gewann 2000 fl., die Nr. 38887 1000 fl., die Nr. 11942 und 18046 jede zu 500 fl. und die Nrn. 18535, 24424, 20714, 28131 und 30790 jede zu 100 fl. Die Eröffnung der großen Kettenbrücke zwischen Ofen und Pesth soll am 20 d. M. stattfinden.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Vergleich der Niederlande an Rhein und Schelde mit denen an der Weser und Elbe. — Die Anklageacte gegen Ohm und Waldeck. — Paris.

Vergleich der Niederlande an Rhein und Schelde mit denen an der Weser und Elbe.

J. G. K. Wenn man um den äußersten nördlichen Fuß des Ardenner-Waldes und seiner Ausläufer, die Belgien mit Hügeln erfüllen, und dann weiterhin ebenso um die äußersten nördlichen Ränder der mittelrheinischen Gebirge, der Eifel und der Hohen Ven, alsdann des Haarstrangs, des Teutoburger Waldes, und endlich des Harzes eine Linie bis zur untern Elbe hinzieht, so stellt sich im Nordwesten dieser Linie ein breites Flachland dar das zwischen den genannten Gebirgsrändern und der Nordsee liegt. Es ist die nordwestliche Ecke des großen Germaniens, oder die westliche Hälfte der großen nordgermanischen Ebene, die ungefähr durch eine aus Jütland von Norden nach Süden in der Richtung der Elbe gezogene Linie von der östlichen Hälfte abgetheilt wird. Die bezeichnete Fläche enthält die Mündungen der Flüsse Schelde, Rhein, Ems, Weser und Elbe. Der ganze Verkehr der sie bewohnenden Völker ist hier gemeinsam der Nordsee zugewendet. Die lange Südküste dieses Meeres ist die große Straße durch welche alle diese Völker von jeher mit einander verbunden waren.

Die gleiche Beschaffenheit der Küste von den Gränzen Frankreichs bis zu denen Jütlands hinauf, die überall sich bildenden Marschen, die überall ähnlichen Zerstörungen und Eingriffe des Meeres mußten die Menschen hier überall auf dieselben Erfindungen und Künste führen. Die ebenfalls in dem ganzen Strich ähnliche Beschaffenheit des Klima's und der Bodenbeschaffenheit, die großen Torf-Moorstriche, die Sandstrecken, die Haidegegenden, die untermischten fetten Marschen und Niederungen, mußten überall einen gleichen Ackerbau, gleiche Bodenproducte, ähnliche Sitten, Gebräuche und ähnliche Gestaltung des Nationalcharakters und der Denkweise, so weit diese von Boden und Klima abhängen, hervorrufen. Es ist in diesem bezeichneten Länderstrich, der Flamland, Holland, Ostfriesland, Westfalen, Oldenburg, Hannover und das schleswig-holsteinische Nordfriesland umfaßt, die eigentliche Urheimath der edlen niedersächsischen Volksstämme.

Diese mochten von Haus aus, von uralten Zeiten, viel ähnliches unter einander haben. Durch die Gleichartigkeit des Landes das sie besetzten, wurde jener Aehnlichkeit noch mehr Vorschub geleistet, und endlich auch durch den beständigen Austausch der Bevölkerung, der sich als zwischen ihnen bestehend fast zu allen Zeiten der Geschichte nachweisen läßt. Schon Karl der Große führte aus den Elbe- und Wesergegenden große Massen von Colonisten ins Scheldeland hinüber. Später dagegen, namentlich im 12ten und 13ten Jahrhundert, wanderten viele flandrische und holländische Colonisten in die Weser- und Elbegegenden. Und wiederum jetzt finden noch viele Arten des Austausches in der Wanderung der Bevölkerung von Nordwestdeutschland nach den batavischen Niederlanden statt. Alle diese vielfachen Mischungen der Bevölkerung haben natürlich dazu beitragen müssen alle moralischen Zustände und Verhältnisse in dem ganzen Nordwest-Germanien noch ähnlicher zu machen als sie es von Haus aus und in Folge der Naturverhältnisse schon seyn mußten. Auch die ebenen Landstriche im Osten der Elbe um die Südküste des baltischen Meeres herum sind noch von Niedersachsen bewohnt. Doch ist dieß alles bis nach Cur- und Livland hin eigentlich nur niedersächsisches Colonienland. Die Niedersachsen haben sich hier vielfach mit den Slaven gemischt, und es haben sich andere Sitten und eine andere Nüancirung des niedersächsischen Nationalcharakters und Volksschlages ausgebildet, sowie in dieser Osthälfte der nordgermanischen Ebene auch schon ein anderes Klima und eine veränderte Bodenbeschaffenheit vorwalten. Im ganzen, kann man sagen, ist die westliche Hälfte zwischen Schelde und Elbe die bevorzugte, die mildere und reichere.

Von all den Stämmen welche den bezeichneten Strich bewohnen, sind die Niederländer, die Anwohner der Rhein- und Scheldemündung zur größten Blüthe der Cultur und politischen Macht gelangt. Sie haben eine Menge der dem niedersächsischen Volksstamm eigenen Tugenden zur höchsten und vollsten Entwicklung gebracht, wobei sie von der Eigenthümlichkeit und Größe ihrer Ströme, und überhaupt von den großen Vortheilen ihrer geographischen Lage begünstigt wurden. Die Niederländer, die Flamländer und Holländer bilden also gleichsam die Krone oder die Centralmasse dieses nordwestlichen Germaniens. Sie geben in diesen Gegenden vielfach sozusagen den Ton an. Sie dienten hier vielfach als Vorbild und Muster. Von ihnen gingen unzählige Impulse für alle andern Niederdeutschen aus. Und es ist dem allen nach daher kein Wunder daß der welcher Eigenthümlichkeiten der Schelde- und Rhein-Niederländer untersucht und darstellt, damit auch zugleich Eigenthümlichkeiten der Deutschen der Ems-, Weser- und Elbemündungs-Niederländer darstellt und untersucht. Fast jede holländische oder flandrische Frage, sey sie moralischer, politischer, ackerbaulicher oder klimatischer Natur, ist daher auch mehr oder weniger eine oldenburgische, westfälische, hannöverische, westfriesische, bremische und hamburgische, oder überhaupt eine norddeutsche Frage.

Niedersächsische Eigenheiten, Sitten, Tugenden und Fehler sind in Friesland, Holland und Flandern am meisten und vollständigsten ausgebildet. Und jeder der niedersächsische Zustände und niedersächsischen Volkscharakter recht erkennen will, sollte demnach vor allem zu den Friesen, Holländern und Flamingern pilgern. Er wird hier oft bis in die kleinsten Details hinab das Urbild dieses Volkscharakters erkennen, von dem die Zustände seines eigenen norddeutschen Vaterlandes nur ein Spiegelbild oder ein verwandtes Analogon sind.

Ich selber bin aus Bremen gebürtig und habe die Sitten und Denkweise, sowie die Luft und Natur dieses Weserlandes, in dem ich meine Kindheit verlebte, eingesogen, und mir tiefer angeeignet als die irgend eines andern Erdflecks; und ich habe in den rheinischen Niederlanden fast kein Verhältniß in der Natur oder Menschenwelt beobachtet das mich nicht an ein ähnliches Verhältniß in meiner Heimath erinnert hätte. Ich muß demnach glauben daß wir Bremer, und überhaupt wir Leute von der untern Ems, Elbe und Weser vor allen andern Deutschen besonders geeignet sind den niederländischen Philosophen, Denkern, Poeten und Malern nachzufühlen, und überhaupt das ganze niederländische Volkswesen zu verstehen.

Ich könnte eine vollständige Parallele des Charakters der batavischen Schelde- und Rhein-Delta-Bewohner und der Ems-, Weser- und Elbe-Leute aufstellen. Da es hier aber nicht sowohl mein Zweck ist alles zu erschöpfen als vielmehr nur aufmerksam zu machen, so will ich mich auf die Mittheilungen einiger Bemerkungen, die mich auf Reisen besonders frappirten, beschränken.

Zunächst wie viele gleiche Züge in der Natur des Landes! Wir haben in Nordwest-Deutschland wie in den Niederlanden dieselben großen Torfmoor-Strecken, dieselben Sand- und Haide-Gegenden, dieselben fetten Marschen, denselben Ueberfluß an salzigem See- und trübem Flußwasser, denselben Mangel an klarem Quellwasser. Die Urbewohner, die sogenannten „Torfbauern" oder „Moorbauern," die „Haidebauern," die Marschbauern sind sich hier überall sehr ähnlich. Schon der Torf, der als vornehmstes Brennmaterial dient, hat bei den Leuten eine Menge ähnliche Sitten und Hauseinrichtungen begründet und bedingt. Die Haide bringt überall eine gleichartige Schaf- und Bienenzucht hervor, sowie sie auch sonst den Ackerbau vielfach uniformirt. Der fette Boden welcher den menschlichen Fleiß so reichlich lohnt, und die Eingriffe der Flüsse und des Meeres welche das menschliche Eigenthum hier überall bedrohen, haben eine hohe und überall ziemlich gleichförmige Cultur in allen niedrigen Marschländern hervorgebracht. Die physikalische Geschichte ist an der ganzen nordgermanischen Küste hin dieselbe. Ueberall der Dünenkranz, überall, in der Zuydersee, im Dollart, in der Jahde, in den verschiedenen nordfriesischen Meeresbusen, an der schleswig-holsteinischen Küste, dieselben Einbrüche und Zerstörungen des Oceans. Ueberall hat der Mensch durch Dünen und Deichbau, durch Polder-Wirthschaft, durch Canalisirung und Schleusenanlage, sowie durch künstliche Erhöhung des Landes sich dagegen zu schützen gesucht. Daher von Flandern bis zur Königsau in Jütland überall umdeichte oder umdünte Inseln, ummauerte Meeresküsten und in Erdwällen eingezwängte Flüsse und Canäle. Am Rheindelta aber ist sowohl der Kampf der größte als auch der Lohn der reichste gewesen. Daher hier die schönste Entwicklung der ganzen Volkskraft und Intelligenz.

Die Naturscenen welche die Ländergebiete von der Schelde bis zur Königsau dem Maler und Naturfreunde darbieten, sind überall ähnlich. Hie und da große schöne fetten Weiden, mit herrlichen holländischen, friesischen, bremischen oder holsteinischen Viehheerden belebt. Kleine und große Flüsse bis an den Rand des Ufers voll Wasser. Schiffe die auf den Canälen mitten durch die Wiesen zu segeln scheinen. Ueberall Bauten, Scenen und Originale für Paul Potter'sche, Van der Neer'sche oder

Hobbema'sche Landschaftsbilder. Auf künstlich erhöhtem Boden niedrige, reinliche, einstöckige Häuser von durchweg ziemlich gleicher Bauart. Im Winter und Frühling sieht man Dörfer und Städte die in den Wasserüberschwemmungen zu ersaufen scheinen, mag es nun seyn daß bei Bremen oder bei Emden, oder bei Gröningen, Rotterdam oder Antwerpen die Gewässer ihre künstlichen Gehege durchbrachen. Die Torfmoore, ihre Birkengehölze, ihre wilden Einöden, mit hübschen angebauten Dorf-Oasen unterwebt, bieten sich überall neben den Marschen dar. Und neben ihnen, sowie mit ihnen und den Marschen verschwistert, die Haidegegenden, deren gesellige Kräuter im Sommer lieblich erblühen und ganze weite Landstriche mit Duft und Rosenschimmer erfüllen, und deren Föhrenwälder und Eichengehölze anmuthige Waldscenen, wie Ruysdael sie auffand und malte, dem einförmigen und melancholischen Haideteppich einfügen.

Wie die Anlage des Plans der Landschaft, so ist auch die Bauart und innere Einrichtung der Häuser überall sehr ähnlich. Bei den Landbewohnern sind sie durchweg nur einstöckig. Menschen und Vieh wohnen fast überall unter demselben Dache. Stroh ist die gewöhnliche Bedachung, und die rothen Ziegelmauern sind hier überall zu Hause. Selbst die holländischen Fliesenwände findet man bis nach Schleswig hinauf. Und wie in Holland, so findet man auch im Bremischen und Oldenburgischen die Mosaik bunter kleinen Flußsteine, mit denen man die Flur des Hauses überzieht, sehr gebräuchlich.

Selbst viele kleine Details in der Einrichtung des Haushaltes, in der Form der Hausgeräthe correspondiren auffallend mit einander. Die dumpfigen Schlaflöcher des Landmanns an der Weser, die sogenannten „Dönsen," finden sich ebenso in Holland. Der Herd des Hauses hat hier wie dort dieselbe Einrichtung. Die Hausfrauen in Bremen, Hamburg, Husum rc. halten auf ebenso blankgeputztes Kochgeschirr, mit dem sie ihre Küche prachtvoll ausschmücken, wie diejenigen niederländischen Wirthschafterinnen welche den holländischen Malern die glänzenden Muster von messingenen Schüsseln, kupfernen Kesseln und blanken Tellern lieferten.

Ueberhaupt ist Reinlichkeit, Nettigkeit und Ordnung in der Hauswirthschaft in den Ländern Kedingen und Stedingen, im Eiderland und Dithmarschen, im Osten ebenso zu Hause wie im Delftland, im Waterland und Kennemerlande im Westen des uns vorliegenden großen Erdstrichs.

Die Ansicht daß für jede Familie ein eigenes Haus seyn müsse, herrscht in Bremen und Hamburg wie in Amsterdam und Antwerpen. Und die Abneigung mehrere Familien in einem Hause zusammenzupferchen hat daher bewirkt daß alle diese Städte, wie London, wohin jene Ansicht von hier aus verpflanzt wurde, meistens nur aus sehr kleinen Wohngebäuden bestehen, und eine sehr ähnliche Physiognomie darbieten. Selbst in Belgien unterscheiden sich die vom niedergermanischen Flamingen und vom romanischen Wallonen bewohnten Ortschaften und Städte dadurch daß in jenen eine weit geringere Anzahl von Individuen auf jedes Haus kommt, als in diesen. Auch die ganze äußere Physiognomie der Stadt hat daher so viel ähnliches. In manchen Stadttheilen von Hamburg kann man sich einbilden man sey in Amsterdam. Man kann sagen daß es nach Osten bis über die Elbe hinaus eine Menge kleine Amsterdam gibt, die ebenso wie ihr Urbild von Canälen durchschnitten sind, und deren Straßen einen ganz ähnlichen Anblick gewähren. Glückstadt in Holstein ist noch so ein kleines Amsterdam im Nordosten.

Die Natur hat diese nordgermanischen Niederungen nicht mit so mannichfaltigen Arten von Pflanzen, Kräutern, Blumen und Gesträuchen erfüllt wie die Wälder und Thäler des mittleren oder oberen Germaniens, das mit der oben bezeichneten Reihe von Gebirgen beginnt. Die Gräser, die Haidekräuter rc. leben in diesen Flachlanden mehr in einförmiger Geselligkeit, wie aus gleichen Ursachen die Pflanzen in den russischen Steppen. Dagegen hat überall der Mensch sich bemüht rings um sich her mit Fleiß und Kunst einen reichen Baumwuchs und Blumenflor zu versammeln, in Gewächshäusern, Gärten und auf den Aeckern ihre Gattungen zu vermehren und sie zu besonders ausgezeichneter Vollkommenheit zu gestalten. Man findet überall in den Dörfern und Städten an der Weser, Ems und Elbe ein hübsches Stück von der berühmten holländischen Blumen- und Obstbaumzucht wieder. Der Blumengarten eines Bauern im Butjadinger-Land an der Weser ist ebenso hübsch wie der eines Landbewohners im Amstel- oder Schielande, im Rheindelta. Auch blühen hier und dort fast ganz dieselben Gattungen von Blumen. Und die Gärten sind sowohl hier wie dort nach demselben Plan angelegt als auch mit derselben Nettigkeit gehalten. Die Obstgärten an der Elbe bei Hamburg liefern fast ebenso vollkommene und zarte Früchte wie die bei Amsterdam. Auch halten die wohlhabenden Kaufleute in jeder niederdeutschen Stadt fast mit derselben passionirten Liebhaberei auf eine anmuthige Zimmerflora in ihren engen Häusern wie die von Haarlem und Alkmaar. Haarlemer Tulpen- und Hyacinthenzwiebeln werden im Winter an allen Fenstern der Häuser von Emden, Hamburg, Bremen fast mit derselben Sorgfalt gepflegt wie in ihrem Vaterlande selbst.

Wenn Hamburger, Bremer oder Oldenburger Maler uns nicht eben solche hübsche Winterlandschaften und Schnee- und Eisscenen geliefert haben wie die holländischen Landschafter, so ist die Ursache davon in einem andern Grund als in Mangel an Gelegenheit dazu zu suchen. Denn die Wiesen werden im Nordwesten von Deutschland im Winter auf dieselbe Weise überschwemmt wie die an der Yssel, Merwe und der Waal, und überfrieren dann mit einem eben solchen glatten und blanken Eisspiegel, hier wie dort. Wie in Holland reicht dieser blanke Eisspiegel zuweilen in weite Ferne. Nur die auf erhöhtem Terrain gebauten Dörfer ragen daraus hervor, und die ganze Fläche belebt sich mit leichtlitschuhten Menschengruppen, die beflügelten Schrittes dahingleiten. Nirgends sonst in Deutschland ist die Natur der Herstellung einer untadeligen Eisbahn so günstig wie hier. Im Nordosten machen die kalten Stürme und der viele Schnee die Eisfläche rauh, in der gebirgigen Mitte und im Süden bieten sich nicht überall solche weite bequeme Flächen dar. Die Eislaufkünste werden daher auch hier fast ebenso eifrig getrieben wie in Holland, wie dort kommen die Weiber hie und da mit den Waaren auf Schiebschlitten oder Schlittschuhen zu Markte, und die Wintervergnügungen sind hier wie dort dieselben. Klopstock mußte erst aus den Harzgegenden in die nordwestlichen deutschen Niederlande (zur untern Elbe) kommen, um von Begeisterung für den Schlittschuh erfaßt zu werden, und ihn in seinem Eislauf ebenso poetisch zu verherrlichen wie dieß die niederländischen Maler auf vielen Gemälden gethan haben. Und wie diese winterlichen Naturscenen, so sind sich auch die Frühlings- und Sommerbilder und die Herbstansichten in dem ganzen Landstrich der uns vorliegt, äußerst ähnlich.

Manche gleichartige Scenen, Erscheinungen und Sitten in den deutschen Ländern längs der Nordsee sind nicht sowohl in Folge der Gleichartigkeit des Volkstammes und der Landesnatur als vielmehr des nachbarlichen Beieinanderwohnens dieser Leute. Von dem hier in so hohem Grade prädominirenden und tonangebenden Niederland aus übertrug sich schon durch häufige Berührung der Nachbarn mit ihnen manche Gewohnheit, manches Gesetz und manches politische Verhältniß. Namentlich geschah dieß in allem was sich auf den Handel und auf die Benutzungsweise des gemeinsamen Meeres bezog. Unwillkürlich wurden die Holländer in die Handelsbewegung der deutschen Hansen hineingezogen, und später dann wurden die Deutschen in die holländischen Handelsunternehmungen verflochten. Die Gegenstände des Handels sind der geographischen Lage zufolge in den norddeutschen wie in den holländischen Städten fast immer dieselben gewesen, und schon daraus mußte manches Gemeinsame in dem Betrieb des Handels hervorgehen. Dieselben Schiffsformen, derselbe Charakter des Schiffsvolks, dieselbe Art und Weise in der Leitung der Schiffe herrschen von Flandern bis nach Nordfriesland in Schleswig-Holstein hin. An dem berühmten Häringsfang und an den Wallfischjagden der Holländer nehmen auch die Nordwestdeutschen Theil, und Häringsbuisen gibt es so gut in Bremen, Emdem, Hamburg wie in Rotterdam und Scheveningen, sowie auch der Wallfischfang in Gemeinschaft mit den Holländern unsere dortigen Landsleute ebenso oft beschäftigt hat. Ueberall an der germanischen Küste des Nordmeers spürt man Thrangeruch und Wallfischknochen. Und wenn wir keine holsteinische, keine stadische oder jeverische Malerschule haben welche den Blankeneser Schellfischfänger, den Helgolander Hummerjäger, die Hamburger Ewer, die Smack und die Häringsbuise, sowie Bremerhaven- und Fischmarktscenen, Nordseestürme und Ebbe- und Fluthbilder mit Hülfe von Pinsel und Farbe ebenso verherrlichten wie der holländische Backhuysen und dessen Schüler dieß gethan haben, so ist die Ursache davon nicht sowohl in einer Verschiedenheit der Verhältnisse als vielmehr in einer gewissen Verschiedenheit der Entwicklung und Richtung der Thätigkeit der Leute zu suchen, die neben aller Gleichartigkeit ihrer Naturanlagen besteht. Heine hat die Nordsee besungen sowie Klopstock den Eislauf; auch Voß hat uns in schöner Rede manches niederdeutsche Bild gemalt. Vielleicht daß die Deutschen mehr mit dem Worte darzustellen geneigt waren was die Niederländer uns auf der Leinwand gaben.

Der Volkswitz, das Temperament, der Volksaberglaube, die Art der poetischen Anschauung sind bei dem niederdeutschen gemeinen Mann ganz dieselben wie in Holland und Flandern. Der Volkswitz hat überall denselben Anstrich von derbem launigen Humor. Ostadische und Teniers'sche Volksscenen kann man außerhalb Hollands nirgends besser verstehen lernen als in Vegesack, Jever, Brunsbüttel oder in einer Hamburger Bier- und Weinkneipe. Die flander'schen und holländischen Volkslieder tragen ganz dasselbe Gepräge wie die welche Voß, Grimm und andere uns aus den Elbe- und Wesergegenden gesammelt haben. Ja auch die Musik und Gesangsweise von der lüneburger Haide bis zu den Scheldegegenden bei

Antwerpen und Gent ist durchweg auf eine höchst auffallende Weise ähnlich. Ich hörte die Brügger und Genter Spitzenklöpplerinnen oft Lieder singen die mich wie mit einem Zauberschlage in die Mitte meiner Heimath, ins Land der Chauken und Cherusker versetzten. Die Weisen, die Melodien, selbst die Art des Vortrags schien mir ganz dieselbe zu seyn. Dieser niedersächsische Volksgesang ist in seiner Art so eigenthümlich wie der tirolerische oder steierische. Doch fand ich seine Charakteristik und die Schattirungen seiner Weise noch nirgends versucht.

Selbst in den Spielen und unwichtigen Beschäftigungen des Volks findet sich eine erstaunliche Aehnlichkeit. So ist z. B. die Kegelbahn in allen jenen Gegenden außerordentlich populär. Ebenso sind hier vorzugsweise die niederdeutschen Ballspiele zu Hause, welche vermuthlich zu den berühmten englischen Ballkünsten die erste Veranlassung gegeben haben. In Holland ist die „Kolfbahn" (wo der Ball mit einem Kolben geschlagen wird) ein sehr beliebter Vergnügungs- und Erholungsort des kleinen Bürgers. Dasselbe ist in Emden, Bremen ꝛc. das sogenannte „Kloppballspiel", das dort mit Eifer nicht nur von der Straßenjugend, sondern selbst von den Erwachsenen und Gebildeten geübt wird. Schießübungen mit dem Bogen und Bogenschützenfeste sind in ganz Flandern, Friesland und Hannover sehr volksthümlich. Dagegen ist das Büchsenschießen hier überall nicht so gewöhnlich wie in Oberdeutschland. Fischfang, Entenfang, Enten- und überhaupt Wasservögeljagd sind der überall gleichen Natur des Landes gemäß gemeinsame Vergnügungsweisen.

Wie die holländische Blumenzucht, wie der holländische Häringsfang, so hat auch die niederländische Taubenzucht sich überall an der Weser und Ems und den Elbemündungen verbreitet. Taubenzucht und überhaupt die Beschäftigung mit den Tauben ist eine Lieblingsbeschäftigung der kleinen Bürger in Bremen wie in Brüssel. Man sieht hier wie dort Leute welche halbe Tage damit zubringen ihre Tauben in hohen und weiten Flügen zu üben, sie dabei zu beobachten, sie mit denen ihrer Nachbarn Wettflüge anstellen zu lassen, und die darauf raffiniren die hochfliegenden Taubenracen zu erzeugen oder sich Exemplare von solchen Racen zu verschaffen.

Sowie in ihren Spielen, so gleichen sich die Niederdeutschen, Holländer und Flamingen auch in Bezug auf ernstere Dinge. Stiller emsiger Fleiß, Ehrlichkeit und Wahrheitsliebe, Sinn für das Aechte und Solide zeichnet beide auf gleiche Weise aus. Ueber Religion denken alle diese Stämme so ziemlich ganz gleich. Die Stellung und Bedeutung der Prediger ist bei allen beinahe ganz dieselbe. Die Feier des Sonntags ist äußerst ähnlich. Bei allen hat man zu allen Zeiten einen ächten, soliden und freimüthigen Bürgersinn gefunden. Die hansischen Freistädte in Niedersachsen und die batavischen Republiken legen für die Tendenz dieser Stämme zu freier politischer Verfassung ein Zeugniß im Großen ab.

Die alten Communalverfassungen dieser Landstriche gleichen sich so wie die Plane und Grundrisse nach denen ihre Dörfer und Aecker angelegt und gestaltet sind. Die Familienliebe und der häusliche Sinn, sowie eine starke Abneigung gegen öffentliche Vergnügungen ist hier überall zu Hause, und was Reisende und Sittenbeobachter über Erziehung, Kinderzucht, Elternliebe ꝛc. in Holland gesagt haben, kann man mit mehr oder weniger bedeutenden Modificationen auch von Bremen und einem weiten Bereich seiner Nachbarschaft gelten lassen. Sogar manche specielle Gewohnheiten und Ausdrucksweisen gleichen sich oft in so hohem Grade, daß man davon fast wie von etwas unbegreiflichem überrascht wird. So z. B. ist es in den holländischen Geschwisterkreisen Sitte den Familienvater „den Alten", „mein Alter" (statt mein Vater) zu nennen. Eben diese nicht sehr gefällige Sitte besteht auch in Bremen und Hamburg, wo der junge Mann, wenn er sich mit Altersgenossen von seinem Vater unterhält, ihm gewöhnlich den nicht sehr liebevollen Titel „mein Alter" gibt, sowie denn auch beider Orts von den Commis und den Hausgenossen der Principal des Geschäfts „der Alte" („de Oble") genannt wird.*) Die ganze Art und Weise des Wesens, des Umgangs, des Benehmens eines flandrischen, holländischen, friesischen, bremischen und hamburgischen Bürgers haben außerordentlich viel Aehnlichkeit miteinander. Ja die Art und Weise des Betriebs ihres Geschäfts sind in hohem Grade einander gleich. Dieser Parallelismus geht sogar oft bis in die kleinsten Zweige des Verkehrs hinab. So z. B. schleppen die Obsthändlerinnen, Gemüseverkäufer, Fischfrauen ꝛc. ihre Waaren in Holland wie in Hamburg und Bremen von Haus zu Haus herum und bringen sie den Hausfrauen in die Küche, was sonst nirgendswo in Deutschland Mode ist, und freilich auch nur da Mode seyn kann wo die Küchen und Familien nicht in hohen Gebäuden, in dritten und vierten Stockwerken, zu denen unbequeme Treppen führen, versteckt sind.

Ich habe die sinnigen und trefflichen Bemerkungen des Predigers Dethmar über die Holländer gelesen, und fast auf jeder Seite habe ich eine Bemerkung gefunden die man mit einigen Modificationen ebenso gut von meiner Heimath und meinen Landsleuten an der Weser als von den Holländern hätte machen können. Und mehr als hundertmal bin ich selber in holländische Häuser eingetreten oder auf niederländischen Fluren gewandelt, und habe mich dabei fragen müssen ob ich nicht etwa plötzlich in meine niederdeutsche Heimath versetzt sey.

Es ist wunderbar daß eine so gleichartige Masse wie die niedersächsischen Stämme sie darstellen, die in Bezug auf ihre äußere wie auf ihre innere Welt so sehr mit einander harmoniren, in politischer Hinsicht stets so sehr getheilt war. Zu keiner Zeit hat es ein alle niedersächsischen Volksstämme umfassendes Staatswesen gegeben. Stets haben sie sich als eine Anzahl kleiner Republiken, Freistädte, Grafschaften und Fürstenthümer dargestellt. Aus dem Coloniengebiet der Niedersachsen im Osten hat sich jetzt ein großes und starkes Staatswesen hervorentwickelt, das immer mehr niedersächsische Stämme um sein Centrum vereinigt hat. Vielleicht ist es die welthistorische Aufgabe Preußens einmal alle Niedersachsen und Norddeutschen zu einem mächtigen Staate zu verschmelzen!

*) Diese Bezeichnung ist aber auch in Süddeutschland nichts seltenes, und der „Alte" verhält sich eben als positiv zu „Aeltern."

Die Anklageacte gegen Ohm und Waldeck.

Die Nat.-Ztg. theilt die Anklage des Oberstaatsanwaltes beim königl. Appellationsgericht zu Berlin wider 1) den Handlungsdiener Joseph Ohm und 2) den Obertribunalrath Dr. Benedict Fr. Leo Waldeck mit. Das Actenstück ist einen vollen Druckbogen stark. Sein Inhalt wird bei den jetzt nahen Verhandlungen vielfach näher erörtert werden. Er beginnt mit allgemeinen Angaben über die demokratischen Vereine, den Demokratencongreß zu Berlin, die Novembertage in Berlin, die Maiaufstände in Dresden, die Stuttgarter Nationalversammlung u. s. w., um zu zeigen daß nach den Märzereignissen von 1848 „eine weitverzweigte Verbindung zum Umsturz der bestehenden Verfassung bestanden." Ueber die Novembertage in Berlin erzählt der Bericht: „Die Majors und Hauptleute der Bürgerwehr, sowie Abgeordnete verschiedener hiesiger und auswärtiger demokratischer Vereine und der Arbeiter, auch einige Mitglieder der äußersten Linken in der Nationalversammlung versammelten sich in der Nacht vom 11 auf den 12 November im Café de Bavière um über die Eventualitäten eines eintretenden Conflicts mit dem Militär, sowie darüber zu berathen ob man die Waffen abgeben oder Widerstand leisten solle. Die Berathung wurde geleitet durch den Actuar Thiele, an dessen Seite sich die Abgeordneten Waldeck, D'Ester, Reuter und Berends befanden. Als die Mehrzahl sich mehr für den passiven als den activen Widerstand zu entscheiden schien, wurden die heftigsten Reden geführt. Berends äußerte: „die Bürgerwehr dürfe sich auf einen Barrikadenkampf nicht einlassen, sie müsse Mann gegen Mann den Soldaten entgegentreten, und wenn selbst kein Stein auf dem andern bliebe." Waldeck meinte: „daß die Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung ein hochverrätherisches Attentat und die Auflösung der Bürgerwehr eine Fortsetzung dieses Attentats sey." Er sprach im übrigen — so bemerken die Zeugen — vorsichtig und meinte daß er kein Mann der Waffen, es aber Pflicht sey den Maßregeln der Regierung sich zu widersetzen. Reuter rieth zum activen Widerstand, und noch mehrere andere äußerten in heftiger Weise: „Berlin müsse in einen Schutthaufen verwandelt werden, man dürfe Frau und Kinder nicht schonen, die Soldaten sollten in ihren Quartieren entwaffnet und massacrirt werden, aus dem Blute müßte die Freiheit entsprießen." Die Reden der Abgeordneten machten den Eindruck als wünsche man den Kampf und als wolle man die Versammlung dazu verleiten. Zum Beleg wie ernstlich man an einen Aufstand gedacht hat, mag ein unter Bakunin's Papieren in Dresden aufgefundener Brief des Dr. Enno Sander aus Dessau, den er von Berlin aus an den Dr. Alfred v. Behr in Köthen am 13 Nov. schrieb, erwähnt werden. Es heißt darin: „Vielleicht geht es heute Abend noch los. Es sind nämlich 800 Mann Hülfe, von Stettin kommend, auf der Eisenbahn in Bernau angehalten worden. Von hier aus sind mehrere hingereist und holen sie ab. Wenn sie kommen, so müssen sie durch's Hamburger Thor und werden von den stark bewaffneten Vogtländern und Maschinenbauern eingeführt werden. Das kann und wird hoffentlich den Kampf herbeiführen, zu welchem alles vorbereitet ist. Man hat wenigstens ½ Million Patronen." So wurde Ende März d. J. der Schuhmacher Hetzel in Berlin verhaftet. Man fand bei ihm verschiedene Waffen, Handgranaten und die „Bundesstatuten der revolutionären Partei".

Der Zweck dieses Bundes wird im § 1 der aus 42 Paragraphen bestehenden Statuten dahin angegeben: „Einführung einer einigen, untheilbaren, social-demokratischen Republik." Hierauf geht die Anklage zu den Ereignissen nach Auflösung der zweiten Kammer über. Nach Auflösung der zweiten Kammer am 27 April stieg die Aufregung wieder aufs höchste, nicht bloß in Berlin, sondern in einem großen Theile von Deutschland. Als Vorwand der Bewegungen wurde das Streben geltend gemacht: die in der deutschen Nationalversammlung zu Frank-

furt a. M. beschlossene Reichsverfassung zur Ausführung zu bringen. Es mag zum Beleg dieser Behauptung ein Schreiben erwähnt werden welches der Abgeordnete zur zweiten Kammer, Graf Alfred Görtz, von seinem Bruder, dem Grafen Adolph Görtz, erhalten hat. In diesem Schreiben, datirt Braunschweig vom 29 April c., heißt es: „Dieses Kaiserreich wäre der sicherste Durch- und Uebergang zu einer großartigen, consolidirten Republik. Denn nach meiner Ansicht ist die deutsche Verfassung — wie sie die Frankfurter Versammlung rechtsgültig beschlossen hat — schon factisch eine republikanische und nur nominell eine kaiserliche, mit ihr würde die Volkssouveränetät zur unbestrittenen Geltung kommen. Die deutsche Verfassung gewährt Freiheiten wie wir sie in keiner bisher bestandenen oder noch bestehenden Republik zu einem so systematischen Ganzen vereinigt finden. Als Basis ist ein Wahlgesetz gegeben wie es noch kein Staat freisinniger besaß. Die kaiserliche Spitze ist so in die kleinste Wirkungssphäre eingeschränkt daß ihr eben nur das Daseyn gefristet wird. Mit diesem Wahlgesetz und einem solchen Schattenkaiser müssen wir binnen kurzem zur gesicherten Republik kommen. Durch großartige Demonstrationen muß man das Ministerium und den König zur Annahme der deutschen Verfassung zwingen." In gleicher Weise schreibt auch der Graf Alfred Görtz am 8 und 9 März c. an Waldeck und Paul Börner daß man die Anerkennung der Reichsverfassung als Agitationsmittel benützen und daraus die Anerkennung der Volkssouveränetät herleiten müsse.

Es folgen hierauf die bekannten Ereignisse: der Congreß der verbundenen Märzvereine, die Aufstände in Elberfeld, Breslau ꝛc., die Beschlüsse der Stuttgarter Nationalversammlung ꝛc. Endlich heißt es weiter: Nachdem in der ersten Hälfte des Monats Mai die erwähnten Aufstände ausgebrochen waren, ging dem Polizeipräsidium die Nachricht zu daß der Handlungsdiener Ohm in näherer Beziehung zu den Leitern des am 3 Mai zu Dresden ausgebrochenen Aufstandes stehe, und im Besitz von Papieren sey die darüber Aufschluß zu geben im Stande wären. Am 16 Mai, Morgens um 9½ Uhr, wurde durch die Polizeicommissarien Greiff und Maaß mit Zuziehung einiger Schutzmänner die angeordnete Verhaftung Ohms und die Beschlagnahme seiner Papiere ausgeführt. Ohm wurde in seiner Wohnung — Jägerstraße 13 — im Schlafrock angetroffen. Als man mit Beschlagnahme seiner Papiere vorfuhr, und Maaß den inneren Theil des Schreibsecretärs herausziehen wollte, suchte Ohm dieß zu verhindern. Maaß ließ sich aber nicht abhalten und fand hinter dem inneren Theile des Einsatzes und zu beiden Seiten desselben mehrere Briefe in denen er die Handschrift d'Esters zu erkennen glaubte. Inzwischen hatte Greiff wahrgenommen daß Ohm, welcher mit der einen Hand heftig gestikulirte, mit der anderen Hand in der Tasche etwas zu zerknittern schien. Er untersuchte den Schlafrock und fand in dessen linkem Aermel einen Brief, dessen Unterschrift zuvor durchstrichen, dennoch aber lesbar war und den Namen d'Ester erkennen ließ. In diesem Briefe heißt es unter anderm: „Liebster Ohm! Ein Mann schreibt an Dich, der an der Spitze einer Partei steht, der mit den Häuptern derselben Partei in Frankreich verbunden ist. Ein Mann schreibt an Dich, der noch die Idee hat, einen Robespierre zu spielen. Meinen Zweck kennst Du, alle Mittel sind heilig einen solchen Zweck zu verfolgen wenn man ihn erlangen will. Wir erlangen ihn sicher, und dazu müssen wir vor allem den völligen Sturz des preußischen Hohenzollern-Hauses haben. Zu dieser großen That ist aber auch der Mord ein heiliges Mittel, und deßhalb wirst Du beiliegende Statuten, die den neuen Bund leiten, gerechtfertigt finden." Nachdem sodann gegen den Angeredeten auf den Fall der Verletzung der ihm anvertrauten Geheimnisse eine angeblich mit dem Blute des Briefstellers niedergeschriebene Drohung ausgestoßen worden, heißt es weiter: „Jetzt zur Sache. Vor allem bleibt der Abgeber dieses Dir und Waldeck nur bekannt. Du führst ihn in keine demokratische Gesellschaft, reist mit ihm noch Montag nach Charlottenburg. Weder Egbert Bauer noch jemand sieht ihn; nur für Dich existirt er. Mit Bestellung der Waffen brauche ich Dir jetzt nichts mehr schriftlich zu sagen, denn morgen 5 Uhr wird Dich einer an der Quelle selbst zur Reise abholen." Nachdem sodann von einem Plane geredet worden, der bei der „in diesen Tagen" stattfindenden Erhebung in Breslau benutzt werden soll, und das Eintreffen Mieroslawski's in Aussicht gestellt ist; nachdem ferner erwähnt worden, daß es gelingen werde am Rhein die Landwehrmänner untreu zu machen, heißt es weiter: „Köln muß die Entscheidung für den Rhein seyn, dort soll, wie in allen Hauptstädten, am 20 Mai die Schlacht geschlagen werden. Wegen Papieren kann alles ruhig seyn. Sag' Waldeck, Bakunin ist gut entkommen und hat alle Papiere. Morgen reist Du nach Hamburg, wozu Du den Auftrag weißt. Wenn wir am Rhein die Republik haben, da haben uns die Ungarn 10,000 Mann versprochen, deßhalb sorg nur für Waffen. Kanonen haben wir 40 Stück am Rhein. Die Berliner Landwehr hat sich einkleiden lassen, aber an Ort und Stelle wollen wir sehen. Wann einer durch den gerechten Zorn fallen muß, so ist es der Prinz von Preußen neben dem König zuerst." Nachdem endlich noch angerathen wird, für Berlin einen neuen Schlachtplan zu machen und überall vorsichtig zu seyn, heißt es schließlich: „Das Quartier für 20 Polen besorge, entweder kommen sie dahin, oder sie commandiren am Rhein. Es lebe unsere heilige Sache. Glückliche Reise!"

Außer diesem Briefe wurden noch mehrere andere Briefschaften vorgefunden, welche die Existenz eines Planes zu einem hochverrätherischen Unternehmen vielfach bestätigten. Unter diesen befand sich auch ein Schlüssel zu einer Zeichenschrift, in welcher die Namen der vier Abgeordneten Jacoby, Waldeck, d'Ester, Reichenbach vorkommen, und diese Zeichenschrift ist in mehreren anderen Schriftstücken in Anwendung gebracht. Es kann keinem Zweifel unterliegen daß das Unternehmen, dessen in dem mitgetheilten Schreiben gedacht wird, ein hochverrätherisches ist. Es muß aber auch ferner behauptet werden daß dieses Schreiben, wie die übrigen mit „Carl," mit dem Namen „d'Ester" oder mit dem in dem Schlüssel zur Zeichenschrift aufgeführten d'Ester'schen Zeichen versehenen Schriftstücke von dem ehemaligen Abgeordneten Dr. Carl D'Ester herrühren. In dieser Beziehung steht durch das Gutachten der Schreibverständigen Schroeter, Heinemann und Bergemann zunächst fest: daß diese Schriften für nachgemalte und verstellte nicht zu achten sind, daß die Schrift selbst vielmehr fließend und ungezwungen ist, daß dieselben auch nicht von Ohm geschrieben sind, da sie nach dem Urtheil der Schreibverständigen mit den von Ohm unzweifelhaft gefertigten Schriften nicht übereinstimmen. Nach Vergleichung dieser Schriftstücke mit einem von d'Ester unzweifelhaft verfaßten, bei Waldeck in Beschlag genommenen Briefe, und mit einem in den Acten der 2. Kammer befindlichen Entwurfe zu einer Adresse von d'Ester's Hand haben die Schreibverständigen angegeben: daß die fraglichen Schriftstücke zwar mit dem Schreiben d'Ester's an Waldeck eine entfernte Aehnlichkeit hätten, mit dem d'Ester'schen Adreßentwurf in den Kammer-Acten aber nicht übereinstimmten und nicht von einer und derselben Hand geschrieben seyn könnten. Trotz der durch die Sachverständigen nicht gelösten Zweifel muß dennoch die Behauptung festgehalten werden daß die mehrerwähnten, bei Ohm in Beschlag genommenen, augenscheinlich höchst flüchtig verfaßten Schriften von d'Ester's Hand herrühren. Unter einer bei Lassally erschienenen Lithographie d'Ester's befinden sich folgende Worte: „Sie lachen, meine Herren! Es wird eine Zeit kommen wo sie wahrlich nicht lachen werden! Karl d'Ester, Abgeordneter des Kreises Mayen." Nach dem Zeugnisse des Kunsthändlers Lassally und des Lithographen Letze hat d'Ester diese Worte im Geschäftslocal und in Gegenwart des ersteren niedergeschrieben, und es hat Letze dieselben so auf den Stein zum Abdruck unter dem Bildnisse übertragen daß das Facsimile mit der Handschrift vollkommen übereinstimmt. Die Schreibverständigen Seger und Heinemann bekunden aber daß mit diesem Facsimile die erwähnten, bei Ohm in Beschlag genommenen Schriften übereinstimmen. Es liegen überdieß auch Thatsachen vor, welche darüber keinen Zweifel lassen daß d'Ester mit Planen wie sie in dem ausführlich mitgetheilten Schreiben enthalten sind, wirklich umgegangen ist, mag dasselbe für ein Autographon oder eine Abschrift gehalten werden. Es folgen nun die Beweise dafür, welche in sieben Punkte zerfallen und in welchen auf d'Ester's Theilnahme an den Kämpfen in Dresden und Baden hingewiesen wird; daß ferner d'Ester die bei Hetzel gefundenen Handgranaten bestellt habe; daß bei der Verhaftung Bakunin's ein Stück Handgranate vorgefunden sey, welche aus derselben Fabrik wie die Hetzel'schen stammen.

„Unter allen diesen Umständen, fährt die Anklage fort, kann man die Frage: ob dem d'Ester ein hochverrätherisches Unternehmen, wie solches in dem oftererwähnten Briefe entworfen ist, zuzutrauen sey, nur bejahen. Für die gegenwärtige Untersuchung würde es aber auch gleichgültig seyn ob der Brief von d'Ester herrührt oder nicht. Es genügt daß der Brief in Ohm's Besitz gefunden ist, ein Brief, welcher im Einklange mit dem von dem Congresse und dem Centralausschusse der Demokraten, so wie von den Märzvereinen und von einem Theile der Mitglieder der preußischen und deutschen Nationalversammlung verfolgten Tendenzen den nicht zu bestreitenden Plan eines hochverrätherischen Unternehmens enthält und der — wie sich weiterhin ergeben wird — in seinen wesentlichen Theilen auch anderweit als richtig bestätigt worden ist. Nach allen diesen Thatsachen liegt unläugbar ein hochverrätherisches Unternehmen vor, welches unter Erstrebung einer einigen social-demokratischen Republik, damit zugleich auf eine gewaltsame Umwälzung der Verfassung des preußischen Staates, ja auf das Leben des Oberhauptes im Staate abzielte. Von diesem hochverrätherischen Unternehmen Wissenschaft gehabt und dem nach der gesetzlichen Vorschrift §. 97 A. L.-R. II. 20 zuwider es unterlassen zu haben davon der Obrigkeit Anzeige zu machen, werden der Handlungsdiener Ohm und der Ober-Tribunal-Rath Waldeck angeklagt." Ohm, heißt es dann in der Anklageschrift weiter, läugnet daß der oft erwähnte Brief

ihm am 16 Mai von der Polizei aus dem Rockärmel weggenommen sey, will darüber keine Auskunft geben können wie die erwähnten Briefschaften in seine Papiere und seine Wohnung gekommen seyen „Es ist augenscheinlich daß er mit der Wahrheit zurückhält." Nach den Aussagen seiner Miethsleute, er habe den Schreibsecretär leer erhalten u. s. w., ist außer Zweifel daß Ohm jene Briefe selbst versteckt haben muß. Besonders compromittirend gegen ihn sind die Aussagen des Postsecretärs Goedicke, mit dem er als Correspondent der Neuen Preußischen Zeitung in Verbindung gestanden hat. Aus allen diesen Umständen geht unzweifelhaft hervor daß Ohm selbst mit hochverrätherischen Plänen entweder umgegangen ist, oder mindestens doch genaue Kenntniß davon gehabt hat, daß seine Gesinnung also der Art war ihm dergleichen Pläne anvertrauen zu können."

Von Waldeck schildert die Angeklageacte seine Thätigkeit in der Berliner Nationalversammlung, und bemerkt daß sein „Verkehr mit d'Ester sich augenscheinlich weiter erstreckte" als es die parlamentarische Stellung nothwendig machte. Unter Waldeck's Papieren befindet sich ein Brief d'Esters an ihn aus Leipzig vom 11 Februar d. J. In demselben spricht d'Ester über die Gründung einer allgemeinen demokratischen Zeitung und über Verbreitung von Monstre-Petitionen durch das ganze Land. Dazu wird nun Waldeck aufgefordert einen Artikel über Abschaffung der Feudal-Lasten und der Privilegien zu schreiben. Es heißt dann weiter daß durch lithographirte Correspondenzen die an die Kreisblätter gesendet würden, das Volk für die Petitionen bearbeitet werden solle, und der Brief schließt mit den Worten: „In 10—12 Tagen werde ich Sie hoffentlich in Berlin sehen und kann Ihnen manche interessante Mittheilungen machen, die sich dem Papiere nicht anvertrauen lassen." Am Abende des 5 April, nach einer höchst stürmischen Sitzung der zweiten Kammer wegen einer Adresse in Bezug auf die Kaiserwahl, war Waldeck mit dem Grafen Görtz, wie aus dessen Notizen erhellt, bei d'Ester. In den Ostertagen d. J. reiste Waldeck mit Reuter, Bucher und d'Ester nach Dresden, wo dieselben — wie bereits erwähnt — mit Bakunin, den Waldeck schon im Sommer 1848 hier in Mylius Hotel kennen gelernt hatte, und mit mehreren Mitgliedern der äußersten Linken in der sächsischen Kammer verkehrten. Man hatte beabsichtigt von dort aus nach Braunschweig zu gehen, und es darf angenommen werden daß diese projectirte Reise einen politischen Charakter gehabt habe. Denn der Graf Adolph Görtz schreibt aus Braunschweig am 8 April seinem Bruder dem Abgeordneten Grafen Alfred Görtz: „Ich muß Dir — mit tiefer Betrübniß bekennen daß Du und Deine Freunde durchaus Eure Rechnung hier nicht finden würden. Der Augenblick ist noch nicht günstig gerade Braunschweig zu einer Zusammenkunfts- oder Erheiterungsstätte für die Koryphäen der (einzig wahren) demokratischen Bestrebungen auszuersehen, wenigstens auf politische große Sympathien ist im Moment nicht zu rechnen." Diesen Brief theilte der Abgeordnete Graf Görtz dem Waldeck mit dem Bemerken mit: „Hiernach würde eine Reise nach Braunschweig nicht lohnen." Es ist ferner bereits erwähnt daß d'Ester gleich nach Auflösung der zweiten Kammer am 27 April ohne in seine Wohnung zurückzukehren, sich hier heimlich verborgen gehalten hat. D'Ester ist sodann am Abend des 29 April mit dem Grafen Görtz nach Frankfurt a. d. O. abgereist, nachdem beide am nämlichen Abend mit Waldeck eine Zusammenkunft gehabt hatten, und am 8 Mai meldet Graf Görtz dem Waldeck: „D'Ester ist mit einem Passe auf einen anderen Namen lautend am 1 Mai von hier nach Dresden abgereist und dort somit zu guter Stunde angekommen." In Betracht aller dieser Umstände und unter Berücksichtigung der Beziehungen in denen Waldeck zu d'Ester gestanden hat, erscheint es kaum zweifelhaft daß Waldeck von den d'Ester'schen und sonstigen hochverrätherischen Plänen Kenntniß erhalten hat. Waldeck stellt dieß zwar in Abrede. Indessen sprechen dafür, wie es in der A. a. heißt, außer dem bereits Mitgetheilten die bei Ohm gefundenen Briefe, „die Aussagen Ohms gegen Goedicke, Waldecks Thätigkeit in und außer der Nationaversammlung im November v. J., sowie einige andere Umstände welche die Anklageacte mit einander in Verbindung setzt, und deren Kern in folgendem liegt:" Nach Auflösung der zweten Kammer schrieb Waldeck am 28 April dem Grafen Görtz ein Erinnerungsblatt, welches folgende Worte enthält: „Die Treue, nicht die des Hundes, sondern die Mannes-Treue, die Kraft und die Gradheit werden der äußersten Linken über alle Hindernisse Bahn brechen zum Ziele. Möchte Ihnen, lieber Freind beschieden seyn thätig bei dem bevorstehenden Heldenkampfe des Volkes einzuwirken." Darunter befinden sich folgende Worte von Dr. Johann Jacoby: „Die constitutionelle Komödie ist zu Ende und das Volk wird die schlechten Komödianten auspfeifen. Auf Wiedersehen in einem freien Lande." Zum Zeugniß dessen aber daß man eine Erhebung des Volkes, wie sie in den Erinnerungszeilen Waldeck's angedeutet wird, daß man eine neue Revolution wirklich erwartet hat, mag verwiesen werden auf einige Briefe einzelner mit Waldeck durch politische und freundschaftliche Beziehung eng verbundenen Freunde. So schreibt Temme am 16 März in Frankfurt a. M., wohin er nach seinem Schreiben vom 28 Januar von Münster aus sich begeben hatte „um nur erst — dieß sind seine eigenen Worte — wieder ein Stücklein Unverletzlichkeit zu erhalten" — an Waldeck: „Nimmt Preußen die Kaiserkrone an, so zwingen wir dadurch die Regierung die Bahn des Absolutismus zu verlassen. Nimmt Preußen die Kaiserkrone nicht an, so haben wir dann das Recht der Revolution so klar daß man sich nicht den geringsten Skrupel daraus zu machen braucht. Eine Revolution würde auch bei der Octroyirung (der deutschen Verfassung) am Ende kommen, aber wer weiß wann? und jedenfalls halte ich die Revolution, sowie für das letzte Recht, sowie auch für das letzte Mittel." Ferner versichert der bei dem Dresdner Aufstand betheiligte Schreiber Tzschirners daß außer anderen auch Waldeck bei der bestandenen Verschwörung betheiligt gewesen sey und an der Spitze der Bewegung gestanden habe; führt für diese Behauptung aber „keine bestimmten Thatsachen, sondern mehr Folgerungen aus Beobachtungen" auf. Endlich kann, wenn Waldeck behauptet „daß er nur eine politische Kräftigung des Volkes bezweckt, daß er aber nie daran gedacht habe das Volk zu einem materiellen Aufstande anzureizen, daß er vielmehr dergleichen Bestrebungen sich entgegengesetzt habe, zunächst nicht unerwähnt bleiben daß Waldeck es war der am 16 October v. J. mit der Volksmasse, die in einen Kampf mit der zur Herstellung der gestörten Ordnung berufenen Bürgerwehr gerathen war, bei der Barrikade in der neuen Roßstraße sich in Verbindung gesetzt hatte. Er behauptet zwar — ebenso wie der Conditor Karbe nach ihm — zu dem aufgeregten Volke nur gesprochen zu haben, um es zu beruhigen. Es muß aber daran erinnert werden daß wiederum Waldeck es war der in der Nationalversammlung für die Arbeiter in die Schranken trat und die in offenem Aufstande Gefallenen am 20 October in feierlichem Zuge zu Grabe geleitete, offenbar in keiner andern Absicht von seiner Seite und von Seiten seiner politischen Gesinnungsgenossen, als um öffentlich die Handlungen der Aufrührer zu billigen und durch diese Billigung und ehrenvolle Anerkennung des Geschehenen zu ähnlichen Thaten zu ermuthigen. Und nach Vertagung der Nationalversammlung am 9 November v. J. überschritt Waldeck's Thätigkeit bei weitem die gesetzlichen Gränzen der parlamentarischen Wirksamkeit. Waldeck war es der in der forttagenden Fraction der Nationalversammlung mit andern Gesinnungsgenossen am 11 Nov. den Antrag stellte zu beschließen daß das Ministerium Brandenburg weder zur Verwendung der Staatsgelder, noch zur Erhebung von Steuern berechtigt sey, sowie den Antrag: zu beschließen daß die Auflösung der Berliner Bürgerwehr eine durchaus ungesetzliche Maßregel sey, und daß jeder Bürger, Civil- und Militärbeamte, welcher zur Ausführung dieser Maßregel mitwirken möchte, sich des Verraths am Vaterlande schuldig machen würde." Gegen den Schluß des Actenstücks wird dann hervorgehoben wie „bei dieser Vorsicht mit welcher Waldeck nach außen hin aufzutreten pflegt, es denn auch zu erklären ist daß unter den bei ihm in Beschlag genommenen Papieren nicht mehr gravirende und verdächtigende Schriften aufgefunden worden sind."

Paris.

. **Paris**, 14 Nov. Wiewohl zwischen der ausübenden und gesetzgebenden Gewalt ein tiefer Frieden zu herrschen scheint, läßt sich doch bald wieder so eine Art Sturm oder Krisis voraussehen wie diejenige die wir vor kurzem überstanden haben. Dießmal aber dürfte die Nationalversammlung und nicht der Präsident die Initiative in der Krisis haben. Denn kaum hat die Majorität vergessen daß Louis Bonaparte eines schönen Morgens die Minister welche noch immer wenigstens formell ihr Vertrauen besaßen und aus ihrem Schooße hervorgegangen waren, nicht entlassen sondern wie Bediente fortgeschickt, kaum hat die Majorität diesen sonderbaren Ministerwechsel verschmerzt, als der Präsident der Republik allen Ernstes sich anschickt auf eigene Faust zu regieren. Die Kammer hat vor vierzehn Tagen, den ernsten Warnungen des damaligen Ministers Gehör gebend, den Antrag auf Amnestie verworfen, und Louis Bonaparte bewilligt sie heute, unbekümmert um die Besorgnisse die Hr. Dufaure damals geäußert, unbekümmert darum daß die Kammer diese Besorgnisse getheilt hat. Die Gefahr welche nach Hrn. Dufaure's Wissen und Gewissen die Freilassung mehrerer hundert Bewohner der Pontons bot, ist wohl nicht im Lauf der vierzehn Tage verschwunden, wohl aber das Ministerium das neben dem Willen, neben der Ansicht des Präsidenten der Republik ebenfalls eine Ansicht behaupten wollte. An die Stelle dieser Minister sind andere getreten, die sich von vornherein als die bloßen Werkzeuge des Präsidenten der Republik bezeichnen ließen; was die Regierung also von nun an thut ist ausschließliches Werk Louis Bonapartes. Hätte er früher das Verdienst der Amnestie mit seinem Ministerium und mit der Majorität theilen müssen, so hat er heute dieses Verdienst allein. Das Zusammentreffen einer Maßregel welche die Theilnehmer an dem Aufstand

vom Junius 1848 begnadigt, mit der Verurtheilung der des Versuchs zum Aufstand von 1849 Angeklagten ist allerdings höchst sonderbar, vielleicht aber geeignet die gesuchte Popularität um so eher zu finden. Ob aber die Popularität des Präsidenten der Republik überhaupt eines der Ziele sey welches die Nationalversammlung in ihrer Majorität oder Minorität verfolge, kann man, ohne gerade Skeptiker von Haus aus zu seyn, bezweifeln, keinem Zweifel aber kann es unterliegen daß die Majorität auf ihre Kosten den Präsidenten volksthümlich zu machen wenig geneigt sey. Durch die von der Majorität verweigerte, vom Präsidenten aber gewährte Amnestie macht sich Louis Bonaparte auf Kosten der erstern populär. Das war der erste Act der persönlichen Politik Louis Bonaparte's, den zweiten hat gestern Hr. Dumas angekündigt. Seit mehreren Monaten beschäftigt sich die Kammer mit einem Vorschlag zur Organisation des öffentlichen Beistands. Kaum ist die erste öffentliche Berathung zu Ende, kündigt der Minister des Handels und des Ackerbaues an die Kammer möge sich mit dieser Angelegenheit nicht weiter befassen, da die Regierung einen Gesetzvorschlag darüber einreichen werde. Vorschlag der Regierung ist aber seit dem 31 October gleichbedeutend mit Vorschlag des Präsidenten, und wenn auch um diesen Vorschlag Louis Bonaparte's zum Gesetze zu erheben, die Mitwirkung der Nationalversammlung unentbehrlich ist, so liegt doch eben darin daß die Regierung das bereits begonnene Werk der Kammer unterbricht, unverkennbar die Absicht die Initiative der Maßregel für sich in Anspruch zu nehmen. Daß diese Prätention Louis Bonaparte's bei jeder neuen Aeußerung böses Blut mache, versteht sich von selbst, aber fast eben so versteht sich von selbst daß in einem gegebenen Momente die Majorität dem Präsidenten zeigen wird daß sie nicht bloß da ist um seine Wünsche entgegenzunehmen.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der Großherzog von **Sachsen-Weimar** hat dem k. preuß. Major v. Herkell das Comthurkreuz, dem k. preuß. Pr. Lieut. v. Mandelsloh das Ritterkreuz des Falkenordens verliehen. — Der König von **Sachsen**: dem k. preuß. wirkl. Leg. Rath v. Savigny, sowie dem derzeitigen k. preuß. Geschäftsträger am k. Hofe, Frhrn. v. Canitz und Dallwitz, das Comthurkreuz 1ter Cl. des k. Verdienstordens. — Der Kurfürst von **Hessen**: dem k. preuß. Gen. Lieut. v. Prittwitz das Großkreuz des kurf. Hausordens vom goldenen Löwen. — Der König von **Hannover** hat dem Leg. Secretär v. Steinberg Erlaubniß ertheilt zur Annahme des Ritterkreuzes des k. belg. Leopold-Ordens. — Der König von **Preußen** hat dem General der Cavallerie Grafen v. Brandenburg und dem General der Cavallerie v. Wrangel den Schwarzen-Adler-Orden verliehen; dem wirkl. Leg. Rath v. Savigny und dem Pr. Lieut. a. D. v. Brancke zu Frankfurt a. d. O. den Rothen-Adler-Orden 4ter Cl.; dem Major v. Boddien die Annahme des Ritterkreuzes des herzogl. braunschw. Ordens Heinrichs des Löwen gestattet; deßgleichen dem Rechnungsrath Richter das Ritterkreuz des Zähringer Löwen-Ordens.

Militärdienstnachrichten. Württemberg. Oberstlt. v. Hayn im 4. Inf. Reg. ist seinem Ansuchen gemäß in Ruhestand versetzt, mit dem Charakter als Oberst; der Oberst v. d. Osten, Commandant des 4. Inf. Reg., mit Pension in das k. Ehren-Invalidencorps aufgenommen. — **Sachsen-Weimar.** Dem Kriegsrath K. W. v. Buchwald ist die erbetene Entlassung ertheilt, mit Pension. — **K. Sachsen.** Der Hauptm. Grimmer ist zum Major befördert; dem Gen. Major v. Schulz und dem Obersten v. Oppell die nachgesuchte Entlassung mit Pension ertheilt. — **Kurhessen.** Der Oberstlt. v. Hohenfels, vom 2. Inf. Reg., und der Oberstlt Mauritius haben als Oberste mit Pension den Abschied erhalten; deßgleichen der Major v. Baumbach.

Civildienstnachrichten. Württemberg. Zu Mitgliedern des nach Art. 53 des Zehentablösungsgesetzes zu bestellenden Bauschätzungscollegiums sind Oberbaurath Etzel, Baurath Hauser, Hofbaurath Büchler und Baurath Fischer ernannt, und dem Oberbaurath Etzel ist die Direction dieses Collegiums übertragen; der Kanzleirath Brenning in Pensionsstand versetzt. — **Sachsen-Weimar.** Der Kammer-Commissionsrath Kuhn ist, um seinen früheren Geschäften bei der vormaligen Kammerverwaltung zurückgegeben werden zu können, von den Functionen bei der General-Ablösungs-Commission entbunden, an dessen Stelle aber der Oekonomie-Rath Brehme zum ökonomischen Mitgliede dieser Behörde, unter Enthebung von seinen Geschäften bei dem vormaligen Kammer-Secretariat, ernannt. — **Kurhessen.** Der vortragende Rath im Finanz-Ministerium, Geh. Ober-Fin. Rath W. Duysing, ist mit dem Titel als Geh. Reg. Rath zum vortragenden Rath im Ministerium des Innern ernannt; deßgleichen der Geh. Leg. Rath C. Fr. v. Meyer zum Geh. Justizrath und zum vortragenden Rath im Justizministerium; der Obergerichtsrath H. Kersting zum General-Staats-Procurator; der Reg. Rath v. Wintzingerode zum Leg. Rath; der Obergerichtsrath Weiß in gleicher Eigenschaft nach Fulda versetzt; dem Landrath K. W. Ph. Bockwitz zu Kassel das Prädicat „Reg. Rath" verliehen; der Geh. Fin. Rath Heer in Ruhestand versetzt; dem Fin. Rath Pfaff das Prädicat „Geh. Finanzrath" beigelegt. — **Hannover.** Ernannt sind: zum Hofrath: der Med. Rath Dr. Kaufmann in Hannover; zu Medicinalräthen: die Hofmedici Dr. Langenbeck zu Bremervörde, Dr. Heinsohn zu Freiburg, Dr. Usinger zu Nienburg, Dr. Stegemann zu Springe, Dr. Dürr in Hannover; zu Sanitätsräthen: die Landphysici Dr. Elverfeldt zu Emden, Dr. Heine zu Sulingen, Dr. Stiepel zu Lindau, Dr. Sievers zu Pattensen, Dr. Blumenthal zu Ilfeld, Dr. v. Hahn zu Lingen, Dr. Münchmeyer zu Gartow, Dr. Bitter zu Melle; der Stadtphysicus Dr. Droop zu Osnabrück und die praktischen Aerzte Dr. Droste zu Osnabrück, Dr. Mühry, Dr. Cohen und Dr. Homeyer in Hannover, Dr. Sendhr zu Celle und Dr. Bauer zu Hildesheim. — **Mecklenburg-Schwerin.** Der Geh. Kammerrath v. Plessen ist zum Geh. Rath ernannt und ihm die oberste Verwaltung der Civilliste und die Administration des Hausguts übertragen; deßgleichen dem Geh. Postrath v. Pritzbuer die Direction der Postverwaltung. — **Preußen.** Der Landrath Hiegen zu Wittlich im Reg. Bezirk Trier ist zum Reg. Rath ernannt; dem Criminalrath Zitelmann bei seiner Versetzung in Ruhestand der Charakter als Geh. Kanzleirath ertheilt; der Geh. Ober-Reg. Rath Kraußnick zum vortragenden Rath beim Handelsministerium ernannt; dem Reg. Rath Chr. v. Maaßen der Charakter als Geh. Reg. Rath verliehen.

Todesfälle. In Dresden verstarb, am 5 Nov., der k. sächs. Hauptmann Ferd. v. Wiluzki; ebendaselbst, am 17 Oct., der k. sächs. Oberstlt. a. D. N. W. v. Wolframsdorf, 78 J. a.

Werk seiner Jugend, um es zum Genuß eines neuen Geschlechts zu verjüngen. Die neue Ausgabe ist fast um die Hälfte stärker als die zwei früheren; mehrere Abschnitte sind ganz neu, die wissenschaftlichen Erläuterungen sind fast alle ergänzt oder durch neue inhaltreichere ersetzt; die den ältern unserer Zeitgenossen so werthen „Ansichten der Natur“ sind nach dem heutigen Stande des Naturwissens und nach dem Bedürfnisse der Zeit völlig umgeschmolzen. Humboldt selbst spricht es im Vorwort aus daß die Verbindung eines litterarischen und eines rein wissenschaftlichen Zwecks eigenthümliche Schwierigkeiten darbiete. Schwerlich möchte einer der jetzt Lebenden eine solche Aufgabe glücklicher lösen als der Mann bei dem sich, was so selten ist, der höchste wissenschaftliche Scharfsinn und das ausgebreitetste Wissen mit dem bedeutendsten schriftstellerischen Talent vereinigt finden. Dieses Buch ist für alle Bildungslustigen von größter Bedeutung, und wer es genossen und darüber der wirren Gegenwart Deutschlands vergessen hat, der mag Trost aus dem Gedanken schöpfen, auf welcher Höhe ein Volk stehen muß, aus dessen Geist solche Werke geboren werden.

Stuttgart und Tübingen, im September 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

(4056—58) **Bekanntmachung.**

Nachdem sich am ersten Versteigerungstermine keine Kaufsliebhaber eingefunden haben, so wird zur Versteigerung der Gantrealitäten der Garnfabrikantenswittwe Magdalena Wegelin dahier, bestehend aus dem Hause Lit. C. Nr. 231 a und b in der kurzen Schmidgasse mit Vorder-, Mittel- und Hintergebäude und ½ Tagw. Garten, eingewerthet auf 12,000 fl. und aus dem Hause Lit. C Nr. 125 auf dem Maurerberg, Schätzungswerth 5,000 fl. auf

Mittwoch den 5 Decbr.
l. J. Vormittags 9 Uhr,

in dießgerichtlichem Commissionszimmer Nr. 16 hiemit zweite Tagfahrt anberaumt.

An dem nämlichen Tage werden Nachmittags 3 Uhr im ganttirerischen Hause Lit. C. 231 a 5 Zwirnmaschinen, 1 Haspel, 1 Spinnmaschine im Gesammtwerthe von 897 fl. wegen zu geringen Erlöses bei dem ersten Verkaufe nach §. 85 der Proceßnovelle von J. 1837 einer nochmaligen Versteigerung unterworfen. Der Zuschlag sowohl dieser Gegenstände als der Realitäten wird an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen.

Augsburg, 30 Oct. 1849.
Königl. Kreis- und Stadtgericht
Der k. Director, Du Ponteil.
Vordrug.

(1232—37) **Edictalladung.**

Georg Leonhard Albrecht, geboren am 31 Januar 1779 in Neustetten, k. Landgerichts Ansbach in der bayerischen Provinz Mittelfranken, Sohn des Bauern Georg Leonhard Albrecht daselbst und dessen erster Ehefrau geb. Krauß, wurde am 2 December 1806 in das damals 14. Infanterie-Regiment zu Bayreuth eingereiht, vom 29 März 1807 an aber in demselben vermißt. Seit diesem Tage ist von seinem Leben und Aufenthalte nichts mehr bekannt geworden.

Unterm 23 Februar 1849 haben einige Verwandte des Abwesenden bei dem unterfertigten Gerichte den Antrag gestellt, daß derselbe für todt erklärt und ihnen sein väterliches dermalen in 683 fl. bestehendes Vermögen ausgehändigt werden möge.

Da nun erwähnter Albrecht bereits das 70ste Lebensjahr überschritten hat, so wird derselbe oder dessen zurückgelassene unbekannte Erben hiemit aufgefordert sich binnen 9 Monaten und spätestens

am 1 Februar 1850

bei dem k. Landgerichte persönlich oder schriftlich zu melden, widrigenfalls Albrecht für todt erklärt und sein Vermögen an die sich legitimirenden Erben ausgehändigt werden würde.

Ansbach, den 28 März 1849.
Königliches Landgericht.
D. a.
Feldbaum.

[3703—5] Nachdem bei dem königl. Appellationsgericht zu Leipzig

1) Auguste Wilhelmine Kolbe, geb. Brauer, daß ihr Ehemann, der Bürger und Victualienhändler Friedrich Wilhelm Kolbe aus Leipzig, im Juli 1848 sie verlassen habe und dem Vernehmen nach nach Amerika ausgewandert sey;
2) Clara Reitholdin, geb. Schlenk, daß ihr Ehemann, der Conditor Bernhard Reithold zu Leipzig, gegen Ende des Jahres 1848 in überschuldetem Zustande sich entfernt und muthmaßlich nach Amerika gewendet habe;
3) Carl Friedrich Huhn zu Hubertusburg, daß seine Ehefrau, Auguste Henriette Huhn, nach wiederholter Verletzung der ehelichen Treue, seit dem Jahre 1842 ihn verlassen, dem Vernehmen nach zunächst an mehreren Orten des Inlandes sich aufgehalten habe, seit dem Jahre 1844 aber gänzlich verschollen sey;
4) Christiane Juliane Erler, geb. Nögel, daß ihr Ehemann, der Schuhmachermeister Carl Gottlieb Erler, im Jahre 1847 seinen Wohnort Hähnichen verlassen, und seitdem einige Nachricht von sich nicht gegeben habe, angeführt, und auf Grund böslicher Verlassung um Einleitung des Eheprocesses; und eventuell Trennung der Ehe gebeten; auch
5) Auguste Sophie Francisca Dittmann, geb. Fuß in Grimma; ingleichen
6) Eva Rosine Steudte, geb. Wagner zu Rochlitz, unter Bezugnahme auf das Ausbleiben ihrer resp. Ehemänner in dem am 16 Mai d. J. gestandenen Verhörstermine die anderweite Vorladung derselben beantragt haben, so werden

ad 1) Friedrich Wilhelm Kolbe,
„ 2) Bernhard Reithold,
„ 3) Auguste Henriette Huhn,
„ 4) Carl Gottlieb Erler,
„ 5) Johann Baptist Dittmann,
„ 6) Carl August Steudte

und zwar erstere vier bei 5 Rthlr. Strafe, beide letztere aber unter der Verwarnung, daß sie außerdem als bösliche Verlasser angesehen und auf weitern Antrag die Ehe werde getrennt werden, hierdurch geladen,

den 19 December 1849,
Vorm. 10 Uhr,

im königlichen Appellationsgericht zu erscheinen und weiterer Verhandlung, auch nach Befinden der Publication eines Erkenntnisses, welches rücksichtlich der Ausbleibenden für publicirt zu achten, gewärtig zu seyn.

Leipzig, den 27 September 1849.
Königl. sächsisches Appellationsgericht.
Dr. Beck.
Lengnick.

(4233—35) **In Anklagesachen des Generalmajors von Cloßmann in Rastatt**
gegen
den Verleger der deutschen Reform Hof-Buchdrucker Decker in Berlin, wegen Verleumdung respect. Ehrenkränkung durch die Presse.

Nr. 18,843. Der großh. badische Generalmajor von Cloßmann hat gegen den Verleger der in Berlin erscheinenden Zeitung „Deutsche Reform“ Hof-Buchdrucker Decker in Berlin folgende Anklage erhoben: Er sey vor Ausbruch der Mai-Revolution Commandant der Bundesfestung Rastatt gewesen. Mit Bezug auf diese seine Dienstthätigkeit und Benehmen sey in Nr. 419 der Deutschen Reform vom Mittwoch den 1. August dieses Jahrs, pag. 1645, in der zweiten Spalte ein Artikel erschienen; in diesem kommen folgende Stellen vor:

„Die andauernde Nachsicht, das allseitige „Nachgeben der Behörden, hatte eine Schlaffheit über den Staatsorganismus verbreitet, ein Auseinandergehen und Lostrennen „von seinem natürlichen Mittelpunkte erzeugt, welches endlich eine allgemeine Demoralisation zur Folge hatte. Am auffallendsten tritt dieß bei der Armee hervor „u. s. w.“ Ferner: „Was soll man dazu „sagen, wenn man erfährt daß der badische „General Cloßmann, der ehemalige Commandant von Rastatt, trotz der öffentkundigen Ansichten Struve's und seines Anhanges, vier bis fünf Monate lang die „dort anwesende Frau Struve in der auffallendsten Weise protegirte u. s. w.“

Dieser Artikel enthalte eine Verleumdung und Ehrenkränkung unter erschwerenden Umständen, da die in diesem Artikel vorgetragenen Umstände sämmtlich unwahr seyen. Da nun nach Bestimmung des badischen Preßgesetzes vom 28. December 1831, Regierungsblatt 1832, §. 25 bei Ehrenkränkungen durch die Presse verübt, der Verleger einer Zeitschrift in dritter Reihe für solche zu haften habe, wenn weder der Verfasser des Artikels noch der Redacteur der Zeitschrift bekannt, und da dem Ankläger die beiden letzteren unbekannt seyen, weil sowohl der Verfasser des Artikels als auch der Redacteur nicht genannt seyen, so belange er den Verleger der genannten Zeitung, Hof-Buchdrucker Decker in Berlin. Die Competenz des Stadtamts Karlsruhe als untersuchende Behörde wird mit Hinweisung auf die Bestimmung des §. 44 des Preßgesetzes und §. 1 des provisorischen Gesetzes vom 1. August dieses Jahres begründet, wornach das forum delicti mit der Untersuchung anzugehen sey, als welches auch das Stadtamt Karlsruhe angesehen werden müsse, da das bezeichnete Exemplar der Deutschen Reform, worin der incriminirte Artikel enthalten ist, dahier ausgegeben worden sey. Hierauf wird gebeten Untersuchung zu pflegen und den Angeklagten zum Verhör vorzuladen: sodann die Acten nach geschlossener Untersuchung großh badischem Hofgericht des Mittelrheinkreises zu Bruchsal zur Fällung des Urtheils vorzulegen, an welchen Gerichtshof die Bitte gestellt wird, den Angeklagten der Verleumdung respect. Ehrenkränkung durch die Presse unter erschwerenden Umständen an dem großh. badischen Generalmajor von Cloßmann durch Verlag und Druck des Artikels der Deutschen Reform in Nr. 419 für schuldig zu erklären und deßhalb in eine 14tägige bürgerliche Gefängnißstrafe, sowie zur Tragung der Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu verurtheilen, und es habe sich der Angeklagte die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils durch Anschlag und Einrückung in ein öffentliches Blatt auf seine Kosten gefallen zu lassen. Es ergeht nun hierauf:

Beschluß.

I. Wird erkannt, es sey Untersuchung gegen Hof-Buchdrucker Decker in Berlin wegen Verleumdung und Ehrenkränkung des Angeklagten verübt durch die Presse einzuleiten.

II. Wird Tagfahrt zum Verhör des Angeklagten anberaumt auf

Freitag den 7. December d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

und derselbe unter Benachrichtigung von der Anklage zum persönlichen Erscheinen in obiger Tagfahrt hierher mit dem Bedrohen vorgeladen, daß bei seinem Ausbleiben oder verweigerter Antwort die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatsachen für zugestanden angesehen und weitere Vertheidigungsmittel nicht mehr gehört werden sollen.

Dem Angeklagten wird diese Ladung hiermit auf öffentlichem Wege bekannt gemacht, weil die betreffenden Behörden zu Berlin die Zustellung der Ladung an den Angeklagten verweigert haben.

Karlsruhe, den 11. October 1849.
Großh. badisches Stadtamt.
Schätz.

[4141] In **Baumgärtners Buchhandlung** zu **Leipzig** ist so eben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versendet worden (in **Augsburg** zu haben bei **Lampart u. Comp.**):

Dr. Caspari's
Homöopathischer Haus- und Reisearzt.
Ein unentbehrliches Hülfsbuch für jedermann,
insbesondere für alle Hausväter,

welche auf dem Lande, entfernt von ärztlicher Hülfe, wohnen, um sich dadurch ohne dieselbe in schnell entstandenen Krankheitsfällen für den ersten Augenblick selbst helfen zu können. Herausgegeben von Dr. **F. A. Hartmann.** Achte, verbesserte und vermehrte Auflage. gr. 8. brosch. Preis 24 Ngr.

(4230) In der **Weidmann**'schen Buchhandlung in **Leipzig** ist so eben erschienen:

Das erste deutsche Parlament.
Von
Heinrich Laube.
3r (letzter) Band. 8. geh. Preis 2 Rthlr.

[3907–8] Bei den Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Geschichte des schweizerischen Bundesrechtes

von den ersten ewigen Bünden bis auf die Gegenwart.

Von

Dr. J. C. Bluntschli,

Professor des deutschen Rechtes in München.

Erster Band.

Geschichtliche Abtheilung.

8. brosch. 4 Thlr. oder 6 fl. 57 kr.

Der zweite, das „Urkundenbuch" enthaltende Band wird binnen kurzem erscheinen.

Meyer u. Zeller in Zürich.

---

(318) **Vasari Leben der Maler nunmehr complet.**

In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Leben der ausgezeichnetsten Maler, Bildhauer und Baumeister,

von Cimabue bis zum Jahr 1567,

beschrieben von **Giorgio Vasari**, Maler und Baumeister.

Aus dem Italienischen.

Mit einer Bearbeitung sämmtlicher Anmerkungen der frühern Herausgeber, sowie mit eigenen Berichtigungen und Nachweisungen begleitet von Ernst Förster.

Sechster Band. Mit 6 lithographirten Bildnissen.

gr. 8. broschirt. Preis 4 fl. 30 kr. oder 2 Rthlr. 20 Ngr.

Seitdem in Deutschland ein erneutes Interesse für die bildende Kunst und ihre Geschichte erwacht ist, hat man vielfältig das Bedürfniß gefühlt und den Wunsch ausgesprochen die Lebensbeschreibungen der Künstler, durch deren Aufzeichnung der aretinische Maler Vasari noch unter dem Schutze des glorreichen Hauses Medici den Grund zu der gesammten neuern Kunstgeschichte gelegt hat, ins Deutsche übersetzt und nach dem Stand unserer jetzigen Kenntnisse berichtigt und vervollständigt zu sehen. Wir freuen uns daher dem deutschen Publicum mit dieser Uebersetzung ein Werk vorlegen zu können welches Ton und Inhalt des Originals mit eben so viel Treue als Leichtigkeit wiedergibt. Die Herausgeber, welche die von Vasari geschilderten Kunstwerke größtentheils aus eigener Ansicht und Untersuchung kennen, und in den verschiedensten Theilen der gesammten Kunstgeschichte einheimisch sind, haben diese Uebersetzung mit allen wünschenswerthen Nachträgen und Berichtigungen ausgestattet, so daß, wer nun in Italien eine neue Ausgabe des Vasari veranstalten will, die deutsche Uebersetzung wird zu Hülfe nehmen müssen.

Mit obigem Bande ist dieses ausgezeichnete Werk vollendet und kann nunmehr complet um den Preis von 30 fl. oder 17 Rthlr. 20 Ngr. durch alle Buchhandlungen bezogen werden.

Stuttgart und Tübingen, October 1849. J. G. Cotta'scher Verlag.

[4119] Im Verlag von Carl Heyder in Erlangen ist eben erschienen:

Die allgemeine Geschichte

für Schule und Haus.

von Hofrath Dr. **Carl Wilhelm Böttiger,**

Prof. der Geschichte und Litteratur zu Erlangen.

Elfte verb. und verm. Aufl. Preis 8 gGr. oder 36 kr.

„Da es zu Zeiten darauf ankommen kann, sich für seine Wissenschaft auch Schüler von unten herauf zu ziehen, so wird dieses Werkchen, vielleicht das inhaltreichste und wohlfeilste in seiner Art, hoffentlich seinen Zweck erreichen. Doch nicht bloß der Schule, auch dem Hause und seinen Kreisen ist es bestimmt, und hofft selbst Erwachsenen einigen Beifall, so wie billigen Recensenten das Urtheil abzugewinnen daß es, mit Fleiß und Liebe gearbeitet, seinem Zwecke entspreche. Den ersten Anfängern läßt sich daraus die Geschichte mit Hülfe des chronologischen Index erzählen. Höhern Classen, bis zur Universität hin, dient es auch zum Selbstunterricht. — Die neueste Geschichte ist bis 1848 kurz fortgesetzt worden."

Aus der Vorrede.

[4101] Preis-Ermäßigung

Cornelius, P. v., Darstellungen aus dem Lied der Nibelungen, gestochen von *G. Lips* und *H. Ritter*, 7 Bl. Imp. Folio. *herabges. Preis 12 Thlr.* (sonst 30 Thlr.); *das Titelblatt appart 4 Thlr.* (Sonst 10 Thlr.)

Verlag von **D. Reimer in Berlin**: zu beziehen durch alle Buch- und Kunsthandlungen.

[4146] Stuttgart. Bei J. Rommelsbacher ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Das Geheimniß der Bosheit

und seine Enthüllung für unsere Zeit.

4 Bogen, gr. 8. brosch. Preis 20 kr. oder 6 Ngr.

Der Verfasser betrachtet die politischen und gesellschaftlichen Zustände unserer Zeit vom biblischen Standpunkte aus. Seine Betrachtungsweise führte ihn zu Resultaten, welche von allgemeinem großen Interesse sind, daher auch diese Schrift mit gutem Grund jedermann empfohlen werden kann.

[4174] Im Commissions-Verlage von Carl Heymann in Berlin ist so eben erschienen und in allen soliden Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu haben:

Die Branntweinbrennerei aus Kartoffeln u. Getreide in ihrer höchsten Vervollkommnung. Herausgegeben von Dr. **W. Keller,** Apotheker 1ster Classe, Vorsteher des landwirthschaftlich-technischen Instituts zu Waltersdorf bei Cöpnick unweit Berlin, und Besitzer einer Kartoffelbrennerei. 2ter Band, durch Zeichnungen erläutert. br. Preis 3 Thlr. oder 5 fl. 24 kr.

Die allgemeine rühmliche Anerkennung welche dem ersten Bande (Preis gleichfalls 3 Thlr.) zu Theil wurde, so wie der begründete, europäische Ruf den sich der Verfasser seit einer langen Reihe von Jahren erworben, verbürgen es daß der 2te Band dieses Werkes den Fortschritt der Neuzeit auf diesem Gebiete in gleicher Weise bewährt. Es ist der gegenwärtige Standpunkt des Brennereigewerbes durch die mitgetheilten, erprobten Erfindungen und Verbesserungen allseitig und erschöpfend nachgewiesen, und der Weg dadurch angebahnt um die Branntweinbrennerei mit dem möglich größten Vortheil betreiben zu können, so daß das Werk darauf Anspruch machen darf unter allen über diesen Gegenstand erschienenen Schriften den ersten Platz einzunehmen.

[4204] Bei A. Büchting in Nordhausen erschien soeben und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Lebensfragen der evangelischen Kirche, im Zusammenhange betrachtet von **C. Fr. Chr. Schüler.** 8 geheftet. Preis $22\frac{1}{2}$ Sgr.

[4203] Im Verlag der Unterzeichneten sind so eben erschienen:

Goethe's Briefe

an

Leipziger Freunde.

Herausgegeben von **Otto Jahn.**

Mit den Bildnissen von Anna Catharina Schönkopf, Friederike Oeser und Cornelie Goethe.

Geheftet. Preis 2 Thaler.

Leipzig, den 8. November 1849.

Breitkopf und Härtel.

[4224] Es erschien so eben und ist durch alle Buchhandlungen zu haben:

Grundriß

der höhern Analysis

von

Dr. H. Burhenne.

gr. 8. 1849. J. C. Krieger'sche Buchhandlung in Kassel, brosch. 1 Rthlr. 10 Sgr.

(4183) **Verkrümmungen.**

Bei C. Gerold u. Sohn in Wien ist erschienen:

Die Behandlung und Heilung der Contracturen im Knie- und Hüftgelenke, nach einer neuen Methode von Dr. Friedrich Lorinser, Primar-Wundarzt im Bezirkskrankenhause Wieden in Wien. Wien 1849, mit 4 Tafeln. Preis 1 fl. C.-M. oder 20 Ngr.

Die Verkrümmungen der Gliedmaßen sind zu häufig, und der Erfolg dieser neuen Behandlungsweise zu glänzend, als daß dieselbe nicht das höchste Interesse der Aerzte und Kranken erregen sollte.

[4200] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die

reinste Quelle jugendlicher Freuden,

oder

300 Spiele zur Ausbildung des Geistes, Kräftigung des Körpers und zur gesellschaftlichen Erheiterung im Freien wie im Zimmer

von

Prof. Dr. J. A. L. Werner.

Mit vielen Abbild. auf 8 Steindrucktafeln.

12. cart. 1 Thlr. 10 Ngr.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fusse od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Mittwoch | Nr. 325. | 21 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Staat und Stadt Frankfurt); München (Verhandlungen der zweiten Kammer über die verhafteten Abgeordneten, über die Bedingungen einer Neuwahl und über das Jagdgesetz. Der Ausschußbericht für eine erweiterte Amnestie); Württemberg (Wahrung des ständischen Ausschusses gegen die Fassung des Beschlusses der Regierung in Betreff des Eides. Die Gefangenen in Baden); Gotha (Protest des Prinzen Albert gegen den Domänenbeschluß. Ministerkrisis); Braunschweig (Modification des Ministeriums); Berlin (ein bisher unbekanntes Rothschild'sches Anlehen. Das preußische Ministerium und der Verwaltungsrath des engern Bundes gegen die hannöverisch-sächsische Erklärung. Die zweite Kammer über die Schulen. Das Wahlgesetz für den Reichstag vollendet. **Einstimmiger Beschluß des Verwaltungsraths des engern Bundes für Vornahme der Reichstagswahlen am 31 Jan. und für alsbaldige Berufung des Parlaments**); Wien (die Zollvorschläge und die Industriellen. Postbeschleunigung in Dalmatien. Der Schmuggel an den böhmischen Gränzen. Die trigonometrische Vermessung Ungarns. Des Kaisers Reise nach Prag).

Großbritannien. Die Feier des Bettags. Sir H. Bulwer. Canada. W. Etty †.

Frankreich. Dreißig Nachwahlen in Aussicht. Guizot. Hébert. Die Amnestirungen und das Deportationsgesetz. Zwei Niederlagen der persönlichen Regierung in der Nationalversammlung. Die Studiencertificate abgeschafft. Geschenk einer Gobelintapete nach England. Eine Oberpolizeidirection errichtet. Der Constitutionnel für L. Bonaparte gewonnen. Marseille (der Papst); Straßburg.

Belgien. Brüssel (der Senat vertagt sich wieder. Der Herzog und die Herzogin von Nemours nach London).

Italien. Neapel (fortdauernde Verhaftungen); Florenz (Amnestie in Aussicht).

Schweiz. Bern (der Münzgesetzentwurf).

Türkei. Die Uebersiedlung der Flüchtlinge nach Schumla. Wiederholung des Gerüchts daß England mit einer Besetzung Aegyptens umgehe.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 17; Wien 18; Frankfurt 19; Augsburg 20 Nov.

Deutschland.

÷ **Frankfurt a. M.,** 17 Nov. **Jacta alea est** war noch vor kurzem der stereotype Eingang der meisten Zeitungsberichte, und in keinem Jahr wurden so viel Würfel geworfen als in dem wo die deutsche Reichsversammlung alle Hazardspiele verbot. Wie aber unsere ganze Geschichte, so ist auch die Tragweite dieses Kernspruchs eingeschrumpft, und ich möchte sagen spießbürgerlicher geworden. So mag er denn heute einen Bericht einleiten, der nicht Europa, nicht Deutschland, sondern nur — den Staat Frankfurt zum Gegenstand hat. Dieser Staat nämlich über welchen die Gelehrten streiten ob er eben erst zur Welt kommen soll (die Congreßacte spricht bekanntlich nur von der **ville de Francfort et son territoire**) oder ob sein Ursprung in die Nacht der Zeiten zurückgeht, dieser Staat und seine Doppelgängerin — die Stadt Frankfurt, liegen sich stark in den Haaren, und gestern Abend haben sie sich gegenseitig feierlich den Krieg erklärt. Das verhält sich nämlich wie folgt. Wir haben schon früher in diesen Blättern von unserm Gemeindewesen gesprochen. Die Stadt und die dazu gehörigen 7 Dörfer sollen nach der neuen Verfassung, deren zweite Lesung künftige Woche beendet seyn wird, in ihrer Gesammtheit den Staat Frankfurt bilden, dessen Regierung und Verwaltung unabhängig von der Verwaltung der politischen Gemeinde Frankfurt und der der 7 Dorfschaften ist, welche ebenfalls besondere Gemeinden bilden. Was nun Staats-, was Stadteigenthum bleiben wird, dürfte ziemlich schwer zu ermitteln werden. Nun entbrannte gestern Abend in unserer Constituante die Schlacht über die Bestimmung des Einführungsgesetzes, nach welcher „die städtischen Gemeindegüter bis zur Ausscheidung derselben aus dem bis jetzt ungetrennten Stadt- und Staatsvermögen von den Staatsbehörden unter Vorbehalt der Verrechnung der Einnahmen und Ausgaben fortverwaltet werden.“ Die rechte Seite der Versammlung sah hierin eine Spoliation, eine vorläufige Besitzentäußerung der realen Stadt für den idealistischen Staat. Nun hat aber die Stadt, einschließlich der Gehalte ihrer Beamten, etwa 300,000 fl. jährlicher Ausgaben, die ihr jetzt schon definitiv zugewiesenen städtischen Gemeindegüter werden ungefähr 168,000 fl. ertragen. Woher soll sie, fragen die Herren, unter ihnen sämmtliche Senatoren welche Mitglieder der Constituante sind, dieses Deficit ergänzen? Soll sie bei ihrem Milchbruder, dem Staate, borgen, nachdem dieser kaum das Licht der Welt erblickt? Und wird dieser Staat der mit seinem neuen Beamtenheer gar vielen Staat zu machen hat, ihr borgen können wenn er auch wollen sollte? Ist es endlich bei den jetzigen ungeordneten allgemeinen Verhältnissen Deutschlands nicht viel klüger die Güter vorläufig der Gemeinde zu überlassen, deren Besitz bei allenfallsiger Mediatisirung unangefochten bleiben müßte, als dem Staat den sich irgendeine deutsche Regierung vielleicht gar einmal, zu Gunsten der deutschen Einheit, zu Gemüthe führen könnte? Aber wer ist denn jetzt im Besitz, hieß es von der linken Seite. Das ist ja eben der Staat, der wie die Gottheit überall unter Euch war, wenn Ihr ihn auch bis jetzt nicht recht gesehen habt. Der Staat ist das höhere — der Begriff, während Eure Stadt nur ein Concretum, niedrigerer Art ist. Auch wird der Staat die Stadt nicht hungern lassen, er wird ihr mittheilen, oder sie wird sich nehmen von seinem Ueberfluß. Bei der namentlichen Abstimmung wurde ein Verbesserungsvorschlag Jucho's, nach welchem die Stadt vorläufig im Besitz der streitigen Güter bleiben sollte, mit 74 gegen 27 Stimmen und 5 suspendirte abgelehnt, aber ausgesprochen daß hingegen „der Staat“ die Zinszahlung der Frankfurter Obligationen zu übernehmen habe. Aber nun trat die rechte Seite mit einer Protestation auf worin sie der Versammlung die Competenz zu dieser Entscheidung absprach, welche „ihres Erachtens rechtswidrig“ sey und die nachtheiligsten (hörten wir recht, so hieß es gar unheilvollsten) Folgen für die Stadt haben müsse. Diese Erklärung, welcher sich die sämmtlichen constituirenden Senatoren angeschlossen hatten, machte große Sensation. Mehrere wollten darin die Vorbereitung zu weiterem Einschreiten des Senats, nach dem Vorgange Hamburgs, sehen, und nur nach heißem Kampfe wurde endlich zugegeben daß diese Verwahrung in das Protokoll aufgenommen werde. Doch ging die Debatte hierauf weiter fort, und die linke Seite gab sogar im Verlaufe derselben nach, daß die Pensionen der untauglich gewordenen Mitglieder des Senats nicht nach den für die Staatsdiener gültigen Normen bestimmt, sondern auch nach zehnjähriger Amtsführung den vollen Betrag des Gehalts ausmachen sollen. Indeß wird künftige Woche die Constituante mit dem Verfassungswerk und allen seinen Annexen zu Ende kommen, es hätten hierauf die Staatsangehörigen darüber abzustimmen und sie nach Stimmenmehrheit anzunehmen oder zu verwerfen. Wird nun der Senat diese Abstimmung recht bald und ohne Schwierigkeiten anberaumen? Oder wird er sich auf jene Protestation stützen um zuvor noch neue Unterhandlungen mit der Constituante einzuleiten, welche am Ende zu keinem Ende führen würden? Die Zeit wird nun über diese wie über die größeren Fragen, welche die Constituirung unseres Vaterlandes und in unserm Vaterland betreffen, Aufschluß geben. Mittlerweile plänkeln die Localblätter fort für und gegen die Verfassung. Das sogenannte „conservative“ Blatt scheint sich in der letzten Zeit nach dem Muster der Berliner Kreuzzeitung bilden zu wollen. Neulich warf es der neuen Verfassung vor den Sonntag zum allgemeinen Ruhetag erklärt zu haben. Das wäre, meinte es, der alte Sabbath, während der Sonntag als Auferstehungstag Jesu eine ganz andere Bedeutung habe; daß nach den Grundrechten keine Staatskirche mehr besteht, geht diese Leute natürlich ebensowenig an als daß der Sonntag nach Concilbeschluß und selbst nach der Benennung der strengsten christlichen Kirchen allerdings der, der Auferstehung wegen, verlegte Sabbath ist. Sie finden dabei Gelegenheit weidlich auf die Leute zu schimpfen, bei dem Janhagel einige Abonnenten zu gewinnen, und wenn sie dadurch die zahlreichen, conservativ gesinnten

Leute abhalten gegen die neue Constitution zu stimmen, was liegt ihnen daran? Sie wollen sie ja nicht gesetzmäßig abgelehnt, sondern durch einen Staatsstreich entfernt haben.

Bayern. — **München,** 19 Nov. Dreiundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer. Die Eidesleistung des vor wenigen Tagen der Untersuchungshaft entlassenen Abg. Reinhardt eröffnet die Sitzung, welcher die Minister Kleinschrod, Ringelmann und Zwehl beiwohnen, während die Zuhörerräume, wie seit Beendigung der deutschen Frage gewöhnlich, nur äußerst mäßig besetzt sind. Der Protokollverlesung folgt dann der Vortrag des ersten Secretärs Nar über das Gesuch des Abg. Meyer aus Ottobeuern: „die Kammer wolle in zuständiger Weise auf baldige Vervollständigung der Kammer durch Ermöglichung des Eintritts der verhafteten Abgeordneten hinwirken und in specie durch förmlichen Beschluß die gerechte Erwartung aussprechen daß die zur Zeit bestehenden Hindernisse seines Eintritts in die Kammer durch eine baldige Entscheidung des Richters gehoben werden.“ Die Kammer hatte bekanntlich durch ihre Beschlüsse vom 19 Sept. und 6 Oct. auf zwei frühere ähnliche Gesuche Meyers, soweit sie auf ein selbständiges Einschreiten der Kammern zur Anordnung der Entlassung gerichtet waren, abschläglich beschieden, jedoch den Wunsch einer möglichsten Beschleunigung und raschen Durchführung der Untersuchung gegen ihn ausgesprochen. Auf Grund des Beschlusses vom 19 Sept. und des darin ausgedrückten Wunsches — beantragt nun der Bericht — möge die Kammer die gerechte Erwartung aussprechen daß jene Gerichte bei welchen zur Zeit Untersuchungen gegen verhaftete Abgeordnete anhängig sind, im Interesse der Vervollständigung der Kammer diese Untersuchungen mit möglichster Beschleunigung zu Ende führen werden. Abg. Fürst Wallerstein, welcher das Meyer'sche Gesuch dem Präsidium überreicht hat, ergreift zuerst das Wort um zu erwähnen wie seine und seiner Freunde schon bei den frühern Berathungen dieser Gesuche dargelegten Ansichten über die Pflicht der Kammer zur Wahrung ihrer Integrität jetzt auch durch den Beschluß der hochconservativen ersten Kammer Preußens zur Einberufung des verhafteten Abg. Temme eine neue Unterstützung gefunden haben. Hier habe sich indessen die Majorität anders ausgesprochen. Er und seine Freunde hätten sich dieser Mehrheit unterworfen, wie auch die Bitte des Abg. Meyer dieselbe ehre. Er könne also in dieser Consequenz nur den vom ersten Secretär gestellten Antrag unterstützen. Hierzu fügt der Redner noch eine längere Ausführung über die Trostlosigkeit des Princips, wonach das königl. Appellgericht zu Neuburg unter Aufhebung des Erkenntnisses des Stadt- und Landgerichts Augsburg zur Einstellung der Untersuchung und Haftentlassung Meyers, auf Antrag des Staatsanwalts den Beschluß faßte die eingeleitete Voruntersuchung gegen Hrn. Meyer mit fortdauernder Verhaftung und „mit Rücksichtnahme auf die allenfallsigen Ergebnisse in den damit im Zusammenhange stehenden Untersuchungen“ fortzusetzen. Diese für jedermann schmerzliche Entscheidung werde die Bitte um Beschleunigung des Processes gegen Hrn. Meyer unwirksam machen, da ja nach dem hier festgestellten Princip der vorausgesetzten Connexität jeder Einzelproceß als Theil eines Monstreprocesses festgehalten werden solle. Trotzdem bitte er um Annahme des Antrags des ersten Secretärs, da dieser soweit gehe als nach dem Beschlusse der Mehrheit vom 19 Sept. möglich sey, obgleich er nebst seinen Freunden dessen Ansichten nicht theile. Der Abg. Reinhardt versichert in den Eingangsworten seiner Rede daß, obgleich die Kerkerhaft worin er sich ungerechter Weise befunden, einen Theil seiner Körperkräfte aufgezehrt habe, er dennoch nicht aufhören werde für die Freiheit zu kämpfen. So müsse er jetzt auch Meyers Gesuch unterstützen. Indessen werde der Wunsch der Kammer um Beschleunigung der Untersuchung nur ein theoretisches Eingehen auf jenes Gesuch seyn; denn man komme von Seite der Gerichte solchem Wunsche nicht nach. Dieß zu beweisen verliest er ein Schreiben welches er unterm 13 Nov. an das Ministerium richtete, und worin er an seinen eigenen Erlebnissen darlegt, wie weder sein eigener Wunsch nach Beschleunigung, noch der frühere Kammerbeschluß in dieser Richtung eine Nachachtung gefunden habe. Da er dieß Schreiben am 15 Nov. dem Stadtgericht zu Augsburg zur Beförderung übergeben, so habe dasselbe die gute Wirkung gehabt daß er noch selben Tages freigelassen worden sey. Thatsache scheine es zu seyn, daß man keine wirklichen Beweise einer Verbindung in Schwaben und Franken zum Umsturz der Verfassung in Händen habe, sondern nur Tendenzprocesse wolle. Die Frage, ob die Regierung zur Aufstellung von Ausnahmsgerichten befugt gewesen sey, wird verneinend von ihm beantwortet. Dagegen glaubt der Redner daß die massenhaften Verhaftungen nur einer Art Rache gegen mißliebige Personen dienen sollen u. s. w. Endlich schließt er sich dem Fürsten Wallerstein an. Damit ist die Discussion geschlossen, und während der Referent auf ein Schlußwort verzichtet, glaubt der Justizminister besonders dagegen die Untersuchungsbehörden verwahren zu müssen als ob durch sie die Untersuchung verzögert worden sey. Der Abg. Meyer habe in seinem Gesuch ausdrücklich anerkannt daß dieß nicht geschah. Indessen wolle er dem Aussprechen eines Wunsches der Kammer nach Beschleunigung der Untersuchung nicht entgegenstehen. Da Fürst Wallerstein in seiner Rede beiläufig auf einen von ihm zu erwartenden Antrag auf Revision und Ergänzung des Gesetzes vom 10 Nov. 1848 über die Abänderungen des zweiten Theils des Strafgesetzbuches von 1813 hingedeutet hatte, setzt jetzt der Minister dieser Aeußerung die Erklärung entgegen daß die Regierung selbst eine Vorlage in dieser Beziehung einzubringen gedenke. Nach dieser Erklärung wird der Antrag des ersten Secretärs einstimmig angenommen.

Der andere Vortrag des Hrn. Nar gilt der Legitimation des Abgeordneten für Hengersberg, Fruth. Derselbe ist zum Landrichter befördert worden, mußte sich also nach Art. 29 des Wahlgesetzes einer Neuwahl unterwerfen. Der Befehl welcher diese Neuwahl in Hengersberg anordnete, lautete dahin daß die Wähler sich zu versammeln und über die Frage abzustimmen hätten, ob der Abg. Fruth ungeachtet seiner Beförderung, die Stelle eines Deputirten noch fortbekleiden solle? Von 158 Wählern waren 122 dafür, 36 dagegen gewesen. Diese Wahl war nun angegriffen worden. Es handelt sich also, wie jüngst um die Auslegung des §. 26, 2ter Abschn. der Geschäftsordnung, so heute um §. 29 des Wahlgesetzes und vorzugsweise dessen zweiten Satz. *) Der Vortrag selbst gesteht zu daß zwei Deutungen möglich: die eine wonach den Wählern freisteht den früheren Abgeordneten oder einen beliebigen dritten zu wählen; die andere wonach nur der bisherige Abgeordnete sich der Wahl zu unterwerfen hat, die Wahlmänner also bloß zu erklären haben ob sie ihn wieder wählen, oder statt seiner den bereits vorhandenen Ersatzmann einrücken lassen wollen. Nach dieser letzten Interpretation, welcher der Vortrag aus innern und äußern Gründen beistimmen zu müssen glaubt, sey die Regierung verfahren, daher der Beschluß zu beantragen: „daß die gegen die Legitimation des Abg. Fruth erhobenen Bedenken für beseitigt zu erachten und dessen Wiedereintritt in die Kammer nicht zu beanstanden sey.“ Dennoch fand der Referent sich bewogen den Wunsch auszusprechen daß, um nicht immer von neuem Interpretationszweifeln über diesen Abschnitt des Wahlgesetzes ausgesetzt zu seyn, der dritte mit dem ersten Ausschuß „Vorschläge zur Abänderung oder Interpretation des §. 29 des Wahlgesetzes in kürzester Frist an die hohe Kammer zu bringen“ aufgefordert werde. Die Discussion ist ziemlich lang, wenngleich nicht besonders lebhaft, da sie sich fast nur auf dem Felde juristischer Exegese bewegt. Abg. Schellhorn entwickelt die Gründe des Referats weiter, um dessen Antrag zu unterstützen, Abg. Morgenstern führt die Debatte theils auf den principiellen, theils auf den juristischen Standpunkt über. Er behandelt vornehmlich vier Fragen: 1) Entspricht die Wahl dem Abschn. 29, Absatz 2? 2) Welche Stellung hat die Regierung zu der Wahl eingenommen? 3) Ist die Wahl rite vorgenommen worden? 4) Welches ist die Pflicht der Kammer? Die längern Erörterungen übergehend, führen wir als Endresultat nur an daß nach des Redners Ansicht die Auffassung des fraglichen Gesetzabschnittes durch die Regierung, wie sie der Referent angenommen habe, eine falsche ist und vielmehr eine ganz freie Neuwahl hätte stattfinden müssen. Die Regierung habe ganz einfach die Wahl anordnen müssen und hätte höchstens vorher dem Wahlausschuß noch ihre unmaßgebliche Auffassung der betreffenden Gesetzesstelle mittheilen können. Dieß habe sie nicht gethan, sondern vielmehr einen directen Einfluß auf die Wahl geübt, welchen die Kammer nicht zugestehen dürfe. Er stelle also den Antrag: 1) die Wahl für nichtig zu erklären, 2) die Regierung um Anordnung einer Neuwahl in Hegnersberg zu ersuchen. Auch der Abg. Kirchgeßner beleuchtet den fraglichen Gesetzabschnitt ziemlich aus demselben Gesichtspunkt, findet überdieß schließlich daß die bejahende Beantwortung der den Wählern vorgelegten Frage keine wirkliche Wiederwahl Fruth's gewesen sey. Er sowie der Abg. Narr schließen sich dem Morgenstern'schen Antrag an, besonders hebt letzterer hervor wie das Gesetz so klar spreche daß eine authentische Interpretation durchaus unnöthig erscheine. Nachdem der Abg. Lang vom juristischen Standpunkt aus den Anträgen des Referenten das Wort geredet, sucht der Abg. Ruland dieselben vom historisch-pragmatischen Standpunkt aus als Mitglied der Kammersession 1847/48 rechtfertigen zu müssen, indem er nachweist daß, als die Kammer den Stockinger'schen Antrag zu dem fraglichen im Entwurf nicht vorhandenen Zwischensatz zum Beschluß erhob, in ihrer Mehrheit die Absicht gehabt

*) Der fragliche Artikel lautet: Art. 29. Jeder Abgeordnete kann mit Zustimmung der Kammer aus derselben treten. Wer ein Staatsamt, eine Beförderung oder eine Hofcharge annimmt, muß sich einer neuen Wahl unterziehen. Die außerdem während der Dauer der Wahlperiode in Erledigung kommenden Stellen von Abgeordneten werden aus den treffenden Ersatzmännern und nöthigenfalls durch Zwischenwahlen ergänzt, zu welchen die noch vorhandenen Wahlmänner des Bezirks einzuberufen sind.

habe nur den betreffenden Abgeordneten einer Neuwahl zu unterwerfen, durch welche zu constatiren sey ob dieser noch das Vertrauen seiner Wähler besitze oder an seiner Stelle der schon gewählte Ersatzmann eintreten solle. Abg. Morgenstern findet sich indessen durch seine Gegner keineswegs widerlegt, und geht nun vorzugsweise darauf ein wie der unsichere Ausdruck der betreffenden Gesetzesstelle, deren Bestimmung aus andern Wahlgesetzen in das bayerische übertragen sey, durch das in andern Staaten nicht vorhandene Institut der Wahlmänner bedingt werde. Man habe auf diese Frage ob nicht der Ersatzmann eintrete, hinweisen, und bezeichnen wollen daß zwar in andern Fällen dieser Modus, im vorliegenden des Eintrittes oder der Beförderung eines Abgeordneten im Staatsdienst eine vollkommene Neuwahl stattfinden müsse. Abg. Arnheim kann die Frage nicht als eine principielle, sondern nur als juristische Interpretationsfrage auffassen, ist daher wie gegen die Kirchgeßner'sche so auch gegen die Morgenstern'sche Darstellung. Anderwärts wo das Ersatzmännerinstitut nicht vorhanden ist, sey eine freie Neuwahl natürlich, hier aber könne sie gar nicht stattfinden, ihre Forderung erscheine exorbitant, er müsse sich daher für den Antrag des Referenten erklären. In gleichem Sinn äußern sich auch die Abgg. Boos, Wolffsteiner, v. Gesler, und Abg. Forndran findet besonders darin einen Beweisgrund für die Ansicht des Referenten daß dieser zweite Abschnitt des Art. 29 zwischen dem ersten und dritten stehe, welche der Ersatzmänner ausdrücklich erwähnen, also deren Heranziehung auch nothwendig da voraussetzen wo der fragliche Abgeordnete nicht wieder gewählt wird, oder die Wahl ausschlägt. Dagegen erklärt der Abg. Jordan, namentlich der Ruland'schen Interpretation entgegen daß bei der Einbringung dieses Antrags durch Stockinger auf jenem Landtag, dessen Mitglied auch er gewesen, sowohl von diesem als seinen politischen Freunden die Ueberzeugung vorherrschend gewesen daß in dem damit vorgesehenen Falle stets eine ganz freie Neuwahl stattfinden müsse. Abg. Boyé erweist auch noch weiter aus dem Zusammenhang der vorhergehenden und folgenden Artikel des Gesetzes, wie nur eine freie Neuwahl im bezeichneten Fall gemeint seyn könne, und die Regierung durch ihre Anordnung eine formelle Verletzung des Gesetzes begangen habe, dessen Sinn so klar sey daß eine authentische Interpretation ganz überflüssig erscheine, wenn man es in seinem ganzen Zusammenhang auffasse. Gegen diese Erörterungen hält die Schlußrede des Referenten die Ausführungen des Berichtes fest, und beharrt demzufolge natürlich auch auf den gestellten Anträgen. Minister Ringelmann vertheidigt schließlich das, wie er glaubt, nach dem Wortlaut und Geist des Gesetzes gerechtfertigte Verfahren der Regierung. Indem er sich dabei überhaupt über das Ersatzmännerinstitut verbreitet, gelangt er zu der Folgerung wie hier zunächst die Wiederwahl nur des betreffenden Abgeordneten in Frage kommen könne, wenn diese nicht erfolge, aber der Ersatzmann eintreten müsse, da ein besonderer Fall für eine absolute Neuwahl gar nicht bedingend gegeben sey. Walte übrigens in der Kammer ein Zweifel über die Interpretation, so könne dieser bei der Revision der Verfassung berücksichtigt werden, obschon seines Erachtens kaum ein Zweifel möglich sey. Die Abstimmung ergibt die Uebereinstimmung der Mehrheit mit dem Antrag des Referenten, nachdem der Morgenstern'sche Antrag verworfen worden ist. Auch wird dem Wunsche auf authentische Interpretation der betreffenden Gesetzesstelle eine zustimmende Mehrheit zu Theil, gegen welche sich nur die Vertreter der politischen Extreme der Versammlung erheben. Der vorgerückten Zeit wegen schlägt der Präsident als Sitzungsschluß nur noch die Anhörung der Berichte über den Gesetzentwurf betreffs der Entscheidung über Recurse in Ewiggeldsachen der Stadt München, sowie über den Gesetzentwurf zu einer neuen Geschäftsordnung vor. Allein auch der letztgenannte Vortrag muß unterbleiben, da unterdessen die Versammlung sich außerordentlich gelichtet hat.

|| **München,** 20 Nov. Nachdem in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer Adv. Burkhart über die Entwerfung der neuen Geschäftsordnung Bericht erstattet hatte, begann die Berathung des Gesetzes über Ausübung der Jagd. Die allgemeine Discussion gab ein ziemlich getreues, wenn auch nicht erfreuliches, Bild wie die vormärzlichen Jagdzustände häufig sehr betrübenden Gefährdungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit Platz machten; doch läßt die heutige Verhandlung so wenig wie frühere Zeitungsnachrichten einen Zweifel darüber daß diese Mißstände in Altbayern am stärksten walten. So erwähnt Prof. Knollmüller der durch die neue Jagdfreiheit überhandnehmenden Unsittlichkeit und zahlreichen Unglücksfälle, und gelangt zu dem Wunsche daß das Jagen am Sonntag verboten werde. Fürst Wallerstein läßt zwar der englischen Sonntagsfeier ihre Vorzüge, verweist aber andererseits auf die in Altbayern eingetretene Wiederbelebung der abgeschafften Feiertage, mit welchen im Jahre 100 Arbeitstage verloren gehen. Entschiedene Anfechtungen erlitt der Entwurf, weil er ein zu großes Maß zusammenhängenden Grundbesitzes — 300 Tagwerk in der Ebene, 600 im Hochgebirge — zum Rechte der eigenen Jagdausübung fordere, weil der Preis der Jagdkarten mit 8 bis 10 fl. zu hoch sey u. s. w. Die specielle Discussion bringt alle diese Fragen wieder. Heute gedieh sie nur bis zur Annahme des etwas modificirten Eingangs des Gesetzes und des Art. 1, lautend: Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagd auf fremdem Grund und Boden bleibt aufgehoben und darf nicht wieder als Grundgerechtigkeit bestellt werden. Vor den letzten beiden Worten ward auf Antrag Wallersteins eingeschaltet: „aus irgendeinem Rechtstitel." Aus dem Votum des Abg. Reinhardt entnimmt man daß damit insbesondere verhütet werden soll daß nicht das reservirte Hofjagdrecht, auf welches die Krone eben durch das Gesetz verzichten will, factisch durch Pacht auf ewige Zeiten oder dgl. wiederkehre. Da zum folgenden §. 2 bereits vier Modificationen und zwei Zusätze angekündet sind, so schließt der Präsident die Sitzung Mittags 1½ Uhr und beraumt ihre Fortsetzung auf heute Abend an. Die darüber etwas mürrisch scheinende Kammer beruhigt sich bei der Bemerkung des Grafen Hegnenberg daß die Berathung über die Geschäftsordnung und der Bericht über das Amnestiegesetz für morgen die Zeit in Anspruch nehme.

|| **München,** 20 Nov. Ich beeile mich Ihnen aus dem morgen von dem Abg. Prinz zu erstattenden Vortrag über das Amnestiegesetz so viel mitzutheilen daß der Ausschuß — und ihm ist die Kammermajorität sicher — eine Erweiterung des Gesetzes in der Art beantragt daß auch die Subalternofficiere der Volkswehr, welche nicht selbständige Corps formirten oder befehligten, die gewählten Stabsofficiere derselben und die Officiere der Studentenlegion in die Amnestie aufgenommen, und die Gemeindebeamten, öffentlichen Lehrer, Staatsbeamte, Anwälte, Notare und Geistliche nicht principiell von derselben ausgeschlossen seyn sollen. Ebenso will der Ausschuß auch jene der Amnestie theilhaftig wissen, welche in öffentlicher Rede oder in Druckschriften zu einer als Staatsverrath ersten oder zweiten Grades strafbaren Handlung aufgefordert, oder solche Druckschriften in staatsverrätherischer Absicht verbreitet haben. Um im Interesse der Betheiligten nicht das ganze Gesetz in Frage zu stellen, sollen diese Abänderungen im Wege des Antrags, nicht der Modification zum Beschluß erhoben, und dem der Zusatz beigefügt werden: „Die königl. Regierung wird ermächtigt, in Fällen wo Personen oder Kategorien die durch vorstehendes Gesetz von der Amnestie ausgeschlossen sind, aus besondern Gründen derselben würdig erscheinen, die Niederschlagung der Untersuchung ohne Zustimmung der Kammern zu verordnen."

Württemberg. **Stuttgart,** 19 Nov. Der ständische größere Ausschuß hat heute nachstehende, auf die Grundlage der Vorträge zweier Berichterstatter (Rödinger und Holzinger) den 17 d. mit sechs (Holzinger, Frhr. v. Hofer, Adam, Wiest, Sautter, Dörtenbach) gegen drei (Rödinger, Stockmayer, Kuhn) Stimmen (Veiel krank, Fürst Zeil abwesend) beschlossene Eingabe an die königl. Staatsregierung genehmigt und an den Ort ihrer Bestimmung abgehen lassen: „Ew. k. Maj. erlauben wir uns unterthänigst vorzutragen daß wir in unsrer heutigen Sitzung die königl. Verordnung vom 12 d., betreffend die derzeitige Festsetzung einer Eidesformel für die zur Revision der Verfassung gewählten Volksvertreter, geprüft haben. Wenn wir auch unter den gegebenen Umständen — trotz vielfach geäußerter Bedenken — gegen diese Verordnung keine Einsprache erheben, so gibt die Ziffer 2 der Motive zu derselben, welche ausspricht „daß die deutsche Reichsverfassung nicht zu Stande gekommen, weil solche zwischen den deutschen Regierungen und dem Volke noch nicht abgeschlossen sey", der Ansicht Raum daß hierdurch das Vereinbarungsprincip geltend gemacht werden wolle, welches die Regierung Ew. k. Maj. und die Stände niemals anerkannt, indem diese vielmehr in Uebereinstimmung mit jener wiederholt ausgesprochen haben daß die deutsche Nationalversammlung das allein berechtigte Organ zu Errichtung des deutschen Verfassungswerks sey. Um nun jedes Mißverständniß zu beseitigen, bitten wir Ew. k. Maj. unterthänigst: noch vor Eröffnung der Ständeversammlung eine beruhigende Erklärung darüber zu ertheilen daß durch die erlassene Verordnung die Anerkennung der Reichsverfassung, insbesondere auch des ganzen sechsten Abschnitts derselben, welcher die Grundrechte des deutschen Volks enthält, nicht habe in Frage gestellt werden wollen. In tiefster Ehrfurcht beharret Ew. k. Maj. unterthänigst treugehorsamster ständischer Ausschuß: Das Präsidium." (Württ. Z.)

Stimmt die demnächst zusammentretende verfassungrevidirende Versammlung den Grundsätzen obiger Eingabe bei, so wird dieß wahrscheinlich Anlaß zu ihrer Auflösung und Anordnung neuer Wahlen geben. Bei dem berührten Stimmenverhältniß im Ausschuß ist zu bemerken daß die Minorität der radicalen Partei angehört, welche gegen die Aenderung des Eides überhaupt Protest einlegen wollte.

Der Schwäb. Merkur meldet aus „vollkommen sicherer Quelle" daß die Auslieferung sämmtlicher württembergischen Staatsangehörigen, welche wegen Betheiligung an den Aufständen in Baden und der Pfalz

noch nicht abgeurtheilt sind, und sofort ihre Stellung vor die württembergischen Gerichte in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Mittlerweile haben in der letzten Zeit wieder mehrere sich selbst befreit, unter andern Bruckmann aus Heilbronn, der glücklich nach der Schweiz entronnen ist.

Thüringen. **Gotha,** 12 Nov. Prinz Albert, der Gemahl der Königin von England, hat als nächster Agnat des herzoglichen Hauses — er ist bekanntlich der Bruder unsers Herzogs — beim hiesigen Justizcollegium, der obersten Gerichtsbehörde unsers Landes, Klage gegen einen Beschluß der gegenwärtig vertagten Abgeordnetenversammlung erhoben. Dieser Beschluß lautete nämlich bei Feststellung der Civilliste für den Herzog dahin daß alle Domänen die bisher im Interesse des fürstlichen Hauses verwaltet wurden, Staatseigenthum seyn sollten. In Folge eines auf eine alte Urkunde gestützten Erwerbtitels protestirte damals schon der Herzog gegen diesen Beschluß, und Prinz Albert, der bei der Kinderlosigkeit des fürstlichen Paares seine Rechte an den beanspruchten Domänen gefährdet sieht, hat jetzt durch den früheren Minister v. Lepel den Klagweg gegen jenes Conclusum einschlagen lassen. Das Publicum ist auf den Ausgang dieses interessanten Processes sehr gespannt, da die Durchführung der klägerischen Ansprüche das Landesvermögen nicht unbedeutend kürzen würde. Hr. v. Seebach hat, wie man jetzt vernimmt, ebenfalls wie Hr. v. Carlowitz, das ihm zugedachte Portefeuille abgelehnt, Hr. v. Stein aber verlangt seinen Abschied. Die Differenz zwischen Stein und dem Herzog hat auch in jener Domänenfrage ihren Grund, da v. Stein die Ansprüche und Proteste des Herzogs gegenüber den Beschlüssen der hiesigen Abgeordneten nicht energisch genug durchgeführt haben sollte (Fr. O.-P.-A.-Ztg.)

H. Braunschweig. °° **Braunschweig,** 16 Nov. Unser seit dem im vorigen Jahr geschehenen Rücktritt der Staatsminister Grafen v. Veltheim und Schulz nur aus zwei Mitgliedern für die Civilverwaltung, dem Staatsminister v. Schleinitz und dem Geheimenrath v. Geyso bestehendes Staatsministerium hat eine Ergänzung erhalten, indem der Oberlandesgerichtsrath Langerfeldt in Wolfenbüttel, gewesener Abgeordneter zur Nationalversammlung, ein ausgezeichneter Jurist und höchst talentvoller Mann in besten Jahren, von gemäßigt freisinniger politischer Gesinnung, zum Geheimenrath und stimmführenden Mitglied des Staatsministeriums ernannt ist.

Preußen. 4 **Berlin,** 17 Nov. Gestern ist in einer Sitzung des gesammten Ministeriums die Antwort berathen worden die Hannover und Sachsen auf ihre neueste Erklärung ertheilt werden soll. Man hört daß sie sehr energisch ausfallen wird. Die Sache soll außerdem vor das Bundesschiedsgericht in Erfurt gebracht werden. Das Wahlgesetz für das deutsche Parlament, welches neuerdings noch eine kleine Abänderung hinsichtlich der protokollarischen Abstimmung erfahren hat, wornach diese nicht vereinzelt vor sich gehen soll, ist nun so weit vorgerückt daß es nur noch der Genehmigung des Königs bedarf. Im Verlauf der künftigen Woche soll es publicirt werden. Die neuerdings von der Kölnischen Zeitung gegebene Nachricht von einer Spaltung des Ministeriums wegen einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem König und dem Minister des Innern ist nach dem Ausspruch unterrichteter Männer ganz in das Reich der Fabeln zu verweisen. Seit einigen Tagen circuliren hier seltsame Gerüchte. Am meisten Glauben hat dasjenige gefunden daß Berlin wieder in Belagerungszustand erklärt werden soll. Wie ich höre ist aber davon nur so viel begründet daß man die Zahl der Streitkräfte in und um Berlin zu vermehren beabsichtigt. Der Grund soll seyn daß das Ministerium des Innern in den Besitz sicherer Nachrichten aus dem Hauptquartier der Demokratie gelangt sey, nach welchen dieselbe an dem Tag der Aburtheilung über Waldeck einen bewaffneten Aufstand versuchen wolle. Die Sammelplätze der Partei, sowie die Namen der dießmaligen Führer sollen zur Kenntniß der Behörden gebracht worden seyn, und zwar durch einen der frühern Hauptführer der Partei. Die hiesige Garnison soll bereits seit drei Tagen mit scharfen Patronen versehen seyn. Ich kann nicht glauben daß sie in den Fall kommen wird von denselben Gebrauch zu machen.

8 **Berlin,** 16 Nov. In der zweiten Kammer wurde heute die allgemeine Discussion der Verfassungsbestimmungen über die Schule (Art. 17 bis 23) eröffnet. Außer den Anträgen der Commission wurden dazu zwölf Amendements verlesen und unterstützt. Der Cultusminister bemerkt, er habe die besondern Gesetze über das Unterrichtswesen noch nicht vorlegen können, weil zu ihrer völligen Ausarbeitung die Verfassung festgestellt seyn müsse. Indessen seyen die Lehrer der Elementarschulen, der Seminarien, der Gymnasien und der Universitäten gehört; der Entwurf über die Elementarschulen sey vollendet, die übrigen Entwürfe vorbereitet. Aenderungen seyen hauptsächlich nur bei den Elementarschulen nöthig. Der Abg. Reichensperger spricht für das Princip seiner Verbesserungsvorschläge. Er sagt: „Der Staat hat gemeint die Schule noch ferner als Domäne behandeln zu können. Dem muß man entgegentreten. Der Staat soll dafür sorgen daß seine Bürger für das praktische Leben ausgebildet werden. Nachdem aber die bürgerlichen Rechte für unabhängig vom religiösen Bekenntniß erklärt sind — könnte er da noch auf die religiöse Erziehung Einfluß üben? Eben dieser Einfluß hat zu den größten Conflicten geführt. Mit der Schule sollte eine Zwischenstellung zwischen Staat und Kirche gewonnen werden; aber nur die Gemeinde kann hier die Vermittlung zwischen Staat und Kirche übernehmen. Ich bin für Freigebung des Unterrichts. In Folge der freien Concurrenz ist in Holland von 1830 bis 1842 die Zahl der Schulen um mehr als 90 Proc. gewachsen. Der Staat kann keine absoluten Forderungen in Hinsicht der Berechtigung zum Unterrichtertheilen aufstellen, weil dieß der in Art. 11 ausgesprochenen Religionsfreiheit entgegen seyn würde." Der Minister der geistlichen Angelegenheiten erklärt hierauf, er müsse das Urtheil des Redners über das preußische Schulwesen mit Entschiedenheit zurückweisen. Wo Europa gesprochen, könne das Ministerium schweigen. Er selbst habe bei den Elementarschulen Schwächen zugegeben; aber die Quellen seyen erkannt, und man werde sie zu verstopfen wissen. Der Staat räume die Nothwendigkeit einer religiösen Erziehung ein; er würde seinen Hauptzweck verfehlen, wollte er den Religionsunterricht in den Schulen eingehen lassen. Aber er müsse, wenn er der Kirche den Religionsunterricht überlasse, die Leitung des Schulwesens in den Händen behalten. Die Regierung werde in zweckmäßiger Vereinigung die Organe der Kirche benutzen, aber als Ausfluß der Rechte des Staats, nicht der Kirche. (Bravo.) Der Abg. Stiehl beginnt und schließt seine Rede mit den Worten: „Wer die Schule hat, hat die Zukunft." Er weist nach was in Preußen von Friedrich Wilhelm I an für Verbesserung der Schulen geschehen, und fragt: ob die Schulen die unter der unmittelbaren Leitung Roms gestanden, bessere Früchte getragen hätten als die preußischen! Er sieht in der Intelligenz und im Glauben die Hauptpfeiler des preußischen Staats. Beide könnten zuweilen von der rechten Bahn abirren; sie würden sich aber immer wieder zurechtfinden. Der Redner stimmt den Anträgen der Commission bei, weil sie dem Volke die Bildung garantiren, die Existenz der Lehrer sichern und sie zu dem Range der Staatsdiener erheben. Die unentgeltliche Ertheilung des Unterrichts sey keineswegs bloß eine Errungenschaft der Revolution, sondern eine moralische, eine politische und sociale Nothwendigkeit. Den Kindern der Proletarier müsse die nöthige Erziehung zu Theil werden. In der Denkschrift der Bischöfe werde der ganze Unterricht für die Kirche in Anspruch genommen. Allein die Zeiten wo dieß möglich gewesen, seyen vorüber. Den Confessionen sey ein Antheil an der Aufsicht über die Schulen gewährt, und das sey genug. Dem Christenthum werde der Staat selbst die gebührende Einwirkung sichern. Der Abg. Osterrath weist nach was die Kirche für die Schule gethan. Er erinnert an die Klagen die über die Schullehrerseminarien des Staats laut geworden sind, und ist der Ansicht daß dem Artikel über Religionsfreiheit nur confessionelle Schulen entsprechen. Nach persönlichen Bemerkungen des Grafen Schwerin und des Abg. Stiehl über ihren Antheil an den Schulartikeln des vorjährigen preußischen Verfassungsentwurfs wird die Verhandlung auf Montag den 19 vertagt. Die erste Kammer erledigte heute die letzten Paragraphen des Jagdpolizeigesetzes und verhandelte dann über Petitionen.

⁝ **Berlin,** 16 Nov. In der Sitzung des Verwaltungsraths vom 6 d. M. hatte der Vorsitzende Hr. v. Bodelschwingh im Namen seiner Regierung die ersten hannoverisch-sächsischen Noten übergeben, welche den Statuten des Vertrags vom 26 Mai zuwider von jenen beiden Staaten nicht unmittelbar an den Verwaltungsrath gerichtet worden waren. Er hatte dabei seine Ansicht dahin ausgesprochen daß jene Noten von der preußischen Regierung unmittelbar hätten zurückgewiesen werden müssen. Dieser Ansicht trat der Verwaltungsrath vollkommen bei und richtete, indem er die betreffenden Noten selbst ganz unberücksichtigt ließ, ein Schreiben in jenem Sinn an die preußische Regierung, in welchem er darauf aufmerksam machte daß das Verfahren Hannovers und Sachsens dem §. 2 des Vertrages offen zuwiderlaufe. Derselbe lautet nämlich: „Ueberdieß liegt den Mitgliedern des Verwaltungsraths ob alle Communicationen zwischen der Krone Preußen und ihren resp. Regierungen über die Angelegenheiten welche mit dem gegenwärtigen Bündniß zusammenhängen, zu vermitteln." Dieses Schreiben gelangte fast gleichzeitig mit den neuen hannoverisch-sächsischen Noten vom 1 und 4 Nov. an das preußische Cabinet, welches sich mit der Ansicht des Verwaltungsraths vollkommen einverstanden erklärte und in der Sitzung vom 12 Nov. durch Hrn. v. Bodelschwingh bei Notificirung der letzterwähnten Eingänge eröffnen ließ: wie es dieselben mit einer letzten Beleuchtung versehen, dem Verwaltungsrath nur zu dem Behufe überreichen werde daß sie als Material für die Commission dienen welche der Verwaltungsrath zur Berathung der Veränderungsvorschläge im Entwurf niedergesetzt hat. Weitere vertragswidrige Eingänge seitens der hannoverischen und sächsischen Regierung würden

kurzweg zurückgewiesen werden. Die von dem preußischen Gesammtministerium beschlossene beleuchtende Abfertigung der beregten Noten Hannovers und Sachsens enthält zugleich die scharf präcisirte Ansicht Preußens: daß der Bund mit seinen Zwecken und Pflichten zwar bestehe, die frühere Verfassung desselben aber und das aus derselben hergeleitete Bundesrecht als nicht mehr vorhanden zu betrachten sey.

Im Deutschen Volkswirth liest man: „In Preußen hat man die sonderbare Entdeckung gemacht daß die Regierung unlängst eine Anleihe ganz im Stillen contrahirt hat. Die Ostsee-Zeitung erwähnt darüber: Das Finanzministerium führt nämlich in der den Kammern vorgelegten Denkschrift bei der Verwendung der Eisenbahn-Fonds folgende Position auf: II. Unkosten die durch die Rothschild'sche Anleihe entstanden sind. a) Provision, sonstige Kosten bei der Aufnahme rc. 23,876 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf.; b) Zinsen 179,166 Thlr. 20 Sgr.; c) Porto und Transportkosten für Zahlungen in Frankfurt a. M. 2728 Thlr. 18 Sgr. 10 Pf.; d) an der vorletzten Sendung nach Frankfurt durch Postüberfall auf nassauischem Gebiete geraubt 2515 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.; zusammen 208,287 Thlr. 18 Sgr. Wer hat bisher ein Wort von dieser Anleihe gewußt die Preußen bei dem Hause Rothschild in den letzten Jahren gemacht hatte? Auf Grund welchen Gesetzes hat ein preußischer Finanzminister diese Anleihe aufnehmen können? Auf alle diese Fragen kann uns niemand Antwort geben, und die großen Financiers der zweiten Kammer hielten es nicht der Mühe werth auch nur mit einem Worte darauf einzugehen, denn der Commissionsbericht ignorirt diesen Passus gänzlich."

Ueber dieses Rothschild'sche Anlehen, dessen Erwähnung so großes Aufsehen erregt hat, heißt es in der Const. Ztg.: „Der Eisenbahnfond ward im Jahr 1842 zum Betrag von 6 Mill. Thalern constituirt und in Staatsschuldscheinen überwiesen. Zur Zeit als von dem Fonds Gebrauch gemacht werden sollte, ging der Curs der Staatsschuldscheine unter pari; man hoffte eine baldige Besserung desselben und wollte den durch einen unzeitigen Verkauf entstehenden Verlust vermeiden. Man hielt daher die Staatspapiere in deposito und lieh die erforderlichen Geldmittel bei Rothschild an. Später ward — nachdem die Hoffnung sich durch die ungünstigen Zeitumstände nicht realisirt hatte — der Verkauf der Papiere bewirkt und die Anleihe getilgt. Die ganze Operation hat vor mehreren Jahren stattgefunden. Die Rothschild'sche Anleihe war zu 5 Proc. verzinslich. Von dem Zinsenbetrag der in Ausgabe aufgeführt steht, müssen die Zinsen der durch die Anleihe conservirten Staatsschuldscheine, welche zu 3½ Proc. in Einnahme sich vorfinden, in Abzug gestellt werden, so daß der Zinsenverlust, einschließlich der Kosten und Provision, nicht voll 2 Proc. betragen hat." Die Const. Ztg. fügt dieser Mittheilung hinzu: „Eine nähere Prüfung dieser Verhältnisse lag außer dem Geschäftsbereich der Eisenbahncommission, welche nur den Bestand des Eisenbahnfonds, nicht aber dessen frühere Verwaltung und am wenigsten die zu der Zeit in welcher Preußen noch kein Verfassungsstaat war, vorgenommenen Operationen zu prüfen und ihren Beschlußnahmen zum Grunde zu legen hatte."

Auf die jüngsten hannoverischen und sächsischen Erklärungen über das Bündniß vom 26 Mai hat, wie schon erwähnt, der preußische Bevollmächtigte in der Verwaltungsrathssitzung vom 17 Nov. eine Erwiederung zu Protokoll gegeben, die der „Preuß. Staatsanz." mittheilt. „Die preußische Regierung wird und muß die Auffassung festhalten daß die Bildung eines engern Bundesstaats, innerhalb der Staaten des deutschen Bundes von 1815 (so heißt es in dem fünf Spalten langen Document), nicht zwar als die letzte Entwickelung, wohl aber als der reelle Anfang der nothwendigen Neugestaltung der deutschen Staatsverhältnisse betrachtet werden muß, und daß dieser Anfang zu ergreifen ist sobald sich das größere Ziel der vollständigen Reconstruction des ganzen Deutschlands als zunächst unerreichbar darstellt. Die preußische Regierung hat stets anerkannt daß der deutsche Bund von 1815 in seinen Gliedern, Zwecken, gegenseitigen Rechten und Pflichten fortbesteht, daß aber die Organisation, die er sich zur Erreichung seiner Zwecke gegeben hatte, durch die rechtlichen Thatsachen von 1848 aufgehoben ist. Die Aufgabe an die Stelle dieser aufgehobenen Verfassung für alle deutschen Bundesstaaten eine andere, bessere, allseitig anerkannte wieder einzuführen ist noch zu lösen. Die preußische Regierung wird nicht ermüden der Lösung auch dieser Aufgabe ihre Mitwirkung zuzuwenden; aber, indem sie dieß thut, wird sie zugleich jedem Versuch entgegentreten der dahin abzielen könnte die Bildung des deutschen Bundesstaats von dem Ausgang der auf Reconstruction des weitern Bundes gerichteten Bestrebungen abhängig zu machen. Der deutsche Bundesstaat ist (kein Provisorium, sondern) als solcher definitiv, sobald er die Zustimmung der Volksrepräsentanten aus den Staaten erlangt hat deren Regierungen sich auf Grund des Vertrages vom 26 Mai d. J. verbündeten. Der steigende Umfang des definitiven Bundesstaates, woran die k. preußische Regierung zu glauben fortfährt, kann und wird den Charakter desselben als einer definitiven Staatsform nicht mehr ändern." — Das sind die politischen Hauptsätze der Erwiederung, welche im übrigen der bekannten Auffassung der sächsischen und hannoverischen Regierung hauptsächlich mit staatsrechtlichen Deductionen entgegentritt.

⁝ **Berlin,** 17 Nov. So eben (10 Uhr Abends) hat in einer außerordentlichen Plenarsitzung der deutsche Verwaltungsrath den einstimmigen Beschluß gefaßt: 1) die Wahlen zum deutschen Parlament finden in sämmtlichen verbündeten Staaten am 31 Januar statt; 2) das Parlament tritt alsbald in Erfurt zusammen. Der Augenblick des Beschlusses soll ein höchst feierlicher gewesen seyn, und auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck zurückgelassen haben. Es fehlten bei diesem Beschluß nur die Bevollmächtigten von Sachsen, Hannover und Mecklenburg-Strelitz.

Oesterreich. ch **Wien,** 17 Nov. Die bekannten Vorschläge der Wiener Ztg. haben unter den österreichischen Gewerbtreibenden eine nach den verschiedensten Richtungen hin auslaufende Bewegung hervorgerufen. Denn während im übrigen Deutschland unter den Industriellen, mit Ausnahme jener Partei die ihr Organ in dem Vereinsblatt zum Schutz vaterländischer Arbeit unter Dr. Toegels Leitung sich gebildet hat, noch vielfache Lauheit herrscht, weil sie entweder an die Realisirung jener Pläne nicht glauben, oder der gute alte Schlendrian des täglichen Lebens durch eine Fürsorge für die weitere Zukunft zu unangenehm berührt wird, wissen die Oesterreicher in größerer Nähe das unmittelbar Eingreifende der ministeriellen Pläne in ihre Interessen desto besser zu würdigen, und suchen ihre Wünsche auf jede Weise zur Geltung zu bringen. Im Anfang hatte man geglaubt daß ein gewerblicher Congreß die gesammte Angelegenheit neben dem Ministerium in die Hand nehmen werde; aber man ist höheren Orts auf diese Ansicht mit Recht nicht eingegangen. Ebensowenig wie eine constituirende Versammlung jemals im Stande ist einen neuen politischen Zustand zu begründen und zu organisiren, ebensowenig vermag ein industrielles Parlament mit allen seinen sich widersprechenden Meinungen und Bestrebungen eine tüchtige Form für eine ökonomische Schöpfung zu liefern, wie sie in Aussicht gestellt ist. Liegen bereits einer Nationalversammlung bestimmte Ansätze unter, ist schon eine Constitution vorhanden welche nur in einzelnen Punkten abgeändert werden soll, so läßt sich darüber mit einer Corporation von einigen hundert Menschen verhandeln, und Verneinung gegen Verneinung aufheben; haben wir bereits ein in allen Einzelheiten ausgeprägtes und ins Leben eingeführtes Zollsystem, so kann, falls es in seinen Paragraphen den Wünschen der Nation nicht entspricht, sie durch ihre legale Vertretung dieselben zur Anerkennung zu bringen suchen, wie in England durch das Parlament so mancher Zollsatz erniedrigt, erhöht oder ganz abgeschafft worden ist. Aber ein Gesetzbuch, eine neue Tarifrolle können immer nur wenige ausarbeiten, und zur Durchführung der österreichischen Handelspläne wird ein Zwang verschiedenen Hartköpfen gegenüber vorderhand gar nicht am unrechten Platz seyn. Daß später die ökonomischen Interessen der Legislation des Reichstags nicht entzogen werden dürfen, versteht sich von selbst; es ist aber ebenso viel gefördert wie unthunlich wenn die Producenten jetzt allein ihre Stimmen glauben erschallen lassen zu müssen, da ja die Consumenten, die jedenfalls in einem solchen Parlament nicht vertreten wären, doch ebenso gut ein Wort mit darein zu reden haben. Und was versteht, so frage ich weiter, in einer derartigen beirathenden Vereinigung der Hochofenbesitzer von Kattundruckerei oder der Baumwollenweber vom Schiffsbau, und doch würde ja ein jeder über alle Fragen mit abstimmen müssen. Außerdem haben die Pläne des Ministeriums auch einen tiefen politischen Inhalt, und dieser würde sicher von den Gewerblichen, wo jeder nur seinen eigenen Vortheil vertritt und vertreten muß, nicht berücksichtigt, wenn es überhaupt gerathen wäre ihn vor aller Welt bloßzulegen. Die vom Ministerium niedergesetzte Commission, aus deren Schooß die Tarifrolle im Entwurf hervorgehen soll, ist gewiß unter den jetzigen Verhältnissen die geeignetste Behörde; sie selbst sucht ja nach besten Kräften das Wohl des Landes zu fördern, und Presse wie Adressen und Deputationen bilden, solange der Reichstag noch nicht zusammenberufen ist, die constitutionellen Wege, um dem vollendeten Entwurf die verschiedenen Wünsche entgegenzusetzen. Daß die Industriellen in Oesterreich sich überhaupt regen, begrüßen wir als Zeichen des lebendigen Zeitbewußtseyns mit großer Freude; mögen sie für ihr Interesse mit allen gesetzlichen Mitteln so scharf als möglich kämpfen; nur durch die sich paralysirenden Negationen baut sich endlich die Position in resultirender Linie auf. In Prag hat z. B. auf Antrag des Hrn. Baumwollspinnfabricanten Franz Richter die Generaldirection des böhmischen Gewerbvereins ein Comité ernannt welches den Gang der Zolltarifrevision, soweit derselbe durch die öffentlichen Blätter verlautet, ununterbrochen zu

verfolgen und die zur Wahrung der Interessen der böhmischen Industrie in dieser Beziehung nöthigen Schritte der Generaldirection vorzuschlagen hat. Das Comité besteht aus den Hrn. F. Richter, J. B. Batka, Em. Zdekauer, Edler v. Portheim und J. B. Riedl. Die Presse hat ihre Spalten den verschiedenen Industriellen zur Benutzung geöffnet, ohne dabei die auf solche Weise von ihr veröffentlichten Ansichten zu vertreten. Der Lloyd, die Pesther Ztg. und vor allen die Austria gehen den Fragen frisch zu Leibe; sollte es so nicht möglich seyn, bei dem allgemeinen Zutrauen welches man in die Einsicht des Handelsministers setzt, daß kein einziger begründeter Moment unberücksichtigt bliebe?

Der Oesterr. Correspondent schreibt heute: „Das Handelsministerium spannt immer mehr und mehr die Verkehrsnetze über das ganze Reich aus, und verbindet auf eine zweckmäßigere Weise die Orte an der äußersten Gränze der Monarchie mit dem Mittelpunkte der Verwaltung. Mit 16 Dec. 1849 haben alle in Dalmatien bestehenden Postverbindungen, mit Ausnahme jener zwischen Zara und Agram, dann der Verbindungen mittelst Dampfschifffahrt aufzuhören. Dagegen werden vom gleichen Tag an neue Reitpostcurse längs der türkischen Gränze über St. Roch, Knin und Sign in Wirksamkeit treten. Die übrigen Orte werden durch Botenposten verbunden. Hiedurch wird die bisherige, wöchentlich dreimalige Correspondenzgelegenheit Dalmatiens mit den übrigen Kronländern sowohl als auch der wichtigsten Orte dieser Provinz unter einander auf eine wöchentlich fünfmalige vermehrt, und durch die Benützung der längs der türkischen Gränze laufenden Straße zur Postbeförderung die Correspondenz zwischen den südlich und östlich von Zara gelegenen Postorten mit den übrigen Kronländern um 24 Stunden beschleunigt. Der schlechte Zustand der Straße macht für jetzt die Einführung der Fahrpost in Dalmatien noch nicht möglich; es wird jedoch auf deren möglichst baldige Einführung besonderer Bedacht genommen werden."

Aus Reichenberg wird dem „Const. Bl. a. B.," als Beleg wie systematisch dermalen der Schmuggel von Transitogütern an unseren Gränzen getrieben wird, folgendes berichtet: „Die Transitoladung wird auf den sächsischen oder preußischen Zollamtspackhöfen auf österr. Drittelzentner in sogenannte „Hocken" oder andere tragbare Emballage umgepackt, wieder geladen, mit Sonnenuntergang bis an den österreichischen Markstein, ungefähr hundert Schritt vom österreichischen Ansageposten escortirt, dann aber, indem sich der jenseitige Convoi entfernt, diesseits aber noch kein Zollwächter für gut findet zu erscheinen, ganz in der Stille im Dunkel der inzwischen hereingebrochenen Nacht abgeladen und von der bereit stehenden Schmugglerbande in Empfang genommen, um eben so still und anstandslos an den Ort der Bestimmung gebracht zu werden."

Die Auslagen welche die bevorstehende trigonometrische Vermessung Ungarns verursacht, sind auf 9 Mill. Gulden veranschlagt.

△ Wien, 18 Nov. Der Kaiser geht heute nach Prag um in der böhmischen Hauptstadt einige Tage zu verweilen. Es sind nun etwa zwei Jahre seitdem er in Begleitung seines Erziehers die alte Moldaustadt besuchte, wo er die Tschechen, durch die Fertigkeit mit welcher er einer Deputation böhmisch antwortete, ganz entzückte. Als er das böhmische Theater besuchte, war des Jubelns kein Ende. Wie haben sich seitdem die Ansprüche der Völker gesteigert! Die Vorbereitungen jedoch, welche seit längerer Zeit schon in Prag zu seinem Empfang getroffen werden, deuten auf einen glänzenden Empfang.

Großbritannien.

London, 16 Nov.

Der gestrige Bettag wegen Aufhörens der Cholera ward in ganz London sehr feierlich begangen, alle Geschäfte ruhten, und die Kirchen waren gedrängt besetzt; dasselbe wird in den Provinzen der Fall gewesen seyn. Die Times lobt es daß die Prediger, vom Bischof von London und dem Dechant von Westminster (Dr Buckland, dem berühmten Naturforscher) abwärts, ihre Predigten, gemäß der Vorschrift des Erzbischofs, nicht bloß im dogmatischen Sinne gehalten, sondern ihnen eine praktische Richtung gegeben, indem sie ihre Zuhörer, sowie zur Sorge für die Reinheit der Seele, also auch zur Sorge für die Reinlichkeit der Leiber und der Häuser ermahnt, und namentlich den Reichen an das Herz gelegt dahin zu wirken daß die Armenquartiere der Stadt besser gesäubert und gelüftet werden. Ein solches Thema, bemerkt die Times, sey auch gar nicht unpassend für den Predigtstuhl, da ja auch das dritte Buch Mose bis ins einzelste gehende göttliche Vorschriften über Körperpflege und Reinlichkeit enthalte.

Die amtliche Gazette ernennt R. Kerr Esq., bisherigen Consul auf Cypern, zum Generalconsul für alle türkischen Inseln des Archipelagus.

Die Londoner Blätter geben eine Lebewohl-Adresse Kossuths an Ungarn. Sie ist in seinem bekannten sehr rhetorischen Styl gehalten, und sagt: die ungarische Sache sey nicht durch feindliche Heere besiegt, sondern durch den Verrath eines seiner Söhne zu Grunde gerichtet worden.

(Daily News.) Unsre Berichte aus Canada reichen bis zum 27 Oct. Die verschiedenen Departements waren bereits im Umzuge von Montreal nach Toronto, als dem neuen Regierungssitze, begriffen. Die Versammlung des Vollziehungsraths, in welchem diese Maßregel beschlossen wurde, war zu Drummondville, einem Dorfe bei Niagara, gehalten worden. Nur sechs Minister waren gegenwärtig, und von diesen stimmten zwei für Toronto, zwei für Kingston, zwei für Montreal, Lord Elgin gab durch sein Entscheidungsvotum den Ausschlag für Toronto. Se. Exc. soll dabei geltend gemacht haben: Lady Elgin sey, nach der schnöden Behandlung die sowohl sie als ihr Gemahl in Montreal erlitten, entschlossen diesen Ort nicht wieder zu betreten. Drei Minister aus Nieder-Canada, die HH. Viger, Baché und Leslie, haben ihre Entlassung genommen, und nicht weniger als 18 französische Mitglieder der Legislatur sollen zur Opposition übergetreten seyn. Uebrigens scheint die Agitation für den Anschluß an die Vereinigten Staaten geringen Fortgang zu machen; ein Versuch ein Meeting zu diesem Zweck in Quebec zu Stande zu bringen schlug fehl. Das Gerücht geht: Toronto sey nur zeitweilig zum Regierungssitz gewählt, und nach Ablauf des jetzigen Parlamentstermins, d. h. nach anderthalb Jahren, solle Quebec die Hauptstadt von Canada werden.

: London, 17 Nov. Erst vorgestern hat sich Sir Henry Bulwer, der neue Gesandte bei den Vereinigten Staaten, in Portsmouth an Bord der „Hecate" nach seiner Bestimmung eingeschifft. — Der Maler William Etty, welchen die Engländer ihren besten beizählen — Daily News vergleicht ihn mit Rubens! — ist in seiner Vaterstadt York gestorben.

Frankreich.

Paris, 17 Nov.

Der Moniteur enthält ein Decret des Präsidenten der Republik vom 16, welches auf Vorschlag des Unterrichtsministers bestimmt daß von diesem Tag an für die Aspiranten des litterarischen Baccalaureats kein Studiencertificat mehr verlangt werden soll. Die entgegenstehenden königl. Verordnungen und ministeriellen Beschlüsse sind aufgehoben. Damit ist ein Hauptwunsch der klerikalen Partei in der Unterrichtsfrage erfüllt.

Hr. Guizot ist mit seiner Familie nach Paris zurückgekehrt.

Der ehemalige Siegelbewahrer, Hr. Hebert, ist in Rouen wieder zur Advocatur zurückgekehrt.

Der Präsident L. Bonaparte hat Hrn. Arsène Houssaye zum Commissär-Administrator der französischen Komödie ernannt. — Von dem französischen Gesandten in London liest man folgendes Schreiben an den Schriftführer des neuen Armee- und Marine-Clubs: „Hertford-House, 5 Nov. Mein Herr! Der Prinz Ludwig Nap. Bonaparte, Präsident der französischen Republik, hat mich beauftragt Sie in Kenntniß zu setzen von seiner Absicht dem neuen Armee- und Marine-Club eine Gobelintapete zu verehren. Der Präsident der Republik gibt sich der Hoffnung hin daß die HH. Mitglieder des Clubs sie gern annehmen werden als ein Zeugniß der herrlichen Erinnerungen die er von seinem Aufenthalt in England bewahrt hat, und der schätzbaren Verhältnisse die er das Vergnügen hatte mit mehreren Officieren des Heers und der Flotte von Großbritannien zu unterhalten. Sie können diese Tapete abholen lassen bei den HH. Hindley und Söhnen, 134 Oxford-Street. Empfangen Sie die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. E. Drouyn de Lhuys." Ein demokratisches Blatt bemerkt hiezu: „Wir haben nichts gegen die anmuthige Art wie Hr. L. Bonaparte seine Exilschulden bezahlt. Nur wären wir begierig zu hören wer die Kosten der Erkenntlichkeit des Hrn. L. Bonaparte bestreitet; ob die Erzeugnisse der Manufactur der Gobelins zu den Hülfsquellen gehörten welche die Minister dem Präsidenten zur Verfügung stellen um sein geringes Einkommen aufzubessern?"

Die Regierung scheint die Unterstaatssecretärsstellen wieder in allen Ministerien einführen zu wollen. Der Procurator Hr. V. Foucher ist im Departement des Innern zu diesem Posten ernannt, mit welchem die allgemeine Leitung der Polizei und des Theaters verbunden ist. Also eine Art Polizeiministerium, vielleicht als Vorläufer der förmlichen Herstellung desselben, die Hr. L. Bonaparte nach seinen napoleonischen Ideen im Plan haben soll. Bei den zahlreichen Nachwahlen, die in Folge der Verurtheilungen so vieler Abgeordneten durch den Staatsgerichtshof nöthig geworden sind, dürfte die Polizei in mannichfache Thätigkeit gesetzt werden. Es sind nämlich unter den Abgeführten nach Doullens eilf Mitglieder der Nationalversammlung (Forgin-Fayolle, Pilhes, Daniel Lamaziere, Boch, Deville, Gambon, Schmitz, Commissaire, Maigne, Suchet, Vauthier), und unter den in contumaciam verurtheilten sind deren zwanzig (Ledru-Rollin, V. Considérant, Boichot, Rattier, Beyer, Pflieger, Avril, Martin Bernard, König, Rougeot, Menand, Landolphe, Hofer, Kopp, Anstett, Rolland, Cantagrel, Heitzmann, Jannot, F. Pyat). Also nicht weniger als 31 Nachwahlen. Diese werden keine geringe Aufregung

im Lande hervorrufen, und können der Regierung als Maßstab dienen für die Stärke der Parteien und die Richtung der öffentlichen Meinung. Sie sind in fünfzehn Departements, drei in Paris, vorzunehmen.

Ein Ereigniß in der Journalwelt — der Constitutionnel hat mit Thiers und dessen Freunden gebrochen, und ist für die persönliche Politik des Elysée gewonnen. Er hat bereits den bonapartischen Dienst angetreten. Er will nichts von parlamentarischer Regierung mehr, die Ministerberedsamkeit ist Luxus, und es liegt gar nichts daran daß, statt der vorragenden Staatsredner die sonst ein Cabinet zu bilden pflegten, jetzt Männer von untergeordnetem Talent darin sitzen, wenn nur Hr. L. Bonaparte nicht verdunkelt wird. Noch unverhüllter tritt dieser Fahnenwechsel in einer Polemik gegen Hrn. Dufaure hervor, dem es sehr übel genommen wird daß er das ihm zugeschriebene Vorhaben dem Präsidenten eine Civilliste von drei Millionen zu schöpfen öffentlich in Abrede stellt. Dafür wird er an die Zeit erinnert wo er mit Hrn. Passy auf eine Dotation von 500,000 Fr. für den Herzog von Nemours angetragen hatte, wohlverstanden — bemerkt das neue Hofblatt — unter einer Monarchie die 12 Mill. Civilliste, 4 Mill. Forst- und Domanialeinkünfte, 4 Mill. aus Privatvermögen, 2 Mill. Appanage für den Kronprinzen einstrich. Ist dieß klar? Im Eifer die Summe zu vergrößern wird selbst die Million Heirathsgut der Königin von Belgien unter den laufenden Einnahmen Ludwig Philipps aufgezählt.

Die Abtheilungen der Nationalversammlung hatten sich am Donnerstag versammelt um die Commission zur Begutachtung des Deportationsgesetzes zu ernennen. Die Wahl der Citadelle von Zaoudzee, bei der Insel Mayotte, wurde wegen der ungesunden beschränkten Lage von mehreren Seiten beanstandet. Der Admiral Cecile bedauert daß man nicht Salazies auf der Insel Bourbon genommen hatte. Ein anderer Admiral, Dupetit-Thouars, sprach für die Marquesas. Die Entfernung sey fast gleich: nach Nossi-Bé brauche man vierthalb Monate, nach den Marquesas vier, alle diese Inseln bieten eine gute Luft, Raum für freie Bewegung, eine Wärme von 18 bis 23° Réaumur. Hr. Em. Arago erklärte sich gegen die Erschwerung der Deportation durch Einsperrung in einer Festung. Mehrere Mitglieder, namentlich Hr. Molé, vertheidigten den Regierungsentwurf, und man glaubt daß die Mehrheit der Commission beistimmen werde. Dadurch daß das Gesetz nicht rückwirken soll, hat es indeß einen großen Theil seines Interesses verloren. Was noch von den Junius-Gefangenen von 1848 übrig ist, macht 505 Personen aus, die man jetzt leicht auf einer der Festungen im Inland unterbringen kann. Nach Angabe des Moniteur fanden sich beim Amtsantritt des Präsidenten auf den Pontons oder in den Gefängnissen 3114 zur Wegführung Verurtheilte, davon waren vom Monat Januar 1849 bis zum October 1256 in Freiheit gesetzt worden. Und vor dem letzten Begnadigungsact zählte man noch 1858 die theils in Cherbourg, theils auf Belle-Isle saßen. Da 12 durch Tod abgegangen waren, so erstreckte sich die Amnestie auf 1341. Im ganzen sind von Hrn. L. Bonaparte bis jetzt 2597 dieser Junius-Insurgenten der Gesellschaft zurückgegeben.

Der Bruch zwischen der Majorität und dem Präsidenten fängt an sichtbar zu werden. Die gestrige Sitzung war eine empfindliche Niederlage für L. Bonaparte. Zwei Minister hatten sich gegen den Ankauf des Marstalls von St. Cloud für den Staat ausgesprochen, doch wurde beschlossen den Antrag in Erwägung zu ziehen. Es ist dieß die schönste Sammlung arabischer Pferde welche Frankreich besitzt, die Geschenke Mehemed Ali's, des Imann von Maskat ꝛc. sind darunter, und man glaubt L. Bonaparte habe eine wohlfeile Erwerbung selbst beabsichtigt gehabt. Sodann wurden die von dem Bonaparteschen Anhang für den Vicepräsidenten der Republik Boulaye (de la Meurthe) geforderten Einrichtungskosten durch eine zweimalige Abstimmung verweigert. Dieß ist ein Schlag den man dem Präsidenten der Republik versetzt auf die Wange des Hrn. Boulaye, sagt die „Presse,“ deutlicher gesprochen: es ist ein Wink für die Civilliste von 3 Millionen. Heute ist eine Abänderung des Arbeitercoalitionsgesetzes in Berathung. Der Kriegsminister hatte einen Gesetzentwurf über die angekündigten Ersparnisse am Militärstaat für 1850 vorgelegt: Ausgaben 325 Mill., 59 Mill. weniger als im Jahr 1849, dann noch ein Effectivstand von 380,000 Mann, davon 75,000 Mann in Algerien, vorausgesetzt daß es Friede bleibt und daß die Expeditionstruppen aus Italien bald zurückberufen werden können.

Nach Berichten aus Algier vom 10 Nov. liegen die Franzosen noch immer vor Zaatscha, und man hoffte gegen den 12 oder 13 Nov. soviel Verstärkungen herangezogen zu haben um zu einer entscheidenden Offensive schreiten zu können. Unglücklicherweise folgt die Cholera diesen Truppenbewegungen, sie hat in den europäischen Städten etwas nachgelassen, breitet sich jetzt aber unter den arabischen Stämmen aus. In Tlemsan, auf der Gränze von Marocco, stand der französische Befehlshaber noch in gutem Vernehmen mit seinem maroccanischen Nachbar, dem Kaid von Uschda.

) **Paris, 16 Nov. Die „Hauspolitik“ des Elysée befindet sich sehr wohl, seitdem das constitutionell-ebenbürtige Joch abgeschüttelt ist und die Minister als constitutionell-untergeordnet vor dem Prinzen erscheinen. In besonderer Gunst bei dem Präsidenten steht der Finanzminister, durch welchen man nicht nur den Staatscredit sondern auch ein gewisses Privatvertrauen zu heben hofft. Die Reformplane Foulds sind übrigens im Grunde genommen weniger auf Abhülfe der Verlegenheiten des Staatsschatzes als auf Aneiferung der Börsespeculation berechnet. Zu Ludwig Philipps Zeiten hat man der Verwaltung den Vorwurf gemacht daß zu sehr auf die schwebende Schuld vertraut wurde, und jetzt greift man zu demselben Mittel das seiner Zeit die HH. Lacave-Laplagne und Dumon als Retter aus der Noth betrachteten und bis zum Uebermaß benutzten. Die geringste Krise vermag aber solchen Palliativmitteln den Todesstoß zu versetzen und den öffentlichen Cassen gränzenlose Verlegenheiten zu schaffen. Warum belegt man die Renten-Inscriptionen im großen Buch nicht mit einer Steuer? Man will eben die Curse nicht drücken, und darin liegt das ganze Räthsel. Hr. v. Kisseleff hatte diese Woche mehrere Unterredungen mit dem Kriegsminister. [Hr. d'Hautpoul erklärte dem russischen Bevollmächtigten amtlich daß die französische Flotte, welche sich in den Gewässern von Smyrna befand, Befehl erhalten hat nach Toulon zurückzukehren. Man will mit Bestimmtheit wissen daß der heilige Vater am Tage von Mariä Opferung (21 d. M.) nach Rom zurückkehre. Der Präsident hat vor einigen Tagen ein eigenhändiges, sehr verbindliches Schreiben von Pius IX erhalten.

* **Marseille**, 15 Nov. Hr. v. Mofras, welcher sich mit einer Mission zum Papst verfügt hatte, ist in unserer Stadt angekommen. Hier wurde ihm eine telegraphische Depesche mitgetheilt, und er ist ohne Aufenthalt nach Paris gereist. Eine Correspondenz von Rom bemerkt daß die Gemächer im Vatican vorbereitet werden um am 28 d. den Papst aufzunehmen. Der General Rostolan und Hr. v. Corcelles erwarten nur die Ankunft des Generals Baraguay d'Hilliers um nach Frankreich zurückzukehren.

Straßburg, 17 Nov. In Folge des nunmehr geschlossenen Processes vor dem Staatsgerichtshof in Versailles sind im Elsaß 8 Deputirtenstellen (5 im niederrheinischen und 3 im oberrheinischen Departement) erledigt. Wir haben uns aus diesem Grunde auf eine sehr ernste Wahlbewegung gefaßt zu machen. Unser Municipalrath hat neulich den Antrag daß dessen Sitzungen öffentlich seyn mögen abgelehnt. In der Beförderung der Malleposten aus Paris sollen mit dem 1 Jan. k. J. wesentliche Beschleunigungen eingeführt, und der Abgang derselben aus der Hauptstadt auf 7 Uhr Abends (bis jetzt findet derselbe um 6 Uhr statt) festgesetzt werden. Die Abendcorrespondenzen und stenographischen Berichte sind dadurch in den Stand gesetzt in der Regel die vollständigen Kammerverhandlungen von demselben Tage zu liefern, da die Sitzungen doch gewöhnlich nicht länger als bis 6 Uhr dauern. Der Minister des Innern hat dem Vater des von den badischen Insurgenten in Rastatt erschossenen französischen Sprachlehrers Weil eine Unterstützung von 2000 Fr. zukommen lassen.

Belgien.

Brüssel, 15 Nov. Die Adreßcommission der Kammer hat den Grafen Lehon mit Abfassung des Entwurfs der Antwortsadresse beauftragt. Der Senat hat gestern den Entwurf der Antwortsadresse nach einigen geringfügigen Abänderungen einstimmig angenommen und sich nach Ernennung der Commission, welche die Adresse dem König überreichen soll, auf unbestimmte Zeit vertagt. — Der Herzog und die Herzogin von Nemours, welche seit Montag, aus Deutschland kommend, mit ihrer Familie zu Laeken verweilten, sind gestern nach London abgereist. — Das Feiern der Fabrikarbeiter zu Gent dauert fort, und noch läßt sich nicht absehen wie eine Verständigung mit den Fabricanten möglich seyn wird, da dieselben die Forderungen ihrer Arbeiter nicht genehmigen können ohne selbst mit offenbarem und bedeutendem Schaden zu arbeiten. Bis jetzt verhalten sich die feiernden Massen ganz ruhig; auffallend ist ihr häufiger Kirchenbesuch, wozu sie sonst wenig Neigung bezeigten.

Italien.

Florenz, 11 Nov. Gestern empfing der Großherzog in besonderer Audienz S. E. den Hrn. Cardinal Giacomo Piccolomini, begleitet von Monsignor Vincenzo Massori, Geschäftsträger des heil. Stuhls in Toscana.

Florenz, 13 Nov. Der Costituzionale sagt: „Wenn wir nicht unrecht berichtet sind, ist das Amnestiedecret bereits unter der Presse, und wird künftige Woche veröffentlicht werden.“

Die sardinischen Blätter melden von fortdauernden massenhaften Verhaftungen im Königreich Sicilien diesseits und jenseits des Faro. Am

27 Oct. wurde Hr. Baracco, einer von den reichsten Männern Neapels, festgenommen. Die vormaligen Deputirten Leopardi, Pica, Barbarisi, Spaventa u. a. sitzen im Fort St. Elmo. Studenten aus den Provinzen dürfen nicht mehr nach Neapel kommen, sondern haben ihre Studien in den Provinzial-Lyceen fortzusetzen, welche natürlich alle unter Leitung „wohlgesinnter“ Kleriker stehen. Der Mathematiker Amante und der Geolog Sacchi wurden von der Liste der königl. Akademiker gestrichen. Wer flüchten kann flüchtet, und in letzter Zeit sind wieder mehrere angesehene Männer jenes Landes in Turin angekommen. — Die Riforma di Lucca vom 8 Nov. erzählt daß unlängst eine junge schöne Dame aus Reggio, Namens Teresa Zavaroni Ferrari, die mit ihrem Gatten in Privatangelegenheiten nach Parma gekommen, nur mit knapper Noth der Strafe von 25 Stockschlägen entging, zu welcher sie verurtheilt wurde weil sie einen weißen Biberhut mit rothem Bande trug. Der Hut ward aber confiscirt und sie aus der Stadt verwiesen. Das Volk ließ sie bei ihrer Abreise hoch leben.

Schweiz.

Bern, 17 Nov. Der Bundesrath hat heute dem Nationalrath folgenden Gesetzesvorschlag über das eidgenössische Münzwesen vorgelegt. „Die Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft in Ausführung der im Art. 36 der Bundesverfassung enthaltenen Vorschriften, nach Einsicht des Vorschlags des Bundesraths beschließt: Art. 1. Fünf Grammen Silber: neunZehntheile (9/10) fein, machen die schweizerische Münzeinheit aus, unter dem Namen Franken. Art. 2. Der Franken theilt sich in hundert (100) Rappen, Centimes. Art. 3. Die schweizerischen Münzsorten sind: a) in Silber, das Fünffrankenstück, das Zweifrankenstück, das Einfrankenstück, das Halbfrankenstück (50 Rappen); b) in Billon: das Viertelfrankenstück (25 Rappen); c) in Kupfer: das Zehnrappenstück (ein Batzen), das Fünfrappenstück, das Zweirappenstück, das Rappenstück. Art. 4. Die Silbersorten enthalten so vielmal das Gewicht und den Feingehalt der Münzeinheit als ihr Nennwerth es ausspricht. Die Billonmünze wird zu 300/1000 fein ausgeprägt, und enthält auf den Franken vier (4) Grammen fein Silber nebst 9 1/3 Grammen Kupfer. Die Kupfersorten sollen aus reinem Kupfer bestehen, und an Gewicht die gleiche Zahl Grammen enthalten als ihr Nennwerth Rappen ausspricht. Art. 5. Die erlaubte Fehlergränze am Feingehalt der schweizerischen Münzen ist festgesetzt: Für die sämmtlichen Silbermünzen auf 3/1000 nach innen und nach außen, d. h. an Minder- oder Mehrgehalt. Für die Billonmünzen auf 7/1000 nach innen und nach außen. Vorkommende Abweichungen nach innen sollen stets durch entsprechende Abweichungen nach außen wieder ausgeglichen werden. Art. 6. Die erlaubte Fehlergränze im Gewicht nach innen und nach außen, d. h. an Minder- oder Mehrgewicht ist festgesetzt: a) bei den Silbersorten: für das Fünffrankenstück auf 3/1000, für das Zweifrankenstück auf 5/1000, für das Einfrankenstück auf 5/1000, für das Halbfrankenstück auf 7/1000; b) bei den Billonsorten: für das Viertelfrankenstück auf 12/1000; c) bei den Kupfersorten: für sämmtliche Münzen auf 12/1000. Bei den Silber- und Billonsorten ist die Abweichung nur auf den einzelnen Stücken gestattet. Bei den Kupfersorten gilt dieselbe für je Zehnfranken an Nennwerth oder 1000 Grammen an Gewicht. Alle Abweichungen nach innen sollen durch entsprechende Abweichungen nach außen wieder gut gemacht werden. Art. 7. Die Größe der Silbersorten soll mit derjenigen der französischen Sorten übereinstimmen. Art. 8. Niemand ist gehalten andere Münzen anzunehmen, mit Ausnahme solcher Silbersorten die sowohl im Gewicht als im Feingehalt in genauer Uebereinstimmung mit dem durch das gegenwärtige Gesetz aufgestellten Münzsystem geprägt und nach vorheriger Untersuchung von dem Bundesrath als diesen Bedingungen entsprechende Zahlungsmittel anerkannt sind. Verträge in bestimmten fremden Münzsorten oder Währungen sind ihrem Wortlaut nach zu halten. Art. 9. Den öffentlichen Cassen der Eidgenossenschaft ist es untersagt andere als gesetzliche Münzsorten an Zahlung anzunehmen. Art. 10. Es soll niemand gehalten seyn mehr als 5 Franken an Werth in Billon oder mehr als 2 Fr. an Werth in Kupfermünze an Zahlung anzunehmen. Art. 11. Der Bundesrath bezeichnet in jedem Kanton diejenigen Cassen, denen die Verpflichtung obliegt jeweilen schweizerische Billon oder Kupfermünzen gegen grobe Silbersorten einzuwechseln, jedoch nicht im Betrag unter 50 Fr. Art. 12. Die Bundesversammlung setzt jeweilen die Summen und die Sorten der stattzufindenden Ausprägungen fest. Art. 13. Der Bundesrath wird mit der Zeit besorgt seyn abgenutzte schweizerische Münzstücke einziehen, einschmelzen, und in der Circulation durch neue vollwichtige ersetzen zu lassen. Zu diesem Ende soll nach Verfluß der ersten zwanzig Jahre nach jeder Ausmünzung alljährlich ein angemessener Credit eröffnet werden. Der Entwurf ist von einem weitern Gesetzesvorschlag für die Ausführung der schweizerischen Münzreform begleitet, welchem ein Einlösungstarif für die curfirenden schweizerischen Münzsorten angehängt ist.“ (Lith. C.)

Türkei.

Der „Wanderer“ läßt sich aus **Türkisch-Orsova,** 6 Nov. berichten: „Die Uebersiedelung der ungarischen Flüchtlinge nach Schumla scheint nicht auf eine Consignation in das Innere des Landes hinzudeuten, sonst wäre Sophia oder Philippopel, wenn sie auch weniger Festung sind als Schumla, doch wohl angezeigter gewesen. Man glaubt mit Bestimmtheit annehmen zu können daß die Nachricht die ungarischen Flüchtlinge seyen nach Varna abgegangen, nicht lange auf sich warten lassen wird. Und ob dann nicht irgendein englischer Kauffahrer in der Nähe ist der für Geld und gute Worte ihnen den Weg bis zum nächsten englischen Dampfer zeigt, ist eine Frage die in ähnlichen Fällen schon oft bejahend beantwortet ist.“ In Betreff der Flüchtlinge heißt es dann weiter: „Man ist hier auf den weitern Verlauf der Sache um so gespannter, als alle Nachrichten übereinstimmen daß bei ihnen, mit Ausnahme einiger wenigen, keine Spur von Trauer oder Hoffnungslosigkeit sich zeigt, und alles darauf hinzudeuten scheint daß hinter den Coulissen in Konstantinopel andere Kräfte für sie thätig sind als man auf der Bühne erscheinen zu sehen gewohnt ist.“

* **Marseille,** 15 Nov. Der französische Gesandte in Konstantinopel, General Aupick, hat am 5 d. das Dampfschiff „Tartare“ als Courier nach Frankreich abgeschickt. Dieses Schiff hat die Reise von Konstantinopel nach Toulon in der kurzen Zeit von neun Tagen zurückgelegt. Die Nachrichten aus dem Orient sind nicht ohne Interesse. Die englische Regierung versäumt nichts um den Sultan zu entschiedenem Widerstand gegen die Anforderungen von Rußland und Oesterreich zu bewegen. Man will wissen daß England, im Fall daß Rußland in der Türkei Fuß fassen würde, mit der Besetzung von Aegypten zu antworten beabsichtige. Als Admiral Parker Malta verließ soll er eine Anzahl Lootsen von der Küste von Aegypten an Bord genommen und sich durch eine Prüfung ihrer practischen Kenntnisse über die Pässe der Gewässer von Alexandrien versichert haben. In Konstantinopel hatte die Nachricht daß die französische Flotte dem englischen Geschwader nach der Levante gefolgt ist, große Sensation erregt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 16 Nov. Consols 93 7/8.

London, 17 Nov. Consols 93 7/8; Bank Stock 199. Span. 3proc. 35 1/4. Das Schiff „Pandora“ aus der Südsee, welches gestern in Portsmouth einlief, hat für 80,000 Dollars californischen Goldstaub mitgebracht.

Paris, 17 Nov. 3proc. 57; 4proc. 69 80; 5proc. 89.85; Schatzscheine 6; Bankactien 2397.50; belg. 5proc. 95 3/4; 4 1/2proc. 87; röm. 82 1/4; span. 3proc. 35 1/2; innere Sch. 27 5/8; Hayti 195; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1834 970; v. 1849 880; Vers. rechte U.-B. 210; linke 170; Paris-Orleans 735; Rouen 525; Straßburg 357.50; Nordbahn 438.75; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 101.25; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 397. 50; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 110.

Amsterdam, 17 Nov. 2 1/2proc. 53 1/2; 4proc. 82 3/8; Metall. 5proc. 83 5/8; belg. 2 1/2proc. 46 1/8.

Augsburg, 20 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 86 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100 1/8 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 90 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/2 P., — G. Bankactien II. Sem. 1100 P. Württ. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 19 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/4; Bankactien 1315; preuß. Staatsschuldsch. 88 1/2; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 84 1/2; Ludwigsh.-Berbach 64 3/4; württemb. 3 1/2proc. 81; 4 1/2proc. 94 3/8; bad. 5proc. 97 7/8; 3 1/2proc. 78 5/8; darmst. 4proc. 88 3/4 P.; 3 1/2proc. 81 3/4; nass. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankfurt 3proc. 78; 3 1/2proc. 92 1/2, 88 1/4; Disc. 2 1/2 G.

♀ **Wien,** 18 Nov. Auf die abermals besseren Pariser Notirungen herrschte in dem heutigen Sonntagsgeschäft des Börsenkaffeehauses eine günstigere Stimmung für Fonds und Nordbahnactien, deren Curse bei mäßigem Umsatz etwas angezogen haben. 5proc. Metall. schlossen 94 1/2, 4 1/2proc. Metall des neuen Anlehens 84–84 1/8. Nordbahnactien 108–108 1/4. Mailänder 79–79 1/2. Pesther 77 3/4–78.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Reisebilder aus Südamerika.

Von Gerstäcker.

III. Valparaiso.

* **Valparaiso,** 11 Aug. 1849. Valparaiso, einer der bedeutendsten Handelsplätze der Westküste Amerika's, ist wohl schon oft genug geschildert worden, und ich will mich deßhalb auch auf keine lange den Leser vielleicht ermüdende Beschreibung des Ortes einlassen, sondern ihm nur kurz den Eindruck geben den die Stadt beim ersten Betreten und bei einem mehrwöchentlichen Aufenthalt auf mich machte.

Valparaiso gleicht keineswegs den übrigen südamerikanischen, im altspanischen Geschmack gebauten Städten, sondern mehr als selbst Rio-Janeiro und New-Orleans einem europäischen Handelsplatz. Daran tragen aber nicht allein die jetzigen Bewohner, sondern auch ein früheres Erdbeben und eine spätere sehr starke Feuersbrunst die Schuld, denn die zerstörten Stadttheile wurden alle im neueren Geschmack errichtet, ja die an der Bay hinlaufende Hauptstraße besteht sogar, in gänzlicher Verachtung kommender Erdbeben, aus großentheils zweistöckigen Häusern, und diese, wie die kleineren an dem der Bay zugewandten Hang der Küstenhügel gebauten Häuser, haben alle hohe und nicht flache spanische Dächer.

Der Hafen ist geräumig und sicher und nur den Nordwinden preisgegeben, die allerdings hier sehr selten wehen, aber wenn sie stark kommen, großen Schaden unter den Schiffen anrichten. Befestigt ist der Hafen sonst fast gar nicht, denn die paar Kanonen die hier und da hinter nur unbedeutenden niedern Mauern stehen, können sicher nicht als Vertheidigungswerke gelten. Chile lebt aber mit den übrigen Nationen in Frieden, deren eigener Nutzen schon sie nöthigt Handel und Hafen der blühenden Republik eher zu schützen als anzugreifen.

Chile ist jedenfalls ein blühendes herrliches Land, obgleich erst in seiner Entwicklungsperiode; seinem Berg- wie Ackerbau, besonders dem ersteren, kann man wohl eine glänzende Zukunft prophezeien. Die Silber- und Kupferminen sind unglaublich reich, und die Regierung begünstigt vorzüglich den Bergbau, zu dessen Schutz die umfassendsten Gesetze gegeben sind und mit eiserner Strenge gehandhabt werden. Getreide wie alle Arten von Früchten bringt das Land in großer Menge und Güte hervor; nur an Händen fehlt es noch den Boden zu bearbeiten, und da dieß die Regierung recht gut einsieht, so thut sie auch alles mögliche die Einwanderung fleißiger Arbeiter, besonders deutscher, zu befördern.

Einen Ueberblick über das Land selber behalte ich mir auf eine spätere Zeit vor, da ich in sechs bis acht Monaten jedenfalls, wenn es mir nur irgend möglich ist, hierher zurückkehren und dann den Süden und die dort angelegten deutschen Colonien bereisen werde.

Der Hafen, schon früher wohl das ganze Jahr hindurch von zahlreichen Schiffen besucht, bietet jetzt besonders ein reges geschäftiges Leben, da ein großer Theil der nach Californien bestimmten Schiffe hier anläuft um Wasser und Erfrischungen einzunehmen. Der Molo oder Hafenplatz selber wimmelt fortwährend von Amerikanern, Franzosen und Engländern, und speculirende Yankees haben ebenfalls schon diesen Platz benutzt ihren Vortheil aus den landenden Fremden zu ziehen, ehe die Chilener selbst dazu kommen. Den landenden Booten sticht schon von fern ein großes Schild „California chophouse" in die Augen, und der eigenthümliche, den Amerikanern aber bekannte Name des Gasthauses „The hole in the wall (das Loch in der Mauer)" zieht besonders diese an. Es ist jedoch wie „The golden lion", der ebenfalls sein Schild auf dem Hintergebäude dem Wasser zukehrt, von geringerer Gattung. Das beste englische Gasthaus ist jedenfalls das „Star hotel", dicht an der Landung; doch sucht ihm jetzt ein von einem jungen Belgier neu errichtetes, das „Ship hotel", den Rang abzulaufen, und die Fremden die dort einkehren, sind sicherlich sehr zufrieden mit Kost wie Wohnung. Der Preis ist in beiden 1½ Dollar täglich für Kost und Wohnung. Das Victoria-Hotel (1½ Dollar per Tag) soll ebenfalls ziemlich gut seyn, doch wird dort nur spanisch gesprochen, und vor der spanischen Reinlichkeit in Gasthäusern hab' ich allen Respect, d. h. ich betrachte sie am liebsten aus der Ferne. Ein Nordamerikaner hält hier ebenfalls noch einen recht guten Tisch, und zwar zu dem billigen Preis von 3 Dollars die Woche, für Frühstück, Mittag und Thee, ist aber im Raum zu beschränkt, und auch denen nicht zu empfehlen die eben ein Hotel wünschen.

Valparaiso ist im allgemeinen durch den so ungemein gestiegenen Verkehr nach Californien ein so entsetzlich theures Nest geworden, daß Arbeiten fast gar nicht mehr zu bezahlen sind. Besonders fordern die Büchsenmacher enorme Preise. So mußte ich z. B. für Reinigung meiner Büchsflinte (die ich gern nach der Schneepartie gründlich gereinigt haben wollte) einen Dollar bezahlen, und dann war der Büchsenlauf nicht einmal rein, ich mußte sie später noch einem andern geben. Vor einiger Zeit ließ ein Deutscher seine Uhr reinigen: das kostete ihm 3 Dollars, und nachher ging die Uhr nicht einmal. Ein Uhrglas kostet stets einen Dollar; an Bord eines Schiffes und wieder zurückzufahren einen halben Dollar (wenn man nicht mit mehreren zusammen ist, wo es natürlich billiger kommt); auch sind Lebensmittel und andere Bedürfnisse enorm im Preise gestiegen. Dieß möchte jedoch, was besonders die californischen Bedürfnisse betrifft, einen Rückschlag erfahren, denn die Nachrichten lauten für Waarentransporte und überhaupt den Verkauf von Waaren so entmuthigend von Californien, daß von hier aus sobald keine Sendung mehr dorthin gemacht werden dürfte; ja es sind schon Vorräthe von besonders fertigen Kleidungsstücken wieder hierher zurückgekommen. In diesem Augenblick kauft man Lebensmittel und Spirituosen ebenso billig, ja noch billiger in San Francisco als hier. Z. B. Mehl soll dort der Sack 5 Dollars kosten, während er hier mit 7 bezahlt wird. Auch Lastthiere bringen keinen so außerordentlichen Preis mehr in San Francisco als früher, Maulthiere werden jetzt dort mit etwa 100 Dollars das Stück bezahlt, und ein hiesiger Kaufmann der einen Transport dorthin sandte, mußte allein 135 Dollars Ueberfahrt für sie bezahlen, hat also einen schönen Thaler Geld dabei eingebüßt. Nichtsdestoweniger ist der Verkehr nach Californien noch ebenso stark, ja vielleicht stärker als je: es laufen täglich dorthin bestimmte Schiffe ein, und die Kaufleute hier, besonders solche die mit dem Seehandel zu thun haben, machen glänzende Geschäfte. Die Wechsler discontiren dabei nur mit 15 Procent, und Vermögen werden nicht selten — wie im Eldorado selber — in wenigen Monaten erworben.

An Sehenswürdigkeiten hat Valparaiso wenig oder gar nichts; es ist eine ächte Handels- und Hafenstadt, und das Geschäft ist der einzige Pol um den sich das Leben des Valparaisaners dreht; er kennt und verlangt nichts anderes. Gelesen wird hier deßhalb, außer der auch auf den Handel Einfluß ausübenden Politik, sehr wenig; Leihbibliotheken gibt es gar nicht, Leseclubs nur einen, die sogenannte Börse, die praktisch genug eingerichtet ist allen geschäftlichen Anforderungen zu entsprechen. Dort findet man verschiedene englische, französische, amerikanische und spanische Zeitungen, auch ein paar englische Reviews, aber — trotzdem daß hier sehr viele deutsche Kaufleute und sie alle auch Mitactionäre der „Börse" sind — keine einzige deutsche Zeitung.*) Der Deutsche läßt sich eben in der ganzen Welt zurücksetzen, und schmiegt sich lieber gefällig den fremden Formen an, statt daß er die eigenen geltend machen sollte.

Doch will ich den Deutschen hier in Valparaiso nicht zu großes Unrecht thun; ganz vergessen haben sie ihr Vaterland und daß sie Deutsche sind nicht. Der hier gegründete deutsche Club vereinigt sie Abends in einem sehr eleganten freundlichen Local, in dem die deutsche Flagge aufgepflanzt ist, und die mit schwarzrothgoldverzierte Namensliste der Mitglieder hängt. Hier werden nur deutsche Zeitungen gehalten, und ich sah auf dem Tisch die Allg. Zeitung, das Ausland, Morgenblatt. Die Sendung dieser Zeitungen scheint aber leider nicht regelmäßig betrieben zu werden, denn trotzdem daß in letzter Zeit mehrere Schiffe direct von Hamburg und Bremen gekommen waren und das europäische Dampfboot regelmäßig alle vier Wochen eintrifft, waren die neusten Nachrichten die ich dort fand, vom December 1848, während in der Börse schon englische Zeitungen vom 17 Mai 1849 auslagen. Die Schuld davon tragen wohl jedenfalls die läßigen Absender in Deutschland. Der Zweck des deutschen Clubs ist, was ich davon erfahren konnte, die Deutschen in Valparaiso so viel als möglich zu vereinigen und sich gegenseitig Gelegenheit zu geben einander kennen zu lernen — jedenfalls ein wackeres Unternehmen, dem man den besten Erfolg wünschen muß. Im übrigen darf uns aber die schwarzrothgoldene Fahne die im deutschen Club aufgesteckt ist, nicht über die Gesinnung der Deutschen selbst täuschen. Ich bin zwar fest davon

---

*) Die Weserzeitung und die Allg. Zeitung gehen doch in ziemlicher Anzahl nach Südamerika.

überzeugt daß sie die deutsche Einheit, falls ihr der Sieg im Anfang gleich gelungen wäre, mit Freude ja mit Jubel begrüßt hätten; sie leben hier in einer Republik und haben keine Sympathien für die deutsche Vielstaaterei, aber sie sind auch fast alle — ja ich glaube ich kann sogar sagen alle — Kaufleute, denen das eigene Geschäft und Fortkommen näher am Herzen liegt als der politische Zustand des fernen Vaterlandes, in dessen nähere Verhältnisse sie eben der großen Entfernung wegen nicht sehr eingeweiht seyn können. Kommt z. B. heute ein Dampfboot an und bringt Zeitungen bis zu einem gewissen Datum, so werden die mitgetheilten Neuigkeiten nicht selten schon wieder durch „Privatnachrichten", die mit ebendemselben Fahrzeug kommen und etwas später datirt sind, widerlegt oder durch Gerüchte in den Hintergrund gedrängt. Dadurch kommt man hier nie zu einem wirklich klaren Bewußtseyn der dortigen Verhältnisse, und das schon müßte das Interesse am „Fremden" lähmen, selbst wenn nicht das Eigene so bedeutende Rechte geltend machte. Die deutschen Kaufleute aber die hier wohnen (denn die deutschen in Valparaiso lebenden Handwerker besuchen den Club nicht und scheren sich auch den Henker um Deutschland und seine Politik) stehen mit nur wenigen Ausnahmen mit dem deutschen Handel in sehr enger Verbindung, und diese können durch längere Unruhen in Deutschland nur Schaden leiden, nie aber einen Nutzen daraus ziehen. Die natürliche Folge ist daß sie — was man in Deutschland „Fanatiker der Ruhe" nennen würde, sind, und unter jeder Bedingung ein rasches Wiedereintreten der Ordnung und dadurch ungestörte Handelsfreiheit wünschen. Die Republik scheint ihnen nach einem gewissen Instinct nicht der beste Weg zu jenem Ziel. Die meisten springen also zum Extrem über, und die natürliche Folge ist daß sie — zuerst auf die Landsleute in Deutschland schimpfen, weil diese nicht gleich von Anfang an durchgegriffen hätten; dann wünschen sie „zur Strafe" möchte jetzt die Militärgewalt siegen und endlich einmal dem zwecklosen Krawall ein Ende machen. Ueber diesem Wunsch hängt die schwarzrothgoldene Fahne, und darunter sitzen die Leute und lesen die deutschen Zeitungen vom December 1848.

Doch lassen wir die Politik, jeder hat da seine Ansichten und mag die auch vertreten; im übrigen sind die Deutschen Valparaiso's gar wackere Leute und stehen hier in Südamerika (sehr verschieden von Nordamerika) in großer Achtung; die Regierung begünstigt sogar die Deutschen vor andern Nationen, und wünscht ihre Einwanderung. Von allen die ich gesprochen habe werden die Deutschen hier als ungemein gastfrei gerühmt, und ich selber kann wahrlich den sprechendsten Beweis für die Wahrheit dieser Behauptung liefern. Ich wurde als ich hier ankam und mein Schiff verfehlt hatte, das alle meine Effecten mit sich führte, von Hrn. Fuhrmann, einem hiesigen deutschen Kaufmann, ohne eine Empfehlung an ihn zu haben, und als gänzlich Fremder, auf eine so herzliche Art in Haus und Familie aufgenommen, daß ich ihm wahrlich nie genug dafür dankbar seyn kann. Alle übrigen Deutschen mit denen ich hier zusammenkam, zeigten sich ebenfalls im höchsten Grade freundschaftlich gegen mich, und Valparaiso wird mir schon deßhalb immer eine liebe angenehme Erinnerung bleiben.

Lieb ist mir's übrigens auch noch eines andern Grundes wegen daß ich mein Schiff versäumt habe, und dadurch gezwungen wurde mich länger in Chile aufzuhalten als das sonst wohl der Fall gewesen wäre. Die hiesige Regierung scheint nämlich Willens besonders für Einwanderung von Deutschen manche Opfer zu bringen, und sowohl in Valdivia wie Concepcion beginnen Ansiedelungen, die später die erfreulichsten Früchte tragen können.

Das südliche Land ist mir von verschiedenen Männern, die es in früherer Zeit selbst bereist haben, als ganz vortrefflich für deutsche Einwanderung geeignet, beschrieben worden, und der Wunsch es einmal selbst zu sehen, wurde nach kurzem Aufenthalt hier zum festen Entschluß. Ich will von Californien, wohin ich jetzt schon meiner vorangegangenen Sachen wegen muß, hierher zurückkehren und die Landreise bis Chiloe hinunter machen. Die Regierung sendet jetzt ebenfalls Commissäre hinunter das Eigenthumsrecht verschiedener Strecken, über das hie und da Zweifel entstanden sind, bestimmen zu lassen, so daß spätere Einwanderer auch hierin nichts zu fürchten haben, und von den deutschen Kaufleuten hier, deren eigenes Interesse es ja ist durch Einwanderung von Deutschen auch den Handel deutscher Fabricate gehoben zu sehen — wird ebenfalls alles gethan Ansiedlern dorthin jede mögliche Hülfe zu leisten.

Erst vor wenig Tagen sandte die Regierung einige deutsche Familien die von hier nach Valdivia wollten und keine Schiffsgelegenheit fanden, unentgeltlich auf einem Kriegsschiff an den Ort ihrer Bestimmung. Für jetzt zieht freilich alles nach Californien. Sobald der Strom der Auswanderung an der Westküste aber erst einmal eine andere Richtung nimmt — und das möchte wohl bald geschehen — so wird es auch dem Süden dieses schönen Landes nicht an Bevölkerung fehlen.

Betrachtungen über die Zeitverhältnisse.

Von Leo Graf v. Thun.

O. Es wird in der Vorrede dieser Schrift gesagt daß sie bereits unter der Presse gewesen als der Verfasser seinen Ruf ins Ministerium empfing. Diesem Wink gehorsam wollen wir auch ganz vergessen daß Graf Thun gegenwärtig Unterrichtsminister ist, und uns so streng mit dem Inhalt des Buchs beschäftigen als hätten wir einen andern sterblichen Schriftsteller vor uns. Nur auf eins muß von vornherein aufmerksam gemacht werden, was, dem Verfasser eigenthümlich, in das Buch übergegangen und entschiedenen Eindruck nicht verfehlt hat. Graf Thun besitzt die nicht gewöhnliche Gabe seine Sätze mit der Schärfe und Bestimmtheit eines Ueberzeugten hinzustellen, daß der Leser in seiner Ueberraschung den Beweisen nachzufragen versäumt und überzeugt wird ehe er überlegen konnte. Wir finden darin weder Absicht noch berechnete Kunst, sondern natürlichen Erfolg, denn es geschieht dem schöpferischen Kopfe oft wie dem Leser: er reiht Gedanken an Gedanken, bis der Ring fertig ist worin er zuletzt gefangen sitzt, immer an der Peripherie, von Satz zu Satz sich bewegend, aber niemals über den Kreis hinaus. Je abstracter man sich zu denken gewöhnt, desto leichter verfällt man in den Geisterbann der eigenen Gedanken, denn jeder Begriff gehört einer mathematischen Reihe von Begriffen an, und so wird der erste abstracte Gedanke zu der Achse um welche der Gedankenkrystall nach Gesetzen anschießt, denen der Verstand sich nicht entziehen kann. In solchem geometrischem Ideenbau gefangen verliert der Blick die Gesammtheit, denn nur mit einer Fläche auf der wärmestrahlenden Erde ruhend wird alles jenseitige von den angeschossenen Flächen empfangen und gebrochen. Gerade weil der Mensch in dem Gebäuse seiner Gedanken ein scharf und gesetzmäßig gefügtes Ganze erblickt, gibt er seine Meinung mit dem Ton der Unfehlbarkeit wieder, und der unvorbereitete Leser findet etwas fertiges vor, schlüpft von dem Erfahrungssatze in die Abstraction, und es muß ihm wie dem Teufel gehen wenn der Pudel nichts gemerkt als er hereingesprungen. Bei unserm Buch aber ist es besonders leicht, da der Stoff nicht auf des Lebens grünem Baum gewachsen. Denn die „Betrachtungen" erörtern die sogenannte Nationalitätsfrage oder das Verhältniß des nationalen Geistes zum Staat, und im besonderen Bezug auf Oesterreich die sogenannte Gleichberechtigung der Nationalitäten. Bei diesen Worten fühlt schon jeder die Maschen des abstracten Netzes über dem Kopfe, denn Staat, Nationalität, Gleichberechtigung sind Worte welche uns in die stofflose Welt der Begriffe, in das Leere, dem Gravitationsgesetze Entbundene hinausweisen, und wer da kein Herr der Ratten und der Mäuse ist, der kommt über den Drudenfuß nicht hinweg, vom Staat nicht in den Kaiserstaat, von der Nationalität nicht zu den Volksstämmen, von der Gleichberechtigung nicht zu der Gesetzgebung welche menschliche Bedürfnisse bestimmen, von der dürren Haide nicht zu der schönen grünen Weide.

Besonderes Interesse gewinnt die kleine Schrift wenn man die jüngsten Erlebnisse in Deutschland und Oesterreich nie aus den Augen verliert. Während erörtert wird ob das was die jetzige Presse Nationalität nennt, ein politischer Stoff sey und dadurch auf die Staatenbildung Einfluß üben müsse, schweben uns immer jene beiden Staaten in ihren jüngsten Geschicken vor. Hier politisch getrennte stammeseinige Körper die einen gemeinsamen Schwerpunkt suchen, dort politisch gesammelte, stammesunterschiedene Stoffe welche, von chemischem Mißbehagen theilweise erfaßt, die Verbindung mit nicht wahlverwandten Stoffen aufheben wollten. Das eine Streben wurde unterdrückt, das andere beinahe vereitelt. Obgleich aber in dem einem Fall Verbindung, im andern ein Meiden die Aeußerung dieses Strebens war, so erkennen wir doch in beiden dieselbe Kraft wieder. Es fragt sich vor allen Dingen was denn Nationalität sey, und zwar im objectiven Sinn, da wir doch die philosophischen Chiffern nicht entbehren können. Wenn es nun die Gesammtheit der Eigenthümlichkeiten bedeuten soll welche einen Volksstamm von den andern unterscheiden, worin liegt dann der politische Gehalt des Unterschieds? Soll man ihn suchen in schwarzen Locken und schattiger Hautfarbe oder im blonden Haar und blauen Auge? In dem höheren Grad leicht entzündlicher Leidenschaft oder in bedächtig schleichendem Blut? In einer schweren, Mitlauter häufenden Zunge oder der Tonfülle vocalreicher Wortbildung? In umflorter schwermüthiger Phantasie welche mit schwimmendem Auge durch die tagesfrohe Natur wie über eine elegisch geschmückte Grabstätte wandelte, oder im kecken Humor mit einem Echo spottender Teufel? Haftet die Nationalität an den tschechischen Hosen und Schnürstiefeln des Hrn. Peter Faster oder an dem abgegriffenen Filzdach drahtstrickender Slovaken? Oder — gibt es vielleicht gewisse Begriffe die, mit dem Menschen geboren, nach ganz entschiedener Eigenthümlichkeit von ihm entwickelt werden und übergehen in Sitte und Gebrauch, Religionsgefühl und Rechtsbewußtseyn, ein Etwas welches der Fremdling empfindet wenn er zum erstenmal an den Herd des

Fremden tritt, einen Eindruck den er erleidet ohne ihn recht bezeichnen zu können, den er im Gruß, im Druck der Hand des fremden Mannes spürt, was ihn aus allen Winkeln des Hauses, von der Giebelform des Dachs, vom Gewänd und Simms, vom Estrich, vom großväterlichen Ofen anredet mit vernehmbarem Laut, daß er eine Sprache darin erkennt wenn er sie auch nicht verstände?

Graf Leo Thun findet in der Nationalität nur Sympathie zwischen Blut und Blut gleichen Ursprungs, nur Anhänglichkeit an Sitte, Sprache und alle Formen welche an die Abkunft des Stammes erinnerten. So wenig die Staatsgewalt sich anmaßen solle der Wissenschaft einen Lehrsatz, dem Volk ein Kirchendogma aufzudringen, ebensowenig dürfe sie einer „nationalen Form in welcher die geistige Entwickelung des Menschengeschlechts zur Erscheinung komme", den Vorrang vor andern geben. Deßhalb räth er seinen tschechischen Landsleuten nur dadurch ihre liebgewonnene Stammeseigenthümlichkeit geltend zu machen daß sie sich im öffentlichen Leben als Staatsmänner und Gelehrte, durch emsige Thätigkeit in Handel, Gewerbe und Landbau auszeichneten, denn so würde am leichtesten, ungezwungen und darum dauerhaft dem Leben im Staat ein tschechisches Gepräge aufgedrückt werden. Die Sucht nationale Theile aus den großen Staatsverbänden zu lösen mußte daher dem Verfasser nur als sittlicher Rückschlag einer andern Verkehrtheit erscheinen, weil man im weltbürgerlichen Eifer früher alle historischen Farben auf der Landkarte verwischen wollte. Denn daß die Nationalität für die Staatenbildung nicht maßgebend sey schließt Graf Thun aus dem Begriff des Staats selbst, der eine bestimmte geographische Gränze voraussetze, während die Nationalität, der Gränzen im Raum spottend, sich weder von Flußgebieten noch Höhenzügen ihre Wanderstraße zeigen lasse. In diesen Sätzen etwa liegt der Grundgedanke der Schrift, und nur mit ihm, nicht mit den Folgerungen wollen wir uns zu schaffen machen. Die Nationalität hat für den Verfasser nirgend eine politische Seite, denn der Staat ist ihm etwas von der Geschichte geographisch Gegebenes, der Staatszweck die Befriedigung der Bedürfnisse dieses Gegebenen. Diesem Zweck ganz fremd liegt ihm daher die Mannichfaltigkeit der Formen, in welchen die geistige Entwickelung zur Erscheinung kommt. Nationalität ist ihm ein Heimweh empfindsamer Gemüther, und was kümmern den Staat die buckligen Zwerge der Märchenerfinder, die phantastische Troddel einer verbrämten Mütze oder der Charakter einer Zigeunermelodie? Modewaare! Die Staatsgewalt hat nichts zu schaffen im Königreich der Schneider und der Geiger! Wirklich? Wie kindisch erschiene dann die deutsche Bewegung alle stammesverwandten Stoffe zu einer politischen Staatenbildung zusammen zu fassen! Nationalität ist nicht bloß Gefühlssache, sondern eine leicht erkennbare, politisch sich äußernde Kraft die man vernichten kann, aber auch vernichten muß wenn man sie nicht beachten wollte. Das Aeußerliche der Nationalität woran das Innere und das Auge im Kopf Stamm von Stamm unterscheidet, sind freilich nur Formen und Farben, denen sehr oft der Inhalt entschlüpfte, die aber Inhalt haben wenn sie ihn nicht verloren oder er geraubt worden. Sicherlich wär' es Thorheit den Ackerboden der Erde nach grammatischer Vermessung vertheilen zu wollen. Das Selbstbewußtseyn eines oder mehrerer Stämme ist nicht die einzige und letzte, aber es ist eine regelgebende Bedingung der Staatenbildung. Die deutsche Geschichte ist hier mehr als eine andere lehrreich, und wir werden nur auf eine Erscheinung uns zu berufen brauchen. Bestimmt bei dem einzelnen Menschen doch schon die Geburt Charakter, Fähigkeit und Schicksal,

Denn es erzeugt nicht gleich
Ein Haus den Halbgott noch das Ungeheuer,
Erst eine Reihe Böser oder Guter
Bringt endlich das Entsetzen, bringt die Freude
Der Welt hervor

Erziehung und Leben entwickeln aus Formen, aber verändern können sie nur in gewissen Gränzen. Wie in der Familie, so erben in den Volksstämmen besondere Neigungen und Bedürfnisse fort. Nach solchen macht sich der Mensch das Leben bequem, er breitet sich aus nach rechts und links, aber die Welt schaut er immer von der Richtung an die sich nach seiner Wiege kehrt. Die ganze Denkart ist bei gleichem Ursprung eine gleiche, und gibt dem innern Leben einen Inhalt, so gut wie dem Mantel seinen Schnitt und seine Farbe. Sittlichkeit und Unsittlichkeit, Recht und Unrecht, Tugend und Verbrechen sind nicht ideale Maße welche man nach dem Meridian bestimmt, daß unter jedem Wendekreise nach tausend und mehr Jahren genau mit derselben Elle gemessen werden könnte, sondern jedes Volk treiben die eignen Gefühlsgesetze, sein geistig Fleisch und Blut, und was sich diesen nicht fügt das ist ihm fremd, barbarisch wie dem Islam das Moderne. Der Staat hat aber einen doppelten Zweck: ohne zu untersuchen woher er philosophisch seinen Ursprung leitet, ist er zuerst ein Schutzbündniß einer bestimmten Gesammtheit gegen außer ihm stehende einzelne oder Gesammtheiten, und als solcher rein weltbürgerlich, ohne irgendeine Färbung des innern geistigen Gehaltes. Das ist der geographische Staat mit seinen Gebirgen, Seen, Meerbusen, Häfen, Flüssen, Canälen, Eisenbahnen, Heerstraßen, Städten, Dörfern, Wäldern, Aeckern und Minen. Hier handelt es sich um Mein und Dein einer Quadratmeile oder um die gewaltsam behauptete Servitut auf eine Meerenge. Der innere Staat aber mit seinen Beziehungen der Einzelnen zu den Einzelnen und zur Gesammtheit, mit der festgesetzten Ordnung wonach jeder neben dem andern, ohne zu stören oder gestört zu werden, leben kann, beruht auf dem geistigen Bewußtseyn aller Bürger, ihren angeerbten Begriffen, Meinungen und daraus entwickelten sittlichen Bedürfnissen. Darin muß man die politische Seite der Nationalität erkennen, denn wie nur unter Gleichdenkenden eine glückliche Parteibildung möglich ist, ebenso wird sich der bürgerliche Rechtsstaat am bequemsten aus einem Stammesganzen aufbauen. Der diplomatische Staat wird aber wiederum von dem innern bedingt oder wenigstens begünstigt, denn jener ist immer erst nach diesem. Daß ein nationaler Staat, nämlich ein solcher wo der bürgerliche mit dem diplomatischen zusammenfällt, viel mächtiger und intensiv stärker sey, das zeigt Rußland, zeigte Frankreich in seiner großen Revolution. Gewiß ist es beachtenswerth daß nach Einführung des römischen Rechts der politische Verband des deutschen Reichs sich zu lockern begann. Wohl wirkten mächtigere Ursachen dazu, aber ein Volk das seine Rechtsbegriffe und Institutionen aufgibt, vernichtet den politischen Stoff seiner Nationalität und damit überhaupt den politischen Sinn. Von andern Gerichten nach andern Rechtsanschauungen gerichtet, erblaßte im deutschen Reich die nationale Farbe des bürgerlichen Staats immer mehr, nur einzelne Pfeiler blieben da und dort stehen, aber als Stümpfe, denn sie trugen kein harmonisches Ganze mehr, ein Gedächtniß der ehrwürdigen Halle welche sich nur der Gedanke aus den umhergestreuten Trümmern mühsam zusammenzusetzen vermochte. Jetzt wo wir uns in vielen Stücken auf Umwegen und mitunter künstlich jenen alten Institutionen wieder nähern, wächst auch von Tag zu Tag das Bedürfniß nach politischem Anschluß. Es läßt sich nicht bestreiten daß Stammesverwandtschaft bei der Staatenbildung entbehrlich ist, aber der Staat selbst wird sie nur mit Nachtheil entbehren, denn wo verschiedene Nationalitäten durch geographische Lage, politisch und ökonomisch gleiche Bedürfnisse zu einem Staatsganzen genöthigt werden, da sind nur zwei Fälle möglich. Entweder tritt jeder einzelne Stamm mit den andern in einen föderalen Bund unter Vorbehalt völliger Willensfreiheit seine eigne Hausordnung und Rechtsverhältnisse festzusetzen, und dann entsteht, je nach dem äußern zwingenden Bedürfniß, ein Staatenbund oder ein Bundesstaat. Oder die Weltlage fordert gebieterisch den strengsten politischen Verband, eine Centralisation die sich nach allen Radien der Staatsthätigkeit verbreitet, und dann ist es nur denkbar daß ein Volksstamm das Regiment im Staat übernimmt. Darüber wird man sich in Oesterreich nicht länge mehr täuschen können. Selbst bei allseitigem und aufrichtigem Willen die verschiedenen Stammeseigenthümlichkeiten zu achten, wird dennoch die mechanische Kraft der Centralisation entweder den gegenwärtig in allen Stücken überlegnen einen Stamm in den Fürstenstand erheben, oder der Nationalitätsdrang zerbricht das politische Räderwerk, und man kommt, nach einer Reihe vergänglicher Zwischengestaltungen, zu dem lockeren Verbande der Föderation. Ein Reichstag aller Kronländer darf kein Sprachengewirr, er kann gegenwärtig nur ein deutscher seyn. Die politische Geschäftssprache nicht minder, denn wo fände man höhere Staatsbeamte, wenn sie als Bedingung der zwölf officiellen Sprachen mächtig seyn müßten. Das einige Oesterreich ist auch kein einiges, wenn nicht auf allen 12,000 Quadratmeilen das Maß politischer Freiheit, Gesetz und Weg zum Gesetz überall die gleichen sind. Kann der Deutschböhme, der Oesterreicher, der Tiroler nach magyarischen Rechtsbegriffen, nach historisch-philologisch ausfindig gemachten tschechischen Gebräuchen gerichtet werden? Wenn also für Alle ein Recht gelten soll, so kann es kein anderes seyn als jenes welches sich für die Bildungsstufe des meist gebildeten Stammes schickt, jenes Recht welches vor der Revolution auf dem bedeutendsten Flächenraum des Kaiserstaats galt, und dieses ist nach Ursprung und Charakter deutsch. Dem Heerwesen hat schon die innere Nothwendigkeit das deutsche Commando aufgedrängt. Die habsburgische Monarchie ist ihrem geschichtlichen Herkommen nach deutsch, die Hauptstadt ist deutsch, deutsch ist (mit Ausnahme Italiens) die Industrie, deutsch ist größtentheils die Handelssprache, deutsch die Sprache der Gelehrten, denn welche Sprache würde wohl der Historiker wählen der eine Geschichte für das ganze österreichische Publicum schreiben möchte? Auch weist die Geschichte der letzten Jahre nach daß wo unter Slaven, Italienern und Magyaren die Nationen als solche politisch auftraten, ihr Streben nach einer föderalen Gestaltung des Staats gerichtet war. Weil aber die Centralisation zu einer Hegemonie führen wird, ergibt sich nicht daraus daß die Nationalität politischen Stoff enthalten muß? Das geographische Gefäß eines Staats kann eine dynamische Verbindung ungleichartiger Völkerbestandtheile erzwingen, aber

sowie die Vereinigung inniger seyn, die Staatsgewalt mit ungebrochener, gradliniger Kraft allenthalben sich äußern soll, dann müssen die Stücke sich chemisch verbinden, oder ein Volksstamm, um in dem Gleichniß fortzufahren, die andern assimiliren, denn nach dem Naturgesetz steht die Kraft zum Medium in Proportion; wo die Medien ungleich, wird die Wirkung eine ungleiche. Ist es daher vor dem Verstand gerechtfertigt wenn von dem Verfasser der „Betrachtungen" der nationale Geist aus dem Reich der Politik verbannt werden soll? wenn in seinen Aeußerungen ein Spielwerk der Einbildungskraft, eine Gemüths- oder Verstandessache, eine religiöse Meinung, eine gelehrte Behauptung gesehen werden will? Der innere bürgerliche Staat, aus dem sich erst der diplomatische entwickelt, ist eine rein geistige Schöpfung, der ohne nationale Färbung so wenig gedacht werden kann wie ein Inhalt ohne Form. Jedes Ding sichtbaren Ursprungs hat eine Farbe, weil sich im Momente des Hervortretens ihm schon sinnlich erkennbare irdische Stoffe andrängen, auch wohnen Seelen nur in Leibern, wenn man sie nicht in licht- und lautloser metaphysischer Oede umherschwirren lassen will.

Zustimmung Württembergs zum Interim.

Stuttgart, 16 Nov. Der Wortlaut der nach Frankfurt an die deutsche Centralgewalt gerichteten Zustimmungsnote unserer Regierung zu der zwischen Oesterreich und Preußen unterm 30 Sept. abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Errichtung einer neuen interimistischen deutschen Centralgewalt lautet: „Die gemeinschaftliche Note vom 27 v. M., mit welcher die k. k. österreichische und die k. preußische Gesandtschaft die von ihren Regierungen am 30 Sept. d. J. zu Wien abgeschlossene Uebereinkunft in Betreff der Errichtung einer neuen provisorischen Centralgewalt Deutschlands mitgetheilt, und in welcher dieselben die k. Regierung zum Beitritt zu diesem Vertrage eingeladen haben, hat der Unterzeichnete zu erhalten die Ehre gehabt. Den Inhalt dieser gefälligen Mittheilung hat die k. Regierung zum Gegenstande reiflicher Ueberlegung gemacht, und es sieht sich nunmehr der Unterzeichnete in die Lage gesetzt auf solche Sr. Hochwohlgeboren dem k. k. österreichischen Geschäftsträger, Hrn. Baron v. Handel, nachstehendes zu erwiedern: Wie die Regierungen Oesterreichs und Preußens, so ist auch die diesseitige von der Ueberzeugung durchdrungen daß der nach den Verträgen von 1815 bestehende deutsche Bund nicht länger ohne ein von allen Bundesgliedern anerkanntes Centralorgan gelassen werden darf, und daß deßhalb die schleunige Einsetzung einer neuen provisorischen Centralgewalt nicht zu umgehen ist, umsomehr als auch des Hrn. Erzherzogs Reichsverwesers kais. Hoh. nicht länger in Ihrer bisherigen Stellung zu bleiben beabsichtigen. Zwar sollte nun, nach diesseitiger Ansicht, nachdem die dermalige Centralgewalt unter Mitwirkung einer Vertretung des deutschen Volkes geschaffen, und nachdem durch die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 30 März und 7 April 1848 das deutsche Verfassungswerk überhaupt, sowie auch jeder einzelne Bestandtheil desselben als ein Gegenstand bezeichnet worden ist welcher durch eine Nationalvertretung zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht werden soll, streng genommen auch zu Abänderung des mit der deutschen Nationalversammlung im vorigen Jahre vereinbarten Centralorgans eine Mitwirkung der Vertreter des gesammten deutschen Volkes stattfinden; allein da die k. Regierung wohl einsieht daß der Einberufung einer neuen Nationalversammlung im Augenblicke unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen, während das Wohl Deutschlands die alsbaldige Schaffung einer neuen provisorischen Centralgewalt dringend verlangt, so kann dieselbe, in der Voraussetzung übrigens es werde die definitive Abschließung des deutschen Verfassungswerks im Wege der Vereinbarung mit Vertretern des Volkes sobald als möglich von den deutschen Regierungen wieder aufgenommen werden, ihre Zustimmung zu der von Oesterreich und Preußen geschlossenen Uebereinkunft von einer Berathung mit den Vertretern des deutschen Volkes nicht abhängig machen. Von diesen Ansichten, und ohne die Opfer zu beachten welche die übrigen deutschen Regierungen vorübergehend hiebei zu bringen haben, ist die k. Regierung bei Prüfung der von Oesterreich und Preußen geschlossenen Uebereinkunft ausgegangen, und es ist der Unterzeichnete sofort ermächtigt worden Namens der k. Regierung zu dem Vertrage vom 30 Sept., zu welchem der Hr. Erzherzog-Reichsverweser seine Zustimmung gleichfalls schon ertheilt hat, auch den diesseitigen Beitritt zu erklären. Indem der Unterzeichnete dieser Ermächtigung andurch Folge gibt, und demnach Namens der k. Regierung sich damit einverstanden erklärt daß Oesterreich und Preußen bis zum 1 Mai 1850, insofern nicht früher ein definitives Centralorgan geschaffen wird, die Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund auch im Namen der k. württemb. Regierung nach Maßgabe gedachter Convention übernehmen, hat derselbe, zur Vermeidung jedes Mißverständnisses, noch näher auseinander zu setzen unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen der Beitritt Württembergs zu dem Provisorium erfolgt. Es kann nämlich 1) die k. Regierung, da sie von der Ansicht ausgeht daß zu Errichtung einer neuen provisorischen Centralgewalt an sich die Mitwirkung der Vertreter des Volkes nöthig sey, und nur der Drang des Augenblickes die Umgehung dieser Vorschrift*) vom 30 Sept. nur als zu einer im strengsten Sinne interimistischen Maßregel ihre Zustimmung geben; sie muß daher ihrerseits die Dauer der Uebereinkunft mit Bestimmtheit auf die Zeitperiode bis zum 1 Mai 1850, bis zu welcher eine deutsche Volksvertretung einberufen und über eine deutsche Verfassung eine Vereinbarung getroffen werden kann, beschränken, und betrachtet von gedachtem Tage an die Uebereinkunft als eine in keiner Beziehung mehr bindende; 2) um die Maßregel welche Oesterreich und Preußen vorgeschlagen haben in das Leben treten lassen zu können, ist, wie auch des Hrn. Erzherzogs Reichsverwesers kaiserl. Hoheit in Höchstihrer Erklärung vom 6 v. M. bemerkt haben, Zustimmung sämmtlicher deutschen Regierungen nothwendig. Nur unter der Voraussetzung daß diese wirklich erfolgt, kann die königliche Regierung sich an ihre Zustimmung für gebunden erachten; 3) wie die königlich bayerische Regierung in ihrer, die neue provisorische Centralgewalt betreffenden Erklärung vom 26 v. M., so geht auch die königliche württembergische Regierung von der Ansicht aus daß durch die Convention vom 30 Sept. d. J. nur die Befugnisse des engern Rathes der früheren Bundesversammlung bis zum 1 Mai 1850 an Oesterreich und Preußen übergehen, während die Rechte und Pflichten des Plenums dieser Versammlung sämmtlich nicht (nur die im Art. 6 der Bundesacte genannten) wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes, von welcher sie dem Hrn. Reichsverweser anvertraut waren, zurückfallen. Indem nun der Unterzeichnete den Hrn. Geschäftsträger ersucht von vorstehendem seine Regierung gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen, bemerkt derselbe daß er eine vollkommen gleichlautende Erklärung heute auch dem königlich preußischen Hrn. Gesandten hat zugehen lassen, und benützt zugleich diesen Anlaß ꝛc. Stuttgart, den 10 Nov. 1849. (gez.) v. Wächter-Spittler."

Denkschriften in der Sache des engern Bundes.

II.

Hannover. Die Denkschrift vom 1 Nov., worin die Regierung sich über die Abänderungsvorschläge Preußens zu dem Verfassungsentwurf vom 26 Mai erklärt, gibt in folgendem die Resultate einer „ernsten und sorgfältigen Prüfung": „Die aus der angestellten Erwägung gewonnene Ueberzeugung daß der nach den gegenwärtigen Vorschlägen Preußens zu constituirende engere Bundesstaat für einen Theil Deutschlands, und innerhalb des fortbestehenden, auf den Verträgen von 1815 ruhenden Bundes eine lebensfähige Schöpfung nicht werden könne, und daß die Idee des Bundesstaats, wie sie im Verfassungsentwurfe vom 26 Mai nach der preußischen Vorlage formulirt ist, nur dann eine Aussicht auf Realisirung und auf Befriedigung der Bedürfnisse der deutschen Nation eröffnen könnte, wenn, im Einverständniß mit Oesterreich, mindestens alle übrigen deutschen Staaten dem unter Preußens Vorstandschaft zu bildenden Bundesstaate beiträten; diese Ueberzeugung muß die k. hannoverische Regierung auch hier wieder voranstellen, wie sie dieselbe stets Preußen und den übrigen deutschen Regierungen und dem Volke gegenüber offen bekannt hat, und wie dieselbe in den Sitzungen des Verwaltungsraths vom 5 und 9 Oct. ebensowohl wie in der Collectivnote des k. sächsischen und hannoverschen Bevollmächtigten vom 20 Oct. der leitende Gedanke ist.

Die k. preußischen Abänderungsvorschläge substituiren in ihrem Ergebniß dem deutschen Bundesstaate, wie er im Verfassungsentwurfe vom 26 Mai als Ziel der verbündeten Regierungen aufgestellt ist, gegenwärtig etwas durchaus anderes, einen engeren Bund im Bunde. Hannover sieht durch eine solche Aenderung des einen Hauptzwecks des Bündnisses vom 26 Mai den von den verbündeten Regierungen der Nation gegenüber übernommenen Verpflichtungen ein Genüge nicht geleistet. Wenn die k. Regierung dennoch der von dem k. preußischen Hrn. Bevollmächtigten und Vorsitzenden im Verwaltungsrathe ergangenen Aufforderung zur Erwägung jener Vorschläge sich nicht entzieht, so vermag sie dieß nur unter Voranstellung der Verwahrung daß sie damit ihren principiellen Widerspruch aufzugeben nicht gemeint ist.

Wendet man sich daher zunächst zu der in den k. preußischen Abänderungsvorschlägen sub A vorangestellten Nomenclatur, so werden die anheimgegebenen Abänderungen, wenn einmal auf eine deutsche Einigung verzichtet werden und ein engerer Bundesstaat an deren Stelle treten soll, an sich vielleicht zweckmäßig und sogar nothwendig erscheinen. Aber eben die Nothwendigkeit von der Bezeichnung „Reich", „Reichsfrieden", „Reichs-

---

*) Hier fehlt ein Theil des Satzes; wahrscheinlich soll es heißen: „erheischt, zu dem Vertrag".

tag" zu abstrahiren, erinnert die hannoverische Regierung daran welches Gewicht gerade seitens der Krone Preußen und ihres Bevollmächtigten bei den dem Abschlusse des Bündnisses vom 26 Mai vorangegangenen Verhandlungen und Conferenzen diesen Ausdrücken beigelegt wurde, wenn die deßfallsigen Erörterungen auch nicht in die nach den Sitzungen redigirten Protokolle aufgenommen sind, und wie gerade in diesen Bezeichnungen man den richtigen Ausdruck dafür gefunden zu haben glaubte um die Idee des engern Bundesstaats fern zu halten, und dem deutschen Volke die Beruhigung zu geben daß es sich um die Herstellung eines ganzen Deutschlands und nicht um die Abtrennung eines Theils handle. Wenn aber jetzt in die Nomenclatur des engeren Bundesstaats das Wort „deutsch" nicht mehr paßt, und die dem engeren Bundesstaate nicht angehörigen deutschen Länder als „fremde" bezeichnet werden müssen; wenn es in diesem Bundesstaate nicht einmal mehr „deutsche Flüsse" gibt, sondern nur „den Bundesstaat durchströmende Flüsse", so tritt die tiefere Bedeutung des jetzt von Preußen und einer Mehrzahl der dem Bündniß vom 26 Mai beigetretenen Regierungen beabsichtigten Schritts in seinen Folgen für die Zerreißung und Spaltung des deutschen Vaterlandes so herb hervor, daß man diesen Verfassungsentwurf für einen engern Bundesstaat wohl kaum mehr als einen Versuch zur Einigung Deutschlands bezeichnen zu wollen wagen darf. Jedenfalls scheinen selbst diese bloß formellen Aenderungen nicht ohne große materielle Bedeutung zu seyn.

Die hannoverische Regierung glaubt daran nicht unerhebliche Bedenken knüpfen zu müssen, die, im obigen nur angedeutet, bei näherer Prüfung der sub B der preußischen Vorschläge proponirten materiellen Aenderungen im ungleich höheren Maße hervortreten. Diese Bedenken beziehen sich nicht allein auf die zu 11 verschiedenen Paragraphen des Verfassungsentwurfs wirklich vorgeschlagenen Abänderungen, sondern auch darauf daß man k. preußischerseits von der Annahme ausgegangen zu seyn scheint daß, außer diesen 11 abzuändernden Paragraphen zu den übrigen 184 Paragraphen des Verfassungsentwurfs, neben der abzuändernden Nomenclatur, keine weitern Veränderungen sich als räthlich oder nothwendig darstellten.

Der ganze Charakter der Verfassung des jetzt proponirten Bundesstaats wird aber auch dadurch ein anderer, als derjenige welchen die drei paciscirenden Regierungen bei Abschluß des Bündnisses vom 26 Mai und bei Vorlegung des demselben beigefügten Entwurfs einer deutschen Reichsverfassung vor Augen hatten. Wie der Schwerpunkt des ganzen Verfassungsentwurfs in der Oberhauptsfrage und im Reichstage liegt, so liegt er in diesem wieder im Volkshause. Die erbliche Vorstandschaft Preußens in einem engeren Bundesstaate, dessen Volkshaus aus beiläufig 2/3 preußischen Deputirten gegen 1/3 Deputirte aus andern Staaten besteht, läßt kaum einen andern Ausgang dieser bundesstaatlichen Einigung möglich erscheinen als ein Aufgehen der kleineren Staaten in Preußen, oder eine Auflösung des preußischen Staats selbst durch das mit dem gleichartigen Stoffe in Preußen vereinigte demokratische Element aus jenen Staaten.

Ein Ausgang der ersten Art würde, wenn er der wahrscheinlichere wäre, für Preußen selbst nur dann nicht verderblich werden, sofern der preußische Staatskörper den Zuwachs neuer Glieder mit theilweise tief erkrankten Säften zu überwinden vermöchte.

Ein Ausgang der zweiten Art ist der Zielpunkt einer Partei welche in einer Auflösung der preußischen Monarchie in ihre einzelnen Bestandtheile das Mittel zur Verwirklichung eines deutschen Einheitsstaats erblickt. Das Bestreben dieser Partei ist dahin gerichtet über den Eintritt eines Ausgangs der zuerst erwähnten Art zu beruhigen durch Verkündigung eines zuversichtlichen Vertrauens zu dem wahrscheinlichen Eintreten des entgegengesetzten Ausganges.

Dieser Partei ist die übereilte Einberufung eines Reichstags, aus den Staaten welche dem Bündnisse vom 26 Mai angehören, der Weg zu jenem Ziele. Aber die k. hannoverische Regierung kann sich dem Gedanken eines solchen Ausgangs nicht ohne die ernsteste Sorge überlassen, weil Hannover in der völlig ungeschwächten Erhaltung der preußischen Monarchie die unerläßliche Bedingung für die Erhaltung Deutschlands erkennt. Preußen kann des Vorzugs der Vorstandschaft im engeren Bundesstaate nicht theilhaftig werden, ohne die kaum errungene Wiederbefestigung der eigenen staatlichen Verhältnisse aufs neue von einem Reichstage bedroht zu sehen, dem Preußen nichts entgegenzusetzen hätte als eine durch die legislative Gewalt des Fürstencollegiums gelähmte Executive des Vorstands. Welche von jenen Möglichkeiten sich aber auch verwirklichen möge — mit der Einigung Deutschlands bleibt eine wie die andere unvereinbar.

Hannover hat offen seine Bedenken gegen den preußischen Entwurf einer Reichsverfassung bezüglich der Constituirung einer Reichsregierung ausgesprochen, in welcher ein bisher unbekannter Versuch gemacht werden soll die executive und legislative Gewalt in der Regierung selbst von zweierlei disparaten Factoren, die eine vom Reichsvorstande, die andere von einem Fürstencollegium ausgehen zu lassen. Hannover hat dabei, die loyale Absicht Preußens in diesem Vorschlage anerkennend, seine bessere Ueberzeugung dem preußischen Vorschlage untergeordnet, und sich nur vorbehalten seine Ansichten auf dem demnächstigen Reichstage, dem diese Reichsverfassung wie sie am 26 Mai zwischen Preußen, Sachsen und Hannover vereinbart wurde, zur weitern Vereinbarung vorgelegt werden soll, in der Weise zur Geltung zu bringen wie jede andere Meinung sich dort im parlamentarischen Wege geltend machen kann.

Die Beseitigung dieser als unausführbar angesehenen Einrichtung durch die Beschlüsse eines von allen deutschen Staaten beschickten Reichstags, dessen Volkshaus keine absolute preußische Majorität enthalten würde, blieb mehr als wahrscheinlich. Wenn aber diese Einrichtung nach dem gegenwärtigen Vorschlage Preußens auch auf einen engeren Bundesstaat übertragen werden soll dessen Parlament zu 2/3 aus preußischen Stimmen bestehen würde, so muß hannoverischerseits jetzt mehr als je ein Gewicht auf die Erhaltung jener Wahrscheinlichkeit gelegt werden welche in den preußischen Abänderungsvorschlägen zur Verfassung nicht zu finden ist."

Nachdem sich nun die Denkschrift gegen die einzelnen Abänderungsvorschläge theils speciell, theils unter Bezugnahme auf ihren allgemeinen Widerspruch erklärt hat, wobei sie von Festhaltung der aus dem Vertrage vom 26 Mai Hannover obliegenden Verpflichtungen und erwachsenden Rechte spricht, gibt sie am Schlusse die Ansicht der hannoverischen Regierung über die Schritte welche sie zur definitiven Gestaltung des deutschen Verfassungswerkes vom Standpunkte des Vertrags vom 26 Mai d. J. für nothwendig hält. „Diese bestehen darin daß man einfach an dem der Nation vorgelegten Verfassungsentwurf für ganz Deutschland festhält in der Form wie ihn Preußen bei Abschluß des Bündnisses vom 26 Mai als unabweisliche Bedingung der Vereinbarung seinen damaligen Mitpaciscenten vorgelegt hat, und wie derselbe nach den bei allen spätern Beitrittsverhandlungen stattgehabten Bevorwortungen ohne Uebereinstimmung aller nicht abgeändert werden kann; daß man die gegenwärtigen Verwickelungen durch Verhandlungen über Abänderungsvorschläge nicht vermehrt, bis es der königl. preußischen Regierung durch Verständigung mit Oesterreich und mit den dem Bündniß nicht beigetretenen übrigen deutschen Staaten gelungen ist entweder den Widerspruch gegen den Verfassungsentwurf zu beseitigen, oder sich über Modificationen desselben zu einigen; daß die Berufung eines Reichstags bis dahin ausgesetzt bleibt daß dieser wirklich als ein deutscher Reichstag angesehen werden kann, und daß endlich, wenn die Erledigung dieser Vorfragen bis zum Ablauf des Bündnißvertrags vom 26 Mai nicht thunlich seyn sollte, eine Verständigung mit sämmtlichen deutschen Bundesstaaten versucht werde, um die mit diesem Bündnisse angestrebten Zwecke vertragsmäßig zu erreichen, Deutschland eine den Zeitverhältnissen entsprechende Verfassung zu geben, und das bereits ins Leben gerufene Bundesschiedsgericht in die Stellung eines wirklichen deutschen Reichsgerichts hinüberzuführen.

Dieß ist, nach Ansicht Hannovers, der Weg auf dem die durch den Vertrag vom 26 Mai verbündeten Staaten ihre übernommene Aufgabe der Nation gegenüber werden erfüllen können, nicht aber der daß sie schon jetzt, nach noch nicht halb verlaufener Zeit für die Dauer ihres Bündnisses, ihren Hauptzweck aufgeben, und sich auf den Versuch der Erschaffung eines engern Bundesstaats in Deutschland beschränken, der selbst von denen welche ihn vorgeschlagen nur als ein neues Provisorium bezeichnet wird."

Jonische Inseln.

Die Amnestie und die Verfolgungen. Reformen in Aussicht.

⊙ **Corfu**, 4 Nov. Abermals gab die Regierungsdruckerei ein Extrablatt das — man erstaune — ein Amnestie-Decret enthält. Ich habe diesen Komödienzettel mit Unwillen aus der Hand gelegt. Die allgemeine Stimme bezeichnet dieß als einen Widerspruch in der englischen Denk- und Handlungsweise, und es scheint auch so! Wenn man erwägt wie die halbofficiellen Londoner Blätter, die Times, der Globe, alle Maßregeln, das ganze harte, grausame, blutgierige Verfahren welches Sir G. Ward auf Cephalonien in Anwendung brachte, nicht bloß billigten und vertheidigten, sondern wie sie mit dem bittersten Hohn, mit jener gemeinen englischen Wegwerfung von den Bewohnern der jonischen Inseln sprechen, wenn man bedenkt daß die englische Regierung noch überdieß ihre volle Zustimmung zu diesen blutigen Acten auf Cephalonien durch die Ertheilung des Großkreuzes des heiligen Michael- und Georgen-Ordens an den Lord-Obercommissär Sir G. Ward an den Tag legte, wenn man ferner sich erinnert mit welcher Wichtigkeit für ganz Europa die Entdeckung einer lächerlicherweise „geheime Gesellschaft" genannten Verbindung angezeigt wurde, so kömmt freilich acht Tage nach allen diesen Tod und Verderben verkündenden Anfängen eine weit ausgedehnte Amnestie wie ein Sonnenblick aus donnernden Gewit-

terwolken! Mißbilligt vielleicht die englische Regierung Wards Verfahren nachdem sie die Berichte gelesen — Berichte aus denen erhellt daß der Lord-Obercommissär vieles nicht gewußt hat was allen andern Regierungen Europa's längst kein Geheimniß mehr ist? Hat man sich in Corfu übereilt mit großartigen Maßregeln, um den persönlichen Haß einiger Schuldner gegen ihre Gläubiger zu strafen, um die Härte und Maßlosigkeit der Grundherren gegen ihre verschuldeten, gedrückten Grundholden zu schützen, und sucht jetzt das Colonialministerium dieß durch eine Amnestie wieder gut zu machen? So menschlich konnte wohl jede andere Regierung seyn: einen Fehler, eine Uebereilung, selbst eine begangene Grausamkeit einzugestehen und wieder gut zu machen — nur die englische nicht! Sie hat in wenigen Wochen durch ihre Agenten so viele Opfer hinschlachten, henken, todpeitschen und todprügeln lassen daß kaum ein unbestraftes Individuum mehr existirt auf dem nur ein Schatten des Verdachtes ruhte, oder auch nur mit einem der Schuldigbefundenen blutsverwandt wäre. Wem gilt also diese Amnestie? Den noch übriggebliebenen unschuldigen Bewohnern der Sieben-Inselrepublik! Es ist kein Widerspruch in dieser Handlungsweise — es ist vorausbedachte kaltblütige Consequenz! „Treuer Knecht“ — so sollte man fast glauben habe in der Instruction Sir G. Wards gestanden — „henke von diesen nichtswürdigen Griechen so viele du habhaft werden kannst in wenigen Tagen; schuldig oder unschuldig, darauf kommt es wenig an, denn sie sind alle nichts werth; lasse so viele davon leben als nothwendig ist um das fruchtbare Land zu bebauen, damit unsere Einkünfte keinen Schaden leiden! Um das Geschrei der Welt, des sogenannten gebildeten Europa's, bekümmere dich nicht, für dieses zänkische langweilige Weib haben wir eine Amnestie in Bereitschaft und Lord Palmerstons Protestationen für die Freiheit der Völker.“

Die Times hat unlängst angedeutet daß die brittische Regierung eine Aenderung der jonischen Verfassung beabsichtige, um sie den Siebeninsel-Griechen annehmlicher zu machen („to make things pleasant“ — ein nachgerade in England zum Sprüchwort werdender Lieblinsausdruck des weiland Eisenbahnkönigs Hudson, womit er sein Hocuspocus in der Rechnungsführung der von ihm dupirten Eisenbahngesellschaften bezeichnete). Damit empfahl das Blatt dem jetzigen Lord-Obercommissär Sir H. G. Ward selbst die Entwerfung einer neuen Verfassung für die sieben Inseln aufzugeben. Gegen diesen Gedanken erhebt sich im Examiner der bekannte Freund und parlamentarische Anwalt der jonischen Griechen Lord Charles Fitzroy, welcher unter anderm bemerkt: eines von den Hauptgebrechen der jonischen Verfassung sey die in die Hände des Lord-Obercommissärs gelegte Polizeimacht, eine für die bürgerliche Freiheit so gefährliche Waffe als es jemals der High Court Jakobs II gewesen. Auf diese Macht zu verzichten würde sich kaum ein Lord-Obercommissär entschließen, und darum sey es das beste eine eigene königliche Commission aus unparteiischen Männern niederzusetzen, welche die jetzige Verfassung allseitig zu untersuchen und sofort Reformen vorzuschlagen habe. — In den liberalen Daily News, welche bisher den Sir H. G. Ward wiederholt und heftig angegriffen, führt ein „Anglo-Jonier“, wie er sich nennt, der länger als zwanzig Jahre auf den sieben Inseln gelebt, die Vertheidigung jenes Beamten wie folgt: „Ihr gewöhnlicher jonischer Correspondent und ebenso Lord Fitzroy scheinen zu glauben daß die letzten Umtriebe einiger sogenannten cephalonischen Patrioten weiter nichts waren als agrarische Frevel, welche Sir G. Ward behufs eigener Zwecke zu einer Revolution vergrößerte. Nun mögen aber folgende Thatsachen für sich selbst sprechen. Nodaro, einer von den Rädelsführern des Ausbruchs, war ein Priester, und besaß als solcher großen Einfluß auf das Landvolk, worüber sich nicht verwundern wird wer da weiß wie unwissend, abergläubisch und pfaffenknechtisch die Jonier in allen Religionssachen sind. Dieser Priester war der erste der einen Kreuzzug predigte, nicht gegen die Grundherren, sondern gegen die Engländer. Vlacco,*) der andere Leiter, war bloß ein Werkzeug in der Hand der Priester. Beide reisten im Lande herum und suchten Recruten zu werben, indem sie die Bauern im Namen der Religion und der heiligen Dreifaltigkeit aufboten; es gelang ihnen so weit daß sie 200 bis 300 Bewaffnete zusammenbrachten, während täglich Verstärkungen aus Albanien und Griechenland erwartet wurden, unterstützt von einem Club in Corfu der unter dem Namen „La Grande Fratellanza (die große Verbrüderung)“ bekannt ist. In Corfu wurden politische Versammlungen gehalten, und bei einem Festmahle der Verbrüderten ein Toast auf „die Unabhängigkeit der jonischen Inseln“ und — bemerken Sie wohl! — deren „alsbaldige Einverleibung in Griechenland“ ausgebracht. Das ganze Complot scheiterte an der Energie und raschen Entschlossenheit Sir H. G. Wards, welcher, indem er diesen lächerlichen Revolutionsversuch im Beginn unterdrückte und die abscheulichen (abominable) Plane der Grande Fratellanza ans Licht zog, sich um seine Souveränin, um England und die Jonier selbst wohlverdient machte; denn daß die Jonier je mit Waffengewalt ihre Unabhängigkeit erringen, ist barer Wahnsinn. Ward mag streng verfahren seyn, aber die Nothwendigkeit erforderte es, zumal da er fand daß seine eigenen Polizeibeamten sich als Spione gegen die Regierung brauchen ließen, so ein gewisser G. B. Scarpa, ein »nobile Corcirese«, der mit der Grande Fratellanza in geheimen Briefwechsel getreten. Uebrigens will ich nicht läugnen daß die jonische Verfassung mancher Reformen bedarf, die jedoch nur auf friedlichem Wege durchgeführt werden können. Was schließlich den Cavaliere Mustoxidi betrifft, so ist er ein Gelehrter von unbestreitbaren Verdiensten, bekanntlich aber kein Freund Englands.“ (Anlangend die obige Andeutung einer geheimen Gesellschaft, welche die Annexation der sieben Inseln an Griechenland bezweckte, so ist jedenfalls die griechische Regierung diesen Umtrieben, wenn sie anders wirklich stattfanden, fern geblieben. Erfreulich aber ist das fast einhellige Geständniß der englischen Journale daß das Loos der jonischen Griechen verbessert werden muß; denn die Freiheit die sie bisher unter ihrer Scheinverfassung genossen, war in der That keine andere als die unter der alten Römerherrschaft, worüber Strabo das bekannte derb sarkastische Wort aufbewahrt hat: „Ἐλευθέρα Κέρκυρα· χέζ' ὅπου θέλεις.“)

*) Dieser Mann trug in seinem letzten Willen seiner Frau auf ihn unter den Sarg seiner Mutter zu begraben.

Σ Zürich, 16 Nov. Laut einem in mehreren öffentlichen Blättern befindlichen Aufrufe hat sich in Bern ein Centralcomité für Unterstützung der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz gebildet, das als wesentlichen Grund seines Zusammentrittes den Umstand anführt, daß das Hülfscomité in Zürich es abgelehnt habe sich als Centralcomité zu organisiren. Da aus diesem Umstande, namentlich wenn er mit einigen in der letzten Zeit in öffentlichen Blättern enthaltenen Schweizercorrespondenzen in Verbindung gebracht wird, leicht ein Tadel gegen das Züricher Comité entnommen werden könnte, so dürfte der Aufschluß nicht unwillkommen seyn daß das letztere allerdings von Anfang an die Zumuthung als Centralcomité für die Schweiz aufzutreten entschieden von der Hand gewiesen hat. Die Gründe die es hiezu bewogen haben, müssen aber wohl gewichtig gewesen seyn, da der schweizerische Bundesrath, dem es hierüber seine Ansichten des Einläßlichsten auseinanderzusetzen Gelegenheit gehabt hat, auf seine dießfällige Communicationen den Antrag der Regierung von Bern, ein solches Comité aufzustellen, als „nicht zweckmäßig“ zurückgewiesen hat. Daß aber das Züricher Comité die an daselbe gesandten Gaben keineswegs bloß fur die in Zürich befindlichen Flüchtlinge verwendet hat, haben die Geber aus den in der N. Z. Ztg. enthaltenen Wochenrapporten vernommen, woraus hervorgeht daß von den bis zum 3 Nov. demselben eingesandten 16522 Fr. an verschiedene Hülfscomités in andern Kantonen baar 3798, für Kleider u. dgl. gleichfalls zum Theil nach andern Kantonen 3125 Fr., an Unterstützungen an einzelne, wovon mehr als die Hälfte an Passanten und Heimkehrende, 4558 Fr. und der Rest theils nach specieller Anweisung der Geber, theils für Büreaukosten verausgabt worden ist, theils noch als Cassa-Saldo sich vorfindet. Uebrigens stehen ungeachtet der Gründung eines „Centralcomité“ in Bern die Hülfscomités von sieben Kantonen in der Weise mit demjenigen von Zürich in Verbindung daß die an diese acht Comités gesandten Gaben nach Verhältniß der Anzahl der in jedem Kantone befindlichen Flüchtlinge vertheilt werden.

(4262)

Todes-Anzeige.

Heute verschied dahier nach schwerem Krankenlager in seinem 78sten Lebensjahre unser innigstgeliebter Vater und Schwiegervater

Dr. Wilhelm Daniel Joseph Koch,

Professor der Botanik und Director des botanischen Gartens an der Universität zu Erlangen, königl. Geheimer Hofrath, Ritter des königl. schwedischen Nordstern-Ordens und des königl. bayer. Ludwigsordens, vieler gelehrten Gesellschaften Mitglied.

Indem wir dieses traurige Ereigniß allen theuern Verwandten und den vielen verehrten Freunden des Verewigten mittheilen, bitten wir um stille Theilnahme. — Erlangen, den 14 November 1849.

Luise Wollner, geb. Koch.
Dr. Wollner, praktischer Arzt.

(4117—18)

Allgemeine Versorgungsanstalt im Großherzogthum Baden.

Auszahlung der Renten für das Jahr 1849.

Vom 15 November l. J. an wird die Auszahlung der vollen Renten und der Theilrenten für das Jahr 1849 stattfinden. Die zum Rentenbezug berechtigten Mitglieder der Anstalt, d. h. diejenigen welche in den Jahren 1835 bis einschließlich 1847 volle Einlagen gemacht, oder ihre Theileinlagen bis zum Jahr 1848 ergänzt haben, werden eingeladen ihr Rentenguthaben vom 15 November d. J. an entweder dahier bei unserer Hauptcasse, oder auswärts bei den Geschäftsfreunden (in Augsburg bei Hrn. Particulier G. Pfeil, in München bei Hrn. Kaufmann C. A. Buchner, in Kempten bei Hrn. Kaufmann A. Leipert, in Regensburg bei Hrn. Kaufmann J. Krippner, in Lindau bei Hrn. Kaufmann F. Jäger, in Nürnberg bei Hrn. Kaufmann L. Zöpfl, in Würzburg bei Hrn. Bankier G. Oehninger, in Bamberg bei Hrn. Kaufmann A. Burger, in Bayreuth bei Hrn. Handelsvorstand C. F. Dilchert, in Aschaffenburg bei Hrn. Maindampfschifffahrts-Agenten G. F. Rigel, in Zweibrücken bei Hrn. Einnehmer Feß) unter Vorlage der Rentenscheine zu erheben.

Die Renten für das Jahr 1849 betragen aus einer vollen Einlage von 200 fl.

in der Jahresgesellschaft von	in den Altersclassen, beziehungsweise Unterabtheilungen																			
	I		II		III		IVa		IVb		IVc		Va		Vb		VIa		VIb	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1835	7	23	7	36	8	1	9	15	16	23	21	5	29	51	60	—	115	13	300	—
1836	7	10	7	33	7	54	8	35	13	49	15	22	18	30	42	25	96	43	251	1
1837	7	4	7	19	7	46	8	12	14	37	24	53	24	53	35	11	89	20	—	—
							* —	51	—	51	12	7	2	6	7	54				
1838	7	1	7	9	7	40	8	6	11	57	14	18	16	41	28	39	28	39	114	37
1839	7	1	7	3	7	29	7	51	7	51	15	16	15	16	23	23	23	23	60	—
1840	7	1	7	2	7	20	7	40	7	40	15	12	15	12	25	48	30	30	46	32
1841	7	2	7	2	7	19	7	41	7	41	13	7	14	44	17	32	17	32	37	57
1842	7	1	7	1	7	17	7	41	7	41	12	4	12	4	13	37	14	13	31	13
													* 1	19	2	35	1	32	2	40
1843	7	—	7	2	7	4	7	2	7	2	10	40	10	40	11	14	12	16	19	26
1844	7	—	7	—	7	2	7	—	7	—	7	—	9	56	10	22	12	4	16	3
1845	7	—	7	—	7	—	7	1	7	1	7	1	9	1	10	25	12	57	13	11
1846	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	9	28	9	28	9	28	10	47
1847	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	7	—	8	50	8	50	8	50	11	51

Die Nummern der Rentenscheine, auf welche volle oder theilweise Renten für das Jahr 1849 ausbezahlt werden, sind in einem gedruckten Verzeichniß zusammengestellt, und es kann jedes Mitglied sowohl hier bei unserer Casse als auswärts bei den Geschäftsfreunden davon Einsicht nehmen.

Damit verbinden wir schließlich die Einladung zum Beitritt in die am 1 Februar 1848 eröffnete 14te Jahresgesellschaft, wozu außer der baaren Einlage von 10 bis 200 fl., nebst 1 fl. Eintrittsgeld, nur die Ausstellung einer Beitrittserklärung, und für jene die der Anstalt noch nicht beigetreten, die Vorlage eines Geburtszeugnisses erforderlich ist.

Karlsruhe, den 29 October 1849.

Verwaltungsrath.

*) Außerordentliche Dividende pro 1849 (§. 88 der Statuten).

(4143) Bei Friedrich Bassermann in Mannheim ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die zweite Auflage
der
neuen Folge von Berthold Auerbach's Dorfgeschichten,
enthaltend: die Sträflinge, die Frau Professorin, Lucifer.

Preis broschirt 1 Thlr. preuß. oder 1 fl. 45 kr. — Elegant gebunden in rother englischer Leinwand mit goldverziertem Rücken 1⅓ Thlr preuß. oder 2 fl. 20 kr.

Diese **zweite** Auflage der **neuen** Folge schließt sich in Format genau der **vierten** Auflage der **ersten** Sammlung
Schwarzwälder Dorfgeschichten
an, welche in gleichem Einband zu gleichem Preise durch alle Buchhandlungen zu beziehen ist.

(4180—82) Bei Kaulfuß Wittwe, Prandel u. Comp. in Wien, am Kohlmarkt Nr. 1149—50, sind neu erschienen:

Beschreibung
sämmtlicher
Kinderheilanstalten in Europa.
Von
Franz S. Hügel,
Doctor der Medizin, Director des unentgeltlichen Kinder-Kranken-Instituts im k. k. Polizeibezirke Wieden in Wien, der medicinischen Facultät, und mehrerer wissenschaftlicher Vereine Mitglied rc.
brosch. 8. 4 fl. C.-M.

Der Aderlaß in der Lungenentzündung.
Kritisch und physiologisch erörtert
von
Dr. Jos. Dietl,
k. k. Polizeibezirks- und Primararzt des Bezirks-Krankenhauses Wieden in Wien.
brosch. 8. Preis 1 fl. 20 kr. C.-M.

Die Galle
im gesunden und krankhaften Zustande, mit besonderer Berücksichtigung der Gallensteine.
Nach
F. Bonisson, frei bearbeitet und mit Zusätzen vermehrt von **E. A. Platner.**
brosch. 8. 2 fl. C.-M.

Die orientalische Cholera.
Von
Dr. Regenhart,
Doctor der Medicin und Chirurgie rc. in Gratz.
brosch. 8. 40 kr. C.-M.

(4184) In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Dr. B. Cotta,
Leitfaden und Vademecum der Geognosie
als dritte Auflage von dessen Grundriß der Geognosie u. Geologie.
Mit einer colorirten Titelskizze, 3 Tabellen und 25 eingedruckten Holzschnitten.
gr. 8. brosch. 2 Thlr. 12 Ngr.

(4255) Wichtige Nachricht!

Ein ausgezeichnetes Heilmittel

gegen Magenverhärtung, Magen- und Brustkrämpfe, Erbrechen und Abweichen und Kolik, das selbst in Fällen, wo die ärztliche Hülfe bereits aufgegeben wird, noch sichere Hülfe leistet, worüber die ausgezeichnetsten ärztlichen und andere Zeugnisse vorliegen, und zur Ansicht mitgetheilt werden, ist gegen portofreie Einsendung des Betrags von 5 fl. 30 kr. für das Paket zu haben im

Dillingen a. D. den 3 Nov. 1849. **Handels- u. Gewerbs-Adreß-Bureau.**

(4129—30) Der Wirthschaftspacht der **Harmoniegesellschaft in Würzburg** nähert sich seinem contractmäßigen Abschlusse. Pachtlustige mögen sich wegen Kenntnißnahme der treffenden Verhältnisse und Bedingungen

längstens bis zum 1 Januar k. J.

an den Unterfertigten wenden. — Würzburg, am 8 November 1849.

Der Vorstand der Harmonie-Gesellschaft.

(3998—99) **Schnupfen, Katarrh und Reizungen der Brust, im Halse und den Luftröhren-Aesten.** Gegen diese verschiedenen Uebel gibt es keine wirksameren Mittel als **Nafé-Syrup** und **Nafé-Teig**, deren Vorzüglichkeit vor allen gegen Brustbeschwerden bisher angewandten Heilmitteln von den Aerzten der Pariser Hospitäler, sowie von allen Mitgliedern der medicinischen Facultät anerkannt und dargethan worden ist.

Niederlage des Nafé-Syrup und Nafé-Teigs in

Straßburg bei **J. D. Weber, Kaufmann.** (Hauptniederlage.)
München bei Hrn. **Angelo Sabbadini.**
Augsburg bei Hrn. **J. C. Wüst.**
Stuttgart bei Hrn. **C. F. Autenrieth.**
Ulm bei Hrn. **Heinrich Rubling.**
Würzburg bei Hrn. **C. A. Veniro sel. Erben.**
Lindau bei Hrn. **F. Rasco.**
Landau bei Hrn. **J. F. Stahl.**

(4201) Bei Joh. Ambr. Barth in Leipzig erschienen:

Die Reichsgesetze
in porte-monnaie Format.

I. Verfassung des deutschen Reichs. 2 Ngr.
II. Entwurf der Verfassung des deutschen Reichs nach der Uebereinkunft der Kronen Preußen, Sachsen und Hannover. 2 Ngr.
III. Wechselordnung, allgemeine für Deutschland. 2 Ngr.

denen die fernerweit emanirt werdenden unverweilt folgen sollen.

(4153—54) **Rottweil a. N.**
im Königreich Württemberg.

Verkauf eines sehr vortheilhaft gelegenen Hauses.

Aus der Masse des hiesigen Handlungshauses J. A. Haßner wird ein neuerbautes, dreistöckiges und zugleich mit einem Souterrain versehenes Gebäude Nr. 247

am Dienstag den 27 d. M.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause zum Verkauf im öffentlichen Aufstreich ausgesetzt.

Dieses Haus, welches um 18,000 fl. der Brandversicherung einverleibt, gegenwärtig aber nur zu 15,000 fl. gerichtlich taxirt ist, steht in der Mitte der hiesigen Stadt an zwei Hauptstraßen und gegenüber dem sehr frequenten Kornhause. Dasselbe enthält im Souterrain zwei gewölbte Keller, Stallung und großen Raum zu einem Magazin; im ersten Stock zur ebenen Erde einen großen geschmackvoll eingerichteten Laden, ein Comptoir, ein Wohn- und ein Schlafzimmer nebst Küche und Abtritt; im zweiten und dritten Stock je fünf heizbare, in einander gehende Zimmer nebst Alkoven und Küchen; auf dem Dachboden zwei Mansardenzimmer nebst Kammern und Fruchtbehältern. Am zweiten Stocke (belle étage) ist ein hübscher Balkon angebracht.

Bei der sehr günstigen Lage und zweckmäßigen Einrichtung dieses Hauses, auf welchem seit vielen Jahren ein ausgedehntes Ellen- und Modewaarengeschäft — in günstigen Zeiten sogar mit einem jährlichen Umsatz von etlich und vierzigtausend Gulden betrieben worden ist, und bei dem weitern Umstand daß sich dahier nur wenige Ellenwaarenhandlungen befinden, ist mit Sicherheit anzunehmen daß ein Käufer seine volle Rechnung um so mehr finden werde, als die hiesige Stadt jetzt zum Sitz eines Schwurgerichtshofs bestimmt ist. Ueberdieß sind die Kaufsbedingungen sehr billig gestellt, und kann der größere Theil des Kaufschillings auf dem Haus als verzinsliche Schuld stehen bleiben.

Indem man nun die Kaufsliebhaber zu der Verhandlung einladet, wird noch bemerkt daß auswärtige und diesseits unbekannte Lufttragende sich vor der Steigerung mit amtlich beglaubigten Prädicats- und Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Den 10 November 1849.

Für den Stadtrath.

Stadtschultheißenamt: **Rapp.**

(4170—72) für

HH. Glasfabricanten.

Der Besitzer eines ausgedehnten Waldgrundes im Prachiner Kreise, wo zugleich neben niedrigen Holzpreisen Kies bester Qualität und reichliche Wasserkraft disponibel ist, beabsichtigt ein Glasfabriks-Etablissement im großen Maßstabe zu begründen, und dieses im Pachtwege auf 12 bis 18 Jahre zu überlassen.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 326. — 22 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der neue österreichische Commandant der Reichstruppen. Die Einsetzung der neuen Centralgewalt vor einem neuen Stein des Anstoßes. Ermuthigung der Gothaer Partei); München (Prinz Wilhelm von Preußen. Weitere Beschlüsse über das Jagdgesetz. Hr. v. d. Pfordten. Graf Bray. Die Amnestiefrage. Das Gesetzblatt); Pfalz (Bekanntmachung wegen der Truppenverminderung); Biberach (Probefahrten auf der Eisenbahnstrecke bis Erbach); Rastatt (Milderung in Behandlung der Gefangenen. Berichtigung); Zwingenberg (Alterthümerfund); Darmstadt (Verordnung über die Kirchenverfassung. Die Gefangenen in Baden. Das Coalitions-Ministerium); Hamburg (der Senat tritt dem Entwurf der Steuercommission bei. Ein Verschwörungsgespenst); Lübeck (Anfrage wegen der Centralgewalt); Bremen (die Reichstagswahlen); Meiningen (der Landtag tritt mit großer Mehrheit dem engern Bund bei); Hannover (die Scheidung der Parteien und das Ministerium); Berlin (der Beschluß über die Vornahme der Reichstagswahlen. Die Verschwörungsgerüchte und die Reactionsschürereien. Urtheile über die Anklageacte gegen Waldeck); Schleswig-Holstein (die preußischen Officiere); Wien (Journalzänkereien. Des Kaisers Abreise. Gerücht von Lenau's Tod. Der Zeitungsstempel); Prag (der Gewerbverein über die Zolltarifreform. Cholera. Der befestigte Wyscherahd. Die Bergakademie in Przibram. Palazky's böhmische Geschichte. Böhmische Bibelübersetzung. Feierlicher Empfang des Kaisers); Triest (die Cholera ganz verschwunden. Ihre Verheerungen in Oran. Dankschreiben Radetzky's. General Wimpffen); Linz (Auflaufen eines Dampfboots).

Spanien. Das Deficit. Carlistenbanden in Catalonien.

Großbritannien. Die irische Auswanderung ein neues Unheil für das Land. Eine afrikanische Handelsgesellschaft. Die Times über die französische Finanzdarlegung.

Frankreich. Verhandlungen über die Gehaltszulage des Vicepräsidenten der Republik. Zaoudzi und Pamanzi. Das Ausbieten der Portefeuilles. P. Bonaparte.

Belgien. Die Adresse des Senats. Postvertrag mit der Schweiz. Die Genter Fabrikarbeiter kehren zur Arbeit zurück.

Niederlande. Erklärungen über die Cabinetszusammensetzung.

Italien. Turin (Prorogation der Kammer und erwartete Auflösung).

Türkei. Die französische Flotte vor Ourlac, die englische in den Dardanellen. Steigender Einfluß Englands im Divan. Kossuths Rede in Widdin. Der russische und der österreichische Botschafter thun den ersten Schritt zur Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen. Die englische Flotte soll zum Abzug aus den Dardanellen Weisung erhalten haben.

Ver. Staaten von Nordamerika. Der russische Gesandte Bodisco. Pater Mathew.

Datum der Börsen: Madrid 13; Wien 19; Frankfurt 20; Augsburg 21 Nov.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 19 Nov. Der k. k. österreichische General Malnoni welcher den General v. Schirnding im Commando der in Frankfurt liegenden Reichstruppen ablöst, ist dahier eingetroffen. Derselbe erschien heute Mittag auf der Parade, wo das Officiercorps der Reichstruppen zu seinem Empfang versammelt war.

Nach Frankfurter und Berliner Briefen ist die Einsetzung des Interim abermals auf Schwierigkeiten gestoßen: Oesterreich habe eine feierliche Uebertragung der Centralgewalt durch den Erzherzog-Reichsverweser an die neue Bundesbehörde verlangt, Preußen verweigere das, weil der Erzherzog gar keine Gewalt mehr gehabt habe. Sollten wirklich derlei Fragen bei Abschluß des Vertrags gar nicht vorausgesehen worden seyn, oder werden sie vorgeschoben weil über die beabsichtigte Berufung eines Reichstags nach Erfurt der kaum gedämpfte innere Brand an dem schwachen Gebäude neu emporzüngelt? — Die Deutsche Ztg. protestirt sehr gegen die Vermuthung als ob die Gothaer Partei jetzt sich auflösen wolle. Ihr ganzer Ton zeugt von neu gestärktem Vertrauen auf Preußen.

Bayern. — **München,** 21 Nov. Die Amnestiefrage beschäftigt das Publicum, soweit sich dieses noch um Politik bekümmert. Die vorausgegangenen Revolutionszustände haben zu viele Interessen benachtheiligt, haben das wüste Treiben der anarchischen Partei zu offen bloßgelegt, als daß es einen wundernehmen könnte sonst sehr liberale Männer sagen zu hören: wir wollen nicht, einer unklaren Gefühlspolitik zulieb, der Wühlerei die rettende Hand reichen. Namentlich hört man solche Aeußerungen aus dem Munde von pfälzischen Abgeordneten, die so abschreckende Beispiele von dort vorgekommener Gemeinheit und Gesetzlosigkeit zu erzählen wissen daß bei vielen die Regungen des Verzeihens zurückgeschreckt werden. Ich begebe mich indeß über die dortigen Zustände jedes Urtheils, da nur wer sie mit erlebt hat, darüber richten kann. Anders gestalteten sich die Dinge in den diesseitigen Provinzen, und auch da in jeder verschieden. Für die allgemeine Ansteckung die in der Luft lag, für ein brennendes Wort das die Gewitteratmosphäre den glühenden Gemüthern entrissen, wird man niemand strafen wollen, sondern nur für wohlprämeditirte in bestimmten Handlungen ausgedrückte Verbrechen. Soweit die von Regierung und Kammern zu beschließende Amnestie sie nicht trifft, werden die Richter und Geschworenen entscheiden. Eine Hauptfrage dabei bildet aber immer der bekannte Plenarbeschluß des obersten Gerichtshofs, der dahin lautet: „daß die Voruntersuchung wegen angezeigten Staatsverraths durch gewaltsame Einführung der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung — oder wegen der unter dem Vorwand derselben im Königreich Bayern diesseits des Rheins begangenen — oder sonst hiemit im Zusammenhang stehenden Verbrechen und Vergehen dem k. Kreis- und Stadtgericht Augsburg übertragen sey, und diesem die ausschließliche Führung der bezüglich obiger Verbrechen schon anhängigen oder bei [illegible] noch anhängig werdenden Untersuchungen obliege." Das in diesen Blättern bereits einmal erwähnte, dem betreffenden Kammerausschuß mitgetheilte Gutachten eines Augsburger Rechtsgelehrten, Dr. v. K., sucht zu beweisen daß dieser Beschluß (wir führen die eigenen Worte der Denkschrift an) „ein dem Gesetz widerstrebender, und daß durch dessen Motivirung auf Grund Art. 4 und 5 des Gesetzes vom 10 Nov. 1848 diesen Gesetzesstellen selbst Zwang angethan sey, da sich dieselben nur auf einzelne Untersuchungen bezogen, für welche die Obergerichte ausnahmsweise andere als die zuständigen Untergerichte resp. Untersuchungsrichter bestellen dürfen, während das Gesetz sogar von solchen Ausnahmsgerichten schweige, wie sie dereinst die französische Gesetzgebung in dem abrogirten Tit. VI Liv. II Art. 553 und 599 C. d. J. Crim., als cours speciales, aber auch lediglich nur für Vagabunden und dergleichen, und für gewisse Fälle von durch Banden oder bewaffnete Haufen verübten Verbrechen statuirt habe. Der Plenarbeschluß erhebe (laut der Erwägungen dazu) einen vom Staatsanwalte angedeuteten Verdacht einer hochverrätherischen Complicität einzelner Individuen bis zur Bedeutung eines thatsächlichen gemeinsamen und in eine einzige Handlung zusammenlaufenden Reates Aller, wobei der Umstand daß jeder für sich, jeder am andern Orte, jeder in andern selbständigen äußeren Handlungen aufgetreten sey, vor dem geistigen Blicke des Richters so weit in den Hintergrund gedrängt worden, daß er gleichwohl eine auf bloßer Abstraction beruhende Complicität angenommen, und auf diese die Zusammenfassung aller einzelnen Untersuchungen in eine untrennbare Centraluntersuchung gegründet habe." Ich enthalte mich die Folgerungen und die Mittel der Abhülfe anzuführen, die das Rechtsgutachten für möglich hält. Sie werden bei der Kammererörterung wohl näher zur Sprache kommen, und es wird sich zeigen in wie weit sie berücksichtigt werden können, ohne daß das ganze Gesetz in Frage gestellt würde. Hier genügt es auf diesen einen Knotenpunkt der Sache hingewiesen zu haben, der von Anfang an zu Zweifeln Anlaß gegeben und zu verschiedenen Auslegungen geführt hatte. Wir vertrauen der Humanität der Richter und der Regierung bei der Interpretation und Ausführung des zu erwartenden Amnestiegesetzes.

|| **München,** 20 November. In einer vierstündigen Abendsitzung hat unsere Abgeordnetenkammer nur die Paragraphen 2 und 3 des Jagdgesetzes fertig gebracht, und einen weitern bis zur Schlußäußerung der Referenten gereift. Die angenommenen Paragraphen besagen im wesentlichen: die Ausübung des Jagdrechts durch den Grundeigenthümer findet nur statt in mit Mauern, Zäunen oder dichten Hecken nebst verschließbaren Thüren versehenen Grundstücken, oder wenn der Grundbesitz

eine zusammenhängende Fläche von 240 Tagwerken in der Ebene und von 400 Tagwerken im Hochgebirge bildet, wobei Seen, Teiche u. dgl. in das Areal eingerechnet und durchgehende Straßen oder Wege als die Continuität nicht aufhebend angesehen werden. Sind ein oder mehrere kleinere Grundstücke vollständige Inclaven eines größern, zur selbständigen Jagdausübung berechtigenden Grundbesitzes, so steht dem Besitzer des letztern die Jagdbefugniß auf den eingeschlossenen Gründen gegen Entschädigung zu. Die Berathung wird in der morgigen Sitzung fortgesetzt.

|| **München,** 21 Nov. Glückliche Leser, die über die heutige Kammersitzung nur einen kurzen Bericht zu lesen haben ohne in ihr selbst festgehalten worden zu seyn! Gestern war die Debatte über Art. 4 des Jagdgesetzes geschlossen worden. Nachdem heute das Referat über das Amnestiegesetz verlesen war, äußerten sich der Referent und der Ministerialcommissär über jenen Artikel, die Abstimmung ward aber noch mehr als zwei Stunden dadurch hingehalten daß nachträglich Hr. v. Hermann den präjudiciellen Antrag stellt: das ganze Jagdgesetz abermals an den Ausschuß zurückzuweisen, um es unter Berücksichtigung der pfälzischen Gesetzgebung umzuarbeiten. Die Frage um die Unterstützung durch die Mehrheit ward nicht gestellt, der Antrag indeß empfohlen, bekämpft und modificirt, und schließlich mit einer Majorität von mindestens vier Fünftheilen verworfen. Mit der Linken, die den gestrigen Sieg bei Art. 1 und das in den Grundrechten über die Jagd ausgesprochene Princip gefährdet sah, stimmte nämlich der größte Theil des Centrums und der Rechten. Noch wird dann über die Abstimmung selbst discutirt und endlich mit Abwerfung aller Amendements der Art. 4 des Regierungsentwurfs angenommen; er lautet: „In allen übrigen Fällen (wo nämlich die Ausübung des Jagdrechtes nicht dem Grundeigenthümer selbst zusteht) übt die politische Gemeinde Namens der Gemeinde-Eigenthümer innerhalb ihres Bezirks das Jagdrecht durch Verpachtung aus." Zum Art. 5 erscheint wieder eine größere Anzahl von Amendements, von welchen jenes des Abg. Forndran angenommen wird, und die angenommene Bestimmung geht nun dahin daß jede politische Gemeinde für ihre Flur, ohne Rücksicht auf den Umfang, und jede Ortsflur mit 240 Tagwerken, ohne Rücksicht auf die politische Vereinigung, einen Jagdbezirk bilden kann; auch dürfen größere Gemeinden ihre Jagdbezirke in mehrere zu mindestens 240 Tagwerken abtheilen. Dieß das magere Resultat einer fünfstündigen Sitzung. Die nächste ist auf morgen früh angesetzt.

e **München,** 21 Nov. Hr. Staatsminister v. d. Pfordten ist gestern von seiner Urlaubsreise nach Salzburg und ins bayerische Gebirge in gutem Wohlbefinden zurückgekehrt, und er hat heute die beiden ihm anvertrauten Portefeuilles wieder übernommen. Ueber die in Ihrer und mehreren Zeitungen berührte Ernennung des Grafen Bray-Steinburg zum Gesandten am Hof von St. Petersburg kann ich Ihnen Verbürgtes nicht melden. Es scheint indessen daß die allerhöchste Ernennung noch nicht erfolgt sey, wenn auch das Gerücht hievon nicht ohne alle Begründung ist.

9 **München,** 20 Nov. Von dem bayerischen Gesetzblatt — von dem beiläufig gesagt 15,000 Exemplare gedruckt werden — sind die ersten drei Nummern heute erschienen und enthalten die von beiden Kammern erledigten und vom König sanctionirten Gesetze: 1) in Betreff der provisorischen Steuererhebung für 1849/50; 2) bezüglich des Verfahrens bei Preßvergehen in der Pfalz und 3) der Abschaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausstellung und der Brandmarkung.

× **München,** 20 Nov. Sie gestatten wohl die Berichtigung eines Irrthums, welchen eine Correspondenz aus München in Nr. 322 enthielt. Darnach wäre Prinz Wilhelm von Preußen am 16 d. M. von Nymphenburg nach Berlin abgereist, während dessen Sohn Prinz Adalbert von Preußen noch dort verweilte. Der Fall ist indessen gerade umgekehrt. Prinz Adalbert, den seltsamerweise einige hiesige Blätter als Generalmajor bezeichnen, während er bekanntlich die Stelle eines Generallieutenants, ersten General-Inspecteurs der Artillerie, Oberbefehlshabers über sämmtliche ausgerüstete Kriegsfahrzeuge und ersten Curators der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule bekleidet, eilte nach kurzem Aufenthalt in Nymphenburg nach Berlin zurück, während der erlauchte Vater Ihrer Maj. der Königin Marie, Prinz Wilhelm, noch am Hoflager zu Nymphenburg verweilt.

In der Pfalz ist folgende Bekanntmachung erschienen: „Der commandirende General in der Pfalz bringt zur allgemeinen Kenntniß daß Se. Maj. der König allergnädigst befohlen haben daß unter Aufrechthaltung des Kriegszustandes das in die Pfalz eingerückte Armeecorps in der Art vermindert werde daß mit Einschluß der Festungen die Städte Speyer, Kaiserslautern, Zweibrücken, Pirmasens und Kirchheimbolanden, sowie Ludwigshafen bleibend, die Stadt Neustadt und die Gemeinde Obermoschel aber vorübergehend, mit Garnisonen aller Waffengattungen allergnädigst bedacht werden sollen, die übrigen Truppen hingegen den Rückmarsch jenseits des Rheins anzutreten haben. Der commandirende General, der nach dem Befehl Sr. Maj. des Königs noch ferner in der Pfalz zu verbleiben hat, drückt hiemit im Namen seines unterhabenden Armeecorps der gesammten Bevölkerung der Pfalz seinen Dank für die willfährige Aufnahme, welche die vaterländischen Truppen überall gefunden haben, aus. Die Ruhe, die Segnungen des Friedens und des gesetzlichen Zustandes sind der Pfalz durch die Fürsorge Sr. Maj. des Königs nebst einer neuen Quelle des Reichthums und der Gewerbthätigkeit hiemit gewährleistet, und der commandirende General ist im Besitz der Mittel geblieben dem bisher genossenen Vertrauen auch für die Zukunft durch kräftigen Schutz der Gesetze vollkommen zu entsprechen. Hauptquartier Speyer, 12 Nov. 1849. Der Commandirende des k. bayerischen Armeecorps in der Pfalz, Karl Theodor Fürst v. Thurn und Taxis, Generallieutenant."

Württemberg. **Biberach,** 15 Nov. Heute begannen die Probefahrten auf der Eisenbahnstrecke zwischen hier und Erbach; der Bahnzug wurde überall mit Triumphbögen und Böllerschüssen empfangen; zwischen Erbach und Biberach fuhren die Mitglieder der Eisenbahncommission, die Handwerker u. s. w., und zwar brauchte der Zug zwischen 26 bis 40 Minuten, je nachdem man mehr oder weniger anhielt. Allgemeine Bewunderung wurde der in einer Länge von 7 Stunden schnurgeraden Linie zu Theil. Die Werk- und Wärterhäuser sind hier, wie auf der ganzen oberschwäbischen Bahn, mit großem Geschmack gebaut und übertreffen die Gebäude an der unterländischen in Bezug auf Schönheit, Abwechselung und Geschmack. Möge die Bahn bald dem Verkehr übergeben werden! (N. T.)

Gr. Baden. ‡ **Rastatt,** 18 Nov. In der Behandlung der hiesigen Gefangenen ist heute durch einen Tagsbefehl des Commandanten die weitere Milderung eingetreten daß in den Spitälern bis Abend 9 Uhr Licht gebrannt werden darf. Der Krankenstand ist im ganzen auf weniger als 200 herabgesunken, unter welchen kaum einer mehr in Lebensgefahr sich befindet. — Ihr Blatt hat aus der Deutschen Zeitung eine Betrachtung über den Proceß des Lieutenants Biesele aufgenommen, namentlich über den Satz des Vertheidigers, Prof. Fickler, „es sey in Karlsruhe allgemein bekannt daß ein bekannter großh. Kammerherr v. R., dem Hauptmann S. auf sein Ansuchen ihn über die Gesinnung Sr. k. Hoh. des Großherzogs aufzuklären, gesagt hätte er soll so lange als möglich bei seiner Truppe bleiben." Ich bin im Stande und fühle mich verpflichtet aus zuverlässigster Quelle Ihnen zu berichten daß jene Karlsruher Sage durchaus unbegründet ist, indem v. R. weder beim persönlichen Zusammentreffen den 19 Mai jenen Hauptmann zu längerm Bleiben aufforderte, noch von dieser Zeit an bis zum Ende der Revolution schriftlich oder mündlich mit demselben verkehrte.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 18 Nov. Eine eben veröffentlichte Verordnung vom 14 Nov. betrifft die „zeitgemäße Entwickelung der innern Verfassung der evangelischen Kirche des Großherzogthums." Es werden durch sie vorläufig einige Aenderungen der seitherigen Einrichtung getroffen, die sich auf die Kirchenvorstände, das Kirchenvermögen und die Decanatsausschüsse beziehen. In allen Gemeinden die nach dem Edict vom 6 Jun. 1832 eigene Kirchenvorstände besitzen, sind letztere in der Art neu zu bilden daß die ihr Amt selbständig verwaltenden Geistlichen der Gemeinde ständige Mitglieder des Kirchenvorstands sind, während die unständigen Mitglieder von der Gemeinde gewählt werden. Stimmfähig hierbei sind alle 25jährigen Gemeindeglieder, sofern sie nicht in Folge einer strafrechtlichen Verurtheilung davon ausgeschlossen bleiben. Wählbar sind alle Stimmfähigen welche 30 Lebensjahre zählen. Aufgabe des Kirchenvorstands ist die unmittelbare Wahrnehmung der kirchlichen Angelegenheiten und Einrichtungen der Gemeinde. Er ist der verfassungsmäßige Vertreter derselben. Auch stehen ihm die Handhabung der Kirchenzucht nach den geltenden Vorschriften, die Pflege des christlichen Lebens, der Zucht und Ehrbarkeit in der Gemeinde und guter Ordnung beim Gottesdienst u. s. w., sowie bei der Verwaltung des Kirchenvermögens gewisse Befugnisse zu. Die Verwaltung selbst wird nach den bestehenden Vorschriften mit einigen minder bedeutenden Aenderungen fortgeführt. Die Decanatsausschüsse sind, abgesehen von ihrer Betheiligung bei Verwaltung des Kirchenvermögens, berufen auf Erfordern der obern kirchlichen Behörden Gutachten über kirchliche Angelegenheiten abzugeben, gleichwie es ihnen überlassen ist, auch ohne solches Erfordern, Anträge hinsichtlich der kirchlichen Angelegenheiten des Decanatsbezirks zu stellen.

*** **Darmstadt,** 17 Nov. Obgleich seit bereits zwölf Tagen die Uebereinkunft unserer Staatsregierung mit dem badischen Kriegsministerium wegen Auslieferung der Gefangenen von Rastatt getroffen worden ist, verlautet doch noch nichts über die Auslieferung selbst. Man würde sich aber einem falschen Urtheil hingeben, wenn man die Schuld dieser Verzögerung den beiden Staatsregierungen oder einer derselben beimessen wollte. Jene Gefangenen sind nicht sehr, zum Theil nur wenig,

gravirt, so daß ihre bisherige Gefangenschaft und die Beschaffenheit derselben schon eine hinreichende Strafe ist. Davon ausgehend, wünscht die Staatsregierung selbst daß der Auslieferung die Entlassung folgen könne; es hält aber schwer hiefür eine Rechtsform aufzufinden, da der Zweck der Auslieferung der ist die Ausgelieferten vor die inländischen Gerichte zu stellen. Wie es scheint, hält die Bestrebung einen Ausweg zu finden die Auslieferung zurück nach der sich die Gefangenen sehnen, weil sie darin einen Wendepunkt erblicken, und es ihnen zu allernächst darum zu thun ist den Casematten verhängnißvollen Namens zu entfliehen. Der in der Nr. 315 Ihrer Zeitung mitgetheilte Bericht aus Rastatt vom 2 d. M. hat hier schon darum vieles Interesse erregt, weil er zugleich das Schicksal eines hier gebornen und erzogenen jungen Mannes, des Chemikers Friedrich Bopp (in den letzten Jahren Assistent am chemischen Laboratorium zu Gießen) und seiner Behandlung gedenkt, und nun die Nachricht eingetroffen ist daß er gestorben ist. Sorgfältige Nachforschungen haben Material zu einer Leidensgeschichte geliefert, die leider interessant genug ist um in dem Archiv Ihrer Zeitung einen Raum anzusprechen. Seit einigen Tagen leben wir unter einem Ministerium von Gegensätzen: Ministerpräsident Jaup und Kriegsminister v. Schäffer. Welcher Dualismus! Man erinnert sich an einen Vorfall aus früherer Zeit. Im Jahr 1833 gab Jaup, damals Oppositionsmitglied der zweiten Kammer, ein kleines Fest, bei welchem auch einige eingeladene Officiere des Regiments des damaligen Obersten v. Schäffer erschienen, der ihnen dann darüber den Text las daß sie der Einladung gefolgt seyen. Freilich welche Ereignisse liegen dazwischen!

Zwingenberg, 16 Nov. Dieser Tage ist in einem Thale des Odenwalds, etwa eine Stunde von hier, ein großer antiquarischer Fund gemacht worden. Man hat bei zufälligen Nachgrabungen auf dem Dachsberg, wo die um 1390 gewaltsam zerstörte Tannenburg stand, eine Menge Rüstungen und Geräthe des Mittelalters gefunden, die höchst interessant sind. Es ist zu hoffen und zu wünschen daß die Regierung die Nachgrabungen fortsetzen läßt!

Thüringen. In **Meiningen** haben die Stände am 17 Nov. über den Beitritt zum engern Bunde, dem die Berufung eines Reichstags für Erfurt bevorsteht, berathen, und den Anschluß mit 33 gegen 2 Stimmen beschlossen. Dagegen erhielt das Ministerium ein Mißbilligungsvotum (mit 16 gegen 9 Stimmen) weil es den Anschlußvertrag vor Zuratheziehung des Landtags ratificirt hatte. Der Landtag — wie klein auch — wollte wenigstens sein Recht wahren daß man über die Zukunft des Landes nicht verfüge ohne die Volksvertretung gehört zu haben. Der Minister v. Wechmar suchte darzuthun, wie bei der beschleunigten Ratification ihn die Grundsätze der Ehre und die Forderungen der Zweckmäßigkeit, der Nothwendigkeit geleitet hätten.

Hansestädte. In **Hamburg** hat nach einer von der Nordd. Fr. Pr. gebrachten Nachricht der Senat am 16 Nov. beschlossen den ihm am 3 Nov. überreichten Verfassungsentwurf der Neuner Commission in veränderter Gestalt der erbgesessenen Bürgerschaft zur Genehmigung vorzulegen. In **Lübeck** ward am 14 Nov. seitens der Bürgerschaft eine Interpellation an die Senatscommission wegen der zwischen Oesterreich und Preußen neuerdings vereinbarten deutschen Centralgewalt und deren Anerkennung von Seite Lübecks gerichtet, deren Beantwortung für die nächste Sitzung der Bürgerschaft verheißen ward. In **Bremen** ward der Bürgerschaft am 13 Nov. von neuem vom Senat die Entwerfung eines Wahlgesetzes für einen Abgeordneten zum Volkshause vorgeschlagen; dießmal mit dem Bemerken daß ein Eingehen auf diesen Vorschlag durchaus nicht die Consequenz einer unter allen Umständen vorzunehmenden Wahl selbst in sich schließe: worauf dann die Bürgerschaft eine Deputation zur Entwerfung niedersetzte.

Hamburg, 14 Nov. Nach der Berl. Const. Corresp. hätte der Proceß wegen des Augusttumultes zu der Entdeckung eines Befreiungsbundes der Völker geführt, der in New-York seinen Hauptsitz hätte, von wo er seine Sendlinge nach allen europäischen Ländern ausschicke. Er bestände aus drei Classen, davon die erste die Legion der Ordner, die zweite die der Officiere, die dritte die der Mitglieder wäre. Weitling wäre der Leiter des Bundes für Deutschland gewesen, wenigstens für das nördliche, und sonstige Hauptorte seyen u. a. Köln und Paris. Die Sache sieht ganz darnach aus wie ein Märchen, von einem Gefangenen in der Einsamkeit ersonnen, dem erstaunten Protokollanten schadenfroh in die Feder dictirt. — So schreibt die Deutsche Ztg. Indeß ist kein Zweifel daß von Deutschen der Vereinigten Staaten seit einigen Jahren die Revolutionspropaganda unterstützt wird. Ein eigener Gedanke freilich wäre es gewesen den Schneider Weitling zum Leiter des Bundes für Deutschland zu machen. Bekanntlich hat die Berliner Const. Corresp. den Hamburgern schon öfter den Teufel an die Wand gemalt, und die Idee unterstützt einen preußischen Staatsmann an die Spitze des dortigen Gemeinwesens zu stellen.

x **Aus dem Hannoverischen**, 15 Nov. Die Zusammensetzung des Bureau unserer zweiten Kammer zeigt schon daß die antiministerielle, die sogenannte deutsche Partei die Majorität hat. Dessenungeachtet ist die Existenz des Ministeriums für die nächste Zeit nicht gefährdet. Um dieß bei der wirklichen Erbitterung der Mehrheit der Versammlung gegen die Regierung — wovon die durch und durch höhnische Rede des Vicepräsidenten Ellissen in der Weinhagen'schen Wahlsache Zeugniß gibt — begreiflich zu finden, muß man sich vergegenwärtigen daß das Dreikönigsbündniß fast nur in der conservativen Partei Anhänger gefunden, und daß man dem Ministerium Stüve sowohl die Fähigkeit als den Willen zutraut die inneren Reformen auf eine befriedigende Weise durchzuführen. Hiezu will die demokratische Partei das Ministerium benutzen, und daher wird sie jeden Conflict mit demselben, wenigstens für jetzt, zu vermeiden suchen. Um deßwillen hat man auch von einer Beantwortung der Thronrede abgesehen, wie geneigt auch viele Mitglieder seyn mochten ihrem Ingrimm über manche Regierungsmaßregeln darin Luft zu machen. Wir finden den Entschluß lobenswerth, namentlich deßhalb weil uns überhaupt der französische Gebrauch, sich über die Phrasen der Adresse lange zu streiten, sehr wenig zusagt. Es ist gewöhnlich ein nutzloser Principienkampf welcher Zeit und Geld kostet, dem Land aber selten zu Gute kommt. Daß übrigens der Friede zwischen der Majorität der zweiten Kammer und dem Ministerium lange dauern werde, davon sind wir keineswegs überzeugt. Die deutsche Frage läßt sich nicht auf die Dauer bei Seite schieben, und kommt sie zur Sprache, so wird sich zeigen wie gering die Zahl derjenigen in- und außerhalb der Ständeversammlung ist welche die Politik des Ministeriums billigen. Gerade viele seiner Freunde sind am wenigsten damit einverstanden. Namentlich das sogenannte Großdeutschthum findet im Land fast gar keinen Beifall. Beinahe einstimmig erkennt man an daß der Grundgedanke der erbkaiserlichen Partei richtig sey, und hätte die preußische Regierung nicht alles mögliche gethan um sich dem demokratischen, ja sogar dem constitutionellen Deutschen verhaßt zu machen, so würden ihre Pläne mehr Aussicht auf Erfolg haben. Die Furcht vor dem preußischen Absolutismus ist aber so groß daß man die offenbar größere Gefahr übersieht, welche droht wenn sich der preußische und österreichische Absolutismus, hinter dem dann der russische steht, verbinden. Stüve soll diese Gefahr erkennen, aber er vermag — so meinen manche seiner Freunde, welche in dieser Beziehung seine Gegner sind — die Antipathie gegen das Preußenthum nicht zu überwinden. Und so kann es sehr wohl kommen daß an seiner persönlichen Stimmung der zweite Versuch Deutschland (d. h. Norddeutschland) zu constituiren scheitert. Träte Stüve jetzt von seinem Protest gegen die Zusammenberufung eines Reichstags behufs der Berathung des Dreikönigsentwurfs und von seinen Vorbehalten zurück, er fände dafür unseres Erachtens in diesem Augenblick eine Majorität sogar in der zweiten Kammer. Beharrt er dabei, so wird früher oder später eine große Mehrheit die Zusammenberufung eines neuen deutschen Parlaments auf den Grund der Wahlgesetze vom 7 April v. J. fordern. Das ist etwa das was man hinsichtlich der deutschen Angelegenheit von Hannover und seiner Landesvertretung zu erwarten hat. Läge Hannover nicht in Deutschland, so würde man nach der Zusammensetzung der Kammern, welche vollkommen der Stimmung des Landes entspricht, eine höchst friedliche Entwickelung der Verhältnisse voraussagen können. Die Gegensätze der Parteien sind bei uns lange nicht so schroff wie in anderen Staaten. Die politische Stellung vieler Mitglieder der Kammern wird weniger durch ihre politische Gesinnung als durch ihr zufälliges Verhältniß zu der Regierung, insbesondere zu dem Minister Stüve, dem früheren Vorkämpfer der Opposition, bestimmt. Diese bildet noch immer mit alten und neuen Gesinnungsgenossen das Hauptelement der Kammern, und wäre sie nicht durch die deutsche oder eigentlich undeutsche Politik des Ministeriums gespalten, so würde letzteres eine an Einstimmigkeit gränzende Majorität für sich haben. Nehmen wir z. B. in der zweiten Kammer auf der rechten Seite des Hauses etwa fünf bis zehn, auf der linken aber zehn bis fünfzehn Männer aus, so möchten die Differenzen in der politischen Anschauung der übrigen nicht sehr bedeutend seyn. Der Generalsyndicus Hantelmann II könnte unseres Erachtens mit dem Landdrosten Meyer sowohl als mit dem Präsidenten Oberbürgermeister Lindemann oder auch dem Stadtrichter Francke in demselben Ministerium sitzen, ohne daß die nothwendige Homogeneität darunter litte, obgleich jetzt diese zu der ministeriellen, jener aber zur entschieden antiministeriellen Partei gehören. Das hat allein Stüve durch seine deutsche Politik verschuldet. Wie nun jetzt die Parteiverhältnisse im einzelnen beschaffen sind, darüber sowie über die hervorragenden Persönlichkeiten werde ich mich in meinem nächsten Brief auslassen.

Preußen. **Münster,** 15 Nov. Die Deutsche Ref. bringt über die gestern bei Ankunft des Prinzen von Preußen hier stattgefundene Cour u. a. folgende Mittheilung: „So äußerte sich der Prinz in Betreff der Zustände in Baden daß nach der Lage der Dinge daselbst eine mehrjährige militärische Occupation nothwendig erscheine, wobei es alsdann immer noch zweifelhaft bliebe ob das Uebel aus dem Grunde geheilt sey."

⁝ **Berlin,** 18 Nov. Die gestrige Sitzung des Verwaltungsraths des engeren Bundes, worin die Entscheidung fiel über die Vornahme der Reichstagswahlen, war von dem preußischen Bevollmächtigten damit eröffnet worden daß er die beiden letzten durch die Zeitungen bereits bekannten Noten von Sachsen und Hannover übergab, die von Preußen denselben gewidmete Beleuchtung derselben verlas und den Antrag stellte das Ganze der Commission für die Veränderungsvorschläge im Verfassungsentwurf zu überweisen. Derselbe wurde genehmigt, und es begann sodann alsbald die Umfrage wegen des Wahltermins für den Reichstag. Da von verschiedenen Seiten her die bestimmte Erklärung ausgesprochen wurde daß die Frist bis zum 15 Jan. für die Vorbereitungen zu kurz sey, so erfolgte die obige einstimmige Festsetzung des Termins auf den 31 Jan.

∸ **Berlin,** 18 Nov. Das Gerücht von einem nahen Belagerungszustande der uns androhe, ist noch immer nicht bis auf seine Wurzeln widerlegt. In halbofficiellen Artikeln ward hingedeutet daß von Regierungsseite nichts vorbereitet werde als ein Gesetz gegen die Clubs, hervorgerufen durch deren Demonstrationen am 9 Nov. Die dabei vorgefallenen Raufereien und Widersetzlichkeiten bedingten Vorsichtsmaßregeln, an denen es aber ohnedem nicht fehlt. Ihrerseits wußte die Kreuzzeitung daß die Arbeiter an der Remme mit Büchsen bewaffnet sich am Arbeitsplatze zeigten, daß Wühler unter ihnen erschienen, um Verabredungen zu nehmen, Winke zu geben, sie zählte sogar auf daß die demokratische Bevölkerung zum bevorstehenden Putsch mit etwa 12,000 Büchsen und gehöriger Munition versehen sey. Sie pries die Handlung der Regierung welche Venedey von hier ausgewiesen, und erwartete von ihr dieselbe Energie bezüglich des deutschen Centralvereins der Demokraten, der sich wieder nach Berlin zu ziehen die Absicht habe. Die Denunciationen der Kreuzzeitung sind Parteimanöver zu ihrem Zweck; man weiß nicht immer gegen wen der Schlag zunächst gerichtet ist. Das Berlinische „bange machen gilt nicht" hat also auf ihre Anzeigen Gültigkeit. Um so mehr überrascht in den heutigen Morgenzeitungen ein Artikel, dessen Stellung auf ministerielle Canäle schließen läßt: das Ministerium sey genau von den neuesten Bestrebungen der Demokratie in Kenntniß gesetzt worden, namentlich über das was am Tage der Aburtheilung über Waldeck geschehen solle; man wisse wo die Versammlungsorte der Führer und wer die dermaligen Führer seyen; einer der ehemaligen Hauptführer gelte jetzt unter ihnen als Verräther; Weisung sey an die Sectionen ergangen sich Waffen und Munition zu verschaffen, sonst aber für Geheimhaltung und Stille bis zum bezeichneten Tage Sorge zu tragen. — Soll dieser Artikel schrecken, wachsam erhalten oder vorbereiten? Trotz des officiellen Tones kostet es uns Mühe uns zu überreden daß die Demokratie in Berlin wirklich, und in diesem Augenblick eine ernsthafte Demonstration, d. h. einen Gewaltstreich vorhabe. Wir trauen ihr mehr Klugheit als ihren Gegenfüßlern zu, die, auf den Sieg und die Apathie der Massen vertrauend, in der Reaction sich überstürzen. Diese haben nichts vergessen; von der Demokratie glauben wir daß sie wenigstens etwas gelernt hat, daß sie nicht glauben kann daß, weil unter den Conservativconstitutionellen Unzufriedenheit ist über den Gang der Dinge, über die Rüttelungen an den Grundpfeilern der Verfassung, auch sie sich zu Gewaltstreichen hinreißen lassen sollte; wir trauen ihr endlich die Einsicht zu daß sie nicht von einem isolirten Putsch in Berlin auf Resultate für sich hofft. Ihre Organe predigen Zurückhaltung, Ruhe, wenn der Waldeck'sche Proceß vor sich geht. Und doch ist es möglich daß sie bei demselben auf eine moralische Aufregung hofft, welche ihr wenigstens eine Chance verspricht, und daß sie für diesen Fall gewaffnet dastehen will. Die Gespenster aus dem Zaubertiegel kommen nicht vom Robert Blum-Feste her, sie beziehen sich allein auf Waldecks Proceß. Reaction und Regierung sehen darin eine verderbliche Machination daß der Vertheidiger Waldecks der Anklageacte, nachdem er sie kaum erhalten, durch den Druck die größtmögliche Verbreitung gegeben, daß die Partei dadurch auf die öffentliche Meinung, auf die Jury influenziren gewollt. Es muß schlimm mit einem Actenstück aussehen, wenn dessen Veröffentlichung das Gegentheil von dem bewirkte was seine Absicht ist, wenn der Angeklagte nach der Anklageacte unschuldig erschiene! Thatsache ist daß ein Theil des Publicums dieser Ansicht nach Lesung des Actenstücks ist; darum wird von der andern Seite hervorgehoben: es ist sträflich urtheilen zu wollen, ohne die Beweisstücke zu kennen, ohne die Zeugen gehört zu haben. Oppositionelle Juristen hört man urtheilen, die Acte sey unlogisch abgefaßt, um die Lücken in derselben zu verbergen. Wenn solche Stimmung gegen die Anklage wirkt, so führe ich dagegen an daß es auch solche gibt welche schon nach derselben Waldeck für schuldig erklären. Das gliche sich also wohl aus. Wo aber ist eine Jury in politischen Dingen die frei wäre vom Einfluß der Zeitströmungen! Zugegeben, es ist ein Würfelspiel, wo der Begriff des Rechts selbst ins Schaukeln gerathen ist, aber dieß Würfelspiel ist in diesen Dingen den Völkern als ein Gewinn erschienen gegen die eisernen Formen des Buchstabenrechts. Hören wir wie die Kreuzzeitung den Fall betrachtet. Provocirt sie nicht auch vom Buchstabenrecht auf eine höhere Eingebung! Nachdem sie über die Theilnahmlosigkeit der conservativen Presse in dieser Angelegenheit geklagt, sagt sie: „Wird sie endlich begreifen, sammt dem Philisterthum ihrer Leser, was dieser Proceß für eine schwere, inhaltreiche Bedeutung hat? Sollen wir es nochmals in ihre Ohren donnern daß es sich hier nicht um den Kampf gegen eine einzelne, eidbrüchige, verrätherische Persönlichkeit, daß es sich darum handelt, der im Finstern schleichenden Revolution die Larve vergangener Schandthaten vom Gesicht zu reißen, um uns Sicherung zu schaffen daß das Unheil welches damals die Hand der Vorsehung abgewandt, nicht jetzt den Sieg feire." Vor preußischen Juristen ist das eine schlechte Vertheidigung der Anklage. Wir sind davon entfernt Bewunderer Waldecks zu seyn, im Gegentheil erkennen wir an, welches Unheil gerade dieser unglückselige Mann, in trauriger Verstandesverblendung, von einem excentrisch nervös gallichten Temperament fortgerissen, über sein Vaterland gebracht hat; aber welche Motive es auch seyen die ihn in das vetitum nefas gestürzt, es gab schlimmere als er, und er ist nicht von dem Holz aus dem man Intriganten und Verschwörer schneidet, und weder sehen wir ein göttliches noch ein menschliches Recht, um ihn in procura für die Revolution, als deren Sündenbock büßen zu lassen.

Schleswig-Holstein. **Altona,** 18 Nov. In Hadersleben wurden wieder zwei Einwohner, Deutsche, von einigen schwedischen „neutralen" Truppen überfallen und mißhandelt. Die Landesverwaltung beginnt jetzt damit die von der Statthalterschaft eingesetzten Prediger und Schullehrer abzusetzen. Nach der Berliner Allg. Zeitungscorresp. sind im Lauf der letzten Woche mehrere Officiere, unter anderen auch einige von der Artillerie, definitiv aus der preußischen Armee geschieden und mit einem höhern Rang und Gehalt in schleswig'sche Kriegsdienste getreten.

Oesterreich. * **Wien,** 18 Nov. Unsere großen Journale bieten heute zum Sonntag vieles, aber nicht viel. Der Ostd. Post machen die Truppenaufstellungen in Böhmen neuerdings wieder Sorgen, das „schlagfertige" Armeecorps an der sächsisch-bayerischen Gränze hat für sie eine „gewitterschwangere Bedeutung." Die Ostd. Post nimmt die Sache wohl zu ernsthaft, denn man müßte in Berlin mehr als Ruhe besitzen, wenn jene militärischen Cantonnements eine Demonstration wären, und man dieser in Schlesien nicht eine ähnliche entgegensetzen würde. Daß die Höfe in Berlin und Wien einander nicht gram sind, sehen wir neuerdings wieder, wo der rothe Adlerorden erster Classe dem Generaladjutanten Sr. Maj. des Kaisers, Grafen Grünne, verliehen worden. Während der Lloyd dem Finanzminister heute höhnisch vorschlägt seine Verbindlichkeiten gegen die Bank mit Reichsschatzscheinen zu tilgen, da ja der Werth der Banknoten einzig auf dem Zwangscurs beruhe, der also ebensogut auf jene übertragen werden könne, stimmt die „Presse" ein altes Lied wieder an, die Besitzer von Kossuthnoten zu entschädigen. Sie bringt dafür Gründe, indem sie sich auf die Maßregeln gegen Venedig beruft, und nachweist daß der Schaden mittelbar auch die andern Länder treffe, da die gegenseitigen Interessen so ineinandergewachsen seyen daß man dem einen Kronland nicht wehe thun könne ohne daß es die andern spürten. Sie haben wenig Grund mehr sich auf eine Polemik mit einem Wiener Blatt einzulassen, denn sie liegen einander selbst in beklagenswerther Weise in den Haaren — am schlimmsten die Presse, der Lloyd und die neue Reichszeitung. Schweigen wir davon.

§ **Wien,** 19 Nov. Dem Vernehmen nach soll der Zeitungsstempel, der in der neueren Zeit nur auf einzelne Journale sich erstreckte, nun allgemein eingeführt werden. Se. Maj. der Kaiser ist gestern Nachts von hier nach Prag abgereist. Wie eben verlautet, soll der arme Nicolaus Lenau mit Tod abgegangen seyn. Wir danken dem Geschick wenn die Sage sich bewahrheitet.

ₛ **Prag,** 18 Nov. Die Generaldirection des böhmischen Gewerbvereins hat ein Comité ernannt, welches in Bezug auf die Zolltarifrevision die nöthigen Schritte zur Wahrung der Interessen der böhmischen Industrie der Vereinsdirection vorschlagen soll. Man sagt daß Hr. Minister Bruck im Gefolge Sr. Maj. kommen und sich mit den hiesigen Industriellen darüber ins Einvernehmen setzen werde. Vorige Woche brach die Cholera mit großer Heftigkeit in der zwei kleine Meilen von Prag an der obern Moldau gelegenen Stadt Königssaal und in den umliegenden

Dörfern aus. Auch in Prag zeigte sich plötzlich eine bedeutende Zunahme der Epidemie. Vom 4 bis 11 Nov. ereigneten sich 35 neue Erkrankungsfälle, von 40 Kranken genasen 4 und starben 18. Vom 12 bis 15 sind in unserer Zeitung 24 Todesfälle in dieser Krankheit angezeigt. Bemerkenswerth ist daß besonders unter dem Militär große Sterblichkeit herrscht: vom 9 bis 15 starben an verschiedenen Krankheiten 31 in activem Dienst stehende Soldaten; wenn man nun noch sieht daß besonders viele Todesfälle an der Cholera im Regiment Wohlgemuth, welches aus Venedig und Brescia hierher kam, sich ereignen, so möchte man beinahe auf den Gedanken verfallen daß die zahlreichen Truppendurchmärsche eine Vermehrung der Epidemie herbeigeführt habe. Der schon früher befestigte Wyschegrad ist nun in eine vollkommene Festung umgewandelt. — Am 12 wurde die Bergakademie in Przibram, für welche das fürst-erzbischöfliche Schloß Marienburg angekauft worden, feierlich eröffnet. Vielleicht wird man von der Gründung dieser Anstalt eine Hebung des böhmischen Bergbaues, die schon lange unter die frommen Wünsche gehörte, datiren können. Obwohl der Bergbau gegen frühere Zeiten im Verfall ist, so zeigte sich doch in dem übrigens ungünstigen Jahr 1848 eine bedeutende Ausbeute in den wenigen bestehenden Bergwerken, nämlich 38,383 Mark Silber, 16,539 Centner silberfreie Bleierze, 2134 Centner Blei, 19,140 Ctn. Bleiglätte, 489,668 Ctn. Eisen. — Zur Freude aller Freunde der Wissenschaft wurde unser genialer Landsmann, Purkinje, von Breslau nach Prag berufen um die Physiologie hier vorzutragen. Palazky wird nächstens die zweite Abtheilung des zweiten Bandes seiner böhmischen Geschichte, welcher natürlich die Censur arg zugesetzt hatte, in einer vermehrten Auflage herausgeben. Auch wird eine neue böhmische Uebersetzung der Bibel herauskommen, da die frühere aus dem vorigen Jahrhundert längst unbrauchbar geworden. Man hatte in der vormärzlichen Zeit mehrmals vergebliche Versuche gemacht die Erlaubniß zur Herausgabe einer neuen Uebersetzung von unsern Bischöfen zu erlangen; die Folge war daß sich die Tschechen der böhmischen Berliner Bibel, also einer protestantischen, bedienten. Der Museumsbibliothekar, W. Hanka, erhielt von Sr. Maj. die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft.

♀ **Prag,** 19 Nov. Heute Morgens acht Uhr verkündeten Kanonen- und Böllerschüsse daß Se. Maj. der Kaiser sich auf der Eisenbahn Prag nähere. Da ward denn das lebendigste Treiben auf den Straßen: Repräsentanten der Behörden und des Militärs, Stadtverordnete, die Zünfte mit Musik und Fahnen, Nationalgarden rc. eilten auf den Bahnhof um ihn festlich zu begrüßen. Die Häuser in den Straßen durch welche der Kaiser mit Gefolge kommen sollte, wurden mit schwarzgelben, weißrothen Fahnen, mit Kränzen, Teppichen rc. geziert. Um 1 Uhr Mittags kam der von den Bewohnern Prags so lang ersehnte jugendliche Herrscher an und wurde mit herzlicher Freude empfangen. Morgen wird die Stadt glänzend beleuchtet werden. Nach mehreren nebelvollen Tagen ist heute einer der heitersten sonnigsten Wintertage erschienen, der das rege Leben auf den Straßen ungemein begünstigt. Es heißt daß der Monarch die Fahrten auf der Prag-Dresdener Eisenbahn bis Lobositz eröffnen wird.

* **Linz,** 20 Nov. Gestern fuhr Adalbert Stifter mit seiner Gattin auf dem Dampfboot Huniady nach Wien — heute Morgen kehrt das Ehepaar als Schiffbrüchige, aber Gottlob wohlbehalten, und bloß durch den Schrecken erschüttert hieher zurück. Der Huniady ist beim Wirbel und Strudel gescheitert — er lenkte, bei sehr niedrigem Wasser, in eine falsche Strömung, und saß plötzlich mit einem entsetzlichen Ruck fest. Menschenleben sind Gottlob nicht verloren gegangen; von Gepäck und Gütern ist noch nichts bekannt — das Schiff sitzt fest und ist mehrfach beschädigt.

* **Triest,** 15 Nov. Neuere Berichte aus Oran vom 3 Nov. melden das entsetzliche Wüthen der Cholera daselbst. Die enorme Hitze, wodurch die Krankheit mehr und mehr gesteigert worden war, hatte seit dem 25 v. M. fortgedauert, und am 3 d. M. zählte man bereits 2000 Opfer der Seuche bei einer Bevölkerung von 25,000 Seelen. Von Geschäften und Handelsrelationen ist unter solchen Umständen natürlich gar keine Rede. Wer da gekonnt, hatte sich geflüchtet und alles im Stiche gelassen. Vom eben eingetretenen Regenwetter hoffte man Reinigung der Luft und sonach ein Abnehmen des Uebels. Heute ist der verspätete Dampfer aus Griechenland hier eingetroffen, ohne uns übrigens Neuigkeiten von besonderem Belange zu überbringen. Die Provenienzen aus unserem Hafen waren der Cholera wegen in Griechenland der Quarantäne unterworfen worden, daher schreibt sich die Verzögerung. — Heute ist unser neuer Statthalter Feldmarschall-Lieutenant Wimpffen angekommen und feierlichst empfangen worden. — Wenn die große Vereinfachung beim politischen Dienste schon nach den bisher genehmigten Grundzügen der Organisirung unserer Statthalterei überraschte, so ist dieß noch in ungleich höherem Grade der Fall mit der Andeutung daß das Ministerium gesonnen sey auch die bei dem neuen Plane beibehaltene Zwischeninstanz inmitten der obersten Landesbehörde und der Bezirksobrigkeiten, nämlich die Kreisregierungen fallen zu lassen. Noch ist hierüber nichts verläßliches bekannt, das ganze beruht vielleicht auf einem Gerüchte. Nichtsdestoweniger spricht manches für die Wahrscheinlichkeit jenes Gerüchtes. Nach der neuen politischen Organisirung würden sich vier Instanzen folgen: Bezirkshauptmannschaft, Kreisregierung, Statthalterei und Ministerium. Die bisherigen Kreisämter hatten in sehr vielen Fällen bloß zu einem ganz entbehrlichen Durchzugscanal für die Actenstücke gedient, und die Folge davon war eine Verspätung des Einlangens derselben bei jenen Behörden wohin zu gelangen eigentlich ihre Bestimmung war. Manche andere Bestimmungen die sonst zum wesentlichen Berufe der Kreisämter gehörten, fallen bei der neuen Ordnung der Dinge von selbst weg, und die Vertheilung der Obliegenheiten die der Kreisregierung zugedacht waren, zwischen Statthalterei und Bezirkshauptmannschaft, dürften auf ersprießliche Weise die Entbehrlichkeit dieser zweiten Instanz darstellen und zu dem kürzeren Zuge durch drei Instanzen führen. Die Länderchefs sind derzeit in Wien versammelt, und der obige Gegenstand bildet wahrscheinlich auch einen Theil des Vorwurfes der Berathungen, die man dort mit ihnen halten will. Einen andern nicht minder für die Provinzen als für die bisherigen Verwaltungsorgane wichtigen Theil jener Berathungen bildet einer weiteren Vermuthung nach das Personal. Die Zeit drängt, der Bittsteller werden viele seyn, und es dürfte dem Ministerium an materieller Zeit gebrechen alle die Anstellungsgesuche auf die übliche Weise zu würdigen, nämlich durch eine detaillirte Untersuchung der Documente rc. Ehestens werden wir auch unsere „Friedensmänner" in „Waffenröcken" amtiren sehen. Das Tragen der Uniform, wovon bereits auch hieher Abbildungen gelangt sind, soll nicht bloß dem freiwilligen Ermessen der Beamten anheimgestellt, sondern vom Momente an da die neuen politischen Behörden in Wirksamkeit treten (Januar 1850), obligat seyn. Von der Cholera hört man gar nichts mehr. Die Gaben für die verarmten Familien betragen gegen 40,000 fl. Die Schulen haben heute mit dem üblichen Gottesdienst begonnen, und der Bischof hat die in den Tagen der Gefahr ertheilte Fastendispens zurückgenommen. So sind auch diese Verfügungen, welche noch manchem Aengstlichen bange gemacht, aufgehoben. Unser Municipium ist schweigsam, mit der Verfassung der Gemeinde-Ordnung, wie es scheint, beschäftigt. Die Linzer Gemeinderäthe nahmen Anstand das Amnestiegesuch ihrer Salzburger Collegen zu unterstützen. Der Lloyd findet da einen großen moralischen Muth u. s. w. Das dürfte auf manchen mit seinem Beschlusse noch ausstehenden Gemeinderath verführerisch wirken. — Marschall Radetzky hat ein Dankschreiben an die Delegation des Lloyd für die Sammlung zu Gunsten der Verwundeten aus der italienischen Armee gerichtet, und sein Bedauern darüber ausgedrückt daß er den Bürgern Triest's nicht persönlich danken konnte. — Der Kaiser wird nun wieder für den 22 hier erwartet.

Spanien.

Madrid, 13 Nov. Das Budget, welches der Finanzminister Hr. Bravo Murillo den Cortes vorgelegt, zeigt im Vergleich mit dem vorjährigen ein Deficit von 59,879,261 Realen. Seine Hülfsmittel zur Deckung desselben hat der Minister noch nicht angegeben. — Es bestätigt sich daß in Catalonien wieder Carlistenbanden zum Vorschein gekommen sind. Die dortige Unzufriedenheit über die neuen Tarife dürfte neuen Unordnungen der Art Vorschub leisten.

Großbritannien.

London, 17 Nov.

„Die Finanzdarlegungen," bemerkt die Times in Bezug auf die des Hrn. Fould, „welche man der französischen Nationalversammlung in rascher Aufeinanderfolge gemacht, haben seit lange aufgehört einen andern Eindruck auf uns hervorzubringen als den einer ungeschickten Täuschung gebaut auf eine ungeheuerliche Verkehrung der Thatsachen. Unermeßliche Summen, welche man in einer nicht fernen Periode selbst der französischen Geschichte als das Einkommen eines Königreichs betrachtet haben würde, schlüpfen wie auf das Geheiß eines Taschenspielers aus einer Rubrik der Staatsrechnungen in die andere. Man ist immer nur darauf bedacht die Gegenwart von den zermalmenden Vorwürfen, die gegen sie angehäuft sind, zu erleichtern, und die Zukunft wird recht rosenfarben herausgeputzt; aber wenden wir uns von diesen Reichen der Dichtung zur Realität der Vergangenheit, so sehen wir da wie die Schuldenlawine bei jeder Finanzuntersuchung sich rasch und fortwährend vergrößert. Der einzige Schimmer der Wahrheit bricht dann auf die Nation herein wenn ein Finanzminister die Fehler und Mißgeschicke seiner Amtsvorfahren aufzählt, mit heiterem Unbewußtseyn daß seine eigenen Be-

mühungen den nämlichen verhängnißvollen Einflüssen unterliegen, und daß man seiner wie ihrer bald nur gedenken wird wegen eines lügenhaften Budget welches den nahen und unheilbaren Ruin zu verschleiern suchte.“

Eine Anzahl Liverpooler Kaufleute hat den Plan eine „afrikanische Handelsgesellschaft“ zu bilden, mit einem Capital von 100,000 Pf. St. in 2000 Actien von je 50 Pf. Die Hälfte ist bereits unterzeichnet. Eine Dividende soll erst ausgezahlt werden wenn 50,000 Pf. Reservefonds vorhanden sind.

Auswanderung ist oft als das Hauptheilmittel für Irland bezeichnet worden; aber der Sun weist nach daß, obgleich jetzt jährlich 250,000 Menschen von den brittischen Küsten auswandern, wovon bei weitem der größte Theil auf Irland trifft, doch dieser Menschenabzug dem Unglückslande keine Erleichterung schafft, vielmehr dessen Elend noch vergrößert, indem in der Regel nicht die ganz Hülflosen auswandern — diesen fehlt das Reisegeld — sondern Pächter und Handwerker die ein kleines Capital besitzen, also Arbeitgeber, nicht Arbeitnehmer. „Ungefähr je 150,000 Menschen sind in den letzten drei Jahren von Irland ausgewandert, die mehr als dessen halbes landwirthschaftliches Capital mit sich genommen; die Folge ist daß in vielen Gegenden das Land ungebaut liegt, und daß die umlaufenden Banknoten, welche im Jahr 1846 $7\frac{1}{2}$ Millionen Pf. St. betrugen, im August 1849 auf 3,833,000 Pf. geschwunden waren. Die kleinen Landwirthe, die Beschäftiger der Armen, sind mit ihrem Capital verschwunden, und haben den Grundeignern einen Haufen hungernder arbeitsloser Taglöhner zur Aufzehrung ihrer Renten zurückgelassen. Eine Million solcher brodlosen Arbeiter lastet jetzt auf Irlands Industrie. Und doch sagen uns die amerikanischen Blätter daß jeder dieser irischen Arbeiter, wenn stark und gesund, den Vereinigten Staaten 1000 Dollars werth seyn würde.“ Das Resultat ist: der Regierung wird gerathen die Emigration der Armen in die englischen Colonien, namentlich Australien und Canada, auf Staatskosten zu übernehmen. Der Transport einer Familie nach Amerika kostet 20 bis 30, nach Australien 100 Pf. St.

Frankreich.

Paris, 18 Nov.

Die Akademie der Inschriften hat am 16 Nov. an die Stelle des Hrn. Le Prevost d'Iray Hrn. Caussin de Perceval gewählt.

Das Ansinnen von 52,000 Fr. für den Vicepräsidenten der Republik unter dem Titel Wohnungskosten (frais de logement) war von den HH. Ney de la Moskowa, de Flavigny und andern Vertrauten des Elysée gemacht worden. Da derselbe im Genuß von 48,000 Fr. Gehalt und einer vollkommen eingerichteten Amtswohnung ist, so hatte schon die Commission die Ziffer auf 20,000 Fr. herabgesetzt, nämlich 6000 Fr. für zwei Huissiers und 4 Dienstleute, und 13,400 Fr. für Heizung, Beleuchtung, Bureaukosten, Wäsche und Bekleidung von 6 Dienern, aber gleich der erste Redner über diese an sich kleinliche Finanzfrage, die jedoch bei ihrem Erscheinen als das erkannt wurde was die Franzosen einen Versuchsballon nennen, Hr. Noel Parfait erklärte: „Ich glaube daß wir gar nichts bewilligen sollen, schlechterdings gar nichts. (Eine Stimme: Das ist bälder geschehen. Vicepräsident General Bedeau: Unterbrechen Sie nicht, Sie können antworten wenn Sie nicht der Ansicht des Redners sind, aber ich werde ihm die Redefreiheit erhalten.) Mein Gott, ich glaube nicht mehr Spartaner zu seyn als ein anderer, und ich will den Hrn. Vicepräsidenten der Republik nicht auf die schwarze Suppe setzen. (Gelächter.) Das ist ja wenig, wird man mir einwenden, 20,000 Fr. Gewiß ist es wenig für uns die wir so viele Millionen vor uns vorüberziehen sehen, aber glaubt es, so urtheilt man nicht auf dem Land, wo eine solche Summe die Existenz von 20 oder 30 Familien sichern könnte. (Neuer Beifall links.) Die Anhänger des Vorschlags führen die Nothwendigkeiten der Stellung an, die mich sehr wenig rühren. Es gibt andere Nothwendigkeiten, gebieterische und wirkliche Bedürfnisse die mir am Herzen liegen, das kommt vielleicht daher weil ich nicht denselben Gesichtspunkt nehme wie meine ehrenw. Gegner, sie blicken nach oben, ich blicke nach unten. (Beifall links.) Ja, ich blicke nach unten, denn dahin müssen wir alle unsere Aufmerksamkeit, all unsere Sorgfalt, unser ganzes Herz richten. (Zustimmung.) Wenn ich das Elend und die Leiden des Volks sehe, das noch immer auf die heilsamen Reformen wartet welche die Revolution hoffen ließ, wenn ich die so schweren Lasten sehe welche die Steuerpflichtigen zu Boden drücken, denen der Art. 1 des Vorworts der Verfassung die allmähliche Verminderung der öffentlichen Ausgaben und Auflagen versprochen hat, so sage ich daß es keine kleinen Ersparnisse gibt, und daß wir unbarmherzig alle Creditforderungen, alle Verwilligungen zurückweisen müssen die nicht den Charakter der strengsten Nothwendigkeit haben. Diese Nothwendigkeit ist hier nicht bewiesen. Wenn ihr die ungeheure Ziffer des Deficits noch vergrößern, die schon maßlosen Bürden der Steuerpflichtigen noch vermehren, d. h. euch den heiligsten Zusagen der Verfassung untreu zeigen wollt, wenn ihr das wollt, so greift nur von neuem in die Tasche des Volks, langt auch diese 20,000 Fr. heraus für den Vicepräsidenten der Republik, bis man kommt Millionen für andere zu fordern. (Beifall links. Eine Stimme: Sagen Sie 3 Millionen für einen andern. Stürmische Aufregung.) Was mich anlangt, der ich nicht für nothwendig halte dieses fünfte Rad am Wagen mehr einzuschmieren . . . (Mehrere Stimmen: Achten Sie die Verfassung! Zur Ordnung! Zur Ordnung! Präsidium: Geben Sie Acht, die Verfassung hat den Vicepräsidenten eingesetzt. Hr. F. Barrot, Minister des Innern: Nur diese Herren halten sich für berechtigt die Verfassung anzugreifen. Präsidium fordert den Redner auf sich zu erklären.) Ich habe den Vicepräsidenten zwar mit andern Ausdrücken, aber im wesentlichen nicht anders bezeichnet als eure Commission die ihn als eine Art Contumazfunctionär ansieht. (Heftiges Murren. Hr. de la Moskowa: Er ist in der Verfassung. Lesen Sie die Verfassung. Präsidium: Ich kann den Ausdruck keiner Meinung zulassen der dem Respect der Verfassung entgegen wäre. Erklären Sie sich deutlicher, sonst rufe ich Sie zur Ordnung.) Ich finde die Stelle im Bericht nicht, aber die Commission hat offenbar gesagt die Functionen des Vicepräsidenten seyen unactive Functionen (eine ruhende Activität), sein Amt mehr eine Würde als eine Function. (Unterbrechungen in verschiedenem Sinn.) Der Berichterstatter, Hr. Flandin, erwiederte hierauf nur wenige Worte, damit war die Verhandlung geschlossen und man schritt zur Abstimmung über den Commissionsantrag, der mit großer Mehrheit, indem die Rechte und die Linke zusammenstimmten, verworfen wurde. Die Bonapartistische Partei gab sich noch nicht besiegt, und Hr. Gavini schlug folgendes Amendement vor: „Ein Credit von 20,000 Fr. ist dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten auf das Budget von 1850 bewilligt zu Bestreitung der Wohnungskosten des Vicepräsidenten der Republik.“ Von mehreren Seiten wurde erinnert man könne nach dem gefaßten Beschluß über diesen Antrag gar nicht abstimmen lassen, die Bonapartisten bestürmten aber den Vicepräsidenten, der die Schwäche hatte ihnen nachzugeben und die Versammlung zu befragen. Dadurch wurde ihre Niederlage nur empfindlicher, denn sie wurden abermals abgewiesen. Die große Mehrheit der Journale ist darin einverstanden diese Abstimmungen, verbunden mit der Beipflichtung zu dem Antrag des Hrn. Desmousseaux de Givré, für eine unzweideutige Demonstration zu betrachten. Der Präsident der Republik scheint eben nicht am besten berathen zu seyn und hat auch an seiner Familie keine Stütze. Was muß man in Frankreich von den Napoleoniden denken, wenn man hört daß auch jener Peter Bonaparte, der — nach einer skandalösen Scene in der Nationalversammlung — gegen die militärische Hierarchie zum Obristlieutenant befördert und nach Afrika geschickt worden war, es gemacht hat wie ein anderer Vetter, der Sohn des westfälischen Ex-Königs, dem man die Gesandtschaft in Madrid anvertraut hatte? Wie Napoleon Jerome hat auch Peter seinen Posten eigenmächtig verlassen, und ist, um sich wieder seinem Beruf als Volksrepräsentant zu widmen, nach Paris zurückgereist. Dem letztern, der vor Zaatscha commandirt war, scheint der Felddienst gegen die Beduinen nicht behagt zu haben, er ließ sich vom General Herbillon einen Auftrag an den General-Gouverneur geben, statt aber nach Algier zu gehen, schiffte er sich in Philippeville nach Marseille ein, wo er am 13 Nov. nach Meldung der dortigen Journale wohlbehalten im Hôtel des Empereurs abstieg. So lassen die Napoleoniden den Kaiserruhm wieder aufleben!

In dem Deportationsgesetz kommen zwei ziemlich unbekannte Eilande Zaoudzi und Pamanzi vor. Das J. des Débats enthält über dieselben, aus Angaben eines Reisenden der kürzlich Mayotte besucht hat, einige Notizen. Es ist ein Felsenpaar, durch eine zur Fluthzeit überschwemmte Sandbank zusammenhangend, ganz von Lavaformation, und mit Mayotte, dessen Centralpunkt unter 12° 50′ s. Br. liegt, zu dem Archipel der Comoren im Canal von Mozambique gehörig. Mayotte war in Folge einer Abtretung des letzten Sultans, am 13 Jun. 1843, von den Franzosen in Besitz genommen worden, es ist von kleinem Umfang und man schätzt das anbaufähige Land nicht höher als zu 8000 Hektaren, ungefähr ein Viertheil der Insel. Sie ist so ungesund daß ein einmaliges Uebernachten für Europäer als gefährlich gilt, und die letzteren am Abend sich entweder an Bord ihrer Schiffe oder auf den Felsen von Zaoudzi zurückziehen, während sie nur eine einheimische Bevölkerung von etwa 5000 Seelen (theils Sakalaven, theils Araber und Antalaots, lauter Mohammedaner und meist gewesene Sklaven) hat. Pamanzi im Norden, mit einem Areal von nicht über 1500 Hektaren, ist ohne Wasser, und der Felsen von Zaoudzi im Süden, wo die französische Militärniederlassung ist, und früher ein

arabisches Dorf war, hat nicht genug Wasser, und die Schiffe müssen ihren Vorrath aus den Quellen von Mayotte holen. Dieser Felsen beherrscht die beiden Rheden der kleinen Halbinsel und es soll eine starke militärische Stellung daselbst geschaffen werden. Pamanzi ist zur Anlage einer neuen Stadt bestimmt. Der Aufenthalt auf diesen Felsennestern könnte nicht trauriger seyn, kein fließendes Wasser, keine Bäume, unfruchtbare niedere Berge, auf einem derselben ein 45 Fuß tiefer See von Schwefelwasser, wahrscheinlich der Krater eines erloschenen Vulkans. Die Wahl des Admiral Cecille zum Präsidenten der Begutachtungscommission ist dem Gesetzentwurf nicht günstig, der überhaupt in der Presse wenig Freunde findet.

Wer noch zweifeln könnte daß in Frankreich, obgleich es jetzt eine „Regierung der That" hat, noch alles tief im Argen liegt, der muß sich davon überzeugen wenn er die Verlegenheit sieht worin man in der höhern Region ist um die sonst so gesuchten Stellen an Mann zu bringen. Das neue Organ des Elysée, der Constitutionnel, hatte die Ernennung des Hrn. Foucher zum Unterstaatssecretär des Innern gebracht, heute liest man im Moniteur daß Hr. Darcy, Präfect des Rhonedepartements, diese Stelle erhalten hat. Zugleich bestätigt das amtliche Blatt die Sendung des Divisionsgenerals de la Hitte nach Berlin, aber der Constitutionnel versichert der General werde doch nicht nach Berlin gehen, sondern sey zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. Andere Blätter lassen dieses Portefeuille an Hrn. F. Barrot übergehen, an dessen Stelle Hr. Baïsse, weiland Director der Civilangelegenheiten in Algier und Guizot'scher Präfect, das Ministerium des Innern übernehmen soll. So wäre man nach der Ablehnung des Hrn. v. Rayneval nach und nach bei den HH. de Bassano, Drouyn de Lhuys, de la Rozière, de Morny, de Flavigny, de Lagrené, herumgekommen um das Cabinet zu vervollständigen, und dieses Ausbieten von Portefeuilles ist mit Recht dem Charivari verfallen, welcher vorschlägt den Polizeipräfecten Carlier zum Minister des Innern zu machen, und die Polizeipräfectur einem Stadtsergenten zu übertragen.

× **Paris,** 17 Nov. Die Freunde des Präsidenten von gestern sind seine gefährlichsten, nein, aber doch seine boshaftesten Feinde von heute. Sie machen sich keine Vorstellung von dem Gift das die Legitimisten in diesem Augenblick gegen Bonaparte verspritzen und gegen alles was ihm von nah oder fern angehört. Bonaparte, sagen sie, aus Zorn über die gestrigen Abstimmungen die ihm den Weg verlegt zu einer Civilliste von 3 Millionen, und die Leichtigkeit abgeschnitten sich durch dritte Hand einen wohlfeilen Marstall aus dem Gestüt zu St. Cloud beizulegen, wolle eine allgemeine Amnestie nicht verlangen und von der Nationalversammlung erkennen lassen, sondern aus eigener Machtvollkommenheit decretiren und von ferne und aus den Kerkern alle Verfolgten und Verurtheilten zur Freiheit und Heimath berufen. Die Legitimisten, wie Sie sehen, haben sehr Angst vor einem Staatsstreich. Das ist nicht alles. Pierre Bonaparte, fügen sie hinzu, kommt zurück, nicht wie sein hoher Oheim einst aus Italien oder von den Pyramiden in Aegypten, nein, Pierre Bonaparte käme zurück, eiligst gelaufen, weil ihm angesichts des Feindes vor einem drohenden Sturmangriff plötzlich eingefallen daß er Repräsentant sey und als solcher seinen Platz zu Paris in der Nationalversammlung und nicht in Gesellschaft schlechter Beduinen habe. Diese große Erleuchtung sey so plötzlich, so unwiderstehlich über ihn gekommen daß er vergessen habe seinen Abschied in gesetzlicher und anständiger Form zu nehmen. Die Befehlshaber die um ihn waren, wie es scheint uneingeweiht in die Pflichten eines großen Politikers, hätten diese Fuga übel genommen und sich mit bittern, nichts weniger als dithyrambischen Vorstellungen an den Kriegsminister gewandt und gebeten doch bei einem Kriegsgerichte ein Gutachten zu erholen über die Frage: welche Eigenschaft, die eines Befehlshabers, oder die eines Volksvertreters die maßgebende sey am Tage des Treffens? Nach andern käme Pierre Bonaparte so schnell zurück um seinem Vetter in einem großen Restaurationswerk seine schlagfertige Hand zu bieten. Von Lucian Murat, dem neuen Gesandten der Republik in Turin, erfährt man daß der „Prinz" sich auf dem Weg zu seinem Königreich Neapel glaube und einstweilen sich vorbereite mit gehöriger Würde und Pracht den Thron seines Vaters zu besteigen. Armer Mensch, wie es scheint, hat er sich nie im Spiegel betrachtet. Wäre er doch wenigstens in den Cirque Olympique gegangen!

Belgien.

Brüssel, 16 Nov. Die Senatsdeputation überreichte heute Mittag dem König die Adresse. In seiner kurzen Antwort sprach er die Hoffnung aus daß in Folge der vollkommenen Eintracht zwischen den obern Staatsgewalten und der Gemeinsamkeit ihrer Ansichten und Bestrebungen die gegenwärtige Session, obgleich nothwendig von kürzerer Dauer als die vorige, nicht minder fruchtbar an wichtigen Arbeiten seyn werde. — Die Deputirtenkammer genehmigte heute einstimmig und ohne Discussion das Dotationsbudget für 1850, worauf Hr. Lehon den von ihm verfaßten Entwurf der Antwortadresse auf die Thronrede verlas. Die Berathung dieses Entwurfs, der fast nur eine Umschreibung der Thronrede ist, ward auf den 19 d. festgesetzt. — Zwischen Belgien und der Schweiz ist ein Postvertrag abgeschlossen worden, nach welchem die Taxe für einen einfachen Brief auf 40 Centimes (11 kr.) festgestellt ist.

Gent. Dem Messager de Gand zufolge sollen die Arbeiten am am 19 Nov. wieder aufgenommen werden.

Niederland.

◡ **Amsterdam,** 14 Nov. In der Sitzung der zweiten Kammer von gestern gaben Thorbecke, van Goltstein und Donker Curtius Aufschlüsse über die Ministerkrisis. Thorbecke's Rede kam nach einer kurzen Darstellung der Bildungsgeschichte seines Cabinets, deren Details ich Ihnen bereits seiner Zeit mitgetheilt, hauptsächlich darauf hinaus daß die Richtung des Ministeriums eine nationale sey, daß es der thätigen Mitwirkung der Repräsentation bedürfe, den Willen der Kammermajorität ausdrücke und sohin denselben Weg wie die Generalstaaten, den nationalen, wandle. In Bezug auf die organischen Gesetze seyen neue Vorlagen nöthig, welche bald möglichst geschehen sollten. Das Budget von 1850 werde einer Revision unterworfen, worüber der Bericht bereits an den König abgegangen sey. Ausgebreitete Veränderungen und Reorganisationen lägen gleichfalls im Plane, ließen sich aber theils wegen der Kürze der Zeit, theils aus andern Gründen noch nicht sämmtlich an dem Budget von 1850 anbringen. Der Redner schloß mit der Bemerkung daß bei den Neuwahlen, die durch seine und Rosenthals Ernennungen geboten seyen, sowohl er selbst als auch sein College im voraus auf eine Wiedererwählung verzichteten, da sie ein Portefeuille mit dem Sitze in der Kammer nicht vereinigen könnten. Hr. v. Goltsteyn erklärte, er habe gleichfalls ein Cabinet bilden sollen, da er jedoch erfahren daß gleichzeitig andere Männer damit beauftragt gewesen, habe er den König ersucht entweder die andern Aufträge zurückzunehmen oder die sich gegen die Bildung des Ministeriums Thorbecke erhobenen Schwierigkeiten zu beseitigen; er habe namentlich das letztere empfohlen, um den Wunsch der Nation zu erfüllen oder ihr zu zeigen daß die Erwartungen nicht erfüllt werden könnten. Sohin habe er zur Bildung dieses Cabinets auch beigetragen. Den Eintritt habe ihm aber seine politische Denkungsweise verboten. Donker Curtius theilte mit daß sein Auftrag ein vertraulicher gewesen. Nach diesen Aufschlüssen trennte sich die Kammer. Die im vorigen Jahr errichteten Ruhegarden (Rustbewaarders) sind aufgelöst worden. Nächsten Monat wird eine allgemeine zehnjährige Volkszählung stattfinden. Für das Verschwinden der Cholera wurden vergangene Woche in allen Kirchen des Landes Dankgebete gehalten.

Italien.

Turin, 17 Nov. Heute wurden die Kammern bis zum 29 d. vertagt. Man vermuthet daß eine Kammerauflösung im Hintergrund stehe.

Türkei.

Die österreichische Reichszeitung bringt einen muthmaßlich aus dem Ministerium des Aeußern ihr zugekommenen Bericht über die Transportirung der magyarisch-polnischen Flüchtlinge von Widdin nach Schumla. Merkwürdig ist die Rede welche Kossuth am 29 Oct. an die aus Flüchtlingen, Türken, Bulgaren, Christen und Juden zusammengewürfelte Menge vom Balkon seines Wohnhauses hielt. Er spricht darin von der Sicherheit welche den Emigranten vom Sultan zu Theil werde, möchte selbst dessen Reich darüber zu Grunde gehen. Die Rolle der Magyaren sey noch nicht ausgespielt, im Gegentheil habe sie jetzt an politischer Bedeutsamkeit gewonnen. Die Türkei, England und Frankreich und die Schweiz seyen dermalen mehr als je bereit die Sache der ungarischen Emigration zu unterstützen, und die Unabhängigkeit und Freiheit der unterdrückten Nation gegen Rußland und Oesterreich zu verfechten. Der Aufenthalt in Schumla hänge von den Nachrichten ab welche Fuad Effendi aus Petersburg bringe; er (Kossuth) halte diesen Ort, wenngleich nicht für den besten, doch für den zweckmäßigsten; widrigenfalls stünden zur Aufnahme der Flüchtlinge in den Dardanellen 14 englische Schiffe bereit, dort fänden sie bis zum Ausbruche des europäischen Krieges Schutz. Der „edle" Lord Palmerston hege Bewunderung und Hochachtung für die Ueberreste der ungarischen Nation. Schließlich sprach der Agitator von der Organisirung eines

militärischen Corps, dessen Chef nach dem Wunsche des Sultans er seyn solle, und endigte seine Ansprache mit der Bekanntgabe des Beiramsgeschenkes zum Zwecke der Reiseerleichterung. (L. A. Z. C.)

Konstantinopel, 1 Nov. Der Times wird von hier geschrieben daß am 26 Oct. der Oberstlieutenant Townley mit sehr wichtigen Depeschen von London und zwar im Laufe von 13 Tagen eingetroffen sey. Dieser Courier hatte zu Pferde den Weg von Belgrad nach Konstantinopel, wozu die Tartaren der Regierung 10 Tage brauchen, genau in der Hälfte dieser Zeit, nämlich in 5 Tagen zurückgelegt. Gleich nach seiner Ankunft begab sich Sir Stratford Canning in die Wohnung des Großwessiers, und theilte diesem in Anwesenheit des Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten, Ali Pascha, mit daß das brittische Cabinet einstimmig beschlossen habe mit der Pforte einen Schutzvertrag zu schließen, sobald es sich Rußland beikommen lassen sollte einen Angriff auf türkisches Gebiet zu machen. Auch heißt es daß dem Admiral Sir W. Parker ein Ferman zugesandt sey der ihn ermächtigt mit seiner jetzt in der Besicabay liegenden Flotte sofort durch die Dardanellen bis vor Konstantinopel zu segeln, sobald der brittische Gesandte ihre Gegenwart für nöthig halten sollte. Eine ähnliche Erklärung hätte schon am 26 General Aupick der Pforte gegeben, indem er ihr die Zusicherung gab daß im Nothfall die französische Flotte sich mit der türkischen vereinigen solle, um mit ihr gemeinsam gegen Rußland zu operiren. Indeß setzte Aupick hinzu daß sich Frankreich dieser seiner gegebenen Zusage für entbunden erachten würde wenn die Pforte durch irgendeine unüberlegte und vorschnelle Handlung Rußland herausfordern sollte. Das Schreiben schließt mit der Versicherung daß die Rajahs, Griechen wie Armenier, auf Rußlands Erscheinen wie auf die Stunde ihrer Erlösung warteten, und daß die Türkei eine ebenso leichte als sichere Beute Rußlands seyn würde, wenn Frankreich und England ihr nicht zu Hülfe kämen.

Die Correspondenz des J. des Débats aus **Konstantinopel** 5 Nov. lautet friedlich. Die Antwort des österreichischen Cabinets war zuerst (2 Nov.) eingetroffen, durch einen außerordentlichen Courier welchen Hr. Mussurus abgeschickt hatte, mit einer Note des Fürsten v. Schwarzenberg die auf das Auslieferungsansinnen förmlich verzichtet und nur die Verweisung der ungarischen Flüchtlinge ins Innere und ihre strenge Ueberwachung fordert. Hr. v. Stürmer hatte bereits seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben die Verhältnisse mit der Pforte wieder anzuknüpfen sobald sie ihm die Internirungsorte angezeigt haben werde. Am folgenden Tag kam mit dem Paketboot von Odessa auch die Antwort aus St. Petersburg, und an Bord desselben Dampfboots befanden sich einer der Schriftführer Fuad Effendi's mit Depeschen für den Divan, und ein russischer Eilbote mit Briefschaften für Hrn. v. Titow. Die Antwort des Czars ist nicht weniger friedlich, in nicht weniger wohlwollenden Ausdrücken. Der Kaiser läßt die Auslieferungsfrage fallen, erklärt von dem Vertrag von Kutschuk-Kainardschi (Auslieferung oder Entfernung von der Gränze) diejenige Alternative annehmen zu wollen die der Pforte am angenehmsten sey, verlangt aber jetzt die Austreibung aller polnischen Flüchtlinge, nicht nur derjenigen die am ungarischen Krieg theilgenommen. Vor einigen Jahren hatte die Anwesenheit des Grafen v. Zamoyski in Konstantinopel zu einem Schritt der Art Anlaß gegeben. Der französische Gesandte Hr. v. Bourqueney hatte sich aber für diesen Polen lebhaft verwendet, und das russische Cabinet mußte die Austreibungsforderung aufgeben. Mehrere Correspondenzen anderer französischen Blätter bestätigen diese Nachrichten, sie freuen sich daß es in dieser Zeit der Mißverständnisse nun auch einmal ein russisches Mißverständniß gebe, zu dessen Einsicht man in St. Petersburg ohne das energische Auftreten der Seemächte nicht gekommen wäre — Jamais peut-être l'empereur Nicolas n'avait reçu pareille leçon, sagt die Correspondenz der „Presse."

△ **Wien**, 19 Nov. Nach Briefen aus Konstantinopel vom 7 d. liegt die französische Flotte vor Ourlac, die englische in den Dardanellen. Für jedes Schiff ist ein Dampfer bereit der es ins Schlepptau nehmen kann, so daß die Flotte in 30 Stunden vor Stambul erscheinen kann. Der Einfluß Englands war im Divan im Steigen und wurde durch die Haltung der Flotte noch erhöht.

* Eben da unser Blatt in die Presse gehen soll, erhalten wir noch directe Briefe aus Konstantinopel vom 7 Nov. Sie bestätigen daß die beiden Kaiserhöfe zur Ausgleichung und gütlichen Beilegung die Hand geboten hatten. Schon hatten die HH. v. Stürmer und Titow die unterbrochenen diplomatischen Verbindungen wieder angeknüpft, wenigstens durch einen dem Minister des Innern am 6 gemachten Privatbesuch den ersten Schritt dazu gethan. Andererseits soll Sir Stratford Canning eine Depesche an den Admiral Parker abgeschickt haben um ihn aufzufordern die Dardanellen zu verlassen. Die englische Flotte war nämlich, allen Verträgen zuwider, von Tenedos in die Dardanellenstraße selbst eingesegelt, und hatte vor den innern Schlössern Anker geworfen!

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der New-Yorker Correspondent der Daily News meldet eine ziemlich apokryph lautende Geschichte. Hr. Bodisco, der russische Gesandte in Washington, der sich daselbst sehr beliebt zu machen wußte und, nachdem er eine junge schöne Amerikanerin geheirathet, sich ganz in die Landesweise eingelebt hatte, wurde sammt seinem Secretär, seinem Neffen, plötzlich vom Kaiser von Rußland, angeblich wichtiger Geschäfte wegen, zurückberufen, kaum aber als er in St. Petersburg angekommen war, festgenommen und nach Siberien geschickt. Der amerikanische Correspondent meint: es könne Hrn. Bodisco nichts zur Last liegen als daß er ein bedeutendes Vermögen, das er in Amerika erworben, in den amerikanischen Fonds angelegt, wonach es scheinen mochte daß seine Interessen nicht mehr ganz mit den russischen identisch seyen. Die Wahrheit dieser Angabe stehe dahin. — Pater Mathew, der irische „Mäßigkeits-Apostel," war in Boston gefährlich erkrankt. Er ist 60 Jahre alt.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 13 Nov. 3proc. 28 P.

Augsburg, 21 Nov. Bayer. 3½proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100½ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 60 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87½ P., — G. Bankactien II. Sem. 1100 P. Württ. 3½proc. 82 P. 4½proc. 94½ P.

Frankfurt a. M., 20 Nov. Oesterr. 5proc. Met. 87⅛; 4proc. 69⅝; 3proc. 51½; 2½proc. 45; Bankactien 1308; 500fl.-Loose 155; 250fl.-Loose 106⅛; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101½; 3½proc. Staatsschuldsch. 88½; bayer. 3½proc. Oblig. 84¾ P.; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach 84½; württ. 4½proc. 94¼; 3½proc. 81; bad. 5proc. 97⅞; 3½proc. 78; Lotto-Anl. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose 31⅞; darmst. 3½proc. 81¾; 4proc. 88½ P.; 4½proc. 93¼; 50fl.-Loose 71⅜; 25fl.-Loose 2:⅛; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn 52⅝; 40Thlr.-Loose 34⅜; nass. 5proc. 101½; 3½proc. 84½; 25fl.-Loose 25⅛; Frankfurt 3proc. 78; 3½proc. 92½, 88¼; Taunusbahn 292; holl. 2½proc. 53⅝; span. 3proc. innere Sch. 27¼; poln. 300fl.-Loose 112; 500fl.-Loose 80⅞; sard. 36Fr.-Loose 33; Disconto 2½ G.

♀ **Wien**, 19 Nov. Mit Ausnahme von Mailänder- und Pesther-Actien, welche heute abermals ziemlich begehrt und mit ½–1 Proc. höher bezahlt wurden, herrschte in andern Effecten wenig Leben und schlossen die Curse im ganzen ohne merkliche Veränderung. Die Valutaverhältnisse stellen sich jedoch wieder ungünstiger, und sowohl fremde Devisen als Comptanten waren auch heute zu höhern Preisen gesucht. Augsburg war mit 109¼, Hamburg mit 160½, London mit 10.59 zu lassen und das Goldagio bis 14¼ Proc., Napoleonsd'ors mit 8 fl. 44 kr., Souvereignsd'ors mit 15 fl. à 15 fl. 4 kr. bezahlt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94¼–94 5/16. 4½proc. (neues Anlehen) 84–84¼. Loose vom J. 1834 170–170½. Loose v. J. 1839 116½–116¾. Bankactien 1170–1175. Nordbahnactien 108–108¼. Gloggnitzer 109–109½. Mailänder 80–80¼. Pesther 79¼–79½. Dampfschiff-Actien 510–512. Esterhazy 40fl.-Loose 61–61½. London (in l. S.) 10.58–11. Hamburg 160 G. Augsburg uso 109 G. Frankfurt 108½–108¾. Amsterdam 151 G. Mailand 98¼–98½. Livorno 106–106½. Genua 124½ G. Paris 128¾–129. Marseille 128½–129. Bukarest (31 Tage S.) 250–255. Goldagio für kais. Münzducaten 14. Silberagio 8½ Proc. K. k. Anlehensloose v. J. 1839 und die fürstl. Esterhazy'schen 40fl.-Loose waren wegen der nahe bevorstehenden Ziehungen besser zu lassen. Die Umsätze im allgemeinen beschränkt. Berichten aus Mailand zufolge hat sich der Curs der dortigen Biglietti del Tesoro in den letzten Tagen um 5 bis 6 Proc. gebessert.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

George Sand.

⁑ Nicht Wohlstand und Sitten, nicht innere Freiheit und Gleichheit allein leiden während revolutionärer Vor- und Rückschwingungen Havarie; die Wissenschaft, die Kunst empfindet vor allem ihre lähmende, erstarrende Wirkung. Die Erfahrungen des vorigen, der ersten Hälfte des laufenden Jahrs lehrten uns dieß. Nun der Glaube an eine dauernde, innere Befriedigung stark genug geworden zu seyn scheint um das geflohene Vertrauen in die öffentlichen Zustände wieder zurückzurufen, tauchen auch auf dem Büchermarkte bekannte, liebgewonnene Namen wieder empor. Wegen der anhaltenden Stimmung des jüngst Erlebten verweilen wir unter jenen Wiederkehrenden wohl vorzugsweise gern bei denen welche der Politik auch früher nicht fernstanden, wohl gar durch ihre schriftstellerische Thätigkeit an den Hebeln des Umsturzes rücken und schieben halfen. Ist auch die politische Glorie des Schriftstellers oft nur ein Irrlichtglanz, so lockt sie doch eben darum nicht minder. Daß George Sands Feder für Ledru-Rollin das Bulletin der französischen Republik vom 5 April 1848 geschrieben hatte, ist bekannt. Doch war diese Erscheinung durch andere längst hinweggefluthet worden, bis jetzt Alfred Meißner in seinen „revolutionären Studien aus Paris" uns dieses selten gewordene Actenstück zurückbringt, „weil es den verzweifelten Standpunkt der rings schon verrathenen Revolution aufs deutlichste zeichnet, und wie eine düstere Prophezeiung auf einen Kampf hinweist der nur zu bald eintraf, und zwar in großartigster Furchtbarkeit." Fast gleichzeitig mit diesem Memento versandten die belgischen Aneigner französischer Verlagsrechte ein schmächtiges Bändchen: La petite Fadette, par George Sand. Welcher Contrast! Wir finden den secrétaire intime des mißlungenen Abklatsches eines Danton in einer Dorfgeschichte, in einer so reizenden Dorfgeschichte wieder, daß wir uns erstaunt fragen ob der Griffel jenes Manifestes der einst mit einer Lélia sittliches Grausen erregt, dann mit dem compagnon du tour de France, dem meunier d'Angibault socialistische Propaganda gemacht, im Horace das Recht der freien Liebe gepredigt, und zuerst mit dem „Teufelspfuhl" (oder wie Frau Birch-Pfeiffer in ihrem scenirten Zuschnitt ohne Nennung des verschnittenen Autors übersetzt: „Hexen-Moor") den ersten Ton der Idylle angeschlagen hatte — ob dieser Griffel einen solchen londemain schaffen konnte? Doch hören Sie einen französischen Kritiker der Revue des deux Mondes über jene Gabe seiner Landsmännin. „Wenn man Schriften wie la mare au diable liest, kann man sich trauriger Betrachtungen über die verkehrte Selbsterkenntniß mancher Talente kaum erwehren. Wenn noch ein Strahl der Wahrheit die Nacht durchdringen kann welche Mad. Sand selbst um sich her verbreitet hat, wenn man nicht im voraus wüßte daß es immer noch eifrige und willig angehörte Stimmen gibt, denen es gelingt die traurigsten Verirrungen jenes seltenen Geistes mit ernster Ehrfurcht zu bewundern, und ihn dadurch zu immer neuen Rückfällen zu verleiten, so könnte man sich versucht fühlen der Schriftstellerin zuzurufen: hier bleibe, und nur ausnahmsweise greife wieder zu dem Roman mit den großen Leidenschaften und den gewaltigen Ereignissen; gib vor allen die erborgte Paradoxe, die Sophisterei aus zweiter Hand auf, weniger wegen ihres gefahrvollen Irrthums als wegen des Unrechts welches sie der Kunst, dem einzig wahren Berufe deines Geistes thun. Die Einbildungskraft und das Herz, heißt es, altern nicht. Und doch — bist du gewiß auf deiner Palette die glühenden Farben von ehedem immer frisch wiederzufinden? Wird der falsche Glanz, dem du nachstrebst, immer die Macht behalten deine Dichtung zu beleben, ihre Ader schlagen zu lassen. Glaub' uns, o Künstlerin, die Wahrheit begeistert tausendmal mehr als die Lüge: plaidire nicht mehr, erzähle! Erzähle, und wir werden nicht müde werden dir zuzuhören. Erzähle, und Natur und Beobachtung, welche sich nicht erschöpfen wie ideale Eintagsfliegen, nicht erlöschen wie Phantasmagorien, werden dich Werke schaffen lassen, dauerhaft wie die Quelle aus welcher wahre Dichter schöpfen. Nichts als Selbstäfferei treibst du, indem du deine Kunst in Gestalt einer dürftigen Skizze dem gebrechlichen Fahrzeuge moderner Theorien anvertraust. Dein André wird gelesen werden noch lange nachdem Leroux' Humanité nur noch von ernsten Geschichtschreibern unserer Thorheiten bei qualmender Lampe durchblättert und excerpirt wird. Wir bitten dich um eins und glauben dir damit nicht zu nahe zu treten: bleibe zu was du erschaffen wurdest. Aber ist das noch möglich?"

Ch. Dickens über öffentliche Hinrichtungen.

Charles Dickens' Schriften haben in neuerer Zeit mehr und mehr eine praktisch humane Richtung genommen, auf Verbesserung der Schulen, der Gefängnisse, der Armenpflege 2c. In diesem Sinn wohnte der berühmte Novellist der Hinrichtung des Mörderehepaars Manning am 13 Nov. bei, welche vor dem Horsemonger-Lane-Gaol, dem Grafschaftsgefängniß von Surrey in Southwark am rechten Themse-Ufer, stattfand. Er schreibt darüber an die Times: „Ich begab mich dahin in der Absicht die zum Zuschauen versammelte Volksmenge zu beobachten, und ich hatte treffliche Gelegenheit dazu, erst während der Nacht und dann von Tagesanbruch an bis nach Beendigung des Spectakels. Ich wende mich nicht an Sie um die abstracte Frage der Todesstrafe abzuhandeln, sondern einfach weil ich wünsche die furchtbare Erfahrung, die ich gemacht, einigermaßen zum allgemeinen Wohl zu wenden, indem ich in Ihrem weitverbreiteten Blatt an die von Sir George Grey in der vorigen Parlamentssession gegebene Andeutung erinnere, daß die Regierung bewogen werden möge die Todesstrafe zu einem Justizact innerhalb der Gefängnißmauern zu machen — unter solchen Bürgschaften für die unerbittliche und sichere Vollstreckung des Urtheils welche das große Publicum befriedigen mögen. Zugleich ersuche ich auf diesem Wege den Staatssecretär des Innern daß er selbst eine solche legislative Aenderung veranlassen möge; es ist eine feierliche Pflicht die er der Gesellschaft schuldig ist, eine Verantwortlichkeit die er nicht für immer beiseite setzen kann. Das ruchlose und leichtfertige Benehmen der zahllosen Volksmenge bei der heutigen Hinrichtung war eine so schauderhafte Scene wie sie kaum ein Mensch sich vorstellen, und wie sie schwerlich in irgendeinem Heidenland unter der Sonne vorkommen kann. Die Schrecken des Galgens und des Verbrechens das die elenden Mörder an denselben gebracht verschwanden in meiner Seele vor dem gräuelhaften Gebaren, der Miene und Sprache der versammelten Zuschauer. Als ich mich um Mitternacht an Ort und Stelle verfügte, machte schon von fern das Geschrei und Geheul von Buben und Mädchen, welche damit andeuteten daß sie einen „guten Platz" gefunden, mir das Blut gerinnen. Als die Nacht vorrückte, wurde das unheimliche Lärmen und Lachen immer lauter, und dazu kam brüllender Chorgesang von Galgenliedern und Parodien von Negermelodien, in denen anstatt Susannah „Mistreß Manning" eingerückt war. Bei Tagesgrauen strömten Diebe, gemeine Dirnen, Raufbolde und Vagabunden aller Art auf den Platz, und jede Abwechselung von anstößigem und ekelhaftem Betragen war da zu zu sehen. Balgen und Ringen, Heulen und Pfeifen, Nachahmungen des Pickelhärings (punch), rohe und unzüchtige Späße, ohnmächtige Weiber mit in Unordnung gebrachten Kleidern welche die Polizei aus dem wogenden Gedränge zog*) — das war die Würze der allgemeinen Kurzweil. Die glänzend aufgehende Sonne vergoldete tausend und abertausend in die Höhe gerichtete Gesichter von einem in ihrem brutalen Vergnügen oder ihrer Fühllosigkeit so unsäglich widerlichen Ausdruck, daß man Ursache hatte sich seiner menschlichen Gestalt zu schämen und vor sich selbst als Teufels Ebenbild zurückzuschaudern. Als die beiden elenden Geschöpfe, die all dieses gespenstige Spectakel um sich her veranlaßt, zuckend in die Luft emporschnellten, da zeigte sich nicht mehr Rührung, nicht mehr Mitleid, nicht mehr Besinnung daß zwei unsterbliche Seelen vor ihren Richter getreten, nicht mehr Nachlaß in den früheren Unfläthereien, als wäre der Name Christi nie in dieser Welt gehört worden und als verstände sich's von selbst daß die Menschen vergehen wie das Vieh. Ich kenne das Londoner Leben in seiner schlimmsten Verdorbenheit; aber es ist meine feierliche Ueberzeugung daß der größte Scharfsinn nichts zu erdenken vermöchte was, in so engem Raum und in so kurzer Zeit, so viel Unheil stiften kann wie eine einzige öffentliche Hinrichtung. Ich glaube nicht daß ein Gemeinwesen gedeihen kann wo ein solches Schauspiel von Gräuel und Entsittlichung unmittelbar vor den Hausthüren guter Bürger aufgeführt wird, wie dieß heute vor dem Horsemongerlane-Gefängniß geschah. Und wenn wir, in unsern Gebeten und Danksagungen für den Segen des Jahrs, vor Gott unsern Wunsch ausdrücken die moralischen Uebel des Landes wegzuräumen, so frag' ich Ihre Leser ob es nicht Zeit ist an dieses Uebel zu denken und es mit der Wurzel auszurotten. Ihr ergebenster Charles Dickens."

*) Ein Weib ward erdrückt.

Mit dieser Schlußfolgerung des Schriftstellers ist die Times nicht einverstanden. „Uns scheint es“, sagt sie, „nothwendig daß ein so furchtbarer Act der Gerechtigkeit wie es ein nationaler Todtschlag (a national homicide!) ist, zugleich öffentlich und feierlich vollzogen werde. Die Volkseifersucht verlangt das. Geschäh' es anders, so würde die Volksmasse sich nie überzeugt halten daß große Verbrecher wirklich hingerichtet worden, oder daß Verbrecher aus den geringen Ständen nicht in größerer Zahl hingerichtet werden als der Staat zu gestehen beliebt. Das Geheimniß der Gefängnißwände würde unerträglich seyn. Auch ist es wohl nicht ganz billig die wirklichen Empfindungen, geschweige denn den bleibenden Eindruck der Zuschauer nach der gräßlichen hysterischen Lustigkeit zu bemessen die ein langes nächtliches Zuwarten und ein so ungeheurer Zusammenfluß von Menschen hervorgebracht. Wenige Menschen lieben es ein tiefes Ergriffenseyn kund zu geben, und mancher verbirgt das tiefste Gefühl unter ganz entgegengesetzten Gebärden und Reden. Hamlet gebärdet sich nirgend so wahnsinnig wie über dem Grabe Ophelia's, wo die Scene all seine natürliche Melancholie, alles Elend seines Lebens und das Grauen seiner geisterhaften Mission zurückruft. In der rohen Menge welche die Hinrichtung in Southwark mit ansah, mochte wohl Hr. Dickens der nächste Geistesverwandte Hamlets seyn; aber unsre obige Bemerkung gilt von der großen Mehrzahl der menschlichen Seelen, und von den ungebildeten ebenso wie von den gebildeten.“ Uebrigens findet die Times den Umstand tröstlich daß jetzt in England, nachdem die Todesstrafe auf Mord und Hochverrath beschränkt ist, nur noch vergleichsweise wenige Hinrichtungen vorkommen; denn vor weniger als dreißig Jahren habe man an jedem Montag vor dem Frühstück in London das Vergnügen haben können ein halb Dutzend arme Schelme, die aus Hunger kleine Diebstähle begangen oder in betrunkener Rauferei eine geringe Körperverletzung zugefügt, wie Hunde sterben zu sehen. — Die hingerichtete Manning war, wie sie sich bei ihrem Verbrechen und bei und nach ihrer Verurtheilung zeigte, ein grausenhaft energisches Weib, so daß sie vom Chronicle die „gemeine Klytemnästra des Criminalkalenders“ genannt, von der Times aber, wegen ihrer unerschütterlichen Nerven, ihrer Gewalt über das schwächere Naturell ihres Gatten, und wegen ihres kalt überlegten Verraths gegen einen Gastfreund — welchem sie sein Grab wochenlang vorausgegraben — mit Lady Macbeth verglichen wird. Ihrem Manne, der sie, als sie ihm ihren Mordplan mittheilte, an ihre unsterbliche Seele und die ewigen Höllenstrafen erinnerte, antwortete sie lachend: „Wenn der Mensch todt ist, ist er ein fühlloser Erdenkloß.“ Dabei ermangelt aber die Times nicht zu bemerken daß die Manning keine Engländerin, sondern eine ungläubige Ausländerin*) (Französin), eine „fremde Jezabel“ war — eine entschlossene Intrigantin, geschminkt und geschmückt bis zum Tod.

*) Bei ihrer Verurtheilung rief sie zähneknirschend: „Niederträchtiges England!“

Abwehr und Rückblick.

k Der österreichische Soldatenfreund hat neulich — wie wir aus einem durch wohlwollende Vermittlung in der Nähe uns erst jetzt bekannt gewordenen Artikel ersehen — der Allg. Ztg. es schwer übel genommen daß einer ihrer Correspondenten aus Ungarn von dem kaiserl. Fuhrwesencorps einen Ausdruck gebraucht hatte, der allerdings leicht mißdeutet werden konnte. Irren wir nicht, so wurden schon nach der Einnahme Wiens die jungen Leute, die man bei ihrer Assentirung am härtesten strafen wollte, unter das Fuhrwesen gesteckt. Aehnliches scheint in der neuesten Zeit in Ungarn geschehen zu seyn. Es begreift sich daß das Heerfuhrwesen zu den beschwerlichsten Waffengattungen der Armee gehört, und daß die Einreihung darein am wenigsten gesucht wird, weil es dem Talent und der persönlichen Tapferkeit weniger glänzende Gelegenheiten bietet sich auszuzeichnen. Daß dessenungeachtet diese Waffengattung ihre großen Verdienste hat, und vielleicht um so mehr geehrt zu werden verdient je weniger ihr Wirken ins Auge fällt, das braucht keinem Denkenden erst bewiesen zu werden. Sowie ein größerer Muth dazu gehört in passiver Aufstellung, Gewehr im Arm, den Kugeln des Feindes sich ausgesetzt zu sehen, als den Säbel oder die Büchse in der Faust vorwärts zu stürmen; so braucht gewiß die kaltblütigste Entschlossenheit der Trainsoldat der — still auf seinem Gaule haltend, den Feind und dessen Kugeln im Rücken — geduldig ausharren muß bis hinter ihm die von Schlachtlärm und Siegeshoffnung berauschten Kämpfer die Würfel der Entscheidung geworfen. Alles das und wie viel in allen Feldzügen auf die rasche Bewegung der Wagen und Geschütze ankomme, haben uns die letzten sechs Jahrzehnte zur Genüge gelehrt. Aber diese Betrachtungen werden bis dahin noch keinen vorwärts strebenden jungen Mann abgehalten haben lieber in ein Cavallerie- oder Infanterieregiment zu treten, als sich in das Fuhrwesencorps einreihen zu lassen. Dieß wollte offenbar jener Correspondent der Allg. Ztg. andeuten, ohne daran zu denken dem ehrenwerthen Corps zu nahe zu treten. Der von ihm gebrauchte Ausdruck war also zu einer Berichtigung geeignet, nicht zu gemeinem Schimpf, mit dem nicht der Angegriffene beschmutzt wird. Da indeß ein Vorwurf darin wiedertönt, der neulich der Allg. Ztg. auch von einem andern Wiener Blatt gemacht wurde, so mag einmal eine kurze Erwiederung darauf folgen.

Als Fürst Metternich in Oesterreich noch das Ruder führte, machte man dort jedem zugelassenen Blatt den directen Tadel des innern Systems so schwer als möglich, aber man forderte auch kein Lob. In Betreff Ungarns war die freie Debatte so wenig beschränkt, daß in der Allg. Ztg. die gegenseitigen Parteisprecher meist mit offenem Visir die Landesangelegenheiten und die Stellung der österreichischen Regierung besprachen. Wer die Allg. Ztg. von 1836 bis 1848 zur Hand nimmt, findet darin hundert und hundert der freimüthigsten Aufsätze von Franz v. Pulszky, Wesselenyi, Deak, den Grafen Emil und Aurel Dessewffy, Szechen, Stephan Szechenyi, Alexander Lucacs, Mailath, Zedlitz (der so lange in Ungarn begütert war) und so vielen andern, deren Namen wir hier nicht aufzählen wollen. Wie oft hatten darin Zedlitz, Stephan Szechenyi, Aurel Dessewffy den ehrlichern unter ihren Gegnern vorgeworfen: ihr werdet der Wogen nicht Meister bleiben die ihr aufregt, und sie werden euch und das Land mit schweren Leiden heimsuchen! Kossuth übertönte ihre Stimme, und hätte gerne die Allg. Ztg. auf die Proscriptionsliste gesetzt, wie später die Wiener Radicalen sie darauf setzten. Fürst Metternich duldete sie, aber ob sie unangefochten blieb, mögen die Berge von Klagschriften beweisen die beim Ministerium in München unter den HH. v. Armansperg, Wallerstein, Giese, Abel, Bray sich aufhäuften. So schwer ward es einem so gemäßigten Blatt gemacht zu den Völkern der österreichischen Monarchie die Kunde der Weltereignisse zu tragen, bis zur Höhe des Gebirgs, bis zum fernsten Thal ein Bote der wissenschaftlichen und litterarischen Bewegung Deutschlands, Europa's zu seyn.

War auch keine directe Kritik des innern Systems erlaubt, so warf doch jede Discussion über die Dinge in den umgebenden Staaten ihren Reflex auf jenes System, das so sich selbst überlebte daß Graf Ficquelmont in seiner Depesche an den österreichischen Botschafter in London (dd. 5 April 1848) sagen konnte: „Die Leichtigkeit mit der bewirkt worden daß der Kaiserstaat jetzt auf anderer Grundlage ruht, beweist daß diese Veränderung das natürliche Werk der Zeit und der Geister ist, sie beweist besonders daß die kaiserliche Familie erkannt hat der Moment sey reif für das was geschehen.“ Einer der letzten der zur Stütze des alten Regiments nach Wien berufen worden, war Hurter, und die erste Schrift die der neue Reichshistoriograph veröffentlichte, enthielt ein langes und heftiges Anklagecapitel gegen die Allg. Ztg., wobei es denn in der Nähe und Ferne nicht an Chorsängern und Balkentretern fehlte, die hyänenartig an der Zeitung auffuhren, und ihr, wie seit zwanzig Jahren, am liebsten die Todesglocke geläutet hätten. Derselbe Freundeschor war es, der gellend aufschrie als die Allg. Ztg. Hrn. v. Radowitz entgegentrat, welcher ein Jahr vor dem März 1848 den Repräsentativstaat und die Gleichberechtigung der Stände vor dem Gesetz als revolutionäre Trugbilder bekämpfte. Wir schweigen von der Geschichte der Zillerthaler Inclinanten, von den Verketzerungen die jedem freimüthigen Wort aus Tirol folgten, von so vielen andern dunkeln Blättern aus einer langen Leidensgeschichte, wie sie jedes deutsche Journal durchmachen mußte.

Diese Antwort geben wir jenen Wiener Blättern die im Genusse ihrer jungen Freiheit vergessen welche Vorgänger ihnen die Wege gebrochen und die Wohnungen bereitet haben, obgleich sie oft ganz in den alten Ton zurückfallen, als ob ihnen „der Zopf den man hinten abgeschnitten vorn als Schnurrbart gewachsen wäre.“ Uebrigens kann man sich des Lächelns nicht erwehren wenn man jene Herren vornehm auf die Metternich'sche Zeit herunterblicken sieht. Die Haltung ihrer Journale bringt uns die Ueberzeugung auf daß, wenn heute Metternich, Gentz und Friedrich Schlegel im ganzen Schimmer ihrer frühern Erscheinung wiederkehren könnten, sie an jenen die allerbereitwilligsten Herolde fänden. Unter dem System das sich immer mehr in sich zusammenzog, weil sein Meister fühlte daß der nächste Orkan diese geschlossene Welt aus allen Fugen reißen würde, hat die Allg. Ztg. mehr gelitten als irgendein anderes Journal. Da sie aber nicht zu den bezahlten Dienstboten des Systems gehörte, da ihre Leiter die reingebliebene Hand frei erheben können, brauchten sie auch nicht, wie andere unmittelbar nach dem Sturz des großen Staatsmannes gethan, durch eitle Schmähungen die Erinnerung an eigene Schmach zu verdecken. Des Fürsten Uhr war lange, ehe er in der Burg am 13 März den stürmischen Deputationen in ruhiger Haltung seinen Rücktritt anzeigte, abgelaufen, aber mit edler Unparteilichkeit konnte sein grimmigster Gegner*) von ihm sagen: daß sein weltgeschichtliches Wirken

*) Hormayr in den Lebensbildern, 1r Bd. 94.

das vierzigjährige Ministerium Kaunitz überboten. Auch Gentz darf man nicht nach den Kundgebungen seines blasirten Alters beurtheilen, sondern muß sein Bild in jenen heißen Tagen aufsuchen, in denen Oesterreich um seine, um Deutschlands Existenz sein Herzblut gab. Seine Heere unterlagen, seine Länder wurden getheilt, sein Kaiser kam, nur von einem Lamberti begleitet, zu Fuß, ein Frieden Suchender, vor Bonaparte's Zelt, „und der Sieger empfing ihn von allen seinen Generalen, und Kammerherren und Ceremonienmeistern, und dem ganzen Pomp der Majestät umgeben, und dictirte den Frieden," jenen Frieden, von dem Minister Zichy in Troppau zu Gentz zu sagen wagte: „mit Tirol, Venedig und einem Stück von Oberösterreich ist der Friede wohlfeil erkauft." *) Aber all diese Schmach, all das Schreckliche was darauf folgte, beugte die Kraft des Mannes nicht den die meisten sich jetzt nur als einen Sykophanten des Absolutismus denken können. Zwar rief er in wildem Schmerz aus: „Welcher Augenblick, zu dem wir nun endlich gelangt sind! Alle Hoffnungen — nicht die meinigen, ich nährte keine — in den Staub getreten; unser Elend zehnmal größer als zuvor; jede Aussicht in die Zukunft verloren; Deutschland von Franzosen tyrannisirt, verspottet und verflucht von den Russen, die mit unverschämtem Nationalstolz auf Deutschland als einen verächtlichen Theil der Erde blicken, wo nichts als Memmen und Verräther zu finden wären!" Aber eben dieser glühende Haß gegen Franken und Moskowiter bildete auch die Springfeder seiner Hoffnungen auf eine glücklichere Zukunft, und gab ihm die vernichtende Beredsamkeit ein mit der er zwei Jahre später (1807) Johannes Müller seinen Verrath an Europa's Freiheit vorwarf. Wir kennen in der deutschen Sprache nichts was die zermalmende Wucht jenes Absagebriefes überträfe, der dem Lobredner Napoleons zurief: Ihrer wartet eine einzige Strafe, aber diese ist von allmächtigem Gewicht: Deutschland wird wieder frei, und glücklich und geehrt werden! **)

So waren die Männer, von denen die Wiener Jugend, die im vorigen Jahre die Räume des österreichischen Ständehauses mit enthusiastischem Reformruf erfüllte, nur das abgelebte Alter gesehen. Hätten die denen damals die Zügel wie in einem Sommernachtstraum zufielen, etwas weiter zurück in Oesterreichs Geschichte geblickt, sie hätten nicht die Freiheit bis zum Wahnsinn steigern lassen, der in des Reiches Eingeweiden so zerfleischend wühlte, daß man mit des Kaisers Heer des Kaisers Hauptstadt erobern, und dann noch den Moskowiter zu Hülfe rufen mußte.

Jedem der die Weltkämpfe zu Anfang des Jahrhunderts, wenn auch nur als Kind, erlebt hat, ging bei jener Berufung ein Rieseln durch Mark und Glieder. Man erinnerte sich der Zeit wo Rußland, im Besitz der Siebeninseln, seinen Fuß schon mitten im jonischen Meer und eine Besatzung in Cattaro, ja ein fliegendes Corps in Pirano und Venedig hatte. Man hat in neuerer Zeit es oft als hypochondrische Gespensterseherei ausgelegt, wenn in der Allg. Zeitung darauf hingewiesen wurde: Rußland werfe seine lüsternen Blicke von den Donaufürstenthümern zu den adriatischen Gestaden herüber. So schnell werden die Lehren der Geschichte vergessen! Eben als Rußland, mit Hülfe seiner bis zur heutigen Stunde treu gepflegten Montenegriner Verbündeten, Cattaro besetzt hatte, schrieb der englische Gesandte in Wien (Sir Robert Adair) an den Staatssecretär Fox (23 Jul. 1806): „Die Besetzung Dalmatiens und das Behalten dieser Landschaft unter dem Schutz des russischen Cabinets erscheint einer großen und mächtigen Classe russischer Staatsmänner passend, als ein Schrittstein zu andern Zwecken, die sich, nach ihrer Ansicht von Nationalgröße, immer ihrer Einbildungskraft darbieten, wenn Unruhen im westlichen Europa ausbrechen." ***) Unter diesem Gesichtspunkt erscheinen die früheren russischen Expeditionen nach Italien, und die vorjährigen Drohungen wieder ein Heer dahin zu senden, keineswegs als bloße Ausflüsse einer Herrscherlaune — wofür man sie gewöhnlich nimmt — sondern als sicheres Verfolgen traditioneller russischer Politik. †) Ihr gegenüber möchte man vielmehr die französische Politik, selbst unter Napoleon, eine abenteuernde nennen, da es ihr gegeben war gegen Englands und Rußlands Uebergewicht in Spanien, Italien, Polen und der Levante die mächtigsten Mauern aufzuführen. Sie versäumte das über dem Spiel des Kronenaustheilens, das so weit ging daß man für das eine Zeitlang beabsichtigte illyrische Königreich mit der Hauptstadt Triest jetzt den König von Neapel (für den Verlust seiner Länder dies- und jenseits des Faro), dann den König von Portugal, endlich gar den König von Württemberg bestimmte. Und doch kam man in Oesterreich nicht dazu eine größere Flotte zu schaffen oder auch nur Triest zu befestigen, so daß heute Rußland und England sich im adriatischen Meere die alten Schachzüge ungehindert wiederholen können. Die jüngsten Vorgänge auf den jonischen Inseln und die Bewegungen im ägäischen Meer zeigen wie England dort beständig die russische Hand im Nacken fühlt, und ingrimmig sich dagegen sträubt, bis entschieden ist wer die „Burg des alten Continents", „das große Emporium von Byzanz, das die Zukunft der Weltgeschicke im Schooße trägt" *), sein nennen wird.

Bei dem Nahen dieser europäischen Katastrophe, welche bald lauten, bald stillen Schrittes, aber unaufhaltsam vorwärts schreitet, ist eben die Lage in welche Rußland zu Ungarn kam, von so verhängnißvoller Bedeutung. Man kann die Verwickelungen an der Donau, von den Tagen wo Prinz Eugen vor Belgrad stand, bis zur Stunde wo Görgey vor Paskewitsch die Waffen streckte, nicht verfolgen, ohne auf jedem Blatt Anwendungen für die nächste Gegenwart zu finden. So stößt man in Hormayrs Lebensbildern aus dem Befreiungskrieg auf das „Gutachten eines in der englischen Befreiungsarmee dienenden (österreichischen) Stabsofficiers über die Mittel Oesterreich in den Bund Englands, Rußlands und Preußens zu ziehen, d. d. Santander 26 April 1813." Hormayr gestand dem Schreiber dieser Zeilen einmal daß dieser Stabsofficier Fürst Reuß gewesen. Wie dem sey, sein Gutachten ist eines der vollendetsten Charaktergemälde über den Wiener Hof und die österreichischen Verhältnisse jener Zeit, und es schließt mit folgenden prophetischen Worten: „Ungarns Verhältnisse gegen Rußland (die vielleicht bald durch Griechen und Polen noch dorniger werden?) verdienen im jetzigen Moment ganz besondere Aufmerksamkeit. In einer vierzigjährigen Regierung cimentirte Maria Theresia die verschiedenen Elemente der Monarchie so schlau und glücklich, daß sie beinahe als Eines erschien. Als die mütterliche Königin starb, griff Kaiser Joseph Ungarns Verfassung mit dem bekannten unglücklichen Erfolg an. Nach seinem Tode fanden seine beiden Nachfolger in dem Drange der großen Weltbegebenheiten keine Zeit zu durchgreifenden Reformen. Kaiser Franz erhielt auf den Landtagen durch Schmeicheleien, Gunst und Bitten was er zu seinen langen Kriegen bedurfte. Der Revolutionskrieg, indem er die Bedürfnisse der näher gegen den Feind gelegenen Länder vermehrte, brachte ein früher nie gefühltes Leben in Ungarns Handel, den die vermehrte Circulation durch das Papiergeld mit tausend schlummernden Kräften bereicherte. Deßhalb und weil Ungarn bis 1809 vom Kriege nichts gelitten, war dort die Kriegspartei vorzüglich zahlreich. Es war vorherzusehen was die Unglücksfälle von 1809 und der Oesterreich ganz vom Meer abschneidende Wiener Frieden diesem aufblühenden Handel für einen Stoß geben mußten. In ihrem Interesse geschmälert durch die Abtretung Croatiens, in ihrer Constitution wesentlich verletzt, wurde ein Geist der insolentesten Opposition sichtbar. Der Haß fiel hauptsächlich auf den Kaiser selbst. Nun amputirte Wallis ohne den Verband hergerichtet zu haben. Er substituirte ein Fünftheil neues Papier für die alte Circulationsmasse. Nichts konnte Ungarn in seiner ganzen innern Thätigkeit verderblicher verletzen. So wild das Volk, so unwissend der Adel — diese Maßregel wurde doch augenblicklich tief und allgemein gefühlt, diese schwere Wunde durch das Abschneiden der wichtigsten Ausfuhrwege und durch die constitutionswidrige Herabwürdigung des Geldes. Der Kaiser entschloß sich zum merkwürdigen Landtag von 1811, wo der Unwillen der ganzen Nation sich durch ein rundes Abschlagen alles Verlangten laut aussprach. Die Kriegserklärung gegen Rußland erregte dort ein allgemeines Mißvergnügen. Ungarn, besonders Siebenbürgen stehen in gar vielen Verhältnissen zur Moldau, Walachei, zu Serbien, zu Südrußland, zu jenen russisch-türkischen Provinzen, zum Donauhandel. Die Russen haben, wenn es zu einem Krieg kommt, ungeheure Mittel gegen Oesterreich, durch den Slavismus und Gräcismus, wie strategisch und politisch betrachtet. Sie haben auch seit Tilsit (1807—1809) große Fortschritte darin gemacht. Der griechische Handelsstand in Ungarn ist der reichste.

---

*) Gentz' Briefwechsel mit Johannes Müller.

**) „Glauben Sie nicht daß ich diesen harten Brief ohne die lebhaftesten Schmerzen geschrieben habe. Ob ich Sie zu schätzen gewußt, mag Ihr Herz, mag die Vergangenheit Ihnen sagen. Ich fühle also was es heißt Sie verlieren. Als Streiter für eine geheiligte Sache spreche ich über Ihre frevelhafte Apostasie ein unerbittliches Verdammungsurtheil aus; als Mensch, als ihr ehemaliger Freund empfinde ich nichts als Mitleid für Sie; Sie zu hassen ist mehr als ich vermag. Wenn Gott unsere Wünsche erfüllt und meine und anderer Gleichgesinnten Bemühung krönt, so wartet Ihrer nur eine einzige Strafe, aber diese ist von allmächtigem Gewicht. Die Ordnung und die Gesetze werden zurückkehren; die Räuber und der Usurpator werden fallen; Deutschland wird wieder frei und glücklich und geehrt, unter weisen Regenten emporblühen!" So Gentz.

***) Adairs Denkschrift seiner Sendung an den Wiener Hof.

†) Der unlängst erschienene achte Band von Thiers' Geschichte des Consulats und Kaiserreichs gibt merkwürdige actenmäßige Aufschlüsse über Rußlands erstrebte Verständigungen mit Frankreich (im Jahr 1808) in Betreff einer Besetzung der Donauländer und einer Theilung des türkischen Reichs. Aehnliche Verständigungen waren bekanntlich (nach den im Portfolio veröffentlichten Documenten) kurz vor der Julirevolution mit Frankreich eingeleitet. Sie würden sich wieder bilden, sobald England Aegypten besetzte, d. h. sobald es den alten Plan ausführte wie es ihn — nach den übereinstimmenden Mittheilungen aus Alexandrien und Marseille — ausführen zu wollen scheint. Ungarn wäre für Lord Palmerston der Avers Aegypten der Revers der Medaille.

*) Fallmerayer.

Das ganze orientalische Commerz ist in seiner Hand. Darum war die russische Besetzung der Moldau und Walachei in Wien so gefürchtet. Warum sollte Rußland nicht ebenso gut Garant der ungarischen Constitution seyn können als des westfälischen Friedens? Ich lebte mehrere Jahre in Ungarn und sah die Anhänglichkeit an die jetzige österreichische Regierung sich so merklich vermindern. Wie oft suchte Frankreich (1790 bis 1794 auch Preußen) Unruhen in Ungarn zu erregen, aber niemals trauten die Barbaren den französischen glatten Worten, und so war es auch Napoleon unmöglich in Ungarn, diesem eigentlichen défaut de cuirasse der österreichischen Monarchie, irgendeinen Einfluß zu erhalten, wogegen die Russen sehr bald in großes Ansehen gelangen könnten, im Fall Metternichs überfeine Kunst es bis zum offenen Bruch triebe. Sprache, Charakter, Sitten, Verfassung stellen Ungarn den Russen und Polen weit näher als den Deutschen. Daran liegt manches was dazu benutzt werden muß, vielleicht durch Furcht zu erhalten was edleren Gesinnungen nicht verdankt werden kann. Metternich möchte nun doch wohl die Hoffnung aufgegeben haben daß Napoleons Siege den russischen Einfluß aus der Moldau und Walachei, aus Serbien und bis Ragusa und Montenegro austreiben werden."

Man sieht hieraus, die Staatsmänner und Feldherren Oesterreichs nahmen das Verhältniß zu Rußland etwas weniger auf die leichte Achsel als es der Lloyd und ihm verwandte Wiener Journale bei der Discussion über die russische Allianz thaten. Man erkennt nun vielleicht auch daß wir hier „außen im Reich" die österreichische Geschichte oft besser kennen als gewisse „Publicisten" die in Wien wie im Namen Oesterreichs zu Deutschland sprechen zu können glauben, obgleich schon ihre Sprache zeigt daß ihre Bildungsstätte nicht in Deutschland gelegen.*) Sie haben zwar einen großen Vortheil vor uns voraus, weil sie auf dem Platze stehen wo Geschichte gemacht wird. Wir wollen den Vorhang nicht lüften, hinter dem oft Unvereinbarstes sich zusammengefunden hat das nach außen Eine Rolle spielt. Genug, sie können, sie müssen vielleicht Partei ergreifen, während wir, in der Mitte zwischen zwei Großmächten stehend, nur beiden wechselsweise sagen können was Deutschland von beiden fordert, auf daß die Zeiten nicht wiederkehren auf die wir eben ein flüchtiges Streiflicht geworfen. Freilich war es ein mißliches Unternehmen in einem Augenblick wo alles Partei ergriff, sich keiner mit gebundenen Händen überliefern zu wollen. (Wir erinnern an Römers eben gemachte Geständnisse über die Tyrannei der Clubs in Frankfurt.) Es ist so leicht und so angenehm für eine Coterie von 10 bis 12 Personen in engem Journalzimmer sich zusammen zu thun und sich als das Volk, als den Ausdruck des Jahrhunderts zu proclamiren. Es ist so schwer in der Leidenschaft und Erbitterung des Kampfes den Gegner zu ehren und ruhig seine Rede zu hören, auch wenn sie einem die Seele zerschneiden möchte. Die Leiter der Allg. Zeitung haben die unsägliche Bitterkeit dieser Selbstüberwindung tief empfunden, jeder hat gewiß an seinem Theil einen schweren Kampf mit sich gekämpft. Keiner zwar hat in keinem Augenblick der parlamentarischen Stürme des letzten Jahres seines Herzens innerste Meinung verborgen, aber alle haben Anstand genommen ein auf Unparteilichkeit gegründetes Journal von fünfzig Jahren Existenz**) dieser oder jener Meinungsfraction, wie sie heute auftauchten, morgen zerschellten, zur unbedingten Verfügung zu stellen. Man mag das schelten, und es mag wahr seyn daß je weiter die constitutionelle Gestaltung Deutschlands sich entwickelt, desto enger das Gebiet wird auf dem jene Unparteilichkeit walten darf. Sie wäre ein Vergehen gegen den Geist des Volks, wollte sie schwer errungene kostbare Güter, wie Preßfreiheit, öffentliches Gericht, Gleichheit vor dem Gesetz, öffentliche Volksvertretung durch Dialektik und Sophistik wieder in Frage stellen lassen. Wer diese Güter, und die ewigen Rechte der Nation gegenüber dem Ausland, angreifen wollte, der wäre der gemeinsame Feind — da hört die Unparteilichkeit auf. Anders in Fragen über die Constituirung Deutschlands. Der Streit ob Oesterreich oder Preußen an die Spitze des neuen Staatengebäudes treten soll, ist nicht zu lösen, so lange von beiden Mächten nicht gewährt ist was die Gesammtheit der Stämme fordern kann und muß, und so lange der Particularismus der Kleinen hinter dem Streit der Großen immer den Schild eines großen Wortes findet. Wir haben jene Gesammtheit in Frankfurt repräsentirt gesehen, und wer möchte heute behaupten: diese oder jene Meinungsgruppe der Paulskirche habe sich im Besitz der vollen Wahrheit befunden? Nie lag in den Händen einer Körperschaft eine größere Gewalt als in den Händen der Nationalversammlung während vieler Wochen. Wie unwiderstehlich wäre diese Gewalt gewesen wenn die Wirklichkeit der Dinge und die Erkenntniß in den Gemüthern sich in Einen Strahl vereinigt hätten! Vermöchten wir heute einen Blick zu werfen in die Herzen derer die damals die Geister führten mit unsichtbarem Arme, wir würden überraschenden Geständnissen begegnen. Und gewiß, selbst in den Tagen der höchsten Siegesfreudigkeit waren jene Herzen, wenn auch nur auf Augenblicke, von der Ahnung durchzuckt daß ihr Pfad ebenso leicht zum Verderben führen könnte als zum Triumphe. In dieser Erfahrung liegt für jeden der einen Stein mitgetragen zum Bau der Zukunft, eine ernste Mahnung zur Demuth. Statt in Parteien uns noch schroffer als bisher zu scheiden und noch wilder zu zerfleischen, werden wir uns einen und die gegenseitigen Ueberzeugungen achten müssen, da das Jahr der Prüfung das über uns hingegangen, die stolzesten Höhen gebeugt, die eisernsten Willen gebrochen und die scharfsinnigsten Berechnungen zu Schanden gemacht hat. Das erste deutsche Parlament ging wie ein Traum vorüber, und was in den Kammern der Einzelstaaten über die deutsche Frage vorkommt, erscheint selbst den scheinbar eifrigsten Sprechern wie ein langweiliges, weil nutzloses Zwischenspiel. Die Sitze eines größern Parlaments sind wieder in der deutschen Presse aufgeschlagen, und in diesem Parlament die besonnenen Sprecher beider Seiten zum Wort kommen zu lassen und so eine redliche Vermittlung der Gegensätze zu suchen, wird wenigstens den Blättern erlaubt seyn die

---

*) Bei der neulichen Rüge eines von Hrn v. Radowitz gebrauchten, im Deutschen eingebürgerten homerischen Ausdrucks fiel uns die in den achtziger Jahren erschienene Schrift ein: Beweis daß Hr. Wolfgang Goethe kein Deutsch versteht.

**) In dem ersten Hefte der „Monatblätter zur Ergänzung der Allg. Zeitung" wurden die Phasen der Allg. Zeitung von einem ihrer Redacteure, C. A. M., vorübergeführt; darin heißt es bei Erwähnung ihrer Gründung durch Schiller, Posselt und Cotta: „Diese Zeit, die nun weit hinter uns liegt, bestimmte nothwendig auch den Charakter eines Blatts das ihr Organ seyn wollte, und so wurde die Allg. Zeitung nach ihrer ursprünglichen Anlage überwiegend kosmopolitisch. Denn vergessen wir es nicht, diese Zeit hatte zwei Seiten. So trostlos unheimlich sie uns als Deutschen jetzt erscheint, so großartig war der Strom der Ereignisse die sich in ihr Well' auf Welle drängten, so erhaben das Schauspiel der Titanenkräfte die sie hervorgerufen, so furchtbar der Untergang der alten Staatsformen die donnernd zusammenstürzten. Das Zürnen des Patrioten preßte sie in seine Brust, die Wissenschaft ließ sie ideale Reiche bauen und die Dichter träumen, aber vor dem Auge des Beobachters entrollte sie tausend Wunder einer thatenreichen Wirklichkeit, und der tiefer Blickende erkannte freudig in ihren Leiden die Geburtswehen einer bessern Zukunft. Die Weltanschauung wurde objectiver, unpersönlicher: aus der Armuth daheim flüchtete sie sich an den Busen der Menschheit. Der Nationalsinn ging im Humanitätssinn auf. Freilich ermangelte der Humanitätssinn darum einer rechten Basis und wurde nur gar zu oft zu einem leeren Gefühlsspiel. Doch wurde er, weil sein Kern durchaus gesund, auch umgekehrt eine Quelle geistiger Veredlung, sittlicher Kräftigung: je entwickelter er ward, desto mehr steigerte sich die Empfänglichkeit der deutschen Natur, was sie bei den andern Völkern Gutes fand, nahm sie bereitwillig in sich auf, pflegte es mit Liebe und verwandelte es in Saft und Blut. Das war kein mechanisches Aneignen fremder Errungenschaft, sondern ein innerlichstes Verarbeiten aller Aufgaben der Zeit, ein stetes Hinzuthun aus der Fülle des eigenen Geistes und Gemüths. Dieses Schaffen, Formen und Bilden brachte wohl nicht unmittelbaren sichtbaren Gewinn, aber die Deutschen lebten darin den ganzen Verjüngungsproceß des Jahrhunderts gewissermaßen mit, und wenn auch, oberflächlich betrachtet, der Umschwung der Dinge sie bloß nachtheilig zu berühren, ihre Unmacht zu zeitgemäßen Reorganisationen aufzudecken schien, wenn sie sich's deßhalb nicht selten gefallen lassen mußten als müßige träge Zuschauer, wo nicht als unschuldige Narren und gutmüthige Schwärmer verlacht zu werden, so reiften sie doch inzwischen eine vielseitige Tüchtigkeit, und warteten nur des Augenblicks da der Samenkeim die Schale sprengen würde, um auch als Nation hochachtbar dazustehen. Wo so viel des Herrlichsten aller Zeiten und aller Länder in der Brust eines Volkes Raum hat, da kann dieses alles nicht ewig als ein bloß beschauliches Element erscheinen, ein Gestaltungstrieb drängt sich hervor, das Schattenhafte will sich verkörpern, der Gedanke zur That werden, alle Burgen des Geistes thun sich auf und die entsendeten Streiter erkennen sich als Waffenbrüder. Wie sie auch heißen mögen, die Symbole der Nationalität und des Vaterlandes, ohne die kein würdiges Indieschrankentreten möglich ist, sind auf ihre Banner geschrieben. Der Kosmopolitismus ist zu einer Vorschule des Patriotismus geworden.... Was half es den Deutschen daß sie noch immer ein tapferes, geistreiches, sehr gelehrtes, sehr tugendhaftes und sentimentales Volk waren? Ihre politische Verkümmerung, ihre Selbstvergessenheit als Nation konnte sich nur an fremder Größe wieder emporrichten! Und dazu war die Zeit auf gutem Wege — die Zeit Bonaparte's und Pitts, die Zeit der Heerfahrt nach Aegypten und der unerhörten Anstrengungen der brittischen Nation, der so eben des gefeierten Chathams größerer Sohn zu den ungeheuersten Taxen und Anlehen die allgemeine Einkommensteuer von sieben Millionen Pfund Sterling aufgelegt hatte, die Zeit des Riesenkampfes um die Weltherrschaft zwischen einer jungen Demokratie, welche die Völker mit dem Zauberbild der Freiheit lockte, aber schon dem neuen Cäsar Krone und Scepter bereit hielt, und einer stolzen, aber mit ihrer Nation geistig und leiblich verbundenen und darum mächtigen Aristokratie, die — selber einst ein Hort der Volksrechte — das Erhaltungsprincip (es war zugleich das Princip ihrer Macht) auf ihre Fahne schrieb, entschlossen, wie es schien, den im Haschen nach populären Institutionen ausgebrochenen Weltbrand zu löschen und nöthigenfalls den letzten Thaler und die letzte Karte auszuspielen. Wie tobte der Thatensturm, wie sproßte die Männersaat auf dem blutgedüngten Boden der Revolution! Wo war ein Winkel der Erde der nicht vom Schlachtengeräusch erdröhnte, wo nicht die brittische Orlogsflagge trotzig über die Meere wehte? Dieß war der Moment in welchem Posselt sein Programm zur Allg. Zeitung entwarf..."

abseits den Concentrationspunkten der Parteien liegen, wenn es auch natürlich und löblich ist daß jede Partei ihr eigenes Organ sich schaffe, das mit ihr steht und fällt.

Die Regierungen und die Völker aber haben beide das gleiche Bedürfniß auf eine freimüthige gemäßigte Presse zu hören; dürfen sie doch nur auf die jüngste Blumfeier deutscher Flüchtlinge in Zürich blicken, um sich zu überzeugen wie unter ihren Füßen der alte Maulwurf der Revolution seine Thätigkeit fortsetzt und so lange fortsetzen wird bis eine verständige Constituirung Deutschlands gewährt ist. Der „rothen Republik“ und dem „Atheismus“ galten die wahnsinnigen Toaste die mit Jubelruf aufgenommen wurden! Die flüchtigen Führer — die Struve, Heinzen, Fröbel — und ihre zurückgelassenen Adjutanten thun das ihrige daß dieser Same des Unheils nicht ausgehe. Von dem Kampf in Baden haben jene Führer sich so gut als Vogt, und andern fern gehalten, aber sie sorgen dafür daß einem neuen Kampfe neue Opfer nicht fehlen. Die Blumfeiern*) allenthalben in deutschen Landen (selbst in der Mitte der Weimar'schen Stände!) scheinen ihnen ebenso viele aus dem Boden schlagende Flammenzeichen des wieder nahenden Aufstands, bei denen sie die doch erst gestern gemachte Erfahrung vergessen daß die Revolution zunächst ihre eigenen Kinder frißt!

Die österreichische Zollreform.

§ **Wien**, 18 Nov. Was ich Ihnen gestern in Betreff der österreichischen Zollreform angedeutet habe, wird bereits durch einen Artikel der heutigen Wiener Zeitung bestätigt. Vor allem wird darin dem Gerücht widersprochen als beabsichtige die Zollcommission eine Revision des Tarifs im fiscalischen Sinn vorzunehmen, es wird vielmehr ausdrücklich erklärt daß der dießfällige Entwurf durchgehends auf der gleichen Grundlage zu welcher sich alle gewerblichen Stimmen bekannt haben, nämlich auf der des ausgiebigen Schutzes der inländischen Arbeit und mit „Festhaltung eines hohen Schutzzollsystems“ beruhen soll. Zugleich wird erklärt daß es nie in der Absicht des Ministeriums gelegen hat durch die Zollcommission etwas anderes als bloß einen Tarifentwurf aufstellen zu lassen. Wenn dieser Entwurf ganz oder in einzelnen Abschnitten vollendet seyn wird, dann erst wird die Commission über die weitern Maßregeln berathen. Endlich spricht sich der Artikel ausdrücklich dahin aus daß es jedenfalls die Absicht des Ministeriums ist „sowohl den Tarifentwurf als auch die Motive der beantragten Zollansätze und der ganzen Eintheilung und Gruppirung der allseitigsten öffentlichen Besprechung anheimzugeben.“ Man muß gestehen daß das Ministerium in der Entscheidung dieser hochwichtigen und so viele Einzelinteressen berührenden Frage nicht umsichtiger, rücksichtsvoller und loyaler zu Werke gehen kann.

Die Arbeitseinstellung in Gent.

* **Gent**, 16 Nov. Seit dem 5 d. stehen die meisten unsrer Baumwollenfabriken still, nur drei arbeiten noch vollständig, und in einigen andern die Spinner; in allen übrigen ist die Arbeit eingestellt weil die Weber, und in Folge derselben zum Theil auch die Spinner, ihre Arbeit verlassen haben. Noch ist keine Aussicht auf Beilegung des Streits vorhanden, obgleich es kaum einem Zweifel unterliegt daß die Arbeiter sich werden fügen müssen. Sie haben allerdings in einigen ihrer Forderungen Recht, in den meisten aber durchaus Unrecht, und daß sie dieses nicht einsehen und zum Theil nicht einsehen wollen, daran sind in der That einige Unruhestifter schuld, als welche man einige Geistliche bezeichnet, was durch den Umstand eine Bekräftigung erhält daß die größtentheils unter geistlichem Einfluß stehende flämische Presse so gut wie nichts für die Beruhigung thut, während die französisch geschriebenen Blätter natürlich nicht bis zu den Arbeitern dringen. Daß Aufreizungen stattfinden leidet keinen Zweifel, denn es werden Versammlungen unter den Arbeitern gehalten zu welchen nur die Eingeweihten, die mit Karten versehen sind, zugelassen werden, und es verlautet sogar daß in diesen Versammlungen das Bier gratis vertheilt wird. Indeß würde man sich sehr irren wenn man in diesen Aufreizungen den wahren Grund der bereits fast 14 Tage dauernden Unruhen sehen wollte. Die Gründe liegen tiefer und hängen mit den allgemeinen Handelsverhältnissen Belgiens zusammen. Der Streitpunkt worin die Arbeiter Recht haben besteht darin daß die Fabricanten einzelne Arten von Stücken willkürlich vergrößert, aber darum keinen höhern Lohn bezahlt haben; die Arbeiter verlangen daß die Stücke ein bestimmtes Maß haben und das was darüber ist besonders bezahlt werde. Diese Forderung ist mehr als billig, sie ist gerecht. Mit den zwei andern steht es viel zweifelhafter aus; die Arbeiter verlangen des Tags eine Stunde — sie arbeiten 13 Stunden lang — weniger zu arbeiten, darauf wollen die Fabricanten eingehen wenn die Arbeiter dagegen Montag den ganzen Nachmittag arbeiten, und nicht wie jetzt gewöhnlich um 3 Uhr aufhören. In einigen Fabriken wird auch Sonntags etliche Stunden gearbeitet, und dieß will die Geistlichkeit abgeschafft wissen, was freilich auch eine billige Forderung ist. Den dritten Hauptpunkt, den Lohn für ein Stück Zeug um 1 Frank zu erhöhen, können die Fabricanten, wie jetzt die Sachen stehen, nicht bewilligen. Allerdings ist der Lohn gering; die Arbeiter verdienen nur 8 bis 11 Francs in der Woche, aber der Fabricant ist auch nicht zu beneiden. In Belgien herrscht die Verzollung nach dem Gewicht, und dadurch sind die groben Sorten hinlänglich und selbst überflüssig geschützt, aber die feinern so gut wie gar nicht; indeß gibt es eine Mittelclasse (Calicot 2400) deren Verbrauch um so bedeutender ist als sie namentlich nach den Druckereien abgesetzt wird. Die Einführung dieser Stoffe fürchten die Fabricanten am meisten; zwischen dem Preis der englischen gleichartigen Zeuge mit Zuschlag des Zolls und der belgischen ohne diesen ist nur eine Differenz von 4 Centimes auf die Elle, und wenn die Forderung der Arbeiter um Erhöhung des Lohns zugestanden wird, so geht dieser Vortheil fast gänzlich verloren, und beim geringsten ungünstigen Zufall arbeitet der Fabricant mit Verlust. Es ergibt sich auch hieraus die Nothwendigkeit für Baumwollen- und wohl auch für Wollenwaaren einen ad valorem Zoll einzuführen, einestheils um den Fabricanten den innern Markt mit Baumwollenwaaren zu sichern, anderntheils um sie in den Stand zu setzen nach und nach ihre Fabrication so zu vervollkommnen daß sie auch in den höhern Nummern mit den Engländern preishalten können, wie dieß mit den geringern schon größtentheils der Fall ist. Leider bietet das Ministerium wenig Aussicht auf eine solche gründliche Umgestaltung des Tarifs dar, denn das Haupt des Ministeriums hat seine gründliche Unwissenheit in industriellen Dingen schon lange auf eine Art dargethan daß man ihn mannichfach mit Spott überschüttet. Man hat im Jahr 1847 eine Gesellschaft zur Ausfuhr belgischer Industrie-Erzeugnisse unter den Auspicien des Staats gründen wollen, eine bei einem zur See so unmächtigen Lande wie Belgien unerläßliche Sache, aber noch ist davon nichts zu Tage gekommen, und das Project schläft noch im Portefeuille des Handelsministers. Für Gent ist ein solches Unternehmen von doppelter Bedeutung, denn die Baumwollenindustrie, deren Haupt Gent ist, gewann ihren sichern Boden und ihre große Ausdehnung unter der holländischen Regierung, welche ihr die Häfen von Java fast ausschließlich öffnete. Daher die lange Zeit so mächtige Orangistenpartei in dieser Stadt. Seit der belgischen Revolution ist dieser Absatzweg ungemein vermindert, und man mußte, abgesehen von dem Absatz im eigenen Lande, andere Absatzquellen aufsuchen. Das konnte nur mit Unterstützung der Regierung und namentlich durch eine Vereinigung von Mitteln geschehen, was mit jenem Project einer Ausfuhrgesellschaft beabsichtigt wurde. Aber jenes Project ist, wie schon bemerkt, immer noch vergraben, und die Forderung der Einführung eines ad valorem Zolls gleichfalls ein frommer Wunsch geblieben. Beides ist aber für Gent um so dringender, als sich im Innern des Landes eine mächtige Concurrenz erhoben hat, in den wallonischen Provinzen. Noch vor wenigen Jahren konnte die wallonische Baumwollenindustrie sich mit der flämischen nicht messen, ihr Twist hielt wegen der Mangelhaftigkeit der Maschinerie keinen Vergleich mit der flämischen aus; das hat sich aber in den letzten Jahren sehr geändert, die meisten Spinnereien wurden ganz neu eingerichtet, und jetzt concurriren sie um so glücklicher mit Gent, als der Taglohn bedeutend niedriger, die Lebensmittel wohlfeiler, die Arbeiter mäßiger sind als die flämischen. Diese Umstände miteinander machen es dem Fabricanten unmöglich auf die Hauptforderung der Arbeiter einzugehen. Seltsamerweise, und gewiß nicht unter den hiesigen Arbeitern selbst entstanden, ist auch die Forderung gestellt worden einen Antheil am Gewinn zu erhalten, und die Forderung eines höhern Arbeitslohns stützt sich großentheils auf das Steigen der Baumwollenwaaren; daß aber seit Anfang dieses Jahres die Rohstoffe um 50 bis 60 Procent gestiegen sind, wird dabei nicht in Anschlag gebracht.

Athen.

Dampfschifffahrt für den innern Verkehr. Entwaffnung der Flüchtlinge in Patras. Antwort auf die englischen Anklagen. Die Blokade von Samos.

*† **Athen**, 6 Nov. Die Schließung der Sitzungen in Kammer und Senat, welche, wie ich in meinem letzten Schreiben berichtete, wirk-

*) Wir verweisen auf den eben erschienenen dritten Band von Laube's „Das erste deutsche Parlament“, worin sich Angaben genug finden um die Vorstellungen über Blums Leben und Ende auf ihr wahres Maß zurückzuführen. Selbst Schuselka gibt im zweiten Bande seiner „Deutschen Fahrten“ zu daß Blum in Frankfurt die Bedeutung, in Wien alles Gleichgewicht verloren hatte.

lich am 30 October stattfand, geschah durch die Verlesung der bezüglichen Ordonnanzen von Seite des Ministerpräsidenten, Hrn. Marineministers Kanaris, im Senat, und in der Kammer durch den Minister des Innern, Hrn. Christenitis. In einer der letzten Kammersitzungen kam ein Gesetzentwurf vor über die Anschaffung von fünf Dampfschiffen, bestimmt zum Verkehr zwischen den verschiedenen Provinzen und Inseln des Königreichs. Die unabweisbare Nothwendigkeit dieser Maßregel war seit lange drückend fühlbar. Dem griechischen Generalconsul in Aegypten, Hrn. Tositzas, der sich seit einiger Zeit in Athen befindet, gebührt das Lob die Verwirklichung dieses Wunsches in Aussicht gestellt zu haben. Mit dieser Schifffahrt in Verbindung steht der Vorschlag der Schiffbarmachung des Euripus, der noch immer in seinem engen Betten, überbrückt mit venezianischen Mauern, zwischen Euböa und Festgriechenland hin und her wogt. Hr. Tositzas und der Director der griechischen Nationalbank, Hr. Stavros, sollen ermächtigt seyn Actienzeichnungen für dieses Unternehmen zu beginnen. Die Zahl der Actien ist einstweilen auf 500 bestimmt, je zu 400 Drachmen. Wenn diese Zahl voll ist, soll eine Generalversammlung der Actionnäre stattfinden, deren weiterer Beschluß der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Um das Publicum zur Theilnahme an diesem für das Land unendlich nützlichen und, wie nicht zu zweifeln, höchst vortheilhaften Unternehmen einzuladen, wurde von Tositzas und Stavros eine Proclamation erlassen. Tositzas hat sogleich 150 Actien unterzeichnet, und aus allen Gegenden, vorzüglich aber denjenigen die dadurch direct zu gewinnen hoffen, sind beträchtliche Unterzeichnungen geschehen.

In Patras hat endlich die Ortspolizei die italienischen Flüchtlinge entwaffnet, und dieß auf Befehl der Regierung, nachdem schon Tausende von Schießgewehren verkauft waren. Die Zolleinkünfte der in Patras, die im Jahr 1847 32,000 Drachmen, im Jahr 1848 nur 13,000 Drachmen betrugen, ergeben für die ersten drei Trimester dieses Jahres 55,000 Drachmen.

Die griechische Regierung übergab vor mehreren Tagen dem hiesigen englischen Gesandten, Hrn. Wyse, eine Note worin sie sich gegen die von dem Lord-Obercommissär der jonischen Inseln ausgesprochenen Anklagen vertheidigt, dieselben in einer gemessenen ruhigen Sprache abweist. Das Document ist nirgends noch im Druck erschienen. — Samos, das vielbedrängte Samos, befindet sich im Belagerungszustand. Die Pforte gab den fremden Einwohnern von Samos und den im Hafen liegenden Schiffen 15 Tage Zeit um sich zu entfernen; nach diesem Zeitraum ist jede Communication aufgehoben. Abgeordnete der Insel Samos die bei dem Großwessier Gnade für ihre Insel erflehen wollten, wurden recht freundlich mit dem Bedeuten fortgeschickt daß sie sich nach Hause begeben und die unbedingte Unterwerfung unter die Gnade der Pforte veranlassen sollen. Wie lange wird der Mohammedanismus, unterstützt von den scheinheiligen Puritanern, noch das Christenthum martern dürfen?

China.

* Wir erhalten mit einer neuen Ueberlandpost ein anglochinesisches Blatt, d. d. Victoria (Hongkong) 28 September; indische Zeitungen fehlen uns wieder.*) Die chinesische Antwort auf die Remonstration der Portugiesen wegen Ermordung des Statthalters von Macao war von Canton eingetroffen, und zeichnete sich durch kaltblütige Insolenz aus. Die Behörde läugnet jede Mitwissenschaft um jenen Mord, und verlangt Auslieferung dreier von den Portugiesen gefangenen chinesischen Soldaten, sowie Herausgabe des von ihnen eroberten Forts; dann sollten sie den Kopf und die Hand do Amarals zurückerhalten. Es hieß die Mörder seyen reich belohnt und befördert worden. Die chinesischen und hinterindischen Gewässer schwärmten von Piraten.

*) Wir ersuchen unsere HH. Correspondenten in Alexandrien wiederholt und dringend uns Bombayer Blätter regelmäßig zuzusenden.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Preußen. Se. Maj. der König haben die nachbenannten Orden allergnädigst verliehen. I. Den Militär-Verdienst-Orden: dem Gen. Major Brunsig Edler v. Brun. II. Den Rothen Adler-Orden 2ter Cl. mit dem Stern, Eichenlaub und Schwertern: dem Gen. Major v. Schack. III. Den Rothen Adler-Orden 2ter Cl. mit Eichenlaub und Schwertern: den Gen. Majoren v. Cölln, v. Riesewand, v. Webern, v. Münchow; den Obersten: Graf v. Schlieffen; v. Scheel, Inspecteur der 3ten Pionier-Inspection; v. Brandenstein, Commandeur des 38sten Inf. Regts. (6. Res. Regts.), dem Oberstlt. Graf v. Pückler, aggr. dem 3ten Bat. (Havelberg) 24sten Ldw. Regts. IV. Den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife und mit Schwertern: den Obersten v. Kusserow, Comdr. des 26sten Inf. Regts., und v. Brauchitsch, Comdr. des 31. Inf. Regts.; den Oberstlieutenants: Heuseler, Comdr. des 24sten Inf. Regts.; v. Horn, Comdr. des 25sten Inf. Regts., und Schmidt im 20sten Inf. Regt.; den Majoren: v. Roon vom Generalstab, v. Thiesenhausen, Comdr. des 3ten Bats. (Düsseldorf) 4ten Garde-Ldw. Regts., Künzel, Comdr. des 9ten Huf. Regts., v. Mutius, Comdr. des 8ten Uhl. Regts., v. Scholten von der 8ten Art. Brig.; den Hauptleuten: Frhrn. v. Bergh von der Adjutantur, Malotki v. Trzebiatowski vom 24 Inf. Reg.; dem Pr. Lt. Kellermeister v. d. Lund vom 25sten Inf. Regt. V. Den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife: dem General-Arzt Dr. Richter vom 8ten Armee-Corps. VI. Den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. mit Schwertern. Vom Kriegs-Ministerium: dem Major Quednow. Vom Generalstab: den Majoren: v. Alvensleben, v. Tümpling, v. Borcke, Erich; den Hauptleuten: v. Clausewitz, v. Göben, v. Hanneken, Hartmann, Müller. Von der Adjutantur: dem Rittmeister Grafen v. d. Goltz, aggr. dem Garde-Kür. Reg.; dem Hauptmann Jacobi; den Rittmeistern Frhrn. v. Knobelsdorff und v. Borstell. Vom 17ten Inf. Reg.: dem Oberstlt. v. Rolte, Comdr. des Regts.; den Majoren v. Kleist und Marschall v. Sulicki; den Hauptleuten: v. Montowt, v. Engelbrecht, v. Ziegler, v. Großkreutz und Wittich; den Sec. Lieutenants v. Frankenberg-Ludwigsdorff und v. Garrelts. Vom 24sten Inf. Reg.: den Majoren v. Selasinsky und v. Brause; dem Hauptm. v. Großmann, dem Pr. Lieut. v. Zychlinski, dem Sec. Lieut. v. Klitzing I. Vom 25sten Inf Reg.: dem Major v. Seydewitz, dem Hauptm. v. Wegerer, dem Sec. Lieut. v. Wegerer. Vom 26sten Inf. Reg.: dem Major Scherbening, den Hauptleuten v. Obernitz und v. Erdmannsdorff, den Sec. Lieutenants v. Rothmaler und v. Gilsa II. Vom 27sten Inf. Reg.: dem Major v. Bialcke, dem Hauptm. Frhrn. v. Houvé, dem Sec. Lieut. Junk. Vom 28sten Inf. Reg.: dem Major v. Bessel, Comdr. des Regts; den Hauptleuten Struth und v. Flotow, dem Pr. Lieut. v. Münchhausen, dem Sec. Lieut. Zwenger I. Vom 29sten Inf. Reg.: dem Major v. Wangenheim, dem Hauptm. v. Wyszecki, den Sec. Lieutenants Gebauer I. und Panten II. Vom 30sten Inf.-Reg.: dem Major v. Frobel, dem Hauptm. Ollech, den Sec. Lieutenants Dürre, v. Bode und Kalau vom Hofe. Vom 20sten Inf. Reg.: dem Hauptm. v. Gädeke, den Sec. Lieutenants v. Wietersheim, Holder-Egger und v. Lepell. Vom 31. Inf. Reg.: dem Hauptm. v. Gotsch, den Sec. Lieuts. v. Helden-Sarnowski und Erler v. Braun. Vom 38sten Inf. Reg. (6ten Res. Reg.): dem Major v. Stößel, dem Pr. Lt. v. Knobelsdorff, dem Sec. Lt. Frhr. v. Dalwig. Vom 2ten Garde-Ldw. Reg. 1stes Bat. (Berlin): dem Major Frhrn. v. Schleinitz, dem Pr. Lt. v. Bülow, commandirt vom 1sten Garde-Reg. zu Fuß, dem Sec. Lt. v. Schlegell, command. vom Garde-Res. Inf. (Ldw.) Reg. 2tes Bat. (Magdeburg): dem Major v. d. Mülbe, den Sec. Lts. v. Loos II., command. vom 2ten Garde-Reg. zu Fuß, v. Plehwe, command. vom 1sten Garde-Reg. zu Fuß. Vom 4ten Garde-Ldw. Reg. 2tes Bat. (Koblenz): den Pr. Lts. Frhr. v. d. Goltz, command. vom Kaiser Alexander-Grenadier-Reg., v. Schimmelmann, command. vom 1sten Garde-Reg. zu Fuß. 3tes Bat. (Düsseldorf): dem Pr. Lt. Frhrn. v. Gaudy, command. vom Kaiser Franz-Grenadier-Reg.; dem Sec. Lt. v. Helldorff II., command. vom Garde-Res. Inf. (Ldw.) Reg. Vom 13ten Ldw. Reg. 3tes Bat (Warendorf): dem Major Kayser, dem Pr. Lt. v. Borries, command. vom 13ten Inf. Reg., dem Sec. Lt. Kriege. Vom 16ten Ldw. Reg. 2tes Bat. (Iserlohn): dem Major v. Bornstedt, dem Hauptm. v. Steinwehr, command. vom 17ten Inf Reg., den Pr. Lts. v. Reichenbach, command. vom 16ten Inf. Reg., und Kamp, dem Sec. Lt. Seeliger. Vom 27sten Ldw. Reg. 1stes Bat. (Halberstadt): dem Major v. Rohrscheidt, dem Hauptm. Klein, dem Pr. Lt. v. Westernhagen, command. vom 27sten Inf. Reg. 3tes Bat. (Aschersleben): dem Major v. Ciesielski, dem Pr. Lt. v. Reindorff, command. vom 27sten Inf. Reg. Vom 31sten Ldw. Reg. 2tes Bat. (Mühlhausen): dem Major v. Welpien, dem Pr. Lt. Groß, command. vom 31sten Inf. Reg., den Sec. Lts. v. Schlegell und v. Gilsa I., command. vom 31sten Inf. Reg. 3tes Bat. (Sangerhausen): dem Major May, den Pr. Lts. v. Henning auf Schönhoff, command. vom 31sten Inf. Reg. und Lahrbusch. Vom 5ten Jäger-Bat.: den Hauptleuten v. Werder und v. Oppell. Vom 8ten Jäger-Bat.: den Hauptleuten v. Gilsa und v. Platen, den Sec. Lts. Müller und v. Hülst. Vom Reg. Garde du Corps: dem Sec. Lt. Prinzen v. Croy. Vom 1sten Garde-Uhl. (Ldw.) Reg.: dem aggr. Major Frhrn. Hiller v. Gärtringen. Vom 9ten Huf. Reg.: dem Rittmeister v. Machowsky, den Sec. Lts. v. Helmreich und Krug v. Nidda. Vom 4ten Uhl. Reg.: dem Pr. Lt. Frhrn. v. Barnekow. Vom 7ten Uhl. Reg.: dem Pr. Lt. v. Hontheim, dem Sec. Lt. v. Boddien. Vom 8ten Uhl. Reg.: dem Rittm. Graf zu Solms-Laubach, den Sec. Lts. v. Bode, Stößel v. d. Heyde und Frhrn. v. Schorlemer. Vom 8ten Kür. Reg.: dem Pr. Lt Krug v. Nidda, dem Major zur Disp. v. Stechow. Von der Artillerie: den Hauptleuten am Ende von der 8ten Art. Brig., Lengsfeld

von der 8ten Art. Brig., v. Bock u. Polach, Art. Officier des Platzes Koblenz, und Ritter von der 7ten Art. Brig., den Prem. Lts. v. Petti von der 4ten Art. Brig., und Döring, von der 8ten Art. Brig., den Sec. Lts. v. Decker von der 7ten Art. Brig., und Caspari von der 8ten Art. Brig. Von der 7ten Pionier-Abth.: dem Hauptm. Fischer, den Majoren und Flügel-Adjutanten Frhrn. Hiller v. Gärtringen und v. Boddien. VII. Den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.: dem Intendantur-Rath Pauli, den Intendantur-Assessoren Köllner, Fabricz und Henry, den Proviantmeistern Lohmeier und Neumeister, dem Reg. Arzt Dr. Hedinger vom 17ten Inf. Reg., den Assistenzärzten Homann vom 30sten Inf. Reg., und Dr. Schwarz vom 24sten Inf. Reg., dem Reg. Arzt Dr. Wagner vom 26sten Inf. Reg., den Bats. Aerzten Dr. Wesch vom 3ten Bat. (Warendorf) 13ten Ldw. Regts., und Dr. Schulze vom 2ten Bat. (Magdeburg) 2ten Garde-Ldw. Reg., dem Reg. Arzt Dr. Leinveber vom 31sten Inf. Reg., dem Bats. Arzt Dr. Hammer vom 3ten Bat. (Aschersleben) 27sten Ldw. Regts., dem Ass. Arzt Dr. Haun vom 3ten Bat. (Sangerhausen) 31sten Ldw. Regts.

Wissenschaft und Kunst. K. **Sachsen.** Der außerordentliche Professor an der Universität Leipzig, M. R. Klotz, ist zum ordentlichen Professor der altclassischen Philologie an gedachter Universität ernannt, auch den Professoren M. Westermann und M. Klotz die Leitung des philologischen Seminars übertragen worden.

[3287—89] **Amortisations-Edict.**

Der Fundationsbrief des Gräflich von Hörwart'schen Beneficiums über ein Zins-Zahlamtscapital (Kataster Nr. 1914.) pr. 5000 fl. à 4 Procent, Zinszeit 12. August, für das Gräfl. von Hörwart'sche Beneficium im nunmehrigen Freiherrlich von Lerchenfeld'schen Hause in München, ist zu Verlust gegangen.

Da der dermalige Besitzer dieses Beneficiums, Herr Dr. Alois Maurus Harter, frei resignirter Universitäts-Bibliothekar, um die Amortisation der berührten Urkunde nachgesucht hat, so wird der unbekannte Inhaber derselben zu deren Production oder Geltendmachung seiner Ansprüche

binnen einer Frist von sechs Monaten

aufgefordert, widrigenfalls genannte Urkunde für kraftlos erklärt werden würde.

Beschlossen am 7. Septbr. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der kgl. Director.

Stevrer.

[4177] **Bekanntmachung.**

Konrad Faller, ledig von hier, dessen gegenwärtiger Aufenthalt aber unbekannt ist, wurde von dem Oekonomen Franz Schell, gleichfalls von hier, wegen der vom 1. April bis letzten September l. Js. verfallenen 4% Zinsen eines hypothekarisch versicherten Capitalsrestes, zu 3500 fl. verzinslich, verklagt, auch wurde ihm dieser Capitalsrest selbst von Franz Schell gekündet. Konrad Faller wird hiemit von dieser Kündung zur Darnachachtung in Kenntniß gesetzt und bezüglich der eingeklagten Zinsen beauftragt, dieselben binnen 8 Tagen an den Kläger zu berichtigen. Zugleich wird ihm bemerkt daß man künftige Verfügungen in dieser Sache durch den Anschlag an die Gerichtstafel für insinuirt erachten werde.

Würzburg, am 6. November 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Seuffert.

(4158) Von dem Verfasser

Wilhelm Gärtner,

Operar und Feiertagsprediger an der k. k. Wiener-Universitätskirche,

sind 1849 im Verlage der Unterzeichneten folgende Werke erschienen und von ihnen versendet worden:

Katholisches Kirchenthum, behandelt in zwanzig **Kanzelreden** mit besonderer kritischer Wahrnehmung des sogenannten Deutsch-Katholicismus; nebst einem Anhange: **Fresken aus** dem Kreuzgange. gr. 8. S. 315. Eleg. geheftet. Motto: „Non favore, sed labore." Preis 1 Thlr. 24 Ngr.

Mac Lalor, oder: **Muß es eine Kirche geben? und welche?** in wissenschaftlicher und freier Behandlung beantwortet. Zwei Bände. 8. Eleg. geheftet. Motto: „Ich habe dem katholischen Glauben hiermit wissenschaftliche Rechnung — durch die Philosophie, Geschichte und Urgeschichte und Naturwissenschaft hiedurch — gelegt." Zweite Auflage. Preis 1 Thlr.

Andreas Hofer, Trauerspiel (ausgezeichnet mit der großen goldenen Gelehrten-Medaille). Mit 1 Stahlstich. 12. Eleg. geheftet. Zweite Auflage. Preis 20 Ngr.

Simson, Tragödie. Gewidmet dem **Deutschen Volke.** Mit Prolog und dem Porträt des Verfassers. 8. Eleg. geheftet. Motto: „Wenn ich einst Asche seyn werde, wird dieses Buch noch Zeugniß geben daß in dieser Asche Gluth war." Preis 1 Thlr.

Carl Gerold & Sohn,

Wien, Stephansplatz, Eck der Goldschmiedgasse.

(4248) **Liebliche Kinderschrift.**

In den Buchhandlungen des Königreichs **Bayern** ist so eben eingetroffen und zu haben:

J. A. C. Löhr,

kleine Plaudereien für Kinder

welche sich im Lesen üben wollen.

Wieder herausgegeben von Dr. **A. F. C. Vilmar.**

(Verfasser der deutschen Literaturgeschichte).

Fein gebunden. Ausgabe in drei Bändchen und Ausgabe in einem Bande.

Preis 1 Thlr. 20 Sgr. oder 3 fl.

(**Verlag von Elwert in Marburg.**)

Kein Schriftsteller hat wie **Löhr** es vermocht sich in den Sinn und das Herz der Kinder zu versenken, kein anderer so wie er den Kleinen ihre geheimsten Regungen und Empfindungen abzugewinnen: keiner war einfach, wahr, treu und fromm unter den Kindern, wie **Andreas Löhr.** Es sind Geschichten, nicht gemacht sondern erlebt, Geschichten nicht des äußerlichen kindischen Kinderlebens, sondern Geschichten der kindlichen Seele, einfach und scheinbar unbedeutend, aber voll Reichthums der innern Erfahrung, von oft bewundernswerther Tiefe und darum stets von neuem anziehend und reizend. Weder der Scherz, die Lust, die Freude, noch die Wehmuth und der Schmerz ist in die Kinder aus der Seele der Erwachsenen hineingetragen und ihnen angedichtet: es ist die Lust und der Schmerz in dem das kleine Herz wirklich zittert. Es liegt ein Friede über allen diesen Erzählungen ausgebreitet, den man mit seiner wohlthuenden Wärme, mit seinem milden Schimmer, mit seinem stillen Glanze wohl einen seligen Frieden nennen kann. Und auch dieser Friede ist das wirkliche Erlebniß einer wahrhaften, einer kindlichen Kindheit. Wer aber einen Strahl dieses Friedens mit seiner Seele auffangen kann, dem wird er seine Jugend, ja sein Mannesalter erleuchten und noch in späten Jahren wird er gerne zurückkehren zu diesen Kleinkindergeschichten, zu der Friedensquelle seiner Kindheit, seines Lebens.

[4173] Bei **Christian Kaiser** in **München** ist erschienen:

Aristoteles über die Farben, erläutert durch eine Uebersicht der Farbenlehre der Alten, von Dr. **Karl Prantl,** Professor an der Universität und Mitglied der Academie zu München. gr. 8. 13 Bogen. Broch. 1 fl. 36 kr. od. 1 Thlr.

Die Bedeutung der Logik für den jetzigen Standpunkt der Philosophie von Dr. Karl Prantl, gr. 8. 10 Bogen. Brosch. 1 fl. 12 kr. od. 21 Ngr.

[4207] **Neuestes Lehrbuch der Chemie.**

Im Verlage der Unterzeichneten ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Lehrbuch der Chemie

für Universitäten, Gymnasien, Real- und Gewerb-Schulen, sowie für den Selbstunterricht von

M. V. Regnault,

Mitglied der Academie der Wissenschaften.

Uebersetzt von Dr. Boedeker.

Lieferung 1—10. 8. geh. Jede Lieferung 12 Sgr.

Lief. 1—5. I Abtheilung. Metalloide. Mit 280 in den Text eingedruckten Holzschnitten der Pariser Originalausgabe 2 Rthlr.

Lief. 6—10. II Abtheil. Metalle. Mit 139 in den Text eingedr. Holzschnitten 2 Rthlr.

Nach dem Urtheil namhafter Männer von Fach wird dieß Werk nicht bloß dem schon weiter vorgerückten Studirenden, der durch Selbststudium tiefer in die Wissenschaft eindringen will, sondern überhaupt jedem Chemiker, namentlich jedem Lehrer der Chemie und auch dem Gewerbetreibenden schon durch die vortrefflichen Abbildungen einer großen Anzahl von Apparaten, durch die klare Darstellung der physikalischen und krystallogr. Verhältnisse etc. von Interesse und Nutzen seyn. Es ist das neueste chemische Werk, und hat daher jedenfalls den Vorzug, jetzt das vollständigste und dem jetzigen Standpunkt der Wissenschaft entsprechendste zu seyn, wie auch der Name des berühmten Verfassers Bürgschaft für den Werth des Werkes überhaupt bietet.

Duncker und Humblot in Berlin.

[4094] Im Verlag von Emil Baensch in Magdeburg erschien soeben vollständig der

Dritte Band der Zeitschrift

des

Deutschen Chirurgen-Vereins

für

Medicin, Chirurgie und Geburtshülfe,

unter Mitwirkung der Vereinsmitglieder

herausgegeben von

Dr. med. **A. W. Varges.**

635 Seiten gr. 8. Eleg. gedruckt. brosch. Preis 2 Thlr.

☞ Diese „Medicinische Zeitschrift" hat ihren dritten Band vollendet. Sie erscheint jährlich in 6 Heften, welche einen Band (zu dem Preise von 2 Thlr.) bilden. — Sie enthält eine Fülle der gediegensten Arbeiten sämmtlich der Praxis abstrahirt, aus dem grossen Kreise der Vereinsgenossen und der Ehrenmitglieder, und bildet somit ein unentbehrliches Archiv für jeden Mediciner. — Der Druck des vierten Bandes, erstes Heft, hat begonnen, und mache ich das gesammte ärztliche Publicum nochmals auf diese treffliche Zeitschrift aufmerksam.

(Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.)

(3961) Aus dem Verlage von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu haben:

AD. STIELERS Deutschland, Niederlande, Belgien und Schweiz, in XXV illum. Blättern, Massstab 1/[illegible] (circa 5 Meilen auf 2 Zoll). Neueste Ausgabe 1848. Preis 4½ Thlr.

---

[320] In Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Geist des Menschen in der Natur,

oder

die Psychologie in Uebereinstimmung mit der Naturkunde.

Von Dr. **Joseph Ennemoser.**

Mit einer schematischen Abbildung.

Gr. 8. brosch. Preis 6 fl. oder 3 Rthlr. 15 Ngr.

Wir besitzen kein Werk welches das gesammte Leben der Natur und des Geistes in einer solchen systematischen Vollständigkeit darstellt, und die gegenseitige Bestimmung und Wechselwirkung beider vom Allgemeinen bis in das Specielle bündiger durchführte. Gott mit seinen Eigenschaften, die Welt mit ihren Erscheinungen als ein Buch Gottes im Großen wie im Kleinen, und der Mensch als die edelste Lebensform, welcher Göttliches und Natürliches in sich schließt, werden nach allseitigen Rücksichten in nachfolgender Ordnung abgehandelt. Der erste Theil enthält eine naturkundige Darstellung des Weltalls im Großen, als das allgemeine Gestirnleben im Werden und Seyn, sodann die Darstellung der Erde und des Menschen als ein Universum im Kleinen. Die Erde als der räumliche Lebensboden wird nach ihrer urgesetzlichen Harmonie für die geistige Bestimmung des Menschen auf eine neue Weise in geographische Zonen, Regionen und Klimate eingetheilt; es wird das Leben der Pflanzen und insbesondere jenes der Thiere nach ganz neuen Gesichtspunkten dargestellt, und der Mensch schließt als letztes Glied in seiner charakteristischen Verschiedenheit den Ring der Erdwelt. — Der zweite Theil handelt von dem Geiste des Menschen überhaupt; in der allgemeinen Psychologie wird eine neue Eintheilung der Seelenkräfte aufgestellt, welche dann die specielle Psychologie mit steter Rücksicht auf das Natürliche nach ihrer verschiedenen Offenbarung ausführlich als ein Gemälde des Seelenlebens beschreibt. Endlich werden die Beziehungen in der Wechselwirkung zwischen Leib und Seele nach dem gegenwärtigen Standpunkte der Naturwissenschaft abgehandelt, den Schluß bildet eine Kritik der Phrenologie. In der schematischen Abbildung ist das ganze System in allen seinen Theilen und Gegensätzen zu einer leicht faßlichen Uebersicht versinnlicht.

Von demselben Verfasser ist früher bei uns erschienen:

Der Magnetismus

im Verhältnisse zur Natur und Religion.

Gr. 8. Preis 4 fl. od. 2 Rthlr. 14 Ngr.

Stuttgart und Tübingen. J. G. Cotta'scher Verlag.

[4225] Bei **Adolph Marcus** in **Bonn** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Populäre Briefe an eine gebildete Dame

über die

gesammten Gebiete der Naturwissenschaften

von **Gustav Bischof.**

Zweites Bändchen mit 6 Holzschnitten im Text.

Auch unter dem Titel: Unterhaltungen über Gegenstände aus dem Gebiete der Physik, Chemie und Geologie, in ihrer Anwendung auf das bürgerliche Leben in populärer Darstellung.

Preis 1 Thlr. 20 Sgr.

Diese Briefe behandeln den unendlich reichen Stoff in den Werken der Natur in einer ganz eigenthümlichen Weise. Aus dem großen Ganzen nahm der Verfasser Einzelnes und verfolgte es nach verschiedenen Richtungen mit stetem Hinblick auf das Walten einer unendlichen Weisheit in der ganzen Körperwelt. Jeder Brief ist ein in sich abgeschlossenes Gemälde, in welchem durch die Gruppirung der Hauptfiguren Partien sichtbar werden die dem Blicke bisher verborgen waren. — Der Recensent in den Blättern für literarische Unterhaltung (Nr. 98, 99 von 1849), welcher diese Briefe für geeignet hält das Verständniß von **Humboldt's Kosmos** bedeutend zu erweitern und Verbindungswege, Treppen und Stufen zu diesem einzig dastehenden Meisterwerke zu bilden, erkannte daß sie ihr Thema ebenso gründlich als leichtfaßlich verfolgen und dabei nie ermüdend lange stehen bleiben. Sie besitzen von Anfang bis ans Ende eine interessante Frische, wodurch sie sich viele Leser gewinnen und auf die Dauer erhalten werden.

[4246] (Zur Nachricht.) Im Verlage der Unterzeichneten ist erschienen und bereits an die Abnehmer versendet worden:

Conchylien-Cabinet von Martini und Chemnitz.

In Verbindung mit den DD. Philippi, Pfeiffer und Dunker

neu herausgegeben und vervollständigt

von Dr. **H. C. Küster.**

Lieferung 85. Preis einer Lieferung 2 Rthlr. sächs. oder 3 fl. 36 kr. rhn.

Dieselbe enthält: Helix von Dr. *Louis Pfeiffer.*

Die Lieferung 86, enthaltend Trochus und Schluss von Turbo von *Philippi*; wird zu Anfang des nächsten Monats ausgegeben.

Nürnberg, den 30. October 1849.

Bauer & Raspe.

(4241)

L'Italia del Popolo.

Periodico ogni 15 Giorni un fascicolo.

gr. 8. Losanna.

1stes Heft enthält: *Mazzini*, Gius., lettera ai Sgi. Tocqueville e Falloux; Pisacane, C., la guerra italiana; Lotta fra l'Ungheria e la dinastia Austriaca; della carta monetata emessa dai governi pontefìcio prov. e repubblicano. — *Saffi*, A., Mémoire presenté au Conseil d'Etat exposé des faits relatifs à la Mission de M. F. de Lesseps à Rome. Boni, F. de, Papato e Riforme; Mazzini, Gius., rifiuto dei prodotti Francesi. — Miscellanea.

2tes Heft enthält: *Mazzini*, Gius., dal Papa al Concilio; *Warè*, G. B., rimembranze dell'assedio di Venezia; *Pisacane*, C., sulla scienza della guerra; Boni, F. de, Studj sopra la Svizzera; *Saffi*, A., alcune considerazioni sui moti rivoluzionari in Italia. *Pisacane*, C., poche parole sulla relazione della Campagna del 1849 in Sicilia, pubblicate da S. T. ajutante di Campo. — *Bertoni*, G., la speranza dell' Italia. — *** Ungheria; *Montecchi*, M., il motu proprio di Pio IX. — Miscellanea. Documenti.

3tes Heft enthält: *Mazzini*, G., la santa aleanza dei Popoli; *Pisacane*, C., sulla scienza della guerra, continuazione e fine; *Mazzini*, G., due adunanze dell' Accademia dei Litografici; *Saffi*, A., delle popolazioni romane sotto il governo clericale; *Boni*, F. de, Studj sopra la Svizzera; *Warè*, G. B., sopra due note diplomatiche relative alla questione siciliana. *.... la Reazione e la Democrazia; *Mameli*, G., al popolo per la fuga del Papa. Miscellanea. Documenti.

Zu beziehen durch **G. Franz** in **München.**

[4242—44] Bei **Otto Wigand** in Leipzig und in allen Buchhandlungen Deutschlands ist zu haben:

☞ **Werk über Erziehung und Jugendbildung.**

Erfahrungen aus dem Frauenleben. Gedanken über weibliche Bestimmung und Bildung, über Mutterpflicht und Erziehung. In einer Sammlung von Briefen mitgetheilt und allen Frauen, Müttern und erwachsenen Töchtern zum Selbststudium übergeben von **Sophie von Scherer.** Graz 1848. 8. 3 Theile auf feinem Maschinenpapier im netten Umschlage broschirt. Preis 3 Thlr. sächs.

Das vorliegende Bildungswerk ist der **durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie** gewidmet; es enthält in seinem reichen Inhalte eine umfassende Darstellung des Gesammtgebietes der physischen, moralischen und intellectuellen Erziehung der Kinder — es beginnt mit den Rücksichten der Mutter vor der Geburt des Kindes und schließt mit dem Eintritte ins männliche Alter. Man wird in dieser Abtheilung in gedrängter Kürze die Ansichten und Grundsätze unserer berühmtesten Erzieher niedergelegt finden, mit welchen die eigenen Erfahrungen der Herausgeberin aus ihrem Mutterleben verwebt sind. — Gesunde und kranke Zustände, Speisen und Getränke, Gymnastik und Spiele, Belohnungen und Strafen sind gleich trefflich erörtert. — Nicht minder gelungen sind die Abschnitte über die Bildung der **Geistesanlagen** und die Erwerbung von Geschicklichkeiten. — Eine Glanzseite des Werkes bilden die besprochenen Gemüthszustände und Lebensverhältnisse. In dem Abschnitte über den Umgang mit Menschen und über die Pflichten einer Hausfrau und Mutter wird man die Verfasserin als feine Menschenbeobachterin schätzen lernen. Die Religion und ihre Priester ist eine Abhandlung, die von dem zarten Sinn der Frau von Sch. zeugt, delicate Gegenstände umsichtig darzustellen. Der Raum verbietet uns, selbst nur eine **gedrängte** Uebersicht des 31 Seiten starken Inhalts hier zu liefern. — Kurz, das obige Werk sollte in der Bibliothek keiner Frau und Mutter fehlen. Die Darstellung in der gewählten Briefform ist höchst gelungen zu nennen, und wir glauben alles zum Ruhm der Verfasserin gesagt zu haben wenn wir ihr in dieser Beziehung einen Ehrenplatz neben unserer gefeierten vaterländischen Dichterin **Karoline Pichler** anweisen. Die äußere Ausstattung ist glänzend und dem Inwerthe angemessen, und der Preis bei einer solchen Leistung und einem solchen Umfange von 72 Bogen (also 1152 Seiten) nur darum so billig gestellt, um das gediegene Werk in einen größern Kreis, selbst bei den Minderbemittelten, einzuführen.

(4250—52) **Von den in meinem Verlage erschienenen correcten und elegant ausgestatteten, daher sehr beliebten Taschen-Ausgaben englischer und französischer Classiker — 60 Bändchen — sind zu bedeutend ermäßigtem Preise sowohl die ganze Sammlung als Werke einzelner Classiker durch jede Buchhandlung zu beziehen, auch ist das Verzeichniß derselben gratis zu haben.**

Nürnberg, im November 1849.

Fr. Campe.

(4247) **Sigmaringen.**

Anzeige für Gewehrfabriken und Büchsenmacher.

Nach vielen Versuchen ist es mir gelungen eine Zündmasse für Zündnadelgewehre zusammenzusetzen, die der für die preußischen Zündnadelgewehre vollkommen gleich ist. Gewehrfabriken oder Büchsenmacher welche sich mit Fertigung von Zündnadelgewehren befassen wollen, würde ich gegen angemessenes Honorar mit der Bereitung dieser Masse sowohl als mit der Anfertigung der Patronen für die besagten Gewehre bekannt machen. Lustiragenden werde ich auf freie Briefe das nähere eröffnen.

G. Bröm.

[4254] Ein junger Mann, mit den besten Zeugnissen versehen, der schon sowohl für ein Luxus- als auch Materialwaaren-Geschäft en gros gereist ist, wünscht in Bälde als Reisender oder auch auf einem Comptoir placirt zu werden. Gefällige Offerte unter Chiffre I. A. Nr. 4254 bei der Expedition der Allgemeinen Zeitung.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe: für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Freitag — Nr. 327. — 23 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Deutsche Ztg. über die Hoffnungen der Gothaer Partei. Die an Hrn. v. Radowitz in Berlin geknüpften Erwartungen); München (die zweite Kammer noch immer am Jagdgesetz); Stuttgart (Post und Eisenbahn. Die Papiergeldfabrication aufgehalten Erklärung von 33 Mitgliedern der verfassungrevidirenden Versammlung); Mannheim (das Bataillon von Schleswig); Mößkirch (Archivraub); Darmstadt (der Eisenbahn- und der Görlitz'sche Proceß); Hamburg; Berlin (Usedom und Hansemann über das Dreikönigsbündniß. Neue Verhandlungen mit Dänemark. Die Verwaltung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn vom Staat übernommen); Breslau (die katholischen Vereine in Schlesien); Polnische Gränze (die Mädchenverschwörung in Kalisch. Die angebliche Steuerüberbürdung. Das Kirchdorfer Lager hergestellt. Der Erzbischof von Posen); Wien (des Kaisers Reise. Erzherzogin Sophie und Erzherzog Ludwig. Die Ordnung der Woiwodina. Des Kaisers Reise soll sich nach Dresden ausdehnen. Errichtung eines geologischen Instituts. Besteuerung des Zuckerfabricats. Die ungarische Leibgarde aufgelöst. Berichtigung in Betreff Lenau's und des Zeitungsstempels).

Spanien. Die diplomatische Verbindung mit England.

Großbritannien. Der Examiner über die Session. Die Times über die deutsche Publicistik. Schweden zeigt Reciprocität in freier Schifffahrt an. Cobden.

Frankreich. Verhandlungen über die Reform des Arbeitercoalitionsgesetzes. Bedenken über das Deportationsgesetz. General de la Hitte. Ernennung des Staatsgerichtshofs für 1850. P. Bonaparte. Veränderungen im diplomatischen Corps. A. Fould's Finanzmaßregeln.

Italien. Neapel (Recrutenaushebung); Turin (näheres über die Kammervertagung).

Schweiz. Genf (Nachträgliches über die Wahlen); Luzern (Terrorismus der liberalen Partei); Neuenburg (royalistische Demonstrationen).

Türkei. Die französische Flotte vor Smyrna. Friedliche Haltung des Journal de Constantinople. Brief aus Belgrad.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 19; Wien 20; Frankfurt 20; Augsburg 22 Nov.

Deutschland.

Die Deutsche Zeitung spricht sich, wie es scheint in einem von Staatsrath Mathy herrührenden Artikel, über die Stellung der Gothaer Partei aus. Da es in Form einer Antwort an die Allg. Zeitung geschieht, so halten wir uns verpflichtet die Entgegnung wiederzugeben: „Der Allg. Zeitung wird unterm 15 von hier berichtet: „„Die Gothaer Partei fängt an zu begreifen daß das Spiel verloren ist. Man sagt sie sey beschäftigt den Einsatz zurückzuziehen und stehe im Begriff über ihre Auflösung zu berathen.““ Wir bedauern diese Hoffnung eines Reichs-Thersites, der nächster Tage dem Interim weichen muß*), nicht bestätigen zu können. So angenehm ihm das Gefühl seyn mag Unglücksgefährten zu haben, so hat doch die Gothaer Partei keine Veranlassung die unfreiwillige Auflösung des sogenannten Reichsministeriums durch eine freiwillige Auflösung ihrerseits zu versüßen. Die Partei und ihre Sache wird sowohl die provisorische Centralgewalt wie das Interim überleben. Nach den Resultaten womit die Gegner der Einigung in München, Hannover und Dresden vor die Nation getreten sind, liegt für das Streben auf dem Weg des Bündnisses vom 26 Mai zu dem Bundesstaat vorzuschreiten, wahrlich kein Grund zur Entmuthigung vor. Im Gegentheil ist die Gothaer Partei den Gegnern für die in Denkschriften, Erklärungen und Kammervorträgen gelieferte Beweisführung daß sie Deutschland nichts, gar nichts zu bieten haben als Zerrissenheit und Untergang, vielen Dank schuldig; sie haben, besser als zu hoffen war, dargethan daß die Vorlage des Verfassungsentwurfs vom 28 Mai an einen möglichst bald zu berufenden Reichstag wirklich, wie der König von Sachsen erklärte, der einzige Weg zum Ziele ist. Daß Preußen daran festhalte, ist allerdings die Bedingung des Gelingens, ist aber auch, wie die Nachrichten aus Berlin bestätigen, durchaus nicht zu bezweifeln; Preußen darf, um seiner eigenen Stellung in Deutschland und in Europa willen, nicht wanken. Der Rabe aus Frankfurt in der Allg. Zeitung gibt sich als Eingeweihten in den Plan zu erkennen Preußen zu isoliren, ihm alle Stützen in Deutschland zu entziehen, in den Cabinetten, in den Kammern, in den Parteien, in der öffentlichen Meinung. Gelänge dieser Plan, so würde den Intriguen gegen Preußen bei den auswärtigen Cabinetten das Spiel bedeutend erleichtert, der Erfolg gesichert seyn. Es scheint daß man selbst die Gothaer Partei, die man so gern als aus der Reihe der Lebendigen gestrichen darstellt, doch nicht für zu unbedeutend hält, um einer Erklärung daß sie die Hoffnung aufgebe auf dem von Preußen betretenen Weg das Ziel der Einigung zu erreichen, nicht einiges Gewicht beizulegen. Nach der Lage der Dinge aber ist sicher das Gegentheil eher zu erwarten, und so lange Preußen seiner deutschen Politik treu bleibt, wird ihm die Gothaer Partei nicht fehlen. Der Brief in der Allgemeinen Zeitung erwähnt auch einer Denkschrift des Fürsten Karl v. Leiningen vom 12 (richtiger vom 7) Nov., wonach es gelungen wäre den Hrn. Verfasser zu überzeugen daß die definitive Gestaltung Deutschlands nur von dem Interim, d. h. von einer Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen zu erwarten sey. Wir kennen diese Denkschrift und bestätigen die Richtigkeit des wesentlichen Inhalts, wie ihn die Allg. Zeitung angibt. Allein gerade damit diese Verständigung zum Frommen beider Theile dahin ausfalle daß ein kräftiger deutscher Bundesstaat neben dem centralisirten Oesterreich hergestellt und beide durch einen Unionsvertrag möglichst innig verbunden werden, gerade zu diesem Zwecke ist es nöthig daß die deutsche Politik Preußens möglichst gestärkt und der Isolirungsplan vereitelt werde welcher gegenwärtig in Frankfurt, Brüssel und London seine Fäden spinnt. Die Mittheilung daß die Gothaer Partei auf vertraulichem Weg in Berlin an ihre dortigen Freunde einige Fragen gestellt habe, ist richtig; die befriedigende Antwort ist auch bereits eingetroffen, und der Ausschuß ist mit der Berathung beschäftigt, deren Ergebnisse wir zur Kenntniß der Leser bringen werden. Sollten sie nicht im Sinne der particularistischen Sonderpolitik ausfallen, so bitten wir zum voraus um Entschuldigung; es gibt noch Deutsche genug welchen das Vaterland höher steht als die Intrigue, und welche nicht ablassen werden dem hohen Ziel der Einigung mit der Zuversicht nachzustreben daß dasselbe, auf dem Weg den Preußen mit seinen Verbündeten betreten hat, erreicht werden wird.“

*) Dieß ist ein Fehlschuß; unser Frankfurter §§ Correspondent sitzt nicht im Reichsministerium; wer sich früherer Aeußerungen von ihm über das Reichsministerium erinnert, wird dieser Versicherung nicht bedürfen.

§§ Frankfurt a. M., 20 Nov. Gestern von Berlin angekommene durchaus zuverlässige Briefe enthalten zwei wichtige Nachrichten. Die erste ist daß General v. Radowitz sich der höchsten Gunst mehr als jemals erfreut, daß an den Vorarbeiten zum Reichstag unausgesetzt und mit Eifer gearbeitet wird — und die andere, von demselben Briefsteller in demselben Brief, daß fast niemand an das Zustandekommen des Reichstags, alles an die demnächstige Auflösung des Bündnisses glaube. Die Hoffnung aus der unangenehmen Lage erlöst zu werden ist gerade auf Hrn. v. Radowitz gesetzt. Man glaubt durch Institutionen überflüssig machen, oder vergüten zu können was an Verfassungsausbildung fehlen dürfte, und hält General v. Radowitz für den Mann welcher die Umkehr anbahnen und dafür gewinnen kann. Seltsames Loos! Auch die Gotha'sche Partei sieht in ihm den letzten Anker, und vergißt den 20jährigen Kampf auf dem politischen und kirchlichen Gebiete, obwohl ihre meisten Glieder der alten Opposition und der protestantischen Richtung angehören. Sie hält für Ehrensache daß der Mann das Bündniß durchsetze. Die mächtigste Partei in Preußen glaubt daß es seine Ehre darin finden müsse in die Vertraulichkeit mit Oesterreich einzulenken — womit alles gesagt ist. Es muß sich bald zeigen wer falsch gerechnet hat.

Bayern. || **München,** 22 Nov. Die zweite Kammer ist heute in der Berathung des Jagdgesetzes vom Art. 6 bis 14 gelangt. Die ange-

nommenen Artikel behandeln die Art der Verpachtung und Selbstausübung der Jagd. Die mehrfachen von der Kammer beschlossenen Modificationen bezwecken namentlich die freie Selbstbestimmung der Gemeinden vor jener Bevormundung zu wahren welche in dem Entwurf der Regierung und der Fassung des Ausschusses theilweise festgehalten war. Der Art. 14 geht auf das Thema der Jagdkarten über und eröffnet hier ein Feld für den voraus angekündeten Kampf. Heute entwickelte Prell ein Amendement, welches die Ausstellung von Karten an die vom Gesetz nicht ausgeschlossenen Personen, und die Frage des Preises in das Ermessen der Gemeinden stellt. Hiegegen verwahrten sich energisch Ruland und Heine; ersterer weil er hiemit eine gefährliche Volksbewaffnung angebahnt sieht; letzterer weil das ganze Gesetz nach und nach so geändert worden sey daß die volle und darum gefährliche Autonomie der noch nicht genug gebildeten Gemeinden hineingebracht werden sey; Hr. Heine versichert einem Theil der Majorität daß dieser aus Mangel an politischem Verstand sich habe „einfädeln" lassen; er hoffe daß das Gesetz falle, und um dessen Fassung zu verwirren, was ihm auch freistehen müsse, beantrage er den Preis der Jagdkarte auf 20 fl. und nur im Gebirg auf 3 fl. festzusetzen. (Gelächter.) Da diese Aeußerung mehrfache Gegenerinnerungen hervorruft und man etwas von der Frage abschweift, wird die Sitzung um 2½ Uhr auf morgen vertagt. So dürfte das Amnestiegesetz kaum mehr in dieser Woche aus der Berathung der Abgeordneten hervorgehen.

Württemberg. * **Stuttgart,** 16 Nov. Ihre Münchner und Württemberger Correspondenz hat in der letzten Zeit in der vielberegten Postfrage, zuweilen mit sehr lebhafter Betonung, der württembergischen Regierung alle Schuld an der bekannten widerwärtigen Unterbrechung der Communicationsmittel zugeschoben. Darauf verdient Antwort zu werden daß die Ausschließung der Taxis'schen Post von der Benützung der Staatseisenbahn in Württemberg auf Beschlüssen der Stände beruht, welche durch solche den Fürsten v. Taxis zu einem billigen Uebereinkommen wegen Rückgabe der Postanstalt an den Staat veranlassen zu können geglaubt haben, und daß die Regierung an jene Beschlüsse gebunden ist.

Stuttgart, 20 Nov. Das Programm des Octoberministeriums spricht bekanntlich die Absicht aus: „Wir werden mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs rc. über die Ersetzung des am letzten Landtage der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellten Papiergeldes durch andere weniger bedenkliche Mittel Vorlagen machen rc." Dem ständischen Ausschuß, dem die Controle der Fertigung des von Regierung und Ständen verfassungsmäßig verabschiedeten Staatspapiergeldes zukommt, war diese Erklärung keineswegs entgangen; allein er glaubte bei der allgemeinen Haltung des Programms und solange die im Gange befindliche Fabrication des Papiergeldes, worauf bereits bedeutende Kosten verwendet sind, nicht eingestellt wurde, sich vorerst auf genaue Beobachtung dieses Geschäftsbetriebs beschränken zu müssen. Heute nun erhielt der Ausschuß Kenntniß von einem an die betreffende Fabricationscommission den 13 d. gerichteten Erlasse des königl. Finanzministeriums, dessen Inhalt eine Verzögerung in der Anfertigung des Staatspapiergeldes in Aussicht stellt. Der ständische Ausschuß beauftragte deßwegen sein Präsidium: das königl. Finanzministerium um Mittheilung der Gründe zu ersuchen aus denen letzteres sich für berechtigt erachte in der Vollziehung des Gesetzes vom 1 Jul. so wie des letzten Absatzes des Art. 3 des Finanzgesetzes vom 29 Jul. d. J. einseitig eine Verzögerung herbeizuführen, während sich der ständische Ausschuß gegen jede Theilnahme an der Verantwortung, die aus einer solchen Verzögerung für den Urheber derselben hervorgehen würde, verwahre. (Württ. Z.)

Stuttgarter Blätter enthalten eine in besonderer Zusammenkunft berathene Eingabe von 33 Mitgliedern der verfassungrevidirenden Versammlung, worin sie die Verordnung vom 12 Nov. über Aenderung des zu leistenden Eides als verfassungswidrig erklären und deren Zurücknahme „als gesetzliches Recht des Landes" in Anspruch nehmen. Man findet unter jennen 33 die Namen Moriz Mohl, Rödinger, Schoder, Schnitzer, Adolf und Ludwig Seeger, Tafel, Süskind rc. Der Beitritt von 7 andern Mitgliedern (darunter Fürst Waldburg-Zeil) scheint noch erwartet zu werden.

Gr. Baden. **Mannheim,** 18 Nov. Heute Morgen wurde das erste Bataillon des vierten Infanterieregiments, welches bisher in Schleswig stand, „in Anerkennung seiner Treue und Tapferkeit," mit der Felddienstmedaille belohnt; ausgeschlossen blieben, als „dieser Ehre unwürdig," 36 Mann.

Mößkirch, 17 Nov. In der Nacht vom 10 auf den 11 Nov. wurde aus einem der hiesigen Amtzimmer der größte Theil der Untersuchungsacten gegen die am letzten Aufstand betheiligten Personen des hiesigen Amtsbezirks mittelst gewaltsamen Einbruchs entwendet und wahrscheinlich verbra nnt.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 20 Nov. Mein Schreiben vom 20 v. M. kündigte das am folgenden Tag beginnende Verfahren wegen Zerstörung der Main-Neckar-Eisenbahn bei Weinheim an. Ich hob darin hervor, diese letzte Criminalsache werde die Assisen fast solange beschäftigen als die vorangegangenen 18 Fälle zusammengenommen, also etwa 14 Tage. Dieß nahm man auch ganz allgemein an. Aber der Erfolg täuschte diese Erwartung. Schon ist die fünfte Woche herangekommen, ohne daß der Schluß des Verfahrens nahe ist. Eben ist es in dem Stadium der Vertheidigung. Die ganze nächste Woche wird noch in Anspruch genommen werden müssen, so daß der Proceß sich auf einen Zeitraum von anderthalb Monaten ausspinnt. Vielleicht würde man da wo das öffentlich mündliche Strafverfahren mit Schwurgericht längst eingebürgert ist, durch Hülfe der Uebung mit demselben Verfahren etwas früher fertig werden. Auch macht sich die deutsche Gründlichkeit, welche nun einmal tiefe Wurzeln gegriffen hat, selbst in diesen neuen Formen geltend. Ich theilte am Schluß meines gedachten Schreibens ein Bruchstück des Anklageacts mit, welches die That darstellt. Das Resultat wird nach dem was das Verfahren bisher hervortreten ließ, voraussichtlich diesen Theil des Anklageacts so ziemlich bewahrheiten; nur wird es in Bezug auf einzelne Theilnehmer am Verbrechen an dem erforderlichen Beweis fehlen, so daß nicht über alle Angeklagten das Schuldig ausgesprochen oder doch bei manchen ein geringerer Grad von Schuld angenommen werden dürfte. Zu Anfang des nächsten Monats, also gleich nach Beendigung dieses Riesenprocesses, werden außerordentliche Assisensitzungen gehalten, zu dem Zweck um die große Zahl von Fällen welche in dem folgenden Monat Januar von den ordentlichen Assisen abgeurtheilt werden sollen, zu vermindern. Zu diesen letzten Fällen gehört, wie man jetzt mit Bestimmtheit weiß, der mysteriöse Proceß Görlitz', der darum in diesem Jahr nicht mehr vor die Assisen gelangen konnte, weil sich noch spät in Bezug auf die versuchte Vergiftung des Grafen (nach dem Tode der Gräfin) Anzeigen gegen eine zweite Person (den Vater des angeklagten Bedienten Stauff) ergaben, und so die Voruntersuchung vervollständigt werden mußte um dem Anklageact den erforderlichen Stoff zuzuführen. Außer dieser cause célèbre kommt noch der Vorfall bei Oberlaudenbach an der badischen Gränze, dessen Mittelpunkt die Tödtung des Regierungsrath Prinz bildet, zur Verhandlung und Aburtheilung. Diese Erscheinung wird in manchen Beziehungen Familienähnlichkeit mit dem gegenwärtig noch obschwebenden Riesenproceß haben, jedoch glücklicherweise nicht in Bezug auf die Zahl der Angeklagten, von denen sich die voraussichtlich Schuldigsten (Dr. med. Zimmermann, Litterat Ohly u. s. w.) ins Ausland geflüchtet haben, und in Bezug auf die Dauer des Verfahrens.

Hansestädte. **Hamburg,** 17 Nov. Gegen die Excedenten und Tumultuanten vom 13 Aug. d. J. hat der Senat das Urtheil gefällt, aber noch nicht publicirt. Die höchste Strafe soll auf 2 Jahre Zuchthaus lauten. Für die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz sind hier an 4500 M. C. (1800 Rthlr. preuß. Cour.) gesammelt und nach Stuttgart geschickt, so daß also keineswegs bloß für die Ungarn hier gesammelt ist.

Preußen. **Berlin,** 8 Nov. Die elektro-magnetischen Telegraphen werden von Privaten bereits so stark benützt daß die Unterhaltskosten derselben schon jetzt durch die Correspondenztaxen nahezu gedeckt werden. Die Telegraphenverbindungen nach Köln, Aachen und Frankfurt a. M. können dem Andrange der Privatcorrespondenzen nicht mehr genügen, weßhalb sich die Regierung veranlaßt sah die Legung von Doppeldräthen in Angriff nehmen zu lassen. Man hofft daß die Telegraphen bald ohne Staatssubvention durch die Privatcorrespondenz allein bestehen, und auch die Benützungsgebühren ermäßigt werden können. (Austria.)

Zur Deckung der vom Staat garantirten 3½proc. Zinsen des Actiencapitals der niederschlesisch-märkischen Eisenbahngesellschaft von 10 Mill. Rthlrn. hat die Staatscasse pro 1848 den gesammten Zinsenbetrag mit 350,000 Rthlrn. zahlen müssen; deßhalb, und da für 1849 wiederum die Nothwendigkeit eines beträchtlichen Zuschusses mit ziemlicher Gewißheit vorauszusehen war, hat die Regierung beschlossen von dem ihr für solche Fälle statutenmäßig zustehenden Recht Gebrauch zu machen, und es wird daher die Verwaltung der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn vom 1 Jan. k. J. ab vom Staat übernommen, und dem Statut gemäß solange fortgesetzt werden bis der Rein-Ertrag in drei hintereinander folgenden Jahren mehr als 3½ Proc. des Actiencapitals betragen hat. (Preuß. Staatsanz.)

Hr. v. Usedom hat vor kurzem ein Sendschreiben an seine Wähler erlassen, in dem er sich folgendermaßen über den Bestand und die Aussichten des Dreikönigsbündnisses äußert: „Sie wissen wie Preußen einen Versuch gemacht hat durch den Dreikönigsbund die deutschen Staaten zu einem engeren Bande zu vereinen. Es ward der gereinigte Frankfurter Verfassungsentwurf dabei zum Grunde gelegt, weil man, trotz aller Abirrung der Frankfurter Versammlung, doch die legale Basis auf der sie gestanden, nicht verläugnen wollte. Auch fühlte man in Berlin wie im übrigen Deutschland daß die Einheitsidee — wie sehr auch durch die Ideologie verwirrt — dennoch in sich selbst eine Berechtigung trage; man ging ferner von der Voraussetzung aus daß Deutschland diese Einheit wirklich wolle und sich ohne dieselbe nie zufrieden geben werde. Diese Voraussetzung ist, um es schon jetzt auszusprechen, eigentlich das praktische Fundament der ganzen Sache: hat man sich darin geirrt, so ist das Project nicht zu retten. Gegen Deutschlands Willen, also zwangsweise, wird Preußen wohl schwerlich die deutsche Einheit erstreben wollen. Aus preußischem Ehrgeiz es aber aufs äußerste zu treiben liegt der Gesinnung unserer Regierung im allgemeinen zu fern: im Volke mögen sich solche Tendenzen regen, doch ohne Aussicht sie durchzusetzen. Wenn man aufmerksam die Documente durchliest welche die preußische Regierung neuerlich in der deutschen Angelegenheit veröffentlicht hat, so wird man sich von der vollkommenen Aufrichtigkeit und Ehrenhaftigkeit überzeugen mit welcher Preußen in dieser Sache gehandelt hat. Man wird sich aber zugleich nur mit großer Mühe der Ueberzeugung erwehren können daß, so wie die Sachen jetzt stehen, und wenn keine besondere Wendung der Dinge eintritt, der Dreikönigsbund wenig Aussicht auf lange Dauer, noch weniger auf weitere Ausbreitung darbietet. Ich glaube Ihnen, meine Herren, in diesem wichtigen Punkt die ungeschminkteste Wahrheit schuldig zu seyn. Durch den Erfolg getäuschte Hoffnung ist bitterer und folgenschwerer als wenn man von Anfang nur geringen Erwartungen sich hingegeben." Außerdem spricht er sich auch über die politische Lage Preußens aus. Er entwickelt vor seinen Wählern die Anklage welche die Gegner des Constitutionalismus von der demokratischen und von der entgegengesetzten Partei wider denselben formuliren. Die parlamentarische Staatsform — eine Bezeichnung die der Verfasser der „constitutionellen" vorzieht, weil er damit die Idee der Volkssouveränetät, die sich dem Ausdruck „Constitution" so oft anhänge, auszuschließen meint — werde von radicaler Seite angefochten als „eine leere Comödie, eine Bastardform der Freiheit, ein übertünchtes Grab moralischer Corruption;" von der anderen Seite als eine „Bastardform der Monarchie, welche, ihrem eigenen Zug überlassen, unausbleiblich zum Abgrund führe." Diesen Angriffen setzt Hr. v. Usedom folgendes entgegen: „Natürlich muß man den Anschuldigungen welche die demokratische Partei von ihrem Standpunkt gegen das bisherige parlamentarisch-constitutionelle System erhebt, kein Gehör geben. Allein ebensowenig, glaube ich, ist es erlaubt die Folgerungen welche die entgegengesetzte Partei nach den neueren Erfahrungen dawider aufstellt, so weit wie oben geschehen zu erstrecken. Ich verkenne das Gewicht dieser Erfahrungen nicht, allein meiner Meinung nach treffen sie nicht so sehr das System, als den üblen Gebrauch welcher davon gemacht worden ist. Keine Staatsform der Welt wird halten gegen den schlechten Geist mit dem man sie anwendet, gegen die politische Lasterhaftigkeit die sie mißbraucht. Es ist ein großer Irrthum unserer Zeit gegen eine derartige Verderbniß in den politischen Formen eine Garantie zu suchen; ein eitles Streben welches unaufhörlich wiederholt, unaufhörlich vom Erfolg Lügen gestraft wird. Deßhalb gehen hier die wohlersonnensten Constitutionen zu Trümmern, dort stehen Staaten durch sehr unvollkommene Verfassungen fest und aufrecht. Denn diese werden durch den allgemeinen Glauben gehalten, und es ist eine gemeinsame Basis da, auf der das praktische Leben sich sicher bewegt. Jenes fortwährende Umwerfen und Herumwerfen des Staatsrechts schadet unaussprechlich der moralischen Autorität welche dasselbe über die Gemüther ausüben muß, wenn die öffentlichen Zustände einer Nation überhaupt gedeihen sollen. Wer will Verfassungen achten die alle paar Monate durch zufällige Majoritäten, durch die Emeute, durch den Federstrich eines Ministers erschaffen oder vernichtet werden? Die Ehrfurcht vor dem politischen Gesetz ist alsdann dahin, und wir kommen zu der seltsamen Anomalie daß die Gesetze des Privatrechts uns unverletzlicher dünken als die des öffentlichen Rechts, in welchem doch eigentlich das Privatrecht seine Stütze und Bürgschaft findet. Gebe Gott daß der gesunde Sinn unseres Volkes sich bald auf dem Boden politischer Legalität wieder ins Gleichgewicht setze, und möge die Constitution, welche so eben in den Kammern revidirt wird, vorderhand die letzte seyn die wir machen! Dieser Wunsch wird ohne Zweifel von allen getheilt die, wie ich, ein parlamentarisches Staatsrecht für eine Nothwendigkeit unserer Zeit erkennen, und nur begehren daß es endlich feststehe."

⁑ **Berlin,** 19 Nov. Die Veröffentlichung des Sendschreibens des Hrn. v. Usedom an seine Wähler hat einen Erfolg gehabt wie ihn der Verfasser selbst schwerlich vorausgesehen und gewünscht hat, da die Organe der radicalen und particularistischen Parteien seine trüben Anschauungen über die Entwicklung des engeren Bundesstaates als Unglücksweissagung gegen Preußen auszubeuten nicht unterlassen haben. Die Huldigungen die der geistreiche Verfasser „der Charakteristiken aus der deutschen Gegenwart" selbst von der Hannoverischen Zeitung deßhalb empfangen hat, und die Bedeutsamkeit welche man überall seinen rein persönlichen Ansichten über die deutsche Frage seiner Stellung wegen beimißt, haben in hohen Kreisen eine Mißbilligung seines Schrittes hervorgerufen, und selbst die Deutsche Reform bringt heute eine Anfrage: „ob Hr. v. Usedom denn zu den Großdeutschen gehöre?" In der That hat dieser Staatsmann immer zu denjenigen Diplomaten gehört welche eine Entwickelung der deutschen Verfassungszustände mehr oder weniger nur mit und durch Oesterreich für gedeihlich hielten, und schwerlich leicht auf den Gedanken eingingen den Hr. v. Radowitz in seiner Denkschrift vom 20 Nov. 1847 Friedrich Wilhelm IV als letzte Nothwendigkeit dargelegt hat, indem er sagt: „Wie schmerzlich es auch sey, so wird doch auch der Fall fest angeschaut werden müssen daß der Einfluß von Wien und die selbsüchtigen Triebe einzelner Regierungen es unmöglich machen könnten auf dem Bundestag irgendetwas gedeihliches zu erzielen. Preußen fände sich dann in der schmerzlichen Lage jeder Verantwortlichkeit dafür enthoben zu seyn, wenn es das schlechthin Nothwendige nunmehr außerhalb seiner bisherigen Allianzen und außerhalb des formalen Bundesweges verfolgt. Gegen den Widerstand Oesterreichs und gegen den üblen Willen anderer Regierungen anzukämpfen gibt es dann nur ein Mittel, aber dieses ist vollkommen genügend: die Verbindung mit dem besseren Geist der Nation." Bekanntlich ist dieser Gedanke zur Richtschnur der preußischen Politik geworden, und der Umsturz der Bundesverfassung durch die Ereignisse des vorigen Jahres hat Preußen der Mühe überhoben sich außerhalb des formalen Bundesweges weiter zu bewegen, da es eben keinen formalen Bundesweg mehr gibt. Hr. v. Usedom, im April v. J. Nachfolger des Grafen Dönhoff in Frankfurt, scheint sich mit der Entwicklung welche die deutschen Dinge in den ersten Monaten dort nahmen, nicht befreundet und sich immer in der Vogelperspective zu derselben gehalten zu haben, bis er im Jul. die ersehnte Ablösung erhielt. Sind wir recht unterrichtet, so gehörte er bei der weiteren Entwicklung der deutschen Verfassungsangelegenheiten zu den Anhängern der Trias; seine jetzigen Besorgnisse erklären sich aber leicht aus seiner früheren politischen Anschauung. Wie ich höre, steht noch eine andere Schrift in derselben Frage von einem preußischen Staatsmann zu erwarten, nämlich von David Hansemann. Derselbe soll, seinem Grundsatz getreu, „besser einen Sperling in der Hand als einen Kranich auf dem Dach" mit dem guten Rath hintendrein kommen daß die preußische Regierung auf die Vorschläge der dissentirenden Königreiche wohl hätte eingehen können ohne ihr Ziel zu gefährden. Er motivirt diese Ansicht mit dem Beispiel im Zollverein, in welchem Preußen vermöge seiner natürlichen Ueberlegenheit, trotz einer die Einzelregierungen, also auch es selbst, sehr beschränkenden Verfassung, dennoch neugestaltend und fortbildend gewirkt habe. Mit diesen seinen Ansichten dürfte indessen Hr. Hansemann hier sehr isolirt bleiben, da unter allen Parteien die Ueberzeugung feststeht daß wenn auch Preußen noch so große weitere Concessionen an die Königreiche gemacht hätte, diese dennoch immer eine Hinterthüre gefunden haben würden um etwa zugemutheten Opfern zu entgehen. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit ist in ein neues Stadium eingetreten und zwar in ein für die preußischen Bemühungen recht erfreuliches. Man hatte hier nämlich bei allen Unterhandlungen mit der Statthalterschaft und ihren Bevollmächtigten immer darauf hingewiesen: daß in einer Annäherung derselben an Dänemark eine Verständigung, und aus dieser leicht ein günstigeres Ergebniß über die Streitfrage sich würde erlangen lassen als aus einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ohne deutsche Verbündete. Diesen Vorstellungen ist nunmehr seitens der Statthalterschaft Gehör gegeben, und in officiöser Weise ein Bevollmächtigter Hr. v. Liliencron nach Kopenhagen gesandt worden. Da man nun zu gleicher Zeit diesseits am dortigen Hofe in demselben versöhnlichen Sinn zu wirken bemüht ist, so sind günstige Resultate für den Austrag nicht unwahrscheinlich. Die von Seiten Preußens wiederum neu angeregte Frage welche zur Lösung kommen muß, ist die formelle und materielle Wahrung derjenigen Rechte welche Holstein an Schleswig hat. Hierin liegt auch wesentlich der Differenzpunkt in der Auffassung der Frage zwischen dem preußischen und österreichischen Cabinet. Das letztere nämlich betrachtet Schleswig lediglich als einen seiner Natur nach dänischen Landestheil, und legt weit größeres Gewicht auf die Rechte welche es an Dänemark

knüpfen, als auf die holsteinischen an Schleswig. In diesem Sinn beginnen nun auch schon die österreichischen Blätter, wie der Lloyd, die Frage vorbereitend zu behandeln. Sie wird übrigens wohl die erste seyn welche in Frankfurt in der Bundescommission zur Sprache kommt.

Breslau, 15 Nov. Wie neulich die Katholiken Breslau's sich gegen die Beschlüsse der ersten Kammer in Betreff der Religionsfrage ausgesprochen haben, so haben jetzt die Abgeordneten der katholischen Vereine in Schlesien an den Fürstbischof von Breslau eine Adresse gerichtet, in welcher sie im Hinblick auf die Bischofsversammlung des vorigen Jahrs zu Würzburg, wo „mit apostolischem Freimuth die Freiheit und die unveräußerlichen Rechte der Kirche reclamirt worden seyen," ihre Freude über die Verfassungsurkunde vom 5 Dec. 1848 aussprechen, in der die Rechte ihrer Kirche verfassungsmäßig anerkannt worden. Hätten nun auf Grund dieser Verfassungsartikel die Bischöfe Preußens in ihrer Denkschrift dargelegt wie sie die verfassungsmäßige Freiheit und Rechte der Kirche verstehen, und habe diese Denkschrift auch harte Anfechtungen von dem Cultusminister v. Ladenberg erlitten, der unter dem Bravo der ersten Kammer erklärt daß diese Denkschrift als nicht existirend zu betrachten, so wisse doch das katholische Volk daß sie existire, und daß das Volk in kirchlichen göttlichen Dingen nicht dem Cultusminister sondern seinem Bischof zu folgen habe. Das katholische Volk Schlesiens werde nicht aufhören in engster Gemeinschaft mit dem Fürstbischof und dem ganzen Episkopat durch alle gesetzlichen Mittel dahin zu streben daß man der Kirche Gottes gerecht werde. (L. Z.)

*** Von der polnischen Gränze,** 16 Nov. Einige Berliner und Breslauer Blätter, die überhaupt eine Virtuosität darin besitzen Falsches oder wenigstens Uebertriebenes über die polnischen Zustände und die russischen Regierungsmaßnahmen — die wir übrigens keineswegs in Schutz zu nehmen willens sind — zu berichten, haben in den letzten Tagen lange Artikel über eine weitläufige Verschwörung in Kalisch geliefert. Die ganze Sache läuft aber auf ein „parturiunt montes etc. hinaus. Dießfällige genauere Nachforschungen haben ergeben daß in einem Mädchen-Erziehungsinstitut in Kalisch eine Anzahl junger polnischer Fräulein, die, wie alle Polinnen, sich viel mit Politik beschäftigen und gern die Rolle von Patriotinnen spielen, sich unter einander über die Wiedergeburt Polens und was daran hängt häufig unterhalten haben. Wer junge polnische Damen, und die Art wie dieselben erzogen werden, kennt, kann sich darüber nicht wundern, denn leider ist bei ihnen von wahrer Geistesbildung wenig die Rede, um so mehr aber von einem französischen Firniß und von der Fertigkeit keck und absprechend über alle Lebensverhältnisse abzuurtheilen. Genug, die russische Behörde hat von dem politischen Treiben der jungen Mädchen Kenntniß erhalten, dieselben in der Anstalt selbst vernehmen lassen, und sie dann zu ihren Eltern mit der Verwarnung zurückgeschickt daß sie ihre Töchter besser überwachen möchten, wenn sie nicht wollten daß dieselben ernsten Strafen verfallen. Von Verhaftungen oder gar Abführungen nach Warschau ist bislang nicht die Rede gewesen. Sodann wird von dem unerträglichen Druck der russischen Steuern berichtet. Auch diese Nachricht ist arg übertrieben, da hier jedermann weiß daß die beste Seite der russischen Regierung die äußerst geringe Besteuerung der Unterthanen ist. Führen doch die Polen, wenn sie Sympathien für Rußland simuliren, gewöhnlich an daß man im Königreich nur halb so viel Steuern zahle als im Großherzogthum. Mit der Besteuerung der Luxuswagen hat es auch so viel nicht auf sich, da in Polen jeder Beamte, der einen Gehalt von 400 Thlrn. bezieht, das Halten einer Equipage schon als ein Standesbedürfniß betrachtet. Dagegen ist es eine Wahrheit daß seit einigen Tagen auch Kalisch und dessen Umgegend stark mit russischen Truppen belegt sind, und daß der Befehl eingegangen ist das Kirchdorfer Lager vollständig herzustellen, und dergestalt zu erweitern daß es im Frühling zwei Armeecorps aufzunehmen im Stande sey. Die Zahl der längs der Krakauer Eisenbahn dislocirten Truppen wird auf 60,000 Mann angegeben, was aber jedenfalls übertrieben ist; 40,000 dürfte der Wahrheit näher kommen. Diese Militäranhäufung hat in Polen überall den festen Glauben an einen für den nächsten Sommer bevorstehenden Krieg hervorgerufen. — Die Nachricht daß unser Erzbischof, der bekanntlich Erzbischof von Posen und Gnesen ist, ganz nach letzterer Stadt übersiedeln wolle, ist völlig unbegründet, so häufig sie auch in den Berliner Zeitungen zu lesen gewesen ist. Hr. v. Przyluski würde selbst dann Posen nicht verlassen, wenn die Demarcation zur Ausführung käme; letztere ist aber, wie wir aus glaubwürdiger Quelle berichten können, ganz aufgegeben. Die ganze Reorganisation der Provinz wird sich auf eine veränderte Abgränzung der Kreise beschränken; auch sollen aus unsern beiden Regierungsbezirken künftig drei gemacht werden, wobei die Nationalitätsverhältnisse vielleicht einigen Einfluß auf die Scheidelinien äußern mögen.

Oesterreich. — **Wien,** 19 Nov. Gestern Abend ist der Kaiser nach Prag abgereist, ohne daß sich jedoch der Handelsminister, wie anfangs verlautete, seinem Gefolge angeschlossen hat. Jellachich war heute Morgen im Begriff nach Brünn abzugehen. Ob der Besuch des Kaisers bloß der Stadt Prag gilt, oder ihm noch andere in die europäischen Angelegenheiten eingreifende Motive zu Grunde liegen, steht dahin. Jedenfalls bleibt es bemerkenswerth daß Fürst Schwarzenberg ihn begleitet. Zu gleicher Zeit ist Hr. Debeaux als k. k. Courier nach Paris abgegangen. Sicherm Vernehmen zufolge bleibt die Erzherzogin Sophie und der Erzherzog Ludwig den Winter über in Schönbrunn. — Der Oesterr. Correspondenz zufolge ist die Frage der Woiwodschaft dahin erledigt worden daß selbe mit Einschluß der syrmischen Bezirke Ruma und Illok als selbständiges Verwaltungsgebiet in drei Kreisen mit dem Hauptorte Temesvar organisirt werden wird, wobei der Monarch den Titel eines Großwoiwoden und der jeweilige Statthalter den eines Vicewoiwoden annehmen wird. — Dieselbe Quelle meldet: „So eben vernehmen wir daß die vom Justizminister Hrn. v. Schmerling vorgelegte umfassende provisorische Vorschrift über das Strafverfahren bei Bezirksgerichten, Collegialgerichten und Geschwornengerichten sowohl über Verbrechen als auch über Vergehen und Uebertretungen vom Gesammtministerium bereits genehmigt worden ist. Dieses wichtige Gesetz wird demnach Sr. Maj. jetzt zur Genehmigung vorgelegt werden, worauf es unverweilt durch den Druck zur Veröffentlichung gelangen dürfte." — Die schon früher erwähnten Telegraphenleitungen in die einzelnen Ministerien sind bereits im vollsten Gange.

△ Wien, 20 Nov. Eine telegraphische Depesche berichtet den glänzenden Empfang des Kaisers in Böhmens Hauptstadt. Das monarchische Princip würde in Oesterreich gewiß nur noch mehr gewinnen, wenn der Träger desselben die wichtigsten Provincialstädte durch einen zeitweiligen, wenn auch kurzen Aufenthalt für ihre gegenwärtige Unbedeutenheit schadlos halten würde. Prag mit seinen historischen Erinnerungen mag übrigens nicht gern für eine Provincialstadt gelten, und hat bei vielen Gelegenheiten eine gewisse Eifersucht gegen Wien an Tag gelegt. Der Kaiser wird, dem Vernehmen nach, sogleich nach seiner Rückkehr von Prag und Dresden die Hofburg beziehen. Man erwartet die Aufhebung des Belagerungszustands für Prag, und auch hier scheint man ähnliche Absichten zu haben; wenigstens wurde das Preßgericht angewiesen alle anhängigen Fälle bald vorzunehmen. Die Oeffentlichkeit wird in Berücksichtigung des Ausnahmsstands nur in beschränktem Maß stattfinden. Aus Triest vernehmen wir daß der neue österreichische Consul für Tunis auf dem Dampfer „Marianna" seinem Bestimmungsort zugeführt wurde.

Die Oesterr. Corresp. meldet: Vom 17 bis 19 d. ist nur eine Person an der Cholera hierorts erkrankt. Im ganzen sind jetzt noch zwei Cholerakranke in ärztlicher Behandlung. Seit Beginn der Seuche sind 3199 Personen daran erkrankt, wovon 2014 genesen, 1483 gestorben sind. — Se. Maj. hat die Errichtung eines umfassenden, geologischen Instituts zur genauen Durchforschung der tellurischen Verhältnisse des gesammten Kaiserstaats in der Art genehmigt daß die jetzt auf 6000 fl. sich belaufenden Jahreskosten des hier bestehenden montanistischen Museums um 25,000 fl. jährlich erhöht werden sollen. Unter einigen dem Bereich des Unterrichtsministeriums zugehörigen Ernennungen befindet sich auch die des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Jonak zum Professor der Statistik an der Universität zu Prag. — An mehrere Personen magyarischer Abkunft sollen wegen bewiesener Loyalität mehrjährige Auszeichnungen verliehen werden, unter anderm soll auch eine Dame damit bedacht werden. — So eben vernehmen wir daß ein Finanzgesetz bezüglich der Besteuerung des Zuckerfabricats in Aussicht steht, und bereits genehmigt worden ist.

Das gestern erwähnte Gerücht vom Tode Lenau's scheint sich nicht zu bestätigen. Auch die Sage daß allen österreichischen Blättern der Journalstempel aufgelegt werden soll, scheint voreilig oder ganz irrig. Immerhin ist zu erwarten daß die jetzige Ungleichheit in der Auflage des Zeitungsstempels (wornach die alten österreichischen Journale 1 kr., die auswärtigen 2 kr. und die neuen österreichischen Blätter gar keinen Stempel bezahlen) so oder so gehoben werde. — Die ungarische Leibgarde ist, wie früher die italienische, aufgelöst worden."

Großbritannien.

Der Globe meldet: „In Folge des neuen englischen Navigationsgesetzes ist an Lloyds' eine Proclamation des Königs von Schweden übermacht, welche besagt daß fortan brittische Handelsschiffe in allen schwedischen Häfen hinsichtlich des Tonnengelds u. s. w. ganz auf die nämliche Weise wie einheimische Schiffe behandelt werden sollen.

Als eine neue Probe englischer Freundlichkeit gegen Deutschland heben wir folgenden Artikel des liberalen Sonntagsblattes Exa-

miner aus: „Das Reichsgespenst und der gestrandete Wallfisch. Es war einmal im vorigen Jahr eine gewisse Macht ersten Rangs die sich das „deutsche Reich" nannte, aber welche, gleich jenen Inseln in gewissen Meeren welche nur auftauchen um bald zu verschwinden, seitdem wieder hinabgesunken und in den Erschütterungen Mittel-Europa's verloren gegangen ist. Dieses Reich, diese politische Atlantis, versuchte eine Zeit lang gar viele Dinge; auch erwarb es gewisse Rechte und Fahrnisse, mit denen man, nun es verstorben ist, nicht weiß was man anfangen soll. Seine Hauptstreiche machte das deutsche Reich in einer Gegend mit dem Namen Schleswig, auf welche dieses Reichsgespenst ein Recht zu haben sich einbildete. Und die armen Leute im Herzogthum glaubten und vertrauten dem schwachsinnigen alten Gespenst, und geriethen dadurch in allerlei Patschen und Mißgeschicke. Unter andern Grillen hielt das deutsche Reich von 1848 es für würdevoll und groß eine deutsche Flotte auf die Beine zu bringen. Diese Flotte existirte freilich nur dem Namen nach. In der That, wie das Reich nur das Gespenst eines Reichs war, so war die Flotte nur das Gespenst einer Flotte. Aber wie es nun geschehen und sich zutragen mochte, diesem Flottengespenst ohne wirkliche Balken und Kanonen gelang es gleichwohl einen leibhaftigen Vierundsiebenziger zu erobern, den wahrscheinlich so ein alter verkommener dänischer Admiral commandirte, wie wir dergleichen Inventarienstücke auch auf unserer Admiralsliste haben. (Der Examiner verwechselt hier Gefion und Christiern, aber das macht nichts. Er fährt fort:) Die Gefion — so hieß das dänische Linienschiff — wagte sich wie ein unkluger Wallfisch in eine für ihn viel zu enge und seichte Bucht, wurde, zwar nicht mit Harpunen, aber mit glühenden Kugeln angegriffen, und mußte sich ergeben. Die Gefion liegt noch in der Bay von Eckernförde, und läßt, glauben wir, eine gewisse schwarz-roth-goldene Fahne flaggen, welche weiland das Abzeichen des hingeschiedenen Reiches war. Aber wem gehört nun die Gefion? Denn das deutsche Reich, obgleich factisch todt, ist es noch nicht von Rechts wegen; es steht noch nicht als todt im Wochenblättlein. Freilich Dänemark behauptet daß es nie gelebt habe. Welche Macht also soll seine Effecten in Verwahrung nehmen wenn es lebt, oder welche Macht soll seine Güter administriren wenn es todt ist? — Preußen hat darauf bestanden die Gefion nach Stettin zu bringen. Es spricht das Schiff an als politischer Repräsentant des verstorbenen deutschen Reichs, während der Erzherzog Johann es verlangt als nächster Seitenverwandter. Der König von Dänemark erklärt: wenn das Schiff nicht ihm gehöre, so gehöre es einem Geist, und solle deßhalb bleiben wo es ist. Die Gefion ist vollkommen harmlos wo sie ist, und wenn sie nicht nach dem Sund geschickt wird um von den Dänen wieder erobert zu werden, wie Oberst Hodges empfiehlt, so muß sie wenigstens bleiben wo sie liegt. Preußen aber will sie soll bemannt werden, ihre Anker lichten und weiter segeln. Zum Unglück hat Preußen weder Matrosen noch Admirale dieß zu unternehmen, Dänemark aber besitzt beides um es zu verhindern. — Die Geschichte bringt die europäische Diplomatie in Bewegung. Offenbar ist die Frage unlösbar, und es kann bis zum Jahr 1900 darüber protokollirt werden ohne sie klarer zu machen. Gerade das erfüllt die Diplomaten mit Wonne. Sie alle haben bereits im Vattel hin und her geblättert nach Aufklärung oder Antecedentien, aber Vattel ist stumm. Sein Werk handelt von lebendigen und wirklichen Nationen, nicht von abgestorbenen oder eingebildeten Großmächten." — Man sieht, Deutschland hat den Schaden, so braucht es um den Spott nicht zu sorgen. Allein wer weiß, wer weiß? Es sind wenig mehr als 300 Jahre da war die englische Königskrone in schnödem Versatz bei der Kaufmannsgilde zu Köln am Rhein. Die Zeit kann kommen wo der Geist des deutschen Reichs wieder frisch und rüstig im Leibe lebt, während der brittische Dreizack mit allem was daran hängt dem lachenden Erben jenseits des Oceans zufällt.

Der Berliner Correspondent der Times bemerkt zu der neulichen preußischen Kammerdebatte über die Zusatzparagraphen der die Religionsfreiheit betreffenden Verfassungsartikel: „Alle möglichen Argumente, religiöse wie philosophische, und viele bunt aus Religion und Philosophie gemischte, wurden gegen diese Paragraphen in die Schranken geführt. In der That sind sie in Deutschland praktisch unnütz; das Christenthum umfaßt da gar verschiedenartige Jünger, von den Schülern des David Strauß und den Lichtfreunden an, welche allen Glauben hinwegräsonnirt und die Bibel, altes und neues Testament, auf eine Reihe von Mythen reducirt haben, so kaltblütig wie Niebuhr die älteste römische Geschichte ihrer Authenticität entkleidet, bis zu den römischen Katholiken, welche noch mehr für wahr annehmen als die bischöfliche Kirche. Die Zusatzartikel legen keinen Testeid auf; sie sind bloß eine Versicherung welche, solange Doctrinen welche vielen Engländern als geradezu unchristlich erscheinen müssen, öffentlich auf den Universitäten gelehrt werden, ohne Wirkung bleiben würden. Man möchte die Juden ausschließen; aber thatsächlich sind die Juden schon lange zu Stellen und Aemtern belassen, und mittels schlauer Benützung der Hinterthüren, mit denen die deutschen Staatsgebäude so reichlich versehen sind, hat dieses betriebsame Geschlecht sich in allen thätigen Lebenskreisen den, im Verhältniß zu seiner Anzahl, größten Antheil zugeeignet. Es ließe sich unschwer beweisen daß die intellectuelle Thätigkeit Deutschlands dermalen größtentheils im Betrieb der Juden ist, und daß sie in großem Maße auf die politische Zersetzung Deutschlands abzweckt. Warum das hebräische Element in Deutschland so rührig, und warum der sächsische oder germanische Geist so träge geworden ist, das ist ein nicht leicht zu lösendes Problem. Vielleicht „acceptirt" der Deutsche diese fremde geistige Hülfe ebenso wie er sich im Straßenkampf und auf den Schlachtfeldern des Bürgerkriegs von Männern gallischer und slavischer Race anführen läßt. In der Regel kann man fast mit Gewißheit annehmen daß, wo ein demokratisches Blatt in Deutschland auftaucht, ein Jude der Herausgeber ist, und daß bei Barricadenkämpfen der Anführer — ebenfalls ein Jude? das gerade nicht, aber ein Franzmann oder ein Pole ist. Für beide Thatsachen liefern die jetzigen Criminalprocesse vielfache Belege." (Die Times übertreibt augenfällig. Der geistige Großhandel der Deutschen ist Gottlob noch in den Händen der Christen; unsere Rothschilde an der Börse der Wissenschaft und Litteratur sind Germanen. Etwas wahres aber ist an der Sache, und schon Wolfgang Menzel hat bemerkt: „Es jüdelt etwas im deutschen Schriftenthum." Seitdem ist der „Ruch der Narden" auch in die Politik übergegangen. Wer über diese Erscheinung etwas Pragmatisches und Piquantes lesen will, den verweisen wir auf einen Artikel des Deutschen Vierteljahrschrift, 1843, viertes Heft; S. 317 ff.)

Wir haben gestern die moralische Strafrede von Dickens über das Betragen des gemeinen Volks bei der Hinrichtung der Mannings mitgetheilt. Ein Correspondent des Times zeigt nun eine andere Seite des Gemäldes, nämlich das Betragen des vornehmen Pöbels. („Wenn ich vom Pöbel rede," pflegte Swift zu sagen, „so mein' ich nicht die Gassenkehrer.") Dieser Correspondent gibt zu daß der Londoner Janhagel sich in seiner ganzen „Süßigkeit" manifestirt habe, fügt aber bei: „Schade ist nur daß Hr. Dickens keinen solchen Standpunkt hatte daß er in die Zimmer und Salons der Winter-Terrace schauen konnte! Dahin hatten sich die moralischen Cloaken der sogenannten „respectabeln" Gesellschaft ergossen; da brauchten feine Herren und Damen ihre Operngläser um den Todeskampf eines Manns und seiner Frau, die wenige Ellen von ihnen erwürgt wurden, deutlicher mitanzusehen; da halfen Champagner und Cigarren der respectabeln Gesellschaft die Zeit bis zum Spectakel vertreiben, gerade wie draußen Porter, Tabak, Pfeifen, Geschrei und rohe Späße der nichtrespectabeln Gesellschaft. Ja, mit Operngläsern studirte man die Zuckungen einer sterbenden Mörderin, mit demselben Glas womit man vielleicht zwei Tage zuvor die Posituren einer Balettänzerin wohlgefällig beaugenscheinigt! Doch will ich hoffen daß die Kunstfertigkeit womit Meister Hämmerling hier einem Lebenslauf voll Liederlichkeit, Habsucht und Verbrechen ein Ziel gesetzt, auch einige heilsame Lehren durch das Opernglas filtrirt hat. Vielleicht richten die Herren und Damen, die durch ihr anekelndes Benehmen bei dieser Hinrichtung ihre Erziehung und Stellung entehrt haben, doch bei der Rückkehr in die „Gesellschaft" im stillen die Frage an sich, ob diese beiden gehenkten Personen nicht das was in feineren Formen unter Besitzern von Operngläsern gerade nichts „unfashionables" ist, nämlich Geldgier und schmutziger Gelderwerb, eben nur bis zu einem gefährlichen Uebermaß getrieben. Der Anblick eines Weibes das in seidenem Kleid am Galgen starb, wegen eines Verbrechens wozu sie ein liederlicher Lebenswandel und Freude an Coupons geführt, mag manchem Männlein und Fräulein eine Warnung geworden seyn."

‡ **London,** 19 Nov. In dem Maße als die Parlamentssession näher rückt, mehren sich die Meetings von Freihandelsmännern und Protectionisten. Auch ein Sympathie-Meeting für Ungarn hat wieder stattgefunden, in der Musikhalle zu Liverpool. Eine Denkschrift an Lord Palmerston wurde beschlossen. Hr. Cobden hat den naiven Gedanken — wenn man's nicht anders nennen will — ausgeführt eine lange Zuschrift an den österreichischen Minister des Innern zu richten, worin er zur Milde und Mäßigung ermahnt, und Haynau mit Alba vergleicht! — Nord- und südamerikanische Posten sind eingelaufen, ohne erhebliche Neuigkeiten.

Frankreich.

Paris, 19 Nov.

Dießmal hat der Constitutionnel Recht gehabt. Die Ernennung des Hrn. de la Hitte zum Gesandten in Berlin ist, ohne daß derselbe seine Gesandtschaft je angetreten hat, durch Decret vom 17 zurückgenommen und ihm das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten übertragen.

Er selbst hatte auf diese neue Ehre so wenig gerechnet daß er schon Abschiedsbesuche gemacht hatte. Uebrigens ist von Abberufung des Hrn. de Lurde aus Berlin, welchen Hr. de la Hitte hätte ersetzen sollen, bis jetzt nichts bekannt. Die Blätter lassen noch mehrere Veränderungen im diplomatischen Corps erwarten. Hr. v. Salignac-Fenelon, erster Legationssecretär in Bern, soll als Gesandter nach Hamburg und Hr. de la Cour, früher Geschäftsträger in Wien, als Gesandter nach Stuttgart kommen. Die HH. de Lagau und de Fontenay, welche diese beiden Gesandtschaftsposten bisher inne hatten, sollen pensionirt seyn.

Der Cassationshof hat am 14 Nov., nachdem der Staatsgerichtshof am Tag zuvor den Juniusproceß erledigt hatte, durch Scrutinium den Staatsgerichtshof für 1850 ernannt. Es sind die HH. Rocher, Hardoin, Bataille, Hello, Delapalme als Titularmitglieder, und die HH. Legagneur und Laborie als Suppleanten. Die fünf erstern saßen das letztemal schon im Staatsgerichtshof, und nicht wiedergewählt wurden nur die HH. Berenger und de Boissieu, jener weil der Cassationshof entschieden hatte daß der Staatsgerichtshof selbst seinen Präsidenten zu bestellen habe, dieser wegen seiner Vorauserklärung jede Candidatur abzulehnen.

Ein Hauptgegner des Deportationsgesetzes ist der National, er unterstützt seine Opposition durch einige Betrachtungen die Hrn. L. Bonaparte zum Nachdenken auffordern müssen. Indem er vorausschickt daß eine Deportation nach einer Himmelsgegend in welcher die Malaria in dem Maße herrscht wie auf den Comoren, soviel sey als die Herstellung der von der Republik abgeschafften Todesstrafe wegen politischer Ursachen, bemerkt er: „die Majoritäten und die Fluthen wechseln. Auch Bonaparte als erster Consul ließ nach der Insel Anjouan, die ganz in der Nähe von Mayotte liegt, eine große Zahl Republicaner deportiren, welche seiner monarchischen Usurpation im Wege gestanden wären. Sie sind daselbst in kurzer Zeit alle gestorben. Zwölf Jahre später ist der Kaiser Napoleon für einen Feind der socialen Ordnung in Europa erklärt, nach der Insel St. Helena deportirt worden, und nach 5 Jahren als Opfer des Klima's daselbst gestorben." Und wie nahe liegt der Gedanke der dem National ohne Zweifel vorschwebt, den er aber unterdrückt, was wohl dem Prinzen Ludwig Bonaparte, als er zweimal der Juliusregierung in die Hände fiel, begegnet seyn würde wenn man damals einen solchen Deportationsort gehabt hätte? Wenn man auch einen Prätendentenversuch hingehen ließ, so würde man gegen den Rückfälligen schwerlich so nachsichtig gewesen seyn, wie ja auch der Präsident Bonaparte bei Amnestirung der Juniusinsurgenten die Rückfälligen (repris de justice) ausgenommen hat. Hr. L. Bonaparte, wenn er auch nicht mehr als „legitimer Chef" sondern als erster Magistrat auftritt, hat doch keinen größern Wunsch als sich der Gewalt auf bleibende Weise zu versichern, aber da könnte er leicht mit der Verfassung in einen Conflict kommen, in welchem er nicht unterliegen dürfte ohne des Attentats schuldig zu werden, das man ihn dann — wie andere gefallene Revolutionsgrößen — in jenem überseeischen Exil büßen lassen könnte. Die hayti'sche Kaiser-Caricatur, welche Charivari in täglichen Illustrationen dem Publicum vorführt, kann wenigstens in Paris die Napoleonischen Actien nicht in die Höhe treiben.

In der Reform des Arbeitercoalitionsgesetzes, welcher die Nationalversammung in zweiter Berathung die ganze Samstagssitzung gewidmet hat, ist die Aufgabe eine Ungleichheit der Gesetzgebung zu beseitigen. Coalitionen können entstehen um den Lohn herabzudrücken oder zu erhöhen, jene von den Arbeitgebern, diese von den Arbeitnehmern, aber während das Gesetz eine Coalition in dem letztern Sinn schlechthin mit Strafe belegt, wird eine in dem ersten Sinn nur dann als Vergehen geahndet wenn sie „auf ungerechte und mißbräuchliche Weise" jenen Zweck ins Werk setzt. Die Commission schlägt nun einfach vor: den Beisatz injustement et abusivement wegzulassen. Gegen diese Fassung erhoben sich mehrere Abänderungsvorschläge. Zuerst, und darüber entstand eine lange Debatte, der von Hrn. Morin: „Bestraft sollen mit Gefängniß von 6 Tagen bis zu 3 Monaten und einer Buße von 16 bis zu 3000 Fr. diejenigen werden welche bewirkt haben oder versucht haben zu bewirken eine Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne, durch Drohungen, Gewaltthätigkeit oder andere collective oder individuelle Einschüchterungsmittel." Diesem System wurde zum Vorwurf gemacht daß damit indirect das Vergehen der Coalition aus dem Strafgesetzbuch gestrichen und nur die zum Behuf einer Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne angewendeten Drohungen und Gewaltthätigkeiten strafbar bleiben würden. Der Antrag wurde mit 393 gegen 203 Stimmen verworfen. Ein zweiter Abänderungsvorschlag, von den HH. Wolowski und Valette, griff die Sache von der entgegengesetzten Seite an als die Commission; er will daß die Strafjustiz gegen Arbeitgeber wie gegen Arbeitnehmer nur dann einschreite wenn die Mittel eine Erhöhung oder Erniedrigung der Löhne zu erzielen ungerechte oder mißbräuchliche seyen. Die Coalition wäre also wieder nicht an sich strafbar, sondern nur nach Maßgabe der Mittel der sie sich bedienen würde, dann aber bei Arbeitgebern ebenso wie bei Arbeitnehmern. Ueber diese Fassung kam man zu keinem Schluß, und die Verhandlung wurde auf Montag vertagt. Der ganze Gegenstand, so wichtig er ist, hatte die Aufmerksamkeit nur in geringem Grad gefesselt, die Redner hatten trotz der Ermahnungen des Präsidiums beständig mit dem Geräusch der Privatunterhaltungen zu kämpfen, so daß einmal zur großen Erheiterung der Versammlung die Bemerkung fiel man sollte eigentlich lieber von der Coalition der Plauderei sprechen. Ein französisches Parlament ist jetzt ein sonderbares Ding, es enthält nicht mehr die Elite einer gebildeten Nation, sondern mitunter Elemente der rohesten Unwissenheit und Barbarei. Einmal hatte ein Mitglied sich auf Montesquieu berufen wollen, war aber auf Widerspruch gestoßen bei der äußersten Linken, von wo aus man ihm zurief: das ist ein Feudalaristokrat gewesen. Das fehlte uns noch, rügte Präsident Dupin: den Montesquieu auszischen!

In der Nationalversammlung wurde heute die Coalitionsfrage wieder vorgenommen, ohne daß die Berathung bis Abgang der Post ein bedeutendes Resultat hatte. Hr. Peter Bonaparte, Oberstlieutenant in der Fremdenlegion, ist wirklich nach Paris zurückgekehrt und hat seinen Sitz wieder eingenommen. In einem Schreiben vom 18 (in der Patrie) gesteht er daß er seinen Posten eigenmächtig verlassen hat, aber er behauptet als Volksrepräsentant darüber niemand Rechenschaft schuldig zu seyn. Ich hatte überdieß, setzt er hinzu, Zaatscha verlassen mit dem formellen Befehl des Generals Herbillon mich zu dem Generalgouverneur zu begeben um die Ankunft von Verstärkungen zu beschleunigen, und weil ich sie unterwegs traf, bin ich direct über Philippeville zurückgekehrt, statt über Algier zu gehen.

Der berüchtigte Abbé Delacolonge, seit vielen Jahren im Bagno zu Brest, ist am 11 Nov. gestorben.

♂ **Paris**, 16 Nov. Die Vorschläge des Finanzministers sind harte, aber unabweisbare Nothwendigkeiten, und es zeugt von dem unvertilgbaren Blödsinn der socialistischen Opposition wie von dem verstockten Haß ihrer klügeren Bundesgenossen daß sie Männern die noch nichts gethan um die Republik herbeizuführen, die Wahl von Auskunftsmitteln, die doch nur durch das von der Republik angestellte Unglück veranlaßt wurden, oder die Rückkehr zu Hülfsquellen vorwerfen auf deren Fortgenuß Frankreich durch die Thorheit einiger wohlmeinenden Utopisten und die Bosheit giftiger Demokraten gegen die gesetzgebende Versammlung gerade in dem Augenblick hatte verzichten müssen in dem es sie am allernöthigsten brauchte. Die Constituante hat nur wenige Tage vor ihrer Beerdigung die Getränkesteuer abgeschafft, und viele Mitglieder dieses eine Zeitlang allmächtigen Senats wurden, sie gestehen es selber ein, zu diesem Votum von dem Gedanken bestimmt: man müsse sie die monarchischgesinnte Legislative, in der sie auch außerdem nicht sitzen sollten, in Verlegenheit bringen, indem man eine Auflage abschaffe deren Ertrag der Schatz nicht entbehren könnte, deren Wiederherstellung aber in dem Lande, und zumal in den weinbauenden Gegenden, das heißt in fast neun Zehntheilen des Landes eine große Unzufriedenheit verursachen und die Popularität, die Wiedererwählung derjenigen Mitglieder welche für eine solche Maßregel stimmen würden, ernstlich gefährden müsse. Diese teuflische Berechnung mag wohl nicht allenthalben durch die Verhältnisse bestätigt werden, aber für wenigstens zwanzig Departemente ist sie vollkommen richtig, und der letzte Wahlsieg des Bergs in der sonst so gutgesinnten Gironde hat hauptsächlich in diesem Umstand seinen Grund. Einem durch den Betrieb großartiger Eisenwerke und die Bewirthschaftung von Minen bekannt und bedeutend gewordenen Ligitimisten war einen Moment lang das Finanzministerium zugedacht worden, und gestern äußerte sein Neffe sich: er sey recht froh daß sein Oheim nicht Minister geworden; er hätte dasselbe thun müssen was Fould gethan, und da hätten ihm sicherlich die Bauern der Nièvre, bei dem nächsten Spektakel, seine sämmtlichen Schlösser — und er hat deren nicht wenig — bis auf den letzten Stein zusammengebrannt. Hr. Achilles Fould hat also, indem er die Wiedereinführung der Getränkesteuer beantragte, hohen Muth und seines gefeierten Vornamens würdig sich gezeigt. Der Präsident der Republik hat seinerseits alle die Verleumdungen, die ihn als einen eigennützigen Bewerber um die leidige Volksgunst darstellten, energisch Lügen gestraft. Erst hat er die Minister die ihn zu einem bloßen Gliedermann herabwürdigen wollten (so wenigstens lautete die Beschwerde), verabschiedet, und zugleich im Angesichte Gottes und Europa's seinen Antheil an der Verantwortlichkeit, den ihm die Verfassung zugesteht, feierlich gefordert, und jetzt läßt er durch einen neuen Minister, den jedermann für seine Schöpfung und sein Werkzeug hält, einen Plan vor das Parlament bringen der weise, der nothwendig ist, der aber auch noth-

wendig unpopulär ist. Wenn das nicht muthig handeln heißt, dann haben die Wörter den Sinn nicht mehr den sie hatten als ich mein Deutsch erlernte.

Italien.

Neapel. Wie der Araldo meldet, hat der König für 1850 eine Aushebung von 18,000 Recruten angeordnet.

Turin, 17 Nov. Ein Extrablatt des Risorgimento meldet: „Kaum war heute die Lesung des Protokolls über die gestrige Sitzung der Deputirtenkammer beendigt, so bat der Minister des Innern um das Wort, bestieg die Tribüne und verlas ein königl. Decret durch welches die Session auf den 29 d. M. vertagt ist. Kaum die Hälfte der Deputirten war anwesend, und man ging stillschweigend auseinander. Diese Maßregel gibt zu mancherlei Vermuthungen Anlaß; viele erwarten, in Anbetracht der Antecedentien, eine Kammerauflösung. In diesem Fall, heißt es, würden die Wahlcollegien so schnell als möglich berufen werden, und die Eröffnung der neuen Kammer im kommenden December stattfinden. Die Stadt ist vollkommen ruhig; man vertraut auf die Redlichkeit des Königs und der Minister, und ist überzeugt daß der Integrität unserer freien Institutionen keine Gefahr drohe." Es war in den letzten Tagen eine, wenn schon zwecklose, doch heftige Verhandlung über den Friedensschluß vorhergegangen. Namentlich ein Hr. Jacquemond aus Savoyen warf der Regierung vor: sie habe sich bei Novara gern schlagen lassen, und Frieden gemacht während sie den Krieg hätte fortsetzen können.

Schweiz.

*† **Genf,** 17 Nov. Durch die ganze Genfer Geschichte, im Mittelalter, in der Reformationsepoche, in der Contagion der französischen Revolution, in neuerer und neuester Zeit geht ein blutiger Faden von Gewaltthätigkeiten, die bald von der Regierung, bald vom Volke geübt wurden. Noch vor drei Jahren, am 7 Oct., 1846 griff eine übrigens milde und väterliche Regierung zu einem ganz unnöthigen Gewaltschritt, zu der Kanonade auf die Barricaden der Rhonebrücken, wobei manche Menschenleben diesseits und jenseits des Stroms untergehen mußten und die Insurrection erst recht zur Herrschaft kam. Es ist schwer zu erklären woher diese Gewaltthätigkeit bei einem kleinen, sonst ruhigen, nüchternen, rechnenden, der Industrie und dem Handel ergebenen, vielfach gebildeten Volk kommt? Ich suche sie in der Enge und Kleinheit Genfs, einer vielbewegten Stadt von fast dreißigtausend Einwohnern, fast ohne Gebiet, wo sich Ansichten, Interessen und Parteien, also auch politische, dicht aneinander drängen und in dieser immerwährenden Friction blutig reiben; hätte Genf ein verhältnißmäßiges Gebiet, wie Bern, so fände diese immerwährende Reibung auf engem Raume nicht statt; außerdem sind Industrievölker immer zu Gewaltschritten geneigt. Andere klagen zur Erklärung den republicanischen Zustand an, den jahrhundertlangen Unwillen und Kampf der Demokratie gegen die Aristokratie, wodurch die blutige Streit- und Mordlust ins Genfer Blut gedrungen und auch darin geblieben sey als keine herrschende und drückende Aristokratie mehr, allenfalls nur die Aristokratie der Bürgertugend, der Einfachheit, Sittenreinheit, der Kenntnisse und Uneigennützigkeit in den obern Familien herrschend geblieben war. Dem sey nun wie ihm wolle, soviel ist gewiß daß die Gewaltthätigkeit noch in vollem, mittelalterlichem Schwung bei uns ist. Von ihr hatten wir vor einigen Tagen wieder ein empörendes Beispiel. Unter den in Wort und That eifrigsten und leidenschaftlichsten Demokraten und Radicalen Genfs stand vor der October-Revolution 1846 der Dr. Baumgartner, ein tüchtiger Arzt und Wundarzt; er war Mitglied aller gegen die vorige Regierung arbeitenden Vereine, Verfasser einer Menge Flugschriften, selbst sehr leidenschaftlicher, als Wundarzt noch sehr thätig an jenem Octobertag. Unmittelbar nachher aber überwarf er sich mit seiner Partei und ging — er sagt aus Ueberzeugung — zu den Conservativen über, eine Stellung in der er eine Menge witziger, bitterer, leidenschaftlicher und schneidender Zeitungsartikel und Flugschriften gegen seine frühern politischen Genossen herausgab. Darin trat besonders sein persönlicher Haß gegen James Fazy, das Haupt der neuen Regierung hervor, eine leidenschaftliche Haltung die kein Unparteiischer billigen konnte. Dr. Baumgartner aber glaubte besonders auf diesem Weg persönlichen Angriffs der Sache seiner neuen Partei für den Umsturz des Radicalismus und seiner Regierung wirken zu müssen, um, wie er sagte, sein früheres schweres Unrecht wieder gut zu machen. Dieß Wirken zog ihm natürlich den bittern Haß und eine Menge anonymer Drohbriefe von seinen ehemaligen Genossen zu; diese las er jedoch nicht, ging aber nie unbewaffnet aus. Bei der Annäherung des Zeitpunktes wo das Conseil général, d. h. alle Wahlfähigen des Volks, über die Beibehaltung der bisherigen Regierung oder über die Wahl einer neuen entscheiden sollte, wirkte er durch Flugschriften und sonst nach allen Seiten auf das Thätigste, ging mit offenbarer Gefahr in der Stadt und auf dem Lande umher um Stimmen für eine neue conservative Regierung zu gewinnen. Es begann auch ein widriger Injurienproceß auf James Fazy's Klage gegen ihn, mit hämischen Persönlichkeiten, wodurch der Dr. Baumgartner die Wiedererwählung seines Gegners unmöglich zu machen suchte. Am Wahltag des 12 Nov., wo — wie ich Ihnen am 13 schrieb — nur durch die radicalen Wahlumtriebe aller Art die Conservativen unterlegen haben sollen, was jedoch von den Radicalen widersprochen wird, wo sich aber auf jeden Fall eine überraschende Stärke des Radicalismus zeigte und ihm auch wohl ohne alle Umtriebe eine geringe Majorität bei der Abstimmung verschafft haben würde, am 12 Nov. ging der Dr. Baumgartner erst Abends gegen 9 Uhr in die St. Peterskirche wo die Wahlzettel abgegeben wurden, gelangte auch ohne alles Hinderniß zur Wahlurne, wo er sein Bülletin hineinwarf und wieder aus der Kirche gehen wollte. Da aber schrie's auf einmal: **Le voilà . . ., Voilà Baumgartner . . ., à la mort . . ., à l'eau . . ., à l'eau, à la mort!** Eine dichte Masse von stämmigen jungen Männern drängte sich um ihn, schlug ihn mit Fäusten, riß ihm in einem Augenblick Mantel, Kleider, Halsbinde und Weste vom Leibe, und suchte ihn mit Gewalt zur Kirche hinauszudrängen, wahrscheinlich um ihm draußen in der Dunkelheit den Garaus zu machen, um das Lynch-Gesetz an ihm zu vollziehen. Glücklicherweise warf sich der Staatsrath B. Decrey mit aller Macht dem wüthenden Haufen entgegen, drang durch ihn, deckte den armen todbleichen Doctor mit seinem Körper, ihm halfen noch einige andere Männer. Dr. Baumgartner, mehr todt als lebend, wurde zuerst in die Sacristei der Kirche gebracht. In diesem Augenblick unternahm das wüthende Volk einen neuen Sturm, um durch die Haupt- und Nebeneingänge der Kirche einzudringen; da warf sich ihnen der Staatsrath James Fazy mit Kraft entgegen, sprach energische Worte zu ihnen und es gelang ihm endlich, nicht ohne große Mühe und einige Gefahr, den wilden Haufen von weiterem Sturm abzuhalten. Die zur Ordnung in der Kirche aufgestellten Jäger waren viel zu schwach ihn zu hindern. Das wilde Volk zündete nun vor der Kirche ein Feuer an, und da es den modernen Servet selbst nicht verbrennen konnte, so warf es unter entsetzlichem Geschrei seine Kleider in die Flammen; dabei rissen sie sich begierig um die wenigen noch übrigbleibenden Fetzen um sie in kleinen Stücken als Andenken aufzubewahren, eine neue Art Reliquien, nicht Reliquien der Liebe und der Verehrung, sondern der wildesten politischen Rache! Indessen wurde der Dr. Baumgartner aus der Sacristei in das nahe Evêché-Gefängniß hinübergerettet, wo er wieder ganz zu sich kam. Hier erschien James Fazy, und nun endigte dieß morddrohende Drama mit einer schönen Scene. Dr. Baumgartner dankte seinem politischen Feinde, den er noch vor kurzem so leidenschaftlich angegriffen hatte, für den Eifer den er so eben für seine Rettung und Sicherung gezeigt hatte, und reichte ihm die Hand, James Fazy ergriff sie und sagte dabei: Je n'ai fait que mon devoir. Erst nach Mitternacht, als sich die wilden Haufen verlaufen hatten, fuhr der Staatsrath Decrey den Dr. Baumgartner in sein Landhaus außerhalb des Cornavin-Thors. So groß und vielfach war an diesem Tag der Sieg der Radicalen! Zuerst glänzende Wiederernennung ihrer Regierung durch eine große Majorität, dann die Lebensrettung ihres bittersten Feindes nicht etwa durch dessen Freunde und politische Genossen, sondern durch sie selbst, durch seine oft und heftig von ihm angegriffenen Feinde, durch die Häupter der Radicalen, ferner James Fazy's würdige Rache an seinem heftigen Widersacher und zuletzt die Verhütung eines Mords, der unstreitig ein sehr nachtheiliges Licht auf den Genfer Radicalismus geworfen hätte, ja wahrscheinlich von den Conservativen als einverstanden mit der Regierung betrachtet worden wäre. Unter so glücklichen Auspicien begann die neue Regierung, die auf jeden Fall mit erschöpften Finanzen, mißglücktem Anlehen und dem feierlichen Versprechen keinerlei neue Steuern und Abgaben dem Volke aufzuerlegen, vielleicht auch unter Gefahr naher Irrungen mit ihrer eigenen, heftig aufgeregten Partei, einen sehr schweren Stand haben dürfte. Wird es ihr gelingen glücklich zwischen diesen Klippen und Strudeln hindurch zu schiffen? Auf jeden Fall müssen sich die Conservativen Glück wünschen zu ihrer Niederlage, denn ihre mit geringer Majorität aus der Wahlurne hervorgegangene Regierung wäre bei der großen radicalen Opposition im Großrath und im Volke in sehr schwierigen, vielleicht unüberwindlichen Verhältnissen gewesen, sie hätte sich wahrscheinlich gar nicht gegen solchen Wogendrang halten können.

Die Baseler Zeitung sagt über die unglücklichen Zustände in Luzern, das seit langen Jahren bloß einen Wechsel des Terrorismus kennt, jetzt von den Radicalen, dann von den Ultramontanen geübt: „Einer unsrer Correspondenten, ein Mann den wir als glaubwürdig und gemäßigt kennen gelernt haben, schreibt uns unter anderm: „Unser Kanton befindet sich in einer höchst unglücklichen Lage. So lange ich mich entsinnen mag, ist die Erbitterung des Volkes nie auf einen solchen Grad gestiegen gewesen. Ich habe dieses schon lange vorausgesehen. Es folg-

ten nichts als Einstellungen, Einkerkerungen, Strafurtheile gegen die einflußreichsten und angesehensten Volksmänner. Ich habe immer auf mildere und billigere Gesinnungen der Conservativen hinzuwirken, dabei aber Muth und Ausdauer einzuflößen gesucht, und beides nicht vergeblich. Vergebens aber hofft man auf Billigkeit von der andern Seite; es muß einer unbedingt ins Horn der Freischaarenpartei blasen, d. h. allem Rechts- und Billigkeitsgefühl entsagen, sonst wird er nicht gehört." Wir finden uns deßhalb in peinlicher Lage; wir möchten so gern den schwer gedrückten Gemüthern Anlaß geben ihrem Schmerze, ihrer Entrüstung Luft zu machen, ihre Klagen vor der ganzen Eidgenossenschaft vorzubringen; wir möchten so gern mit der ganzen Kraft der Wahrheit auftreten zu Gunsten des schwer verletzten Rechtes: wir würden damit nur eine wenn auch schwere Pflicht der Presse erfüllen. Aber uns hält das Bedenken zurück ob wir bei solcher Stimmung der Gemüther nicht fürchten müssen Oel ins Feuer zu gießen, ohne damit weder geschehene Frevel ungeschehen zu machen noch auch Abhülfe zu erzielen. Um keinen Preis möchten wir zur Steigerung der schon so sehrerglühten Leidenschaften beitragen. So treibt uns die eine Pflicht voran, während die andere uns zurückhält. Wir wollen uns deßhalb nicht übereilen, sondern der ruhigsten gewissenhaften Ueberlegung Raum geben. Unsre Freunde im unglücklichen Kanton Luzern bitten wir um fernere Mittheilungen, ob wir auch nicht sofort Gebrauch davon machen, und bemerken dabei nur daß auch (obschon wir keinen Grund zur Beschwerde haben) Vorsicht in Bezug auf die Post nicht schaden dürfte. Unsers lebhaftesten Mitgefühls seyen Sie versichert, und daß uns die Luzerner Polizei nicht abhalten wird alles zu sagen was wir im Interesse der Sache zu sagen für gut finden werden. Die Wahrheit wird an den Tag kommen, aber sie darf nicht durch das Brennglas der Leidenschaft auf den zündbaren Stoff fallen!

Neuenburg. Am 13 Nov. fanden in dem sehr royalistischen Orte La Sagne Demonstrationen im Parteisinne statt, d. h. Schüsse mit Feuergewehren, dafür hat nun die Gemeinde eine Compagnie Scharfschützen als Execution. Der Neuchatelois bemerkt: unter der royalistischen Regierung hätten alljährlich ähnliche Demonstrationen im republicanischen Sinne stattgefunden, welche die Regierung an den Urhebern strafte, aber wegen deren sie nie gegen ganze Gemeinden Occupation verhängte.

Türkei.

Wien, 19 Nov. Die mit der letzten Post angelangten Nachrichten aus der türkischen Hauptstadt lauten sehr friedlich. Das „Journal de Constantinople" vom 4 Nov. gibt in seinem Leitartikel einen Auszug der officiellen „Petersburger Zeitung," worin die feierliche Audienz des Fuad Effendi bei dem russischen Kaiser gemeldet wird, und begleitet diese Schilderung mit einigen sehr beruhigenden Bemerkungen. Es wird darin behauptet daß die obwaltenden Differenzen in der Flüchtlingsfrage niemals ernster Natur gewesen, und dieselben nur aus einer irrthümlichen Auslegung des zweiten Artikels des Vertrags von Kutschuk Kainardschi hervorgingen. Nachdem man diesen Irrthum erkannt, seyen die Widdiner Flüchtlinge, deren vorzüglichste Persönlichkeiten sich bereits seit mehrern Tagen zu Schumla befinden, ganz einfach in das Innere des Reichs versetzt worden und die Sache sey hiemit ausgeglichen. Das „Journal de Constantinople" sagt ferner daß die friedlichen Absichten der österreichischen Regierung ohnedieß bekannt wären, und daß die definitive Antwort derselben ohne Zweifel mit jener des St. Petersburger Cabinets übereinstimmen werde. Man könne daher diese Angelegenheit als beendigt und die diplomatische Verbindung zwischen der Pforte und den beiden Mächten als wiederhergestellt betrachten. Dieselbe Nummer vom 4 Nov. bespricht auch den bekannten, von Kossuth an Lord Palmerston gerichteten Brief aus Widdin. Das officielle Organ der Pforte widerlegt die von Kossuth gemachte Anklage als ob die ungarischen Flüchtlinge von Seite der türkischen Behörden einen Gewissenszwang zu erdulden gehabt hätten. Zufolge den neuesten Nachrichten aus Athen hat die griechische Regierung eine Note aus St. Petersburg erhalten, worin das russische Cabinet auf eine sehr energische und beinahe drohende Weise gegen die von griechischer Seite geschehene Aufnahme und gütige Behandlung politischer Flüchtlinge Protest einlegt. (Oſtd. P.)

△ **Belgrad,** 15 Nov. So eben langte hier ein Courier an, der uns definitive Nachrichten über die Forderungen Rußlands und Oesterreichs in Bezug auf die Flüchtlinge brachte. Rußland will die Ausweisung aller polnischen Emigranten, Oesterreich verlangt die Internirung derselben. Die Pforte will sich weder der einen noch der andern Forderung fügen *) und harrt auf den Ausspruch und den Bescheid Frankreichs und Englands. Nun ist es an General d'Aupick die Entscheidung zu geben. Die Frage ist insofern gelöst als selbe sich nicht mehr um die factische Auslieferung der Emigranten dreht, doch bietet dieselbe noch immer hinreichenden Stoff zu Zwistigkeiten.

* Man schreibt uns aus **Athen** vom 13 Nov.: Zuverlässigen Nachrichten zufolge aus Konstantinopel hat die englische Flotte unter Admiral Parker die Dardanellen mit Erlaubniß der Pforte passirt.**) Die französische Flotte ist vor wenigen Tagen auf der Höhe von Syra vorbeigesegelt, hat aber dem Ansinnen Englands sich unter dem Befehl des englischen Admirals mit dem englischen Geschwader zu vereinigen nicht entsprochen, sondern in der Nähe von Smyrna sich gesammelt. Von allen Seiten des Mittelmeerbeckens ziehen die englischen Schiffe gegen Tenedos hin, wo sie sich sammeln.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 19 Nov. Consols 93 7/8; Bank Stock 199.

Paris, 19 Nov. 3proc. 56.75; 4 1/2proc. 79; 5proc. 89.55; Schatzsch. 4 1/2; Bankactien 2385; belg. 5proc. 95 1/2; Anleh. v. 1842 95 3/4; 4 1/2proc. 86 3/4; österr. Loose v. 1834 390; neap. 5proc. 90 50; röm. 82; span. 3proc. 35 1/2; innere Schuld 27 3/4; piem. 5proc. 83; Obl. v. 1834 970; v. 1849 880; Paris-Orleans E.-B. 740; Rouen 527.50; Straßburg 358.75; Nordbahn 440; Rouen-Havre 233.75; Marf.-Avignon 216.25; Straßb.-Basel 102. 50; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 397.50; Tours-Nantes 280.

Amsterdam, 19 Nov. 2 1/2proc. 53 7/16; 3proc. 62 15/16; 4proc. 82 3/8; Metall. 5proc. 83 1/4; Ard. 12 1/4. Curs auf London 12.05 f. S. Curs auf Hamburg 34 7/8 f. S.

Augsburg, 22 Nov. (5 fl. K. Conv. = 6 fl. i. 24 1/2 fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83 5/8 G. Hamburg 1 M. 73 1/4 P. Wien in 20ern 1 M. 91 5/8 P. Triest 1 M. 91 5/8 P. Frankfurt a. M. 1 M. 99 7/8 P. Nürnberg 1 M. 99 5/8 G. Berlin 1 M. 105 1/8 P. Leipzig 1 M. 105 1/8 P. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10.5 P. Paris 1 M. 118 3/4 P. Lyon 1 M. 118 5/8 P. Marseille 1 M. 118 1/2 P. Mailand 1 M. 60 1/8 P. Genua 1 M. 51 3/4 P. Livorno 61 P.

Augsburg, 22 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100 1/4 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 1/2 P. Bankactien II Sem. 1100 P. Württem. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 21 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87 5/8; Bankactien 1300 P.; preuß. Staatsschuldsch 88 1/2; bayer. 3 1/2proc. Obl. 83 1/4; Ludwigsh.-Berbach 84 1/2; württemb. 3 1/2proc. 81 1/8; 4 1/2proc. 94 1/4; bad. 5proc. 98; 3 1/2proc. 78 1/8; darmstädt. 3 1/2proc. 81 5/8; 4proc. 88 1/2 P.; 4 1/2proc. 93 3/8; naff. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/2; Frankf. 3proc. 78; 3 1/2proc. 92 1/2, 88 1/4; Disc. 2 P.

♀ **Wien,** 20 Nov. In Fonds und Eisenbahnactien herrschte heute im ganzen wenig Verkehr und Veränderung, und schlossen die anfangs etwas matteren Curse zu Ende wieder fester zur Notiz. Mailänder- und Pesther-Actien waren auch heute ziemlich begehrt. Hingegen stellten sich der Wechselcurs auf fremde Plätze sowie Comptanten abermals höher und wurden von Devisen besonders Augsburg, Hamburg Amsterdam und London bis über Notiz bezahlt. Augsburg war bis 109 1/2, Amsterdam bis 153, Hamburg bis 161 1/2, London bis 11.3 bezahlt. Das Goldagio hob sich bis 15 1/2, und das Silberagio bis 9 1/2 Proc. Die Umsätze waren übrigens in allen Effecten nicht sehr belangreich. — Die Eröffnung der Pesther Kettenbrücke ist nun definitiv auf den 22 d. M. festgesetzt. — Die heutige französische und englische Post war beim Schluß der Börse noch nicht eingetroffen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94 3/8–94 1/2, 4 1/2proc. (neues Anlehen) 84–84 1/16, Loose vom J. 1834 169–170, Loose vom J. 1839 116–116 1/2, Bankactien 1173–1175, Nordbahnactien 108 1/4–108 3/8, Gloggnitzer 109–110, Mailänder 80 1/4–80 1/2, Pesther 79 3/4–80. London (f. S.) 11–11.1, Hamburg 161 G., Augsburg uso 110 P., Frankfurt 100 1/4 G., Amsterdam 152 1/2–153, Mailand 98 3/4–99, Livorno 106 1/2 G., Genua 124 3/4–125, Paris 129 1/4 P., Marseille 129–129 1/4. Goldagio für kais. Münzducaten 15 1/4, Silberagio 9 1/4–9 3/8 Proc.

*) In Betreff der Internirung hat sie sich ja bereits gefügt.

**) Nach einer Correspondenz des Constitutionnel vom 5 Nov. ist Parker mit einem Ferman versehen, am 3 Nov. eingelaufen, und hinter dem zweiten Schloß, bei der Barbierospitze vor Anker gegangen.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

A. v. Humboldt in ein Weimar-Album.

In dem großherzoglichen Schloß zu Weimar sind bekanntlich vier Zimmer, mit herrlichen Wandgemälden geschmückt, dem Andenken von Goethe, Schiller, Wieland und Herder gewidmet. In eines dieser Zimmer hat die Frau Prinzessin von Preußen ein prachtvolles Album gelegt, welches Autographen jener großen Männer enthält. Die erste Seite des Buchs ist zu einem Vorwort von Alexander v. Humboldt bestimmt, das wir hier mittheilen: „Wie das Leben der Natur den periodischen Wechsel üppigen Gedeihens und gehemmter Entwickelung darbietet, so wechseln auch die Geschicke im geistigen Leben der Menschheit. Bald stehen vereinzelt, durch Zeit und Raum getrennt, die großen Gestalten welchen die späteste Nachwelt Bewunderung zollt; bald zeigt uns die Geschichte dieselben an einander gedrängt, in befruchtender Nähe Licht und Wärme um sich verbreitend. Was diese ungleiche Vertheilung wohlthätiger Elemente, was ein gleichzeitiges Aufkeimen edler Geistesblüthe begründet, bleibt unserer Forschung fast gänzlich verhüllt. Zufall nennt es die frevelnde Menge. Es mahnt vielmehr die Erscheinung an jene ewigen Lichter der Himmelsräume, von denen die größeren bald einsam zerstreut wie Sporaden im ungemessenen Meere, bald anmuthig in Gruppen vereinigt den frommen Sinn des Menschen anregen, ahnungsvoll ihn auf des Ewigen unerkannten Weltplan, auf noch unergründete Weltgesetze hinleiten. Liegt aber das gleichzeitige Auftreten großer Geister außerhalb des Bereiches jeglicher irdischen Macht, so ist dem nicht so in der räumlichen Vereinigung und dem Zusammenwirken der Kräfte. Es gewährt einen erhebenden Anblick ein edles Herrschergeschlecht mehrere Generationen hindurch hochherzig von dem Gedanken beseelt zu sehen durch jene Annäherung nicht bloß den Ruhm der Heimath oder den eigenen Genuß des Lebens zu erhöhen, sondern auch durch eine der Annäherung innewohnende begeisternde Macht den schaffenden Genius zu einem kühneren Flug anzuregen. Dem Andenken an einen solchen Einfluß auf Erweiterung und Verschönerung der freien Gedankenwelt, auf den Ausdruck zarter Empfindung, auf die Bereicherung der Sprache (eines Products des Geistes in welchem der Volkscharakter, das Zeitbedürfniß und die individuelle Färbung sich spiegeln) sind finnig diese Blätter gewidmet. Sie vergegenwärtigen, wie der künstlerische Schmuck der umgebenden Räume, einen Glanzpunkt in der Geschichte des geistigen Lebens der Deutschen. Sie mögen erhalten und nähren was die Völker veredelt; neben der Bewunderung intellectueller Größe ein lebendiges Dankgefühl, dem Andenken derer gezollt die gastlich in milder, freundlicher Einfachheit der Sitte Fürstengröße in dem Zauber fanden welchen sie in so reichem Maße selbst hervorgerufen. Wenn nach vielen Jahrhunderten die hier heimischen Gesänge wie Stimmen aus der Vorwelt ertönen, wird ihre ungeschwächte Kraft noch erfrischend, belebend und bessernd auf die spätesten Geschlechter wirken!"

Die Nordpol-Expedition.*)

† Ein englisches Blatt theilt über die unter Capitän Roß zur Erforschung des Capitäns Franklin ausgelaufene Expedition folgendes mit: Die Mannschaft der beiden Schiffe „Enterprise" und „Investigator" ist in bestem Gesundheitszustand und scheint nicht gelitten zu haben. Von der Stunde ihrer Ankunft im Leopoldshafen an ließen beide Schiffe Morgens und Abends Raketen steigen und brannten blaufarbige Feuer. Während der langen und langweiligen Wintertage gingen die Matrosen mittelst Fallen auf den Fuchsfang; sie fingen über hundert dieser Thiere, die sie wieder in Freiheit setzten nachdem sie ihnen Halsbänder von Bärenhaut umgebunden, auf welchen die Namen der Schiffe und Capitäne der „Enterprise" und des „Investigator" standen und Höhe und Breite ihres augenblicklichen Standes. Mehrere dieser Füchse wurden wieder gefangen und an diesen Zeichen erkannt, oftmals rannten bis drei und vier an einem Tag in die Fallen. Sir James Roß und seine Begleiter welche die Fußreise zur Entdeckung des Sir Franklin und der Officiere des „Erebus" und des „Terror" unternahmen, haben fürchterlich ausgestanden; ihr Zug dauerte 39 Tage; 22 Tage mußten sie auf warme Speisen verzichten. Die Trümmer der „Fury" wurden in gutem Zustande befunden; Erbsen, Mehl und andere Vorräthe waren unbeschädigt, das Schiffsbrod aber ungenießbar geworden. Auf dieser Reise hatten die kühnen Unternehmer nicht selten bis zu den Hüften Schnee; viele von ihnen die nicht weiter konnten, mußten in erbärmlichem Zustand auf Schlitten nachgeschleppt werden. Seit dem Auszug der Expedition aus Woolwich hat jedes der beiden Schiffe drei Mann eingebüßt, und von der „Enterprise" erlag auch der Hülfswundarzt. Die einzige in jenen Regionen zu erblickende Vegetation ist die immergrünende Weide, die sich aber kaum über den Boden erhebt. Mehrere derselben sind mit ihrer Erdumgebung ausgehoben und mit zurückgebracht worden; sie scheinen jedoch verwelken zu wollen. Man stößt auf Tausende von Teichen in welchen in zahlloser Menge kleine Fischchen eingefroren sind, die mit dem Eise wie Glas zerbrechen, aber bei wärmerer Temperatur und Thauwetter wieder lebendig und munter werden. Der Hülfswundarzt Mathies schlug einige dicke Eiskloben aus worin solche Fischlein eingefroren, und machte damit Versuche. Bei Auflösung des Eises erwachten die Fische aus ihrer Erstarrung, sie rührten sich und schwänzelten lustig hin und her. Das Herz dieser kleinen Thiere ist von ungefrierbarem Thran umgeben; dieß zur Erklärung der merkwürdigen Erscheinung. In diesen Regionen sind die Bären sehr zahlreich und höchst verwegen. Mehrere wurden geschossen; einer von ihnen, ein prachtvolles Thier, hielt gegen dreißig Mann Stich, und entfernte sich erst nach starker Verwundung. Wenn Franklins Expedition und die des Capitäns Crozier sich in Prince Regent's Inlet befinden, so werden sie im Boynehafen überwintern müssen, in der Richtung der zertrümmerten „Fury". Die „Enterprise" und der „Investigator" erhalten in Woolwich ihre Löhnung, und haben Befehl zu Anfang 1850 wieder nach dem Nordpol aufzubrechen. Unter den Schiffsleuten der „Enterprise" gibt es mehrere die nicht an Franklins glücklicher Heimkehr verzweifeln.

*) Gleichzeitig mit Roß ist Sir John Richardson wohlerhalten von Amerika nach England zurückgekehrt, welcher eine, jedoch ebenfalls vergebliche, höchst beschwerliche Ueberlandreise zur Aufsuchung Franklins unternommen.

Ein Stück politischer Litteratur.

= **St. Gallen.** Ihr Vaterland ist wieder um ein verruchtes Buch reicher; die bekannte Emancipirte, Louise Aston, hat es geschrieben unter dem Titel: „Revolution und Contrerevolution. Roman von L. A. Zwei Bände. Mannheim, J. P. Grohe, 1849." Die Hauptabsicht dieses Buches verbirgt sich keineswegs, obschon sie keine edlere ist als einen dem scheußlichsten Verbrechen erlegenen edeln Todten im Grabe noch mit Schmach und Schande zu überdecken, ja denselben geradezu des Vaterlandsverrathes zu zeihen. So weit kann Parteiwuth führen! Selbst den ermordeten Gegner schont diese Hyäne nicht; sie scharrt sein Andenken wiederum hervor um seinen Lebensquell, seine Ehre, zu zerfleischen. Weil aber der hauptsächlich betonte Vorwurf der politischen Apostasie und des Volksverraths den Gehaßten nicht in genug Augen als hassens- und verabscheuungswürdig erscheinen läßt, so wird selbst die Dichtkunst zu Hülfe gerufen um Gelegenheit darzureichen neben den politischen Schmähungen ihn auch noch mit der übeln Nachrede unehrenhaften Lebenswandels desto sicherer zu vernichten. Nicht allein hat also der selige Lichnowsky „die Rechte des Volks" mit Füßen getreten, und Deutschlands Einheits- und Freiheitsbestrebungen mit solcher Leidenschaft bekämpft daß er selbst vor verrätherischer Verbindung mit dem Reichsfeind nicht zurückgeschaudert, sondern, während seines frühern Aufenthaltes in Spanien, Thaten verübt die poetisch keine geringere Sühne zuließen als daß seine Geliebte seinem eignen Sohne den Dolch in die Hand drückt, welcher ihn (nach der Licenz der poetischen Erfindung) in Frankfurt dahin raffte! Fast sollte man glauben daß das Mannweib Alice, welches in diesem Zwitterding von Roman und Memoire eine so wichtige Rolle spielt, und sich nebst dem Volk für vom Fürsten verrathen hält, die emancipirte Schriftstellerin selbst sey, denn wohl nur persönliche Beleidigung kann in eines Weibes Busen diese Flamme des wüthendsten Hasses entzünden! Nicht befremden kann nach dem Gesagten die Auffassung und Darstellung welche in diesem republicanisch-propagandistischen Buche die Berliner Märzrevolution findet (denn diese wie der später erfolgte Rückschlag in der preußischen öffentlichen Meinung geben den historischen Unterbau her), und wie

räumen gern ein daß die Tagsgeschichte auf sehr geschickte und spannende Weise in den Roman verflochten ist; allein wir müssen denn doch daran erinnern daß Frau Aston da große Vorarbeiten gehabt und, wie es scheint, auch tapfer benutzt hat. An Druckfehlern sind übrigens diese beiden Bändchen fast ebenso reich als an Denkfehlern!

Preußische Kammerverhandlungen.

∸ **Berlin,** 18 Nov. Die schwüle Novemberluft, von beängstigenden Gerüchten schwanger, machte sich auch in den Kammerverhandlungen bemerkbar. Dort sah man wohl gerade nicht die Gespenster welche den Markt erschreckten, aber man war matt; matt weil man nicht weiß aus welchem Zaubertiegel die Phantasmen aufsteigen. In der kirchlichen Frage war ein großer Sieg für das Princip auf dem die Verfassung ruht, erstritten, aber es scheint fast daß man vor ihm erschrocken sey, als er zu Tage lag. Die Neue Preußische ist auch erschrocken, aber sie wußte was es gilt; sie ruft: „Im vorigen Jahr dem Kaiser den Zins, in diesem Gott die Ehre verweigert — Empörung gegen Gott ist es wenn man die christliche Kirche verwirft, Empörung gegen Gott ist es wenn man die christlichen Nationen des Christenthums entkleidet, und wehe uns wenn wir für die strafwürdigste That nur schön klingende Namen gebrauchen.“ Konnte die Anklage auf Hochverrath gegen die Minister deutlicher seyn? Aber auch sie läßt es bei der Anklage bewenden, und zieht unter der Hand einen magern Vergleich vor. Der fand sich denn bei der Debatte über die Civilehe. Die Kammer war scheu geworden, wo sie gar nicht scheu zu seyn brauchte, denn sie hatte in jener Frage die ganze altpreußische protestantische Bildung hinter sich, das große, ruhige loyale Preußenthum welches in Friedrich dem Großen sein Symbolum findet, das Preußenthum welches auf seinen König schwört und für ihn stirbt, aber das Pfaffenregiment nicht will, den Conservativismus oder Servilismus, der sich alles gefallen läßt, nur nicht das was er ein Muckerregiment nennt. Außerdem stand auf ihrer Seite die ganze katholische Partei, fast nur mit Ausnahme des Grafen Renard. Hatte dieser Beistand vielleicht die Nachgiebigkeit der Regierung bewirkt? — man weiß es nicht — und war er es vielleicht der die willensstarke Kammer plötzlich scheu machte ihren Sieg zu verfolgen? Wenigstens trat derselbe Stillstand ein, dieselbe Unschlüssigkeit wie nach dem siegreichen Votum in der Steuerfrage, wo das Mölke'sche Amendement für die Regierung bekanntlich eine Hinterthür baute. Genug die Kammer zersplitterte sich in Amendements, deren keines die Majorität erhielt, sie nahm endlich eines an, was keines ist als das Geständniß ihrer Unschlüssigkeit, und die Neue Preußische begnügt sich, statt die Minister wegen der strafwürdigsten That niederzudonnern, ihnen den freundlichen Vorwurf zu machen daß auch sie zu keinem Entschluß gekommen sind. Wir theilen hierin ganz die Ansicht der Zeitung. Statt das ob und wie des neuen Institutes der Civilehe, über deren Wesen und Nothwendigkeit doch genug gesprochen ist, zum Abschluß zu bringen, ging ein Amendement durch, dessen Sinn kein anderer war als: wir wollen uns die Sache noch überlegen! Und die Sache konnte nicht klarer seyn! Die Intoleranz einzelner Geistlichen und des Gesetzes selbst hatte lange vor der Revolution die Nothwendigkeit der Civilehe zur Evidenz dargethan. Die Revolution und die Verfassung führten sie ein, nicht subsidiarisch, sondern principiell, obligatorisch. Hiergegen sträubte sich die Sitte, das Gefühl in den östlichen Provinzen. Es fragte sich nun ob dieser Widerstand oder das Princip stärker sey? Wir schwankten nie die Majorität für den Widerstand als so groß anzuerkennen daß die Civilehe als Zwang eine Ungerechtigkeit geworden wäre, welche die Legislatur nicht verantworten könnte. Wir begriffen nicht weßhalb die erste Kammer, welche so nachgiebig sich in andern Dingen gegen die kirchliche Partei gezeigt, gerade in diesem Punkte an der Schablone der Verfassung festhielt. Das Stahl'sche Amendement zeigte den besten Ausweg. Es ließ den Civilact (wenn wir uns recht entsinnen) als den Act gelten durch welchen die Ehe vor dem Staate ihre rechtliche Bedeutung erhält. Die Ehe muß in die Register eingetragen seyn um rechtliche Folgen zu haben. Aber es ließ, ausnahmsweise für diejenigen welche die bürgermeisterliche Copulation scheuen, zu daß sie in bisheriger Weise coram proprio parocho sich trauen ließen; diesem Pfarrer aber lag es dann ob sofort die geschehene Trauung in die Civilregister eintragen zu lassen. Mit diesem Umgang blieb den Betheiligten ihr altes Recht, das Gefühl ward geschont, dem Princip des neuen Gesetzes Genüge gethan. Stahls Amendement kam mit einigen Veränderungen auch in der zweiten Kammer zur Sprache. Das Ministerium widersetzte sich, weil dadurch eine Theilung und Ungewißheit hinsichts der fungirenden Behörden entstehe. Wir begreifen das Ministerium nicht. Wenn es sich nicht positiv für eines der beiden Principe erklärt, bleibt Stahls Amendement der einzige Ausweg zwischen beiden. Es beleidigt nicht die Anhänger der Civilehe, weil es dieselbe nicht subsidiarisch einführen will, es läßt den Anhängern des Sacraments und der kirchlichen Ehe alles was sie verlangen, denn es setzt sie außer aller Berührung mit den Civilbehörden. Eine größere Unsicherheit als schon da ist führt es aber nicht ein, denn die Prüfung des Geistlichen, der kein Jurist ist, ob alle Erfordernisse einer gültigen Ehe vorhanden sind, hatte vom legalen Standpunkt aus immer etwas unsicheres. Der Geistliche handelte nach Gewissen, er copulirte bona fide, wo er sich überzeugt hielt daß die Erfordernisse da seyen, auch wenn nicht alle Atteste da waren. Ein Bürgermeister darf das nicht thun. Dieß Moment ist es aber gerade welches der kirchlichen Trauung auch eine praktische, und für den Staat wohlthätige Bedeutung gibt. In den niedern Ständen wurden dadurch viele Concubinate vermieden, wo so mancher, namentlich aus der Ferne Eingewanderte, lieber die Heirath aufgibt als die kostspieligen Atteste herbeizuschaffen. Dieß Moment war es was ihr in den östlichen Provinzen neben der religiösen Anschauung so vielen Werth lieh. Wie wenig dieß Moment übrigens von einigen begriffen wird, zeigen die Amendements welche die Rechtsgültigkeit der Ehe zwar an die Trauung binden wollten, aber forderten, daß die Prüfung der Erfordernisse zuvor durch die Civilbehörde geschehe, die dann also dem Priester die Erlaubniß geben sollte einen Rechtsact zu vollziehen! Das hieße beiden Behörden das Wohlthätige nehmen und das Gehässige lassen. Der Einwand daß durch die Civilehe der kirchliche Sinn in den Familien geschwächt werde, ist übrigens aufs schlagendste durch die Thatsache widerlegt daß in den westlichen Provinzen, wo sie gilt, wenige Ehen ohne geistliche Einsegnung vollzogen werden. Das Jagdpolizeigesetz ward con amore in der ersten Kammer debattirt. In seinen Hauptzügen ist es ohne Schwierigkeit durchgegangen, denn über die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes waren alle Parteien einig. Der zügellose Zustand der Jagdfreiheit auf dem Lande war, in einem Lande wo Gesetze überhaupt herrschen, nicht mehr zu dulden. Nur in den Seitenbestimmungen erging sich die Liebhaberei, was von radicaler Seite den Quasi-Pairs manchen Vorwurf zuzog. Interessant waren die Rückblicke welche von beiden Seiten auf die Materie geworfen wurden die das Jagdgesetz vom 31 Oct. 1848 in Leben gesetzt. Die Aristokratie warf der Demokratie vor, ihr sey es nur darum zu thun gewesen das Volk an Zügellosigkeit zu gewöhnen und ihm Waffen in die Hand zu geben. Der Aristokratie ward dagegen vorgeworfen sie habe die Hand dazu geboten, um die Excesse herbeizuführen welche den Rückschlag nothwendig machen. Dazwischen donnerte Gerlach mit einer Philippika gegen das gottloseste aller Gesetze, weil es ein heiliges Eigenthumsrecht ohne Entschädigung aufgehoben. In diesem einen Gesetz sah er die Revolution verkörpert. Und sie bleibt ein Körper, denn auch nicht eine Stimme wagte sich dafür zu erheben daß die alten Jagdrechte wieder hergestellt würden. Die einfachste Klugheit verbietet den Reactionären einen solchen Wunsch auch nur laut werden zu lassen; denn die ländliche Bevölkerung, auf die sie in andern Fragen jetzt zählt, mit der sie im Treubund und den Preußenvereinen fraternisirt, würde stutzig und anderen Sinnes werden, wenn die alten Herren- und Jagdrechte wieder zur Sprache kämen. Ja es ist zweifelhaft ob dieß Jagdpolizeigesetz, welches den kleinen Besitzer nöthigt die Jagd, die er ein Jahr frei besessen, factisch aufzugeben und zu verpachten, und der Zwang für den Jagdschein 3 Thlr. zu erlegen nicht gerade in den conservativsten Provinzen einen heftigen Widerstand und Unzufriedenheit erregt. Stimmen hörte man zwischen der Debatte, welche das Gesetz der Nationalversammlung als ein nothwendiges jener Zeit vertheidigten. Man habe wohl die Zügellosigkeit, die man fördere, erkannt, aber gerade vermöge des Uebermaßes von Freiheit, die man gewährte, gehofft daß unter den Freigewordenen sich von selbst das Bedürfniß nach Zügelung einstellen werde. An einzelnen Orten ist das geschehen, nicht überall, nicht in der Mehrzahl. Die Speculation auf den Pessimismus bleibt die schlechteste Speculation.

Die Wehen in Schleswig-Holstein.

⁂ **Schleswig-Holstein,** Mitte Nov. Die schleswig-holsteinischen Angelegenheiten sind so verwirrt worden daß es kein Wunder ist wenn außerhalb dieses Landes fast kein Politiker etwas mehr davon hören mag. Diese Verwirrung ist hervorgebracht worden nicht nur durch die Verleumdungen der Dänen, sondern auch durch die Reden und Thaten der Freunde. Wenn in irgendeinem Fall der Spruch wahr geworden: Gott behüte mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich schon selbst wahren, so ist es hier und jetzt mit Schleswig-Holstein der Fall. 1) Voriges Jahr stand die schleswig-holsteinische Sache in Gunst bei allen deutschen Fürsten, insonderheit bei dem König von Preußen, der seine Garden uns zu Hülfe schickte. Sieben deutsche Fürsten eilten persönlich uns zu Hülfe, und suchten eine Ehre darin für die gute deutsche Sache der Schleswig-Holsteiner zu fechten. Heutzutage haben die Mächtigen die Hand von uns abgezogen und sie sprechen nur mit Widerwillen von unserer Sache. Aber wir sind dieselben geblieben und unsere Sache ist dieselbe geblieben, wir haben uns nicht verändert; was sich verändert hat das ist die

Aussicht der Mächtigen von unserer Sache. Nicht die Handlungen verwirren die Menschen, sondern die Meinungen von den Handlungen. In Berlin ist man des Kriegs mit den Insulanern müde, und um der Wiederholung des Kriegs zu entgehen braucht man die Ausflucht daß die Schleswig-Holsteiner Insurgenten Rebellen seyen, nach Art der Badener. Wenn das der Fall gewesen wäre, so würden die Schleswig-Holsteiner nie den durchlauchtigsten Protector und Chef gehabt haben, der seine Garden schickte. 2) Die Wahrheit ist daß die Schleswig-Holsteiner für das Princip der Legitimität kämpfen. Das Verhältniß Schleswig-Holsteins zu Dänemark ist dasselbe wie vor der Thronbesteigung Ernst Augusts das Verhältniß von Hannover zu England war. In England succedirte Victoria, in Hannover Ernst August, von Rechtswegen. Ebenso wird in Schleswig-Holstein nach dem Tode des Königs Friedrichs VII und seines Oheims Ferdinand von Rechtswegen der Chef des Hauses Schleswig-Holstein-Augustenburg succediren, während in Dänemark eine Prinzessin zur Regierung gelangt. Um dieß zu verhindern haben die Dänen ihren König vermocht zu Anfang des vorigen Jahrs die Incorporation des Herzogthums Schleswig auszusprechen. Sie hofften mit einem Wort das ganze Schleswig zu erobern. Sie haben sich getäuscht, die Dänen sind aus Schleswig hinausgeschlagen worden, mit dankbar anzuerkennender Hülfe der deutschen Freunde. 3) Aber eben da wir siegen, decretirt die Weisheit der Paulskirche in Frankfurt: daß deutsches Land und nichtdeutsches Land niemals durch dieselbe Verfassung verbunden seyn soll. Natürlich daß die dänischen Unterhändler dieß mit beiden Händen ergreifen. Sie sagen eben das ists was wir gewollt haben, also ist gar kein Grund den Krieg fortzusetzen. Die Wahrheit ist daß Schleswig nominell nicht mit zum deutschen Bund gehörte, daß aber im Leben Holstein und Schleswig zusammengehören wie Mann und Frau. 4) Da wir Schleswig-Holsteiner so durch die Freunde um unser Recht gekommen sind, und obenein durch einen Waffenstillstand, woran wir keinen Theil genommen, Schleswig von fremden Truppen besetzt ist, so ist der allgemeine Wunsch: Krieg! Krieg auf unsre eigne Hand ohne fremde Hülfe. Erlaubt uns nur unsre gute Sache mit eignen Kräften durchzufechten. Wir haben 30,000 Mann, wohlgeübt in den Waffen, eifrig zum Kampf, wir haben gute Geschütze und kaltblütige Artilleristen die gut zu treffen wissen, wir haben in unsrer Mitte eine tüchtige Festung welche die Dänen mit all ihrer Macht nicht zu nehmen im Stand sind. Freilich ist Friede besser als Krieg; der Krieg kostet viel Geld, und in Dänemark werden die Kosten des Kriegs wohl noch mehr empfunden als in Schleswig-Holstein, also in Gottes Namen laßt uns versuchen ob wir direct zu einer Friedensbasis gelangen können. Schleswig von Holstein trennen, wie man will, das ist gerade als wenn Paris nördlich von der Seine und südlich von der Seine zu verschiedenen Staaten gehören soll. Wenn auch die Großmächte solches decretirten, es könnte doch nicht ausgeführt werden. Baron Adolf v. Blome ist von hier nach Kopenhagen abgegangen, um Friedensvorschläge zu machen. Die Sache kann gelingen, wenn man die einfachste Basis von beiden Seiten anerkennt: status quo vor dem März vorigen Jahres, bis dahin: daß die Successionsordnung in den Herzogthümern mit Uebereinstimmung der Großmächte festgesetzt worden. Einige beschränkende Artikel wären freilich von vornherein nothwendig, denn es ist moralisch unmöglich daß Schleswig-Holsteiner in der dänischen Flotte oder Armee dienen, oder daß eine schleswig-holsteinische Kanzlei in Kopenhagen residire. Der Hauptschritt zum Frieden wäre gemacht, wenn der Wunsch des Königs in Erfüllung ginge: bald seine gute schleswig-holsteinische Insurgenten-Armee zu sehen.

Deutsche Ansiedelung in Ungarn.

II.

| **Steiermark.** Die Colonisation der dünnbevölkerten, ohne irgendeine Ausrodung auf der Stelle urbar zu machenden, oder vielmehr schon urbargemachten und nur anzubauenden ungarischen Ebenen — Districte von außerordentlicher Fruchtbarkeit, und größtentheils an schiffbaren Strömen gelegen, ist oft in oberflächlicher Weise berührt worden; die Hand an die Ausführung aber wurde noch nicht gelegt, wenigstens nicht aus dem Gesichtspunkte der Politik und Staatswirthschaft. Dennoch weiß die ganze Welt wie lohnend die Culturfähigkeit des ungarischen Bodens ist, und wie unzulänglich die gegenwärtige Bevölkerung im Verhältniß zur Ausdehnung des Landes. In den wenig bebauten culturloseren Gegenden des Landes lehrt es der Augenschein, aber auch in den bestbevölkerten und bestcultivirten Landstrichen, unter den günstigsten Bodenverhältnissen, stellt sich der Menschenmangel unwiderleglich durch das Mißverhältniß dar in dem der Werth der Producte zu ihren Erzeugungskosten steht. Der Arbeitslohn beträgt in Ungarn bei aller Wohlfeilheit der ersten Bedürfnisse kaum weniger als in den besten Gegenden von Böhmen und Mähren. Wenn aber der Arbeitslohn schon früher in vielen Gegenden Ungarns den Productionsertrag zum guten Theil verschlungen hat, zur Zeit als man noch die Robotleistungen für einen großen Theil der Ackerfläche in Abschlag bringen konnte, so wird dieser Uebelstand doppelt und dreifach im gegenwärtigen Augenblick empfunden werden wo die Naturalleistungen für die Dominien nicht mehr bestehen, und der Krieg eine ungeheure Menge Bespannungs- und Handkräfte zerstört hat. Wir möchten schon heute mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten daß von dem sogenannten grundherrlichen Allodium schon im nächsten Jahr ein gutes Drittheil ungestützt bleiben werde.

Unter solchen Umständen und bei der allbekannten Vortrefflichkeit des ungarischen Bodens scheint das Mißlingen einer Speculation, die darauf berechnet wäre mit einigen Geldkräften versehen in Ungarn Grundbesitz zu erwerben, fast unter die Unmöglichkeiten zu reihen. Indeß wäre diese Unmöglichkeit natürlich nur dann anzunehmen, wenn die Colonisation ordentlich geleitet würde. Schreiber dieser Zeilen war durch fast vierzig Jahre Augenzeuge von unzähligen kleineren und größeren Colonisationsversuchen von Ausländern, die in Ungarn durch Privaten unternommen wurden; sie sind alle kläglich zu Grunde gegangen, während alljährlich blühende neue Dörfer aus den schon vorhandenen früheren Colonien entstanden wie die Bienenstöcke ihre Schwärme absetzen. Die meisten jener unglücklichen fremden Einwanderer aber fraßen im ersten Jahre die Seuchen, im zweiten das Elend, und die Ueberreste, verkommen und krank, trachteten mühselig sich in einzelnen Gruppen wieder in die Heimath zu betteln.

Und dennoch bestehen eben dort große fruchtbare deutsche Landstriche, wie z. B., des blühenden Sachsenlandes in Siebenbürgen nicht zu erwähnen, die reichen und großen deutschen Ortschaften im Torontaler und Temeser Comitat, im Banat, in der Bacska, in der Nähe von Pesth, im Stuhlweißenburger Comitat 2c. Keine andern im ganzen Königreiche können sich ihnen vergleichen; sie bestehen in einer Ueberfülle kräftiger gesunder Bewohner, Muster eines rüstigen, physischkräftigen und wohlhabenden Bauernstandes. Diese Colonisationen sind das Werk der großen Maria Theresia, die den Alluvionsboden Niederungarns in weniger als 25 Jahren zu den reichsten Provinzen des Landes umschuf, und durch sie ist, im Gegensatz zu den fehlgeschlagenen neueren Versuchen, der Beweis gegeben wie das Problem im allgemeinen zu lösen und wie es nicht zu lösen ist.

Als allgemeine Bedingungen die sich uns gleich im Beginn aufdringen, wäre daher zuerst eine Organisationscommission aufzustellen, und als unabweichliche Bestimmung festzusetzen daß die Colonisation nach einem vorausbestimmten System ausgeführt, nicht dem Willen der Einzelnen anheimgegeben werde, und daß endlich drittens in dem Geschäft selbst eine gleichfalls vorausfestgestellte Reihenfolge in der Art einzutreten hätte daß, ehe ein Colonisationsdistrict vollständig besetzt ist, kein anderer in Angriff genommen werde. Aus 30- bis 40jährigen Erfahrungen stellt sich unläugbar die Thatsache heraus daß jeder vereinzelt unternommene Versuch mißrathen, jeder im ganzen und im Zusammenhang und unter Leitung der Staatsverwaltung unternommene den vollständigsten Erfolg gehabt hat. Dieß würde auch heute der gleiche Fall seyn. Einwanderer die nach Ungarn wie nach Amerika aufs Gerathewohl reisen, um sich dort auf gut Glück irgendwo niederzulassen, auch selbst wenn sie irgend Vertrauensmänner als Beobachter an Ort und Stelle vorausgesendet hätten, würden unbedingt besser thun nach Amerika zu reisen. Wenn irgendwo die Vereinbarung mit der Regierung nöthig ist, wenn irgendwo das Gelingen einzig von den „vereinten Kräften" zu gewärtigen ist, so ist es hier der Fall, und Ungarn ist jetzt ganz noch das Land um gerade wie früher auch im gegenwärtigen Augenblick unzusammenhängende Versuche der Art völlig spurlos von der Oberfläche verschwinden zu sehen. Damit daher die nöthigen Kräfte fest auf einem Punkte zusammengehalten werden und sich nicht nach vielen Seiten hin nutzlos versplittern, ist es durchaus unabweislich daran festzuhalten nicht mehrere Strecken auf verschiedenen Punkten zugleich der Colonisation zuzuweisen, sondern damit in bestimmter Richtung vorzugehen. Es leuchtet ein daß hierzu die Ausarbeitung eines nach festen aus der Natur und den Verhältnissen des Landes hervorgehenden Bestimmungen gegliederten Colonisationssystems bereit liegen müßte, um den Colonisten zur Richtschnur dienen zu können. Eine solche Arbeit aber kann nicht bloß von Privaten erledigt werden, weil nur die Staatsverwaltung im Besitz der dazu nöthigen Mittel und Wege und die ausgedehnten Erkundigungen einzuziehen und zu verbinden im Stande ist. Immer aber wird es im Interesse der Sache selbst liegen daß dieses Elaborat der freien Discussion offen bleibe, und die Wünsche und Bedürfnisse der Einwanderer ihrerseits gehört werden. Daß diese Grundsätze natürlich nur auf die Colonisation im Großen anzuwenden kämen, und Privatverträgen einzel-

ner Individuen, zumal dem Kauf und Verkauf von Privateigenthum durchaus keinen Eintrag thun können, versteht sich von selbst.

Ein solches von Staatswegen aufzustellendes Organisationsdirectorium für Ungarn, welches das Regulirungsgeschäft zu übernehmen, die Vorarbeiten zu besorgen und die Ausführung zu leiten und darauf zu sehen hätte daß die vorausbestimmten allgemeinen Grundsätze von den einzelnen Parteien nicht umgangen würden, würde unseres Ermessens nach am besten unter die Leitung eines ausgezeichneten Militärchefs gestellt seyn; so wie denn auch die unter Maria Theresia unternommene und so vollständig gelungene deutsche Colonisation des Banats unter der Leitung des Feldzeugmeisters Grafen Ferraris ausgeführt wurde. Capacitäten des Generalstabs oder des Geniecorps sind hiezu gewiß zunächst berufen. Wir sind ebenso weit davon entfernt die Verpflanzung des Instituts „der Gränze" hieher zu bevorworten, als die Errichtung einer Militärcolonie wie die russischen; gewiß aber ist es daß noch auf lange Zeit hinaus die Militärassistenz dem Colonisten in Ungarn nicht wird entzogen werden können. Auf lange hinaus wird noch der Colonist keinen bessern Freund haben und mit niemand lieber verkehren als mit dem im selben Colonisationsdistrict bequartirten Soldaten, ohne deßhalb mit ihm in anderer Beziehung als in der der guten Nachbarschaft zu stehen. Wenn auch Civil- und Militärinstitute vollständig von einander getrennt bleiben, so kann doch, so lange die constitutionellen Grundsätze der Gesammtmonarchie nicht auch in Ungarn sich vollständig eingelebt und die Steppennatur der fortschreitenden Cultur Platz gemacht hat, vor allem aber kann jetzt, unmittelbar nach einem Kriege der alle Bande der bürgerlichen Gesellschaft gelöst hat, eine fremde eingewanderte deutsche Bevölkerung diesen gänzlich anomalen Verhältnissen ohne militärischen Schutz nicht preisgegeben werden. Im Verlauf eines Jahrzehends dürfte diese Nothwendigkeit freilich nicht mehr so unbedingt gefühlt werden, aber auch dann würde es immer noch ein unberechenbarer Vortheil für das Land selbst, sowie für die Finanzen der Gesammtmonarchie seyn wenn hier, ohne fernere Belästigung der Colonisten, und ohne künftige Ansprüche an den Staatsschatz, Modalitäten vermittelt würden um die in diesen Bezirken nöthige Militärmacht schon jetzt bei der Gründung für immer auf den Colonialgrund zu radiciren. Das Ministerium Schwarzenberg im allgemeinen und Hr. Minister Bruck in seiner speciellen Thätigkeit werden ein schönes Blatt in der österreichischen Geschichte haben, wie viel Aerger auch diese Ueberzeugung ihren Widersachern macht; es konnte sich daher wohl nicht leicht eine willkommenere Nachricht im Publicum verbreiten als daß der hier angeregte Gegenstand bereits der Anlaß fleißiger Berathung geworden ist. Unter diesen Umständen können wir uns schwerlich berufen fühlen, wie unsere meisten Journale, die Belehrungen der Regierung zu geben die wir von ihr empfangen sollten, aber wir werden dadurch nur um so mehr Anlaß finden manche Einzelheit zur Sprache zu bringen, damit demnächst diejenigen sich näher von den localen Verhältnissen unterrichten können und einen klareren Blick in ihre Natur werfen deren Lebensplanen eine Umsiedlung nach Ungarn gerade nicht sehr entfernt steht, und die sich daher nicht leicht zu sorgfältig mit der Sache bekannt machen können.

Industrie und Finanzen in Frankreich.

§ **Paris**, 18 Nov. Die Arbeit in einem großen Theil der französischen Fabriken hat sich seit einem Monat, und in einigen schon seit mehreren Monaten, sehr gehoben. Die Ernennung des neuen Cabinets hatte sie für einige Tage plötzlich wieder unterbrochen, aber die Nothwendigkeit hat gemacht daß, trotz des Mißtrauens das diese Maßregel hervorgebracht, die Arbeit wieder ihren Lauf genommen hat. Denn man hat während der zwanzig Monate seit die Republik besteht, bei dem Schrecken und dem gänzlichen Mangel an Credit und Vertrauen der auf dem Lande lag, so wenig als möglich gekauft. Die Buden hatten ihren Vorrath nicht erneuert, so war nach und nach durch den langsamen Verkauf den das unaufschiebliche Bedürfniß eines jeden doch mit sich brachte, der Vorrath in Fabriken und in den Buden so gut als erschöpft, und die Erfordernisse des kommenden Winters sowie die einigermaßen sich hebenden Bestellungen des Auslands haben fast plötzlich in vielen Zweigen eine Nachfrage hervorgebracht welcher die verminderten Kräfte der Fabriken nicht immer entsprachen. Man sagt daß die arbeitende Bevölkerung von Paris sich durch die Folgen der Revolution und der Cholera um 50,000 Menschen vermindert habe, und so kommt es daß es jetzt in vielen Zweigen bei der plötzlichen Nachfrage an Händen fehlt, z. B. die Tischler für Möbel, die Fabricanten von Lampen, die Bortenwirker und andere müssen Arbeiter anderer Handwerke an sich ziehen und dennoch viele Bestellungen ablehnen. Dasselbe ist der Fall in allen Gewerben die mit Spinnen und Weben von Linnen, Baumwolle und Wolle zu thun haben. Ich kenne eine Fabrik die jahrelang mit Verlust gesponnen hat und die der Besitzer mit der Maschinerie um 30,000 Franken zu verkaufen gesucht hatte ohne einen Käufer zu finden, und die jetzt 3000 Franken monatlichen Gewinn abwirft, weil gegenwärtig für das Spinnen von 1000 Metres Faden, die früher mit 2½ Centimen bezahlt wurden, 6 Centimen bezahlt werden. Dieses Wiederaufleben der Arbeit ist allerdings ein großes Glück für Frankreich, aber man darf sich doch keine Illusionen darüber machen: es ist das Ergebniß eines dringenden Bedürfnisses, aber noch keineswegs ein Zeichen von wiederkehrendem Vertrauen. Daher sieht man auch daß alle Unternehmungen welche eine längere Zeit bedürfen um ihre Früchte zu tragen und nur unter Voraussetzung einer längeren Ruhe gedeihen können, unterbleiben. Niemand will Häuser bauen, obgleich die Ungewißheit der Zukunft der Staatsschuld jedermann darauf hinweist reellen Besitz dem von Staatspapieren vorzuziehen. Diese stehen zwar gegenwärtig höher als man erwarten sollte, was auf Vertrauen der Besitzer hindeuten sollte, aber der Zustand der Börse hat längst aufgehört ein Fingerzeig für die politischen Zustände zu seyn, weil die Bankiers und Spieler welche den Stand der Börse bestimmen, nur auf die allernächsten Tage Rücksicht nehmen und höchstens auf das Ende des Monats speculiren. Die großen und stillwirkenden Ursachen von Revolutionen liegen außerhalb ihres Gesichtskreises und ihrer Berechnung. Ein viel wahreres Zeichen des wirklichen Zustands der Nation liegt in dem wöchentlichen Bericht der Bank, in dem man sieht daß der Credit sich auf keine Weise hebt, daß die Zunahme der Geschäfte welche gegenwärtig stattfindet, ohne eine Zunahme von Handelspapier vor sich geht, und daß nothwendig alle Geschäfte mit baarem Geld gemacht werden weil niemand seinem Nachbar auf drei Monate traut. Im Lande herrscht vollkommen äußere Ruhe, aber Frankreich leidet an einem doppelten, tiefliegenden inneren Uebel. Die Finanzen sind in einem Zustand der nicht so fortdauern kann ohne einen Staatsbankerott herbeizuführen, und die einzige Reform welche schnell eine Erleichterung bringen könnte, ist die Verminderung der Armee, aber man sieht aus einem Decret im gestrigen Moniteur daß die Regierung im nächsten Jahr auf 520,000 Mann Truppen rechnet — eine Armee deren Bestand mit den Kräften der Finanzen außer allem Verhältniß steht. Es wären viele und bedeutende Ersparnisse in andern Zweigen möglich, aber diese erfordern lange Zeit vollkommener Ruhe und einen politisch hinlänglich gesicherten Zustand, damit es ein Hauptbestreben der Minister werden kann in unzähligen kleinen Dingen Ersparnisse einzuführen. Dennoch wäre auch dieser Zustand der Finanzen kein hinreichender Grund zu dem Grad von Zerstörung des Credits und Unternehmungsgeistes wie man sie hier sieht. England ist oft in schlechteren Finanzzuständen gewesen und hat nicht an sich verzweifelt, aber es war in einer politisch sichreren Lage, während wir auf einem immer zitternden Boden stehen. Wir sind nicht in einem vernünftigen Zustand, und müssen entweder mehr oder weniger republicanisch werden bis etwas Dauer versprechen kann; niemand glaubt an das Bestehen des Gegenwärtigen, wenige glauben daß die Nation Geduld haben werde ihre Verfassung nach und nach so zu ändern daß sie ihren regelmäßigen Gang gehen könne, und der Verdacht der Parteien gegen einander ist an sich ein hinlänglicher Grund daß die öffentliche Meinung sich nie festsetzt und das Vertrauen auch auf die nächste Zukunft keinen Grund fassen kann. Die Kammer hat sich bis jetzt sehr weise betragen, sie hat dem Präsidenten einen Grad von persönlichem Eingreifen in die Regierung erlaubt die keine Kammer Ludwig Philipp erlaubt haben würde — eine Geduld die sich durch den Schrecken erklärt den die Verwaltung der Rothen nach sich gelassen hat. Aber Zustände dieser Art sind ihrer Natur nach nicht dauerhaft, und ein Bruch des Präsidenten mit der Majorität würde die Sache sogleich auf die Spitze treiben und Frankreich an den Abgrund einer neuen Revolution bringen, während es kaum anfängt sich von dem Ruin der letzten zu erholen.

Rom und das Cardinalcollegium.

⌞ **Rom**, 14 Nov. Die Nachrichten aus Portici folgen sich hier wie die Felder auf einem Schachbrette: ein schwarzes, ein weißes, und wieder ein schwarzes u. s. w. Deßwegen ist nun auch wieder die nahe Rückkehr des Papstes für gewiß gegeben, nachdem es vor drei Tagen hieß sie wäre zu den griechischen Calenden aufgeschoben. Nach Berichten aber, die ich Ursache habe für ziemlich zuverlässig zu halten, verhielten sich die Sachen in Portici auf folgende Weise: das heilige Collegium wäre, um sich nicht allzusehr von der übrigen Staats- und Ministerräthen in Europa auszuzeichnen, in zwei sehr schroffe politische Parteien getheilt: die eine ist für die dem Volke zu machenden gemäßigten Zugeständnisse im Sinne der französischen Ermahnungen; die andere für die strengsten Maßregeln. Worüber sich aber jedermann wundern wird ist der Umstand daß die älteren Cardinäle, Cardinal Lambruschini an ihrer Spitze, für die Reform,

die jüngern aber, unter der Leitung des Staatssecretärs Cardinal Antonelli, für die Reaction sich erklärt haben sollen. Cardinal Lambruschini soll Pius IX schon vor mehr als sechs Wochen ein Promemoria überreicht haben um seine neuen Ansichten an den Tag zu geben und zu rechtfertigen. „Allerdings, soll er darin sagen, habe er als Staatsminister unter Gregor XVI ein ganz verschiedenes System befolgt, er habe dieß aber thun können weil die Völker noch an kein anderes gewohnt gewesen. Nun aber nachdem Pius selbst den Weg der Reformen eingeschlagen habe, nachdem die repräsentative Regierungsform in allen benachbarten italienischen, und überhaupt in allen europäischen Staaten eingeführt sey, und das römische Volk dieses System nicht allein unter dem Papste genossen, sondern nach dessen Entfernung von Rom sogar die republicanische Licenz gekostet habe, wäre es seines Erachtens unmöglich, jedenfalls sehr gefährlich, die alten absoluten Formen wieder einführen zu wollen. Um das Volk von den während der Republik ihm vertraut gewordenen übertriebenen Freiheitsideen zurückzuführen, müsse ein Mittel zwischen dem Absolutismus und jener republicanischen Licenz getroffen werden, sonst würde man bloß die Unzufriedenheit steigern, den Haß und das Mißtrauen das jetzt schon gegen die Geistlichkeit herrsche vergrößern, den Revolutionären einen Vorwand in die Hände geben über Tyrannei und Gewaltthätigkeit zu klagen, und die Gemüther so sehr erbittern daß bei der ersten besten Gelegenheit, und zwar bei dem kurz oder lange zu erfolgenden Abzuge der fremden Hülfstruppen eine neue schrecklichere, und blutigere Umwälzung zu gewärtigen wäre. Diese weisen Ansichten, welche Cardinal Lambruschini auch seinen Collegen mitgetheilt haben soll, hätten endlich die älteren und erfahrensten überzeugt, und sie dazu vermocht dem Papst die Rückkehr nach Rom und mäßige aber freisinnige Zugeständnisse anzurathen. Die jüngern Cardinäle aber seyen troß aller Vorstellungen für Maßregeln der äußersten Strenge, und meinen durch diese allein könne die revolutionäre Hyder bekämpft und überwunden werden. Gestern also hieß es, Pius — dem Graf Rayneval der französische Gesandte am neapolitanischen Hofe, sehr angelegentlich vorstellte daß wenn er darauf bestände nicht nach Rom zurückzukehren, er dadurch die schon jetzt nicht geringen Verlegenheiten der conservativen Partei in Frankreich noch vergrößern würde, daß diese doch die Stütze und Verfechterin der Rechte des heiligen Stuhls sey, und daß deren Sturz die bedenklichsten Folgen für die päpstlichen Interessen haben könnte — hätte endlich aufs neue sich entschlossen in seine Hauptstadt am Ende laufenden Monats zurückzukehren. Man setzte hinzu: Cardinal Antonelli, der gegen die Rückkehr sich ausgesprochen, habe seine Entlassung eingereicht, und es sey die Rede davon ihn durch Cardinal Orioli, der schon früher interimistischer Staatssecretär nach dem Rücktritt des Cardinals Ferretti war, zu ersetzen. Orioli, ein Franciscanermönch, ist früher ziemlich beliebt gewesen, da er sich immer als ein gemäßigter und gutmüthiger Mann gezeigt hat.

Konstantinopel.

△ **Konstantinopel**, 7 Nov. Ich bin im Zweifel ob ich meinen heutigen Brief mit dem Horazischen »Parturiunt montes etc.« oder mit unserm guten deutschen Spruch: „Der Gescheidtere gibt nach“ beginnen soll. Für gewiß aber kann ich Ihnen mittheilen daß in der Flüchtlingsfrage eine Ausgleichung vor der Thür ist. Eine Freitag den 3 d. im österreichischen Gesandtschaftshotel angelangte Staffette, sowie das Tags darauf eingetroffene Odessaer Dampfboot (auf dem sich ein Adjutant Fuad Effendi's und ein russischer Feldjäger befanden) sollen den HH. v. Stürmer und Titoff umständliche Weisungen darüber gebracht haben. Die beiden Kaiserhöfe haben, wie es heißt, auf dem Begehren das sie ursprünglich auf Grund ihrer Tractate mit der Pforte gestellt hatten, für den gegenwärtigen Fall nicht bestanden, sondern sich bereit erklärt die Sache von dem Gesichtspunkt einer gütlichen Beilegung und Berücksichtigung der von der Pforte erhobenen Bedenken aufzufassen, unter der Bedingung daß letztere auch feierliche Bürgschaft leiste in Betreff der flüchtigen Insurgentenhäupter alle erforderlichen Maßregeln ins Werk zu setzen, damit der Hauptzweck, das cavere ab illis, zur Wahrheit und das osmanische Reich nicht zum Feuerherd von Umtrieben gegen seine nordischen Nachbarn werde. Es ist zu erwarten daß der Sultan sich beeilen werde seine kaiserlichen Freunde in dieser Beziehung vollkommen zufrieden zu stellen und dadurch die Wiederanknüpfung der diplomatischen Verbindungen, welcher hier alle Freunde des Friedens sehnsüchtig entgegensehen, möglich zu machen. Wenn nur nicht Palmerstons Politik auch in diesem neuen Stadium dem Friedenswerke hindernd in Weg tritt! Diese Besorgniß gewinnt leider sehr an Begründung wenn man die Manöver seiner Flotte betrachtet. Denken Sie daß am Donnerstag den 1 Nov. die früher bei Tenedos geankerte Flotte Sir William Parkers ohne viele Umstände in den Canal der Dardanellen einfuhr und sich bei den inneren Schlössern derselben festsetzte. Im Londoner Tractat vom 13 Jul. 1841, welcher die Grundlage der ganzen heutigen Integrität und Unabhängigkeit der Türkei bildet, ist ausdrücklich das Princip der Schließung der Dardanellen gegen alle fremden Kriegsfahrzeuge ausgesprochen, von der Pforte sowohl als den fünf Großmächten feierlich sanctionirt worden. Wie werden nun die Türken, gegen deren Willen Sir William Parker gewiß nicht eingefahren, den übrigen contrahirenden Mächten Rede stehen? Wahrscheinlich sind sie nicht darüber verlegen, sie, bei denen Rebellen deren Aufnahme tractatmäßig verboten, dennoch aufgenommen werden dürfen, bei denen Nein keineswegs Nein sagen will, und bei denen also endlich eine Einfahrt in die Dardanellen sehr wohl kein Einfahren seyn kann. — Nachschrift. Graf Stürmer und Hr. v. Titoff haben, wie ich im Augenblick des Postschlusses erfahre, dem Minister des Aeußern, Ali Pascha, bereits gestern Privatbesuche gemacht, was als eine gute Vorbedeutung für ein nahes Aufhören des diplomatischen Bruches mit der Pforte gelten kann. Auch wird mir aus guter Quelle versichert daß Sir Stratford Canning eine Depesche an den Admiral Parker abgefertigt habe um ihn zum Abzug aus den Dardanellen aufzufordern. So führen denn die Gewitterwolken, die sich gegenseitig schon fast bis zur Gefahr des Entladens zu nähern schienen, donnerlos auseinander, und der Himmel des Orients würde wieder blau. Möge es auf lange seyn!

Hayti und sein Kaiser.

⊤ Kaiser Faustin I ordnet sein neues Reich ganz nach napoleonischem Vorbild. In Zeit von drei Monaten hat er eine glänzende Kaisergarde zusammengebracht, bestehend aus drei Regimentern Grenadiere zu Fuß, in altfranzösischer Uniform mit Aufschlag, mit anliegenden Kniehosen und hohen Bärenmützen mit Schnüren. Es sind dazu die schönsten Männer der Insel gewählt worden; einzelne Compagnien sind dreifarbig, d. h. aus Weißen, Schwarzen und Mestizen zusammengesetzt. Die Cavallerie ist sehr schön und besteht aus Grenadieren zu Pferde, Lanciers, Husaren, Cuirassieren und Dragonern, sogenannte Guides oder Jäger, von jeder Waffe eine Schwadron, und zwei Schwadronen Leibgarde in der Tracht der Horseguards der Königin von England. Diese Schwadronen begleiten den Kaiser auf allen seinen Ausflügen. Bei einer großen Musterung die er neulich über diese neuorganisirten Truppen hielt, erschien der Kaiser in einer Sammettracht nach dem Schnitt der von Napoleon als erstem Consul getragenen, nebst dem bekannten mit fliegendem Federbusch geschmückten Hut à la Henri IV. Sämmtlichen Gardeofficieren hat er den Orden der Ehrenlegion überreicht, den Obersten das Comthurkreuz. Er ritt ein prachtvolles arabisches Pferd, das ihm aus England vom Roßkamm „Sir Richard“ überschickt worden war. Die Kaiserin Ourika wohnte der Musterung in einer schönen offenen Kalesche bei, umgeben von ihren zwölf Pagen in rothseidener Tracht und ihren Hofdamen, Negerinnen von auserlesener Schönheit. Man erinnert sich aus der Weltgeschichte an den ausgezeichneten Volksbeglücker Andres, der, vom Kammerdiener zum Premierminister des Fürsten Paphnutius erhoben, sich diesem zu Füßen warf und feierlich sprach: Sire, die große Stunde hat geschlagen; durch Sie steigt schimmernd ein Reich aus mächtigem Chaos empor! Sire, hier steht der treueste Vasall, tausend Stimmen des armen unglücklichen Volks in Brust und Kehle; Sire, ... führen Sie die Aufklärung ein! Paphnutius, wie man weiß, fühlte sich durch und durch erschüttert von dem erhabenen Gedanken seines Premiers; er reichte ihm feierlich die Hand und sprach: Topp! Ob hier nun ähnliches vorgefallen, weiß man nicht. So viel aber ist gewiß: bei Abgang vorliegender Zeilen sandte der Kaiser einen seiner Adjutanten in politischer Mission nach Paris ab, mit dem Auftrag in jener Hauptstadt der europäischen Cultur eine Colonie von etwa fünfzig Fachmännern, Maler, Tonkünstler, Kupferstecher, Schriftsteller u. s. w. anzuwerben, um sein Reich zum Wohle des liebenswürdigsten der Völker mit europäischer Civilisation und Bildung zu beglücken. Bekanntlich wollte Fürst Paphnutius sofort ein Edict mit großen Buchstaben drucken und an allen Ecken anschlagen lassen daß von Stund an die Aufklärung eingeführt sey, und ein jeder sich darnach zu richten habe. Sind erst unsere fünfzig Civilisationshelden eingetroffen, die wohl keine geringe Civilliste in Anspruch nehmen dürften, so werden wir vielleicht ein ähnliches Edict erleben. Bevor wir aber Kartoffeln anbauen, Dorfschulen anlegen, Akazien- und Pappelalleen anpflanzen, die Jugend ihr Morgen- und Abendlied zweistimmig absingen, Chausseen anlegen und die Kuhpocken einimpfen lassen, das heißt überhaupt mit der Aufklärung vorschreiten, wird hier zu Lande was weniges an Wäldern umzuhauen und Ströme schiffbar zu machen seyn.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. (Folgendes sind die weiteren Veränderungen im kais. Heere). Befördert sind ferner: Zu Obersten die Oberstlieutenante: J. Scharschmidt Edler v. Adlertreu, vom Inf. Reg. Nr. 11. im Reg.; E. Lober, Commandant des 1. Steirer Schützen-Bats., in seiner Anstellung; A. Pokorny v. Fürstenschild, 2ter General-Adjutant bei v. Haynau, in seiner Anstellung; A. Ritter v. Henigstein, vom Inf. Reg. Nr. 24; W. Raming v. Riedkirchen, vom Inf. Reg. Nr. 11, beide im General-Quartiermeisterstab; Fr. Martinich Edler v. Martinegg, vom Kaiser Jäger-Reg. als 2. Oberst im Reg. Zu Oberstlieutenanten die Majore: J. Tichy, vom Inf. Reg. Nr. 25; F. Hopfern v. Aichelburg, vom Inf. Reg. Nr. 11; F. Frhr. v. Pichel, vom Inf. Reg. Nr. 15; J. Bück, vom 2. Szekler Gränz-Inf. Reg. Nr. 15; J. Graf Castiglione, vom Kaiser Jäger-Reg.; J. Frhr. Josika de Baranyicska, vom Huf. Reg. Nr. 3; J. Ritter v. Löwenthal, vom Huf. Reg. Nr. 2, im Reg.; J. Graf Hodiz und Wolfraniz, vom Huf. Reg. Nr. 5, beim Huf. Reg. Nr. 6; H. Graf Schaaffgotsche de Kinast, vom Chev. Reg. Nr. 6, beim Huf. Reg. Nr. 1; Fr. Reichardt, vom Inf. Reg. Nr. 57, beim Inf. Reg. Nr. 20; J. Rzehak, Commandant des Garn. Art. Districts in Carlsburg, als solcher zu Peterwardein. Zu Majoren die Hauptleute und die Rittmeister: J. Stecher v. Sebaniz, vom Inf. Reg. Nr. 25; A. Ettmayer Ritter v. Adelsburg, vom Inf. Reg. Nr. 15; G. Wiedemann, vom Inf. Reg. Nr. 56; Th. Frhr. v. Schloißnigg, vom Huf. Reg. Nr. 4; J. v. Baranyi und F. Rumb v. Mühlheim, vom Inf. Reg. Nr. 11; M. Thurek v. Eßlingenfeld, vom Deutschbanater Gränz-Inf. Reg. Nr. 12; A. Graf Mensdorf Pouilly, vom Huf. Reg. Nr. 7; J. v. Körvez, vom Huf. Reg. Nr. 8; H. Graf Pappenheim, vom Huf. Reg. Nr. 9; J. Frhr. Madota v. Solopisk, vom Uhl. Reg. Nr. 1, alle im Reg.; E. Fürst Thurn und Taris, vom Uhl. Reg. Nr. 4, beim Huf. Reg. Nr. 1; C. Lama Ritter v. Büchsen und Brandhausen, vom Huf. Reg. Nr. 6, beim Huf. Reg. Nr. 10; M. Raninger, vom Garn. Art. District im Banat, als Garn. Art. Posto-Commandant in Essegg; L. Mares, vom Ingen. Corps, im Corps; J. Wetsera, vom Platz-Commando in Mailand, als Platz-Major in Peschiera; F. Szachlazki v. Barachka, vom Platz-Commando in Verona, als Platzmajor in Venedig; F. Pomo v. Weyerthal, vom Platz-Commando in Brescia, als Platz-Major zu Vicenza. J. Ritter v. Schmerling, Oberst vom Inf. Reg. Nr. 1, wurde beim General-Quartiermeisterstab eingetheilt. J. Steiner, Major, Garn. Art. Posto-Commandant in Essegg, wurde Garn. Art. Districts-Commandant in Carlsburg. J. Gareis, Major vom 1. Art. Reg., wurde provisorisch Garn. Art. Districts-Commandant im Banat. G. Robich, Major, Flügeladjutant bei v. Jellachich, wurde General-Commando-Adjutant in Croatien. — Bei den Husaren-Regimentern wurden eingetheilt: der Oberstlt. E. Inkey de Balin, beim Huf. Reg. Nr. 9. Die Majore: J. Prouvy Chev. du Menil et Flassigni, vom Huf. Reg. Nr. 1, beim Huf. Reg. Nr. 3; A. Frhr. v. Koller, vom Huf. Reg. Nr. 9, beim Huf. Reg. Nr. 4; E. Zaitsek, vom Huf. Reg. Nr. 10, beim Huf. Reg. Nr. 8; Fr. Frhr. Wesselenyi de Hadad, beim Huf. Reg. Nr. 2; O. Marquis Palavicini, beim Huf. Reg. Nr. 4; H. Frhr. v. Eschérich, beim Huf. Reg. Nr. 6; E. Graf Pongratz v. St. Miklos et Ovar, beim Huf. Reg. Nr. 9, und G. Frhr. v. Hammerstein, beim Huf. Reg. Nr. 10. — Wieder angestellt wurden: J. Sana, Oberst in Pension, als Platzoberst in Venedig; E. Gerlich, Oberstlt. in Pension, als Platzoberstlt. in Peterwardein, und N. Graf Török v. Szendrö, Rittmeister in der Armee, als Major bei der Gendarmerie in Ungarn. — In Pensionsstand wurden versetzt: der Feldmarschall-Lieutenant Fr. Frhr. v. Weigelsperg; die Gen. Majore: Fr. Horak, Festungs-Commandant in Carlsburg; E. Sanchez de la Cerda; J. Ritter Gutjahr v. Helmhof, mit Feldmarschall-Lieutenants-Charakter und der höheren Gen. Majors-Pension; A. Frhr. Jovich v. Sigimfeld; M. Sartorius Edler v. Thalborn; J. Szjliak; der Oberst F. Frhr. v. Langenau, vom Drag. Reg. Nr. 2, mit Gen. Majors-Charakter und Pension; die Oberstlieutenante: L. Graf Meraviglia, vom Huf. Reg. Nr. 6, mit Obersten-Charakter; Fr. Conrad v. Hetzendorf, vom Huf. Reg. Nr. 4; die Majore: A. Büchler, Commandant des Garn. Art. Districts in Dalmatien, mit Oberstlieutenants-Charakter und Pension; G. Gertner, vom Inf. Reg. Nr. 9; Fr. Machill und J. Veith, vom Inf. Reg. Nr. 15; die Hauptleute: A. Appel, vom Inf. Reg. Nr. 4; G. Della Pozza, vom Inf. Reg. Nr. 18, und A. Domek, Garn. Art. Posto-Commandant in Brood, mit Majors-Charakter und Pension, dann Fr. Maron de Rövid, vom St. Georger Gränz-Inf. Reg. Nr 6. — M. Löwke, Oberstlt. in Pension, erhielt Obersten-Charakter ad honores; J. Rankovich, Titular-Major in Pension, Oberstlieutenants-Charakter und Majors-Pension; G. Blasil v. Almas, Hauptm. in Pension, und F. Kropf, Rittm. in Pension, den Majors-Charakter ad honores. — Quittirt hat: G. Frhr. v. Berg, Major vom Inf. Reg. Nr. 28, mit Oberstlts. Charakter.

Fremde Orden erhielten: Den russ. kais. St. Andreas-Orden: der Erzherzog Leopold, Gen. Major. Den russ. kais. St. Annen-Orden 1ster Cl.: E. Graf Clam-Gallas, und J. v. Parrot, Feldmarschall-Lieutenante. Den russ. kais. St. Annen-Orden 2ter Cl.: A. Edler v. Rudstuhl, Oberst vom Inf. Reg. Nr. 38; B. Springensfeld, Commandant des 2. Buccowiner Cordons-Bats.; G. Wieser, vom Inf. Reg. Nr. 51; E. Aubin, Oberstlt. vom Inf. Reg. Nr. 42; G. Teutsch, Major, Commandant des Jäger-Bat. Nr. 23; R. v. Andrassy, Major, dieser die Decoration in Brillanten. Den russ. kais. St. Annen-Orden 3ter Cl.: Fr. Fackler, Major; S. Wararan, Hauptm.; Fr. Storch v. Arben und P. Domide, Oberlieutenante vom 2. Romanen-Gränz-Inf. Reg. Nr. 17; E. Salkovich v. Kralich und Sp. Dimitrovich, Hauptleute; M. Csavosky v. Heldenstreit und C. Feyl, Oberlieutenante vom Inf. Reg. Nr. 51; C. Ostermann, Rittm. vom Huf. Reg. Nr. 10; J. Malik, Hauptm.; Fr. Höfer und A. Hutschenreitter, Oberlieutenante vom Buccowiner Cordons-Bats., C. Hiebel, Oberlt. vom 1. Szekler Gränz-Inf. Reg. Nr. 14, sämmtlich mit der Schleife; N. Gauer, Platzhauptmann, und E. Janek, Unterlt. vom vac. Inf. Reg. Nr. 37. Den russ. kais. St. Annen-Orden: J. Heinz, Oberlt. vom Chev. Reg. Nr. 3; Fr. Langer, Unterlt. vom 3. Art. Reg.; Fr. Leimesner, Unterlt. vom 1. und A. Zerga, Unterlt. vom 2. Buccowiner Cordons-Bat. Den russ. kais. St. Wladimir-Orden 4ter Cl.: Th. Frhr. v. Schloißnigg, Major vom Huf. Reg. Nr. 4; C. Dorner, vom Kür. Reg. Nr. 4, und H. Frhr. v. Grabe, vom Kür. Reg. Nr. 1. Den russ. kais. St. Stanislaus-Orden 1ster Cl.: L. Graf Pergen, General-Major und P. Graf Szirmay, Oberstlt. Den k. sicil. St. Januarius-Orden: Fr. Graf Gyulay v. Maros-Nemeth und Nadaska, Feldmarschall-Lieutenant und Kriegs-Minister. Den k. bayer. St. Michaels-Orden: A. Schuknecht v. Treuenegg, Gen. Major, das Commandeurkreuz; A. Lendvay, Major vom Inf. Reg. Nr. 19, und C. Wachter, Major, Adjutant des 3. Armee Corps, das Ritterkreuz. Den k. sächs. Civil-Verdienst-Orden: B. Müller, Oberstlt., das Comthurkreuz 2ter Cl. Den herzogl. Parma'schen Constantin St. Georg-Orden: J. Frhr. Jellachich de Buzim, Feldzeugmeister und Ban von Croatien, das Großkreuz; C. Frhr. v. Stürmer, Feldmarschall-Lieutenant, das Senator-Großkreuz; J. Braunhofer Edler v. Braunhof, General-Major, das Commandeurkreuz; C. Fastenberger, Oberstlt. vom Inf. Reg. Nr. 7; C. v. Nebracka, Major vom Gradiskaner Gränz-Inf. Reg. Nr. 8; J. Delser, vom Inf. Reg. Nr. 23; C. Fürst zu Liechtenstein, Oberlt. vom Chev. Reg. Nr. 5; C. Rotter, vom Inf. Reg. Nr. 44, und Fr. Innerhofer v. Innhof, vom Pionier-Corps, das Ritterkreuz 1ster Cl. Den päpstlichen Militär-St. Gregor-Orden: R. Graf Troyer, Major; B. Binder, Oberlt. beim General-Quartiermeisterstab; R. Eisler, Oberlt. beim Inf. Reg. Nr. 17. Den päpstlichen Sylvester-Orden: C. Büttner, Oberlt. beim Inf. Reg. Nr. 49; C. v. Tegetthoff, Oberlt. beim Inf. Reg. Nr. 44, und C. Graf Schönfeld, Unterlt. beim Huf. Reg. Nr. 7, sämmtlich das Ritterkreuz.

[4013—15] **Erkenntniß.**

Das königl. Kreis und Stadtgericht Nürnberg

erkennt in der Todeserklärungs-Sache über den Fruchtträgers-Sohn und Schlotfegergesellen Jakob Brennhäußer auf erstatteten Vortrag und nach collegialer Berathung zu Recht:

I. Es sey gedachter Jakob Brennhäußer für todt zu erklären.

II. Sey dessen Vermögen, insoweit es nicht von dem königl. Militärfiscus mit Beschlag belegt ist, an die sich legitimirenden Erben ohne Caution hinauszugeben. — Nürnberg, 23 Oct. 1849.

Seuffert

coll. Hender.

(4147—48) In Folge hohen Auftrags k. Regierung von Oberfranken, de dato Bayreuth den 4 d. M., soll die pachtlos werdende Mineralbadwirthschaft zu Alexanderbad bei Wunsiedel unter für einen thätigen Wirth sehr annehmbaren Bedingungen alsbald weiter verpachtet werden.

Von dem sehr vollständigen Inventar können Pachtlustige Einsicht nehmen, und werden die nähern Verhältnisse auf portofreie Anfragen eröffnet werden.

Die Verpachtung geschieht im Submissionsweg, und wollen dießfallsige Anerbietungen entweder schriftlich eingereicht, oder hierorts zu Protokoll gegeben werden, wobei sich über Cautionsfähigkeit zu 1000 fl., dann über Befähigung und Leumund genügend auszuweisen ist.

Wunsiedel, den 10 November 1849.

K. Rentamt als Alexanderbad-Inspection.

Bernhold, als Bad-Commissär.

[4273—75] Vom unterzeichneten Stadtgericht ist

I.

zu Ermittelung des Lebens oder des Todes nachgenannter verschollener Personen, nämlich:

1) des Buchdruckers **Christian Carl August Günther**, aus Possendorf gebürtig, welcher, nachdem er Dresden im Jahre 1807 verlassen, die letzte Nachricht im December desselben Jahres aus Pesth von sich gegeben hat und für den ein Capital von 113 Thlrn. 14 Ngr. in der Sparcasse angelegt ist;

2) des seit dem Jahre 1827 von hier abwesenden Mühlknappen **Julius Wilhelm Gräbner**, welcher 82 Thlr. 20 Ngr. Erbtheil aus dem Nachlasse seiner Großmutter Eva Christiane, verwittwete Hofpfeifer **Liebert**, geborne Meisel, besitzt;

3) des Bäckergesellen **Christian Friedrich Fischer**, von hier, welcher seit dem Jahre 1808 verschollen ist, und dem aus dem Nachlaß seines Großvaters, des Kürschnermeisters Stohn, 25 Thlr. 15 Ngr. und aus dem Nachlasse der Wittwe desselben 39 Thlr. 25 Ngr. als Legat zugefallen sind;

4) **David Gustav Hillers**, eines Sohnes des Schneidermeisters Johann David Hiller und Johannen Sophien Hiller, geb. Heiße, welcher sich im Jahre 1826 im zwölften Altersjahre heimlich von hier entfernt hat und dessen Vermögen in circa 250 Thlr. besteht;

5) des Schneidergesellen Gustav Wilhelm Eduard Preyer, von hier, welcher seit dem Jahre 1826 verschollen ist und ein Sparcapital von 51 Thlrn. 15 Ngr. 5 Pf. besitzt;

6) des Bäckergesellen Friedrich August Leopold, außerehelichen Sohnes der am 27. März 1835 in Sorau verstorbenen Johanne Wilhelmine verwittwete Gescheid, geb. Köbliz, für welchen 39 Thlr. 27 Ngr. 3 Pf. mütterliches Erbtheil hier deponirt sind;

II.

zu Ausmittelung der unbekannten Erben und Gläubiger folgender Verstorbener:

1) des pensionirten prinzlichen Hof-Expeditions-Aufwärters Franz Xavier Ligeschinsky, welcher am 21. October 1848 hier mit Tode abgegangen ist, und dessen Verlassenschaft dermalen circa noch 14 Thlr. 10 Ngr. beträgt;

2) der am 30. August 1847 hier verstorbenen unverehelichten Johanne Sophie Rudolph, Tochter des vormaligen kurfürstlichen Postianual Johann Gottlob Rudolph, deren Nachlaß noch in 5 Thlr. 21 Ngr. 9 Pf. besteht;

3) des vormaligen Leibgrenadier-Pensionärs Johann Gottfried Lehmann, welcher am 22. März 1813 hier verstorben ist und 10 Thlr. 28 Ngr. hinterläßt;

4) der angeblich aus Aschersleben gebürtigen, am 6. Juli 1848 hier verstorbenen Marie Therese, verwittwete Tischlermeister Mauf, vorher verwittwete Menzel, geborne Pickart, deren Verlassenschaft nach Befriedigung der bekannten Gläubiger noch auf ungefähr 650 Thlr. sich beläuft;

5) des am 19. Januar 1849 hier verstorbenen Actenträgers im königlichen Finanz-Ministerium Christian Gottlob Wehr, dessen Nachlaß zur Zeit einen kleinen activen, möglicherweise sich erhöhenden Ueberschuß bietet;

6) Johannen Christianen, verwittw. Heyne, Tochter des vormaligen sächsischen Grenadiers Matthäus Bohle, welche am 2. Juli 1847, nachdem Tags zuvor ihr Ehemann der Zimmergeselle Johann Christian Heyne mit Tode abgegangen war, im hiesigen Weißeritzgraben ihr Leben endete und zu deren Nachlaß von der gesammten Verlassenschaft beider Ehegatten an 9 Thlr. 25 Ngr. nach den Vorlagen mindestens der dritte Theil dieser Summe zu ziehen seyn wird;

III.

zu Befestigung des mit den bekannten Gläubigern

1) des verstorbenen Porträtmalers Jeremias David Alexander Fiorino und

2) des verstorbenen pensionirten Gallerie-Aufwärters Johann Gottlieb Seyffert

getroffenen Hauptvergleichs und zu Ermittelung der etwa vorhandenen unbekannten Gläubiger derselben, die Eröffnung des Edictalverfahrens beschlossen worden.

Es werden daher die unter I. 1, 2, 3, 4, 5, 6 genannten Verschollenen oder dafern sie bereits verstorben seyn sollten, deren Erben sowie alle diejenigen welche als Erben, Gläubiger oder sonst aus irgend einem Rechtsgrunde an das Vermögen derselben Ansprüche zu haben glauben, ferner die Erben der unter II. 1, 2, 3, 4, 5, 6 genannten Verstorbenen oder wer sonst an deren Verlassenschaften Ansprüche zu haben vermeint, endlich die unbekannten Gläubiger der unter III. 1 und 2 Genannten hierdurch geladen, in dem auf

den 15. Mai 1850

anberaumten Anmeldungs- und resp. Liquidationstermine unter der Verwarnung, daß die Verschollenen für todt erklärt und ihr Vermögen ihren Erben verabfolgt, die übrigen Interessenten aber für ausgeschlossen und beziehentlich ihres Erbrechts oder ihrer sonstigen Ansprüche, auch sie sämmtlich der ihnen zustehenden Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für verlustig werden geachtet werden, im Stadtgericht allhier in Person oder durch gehörig gerechtfertigte Bevollmächtigte zu erscheinen, ihre Ansprüche gehörig anzubringen und zu bescheinigen, sodann aber

den 27. Juni 1850

der Schließung der Acten und

den 9. August 1850

der Eröffnung eines sowohl die Außengebliebenen ausschließenden als in der Hauptsache erkennenden Bescheides, welcher Mittags 12 Uhr für eröffnet zu achten ist, gewärtig zu seyn.

Auswärtige Interessenten sind übrigens verbunden, Bevollmächtigte allhier zu Annahme künftiger Ladungen zu bestellen und durch gehörige gerichtlich anerkannte Vollmachten zu rechtfertigen.

Dresden, den 6. November 1849.

Das Stadtgericht: Dr. Kübel.

O. Köhler.

[4256] Soeben erschien und ist vorräthig in Stuttgart in Franz Köhlers Buchhandlung, in Augsburg in der M. Rieger'schen Buchhandlung, in München in der Lindauer'schen und Palm'schen Buchhandlung, in Nürnberg bei J. A. Stein und Fr. Campe, in Wien bei C. Gerold und in W. Braumüllers Hofbuchhandlung, in Breslau bei Ferd. Hirt, in Pesth bei C. A. Hartleben:

Venus und Adonis

von

Shakespeare.

Uebersetzt von

Ferd. Freiligrath.

Preis: 15 Sgr. 54 kr. rhn. 45 kr. C.-M.

(4082) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Truelle, J. N., für jeden Christen höchst nothwendige **Aufklärungen** über die allein wahre **Todesart Jesu Christi.** Ein unentbehrlicher Beitrag zum Verständnisse des Werkchens: Wichtige, historische Enthüllungen über die wirkliche Todesart Jesu. Nicht aus einem alten Manuscripte, sondern aus Profanschriftstellern und Vernunftgründen nachgewiesen. 2te Aufl. 8. geh. 48 kr. od. 12 gr.

☞ Binnen vier Wochen die zweite Auflage!

(4214)

Compositionen von Charles Mayer.

Im Verlag von ***Fr. Kistner*** in Leipzig.

Op. 96.	Air varié sur un Thême original pour Piano.	Des	—	Rthlr.	20	Ngr.
Op. 97.	Etude mélancolique pour Piano	Cism	—	„	15	„
Op. 98.	Souvenir de Vienne. Seconde grande Valse brillante pour Piano.	Es	—	„	20	„
Op. 100.	Six grandes Etudes fantaisies pour Piano. Cah. 1.		1	„	10	„
Op. 100.	„ „ „ „ „ „ Cah. 2.		—	„	25	„
Op. 102.	Allegro di Bravura pour Piano	Des	1	„	—	„
Op. 103.	Rapsodie Nr. 1 pour Piano	Dm	—	„	10	„
Op. 104.	Rapsodie Nr. 2 pour Piano	Bm	—	„	10	„
Op. 119.	Studien zur höhern Ausbildung im Pianofortespiel mit vollständigem Fingersatz. Heft 1.		1	„	15	„
	Deux Nocturnes pour Piano.	H-Fm	—	„	10	„
	Nouveau Nocturne pour Piano seul. No. 3.	E	—	„	7½	
	Le même arrangé pour Piano à 4 Mains par F. Mockwitz	E	—	„	10	„
	Ouverture pour Piano à 4 Mains.	E	—	„	20	„
	Premier grand Rondeau pour Piano	Des	—	„	15	„
	Second grand Rondeau pour Piano seul.	Em	—	„	15	„
	Le même arrangé pour Piano à 4 Mains par F. Mockwitz.	Em	—	„	25	„
	Troisième grand Rondeau pour Piano.	Hm	—	„	20	„
	Grande Toccate pour Piano	E	—	„	15	„
	Grandes Variations sur un Thème favori de l'Opéra: Cenerentola, de G. Rossini, pour Piano avec Orchestre.	Es	1	„	20	„
	Les mêmes pour Piano seul.	Es	—	„	25	„
	Variations sur la Valse favorite de F. Schubert (nommée: „Beethovens Sehnsuchts-Walzer") pour Piano	E	—	„	10	„

(3966—67) Heute versandten wir:

Conversations-Lexikon

für bildende Kunst.

30ste Lieferung. (IV. Bds. 6te Lieferung.)

Mit 21 Illustrationen.

Ordinäre Ausgabe . . . . 10 Ngr.
Pracht-Ausgabe . . . . 15 Ngr.

Leipzig, den 20 October 1849. **Renger**'sche Buchhandlung.

(3957) Aus dem Verlag von **Justus Perthes** in **Gotha** ist durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Eisenbahn-Atlas von Deutschland, Belgien, Elsass und dem nördlichsten Theil von Italien. In 15 Specialkarten auf 12 Bl. nebst 1 Uebersichtskarte. Entworfen und gez. von *F. v. Stülpnagel* und *J. C. Bär*. Dritte Auflage 1849. 1 Thlr.

(4227)

Eine neue sehr interessante Schrift.

Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist erschienen und zu haben:

Die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen. Zur Orientirung von R. C. G. Rintel, Rath der geheimen Kanzlei des Fürst-Bischofs von Breslau. gr. 8. 1849. geheftet. 10 gr. oder 12½ Sgr.

Vaterlandsfreunde werden diese inhaltreiche Schrift willkommen heißen. — Der anti-preußischen Partei in Bayern und sonst in Süd- und Westdeutschland, welche ihre anti-deutsche Gesinnung durch Schmähungen auf Preußen an den Tag legt, ist eine ihrer vornehmsten Hauptwaffen, die **Waffe der kirchlichen Interessen**, in obiger Darstellung glücklich aus der Hand gewunden, indem gezeigt wird daß der Schwerpunkt auch der katholischen Bewegung Deutschlands in Preußen liegt. — **Ein Deutschland ohne den Vortritt Preußens ist eine Unmöglichkeit**, mögen sich die Leute jener Partei gebärden wie sie wollen!

Buchhandlung **Josef Max & Comp.** in Breslau.

[4277] **Die Grenzboten,** Zeitschrift für Politik und Litteratur VIII. Jahrgang.
Es erscheint wöchentlich eine Nummer à 2½ Bogen im Umschlage.

redigirt von
Gustav Freytag und **Julian Schmidt.**

Preis des Semesters 5 Rthlr.

Inhalt von Nr. 44—47: **Preußen und der Bundesstaat** 44, 45, 46. — **Bilder und Stimmen aus Oesterreich:** Handelsverkehr an der österr.-schlesischen Grenze 44. — Reisetagebuch aus dem Oberland 44. 45. 46. 47. — Czechische Porträts 44. — Slavka 44. — Prag und sein Bürgermeister 44. — Aus Wien 45. — Ein Derwisch prophezeit den Tod Batthyany's 45. — Betrachtungen eines belagerten Gesammt-Oesterreichers 45. — Die Ungarn in Hamburg 45. — Kleine Briefe 45. — Ein Urtheil über Beck 46. — An die preußische Gesandtschaft in Wien 46. — Episode aus dem ungar. Kriege 47. — Der österr. Adel und die Centralisation 47. — **Allgemeine Artikel:** Der Fanatismus eine Krankheit 44. — Moderne Charakteristiken I. Der Blasirte 46. — Russisches Heerwesen II. III. 46. 47. — Ein gutes Wort für die Burgoisie 47. — **Litteraturblatt:** Biedermann, Erinnerungen aus der Paulskirche 44. — Raumer, historisches Taschenbuch 47. — Schuselka, deutsche Fahrten 47. — Wilkinson, Dalmatien und Montenegro 47.



Auf den Jahrgang 1850 pränumerirt man in allen Buchhandlungen und bei allen Postanstalten. Die Jahrgänge 1842—1849 sind ebenfalls noch in einigen Exemplaren vorräthig und werden sowohl in einzeln Jahrgängen als Semestern abgegeben.

Leipzig, Mitte November 1849. **Fr. Ludw. Herbig.**

[4070—74] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen **Krankheiten der Geschlechtstheile** die in Folge heimlicher Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit **40** erläuternden anatomischen Abbildungen. Zuerst publicirt von **Dr. Samuel La'Mert** in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgegeben von Laurentius in Leipzig. 6te Aufl. 8. 170 S.

Soll die Ehe wahrhaft die Quelle gegenseitigen Glückes seyn, so erfordert sie die Erfüllung verschiedener Bedingungen. Könnte man den Schleier heben der den Ursprung ehelichen Unglücks bedeckt, wie häufig würde man die Ursache desselben physischen Unfähigkeiten und folglich — getäuschten Erwartungen zuschreiben müssen. — Ueberschreitungen sind jederzeit nachtheilig. Die Gaben der Natur, deren man sich bei mäßigem Genuße mit Vortheil erfreut, werden durch Mißbrauch eine Quelle des Unglücks und des mehr oder weniger schnellen Verfalls aller Lebenskräfte. Die eigenthümlichen Ueberschreitungen aber, von denen dieses Werk hauptsächlich handelt, verursachen dem menschlichen Geschlechte mehr Leiden als alle andern Ausschweifungen von denen es heimgesucht wird.

Die sechste Auflage dieses Werkes enthält eine sorgfältige und vollständige Erklärung der Anatomie und Physiologie der Zeugungsorgane im gesunden und im kranken Zustande rc. Es verdient daher die größte Aufmerksamkeit, denn gibt es wohl etwas wichtigeres als die Erhaltung der Gesundheit derselben und der physischen Fähigkeiten, die ein jeder besitzen sollte?

Es wäre zu wünschen daß sich namentlich auch Eltern, Lehrer, Erzieher und Geistliche dieses vortreffliche Werk verschaffen, denn sie würden dadurch in den Stand gesetzt durch zu rechter Zeit gegebene Winke und Rathschläge das Fortschreiten jener traurigen Gewohnheit bei jungen Leuten zu verhindern die, dem unheilvollen Einfluß derselben einmal hingegeben, das Bewußtseyn des Gefährlichen ihrer Handlungsweise verlieren und einem sichern Untergange mit Riesenschritten entgegengehen.

Diese 7te stark vermehrte Aufl. ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße Nr. 26 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. — Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen und bei Empfang darauf sehen, dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das Aechte nicht.**

[4157] In C. Gerolds Verlagsbuchhandlung in **Wien** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Kalender für alle Stände.

1 8 5 0.

Herausgegeben von C. L. v. Littrow,
Director der k. k. Sternwarte in Wien.

8. in Umschlag bresch. Preis 14 Ngr.; carton. mit Schreibp. durchschossen, Preis 16 Ngr.

Dieses seit einer Reihe von Jahren beliebte Jahrbuch enthält außer den gewöhnlichen sehr sorgfältig und gut ausgearbeiteten astronomischen und andern Kalender-Artikeln folgende lehrreiche und interessante Aufsätze: Verwandtschaften und geographische Vertheilung der Thiere. — Früheste Geschichte des Menschengeschlechts. — Geistesbeschaffenheit der Thiere. — Zweck und allgemeine Beschaffenheit der lebenden Wesen. — Sehr beachtenswerth sind auch die Artikel: Lamonts Höhenprisma, Metereologische Uebersicht des J. 1848 für Wien, und österreichische Feste und Trauertage.

(4223) **Grosse Bücher-Versteigerung.**

Das Verzeichniss der ausgezeichneten Büchersammlung aus dem Lager der früher

Fincke'schen Buchhandlung

welche Montag den 14 Januar 1850 und folgende Tage zu Berlin

versteigert werden soll, ist so eben in der ersten Abtheilung erschienen. Es umfasst diese Abtheilung circa 1400 Bände aus dem Gebiete der **Archäologie und Kunst**, 1400 Bände **Philologie** (griech und röm. Autoren), 2500 Bände **Geschichte, Geographie, Reisen** etc., viele Werke über **Numismatik, Litteratur und Bibliographie**, wobei viele **Seltenheiten und Pracht- und Kupferwerke.**

Th. Müller zu Berlin, k. ger. und ausserger. Bücher-Auctions-Commissarius.

[3909—10] Bei **Meyer & Zeller** in **Zürich** sind soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Erzieherin, die. Eine Zeitschrift für weibliche Erziehung. Fünfter Jahrgang 8. br. 16 Ngr. oder 54 kr.

Meier, Konrad. Jubellieder. 16. 9⅓ Ngr. oder 32 kr.

Utzinger, Hrch. Der Concurs der Gläubiger nach Zürcherischem Rechte. Erstes Heft: Wesentlich concursrechtlicher Theil. 8. 16 Ngr. oder 54 kr.

Baumann, C. Fr., Gesellschaftslieder für Sopran-, Alt-, Tenor- und Baßstimmen. Erstes Heft. Partitur und Stimmen à 2⅓ Ngr. oder 7½ kr.

— — **Zwei Volkslieder im Schweizer-Dialekt.** 2 Ngr. oder 7 kr.

— — **18 Schweizerlieder für drei ungebrochene oder gebrochene Stimmen.** 7 Ngr. oder 24 kr.

— — **Religiöse Lieder und Gesänge für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte.** 10⅔ Ngr. oder 36 kr.

[4215] In der Kösling'schen Buchhandlung in Leipzig erschien soeben und ist in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

Lieder und Weisen

vergangener Jahrhunderte
Worte und Töne den Originalen entlehnt
von
C. F. Becker,
Organist zu St. Nicolai u. ordentlicher Lehrer an dem Conservatorium der Musik zu Leipzig, Ehrenmitglied der Gesellschaft der Musikfreunde des österreichischen Kaiserstaats zu Wien, correspondirendes Mitglied des niederländischen Vereins der Tonkunst zu Amsterdam.

2 Hefte. Jedes Heft 16 Ngr.

[4255] Ein Reisender, der 6 Jahre für eine der größten Buntpapier-Fabriken Deutschland und Italien bereiste, und mit den besten Zeugnissen versehen ist, sucht in einem ähnlichen Geschäfte wieder in gleicher Eigenschaft unterzukommen. Offerte unter **B. C.** poste restante München.

[4004—6] **München.** Ein Mann in den dreißiger Jahren, dahier wohnhaft und unverheirathet, vom Handlungsfache, welcher in mehreren Geschäften arbeitete, wünscht unter annehmbaren Bedingungen von einer oder mehreren inländischen Fabriken Commissionslager dahier zu erhalten, oder auch den Verschleiß der Fabrikate auswärts zu besorgen. Derselbe ist auch im Stande auf Verlangen Caution zu leisten, sowie sich über guten Leumund auszuweisen.

Offerte bittet derselbe an die Expedition dieses Blattes unter Adresse **U. Z. M.** Nr. 4004 franco einzusenden.

[4167—68] **Die am 1 Juli l. J verfallenen Zinscoupons des fürstl. Oettinger-Wallerstein'schen Anlehens Nr. 169, 226, jeder zu 5 fl., und Nr. 488 zu 10 fl. sind entwendet worden, was hiemit zur Warnung vor dem Ankauf derselben oder deren Einlösung veröffentlicht wird.**

---

[256] **Nachricht für Erfinder.**

Erfinder, welche in Oesterreich, **Frankreich** und England Patente zu erhalten oder ihre Erfindungen zu verkaufen wünschen, belieben sich zu wenden an das Comptoir der Asphalt-unternehmung. Leopoldstadt, **Stadtgutgasse** Nr. 386 in **Wien.**

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend — Nr. 328. — 24 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Erzherzog-Reichsverweser legt seine österreichischen militärischen Stellen nicht nieder. Die zweifelhafte Lage des Dreikönigsbündnisses wie des Interims. Gerücht daß die Interimsgewalt am 1 Dec. eingesetzt werde); München (Schluß der Verhandlungen über das Jagdgesetz. Gärtner und Schwanthaler erhalten durch König Ludwig Grabdenkmale); Stuttgart (Maßregeln gegen eine Verfügung des Landesbischofs in Sachen gemischter Ehen); Karlsruhe (dreiunddreißig Anwälte aus der Liste der Advocaten gestrichen); Dresden (bei den ersten Wahlen der zweiten Kammer die gemäßigte Partei in der Mehrheit. Gerüchte von einem Ministerwechsel oder Vertagung der Kammern); Berlin (die Verfassungsberathungen beendigt. Widersprüche in Betreff der Reichstagshoffnungen. Die bedenkliche Stellung der kleinern Regierungen); Schleswig-Holstein (Vertheidigung der Statthalterschaft in der Sache der Session); Wien (nahe Rückkehr des Kaisers in die Hofburg. Eine Telegraphenlinie nach Agram. Befestigung karpathischer Gebirgspässe. Erzherzog Albrecht und Erzherzog Ludwig. Die Woiwodina. Zahl der deutschen Zeitungen. C. Schinas. Die Wiener Börsenberichte in die Provincialstädte unentgeltlich telegraphirt. Die Wiener Presse. H. Laube); Salzburg (die Telegraphenverbindung); Prag (Feste bei der Anwesenheit des Kaisers).

Spanien. Die diplomatische Verbindung mit England. Die Eisenbahn zwischen Madrid und Aranjuez. Melilla.

Großbritannien. Ein Sympathie-Meeting für Ungarn. Ein Sträflingsschiff vor der Capstadt. Macaulay. Horn †.

Frankreich. Neues Uebereinkommen mit der Bank. Der National über den neuen Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Verhandlungen der Nationalversammlung. P. Bonaparte abgesetzt. E. Girardin und der Präsident. Der auswärtige Handel. Marseille.

Italien. Rom (die Vermehrung des Index. Protestantische Propaganda).

Türkei. Konstantinopel, 10 Nov. Die diplomatischen Differenzen.

Ver. Staaten von Nordamerika. Die Frage wegen der Mosquitoküste. Die Verhältnisse zu Canada. Budiseo. Die mißrathene Baumwolle. Theepflanzungen in Süd-Carolina. Reis in Missouri. Industrielle Unternehmungen auf Jamaica. Californien.

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam 20; Wien 21; Frankfurt 22; Augsburg 23 Nov.

Deutschland.

§§ Frankfurt a. M., 20 Nov. Heute sind die Führer der Gotha'schen Partei hier versammelt, um in Berathung zu ziehen welche Veränderung in ihrem politischen Wirken ihnen durch den Wechsel in der politischen Constellation geboten sey. Ein Dreikönigsbündniß von welchem zwei Könige abfallen, der Rest ohne geographischen Zusammenhang, also ohne politisches und militärisches Gewicht, eine Herabstimmung der Zwecke daß sie nur noch mit der Unselbständigkeit verträglich sind — das sind Dinge die allerdings zum Nachdenken auffordern, an die man zur Zeit des Gothaer Parlaments nicht gedacht hatte. Die Frucht der heutigen Berathung wird ohne Zweifel in der Deutschen Zeitung zu lesen seyn. Es sind hier Wetten gemacht worden über die Stellung welche die Gagern'sche Partei sich zusprechen werde. Es gibt wohlgesinnte und verständige Männer welche die Ansicht ausdrücken: daß jene ein größeres Verdienst als durch ihr ganzes bisheriges Wirken sich dadurch um das Gesammtvaterland, vorzüglich aber um Preußen, erwerben könne, wenn sie durch ein offenes Absehen von der weiteren Verfolgung der bisherigen Ziele diesem eine Brücke zum Rückzug errichte. Sie würde damit auch für den Ruf ihrer einzelnen Glieder sorgen. Als Partei würde sie, wenn wirklich der Reichstag berufen werden sollte, wenig nützen können. Ihr Walten ist fast niemals ein staatsmännisches, mitunter, und zwar in seinen besten Momenten, ein enthusiastisches gewesen. Dafür findet sich aber in Erfurt keine Nahrung. Da die große Politik nicht in die Thätigkeit des engeren Bundes fallen soll, da der Krieg davon ausgeschlossen ist und die Zoll- und Handelsverhältnisse ausgeschlossen bleiben müssen, so bleibt nur Stoff für wenige innere Angelegenheiten, für vorbereitende Maßregeln, wozu Specialcapacitäten erfordert werden, und für schöne Reden. Das muß sich jedermann sagen daß, nach dem verunglückten großen Versuch, ein deutsches Parlament nur dann wieder berufen werden sollte, wenn gegründete Hoffnung ist daß die Nation sich an ihm erheben werde und ihm eine Zukunft danken könne. Wäre dasselbe durch die Umstände zu einer Oscillation verurtheilt, statt sich frei zu bewegen und des Volkes Geschicke zu gestalten, müßte man sich sagen daß hier nur die persönliche Eitelkeit in Darlegung dessen was sie Großes gewollt haben will, ihre Befriedigung finden könne, und daß derjenige welcher ein solches Parlament geben kann und geben darf, höchstens dazu bestimmt seyn kann das Volk über das zu beruhigen, oder auch zu täuschen was zu erwarten es volle Berechtigung hatte, so würde es das Grab unserer Freiheiten und das Grab unserer Nationalität seyn. Will man aber den Krystallisationspunkt darin sehen der die andern Bildungen wider Willen anschließen macht, so ist dieß, wie die Dinge jetzt stehen, eine Intrigue, und obendrein eine hoffnungslose Intrigue. An der Spitze der preußischen Erklärung hat die Freiwilligkeit der Entschließung der Regierungen gestanden. Hegt man dessungeachtet die Hoffnung und noch mehr auch die Absicht die Regierungen durch die Macht, welche das Beispiel auf ihre Völker üben wird, zu zwingen, so ist dieß nicht weniger als ein Bruch des obenan gestellten Loyalitätsprincips, dessen Wahrung die Zurückweisung der Kaiserkrone abgedrungen hat. Die Hoffnung welche man dabei im stillen birgt, ist weit trügerischer, als jene gewesen wäre die von der Annahme der Kaiserkrone das allmähliche Verschwinden der bedenklichen Gegensätze und Widerstrebungen erwartet hatte. Wer offene Augen hat und sich nicht geradezu verblenden will, der wird einräumen daß die Völker Deutschlands zur Stunde in zwei große, bis in die Familien hinein sich theilende Schichten zerfallen: es sind die der Müden und die der Demokraten. Die ersteren wollen zunächst gar keine neuen, aber am wenigsten gefährliche Versuche der Reorganisation von unten hinauf. Sie wollen daß man den Regierungen es überlasse eine Zeit wieder zu gestalten in welcher an Sicherheit für Leib und Gut nicht gezweifelt werden muß, und Handel und Verkehr wieder aufleben können. Sie werden beherrscht durch die Furcht, tragen aber auch ein tiefes Mißtrauen in sich gegen die Fähigkeit derer welchen das Loos Deutschland zu regeneriren vor nicht langer Zeit zugefallen war. Die andere Schicht bilden die Demokraten. Der Krieg in Baden und was ihm gefolgt ist, hat zwischen der preußischen Regierung und dieser Partei eine ewige Scheidewand errichtet. Sie hält dafür daß ihre Zeit noch nicht gekommen sey, ist aber in fortwährender Activität um das Vertrauen in die Regierungen, und vornehmlich in die preußische, zu untergraben. Auf wen wollte sich die letztere also stützen, wenn sie in dem zerrissenen Deutschland, unter Protestation von Oesterreich und von den Königreichen, in einem Bereiche der das unglückselige Bild der geographischen Lage Preußens von 1815 in einer Verzerrung wiederholt, eine neue Staatsform gestalten wollte? Das Häuflein wurde fürwahr nicht groß seyn, sein Einfluß noch geringer, und über seine Aufopferungsfähigkeit müßten wir die Zeugnisse noch erwarten. Und wenn trotz des wechselseitigen Mißtrauens und trotz des wechselseitigen Truges am Ende eine Allianz zwischen dem corrosiven Demokratismus und einer verblendeten Regierung zu Stande kommen könnte, wohin anders müßte das führen als zum Bürgerkrieg und zu Vernichtung der sparsam zugemessenen Volksfreiheiten, zur Soldatenherrschaft und zu russischer Uebermacht! Die Anerkennung des Fortbestandes des Bundes von 1815 und seiner Statuten und die Gründung eines engeren Vaterlandes mit reicherer politischer Entfaltung schließen sich aus. Es führen viele Wege nach Rom, aber für einen muß man sich doch entscheiden. Preußen ist der Kelch der Versuchung am öftersten geboten worden, weil es mit dem größten Theile seiner Bewohner die Forderungen und die Schmerzen der Gegenwart am tiefsten empfindet, und weil es durch das temporäre Eintreten in die deutsche Bewegung an seiner politischen Stellung am meisten verloren, und daher die stärkste Aufforderung hat sich den Ersatz in Deutschland zu suchen. An Oesterreich sind die bisherigen Versuche gescheitert. So gehe man den Weg mit Oesterreich. Wo der gemeinsame Feind zu suchen ist, darüber besteht kein Zweifel; daß nur Eintracht der beiden großen

Mächte ihnen den Sieg und das Fortbestehen versichert, ruht in ihrem tiefsten Bewußtseyn. Auf solcher Grundlage kann man mit allem andern fertig werden. So möge denn das Interim die Brücke seyn auf welcher der wahre Frieden (das aber ohne Gewährung erweiterter Verfassungsverhältnisse des Bundes nicht möglich ist) in das Land zieht, und ein herzliches Entgegenkommen Oesterreichs Preußen die Betretung des Pfades zum gemeinschaftlichen Ziele leicht machen!

z **Frankfurt a. M.**, 21 Nov. Die öffentliche Kunde von dem Beschlusse des Verwaltungsrathes in Berlin über den Zusammentritt eines neuen deutschen Parlaments, wozu die Wahlen angeordnet werden, macht auch hier, wie wohl überall in Deutschland, tiefen Eindruck. Preußen unternimmt es durch diese etwas gewagte Maßregel mit der Majorität des deutschen Volks sich zu identificiren. Ich sage gewagt, weil man noch immer glauben muß daß der wirkliche Zusammentritt des Vereinsparlaments erkleckliche Verzögerungen erleiden werde, indem Oesterreich die Sache gewiß nicht gleichgültig hinnehmen wird. Freilich hat Preußen sich schon zu tief eingelassen als daß das gegenwärtige Ministerium nicht noch eine appellatio popularis versuchen sollte; aber auch die österreichische Regierung hat schon zu fest ihren Standpunkt erklärt als daß sie dem neuen Rumpfparlamente, aus dem immer wieder mit Hülfe des nächsten Frühlingstriebes ein wahrer Reichstag sich entwickeln könnte, ruhig und gelassen zusähe. Nachdem Fürst Schwarzenberg, wie bekannt, die Reservationen Hannovers und Sachsens bereits offen gebilligt, ist, nach allem was man hört, von Wien aus vor kurzem in einer neuen sehr entschiedenen Note die preußische Theorie von dem Verschwunden- oder wenigstens Latentseyn der deutschen Bundesverfassung bekämpft worden. Wie kann man erwarten daß Oesterreich nunmehr ein factisches Vorschreiten der verbündeten Fürsten, das die Fundamentalbestimmungen des älteren deutschen Bundesrechtes ignorirt, zu dulden vermeint wäre? So fängt also der Dualismus in Deutschland mit einem Conto an in welchem zweimal zwei nicht vier machen, mit einer Rechnung wo die Abgleichung sehr schwierig werden möchte, da nach dem Wiener Vertrage vom letzten 30 Sept. der Bundescommission darüber die Competenz fehlt, daneben aber es zweifelhaft ist ob die deutschen nicht-unirten Staaten als deutsche Bundeskörperschaft noch etwas darein zu reden haben oder darein zu reden zugelassen werden. Dieses Interim trägt in meinen Augen einen sehr durchlöcherten Mantel, woraus theils die Schwächen, theils die bösen Gelüste sichtbar werden. Wenn nicht bald ein Definitivum als rettende That an die Stelle tritt, wozu man außer Erfurt leider keine Anstalt treffen sieht, so wird die vermehrte Verwirrung in den deutschen Angelegenheiten binnen wenigen Monaten zeigen wie sich unbrauchbare und unaufrichtig geschaffene Institutionen rächen. Wenn Oesterreich und Preußen, welche sich seit 1815 öfter nicht bloß als Bundesglieder, sondern auch als Alliirte Deutschlands selbst bezeichneten, es mit dem ganzen Vaterlande wohlmeinen und nicht selbsüchtig zu handeln gedenken, so müssen sie es als die höchste Zeit erkennen sich gemeinsam über eine Form zu verständigen die nec ultra nec citra liegt. Leider ist bei den abweichenden und unvermittelten Principien in der Politik der beiden Großstaaten der legitimirte Dualismus das Unhaltbarste und Gefahrbringendste; denn diese Diarchie ist nicht eine Verstärkung der Einheit, wie jene der beiden Consuln des alten römischen Freistaats, sondern sie gleicht in ihrem Ursprunge dem Rangstreit der griechischen Staaten von Sparta und Athen, welcher zur Invasion und Fremdherrschaft, zuletzt zum allgemeinen Verderben von Hellas führte.

Frankfurt a. M., 21 Nov. Die Fr. O.-P.-A.-Z. enthält einen Artikel der die Nachricht „der Erzherzog-Reichsverweser werde nach definitiver Herstellung des Interims zugleich mit der Reichsverweserschaft auch alle die hohen militärischen Functionen niederlegen welche derselbe in dem österreichischen Kaiserstaat bekleidet,“ aus sicherster Quelle als eine durchaus unbegründete bezeichnet.

• Briefe aus Frankfurt vom 22 Nov. sprechen nun wieder die Hoffnung aus daß die neue Centralgewalt am 1 Dec. eingesetzt werde.

Bayern. ‖ **München**, 23 Nov. Die fünfte Sitzung welche die Abgeordnetenkammer heute dem Jagdgesetz widmet, eröffnet der Präsident Graf Hegnenberg mit Bekanntgabe eines Schreibens des Justizministeriums, wonach auf den Wunsch der Kammer vom 19 d. um Beschleunigung der politischen Untersuchungen die geeigneten Weisungen an den Generalstaatsprocurator der Pfalz und an das Centraluntersuchungsgericht ergangen sind. Die Debatte über die Jagdkartenfrage wird sodann fortgesetzt. Zu der Fassung des Ausschusses und der Regierung für die betreffenden Paragraphen sind 7 Modificationen eingebracht; sie bezwecken zum Theil die Ertheilung der Jagdkarten und ihren Ertrag den Gemeinden zu überlassen; dreierlei Classen je nach der engeren oder weiteren Gültigkeit der Karte im Preise zu 1 fl. 30 kr., 3 fl. und 10 fl. ꝛc. Dr. Sepp und Stöcker kommen in ihren sonst sehr verschieden gearteten Sympathien in dem Antrag zusammen daß die Jagd auf Singvögel verboten werde; die Kammer lehnte dieß jedoch ab. Die Debatte war nicht nur bewegt, sondern auch vielfach sehr gereizt. Mehrere Redner scheinen sich auf dem Gebiet unparlamentärer Recriminationen, immerwährender sogenannter thatsächlicher Berichtigungen u. dgl. sehr wohl zu gefallen, und beeinträchtigen so die Würde des Hauses, welche gerade eine im ganzen so intelligente Kammer besonders beachten sollte. Die Beschlüsse ergeben endlich daß im wesentlichen die Ausschußanträge unverändert dahin angenommen werden: niemand darf ohne eine nur für seine Person gültige Jagdkarte jagen. Diese wird von der Districtspolizeibehörde ausgestellt und kostet 8 fl., wovon ein Drittheil in die Staatscasse und zwei Drittheile in die Armencasse des Domicils des Lösenden fließen. Die Karten gelten für ein Kalenderjahr und für das ganze Land. Die weitern Bestimmungen setzen fest wem diese Karten verweigert werden müssen oder können, ebenso die Fälle der Einziehung. Nach einer Modification des Ministerialcommissärs Epplen und des Abg. Bové werden die Contraventionen näher bezeichnet, welche einer polizeilichen Geldstrafe bis zu 25 fl. unterliegen. Analog den übrigen neuen Gesetzen erfolgt auch hier die Aburtheilung durch die Gerichte. Nachdem nun das Gesetz in vielfach modificirter Fassung im einzelnen angenommen ist, wird noch ein Zusatz des Pfarrers Knollmüller daß das Jagen an den Vormittagen der Sonn- und Festtage verboten werde, verworfen, und der Schlußantrag des Ausschusses daß dieses Gesetz, sobald sich die Kammern darüber geeinigt haben, sofort sanctionirt und in Vollzug gesetzt werde, angenommen. Die Sitzung schließt um 3¾ Uhr; die namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz wird in der nächsten, noch nicht festgesetzten Sitzung vorgenommen werden.

:‖: **München**, 21 Nov. Wenn auch die sturmbewegten Tage wie sie die jüngste Zeit uns brachte, so ziemlich vorüber zu seyn scheinen, so sind wir doch noch nicht zu der Ruhe gekommen um an die Künste des Friedens mit ungetheiltem Interesse denken zu können. Wie lange wird es noch dauern, hört man die Künstler fragen, bis wieder Liebe zu etwas höherem im Leben sich eingestellt? Diese Frage auch nur mit einiger Gewißheit zu beantworten ist wohl kaum möglich, und so wollen wir uns denn einstweilen damit bescheiden daß da und dort noch Regungen und Thaten sich kundgeben, die ein gänzliches Verglimmen des beseligenden Sternes, Kunst genannt, fern halten. Und unser erster Dank gebührt dem König Ludwig. Wir betreten — zu geschweigen von dem was in Regensburg, Speyer geschah und geschieht — keinen Stadttheil Münchens ohne daß uns sein schaffender Geist umgäbe, jener poetische und erhebende Sinn der selbst den Dahingeschiedenen nachfolgt, und ihnen zur Auferbauung der Zurückgebliebenen eine neue, würdige Ruhestätte schafft. Wir begegnen an mehreren Orten des alten und überfüllten Friedhofs Grabdenkmalen die König Ludwig solchen Personen geweiht welche er im Leben ehrte, und ebenso wird der neue Gottesacker, dessen Eröffnung in naher Aussicht steht, gleiches Zeugniß geben von der hohen und liebevollen Sinnes- und Denkweise des Königs, der hier zwei ihm im Leben nahe gestandene und von ihm geachtete Künstler (Gärtner und Schwanthaler) durch schöne Grabmonumente ehren wird. Mag auch die Verschiedenheit der Begriffe in unserer mehr dem Materiellen huldigenden Zeit noch so schroff hervortreten, mögen Leidenschaften toben um zu bekämpfen was Schönes und Hohes still emporgestrebt — der Geschichte bleibt es anheimgegeben, die wird es würdigen und dem den Lorbeer reichen der diese reiche Welt von Denkmalen für Bayerns Hauptstadt geschaffen.

Württemberg. **Stuttgart.** Bekanntlich hat der Bischof von Rottenburg seiner Geistlichkeit befohlen keine gemischte Ehe einzusegnen, wenn nicht das Versprechen katholischer Kindererziehung abgelegt würde. Darauf hat kürzlich auf Antrag der gegenwärtig versammelten evangelischen Synode das k. Ministerium des Kirchenwesens verfügt daß, wo der katholische Geistliche sich weigere, der evangelische Geistliche die Einsegnung ohne weiteres überall vornehmen dürfe und in dem einzelnen Falle die Dispensation von den Bestimmungen des Religionsedicts vom Jahr 1806 ertheilt werde. Einer allgemeinen Maßregel wird entgegengesehen. (W. Z.)

Gr. Baden. **Karlsruhe**, 22 Nov. Wie man aus der heutigen Karlsr. Ztg. erfährt, sind unterm 8. d. 33 Anwälte, die sich von ihren Wohnsitzen entfernt hatten, aus der Liste der Advocaten und Schriftverfasser gestrichen, weil sie, „der Theilnahme an den im Großherzogthum stattgehabten hochverrätherischen Unternehmungen gerichtlich angeschuldigt und öffentlich vorgeladen, der diesseitigen öffentlichen Aufforderung vom 4 Sept. d. J. binnen 14 Tagen zurückzukehren und sich über ihre

Entfernung bei dem zuständigen Hofgericht zu verantworten keine Folge geleistet haben."

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 21 Nov. Nach den gestrigen und heutigen Wahlprüfungen der zweiten Kammer hatte sich eine beschlußfähige Anzahl nicht zu beanstandender Wahlen herausgestellt, so daß heute die Wahl des Bureau stattfinden konnte. Bei derselben hat die conservativ-liberale Partei die von ihr aufgestellten Candidaten durchgebracht, ihr selbst angehörend: Appellationsrath Cuno als Präsidenten, Geheimrath Dr. Held als ersten Vicepräsidenten und Amtmann Hohlfeld als ersten Schriftführer; von ihr aus der Gegenpartei erkoren: Haberkorn als zweiten Vicepräsidenten und Prüfer als zweiten Schriftführer. Die unterlegenen Präsidentschaftscandidaten der Radicalen waren Klinger, der vormalige Bürgermeister von Leipzig, und Oberlieutenant a. D. Müller. Das Stimmenverhältniß stellte sich 28 zu 21. Der Kammereröffnung sieht man in vier bis fünf Tagen entgegen.

In weitern Berichten aus Dresden liest man daß die Kammermehrheit sich schwerlich für die Politik des Ministeriums in der deutschen Frage entscheiden werde. Es erneuerten sich daher die Gerüchte daß ein Ministerwechsel vor der Thüre stehe und Hr. v. Carlowitz werde berufen werden. Andererseits hieß es, die Kammern würden alsbald nach der Eröffnung wieder vertagt werden.

Preußen. △ **Berlin,** 20 Nov. Die gestern schon in Umlauf gekommene Nachricht daß der Verwaltungsrath den Termin der Reichstagswahlen auf den 31 Januar 1850 festgestellt habe, bestätigt sich insoweit als dieß der letzte Termin seyn soll, während nicht unwahrscheinlich ist daß die Wahlen in Preußen, wo das Wahlgesetz keine Schwierigkeit mehr darbietet, schon früher erfolgen werden. Die verschiedenen Fractionen der großen conservativen Partei werden in dieser Angelegenheit zusammenwirken. Das Centralcomité für die Wahlen vereinigt an seiner Spitze die Namen Simson, Graf Schwerin, Graf Arnim-Boytzenburg. Selbst der Vertreter der äußersten Rechten, Hr. v. Kleist-Retzow hat, während er ablehnte in das Comité selbst einzutreten, sein Wort gegeben daß er praktisch in demselben Sinne in seiner Heimath wirken werde. Ueberhaupt hat die Partei, die man als die specifisch preußische betrachtet, eine unerwartete Bereitwilligkeit zum Anschluß gezeigt, indem sie die Angelegenheit als so weit vorgerückt ansieht daß das Ansehen Preußens allein schon ihre Durchführung erfordere.

Die preußischen Kammern haben die Verfassungsberathungen fast beendigt: die letzten Capitel betrafen die Schule. Wir kommen darauf zurück. Hört man die Parteien, so ist keine mit der neuen Verfassung zufrieden, noch weniger ist Vertrauen auf ihre Dauer. Dagegen herrscht ziemliche Einstimmigkeit in den Berliner Correspondenzen, daß die Regierung mit dem Reichstage Ernst machen wolle. Die neuliche Unterhandlung durch Mathy, der im Namen der Gothaer Partei auftrat, soll fast Gewißheit darüber ergeben haben. Die demokratische Partei spottet daß man das Vertrauen wieder an Strohhalme hänge, und nicht sehe daß überall Hinterthüren offen gehalten seyen. Andere wurden irre durch die Erklärungen von Staatsmännern wie Usedom und Hansemann, von denen jener für Versöhnung mit Oesterreich, dieser für Capitulation mit den Königreichen rieth. Gegenüber diesen Widersprüchen sollten Namen wie Radowitz und Manteuffel Bürgschaft geben für ein wahrhaftes deutsches Parlament. Die Widersprüche und Zweifel dringen aus allen Poren. Indeß wird die Sprache der Staatsschriften, der hannoverisch-sächsischen wie der preußischen, immer gereizter. Die neueste österreichische Erklärung kennt man nicht dem Wortlaut nach; aber alle Wiener Berichte versichern, sie sey entschieden genug gegen das was man — den ehemaligen Vorwurf der andern Seite zurückgebend — den Sonderbund nennt. Die Einsetzung des Interim ward dadurch aufgehalten und der Erzherzog-Reichsverweser hatte die Anstalten naher Abreise wieder abbestellt. Das auf sechs Monate berechnete Provisorium wird so zu einem dreimonatlichen zusammenschrumpfen, wenn es überhaupt zum Leben zu kommen bestimmt ist. Die Vereinbarung mit der Paulskirche ward für unmöglich gehalten, die Vereinbarung unter den Regierungen scheint ein noch unmöglicheres Ding; sie waren nur in ihrer Feindschaft gegen die Nationalversammlung einig. Eins aber scheint gewiß: Sicherung der kleineren Regierungen vor absoluter Unterwerfung liegt nur im Zustandekommen einer allgemeinen Verfassung; kommt sie nicht zu Stande, so gerathen sie zwischen die Reibungen zweier Mühlsteine colossalster Art.

Schleswig-Holstein. **Altona,** 20 Nov. In den halbofficiellen Artikeln welche jüngst zwischen der Frankf. O.-P.-A.-Z. und dem Preuß. Staatsanz. über die Gefion gewechselt wurden, war vom Preuß. Staatsanzeiger der Statthalterschaft der Herzogthümer die Mittheilung geradezu verleumderischer Gerüchte vorgeworfen. Gegen diesen Vorwurf wird die Statthalterschaft in einem halbofficiellen Artikel des heutigen Merkur vertheidigt. Sie habe in dem vorliegenden Falle nichts gethan als eine ihr von einem glaubwürdigen Manne in Flensburg zugegangene Mittheilung über eine zwischen dem Commandeur der dänischen Ostsee-Flotille und dem Obersten Hodges in Betreff der „Gefion" stattgehabte Beredung wörtlich zur Kunde der k. preußischen Regierung und des Reichsministeriums zu bringen, um damit ihrerseits der „allen deutschen Regierungen obliegenden Pflicht das allgemeine deutsche Interesse nach Kräften zu wahren nachzukommen. Daß der Gegenstand, wie geschehen, öffentlich erörtert werden würde, hat die Statthalterschaft nicht voraussehen können."

Oesterreich. — **Wien,** 20 Nov. Die Oesterr. Correspondenz stellt heute die Wahrheit des von mehrfachen Seiten verbreiteten Gerüchtes über eine zwischen der Regierung und dem Ban entstandene Spannung, welcher man auch die gestern gemeldete Abreise des Baron Jellachich nach Brünn zuschreiben wollte, in Abrede. Morgen wird das dritte Stück des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes in zehn Reichssprachen ausgegeben werden. Dasselbe wird enthalten: 1) Die kaiserl. Verordnung vom 27 October mit einer provisorischen Vorschrift über das Verfahren in Besitzstörungsstreitigkeiten; 2) die kaiserl. Verordnung von demselben Datum, wodurch die Abänderung mehrerer Bestimmungen von den in Tirol, Vorarlberg und Dalmatien bestehenden Vorschriften über das summarische Verfahren in Besitzstörungsstreitigkeiten verfügt wird; 3) Justizministerialerlaß vom 5 Nov. d. J., womit bestimmt wird daß mehrere ältere Anordnungen bezüglich des den Gutsherren gebührenden Eigenthums der Ueberschüsse der Waisencassen allerdings auch auf die erst nach Erlassung des Patents vom 7 Sept. 1848 hervorgekommenen derartigen Ueberschüsse so lang Anwendung finden als die Waisencassen unter Haftung der Gutsherren verwaltet werden.

*** **Wien,** 20 Nov. Sie haben in dem gestrigen Oesterr. Correspondenten die Zurechtweisung eines Berliner Berichterstatters der Allg. Zeitung gelesen, welcher von der „wuthschnaubenden Sprache" der Wiener Journale gegen Preußen gesprochen. Ich mag den Ausdruck gar nicht in Schutz nehmen, allein wenn von beiden Seiten eine Compensation der gegenseitigen Anfeindungen stattfinden sollte, die Wiener Presse wäre im Vortheil. Es muß anerkannt werden daß die hiesige Journalistik treffliches geleistet, wenn man bedenkt daß ihr bis zum März jede Uebung abging. Staatsfragen, wie sie von solcher Wichtigkeit und so rasch aufeinander einem Volke noch nie vorgelegt worden, sind von der Wiener Presse, die so gut wie vom Nichts anfangen mußte, wenn auch nicht gelöst, doch so befriedigend, mitunter treffend erläutert und dem politisch begriffsarmen Publicum näher gebracht worden, daß man nur mit großer Freude die Vortheile überschaut welche die neue Zeit auch hier zur Entwickelung brachte. Man hat mich von vielen Seiten aufgefordert die Zustände der hiesigen Journalistik zu schildern, aber ich mag es nicht, weil eben die Wiener Presse, stolz auf ihr Emporblühen, sehr empfindlich gegen jedes Urtheil ist, welches Vollkommenheit nur relativ oder gar die relative Vollkommenheit nicht überall sieht. Die Wiener Presse hat eine viel größere Zukunft als die Berliner, eben weil Wien politisch ein unvergleichlich wichtigerer Punkt ist als Berlin. Wien ist eine Handelsstadt und Residenzstadt, Berlin ist nur Residenzstadt und ganz willkürlich dazu geworden. Es ist bezeichnend daß die größte preußische Zeitung in Köln ihren Boden gefunden hat, ebenso wie im westlichen Deutschland und im südlichen die Presse in Frankfurt und in Augsburg, nicht in den Residenzen, in Sachsen die größern Journale nicht in Dresden sondern in Leipzig ihren Aufenthalt gegründet haben. Darin thut die Wiener Presse aber gewiß Unrecht wenn sie unablässig von dem preußischen Staat in einem Tone spricht der nicht anders als wegwerfend genannt werden kann. Ich brauche wohl nur das obige Zeichen vor meinen Artikel zu setzen um zu bezeugen daß ich mich über den Verfall des Dreikönigsbundes herzlich freue, aber da sey Gott für daß ich nur ein Wort zur Beschönigung für den schnöden Rückzug Sachsens und Hannovers spräche. Die Wiener Presse aber hat ihren Spott mit Preußen getrieben weil es sich jetzt für seine Dienste mit Untreue belohnt sieht. Man kann über die preußische „Diplomatie," über die Neigungen eines Höheren scherzen, die demüthigen Kammern in Berlin sehr spaßhaft finden, aber nie dürfen wir die Achtung außer Acht lassen die wir dem trefflichen preußischen Staate schuldig sind. Wer im April und Mai in Süddeutschland gelebt, der wird sich erinnern an wie dünnen Fäden es hing daß nicht Würtemberg und Franken von der badischen Revolution mit fortgerissen worden. Wenn Preußen damals in Sachsen nicht so rasch eingeschritten wäre, wenn dort, wie es ohne Hülfe der Preußen fast wahrscheinlich gewesen, die Revolution gesiegt, wenn Preußen die Unordnun-

gen in Berlin im November v. J. nicht schon gänzlich abgestellt, wenn Preußen nicht sein treffliches Heer besessen, wenn es nicht durch seine genaue, sparsame und gewissenhafte Verwaltung Geld zum Kriegführen in den Händen gehabt hätte, wo wäre eine Macht in Deutschland gewesen welche den Brand im Südwesten zu dämpfen im Stande war? Auch kam der rasche und entscheidende Sieg Preußens über die auffäßigen Sachsen und Rheinländer Oesterreich sehr zu statten, denn nur wenn es Deutschland ruhig wußte konnte es seine Garnisonen aus Böhmen und den andern deutschen Provinzen, wie es gethan, im ungarischen Kriege verwenden. Warum also die Tüchtigkeit nicht anerkennen und ihr den Dank abstatten den man schuldig geworden? Darin bestehen zum Theil unsere kläglichen deutschen Zustände daß wir für Bewunderung des Auslands eine unerschöpfliche Fülle von Ausdrücken haben, aber ehe wir unter uns einer des andern Vorzüge anerkennen sollen, jedes Wort hinunterschlucken, und sollte darüber der Magen bersten. Da ich einmal von den Preßverhältnissen gesprochen habe, muß ich etwas erwähnen was Ihnen wahrscheinlich entgangen. Man schreibt mir von Leipzig daß die dortige Leipziger Ztg. kürzlich von einem Verhältniß der Allg. Ztg. zu dem österreichischen Ministerium gesprochen habe. Die Nachricht ist freilich so albern erfunden wie neulich in der Köln. Ztg. zu lesen stand: die Ostd. Post erhalte Inspirationen aus dem hiesigen Justizministerium. Auch gibt es manche Irrthümer die für eine Berichtigung zu grob sind, wenn hier nicht der Fall einträte daß sich die gutunterrichtete Leipziger Ztg. auf ein qui tacet consentit berufen, oder es den Anschein gewinnen könnte als sähe es die Allgem. Zeitung gern wenn man ihr einen halbofficiellen Nimbus andichtete.*) Die Allgem. Ztg. hat die Fragen der deutschen Zolleinigung und der Ansiedlung in Ungarn, von ihr seit Jahren gepflegt, mit erneuerter Freudigkeit ergriffen, sie hat aber dem österreichischen Ministerium in Bezug auf die parlamentarische Constituirung Deutschlands, oder in Betreff der russischen Allianz und anderer tiefgreifenden Fragen nie die Gesinnung Deutschlands verborgen; freilich theilt sie nicht das in den meisten deutschen Blättern gäng und gäbe gewordene Absprechen über die Verhältnisse einer Monarchie welche jene Aburtheiler meist nur dem Namen nach kennen, und die sie doch behandeln als läge sie vor ihrer Thüre, und sey zu meistern wie das Fürstenthum Liechtenstein oder die Landgrafschaft Homburg.

** **Wien**, 21 Nov. Der königl. griechische Gesandte am königl. bayerischen Hofe, Konstantin Schinas, ist, auf der Reise nach München begriffen, mit Familie gestern hier angelangt. Die von dem Justizminister v. Schmerling ausgearbeitete Vorschrift über das Strafverfahren bei Bezirksgerichten, Collegialgerichten und Geschwornengerichten ist von dem Gesammtministerium berathen und Sr. Maj. dem Kaiser sofort zu aller, höchster Bestätigung vorgelegt worden. Die Woiwodschaft Serbien mit den syrmischen Bezirken Ruma und Illock wird (wie bereits vor einigen Tagen angezeigt) als selbständiges Verwaltungsgebiet (Kronland) in drei Kreisen und mit dem Hauptorte Temeswar organisirt. Der Kaiser wird den Titel eines Woiwoden von Serbien unter seine Haustitel aufnehmen. Als Vice-Woiwode ist General v. Mayerhofer (ein Deutscher) ernannt worden. Die Commission welche zur Aufnahme und Entschädigung der während des ungarischen Krieges verursachten Verluste und geleisteten Lieferungen jeder Art zu Pesth niedergesetzt worden ist, wird ihre Thätigkeit in diesen Tagen beginnen. Gestern sollte die Kettenbrücke zwischen Ofen und Pesth eröffnet werden. Zu Preßburg wurde am 17 d. die Reichsverfassung vom 4 März im Gemeinderath der Stadt publicirt und beschlossen sie auf feierliche Weise zu allgemeiner Kenntniß zu bringen. Die Dampfschifffahrt nach Pesth findet von nun an nur noch an den Tagen ungeraden Datums statt. Die Zahl der politischen Journale welche in deutscher Sprache in dem österreichischen Kaiserstaat erscheinen, erhebt sich jetzt auf 74. Wie man erfährt, hat das Handelsministerium beschlossen an sämmtliche Provincialstädte welche die Telegraphenlinien berühren täglich die Curse der Wiener Börse unentgeltlich gelangen zu lassen.

Das Const. Bl. a. B. enthält nachstehenden charakteristischen Zug aus dem Leben Kossuths. Derselbe hegte eine unüberwindliche Antipathie gegen Wien als das Herz des Kaiserstaats, und war fast stolz darauf nie in der Residenzstadt gewesen zu seyn. Als er auf jenem bekannten Preßburger Reichstag die geschriebene Landtagszeitung herausgab, die ihn ein paar Jahre Gefängniß kostete, benöthigte er eine lithographische Presse, und mußte, um das Kaufgeschäft abzuschließen und dieselbe herabzubringen, persönlich nach der Kaiserstadt reisen. Er richtete nun diese Reise derart ein daß er spät Abends dort eintraf und noch vor Morgendämmerung wieder aufbrach, so daß er wie früher sagen konnte, er habe Wien nicht gesehen.*) Als er Wien im vorigen Jahr wirklich besah, war er bereits ein allmächtiger Mann. Von einem andern anekdotischen Zuge erzählt heute der „Soldatenfreund: „Ein junges, schönes Mädchen aus Wien, Hermine Pschik, folgte ihrem Geliebten, einem Corporal vom Grenadierbataillon, Möller, nach Ungarn ins Feld, und trug den Soldaten unermüdlich und ohne Furcht, selbst in die heißesten Gefechte, Lebensmittel und Erquickungen zu. In der Schlacht bei Pered waren drei schwer verwundete Kanoniere und Cuirassiere liegen geblieben; Hermine Pschik trug diese Männer auf ihrem Rücken auf den Verbandplatz. Das heldenmüthige schöne Kind machte sonach siebenmal den weiten Weg durch den gefährlichsten Kugelregen. Hermine Pschik wurde im Armeebefehl belobt und erhielt ein Geschenk von 50 fl. C. M."

* **Salzburg**, 21 Nov. Der Telegraphen-Ingenieur Burian ist heute hier angekommen um unverzüglich die telegraphische Correspondenz zwischen Salzburg und Wien über Linz in Ausführung zu bringen. Kommenden Freitag wird die erste Correspondenz auf diesem Wege stattfinden. Bereits sind die zu diesem Dienste bestimmten Telegraphisten hier eingetroffen, bereits werden die letzten Fäden von Kupferdrath in das Telegraphen-Bureau eingeleitet. Wir können diese in ihren Folgen für Staat und Volk, für Handel und staatswirthschaftliche Zwecke unberechenbar wohlthätige Staatsanstalt nur freudig und dankbar begrüßen. Seit vier Tagen spielt der Telegraph bereits zwischen Linz und Wien mit dem besten Erfolge. In Linz ist der Drath in einer Strecke von 370 Klaftern mit Gutta-Percha unterirdisch geführt. Die technisch inspicirenden Beamten sind auf der langen Route zwischen Wien, Linz und Salzburg bereits in voller Thätigkeit. Unsere Telegraphensäulen reichen aber bereits auch von Salzburg bis hinaus hart an die bayerische Gränze; die Kupferdräthe können in zwei Tagen eingezogen werden. Möchten sich unsere lieben bayerischen Brüder recht bald mit ihrer Telegraphenlinie anschließen! So wird es auch uns Salzburgern ermöglicht durch diese Anstalt, in welcher der menschliche Verstand seinen schönsten Triumph feiert, uns durch das Centralbureau in Wien mit allen telegraphischen Stationen, z. B. Prag, Grätz, Klagenfurt, Triest, Mailand rc. mit dem Fluge des Gedankens in schnellste Verbindung zu setzen. Wozu sonst viele Tage erforderlich waren, das wird jetzt in wenigen Minuten im entferntesten Orte des weiten Reiches verkündigt seyn. Eine Schlacht in Italien wird noch am nämlichen Tage in allen Theilen der Monarchie, durch welche die elektromagnetischen Worte fliegen, bekannt seyn; während sie auf dem weitentfernten Schlachtfelde noch nicht ihre Todten begraben haben, wird schon in Entfernungen von hundert und mehr Meilen die Siegesfeier gehalten. Und wenn sich die Fühlfäden dieses Gedankenfluges erst durch das ganze schöne große Deutschland ziehen, welcher Gewinn für uns alle!

Prag, 20 Nov. Heute Morgen empfing Se. Maj. die Aufwartung der Civilbehörden und der Nationalgarde, besuchte sodann das Blindeninstitut, das Garnisonsspital, die Universität, und hielt eine Heerschau auf dem Invalidenplatz. Nachmittags war große Tafel. Abends besichtigte Se. Maj., und in seinem Gefolge ein endloser Wagenzug, die Beleuchtung. Es war eine der festlichsten deren sich Prag erinnert: Gas-, Lampen-, Kerzen-, Pechflammen; am geschmackvollsten Lichtcombinationen, die herrlichsten und sinnigsten Transparente. Besonders wußten durch Glanz der Beleuchtung und Sinnigkeit oder Großartigkeit der Anordnung den Beschauer zu fesseln: die Brückenthürme, die Salvatorkirche, der reich mit schwarzgelben Fahnen behängte Colloredosche Palast, der seit Wochen herrlich decorirte Clam'sche Palast, die Transparente am Rathhaus, an der Bürgerressource, am Annahof, die Beleuchtung des kaufmännischen Vereins, des Nostiz'schen und Wallis'schen Palastes, der Adalbertskirche u. s. w. Schwarz und lichtlos stand der letztern gegenüber das ehemalige Generalcommandogebäude, eine traurige, düstere Erinnerung an die Juniuswoche. Einen imposanten Eindruck machte das Roßthor — von ferne beschaut, eine feurige Architectur —

---

*) Ein Wiener Blatt nennt Hrn. H. Laube, der dort Dramaturg werden soll, den „officiösen Wiener Correspondenten" der Allg. Zeitung. Hr. Laube hat der Allg. Zeitung seit Jahr und Tag nichts über Wien geschrieben. Wie er über die Wiener Ereignisse seit dem März v. J. denkt, ersieht man aus den Wiener Mittheilungen in seinem: „Das erste deutsche Parlament." Jene Mittheilungen erschienen seiner Zeit allerdings zuerst in diesen Blättern. Laube hat darin nur zu richtig vorausgesehen. R. d. A. Z.

*) Die ganze Erzählung sieht wie erfunden aus. Erinnern wir uns recht, so war Kossuth damals nicht nur mehr als eine Nacht in Wien, sondern auch bei hellem Tag beim „Fürsten Staatskanzler," so daß in Ungarn schon das Gerücht umlief Kossuth sey von der Regierung gewonnen. Bei dieser Gelegenheit verbessern wir einen in unsere frühere Lebensskizze Kossuths eingeschlichenen Druckfehler. Kossuth ist nicht mit einer Wesselenyi, sondern mit einer Meßlenyi verheirathet.

und der neue Schlik'sche Palast, in seiner großartigen Licht- und Farbendecoration eines der ersten Helden unserer Zeit würdig. Auch von den meisten Thürmen, von den Pfeilern der Kettenbrücke, vom Laurenzberg leuchteten Flammen hernieder. Und in den Straßen wogte ein dichtes Gedränge, und doch alles in so ungetrübter Ordnung und Ruhe daß die Furcht derjenigen welche Prag immer noch als einen Ort der Unruhe schildern, dem man das Joch des Belagerungszustands nicht abnehmen könne, kein glänzenderes Dementi erhalten konnte. (Const. Bl. aus Böhmen.)

Eine telegraphische Depesche aus Prag von heute meldet: Se. Maj. geruhte gestern das festlich erleuchtete Theater zu besuchen, wo er mit lautem Jubel empfangen wurde. Heute Vormittag empfing Se. Maj. die hiesigen Autoritäten, besuchte sodann mehrere öffentliche Institute, und hat um 2 Uhr einer militärischen Parade beigewohnt. Abends wird Se. Maj. die Beleuchtung, zu welcher großartige Vorbereitungen getroffen sind, in Augenschein nehmen. Sonntag Abend wird der Kaiser, wie allgemein verlautet, in Schönbrunn eintreffen, und wenn wir die Befehle welche an die Mobiliendirection eingegangen sind, für maßgebend erachten dürfen, so scheint es daß Se. Maj. mit Beginn der nächsten Woche die Hofburg beziehen werde. Die daran sich knüpfenden Consequenzen, worunter die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht den letzten Platz einnimmt, tauchen natürlich von neuem auf. Erzherzog Ludwig ist, wie wir vernehmen, am 20 d. von Schönbrunn abgereist. — Außer den in unserm Blatte bereits erwähnten ungarischen und italienischen Telegraphenlinien ist nun auch die Errichtung einer Linie von Steinbrücken (in Steiermark) nach Agram und deren Vollendung im Verwaltungsjahre 1850 beschlossen worden. — Dem Vernehmen nach soll Lemberg ein Fort (auf dem Woronowski'schen Berge vulgo Türkenschanze) erhalten, ferner sollen die karpathischen Gebirgspässe bei Mikulitschin, Klimetz (Skole), Turka und Muschina, von deren Wichtigkeit man sich während des letzten ungarischen Aufstandes überzeugt hat, befestigt werden. — Wie auf dem Gardasee wird jetzt auch auf dem Lago Maggiore ein Kriegsdampfer gebaut, und ebenso zur Bewachung des Poflusses an den Mündungen desselben ein armirtes Dampfschiff aufzustellen beabsichtigt. — Erzherzog Albrecht, welcher sich in Tachau aufhält, hat, wie das Const. Bl. a. B. meldet, am 16 d. den Marschall Windisch-Grätz mit einem Besuch überrascht. Der Prinz kommt von Mainz und reist über Eger und Karlsbad nach dem nordlichen Böhmen, um die Truppen des unter seinen Befehlen stehenden Armeecorps zu inspiciren. (Allg. Z. C.)

Spanien.

Die Pariser Presse meldet aus **Madrid** vom 13 Nov.: die spanische Regierung sey eifrig bemüht die diplomatischen Verbindungen mit England wieder herzustellen, und Hr. Gonzales Bravo werde als der künftige Gesandte am Hofe von St James bezeichnet. Indessen die Madrider Journale vom 14 Nov. erwähnen durchaus nichts von Unterhandlungen zu diesem Ende, und jedenfalls scheint die Sache noch nicht so weit vorgerückt.

Großbritannien.

Die Londoner Post vom 20 Nov. ist uns ausgeblieben. Es ist das drittemal in einer Woche.

Macaulay, der große Historiker, darf sich glücklich schätzen: nachdem er in der letzten allgemeinen Parlamentswahl bei seiner Bewerbung in Edinburg durchgefallen, und zwar wegen seiner zu toleranten Gesinnung in confessionellen Dingen, haben jetzt die conservativen Studenten in Glasgow großmüthig beschlossen, falls er sich um die Lord Rector-Stelle der dortigen Universität für das nächste Jahr bewerben sollte, auf ihre Opposition zu verzichten. Hoffentlich hat Macaulay nicht den von ihm gerügten Fehler seines Lord Clarendon aus Karls II Zeit, daß er „die Jugend allzu sehr verachtet."

An Bord des Dampfboots „Hermann" von Bremen, das am 18 Nov. auf der Fahrt nach den Vereinigten Staaten in Southampton anlegte, befinden sich mehrere ungarische Flüchtlinge. Das (gestern erwähnte) Sympathie-Meeting für Ungarn in Liverpool wurde zunächst von den daselbst wohnenden Walisern veranstaltet, und mehrere Geistliche betheiligten sich bei den Verhandlungen. In dem an Lord Palmerston gerichteten Memorandum heißt es: er möge mit dem Ansehen der brittischen Regierung bei Oesterreich ins Mittel treten um für die Reste der magyarischen Patrioten, „welche noch nicht gehängt oder erschossen seyen", eine Wiederherstellung ihrer alten constitutionellen Freiheiten und die Zurückgabe ihres confiscirten Eigenthums zu erlangen. (Wollten die Liverpooler Kaufleute doch einmal eine solche Petition zu Gunsten der jonischen Griechen einreichen, welche sie um ein beträchtliches näher angehen!) Unter andern Beschlüssen ward auch ein Verdammungsvotum gegen Times, Chronicle und ähnliche Londoner Blätter gefaßt, als welche die edle ungarische Nation und ihre Sache verleumden, hingegen der Daily News, der ganzen Liverpooler Presse und dem in kymrischer Sprache erscheinenden Waliser Blatt „Amserau" „wegen ihrer treuen Anwaltschaft für die Sache der ungarischen Unabhängigkeit" eine Danksagung decretirt.

Nachrichten vom Cap reichen bis zum 20 September. Das Deportationsschiff „Neptune," dessen Ankunft schon einigemal irrthümlich gemeldet worden, war nun wirklich mit 280 für die Colonie bestimmten Sträflingen in der Tafelbay angelangt. Die Aufregung in der Stadt war groß. Indessen hatte man die Sträflinge nicht ans Land gelaßt, und Sir Harry Smith, der Gouverneur, hatte befohlen sie so lange in See zu halten, bis weitere Instructionen von der Regierung des Mutterlands einlaufen würden. Die Colonisten sind nach wie vor hartnäckig entschlossen das Cap zu keiner Strafcolonie machen zu lassen. Die deportirten irischen Rebellen Smith O'Brien, Meagher, M'Manus und Donohoe legten am 12 Sept. mit dem „Swift" in der Simonsbay an, und segelten am nächsten Tage nach Australien weiter.

Hr. Charles E. Horn, der beste englische Liedercompositeur, von welchem mehrere Melodien ganz zum Volkseigenthum geworden sind (z. B. »Cherry ripe,« »the deep, deep sea« u. a.) ist 65 Jahre alt zu Boston (Vereinigte Staaten) gestorben.

Vor einigen Tagen wurde die Zweigbahn zwischen Norwich und Ipswich feierlich eröffnet.

Frankreich.

Paris, 20 Nov.

Sonst war ein Ministerwechsel ein großes Ereigniß, an das die Conjecturalpolitik der Presse alle möglichen Folgerungen knüpfte. Jetzt gehen die Namen der Männer welchen die Regierung Frankreichs anvertraut wird, vorüber wie ein Schattenspiel an der Wand, sie haben keine parlamentarische und politische Vergangenheit hinter sich die Erwartungen oder Befürchtungen erregen, ein neues System anzeigen kann oder von ältern Verdiensten auf neue schließen läßt. Ueber den neuen Minister der auswärtigen Angelegenheiten äußern sich die meisten Journale nur kurz, oder begnügen sich mit einer bloßen Anzeige. Der National sagt: „Hr. v. Rayneval hat also das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten ausgeschlagen. Hr. Bonaparte hat davon Anlaß genommen seine unter dem Titel eines Ministerraths angelegte Sammlung von Nullitäten zu vervollständigen und den Divisionsgeneral der Artillerie Lahitte gewählt. Wir haben ein andermal gesagt daß Hr. de Lahitte, in Gesellschaft des Hrn. d'Hautpoul, unter den Befehlen des Herzogs v. Angoulême, in den hundert Tagen den Feldzug im Drome-Departement gemacht hat. Von dort schreibt sich sein militärisches Glück her. Bloßer Capitän im Jahr 1815 war er einige Jahre nachher General. Dieses schnelle Vorrücken im tiefen Frieden ist das würdige Seitenstück zur Beförderung des Hrn. d'Hautpoul. Beide Gegner des von der Insel zurückgekehrten Kaisers, beide Günstlinge des Herzogs und der Herzogin v. Angoulême, beide Höflinge und blindergebene Diener der Restauration, finden sich jetzt, nach zwei Revolutionen gegen die Monarchie der beiden Linien der Bourbons, unter der Präsidentschaft eines Bonaparte in dem Ministerrath der Republik wieder beisammen. Ist das deutlich? Gibt es noch Leute die naiv genug sind nach dem wahren Sinn der Präsidentenbotschaft zu suchen? Von der politischen Fähigkeit des Hrn. de Lahitte sprechen wir nicht. Wir lassen dem Land das Vergnügen der Ueberraschung, wenn sie auf der Tribüne ausbrechen und sich in den Handlungen unserer Diplomatie kundthun wird. Hr. Guizot sagte von Hrn. Drouyn de Lhuys er finde in ihm nicht den Stoff zu einem guten Bureauchef. Was würde er von Hrn. de Lahitte gesagt haben wenn er ihn unter seinen Befehlen gehabt hätte? Er suchte Stoff, er hätte nicht einmal Rockfutter gefunden." In einem Artikel mit der Ueberschrift: »l'intérêt personnel« sucht dieses Blatt zu beweisen daß die Präsidentenbotschaft sammt dem Sturz der parlamentarischen Minister einzig und allein aus dem persönlichen Interesse zu erklären sey, das aber freilich, um seine erbärmlichen Zwecke zu erreichen, sich mit dem Schein des öffentlichen Wohls maskiren müsse.

Das J. des Débats bringt einen nicht uninteressanten Beitrag zur Handelsstatistik. Der auswärtige Handel Frankreichs ist bekanntlich im Jahr 1848, in Folge der Geschäftslähmung durch die Revolution, bedeutend zurückgegangen. Eine Vergleichung mit 1847 gibt das Resultat: 1848 2015 Mill. 1847 2617 Mill., also gegen 600 Mill. weniger. Dieser Handel vertheilt sich also: 1848 mit Europa, zu Land 686 Mill.,

zur See 574 Mill. — zusammen 1260 Mill.; 1847 beziehungsweise 964 und 689, zusammen 1653 Mill.; mit Amerika 1848 550; mit Afrika 140; mit Asien 65 Mill.; 1847 beziehungsweise 683, 183 und 98 Mill. Desto glänzender war die Zunahme von 1838 bis 1847 — sie hatte sich verdreifacht mit Rußland von 46 auf 133 Mill.; mit der Türkei von 43 auf 126; mit Aegypten von 7 auf 27; mit Peru von 3 auf 11; mit der africanischen Westküste von 2 auf 15 Mill.; verdoppelt mit Brasilien von 32 auf 57; mit Chili von 11 auf 20; mit dem französischen Indien von 7 auf 15; mit dem englischen Indien von 20 auf 37 Mill.; zugenommen um die Hälfte oder ein Drittheil mit Belgien von 148 auf 221; mit der Schweiz von 153 auf 200; mit Oesterreich von 15 auf 23; mit beiden Sicilien von 35 auf 52; mit Cuba von 25 auf 37 Mill.; weniger aber doch beträchtlich zugenommen mit den Vereinigten Staaten von 304 auf 379; mit England von 235 auf 277; mit den Hansestädten von 31 auf 40; mit Spanien von 110 auf 146; mit Schweden, Norwegen und Dänemark von 22 auf 30; mit den französischen Colonien von 94 auf 110 Mill.; endlich weniger vortheilhaft sich gestellt oder gar abgenommen mit Deutschland (Zollverein) von 130 auf 139; mit den Niederlanden von 43 auf 42; mit Java auf 8 geblieben; mit Toscana von 36 auf 38; mit Mexico von 13 auf 5 Mill. Das J. des Débats zieht aus dieser Classification die Lehre daß die Speculation wohl daran thue hauptsächlich auf die entlegenen Länder von weniger vorgeschrittener Cultur ihr Absehen zu nehmen.

Von Hrn. Gouin ist im Namen des Finanzausschusses ein Bericht erstattet, in welchem sich das Verhältniß zur Bank von Frankreich also herausstellt. Durch das Decret vom 5 Jul. 1848 war das Finanzministerium ermächtigt einen Vorschuß von 150 Mill. von der Bank aufzunehmen: 75 Mill. sollten zu Drittheilen in den Monaten Julius, August und September 1848, die andere Hälfte, gleichfalls in Drittheilen, vom 1 Jan. 1849 an bezahlt werden, und in diesem Jahr sollte auch die Rückzahlung von 75 Mill. erfolgen, nämlich 25 am 15 April, 25 am 15 Julius und 25 am 25 October, die Rückzahlung der andern Hälfte aber im J. 1850 aus dem Erlös der an die Bank verpfändeten Staatswaldungen, und im Fall der Unzulänglichkeit war der Staat verpflichtet den Rest in Vierteljahrszahlungen von je 25 Mill. vom 15 Jan. 1851 an abzutragen. Nun hat der Schatz von diesem Credit im J. 1848 nur 50 Mill. erhoben, im J. 1849 aber gar keinen Gebrauch gemacht — bleiben zu erheben 100 Mill. Diese sind auch jetzt nicht für den laufenden Dienst erforderlich, wohl aber für das nächste Jahr. Der Finanzausschuß schlägt daher vor 35 Mill. im Mai 1850, 15 Mill. im Junius, 35 Mill. im September und 15 Mill. im December flüssig zu machen, dagegen für die Heimzahlung in vierteljährigen Beträgen von je 25 Mill. 15 April, 15 Jul. und 15 Oct. 1851, sodann 15 Jan., 15 April und 15 Jul. 1852 als Fristen zu setzen, und auch das Recht der Bank auf den Verkauf der Staatsforsten nicht früher eintreten zu lassen als 1 Jan. 1851. So hofft man eine Vermehrung der consolidirten Schuld vermeiden zu können.

Die Nationalversammlung hat das Arbeitercoalitionsgesetz im Sinne der Commissionsanträge gestern noch erledigt und zuletzt noch einen Zusatzartikel, von Hrn. Chauffour vorgeschlagen, die Coalitionsvergehen der Jurisdiction des Schwurgerichts zuzutheilen, mit 319 gegen 194 Stimmen verworfen. Die Majorität pflichtete der Ansicht des Berichterstatters Hrn. Batimesnil bei daß sie wohl zuweilen für politische Interiguen ausgebeutet würden, ihrer Natur nach aber industrielle, nicht politische Vergehen seyen und daher vor die ordentliche Jurisdiction gehörten. Nach diesem Votum, das noch einer dritten Berathung unterliegt, wurde das neue Uebereinkommen mit der Bank, ohne Debatte, bestätigt und geht, da der Gegenstand für dringlich erklärt war, nun unmittelbar in Gesetzeskraft über. Diese wurde auch in dritter Lesung dem Gesetz über die Marseille-Avignoner Eisenbahn (mit 337 gegen 187 Stimmen) ertheilt. Heute bewilligte die Versammlung zuerst einen außerordentlichen Credit von 250,000 Fr. für die in den Junitagen von 1848 in der Vertheidigung der Republik verwundeten Bürger oder die nachgelassenen Familien der Gefallenen, sodann verlängerte sie die Polizeigesetze über die fremden Flüchtlinge um drei Jahre, vom 1 Jan. 1850 an gerechnet, und im weitern Verlauf war sie mit der Berathung eines Antrags in Betreff der Naturalisation und des Aufenthalts Fremder in Frankreich — einer Art Alienbill — beschäftigt. Ein Gegenproject im Geist des Bruderhandreichens war schnell beseitigt. Hr. Peter Bonaparte kann jetzt unbehelligt seinem Gesetzgeberberuf obliegen — der Präsident hat seinem Vetter die wohlverdiente Züchtigung nicht ersparen können, ein Präsidialdecret vom 19, mit der Gegenzeichnung des Kriegsministers, enthält die Absetzung des unbotmäßigen Bataillonschefs.

× **Paris**, 19 Nov. Börne sagte, er habe in Talleyrand einen politischen Stundenweiser der ihm die bevorstehenden Dinge und Wendungen anzeige. Es gibt hier einen Mann der mich oft an diesen Vergleich erinnert hat: der Redacteur der „Presse", Girardin. Haben Sie seine Haltung, seine Wendungen und Windungen von der letzten Zeit Ludwig Philipps an bis heute beobachtet? In diesem Augenblick schweigt Girardin über Bonaparte und das Elysée. Warum schweigt Girardin? Weiß er nichts, oder weiß er zu viel? Das erstere wäre schwer anzunehmen, denn es ist gewiß daß er seit einigen zehn Tagen sehr fleißig die Wohnung des Präsidenten besucht. Mit dieser einzigen Thatsache kommt Licht in die eigenthümliche, negative Haltung seines Blattes seit derselben Epoche. Vielleicht kann er nicht mittheilen was er weiß, vielleicht ziemt ihm nicht mehr einen Meister zu schmähen dem er zu dienen berufen seyn könnte. Kurzum: während das Ministerium der Commis sich in seiner neuen Glorie spiegelt, erwachsen ihm bereits seine Nachfolger, und der Gebieter im Elysée spielt mit ihnen wie mit Puppen. Die neue Combination würde ihre Elemente in der äußersten Linken nehmen, die Sie nicht mit der Montagne verwechseln dürfen; die Namen die genannt werden sind Grévy, das Haupt dieser Mittelpartei, und Emanuel Arago, der gewesene Gesandte in Berlin, dieser letzte als Minister der auswärtigen Angelegenheiten; zu diesen minder abschreckenden Bestandtheilen sollten sogar andere, kräftigere, weiter strebende aus der Montagne erholt werden, und da fängt die Sache an unwahrscheinlich, wenn nicht fabelhaft zu werden. Daß Bonaparte es wolle, scheint mir noch nicht einmal das unwahrscheinlichere; aber daß die Montagne in eine solche Combination einzutreten geneigt sey, das ist was ich nicht glaube. Und wissen Sie was man noch beifügt, und was die Herren von der Linken ein wenig verlegen macht? Ihr College im neuen Ministerium soll gerade Hr. v. Girardin seyn, wohl weniger um seiner selbst als um der Beseitigung seines Blattes willen, und dieser Handel scheint ihnen ein wenig zu kostspielig für ihre Stellung und ihren Namen. So viel ist sicher daß gewisse Aeußerungen der Neuberufenen lauten als ob sie sich schon im Besitz des Portefeuille glaubten, was wahrscheinlich eine Täuschung ist. So viel ist ferner gewiß daß im Elysée eine große Aufregung und nichts weniger als Eintracht und Vertrauen herrscht. Man will wissen daß Bonaparte seinen Geheimschreiber Brissaut auf sehr unzarte Weise entlassen; man erzählt sich sogar Bonaparte habe aus sicherer Hand den Beweis erhalten daß einer seiner ältesten, innigsten Rathgeber und der unternehmendste, unermüdlichste Leiter seiner Unternehmungen seit 15 Jahren an die Legitimisten verkauft sey. Wahr, oder nur boshafte Verleumdung, das alles sind keine Rosen!

• **Marseille**, 17 Nov. Der General Baraguay d'Hilliers ist hier angekommen und gestern auf der Dampfcorvette Veloce nach Civitavecchia abgereist. Die Cholerasterbfälle haben sich nun so sehr vermindert, daß die Sterblichkeit im ganzen ihre gewöhnliche Normalzahl nicht übersteigt. Die seit dem 6 August veröffentlichten Krankheitsberichte unterbleiben daher von jetzt an. In Marseille herrscht wieder die gewöhnliche Geschäftslebhaftigkeit, jedoch fehlt noch die in den Straßen wogende Fremdenmasse, so daß Wirths- und Kaffeehäuser und Theater noch etwas verödet sind. Die reichen englischen und nordischen Familien, die sich im Winter nach Italien begeben, haben dießmal den Weg über Aix und Nizza genommen.

Italien.

*† **Rom**, 13 Nov. Die Indexcongregation ist über Erwarten berufsthätig. Ihr dermaliger Präfect, Cardinal Brignole, sandte uns ein vom 9 d. M. aus Portici datirtes, und gestern hier veröffentlichtes neues Proscriptions-Supplement zu **dem corpus librorum prohibitorum**. Mit Selbstgenugthuung zeigt es an: **Auctor opusculi »Discorso funebre pei morti di Vienna del Rmo P. D. Giachino Ventura« prohib. Decr. die 30 Maii 1849, laudabiliter se subjecit et opus reprobavit.** Darauf verdammt es folgende Werke: 1) Die kirchlichen Zustände der Gegenwart, von F. B. Hirscher. 2) Das kirchliche Synodal von D. F. Haiz. 3) Die Bisthums-Synode und die Erfordernisse und Bedingungen einer heilsamen Herstellung derselben. Vom Verfasser dess. Werkes. 4) **Ragionamento sacro per la solennità del Santissimo Redentore, del professore Abbate Giambatista Piccaluga. Genova 1849.** 5) **Del Pretismo e del progresso, parole del Dottor Giovanni Boschi.** Der Generalvicar Cardinal Patrizzi hat vorgestern an alle Bischöfe des Landes ein vom 3 d. M. datirtes bemerkenswerthes Rundschreiben erlassen, in welchem zum erstenmal (!) officielle Klagen über die Versuche einer protestantischen Propaganda im Kirchenstaat widerhallen. Cardinal Patrizzi versichert im Eingange: die Organe des Umsturzes arbeiteten unermüdlich dahin die politischen Zustände der jüngsten Vergangenheit zurückzuführen, und zu dem Ende das Fundament der gesellschaftlichen Ordnung zu zerspalten. „Weil sie fer-

ner wissen," fährt er fort, „daß sie ihren Zweck nie erreichen können so lange unsere heilige Religion im Herzen des Menschen mächtig ist, so verbreiten sie jetzt heimlich Schriften durch welche sie mit List Grundsätze eines andern Glaubens zu lehren versuchen, und vertheilen sie verschlagen an die unvorsichtige und unerfahrene Jugend, in der Absicht sich Proselyten zum Protestantismus zu verschaffen (conoscendo inoltre, che, fino a che la nostra santa Religione avrà forza nel cuore dell' uomo, non potranno giammai giungere al loro intento, vanno ora diffondendo clandestinamente delle stampe, colle quali artifiziosamente tentano insinuare massime eterodosse, o le distribuiscono scaltramente alla incauta, o inesperta gioventù affine di procurarsi proseliti al protestantismo)." Die Regierung habe bereits die Aufmerksamkeit der Polizei (le autorità civili) auf dieß betrübende Ereigniß gerichtet, und zur Unterdrückung solcher „ruchlosen Machinationen" die erforderlichen Mittel nachgewiesen. Da indessen die Versuche direct bestimmt seyen die katholische Religion zu verunglimpfen, so würden hiemit vorzüglich auch die Bischöfe aufgefordert alles in Bewegung zu setzen um dem Uebel die Stirne zu bieten (ed Ella porrà in opera tutti quei mezzi, che nel Suo zelo crederà opportuni per far fronte al male indicato). Wenn jedoch der Bischof innewerde che le accennate prave dottrine fossero pur troppo disseminate nella Sua Diocesi, so soll er sogleich darüber hieher berichten. Die oberste geistliche Behörde will dann nicht länger anstehen di prendere sull' oggetto le più energiche provvidenze.

Turin. Der Osservatore Romano, ein halb amtliches römisches Blatt, klagt daß die Londoner Bibelgesellschaft in Piemont eifrigst Propaganda mache, und daß sie dabei von den sardinischen Liberalen unterstützt werde, als welche durch Protestantisirung des Landes die Papstmacht in Italien untergraben zu sehen wünschen. Leider, fügt der Osservatore bei, werde diese Machination auch von einigen Priestern und Mönchen unterstützt.

Türkei.

☉ **Konstantinopel**, 10 Nov. Die Differenz wegen Auslieferung der aus Ungarn in die Türkei geflüchteten Insurgenten ist ausgeglichen — ohne Krieg. Letzten Freitag Nachts kamen auf dem Dampfboot von Odessa Latif Aga, ein Flügeladjutant Omer Pascha's, der Fuad Effendi nach St. Petersburg begleitet hatte, und ein russischer Courier hier an mit Depeschen für die Pforte und die russische Gesandtschaft. Die Flüchtlinge in Widdin, welche die Pforte indeß schon nach Schumla hat bringen lassen, werden nicht ausgeliefert, sondern internirt werden. Die ganze Differenz, sagt das Journal de Constantinople bei Mittheilung dieser Nachricht, beruhte nur auf einem Mißverständniß über die Auslegung des Artikels 2 des Vertrags von Kutschuk-Kainardschi. Also wieder ein Mißverständniß! Ein wahrer Schatz dieß Wort für die Diplomatensprache. Keine Fehler, keine Mißgriffe mehr, nur Mißverständnisse! Vielleicht erlauben Sie mir einige nachträgliche Bemerkungen über dieß österreichisch-russisch-türkische Mißverständniß. Die Pforte hatte Oesterreich und Rußland ohne Zweifel schon früher noch während des Kampfes in Ungarn mancherlei Anlaß zu Unzufriedenheit gegeben. Sie kokettirte ziemlich auffallend mit den Insurgenten. Das war unklug, einmal weil es kaum wahrscheinlich war daß Ungarn siegen und seine Unabhängigkeit erringen würde, und dann weil, diesen Fall selbst angenommen, das neue unabhängige Magyarenreich wahrscheinlich gerade auf Kosten der Pforte seine Vergrößerungssucht zu befriedigen gesucht haben würde. Einen weitern Fehler machte die Pforte beim Uebertritt der flüchtigen Insurgenten auf das türkische Gebiet. Daß es so kommen würde, sah jedermann voraus. Daß in solchem Fall aber die verbündeten Mächte die Flüchtlinge nicht in der Nähe ihrer Gränzen dulden konnten, verstand sich von selbst. Hätte die Pforte daher im voraus ihre Gouverneure in jenen Provinzen angewiesen, im Fall flüchtige Insurgenten auf türkischem Gebiet Zuflucht suchen würden, solche zwar aufzunehmen, den am schwersten compromittirten wenigstens aber zur schnellsten Weiterreise behülflich zu seyn, so wäre sie einer großen Verlegenheit entgangen. Dagegen sträubte sich aber der türkische Stolz. Man wollte sich als Beschützer zeigen und behielt die Flüchtlinge als Gäste in Widdin. Darauf stellten nun der österreichische und russische Gesandte an die Pforte die Forderung die Flüchtlinge auszuliefern. Dieß kann man fast nicht anders als gleichfalls einen Mißgriff nennen. Denn wäre man zu dieser Forderung auch ganz unbestritten durch die bestehenden Verträge berechtigt gewesen, so mußte man doch immerhin die öffentliche Meinung berücksichtigen die nun einmal die Auslieferung politischer Flüchtlinge ganz und gar mißbilligt. Es ist darum fast unbegreiflich wie man so hartnäckig auf dieser Forderung bestehen konnte. Das besonnene österreichische Cabinet zwar scheint von Anfang an die Sache nicht so weit haben treiben zu wollen, so daß ziemlich glaubwürdig erscheint was unterrichtete Personen hier versichern, daß nämlich eine gegen Reschid Pascha intriguirende Partei türkischer Großen selbst, Abdullak Effendi, Rifaat Pascha ꝛc. die beiden Gesandten bewogen habe auf der Auslieferung zu bestehen. Man glaubte den Sultan einschüchtern und zur Auslieferung bewegen zu können. Dieß wäre dann der Anlaß zu Reschid Pascha's Sturz gewesen. Der Großwessier war aber gleichfalls wach und wußte seinerseits im geeigneten Augenblick dem Padischah das Wort zu entlocken: solang er Regent in der Türkei sey, würden die Flüchtlinge nicht ausgeliefert werden. Durch dieß Wort war der Sultan nun gebunden und mußte Reschid Pascha stützen. Einer der einflußreichsten Widersacher des Großwessiers aber, der Hakim Baschi Abdullak Effendi, wurde plötzlich abgesetzt, und dieß scheint allerdings die Richtigkeit des Angegebenen zu bestätigen. Wie dem indeß auch sey, das russische Cabinet schien jedenfalls die Forderungen seines Gesandten kräftigst unterstützen und die Sache selbst bis zum äußersten verfolgen zu wollen. So trat wenigstens Fürst Radzivil hier auf. Gerade die Art seines Benehmens indeß daß er dem Sultan geradezu ins Gesicht sagte die Ausgelieferten würden gehenkt werden ꝛc., würde die Weigerung der Pforte die Flüchtlinge auszuliefern vor der öffentlichen Meinung noch mehr gerechtfertigt haben, wenn nicht jetzt die Pforte, um sich aus der Schlinge zu ziehen, darauf verfallen wäre zu einem der so oft mit Vorliebe angewendeten hinterlistigen Mittel zu greifen. Sie ließ die Flüchtlinge auffordern zum Islam überzutreten, weil einem Vertrag mit Rußland gemäß zum Islam Uebergetretene nicht ausgeliefert werden sollen. Dieß hätte jedoch leicht die Sache noch mehr verwickeln können, wenn nicht zum Glück für die Pforte John Bull, so feinfühlig in Bezug auf alles was sein Interesse berührt, in dem am Bosporus aufziehenden Kriegsgewitter sogleich die große nicht bloß dem osmanischen Staat sondern auch den englischen Interessen drohende Gefahr bemerkt, und sogleich laut mit geballter Faust erklärt hätte dieß nicht leiden zu wollen. Zu Petersburg wußte man diese energischen englischen Protestationen zu würdigen, und hielt die schon nach Byzanz gerichteten Schritte wieder an. Noch scheint der günstige Augenblick nicht da. Die an den Dardanellen und am Gestade von Troja liegenden englischen und französischen Flotten können wieder heimsegeln, die Pforte kann die zurückbehaltene Landwehr nach Hause schicken und ihre Schiffe in das goldene Horn ziehen; es gibt keinen Krieg am Bosporus. Die Lösung der orientalischen Frage ist wieder verschoben. Auf wie lange noch? Hoffentlich auf so lange noch bis Deutschland, das einzige, große und starke Deutschland, auch ein Wort mitreden und als am meisten Betheiligter auch seine Interessen dabei mit allem Nachdruck geltend machen kann. In dieser Hinsicht begrüßen wir die jetzige friedliche Lösung dieser Streitfrage mit großer Befriedigung.

Aus **Konstantinopel** vom 10 Nov. wird uns geschrieben daß neue Zerwürfnisse zwischen der Pforte und Rußland, hervorgerufen durch Frankreich und England, ausgebrochen seyen. Die Pforte begehre nicht nur die Räumung der Donaufürstenthümer, sondern auch mit Ablauf des bestimmten Zeitpunktes die Aufhebung der Rußland allein zustehenden Handelsvergünstigungen. (A. Z. C.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

(Daily News.) Das Dampfboot „Europa" hat eine New-Yorker Post vom 6 Nov. (Boston 7, Halifax 9) nach Liverpool mitgebracht. Es gingen Gerüchte über Aenderungen im Cabinet, oder in der Cabinetspolitik, die aber von einigen Journalen ebenso fest bestritten, als von andern behauptet wurden. Solche Gerüchte pflegen immer aufzutauchen wenn, wie jetzt, Wahlen im Gange sind. Unser Correspondent in New-York gibt uns neuerdings schlechte Nachrichten über die Aussichten der Baumwollernte in den südlichen Staaten, indem der Frost und der Wurm großen Schaden angerichtet. Der ganze Ertrag dürfte kaum 210,000, vielleicht nicht 200,000 Ballen erreichen. Dann berichtet derselbe weiter: „Ein interessanter landwirthschaftlicher Versuch wird dermalen in Süd-Carolina gemacht: ein früher in London wohlbekannter Gentleman, Hr. Junius Smith, hat in einem Landstriche von milder und gleichmäßiger Temperatur die Theestaude angepflanzt, der schwarze und der grüne Thee*) stehen jetzt in voller Blüthe, und er wird in wenigen Wochen seine erste Ernte halten. Hr. Smith ist ganz sanguinisch in seinen Erwartungen, und hofft nichts geringeres als daß die südlichen Staaten der Union die Rivalen China's auf dem Theemarkt werden sollen. Auch den Mandelbaum in Süd-Carolina einzubürgern ist Hrn. Smith gelungen. Eine

*) Bekanntlich wird aber behauptet daß der grüne und der schwarze Thee von einer und derselben Staude gewonnen werden, und ersterer von den Chinesen gefärbt sey.

wichtige Entdeckung aber hat man im Staate Missouri gemacht, welche mit allgemeiner Freude begrüßt wird: der Reis läßt sich daselbst mit vollkommenem Erfolg anbauen, und verspricht eine neue werthvolle Zugabe der amerikanischen Bodenproduction zu werden. (Der Staat Missouri liegt zwischen 36° bis 40° 30′ nördlicher Breite.) — Die canadischen Annexationisten (d. h. Agitatoren für die Einverleibung in die Vereinigten Staaten) sind sehr bestürzt über die völlige Gleichgültigkeit (?) womit ihre Bewegungen in der Union betrachtet werden. Zwar die Legislatur des Staats Vermont hat einige der Annexation günstige Beschlüsse angenommen, aber im ganzen erregt der Plan wenig Sensation und Theilnahme in unserm Land. Die westlichen Städte, welche während des letzten canadischen Aufstandes Kämpfer und Geld beisteuerten, verhalten sich jetzt ganz kaltsinnig; sie erinnern sich wie die Canadier sich zaghaft benahmen in der Stunde der Prüfung, und wie die amerikanischen Sympathisers für ihre Thorheit zu büßen hatten. Ich glaube nicht daß die Einverleibung der Canadas gegenwärtig sich bewerkstelligen ließe, selbst wenn die englische Regierung ihre Zustimmung gäbe. Errängen die Canadier ihre Unabhängigkeit, so würden wir sie freundnachbarlich behandeln, aber offenbar ist diesseits kein Wunsch vorhanden das Gebiet nördlich und westlich vom St. Lorenz und den Seen für die Union zu erwerben.*) Die Nationen erkennen zuweilen ihre früheren Mißgriffe, und lassen sie sich zur Lehre dienen. — Ich habe schon mehr als einmal der englischen Handelswelt Winke hinsichtlich Jamaica's gegeben. Soeben vernehme ich aus bester Quelle daß eine große amerikanische Gesellschaft es übernommen hat die von England verabsäumten reichen Hülfsquellen dieser Insel zu entwickeln. Die Compagnie hat unlängst eine Anzahl vernachlässigter Pflanzungen daselbst angekauft, und ebenso die ergiebigsten Kupfer- und Kohlenbergwerke. Man wird sie nach amerikanischen Grundsätzen mit großem Capitalaufwand bearbeiten. Ein Theil der Speculanten geht dieser Tage mit dem Dampfboot nach Jamaica ab. So entgeht nichts dem Scharfblick der amerikanischen Speculation. Merkwürdig genug wär' es wenn Jamaica unsern Landsleuten eine Wiederkehr der goldenen Tage seiner Handelswohlfahrt zu verdanken hätte. — Die Idee einer Eisenbahnanlage über den Isthmus von Panama erregt lebhaftes Interesse. Mit dem 1 Jan. 1850 soll die ganze Linie in Angriff genommen werden, und man rechnet auf vollständigen Erfolg. — Frau Bremer, die schwedische Romanverfasserin, ist in New-York angekommen, und war hier anfangs der Gegenstand großer Neugier; allein der Enthusiasmus des Publicums hat sich abgekühlt, seit man weiß daß sie in Jahren ziemlich vorgerückt und nichts weniger als hübsch ist." (Soll denn eine Schriftstellerin auch noch jung und hübsch seyn? Junge Damen wissen besseres zu thun als Romane schreiben.)

*) Obige Angabe ist wohl sehr cum grano salis zu verstehen, und mit den bisherigen Nachrichten sehr im Widerspruch. Canada ist seit vielen Jahren für die Vereinigten Staaten was die Rheingränze für die Franzosen. Die letzten Berichte aus Montreal in englischen Blättern reichen bis zum 3 Nov. Sie melden daß der Wegzug aller höchsten Verwaltungs- und Justizstellen von Montreal nach Toronto in ersterer Stadt viel böses Blut machte, und wahrscheinlich der Annexationsbewegung einen neuen Ansporn geben wird. Der bekannte Papineau, der während der canadischen Insurrection an der Spitze der französischen Partei stand, dann aber unter Lord Durham seinen Frieden mit England schloß, hat sich als Annexationist erklärt, und steht an der Spitze des „jungen Canada." Andererseits tritt der Generalstatthalter Lord Elgin mit größerer Energie auf, und hat alle Beamten die sich für die Annexation erklären mit Absetzung bedroht. Zwei niedercanadischen Richtern, den HH. Rone und Johnson, ist dieß wirklich widerfahren. Abgesetzt ward aber auch Hr. Gowan, der bisherige Großmeister der canadischen Oranienlogen, der sich bei der neulichen Unruhen in Brookville betheiligt, wo Lord Elgin in effigie verbrannt wurde. So hat es die Regierung gleicherweise mit der ultra-englischen und der ultra-französischen Partei verdorben. Das Gerücht ging von einer Auflösung des Assembly-Hauses (d. h. des Unterhauses). In diesem Fall aber dürften die nächsten Wahlen noch radicaler und antienglischer ausfallen. Die Wiedervervollständigung des Ministeriums war noch nicht erfolgt.

Der Ton der amerikanischen Blätter gegen England wegen Nicaragua's, oder der Mosquitoküste, ist sehr feindselig, und sie versichern: Präsident Taylor sey entschlossen nöthigenfalls zu den äußersten Mitteln zu greifen. Indessen bemerkt der Londoner Standard: man hege in England durchaus keine Besorgniß daß es darüber zum Bruch kommen werde, sondern sey überzeugt daß sich alles durch Unterhandlung ausgleichen lasse. — Die neuliche Angabe in der Daily News von der Verbannung des frühern russischen Gesandten Badisco nach Siberien (Nr. 326 der Allgem. Ztg.) wird vom Correspondenten des Globe für ein Märchen erklärt, wofür wir sie gleich anfangs gehalten. — Die Wanderung nach Californien dauert fort; in dem weiten Hafen von San Francisco drängen sich die fremden Schiffe, unter denen sogar türkische und chinesische seyn sollen. Die Goldminen, heißt es aber, seyen ziemlich erschöpft, und viele Abenteurer gehen elend zu Grunde, so daß jener Yankee von New-York, der unlängst mit einer Schiffsladung Särge dahin abgegangen, nicht übel zu speculiren scheint. Hingegen sollen am Fluße Gila neue Goldlager entdeckt seyn, noch reichhaltiger als die am Sacramento.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 20 Nov. 3proc. 57.20; 4proc. 70; 5proc. 90; Schatzsch. $5^1/_2$; Bankactien 2390; belg. 5proc. $95^1/_2$; Anleh. v. 1842 $95^1/_2$; röm. $82^1/_4$; span. 3proc. $35^3/_4$; innere Schuld 28; piem. 5proc. 83 25; Oblig. v. 1834 905; v. 1849 880; Vers. rechte U.-B. 210; linke 171.25; Paris-Orleans 738.75; Rouen 527 50; Straßburg 358.75; Nordbahn 440.25; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 222.50; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 301.25; Bordeaux 308.75; Tours-Nantes 281.25; Mont.-Troyes 110.

Amsterdam, 20 Nov. $2^1/_2$proc. $53^7/_8$; 3proc. $62^7/_8$; 4proc. $82^1/_4$; Met. 5proc. $82^3/_4$; belg. $2^1/_2$proc. $45^3/_4$; Ard. $12^1/_4$. Curs auf London 12.05 f. P. Curs auf Hamburg $34^7/_8$ f. G.

Augsburg, 23 Nov. Bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100^1/_4$ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Prämessen 58 P. Oesterr. 5proc. Met. $87^1/_2$ P. Bankactien II Sem. 1100 P. Württem. $3^1/_2$proc. 82 P. $4^1/_2$proc. $94^1/_2$ P.

Frankfurt a. M., 22 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87; Bankactien 1300 P.; preuß. Staatsschuldsch $88^3/_8$; bayer. $3^1/_2$proc. Obl. $83^1/_2$; Ludwigsh.-Berbach $84^3/_8$; württemb. $3^1/_2$proc. 81; $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; bad. 5proc. $98^1/_8$; $3^1/_2$proc. $78^1/_8$; darmstädt. $3^1/_2$proc. $81^3/_4$; 4proc. $88^1/_2$ P.; $4^1/_2$proc. $93^1/_4$; nass. 5proc. $101^1/_2$; $3^1/_2$proc. 84; Frankf. 3proc. 78; $3^1/_2$proc. $92^1/_2$, $88^1/_4$; Disc. 2 P.

♀ **Wien,** 21 Nov. Mit Ausnahme der Bankactien, welche heute mit 10 fl. per Stück höher bezahlt wurden, und der k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839, die, zunächst wegen der bevorstehenden Verlosung (am 1 Dec.) lebhafter begehrt, sich gegen das Ende der Börse um $1^1/_2$ bis 2 Proc. hoben, waren die Curse in andern Fonds und Actien bei geringem Geschäft etwas matter. Hingegen waren fremde Devisen sowie Gold und Silber heute stark weichend, und blieben bei Mangel an willigen Abnehmern zur Notiz ziemlich angeboten. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94^3/_{16}$–$94^1/_4$, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^7/_8$–84, Loose vom J. 1834 $169^3/_4$–170, Loose v. J. 1839 $118^1/_2$–119, Bankactien 1180–1185, Nordbahnactien $108^1/_8$–$108^1/_4$, Gloggnitzer 109–$109^1/_2$, Mailänder 80–$80^1/_4$, Pesther $79^1/_2$–80. London (in 1. C.) 10.56–10.58, Hamburg $160^1/_2$ P., Augsburg uso $108^3/_4$–109, Frankfurt $108^1/_2$ P., Amsterdam 152 P., Mailand $98^1/_2$ P., Livorno $106^1/_2$ P., Genua 125 P., Paris $128^1/_2$ P., Marseille $128^1/_2$ P. Goldagio für kais. Münzducaten $14^3/_4$, Silberagio $8^5/_8$ Proc. Goldsorten behaupten sich und man bezahlte Napoleonsd'ors mit 8 fl. 46 kr., engl. Soverags mit 10 fl. 45 kr., Souveraind'ors mit 15 fl., Friedrichsd'ors mit 8 fl. 48 kr. und Imperiales mit 8 fl. 55 kr.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Erwiederung.

Gotha, 14 Nov. Ein Artikel in der Beilage dieser Blätter Nro. 309: „Aus Thüringen, Gotha 29 Oct." datirt, bedarf, vom höhern Standpunkt der Unparteilichkeit beachtet, hier nur insofern einer entschiedenen Zurückweisung und Mißbilligung, als die Allgemeine Zeitung immer ein Organ genannt werden konnte das die unwürdigen Waffen „persönlicher Verdächtigungen und Recriminationen" wohl nie mit Absicht zu den ihrigen zählte. Wenn nun auch über die Principienfrage in der Verfassung des Herzogthums Coburg-Gotha glücklich entschieden worden ist, so dauern die Verhandlungen über die nähern Erörterungen und Feststellungen materieller Befugnisse ganz einfach nur deßhalb noch fort, da es gilt heterogene Interessen zweier nachbarlich gelegenen Theile zu einem guten Ganzen zu einen. Daß dieses eine sehr schwere Aufgabe ist, dürfen wir hier wohl nicht erst historisch nachweisen; Persönlichkeiten aber anzuführen, die allerdings störend dazwischengetreten sind, dieß überlassen wir den Tagesblättern und dem Plauderstübchen der alten guten Dorfbase. Aus dem Regierungsblatt d.d. Gotha, 10 Nov. c. ersieht man die definitive Dienstenthebung des früher in Gotha dirigirenden Ministers v. Stein, den der ♂ Correspondent weniger passend als zart, gewiß aber sehr unklug mit einem Ausspruch, den sich Hormayr einst in seiner oft extravaganten Weise über den „europazügelden" Kaunitz erlaubte, in Vergleich bringt. Exempla et comparationes sunt odiosa. Soll das Zeichen an der Stirn des besagten Aufsatzes aus Thüringen in astronomischer Beziehung auf dessen Verfasser deuten, nun so ließe sich manche persönliche Auslegung auffinden. Wir entheben uns hier jeglichen Versuches, glauben jedoch versichert seyn zu dürfen daß gerade bei der Absicht „frommer Wünsche" oder mit „warmer Theilnahme" sich ausgesprochen zu haben, der gewaltigste Bock geschossen worden ist. Exitus acta probat.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag **Nr. 330.** **26 November 1849.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (stürmische Debatte über die städtische Verfassung); Stuttgart (die vier Kreisfinanzkammern mit dem Oberfinanzcollegium vereinigt); Heidelberg (die Verfügung gegen das Anrennen. Die Quartierlast. Verhältnisse der Hochschule); Kassel (Beitritt zu dem Interim. Einleitung zu den Reichstagswahlen); Thüringen (Weimar, Sondershausen, Altenburg); Hannover (ein Gesetz für öffentliches Verfahren mit Geschwornen. Die Finanzen); Berlin (die Anstände in Absendung der Centralgewaltscommissarien. Der Beschluß für Anordnung der Reichstagswahlen veröffentlicht. Camphausens Bericht über das Interim. Antwort an das österreichische Cabinet); Schleswig-Holstein (Graf Eulenburg, Baron Blome und die Friedensunterhandlungen); Wien (die Uebersiedelung der kaiserlichen Familie nach der Wiener Hofburg. Das Telegrapheninstitut. Reformen im Artilleriewesen. Die Juden in Krakau. Beschleunigung in Bildung der Geschwornenlisten. Silbersendungen. Aussehen der Stadt. Die Deutsche Ztg. aus Böhmen über das Interim. Jahrestag der Ernennung des Schwarzenbergischen Ministeriums.

Großbritannien. Die letzte Parlamentsvertagung und Muthmaßungen über die nächste Session. Die Times über den Plan eines österreichisch-deutschen Zollvereins. Cobden an Hrn. Bach. Gerücht daß Rußland eine Anleihe beabsichtige.

Frankreich. Veränderung in den Präfecturen. Politische Duelle. P. Bonaparte und der Kriegsminister. Der Verein im Palast der Künste. Stellung der Parteichefs.

Italien. Turin (die k. Proclamation bei Gelegenheit der Kammerauflösung).

Schweiz. Luzern (C. Pfyffer, Kopp und Steiger gegenüber dem Terrorismus ihrer Partei. Wahlscenen).

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 22; Wien 23; Frankfurt 24 Nov.

Deutschland.

÷ **Frankfurt a. M.**, 22 Nov. Ein vorsündfluthlicher gelehrter hiesiger Bierbrauer (er hieß, glaube ich, Servières), der längst das Zeitliche gesegnet, kündigte ein von ihm bereitetes kräftigeres Bier voreinst mit den Worten an: Hermanns Enkel würden fortan nicht mehr vor Albions Söhnen erröthen müssen. Wär' ich, unter dem Anfang des Endes das sich hier vorbereitet, zum Scherze gestimmt, ich würde sagen: Frankfurts Vertreter und parlamentarisches Publicum hätten sich gestern Abend den Deputirten an der Seine und ihren Zuhörern in den schönsten Tagen des republicanischen Lärms ebenbürtig gezeigt. In dem Sitzungslocal unserer Constituante war ein Sieden und Brausen und Zischen, ein Toben und Johlen, ein Zanken und Drohen, ein Händeballen und Zähneknirschen, ein Hoh und Halloh, daß Ihrem Correspondenten noch die Ohren davon gellen, und der Präsident mitten in der Discussion — wenn man das Discussion nennen will — die Sitzung schließen mußte. Doch zur Sache! Ich habe schon vor geraumer Zeit berichtet wie an dem Beschluß unserer Constituante die städtischen Gemeindegüter bis nach erfolgter Auseinandersetzung mit dem neuen Staat Frankfurt unter die Verwaltung dieses letzteren vorbehaltlich späterer Abrechnung zu stellen, das Schwert des Damokles hänge, das über dem einzuführenden Neuen schwebt. Oeffentliche Blätter haben bereits berichtet daß auf den Antrag des Hrn. Dr. Binding I unsere städtische Bürgerrepräsentation (sogenanntes Einundfünfziger-Collegium) beschlossen hat im Interesse des Stadtvermögens gegen die Artikel des Einführungsgesetzes, welche diese vorläufige Depossedirung verfügen und dem Verwaltungssenat die Pflicht auflegen sich mit andern Behörden nach Ernennung des neuen Regierungsraths aufzulösen, Protestation einzulegen und sich dagegen zu verwahren daß diese Artikel (nicht, wie die Deutsche Ztg. irrig berichtet, die ganze neue Verfassung) den Angehörigen von Stadt und Land zur Abstimmung vorgelegt würden. Wie das zündend in die Mehrheit der Constituante einschlug, ist leicht denkbar, und der Gegenstand ihrer gestrigen Berathung bot neuen Zündstoff. Es war die breit geschlagene Frage ob fortan die Stadt einer- und die 7 Dorfschaften andererseits jede nur einen Wahlbezirk bilden sollen, von welchem der erste 80, der zweite 16 Deputirte in Bausch und Bogen wählen, oder ob die Stadt zu diesem Behufe in vier oder acht Wahlbezirke getheilt, das Land einen für jeden Ort bilden, oder endlich ob diese Frage gar nicht in der Verfassung, sondern nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden solle. Ein weitläufiger Bericht des Verfassungsausschusses für die Monsterwahlcollegien mit zwei Minoritätsgutachten in dem angegebenen Sinne war gedruckt, vertheilt, und so alles was für und gegen jede Meinung zu sagen und — zu sticheln ist, mehr als erschöpft. Auch schienen am Anfang der Berathung nur die Dii minorum gentium das Wort nehmen und die Abstimmung, worüber jeder ohnehin schon im voraus mit sich einig war, ruhig vor sich gehen zu wollen. Da trat der gewandte Redner der Majorität mit einem so fein gespitzten Vortrag auf, daß vielleicht eben dadurch die Spitze brach. Er erklärte jede Clubeinwirkung auf die beiden großen Wahlbezirke, wie die Erfahrung gezeigt habe, für eine Chimäre, und meinte hier in Frankfurt wäre ohnehin jedermann ohne alle Ausnahme conservativ gesinnt, ja gleich conservativ gesinnt, nur über einzelne Mittel verschiedener Meinung. Mit geschickter Wendung setzte er zwar hinzu: wir sind alle conservativ für Frankfurts Wohl, aber diese diplomatische Wendung half nichts, die Bombe platzte! Ein Redner der Minorität brachte hierauf die alte Pfingstweidegeschichte aufs Tapet, die verrufene Volksversammlung vom 17 Sept. v. J., zu welcher der Vorredner (der indeß, da er zuerst sprach, durchaus nicht ahnte welche entsetzliche Wendung die Sache nehmen würde) auch seinen Senf gegeben und, wenn auch in Molltönen, präludirt hatte. Nach den Scenen des 16 Sept. sey das, meinte der Redner, unverantwortlich gewesen. Solchen Conservativismus wünsche er seiner Vaterstadt nicht, und durch ein einziges Wahlcollegium könne er doch hervorgerufen werden. Sprach's, und gewaltiger und immer gewaltiger fing die See an zu rauschen. Man recriminirte und hielt nun den Conservativen ihr Sündenregister vor. Durch ihre Schuld entbehrten wir noch der Geschwornengerichte, sey in Sachsenhausen (den Nicht-Frankfurtern durch Goethe's Götz von Berlichingen, wenn nicht sonst, bekannt) ein Grundstück parteiisch parcellirt worden u. s. w. Der Präsident des von dem früheren Redner ebenfalls beschuldigten Volksvereins, Mitglied der Constituante, sprach mit Ruhe und in parlamentarischer Weise. Er deutete an, was wahr ist, daß derselbe damals dupirt worden und sich zurückzog, als der wahre Charakter jener Volksversammlung sich enthüllte. Noch sprach ein Mitglied des Centrums mit vielem Talent, und wies namentlich (zur fast vergessenen Sache übergehend) sehr richtig nach daß bei einem einzigen Wahlcolleg Vertreter der Minorität nur auf dem demüthigenden Wege der Octroyirung der herrschenden Partei in die Volksvertretung gelangen, diese also zu einer einförmigen Decretirmaschine des einen oder andern Volksvereins erniedrigt würde. Aber die Leidenschaft war aufgeregt, wer wollte mehr von dem hören was auf der Tagesordnung stand? Auch kam bald die Tagesunordnung in unbestrittener Herrschaft dran. Da ein anderer Redner in populärer Frankfurter Mundart auf die städtische Bürgerrepräsentation eindeutig stichelt und von wühlenden Behörden oder von Wühlerei vermittelst Behörden oder etwas ähnlichem spricht und die Rechte stürmisch den Ordnungsruf verlangt, horch „da rauscht der See und will sein Opfer haben." Die Galerie die höchstens 80 bis 100 Zuhörer faßt, grunzt, schreit, hallohet, die „sehr Ehrenwerthen" machen Chorus, kaum kann sich der Präsident vernehmlich machen um — die Sitzung zu schließen, welche wie eine schlechte Komödie ohne alle Entwicklung endet. Unmittelbar nach dem Schlusse droht das Drama in eine Tragödie umzuschlagen, es regnet Drohungen und centnerschwere Worte, wir glaubten einen Augenblick Thätlichkeiten würden folgen. Doch kam es nicht dahin, wohl aber zeigte sich auf unverkennbare und traurige Weise, was wir schon früher ausgesprochen: Der Anfang des Endes!

Württemberg. **Stuttgart.** Das Regierungsblatt bringt eine königl. Verordnung wonach die bisherigen vier Kreis-Finanzkammern mit dem unter der unmittelbaren Leitung des Finanzministers stehenden Oberfinanzcollegium vereinigt werden.

Gr. Baden. † **Heidelberg,** 19 Nov. Während die k. preußische Commandantur unserer Stadt die Verfügung eines 14tägigen Arrests gegen den Einwohner eines nahen Dorfes „wegen grober Excesse im elterlichen Hause“ — manche fürchten oder hoffen: bald auch wegen ehelicher Streitigkeiten — im Localblatt veröffentlicht, erscheint auch eine Warnung derselben jedem im Dienste befindlichen preußischen Soldaten und also dem Officiere stets aus dem Wege zu gehen, widrigenfalls „Arrestationen und gesetzmäßiger Gebrauch der Waffen gegen solche aus Absicht oder Ungeschick Anrennende in Aussicht stehe.“ Oefter vorgekommenes absichtliches Anrennen soll die Veranlassung zu dieser Warnung gewesen seyn. Indessen scheint uns das abzuwendende mit dem angedrohten Uebel denn doch außer allem Verhältniß zu stehen. Abgesehen davon daß die Beleidigungsabsicht eines oder zweier Individuen die Berechtigung eines jeden Soldaten jeden ihn absichtlich oder zufällig Anrennenden mit blanker Waffe über den Kopf zu hauen nicht begründen kann, zumal es gar nichts so sehr seltenes ist beim raschen Gehen auf schmalen Trottoirs an einen Vorübergehenden unwillkürlich anzustoßen, dient eine derartige indiscrete Gewaltübung keineswegs dazu der preußischen Supremalie in Deutschland Sympathien zu erwecken. Inzwischen zieht sich die Erfüllung des allgemeinen Wunsches der hiesigen Einwohner, von der Einquartierungslast in den Häusern, welche im Winter natürlich viel drückender wird, sich befreit zu sehen, sehr in die Länge, indem es an geeigneten Localen fehlt um das hier bleibende Bataillon Besatzung unterzubringen, und auch die Frage in Betracht kam ob die für diesen Zweck zu treffenden Einrichtungen nur vorübergehende oder bleibende seyn wurden. Wird das bereits beantragte und, wenn wir nicht irren, von unsern Kammern genehmigte allgemeine Wehrsystem in Ausführung gebracht — die Uniformirung nach preußischem Muster ist bereits verfügt — so wird die Stadt einer bleibenden Garnison nicht entbehren können um den conscribirten Studirenden die Waffen- und Massen-Uebungen ohne Unterbrechung ihrer Studienzeit zu ermöglichen. Die Stadt ist nun bereits im Besitz einer Caserne gewesen, welche, ihr bis jetzt unnütz, der Universität für die Aufnahme der Entbindungsanstalt überlassen worden war, mit der Verbindlichkeit der schleunigen Räumung im Fall eine ständige Garnison hieher verlegt werden würde. Der Director der Entbindungsanstalt sowohl als die akademische Behörde mögen wohl an einen ewigen Frieden geglaubt haben als sie diese Bedingung eingingen, wobei nämlich das einige Jahre früher eigens für die Entbindungsanstalt hergerichtete Gebäude neben der Caserne verlassen und an die Zollbehörde veräußert wurde. So erneuert sich daher die alte Klage in Bezug auf unsere Universität daß bei allen Einrichtungen immer nur an die nächste Zukunft gedacht und die spätere Zeit niemals mit in Berechnung gezogen werde, wie es denn auch bei Ermangelung eines auf Lebensfrist angestellten und durch andere Geschäfte nicht beengten Curators mit angemessenem Wirkungskreise, der ihn über die Parteien erhebt, nicht anders möglich ist. In Folge dieser Verhältnisse sieht sich die Entbindungsanstalt jetzt beinahe auf die Straße gesetzt und muß provisorische Unterkunft in einem Gebäude suchen wo es sich vor Jahresfrist niemand hätte träumen lassen, in dem neu erbauten Palaste für öffentliche und mündliche Rechtspflege nämlich, dessen Verwendung für seinen anfänglichen Zweck wegen Kostspieligkeit der ersten Organisation jenes Verfahrens als auf Jahre hinausgeschoben betrachtet werden muß. Da die preußischen Garnisonen indessen an ziemlich geräumige Quartiere gewöhnt zu seyn scheinen, so reicht die erwähnte Caserne nicht für die Aufnahme der Hälfte eines Bataillons hin, und hat sich die Stadt veranlaßt gesehen auch das sehr geräumige und seither fast leer gestandene evangelische Hospitalgebäude mit großem Hof und Garten um den Preis von 60,000 fl. zu erwerben, worüber man die Staatsgenehmigung täglich erwartet. Die vollständige Einrichtung zur Aufnahme seiner künftigen Bewohner wird indessen vor Neujahr in keiner Weise möglich seyn. Die Anatomie hat unlängst das für sie errichtete Neugebäude bezogen und die einschlägigen Vorlesungen darin eröffnet. Alle Räumlichkeiten desselben haben ein sehr stattliches Aussehen. Die Absicht auf den Fundamenten des alten Anatomiegebäudes nun ein zweites Local für die übrigen naturwissenschaftlichen Anstalten zu errichten dürfte jetzt der Kosten wegen auf lange Zeit vertagt seyn, wie sehr auch die gegenwärtige rege Thätigkeit in Wien, Prag, Göttingen, Bonn, Berlin, Tübingen unsere Regierung mahnen mag auf ihrer Hut zu seyn, ehe der Strom der Studirenden eine feste Richtung nach andern Universitäten gewinnt. Es wird in dieser Beziehung die Verbindung unserer beiden Landesuniversitäten welche zwar durch die Verfassung garantirt sind, immer wieder von neuem, und zwar jetzt lebhafter als je zuvor besprochen. Jedermann sieht ein daß bei der künftigen Gestaltung der Dinge in Deutschland Heidelberg eine weit schwierigere Concurrenz zu bestehen haben wird als bisher; daß seine Aufrechterhaltung größere Mittel erheischt; daß die Rivalität von Freiburg alle auf Heidelberg verwendeten Ausgaben verdoppelt, indem sich jenes für gleichberechtigt erklärt; das Land daher die Ausgaben unmöglich in Zukunft so fort steigern könne. In Freiburg selbst, wo man sich so lange gegen diese Vereinigung gesträubt, ist man jetzt zur Erkenntniß gelangt daß sich die Universität unter den bestehenden Verhältnissen nicht länger halten lasse, und bei weitem die Mehrzahl der Professoren soll die Vereinigung selbst wünschen, nur eine kleine hyper-katholische Partei ausgenommen. Die Herstellung der Eisenbahn hat die Entfernung beider Landesuniversitäten auf kaum 6 Stunden reducirt, und die Reisekosten in gleichem Verhältnisse vermindert. Freiburg erhält eine Garnison, eine landwirthschaftliche Lehranstalt, womit schon an sich zweckmäßig wäre die polytechnische Schule in Verbindung zu bringen, wodurch es dann mehr als entschädigt seyn würde, während Karlsruhe, in welchem sich seit längerer Zeit alle Landesanstalten mehr und mehr centralisiren, über diesen letzten Verlust um so weniger zu klagen berechtigt wäre als eben wieder Mannheim sein Oberhofgericht dahin abgeben soll. Es ist jetzt der Zeitpunkt eine Maßregel auszuführen welche der Regierung immer Bedenken gemacht, und welche der Abgeordnete Sander schon vor mehreren Landtagen, in der Deputirtenkammer vorgeschlagen hatte mit dem Bemerken, es müsse dieser Vorschlag so oft wiederholt werden bis man sich mit dem Gedanken der Vereinigung vertraut gemacht habe. Jetzt ist dieselbe kein bloßer Wunsch mehr, es ist eine Nothwendigkeit, die so allgemein anerkannt wird, daß wir die Ueberzeugung haben sie werde auch in der Kammer auf keinen erheblichen Widerstand mehr stoßen. Unserm Lehrerpersonal steht durch Privat-Docenten ein bedeutender Zuwachs bevor. Allein in der philosophischen Fakultät sehen wir zwischen jetzt und Ostern dem Eintritte des **Dr.** Bickford für Nationalökonomie, des **Dr.** Stölzel für Technologie, des **Dr.** Bornträger und des **Dr.** Weidenbusch für Chemie und wahrscheinlich des **Dr.** Wilhelmi für Physik entgegen; die 4 ersten haben sich bereits zur Habilitation gemeldet oder die Disputation schon gehalten. Dagegen steht uns der Verlust des **Dr.** Hahn bevor, der in Prag hoffentlich ein günstigeres Feld für seine gediegenen Studien unsrer alten Sprache und Litteratur und einen weiteren Wirkungskreis als hier finden wird; Professor Häusser hat einen Ruf nach Zürich, wird jedoch wahrscheinlich der Universität erhalten werden. Wie wir hören, unterhandelt man mit Professor Deurer an Mabai's Stelle in Freiburg. Ein Theologe für Rothe ist noch immer nicht gewonnen.

Kurhessen. **Kassel,** 23 Nov. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung verlas der Vorstand des Ministeriums des Aeußern, Hr. v. Winzingerode, eine ausführlich motivirte Mittheilung über den Beitritt Kurhessens zu der Uebereinkunft wegen Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt. Eine weitere Mittheilung gibt der Versammlung anheim den Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Volkshause auf die nächste Tagesordnung zu stellen. (Kass. Z.)

Thüringen. In **Weimar** fand am 17 und 18 Nov. eine Versammlung von Abgeordneten thüringischer Landtage statt, welche sich fast alle dahin aussprachen daß eine größere Einheit der thüringischen Staaten in der Gesetzgebung zu wünschen, und nach der in Weimar, Gotha, Coburg, Sondershausen, Rudolstadt, Gera herrschenden Stimmung der Abgeordneten, für diese Länder wohl auch herbeizuführen sey. Um sie zu beschleunigen wurden verschiedene Schritte verabredet. In **Sondershausen** hat der Landtag die ihm vorgelegten aus der gemeinschaftlichen Berathung der thüringischen Regierungen hervorgegangenen Entwürfe eines Strafgesetzbuches, einer Strafproceßordnung, einer Gebührentaxe in Strafsachen und eines Gesetzes über Entziehung staatsbürgerlicher Rechte wegen begangener Verbrechen einstimmig en bloc angenommen, jedoch nur unter der Bedingung daß diese Gesetzentwürfe auch von den andern thüringischen Staaten oder wenigstens vom Großherzogthum Weimar und von dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt ohne Abänderung angenommen worden und zwischen den genannten Staaten und unserm Fürstenthum über Gemeinschaftlichkeit in der Rechtspflege eine Einigung stattfinde. In **Altenburg** ist, wie die Deutsche Ref. meldet, eine gegen die Schüler des Seminars eingeleitete Untersuchung in diesen Tagen beendet und das Urtheil am 17 d. M. gefällt worden. „Von den 24 Schülern der Anstalt sind drei wegen groben demokratischen Unfugs gänzlich, acht wegen minderer Betheiligung auf Zeit aus dem Seminar ausgewiesen worden.“ Nach der Fr. O.P.A.Z. wäre in Weimar dem dritten Bataillon der Befehl zugegangen sich marschfertig (nach Schleswig-Holstein) zu halten, und in Gotha erwartete man gleiche Anstalten. (Nach der Kölnischen Ztg. hat in Kassel in Folge einer von Berlin angelangten telegra-

phischen Depesche das erst seit kurzer Zeit aus Schleswig zurückgekehrte Contingent Befehl sich marschbereit zu halten).

K. Hannover. * **Hannover,** 22 Nov. Nicht nur um dem Lande gegenüber guten Willen zu zeigen, sondern aus einer gewissen Angst vor der Zukunft hat sich die Opposition dahin geeinigt, verschiedene Gesetzentwürfe mit denen sie sonst in vielen Principien nicht übereinstimmte, en bloc anzunehmen, ein Versuch der] beinahe gescheitert wäre, da ein einzelner Redner der Linken dennoch eine Principienfrage hineinwarf. Was die zweite Kammer anlangt ist er gelungen, und hoffentlich wird die Redseligkeit einiger Professoren, Prediger und Juristen in erster Kammer sich dießmal einen Zügel anlegen, und das Beispiel der zweiten Kammer auch dort Nachahmung finden. Heute ist nämlich der Entwurf eines provisorischen Gesetzes, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Geschwornen betreffend, in dritter Berathung angenommen, eben so der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Schwurgerichten als Provisorium genehmigt. Die Regierung hatte es als Definitivum vorgelegt, allein da es als solches im Princip von der Opposition schon im Frühjahr bekämpft war, und nicht mit Unrecht (die Geschwornen sollen aus den 1000 Höchstbesteuerten welche in dem Bezirke eines jeden Schwurgerichtshofes ihren Wohnsitz haben, und aus denjenigen Personen welche auf einer deutschen Universität ihre Studien gemacht, und eine Staats- oder Facultätsprüfung mit Erfolg bestanden haben, gebildet werden, Excusationen sind sehr erschwert), und da der Entwurf zu einer definitiven Strafproceßordnung 247 Paragraphen auf 88 Seiten in Quart umfassend schon vorliegt, zu einer commissarischen Prüfung Veranlassung gibt, welche die Bildung der Schwurgerichte selbst füglich umfassen kann, so erklärt sich jener Beschluß dem der Regierungscommissär sich nicht widersetzte. Obgleich die Steuern seit Julius bekanntlich ohne Budgetbewilligung erhoben, und der Zeitpunkt bis wohin dieß geschehen kann mit dem 1 Januar abläuft, ist erst heute vom Präsidium der zweiten Kammer die Wahl einer Finanzcommission auf die Tagesordnung gebracht. Die Finanzcommissionen haben in ruhigen Zeiten 3 Monate gearbeitet, jetzt haben sie das doppelte zu thun, da die Domanialverwaltung seit 1841 wieder zum erstenmal in ihren Bereich fällt, die Zeit bis Neujahr umfaßt aber wenige Wochen. Es ist daher gar nicht denkbar daß eine gehörige Prüfung bis dahin vorgenommen werden könne, und die Schuld fällt allein der Regierung wegen der zu späten Zusammenberufung zu. Es wird kaum ein Ausweg übrig bleiben als eine genauere Budgetprüfung zu verschieben, und die bisherige Erhebung zu genehmigen, eine Forterhebung der Steuern von Neujahr provisorisch zu bewilligen. Dieß möchte aber nicht bis Julius, sondern höchstens auf 2 bis 3 Monate geschehen, da eine Vertagung in den Absichten der Regierung liegen soll. In die Finanzcommission sind gewählt: Finanzminister Lenzen, Lang II, Lindemann, Buddenberg, Wißmann, wobei die Opposition eine Schlappe erlitt. Das Schreiben vom 15 Nov., die außerordentlichen Kriegsbedürfnisse betreffend, belehrt die Stände daß zu diesem Zwecke bis jetzt 2,121,066 Thlr. 12 ggr. angeliehen, resp. aus andern Cassen vorgeschossen sind, daß durch Anleihe noch ferner 496,400 Thlr. herbeigeschafft werden sollen, daß die Bedürfnisse vom 1 Nov. d. J. bis zum 30 Junius 1845 mit 449,000 Thlr. aber durch eine außerordentliche Steuer herbeigeschafft werden sollen. Die Hoffnungen auf Erstattung eines großen Theils dieser — auf Aufforderung der Reichsgewalt verausgabten Kosten — sind nicht in Erfüllung gegangen. Selbst die Verpflegungskosten für die Reichstruppen Württembergs, Badens, Oldenburgs, Hessens, Braunschweigs, mit 31,048 Thlr. sind nicht wieder eingeflossen, jene Regierungen haben den Ersatz theils ausdrücklich, theils stillschweigend abgelehnt. Ob die Stände zu einer außerordentlichen Steuer geneigt seyn werden, ob sie nicht vielmehr Ersparungen im Militäretat beantragen, die Truppenzusammenziehung an der hessischen Gränze mißbilligen werden u. s. w., steht sehr dahin.

Preußen. ⁑ **Berlin,** 22 Nov. Bei der Wahl der preußischen Mitglieder für die Bundescommission hat sich das Princip geltend gemacht daß man den einen für die politische Vertretung und Regelung derjenigen Verhältnisse bestimmte welche aus den Verträgen von 1815 festzuhalten sind, den andern ganz besonders für die weitläufigen Verwaltungsangelegenheiten ausersah. Der Abgang beider Commissäre, dessen Beschleunigung, wie ich höre, österreichischerseits sehr dringend gewünscht wird, dürfte schwerlich vor Einlauf sämmtlicher Beitrittserklärungen erfolgen. Es fehlen aber bis heut, nach zuverlässiger Quelle, noch die von Oldenburg, Kurhessen, Meiningen, Coburg, Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Lübeck und Bremen. Befremdend ist nur daß man sich in Wien über diesen doch gerade von Oesterreich im Interimsvertrage gemachten Vorbehalt, plötzlich hinwegsetzen will, da doch auch der Erzherzog nicht eher seine Würde niederzulegen beschlossen hat als nach erfolgtem Beitritt der Regierungen. Von Seiten Preußens wird man zwar die Commissäre der Abdankung beiwohnen lassen — im Sinne eines Actes der Courtoisie, aus besonderer Hochachtung für die Persönlichkeit des Reichsverwesers, schwerlich aber werden vor Festsetzung des Abdankungstermins die preußischen Bundescommissionsmitglieder in Frankfurt erscheinen. Man erwartet im heutigen Staatsanzeiger die Publication der Protokolle und Beschlüsse des Verwaltungsraths aus den letzten entscheidenden Sitzungen, da angenommen werden darf daß sie bereits an sämmtliche verbündete Regierungen gelangt sind. Das Bundesschiedsgericht hat eine Vermehrung erfahren, indem die von Kurhessen, Nassau und dem Großherzogthum Hessen vertragsmäßig zu stellenden zwei Mitglieder ernannt sind. Die Wahl ist auf Männer gefallen deren Name einen guten Klang in Deutschland hat, nämlich auf Sylv. Jordan aus Marburg und Eigenbrodt aus Darmstadt, welcher früher das Großherzogthum im Verwaltungsrath vertrat.

⁑ **Berlin,** 22 Nov. Neuerdings ist von Oesterreich eine in ziemlich drohendem Ton abgefaßte Note eingegangen, in welcher hervorgehoben wird daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat eine Verletzung der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung einschließe. Die von Preußen ertheilte Antwort lautet dahin, daß wenn überhaupt von Verletzung der Bundesverfassung die Rede seyn könne, Oesterreich dieselbe durch den Inhalt seiner Verfassung vom März d. J. zuerst sich habe zu Schulden kommen lassen, und daß mithin die österreichische Regierung am wenigsten Veranlassung habe an eine solche vermeintliche Rechtsverletzung zu erinnern. Preußen erkenne den deutschen Bund an in den Personen, Rechten und Pflichten der Gründer; die formelle Bundesorganisation dagegen sey auf gesetzlichem Weg durch die betheiligten Regierungen selbst bereits aufgehoben. Ob Preußen in jenem Sinne eine Verletzung begehen werde sey von Oesterreich erst abzuwarten; es versichere übrigens von neuem daß es durch keinen Einspruch der Art von dem für Recht erkannten Bestreben in der deutschen Politik sich werde ablenken lassen. Der Regierung soll die Nachricht zugegangen seyn daß ein ehemaliger katholischer Geistlicher aus Bayern, Namens Niebergall, in einer geheimen Sitzung hiesiger Demokraten ein Schreiben von Pariser Gesinnungsgenossen übergeben habe, des Inhalts: die Berliner Demokratie möge jede Bewegung niederhalten bis eine in Paris vorbereitete Erhebung das Zeichen dazu geben werde. Dieses Schreiben sey gleich nach der Verlesung verbrannt und der Beschluß gefaßt worden am Tag der Entscheidung über Waldeck das Volk in allen Theilen der Stadt zu beschwichtigen, und nur für den Fall daß es sich durchaus nicht beschwichtigen lassen wolle, ebenfalls handelnd aufzutreten. Ich gebe Ihnen diese Nachricht weil ich annehmen muß daß sie in einer gewissen Region geglaubt wird und vielleicht Schritte geschehen denen sie zur Erklärung dienen kann.

Der Pr. St.-Anzeiger gibt nun wörtlich den am 17 d. gefaßten Beschluß des Verwaltungsraths über das Ausschreiben der Reichstagswahlen und über den Ort des Zusammentritts des Reichstages im Protocollarauszuge. Anwesend waren die Bevollmächtigten von Preußen, Baden, beiden Hessen, von den thüringischen Staaten, von Schwerin, Nassau, Braunschweig und den drei Hansestädten. Nach Erörterung der einschlägigen Fragen setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlußnahme einstimmig fest: 1) Die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstages ist für den ganzen Bereich der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai c. verbündeten deutschen Staaten auf den 31 Jan. 1850 ausgeschrieben. 2) Sämmtliche verbündete Regierungen sind ersucht in Vollzug dieses ihnen in beglaubigter Ausfertigung sofort zugehenden Beschlusses die betreffenden Landesbehörden zur Vornahme dieser Wahlen rechtzeitig mit der erforderlichen Anweisung zu versehen. 3) Die demnächst einzuberufende Reichsversammlung aus den auf Grund des Vertrages vom 26 Mai c. verbündeten deutschen Staaten wird in der Stadt Erfurt zusammentreten. 4) Der Tag des Zusammentritts dieser Reichsversammlung wird durch nachfolgende Beschlußnahme des Verwaltungsraths festgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden. Das am 19 Nov. festgestellte Protocoll über die Sitzung vom 17 ist von den obengenannten Bevollmächtigten unterzeichnet, von dem nassauischen zugleich für die anhaltischen Herzogthümer, von dem braunschweigischen zugleich für Oldenburg und Schaumburg-Lippe.

Der Camphausen'sche Bericht über die neuesten deutschen Actenstücke an die erste Kammer enthält folgende Aeußerungen: „Man darf um so mehr der Hoffnung Raum geben daß die Vertragspflicht sich stärker erweisen werde als die Neigung sich ihr zu entziehen, da die deutschen Regierungen sich der Erkenntniß nicht verschließen können, wie gefährlich es sey den Beweis schuldig zu bleiben daß die Nationalversammlung zu einem glücklichen Ziele hätte führen können, wenn sie auf der Grundlage der Vereinbarung der deutschen Regierungen unter sich und mit der Versammlung stehen geblieben wäre; wie gefährlich es sey wenn

der Vorwurf der Rechtsverletzung, welcher in der eben vergangenen Zeit so häufig und mit Grund von oben nach unten gemacht werden mußte, nunmehr dauernd und öffentlich zwischen den Regierungen selbst gewechselt werden sollte." Nachdem hierauf die Entschlossenheit, Offenheit und Rechtlichkeit in dem Verfahren der preußischen Regierung durch Darlegung aller Schritte die sie seit dem 26 Mai gethan, ausgesprochen ist, wird unter Anknüpfung an die Instruction der österreichischen Regierung, welche die Gesichtspunkte bezeichnete von denen aus Oesterreich seinen Consens und Dissens zu den betreffenden Punkten des Vertrags rechtfertigt, gezeigt daß, wenn Oesterreich in jener (noch nicht veröffentlichten) Instruction auf die Anführung der Bundesgesetzgebung ein besonderes Gewicht lege, von allen deutschen Regierungen Oesterreich an der Abänderung oder Aufhebung bestehender Bundesgesetze und organischer Einrichtungen des Bundes den unmittelbarsten und thätigsten Antheil genommen habe: Graf Colloredo habe am 7 April den Vorsitz geführt, als der Bundestag die Berufung einer constituirenden Versammlung aus allgemeinem Wahlrecht beschloß; zu Gunsten eines österreichischen Prinzen sey die Bundesversammlung aufgehoben worden; der Bundespräsidialgesandte v. Schmerling habe unterm 12 Juli v. J. die Auflösung der Bundesversammlung Namens seiner Regierung ausgesprochen, und durch die Uebereinkunft vom 30 Sept. endlich erkenne die österreichische Regierung noch jetzt an daß die Bundesverfassung und Gesetzgebung in den wesentlichsten Theilen nicht mehr bestehe. Den Schluß des Berichts bildet eine Aufzählung der Vortheile welche der Abschluß des Vertrags vom 30 September für Preußen zur Folge habe. Er verringere die zwischen Oesterreich und Preußen obschwebenden Differenzen und nehme ihnen „beinahe jede praktische Anwendbarkeit," er modificire „den Zustand politischer Isolirung worein Preußen durch das Verhalten deutscher Regierungen und durch deren Abwendung von dem Plane einer bundesstaatlichen Einigung versetzt war," nicht unerheblich.

Schleswig-Holstein. = **Kiel,** 19 Nov. Das preußische Gouvernement hat in dem Grafen zu Eulenburg einen eben so unfähigen als gegen die Herzogthümer übelgesinnten Mann in die Landesverwaltung geschickt, so daß ihr es zur Last gelegt werden muß wenn im Herzogthum Schleswig die gegenwärtigen Zustände völlig unerträglich erscheinen. Von Seite der wohlhabenderen Grundbesitzer und der Bürger in den Städten wird einstimmig die kräftige Fortsetzung des Krieges durch das Organ von angesehenen streng orthodoxen Geistlichen begehrt, welche sich jetzt an die Spitze der Bewegung stellen. In unserer jungen Armee herrscht ein sehr kriegerischer Geist, und die Regierung ist im Kriegsdepartement nicht müßig. Aber auch in Dänemark wird sehr stark gerüstet, obwohl man dort wenig geneigt ist den Krieg wieder zu beginnen, weil man auf diplomatischem Weg zum Ziel der Unterwerfung des Herzogthums Schleswig zu gelangen hofft. Zu den Friedensunterhandlungen welche jetzt in Kopenhagen gepflogen werden sollen, ist auf Verlangen der Mächte England, Rußland und Preußen ein ritterschaftlicher Grundbesitzer aus den Herzogthümern, der Baron Blome v. Falckenberg, früher dänischer Gesandter in London, zugezogen worden. Obwohl derselbe Schwager des Statthalters Grafen Reventlow ist, genießt er in den Herzogthümern doch eben kein Vertrauen; man hält dafür daß er auf dem Standpunkt des Gesammtstaats, also des offenen Briefes des verstorbenen Königs stehe. Nicht ohne Grund dürfte man in diesem Baron Blome den künftigen Statthalter Holsteins, zunächst etwa den von Dänemark aus deputirten Bevollmächtigten für Holstein bei der neuen Bundesgewalt in Frankfurt erblicken. Der Bruder desselben, der Graf Otto Blome, Besitzer mehrerer Rittergüter in Holstein wird als offener Gegner der Landessache angesehen. Eine Commission des Landgerichts zu Glückstadt ist mit einer Untersuchung gegen denselben beschäftigt, weil er der Mannschaft aus seinen Gütern erklärt hat sie dürfe auf die Einberufung zum Militärdienst nicht erscheinen.

Oesterreich. ·|· **Wien,** 23 Nov. Es scheint als nahe wirklich der Residenz das Morgenroth der Befreiung von den Fesseln des Ausnahmszustandes. Die Geschäftigkeit welche in der kaiserlichen Hofburg herrscht, deutet darauf hin. Bereits gestern wurden die Gemächer des Kaisers und jene der Erzherzogin Sophie geheizt, und es unterliegt kaum einem Zweifel mehr daß die hohen Herrschaften nicht mehr in Schönbrunn, sondern hier überwintern werden. Sie können sich die Freude der Wiener darüber denken. — Einiges Aufsehen erregt in den hiesigen politischen Kreisen ein Gerücht das man für nichts weniger als grundlos angibt. Von Schleswig aus sollen nämlich Anstalten getroffen worden seyn, und noch immer getroffen werden, auch österreichische Militärs für die dortige Armee zu erhalten. So spricht man mit Bestimmtheit daß sich bereits mehrere Officiere unserer Armee dahin ausgesprochen hätten ihren Dienst zu verlassen und, wofern man ihnen das entsprechende Avancement zusichere, in die Reihen der schleswigischen Heeresmacht einzutreten. Was ich Ihnen letzthin über unser Telegrapheninstitut gemeldet, kann ich Ihnen heute ergänzen. Im Ministerium des Handels ist der Beschluß gefaßt worden die Telegraphenlinien im Königreich Ungarn mittelst Bleiröhren unter der Erde zu leiten. Doch gilt dieser Beschluß nur für das genannte Kronland, was beweist wie sehr man daselbst die Gefahren einer etwaigen Zerstörung der elektromagnetischen Dräthe befürchtet. Es ist aber anzunehmen daß man später auch dieselbe Einrichtung bei den übrigen Telegraphenleitungen treffen werde, da man sich schon sattsam von den Nachtheilen der Führung des Telegraphendrathes sowohl in der Luft als durch Gutta-Percha überzeugt hat. — Vom Land laufen die beunruhigendsten Nachrichten von Jagdcommunismus, ausgeübt durch die Bauern und von der Nachlässigkeit vieler Gerichtsbeamten, sowohl in dieser als auch in anderer Beziehung ein, über die Unreinlichkeit der Kerker und Untersuchungsgefängnisse ꝛc. Wir vertrauen der Thätigkeit und der Humanität unseres Justizministers, der längst die Nothwendigkeit der Regelung der gerichtlichen Verhältnisse erkannt hat. — Wie ich eben vernehme, sollen im Artilleriewesen bedeutende Reformen, namentlich in Bezug auf das Batteriesystem, dessen Unzulänglichkeit in den Feldzügen der Jahre 1848 und 1849 besonders hervortrat, in Aussicht stehen. Was man rücksichtlich einzuführender Neuerungen im Geniewesen sprach, scheint sich vorerst nicht zu bestätigen; doch läßt sich als gewiß annehmen daß auch hierüber die erforderlichen Berathungen bereits im Zuge sind. — In unserem Weichbilde befindet sich in dem Augenblicke eine Deputation aus Krakau, bestehend aus dem Rabbiner der dortigen Judengemeinde, einem der gebildetsten Aerzte jener Stadt, einem Schuldirector und endlich einem Mitgliede des dortigen Stadtrathes (rada mjeiska) um beim Ministerium trotz aller Ränke der Krakauer Communalrepräsentation dahin zu wirken daß der § 1 der Grundrechte vom 4 März d. J. für die dortigen Juden eine Wahrheit, und denselben gestattet werde ihr Ghetto zu verlassen und Wohnungen und Waarenmagazine in den übrigen Bezirken der Stadt zu nehmen. Es ist nicht zu zweifeln daß die Regierung den Vorstellungen dieser Abgesandtschaft Gehör geben werde.

** **Wien,** 23 Nov. Der Magistrat hiesiger Stadt hat vom Landespräsidium den Auftrag erhalten die Zusammensetzung der Geschwornen nach dem Patent vom 11 Sept. v. J. möglichst zu beschleunigen. Unsere Posteinrichtungen werden immer mehr ausgebildet; vom 1 Jan. 1850 ab werden für alle Fahrpostsendungen neue Gebührenansätze ins Leben treten. Silbersendungen langen fortwährend aus Hamburg, Paris und den Bergstädten Ungarns, aus letzteren regelmäßig jeden Monat an. Den letzten kommenden Monats December wird das Capitel des militärischen Maria-Theresiaordens amtlich zusammentreten, von welchem, wie man sagt, die Ansprüche mehrerer Candidaten geprüft werden sollen. Weil ich gerade von Orden spreche, so darf ich wohl andeuten daß außer den militärischen Orden, also ohne Uniform oder im Civilkleid, nur sehr selten Orden oder Ordensbänder erblickt werden. Selbst in Abendcirkeln und bei Mahlzeiten der höheren Gesellschaft und der Diplomatie sieht man sie wenig. Schwarzes einfaches Kleid ohne Auszeichnungen ist durchweg an der Tagesordnung, und man sieht wie bei den geeigneten Gelegenheiten selbst alles vermieden wird was vormärzlichen Anstrich gibt. Ohne allen Prunk und mit der größten Einfachheit empfangen auch die Minister. In den Straßen sieht man selten Equipagen mit glänzenden Livréen, Jägern: in das monotone drapfarbige Tuch ist mit wenigen Ausnahmen die Dienerschaft gekleidet. Elegante Reiter und Dandies sieht man bedeutend weniger als früher. Doch wird das Geschlecht der letzteren wohl nicht ausgestorben seyn. Um so häufiger begegnet man jungen Officieren in dem hübschen weißen Rock. Militärisch in ihrer Haltung zeigen sie nirgends jene absondernde, provocirende Haltung die früher zumal in kleineren Staaten so sehr an der Tagesordnung war. Im Gegentheil zeichnen sie sich durchschnittlich recht eigentlich durch Bildung im Benehmen aus. Urbanität in allen Schichten der Gesellschaft, von den Ministerien bis in die niedrigste Beamtenstube herunter, zeigt sich überall als wäre sie zur Ordonnanz geworden. Auch wo keine Ordonnanz hinreicht, bei den niedersten Classen, auf den Straßen selbst fand ich jene herzliche Gemüthlichkeit die immer wohl thut, umsomehr, je mehr man sie in anderen Großstädten vermißt, wo eine viel schroffere Scheidung der Stände stattfindet.

Der Lloyd sagt am Jahrestag des Ministeriums Schwarzenberg: „Die geheimnißvolle Macht welche man Zufall heißt, jene unergründliche Potenz welche niemand in ihre einzelnen Bestandtheile zu zerlegen weiß, die man Glück nennt, sie haben während des letzten Jahres nicht viel für Oesterreich gethan. Nichts ist geschehen das verdienstvoll war, ohne daß man das Verdienst bis zu seiner Quelle zurückführen und ausrufen könnte: dieser Mann oder jener hat es sich erworben. Im härtesten Kampfe ist alles errungen worden was Oesterreich in diesem Augenblick zu einer der

großen und größten Mächte der Welt macht. Die unsichtbaren Genien des Geschickes haben uns keine Hülfe zugetragen. Kein Feind hat sich plötzlich in einen Freund verwandelt, er mußte in einen Freund umgeschlagen werden. Keine Quelle des Einkommens hat unerwartet ihre reichen Adern geöffnet, kein Californien hat uns seine Schätze gezollt. Was erworben wurde, es ward durch Kraft, Ausdauer und Muth unser eigen. Es ist ein Jahr des Kampfes und des Krieges welches hinter uns liegt. Es wehte noch vor wenigen Wochen eine feindliche Flagge in der Mitte Oesterreichs und von der gewaltigsten Festung dieses Landes. Aber während des Kriegs ist das Werk des Friedens gethan; während die Zerstörung wüthete, sind die Grundvesten des gewaltigsten Baues tief gelegt worden. Eben dieses nennen wir das Charakteristische des verflossenen Jahres daß inmitten des Kriegs, der um die Selbsterhaltung des Staats geführt wurde, derselbe Staat mehr für die Zukunft und den Frieden gepflanzt, gezogen und gearbeitet hat als während der verflossenen dreißig Friedensjahre. Oesterreich wird die Geschichte seiner innern Entwicklung von demselben Jahre datiren in welchem es den größten Theil seiner Kräfte im rauhen Kriege zu verwenden hatte. Wir fällen dieses Urtheil als Freunde des Ministeriums Schwarzenberg, als welche wir uns bei dem Beginne seiner Laufbahn bekannten, als welche wir uns auch heute stolz bekennen. Aber auch dessen Feinde urtheilen nicht weniger günstig als wir es thun. Die Furcht des Gegners ist ebenso viel werth wie die Anhänglichkeit des Freundes. Und man fürchtet Oesterreich heute, wo man es vor etwas mehr als einem Jahr nur verspottete."

Die Deutsche Ztg. aus Böhmen, redigirt von **Dr. Makowitzka**, einst Mitglied der Paulskirche, sagt: „Preußens Erwiederung an Sachsen und Hannover lautet sehr scharf und kategorisch, und stünde hinter ihr ein ebenso fester Wille das Wort zur That zu machen, so könnte man am Ende doch noch an das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates mit einer gemeinsamen Volksvertretung, wenngleich vorderhand nur in einem geringeren Umfange, glauben. Aber hat man nach allen Antecedentien wohl Grund einen solchen festen Willen zu vermuthen? Kann man annehmen daß Preußen diesen Willen Oesterreich gegenüber zur Geltung zu bringen entschlossen sey? Eines steht in der gegenwärtigen Phase der deutschen Verfassungswirren fest, nämlich dieß, daß bei ihrer nächsten Lösung, die wir nur als eine vorläufige betrachten können, die deutschen Regierungen einander nicht wehe thun werden, und daß hiebei weder Oesterreich noch Preußen, weder Bayern noch Sachsen und Hannover, sondern das deutsche Volk den Kürzeren ziehen wird. . . Obwohl in der preußischen Erwiederung zu wiederholtenmalen versichert wird daß Preußen sein der deutschen Nation gegebenes Wort nicht brechen und auf dem Wege der Ehre und Pflicht beharren werde, so enthalten die Schlußworte, gleich früheren officiellen Erklärungen der preußischen Regierung in der deutschen Frage, doch wieder eine kleine Hinterthüre. Es heißt nämlich dort daß dann wenn das Ziel nicht vollständig erreicht werden sollte, und eine völlige Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands zu einem mächtigen Bundesstaate erst von der Zukunft erwartet werden müßte, die Schuld nicht Preußen, nicht die am Bündnisse vom 26 Mai festhaltenden Staaten treffe, sondern allein jene Regierungen die ihre Sonderinteressen höher stellen als diejenigen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes. Ist da nicht schon für einen anständigen Rückzug vorgesehen?"

Großbritannien.

London, 21 Nov.

Gestern wurde das Parlament im Hause der Lords unter den üblichen Förmlichkeiten bis zum 16 Jan. prorogirt. Die königl. Commission und einige Clerks waren die einzigen dabei anwesenden Personen; nur auf der Gallerie befanden sich einige neugierige Damen. Der Spectator ergeht sich in Muthmaßungen über das Programm der nächsten Session, und glaubt daß sie um ein bedeutendes gehaltreicher werden dürfte als die vorige, welche, die Abschaffung der Navigationsgesetze ausgenommen, beinahe ganz unfruchtbar war. Eine weitere Reform des parlamentarischen Wahlrechts in der schon angedeuteten Weise, eine Abänderung des Armengesetzes stehen in Aussicht, und der Zustand Irlands und der Colonien wird die allseitigste Beachtung erfordern. Auch heißt es: die Regierung werde eine Bill zur Besoldung der katholischen Geistlichkeit in Irland aus der Staatscasse einbringen. Ob sie damit durchdringen würde, ist freilich sehr zu bezweifeln. Der Ertrag der Staatseinkünfte ist befriedigend; dennoch erwartet der Spectator daß die Voranschläge für alle Dienstzweige, namentlich für Armee und Flotte, mit Rücksicht auf strengste Sparsamkeit werden gemacht werden. Eine Steuerverminderung steht nicht in Aussicht.

Die (kurz berührte) in der Daily News vom 19 Nov. abgedruckte Zuschrift des Hrn. Richard Cobden an den österreichischen Minister Hrn. v. Bach erscheint als ziemlich insolent, sowohl ihrem Inhalt nach als in Anbetracht der Schmähreden womit jener Herr in wiederholten Versammlungen, so erst unlängst wieder in der Londoner Versammlung des „Friedenscongresses", Oesterreich und seine Regierung überhäuft. Cobden zeigt durch dieses Auftreten daß er sich für einen gewichtigen Staatsmann hält; allein die Times, obgleich ein Freihandelsblatt, hat Hrn. Cobden längst trocken erklärt daß er für seine Thätigkeit als Leiter der Anti-Cornlaw-League seinen Ruhm sowie auch seinen klingenden Lohn dahin habe, und daß alle bisherigen Versuche des Mannes in der Politik zu dilettiren nur geeignet gewesen jenem Ruhm Abbruch zu thun. Cobden sagt freilich im Eingang seines Schreibens an Hrn. v. Bach (es ist bereits vom 20 Oct. datirt): er wende sich an ihn nicht als an ein Mitglied des österreichischen Cabinets, sondern als an einen verehrten persönlichen Bekannten, der ihm (Cobden) im Jahr 1847 bei seiner Anwesenheit in Wien viele Aufmerksamkeit geschenkt. Dann heißt es aber: „Die öffentliche Meinung in meinem Vaterland ist von Grausen ergriffen (horrorstruck) über die an den gefallenen Führern der Ungarn verübten kaltblütigen Grausamkeiten. Sie sind zu aufgeklärt, als daß das einstimmige Verdict der Zeitgenossen Ihnen nicht auch als das Urtheil der Geschichte erscheinen sollte. Aber haben Sie bedacht daß die Geschichte nicht mit der Soldateska, den bloßen Werkzeugen, zu schaffen haben wird, sondern mit den Ministern, als den verantwortlichen Urhebern? Haben Sie die Gefahren bedacht von denen eine solche Politik umdroht ist? Sie, der Sie in der englischen Geschichte so wohlbewandert sind, müssen sich erinnern daß vier Jahre nach Jeffery's „blutigen Assisen" nicht bloß er selbst sondern auch sein königlicher Gebieter (Karl II) ein Flüchtling war vor der rächenden Hand der Gerechtigkeit. Oder leben wir in einer Zeit wo das öffentliche Bewußtseyn mit Verachtung behandelt werden darf?" So fährt der Briefschreiber noch eine Weile fort, und schließt dann mit einer Beschwörung an den Minister daß er der Hinrichtung der Kriegsgefangenen Einhalt thun möge u. s. w. (Bekanntlich ist letzteres unlängst geschehen, wenn auch nicht auf Hrn. Bachs Anordnung, der nicht mehr Justizminister ist. Der Lloyd gibt, mit Cobdens Brief, eine ausführliche Antwort darauf, die eine Parallele zieht mit dem was eben in Baden und von der englischen Regierung bei Unterdrückung aller Aufstände geschehen, auch bei der neuesten auf den jonischen Inseln. Es ist leider eine blutige Gegenrechnung! Wir kommen morgen darauf zurück.)

Die Times ist in Bezug auf die deutschen Verhältnisse bald preußisch, bald österreichisch gesinnt. In ihrer Nummer vom 19 Nov.*) hält sie (die von ihrem Wiener Correspondenten berührten Zweifel an der Sache nicht theilend) dem österreichisch-deutschen Zolleinigungsplan eine warme Lobrede, und bemerkt: dieser Vorschlag sey bei weitem der größte und praktischeste Schritt der noch zur Einigung Deutschlands geschehen. Hätte der deutsche Bundestag schon lange den neunzehnten Artikel des Bundesvertrags verwirklicht, und von seinem ersten Zusammentritt an dahin getrachtet die möglichst große Handels- und Schifffahrtsfreiheit innerhalb der Bundesstaaten herzustellen, so würde derselbe nicht zu der verachteten und ohnmächtigen Körperschaft herabgesunken seyn welche vor dem ersten Windstoß der Revolution dahinschwand. Andererseits habe Preußen lange die Apathie des Bundestags und Oesterreichs frühere Blindheit benützt um die Handelsinteressen eines großen Theils von Deutschland um sich zu schaaren, die es eines Tags für die Zwecke politischer Suprematie zu benützen gehofft. Die Revolutionserfahrung habe nun in Oesterreich den Sinn für seine wahren Interessen und seine wichtigsten Pflichten geweckt, und das große Experiment einer Handelseinigung — im Zusammenbestehen mit dem Bund — sey offenbar die Bahn die eine erleuchtete Erkenntniß seiner Finanz- und politischen Lage demselben vorzeichne. Wir übergehen hier was die Times für die Wiederherstellung des alten Bundes sagt, weil man, um dieses Lied zu hören, nicht erst über den Canal hinüberzuhorchen braucht... „Unsere Hoffnung," fährt die Times fort, „ist daß der König von Preußen und seine Minister, weitsehender und minder selbsüchtig als viele von ihren eigenen Anhängern, dieß Anerbieten Oesterreichs nicht verwerfen oder umgehen werden. Vom europäischen Gesichtspunkt betrachtet ist Uneinigkeit mit Oesterreich das größte Unglück das Preußen zu fürchten hat. In den deutschen Anliegen und in ihren örtlichen Interessen mögen diese zwei Mächte Nebenbuhler seyn; aber hinsichtlich der großen Fragen ihrer Territorialsicherheit und ihrer Militärmacht müssen sie entweder ver-

*) In ihrer Nummer vom 20 Nov. verwahrt sich die Times in entrüstetem Tone gegen die Bezichtigung eines norddeutschen Blattes, daß sie sich von Dänemark mit 5000 Pfd. St. zur Vertheidigung der dänischen Sache gegen Deutschland habe erkaufen lassen. Daß ein Journal wie die Times sich mit Geld bestechen lasse, das glaubt kein Vernünftiger; hingegen sollte die Times selbst mit ähnlichen Verdächtigungen nach der andern Seite hin (s. Nr. 320 der Allg. Zeitung) nicht so freigebig seyn.

einigt bleiben zum gemeinsamen Schutz, oder sie sind genöthigt eine demüthigende Unterstützung zu suchen in der Allianz mit irgendeinem fremden Staat. In einer solcher Lage hat Oesterreich sich wenigstens die Allianz des Nordens gesichert; aber Preußen hat buchstäblich keine Allianz oder Unterstützung als die einiger kleinen deutschen Staaten. Die Grundsätze der Conföderation von 1815, welche eben aus der damals neuen Erfahrung von den traurigen Folgen der deutschen Zerrissenheit hervorgegangen, zu erneuen, und diesen Bund durch thätigere und volksthümlichere Maßnahmen behufs der Einigung der materiellen Interessen der ganzen Nation fester zu kitten, dieß ist das hauptsächlichste Interesse von ganz Deutschland, und ein Interesse für jeden einzelnen Staat, welches den zweifelhaften Vortheil eines bestrittenen Supremats weit überwiegt. Vom commerciellen Gesichtspunkt aus würde England keinen Grund haben den Beitritt Oesterreichs zum deutschen Zollverein mit Argwohn oder Bedauern anzusehen. Der Schritt würde einer in der rechten Richtung seyn. Er würde, was Oesterreich angeht, mäßige Schutzzölle an die Stelle eines Prohibitiv-Tarifs setzen. Aber er würde den Productionskräften jener weiten, aber noch schlecht erforschten Landstrecken einen beträchtlichen Impuls geben; er würde die Kraft und Wohlfahrt jenes ausgedehnten Central-Europa's vermehren, wo wir die meisten Handelskunden und die wenigsten Feinde finden. Selbst in Ungarn hat man, wie die Erfahrung von Jahrhunderten und die gegenwärtige Beobachtung unserer eigenen Correspondenten zeigt, alle Industrie und Civilisation, die in jenes Königreich eingedrungen, allermeist der deutschen Colonisation zu verdanken, und wir zweifeln nicht daß der Strom der Auswanderer von den dichtbevölkerten Ufern der Elbe und des Rheins, die jetzt eine Heimath jenseits des atlantischen Meers suchen müssen, sich dann mit großem Vortheil nach den Ufern der Theiß und der Donau wenden würde, wo sie unter dem Schutz eines deutschen Fürsten einen so fruchtbaren, fast aber auch so wilden Boden finden würden wie es die Einöden der neuen Welt sind."

An Bord des Bremer Dampfbootes „Hermann," welches dieser Tage Southampton berührte, befinden sich Hr. Donelson, der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten bei der deutschen Centralgewalt; der Astronom Schomburgk aus Berlin, welcher einem Ruf an die Sternwarte in Washington folgt, und die schon erwähnten ungarischen Flüchtlinge. Unter diesen ist der greise Ladislaus Ujhazy, der vormalige Civilgouverneur von Komorn, mit zwei Söhnen und zwei Töchtern; dann eine ungarische Amazone, Namens Apollonia Jagella, welche tapfer im Kriege mitgefochten. Sie ist eine Virago von entschlossenen aber angenehmen Gesichtszügen, und wird sich, heißt es, gleich nach ihrer Ankunft in New-York mit einem jungen ungarischen Officier verheirathen.

„Es geht ein Gerücht" sagt Daily News, „ein Agent der russischen Regierung befinde sich in London um unsern Capitalisten den Puls zu fühlen wegen einer russischen Anleihe."

Frankreich.

Paris, 22 Nov.

Durch Präsidialdecret vom 20 Nov. sind die Präfectenstellen in fünfundzwanzig Departements gewechselt. Drei Präfecten sind abgesetzt, die anderen versetzt.

Aus der Majorität hat sich nun wirklich eine nicht unansehnliche Bonaparte'sche Partei ausgeschieden und ist aus dem Staatsrathsverein ausgetreten. Sie hat einen neuen Verein gebildet der seine Versammlungen im Palast der Künste hält. Das Journal L'Estafette gibt ein Verzeichniß der Mitglieder, es sind deren 84, darunter manche bisherige Anhänger der HH. O. Barrot und Thiers. Die Generale Lebreton, de Grammont, Magnan, Montholon, Rapatel, Tartas, Bast-Vimeux, Fabrier, Achard, Ornano, Chasseloup-Laubat, Arrhigi, Aron, Grouchy, die HH. V. Hugo, Anton und Lucian Bonaparte, Caulaincourt, Bertrand, Clary, de Moscowa, Persigny, Vaudrey, Vieillard, Barthelemy St. Hilaire, Berger (der Seinepräfect) u. s. f. gehören zu diesem Verein, in dem die Vertrauten des Elysée das große Wort führen.

Die gestrige Sitzung hatte noch ein Nachspiel im Boulogner Wäldchen. Zwischen den HH. Bertholon und Segur d'Aguesseau, und den HH. Brives und Bezard (die beiden erstern von der Bergpartei) wurden Kugeln gewechselt, jedoch in beiden Fällen ohne Schaden. Heute trug Hr. P. Bonaparte in der Versammlung die Kosten der Unterhaltung. Er hatte den Kriegsminister wegen der über ihn verhängten Absetzung zur Rede gestellt, und wollte daß die Opposition diese Maßregel für ungerecht erkläre. Seine Mission, behauptete er, sey beendigt gewesen, der Beruf eines Repräsentanten gehe jedem andern vor, und er habe nicht zugeben können daß man ihn unter irgendeinem Vorwand länger entfernt halte. Er habe sich um so mehr beeilt zurückzukehren als die Republik auf dem Punkt sey bedroht zu werden, denn der Umgebung des Präsidenten sey nicht zu trauen. Wenn es ihm um Scandal zu thun war, so erreichte er seinen Zweck vollkommen, aber er versuchte in einer motivirten Tagesordnung einen Tadel auf die Regierung zu wälzen, und dafür erhob sich auch nicht ein Mann. Man gab dem Kriegsminister Recht, welcher erklärte: es handle sich davon ob ein Repräsentant, wenn er eine Sendung ins Ausland nachgesucht oder empfangen, nach Gutdünken auf seinem Posten bleiben oder ihn verlassen dürfe. Es sey hier ein anderer Fall als bei den Repräsentanten der ersten Constituante, diese hätten ihre Sendung von der Versammlung, Hr. P. Bonaparte habe die seinige vom Kriegsminister gehabt. In Gegenwart des Feindes hätte er sollen vergessen daß er Repräsentant sey und sich nur seiner Pflicht als Militär erinnern. Als solcher habe er einen schweren Fehler begangen, und ohne den Namen den er trage, würde man ihn bei seiner Ankunft in Paris verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt haben. Sehr gut! rief man. Die Demüthigung war stark, aber nicht unverdient. Von eigentlichen Geschäften wurde in dieser Zeit pikanter Zwischenfälle wenig verhandelt, und es ist nur zu erwähnen daß der Antrag eine Commission niederzusetzen um die besondere Gesetzgebung Algeriens zu bearbeiten, zur weitern Berathung zugelassen wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Hr. Piscatory sich einige Bemerkungen erlaubt über die Neutralität welche das Cabinet in mehreren wichtigen Fragen beobachten zu wollen scheine. Die Antwort des Hrn. F. Barrot war: das Cabinet sey in den Geschäften noch neu, habe nicht Zeit gehabt die schwebenden Fragen zu studiren. Diese Entschuldigung befriedigte nicht. Vor Abgang der Post hatte die Linke versucht das Betragen des Präsidenten Dupin in der gestrigen Sitzung einer Rüge zu unterwerfen, sie wurde indeß vom Vicepräsidenten Baroche durch die Vorfrage abgewiesen.

♀ Paris, 19 Nov. Dufaure war Minister des Generals Cavaignac; die Partei des National entzweite sich halb, die Partei des Ledru Rollin, der Reforme, ganz mit General Cavaignac als Dufaure ins Ministerium trat; Dufaure bildete um den General Cavaignac einen besonderen Anhang amerikanisirender Anhänger der früheren Monarchie, welche in andern Bezügen gewissermaßen die Partei oder vielmehr das System des Generals Lafayette zu erneuen schienen; dieser Anhang bestand aus Verwandten und Freunden der Familie Lafayette; Jules und Ferdinand de Lasteyrie, Tocqueville, Gustave de Beaumont, Corcelles, Tracy zu denen Hippolyte Passy und in etwas Odilon Barrot sich zugesellten. Diese wünschten daß der General Cavaignac zum Präsidenten der Republik ernannt würde; sie hofften ihn vom Anhange des National vollkommen loszureißen, ihn ganz auf ihre Seite hinüberzuziehen; wahrscheinlich hätten sie sich geirrt, denn der General Cavaignac konnte nicht ganz und durchaus seine Stellung zu seinen frühern Freunden und Bekannten aufgeben, die amerikanisirenden Franzosen stehen vereinzelt der Revolution und Contrerevolution, dem Orleanismus sowie allen andern Gruppen gegenüber; sie sind ungefähr das was in der katholischen Kirche die Jansenisten waren, eine in sich geschlossene Partei, aber ohne Einfluß im Volke und der öffentlichen Meinung. Niemals hat Dufaure seine Stellung zu Cavaignac ganz aufgegeben, obwohl seine Freunde, Tocqueville und die andern, ungehalten waren über die zweideutige Stellung des Generals zu ihrem Ministerium. Nun ein Bruch durch Louis Bonaparte erfolgt ist, zürnen ihm ganz insbesondere Dufaure und seine Freunde, ihr Anschluß bekundet sich von neuem um den General Cavaignac; sie blicken mehr oder minder auf ihn als auf einen etwanigen Nachfolger des Louis Bonaparte in der Präsidentur; käme es zum Conflict zwischen Bonaparte und der Assemblée, so bauen sie Hoffnungen auf den General Cavaignac zur Aufrechthaltung ihrer Form von Republik. Aber sie scheiden sich ganz und durchaus von allen Rothen, ganzen und halben Rothen, National und dem Rest sammt und sonders; wo ist dann aber ihr Stützpunkt in der Nation? Sie versuchen ihn in der Assemblée. Es ist dieß der erste Kern nicht sowohl einer Spaltung in der Majorität als einer großen Reserve und Kühlheit gegen den Präsidenten, ein lebhaftes Qui vive. Berryer, welcher mit großer Beredsamkeit den Charakter der Legitimität Heinrichs V in der bekannten Discussion ausgesprochen hatte, und damit dem Louis Bonaparte einen Stich ins Herz gegeben, ahmt nicht die politische Haltung des Hrn. Dufaure und seiner nächsten Freunde nach; wie Thiers insbesondere verhält er sich still und gesetzt, zurückgezogen ohne feindlich zu seyn, sein Credit ist sehr groß in der Assemblée. Es gibt aber in derselben einen Verein von weit ausgesprocheneren, von weit heftigeren, besonders jungen Legitimisten, welche ohne geradezu mit dem Präsidenten brechen zu wollen, gesonnen zu seyn scheinen kalt wie Eis gegen denselben zu verfahren. Also in allen Dingen welche den Präsidenten persönlich betreffen, z. B. wo es sich um Vermehrung seines kargen Gehaltes handelt, werden sie sich der Partei Cavaignac, sowie diese der Montagne anschließen um die Forderungen entweder der Minister in dieser Hinsicht, oder die Anregungen der Freunde des Präsidenten zu Schanden zu bringen. Der mißlungene Versuch den Gehalt des Vicepräsidenten Boulay de la Meurthe, der zum persönlichen An-

hange des Präsidenten gehört, zu vermehren, ist auf diese Weise mißlungen. Die Legitimisten geben vor der Präsident suche sich in den Werkstätten zu Paris, besonders im Faubourg St. Antoine, unter den Handwerkern durch viele Bestellungen und durch großmüthige Ausgaben einen Volksanhang auf Unkosten Heinrichs V (die Montagne sagt der Republik) zu verschaffen; die Möglichkeit in dieser Hinsicht will man ihm abschneiden, bedenkt aber nicht die Erwiderung der Bonapartisten: Die Assemblée will den Präsidenten und seinen Anhang darben lassen, aber das Volk wird dabei darben; es hindert ihn die Industrie zu unterstützen, seine Sorge und Liebe für den Handwerker an Tag zu legen. Thiers hat sich wie Berryer in sein Zelt zurückgezogen. Sein Journal le Constitutionnel ist nicht wie es den Anschein haben will zum Präsidenten als dessen Organ übergetreten, aber Thiers hat ihm freigelassen seinen Weg zu gehen, damit nicht durch irgendeine leidenschaftliche Opposition ein tieferer Riß zwischen dem Präsidenten und der Assemblée erfolge als der bisherige. Ein anderes Journal, l'assemblée nationale, welches mehr in den Gesinnungen des Grafen Molé ausgesprochen scheint, befolgt ebenfalls auf seine Weise diese Politik des Constitutionnel, und liegt der Majorität gewissermaßen zu Füßen um zu verhindern daß der Bruch zwischen ihr und dem Präsidenten auf unheilbare Weise erklaffe. Weder Berryer noch Thiers erscheinen mehr in den Salons des Präsidenten, aber Molé und Montalembert gehen noch hin, Molé aus grauer Erfahrung welche die Extreme meidet, Montalembert weil er in den Gemeinsinn des Präsidenten und der Majorität seine letzte Hoffnung gesetzt hat für eine günstige Lösung aller in Frankreich obschwebenden politischen und socialen Fragen. Das kann Montalembert um so leichter weil ihn nichts speciell an eine der alten Parteien, und besonders an die Legitimisten bindet. Dem Louis Bonaparte schreibt man gewisse Verdienste zu. Er hat eine persönliche Gutmüthigkeit und guten Willen. Seine Ansichten sind im Sinne der öffentlichen Ordnung und athmen Liebe für den gemeinen Mann. Es heißt aber er habe von langem her eine Tendenz sich mit subalternen Geistern zu umgeben, er fühle sich zurückgesetzt in den Discussionen seiner Minister sowie diese eine persönlich starke Bedeutung offenbaren; er verfolgt das Ziel der Herrschaft und will keine zweite Rolle spielen; Persigny, sein früherer Leidensgenosse, übt wie man sagt viele Herrschaft über ihn aus, und gilt als ein verwegener Mann ohne große geistige Bedeutung. Unter allen Ministern hatte Falloux am meisten dem Präsidenten zugesagt, weil Falloux für ihn eine Neuheit war, ein Mann ganz ohne persönlichen Ehrgeiz, dessen Handlungen einzig und allein aus religiöser Ueberzeugung flossen; das imponirte dem Präsidenten, sowie alle Abwesenheit von Pedantismus und Starrheit in Falloux, gegen den er sich immer bis auf seinen letzten Abschied höchst wohlwollend benommen. Die Familie Bonaparte ist aber wie die Corsen in ihrem Gefolge um den Präsidenten höchst rege, und unter allen diesen Männern gibt es auch keinen Kopf, aber alle diese Abatucci, Casabianca, Gavini, sowie alle diese Bonaparte sind von einem rasenden Ehrgeize besessen. Diesen Sporn fürchtet man um den Präsidenten, sowie das Bestreben dieser Männer in der Assemblée den Kern einer bonapartischen Sonderung zu bilden. So stehen die Sachen. Die Minister haben kaum eine Bedeutung in der Assemblée. Louis Bonaparte hat sich die meisten Ernennungen und jeden Haupteinfluß vorbehalten; das setzt die Geister in eine Art von déroute, weil diese Lage eine unerhörte in Frankreich ist seit der Charte Ludwigs XVIII. Früher sah man auf die Minister, dann auf die Kammer, dann auf den Fürsten; heute handelt es sich um einen wahren Dualismus der Assemblée und des Präsidenten.

Italien.

Turin. Die (gestern kurz erwähnte) das Kammerauflösungsdecret begleitende Proclamation des Königs lautet: „Victor Emanuel II, König von Sardinien ꝛc. Unter den jetzigen ernsten Umständen sollte die Loyalität die ich bisher in Worten und Handlungen bewiesen zu haben glaube, vielleicht genügen um alle Ungewißheit aus den Gemüthern zu entfernen. Gleichwohl fühl' ich, wenn nicht die Nothwendigkeit, doch den Wunsch an meine Völker einige Worte zu richten welche ein neues Unterpfand der Sicherheit und zugleich ein Ausdruck der Gerechtigkeit und der Wahrheit seyen. — Durch die Auflösung der Deputirtenkammer laufen die Freiheiten des Landes keinerlei Gefahr. Sie sind geschützt vom verehrten Andenken des Königs Karl Albert, meines Vaters; sie sind der Ehre des Hauses Savoyen anvertraut, durch die Heiligkeit meiner Eide geschützt: wer sollte für sie zu fürchten wagen? — Vor der Versammlung des Parlaments richtete ich an die Nation, und an die Wähler insbesondere, freimüthige Worte. In meinem Proclam vom 3 Jul. 1849 ermahnte ich sie so zu verfahren daß das Statut nicht zu einer Unmöglichkeit würde. Aber nur ein Drittel von ihnen, oder wenig mehr, betheiligte sich an den Wahlen. Die übrigen verabsäumten jenes Recht, das zugleich eine strenge Pflicht für jeden ist in einem freien Staat. Ich hatte meine Pflicht erfüllt· warum erfüllten sie nicht die ihrige? — In der Thronrede legte ich, obgleich es dessen kaum bedurfte, die traurigen Zustände des Staates dar. Ich zeigte wie nothwendig es sey aller Parteileidenschaft Stillstand zu gebieten, und die vitalen Fragen, welche die öffentliche Sache in zweifelhafter Schwebe hielten, schleunig zu lösen. Meine Worte waren von tiefer Vaterlandsliebe und von unbefleckter Redlichkeit eingegeben — welche Frucht haben sie getragen? Die ersten Handlungen der Kammer waren feindselig gegen die Krone. Die Kammer gebrauchte nur ihr zustehendes Recht. Aber wenn ich vergessen hatte, so durfte sie nicht vergessen. Ich schweige von jenem grundlos begonnenen Krieg der Opposition gegen die Politik welche meine Minister ehrlich befolgten, und welche die einzig mögliche war. Ich schweige von den geschehenen Angriffen zur Verkürzung jener Prärogative die mir das Staatsgesetz beilegt. Aber wohl hab' ich Grund von der Kammer strenge Rechenschaft über ihre letzten Acte zu fordern, und ich appellire zuversichtlich an das Urtheil Italiens und Europa's. — Ich schloß einen Friedensvertrag mit Oesterreich, einen ehrenhaften und nicht verderblichen. So wollte es das öffentliche Wohl. Die Ehre des Landes, die Heiligkeit meines Eides erforderten gleichmäßig daß er treulich, ohne Doppelzüngigkeit und ohne Winkelzüge vollzogen werde. Meine Minister verlangten dafür die Zustimmung der Kammer; diese hängte aber ihrer Zustimmung eine sie unannehmbar machende Bedingung an, indem diese die gegenseitige Unabhängigkeit der drei Gewalten zerstörte, und so das Reichsgrundgesetz verletzte. — Ich habe geschworen im Reich Gerechtigkeit, Freiheit in seinem Recht für jeden aufrecht zu halten. Ich habe geschworen die Nation von der Tyrannei der Parteien zu retten, was auch der Name, der Zweck, der Rang der sie bildenden Menschen seyn mögen. Diese Verheißungen, diese Eidschwüre, ich erfülle sie indem ich eine unmöglich gewordene Kammer auflöse, ich erfülle sie indem ich unmittelbar eine andere berufe. Aber wenn das Land, wenn die Wähler mir ihre Mitwirkung versagen, so wird dann nicht auf mich die Verantwortung für die Zukunft fallen, und bei den Unordnungen die daraus entspringen könnten, werden sie sich nicht über mich zu beklagen haben, sondern nur über sich selbst. — Wenn ich es für meine Pflicht erachtete bei dieser Gelegenheit strenge Worte vernehmen zu lassen, so heg' ich das Vertrauen der richtige Sinn des Volks werde erkennen daß sie zugleich das Gepräge einer tiefen Liebe zu meinen Völkern und der Theilnahme für ihre wahren Interessen an sich tragen, daß sie aus meinem festen Willen entspringen ihre Freiheiten aufrecht zu halten und sie gegen äußere wie gegen innere Feinde zu vertheidigen. Bis jetzt hat das Haus von Savoyen sich nicht vergebens an die Treue, den gesunden Sinn, die Liebe seiner Völker gewendet. Ich bin also berechtigt auch in diesem Fall auf sie zu vertrauen, und mich überzeugt zu halten daß wir vereinigt das Statut und das Land aus den sie bedrohenden Gefahren retten können. Gegeben in Unserem königlichen Schlosse Moncalieri, am 20 Nov. 1849. Victor Emanuel. (Gegengez.) M. d'Azeglio." Der Senat und die neue Kammer sind auf den 20 Dec. einberufen. — Die Turiner Oppositionsblätter sprechen sich ziemlich gemäßigt über diesen Schritt der Regierung aus; starker die Genueser. Beide Städte aber waren vollkommen ruhig. La Legge glaubt die Gerüchte als widersinnig bezeichnen zu müssen daß ein französisches Truppencorps Savoyen besetzt, und daß die Oesterreicher in die Provinz Novara eingefallen seyen!

Schweiz.

Luzern. Bei Anlaß des neuesten Einschreitens gegen eine mißliebige Presse hört man von Luzern aus mehrfach an Hrn. Dr. Casimir Pfyffers Worte erinnern: confiscirt wurde die Preßfreiheit ꝛc. Dieses Wort hat Hr. Pfyffer gerade vor zwei Jahren in der Basler Ztg. ausgesprochen, die ihm überhaupt zur Zeit der Siegwart'schen Herrschaft mehrere interessante Mittheilungen zu verdanken hatte. Wir hatten uns bei dem Sturze der Sonderbundsregierung erlaubt die HH. Schultheiß Kopp und Dr. Pfyffer an eine dieser Mittheilungen zu erinnern, und sie zu bitten ihren Einfluß dahin zu verwenden damit nicht Rache genommen, nicht Leidenschaften gefröhnt, sondern auf Beruhigung, Mäßigung, Versöhnung hingewirkt werde. Hr. Dr. Pfyffer hatte mit einer Einsendung erwiedert in welcher er das Sündenregister des Siegwart'schen Regiments aufzählte, und nachwies wie viele Volksfreiheiten und Rechte durch dasselbe confiscirt worden seyen. Er hatte ein System der Mäßigung und Billigkeit in Aussicht gestellt, aber gleichsam als traue er nicht recht, als kenne er seine Leute auch schon, den sehr unerquicklichen Trost beigefügt: schlimmer als unter Siegwart könne es nicht kommen. Diese Ahnung des einsichtsvollen Mannes ist leider nur zu sehr in Erfüllung gegangen, und radicale Blätter selbst wissen das jetzige Treiben der Luzerner Regenten kaum mehr anders zu entschuldigen, als Siegwart habe es auch nicht besser gemacht. Es ist das, man verzeihe uns den Ausdruck, ein „Teufelstrost," denn Siegwart ist ja gewiß, wie radicale Blätter darthun, der leibhaftige Satanas: nein, es ist nicht schlimmer gekommen als unter Siegwart,

aber gewiß auch nicht besser, die Rollen haben nur gewechselt. Wenn nun Hr. Dr. Casimir Pfyffer so vielfach an die vor zwei Jahren gesprochenen Worte gemahnt wird, so glauben wir ihm auch die Gerechtigkeit schuldig zu seyn anzuerkennen nicht nur daß er damals schon diese Wendung vorausgesehen, und ohne Zweifel durch seine grellen Schlagworte die ans Ruder gelangende Partei warnen wollte, sondern auch daß er bei verschiedenen Anlässen, namentlich z. B. bei der Amnestiefrage, dem Strome der freischärlerischen Reaction sich, wiewohl vergeblich, entgegengestellt habe. Es muß anerkannt werden, die angesehensten Männer der radicalen Partei in Luzern, die HH. Kopp, Pfyffer und Steiger haben bei jenem wichtigen Anlasse das von der Mehrheit angenommene System mit Energie bekämpft, und eine Politik vertheidigt die, wenn sie genehmigt worden wäre, dem Kanton manches Schwere und Bittere in Gegenwart und Zukunft erspart hätte. Denn täusche man sich nicht, die Saat der Willkür die jetzt ausgestreut wird, wird ihre schmerzlichen Früchte tragen. Es thut unserm Herzen wohl es anerkennen zu können daß jene drei Männer, obschon nicht frei von der Erbsünde ihres Volkes, einer aufbrausenden und harten Leidenschaftlichkeit, doch Einsicht und Vaterlandsliebe genug besessen haben um vor den verderblichen Klippen zu warnen denen man den schönen Kanton entgegentreibt. Daß ihre Warnungen in den Wind gesprochen waren, das bricht mehr als manches andere über die gegenwärtige Mehrheit den Stab! Für Hrn. Pfyffer muß es aber ein peinliches Gefühl seyn eine Partei, zu deren ausgezeichnetsten Führern er gehört, immer mehr auf dem Wege des Verderbens sich festrennen zu sehen. Daß er nicht öffentlich gegen ihre Verkehrtheiten auftritt ist begreiflich, man tadelt, wie Goethe sagt, im stillen den Freund! Und nicht zu bezweifeln ist daß Hr. Pfyffer im stillen Kämmerlein recht oft über die Ungesetzlichkeiten und polizeilichen Willkürlichkeiten in Luzern seufzt. Wir sind daher auch überzeugt die in Luzern verbreitete Meinung ist irrig daß die harte Strafe, womit das Luzernische Bezirksgericht die Polizeiwillkür des Statthalters von Willisau unter seinen Schutz genommen, von Hrn. Dr. Pfyffer ausgegangen sey. Hr. Dr. Casimir Pfyffer ist dessen gar nicht fähig, er ist ja kein Parteimann, er ist der steife unentwegliche Gesetzesmann! (Basl. Z.)

Zur Schilderung des Zustandes dieses Kantons wollen wir nach und nach einige Mittheilungen aus der letzten Wahlkrise machen. Sie knüpfen zum Theil an Thatsachen an welche selbst von radicalen Blättern nicht geleugnet werden, erklären aber manches das die Radicalen gerne anders darstellen. Für heute berichten wir von den Wahlen in Dagmersellen. Dort präsidirte der bekannte Regierungsrath Eduard Schnyder. Die Conservativen trafen über Erwarten zahlreich ein, aber ungeordnet, und man sah ihnen die Furcht vor dem in jener Gegend besonders im Schwang gehenden Terrorismus an. Die meisten Radikalen jener Gegend hatten sich bei den Freischaarenzügen betheiligt, und dabei vollends den Sinn für Gesetzlichkeit und Recht eingebüßt, auch eigentliches Gesindel gibt es dort, das um Geld für alles zu haben ist. — 300 Radikalen gegenüber standen dort 600 Conservative, nach einigen sogar 1000; wie kam es nun daß die Radikalen siegten? Als Hr. Alt-Verhörrichter Jost Segesser erschien, fielen ein Rudel radikale Gesellen über ihn her und schlug und mißhandelte ihn. Die Regierungsabgeordneten saßen im Wirthshause, weder sie noch die Landjäger thaten einen Schritt um den Pöbel zur Ordnung zu weisen. Hr. Segesser konnte endlich ins Wirthshaus entfliehen, wo er vom Regierungscommissär Schutz verlangte. Dieser vertröstete mit dem Richter wenn etwas weiter geschehen sollte. Inzwischen wüthete und drohte der Pöbel fort, bis endlich der liberale Gemeindeammann Tschopp von Mauensee den Regierungsabgeordneten und den Wüthenden ernste Vorstellungen machte. Es wurde endlich Hrn. Segesser ein Landjäger zur Verfügung gestellt, worauf er eine Chaise bestellen ließ und unter Begleitung des Landjägers abfuhr. Nach dem Abfahrenden wurde noch geschlagen und mit Steinen geworfen, so daß selbst der Landjäger die größte Mühe hatte sich des Andrangs zu erwehren. — Aus diesem Vorgange, wobei Hr. Schnyder die Ordnung nicht herstellen konnte oder wollte, entnahmen die Conservativen daß ihre Gegner um jeden Preis Streit suchen. Sie sind aber überzeugt daß in allen solchen Fällen sie die Schuldigen seyn müssen, sie fürchten die Bedrückungen einer eidgenössischen Intervention wie in Freiburg. Denn das Luzerner Volk hat keinen Glauben, kein Vertrauen zu der Gerechtigkeit der Behörden in Bern, und es bleibe hier dahingestellt ob es darin unrecht habe. Aus diesem Grunde und in Folge der Vorstellungen besonnener Leute hielt die große Mehrheit an sich, der es ein leichtes gewesen wäre das radikale Häuflein zu zersprengen. Man zog vor der Gewalt zu weichen, und die große Mehrheit zog in Gesellschaft einzelner vernünftiger Liberalen ab. Hierauf erfolgte der radikale Wahlsieg! Dieses ist nun der Hergang im wesentlichen, und es verdient bemerkt zu werden daß auch der Eidgenosse die Mißhandlung des Hrn. Segesser nicht in Abrede zu stellen wagt! — Es wird uns aber auch berichtet, außer Hrn. Segesser seyen noch andere Bürger mehr oder minder stark mißhandelt worden, z. B. solche welche Conservative vorgeschlagen haben. Augenzeugen erzählen, ein Mitglied des großen Rathes habe einen Mann der die conservative Wahlliste dem Büreau übergeben wollte, beim Arme ergriffen und auf die Seite geführt mit den Worten: „Ihr habt da nichts zu thun, es braucht keine Vorschläge mehr; die welche gewählt werden müssen sind schon vorgeschlagen.“ Wozu nun aber, fragen vielleicht vermeinte Friedfertige, durch Erzählung solcher Thatsachen die Leidenschaften immer wieder nähren, macht man damit das Geschehene ungeschehen? Wo solche Dinge geschehen, besteht kein Friede, es herrscht die rohe Gewalt. Und wir halten es für Pflicht alle die sehen wollen darauf aufmerksam zu machen daß ein anderer Weg als der bisherige eingeschlagen werden muß, wenn man wirklich Frieden will. Möchten namentlich die Gewalthaber in der Schweiz sich nicht verstocken gegen ihr eigenes Gewissen, möchten sie dahin wirken daß eingelenkt werde, ehe es zu spät ist. Wir werden uns daher nicht abhalten lassen an das Gewissen aller Eidgenossen zu appelliren, denen dasselbe durch die Strömung der Zeit nicht weggeschwemmt worden ist. Wir müßten am Vaterlande verzweifeln, wenn wir nicht glauben könnten daß das Gewissen bei vielen mehr übertäubt als getödtet ist! (Basler Ztg.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 22 Nov. Consols $94^{3}/_{8}$.

Paris, 22 Nov. 3proc. 57; 4proc. 70; $4^{1}/_{2}$proc. 78.50; 5proc. 89.85; Bankactien 2395; belg. 5proc. $95^{7}/_{8}$; Anleh. v. 1842 $95^{7}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc 86[illegible]; röm. 82; span. 3proc. 35; innere Schuld $28^{1}/_{4}$; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1849 885; Vers. rechte E.-B. 210; linke 170; Paris-Orleans 737.50; Straßburg 357.50; Nordbahn 443.75; Rouen-Havre 233.75; Marf.-Avignon 216.25; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 397.50; Tours-Nantes 250.

Amsterdam, 22 Nov. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{7}/_{16}$; 3proc. 63; 4proc. $82^{1}/_{2}$; port. 4proc. $34^{1}/_{2}$; Metall. 5proc. $82^{7}/_{8}$; Ard. $12^{1}/_{4}$. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg $34^{7}/_{8}$ k. S.

Frankfurt a. M., 24 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87; 4proc. $68^{3}/_{4}$; 3proc. $51^{3}/_{8}$; $2^{1}/_{2}$proc. $44^{3}/_{4}$; Bankactien 1300; 500fl.-Loose 150; 250fl.-Loose $106^{5}/_{8}$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldscheine $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $84^{7}/_{8}$; württ. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 81; bad. 5proc. $98^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 78; Lotto-Anl. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose $31^{3}/_{4}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{3}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$ P.; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{4}$; 50fl.-Loose $71^{1}/_{8}$; 25fl.-Loose $27^{1}/_{2}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $52^{1}/_{4}$; 40Thlr.-Loose $34^{3}/_{8}$; naß. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{3}/_{4}$ P.; 25fl.-Loose $25^{1}/_{8}$; Frankfurt 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{8}$, $88^{1}/_{8}$; Taunusbahn 293; holl. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{1}/_{2}$; span. 3proc. innere Sch. $27^{3}/_{8}$; poln. 300fl.-Loose 112; 500fl.-Loose $80^{5}/_{8}$; sard. 36Fr.-Loose $32^{1}/_{8}$; Disconto $2^{1}/_{2}$ P.

♀ **Wien,** 23 Nov. Bei sehr beschränktem Geschäft haben die Curse an der heutigen Börse weder in Fonds und Actien, noch in Wechsel und Comptanten irgendeine erhebliche Variation dargeboten. Die 5proc Metall. schlossen etwas matter, die übrigen Effecten so ziemlich zur gestrigen Notiz. Für fremde Devisen mehr Abgeber als Nehmer. Geld und Silber mehr gefragt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93^{7}/_{8}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $83^{1}/_{2}$–$83^{3}/_{4}$, Loose vom J. 1834 170–171, Loose vom J. 1839 $118^{1}/_{4}$–$118^{1}/_{2}$, Bankactien 1185–1190, Nordbahnactien 108–$108^{1}/_{8}$, Gloggnitzer 109–110, Mailänder $79^{3}/_{4}$–80, Pesther $78^{1}/_{2}$–$78^{3}/_{4}$, London (in l. S.) 10.55–10.57, Hamburg 160 P., Augsburg uso 109–$109^{1}/_{4}$, Frankfurt $108^{1}/_{2}$ G., Amsterdam 152 P., Mailand $98^{1}/_{2}$ P., Livorno 106–$106^{1}/_{2}$ P., Genua 125 P., Paris $128^{1}/_{2}$ G., Marseille $128^{1}/_{2}$ G., Bukarest (31 Tage S.) 254–252. Goldagio für kais. Münzducaten $14^{1}/_{4}$, Silberagio $8^{3}/_{4}$ Proc. Aus den ungarischen Bergstädten langen die Gold- und Silbersendungen von Monat zu Monat wieder regelmäßig an. Für Rechnung des Hauses Rothschild ist gestern aus Paris eine Sendung von $109^{1}/_{2}$ Centner Gold und Silber hier angekommen. Dem so eben veröffentlichten Protokolle der achtzehnten Generalversammlung der Actionnäre der Kaiser-Ferdinand-Nordbahngesellschaft zufolge betrugen die Gesammteinnahmen während des Jahres 1848 2,971,870 fl. 32 kr., die Ausgaben 1,971,493 fl. 39 kr., für Zinsen für die Prioritäts-Anlehen sowie für die schwebende Schuld 361,177 fl. 30 kr., so daß für die Verzinsung der 17625 Actien 639,199 fl. 23 kr. erübrigten, von welchen 616,875 fl. als $3^{1}/_{2}$proc. Interessen an die Actionnäre hinausbezahlt und der Restbetrag mit 22,324 fl. 23 kr. der Disposition der Generalversammlung anheimgestellt blieb.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Aus meinen Hütten, von J. G. Kohl.

Drei Bände. 1850.

** Die Kohl'schen Reisen haben uns so vielfach unterhalten, erfreut und belehrt, daß es vielen Lesern derselben wünschenswerth erscheinen mochte den Weg kennen zu lernen auf dem der Verfasser sein ausgezeichnetes Talent für Reisebeschreibung ausgebildet habe. Diesem Wunsche kommt Kohl in den vorliegenden drei Bänden entgegen, die zum kleineren Theil Bruchstücke aus seinem Leben enthalten welche diese Bildung begreiflich machen. Wir sehen ihn von Kindheit an von der größesten Reiselust erfüllt, als Heidelberger Student geht er nach Meran, siedelt sich auf einer Sommerfrische im Gebirg ein, und wir lesen eine höchst anmuthige Schilderung dieses Aufenthalts im ersten Bande dieses Werks. Diese Ansiedelung ging aus einem ebenso stark als die Lust zu reisen in ihm wohnenden Hang zur Einsamkeit hervor, die er immer und immer wieder aufsucht um seinem Hang zu reflectiren und seine Reflexionen in größester Ausführlichkeit niederzuschreiben, zu genügen. Schon als Kind baut er sich auf dem Boden eine kleine Einsiedelei, um da zu lesen, zu lernen, zu träumen; dieser Hang verfolgt ihn durchs ganze Leben, aus der Verbindung desselben mit dem Reisedrang geht sein Beruf zum Reisebeschreiber hervor. Er zieht aufmerksamen Blicks durch die Welt, dann schreibt er in der Einsamkeit was er beobachtet und die Reflexionen zu welchen ihn das Beobachtete veranlaßt hat, und welche dasselbe erklären helfen, nieder. Ehe er aber dazu kömmt diesen Beruf zu erkennen, macht er viele vergebliche Versuche sich als Schriftsteller Einfluß zu erwerben. Es treibt ihn über alles Gesehene und Gelesene nachzudenken, den Ursprüngen desselben nachzugehen, sich sein Gewordenseyn zu erklären. Was er sich so ausgedacht hält er für neu und noch nicht dagewesen; wenn es gedruckt ist vermuthet er oder vielmehr erwartet mit größter Sicherheit daß es das größte Aufsehen erregen und die gewaltigsten Wirkungen für die Wissenschaft, für das Gewerbe, für das Nationalglück haben werde. Er findet sich getäuscht, es trifft ihn der Fluch des ruhmbegierigen Autodidakten, der seine eigenen Ideen überschätzt weil er nicht weiß was vor ihm alles gedacht ist und auf welcher Stufe des Erkanntseyns der Gegenstand steht über den er seine Ideen entwickelt zu der Zeit da er sie publicirt. Zum vollen Gelingen der schriftstellerischen Laufbahn gehört vor allem eine gediegene formale, die philosophische Bildung. Unsere großen deutschen Schriftsteller der neuern Zeit haben sich alle, mittelbar oder unmittelbar, an den großen formalen Philosophen, an Kant und Hegel gebildet, sodann die Beschränkung auf ein bestimmtes Fach, dessen Gebiet man in seinen einzelnsten Theilen kennt, weßhalb mit Sicherheit bestimmen kann wo man Neues auf dieses Gebiet gebracht, wo man Lücken auf demselben ausgefüllt hat. Dem großen Schriftsteller auf dem wissenschaftlichen Felde steht die ganze Masse des Gedachten in seinem Fache, und je umfassender er ist, in desto mehrern Fächern, vor dem Geiste, er sieht daß da nicht stets wieder von vorne anzufangen, sondern auf dem bereits Gebauten fortzubauen ist; alle ächten Forscher vom Anfang der Wissenschaft an sind solidarisch mit einander verbunden; sie stehen alle für einen Mann; die Geschichte der Wissenschaft, um mit Goethe zu reden, ist die Wissenschaft selber. Kohl war zu keinem wissenschaftlichen Schriftsteller berufen, aber dieser Trieb der Auffassung des Einzelnen, die Sehnsucht dessen Herkunft, Grund, Verbindung und Wirkung zu erforschen, die Gabe das Entfernteste zu combiniren, die Leidenschaft alles Geschaute, Erdachte, Ercombinirte ausführlich niederzuschreiben, die sinnliche Aufmerksamkeit, durch ein schönes Zeichnentalent unterstützt, machte ihn zu dem höchst belehrenden und unterhaltenden Reisebeschreiber als der er in ganz Deutschland und weit darüber hinaus anerkannt, sehr geschätzt und geliebt ist. Jener Hang zur Einsamkeit den wir anfangs erwähnten, hat den Titel dieses Buchs veranlaßt. Sein ganzes Leben trieb es ihn sich von Zeit zu Zeit in die Einsamkeit, in eine Hütte, wie er es nennt, zurückzuziehen; aus diesen Hütten sind die Mittheilungen gekommen die er in diesen drei Bänden gesammelt hat. Er sagt uns selbst wie unermüdlich er Beobachtungen aller Art, Reflexionen, psychologische Abhandlungen niedergeschrieben, wie er von Zeit zu Zeit ganze Stöße dieser Manuscripte dem Feuer übergeben habe. Sein höchster Wunsch war als Jüngling sich gedruckt, sich anerkannt zu sehen. Es mißlang ihm bei seinen ersten Publicationen vollständig; nun scheint dem beliebten vielgelesenen Schriftsteller der alte Wunsch wieder aufgetaucht zu seyn, und er befriedigt ihn theilweise, indem er uns eine Anzahl kleiner Abhandlungen gibt, die er hin und wieder, aber seltner als man wünschen möchte, mit eignen Erlebnissen und Reiseschilderungen durchflicht. Diese Abhandlungen bilden den bei weitem größten Theil des Inhalts der vorliegenden drei Bände, die sich so leicht als interessant lesen und uns nur um so begieriger auf das nächste Reisewerk des Verfassers machen.

Die neuere deutsche Nationallitteratur

nach ihren ethischen und religiösen Gesichtspunkten von Dr. Heinrich Gelzer. Th. I und II. Leipzig, Weidmann'sche Buchhandlung. 1847 und 1849. 8.

c. Daß die neue viel und wesentlich vermehrte Ausgabe dieses Werkes, dem bei seinem ersten Erscheinen schon eine so freundliche Aufnahme von Seiten derer zu Theil wurde die sich ernster mit den darin behandelten Gegenständen beschäftigen, nicht vor die Zeit der großen Bewegung der zwei letztverflossenen Jahre fiel, dürfen wir als eine Gunst des Schicksals ansehen. Damals — und wie tief und breit gähnt die Kluft die zwischen 1847 und 1849 liegt! — damals hätte der Verfasser nicht bei so vielen Gehör gefunden, die jetzt, wir verbürgen es ihm, mit steigender Theilnahme seiner lichtvollen und gründlichen Darstellung der ethischen und religiösen Bedeutung unserer Litteratur von Haller bis Goethe folgen werden. Die Fehlgriffe und Irrthümer welche nach allen Richtungen hin in letzter Zeit begangen wurden, sind bei weitem mehr den Lehrenden und Regierenden als den Regierten und Lernenden vorzuwerfen; gefehlt aber haben beide! Die erstern müssen Claudius', des deutschen Volksmannes, Wort: „der Mensch muß gebessert werden, und, würde ich rathen, nicht von außen herein," fortan mehr beherzigen, und wohl bedenken daß sie, wenn es besser werden soll, nicht müßige Meilenzeiger an der oft rauhen und steilen Heerstraße des Lebens bleiben, und den alten Papier-Schlendrian ja nicht mehr als ein probates Mittel der Volksbeglückung ansehen dürfen. Die letztern ihrerseits aber müssen es nie vergessen daß, wenn der Heiland aus ihnen hervorgehen soll, sie Herz und Sinn rein zu bewahren, und sich zur großen Durchführung des groß Begonnenen edel, stark und fähig erhalten sollen. Hiezu ist diesen und jenen in dem vorliegenden Buch der Weg mit fester und sicherer Hand vorgezeichnet. Wenn der Heros, mit dessen vortrefflich gelungener Schilderung der zweite Theil des Werkes schließt, im Hinblick auf die lange und weitausgedehnte Bahn die er schwer ringend durchlaufen, mit einer wahrhaft ergreifenden Demuth (wir sprechen von Goethe!) ausruft: „Warum sucht' ich den Weg so sehnsuchtsvoll, wenn ich ihn nicht den Brüdern zeigen soll?" — müssen da nicht Lehrende und Regierende so gut wie Regierte und Lernende an ihre Brust mit tiefer Reue schlagen, daß beide mit dem zu befolgenden Wege es bisher so leicht genommen, und daher sich gegenseitig so viel Mißverstand, Mißvergnügen, Kummer, Unglück, Elend und Schmerz bereitet haben! Die Steine zum vielversprechenden Bau sind vorhanden, der Riß ist von Meisterhand entworfen, ja! was noch mehr ist, die Grundlage ist gelegt; daß der rechte Geist der Wahrheit der sich in jedes Einzelnen Leben reinigend, veredelnd, stärkend bethätigen muß, eh zur Weiterführung desselben geschritten werden kann, sein Naheseyn beweise, dafür zeugt auch die gegenwärtige Arbeit des durch eine gewichtige Reihe im gleichen Sinn bisher gelieferter Schriften rühmlichst bekannten Verfassers.

Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung.

Herausgegeben von J. G. Droysen. Erster Theil. Leipzig, Weidmann.

I.

* Ohne Frage haben die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung eine nicht geringe Wichtigkeit. Sie müssen dem Beobachter und Forscher der Zeitvorgänge als um so wichtiger erscheinen, da man erwarten darf in ihnen die Motive der Urheber und Förderer des Frankfurter Verfassungsprojects vollständiger zu finden als in den Verhandlungen der Nationalversammlung selbst. Wenigstens

gilt dieß von den entscheidenden Abschnitten vom Reiche und der Reichsgewalt, gerade von ihnen. Denn so lange und breit die Nationalversammlung das Capitel von den Grundrechten berathen hatte, so rasch und oberflächlich peitschte sie so zu sagen jene Abschnitte durch, weil es ihr damals erstes Gebot und erste Noth schien rasch zum Ende zu kommen. Droysen war von Anfang emsiger und eifriger Protokollführer. Er sagt im Vorwort: „seine außer den Resultaten, den Gang und wesentlichen Inhalt der Ausschußdebatten verzeichnenden Notate seyen zwar nicht wie förmliche Protokolle verlesen und genehmigt, hätten aber dafür gegolten ein leibliches Abbild der Verhandlungen zu geben; schon früher sey der Wunsch ausgesprochen sie zu veröffentlichen, und dieser Wunsch sey von den Ausschußmitgliedern in der letzten Sitzung ausdrücklich wiederholt.“ Er erblickt darin die Autorisation zur Veröffentlichung. Es ist nun freilich sehr zu bedauern daß die Protokolle im Ausschuß nicht verlesen und genehmigt wurden. Sie verlieren als bloße Privatarbeit beträchtlich an geschichtlichem Werth. Mißverständnisse, mehr oder minder irrige Auffassungen u. dgl. sind bei solchen Aufzeichnungen unvermeidlich, zumal wenn die Debatten verworren und hitzig geführt werden, und man weiß daß dieß im Verfassungsausschuß gerade bei den wichtigsten Verhandlungen nicht selten der Fall war. Dazu kommt daß sich im Verfassungsausschuß die Parteien schroff gegenüberstanden. Droysen gehört zu den Urhebern und eifrigen Fürsprechern der in demselben discutirten Aufstellung. Er müßte kein Parteimann, kein warmblütiger und fehlbarer Mensch seyn, wenn man glauben sollte daß er (objectiv genommen) ohne alle Gunst für seine Meinungsfreunde, ohne Farbe von seiner Ansicht hineinfließen zu lassen, protokollirt hätte. Dergleichen geschieht beim besten Willen der Unparteilichkeit unwillkürlich und nothwendig. Auf der andern Seite bürgt Droysens Name und Charakter wenigstens für diesen Willen, und der von ihm erwähnte Wunsch des Ausschusses für das Vertrauen welches dieser in ihn setzte, so daß in jedem Fall das Unternehmen ein höchlich dankenswerthes ist. Außerdem aber fehlt es auch nicht an aller Möglichkeit der Controle und Berichtigung. Reclamationen von Einzelnen werden allerdings mißlich seyn. Man entsinnt sich nach Jahr und Tag nicht leicht genau jeder Aeußerung, jedes Vorgangs. Doch ist auch so etwas bei manchen Mitgliedern gewiß nicht ausgeschlossen. Ein und der andere von ihnen, z. B. Schreiner, hat sich gleichfalls fleißige Aufzeichnungen gemacht. Wigard hat sogar die Verhandlungen des Ausschusses, wenigstens einen großen Theil derselben, stenographirt.

Das ihm vorliegende Material zu einer historischen Darstellung umzuarbeiten hielt sich Droysen, wie er sagt, nicht befugt. Was er hinzugethan beschränkt sich auf kurzen Nachweis von Nebenumständen, auf die Andeutung der Situationen, die Bezeichnung des geschäftlichen Zusammenhangs. Er hat in dieser Beziehung den sichersten und glücklichsten Tact bewiesen. Ueber die Grundrechteberathung hat er einen Protokollauszug für hinlänglich gehalten, die übrigen Verhandlungen theilt er vollständig, bis auf geringe stylistische Nachbesserungen, so wie er sie ursprünglich aufgezeichnet, mit. Ein Anhang enthält Anlagen die man hier gern zusammengestellt sieht: das Verzeichniß der Mitglieder des Verfassungsausschusses, die Entwürfe der Subcommissionen; die Zusammenstellungen der Ausschußbeschlüsse, die Ausschußberichte über die einzelnen Verfassungscapitel, den Entwurf des Generals v. Peucker zu dem Art. III der Reichsgewalt, die Anträge des volkwirthschaftlichen Ausschusses, das Memoire von Duckwitz, Flußzölle und Flußcorrection betreffend, ein Schreiben desselben über das Eisenbahnwesen, eine Denkschrift von Mevissen über Bankwesen und Papiergeld u. s. f. Am Schluß des Vorworts sagt der Herausgeber: „Ist auch dem was wir in ernster und mühevoller Arbeit vollendet, keine unmittelbare Wirksamkeit zu Theil geworden, so wird doch der große politische Gedanke den wir zuerst in klaren, scharfen, gediegenen Formen auszuprägen, in den praktischen Einzelheiten seiner Anwendung und Umschränkung durchzuarbeiten beflissen waren, nicht aufhören das Leben der Nation zu bewegen, und wenn es seyn muß zu erschüttern, bis ihm endlich der volle Sieg geworden, das Reich deutscher Nation erstanden ist.“ Darein wird jeder gern und freudig einstimmen, sofern es erlaubt ist so zu verstehen daß die Verwirklichung des Einheitsgedankens zu erstreben und zu erhoffen, ob auch nicht eben in der Form von einem Kaiser und Reich deutscher Nation. Die Verwechselung dieser Form mit dem Wesen der Einheit und das Bestehen auf der erstern, als könnte und müßte die Idee der nothwendigen Einheit eben nur in ihr realisirt werden; dieß war freilich der große verhängnißvoll gewordene Irrthum der Reichspartei in der Nationalversammlung, insbesondere der Urheber des Frankfurter Verfassungsprojectes. Nach jenen Worten seines Vorworts scheint sich Droysen, auch enttäuscht voll Täuschung, noch nicht frei davon gemacht zu haben. Leicht mag man in denselben Worten auch schon den abstracten Charakter der Arbeiten des Verfassungsausschusses angedeutet finden. Es ist ein schönes Vertrauen das sich in ihnen ausdrückt, nur wünscht man die Hindeutung auf die „Erschütterungen“ hinweg. Es liegt darin eine Art Drohung, und wenn auch nicht: die Reichspartei begehrte und projectirte was ohne Erschütterungen nicht durchzuführen war, sie drohte in ihren Organen im März 1849 unaufhörlich mit der Revolution (z. B. die Oberpostamts-Zeitung in jenen geharnischten Artikeln: „Die Reichsverfassung oder die Revolution!“), sie traf dazu einleitende Voranstalten und schürte das Feuer mit an. Allein es sollte nicht brennen, sollte wenigstens kein wilder, wüster, unlenksamer Brand werden, was doch unvermeidlich war. Als die Erschütterungen einen wirklichen Anfang nahmen, als sie sie nicht temperiren und leiten konnte nach ihrem Wunsch und ihren Ansichten, was sich so leicht vorhersehen ließ — ging sie davon. Droysen war unter denen die gegen Dahlmann und andere am meisten dazu trieben. So wäre denn wohl eine Hinweisung darauf daß auch friedliche Entwicklung — wenn es nur an Einmüthigkeit, politischem Verstande und Beharrlichkeit nicht fehlt, sicher und nothwendig zum Ziel führe — wohl ziemlicher gewesen.

Nach einer kurzen Einleitung bringt der Herausgeber in diesem Band die Verhandlungen über den ersten Entwurf der Grundrechte (S. 3 bis 55), über den ersten Entwurf des Abschnittes von der Reichsgewalt (S. 56—309), über den ersten Entwurf des Abschnittes vom Reich (S. 310—348) und über die Redaction dieser Abschnitte (S. 349—358), worauf dann die Anlagen folgen. Eine noch etwas genauere Charakteristik des Werkes bleibe einem zweiten Artikel vorbehalten.

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über das Jagdgesetz.

— **München,** 23 Nov. (27ste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Daß die Zuhörerräume fast ganz leer sind, erscheint nach den Debatten der letzten Tage über das Jagdgesetz wahrlich nicht unerklärlich. Indessen füllen sie sich später mehr als während aller vorhergehenden Tage. Hr. Minister v. d. Pfordten befindet sich nach seiner Rückkehr zum erstenmal wieder in der Versammlung der Abgeordneten. Bevor man zu der Fortsetzung der Verhandlung des 14ten Artikels schreitet, gibt der Präsident ein kurzes Resumé der gestern hierbei geltend gemachten Ansichten, worauf sich der Vorschlag gründet: zur Vereinfachung der Debatte, den Antrag des Abg. Pröll und Genossen sowie jenen des Abg. Heine zu Art. 15 zu stellen, wozu die Antragsteller ihre Genehmigung ertheilen. Art. 15 handelt nämlich vom Preise der Jagdkarten. Abg. Forndran empfiehlt demzufolge die Annahme des Ausschußantrags zu Art. 14, wonach der zweite Absatz des Regierungsentwurfs wegfallen soll, worin den Grundeigenthümern die Jagd innerhalb der mit Mauern rc. umfriedeten Grundstücke ohne Jagdkarte gestattet ist. Nachdem auch der Referent sich gleichen Sinnes ausgesprochen und der Regierungscommissär ihm beigestimmt, wird der Ausschußantrag zum Beschluß erhoben. Er lautet: „Niemand darf ohne eine von der zuständigen Behörde auf seine Person gestellte und nur für diese gültige Jagdkarte jagen.“ Da der Art. 16 des Regierungsentwurfs nur die Geltungsdauer der nach den Bestimmungen des §. 15 zu lösenden Karten bestimmt, beantragt der Präsident die combinirte Debatte beider Abschnitte, zu denen außer der Pröll'schen und der Heine'schen Modification noch zwei Anträge gestellt sind, deren einer (Baier, Reinhardt u. Cons.) drei verschieden theure Jagdkarten-Arten für den Gemeindebezirk, den Polizeidistrict und das ganze Land will, während der andere (Sepp u. Cons.) vorzüglich die Vögel gegen die Jagdwuth zu schützen beabsichtigt. Indessen werden diese Vorschläge weit weniger als der Pröll'sche und Heine'sche besprochen. Doch gilt diese Besprechung minder dem Princip als gewissen persönlichen Aeußerungen des Hrn. Antragstellers. Wenigstens gilt dieß von der Rede des Abg. Krämer gegen den Abg. Heine. Daraus entwickeln sich natürlich auch sogenannte „factische Berichtigungen“, die wir indessen wahrlich nicht von allgemeinerem Interesse erachten und daher füglich übergehen dürfen. Abg. Ultsch empfiehlt den Pröll'schen Antrag. Abg. Keller verbreitet sich überhaupt über das Princip der Jagdkarten, und übt mit dieser Rückkehr auf die allgemeine Debatte eine fortlaufende Wirkung. Seine schließliche Abweisung des Pröll'schen wie des Baier'schen Antrags wird dann noch entschiedener vom Abg. Ruland fortgesetzt, welcher die Verleihung von Jagdkarten durch die Gemeinden mit der Bildung der Turnergesellschaften in Vergleich setzt, die man ebenfalls zu Freischaaren benutzt habe. Selbst der harmlose Antrag des Abg. Sepp findet schließlich keine Gnade vor der Bewunderung des Redners für den Regierungsentwurf. Abg. Förg erklärt sich dagegen für den Ausschußantrag, während die Abgg. Reinhardt und Stöcker abermals, mit Rücksichtnahme auf Heine'sche Aeußerungen, für die Anträge der HH. Pröll und Baier sprechen. Ueberdieß bringt noch der Abg. Arnheim eine Modification zu allen Anträgen, wonach die Jagdkarte 6 fl. kosten soll. Nachdem auch der Abg. Pröl-

selbst seinem Antrag das Wort geredet, erhebt sich der Abg. Fürst Wallerstein besonders gegen die Angst vor der Volksbewaffnung, indem er theils an die bei Napoleonischer Eroberungsgefahr von der Regierung angeordnete Volksbewaffnung erinnert, theils auch durchführt wie die vorjährige Volksbewaffnung, wenn sie organisch hergestellt worden wäre, wahrscheinlich vieles Unglück verhütet haben würde. Im übrigen erklärt sich der Redner für den Pröll'schen Antrag, und besonders für dessen Bestimmung daß das Erträgniß durch Jagdkarten gänzlich in die Armencassen fließen möge. Der Antrag des Abg. Forndran sucht alle diese Entwürfe zurückzuweisen, um den des Ausschusses zu befürworten. Dabei weist er zugleich nach wie in diesem Gesetz von einem Durchführen des Princips keine Rede mehr seyn könne, nachdem man dasselbe in den ersten Artikeln hintangesetzt. Jetzt bringt der Abg. Stöcker noch einen Antrag ein, um das Erträgniß der Jagdkarten der Armencasse dem Aufenthaltsorte der Jagdkartenträger zukommen zu lassen, und einen Unterantrag um den Sepp'schen Antrag auf die Singvögel zu beschränken. Eine wenig parlamentarische Behabungsart des Abg. Ultsch veranlaßt den ersten Präsidenten seinen Platz so lange aufzugeben, bis die Kammer über den Streitpunkt entschieden haben werde; Hr. Ultsch erklärt demnach unter Vorsitz des zweiten Präsidenten daß er durchaus keine Beleidigung habe aussprechen wollen, und die Mehrheit der Kammer erachtet in dieser Erklärung eine genügende Genugthuung für den ersten Präsidenten, worauf dieser seinen Platz wieder einnimmt. Zugleich wird auch endlich der Schluß der Debatte über Art. 15 beliebt, worauf der Referent im Schlußwort den Ausschußentwurf, Regierungscommissärs Eylen den Regierungsentwurf vertheidigt. Bei der Fragstellung zieht Hr. Heine seinen Antrag zurück. Alle übrigen Anträge werden verworfen, und die Fassung des Ausschußentwurfs (Art. 17 und 18) unverändert angenommen. Ganz ohne Debatte angenommen wird dann auch der Regierungsentwurf Art. 17 (des Ausschußentwurfs Art. 19). Diese drei Artikel enthalten sonach die Bestimmungen daß der Preis einer Jagdkarte 8 fl. seyn soll, wovon ein Drittel in die Staatscasse, zwei Drittel in die Casse der Armenpflege des Jagdkartenträgers fließen, daß ferner die zum Jagd- und Forstschutz Angestellten ihre Jagdkarten ganz umsonst erhalten, daß endlich jede Jagdkarte ein Kalenderjahr in Kraft bleibt, sowie daß die Verhandlungen über die Ausstellung von Jagdkarten tax- und stempelfrei sind.

Art. 18 des Regierungsentwurfs faßt die Fälle zusammen unter denen Jagdkarten zu verweigern sind, während der Ausschußantrag (Art. 20 und 21) die Kategorien in solche theilt bei denen die Jagdkarten verweigert werden müssen, und in solche wo sie es können. Abg. Boye's Antrag will die Kategorie der unter Curatel und der unter polizeilicher Aufsicht Stehenden beschränkt wissen. Die Debatte darüber, an welcher sich vorzugsweise die Abgg. Weiß, Schellborn, Fruth, Breitenbach betheiligen, erscheint ziemlich rein juristischer Natur. Schließlich wird der Ausschußantrag (Art. 20 und 21) mit Annahme der Boye'schen Beschränkung der unter Curatel Stehenden zum Beschluß erhoben.

Art. 19 und 20 des Regierungsentwurfs (des Ausschusses Art. 22 und 23) bringen fast gar keine Debatte, und es wird die Fassung des Entwurfs angenommen. Beide Artikel behandeln die Berechtigung der Districtspolizeibehörde zur Einziehung der Jagdkarte.

Ohne Debatte wird anstatt Art. 21 des Regierungsentwurfs die dafür substituirte (Art. 24) Fassung des Ausschusses angenommen. Dieselbe lautet: Im Fall der Einziehung der für einen Jagdpächter ausgestellten Jagdkarte ist, insofern nicht die allenfallsigen Mitpächter dessen Verbindlichkeiten übernehmen oder eine Uebertragung des Pachtes nach Art. 13 erfolgt, der Jagpachtvertrag ohne Entschädigung des Pächters sofort gelöst. Die in einem solchen Fall für die Verpächter und Mitpächter entspringenden Beschädigungen bleiben, insofern der Pachtvertrag nichts anderes bestimmt, der Austragung vor dem Civilrichter vorbehalten.

Zu Art. 22 des Regierungsentwurfs beantragt der Regierungscommissär Eylen Namens der Regierung präcisirende Bestimmungen über die Fälle welche als diesen Bestimmungen zuwiderhandelnd angesehen und daher polizeilich bestraft werden sollen. Zwar bringt auch Abg. Boye eine Modification ein, allein es erfolgt gar keine Discussion darüber. Bei der Abstimmung wird nun der Regierungsentwurf nebst den neueingebrachten Modificationen und dem Zusatze des Abg. Boye angenommen. Ein Schlußantrag auf Untersagung der Jagd am Sonntag Vormittag wird verworfen.

Die transitorische Bestimmung des Regierungsentwurfs Art. 23 (Ausschußantrag 26) wird in der vom Ausschuß beliebten Fassung zum Beschluß erhoben. Danach lösen sich abgeschlossene Pachtverträge welche gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes laufen; 6 Monate nach seiner Publication ohne gegenseitige Entschädigung des Jagdpächters und Jagdverpächters auf, wenn 3 Monate vor diesem Termin von einem beider Theile gekündigt worden ist.

Die definitive Abstimmung über das ganze Gesetz wird auf Antrag des Präsidenten, da dieser dessen Zusammenstellung nach den gefaßten Beschlüssen im Augenblick nicht thunlich findet, auf die nächste Sitzung verschoben, und der Schluß erfolgt, nachdem man noch auf Antrag des Vicepräsidenten Weiß übereingekommen ist im Protokoll jenes oben erwähnte Mißverständniß zwischen dem Hrn. ersten Präsidenten und Hrn. Ultsch mit Stillschweigen zu übergehen.

Mittheilungen eines Deutschen in Mexico.

I.

* **Acapulco,** Mitte Augusts 1849. Californien ist jetzt das Ziel von Tausend und Tausenden welche die Hoffnung hegen schnell reich zu werden. Ueber tausend Personen sind seit etwa zwei Monaten hier durchgekommen, theils zu Lande um hier Schiffsgelegenheit zu suchen, theils zur See in Fahrzeugen die hier um Wasser und Provision anliefen. Unser sonst so stilles Acapulco ist jetzt fast nie ohne irgendeinen Transport unternehmungslustiger Reisender — und kaum ist vor einigen Tagen ein Dreimaster mit etwa 200 Spaniern, Franzosen und Südamerikanern abgesegelt, so haben wir nun einen amerikanischen Schooner mit einer Freicompagnie von 50 Mann, sämmtlich kühne Wildfänge im schönsten Jugendalter, die, des Wartens in Panama auf dem menschenerfüllten Steamer müde, sich entschlossen ein Schiff zu kaufen, und solchergestalt unabhängig dem neuen Golconda zuzueilen. Tollkühner noch als sie bestiegen hier vier ungeduldige Wagehälse ein offenes Boot um den Kampf mit den Elementen zu wagen; ja es geht ins Unglaubliche wie sehr die trügerische Vorstellung, in wenigen Wochen reich werden zu können, allenthalben Leute veranlaßt hat sogar feste Stellen zu verlassen um das Glück nun in weitem Fluge zu erhaschen. Im Bestimmungshafen San Francisco angelangt, sieht sich Schiff auf Schiff durch Desertion aller Mannschaft verlustig, ohne Möglichkeit sich selbst durch vermehrten, sage verzehnfachten Schiffslohn Matrosen verschaffen zu können um wieder abzukommen. Selbst der hier eingelaufene Dampfer California, dessen Abfertigung schon wegen der Gouvernementsdepeschen von größter Wichtigkeit war, theilte das Schicksal nun schon seit anderthalb Monaten zwecklos in San Francisco zu liegen, und sein Nachfolger, der schöne Dampfer Oregon, den wir auf der Rückkehr von Californien hier sahen, konnte dieses Loos nur dadurch vermeiden daß er, an Ort und Stelle angekommen, sich sogleich unter den Schutz eines Kriegsschiffs stellte, welches in seinen eigenen Booten alle Passagiere ans Land setzte, den unruhig gewordenen Theil der Mannschaft in strengen Verwahr legte, und selbst die Uebrigen, um Versuchung zu verhüten, während der Anwesenheit des Dampfers an Bord behielt bis das Zeichen der Abfahrt gegeben ward, wo dann das Schiff seine Mannschaft außerhalb des Hafens wieder erhielt. Unser Freund N., der auch dem neuen Land der Wunder zueilte, scheint Mittel gefunden zu haben sich die nöthige Mannschaft zu erhalten, er ist jetzt wahrscheinlich auf der dritten Reise zwischen San Blas und San Francisco, deren jede ihm an Passagiergeld nahe schon die Werthsumme seines Schooners eingebracht hat. Sind die Ausgaben und Unkosten nicht ganz barbarisch, so ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen daß für ihn — ohne nach den Minen zu gehen um nach Gold zu graben, Californien in anderer Beziehung eine ergiebige Fundgrube geworden ist.

Die sämmtlichen vor ungefähr zwei Monaten hier durchgekommenen amerikanischen Damen sollen wir, nach Aussage einiger Passagiere, nächstens wieder von Californien zurückzuerwarten haben, da sie das Leben dort so entblößt von aller häuslichen Bequemlichkeit, und diese Ueberströmung von Menschen so wenig nach ihrem Geschmack gefunden haben sollen (man denke sich diese Tausend und abermal Tausende in improvisirten Hütten) daß sie vorgezogen haben vorerst nach ihrer Heimath zurüzukehren, und noch ein paar Jahre lang die californischen socialen Entwicklungen aus der Ferne zu betrachten.

Die Haupternte des californischen Goldes ist natürlich in erster Instanz für die rüstigen Männer der arbeitenden Classe, die, an Strapazen gewöhnt, selbst nach den Flußniederungen gehen können um dort zu graben, und in dieser Hinsicht hat der amerikanische Jäger der Wildniß den unbestrittenen Vorrang vor allen andern Mitbewerbern.

Die argentinische Republik, Rosas und die europäische Diplomatie.

II.

A—ee. In dem Friedensschlusse zwischen Brasilien und Buenos-Ayres hatten beide Theile 1828 Uruguay als eine selbständige und un-

abhängige Republik anerkannt. England hatte vermittelt, die Unabhängigkeit des neuen Staates wurde vorerst auf fünf Jahre gewährleistet. Am 10 Sept. 1829 wurde für Uruguay eine Verfassung proclamirt, welcher, wie bei den meisten übrigen südamerikanischen Republiken, jene der nordamerikanischen Union zum Grunde lag; Präsident wurde Don Fructuoso Rivera, dessen Finanzverwaltung gerechten Tadel erfuhr. Im Jahre 1836 wählte man statt seiner Don Manuel Oribe zum Präsidenten, der sogleich mit finanziellen Reformen hervortrat und Regelmäßigkeit in den Staatsdienst brachte, dadurch aber eine Menge von Feinden sich erweckte, Leute die früher im Trüben gefischt hatten. Zunächst gerieth er mit Rivera in Streit, der von ihm an die Spitze der Armee gestellt worden war. Als er demselben nicht die verlangten beträchtlichen Summen verabfolgen ließ, war der Bruch vollständig. Auch wollte Rivera keine Rechenschaft über die Verwendung der Gelder ablegen, und wurde endlich vom Commando entfernt, das der Präsident seinem Bruder Don Ignacio Oribe übertrug. Hier liegt der Ursprung des verheerenden Krieges und aller der Verwickelungen die noch heute fortdauern. Rivera war von jener Zeit an ein persönlicher Feind Oribe's, schloß sich an Lavalle an, der, wie wir schon gemeldet, nach Uruguay geflüchtet war, und wurde von ihm sowie von einer Anzahl Franzosen, in seinen Bemühungen den Präsidenten zu stürzen, eifrig unterstützt. Unter diesen Umständen rief Oribe die vertragsmäßige Hülfleistung des argentinischen Dictators an, da es namentlich Flüchtlinge aus Buenos Ayres waren welche die gesetzmäßige Regierung Uruguay's mit den Waffen in der Hand stürzen wollten. Rosas schickte Truppen und Kriegsbedarf, ohne sich an einen Protest des französischen Ministerresidenten zu kehren. Der englische Ministerresident Mandeville verhielt sich ganz passiv. Rivera verlor 1837 die Schlacht bei Carpinteria, und flüchtete in die südbrasilianische Provinz Rio grande, wo er Indianer und Weiße anwarb und an der Gränze eine Art Guerrillakrieg führte.

Der Streit zwischen den Parteien in Uruguay hatte zwei Jahre gedauert als die französische Diplomatie die Dinge noch ärger verwirrte. Admiral Le Blanc verlangte Entschädigung für französische Unterthanen, Rosas verweigerte jede Unterhandlung mit einem nicht bevollmächtigten Individuum, und so erfolgte die französische Blokade von Buenos Ayres im März 1838. Die sehr zahlreiche französische Bevölkerung in der Stadt Montevideo, welche damals auf reichlich siebenzehntausend Köpfe veranschlagt wurde, nahm lebhaft Partei für Le Blanc und die Franzosen in Buenos Ayres, und suchte auf jede mögliche Weise Oribe zum Kriege gegen Rosas aufzustacheln. Diese französischen Speculanten trachteten nämlich vor allem dahin die Hafenstadt Montevideo zum Mittelpunkte ihrer Operationen zu machen, um dort ihre Prisen verkaufen und überhaupt aus der Blokade von Buenos Ayres Nutzen ziehen zu können. Aber Oribe, obwohl eben durch die Blokade ohne wirksamen Beistand aus Buenos Ayres, von den Franzosen hart bedrängt, und von Rivera in Montevideo belagert, blieb standhaft. Hier zeigt sich nun das verwerfliche Treiben der Franzosen ganz offen. Sie hofften durch ihn zu erreichen was Oribe verweigerte, und als jener um französische Hülfe bat, nahmen Le Blanc und der Consul Barradere ganz offen fur ihn Partei. Sie unterstützten ihren Schützling so wirksam daß die Riveristen die Oberhand erhielten. Oribe, von allen Seiten gedrängt, sah sich genöthigt die Präsidentschaft niederzulegen, protestirte aber feierlich gegen die Gewaltthätigkeiten einer bewaffneten Faction, welche ohne den Beistand der französischen Marine ohnmächtig gewesen wäre, und forderte von der französischen Regierung Genugthuung für die ihm zugefügten Beleidigungen und das rechtswidrige Verfahren ihrer Agenten. Er begab sich nach Buenos Ayres, wo man ihn als den „gesetzlichen Präsidenten von Uruguay" mit allen Ehren empfing, während Rivera in Montevideo einzog und dort zum Präsidenten gewählt wurde. Von nun an gingen seine Bemühungen dahin die Dinge in Buenos Ayres dermaßen zu verwirren daß die Argentiner, im eigenen Lande vollauf beschäftigt, keine Zeit gewannen sich um die Angelegenheiten von Uruguay zu bekümmern. Die französischen Agenten halfen ihm dabei getreulich. Rivera wiegelte die Provinz Corrientes auf, rief die nach Uruguay geflüchteten Unitarier unter die Waffen, veranlaßte den General Lavalle zu einer Schilderhebung in Entre Rios und erklärte endlich im Februar 1839 der argentinischen Republik den Krieg, weil sie sich Angriffe auf die Unabhängigkeit Uruguay's habe zu Schulden kommen lassen. Die, wie allgemein behauptet wird, von den Franzosen abgestachelten Unitarier in der Stadt Buenos Ayres, begannen gleichfalls sich zu rühren, und ihre Meinungsgenossen in Tucuman, Salta und Corrientes rüsteten offen zum Kriege.

Rosas ernannte unter diesen Umständen den Expräsidenten Oribe zum Brigadegeneral. Der Dictator befand sich in einer kritischen Lage. In seiner eigenen Hauptstadt war eine Verschwörung gegen ihn angezettelt worden; die Blokade äußerte den nachtheiligsten Einfluß, sein Todfeind Lavalle rückte vom Norden heran, Rivera kam vom Osten her, seine eigene Armee war im Innern vollauf beschäftigt, und in den nördlichen Provinzen trat Mißvergnügen immer deutlicher zu Tage. Außerdem war sein eigenes Leben mehrfach bedroht gewesen. Da beschloß er einen entscheidenden Streich zu führen. Er kannte die Verschworenen, und ließ an einem Tage siebenzig der angesehensten gefangen nehmen und hinrichten. Damit war die Conspiration zu Ende; er hatte die Lunte ausgetreten, als sie eben in die Pulverkammer geworfen werden sollte, und dadurch freie Hand gegen Lavalle gewonnen. Um dieselbe Zeit spannte auch Frankreich, um nicht mit England in ernsten Streit zu gerathen, andere Saiten auf. Die Admirale Blanche und Dupotail sowohl als Baron Mackau erhielten Weisung mit dem Dictator zu unterhandeln und mit ihrer Flotte abzusegeln. Es gelang den Zwist beizulegen, als Rosas sich dazu verstand den Franzosen einige Handelsbegünstigungen zu bewilligen, die anderen Völkern zugestanden worden waren. Die Blokade wurde, nach mehr als zweijähriger Dauer, am 31 October 1840 aufgehoben, zum großen Mißvergnügen der französischen Speculanten in Montevideo.

Lavalle, der mit 500 Mann über den Uruguayfluß gegangen war, wurde am 16 November des genannten Jahres bei Santa Fé geschlagen, rückte aber gleich nachher bis Luxan, zwanzig Wegstunden von Buenos Ayres, vor. Rosas sprengte ihm die Armee auseinander, und Lavalle flüchtete, auf dem Wege nach Bolivia, nach Tucuman. Etwas weiter nördlich, bei der Stadt Jujuy, wurde er überfallen und getödtet. Auch Oribe schlug die Unitarier aufs Haupt; im April 1842 hatte er den General Paz und die Bewaffneten aus Uruguay verjagt, und in Santa Fé und Entre Rios die Unitarier bezwungen. Diese Erfolge haben den Muth der Anhänger des Dictators. Am 11 April, dem Jahrestage seiner Wahl, zogen sie lärmend durch die Straßen und richteten ein fürchterliches Blutbad unter den Unitariern an. Am 13 hingen zwei Menschenköpfe auf offenem Markte, wo das Rindfleisch verkauft wird. Man hatte ihnen durch die Nase blaue Bänter, das Abzeichen der Unitarier gezogen, und an die Leichen eine Inschrift geheftet: „Fleisch mit der Haut!" Auch wurden die abgeschlagenen Köpfe angesehener Unitarier unter Musik und dem Rufe: „Wer kauft Orangen!" durch die Straßen getragen. Erst am 19 mißbilligte Rosas das Vorgefallene in einer Proclamation und ließ eine Anzahl überwiesener Mörder erschießen. Gleich nach diesen blutigen Vorgängen lief die Nachricht ein daß General Lopez, die letzte Stütze der Unitarier, am Chaco von Oribe geschlagen war. Auch hatte sich inzwischen die argentinische Flotte unter dem Commondore Brown, einem alten Schottländer, gerührt, und dem orientalischen Geschwader, das ein Yankee, Commodore Coe, befehligte, zu schaffen gemacht. Der letztere mußte seine Stelle dem Italiener Garibaldi abtreten, der unter Murat gedient hatte, aber dem Schotten nicht gewachsen war. Die gesetzgebende Versammlung von Buenos Ayres übertrug dem Dictator nun auch die Würde eines Großmarschalls, die er aber ablehnte.

Unablässig ging sein Bemühen dahin seinen nützlichen Freund Oribe, den „legalen Präsidenten" in Uruguay, wieder einzusetzen. Er war dessen Bundesgenosse; die Machthaber im Nachbarlande hatten Buenos Ayres mit Krieg überzogen, und der Friedensvertrag von 1828 verpflichtete ihn die Unabhängigkeit Uruguay's gegen innere Empörer und die Uebergriffe des Auslandes in Schutz zu nehmen. So wurde denn Brown angewiesen Montevideo zu blokiren, während Oribe mit seinen Landtruppen vorrückte. Die französischen Bewohner in dieser Stadt hatten einen Protest gegen das Verfahren des Baron Mackau eingelegt und sich bei den französischen Kammern über schwere Beeinträchtigung ihrer Interessen beklagt; sie unterstützten auch jetzt Rivera, und dieser gab allen Sklaven die Freiheit, um seine Streitkräfte zu vermehren. Denn Oribe hatte im Spätjahre 1842 den Marsch gegen Uruguay angetreten. Als er noch in der Provinz Entre Rios stand, erboten sich die Gesandten von Frankreich und England zur Vermittlung. Er lehnte dieselbe ab. Am 6 Dec. griffen die Montevideaner unter Rivera, 8000 Mann stark, ihn auf argentinischem Gebiete, bei Arroyo grande an, verloren 2400 Mann im Gefechte, Rivera floh, und Oribe rückte gegen Montevideo an.

Unter diesen Umständen begannen die englischen und französischen Diplomaten eine Thätigkeit, die so verhängnißvoll geworden ist. Sie bieten am 15 Dec. auch bei Rosas ihre Vermittlung an, und auch dieser lehnt dieselbe ab. Die Diplomaten der beiden Großmächte geben darauf kund, sie würden andere Maßregeln treffen um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen welche einer friedlichen Schifffahrt auf dem Laplatastrome im Wege ständen, und der brittische Ministerresident erklärt gleich nachher im Namen der Regierungen von England und Frankreich daß der so langwierige und blutige Krieg aufhören müsse. Demgemäß forderte er unbedingtes Einstellen der Feindseligkeiten von der einen wie von der andern Partei; jeder streitende Theil solle seine Truppen in sein eigenes Land zurückziehen. Auch wurde Oribe von ihnen angewiesen den Uruguay

nicht zu überschreiten oder, falls das bereits geschehen sey, unmittelbar umzukehren. Oribe nahm jedoch von einem so seltsamen Befehl keine Notiz, und umzingelte am 16 Febr. 1843 die Stadt Montevideo, welche Brown vom Flusse her blokirte, auf der Landseite. In seinem Rücken stand aber Rivera, der wieder einige Reiterei zusammengebracht hatte, und in der Stadt lag General Paz mit 6000 Mann. Sehr rührig zeigten sich auch jetzt wieder die Franzosen, obschon ihr Consul Pichon, der Gegenadmiral Clerval und dessen Nachfolger Lainé, aufrichtig oder nur scheinbar, sich Mühe gaben sie von der Theilnahme am Streite zurückzuhalten. Jene aber bildeten eine französische Legion, welche später so viel von sich reden machte. Der englische Commodore Purvis gebot allen brittischen Unterthanen strenge Neutralität, nahm aber selbst lebhaft Partei gegen die Argentiner, deren Geschwader er sogar einmal mit Embargo belegte. Die Belagerung durch Oribe dauerte inzwischen Monate lang fort, und die Stadt wehrte sich; damit dort mußten alle Gefangenen über die Klinge springen. Am 11 Sept. gebot auch der französische Generalconsul seinen Landsleuten die strengste Neutralität, und der englische Admiral erhielt Befehl die Blokade anzuerkennen, während der brasilianische Minister eine solche Anerkennung verweigerte, und die französische Legion welche im Begriff war sich aufzulösen, durch Geld vermochte die Waffen nicht abzulegen. Zu gleicher Zeit unterhandelte er mit dem montevideanischen Minister des Auswärtigen über Abtretung eines Theils von Uruguay an Brasilien. Diese Politik erklärt sich einfach. Rosas hatte sich, wie wir schon früher andeuteten, geweigert einen Allianzvertrag vom 27 März 1843 zu ratificiren, der darauf abzielte den Frieden in Uruguay und die gesetzliche Regierung wiederherzustellen und Rivera abzusetzen. Rosas ratificirte nicht, weil die Regierung von Uruguay beim Vertrage nicht gehörig repräsentirt sey. Seine Weigerung erklärt sich indessen auch aus andern Gründen; man war so rücksichtslos gegen ihn verfahren, daß er nun auf sein „gutes Recht“ sich steifen und gegen Brasilien von Mißtrauen erfüllt die Sache auf seine Weise ausfechten wollte. So trat dann der langwierige Streit abermals in ein neues Stadium.

Gegen Ende des Jahres 1843 waren die belagerten Montevideaner hart bedrängt, aber die französische Legion, welche einer wiederholten Aufforderung ihrer Regierung die Waffen abzulegen keine Folge gab, hielt standhaft aus. Da zog der französische Consul seine Flagge ein, und begab sich am Neujahrstage 1844 an Bord der Fregatte La Gloire. Die Belagerung dauerte fort. Am 10 April erklärte Admiral Lainé, er gebe der Regierung von Montevideo 24 Stunden Bedenkzeit zur Auflösung der französischen Legion, welcher die Waffen nie wieder zurückgegeben werden dürften. Die Legionaire legten die Waffen nieder „in ihrer Eigenschaft als Franzosen,“ nahmen aber sofort das Gewehr wieder zur Hand „in ihrer Eigenschaft als Orientalen,“ denn sie betrachteten sich von diesem Augenblick an als naturalisirte Montevideaner. Im Juni verließ der englische Commodore Purvis den La Platastrom, nachdem er, soviel die Neutralität irgend erlaubte, Partei gegen Oribe genommen hatte, und Sir Thomas Paisley trat an seine Stelle. Auch dieser that, in Gemeinschaft mit dem französischen Admiral, alles um die von den Argentinern erklärte Blokade gegen Montevideo unwirksam zu machen, während die nordamerikanischen Kriegsschiffe, mit Ausnahme eines vereinzelten Falles, dieselbe streng beobachteten. Inzwischen verließ im Juli General Paz die belagerte Stadt und begab sich nach Rio de Janeiro. Die brasilianische Regierung gab sich für eine neutrale aus, doch fuhr dieser General am Bord eines brasilianischen Fahrzeuges und marschirte nachher mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch die Provinz Rio grande, ohne daß die Behörden ihn daran hinderten. Er sammelte auf brasilianischem Gebiete Truppen, bewaffnete sie dort, und fiel mit 2000 Mann in die argentinische Provinz Corrientes ein.

In den letzten Monaten des Jahres 1844 sandte die brasilische Regierung den Visconde de Abrantes an die europäischen Höfe, angeblich um die Handelsbeziehungen mit Europa zu regeln, in der That aber um eine Einmischung Englands und Frankreichs zu erwirken, weil die Wirren am La Platastrom dem Handel die größten Nachtheile zufügten. Sein Memorandum fand an den Höfen zu London und Paris so viel Anklang daß späterhin Hr. Guizot in der Deputirtenkammer erklärte: er habe auf beide Mächte geradezu bestimmend eingewirkt, während doch derselbe Minister am 28 Mai 1844 die Wühler in Montevideo für „eine Handvoll unruhiger Franzosen“ erklärt hatte, „welche aus Eigennutz Frankreich in neue Schwierigkeit zu verwickeln beabsichtigen.“ Als dann am 16 Januar 1845 die Argentiner enge Blokade für die Hafenplätze Montevideo und Maldonado erklärten, verweigerten die Befehlshaber des englischen, französischen und brasilischen Geschwaders jede Anerkennung derselben. Rosas konnte nur protestiren „gegen die handgreifliche Verletzung der Rechte einer souveränen und unabhängigen Macht“; er verfügte daß kein Fahrzeug welches Montevideo berührt habe, in irgendeinem argentinischen Hafen zugelassen werden solle. Aehnliches verfügte Oribe für die Häfen von Uruguay. Zugleich wurde Rivera abermals geschlagen; er flüchtete nach Brasilien; die ganze Banda Oriental war längst für ihn verloren. Montevideo war der einzige Platz welcher sich in der Gewalt seiner Anhänger befand, und die Aussichten hatten sich für Oribe, den „rechtmäßigen Präsidenten“, sehr günstig gestaltet. Jetzt erklärte sich auch der französische Agent geneigt die Blokade anzuerkennen, während der englische Geschäftsträger Turner eine Ausnahme für von jenseits des Meeres kommende Schiffe verlangte. Rosas ging darauf nicht ein, nahm aber die Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers Brent an, welcher sich am 11 April bereit erklärte zwischen Buenos-Ayres und Montevideo eine Ausgleichung herbeizuführen.

So standen die Dinge als Hr. Ouseley in Buenos-Ayres eintraf. Dieser bevollmächtigte Minister erklärte das bisherige Verfahren der Admirale für ungeeignet, er wies jeden Gedanken an einen gewaltsamen Eingriff in die Händel am La Platastrom zurück, und suchte Frankreich zuvorzukommen, dessen Bevollmächtigter noch nicht eingetroffen war. Am 2 Junius ward dann ein Uebereinkommen getroffen, und in demselben die Blokade unbedingt anerkannt, ebenso Oribe als rechtmäßiger Präsident. Sobald dieser letztere einverstanden sey, sollte die argentinische Land- und Seemacht zurückgezogen und eine allgemeine Amnestie erlassen werden. Diese in Gegenwart und unter Mitwirkung des amerikanischen Residenten vereinbarten Artikel wurden nicht niedergeschrieben; Hr. Ouseley meinte, wenn der französische Diplomat eintreffe, könne man ihnen die gehörige Fassung geben. Baron Deffaudis kam an. Er wollte an keiner Verhandlung theilnehmen bei welcher der amerikanische Resident als Vermittler auftrete, und betrachtete jene Vereinbarung seinerseits als null und nichtig. Flugs änderte nun auch Ouseley seine Politik, und ging mit Deffaudis Hand in Hand; Brent trat von der Vermittlung zurück um seinerseits kein Hinderniß der Ausgleichung zu seyn. Da aber Rosas sich auf nichts einlassen wollte, wenn nicht zuvor die Blokade Montevideo's und Maldonado's anerkannt würde, so verlangten und erhielten Ouseley und Deffaudis ihre Pässe am 30 Julius und schifften nach Montevideo über. Rosas befahl sogleich seinem Commodore Brown mit dem argentinischen Geschwader von Montevideo ab und nach Buenos-Ayres zu segeln. Als derselbe am 2 August eben die Anker lichtete, eröffneten die englischen und französischen Schiffe ein Feuer gegen ihn, und sein Geschwader mußte sich ergeben. Die Admirale Lainé und Inglefield erklärten alle Plätze Uruguay's welche von argentinischen Truppen besetzt waren, in Blokadezustand, überantworteten zwei der genommenen Schiffe dem oben erwähnten Garibaldi, und ließen zugleich eine Expedition abgehen welche die Hauptküstenplätze in Besitz nehmen sollte. Sie bestand aus einigen Spaniern, den verfügbaren englischen und französischen Streitkräften, und hauptsächlich aus der „italienischen Legion“. Für diese ist charakteristisch daß in Montevideo Raub und Mord beinahe ganz verschwand als diese Legion die Stadt verlassen hatte. Dafür plünderten sie nun im Lande, z. B. in Colonia del Sacramento. Am 18 September 1845 erklärten nun Ouseley und Deffaudis die Häfen der Provinz Buenos-Ayres in Blokadezustand.

So weit haben wir uns durch das wirre Labyrinth langweiliger Intriguen, Schlachten und Blokaden hindurchgefunden. Nun, am Ende des Jahres 1845 standen die Dinge am La Platastrom so: Montevideo hat eine revolutionäre Regierung, an deren Spitze sich dem Namen nach Rivera befindet, der aber nicht in der Hauptstadt ist. Der legale Präsident Oribe hat mit seinem Heere, das theils aus Orientalisten und vertragsmäßig gestellten argentinischen Truppen besteht, beinahe das ganze Land inne und belagert Montevideo; Rosas will nach wie vor den gesetzlichen Präsidenten in sein Recht und sein Amt einsetzen. Die Diplomaten aus London und Paris verfahren gegen Buenos-Ayres und Oribe angriffsweise und üben Gewaltthaten aus, während sie angeblich vermitteln wollen.

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

* **New-York,** 31 Oct. In wenig Tagen finden unsere Staatswahlen statt, und bereits sind wir mitten in den Wahlumtrieben, deren Erfolge für die Richtung unserer Politik in der Regel tonangebend sind. Wäre unsere Union bisher nicht in allem so durchgängig glücklich gewesen, und wären ihre politischen Aussichten nicht gar so gewaltig, so würden unsere Politiker wohl anderes zu thun haben als sich eben nur unter sich zu zerspalten und zu bekämpfen. Wie die Sachen aber jetzt stehen — und selbst ohne den letzten Aufschlag in den Baumwollenpreisen — können die Politiker immerhin Zeit und Kräfte an solche Differenzen vergeuden, denn je mehr es derartige Ableitungen der überflüssigen Kräfte gibt, desto besser

ist es. Whigs und Locofocos sind unter sich uneinig, und selbst die lediglich zu Ausbeutung der Früchte unserer New-Yorker Staatsverwaltung erfolgte Vereinigung der Old-Hunkers und Barnburners zu Aufstellung einer gemeinschaftlichen Candidatenliste ist durch die Unverträglichkeit der Old-Hunkers bedroht, welche von den aufgestellten Candidaten wenigstens ihre Suprematie anerkannt wissen wollten, was die Mehrzahl derselben natürlich abgelehnt hat. In Washington bereitet sich mittlerweile alles auf den bevorstehenden Congreß vor, und die Intriguen wegen der Sprecherstelle sind im vollsten Gang. Cobb von Georgia, der Locofoco, hat, wie es scheint, die besten Aussichten, nächst ihm aber Winthrop der vorige Sprecher. Die Stellung des Cabinets wird muthmaßlich eine sehr wenig erfreuliche werden, da das letztere es nicht verstanden hat sich irgendwie beliebt zu machen. Weder die innere noch die äußere Politik der Union ist von dem Cabinet befriedigend gehandhabt worden, und namentlich ist die äußere Politik desselben Gegenstand der vielfachsten Angriffe von Seiten aller Parteien gewesen. Für das maßlose Fortschreiten unseres Volks verlangt man auch eine fortschreitende äußere Politik, und selbst diejenigen welche der Nichteinmischungsmaxime unbedingt huldigen, hätten in vielen Fällen ein offeneres Auftreten gewünscht, da ja gerade wir uns in der Lage befinden den »Common sense« des demokratischen Völkerrechts überall offen bekennen und befolgen zu können. Wenn irgendein Volk in seinen auswärtigen Verhältnissen nicht zu diplomatisiren braucht, so sind wir es; und die bisherige Art und Weise unserer immer wechselnden auswärtigen Vertretung hat gewiß zur Genüge gezeigt daß wir dieß gewiß nicht beanspruchen. Unsere Nichteinmischungsmaxime bürgt uns dafür daß wir uns nur in das mengen wo wir von Gottes- und Rechtswegen ein Wort mitzusprechen haben, und wo dieß der Fall ist, da sprechen wir am besten kurz und verständlich. An Productivität in thatsächlicher Hinsicht fehlt es uns zudem in der Regel nie, und es läßt sich dießfalls am besten auf den Isthmus von Panama verweisen, dessen Aufgabe von den europäischen Mächten in Jahrhunderten nicht gelöst wurde, während unser Volk nur der Ueberzeugung von der Nützlichkeit einer Eisenbahn bedurfte um die letztere sofort in Angriff zu nehmen und auszuführen. Gewiß hat Amerika auch eine hohe völkerrechtliche Aufgabe, denn es hat ein Völkerrecht zu schaffen in welchem ebenso vom Volke wie vom Rechte die Rede ist; in dieser Hinsicht bleibt uns aber, wenigstens in Bezug auf Europa, nicht weniger als alles noch zu thun übrig. Unsere Stellung zu Deutschland ist ein Beweis hiervon. Während hier wenigstens noch nicht bekannt geworden ist daß England oder Frankreich ihre Gesandten bei der deutschen Centralgewalt abberufen, oder die betreffenden Stellen aufgehoben haben, geht von unserm Cabinet dem Gesandten Donelson die Weisung zu eine solche Abberufung seinerseits in Anregung zu bringen. Gerade wir aber haben an dem volkthümlichen Aufblühen eines einigen Deutschlands ein viel größeres Interesse als irgendeine europäische Macht; denn für uns würde es in Europa gar keinen wichtigeren und innigeren Bundesgenossen geben als ein einiges Deutschland. Gibt es Bestimmungen in der Völkerpolitik, so ist die innigste Verbindung der nordamerikanischen mit der deutschen Union eine solche, und dieses hat unser Clayton durchaus verkannt wenn er damit beginnt einer gegenseitigen Vertretung dieser beiden Unionen entgegenzuarbeiten, ja, was noch mehr ist, diplomatisirend entgegenzuarbeiten. Und dabei haben wir den mit amerikanischen Verhältnissen vertrautesten Staatsmann Deutschlands, den Baron v. Rönne, hier als deutschen Gesandten, einen Mann dessen Tüchtigkeit hier so allgemein anerkannt ist, daß eben nur diese Tüchtigkeit es war die das deutsche Reich unsern amerikanischen Staatsmännern bisher zu befreunden wußte. Unter solchen Umständen ist es geradezu unerklärlich wie Clayton in Bezug auf Deutschland handelt und bisher gehandelt hat, und man kann jedenfalls nur ein wenig zu entschuldigendes Nicht- oder Verkennen annehmen was einer solchen Handlungsweise zu Grunde liegt. Die Thatsache daß vom Cabinette aus Veranlassung an Donelson ergangen ist die Aufgebung seines Postens bei der Reichsgewalt zu beantragen, ist in Washington allbekannt, und sollte, wenn wir eine um solche Verhältnisse sich bekümmernde deutsche Presse hätten, von dieser eigentlich im gehörigen Lichte dargestellt werden. Bis jetzt aber haben sich unsere in deutscher Sprache erscheinenden Blätter wenig darum bekümmert. Wahrscheinlicherweise kommen alle diese Verhältnisse bei dem bevorstehenden Congreß ausführlich zur Sprache, und es dürfte deßhalb derselbe in Bezug auf unsern diplomatischen Verkehr von nicht geringer Wichtigkeit werden.

In Canada fängt man an die Annexation zunftmäßig zu betreiben, und die Verlegung des Regierungssitzes von Montreal nach Toronto ist ein mächtiger Hebel einen solchen Betrieb zu fördern. In Montreal wird dadurch das Annexationsgeschrei in Permanenz erklärt, in Toronto aber kommt der Genuß der Süßigkeiten eines Regierungssitzes zu spät, da der Keim der Annexationsbestrebungen dort schon gelegt ist.

In der Sklavenfrage waren alle Augen bisher auf die in Kentucky zusammentretende constituirende Versammlung gerichtet, da Henry Clay's bekannter Abolitionsbrief hoffen ließ daß diese Versammlung zum erstenmal eine graduelle Emancipation aussprechen und verfassungsmäßig feststellen werde. Diese Hoffnungen scheinen großartig getäuscht zu werden, da die seit Anfang des Monats October versammelten Abgeordneten sich im Gegentheil ganz bestimmt für stricteste Aufrechthaltung der Sklaverei ausgesprochen haben, und überhaupt eine solche Unbeweglichkeit in ihren Ansichten kundgaben daß selbst der alte Vorschlag die Naturalisation Eingewanderter von 5 auf 21 Jahre hinauszuschieben wieder hervorgebracht worden ist und Anklang gefunden hat. Die Sklaverei hat allerdings in Kentucky das wenigst verletzende Aeußere, und würde, wenn sie überall so wäre wie dort, nur wenig angefeindet werden. Sie beruht zudem daselbst nur auf patriarchalischen Grundlagen, denn in zwei Dritttheilen des Staats Kentucky ist die Sklaverei nicht local oder klimatisch bedingt, sondern lediglich ererbt, und wird als Erbstück aufrecht und in Ehren gehalten. Sobald der kühne Hinterwäldlergeist, der sich bisher in Kentucky vorzugsweise zeigte, durch das unaufhörliche Fortschreiten des Yankeegeistes gewerblich modificirt seyn wird, hat gewiß auch das letzte Stündlein der finanziell nur unvortheilhaften und kostbaren Sklaverei geschlagen, und auf einem solchen Wege ist Abolition in den Vereinigten Staaten nicht nur allein möglich, sondern auch unausbleiblich. Die Sklaverei ist einmal bei uns ein Rechenexempel welches nicht unaufgelöst bleiben kann, aber eben weil wir vorzugsweise rechnen, wird sie bei uns da wo sie klimatisch und local vortheilhaft — also nöthig — ist, aufrechterhalten werden, und wir dürften Englands Vorgängen im Ruiniren seiner westindischen Besitzungen nicht blindlings folgen. Das haytische Kaiserreich ist zudem auch nicht geeignet den Versuchen der schwarzen Race auf dem Felde der praktischen Politik das Wort zu reden, und bald dürfte der unter englischem Schutze befindliche Muskitokönig und der von seinen Epauletten beschattete Kaiser Faustin lebende Beweisgründe werden daß der Racenkampf vorderhand noch immer nur zum Vortheil des weißen Mannes entschieden werden muß.

Während die Kentuckyversammlung dem Fortschritt hindernd entgegenzutreten scheint, ist wenige Meilen südlicher die am 23 Oct. zusammengekommene Memphis-Convention bemüht dem Fortschritt nach dem großen Westen und dem neuen Eldorado zu die Flügel der Dampfeskraft zu sichern. Bisher sind alle daselbst besprochenen Projecte südlicher Art, und geben darauf hinaus die Straße von den Gränzen von Arkansas ab nach dem Rio Grande zu führen. Schon während des mexicanischen Krieges lagen der Regierung Pläne vor eine Dampfbahn von Napoleon Ark (ein Südenproject bei Fort Smith) nach Guaymas oder San Diego zu führen, und es schien die Ausführbarkeit dieser Pläne so ziemlich gesichert zu seyn. Seit jener Zeit ist die Richtung der westlichen Hauptstraße nach San Diego zu (Guaymas ist mexicanisch geblieben) wenig in Anregung gekommen. Die neuesten Berichte geben nun vom Rio Gila schöne Goldhoffnungen, freilich aber von so mangelnder Verköstigung begleitet daß selbst unsere dorthin gegangenen Goldjäger es nicht gewagt haben sich daselbst aufzuhalten. Eine Eisenbahn dorthin würde sich demnach vielleicht doppelt verinteressiren und zugleich die uns vertragsmäßig obliegende mexicanische Gränzwacht nicht wenig erleichtern. Auf die letztere Verpflichtung hin wird übrigens jetzt von unsern amerikanischen Indianerjägern im Dienste mexicanischer Staaten mächtig hingearbeitet, und die letzten Zeitungen brachten uns Berichte von der Guerrillabande des Capitän Box, welche für den Staat Durango bei Talaveras und Papasquiaro Indianer gefangen und geschlachtet hat; mit merkwürdiger Tapferkeit allerdings — denn 30 Amerikaner fochten einen Tag lang gegen 200 Apachen — aber dennoch mit jenem Beigeschmack von Barbarei den das contractliche Aufarbeiten der rothen Race gegen Handgeld unbedingt mit sich führt. Ist freilich den rothen Räubern anders nicht beizukommen, so muß es ja wohl seyn, und gewiß werden die Apachen, wie kürzlichst die Comanches in ihrem großen Concil bei Frederiksburg, es für klüger finden mit den Amerikanern nicht länger anzubinden als sich dem sichern Verderben durch fortgesetzte Räubereien auszusetzen. Die Lawine der Civilisation läßt sich nun einmal weder durch schwarze noch durch rothe Menschen bei uns aufhalten, und in dieser Gewißheit wird auch der kluge rothe Mann das Todesurtheil wenigstens des bisherigen Indianerthums zu lesen wissen. In Florida sollen übrigens jetzt die Indianer homöopathisch bekehrt werden; eine Gesandtschaft von zwölf Indianern aus Arkansas unter dem Häuptling „Wild Cat" ist nach Tampa Bay abgegangen und soll den Seminolenhäuptling Billy Bowlegs und durch diesen dessen Stamm zu Friede und Freundschaft, vielleicht mit obligater Aufgabe der uralten Wohnsitze der Seminolen, bewegen.

Von New-York wird Mitte Novembers ein eisernes Dampfboot für den See Titicaca abgehen, welches in Stücken von je 350 Pfund verpackt,

von Callao oder Lima nach seinem erhabenen Wirkungskreise (auf einem Hochplateau der Andes) gebracht werden wird. Es hat zwei Maschinen zu 10 Pferdekraft jede, und ist ein Muster unserer Geschicklichkeit im Erbauen von Fluß- und Landsee-Dampfschiffen. Das Haus Aguirre und Gallway hat es für 3000 Dollars bei dem Maschinenbauer Birkbeck bestellt.

Vom 1 April 1844 bis zum 21 Oct. 1849 sind im Hafen von New-York allein 1,028,091 Einwanderer angekommen.

Den letzten Nachrichten von Californien zufolge werden diesen Winter an 15,000 Auswanderer in dem großen Bassin des Salzsees überwintern.

(4336) Bei uns erschien:

Dr. Bertholdt, die Kunst der Debatte. Anleitung für Staatsbürger sich im Gebrauche der freien Rede zur Theilnahme an den Verhandlungen der politischen Vereine und Deputirtenkammern auszubilden. 15 Ngr. oder 45 kr.

Die parlamentarische Redekunst, oder Anweisung, in öffentlicher Versammlung zu sprechen und an der Debatte theilzunehmen, für Schulen und zum Selbstunterrichte. 18 Ngr. oder 54 kr.

Die Kunst der Debatte wird in dem ersten Werke von einem Manne geistvoll, gemeinverständlich und praktisch, ohne Weitschweifigkeit und gelehrten Ballast gelehrt, der selbst für einen der besten ostpreußischen Debaters gilt und durch seine eigene Debattirfertigkeit die Tüchtigkeit seiner Lehrmethode und seiner Regeln aufs glänzendste bewährt.

Wie das vorstehende erste Werk für politische Vereinsredner und Abgeordnete, so ist das zweite mehr für Gymnasien, höhere Bürgerschulen und den Privatunterricht bestimmt: es behandelt daher die parlamentarische Kunst auch aus einem andern Standpunkte, und nach Stoff, Form und Dialektik, mehr dem Gesichts- und Wissenskreise des Schülers höherer Gymnasial- und Realclassen sich anschmiegend.

Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.

(4360) In Baumgärtners Buchhandlung zu Leipzig ist soeben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versendet worden (Augsburg, M. Rieger):

VIELLIEBCHEN

Ein Taschenbuch für 1850.

Neue Folge, erster Jahrgang.

Von Theodor Mügge.

Mit 7 Stahlstichen. In eleg. engl. Einband mit Goldschnitt. Preis 2 Thlr. 15 Ngr. oder 4 fl. 30 kr.

Inhalt: **Fort auf's Land. — Die Erben. — Die Getrennten.**

Dieser erste Jahrgang einer neuen Folge unseres Taschenbuchs erscheint in vergrößertem Formate, zur Bequemlichkeit des Lesers mit etwas größern Lettern gedruckt, und ist in allen Rücksichten äußerst elegant und vortrefflich ausgestattet.

Wir müssen es dem Leser des Taschenbuchs überlassen den Werth der Novellen, deren Verfasser rühmlichst bekannt und einer der beliebtesten Erzähler ist, zu beurtheilen.

[3928] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Jarisch, A., Feierstunden. Eine Sammlung nützlicher Gegenstände für die reifere Jugend verfaßt. 1s Bdchen. Auch u. d. Titel: **Christliche Seelenlehre** in Beispielen. 8. geh. 48 kr. oder 12 gr.

— — dasselbe. 2s Bdchen. Auch u. d. Titel: **Biblische Alterthümer** zum bessern Verständnisse der heil. Schrift bearbeitet. 8. geh. 1 fl. 6 kr. oder 16 gr.

Proska, Fr. Js., Swetlusky. Zbirka bájek a podobenstwi, prelozenim J. Kociana. — **F. J. Proschko, Leuchtkäferchen.** Eine Sammlung von Fabeln und Parabeln, mit böhmischer Uebersetzung von J. Kotzian. 8. geh. 54 kr. oder 14 gr.

— — dasselbe ohne böhmische Uebersetzung. 8. geh. 24 kr. oder 6 gr.

(4268) Für Jäger, Jagdliebhaber und angehende Waidmänner.

Im Verlage von Johann Ulrich Landherr in Heilbronn ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Praktischer Jagdbetrieb auf alles edle und unedle Haar- und Federwild

oder

gründliche Angabe der vortheilhaftesten und zweckmäßigsten waidmännischen Methoden, alles Hoch- und Niederwild, sowie das Raubzeug, mittelst Gewehren, Netzen, Dohnen, Fallen und Ausgrabens zu erlegen und einzufangen.

Aus den besten Schriften und eigenen langjährigen bewährten Erfahrungen gesammelt von

L. Allich.

12. Elegant geheftet. Preis 54 kr. oder 15 Sgr.

Der vollkommene Jäger wird in dieser rein praktischen Schrift manches finden das für ihn noch zu wissen von hohem Werthe ist, und den jungen angehenden Waidmann setzt sie in den Stand ohne weitere Anweisung in den verschiedensten Jagdbetriebsweisen sich auszubilden und zu vervollkommnen.

☞ Ferner erschien von demselben Verfasser:

Vollständige Anweisung auf Scheiben und bei Jagden gut schießen zu lernen.

Nebst einer kurzen Geschichte der Feuergewehre, einer Anleitung über deren Verfertigung, Bau und einzelne Bestandtheile, sowie einer Beschreibung über die zum Schießen mit der Büchse und Flinte erforderlichen sonstigen Gegenstände.

Nach den besten Quellen und eigenen vieljährigen praktischen Erfahrungen bearbeitet.

12. Elegant geheftet. Preis 36 kr. oder 10 Sgr.

Diese treffliche Schrift enthält nicht allein für den schon geübten Schützen selbst manches das ihm höchst willkommen seyn wird, sondern für jeden der sich die Kunst gut zu schießen aneignen will, so vieles, als er überhaupt nur immer nöthig haben wird. Es wird daher weder der Praktiker noch der Anfänger im Schießen das vorliegende Werkchen eines unserer bestrenommirtesten Schützen unbefriedigt aus der Hand legen, und ohne für die wenige Baarauslage stets hinreichenden Ersatz gefunden zu haben.

[4206] So eben ist bei Alexander Duncker, k. Hofbuchhändler in Berlin, erschienen und in allen Buchhandlungen zu finden:

Christian Friedrich Daniel

Schubarts Leben

in seinen Briefen.

Gesammelt,
bearbeitet und herausgegeben
von

von David Friedrich Strauß

(dem Verfasser des „Leben Jesu").

2 Bde. m. Schubarts Porträt u. Facsimile.
8. geh. 5 Thlr. 24 Sgr.

Ein deutsches Dichterleben aus dem vorigen Jahrhundert ist es das dem Publicum hier geboten wird: einer aus jenem Titanengeschlechte, dessen maßloser Ungestüm, ihm selbst verderblich und ohne bleibende Frucht für das Allgemeine, der milden Herrschaft der Weimarischen Olympier voranging. Mag das Interesse für Eröffnungen aus der Werdezeit unserer Nationallitteratur, wie es vor kurzem noch lebendig war, zurückgedrängt seyn, so tritt ja auch in diesem Buche das litterar-historische Interesse hinter dem menschlichen, man möchte sagen dramatischen, zurück, welches für alle Zeiten das gleiche ist. In der That, wie ein Trauerspiel wickelt sich das Geschick des unglücklichen Dichters vor uns ab. Wechselsweise bewegen uns Theilnahme und Mißfallen, Hoffnung und Furcht; Entsetzen faßt uns, wir schmelzen in Mitleid, glühen in Zorn, Erwartung spannt sich, erlahmt und spannt sich wieder — bis endlich der Zauber sich löst der auf dem Schicksale des Helden lag, wir mit ihm wieder frei athmen, aber nur um ihn nach kurzer Freude auf immer hinsinken zu sehen.

[4222] **Preisherabsetzung**

mit Prämien interessanter Kupferstiche.

Durch alle Buchhandlungen (in Köln durch M. Lengfeld, Hochstraße Nr. 109) sind auf feste Bestellungen sofort zu erhalten:

1. Die Volksharfe.

Sammlung der schönsten Volkslieder aller Nationen. 6 Bdchen. 372 Gedichte.

2. Dramatisches Potpourri.

Auswahl komischer Scenen und Gesänge aus den beliebtesten Lustspielen, Possen, Vaudevilles, Travestien u. s. w. 4 Thle.

3. Sammlung von 6000 deutschen Sprüchwörtern.

Zwei Theile.

☞ Diese 3 Werke, aus 12 Theilen bestehend, Ladenpreis 3 Thlr., werden jetzt zu 1⅙ Thlr. od. 2 fl. rhn. erlassen; außerdem, jedoch nur bei baarer Zahlung, als Prämie beigefügt vier reizende mythologische Kupfer: 1) Amor und Psyche, 2) die mediceische Venus, 3) Mars und Venus, 4) Raphaels 3 Grazien.

[4190] In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

W. Löbe,

Jahrbuch der Landwirthschaft und der landwirthschaftlichen Statistik für das Jahr 1848.

Eine systematisch geordnete Darstellung der neuesten Erscheinungen im Gebiete des Acker- und Wiesenbaues, der Viehzucht, der Thierheilkunde, der Hauswirthschaft, des Garten- und Weinbaues, der Fischerei, der Maulbeerbaum- und Seidenzucht, der technischen Gewerbe, der Naturwissenschaften, des Bauwesens, der agrarischen Gesetzgebung, der Bildungsmittel, der landwirthschaftlichen Statistik ꝛc.

Gr. 8. Brosch. 2 Thlr.

Der Jahrgang 1847 kostet ebenfalls 2 Thlr.

[4114—16] **Anstellungsgesuch**

als Rechnungsführer, Aufseher, Secretär, Kammerdiener, Vorleser, Hausmeister.

Ein Mann mittlern Alters, wissenschaftlich gebildet und mehrere Sprachen sprechend und schreibend, sucht in obigen Eigenschaften recht baldige Anstellung bei einer Familie auf dem Lande oder bei einer ältern Dame. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes unter Chiffre B Nr. 4114.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag — Nr. 331. — 27 November 1849

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (weitere Beſchlüſſe über die ſtädtiſche Verfaſſung. Das Gerücht von Einſetzung der Centralgewalt am 1 Dec. wiederholt); München (Prinz Adalbert von Preußen. Graf Bray nun wirklich nach Petersburg ernannt. Beginn der Discuſſion über den Amneſtie-Entwurf. Das Jagdgeſetz mit großer Mehrheit angenommen); Speyer (die Speyrer Ztg. wieder geduldet); Darmſtadt (die Kammern auf den 20 Dec. berufen. Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen. Dürftige Oeffentlichkeit bei den Gerichten); Thüringen (in Meiningen Wahl für das Staatenhaus. Die Gefangenen in Raſtatt. Die Coburger Stände); Deſſau (die Regierung über die Militärconvention); Braunſchweig (die Reichstagswahlen vor den Landtag gebracht. Unterhandlungen mit Preußen über Einverleibung des Truppencontingents. Bedeutung dieſer Unterhandlungen); Köln (Aſſiſen. Die Bernbach'ſche Sache); Berlin (auch Strelitz ſchließt ſich aus. Die Antwort an Oeſterreich. Das Protokoll des Verwaltungsraths über die Anordnung der Reichstagswahlen); Oldenburg (der Landtag tritt dem aufſchiebenden Antrag des Ausſchuſſes in Betreff des Dreikönigsbündniſſes bei. Das Miniſterium beharrt auf ſeinen Wegen); Schleswig-Holſtein (däniſche Umtriebe in Schleswig); Wien (der Lloyd über die Hinrichtungen in Ungarn. Feldzeugmeiſter v. Heß. Theater. Rückkehr des Fürſten Schwarzenberg); Linz (Ankunft und Aufenthalt des Kaiſers); Prag (des Kaiſers Aufenthalt und Abreiſe. Prinz Albert von Sachſen. Die Eiſenbahn nach Dresden. Miniſter Bach. Philologiſches Seminar. Zunahme der Cholera in Stadt und Land).

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (die Eröffnung der Kettenbrücke. Hochſchule. Theater. Szemere. Ludwig Batthyany. Ein Görgey'ſcher Tagsbefehl); Agram (Lehrkanzeln für tſchechiſche, polniſche und ruſſiſche Sprache).

Großbritannien. Agitation gegen die Todesſtrafe. Die Batthyany. Gützlaff.

Frankreich. Raſpails Rede gegen die Bankiers. Beſchlagnahme von Journalen wegen Beleidigung L. Bonaparte's. Oeffentliche Wintervorleſungen für Arbeiter. Interpellation über den Zwangscurs der Banknoten. de Baune †. Straßburg (deutſche Flüchtlinge).

Italien. Rom (Ankunft des neuen franzöſiſchen Oberbefehlshabers. Verhaftung mehrerer Damen); Parma (Abſchaffung der Prügelſtrafen).

Schweiz. Wackernagel bleibt.

Rußland. Ein Sieg im Dagheſtan.

Datum der Börſen: London, Paris, Amſterdam, Hamburg 23; Wien, Berlin 24; Augsburg 26 Nov.

Deutſchland.

Frankfurter Blätter und Briefe wiederholen das Gerücht daß am 1 Dec. die neue Centralgewalt inſtallirt werden ſolle. Eines von zweien: entweder iſt das Zerwürfniß zwiſchen Preußen und Oeſterreich über die Berufung eines Reichstags nicht ſo bedrohlich als officiöſe Berliner Correſpondenzen es darſtellen, oder es ſteht das einträchtige Zuſammenwirken einer preußiſch-öſterreichiſchen Herrſchaft über Deutſchland noch nicht ſo nahe.

cc **Frankfurt a. M.,** 24 Nov. Unſere Conſtituante hat geſtern Abend den letzten Ziegel auf das Dach der neuen Verfaſſung gelegt, womit wir freilich nicht ſagen wollen daß ſie das Fundament dadurch befeſtigt hätte. Im Gegentheil! Trotz alledem und alledem blieb die Majorität dabei: ein Wahlcolleg muß in der Stadt ſämmtliche 80, ein anderer aus verſchiedenen, ziemlich fern von einander liegenden Dorfſchaften zuſammengeſetzter einziger Wahlbezirk muß 16 für das Land wählen! Schroffheit und immer Schroffheit, auf der Linken wie auf der Rechten! Dieſe ging ihrerſeits von ihrem „mindeſtens acht Wahlbezirke für die Stadt und ebenſo viel für das Land" nicht ab, und ſtimmte, ganz wie jene, gegen jeden Vermittlungsantrag. Wir erfreuten uns an dem geſunden Menſchenverſtande eines wackern Mitglieds aus dem Handwerksſtande, Hrn. Matz; dieſer Mann machte in einfacher aber eindringlicher Sprache die Majorität aufmerkſam daß, wie man zu ſagen pflegt, „draußen auch Leute wohnen", und es doch unklug wäre unter den beſtehenden Verhältniſſen gar kein Ohr zu haben für das was in der Bürgerſchaft von vielen nachdrücklich genug geſagt wird. Der wackere Mann hatte die Wage ganz unparteiiſch gehalten, und die Mittelzahl zwiſchen 1 und 8 ganz richtig geſetzt, nämlich vier Wahlbezirke. Er hatte nach unſerer Meinung das Richtige getroffen. Zu große Zerſplitterung der Wahlbezirke dient der Plutokratie, zu große Verdichtung und Verknäuelung der Clubherrſchaft. Aber wer will heutzutage vernünftig ſeyn? Partei, Partei, ſchreit alles mit Herwegh — im großen wie im kleinen — und wer weder den alten Zopf will der hinten ſaß, noch den neuen der in der Form von Rieſenbärten vorn die Geſichter bärenartig erſcheinen läßt, deſſen einfaches Haupthaar iſt den einen, deſſen unbehaartes Kinn iſt den andern ein Beweis daß er nicht auf der Höhe oder der Tiefe der Zeit ſteht. Von den Zöpfen und Bärten wieder auf unſere Conſtituante zu kommen, berichten wir nur daß mit einer doch bedeutend kleineren Majorität als gewöhnlich, nämlich 63 gegen 43 und 2 ſuspendirte Stimmen, die Einheit — zwar nicht des Vaterlandes, aber doch des Wahlbezirks beſchloſſen ward. Das Centrum, an deſſen Spitze Hr. Dr. Kugler, ein zugleich liberaler und beſonnener Mann ſteht, ſtimmte dagegen, und für den einen oder den andern Verbeſſerungsantrag. Kugler ſelbſt hatte nur das Princip der Bezirkswahl in der Verfaſſung ausgeſprochen, das übrige der Geſetzgebung überlaſſen wiſſen wollen. Um allen gerecht zu ſeyn müſſen wir noch hinzufügen daß der Berichterſtatter Hr. Dr. Luph das unitariſche Syſtem ſehr geiſtreich vertheidigte. Ein rühmlich bekannter Turner wollte nicht acht, nicht vier Wahlbezirke, ſondern (nicht ohne gute der Oertlichkeit entlehnte Gründe) ſieben nach der alten heiligen Zahl. Da aber das keine Unterſtützung fand, verlor er die Balance, und ſiel auf eins herab. Der hieſige Gewerbſtand macht jetzt der Conſtituante auch allerlei Schwierigkeit. Er will nicht mit Unrecht daß die Erlaubniß zur Verheirathung an einige Bedingungen geknüpft werde welche die Zukunft des Ehepaars nicht allzu unſicher erſcheinen laſſen. Manche alte Zunftideen will er auch wieder in das Neue hineingetragen haben. Eine große Zahl von Handwerksmeiſtern will nur für die neue Verfaſſung ſtimmen wenn ihr Ultimatum, worauf ſie geſtern in einer Eingabe zurückkamen, von der Conſtituante angenommen wird. Manches darunter wird aber ſchwer nicht nur mit ultrademokratiſchen, ſondern auch mit freiſinnigen Grundſätzen zu vereinigen ſeyn.

Bayern. e. **München,** 26 Nov. Se. Maj. der König hat dem Prinzen Adalbert von Preußen vor ſeiner Abreiſe von hier die Inſignien des Hausordens vom heiligen Hubertus eigenhändig verliehen. Graf Bray, welcher am kaiſerl. ruſſiſchen Hof nunmehr, wie ich vernehme, wirklich wiederholt beglaubigt worden iſt, wird in wenigen Tagen nach St. Petersburg abreiſen.

|| **München,** 26 Nov. Die Sitzung der Abgeordneten beginnt mit der Beeidigung des Hrn. Hetterich, welcher für den ausgetretenen Abg. Wächter als nächſter Erſatzmann einberufen wurde. Hierauf ward über das vielfach abgeänderte Jagdgeſetz im ganzen namentlich abgeſtimmt, und dasſelbe mit 81 gegen 46 Stimmen angenommen. Daß dieſe Minorität, außer Hrn. Pfarrer Ruland, von der Linken gebildet wurde, mag darin ſeinen Grund haben daß einzelne Beſtimmungen, z. B. über den Preis der Jagdkarten und die Verwendung gelernter Jäger, gegen den Willen dieſer Partei durchgingen. Sie ließe nun lieber das Geſetz fallen, ſtatt ſich der Möglichkeit auszuſetzen daß das was in ihrem Sinn durchging, von den Reichsräthen verworfen würde und dann die Majorität auch hierin nachgäbe. Dieß würde am Ende dazu führen daß der Regierungsentwurf faſt unverändert ſtehen bliebe. — Mit Vorſtehendem und andern unbedeutenderen Dingen vergehen ungefähr $1\frac{1}{4}$ Stunden, während welcher ſich das übrigens nicht allzu zahlreiche Auditorium mit ſeiner Spannung auf die Amneſtiedebatte gedulden muß. Endlich eröffnet der Präſident die allgemeine Discuſſion mit der Bekanntgabe daß 18 Redner eingeſchrieben ſeyen; die Verleſung ihrer Namen gibt die niederſchlagende Gewißheit daß jene Zahl noch nicht alle „Unvermeidlichen" umfaßt. Dr. Heine be-

fürwortet sodann einen Antrag, der sich dem Ausschuß anschließt, aber statt der von diesem angeregten Ermächtigung zur Amnestirung, welche der Regierung ertheilt werden soll, dahin geht: alle jene zu amnestiren welche auf zwei bis vier Jahre nach Amerika auswandern; daß sie nicht früher heimkehren, dafür solle das Ehrenwort und die Gefahr gerichtlicher Einschreitung sorgen. Für Unbemittelte, welche etwa 200 fl. jeder bedürfen, solle eine Nationalsubscription die Mittel schaffen! Die Kammer solle sich hiezu an die Spitze stellen, die Staatscasse den ganzen Bedarf decken! Pfarrer Tafel begründet in einer ausführlichen Rede seinen Antrag auf völlige Amnestie für die politischen Vorgänge der Jahre 1848 und 1849. Dieser Redner erwähnte gelegentlich, H. v. Gagern habe im Dreißigerausschuß, da es sich zeigte daß die Pfalz von allen Seiten verlassen sey, erklärt: er wolle die Regierung der Pfalz in die Hand nehmen. Gegen diese neue Thatsache erwiederte Minister v. d. Pfordten mit scharfem Tadel gegen die damalige Thätigkeit des Reichsministeriums. Dieses habe in jener Zeit der bayerischen Regierung das zuverlässige 3te Jägerbataillon vorenthalten, dagegen einen Reichscommissär in die Pfalz geschickt, ohne im Einverständniß mit dem bayerischen Bevollmächtigten zu treten; es habe hiezu einen Mann gewählt von dem es habe erwarten müssen daß er die nöthige Beruhigung in die Pfalz nicht bringen werde. Boyé motivirt sodann eine im Ausschusse in der Minorität gebliebene Fassung der Amnestie, wonach nur solche ausgenommen seyn sollen welche die Staatsform umzustürzen, mit dem Auslande sich zu verbinden gesucht oder gemeine Verbrechen begangen haben. Reinhard will für das diesseitige Bayern nur so viel festgestellt: daß die politisch Verhafteten gegen Caution freigelassen und von den Schwurgerichten ihrer Kreise abgeurtheilt werden. Die folgenden Redner Dr. Sepp, Lang, Arnheim und Menth befürworten die Ausschußanträge; der erstere jedoch mit Hinweglassung des Zusatzantrages. Der Justizminister v. Kleinschrod schildert eine völlige Amnestie als unheilvoll; der Satz justitia fundamentum regnorum, nicht Gefühlspolitik oder der Wunsch nach Popularität müsse den Minister leiten. Der leichte Gelderwerb der Revolutionäre könnte sie, wenn amnestirt, reizen das alte Geschäft zu wiederholen. Volle Amnestie würde für Schwäche geachtet, und Schwäche erzeuge keine Achtung. Die Anklage welche insbesondere Lang, wegen Unthätigkeit der Regierung zur Zeit des Pfälzer Aufstandes erhob, bekämpft der Minister mit dem Auftreten der damals versammelten Kammer und einzelner Pfälzer Mitglieder, und mit der Hinweisung auf die Nothwendigkeit im Einklange mit der Operation gegen Baden zu handeln. Den Heine'schen Antrag bezeichnet er als unpraktisch, den Reinhard'schen als eine Ausnahme vom gesetzlichen Gange, welche durch die Collusionsgefahr den Zweck der Untersuchung selbst gefährden würde. Die Thätigkeit des Centraluntersuchungsgerichts in Augsburg rechtfertigt der Minister mit dem Umstande daß eine Anzahl Acten dort liege, die vom Staatsanwalt im Untersuchungsgerichte genau studirt werden müssen. Um 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen, die nächste auf morgen früh anberaumt.

Der Speyerer Ztg. ist das Erscheinen wieder erlaubt worden, sie trägt aber an der Spitze ihrer neuesten Nummer eine amtliche Verwarnung sich wohl zu verhalten.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 23 Nov. Während unsere landständischen Wahlen noch nicht begonnen haben und alle Parteien ihre Beschleunigung wünschen, indem sonst ihre Kräfte sich von Tag zu Tag mehr zersplittern (es findet am 30 d. M. die Wahl im ganzen Lande für die zweite Kammer statt), rüstet die Staatsregierung bereits für die Wahlen zum Volkshause der nächsten Reichsversammlung. Sie hat nämlich am 15 d. M. ein Ausschreiben an sämmtliche großherzogl. Regierungscommissionen erlassen, welches das Aufstellen von Listen durch die Bürgermeister und Steuercommissäre anordnet, um daraus zu entnehmen wer als Urwähler, d. h. zu der Wahl der Wahlmänner — bei der Voraussetzung daß sie Personalsteuer entrichten — stimmberechtigt werden kann. Darnach werden also mittelbare Wahlen stattfinden und ein — sehr kleiner — Census der Wähler, indem die geringste Classe der Personalsteuer nur zwischen 1 und 2 fl. im Jahr beträgt. Vorerst ist die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auch bei den übrigen Gerichten unseres Großherzogthums (bis jetzt haben wir sie diesseits des Rheins nur bei den Geschwornengerichten) noch in weiter Ferne. Zeugniß davon gibt namentlich daß fünf Landrichterstellen in den beiden ältern Provinzen, welche nach und nach erledigt worden sind, wieder besetzt werden sollen, was bei einer bald bevorstehenden neuen Gerichtsorganisation gewiß nicht geschähe. (Schw. M.)

Darmstadt, 24 Nov. Durch großherzogliches Edict vom 14 Nov. sind die Kammern auf den 20 December einberufen.

Thüringen. In **Meiningen** theilte am 19 Nov. das Ministerium den Abgeordneten mit daß in Betreff der in den Casematten von Rastatt gefangenen meiningischen Staatsangehörigen die badische Regierung der Reclamation der diesseitigen Staatsregierung schon stattgegeben habe, und daß die betreffenden Individuen demnächst eintreffen würden. Am 21 wählten die Abgeordneten aus den drei ihnen von den Regierungen vorgeschlagenen Candidaten zum Staatenhaus einstimmig den Staatsrath Dr. Brandis. In **Coburg** haben die eben wieder zusammengetretenen Abgeordneten eine Adresse an den Herzog abgehen lassen, mit der Bitte den vor kurzem abgetretenen Staatsminister Bröhmer dem Staatsdienst zu erhalten.

H. Anhalt. **Dessau,** 20 Nov. Die Regierung hat eine Bekanntmachung erlassen um die Gerüchte über die zwischen Anhalt-Dessau-Köthen und Preußen abgeschlossene Militärconvention zu widerlegen. Als factische Berichtigung gibt sie Folgendes: „1) Die gedachte Convention ist nur für den Fall beschlossen daß durch die Neugestaltung der Wehrverfassung in ganz Deutschland die anhaltischen Staaten verpflichtet werden sollten ihre Contingente mit andern Contingenten der deutschen bewaffneten Landmacht zu vereinigen oder sich denselben anzuschließen. Dieß ist im Eingang der Convention ausdrücklich ausgesprochen. 2) In der diesseitigen Ratificationsclausel ist die Zustimmung des Landtags ausdrücklich vorbehalten. 3) In der Ratificationsclausel Preußens ist der auch schon im Eingang der Convention enthaltene Vorbehalt der Zustimmung der Centralgewalt für Deutschland ausdrücklich wiederholt. 4) Im Art. 25 der Convention ist beiden contrahirenden Regierungen die Befugniß vorbehalten dieselbe nach dreimonatlicher Kündigung jederzeit wieder aufzuheben. Hiernach mag das anhaltische Volk beurtheilen, inwiefern die aus der gedachten Convention hergeleiteten Verdächtigungen des Ministeriums begründet sind oder nicht."

H. Braunschweig. In **Braunschweig** hat die Regierung beim Landtag die Vornahme der Reichstagswahlen bereits eingeleitet. Eine Unterhandlung über die Vereinigung des Militärs mit Preußen ist vorerst an dem Kostenpunkt gescheitert. Indessen deutet manches darauf hin daß Preußen den Plan verfolgt, die Truppencontingente der kleinern Staaten an sich zu ziehen (wie dieß mit mehreren bereits geschehen und selbst mit Baden im Werk ist) und so ein weiteres Band zu bilden, falls das des Reichstags reißen sollte. Die Gährung der Geister von der Königsau bis zum Neckar und Rhein wird dafür sorgen daß den kleinen Dynastien, die sich gegen eine verfassungsmäßige Unterordnung sträuben, die Unterordnung unter die Waffen des Größern zur Nothwendigkeit wird. Rettung vor diesem „Aufgehen" — der einen in Oesterreich, der andern in Preußen — liegt allein in einer Gesammtverfassung, die natürlich ohne Opfer der Einzelnen nicht möglich ist. Man muß dieses ceterum censeo den tauben Ohren immer und immer wiederholen. Wer nicht hören will, wird fühlen müssen.

Preußen. 0 **Köln,** 23 Nov. Die gewöhnlichen Assisen des Landgerichtsbezirks Köln beginnen unter dem Vorsitz des Appellationsgerichtsraths Weißgerber am 7 Jan., und die erste Sache wird eine cause célèbre seyn. Es ist die Anklage gegen den Notariatscandidaten Bernbach aus Siegburg wegen Theilnahme an der Nationalversammlung zu Stuttgart. Man erwartet ziemlich allgemein ein Nichtschuldig. Der Anklagesenat verordnete bekanntlich die Freilassung, der Cassationshof hat dieses Urtheil cassirt, indem er angenommen daß man in Stuttgart nicht habe tagen dürfen, weil die Versammlung nur nach Frankfurt berufen und daß daher die Versammlung in Stuttgart eine unbefugte gewesen sey. Diese Distinction liegt dem gewöhnlichen Verstand zu hoch; der Spruch des Appellationshofs wird trotz der Cassation Berücksichtigung finden, und die Laien werden zwischen Frankfurt und Stuttgart wohl politisch, aber bei der Offenheit der Vorgänge und in der Unterstellung daß Bernbach und seine Collegen mit redlichem Bewußtseyn handelten, nicht juristisch unterscheiden. Noch ist diese Anschauungsweise im Volk geltend, und sie wird auch wohl dauernd bleiben. Bei Leuten kurzen Gedächtnisses und rasch verfliegender Empfindung macht inzwischen die Anschauungsweise der Bureaukratie Fortschritte, und es ist den politischen Verbrechern nicht günstig daß man sie erst nach Jahr und Tag auf die Sünderbank bringt. Da hier und dort manche Männer mit Bernbach in gleicher Anklage sich befinden, so wird die Entscheidung des in Rede stehenden Processes für ganz Deutschland von Wichtigkeit seyn und andern Criminalstellen zur Richtschnur dienen. Die Vertheidigung ist in die Hände des Advocaten Hagen gelegt. Es hatte sich der bekannte Landgerichtsassessor Jung zur Vertheidigung erboten: ein seltsamer Bescheid des Justizministers hat ihn mittlerweile verhindert aus der Magistratur in die Advocatur überzutreten. Allem Anschein nach wird das erste Quartal 1850 in der Rheinprovinz überhaupt reich an interessanten politischen Processen seyn, und es sind schon aus verschiedenen Landen Besuche von Juristen angekündigt die bei dieser Gelegenheit das Verfahren kennen lernen

wollen. Insbesondere wird die Revolution von Elberfeld zur Verhandlung kommen, und vielleicht hier in Köln. Die Angeklagten haben ein Gesuch eingereicht daß man sie nicht vor eine Jury des Wupperthals stellen möge, und der Cassationshof hat hierüber noch zu entscheiden.

Der Protokollarauszug den der Staatsanzeiger über den Beschluß des Verwaltungsraths vom 17 d. mittheilt, enthält außer seinem wesentlichen (in der gestrigen Allgemeinen Zeitung schon angegebenen) Theil noch folgende minder wichtige Angaben über das was in der Sitzung selbst der Beschlußnahme vorherging: „Der Vorsitzende hält den Augenblick für gekommen, in dem der Verwaltungsrath über die Feststellung eines Termins für die Wahlen zum Volkshause des nächsten Reichstags und über den Ort des Zusammentritts dieses Reichstags zu berathen und eventualiter zu beschließen habe, und zwar, so viel die Feststellung des Termins für die bezeichneten Reichstagswahlen betrifft, weil der 15 Jan. 1850, der in der zweiundfünfzigsten Sitzung des Verwaltungsraths vom 19 Oct. d. J. „als der Tag angenommen worden an welchem die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause für den nächsten Reichstag nach einem von dem Verwaltungsrath“ noch „vorher zu beschließenden gemeinschaftlichen Ausschreiben derselben in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten stattfinden werde,“ so nahe bevorstehe daß, solle dieser Tag bei Beschließung des Ausschreibens der Wahlen auch nur annähernd festgehalten werden, die Vorbereitungen rechtzeitig kaum noch zu beendigen seyn möchten, welche dem Wahlact selbst durch Anfertigung, Auflegen und Feststellung der Wahllisten u. s. w. nothwendig vorhergehen müßten; und soviel den Ort des Zusammentritts des nächsten Reichstags betrifft, weil die zur Aufnahme der Reichsversammlung mehr oder minder überall nothwendigen baulichen Einrichtungen und sonstigen Vorkehrungen, bei gleicher Voraussetzung, nunmehr ebenfalls unverzüglich in Angriff zu nehmen seyen. Der Verwaltungsrath hat hierauf die aus dem Bündnißvertrag vom 26 Mai d. J. hervorgehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten der verbündeten Regierungen; die dem Verwaltungsrath durch diesen Vertrag angewiesene Stellung und zugetheilte Aufgabe; die gegenwärtige Lage des Vaterlands, und sodann die für das nächste Ziel der vorliegenden Fragen in Betracht tretenden geschäftlichen und localen Rücksichten einer umfassenden Erörterung unterzogen, und das Resultat dieser Erörterung, wie folgt, festgestellt. Nach Einsicht der Bestimmungen des Bündnißvertrags vom 26 Mai 1849, namentlich: Art. IV 1stes und 2tes Alinea, Art. III §. 2 1stes und 2tes Alinea, Art. III §. 3 Nr. 2, welche Bestimmungen also lauten: Art. IV 1stes und 2tes Alinea: Um den ernsten Willen zu bethätigen die Verhältnisse Deutschlands in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten dem deutschen Volk eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrag anzuschließenden Entwurfs zu gewähren. Sie werden diesen Entwurf einer nach Maßgabe der in demselben enthaltenen Bestimmungen über den Reichstag und des neben dem Entwurf vereinbarten Wahlgesetzes lediglich zu diesem Zweck zu berufenden Reichsversammlung vorlegen. Art. III §. 2 1stes und 2tes Alinea: Zur Führung der auf die Erreichung des Zwecks des Bündnisses bezüglichen Geschäfte soll ein Verwaltungsrath gebildet werden, zu welchem jeder der Verbündeten einen oder mehrere Bevollmächtigte absendet. Dieser Verwaltungsrath tritt sofort nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags zu Berlin zusammen. Art. III §. 3. Nr. 2. Zu denjenigen Angelegenheiten welche der definitiven Beschlußnahme des Verwaltungsraths unterliegen, gehören: die Maßregeln behufs Berufung des über die Verfassung beschließenden Reichstags und Leitung der Verhandlungen desselben; nach Einsicht sodann des in dem Bündnißvertrag Art. IV 2tes Alinea vorerwähnten Gesetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, in §. 23, 2tes Alinea desselben, also lautend: der Tag der Wahlen wird für das gesammte Reich ein und derselbe seyn; und in Erwägung: daß über den Zeitpunkt des für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstags zu bestimmenden Termins, sowie über den für das Zusammentreten der nächsten Reichsversammlung zu erwählenden Ort, unter den sämmtlichen anwesenden Vertretern der verbündeten Regierungen schließlich ein Dissensus nicht mehr obwaltet, setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlußnahme, wie hiemit geschieht, einstimmig fest u. s. w.“ (S. d. gestr. Allg. Ztg.)

Das gestern erwähnte Gerücht von der Antwort die auf die österreichische Verwahrung gegeben worden sey, wird in einer telegraphischen Depesche der Kölnischen Ztg. aus **Berlin,** vom 23 Nov. Abends in folgender Weise mitgetheilt: „So eben erfahre ich aus guter Quelle daß Oesterreich vor einigen Tagen formellen Protest eingelegt hat gegen die Berufung des Parlaments, und mit gewaltsamer Intervention droht. Der Ministerrath hat darauf vorgestern dem Wahlgesetze zum Parlament die letzte Redaction für Preußen gegeben, und dann eine Antwort beschlossen in welcher Deutschlands Rechte energisch gewahrt werden, und erklärt wird Gewalt solle erwartet werden. Die betreffende Depesche ist bereits abgegangen.“

Ein Schreiben aus **Berlin** (in der Weser-Zeitung) sagt über die Publicationsform der Verwaltungsrathsbeschlüsse über die Reichstagswahlen: „Man ging einen Augenblick damit um die Ausschreibung der Wahlen sofort als einen Erlaß des Verwaltungsraths der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai verbündeten Staaten zu publiciren, so daß damit eben von selbst und gewissermaßen mit Umgehung der einzelnen Regierungen die Vornahme der Wahlen am 31 Jan. als angeordnet habe erscheinen sollen. Später überzeugte man sich jedoch daß dieß eine Verletzung jenes Grundprincips seyn würde welches gerade von Preußen ununterbrochen der Frankfurter Versammlung gegenüber geltend gemacht wurde, und nun beliebte man die Publicationsform daß jeder der verbündeten Regierungen eine beglaubigte Abschrift des Gesetzes zur weiteren Veranlassung übermacht würde. Hiermit ist nun aber die Ausschreibung der Wahlen lediglich in die Hand der einzelnen Regierungen gelegt, und hiermit dürfte denn nun also die Krise innerhalb dieses Bündnisses vom 26 Mai ihre eigentlich praktische Bedeutung erhalten, denn man sieht voraus daß Hannover und Sachsen dem Beschlusse des Verwaltungsraths von vorgestern keine Folge leisten werden, und es könnte seyn daß auch andere Staaten sich diesen Umstand zu Nutze machten. Es mag als ein bedeutsames Moment nicht übersehen werden daß z. B. der strelitz'sche Bevollmächtigte, Hr. v. Oertzen, den ganzen letzten Sitzungen des Verwaltungsraths nicht beigewohnt hat, und daß er, obwohl er im voraus auf die Wichtigkeit der nächsten Sitzungen aufmerksam gemacht wurde, sich doch mit dringenden Geschäften entschuldigte die ihn nach Strelitz zurückriefen. Gestern, also unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung ist er wieder hiehergekommen, freilich um heute Abend schon wieder im Gefolge des Großherzogs selber abzureisen. Wenn von einzelnen Seiten auf diese Anwesenheit des Großherzogs von Strelitz als auf einen Beweis für das gute Einvernehmen mit Preußen hingewiesen wird, so bemerken wir nur daß dieser Besuch diesesmal fast ausschließlich seinen Grund in der großen Musikliebhaberei des Großherzogs hat; er war hauptsächlich hergekommen um Jenny Lind in den Hofconcerten zu hören. Schlußfolgerungen für das Gebiet der Politik lassen sich dießmal aus der Reise nicht ziehen.“

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 22 Nov. Die Tagesordnung in der heutigen Sitzung des Landtages war die Berathung über den Bericht des deutschen Ausschusses. Der Berichterstatter der Ausschußmehrheit, Hr. Kitz; erörterte kurz die Lage des Landes welches sich gerne des Eingreifens in die äußere ministerielle Politik enthoben sähe, um die innere Entwicklung verfassungsmäßiger Institutionen gefördert zu sehen. Daneben blicke man aber mit Sorge auf mögliche Verwicklungen die aus dem Widerstreite von Staaten drohen die aufeinander hingewiesen seyen. Er selbst würde nun zwar sein Nein zu der Ausschußfrage gesprochen haben, wenn auch gewiß wäre daß Hannover treu bleibe seinen Verpflichtungen, andere Mitglieder würden auch trotz Hannover zur Regierungspolitik stehen. Alle glaubten aber im Sinne des Landes zu handeln, wenn sie wünschten aus dem Vor- oder Rückschreiten der Entwicklung des Bündnisses Anhaltspunkte für die künftige Entscheidung noch erst zu gewinnen. Die zweite Hälfte des Antrags enthalte einen unumwundenen Ausdruck des Vertrauens zur Politik der Regierung in den inneren Angelegenheiten und den Wunsch die Minister in den Stand zu setzen die Regierung fortzuführen. Man wolle die Minister der rechtlichen Verantwortlichkeit für das in der deutschen Sache bisher Geschehene entheben, damit aber nicht Namens des Landes die bisherigen Acte genehm halten. Der Ausschuß sey nämlich in seiner Mehrheit der Ansicht daß die im Art. 27 des Staatsgrundgesetzes vorbehaltene Genehmigung das Land berechtige einen von der Regierung einseitig geschlossenen Vertrag rückgängig zu machen; ob von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden solle, das sey zum Theil Frage der Zweckmäßigkeit der Macht. Der Ausschuß wünsche die Regierung in der Lage zu erhalten bis zu dem Punkte vorzugehen wo in der Vollziehung der Wahlen zum Reichstag ein Act legislativer Thätigkeit nöthig sey, aber nicht weiter ohne die dann zu gebende Zustimmung des allgemeinen Landtags. Mölling, als Dissentient, hebt hervor wie der Landtag der Staatsregierung eine klare Antwort schuldig seyn werde. Das Aufschieben bedeute nichts. Wöcker, Lindemann u. a. machen den Zusatz zum Antrage der Ausschußmehrheit: zugleich die Staatsregierung um die Erklärung zu ersuchen daß sie inzwischen keinerlei Schritte zur Realisirung des Anschlusses an das Bündniß vom 26 Mai weiter thun wolle. Diesem stellte Wibel I den Antrag auf motivirte Tagesordnung, „in Erwägung daß nach den Erläuterungen des Berichterstatters der Mehrheit der Antrag nicht nöthig, und daher in der Sache selbst einzugehen nöthige.“ v. Thünen beantragt nicht weiter zu discutiren, und die Wibel'sche Tagesordnung wird mit 24 gegen 17 angenommen, deßgleichen der Antrag der Ausschußmehrheit mit 24 gegen 17. Minister Schloifer, in einem für diesen Fall vorbereiteten Vortrage, dankt für die Anerkennung der guten Absichten und auf das Landeswohl gerichteten Bestrebungen des Ministeriums, dasselbe lebe aber der Ueberzeu-

gung von der Nothwendigkeit des Beharrens auf dem betretenen Wege zur Verwirklichung des Bundesstaates. Er halte die Regierung des Großherzogs überdieß, den verbündeten Staaten gegenüber, gebunden. Der Vorbehalt der Regierungen von Sachsen und Hannover allein könne eine Hemmung der Theilnahme Oldenburgs am Bündnisse nicht rechtfertigen. Wie es mit Hannover werde, sey nicht vorauszusehen; jedenfalls aber nicht gerathen die Beschlußnahme über Oldenburgs Politik an die Regierung von Hannover zu übertragen. Wolle die Regierung zögern, so dürfe sie erwarten daß Mißtrauen von ihren Verbündeten in sie gesetzt werden werden. Das Staatsministerium würde es auch nicht verantworten können einer ihm antinational und particularistisch scheinenden Richtung in den deutschen Angelegenheiten auch nur indirect zur Stütze zu dienen, und werde deßhalb dem Großherzog eine andere Politik als die bisherige nicht empfehlen können. Er bitte daher daß der Landtag die Verhandlung wieder aufnehme und bald zu Ende fördere. Diese Erklärung wurde an den Ausschuß zurückverwiesen. Die Verhandlung hat den Nutzen gehabt daß die Vision einer Gespaltenheit des Ministeriums jetzt wohl geschwunden ist. (Weser Ztg.)

Schleswig-Holstein. **Altona,** 23 Nov. In Nordschleswig und auf Alsen werden Bittschriften an den König von Dänemark um Incorporation Schleswigs in Dänemark in Umlauf gebracht, aber bis jetzt ohne Erfolg. Den adeligen Gütern im Herzogthum Schleswig hat die in Flensburg eingesetzte schleswigsche Centralcasse durch Circularschreiben angesagt daß, wenn sie die rückständigen Steuern (welche die Gutsbesitzer nach Flensburg zu liefern sich weigern) nicht binnen 14 Tagen abtragen, die Beitreibung durch militärische Execution wird veranlaßt werden müssen.

Oesterreich. Wir entnehmen einer biographischen Skizze des Feldzeugmeisters und Chefs des Generalquartiermeisterstabes Heinrich Ritter v. Heß im Oesterr. Corresp. folgende Daten: Heinrich Ritter v. Heß ist im Jahr 1785 zu Wien in Niederösterreich geboren, und trat den 25 Dec. 1805 als Fähnrich in die österreichische Armee ein. Im Jahr 1813 im Generalquartiermeisterstabe zum Hauptmann befördert, machte er den Feldzug in Deutschland mit und wurde zu einer diplomatischen Sendung nach Dresden verwendet. Im Jahr 1829 wurde er Oberst und mit der Direction der Generalstabsabtheilung bei dem mobilen Armeecorps in Oberitalien beauftragt. In dieser Eigenschaft hat er nach Andeutung des Feldmarschalls Radetzky eine neue Feld- und Manövrir-Instruction entworfen, deren Tüchtigkeit die Feldzüge der Jahre 1848 und 1849 erprobten. Seine Verdienste in den letzten italienischen Kriegen sind in den Blättern der Geschichte verzeichnet.

Die gestern erwähnte Antwort des Lloyd auf das Schreiben Cobdens an Bach gilt überhaupt den Anklagen die auf Oesterreich wegen der in Ungarn geübten Strenge gehäuft wurden. Da wir häufig derselben Erwähnung gethan, wollen wir auch die Vertheidigung hören. Der Lloyd sagt im wesentlichen: „Während ein preußisches Kriegsgericht zu Rastatt die gemeinen Soldaten erschießen ließ welche sich am badischen Aufstande betheiligten, schwieg die preußische Presse zu jener Härte, aber schrie Zeter und Wehe über österreichische Militärgerichte welche die Leiter der Empörung verurtheilten, Leiter welche theils ihren Fahneneid gebrochen, theils die Absetzung ihres Monarchen und seiner Dynastie feierlich decretirt hatten. Man vergleiche die Zahl der Aufständischen in Baden mit der Zahl der Aufständischen in Ungarn oder in Italien, man bedenke den gewaltigen Charakter der Revolution in Oesterreich, und das vergleichsweise lächerliche und schwächliche Gepräge welches der Putsch in Baden trug, man zähle dann die Fälle auf in welchen die Todesstrafe in Baden, und diejenigen in welchen dieselbe Strafe in Ungarn oder in Italien verhängt wurde, und der unparteiische Forscher wird eingestehen müssen daß er Oesterreich nicht einmal als streng bezeichnen darf, wenn er nicht den Namen von Tyrannen und Barbaren den Gewalthabern in Baden zuerkennen will. . . England hat seit dem siebenzehnten Jahrhundert keine Empörung, so ernsthaft als diejenige welche Oesterreich während dieses Jahres unterdrückte, zu bekämpfen gehabt. Aber der Kenner der englischen Geschichte weiß mit welcher Strenge nach der Schlacht von Culloden verfahren, mit welcher Grausamkeit gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Aufstand der vereinigten Irländer unterdrückt wurde. Und noch während der letzten Monate haben wir es erlebt daß England auf den jonischen Inseln, wo es nur ein Protectorat ausübt, wo eine Gefahr für die englische Herrschaft undenkbar, eine erfolgreiche Empörung gegen dieselbe unmöglich ist, die wenigen Personen welche in Kindeseinfalt wähnten daß ein- oder zweihundert Menschen Englands Macht bekämpfen könnten, theilweise gepeitscht, theilweise aufgehängt hat. Wir erinnern uns der strengen Urtheile gegen O'Brien und Consorten, der noch strengeren gegen die Chartisten, welche nur mit Worten sich gegen die Regierung vergangen hatten, und fragen die Welt ob England Ursache hat seine Milde so darzustellen als wäre sie größer denn diejenige anderer Nationen. Der Junius-Aufstand in Paris bedrohte die Staatsformen, aber nicht die Staatseinheit. Man hat aber nach dem Junius-Aufstand jede einzelne Person welche man schuldig glaubte vor Gericht gestellt, und wenn der Beweis gegen sie lautete, bestraft, während Oesterreich in Ungarn die Justizpflege damit begann unter hundert schuldigen Personen neunundneunzig derselben jeder Untersuchung zu entbinden. . . Wenn Preußen, England und Frankreich streng oder grausam gewesen, wir brauchen nicht ihrem Beispiele zu folgen. Oesterreich hatte sich einen Namen seiner Milde wegen erworben, und es hätte gewiß keine Unehre gebracht diesen zu erhalten. Aber wir fragen, hat irgendein verständiger Mensch glauben oder hoffen können, Oesterreich würde denen vergeben können, vergeben dürfen welche als Officiere und Generale den Fahneneid gebrochen, um gegen ihre früheren Cameraden zu kämpfen, welche ihren Monarchen vom Throne zu stoßen versucht, welche seine loyalen Unterthanen vor ihre Gerichte gestellt, erschossen und gehängt haben, welche Städte, Dörfer und Gotteshäuser muthwillig in Asche gelegt, welche in Syrmien, im Banat, im Sachsenlande und anderen Orten die haarsträubendsten Gräuelthaten begingen, welche nicht im eigenen Interesse oder aus irgendeinem erdenklichen Nutzen den sie suchten, welche nur aus reiner Lust zum Bösen das Böse vollführten, und Tausende wehrloser Männer und Weiber in wildem Grimme abschlachteten? Hätte ein Rath der Krone es vor seinem Gewissen und vor dem Volke verantworten können eine allgemeine Amnestie für alle Aufständischen zu verlangen und zu bevorworten? Wäre sie erlassen worden, es hätten die Führer des Aufstandes mit höhnischer und triumphirender Miene durch das Land reisen können um sich dort zu zeigen wo sie hundert Romanen lebendig in einer Scheune verbrannt, wo sie den Pfarrer Roth aufgehängt, wo sie Hunderte von Weibern und Töchtern ehrlicher Bürger in ihre Lager getrieben um sie den schändlichen Lüsten entmenschter Freibeuter preiszugeben. Wir haben gesagt daß die österreichische Presse gerade bezüglich der gehässigen Verleumdungen auswärtiger Journale eine bewundernswerthe Selbstverläugnung geübt hat. Sie übte sie, indem sie auf den Schimpf der ihrem Lande zugefügt wurde keine Antwort gab, bis sie wußte daß beschlossen war große Milde in Ungarn zu üben. Sie wollte durch kein Wort das sie aussprach das Schicksal selbst der Schuldigsten erschweren, nachdem sie hülflos in die Hände der Gerechtigkeit gefallen waren. Es kann aber nicht die Aufgabe der österreichischen Journalistik seyn immer still zu schweigen. Heute kommt uns ein Brief zu Gesicht, den Richard Cobden, der englische Freihändler, an den österreichischen Minister des Innern adressirt. Wir haben keine Scheu ihn der Oeffentlichkeit zu übergeben. Es ist überhaupt ein Fehler der englischen Nation im näselnden Tone andern als sich selbst Moral zu predigen. Sie lieben es den Geruch der Heiligkeit um sich zu verbreiten. Sie haben einen scharfen Blick für die Splitter in ihres Nächsten Auge, aber nicht für die Balken im eigenen. Sie schicken Mäßigkeitsapostel in die Welt um Schweden und Deutsche von der Branntweinpest abzumahnen, und erklären dem Kaiser von China den Krieg weil er seine Unterthanen nicht mit dem Opium der englischen Kaufleute vergiften lassen will. Sie predigen Freiheit in Sicilien weil ihnen der Schwefel im Fall einer Revolution billiger zu stehen käme, und unterdrücken die Freiheit in Portugal weil sie ihnen den Portwein vertheuern könnte. Sie entsenden Missionäre und Schiffsladungen von Bibeln nach dem stillen Ocean um die Heiden zu bekehren, und lassen in London und Liverpool und Manchester hunderttausend Kinder aufwachsen welche nie gehört haben daß es einen Gott in der Welt gibt. Sie lassen keinen Tag im Jahre vorbeigehen an welchem nicht ein brittischer Soldat am Sutledsch, im Kafferlande, in Australien seinen Feind tödtet, und entsenden das stärkste Contingent nach Friedenscongressen, um andern Völkern den Frieden und den — Freihandel zu predigen."

• Wir erhalten die neueste Wien-Linzer Post in so später Stunde daß wir nur für einige Worte Zeit finden. Der Kaiser war am 24 in Linz eingetroffen und aufs festlichste empfangen worden. Er verweilte noch am 25 Abends daselbst. In Wien selbst war Fürst Schwarzenberg wieder angekommen. Die Wiener Blätter sind fast so viel mit Theaterdebatten als mit Politik beschäftigt. Hebbels Rubin hatte Fiasco gemacht, und ein Stück von Nestroy war durchgefallen. Landsteiners Reichszeitung hatte die Erwartungen wenig befriedigt.

8 **Prag,** 23 Nov. Am 20 besuchte Se. Maj. der Kaiser die Przibram'sche Kattunfabrik in Smichow, die Akademie der bildenden Künste, das Taubstummeninstitut, die Irrenanstalt, das Museum und das Carolinum, und hielt dann eine militärische Musterung bei dem Invalidenhaus. Zur Tafel wurden die Civil- und Militärautoritäten beigezogen. Die Beleuchtung war eine der schönsten die Prag je gesehen sowohl wegen der Menge sinniger Transparente, als wegen der häufigen Anwendung von Gasflammen. Der größte Theil der Bevölkerung durchwogte die Straßen, den Kaiser empfingen beim Umzug durch die Stadt zahlreiche Jubelrufe, seinem Wagen folgten mehr als 500 Wagen. Ein Transparent in der Wohnung des Redacteurs der eingegangenen radicalen Zeitung „Concordia," welches eine Bahre mit der Aufschrift „Revolution," getragen von österreichischen Feldmarschällen, darstellte, mußte auf Verlangen des Publicums sogleich herabgenommen werden. Als der Kaiser vor der Wohnung des Glockengießers Bellmann vorbeikam, ertönte dort ein

feierliches Geläute. Am 21 besichtigte der Kaiser das erste Feldartillerie-Regiment, das Invalidenhaus, die neue Caserne in Karolinenthal, die Forts auf dem Lorenzberg und im Volksgarten, das Garnisonsspital und das allgemeine Krankenhaus. Er besuchte alle Krankenzimmer und sprach mit vielen Kranken, Abends wohnte der Kaiser einer böhmischen Vorstellung des Freischütz bei — wo eine Festouverture und Cantate zur Aufführung kam — (das deutsche Theater hatte er am 19 besucht). Am 22 früh ertheilte Se. Maj. allgemeine Audienz. Die Städte Eger, Saaz, Leitmeritz, Komotau, Jungbunzlau und Münchengrätz hatten Deputationen mit Ergebenheitsadressen gesendet. Heute in aller Früh reiste Se. Maj., begleitet vom Hrn. Minister Bach (der Hr. Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg fuhr unmittelbar nach Wien zurück) auf der Linzer Straße fort und wird in Budweis Nachtquartier halten. Die Probefahrt auf der Prag-Dresdener Eisenbahn unterblieb weil ein Theil der Raudnitzer Judenstadt, an welcher die Eisenbahn vorübergeht, noch nicht demolirt ist, die genannte Stadt daher einer Feuersgefahr ausgesetzt gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir daß wegen der Eisenbahn in dortiger Gegend ein ganzes Dorf abgetragen werden mußte, welches eine Viertelstunde weiter bereits wieder neu aufgebaut ist. Man erfährt daß Minister Bach bei den Audienzen die er gab die Aeußerung gethan habe die Regierung werde keinen Schritt zurückthun, sondern fest und sicher vorwärtsschreiten. *) Der hiesige „katholische Verein" hat beschlossen vom nächsten Sonntag an in Predigten seine Polemik gegen den Prediger der böhmisch-protestantischen Gemeinde, Kossuth, zu beginnen. Auf den Antrag von Professor Curtius ist auch hier wie in Wien vom Ministerium ein philologisches Seminar gegründet worden, das Curtius leitet; die Seminaristen, aus der Zahl der Lehrcandidaten, erhalten ein jährliches Stipendium von 80 fl. (zur Anschaffung von Hülfsbüchern), nebstdem die hiesige kaiserl. Bibliothek jährlich einen Zuschuß von 100 fl. um noch mehr philologische Werke ankaufen zu können. Die studirende Jugend zeigt schon jetzt viel mehr wissenschaftlichen Eifer als sonst, besonders im Fache der Philologie.

Prag, 23 Nov. Se. Maj. der Kaiser ist heute abgereist. Vorher stattete er noch dem Prinzen Albert von Sachsen, der von Dresden hier angekommen, einen Besuch ab. — Die Cholera ist nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande im Zunehmen.

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth,** 20 Nov. Eine zahlreiche Menge Neugieriger drängt sich durch die zur Kettenbrücke führenden Straßen und Gassen. Um 12 Uhr Mittags wird der Uebergang über die Kettenbrücke feierlich eröffnet, und werden der Feldzeugmeister Baron Haynau und Baron Gehringer, als k. k. bevollmächtigter Hofcommissär für die Civilangelegenheiten Ungarns, von der Actiengesellschaft eingeladen als die ersten über diesen wundervollen Riesensteg hinüberzuschreiten. Die Generalität, alle Civilnotabilitäten, ein glänzendes Gefolge schließen sich dem Zuge an, Militär und Musikcorps werden die schöne friedliche Festlichkeit erhöhen. So imposant wie der Einzug der k. k. Armee im Julius über diese Brücke dürfte sich jedoch die Eröffnung keineswegs gestalten. Damals passirte eine ganze Cuirassierdivision, eine Anzahl Grenadierbataillons und Geschütze, dann die russische Division Panjutine den Kettensteg. Bis um Mitternacht ist jedermann der Uebergang gestattet. Heute wurde auch Clarks, des genialen Baumeisters wohlgetroffenes Porträt von Barabas, in den Kunsthandlungen ausgegeben. In Szegedin sind seit dem 7 Nov. abermals 148,972 fl. 50 kr. in Kossuth-Banknoten abgeliefert und von der betreffenden Commission öffentlich verbrannt worden. In Arad hat man neuerdings 173,633 fl. 30 kr., also im ganzen bereits 1,288,799 fl. vernichtet. Da das Arader Comitat außerdem 800,000 fl. ablieferte, so wurden im ganzen über zwei Millionen ungarisches Papiergeld in dieser Gespanschaft außer Curs gesetzt. An der hiesigen Universität werden im laufenden Schuljahr die meisten Vorträge in ungarischer Sprache gehalten werden, da sich die Mehrzahl der Schüler für diese Unterrichtssprache entschied. Der zweite ungarische Conseilpräsident Bartholomäus Szemere soll erst am 11 Nov. in Paris angekommen seyn und seiner in Pesth domicilirenden Gattin ein Rendezvous für einen bestimmten Tag in der Hafenstadt Genua gegeben haben. Der ehemalige Cultusminister Michael Horvath soll unter dem falschen Namen Möhring glücklich über Brüssel auf französischen Boden gelangt seyn. Der k. k. Districtual-Obercommissär v. Szentivanyi wie der Präses der Unterrichtscommission Baron Sennyey sind nach Wien abgereist. Der zweifelsohne fingirte Brief Kossuths, den kürzlich der österreichische Lloyd nach der Nationalzeitung mittheilte, hat hier großes Aufsehen erregt; selbst der Landmann in den Umgebungen von Budapest schwatzt bereits von einer neuen Proclamation Kossuths. Lächerlich sind die Flüche welche in diesem bombastischen Schreiben auf Görgey's Haupt gehäuft werden, dieselben haben selbst bei den Exaltados ein Gefühl von Entrüstung und Indignation hervorgerufen. Wer zuviel sagt, sagt gar nichts. Heute ist erste Opernvorstellung — Don Juan — im deutschen Noththeater.

Aus **Pesth** wird dem „C. Bl. a. B.," als Beleg daß Görgey's Armee immer königlich gesinnt war, eine Erklärung der Donau-Armee in deutscher Sprache, dd. Hauptquartier Promontorium 2 Jan. 1849, mitgetheilt. Sie besteht aus vier Punkten und lautet: „1) Das Armeecorps an der obern Donau bleibt treu seinem Schwur: für die Aufrechthaltung der vom König Ferdinand dem Fünften sanctionirten Constitution des Königreichs Ungarn gegen jeden äußern Feind entschieden zu streiten. 2) Mit derselben Entschiedenheit aber wird das Armeecorps an der obern Donau auch allen denen entgegentreten welche durch unzeitige republicanische Umtriebe im Innern des Landes das constitutionelle Königthum zu stürzen versuchen wollten. 3) Aus dem Begriff der constitutionellen Monarchie, für welche das Armeecorps an der obern Donau bis auf den letzten Mann einsteht, folgt von selbst daß es einzig und allein nur jenen Befehlen folgen dürfe und wolle welche ihm vom verantwortlichen königl. ungarischen Kriegsminister oder dessen durch ihn selbst ernannten Stellvertreter (gegenwärtig General Vetter) in gesetzlicher Form zukommen. 4) Da das Armeecorps an der obern Donau, eingedenk des auf die Constitution Ungarns geleisteten Eides, und eingedenk seiner Ehre sich vollkommen bewußt geblieben was es soll und will, so erklärt es schließlich daß es das Resultat irgendeiner mit dem Feinde gepflogenen Uebereinkunft nur dann anerkennen werde wenn solches einerseits jene Verfassungsform Ungarns auf welche das Armeecorps beeidet worden, andererseits die Kriegerehre des Armeecorps selbst garantirt. Das Armeecorps an der obern Donau gibt diese öffentliche Erklärung ab um inmitten der politischen Umtriebe, denen besonders in der nächsten Zukunft unser armes Vaterland preisgegeben werden dürfte, seine Stellung auf streng gesetzlichem Boden unerschütterlich behaupten zu können. Im Namen des Armeecorps an der obern Donau. Görgey m. p. Generalmajor."

Der **Agramer Banalrath** hat beschlossen daß eine Kanzlei für tschechische, polnische und russische Sprache und Litteratur zeitlich errichtet werde. Die Agramer Zeitung tadelt diesen Beschluß, und meint es wäre besser gewesen für die Landessprache einen Lehrstuhl zu errichten.

Unter der Ueberschrift „Ein Premier" bringt das Const. Blatt aus Böhmen die nachstehende aus Pesth datirte Skizze: „Gestern Abends gegen 7 Uhr befand ich mich bei einem meiner Freunde, der sich in der medicinischen Welt eines bedeutenden Namens erfreut. Wir gedachten den Abend gemüthlich zu verplaudern, plötzlich aber ward heftig geschellt, und ein Bote erschien mit der Hiobspost Baron Kray sey so eben von einem Wagen überfahren worden und habe beide Füße gebrochen. Der Arzt eilte hinweg. Ich blieb in seinem Schaukelsessel zurück. Meine Gedanken weilten in high life, an das mich das Unglück des Freiherrn gemahnte. Ich musterte all die glänzenden Namen die aus der ungarischen crême de la crême gestrichen worden, und unwillkürlich haftete mein geistiges Auge auf einem bedauernswerthen Mann altadeligen Geschlechtes. „Herr des Himmels", rief ich, „in diesem Schaukelsessel hat er seine eigene Zukunft prophezeit!" Die Sache verhielt sich so. Es war im September vorigen Jahrs daß ich meinen Freund, den gedachten Arzt, früh Morgens um 6 Uhr zu einem Spazierritte abholte. Ein Patient befand sich in seinem Schreibzimmer. Die hohe Lehne des mehrerwähnten Sessels verbarg mir seine Gestalt. Ich trat wartend an das Fenster des Nebenzimmers. Der Fremde sprach heftig und so laut daß ich jedes Wort verstehen konnte. Es war die Zeit der Ministerkrisis, als es den Ungarn vor dem ritterlichen Banus zu grauen begann. Der Mann im Sessel hub an: „Haben Sie gesehen, Doctor, mit welchem Eclat unsere Bergpartei gestern Vormittag manövrirte? Es war in der That ein großes Schauspiel das, und da wir einmal in der Geschichte gelesen wie jemand dem unglücklichen König Ludwig XVI vor dem Pariser Gemeindehause die rothe Mütze aufsetzte, so glaubten wir an die Wiedergeburt jenes Momentes, als man dem zu dem Pöbel sprechenden Kossuth einen Hut mit unmenschlich langen rothen Federn auf das Haupt drückte, eine Kopfbedeckung die er jedoch so klug war abzulehnen. Der Abend brachte die Revanche. Es war freilich ein Donnerschlag für den Berg, als ich mit Auftrag Sr. k. k. Hoheit des Palatins herausrückte, aber er wird sich bald von seiner Bestürzung erholen. Die Bewegung fängt an mir über den Kopf zu wachsen. Ich bin kein Mirabeau, und das ist eine complete Reprise der ersten französischen Revolution." „Sie outriren." „Nicht im geringsten! Vergebens predigt mein „vieux cordelier", das einzige ruhig urtheilende Journal, die Pesther Zeitung, Mäßigung und Versöhnlichkeit;

*) Die Redacteure mehrerer Prager Blätter übergaben ihm eine Vorstellung gegen den Ausnahmezustand der Presse.

die übrigen Journale und der Gleichheitsclub haben Heberts, Anacharsis Clooth's und derlei Fanatiker in Hülle und Fülle aufzuweisen. Alles überstürzt sich. Was ist das Freiwilligenregiment das der Club anwerben wollte anders als eine Nachäffung der Henriot'schen Banditengarde? La fête de la raison ist zwar noch nicht gefeiert worden, aber Madarasz-Chaumette hat sich bereits seine Déesse de la raison auserkoren. Kossuth wird diesen Robespierre freilich nicht aus dem Ei kriechen lassen, aber dafür stecken in Lajos selbst ein Duzend Camille Desmoulins ohne dessen Mäßigung. Seine gelenke Zunge wird den Sturm heraufbeschwören und ein Meer von Blut über Ungarn zusammenschlagen machen." „Ich habe Sie nie für einen Schwarzseher gehalten." „O ihr seyd alle blind und noch obendrein spottschlechte Geographen. Ihr denkt die Vendee liege in Frankreich. An der Drau und Save müßt ihr sie suchen, und Baron Jellachich weiß das genau. Ich sehe alles kommen. Mea culpa, mea maxima culpa! Was half ich auch die Drachenzähne der Zwietracht säen. Die Honved waren die Saat, und der Bürgerkrieg ist nicht mehr zu vermeiden. Mich hat die Opposition vorgeschoben, mich wird sie vorschieben, bis sie mich — — „Nun?" „Bis sie mich fallen läßt wie eine ausgepreßte Citrone. Die berüchtigte Lenormand in Paris hat einem meiner Minister, dem Baron Eötvös, ein garstiges Ende prophezeit. Er ist klug genug bei Zeiten abzusegeln. Ich bleibe. Die Wahrsagerin scheint sich in der Person geirrt zu haben." Eine lange Pause folgte. Mir ward das Antichambriren zu lange. Ich hustete. Der Fremde fuhr auf, nahm das Pulver das ihm der Arzt während der Pause gemischt hatte, verschlang es, ergriff seinen Hut und stürzte, mich flüchtig grüßend, aus dem Gemache. Das Haupt war fast ganz nackt und kahl, ein immenser Vollbart wallte um das blasse Antlitz. Kennzeichen genug. Es war Graf Louis Batthyany."

Großbritannien.

London, 23 Nov.

Die Times enthält einen zweiten Brief von Charles Dickens gegen die Oeffentlichkeit der Hinrichtungen, wobei sich derselbe auf einen Ausspruch seines novellistischen Vorläufers (und Geistesverwandten) Fielding beruft, der bekanntlich nicht bloß Romanschreiber, sondern auch Londoner Polizeibeamter war. In Southwark aber fand am 20 Nov. eine zahlreiche Versammlung statt, um, mit Rücksicht auf die schändlichen Auftritte bei der letzten Hinrichtung, für gänzliche Abschaffung der Todesstrafe sich auszusprechen. Eine Petition in diesem Sinn an das Parlament wurde beschlossen.

Daily News sagt: „Graf Batthyany, wohlbekannt in unsern vornehmen Kreisen, unter unsern Reitern und Jägern, ist von London in Wien angekommen, wie wir hören in Geschäften die sich auf seine Güter in Ungarn beziehen. Graf Casimir Batthyany, der sich mit Kossuth und den ungarischen Flüchtlingen in der Türkei befindet, ist der einzige Bruder des Grafen Batthyany der vor einigen Jahren österreichischer Gesandtschaftssecretär unter Sr. Exc. dem Fürsten Esterhazy in London war. Wie wir vernehmen, haben Graf Casimir und seine Gemahlin die Absicht aus der Türkei nach England überzusiedeln."

Der berühmte Missionär Dr. Karl Gützlaff, erster Dolmetsch bei dem englischen Oberintendanten in China (ein geborner Preuße), wird, nach 23 Jahren Abwesenheit in jenem Land, zu Besuch in Europa erwartet. Er ist bekanntlich Verfasser mehrerer reichhaltigen Werke über China.

Frankreich.

Paris, 23 Nov.

Der Unterrichtsminister hat beschlossen daß während der langen Winterabende im Nemours-Saal des Palais National, als im Mittelpunkt der Stadt, öffentliche Vorlesungen für die Arbeiter gehalten werden sollen. — Der Artillerieobristlieutenant Marie Justin Lin Soleille ist durch Decret vom 20 Nov. zum Cabinetschef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. — Gestern und vorgestern sind zwei Journale mit Beschlag belegt worden, la Liberté und la Démocratie Pacifique. In Bezug auf das letztere Blatt bemerkt der Moniteur, es sey gegen den Gerant wegen eines Artikels: la présidence et les cités ouvrières eine gerichtliche Untersuchung verhängt auf den Grund: 1) der Beleidigung gegen die Person des Präsidenten der Republik; 2) der Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung der Republik. Es sind nämlich bei dem Bau der gemeinschaftlichen Arbeiterwohnungen in Paris, der unter dem Patronat des Präsidenten L. Bonaparte begonnen ist, seit einigen Tagen, wie es heißt, aus Mangel an Fonds, die Arbeiten eingestellt.

Die dramatischen Scenen im Palast der Nationalversammlung vervielfältigen sich wieder, und ist auch ihr Interesse für die Gesetzgebung sehr nichtig, so sind sie doch von Bedeutung für die parlamentarische Geschichte. Raspail, Segur d'Aguesseau und P. Bonaparte haben das zweideutige Verdienst drei Sitzungen nacheinander (20, 21 und 22 Nov.) auf eine Art belebt zu haben daß den conservativen Leuten angst und bange wird, und es verlohnt sich ein Rückblick auf den innern Zusammenhang dieser Tagsbegebenheiten, die für den Geist des Parteiwesens so charakteristisch sind. Hr. Benjamin Raspail begründete sein Mißtrauensvotum gegen die Bankiers durch folgende Argumentation. „Ihr habt in Paris ein Spielhaus, Börse genannt (anhaltendes Gelächter), ein Spielhaus wo man aus guten und schlechten Neuigkeiten, gleichviel ob sie wahr oder falsch sind, Münze prägt und der welcher die Neuigkeit zuerst hat, ungeheure Gewinnste machen kann. Wenn es nun im Schooß der Regierung einen Minister gäbe der das Bankiergeschäft ausübte, könnte es nicht geschehen daß dieser Minister, ohne zu glauben etwas pflichtwidriges zu thun, von den Neuigkeiten in deren Besitz er wäre, Gebrauch machte? (Beifall links. Murren sonst. Präsidium: Das wäre ein Diebstahl. Hr. F. Barrot, Minister des Innern: Das stünde bei jedem, ein Advocat könnte ebensogut ein so schlechtes Handwerk treiben. Hr. Garnier, zu Hrn. Raspail: So beantragen Sie doch daß ein Finanzminister ein ehrlicher Mann sey.) Ehe ich weiter gehe muß ich erklären daß in dem was ich sage nichts persönliches liegt. Es gibt überall ehrliche Leute, selbst unter den Bankiers. (Neue Heiterkeit rechts.) Glaubt ihr, Bürger! daß der Mann der im Börsenspiel aufgewachsen, von einem Tag auf den andern mit alten Gewohnheiten bricht, wenn er Minister geworden ist? Wird er sich ein Gewissen daraus machen wenn alle Börsengeschäfte auf den politischen Neuigkeiten beruhen, die zu benützen in deren Besitz er ist, zumal wenn sie ihm zu ungeheuern Gewinnsten verhelfen können? (Rechts: Genug! genug! Das ist unwürdig! Links: Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Ich glaube es nicht, und warum? Weil derjenige der ein Geschäft, eine Handelschaft für erlaubt hält, wenn auch die welche nicht vom Handwerk sind, eine der unsittlichsten Markstereien darin erblicken, sich kein Gewissen daraus machen wird sich der Staatsgeheimnisse zu bedienen. Aber ich will den Fall setzen er habe Gewissenszweifel; kann es nicht vorkommen daß ein unvermuthet zum Minister ernannter Bankier am Abend vorher, einige Tage vorher starke Ankäufe gemacht, und wenn er nun im Schooß des Ministerraths oder durch sein Departement eine Nachricht erhält die geeignet ist ein Sinken der Fonds hervorzubringen, wenn sein Vermögen auf dem Spiel steht, wird er lange zaudern? Wird nicht das Privatinteresse unmittelbar über die Pflicht des Beamten den Sieg davon tragen? Offenbar wird der Minister im Augenblick wieder Bankier seyn. Und diese Thatsache zugegeben, welche Kluft sehet ihr zwischen der Erhaltung und der Versuchung des Gewinns? Es ist dem Bankier welcher Minister wird, gar nicht zuzumuthen daß er am Tag nach seiner Ernennung sein Haus schließe, zumal in einer Zeit wo die Minister, wenn sie Morgens ihr Hôtel verlassen, nicht gewiß sind, ob sie am Abend noch dahin zurück können. Sollte daher nicht wenigstens festgesetzt werden daß einer nur Minister werden könne, wenn fünf Jahre seit der Abtretung seines Bankhauses bis zum Tag seiner Ernennung verflossen sind? So wären die Rechte eines jeden gewahrt. (Lachen und Murren rechts. Links: Sehr gut! Sehr gut!) Mich dünkt dieß sey eine Frage der Moralität, und ich muß bedauern daß mir die Versammlung nicht die ganze ernste Aufmerksamkeit schenkt. Ist man denn von fähigen Männern (spöttisches Lächeln) so entblößt daß man genöthigt ist einen guten Minister nur bei einem Bankier zu suchen? So weit ist es mit uns — Gott sey Dank — noch nicht. Haben unsere Finanzen nicht durch Männer die dem Bankwesen fremd sind, ausgezeichnete Verbesserungen erhalten? (Rechts, ironisch: z. B. durch die provisorische Regierung.) Freilich, wendet man ein, ein Minister muß nicht nothwendig Bankier gewesen seyn um auf der Börse zu spielen, der erste beste Minister kann nöthigenfalls mit einem Anbeter im Tempel des goldenen Kalbs Halbpart machen. (Zahlreiche Stimmen: Genug! genug! Links: Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Diese Bemerkung kann sehr wahr seyn, und es ist mir wie wenn ich gehört hätte daß einmal ein gewisser Minister in Zeit von einem Jahr oder 15 Monaten an seinem Gehalt von 100,000 Fr. 1½ Mill. ökonomisirt hat. (Heftige Unterbrechung. Eine Menge Stimmen: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Hr. v. Mortemart: Was sollen diese Einflüsterungen? Hr. Godelle: Keine Einflüsterungen. Nennen Sie. Zahlreiche Stimmen: Wer? Wer? Nennen Sie. Stürmische Gährung. Präsidium: Sie greifen einen der Männer an welche Minister waren, Sie greifen ihn an und nennen ihn nicht.) Ich bemerke dem Bürger Präsidenten daß ich von einem Recht Gebrauch mache das jedem angehört . . . (Eine Menge Stimmen: Nein! Nein! Sie müssen nennen. Wer? Wer? Nennen Sie! Ein Mitglied: Sie haben von einem Finanzminister gesprochen, nennen Sie ihn. Präsidium: Man verlangt Sie sollen nennen. Hr.

Godelle: Das ist eine Feigheit nicht zu nennen. Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Stimme links: Es ist vielleicht die Person in der Komödie von der es heißt:

Il s'était fait cent mille francs de rente
Sur ses appointemens, qui n'étaient que de trente.

Präsidium: Die Zahl der Finanzminister war sehr beschränkt... Eine Stimme: Es gab zwanzig bis dreißig. Präsidium: Es gab zwanzig bis dreißig. Mehrere genossen einen hohen und gerechten Ruf. Wenn Sie die Finanzminister in Masse angreifen, lassen Sie den Verdacht auf allen liegen. Geschrei rechts: Nennen Sie! Nennen Sie! Hr. Hennecart: Nennen Sie, oder nehmen Sie zurück. Stimme rechts: Erkennen Sie an daß Sie verleumdet haben. Hr. Amable Dubois: Der Redner hat nicht einmal die Entschuldigung der Improvisation. Er hat das in der Commission gesagt.) Es ist wahr, ich habe das in der Commission gesagt und mich auf eine vage Erinnerung berufen. (Ausrufe des Unwillens. Stimme links: Man hat auch sonst von loups cerviers gesprochen. Präsident Dupin, der von den Bankiers früher einmal diesen berühmt gewordenen Ausdruck gebraucht hatte: Das galt von fremden Bankiers welche mit dem Heere zogen um uns zu brandschatzen. Neues stärkeres Geschrei: Zur Ordnung! Hr. Dupin: Nennen Sie, oder widerrufen Sie den Vorwurf.) Ich habe mich auf eine vage Erinnerung berufen. Ich bemerke der Versammlung daß ich in der Politik sehr jung bin (ein Mitglied: ja wohl, man sieht es), daß ich nicht allen politischen Männern gefolgt bin die auf der politischen Bühne erschienen sind, und daß deßwegen mehrere Mitglieder jener Seite leichter den Namen sagen könnten als ich... (Hr. Hennecart: Das ist eine neue erschwerende Einflüsterung. Hr. Latrade: Erinnern Sie an die Processe Teste und Cubières! Lärmende Unterbrechung. Präsidium: Es ist augenscheinlich daß Sie einen persönlichen Angriff führen wollen. Ich mache einen großen Unterschied zwischen allgemeinen Vorwürfen die gegen eine ganze Classe von Individuen gerichtet sind. Classen und Professionen sind stark genug um Anzüglichkeiten oder Vorwürfe auszuhalten. Wenn man aber individualisirt muß man nennen, oder man zieht sich die strengsten Rügen zu. Nennen Sie also oder nehmen Sie den Ausdruck zurück, sonst rufe ich Sie zur Ordnung. Eines oder das andere. Beifall rechts. Widerspruch links. Die größte Aufregung herrscht im Saal. Links: Aber, Bürger Raspail, sprechen Sie doch von Teste und Cubières, diesen Ministern die wegen Erpressung verurtheilt worden. Stimme rechts: Es waren keine Bankiers. Präsidium: an die Mitglieder in den Gängen links: Ihr Herren! nehmet doch eure Plätze ein. Verschiedene Stimmen: Wenn die rechte Seite geräumt ist werden wir die Linke räumen. Präsidium: Gehe jedermann an seinen Platz, ich wende mich an die rechte wie an die linke Seite. Die Ruhe stellt sich ein wenig her.) Es wird leicht seyn die Erpressungen eines Ministers zu entdecken, wenn dieser Minister aus Mangel an Uebung genöthigt ist sich an seine Verwandten oder an Freunde zu halten um Börsengeschäfte zu machen. Ich nenne den Fall des Hrn. Teste. (Stimme rechts: Der war kein Bankier. Hr. Dampierre: Er war Advocat.) Ich bemerke nur daß in diesem Fall die ministerielle Tugend vornehmlich den Eingebungen eines ehemaligen Kriegsministers und eines Bankiers erlegen ist. (Hr. de Panat: Hr. Pellagra war kein Bankier, er ist es nie gewesen. Stimme links: Er war Generaleinnehmer.) In jener Periode der Corruption mußte ein ungeheurer Skandal geschehen bis man sich entschloß einen in der administrativen Hierarchie so hochgestellten Beamten zu treffen, denn damals suchte man nur auf die Gasse und die Mansarde loszuschlagen. (Ausrufe. Präsidium: Die Justiz trifft jedermann.) Ich weiß nicht ob die Gerechtigkeit immer im Verhältniß zur Stellung trifft die der Mann einnimmt. Ich glaube kaum. Ihr seht täglich einen armen Teufel, der wegen eines geringfügigen Diebstahls den er begeht um seinen Kindern Brod zu geben... (rechts: Das ist unerträglich. Kann man so etwas auf der legislativen Tribüne sagen?) zu zwei bis drei Jahren Gefängniß verurtheilt wird, während ein viel schuldigerer Minister die gleiche Strafe bekommt. (Der Minister des Innern, F. Barrot: Das ist das Gesetz. Präsidium zu dem Redner: Sie greifen alles an, selbst wo die Gerichte entschieden haben. Hr. F. Barrot: In dem angeführten Fall ist das Gesetz vollzogen worden, die Richter haben das Maximum der Strafe angewendet. In diesem Augenblick erhebt sich verwirrtes Geschrei auf der äußersten Linken, aus welcher Hr. Duché herausgehört wird. Präsidium bedroht ihn mit dem Ordnungsruf. Stimme links: Zu den Unterbrechern rechts sagen Sie nie etwas. Präsidium gegen die Linke: Ich habe die Lärmer zum Stillschweigen ermahnt. Aber da fahrt ihr heftig auf, und das ist immer was eure Unterbrechungen unterscheidet. Es gibt rechtmäßige Reclamationen von der andern Seite, aber ihr gewährt unklugen Reden eine unerlaubte Unterstützung. Ihr nehmt die Partei des Redners gegen den Präsidenten, gegen den Ordnungsruf. Rechts: Sehr gut! Sehr gut!) Unser ehrenwerther Präsident erinnert mich daß ich eine richterliche Entscheidung nicht angreifen dürfe, ich glaube aber, wenn unsere Gesetze früher oder später einer Reform bedürfen, so ist es immerhin nothwendig Beispiele anzuführen. (Präsidium: Fahren Sie in Ihrer Rede fort.) Und da ich fürchte, ich gestehe es, daß man noch einige alte monarchische Traditionen bewahrt hat, so wünsche ich daß man irgendein Vorbeugungsmittel ergreife gegen solche Vorkommnisse. Bürger, es ist erlaubt diese Besorgnisse zu heben wenn man sieht daß die Diebe, wohl verstanden die großen Diebe, ihre Zeit in Krankenhäusern zubringen und die politischen Verurtheilten auf die Galeeren geschickt werden. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Nur um an ein Factum zu erinnern erwähne ich euch den in den Tuilerien am 24 Febr. gefundenen Brief, worin — ich weiß nicht welcher Souverän zu Ludwig Philipp sagte: „Ihre Minister haben sich ungeschickt benommen, sonst hätten wir größere Gewinnste machen können." (Rechts: Das ist nicht wahr. Das ist mehr lächerlich als gehässig.) Dieß war die Einleitung zu dem Antrag eine neue Kategorie von Incompatibilitäten aus den Bankiers zu machen. Die Commission hatte entgegengehalten die Verfassung wisse nichts von einer solchen Ausnahmsstellung, darauf erwiederte er: wenn dieser Einwurf gegründet wäre, warum sie dann den Gehalt des Präsidenten der Republik auf 1,200,000 Fr. erhöht hätten, denn Artikel 62 der Verfassung bestimme diesen Gehalt zu 600,000 Fr. Auch das sey keine Schwierigkeit daß man sagen könnte der Präsident der Republik sey dadurch in der Wahl seiner Minister beschränkt. Habe doch der Bürger L. Bonaparte mit grober Schrift in einem seiner Werke geschrieben: De bien se garder de prendre pour ministre un banquier (allgemeines Gelächter), und das sey nicht der Mann der vergesse was er geschrieben, der wisse Praxis und Theorie zu verbinden. Eine seltene Eigenschaft. (Fortwährendes Gelächter.) Zur Ehre des Landes werde eine Zeit kommen wo die Börse nur noch zu einem Versammlungsort dienen werde für Handelsleute um den Curs, die Waarenpreise festzusetzen (neues Gelächter), er hoffe also die Versammlung werde seinen Antrag besser würdigen als die Commission, denn derselbe könne nur diejenigen gegen sich haben die den Erwählten vom 3 Aug., diesen Gott der Geldsäcke (Dieu des boursicotiers), zurückwünschen. Präsidium bemerkte: das sey eine Verhöhnung und Unschicklichkeit, Hr. v. Larochejaquelin aber unternahm es den Redner ausführlicher zurechtzuweisen. Er erzählte dann unter dem Gelächter der rechten Seite wie die Sache zwischen der Commission und Hrn. Raspail verhandelt worden. Hr. Raspail habe selbst bekannt die Frage nicht studirt zu haben, aber es habe ihm eben geschienen daß Finanzminister leichter auf der Börse spielen können als andere, und da habe er einen ehemaligen Finanzminister bezeichnet der 1½ Mill. gewonnen haben solle, die Person aber nicht genannt. Man solle wenigstens in den Fußstapfen der Februarrevolution gehen, habe er gesagt. Allein was die Februarrevolution gethan? Sogleich seyen zwei Bankiers zu Finanzministern ernannt worden. Hr. Garnier-Pagès sey nie Bankier gewesen, wurde von Hrn. Pean erinnert. Nun, fuhr der andere fort, also zuerst Hr. Goudchaux und nach Hrn. Garnier-Pagès Hr. Trouvé-Chauvel, und niemand werde die Redlichkeit dieser zwei Finanzminister beanstanden, weil sie Bankiers gewesen. (Beifall.) Endlich forderte Hr. v. Montebello Beweis wegen des angeblichen Brieffunds in den Tuilerien, oder erkläre die ganze Geschichte für Verleumdung. Hr. Raspail erbat sich nochmals das Wort: er versicherte die Thatsache sey allgemein bekannt (Widerspruch rechts und im Centrum. Der Minister des Innern, F. Barrot: ja, bekannt denen die sie erfunden) sey in den Zeitungen berichtet. (Stimme rechts: In euren schlechten Blättern. Mehrere Mitglieder: Ja, die Verleumdung war darin, aber nicht der Brief). Ueberhaupt habe er keine Persönlichkeiten beabsichtigt, sondern die Frage generalisiren wollen. Bei der Abstimmung erhoben sich nur die äußersten Bänke rechts für die Erwägung des Antrags, bei der Gegenprobe die Rechte, das Centrum und ein großer Theil der Linken. Der Präsident gegen die Linke: Da habt ihr eine unermeßliche Majorität gegen den Antrag. Das ist alles.

Außer dem Antrag in Betreff der Verwaltung Algeriens, bei dessen Verhandlung die Generale Cavaignac, Bedeau und der Kriegsminister in dem Sinn das Wort nahmen daß sie sich mehr oder weniger entschieden für das allmähliche Uebergehen zu einer gemeinrechtlichen Ordnung aussprachen, sind in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung noch zwei Anträge, über die militärischen Servituten und den Wucher, zur Berathung zugelassen worden. Heute brachte Hr. L. Faucher den Zwangscurs der Banknoten zur Sprache, der seit 25 März v. J. besteht, und die Folge hat daß das Papier sich vermehrt, das bare Geld aus dem Verkehr

verschwindet. Er ist nicht der Meinung daß man den Zwangscurs schon aufgeben könne, will aber daß die Bank ermächtigt werde bis zu 530 Mill. Noten auszugeben. Der Finanzminister versprach in einem nächstens vorzulegenden Gesetzentwurf über die Bankverhältnisse auch diese Frage zu umfassen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten legte eine Berichtigung seines Budgets vor — es enthält eine neue Reduction von 10 Mill. Schließlich zeigte das Präsidium (Vicepräsident Benoist) an daß eine Anzahl Mitglieder ihm ein Document übergeben hätten das unter dem Titel einer Proposition eine Rüge gegen den Präsidenten Dupin enthalte. Sein Vorschlag war es durch die Tagesordnung zu beseitigen, was geschah. Dieses in der Nationalversammlung nun zum zweitenmal zurückgewiesene Document das Hrn. Dupin Parteilichkeit vorwirft, steht bereits in mehreren Zeitungen abgedruckt; es soll 120 Unterschriften (Montagne und Linke) zählen. Hr. de Baune, Repräsentant des Gard, ist gestorben.

⌗ **Straßburg**. 23 Nov. Die Besatzungen des Elsasses sowie der östlichen Departemente überhaupt erleiden vorläufig keine andere Verminderung als die durch die bewilligten temporären Beurlaubungen eintretenden an sich unbedeutenden Ausfälle. Ueber die Auflösung der Alpenarmee wird im Ministerium gegenwärtig berathen. Jedenfalls tritt in der Zusammensetzung dieses Beobachtungscorps unmittelbar nach der definitiven Schlichtung der römischen Angelegenheit eine durchgreifende Aenderung ein. Vorgestern kamen Artillerieabtheilungen welche an der römischen Expedition theilgenommen hatten, wieder hieher zurück. Die in naher Aussicht stehenden Repräsentantenwahlen setzen bereits alle politischen Parteien in Bewegung. Sehr viele Wähler beabsichtigen, wie wir hören, unsre früheren Deputirten bei der Constituante, die HH. Liechtenberger und Martin, welche bei den letzten Wahlen den Socialdemokraten gegenüber unterlagen, in die Kammer zu schicken. — Die Rückkehr deutscher politischer Flüchtlinge in ihre Heimath dauert fort. Die Rheinhessen besteigen in Lauterburg die Dampfschiffe und eilen mit Geleitscheinen der französischen Behörden versehen nach Hause zurück. Die Polizei wacht mit außerordentlicher Strenge darüber daß sich diese Verbannten nicht in den Gränzdepartementen aufhalten. Die überaus geringen Hülfsgelder welche bisher einzelnen Flüchtlingen von der Regierung verabreicht wurden, werden im nächsten Jahre noch weiter geschmälert und großentheils ganz aufhören.

Italien.

* Ein Brief aus **Rom** vom 19 Nov. meldet die Ankunft des Generals Baraguay d'Hilliers, Nachfolgers des Generals Rostolan im Oberbefehl des französischen Heers. Fortwährend fanden Verhaftungen statt; unter den Verhafteten waren mehrere Damen die einer Todtenfeier für die im Kampf gebliebenen Römer beigewohnt.

Der Herzog von **Parma** hat endlich die Prügelstrafe abgeschafft. Die Zahl der Geprügelten belief sich bereits auf 400. Die Vertreibung der Benedictiner aus dem Herzogthum Parma wurde vom Cardinal Antonelli sehr übel aufgenommen. Der Herzog soll deßhalb den Canonicus Marzolinj nach Rom geschickt haben um diese Maßregel zu rechtfertigen. (A. Z. C.)

Schweiz.

Nach der Basler Ztg. wird Professor Wackernagel nicht nach Wien gehen, sondern in der Schweiz bleiben.

Rußland.

St. Petersburg, 16 Nov. Nach einer Mittheilung im Kawkas ist von dem unter dem Fürsten Dolgoruki stehenden Heer die Festung Tschuch in Daghestan nach einem heftigen wiederholten Angriff erstürmt und in einen Schutthaufen verwandelt worden. Schamils Truppen hatten die umliegenden Höhen der Festung besetzt; ihr Verlust soll fast eben so bedeutend wie der der Belagerten seyn, und wird auf 3000 Todte und Verwundete angegeben. Nach dieser den Lesghiern beigebrachten Niederlage hat Fürst Dolgoruki sich wieder zurückgezogen und seine Thätigkeit den projectirten Festungs- und Straßenbauten zugewendet. Im Verhältnisse zu dem ungünstigen Terrain in dem der Kampf geführt wurde, und zu dem heftigen Widerstand soll der Verlust der Russen gering zu nennen seyn.

St. Petersburg, 16 Nov. Die heutige Petersburger Zeitung meldet: Das Bulletin scientifique der kaiserl. Akademie theilt uns mit daß auf Befehl des Kaisers ein Comité errichtet worden ist um den von dem französischen Chemiker Archerot vorgelegten Plan die Hauptstadt mittelst Elektricität zu beleuchten zu prüfen. Die ersten Versuche dieser Beleuchtungsart werden über dem Haupteingange in die Admiralität und auf den vier Candelabern der Alexandersäule stattfinden.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 23 Nov. Consols 94 1/2.

Paris, 23 Nov. 3proc. 57; 4proc. 70.25; 5proc. 89.90; Bankactien 2400; belg. 5proc. 95 3/4; Anleh. v. 1842 95 3/4; belg. Bank 710; neap. 5proc. 91; röm. 82; span. innere Sch. 28 1/8; Hayti 200; piem. 5proc. 83.10; Obl. v. 1849 865; Vers. E.-B. linke 170; Paris-Rouen 527.50; Straßburg 357.50; Nordbahn 445; Rouen-Havre 253.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 398 75; Tours-Nantes 280..

Amsterdam, 23 Nov. 2 1/2proc. 53 7/16; 3proc. 63; 4proc. 82 1/2; Met. 5proc. 82 3/4; Ard. 12 3/8. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg 34 7/8 k. S.

Augsburg, 26 Nov. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. 1. 24 1/2 fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83 3/5 G. Hamburg 1 M. 73 1/8 P. Wien in 20ern 1 M. 91 3/4 P. Triest 1 M. 91 3/4 P. Frankfurt a. M. 1 M. 99 7/8 P. Nürnberg 1 M. 99 3/5 G. Berlin 1 M. 105 1/8 P. Leipzig 1 M. 105 1/8 P. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10.4 P. Paris 1 M. 118 3/4 P. Lyon 1 M. 118 6/8 P. Marseille 1 M. 118 1/2 P. Mailand 1 M. 60 1/4 P. Genua 1 M. 51 3/4 P. Livorno 61 P.

Augsburg, 26 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100 1/4 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/2 P., Bankactien II. Sem. 1100 P. Württ. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Hamburg, 23 Nov. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. 92. Berl.-Hamb. 81 3/4. Altona-Kiel 94 P. Mecklenb. 33 1/2. Rendsb.-Neum. 112. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 41 P. Neue 3 1/2proc. Hamb. Anleh. 86. Hannov. 5proc. 106 P. Ruff. engl. Anl. 104 3/4. Dän. 3proc. Anl. 71 P. Schwed. 4proc. 97 P. Norw. 4proc. 99 1/2 P. Amerik. 6proc. 105.

Berlin, 24 Nov. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. 106 1/4 G. Staatschuldsch. 89 G. Prämiensch. 102 P. Eisenbahnactien: Berl.-Anhalt AB. 86 1/2 à 87 bz. Berl.-Hamb. 82 à 1/4 bz. Berl.-Stett.-Starg. 106 à 107 G. Berl.-Potsd.-Magd. 65 1/4 à 1/2 bz. Halle-Thüringer 65 1/2 G. Köln-Minden 95 1/4 à 1/2 bz Köln-Aachen 47 P. Düsseld.-Elberf. 87 bz. Niederschl.-Märk. 83 7/8 à 84 bz. Oberschl. A. 108 3/4 G., B. 106 3/4 G. Krakau-Oberschl. 70 bz. Berg.-Märk. 48 P. Starg.-Posen 84 3/4 à 85 bz. Magd.-Wittenb. 65 1/2 bz.

♀ **Wien**, 24 Nov. Für Fonds und Eisenbahnactien herrschte an der heutigen Börse eine flaue Stimmung und schlossen Curse in denselben bei fühlbarem Geldmangel etwas niedriger, während fremde Devisen sowie Gold und Silber höher gingen und von ersteren besonders London lebhafter begehrt war. Die Umsätze nicht sehr belangreich. Das neue Anlehen war heute bis 83 1/8 offerirt; Bankactien behaupteten sich fest; und nur k. k. Anlehensloose vom Jahr 1834 wurden etwas besser bezahlt. Hingegen erlitten die k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 einen ziemlichen Rückgang. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 93 3/8–93 1/4. 4 1/2proc. (neues Anlehen) 83 3/8–83 1/2. Loose v. J. 1834 171–172, Loose v. J. 1839 116 1/2–117, Bankactien 1180–1185, Nordbahnactien 107 3/8–107 3/4. Gloggnitzer 109 1/2–110, Mailänder 79 1/2–80, Pesther 78–78 1/2. London (k. l. S.) 10.58–11, Hamburg 160 1/4 G., Augsburg uso 109–109 1/4. Frankfurt 108 3/4–109, Amsterdam 151 1/2. Mailand 98 1/2–99, Livorno 106–106 1/2. Genua 124 3/4 P. Paris 128 3/4–129, Marseille 128 3/4–129, Lyon 129 P. Goldagio für kais. Münzducaten 14 1/2. Silberagio 9–9 1/4 Proc. Für Italien wird fortwährend Gold und Silber aufgekauft. — Die französische, belgische und englische Post war beim Schluß der Börse noch nicht eingetroffen.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Der Kampf in Dresden im Mai 1849. — Karl Friedrich Hagenbach. — Denkschrift des Fürsten v. Leiningen. — Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über das Jagdgesetz. — Schleswig-Holstein und Deutschland. — Die österreichisch-deutsche Zolleinigung. — Ein Jahrestag in Oesterreich. — Die Orleans und die Bonaparte. — Großbritannien.

Der Kampf in Dresden im Mai 1849.

‡ Dresden. Unter diesem Titel ist von dem königlich preußischen Obersten Grafen von Waldersee, Commandeur des Kaiser Alexander Grenadier-Regimentes, eine Broschüre veröffentlicht worden, welche eine militärische Schilderung und Beleuchtung des Dresdener Häuserkampfes sich zur Aufgabe gestellt hat. Da der Verfasser an diesem Kampfe als Befehlshaber der königlich preußischen Hülfstruppen unmittelbaren Antheil genommen, dabei nach der Versicherung glaubwürdiger Augenzeugen dem feindlichen Feuer wiederholt sich ausgesetzt hat, so verdient die Schrift um so mehr Aufmerksamkeit, als sie, außer vielen interessanten Einzelheiten, einen solchen Gesammtüberblick des Kampfes gewährt daß sie für diese Katastrophe des deutschen Verfassungsstreits als geschichtliche Quelle betrachtet werden kann, indem sie z. B. namentlich auch die verschiedenen Erlasse der Staatsregierung sowohl als der provisorischen Usurpation in ziemlicher Vollständigkeit überliefert. Andererseits macht es aber auch diese historische Bedeutsamkeit der Schrift zur Pflicht nicht unerwähnt zu lassen, wie hin und wieder Irrthümer untergelaufen sind. Deren finden sich mehrere, namentlich in dem einleitenden Theile, welcher die Vorgänge vor dem erst am dritten Tage des Aufstandes erfolgten Eintreffen der preußischen Waffenhülfe ziemlich umfänglich behandelt. Hier spricht der Verfasser nicht aus eigener Anschauung und Wahrnehmung, sondern berichtet nach Quellen deren Parteifarbe unverkennbar ist. So werden, um einige Beispiele anzuführen, die angeblichen Barricadenpredigten der Frau Schröder-Devrient, Sempers und Richard Wagners angebliche Thätigkeit beim Barricadenbaue und Organisiren des Aufstandes, wenn auch nicht mit Namensnennung, doch mit unverkennbarer Personenbezeichnung als unbestrittene Thatsachen aufgeführt, während sich inmittelst herausgestellt hat daß bei diesen Sagen geflissentliche Gehässigkeit gewisser Parteibestrebungen zum Theil sehr in das ungeheuerliche gemalt hat. Auch das Siegel der provisorischen Regierung, an welchem angeblich wenigstens vierzehn Tage lang hätte gearbeitet worden seyn müssen, erscheint auf dem Platze, während dem Vernehmen nach bei der untersuchungsmäßigen Erforschung jenes Siegelgerüchtes sich ergeben hat daß es nur aus einer Muthmaßung entsprungen ist. Wer Gelegenheit hatte Abdrücke dieses Siegels zu sehen, mochte wohl über das vierzehntägige Unternehmen lächeln. Wenn ferner behauptet wird daß der „deutsche Verein" nach der auch auf seine Adresse wegen Anerkennung der Reichsverfassung ertheilten abschlägigen Antwort sich dem zu den extremsten Schritten drängenden „Vaterlands-Vereine angeschlossen habe," so wird mit dieser Unwahrheit einer Anzahl von Männern zu nahe getreten die, wegen ihrer constitutionellen Scharfkantigkeit wohl nach gewissen Richtungen unliebsam, doch zugleich eben von jener Partei, welche den „abgeschmackten Rechtsboden" endlich aufathmend hatte verlassen können, verhöhnt worden sind, weil sie sich bedachten Gut und Blut auf die Barricaden zu tragen, für welche die deutsche Reichsverfassung nur den Firmenträger abgeben mußte, während die republicanische Schilderhebung eines Tzschirner und der allgemeine Umsturz eines Bakunin als stille Gesellschafter dahinter lagen.

Das meiste politische Interesse hat die Schrift wohl in dem Theile welcher die Lage beim Beginne des Kampfes schildert. Der strategische Scharfsinn, welcher hier die vielfachen Unterlassungen der Aufständischen in Benützung der gebotenen Terrainvortheile darlegt, liefert zugleich, vielleicht unwillkürlich, den Beweis daß, wenn auch die Umsturzpartei auf einen Aufstand im allgemeinen gefaßt, dennoch ein bestimmter, fester Plan nicht vorbereitet gewesen ist. Alle jene taktischen Fehler leuchten auch dem mit Dresdens Localität nur etwas vertrauten „Civilisten" so leicht ein daß, da der Oberbefehl der aufständischen Macht in der Hand eines Kriegskundigen, des verabschiedeten Oberstlieutenants Heinze lag, die negative Wahrheit jener begangenen Fehler eben nur durch die unvorbereitete Ueberraschung des Ausbruchs sich erklären läßt. Vergleicht man damit die geringe Zahl der anfänglich verfügbaren Truppenmacht (höchstens 2000 Combattanten in einer lang gedehnten Defensivstellung), so erkennt man daß wir an dem Abgrunde badischer Zustände schwindelnah vorübergekommen sind. Wir erfahren von dem Verfasser daß hauptsächlich vier Wege den Kampf zu führen in Frage gewesen sind: Cernirung, Bombardement, Sturm, belagerungsmäßiger Angriff durch Häuserkampf. Für das letzte Mittel hat man sich entschieden, jedoch gesteht Graf Waldersee zu daß er selbst, mit windischgrätzischer Velleität, das Bombardement in Vorschlag gebracht hat, „um die Sache schneller und mit geringeren Opfern zu Ende zu bringen." „Das Ministerium — fährt er fort — nahm Anstand die Verantwortung auf sich zu nehmen, die Stadt, eine der schönsten Deutschlands, die darin befindlichen Kunstschätze und das Eigenthum vieler Wohlgesinnten der Zerstörung preiszugeben. Damit dieses, für constitutionelle Minister und für Landesgenossen allerdings schwere Bedenken nicht hindernd auf nothwendig scheinende militärische Maaßregeln einwirke, erbot sich der fremde Befehlshaber, sobald ihm unter irgendeinem Titel freie Hand gelassen würde, die Verantwortlichkeit und die Gehässigkeit der Maßregel auf sich zu nehmen. Aber auch dieses Auskunftsmittel (das allerdings nur dem Namen, nicht der That nach das Ministerium entlastet hätte) wurde nicht angenommen, und so unterblieb jedes Bombardement." Diese Selbstbekenntnisse einer militärischen Seele werden manchen Dresdener Bürger bei der Vorstellung jenes gelüsteten Feuerwerksprojectes mit Gänsehaut überziehen, und wenn sie vollends hören — avis au lecteur propriétaire — wie der Herr Graf bedauert daß bei dem Durchbrechen im Innern der Häuser die „Pulversäcke" nicht in Anwendung gebracht worden seyen, als rasches und wirksames Mittel, da werden sie wohl zum achten bitten von der Nothwendigkeit eines solchen conte bombardatore in Zukunft verschont zu bleiben. Doch — „wer Unkraut sät, drischt kein Getraide."

Die Schilderung des Kampfes, zu deren Verständniß ein Plan der Stadt dem Buche beiliegt, ist ebenso klar als spannend; namentlich sind die Waffenthaten der einzelnen preußischen Truppenabtheilungen hervorgehoben. Die Plünderungsbeschuldigungen, welche in der Presse hier und da gegen sächsische sowohl als preußische Truppen laut geworden sind, werden zurückgewiesen, höchstens auf natural consumption beschränkt. Diese Thatsache soll, wie ich höre, zur rechtlichen Erörterung gelangen, indem ein hiesiger Kaufmann, welcher unglücklicherweise den Namen eines der Dresdener Volksmänner führend seiner plauderhaften Firma jene „natürliche Verzehrung" eines Cigarrenlagers von mehreren Tausend Thalern im Werthe zu verdanken haben will, gesonnen seyn soll Schadenersatz vom Staatsfiscus zu fordern. In Betreff des Niedermachens Ueberwundener heißt es, S. 204: „Auf dem linken Flügel säuberten Abtheilungen des 24sten (preußischen) Infanterieregimentes die Schustergasse vollständig, wobei in einem Hause achtzehn Insurgenten niedergemacht wurden, ein Verfahren das ganz der Stelle des am heutigen Tage (8ten Mai) von Seiten des sächsischen Obercommando's erlassenen Tagesbefehls entsprach: „Die Staatsregierung ist nicht mit vielen Gefangenen zu belästigen." — Die Existenz eines solchen Tagesbefehls ist allerdings eine seltsame Enthüllung.

Von besonderem Interesse ist das was der Verfasser gelegentlich einer ausführlichen Beschreibung der Eisenbahnfahrt des Füsilirbataillons seines Regiments von Berlin nach Dresden über die Benützung der Schienenwege bei Aufstandskämpfen bemerkt; nicht minderen kriegswissenschaftlichen Werth werden die Erfahrungs-Aphorismen über die Taktik des Häuserkampfes haben, welche § 13 einstreut. Und so erscheint die Schrift nicht als das unbedeutendste Gedenkblatt aus der Geschichte des Jahres 1849.

Karl Friedrich Hagenbach.

⁂ Basel. Am 20 Nov. starb hier einer der ehrwürdigsten und vortrefflichsten Männer unserer Stadt, der emeritirte Professor der Medicin, Dr. Karl Friedrich Hagenbach, Vater des rühmlich bekannten Theologen, in einem Alter von 78 Jahren. Er war der Nestor der Aerzte Basels, ausgezeichnet durch Scharfsinn, Lebendigkeit und Frische des Geistes, reiche Lebenserfahrung und einen äußerst liebenswürdigen Charakter. Seine Studien hatte er in Straßburg, Erlangen und Göttingen gemacht, und namentlich in Erlangen neben trefflichen Lehrern auch treue Freunde gefunden. Seine praktische Laufbahn in Basel begann er im J. 1795, und es wurde ihm in derselben während der ganzen Zeit seiner Kraft ein Vertrauen zu Theil wie es selten ein Arzt zu genießen hat. Von 1802 bis 1820 bekleidete er die Professur der Botanik und Anatomie, und während einer kürzern Zeit auch die Professur der praktischen Medicin an der Universität Basel. Sein Lieblingsfach war die Botanik.

Als Botaniker hat er sich durch eine vortreffliche lateinisch geschriebene Flora Basiliensis, die in zwei Bänden erschien, als Muster einer speciellen botanischen Monographie gelten kann, einen wohlverdienten Namen erworben, der nicht so bald untergehen wird. Ihm zu Ehren haben die Botaniker auch eine Art der Fragaria Hagenbachia genannt. Als Mitglied des großen Rathes des Kantons Basel nahm er auch an den politischen Gestaltungen der Ereignisse lebhaften Antheil, schon zu jener Zeit als nach der ersten französischen Revolution die Schweiz ernste Erschütterungen zu bestehen hatte. Wie er damals für Abschaffung der Mißbräuche und weise Reformen bedacht war, so erhob er im Anfang der Dreißigerjahre, als wieder große Stürme über Basel hereinbrachen, seine Stimme für Mäßigung und Besonnenheit. Wiewohl in spätern Jahren vom öffentlichen Leben zurückgetreten, nahm er doch lebhaften Antheil an allem was die Zeit bewegte. Mit Leichtigkeit machte er sich mit allen Fortschritten seiner Wissenschaft vertraut, und blieb so beständig auf der Höhe derselben. Seinen jüngern Collegen war er ein freundlicher Rathgeber, und selbst in seinen ältern Tagen wies er einzelne Leidende nicht von sich. Am 22 Dec. 1845 feierte er sein 50jähriges Doctorjubiläum, und empfing da sowohl von dem Corps der Aerzte als von andern Männern der Wissenschaft Huldigungen wie sie nur dem wahren Verdienste zu Theil werden können. Die Lebendigkeit und Regsamkeit des Geistes hatte er sich bis ins hohe Alter bewahrt, so daß selbst körperliche Leiden sie kaum zu lähmen vermochten. Hagenbachs Name wird einer derjenigen seyn auf die die Stadt Basel stets mit Stolz wird hinweisen können. **Have, pia anima!**

Denkschrift des Fürsten v. Leiningen.

Bald wird nun hier die neue provisorische Centralgewalt zusammentreten. Statt der Einheit für welche man voriges Jahr um diese Zeit bereit war Gut und Blut zu opfern, haben wir nun den vollständigen Dualismus. Statt überschwänglicher Freiheit, die Militärdictatur zweier Großmächte. Deutschland, das damals in aller Mund und Herzen, für dessen Ruhm und Größe man das Aeußerste zu wagen bereit war, selbst der Gedanke an ein solches Deutschland ist jetzt dahin verschwunden, der Moment ist versäumt und wird zum zweitenmal nicht wiederkehren. Die Veränderung und der Umschwung aller Verhältnisse ist wirklich erstaunlich! Der Nationalwille, wenn man sich so ausdrücken kann, ist gebrochen — zerstossen; das Geschäft der Reconstruction Deutschlands den Händen der Gesammtvertretung der Nation entfallen und in jene der europäischen Diplomatie, der einzelnen größeren Regierungen und der großen Armeen übergegangen. Deutschland, wie es von den Patrioten erstrebt, beiläufig in dem bekannten Gagern'schen Programm ausgesprochen, und endlich von der Nationalversammlung verdorben und verstümmelt beschlossen wurde, gehört jetzt in das Reich der Träume. Nicht minder verändert ist die Stellung Preußens und Oesterreichs zu Deutschland. Preußen hatte im verflossenen Jahre nichts eifriger zu thun als sich der Anträge zu erwehren welche von allen Seiten an dasselbe wegen Uebernahme der Oberhoheit über das junge einige Deutschland gerichtet wurden. Oesterreich dagegen, in einen Kampf um seine Existenz im Innern verwickelt, konnte nur mit Mühe einen schwachen hinhaltenden Einfluß in Deutschland behaupten. Dermalen strebt Preußen vergebens Deutschland festzuhalten, während Oesterreich ruhig und gerüstet den Particularismus im Innern Deutschlands die Arbeiten verrichten lassen und endlich entscheiden kann was und wie ihm recht und bequem; was und wie nicht. Vielleicht erscheint das hier Gesagte eine Uebertreibung, welche aus den Parteiansichten einer Partei hervorgegangen ist welche unterlegen hat. Dem ist aber nicht so!

Bekanntlich ist die Herstellung eines deutschen Bundesstaats, in Wahrheit oder doch wenigstens nach den Begriffen die man seit dem März vorigen Jahres damit verbunden hat, ganz unmöglich, sobald Oesterreich einen integrirenden Theil desselben bildet. Oesterreich betrachtet aber das Zustandekommen eines solchen Bundesstaates ohne sich, also so wie er allein möglich ist, als ein der Auflösung der österreichischen Monarchie gleichkommendes Ereigniß; es ist daher fest entschlossen, und hat es wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß es dieß nicht zugeben werde. Diese Ansicht mag vielleicht eine irrige oder übertriebene seyn, allein sie besteht nun einmal nicht nur bei der österreichischen Regierung, sondern auch bei dem größern Theil des Volks. Schon zu Zeiten der Nationalversammlung war dieß zur Genüge bekannt. Jene Versammlung, und zwar sie ganz allein, hätte nicht nur dieses Hinderniß deutscher Einheit, sondern auch alle die übrigen wegzuräumen vermocht. Wie und warum dieselbe diese große Aufgabe nicht gelöst hat, ist zur Genüge bekannt. Ebenso wie Preußen hierauf den Versuch gemacht hat das was in Frankfurt schmählich zerfallen war, selbst durchzuführen. Dieß konnte gelingen wenn einerseits die innern Verwicklungen in Oesterreich länger fortgedauert, andrerseits und ganz hauptsächlich aber wenn die deutsche Nation dieses Unternehmen Preußens kräftig unterstützt hätte. Letzteres war ganz unbedingt nothwendig um die particularistischen Bestrebungen aller Gattung und die Sonderinteressen einzelner Länder, Orte, Classen und Individuen zu bewältigen. Keines von beiden ist geschehen! Oesterreich hat durch die Siege in Ungarn freie Hände bekommen, und steht bereits mit seinen kriegsgeübten Prätorianern an Deutschlands Gränze von Bregenz bis Eger. Das deutsche Volk aber, wenn es überhaupt ein solches gibt, hat in seiner großen Majorität, unter der Firma Preußenhaß, mit dem Particularismus und den Sonderinteressen, bewußt und unbewußt, gemeinschaftliche Sache gemacht gegen den von Preußen octroyirten Bundesstaat. Namentlich waren im südlichen Deutschland die Bestrebungen der Demokratie rastlos dahin gerichtet.

Was soll nun geschehen? Nirgends findet man eine Antwort auf diese Frage; der Muth fehlt selbst um eine bestimmte Ansicht darüber auszusprechen. Vor allem müßte wohl erörtert werden ob der Bundesstaat mit der Gewalt der Waffen oder durch eine zweite Revolution, oder vielmehr durch beides zugleich durchgeführt und auf diese Weise die ihm entgegenstehenden Hindernisse bei Seite geworfen werden sollen oder — können. Das letztere, das Können, dürfte bei Beantwortung dieser Frage entscheidend seyn! Preußen, denn ohne dieses wäre schon der Gedanke eines solchen Unternehmens höchst lächerlich, würde, im Fall man zu einem Kriege gegen Oesterreich, Bayern, vielleicht noch gegen mehrere andere deutsche Staaten schreiten wollte, sich sofort durch Concessionen an die Demokratie der Mitwirkung derselben versichern müssen, um die untern Schichten der Bevölkerung in Bewegung zu setzen und die Revolution von neuem zu organisiren.

Allein Preußen kann, abgesehen von allen andern Schwierigkeiten, die in der Abneigung der Nation sich nochmals in eine Revolution zu stürzen liegen dürften, dieß nicht ausführen: einmal weil dasjenige was die Führer unserer deutschen Demokratie anstreben, in den Endresultaten sich bereits als ganz verwerflich und unpraktisch erprobt hat, also Concessionen welche die aufrichtige Mitwirkung dieser Parteiführer mit sich brächten, unmöglich sind. Ferner und ganz abgesehen hiervon, weil eben jene Führer, sobald es sich darum gehandelt hat etwas herzustellen oder durchzuführen, sich so ungeschickt erwiesen haben daß man sich ihrer mit Erfolg gar nicht bedienen kann. Die Erfahrung hat gezeigt daß sie nur zu zertrümmern und sodann im Schutt sich herumzubewegen verstehen. Endlich aber weil jeder rechtliche Mann, jeder Freund seines Vaterlandes vor einem Kriege zurückbeben muß in welchem abermals Deutsche gegen Deutsche kämpfen, in welchen das Ausland sich unfehlbar einmischen und Deutschland wie gewöhnlich zum Schlachtfeld erwählen würde. Welche Schande und welche Verluste solche Einmischung in unsere innern Händel seit Jahrhunderten uns gebracht, ist nur zu wohl bekannt. Erscheint nun zwar die Durchführung des Bundesstaates auf diesem Wege ganz unzulässig und verwerflich, ja unmöglich, so darf doch auf der andern Seite nicht verkannt werden daß, wenn bei der definitiven Reorganisation Deutschlands, in solcher Weise wie Oesterreich nach seinen Interessen es zulassen will oder kann, weder den durch die Neuzeit begründeten Ansprüchen Preußens noch dem, trotz aller Ideenverwirrung, dennoch vorhandenen Streben des deutschen Volkes nach einer gewissen einheitlichen Form des Ganzen, sowie der Erhaltung bereits erworbener Freiheiten, Rechnung getragen wird; wenn mit andern Worten Preußen und ein großer Theil des deutschen Volkes gezwungen würde zum Schwert zu greifen, dann das Unglück zwar nicht minder groß, die Chancen aber ganz andere seyn dürften.

So irrig der Glaube auch ist als könnte Oesterreich dermalen durch innere Verwicklungen abgehalten seyn seinen Willen bei der Neugestaltung Deutschlands kräftig geltend zu machen, so wird es dessen ungeachtet noch lange mit denselben zu ringen haben, und daher nicht zugleich einen Brand im Nachbarhause wünschen!

Diese Lage der Dinge zeigt die unbedingte Nothwendigkeit einer Verständigung und Einigung Preußens und Oesterreichs. Wie dieselbe im Interim provisorisch bereits angebahnt ist, so muß sie bei dem Definitivum auch als Grundlage für alles weitere angenommen und unter den jetzt veränderten Verhältnissen von den Freunden des Vaterlandes unbedingt unterstützt werden. Wenn man diese jetzt ganz unvermeidliche Basis als feststehend annimmt und sich um das was weiter für die definitive Construction Deutschlands zu geschehen hat, klar zu werden bestrebt, so wird man am besten dazu gelangen wenn man die Erfahrungen der letzten achtzehn Monate zu Hülfe nimmt, welche in gewaltigen, allein fruchtlosen Bestrebungen ein Deutschland herzustellen verflossen sind. Diejenige Betrachtung welche hier zunächst sich aufdrängt, ist eine höchst traurige. Es hat sich nämlich gezeigt daß das deutsche Volk weder den ernstlichen Willen hatte, noch den Muth und die innere

Kraft besaß, welche nöthig wären um sich aus einem schwachen Complexe größerer oder kleinerer Völker und Völkchen zu einer mächtigen Nation umzubilden. Leider hat es sich auch gezeigt daß diese Völker und Völkchen ebensowenig für wahre Freiheit reif waren, oder wenigstens darein sich zu finden vermochten. Wir sahen daher, was die Einheit betraf, die Träger und Verfechter derselben vom König bis zum Republicaner sämmtlich am Ende von der Nation im Stiche gelassen. Mit der Freiheit ging es nicht besser. Die untern Classen der Gesellschaft waren unter dem Namen derselben stets bereit sich der Anarchie, und zwar der allerschmutzigsten, hinzugeben. Selbst der Bauernstand suchte in der Freiheit ausschließlich und ohne alle Rücksicht für Recht und Billigkeit nur Gewinn, durch Entlastung. Von den verschiedenartigsten Privatinteressen und Privatspeculationen die damit getrieben werden nicht zu reden! Ja, ein großer Theil des deutschen Volkes glaubt heute noch seinen Führern aus unserer demokratischen Schule daß ein Staat bestehen könnte wo keine Steuern und keine Schulden bezahlt werden, wo alles genießen kann und niemand zu arbeiten braucht. Diese Eigenschaften der Nation haben sich nothwendigerweise bis zu einem gewissen Grade auch in der Nationalvertretung abgespiegelt, deren Wirksamkeit ohnedem schon durch die den Deutschen eigene unpraktische Schwärmerei in Unmöglichkeiten und die gar unglückliche Gelehrsamkeit vielfach gelähmt wurde. In Folge hiervon hat man die weitere Erfahrung gewonnen daß, nachdem die Sache durch die verunglückten Versuche unserer Demokraten und Pseudorepublikaner von der Bahn friedlicher Parlamentirung auf jene blutiger Action übergeführt worden war, durchaus alles Weben und Streben, alles Reden und Schreiben, alles Doctriniren und Programmiren zu nichts führt, wenn man nicht die Macht der Executive zur Disposition hat; diese Macht aber sich in der That dermalen nur noch in den großen Heeren findet. Die Hoffnung durch Reichstage, sey es ein Erfurter oder ein süddeutscher, oder selbst ein allgemeiner Frankfurter, unter den jetzigen Umständen die Reconstruction Deutschlands auf eine andere Weise als es Oesterreich und Preußen nach vollzogener und, wie schon gesagt, ganz unvermeidlicher Verständigung genehm ist — herbeiführen zu wollen, wird sich daher als ganz trügerisch erweisen. Das Praktische dürfte sich unter diesen Umständen darin ergeben daß die Vorschläge zu der Gestaltung eines Definitivums in der deutschen Verfassungsfrage zunächst zwischen Oesterreich und Preußen festgestellt, und sodann von einem Congresse der aus Abgeordneten der Regierungen, sowie der Volksvertretung der Einzelstaaten zusammenzusetzen wäre, amendirt und vereinbart würde. Die Erhebung des vergangenen Jahres hat allerdings ein trauriges, ja vielfach schmähliches Resultat geliefert, doch hat sie auch eine Reihe freier Institutionen begründet, welche so leicht nicht wieder genommen werden können und jeglicher Entwickelung fähig sind. Sie hat ferner thatsächlich erwiesen daß die Kleinstaaterei, wie früher, für die Zukunft ganz unhaltbar und unmöglich ist — und somit einen bleibenden Fortschritt zu einer Gestaltung Deutschlands herbeigeführt welche, es mag kommen wie es will, dennoch dem Ansehen Deutschlands und seinen Interessen genügen kann.

Die Bestrebungen aller derjenigen welche bisher zu den deutschen Patrioten sich zählten, mußten daher jetzt darauf gerichtet seyn: 1) Einigung zwischen Oesterreich und Preußen — durch möglichste Beseitigung aller Hemmnisse welche einer solchen Vereinigung im Wege stehen — herbeizuführen, und 2) einerseits die wahren constitutionellen Freiheiten zu verfechten, andererseits nach Kräften dahin zu wirken daß auch, soweit es unter veränderten Verhältnissen und bei veränderter Form möglich ist, demjenigen entsprochen werde was man von einem einigen Deutschland gehofft und erwartet hatte. Frankfurt 12 Nov. 1849. Leiningen.

Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über das Jagdgesetz.

München, 21 Nov. (Fünfundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach der gestrigen Anstrengung ist es wohl erklärlich daß heute sich die Versammlung so langsam completirte, daß die Sitzung ihren Anfang erst um ¾10 Uhr zu nehmen vermochte, obgleich der Vortrag über das Amnestiegesetz der Weiterverhandlung des Jagdgesetzes vorhergeht. Das Schlußwort des Referenten zur Discussion des Art. 4 wendet sich hierauf gegen die einzelnen Antragsteller, worauf der Reg.-Comm. Ministerialrath Molitor entwickelt wie die schroffen Widersprüche zwischen der Regierungsvorlage und dem Ausschußentwurf darin bedingt seyen daß der Ausschuß die Regierungsvorlage ebenso wenig berücksichtigt hat als deren Princip. Während man nun die Abstimmung erwartet, erbittet Abg. Heine das Wort. Es habe sich sehr vielfach der Wunsch ausgesprochen die pfälzische Jagdgesetzgebung, deren Vortrefflichkeit durch die Erfahrung erwiesen sey, möge auch auf die diesseitigen Provinzen übertragen werden. Er glaube also den Antrag einbringen zu müssen (mit v. Hermann) daß der Commission das ganze Gesetz nochmals zur Revision unter Berücksichtigung der directiven Gesetzgebung der Pfalz zurückgegeben werde. Abg. Fürst Wallerstein protestirt jedoch in seinem und seiner Freunde Namen gegen die Berathung und Abstimmung dieses nach Schluß der Debatte eingebrachten Antrags. Dieß sey eine Verletzung der einzuhaltenden parlamentarischen Ordnung. Aber was werde außerdem von der Versammlung verlangt? Sie solle einen Beschluß zur Berücksichtigung einer vormärzlichen Gesetzgebung fassen, einer Gesetzgebung welche die Grundrechte noch nicht kenne, endlich der Gesetzgebung einer Provinz welche fortwährend gegen alle gleiche Gesetzgebung mit dem diesseitigen Bayern protestirt habe. Nach langer Verhandlung wird der Antrag verworfen. Jetzt folgt also die Abstimmung über den 4ten Art., und unter Verwerfung sämmtlicher Anträge, auch des Ausschusses, wird der unveränderte Regierungsentwurf zum Beschluß erhoben. Er lautet Art. 4: In allen übrigen Fällen übt die politische Gemeinde Namens der Grundeigenthümer innerhalb ihres Bezirks das Jagdrecht durch Verpachtung aus (Art. 3 s. unten). Auch zu dem 5ten Artikel des Gesetzes, theils des Regierungs-, theils des Ausschußentwurfs treten eine Menge Anträge hervor. Indessen erscheint deren Debatte durchaus nicht von einem allgemeineren Interesse, so daß wir wohl schweigend darüber hingehen dürfen. Bei der endlichen Abstimmung wird ein Antrag Forndrans zum Beschluß erhoben. Der 3te Artikel des Gesetzes welcher gestern zum Beschluß erhoben wurde, lautet: „Art. III. Sind von einem solchen Gutscomplex ein oder mehrere Grundstücke welche nicht unter die Bestimmung des Art. 2 fallen, auch nicht zusammenhängend 240, beziehungsweise 400 Tagwerke betragen, vollständig umschlossen, so steht den Eigenthümern der erstern auch die Jagdbefugniß auf diesen Grundstücken (Enclaven) gegen Entschädigung des Eigenthümers zu. Die Größe der Entschädigung wird in Ermangelung des Uebereinkommens der Betheiligten nach den jedesmaligen Jagdpachtpreisen in der Gemeindeverwaltung, in welcher diese Grundstücke liegen und, wenn und solang solche nicht bestehen, nach jenen in der nächstgelegenen Gemeinde nach Verhältniß des Flächeninhalts berechnet und festgestellt."

München, 22 Nov. (Sechsundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Fortsetzung der Verhandlung über das Jagdgesetz bildet auch den Inhalt der heutigen Sitzung, welche mit der Zurückziehung des Art. 17 durch den Referenten im Namen des Ausschusses und zufolge der zum zweiten Artikel beschlossenen Zusätze beginnt, worauf die Annahme des Artikels in der Fassung der Regierung erfolgt: „Art. 6. Die im Art. 2 benannten Jagdberechtigten können die ihnen zustehende Selbstbenützung der Jagd auf ihrem in oder an dem betreffenden Jagdbezirk liegenden Besitzthum mit in die Verpachtung geben." — Zu dem siebenten, bereits vom Ausschuß abgeänderten Artikel liegen mehrere Modificationen vor, von denen indessen später zwei wieder zurückgezogen werden. Principiell bewegen sich die Modificationen um die Entfernung des von der Regierung und dem Ausschuß festgehaltenen Princips daß die Gemeinde zur Jagdverpachtung verpflichtet, und das Ergebniß der distriktspolizeilichen Genehmigung unterworfen sey. Im Sinne der Entwürfe sprechen sich die Abgg. Ruland, Forndran und Rar aus, dagegen die Abgg. Stöcker und Vorst (mit eignem Amendement), Schweier und Gschwender (ebenfalls mit einem eignen Antrag), Reinhardt, Kirchgeßner und Förg. Der Antrag des Abg. Förg geht dahin, anstatt der Nöthigung der Gemeinde zur Versteigerung des Jagdpachtes, deren freiem Willen den Weg der Verpachtung anheimzustellen, obgleich die Versteigerung Regel bleibt. Auch soll aus dem Schlußsatze des Entwurfes die Nothwendigkeit der distriktspolizeilichen Genehmigung entfernt werden. Besonders ist es Abg. Fürst Wallerstein welcher entwickelt, wie mit der Festhaltung der distriktspolizeilichen Genehmigung der Versteigerung des Jagdpachtes die alte Bevormundung der Gemeinde aufrecht erhalten werde, während der Abg. Ruland gerade darin die Garantie gegen allerlei Mißbräuche, andere nicht mehr und nicht minder als die durchaus nöthige Ueberwachung der Gemeindeangelegenheiten durch den Staat erblicken. Indessen siegt bei der Abstimmung das durch das Förgsche (auch das Vorstsche zu Gunsten des Förgschen zurückgezogene) Amendement vertretene Princip. Eine sehr kurze und unwesentliche Debatte geht dann der Annahme des Art. VIII in der Fassung des Regierungsentwurfes voraus, welcher lautet: „Die Pachtschillinge werden in die Gemeindecassen einbezahlt und den betheiligten Grundbesitzern verrechnet, beziehungsweise zu den sie treffenden Gemeindeausgaben verwendet. Da zu Art. IX der Ausschußentwurf zurückgezogen wird, so erfolgt nach kurzer Verhandlung die Annahme des Regierungsentwurfs nebst einem Zusatze des Abg. Darenberger. Danach lautet der Artikel: „Im Falle des Art. 6 geschieht die Vertheilung des erzielten Pachtschillings nach den Bestimmungen der hierüber getroffenen Uebereinkunft, und (Amendement Darenbergers) in Ermangelung einer solchen nach der Tagwerkzahl der Grundstücke." Dem Art. X, wodurch die Zulassung

von nur drei Pächtern für einen Jagdbezirk festgestellt ist, welchen dann gestattet seyn soll jagdfähige Personen mit Jagdkarten mit auf die Jagd zu nehmen, hat der Ausschuß die Bestimmung eingeschaltet: „den zur Ausübung der Jagd berechtigten Grundeigenthümern sowohl als den Jagdpächtern ist erlaubt für die Jagdausübung eigene gelernte Jäger aufzustellen." Da sich auch der Regierungs-Commissär **Molitor** einverstanden mit dieser Beifügung erklärt, wird der Ausschußentwurf unter Verwerfung anderer Amendements zum Beschluß erhoben. Der XI Artikel welcher die Ausnahmsfälle bestimmt in denen die Gemeinde „die Jagd in Selbstverwaltung durch höchstens drei jagdkartenfähige Gemeindemitglieder auszuüben" befugt ist [1) zusammenhängender Gemeindebesitz von 240, beziehentlich 400 Tagwerk, 2) Resultatlosigkeit des Versuchs zur Verpachtung, 3) zu geringes Pachtangebot] wird mit einigen geringen Modificationen in der Fassung des Regierungsentwurfs zum Beschluß erhoben. Art. XII fällt nach den bisherigen Beschlüssen ganz weg. Art. XIII des Ausschußentwurfs stellt für den im Regierungsentwurf gänzlich übergangenen Fall der Uebertragung des Jagdpachts die Bestimmung auf daß dieselbe nur mit Einwilligung der Gemeinde(verwaltung und beziehungsweise der Districtspolizeibehörde) und unter Zustimmung der etwaigen Mitpächter stattfinde. Nachdem die hier mit ( ) bezeichneten Stellen durch die Discussion entfernt sind, wird dieser Artikel, dann der Art. XIV ohne Debatte zum Beschluß erhoben. Dieser Art. besagt daß Gemeinden im Selbstverwaltungsfalle der Jagd nur drei jagdkartenfähige Personen dafür aufstellen dürfen. Des Regierungsentwurfes XIII Art. steht der 15 des Ausschußberichts entgegen und wird zum Beschluß erhoben, nachdem ein Zusatzantrag beseitigt worden ist. Er lautet: „Bei Ausübung der Jagd sind die feld-, forst-, jagd- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften einzuhalten. Der Jagdausübende hat neben der polizeilichen Strafe jeden durch das Betreten noch nicht abgeräumter Felder, sowie jeden an cultivirten Waldgründen oder anderweitig angerichteten Schaden zu ersetzen." War bisher die Debatte wirklich recht interesselos, so belebt sich das Interesse bei der Verhandlung über Art. XIV des Regierungsentwurfes (16. des Ausschusses) welcher den Uebergang zu den Bestimmungen über die Jagdkarten bildet. Es ist zu diesem und den folgenden Abschnitten ein Antrag des Abg. **Pröll** u. Cons. eingebracht, welcher nach weitern Motivirungen dahin geht den Gemeinden das Recht zur Austheilung von Jagdkarten zuzusprechen. Es kommt also hier ein principielles Interesse ins Spiel, und der Abg. **Ruland** beginnt die Discussion damit aus der Annahme eines solchen Antrags nicht nur das Ende aller Jagdordnung, sondern auch den Anfang völliger Autoritätlosigkeit der Gemeindebehörden zu entwickeln. Allerdings macht der Abg. **Pröll** dagegen bemerklich wie eine solche Gesetzlosigkeit der Jagd durchaus nicht beabsichtigt werde, und auch keine Gefahr einer solchen vorliege; Abg. **Heine** führt dennoch in seiner gewohnten Weise ihm entgegen von neuem aus, wie dieß eine Volksbewaffnung organisiren, der Demoralisation Vorschub leisten, die Autorität der Regierung untergraben heiße. Nach einem recht amüsanten und scharfsinnigen nur gar nicht hierher gehörigen Excurs über den einzig richtigen Weg zur Vernichtung der Bureaukratie, und andern geistigen Seitensprüngen kommt der geehrte Abg., man weiß nicht ob im Ernst oder Scherz, zu dem Antrag den Preis der Jagdkarte in der Ebene auf 20 fl., im südlichen Hochgebirge auf 3 fl. zu stellen. Abg. Fürst **Wallerstein** unternimmt hierauf die Zurückführung der Verhandlung auf den Fragepunkt. Indessen ist die Zeit bereits sehr vorgerückt, die Versammlung verlangt den Schluß der Sitzung und so wird die Weiterberathung des Art. 14 bis morgen vertagt. (Diese letzte Verhandlung über das Jagdgesetz hat schon die gestrige Beilage der Allg. Ztg. geliefert.)

Schleswig-Holstein und Deutschland.

*** **Schleswig-Holstein,** Mitte Novembers. Ich habe Ihnen lange nicht über die Verhältnisse Schleswig-Holsteins geschrieben; in der That haben sich bis jetzt lauter einzelne Thatsachen aneinander gereiht, ohne daß im wesentlichen die Lage der Sache eine andere geworden wäre. Jetzt indessen dürfte eine Entscheidung in sehr naher Zeit bevorstehen, und ich glaube es wird nicht ohne Interesse seyn, ehe wir dieselbe heranrücken sehen, einen letzten Blick auf dieß kleine Land und sein eigenthümliches, schwerlich sehr erfreuliches Schicksal zu werfen.

Die Thatsache welche alle andern beherrscht, ist die daß weder Dänemark noch auch Schleswig-Holstein bis jetzt von ihren gegenseitigen Forderungen auch nur das geringste nachgegeben haben. Nach wie vor verlangt Dänemark die Incorporation Schleswigs; nach wie vor erklären die Herzogthümer die selbständige Einheit Schleswig-Holsteins für ihr gutes Recht. Weder Krieg noch Waffenstillstand, weder die Blüthe noch der Untergang der Centralgewalt, weder der Anmarsch noch der Abmarsch der deutschen Truppen, weder die Hülfe der Preußen noch ihre gegenwärtige tragische Feindseligkeit gegen dieselben Schleswiger die sie noch vor einem halben Jahre für ihre Brüder erklärten, haben darin das geringste geändert. Als die Deutschen bei Aarhuus jenen wunderbaren Kampf mit 60,000 Mann gegen ein unfindbares dänisches Heer von 8000 Mann führten und Herren Dänemarks waren, bestanden die Dänen unerschütterlich auf der Incorporation Schleswigs. Jetzt wo die Preußen Schleswig unter dänischem Obercommando besetzt halten und mit dänischen Truppen deutsche Bewohner zwingen wollen dänisch zu werden, besteht Schleswig-Holstein ebenso fest auf der unzertrennlichen Einheit der Herzogthümer.

Von außen her betrachtet ist dieß durchaus natürlich. Die Stärke beider Theile ist ungefähr gleich. Dänemark hat etwa 40,000 Mann, die Herzogthümer bringen ihr Heer auf 36,000 Mann; Dänemark hat eine Flotte, die Herzogthümer dafür die größere Concentration der Kräfte; Dänemark hat Credit, die Herzogthümer haben Geld. Beide Theile sind durch den bisherigen Krieg keineswegs erschöpft. Dänemark hat zwar den Ruhm seiner Flotte eingebüßt und ist von den Schleswig-Holsteinern in zwei Schlachten geschlagen; dagegen hat es das starke Alsen gewonnen, und das schleswig-holsteinische Heer, freilich unter Führung eines preußischen Generals, bei Fridericia überfallen; die Dänen gewannen die Schlacht, aber verloren fast das Fünffache an Todten und Verwundeten. Für beide Theile aber ist die Frage um welche es sich handelt nicht mehr und nicht weniger als eine Frage um Leben und Tod. Kommt Schleswig an Dänemark, so ist Holstein verloren; kommt es an Holstein, so ist Dänemark verloren. Eine Theilung Schleswigs würde das vernünftigste seyn, aber Dänemark will nun das Ganze haben, und wenn denn einmal eine Theilung nicht thunlich ist, so wollen die Herzogthümer denn auch das Ganze behalten. Es ist daher durchaus natürlich daß beide Theile, bisher weder durch Vernunft versöhnt noch durch Entkräftung zur Nachgiebigkeit gezwungen, mit der äußersten Starrheit auf ihren Forderungen bestehen.

Allein wenn diese sich auch nicht geändert haben und nicht haben ändern können, so ist nichtsdestoweniger innerlich jener Zustand in welchem sie sich gegenseitig befinden, ein ganz absoluter, endloser Widerspruch, und soweit mir die Geschichte bekannt ist, wüßte ich durchaus kein auch nur entfernt ähnliches Beispiel eines ähnlichen Chaos anzuführen. Die Dänen wollen die Herstellung des alten Rechtes, und fühlen demnach sehr deutlich daß eine Verbindung Holsteins in irgendeiner Form mit Dänemark sofort eine Verbindung desselben mit Schleswig, und mithin die Grundlage einer neuen schleswig-holsteinischen „Erhebung" erzeugen müßte. Sie wissen recht wohl daß gerade die gemeinsamen Leiden und Siege beide Lande enger zusammengeschmolzen haben als dieß seit Jahrhunderten der Fall gewesen. Sie möchten daher gerne Holstein fahren lassen, allein sie würden dadurch erstlich die „Insurrection" sanctioniren; zweitens weiß kein Mensch wohin man denn mit diesem selbständigen Holstein sollte. Sie würden endlich wohl Schleswig theilen, wenn sie nicht in der Vereinigung des südlichen Schleswigs mit Holstein ein neues und nur noch mehr consolidirtes Schleswig-Holstein entstehen sähen. In der That wissen daher auch die Dänen nicht recht was sie wollen; und ebendeßhalb ist ihre gegenwärtige kriegerische Haltung eine ganz widersinnige, wenn sie nicht durch die Furcht vor dem Auftreten Schleswig-Holsteins motivirt wäre. Dieß Schleswig-Holstein selbst aber lebt in einem Zustande für den ich vergebens nach einem Namen suche. Es hat einen Krieg geführt auf fremden Befehl; es hat einen Waffenstillstand der durchaus ein Vertrag de jure tertii ist, und den es zugleich anerkennt und nicht anerkennt; es ist getrennt und hat eine gemeinsame Ständeversammlung, ein gemeinsames Heer, eine gemeinsame Statthalterschaft; es hat ein constitutionelles Staatsgrundgesetz eingeführt, in welchem es den erbberechtigten Fürsten als seinen Landesherrn anerkennt, ohne ihm doch dasselbe Staatsgrundgesetz zur Bestätigung vorzulegen; es sieht Schleswig von preußischen Truppen danisirt, und von einer Commission verwaltet, die, wie das Berliner Cabinet neulich sagte, vollkommen souverän, ja unabhängig von den kriegführenden Mächten dasteht, während dasselbe Schleswig Gelder und Rekruten nach Holstein schickt. Es hört mit tiefem Schmerz den Klageruf der armen, von den Preußen im dänischen Interesse geknechteten Schleswiger; es hat die Macht und das Recht loszuschlagen, und dennoch thut es das nicht. Es hat fast hundert preußische Officiere in seinem Heere, aber es weiß nicht ob diese Officiere nicht gerade im entscheidenden Augenblick abberufen werden. Es leidet unter einer unglaublich principlosen Verwaltung seiner äußern Politik, und dennoch regt es sich nicht, weil es fühlt daß jede Aenderung auch das gefährdet was es noch hat und ist. Haben Sie in Wissenschaft oder Geschichte einen Namen für diesen Zustand? Ich nicht.

Es kann hier nun nichts nützen nach den Gründen zu forschen welche diesen Zustand herbeigeführt haben. Der erste Grund war daß man sich

im Anfang kopflos auf Fremde verließ, und daß man, in tiefster Unkenntniß der Verhältnisse, statt sich Deutschland in die Arme zu werfen, in die Hände Preußens gerieth. Das war keinem von allen denen zum Segen, aber unter jenen Umständen und Persönlichkeiten war es eben unvermeidlich. Es ward oft genug vorhergesagt daß das alles nicht zum Heile führen werde; aber man hörte ja nicht. Jetzt hat sich das nun erfüllt. Die Schale ist voll. Der Zustand ist allmählich ein ganz unerträglicher geworden.

Der schleswig-holsteinische Landtag trat am 1 Nov. in Kiel zusammen. In Schleswig war das Staatsgrundgesetz aufgehoben; die Deputirten kamen darum nicht weniger. Ein gewaltiger Druck lastete auf der Versammlung. That sie nichts was in den großen Gang der politischen Fragen eingriff, so war sie ein leerer Schein, ein Spott der Dänen. That sie etwas, so mußte sie wissen daß sie mit Preußen und Dänemark zugleich zu kämpfen haben werde; so mußte sie vor allem wissen was sie denn eigentlich am letzten Ende wollte.

Ich lege wenig Gewicht auf die Vorlagen der Regierung. Jeder Mensch begreift daß sie entweder zu spät oder zu früh kamen. Man beachtete sie kaum. Nur das Budget war von Wichtigkeit. Es zeigte daß die Herzogthümer zusammen, trotz der ungeheuren Kriegslast, einen Ueberschuß von drei Millionen Mark aufzählen konnten. Es sollte in einem Ausschuß berathen werden.

Alles das war untergeordnet. Wichtig und höchst bezeichnend dagegen war es daß die Regierung durchaus keine Vorlage über die eigentliche Lebensfrage der Herzogthümer machte. Sie hatte nicht die Kraft der Initiative. Die Lande mußten sich selber helfen.

Am 4 Nov. erschienen die Deputationen aus Schleswig und Holstein. Jene waren besonders zahlreich. Sie erklärten daß der Zustand unerträglich geworden sey; sie forderten Krieg. Ihr Redner war der Pastor Baumgarten aus Schleswig, ein der theologischen Welt wohlbekannter Mann. Er brachte die Adressen von nicht weniger als 75 Ortschaften. Seine Rede war erhebend; er predigte den Kampf. Sein Wort war daß wenn wir unser Recht nicht mit dem Blut bis zum letzten Titel vertheidigten, wir damit zugeständen daß es nicht unser wahres Recht gewesen sey; denn jedes wahre Recht habe die göttliche Gewalt die Menschen zum letzten Opfer zu bringen. Die Rede machte tiefen Eindruck. Ihre Schärfe ergriff den Verstand, ihre Wärme die Herzen. Jetzt kam Theodor Olshausens Antrag auf das Verlangen einer definitiven Erklärung der preußischen Officiere über ihre Stellung im schleswig-holsteinischen Heere. Das Eis war gebrochen. Jener Antrag enthielt in Wahrheit die Frage, ob überhaupt die Herzogthümer eine selbständige Macht nicht bloß scheinen sondern seyn wollten oder nicht; die zweite Frage: ob man definitiv die Zukunft des schleswig-holsteinischen Heers denselben Preußen überlassen wolle die jetzt Schleswig danisiren, oder ob man ein wirklich schleswig-holsteinisches Heer besitzen, und neben den schleswig-holsteinischen Hoffnungen und Rechten als beachtenswerthes Gewicht in die Wagschale legen wolle. Das und nicht mehr bedeutete jene Frage; aber freilich mußte sie unendlich viel mehr anregen. Die Regierung schwieg. Sie mußte der Opposition die Initiative überlassen. Das Land wird das übersehen; die Geschichte nicht.

Die Verhandlung auf jenen Antrag wurde in geheimer Sitzung geführt. Die Beschlüsse die in dieser Sitzung gefaßt wurden, sind geheim. Ich begreife freilich die Politik nicht, nach welcher man ihr dieses Geheimniß auferlegt hat, aber es ist da. Nur so viel kann ich sagen daß diese Beschlüsse sehr energischer Natur waren, und sich theils auf die preußischen Officiere, theils auf Schleswig bezogen. Alsdann vertagte sich die Versammlung.

Und dieß Vertagen ist es was höchst wahrscheinlich die Entscheidung bringen wird. Denn wenn die Versammlung die ganz allein die Initiative hat, während die Regierung weder Impuls noch Plan zu geben verstand, im December zurückkehrt, so wird sie Muße haben zu sehen was geschehen, und auch was nicht geschehen ist. Ich kann darüber hier nichts bestimmteres mittheilen. Ich bemerke nur daß bis zu diesem Augenblick noch keine Erklärung der preußischen Officiere abgegeben ist, daß daher an ein von ihrer Regierung unabhängiges Auftreten noch nicht gedacht werden kann; daß wenn diese Erklärung spät kommt, man im Fall energischer Maßregeln das Officiercorps nicht vollständig zur rechten Zeit beisammen hat; daß endlich im günstigsten Fall jeder Gegner dieses energischen Auftretens die vollkommene Zeit gewinnt alle seine Maßregeln in jeder Weise zu treffen. Ich bemerke ferner daß die Dänen ihre Hauptmacht wieder auf Alsen concentrirt haben, und daß man dort drei Schiffbrücken in Bereitschaft hält. Ich muß mich überzeugt halten daß jeder Schritt der schleswig-holsteinischen Organe auf das genaueste bewacht wird, und daß andererseits die schleswig-holsteinische Diplomatie, wenn man von einer solchen sprechen kann, nicht eben sehr gut unterrichtet ist, sondern an Gutmüthigkeit leidet. Ich muß daher glauben daß jedes energische Auftreten auf der angenommenen Basis kaum zu einem definitiven Ziele führen wird.

Und gesetzt nun auch daß der Krieg zwischen den Herzogthümern und Dänemark wieder losbräche, so bleibt die eine große Frage: was dann zu thun ist wenn das schleswig-holsteinische Heer gesiegt hätte. Dann sind nur zwei Fälle denkbar. Entweder Schleswig-Holstein beharrt darauf den König von Dänemark nach wie vor als seinen „rechtmäßigen Landesherrn" anzuerkennen, und dann ist absolut kein Ende abzusehen von diesem Krieg und diesem Widerspruch. Denn von uns kann Dänemark wohl abgewiesen, aber nicht überwältigt werden, da wir keine Flotte haben. Wir können deßhalb diesen König-Herzog nie zwingen das Staatsgrundgesetz oder ein ähnliches Recht anzuerkennen; und hat er das in den letzten anderthalb Jahren nicht gethan, so wird er es künftig gewiß noch weniger thun. Oder Schleswig-Holstein entsetzt den König und wählt einen neuen Fürsten, oder läßt den Thron nach der Erbfolge übergehen. In diesem Fall wird Preußen eine Thronentsetzung als legitim innerhalb Deutschlands anerkennen müssen — und ich frage ob das denkbar ist? Oder es muß als das Aeußerste die Waffen gegen Schleswig-Holstein kehren. Gesetzt aber auch es wollte das erstere, so würde der große Freund des Ostens es keineswegs erlauben daß Preußen so gut aus der Sache käme; es würde Dänemark unterstützen wie es das bisher gethan; denn jede diplomatische Niederlage Preußens ist ein Sieg Rußlands, und die Verlegenheiten des erstern machen das letztere stark. Gesetzt es wollte das zweite, so würde es doch ein wenig viel in Deutschland zu thun bekommen. Also wo ist hier der Ausweg? Wie nun aber wenn Dänemark siegte? Alsdann müßte allerdings Schleswig den Dänen überlassen bleiben. Ob sie Holstein haben wollten, wäre sehr die Frage. Nehmen sie es, so werden sie künftig wie bisher mehr an Schleswig-Holstein als dieses an sie gebunden seyn. Nehmen sie es aber nicht, wer soll es dann haben? Und endlich, gesetzt sie nehmen es, und alles geht vortrefflich, und das monarchische Princip siegt und herrscht — siehe da, nach wenig Jahren ist der dänische Thron erledigt, und die alte Frage ist wieder da! Gäbe man nun auch einen neuen Fürsten, so würde derselbe, wenn er ein dänischer ist, den Deutschen, wenn ein deutscher, den Dänen stets als ein mehr oder weniger geheimer Feind erscheinen, und der Same eines neuen Kampfes um diesen so hochwichtigen Theil Deutschlands wäre mit derselben Hand gesäet die den Frieden bringen wollte.

Dieß ist die Lage Schleswig-Holsteins. Es muß nächstens eine Entscheidung getroffen werden; aber welche es auch sey, stets muß sie in einen dieser Widersprüche hineingerathen.

Und warum ist diese Unlösbarkeit der schleswig-holsteinischen Frage auf allen Punkten da? Gibt es keinen Ausweg aus diesem Labyrinth? Gewiß. Diese Frage ist der schlagendste Beweis dafür daß wo der Boden verlassen ist, kein Gebäude mehr bestehen kann. Und der einzige Boden auf den man einen Frieden für Schleswig-Holstein wird erbauen können, ist der der Einheit Deutschlands. Gerade Schleswig-Holstein ist seiner ganzen Lage, allen seinen Verhältnissen nach durchaus unfähig irgendeinem einzelnen Staate Deutschlands anzugehören. Es ist ebenso unfähig sich wieder als ein Theil der dänischen Gesammtmonarchie einreihen zu lassen; seine Kraft, sein Recht und seine Volksthümlichkeit sind Dinge dem kleinen Dänemark gegenüber zu stark. Aber endlich ist es auch unfähig als selbständiger Staat dazustehen; dazu ist seine Bedeutung zu groß und seine Kraft zu klein. Schleswig-Holstein kann einmal für allemal nur als eine Provinz oder als ein Theil Deutschlands bestehen. Jede andere Stellung desselben ist unnatürlich, und darum nur durch Gewalt für kurze Zeit aufrecht zu halten. Oft genug hat man den Beschluß der Frankfurter getadelt in welchem sie Schleswig als einen Theil Deutschlands betrachteten. Dennoch war der Grundgedanke der allein richtige. Es gibt zwei Wege dieß darzuthun: der eine liegt in dem Nachweis der Interessen, ja der höchsten staatlichen Bedürfnisse Schleswig-Holsteins und Deutschlands. Diesen werden wir hier nicht wiederholen. Der andere liegt in der Unmöglichkeit jeder andern Lösung. Und diesen glauben wir gegeben zu haben.

Was folgt denn nun praktisch aus allen diesen Betrachtungen? Es folgt daß alle Mühen, Kriege, Unterhandlungen und Vorschläge zur Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage nothwendig so lange vergeblich bleiben müssen als die Einheit Deutschlands nicht auf eine sichere Basis erbaut worden ist. Das ist der wahre Gradmesser für die Wichtigkeit der Beschlüsse unserer Landesversammlung, den sie aber mehr geahnt als deutlich erkannt hat; die nächste Zukunft wird dieß bestätigen. Es folgt zweitens daß das Princip auf welchem die Einheit Deutschlands basirt werden wird, auch über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten entscheiden muß; je nachdem dieß ein historisches oder revolutionäres wird, wird entweder ein verschlimmerter status quo ante

oder ein neues Schleswig-Holstein aus derselben Urne des Schicksals hervorgehen. Es folgt endlich drittens daß die Einheit Deutschlands unsere Frage auch sofort erledigen wird; und je nachdem diese Einheit eine feste oder eine vorläufige wird, wird auch die Ordnung der schleswig-holsteinischen Sache eine definitive oder vorläufige werden.

Ich kann über dieß mein näheres Vaterland keine andere Ueberzeugung haben als diese. Weder Preußen, noch Rußland, noch England werden hier entscheiden; das Loos Deutschlands ist nothwendig und unter allen Umständen das Loos Schleswig-Holsteins.

Ich glaube aber daß wir bald, sey es in einem verzweifelten Versuch der Herzogthümer, sey es in einem der ersten Acte eines deutschen Interims, einen schwerlich sehr erfreulichen Beweis dieser Wahrheit haben werden.

Die österreichisch-deutsche Zolleinigung.

Aus der Austria.

Wir haben früher bewiesen daß die Reform des österreichischen Zollsystems an sich auf die Staatseinkünfte günstig einwirken werde. Durch die Zolleinigung mit Deutschland würden noch weitere finanzielle Vortheile sofort erzielt, wie Ersparnisse in der Gränzverwaltung und gründliche Tilgung alles Schleichhandels auf dieser langen Gränze. Man sagt die Erhebungskosten der Zölle seyen bedeutender als die irgendeiner andern Abgabe. Sie werden sich jedoch in dem Verhältniß mindern als das Zollgebiet sich ausdehnt; jener Satz muß also bei einer gewissen Größe des Handelsgebiets aufhören wahr zu seyn, die Erhebungskosten werden dann nur noch ein Minimum betragen. Der Gewinnungsaufwand beträgt für Oesterreich jetzt 20 Procent, für den Zollverein 11, für ganz Deutschland im Durchschnitt noch 16 Proc. der rohen Zolleinnahme, nach der Zolleinigung würde er sicher unter 9 Proc. herabsinken; in dem zum Theil noch prohibirenden Frankreich beläuft er sich auf etwa 12, in England auf 6 Proc. Fällt im hannoverischen Steuerverein von der rohen Zolleinnahme auch noch etwas mehr auf den Kopf als im Zollverein (1847 nämlich 29⅓ Sgr.), so ist dort der Gewinnungsaufwand doch fast dritthalbmal so hoch als hier, was das Reinverhältniß zu Gunsten des Zollvereins umwandelt.

Durch Herstellung der Zolleinheit fielen für die verschiedenen handelspolitischen Gruppen an 500 Meilen Gränzbewachung hinweg. Jede Meile zu bewachen kostet gegenwärtig je für die beiden Theile zusammen wohl 7000 Gulden (im Zollverein 2000 Thaler), das wären 3,500,000 Gulden auf die ganze Strecke, die somit jährlich rein an Verwaltungskosten erspart würden. Zugleich aber fallen unsägliche kleinere und größere Unglücksfälle und Bestrafungen aller Art weg; Rechtlichkeit und Arbeitsamkeit kehren statt des Schmuggels an den Gränzen zurück, und eine Menge Arbeitskräfte werden dem Lande wieder gewonnen.

Hinsichtlich der Finanzen wäre Oesterreich mithin im Vortheil. Während Zoll und Dreißigst dem Schatz jetzt 22 Millionen Gulden eintragen, würde in Folge der Zolleinigung bei einer nach der Kopfzahl bemessenen Vertheilung auf Oesterreich etwa das Doppelte entfallen, dabei noch die Zollwachtsunkosten an einem Drittel der österreichischen Gränze in Wegfall kommen. Freilich einen solchen günstigen Vertheilungsmaßstab, auf den Oesterreich halten muß, würde es schwerlich sogleich erreichen; auch dieß Bedenken spricht gegen die Ansicht derjenigen welche die Zolleinigung „mit einem Schlage" bewerkstelligen wollen. Anders steht die Sache wenn eine angemessene Periode der innern Reform und der Vorbereitung vorhergeht, während welcher Oesterreich sich bemüht sein Handelssystem zu der verhältnißmäßigen Steuerkraft des vereinsländischen und des hannoverischen emporzuheben. Dann wird sich bald zeigen daß es gerechten Anspruch machen kann auf den Vertheilungsmaßstab nach der Kopfzahl, der sich seiner Einfachheit wegen am meisten empfiehlt, und daß in den Mängeln seines Systems, nicht in seiner geringern Verbrauchsfähigkeit der Grund der bisherigen Kleinheit seiner Zolleinkünfte lag. So pflegt man den Schmuggelhandel nach Oesterreich gegenwärtig (viel zu niedrig) auf 25 Millionen Gulden zu schätzen, und zwar soll er im Durchschnitt mit 20 Proc. Unkosten oder 5 Millionen Gulden illegalem Zoll betrieben werden. Nach Durchführung der Zollreform würde diese Summe in die Casse fließen und die Zolleinnahme vermehren. Nehmen wir die Erhöhung der Zolleinnahme in Folge des erweiterten Verkehrs auch anfangs nur zu 5 Millionen an, so würden in diesen 10 Millionen reichlich Mittel gewährt seyn auch über das Tabakmonopol hinwegzukommen, wenn man sich für dessen Aufhebung entscheiden und dadurch auch dieses Hinderniß für den Zollanschluß entfernen würde; für die Einkünfte aus der Tabakregie, die Zinsen der Gebäude, der Vorräthe, die Verwaltung, die Ueberwachung rc. in Anschlag gebracht, würde theils der hohe Einfuhrzoll, theils die von Tabakpflanzungen und Fabriken zu erzielende Steuer Ersatz gewähren, und wohl einen um so namhaftern als österreichischer Tabak und Tabaksfabricate in Deutschland selbst einen sehr großen Markt finden würden. Gegenwärtig steuert der Tabak einen bedeutenden Theil der Zolleinnahme in die deutschen Zollcassen; auch dieß bei der Rechnung auf beiden Seiten in Anschlag gebracht, dürfte sich schon bald ein Zollgefäll für Oesterreich ergeben welches dem deutschen nach Verhältniß der Bevölkerung das Gleichgewicht hält.

Wir wollen wenigstens einen muthmaßlichen Ueberschlag machen. 33 Millionen Gulden Einfuhrzoll ergeben im Zollverein 1 fl. 10 kr. der Kopf, 16½ Millionen in Oesterreich freilich kaum 25 kr.; hiezu kämen jedoch jene 10 Millionen in Folge der Zollreform und etwa noch 6 Millionen durch die Tabakbesteuerung, also noch einmal 25 kr. oder zusammen etwa 50 kr. auf den Kopf. So möchte das Verhältniß sich etwa bald nach Durchführung der innern Zollreform stellen, in deren Folge indeß Oesterreich während der ersten Jahre ganz gewiß raschere Fortschritte machen würde als das übrige Deutschland*), so daß die Zollerträgnisse beider Körper mit jedem Jahr mehr übereinstimmen würden. Jedenfalls wird die Reform die Zolleinkünfte Oesterreichs mehren und das Verhältniß für dasselbe günstiger gestalten.

Sollte sich jedoch ein finanzieller Nachtheil auch wirklich noch vorübergehend für die übrigen Staaten geltend machen, so werden sie doch jetzt nicht in jenen Fehler fallen den man den Nordseestaaten gegenüber dem Zollverein so lange zum Vorwurf gemacht hat: sie werden um ein kleines Opfer willen nicht unermeßliche Vortheile von der Hand weisen. Sie werden bedenken daß die Zolleinigung eine Lebensfrage ist für die Zukunft der deutschen Industrie und für den Eintritt Deuschlands in die Reihe der Handelsmächte ersten Ranges, und daß in dieser Zolleinigung auch eine nicht genug zu schätzende Befruchtung für alle übrigen Einnahmequellen der deutschen Staaten liegt. Sind doch die Zollerträgnisse jetzt auf beiden Seiten noch unbedeutend in Vergleich mit dem was sie erzielen könnten, was in England daran wirklich einkömmt. Bei einer Bevölkerung von 27 Millionen in Großbritannien und Irland und dem Durchschnittserträgniß von 21 Millionen Pfd. St. an Zöllen treffen dort auf den Kopf 8 Gulden, in Großbritannien für sich noch weit mehr, da die eingerechneten 8 Millionen Irländer nur wenig ausländische Güter verzehren.**) Wie sehr müssen Einfuhr und Verbrauch bei uns noch zunehmen, welche Riesenentfaltung muß unser Handel noch erfahren, ehe wir es bis zur Steuerkraft der Britten gebracht haben werden! Und dafür ist die Zolleinigung das Hauptmittel.

Die deutschen Staaten haben wohl ins Auge zu fassen daß der Welthandel im Begriff ist eine vor Jahrhunderten schon bestandene Richtung wieder zu gewinnen und das Mittelmeer von neuem zu einem seiner wichtigsten Centralpunkte zu bestimmen. Auf diesem Kampfplatze hat auch Deutschland als Competent zu erscheinen im Bunde mit Oesterreich. Ein Canal über die Landenge von Suez verkürzt den bisherigen indischen Handelsweg um zwei Drittheile und vernichtet das Monopol der Engländer im Handel nach den indischen und chinesischen Gewässern. Der Besitz dieser neuen Verbindung darf keiner europäischen Großmacht zufallen, wie weit umspannend die Briten auch, in scharfer Voraussicht der zukünftigen Gestaltung des Welthandels, ihr Augenmerk darauf richten. Will Deutschland sich fremder Handelssuprematie nicht unterordnen, so darf es in jenen Bestrebungen nicht zurückbleiben, so ist ihm die freie Benützung der österreichischen Seehäfen sowie der tüchtigen österreichischen Rhederei, der freie Transit auf allen nach Osten gehenden Straßen ganz unentbehrlich. Angebahnt ist im levantischen Handel von Oesterreich aus, was im transatlantischen von der Hanse geschehen. Wie diese eine Menge unsern Absatz vermittelnde Häuser in Amerika gegründet, so nehmen jetzt in Constantinopel, Smyrna, Alexandrien, das wieder als Vermittler zwischen Ostindien und Mitteleuropa sich immer mehr geltend macht, und andern Plätzen unter den dort etablirten Handelshäusern die österreichischen eine der ersten Stellen ein. Im Jahre 1847 stieg der Werth der in Alexandrien aus- und eingelaufenen Waaren auf 38 Millionen Gulden, woran der österreichische Handel bis 6 Millionen fl. Theil hatte. Oesterreich und Deutschland aber verbrauchen zusammen schon für etwa sechzig Millionen ostindische Erzeugnisse, die mit der Zeit nach Ausführung des Suezcanals ihren Lauf am bequemsten über die Adria und die Donau hinauf nehmen werden. Und wer erinnert sich nicht der mit günstigstem Erfolg begleiteten und nur ver-

---

*) Betragen doch jetzt die Zölle von der Bruttostaatseinnahme im Zollverein an 19, im Steuerverein 20.60, in England sogar gegen 40, in Oesterreich dagegen nur an 11 Procent!

**) Indessen betragen die Einfuhrzölle im Zollverein nur an 11 Procent der Einfuhr (316 Millionen fl.), in Oesterreich 16 Procent (von etwa 106 Millionen), in den Vereinigten Staaten 24 Procent (von 280 Millionen), in Großbritannien 30 Procent (von 800 Millionen), in Frankreich 41 Procent der Einfuhr (180 Millionen).

tagten Versuche des österreichischen Lloyd die indische Ueberlandpost über Deutschland zu leiten, mit weiteren glänzenderen Entwürfen im Hintergrunde?

•

Der Präsident des Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, Felix Fürst von Hohenlohe, hat Namens des engern Ausschusses desselben folgende Zuschrift an den österreichischen Handelsminister Ritter von Bruck gerichtet, dd. Frankfurt a. M., 7 November: Euere Excellenz! In dem Augenblick wo wir und mit uns die große Mehrzahl der Träger und Freunde deutscher Arbeit mit banger Sorge einer Zukunft entgegenblickten die in Folge der politischen Verwickelungen das deutsche Vaterland in seinen materiellen Interessen mehr zu zerklüften drohte als vorher, hat uns ein Aufsatz der Wiener Zeitung vom 26 Oct. d. J.: „Vorschläge zur Anbahnung einer österreichisch-deutschen Handels- und Zolleinigung" mit großer Beruhigung erfüllt. Die auch von dem Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit oft an den Tag gelegte Hoffnung daß alle Theile Deutschlands und der österreichischen Monarchie durch das Band des freien innern Verkehrs und der gemeinsamen Maßregeln zum Schutze und zur Förderung ihrer Erwerbkräfte organisch zusammenwachsen würden, erscheint damit plötzlich wieder neu belebt, und die Aussicht eröffnet daß in einem österreichisch-deutschen Handelsbunde der Raum für die großartigste Entwickelung aller Zweige der nationalen Arbeit gewonnen werde. Der unterzeichnete Ausschuß, als der legitimirte Vertreter der diesseitigen producirenden Stände, handelt gewiß im Sinne seiner Committenten, wenn er sich beeilt Ew. Excellenz die Versicherung auszudrücken daß der Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit von dem Heilsamen und Ersprießlichen der in der Wiener Zeitung dargelegten Plane tief durchdrungen ist, und soviel in seinen Kräften stets bemüht seyn wird auf Erstrebungen des vorgesteckten Ziels hinzuwirken. Geruhen Ew. Excellenz ꝛc. ꝛc.

Ein Jahrestag in Oesterreich.

dl. Wien, 22 Nov. Der heutige Lloyd macht aufmerksam daß gestern dem Ministerium der Jahrestag seiner Amtsführung wiederkehrte. Zwar ist es noch das Ministerium Schwarzenberg, aber zum Theil und nicht unwesentlich haben die Mitglieder gewechselt. Es liegt ein großes Stück Geschichte in dieser Spanne Zeit, und das Ministerium Schwarzenberg wird mit mannichfachen Gedanken den gestrigen Tag erlebt haben. Wir sind nur allzusehr geneigt die Erscheinungen der Dinge nach ihrem nächsten Ursprung zu beurtheilen, und übersehen gar leicht daß jede Ursache wieder einen Ursprung haben muß, ein Glied der Kette immer das andere voraussetzt und nichts in der Welt vereinzelt steht. Es ist nicht zu läugnen daß Oesterreich sich selbst seiner trefflichen Armee verdankt; es ist nicht zu tadeln wenn es seine Retter mit Heldengesängen begrüßt, wenn die zurückgebliebenen die rückkehrenden, bis auf ein Häuflein zusammengeschmolzenen Bataillone, mit Thränen im Auge, mit theuer erkauftem Siegesstolz empfangen. Der physische Muth und die sittliche Begeisterung, die Fahnentreue sind nicht so häufig um nicht großen Lobes würdig zu seyn. Aber hinter dieser ersten Erscheinung muß man die nächstliegende Ursache auffinden, und wahrlich der sittliche Muth den jene Männer vom 21 November bewiesen, steht nicht geringer als die Thaten bei Novara, Atsch und Temeswar. Wenn eine Regierung, nachdem die Regierungsgewalt durch Thorheit und die Macht der Umstände allmählich in gänzliche Mißachtung gerieth, zum erstenmal der Revolution mit Ansprüchen auf Gehorsam gegenübertritt, so ist eine solche That um so kühner und größer je weniger Ruhm dabei zu erwerben. Ist die Revolution stark genug sich nicht gebieten zu lassen, so vernichtet sie den ersten Versuch, und die große Zahl der Menschen, welche nur nach Erfolgen urtheilt, schilt das Wagniß ein unkluges. Bändigte die erste Aeußerung unerschütterlichen Charakters die Leidenschaft und den entfesselten Störungstrieb, gewinnen die Zaghaften Muth und mischen sich in den streitbaren Chor daß der Fanatismus allmählich die widerstrebende Kraft erkennt, die Thorheit zur Besinnung kommt, dann gibt es der Klugen und der „Charaktere" genug die hinterdrein die Besonnenheit so natürlich, den starken Willen für ein Kinderspiel halten. Die besiegte Gefahr hört auf Gefahr gewesen zu seyn, und so rasch sind wir im Vergessen daß wir das Vergangene für bloße Täuschung hielten. Die alte Geschichte vom Ei des Columbus wiederholt sich täglich und tausendfach. Es gibt keinen noch so tiefen Philosophen daß nicht seine feinsten Gedanken in das Denkgeräth des allergewöhnlichsten Menschen übergingen; es gibt keinen noch so scharfsinnigen Mechaniker daß ihm nicht der simpelste Uhrmacher sein Rad, seine Welle nachmachte, als ob es sich von selbst verstände daß der Mensch von jeher und immer gerade so die Naturkräfte zu regeln verstanden hätte. So kommt denn alles darauf an wer etwas zuerst sagt. Der ist Meister, Philosoph, Dichter, Genie. Und ganz dasselbe ist es im Leben und im Staat: wer der erste ist der wagt, das ist der Charakter, die übrigen, je nachdem sie ihm näher verwandt, folgen seinen Spuren. Der Sieg bei Custozza wurde allerdings erfochten, während es im Kaiserstaate kläglich aussah. Aber der Sieg bei Novara wäre gewiß nicht erfochten worden, wenn die Anarchie weiter und mächtiger sich verbreitet. Daß die Heere siegen konnten, dazu brauchte es einen Staat welcher die Kriegsanstrengungen ertrug, das war aber kein Staat wo alles aufhörte zu **bestehen**. An diese ernsten Betrachtungen über das große Jahr knüpfen sich auch ernste Erwartungen. Hat sich der neue Staat dem Ministerium, das Heer sich dem Staat und dieser wieder dem tapfern Heer zu verdanken, so vergesse man eine Gefahr nicht welche dem Irrthum der Menschen so nahe liegt, eben nur vom augenscheinlichen und allernächsten Erfolge zu schließen: weil die Armee das Besitzthum des Staates erobert hat, der Armee die Erhaltung zu übertragen. Krieg und Aufruhr führte zu Belagerungszuständen und Militärgouvernements. Beide waren nothwendig, aber nur nothwendige Uebel. Schlimm für den Staat wenn sie länger oder lange nothwendig blieben, schlimmer noch wenn man an dem Zustande selbst mit seiner bequemen Art zu regieren Gefallen fände. Und darum wird der Jahrestag dem Ministerium ein Mahnungstag geworden seyn wieder Regierung, unbedingte Regierung zu werden. Auch hört man jetzt daß man in der ungarischen Verwaltung mehr administrativ-politische als die rein militärischen Rücksichten eintreten lassen will. Sollte die Regierung, welche mit ihrem Worte damals die Revolution zerbrach, jetzt nicht Stärke genug fühlen, ohne Patrouillen mit geladenem Gewehr, den Staat im Frieden regieren zu können? Ein nothwendiges Uebel hört nicht auf Uebel zu seyn, und darum genügt es nicht bloß das Uebel zu beseitigen wenn die Nothwendigkeit einmal wegfällt, sondern man muß diese selbst, so weit es möglich, zu beseitigen suchen. Nach den Regeln des Verstandes kann es keinen größern Gegner der Militärherrschaft geben als ein Ministerium welches den bürgerlichen Staat vertritt, eben weil darin seine Existenzfrage liegt, wir **wollen** daher dem Ministerium zur Wiederkehr seines Namenstages den Wunsch bringen daß es, wie die Revolution, auch die fortdauernden verzögernden Hindernisse des bürgerlichen Staates überwinden möge, um den ganzen großen Kaiserstaat wirklich zu regieren, nicht bloß in seinen einzelnen Stücken regieren zu lassen.

Die Orleans und die Bonaparte.

) **Paris, 22. Nov. Das Lager der Orleanisten befindet sich seit einigen Wochen in einer jammervollen Rathlosigkeit und man geht aus diesem Grunde mit dem Plane um sich neue Verhaltungsbefehle aus Claremont kommen zu lassen. Thiers und Berryer arbeiten unaufhörlich an einer vollständigen Aussöhnung der beiden bourbonischen Linien, and man versichert daß Louis Philipp mit den Plänen dieser beiden Staatsmänner vollständig übereinstimme. Auch die Herzogin von Orleans ist nachgiebiger geworden. Der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale dagegen beharren auf ihren Ansichten, denen zufolge die Juliusdynastie nur noch eine Zeitlang ruhig abwarten solle was die Verhältnisse in Frankreich bringen. Ihrer Ansicht nach gehört die Zukunft dem Hause Orleans. Die Constituirung einer kräftigen parlamentarischen bonapartischen Fraction in der Nationalversammlung will durchaus nicht gelingen. Der Name des Prinzen von der Moskowa, der an der Spitze derselben steht, stößt kein besonderes Vertrauen ein. Auch das Lager der Nationalisten will nicht zunehmen trotz der vielfachen Zugeständnisse der regierungslustigen Patrone. Gelingt es Emil de Girardin in die Kammer gewählt zu werden — und es ist alle Aussicht dazu vorhanden — so können wir uns auf eine ganz neue Partei gefaßt machen. Louis Bonaparte soll neulich geäußert haben daß er, falls der Hauptredakteur der Presse zum Volksvertreter auserkoren wird, denselben ins Ministerium zu berufen gedenke. Die Generalstatthalterschaft in Algerien wird demnächst in andere Hände übergehen. Man bezeichnet den verabschiedeten Kriegsminister Rulliere für diesen Posten. In dem Cabinet herrscht nicht das beste Einvernehmen unter den einzelnen Mitgliedern. Den Vorsitz führt regelmäßig der Präsident der Republik. Odilon Barrots Gesundheit ist außerordentlich angegriffen. Auf seine parlamentarische Wirksamkeit muß er wohl für längere Zeit verzichten.

Großbritannien.

‡ **London,** 22 Nov. Die **Times** spricht sich in einem interessanten, an den Bericht von Sir James Roß anknüpfenden Artikel gegen weitere Nord- oder Südpol-Expeditionen aus, da wissenschaftlich in jenen Regionen kaum mehr etwas zu erforschen, in commercieller Beziehung aber dort klärlich nichts zu gewinnen sey. — In Irland hat man den frühern Plan einer „irischen Allianz" oder „Nationalconferenz" wieder aufgenommen. In Newcastle am Tyne hat man ein Meeting zur Unterstützung der ungarischen, polnischen und italienischen Flüchtlinge gehalten.

[4337] ☞ **Grimmaische Bibelausgabe** als heil. Weihgeschenk zum Christfest.
Bei uns erschien:

Neue Luther-Bibel mit schönem Stahlstich und dreizehn englischen schönen Original-Holzschnitten, auf feinem, weissem Patentpapier, mit scharfen Lettern. *Altes und Neues Testament zusammen* a) in Saffian m. Goldschn. u. Futter. 1 Thlr. 10 Ngr. od. 2 fl.; b) in Saffian mit Federmarmorschnitt 1 Thlr. od. 1 fl. 30 kr.; c) ganz Franz 22½ Ngr. od. 54 kr.; d) halb Franz à 20 Ngr. od. 1 fl.; e) roh à 15 Ngr. od. 45 kr. 26/25 baar für 10 Thlr.

Die Ansicht dieser neuen und schönen Luther Bibel, welche auch die Parallelstellen enthält, wird jedem die Ueberzeugung geben daß er hier die gesammte heilige Schrift, trotz des geringen Preises, in würdiger Ausstattung, auf milchweißem Papier mit scharfer Schrift und mit einem Bilderschmuck empfängt, die sie zur Zierde des gemeinschaftlichen Lesetisches in jedem Familienzimmer macht.

Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.

[4226] Bei Adolph Marcus in Bonn ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Texas.

Mit besonderer Rücksicht auf deutsche Auswanderung und die physischen Verhältnisse des Landes

nach eigener Beobachtung geschildert von

Dr. Ferdinand Roemer.

Mit einem naturwissenschaftlichen Anhang und einer topographisch-geognostischen Karte von Texas.

Preis: 2⅔ Thaler.

Der durch seine wissenschaftlichen Leistungen bereits rühmlichst bekannte Verf. veröffentlicht in dem obigen Werke das Ergebniß seiner Beobachtungen und Studien während eines fast zweijährigen Aufenthaltes in Texas in eben so belehrender als unterhaltender Weise; seine Rathschläge für Auswanderer in dieses Land gründen sich auf eigene Anschauung der dortigen Verhältnisse, und die beigefügte meisterhaft ausgeführte geognostisch colorirte Karte des Landes dürfte dem Reisenden und dem wissenschaftlichen Forscher als die beste bis jetzt erschienene empfohlen werden können.

[4210] So eben erschien bei A. W. Hayn in Berlin und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Chronik für das Jahr 1849.

Erster Band:

Die Monate Januar bis Juni.

In Umschlag geh. Preis 2 Thlr. 15 Sgr.

Der ungetheilte Beifall den der erste Band dieses Werkes für das Jahr 1848 gefunden, hat die Verlagshandlung veranlaßt den Verfasser zu einer Veröffentlichung seines reichen Materials in kürzerer als Jahresfrist zu bewegen. — Je mehr sich unsere politischen Zustände abklären, je wichtiger wird der Rückblick auf den Gährungsproceß aus dem sie entstanden, und in dieser Chronik unsrer Zeit ist ein solcher erleichtert, ja bei vielen Actenstücken überhaupt erst möglich gemacht. Was im ersten Bande nur geschichtlich und reflectirend war, hat in diesem Bande: Januar — Juni 1849 auch eine staatliche und diplomatische Bedeutung gewonnen, ohne an Kürze und einschneidendem Urtheil zu verlieren. So fortgesetzt, wird dieses wirkliche „Portfolio" unsrer Zeit bald ein Bedürfniß für jeden seyn der die Begebenheiten nicht nur nach ihren äußern Erscheinungen, sondern nach und aus ihren Motiven erkennen will.

[4007—9] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschiene und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Fahrten

von

Franz Schuselka.

I. Band. Von der Revolution.
II. Band. Während der Revolution.

Preis für beide Bände eleg. brosch. 4 fl. 30 kr. C.-M. oder 3 Rthlr.

Inhalt:

Reuß Lobenstein-Ebersdorf-Schleiz. — Salzburg, Algn, Berchtesgaden, Brückenau. — München. — Weimar, Jena, Erfurt, Wartburg. — Coburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Passau. — Eine Nibelungenfahrt.

Hamburg. — Berlin, Breslau. — Wien I. — Frankfurt I. — Wien II. — Frankfurt II. — Wien III. — Die Octobertage. — Kremsier.

Mit gewohntem Freimuth schildert der Verfasser seine interessanten Erlebnisse und liefert manchen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte.

(4155—56) **Ein Bergbaubeamter**

höherer Kategorie, der mit dem besten Erfolge seine Studien an der Bergakademie zu Schemnitz vollendete, welcher durch 19 Jahre bei dem Staatsbergbaue in Ungarn bedienstet ist, woselbst er die seltene Gelegenheit hatte sich im Betriebe des Bergbaues, der Forstwirthschaft, der Pochwerks-Manipulation, und des Gold-, Silber-, Kupfer-, Blei- und Eisenhüttenwesens so einzuüben daß er alle Manipulationen des Berg- und Forstwesens, erfahren in den Handgriffen und Vortheilen des Arbeiters, auch mit noch ungeübten Individuen entweder neu zu begründen oder zu regeln gründlich versteht, welcher alle Gebäude und Maschinen, welche darauf einschlagen, herstellen kann (und auch als vorzüglich anerkannte Grubeneisenbahnen, Pochwerke, dann Silber- und Eisenhüttenwerke wirklich neu erbaute), welcher endlich dieses alles zu leiten und zu verrechnen versteht, ist geneigt seine gegenwärtige Stellung gegen eine Anstellung in Amerika zu vertauschen, um seine Kenntnisse und Erfahrungen besser zu verwerthen als es ihm dermalen die Verhältnisse gestatten. Er ist bereit diese seine Kenntnisse und seine bisherigen Leistungen, seine Redlichkeit und Moralität durch g aubwürdige Belege zu erweisen. — Jene verehrlichen Bergbaubesitzer, die in der Lage sind, dieselben von den entsprechenden Nutzen ziehen zu wollen, sind eingeladen zur Feststellung der Bedingnisse sich an die Buchhandlung Gerold u. Sohn zu Wien in Österreich in frankirten Briefen zu wenden.

[4186] In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

A. v. Gutbier,
kön. sächs. Major,

die Versteinerungen des Rothliegenden in Sachsen.

Mit 12 Steindrucktafeln.
Hoch 4. brosch. 3 Thlr. 20 Ngr.

(4333) Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart erschienen und sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Jugendblätter.

Monatschrift zur Förderung wahrer Bildung.

Herausgegeben von
Dr. C. G. Barth.

In monatlichen Heften zu 5 Bogen in Quart. Preis für den Band von 6 Heften (halben Jahrgang) mit 30 Bildern 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

[4367] So eben erschien bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Novellen

von Therese.

Zwei Theile.

8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Mit diesen Novellen schließt die beliebte Verfasserin ihre litterarische Thätigkeit, und es werden daher dieselben als der Abschiedsgruß einer liebgewonnenen Freundin gewiß bei allen Verehrern derselben eine gute Aufnahme finden.

(4325) Im Verlage von J. Scheible in Stuttgart ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das sechste und siebente

Buch Mosis,

das ist:

Mosis magische Geisterkunst,

das

Geheimniß aller Geheimnisse.

Wort- und bildgetreu
nach einer alten Handschrift.
Mit Hunderten von Abbildungen.
Preis 1 fl. 12 kr. od. 21 Sgr.

(4323) **Jedem Quartettspieler unentbehrlich!**

Bei Wilhelm Paul in Dresden sind erschienen:

Joseph Haydns sämmtliche Quartette für 2 Violinen, Viola und Violoncello in Stimmen. Neue elegante und billige Ausgabe Revidirt von *C. Lipinski*. Bis jetzt erschien Heft 1—13. Subscriptionspreis à 1 Thlr.

Vielfach ausgesprochenen Wünschen zu genügen wird vom Januar 1850 an eine zweite Subscription unter den bisherigen Bedingungen eröffnet und monatlich 1 Heft ausgegeben.

Alle Musikalien- und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

(4352—54) Ein Mann von 40 Jahren, unverheirathet, der chemische und bergmännische Studien genossen und mit der Landwirthschaft vertraut ist, sucht eine Stelle als Verwalter, Rechnungsführer, Aufseher oder Secretär; er würde mehr auf gute Behandlung als auf hohe Bezahlung sehen.

Frankirte Briefe, mit T. S. Nr. 4352—54 bezeichnet, befördert die Expedition dieser Zeitung.

(4356) **40 bis 50,000 fl.**

werden auf ein großes Fabrikgeschäft, das mit den dazu gehörenden Grundstücken auf 400,000 fl. gewerthet ist, aufzunehmen gesucht und zwar als erste und einzige Hypothek; nähere Auskunft hierüber ertheilt das **Commissions-Bureau von E. Prager,** Gruftgasse Nr. 5 in München.

(4170—72) Für

HH. Glasfabricanten.

Der Besitzer eines ausgedehnten Waldgrundes im Prachiner Kreise, wo zugleich neben niedrigen Holzpreisen Kies bester Qualität und reichliche Wasserkraft disponibel ist, beabsichtigt ein Glasfabriks-Etablissement im großen Maßstabe zu begründen, und dieses im Pachtwege auf 12 bis 18 Jahre zu überlassen.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag — Nr. 329. — 25 November 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (die Einſetzung der Bundescommiſſion. Ungewißheit über den Anſchluß Frankfurts und über die ſtädtiſche Verfaſſung); München (die Verhandlungen über das Jagdgeſetz); Gießen (die Freiheit des Univerſitätsbeſuchs und die Aufhebung des Studienbannes); Gotha (der Proteſt des Prinzen Albert); Dresden (die Stellung der Parteien in der deutſchen Frage und das Miniſterwechſelgerücht); Hannover (die erſte Kammer verwirft die Bitte um Amneſtie. Die in Baden gefangenen Hannoveraner. Staatsanleihen); Berlin (der Jahrestag der Einführung der Städteordnung. Rede Manteuffels. Die Verfaſſung und die öffentliche Meinung); Von der Elbe (Erläuterungen zu dem preußiſchen Promemoria über die däniſche Angelegenheit); Wien (die montaniſtiſche Anſtalt. Die Zolleinigung).

Spanien. Die Madrider Eiſenbahn. Melilla.

Frankreich. Berichtigung des Moniteurs in Betreff der polniſchen Flüchtlinge. Die Polen in der Türkei unter franzöſiſchem Schutz. Die Anarchie der Parteien. Guizot und die Fürſtin v. Lieven. Der Luftſegler Arban verunglückt. Furchtbares Wüthen der Cholera in Oran. Marſeille.

Italien. Turin (conſtitutionelle Zuſicherungen des Königs); Bergamo L. Frizzoni †); Livorno (die Paßprellereien).

Rußland und Polen. Kaliſch (der Rückmarſch der Garden nach Petersburg. Die Heeresmacht in Polen. Kuprianow. Die Gränzſperre und das hohe Briefporto. Aufforderung an die Flüchtlinge aus Polen).

Neueſtes. München. (Großherzog und Großherzogin von Heſſen.) — Raſtatt. (Erleichterungen.) — Coburg. (Das neue Miniſterium.) — Hannover. (Hr. Detmold.) — Berlin. (Mit der Abſendung der Commiſſarien nach Frankfurt gezögert bis zum Einlauf aller Beitrittserklärungen.) — Oldenburg. (Ein aufſchiebender Antrag in der deutſchen Frage.) — Wien. (Reiſeroute des Kaiſers. Die Beſteuerung des inländiſchen Zuckers.) — Prag. (Des Kaiſers Aufenthalt.) — London. (Die königlich brittiſche Bank. Ueber Deutſchland.) — Paris. (Zwei ſtürmiſche Sitzungen der Nationalverſammlung.) — Turin. (Auflöſung der Kammer).

Datum der Börſen: London 20; Paris 21 Nov.

Deutſchland.

|| **Frankfurt a. M.,** 22 Nov. Man verſichert heute als zuverläſſig daß die Einſetzung der neuen proviſoriſchen Bundescommiſſion im Laufe nächſter Woche, und zwar am 1 Dec., erfolgen werde. Die Commiſſarien werden zu Anfang der Woche (die öſterreichiſchen namentlich am 26 d.) hier erwartet. Die formellen Bedenken in Betreff des Acts der Uebertragung ſcheinen nun dahin erledigt daß dieſelbe direct aus den Händen des bisherigen Reichsverweſers an die neue Commiſſion vor ſich gehen würde. — Ueber den Anſchluß Frankfurts an das ſogenannte Dreikönigsbündniß verlautet durchaus nichts mehr, und die Unterhandlungen ſcheinen wirklich ſeit der Rückkehr des Hrn. Harnier von Berlin ſo gut wie abgebrochen zu ſeyn. Sicherlich würden auch die ſüddeutſchen Mitglieder des Berliner Verwaltungsrathes nicht für Erfurt als Parlamentsſitz geſtimmt haben, wenn auf Frankfurts Beitritt irgend zu rechnen wäre. Uebrigens wird dieſer Angelegenheit hier weit weniger Beachtung geſchenkt als der hieſigen Verfaſſungsangelegenheit, die jetzt ihrem entſcheidenden Stadium immer näher rückt. Während die conſtituirende Verſammlung im Begriff ſteht die zweite und letzte Leſung ihres Verfaſſungsentwurfs zu beendigen, arbeitet die im „patriotiſchen Verein" vertretene Gegenpartei unermüdlich darauf hin für die Verwerfung desſelben durch die Bürgerſchaft Stimmen zu gewinnen. Die ſtändige Bürgerrepräſentation (das ſogenannte Einundfünfziger-Collegium) hat ſogar, aus Anlaß einiger Beſtimmungen des Entwurfs, das Anſinnen an den Senat geſtellt den Entwurf gar nicht zur Abſtimmung zu bringen. Wie der Senat dieſem Verfahren angeſichts des von ihm ſanctionirten Geſetzes vom 17 Oct. v. J. willfahren könne, iſt freilich ſchwer abzuſehen. Die nächſten Tage werden wohl hierüber Entſcheidung bringen.

Bayern. ÷ **München,** 20 Nov. (Vierundzwanzigſte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Verleſung des Berichts des beſondern Ausſchuſſes für die Berathung des Geſetzentwurfs „den Geſchäftsgang des Landtags betreffend" ging der Eröffnung der allgemeinen Discuſſion über den Jagdgeſetzentwurf voraus. Dieſer Entwurf hatte bekanntlich durch den Ausſchuß ſchon ſehr ausgedehnte Modificationen erfahren, und auch bei der allgemeinen Discuſſion erkennt man daß keine der verſchiedenen Meinungsſchattirungen in der Verſammlung ſich durch den miniſteriellen Entwurf befriedigt findet. Der Abgeordnete Knollmüller eröffnet die Debatte vom Standpunkt des Seelſorgers mit ſchweren Klagen über häufige Tödtungen und Verwundungen, ſowie über die Verletzung der Sabbathfeier durch die ſeit 1848 erwachte Jagdwuth auf dem Lande. Das Geſetz vom 4 Jun. 1848 habe in dieſer Beziehung keinerlei Beſtimmungen feſtgeſtellt, Sache des neuen Geſetzes müſſe es ſeyn die Heiligung des Sonntags zu ſchützen, ſie hänge genau mit der Sittlichkeit des Volks zuſammen, es möge alſo das Jagen an den Sonntagsvormittagen unterſagt, oder die darüber beſtehende geſetzliche Beſtimmung zu erneuter Kraft gebracht werden. Abg. Weipert erklärt ſich für gänzliche Freigebung der Jagd. Er hält die vollkommene Vertilgung des Wilds weder in nationalökonomiſcher noch ſonſtiger Hinſicht für bedenklich, und weist dagegen auf die großen nationalökonomiſchen Nachtheile durch den Wildſchaden hin. Beſonders ſolle den Gemeinden anheimgegeben werden ob ſie die Jagd verpachten wollen oder nicht. Jedenfalls ſey der Preis von 10, beziehentlich 8 fl., für eine Jagdkarte zu hoch, da er z. B. in Unterfranken mit dem Jagdertrag häufig in gar keinem Verhältniß ſtehe. Auch werde dadurch mancher Jagdluſtige abgehalten eine Jagd zu pachten; finde ſich aber kein Pächter, ſo werde der Grundbeſitzer nicht nur direct an ſeinem Einkommen, ſondern auch durch den überwuchernden Wildſchaden an ſeinem Beſitzſtand beſchädigt. Abg. Reinhardt findet ebenfalls im neuen Jagdgeſetz zu große Beſchränkungen der Selbſtverwaltung der Gemeinden in dieſer Beziehung, und kündigt einen Antrag an womit er und ſeine politiſchen Freunde den Gemeinden das Recht verſchaffen wollen für ihr Gebiet die Jagdkarten zu beliebigen Preiſen auszugeben. Ueberhaupt ſeyen die Beſtimmungen des neuen Jagdgeſetzes derart daß die Jagd dadurch wieder deren frühern Herren, den vornehmen und reichen Leuten in die Hand geſpielt werde. In dieſer Beziehung empfehle ſich das Geſetz vom 4 Jun. 1848 viel beſſer, und man möge dieſes lieber, durch einige nöthige Paragraphen vermehrt, beibehalten. Wenn ein Vorredner (Knollmüller) bemerkt habe daß ſeit deſſen Beſtehen zweiundzwanzig Menſchen durch die Jagd getödtet und vierundvierzig ſchwer verwundet worden ſeyen, ſo frage er dagegen, wie viel denn Menſchen in früheren Jahren durch die privilegirten Jäger und die Wilderer an Leib und Leben zufällig oder abſichtlich beſchädigt, wie viele durch die Strenge der Jagdgeſetze wegen eines geſchoſſenen Haſen ins Zuchthaus geſetzt, und ſo der menſchlichen Geſellſchaft entzogen worden ſeyen. Abg. Weſtermayer folgert daraus daß das Jagdgeſetz und manche andere der 1848 beſchloſſenen Geſetze jetzt bereits einer neuen Bearbeitung bedürften, da eine ſolche zweite Auflage nicht wie bei Büchern für die Güte des Werkes zeuge, daß der damalige einer „Geſetzfabricationsdampfmaſchine" zu vergleichende Landtag zwar viele, aber keine guten Geſetze zu Tag gefördert habe. Auch das Jagdgeſetz gehöre zu dieſen Erzeugniſſen. Indem es dem früheren Unweſen der Jagdprivilegirten habe ein Ende machen wollen, habe es das Kind mit dem Bad ausgeſchüttet und, weil auf revolutionärem Boden erwachſen, als Widerſpiel der damaligen adeligen Jagdanarchie, einer Jagdanarchie der gemeinen Leute die Entſtehung gegeben. Das neue Geſetz ſetze zwar nun auch dieſer ein „bis hieher und nicht weiter" entgegen. Aber ob deſſen Abſicht zur Ausführung kommen könne, ſey eine andere Frage, da es zu deren Durchführung den Ortsbehörden geradezu am nöthigen Gerichtsperſonal fehle. Werde alſo dieſem Mangel nicht abgeholfen, ſo verſpreche er ſich auch keine Abhülfe von dem neuen Geſetz. Habe man in dem hohen Preis der Jagdkarten ein Mittel finden wollen die arbeitenden Claſſen von der Jagd abzuhalten, ſo entſtehe andererſeits der Verdacht daß den vornehmen Leuten jetzt das Jagdvergnügen, allmählich auch die Jagdberechtigung wieder mit Ausſchließung des Volks zurückzugeben beabſichtigt werde. Alſo für die Jagdkarten mittlere Preiſe! Außerdem ſey noch zu erwähnen daß das Jagdgeſetz vom Jun. 1848 viele kleinere Jagdbeſitzer an den Bettelſtab gebracht habe. Dieſen müſſe durch das neue Geſetz eine Entſchädigung werden. Er ſchließe mit dem Ausruf:

fiat justitia! Die Abgg. Kleindienst und Stöcker sprechen ebenfalls gegen den hohen Preis der Jagdkarten und für das Recht der Gemeinden zur Selbstverwaltung ihrer Jagden. Letzterer kündigt zu diesem Zweck auch einen Antrag an. Abg. Forndran sagt: die Kammer müsse im vorliegenden Fall die Satzungen der Grundrechte des deutschen Volks zur Anwendung bringen, habe also nicht nur den theoretischen Grundsatz aufzustellen daß der Besitz eines Grundeigenthums zur Jagd darauf berechtige, sondern auch den Grundbesitzern die Möglichkeit zu verschaffen dieses Recht praktisch auszuüben. Dieß sey der leitende Gedanke der Ausschußanträge zu dem Gesetzentwurf gewesen. Abg. Fürst Wallerstein verbreitet sich in einer längern Einleitung über die Ungerechtigkeiten, Schädlichkeiten und Mißbräuche der früheren Jagdübung, und geht dann zu der Beweisführung über wie das alte Jagdgesetz den socialen Fortschritt hindere, aber auch das neue Gesetz die Absicht einer Verbesserung der socialen Zustände nicht erreiche. Er schlage vor bis 1890 die Jagd vollkommen freizugeben, dann wieder beschränkende Gesetze in Kraft treten zu lassen. Bis dahin werde die Jagdlust erloschen seyn. Abg. Heine glaubt dagegen die Jagdlust in Schutz nehmen zu müssen; die Jagdübung sey ein vortreffliches diätetisches Mittel u. s. w. Dagegen fordert der Abg. Sepp einen möglichst hohen Preis der Jagdkarten um die Jagdwuth möglichst zu beschränken. Nachdem der Referent noch in seinem Schlußwort der allgemeinen Discussion das Princip der Ausschußanträge festgehalten hat, widerlegt der Regierungscommissär Ministerialrath Waldmann die Vorwürfe welche gegen den ursprünglichen Gesetzentwurf verlautbarten, worauf auch Regierungscommissär Ministerialrath Mollitor das Wort ergreift, um vornehmlich nachzuweisen daß der Ausschuß die Consequenz des Grundsatzes, wonach jeder Grundeigenthümer die Jagd auf seinem Grund und Boden selbst ausüben solle, zu weit verfolgt habe. Die specielle Verhandlung des Gesetzes beginnt mit der debattelosen Annahme des Ausschußantrags zu den Eingangsworten: Se. Maj. der König haben ꝛc. unter Aufhebung des Gesetzes vom 4 Jun. 1848, die Aufhebung des Jagdrechts „auf fremdem Grund und Boden in den Regierungsbezirken diesseits des Rheins" betreffend, verordnet ꝛc. Dagegen stellt der Abg. Boyé zu dem vom Ausschuß unbeanstandeten Art. 1 den modificirenden Antrag daß jeder Grundbesitzer auf seinem Eigenthum zur beliebigen Vertilgung des Wildes berechtigt sey, und nur dann einer Jagdkarte bedürfe wenn er es mit dem Feuergewehr tödte. Abg. Fürst Wallerstein beantragt zum zweiten Absatz desselben Artikels, welcher die Aufhebung und Nichtwiedereinführung des Jagdrechts auf fremdem Grundbesitz „als Grundgerechtigkeit" feststellt, den Zusatz: „oder unter irgendeinem andern Rechtstitel." Der Befürwortung oder auch Abweisung dieser Anträge ist die folgende Debatte gewidmet, woran sich die HH. Boos, Fruth, Forndran, Hirschfelder gegen Boyé's Amendement betheiligen, was die Folge hat daß dieser dasselbe zurückzieht. Auch der Wallerstein'sche Antrag wird von den Abgg. Forndran, Narr, Kirchgeßner, Weiß und Hirschfelder angegriffen, dagegen von den Abg. Reinhardt und Fink vertheidigt, und schließlich als Zusatz des außerdem unveränderten Regierungsentwurfs mit 67 Stimmen zum Beschluß erhoben. Zu dem zweiten vom Ausschuß abgeänderten Artikel werden sechs verschiedene Amendements gestellt: von den Abgg. Paur (Streichung des ersten Absatzes des Ausschußentwurfs), Stöcker, Hopf und Doppelhammer (jagdberechtigt sind Areale von 240 Tagwerken anstatt 300 in der Ebene, und 400 anstatt 600 im Hochgebirg), Graf Larosée (Straßen, Bäche ꝛc. stören die Continuität des Areals nicht), Hirschberger (des dritten auf Arealen von mindestens 340 Tagwerken in der Ebene, 400 im Hochgebirg und auf Seen und Fischteichen von mindestens 50 Morgen). Nach ihrer Befürwortung durch die Antragsteller vertagt der Präsident die Sitzung bis Nachmittag 5 Uhr. Die Wiedereröffnung bringt sogar noch ein siebentes Amendement des Abg. Seiffarth, welches anstatt „zusammenhängendem Grundbesitz von 300 Tagwerk in der Ebene, 600 im Hochgebirg" gesetzt wissen will „Grundbesitz von 300 Tagwerken." Abg. Darenberger stellt dann ein das Wort „Hochgebirg" umschreibendes Amendement Abg. Fürst Wallerstein unterstützt den Stöcker'schen Antrag, Abg. Doppelhammer liest eine Motivirung seines Amendements; Abg. Stöcker spricht gegen den Hopf'schen Antrag; der Referent endlich erklärt sich für die Aufnahme der Stöcker'schen Modification, aber gegen den Hopf'schen und Larosée'schen Antrag. Das Schlußwort des Regierungscommissärs Ministerialrath Waldmann spricht sich für die ursprüngliche Fassung des Entwurfs aus. So erfolgt schließlich die Abstimmung, wobei der Art. 2 nach der Ausschußfassung, mit Stöckers Modification und Hopfs Antrag auf Herabsetzung der Größe eines jagdberechtigten Areals, nebst Hirschbergers und Larosée's Zusätzen angenommen, dagegen die Anträge Paurs und Seiffarths verworfen werden, während Darenbergers und Doppelhammers eventuelle Anträge durch diese Fassung von selbst fallen. Auch zum dritten Artikel, welcher die Jagdberechtigung eines andere Grundstücke umschließenden und durch seine Größe an sich jagdberechtigten Grundbesitzes auf diese Enclaven erstreckt, sind zwei Amendements von den Abgg. Paur und Stöcker gestellt. Indessen erscheint der Inhalt der in Annahmen gewisser spitzfindiger Möglichkeiten sich verlierenden Discussion nicht von allgemeinerem Interesse. Der Paur'sche Antrag hat den Sinn diesen Enclaven, wenn sie zusammen die erforderliche Größe für Jagdberechtigung besitzen, das selbständige Jagdrecht zu wahren; Stöckers Antrag will den Begriff der Enclave außerordentlich streng präcisiren. Das Schlußwort des Referenten schließt sich dem Paur'schen Antrag an, und so ergibt die namentliche Abstimmung die Annahme desselben einschließlich der Stöcker'schen Modification mit 71 gegen 51 Stimmen. Zum vierten Artikel, wodurch der politischen Gemeindeverwaltung auferlegt wird Namens der Grundeigenthümer deren Jagd zu verpachten, beantragt Abg. Kleindienst den Zusatz: „oder ausüben zu lassen." Die Frage ob dieß der Verwaltung zuzumuthen einerseits, andrerseits ob die Gemeinde gesetzlich zur Verpachtung angehalten werden könne ohne in ihr Privatrecht einzugreifen, bildet den Inhalt der Debatte, an welcher sich die Abgg. Stöcker, Maier, v. Hermann, Pitzner, Forndran, Förg u. a. betheiligen. Regierungscommissär Mollitor erinnert an die Worte die er bezüglich des Princips des Jagdgesetzes am Vormittag gesprochen, und empfiehlt den Regierungsentwurf. Unterdessen sind aber noch vier Modificationen von den Abgg. Weipert (Verpachtung der Jagd oder Ausübung durch Vertrauensmänner), Forndran (formelle Abänderung des Ausschußentwurfs), Schweigert (Streichung der „politischen" Gemeinde) und Kirchgeßner (ebenfalls formelle Aenderung des Regierungsentwurfs) eingebracht worden. Die Debatte geht indessen nach und nach weit von den Fragpunkten ab, ohne irgendwie von allgemeinerer principieller Wichtigkeit zu werden. Besonders geschieht dieß durch eine längere Rede des Abg. Dr. Heine. Abg. v. Lerchenfeld führt dann dieselbe auf den Ausgangspunkt zurück, indem er sich für die Fassung des Regierungsentwurfs erklärt, worauf noch Abg. Fürst Wallerstein das Wort zur Empfehlung des Kleindienst'schen Antrags ergreift. Damit endet die Discussion um 9 Uhr Abends. *)

Gr. Hessen. ⸗ **Gießen**, im Nov. Als im vorigen Jahr die Versammlung der akademischen Docenten in Jena sich dafür aussprach daß kein Einzelstaat mehr den Besuch seiner Landesuniversität zur Bedingung des Eintritts in den höhern Staatsdienst machen solle, daß vielmehr die Vorbereitung für diesen letztern auf jeder deutschen Hochschule geschehen könne, da kam unser Ministerium diesem Verlangen um so bereitwilliger nach als auch die Grundrechte den Satz aufstellten ein jeder könne sich für seinen Beruf ausbilden wo und wie er wolle. Die hessische Regierung zeigte auch hier wie es ihr Ernst war mit der Anerkennung und Durchführung der Beschlüsse der Nationalversammlung, und sie handelte in dem Vertrauen es werde anderwärts ein gleiches geschehen. Davon aber haben wir nichts erfahren, und Gießen ist offenbar dadurch in Nachtheil gekommen und hat eine Abnahme seiner Frequenz erlitten. Wie wir aber für Schutzzölle sind um die Waffen gleich zu machen, so kann jene Freiheit des Universitätsbesuchs nur unter der Bedingung der gleichen Liberalität von Seiten der Nachbarstaaten bestehen, und würde vielleicht, wenn diese ausbleibt, auch unsrerseits wieder eine beschränkende Maßregel beantragt werden. Indeß hoffen wir daß der Particularismus wenigstens auf diesem geistigen Gebiet überwunden werde! Die Aufhebung des Studienbannes erstreckte sich aber auch auf die innern Einrichtungen unsrer Universität. Hier waren Logik, Psychologie, Weltgeschichte und reine Mathematik sogenannte Zwangscollegien, die jeder gehört haben sollte wer sich zum Examen meldete; als eine Zwangssache wurden sie gewöhnlich im ersten Semester abgethan, so daß sich bei den wenigsten der Studenten der Eifer eigner Lust und Liebe zeigte, der allein in der Wissenschaft Gewinn bringt. Darum wollten wir lange daß nur der Besuch einiger philosophischen, historischen und naturwissenschaftlichen Vorlesungen gefordert werde, die Wahl derselben aber dem eignen Ermessen der Studenten anheimgestellt bleibe. Statt solch einer Uebergangsmaßregel erhielten wir die unbeschränkte Freiheit, und mit dieser die Gefahr daß nun die Fachcollegien ausschließlich besucht und die allgemein bildenden ganz vernachlässigt werden. Dieser Mißbrauch der Freiheit ist bereits da, und muß unser Ministerium mahnen mit den Reformen nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben. Die Gegenwart verlangt daß die Diener und Träger der öffentlichen Interessen etwas mehr als Maschinen und Actenmenschen seyen, und der Staat ist darum verpflichtet und berechtigt von seinen künftigen Beamten eine gründliche allgemeine Bildung als Vorbedingung für das Facultätsexamen zu fordern. In Bezug auf die Mediciner ist

*) Wir tragen morgen und übermorgen auch das übrige nach.

dieß bereits erkannt, für sie bereits eine naturwissenschaftliche Vorprüfung in Physik, Chemie, Botanik rc. angeordnet. Sollte es aber minder wichtig seyn daß der künftige Seelsorger, der künftige Criminalrichter Psychologie studirt, daß der Diener des Staats oder der Kirche in der Geschichte erfahren sey, daß er über die letzten Gründe des Rechts oder der Religion nachgedacht, daß er sich mit den Fragen welche hierüber aufgeworfen worden, und mit den seitherigen Lösungsversuchen bekannt gemacht habe? Niemand wird daran zweifeln, und bei der völligen Studienfreiheit wird der Staat sich durch eine eigne Prüfung versichern müssen daß jene Bildung vorhanden sey. In Jena erfolgte die allgemein angenommene Ansichtsäußerung daß die Universität als solche mit dem Staatsexamen nichts zu thun habe, daß es aber wünschenswerth sey wenn in eine aus Praktikern und Theoretikern bestehende Prüfungscommission Universitätslehrer zugezogen würden, und zwar in der Art daß abwechselnd möglichst alle Vertreter eines Fachs oder einer Wissenschaft einmal zu Examinatoren ernannt würden; wir geben dieß unsrer wie den andern deutschen Regierungen zu bedenken, auf daß nicht, bei so viel Erhofftem, das uns wieder versagt bleibt, das früher erworbene Gut der Bildung noch verloren werde, daß vielmehr von hier aus auch für das Staatsleben ein Punkt der Einheit und des Fortschritts gewonnen werde. — Zu den vereinzelten Erscheinungen auf dem Felde der Kunst die sich allmählich wieder hervorwagen, hat in diesen Tagen eine Darmstädterin eine so dankenswerthe Gabe gesellt, daß ich mir nicht versagen kann die Freunde der Poesie darauf hinzuweisen. Es ist ein Sonettenkranz: Abälard und Heloise, von Frau L. v. Plönnies. Der wirkliche Briefwechsel beider bildet die Grundlage der Dichtung, die schönsten Stellen sind in sie aufgenommen, manche Motive sinnig benutzt, außerdem aber hat die Dichterin aus Heloisens Seele viel Eigenthümliches und Schönes ausgesprochen, und ihre edlen Gedanken, ihre reinen Gefühle in so liebliche Worte gekleidet, in so harmonischer Form ausgesprochen, daß ihr Werk unter den neueren Musengaben eine ausgezeichnete Stelle verdient.

Thüringen. **Gotha**, 17 Nov. Ueber die vom Prinzen Albert erhobene Klage gegen einen Beschluß der hiesigen Abgeordnetenversammlung, welche in der F. O.-P.-A.-Z. vom 16 d. besprochen ward (s. Allg. Ztg. vom 21 d.), gibt die neueste F. O.-P.-A.-Z. einen berichtigenden Artikel, der dahin geht: „Der Prinz Albert beansprucht nicht gerade einen Theil der für Staatsgut erklärten Domänen, sondern eine sogenannte Allodialrente von jährlich 25,000 fl. Eine kurze historische Auseinandersetzung wird für den vorliegenden Fall erforderlich seyn. Der 1844 verstorbene Herzog Ernst nämlich schloß als Regent im Jahre 1836 mit dem Herzoge von Nassau, dem damaligen Vormunde der Prinzen Ernst und Albert, einen Vertrag, nach welchem von dem angeblichen von der Mutter der letzteren, der gothaischen Prinzessin Louise herstammenden Allodialvermögen eine jährliche Rente von 50,000 fl. aus der Domänencasse an die Mündel bezahlt werden sollte. Die Auszahlung dieser Rente erfolgte auch von jener Zeit, aber die Ständeversammlung des vorigen Jahres erkannte diesen Vertrag nicht an, da der demselben als Unterlage dienende Anspruch nicht genug begründet schien, und verwies die dabei Betheiligten wegen Durchführung dieses Anspruchs auf den Rechtsweg. Diesen hat nun der Prinz Albert für seine Rentenrate jetzt eingeschlagen, und es nimmt das Publicum an diesem Processe um so mehr Antheil als früher von der Existenz eines derartigen Vertrags nur sehr wenig bekannt, auch über das Vermögen des mütterlichen Großvaters des Herzogs August nach dessen Ableben der Concurs ausgebrochen war.“

K. Sachsen. ⁑ **Dresden**, 22 Nov. In meinem gestrigen Briefe über die Büreauwahl der zweiten Kammer habe ich bei der Beschränkung auf ihr Resultat nicht erwähnt daß bei der ersten Wahl zur Präsidentur 45 Stimmen von 51 auf den Vorkämpfer der Altliberalen, den vormaligen Staatsminister Dr. Braun aus Plauen, gefallen waren — ein Beweis der Achtung welche dieser reinen Persönlichkeit von den sich gegenüberstehenden politischen Parteien gezollt wird, deren jener Mann auch in der That in hohem Grade würdig ist. Seine Ablehnung bezeichnete er als eine durch häusliche und geschäftliche Verhältnisse gebotene Pflicht, vor welcher sein stets bereiter Aufopferungswille schweigen müsse. Wie dünn auf der linken Seite des Hauses die parlamentarischen Capacitäten stehen, läßt sich aus der Präsidentschaftscandidatur des Oberlieutenant Müller abnehmen; denn so beredter Sprecher er ist, so wenig dürfte an ihm die für die Präsidentur unerläßliche Geschäftsroutine und so durchgreifende als schlagfertige Sicherheit der parteilosen Ruhe zu finden gewesen seyn. Ueber die parlamentarische Erledigung der deutschen Frage läßt sich noch immer etwas bestimmtes nicht vernehmen. Fragt man nach der öffentlichen Meinung, so hat man vorerst festzuhalten daß deren Ausdruck nicht in der Presse zu suchen ist, indem ihre Organe je nach ihrem Parteirückhalt für oder wider die ministerielle Politik sich entschieden haben, und mit Consequenz nach der einmal ergriffenen Richtung polemisiren. So ist das Dresdener Journal jetzt als Organ der Biedermann'schen Partei zu betrachten, und verfolgt ihre Tendenz zum Theil mit leidenschaftlichem Eifer. Die Leipziger Zeitung ist in ihrer officiellen Vertheidigung der Regierung oft nicht glücklich und gibt den Gegnern hin und wieder eine bedenkliche Blöße, wie dieß neulich mit einem von oben her desavouirten Artikel geschehen ist, in welchem die Bestrebungen Rob. Blums gewissermaßen der Propaganda der Dreikönigspartei gegenübergestellt wurden. Die Treibhausblüthe des Vereinsrechts ist ebenfalls abgewelkt, und so muß man der öffentlichen Meinung sehr behutsam nachforschen, wobei übrigens nichts weniger als zugestanden werden soll daß die durch die politischen Vereine ausgesprochenen Ansichten etwa ein treues Spiegelbild der öffentlichen Meinung gewesen wären. Fragt man also hier und dort, bei diesem oder jenem dem Parteitreiben ferne gebliebenen, ruhig erwägenden Manne nach seinem Urtheil über die Politik unserer Regierung in der Bündnißfrage, so hört man mindestens ein Mißbehagen darüber aussprechen daß uns preußischerseits ein schwankendes, wo nicht treuloses Zurückziehen von dem vor ganz Deutschland geschlossenen Bündnisse vorgeworfen werden könne; man hört daß die diplomatisch spitzfündige Basis des Vorbehalts dem moralischen Gefühle wehe thue, und zuckt mit den Achseln wenn entgegnet wird: die Politik sey mit dem Kopfe, nicht mit dem Herzen zu machen. Gleichzeitig verlautet daß von Notabilitäten der verschiedenen Kammerparteien den Ministern erklärt worden sey, die Volksvertretung werde schwerlich jene Wendung der deutschen Politik Sachsens gutheißen; es hieß sogar daß noch vor der förmlichen Kammereröffnung ein Cabinetswechsel erfolgen werde; doch scheint dieß der Fall nicht zu seyn. Bemerkenswerth ist hierbei daß v. Carlowitz vor der Wahl des Büreau der ersten Kammer die ihm von der conservativ-liberalen Fraction angetragene Präsidentur abgelehnt haben soll, weil er in der deutschen Frage zu sprechen beabsichtige; und er wird nicht für das Ministerium in die Schranken treten. Will also das Ministerium nicht selbst umkehren — und dieß scheint Hr. v. Beust nicht füglich zu können — so wird eine Cabinetskrisis am Ende nicht ausbleiben. Nicht ohne Grund glaubt man daß solchen Falls Hr. v. Carlowitz zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen werden würde. Diese Wahl wäre eine gute, denn er ist ein Staatsmann. Und da er dem Märzministerium gewichen ist, so können wir, wenn er wieder an das Staatsruder treten sollte, von uns sagen:

So klammert sich der Schiffer endlich noch
Am Felsen fest, an dem er scheitern sollte.

K. Hannover. **Hannover**, 21 Nov. Der neuliche Beschluß der zweiten Kammer, die Regierung möge für politische Vergehen eine Amnestie erlassen, ist heute auch in der ersten Kammer zur Verhandlung gebracht und hier mit 36 Stimmen gegen 20 der Beitritt zu dem Beschlusse verworfen worden. In der zweiten Kammer begründete gestern Gerding seinen Antrag: „Stände beschließen, königl. Regierung zu ersuchen, über die Lage der in Baden inhaftirten Hannoveraner (etwa 10 bis 15) schleunigst und auf zuverlässigem Wege Erkundigungen einzuziehen und zugleich deren baldige Auslieferung zu erwirken.“ Stüve war gegen den Antrag. Auf Zeitungsnachrichten hin habe die Regierung wegen der Lage der Gefangenen keine Anträge bei der badischen Regierung machen können; bei Verhandlungen die mit der badischen Regierung gepflogen worden, habe jene auch wohl ihre Geneigtheit zu Auslieferung der Gefangenen unter der Bedingung zu erkennen gegeben daß sie in Hannover bestraft nicht begnadigt würden. Die Regierung habe indeß auf diese Bedingung einzugehen Anstand genommen; weil nicht abzusehen wie hier die mit der erforderlichen Untersuchung verbundenen Schwierigkeiten zu Ende gebracht werden sollten; vor den badischen Gerichten würde die Untersuchung rascher zu Ende gelangen können. Wiedthorst stellte den Verbesserungsantrag: „die Regierung zu ersuchen, genaue Erkundigungen einzuziehen und nach dem Ausfall derselben angemessene Schritte zu Erleichterung der Lage der Gefangenen zu thun, soweit es die Umstände gestatten,“ und nach längerer Debatte nahm die Kammer mit 39 gegen 36 Stimmen den Wiedthorst'schen Antrag an; der Gerding'sche kam nicht zur Abstimmung. Ueber die Finanzen Hannovers gibt eine Vorlage der Regierung Auskunft, aus der man ersieht daß bis zum Ende des vorigen Jahres 2,121,066 Thlr. 16 gGr. angeliehen sind, und daß zur Deckung der außerordentlichen Kriegsbedürfnisse nicht nur eine Anleihe von noch 496,400 Thlrn. erforderlich ist, sondern die Regierung auch noch eine außerordentliche Steuer glaubt beantragen zu müssen.

Preußen. **Berlin**, 20 Nov. Gestern ward der Jahrestag der Einführung der Städteordnung von 1808, der voriges Jahr nicht gefeiert wurde, durch ein festliches Mittagsmahl im Mielentzschen Saal begangen. Angeordnet war das Mahl von den Stadtbehörden, die Minister u. s. w. waren als Ehrengäste eingeladen. Von den gehaltenen Reden wird die des Ministers v. Manteuffel von den Berliner Blättern am weitläufigsten mitgetheilt. Sie war eine Antwort auf den Toast für die Ehrengäste, und lau-

te: „Meine Herren! Ich danke Ihnen für den ehrenden Gruß den Sie uns gebracht haben. Gerne würde ich ihn durch ein heiteres Wort erwidern; aber die Zeit ist ernst, sie erfordert ein ernstes Wort. Wir begehen hier die Jahresfeier eines Gesetzes das der Anfang einer freisinnigen, liberalen Institution war; wir blicken dabei auf die Vergangenheit, in die Zukunft. Das Jahr 1848 liegt unmittelbar hinter uns; das Jahr 1849, dem Scheiden nahe, neben uns. Das Jahr 1848 war das Jahr großer, edler Bestrebungen, schwerer Verirrungen; es hat viel zerstört, wenig geschaffen, und ist doch nicht verloren. Das Jahr 1849 hat uns neue Staatsformen gebracht, die öffentliche Ruhe hergestellt, den tief erschütterten Erwerb neu befestigt, aber die Aufgabe noch nicht gelöst. Es fehlt noch die ganze und volle Versöhnung. Bei dem großen Bau des Vaterlandes sind der Richtungen viele berechtigt, haben der Ansichten viele Raum. Aber eine ist nicht berechtigt, die der Zerstörung, des Treubruches, des Umsturzes. Viele Wege sind gegeben in welchen sich alle jene Richtungen zur Geltung bringen können. Auch in dieser Stadt fehlte es nicht an Parteien. Lassen Sie uns aber schaaren unter das Banner des Königs, des Vaterlandes. Die Zeit fordert großes von Preußen, Preußen fordert von Berlin daß es vorangehe bei den großen Bestrebungen. Das Land der Zukunft liegt vor uns; es enthält der Verheißungen viele für Deutschland, für Preußen, für Berlin. Nur der Weg der Treue, des Gesetzes, erfüllt diese Verheißungen. Ergreifen Sie darum die Gläser, meine Herren, und leeren Sie sie auf die Erfüllung dieser Verheißungen, dieser großen Zukunft, auf das Wohl von Berlin!"

∸ **Berlin,** 20 Nov. Das Verfassungswerk ist mit der heutigen Sitzung der zweiten Kammer eigentlich beendet; es kommen nur noch Redactionen einzelner Titel, die Bestimmung der Reihenfolge derselben vor, dann folgen mehrere organische Gesetze, wie die über Einkommen- und Grundsteuer, die Agrargesetze. Das Verfassungswerk vollendet — und wer ist vollkommen zufrieden? Von den Parteien keine; vielleicht das Publicum, wenn sie zur Wahrheit wird. Die Parteien haben jede nur einen Theil ihrer Wünsche durchgesetzt, jede gab freiwillig nach oder ward von der Stimmenzahl überwunden. Das Werk, wie es aus den Kammern hervorgeht, ist weniger ein einheitlicher Guß als es der Entwurf war, den seine Verfasser, zum Theil contre cœur, in eine von fremder Hand gefertigte Form gossen. Das große conservative Publicum wäre mit jeder Verfassung zufrieden, wenn sie nur fest ist und Ruhe und Frieden im Lande sichert. Aber wer glaubt daß hier eine Schöpfung fertig ward welche Jahrhunderte dauern wird! Doch darin sind wir alle bescheidener, erfahrener geworden: wenn es nur zehn Jahre dauert! hörte man, als die Kammern zusammentraten, conservative Stimmen sprechen. Die Demokratie sagt: von der Volksfreiheit ist nichts übrig geblieben! Die Reaction: das Königthum ist vernichtet, und wenn es etwas durchsetzen will, ist es auf den Weg hingewiesen, welchen Ludwig Philipp ging. Wäre die große Partei dazwischen ganz zufriedengestellt, könnte man die Abgunst der extremen Parteien ruhig hinnehmen. Wo ist der Mund für diese Partei, wo ihr Auge, um zu übersehen, zu durchschauen was sie errungen, was verloren hat. Und legten sich auch die chaotischen Wellen, daß der scharfe Blick das Aechte vom Trügerischen unterschiede, daß wir alle Gewißheit hätten wie die erscheinende Regierung nicht allein, sondern auch die unsichtbare unverbrüchlich an der Verfassung fest halten werde, unbeirrt von den ungestümen und stets von neuem anklopfenden Forderungen der Reaction, wissen wir dann schon wie diese preußische Verfassung im Conflict mit der künftigen deutschen, von woher dieselbe auch komme, sich gestalten wird! Diese Zweifel sind es übrigens nicht welche trüb machen, sie lassen nur nicht die Freudigkeit zu. Kirche und Schule und ihr Verhältniß zum Staat schlossen die Debatten. Die liberale Partei ist da im ganzen mit dem Resultat zufrieden. Die protestantische weiß noch nicht was sie gewonnen hat, denn ihre Verfassung unter sich liegt noch im Nebel der Zukunft; die katholische glaubt alles errungen zu haben was sie in Preußen wünschen konnte. Sie denkt nicht daran daß eine Zeit kommen könnte wo sie eine Stütze im Staat wünschen müßte; unter den Evangelischen denken wohl viele besorgt daran, wenn auch die wenigsten in der Art als die Anhänger der Neuen Preußischen Zeitung. Diese sind am schwersten geschlagen; von ihrem Traum den preußischen Staat lutherisch zu christisteiren, der so wenig eine Vergangenheit als eine Gegenwart hat, lassen sie aber um deßwillen nicht. Und doch wollen sie ihre Zukunft nicht auf den Pessimismus bauen. Sie möchten am liebsten mit Feuer und Schwert erobern, aber sie wissen nicht wohin sie ihren Kreuzzug zuerst richten sollen. Schlagen sie die Atheisten vor sich, so stehen die Altpreußen neben ihnen, unschlüssig ob sie nicht wegen der Intoleranz gegen ihre sonstigen Bundesgenossen das Schwert ziehen sollen; und sollten sie siegen wie Moses mit seiner Schaar, so gerathen sie in die Wüsten und Steppen der Gleichgültigkeit und Apathie. Wie oft ist dieser Kreuzzug in altpreußischen Landen gepredigt worden, und die Erfahrung daß Zion nie erobert werden konnte, belehrt nicht und schreckt nicht zurück. Uebrigens ward in der zweiten Kammer der ursprüngliche Verfassungssatz: daß Lehre und Wissenschaft frei seyn sollen, aufrecht erhalten, und die Emballage welche die erste daran gehängt wieder entfernt. Auch die Lehrfreiheit ward jedem der sich dazu sittlich und wissenschaftlich qualificirt zugestanden, dem Staat aber das Recht der Mitwirkung bei Anstellung von Lehrern an öffentlichen Schulen vorbehalten. Der Staat gewährt dafür den Lehrern die Eigenschaft als Staatsdiener, als kleine Entschädigung für die kleine Belohnung die er den Lehrern für ihre schwere Arbeit nur zutheilen kann! Während man mit Kirche und Schule aufs reine gekommen zu seyn glaubt, weiß das Publicum noch nichts über eine Verständigung in Bezug auf das Steuerbewilligungsrecht. Wird die zweite Kammer noch einmal sich erheben, anfragen, oder läßt sie von Zusicherungen unter der Hand sich beschwichtigen, oder appellirt sie an die Zukunft? Sie hat die 21 Millionen zum Bau der Ostbahn bewilligt, ohne Bedingung, und die Demokratie, die wie ein Schiffbrüchiger nach allen handfesten Gegenständen umhergreift, faßt danach wie nach einem Ankertau. Sie ruft: dieß Geld wird verwendet um die ungeheuren Kosten des Kriegsheers zu decken; sie protestirt und appellirt ans Volk daß eine künftige Volksvertretung das Anlehen für null und nichtig erkläre. Aber das Volk scheint sich nicht viel darum zu kümmern, und wo der Finanzminister anklopft, findet er Credit. Die Commissionen zur Revision des Staatshaushalts streichen hie und da kleine Posten, z. B. den des Küsters an der protestantischen Gesandtschaftskirche in Rom, und die Brillanten an den Orden, die 21 Millionen werden aber dadurch nicht eingebracht. Dem Credit schadet auch das nicht. Wohlverstanden, auch das unbedingte Steuerverweigerungsrecht der Kammern hätte ihm nicht geschadet. Scheinen wir doch hier auf etwas festeres zu stoßen als die Verfassung selbst, und wohl uns, wenn das Fundament in der Sitte liegt! Was neben diesen letzten Kammerverhandlungen im innern Sanctuarium der Regierung vorgegangen, darüber blitzen uns nur einzelne Schlaglichter. Die deutsche Sache, die einen Augenblick gewankt haben mochte, steht wieder fest. Ob Mathy's Botschaft, als Bevollmächtigter der Gothaer, darauf eingewirkt, ist zweifelhaft. Der energische Entschluß der das schaukelnde Standbild wieder feststellte, wird dießmal Manteuffel zugeschrieben. Ebenso wichtige Kämpfe scheinen in Bezug auf innere Fragen vorgefallen. Die Beschuldigungen der Demokratie: daß man einen Conflict herbeiwünsche um wieder Gewaltmaßregeln anwenden zu können, daß man Waldeck vor ein Kriegsgericht stellen, ihn um jeden Preis vernichten wolle, tragen ebenso den Stempel absichtlicher Erfindung, als das andere Gerücht daß man nicht nur in den höchsten, sondern auch in den Regierungskreisen des Verfassungsmachens schon dermaßen überdrüssig geworden, daß man bei Gelegenheit jener Gewaltstreiche auch die octroyirte und revidirte Verfassung über Bord werfen wolle. Nur Kinder und Thoren, und die absolut glauben wollen, konnten daran glauben. Innere Bewegungen aber haben stattgefunden, die Reaction hat einen neuen Versuch gemacht ans Ruder zu kommen, so oder so, dafür sind untrügliche atmosphärische Zeichen da. Wie weit der Versuch ging, ist nicht genau bekannt; gewiß nur daß man ein provisorisches Gesetz gegen die Clubs, mit Bezug auf ihre Demonstrationen bei Gelegenheit der Robert Blum-Feste, und vorsorglich für die zu erwartenden bei Waldecks Proceß, erlassen wollte. Die Minister widerstanden. Sie erklärten die stattgefundenen Bewegungen für so geringfügig daß sie sich vor sich selbst schämen müßten um deßwillen zu außerordentlichen Maßregeln zu greifen. Auch hätten sie Macht genug um etwaigen Unruhen bei Gelegenheit jenes Processes zu begegnen. Einen Artikel der gestrigen Deutschen Reform kann man als das Manifest des Ministeriums in dieser Beziehung ansehen. Er widerlegt mit kräftigen Worten alle jene Gerüchte als leere Erfindungen des Parteigeistes. Dagegen finden wir in der gestrigen Kreuzzeitung folgendes Gegenmanifest: „Das constitutionelle Gleichgewicht in den revolutionären Ländern Europa's wird solange gestört bleiben als die „richtige Mitte" nicht in die Lage gebracht wird sich nicht minder vor der Regierung (resp. der Reaction) als vor den Demokraten fürchten zu müssen; und die Bekämpfung der Revolution wird so lange ein ungleiches Spiel bleiben, als ihre Häupter nicht die Gewißheit haben daß ihre Köpfe und nichts geringeres der Einsatz ist. Bisher haben die Regierungen leider großentheils (d. h. mit Ausnahme Haynau's und Oesterreichs)*) die Rolle des gutmüthigen Alten gespielt, und es waren nicht selten ihre Beamten welche in der Rückentdeckung gegen die Demokraten den andern mit besserm Beispiel vorangingen." Ist dieß Manifest gegen die Minister die bleiben wollen gerichtet? Am selbigen gestrigen Tag sagte der Minister Manteuffel beim Fest zur Feier der Städteordnung: „Das Jahr 1848 sah große Bestrebungen und große Verirrungen, es hat viel zerstört, wenig geschaffen, und ist dennoch nicht verloren." Das ward vielfach bejubelt, auch die Worte: daß das Jahr 1849 eine Staatsform gebracht unter der alle

*) Und in Baden?

Richtungen, nur nicht die anarchische, sich frei bewegen könnten, und der zur Vollendung nur die volle Versöhnung fehle. War dieß auch im Manifest daß die Minister über Gegner gesiegt die keine Demokraten und keine Constitutionellen sind?

*** Von der Elbe,** 13 Nov. Bei der lebhaften Theilnahme die unserm Nachbarlande Schleswig-Holstein von allen redlichen Deutschen zugewendet ist, bei der hohen Bedeutung dieser Sache für Deutschlands Ansehen und Unabhängigkeit nach außen, konnte die von der kgl. preußischen Regierung den Kammern vorgelegte Denkschrift nur ein tiefes Bedauern erzeugen. Neben dem Schmerz über das Schicksal des preisgegebenen deutschen Landes drängten sich bald sehr demüthigende Betrachtungen auf über die in Wort und That bezeugte Ohnmacht des preußischen Beistandes, die um so niederdrückender ist, wenn das Nichtwollen in dem Bekenntniß des Nichtkönnens seine Rechtfertigung hat suchen müssen. In letzterer Beziehung hat die Besorgniß vor europäischen Verwickelungen ein Hauptmotiv dargeboten, ohne daß Thatsachen dafür angeführt wären. Und die hieraus hervorblickende Furchtsamkeit ist eines der trüben Kennzeichen der Politik die auf die Leitung deutscher auswärtiger Angelegenheiten dennoch Anspruch macht. Wie geschickt hat dagegen Dänemark diese Schwäche seines Gegners benutzt, und den Muth gegen das Ausland als die richtige Politik durch den Erfolg bewährt! Eine nähere und höchst interessante Vergleichung der Triebfedern der dänischen und der preußischen Politik in dieser Beziehung findet sich in einer so eben uns zugekommenen Schrift: „Erläuterungen zu dem Promemoria der königlich preußischen Regierung über die dänische Angelegenheit. Kiel, Schwers'sche Buchhandlung." Außer einer hellen Beleuchtung des Verhältnisses der schleswig-holsteinischen Sache und Dänemarks Prätensionen zur Politik der nichtdeutschen Mächte gibt diese Schrift so wichtige, thatsächliche Berichtigungen des preußischen Promemoria und Aufklärungen unter genauer Anführung der in größern Kreisen nicht beachteten oder nicht bekannten diplomatischen Actenstücke, daß man sogleich erkennt der Verfasser möchte eine weit tiefere Einsicht in den Zusammenhang und Gang dieser merkwürdigen Verhandlungen erlangt haben als aus allen bisher erschienenen Broschüren hervorgeht, und diese Schrift dürfte ein wichtiges Document für die künftige Geschichtschreibung werden. Die Sprache ist eben so edel und kräftig als die Darstellung lichtvoll, und die Argumentation bündig und schlagend. Die ganze Behandlung unterscheidet sich von der des Promemoria wie reine Wahrheit von Entstellung und Uebertünchung. Diese Schrift legt den Beruf des Verfassers dar publicistische Gegenstände zu behandeln, und die deutsche Diplomatie könnte nur gewinnen wenn sie sich solcher Kräfte zu bedienen verstände, wozu freilich erfordert würde daß sie Wahrheit und Recht zur Geltung zu bringen die aufrichtige Absicht habe.

Oesterreich. dt **Wien,** 21 Nov. Die heutige Wiener Ztg. enthält einen Vortrag des Ministers für Landescultur um Eröffnung eines Credits von 25,000 fl. jährlich als weitere Dotirung der montanistischen Anstalt. Man will jetzt wieder in neuerer Zeit das alte Regiment rühmen: daß es für die materielle Nothdurft der Völker väterlich gesorgt habe. Der heutige ministerielle Vortrag lehrt uns daß man bisher nur 6000 fl. für eine montanistische Anstalt verausgabte! 6000 fl. für ein solches Unternehmen ist die größte Verschwendung die ich denken kann, denn diese 6000 fl. sind eben weggeworfen, und der Staat hat keinen andern Vortheil davon als daß er von sich sagen kann, er gebe 6000 fl. für eine solche Anstalt aus. Das jetzige Ministerium spart nicht, oder nicht auf die Art welche man vor dem März sparen nannte. Der neue Credit soll zunächst zu einer geognostischen Durchforschung des Reiches benutzt werden. Es wäre zu weitläufig auf die Vortheile hinzuweisen welche aus solchen wissenschaftlichen Forschungen zu gewinnen sind. Die Geognosie und Geologie sind Hülfswissenschaften die dem Nationalökonomen das Material zu seinen Berechnungen liefern. Solche geologische Fahrten sind aber wahre Entdeckungsreisen, und worauf der Zufall vielleicht nach Jahren erst gestoßen wäre, das wird möglicherweise jetzt schon gefunden werden. Die todten Schätze in der Erde verrathen sich dem Geweihten durch untrügliche Symptome, und so wäre es möglich daß man ganz nebenbei zu Entdeckungen käme die ein Segen für ganze Völker werden könnten. Die heutige „Presse", welche die Tarifreformen des Handelsministers sehr scheel ansieht, kommt heute auf die steierische Eisenfrage. Die Allg. Ztg. hat schon früher darauf aufmerksam gemacht daß die steierischen Hochöfenbesitzer die entschiedenste Opposition gegen Tarifminderungen bilden werden. Das steierische Eisen wird aber auf eine sehr kostspielige Weise gewonnen, und geht dem englischen Eisen an Qualität bedeutend vor, so daß sich bei gutem Willen schon ein drittes finden läßt, das englische Eisen so weit abzuhalten daß die steierische Production nicht darunter leide.

Spanien.

Madrid, 15 Nov. Die spanischen Truppen in Italien werden bis Ende des Jahrs im Vaterland zurückerwartet. Die Eisenbahn zwischen Madrid und Aranjuez wird dieser Tage dem Verkehr eröffnet; es ist die zweite in Spanien. Auch soll eine elektrische Telegraphenverbindung neben der Bahn angelegt werden. Von Melilla vernimmt man daß diese Festung fortwährenden Angriffen der Mauren ausgesetzt ist; die spanische Besatzung hatte einen Ausfall gemacht, aber fünf Todte und 21 Verwundete dabei verloren.

Frankreich.

Mit Guizot ist auch seine Freundin, die Fürstin v. Lieven, nach Paris zurückgekehrt, und spielt (wie die Estafette sagt) die Vermittlerin zwischen den Monarchisten vom Tag vorher und vom Tag nachher. In ihrem Salon haben Guizot, Molé, Berryer und Changarnier einander die Hand gedrückt. Der Ex-Präsident des Conseil hat seinen Feinden eine zwanzigmonatliche Reise ins Ausland verziehen. Die strafbaren Reuigen schienen über die Großmuth des Ministers Ludwig Philipps glückselig. Nur bemerkte man die Abwesenheit des Hrn. Thiers. — Der Moniteur enthält folgende Berichtigung: „Der National hat ein angebliches Schreiben aus Paris an ein polnisches Journal, „der Czas," abgedruckt, nach welchem der Präsident der Republik zuerst Hrn. Rebillot, hernach Hrn. Dufaure die Austreibung sämmtlicher polnischen Flüchtlinge aus Frankreich und selbst aus Paris aufgetragen, eine Maßregel welche diese beiden Beamten sich geweigert hätten auf ihre Verantwortung zu nehmen. Wir sagen zur Erbauung des National daß das einzigemal wo der Präsident der Republik sich mit den HH. Dufaure und Rebillot über die Lage der Polen unterhielt, es darum war um ihnen seinen Wunsch auszudrücken daß die Bitten mehrerer Polen in Frankreich zu bleiben günstig aufgenommen werden möchten." Diese Widerlegung hat den National nicht befriedigt, er erwiedert: das polnische Journal wiederhole nur was man sich seit einem Monat in Paris sage und was man alle Ursache habe für gegründet zu halten. Hr. Bonaparte möchte zumal dem Haß des Selbstherrschers gegen die polnischen Flüchtlinge gefällig seyn und doch zugleich der den letzteren zugethanen Volksmeinung in Frankreich schmeicheln — dieß sey die doppelte Absicht der bonapartistischen Politik. Ein anderes Blatt, le Siècle, macht auf eine neue Verwicklung in der orientalischen Frage aufmerksam, die Frankreich näher angehe als England. Die seit längerer Zeit in der Türkei befindlichen Polen seyen alle mit französischen Pässen versehen und leben unter dem französischen Schutz daselbst, daher sey es eine Ehrensache für Frankreich geworden sich dem Austreibungsansuchen des Kaisers Nikolaus zu widersetzen, das keinen andern Zweck haben könne als das Interesse der Seemächte zu trennen, um Frankreich desto leichter zu demüthigen.

Der bekannte französische Luftsegler Arban war im vorigen Monat in Barcelona aufgestiegen und man hatte nichts weiter von ihm gesehen oder gehört. Jetzt hat man auf der Küste von Rosas seinen Leichnam gefunden und der französische Consul hat ihn begraben lassen.

Algerien ist gegenwärtig ein wunder Fleck für Frankreich, ein großer Theil der Provinz Constantine ist im Aufstand, eine Menge Stämme sind schwierig und warten nur auf den Ausgang der Belagerung von Zaatscha, wo der Marabut Bu-Zian seit drei Monaten der französischen Macht trotzt, um sich nach Umständen gleichfalls zum heiligen Krieg zu erheben. Die Journale sind daher in der letzten Zeit in ihren Mittheilungen über Algerien sehr zurückhaltend gewesen und scheinen sich gleichsam das Wort gegeben zu haben das dortige Umsichgreifen der Cholera soviel als möglich zu vertuschen. Die Seuche wüthet aber in einigen Theilen des Landes so furchtbar daß es nicht mehr angeht davon zu schweigen. Man schreibt aus Oran, 5 Nov.: „Hier ist alles in Bestürzung. Man spricht von 700 erklärten Todesfällen beim Militär und von 3700 beim Civil, die unbekannten Todesfälle in der (als Spital eingerichteten) Moschee, der jüdischen und maurischen Bevölkerung nicht mitgerechnet. Das ist ein Sechstheil der Einwohnerschaft. Alle Läden sind geschlossen, die Geschäfte stocken; man macht Feuer, man schießt mit Kanonen (um die Luft zu reinigen); gestern war eine große Procession. In einem Haus sind sämmtliche Bewohner, zehn an der Zahl, in einer Nacht gestorben. Die Cholera decimirt auch die Araber. Dreißig Sträflinge sind beschäftigt Gräber zu graben. Artilleriewagen fahren jeden Abend durch die Straßen um die Leichen aufzuladen. Ein Schützenbataillon, 400 Mann stark, hat 200, das zweite Regiment afrikanischer Jäger 80 Mann verloren. General Cuny war krank, sein Adjutant ist todt. Die vier barmherzigen Schwestern sind als Opfer der Seuche gefallen." Seitdem hat sich wenigstens in der Stadt der Gesundheitszustand etwas gebessert. Unterm 10 schreibt man: „Wir sind schrecklich heimgesucht worden. Jetzt läßt die Seuche hier ein wenig nach, aber sie verbreitet sich im Innern. Sie

hat nacheinander den Oberwundarzt des Militärspitals Poulain, seinen Ersatzmann Hennequin dann den Oberarzt Goedorp weggerafft. Vorgestern ist der Bischof von Algier auf dem Dampfboot le Vautour angekommen und hat die Sanitätsanstalten besucht. Die Seuche wüthet in diesem Augenblick besonders in der Richtung von Sidi-Bel-Abbès. In Mers-el-Kebir, bei Oran, sind bis jetzt sowohl in den Wohnungen als in den Spitälern 41 Sterbfälle an der Cholera vorgekommen."

♂ **Paris,** 16 Nov. Immer klarer stellt es sich heraus daß, trotz der Botschaft des Präsidenten und einiger unbedeutenden Speculationen auf Beliebtheit, die Politik der Regierung dieselbe bleiben und keiner von den Hauptzügen die sie bisher bezeichnet verschwinden wird. Einer dieser Hauptzüge war treues Festhalten an den Ueberlieferungen, stetes Fortwandeln in den Fußstapfen der vielgeschmähten Julinsmonarchie. Wenn man, das allgemeine Stimmrecht das einmal nicht umzustoßen war, abgerechnet, sich von den Beispielen die sie gegeben hatte entfernte, so geschah es nur um gegen etwaige Neuerungen noch strenger zu verfahren oder dem Ausland, mit mehr Sanftmuth zu begegnen als dieß unter dem wegen seiner angeblichen Nachgiebigkeit gegen die fremden Mächte von Odilon Barrot und seinen politischen Glaubensgenossen so hart angelassenen Guizot geschehen war. Kurz das Plagiat übertrieb nöthigenfalls die verstärkte Nachahmung, die vermehrte Ausgabe war die Regel, und von dieser Regel scheint man auch nach der verrufenen Botschaft nicht abgehen zu wollen. Der Justizminister, der vor der Februarrevolution übrigens unter dem Patronate Guizots seine ersten politischen Sporen verdiente, hat gestern der Nationalversammlung ein Gesetz vorgelegt wodurch die für politische Verbrechen abgeschaffte Todesstrafe durch die Deportation in irgendeinen überseeischen, den Franzosen zugehörigen Spielberg ersetzt wird. Diese philanthropische Idee, welche die Bürger der Linken, ich kann nicht sagen sehr angenehm, überrascht hat, ist nichts weniger als neu. Im Jahre sechsunddreißig wurde ein ähnlicher Vorschlag von dem damaligen Minister der Justiz gemacht, und Guizot brachte zur Unterstützung desselben die Ansicht vor: die Deportation könne vielleicht eines Tages an die Stelle der Todesstrafe treten und hiedurch eine der höchsten Forderungen der Humanität erfüllt werden. Der Vorschlag ward in Folge des durch die Verwerfung des sogenannten Disjunctionsgesetzes herbeigeführten Zerfalls der damaligen Verwaltung bei Seite gelegt und unter Louis Philipp war nicht weiter mehr davon die Rede. Die Republik, welche die Rüstkammer der Monarchie auf das sorgfältigste durchforscht, und was ihr in derselben probehaltiger Natur erscheint zu eigenem Gebrauche hervorholt, wie am vierundzwanzigsten Februar das Volk sich die guten Weine aus den Kellern Louis Philipps zu eigenem Gebrauche hervorholte, sie hat auch dieses Deportationsproject sich angeeignet und es zum Nutzen und Frommen der Gesellschaft dem geneigten Votum der Nationalversammlung empfohlen. Man kennt den Ausspruch der vor Jahren Hrn. Thiers zugeschrieben wurde: Ich würde dasselbe Lied aufspielen wie Guizot, nur getraue ich mir es besser zu spielen als er. Wie Thiers mit Guizot, so hält es die Republik mit Louis Philipp. Sie spielt, den Napoleonshut auf dem Kopf, auf derselben Flöte die seit neunundachtzig allen Virtuosen der Politik gleich dienstbar ist, dasselbe Stück wie ihre gekrönten Vorgänger. Ob sie es besser spielen wird das mag die Zukunft lehren. Gepfiffen wird wie jederzeit im Parterre, doch können die gellenden Töne den Beifall nicht übertönen der noch immer den kleinen Napoleonshut begrüßt. Für das souveraine Volk machen Kleider Leute, und Hüte machen Köpfe. Häufig wurden die Franzosen damit verhöhnt daß sie am zehnten December den Namen, den Schatten eines großen Todten zu ihrem Oberhaupt erwählt. Aber wenn der Schatten eines großen Todten Dienste th . die vielleicht keiner von den lebendigen Großen hätte leisten können, wo ist das Unglück?

. **Paris,** 20 Nov. Zu keiner Zeit hat eine größere Anarchie unter den Parteien geherrscht als in diesem Augenblick, sofern man die Parteien aus ihren beglaubigten Organen zu erkennen angewiesen ist. Wen vertreten seit einigen Wochen Débats und Constitutionnel? Etwa die Orleanistische Partei? Dagegen würden Molé und Thiers gleich lebhaft protestiren, und mit ihnen die Partei deren Anführer sie sind; denn wiewohl diese beiden bedeutendsten Organe der „großen Partei der Ordnung" stockministeriell geworden, ist die Partei selbst weit entfernt der persönlichen Politik Ludwig Bonapartes den Lehnseid schwören zu wollen. Den Débats mochte es leicht werden für den Fall eines Consulats oder Kaiserthums — wohlgemerkt auf constitutionellem Wege herbeigeführt — ihren Beistand unter der Bedingung zuzusichern daß man dabei ein wenig Sprech- und Schreibfreiheit gewähre. Aber daß der Constitutionnel unbekümmert um die Zukunft schon glücklich genug ist, wenn Ludwig Bonaparte sich entschlossen mit fester Hand das Steuerruder des Staatsschiffes in die Hand zu nehmen; daß der Constitutionnel sich hierüber ohne Zustimmung des Hrn. Thiers glücklich fühlt, das ist eines jener Phänomene der Revolution, die man vor dem 24 Febr. für unmöglich gehalten hätte. Wer hatte seit 20 Jahren vom Constitutionnel gesprochen ohne an Hrn. Thiers zu denken, und umgekehrt von Hrn. Thiers gesprochen ohne an den Constitutionnel zu denken? Wer hätte je geahnt daß einst der Tag kommen könnte an welchem der Constitutionnel den HH. Thiers, Odilon-Barrot, Dufaure, Molé, Berryer ꝛc. bedeuten werde daß ihr Reich zu Ende, daß man nicht mehr Redner oder überhaupt Männer von Werth, sondern bereitwillige Diener unter der Leitung eines „Auserwählten" brauche? Und dieser Tag ist gekommen, ja, dieser Tag dauert schon über vierzehn Tage, und dürfte noch viele, viele Tage lang dauern. Wer wird dabei verlieren oder gewinnen? Hr. Véron, Eigenthümer des Constitutionnel, wird nichts verlieren durch seinen Bruch mit dem ehemaligen Minister Ludwig Philipps. Die Abonnenten sind so gleichgültig für die Personenfragen geworden daß ihnen der Constitutionnel heute genau so gut mundet als vor drei Wochen. Aber Hr. Thiers verliert ein Organ? Allerdings, allein er hat längst ein anderes, den Courrier Français, das er vielleicht im Vorgefühl des ihm drohenden Verlustes für sich gewonnen hat. Wie der Verlust ist auch der Gewinn auf beiden Seiten Null. Der Constitutionnel hat keinen Einfluß mehr in der Kammer, und Hr. Thiers keinen mehr außerhalb derselben. Allein eben darin daß die Einflüsse in und außerhalb der Kammer nicht mehr dieselben sind, kündet sich die Anarchie der Parteien an, und die verschiedene Richtung die man in und außerhalb der Kammer verfolgt, deutet mehr als irgendein anderes Symptom darauf hin daß die gesetzgebende und ausübende Gewalt nicht mehr lange miteinander gehen können, zu gehen gesonnen seyen. Es ist daher eine wenig auffallende Thatsache daß, trotz der Verwahrungen welche officiell gegen die „verleumderischen" Gerüchte von beabsichtigten Staatsstreichen erhoben wurden, man nach wie vor in den Reihen der Majorität auf einen Staatsstreich gefaßt ist. Ich spreche hiermit keine Ansicht aus, sondern melde bloß eine Thatsache; ob man in den Reihen der Majorität sich, wie dieß seit dem 10 Dec. so oft geschehen, unnöthige Besorgnisse macht, ist eine andere Frage, die zu verneinen unter den obwaltenden Umständen bei weitem nicht so gewagt wäre als wollte man sie bejahen.

* **Marseille,** 18 Nov. Unser Hafen wurde gestern Nachts von einer Feuersbrunst heimgesucht. Wer den Hafen von Marseille mit seinem Mastenwald von tausend aufeinander gepreßten Schiffen kennt, kann sich denken welchen Schrecken unsere Bevölkerung bei dem Ruf „Feuer im Hafen" ergreift, besonders wenn wie gestern Nacht ein starker Nordostwind weht. Gegen 2 Uhr Morgens stieg aus den Oeffnungen des Dreimasters „La Coquette" Capitän Chretien, der mit Schwefel beladen am Kai „Rive-Neuve" vor Anker lag, eine dicke Rauchwolke auf. Der zweite Capitän, durch den erstickenden Qualm aus dem Schlaf erweckt, hatte noch die Kraft auf das Verdeck zu steigen um Lärm zu machen. Die Spritzen aus der Stadt und diejenigen der Postdampfschiffe wurden augenblicklich nach dem gefährdeten Schiffe gebracht, und einige hundert Männer suchten den Dreimaster aus den ihn umgebenden Schiffen herauszuwinden, welcher alsdann durch das Dampfschiff an den äußersten Theil des Hafens nach der Seite der Festung „Saint-Jean" bugsirt wurde. Man hatte alle Maßregeln ergriffen um das Schiff in den Grund zu schießen, im Falle die Spritzen des Feuers nicht hätten Meister werden können. Dieses äußerste Mittel wurde jedoch verhütet, und das Feuer war Morgens 9 Uhr vollkommen gelöscht. Glücklicherweise hat dieses Ereigniß niemanden das Leben gekostet. Der Capitän Chantarac erhielt eine Wunde am Fuß. Heute Morgen ist ein schöner Dreimaster von 500 Tonnen „La Felicité" von hier nach Californien abgesegelt. Das Schiff welches die Reise direct um das Cap Horn macht, ist von zwei Capitänen erster Classe befehligt und hat 60 Passagiere aufgenommen.

Italien.

Wie die Turiner Blätter vom 20 Nov. melden, hat der König mehreren Deputirten der Linken die feierliche Versicherung gegeben daß er die freien Institutionen des Landes treulich aufrecht halten werde.

* **Bergamo,** 20 Nov. Gestern den 19 starb in Mailand, in dem kräftigen Alter von 43 Jahren, Joh. Frizzoni, der Freund des Dichters Platen, dem dieser in seinen Festgesängen ein schönes Denkmal gestiftet hat. Ein anderes Denkmal hat sich der Verstorbene, der für alles Wahre, Gute und Schöne glühte, in den Herzen zahlreicher Bekannten aus den wissenschaftlichen und künstlerischen Kreisen, sowie in den Herzen der Armen, deren stiller Wohlthäter er war, aufgerichtet.

..i.. **Livorno,** 9 Nov. Als ich die Alpen überschritt, hatte ich mir fest vorgenommen durch keine Prellerei mir die gute Laune verderben zu lassen, ein Gelöbniß das bis zur toscanischen Gränze um so leichter zu halten war, da die Polizei weder in der Lombardei noch in Piemont mit sich spaßen läßt, und jedem Fremden den Schutz gewährt den er von Rechts wegen beanspruchen kann. Daß in Verona der Omnibusführer

für den Koffer das Doppelte von dem fordern darf was die Person bezahlt, ist eine leicht zu übersehende Ausnahme; in Triest erfuhr ich nur durch Hörensagen daß der protestantische Geistliche, der aus Venedig vor der Cholera und den Bomben entfloh, dem Barkenführer, der ihn die paar Schritte von dem Dampfschiffe nach dem Hôtel National brachte, zehn Gulden bezahlen mußte. Allein was will dieß und ähnliches besagen im Vergleich zu der toscanischen Regierung, die einen Fremden, welcher in Turin die Visa der toscanischen Gesandtschaft genommen, zwingt in Genua ihrem Consul zwei Franken für seine Unterschrift zu bezahlen und, wenn er in Livorno ans Land steigt, drei weitere Paoli an die Polizei zu entrichten! Schon viele Reisende haben es übel vermerkt daß man in Piemont 4 Franken für den Paß zu erlegen hat: bedenkt man jedoch daß dieses kleine Land vier Kunststraßen über die Alpen und außerdem sehr kostspielige Wege zu unterhalten hat, so wird man die kleine Steuer eben nicht ungerecht finden. Von Seiten Toscana's dagegen ist die Forderung ein kolossaler Mißbrauch, den ich darum vor das Tribunal der Oeffentlichkeit ziehe, weil ich bisher der Meinung war die Revolution habe wenigstens mit den handgreiflichsten Mißbräuchen aufgeräumt, und die — in Frankreich hat sie allerdings die Paßgebühren bei den Gesandtschaften auch wieder eingeführt — Regierungen müssen ihren Unterthanen mit gutem Beispiel vorangehen. Was ist natürlicher als daß dieselbe Polizei, die sich eher unter den Trümmern der Stadt begrübe bevor sie einen Fremden das Thor passiren ließe der die drei Paoli nicht bezahlt hat, mit übereinandergeschlagenen Armen und ganz gemüthlich zusieht wie der Facchin am Landungsplatze, weil er einmal wohlbestallter Facchin ist, dem Reisenden einen Franken abnöthigt, auch wenn er mit keinem Finger das Gepäck desselben berührt hat! Ja, wenn die österreichischen Occupationstruppen erst mit diesen Excessen reinen Tisch machen wollten oder dürften! Ganz natürlich hält der Facchin, den die Polizei von Amtswegen die Fremden ausplündern sieht, sich für vollkommen berechtigt dasselbe zu thun. Ich lasse es mir einmal nicht ausreden daß eine gute Polizei durchweg das sicherste Merkmal einer guten Verwaltung ist, und in geradem Verhältniß steht zu dem Maß individueller Freiheit die der Staatsbürger genießt. England hat darum die beste Polizei, weil es das freieste Land ist. In Rußland ist die Polizei so käuflich als brutal, und wenn durch ein ungeheures Spionirsystem selbst die Wände an dem Heiligthum des häuslichen Herdes Ohren bekommen, so haben alle diese Maßregeln nur Bezug zur Sicherheit des Staates, beziehungsweise des Kaisers, wogegen der Bürger in keinerlei Weise geschützt, wohl aber mit dem ganzen Fluch polizeilicher Knechtung belastet ist. Von Italien gilt es mehr als von irgendeinem andern Staate daß die Regierungen hauptsächlich durch ein erbärmliches Polizeisystem an der Demoralisirung ihrer Völker schuld sind, und gar kein Recht haben sich hinterher über Undank, Unzuverlässigkeit und Schwindel derer zu beklagen in denen sie das sittliche Gefühl freier Menschen absichtlich unterdrückten. Der Grundsatz: gegen einen Fremden ist alles erlaubt, und jeder Einheimische muß dem andern so viel als möglich beistehen demselben die Haut über die Ohren zu ziehen, fällt mit der ganzen Wucht der Immoralität auf diejenigen zurück die ihn in den Herzen der Menge großgezogen. Eine sklavische Gesinnung der Völker aber nützt den Fürsten am allerwenigsten, und der muß einen stumpfen Blick haben der nicht einsieht daß sich Italien noch lange im Kampfe roher Excentricitäten einer für die Freiheit noch nicht herangebildeten Masse mit den „väterlichen Gesinnungen" absolutistischer Herrschaft abmühen wird. Man gehe nur nach Parma, um sich an dem hochfahrenden Gebaren dieses kleinen Tyrannen ein Beispiel zu nehmen. Auch in Neapel sind die grauen Beinkleider, die den Ballettänzerinnen über Nacht wieder an die Beine gewachsen sind, lange nicht das schlimmste.

Rußland und Polen.

Kalisch, 15 Nov. Die neuesten Nachrichten aus Polen und Rußland stellen weniger das Bevorstehen eines Kriegs in Aussicht als die bisherigen, indem es Thatsache ist daß die sämmtlichen Garden ihre bisherigen drohenden Stellungen verlassen und durch die Ostseeprovinzen ihren Marsch nach St. Petersburg zurücknehmen. Auch die Grenadiere räumen das Königreich, und werden von Truppen welche aus Ungarn zurückgekehrt sind abgelöst. Obgleich nun auch die Garden, dieser Stolz der Russen, die Casernen der Weltstadt wieder beziehen, so ist nichtsdestoweniger die russische Heeresmacht welche im Königreich Polen zurückbleibt und kriegsgerüstet dasteht, eine sehr imposante zu nennen, und ganz geeignet allen revolutionären Bewegungen Mittel-Europa's Respect einzuflößen. Man ist in Polen allgemein der Ansicht daß die osteuropäischen Höfe in dem Punkte mit einander einverstanden sind daß sie nirgends dem längeren Ringen der legitimen Macht mit der Demokratie müßig zusehen, sondern vielmehr jede Erhebung des Volkes, wo die eigene Macht des Fürsten unzulänglich erscheint, sofort durch Interventionen unterdrücken und gleichsam mit Einem Schlage vernichten werden. Der längere Kampf in Ungarn hat dieß die Fürsten gelehrt, indem derselbe allenthalben die demokratischen und republicanischen Elemente genährt, und zugleich Frankreich und England übermüthig gemacht hat. Da es gegenwärtig nicht in Abrede zu stellen ist daß Rußland in Europa ein politisches Uebergewicht hat, so wird es auch die oben angedeutete Politik den westeuropäischen Cabinetten gegenüber zur Geltung bringen, und auch fortan der Schrecken der Revolutionen und der Unterdrücker der demokratischen Ideen seyn. — Am 13 d. ist in Warschau der Generallieutenant Kuprianow angekommen. Derselbe hat bekanntlich im ungarischen Kriege beide Beine verloren, und mußte deßhalb so lange zurückbleiben, bis seine Heilung erfolgte. Das von ihm geführte Commando des zweiten Infanteriecorps, welches in Polen steht, ist dem Generallieutenant Labinzoff interimistisch übertragen worden. Auch der Generallieutenant Fürst Gorczakow, Kriegsgouverneur von Warschau, welcher längere Zeit von der Hauptstadt abwesend war, ist wieder dahin zurückgekehrt und hat die Functionen seiner Stellung wieder selbst übernommen. — In der Ueberwachung des Schulwesens bemerkt man gegenwärtig eine große Rührigkeit; an den verschiedenen Gymnasien des Königreichs sind viele untaugliche Lehrer removirt, pensionirt und durch qualificirte Männer ersetzt worden. An der Realschule in Kalisch allein hat man drei neue Lehrer angestellt, und an solche Revisionen knüpft sich die Hoffnung daß auch das Schulwesen des Königreichs sehr bald einen erfreulichern Standpunkt einnehmen wird. — Was nebst der Gränzsperre für den gegenseitigen Verkehr zwischen Russisch-Polen und Preußen unerträglich drückend lastet, dieß ist das hohe Briefporto. Eine Ermäßigung des Porto würde durch die erfolgende vervielfältigte Correspondenz mit dem Nachbarstaate sicherlich den Ausfall decken welchen der Staat durch die Ermäßigung des Porto zu erleiden fürchtet. Doch Rußland liegt gewiß nichts am Gewinn welchen die Post bringt, sondern es will die Correspondenz in jeglicher Beziehung mit dem Auslande beschränkt wissen, und dazu ist ein hohes Porto ein sichres Mittel; auf die Beschränkung der Handelsverhältnisse und auf die Bedrückung der Bevölkerung wird keine Rücksicht genommen, wenn nur der eigentliche Zweck erreicht wird. In den deutschen Ostseeprovinzen, sowie in den Gouvernements Petersburg und Minsk hat sich die Kartoffelkrankheit gezeigt, dagegen hat im Königreich Polen sowohl die Cholera als die Rindviehseuche bedeutend nachgelassen.

Nach einer Mittheilung des k. k. Generalconsulats in Warschau hat der Fürst Statthalter von Polen über die von einzelnen polnischen Flüchtlingen eingebrachten Amnestiegesuche sich veranlaßt gefunden in Gemäßheit der dießfalls bestehenden Verordnungen eine allgemeine Aufforderung am sämmtliche russisch-polnische, noch im Auslande befindlichen politischen Flüchtlinge in die Zeitungen einrücken zu lassen, wodurch selbe angewiesen werden sich unverzüglich in ihr Vaterland zurückzubegeben, und worin erinnert wird daß die Dawiderhandelnden in den vorerwähnten Verordnungen vorgeschriebenen Strafen unterzogen werden sollen.

N e u e s t e s.

München, 24 Nov. Wie wir vernehmen, werden II. kk. HH. der Großherzog und die Großherzogin von Hessen am 26 d. die Rückreise nach Darmstadt antreten. (N. M. Ztg.)

Rastatt, 20 Nov. Endlich scheint das Schicksal der gefangenen Officiere sich zum Bessern wenden zu wollen. Heute bestunden sie bei Major Waizenegger ein Verhör, in Folge dessen sie — wenn auch ihr Loos seyn soll die Untersuchungshaft hier zuzubringen — doch wenigstens Licht und Bücher, und auf ihre Kosten anständige Speise erhalten werden. Auch gegen die andern Gefangenen geht die Milderung ihrer Lage vor sich, daß man nachgerade von den an die Möglichkeit grausamer Anwendung geknüpften Vorsichtsmaßregeln abgeht. Sogar die Erleichterung des Verkehrs für die Einwohner der Stadt ist wieder eingetreten, daß man ohne weiße oder rothe Passierscheine die Thore wieder passiren darf. (Schw. M.)

Coburg, 22 Nov. Unsere langwierige Ministerkrisis ist endlich entschieden. Heute ist Hr. Camillo v. Seebach von Dresden hier angekommen um das Präsidium des sachsen-coburg-gothaischen Ministeriums zu übernehmen. (N. C.)

Hannover, 17 Nov. Wie man vernimmt, wird der seitherige Reichsjustizminister Hr. Detmold zum Bevollmächtigten Hannovers bei der demnächst ins Leben tretenden provisorischen Centralbundescommission ernannt werden. (Fr. J.)

*Aus **Berlin** vom 26 Nov. wird uns geschrieben daß die beiden preußischen Commissarien der provisorischen Centralgewalt nicht eher nach Frankfurt abgehen sollen, als bis von allen Regierungen Beitrittserklärungen eingelaufen wären: bis dahin fehlten noch acht der kleineren Regierungen. Man erwartete die letzten Protokolle und entscheidenden Beschlüsse über die Reichstagswahlen rc. alsbald im Staatsanzeiger veröffentlicht zu sehen.

Oldenburg, 19 Nov. Der Ausschuß unseres Landtags in der deutschen Angelegenheit will zunächst nur die Frage, ob eine Verfassungsverletzung in der Ratification vom 10 Sept. gelegen habe, und zwar verneinend beantworten, sodann aber an die Staatsregierung das Ersuchen stellen ihrerseits bei den zweifelhaften Aussichten in der deutschen Verfassungsangelegenheit nicht auf eine Entscheidung zu drängen. Ein solcher aufschiebender Antrag wird ohne Zweifel die Mehrheit des Landtags erhalten. (Weser Ztg.)

§ **Wien,** 22 Nov. Heutigen Berichten aus Prag zufolge wird Se. Maj. der Kaiser morgen von Prag über Budweis nach Linz abreisen, daselbst zwei Tage verweilen und sodann seine Rückreise nach Wien antreten, wo S. M. am 26 oder 27 einzutreffen gedenkt.

Die heutige Wiener Ztg. bringt die Documente wonach der Rohzucker aus inländischen Stoffen mit 1 fl. 40 kr. der Centner belegt ist, während der Eingangszoll auf ausländisches Zuckermehl um 30 kr. für den Centner erhöht wurde.

Prag, 21 Nov. Bereits am frühen Morgen, von halb $7^1/_2$ bis $9^1/_2$ Uhr gab heute Se. Maj. Kaiser Franz Joseph verschiedene Audienzen. Er begab sich hierauf mit seinem Gefolge auf den Invalidenplatz, wo er die gesammte Artillerie, welche in mehrern Batterien ausgerückt war, die Revue passiren ließ. Nach der Revue besichtigte der Monarch die neue Caserne im Carolinenthal. Sodann verfügte er sich ins allgemeine Krankenhaus und besuchte daselbst alle einzelnen Abtheilungen; in der Armenabtheilung ging er von Bett zu Bett und sprach mit den Kranken. Ein Gleiches geschah im Garnisonsspital. Zum Schlusse fuhr er auf den Laurenziberg und besichtigte die dortigen neuen Fortificationsarbeiten. Um halb 5 Uhr war im k. Schlosse Tafel von 50 Gedecken. Abends besuchte Se. Maj. das Theater, wo auf seinen Befehl böhmische Opernvorstellung war. (C. Bl. a. B.)

London, 20 Nov. Die Times spricht sich sehr günstig über den österreichischen Plan einer Zolleinigung mit Deutschland aus, und versichert daß „England nichts dawider habe." Hingegen stellt M. Chronicle dem deutschen Interim, welches jetzt in Aussicht steht, ein sehr unglückliches Prognostikon, vergleicht es mit zweiköpfigen Kindern und ähnlichen Monstrositäten der Naturgeschichte. Solche zweiköpfige Geschöpfe, meint es, passen in die Heraldik, aber nicht ins wirkliche Staatsleben. — Die „Royal British Bank", die vor einiger Zeit ihren königlichen Freibrief erhalten, eröffnete gestern ihre Geschäfte in ihren Comptoirs auf Tokenhouse-Yard. (Die Londoner Post v. 21 Nov. ist uns wieder ausgeblieben!)

Paris, 21 Nov. Zwei stürmische Sitzungen nach einander! Die gestrige wurde es in der zweiten Hälfte, als Hr. Benj. Raspail (der Neffe) seinen Antrag entwickelte die Verrichtungen eines Bankiers für unvereinbar zu erklären mit denen eines Finanzministers, und von der Voraussetzung ausging daß ein solcher den Verführungen des Börsenspiels schwer wiederstehen könne. „Man könnte einen gewissen Minister anführen, hatte er gesagt, der in einer gewissen Epoche Mittel gefunden hat in wenigen Jahren mit seinem Gehalt von 100,000 Fr. $1^1/_2$ Mill. zu ökonomisiren." Den Namen, Beweise, rief man ihm zu, er nannte aber keinen Namen, sondern sprach von einem am 24 Febr. in den Tuilerien gefundenen Brief, worin irgendein König an Ludwig Philipp geschrieben habe: Ihre Minister haben sich dabei ungeschickt benommen, sonst hätten wir bessere Gewinnste gemacht. Das sey eine lächerliche Art Argumentation mit einem apokryphen Document hielt man ihm entgegen, und nach einem lärmenden Austausch von Anzüglichkeiten einer- und von Vorwürfen der Verleumdung andererseits wurde der Antrag abgewiesen. Heute gab eine Anfrage des Hrn. Cremieux in Betreff einer Unterstützung der Februarverwundeten die Veranlassung zu einer heftigen Scene. Der Minister des Innern, Hr. F. Barrot, versprach demnächst um eine Bewilligung einzukommen, aber ein als rücksichtsloser Royalist bekanntes Mitglied, Hr. Segur d'Aguesseau setzte hinzu: ich frage den Hrn. Minister des Innern ob er unter den Februarverwundeten die tapfern Municipalgarden versteht die nach meiner Ansicht allein verdienen... Nun erfolgte ein Ausbruch von Unwillen, die Parteien drohten einander mit den geballten Fäusten, und der Präsident Dupin, nachdem er die Ordnungsrufe in Menge ertheilt und endlich den Frieden mühsam hergestellt hatte, war so erschöpft daß er sich genöthigt sah den Präsidentenstuhl an den Vicepräsidenten Baroche abzugeben.

Turin, 21 Nov. Durch das k. Decret vom gestrigen ist die Deputirtenkammer aufgelöst, und werden die Wahlcollegien auf den 5 Dec. zusammenberufen. Zugleich hat aber der König eine hinsichtlich der Verfassung beunruhigende Ansprache an seine Völker erlassen.

In **Basel** starb am 20 Nov. der dortige Arzt, **Dr. K. F. Hagenbach**, ein edler Greis, den allgemeine Theilnahme zu Grab geleitet. Er ist der Vater des bekannten Theologen Hagenbach.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 20 Nov. Consols $94^1/_4$.

Paris, 21 Nov. 3proc. 57; 5proc. 89.80; Schatzsch. $4^1/_2$; Bankactien 2395; belg. 5proc. $95^3/_4$; Anleh. v. 1842 96; $4^1/_2$proc. $86^7/_8$; neap. 5proc 90.50; röm. $82^1/_2$; span. 3proc $35^5/_8$; innere Schuld 28; hol. $2^1/_2$proc. $55^1/_2$; piem. 5proc. 83.20; Obl. v. 1834 960; v. 1849 885; Vers. rechte U. B. 212.50; linke 171.25; Paris-Orleans 738.75; Rouen 530; Straßburg 358.75; Nordbahn 445; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 398.75; Tours-Nantes 281.25; Montereau-Troyes 110

△ **Wien,** 21 Nov. An der hiesigen Börse bemerkt man seit einigen Tagen ein bedeutendes Steigen der edlen Metalle. Dieß erklärt sich nicht etwa aus Mangel des öffentlichen Vertrauens, sondern findet seinen Grund theils in der Ausbeutung der durch allerlei Gerüchte etwas verstimmten Capitalisten theils in dem Bedarf edler Metalle zum Ankauf größerer Massen von Rohstoffen. Die hiesigen Fabriken consumiren beispielweise viele Rohseide; diese aus Italien herbeizuschaffen, kann nur durch silberne Zwanziger bewirkt werden. Berücksichtigen wir überdieß daß im nächsten Monat die Coupons der Staatspapiere u. s. w. fällig werden und dadurch bedeutende Geldsendungen nach dem Auslande in Anspruch nehmen werden, so ist das Steigen der edlen Metalle kein geheimnißvolles Räthsel mehr. Unsere hiesigen Politiker betrachten die Goldpreise als den Barometer der österreichischen Finanzverhältnisse.

♀ **Wien,** 22 Nov. An der heutigen Börse zeigten sich Curse im allgemeinen flauer und schlossen, mit Ausnahme von Bankactien, sowohl Fonds als Eisenbahnen bei geringem Geschäfte etwas matter, während fremde Devisen sowie Gold und Silber ebenfalls zu niedrigeren Preisen offerirt waren. Das Goldagio für kais. Münzducaten ist seit gestern um 1 Procent, das Silberagio um $^1/_2$ Proc. gewichen. Wir notiren nach der Börse um 3 Uhr: 5proc. Metall. $94^1/_{16}$–$94^1/_8$. $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^1/_2$–$83^5/_8$. Loose vom J. 1834 $169^1/_2$–170, Loose vom J. 1839 $118^3/_4$–119, Bankactien 1183–1187, Nordbahnactien $108^1/_8$–$108^1/_4$. Heutigen Berichten aus Pesth zufolge hat die Eröffnung der dortigen großen Kettenbrücke am vorgestrigen Tage stattgefunden und war die Passage auf derselben für diesen Tag dem Publicum unentgeltlich gestattet. Der Baron Rothschild, Sina und der ungarische Großhändler Wodianer wohnten, als die Gründer dieses Unternehmens, der Eröffnung bei. Morgen wird man bereits über das Erträgniß des ersten Tages Bericht erhalten können. Seit ein paar Tagen versucht man die auffallendsten und zugleich albernsten Gerüchte an der Börse in Curs zu bringen. So vorgestern von einer in Petersburg ausgebrochenen Verschwörung, und heute wieder von einem Attentat auf den König von Preußen. Es braucht indeß kaum erwähnt zu werden daß man diese müßigen Erdichtungen nach ihrem Werthe zu würdigen weiß.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Die Münchener in Amerika. — Actenstücke zur Geschichte des engern Bundes. — Das Théatre Français. — Algier. (Der neue heilige Krieg.) — Ostindien. (Die kühle Jahrszeit eingetreten ohne Kriegsgerücht. Verhaftungen in Lahor. Lord Dalhousie kränklich. Gerücht daß der Chan von Bochara gestorben.)

Die Münchener in Amerika.

X. X. **München,** im Nov. Zwischen der Auer-Vorstadt und dem Platzel-Bräu gibt es noch manche Dinge von welchen die Philosophie der Münchener Journalisten sich nichts träumen läßt, oder die sie wenigstens — wir wissen nicht ob aus Gleichgültigkeit oder politischer Zerstreuung — gänzlich ignorirt. Vergebens suchten wir in unsern Tagsblättern ein freundlich oder unfreundlich Wörtchen über die Wirksamkeit unseres Auswanderungsvereins oder einer Erwähnung der in ihrer Einfachheit so anziehenden Mittheilungen, welche ihm in jüngster Zeit Landsleute, schlichte Männer aus jener Schichte der Gesellschaft die gewöhnt ist im Schweiße ihres Angesichts ihr Brod zu verdienen, über Natur, Leben und Volk der neuen Welt gemacht haben. Solche Schilderungen wären aber dem Zeitungsleser gerade in einer Zeit willkommen wo mancher ehrliche Deutsche der Nebelbilder, der Sandsteppen und Irrlichter auf dem sterilen Gebiete der deutschen Tagespolitik sterbensmüde geworden, und zur Erholung etwas von dem Schicksal des jungen deutschen Geschlechts an den Ufern des Ohio und Missouri weit lieber hören würde als von den diplomatischen „Erfolgen" an den Ufern gewisser andern Flüsse die wir nicht zu nennen brauchen. Der Münchener Auswanderungsverein, von welchem ein kenntnißreicher Staatsbeamte kürzlich naiv gestand daß er bisher nicht einmal von dessen Existenz gewußt habe, bildete sich bald nach den Märzereignissen 1848 zur Zeit als es dem deutschen Volk endlich vergönnt war ohne Einholung polizeilicher Genehmigung in Gesellschaft frei zu athmen. Zweck des Vereins war sich über die Mittel und die Richtung einer vortheilhaften Emigration genaue Kenntniß zu verschaffen, zu diesem Zweck mit zuverläßigen Agenten in den Seehäfen in Verkehr zu treten, Handbücher und Landkarten zu kaufen, und vor allem um Auswanderungen in größerer Gesellschaft und unter einsichtsvoller Leitung zu veranlassen, somit der Zersplitterung der Ansiedler und der Ursachen ihres häufigen Mißgeschickes entgegenzuwirken. Er hielt seine Versammlungen wöchentlich im Rosengarten, natürlich bei Pfeife und brauner Flüssigkeit, denn ohne dieses Labsal ließe sich ein berathender Verein in München so wenig denken als ein olympischer Götterclub ohne Nektar und Ambrosia. Im Frühjahr dieses Jahrs spedirte der Verein den ersten Zug Münchener Auswanderer über den Ocean unter der Leitung eines gebildeten, leider nicht sehr praktischen Mannes. Es waren keineswegs mittellose Proletarier welche Noth und Verzweiflung aus dem Vaterland vertrieb. Die meisten besaßen ein artiges kleines Capital, womit sich in Deutschland wenig, in Amerika viel anfangen läßt. Der leidige Zunftzwang und Ueberdruß an den stets trüber sich gestaltenden deutschen Verhältnissen überhaupt waren die Beweggründe der meisten. Sie nahmen den Weg über Havre, und blieben sehr einträchtig beisammen bis nach New-York, weil man auf dem Weltmeer, selbst mit dem besten Willen, nicht auseinander laufen kann. Kaum hatte der Fuß dieser Deutschen den Boden der neuen Welt berührt, so rührte sich alsogleich der incurable Erbfehler aus der alten Welt, und all den schönsten Vorsätzen, den oft gehörten Warnungen und Ermahnungen zur leichtern Ueberwindung der Schwierigkeiten und Leiden des Anfangs in einem wildfremden Land beisammen zu bleiben, zum Trotz, stäubte die Gesellschaft auseinander, und schien nur zu bedauern daß es nur vier, nicht vierzig Windrichtungen gebe, um möglichst zerstreut und fern von einander zu leben. Bis jetzt lauten jedoch die Berichte der Einzelnen sehr befriedigend, freilich nicht ohne Wiederholung des oft gehörten Klagelieds über Spitzbübereien einiger Agenten.

In der Sitzung des Vereins vom 29 Oct. wurden drei Briefe vorgelesen: von Dr. Dorsch in New-York, von Hrn. Duri aus Tennessee und von dem Schreinermeister und Lackirer Schwab aus Dalton (Ohio). Die Mittheilungen des Letztgenannten sind nicht bloß heiter-unterhaltend, sondern wirklich lehrreich, und für die Auswanderungslustigen gerade deßhalb ermuthigend weil sie ohne farbenreichen Enthusiasmus nur das Gepräge der Treue, der nüchternen Wirklichkeit tragen. Wir waren über seine schöne Beobachtungsgabe und den frischen Humor in der Schilderung der Reiseerlebnisse nicht wenig überrascht, und sind versucht zu glauben daß die reine Oceanluft statt des dumpfen Rauchqualms in der heimathlichen Bierstube auf jene einfachen Männer anregend gewirkt habe. Hr. Schwab sagt allen durch den Gewerbszwang in ihrer freien Thätigkeit gestörten und gedrückten Leidensgenossen im Vaterland ermunternde Worte, und bestätigt daß alle Handwerker die für die gewöhnlichen Bedürfnisse, nicht für den Luxus arbeiten, in Amerika ihr gutes und sicheres Brod finden, und dazu die unbeschränkte Freiheit jedes Wohnplätzchen zu wählen und jedes Gewerbe zu treiben das ihnen gefällt. „Der größte Vorzug dieses Landes" — schreibt der Münchener Schreinermeister — „besteht darin daß ein hochlöblicher Magistrat einem nicht vorzuschreiben hat auf welchen Erwerb man sich zu beschränken habe, was jeder arbeiten dürfe, und was nicht, um sein täglich Brod zu gewinnen." Indessen verhüllt der Schreiber die Kehrseite des Bildes keineswegs. Denn so fruchtbar das Land, so lieblich und gesund das Klima, so erquicklich die Luft der Freiheit ist welche an jenen Strömen weht, der Anfang der Niederlassung und Häuslichkeit hat immer seine Mühseligkeiten, und vornehmlich der Altbayer findet dort nicht alle Gegenstände seiner Sehnsucht. Das Braune ist schlecht oder mittelmäßig,*) und ein guter Theil jener Münchener-Auswanderer, als er den Ohio hinauffuhr, äußerte einige Anwandlung von Heimweh durch den Seufzer: „hätten wir doch nur ein paar Maßl vom Löwenbräu oder Sternäcker!" Des Briefschreibers und seines Collegen Frau waren besonders mißgestimmt in Dalton keine nach vaterländischer Art eingerichtete Küche zu finden. Da gab es täglich Jammer und Verwünschung des fremden Landes! Als aber einmal Herd und Ofen ganz nach Münchener Weise eingerichtet, als die ersten Würste gesotten, die ersten Dampfnudeln gebacken waren und ebenso prächtig wie daheim mundeten, da waren die Frauen mit der neuen Welt vollständig ausgesöhnt, und gaben sich ungetheilter Freude hin über die billigen Preise von Rindfleisch, Speck und Knödelsubstanzen.

Auch über Tennessee lauten die Nachrichten des Hrn. Duri sehr gut, obwohl dieser Staat gewöhnlich zu deutschen Niederlassungen nicht sehr empfohlen wird. Hr. Duri, indem er über seine großartigen Projecte sich ausläßt und alle Vortheile seiner neuen Ansiedlung hervorhebt, spricht sogar von Colibris die er am Fenster gesehen, obwohl es wahrscheinlich nur Zaunkönige gewesen, welche der Schreiber vielleicht deßhalb amerikanisch getauft hat, um in seinen wanderungslustigen Landsleuten nicht das Mißverständniß hervorzurufen daß es auch in Amerika Reuß-Schleitz-Lobenstein gebe.

In der nächsten Sitzung unseres Auswanderungsvereins hoffen wir umständlichere Nachrichten über die Lage unserer Landsleute in Amerika aus dem Munde der Gebrüder Knorr zu vernehmen, welche häuslicher Angelegenheiten wegen kürzlich von dort gekommen sind und bald zurückzukehren gedenken. Aus all den brieflichen Schilderungen die wir bis jetzt gelesen, jauchzt durch die verschiedenen Bilder von Zwischendeck-Läden, Wanderstrapazen und der neuen Thätigkeit die unbändige Freude die öden deutschen Zustände hinter sich zu haben und einem großen gesegneten Lande ohne Proletariatsleiden anzugehören, in welchem das schöne Wort „Freiheit" keine leere Illusion bedeutet.**) Wie ein dem Käfig entronnener Vogel zwitschern die Ausgewanderten lustig und beinahe etwas muthwillig nach der alten Heimath hinüber, obwohl sie nicht verhehlen daß es am Anfang unbequem und etwas mühselig ist sein Futter in Gottes freier Natur sich zu suchen.

Es ist ein charakteristisches Merkmal nicht nur dieser, sondern fast aller Emigrantenbriefe die wir aus Amerika gelesen, daß sie mit einem gemischten Gefühl von Spott und Mitleid auf das alte Vaterland zurückblicken, ähnlich wie der Sonnenbewohner auf das arme Volk im Uranus, das verdammt ist ewig in Dämmerung zu wandeln und kalte Luft zu athmen. Als wir die lockenden Schilderungen aus Dalton hörten, regten sich sichtbar bei mehr als einem Anwesenden die Schwalbenflügel der Wanderlust, und auch uns wandelte dergleichen Sehnen an. Zwar machte uns ein geistreicher Freund der Allg. Zeitung die Bemerkung: er begreife nicht wie man nach einem Lande auswandern könne welches keine Geschichte habe.***) Diese Scrupel theilten wir einem amerikafreundlichen Münchener mit, der uns trocken erwiederte: das sey sein geringster Kummer! Zu trüb seyen die Blätter der deutschen Geschichte, und bei einer

---

*) Nach den Briefen von Freimund Goldmann aus Wisconsin, welche wir kürzlich gelesen, soll es doch in den nordwestlichen Staaten ein recht gutes Bier geben. Freilich ist der Verfasser ein Norddeutscher, der minder verwöhnt ist als unsere Landsleute aus Altbayern. Sollte es in Dalton wirklich an einem guten Hopfengebräu fehlen, so ist dort gute Aussicht für einen Münchener Bräuer.

**) Nur nicht für die zwei Millionen Neger.

***) Goethe lobt das eben an Amerika — in einem launigen Augenblick.

Vergangenheit über die man so oft erröthe, bei einer Gegenwart über die man so viel sich ärgere, da sey die Frage: ob es nicht besser ist gar keine solche Geschichte zu haben. Er seinerseits begreife vollkommen daß jene Münchener Emigranten auf dem Ohio sich nach etwas ganz anderm als nach vaterländischer Geschichte gesehnt hätten. Ohne diese traune Anschauung ganz zu theilen, begreife ich doch wohl daß man heute dem Vaterland, an dessen Schicksal manchmal unsere Besten verzweifeln, mit leichterem Herzen als sonst den Rücken wendet, und unter den Gegenfüßlern leben kann ohne am Heimweh zu sterben.

*

Der geehrte Verfasser obiger Mittheilung mag einige Randbemerkungen erlauben. Auf die darin von einem Dritten angeführte Aeußerung über die deutsche Geschichte gilt das Wort das Jakob Grimm einmal in der Paulskirche Hrn. Karl Vogt zugerufen: wer sich um die Väter nicht kümmert, um den werden sich auch die Enkel nicht kümmern. Wir hoffen die Deutschen in Amerika vergessen ihr Vaterland und dessen historische Erinnerungen nicht. Die Anglo-Amerikaner haben an der stürmevollen und männerreichen Geschichte ihres Mutterlandes sich zu dem aufgerichtet was sie sind, und nähren sich fortwährend von der geistigen Bildung des alten Europa. Die Deutschen in Amerika dagegen sind fast abgeschnitten von der deutschen Litteratur und — da sie in der Regel eine andere Sprache nicht kennen — von der ganzen Geistesbewegung „jenseits der großen Wasser". Diese geistige Isolirung hat auf ihre politische Selbständigkeit nicht vortheilhaft gewirkt, wie jeder weiß der etwas von amerikanischen Verhältnissen kennt. Bei den Wahlen z. B. sind die Deutschen in der großen Mehrzahl eine Heerde die der nächste beste Agitator leitet. Man findet darüber in mehr als Einer Schrift welche Deutsche aus Amerika geschrieben, die aufrichtigsten Geständnisse. Selbst Francis Grund, ein leidenschaftlicher Anhänger seines Adoptivvaterlandes und in Wahlagitationen bekannt und geübt wie wenige, hat vieles gesagt was darauf deutet. Die merkwürdigste Schrift über die Deutschen in Amerika ist die 1848 erschienene von Löher. Sie enthält goldene Worte über jenen Mangel einer geistigen Communication mit dem Mutterlande.*) In den Ansiedlungen der Alten brachten die Colonisten die Bildung ihres Volkes mit, und eroberten mit dem Geist so viel als mit dem Schwert. Die Engländer haben dieß nachgeahmt; die Spanier nur eine Zeitlang; die Portugiesen, die Franzosen, die Deutschen gar nicht; deßwegen sterben diese auswärts ab, bilden den Humus für andere Nationalitäten, während der englische Stamm, dem altrömischen vergleichbar, herrscht wo er seinen Dreizack hinwendet. Es war einmal unter den deutschen Buchhändlern die Rede davon für die deutsche Litteratur große Commanditen in Amerika aufzurichten. Es ward nichts daraus: ein einziger junger Mann, wir glauben Garik mit Namen, ging hin, trieb eine Zeitlang Buchhandel und kehrte wieder heim. Die New-Yorker Deutsche Schnellpost, das beste deutsche Journal in der Union, ist, nachdem Wilhelm v. Eichthal der rastlosen Thätigkeit erlegen, schnell von Heinzen und seinem Troß zu Tod geritten worden. Was die Wesselhöft und andere mit ähnlichen Unternehmungen dort ausgerichtet — wir wissen es fast so wenig als die dort von uns wissen! Die Briefe des deutschen Correspondenten dieses Blattes in New-York sind die einzige regelmäßige und umfassende Correspondenz aus Amerika in deutschen Blättern, die Auswanderungsblätter ausgenommen, die aber ihren speciellen Zweck verfolgen. Ist das nicht kläglich? Noch schlimmer steht es um die geistige Verbindung mit den deutschen Brüdern in Südamerika. Bloß Bremen macht in seinen zahlreichen Comptoiren und Factoreien, die jetzt bis Hongkong reichen und alle Theile von Nord- und Südamerika umfassen — in Nordamerika allein ist ihre Zahl über 270 — eine ehrenvolle Ausnahme. Der junge Bremer holt in der Ferne Weltkunde, aber er weiß daß diese ohne die Grundlage vaterländischer Bildung nichts werth ist auf dem moralischen Gebiete. Wie anders würde Deutschland aussehen wenn allen unsern Landsleuten solche Hochschulen der Weltthätigkeit offen ständen? — Wir wollen zum Schluß die Münchener, die deutschen Künstler überhaupt, auf eine Bilder-Preis-Aussetzung aufmerksam machen die neulich in den Vereinigten Staaten für Amerika und Europa ausgeschrieben wurde. Die „Pennsylvanische Akademie der schönen Künste in Philadelphia" schreibt fünf Preise für die besten Gemälde aus; drei Preise von 750 Dollars (à 2 fl. 30 kr. rheinisch), 500 Dollars und 250 Dollars sind für Gemälde die einen historischen, biblischen oder dramatischen Gegenstand behandeln, bestimmt; zwei Preise, von 300 und 200 Dollars, für Landschaften oder Seestücke. Die Bilder müssen bis zum 10 April 1850 nach Philadelphia geliefert seyn, wo fünf Kunstrichter (vier von den Directoren der Akademie, der fünfte von ihnen selbst gewählt) über die Zuerkennung entscheiden. Die Transportkosten bestreitet die Akademie. Wollen die Künstler die Bilder die keinen Preis gewonnen dort lassen, so verspricht die Akademie sich ihrer sorgfältig anzunehmen. Wir wollen den Wortlaut der Aufforderung bekannt machen. Doch möchte das Wagniß für deutsche Künstler kaum anzurathen seyn. **k.**

Actenstücke zur Geschichte des engern Bundes.

Berlin, 18 Nov. Die Erwiederung des preußischen Bevollmächtigten auf die jüngsten Erklärungen von Sachsen und Hannover will diese Erklärungen „mit einer Beurtheilung begleiten, die um so entschiedener seyn muß, je mehr der Zeitpunkt näher rückt der über die höchsten vaterländischen Interessen entscheiden kann." Sie beginnt mit einer Entgegnung darauf daß Sachsen und Hannover behaupten es heiße Zweck und Gegenstand des Vertrags vom 26 Mai d. J. umkehren wenn, in Gemäßheit der preußischen Abänderungsvorschläge, der Verfassung für ganz Deutschland gegenwärtig ein engerer Bund im Bunde substituirt werden solle.

„Wenn die Bildung eines engeren Bundes im Bunde von 1815, als in den Zwecken des Bündnisses vom 26 Mai d. J. liegend, nicht angenommen werden kann, ja wenn, um das stärkste Wort der hannoverischen Denkschrift zu wiederholen, von dem vorgelegten Verfassungsentwurf sogar „die Idee des engeren Bundesstaats ferngehalten" worden, wie war es möglich an die Spitze eben dieses Verfassungsentwurfs einen Artikel

*) Die Vorrede Löhers zu seinem trefflichen Werke („Geschichte und Zustände der Deutschen in Amerika") beginnt mit den Worten: „Ich zog aus um Länder und Völker zu sehen. Es trieb mich nach dem Land der Jugend, denn auch England zeigte mir mehr und tiefere Leiden als ich in den bedrücktesten Gegenden Deutschlands oder Frankreichs gesehen hatte. Amerika strahlte jenseits des Meeres wie Freiheit und Glück. Darin betrog ich mich nicht. Ich sah ein weites Land voll ungeheurer Schätze und jugendlicher rastloser Menschen. Ich hatte mir dort auch viel Pharisäer und Krämerseelen vorgestellt, fand jedoch noch weit mehr geistige Dürre und Armuth, und eine übermüthige Unwissenheit gegen das was des deutschen Volkes Verdienst und Freude ist. Dieser Uebermuth und diese Unwissenheit gaben sich in verletzender Weise gegen alles kund, was unsere Landsleute in Amerika gewirkt haben. Mich selbst empfing zwar in allen Kreisen nur die bekannte amerikanische Gastfreundschaft, aber ich konnte es mir nicht verbergen, wie es fast überall zur zweiten Natur geworden der Deutschen in Amerika, mit Ausnahme der Gelehrten, nur als Menschen zu gedenken die ihrer Arbeit wegen etwas werth seyen. . . ." Von dem Gefühle dieser unwürdigen Stellung aus, und mit einem begeisterten Herzen für die Bestimmung seines deutschen Volks untersucht nun der Verfasser die Geschichte unserer Landsleute in Amerika, und zeichnet ihnen ihre künftige Bestimmung vor. Je größer ihm diese Bestimmung erscheint, destoweniger verhehlt er alle die Schwierigkeiten durch die sie hindurch müssen, von dem Augenblick an wo sie, ans Land steigend, der Spott der Straßenbuben mit Dutchman, Dutchman empfängt, bis in die feine Gesellschaft hinauf, die mit ihrer socialen und religiösen Unfreiheit sie wie mit Bleigewicht niederhält. Bemerkenswerth ist daß drei Viertheile des Heeres — namentlich dessen das in Mexico gefochten — aus Deutschen besteht, alle Officierstellen aber von Engländern besetzt sind. Ueber das gesellige Leben wollen wir aus dem reichen Buche nur folgende Stelle anführen: „In den vielen einzelnen Freundeskreisen herrscht eine herzliche Fröhlichkeit, und der Witz läuft so schnell umher daß es schwer ist ihn einzuholen. Kommt man Sonntags aus den vornehm leeren englischen Stadttheilen in die deutschen, so sieht man die Leute in dichten Gruppen lachen und stehen und schlendern, und in den Weingärten vor der Stadt werden die Deutschen ihres Lebens froh, während die Englischen in den Kirchen ihren Predigern zuhören. Gleichwohl aber bilden sich nur sehr schwer Anstalten und Einrichtungen in welchen sich die Mehrzahl der Deutschen in einem Orte zu einer schönen Geselligkeit vereinigten. Sie könnten bereits ihr eigene Gesellschaft der englischen ehrenvoll und dauernd gegenüberstellen: aber bis jetzt sind nur eine Menge von Anfängen dazu gemacht. Da fehlt vor allem eine größere Anzahl von gebildeten deutschen Frauen, welche die bessere Gesellschaft leiten und verbinden könnten; die, welche da sind und es vermöchten, haben wenig Lust dazu ein in Amerika oft sehr undankbares Amt zu übernehmen. Da hindert ferner nur bei zu vielen ein gewisses Gefühl der untergeordneten Stellung. Die Englischen sind die Vornehmen, sie waren länger im Lande und haben deßhalb die Reichthümer und die Staatsämter. Das englisch-amerikanische Wesen ist aber der deutschen fröhlichen Gesellschaft geradezu tödtlich, es läßt sie einfrieren. Noch immer aber herrscht es vor, und die Deutschen schicken sich nur zu sehr hinein, selbst im Westen. Noch vor ein paar Jahren hätte kein Wirth in Cincinnati seinen Gästen erlaubt zu singen, damit nicht etwa ein vorübergehender Yankee in seinem Herzen empört werden möchte. Noch jetzt hörte ich Deutsche darüber sich ganz yankeemäßig erzürnen wenn sie andere am Sonntag Karten spielen oder Kegel schieben sahen; ich glaube, es ist das selbst in Ohio durch Staatsgesetz verboten. In den Seestädten wird auf deutschen Bällen mehr englisch als deutsch gesprochen, und es fehlte noch daß die geschmacklosen englisch-amerikanischen Tänze eingeführt würden. Gründliche Heilung ist hier von dem Wein zu hoffen, den unsere Landsleute an den Strömen des Westens pflanzen, von dem begeisternden Catawba und der lieblichen Isabelle. Der Gesellschaft sehr hinderlich ist endlich die Geschäftsstrenge. Der Gelderwerb nimmt Zeit und Kräfte hinweg, man hört gewöhnlich den Werth der Stunden nach dem Gelde anschlagen das man darin verdienen kann. Deutsche Litteratur, die sich über alle Staaten ziehen und deutsche Fröhlichkeit beleben könnte, fehlt, wie schon bemerkt ist, noch fast gänzlich."

zu stellen wonach das zu verwirklichende Reich zu bestehen habe, nicht aus ganz Deutschland, nicht aus allen deutschen Bundesstaaten, sondern „aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutschen Bundes welche die Reichsverfassung anerkennen?“ Wie war es es möglich in der Collectivnote vom 28 Mai d. J. ausdrücklich solcher deutschen Regierungen zu erwähnen „welche sich zu dem“ gewünschten „Anschluß an den Verfassungsentwurf nicht veranlaßt finden“ sollten, und wofür „die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten als unverändert fortbestehend“ bezeichnet werden? Wie war es möglich in der authentischen Interpretation des Verfassungsentwurfs, der Denkschrift vom 11 Jun. d. J., nochmal hervorzuheben und zu wiederholen daß der neue Bundesstaat „zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutschen Bundes welche sich ihm noch nicht anschließen möchten, zunächst in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibe die aus der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 erwachsen?“ Diese aller Welt vor Augen liegenden Documente zeigen unwiderleglich daß die Regierungen welche das Bündniß vom 26 Mai d. J. abschlossen, die Bildung eines engeren Bundesstaats, innerhalb der Staaten des deutschen Bundes von 1815, nicht zwar als die letzte Entwicklung, wohl aber als den reellen Anfang der nothwendigen Neugestaltung der deutschen Staatsverhältnisse betrachten mußten; ein Anfang, welcher zu ergreifen sey sobald sich das größere Ziel der vollständigen Reconstruction des ganzen Deutschlands als zunächst unerreichbar darstellen werde. Die preußische Regierung wird und muß diese Auffassung festhalten; sie schuldet sich dieß selbst und den Bundesgenossen gegen die sie sich mit Sachsen und Hannover solidarisch verpflichtet hat; sie schuldet es dem deutschen Volke, dessen Bedürfnisse und Berechtigungen sie, die k. preußische Regierung, so viel an ihr ist, befriedigen und gewähren will. Wird aber der k. preußischen Regierung das vertragsmäßige Recht auf Durchführung des engeren Bundesstaats rechtlich nicht bestritten werden können, gleichviel ob alle deutschen Staaten, außer Oesterreich, sich dem Verfassungsentwurf anschließen, oder einzelne deutsche Staaten diesen Anschluß ablehnen, so ist damit zugleich außer Zweifel gestellt daß die kk. Regierungen von Sachsen und Hannover sich schließlich denjenigen Aenderungen des Verfassungsentwurfs zu fugen haben die durch den Eintritt des letztern Falls, durch die Ablehnung Bayerns, Württembergs und Hessen-Homburgs, für die Zeit der Dauer dieser Ablehnung nothwendig werden. Worin diese nothwendigen Abänderungen bestehen, und wie dieselben zuletzt bewirkt werden; ob der gemeinschaftlichen Erklärung des k. sächsischen und hannoverischen Bevollmächtigten in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 27 Jul. d. J. gemäß, dadurch daß alle Regierungen die den Vertrag vom 26 Mai d. J. abschlossen und demselben beitraten, diese Abänderungen genehmigen und zugeben, oder, sofern eine solche allseitige Uebereinstimmung der Regierungen vor Einberufung des Reichstags nicht eintritt, dadurch daß die betreffende Regierung, dem Antrag des k. hannoverischen Bevollmächtigten in der Sitzung der Conferenz vom 20 Mai d. J. gemäß, auf dem zur Beschlußnahme uber die Verfassung zusammentretenden Reichstage ihre von der gemeinschaftlichen Verfassungsproposition abweichenden Ansichten geltend zu machen sucht — das alles sind Fragen durch deren noch so verschiedene Erledigung die dem vorerwähnten Rechte der k. preußischen Regierung correspondirende Verpflichtung der kk. Regierungen von Sachsen und Hannover nicht im allermindesten verändert wird. Indem die k. preußische Regierung demnach diejenigen Abänderungen des Verfassungsentwurfs, die ihr nach der Ablehnung Bayerns, Wurttembergs und Hessen-Homburgs nothwendig oder angemessen erschienen, ihrerseits im Verwaltungsrath zur Kenntnißnahme vorgelegt, hat sie keine andere Befugniß geübt, als welche sie allen andern auf Grund des Vertrags vom 26 Mai d. J. mit ihr verbundeten Regierungen in völlig gleichem Maße zugesteht. Sie stellt dabei ganz anheim ob ihre Abänderungsvorschläge die allseitige Genehmigung der verbundeten Regierungen erlangen werden, sowie sie im andern Fall, sowohl um ihres eigenen klaren Rechts als auch um der gemeinschaftlichen Versicherung des k. sächsischen und k. hannoverischen Bevollmächtigten willen, der Erwartung bleibt „daß der Vertrag vom 26 Mai d. J. jede der contrahirenden und der beitretenden Regierungen zum unverbrüchlichen Festhalten an dem Inhalte des einmal verkundeten Verfassungsentwurfs verpflichtet hat und verpflichtet hält.“

In den Einwendungen der kk. Regierungen von Sachsen und Hannover — die nach dem vorhin ausgefuhrten, in Versagung der fur die Einberufung des Reichstags ohnehin zu entbehrenden Zustimmung zu den Abänderungsvorschlägen d. k. preußischen Regierung jedenfalls ihre rechtliche Begranzung finden — wird zunächst auf die Unvereinbarlichkeit der dauernden Rechte des Bundes von 1815 mit der Wirksamkeit eines engeren Bundesstaats innerhalb dieses Bundes hingewiesen. Die k. preußische Regierung beantwortet diese Hinweisung, indem sie daran erinnert daß die kk. Regierungen von Sachsen und Hannover, als sie am 26 Mai d. J. das Bündniß mit Preußen abschlossen, für die Rechtsgültigkeit dieses Bündnisses den Art 11 der Bundesacte von 1815 selbst anriefen; daß sie sich also damals der völligsten Uebereinstimmung der Bundesrechte von 1815 mit den Rechten des engeren Bundesstaats auch ihrerseits bewußt waren; daß auch sie in „dem Recht der Bundnisse aller Art“ welches der Art. 11 der Bundesacte „allen Bundesgliedern“ zuerkennt, das Recht des Bündnisses vom 26 Mai d. J. mitgewahrt fanden; daß auch sie nicht glaubten es verfalle dieses Bündniß jenen sträflichen „Verbindungen“ die „als gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesglieder gerichtet“, von demselben Artikel ausnahmsweise verpönt werden. Freilich kann die k. preußische Regierung es nicht verwehren wenn sich ihre Mitpaciscenten im Laufe der Zeit und im Wechsel der Umstände von früheren Rechtsansichten lossagen; aber so wenig sie dieß kann, so wenig ist sie auch gesonnen um einer solchen Aenderung willen ihre eigenen Ueberzeugungen aufzugeben. Bei der weiteren Ausführung dieser nachträglich behaupteten Unvereinbarlichkeit der Wirksamkeit eines engeren Bundesstaats mit dem Bunde von 1815 gehen die Einwendungen durchweg von der Voraussetzung aus daß der Bund von 1815 nicht nur seinem ursprünglichen Zwecke, sondern auch seiner ursprünglichen Organisation nach fortwährend noch zu Recht bestehe. Die k. preußische Regierung lehnt diese Voraussetzung zusammt den darangeknüpften allerdings monströsen Consequenzen als völlig unbegründet unter Hinweisung auf die ausführliche Deduction in dem Protokoll des Verwaltungsraths vom 17 Oct. d. J. auf das entschiedenste ab. Die k. preußische Regierung hat zu allen Zeiten anerkannt daß der Bund, wie er aus den Verträgen von 1815 hervorgegangen, in seinen Gliedern, Zwecken, gegenseitigen Rechten und Pflichten fortbestehe; daß aber die Organisation welche er sich zu Erreichung seiner Zwecke gegeben hatte, durch die rechtlichen Thatsachen des Jahres 1848 aufgehoben ist. Die Aufgabe an die Stelle dieser aufgehobenen Verfassung für alle deutschen Bundesstaaten eine andere, bessere, allseitig anerkannte wiedereinzuführen ist noch zu lösen. Die k. preußische Regierung wird nicht ermuden der Lösung auch dieser Aufgabe, deren hohen Werth sie keinen Augenblick verkennen konnte, auch ferner die verdiente Theilnahme und Mitwirkung zuzuwenden; aber indem sie dieß thut, wird sie zugleich jedem Versuch entgegentreten, der dahin abzielen könnte die Bildung des deutschen Bundesstaats von dem Ausgang der auf Reconstruction des weitern Bundes gerichteten Bestrebungen abhängig zu machen.“

Nach einigen Worten darüber daß Sachsen und Hannover, wenn sie durch die vorläufige Verengerung des Bundes mehr benachtheiligt sind als andere Bundesglieder, und diese besondere Benachtheiligung beweisen können, sie dann Abänderungsvorschläge machen können, daß das alles aber auf die Rechtsfrage keinen Einfluß hat, da ja jene beiden Staaten das Bündniß schlossen, ohne das Maß seines Umfangs als Bedingung zu stellen, heißt es dann in der Erwiederung weiter: „Wenn in der hannoverischen Denkschrift namentlich die Gefahren hervorgehoben werden welchen Preußen selbst durch Eingehen in den engeren Bundesstaat sich aussetzen soll, so mag zwar die in dieser Warnung liegende gute Absicht nicht verkannt werden; aber selbst dann, wenn Preußen diese Gefahren ebenso hoch anschlüge als Hannover, wenn es solche sich jetzt zum erstenmal vergegenwärtigte, so würde es dennoch darin keinen Grund finden sein den Bundesgenossen und der Nation gegebenes Wort zu brechen; es wurde sich gegen diese Gefahren waffnen, und getrost auf dem Wege der Ehre und Pflicht beharren. Glucklicherweise aber steht es nicht so; Preußen hat zwar die eignen Opfer nicht verkannt welche mit dem Bundesstaat vom 26 Mai d. J. verbunden seyn werden, auch die Gefahren nicht übersehen welche unter Umständen dadurch herbeigeführt werden könnten; es hat aber beide zum voraus gegen die Vortheile fur das gesammte deutsche Vaterland abgewogen, und dann mit freudigem Entschluß gewählt das was es fur recht und gut hielt. Es ist durch den Erfolg nicht überrascht, in seinem Entschluß nicht wankend geworden. Wenn Hannover das Prognostikon stellt es werde die erbliche Vorstandschaft Preußens in dem engeren Bundesstaat entweder zu einem Aufgehen der kleineren Staaten in Preußen oder zu einer Auflösung des preußischen Staates selbst führen, so erwiedert Preußen daß es sich des redlichsten Willens bewußt ist seine Stellung im Bundesstaate nicht zu mißbrauchen, vielmehr die Rechte des kleinsten Bundesgliedes in gleicher Weise zu achten, wie die des größten und der Gesammtheit, daß es sich aber auch stark genug fühlt um den zerstörenden Elementen zu widerstehen welche ihm der Bundesstaat — nach den fur die zutretenden Staaten nicht schmeichelhaften Ansichten Hannovers — in so bedeutendem Maße zuführen soll. Auch wird Preußen seine Handlungsweise durch die Maßregeln und Ansichten einer Partei nicht bestimmen lassen die zwar nicht genauer bezeichnet ist, von der Hannover selbst aber keine vorzügliche Meinung zu haben scheint. Besonders hervorgehoben wird in der sächsisch-hannoverischen Ausführung daß das Uebergewicht Preußens im Volkshause desto mehr hervortrete je enger sich der Bund gestalte. Indeß kann ohne gänzliche Umgestaltung des Wahlsystems eine Aenderung in dieser Beziehung nicht eintreten; auch mag entgegengehalten werden daß im Staatenhause die Stimme Preußens immer noch verhältnißmäßig schwach bleibt, und daß Preußen überdieß billige Aenderungsanträge nicht zurückweisen werde.

„Die hannoverische Denkschrift unterdrückt bei demselben Anlaß nicht die Andeutung daß sich Preußen bei der Einberufung eines Reichstags mit vorherrschend preußischem Volkshause von der Ehre der Bundesgenossenschaft mit der deutschen Demokratie schwerlich werde lossagen können. Wenn die k. preußische Regierung auch nicht in dem Falle ist ihr durch die Pflicht gegen die Nation und die vernunftige Erwägung ihrer politischen Aufgabe gebotenes Verfahren irgendwie zu rechtfertigen, und wenn sie außerdem die gefurchteten Gefahren, wie bereits erwähnt, zu bestehen denkt, so drängt sich doch die Bemerkung auf daß die factische Voraussetzung, von welcher die hannoverische Betrachtung ausgeht, of-

fenbar unrichtig ist. Die deutsche Demokratie befördert nicht allein nicht die von Preußen ausgegangenen Vorschläge zur Bildung des engeren Bundesstaats, sondern sie steht auf Seite derjenigen Partei welche sich dem Zustandekommen jenes Bundesstaats überall aus dem Grunde widersetzt weil er den deutschen Regentenhäusern Opfer zu Gunsten einer einheitlichen Executivgewalt anmuthet. Ohne Zweifel wird hierüber die k. hannoverische Regierung im eigenen Lande dieselbe Erfahrung machen, und sich dadurch von dem Ungrunde der Voraussetzung überzeugen daß die Vorschläge Preußens den Planen der demokratischen Partei zusagen. Daß das Opfer der Verzichtleistung auf eine fernere besondere Repräsentation, dem Auslande und den dem Bundesstaat nicht beitretenden deutschen Regierungen gegenüber, dadurch daß Bayern und Württemberg noch nicht zu gleichen Opfern zu vermögen waren, für die Regierungen von Sachsen und Hannover im Preise steigt, und in der Darbringung schmerzlicher wird, kann von der k. preußischen Regierung zugegeben werden, sowie dieselbe dieses Opfer ihrerseits niemals verkannt und unterschätzt hat. Es ist aber dieses Opfer eine nothwendige Folge der Verwirklichung eines deutschen Bundesstaats, welcher eine sächsische, hannoverische und preussische Politik, dem Ausland gegenüber, neben der deutschen unmöglich dulden kann. Die Ausstellungen gegen die diesseits vorgeschlagene Nomenclatur werden keiner umständlichen Widerlegung bedürfen; sie ist aus dem Wunsche hervorgegangen die Namen der Sache anzupassen, und für das Wesen von keinem Einfluß. Der engere Bund wird nicht größer wenn ihm der Name „Reich“ verbleibt, und nicht kleiner wenn er den bescheideneren Namen eines Vereins (einer deutschen Union) annimmt. Die Elbe bleibt ein deutscher Fluß, auch wenn sie in dem Verhältniß zu dem Bundesstaat nur als ein Fluß des Vereins bezeichnet wird. Gefallen die Vorschläge nicht, so dürfen Hannover und Sachsen oder eine dieser Regierungen nur widersprechen, um sicher zu seyn daß der Verfassungsentwurf in dieser Beziehung unverändert an den Reichstag gelange. Die einzelnen Ausstellungen gegen die preußischen Vorschläge verweilen zunächst bei dem Zusatz zu dem ersten Paragraphen des Verfassungsentwurfs, Inhalts dessen „die Festsetzung des Verhältnisses des deutschen Bundesstaats zu den demselben nicht beitretenden deutschen Staaten gegenseitiger Verständigung vorbehalten“ wird. „Dieser Vorbehalt“ — deducirt die hannoverische Denkschrift — „enthält das Anerkenntniß der Nothwendigkeit dieser Verständigung: einer Nothwendigkeit für welche kein anderer Grund vorliegt als die Unvereinbarkeit des beabsichtigten engeren Bundesstaats mit den Grundsätzen des deutschen Bundes, dessen Fortdauer von Preußen selbst anerkannt und bethätigt worden ist!“ Die k. preußische Regierung begegnet hier wieder der Verwechselung die der hannoverischen Ausführungsweise eigenthümlich zu seyn scheint, der Verwechselung von Wunsch und Bedingung. Die Verständigung des Bundesstaats mit den Regierungen die sich dem Bundesstaat zur Zeit noch entziehen, soll fortwährend angestrebt, nicht aber die Verwirklichung des Bundesstaats von dem vorläufigen Consensus dieser Staaten abhängig erklärt werden. Weder die früheren Verhandlungen, noch die ursprüngliche Fassung des betreffenden Paragraphen, noch der neue Vorschlag unterstützen hier die irrige Auffassung der k. hannoverischen Denkschrift.

„Die Einwendungen in Bezug auf das Recht des Kriegs und Friedens müssen nach der ausführlichen Erwiederung der k. preußischen Regierung in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 17 Oct. d. J., worauf hier zurückgewiesen wird, für erledigt erachtet werden. Die Frage über die Bundesfestungen erledigt sich einfach. — Die jetzigen Bundesfestungen bleiben Eigenthum des Bundes von 1815, bis etwa eine Auseinandersetzung zwischen diesem und dem Bundesstaat erfolgt. Zur Zeit besitzt derselbe keine solchen Festungen; wie solche angelegt oder erworben werden, besagt die Verfassung; tritt dieser Fall ein, so fällt natürlich ihre Unterhaltung der Gesammtheit des Bundes zur Last, zu dessen Schutz sie dienen. Es ist kaum abzusehen weßhalb die k. sächsische Regierung erst jetzt diese so leicht zu lösenden Zweifel erhebt. Die fernere Frage warum in dem §. 85 des Verfassungsentwurfs auch jetzt noch „Holstein, Luxemburg, Limburg, beide Hohenzollern, Lauenburg und Frankfurt unter den das Staatenhaus mitbeschickenden Staaten aufgeführt“ werden, hätte sich die k. hannoverische Regierung aus sehr naheliegenden Gründen füglich selbst beantworten können, ohne zu Vermuthungen überzugehen die hier näher zu verfolgen die k. preußische Regierung vor dem Ernst der Zeit und den Rücksichten gegen sich selbst unterlassen muß. Es ist wahr daß die genannten Staaten bis jetzt dem Bündnisse vom 26 Mai d. J. überall nicht beigetreten sind; aber es ist nicht minder wahr daß diese Staaten dem Bündnisse noch beitreten können, und es ist unbegründet daß „einige derselben den Beitritt zum Bündnisse ausdrücklich abgelehnt haben.“ Bloß in Bezug auf Limburg ist seitens der k. niederländischen Regierung eine ablehnende Erklärung eingegangen. Ist in den Abänderungsvorschlägen der k. preußischen Regierung auch Limburg dessungeachtet noch als ein dem Bündniß möglicherweise zutretender Landestheil aufgeführt, so liegt als ausreichende Erklärung die Thatsache vor daß eine ablehnende Erklärung in Bezug auf Luxemburg bis jetzt nicht erfolgt ist, und daß Preußen nach dem Staatsrecht des deutschen Bundes nicht aufgehört hat Limburg als einen Ersatz für den an das Königreich Belgien abgetretenen Theil des Großherzogthums Luxemburg zu erachten.

„In Beziehung auf die deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse gelangen die sächsisch-hannoverischen Einwendungen von verschiedenen Prämissen zu demselben Resultat, daß der engere Bundesstaat für Sachsen und Hannover präjudicirlich sey. Es scheint hierbei übersehen zu seyn daß bis zum Jahr 1854 die Zollvereinsverträge noch bestehen, und bis zu diesem Zeitpunkt das jetzige Gebiet des Zollvereins ohne Zustimmung sämmtlicher Betheiligten weder verengert noch erweitert werden kann, wodurch die Befürchtungen Sachsens wenigstens für die nächste Zukunft verschwinden. Aber auch für Hannover beseitigt dieser Umstand für denselben Zeitraum die Gefahr daß solches die vermeintlichen Opfer des Eintritts in eine größere Zollgemeinschaft einem engeren Bunde bringen werde, weil entweder eine Vereinigung mit den dem Bundesstaate einstweilen nicht beitretenden Zollvereinsstaaten im Wege der freien Uebereinkunft zu Stande kommt, und dann die Zolleinigung sich, wie Hannover erwartet, über ganz Deutschland außer Oesterreich erstreckt, oder eine solche Einigung nicht erfolgt, dann aber auch die Zolleinheit des Bundes einstweilen unter Beibehaltung des status quo ausgesetzt werden muß. Gewiß darf man sich der Hoffnung hingeben daß ersterer Fall eintrete, und dann um so sicherer erwarten es werde das einmal geschlungene Band der Vereinigung der wichtigsten materiellen Interessen niemals wieder durch particularistische Bestrebungen zerrissen, niemals die Zollschranken wieder aufgebaut werden die Deutschland so schmerzlich an seine Zerstückelung erinnerten und leider theilweise noch erinnern. Uebrigens darf nicht unerwähnt bleiben daß die Zolleinigung Deutschlands auch für Hannover mit keinen Opfern, sondern mit den wesentlichsten — nur momentan verkannten Vortheilen verbunden seyn dürfte. Das lehrt die Theorie wie die Erfahrung. Der sächsische Erlaß nennt die mit dem Reichstage zu verabschiedende Verfassung ein Provisorium, so lange nicht auch das südliche Deutschland die Verfassung angenommen habe. Diese Bezeichnung ist ebenso unrichtig, als die Unterstellung von der sie ausgeht irrig ist. Der deutsche Bundesstaat ist als solcher definitiv, sobald er die Zustimmung der Volksrepräsentanten aus den Staaten erlangt hat deren Regierungen sich auf Grund des Vertrags vom 26 Mai d. J. verbündeten. Der steigende Umfang des definitiven Bundesstaats, woran die k. preußische Regierung zu glauben fortfährt, kann und wird den Charakter desselben als einer definitiven Staatsform nicht mehr ändern.“

Nachdem sodann die Erwiederung bemerkt daß die von Preußen jetzt in Vorschlag gebrachte Organisation des Fürstencollegiums eben nur ein Vorschlag sey, bei dessen Uebergabe Preußen sich „ausdrücklich bereit erklärt hat anderweiten bessern Vorschlägen gern Gehör zu geben, oder auch diesen Paragraphen der Reichsverfassung ganz unverändert vorzulegen und somit den später zutretenden Regierungen ihren Platz offen zu erhalten, fährt sie fort: „Anders jedoch verhält es sich mit dem Vorschlag den die k. Regierungen von Sachsen und Hannover jetzt als ihren einzigen und gemeinschaftlichen Vorschlag zur Annahme wirklich vorlegen, und der nach den Worten der hannoverischen Denkschrift dahin geht daß man zwar „einfach an dem der Nation vorgelegten Verfassungsentwurf für ganz Deutschland festhält“, jedoch „die Berufung eines Reichstags bis dahin ausgesetzt“ läßt „daß dieser wirklich als ein deutscher Reichstag“ im Sinn der jetzigen hannoverischen Auffassung „angesehen werden kann.“ Es ist dieser Vorschlag kein anderer als der das Werk der Einigung Deutschlands auf eine völlig ungewisse Zukunft hinauszuschieben, nicht mit dem kleineren Möglichen zu beginnen, sondern über dem Streben nach dem einstweilen Unmöglichen alles aufzugeben. Preußen kann und darf einem solchen Rath keine Folge geben; es muß und wird sein Wort lösen; es fordert und erwartet von seinen durch förmliche Verträge ihm angeschlossenen Bundesgenossen ein gleiches; es erwartet dieß namentlich von den k. Regierungen von Sachsen und Hannover, indem es an die feierliche Erklärung erinnert worin sich diese Regierungen am 26 Mai l. J. mit ihm vereinigten.“ Diese unterm 28 Mai veröffentlichte Erklärung wird dann von der Erwiederung wörtlich mitgetheilt. Besonders hervorgehoben wird dabei der Passus, in dem es heißt: „Sie (Preußen, Sachsen und Hannover) werden daher in Gemeinschaft mit denjenigen Regierungen welche sich dem Verfassungsentwurf anschließen, aus diesen deutschen Landen einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbestimmungen berufen welche der Verfassungsentwurf vorläufig bezeichnet. Diesem lediglich hierzu versammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur Berathung und Zustimmung übergeben werden.“ Und zum Schluß fügt dann endlich die Erwiederung noch folgende Worte hinzu: „Wird das Ziel das dieser gemeinsamen Anforderung vorschwebte, noch nicht vollständig erreicht, muß eine völlige Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands zu einem mächtigen Bundesstaat erst von der Zukunft erwartet werden, so trifft nicht Preußen, nicht die an dem Bündniß vom 26 Mai d. J. festhaltenden Staaten die Schuld; sie trifft allein diejenigen Regierungen welche ihre Sonderinteressen höher stellen als diejenigen des gemeinsamen deutschen Vaterlands.“

Das Théâtre Français.

♂ **Paris**, 19 Nov. Die Angelegenheiten des Théâtre Français gehören mit zu den großen Staatsgeschäften, und es ist daher ganz in der Ordnung daß die Ernennung eines Regierungscommissärs bei besagter Bühne dem politisirenden Publicum Gelegenheit zu Urtheilen und Be-

trachtungen gibt. Bisher wurde es nun immer so gehalten daß dieser Commissarius ein Mann war über den jeder mit der Litteratur, so viel als es überhaupt Gebildete zu seyn pflegen, vertraute Staatsbürger sich, ohne erst bei genau unterrichteten Fachleuten anzufragen, eine Meinung bilden konnte. Dieser Gebrauch wurde kürzlich durch eine ministerielle Verfügung, die man zugleich als eine allerhöchste Entschließung ansieht, über den Haufen geworfen, und zum Regierungscommissär beim Théâtre Français Hr. Arsène Houssaye, ein Belletrist vierten, wenn es hoch kommt dritten Ranges, ernannt, von dessen Stellung, Verdienst und Befähigung für den ihm zugewiesenen Posten nur genau mit den kleineren Göttern des Parnasses bekannte Personen einige Vorstellung haben. Mir der ich mich wahrhaftig nicht zu meinem Vergnügen unter diesem Geschlecht etwas umgethan, schwebt dieser Hr. Arsène Houssaye als zierlicher, aber sehr dünner Poet, als Verfasser von ein paar Rosenwasserromanen, als geschniegelter Lobredner der flottesten Damen des achtzehnten Jahrhunderts, als absprechender Dandy in der Kritik, als gleich biegsamer, geschmeidiger Parasit des Hauses Orleans und der Februarrevolution, kurz als schillernde, anspruchsvolle, intrigante Mittelmäßigkeit vor. Er soll jedoch bei Victor Hugo und bei Hrn. Veron, Eigenthümer des Constitutionnel, sehr in Gnaden stehen. Victor Hugo steht durch seine Rede und noch mehr durch seinen loyalistischen Verbesserungsantrag in den Kammerverhandlungen über die römische Frage natürlich im Elysée ganz vortrefflich angeschrieben, und seine Schutzbefohlenen können auf specielle Berücksichtigung rechnen. Auch Hrn. Arsène Houssaye soll Hugo's Fürwort zu statten gekommen seyn, Houssaye dagegen sich anheischig gemacht haben die dramatischen Meisterwerke des Dichters von de Marion, de Lorme und Lucrezia Borgia neu und glänzender als je in Scene zu setzen. Hierzu würde Mlle. Rachel, die mit dem Théâtre Français Erbarmen zu haben und auf die Bretter der Rue Richelieu wieder zurückzukehren sich entschlossen, die Hand bieten und die weiblichen Hauptrollen der Stücke des neuen Shakspeare!!! übernehmen. Diese Bestimmung wurde, heißt es, durch Hrn. Veron, dessen freundschaftliches Wohlwollen für die große Künstlerin, nach der hiesigen Ausdrucksweise, ein Theatergeheimniß ist, vermittelt. Hr. Roqueplan, dem die große Oper zufiel, soll ebenfalls ein Alterego des Hrn. Veron seyn, und auch das Odéon oder die Opéra comique — über diesen Punkt bin ich nicht im Reinen — an einen seiner Vasallen kommen. Dafür hätte sich der Constitutionnel der sogenannten „persönlichen Politik" ergeben. So geht die Rede, und wenn meine Kenntniß dieser und der umliegenden Verhältnisse nicht auf einer fortwährenden Täuschung beruht, so liegt bei diesen Gerüchten wohl ein wenig Dichtung und sehr viel Zorn, aber noch weit mehr Wahrheit zu Grunde.

Algier.

⊤ **Algier**, 10 Nov. Die Ereignisse im Ziban sind bedenklicher Art, und hätten unter andern Umständen der französischen Herrschaft im Land einen empfindlichen Stoß versetzen können. Jedenfalls werden wir, wie die Sache auch auslaufe, große Opfer und einen bedeutenden Verlust an tapfern und geübten Soldaten zu bedauern haben. Um so trauriger als die Veranlassung zu diesem blutigen Kampf eine so unerhebliche war. Die Sache verhält sich etwa wie folgt. Commandant St. Germain, der in jener Provinz des Ziban in großem Ansehen stand, und General Herbillon waren gerade abwesend als übertriebene Gerüchte von heimlicher Verschwörung eines gewissen sehr angesehenen Marabuts Namens Si Bou Zian im Dorfe Zaatscha, welcher im Traum den Propheten erschaut und zur Feier dieser heilbringenden Vision nach üblicher Sitte einen schwarzen Hammel schlachtete und seinen Freunden zum Besten gab, den Stellvertreter des Commandanten veranlaßte den Mann verhaften zu lassen. Der ausgesandte Officier war aber sammt seinen Spahis schlecht empfangen worden, und hatte unverrichteter Sache heimkehren müssen. Sogleich war etwas unbesonnenerweise Oberst Carabuccia mit einer Colonne zur Züchtigung des Dorfes ausgerückt, und gezwungen worden mit einem Verlust von 150 Mann den Rückzug anzutreten. Das war der Ursprung des nunmehr reißend zunehmenden Aufruhrs, der von den Bergstämmen des Aurasius, die sich für ihre seit kurzem eingebüßte Steuerfreiheit zu rächen hatten, angefacht und unterstützt ward und unter der Aufreizung der einflußreichen Marabuts, endlich einen religiösen Charakter annahm und zum heiligen Krieg wurde. Selbst Si Abd el Asis, ein weiser Mann der über die Stämme vom Aurasius großen Einfluß übt, konnte nur kurze Zeit dem Strom widerstehen, und mußte endlich als Oberer des Sidi Abderrhaman-Ordens sich an die Spitze der Bewegung stellen. Der Fanatismus der Aufrührer ging so weit daß sie glaubten einen Sturm auf Biskara vollbringen zu können; sie zogen aus und wurden zwar mit einem Verlust von 250 Todten und Verwundeten in die Flucht geschlagen, betrachteten aber dennoch diesen Zug als einen siegreichen als sie den Tod des beim Gefecht gebliebenen Commandanten St. Germain erfuhren. Das war am 17 September. Am 26 setzte sich General Herbillon mit einer Expeditionscolonne in Bewegung um die Widerspenstigen zu züchtigen. Am 7 October traf er vor Zaatscha ein, und steht nach mißlungener Züchtigung und einem Verlust von 800 Mann seiner besten Leute, mit einem allmählich bis auf 11,000 Mann herangewachsenen Heerhaufen noch jetzt an Ort und Stelle, ohne des Feindes Herr werden zu können. Er ist auf Localhindernisse gestoßen, von denen er nicht gehörig unterrichtet worden war, bevor er auszog. Zaatscha ist eine der zehn Oasen des nördlichen Zabs, ein starkbefestigtes, mit hohen Mauern und breitem Graben versehenes Dorf von nur 180 bis 200 Einwohnern. Es liegt in der Mitte von Gärten welche 17,500 Palmbäume und 1500 andere Fruchtbäume enthalten, und von einander durch Mauern, Gräben und Wasserleitungen getrennt sind, und bildet mit Zaouia und Lichana, aus welchen Orten bisher stets neue Vertheidiger herbeieilten, ein Dreieck, so groß daß es sich mit weniger als 50,000 Mann gar nicht berennen ließe. Dort haben nun Belagerungsarbeiten unternommen werden müssen, die jeden Augenblick vom Feind unter Wasser gesetzt werden, während hinter Busch und Gestrüpp auf der Lauer die Eingeborenen, treffliche Schützen, aus unsichtbarem Versteck und unerreichbar ihre Kugeln absenden. Zaouia ist eingenommen, nicht aber Lichana, durch welches Zaatscha noch immer mit andern Stämmen in Verbindung steht. Der Aufrührer sind schon jetzt nicht weniger als 4000 an der Zahl, an ihrer Spitze jener glückliche Träumer Si Bou Zian und ein anderer Marabut Namens Si Moktar, dem es leider gelungen einen Theil des mächtigen Stammes der Uled Nail, einen Theil der Uled Aissa und die Uled Dschellal mit sich fortzureißen, während einerseits das Aurasiusgebirge in vollem Aufstand und durch Si Abd el Asis, der den heiligen Krieg predigt, mit dem aufrührerischen Ziban in Verbindung steht, und andererseits im Südosten vom Aurasius nach Tunis zu Ahmed Bul Hadschi, Abd el Kaders vormaliger Kalif, sich bemüht die Völkerschaften aufzuwiegeln; also daß wenn Abd el Kader in diesem Augenblick in Afrika wäre, es bedenklich um die französische Herrschaft dort stehen würde, da seit der Februarrevolution viele Truppen abberufen wurden, und es an einem erfahrenen, mit dem dortigen Krieg und dem Charakter der Eingebornen vertrauten Oberfeldherrn gänzlich mangelt. Noch ist der Aufruhr als ein localer zu betrachten, unter Umständen aber dürfte er gar leicht in einen allgemeinen umschlagen, und den Franzosen abermals große Opfer an Geld und Menschen kosten.

Ostindien.

Die chinesische Post in Nr. 326 der Allgem. Zeitung erhielten wir über Triest. Mittlerweile ist eine Ueberlandpost auch in Marseille eingelaufen mit Bombayer Zeitungen vom 17 October. Die Nachrichten aus Indien sind nicht bedeutend. Nach einem reichlichen Regenfall, der beinahe 10 Fuß betrug und erst in der zweiten Woche Octobers aufhörte, war die kühle Jahreszeit eingetreten, und zwar dießmal — eine Seltenheit in Indien! — ohne das Gerücht von einem bevorstehenden neuen Krieg, indem die Besorgnisse wegen Kaschmirs verschwunden sind. Das Pendschab war wie das übrige Land ruhig; doch hatte man nöthig gefunden die Sirdare Tschuttur und Schir Singh, die Anführer im letzten Sikh-Kriege, zu Lahor in das Gefängniß zu legen, da wider sie der Verdacht neuer Umtriebe gegen die brittische Herrschaft entstanden. Der während des letzten Kriegs öfter genannte Brigadegeneral Douglas ist, auf der Reise nach Bombay, in Hyderabad am Indus gestorben. Der Generalstatthalter Marquis v. Dalhousie war kränklich, und es hieß: er würde entweder eine Zeit lang von Calcutta nach Bombay übersiedeln, oder eine Seereise machen. Sein Verlust für Indien wäre sehr zu beklagen. Die indischen Blätter jammern über die durch die vielen Kriege des letzten Jahrzehnts außerordentlich erschöpften Finanzen des Landes. — Ueber Peschawer wird der Tod des Chans von Bochara gemeldet, des blutdürstigen Despoten der die Engländer Stoddart und Conolly hinrichten ließ. Nähere Angaben darüber fehlen. — Der indische Ein- und Ausfuhrhandel war ziemlich schwunghaft. Ebenso im September der Theehandel in China.

(4233—35) In Anklagesachen des Generalmajors von Cloßmann in Rastatt

gegen

den Verleger der deutschen Reform Hof-Buchdrucker Decker in Berlin, wegen Verleumdung respect. Ehrenkränkung durch die Presse.

Nr. 18.843. Der großh. badische Generalmajor von Cloßmann hat gegen den Verleger der in Berlin erscheinenden Zeitung „Deutsche Reform“ Hof-Buchdrucker Decker in Berlin folgende Anklage erhoben: Er sey vor Ausbruch der Mai-Revolution Commandant der Bundesfestung Rastatt gewesen. Mit Bezug auf diese seine Dienstthätigkeit und Benehmen sey in Nr. 419 der Deutschen Reform vom Mittwoch den 1. August dieses Jahrs, pag. 1648, in der zweiten Spalte ein Artikel erschienen; in diesem kommen folgende Stellen vor:

„Die andauernde Nachsicht, das allseitige „Nachgeben der Behörden, hatte eine Schlaffheit über den Staatsorganismus verbreitet, ein Auseinandergehen und Lostrennen „von seinem natürlichen Mittelpunkte erzeugt, welches endlich eine allgemeine Demoralisation zur Folge hatte. Am auffallendsten tritt dies bei der Armee hervor „u. s. w.“ Ferner: „Was soll man dazu „sagen, wenn man erfährt daß der badische „General Cloßmann, der ehemalige Commandant von Rastatt, trotz der offenkundigen Ansichten Struve's und seines Anhanges, vier bis fünf Monate lang die „dort anwesende Frau Struve in der auffallendsten Weise protegirte u. s. w.“

Dieser Artikel enthalte eine Verleumdung und Ehrenkränkung unter erschwerenden Umständen, da die in diesem Artikel vorgetragenen Umstände sämmtlich unwahr seyen. Da nun nach Bestimmung des badischen Preßgesetzes vom 28. December 1831, Regierungsblatt 1832, §. 25 bei Ehrenkränkungen durch die Presse verübt, der Verleger einer Zeitschrift in dritter Reihe für solche zu haften habe, wenn weder der Verfasser des Artikels noch der Redacteur der Zeitschrift bekannt, und da dem Ankläger die beiden letzteren unbekannt seyen, weil sowohl der Verfasser des Artikels als auch der Redacteur nicht genannt seyen, so belange er den Verleger der genannten Zeitung, Hof-Buchdrucker Decker in Berlin. Die Competenz des Stadtamts Karlsruhe als untersuchende Behörde wird mit Hinweisung auf die Bestimmung des §. 44 des Preßgesetzes und §. 1 des provisorischen Gesetzes vom 1. August dieses Jahres begründet, wornach das forum delicti mit der Untersuchung anzugehen sey, als welches auch das Stadtamt Karlsruhe angesehen werden müsse, da das bezeichnete Exemplar der Deutschen Reform, worin der incriminirte Artikel enthalten ist, dahier ausgegeben worden sey. Hierauf wird gebeten Untersuchung zu pflegen und den Angeklagten zum Verhör vorzuladen; sodann die Acten nach geschlossener Untersuchung großh. badischem Hofgericht des Mittelrheinkreises zu Bruchsal zur Fällung des Urtheils vorzulegen, an welchen Gerichtshof die Bitte gestellt wird, den Angeklagten der Verleumdung respect. Ehrenkränkung durch die Presse unter erschwerenden Umständen an dem großh. badischen Generalmajor von Cloßmann durch Verlag und Druck des Artikels der Deutschen Reform in Nr. 419 für schuldig zu erklären und deßhalb in eine 14tägige bürgerliche Gefängnißstrafe, sowie zur Tragung der Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu verurtheilen, und es habe sich der Angeklagte die öffentliche Bekanntmachung des Urtheils durch Anschlag und Einrückung in ein öffentliches Blatt auf seine Kosten gefallen zu lassen. Es ergeht nun hierauf:

B e s c h l u ß.

I. Wird erkannt, es sey Untersuchung gegen Hof-Buchdrucker Decker in Berlin wegen Verleumdung und Ehrenkränkung des Angeklagten verübt durch die Presse einzuleiten.

II. Wird Tagfahrt zum Verhör des Angeklagten anberaumt auf

Freitag den 7. December d. J., Vormittags 11 Uhr,

und derselbe unter Benachrichtigung von der Anklage zum persönlichen Erscheinen in obiger Tagfahrt hierher mit dem Bedrohen vorgeladen, daß bei seinem Ausbleiben oder verweigerter Antwort die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatsachen für zugestanden angesehen und weitere Vertheidigungsmittel nicht mehr gehört werden sollen.

Dem Angeklagten wird diese Ladung hiermit auf öffentlichem Wege bekannt gemacht, weil die betreffenden Behörden zu Berlin die Zustellung der Ladung an den Angeklagten verweigert haben.

Karlsruhe, den 11. October 1849.

Großh. badisches Stadtamt.

Schätz.

[4213] **Compositionen von Rob. Schumann.**

Im Verlag von ***Fr. Kistner*** in Leipzig.

		Rthlr.	Ngr.
Op. 1.	Thème sur le Nom „Abegg,“ varié pour Piano	—	15
Op. 2.	Papillons pour Piano. Liv. I.	—	15
Op. 11.	Sonate für Pianoforte in Fismoll	1	10
Op. 25.	Myrthen. Liederkreis für eine Stimme mit Pianoforte von Goethe, Rückert, Byron, Th. Moore, H. Heine, Burns und J. Mosen. Heft 1—4 à	—	20
— —	Daraus einzeln: Widmung, Liebeslied: „Du meine Seele“ — Der Nussbaum — Hauptmanns Weib — Die Lotosblume — Freisinn — Du bist wie eine Blume — Aus den östlichen Rosen à	—	5
— —	Acht Lieder aus den Myrthen für Pianoforte übertragen von Carl Reinecke	—	22½
— —	Liebeslied: „Du meine Seele“ für Pianoforte übertragen von Franz Liszt	—	15
Op. 52.	Ouverture, Scherzo und Finale für Orchester	5	—
— —	— für Pianoforte zu 4 Händen vom Componisten	1	25
	Einzeln:		
	No. 1. Ouverture	—	20
	No. 2. Scherzo	—	15
	No. 3. Finale	—	22½
Op. 58.	Skizzen für den Pedal-Flügel. (Diese Skizzen sind auch von zwei Spielern auf dem Pianoforte auszuführen.)	—	20
Op. 66.	Bilder aus Osten. 6 Impromptus für Pianoforte zu 4 Händen.	1	10
	In 2 Heften à	—	22½
Op. 70.	Adagio und Allegro für Pianoforte und Horn oder Violoncell oder Violine	—	25
Op. 74.	Spanisches Liederspiel. Ein Cyclus von Gesängen aus dem Spanischen für eine und mehrere Stimmen (Sopran, Alt, Tenor und Bass) mit Pianoforte. Complet	2	20
	Einzeln:		
	No. 1. Erste Begegnung: „Von dem Rosenbusch, o Mutter“ für Sopran und Alt	—	10
	No. 2. Intermezzo: „Und schläfst du mein Mädchen“ für Tenor und Bass	—	5
	No. 3. Liebesgram: „Dereinst, dereinst, o Gedanke mein“ für Sopran und Alt	—	7½
	No. 4. In der Nacht: „Alle gingen, Herz, zur Ruh“ für Sopran und Tenor	—	10
	No. 5. Es ist verrathen: „Dass Ihr steht in Liebesgluth“ für Sopran, Alt, Tenor und Bass	—	12½
	No. 6. Melancholie: „Wann, wann erscheint der Morgen“ für Sopran	—	5
	No. 7. Geständniss: „Also lieb ich Euch Geliebte“ für Tenor	—	7½
	No. 8. Botschaft: „Nelken wind ich und Jasmin“ für Sopran und Alt	—	15
	No. 9. Ich bin geliebt: „Mögen alle bösen Zungen“ für Sopran, Alt, Tenor und Bass	—	17½
	Anhang: Der Contrabandiste: „Ich bin der Contrabandiste“ für Bariton	—	10

(4286) Durch Tendler und Comp. in Wien ist zu beziehen:

Bericht über die Gewerbe-Ausstellung des russischen Reichs zu St. Petersburg im Jahre 1849. Der Handelskammer in Wien erstattet von ihren Delegirten LUDWIG DAMBÖCK, Kaufmann und Fabrikant, Mitglied der Wiener Handelskammer und des n. ö. Gewerb-Vereines, Ausschussmitglied des deutschen Vereines zum Schutze vaterländischer Arbeit, und JACOB MANNER, Kaufmann und Mitglied des niederösterreichischen Gewerbe-Vereines. gr. 8. 1809. 300 Seiten. 1 Thlr. 10 Sgr.

Die deutsche Handels- und Geschäftswelt wird auf diesen höchst interessanten Bericht über die russische Industrie, dem wichtige Daten über den Handel zwischen Russland u. China sowie über den Handel des russischen Reiches im Jahre 1847 beigegeben sind, ganz besonders aufmerksam gemacht,

---

[4257] Im Verlage von Borrosch und André in Prag erscheint in einigen Wochen:

Vierteljahrschrift

für die

praktische Heilkunde

herausgegeben von der

medicinischen Facultät in Prag.

Redacteur: Dr. *J. Halla.*

Unter Mitwirkung von Dr. ***J. Kraft.***

Jahrgang 1850. 1. Band.

Pränumerations-Preis für den aus 80 Bogen in 4 Bänden im grössten 8. Format mit künstlerisch ausgeführten Abbildungstafeln bestehenden Jahrgang — 5⅚ Rthlr. oder 10 fl. 30 kr. rhn.

Die bereits gelieferten ersten 6 Jahrgänge beweisen thatsächlich die dieser Zeitschrift unermüdet gewidmete Sorgfalt für fortwährende Vervollkommnung; ebenso werkthätig hat sich aber auch der steigende Beifall des ärztlichen Publicums im Aus- und Inlande durch eine stets wachsende Abnehmerzahl auf das erfreulichste kundgegeben. Dankbar wetteifern Redaction und Verlagshandlung, jene für vermehrte Reichhaltigkeit und erhöhten innern Werth, diese für die immer schönere Ausstattung, und beide vereint für eine die bequemste Benützbarkeit fördernde technische Einrichtung der dem gegenwärtigen physiologischen Entwickelungsgange der Heilkunde folgenden Vierteljahrschrift, welche zugleich entschieden das verhältnissmässig wohlfeilste aller arzneiwissenschaftlichen Blätter ist.

(4145) ☞ **Interessante Unterhaltungslectüre.** ☜

Wir widmen hiemit den zahlreichen Abonnenten und Freunden unserer so beliebt gewordenen Sammlung von Romanen, Novellen und Erzählungen die Anzeige daß in

Spindler's belletristischem Ausland

seit unserer letzten Annonce in diesem Blatte ferner neu erschienen und per Bändchen zu nur 6 kr. oder 2 Ngr. durch alle Buchhandlungen zu beziehen sind:

Andersen, H. C., Nur Ein Geiger. Roman aus dem Dänischen von Dr. G. Fink. 5 Bdchn.

— — **Der Improvisator.** Roman aus dem Dänischen von Dr. G. Fink. 6 Bdchn.

Cooper, Fennimore, **Das Marcus-Riff** oder **der Krater.** Eine Erzählung aus dem stillen Meere. Aus dem Englischen von Dr. Bärmann. 9 Bdchn.

Cecil, oder die Abenteuer eines Stutzers. 7 Bdchn.
Ormington, oder **Cecil als Pair.** 8 Bdchn.
Selbst, von dem Verfasser des „**Cecil.**" 10 Bdchn.
} Sämmtlich aus dem Englischen von Hauptmann a. D. A. v. Schraishuon.

Dumas, A., Der Bastard von Mauleon 10 Bdchn.
— — **Eine Tochter des Regenten.** 7 Bdchn.
— — **Der Graf v. Bragelonne** oder „**zehn Jahre nachher,**" 1—18tes Bdchn.
} Sämmtlich aus dem Französischen von Dr. A. Zoller.

Ist die **Fortsetzung** von „**Dumas, die 3 Musketiere,**" sowie dessen „**Zwanzig Jahre nachher**".

Flygare-Carlén, Emilie, **Eine Nacht am Bullarsee.** Roman aus dem Schwedischen von Dr. Frisch. 18 Bdchn.

— — **Der Jungferthurm.** Seeroman aus dem Schwedischen von Dr. Frisch. 17 Bdchn.

Guerrazzi, die Belagerung von Florenz. Ein geschichtlicher Roman aus dem Italienischen von Dr. G. Fink. 1—4tes Bdchn. (Fortsetzung unter der Presse.)

Lacroix, Paul, **die beiden Hofnarren.** Historischer Roman aus dem Französischen von Dr. Scherr. 5 Bdchn.

Lamartine, Alphonse de, **Raphael.** Eine Liebesgeschichte aus dem Französischen von Dr. Scherr. 3 Bdchn.

Niels Juel, der dänische Admiral und seine Zeit. Ein geschichtliches Gemälde aus der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts vom Verfasser des „Peter Tordenskjold. Aus dem Dänischen vom Major v. Jeessen-Tusch. 16 Bdchn.

Sand, George, **Bernhard.** 7 Bdchn.
— — **Der Piccinino.** 9 Bdchn.
— — **Novellen.** 21 Bdchn.
} Aus dem Französischen von Dr. Scherr.

Inhalt: 1—5tes Bdchn. Melchior; Monny-Robin; der Pirat; 6—9tes Bdchn. Mattea; der Orco; das Majorat, dramatisirte Novelle. 10—15tes Bdchn. Mutter und Tochter; die sieben Saiten der Leier. 16—21tes Bdchn. Die Künstler; die Mississipier, dramatische Novelle; Franz, der Findling, eine Dorfgeschichte. Anhang Nr. 1. Briefe an das Volk, geschrieben nach der Februarrevolution 1848. Anhang Nr. 2. Der König wartet. Aufgeführt auf dem Theater der Republik am 9 April 1848.

Sue, Eugène, **Die sieben Todsünden.** Aus dem Französischen von Dr. A. Zoller. 1te Abth. **Die Hoffart oder die Herzogin.** Mit Titelk. 11 Bdchn. 2te Abth. **Der Neid oder Frederic Bastien.** 7 Bdchn. 3te Abth. **Der Zorn.** 3 Bdchn. 4te Abth. **Die Unkeuschheit.** 4 Bdchn.

5te bis 7te Abth. erscheinen rasch wie es das Original erlaubt.

Unter der Presse befinden sich und erscheinen in kurzen Zwischenräumen neue interessante Werke von Bremer, Darlem, Dumas, Flygare-Carlén, Mellin, Sand, Sue, Wetterbergh.

☞ Auf die Vorzüglichkeit unserer Uebertragungen, meist besorgt von Gelehrten anerkannten literarischen Rufes, die umsichtige und sorgfältige Auswahl der Schriftsteller, die ungemeine Billigkeit unserer Ausgabe gegenüber von anderen, oft 10mal theuereren und doch minder gut übersetzten, dürfen wir nicht erst aufmerksam machen, denn unsere **Cabinetsbibliothek aller classischen Romane des Auslandes, redigirt von einem deutschen Dichter erster Größe — Herrn Dr. Carl Spindler,** hat sich längst in vielen Tausenden von Exemplaren im Palast wie in der Hütte eingebürgert. Wir halten es daher für unsere Pflicht, jetzt, nach zurückgekehrter Ruhe, nach wieder erwachtem Bedürfniß nach Unterhaltung in den langen Winterabenden, unsern verehrten zahlreichen Abonnenten und den Freunden einer gewählten belletristischen Lecture die obige Anzeige zu machen, damit sie von ihrer Buchhandlung das ihnen Fehlende oder Gewünschte verlangen können, wobei immer zu bemerken ist: „**aus Spindler's belletristischem Ausland.**" Wir fügen dem noch bei daß jeder Roman auch einzeln zum **gleichen Preis à 6 kr. oder 2 Ngr.** das Bändchen abgegeben wird, und ein **Verzeichniß über die ganze Sammlung von circa 1300 Bändchen** in allen Buchhandlungen **gratis** zu bekommen ist.

Stuttgart, im October 1849. **Franckh'sche Verlagshandlung.**

[4176] In der Joh. Christ. Hermann'schen Buchhandlung in Frankfurt a/M. ist so eben erschienen;

Wie werden unsere Normal- und Gymnasialschulen wesentlich besser?

Den österreichischen Schulmännern gewidmet

von **Leopold Manschgo,**

Lehrer und Erzieher.

Zweite umgearbeitete Ausgabe.

Die hier gemachten Vorschläge verdienen eine um so ernstere Beachtung, als sie der Ausdruck von Ansichten sind, die sich durch vieljährige Erfahrungen vieler geachteter Schulmänner entwickelt haben. Die genauere Kenntniß dieses Planes wird zeigen daß er aus einem gesunden, tiefen und frischen Geiste organisch gebildet ist, und daß auf diese Weise die Volksschulen und Gymnasien in Oesterreich in ihrem Wesen durchgreifend verbessert werden könnten.

Dieser Reformplan dürfte nicht nur für jeden Land- und Stadtschulmann, sondern auch für jeden Familienvater und Hauslehrer einen nicht unbedeutenden Werth gewinnen, indem darin sowohl eine klare Uebersicht der zeitgemäßen Einrichtung der Schulen, als auch die zweckmäßigste Methode und die brauchbarsten Lehrbücher mit großer Umsicht angegeben werden.

Diese Schrift könnte viel beitragen eine fördernde Uebereinstimmung über die wichtigsten Punkte des Unterrichtswesens zu veranlassen.

[4216] Bei Chr. E. Kollmann in Leipzig ist soeben erschienen:

Glaubensworte

von einem

weltlichen Diener des heiligen Geistes.

In christlichen Betstunden

für freie Gemeinden des neunzehnten Jahrhunderts und für stille Erbauung denkender Christen.

1stes Halbjahr vom 13. Mai bis 28. Oct.

Geheftet. 1 Rthlr.

Außer für alle gebildeten vorurtheilsfreien Christen haben diese Glaubensworte noch hohes Interesse auch für **Freimaurer,** zu denen sie in einer doppelten Beziehung stehen, indem sie aus einem maurerischen Bewußtseyn entsprungen und den **Maurer im Christenthum** darstellen, weshalb sie allen Logenarchiven zu empfehlen sind. Die Fortsetzung des Werks kann auch in einzelnen alle 14 Tage erscheinenden Nummern bezogen werden.

[4246] **Allgemein interessante Schrift.**

Im Verlage von Bauer und Raspe in Nürnberg ist erschienen und an alle Buchhandlungen versendet worden:

Goethe

von 1770 bis 1773 oder

seine Beziehungen zu Friederike v. Sesenheim und Werthers Lotte.

Von

Julius Merz.

Preis ⅙ Thlr. oder 15 kr. rhein.

Vorräthig bei Lampart u. Comp. in Augsburg, sowie in allen Buchhandlungen der österreichischen Monarchie.

[4185] In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Dante Alighieri's

Göttliche Komödie.

Metrisch übertragen und mit kritischen und historischen Erläuterungen versehen

von

Philalethes.

(Sr. königl. Hoheit, dem Prinzen Johann, Herzog zu Sachsen rc.)

Dritter Theil. Das Paradies.

Nebst einem Titelkpf. von E. Bendemann, einer Umschlagskizze von L. Richter, einem Grundriß von Florenz, einer Darstellung des Sitzes der Seligen und einer Karte.

4. brosch. 7 Thlr. 20 Ngr.

[4342—44] Bei Georg Wigand in Leipzig ist soeben erschienen:

Blutarmuth und Bleichsucht. Die verbreitetsten Krankheiten der Jetztzeit. Von Prof. Dr. H. E. Richter in Dresden. Preis 15 Sgr.

Blutarmuth ist die Ursache unzähliger körperlicher Leiden und Krankheiten. Die Nervenleiden, namentlich bei dem weiblichen Geschlechte und ganz besonders das Siechthum so vieler **Mädchen und jungen Frauen,** haben ihren Grund in dieser immer mehr und mehr überhandnehmenden Erscheinung. Aerzten und Kranken, Eltern und Erziehern möge daher diese Schrift um so angelegentlicher empfohlen seyn, als die Quelle des Leidens so selten richtig erkannt wird und noch seltener eine richtige Behandlung findet.

[4261] Bei J. Scheible in Stuttgart ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das Buch

aller

Prophezeihungen und Weissagungen

der

Vergangenheit, Gegenwart u. Zukunft.

Vierte Auflage.

Bedeutend vermehrt und durch eine Abhandlung über die Nähe des Weltendes durch den Canonicus Remusat, auch durch einen Beitrag Sr. Heiligkeit Pius IX. bereichert.

312 Seiten stark, broschirt. Preis 36 kr. oder 11 Sgr.

(4335) ☞ **Die neuesten und besten stenographischen Werke zum Selbststudium.**

Als solche sind mit vollstem Rechte zu empfehlen:

Kretzschmar, Lehrbuch der Stenographie, ein unentbehrliches Hülfsmittel zur schnellen und gründlichen Erlernung dieser jetzt so unentbehrlich gewordenen Schnellschreibekunst, nach Gabelsbergers System; für Schulen und zum Selbstunterricht. Pr. 18 Ngr. od. 54 kr.

Es ist dieß ein längst erwartetes, viel verlangtes Lehrbuch für den Schulgebrauch und Selbstunterricht nach Gabelsbergers System, jenes Systems das allein auf allen Reichsversammlungen und Landtagen sich als brauchbar und völlig ausreichend erwiesen und bereits so ziemlich alle andern meist allzu künstlichen und zusammengesetzten Systeme verdrängt hat. Mit Hülfe dieses Lehrbuchs kann ein halbweg fähiger Kopf in wenig Wochen sich zum tüchtigsten Stenographen ausbilden!

Desselben stenographisches Lesebuch, d. i. methodisch-praktische Leseübungen in stenographischer Handschrift nach Gabelsberger'schem System, die stenographischen Musterstücke nebst deren Uebersetzung enthaltend. Des Lehrbuchs zweiter Theil. Pr. 1⅔ Thlr. od. 2 fl. 30 kr.

Dieses vortreffliche Uebungsbuch zur praktischen Einübung im stenographischen Lesen und Schreiben bildet den zweiten, d. i. praktischen, ausführenden Theil des obigen „Lehrbuchs der deutschen Stenographie," und ist eine stenographische Mustersammlung in systematischer Stufenfolge von der ausführlichen oder Correspondenz-Schrift bis zur gekürzten oder Nachschreibe-Schrift nebst deren Uebersetzung zur Vergleichung und zum Selbststudium, wenn man des Lehrers entbehrt.

Noch besitzen wir in Deutschland kein ähnliches anderes Werk, insbesondere was die Schönheit, Regelmäßigkeit, Schärfe und Deutlichkeit der stenographischen Zeichen betrifft, worin es selbst das so große und kostspielige Gabelsberger'sche Hauptwerk weit hinter sich zurückläßt.

Desselben, Alphabetisches Noth- und Hülfsbüchlein für angehende Stenographen nach Gabelsbergers System. 12 Ngr. od. 36 kr.

Der angehende Stenograph findet hier eine deutliche und übersichtliche alphabetische Zusammenstellung der Siegel, Monogramme, Vor- und Nachsylben, Partikeln, Für- und Hülfszeitwörter, sowie der vorzüglichsten Kürzungen, die ihm das Einüben stenographischer Schrift, ohne Lehrers Hülfe, außerordentlich erleichtert und ihm, für den Anfang fast unentbehrlich, auch bei erlangter größerer Fertigkeit noch immer von großem Nutzen seyn wird. — In allen Buchhandlungen zu haben. **Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.**

[4276] Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und Oesterreichs zu beziehen:

Timoleon.

Trauerspiel in fünf Abtheilungen von Georg Schmidt-Ebers.

1 Band. 8. Elegant broschirt. Preis 1 Thlr. oder 1 fl. 30 kr. C. M.

Timoleon, der Brudermörder aus Liebe zur Freiheit, und in dieser That, mit diesem Motive vielleicht der größte tragische Charakter der Weltgeschichte, ist von dem jungen leider zu früh hingeschiedenen Dichter dieses Stückes in einer Weise behandelt worden, welche in ihrer edlen Einfachheit, Tiefe und Würde an das antike Drama erinnert, und sicher die verdiente Anerkennung finden wird.

Leipzig. **J. J. Weber.**

(4270)

Unerhört billig!!!

Im Verlage von **Johann Ulrich Landherr in Heilbronn** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Dampfmaschine.

Ein populäres Lehrbuch der Geschichte ihrer Erfindung und Beschreibung ihrer allmählichen Vervollkommnung bis auf den jetzigen Standpunkt;

unter steter Anwendung auf technischen Gewerbstrieb, Dampfschifffahrt, Eisenbahnen und Chaussee-Fahrten rc. rc.

Für Techniker und Freunde der Mechanik.

Nach dem Lehrbuch des Dr. **Dionysius Lardner,**

mit fortlaufenden Zusätzen aus den besten deutschen und englischen Quellen bearbeitet von **Dr. C. v. Schmidt in Weimar.**

Mit 12 schön gestochenen Quartblättern, etwa 120 große Figuren darstellend.

Dritte Auflage.

8. Broschirt. 30¼ Bogen zu dem **enorm billigen Preise von nur 1 fl. 12 kr.** oder 20 Ngr. oder 1 fl. Conv.-Münze.

[4211] In **Carl Jügels Verlag in Frankfurt a. M.** ist eben erschienen und in allen Buch- und Kunsthandlungen zu haben:

Panoramen der Rheinlande.

Eine Sammlung panoramenförmiger Ansichten (circa 2 Schuh breit). Von Frankfurt a. M., Mainz, Bingen, Kreuznach, dem Niederwald, Caub, St. Goar, Oberwesel, Boppard, Stolzenfels, Coblenz, dem Siebengebirge, Cöln.

Nach Original-Zeichnungen von **F. Bamberger** und **Wegelin,** in Stahl gestochen von **W. Lang** und **Rudolf.**

Mit einem illustrirten Titelblatt nach Ad. Schrödters Zeichnung, gr. in Folio obl. in elegantem Portefeuille.

Preis 16 fl. 48 kr. oder 9 Rthlr. 8 gGr.

So oft und vielfältig der Rhein auch seine herrlichen Scenerien bereits dargeliehen hat um den Künstlern zu den mannichfachsten Darstellungen zu dienen, so bleibt diese Quelle für die Kunst doch stets unerschöpflich, und Hunderte von Bildern können daraus hervorgehen, zu denen sich immer neue Auffassungen darbieten werden. — Die hier vorliegende Sammlung wurde übrigens noch in jenen ruhigen Tagen vorbereitet in denen sich die Masse der genußsuchenden Touristen an den Ufern dieses schönsten der deutschen Ströme auf und ab bewegte, und in der Absicht unternommen denselben einmal wieder durch **ein durchaus gediegenes Kunstwerk** auf eine würdige Weise zu illustriren. — Als ein solches ist nichts auf seine Vollendung gespart worden, und wenn dasselbe jetzt als ein Vorbote wiederkehrender froher Zeit im Publicum erscheint, so durfte es zunächst als eine schöne und ergötzende Weihnachtsgabe begrüßt werden, die ganz besonders den der deutschen Heimath fern wohnenden Freunden wohl die sinnigste seyn dürfte die man ihnen als Andenken darbieten kann.

(4056—58) **Bekanntmachung.**

Nachdem sich am ersten Versteigerungstermine keine Kaufsliebhaber eingefunden haben, so wird zur Versteigerung der Gantrealitäten der Garnfabrikantenswittwe Magdalena Wegelin dahier, bestehend aus dem Hause Lit. C. Nr. 231 a und b in der kurzen Schmidgasse mit Vorder-, Mittel- und Hintergebäude und ½ Tagw. Garten, eingewerthet auf 12,000 fl. und aus dem Hause Lit. C Nr. 125 auf dem Mauerberg, Schätzungswerth 5,000 fl. auf

Mittwoch den 5 Decbr.
l. J. Vormittags 9 Uhr,

in dießgerichtlichem Commissionszimmer Nr. 16 hiemit zweite Tagfahrt anberaumt.

An dem nämlichen Tage werden **Nachmittags 3 Uhr im gantiretischen Hause** Lit. C. 231 a 5 Zwirnmaschinen, 1 Haspel, 1 Spinnmaschine im Gesammtwerthe von 897 fl. wegen zu geringen Erlöses bei dem ersten Verkaufe nach §. 85 der Proceßnovelle von J. 1837 einer nochmaligen Versteigerung unterworfen. Der Zuschlag sowohl dieser Gegenstände als der Realitäten wird an den Meistbietenden ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth erfolgen.

Augsburg, 30 Oct. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht
Der k. Director, Du Ponteil.
Vorbrug.

(4291) **Steckbrief.**

Gegen den aus Würzburg gebürtigen Corporal des unterfertigten Regiments **Karl Bader,** welcher am 15 v. M. aus Germersheim desertirte, ist hierorts eine Untersuchung wegen Verbrechens des Betrugs einzuleiten.

Man ersucht sämmtliche in- und ausländischen Civil- und Militär-Behörden benannten Deserteur im Betretensfalle verhaften und wohlverwahrt anher liefern zu lassen.

Signalement.

Alter: 28½ Jahr; Größe: 5' 9'' 6'''; Gesicht: länglich; Gesichtsfarbe: blaß; Haare: blond; Augen: braun; Augenbrauen: blond; Mund: proportionirt; Bart: blond; Kinn: spitzig; Körperstatur: untersetzt.

Landau, am 15 Nov. 1849.

Königl. 12tes Infanterieregiment.
(König Otto von Griechenland.)
Hölzl, Auditor.

(4282—84) **Edict.**

Von dem kaiserl. königl. Civil- u. Criminal-Gerichte zu Botzen

als hiezu durch hohen Erlaß des k. k. Appellations- und Criminal-Obergerichtes für Tirol und Vorarlberg zu Innsbruck vom 30. October 1849, Zahl 4568, delegirten Gerichte wird hiemit der unbekannt wo abwesenden Frau Maria Anna Eleonora v. Pabinger zu Bökenstein, Wittwe des zu Karlsburg in Siebenbürgen verstorbenen k. k. Obersten Martin v. Hobe, bekannt gegeben daß auf Einschreiten des bisherigen freiwilligen Verwalters ihres Vermögens, Herrn Johann v. Müller in Brixen, für sie in der Person des k. k. Collegialgerichts-Advocaten Walter v. Walther zu Botzen ein Vermögens-Curator von Amtswegen bestellt wurde; zugleich wird benannte Frau Wittwe v. Hobe aufgefordert, von ihrem Aufenthaltsorte entweder dem gefertigten Gerichte oder dem für sie bestellten Curator binnen Jahresfrist Kenntniß zu geben.

Botzen, am 13. November 1849.

Emanuel Graf Hendl, Präses.
Franz Graf Terlago, } k. k.
Anton Koepf, } Räthe.
Vincenz Baron Graff, Setr.

[4279—81] Ein anerkannt solider und thätiger Kaufmann in München, im Besitze schöner Verkaufsräume in günstiger Lage daselbst, erbietet sich zur Uebernahme von Commissions-Lagern gangbarer Artikel. Frankirte Anträge unter **M. K.** Nr. 4279 besorgt die Expedition dieses Blattes.

[4295—97] Ein junger Mann, der sich seit 5 Jahren in England ausbildete, sucht eine Anstellung als Zeichner und Constructeur, sey es nun an einer Eisenbahn oder in einer Constructions-Werkstätte. Maschinenbau, namentlich aber Locomotiv und Dampfmaschinen im allgemeinen sind ihm gründlich bekannt. Seine Ansprüche sind bescheiden. Frankirte Briefe mit **A. Z. Nr. 4295** bezeichnet befördert die Expedition d. Bl..

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag — Nr. 330. — 26 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (stürmische Debatte über die städtische Verfassung); Stuttgart (die vier Kreisfinanzkammern mit dem Oberfinanzcollegium vereinigt); Heidelberg (die Verfügung gegen das Anrennen. Die Quartierlast. Verhältnisse der Hochschule); Kassel (Beitritt zu dem Interim. Einleitung zu den Reichstagswahlen); Thüringen (Weimar, Sondershausen, Altenburg); Hannover (ein Gesetz für öffentliches Verfahren mit Geschwornen. Die Finanzen); Berlin (die Anstände in Absendung der Centralgewaltscommissarien. Der Beschluß für Anordnung der Reichstagswahlen veröffentlicht. Camphausens Bericht über das Interim. Antwort an das österreichische Cabinet); Schleswig-Holstein (Graf Eulenburg, Baron Blome und die Friedensunterhandlungen); Wien (die Uebersiedelung der kaiserlichen Familie nach der Wiener Hofburg. Das Telegrapheninstitut. Reformen im Artilleriewesen. Die Juden in Krakau. Beschleunigung in Bildung der Geschwornenlisten. Silbersendungen. Aussehen der Stadt. Die Deutsche Ztg. aus Böhmen über das Interim. Jahrestag der Ernennung des Schwarzenbergischen Ministeriums.

Großbritannien. Die letzte Parlamentsvertagung und Muthmaßungen über die nächste Session. Die Times über den Plan eines österreichisch-deutschen Zollvereins. Cobden an Hrn. Bach. Gerücht daß Rußland eine Anleihe beabsichtige.

Frankreich. Veränderung in den Präfecturen. Politische Duelle. P. Bonaparte und der Kriegsminister. Der Verein im Palast der Künste. Stellung der Parteichefs.

Italien. Turin (die k. Proclamation bei Gelegenheit der Kammerauflösung).

Schweiz. Luzern (C. Pfyffer, Kopp und Steiger gegenüber dem Terrorismus ihrer Partei. Wahlscenen).

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 22; Wien 23; Frankfurt 24 Nov.

Deutschland.

÷ **Frankfurt a. M.**, 22 Nov. Ein vorsündfluthlicher gelehrter hiesiger Bierbrauer (er hieß, glaube ich, Servières), der längst das Zeitliche gesegnet, kündigte ein von ihm bereitetes kräftigeres Bier voreinst mit den Worten an: Hermanns Enkel würden fortan nicht mehr vor Albions Söhnen erröthen müssen. Wär' ich, unter dem Anfang des Endes das sich hier vorbereitet, zum Scherze gestimmt, ich würde sagen: Frankfurts Vertreter und parlamentarisches Publicum hätten sich gestern Abend den Deputirten an der Seine und ihren Zuhörern in den schönsten Tagen des republicanischen Lärms ebenbürtig gezeigt. In dem Sitzungslocal unserer Constituante war ein Sieden und Brausen und Zischen, ein Toben und Johlen, ein Zanken und Drohen, ein Händeballen und Zähneknirschen, ein Hoh und Halloh, daß Ihrem Correspondenten noch die Ohren davon gellen, und der Präsident mitten in der Discussion — wenn man das Discussion nennen will — die Sitzung schließen mußte. Doch zur Sache! Ich habe schon vor geraumer Zeit berichtet wie an dem Beschluß unserer Constituante die städtischen Gemeindegüter bis nach erfolgter Auseinandersetzung mit dem neuen Staat Frankfurt unter die Verwaltung dieses letzteren vorbehaltlich späterer Abrechnung zu stellen, das Schwert des Damokles hänge, das über dem einzuführenden Neuen schwebt. Oeffentliche Blätter haben bereits berichtet daß auf den Antrag des Hrn. Dr Binding I unsere städtische Bürgerrepräsentation (sogenanntes Einundfünfziger-Collegium) beschlossen hat im Interesse des Stadtvermögens gegen die Artikel des Einführungsgesetzes, welche diese vorläufige Depossedirung verfügen und dem Verwaltungssenat die Pflicht auflegen sich mit andern Behörden nach Ernennung des neuen Regierungsraths aufzulösen, Protestation einzulegen und sich dagegen zu verwahren daß diese Artikel (nicht, wie die Deutsche Ztg. irrig berichtet, die ganze neue Verfassung) den Angehörigen von Stadt und Land zur Abstimmung vorgelegt würden. Wie das zündend in die Mehrheit der Constituante einschlug, ist leicht denkbar, und der Gegenstand ihrer gestrigen Berathung bot neuen Zündstoff. Es war die breit geschlagene Frage ob fortan die Stadt einer- und die 7 Dorfschaften andererseits jede nur einen Wahlbezirk bilden sollen, von welchem der erste 80, der zweite 16 Deputirte in Bausch und Bogen wählen, oder ob die Stadt zu diesem Behufe in vier oder acht Wahlbezirke getheilt, das Land einen für jeden Ort bilden, oder endlich ob diese Frage gar nicht in der Verfassung, sondern nur auf dem Wege der Gesetzgebung gelöst werden solle. Ein weitläufiger Bericht des Verfassungsausschusses für die Monsterwahlcollegien mit zwei Minoritätserachten in dem angegebenen Sinne war gedruckt, vertheilt, und so alles was für und gegen jede Meinung zu sagen und — zu sticheln ist, mehr als erschöpft. Auch schienen am Anfang der Berathung nur die Dii minorum gentium das Wort nehmen und die Abstimmung, worüber jeder ohnehin schon im voraus mit sich einig war, ruhig vor sich gehen zu wollen. Da trat der gewandte Redner der Majorität mit einem so fein gespitzten Vortrag auf, daß vielleicht eben dadurch die Spitze brach. Er erklärte jede Clubeinwirkung auf die beiden großen Wahlbezirke, wie die Erfahrung gezeigt habe, für eine Chimäre, und meinte hier in Frankfurt wäre ohnehin jedermann ohne alle Ausnahme conservativ gesinnt, ja gleich conservativ gesinnt, nur über einzelne Mittel verschiedener Meinung. Mit geschickter Wendung setzte er zwar hinzu: wir sind alle conservativ für Frankfurts Wohl, aber diese diplomatische Wendung half nichts, die Bombe platzte! Ein Redner der Minorität brachte hierauf die alte Pfingstweidegeschichte aufs Tapet, die verrufene Volksversammlung vom 17 Sept. v. J., zu welcher der Vorredner (der indeß, da er zuerst sprach, durchaus nicht ahnte welche entsetzliche Wendung die Sache nehmen würde) auch seinen Senf gegeben und, wenn auch in Molltönen, präludirt hatte. Nach den Scenen des 16 Sept. sey das, meinte der Redner, unverantwortlich gewesen. Solchen Conservatirismus wünsche er seiner Vaterstadt nicht, und durch ein einziges Wahlcollegium könne er doch hervorgerufen werden. Sprach's, und gewaltiger und immer gewaltiger fing die See an zu rauschen. Man recriminirte und hielt nun den Conservativen ihr Sündenregister vor. Durch ihre Schuld entbehrten wir noch der Geschwornengerichte, sey in Sachsenhausen (den Nicht-Frankfurtern durch Goethe's Göz von Berlichingen, wenn nicht sonst, bekannt) ein Grundstück parteilisch parcellirt worden u. s. w. Der Präsident des von dem früheren Redner ebenfalls beschuldigten Volksvereins, Mitglied der Constituante, sprach mit Ruhe und in parlamentarischer Weise. Er deutete an, was wahr ist, daß derselbe damals dupirt worden und sich zurückzog, als der wahre Charakter jener Volksversammlung sich enthüllte. Noch sprach ein Mitglied des Centrums mit vielem Talent, und wies namentlich (zur fast vergessenen Sache übergehend) sehr richtig nach daß bei einem einzigen Wahlcolleg Vertreter der Minorität nur auf dem demüthigenden Wege der Octroyirung der herrschenden Partei in die Volksvertretung gelangen, diese also zu einer einförmigen Decretirmaschine des einen oder andern Volksvereins erniedrigt würde. Aber die Leidenschaft war aufgeregt, wer wollte mehr von dem hören was auf der Tagesordnung stand? Auch kam bald die Tagesunordnung in unbestrittener Herrschaft dran. Da ein anderer Redner in populärer Frankfurter Mundart auf die städtische Bürgerrepräsentation eindeutig stichelt und von wühlenden Behörden oder von Wühlerei vermittelst Behörden oder etwas ähnlichem spricht und die Rechte stürmisch den Ordnungsruf verlangt, horch „da rauscht der See und will sein Opfer haben." Die Galerie die höchstens 80 bis 100 Zuhörer faßt, grunzt, schreit, hallohst, die „sehr Ehrenwerthen" machen Chorus, kaum kann sich der Präsident vernehmlich machen um — die Sitzung zu schließen, welche wie eine schlechte Komödie ohne alle Entwicklung endet. Unmittelbar nach dem Schlusse droht das Drama in eine Tragödie umzuschlagen, es regnet Drohungen und centnerschwere Worte, wir glaubten einen Augenblick Thätlichkeiten würden folgen. Doch kam es nicht dahin, wohl aber zeigte sich auf unverkennbare und traurige Weise, was wir schon früher ausgesprochen: Der Anfang des Endes!

Württemberg. **Stuttgart.** Das Regierungsblatt bringt eine königl. Verordnung wonach die bisherigen vier Kreis-Finanzkammern mit dem unter der unmittelbaren Leitung des Finanzministers stehenden Obersinanzcollegium vereinigt werden.

Gr. Baden. † **Heidelberg,** 19 Nov. Während die k. preußische Commandantur unserer Stadt die Verfügung eines 14tägigen Arrests gegen den Einwohner eines nahen Dorfes „wegen grober Excesse im elterlichen Hause" — manche fürchten oder hoffen: bald auch wegen ehelicher Streitigkeiten — im Localblatt veröffentlicht, erscheint auch eine Warnung derselben jedem im Dienste befindlichen preußischen Soldaten und also dem Officiere stets aus dem Wege zu gehen, widrigenfalls „Arrestationen und gesetzmäßiger Gebrauch der Waffen gegen solche aus Absicht oder Ungeschick Anrennende in Aussicht stehe." Oefter vorgekommenes absichtliches Anrennen soll die Veranlassung zu dieser Warnung gewesen seyn. Indessen scheint uns das abzuwendende mit dem angedrohten Uebel denn doch außer allem Verhältniß zu stehen. Abgesehen davon daß die Beleidigungsabsicht eines oder zweier Individuen die Berechtigung eines jeden Soldaten jeden ihn absichtlich oder zufällig Anrennenden mit blanker Waffe über den Kopf zu hauen nicht begründen kann; zumal es gar nichts so sehr seltenes ist beim raschen Gehen auf schmalen Trottoirs an einen Vorübergehenden unwillkürlich anzustoßen, dient eine derartige indiscrete Gewaltübung keineswegs dazu der preußischen Suprematie in Deutschland Sympathien zu erwecken. Inzwischen zieht sich die Erfüllung des allgemeinen Wunsches der hiesigen Einwohner, von der Einquartierungslast in den Häusern, welche im Winter natürlich viel drückender wird, sich befreit zu sehen, sehr in die Länge, indem es an geeigneten Localen fehlt um das hier bleibende Bataillon Besatzung unterzubringen, und auch die Frage in Betracht kam ob die für diesen Zweck zu treffenden Einrichtungen nur vorübergehende oder bleibende seyn würden. Wird das bereits beantragte und, wenn wir nicht irren, von unsern Kammern genehmigte allgemeine Wehrsystem in Ausführung gebracht — die Uniformirung nach preußischem Muster ist bereits verfügt — so wird die Stadt einer bleibenden Garnison nicht entbehren können um den conscribirten Studirenden die Waffen- und Massen-Uebungen ohne Unterbrechung ihrer Studienzeit zu ermöglichen. Die Stadt ist nun bereits im Besitz einer Caserne gewesen, welche, ihr bis jetzt unnütz, der Universität für die Aufnahme der Entbindungsanstalt überlassen worden war, mit der Verbindlichkeit der schleunigen Räumung im Fall eine ständig. Garnison hieher verlegt werden würde. Der Director der Entbindungsanstalt sowohl als die akademische Behörde mögen wohl an einen ewigen Frieden geglaubt haben als sie diese Bedingung eingingen, wobei nämlich das einige Jahre früher eigens für die Entbindungsanstalt hergerichtete Gebäude neben der Caserne verlassen und an die Zollbehörde veräußert wurde. So erneuert sich daher die alte Klage in Bezug auf unsere Universität daß bei allen Einrichtungen immer nur an die nächste Zukunft gedacht und die spätere Zeit niemals mit in Berechnung gezogen werde, wie es denn auch bei Ermangelung eines auf Lebensfrist angestellten und durch andere Geschäfte nicht beengten Curators mit angemessenem Wirkungskreise, der ihn über die Parteien erhebt, nicht anders möglich ist. In Folge dieser Verhältnisse sieht sich die Entbindungsanstalt jetzt beinahe auf die Straße gesetzt und muß provisorische Unterkunft in einem Gebäude suchen wo es sich vor Jahresfrist niemand hätte träumen lassen, in dem neu erbauten Palaste für öffentliche und mündliche Rechtspflege nämlich, dessen Verwendung für seinen anfänglichen Zweck wegen Kostspieligkeit der ersten Organisation jenes Verfahrens als auf Jahre hinausgeschoben betrachtet werden muß. Da die preußischen Garnisonen indessen an ziemlich geräumige Quartiere gewöhnt zu seyn scheinen, so reicht die erwähnte Caserne nicht für die Aufnahme der Hälfte eines Bataillons hin, und hat sich die Stadt veranlaßt gesehen auch das sehr geräumige und seither fast leer gestandene evangel. che Hospitalgebäude mit großem Hof und Garten um den Preis von 60,000 fl. zu erwerben, worüber man die Staatsgenehmigung täglich erwartet. Die vollständige Einrichtung zur Aufnahme seiner künftigen Bewohner wird indessen vor Neujahr in keiner Weise möglich seyn. Die Anatomie hat unlängst das für sie errichtete Neugebäude bezogen und die einschlägigen Vorlesungen darin eröffnet. Alle Räumlichkeiten desselben haben ein sehr stattliches Aussehen. Die Absicht auf den Fundamenten des alten Anatomiegebäudes nun ein zweites Local für die übrigen naturwissenschaftlichen Anstalten zu errichten dürfte jetzt der Kosten wegen auf lange Zeit vertagt seyn, wie sehr auch die gegenwärtige rege Thätigkeit in Wien, Prag, Göttingen, Bonn, Berlin, Tübingen unsere Regierung mahnen mag auf ihrer Hut zu seyn, ehe der Strom der Studirenden eine feste Richtung nach andern Universitäten gewinnt. Es wird in dieser Beziehung die Verbindung unserer beiden Landesuniversitäten welche zwar durch die Verfassung garantirt sind, immer wieder von neuem, und zwar jetzt lebhafter als je zuvor besprochen. Jedermann sieht ein daß bei der künftigen Gestaltung der Dinge in Deutschland Heidelberg eine weit schwierigere Concurrenz zu bestehen haben wird als bisher; daß seine Aufrechterhaltung größere Mittel erheischt; daß die Rivalität von Freiburg alle auf Heidelberg verwendeten Ausgaben verdoppelt, indem sich jenes für gleichberechtigt erklärt; das Land daher die Ausgaben unmöglich in Zukunft so fort steigern könne. In Freiburg selbst, wo man sich so lange gegen diese Vereinigung gesträubt, ist man jetzt zur Erkenntniß gelangt daß sich die Universität unter den bestehenden Verhältnissen nicht länger halten lasse, und bei weitem die Mehrzahl der Professoren soll die Vereinigung selbst wünschen, nur eine kleine hyper-katholische Partei ausgenommen. Die Herstellung der Eisenbahn hat die Entfernung beider Landesuniversitäten auf kaum 6 Stunden reducirt, und die Reisekosten in gleichem Verhältnisse vermindert. Freiburg erhält eine Garnison, eine landwirthschaftliche Lehranstalt, womit schon an sich zweckmäßig wäre die polytechnische Schule in Verbindung zu bringen, wodurch es dann mehr als entschädigt seyn würde, während Karlsruhe, in welchem sich seit längerer Zeit alle Landesanstalten mehr und mehr centralisiren, über diesen letzten Verlust um so weniger zu klagen berechtigt wäre als eben wieder Mannheim sein Oberhofgericht dahin abgeben soll. Es ist jetzt der Zeitpunkt eine Maßregel auszuführen welche der Regierung immer Bedenken gemacht, und welche der Abgeordnete Sander schon vor mehrere Landtagen. in der Deputirtenkammer vorgeschlagen hatte mit dem Bemerken, es müsse dieser Vorschlag so oft wiederholt werden bis man sich mit dem Gedanken der Vereinigung vertraut gemacht habe. Jetzt ist dieselbe kein bloßer Wunsch mehr, es ist eine Nothwendigkeit, die so allgemein anerkannt wird, daß wir die Ueberzeugung haben sie werde auch in der Kammer auf keinen erheblichen Widerstand mehr stoßen. Unserm Lehrerpersonal steht durch Privat-Docenten ein bedeutender Zuwachs bevor. Allein in der philosophischen Fakultät sehen wir zwischen jetzt und Ostern dem Eintritte des Dr. Bickford für Nationalökonomie, des Dr. Stözel für Technologie, des Dr. Bornträger und des Dr. Weidenbusch für Chemie und wahrscheinlich des Dr. Wilhelmi für Physik entgegen; die 4 ersten haben sich bereits zur Habilitation gemeldet oder die Disputation schon gehalten. Dagegen steht uns der Verlust des Dr. Hahn bevor, der in Prag hoffentlich ein günstigeres Feld für seine gediegenen Studien unsrer alten Sprache und Litteratur und einen weiteren Wirkungskreis als hier finden wird; Professor Häusser hat einen Ruf nach Zürich, wird jedoch wahrscheinlich der Universität erhalten werden. Wie wir hören, unterhandelt man mit Professor Deurer an Madai's Stelle in Freiburg. Ein Theologe für Rothe ist noch immer nicht gewonnen.

Kurhessen. **Kassel,** 23 Nov. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung verlas der Vorstand des Ministeriums des Aeußern, Hr. v. Winzingerode, eine ausführlich motivirte Mittheilung über den Beitritt Kurhessens zu der Uebereinkunft wegen Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt. Eine weitere Mittheilung gibt der Versammlung anheim den Gesetzentwurf über die Wahlen zum deutschen Volkshause auf die nächste Tagesordnung zu stellen. (Kass. Z.)

Thüringen. In **Weimar** fand am 17 und 18 Nov. eine Versammlung von Abgeordneten thüringischer Landtage statt, welche sich fast alle dahin aussprachen daß eine größere Einheit der thüringischen Staaten in der Gesetzgebung zu wünschen, und nach der in Weimar, Gotha, Coburg, Sondershausen, Rudolstadt, Gera herrschenden Stimmung der Abgeordneten, für diese Länder wohl auch herbeizuführen sey. Um sie zu beschleunigen wurden verschiedene Schritte verabredet. In **Sondershausen** hat der Landtag die ihm vorgelegten aus der gemeinschaftlichen Vorberathung der thüringischen Regierungen hervorgegangenen Entwürfe eines Strafgesetzbuches, einer Strafproceßordnung, einer Gebührentaxe in Strafsachen und eines Gesetzes über Entziehung staatsbürgerlicher Rechte wegen begangener Verbrechen einstimmig en bloc angenommen, jedoch nur unter der Bedingung daß diese Gesetzentwürfe auch von den andern thüringischen Staaten oder wenigstens vom Großherzogthum Weimar und von dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt ohne Abänderung angenommen worden und zwischen den genannten Staaten und unserm Fürstenthum über Gemeinschaftlichkeit in der Rechtspflege eine Einigung stattfinde. In **Altenburg** ist, wie die Deutsche Ref. meldet, eine gegen die Schüler des Seminars eingeleitete Untersuchung in diesen Tagen beendet und das Urtheil am 17 d. M. gefällt worden. „Von den 24 Schülern der Anstalt sind drei wegen groben demokratischen Unfugs gänzlich, acht wegen minderer Betheiligung auf Zeit aus dem Seminar ausgewiesen worden." Nach der Fr. O.P.A.Z. wäre in Weimar dem dritten Bataillon der Befehl zugegangen sich marschfertig (nach Schleswig-Holstein) zu halten, und in Gotha erwartete man gleiche Anstalten. (Nach der Kölnischen Ztg. hat in Kassel in Folge einer von Berlin angelangten telegra-

phischen Depesche das erst seit kurzer Zeit aus Schleswig zurückgekehrte Contingent Befehl sich marschbereit zu halten).

K. Hannover. * **Hannover,** 22 Nov. Nicht nur um dem Lande gegenüber guten Willen zu zeigen, sondern aus einer gewissen Angst vor der Zukunft hat sich die Opposition dahin geeinigt, verschiedene Gesetzentwürfe mit denen sie sonst in vielen Principien nicht übereinstimmte, en bloc anzunehmen, ein Versuch der] beinahe gescheitert wäre, da ein einzelner Redner der Linken dennoch eine Principienfrage hineinwarf. Was die zweite Kammer anlangt ist er gelungen, und hoffentlich wird die Redseligkeit einiger Professoren, Prediger und Juristen in erster Kammer sich dießmal einen Zügel anlegen, und das Beispiel der zweiten Kammer auch dort Nachahmung finden. Heute ist nämlich der Entwurf eines provisorischen Gesetzes, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Geschwornen betreffend, in dritter Berathung angenommen, eben so der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Schwurgerichten als Provisorium genehmigt. Die Regierung hatte es als Definitivum vorgelegt, allein da es als solches im Princip von der Opposition schon im Frühjahr bekämpft war, und nicht mit Unrecht (die Geschwornen sollen aus den 1000 Höchstbesteuerten welche in dem Bezirke eines jeden Schwurgerichtshofes ihren Wohnsitz haben, und aus denjenigen Personen welche auf einer deutschen Universität ihre Studien gemacht, und eine Staats- oder Facultätsprüfung mit Erfolg bestanden haben, gebildet werden, Excusationen sind sehr erschwert), und da der Entwurf zu einer definitiven Strafproceßordnung 247 Paragraphen auf 88 Seiten in Quart umfassend schon vorliegt, zu einer commissarischen Prüfung Veranlassung gibt, welche die Bildung der Schwurgerichte selbst füglich umfassen kann, so erklärt sich jener Beschluß dem der Regierungscommissär sich nicht widersetzte. Obgleich die Steuern seit Julius bekanntlich ohne Budgetbewilligung erhoben, und der Zeitpunkt bis wohin dieß geschehen kann mit dem 1 Januar abläuft, ist erst heute vom Präsidium der zweiten Kammer die Wahl einer Finanzcommission auf die Tagesordnung gebracht. Die Finanzcommissionen haben in ruhigen Zeiten 3 Monate gearbeitet, jetzt haben sie das doppelte zu thun, da die Domanialverwaltung seit 1841 wieder zum erstenmal in ihren Bereich fällt, die Zeit bis Neujahr umfaßt aber wenige Wochen. Es ist daher gar nicht denkbar daß eine gehörige Prüfung bis dahin vorgenommen werden könne, und die Schuld fällt allein der Regierung wegen der zu späten Zusammenberufung zu. Es wird kaum ein Ausweg übrig bleiben als eine genauere Budgetprüfung zu verschieben, und die bisherige Erhebung zu genehmigen, eine Forterhebung der Steuern von Neujahr provisorisch zu bewilligen. Dieß möchte aber nicht bis Julius, sondern höchstens auf 2 bis 3 Monate geschehen, da eine Vertagung in den Absichten der Regierung liegen soll. In die Finanzcommission sind gewählt: Finanzminister Lenzen, Lang II, Lindemann, Buddenberg, Wismann, wobei die Opposition eine Schlappe erlitt. Das Schreiben vom 15 Nov., die außerordentlichen Kriegsbedürfnisse betreffend, belehrt die Stände daß zu diesem Zwecke bis jetzt 2,121,066 Thlr. 12 ggr. angeliehen, resp. aus andern Cassen vorgeschossen sind, daß durch Anleihe noch ferner 496,400 Thlr. herbeigeschafft werden sollen, daß die Bedürfnisse vom 1 Nov. d. J. bis zum 30 Junius 1845 mit 449,000 Thlr. aber durch eine außerordentliche Steuer herbeigeschafft werden sollen. Die Hoffnungen auf Erstattung eines großen Theils dieser — auf Aufforderung der Reichsgewalt verausgabten Kosten — sind nicht in Erfüllung gegangen. Selbst die Verpflegungskosten für die Reichstruppen Württembergs, Badens, Oldenburgs, Hessens, Braunschweigs, mit 81,048 Thlr. sind nicht wieder eingeflossen, jene Regierungen haben den Ersatz theils ausdrücklich, theils stillschweigend abgelehnt. Ob die Stände zu einer außerordentlichen Steuer geneigt seyn werden, ob sie nicht vielmehr Ersparungen im Militäretat beantragen, die Truppenzusammenziehung an der hessischen Gränze mißbilligen werden u. s. w., steht sehr dahin.

Preußen. ⁝ **Berlin,** 22 Nov. Bei der Wahl der preußischen Mitglieder für die Bundescommission hat sich das Princip geltend gemacht daß man den einen für die politische Vertretung und Regelung derjenigen Verhältnisse bestimmte welche aus den Verträgen von 1815 festzuhalten sind, den andern ganz besonders für die weitläufigen Verwaltungsangelegenheiten ausersah. Der Abgang beider Commissäre, dessen Beschleunigung, wie ich höre, österreichischerseits sehr dringend gewünscht wird, dürfte schwerlich vor Einlauf sämmtlicher Beitrittserklärungen erfolgen. Es fehlen aber bis heut, nach zuverlässiger Quelle, noch die von Oldenburg, Kurhessen, Meiningen, Coburg, Altenburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Lübeck und Bremen. Befremdend ist nur daß man sich in Wien über diesen doch gerade von Oesterreich im Interimsvertrage gemachten Vorbehalt, plötzlich hinwegsetzen will, da doch auch der Erzherzog nicht eher seine Würde niederzulegen beschlossen hat als nach erfolgtem Beitritt der Regierungen. Von Seiten Preußens wird man zwar die Commissäre der Abdankung beiwohnen lassen — im Sinne eines Actes der Courtoisie, aus besonderer Hochachtung für die Persönlichkeit des Reichsverwesers, schwerlich aber werden vor Festsetzung des Abdankungstermins die preußischen Bundescommissionsmitglieder in Frankfurt erscheinen. Man erwartet im heutigen Staatsanzeiger die Publication der Protokolle und Beschlüsse des Verwaltungsraths aus den letzten entscheidenden Sitzungen, da angenommen werden darf daß sie bereits an sämmtliche verbündete Regierungen gelangt sind. Das Bundesschiedsgericht hat eine Vermehrung erfahren, indem die von Kurhessen, Nassau und dem Großherzogthum Hessen vertragsmäßig zu stellenden zwei Mitglieder ernannt sind. Die Wahl ist auf Männer gefallen deren Name einen guten Klang in Deutschland hat, nämlich auf Sylv. Jordan aus Marburg und Eigenbrodt aus Darmstadt, welcher früher das Großherzogthum im Verwaltungsrath vertrat.

⁴ **Berlin,** 22 Nov. Neuerdings ist von Oesterreich eine in ziemlich drohendem Ton abgefaßte Note eingegangen, in welcher hervorgehoben wird daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat eine Verletzung der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung einschließe. Die von Preußen ertheilte Antwort lautet dahin, daß wenn überhaupt von Verletzung der Bundesverfassung die Rede seyn könne, Oesterreich dieselbe durch den Inhalt seiner Verfassung vom März d. J. zuerst sich habe zu Schulden kommen lassen, und daß mithin die österreichische Regierung am wenigsten Veranlassung habe an eine solche vermeintliche Rechtsverletzung zu erinnern. Preußen erkenne den deutschen Bund an in den Personen, Rechten und Pflichten der Gründer; die formelle Bundesorganisation dagegen sey auf gesetzlichem Weg durch die betheiligten Regierungen selbst bereits aufgehoben. Ob Preußen in jenem Sinne eine Verletzung begehen werde sey von Oesterreich erst abzuwarten; es versichere übrigens von neuem daß es durch keinen Einspruch der Art von dem für Recht erkannten Bestreben in der deutschen Politik sich werde ablenken lassen. Der Regierung soll die Nachricht zugegangen seyn daß ein ehemaliger katholischer Geistlicher aus Bayern, Namens Niebergall, in einer geheimen Sitzung hiesiger Demokraten ein Schreiben von Pariser Gesinnungsgenossen übergeben habe, des Inhalts: die Berliner Demokratie möge jede Bewegung niederhalten bis eine in Paris vorbereitete Erhebung das Zeichen dazu geben werde. Dieses Schreiben sey gleich nach der Verlesung verbrannt und der Beschluß gefaßt worden am Tag der Entscheidung über Waldeck das Volk in allen Theilen der Stadt zu beschwichtigen, und nur für den Fall daß es sich durchaus nicht beschwichtigen lassen wolle, ebenfalls handelnd aufzutreten. Ich gebe Ihnen diese Nachricht weil ich annehmen muß daß sie in einer gewissen Region geglaubt wird und vielleicht Schritte geschehen denen sie zur Erklärung dienen kann.

Der Pr. St.-Anzeiger gibt nun wörtlich den am 17 d. gefaßten Beschluß des Verwaltungsraths über das Ausschreiben der Reichstagswahlen und über den Ort des Zusammentritts des Reichstages im Protocollarauszuge. Anwesend waren die Bevollmächtigten von Preußen, Baden, beiden Hessen, von den thüringischen Staaten, von Schwerin, Nassau, Braunschweig und den drei Hansestädten. Nach Erörterung der einschlägigen Fragen setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlußnahme einstimmig fest: 1) Die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstages ist für den ganzen Bereich der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai c. verbündeten deutschen Staaten auf den 31 Jan. 1850 ausgeschrieben. 2) Sämmtliche verbündete Regierungen sind ersucht in Vollzug dieses ihnen in beglaubigter Ausfertigung sofort zugehenden Beschlusses die betreffenden Landesbehörden zur Vornahme dieser Wahlen rechtzeitig mit der erforderlichen Anweisung zu versehen. 3) Die demnächst einzuberufende Reichsversammlung aus den auf Grund des Vertrages vom 26 Mai c. verbündeten deutschen Staaten wird in der Stadt Erfurt zusammentreten. 4) Der Tag des Zusammentritts dieser Reichsversammlung wird durch nachfolgende Beschlußnahme des Verwaltungsraths festgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden. Das am 19 Nov. festgestellte Protocoll über die Sitzung vom 17 ist von den obengenannten Bevollmächtigten unterzeichnet, von dem nassauischen zugleich für die anhaltischen Herzogthümer, von dem braunschweigischen zugleich für Oldenburg und Schaumburg-Lippe.

Der Camphausen'sche Bericht über die neuesten deutschen Actenstücke an die erste Kammer enthält folgende Aeußerungen: „Man darf um so mehr der Hoffnung Raum geben daß die Vertragspflicht sich stärker erweisen werde als die Neigung sich ihr zu entziehen, da die deutschen Regierungen sich der Erkenntniß nicht verschließen können, wie gefährlich es sey den Beweis schuldig zu bleiben daß die Nationalversammlung zu einem glücklichen Ziele hätte führen können, wenn sie auf der Grundlage der Vereinbarung der deutschen Regierungen unter sich und mit der Versammlung stehen geblieben wäre; wie gefährlich es sey wenn

der Vorwurf der Rechtsverletzung, welcher in der eben vergangenen Zeit so häufig und mit Grund von oben nach unten gemacht werden mußte, nunmehr dauernd und öffentlich zwischen den Regierungen selbst gewechselt werden sollte." Nachdem hierauf die Entschlossenheit, Offenheit und Rechtlichkeit in dem Verfahren der preußischen Regierung durch Darlegung aller Schritte die sie seit dem 26 Mai gethan, ausgesprochen ist, wird unter Anknüpfung an die Instruction der österreichischen Regierung, welche die Gesichtspunkte bezeichnete von denen aus Oesterreich seinen Consens und Dissens zu den betreffenden Punkten des Vertrags rechtfertigt, gezeigt daß, wenn Oesterreich in jener (noch nicht veröffentlichten) Instruction auf die Anführung der Bundesgesetzgebung ein besonderes Gewicht lege, von allen deutschen Regierungen Oesterreich an der Abänderung oder Aufhebung bestehender Bundesgesetze und organischer Einrichtungen des Bundes den unmittelbarsten und thätigsten Antheil genommen habe: Graf Colloredo habe am 7 April den Vorsitz geführt, als der Bundestag die Berufung einer constituirenden Versammlung aus allgemeinem Wahlrecht beschloß; zu Gunsten eines österreichischen Prinzen sey die Bundesversammlung aufgehoben worden; der Bundespräsidialgesandte v. Schmerling habe unterm 12 Juli v. J. die Auflösung der Bundesversammlung Namens seiner Regierung ausgesprochen, und durch die Uebereinkunft vom 30 Sept. endlich erkenne die österreichische Regierung noch jetzt an daß die Bundesverfassung und Gesetzgebung in den wesentlichsten Theilen nicht mehr bestehe. Den Schluß des Berichts bildet eine Aufzählung der Vortheile welche der Abschluß des Vertrags vom 30 September für Preußen zur Folge habe. Er verringere die zwischen Oesterreich und Preußen obschwebenden Differenzen und nehme ihnen „beinahe jede praktische Anwendbarkeit," er modificire „den Zustand politischer Isolirung worein Preußen durch das Verhalten deutscher Regierungen und durch deren Abwendung von dem Plane einer bundesstaatlichen Einigung versetzt war," nicht unerheblich.

Schleswig-Holstein. = **Kiel**, 19 Nov. Das preußische Gouvernement hat in dem Grafen zu Eulenburg einen eben so unfähigen als gegen die Herzogthümer übelgesinnten Mann in die Landesverwaltung geschickt, so daß ihr es zur Last gelegt werden muß wenn im Herzogthum Schleswig die gegenwärtigen Zustände völlig unerträglich erscheinen. Von Seite der wohlhabenderen Grundbesitzer und der Bürger in den Städten wird einstimmig die kräftige Fortsetzung des Krieges durch das Organ von angesehenen streng orthodoxen Geistlichen begehrt, welche sich jetzt an die Spitze der Bewegung stellen. In unserer jungen Armee herrscht ein sehr kriegerischer Geist, und die Regierung ist im Kriegsdepartement nicht müßig. Aber auch in Dänemark wird sehr stark gerüstet, obwohl man dort wenig geneigt ist den Krieg wieder zu beginnen, weil man auf diplomatischem Weg zum Ziel der Unterwerfung des Herzogthums Schleswig zu gelangen hofft. Zu den Friedensunterhandlungen welche jetzt in Kopenhagen gepflogen werden sollen, ist auf Verlangen der Mächte England, Rußland und Preußen ein ritterschaftlicher Grundbesitzer aus den Herzogthümern, der Baron Blome v. Falckenberg, früher dänischer Gesandter in London, zugezogen worden. Obwohl derselbe Schwager des Statthalters Grafen Reventlow ist, genießt er in den Herzogthümern doch eben kein Vertrauen; man hält dafür daß er auf dem Standpunkt des Gesammtstaats, also des offenen Briefes des verstorbenen Königs stehe. Nicht ohne Grund dürfte man in diesem Baron Blome den künftigen Statthalter Holsteins, zunächst etwa den von Dänemark aus deputirten Bevollmächtigten für Holstein bei der neuen Bundesgewalt in Frankfurt erblicken. Der Bruder desselben, der Graf Otto Blome, Besitzer mehrerer Rittergüter in Holstein wird als offener Gegner der Landessache angesehen. Eine Commission des Landgerichts zu Glückstadt ist mit einer Untersuchung gegen denselben beschäftigt, weil er der Mannschaft aus seinen Gütern erklärt hat sie dürfe auf die Einberufung zum Militärdienst nicht erscheinen.

Oesterreich. -|- **Wien**, 23 Nov. Es scheint als nahe wirklich der Residenz das Morgenroth der Befreiung von den Fesseln des Ausnahmszustandes. Die Geschäftigkeit welche in der kaiserlichen Hofburg herrscht, deutet darauf hin. Bereits gestern wurden die Gemächer des Kaisers und jene der Erzherzogin Sophie geheizt, und es unterliegt kaum einem Zweifel mehr daß die hohen Herrschaften nicht mehr in Schönbrunn, sondern hier überwintern werden. Sie können sich die Freude der Wiener darüber denken. — Einiges Aufsehen erregt in den hiesigen politischen Kreisen ein Gerücht das man für nichts weniger als grundlos angibt. Von Schleswig aus sollen nämlich Anstalten getroffen worden seyn, und noch immer getroffen werden, auch österreichische Militärs für die dortige Armee zu erhalten. So spricht man mit Bestimmtheit daß sich bereits mehrere Officiere unserer Armee dahin ausgesprochen hätten ihren Dienst zu verlassen und, wofern man ihnen das entsprechende Avancement zusichere, in die Reihen der schleswigischen Heeresmacht einzutreten. Was ich Ihnen letzthin über unser Telegrapheninstitut gemeldet, kann ich Ihnen heute ergänzen. Im Ministerium des Handels ist der Beschluß gefaßt worden die Telegraphenlinien im Königreich Ungarn mittelst Bleiröhren unter der Erde zu leiten. Doch gilt dieser Beschluß nur für das genannte Kronland, was beweist wie sehr man daselbst die Gefahren einer etwaigen Zerstörung der elektromagnetischen Dräthe befürchtet. Es ist aber anzunehmen daß man später auch dieselbe Einrichtung bei den übrigen Telegraphenleitungen treffen werde, da man sich schon sattsam von den Nachtheilen der Führung des Telegraphendrathes sowohl in der Luft als durch Gutta-Percha überzeugt hat. — Vom Land laufen die beunruhigendsten Nachrichten von Jagdcommunismus, ausgeübt durch die Bauern und von der Nachlässigkeit vieler Gerichtsbeamten, sowohl in dieser als auch in anderer Beziehung ein, über die Unreinlichkeit der Kerker und Untersuchungsgefängnisse ꝛc. Wir vertrauen der Thätigkeit und der Humanität unseres Justizministers, der längst die Nothwendigkeit der Regelung der gerichtlichen Verhältnisse erkannt hat. — Wie ich eben vernehme, sollen im Artilleriewesen bedeutende Reformen, namentlich in Bezug auf das Batteriesystem, dessen Unzulänglichkeit in den Feldzügen der Jahre 1848 und 1849 besonders hervortrat, in Aussicht stehen. Was man rücksichtlich einzuführender Neuerungen im Geniewesen sprach, scheint sich vorerst nicht zu bestätigen; doch läßt sich als gewiß annehmen daß auch hierüber die erforderlichen Berathungen bereits im Zuge sind. — In unserem Weichbilde befindet sich in dem Augenblicke eine Deputation aus Krakau, bestehend aus dem Rabbiner der dortigen Judengemeinde, einem der gebildetsten Aerzte jener Stadt, einem Schuldirector und endlich einem Mitgliede des dortigen Stadtrathes (rada mjeiska) um beim Ministerium trotz aller Ränke der Krakauer Communalrepräsentation dahin zu wirken daß der § 1 der Grundrechte vom 4 März d. J. für die dortigen Juden eine Wahrheit, und denselben gestattet werde ihr Ghetto zu verlassen und Wohnungen und Waarenmagazine in den übrigen Bezirken der Stadt zu nehmen. Es ist nicht zu zweifeln daß die Regierung den Vorstellungen dieser Abgesandtschaft Gehör geben werde.

** **Wien**, 23 Nov. Der Magistrat hiesiger Stadt hat vom Landespräsidium den Auftrag erhalten die Zusammensetzung der Geschwornen nach dem Patent vom 11 Sept. v. J. möglichst zu beschleunigen. Unsere Posteinrichtungen werden immer mehr ausgebildet; vom 1 Jan. 1850 ab werden für alle Fahrpostsendungen neue Gebührenansätze ins Leben treten. Silbersendungen langen fortwährend aus Hamburg, Paris und den Bergstädten Ungarns, aus letzteren regelmäßig jeden Monat an. Den letzten kommenden Monats December wird das Capitel des militärischen Maria-Theresiaordens amtlich zusammentreten, von welchem, wie man sagt, die Ansprüche mehrerer Candidaten geprüft werden sollen. Weil ich gerade von Orden spreche, so darf ich wohl andeuten daß außer den militärischen Orden, also ohne Uniform oder im Civilkleid, nur sehr selten Orden oder Ordensbänder erblickt werden. Selbst in Abendcirkeln und bei Mahlzeiten der höheren Gesellschaft und der Diplomatie sieht man sie wenig. Schwarzes einfaches Kleid ohne Auszeichnungen ist durchweg an der Tagesordnung, und man sieht wie bei den geeigneten Gelegenheiten selbst alles vermieden wird was vormärzlichen Anstrich gibt. Ohne allen Prunk und mit der größten Einfachheit empfangen auch die Minister. In den Straßen sieht man selten Equipagen mit glänzenden Livréen, Jägern: in das monotone drapfarbige Tuch ist mit wenigen Ausnahmen die Dienerschaft gekleidet. Elegante Reiter und Dandies sieht man bedeutend weniger als früher. Doch wird das Geschlecht der letzteren wohl nicht ausgestorben seyn. Um so häufiger begegnet man jungen Officieren in dem hübschen weißen Rock. Militärisch in ihrer Haltung zeigen sie nirgends jene absondernde, provocirende Haltung die früher zumal in kleineren Staaten so sehr an der Tagesordnung war. Im Gegentheil zeichnen sie sich durchschnittlich recht eigentlich durch Bildung im Benehmen aus. Urbanität in allen Schichten der Gesellschaft, von den Ministerien bis in die niedrigste Beamtenstube herunter, zeigt sich überall als wäre sie zur Ordonnanz geworden. Auch wo keine Ordonnanz hinreicht, bei den niedersten Classen, auf den Straßen selbst fand ich jene herzliche Gemüthlichkeit die immer wohl thut, umsomehr, je mehr man sie in anderen Großstädten vermißt, wo eine viel schroffere Scheidung der Stände stattfindet.

Der Lloyd sagt am Jahrestag des Ministeriums Schwarzenberg: „Die geheimnißvolle Macht welche man Zufall heißt, jene unergründliche Potenz welche niemand in ihre einzelnen Bestandtheile zu zerlegen weiß, die man Glück nennt, sie haben während des letzten Jahres nicht viel für Oesterreich gethan. Nichts ist geschehen das verdienstvoll war, ohne daß man das Verdienst bis zu seiner Quelle zurückführen und ausrufen könnte: dieser Mann oder jener hat es sich erworben. Im härtesten Kampfe ist alles errungen worden was Oesterreich in diesem Augenblick zu einer der

großen und größten Mächte der Welt macht. Die unsichtbaren Genien des Geschickes haben uns keine Hülfe zugetragen. Kein Feind hat sich plötzlich in einen Freund verwandelt, er mußte in einen Freund umgeschlagen werden. Keine Quelle des Einkommens hat unerwartet ihre reichen Adern geöffnet, kein Californien hat uns seine Schätze gezollt. Was erworben wurde, es ward durch Kraft, Ausdauer und Muth unser eigen. Es ist ein Jahr des Kampfes und des Krieges welches hinter uns liegt. Es wehte noch vor wenigen Wochen eine feindliche Flagge in der Mitte Oesterreichs und von der gewaltigsten Festung dieses Landes. Aber während des Kriegs ist das Werk des Friedens gethan; während die Zerstörung wüthete, sind die Grundvesten des gewaltigsten Baues tief gelegt worden. Eben dieses nennen wir das Charakteristische des verflossenen Jahres daß inmitten des Kriegs, der um die Selbsterhaltung des Staats geführt wurde, derselbe Staat mehr für die Zukunft und den Frieden gepflanzt, gezogen und gearbeitet hat als während der verflossenen dreißig Friedensjahre. Oesterreich wird die Geschichte seiner innern Entwicklung von demselben Jahre datiren in welchem es den größten Theil seiner Kräfte im rauhen Kriege zu verwenden hatte. Wir fällen dieses Urtheil als Freunde des Ministeriums Schwarzenberg, als welche wir uns bei dem Beginne seiner Laufbahn bekannten, als welche wir uns auch heute stolz bekennen. Aber auch dessen Feinde urtheilen nicht weniger günstig als wir es thun. Die Furcht des Gegners ist ebenso viel werth wie die Anhänglichkeit des Freundes. Und man fürchtet Oesterreich heute, wo man es vor etwas mehr als einem Jahr nur verspottete."

Die Deutsche Ztg. aus Böhmen, redigirt von Dr. Makowitzka, einst Mitglied der Paulskirche, sagt: „Preußens Erwiederung an Sachsen und Hannover lautet sehr scharf und kategorisch, und stünde hinter ihr ein ebenso fester Wille das Wort zur That zu machen, so könnte man am Ende doch noch an das Zustandekommen eines deutschen Bundesstaates mit einer gemeinsamen Volksvertretung, wenngleich vorderhand nur in einem geringeren Umfange, glauben. Aber hat man nach allen Antecedentien wohl Grund einen solchen festen Willen zu vermuthen? Kann man annehmen daß Preußen diesen Willen Oesterreich gegenüber zur Geltung zu bringen entschlossen sey? Eines steht in der gegenwärtigen Phase der deutschen Verfassungswirren fest, nämlich dieß, daß bei ihrer nächsten Lösung, die wir nur als eine vorläufige betrachten können, die deutschen Regierungen einander nicht wehe thun werden, und daß hiebei weder Oesterreich noch Preußen, weder Bayern noch Sachsen und Hannover, sondern das deutsche Volk den Kürzeren ziehen wird... Obwohl in der preußischen Erwiederung zu wiederholtenmalen versichert wird daß Preußen sein der deutschen Nation gegebenes Wort nicht brechen und auf dem Wege der Ehre und Pflicht beharren werde, so enthalten die Schlußworte, gleich früheren officiellen Erklärungen der preußischen Regierung in der deutschen Frage, doch wieder eine kleine Hinterthüre. Es heißt nämlich dort daß dann wenn das Ziel nicht vollständig erreicht werden sollte, und eine völlige Wiedervereinigung des ganzen Deutschlands zu einem mächtigen Bundesstaate erst von der Zukunft erwartet werden müßte, die Schuld nicht Preußen, nicht die am Bündnisse vom 26 Mai festhaltenden Staaten treffe, sondern allein jene Regierungen die ihre Sonderinteressen höher stellen als diejenigen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes. Ist da nicht schon für einen anständigen Rückzug vorgesehen?"

Großbritannien.

London, 21 Nov.

Gestern wurde das Parlament im Hause der Lords unter den üblichen Förmlichkeiten bis zum 16 Jan. prorogirt. Die königl. Commission und einige Clerks waren die einzigen dabei anwesenden Personen; nur auf der Gallerie befanden sich einige neugierige Damen. Der Spectator ergeht sich in Muthmaßungen über das Programm der nächsten Session, und glaubt daß sie um ein bedeutendes gehaltreicher werden dürfte als die vorige, welche, die Abschaffung der Navigationsgesetze ausgenommen, beinahe ganz unfruchtbar war. Eine weitere Reform des parlamentarischen Wahlrechts in der schon angedeuteten Weise, eine Abänderung des Armengesetzes stehen in Aussicht, und der Zustand Irlands und der Colonien wird die allseitigste Beachtung erfordern. Auch heißt es: die Regierung werde eine Bill zur Besoldung der katholischen Geistlichkeit in Irland aus der Staatscasse einbringen. Ob sie damit durchdringen würde, ist freilich sehr zu bezweifeln. Der Ertrag der Staatseinkünfte ist befriedigend; dennoch erwaret der Spectator daß die Voranschläge für alle Dienstzweige, namentlich für Armee und Flotte, mit Rücksicht auf strengste Sparsamkeit werden gemacht werden. Eine Steuerverminderung steht nicht in Aussicht.

Die (kurz berührte) in der Daily News vom 19 Nov. abgedruckte Schrift des Hrn. Richard Cobden an den österreichischen Minister Hrn. v. Bach erscheint als ziemlich insolent, sowohl ihrem Inhalt nach als in Anbetracht der Schmähreden womit jener Herr in wiederholten Versammlungen, so erst unlängst wieder in der Londoner Versammlung des „Friedenscongresses", Oesterreich und seine Regierung überhäuft. Cobden zeigt durch dieses Auftreten daß er sich für einen gewichtigen Staatsmann hält; allein die Times, obgleich ein Freihandelsblatt, hat Hrn. Cobden längst trocken erklärt daß er für seine Thätigkeit als Leiter der Anti-Cornlaw-League seinen Ruhm sowie auch seinen klingenden Lohn dahin habe, und daß alle bisherigen Versuche des Mannes in der Politik zu dilettiren nur geeignet gewesen jenem Ruhm Abbruch zu thun. Cobden sagt freilich im Eingang seines Schreibens an Hrn. v. Bach (es ist bereits vom 20 Oct. datirt): er wende sich an ihn nicht als an ein Mitglied des österreichischen Cabinets, sondern als an einen verehrten persönlichen Bekannten, der ihm (Cobden) im Jahr 1847 bei seiner Anwesenheit in Wien viele Aufmerksamkeit geschenkt. Dann heißt es aber: „Die öffentliche Meinung in meinem Vaterland ist von Grausen ergriffen (horrorstruck) über die an den gefallenen Führern der Ungarn verübten kaltblütigen Grausamkeiten. Sie sind zu aufgeklärt, als daß das einstimmige Verdict der Zeitgenossen Ihnen nicht auch als das Urtheil der Geschichte erscheinen sollte. Aber haben Sie bedacht daß die Geschichte nicht mit der Soldateska, den bloßen Werkzeugen, zu schaffen haben wird, sondern mit den Ministern, als den verantwortlichen Urhebern? Haben Sie die Gefahren bedacht von denen eine solche Politik umdroht ist? Sie, der Sie in der englischen Geschichte so wohlbewandert sind, müssen sich erinnern daß vier Jahre nach Jeffery's „blutigen Assisen" nicht bloß er selbst sondern auch sein königlicher Gebieter (Karl II) ein Flüchtling war vor der rächenden Hand der Gerechtigkeit. Oder leben wir in einer Zeit wo das öffentliche Bewußtseyn mit Verachtung behandelt werden darf?" So fährt der Briefschreiber noch eine Weile fort, und schließt dann mit einer Beschwörung an den Minister daß er der Hinrichtung der Kriegsgefangenen Einhalt thun möge u. s. w. (Bekanntlich ist letzteres unlängst geschehen, wenn auch nicht auf Hrn. Bachs Anordnung, der nicht mehr Justizminister ist. Der Lloyd gibt, mit Cobdens Brief, eine ausführliche Antwort darauf, die eine Parallele zieht mit dem was eben in Baden und von der englischen Regierung bei Unterdrückung aller Aufstände geschehen, auch bei der neuesten auf den jonischen Inseln. Es ist leider eine blutige Gegenrechnung! Wir kommen morgen darauf zurück.)

Die Times ist in Bezug auf die deutschen Verhältnisse bald preußisch, bald österreichisch gesinnt. In ihrer Nummer vom 19 Nov.*) hält sie (die von ihrem Wiener Correspondenten berührten Zweifel an der Sache nicht theilend) dem österreichisch-deutschen Zolleinigungsplan eine warme Lobrede, und bemerkt: dieser Vorschlag sey bei weitem der größte und praktischeste Schritt der noch zur Einigung Deutschlands geschehen. Hätte der deutsche Bundestag schon lange den neunzehnten Artikel des Bundesvertrags verwirklicht, und von seinem ersten Zusammentritt an dahin getrachtet die möglichst große Handels- und Schifffahrtsfreiheit innerhalb der Bundesstaaten herzustellen, so würde derselbe nicht zu der verachteten und ohnmächtigen Körperschaft herabgesunken seyn welche vor dem ersten Windstoß der Revolution dahinschwand. Andererseits habe Preußen lange die Apathie des Bundestags und Oesterreichs frühere Blindheit benützt um die Handelsinteressen eines großen Theils von Deutschland um sich zu schaaren, die es eines Tags für die Zwecke politischer Suprematie zu benützen gehofft. Die Revolutionserfahrung habe nun in Oesterreich den Sinn für seine wahren Interessen und seine wichtigsten Pflichten geweckt, und das große Experiment einer Handelseinigung — im Zusammenbestehen mit dem Bund — sey offenbar die Bahn die eine erleuchtetere Erkenntniß seiner Finanz- und politischen Lage demselben vorzeichne. Wir übergehen hier was die Times für die Wiederherstellung des alten Bundes sagt, weil man, um dieses Lied zu hören, nicht erst über den Canal hinüberzuhorchen braucht... „Unsere Hoffnung," fährt die Times fort, „ist daß der König von Preußen und seine Minister, weitsehender und minder selbsüchtig als viele von ihren eigenen Anhängern, dieß Anerbieten Oesterreichs nicht verwerfen oder umgehen werden. Vom europäischen Gesichtspunkt betrachtet ist Uneinigkeit mit Oesterreich das größte Unglück das Preußen zu fürchten hat. In den deutschen Anliegen und in ihren örtlichen Interessen mögen diese zwei Mächte Nebenbuhler seyn; aber hinsichtlich der großen Fragen ihrer Territorialsicherheit und ihrer Militärmacht müssen sie entweder ver-

*) In ihrer Nummer vom 20 Nov. verwahrt sich die Times in entrüstetem Tone gegen die Bezichtigung eines norddeutschen Blattes, daß sie sich von Dänemark mit 5000 Pfd. St. zur Vertheidigung der dänischen Sache gegen Deutschland habe erkaufen lassen. Daß ein Journal wie die Times sich mit Geld bestechen lasse, das glaubt kein Vernünftiger; hingegen sollte die Times selbst mit ähnlichen Verdächtigungen nach der andern Seite hin (s. Nr. 320 der Allg. Zeitung) nicht so freigebig seyn.

einigt bleiben zum gemeinsamen Schutz, oder sie sind genöthigt eine demüthigende Unterstützung zu suchen in der Allianz mit irgendeinem fremden Staat. In einer solcher Lage hat Oesterreich sich wenigstens die Allianz des Nordens gesichert; aber Preußen hat buchstäblich keine Allianz oder Unterstützung als die einiger kleinen deutschen Staaten. Die Grundsätze der Conföderation von 1815, welche eben aus der damals neuen Erfahrung von den traurigen Folgen der deutschen Zerrissenheit hervorgegangen, zu erneuen, und diesen Bund durch thätigere und volksthümlichere Maßnahmen behufs der Einigung der materiellen Interessen der ganzen Nation fester zu kitten, dieß ist das hauptsächlichste Interesse von ganz Deutschland, und ein Interesse für jeden einzelnen Staat, welches den zweifelhaften Vortheil eines bestrittenen Supremats weit überwiegt. Vom commerciellen Gesichtspunkt aus würde England keinen Grund haben den Beitritt Oesterreichs zum deutschen Zollverein mit Argwohn oder Bedauern anzusehen. Der Schritt würde einer in der rechten Richtung seyn. Er würde, was Oesterreich angeht, mäßige Schutzzölle an die Stelle eines Prohibitiv-Tarifs setzen. Aber er würde den Productionskräften jener weiten, aber noch schlecht erforschten Landstrecken einen beträchtlichen Impuls geben; er würde die Kraft und Wohlfahrt jenes ausgedehnten Central-Europa's vermehren, wo wir die meisten Handelskunden und die wenigsten Feinde finden. Selbst in Ungarn hat man, wie die Erfahrung von Jahrhunderten und die gegenwärtige Beobachtung unserer eigenen Correspondenten zeigt, alle Industrie und Civilisation, die in jenes Königreich eingedrungen, allermeist der deutschen Colonisation zu verdanken, und wir zweifeln nicht daß der Strom der Auswanderer von den dichtbevölkerten Ufern der Elbe und des Rheins, die jetzt eine Heimath jenseits des atlantischen Meers suchen müssen, sich dann mit großem Vortheil nach den Ufern der Theiß und der Donau wenden würde, wo sie unter dem Schutz eines deutschen Fürsten einen so fruchtbaren, fast aber auch so wilden Boden finden würden wie es die Einöden der neuen Welt sind."

An Bord des Bremer Dampfbootes „Hermann," welches dieser Tage Southampton berührte, befinden sich Hr. Donelson, der frühere Gesandte der Vereinigten Staaten bei der deutschen Centralgewalt; der Astronom Schomburgk aus Berlin, welcher einem Ruf an die Sternwarte in Washington folgt, und die schon erwähnten ungarischen Flüchtlinge. Unter diesen ist der greise Ladislaus Ujhazy, der vormalige Civilgouverneur von Komorn, mit zwei Söhnen und zwei Töchtern; dann eine ungarische Amazone, Namens Apollonia Jagella, welche tapfer im Kriege mitgefochten. Sie ist eine Virago von entschlossenen aber angenehmen Gesichtszügen, und wird sich, heißt es, gleich nach ihrer Ankunft in New-York mit einem jungen ungarischen Officier verheirathen.

„Es geht ein Gerücht" sagt Daily News, „ein Agent der russischen Regierung befinde sich in London um unsern Capitalisten den Puls zu fühlen wegen einer russischen Anleihe."

Frankreich.

Paris, 22 Nov.

Durch Präsidialdecret vom 20 Nov. sind die Präfectenstellen in fünfundzwanzig Departements gewechselt. Drei Präfecten sind abgesetzt, die anderen versetzt.

Aus der Majorität hat sich nun wirklich eine nicht unansehnliche Bonaparte'sche Partei ausgeschieden und ist aus dem Staatsrathsverein ausgetreten. Sie hat einen neuen Verein gebildet der seine Versammlungen im Palast der Künste hält. Das Journal L'Estafette gibt ein Verzeichniß der Mitglieder, es sind deren 84, darunter manche bisherige Anhänger der HH. O. Barrot und Thiers. Die Generale Lebreton, de Grammont, Magnan, Montholon, Rapatel, Tartas, Bast-Vimeur, Fabvier, Achard, Ornano, Chasseloup-Laubat, Arrhigi, Tron, Grouchy, die HH. V. Hugo, Anton und Lucian Bonaparte, Caulaincourt, Bertrand, Clary, de Moscowa, Persigny, Vaudrey, Vieillard, Barthelemy St. Hilaire, Berger (der Seinepräfect) u. s. f. gehören zu diesem Verein, in dem die Vertrauten des Elysée das große Wort führen.

Die gestrige Sitzung hatte noch ein Nachspiel im Boulogner Wäldchen. Zwischen den HH. Bertholon und Segur d'Aguesseau, und den HH. Brives und Bezard (die beiden erstern von der Bergpartei) wurden Kugeln gewechselt, jedoch in beiden Fällen ohne Schaden. Heute trug Hr. P. Bonaparte in der Versammlung die Kosten der Unterhaltung. Er hatte den Kriegsminister wegen der über ihn verhängten Absetzung zur Rede gestellt, und wollte daß die Opposition diese Maßregel für ungerecht erkläre. Seine Mission, behauptete er, sey beendigt gewesen, der Beruf eines Repräsentanten gehe jedem andern vor, und er habe nicht zugeben können daß man ihn unter irgendeinem Vorwand länger entfernt halte. Er habe sich um so mehr beeilt zurückzukehren als die Republik auf dem Punkt sey bedroht zu werden, denn der Umgebung des Präsidenten sey nicht zu trauen. Wenn es ihm um Scandal zu thun war, so erreichte er seinen Zweck vollkommen, aber er versuchte in einer motivirten Tagesordnung einen Tadel auf die Regierung zu wälzen, und dafür erhob sich auch nicht ein Mann. Man gab dem Kriegsminister Recht, welcher erklärte: es handle sich davon ob ein Repräsentant, wenn er eine Sendung ins Ausland nachgesucht oder empfangen, nach Gutdünken auf seinem Posten bleiben oder ihn verlassen dürfe. Es sey hier ein anderer Fall als bei den Repräsentanten der ersten Constituante, diese hätten ihre Sendung von der Versammlung, Hr. P. Bonaparte habe die seinige vom Kriegsminister gehabt. In Gegenwart des Feindes hätte er sollen vergessen daß er Repräsentant sey und sich nur seiner Pflicht als Militär erinnern. Als solcher habe er einen schweren Fehler begangen, und ohne den Namen den er trage, würde man ihn bei seiner Ankunft in Paris verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt haben. Sehr gut! rief man. Die Demüthigung war stark, aber nicht unverdient. Von eigentlichen Geschäften wurde in dieser Zeit pikanter Zwischenfälle wenig verhandelt, und es ist nur zu erwähnen daß der Antrag eine Commission niederzusetzen um die besondere Gesetzgebung Algeriens zu bearbeiten, zur weitern Berathung zugelassen wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Hr. Piscatory sich einige Bemerkungen erlaubt über die Neutralität welche das Cabinet in mehreren wichtigen Fragen beobachten zu wollen scheine. Die Antwort des Hrn. F. Barrot war: das Cabinet sey in den Geschäften noch neu, habe nicht Zeit gehabt die schwebenden Fragen zu studiren. Diese Entschuldigung befriedigte nicht. Vor Abgang der Post hatte die Linke versucht das Betragen des Präsidenten Dupin in der gestrigen Sitzung einer Rüge zu unterwerfen, sie wurde indeß vom Vicepräsidenten Baroche durch die Vorfrage abgewiesen.

‡ **Paris,** 19 Nov. Dufaure war Minister des Generals Cavaignac; die Partei des National entzweite sich halb, die Partei des Ledru Rollin, der Reforme, ganz mit General Cavaignac als Dufaure ins Ministerium trat; Dufaure bildete um den General Cavaignac einen besonderen Anhang amerikanisirender Anhänger der früheren Monarchie, welche in andern Bezügen gewissermaßen die Partei oder vielmehr das System des Generals Lafayette zu erneuen schienen; dieser Anhang bestand aus Verwandten und Freunden der Familie Lafayette; Jules und Ferdinand de Lasteyrie, Tocqueville, Gustave de Beaumont, Corcelles, Tracy zu denen Hippolyte Passy und in etwas Odilon Barrot sich zugesellten. Diese wünschten daß der General Cavaignac zum Präsidenten der Republik ernannt würde; sie hofften ihn vom Anhange des National vollkommen loszureißen, ihn ganz auf ihre Seite hinüberzuziehen; wahrscheinlich hätten sie sich geirrt, denn der General Cavaignac konnte nicht ganz und durchaus seine Stellung zu seinen frühern Freunden und Bekannten aufgeben, die amerikanisirenden Franzosen stehen vereinzelt der Revolution und Contrerevolution, dem Orleanismus sowie allen andern Gruppen gegenüber; sie sind ungefähr das was in der katholischen Kirche die Jansenisten waren, eine in sich geschlossene Partei, aber ohne Einfluß im Volke und der öffentlichen Meinung. Niemals hat Dufaure seine Stellung zu Cavaignac ganz aufgegeben, obwohl seine Freunde, Tocqueville und die andern, ungehalten waren über die zweideutige Stellung des Generals zu ihrem Ministerium. Nun ein Bruch durch Louis Bonaparte erfolgt ist, zürnen ihm ganz insbesondere Dufaure und seine Freunde, ihr Anschluß bekundet sich von neuem um den General Cavaignac; sie blicken mehr oder minder auf ihn als auf einen etwaigen Nachfolger des Louis Bonaparte in der Präsidentur; käme es zum Conflict zwischen Bonaparte und der Assemblée, so bauen sie Hoffnungen auf den General Cavaignac zur Aufrechthaltung ihrer Form von Republik. Aber sie scheiden sich ganz und durchaus von allen Rothen, ganzen und halben Rothen, National und dem Rest sammt und sonders; wo ist dann aber ihr Stützpunkt in der Nation? Sie versuchen ihn in der Assemblée. Es ist dieß der erste Kern nicht sowohl einer Spaltung in der Majorität als einer großen Reserve und Kühlheit gegen den Präsidenten, ein lebhaftes Qui vive. Berryer, welcher mit großer Beredsamkeit den Charakter der Legitimität Heinrichs V in der bekannten Discussion ausgesprochen hatte, und damit dem Louis Bonaparte einen Stich ins Herz gegeben, ahmt nicht die politische Haltung des Hrn. Dufaure und seiner nächsten Freunde nach; wie Thiers insbesondere verhält er sich still und gesetzt, zurückgezogen ohne feindlich zu seyn, sein Credit ist sehr groß in der Assemblée. Es gibt aber in derselben einen Verein von weit ausgesprocheneren, von weit heftigeren, besonders jungen Legitimisten, welche ohne geradezu mit dem Präsidenten brechen zu wollen, gesonnen zu seyn scheinen kalt wie Eis gegen denselben zu verfahren. Also in allen Dingen welche den Präsidenten persönlich betreffen, z. B. wo es sich um Vermehrung seines kargen Gehaltes handelt, werden sie sich der Partei Cavaignac, sowie diese der Montagne anschließen um die Forderungen entweder der Minister in dieser Hinsicht, oder die Anregungen der Freunde des Präsidenten zu Schanden zu bringen. Der mißlungene Versuch den Gehalt des Vicepräsidenten Boulay de la Meurthe, der zum persönlichen An-

hange des Präsidenten gehört, zu vermehren, ist auf diese Weise mißlungen. Die Legitimisten geben vor der Präsident suche sich in den Werkstätten zu Paris, besonders im Faubourg St. Antoine, unter den Handwerkern durch viele Bestellungen und durch großmüthige Ausgaben einen Volksanhang auf Unkosten Heinrichs V (die Montagne sagt der Republik) zu verschaffen; die Möglichkeit in dieser Hinsicht will man ihm abschneiden, bedenkt aber nicht die Erwiderung der Bonapartisten: Die Assemblée will den Präsidenten und seinen Anhang darben lassen, aber das Volk wird dabei darben; es hindert ihn die Industrie zu unterstützen, seine Sorge und Liebe für den Handwerker an Tag zu legen. Thiers hat sich wie Berryer in sein Zelt zurückgezogen. Sein Journal le Constitutionnel ist nicht wie es den Anschein haben will zum Präsidenten als dessen Organ übergetreten, aber Thiers hat ihm freigelassen seinen Weg zu gehen, damit nicht durch irgendeine leidenschaftliche Opposition ein tieferer Riß zwischen dem Präsidenten und der Assemblée erfolge als der bisherige. Ein anderes Journal, l'assemblée nationale, welches mehr in den Gesinnungen des Grafen Molé ausgesprochen scheint, befolgt ebenfalls auf seine Weise diese Politik des Constitutionnel, und liegt der Majorität gewissermaßen zu Füßen um zu verhindern daß der Bruch zwischen ihr und dem Präsidenten auf unheilbare Weise erklaffe. Weder Berryer noch Thiers erscheinen mehr in den Salons des Präsidenten, aber Molé und Montalembert gehen noch hin, Molé aus grauer Erfahrung welche die Extreme meidet, Montalembert weil er in den Gemeinsinn des Präsidenten und der Majorität seine letzte Hoffnung gesetzt hat für eine günstige Lösung aller in Frankreich obschwebenden politischen und socialen Fragen. Das kann Montalembert um so leichter weil ihn nichts speciell an eine der alten Parteien, und besonders an die Legitimisten bindet. Dem Louis Bonaparte schreibt man gewisse Verdienste zu. Er hat eine persönliche Gutmüthigkeit und guten Willen. Seine Ansichten sind im Sinne der öffentlichen Ordnung und athmen Liebe für den gemeinen Mann. Es heißt aber er habe von langem her eine Tendenz sich mit subalternen Geistern zu umgeben, er fühle sich zurückgesetzt in den Discussionen seiner Minister sowie diese eine persönlich starke Bedeutung offenbaren; er verfolgt das Ziel der Herrschaft und will keine zweite Rolle spielen; Persigny, sein früherer Leidensgenosse, übt wie man sagt viele Herrschaft über ihn aus, und gilt als ein verwegener Mann ohne große geistige Bedeutung. Unter allen Ministern hatte Falloux am meisten dem Präsidenten zugesagt, weil Falloux für ihn eine Neuheit war, ein Mann ganz ohne persönlichen Ehrgeiz, dessen Handlungen einzig und allein aus religiöser Ueberzeugung flossen; das imponirte dem Präsidenten, sowie alle Abwesenheit von Pedantismus und Starrheit in Falloux, gegen den er sich immer bis auf seinen letzten Abschied höchst wohlwollend benommen. Die Familie Bonaparte ist aber wie die Corsen in ihrem Gefolge um den Präsidenten höchst rege, und unter allen diesen Männern gibt es auch keinen Kopf, aber alle diese Abatucci, Casabianca, Gavini, sowie alle diese Bonaparte sind von einem rasenden Ehrgeize besessen. Diesen Sporn fürchtet man um den Präsidenten, sowie das Bestreben dieser Männer in der Assemblée den Kern einer bonapartischen Sonderung zu bilden. So stehen die Sachen. Die Minister haben kaum eine Bedeutung in der Assemblée. Louis Bonaparte hat sich die meisten Ernennungen und jeden Haupteinfluß vorbehalten; das setzt die Geister in eine Art von **déroute**, weil diese Lage eine unerhörte in Frankreich ist seit der Charte Ludwigs XVIII. Früher sah man auf die Minister, dann auf die Kammer, dann auf den Fürsten; heute handelt es sich um einen wahren Dualismus der Assemblée und des Präsidenten.

Italien.

Turin. Die (gestern kurz erwähnte) das Kammerauflösungsdecret begleitende Proclamation des Königs lautet: „Victor Emanuel II, König von Sardinien ꝛc. Unter den jetzigen ernsten Umständen sollte die Loyalität die ich bisher in Worten und Handlungen bewiesen zu haben glaube, vielleicht genügen um alle Ungewißheit aus den Gemüthern zu entfernen. Gleichwohl fühl' ich, wenn nicht die Nothwendigkeit, doch den Wunsch an meine Völker einige Worte zu richten welche ein neues Unterpfand der Sicherheit und zugleich ein Ausdruck der Gerechtigkeit und der Wahrheit seyen. — Durch die Auflösung der Deputirtenkammer laufen die Freiheiten des Landes keinerlei Gefahr. Sie sind geschützt vom verehrten Andenken des Königs Karl Albert, meines Vaters; sie sind der Ehre des Hauses Savoyen anvertraut, durch die Heiligkeit meiner Eide geschützt: wer sollte für sie zu fürchten wagen? — Vor der Versammlung des Parlaments richtete ich an die Nation, und an die Wähler insbesondere, freimüthige Worte. In meinem Proclam vom 3 Jul. 1849 ermahnte ich sie so zu verfahren daß das Statut nicht zu einer Unmöglichkeit würde. Aber nur ein Drittel von ihnen, oder wenig mehr, betheiligte sich an den Wahlen. Die übrigen verabsäumten jenes Recht, das zugleich eine strenge Pflicht für jeden ist in einem freien Staat. Ich hatte meine Pflicht erfüllt: warum erfüllten sie nicht die ihrige? — In der Thronrede legte ich, obgleich es dessen kaum bedurfte, die traurigen Zustände des Staates dar. Ich zeigte wie nothwendig es sey aller Parteileidenschaft Stillstand zu gebieten, und die vitalen Fragen, welche die öffentliche Sache in zweifelhafter Schwebe hielten, schleunig zu lösen. Meine Worte waren von tiefer Vaterlandsliebe und von unbefleckter Redlichkeit eingegeben — welche Frucht haben sie getragen? Die ersten Handlungen der Kammer waren feindselig gegen die Krone. Die Kammer gebrauchte nur ihr zustehendes Recht. Aber wenn ich vergessen hatte, so durfte sie nicht vergessen. Ich schweige von jenem grundlos begonnenen Krieg der Opposition gegen die Politik welche meine Minister ehrlich befolgten, und welche die einzig mögliche war. Ich schweige von den geschehenen Angriffen zur Verkürzung jener Prärogative die mir das Staatsgesetz beilegt. Aber wohl hab' ich Grund von der Kammer strenge Rechenschaft über ihre letzten Acte zu fordern, und ich appellire zuversichtlich an das Urtheil Italiens und Europa's. — Ich schloß einen Friedensvertrag mit Oesterreich, einen ehrenhaften und nicht verderblichen. So wollte es das öffentliche Wohl. Die Ehre des Landes, die Heiligkeit meines Eides erforderten gleichmäßig daß er treulich, ohne Doppelzüngigkeit und ohne Winkelzüge vollzogen werde. Meine Minister verlangten dafür die Zustimmung der Kammer; diese hängte aber ihrer Zustimmung eine sie unannehmbar machende Bedingung an, indem diese die gegenseitige Unabhängigkeit der drei Gewalten zerstörte, und so das Reichsgrundgesetz verletzte. — Ich habe geschworen im Reich Gerechtigkeit, Freiheit in seinem Recht für jeden aufrecht zu halten. Ich habe geschworen die Nation von der Tyrannei der Parteien zu retten, was auch der Name, der Zweck, der Rang der sie bildenden Menschen seyn mögen. Diese Verheißungen, diese Eidschwüre, ich erfülle sie indem ich eine unmöglich gewordene Kammer auflöse, ich erfülle sie indem ich unmittelbar eine andere berufe. Aber wenn das Land, wenn die Wähler mir ihre Mitwirkung versagen, so wird dann nicht auf mich die Verantwortung für die Zukunft fallen, und bei den Unordnungen die daraus entspringen könnten, werden sie sich nicht über mich zu beklagen haben, sondern nur über sich selbst. — Wenn ich es für meine Pflicht erachtete bei dieser Gelegenheit strenge Worte vernehmen zu lassen, so heg' ich das Vertrauen der richtige Sinn des Volks werde erkennen daß sie zugleich das Gepräge einer tiefen Liebe zu meinen Völkern und der Theilnahme für ihre wahren Interessen an sich tragen, daß sie aus meinem festen Willen entspringen ihre Freiheiten aufrecht zu halten und sie gegen äußere wie gegen innere Feinde zu vertheidigen. Bis jetzt hat das Haus von Savoyen sich nicht vergebens an die Treue, den gesunden Sinn, die Liebe seiner Völker gewendet. Ich bin also berechtigt auch in diesem Fall auf sie zu vertrauen, und mich überzeugt zu halten daß wir vereinigt das Statut und das Land aus den sie bedrohenden Gefahren retten können. Gegeben in Unserem königlichen Schlosse Moncalieri, am 20 Nov. 1849. Victor Emanuel. (Gegengez.) M. d'Azeglio." Der Senat und die neue Kammer sind auf den 20 Dec. einberufen. — Die Turiner Oppositionsblätter sprechen sich ziemlich gemäßigt über diesen Schritt der Regierung aus; stärker die Genueser. Beide Städte aber waren vollkommen ruhig. La Legge glaubt die Gerüchte als widersinnig bezeichnen zu müssen daß ein französisches Truppencorps Savoyen besetzt, und daß die Oesterreicher in die Provinz Novara eingefallen seyen!

Schweiz.

Luzern. Bei Anlaß des neuesten Einschreitens gegen eine mißliebige Presse hört man von Luzern aus mehrfach an Hrn. Dr. Casimir Pfyffers Worte erinnern: confiscirt wurde die Preßfreiheit ꝛc. Dieses Wort hat Hr. Pfyffer gerade vor zwei Jahren in der Basler Ztg. ausgesprochen, die ihm überhaupt zur Zeit der Siegwart'schen Herrschaft mehrere interessante Mittheilungen zu verdanken hatte. Wir hatten uns bei dem Sturze der Sonderbundsregierung erlaubt die HH. Schultheiß Kopp und Dr. Pfyffer an eine dieser Mittheilungen zu erinnern, und sie zu bitten ihren Einfluß dahin zu verwenden damit nicht Rache genommen, nicht Leidenschaften gefröhnt, sondern auf Beruhigung, Mäßigung, Versöhnung hingewirkt werde. Hr. Dr. Pfyffer hatte mit einer Einsendung erwiedert in welcher er das Sündenregister des Siegwart'schen Regiments aufzählte, und nachwies wie viele Volksfreiheiten und Rechte durch dasselbe confiscirt worden seyen. Er hatte ein System der Mäßigung und Billigkeit in Aussicht gestellt, aber gleichsam als traue er nicht recht, als kenne er seine Leute auch schon, den sehr unerquicklichen Trost beigefügt: schlimmer als unter Siegwart könne es nicht kommen. Diese Ahnung des einsichtsvollen Mannes ist leider nur zu sehr in Erfüllung gegangen, und radicale Blätter selbst wissen das jetzige Treiben der Luzerner Regenten kaum mehr anders zu entschuldigen, als Siegwart habe es auch nicht besser gemacht. Es ist das, man verzeihe uns den Ausdruck, ein „Teufelstrost," denn Siegwart ist ja gewiß, wie radicale Blätter darthun, der leibhaftige Satanas: nein, es ist nicht schlimmer gekommen als unter Siegwart,

aber gewiß auch nicht besser, die Rollen haben nur gewechselt. Wenn nun Hr. Dr. Casimir Pfyffer so vielfach an die vor zwei Jahren gesprochenen Worte gemahnt wird, so glauben wir ihm auch die Gerechtigkeit schuldig zu seyn anzuerkennen nicht nur daß er damals schon diese Wendung vorausgesehen, und ohne Zweifel durch seine grellen Schlagworte die ans Ruder gelangende Partei warnen wollte, sondern auch daß er bei verschiedenen Anläßen, namentlich z. B. bei der Amnestiefrage, dem Strome der freischärlerischen Reaction sich, wiewohl vergeblich, entgegengestellt habe. Es muß anerkannt werden, die angesehensten Männer der radicalen Partei in Luzern, die HH. Kopp, Pfyffer und Steiger haben bei jenem wichtigen Anlasse das von der Mehrheit angenommene System mit Energie bekämpft, und eine Politik vertheidigt die, wenn sie genehmigt worden wäre, dem Kanton manches Schwere und Bittere in Gegenwart und Zukunft erspart hätte. Denn täusche man sich nicht, die Saat der Willkür die jetzt ausgestreut wird, wird ihre schmerzlichen Früchte tragen. Es thut unserm Herzen wohl es anerkennen zu können daß jene drei Männer, obschon nicht frei von der Erbsünde ihres Volkes, einer aufbrausenden und harten Leidenschaftlichkeit, doch Einsicht und Vaterlandsliebe genug besessen haben um vor den verderblichen Klippen zu warnen denen man den schönen Kanton entgegentreibt. Daß ihre Warnungen in den Wind gesprochen waren, das bricht mehr als manches andere über die gegenwärtige Mehrheit den Stab! Für Hrn. Pfyffer muß es aber ein peinliches Gefühl seyn eine Partei, zu deren ausgezeichnetsten Führern er gehört, immer mehr auf dem Wege des Verderbens sich festrennen zu sehen. Daß er nicht öffentlich gegen ihre Verkehrtheiten auftritt ist begreiflich, man tadelt, wie Goethe sagt, im stillen den Freund! Und nicht zu bezweifeln ist daß Hr. Pfyffer im stillen Kämmerlein recht oft über die Ungesetzlichkeiten und polizeilichen Willkürlichkeiten in Luzern seufzt. Wir sind daher auch überzeugt die in Luzern verbreitete Meinung ist irrig daß die harte Strafe, womit das Luzernische Bezirksgericht die Polizeiwillkür des Statthalters von Willisau unter seinen Schutz genommen, von Hrn. Dr. Pfyffer ausgegangen sey. Hr. Dr. Casimir Pfyffer ist dessen gar nicht fähig, er ist ja kein Parteimann, er ist der steife unentwegliche Gesetzesmann! (Basl. Z.)

Zur Schilderung des Zustandes dieses Kantons wollen wir nach und nach einige Mittheilungen aus der letzten Wahlkrise machen. Sie knüpfen zum Theil an Thatsachen an welche selbst von radikalen Blättern nicht geleugnet werden, erklären aber manches das die Radikalen gerne anders darstellen. Für heute berichten wir von den Wahlen in Dagmersellen. Dort präsidirte der bekannte Regierungsrath Eduard Schnyder. Die Conservativen trafen über Erwarten zahlreich ein, aber ungeordnet, und man sah ihnen die Furcht vor dem in jener Gegend besonders im Schwang gehenden Terrorismus an. Die meisten Radikalen jener Gegend hatten sich bei den Freischaarenzügen betheiligt, und dabei vollends den Sinn für Gesetzlichkeit und Recht eingebüßt, auch eigentliches Gesindel gibt es dort, das um Geld für alles zu haben ist. — 300 Radikalen gegenüber standen dort 600 Conservative, nach einigen sogar 1000; wie kam es nun daß die Radikalen siegten? Als Hr. Alt-Verhörrichter Jost Segesser erschien, fielen ein Rudel radikale Gesellen über ihn her und schlug und mißhandelte ihn. Die Regierungsabgeordneten saßen im Wirthshause, weder sie noch die Landjäger thaten einen Schritt um den Pöbel zur Ordnung zu weisen. Hr. Segesser konnte endlich ins Wirthshaus entfliehen, wo er vom Regierungscommissär Schutz verlangte. Dieser vertröstete mit dem Richter wenn etwas weiter geschehen sollte. Inzwischen wüthete und drohte der Pöbel fort, bis endlich der liberale Gemeindeammann Tschopp von Mauensee den Regierungsabgeordneten und den Wüthenden ernste Vorstellungen machte. Es wurde endlich Hrn. Segesser ein Landjäger zur Verfügung gestellt, worauf er eine Chaise bestellen ließ und unter Begleitung des Landjägers abfuhr. Nach dem Abfahrenden wurde noch geschlagen und mit Steinen geworfen, so daß selbst der Landjäger die größte Mühe hatte sich des Andrangs zu erwehren. — Aus diesem Vorgange, wobei Hr. Schnyder die Ordnung nicht herstellen konnte oder wollte, entnahmen die Conservativen daß ihre Gegner um jeden Preis Streit suchen. Sie sind aber überzeugt daß in allen solchen Fällen sie die Schuldigen seyn müssen, sie fürchten die Bedrückungen einer eidgenössischen Intervention wie in Freiburg. Denn das Luzerner Volk hat keinen Glauben, kein Vertrauen zu der Gerechtigkeit der Behörden in Bern, und es bleibe hier dahingestellt ob es darin unrecht habe. Aus diesem Grunde und in Folge der Vorstellungen besonnener Leute hielt die große Mehrheit an sich, der es ein leichtes gewesen wäre das radikale Häuflein zu zersprengen. Man zog vor der Gewalt zu weichen, und die große Mehrheit zog in Gesellschaft einzelner vernünftiger Liberalen ab. Hierauf erfolgte der radikale Wahlsieg! Dieses ist nun der Hergang im wesentlichen, und es verdient bemerkt zu werden daß auch der Eidgenosse die Mißhandlung des Hrn. Segesser nicht in Abrede zu stellen wagt! — Es wird uns aber auch berichtet, außer Hrn. Segesser seyen noch andere Bürger mehr oder minder stark mißhandelt worden, z. B. solche welche Conservative vorgeschlagen haben. Augenzeugen erzählen, ein Mitglied des großen Rathes habe einen Mann der die conservative Wahlliste dem Büreau übergeben wollte, beim Arme ergriffen und auf die Seite geführt mit den Worten: „Ihr habt da nichts zu thun, es braucht keine Vorschläge mehr; die welche gewählt werden müssen sind schon vorgeschlagen.“ Wozu nun aber, fragen vielleicht vermeinte Friedfertige, durch Erzählung solcher Thatsachen die Leidenschaften immer wieder nähren, macht man damit das Geschehene ungeschehen? Wo solche Dinge geschehen, besteht kein Friede, es herrscht die rohe Gewalt. Und wir halten es für Pflicht alle die sehen wollen darauf aufmerksam zu machen daß ein anderer Weg als der bisherige eingeschlagen werden muß, wenn man wirklich Frieden will. Möchten namentlich die Gewalthaber in der Schweiz sich nicht verstocken gegen ihr eigenes Gewissen, möchten sie dahin wirken daß eingelenkt werde, ehe es zu spät ist. Wir werden uns daher nicht abhalten lassen an das Gewissen aller Eidgenossen zu appelliren, denen dasselbe durch die Strömung der Zeit nicht weggeschwemmt worden ist. Wir müßten am Vaterlande verzweifeln, wenn wir nicht glauben könnten daß das Gewissen bei vielen mehr übertäubt als getödtet ist! (Basler Ztg.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 22 Nov. Consols $94^{5}/_{8}$.

Paris, 22 Nov. 3proc. 57; 4proc. 70; $4^{1}/_{2}$proc. 78.50; 5proc. 89.65; Bankactien 2395; belg. 5proc. $95^{7}/_{8}$; Anleh. v. 1842 $95^{7}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc $80^{3}/_{4}$; röm. 82; span. 3proc. 35; innere Schuld $28^{1}/_{8}$; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1849 885; Vers. rechte U.-B. 210; linke 170; Paris-Orleans 737.50; Straßburg 357.50; Nordbahn 443.75; Rouen-Havre 233.75; Mars.-Avignon 216. 25; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 397.50; Tours-Nantes 280.

Amsterdam, 22 Nov. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{7}/_{16}$; 3proc. 63; 4proc. $82^{1}/_{2}$; port. 4proc. $34^{1}/_{8}$; Metall. 5proc. $82^{7}/_{8}$; Ard. $12^{1}/_{4}$. Curs auf London 12.05 k. P. Curs auf Hamburg $34^{7}/_{8}$ k. G.

Frankfurt a. M., 24 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 87; 4proc. $68^{5}/_{8}$; 3proc. $51^{5}/_{8}$; $2^{1}/_{2}$proc. $44^{3}/_{4}$; Bankactien 1300; 500fl.-Loose 156; 250fl.-Loose $106^{5}/_{8}$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldscheine $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Verbach $84^{7}/_{8}$; württ. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 81; bad. 5proc. $98^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 78; Lotte-Anl. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose $31^{3}/_{4}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{5}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$ P.; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{4}$; 50fl.-Loose $71^{1}/_{8}$; 25fl.-Loose $2[illegible]^{1}/_{2}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $52^{1}/_{4}$; 40Thlr.-Loose $34^{3}/_{8}$; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{3}/_{4}$ P.; 25fl.-Loose $25^{1}/_{8}$; Frankfurt 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{2}$, $88^{1}/_{8}$; Taunusbahn 293; holl. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{1}/_{2}$; span. 3proc. innere Sch. $27^{3}/_{8}$; poln. 300fl.-Loose 112; 500fl.-Loose $80^{5}/_{8}$; sard. 36Fr.-Loose $32^{1}/_{8}$; Disconto $2^{1}/_{2}$ P.

♀ **Wien**, 23 Nov. Bei sehr beschränktem Geschäft haben die Curse an der heutigen Börse weder in Fonds und Actien, noch in Wechsel und Comptanten irgendeine erhebliche Variation dargeboten. Die 5proc Metall. schlossen etwas matter, die übrigen Effecten so ziemlich zur gestrigen Notiz. Für fremde Devisen mehr Abgeber als Nehmer. Gold und Silber mehr gefragt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93^{7}/_{8}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $83^{1}/_{2}$–$83^{5}/_{8}$. Loose vom J. 1834 170–171, Loose vom J. 1839 $118^{1}/_{4}$–$118^{1}/_{2}$. Bankactien 1185–1190, Nordbahnactien 108–$108^{1}/_{8}$. Gloggnitzer 109–110, Mailänder $79^{3}/_{4}$–80, Pesther $78^{1}/_{2}$–$78^{3}/_{4}$. London (in l. S.) 10.55–10.57, Hamburg 100 P., Augsburg uso 109–$109^{1}/_{4}$. Frankfurt $108^{1}/_{2}$ G., Amsterdam 152 P., Mailand $98^{1}/_{2}$ P., Livorno 106–$106^{1}/_{2}$ P., Genua 125 P., Paris $128^{1}/_{2}$ G., Marseille $128^{1}/_{2}$ G., Bukarest (31 Tage S.) 254–252. Goldagio für kais. Münzducaten $14^{1}/_{4}$. Silberagio $8^{3}/_{4}$ Proc. Aus den ungarischen Bergstädten langen die Gold- und Silbersendungen von Monat zu Monat wieder regelmäßig an. Für Rechnung des Hauses Rothschild ist gestern aus Paris eine Sendung von $109^{1}/_{2}$ Centner Gold und Silber hier angekommen. Dem so eben veröffentlichten Protokolle der achtzehnten Generalversammlung der Actionnäre der Kaiser-Ferdinand-Nordbahngesellschaft zufolge betrugen die Gesammteinnahmen während des Jahres 1848 2,971,870 fl. 32 kr., die Ausgaben 1,971,493 fl. 39 kr., für Zinsen für die Prioritäts-Anlehen sowie für die schwebende Schuld 361,177 fl. 30 kr., so daß für die Verzinsung der 17625 Actien 639,199 fl. 23 kr. erübrigten, von welchen 616,875 fl. als $3^{1}/_{2}$proc. Interessen an die Actionnäre hinausbezahlt und der Restbetrag mit 22,324 fl. 23 kr. der Disposition der Generalversammlung anheimgestellt blieb.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Aus meinen Hütten, von J. G. Kohl.

Drei Bände. 1850.

** Die Kohl'schen Reisen haben uns so vielfach unterhalten, erfreut und belehrt, daß es vielen Lesern derselben wünschenswerth erscheinen mochte den Weg kennen zu lernen auf dem der Verfasser sein ausgezeichnetes Talent für Reisebeschreibung ausgebildet habe. Diesem Wunsche kommt Kohl in den vorliegenden drei Bänden entgegen, die zum kleineren Theil Bruchstücke aus seinem Leben enthalten welche diese Bildung begreiflich machen. Wir sehen ihn von Kindheit an von der größesten Reiselust erfüllt, als Heidelberger Student geht er nach Meran, siedelt sich auf einer Sommerfrische im Gebirg ein, und wir lesen eine höchst anmuthige Schilderung dieses Aufenthalts im ersten Bande dieses Werks. Diese Ansiedelung ging aus einem ebenso stark als die Lust zu reisen in ihm wohnenden Hang zur Einsamkeit hervor, die er immer und immer wieder aufsucht um seinem Hang zu reflectiren und seine Reflexionen in größester Ausführlichkeit niederzuschreiben, zu genügen. Schon als Kind baut er sich auf dem Boden eine kleine Einsiedelei, um da zu lesen, zu lernen, zu träumen; dieser Hang verfolgt ihn durchs ganze Leben, aus der Verbindung desselben mit dem Reisedrang geht sein Beruf zum Reisebeschreiber hervor. Er zieht aufmerksamen Blicks durch die Welt, dann schreibt er in der Einsamkeit was er beobachtet und die Reflexionen zu welchen ihn das Beobachtete veranlaßt hat, und welche dasselbe erklären helfen, nieder. Ehe er aber dazu kömmt diesen Beruf zu erkennen, macht er viele vergebliche Versuche sich als Schriftsteller Einfluß zu erwerben. Es treibt ihn über alles Gesehene und Gelesene nachzudenken, den Ursprüngen desselben nachzugehen, sich sein Gewordenseyn zu erklären. Was er sich so ausgedacht hält er für neu und noch nicht dagewesen; wenn es gedruckt ist vermuthet er oder vielmehr er erwartet mit größter Sicherheit daß es das größte Aufsehen erregen und die gewaltigsten Wirkungen für die Wissenschaft, für das Gewerbe, für das Nationalglück haben werde. Er findet sich getäuscht, es trifft ihn der Fluch des ruhmbegierigen Autodidakten, der seine eigenen Ideen überschätzt weil er nicht weiß was vor ihm alles gedacht ist und auf welcher Stufe des Erkanntseyns der Gegenstand steht über den er seine Ideen entwickelt zu der Zeit da er sie publicirt. Zum vollen Gelingen der schriftstellerischen Laufbahn gehört vor allem eine gediegene formale, die philosophische Bildung. Unsere großen deutschen Schriftsteller der neuern Zeit haben sich alle, mittelbar oder unmittelbar, an den großen formalen Philosophen, an Kant und Hegel gebildet, sodann die Beschränkung auf ein bestimmtes Fach, dessen Gebiet man in seinen einzelnsten Theilen kennt, weßhalb mit Sicherheit bestimmen kann wo man Neues auf dieses Gebiet gebracht, wo man Lücken auf demselben ausgefüllt hat. Dem großen Schriftsteller auf dem wissenschaftlichen Felde steht die ganze Masse des Gedachten in seinem Fache, und je umfassender er ist, in desto mehrern Fächern, vor dem Geiste, er sieht daß da nicht stets wieder von vorne anzufangen, sondern auf dem bereits Gebauten fortzubauen ist; alle ächten Forscher vom Anfang der Wissenschaft an sind solidarisch mit einander verbunden; sie stehen alle für einen Mann; die Geschichte der Wissenschaft, um mit Goethe zu reden, ist die Wissenschaft selber. Kohl war zu keinem wissenschaftlichen Schriftsteller berufen, aber dieser Trieb der Auffassung des Einzelnen, die Sehnsucht dessen Herkunft, Grund, Verbindung und Wirkung zu erforschen, die Gabe das Entfernteste zu combiniren, die Leidenschaft alles Geschaute, Erdachte, Ercombinirte ausführlich niederzuschreiben, die sinnliche Aufmerksamkeit, durch ein schönes Zeichnentalent unterstützt, machte ihn zu dem höchst belehrenden und unterhaltenden Reisebeschreiber als der er in ganz Deutschland und weit darüber hinaus anerkannt, sehr geschätzt und geliebt ist. Jener Hang zur Einsamkeit den wir anfangs erwähnten, hat den Titel dieses Buchs veranlaßt. Sein ganzes Leben trieb es ihn sich von Zeit zu Zeit in die Einsamkeit, in eine Hütte, wie er es nennt, zurückzuziehen; aus diesen Hütten sind die Mittheilungen gekommen die er in diesen drei Bänden gesammelt hat. Er sagt uns selbst wie unermüdlich er Beobachtungen aller Art, Reflexionen, psychologische Abhandlungen niedergeschrieben, wie er von Zeit zu Zeit ganze Stöße dieser Manuscripte dem Feuer übergeben habe. Sein höchster Wunsch war als Jüngling sich gedruckt, sich anerkannt zu sehen. Es mißlang ihm bei seinen ersten Publicationen vollständig; nun scheint dem beliebten vielgelesenen Schriftsteller der alte Wunsch wieder aufgetaucht zu seyn, und er befriedigt ihn theilweise, indem er uns eine Anzahl kleiner Abhandlungen gibt, die er hin und wieder, aber seltner als man wünschen möchte, mit eignen Erlebnissen und Reiseschilderungen durchflicht. Diese Abhandlungen bilden den bei weitem größten Theil des Inhalts der vorliegenden drei Bände, die sich so leicht als interessant lesen und uns nur um so begieriger auf das nächste Reisewerk des Verfassers machen.

Die neuere deutsche Nationallitteratur

nach ihren ethischen und religiösen Gesichtspunkten von Dr. Heinrich Gelzer. Th. I und II. Leipzig, Weidmann'sche Buchhandlung. 1847 und 1849. 8.

c. Daß die neue viel und wesentlich vermehrte Ausgabe dieses Werkes, dem bei seinem ersten Erscheinen schon eine so freundliche Aufnahme von Seiten derer zu Theil wurde die sich ernster mit den darin behandelten Gegenständen beschäftigen, nicht vor die Zeit der großen Bewegung der zwei letztverflossenen Jahre fiel, dürfen wir als eine Gunst des Schicksals ansehen. Damals — und wie tief und breit gähnt die Kluft die zwischen 1847 und 1849 liegt! — damals hätte der Verfasser nicht bei so vielen Gehör gefunden, die jetzt, wir verbürgen es ihm, mit steigender Theilnahme seiner lichtvollen und gründlichen Darstellung der ethischen und religiösen Bedeutung unserer Litteratur von Haller bis Goethe folgen werden. Die Fehlgriffe und Irrthümer welche nach allen Richtungen hin in letzter Zeit begangen wurden, sind bei weitem mehr den Lehrenden und Regierenden als den Regierten und Lernenden vorzuwerfen; gefehlt aber haben beide! Die erstern müssen Claudius', des deutschen Volksmannes, Wort: „der Mensch muß gebessert werden, und, würde ich rathen, nicht von außen herein," fortan mehr beherzigen, und wohl bedenken daß sie, wenn es besser werden soll, nicht müßige Meilenzeiger an der oft rauhen und steilen Heerstraße des Lebens bleiben, und den alten Papier-Schlendrian ja nicht mehr als ein probates Mittel der Volksbeglückung ansehen dürfen. Die letztern ihrerseits aber müssen es nie vergessen daß, wenn der Heiland aus ihnen hervorgehen soll, sie Herz und Sinn rein zu bewahren, und sich zur großen Durchführung des groß Begonnenen edel, stark und fähig erhalten sollen. Hiezu ist diesen und jenen in dem vorliegenden Buch der Weg mit fester und sicherer Hand vorgezeichnet. Wenn der Heros, mit dessen vortrefflich gelungener Schilderung der zweite Theil des Werkes schließt, im Hinblick auf die lange und weitausgedehnte Bahn die er schwer ringend durchlaufen, mit einer wahrhaft ergreifenden Demuth (wir sprechen von Goethe!) ausruft: „Warum sucht' ich den Weg so sehnsuchtsvoll, wenn ich ihn nicht den Brüdern zeigen soll?" — müssen da nicht Lehrende und Regierende so gut wie Regierte und Lernende an ihre Brust mit tiefer Reue schlagen, daß beide mit dem zu befolgenden Wege es bisher so leicht genommen, und daher sich gegenseitig so viel Mißverstand, Mißvergnügen, Kummer, Unglück, Elend und Schmerz bereitet haben! Die Steine zum vielversprechenden Bau sind vorhanden, der Riß ist von Meisterhand entworfen, ja! was noch mehr ist, die Grundlage ist gelegt; daß der rechte Geist der Wahrheit der sich in jedes Einzelnen Leben reinigend, veredelnd, stärkend bethätigen muß, eh zur Weiterführung desselben geschritten werden kann, sein Daseyn beweise, dafür zeugt auch die gegenwärtige Arbeit des durch eine gewichtige Reihe im gleichen Sinn bisher gelieferter Schriften rühmlichst bekannten Verfassers.

Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung.

Herausgegeben von J. G. Droysen. Erster Theil. Leipzig, Weidmann.

I.

* Ohne Frage haben die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung eine nicht geringe Wichtigkeit. Sie müssen dem Beobachter und Forscher der Zeitvorgänge als um so wichtiger erscheinen, da man erwarten darf in ihnen die Motive der Urheber und Förderer des Frankfurter Verfassungsprojects vollständiger zu finden als in den Verhandlungen der Nationalversammlung selbst. Wenigstens

gilt dieß von den entscheidenden Abschnitten vom Reiche und der Reichsgewalt, gerade von ihnen. Denn so lange und breit die Nationalversammlung das Capitel von den Grundrechten berathen hatte, so rasch und oberflächlich peitschte sie so zu sagen jene Abschnitte durch, weil es ihr damals erstes Gebot und erste Noth schien rasch zum Ende zu kommen. Droysen war von Anfang emsiger und eifriger Protokollführer. Er sagt im Vorwort: „seine außer den Resultaten, den Gang und wesentlichen Inhalt der Ausschußdebatten verzeichnenden Notate seyen zwar nicht wie förmliche Protokolle verlesen und genehmigt, hätten aber dafür gegolten ein leibliches Abbild der Verhandlungen zu geben; schon früher sey der Wunsch ausgesprochen sie zu veröffentlichen, und dieser Wunsch sey von den Ausschußmitgliedern in der letzten Sitzung ausdrücklich wiederholt." Er erblickt darin die Autorisation zur Veröffentlichung. Es ist nun freilich sehr zu bedauern daß die Protokolle im Ausschuß nicht verlesen und genehmigt wurden. Sie verlieren als bloße Privatarbeit beträchtlich an geschichtlichem Werth. Mißverständnisse, mehr oder minder irrige Auffassungen u. dgl. sind bei solchen Aufzeichnungen unvermeidlich, zumal wenn die Debatten verworren und hitzig geführt werden, und man weiß daß dieß im Verfassungsausschuß gerade bei den wichtigsten Verhandlungen nicht selten der Fall war. Dazu kommt daß sich im Verfassungsausschuß die Parteien schroff gegenüberstanden. Droysen gehört zu den Urhebern und eifrigen Fürsprechern der in demselben discutirten Aufstellung. Er müßte kein Parteimann, kein warmblütiger und fehlbarer Mensch seyn, wenn man glauben sollte daß er (objectiv genommen) ohne alle Gunst für seine Meinungsfreunde, ohne Farbe von seiner Ansicht hineinfließen zu lassen, protokollirt hätte. Dergleichen geschieht beim besten Willen der Unparteilichkeit unwillkürlich und nothwendig. Auf der andern Seite bürgt Droysens Name und Charakter wenigstens für diesen Willen, und der von ihm erwähnte Wunsch des Ausschusses für das Vertrauen welches dieser in ihn setzte, so daß in jedem Fall das Unternehmen ein höchlich dankenswerthes ist. Außerdem aber fehlt es auch nicht an aller Möglichkeit der Controle und Berichtigung. Reclamationen von Einzelnen werden allerdings mißlich seyn. Man entsinnt sich nach Jahr und Tag nicht leicht genau jeder Aeußerung, jedes Vorgangs. Doch ist auch so etwas bei manchen Mitgliedern gewiß nicht ausgeschlossen. Ein und der andere von ihnen, z. B. Schreiner, hat sich gleichfalls fleißige Aufzeichnungen gemacht. Wigard hat sogar die Verhandlungen des Ausschusses, wenigstens einen großen Theil derselben, stenographirt.

Das ihm vorliegende Material zu einer historischen Darstellung umzuarbeiten hielt sich Droysen, wie er sagt, nicht befugt. Was er hinzugethan beschränkt sich auf kurzen Nachweis von Nebenumständen, auf die Andeutung der Situationen, die Bezeichnung des geschäftlichen Zusammenhangs. Er hat in dieser Beziehung den sichersten und glücklichsten Tact bewiesen. Ueber die Grundrechteberathung hat er einen Protokollauszug für hinlänglich gehalten, die übrigen Verhandlungen theilt er vollständig, bis auf geringe stylistische Nachbesserungen, so wie er sie ursprünglich aufgezeichnet, mit. Ein Anhang enthält Anlagen die man hier gern zusammengestellt sieht: das Verzeichniß der Mitglieder des Verfassungsausschusses, die Entwürfe der Subcommissionen, die Zusammenstellungen der Ausschußbeschlüsse, die Ausschußberichte über die einzelnen Verfassungscapitel, den Entwurf des Generals v. Peucker zu dem Art. III der Reichsgewalt, die Anträge des volkwirthschaftlichen Ausschusses, das Memoire von Duckwitz, Flußzölle und Flußcorrection betreffend, ein Schreiben desselben über das Eisenbahnwesen, eine Denkschrift von Mevissen über Bankwesen und Papiergeld u. s. f. Am Schluß des Vorworts sagt der Herausgeber: „Ist auch dem was wir in ernster und mühevoller Arbeit vollendet, keine unmittelbare Wirksamkeit zu Theil geworden, so wird doch der große politische Gedanke den wir zuerst in klaren, scharfen, gediegenen Formen auszuprägen, in den praktischen Einzelheiten seiner Anwendung und Umschränkung durchzuarbeiten beflissen waren, nicht aufhören das Leben der Nation zu bewegen, und wenn es seyn muß zu erschüttern, bis ihm endlich der volle Sieg geworden, das Reich deutscher Nation erstanden ist." Darein wird jeder gern und freudig einstimmen, sofern es erlaubt ist so zu verstehen daß die Verwirklichung des Einheitsgedankens zu erstreben und zu erhoffen, ob auch nicht eben in der Form von einem Kaiser und Reich deutscher Nation. Die Verwechselung dieser Form mit dem Wesen der Einheit und das Bestehen auf der erstern, als könnte und müßte die Idee der nothwendigen Einheit eben nur in ihr realisirt werden; dieß war freilich der große verhängnißvoll gewordene Irrthum der Reichspartei in der Nationalversammlung, insbesondere der Urheber des Frankfurter Verfassungsprojectes. Nach jenen Worten seines Vorworts scheint sich Droysen, auch enttäuscht voll Täuschung, noch nicht frei davon gemacht zu haben. Leicht mag man in denselben Worten auch schon den abstracten Charakter der Arbeiten des Verfassungsausschusses angedeutet finden. Es ist ein schönes Vertrauen das sich in ihnen ausdrückt, nur wünscht man die Hindeutung auf die „Erschütterungen" hinweg. Es liegt darin eine Art Drohung, und wenn auch nicht: die Reichspartei begehrte und projectirte was ohne Erschütterungen nicht durchzuführen war, sie drohte in ihren Organen im März 1849 unaufhörlich mit der Revolution (z. B. die Oberpostamts-Zeitung in jenen geharnischten Artikeln: „Die Reichsverfassung oder die Revolution!"), sie traf dazu einleitende Veranstalten und schürte das Feuer mit an. Allein es sollte nicht brennen, sollte wenigstens kein wilder, wüster, unlenksamer Brand werden, was doch unvermeidlich war. Als die Erschütterungen einen wirklichen Anfang nahmen, als sie sie nicht temperiren und leiten konnte nach ihrem Wunsch und ihren Ansichten, was sich so leicht vorhersehen ließ — ging sie davon. Droysen war unter denen die gegen Dahlmann und andere am meisten dazu trieben. So wäre denn wohl eine Hinweisung darauf daß auch friedliche Entwicklung — wenn es nur an Einmüthigkeit, politischem Verstande und Beharrlichkeit nicht fehlt, sicher und nothwendig zum Ziel führe — wohl ziemlicher gewesen.

Nach einer kurzen Einleitung bringt der Herausgeber in diesem Band die Verhandlungen über den ersten Entwurf der Grundrechte (S. 3 bis 55), über den ersten Entwurf des Abschnittes von der Reichsgewalt (S. 56—309), über den ersten Entwurf des Abschnittes vom Reich (S. 310—348) und über die Redaction dieser Abschnitte (S. 349—358), worauf dann die Anlagen folgen. Eine noch etwas genauere Charakteristik des Werkes bleibe einem zweiten Artikel vorbehalten.

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über das Jagdgesetz.

— **München,** 23 Nov. (27ste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Daß die Zuhörerräume fast ganz leer sind, erscheint nach den Debatten der letzten Tage über das Jagdgesetz wahrlich nicht unerklärlich. Indessen füllen sie sich später mehr als während aller vorhergehenden Tage. Hr. Minister v. d. Pfordten befindet sich nach seiner Rückkehr zum erstenmal wieder in der Versammlung der Abgeordneten. Bevor man zu der Fortsetzung der Verhandlung des 14ten Artikels schreitet, gibt der Präsident ein kurzes Resumé der gestern hierbei geltend gemachten Ansichten, worauf sich der Vorschlag gründet: zur Vereinfachung der Debatte, den Antrag des Abg. Pröll und Genossen sowie jenen des Abg. Heine zu Art. 15 zu stellen, wozu die Antragsteller ihre Genehmigung ertheilen. Art. 15 handelt nämlich vom Preise der Jagdkarten. Abg. Forndran empfiehlt demzufolge die Annahme des Ausschußantrags zu Art. 14, wonach der zweite Absatz des Regierungsentwurfs wegfallen soll, worin den Grundeigenthümern die Jagd innerhalb der mit Mauern rc. umfriedeten Grundstücke ohne Jagdkarte gestattet ist. Nachdem auch der Referent sich gleichen Sinnes ausgesprochen und der Regierungscommissär ihm beigestimmt, wird der Ausschußantrag zum Beschluß erhoben. Er lautet: „Niemand darf ohne eine von der zuständigen Behörde auf seine Person gestellte und nur für diese gültige Jagdkarte jagen." Da der Art. 16 des Regierungsentwurfs nur die Geltungsdauer der nach den Bestimmungen des §. 15 zu lösenden Karten bestimmt, beantragt der Präsident die combinirte Debatte beider Abschnitte, zu denen außer der Pröll'schen und der Heine'schen Modification noch zwei Anträge gestellt sind, deren einer (Baier, Reinhardt u. Cons.) drei verschieden theure Jagdkarten-Arten für den Gemeindebezirk, den Polizeidistrict und das ganze Land will, während der andere (Sepp u. Cons.) vorzüglich die Vögel gegen die Jagdwuth zu schützen beabsichtigt. Indessen werden diese Vorschläge weit weniger als der Pröll'sche und Heine'sche besprochen. Doch gilt diese Besprechung minder dem Princip als gewissen persönlichen Aeußerungen des Hrn. Antragstellers. Wenigstens gilt dieß von der Rede des Abg. Krämer gegen den Abg. Heine. Daraus entwickeln sich natürlich auch sogenannte „factische Berichtigungen", die wir indessen wahrlich nicht von allgemeinerem Interesse erachten und daher füglich übergehen dürfen. Abg. Ullsch empfiehlt den Pröll'schen Antrag. Abg. Keller verbreitet sich überhaupt über das Princip der Jagdkarten, und übt mit dieser Rückkehr auf die allgemeine Debatte eine fortlaufende Wirkung. Seine schließliche Abweisung des Pröll'schen wie des Baier'schen Antrags wird dann noch entschiedener vom Abg. Ruland fortgesetzt, welcher die Verleihung von Jagdkarten durch die Gemeinden mit der Bildung der Turnergesellschaften in Vergleich setzt, die man ebenfalls zu Freischaaren benutzt habe. Selbst der harmlose Antrag des Abg. Sepp findet schließlich keine Gnade vor der Bewunderung des Redners für den Regierungsentwurf. Abg. Förg erklärt sich dagegen für den Ausschußantrag, während die Abgg. Reinhardt und Stöcker abermals, mit Rücksichtnahme auf Heine'sche Aeußerungen, für die Anträge der HH. Pröll und Baier sprechen. Ueberdieß bringt noch der Abg. Arnheim eine Modification zu allen Anträgen, wonach die Jagdkarte 6 fl. kosten soll. Nachdem auch der Abg. Pröll-

selbst seinem Antrag das Wort geredet, erhebt sich der Abg. Fürst Wallerstein besonders gegen die Angst vor der Volksbewaffnung, indem er theils an die bei Napoleonischer Eroberungsgefahr von der Regierung angeordnete Volksbewaffnung erinnert, theils auch durchführt wie die vorjährige Volksbewaffnung, wenn sie organisch hergestellt worden wäre, wahrscheinlich vieles Unglück verhütet haben würde. Im übrigen erklärt sich der Redner für den Pröll'schen Antrag, und besonders für dessen Bestimmung daß das Erträgniß durch Jagdkarten gänzlich in die Armencassen fließen möge. Der Antrag des Abg. Forndran sucht alle diese Entwürfe zurückzuweisen, um den des Ausschusses zu befürworten. Dabei weist er zugleich nach wie in diesem Gesetz von einem Durchführen des Princips keine Rede mehr seyn könne, nachdem man dasselbe in den ersten Artikeln hintangesetzt. Jetzt bringt der Abg. Stöcker noch einen Antrag ein, um das Erträgniß der Jagdkarten der Armencasse dem Aufenthaltsorte der Jagdkartenträger zukommen zu lassen, und einen Unterantrag um den Sepp'schen Antrag auf die Singvögel zu beschränken. Eine wenig parlamentarische Behandlungsart des Abg. Ulsch veranlaßt den ersten Präsidenten seinen Platz so lange aufzugeben, bis die Kammer über den Streitpunkt entschieden haben werde; Hr. Ulsch erklärt demnach unter Vorsitz des zweiten Präsidenten daß er durchaus keine Beleidigung habe aussprechen wollen, und die Mehrheit der Kammer erachtet in dieser Erklärung eine genügende Genugthuung für den ersten Präsidenten, worauf dieser seinen Platz wieder einnimmt. Zugleich wird auch endlich der Schluß der Debatte über Art. 15 beliebt, worauf der Referent im Schlußwort den Ausschußentwurf, Regierungscommissärs Eylen den Regierungsentwurf vertheidigt. Bei der Fragstellung zieht Hr. Heine seinen Antrag zurück. Alle übrigen Anträge werden verworfen, und die Fassung des Ausschußentwurfs (Art. 17 und 18) unverändert angenommen. Ganz ohne Debatte angenommen wird dann auch der Regierungsentwurf Art. 17 (des Ausschußentwurfs Art. 19). Diese drei Artikel enthalten sonach die Bestimmungen daß der Preis einer Jagdkarte 8 fl. seyn soll, wovon ein Drittel in die Staatscasse, zwei Drittel in die Casse der Armenpflege des Jagdkartenträgers fließen, daß ferner die zum Jagd- und Forstschutz Angestellten ihre Jagdkarten ganz umsonst erhalten, daß endlich jede Jagdkarte ein Kalenderjahr in Kraft bleibt, sowie daß die Verhandlungen über die Ausstellung von Jagdkarten tax- und stempelfrei sind.

Art. 18 des Regierungsentwurfs faßt die Fälle zusammen unter denen Jagdkarten zu verweigern sind, während der Ausschußantrag (Art. 20 und 21) die Kategorien in solche theilt bei denen die Jagdkarten verweigert werden müssen, und in solche wo sie es können. Abg. Boyé's Antrag will die Kategorie der unter Curatel und der unter polizeilicher Aufsicht Stehenden beschränkt wissen. Die Debatte darüber, an welcher sich vorzugsweise die Abgg. Weiß, Schellhorn, Fruth, Breitenbach betheiligen, erscheint ziemlich rein juristischer Natur. Schließlich wird der Ausschußantrag (Art. 20 und 21) mit Annahme der Boyé'schen Beschränkung der unter Curatel Stehenden zum Beschluß erhoben.

Art. 19 und 20 des Regierungsentwurfs (des Ausschusses Art. 22 und 23) bringen fast gar keine Debatte, und es wird die Fassung des Entwurfs angenommen. Beide Artikel behandeln die Berechtigung der Districtspolizeibehörde zur Einziehung der Jagdkarte.

Ohne Debatte wird anstatt Art. 21 des Regierungsentwurfs die dafür substituirte (Art. 24) Fassung des Ausschusses angenommen. Dieselbe lautet: Im Fall der Einziehung der für einen Jagdpächter ausgestellten Jagdkarte ist, insofern nicht die allenfallsigen Mitpächter dessen Verbindlichkeiten übernehmen oder eine Uebertragung des Pachtes nach Art. 13 erfolgt, der Jagdpachtvertrag ohne Entschädigung des Pächters sofort gelöst. Die in einem solchen Fall für die Verpächter und Mitpächter entspringenden Beschädigungen bleiben, insofern der Pachtvertrag nichts anderes bestimmt, der Austragung vor dem Civilrichter vorbehalten.

Zu Art. 22 des Regierungsentwurfs beantragt der Regierungscommissär Eylen Namens der Regierung präcisirende Bestimmungen über die Fälle welche als diesen Bestimmungen zuwiderhandelnd angesehen und daher polizeilich bestraft werden sollen. Zwar bringt auch Abg. Boyé eine Modification ein, allein es erfolgt gar keine Discussion darüber. Bei der Abstimmung wird nun der Regierungsentwurf nebst den neueingebrachten Modificationen und dem Zusatze des Abg. Boyé angenommen. Ein Schlußantrag auf Untersagung der Jagd am Sonntag Vormittag wird verworfen.

Die transitorische Bestimmung des Regierungsentwurfs Art. 23 (Ausschußantrag 26) wird in der vom Ausschuß beliebten Fassung zum Beschluß erhoben. Danach lösen sich abgeschlossene Pachtverträge welche gegen die Bestimungen dieses Gesetzes laufen, 6 Monate nach seiner Publication ohne gegenseitige Entschädigung des Jagdpächters und Jagdverpächters auf, wenn 3 Monate vor diesem Termin von einem beider Theile gekündigt worden ist.

Die definitive Abstimmung über das ganze Gesetz wird auf Antrag des Präsidenten, da dieser dessen Zusammenstellung nach den gefaßten Beschlüssen im Augenblick nicht thunlich findet, auf die nächste Sitzung verschoben, und der Schluß erfolgt, nachdem man noch auf Antrag des Vicepräsidenten Weiß übereingekommen ist im Protokoll jenes oben erwähnte Mißverständniß zwischen dem Hrn. ersten Präsidenten und Hrn. Ulsch mit Stillschweigen zu übergehen.

Mittheilungen eines Deutschen in Mexico.

I.

* **Acapulco,** Mitte Augusts 1849. Californien ist jetzt das Ziel von Tausend und Tausenden welche die Hoffnung hegen schnell reich zu werden. Ueber tausend Personen sind seit etwa zwei Monaten hier durchgekommen, theils zu Lande um hier Schiffsgelegenheit zu suchen, theils zur See in Fahrzeugen die hier um Wasser und Provision anliefen. Unser sonst so stilles Acapulco ist jetzt fast nie ohne irgendeinen Transport unternehmungslustiger Reisender — und kaum ist vor einigen Tagen ein Dreimaster mit etwa 200 Spaniern, Franzosen und Südamerikanern abgesegelt, so haben wir nun einen amerikanischen Schooner mit einer Freicompagnie von 50 Mann, sämmtlich kühne Wildfänge im schönsten Jugendalter, die, des Wartens in Panama auf dem menschenerfüllten Steamer müde, sich entschlossen ein Schiff zu kaufen, und solchergestalt unabhängig dem neuen Golconda zuzueilen. Tollkühner noch als sie bestiegen hier vier ungeduldige Wagehälse ein offenes Boot um den Kampf mit den Elementen zu wagen; ja es geht ins Unglaubliche wie sehr die trügerische Vorstellung, in wenigen Wochen reich werden zu können, allenthalben Leute veranlaßt hat sogar feste Stellen zu verlassen um das Glück nun in weitem Fluge zu erhaschen. Im Bestimmungshafen San Francisco angelangt, sieht sich Schiff auf Schiff durch Desertion aller Mannschaft verlustig, ohne Möglichkeit sich selbst durch vermehrten, sage verzehnfachten Schiffslohn Matrosen verschaffen zu können um wieder abzukommen. Selbst der hier eingelaufene Dampfer California, dessen Abfertigung schon wegen der Gouvernementsdepeschen von größter Wichtigkeit war, theilte das Schicksal nun schon seit anderthalb Monaten zwecklos in San Francisco zu liegen, und sein Nachfolger, der schöne Dampfer Oregon, den wir auf der Rückkehr von Californien hier sahen, konnte dieses Loos nur dadurch vermeiden daß er, an Ort und Stelle angekommen, sich sogleich unter den Schutz eines Kriegsschiffs stellte, welches in seinen eigenen Booten alle Passagiere ans Land setzte, den unruhig gewordenen Theil der Mannschaft in strengen Verwahr legte, und selbst die Uebrigen, um Versuchung zu verhüten, während der Anwesenheit des Dampfers an Bord behielt bis das Zeichen der Abfahrt gegeben ward, wo dann das Schiff seine Mannschaft außerhalb des Hafens wieder erhielt. Unser Freund N., der auch dem neuen Land der Wunder zueilte, scheint Mittel gefunden zu haben sich die nöthige Mannschaft zu erhalten, er ist jetzt wahrscheinlich auf der dritten Reise zwischen San Blas und San Francisco, deren jede ihm an Passagiergeld nahe schon die Werthsumme seines Schooners eingebracht hat. Sind die Ausgaben und Unkosten nicht ganz barbarisch, so ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen daß für ihn — ohne nach den Minen zu gehen um nach Gold zu graben, Californien in anderer Beziehung eine ergiebige Fundgrube geworden ist.

Die sämmtlichen vor ungefähr zwei Monaten hier durchgekommenen amerikanischen Damen sollen wir, nach Aussage einiger Passagiere, nächstens wieder von Californien zurückzuerwarten haben, da sie das Leben dort so entblößt von aller häuslichen Bequemlichkeit, und diese Ueberströmung von Menschen so wenig nach ihrem Geschmack gefunden haben sollen (man denke sich diese Tausend und abermal Tausende in improvisirten Hütten) daß sie vorgezogen haben vorerst nach ihrer Heimath zurückzukehren, und noch ein paar Jahre lang die californischen socialen Entwicklungen aus der Ferne zu betrachten.

Die Haupternte des californischen Goldes ist natürlich in erster Instanz für die rüstigen Männer der arbeitenden Classe, die, an Strapazen gewöhnt, selbst nach den Flußniederungen gehen können um dort zu graben, und in dieser Hinsicht hat der amerikanische Jäger der Wildniß den unbestrittenen Vorrang vor allen andern Mitbewerbern.

Die argentinische Republik, Rosas und die europäische Diplomatie.

II.

A—ee. In dem Friedensschlusse zwischen Brasilien und Buenos-Ayres hatten beide Theile 1828 Uruguay als eine selbständige und un-

abhängige Republik anerkannt. England hatte vermittelt, die Unabhängigkeit des neuen Staates wurde vorerst auf fünf Jahre gewährleistet. Am 10 Sept. 1829 wurde für Uruguay eine Verfassung proclamirt, welcher, wie bei den meisten übrigen südamerikanischen Republiken, jene der nordamerikanischen Union zum Grunde lag; Präsident wurde Don Fructuoso Rivera, dessen Finanzverwaltung gerechten Tadel erfuhr. Im Jahre 1836 wählte man statt seiner Don Manuel Oribe zum Präsidenten, der sogleich mit finanziellen Reformen hervortrat und Regelmäßigkeit in den Staatsdienst brachte, dadurch aber eine Menge von Feinden sich erweckte, Leute die früher im Trüben gefischt hatten. Zunächst gerieth er mit Rivera in Streit, der von ihm an die Spitze der Armee gestellt worden war. Als er demselben nicht die verlangten beträchtlichen Summen verabfolgen ließ, war der Bruch vollständig. Auch wollte Rivera keine Rechenschaft über die Verwendung der Gelder ablegen, und wurde endlich vom Commando entfernt, das der Präsident seinem Bruder Don Ignacio Oribe übertrug. Hier liegt der Ursprung des verheerenden Krieges und aller der Verwickelungen die noch heute fortdauern. Rivera war von jener Zeit an ein persönlicher Feind Oribe's, schloß sich an Lavalle an, der, wie wir schon gemeldet, nach Uruguay geflüchtet war, und wurde von ihm sowie von einer Anzahl Franzosen, in seinen Bemühungen den Präsidenten zu stürzen, eifrig unterstützt. Unter diesen Umständen rief Oribe die vertragsmäßige Hülfeleistung des argentinischen Dictators an, da es namentlich Flüchtlinge aus Buenos Ayres waren welche die gesetzmäßige Regierung Uruguay's mit den Waffen in der Hand stürzen wollten. Rosas schickte Truppen und Kriegsbedarf, ohne sich an einen Protest des französischen Ministerresidenten zu kehren. Der englische Ministerresident Mandeville verhielt sich ganz passiv. Rivera verlor 1837 die Schlacht bei Carpinteria, und flüchtete in die südbrasilianische Provinz Rio grande, wo er Indianer und Weiße anwarb und an der Gränze eine Art Guerillakrieg führte.

Der Streit zwischen den Parteien in Uruguay hatte zwei Jahre gedauert als die französische Diplomatie die Dinge noch ärger verwirrte. Admiral Le Blanc verlangte Entschädigung für französische Unterthanen, Rosas verweigerte jede Unterhandlung mit einem nicht bevollmächtigten Individuum, und so erfolgte die französische Blokade von Buenos Ayres im März 1838. Die sehr zahlreiche französische Bevölkerung in der Stadt Montevideo, welche damals auf reichlich siebenzehntausend Köpfe veranschlagt wurde, nahm lebhaft Partei für Le Blanc und die Franzosen in Buenos Ayres, und suchte auf jede mögliche Weise Oribe zum Kriege gegen Rosas aufzustacheln. Diese französischen Speculanten trachteten nämlich vor allem dahin die Hafenstadt Montevideo zum Mittelpunkte ihrer Operationen zu machen, um dort ihre Prisen verkaufen und überhaupt aus der Blokade von Buenos Ayres Nutzen ziehen zu können. Aber Oribe, obwohl eben durch die Blokade ohne wirksamen Beistand aus Buenos Ayres, von den Franzosen hart bedrängt, und von Rivera in Montevideo belagert, blieb standhaft. Hier zeigt sich nun das verwerfliche Treiben der Franzosen ganz offen. Sie hofften durch ihn zu erreichen was Oribe verweigerte, und als jener um französische Hülfe bat, nahmen Le Blanc und der Consul Barradere ganz offen für ihn Partei. Sie unterstützten ihren Schützling so wirksam daß die Riveristen die Oberhand erhielten. Oribe, von allen Seiten gedrängt, sah sich genöthigt die Präsidentschaft niederzulegen, protestirte aber feierlich gegen die Gewaltthätigkeiten einer bewaffneten Faction, welche ohne den Beistand der französischen Marine ohnmächtig gewesen wäre, und forderte von der französischen Regierung Genugthuung für die ihm zugefügten Beleidigungen und das rechtswidrige Verfahren ihrer Agenten. Er begab sich nach Buenos Ayres, wo man ihn als den „gesetzlichen Präsidenten von Uruguay" mit allen Ehren empfing, während Rivera in Montevideo einzog und dort zum Präsidenten gewählt wurde. Von nun an gingen seine Bemühungen dahin die Dinge in Buenos Ayres dermaßen zu verwirren daß die Argentiner, im eigenen Lande vollauf beschäftigt, keine Zeit gewannen sich um die Angelegenheiten von Uruguay zu bekümmern. Die französischen Agenten halfen ihm dabei getreulich. Rivera wiegelte die Provinz Corrientes auf, rief die nach Uruguay geflüchteten Unitarier unter die Waffen, veranlaßte den General Lavalle zu einer Schilderhebung in Entre Rios und erklärte endlich im Februar 1839 der argentinischen Republik den Krieg, weil sie sich Angriffe auf die Unabhängigkeit Uruguay's habe zu Schulden kommen lassen. Die, wie allgemein behauptet wird, von den Franzosen abgestachelten Unitarier in der Stadt Buenos Ayres, begannen gleichfals sich zu rühren, und ihre Meinungsgenossen in Tucuman, Salta und Corrientes rüsteten offen zum Kriege.

Rosas ernannte unter diesen Umständen den Expräsidenten Oribe zum Brigadegeneral. Der Dictator befand sich in einer kritischen Lage. In seiner eigenen Hauptstadt war eine Verschwörung gegen ihn angezettelt worden; die Blokade äußerte den nachtheiligsten Einfluß, sein Todfeind Lavalle rückte vom Norden heran, Rivera kam vom Osten her, seine eigene Armee war im Innern vollauf beschäftigt, und in den nördlichen Provinzen trat Mißvergnügen immer deutlicher zu Tage. Außerdem war sein eigenes Leben mehrfach bedroht gewesen. Da beschloß er einen entscheidenden Streich zu führen. Er kannte die Verschworenen, und ließ an einem Tage siebenzig der angesehensten gefangen nehmen und hinrichten. Damit war die Conspiration zu Ende; er hatte die Lunte ausgetreten, als sie eben in die Pulverkammer geworfen werden sollte, und dadurch freie Hand gegen Lavalle gewonnen. Um dieselbe Zeit spannte auch Frankreich, um nicht mit England in ernsten Streit zu gerathen, andere Saiten auf. Die Admirale Blanche und Dupotail sowohl als Baron Mackau erhielten Weisung mit dem Dictator zu unterhandeln und mit ihrer Flotte abzusegeln. Es gelang den Zwist beizulegen, als Rosas sich dazu verstand den Franzosen einige Handelsbegünstigungen zu bewilligen, die anderen Völkern zugestanden worden waren. Die Blokade wurde, nach mehr als zweijähriger Dauer, am 31 October 1840 aufgehoben, zum großen Mißvergnügen der französischen Speculanten in Montevideo.

Lavalle, der mit 500 Mann über den Uruguayfluß gegangen war, wurde am 16 November des genannten Jahres bei Santa Fé geschlagen, rückte aber gleich nachher bis Luxan, zwanzig Wegstunden von Buenos Ayres, vor. Rosas sprengte ihm die Armee auseinander, und Lavalle flüchtete, auf dem Wege nach Bolivia, nach Tucuman. Etwas weiter nördlich, bei der Stadt Jujuy, wurde er überfallen und getödtet. Auch Oribe schlug die Unitarier aufs Haupt; im April 1842 hatte er den General Paz und die Bewaffneten aus Uruguay verjagt, und in Santa Fé und Entre Rios die Unitarier bezwungen. Diese Erfolge haben den Muth der Anhänger des Dictators. Am 11 April, dem Jahrestage seiner Wahl, zogen sie lärmend durch die Straßen und richteten ein fürchterliches Blutbad unter den Unitariern an. Am 13 hingen zwei Menschenköpfe auf offenem Markte, wo das Rindfleisch verkauft wird. Man hatte ihnen durch die Nase blaue Bänder, das Abzeichen der Unitarier gezogen, und an die Leichen eine Inschrift geheftet: „Fleisch mit der Haut!" Auch wurden die abgeschlagenen Köpfe angesehener Unitarier unter Musik und dem Rufe: „Wer kauft Orangen!" durch die Straßen getragen. Erst am 19 mißbilligte Rosas das Vorgefallene in einer Proclamation und ließ eine Anzahl überwiesener Mörder erschießen. Gleich nach diesen blutigen Vorgängen lief die Nachricht ein daß General Lopez, die letzte Stütze der Unitarier, am Chaco von Oribe geschlagen war. Auch hatte sich inzwischen die argentinische Flotte unter dem Commodore Brown, einem alten Schottländer, gerührt, und dem orientalischen Geschwader, das ein Yankee, Commodore Coe, befehligte, zu schaffen gemacht. Der letztere mußte seine Stelle dem Italiener Garibaldi abtreten, der unter Murat gedient hatte, aber dem Schotten nicht gewachsen war. Die gesetzgebende Versammlung von Buenos Ayres übertrug dem Dictator nun auch die Würde eines Großmarschalls, die er aber ablehnte.

Unablässig ging sein Bemühen dahin seinen nützlichen Freund Oribe, den „legalen Präsidenten" in Uruguay, wieder einzusetzen. Er war dessen Bundesgenosse; die Machthaber im Nachbarlande hatten Buenos Ayres mit Krieg überzogen, und der Friedensvertrag von 1828 verpflichtete ihn die Unabhängigkeit Uruguay's gegen innere Empörer und die Uebergriffe des Auslandes in Schutz zu nehmen. So wurde denn Brown angewiesen Montevideo zu blokiren, während Oribe mit seinen Landtruppen vorrückte. Die französischen Bewohner in dieser Stadt hatten einen Protest gegen das Verfahren des Baron Mackau eingelegt und sich bei den französischen Kammern über schwere Beeinträchtigung ihrer Interessen beklagt; sie unterstützten auch jetzt Rivera, und dieser gab allen Sklaven die Freiheit, um seine Streitkräfte zu vermehren. Denn Oribe hatte im Spätjahre 1842 den Marsch gegen Uruguay angetreten. Als er noch in der Provinz Entre Rios stand, erboten sich die Gesandten von Frankreich und England zur Vermittlung. Er lehnte dieselbe ab. Am 6 Dec. griffen die Montevideaner unter Rivera, 8000 Mann stark, ihn auf argentinischem Gebiete, bei Arroyo grande an, verloren 2400 Mann im Gefechte, Rivera floh, und Oribe rückte gegen Montevideo an.

Unter diesen Umständen begannen die englischen und französischen Diplomaten eine Thätigkeit, die so verhängnißvoll geworden ist. Sie boten am 15 Dec. auch bei Rosas ihre Vermittlung an, und auch dieser lehnt dieselbe ab. Die Diplomaten der beiden Großmächte geben darauf kund, sie würden andere Maßregeln treffen um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen welche einer friedlichen Schifffahrt auf dem Laplatastrome im Wege ständen, und der brittische Ministerresident erklärt gleich nachher im Namen der Regierungen von England und Frankreich daß der so langwierige und blutige Krieg aufhören müsse. Demgemäß forderte er unbedingtes Einstellen der Feindseligkeiten von der einen wie von der andern Partei; jeder streitende Theil solle seine Truppen in sein eigenes Land zurückziehen. Auch wurde Oribe von ihnen angewiesen den Uruguay

nicht zu überschreiten oder, falls das bereits geschehen sey, unmittelbar umzukehren. Oribe nahm jedoch von einem so seltsamen Befehl keine Notiz, und umzingelte am 16 Febr. 1843 die Stadt Montevideo, welche Brown vom Flusse her blokirte, auf der Landseite. In seinem Rücken stand aber Rivera, der wieder einige Reiterei zusammengebracht hatte, und in der Stadt lag General Paz mit 6000 Mann. Sehr rührig zeigten sich auch jetzt wieder die Franzosen, obschon ihr Consul Pichon, der Gegenadmiral Clerval und dessen Nachfolger Lainé, aufrichtig oder nur scheinbar, sich Mühe gaben sie von der Theilnahme am Streite zurückzuhalten. Jene aber bildeten eine französische Legion, welche später so viel von sich reden machte. Der englische Commodore Purvis gebot allen brittischen Unterthanen strenge Neutralität, nahm aber selbst lebhaft Partei gegen die Argentiner, deren Geschwader er sogar einmal mit Embargo belegte. Die Belagerung durch Oribe dauerte inzwischen Monate lang fort, und die Stadt wehrte sich; da wie dort mußten alle Gefangenen über die Klinge springen. Am 11 Sept. gebot auch der französische Generalconsul seinen Landsleuten die strengste Neutralität, und der englische Admiral erhielt Befehl die Blokade anzuerkennen, während der brasilianische Minister eine solche Anerkennung verweigerte, und die französische Legion welche im Begriff war sich aufzulösen, durch Geld vermochte die Waffen nicht abzulegen. Zu gleicher Zeit unterhandelte er mit dem montevideanischen Minister des Auswärtigen über Abtretung eines Theils von Uruguay an Brasilien. Diese Politik erklärt sich einfach. Rosas hatte sich, wie wir schon früher andeuteten, geweigert einen Allianzvertrag vom 27 März 1843 zu ratificiren, der darauf abzielte den Frieden in Uruguay und die gesetzliche Regierung wiederherzustellen und Rivera abzusetzen. Rosas ratificirte nicht, weil die Regierung von Uruguay beim Vertrage nicht gehörig repräsentirt sey. Seine Weigerung erklärt sich indessen auch aus andern Gründen; man war so rücksichtslos gegen ihn verfahren, daß er nun auf sein „gutes Recht" sich steifen und gegen Brasilien von Mißtrauen erfüllt die Sache auf seine Weise ausfechten wollte. So trat dann der langwierige Streit abermals in ein neues Stadium.

Gegen Ende des Jahres 1843 waren die belagerten Montevideaner hart bedrängt, aber die französische Legion, welche einer wiederholten Aufforderung ihrer Regierung die Waffen abzulegen keine Folge gab, hielt standhaft aus. Da zog der französische Consul seine Flagge ein, und begab sich am Neujahrstage 1844 an Bord der Fregatte La Gloire. Die Belagerung dauerte fort. Am 10 April erklärte Admiral Lainé, er gebe der Regierung von Montevideo 24 Stunden Bedenkzeit zur Auflösung der französischen Legion, welcher die Waffen nie wieder zurückgegeben werden dürften. Die Legionaire legten die Waffen nieder „in ihrer Eigenschaft als Franzosen," nahmen aber sofort das Gewehr wieder zur Hand „in ihrer Eigenschaft als Orientalen," denn sie betrachteten sich von diesem Augenblick an als naturalisirte Montevideaner. Im Juni verließ der englische Commodore Purvis den La Platastrom, nachdem er, soviel die Neutralität irgend erlaubte, Partei gegen Oribe genommen hatte, und Sir Thomas Paisley trat an seine Stelle. Auch dieser that, in Gemeinschaft mit dem französischen Admiral, alles um die von den Argentinern erklärte Blokade gegen Montevideo unwirksam zu machen, während die nordamerikanischen Kriegsschiffe, mit Ausnahme eines vereinzelten Falles, dieselbe streng beobachteten. Inzwischen verließ im Juli General Paz die belagerte Stadt und begab sich nach Rio de Janeiro. Die brasilianische Regierung gab sich für eine neutrale aus, doch fuhr dieser General am Bord eines brasilianischen Fahrzeuges und marschirte nachher mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen durch die Provinz Rio grande, ohne daß die Behörden ihn daran hinderten. Er sammelte auf brasilianischem Gebiete Truppen, bewaffnete sie dort, und fiel mit 2000 Mann in die argentinische Provinz Corrientes ein.

In den letzten Monaten des Jahres 1844 sandte die brasilische Regierung den Visconde de Abrantes an die europäischen Höfe, angeblich um die Handelsbeziehungen mit Europa zu regeln, in der That aber um eine Einmischung Englands und Frankreichs zu erwirken, weil die Wirren am La Platastrom dem Handel die größten Nachtheile zufügten. Sein Memorandum fand an den Höfen zu London und Paris so viel Anklang daß späterhin Hr. Guizot in der Deputirtenkammer erklärte: es habe auf beide Mächte geradezu bestimmend eingewirkt, während doch derselbe Minister am 28 Mai 1844 die Wühler in Montevideo für „eine Handvoll unruhiger Franzosen" erklärt hatte, „welche aus Eigennutz Frankreich in neue Schwierigkeit zu verwickeln beabsichtigen." Als dann am 16 Januar 1845 die Argentiner enge Blokade für die Hafenplätze Montevideo und Maldonado erklärten, verweigerten die Befehlshaber des englischen, französischen und brasilischen Geschwaders jede Anerkennung derselben. Rosas konnte nur protestiren „gegen die handgreifliche Verletzung der Rechte einer souveränen und unabhängigen Macht"; er verfügte daß kein Fahrzeug welches Montevideo berührt habe, in irgendeinem argentinischen Hafen zugelassen werden solle. Aehnliches verfügte Oribe für die Häfen von Uruguay. Zugleich wurde Rivera abermals geschlagen; er flüchtete nach Brasilien; die ganze Banda Oriental war längst für ihn verloren. Montevideo war der einzige Platz welcher sich in der Gewalt seiner Anhänger befand, und die Aussichten hatten sich für Oribe, den „rechtmäßigen Präsidenten", sehr günstig gestaltet. Jetzt erklärte sich auch der französische Agent geneigt die Blokade anzuerkennen, während der englische Geschäftsträger Turner eine Ausnahme für von jenseits des Meeres kommende Schiffe verlangte. Rosas ging darauf nicht ein, nahm aber die Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers Brent an, welcher sich am 11 April bereit erklärte zwischen Buenos-Ayres und Montevideo eine Ausgleichung herbeizuführen.

So standen die Dinge als Hr. Ouseley in Buenos-Ayres eintraf. Dieser bevollmächtigte Minister erklärte das bisherige Verfahren der Admirale für ungeeignet, er wies jeden Gedanken an einen gewaltsamen Eingriff in die Händel am La Platastrom zurück, und suchte Frankreich zuvorzukommen, dessen Bevollmächtigter noch nicht eingetroffen war. Am 2 Junius ward dann ein Uebereinkommen getroffen, und in demselben die Blokade unbedingt anerkannt, ebenso Oribe als rechtmäßiger Präsident. Sobald dieser letztere einverstanden sey, sollte die argentinische Land- und Seemacht zurückgezogen und eine allgemeine Amnestie erlassen werden. Diese in Gegenwart und unter Mitwirkung des amerikanischen Residenten vereinbarten Artikel wurden nicht niedergeschrieben; Hr. Ouseley meinte, wenn der französische Diplomat eintreffe, könne man ihnen die gehörige Fassung geben. Baron Deffaudis kam an. Er wollte an keiner Verhandlung theilnehmen bei welcher der amerikanische Resident als Vermittler auftrete, und betrachtete jene Vereinbarung seinerseits als null und nichtig. Flugs änderte nun auch Ouseley seine Politik, und ging mit Deffaudis Hand in Hand; Brent trat von der Vermittlung zurück um seinerseits kein Hinderniß der Ausgleichung zu seyn. Da aber Rosas sich auf nichts einlassen wollte, wenn nicht zuvor die Blokade Montevideo's und Maldonado's anerkannt würde, so verlangten und erhielten Ouseley und Deffaudis ihre Pässe am 10 Julius und schifften nach Montevideo über. Rosas befahl sogleich seinem Commodore Brown mit dem argentinischen Geschwader von Montevideo ab und nach Buenos-Ayres zu segeln. Als derselbe am 2 August eben die Anker lichtete, eröffneten die englischen und französischen Schiffe ein Feuer gegen ihn, und sein Geschwader mußte sich ergeben. Die Admirale Lainé und Inglefield erklärten alle Plätze Uruguay's welche von argentinischen Truppen besetzt waren, in Blokadezustand, überantworteten zwei der genommenen Schiffe dem oben erwähnten Garibaldi, und ließen zugleich eine Expedition abgehen welche die Hauptküstenplätze in Besitz nehmen sollte. Sie bestand aus einigen Spaniern, den verfügbaren englischen und französischen Streitkräften, und hauptsächlich aus der „italienischen Legion". Für diese ist charakteristisch daß in Montevideo Raub und Mord beinahe ganz verschwand als diese Legion die Stadt verlassen hatte. Dafür plünderten sie nun im Lande, z. B. in Colonia del Sacramento. Am 18 September 1845 erklärten nun Ouseley und Deffaudis die Häfen der Provinz Buenos-Ayres in Blokadezustand.

So weit haben wir uns durch das wirre Labyrinth langweiliger Intriguen, Schlachten und Blokaden hindurchgefunden. Nun, am Ende des Jahres 1845 standen die Dinge am La Platastrom so: Montevideo hat eine revolutionäre Regierung, an deren Spitze sich dem Namen nach Rivera befindet, der aber nicht in der Hauptstadt ist. Der legale Präsident Oribe hat mit seinem Heere, das theils aus Orientalisten und vertragsmäßig gestellten argentinischen Truppen besteht, beinahe das ganze Land inne und belagert Montevideo; Rosas will nach wie vor den gesetzlichen Präsidenten in sein Recht und sein Amt einsetzen. Die Diplomaten aus London und Paris verfahren gegen Buenos-Ayres und Oribe angriffsweise und üben Gewaltthaten aus, während sie angeblich vermitteln wollen.

Deutsche Briefe aus den Vereinigten Staaten.

* **New-York,** 31 Oct. In wenig Tagen finden unsere Staatswahlen statt, und bereits sind wir mitten in den Wahlumtrieben, deren Erfolge für die Richtung unserer Politik in der Regel tonangebend sind. Wäre unsere Union bisher nicht in allem so durchgängig glücklich gewesen, und wären ihre politischen Aussichten nicht gar so gewaltig, so würden unsere Politiker wohl anderes zu thun haben als sich eben nur unter sich zu zerspalten und zu bekämpfen. Wie die Sachen aber jetzt stehen — und selbst ohne den letzten Aufschlag in den Baumwollenpreisen — können die Politiker immerhin Zeit und Kräfte an solche Differenzen vergeuden, denn je mehr es derartige Ableitungen der überflüssigen Kräfte gibt, desto besser

ist es. Whigs und Locofocos sind unter sich uneinig, und selbst die lediglich zu Ausbeutung der Früchte unserer New-Yorker Staatsverwaltung erfolgte Vereinigung der Old-Hunkers und Barnburners zu Ausstellung einer gemeinschaftlichen Candidatenliste ist durch die Unverträglichkeit der Old-Hunkers bedroht, welche von den aufgestellten Candidaten wenigstens ihre Suprematie anerkannt wissen wollten, was die Mehrzahl derselben natürlich abgelehnt hat. In Washington bereitet sich mittlerweile alles auf den bevorstehenden Congreß vor, und die Intriguen wegen der Sprecherstelle sind im vollsten Gang. Cobb von Georgia, der Locofoco, hat, wie es scheint, die besten Aussichten, nächst ihm aber Winthrop der vorige Sprecher. Die Stellung des Cabinets wird muthmaßlich eine sehr wenig erfreuliche werden, da das letztere es nicht verstanden hat sich irgendwie beliebt zu machen. Weder die innere noch die äußere Politik der Union ist von dem Cabinet befriedigend gehandhabt worden, und namentlich ist die äußere Politik desselben Gegenstand der vielfachsten Angriffe von Seiten aller Parteien gewesen. Für das maßlose Fortschreiten unseres Volks verlangt man auch eine fortschreitende äußere Politik, und selbst diejenigen welche der Nichteinmischungsmaxime unbedingt huldigen, hätten in vielen Fällen ein offeneres Auftreten gewünscht, da ja gerade wir uns in der Lage befinden den »Common sense« des demokratischen Völkerrechts überall offen bekennen und befolgen zu können. Wenn irgendein Volk in seinen auswärtigen Verhältnissen nicht zu diplomatisiren braucht, so sind wir es; und die bisherige Art und Weise unserer immer wechselnden auswärtigen Vertretung hat gewiß zur Genüge gezeigt daß wir dieß gewiß nicht beanspruchen. Unsere Nichteinmischungsmaxime bürgt uns dafür daß wir uns nur in das mengen wo wir von Gottes- und Rechtswegen ein Wort mitzusprechen haben, und wo dieß der Fall ist, da sprechen wir am besten kurz und verständlich. An Productivität in thatsächlicher Hinsicht fehlt es uns zudem in der Regel nie, und es läßt sich dießfalls am besten auf den Isthmus von Panama verweisen, dessen Aufgabe von den europäischen Mächten in Jahrhunderten nicht gelöst wurde, während unser Volk nur der Ueberzeugung von der Nützlichkeit einer Eisenbahn bedurfte um die letztere sofort in Angriff zu nehmen und auszuführen. Gewiß hat Amerika auch eine hohe völkerrechtliche Aufgabe, denn es hat ein Völkerrecht zu schaffen in welchem ebenso vom Volke wie vom Rechte die Rede ist; in dieser Hinsicht bleibt uns aber, wenigstens in Bezug auf Europa, nicht weniger als alles noch zu thun übrig. Unsere Stellung zu Deutschland ist ein Beweis hiervon. Während hier wenigstens noch nicht bekannt geworden ist daß England oder Frankreich ihre Gesandten bei der deutschen Centralgewalt abberufen, oder die betreffenden Stellen aufgehoben haben, geht von unserm Cabinet dem Gesandten Donelson die Weisung zu eine solche Abberufung seinerseits in Anregung zu bringen. Gerade wir aber haben an dem volkthümlichen Aufblühen eines einigen Deutschlands ein viel größeres Interesse als irgendeine europäische Macht; denn für uns würde es in Europa gar keinen wichtigeren und innigeren Bundesgenossen geben als ein einiges Deutschland. Gibt es Bestimmungen in der Völkerpolitik, so ist die innigste Verbindung der nordamerikanischen mit der deutschen Union eine solche, und dieses hat unser Clayton durchaus verkannt wenn er damit beginnt einer gegenseitigen Vertretung dieser beiden Unionen entgegenzuarbeiten, ja, was noch mehr ist, diplomatisirend entgegenzuarbeiten. Und dabei haben wir den mit amerikanischen Verhältnissen vertrautesten Staatsmann Deutschlands, den Baron v. Rönne, hier als deutschen Gesandten, einen Mann dessen Tüchtigkeit hier so allgemein anerkannt ist, daß eben nur diese Tüchtigkeit es war die das deutsche Reich unsern amerikanischen Staatsmännern bisher zu befreunden wußte. Unter solchen Umständen ist es geradezu unerklärlich wie Clayton in Bezug auf Deutschland handelt und bisher gehandelt hat, und man kann jedenfalls nur ein wenig zu entschuldigendes Nicht- oder Verkennen annehmen was einer solchen Handlungsweise zu Grunde liegt. Die Thatsache daß vom Cabinette aus Veranlassung an Donelson ergangen ist die Aufgebung seines Postens bei der Reichsgewalt zu beantragen, ist in Washington allbekannt, und sollte, wenn wir eine um solche Verhältnisse sich bekümmernde deutsche Presse hätten, von dieser eigentlich im gehörigen Lichte dargestellt werden. Bis jetzt aber haben sich unsere in deutscher Sprache erscheinenden Blätter wenig darum bekümmert. Wahrscheinlicherweise kommen alle diese Verhältnisse bei dem bevorstehenden Congreß ausführlich zur Sprache, und es dürfte deßhalb derselbe in Bezug auf unsern diplomatischen Verkehr von nicht geringer Wichtigkeit werden.

In Canada fängt man an die Annexation zunftmäßig zu betreiben, und die Verlegung des Regierungssitzes von Montreal nach Toronto ist ein mächtiger Hebel einen solchen Betrieb zu fördern. In Montreal wird dadurch das Annexationsgeschrei in Permanenz erklärt, in Toronto aber kommt der Genuß der Süßigkeiten eines Regierungssitzes zu spät, da der Keim der Annexationsbestrebungen dort schon gelegt ist.

In der Sklavenfrage waren alle Augen bisher auf die in Kentucky zusammentretende constituirende Versammlung gerichtet, da Henry Clay's bekannter Abolitionsbrief hoffen ließ daß diese Versammlung zum erstenmal eine graduelle Emancipation aussprechen und verfassungsmäßig feststellen werde. Diese Hoffnungen scheinen großartig getäuscht zu werden, da die seit Anfang des Monats October versammelten Abgeordneten sich im Gegentheil ganz bestimmt für strikteste Aufrechthaltung der Sklaverei ausgesprochen haben, und überhaupt eine solche Unbeweglichkeit in ihren Ansichten kundgaben daß selbst der alte Vorschlag die Naturalisation Eingewanderter von 5 auf 21 Jahre hinauszuschieben wieder hervorgebracht worden ist und Anklang gefunden hat. Die Sklaverei hat allerdings in Kentucky das wenigst verletzende Aeußere, und würde, wenn sie überall so wäre wie dort, nur wenig angefeindet werden. Sie beruht zudem daselbst nur auf patriarchalischen Grundlagen, denn in zwei Drittheilen des Staats Kentucky ist die Sklaverei nicht local oder klimatisch bedingt, sondern lediglich ererbt, und wird als Erbstück aufrecht und in Ehren gehalten. Sobald der kühne Hinterwäldlergeist, der sich bisher in Kentucky vorzugsweise zeigte, durch das unaufhörliche Fortschreiten des Yankeegeistes gewerblich modificirt seyn wird, hat gewiß auch das letzte Stündlein der finanziell nur unvortheilhaften und kostbaren Sklaverei geschlagen, und auf einem solchen Wege ist Abolition in den Vereinigten Staaten nicht nur allein möglich, sondern auch unausbleiblich. Die Sklaverei ist einmal bei uns ein Rechenexempel welches nicht unaufgelöst bleiben kann, aber eben weil wir vorzugsweise rechnen, wird sie bei uns da wo sie klimatisch und local vortheilhaft — also nöthig — ist, aufrechterhalten werden, und wir dürften Englands Vorgängen im Ruiniren seiner westindischen Besitzungen nicht blindlings folgen. Das Haytische Kaiserreich ist zudem auch nicht geeignet den Versuchen der schwarzen Race auf dem Felde der praktischen Politik das Wort zu reden, und bald dürfte der unter englischem Schutze befindliche Muskitokönig und der von seinen Epauletten beschattete Kaiser Faustin lebende Beweisgründe werden daß der Racenkampf vorderhand noch immer nur zum Vortheil des weißen Mannes entschieden werden muß.

Während die Kentuckyversammlung dem Fortschritt hindernd entgegenzutreten scheint, ist wenige Meilen südlicher die am 23 Oct. zusammengekommene Memphis-Convention bemüht dem Fortschritt nach dem großen Westen und dem neuen Eldorado zu die Flügel der Dampfeskraft zu sichern. Bisher sind alle daselbst besprochenen Projecte südlicher Art, und gehen darauf hinaus die Straße von den Gränzen von Arkansas ab nach dem Rio Grande zu führen. Schon während des mexicanischen Krieges lagen der Regierung Pläne vor eine Dampfbahn von Napoleon Ark (ein Südenproject bei Fort Smith) nach Guaymas oder San Diego zu führen, und es schien die Ausführbarkeit dieser Pläne so ziemlich gesichert zu seyn. Seit jener Zeit ist die Richtung der westlichen Hauptstraße nach San Diego zu (Guaymas ist mexicanisch geblieben) wenig in Anregung gekommen. Die neuesten Berichte geben nun vom Rio Gila schöne Goldhoffnungen, freilich aber von so mangelnder Verköstigung begleitet daß selbst unsere dorthin gegangenen Goldjäger es nicht gewagt haben sich daselbst aufzuhalten. Eine Eisenbahn dorthin würde sich demnach vielleicht doppelt verinteressiren und zugleich die uns vertragsmäßig obliegende mexicanische Gränzwacht nicht wenig erleichtern. Auf die letztere Verpflichtung hin wird übrigens jetzt von unsern amerikanischen Indianerjägern im Dienste mexicanischer Staaten mächtig hingearbeitet, und die letzten Zeitungen brachten uns Berichte von der Guerrillabande des Capitän Box, welche für den Staat Durango bei Talaveras und Papasquiaro Indianer gefangen und geschlachtet hat; mit merkwürdiger Tapferkeit allerdings — denn 30 Amerikaner fochten einen Tag lang gegen 200 Apachen — aber dennoch mit jenem Beigeschmack von Barbarei den das contractliche Aufarbeiten der rothen Race gegen Handgeld unbedingt mit sich führt. Ist freilich den rothen Räubern anders nicht beizukommen, so muß es ja wohl seyn, und gewiß werden die Apachen, wie kürzlichst die Comanches in ihrem großen Concil bei Frederiksburg, es für klüger finden mit den Amerikanern nicht länger anzubinden als sich dem sichern Verderben durch fortgesetzte Räubereien auszusetzen. Die Lawine der Civilisation läßt sich nun einmal weder durch schwarze noch durch rothe Menschen bei uns aufhalten, und in dieser Gewißheit wird auch der kluge rothe Mann das Todesurtheil wenigstens des bisherigen Indianerthums zu lesen wissen. In Florida sollen übrigens jetzt die Indianer homöopathisch bekehrt werden; eine Gesandtschaft von zwölf Indianern aus Arkansas unter dem Häuptling „Wild Cat" ist nach Tampa Bay abgegangen und soll den Seminolenhäuptling Billy Bowlegs und durch diesen dessen Stamm zu Friede und Freundschaft, vielleicht mit obligater Aufgabe der uralten Wohnsitze der Seminolen, bewegen.

Von New-York wird Mitte Novembers ein eisernes Dampfboot für den See Titicaca abgehen, welches in Stücken von je 350 Pfund verpackt.

von Callao oder Lima nach seinem erhabenen Wirkungskreise (auf einem Hochplateau der Andes) gebracht werden wird. Es hat zwei Maschinen zu 10 Pferdekraft jede, und ist ein Muster unserer Geschicklichkeit im Erbauen von Fluß- und Landsee-Dampfschiffen. Das Haus Aguirre und Galway hat es für 3600 Dollars bei dem Maschinenbauer Birkbeck bestellt.

Vom 1 April 1844 bis zum 21 Oct. 1849 sind im Hafen von New-York allein 1,028,091 Einwanderer angekommen.

Den letzten Nachrichten von Californien zufolge werden diesen Winter an 15,000 Auswanderer in dem großen Bassin des Salzsees überwintern.

[4355] **Stuttgart. Ankauf von $4^1/_2$ proc. württembergischen Staats-Schuldscheinen.**

Die unterzeichnete Stelle ist ermächtigt zum Rückkauf diesseitiger $4^1/_2$ proc. Staats-Schuldscheine die Summe von 80,000 fl. zu verwenden.

Die bis zum 10. December d. J. Vormittags 9 Uhr einkommenden für die Casse günstigsten Verkaufsanträge werden angenommen, falls die Offerte überhaupt genehm gefunden werden, und wird die Entscheidung über Annahme oder Zurückweisung der übergebenen Offerte noch am nämlichen Tage erfolgen. Den 21. November 1849.

Württembergische Staats-Schulden-Zahlungs-Casse.
Faber.

(4359) **Der Verein deutscher Aerzte und Naturforscher in Paris**

feiert am 15. December d. J. sein Stiftungsfest. Mit dieser Mittheilung an die verehrten auswärtigen correspondirenden und Ehren-Mitglieder verbindet sich die Bitte, gefällige Zusendungen an den Verein bis auf diesen Tag beschleunigen zu wollen.

Paris, den 15. November 1849.

Der Ausschuß:
Dr. v. Welz. Dr. Naóum. Dr. Baumgarten.

(4373) **Berichtigung.**

Die unter dem 8. November dieses Jahres vom unterzeichneten Stadtgericht erlassene Edictal-Ladung wird hiermit dahin berichtigt: daß der darin sub I. 5. als Verschollener vorgeladene Schneidergeselle Freyer, von hier, nicht die Vornamen

Gustav Wilhelm Eduard

sondern den Namen

Friedrich Wilh. Eduard Freyer

führt, der Vorname Gustav aber willkürlich von ihm angenommen worden ist.

Dresden, den 19. November 1849.

Das Stadtgericht: Dr. **Kübel.**
H. Köhler.

(4332) Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und der Schweiz zu beziehen:

Theorie und Praxis der Hufbeschlagskunst. Eine Anleitung zum Beschlag, zur Erkenntniß, Beurtheilung u. Behandlung gesunder und kranker Hufe der Pferde. Von **J. C. Groß,** Lehrer an der königl. Thierarzneischule in Stuttgart. Mit 115 eingedruckten Original-Holzschnitten. Zweite verbesserte und umgearbeitete Auflage. 18 Bogen 8. geh. 1 fl. 48 kr. oder 1 Thlr. 4 Sgr.

---

[322] Im Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das Turnen.

Ein deutschnationales Entwicklungs-Moment.

Von Dr. **W. F. Klumpp,**
Professor am k. Obergymnasium in Stuttgart.
8. br. Preis 30 kr. od. 10 Ngr.

Inhalt: Einleitung. — Geschichtliche Entwicklung. — Hellenische Gymnastik. — Leibes-Uebungen bei den Deutschen: a) Aeltere Zeit. b) Die Gymnastik der Philanthropine. c) Das Turnen durch Jahn. — Deutsch-nationaler Charakter des Turnens. — Eigene Erfahrungen des Verfassers. — Statistik des Turnens. — Preußen, Sachsen, Anhalt, Kurhessen, Schwarzburg-Sondershausen, Bayern, Baden, Darmstadt, Schweiz, Dänemark, Württemberg. — Begriffliche Entwicklung. — Der physische Gesichtspunkt, der ethische, der nationale. — Die fernere Gestaltung der Sache. — Das Turnen, als Sache der Schule, mit allgemeiner Verpflichtung. — Als nationales Institut. — Als Vorschule der allgemeinen Wehrhaftigkeit. — Turnfeste. — Turnplatze, Zeit, Lehrer, Kosten. — Turnübungen für das weibliche Geschlecht. — Schlußwort.

Stuttgart und Tübingen.
J. G. Cotta'scher Verlag.

[4258—60] **Chirurg Moll's Recepte.**

Wer sich im Besitze befindet der von dem in Augsburg im Jahre 1834 verstorbenen Hrn. Chirurg Moll hinterlassenen Recepte oder darüber einige Auskunft zu geben vermag, wird dringend gebeten, seine Adresse dem „Hrn. J. P. S., abzugeben in der Huber'schen Buchhandlung in Bern," zukommen zu lassen.

(4231) **Bücher-Gesuch.**

Aus folgenden Fächern der Litteratur suche ich Bücher zu kaufen und nehme Offerte dankbar entgegen:

1) **Alte Manuscripte** auf Pergament oder Papier, **besonders mit Malereien.** Codices der griechischen und römischen Autoren.
2) **Auf Pergament gedruckte Bücher.**
3) Griechische und lateinische Kirchenväter, doch die griechischen nicht, wenn nur in lateinischer Uebersetzung. Besonders die Ausgaben der Congregation de St. Maure.
4) Polyglottenbibeln, erste Bibelausgaben, sowie Bibeln in ausländischen Sprachen, Bibel-Commentare, z. B. Cornelius a Lapide etc.
5) **Conciliensammlungen von** Mansi, Wilkins, Labbeus etc. **Kirchengeschichte,** z. B. Baronius etc. Legenden, z. B. **Bollandi acta Sanctor.** Die Werke der **Reformatoren** Luther, Melanchthon, Calvin, Zwinglius etc. **Ascetische Werke,** z. B. Suarez, Pez etc. **Scholastische Werke** z. B. Albertus Magnus, Thom. Aquin. Bonaventura, Duns Scotus etc. **Liturgische** Werke, z. B. Assemanus, Bona, Cavalieri, Missale, Breviare, Horae, Euchologion etc.
6) Grosse historische Werke, z. B. Muratorius, Bouquet, Pertz etc., besonders über England, Polen und Russland.
7) Altdeutsche Gedichte, Volksbücher, Volkslieder, Curiositäten, z. B. von Fischart, Murner, Brand etc.
8) Altitalienische, französische, spanische und altenglische Gedichte, Schauspiele, Chroniken etc., z. B. Dante, Roman de la rose, Romancero, Chaucer etc.
9) Bücher mit Holzschnitten von Holbein, Dürer. Todtentänze, Turnierbücher, Theuerdank etc.
10) Alle bis 1470 gedruckten Bücher, doch auch spätere, bis 1500, besonders in Italien gedruckte Ausgaben der Classiker.
11) Alle bis 1700 in Polen und Russland oder über diese Länder erschienenen Bücher.
12) Alle Reisen welche bis 1580 erschienen sind, oder Sammlungen solcher Reisen, z. B. Columbus, Vespucius, Marco Polo, De Bry, Hulsius etc.
13) Grosse naturhistorische Werke, besonders mit color. Kupfern.
14) Alte musikalische theoret. und prakt. Werke, z. B. Goudinel, Josquin, Palestrina etc. Chansons etc.
15) Prachtwerke.
16) Sammlungen von Kupferstichen, Handzeichnungen, Holzschnitten etc.
17) Handschriften berühmter Männer, Briefe, Unterschriften etc.

☞ Auch kaufe ich ganze Bibliotheken gegen baare Zahlung zu den höchsten Preisen, bin auch gern bereit den Besitzern der von mir gesuchten Bücher, wenn sie es vorziehen sollten, nach freier Wahl neue und die neuesten Bücher dagegen zu liefern.

Offerte erbitte direct durch Post.

T. O. Weigel, Buchhändler in Leipzig.

(4287—88) Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen (in Wien bei Tendler und Comp., Graben Nr. 618) zu haben:

Der Selbstarzt in Geschlechtskrankheiten.

Eine deutliche Anweisung
sich durch die einfachsten Mittel und in der kürzesten Zeit von allen Formen der Syphilis radical zu heilen;
sammt Rathschlägen zur Wiedererlangung des verlornen Zeugungsvermögens
so wie zur Bewahrung vor Ansteckung.

Von Dr. **Julius Vogel,** praktischer Arzt in Wien.

Zweite vermehrte Auflage. Taschenformat, broschirt 1 fl. oder 24 Sgr.

☞ Der Verfasser, einer der renommirtesten und gesuchtesten Aerzte der Wiener Schule, hat sich bemüht, in diesen Schriften die Quintessenz dessen zu liefern was man gewöhnlich mit dreifachem, ja in letzter Zeit zu zehnfachem Preise zahlen mußte.

Niemand wird unbefriedigt die praktischen Schriften aus der Hand legen. Sie seyen hiermit und insbesondere auch dem ärztlichen Publicum bestens empfohlen.

(4336) Bei uns erschien:

Dr. Bertholdi, die Kunst der Debatte. Anleitung für Staatsbürger sich im Gebrauche der freien Rede zur Theilnahme an den Verhandlungen der politischen Vereine und Deputirtenkammern auszubilden. 15 Ngr. oder 45 kr.

Die parlamentarische Redekunst, oder Anweisung, in öffentlicher Versammlung zu sprechen und an der Debatte theilzunehmen, für Schulen und zum Selbstunterrichte. 18 Ngr. oder 54 kr.

Die Kunst der Debatte wird in dem ersten Werke von einem Manne geistvoll, gemeinverständlich und praktisch, ohne Weitschweifigkeit und gelehrten Ballast gelehrt, der selbst für einen der besten ostpreußischen Debaters gilt und durch seine eigene Debattirfertigkeit die Tüchtigkeit seiner Lehrmethode und seiner Regeln aufs glänzendste bewährt.

Wie das vorstehende erste Werk für politische Vereinsredner und Abgeordnete, so ist das zweite mehr für Gymnasien, höhere Bürgerschulen und den Privatunterricht bestimmt; es behandelt daher die parlamentarische Kunst auch aus einem andern Standpunkte, und nach Stoff, Form und Dialektik, mehr dem Gesichts- und Wissenskreise des Schülers höherer Gymnasial- und Realclassen sich anschmiegend.

Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.

(4360) In Baumgärtners Buchhandlung zu Leipzig ist soeben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versendet worden (Augsburg, M. Rieger):

VIELLIEBCHEN

Ein Taschenbuch für 1850.

Neue Folge, erster Jahrgang.

Von Theodor Mügge.

Mit 7 Stahlstichen. In eleg. engl. Einband mit Goldschnitt. Preis 2 Thlr. 15 Ngr. oder 4 fl. 30 kr.

Inhalt: **Fort auf's Land. — Die Erben. — Die Getrennten.**

Dieser erste Jahrgang einer neuen Folge unseres Taschenbuchs erscheint in vergrößertem Formate, zur Bequemlichkeit des Lesers mit etwas größern Lettern gedruckt, und ist in allen Rücksichten äußerst elegant und vortrefflich ausgestattet.

Wir müssen es dem Leser des Taschenbuchs überlassen den Werth der Novellen, deren Verfasser rühmlichst bekannt und einer der beliebtesten Erzähler ist, zu beurtheilen.

[3928] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hugel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Jarisch, A., Feierstunden. Eine Sammlung nützlicher Gegenstände für die reifere Jugend verfaßt. 1s Bdchen. Auch u. d. Titel: **Christliche Seelenlehre** in Beispielen. 8. geh. 48 kr. oder 12 gr.

— — dasselbe. 2s Bdchen. Auch u. d. Titel: **Biblische Alterthümer** zum bessern Verständnisse der heil. Schrift bearbeitet. 8. geh. 1 fl. 6 kr. oder 16 gr.

Proska, Fr. Js., Swetlusky. Zbirka bájek a podobenstwi, prelozenim J. Kociana. — **F. J. Proschko, Leuchtkäferchen.** Eine Sammlung von Fabeln und Parabeln, mit böhmischer Uebersetzung von J. Kotzian. 8. geh. 54 kr. oder 14 gr.

— — dasselbe ohne böhmische Uebersetzung. 8. geh. 24 kr. oder 6 gr.

(4268) Für Jäger, Jagdliebhaber und angehende Waidmänner.

Im Verlage von Johann Ulrich Landherr in Heilbronn ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Praktischer Jagdbetrieb auf alles edle und unedle Haar- und Federwild

oder

gründliche Angabe der vortheilhaftesten und zweckmäßigsten waidmännischen Methoden, alles Hoch- und Niederwild, sowie das Raubzeug, mittelst Gewehren, Netzen, Dohnen, Fallen und Ausgrabens zu erlegen und einzufangen.

Aus den besten Schriften und eigenen langjährigen bewährten Erfahrungen gesammelt von

L. Allich.

12. Elegant geheftet. Preis 54 kr. oder 15 Sgr.

Der vollkommene Jäger wird in dieser rein praktischen Schrift manches finden das für ihn noch zu wissen von hohem Werthe ist, und den jungen angehenden Waidmann setzt sie in den Stand ohne weitere Anweisung in den verschiedensten Jagdbetriebsweisen sich auszubilden und zu vervollkommnen.

☞ Ferner erschien von demselben Verfasser:

Vollständige Anweisung auf Scheiben und bei Jagden gut schießen zu lernen.

Nebst einer kurzen Geschichte der Feuergewehre, einer Anleitung über deren Verfertigung, Bau und einzelne Bestandtheile, sowie einer Beschreibung über die zum Schießen mit der Büchse und Flinte erforderlichen sonstigen Gegenstände.

Nach den besten Quellen und eigenen vieljährigen praktischen Erfahrungen bearbeitet.

12. Elegant geheftet. Preis 36 kr. oder 10 Sgr.

Diese treffliche Schrift enthält nicht allein für den schon geübten Schützen selbst manches das ihm höchst willkommen seyn wird, sondern für jeden der sich die Kunst gut zu schießen aneignen will, so vieles, als er überhaupt nur immer nöthig haben wird. Es wird daher weder der Praktiker noch der Anfänger im Schießen das vorliegende Werkchen eines unserer bestrenommirtesten Schützen unbefriedigt aus der Hand legen, und ohne für die wenige Baarauslage stets hinreichenden Ersatz gefunden zu haben.

[4205] So eben ist bei Alexander Duncker, k. Hofbuchhändler in Berlin, erschienen und in allen Buchhandlungen zu finden:

Christian Friedrich Daniel

Schubarts Leben

in seinen Briefen.

Gesammelt, bearbeitet und herausgegebn von

von **David Friedrich Strauß**

(dem Verfasser des „Leben Jesu").

2 Bde. m. Schubarts Porträt u. Facsimile. 8. geh. 5 Thlr. 24 Sgr.

Ein deutsches Dichterleben aus dem vorigen Jahrhundert ist es das dem Publicum hier geboten wird: einer aus jenem Titanengeschlechte, dessen maßloser Ungestüm, ihm selbst verderblich und ohne bleibende Frucht für das Allgemeine, der milden Herrschaft der Weimarischen Olympier voranging. Mag das Interesse für Eröffnungen aus der Werdezeit unserer Nationalliteratur, wie es vor kurzem noch lebendig war, zurückgedrängt seyn, so tritt ja auch in diesem Buche das litterar-historische Interesse hinter dem menschlichen, man möchte sagen dramatischen, zurück, welches für alle Zeiten das gleiche ist. In der That, wie ein Trauerspiel wickelt sich das Geschick des unglücklichen Dichters vor uns ab. Wechselsweise bewegen uns Theilnahme und Mißfallen, Hoffnung und Furcht; Entsetzen faßt uns, wir schmelzen in Mitleid, glühen in Zorn, Erwartung spannt sich, erlahmt und spannt sich wieder — bis endlich der Zauber sich löst der auf dem Schicksale des Helden lag, wir mit ihm wieder frei athmen, aber nur um ihn nach kurzer Freude auf immer hinsinken zu sehen.

[4222] **Preisherabsetzung**

mit Prämien interessanter Kupferstiche.

Durch alle Buchhandlungen (in Köln durch M. Lengfeld, Hochstraße Nr. 109) sind auf feste Bestellungen sofort zu erhalten:

1. Die Volksharfe.

Sammlung der schönsten Volkslieder aller Nationen. 6 Bdchen. 372 Gedichte.

2. Dramatisches Potpourri.

Auswahl komischer Scenen und Gesänge aus den beliebtesten Lustspielen, Possen, Vaudevilles, Travestien u. s. w. 4 Thle.

3. Sammlung von 6000 deutschen Sprüchwörtern.

Zwei Theile.

☞ Diese 3 Werke, aus 12 Theilen bestehend, Ladenpreis 3 Thlr., werden jetzt zu 1⅙ Thlr. od. 2 fl. rhn. erlassen; außerdem, jedoch nur bei baarer Zahlung, als Prämie beigefügt vier reizende mythologische Kupfer: 1) Amor und Psyche, 2) die mediceische Venus, 3) Mars und Venus, 4) Raphaels 3 Grazien.

[4190] In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

W. Löbe,

Jahrbuch der Landwirthschaft und der landwirthschaftlichen Statistik für das Jahr 1848.

Eine systematisch geordnete Darstellung der neuesten Erscheinungen im Gebiete des Acker- und Wiesenbaues, der Viehzucht, der Thierheilkunde, der Hauswirthschaft, des Garten- und Weinbaues, der Fischerei, der Maulbeerbaum- und Seidenzucht, der technischen Gewerbe, der Naturwissenschaften, des Bauwesens, der agrarischen Gesetzgebung, der Bildungsmittel, der landwirthschaftlichen Statistik rc.

Gr. 8. Brosch. 2 Thlr.

Der Jahrgang 1847 kostet ebenfalls 2 Thlr.

(4114—16) **Anstellungsgesuch**

als Rechnungsführer, Aufseher, Secretär, Kammerdiener, Vorleser, Hausmeister.

Ein Mann mittlern Alters, wissenschaftlich gebildet und mehrere Sprachen sprechend und schreibend, sucht in obigen Eigenschaften recht baldige Anstellung bei einer Familie auf dem Lande oder bei einer ältern Dame. Frankirte Briefe befördert die Expedition dieses Blattes unter Chiffre B Nr. 4114.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag — Nr. 331. — 27 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (weitere Beschlüsse über die städtische Verfassung. Das Gerücht von Einsetzung der Centralgewalt am 1 Dec. wiederholt); München (Prinz Adalbert von Preußen. Graf Bray nun wirklich nach Petersburg ernannt. Beginn der Discussion über den Amnestie-Entwurf. Das Jagdgesetz mit großer Mehrheit angenommen); Speyer (die Speyrer Ztg. wieder geduldet); Darmstadt (die Kammern auf den 20 Dec. berufen. Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen. Dürftige Oeffentlichkeit bei den Gerichten); Thüringen (in Meiningen Wahl für das Staatenhaus. Die Gefangenen in Rastatt. Die Coburger Stände); Dessau (die Regierung über die Militärconvention); Braunschweig (die Reichstagswahlen vor den Landtag gebracht. Unterhandlungen mit Preußen über Einverleibung des Truppencontingents. Bedeutung dieser Unterhandlungen); Köln (Assisen. Die Bernbach'sche Sache); Berlin (auch Streliz schließt sich aus. Die Antwort an Oesterreich. Das Protokoll des Verwaltungsraths über die Anordnung der Reichstagswahlen); Oldenburg (der Landtag tritt dem aufschiebenden Antrag des Ausschusses in Betreff des Dreikönigsbündnisses bei. Das Ministerium beharrt auf seinen Wegen); Schleswig-Holstein (dänische Umtriebe in Schleswig); Wien (der Lloyd über die Hinrichtungen in Ungarn. Feldzeugmeister v. Heß. Theater. Rückkehr des Fürsten Schwarzenberg); Linz (Ankunft und Aufenthalt des Kaisers); Prag (des Kaisers Aufenthalt und Abreise. Prinz Albert von Sachsen. Die Eisenbahn nach Dresden. Minister Bach. Philologisches Seminar. Zunahme der Cholera in Stadt und Land).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (die Eröffnung der Kettenbrücke. Hochschule. Theater. Szemere. Ludwig Batthyany. Ein Görgey'scher Tagsbefehl); Agram (Lehrkanzeln für tschechische, polnische und russische Sprache).

Großbritannien. Agitation gegen die Todesstrafe. Die Batthyany. Gützlaff.

Frankreich. Raspails Rede gegen die Bankiers. Beschlagnahme von Journalen wegen Beleidigung L. Bonaparte's. Oeffentliche Wintervorlesungen für Arbeiter. Interpellation über den Zwangscurs der Banknoten. de Baune †. Straßburg (deutsche Flüchtlinge).

Italien. Rom (Ankunft des neuen französischen Oberbefehlshabers. Verhaftung mehrerer Damen); Parma (Abschaffung der Prügelstrafen).

Schweiz. Wackernagel bleibt.

Rußland. Ein Sieg im Daghestan.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam, Hamburg 23; Wien, Berlin 24; Augsburg 26 Nov.

Deutschland.

Frankfurter Blätter und Briefe wiederholen das Gerücht daß am 1 Dec. die neue Centralgewalt installirt werden solle. Eines von zweien: entweder ist das Zerwürfniß zwischen Preußen und Oesterreich über die Berufung eines Reichstags nicht so bedrohlich als officiöse Berliner Correspondenzen es darstellen, oder es steht das einträchtige Zusammenwirken einer preußisch-österreichischen Herrschaft über Deutschland noch nicht so nahe.

cc **Frankfurt a. M.,** 24 Nov. Unsere Constituante hat gestern Abend den letzten Ziegel auf das Dach der neuen Verfassung gelegt, womit wir freilich nicht sagen wollen daß sie das Fundament dadurch befestigt hätte. Im Gegentheil! Troz alledem und alledem blieb die Majorität dabei: ein Wahlcolleg muß in der Stadt sämmtliche 80, ein anderer aus verschiedenen, ziemlich fern von einander liegenden Dorfschaften zusammengesetzter einziger Wahlbezirk muß 16 für das Land wählen! Schroffheit und immer Schroffheit, auf der Linken wie auf der Rechten! Diese ging ihrerseits von ihrem „mindestens acht Wahlbezirke für die Stadt und ebenso viel für das Land" nicht ab, und stimmte, ganz wie jene, gegen jeden Vermittlungsantrag. Wir erfreuten uns an dem gesunden Menschenverstande eines wackern Mitglieds aus dem Handwerksstande, Hrn. May; dieser Mann machte in einfacher aber eindringlicher Sprache die Majorität aufmerksam daß, wie man zu sagen pflegt, „draußen auch Leute wohnen", und es doch unklug wäre unter den bestehenden Verhältnissen gar kein Ohr zu haben für das was in der Bürgerschaft von vielen nachdrücklich genug gesagt wird. Der wackere Mann hatte die Wage ganz unparteiisch gehalten, und die Mittelzahl zwischen 1 und 8 ganz richtig gesetzt, nämlich vier Wahlbezirke. Er hatte nach unserer Meinung das Richtige getroffen. Zu große Zersplitterung der Wahlbezirke dient der Plutokratie, zu große Verdichtung und Verknäuelung der Clubherrschaft. Aber wer will heutzutage vernünftig seyn? Partei, Partei, schreit alles mit Herwegh — im großen wie im kleinen — und wer weder den alten Zopf will der hinten saß, noch den neuen der in der Form von Riesenbärten vorn die Gesichter bärenartig erscheinen läßt, dessen einfaches Haupthaar ist den einen, dessen unbehaartes Kinn ist den andern ein Beweis daß er nicht auf der Höhe oder der Tiefe der Zeit steht. Von den Zöpfen und Bärten wieder auf unsere Constituante zu kommen, berichten wir nur daß mit einer doch bedeutend kleineren Majorität als gewöhnlich, nämlich 63 gegen 43 und 2 suspendirte Stimmen, die Einheit — zwar nicht des Vaterlandes, aber doch des Wahlbezirks beschlossen ward. Das Centrum, an dessen Spitze Hr. Dr. Kugler, ein zugleich liberaler und besonnener Mann steht, stimmte dagegen, und für den einen oder den andern Verbesserungsantrag. Kugler selbst hatte nur das Princip der Bezirkswahl in der Verfassung ausgesprochen, das übrige der Gesetzgebung überlassen wissen wollen. Um allen gerecht zu seyn müssen wir noch hinzufügen daß der Berichterstatter Hr. Dr. Luyh das unitarische System sehr geistreich vertheidigte. Ein rühmlich bekannter Turner wollte nicht acht, nicht vier Wahlbezirke, sondern (nicht ohne gute der Oertlichkeit entlehnte Gründe) sieben nach der alten heiligen Zahl. Da aber das keine Unterstützung fand, verlor er die Balance, und fiel auf eins herab. Der hiesige Gewerbstand macht jezt der Constituante auch allerlei Schwierigkeit. Er will nicht mit Unrecht daß die Erlaubniß zur Verheirathung an einige Bedingungen geknüpft werde welche die Zukunft des Ehepaars nicht allzu unsicher erscheinen lassen. Manche alte Zunftideen will er auch wieder in das Neue hineingetragen haben. Eine große Zahl von Handwerksmeistern will nur für die neue Verfassung stimmen wenn ihr Ultimatum, worauf sie gestern in einer Eingabe zurückkamen, von der Constituante angenommen wird. Manches darunter wird aber schwer nicht nur mit ultrademokratischen, sondern auch mit freisinnigen Grundsätzen zu vereinigen seyn.

Bayern. c. **München,** 26 Nov. Se. Maj. der König hat dem Prinzen Adalbert von Preußen vor seiner Abreise von hier die Insignien des Hausordens vom heiligen Hubertus eigenhändig verliehen. Graf Bray, welcher am kaiserl. russischen Hof nunmehr, wie ich vernehme, wirklich wiederholt beglaubigt worden ist, wird in wenigen Tagen nach St. Petersburg abreisen.

|| **München,** 26 Nov. Die Sitzung der Abgeordneten beginnt mit der Beeidigung des Hrn. Hetterich, welcher für den ausgetretenen Abg. Wächter als nächster Ersatzmann einberufen wurde. Hierauf ward über das vielfach abgeänderte Jagdgesetz im ganzen namentlich abgestimmt, und dasselbe mit 81 gegen 46 Stimmen angenommen. Daß diese Minorität, außer Hrn. Pfarrer Ruland, von der Linken gebildet wurde, mag darin seinen Grund haben daß einzelne Bestimmungen, z. B. über den Preis der Jagdkarten und die Verwendung gelernter Jäger, gegen den Willen dieser Partei durchgingen. Sie ließe nun lieber das Gesetz fallen, statt sich der Möglichkeit auszusetzen daß das was in ihrem Sinn durchging, von den Reichsräthen verworfen würde und dann die Majorität auch hierin nachgäbe. Dieß würde am Ende dazu führen daß der Regierungsentwurf fast unverändert stehen bliebe.— Mit Vorstehendem und andern unbedeutenderen Dingen vergehen ungefähr 1½ Stunden, während welcher sich das übrigens nicht allzu zahlreiche Auditorium mit seiner Spannung auf die Amnestiedebatte gedulden muß. Endlich eröffnet der Präsident die allgemeine Discussion mit der Bekanntgabe daß 18 Redner eingeschrieben seyen; die Verlesung ihrer Namen gibt die niederschlagende Gewißheit daß jene Zahl noch nicht alle „Unvermeidlichen" umfaßt. Dr. Heine be-

fürwortet sodann einen Antrag, der sich dem Ausschuß anschließt, aber statt der von diesem angeregten Ermächtigung zur Amnestirung, welche der Regierung ertheilt werden soll, dahin geht: alle jene zu amnestiren welche auf zwei bis vier Jahre nach Amerika auswandern; daß sie nicht früher heimkehren, dafür solle das Ehrenwort und die Gefahr gerichtlicher Einschreitung sorgen. Für Unbemittelte, welche etwa 200 fl. jeder bedürfen, solle eine Nationalsubscription die Mittel schaffen! Die Kammer solle sich hiezu an die Spitze stellen, die Staatscasse den ganzen Bedarf decken! Pfarrer Tafel begründet in einer ausführlichen Rede seinen Antrag auf **völlige Amnestie für die politischen Vorgänge der Jahre 1848 und 1849.** Dieser Redner erwähnte gelegentlich, H. v. Gagern habe im Dreißigerausschuß, da es sich zeigte daß die Pfalz von allen Seiten verlassen sey, erklärt: er wolle die Regierung der Pfalz in die Hand nehmen. Gegen diese neue Thatsache erwiederte Minister v. d. Pfordten mit scharfem Tadel gegen die damalige Thätigkeit des Reichsministeriums. Dieses habe in jener Zeit der bayerischen Regierung das zuverlässige 3te Jägerbataillon vorenthalten, dagegen einen Reichscommissär in die Pfalz geschickt, ohne im Einverständniß mit dem bayerischen Bevollmächtigten zu treten; es habe hiezu einen Mann gewählt von dem es habe erwarten müssen daß er die nöthige Beruhigung in die Pfalz nicht bringen werde. Boyé motivirt sodann eine im Ausschusse in der Minorität gebliebene Fassung der Amnestie, wonach nur solche ausgenommen seyn sollen welche die Staatsform umzustürzen, mit dem Auslande sich zu verbinden gesucht oder gemeine Verbrechen begangen haben. Reinhard will für das diesseitige Bayern nur so viel festgestellt: daß die politisch Verhafteten gegen Caution freigelassen und von den Schwurgerichten ihrer Kreise abgeurtheilt werden. Die folgenden Redner Dr. Sepp, Lang, Arnheim und Menth befürworten die Ausschußanträge; der erstere jedoch mit Hinweglassung des Zusatzantrages. Der Justizminister v. Kleinschrod schildert eine völlige Amnestie als unheilvoll; der Satz **justitia fundamentum regnorum**, nicht Gefühlspolitik oder der Wunsch nach Popularität müsse den Minister leiten. Der leichte Gelderwerb der Revolutionäre könnte sie, wenn amnestirt, reizen das alte Geschäft zu wiederholen. Volle Amnestie würde für Schwäche geachtet, und Schwäche erzeuge keine Achtung. Die Anklage welche insbesondere Lang, wegen Unthätigkeit der Regierung zur Zeit des Pfälzer Aufstandes erhob, bekämpft der Minister mit dem Auftreten der damals versammelten Kammer und einzelner Pfälzer Mitglieder, und mit der Hinweisung auf die Nothwendigkeit im Einklange mit der Operation gegen Baden zu handeln. Den Heine'schen Antrag bezeichnet er als unpraktisch, den Reinhard'schen als eine Ausnahme vom gesetzlichen Gange, welche durch die Collusionsgefahr den Zweck der Untersuchung selbst gefährden würde. Die Thätigkeit des Centraluntersuchungsgerichts in Augsburg rechtfertigt der Minister mit dem Umstande daß eine Anzahl Acten dort liege, die vom Staatsanwalt im Untersuchungsgerichte genau studirt werden müssen. Um 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen, die nächste auf morgen früh anberaumt.

Der Speyerer Ztg. ist das Erscheinen wieder erlaubt worden, sie trägt aber an der Spitze ihrer neuesten Nummer eine amtliche Verwarnung sich wohl zu verhalten.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 23 Nov. Während unsere landständischen Wahlen noch nicht begonnen haben und alle Parteien ihre Beschleunigung wünschen, indem sonst ihre Kräfte sich von Tag zu Tag mehr zersplittern (es findet am 30 d. M. die Wahl im ganzen Lande für die zweite Kammer statt), rüstet die Staatsregierung bereits für die Wahlen zum Volkshause der nächsten Reichsversammlung. Sie hat nämlich am 15 d. M. ein Ausschreiben an sämmtliche großherzogl. Regierungscommissionen erlassen, welches das Aufstellen von Listen durch die Bürgermeister und Steuercommissäre anordnet, um daraus zu entnehmen wer als Urwähler, d. h. zu der Wahl der Wahlmänner — bei der Voraussetzung daß sie Personalsteuer entrichten — stimmberechtigt werden kann. Darnach werden also mittelbare Wahlen stattfinden und ein — sehr kleiner — Census der Wähler, indem die geringste Classe der Personalsteuer nur zwischen 1 und 2 fl. im Jahr beträgt. Vorerst ist die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auch bei den übrigen Gerichten unseres Großherzogthums (bis jetzt haben wir sie diesseits des Rheins nur bei den Geschwornengerichten) noch in weiter Ferne. Zeugniß davon gibt namentlich daß fünf Landrichterstellen in den beiden ältern Provinzen, welche nach und nach erledigt worden sind, wieder besetzt werden sollen, was bei einer bald bevorstehenden neuen Gerichtsorganisation gewiß nicht geschähe. (Schw. M.)

Darmstadt, 24 Nov. Durch großherzogliches Edict vom 14 Nov. sind die Kammern auf den 20 December einberufen.

Thüringen. In **Meiningen** theilte am 19 Nov. das Ministerium den Abgeordneten mit daß in Betreff der in den Casematten von Rastatt gefangenen meiningischen Staatsangehörigen die badische Regierung der Reclamation der diesseitigen Staatsregierung schon stattgegeben habe, und daß die betreffenden Individuen demnächst eintreffen würden. Am 21 wählten die Abgeordneten aus den drei ihnen von den Regierungen vorgeschlagenen Candidaten zum Staatenhaus einstimmig den Staatsrath Dr. Brandis. In **Coburg** haben die eben wieder zusammengetretenen Abgeordneten eine Adresse an den Herzog abgehen lassen, mit der Bitte den vor kurzem abgetretenen Staatsminister Bröhmer dem Staatsdienst zu erhalten.

H. Anhalt. **Dessau,** 20 Nov. Die Regierung hat eine Bekanntmachung erlassen um die Gerüchte über die zwischen Anhalt-Dessau-Köthen und Preußen abgeschlossene Militärconvention zu widerlegen. Als factische Berichtigung gibt sie Folgendes: „1) Die gedachte Convention ist nur für den Fall beschlossen daß durch die Neugestaltung der Wehrverfassung in ganz Deutschland die anhaltischen Staaten verpflichtet werden sollten ihre Contingente mit andern Contingenten der deutschen bewaffneten Landmacht zu vereinigen oder sich denselben anzuschließen. Dieß ist im Eingang der Convention ausdrücklich ausgesprochen. 2) In der diesseitigen Ratificationsclausel ist die Zustimmung des Landtags ausdrücklich vorbehalten. 3) In der Ratificationsclausel Preußens ist der auch schon im Eingang der Convention enthaltene Vorbehalt der Zustimmung der Centralgewalt für Deutschland ausdrücklich wiederholt. 4) Im Art. 25 der Convention ist beiden contrahirenden Regierungen die Befugniß vorbehalten dieselbe nach dreimonatlicher Kündigung jederzeit wieder aufzuheben. Hiernach mag das anhaltische Volk beurtheilen, inwiefern die aus der gedachten Convention hergeleiteten Verdächtigungen des Ministeriums begründet sind oder nicht."

H. Braunschweig. In **Braunschweig** hat die Regierung beim Landtag die Vornahme der Reichstagswahlen bereits eingeleitet. Eine Unterhandlung über die Vereinigung des Militärs mit Preußen ist vorerst an dem Kostenpunkt gescheitert. Indessen deutet manches darauf hin daß Preußen den Plan verfolgt, die Truppencontingente der kleinern Staaten an sich zu ziehen (wie dieß mit mehreren bereits geschehen und selbst mit Baden im Werk ist) und so ein weiteres Band zu bilden, falls das des Reichstags reißen sollte. Die Gährung der Geister von der Königsau bis zum Neckar und Rhein wird dafür sorgen daß den kleinen Dynastien, die sich gegen eine verfassungsmäßige Unterordnung sträuben, die Unterordnung unter die Waffen des Größern zur Nothwendigkeit wird. Rettung vor diesem „Aufgehen" — der einen in Oesterreich, der andern in Preußen — liegt allein in einer Gesammtverfassung, die natürlich ohne Opfer der Einzelnen nicht möglich ist. Man muß dieses ceterum censeo den tauben Ohren immer und immer wiederholen. Wer nicht hören will, wird fühlen müssen.

Preußen. 0 **Köln,** 23 Nov. Die gewöhnlichen Assisen des Landgerichtsbezirks Köln beginnen unter dem Vorsitz des Appellationsgerichtsraths Weißgerber am 7 Jan., und die erste Sache wird eine cause célèbre seyn. Es ist die Anklage gegen den Notariatscandidaten Bernbach aus Siegburg wegen Theilnahme an der Nationalversammlung zu Stuttgart. Man erwartet ziemlich allgemein ein Nichtschuldig. Der Anklagesenat verordnete bekanntlich die Freilassung, der Cassationshof hat dieses Urtheil cassirt, indem er angenommen daß man in Stuttgart nicht habe tagen dürfen, weil die Versammlung nur nach Frankfurt berufen und daß daher die Versammlung in Stuttgart eine unbefugte gewesen sey. Diese Distinction liegt dem gewöhnlichen Verstand zu hoch; der Spruch des Appellationshofs wird trotz der Cassation Berücksichtigung finden, und die Laien werden zwischen Frankfurt und Stuttgart wohl politisch, aber bei der Offenheit der Vorgänge und in der Unterstellung daß Bernbach und seine Collegen mit redlichem Bewußtseyn handelten, nicht juristisch unterscheiden. Noch ist diese Anschauungsweise im Volk geltend, und sie wird auch wohl dauernd bleiben. Bei Leuten kurzen Gedächtnisses und rasch verfliegender Empfindung macht inzwischen die Anschauungsweise der Bureaukratie Fortschritte, und es ist den politischen Verbrechern nicht günstig daß man sie erst nach Jahr und Tag auf die Sünderbank bringt. Da hier und dort manche Männer mit Bernbach in gleicher Anklage sich befinden, so wird die Entscheidung des in Rede stehenden Processes für ganz Deutschland von Wichtigkeit seyn und andern Criminalstellen zur Richtschnur dienen. Die Vertheidigung ist in die Hände des Advocaten Hagen gelegt. Es hatte sich der bekannte Landgerichtsassessor Jung zur Vertheidigung erboten: ein seltsamer Bescheid des Justizministers hat ihn mittlerweile verhindert aus der Magistratur in die Advocatur überzutreten. Allem Anschein nach wird das erste Quartal 1850 in der Rheinprovinz überhaupt reich an interessanten politischen Processen seyn, und es sind schon aus verschiedenen Landen Besuche von Juristen angekündigt die bei dieser Gelegenheit das Verfahren kennen lernen

wollen. Insbesondere wird die Revolution von Elberfeld zur Verhandlung kommen, und vielleicht hier in Köln. Die Angeklagten haben ein Gesuch eingereicht daß man sie nicht vor eine Jury des Wupperthals stellen möge, und der Cassationshof hat hierüber noch zu entscheiden.

Der Protokollarauszug den der Staatsanzeiger über den Beschluß des Verwaltungsraths vom 17 d. mittheilt, enthält außer seinem wesentlichen (in der gestrigen Allgemeinen Zeitung schon angegebenen) Theil noch folgende minder wichtige Angaben über das was in der Sitzung selbst der Beschlußnahme vorherging: „Der Vorsitzende hält den Augenblick für gekommen, in dem der Verwaltungsrath über die Feststellung eines Termins für die Wahlen zum Volkshause des nächsten Reichstags und über den Ort des Zusammentritts dieses Reichstags zu berathen und eventualiter zu beschließen habe, und zwar, so viel die Feststellung des Termins für die bezeichneten Reichstagswahlen betrifft, weil der 15 Jan. 1850, der in der zweiundfünfzigsten Sitzung des Verwaltungsraths vom 19 Oct. d. J. „als der Tag angenommen worden an welchem die allgemeine Wahl der Abgeordneten zum Volkshause für den nächsten Reichstag nach einem von dem Verwaltungsrath“ noch „vorher zu beschließenden gemeinschaftlichen Ausschreiben derselben in dem ganzen Bereich der verbündeten Staaten stattfinden werde,“ so nahe bevorstehe daß, solle dieser Tag bei Beschließung des Ausschreibens der Wahlen auch nur annähernd festgehalten werden, die Vorbereitungen rechtzeitig kaum noch zu beendigen seyn möchten, welche dem Wahlact selbst durch Anfertigung, Auflegen und Feststellung der Wahllisten u. s. w. nothwendig vorhergehen müßten; und soviel den Ort des Zusammentritts des nächsten Reichstags betrifft, weil die zur Aufnahme der Reichsversammlung mehr oder minder überall nothwendigen baulichen Einrichtungen und sonstigen Vorkehrungen, bei gleicher Voraussetzung, nunmehr ebenfalls unverzüglich in Angriff zu nehmen seyen. Der Verwaltungsrath hat hierauf die aus dem Bündnißvertrag vom 26 Mai d. J. hervorgehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten der verbündeten Regierungen; die dem Verwaltungsrath durch diesen Vertrag angewiesene Stellung und zugetheilte Aufgabe; die gegenwärtige Lage des Vaterlands, und sodann die für das nächste Ziel der vorliegenden Fragen in Betracht tretenden geschäftlichen und localen Rücksichten einer umfassenden Erörterung unterzogen, und das Resultat dieser Erörterung, wie folgt, festgestellt. Nach Einsicht der Bestimmungen des Bündnißvertrags vom 26 Mai 1849, namentlich: Art. IV 1stes und 2tes Alinea, Art. III §. 2 1stes und 2tes Alinea, Art. III §. 3 Nr. 2, welche Bestimmungen also lauten: Art. IV 1stes und 2tes Alinea: Um den ernsten Willen zu bethätigen die Verhältnisse Deutschlands in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten dem deutschen Volk eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrag anzuschließenden Entwurfs zu gewähren. Sie werden diesen Entwurf einer nach Maßgabe der in demselben enthaltenen Bestimmungen über den Reichstag und des neben dem Entwurf vereinbarten Wahlgesetzes lediglich zu diesem Zweck zu berufenden Reichsversammlung vorlegen. Art. III §. 2 1stes und 2tes Alinea: Zur Führung der auf die Erreichung des Zwecks des Bündnisses bezüglichen Geschäfte soll ein Verwaltungsrath gebildet werden, zu welchem jeder der Verbündeten einen oder mehrere Bevollmächtigte absendet. Dieser Verwaltungsrath tritt sofort nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags zu Berlin zusammen. Art. III §. 3. Nr. 2. Zu denjenigen Angelegenheiten welche der definitiven Beschlußnahme des Verwaltungsraths unterliegen, gehören: die Maßregeln behufs Berufung des über die Verfassung beschließenden Reichstags und Leitung der Verhandlungen desselben; nach Einsicht sodann des in dem Bündnißvertrag Art. IV 2tes Alinea vorerwähnten Gesetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, in §. 23, 2tes Alinea desselben, also lautend: der Tag der Wahlen wird für das gesammte Reich ein und derselbe seyn; und in Erwägung: daß über den Zeitpunkt des für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause des nächsten Reichstags zu bestimmenden Termins, sowie über den für das Zusammentreten der nächsten Reichsversammlung zu erwählenden Ort, unter den sämmtlichen anwesenden Vertretern der verbündeten Regierungen schließlich ein Dissensus nicht mehr obwaltet, setzt der Verwaltungsrath in definitiver Beschlußnahme, wie hiemit geschieht, einstimmig fest u. s. w.“ (S. d. gestr. Allg. Ztg.)

Das gestern erwähnte Gerücht von der Antwort die auf die österreichische Verwahrung gegeben worden sey, wird in einer telegraphischen Depesche der Kölnischen Ztg. aus **Berlin**, vom 23 Nov. Abends in folgender Weise mitgetheilt: „So eben erfahre ich aus guter Quelle daß Oesterreich vor einigen Tagen formellen Protest eingelegt hat gegen die Berufung des Parlaments, und mit gewaltsamer Intervention droht. Der Ministerrath hat darauf vorgestern dem Wahlgesetze zum Parlament die letzte Redaction für Preußen gegeben, und dann eine Antwort beschlossen in welcher Deutschlands Rechte energisch gewahrt werden, und erklärt wird Gewalt solle erwartet werden. Die betreffende Depesche ist bereits abgegangen.“

Ein Schreiben aus **Berlin** (in der Weser-Zeitung) sagt über die Publicationsform der Verwaltungsrathsbeschlüsse über die Reichstagswahlen: „Man ging einen Augenblick damit um die Ausschreibung der Wahlen sofort als einen Erlaß des Verwaltungsraths der auf Grund des Vertrages vom 26 Mai verbündeten Staaten zu publiciren, so daß damit eben von selbst und gewissermaßen mit Umgehung der einzelnen Regierungen die Vornahme der Wahlen am 31 Jan. als angeordnet habe erscheinen sollen. Später überzeugte man sich jedoch daß dieß eine Verletzung jenes Grundprincips seyn würde welches gerade von Preußen ununterbrochen der Frankfurter Versammlung gegenüber geltend gemacht wurde, und nun beliebte man die Publicationsform daß jeder der verbündeten Regierungen eine beglaubigte Abschrift des Gesetzes zur weiteren Veranlassung übermacht würde. Hiermit ist nun aber die Ausschreibung der Wahlen lediglich in die Hand der einzelnen Regierungen gelegt, und hiermit dürfte denn nun also die Krise innerhalb dieses Bündnisses vom 26 Mai ihre eigentlich praktische Bedeutung erhalten, denn man sieht voraus daß Hannover und Sachsen dem Beschlusse des Verwaltungsraths von vorgestern keine Folge leisten werden, und es könnte seyn daß auch andere Staaten sich diesen Umstand zu Nutze machten. Es mag als ein bedeutsames Moment nicht übersehen werden daß z. B. der strelitz'sche Bevollmächtigte, Hr. v. Oertzen, den ganzen letzten Sitzungen des Verwaltungsraths nicht beigewohnt hat, und daß er, obwohl er im voraus auf die Wichtigkeit der nächsten Sitzungen aufmerksam gemacht wurde, sich doch mit dringenden Geschäften entschuldigte die ihn nach Strelitz zurückriefen. Gestern, also unmittelbar nach der entscheidenden Sitzung ist er wieder hiehergekommen, freilich um heute Abend schon wieder im Gefolge des Großherzogs selber abzureisen. Wenn von einzelnen Seiten auf diese Anwesenheit des Großherzogs von Strelitz als auf einen Beweis für das gute Einvernehmen mit Preußen hingewiesen wird, so bemerken wir nur daß dieser Besuch diesesmal fast ausschließlich seinen Grund in der großen Musikliebhaberei des Großherzogs hat; er war hauptsächlich hergekommen um Jenny Lind in den Hofconcerten zu hören. Schlußfolgerungen für das Gebiet der Politik lassen sich dießmal aus der Reise nicht ziehen.“

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 22 Nov. Die Tagesordnung in der heutigen Sitzung des Landtages war die Berathung über den Bericht des deutschen Ausschusses. Der Berichterstatter der Ausschußmehrheit, Hr. Kitz; erörterte kurz die Lage des Landes welches sich gerne des Eingreifens in die äußere ministerielle Politik enthoben sähe, um die innere Entwicklung verfassungsmäßiger Institutionen gefördert zu sehen. Daneben blicke man aber mit Sorge auf mögliche Verwicklungen die aus dem Widerstreite von Staaten drohen die aufeinander hingewiesen seyen. Er selbst würde nun zwar sein Nein zu der Ausschußfrage gesprochen haben, wenn auch gewiß wäre daß Hannover treu bleibe seinen Verpflichtungen, andere Mitglieder würden auch trotz Hannover zur Regierungspolitik stehen. Alle glaubten aber im Sinne des Landes zu handeln, wenn sie wünschten aus dem Vor- oder Rückschreiten der Entwicklung des Bündnisses Anhaltspunkte für die künftige Entscheidung noch erst zu gewinnen. Die zweite Hälfte des Antrags enthalte einen unumwundenen Ausdruck des Vertrauens zur Politik der Regierung in den inneren Angelegenheiten und den Wunsch die Minister in den Stand zu setzen die Regierung fortzuführen. Man wolle die Minister der rechtlichen Verantwortlichkeit für das in der deutschen Sache bisher Geschehene entheben, damit aber nicht Namens des Landes die bisherigen Acte genehm halten. Der Ausschuß sey nämlich in seiner Mehrheit der Ansicht daß die im Art. 27 des Staatsgrundgesetzes vorbehaltene Genehmigung das Land berechtige einen von der Regierung einseitig geschlossenen Vertrag rückgängig zu machen; ob von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden solle, das sey zum Theil Frage der Zweckmäßigkeit der Macht. Der Ausschuß wünsche die Regierung in der Lage zu erhalten bis zu dem Punkte vorzugehen wo in der Vollziehung der Wahlen zum Reichstag ein Act legislativer Thätigkeit nöthig sey, aber nicht weiter ohne die dann zu gebende Zustimmung des allgemeinen Landtags. Mölling, als Dissentient, hebt hervor wie der Landtag der Staatsregierung eine klare Antwort schuldig seyn werde. Das Aufschieben bedeute nichts. Völcker, Lindemann u. a. machen den Zusatz zum Antrage der Ausschußmehrheit: zugleich die Staatsregierung um die Erklärung zu ersuchen daß sie inzwischen keinerlei Schritte zur Realisirung des Anschlusses an das Bündniß vom 26 Mai weiter thun wolle. Diesem stellte Wibel I den Antrag auf motivirte Tagesordnung, „in Erwägung daß nach den Erläuterungen des Berichterstatters der Mehrheit der Antrag nicht nöthig, und daß er in der Sache selbst einzugehen nöthige.“ v. Thünen beantragt nicht weiter zu discutiren, und die Wibel'sche Tagesordnung wird mit 24 geben 17 angenommen, deßgleichen der Antrag der Ausschußmehrheit mit 24 gegen 17. Minister Schloifer, in einem für diesen Fall vorbereiteten Vortrage, dankt für die Anerkennung der guten Absichten und auf das Landeswohl gerichteten Bestrebungen des Ministeriums, dasselbe lebe aber der Ueberzeu-

gung von der Nothwendigkeit des Beharrens auf dem betretenen Wege zur Verwirklichung des Bundesstaates. Er halte die Regierung des Großherzogs überdieß, den verbündeten Staaten gegenüber, gebunden. Der Vorbehalt der Regierungen von Sachsen und Hannover allein könne eine Hemmung der Theilnahme Oldenburgs am Bündnisse nicht rechtfertigen. Wie es mit Hannover werde, sey nicht vorauszusehen; jedenfalls aber nicht gerathen die Beschlußnahme über Oldenburgs Politik an die Regierung von Hannover zu übertragen. Wolle die Regierung zögern, so dürfe sie erwarten daß Mißtrauen von ihren Verbündeten in sie gesetzt werden werden. Das Staatsministerium würde es auch nicht verantworten können einer ihm antinational und particularistisch scheinenden Richtung in den deutschen Angelegenheiten auch nur indirect zur Stütze zu dienen, und werde deßhalb dem Großherzog eine andere Politik als die bisherige nicht empfehlen können. Er bitte daher daß der Landtag die Verhandlung wieder aufnehme und bald zu Ende fördere. Diese Erklärung wurde an den Ausschuß zurückverwiesen. Die Verhandlung hat den Nutzen gehabt daß die Vision einer Gespaltenheit des Ministeriums jetzt wohl geschwunden ist. (Weser Ztg.)

Schleswig-Holstein. **Altona**, 23 Nov. In Nordschleswig und auf Alsen werden Bittschriften an den König von Dänemark um Incorporation Schleswigs in Dänemark in Umlauf gebracht, aber bis jetzt ohne Erfolg. Den adeligen Gütern im Herzogthum Schleswig hat die in Flensburg eingesetzte schleswigische Centralcasse durch Circularschreiben angesagt daß, wenn sie die rückständigen Steuern (welche die Gutsbesitzer nach Flensburg zu liefern sich weigern) nicht binnen 14 Tagen abtragen, die Beitreibung durch militärische Execution wird veranlaßt werden müssen.

Oesterreich. Wir entnehmen einer biographischen Skizze des Feldzeugmeisters und Chefs des Generalquartiermeisterstabes Heinrich Ritter v. Heß im Oesterr. Corresp. folgende Daten: Heinrich Ritter v. Heß ist im Jahr 1785 zu Wien in Niederösterreich geboren, und trat den 25 Dec. 1805 als Fähnrich in die österreichische Armee ein. Im Jahr 1813 im Generalquartiermeisterstabe zum Hauptmann befördert, machte er den Feldzug in Deutschland mit und wurde zu einer diplomatischen Sendung nach Dresden verwendet. Im Jahr 1829 wurde er Oberst und mit der Direction der Generalstabsabtheilung bei dem mobilen Armeecorps in Oberitalien beauftragt. In dieser Eigenschaft hat er nach Andeutung des Feldmarschalls Radetzky eine neue Feld- und Manövrir-Instruction entworfen, deren Tüchtigkeit die Feldzüge der Jahre 1848 und 1849 erprobten. Seine Verdienste in den letzten italienischen Kriegen sind in den Blättern der Geschichte verzeichnet.

Die gestern erwähnte Antwort des Lloyd auf das Schreiben Cobdens an Bach gilt überhaupt den Anklagen die auf Oesterreich wegen der in Ungarn geübten Strenge gehäuft wurden. Da wir häufig derselben Erwähnung gethan, wollen wir auch die Vertheidigung hören. Der Lloyd sagt im wesentlichen: „Während ein preußisches Kriegsgericht zu Rastatt die gemeinen Soldaten erschießen ließ welche sich am badischen Aufstande betheiligten, schwieg die preußische Presse zu jener Härte, aber schrie Zeter und Wehe über österreichische Militärgerichte welche die Leiter der Empörung verurtheilten, Leiter welche theils ihren Fahneneid gebrochen, theils die Absetzung ihres Monarchen und seiner Dynastie feierlich decretirt hatten. Man vergleiche die Zahl der Aufständischen in Baden mit der Zahl der Aufständischen in Ungarn oder in Italien, man bedenke den gewaltigen Charakter der Revolution in Oesterreich, und das vergleichsweise lächerliche und schwächliche Gepräge welches der Putsch in Baden trug, man zähle dann die Fälle auf in welchen die Todesstrafe in Baden, und diejenigen in welchen dieselbe Strafe in Ungarn oder in Italien verhängt wurde, und der unparteiische Forscher wird eingestehen müssen daß er Oesterreich nicht einmal als streng bezeichnen darf, wenn er nicht den Namen von Tyrannen und Barbaren den Gewalthabern in Baden zuerkennen will... England hat seit dem siebenzehnten Jahrhundert keine Empörung, so ernsthaft als diejenige welche Oesterreich während dieses Jahres unterdrückte, zu bekämpfen gehabt. Aber der Kenner der englischen Geschichte weiß mit welcher Strenge nach der Schlacht von Culloden verfahren, mit welcher Grausamkeit gegen Ende des vorigen Jahrhunderts der Aufstand der vereinigten Irländer unterdrückt wurde. Und noch während der letzten Monate haben wir es erlebt daß England auf den jonischen Inseln, wo es nur ein Protectorat ausübt, wo eine Gefahr für die englische Herrschaft undenkbar, eine erfolgreiche Empörung gegen dieselbe unmöglich ist, die wenigen Personen welche in Kindeseinfalt wähnten daß ein- oder zweihundert Menschen Englands Macht bekämpfen könnten, theilweise gepeitscht, theilweise aufgehängt hat. Wir erinnern uns der strengen Urtheile gegen O'Brien und Consorten, der noch strengeren gegen die Chartisten, welche nur mit Worten sich gegen die Regierung vergangen hatten, und fragen die Welt ob England Ursache hat seine Milde so darzustellen als wäre sie größer denn diejenige anderer Nationen. Der Junius-Aufstand in Paris bedrohte die Staatsformen, aber nicht die Staatseinheit. Man hat aber nach dem Junius-Aufstand jede einzelne Person welche man schuldig glaubte vor Gericht gestellt, und wenn der Beweis gegen sie lautete, bestraft, während Oesterreich in Ungarn die Justizpflege damit begann unter hundert schuldigen Personen neunundneunzig derselben jeder Untersuchung zu entbinden... Wenn Preußen, England und Frankreich streng oder grausam gewesen, wir brauchen nicht ihrem Beispiele zu folgen. Oesterreich hatte sich einen Namen seiner Milde wegen erworben, und es hätte gewiß keine Unehre gebracht diesen zu erhalten. Aber wir fragen, hat irgendein verständiger Mensch glauben oder hoffen können, Oesterreich würde denen vergeben können, vergeben dürfen welche als Officiere und Generale den Fahneneid gebrochen, um gegen ihre früheren Cameraden zu kämpfen, welche ihren Monarchen vom Throne zu stoßen versucht, welche seine loyalen Unterthanen vor ihre Gerichte gestellt, erschossen und gehängt haben, welche Städte, Dörfer und Gotteshäuser muthwillig in Asche gelegt, welche in Syrmien, im Banat, im Sachsenlande und anderen Orten die haarsträubendsten Gräuelthaten begingen, welche nicht im eigenen Interesse oder aus irgendeinem erdenklichen Nutzen den sie suchten, welche nur aus reiner Lust zum Bösen das Böse vollführten, und Tausende wehrloser Männer und Weiber in wildem Grimme abschlachteten? Hätte ein Rath der Krone es vor seinem Gewissen und vor dem Volke verantworten können eine allgemeine Amnestie für alle Aufständischen zu verlangen und zu bevorworten? Wäre sie erlassen worden, es hätten die Führer des Aufstandes mit höhnischer und triumphirender Miene durch das Land reisen können um sich dort zu zeigen wo sie hundert Romanen lebendig in einer Scheune verbrannt, wo sie den Pfarrer Roth aufgehängt, wo sie Hunderte von Weibern und Töchtern ehrlicher Bürger in ihre Lager getrieben um sie den schändlichen Lüsten entmenschter Freibeuter preiszugeben. Wir haben gesagt daß die österreichische Presse gerade bezüglich der gehässigen Verleumdungen auswärtiger Journale eine bewundernswerthe Selbstverläugnung geübt hat. Sie übte sie, indem sie auf den Schimpf der ihrem Lande zugefügt wurde keine Antwort gab, bis sie wußte daß beschlossen war große Milde in Ungarn zu üben. Sie wollte durch kein Wort das sie aussprach das Schicksal selbst der Schuldigsten erschweren, nachdem sie hülflos in die Hände der Gerechtigkeit gefallen waren. Es kann aber nicht die Aufgabe der österreichischen Journalistik seyn immer still zu schweigen. Heute kommt uns ein Brief zu Gesicht, den Richard Cobden, der englische Freihändler, an den österreichischen Minister des Innern adressirt. Wir haben keine Scheu ihn der Oeffentlichkeit zu übergeben. Es ist überhaupt ein Fehler der englischen Nation im näselnden Tone andern als sich selbst Moral zu predigen. Sie lieben es den Geruch der Heiligkeit um sich zu verbreiten. Sie haben einen scharfen Blick für die Splitter in ihres Nächsten Auge, aber nicht für die Balken im eigenen. Sie schicken Mäßigkeitsapostel in die Welt um Schweden und Deutsche von der Branntweinpest abzumahnen, und erklären dem Kaiser von China den Krieg weil er seine Unterthanen nicht mit dem Opium der englischen Kaufleute vergiften lassen will. Sie predigen Freiheit in Sicilien weil ihnen der Schwefel im Fall einer Revolution billiger zu stehen käme, und unterdrücken die Freiheit in Portugal weil sie ihnen den Portwein vertheuern könnte. Sie entsenden Missionäre und Schiffsladungen von Bibeln nach dem stillen Ocean um die Heiden zu bekehren, und lassen in London und Liverpool und Manchester hunderttausend Kinder aufwachsen welche nie gehört haben daß es einen Gott in der Welt gibt. Sie lassen keinen Tag im Jahre vorbeigehen an welchem nicht ein brittischer Soldat am Sutledsch, im Kafferlande, in Australien seinen Feind tödtet, und entsenden das stärkste Contingent nach Friedenscongressen, um andern Völkern den Frieden und den — Freihandel zu predigen."

* Wir erhalten die neueste Wien-Linzer Post in so später Stunde daß wir nur für einige Worte Zeit finden. Der Kaiser war am 24 in Linz eingetroffen und aufs festlichste empfangen worden. Er verweilte noch am 25 Abends daselbst. In Wien selbst war Fürst Schwarzenberg wieder angekommen. Die Wiener Blätter sind fast so viel mit Theaterdebatten als mit Politik beschäftigt. Hebbels Rubin hatte Fiasco gemacht, und ein Stück von Nestroy war durchgefallen. Landsteiners Reichszeitung hatte die Erwartungen wenig befriedigt.

ꝺ **Prag**, 23 Nov. Am 20 besuchte Se. Maj. der Kaiser die Przibram'sche Kattunfabrik in Smichow, die Akademie der bildenden Künste, das Taubstummeninstitut, die Irrenanstalt, das Museum und das Carolinum, und hielt dann eine militärische Musterung bei dem Invalidenhaus. Zur Tafel wurden die Civil- und Militärautoritäten beigezogen. Die Beleuchtung war eine der schönsten die Prag je gesehen sowohl wegen der Menge sinniger Transparente, als wegen der häufigen Anwendung von Gasflammen. Der größte Theil der Bevölkerung durchwogte die Straßen, den Kaiser empfingen beim Umzug durch die Stadt zahlreiche Jubelrufe, seinem Wagen folgten mehr als 500 Wagen. Ein Transparent in der Wohnung des Redacteurs der eingegangenen radicalen Zeitung „Concordia," welches eine Bahre mit der Aufschrift „Revolution," getragen von österreichischen Feldmarschällen, darstellte, mußte auf Verlangen des Publicums sogleich herabgenommen werden. Als der Kaiser vor der Wohnung des Glockengießers Bellmann vorbeikam, ertönte dort ein

feierliches Geläute. Am 21 besichtigte der Kaiser das erste Feldartillerie-Regiment, das Invalidenhaus, die neue Caserne in Karolinenthal, die Forts auf dem Lorenzberg und im Volksgarten, das Garnisonsspital und das allgemeine Krankenhaus. Er besuchte alle Krankenzimmer und sprach mit vielen Kranken, Abends wohnte der Kaiser einer böhmischen Vorstellung des Freischütz bei — wo eine Festouverture und Cantate zur Aufführung kam — (das deutsche Theater hatte er am 19 besucht). Am 22 früh ertheilte Se. Maj. allgemeine Audienz Die Städte Eger, Saaz, Leitmeritz, Komotau, Jungbunzlau und Münchengrätz hatten Deputationen mit Ergebenheitsadressen gesendet. Heute in aller Früh reiste Se. Maj., begleitet vom Hrn. Minister Bach (der Hr. Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg fuhr unmittelbar nach Wien zurück) auf der Linzer Straße fort und wird in Budweis Nachtquartier halten. Die Probefahrt auf der Prag-Dresdener Eisenbahn unterblieb weil ein Theil der Raudnitzer Judenstadt, an welcher die Eisenbahn vorübergeht, noch nicht demolirt ist, die genannte Stadt daher einer Feuersgefahr ausgesetzt gewesen wäre. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir daß wegen der Eisenbahn in dortiger Gegend ein ganzes Dorf abgetragen werden mußte, welches eine Viertelstunde weiter bereits wieder neu aufgebaut ist. Man erfährt daß Minister Bach bei den Audienzen die er gab die Aeußerung gethan habe die Regierung werde keinen Schritt zurückthun, sondern fest und sicher vorwärtsschreiten. *) Der hiesige „katholische Verein" hat beschlossen vom nächsten Sonntag an in Predigten seine Polemik gegen den Prediger der böhmisch-protestantischen Gemeinde, Kossuth, zu beginnen. Auf den Antrag von Professor Curtius ist auch hier wie in Wien vom Ministerium ein philologisches Seminar gegründet worden, das Curtius leitet; die Seminaristen, aus der Zahl der Lehrcandidaten, erhalten ein jährliches Stipendium von 80 fl. (zur Anschaffung von Hülfsbüchern), nebstdem die hiesige kaiserl. Bibliothek jährlich einen Zuschuß von 100 fl. um noch mehr philologische Werke ankaufen zu können. Die studirende Jugend zeigt schon jetzt viel mehr wissenschaftlichen Eifer als sonst, besonders im Fache der Philologie.

Prag, 23 Nov. Se. Maj. der Kaiser ist heute abgereist. Vorher stattete er noch dem Prinzen Albert von Sachsen, der von Dresden hier angekommen, einen Besuch ab. — Die Cholera ist nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande im Zunehmen.

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth**, 20 Nov. Eine zahlreiche Menge Neugieriger drängt sich durch die zur Kettenbrücke führenden Straßen und Gassen. Um 12 Uhr Mittags wird der Uebergang über die Kettenbrücke feierlich eröffnet, und werden der Feldzeugmeister Baron Haynau und Baron Gehringer, als k. k. bevollmächtigter Hofcommissär für die Civilangelegenheiten Ungarns, von der Actiengesellschaft eingeladen als die ersten über diesen wundervollen Riesensteg hinüberzuschreiten. Die Generalität, alle Civilnotabilitäten, ein glänzendes Gefolge schließen sich dem Zuge an, Militär und Musikcorps werden die schöne friedliche Festlichkeit erhöhen. So imposant wie der Einzug der k. k. Armee im Julius über diese Brücke dürfte sich jedoch die Eröffnung keineswegs gestalten. Damals passirte eine ganze Cuirassierdivision, eine Unzahl Grenadierbataillons und Geschütze, dann die russische Division Panjutine den Kettensteg. Bis um Mitternacht ist jedermann der Uebergang gestattet. Heute wurde auch Clarks, des genialen Baumeisters wohlgetroffenes Porträt von Barabas, in den Kunsthandlungen ausgegeben. In Szegedin sind seit dem 7 Nov. abermals 148,972 fl. 50 kr. in Kossuth-Banknoten abgeliefert und von der betreffenden Commission öffentlich verbrannt worden. In Arad hat man neuerdings 173,633 fl. 30 kr., also im ganzen bereits 1,288,799 fl. vernichtet. Da das Arader Comitat außerdem 800,000 fl. ablieferte, so wurden im ganzen über zwei Millionen ungarisches Papiergeld in dieser Gespanschaft außer Curs gesetzt. An der hiesigen Universität werden im laufenden Schuljahr die meisten Vorträge in ungarischer Sprache gehalten werden, da sich die Mehrzahl der Schüler für diese Unterrichtssprache entschied. Der zweite ungarische Conseilpräsident Bartholomäus Szemere soll erst am 11 Nov. in Paris angekommen seyn und seiner in Pesth domicilirenden Gattin ein Rendezvous für einen bestimmten Tag in der Hafenstadt Genua gegeben haben. Der ehemalige Cultusminister Michael Horvath soll unter dem falschen Namen Möhring glücklich über Brüssel auf französischen Boden gelangt seyn. Der k. k. Districtual-Obercommissär v. Szentivanyi wie der Präses der Unterrichtscommission Baron Senyey sind nach Wien abgereist. Der zweifelsohne fingirte Brief Kossuths, den kürzlich der österreichische Lloyd nach der Nationalzeitung mittheilte, hat hier großes Aufsehen erregt; selbst der Landmann in den Umgebungen von Budapest schwatzt bereits von einer neuen Proclamation Kossuths. Lächerlich sind die Flüche welche in diesem bombastischen Schreiben auf Görgey's Haupt gehäuft werden, dieselben haben selbst bei den Exaltados ein Gefühl von Entrüstung und Indignation hervorgerufen. Wer zuviel sagt, sagt gar nichts. Heute ist erste Opernvorstellung — Don Juan — im deutschen Noththeater.

Aus **Pesth** wird dem „C. Bl. a. B.," als Beleg daß Görgey's Armee immer königlich gesinnt war, eine Erklärung der Donau-Armee in deutscher Sprache, dd. Hauptquartier Promontorium 2 Jan. 1849, mitgetheilt. Sie besteht aus vier Punkten und lautet: „1) Das Armeecorps an der obern Donau bleibt treu seinem Schwur: für die Aufrechthaltung der vom König Ferdinand dem Fünften sanctionirten Constitution des Königreichs Ungarn gegen jeden äußern Feind entschieden zu streiten. 2) Mit derselben Entschiedenheit aber wird das Armeecorps an der obern Donau auch allen denen entgegentreten welche durch unzeitige republicanische Umtriebe im Innern des Landes das constitutionelle Königthum zu stürzen versuchen wollten. 3) Aus dem Begriff der constitutionellen Monarchie, für welche das Armeecorps an der obern Donau bis auf den letzten Mann einsteht, folgt von selbst daß es einzig und allein nur jenen Befehlen folgen dürfe und wolle welche ihm vom verantwortlichen königl. ungarischen Kriegsminister oder dessen durch ihn selbst ernannten Stellvertreter (gegenwärtig General Vetter) in gesetzlicher Form zukommen. 4) Da das Armeecorps an der obern Donau, eingedenk des auf die Constitution Ungarns geleisteten Eides, und eingedenk seiner Ehre sich vollkommen bewußt geblieben was es soll und will, so erklärt es schließlich daß es das Resultat irgendeiner mit dem Feinde gepflogenen Uebereinkunft nur dann anerkennen werde wenn solches einerseits jene Verfassungsform Ungarns auf welche das Armeecorps beeidet worden, andererseits die Kriegerehre des Armeecorps selbst garantirt. Das Armeecorps an der obern Donau gibt diese öffentliche Erklärung ab um inmitten der politischen Umtriebe, denen besonders in der nächsten Zukunft unser armes Vaterland preisgegeben werden dürfte, seine Stellung auf streng gesetzlichem Boden unerschütterlich behaupten zu können. Im Namen des Armeecorps an der obern Donau. Görgey m. p. Generalmajor."

Der Agramer Banalrath hat beschlossen daß eine Kanzlei für tschechische, polnische und russische Sprache und Litteratur zeitlich errichtet werde. Die Agramer Zeitung tadelt diesen Beschluß, und meint es wäre besser gewesen für die Landessprache einen Lehrstuhl zu errichten.

Unter der Ueberschrift „Ein Premier" bringt das Const. Blatt aus Böhmen die nachstehende aus Pesth datirte Skizze: „Gestern Abends gegen 7 Uhr befand ich mich bei einem meiner Freunde, der sich in der medicinischen Welt eines bedeutenden Namens erfreut. Wir gedachten den Abend gemüthlich zu verplaudern, plötzlich aber ward heftig geschellt, und ein Bote erschien mit der Hiobspost Baron Kray sey so eben von einem Wagen überfahren worden und habe beide Füße gebrochen. Der Arzt eilte hinweg. Ich blieb in seinem Schaukelsessel zurück. Meine Gedanken weilten in high life, an das mich das Unglück des Freiherrn gemahnte. Ich musterte all die glänzenden Namen die aus der ungarischen crême de la crême gestrichen worden, und unwillkürlich haftete mein geistiges Auge auf einem bedauernswerthen Mann altadeligen Geschlechtes. „Herr des Himmels", rief ich, „in diesem Schaukelsessel hat er seine eigene Zukunft prophezeit!" Die Sache verhielt sich so. Es war im September vorigen Jahrs daß ich meinen Freund, den gedachten Arzt, früh Morgens um 6 Uhr zu einem Spazierritte abholte. Ein Patient befand sich in seinem Schreibzimmer. Die hohe Lehne des mehrerwähnten Sessels verbarg mir seine Gestalt. Ich trat wartend an das Fenster des Nebenzimmers. Der Fremde sprach heftig und so laut daß ich jedes Wort verstehen konnte. Es war die Zeit der Ministerkrisis, als es den Ungarn vor dem ritterlichen Banus zu grauen begann. Der Mann im Sessel hub an: „Haben Sie gesehen, Doctor, mit welchem Eclat unsere Bergpartei gestern Vormittag manövrirte? Es war in der That ein großes Schauspiel das, und da wir einmal in der Geschichte gelesen wie jemand dem unglücklichen König Ludwig XVI vor dem Pariser Gemeindehause die rothe Mütze aufsetzte, so glaubten wir an die Wiedergeburt jenes Momentes, als man dem zu dem Pöbel sprechenden Kossuth einen Hut mit unmenschlich langen rothen Federn auf das Haupt drückte, eine Kopfbedeckung die er jedoch so klug war abzulehnen. Der Abend brachte die Revanche. Es war freilich ein Donnerschlag für den Berg, als ich mit Auftrag Sr. k. k. Hoheit des Palatins herausrückte, aber er wird sich bald von seiner Bestürzung erholen. Die Bewegung fängt an mir über den Kopf zu wachsen. Ich bin kein Mirabeau, und das ist eine complete Reprise der ersten französischen Revolution." „Sie outriren." „Nicht im geringsten! Vergebens predigt mein „vieux cordelier", das einzige ruhig urtheilende Journal, die Pesther Zeitung, Mäßigung und Versöhnlichkeit;

*) Die Redacteure mehrerer Prager Blätter übergaben ihm eine Vorstellung gegen den Ausnahmszustand der Presse.

die übrigen Journale und der Gleichheitsclub haben Heberts, Anacharsis Clooth's und derlei Fanatiker in Hülle und Fülle aufzuweisen. Alles überstürzt sich. Was ist das Freiwilligenregiment das der Club anwerben wollte anders als eine Nachäffung der Henriot'schen Banditengarde? La fête de la raison ist zwar noch nicht gefeiert worden, aber Madarasz-Chaumette hat sich bereits seine Déesse de la raison auserkoren. Kossuth wird diesen Robespierre freilich nicht aus dem Ei kriechen lassen, aber dafür stecken in Lajos selbst ein Duzend Camille Desmoulins ohne dessen Mäßigung. Seine gelenke Zunge wird den Sturm heraufbeschwören und ein Meer von Blut über Ungarn zusammenschlagen machen.“ „Ich habe Sie nie für einen Schwarzseher gehalten.“ „O ihr seyd alle blind und noch obendrein spottschlechte Geographen. Ihr denkt die Vendee liege in Frankreich. An der Drau und Save müßt ihr sie suchen, und Baron Jellachich weiß das genau. Ich sehe alles kommen. Mea culpa, mea maxima culpa! Was half ich auch die Drachenzähne der Zwietracht säen. Die Honved waren die Saat, und der Bürgerkrieg ist nicht mehr zu vermeiden. Mich hat die Opposition vorgeschoben, mich wird sie vorschieben, bis sie mich — — „Nun?“ „Bis sie mich fallen läßt wie eine ausgepreßte Citrone. Die berüchtigte Lenormand in Paris hat einem meiner Minister, dem Baron Eötvös, ein garstiges Ende prophezeit. Er ist klug genug bei Zeiten abzusegeln. Ich bleibe. Die Wahrsagerin scheint sich in der Person geirrt zu haben.“ Eine lange Pause folgte. Mir ward das Antichambriren zu lange. Ich hustete. Der Fremde fuhr auf, nahm das Pulver das ihm der Arzt während der Pause gemischt hatte, verschlang es, ergriff seinen Hut und stürzte, mich flüchtig grüßend, aus dem Gemache. Das Haupt war fast ganz nackt und kahl, ein immenser Vollbart wallte um das blasse Antlitz. Kennzeichen genug. Es war Graf Louis Batthyany.“

Großbritannien.

London, 23 Nov.

Die Times enthält einen zweiten Brief von Charles Dickens gegen die Oeffentlichkeit der Hinrichtungen, wobei sich derselbe auf einen Ausspruch seines novellistischen Vorläufers (und Geistesverwandten) Fielding beruft, der bekanntlich nicht bloß Romanschreiber, sondern auch Londoner Polizeibeamter war. In Southwark aber fand am 20 Nov. eine zahlreiche Versammlung statt, um, mit Rücksicht auf die schändlichen Auftritte bei der letzten Hinrichtung, für gänzliche Abschaffung der Todesstrafe sich auszusprechen. Eine Petition in diesem Sinn an das Parlament wurde beschlossen.

Daily News sagt: „Graf Batthyany, wohlbekannt in unsern vornehmen Kreisen, unter unsern Reitern und Jägern, ist von London in Wien angekommen, wie wir hören in Geschäften die sich auf seine Güter in Ungarn beziehen. Graf Casimir Batthyany, der sich mit Kossuth und den ungarischen Flüchtlingen in der Türkei befindet, ist der einzige Bruder des Grafen Batthyany der vor einigen Jahren österreichischer Gesandtschaftssecretär unter Sr. Exc. dem Fürsten Esterhazy in London war. Wie wir vernehmen, haben Graf Casimir und seine Gemahlin die Absicht aus der Türkei nach England überzusiedeln.“

Der berühmte Missionär Dr. Karl Gützlaff, erster Dolmetsch bei dem englischen Oberintendanten in China (ein geborner Preuße), wird, nach 23 Jahren Abwesenheit in jenem Land, zu Besuch in Europa erwartet. Er ist bekanntlich Verfasser mehrerer reichhaltigen Werke über China.

Frankreich.

Paris, 23 Nov.

Der Unterrichtsminister hat beschlossen daß während der langen Winterabende im Nemours-Saal des Palais National, als im Mittelpunkt der Stadt, öffentliche Vorlesungen für die Arbeiter gehalten werden sollen. — Der Artillerieobristlieutenant Marie Justin Lin Soleille ist durch Decret vom 20 Nov. zum Cabinetschef im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannt. — Gestern und vorgestern sind zwei Journale mit Beschlag belegt worden, la Liberté und la Démocratie Pacifique. In Bezug auf das letztere Blatt bemerkt der Moniteur, es sey gegen den Gerant wegen eines Artikels: la présidence et les cités ouvrières eine gerichtliche Untersuchung verhängt auf den Grund: 1) der Beleidigung gegen die Person des Präsidenten der Republik; 2) der Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung der Republik. Es sind nämlich bei dem Bau der gemeinschaftlichen Arbeiterwohnungen in Paris, der unter dem Patronat des Präsidenten L. Bonaparte begonnen ist, seit einigen Tagen, wie es heißt, aus Mangel an Fonds, die Arbeiten eingestellt.

Die dramatischen Scenen im Palast der Nationalversammlung vervielfältigen sich wieder, und ist auch ihr Interesse für die Gesetzgebung sehr nichtig, so sind sie doch von Bedeutung für die parlamentarische Geschichte. Raspail, Segur d'Aguesseau und P. Bonaparte haben das zweideutige Verdienst drei Sitzungen nacheinander (20, 21 und 22 Nov.) auf eine Art belebt zu haben daß den conservativen Leuten angst und bange wird, und es verlohnt sich ein Rückblick auf den innern Zusammenhang dieser Tagsbegebenheiten, die für den Geist des Parteiwesens so charakteristisch sind. Hr. Benjamin Raspail begründete sein Mißtrauensvotum gegen die Bankiers durch folgende Argumentation. „Ihr habt in Paris ein Spielhaus, Börse genannt (anhaltendes Gelächter), ein Spielhaus wo man aus guten und schlechten Neuigkeiten, gleichviel ob sie wahr oder falsch sind, Münze prägt und der welcher die Neuigkeit zuerst hat, ungeheure Gewinnste machen kann. Wenn es nun im Schooß der Regierung einen Minister gäbe der das Bankiergeschäft ausübte, könnte es nicht geschehen daß dieser Minister, ohne zu glauben etwas pflichtwidriges zu thun, von den Neuigkeiten in deren Besitz er wäre, Gebrauch machte? (Beifall links. Murren sonst. Präsidium: Das wäre ein Diebstahl. Hr. F. Barrot, Minister des Innern: Das stünde bei jedem, ein Advocat könnte ebensogut ein so schlechtes Handwerk treiben. Hr. Garnier, zu Hrn. Raspail: So beantragen Sie doch daß ein Finanzminister ein ehrlicher Mann sey.) Ehe ich weiter gehe muß ich erklären daß in dem was ich sage nichts persönliches liegt. Es gibt überall ehrliche Leute, selbst unter den Bankiers. (Neue Heiterkeit rechts.) Glaubt ihr, Bürger! daß der Mann der im Börsenspiel aufgewachsen, von einem Tag auf den andern mit alten Gewohnheiten bricht, wenn er Minister geworden ist? Wird er sich ein Gewissen daraus machen wenn alle Börsengeschäfte auf den politischen Neuigkeiten beruhen, die zu benützen in deren Besitz er ist, zumal wenn sie ihm zu ungeheuern Gewinnsten verhelfen können? (Rechts: Genug! genug! Das ist unwürdig! Links: Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Ich glaube es nicht, und warum? Weil derjenige der ein Geschäft, eine Handelschaft für erlaubt hält, wenn auch die welche nicht vom Handwerk sind, eine der unsittlichsten Markteteien darin erblicken, sich kein Gewissen daraus machen wird sich der Staatsgeheimnisse zu bedienen. Aber ich will den Fall setzen er habe Gewissenszweifel; kann es nicht vorkommen daß ein unvermuthet zum Minister ernannter Bankier am Abend vorher, einige Tage vorher starke Ankäufe gemacht, und wenn er nun im Schooß des Ministerraths oder durch sein Departement eine Nachricht erhält die geeignet ist ein Sinken der Fonds hervorzubringen, wenn sein Vermögen auf dem Spiel steht, wird er lange zaudern? Wird nicht das Privatinteresse unmittelbar über die Pflicht des Beamten den Sieg davon tragen? Offenbar wird der Minister im Augenblick wieder Bankier seyn. Und diese Thatsache zugegeben, welche Kluft sehet ihr zwischen der Erhaltung und der Versuchung des Gewinns? Es ist dem Bankier welcher Minister wird, gar nicht zuzumuthen daß er am Tag nach seiner Ernennung sein Haus schließe, zumal in einer Zeit wo die Minister, wenn sie Morgens ihr Hôtel verlassen, nicht gewiß sind, ob sie am Abend noch dahin zurück können. Sollte daher nicht wenigstens festgesetzt werden daß einer nur Minister werden könne, wenn fünf Jahre seit der Abtretung seines Bankhauses bis zum Tag seiner Ernennung verflossen sind? So wären die Rechte eines jeden gewahrt. (Lachen und Murren rechts. Links: Sehr gut! Sehr gut!) Mich dünkt dieß sey eine Frage der Moralität, und ich muß bedauern daß mir die Versammlung nicht die ganze ernste Aufmerksamkeit schenkt. Ist man denn von fähigen Männern (spöttisches Lächeln) so entblößt daß man genöthigt ist einen guten Minister nur bei einem Bankier zu suchen? So weit ist es mit uns — Gott sey Dank — noch nicht. Haben unsere Finanzen nicht durch Männer die dem Bankwesen fremd sind, ausgezeichnete Verbesserungen erhalten? (Rechts, ironisch: z. B. durch die provisorische Regierung.) Freilich, wendet man ein, ein Minister muß nicht nothwendig Bankier gewesen seyn um auf der Börse zu spielen, der erste beste Minister kann nöthigenfalls mit einem Anbeter im Tempel des goldenen Kalbs Halbpart machen. (Zahlreiche Stimmen: Genug! genug! Links: Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Diese Bemerkung kann sehr wahr seyn, und es ist mir wie wenn ich gehört hätte daß einmal ein gewisser Minister in Zeit von einem Jahr oder 15 Monaten an seinem Gehalt von 100,000 Fr. 1½ Mill. ökonomisirt hat. (Heftige Unterbrechung. Eine Menge Stimmen: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Hr. v. Mortemart: Was sollen diese Einflüsterungen? Hr. Godelle: Keine Einflüsterungen. Nennen Sie. Zahlreiche Stimmen: Wer? Wer? Nennen Sie. Stürmische Gährung. Präsidium: Sie greifen einen der Männer an welche Minister waren, Sie greifen ihn an und nennen ihn nicht.) Ich bemerke dem Bürger Präsidenten daß ich von einem Recht Gebrauch mache das jedem angehört . . . (Eine Menge Stimmen: Nein! Nein! Sie müssen nennen. Wer? Wer? Nennen Sie! Ein Mitglied: Sie haben von einem Finanzminister gesprochen, nennen Sie ihn. Präsidium: Man verlangt Sie sollen nennen. Hr.

Gobelle: Das ist eine Feigheit nicht zu nennen. Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Stimme links: Es ist vielleicht die Person in der Komödie von der es heißt:

Il s'était fait cent mille francs de rente
Sur ses appointemens, qui n'étaient que de trente.

Präsidium: Die Zahl der Finanzminister war sehr beschränkt... Eine Stimme: Es gab zwanzig bis dreißig. Präsidium: Es gab zwanzig bis dreißig. Mehrere genossen einen hohen und gerechten Ruf. Wenn Sie die Finanzminister in Masse angreifen, lassen Sie den Verdacht auf allen liegen. Geschrei rechts: Nennen Sie! Nennen Sie! Hr. Hennecart: Nennen Sie, oder nehmen Sie zurück. Stimme rechts: Erkennen Sie an daß Sie verleumdet haben. Hr. Amable Dubois: Der Redner hat nicht einmal die Entschuldigung der Improvisation. Er hat das in der Commission gesagt.) Es ist wahr, ich habe das in der Commission gesagt und mich auf eine vage Erinnerung berufen. (Ausrufe des Unwillens. Stimme links: Man hat auch sonst von loups cerviers gesprochen. Präsident Dupin, der von den Bankiers früher einmal diesen berühmt gewordenen Ausdruck gebraucht hatte: Das galt von fremden Bankiers welche mit dem Heere zogen um uns zu brandschatzen. Neues stärkeres Geschrei: Zur Ordnung! Hr. Dupin: Nennen Sie, oder widerrufen Sie den Vorwurf.) Ich habe mich auf eine vage Erinnerung berufen. Ich bemerke der Versammlung daß ich in der Politik sehr jung bin (ein Mitglied: ja wohl, man sieht es), daß ich nicht allen politischen Männern gefolgt bin die auf der politischen Bühne erschienen sind, und daß deßwegen mehrere Mitglieder jener Seite leichter den Namen sagen könnten als ich ... (Hr. Hennecart: Das ist eine neue erschwerende Einflüsterung. Hr. Latrade: Erinnern Sie an die Processe Teste und Cubières! Lärmende Unterbrechung. Präsidium: Es ist augenscheinlich daß Sie einen persönlichen Angriff führen wollen. Ich mache einen großen Unterschied zwischen allgemeinen Vorwürfen die gegen eine ganze Classe von Individuen gerichtet sind. Classen und Professionen sind stark genug um Anzüglichkeiten oder Vorwürfe auszuhalten. Wenn man aber individualisirt muß man nennen, oder man zieht sich die strengsten Rügen zu. Nennen Sie also oder nehmen Sie den Ausdruck zurück, sonst rufe ich Sie zur Ordnung. Eines oder das andere. Beifall rechts. Widerspruch links. Die größte Aufregung herrscht im Saal. Links: Aber, Bürger Raspail, sprechen Sie doch von Teste und Cubières, diesen Ministern die wegen Erpressung verurtheilt worden. Stimme rechts: Es waren keine Bankiers. Präsidium: an die Mitglieder in den Gängen links: Ihr Herren! nehmet doch eure Plätze ein. Verschiedene Stimmen: Wenn die rechte Seite geräumt ist werden wir die Linke räumen. Präsidium: Gehe jedermann an seinen Platz, ich wende mich an die rechte wie an die linke Seite. Die Ruhe stellt sich ein wenig her.) Es wird leicht seyn die Erpressungen eines Ministers zu entdecken, wenn dieser Minister aus Mangel an Uebung genöthigt ist sich an seine Verwandten oder an Freunde zu halten um Börsengeschäfte zu machen. Ich nenne den Fall des Hrn. Teste. (Stimme rechts: Der war kein Bankier. Hr. Dampierre: Er war Advocat.) Ich bemerke nur daß in diesem Fall die ministerielle Tugend vornehmlich den Eingebungen eines ehemaligen Kriegsministers und eines Bankiers erlegen ist. (Hr. de Panat: Hr. Pellagra war kein Bankier, er ist es nie gewesen. Stimme links: Er war Generaleinnehmer.) In jener Periode der Corruption mußte ein ungeheurer Skandal geschehen bis man sich entschloß einen in der administrativen Hierarchie so hochgestellten Beamten zu treffen, denn damals suchte man nur auf die Gasse und die Mansarde loszuschlagen. (Ausrufe. Präsidium: Die Justiz trifft jedermann.) Ich weiß nicht ob die Gerechtigkeit immer im Verhältniß zur Stellung trifft die der Mann einnimmt. Ich glaube kaum. Ihr seht täglich einen armen Teufel, der wegen eines geringfügigen Diebstahls den er begeht um seinen Kindern Brod zu geben ... (rechts: Das ist unerträglich. Kann man so etwas auf der legislativen Tribüne sagen?) zu zwei bis drei Jahren Gefängniß verurtheilt wird, während ein viel schuldigerer Minister die gleiche Strafe bekommt. (Der Minister des Innern, F. Barrot: Das ist das Gesetz. Präsidium zu dem Redner: Sie greifen alles an, selbst wo die Gerichte entschieden haben. Hr. F. Barrot: In dem angeführten Fall ist das Gesetz vollzogen worden, die Richter haben das Maximum der Strafe angewendet. In diesem Augenblick erhebt sich verwirrtes Geschrei auf der äußersten Linken, aus welcher Hr. Duché herausgehört wird. Präsidium bedroht ihn mit dem Ordnungsruf. Stimme links: Zu den Unterbrechern rechts sagen Sie nie etwas. Präsidium gegen die Linke: Ich habe die Lärmer zum Stillschweigen ermahnt. Aber da fahrt ihr heftig auf, und das ist [illegible] was eure Unterbrechungen unterscheidet. Es gibt rechtmäßige Reclamationen von der andern Seite, aber ihr gewährt unklugen Reden eine unerlaubte Unterstützung. Ihr nehmt die Partei des Redners gegen den Präsidenten, gegen den Ordnungsruf. Rechts: Sehr gut! Sehr gut!) Unser ehrenwerther Präsident erinnert mich daß ich eine richterliche Entscheidung nicht angreifen dürfe, ich glaube aber, wenn unsere Gesetze früher oder später einer Reform bedürfen, so ist es immerhin nothwendig Beispiele anzuführen. (Präsidium: Fahren Sie in Ihrer Rede fort.) Und da ich fürchte, ich gestehe es, daß man noch einige alte monarchische Traditionen bewahrt hat, so wünsche ich daß man irgendein Vorbeugungsmittel ergreife gegen solche Vorkommnisse. Bürger, es ist erlaubt diese Besorgnisse zu heben wenn man sieht daß die Diebe, wohl verstanden die großen Diebe, ihre Zeit in Krankenhäusern zubringen und die politischen Verurtheilten auf die Galeeren geschickt werden. (Links: Sehr gut! Sehr gut!) Nur um an ein Factum zu erinnern erwähne ich euch den in den Tuilerien am 24 Febr. gefundenen Brief, worin — ich weiß nicht welcher Souverän zu Ludwig Philipp sagte: „Ihre Minister haben sich ungeschickt benommen, sonst hätten wir größere Gewinnste machen können.“ (Rechts: Das ist nicht wahr. Das ist mehr lächerlich als gehässig.) Dieß war die Einleitung zu dem Antrag eine neue Kategorie von Incomptabilitäten aus den Bankiers zu machen. Die Commission hatte entgegengehalten die Verfassung wisse nichts von einer solchen Ausnahmsstellung, darauf erwiederte er: wenn dieser Einwurf gegründet wäre, warum sie dann den Gehalt des Präsidenten der Republik auf 1,200,000 Fr. erhöht hätten, denn Artikel 62 der Verfassung bestimme diesen Gehalt zu 600,000 Fr. Auch das sey keine Schwierigkeit daß man sagen könnte der Präsident der Republik sey dadurch in der Wahl seiner Minister beschränkt. Habe doch der Bürger L. Bonaparte mit grober Schrift in einem seiner Werke geschrieben: De bien se garder de prendre pour ministre un banquier (allgemeines Gelächter), und das sey nicht der Mann der vergesse was er geschrieben, der wisse Praxis und Theorie zu verbinden. Eine seltene Eigenschaft. (Fortwährendes Gelächter.) Zur Ehre des Landes werde eine Zeit kommen wo die Börse nur noch zu einem Versammlungsort dienen werde für Handelsleute um den Curs, die Waarenpreise festzusetzen (neues Gelächter), er hoffe also die Versammlung werde seinen Antrag besser würdigen als die Commission, denn derselbe könne nur diejenigen gegen sich haben die den Erwählten vom 3 Aug., diesen Gott der Geldsäcke (Dieu des boursicotiers), zurückwünschen. Präsidium bemerkte: das sey eine Verhöhnung und Unschicklichkeit, Hr. v. Larochejaquelin aber unternahm es den Redner ausführlicher zurechtzuweisen. Er erzählte dann unter dem Gelächter der rechten Seite wie die Sache zwischen der Commission und Hrn. Raspail verhandelt worden. Hr. Raspail habe selbst bekannt die Frage nicht studirt zu haben, aber es habe ihm eben geschienen daß Finanzminister leichter auf der Börse spielen können als andere, und da habe er einen ehemaligen Finanzminister bezeichnet der $1\frac{1}{2}$ Mill. gewonnen haben solle, die Person aber nicht genannt. Man solle wenigstens in den Fußstapfen der Februarrevolution gehen, habe er gesagt. Allein was die Februarrevolution gethan? Sogleich seyen zwei Bankiers zu Finanzministern ernannt worden. Hr. Garnier-Pagès sey nie Bankier gewesen, wurde von Hrn. Béan erinnert. Nun, fuhr der andere fort, also zuerst Hr. Goudchaux und nach Hrn. Garnier-Pagès Hr. Trouvé-Chauvel, und niemand werde die Redlichkeit dieser zwei Finanzminister beanstanden, weil sie Bankiers gewesen. (Beifall.) Endlich forderte Hr. v. Montebello Beweis wegen des angeblichen Brieffunds in den Tuilerien, oder erkläre die ganze Geschichte für Verleumdung. Hr. Raspail erbat sich nochmals das Wort: er versicherte die Thatsache sey allgemein bekannt (Widerspruch rechts und im Centrum. Der Minister des Innern, F. Barrot: ja, bekannt denen die sie erfunden) sey in den Zeitungen berichtet. (Stimme rechts: In euren schlechten Blättern. Mehrere Mitglieder: Ja, die Verleumdung war darin, aber nicht der Brief). Ueberhaupt habe er keine Persönlichkeiten beabsichtigt, sondern die Frage generalisiren wollen. Bei der Abstimmung erhoben sich nur die äußersten Bänke rechts für die Erwägung des Antrags, bei der Gegenprobe die Rechte, das Centrum und ein großer Theil der Linken. Der Präsident gegen die Linke: Da habt ihr eine unermeßliche Majorität gegen den Antrag. Das ist alles.

Außer dem Antrag in Betreff der Verwaltung Algeriens, bei dessen Verhandlung die Generale Cavaignac, Bedeau und der Kriegsminister in dem Sinn das Wort nahmen daß sie sich mehr oder weniger entschieden für das allmähliche Uebergehen zu einer gemeinrechtlichen Ordnung aussprachen, sind in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung noch zwei Anträge, über die militärischen Servituten und den Wucher, zur Berathung zugelassen worden. Heute brachte Hr. L. Faucher den Zwangscurs der Banknoten zur Sprache, der seit 25 März v. J. besteht, und die Folge hat daß das Papier sich vermehrt, das bare Geld aus dem Verkehr

verschwindet. Er ist nicht der Meinung daß man den Zwangscurs schon aufgeben könne, will aber daß die Bank ermächtigt werde bis zu 530 Mill. Noten auszugeben. Der Finanzminister versprach in einem nächstens vorzulegenden Gesetzentwurf über die Bankverhältnisse auch diese Frage zu umfassen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten legte eine Berichtigung seines Budgets vor — es enthält eine neue Reduction von 10 Mill. Schließlich zeigte das Präsidium (Vicepräsident Benoist) an daß eine Anzahl Mitglieder ihm ein Document übergeben hätten das unter dem Titel einer Proposition eine Rüge gegen den Präsidenten Dupin enthalte. Sein Vorschlag war es durch die Tagesordnung zu beseitigen, was geschah. Dieses in der Nationalversammlung nun zum zweitenmal zurückgewiesene Document das Hrn. Dupin Parteilichkeit vorwirft, steht bereits in mehreren Zeitungen abgedruckt; es soll 120 Unterschriften (Montagne und Linke) zählen. Hr. de Baune, Repräsentant des Gard, ist gestorben.

⌑ **Straßburg**, 23 Nov. Die Besatzungen des Elsasses sowie der östlichen Departemente überhaupt erleiden vorläufig keine andere Verminderung als die durch die bewilligten temporären Beurlaubungen eintretenden an sich unbedeutenden Ausfälle. Ueber die Auflösung der Alpenarmee wird im Ministerium gegenwärtig berathen. Jedenfalls tritt in der Zusammensetzung dieses Beobachtungscorps unmittelbar nach der definitiven Schlichtung der römischen Angelegenheit eine durchgreifende Aenderung ein. Vorgestern kamen Artillerieabtheilungen welche an der römischen Expedition theilgenommen hatten, wieder hieher zurück. Die in naher Aussicht stehenden Repräsentantenwahlen setzen bereits alle politischen Parteien in Bewegung. Sehr viele Wähler beabsichtigen, wie wir hören, unsre früheren Deputirten bei der Constituante, die HH. Liechtenberger und Martin, welche bei den letzten Wahlen den Socialdemokraten gegenüber unterlagen, in die Kammer zu schicken. — Die Rückkehr deutscher politischer Flüchtlinge in ihre Heimath dauert fort. Die Rheinhessen besteigen in Lauterburg die Dampfschiffe und eilen mit Geleitscheinen der französischen Behörden versehen nach Hause zurück. Die Polizei wacht mit außerordentlicher Strenge darüber daß sich diese Verbannten nicht in den Gränzdepartementen aufhalten. Die überaus geringen Hülfsgelder welche bisher einzelnen Flüchtlingen von der Regierung verabreicht wurden, werden im nächsten Jahre noch weiter geschmälert und großentheils ganz aufhören.

Italien.

* Ein Brief aus **Rom** vom 19 Nov. meldet die Ankunft des Generals Baraguay d'Hilliers, Nachfolgers des Generals Rostolan im Oberbefehl des französischen Heers. Fortwährend fanden Verhaftungen statt; unter den Verhafteten waren mehrere Damen die einer Todtenfeier für die im Kampf gebliebenen Römer beigewohnt.

Der Herzog von **Parma** hat endlich die Prügelstrafe abgeschafft. Die Zahl der Geprügelten belief sich bereits auf 400. Die Vertreibung der Benedictiner aus dem Herzogthum Parma wurde vom Cardinal Antonelli sehr übel aufgenommen. Der Herzog soll deßhalb den Canonicus Marzolini nach Rom geschickt haben um diese Maßregel zu rechtfertigen. (A. Z. C.)

Schweiz.

Nach der Basler Ztg. wird Professor Wackernagel nicht nach Wien gehen, sondern in der Schweiz bleiben.

Rußland.

St. Petersburg, 16 Nov. Nach einer Mittheilung im Kawkas ist von dem unter dem Fürsten Dolgoruki stehenden Heer die Festung Tschoch in Daghestan nach einem heftigen wiederholten Angriff erstürmt und in einen Schutthaufen verwandelt worden. Schamils Truppen hatten die umliegenden Höhen der Festung besetzt; ihr Verlust soll fast eben so bedeutend wie der der Belagerten seyn, und wird auf 3000 Todte und Verwundete angegeben. Nach dieser den Lesghiern beigebrachten Niederlage hat Fürst Dolgoruki sich wieder zurückgezogen und seine Thätigkeit den projectirten Festungs- und Straßenbauten zugewendet. Im Verhältnisse zu dem ungünstigen Terrain in dem der Kampf geführt wurde, und zu dem heftigen Widerstand soll der Verlust der Russen gering zu nennen seyn.

St. Petersburg, 16 Nov. Die heutige Petersburger Zeitung meldet: Das Bulletin scientifique der kaiserl. Akademie theilt uns mit daß auf Befehl des Kaisers ein Comité errichtet worden ist um den von dem französischen Chemiker Archerot vorgelegten Plan die Hauptstadt mittelst Elektricität zu beleuchten zu prüfen. Die ersten Versuche dieser Beleuchtungsart werden über dem Haupteingange in die Admiralität und auf den vier Candelabern der Alexandersäule stattfinden.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 23 Nov. Consols $94\frac{1}{2}$.

Paris, 23 Nov. 3proc. 57; 4proc. 70.25; 5proc. 89.80; Bankactien 2400; belg. 5proc. $95\frac{3}{4}$; Anleh. v. 1842 $95\frac{3}{4}$; belg. Bank 710; neap. 5proc. 91; röm. 82; span. innere Sch. $28\frac{1}{4}$; Hayti 200; piem. 5proc. 83.10; Obl. v. 1849 885; Vers. C.-B. linke 170; Paris-Rouen 527.50; Straßburg 357.50; Nordbahn 445; Rouen-Havre 258.75; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 300; Bordeaux 398.75; Tours-Nantes 280.

Amsterdam, 23 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{7}{16}$; 3proc. 63; 4proc. $82\frac{1}{2}$; Met. 5proc. $82\frac{3}{4}$; Ard. $12\frac{3}{8}$. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg $34\frac{7}{8}$ k. S.

Augsburg, 26 Nov. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{5}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{1}{4}$ P. Wien in Wern 1 M. $91\frac{5}{8}$ P. Triest 1 M. $91\frac{5}{8}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{3}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. London 1 M. 10.4 G., 2 M. 10.4 P. Paris 1 M. $118\frac{3}{4}$ P. Lyon 1 M. $118\frac{5}{8}$ P. Marseille 1 M. $118\frac{1}{8}$ P. Mailand 1 M. $60\frac{1}{4}$ P. Genua 1 M. $51\frac{3}{4}$ P. Livorno 61 P.

Augsburg, 26 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{1}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Metall. $87\frac{1}{2}$ P., Bankactien II. Sem. 1100 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. 82 P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Hamburg, 23 Nov. Hamb.-Berged. C.-B.-A. 92. Berl.-Hamb. $91\frac{1}{4}$. Altona-Kiel 94 P. Mecklenb. $33\frac{1}{2}$. Rendsb.-Neum. 112. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 41 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. 86. Hannov. 5proc. 106 P. Ruß. engl. Anl. $104\frac{3}{4}$. Dän. 3proc. Anl. 71 P. Schwed. 4proc. 97 P. Norw. 4proc. $99\frac{1}{2}$ P. Amerik. 6proc. 105.

Berlin, 24 Nov. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $106\frac{1}{4}$ G. Staatschuldsch. 89 G. Prämiensch. 102 P. Eisenbahnactien: Berl.-Anhalt AB. $86\frac{1}{2}$ à 87 bz. Berl.-Hamb. 82 à $\frac{1}{4}$ bz. Berl.-Stett.-Starg. 108 à 107 G. Berl.-Potsd.-Magd. $65\frac{1}{4}$ à $\frac{1}{2}$ bz. Halle-Thüringer $65\frac{1}{2}$ G. Köln-Minden $95\frac{1}{4}$ à $\frac{1}{2}$ bz. Köln-Aachen 47 P. Düsseld.-Elberf. 87 bz. Niederschl.-Märk. $83\frac{7}{8}$ à 84 bz. Oberschl. A. $108\frac{3}{4}$ G., B. $105\frac{3}{4}$ G. Krakau-Oberschl. 70 bz. Berg.-Märk. 48 P. Starg.-Posen $84\frac{3}{4}$ à 85 bz. Magd.-Wittenb. $65\frac{1}{2}$ bz.

♀ **Wien**, 24 Nov. Für Fonds und Eisenbahnactien herrschte an der heutigen Börse eine flaue Stimmung und schlossen Curse in denselben bei fühlbarem Geldmangel etwas niedriger, während fremde Devisen sowie Gold und Silber höher gingen und von ersteren besonders London lebhafter begehrt war. Die Umsätze nicht sehr belangreich. Das neue Anlehen war heute bis $83\frac{3}{8}$ offerirt; Bankactien behaupteten sich fest; und nur k. k. Anlehensloose vom Jahr 1834 wurden etwas besser bezahlt. Hingegen erlitten die k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 einen ziemlichen Rückgang. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{5}{8}$–$93\frac{3}{4}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{3}{8}$–$83\frac{1}{2}$, Loose v. J. 1834 171–172, Loose v. J. 1839 $116\frac{1}{2}$–117, Bankactien 1182–1185, Nordbahnactien $107\frac{3}{8}$–$107\frac{3}{4}$, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder $79\frac{1}{2}$–80, Pesther 78–$78\frac{1}{2}$. London (k. S.) 10.58–11, Hamburg $160\frac{1}{4}$ G., Augsburg uso 109–$109\frac{1}{4}$, Frankfurt $108\frac{3}{4}$–109, Amsterdam $151\frac{1}{2}$, Mailand $98\frac{1}{2}$–99, Livorno 106–$106\frac{1}{2}$, Genua $124\frac{3}{4}$ P., Paris $128\frac{3}{4}$–129, Marseille $128\frac{3}{4}$–129, Lyon 129 P. Goldagio für kais. Münzducaten $14\frac{1}{2}$. Silberagio 9–$9\frac{1}{2}$ Proc. Für Italien wird fortwährend Gold und Silber aufgekauft. — Die französische, belgische und englische Post war beim Schluß der Börse noch nicht eingetroffen.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. L. J. Altenhöfer. Dr. F. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Der Kampf in Dresden im Mai 1849. — Karl Friedrich Hagenbach. — Denkschrift des Fürsten v. Leiningen. — Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über das Jagdgesetz. — Schleswig-Holstein und Deutschland. — Die österreichisch-deutsche Zolleinigung. — Ein Jahrestag in Oesterreich. — Die Orleans und die Bonaparte. — Großbritannien.

Der Kampf in Dresden im Mai 1849.

⁑ **Dresden.** Unter diesem Titel ist von dem königlich preußischen Obersten Grafen von Waldersee, Commandeur des Kaiser Alexander Grenadier-Regimentes, eine Broschüre veröffentlicht worden, welche eine militärische Schilderung und Beleuchtung des Dresdener Häuserkampfes sich zur Aufgabe gestellt hat. Da der Verfasser an diesem Kampfe als Befehlshaber der königlich preußischen Hülfstruppen unmittelbaren Antheil genommen, dabei nach der Versicherung glaubwürdiger Augenzeugen dem feindlichen Feuer wiederholt sich ausgesetzt hat, so verdient die Schrift um so mehr Aufmerksamkeit, als sie, außer vielen interessanten Einzelheiten, einen solchen Gesammtüberblick des Kampfes gewährt daß sie für diese Katastrophe des deutschen Verfassungsstreits als geschichtliche Quelle betrachtet werden kann, indem sie z. B. namentlich auch die verschiedenen Erlasse der Staatsregierung sowohl als der provisorischen Usurpation in ziemlicher Vollständigkeit überliefert. Andererseits macht es aber auch diese historische Bedeutsamkeit der Schrift zur Pflicht nicht unerwähnt zu lassen, wie hin und wieder Irrthümer untergelaufen sind. Deren finden sich mehrere, namentlich in dem einleitenden Theile, welcher die Vorgänge vor dem erst am dritten Tage des Aufstandes erfolgten Eintreffen der preußischen Waffenhülfe ziemlich umfänglich behandelt. Hier spricht der Verfasser nicht aus eigener Anschauung und Wahrnehmung, sondern berichtet nach Quellen deren Parteifarbe unverkennbar ist. So werden, um einige Beispiele anzuführen, die angeblichen Barricadenpredigten der Frau Schröder-Devrient, Sempers und Richard Wagners angebliche Thätigkeit beim Barricadenbaue und Organisiren des Aufstandes, wenn auch nicht mit Namensnennung, doch mit unverkennbarer Personenbezeichnung als unbestrittene Thatsachen aufgeführt, während sich inmittelst herausgestellt hat daß bei diesen Sagen geflissentliche Gehässigkeit gewisser Parteibestrebungen zum Theil sehr in das ungeheuerliche gemalt hat. Auch das Siegel der provisorischen Regierung, an welchem angeblich wenigstens vierzehn Tage lang hätte gearbeitet worden seyn müssen, erscheint auf dem Platze, während dem Vernehmen nach bei der untersuchungsmäßigen Erforschung jenes Siegelgerüchtes sich ergeben hat daß es nur aus einer Muthmaßung entsprungen ist. Wer Gelegenheit hatte Abdrücke dieses Siegels zu sehen, mochte wohl über das vierzehntägige Unternehmen lächeln. Wenn ferner behauptet wird daß der „deutsche Verein" nach der auch auf seine Adresse wegen Anerkennung der Reichsverfassung ertheilten abschlägigen Antwort sich dem zu den extremsten Schritten drängenden „Vaterlands-Vereine angeschlossen habe," so wird mit dieser Unwahrheit einer Anzahl von Männern zu nahe getreten die, wegen ihrer constitutionellen Scharfkantigkeit wohl nach gewissen Richtungen unliebsam, doch zugleich eben von jener Partei, welche den „abgeschmackten Rechtsboden" endlich aufathmend hatte verlassen können, verhöhnt worden sind, weil sie sich bedachten Gut und Blut auf die Barricaden zu tragen, für welche die deutsche Reichsverfassung nur den Firmenträger abgeben mußte, während die republicanische Schilderhebung eines Tzschirner und der allgemeine Umsturz eines Bakunin als stille Gesellschafter dahinter lagen.

Das meiste politische Interesse hat die Schrift wohl in dem Theile welcher die Lage beim Beginne des Kampfes schildert. Der strategische Scharfsinn, welcher hier die vielfachen Unterlassungen der Aufständischen in Benützung der gebotenen Terrainvortheile darlegt, liefert zugleich, vielleicht unwillkürlich, den Beweis daß, wenn auch die Umsturzpartei auf einen Aufstand im allgemeinen gefaßt, dennoch ein bestimmter, fester Plan nicht vorbereitete gewesen ist. Alle jene taktischen Fehler leuchten auch dem mit Dresdens Localität nur etwas vertrauten „Civilisten" so leicht ein daß, da der Oberbefehl der aufständischen Macht in der Hand eines Kriegskundigen, des verabschiedeten Oberstlieutenants Heintze lag, die negative Wahrheit jener begangenen Fehler eben nur durch die unvorbereitete Ueberraschung des Ausbruchs sich erklären läßt. Vergleicht man damit die geringe Zahl der anfänglich verfügbaren Truppenmacht (höchstens 2000 Combattanten in einer lang gedehnten Defensivstellung), so erkennt man daß wir an dem Abgrunde badischer Zustände schwindelnah vorübergekommen sind. Wir erfahren von dem Verfasser daß hauptsächlich vier Wege den Kampf zu führen in Frage gewesen sind: Cernirung, Bombardement, Sturm, belagerungsmäßiger Angriff durch Häuserkampf. Für das letzte Mittel hat man sich entschieden, jedoch gesteht Graf Waldersee zu daß er selbst, mit windischgrätzischer Velleität, das Bombardement in Vorschlag gebracht hat, „um die Sache schneller und mit geringeren Opfern zu Ende zu bringen." „Das Ministerium — fährt er fort — nahm Anstand die Verantwortung auf sich zu nehmen, die Stadt, eine der schönsten Deutschlands, die darin befindlichen Kunstschätze und das Eigenthum vieler Wohlgesinnten der Zerstörung preiszugeben. Damit dieses, für constitutionelle Minister und für Landesgenossen allerdings schwere Bedenken nicht hindernd auf nothwendig scheinende militärische Maaßregeln einwirke, erbot sich der fremde Befehlshaber, sobald ihm unter irgendeinem Titel freie Hand gelassen würde, die Verantwortlichkeit und die Gehässigkeit der Maßregel auf sich zu nehmen. Aber auch dieses Auskunftsmittel (das allerdings nur dem Namen, nicht der That nach das Ministerium entlastet hätte) wurde nicht angenommen, und so unterblieb jedes Bombardement." Diese Selbstbekenntnisse einer militärischen Seele werden manchen Dresdener Bürger bei der Vorstellung jenes gelüsteten Feuerwerksprojectes mit Gänsehaut überziehen, und wenn sie vollends hören — avis au lecteur propriétaire — wie der Herr Graf bedauert daß bei dem Durchbrechen im Innern der Häuser die „Pulversäcke" nicht in Anwendung gebracht worden seyen, als rasches und wirksames Mittel, da werden sie wohl zum achten bitten von der Nothwendigkeit eines solchen conte bombardatore in Zukunft verschont zu bleiben. Doch — „wer Unkraut sät, drischt kein Getraide."

Die Schilderung des Kampfes, zu deren Verständniß ein Plan der Stadt dem Buche beiliegt, ist ebenso klar als spannend; namentlich sind die Waffenthaten der einzelnen preußischen Truppenabtheilungen hervorgehoben. Die Plünderungsbeschuldigungen, welche in der Presse hier und da gegen sächsische sowohl als preußische Truppen laut geworden sind, werden zurückgewiesen, höchstens auf natural consumption beschränkt. Diese Thatsache soll, wie ich höre, zur rechtlichen Erörterung gelangen, indem ein hiesiger Kaufmann, welcher unglücklicherweise den Namen eines der Dresdener Volksmänner führend seiner plauderhaften Firma jene „natürliche Verzehrung" eines Cigarrenlagers von mehreren Tausend Thalern im Werthe zu verdanken haben will, gesonnen seyn soll Schadenersatz vom Staatsfiscus zu fordern. In Betreff des Niedermachens Ueberwundener heißt es, S. 204: „Auf dem linken Flügel säuberten Abtheilungen des 24sten (preußischen) Infanterieregimentes die Schustergasse vollständig, wobei in einem Hause achtzehn Insurgenten niedergemacht wurden, ein Verfahren das ganz der Stelle des am heutigen Tage (8ten Mai) von Seiten des sächsischen Obercommando's erlassenen Tagesbefehls entsprach: „Die Staatsregierung ist nicht mit vielen Gefangenen zu beläst gen." — Die Existenz eines solchen Tagesbefehls ist allerdings eine seltsame Enthüllung.

Von besonderem Interesse ist das was der Verfasser gelegentlich einer ausführlichen Beschreibung der Eisenbahnfahrt des Füsilirbataillons seines Regiments von Berlin nach Dresden über die Benützung der Schienenwege bei Aufstandskämpfen bemerkt; nicht minderen kriegswissenschaftlichen Werth werden die Erfahrungs-Aphorismen über die Taktik des Häuserkampfes haben, welche § 13 einstreut. Und so erscheint die Schrift nicht als das unbedeutendste Gedenkblatt aus der Geschichte des Jahres 1849.

Karl Friedrich Hagenbach.

⁂ **Basel.** Am 20 Nov. starb hier einer der ehrwürdigsten und vortrefflichsten Männer unserer Stadt, der emeritirte Professor der Medicin, Dr. Karl Friedrich Hagenbach, Vater des rühmlich bekannten Theologen, in einem Alter von 78 Jahren. Er war der Nestor der Aerzte Basels, ausgezeichnet durch Scharfsinn, Lebendigkeit und Frische des Geistes, reiche Lebenserfahrung und einen äußerst liebenswürdigen Charakter. Seine Studien hatte er in Straßburg. Erlangen und Göttingen gemacht, und namentlich in Erlangen neben trefflichen Lehrern auch treue Freunde gefunden. Seine praktische Laufbahn in Basel begann er im J. 1795, und es wurde ihm in derselben während der ganzen Zeit seiner Kraft ein Vertrauen zu Theil wie es selten ein Arzt zu genießen hat. Von 1802 bis 1820 bekleidete er die Professur der Botanik und Anatomie, und während einer kürzern Zeit auch die Professur der praktischen Medicin an der Universität Basel. Sein Lieblingsfach war die Botanik.

Als Botaniker hat er sich durch eine vortreffliche lateinisch geschriebene **Flora Basiliensis**, die in zwei Bänden erschien, als Muster einer speciellen botanischen Monographie gelten kann, einen wohlverdienten Namen erworben, der nicht so bald untergehen wird. Ihm zu Ehren haben die Botaniker auch eine Art der Fragaria Hagenbachia genannt. Als Mitglied des großen Rathes des Kantons Basel nahm er auch an den politischen Gestaltungen der Ereignisse lebhaften Antheil, schon zu jener Zeit als nach der ersten französischen Revolution die Schweiz ernste Erschütterungen zu bestehen hatte. Wie er damals für Abschaffung der Mißbräuche und weise Reformen bedacht war, so erhob er im Anfang der Dreißigerjahre, als wieder große Stürme über Basel hereinbrachen, seine Stimme für Mäßigung und Besonnenheit. Wiewohl in spätern Jahren vom öffentlichen Leben zurückgetreten, nahm er doch lebhaften Antheil an allem was die Zeit bewegte. Mit Leichtigkeit machte er sich mit allen Fortschritten seiner Wissenschaft vertraut, und blieb so beständig auf der Höhe derselben. Seinen jüngern Collegen war er ein freundlicher Rathgeber, und selbst in seinen ältern Tagen wies er einzelne Leidende nicht von sich. Am 22 Dec. 1845 feierte er sein 50jähriges Doctorjubiläum, und empfing da sowohl von dem Corps der Aerzte als von andern Männern der Wissenschaft Huldigungen wie sie nur dem wahren Verdienste zu Theil werden können. Die Lebendigkeit und Regsamkeit des Geistes hatte er sich bis ins hohe Alter bewahrt, so daß selbst körperliche Leiden sie kaum zu lähmen vermochten. Hagenbachs Name wird einer derjenigen seyn auf die die Stadt Basel stets mit Stolz wird hinweisen können. **Have, pia anima!**

Denkschrift des Fürsten v. Leiningen.

Bald wird nun hier die neue provisorische Centralgewalt zusammentreten. Statt der Einheit für welche man voriges Jahr um diese Zeit bereit war Gut und Blut zu opfern, haben wir nun den vollständigen Dualismus. Statt überschwänglicher Freiheit, die Militärdictatur zweier Großmächte. Deutschland, das damals in aller Mund und Herzen, für dessen Ruhm und Größe man das Aeußerste zu wagen bereit war, selbst der Gedanke an ein solches Deutschland ist jetzt dahin verschwunden, der Moment ist versäumt und wird zum zweitenmal nicht wiederkehren. Die Veränderung und der Umschwung aller Verhältnisse ist wirklich erstaunlich! Der Nationalwille, wenn man sich so ausdrücken kann, ist gebrochen — zerflossen; das Geschäft der Reconstruction Deutschlands den Händen der Gesammtvertretung der Nation entfallen und in jene der europäischen Diplomatie, der einzelnen größeren Regierungen und der großen Armeen übergegangen. Deutschland, wie es von den Patrioten erstrebt, beiläufig in dem bekannten Gagern'schen Programm ausgesprochen, und endlich von der Nationalversammlung verdorben und verstümmelt beschlossen wurde, gehört jetzt in das Reich der Träume. Nicht minder verändert ist die Stellung Preußens und Oesterreichs zu Deutschland. Preußen hatte im verflossenen Jahre nichts eifriger zu thun als sich der Anträge zu erwehren welche von allen Seiten an dasselbe wegen Uebernahme der Oberhoheit über das junge einige Deutschland gerichtet wurden. Oesterreich dagegen, in einen Kampf um seine Existenz im Innern verwickelt, konnte nur mit Mühe einen schwachen hinhaltenden Einfluß in Deutschland behaupten. Dermalen strebt Preußen vergebens Deutschland festzuhalten, während Oesterreich ruhig und gerüstet den Particularismus im Innern Deutschlands die Arbeiten verrichten lassen und endlich entscheiden kann was und wie ihm recht und bequem; was und wie nicht. Vielleicht erscheint das hier Gesagte eine Uebertreibung, welche aus den Parteiansichten einer Partei hervorgegangen ist welche unterlegen hat. Dem ist aber nicht so!

Bekanntlich ist die Herstellung eines deutschen Bundesstaats, in Wahrheit oder doch wenigstens nach den Begriffen die man seit dem März vorigen Jahres damit verbunden hat, ganz unmöglich, sobald Oesterreich einen integrirenden Theil desselben bildet. Oesterreich betrachtet aber das Zustandekommen eines solchen Bundesstaates ohne sich, also so wie er allein möglich ist, als ein der Auflösung der österreichischen Monarchie gleichkommendes Ereigniß; es ist daher fest entschlossen, und hat es wiederholt auf das bestimmteste erklärt, daß es dieß nicht zugeben werde. Diese Ansicht mag vielleicht eine irrige oder übertriebene seyn, allein sie besteht nun einmal nicht nur bei der österreichischen Regierung, sondern auch bei dem größern Theil des Volks. Schon zu Zeiten der Nationalversammlung war dieß zur Genüge bekannt. Jene Versammlung, und zwar sie ganz allein, hätte nicht nur dieses Hinderniß deutscher Einheit, sondern auch alle die übrigen wegzuräumen vermocht. Wie und warum dieselbe diese große Aufgabe nicht gelöst hat, ist zur Genüge bekannt. Ebenso wie Preußen hierauf den Versuch gemacht hat das was in Frankfurt schmählich zerfallen war, selbst durchzuführen. Dieß konnte gelingen wenn einerseits die innern Verwicklungen in Oesterreich länger fortgedauert, andrerseits und ganz hauptsächlich aber wenn die deutsche Nation dieses Unternehmen Preußens kräftig unterstützt hätte. Letzteres war ganz unbedingt nothwendig um die particularistischen Bestrebungen aller Gattung und die Sonderinteressen einzelner Länder, Orte, Classen und Individuen zu bewältigen. Keines von beiden ist geschehen! Oesterreich hat durch die Siege in Ungarn freie Hände bekommen, und steht bereits mit seinen kriegsgeübten Prätorianern an Deutschlands Gränze von Bregenz bis Eger. Das deutsche Volk aber, wenn es überhaupt ein solches gibt, hat in seiner großen Majorität, unter der Firma Preußenhaß, mit dem Particularismus und den Sonderinteressen, bewußt und unbewußt, gemeinschaftliche Sache gemacht gegen den von Preußen vertretenen Bundesstaat. Namentlich waren im südlichen Deutschland die Bestrebungen der Demokratie rastlos dahin gerichtet.

Was soll nun geschehen? Nirgends findet man eine Antwort auf diese Frage; der Muth fehlt selbst um eine bestimmte Ansicht darüber auszusprechen. Vor allem müßte wohl erörtert werden ob der Bundesstaat mit der Gewalt der Waffen oder durch eine zweite Revolution, oder vielmehr durch beides zugleich durchgeführt und auf diese Weise die ihm entgegenstehenden Hindernisse bei Seite geworfen werden sollen oder — können. Das letztere, das Können, dürfte bei Beantwortung dieser Frage entscheidend seyn! Preußen, denn ohne dieses wäre schon der Gedanke eines solchen Unternehmens höchst lächerlich, würde, im Fall man zu einem Kriege gegen Oesterreich, Bayern, vielleicht noch gegen mehrere andere deutsche Staaten schreiten wollte, sich sofort durch Concessionen an die Demokratie der Mitwirkung derselben versichern müssen, um die untern Schichten der Bevölkerung in Bewegung zu setzen und die Revolution von neuem zu organisiren.

Allein Preußen kann, abgesehen von allen andern Schwierigkeiten, die in der Abneigung der Nation sich nochmals in eine Revolution zu stürzen liegen dürften, dieß nicht ausführen: einmal weil dasjenige was die Führer unserer deutschen Demokratie anstreben, in den Endresultaten sich bereits als ganz verwerflich und unpraktisch erprobt hat, also Concessionen welche die aufrichtige Mitwirkung dieser Parteiführer mit sich brächten, unmöglich sind. Ferner und ganz abgesehen hiervon, weil eben jene Führer, sobald es sich darum gehandelt hat etwas herzustellen oder durchzuführen, sich so ungeschickt erwiesen haben daß man sich ihrer mit Erfolg gar nicht bedienen kann. Die Erfahrung hat gezeigt daß sie nur zu zertrümmern und sodann im Schutt sich herumzubewegen verstehen. Endlich aber weil jeder rechtliche Mann, jeder Freund seines Vaterlandes vor einem Kriege zurückbeben muß in welchem abermals Deutsche gegen Deutsche kämpfen, in welchen das Ausland sich unfehlbar einmischen und Deutschland wie gewöhnlich zum Schlachtfeld erwählen würde. Welche Schande und welche Verluste solche Einmischung in unsere innern Händel seit Jahrhunderten uns gebracht, ist nur zu wohl bekannt. Erscheint nun zwar die Durchführung des Bundesstaates auf diesem Wege ganz unzulässig und verwerflich, ja unmöglich, so darf doch auf der andern Seite nicht verkannt werden daß, wenn bei der definitiven Reorganisation Deutschlands, in solcher Weise wie Oesterreich nach seinen Interessen es zulassen will oder kann, weder den durch die Neuzeit begründeten Ansprüchen Preußens noch dem, trotz aller Ideenverwirrung, dennoch vorhandenen Streben des deutschen Volkes nach einer gewissen einheitlichen Form des Ganzen, sowie der Erhaltung bereits erworbener Freiheiten, Rechnung getragen wird; wenn mit andern Worten Preußen und ein großer Theil des deutschen Volkes gezwungen würde zum Schwert zu greifen, dann das Unglück zwar nicht minder groß, die Chancen aber ganz andere seyn dürften.

So irrig der Glaube auch ist als könnte Oesterreich dermalen durch innere Verwicklungen abgehalten seyn seinen Willen bei der Neugestaltung Deutschlands kräftig geltend zu machen, so wird es dessen ungeachtet noch lange mit denselben zu ringen haben, und daher nicht zugleich einen Brand im Nachbarhause wünschen!

Diese Lage der Dinge zeigt die unbedingte Nothwendigkeit einer Verständigung und Einigung Preußens und Oesterreichs. Wie dieselbe im Interim provisorisch bereits angebahnt ist, so muß sie bei dem Definitivum auch als Grundlage für alles weitere angenommen und unter den jetzt veränderten Verhältnissen von den Freunden des Vaterlandes unbedingt unterstützt werden. Wenn man diese jetzt ganz unvermeidliche Basis als feststehend annimmt und sich um das was weiter für die definitive Construction Deutschlands zu geschehen hat, klar zu werden bestrebt, so wird man am besten dazu gelangen wenn man die Erfahrungen der letzten achtzehn Monate zu Hülfe nimmt, welche in gewaltigen, allein fruchtlosen Bestrebungen ein Deutschland herzustellen verflossen sind. Diejenige Betrachtung welche hier zunächst sich aufdrängt, ist eine höchst traurige. Es hat sich nämlich gezeigt daß das deutsche Volk weder den ernstlichen Willen hatte, noch den Muth und die innere

Kraft besaß, welche nöthig waren um sich aus einem schwachen Complexe größerer oder kleinerer Völker und Völkchen zu einer mächtigen Nation umzubilden. Leider hat es sich auch gezeigt daß diese Völker und Völkchen ebensowenig für wahre Freiheit reif waren, oder wenigstens darein sich zu finden vermochten. Wir sahen daher, was die Einheit betraf, die Träger und Verfechter derselben vom König bis zum Republicaner sämmtlich am Ende von der Nation im Stiche gelassen. Mit der Freiheit ging es nicht besser. Die untern Classen der Gesellschaft waren unter dem Namen derselben stets bereit sich der Anarchie, und zwar der allerschmutzigsten, hinzugeben. Selbst der Bauernstand suchte in der Freiheit ausschließlich und ohne alle Rücksicht für Recht und Billigkeit nur Gewinn, durch Entlastung. Von den verschiedenartigsten Privatinteressen und Privatspeculationen die damit getrieben werden nicht zu reden! Ja, ein großer Theil des deutschen Volkes glaubt heute noch seinen Führern aus unserer demokratischen Schule daß ein Staat bestehen könnte wo keine Steuern und keine Schulden bezahlt werden, wo alles genießen kann und niemand zu arbeiten braucht. Diese Eigenschaften der Nation haben sich nothwendigerweise bis zu einem gewissen Grade auch in der Nationalvertretung abgespiegelt, deren Wirksamkeit ohnedem schon durch die den Deutschen eigene unpraktische Schwärmerei in Unmöglichkeiten und die gar unglückliche Gelehrsamkeit vielfach gelähmt wurde. In Folge hiervon hat man die weitere Erfahrung gewonnen daß, nachdem die Sache durch die verunglückten Versuche unserer Demokraten und Pseudorepublikaner von der Bahn friedlicher Parlamentirung auf jene blutiger Action übergeführt worden war, durchaus alles Weben und Streben, alles Reden und Schreiben, alles Doctriniren und Programmiren zu nichts führt, wenn man nicht die Macht der Executive zur Disposition hat; diese Macht aber sich in der That dermalen nur noch in den großen Heeren findet. Die Hoffnung durch Reichstage, sey es ein Erfurter oder ein süddeutscher, oder selbst ein allgemeiner Frankfurter, unter den jetzigen Umständen die Reconstruction Deutschlands auf eine andere Weise als es Oesterreich und Preußen nach vollzogener und, wie schon gesagt, ganz unvermeidlicher Verständigung genehm ist — herbeiführen zu wollen, wird sich daher als ganz trügerisch erweisen. Das Praktische dürfte sich unter diesen Umständen darin ergeben daß die Vorschläge zu der Gestaltung eines Definitivums in der deutschen Verfassungsfrage zunächst zwischen Oesterreich und Preußen festgestellt, und sodann von einem Congresse der aus Abgeordneten der Regierungen, sowie der Volksvertretung der Einzelstaaten zusammenzusetzen wäre, amendirt und vereinbart würde. Die Erhebung des vergangenen Jahres hat allerdings ein trauriges, ja vielfach schmähliches Resultat geliefert, doch hat sie auch eine Reihe freier Institutionen begründet, welche so leicht nicht wieder genommen werden können und jeglicher Entwickelung fähig sind. Sie hat ferner thatsächlich erwiesen daß die Kleinstaaterei, wie früher, für die Zukunft ganz unhaltbar und unmöglich ist — und somit einen bleibenden Fortschritt zu einer Gestaltung Deutschlands herbeigeführt welche, es mag kommen wie es will, dennoch dem Ansehen Deutschlands und seinen Interessen genügen kann.

Die Bestrebungen aller derjenigen welche bisher zu den deutschen Patrioten sich zählten, müßten daher jetzt darauf gerichtet seyn: 1) Einigung zwischen Oesterreich und Preußen — durch möglichste Beseitigung aller Hemmnisse welche einer solchen Vereinigung im Wege stehen — herbeizuführen, und 2) einerseits die wahren constitutionellen Freiheiten zu verfechten, andererseits nach Kräften dahin zu wirken daß auch, soweit es unter veränderten Verhältnissen und bei veränderter Form möglich ist, demjenigen entsprochen werde was man von einem einigen Deutschland gehofft und erwartet hatte. Frankfurt 12 Nov. 1849. Leiningen.

Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über das Jagdgesetz.

÷ **München,** 21 Nov. (Fünfundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach der gestrigen Anstrengung ist es wohl erklärlich daß heute sich die Versammlung so langsam completirte, daß die Sitzung ihren Anfang erst um ¾10 Uhr zu nehmen vermochte, obgleich der Vortrag über das Amnestiegesetz der Weiterverhandlung des Jagdgesetzes vorhergeht. Das Schlußwort des Referenten zur Discussion des Art. 4 wendet sich hierauf gegen die einzelnen Antragsteller, worauf der Reg.-Comm. Ministerialrath Molitor entwickelt wie die schroffen Widersprüche zwischen der Regierungsvorlage und dem Ausschußentwurf darin bedingt seyen daß der Ausschuß die Regierungsvorlage ebenso wenig berücksichtigt hat als deren Princip. Während man nun die Abstimmung erwartet, erbittet Abg. Heine das Wort. Es habe sich sehr vielfach der Wunsch ausgesprochen die pfälzische Jagdgesetzgebung, deren Vortrefflichkeit durch die Erfahrung erwiesen sey, möge auch auf die diesseitigen Provinzen übertragen werden. Er glaube also den Antrag einbringen zu müssen (mit v. Hermann) daß der Commission das ganze Gesetz nochmals zur Revision unter Berücksichtigung der directiven Gesetzgebung der Pfalz zurückgegeben werde. Abg. Fürst Wallerstein protestirt jedoch in seinem und seiner Freunde Namen gegen die Berathung und Abstimmung dieses nach Schluß der Debatte eingebrachten Antrags. Dieß sey eine Verletzung der einzuhaltenden parlamentarischen Ordnung. Aber was werde außerdem von der Versammlung verlangt? Sie solle einen Beschluß zur Berücksichtigung einer vormärzlichen Gesetzgebung fassen, einer Gesetzgebung welche die Grundrechte noch nicht kenne, endlich der Gesetzgebung einer Provinz welche fortwährend gegen alle gleiche Gesetzgebung mit dem diesseitigen Bayern protestirt habe. Nach langer Verhandlung wird der Antrag verworfen. Jetzt folgt also die Abstimmung über den 4ten Art., und unter Verwerfung sämmtlicher Anträge, auch des Ausschusses, wird der unveränderte Regierungsentwurf zum Beschluß erhoben. Er lautet Art. 4: In allen übrigen Fällen übt die politische Gemeinde Namens der Grundeigenthümer innerhalb ihres Bezirks das Jagdrecht durch Verpachtung aus (Art. 3 s. unten). Auch zu dem 5ten Artikel des Gesetzes, theils des Regierungs-, theils des Ausschußentwurfs treten eine Menge Anträge hervor. Indessen erscheint deren Debatte durchaus nicht von einem allgemeineren Interesse, so daß wir wohl schweigend darüber hingehen dürfen. Bei der endlichen Abstimmung wird ein Antrag Forndrans zum Beschluß erhoben. Der 3te Artikel des Gesetzes welcher gestern zum Beschluß erhoben wurde, lautet: „Art. III. Sind von einem solchen Gutscomplex ein oder mehrere Grundstücke welche nicht unter die Bestimmung des Art. 2 fallen, auch nicht zusammenhängend 240, beziehungsweise 400 Tagwerke betragen, vollständig umschlossen, so steht den Eigenthümern der erstern auch die Jagdbefugniß auf diesen Grundstücken (Enclaven) gegen Entschädigung des Eigenthümers zu. Die Größe der Entschädigung wird in Ermangelung des Uebereinkommens der Betheiligten nach den jedesmaligen Jagdpachtpreisen in der Gemeindeverwaltung, in welcher diese Grundstücke liegen und, wenn und solang solche nicht bestehen, nach jenen in der nächstgelegenen Gemeinde nach Verhältniß des Flächeninhalts berechnet und festgestellt."

÷ **München,** 22 Nov. (Sechsundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die Fortsetzung der Verhandlung über das Jagdgesetz bildet auch den Inhalt der heutigen Sitzung, welche mit der Zurückziehung des Art. 17 durch den Referenten im Namen des Ausschusses und zufolge der zum zweiten Artikel beschlossenen Zusätze beginnt, worauf die Annahme des Artikels in der Fassung der Regierung erfolgt: „Art. 6. Die im Art. 2 benannten Jagdberechtigten können die ihnen zustehende Selbstbenützung der Jagd auf ihrem in oder an dem betreffenden Jagdbezirk liegenden Besitzthum mit in die Verpachtung geben." — Zu dem siebenten, bereits vom Ausschuß abgeänderten Artikel liegen mehrere Modificationen vor, von denen indessen später zwei wieder zurückgezogen werden. Principiell bewegen sich die Modificationen um die Entfernung des von der Regierung und dem Ausschuß festgehaltenen Princips daß die Gemeinde zur Jagdverpachtung verpflichtet, und das Ergebniß der distrikts-polizeilichen Genehmigung unterworfen sey. Im Sinne der Entwürfe sprechen sich die Abgg. Ruland, Forndran und Nar aus, dagegen die Abgg. Stöcker und Vorst (mit eignem Amendement), Schweier und Gschwender (ebenfalls mit einem eignen Antrag), Reinhardt, Kirchgeßner und Förg. Der Antrag des Abg. Förg geht dahin, anstatt der Nöthigung der Gemeinde zur Versteigerung des Jagdpachtes, deren freiem Willen den Weg der Verpachtung anheimzustellen, obgleich die Versteigerung Regel bleibt. Auch soll aus dem Schlußsatze des Entwurfes die Nothwendigkeit der distriktspolizeilichen Genehmigung entfernt werden. Besonders ist es Abg. Fürst Wallerstein welcher entwickelt, wie mit der Festhaltung der distriktspolizeilichen Genehmigung der Versteigerung des Jagdpachtes die alte Bevormundung der Gemeinde aufrecht erhalten werde, während der Abg. Ruland gerade darin die Garantie gegen allerlei Mißbräuche, andere nicht mehr und nicht minder als die durchaus nöthige Ueberwachung der Gemeindeangelegenheiten durch den Staat erblicken. Indessen siegt bei der Abstimmung das durch das Förgsche (auch das Vorstische zu Gunsten des Förgschen zurückgezogene) Amendement vertretene Princip. Eine sehr kurze und unwesentliche Debatte geht dann der Annahme des Art. VIII in der Fassung des Regierungsentwurfes voraus, welcher lautet: „Die Pachtschillinge werden in die Gemeindecassen einbezahlt und den betheiligten Grundbesitzern verrechnet, beziehungsweise zu den sie treffenden Gemeindeausgaben verwendet. Da zu Art. IX der Ausschußentwurf zurückgezogen wird, so erfolgt nach kurzer Verhandlung die Annahme des Regierungsentwurfs nebst einem Zusatze des Abg. Darenberger. Danach lautet der Artikel: „Im Falle des Art. 6 geschieht die Vertheilung des erzielten Pachtschillings nach den Bestimmungen der hierüber getroffenen Uebereinkunft, und (Amendement Darenbergers) in Ermangelung einer solchen nach der Tagwerkzahl der Grundstücke." Dem Art. X, wodurch die Zulassung

von nur drei Pächtern für einen Jagdbezirk festgestellt ist, welchen dann gestattet seyn soll jagdfähige Personen mit Jagdkarten mit auf die Jagd zu nehmen, hat der Ausschuß die Bestimmung eingeschaltet: „den zur Ausübung der Jagd berechtigten Grundeigenthümern sowohl als den Jagdpächtern ist erlaubt für die Jagdausübung eigene gelernte Jäger aufzustellen.“ Da sich auch der Regierungs-Commissär Molitor einverstanden mit dieser Beifügung erklärt, wird der Ausschußentwurf unter Verwerfung anderer Amendements zum Beschluß erhoben. Der XI Artikel welcher die Ausnahmsfälle bestimmt in denen die Gemeinde „die Jagd in Selbstverwaltung durch höchstens drei jagdkartenfähige Gemeindemitglieder auszuüben“ befugt ist [1) zusammenhängender Gemeindebesitz von 240, beziehentlich 400 Tagwerk, 2) Resultatlosigkeit des Versuchs zur Verpachtung, 3) zu geringes Pachtangebot] wird mit einigen geringen Modificationen in der Fassung des Regierungsentwurfs zum Beschluß erhoben. Art. XII fällt nach den bisherigen Beschlüssen ganz weg. Art. XIII des Ausschußentwurfs stellt für den im Regierungsentwurf gänzlich übergangenen Fall der Uebertragung des Jagdpachts die Bestimmung auf daß dieselbe nur mit Einwilligung der Gemeinde(verwaltung und beziehungsweise der Districtspolizeibehörde) und unter Zustimmung der etwaigen Mitpächter stattfinde. Nachdem die hier mit ( ) bezeichneten Stellen durch die Discussion entfernt sind, wird dieser Artikel, dann der Art. XIV ohne Debatte zum Beschluß erhoben. Dieser Art. besagt daß Gemeinden im Selbstverwaltungsfalle der Jagd nur drei jagdkartenfähige Personen dafür aufstellen dürfen. Des Regierungsentwurfes XIII Art. steht der 15 des Ausschußberichts entgegen und wird zum Beschluß erhoben, nachdem ein Zusatzantrag beseitigt worden ist. Er lautet: „Bei Ausübung der Jagd sind die feld-, forst-, jagd- und sicherheitspolizeilichen Vorschriften einzuhalten. Der Jagdausübende hat neben der polizeilichen Strafe jeden durch das Betreten noch nicht abgeräumter Felder, sowie jeden an cultivirten Waldgründen oder anderweitig angerichteten Schaden zu ersetzen.“ War bisher die Debatte wirklich recht interesselos, so belebt sich das Interesse bei der Verhandlung über Art. XIV des Regierungsentwurfes (16. des Ausschusses) welcher den Uebergang zu den Bestimmungen über die Jagdkarten bildet. Es ist zu diesem und den folgenden Abschnitten ein Antrag des Abg. Pröll u. Cons. eingebracht, welcher nach weitern Motivirungen dahin geht den Gemeinden das Recht zur Austheilung von Jagdkarten zuzusprechen. Es kommt also hier ein principielles Interesse ins Spiel, und der Abg. Ruland beginnt die Discussion damit aus der Annahme eines solchen Antrags nicht nur das Ende aller Jagdordnung, sondern auch den Anfang völliger Autoritätlosigkeit der Gemeindebehörden zu entwickeln. Allerdings macht der Abg. Pröll dagegen bemerklich wie eine solche Gesetzlosigkeit der Jagd durchaus nicht beabsichtigt werde, und auch keine Gefahr einer solchen vorliege; Abg. Heine führt dennoch in seiner gewohnten Weise ihm entgegen von neuem aus, wie dieß eine Volksbewaffnung organisiren, der Demoralisation Vorschub leisten, die Autorität der Regierung untergraben heiße. Nach einem recht amüsanten und scharfsinnigen nur gar nicht hierher gehörigen Excurs über den einzig richtigen Weg zur Vernichtung der Bureaukratie, und andern geistigen Seitensprüngen kommt der geehrte Abg., man weiß nicht ob im Ernst oder Scherz, zu dem Antrag den Preis der Jagdkarte in der Ebene auf 20 fl., im südlichen Hochgebirge auf 3 fl. zu stellen. Abg. Fürst Wallerstein unternimmt hierauf die Zurückführung der Verhandlung auf den Fragepunkt. Indessen ist die Zeit bereits sehr vorgerückt, die Versammlung verlangt den Schluß der Sitzung und so wird die Weiterberathung des Art. 14 bis morgen vertagt. (Diese letzte Verhandlung über das Jagdgesetz hat schon die gestrige Beilage der Allg. Ztg. geliefert.)

Schleswig-Holstein und Deutschland.

*** **Schleswig-Holstein,** Mitte Novembers. Ich habe Ihnen lange nicht über die Verhältnisse Schleswig-Holsteins geschrieben; in der That haben sich bis jetzt lauter einzelne Thatsachen aneinander gereiht, ohne daß im wesentlichen die Lage der Sache eine andere geworden wäre. Jetzt indessen dürfte eine Entscheidung in sehr naher Zeit bevorstehen, und ich glaube es wird nicht ohne Interesse seyn, ehe wir dieselbe heranrücken sehen, einen letzten Blick auf dieß kleine Land und sein eigenthümliches, schwerlich sehr erfreuliches Schicksal zu werfen.

Die Thatsache welche alle andern beherrscht, ist die daß weder Dänemark noch auch Schleswig-Holstein bis jetzt von ihren gegenseitigen Forderungen auch nur das geringste nachgegeben haben. Nach wie vor verlangt Dänemark die Incorporation Schleswigs; nach wie vor erklären die Herzogthümer die selbständige Einheit Schleswig-Holsteins für ihr gutes Recht. Weder Krieg noch Waffenstillstand, weder die Blüthe noch der Untergang der Centralgewalt, weder der Anmarsch noch der Abmarsch der deutschen Truppen, weder die Hülfe der Preußen noch ihre gegenwärtige tragische Feindseligkeit gegen dieselben Schleswiger die sie noch vor einem halben Jahre für ihre Brüder erklärten, haben darin das geringste geändert. Als die Deutschen bei Aarhuus jenen wunderbaren Kampf mit 60,000 Mann gegen ein unfindbares dänisches Heer von 8000 Mann führten und Herren Dänemarks waren, bestanden die Dänen unerschütterlich auf der Incorporation Schleswigs. Jetzt wo die Preußen Schleswig unter dänischem Obercommando besetzt halten und mit dänischen Truppen deutsche Bewohner zwingen wollen dänisch zu werden, besteht Schleswig-Holstein ebenso fest auf der unzertrennlichen Einheit der Herzogthümer.

Von außen her betrachtet ist dieß durchaus natürlich. Die Stärke beider Theile ist ungefähr gleich. Dänemark hat etwa 40,000 Mann, die Herzogthümer bringen ihr Heer auf 36,000 Mann; Dänemark hat eine Flotte, die Herzogthümer dafür die größere Concentration der Kräfte; Dänemark hat Credit, die Herzogthümer haben Geld. Beide Theile sind durch den bisherigen Krieg keineswegs erschöpft. Dänemark hat zwar den Ruhm seiner Flotte eingebüßt und ist von den Schleswig-Holsteinern in zwei Schlachten geschlagen; dagegen hat es das starke Alsen gewonnen, und das schleswig-holsteinische Heer, freilich unter Führung eines preußischen Generals, bei Fridericia überfallen; die Dänen gewannen die Schlacht, aber verloren fast das Fünffache an Todten und Verwundeten. Für beide Theile aber ist die Frage um welche es sich handelt nicht mehr und nicht weniger als eine Frage um Leben und Tod. Kommt Schleswig an Dänemark, so ist Holstein verloren; kommt es an Holstein, so ist Dänemark verloren. Eine Theilung Schleswigs würde das vernünftigste seyn, aber Dänemark will nun das Ganze haben, und wenn denn einmal eine Theilung nicht thunlich ist, so wollen die Herzogthümer denn auch das Ganze behalten. Es ist daher durchaus natürlich daß beide Theile, bisher weder durch Vernunft versöhnt noch durch Entkräftung zur Nachgiebigkeit gezwungen, mit der äußersten Starrheit auf ihren Forderungen bestehen.

Allein wenn diese sich auch nicht geändert haben und nicht haben ändern können, so ist nichtsdestoweniger innerlich jener Zustand in welchem sie sich gegenseitig befinden, ein ganz absoluter, endloser Widerspruch, und soweit mir die Geschichte bekannt ist, wüßte ich durchaus kein auch nur entfernt ähnliches Beispiel eines ähnlichen Chaos anzuführen. Die Dänen wollen die Herstellung des alten Rechtes, und fühlen demnach sehr deutlich daß eine Verbindung Holsteins in irgendeiner Form mit Dänemark sofort eine Verbindung desselben mit Schleswig, und mithin die Grundlage einer neuen schleswig-holsteinischen „Erhebung“ erzeugen müßte. Sie wissen recht wohl daß gerade die gemeinsamen Leiden und Siege beide Lande enger zusammengeschmolzen haben als dieß seit Jahrhunderten der Fall gewesen. Sie möchten daher gerne Holstein fahren lassen, allein sie würden dadurch erstlich die „Insurrection“ sanctioniren; zweitens weiß kein Mensch wohin man denn mit diesem selbständigen Holstein sollte. Sie würden endlich wohl Schleswig theilen, wenn sie nicht in der Vereinigung des südlichen Schleswigs mit Holstein ein neues und nur noch mehr consolidirtes Schleswig-Holstein entstehen sähen. In der That wissen daher auch die Dänen nicht recht was sie wollen; und ebendeßhalb ist ihre gegenwärtige kriegerische Haltung eine ganz widersinnige, wenn sie nicht durch die Furcht vor dem Auftreten Schleswig-Holsteins motivirt wäre. Dieß Schleswig-Holstein selbst aber lebt in einem Zustande für den ich vergebens nach einem Namen suche. Es hat einen Krieg geführt auf fremden Befehl; es hat einen Waffenstillstand der durchaus ein Vertrag de jure tertii ist, und den es zugleich anerkennt und nicht anerkennt; es ist getrennt und hat eine gemeinsame Ständeversammlung, ein gemeinsames Heer, eine gemeinsame Statthalterschaft; es hat ein constitutionelles Staatsgrundgesetz eingeführt, in welchem es den erbberechtigten Fürsten als seinen Landesherrn anerkennt, ohne ihm doch dasselbe Staatsgrundgesetz zur Bestätigung vorzulegen; es sieht Schleswig von preußischen Truppen danisirt, und von einer Commission verwaltet, die, wie das Berliner Cabinet neulich sagte, vollkommen souverän, ja unabhängig von den kriegführenden Mächten dasteht, während dasselbe Schleswig Gelder und Rekruten nach Holstein schickt. Es hört mit tiefem Schmerz den Klageruf der armen, von den Preußen im dänischen Interesse geknechteten Schleswiger; es hat die Macht und das Recht loszuschlagen, und dennoch thut es das nicht. Es hat fast hundert preußische Officiere in seinem Heere, aber es weiß nicht ob diese Officiere nicht gerade im entscheidenden Augenblick abberufen werden. Es leidet unter einer unglaublich principlosen Verwaltung seiner äußern Politik, und dennoch regt es sich nicht, weil es fühlt daß jede Aenderung auch das gefährdet was es noch hat und ist. Haben Sie in Wissenschaft oder Geschichte einen Namen für diesen Zustand? Ich nicht.

Es kann hier nun nichts nützen nach den Gründen zu forschen welche diesen Zustand herbeigeführt haben. Der erste Grund war daß man sich

im Anfang kopflos auf Fremde verließ, und daß man, in tiefster Unkenntniß der Verhältnisse, statt sich Deutschland in die Arme zu werfen, in die Hände Preußens gerieth. Das war keinem von allen denen zum Segen, aber unter jenen Umständen und Persönlichkeiten war es eben unvermeidlich. Es ward oft genug vorhergesagt daß das alles nicht zum Heile führen werde; aber man hörte ja nicht. Jetzt hat sich das nun erfüllt. Die Schale ist voll. Der Zustand ist allmählich ein ganz unerträglicher geworden.

Der schleswig-holsteinische Landtag trat am 1 Nov. in Kiel zusammen. In Schleswig war das Staatsgrundgesetz aufgehoben; die Deputirten kamen darum nicht weniger. Ein gewaltiger Druck lastete auf der Versammlung. Thät sie nichts was in den großen Gang der politischen Fragen eingriff, so war sie ein leerer Schein, ein Spott der Dänen. That sie etwas, so mußte sie wissen daß sie mit Preußen und Dänemark zugleich zu kämpfen haben werde; so mußte sie vor allem wissen was sie denn eigentlich am letzten Ende wollte.

Ich lege wenig Gewicht auf die Vorlagen der Regierung. Jeder Mensch begreift daß sie entweder zu spät oder zu früh kamen. Man beachtete sie kaum. Nur das Budget war von Wichtigkeit. Es zeigte daß die Herzogthümer zusammen, trotz der ungeheuren Kriegslast, einen Ueberschuß von drei Millionen Mark aufzählen konnten. Es sollte in einem Ausschuß berathen werden.

Alles das war untergeordnet. Wichtig und höchst bezeichnend dagegen war es daß die Regierung *durchaus keine Vorlage* über die eigentliche Lebensfrage der Herzogthümer machte. Sie hatte nicht die Kraft der Initiative. Die Lande mußten sich selber helfen.

Am 4 Nov. erschienen die Deputationen aus Schleswig und Holstein. Jene waren besonders zahlreich. Sie erklärten daß der Zustand unerträglich geworden sey; sie forderten *Krieg*. Ihr Redner war der Pastor Baumgarten aus Schleswig, ein der theologischen Welt wohlbekannter Mann. Er brachte die Adressen von nicht weniger als 75 Ortschaften. Seine Rede war erhebend; er predigte den Kampf. Sein Wort war daß wenn wir unser Recht nicht mit dem Blut bis zum letzten Titel vertheidigten, wir damit zugeständen daß es *nicht* unser wahres Recht gewesen sey; denn jedes wahre Recht habe die göttliche Gewalt die Menschen zum letzten Opfer zu bringen. Die Rede machte tiefen Eindruck. Ihre Schärfe ergriff den Verstand, ihre Wärme die Herzen. Jetzt kam Theodor Olshausens Antrag auf das Verlangen einer definitiven Erklärung der preußischen Officiere über ihre Stellung im schleswig-holsteinischen Heere. Das Eis war gebrochen. Jener Antrag enthielt in Wahrheit die Frage, ob überhaupt die Herzogthümer eine selbständige Macht nicht bloß scheinen sondern seyn wollten oder nicht; die zweite Frage: ob man definitiv die Zukunft des schleswig-holsteinischen Heers denselben Preußen überlassen wolle die jetzt Schleswig danisiren, oder ob man ein wirklich schleswig-holsteinisches Heer besitzen, und neben den schleswig-holsteinischen Hoffnungen und Rechten als beachtenswerthes Gewicht in die Wagschale legen wolle. Das und *nicht mehr* bedeutete jene Frage; aber freilich mußte sie unendlich viel mehr anregen. Die Regierung *schwieg*. Sie mußte der Opposition die Initiative überlassen. Das Land wird das übersehen; die Geschichte nicht.

Die Verhandlung auf jenen Antrag wurde in geheimer Sitzung geführt. Die Beschlüsse die in dieser Sitzung gefaßt wurden, sind geheim. Ich begreife freilich die Politik nicht, nach welcher man ihr dieses Geheimniß auferlegt hat, aber es ist da. Nur so viel kann ich sagen daß diese Beschlüsse *sehr energischer* Natur waren, und sich theils auf die preußischen Officiere, theils auf Schleswig bezogen. Alsdann vertagte sich die Versammlung.

Und dieß Vertagen ist es was höchst wahrscheinlich die Entscheidung bringen wird. Denn wenn die Versammlung die ganz allein die Initiative hat, während die Regierung weder Impuls noch Plan zu geben verstand, im December zurückkehrt, so wird sie Muße haben zu sehen was geschehen, und auch was *nicht* geschehen ist. Ich kann darüber hier nichts bestimmteres mittheilen. Ich bemerke nur daß bis zu diesem Augenblick noch *keine* Erklärung der preußischen Officiere abgegeben ist, daß daher an ein von ihrer Regierung unabhängiges Auftreten *noch* nicht gedacht werden kann; daß wenn diese Erklärung *spät* kommt, man im Fall energischer Maßregeln das Officiercorps nicht vollständig zur rechten Zeit beisammen hat; daß endlich im günstigsten Fall jeder Gegner dieses energischen Auftretens die *vollkommene Zeit* gewinnt alle seine Maßregeln in jeder Weise zu treffen. Ich bemerke ferner daß die Dänen ihre Hauptmacht wieder auf Alsen concentrirt haben, und daß man dort drei Schiffbrücken in Bereitschaft hält. Ich muß mich überzeugt halten daß jeder Schritt der schleswig-holsteinischen Organe auf das genaueste bewacht wird, und daß andererseits die schleswig-holsteinische Diplomatie, wenn man von einer solchen sprechen kann, nicht eben sehr gut unterrichtet ist, sondern an Gutmüthigkeit leidet. Ich muß daher glauben daß jedes energische Auftreten auf der angenommenen Basis kaum zu einem definitiven Ziele führen wird.

Und gesetzt nun auch daß der Krieg zwischen den Herzogthümern und Dänemark wieder losbräche, so bleibt die eine große Frage: was dann zu thun ist *wenn* das schleswig-holsteinische Heer *gesiegt* hätte. Dann sind nur zwei Fälle denkbar. Entweder Schleswig-Holstein beharrt darauf den König von Dänemark nach wie vor als seinen „rechtmäßigen Landesherrn" anzuerkennen, und dann ist absolut kein Ende abzusehen von diesem Krieg und diesem Widerspruch. Denn von uns kann Dänemark wohl abgewiesen, aber nicht überwältigt werden, da wir keine Flotte haben. Wir können deßhalb diesen König-Herzog nie *zwingen* das Staatsgrundgesetz oder ein ähnliches Recht anzuerkennen; und hat er das in den letzten anderthalb Jahren nicht gethan, so wird er es künftig gewiß noch weniger thun. Oder Schleswig-Holstein entsetzt den König und wählt einen neuen Fürsten, oder läßt den Thron nach der Erbfolge übergehen. In diesem Fall wird Preußen eine Thronentsetzung als legitim innerhalb Deutschlands anerkennen müssen — und ich frage ob das denkbar ist? Oder es muß als das Aeußerste die Waffen gegen Schleswig-Holstein kehren. Gesetzt aber auch es wollte das erstere, so würde der große Freund des Ostens es keineswegs erlauben daß Preußen so gut aus der Sache käme; es würde Dänemark unterstützen wie es das bisher gethan; denn jede diplomatische Niederlage Preußens ist ein Sieg Rußlands, und die Verlegenheiten des erstern machen das letztere stark. Gesetzt es wollte das zweite, so würde es doch ein wenig viel in Deutschland zu thun bekommen. Also wo ist hier der Ausweg? Wie nun aber wenn Dänemark siegte? Alsdann müßte allerdings Schleswig den Dänen überlassen bleiben. Ob sie Holstein haben wollten, wäre sehr die Frage. Nehmen sie es, so werden sie künftig wie bisher mehr an Schleswig-Holstein als dieses an sie gebunden seyn. Nehmen sie es aber nicht, wer soll es dann haben? Und endlich, gesetzt sie nehmen es, und alles geht vortrefflich, und das monarchische Princip siegt und herrscht — siehe da, nach wenig Jahren ist der dänische Thron erledigt, und die alte Frage ist wieder da! Gäbe man nun auch einen neuen Fürsten, so würde derselbe, wenn er ein dänischer ist, den Deutschen, wenn ein deutscher, den Dänen stets als ein mehr oder weniger geheimer Feind erscheinen, und der Same eines neuen Kampfes um diesen so hochwichtigen Theil Deutschlands wäre mit derselben Hand gesäet die den Frieden bringen wollte.

Dieß ist die Lage Schleswig-Holsteins. Es muß nächstens eine Entscheidung getroffen werden; aber welche es auch sey, stets muß sie in einen dieser Widersprüche hineingerathen.

Und warum ist diese Unlösbarkeit der schleswig-holsteinischen Frage auf allen Punkten da? Gibt es keinen Ausweg aus diesem Labyrinth? Gewiß. Diese Frage ist der schlagendste Beweis dafür daß wo der Boden verlassen ist, kein Gebäude mehr bestehen kann. Und der einzige Boden auf den man einen Frieden für Schleswig-Holstein wird erbauen können, ist der der *Einheit Deutschlands*. Gerade Schleswig-Holstein ist seiner ganzen Lage, allen seinen Verhältnissen nach durchaus unfähig irgend einem *einzelnen* Staate Deutschlands anzugehören. Es ist ebenso unfähig sich wieder als ein Theil der dänischen Gesammtmonarchie einreihen zu lassen; seine Kraft, sein Recht und seine Volksthümlichkeit sind Dinge dem kleinen Dänemark gegenüber zu stark. Aber endlich ist es auch unfähig als selbständiger Staat dazustehen; dazu ist seine Bedeutung zu groß und seine Kraft zu klein. Schleswig-Holstein *kann* einmal für allemal nur als eine Provinz oder als ein Theil Deutschlands bestehen. Jede andere Stellung desselben ist unnatürlich, und darum nur durch Gewalt für kurze Zeit aufrecht zu halten. Oft genug hat man den Beschluß der Frankfurter getadelt in welchem sie Schleswig als einen Theil Deutschlands betrachteten. Dennoch war der Grundgedanke der allein richtige. Es gibt zwei Wege dieß darzuthun: der eine liegt in dem Nachweis der Interessen, ja der höchsten staatlichen Bedürfnisse Schleswig-Holsteins und Deutschlands. Diesen werden wir hier nicht wiederholen. Der andere liegt in der *Unmöglichkeit jeder andern Lösung*. Und diesen glauben wir gegeben zu haben.

Was folgt denn nun praktisch aus allen diesen Betrachtungen? Es folgt daß alle Mühen, Kriege, Unterhandlungen und Vorschläge zur Erledigung der schleswig-holsteinischen Frage nothwendig so lange *vergeblich bleiben müssen* als die Einheit Deutschlands nicht auf eine sichere Basis erbaut worden ist. Das ist der wahre Gradmesser für die Wichtigkeit der Beschlüsse unserer Landesversammlung, den sie aber mehr geahnt als deutlich erkannt hat; die nächste Zukunft wird dieß bestätigen. Es folgt zweitens daß das *Princip* auf welchem die Einheit Deutschlands basirt werden wird, auch über die Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten entscheiden muß; je nachdem dieß ein historisches oder revolutionäres wird, wird entweder ein verschlimmerter status quo ante

oder ein neues Schleswig-Holstein aus derselben Urne des Schicksals hervorgehen. Es folgt endlich drittens daß die Einheit Deutschlands unsere Frage auch sofort erledigen wird; und je nachdem diese Einheit eine feste oder eine vorläufige wird, wird auch die Ordnung der schleswig-holsteinischen Sache eine definitive oder vorläufige werden.

Ich kann über dieß mein näheres Vaterland keine andere Ueberzeugung haben als diese. Weder Preußen, noch Rußland, noch England werden hier entscheiden; das Loos Deutschlands ist nothwendig und unter allen Umständen das Loos Schleswig-Holsteins.

Ich glaube aber daß wir bald, sey es in einem verzweifelten Versuch der Herzogthümer, sey es in einem der ersten Acte eines deutschen Interims, einen schwerlich sehr erfreulichen Beweis dieser Wahrheit haben werden.

Die österreichisch-deutsche Zolleinigung.

Aus der Austria.

Wir haben früher bewiesen daß die Reform des österreichischen Zollsystems an sich auf die Staatseinkünfte günstig einwirken werde. Durch die Zolleinigung mit Deutschland würden noch weitere finanzielle Vortheile sofort erzielt, wie Ersparnisse in der Gränzverwaltung und gründliche Tilgung alles Schleichhandels auf dieser langen Gränze. Man sagt die Erhebungskosten der Zölle seyen bedeutender als die irgendeiner andern Abgabe. Sie werden sich jedoch in dem Verhältniß mindern als das Zollgebiet sich ausdehnt; jener Satz muß also bei einer gewissen Größe des Handelsgebiets aufhören wahr zu seyn, die Erhebungskosten werden dann nur noch ein Minimum betragen. - Der Gewinnungsaufwand beträgt für Oesterreich jetzt 20 Procent, für den Zollverein 11, für ganz Deutschland im Durchschnitt noch 16 Proc. der rohen Zolleinnahme, nach der Zolleinigung würde er sicher unter 9 Proc. herabsinken; in dem zum Theil noch prohibirenden Frankreich beläuft er sich auf etwa 12, in England auf 6 Proc. Fällt im hannoverischen Steuerverein von der rohen Zolleinnahme auch noch etwas mehr auf den Kopf als im Zollverein (1847 nämlich $29\frac{1}{2}$ Sgr.), so ist dort der Gewinnungsaufwand doch fast dritthalbmal so hoch als hier, was das Reinverhältniß zu Gunsten des Zollvereins umwandelt.

Durch Herstellung der Zolleinheit fielen für die verschiedenen handelspolitischen Gruppen an 500 Meilen Gränzbewachung hinweg. Jede Meile zu bewachen kostet gegenwärtig je für die beiden Theile zusammen wohl 7000 Gulden (im Zollverein 2000 Thaler), das wären 3,500,000 Gulden auf die ganze Strecke, die somit jährlich rein an Verwaltungskosten erspart würden. Zugleich aber fallen unsägliche kleinere und größere Unglücksfälle und Bestrafungen aller Art weg; Rechtlichkeit und Arbeitsamkeit kehren statt des Schmuggels an den Gränzen zurück, und eine Menge Arbeitskräfte werden dem Lande wieder gewonnen.

Hinsichtlich der Finanzen wäre Oesterreich mithin im Vortheil. Während Zoll und Dreißigst dem Schatz jetzt 22 Millionen Gulden eintragen, würde in Folge der Zolleinigung bei einer nach der Kopfzahl bemessenen Vertheilung auf Oesterreich etwa das Doppelte entfallen, dabei noch die Zollwachtsunkosten an einem Drittel der österreichischen Gränze in Wegfall kommen. Freilich einen solchen günstigen Vertheilungsmaßstab, auf den Oesterreich halten muß, würde es schwerlich sogleich erreichen; auch dieß Bedenken spricht gegen die Ansicht derjenigen welche die Zolleinigung „mit einem Schlage" bewerkstelligen wollen. Anders steht die Sache wenn eine angemessene Periode der innern Reform und der Vorbereitung vorhergeht, während welcher Oesterreich sich bemüht sein Handelssystem zu der verhältnißmäßigen Steuerkraft des vereinsländischen und des hannoverischen emporzuheben. Dann wird sich bald zeigen daß es gerechten Anspruch machen kann auf den Vertheilungsmaßstab nach der Kopfzahl, der sich seiner Einfachheit wegen am meisten empfiehlt, und daß in den Mängeln seines Systems, nicht in seiner geringern Verbrauchsfähigkeit der Grund der bisherigen Kleinheit seiner Zolleinkünfte lag. So pflegt man den Schmuggelhandel nach Oesterreich gegenwärtig (viel zu niedrig) auf 25 Millionen Gulden zu schätzen, und zwar soll er im Durchschnitt mit 20 Proc. Unkosten oder 5 Millionen Gulden illegalem Zoll betrieben werden. Nach Durchführung der Zollreform würde diese Summe in die Casse fließen und die Zolleinnahme vermehren. Nehmen wir die Erhöhung der Zolleinnahme in Folge des erweiterten Verkehrs auch anfangs nur zu 5 Millionen an, so würden in diesen 10 Millionen reichlich Mittel gewährt seyn auch über das Tabakmonopol hinwegzukommen, wenn man sich für dessen Aufhebung entscheiden und dadurch auch dieses Hinderniß für den Zollanschluß entfernen würde; für die Einkünfte aus der Tabakregie, die Zinsen der Gebäude, der Vorräthe, die Verwaltung, die Ueberwachung rc. in Anschlag gebracht, würde theils der hohe Einfuhrzoll, theils die von Tabakpflanzungen und Fabriken zu erzielende Steuer Ersatz gewähren, und wohl einen um so namhaftern als österreichischer Tabak und Tabaksfabricate in Deutschland selbst einen sehr großen Markt finden würden. Gegenwärtig steuert der Tabak einen bedeutenden Theil der Zolleinnahme in die deutschen Zollcassen; auch dieß bei der Rechnung auf beiden Seiten in Anschlag gebracht, dürfte sich schon bald ein Zollgefäll für Oesterreich ergeben welches dem deutschen nach Verhältniß der Bevölkerung das Gleichgewicht hält.

Wir wollen wenigstens einen muthmaßlichen Ueberschlag machen. 32 Millionen Gulden Einfuhrzoll ergeben im Zollverein 1 fl. 10 kr. der Kopf, $16\frac{1}{2}$ Millionen in Oesterreich freilich kaum 25 kr.; hiezu kämen jedoch jene 10 Millionen in Folge der Zollreform und etwa noch 6 Millionen durch die Tabakbesteuerung, also noch einmal 25 kr. oder zusammen etwa 50 kr. auf den Kopf. So möchte das Verhältniß sich etwa bald nach Durchführung der innern Zollreform stellen, in deren Folge indeß Oesterreich während der ersten Jahre ganz gewiß raschere Fortschritte machen würde als das übrige Deutschland*), so daß die Zollerträgnisse beider Körper mit jedem Jahr mehr übereinstimmen würden. Jedenfalls wird die Reform die Zolleinkünfte Oesterreichs mehren und das Verhältniß für dasselbe günstiger gestalten.

Sollte sich jedoch ein finanzieller Nachtheil auch wirklich noch vorübergehend für die übrigen Staaten geltend machen, so werden sie doch jetzt nicht in jenen Fehler fallen den man den Nordseestaaten gegenüber dem Zollverein so lange zum Vorwurf gemacht hat: sie werden um ein kleines Opfer willen nicht unermeßliche Vortheile von der Hand weisen. Sie werden bedenken daß die Zolleinigung eine Lebensfrage ist für die Zukunft der deutschen Industrie und für den Eintritt Deutschlands in die Reihe der Handelsmächte ersten Ranges, und daß in dieser Zolleinigung auch eine nicht genug zu schätzende Befruchtung für alle übrigen Einnahmequellen der deutschen Staaten liegt. Sind doch die Zollerträgnisse jetzt auf beiden Seiten noch unbedeutend in Vergleich mit dem was sie erzielen könnten, was in England daran wirklich einkömmt. Bei einer Bevölkerung von 27 Millionen in Großbritannien und Irland und dem Durchschnittserträgniß von 21 Millionen Pfd. St. an Zöllen treffen dort auf den Kopf 8 Gulden, in Großbritannien für sich noch weit mehr, da die eingerechneten 8 Millionen Irländer nur wenig ausländische Güter verzehren.**) Wie sehr müssen Einfuhr und Verbrauch bei uns noch zunehmen, welche Riesenentfaltung muß unser Handel noch erfahren, ehe wir es bis zur Steuerkraft der Britten gebracht haben werden! Und dafür ist die Zolleinigung das Hauptmittel.

Die deutschen Staaten haben wohl ins Auge zu fassen daß der Welthandel im Begriff ist eine vor Jahrhunderten schon bestandene Richtung wieder zu gewinnen und das Mittelmeer von neuem zu einem seiner wichtigsten Centralpunkte zu bestimmen. Auf diesem Kampfplatze hat auch Deutschland als Competent zu erscheinen im Bunde mit Oesterreich. Ein Canal über die Landenge von Suez verkürzt den bisherigen indischen Handelsweg um zwei Drittheile und vernichtet das Monopol der Engländer im Handel nach den indischen und chinesischen Gewässern. Der Besitz dieser neuen Verbindung darf keiner europäischen Großmacht zufallen, wie weit umspannend die Briten auch, in scharfer Voraussicht der zukünftigen Gestaltung des Welthandels, ihr Augenmerk darauf richten. Will Deutschland sich fremder Handelssupremate nicht unterordnen, so darf es in jenen Bestrebungen nicht zurückbleiben, so ist ihm die freie Benützung der österreichischen Seehäfen sowie der tüchtigen österreichischen Rhederei, der freie Transit auf allen nach Osten gehenden Straßen ganz unentbehrlich. Angebahnt ist im levantischen Handel von Oesterreich aus, was im transatlantischen von der Hanse geschehen. Wie diese eine Menge unsern Absatz vermittelnde Häuser in Amerika gegründet, so nehmen jetzt in Constantinopel, Smyrna, Alexandrien, das wieder als Vermittler zwischen Ostindien und Mitteleuropa sich immer mehr geltend macht, und andern Plätzen unter den dort etablirten Handelshäusern die österreichischen eine der ersten Stellen ein. Im Jahre 1847 stieg der Werth der in Alexandrien aus- und eingelaufenen Waaren auf 38 Millionen Gulden, woran der österreichische Handel bis 6 Millionen fl. Theil hatte. Oesterreich und Deutschland aber verbrauchen zusammen schon für etwa sechzig Millionen ostindische Erzeugnisse, die mit der Zeit nach Ausführung des Suezcanals ihren Lauf am bequemsten über die Adria und die Donau hinauf nehmen werden. Und wer erinnert sich nicht der mit günstigstem Erfolg begleiteten und nur ver-

*) Betragen doch jetzt die Zölle von der Bruttostaatseinnahme im Zollverein an 19, im Steuerverein 20.60, in England sogar gegen 40, in Oesterreich dagegen nur an 11 Procent!

**) Indessen betragen die Einfuhrzölle im Zollverein nur an 11 Procent der Einfuhr (316 Millionen fl.), in Oesterreich 16 Procent (von etwa 106 Millionen), in den Vereinigten Staaten 24 Procent (von 280 Millionen), in Großbritannien 39 Procent (von 800 Millionen), in Frankreich 41 Procent der Einfuhr (180 Millionen).

tagten Versuche des österreichischen Lloyd die indische Ueberlandpost über Deutschland zu leiten, mit weiteren glänzenderen Entwürfen im Hintergrunde?

•

Der Präsident des Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, Felix Fürst von Hohenlohe, hat Namens des engern Ausschusses desselben folgende Zuschrift an den österreichischen Handelsminister Ritter von Bruck gerichtet, dd. Frankfurt a. M., 7 November: Eurer Excellenz! In dem Augenblick wo wir und mit uns die große Mehrzahl der Träger und Freunde deutscher Arbeit mit banger Sorge einer Zukunft entgegenblickten die in Folge der politischen Verwicklungen das deutsche Vaterland in seinen materiellen Interessen mehr zu zerklüften drohte als vorher, hat uns ein Aufsatz der Wiener Zeitung vom 26 Oct. d. J.: „Vorschläge zur Anbahnung einer österreichisch-deutschen Handels- und Zolleinigung" mit großer Beruhigung erfüllt. Die auch von dem Allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit oft an den Tag gelegte Hoffnung daß alle Theile Deutschlands und der österreichischen Monarchie durch das Band des freien innern Verkehrs und der gemeinsamen Maßregeln zum Schutze und zur Förderung ihrer Erwerbkräfte organisch zusammenwachsen würden, erscheint damit plötzlich wieder neu belebt, und die Aussicht eröffnet daß in einem österreichisch-deutschen Handelsbunde der Raum für die großartigste Entwickelung aller Zweige der nationalen Arbeit gewonnen werde. Der unterzeichnete Ausschuß, als der legitimirte Vertreter der diesseitigen producirenden Stände, handelt gewiß im Sinne seiner Committenten, wenn er sich beeilt Ew. Excellenz die Versicherung auszudrücken daß der Allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit von dem Heilsamen und Ersprießlichen der in der Wiener Zeitung dargelegten Plane tief durchdrungen ist, und soviel in seinen Kräften stets bemüht seyn wird auf Erstrebungen des vorgesteckten Ziels hinzuwirken. Geruhen Ew. Excellenz 2c. 2c.

Ein Jahrestag in Oesterreich.

dt. **Wien**, 22 Nov. Der heutige Lloyd macht aufmerksam daß gestern dem Ministerium der Jahrestag seiner Amtsführung wiederkehrte. Zwar ist es noch das Ministerium Schwarzenberg, aber zum Theil und nicht unwesentlich haben die Mitglieder gewechselt. Es liegt ein großes Stück Geschichte in dieser Spanne Zeit, und das Ministerium Schwarzenberg wird mit mannichfachen Gedanken den gestrigen Tag erlebt haben. Wir sind nur allzusehr geneigt die Erscheinungen der Dinge nach ihrem nächsten Ursprung zu beurtheilen, und übersehen gar leicht daß jede Ursache wieder einen Ursprung haben muß, ein Glied der Kette immer das andere voraussetzt und nichts in der Welt vereinzelt steht. Es ist nicht zu läugnen daß Oesterreich sich selbst seiner trefflichen Armee verdankt; es ist nicht zu tadeln wenn es seine Retter mit Heldengesängen begrüßt, wenn die zurückgebliebenen die rückkehrenden, bis auf ein Häuflein zusammengeschmolzenen Bataillone, mit Thränen im Auge, mit theuer erkauftem Siegesstolz empfangen. Der physische Muth und die sittliche Begeisterung, die Fahnentreue sind nicht so häufig um nicht großen Lobes würdig zu seyn. Aber hinter dieser ersten Erscheinung muß man die nächstliegende Ursache auffinden, und wahrlich der sittliche Muth den jene Männer vom 21 November bewiesen, steht nicht geringer als die Thaten bei Novara, Atsch und Temeswar. Wenn eine Regierung, nachdem die Regierungsgewalt durch Thorheit und die Macht der Umstände allmählich in gänzliche Mißachtung gerieth, zum erstenmal der Revolution mit Ansprüchen auf Gehorsam gegenübertritt, so ist eine solche That um so kühner und größer je weniger Ruhm dabei zu erwerben. Ist die Revolution stark genug sich nicht gebieten zu lassen, so vernichtet sie den ersten Versuch, und die große Zahl der Menschen, welche nur nach Erfolgen urtheilt, schilt das Wagniß ein unkluges. Bändigte die erste Aeußerung unerschütterlichen Charakters die Leidenschaft und den entfesselten Störungstrieb, gewinnen die Zaghaften Muth und mischen sich in den streitbaren Chor daß der Fanatismus allmählich die widerstrebende Kraft erkennt, die Thorheit zur Besinnung kommt, dann gibt es der Klugen und der „Charaktere" genug die hinterdrein die Besonnenheit so natürlich, den starken Willen für ein Kinderspiel halten. Die besiegte Gefahr hört auf Gefahr gewesen zu seyn, und so rasch sind wir im Vergessen daß wir das Vergangene für bloße Täuschung hielten. Die alte Geschichte vom Ei des Columbus wiederholt sich täglich und tausendfach. Es gibt keinen noch so tiefen Philosophen daß nicht seine feinsten Gedanken in das Denkgeräth des allergewöhnlichsten Menschen übergingen; es gibt keinen noch so scharfsinnigen Mechaniker daß ihm nicht der simpelste Uhrmacher sein Rad, seine Welle nachmachte, als ob es sich von selbst verstände daß der Mensch von jeher und immer gerade so die Naturkräfte zu regeln verstanden hätte. So kommt denn alles darauf an wer etwas zuerst sagt. Der ist Meister, Philosoph, Dichter, Genie. Und ganz dasselbe ist es im Leben und im Staat: wer der erste ist der wagt, das ist der Charakter, die übrigen, je nachdem sie ihm näher verwandt, folgen seinen Spuren. Der Sieg bei Custozza wurde allerdings erfochten, während es im Kaiserstaate kläglich aussah. Aber der Sieg bei Novara wäre gewiß nicht erfochten worden, wenn die Anarchie weiter und mächtiger sich verbreitet. Daß die Heere siegen konnten, dazu brauchte es einen Staat welcher die Kriegsanstrengungen ertrug, das war aber kein Staat wo alles aufhörte zu bestehen. An diese ernsten Betrachtungen über das große Jahr knüpfen sich auch ernste Erwartungen. Hat sich der neue Staat dem Ministerium, das Heer sich dem Staat und dieser wieder dem tapfern Heer zu verdanken, so vergesse man eine Gefahr nicht welche dem Irrthum der Menschen so nahe liegt, eben nur vom augenscheinlichen und allernächsten Erfolge zu schließen: weil die Armee das Besitzthum des Staates erobert hat, der Armee die Erhaltung zu übertragen. Krieg und Aufruhr führte zu Belagerungszuständen und Militärgouvernements. Beide waren nothwendig, aber nur nothwendige Uebel. Schlimm für den Staat wenn sie länger oder lange nothwendig blieben, schlimmer noch wenn man an dem Zustande selbst mit seiner bequemen Art zu regieren Gefallen fände. Und darum wird der Jahrestag dem Ministerium ein Mahnungstag geworden seyn wieder Regierung, unbedingte Regierung zu werden. Auch hört man jetzt daß man in der ungarischen Verwaltung mehr administrativ-politische als die rein militärischen Rücksichten eintreten lassen will. Sollte die Regierung, welche mit ihrem Worte damals die Revolution zerbrach, jetzt nicht Stärke genug fühlen, ohne Patrouillen mit geladenem Gewehr, den Staat im Frieden regieren zu können? Ein nothwendiges Uebel hört nicht auf Uebel zu seyn, und darum genügt es nicht bloß das Uebel zu beseitigen wenn die Nothwendigkeit einmal wegfällt, sondern man muß diese selbst, so weit es möglich, zu beseitigen suchen. Nach den Regeln des Verstandes kann es keinen größern Gegner der Militärherrschaft geben als ein Ministerium welches den bürgerlichen Staat vertritt, eben weil darin seine Existenzfrage liegt, wir wollen daher dem Ministerium zur Wiederkehr seines Namenstages den Wunsch bringen daß es, wie die Revolution, auch die fortdauernden verzögernden Hindernisse des bürgerlichen Staates überwinden möge, um den ganzen großen Kaiserstaat wirklich zu regieren, nicht bloß in seinen einzelnen Stücken regieren zu lassen.

Die Orleans und die Bonaparte.

) **Paris, 22. Nov. Das Lager der Orleanisten befindet sich seit einigen Wochen in einer jammervollen Rathlosigkeit und man geht aus diesem Grunde mit dem Plane um sich neue Verhaltungsbefehle aus Claremont kommen zu lassen. Thiers und Berryer arbeiten unaufhörlich an einer vollständigen Aussöhnung der beiden bourbonischen Linien, and man versichert daß Louis Philipp mit den Plänen dieser beiden Staatsmänner vollständig übereinstimme. Auch die Herzogin von Orleans ist nachgiebiger geworden. Der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale dagegen beharren auf ihren Ansichten, denen zufolge die Juliusdynastie nur noch eine Zeitlang ruhig abwarten solle was die Verhältnisse in Frankreich bringen. Ihrer Ansicht nach gehört die Zukunft dem Hause Orleans. Die Constituirung einer kräftigen parlamentarischen bonapartischen Fraction in der Nationalversammlung will durchaus nicht gelingen. Der Name des Prinzen von der Moskowa, der an der Spitze derselben steht, flößt kein besonderes Vertrauen ein. Auch das Lager der Nationalisten will nicht zunehmen trotz der vielfachen Zugeständnisse der regierungslustigen Patrone. Gelingt es Emil de Girardin in die Kammer gewählt zu werden — und es ist alle Aussicht dazu vorhanden — so können wir uns auf eine ganz neue Partei gefaßt machen. Louis Bonaparte soll neulich geäußert haben daß er, falls der Hauptredakteur der Presse zum Volksvertreter auserkoren wird, denselben ins Ministerium zu berufen gedenke. Die Generalstatthalterschaft in Algerien wird demnächst in andere Hände übergehen. Man bezeichnet den verabschiedeten Kriegsminister Rulliere für diesen Posten. In dem Cabinet herrscht nicht das beste Einvernehmen unter den einzelnen Mitgliedern. Den Vorsitz führt regelmäßig der Präsident der Republik. Odilon Barrots Gesundheit ist außerordentlich angegriffen. Auf seine parlamentarische Wirksamkeit muß er wohl für längere Zeit verzichten.

Großbritannien.

‡ **London**, 22 Nov. Die Times spricht sich in einem interessanten, an den Bericht von Sir James Roß anknüpfenden Artikel gegen weitere Nord- oder Südpol-Expeditionen aus, da wissenschaftlich in jenen Regionen kaum mehr etwas zu erforschen, in commercieller Beziehung aber dort klärlich nichts zu gewinnen sey. — In Irland hat man den frühern Plan einer „irischen Allianz" oder „Nationalconferenz" wieder aufgenommen. In Newcastle am Tyne hat man ein Meeting zur Unterstützung der ungarischen, polnischen und italienischen Flüchtlinge gehalten.

[4337] ☞ **Grimmaische Bibelausgabe** als heil. Weihgeschenk zum Christfest.

Bei uns erschien:

Neue Luther-Bibel mit schönem Stahlstich und dreizehn englischen schönen Original-Holzschnitten, auf feinem, weissem Patentpapier, mit scharfen Lettern. *Altes und Neues Testament zusammen* a) in Saffian m. Goldschn. u. Futter. 1 Thlr. 10 Ngr. od. 2 fl.; b) in Saffian mit Federmarmorschnitt 1 Thlr. od. 1 fl. 30 kr.; c) ganz Franz $22\frac{1}{2}$ Ngr. od. 54 kr.; d) halb Franz à 20 Ngr. od. 1 fl.; e) roh à 15 Ngr. od. 45 kr. 26/25 baar für 10 Thlr.

Die Ansicht dieser neuen und schönen Luther Bibel, welche auch die Parallelstellen enthält, wird jedem die Ueberzeugung geben daß er hier die gesammte heilige Schrift, trotz des geringen Preises, in würdiger Ausstattung, auf milchweißem Papier mit scharfer Schrift und mit einem Bilderschmuck empfänge, die sie zur Zierde des gemeinschaftlichen Lesetisches in jedem Familienzimmer macht.

Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.

[4226] Bei Adolph Marcus in Bonn ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Texas.

Mit besonderer Rücksicht auf deutsche Auswanderung und die physischen Verhältnisse des Landes

nach eigener Beobachtung geschildert von

Dr. Ferdinand Roemer.

Mit einem naturwissenschaftlichen Anhang und einer topographisch-geognostischen Karte von Texas.

Preis: $2\frac{2}{3}$ Thaler.

Der durch seine wissenschaftlichen Leistungen bereits rühmlichst bekannte Verf. veröffentlicht in dem obigen Werke das Ergebniß seiner Beobachtungen und Studien während eines fast zweijährigen Aufenthaltes in Texas in ebenso belehrender als unterhaltender Weise; seine Rathschläge für Auswanderer in dieses Land gründen sich auf eigene Anschauung der dortigen Verhältnisse, und die beigefügte meisterhaft ausgeführte geognostisch colorirte Karte des Landes dürfte dem Reisenden und dem wissenschaftlichen Forscher als die beste bis jetzt erschienene empfohlen werden können.

[4210] So eben erschien bei A. W. Hayn in Berlin und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Chronik für das Jahr 1849.

Erster Band:

Die Monate Januar bis Juni.

In Umschlag geb. Preis 2 Thlr. 15 Sgr.

Der ungetheilte Beifall den der erste Band dieses Werkes für das Jahr 1848 gefunden, hat die Verlagshandlung veranlaßt den Verfasser zu einer Veröffentlichung seines reichen Materials in kürzerer als Jahresfrist zu bewegen. — Je mehr sich unsere politischen Zustände abklären, je wichtiger wird der Rückblick auf den Gährungsproceß aus dem sie entstanden, und in dieser Chronik unsrer Zeit ist ein solcher erleichtert, ja bei vielen Actenstücken überhaupt erst möglich gemacht. Was im ersten Bande nur geschichtlich und reflectirend war, hat in die ein Bande: Januar — Juni 1849 auch eine staatliche und diplomatische Bedeutung gewonnen, ohne an Kürze und einschneidendem Urtheil zu verlieren. So fortgesetzt, wird dieses wirkliche „Portfolio" unsrer Zeit bald ein Bedürfniß für jeden seyn der die Begebenheiten nicht nur nach ihren äußern Erscheinungen, sondern nach und aus ihren Motiven erkennen will.

[4007–9] So eben ist bei Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, in Wien erschiene und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Deutsche Fahrten

von

Franz Schuselka.

I. Band. Von der Revolution.
II. Band. Während der Revolution.

Preis für beide Bände eleg. brosch. 4 fl. 30 kr. C.-M. oder 3 Rthlr.

Inhalt:

Reuß Lobenstein-Ebersdorf-Schleiz. — Salzburg, Aign, Berchtesgaden, Brückenau. — München. — Weimar, Jena, Erfurt, Wartburg. — Coburg, Bamberg, Nürnberg, Regensburg, Passau. — Eine Nibelungenfahrt.

Hamburg. — Berlin, Breslau. — Wien I. — Frankfurt I. — Wien II. — Frankfurt II. — Wien III. — Die Octobertage. — Kremsier.

Mit gewohntem Freimuth schildert der Verfasser seine interessanten Erlebnisse und liefert manchen wichtigen Beitrag zur Zeitgeschichte.

(4155–56) **Ein Bergbaubeamter**

höherer Kategorie, der mit dem besten Erfolge seine Studien an der Bergakademie zu Schemnitz vollendete, welcher durch 19 Jahre bei dem Staatsbergbaue in Ungarn bedienstet ist, woselbst er die seltene Gelegenheit hatte sich im Betriebe des Bergbaues, der Forstwirthschaft, der Pochwerks-Manipulation, und des Gold-, Silber-, Kupfer-, Blei- und Eisenhüttenwesens so einzuüben daß er alle Manipulationen des Berg- und Forstwesens, erfahren in den Handgriffen und Vortheilen des Arbeiters, auch mit noch ungeübten Individuen entweder neu zu begründen oder zu regeln gründlich versteht, welcher alle Gebäude und Maschinen, welche darauf einschlagen, herstellen kann (und auch als vorzüglich anerkannte Grubeneisenbahnen, Pochwerke, dann Silber- und Eisenhüttenwerke wirklich neu erbaute), welcher endlich dieses alles zu leiten und zu verrechnen versteht, ist geneigt seine gegenwärtige Stellung gegen eine Anstellung in Amerika zu vertauschen, um seine Kenntnisse und Erfahrungen besser zu verwerthen als es ihm dermalen die Verhältnisse gestatten. Er ist bereit diese seine Kenntnisse und seine bisherigen Leistungen, seine Redlichkeit und Moralität durch glaubwürdige Belege zu erweisen. — Jene verehrlichen Bergbaubesitzer, die in der Lage sind, hievon den entsprechenden Nutzen ziehen zu wollen, sind eingeladen zur Feststellung der Bedingnisse sich an die Buchhandlung Gerold u. Sohn zu Wien in Österreich in frankirten Briefen zu wenden.

Silberne Medaille 1843.	(2974–3006) **Brustreiz-Krankheiten.** Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von Georgé, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Redlinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.	Silberne Medaille 1843.

[4186] In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

A. v. Gutbier,
kön. sächs. Major,

die Versteinerungen des Rothliegenden in Sachsen.

Mit 12 Steindrucktafeln.

Hoch 4. brosch. 3 Thlr. 20 Ngr.

(4333) Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart erschienen und sind durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Jugendblätter.

Monatschrift zur Förderung wahrer Bildung.

Herausgegeben von

Dr. C. G. Barth.

In monatlichen Heften zu 5 Bogen in Quart. Preis für den Band von 6 Heften (halben Jahrgang) mit 30 Bildern 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

[4367] So eben erschien bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Novellen

von Therese.

Zwei Theile.

8. Geh. 2 Thlr. 20 Ngr.

Mit diesen Novellen schließt die beliebte Verfasserin ihre litterarische Thätigkeit, und es werden daher dieselben als der Abschiedsgruß einer liebgewonnenen Freundin gewiß bei allen Verehrern derselben eine gute Aufnahme finden.

(4325) Im Verlage von J. Scheible in Stuttgart ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das sechste und siebente

Buch Mosis,

das ist:

Mosis magische Geisterkunst,

das

Geheimniß aller Geheimnisse.

Wort- und bildgetreu nach einer alten Handschrift.

Mit Hunderten von Abbildungen.

Preis 1 fl. 12 kr. od. 2[illegible] Sgr.

(4323) **Jedem Quartettspieler unentbehrlich!**

Bei Wilhelm Paul in Dresden sind erschienen:

Joseph Haydns sämmtliche Quartette für 2 Violinen, Viola und Violoncello in Stimmen. Neue elegante und billige Ausgabe Revidirt von *C. Lipinski* Bis jetzt erschien Heft 1—13. Subscriptionspreis à 1 Thlr.

Vielfach ausgesprochenen Wünschen zu genügen wird vom Januar 1850 an eine zweite Subscription unter den bisherigen Bedingungen eröffnet und monatlich 1 Heft ausgegeben.

Alle Musikalien- und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

(4352–54) Ein Mann von 40 Jahren, unverheirathet, der chemische und bergmännische Studien genossen und mit der Landwirthschaft vertraut ist, sucht eine Stelle als Verwalter, Rechnungsführer, Aufseher oder Secretär; er würde mehr auf gute Behandlung als auf hohe Bezahlung sehen.

Frankirte Briefe, mit T. S. Nr. 4352–54 bezeichnet, befördert die Expedition dieser Zeitung.

(4356) **40 bis 50,000 fl.**

werden auf ein großes Fabrikgeschäft, das mit den dazu gehörenden Grundstücken auf 400,000 fl. gewerthet ist, aufzunehmen gesucht und zwar als erste und einzige Hypothek; nähere Auskunft hierüber ertheilt das **Commissions-Bureau von C. Prager,** Gruftgasse Nr. 5 in München.

(4170–72) Für

HH. Glasfabricanten.

Der Besitzer eines ausgedehnten Waldgrundes im Prachiner Kreise, wo zugleich neben niedrigen Holzpreisen Kies bester Qualität und reichliche Wasserkraft disponibel ist, beabsichtigt ein Glasfabriks-Etablissement im großen Maßstabe zu begründen, und dieses im Pachtwege auf 12 bis 18 Jahre zu überlassen.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch Nr. 332. 28 November 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (die gereizte Sprache einiger jüngſten Noten. Württemberg und die Grundrechte. Homburg. Das großherzoglich-heſſiſche Miniſterium); München (die Amneſtiedebatte: Heine, Tafel, v. d. Pforten, Boyé. Noch am zweiten Tag die allgemeine Discuſſion nicht zu Ende. Wiederabreiſe des Großherzogs und der Großherzogin von Heſſen); Ulm (L. Seeger); Stuttgart (die Hinderniſſe der Eröffnung der verfaſſungrevidirenden Verſammlung wegen des Eids); Karlsruhe (die Vermögensſteuer ſoll nicht eingeführt werden. Der Belagerungsſtand wieder auf vier Wochen verlängert. Andlaw und die Abdankungsgerüchte. Enno Sander); Darmſtadt (Berichtigung); Kaſſel (die Beitrittsurkunde zum Interim); Weimar (keine Truppenbereithaltung für Schleswig); Hannover (Annahme eines Antrags für die Rechte Schleswig-Holſteins); Berlin (däniſche Verhandlungen. Verfügung des Handelsminiſters in Betreff des gekündigten niederländiſchen Vertrags. Ein Proceß wegen des Steuerverweigerungsbeſchluſſes. Die Deichbaugeſellſchaft zur Verbeſſerung des Niederoderbruchs. Die erſte Kammer läßt die Pairiefrage im weſentlichen noch unentſchieden. Strelitz ſoll ſich von den Reichstagswahlen nicht ausſchließen. Die Uebertreibungen in der Differenz zwiſchen Wien und Berlin); Wien (Theater. Der Zuckerzoll und die Zolleinigung. Verminderung des Heers. Die Telegraphenleitungen und der Anſchluß an Bayern).

Großbritannien. Ueber die Beilegung der türkiſchen Frage. O'Ferrall nach Malta zurück. Herabſetzung des Zinsfußes der Bank von England. (S. den Börſenartikel.)

Frankreich. Segur d'Agueſſeau, die Montagne und der Präſident Dupin. L. Bonaparte und die Majorität. Entwaffnung der Nationalgarde. Fialin de Perſigny. Duell zwiſchen Peter Bonaparte und René Rovigo. Der Staatsrathsverein und der neue Bonapartiſche Verein.

Italien. Rom (der neue franzöſiſche Oberbefehlshaber. Die Zögerung des Papſtes. Die Verhaftungen von Frauen).

Schweiz. Bern (Antrag im Nationalrath gegen die weitern Ausweiſungsbeſchlüſſe. Der Genfer Staatsrath. In Zürich die Lehrer und Geiſtlichen von den Gemeinden gewählt).

Datum der Börſen: London, Paris, Amſterdam 24; Wien 25; Frankfurt 26; Augsburg 27 Nov.

Deutſchland.

⁑ Frankfurt a. M., 23 Nov. Eine neue Erfahrung haben wir jetzt auch gemacht, nämlich daß die Sprache der deutſchen Diplomatie den Charakter der Lebhaftigkeit und Gereiztheit tragen kann. Sie iſt alſo nicht zur Verbergung der Gedanken gegeben. Die hannoveriſche und ſächſiſche Losſagungsnote vom Dreikönigsbündniß und die preußiſche Erklärung in der Sitzung des deutſchen Verwaltungsraths vom 17 Nov. ſind in einem Tone gehalten den man von der diplomatiſchen Schule ſonſt nicht gewohnt war. Er iſt wahrhaft jugendlich, und es ſcheint damit von vornherein jede Hoffnung der Verſtändigung aufgegeben. Auf die Verſtändigung aller Regierungen und Völker in Deutſchland war aber, beſage der ſeiner Zeit verkündigten Documente, die Abſicht bei Schließung des Dreikönigsbündniſſes gerichtet. In dem jetzt verlautenden Pro et Contra iſt Mißtrauen und ſchlecht verhehlter Grimm, nichts mehr von der Stimmung zu erkennen welche die Grundlage abgab und den Kitt für das Ganze bilden ſollte. Zu den Monſtroſitäten die man nur in Deutſchland erlebt, die man aber erleben muß um ſie zu glauben, gehört daß Württemberg nacheinander die Reichsverfaſſung und die Grundrechte und die Bundesverfaſſung und die Grundrechte anerkennt. Die jetzigen württembergiſchen Staatsmänner führen zu ihrer Entſchuldigung an daß die Reichsverfaſſung ohne ihr Zuthun lebensunfähig geworden, und daß die Grundrechte durch die Form ihrer Verkündigung ein Theil des württembergiſchen Rechtes ſeyen. Die Reichsverfaſſung iſt aber gerade ſo gut in Württemberg verkündigt worden wie die Grundrechte: beide beziehen ſich nothwendig auf einander. Dieſes württembergiſche Paradoxon iſt ein neues Giftkraut in den Hexenkeſſel, und die Berufung einer verfaſſungrevidirenden Verſammlung, mit der Aufgabe die württembergiſche Verfaſſung mit der Reichsverfaſſung in Einklang zu bringen, auch dann noch eine gefährliche Provocation der Leidenſchaften, wenn man regierungsſeitig die Reichsverfaſſung für verſtorben und nur die Grundrechte für lebend erklärt. Die Halbheit wird ſich rächen. Aus dem Schritte wäre darum kein Sprung geworden, wenn man das Thema zu ſpäterer Löſung ausgeſetzt hätte, d. h. bis dahin daß eine Reichsverfaſſung in Wirkſamkeit trete. — Die Nachrichten über Unruhen im Homburgiſchen, die zu Truppenentſendungen dorthin genöthigt hätten, ſind allerdings nicht richtig geweſen, aber die Lage des Ländchens iſt trüb genug. Neben den Gährungsſtoffen die allen kleinen Ländern gemein ſind, und der Mißachtung der Autorität iſt die Finanzwirthſchaft ſeit 30 Jahren in Händen von Bankiers die zugleich Finanzminiſter und Generalcontroleurs ſind, etwas beſonders aufregendes. Von Darmſtadt wird der Behauptung daß eine Miniſterkriſis beſtehe oder beſtanden habe, zwar widerſprochen, und es iſt gegründet daß von dem Rücktritt Jaups nicht die Rede war. Aber es zweifelt dennoch niemand daran daß in die Dauer der Miniſterpräſident mit dem Kriegsminiſter nicht werde zuſammengehen können, weil beide Männer verſchiedene Syſteme repräſentiren. Sobald die Unverträglichkeit hell an den Tag tritt, iſt wohl kein Zweifel daß das Zeichen für den Rückzug Jaup's gegeben iſt und die Herrſchaft des Hrn. v. Schäffer beginnt. Die Beſchwerden über Einquartierungsdruck dauern hier noch immer fort, und es ſcheint keine Ausſicht daß ihnen bald abgeholfen werde. Das Vernehmen unter den verſchiedenen Truppentheilen hat ſich ſo gebeſſert daß es nichts zu wünſchen übrig läßt.

Bayern. ⸗ **München,** 26 Nov. (Achtundzwanzigſte Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Trotzdem daß die Berathung über den Geſetzentwurf „die Unterſuchungen wegen politiſcher Vergehen und Verbrechen betreffend" auf der Tagesordnung ſteht, ſind im Anfang nur die vorbehaltenen Logen der Zuhörerräume mehr als in den eben verfloſſenen Tagen beſetzt. Am Miniſtertiſch finden ſich nach und nach ſämmtliche Räthe der Krone, mit Ausnahme des Kriegsminiſters, ein. Abg. Heine eröffnet die allgemeine Discuſſion der Amneſtiefrage. In der Einleitung bezeichnet der Redner ſeinen eigenen Standpunkt zur Revolution, indem er zugleich den der Kammer zwiſchen Volk und Regierung als Vermittlungsglied der zwei großen Staatsparteien hervorhebt. Dieſen Sätzen folgt der Antrag: es möge die Kammer dem Ausſchußantrage bis zu dem (dritten) Abſatz beiſtimmen, worin die Anſtifter und Vorſtände einer als Staatsverrath erſten oder zweiten Grads ſtrafbaren Verſchwörung oder Verbindung, ſowie die im Generalpardon vom 16 Jun. d. J. nicht inbegriffenen Militärperſonen von der Amneſtie ausgenommen werden. Anſtatt dieſes Abſatzes ſoll jedoch auch für diejenigen Mitglieder dieſer Kategorien welche freiwillig nach Amerika auswandern zu wollen erklären, die Niederſchlagung der Unterſuchung mit allen rechtlichen Folgen beantragt werden. Dieß freiwillige Exil ſoll nicht länger als 2 bis 4 Jahre dauern; die Exulanten ſollen durch ihr Ehrenwort gebunden werden während dieſer Zeit nicht in die Heimath zurückzukehren und, falls ſie es doch thun, mit weiterer gerichtlicher Einſchreitung bedroht ſeyn; den Unbemittelten ſollen durch Nationalſubſcription, an deren Spitze die Kammer ſich ſtellt, 200 fl. für den Kopf zur Ueberſiedelung gegeben werden; die Leitung dieſer Auswanderung ſoll die Regierung auf diplomatiſchem Weg beſorgen. Dieß vorausgeſchickt, verbreitet ſich der Redner weiter über die Amneſtiefrage. Sie ſey eine der höchſten politiſchen, doch keine univerſelle Frage, ſondern müſſe vielmehr in die ſpeciellſten Verhältniſſe des Lebens eingehen, geſtalte ſich demzufolge verſchieden in den Staaten je nach ihrer Größe, nach der Zuſammenſetzung ihrer Bevölkerung, nach der Verſchiedenartigkeit der vorliegenden Verbrechen und Vergehen gegen den Staat. Nicht mit dem Gemüth allein, ſondern vorzugsweiſe mit dem Verſtand ſey ſie als Staatsfrage zu entſcheiden. Er habe nun über die Geſtaltung der Amneſtiefrage in einem Mittelſtaat zu ſprechen. Erleichtert ſey eine Amneſtie, wenn eine kurze Unterſuchung ihr vorhergehe; das Volk verzeihe ſtrenge, ja faſt grauſame Maßregeln, ergriffen im Augen-

blick des Siegs über die offene Revolution weit eher als die gesetzliche Bestrafung der Aufrührer, nachdem ein langer Untersuchungsproceß vorhergegangen. Die Bestraften würden in der öffentlichen Meinung dann stets zu Märtyrern einer heiligen Sache. Mit der Amnestie verlasse dagegen der Staat den juristischen Standpunkt, weil dieser keine Maßstäbe für die Aburtheilung zu geben vermöge. Der Staat vergleiche sich aber einem Organismus viel besser als einer juristisch geregelten Maschine. Eine Amnestie, wenn sie völlig am Platz, sey der Freudenschrei der wiedergekehrten Gesundheit nach tiefer Erkrankung des Organismus. Niemand sey zum Verzeihen geneigter als ein Reconvalescent. Aber sey denn Deutschland, sey Bayern in Wahrheit als solcher zu betrachten? Er glaube es nicht. Sie seyen noch tief erkrankt nach zwei Seiten, einestheils am Vergessen der Lehren der Revolution durch die Reaction, anderntheils an den Lehren der Schulen welche Liebe ärnten wollen, wo sie Haß gesäet haben. Deutschland habe noch keinen Freudenschrei zu thun, fern stehe noch die Einheit, der jetzige Zustand der Gesellschaft könne nicht freudig begrüßt werden, auch der Staat als solcher könne noch keine volle Amnestie als Siegesruf über der niedergeworfenen Revolution verkünden. Wir übergehen hier einige unseres Erachtens Form und Inhalt dieser Rede beschädigende Abschweifungen, nach denen der Redner zu beweisen sucht, wie wenig es auf der andern Seite räthlich und politisch klug erscheine die ganzen Processe über den Aufruhr in voller Ausdehnung vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Indessen wendet er sich auch noch gegen den Schlußsatz des Ausschußgutachtens, wonach der Regierung freigestellt werden soll im einen oder andern Fall der obengenannten Kategorien Amnestie eintreten zu lassen, ohne die Zustimmung der Volksvertretung einzuholen. In seiner Allgemeinheit sey dieser Satz gefährlich für die zur Uebernahme einer solchen Verantwortlichkeit gegenüber den gewiß über Parteilichkeit u. s. w. klagenden Stimmen noch zu schwache Regierung. Für die von ihm nur zeitweilig beantragte Verbannung derer welche von der Amnestie ausgeschlossen seyn sollen, ruft der Redner noch eine Stelle Goethe's aus dem deutschen Parnaß an welche sich an die von wilder Verhörung Zurückkehrenden richtet.

Den Gegensatz zu diesem Antrag bildet die Befürwortung einer vollen Amnestie für alle politisch Angeklagten durch den Abg. Tafel. Wir kennen die Ansichten dieses Abgeordneten über die pfälzisch-badische Bewegung aus der Verhandlung über Schüler's Vorladung. Auf denselben Grundsätzen beruht jetzt seine Vertheidigung einer vollen Amnestie. Es handle sich nicht, sagt er, um die Mäßigung in Ausübung des Begnadigungsrechts, sondern um eine volle, unverkümmerte Versöhnung. Die Ansichten des alten Strafrechts seyen auf die neuen Zustände der politischen Verhältnisse nicht mehr anwendbar. Der Zweck jener Bewegung sey die Einheit, Größe, Herrlichkeit des deutschen Volks gewesen, wie sie Urgrund der ganzen Erhebung des Jahrs 1848 war. Die Regierung habe sie anerkannt. Wolle man die alten Strafgesetze anwenden, so müsse die ganze Bewegung des Jahrs 1848 als hochverrätherisch bezeichnet werden. Dieß könne aber das neue Staatsrecht nicht anerkennen. Im Weiterverfolg dieses Gedankens versucht der Redner auch die Einzelerscheinungen der pfälzischen Bewegung moralisch zu rechtfertigen. Besonders hebt er hervor, wie die Provinz nach allen Seiten hin, auch von der Regierung, verlassen dagestanden sey; die Schuld der Ueberstürzungen mißt er vorzugsweise den von allen Seiten herbeigeströmten Fremden zu. Der Reichsminister v. Gagern selbst habe übrigens damals in einer Zusammenkunft mit den pfälzischen Mitgliedern der Reichsversammlung geäußert, er wolle die Angelegenheiten dieser Provinz in seine Hand nehmen, und damit die Nothwendigkeit der Einsetzung der unglückseligen provisorischen Regierung anerkannt. Man habe im Volk überdieß kaum gewußt daß damit etwas unrechtes geschehe, denn das Gesetz habe geschlummert, der Staat die Provinz sich selbst überlassen. Nunmehr da das ganze Trauerspiel vorüber, trete plötzlich das strenge Recht hervor. So bewähre sich hier der Spruch: summum jus, summa injuria! Allerdings habe das Gesetz recht in der Weise zu verfahren, wie geschehen solle; doch über dem geschriebenen Gesetz stehe noch eine höhere Gerechtigkeit, und diese fordere volle, ganze Amnestie. Auch fordere sie die Klugheit; denn die strenge Gesetzesübung nach einem langen Unterlassen derselben könne nur neue Erbitterung erzeugen. Ein Vorredner habe die Amnestiefrage eine Frage der Klugheit genannt, er lege dieselbe auch an das Herz der Kammer. Nachdem der Redner noch über die vom Kriegszustand bedingten Mißlichkeiten, über das Darniederliegen des ganzen pfälzischen Lebens sich verbreitet hat, legt er eine Modification des Amnestiegesetzes auf dem Tisch des Hauses nieder, wonach allen im Jahr 1848 und 1849 begangenen politischen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung wird. Schließlich sucht er noch zu erweisen wie der ursprüngliche Gesetzentwurf niemanden in der Pfalz eine Amnestie gebe, und beendet seinen Vortrag mit einem feierlichen Protest dagegen daß irgendeiner Macht eines deutschen Einzelstaats die Berechtigung zu einer Amnestirung wegen Theilnahme an der constituirenden deutschen Nationalversammlung zustehe.

Hr. Minister v. d. Pfordten faßt sofort die Bemerkung des Redners auf daß Reichsminister v. Gagern betreffs der Pfalz erklärt habe, er werde deren Regierung selbst in die Hand nehmen. Nachdem er hinsichtlich dessen was Bayern im Momente des Aufstands für die Pfalz gethan, auf seine früheren Darlegungen bei Gelegenheit einer Lerchenfeld'schen Interpellation verwiesen hat, geht er zu einer scharfen Kritik der Maßregeln des Reichsministeriums über. Vorzugsweise tadelt er dessen eigenmächtiges Verfahren durch Absendung des Hrn. Eisenstuck aus der Fraction der Linken als Commissär und einer bayerischen Truppenabtheilung welche fast durchweg aus gebornen Pfälzern bestanden habe. Dieß alles sey ohne Einvernehmen mit der bayerischen Regierung geschehen. Wenn die Pfalz verlassen genannt werde, so sey sie nicht von der bayerischen Regierung, sondern von andern Seiten in diesen Zustand gedrängt worden. Dieß glaube er um so mehr hervorheben zu müssen als der Schluß des Vorredners gewissermaßen der bayerischen Regierung die Schuld an der Pfälzer Bewegung zuschreiben zu wollen scheint. Aber dieß seyen eben Ansichten, hervorgegangen aus so verschiedenen Standpunkten daß jene für die provisorische Regierung nur das Beiwort „unglückselig" finde, während er sie als hochverrätherisch bezeichnen müsse. Abg. Jäger replicirt daß Hr. v. Gagern bei seinen Maßnahmen die pfälzischen Abgeordneten zu Rathe gezogen und namentlich Hrn. Eisenstuck auf deren Wunsch als Reichscommissär abgesendet habe. Minister v. d. Pfordten entgegnet: Hr. v. Gagern hätte nicht die pfälzischen Abgeordneten, sondern die Organe der bayerischen Regierung um Rath fragen sollen; auch treffe sein Tadel nicht die Absendung eines Reichscommissärs, sondern die Wahl der mit dieser Stelle bekleideten Persönlichkeit. Abg. Boye spricht hierauf über seinen vom Ausschuß verworfenen Antrag, wonach alle politischen Verbrechen und Vergehen in den Monaten Junius und Julius d. J. in der Pfalz und bis zum 10 Sept. in den diesseitigen Landestheilen „um die von der Nationalversammlung beschlossene und verkündete Reichsverfassung der Staatsregierung gegenüber ein- und durchzuführen" amnestirt werden sollen, bestraft dagegen alle republicanischen Versuche oder Complotte, die Mitglieder der provisorischen Regierung wegen Anmaßung und Ausübung der Regierungsgewalt, alle in Art. 76 bis 82 der pfälzischen Strafgesetzgebung vorgesehenen Verbrechen gegen die äußere Sicherheit des Staats, alle nicht im Generalpardon vom 16 Jun. einbegriffenen Militärpersonen, alle in der angedeuteten Epoche begangenen Verbrechen gegen das Privateigenthum, während wegen der in der Pfalz vorgekommenen Beschlagnahme öffentlichen Geldes und Eigenthums die Civilansprüche vorbehalten werden.

(Fortsetzung folgt.)

|| **München,** 28 Nov. Von 9 bis nach 4 Uhr währte die heutige 2te Sitzung welche die Abgg. der Berathung des Amnestiegesetzes widmeten, und noch schwebt sie im Stadium der allgemeinen Discussion. Für die beiden Anträge von Tafel und Boye sprechen Stöcker, Rebenak, Dr. Rar, Gelbert, Prell, Crämer und Weber; für die Ausschußanträge Dr. Jäger, Römich, Kirchgeßner, Pf. Westermayer, Pf. Ruland und Döllinger. Letzterer greift in einer ungefähr 2stündigen Rede sehr weit aus, um mit der ganzen Macht seiner Dialectik und manchen in weitern und engern Kreisen umherspielenden Insinuationen die von den unverbesserlichen und verkappten Republikanern drohenden Gefahren zu schildern, und damit die andern Anträge und Vota zu bekämpfen. Er provocirt mehrfache persönliche Entgegnungen von Heine, Morgenstern, Tafel und Wallerstein, und die 7stündige Sitzung wird endlich geschlossen. Morgen kommt Fortsetzung und Schluß der allgem. Discussion, die Sitzung ist wegen des Geburtsfestes des Königs auf Nachmittag anberaumt. Die Kammer der Reichsräthe hielt heute eine kurze Sitzung. Präs. Arnold berichtete über das Gesetz „die dienstlichen Verhältnisse der gerichtlichen Beamten betreffend", zu dem er ein über 60 Bogen starkes Referat hatte lithographiren lassen, worin er manche Veränderungen in Antrag brachte. Nachdem die allgemeine Discussion durch Grf. C. Seinsheim begonnen war, regte Grf. Reigersberg und ihm folgend Präs. Heintz die Frage an: ob es nicht zweckmäßiger sey abzuwarten bis über das vielfach präjudicielle Gerichtsorganisationsgesetz im Ausschuß Bericht erstattet und Beschluß gefaßt sey. Nach einigem Widerspruch des Grafen Seinsheim wird die Vertagung mit geringer Mehrheit beschlossen. Das letztere Referat ist bereits zur Vorlage für den Ausschuß von Hrn. Heintz vollendet; es wird interessant werden zu sehen wie er die Fortsetzung und Ausführung des von ihm begonnenen Werkes beurtheilt. Dem Vernehmen nach weicht sein Gutachten darin vom Regierungsentwurf ab daß es mehr als dieser sich die pfälzischen Einrichtungen zum Muster nimmt.

Der Großherzog von Hessen und Gemahlin haben die Rückreise nach Darmstadt angetreten. JJ. KK. HH. wurden von der königl. Familie nach dem Bahnhof geleitet.

Württemberg. * **Ulm**, 25 Nov. Heute wurde der Redacteur der radicalen Ulmer Schnellpost, Ludwig Seeger, auf die Festung Hohenasberg abgeführt, woselbst er eine ihm vom Criminalsenat des hiesigen Gerichtshofs neben 50 fl. Geldbuße zuerkannte sechswöchige Arreststrafe zu erstehen hat. Das Vergehen Seegers besteht in „Schmähung der Ehre der Staatsregierung," indem er die vom sogenannten Central-Märzverein ihm zugesandte (von L. Simon aus Trier verfaßte) „Ansprache" dieses Vereins aus Anlaß der Verhinderung des Forttagens des Rumpfparlaments in Stuttgart, in welcher Ansprache dieser Regierungsact eine „Frevelthat" genannt worden war, in der Ulmer Schnellpost abdruckte. Bezüglich der aus dem weiteren Inhalt dieser „Ansprache deducirten Anklage wegen „Majestätsbeleidigung" wurde Seeger freigesprochen, weil der betreffende Artikel keine speciellen Beziehungen auf die höchste Person Sr. Maj. des Königs enthielt, und es vom Gericht für unzulässig erachtet worden seyn soll allgemeinen Aeußerungen auf Se. Maj. den König erst eine Beziehung zu geben.

In **Stuttgart** haben schon viele Mitglieder zu der am 1 Dec. zusammentretenden verfassungrevidirenden Versammlung sich eingefunden. Der Minister des Innern hat den königl. Auftrag die Versammlung zu eröffnen. Man ist gespannt was mit dem Stein des Anstoßes geschehen soll. Achtunddreißig von 64 Gewählten haben den vorgeschriebenen Eid für verfassungswidrig erklärt, und bevor zwei Drittheile (43) den Ständeeid abgelegt haben, ist die Versammlung nicht beschlußfähig.

Aus dem Großherzogthum Baden, 21. Nov. wird dem Schwäb. Merkur geschrieben: Es ist nunmehr entschieden daß die vielbesprochene beabsichtigte Vermögenssteuer im Badischen nicht eingeführt werden wird. — Die Deutsche Ztg. schreibt: Frhr. v. Andlaw erklärt öffentlich die Zeitungsnachricht daß in Baden ein Adels- oder ultramontan-politischer Verein bestehe und er das Haupt desselben sey, für unwahr. Beachtenswerth ist daß Hr. v. Andlaw ohne zu widersprechen, des Gerüchtes Erwähnung thut er habe dem Großherzog einen Abdankungsantrag überschickt. (Die Köln. Ztg. wollte wissen, der Großherzog habe die Absicht zu Gunsten des Prinzen Friedrich der Herrschaft zu entsagen.) — Regierungsrath v. Uria-Sarachaga von Mannheim (früher Censor daselbst) ist zum Stadtdirector von Freiburg ernannt. — In Rastatt war der gewesene Kriegsministerstellvertreter Enno Sander durch den Untersuchungsrichter Assessor v. Wänker gegen eine Caution von 4000 fl. aus seiner Haft entlassen worden. Kaum war Sander 24 Stunden auf freiem Fuße, so wird er wiederum vor den Untersuchungsrichter beschieden und ihm eröffnet: der preußische Festungs-Commandant dulde nicht daß er frei sey, und er wäre darum in die Casematten oder in das Bezirksgefängniß, worin er zuletzt saß, zurück zu verbringen. Der Vollzug wurde, wie ich höre, sofort angeordnet. — Die Gefangenen aus dem Großherzogthum Hessen werden nächster Tage in die Heimath abgeliefert, Württemberg hat ein Verzeichniß seiner Angehörigen verlangt, von Hannover erwartet man täglich das gleiche. — Die Karlsr. Ztg. meldet daß der Belagerungszustand auf weitere 4 Wochen verlängert worden ist.

Gr. Hessen. † **Darmstadt**, 24 Nov. Der ohne Zweifel wohlmeinende Verfasser des Artikels vom 17 in Nr. 326 dieser Zeitung ist, was die Verhandlungen zwischen Baden und Hessen über die Gefangenen in Rastatt betrifft, kein wohlunterrichteter. Daselbe gilt von der Erzählung über ein angebliches Fest im Jahr 1833.

Kurhessen. **Kassel**, 24 Nov. Die kurhessische Beitrittsurkunde zum Interim lautet: „Nachdem zu der am 30 Sept. d. J. zu Wien zwischen der k. k. österreichischen und der k. preußischen Regierung abgeschlossenen, von dem Hrn. Fürsten Schwarzenberg und dem Hrn. Grafen Bernstorff unterzeichneten Convention über die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt für Deutschland die allerhöchste Zustimmung Sr. k. Hoh. des Kurfürsten ertheilt worden ist, und zwar unter dem förmlichen Vorbehalt daß, wenn bis zum 1 Mai 1850 die deutsche Verfassungsangelegenheit noch nicht zum Abschluß gekommen seyn sollte, die Betheiligung an einer den einstweiligen Fortbestand der Convention vom 30 Sept. d. J. betreffenden Uebereinkunft der freien Entschließung der kurfürstlichen Regierung überlassen bleibt, und unter der ausdrücklichen Voraussetzung daß die Ausübung der neuen Centralgewalt, unbeschadet der Gleichberechtigung aller Bundesglieder, unter Ausschließung legislativer Acte, sich nur auf Verwaltungsangelegenheiten erstrecke, somit auch die Verfassungsverhältnisse des Kurstaats nicht berühre; endlich keine Abänderung des Verhältnisses welches für Kurhessen in Folge seines Anschlusses an das zu Berlin am 26 Mai d. J. eingegangene Bündniß besteht, und keine Beeinträchtigung des auf Erlangung einer Reichsverfassung gerichteten Zwecks dieses Bündnisses herbeiführe, so erklärt das unterzeichnete kurfürstliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hiemit, unter Wiederholung des oben ausgedrückten Vorbehalts und der weiter ausgedrückten Voraussetzungen, den Beitritt des Kurfürstenthums Hessen zu der Convention vom 30 Sept. d. J."

Thüringen. **Weimar**, 22 Nov. Die Weim. Ztg. erklärt in ihrer letzten Nummer das durch mehrere politische Blätter verbreitete Gerücht, als ob das hiesige 3te Linieninfanteriebataillon den Befehl erhalten nach Schleswig-Holstein zu marschiren, für durchaus unbegründet.

K. Hannover. * **Hannover**, 24 Nov. Heute kam endlich ein Antrag zur Begründung, welcher schon mehrere Tage auf der Tagesordnung gestanden, und die Tribünen mit Zuhörern, namentlich mit Soldaten gefüllt hatte, der Antrag des Schatzraths Lang: „Stände sprechen das Vertrauen zu königl. Regierung aus daß sie während des gegenwärtigen (sey es factisch oder rechtlich bestehenden) Waffenstillstandes auf strenge Durchführung eines dem Rechte entsprechenden, dänische Uebergriffe zurückweisenden Verfahrens hinwirken, und bei den Friedensverhandlungen dahin streben werde die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands zu wahren, und werden, wenn zur Erreichung dieses Zweckes ihre Mitwirkung erforderlich werden sollte, diese auf Antrag der königlichen Regierung nicht versagen." Hr. Schatzrath Lang begründete diesen Antrag in einer längeren, wahrhaft glänzenden und tiefeinschneidenden Rede. Nach ihm erklärte sich Ellissen gleichfalls für den Antrag und mit Bitterkeit die preußische Politik beleuchtend. Minister Stüve sprach verschiedentlich gegen den Antrag, weil man die Wirkung und die Folgen desselben nicht übersehen könnte, und weil er zu unbestimmt sey. Dieß gelte namentlich von dem zweiten Theile, denn die Regierung werde, soweit sie dieß könne, gern das ihr Zugemuthete während des Waffenstillstands erfüllen. Bei der Friedensfrage sey die Regierung unbetheiligt, und werde ihr gefährliches angesonnen. Er dringe wenigstens auf getrennte Abstimmung. Nach langer Debatte zwischen Stüve und Lang begann eine große Anzahl Mitglieder von der Rechten (u. a. Regierungsrath Böhmer, Landdrost Meyer) wie von der Linken ihr Votum für den ungetrennten Antrag zu motiviren, und dieser wurde mit allen gegen die Stimmen der drei Minister und des Advocaten Buddenberg angenommen. Das besondere Interesse der mehrstündigen Verhandlung wird mich veranlassen morgen in einem besondern Schreiben darauf zurückzukommen.

Preußen. ♃ **Berlin**, 25 Nov. Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark schreiten vor. Es wird immer wahrscheinlicher daß es doch zu einer Theilung des Herzogthums Schleswig kommt, so daß nach der Sprachgränze der nördliche Theil in eine mehr unmittelbare Verbindung mit Dänemark, der südliche dagegen in eine enge Vereinigung mit Holstein und Deutschland treten würde. Hier glauben viele daß diese Lösung allein der dort herrschenden Nationalabneigung entsprechen würde. Mecklenburg-Strelitz wird sich an den Wahlen für das Erfurter Parlament betheiligen. Die Bedenken welche sein Bevollmächtigter in dem Verwaltungsrath erhoben hat, sollen auf gewissen durch Hannover genährten Hofeinflüssen beruht haben. Angesichts des gefaßten wichtigen Beschlusses und durch unmittelbare Besprechung mit dem Großherzog sind sie beseitigt worden. Das Fürstenthum Waldeck ist dem Bündniß wegen formeller Hindernisse noch nicht definitiv beigetreten. Dennoch steht fest daß es sich an den Wahlen betheiligen wird. Daselbe glaubt man von der Stadt Frankfurt hoffen zu dürfen.

Die bisher nicht veröffentlichte, aber im Camphausen'schen Berichte an die erste Kammer mehrfach angezogene österreichische Note vom 30 Sept. an Hrn. v. Prokesch ist (wie ein Brief der Kölnischen Ztg. versichert) im wesentlichen folgenden Inhalts. Sie folgt in ihrer Auslassung dem Gedankengang der preußischen Instruction an den Gesandten in Wien. Sie spricht die Freude aus über die Bereitwilligkeit der preußischen Regierung auf Oesterreichs Vorschläge einzugehen, da, trotz der Abweichung beider Cabinette in einigen Punkten, in der Hauptsache Einverständniß herrsche, und spricht den aufrichtigen Wunsch aus eine Uebereinstimmung der Ansichten zu erzielen. Mit Befriedigung wird die Annahme des §. 1 von Preußen, welcher das Einverständniß des Reichsverwesers mit der zu treffenden Vereinbarung voraussetzt, wahrgenommen. Oesterreich hätte von seinem Standpunkt aus dieses zur Bedingung der Theilnahme an der beabsichtigten Schöpfung machen müssen. Der preußischen Fassung des §. 2 wird sodann wegen der völligen Uebereinstimmung mit der Wiener Schlußacte der Vorzug eingeräumt; denn die bisherige Bundesgesetzgebung sey nicht nur die natürlichste, sondern die einzig berechtigte Grundlage für die Regulirung der gegenwärtigen Frage. Der Erklärung Preußens zu §. 3 (siehe Note vom 19 Sept.), wonach es aus höheren Rücksichten den Vorbehalt daß das neue Centralorgan der Bildung des Bundesstaats kein Hinderniß in den Weg legen dürfe, unterlassen habe, zollt die österreichische Regierung ihren Beifall, weil sie sonst eine den Vorbehalt aufwiegende Verwahrung hätte zusetzen müssen, was die Erzielung des Uebereinkommens vereitelt haben dürfte. Indessen ver-

wahrt sich, der preußischen Erklärung gegenüber, das österreichische Cabinet als habe es den beabsichtigten Bundesstaat im voraus mittelbar anerkannt, weil der Bestimmung daß der freien Vereinbarung der Regierungen das Verfassungswerk vorbehalten bleibe, von Oesterreich kein Vorbehalt zugefügt sey. „Eine Verständigung ist im Interesse der Gesammtheit so wichtig daß Oesterreich gern und aufrichtig die Hand zur Beseitigung der Hindernisse bietet." Dem §. 4, nach preußischem Vorschlag, gibt Oesterreich seine Zustimmung. Für die Behauptung des Vorsitzes in der Bundescommission glaubt Oesterreich triftige Gründe anführen zu können. Nach Artikel V der Bundesacte gebühre ihm der Vorsitz im engern Rath, also auch in diesem vertretenden Organe. Zwar habe der Gesandte bei der provisorischen Centralgewalt, Hr. v. Schmerling, in den Unterhandlungen über ein Directorium ohne Vollmacht auf die Möglichkeit eines Alternats zwischen Oesterreich und Preußen gewiesen, aber daraus könnten keine Folgerungen gezogen werden, ebensowenig aus den zu Frankfurt im März über die definitive Gestaltung der Oberhauptsfrage stattgehabten Besprechungen, wie aus dem im preußischen Unionsprojecte vom 9 Mai enthaltenen Anerbieten des Vorsitzes im Unions-Directorium. Oesterreich glaubt auf den Vorsitz in der Bundes-Commission ein unzweifelhaftes Recht zu haben; da sie indessen aus zwei moralischen Personen bestehe, welche ihren Regierungen verantwortlich seyen und nach gemeinsamen Instructionen handeln, so gab das österreichische Cabinet die Zustimmung daß eine ausdrückliche Erwähnung des Vorsitzes unterbleibe. Weil aber die Leitung der Geschäfte nur von einem Commissionsmitgliede besorgt werden könne, so wünscht die österreichische Regierung durch einen vertraulichen Schriftwechsel im voraus festzustellen daß der eine der kaiserlichen Bevollmächtigten die Geschäfte der Bundescommission führe. Es soll darin jedoch kein Präjudiz für die Zukunft, sondern nur der Beweis der großen Willfährigkeit Oesterreichs liegen das allgemeine Beste zu fördern. Gegen die Zulässigkeit einer Vertretung der einzelnen Regierungen durch Bevollmächtigte bei der Bundescommission hatte sich die preußische Note vom 19 Sept. ausgesprochen. Oesterreich dagegen hält diese Vertretung für ersprießlich und nothwendig, weil die Bundescommission mit sämmtlichen Regierungen nicht in unmittelbaren und ununterbrochenen Verkehr treten könne. Durch die Bevollmächtigten erführe sie genau die Zustände der einzelnen Staaten. Der Gang der Geschäfte würde durch die Vertretung gefördert, während die Regulirung der Interessen der Staaten in Wien und Berlin nur Verzögerungen im Gefolge hätte. Der preußischen Behauptung entgegen daß diese Vertretung in rechtlicher Beziehung unzulässig sey, weil die Bundescommission sich in demselben Verhältnisse befinde wie die Bundesversammlung, neben welcher eine besondere Vertretung der einzelnen Regierungen nicht denkbar gewesen wäre, hebt die österreichische Depesche die Verschiedenheit zwischen dem gegenwärtigen Centralorgan und dem Bundestag hervor. Die Bevollmächtigten bei diesem hätten einmal Antheil gehabt an der Leitung der gesammten deutschen Verhältnisse und dann die Interessen ihrer Staaten noch besonders vertreten. Die Bundescommission sey aber der Mandatar sämmtlicher deutschen Regierungen, dessen Beschlüssen diese nachkommen würden. Dabei sey es nöthig daß die Commission über die Wünsche und Bedürfnisse der Regierungen unterrichtet würde. Das Wohl der Gesammtheit sey durch das Centralorgan vertreten. Die einzelnen Interessen müßten durch besondere Vertreter geltend gemacht werden. Dadurch würde den einzelnen Regierungen außerdem die Gelegenheit geboten sich von der Pflichttreue der Bundescommission in ihrem Bestreben zu überzeugen, dem Vertrauen der Regierungen zu Oesterreich und Preußen zu entsprechen. Um sich indessen willfährig zu zeigen, wolle Oesterreich die Vertretung der einzelnen Regierungen dem freien Willen einer jeden derselben anheimgeben. In dem Bundes-Schiedsgericht wünschte Oesterreich die Könige von Bayern und Hannover als ständige Mitglieder, zur Wahrung der Interessen des Nordens und Südens in Deutschland. Indem die österreichische Regierung Verwahrung einlegt, als wenn dadurch eine durch die Bundesgesetze nicht zu rechtfertigende Neuerung (ein Unterschied zwischen den königlichen und nichtköniglichen Bundesregierungen) eingeführt würde, befreundet sie sich mit dem preußischen Vorschlage. Daß die Bundescommission nur den bestehenden Bundesgesetzen gemäß ihr Amt verwalten dürfe, müsse aber noch besonders als Grundsatz ausgesprochen werden.

Berlin, 25 Nov. Gestern standen vor dem Berliner Schwurgerichtshof drei Einwohner von Liebenwalde, angeklagt wegen versuchten Aufruhrs, weil sie den Beschluß der Mitglieder der vertagten Nationalversammlung in Betreff der Steuerverweigerung in der Absicht zur Steuerverweigerung aufzureizen verbreitet hätten. Es war der erste Proceß wegen Verbreitung jenes Beschlusses vom 15 Nov. v. J., der vor dem Berliner Hof zur Verhandlung kam, und insoferne war die Entscheidung eine folgenwichtige. Die Geschwornen sprachen über alle drei Angeklagten das Nichtschuldig aus.

Berlin, 24 Nov. Die erste Kammer hat heute über die künftige Zusammensetzung dieser Kammer abgestimmt. Sämmtliche Anträge, 18 an der Zahl, sowie der Beschluß der zweiten Kammer wurden verworfen und folgender Antrag von Mätzke mit 84 gegen 51 Stimmen zum Beschluß erhoben: „Für den Fall daß die Anträge welche die definitive Bildung einer ersten Kammer bezwecken, die Stimmenmehrheit nicht erhalten sollten, wolle die Kammer beschließen: daß die Art. 62 und 63 der Verfassungsurkunde vom 5 Dec. 1848 dahin abgeändert werden: „Die Bildung der ersten Kammer bestimmt ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern zu erlassendes besonderes Gesetz, welches dann als ein Theil der Verfassungsurkunde gelten wird. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes verbleibt es bei dem interimistischen Wahlgesetz vom 6 Dec. 1848."

Die Berliner Allg. Zeitungscorrespondenz schreibt: „Der (vermuthete) unnatürliche Tod der jungen Gattin des im 20sten Infanterieregiment stehenden Majors v. Schmidt erregt hier in allen Kreisen ebenso viel Theilnahme als Aufsehen. Sie hatte sich auf der Eisenbahn von hier über Köln nach Baden begeben um ihren dort erkrankten Gatten zu pflegen. Auf dieser Hinreise ist sie gewaltsam ums Leben gekommen, ohne daß sich über die in ein tiefes Dunkel gehüllte Todesart bis jetzt irgendetwas hätte ermitteln lassen. Die reactionäre Partei spricht geradezu aus daß sie von Demokraten ermordet worden sey, nachdem diese erfahren hätten daß ihr Gatte Präses des Standgerichts in Baden sey. Indeß fehlen für diese Annahme bis jetzt alle Beweise. Die Reise der Dame läßt sich bis in die Nähe von Köln verfolgen, dort ist sie plötzlich verschwunden, und eine amtliche Bekanntmachung des Oberprocurators zu Köln vom 19 Nov. fordert, da Gründe vorliegen daß die Unglückliche wahrscheinlich in der Nähe von Köln ermordet worden sey, zu Mittheilungen über das Auffinden der Leiche auf."

Nach dem Preuß. Staatsanz. hat die Deichbaugesellschaft zur Melioration des Nieder-Oderbruchs unterm 5 d. die landesherrliche Genehmigung dazu erhalten: auf den Inhaber lautende Obligationen im im Betrag von 1,300,000 Rthlr. auszustellen. Für die Zinsen der Anleihe von 1,300,000 Rthlr. ist die Garantie des Staats bewilligt.

Eine Verfügung des Handelsministers an sämmtliche Handelskammern und kaufmännische Corporationen theilt mit: „Daß der am 3 Jun. 1837 zwischen Preußen und den Niederlanden abgeschlossene Schifffahrtsvertrag von Seiten der diesseitigen Regierung dergestalt aufgekündigt worden ist daß er vom 1 Jan. 1850 ab nicht mehr als zu Recht bestehend zu betrachten ist. Jedoch ist dabei festgestellt worden daß der durch den Vertrag begründete Rechtszustand auch vom 1 Jan. 1850 ab bis auf weiteres dergestalt aufrechterhalten wird daß Aenderungen daran nur nach einer dem anderen Theile sechs Wochen vorher ertheilten Benachrichtigung vorgenommen werden dürfen."

Die Berliner Correspondenz der Kölnischen Ztg. — die von vielen Blättern als infallibel betrachtet wird, obwohl sie viel nur halbwahres bringt — berichtigt nun selbst ihre bedrohlichen Aeußerungen über ein angebliches Zerwürfniß zwischen Oesterreich und Preußen. Oesterreich habe keinen förmlichen Protest erhoben, nur in einer Depesche sich ausgesprochen. — Wie uns heute aus Berlin (26) geschrieben wird, ist noch gar keine österreichische Note in Betreff der Reichstagswahlen eingelaufen.

Oesterreich. -|- **Wien,** 24 Nov. Die apokryphen Reden Kossuths,*) welche der Lloyd und die Oesterr. Reichszeitung jüngst mit einer bemerkenswerthen Ausführlichkeit mittheilten, erregten in Pesth nicht wenig Sensation. Die betreffenden Nummern der beiden genannten Blätter werden von den Pesthern eifrig gesucht und sogar theuer bezahlt. Die Gerüchtsfabricanten ermangeln nun ihrerseits nicht auf Grund dieser Zeitungsenten allerlei Märchen unter das leichtgläubige Publicum zu streuen; begünstigend für diese Tageslügen wirkte noch ein anderer Umstand, und zwar der in letzterer Zeit steigende Salzmangel in Pesth. Darauf bauten nun mehrere Tablobiros die Erzählung: Kossuth und Consorten wären in Verbindung mit einer nicht unerheblichen türkischen Macht von Widdin, statt östlich nach Schumla, westlich nach Siebenbürgen aufgebrochen und hätten daselbst die Salzwerke in Besitz genommen! Das Gerücht ist lächerlich, und die Ursache des Salzmangels einfach darin zu suchen daß der Salztransport von Szolnok nach Pesth mittelst der Eisenbahn eingestellt wurde, weil der Vertrag zwischen der Regierung und der betreffenden Eisenbahndirection mit Ende Octobers abgelaufen und dessen Erneu-

*) Diese Reden, welche handgreifliche Spuren der Unächtheit an sich trugen, waren keinem Journal von Ort und Stelle, wo sie gehalten seyn sollten, eingesandt, sondern ein Berliner Blatt erhielt sie von einem angeblichen Ungar mit der Bitte daß alle Blätter welche die Rede aufnähmen, ein Honorar dafür einschicken möchten.

rung bisher noch nicht erfolgt ist. Der neueste Erlaß des Feldzeugmeisters Haynau gestattet denjenigen politisch Compromittirten welche sich freiwillig vor Gericht stellen, ihre Vertheidigung auf freiem Fuß zu führen. — Im „Journal Aller“ der heutigen „Presse“ findet sich ein Pamphlet auf den Dichter Hebbel unter dem Titel: „Gott Hebbel an das dumme Publicum.“ Die Redaction der „Presse“ verantwortet den Inhalt nicht; der Verfasser scheint es aber ebensowenig verantworten zu wollen, da er die Pseudonymität wählte. Das Gedicht an und für sich ist trefflich gearbeitet; Witz- und Gedankenfülle reichen einer gerundeten Form die Hand, und beide lassen auf eine fertige Feder schließen. Das Gerücht welches durch die Stadt läuft, Laube sey der Verfasser jener Verse, ist daher begreiflich. Ich kann nicht daran glauben; der Dichter des „Struensee“ scheint mir nicht der kleine Geist zu seyn welcher sich über das Unglück „Hebbels“, dessen Genialität er doch anerkennen muß, in einer so unziemlichen Weise lustig machen könnte. Die „Presse“ hatte aber Unrecht dergleichen zuzulassen; waren doch die Balgereien mit der politischen Person der Reichszeitung schon widerlich genug.

dt. **Wien**, 24 Nov. Die Theater machen gute Geschäfte, denn die Schaulust der Wiener ist so groß daß wir statt fünf wohl noch zwei bis drei andere Theater füllen können. Dagegen war die letzte Zeit reich an verunglückten dramatischen Versuchen. „An der Wien“ fiel ein Stück des Hrn. v. Klesheim durch, welches unter dem Titel „'s Alräunl“ der verwerflichsten Art von Poesie angehörte, welche blöde Gedankenlosigkeit dem Publicum für Naivetät verkaufen möchte. Im Karltheater (Leopoldstadt) ging es einem Product von ähnlichem ästhetischen Werth nicht besser. „Höllenangst“ war der Titel welcher die Neugierde für die Theatercasse agitiren sollte. Aber die „Höllenangst“, in welche das Publicum zu seinem Vergnügen versetzt werden sollte, verpflanzte sich vielmehr auf die Bühne, die Posse war zu schal, das Haus wies die cynischen Witze welche ehemals ein Stück halten konnten, mit Indignation zurück, und der Theaterdirector wird sich das Sprüchlein von dem Teufel an der Wand merken und „Höllenangst“ nie wieder auf seine eigenen Bretter locken. Auch das vielgeschmähte Burgtheater, welches unsern Witz- und Spottblättern täglich Rohstoff liefert, erlebte vor wenig Tagen ein Fiasko. Hebbels neuem Stück „der Rubin“ widerfuhr aliquid humani. Der Wiener, wie ich oft zu bemerken Gelegenheit hatte, hat sehr richtige ästhetische Instincte. Gegen Unnatur ist er unerbittlich, eher daß er in den andern Fehler fiele und die Natur copirte wo sie wider das feinere Anstandsgefühl des Menschen verstößt. Man kann den Hebbel'schen Stücken große Orginalität und gewisse Wahrheit nicht absprechen, aber davon hat der Verfasser der „Judith“ keine Ahnung daß das Reich der Bühne seine festgeschlossenen Gränzen und seine eigene streng geschiedene Bevölkerung hat. Was darüber hinausliegt, ist Barbarei zwischen den Coulissen. Dagegen hat Laube's Struensee sich großen Beifall errungen, wozu die anzuerkennende Leistung der Schauspieler und manche Figur im Drama, welche die Wiener mit dem Erlebten in Verbindung setzten, vieles mit beitrug. Ob Laube beim Burgtheater bleiben wird, ist immer noch die Frage. „Zwei Seelen wohnen ach! in seiner Brust.“ Er würde später die Censurmaßregeln mit zu verantworten haben, und dieß ist eine schwere Aufgabe, denn nicht allein daß man z. B. Bauernfelds Stücke die vor dem März in der Burg gegeben worden (Großjährig) vom Repertoire bis auf weiteres gewiesen, auch Goethe und Schiller sind zu „roth“, so daß sie „nur selten“ zur Aufführung zugelassen werden sollen. Gestern endlich gab man „an der Wien“ den „Königslieutenant“ von Gutzkow, und er hat Glück gemacht. Ich weiß nicht ob dereinst bei der großen Abrechnung am Auferstehungstag es dem Hrn. Karl Gutzkow verziehen wird die treffliche „Frau Rath“ den Zudringlichkeiten eines so unsaubern Burschen wie der Mittler im Königslieutenant ist, vor der Theaterwelt bloßgestellt zu haben, ob ihm verziehen wird den Dichter der Iphigenie als „Musje Wolfgang“ von einem Unterrock ohne Unterrock, den spaßhaften Heroismus des Secundaner-Genies von einem mehr als zwanzigjährigen Discant darstellen zu lassen; jedenfalls lege ich hier Protest gegen diese Sünden ein. Sonst ist das Stück höchst unterhaltend, und die Hauptfigur, der Königslieutenant, eine sehr lohnende, das Rührung suchende Publicum außerordentlich befriedigende Rolle.

* **Wien**, 24 Nov. Auch heute wieder Rübenzucker! der Erlaß vom 19 d. stellt die Besteuerung des Zuckers den Tarifsätzen des Zollvereins fast ganz gleich. Also der Anfang des Anfangs! Wird man immer noch glauben wollen jene Vorschläge der Wiener Ztg. seyen nur Demonstration oder gar ein Blendwerk gewesen? Die Presse, welche früher nicht an den Ernst jener Vorschläge glauben wollte, sucht heute zu beweisen, wie mangelhaft in fiscalischer Hinsicht die neue Tariferhöhung ausfallen werde. Damit ist aber, wenn man voraussetzt daß der Finanzminister so gut zu multipliciren gelernt hat als die Presse, nur der Beweis geliefert daß die neue Maßregel eben keine fiscalische, sondern eine handelspolitische war. Wie natürlich gehört alles was mit dem Rübenzucker Geschäfte macht, seitdem zu den erklärten Feinden der Zolleinigung, und es ist komisch genug, wenn man diese Herren jetzt hört denen das Ministerium mit seiner „schwarz-roth-goldnen Wühlerei“ auf einmal radical geworden ist. Sie nennen sich auch Conservative, als ob man nicht zum Conserviren, in der ewig sich umgestaltenden Natur, auch ebenso rastlos reformiren müßte. Man hatte vom Besuch des Kaisers in Prag eine Aufhebung des dortigen Belagerungszustandes erwartet. Die Ostd. Post erinnert daran daß jener Belagerungszustand nicht die Folge grober Excesse gewesen, sondern eine Vorsichtsmaßregel wegen der Unruhen in Sachsen bei der durch den ungarischen Krieg sehr reducirten Garnison. Mit der Gefahr sollte auch die Vorsichtsmaßregel geschwunden seyn, someinte man. Dem ist aber nicht so. Auch für Wien scheint auf die nächste Zeit wenig zu hoffen, denn nach einer Aeußerung des Generals Welden welche in der Presse berichtet wird, soll den Kaffeesiedern „während des Faschings“ eine Verlängerung der Wirthshausstunden ausnahmsweise zugesagt worden seyn, woraus denn folgt daß der Belagerungszustand jedenfalls den Fasching mitgenießen werde. Der „Soldatenfreund“, in dieser Beziehung Autorität, spricht jetzt auch von Reductionen in der Armee und zwar so daß die einzelnen Regimenter bis zu vier Bataillonen herabgesetzt werden sollen.

** **Wien**, 25 Nov. Die Reise des Kaisers nach Prag hat überall Veranlassung zu den feierlichsten Begrüßungen gegeben. Die Hauptstadt Böhmens zumal hat es an nichts fehlen lassen was diesen Besuch zu einem Landesfeste stempelte. Auf telegraphischem Weg hat Wien stets die rascheste Nachricht über all' diese Feierlichkeiten erhalten. Daß für die betreffenden Depeschen die Form: „Der Minister des Innern an das Ministerium des Innern“ gewählt worden, findet die Ostdeutsche Post wunderlich. Unsers Bedünkens ist aber nichts wunderliches hierin zu finden, so wenig als es uns auffallen würde wenn ein Redacteur zwischen sich und seinem Bureau unterscheidet, oder wenn Hr. Kuranda, falls er einmal nach Prag reisen sollte, in seinem Schreiben an sein Bureau sich Redacteur der Ostdeutschen Post unterschreiben sollte. Die Armee soll insoweit reducirt werden als die Reservebataillone aller erbländischen Infanterieregimenter und die Reserveschwadronen der Cavallerie aufgelöst werden. Vom 20 bis 23 sind wieder fünf Cholerafälle vorgekommen, und zwar in den für gesunder gehaltenen Vorstädten. Nach dem Verordnungsblatte für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegraphen ist zu Ausführung der süddeutschen Telegraphenlinie von Wien über Salzburg, durch Bayern, Württemberg, Baden an die französische Gränze Hr. Dr. Gintl, provisorischer Staatstelegraphendirector, beauftragt worden sich mit dem k. bayerischen Architekten Hrn. Kreuther ins Einvernehmen zu setzen, um nach dem Wunsche der k. bayerischen Regierung sämmtliche einschlägige technische Fragen auf dem Wege der Besprechung zu erledigen.

Großbritannien.

Die Presse ermangelt nicht die erfolgte Ausgleichung der türkischen Frage durch Rußlands Nachgeben als einen stolzen und für ganz Europa heilsamen Triumph Englands darzustellen, indem dadurch der, nur allzu trefflich ausgebeutete, Einfluß jener nordischen Macht auf das Festland, und auf die Türkei insbesondere, einen merklichen Stoß erlitten haben müsse.

Am 9 Nov. ist Se. Exc. Richard More O'Ferrall, der Statthalter von Malta, mit seiner Familie nach einer stürmischen Ueberfahrt wieder in Malta angekommen, wo indessen sein früheres hartes Benehmen gegen die italienischen Flüchtlinge nicht dazu gedient hat die Zahl seiner Freunde zu vermehren. Auf Malta ist dermalen eine ganze Colonie des hohen brittischen Adels versammelt, welche von dort aus Excursionen nach den Küstenländern des Mittelmeers zu machen beabsichtigt. Unter andern befährt der bekannte Peelite Graf Lincoln, Sohn des Herzogs v. Newcastle, mit einigen Freunden dieses Meer in seiner eigenen Yacht „Gitana.“ Am 5 Nov. war er in den Piräeus eingelaufen.

Frankreich.

Paris, 24 Nov.

Ohne allen Vergleich stürmischer noch als bei den Angriffen auf die Minister-Bankiers waren die Auftritte welche durch Hrn. Segur d'Aguesseau veranlaßt wurden, einen Mann welchen „die Presse“ als das leibhafte Bild der Reaction schildert. Kaum ist das verhängnißvolle Lob der ehemaligen Pariser Stadtpolizei, der den Demokraten so verhaßten Municipalgarden über seine Lippen, so erhebt sich die Opposition in Masse unter einer Explosion von Geschrei: Zur Ordnung! Zur Ordnung! und Hr. Baune stürzt auf die Tribüne zu. Der Präsident Dupin verweigert ihm das Wort. Hr. Baune beginnt: Meine Herren . . . Der Präsident wiederholt: Sie haben das Wort nicht. Ich verlange es, versetzt Hr. Baune, es ist mein Recht. Nein, entgegnet der Präsident, ich gebe es

Ihnen nicht, Sie sollen es nicht haben. Rechts: Rufen Sie ihn zur Ordnung! Hr. Baune: Es ist nicht erlaubt hier den Panegyriker der Banditen des Königthums zu machen. Links: Das ist wahr! Nieder mit den Royalisten! Nieder mit den Kosaken! Präsident: Hr. Baune, ich rufe Sie förmlich zur Ordnung, und wenn Sie fortfahren, rufe ich Sie abermals zur Ordnung! Heftige Reclamationen links. Hr. v. Larochejaquelein: Behaupten Sie Ihr Recht, Hr. Baune, Sie haben das Wort. Hr. Baune: Ich werde sprechen, ich habe das Recht. Rechts: Sie haben das Wort nicht, Stille! Links: Stille doch, ihr Royalisten. Hr. Baune, immer auf der Tribüne: Wie, ich verlange das Wort, und man gibt mirs nicht. Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung, mit Einrückung ins Protokoll. (Lärmende Protestationen links.) Hr. Baune: Ich bin auf der Tribüne, ich habe das Recht zu sprechen, und ich werde sprechen. (Neues Geschrei rechts und links. Heftiger Tumult.) Präsident: Wenn Sie fortfahren, werde ich eine Rüge gegen Sie veranlassen. Rechts: Ja! Ja! Die Rüge! Hr. Baune: Ich erkenne Ihnen nicht das Recht zu zur Ordnung zu rufen. Präsident: Das ist mein Recht, und ich rufe Sie zum drittenmal zur Ordnung! (Allgemeine stürmische Gährung.) Links: Confiscirt nur die Entschädigungsgebühr der Republicaner. Hr. Baune begibt sich endlich an seinen Platz. Aber der Ruf: zur Ordnung Hrn. d'Aguesseau! erhebt sich links von neuem, und Hr. Mathieu übernimmt die Rolle des Hrn. Baune. Das ist eine Verhöhnung der Revolution, sagt er, dann frage ich warum man nicht die Verdets und die Royalisten, die Banditen von 1815 bis 1830 belohnt? Ihr habt Zeit gebraucht bis euch der Muth wieder gekommen ist. Jetzt ertönt der Ordnungsruf rechts, Hr. Gavini macht dem Präsidenten Vorwürfe daß er diese Sprache dulde, und Hr. Dupin erklärt er kenne hier keine Royalisten, er kenne nur Repräsentanten. Er nimmt keine Notiz von dem was die Opposition in den Worten des Hrn. d'Aguesseau Beleidigendes gefunden, und will aus dem ganzen Vorfall nur eine Frage der Geschäftsordnung machen. Wenn Hr. d'Aguesseau eine Interpellation an die Minister habe richten wollen, so hätte er es vorher anzeigen sollen, damit ein Tag festgesetzt worden wäre. Dieses Ignoriren bringt die Opposition vollends in Harnisch, umsomehr als man rechts verlangt er solle Hrn. Segur d'Aguesseau das Wort geben. Stimme links: Sie haben zwei Maße und zwei Gewichte. Entweder rufen Sie zur Ordnung, oder Sie werden der Mitschuldige der Beleidigung. Rechts: Geben Sie nicht nach. Präsident: Ich werde nicht nachgeben. Ich will die Heftigkeit besiegen. Ich werde schon irgendeinen da herausfassen. Links: Fassen Sie die dreißig oder vierzig Montagnards der äußersten Linken. Präsident: Man hat die Versammlung überrascht. Wenn man eine Interpellation machen wollte . . . Links: Es handelt sich nicht darum, Sie sollen Hrn. d'Aguesseau zur Ordnung rufen. Präsident: Ich rufe den Unterbrecher zur Ordnung. Hr. Latrade: Es handelt sich um eine Verhöhnung der Februarrevolution. Hr. Joly: Lassen Sie wenigstens antworten, Hr. Präsident. Eine Stimme: Es fehlt nur noch die Apotheose Trestaillons und ähnlicher Gesellen. Präsident: Als Hr. Cremieux um das Wort bat, sagte ich zu ihm worüber? Er antwortete mir: wegen einer einfachen Frage. Die Sache schien mit ein paar Worten abgethan zu seyn. Hr. Segur d'Aguesseau ergriff diese Gelegenheit nicht nur um eine Frage zu machen, sondern auch Betrachtungen daran zu knüpfen (heftige Unterbrechung links), die einen andern Charakter annahmen und denen ich unmittelbar Einhalt thun mußte. Ich lade die Versammlung ein wieder ihre Tagesordnung vorzunehmen. (Neuer Tumult.) Hr. Baune erhält endlich das Wort um sich über den dreimaligen Ordnungsruf zu erklären: Ich sagte daß die mehr als unklugen Worte des Hrn. Segur d'Aguesseau eine lebhafte und scharfe Erwiederung erheischten. Möge sich Hr. d'Aguesseau erinnern daß er und die Helden der verächtlichen Regierung . . . (Murren rechts. Beifall links Der Präsident ermahnt bei der Sache zu bleiben.) Sind sie erschienen im Augenblick des Kampfs, diese Helden der gestürzten Gewalt? Nein, wir haben keinen von ihnen vor uns getroffen. (Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Wir lassen die Revolution nicht von denen verhöhnen die als Feige vor uns geflohen sind. (Zur Ordnung! Stürmische Gährung.) Präsident: Hr. Baune, Sie rechtfertigen sich nicht; ich rufe Sie von neuem zur Ordnung, und wenn Sie fortfahren wollen dem Präsidenten und der Geschäftsordnung Gewalt anzuthun, so werde ich in der Versammlung auf eine Rüge antragen. (Zustimmung rechts. Widerspruch links.) Hr. Baune: Ich beurkunde daß der Hr. Präsident mit Hülfe der Majorität mir das Wort verweigert. Präsident: Keineswegs. Ich habe Ihnen das Wort bewilligt um sich über einen Ordnungsruf zu erklären. Sie schweifen aber auf ganz andere Dinge ab. Hr. Baune: Nein. Präsident: Beweisen Sie es. Erklären Sie sich. Hr. Baune: Es ist sonderbar daß man in Hrn. Dupin immer den Generalprocurator der Majorität findet und nie den Advocaten der Minorität. Verschiedene Stimmen: Sie beleidigen den Präsidenten. (Verworrenes Durcheinanderschreien.) Hr. Baune, gegen die Rechte: Am 24 Februar seyd ihr geflohen und habt eure Fahne im Stich gelassen, (Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) eure Fahne ist in den Koth gefallen. (Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Die glorreiche Fahne der Revolution, die euch verziehen . . . (Rechts: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Das sind unerträgliche Aufreizungen Die Rüge! Die Rüge!) Dieses Geschrei bestimmt mich nicht daß ich auch nur ein Wort zurücknehme. Präsident: Ich befrage die Versammlung über die einfache Rüge. (Lebhafter Widerspruch links.) Hr. Baune, Sie haben allen Warnungen widerstanden . . . Hr. Baune, gegen den Präsidenten: Sie zeigen einmal wieder Ihre Parteilichkeit. Jetzt trägt der Präsident auf die Rüge an, welche den monatlichen Verlust der Taggelder nach sich zieht, mehrere Mitglieder der Linken schreien: Die Rüge gegen uns alle, alle! Wenn ich euch alle kennte, versetzt der Präsident, ich würde euch alle zur Ordnung rufen. Die Rüge wird zur Abstimmung gebracht und von einer großen Mehrheit unter steigender Erbitterung der Linken beschlossen. Ich protestire gegen diese Ungerechtigkeit, ruft Hr. Baune, die Royalisten sitzen im Präsidentenstuhl. Dreißig oder vierzig Mitglieder, auf der höchsten Höhe des Bergs, trommeln und stampfen mit den Füßen daß davon der Saal schüttert. Andere lassen die Republik leben. Der Präsident will nun zu den ordentlichen Geschäften, der Verhandlung über die Naturalisation der Fremden, übergehen und gibt Hrn. v. Montigny das Wort. Hr. Joly verlangt es wegen eines Ordnungsrufs. Präsident: Ich habe Sie nicht mit Namen zur Ordnung gerufen. Hr. Joly: So erklären Sie es der Versammlung. Hr. v. Montigny erscheint auf der Tribüne, kann sich aber kein Gehör verschaffen. Der lärmende Ruf: Warum rufen Sie Hrn. d'Aguesseau nicht zur Ordnung? hebt von neuem an. Präsident: Ich habe die Worte des Hrn. d'Aguesseau mißbilligt. Euer Lärm ist allein Schuld daß man es überhört hat. Links: Er hat zum Bürgerkrieg aufgereizt. Präsident: Hr. d'Aguesseau war sehr unklug, er hat aber nicht zum Bürgerkrieg aufgereizt. Will die Versammlung ihre Tagesordnung vornehmen? Rechts: Ja! ja! Links: Nein! Nein! Zur Ordnung Hrn. d'Aguessean! Der Präsident befragt die Versammlung, die Mehrheit ist für die Tagesordnung. Links: Zur Ordnung! Zur Ordnung Hrn. d'Aguessean! Präsident: Es ist offenbar daß eine lärmende Minorität sich gegen die Versammlung empört. Rechts: Bedecken Sie sich, Hr. Präsident. Präsident: Nein, ich werde mich nicht bedecken, die Versammlung wird nicht ausgesetzt. Und so oft man versucht die Verhandlung zu beginnen, immer erschallt in dem Chor links der donnernde Ruf: Zur Ordnung! Zur Ordnung Hrn. d'Aguesseau! Präsident: Ich habe allein zu entscheiden über den Ordnungsruf, ich werde eurem Drängen nicht nachgeben. (Neues betäubendes Geschrei.) Das ist also das Schauspiel das ein Dreißig Mitglieder Frankreich gibt. Das sind keine Unterbrechungen mehr, das ist wildes Geschrei gegen einen Entscheid der Versammlung. Rechts: Das ist wahr. Sehr gut! Das Toben dauert fort. Präsident, gegen die obern Bänke der ersten und zweiten Section der Linken: Ich rufe die dreißig Mitglieder die dort sitzen zur Ordnung. (Zustimmung rechts. Neue Ausbrüche auf der äußersten Linken.) Hr. Bertholon: Die Störer sind diejenigen welche hier royalistische Manifestationen machen. Der Präsident ruft ihn zur Ordnung, und Hr. Bertholon verlangt das Wort. Präsident: Sie haben es nicht. Mehrere Mitglieder: Wie, nicht über einen Ordnungsruf? Präsident: Das ist etwas anders, Sie können sich erklären, aber nur über diesen Punkt. Hr. Bertholon: Der Ordnungsruf von dreißig Mitgliedern ist ungerecht, ungewöhnlich. Das Land wird wissen woran es sich zu halten hat, es wird wissen daß die welche sich Freunde der Ordnung nennen, diejenigen sind die hier zur Unordnung, zum Bürgerkrieg aufreizen. (Bravos links.) Der Präsident hält den Ordnungsruf aufrecht. Hr. Segur d'Aguesseau, mitten im Tumult: Ich protestire gegen die verleumderischen Worte . . (Heftige Unterbrechung links.) Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung. Endlich war der Ordnungsruf heraus, und Hr. d'Aguesseau, dessen royalistische Offenherzigkeit die bewegte Scene herbeigeführt hat, erhält über den Ordnungsruf das Wort, und wird er nun als ein Mann seiner Ueberzeugung den wilden Republicanern entgegentreten? O nein, der ist jetzt plötzlich selbst ein eifriger Republicaner geworden, man hat ihn mißkannt, verleumdet, er erinnert wie er am 25 Mai die Versammlung aufgefordert: Vive la République! zu rufen, aber erklärt, indem er links weist, daß es seit dem 13 Jul. in einem Theil des Saals eine andere Republik gebe, und daß diese ihn unterbreche und verleumde. Hr. Lagrange will nun die Controverse über den Vorwurf der Verleumdung fortsetzen: Wie Sie, Präsident der Versammlung, Generalprocurator des Cassationshofs, Sie glauben daß nicht bloß ein Mann sondern eine ganze Partei der Nationalversammlung

den Vorwurf der Verleumdung so hinnehmen kann! Wenn man uns als Verleumder behandeln darf, so wird es auch einem Mann wie mir erlaubt seyn zu sagen: Ihr habt gelogen. Der Sturm, der einen Augenblick geruht hat, bricht wieder in voller Heftigkeit aus. Präsident bemerkt man könne immer sagen man sey verleumdet, bedeutet ihm aber daß er nicht das Wort habe, und da er darauf besteht zu reden, so befragt jener die Versammlung, die den Streit gleichfalls beendigt wünscht. Hr. Lagrange gibt sich noch nicht zufrieden: Ich protestire gegen den Hohn den man der Februarrevolution angethan, dem Volk das sie gemacht hat, vor dem ihr auf den Knien gelegen seyd. Und gegen die Stenographen des Moniteurs gewendet: Schreibt, ihr Herren! ich fordere euch auf zu schreiben. Präsident: Schreibt nicht, die Versammlung hat gesprochen. Hr. Lagrange, von der Tribüne herabsteigend: Hr. Präsident! Sie haben das Unglück daß Sie, ein so großer Mann Sie sind, sehr parteiisch sind. (Gelächter und Murren.) Damit war endlich der ärgerliche Zwist erledigt, Gruppen bildeten sich in den Gängen und das Gerücht verbreitete sich auf den Galerien daß zwischen Mitgliedern der äußersten Fractionen Cartelle gewechselt würden. Noch in der folgenden Sitzung hatte sich die aufgeregte Stimmung nicht ganz gelegt. Die Opposition versuchte sich gegen den Präsidenten Dupin eine Genugthuung zu verschaffen, indem Hr. A. Thouret dem Vicepräsidenten Baroche die bekannte Protestation übergab, doch ließ sie sich durch ihre Erbitterung nicht bestimmen für Hrn. P. Bonaparte Partei zu nehmen, und selbst die äußerste Linke enthielt sich der Abstimmung, ließ ihn (wie man zu sagen pflegt) seine schwarze Wäsche allein auswaschen. Hr. P. Bonaparte hatte der Versammlung eine ziemliche Unterhaltung versprochen als er sagte: Wenn ihr begehret daß ich den nenne dem man hauptsächlich alles zuschreiben muß was der Präsident der Republik klägliches thut, so will ich ihn nennen, und man hatte ihm von allen Seiten zugerufen: Ja! ja! Nennen Sie ihn, keine Zurückhaltung. Als er jedoch erwiederte: Nun, es ist Hr. Fialin, genannt de Persigny, da trat der Vicepräsident Baroche mit der Geschäftsordnung dazwischen, welche verbietet daß Repräsentanten einander interpelliren, und ein persönliches Interesse vermochte dieser Bonaparte selbst bei der Montagne nicht zu erwecken, der er, wie der Sohn des Ex-Königs Jerome, in politischen Grundsätzen nicht zu ferne steht. Sein Name, wie der Napoleon Bonaparte's, steht auch unter der von etwa 140 Mitgliedern unterzeichneten Proposition, worin der Präsident Dupin der förmlichen Parteilichkeit bezüchtigt wird und die jetzt auf dem Bureau niedergelegt ist.

In der Nationalversammlung hat Hr. Dupin noch immer nicht wieder den Vorsitz übernommen, heute führte ihn der Vicepräsident General Bedeau. Der Gegenstand der Verhandlung war unerheblich — Berichterstattungen über eingelaufene Bittschriften. Neuen Stoff für Privatunterhaltung gab der händelsüchtige Peter Bonaparte. Er hatte ein Duell wegen einer ungünstigen Beurtheilung seiner algerischen Abenteuer mit Hrn. René Rovigo, und gegen 4 Uhr kam die Nachricht er habe nach leichten Verwundungen an der Brust seinen Gegner entwaffnet und dann den Zweikampf mit Pistolen fortsetzen wollen, was jedoch die Secundanten des Hrn. Rovigo nicht zugegeben hätten. Leicht hätte es auch zwischen ihm und dem Achates des Präsidenten zu unangenehmen Erörterungen kommen können, wenn Hr. Fialin de Persigny nicht in ihm einen Prinzen von Geblüt erblickte, bei dem ihn auch eine erlittene Beleidigung nicht über die Schranken der Ehrfurcht hinwegführen darf. Doch begab er sich zu dem Präsidenten der Republik, um ihm zu erklären: da er ungerecht angegriffen sey von einem seiner Vettern, aber von einem Bonaparte nicht Genugthuung fordern könne, so lege er nach vierzehn Jahren der Anhänglichkeit und acht Jahren Gefangenschaft für die Napoleonische Sache den Dienst bei seiner Person (officier attaché à sa personne) nieder. Es versteht sich daß Hr. L. Bonaparte den Rücktritt seines Günstlings, der bei ihm den Kammerherrn macht, nicht zugab. Im Staatsrathsverein haben einige Mitglieder des bonapartischen Vereins des Palasts der Künste die Erklärung abgegeben daß man sie nicht als ausgetreten, sondern als einen Zweigverein betrachten möchte. Hr. Molé hat in diesem Verein angezeigt daß es die Ansicht des Ausschusses sey die Einwirkung auf die bevorstehenden Wahlen nicht zur Vereinssache zu machen, sondern alles der Initiative der Wahlausschüsse der Hauptstadt und der Departements zu überlassen.

⊙ **Paris**, 23 Nov. Man beschäftigt sich in diesem Augenblick mit der Zählung (recensement) der Pariser Nationalgarde, welche vom 1 Jan. an auf einer neuen Basis organisirt werden soll. Es ist schwer abzusehen was man unter der „neuen Basis" versteht, denn nach der Verfassung ist jeder Bürger Mitglied der Nationalgarde, eine Grundbestimmung bei der es, solange die Republik ihr Leben fristet, wohl sein Bewenden haben wird. Veränderungen können also füglich nur in Bezug auf die praktischen Dienstleistungen der Nationalgarde stattfinden, und man ist in der That gesonnen dieselben so viel als möglich zu beschränken. Hr. F. Barrot insbesondere ist ein entschiedener Feind der beständigen Bewaffnung der Bürgerwehr, welches er den organisirten Bürgerkrieg nennt. Seine persönliche Meinung ist, wie auch deutlich aus der Sprache der halbofficiellen Blätter hervorgeht, sämmtliche Gewehre an die Zeughäuser abliefern und dort aufheben zu lassen. Es wäre dieß ohne Widerrede eine Maßregel womit sich die Regierung das Land zu Dank verpflichten würde. Denn bei der rothen Propaganda und der Aussicht auf die Wahlen von 1852 anderthalb Millionen Gewehre im Besitz der Bevölkerung lassen heißt den insurrectionellen Zustand gleichsam zu einem dauernden machen. Haben doch noch vor kurzer Zeit die Maires von Lyon, Croix-rousse, Vaise und Guillotière den Minister des Innern im Namen des Friedens und der Arbeit gebeten die Entwaffnung der Nationalgarde im Rhonedepartement fortdauern zu lassen, und hat der General Germain doch ausdrücklich erklärt: „Ich habe die Meute von 1849 zu Lyon mit 10,000 M. besiegt, wäre die Nationalgarde bewaffnet gewesen so hätte ich mit weniger als 25,000 Mann für nichts einstehen können." Was die Junius-Insurrection des vorigen Jahrs betrifft, so haben einzelne Abtheilungen der Nationalgarde freilich große Dienste geleistet, es ist aber nicht weniger wahr daß jene Insurrection gar nicht stattgefunden haben würde, wenn die damalige Regierung nicht die allgemeine Volksbewaffnung eingeführt hätte. Kurz es fehlt nicht an dringenden Beweggründen einen Zustand der Dinge aufhören zu lassen welcher zu nichts führt als das Land zu beunruhigen, den Bürger der des Soldatenspielens herzlich satt ist, zu langweilen, und die Reduction des stehenden Heeres platterdings unmöglich zu machen. Hr. F. Barrot ist übrigens nicht das einzige Mitglied des Cabinets welches eine allgemeine Entwaffnung der Nationalgarde für nöthig hält; die Generale de Lahitte und d'Hautpoul sind hierin vollkommen einverstanden mit ihm, und man hofft daher mit Zuversicht daß die von allen vernünftigen Leuten gewünschte Maßregel bald in Angriff genommen werde. — In Folge der jüngsten stürmischen Kammersitzungen haben wieder einige Duelle zwischen unsern Ehrenwerthen stattgefunden. Es ist dieses burschikose Treiben um so lächerlicher als die Herren sich wohl hüten einander ein Leides zu thun, denn wir erinnern uns nicht erfahren zu haben daß bei den unzähligen parlamentarischen Paukereien der letzten Zeit auch nur ein einziger Tropfen Blut geflossen wäre. Hiermit soll wahrlich nicht gesagt seyn daß wir einen blutigen Ausgang derselben vorgezogen hätten; aber man kann die friedfertigste Haut seyn welche je über die Erde lief und sich dennoch über solche Possen ärgern. Sollten indessen unsre Volksrepräsentanten die Absicht haben das durch die Zeit geheiligte Vorurtheil des Zweikampfes vermittelst des ridicule, welches in Frankreich tödlich seyn soll, auszurotten, dann freilich können sie ihren Zweck nicht besser erreichen. Die Frage ist nur, ob sie selber und die Würde der Volksvertretung etwas dabei zu gewinnen haben. Die Regierung scheint sehr unzufrieden darüber zu seyn daß der Generalgouverneur von Algerien, General Charon, sich nicht persönlich an die Spitze des Armeecorps in der Provinz Constantine gestellt hat. Der Constitutionnel versichert heute das Gerücht von der Abberufung des Generals Charon sey ein ungegründetes, fügt aber die bedeutsame Bemerkung hinzu: „vielleicht wäre man der Wahrheit näher gewesen, wenn man bloß von der Verwunderung des Ministers darüber daß die letzten Depeschen des Gouverneurs aus Algier datirt sind, gesprochen hätte."

Italien.

⊾ **Rom**, 19 Nov. Der neu ernannte Obergeneral des französischen Heeres in Rom, Baraguay d'Hilliers, ist gestern Abend auf einem außerordentlich abgeschickten Dampfboot aus Toulon in Civitavecchia angelangt. Diesen Morgen um 5 Uhr war er in Rom; um 11 Uhr hat er den drei die Regierungscommission bildenden Cardinälen seinen Besuch gemacht, und um 3 Uhr Nachmittag werden die Eminenzen ihm denselben zurückerstatten. Morgen 20 übergibt ihm General Rostolan das Commando der Truppen. Alles ist in größter Erwartung zu sehen welche Politik der als conservativ bekannte, nun aber die persönliche Politik des Präsidenten der französischen Republik repräsentirende General und Diplomat (denn er vereinigt beide Eigenschaften) einschlagen wird. Er wird von den Officieren die unter ihm gedient haben, als ein äußerst strenger, aber sehr loyaler Mann geschildert. Wie bekannt, hat er nur einen Arm, da ihm der andere, ich weiß nicht wo, weggeschossen wurde. Ein französischer Stabsofficier, der gestern von Neapel zurückgekommen ist, versichert, der Papst sey im Begriff gewesen von Portici ab und nach Rom zu reisen, er habe aber alle Vorbereitungen wieder einstellen lassen, und wolle nun die Resultate des Ministerwechsels in Frankreich abwarten. — Großes Aufsehen machte dieser Tage die Verhaftung von vier römischen Damen welche an einer Todtenfeier für die Seelen der im letzten Kampfe gebliebenen Römer insofern theilnahmen, daß sie Blumen und Kränze auf ein in der Kirche errichtetes Catafalk warfen, während eine Stimme, un-

ter der Menge sich erhebend, ausrief: Pace alle anime de martiri per la patria! Eine dieser Damen, Sra. Narducci, hat ihren Sohn, der Officier war, im Gefecht vom 30 April verloren. Die andern drei Schwestern Castellani gehören einer sehr liberalgesinnten Familie an und können übrigens mit Recht unter die schönsten Mädchen Roms gezählt werden. Nach drei Tagen und vier Nächten, die sie in Gefängnissen auf der Polizei zubrachten, ward ihnen endlich gestattet in ihre Wohnungen zurückzukehren wo sie aber unter Aufsicht eines Sbirren strengen Hausarrest haben. Viele junge Römer wurden bei derselben Gelegenheit verhaftet.

Schweiz.

△ **Bern**, 22 Nov. In der heutigen Sitzung des Nationalraths wurde folgende Motion des Hrn. Eytel aus Lausanne verlesen: „Da der Bundesrath unterm 1 und 19 l. M. zwei Beschlüsse gefaßt hat welche im höchsten Grade die auswärtigen Beziehungen, sowie die Würde und Ehre der schweizerischen Eidgenossenschaft berühren, habe ich die Ehre folgende Motion vorzulegen: Art. 1. Der Bundesrath ist eingeladen der Bundesversammlung einen Bericht vorzulegen über den Stand der auswärtigen politischen Beziehungen und insbesondere über die Vollziehung der Schlußnahme, welche die Bundesversammlung in ihrer außerordentlichen Sitzung vom August letzthin in Betreff der badischen Angelegenheiten gefaßt hat. Art. 2. Der Bundesrath ist eingeladen auf dem Bureau des Nationalraths die Documente und Actenstücke der Correspondenz zu hinterlegen, welche die auswärtige Politik im allgemeinen, und besonders die Flüchtlingsangelegenheit seit den Ereignissen in Baden betreffen. Art. 3. Bis nach der Entscheidung der Bundesversammlung bleiben die vom Bundesrath unterm 1 und 19 l. M. in Betreff der politischen Flüchtlinge getroffenen Schlußnahmen ausgesetzt. Dr. Frei und Almeras beantragen diese Motion den 26 d. M. auf die Tagesordnung zu setzen. Pittet wollte dieselbe schon morgen behandelt wissen, weil der Bundesrath nicht einen Tag unter der Möglichkeit eines Tadels stehen dürfe. Ziegler erhob sich dafür daß man zuerst die Militärorganisation zu Ende berathe. Der Präsident war der Meinung eine Motion, abgesehen von ihrem Inhalte, sey ohne weitern Verzug zu behandeln, wenn sie die Beschlüsse des Bundesraths in Frage stellen wolle. Mit 44 gegen 36 Stimmen wird der Gegenstand auf die Tagesordnung vom 26 d. gesetzt. Zunächst wurde diese Motion hervorgerufen durch ein Kreisschreiben des Bundesraths vom 19 d., nach welchem noch 28 von der Allgem. Ztg. in einer frühern Nummer bezeichnete, bei der letzten badischen und pfälzischen Revolution betheiligte Flüchtlinge aus der Schweiz weggewiesen werden. Der Bundesrath beruft sich zur Begründung und Erläuterung dieses Beschlusses auf Art. 2 des Kreisschreibens vom 16 Julius, wo bereits bemerkt sey daß unter den Männern welche die Schweiz zu verlassen haben, auch solche inbegriffen seyen die zwar noch nicht mit Namen genannt, welche aber ebenfalls eine höhere oder einflußreiche Stellung bei der Regierung oder bei der Armee der Aufständischen eingenommen haben, und deren Namen der Bundesrath sich vorbehalte später bekannt zu machen, was nun hiermit geschehe. Mehrere dieser letzteren seyen bereits abgereist, wie Kiefer, Kaiser, Mördes, Ziegler, Raveaux, Reinhard und Schmitt. Die Kantonsregierungen werden angewiesen dem Bundesrath die Namen derjenigen der genannten Flüchtlinge mitzutheilen welche sich in den betreffenden Kantonen aufhalten; denselben soll im Namen des Bundesraths angezeigt werden daß sie die Schweiz zu verlassen haben. Die Betreffenden seyen aber nicht gehalten sich in andere als solche Länder zu begeben wo ihnen der Aufenthalt vollständig gesichert sey, wie z. B. in England und Amerika. Auch verstehe es sich daß man bei der Vollziehung dieses Beschlusses die von der Menschlichkeit oder von gebieterischen Umständen geforderten Rücksichten obwalten lassen solle. Besonders hart werden von diesem Beschlusse einige Familienväter getroffen die sich schon für den Winter eingerichtet hatten. Den meisten aber fehlt es an Geldmitteln, da sie die geringe Summe die ihnen zu Gebote stand, bereits verzehrt haben. Die Motion des Hrn. Eytel betrifft allerdings die ganze auswärtige Politik des Bundesraths, ist aber ganz besonders gegen Hrn. Druey's Verfahren in der Flüchtlingsangelegenheit und das am 1 d. erlassene Circular gerichtet, worin alle nicht schwer gravirten Flüchtlinge gezwungen werden die Schweiz zu verlassen und in ihre Heimath zu gehen. Der Angriff ist um so bemerkenswerther, weil er von einem Waadtländer und früheren Freunde des Hrn. Druey kommt. Hr. Eytel handelt als Organ der waadtländischen Volksvereine, welche sich sehr energisch gegen den Bundesrath aussprechen. — Hr. Steck, stud. jur. aus Neuenburg, gewesener Artilleriehauptmann in der badischen Revolution, vom Standgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurtheilt, ist aus seiner Gefangenschaft in Bruchsal mit Hülfe seiner entschlossenen Schwester durch Würtemberg entkommen und gestern hier angelangt. — Die Gemeinde Lasagne im Kanton Neuenburg, welche fortwährend Demonstrationen im preußisch-royalistischen Sinne macht, hat von dem Staatsrath Executionstruppen erhalten. Der große Rath von Freiburg hat über die Aufhebung der vielen Feiertage entschieden, und die Strafe abgeschafft die früher alle traf die an solchen Feiertagen nicht feierten. — Der neugewählte Genfer Staatsrath hat J. Fazy zum Präsidenten, Moulinié zum Vicepräsidenten ernannt. — Durch Volksabstimmung ist im Kanton Zürich das Directorialsystem eingeführt, und die Lehrer und Geistlichen werden künftig von den Gemeinden gewählt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 23 Nov. Nachdem der Zinsfuß der Bank von England vom 2 November 1848 an bis jetzt auf 3 Procent gestanden, und der Barrenvorrath des Instituts sich mittlerweile von 13,273,142 auf 15,820,912 Pf. St vermehrt — was nur um 545,000 Pf. weniger ist als der höchste Stand des Metallvorraths seit der Bank Charter-Acte von 1844 — hat die Bank gestern eine Herabsetzung des Disconto auf 2 1/2 Procent angekündigt. Die Times billigt diese Maßregel vollkommen; aber nicht so das M. Chronicle, welches bemerkt: „Wäre diese Reduction vor drei Monaten erfolgt, so hätte sie die Geschäfte des Discontirungs-Amtes wohl vermehren können; nun aber ist es zweifelhaft ob sie einen einzigen guten Wechsel in die Bank ziehen wird, und die einzige Wirkung dürfte seyn den Zinsfuß in der Lombard-Street auf 2 Proc. herab zu drücken, was niemanden nützen wird, da der Zinsfuß schon jetzt zu niedrig ist um lohnend zu seyn. Allgemein hört man die Ansicht äußern: es würde für die Bank besser seyn wenn sie ihren Zinsfuß gar nicht bekannt machte, sondern ihr Geld bestmöglichst wie andere Capitalisten benützte. Dazu werden die Directoren sich auch am Ende entschließen. Der jetzige Ueberfluß an Barren in der Bank erregt große Aufmerksamkeit; beinahe liegen schon für 15 Millionen in ihren Gewölben, und vor Ende Jahrs werden weitere 2 Millionen eintreffen; der „Constance" allein, der aus dem Stillen Meer unterwegs ist, wird 1 1/2 Millionen mitbringen. Und da für Goldrimessen aus Amerika der Curs günstig steht, so sind beträchtliche Summen auch von daher zu erwarten, zur Zahlung der Dividenden von den vereinigten Staaten-Stocks die in englischen Händen sind. All das kann nicht verfehlen günstig auf die Nation im allgemeinen und auf unsern Handel insbesondere einzuwirken, vorausgesetzt daß es keine Schwindelspeculation, nicht ein zweites Jahr 1847 zur Folge hat, bevor wir uns noch von den Nachwehen jenes Unglücksjahrs erholt haben." — Die neuesten Berichte aus den Fabrikbezirken lauten nicht eben sehr günstig.

London, 24 Nov. Consols 94 3/4. — Das Schiff „Constance" ist aus dem Stillen Meer in Plymouth eingelaufen, und hat für 1,700,000 Dollars Species auf Kaufmannsrechnung mitgebracht.

Paris, 24 Nov. 3proc. 57; 4 1/2proc. 78.75; 5proc. 89.70; Bankactien 2395; belg. 5proc. 96; Anleh. v. 1842 69; neap. 5proc 91; röm. 82; span. pass. 3 1/2; 3proc. 36 1/4; innere Schuld 28 3/4; Hayti 200; piem. 5proc. 83.10; Oblig. v. 1849 890; Vers. rechte U.-B. 210; Paris-Orleans 740; Rouen 526.25; Straßburg 356.25; Nordbahn 442.50; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 302.50; Bordeaux 397.50; Boulogne-Amiens 137.50; Tours-Nantes 260; Montereau-Troyes 110.

Amsterdam, 24 Nov. 2 1/2proc. 53 1/2; 3proc. 63; 4proc. 82 1/2; port. 4proc. 34 3/8; Metall. 5proc. 82 7/8; Ard. 12 1/2.

Augsburg, 27 Nov. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 85 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100 1/4 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87 1/2 P., Bankactien II. Sem. 1100 P. Württ. 3 1/2proc. 82 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 26 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. 86 5/8; Bankactien 1300 P.; preuß. Staatsschuldsch 88 3/4; bayer. 3 1/2proc. Obl. 83 1/2; Ludwigsh.-Berbach 84 3/4; württemb. 3 1/2proc. 81 1/8; 4 1/2proc. 94 1/4; bad. 5proc. 98 1/4; 3 1/2proc. 78; darmst. 3 1/2proc. 81 5/8; 4proc. 88 1/8; 4 1/2proc. 93 3/8; nass. 5proc. 101 1/2; 3 1/2proc. 84 1/8; Frankf. 3proc. 78 1/2; 3 1/2proc. 92 1/2. 88 1/8; Disconto 2 P.

♀ **Wien**, 25 Nov. Bei der anhaltenden Geschäftsstille an unserm Effectenmarkt beschränkte sich das heutige Sonntagsgeschäft im Börsenkaffeehause auf ein paar unbedeutende Schlüsse in 5- und 4 1/2proc. Metall., von denen erstere mit 93 5/8–11/16 und letztere mit 83 5/8 bezahlt wurden. Nordbahnactien, sowie andere Effecten ohne Umsatz und Curse nur nominell. Nordbahnactien 107 1/2–3/4. Mailänder 79 1/2–3/4. Pesther 78 3/8–5/8. k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 116 1/2–117.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Aus Berlin.

Litteratur. Theater.

× **Berlin**, 22 Nov. Von einem umfangreichen prachtvoll ausgestatteten Werke ist so eben der erste Band hier erschienen, von einem Leben Steins das Pertz herausgibt. Es wird dadurch endlich das Steinmann'sche Sudelwerk, von dem noch kürzlich eine neue Auflage erschien, entbehrlich. — Bei Fr. Gerhard erschien eine Broschüre über Hrn. v. Radowitz, die zunächst die in der Laube'schen Charakteristik enthaltenen Angriffe scheint pariren zu wollen. Soviel wir bei flüchtigem Durchblättern ersehen, nimmt die bei einem radicalen Buchhändler erschienene Schrift in allen Punkten die Partei des Hrn. v. Radowitz. Vielleicht soll sie im Interesse des Verlegers absichtlich den Glauben erwecken daß sie unter dem directen Einfluß des Hrn. v. Radowitz entstanden sey. Sie ist indessen zu schlecht geschrieben und überhaupt zu gewöhnlich abgefaßt, als daß man dieß annehmen könnte. Auch enthält sie nichts neues.

Friedrich Förster hat eine neuere und neueste Geschichte Preußens begonnen, die nicht eben auf die löblichste Weise für ein größeres Publicum berechnet ist. Der Sänger des großen Kurfürsten beginnt seine Geschichte mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms des Dicken, läßt aber nicht, wie unsere Historiker dieß gewöhnlich zu thun pflegen, eine Charakteristik des Zeitalters Friedrichs des Großen vorausgehen, sondern führt von ihm nur gelegentlich eine schmutzige Anekdote an, und unterhält dann den Leser das ganze erste Heft hindurch von der Maitressenwirthschaft unter Friedrich Wilhelm II. Das erste Heft der Förster'schen Schrift enthält manche äußerst pikante Mittheilungen, welche Förster niemand gewisserem als der verstorbenen Gräfin Lichtenau verdankt. Wie seltsam es mir selbst auch vorkommt hier bei dieser Gelegenheit etwas zu berichtigen was eine berühmte deutsche Frau betrifft, deren Gatte als einer unserer bekanntesten Schriftsteller noch lebt, so will ich doch, da Hr. Förster uns einmal auf das schlüpfrige Gebiet fürstlicher Liebschaften geführt hat, um einen Irrthum auszumerzen der sich in die Spalten der Allg. Zeitung eingeschlichen hat, folgendes bemerken. Fanny Lewald hat in ihrem Roman „Prinz Louis Ferdinand" der Rachel eine stille, unerwiedert bleibende Liebe zu diesem Prinzen octroyirt; sie hat den Roman Hrn. Varnhagen von Ense gewidmet, und daraus hat der Beurtheiler desselben in der Allg. Zeitung den Schluß gezogen daß die geistreiche Dame in diesem Punkte Wahrheit und keine Dichtung vortrage, da Rahels Gatte der Patron des Buches sey und diese Stelle wenigstens gewiß schon vor dem Abdruck gekannt habe. Die Sache macht jetzt, zumal da man sich auf der einen Seite jener Kritik erinnert, auf der andern Seite aber weiß daß Hr. v. Varnhagen diese Stelle erst nach dem Abdruck des Romans zu Gesicht bekam, und daß jene stille Liebe eben nur ein Blümchen aus Fanny Lewalds Phantasie ist, in litterarischen Kreisen einige Sensation. — Ein in Breslau erschienener Roman von Max Ring: „Berlin und Breslau" macht zu seinen Helden hauptsächlich die Männer aus der vorjährigen Berliner Revolution. Der Faden der Erzählung verliert sich zuletzt in Breslau etwas trist. Auf Anfragen über das fernere Schicksal der Helden verspricht der Verfasser seinen Lesern mit Vergnügen Auskunft geben zu wollen. Die Neugier möge sich des Buchhändlerweges bedienen.

Auf dem Theater sahen wir ein neues Stück von Madame Birch-Pfeiffer: „Mazarin". Wie kommen wir Deutschen dazu Ludwig XIV so oft auf den Brettern zu sehen welche bei uns die Welt bedeuten, und noch dazu, wie hier, in idealisirter Gestalt? Ich dächte wir hätten gerade keine Ursache uns diesen Fürsten zu idealisiren. Was das Stück sonst betrifft, so ist dießmal jedenfalls ein ernstes Streben darin, und wenn wir auch nicht das geistige Urtheil in der Constitutionellen Zeitung unterschreiben können, so sehen wir doch auch keinen Grund ein voll Entrüstung über dasselbe herzufallen, da die Verfasserin dießmal keine schlechten Mittel anwendet um sich die Gunst des Publicums zu versichern. Gern lassen wir daher über Werth oder Unwerth dieses Stückes den Erfolg Richter seyn, wie er sich bei den nächsten Aufführungen klarer und bestimmter als bei der ersten Aufführung herausstellen wird. Die Darstellungskraft der königlichen Bühne ist übrigens durch das Engagement des Hrn. Dessoir, bisherigen Regisseurs am Hoftheater in Karlsruhe, um ein Beträchtliches gewachsen, was auch den Meisterwerken unserer Litteratur zu Gute kommen wird. [illegible] wird Hr. Dessoir in nächster Woche den Faust darstellen.

Eine preußische Pairskammer.

∸ **Berlin**, 22 Nov. Die Debatte über die Zulässigkeit einer Pairie hat sich in der ersten, wie es in der zweiten Kammer der Fall war, auf ein unersprießliches Seitenterrain verirrt. Die Warnung des Präsidenten Graf Schwerin in jener daß man die Frage über den Adelsstand bei der Debatte: ob eine künftige erste Kammer aus großen Grundbesitzern bestehen solle? aus dem Spiel lasse, ist von beiden Seiten unberücksichtigt geblieben. In der zweiten entspann sich bekanntlich der verdrießliche persönliche Streit zwischen dem Frhrn. v. Canitz, der ihn provocirte, und den empfindlich dadurch gereizten Hrn. v. Bismark-Schönhausen und Grafen Arnim-Boitzenburg. Die fortgesetzten Angriffe Nichtadeliger gegen einen Stand, der als solcher aufgehört hat, bedauere ich, sie zeugen nur dafür daß unser öffentliches Leben, noch immer nicht seiner selbst und seiner wahren Aufgabe bewußt, an Cotterie-Reminiscenzen leidet, die vom gewaltigen Strome der Zeit fortgespült seyn sollten. Daß die Mitglieder des ehemaligen Adelstandes so sehr empfindlich gegen der Art Angriffe sind, ist auch ein übles Zeichen; freilich ein natürliches. In England und selbst in Oesterreich würde der Adel darüber lachen, in Preußen, wo er auf ein Scheinleben angewiesen war, mußte er seine ganze Sorge auf Bewahrung dieses Scheines verwenden. Dieser Schein ist erloschen, oder was blieb von ihm? Um deßhalb sollte man jetzt von bürgerlicher Seite vermeiden kaum vernarbte Wunden wieder aufzureißen. Was sollten Invectiven bedeuten, wie Temme sich in der Nationalversammlung deren zu Schulden kommen ließ, die in die Zeitanschauungen des Siegfried v. Lindenberg, oder Großmanns und Ifflands gehörten! Die Anspielung des Oberlandesgerichtspräsidenten Scheller neulich in der ersten Kammer auf die rheinischen Autonomen, die sich selbst unglücklicherweise die Königsmauer nannten, war nicht so beleidigend gemeint, als sie aufgenommen ward. Diese boshafte Vergleichung der autonomischen Königsmauer mit einer schmutzigen und übelberüchtigten Gasse unserer Königsstadt rührt übrigens von einem unserer witzigsten und geistreichsten Staatsmänner jener Zeit her, dem Staatsrath v. Stägemann. Damals hatte niemand ein Arg daran; man fand sie treffend und zeitgemäß gegenüber den unerwartet vortretenden Ansprüchen jener Autonomen. Dießmal war die Erwähnung freilich unpassend, der Redner hätte besser gethan sie zu unterdrücken; aber man begreift auch nicht, wie das Wort so empfindlich hat beleidigen können daß heute die feierliche Protestation einer ganzen Reihe von adeligen und einigen nichtadeligen Mitgliedern beider Kammern darauf erfolgt ist! Der Präsident der Kammer, Hr. v. Auerswald, hatte die Aeußerung ungerügt hingehen lassen, indem er bekannte die Anspielung nicht zu verstehen. Es ist, wie gesagt, traurig daß ein derartiger Nebenstreit die Debatte abermals unterbricht, wo es gilt die Fundamente der ersten Kammer in dieser selbst festzustellen, und daß abermals, wo alles darauf ankommt die geborne oder bestehende und anerkannte Berechtigung von Notabilitäten und Größen für ein künftiges Oberhaus zu vindiciren, man abirren muß auf die Frage über Adel und Nichtadel. Als ob die Frage, wie ein Oberhaus zu bilden, nicht ohnedieß schwierig genug wäre! v. Gerlach nahm den Handschuh, aber in seiner heftigen, blitzenden Weise auf, und das Wort nicht mehr für den großen Grundbesitz, sondern entschieden für den Adel selbst als Stand: „Ohne Aristokratie ist keine Monarchie, keine Republik zu denken. Es gibt nichts servileres, sklavischeres, als Vorzüge nicht anerkennen wollen die man selbst entbehrt. Der Adel ist des Staates und des Volkes wegen da, er ist ein Besitzthum des Volkes, ein Nationaleigenthum. Wir haben bessere Elemente des Adels als Geld und Gut: Kriegsdienst und Waffenehre ist die solide Grundlage des deutschen Adels. Der Adel ist ein grüner Zweig eines kräftigen Baumes, er hat Preußen im vorigen Jahr erhalten." Ginge es nach Hrn. v. Gerlach, so hätten wir sofort eine erste Kammer; wir suchten nicht nach großen Grundbesitzern und wirklichen Männern of power, sondern wir suchten nach den adeligen Familien, gleich viel ob reichen oder armen, welche die größte Zahl gefallener Officiere in den Kriegen aufzuweisen haben. Er zählt auf daß im siebenjährigen Kriege 61 HH. v. Kleist gefallen sind, also wäre die Familie v. Kleist eo ipso zur Pairie berufen! Hr.

v. Gerlach gehört zu den Fechtern für seine Partei welche den Gegnern den Sieg leicht machen; ein ähnlicher herausplatzender Vorschlag ist wohl keinem der Seinen in den Sinn gekommen. Und doch sprach Hr. v. Gerlach ein Wort dem wir von Herzen beistimmen möchten: „Machen Sie keine erste Kammer, meine Herren, sondern suchen Sie eine, und Sie werden eine finden.“ Der eigentliche Kampf, ob Pairie oder Wahlkammer, bewegte sich zwischen Dahlmann und Stahl. Jener führte mit neuen Gründen das alte Thema aus: was für England wohlthätig und möglich, ist es nicht für Preußen. 1840 sey es noch möglich gewesen, jetzt nicht mehr. „Politische Größen werden nicht aus Thalerstücken aufgebaut.“ (In den Beifall hierbei hatte auch Hr. v. Gerlach einstimmen können.) Dahlmann erklärte sich selbst gegen den Eintritt der königlichen Prinzen in das Oberhaus, weil dadurch die Verantwortlichkeit der Minister bedroht werde. Uebrigens sey der Gedanke an die Pairie schon in der zweiten Kammer todtgeschlagen; zwischen einer Majorität von 250 und einer Minorität von 60 Stimmen gebe es keine Genesung mehr. Dieß ist ohne Zweifel der gewichtigste Einwand. Was wollen dagegen alle Beschlüsse mit einer noch so großen Majorität in der jetzigen ersten Kammer? Uebrigens mußte Dahlmann von Stahl sich aus seinem eigenen Werke, der „Politik“ widerlegen lassen. Er räumte ein, damals als er sein Werk schrieb anderer Meinung gewesen zu seyn, er habe sich eines bessern belehrt; aber wie er damals bona fide geschrieben, habe er jetzt bona fide gesprochen. Stahl wollte die erste Kammer auf die Macht (power) begründet wissen, wo sich noch Macht finde, müsse sie genommen werden. Zuerst im großen Grundbesitz, noch gebe es einen solchen (der Minister des Innern that der Kammer später die Meldung daß nach genauen Nachforschungen bei allen Landräthen sich in den preußischen Provinzen noch 500 bis 600 Grundbesitzer befinden mit einem reinen Einkommen von 8000 Thlrn.); das Volk sey dem Adel nicht entfremdet (was sehr prekär ist; wir würden ihm beistimmen, wenn er gesagt, der Adel habe es noch jetzt allenfalls in der Hand, wie er es noch nach den Befreiungskriegen unzweifelhaft gehabt, das Volk für sich zu gewinnen); wenn man sage, es gebe im Lande für die Pairskammer keine Elemente, wo gebe es dann Elemente für die übrigen constitutionellen Einrichtungen? Wenn man eine Constitution, könne man auch eine Pairskammer machen. Er verlangt ferner Vertreter für die Kaufleute und Fabrikanten, für die Kirche, die gottlob noch eine Macht im Staate sey, endlich für die Universitäten, weil auch sie eine Macht sind. Der Lordkanzler im Oberhause sitze auf einem Wollsack, nicht auf dem Geldsack, zum Beweise daß das Grundeigenthum das wahre Element für die erste Kammer ist, worauf freilich Milde mit Grund erwiederte daß der Wollsack nicht das Symbol des Grundbesitzes, sondern das der Industrie sey. Stahl replicirte, die Wolle komme von Schafen, und die Schafe würden auf dem Grundbesitz groß gezogen. Stahls Vorschlag ist der etwas modificirte Keller'sche in der zweiten Kammer. Wir haben schwache Hoffnung daß er durchgeht, und wenn er durchginge, noch geringere daß bei der ungeheuern Majorität dagegen in der zweiten eine Vereinigung mit derselben zu Stande käme. Oder dächte man daran an diesen Punkt ein Compromiß zu knüpfen? Für das unbedingte Steuerbewilligungsrecht die Pairie? Hoffnung sagten wir, denn trotz der schlagenden von Dahlmann aufgeführten Gründe gegen eine Pairie bleiben wir bei der früher ausgesprochenen Ansicht daß nur durch die Schöpfung (d. h. Schöpfung im Sinn der Schöffen, sie schöpften das Recht was da war aus der Verborgenheit ans Licht) einer solchen unsre Verfassung, wie sie ist und entstand, einen Halt gewinnt in den Stürmen der Zeit, und daß nur ein Adel der eine Wahrheit ist, uns vor dem Adel schützt, ihn absorbirend, der in den socialen Verhältnissen das Gefühl drückt, dem Adel den Hr. v. Gerlach in die erste Kammer setzen will, und von dem ein Hegel'scher Professor einmal gesagt haben soll daß er in seiner Armuth seine Bedeutung erkenne.

Thüringen.

ꝛ **Gotha,** 21 Nov. Ueber den Eintritt des sächsischen Oberappellationsraths v. Seebach in das coburg-gothaische Ministerium ist noch nichts officielles bekannt; meine auf die Sachlage gegründete Vermuthung daß Hr. v. Stein wieder eintreten würde, bestätigt sich aber allerdings nicht. Ich berichtige zugleich daß es sich in dem erwähnten fürstlichen Processe nicht um Reclamation der Domänen von Seite des Herzogs handelt, sondern daß zunächst nur Prinz Albert beim hiesigen Justizcollegium um die Zahlung von Revenüen klagbar geworden ist die das Haus Coburg als aus Allodium fließend betrachtet, was der Landtag bestritt, wofür er aber den Rechtsweg offen ließ. Ich weiß nicht welchem Umstande ich es zu verdanken habe daß man meinen letzten Brief an Sie (Beil. zu Nr. 309) in einigen hundert Exemplaren in Coburg nachgedruckt hat, aber wenn die dortige Stadt- und Land-Zeitung deßhalb förmlich heranrückt um mich, Hrn. v. Stein, die Allg. Ztg. und die Preßfreiheit selbst — zu vernichten, so ist das an sich sehr lustig, nur hat der Verfasser jener Entgegnung aus meinem Bericht eine Menge Intriguen und Absichten herausgelesen, die mich ziemlich kühlen Beobachter seltsam überraschten. Wo es etwas zu widerlegen gab, da erscheint mein Gegner nicht viel besser unterrichtet als ich es damals war; außerdem aber tobt er gegen Dinge die ich gar nicht erwähnt hatte. Der Artikel wurde unstreitig in Coburg geschrieben, obwohl er von Gotha datirt ist, denn er trägt das untrüglichste Wahrzeichen, indem er dem zurücktretenden Minister Bevorzugung Gotha's vorwirft. Wenn nämlich die Gothaner Coburg leicht wie die Engländer Irland ansehen, so beneiden und beeiferfüchteln die Coburger Gotha ebenso gewiß bei jeder geringsten Gelegenheit. Mir selbst thut es leid daß sich dem Herzog Ernst ein so kläglicher Vertheidiger wie der Verfasser des Artikels in Nr. 265 des genannten Localblatts aufdrängt. Erinnert derselbe, wenn er der Allg. Ztg. eine seit vielen Jahren gegen das Coburger Fürstenhaus geübte Feindschaft vorwirft, doch nur an die Sechsergeschichte und ähnliches was mit den Todten begraben seyn sollte, indem die öffentliche Meinung endlich ebenso gut Amnestie ertheilen muß wie die Regenten. Mir war es nicht in den Sinn gekommen den Thüringer Percy Hotspur zu tadeln, weil er sich über Rechte und Linke witzig ausgedrückt hatte; im Gegentheil, ich hatte das Bonmot beifällig erwähnt, da ein gutes Wort an Werth dadurch eher gewinnt als verliert daß es von einem Fürsten stammt. Die Spitze welche das Nü der Linken wies, mag von dieser, nicht von mir, abgebrochen werden. Der ungeschickte Advokat der Coburger Ztg. behauptet aber der Herzog könne so etwas nicht sagen. Warum sollte der Herzog nicht witzig seyn können? Ob mein Brief „höhern Ursprungs“, darüber mag sich die Coburger Stadt- und Land-Zeitung den Kopf zerbrechen. Die mir untergelegten Motive des Neides, des verletzten Ehrgeizes, der verfehlten Hoffnungen ꝛc. treffen mich zufälliger Weise gar nicht. Ich habe die HH. v. Stein und v. Szymborski nicht gepriesen und nicht herausgestrichen, und habe keine Veranlassung dieselben gegen den ausgesprochenen Vorwurf der „Unfähigkeit“ zu vertheidigen, obwohl derselbe sehr spät kommt und keineswegs auf Nachweisungen beruht. Die auf jene Herren bezüglichen Thatsachen meines Berichts sind, den Domänenproceß ausgenommen, welche Erwähnung ich auch ohne den Lärm der Coburger Stadt- und Land-Schildwache verbessert haben würde, nicht widerlegt, sondern nur mit Redensarten umgangen.

* **Weimar,** 23 Nov. In Folge einer gestrigen Mittheilung des Staatsministers v. Watzdorf, in der Ständekammer, dahin gehend daß der in Berlin zusammengesetzte Verwaltungsrath beschlossen habe: 1) die Wahl zum neuen Reichstag auf den 31 Jan. 1850 festzustellen: 2) als Ort des Reichstags Erfurt zu bezeichnen; 3) den Beginn des Reichstags selbst später zu publiciren — stellte heute der Vicepräsident Dr. Schüler (aus Jena) die folgenden Interpellationen: 1) ob auch Hannover und Sachsen den Beschlüssen des Verwaltungsraths beigestimmt habe? 2) a. Ob das großherzoglich sächsische Ministerium einverstanden sich erkläre mit der Bildung einer interimistischen Bundescentralcommission zu Frankfurt a. M.? b. Inwiefern und auf welche Weise die Wirksamkeit der interimistischen Bundescentralcommission der Verantwortung gegen das Parlament unterstellt werden würde? Werden die Reichsminister für die den Bevollmächtigten bei der Bundescentralcommission zugehenden Instructionen verantwortlich seyn? Oder werden umgekehrt die Beschlüsse der Bundescentralcommission ohne weiteres für den engern Bundesstaat bindend und der Genehmigung des Parlaments entzogen seyn, wie früher die Bundestagsbeschlüsse der Genehmigung der Landtage? c. Wie können die in §. 75, 76, 77, 78, 82, 83 der Reichsverfassung (§. 71 bis 74, 80, 81 des Berliner Entwurfs) festgesetzten Rechte des Reichsoberhaupts und des Parlaments bestehen neben den Rechten und der Wirksamkeit der interimistischen Bundescentralcommission und der einstigen definitiven Centralgewalt für ganz Deutschland? Wie die Beantwortung der Interpellationen, die vielleicht schon morgen stattfindet, ausfallen werde, weiß man nicht. In der Conferenz der Abgeordneten aus den thüringischen Staaten, welche in diesen Tagen hier im Rathhaussaal gehalten wurde, war Meiningen gar nicht vertreten, und die Coburger bedauerten deßhalb gewissermaßen geographisch von dem thüringischen Bund ausgeschlossen zu seyn. Schüler (aus Jena) präsidirte in der Versammlung, und er deutete die Tagesordnung in seiner Eröffnungsrede dahin an: 1) es sey zu berathen: welche Gegenstände zu gemeinsamer Berathung und Vereinbarung heranzuziehen seyen? 2) durch welches Organ die Einheit erstrebt werden solle? 3) auf welche Weise das Organ ins Leben gerufen werden könne? Punkt 1 wurde durch die Annahme eines Antrags von Henneberg aus Gotha erledigt: „die legislative Thätigkeit des Gesammtausschusses soll sich auf alle Gegenstände erstrecken welche von sämmtlichen Einzelregierungen in Uebereinstimmung mit sämmtlichen Einzellandtagen

in Anregung gebracht werden. Die andern Punkte erledigten sich dadurch daß man die Ausarbeitung einer Denkschrift beschloß, in welcher man empfehle daß sämmtliche Landtage in kürzester Frist über die Begründung eines gesetzgebenden Organs für Thüringen definitiv entscheiden möchten. Die Denkschrift solle durch die einzelnen Landtage den betreffenden Regierungen übergeben werden.

Linz.

* **Linz,** 25 Nov. Gestern ist der Kaiser, seitdem er den Thron bestiegen hat, zum erstenmal hier angekommen. Die ohnehin ihrer Lage wegen höchst malerische Stadt war reich geschmückt, Teppiche hingen aus den Fenstern, Pyramiden waren emporgewachsen, Symbole der Loyalität zierten die Häuser, die schöne Donau aber floß ruhig und blau dahin, und auf beiden Seiten der Brücke gruppirten sich die Berge in sanften Herbstduft gehüllt, zwar ohne Sonnenschein, aber doch nicht durch übles Wetter verdüstert. Die Balcone am Ufer waren mit Damen gefüllt, die Gassen wimmelten von den Bewohnern der Stadt. Nationalgarden zu Fuß und zu Pferde, letztere mit Pickelhauben und dem malerischen Roßschweif der im Winde weht, marschirten und sprengten durch die Gassen. Fiquelmont-Dragoner mit den weißen Mänteln und Helmen, die den Aufrührern so imponirt hatten, zogen über den Weg, Baumgarten-Infanterie marschirte in geschlossenen Reihen und bildete Spalier. Der Brücke gegenüber standen zwei Pyramiden von Tannenzweigen, deren Spitzen mit symbolischen Figuren geziert waren. Da erschollen die Böller, und langsam fuhr der kaiserliche Wagen, zurückgeschlagen, über die Brücke; da saß er, der fürstliche Jüngling, in kleiner Generalsuniform, im Federhut, den ein schwarzes Sturmband um das Kinn befestigte, im grauen Pelzmantel. Es war gewiß kaum ein Zuschauer den nicht ein Gefühl der Rührung ergriff als er ihn sah, keine Mutter die nicht ihres Sohnes gedachte, ob er noch lebte um mit dem Kaiser ins Mannesalter zu schreiten, oder ob er schon in seinem Dienste gestorben war, kein Jüngling der sich nicht sagte: für ihn will ich leben und sterben; denn in diesem Wagen saß nicht der junge Mann allein; es saß darin für uns das Symbol des Rechts und der Ordnung — also das Symbol der Monarchie — der neuerstandenen, neuerstarkten, neubelebten. Das Volk jubelte, die Frauen wehten mit weißen Tüchern, die Böller donnerten über die Donau hin, und ihr Blitz erinnerte an manchen Todesblitz der leuchten mußte ehe ein solcher Einzug des Kaisers bewerkstelligt werden konnte. Am grünen Thore hielt der Wagen an, und es wurde ihm ein Gedicht überreicht; der Kaiser sah ernst und blaß aus, aber alle Frauen fanden ihn hübsch. Der große Platz hing voller schwarzgelben und weißrothen Fahnen, es war keine schwarz-roth-goldene mehr dabei; dieß ist aber keine Demonstration des Hasses gegen Deutschland, der auch zwischen Brüdern gar nicht stattfinden kann, aber die Reichsfahne ist hier in Oesterreich leider ein Symbol der Revolution geworden, und muß erst wie eine Kirche, in der ein Mord begangen worden ist, neu geweiht werden, ehe sie wieder aufgesteckt werden kann; Volkssprüchworte zeigen am besten den Geist eines Landes, und so heißt hier ein „deutscher Mann“ ein guter, redlicher. Der Kaiser zog in das für ihn bereit gehaltene Landhaus, vor ihm fuhren Schwarzenberg und Bach, die treuen Hüter seines Reichs. Abends brachte die Nationalgarde einen schönen Fackelzug und der Sängerverein ein Ständchen vor des Kaisers Fenstern; heute Abends ist Ball und Beleuchtung.

Spanien.

Madrid, 18 Nov. Die Palastfrage ist noch keineswegs bereinigt, und dürfte, fürchtet man, zu neuen ernstlichen Anständen führen. In der gestrigen Deputirtensitzung wurde der Antrag gestellt: den baskischen Provinzen ihre seit unvordenklicher Zeit genossenen Vorrechte hinsichtlich des Armeedienstes und der Besteuerung zu entziehen und sie auf gleichen Fuß mit den übrigen Spaniern zu stellen, verhandelt, aber mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Der Finanzminister zeigte jedoch an daß die Regierung sich mit dieser Frage beschäftigen werde. — Wie das Eco del Comercio meldet, soll das spanische Geschwader, das jetzt auf dem Heimweg von Italien ist, zu einer Demonstration an der afrikanischen Küste verwendet werden. — Mahon ist zu einem Entrepôt-Freihafen erklärt.

Großbritannien.

London, 28 Nov. Hr. Julliani, Abgesandter des englischen Vasallenkönigs von Mosquitia wegen Nicaragua's an die brittische Regierung, ist auf einem französischen Handelsschiff in Frankreich angelangt, und wird über Paris in London erwartet.

Am 21 Nov. fand in der Farringdonhall eine Versammlung von Chartisten und republicanisch gesinnten Engländern statt um Hrn. Ledru-Rollin und seinen mit ihm nach England geflüchteten Gesinnungsgenossen Louis Blanc ꝛc. ihre Sympathie auszudrücken. Die Hauptredner waren ein gewisser Buchanan und Bronterre O'Brien (ersterer, dem Namen nach zu schließen, ein Schotte, letzterer ein Irländer). Eine lange und sehr rhetorisch gehaltene Adresse wurde votirt.

Pisa und die Revolution.

Montanelli. Villa. Matteucci.

..i.. **Pisa,** 18 Nov. In Pisa hat die Revolution nichts geändert. Dem Lung-Arno entlang scheint noch immer derselbe Sonnenschein, weht noch immer dieselbe köstliche Luft, die in Göthe den Wunsch rege machte von ihr nur so viel aus Italien mit über die Alpen nehmen zu können, um sein Haus in Weimar hineinzustellen; die Gasthöfe sind nach wie vor ganz auf dem Fuß des englischen Comforts eingerichtet, und auch wieder leidlich von den Inselbewohnern besucht. Mit einem Wort: alles geht seinen ruhigen, gewohnten Gang in Pisa. Und doch hat auch Pisa sein Contingent zu den politischen Bewegungen der letzten Jahre gestellt. War es in Livorno ein Advocat und Litterat — ich meine Guerrazzi — der die Bewegung leitete, so übernahm in Pisa dieses Geschäft ein Advocat und — Professor. Joseph Montanelli, der Handels- und Landrecht an der Universität Pisa vortrug, war gleich seinem Freunde Guerrazzi einer der Triumvirn der toscanischen Embryonenrepublik, und verlor dadurch seine für ihn weit angemessenere Professur. Erst gestern war der Tag wo auch die hiesigen Vorlesungen wieder ihren Anfang nahmen. Nach altem Brauch wird in Italien die akademische Jugend beim Beginn des Schuljahrs mit einer kurzen Rede begrüßt. Man kann sich denken wie diese Reden während der letzten Jahre in der Regel beschaffen waren. Es ging damit wie mit den italienischen Gelehrtencongressen. Da in Italien sich jeder für einen Gelehrten hält der auf einer Universität promovirt hat, war auf diesen Versammlungen weit mehr von Politik als von Wissenschaft die Rede. König Karl Albert war mit dieser politischen Wendung der Wissenschaft so wenig unzufrieden, daß er dem in seinen Staaten abgehaltenen Congreß und später auch dem zum erstenmal versammelten landwirthschaftlichen Generalverein ausnahmsweise Preßfreiheit bewilligte. Seit drei Jahren ist die Politik fast ausschließlich auch Gegenstand der akademischen Reden geworden, und es gewährt ein ganz eigenes Interesse diesen Puls der Gelehrsamkeit genauer zu befühlen. Gerade Montanelli war es der vor zwei Jahren die akademische Eröffnungsrede in Pisa hielt, und zwar über das damals noch neue toscanische Preßgesetz. Sein Thema war: Li scrittori e i revisori dopo la legge toscana del 6 Maggio 1847. Bringt man die etwas cavaliere Weise in Abzug womit der Redner sich manche derbe Wendung erlaubte, so enthält der Vortrag wirklich goldene Worte eines besonnenen Liberalismus. Obgleich, heißt es unter anderm, alle italienischen Völker ein und dasselbe Ziel zu erstreben haben, so darf man darum doch keineswegs glauben daß alle einen und denselben Weg gehen müssen. Die Entwicklung der Civilisation schlug in Italien verschiedene Richtungen ein, je nach den verschiedenen Mittelpunkten des öffentlichen Lebens; sie machte mehr oder weniger Fortschritte, denn die politische Oberfläche Italiens ist ebenso ungleich wie seine physische. Organische Institutionen können nicht gedeihen wenn sie ihre Wurzeln nicht in dem Volksgeiste haben; nur aus dem Zusammenstoß aller Meinungen bricht der Funke der Wahrheit hervor, und ist nur die allgemeine Discussion gestattet, so hat der Gesetzgeber sich nicht zu übereilen. Denn sind die Geister reif für den vollen Genuß der Freiheit, so werden sie sich durch alle Hindernisse Bahn brechen; sind sie nicht reif, erspart man ihnen fruchtlose Versuche mit mißlungenen Einrichtungen. Das neue Preßgesetz ist berechnet für den Sieg gesunder liberaler Ideen, denn nur der ordnende Liberalismus entspricht den christlichen Principien. Das höchste Problem der christlichen Civilisation aber besteht darin, vermittelst besonnenen Gebrauchs gelegener Mittel die Herrschaft der physischen Gewalt zu zerstören, und die Herrschaft moralischer Macht an ihre Stelle zu setzen. Der Irrthum der Revolutionstheorie besteht darin daß sie dem Individuum das Recht, zur Vertheidigung socialer Güter physische Gewalt zu gebrauchen, zuspricht. Die freie Association ist einer der hauptsächlichsten Hebel zur Förderung der Gesellschaft; wenn aber jemand sich ihrer bedient um sich zum Parteiführer aufzuwerfen, macht er eben damit die Wiedergeburt der Gesellschaft, die er beabsichtigt, unmöglich. Die Idee der Revolution ist Italien fremd; sie war eine Folge (!) der fehlerhaften Gestalt welche der nordische Protestantismus im sechzehnten Jahrhundert annahm. Italien hatte denkwürdige Volkserhebungen: allein diese freiwilligen Erhebungen einer von gemeinsamen Gefühlen beseelten Menge haben nichts gemein mit den künstlichen von den Secten eingeleiteten Bewegungen. Jemehr die Italie-

ner in der Läuterung ihres nationalen Lebens voranschreiten, destomehr werden sie sich von den Irrthümern, wozu die Nachahmung des Auslands verleitet, befreien. Daß in den letzten Jahren die revolutionäre Idee gleichwohl so weit um sich griff, hatte seinen Grund darin weil es an würdigen Vertretern der liberalen Idee fehlte.

Kaum war ein halbes Jahr verflossen und die Revolution brannte allerwärts lichterloh. Der Professor Karl Arcangeli hielt einen „physicopolitischen" (!) Vortrag, worin er den Staatsorganismus mit dem leiblichen Organismus verglich, gegen das Gift des Communismus die Rückkehr zum Ackerbau und dessen erziehendem, sittlichendem Einfluß, sowie zum altrömischen Colonisationssystem als Gegengift vorschlug, und schließlich daran erinnerte daß das Werk der italienischen Wiedergeburt eine kolossale Arbeit sey, welche Zeit, Ausdauer, vor allem aber Besonnenheit erheische. Schon stand die akademische Jugend Pisa's, geführt von zweien ihrer Lehrer, auf den Schlachtfeldern der Lombardei, und man muß einräumen daß die Studenten fast allein die Ehre der toscanischen Waffen gerettet haben. Vertrauensvoll folgten sie ihrem Lehrer in der Geologie und Mineralogie, Pilla, einem Mann von europäischem Ruf, ebenso ausgezeichnet auf dem Katheder wie liebenswürdig im Umgang. Pilla wurde 1808 in Campanien geboren: sein Lehrer war der Vesuv, von welchem sowie von seinen Verwandten getrennt leben zu müssen er besonders schmerzlich empfand. Eben war er im Begriff eine wissenschaftliche Reise nach dem Norden anzutreten, als die Revolution ausbrach. Ein warmer Anhänger der italienischen Freiheit, besann er sich keinen Augenblick die Flinte mit der Lehrkanzel zu vertauschen. Bei jenem für die toscanischen Truppen ehrenvollen Gefechte, durch welches den Piemontesen der Sieg von Goito wesentlich erleichtert wurde, fiel Pilla durch eine österreichische Kugel. Seine letzten Worte waren: Es lebe Italien! Wenn ich mich recht entsinne, wurde seiner neulich in der Pariser Akademie mit Auszeichnung gedacht. Letzten Herbst erinnerte Pilla's College an der Universität Pisa, der bekannte Professor der Physik Matteucci, in einer Eröffnungsrede an den Hingeschiedenen. Dem Physiker erschienen damals die Geschicke Italiens und seine Zukunft in einem sehr glänzenden Licht. Der größte Theil Italiens, äußerte er, hat für seine und die Unabhängigkeit derjenigen Provinzen welche noch unter der Herrschaft des Fremden stehen, nichts mehr zu fürchten. Auch letztere werden in kurzem frei seyn. Angesichts der entschlossenen Haltung des freien Italiens und bei dem Wunsch zweier Großmächte, vor der feierlichen und allgemeinen Anerkennung der heiligen Rechte der Menschheit und der Nationalität, ist eine Fremdherrschaft eine jener Erscheinungen welche die Vorsehung für einige Zeit gleichsam als eine Warnungstafel bestehen läßt, damit sich in der Erinnerung der Menschen die Schrecken nicht allzu bald verwischen, und ein starkes Nationalgefühl nicht zu schnell erlösche.

Wiederum ist ein Jahr vorüber, und kaiserlich-österreichische Truppen halten Wache an den Thoren Pisa's, und der Pisaer Professor Montanelli büßt in der Verbannung für den kurzen Traum einer mehr eingebildeten als wirklichen Herrschaft, sowie für die Felonie an seinen eigenen, kaum noch von ihm selbst laut proclamirten Grundsätzen. Es wäre ein Glück für den feurigen, patriotisch und katholisch gesinnten Jüngling gewesen, wenn er auf dem Schlachtfeld von Curtatone geblieben wäre, wo er schwerverwundet in die Hände der Oesterreicher fiel. Er hätte einen makellosen Ruhm und die allgemeine Achtung seiner Landsleute mit ins Grab genommen, die an ihm seine persönlichen Eigenschaften, wie seine geistige Befähigung hochschätzten. Man braucht nur die Artikel zu lesen die bei der Nachricht seines Todes in allen italienischen Blättern standen. Nach kurzer Gefangenschaft im Militärspital von Mantua wieder in Freiheit gesetzt, kehrte er nach Toscana zurück, wo er gleich einem Triumphator empfangen wurde. Auf dem Hauptplatz von Livorno hielt er eine beredte Ansprache an das Volk, und die Regierung glaubte keinen bessern Gebrauch von seiner Popularität machen zu können als indem sie ihn zum Gouverneur dieser lästigen Stadt ernannte. In dieser Eigenschaft verlor er den Kopf gänzlich: die Volksgunst hatte ihn berauscht. Sobald in der Stadt unter dem Ruf: es lebe die costituente! eine Bewegung ausbrach, eilte Montanelli auf der Eisenbahn nach Florenz, um den Ministern die Forderung seiner Pflegbefohlenen vorzulegen, dadurch bahnte er Guerrazzi den Weg zum Ministerium, und übernahm selbst die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Es scheint daß er die damalige Lage der Dinge und die Tragweite seiner eigenen Handlungen nicht zu ermessen vermochte, und zum Theil selbst als Spielball diente in den Händen Guerrazzi's. Beim Herannahen des Sturms ging er als einer jener vielen außerordentlichen Gesandten, die aus Italien in Paris zusammentrafen, nach Frankreich um die dortige Regierung um ihre Intervention zu bitten. Seither ist er nicht wieder in seine Heimath zurückgekehrt.

Nachdem die Kriegstrompete verstummt ist, werden die Universitäten da wo sie nicht geschlossen sind, nur um so fleißiger besucht. Die Eröffnungsreden der Professoren sind in demselben Verhältniß gemäßigter geworden. Der Professor der Rhetorik an der Turiner Hochschule, der bei dieser Gelegenheit vor einigen Tagen eine Lobrede auf Karl Albert hielt, fand nicht eindringliche Worte genug um die studirende Jugend, sowie das ganze Land zur ruhigen Besonnenheit zu ermahnen. An der Universität Pisa ist die Politik gänzlich verstummt.

Die argentinische Republik.

III.

A—ee. Die Rolle welche Frankreich und England in den Händeln am Platastrom gespielt haben, ist jedenfalls eine eigenthümliche, und in mehr als einem Fall geradezu wider das allgemein anerkannte Völkerrecht. Anfangs scheinen die französischen Bevollmächtigten in gutem Glauben gehandelt zu haben, aber durch ihre Landsleute in Montevideo, deren Interessen mit jenen der Riveristen zusammenfielen, in ihre parteiische Stellung gedrängt und compromittirt worden zu seyn. Brasilien seinerseits hatte früher Ansprüche auf den Besitz von Uruguay gemacht; ein französischer Prinz hatte eine brasilische Prinzessin geheirathet und weite Landstrecken in Südbrasilien zur Mitgift erhalten. Daß Ludwig Philipp auf das südliche Brasilien ein scharfes Augenmerk richtete, ist gewiß; er war in allen Dingen bei denen es sich um den Vortheil seiner Kinder handelte, sehr aufmerksam, und wußte daß in jenem Kaiserreiche alle Verhältnisse im Schwanken waren. England wollte sich nicht von den Franzosen überflügeln lassen, und „vermittelte" in einer höchst inconsequenten Weise. Ihm liegt am Recht gar nichts, ebenso wenig an Billigkeit; es will überall wo sein Handel gewinnen oder verlieren kann, seinen Einfluß sichern oder ausdehnen, und keiner andern Macht Begünstigungen oder Vorsprung gestatten. Im Jahr 1828 bot es seine Vermittlung an, „weil der Markt für englische Fabricate ernstlich durch die Unruhen bedroht sey". Das war allerdings auch noch im Jahr 1845 der Fall; denn während Paraguay nach Francia's Tode die frühere Absperrung beseitigt hatte und für englische Fabricate eine ergiebige Absatzquelle zu werden versprach, war der Vertrag zwischen England und Brasilien dem Ablaufe nahe. Kamen aber englische Waaren nach Paraguay und Uruguay, so ließen sie sich von dort über die Gränze nach Brasilien schaffen. Rosas jedoch erhob Ansprüche auf Paraguay, das eine argentinische Provinz sey, er wollte den Engländern nur unter Bedingungen gestatten den Parana hinaufzuschiffen, der von der Gränze Paraguay's an durch argentinisches Gebiet fließt, und Oribe war zu eng mit Rosas befreundet als daß er eine diesem nicht genehme Politik hätte befolgen können oder wollen. Rosas blieb unerschütterlich, und wenn die Engländer und Franzosen hofften daß er in den Wirren und mannichfachen Schwierigkeiten zu Grunde gehen werde, so hatten sie sich verrechnet. Am liebsten wäre ihnen allerdings ein gefügiger Präsident gewesen.

Die englische Presse, insbesondere das M. Chronicle vom 4 Oct., stellen die Händel am Platastrom in einem geradezu falschen Lichte dar, und behelligen das Publicum mit Unwahrheiten die für jeden Sachkundigen handgreiflich sind. Das genannte Blatt will z. B. in Abrede stellen daß eine Handvoll fremder Abenteurer all das Unheil in jenen Gegenden durch anderthalb Jahrzehnte hindurch zerren konnte, und schreibt ganz im Sinn dieser Abenteurer. Es beruft sich auf einen „British sufferer", während es statt des „Dulders" hätte sagen sollen — Speculant. Es wird auf einmal zärtlich gegen Hrn. Thiers, den englische Liebkosungen wundernehmen werden, von dem man aber sogar hier mitten im nordwestlichen Deutschland, wo ich diese Zeilen schreibe, recht gut weiß daß ihm von den französischen Legionären in Montevideo und deren Beauftragten ganz ungemessen im Jahr 1846 „cajolirt" wurde, und der sich gewiß in der Rolle eines tugendhaften Politikers gegenüber dem „Tyrannen" Rosas sehr eigenthümlich ausnehmen wird. Die Lucubrationen eines englischen Blattes, das naiv bemerkt: that every man has his price, sind windig, sind — wir wiederholen es als ein den Dingen sehr fern Stehender und bei denselben in keiner Weise Betheiligter — schief, unwahr und perfid. Der aufmerksame Leser wird sich die Sachen aus den nachfolgenden Bemerkungen unparteiisch zu abstrahiren wissen.

Im Jahr 1845 tritt die englisch-französische Diplomatie geradezu feindlich gegen Rosas und Oribe auf, die in ihrem vollen Recht sind. Sie erklären die Blocade gegen Buenos-Ayres, was factisch einer Kriegserklärung gleichkommt. Sie maßen sich an ungerufen als Vermittler aufzutreten, und beginnen ihre Vermittlung mit Feindseligkeit gegen die Parteien welche im gesetzlichen und vertragsmäßigen Rechte sind; für ihr Einschreiten geben sie auch als Grund an daß der Krieg zwischen beiden Parteien in grausamster Weise und zum Aergerniß Europa's geführt werde; auch müsse Frieden im Interesse des Handels gestiftet werden. Aber der Krieg dauerte schon anderthalb Jahrzehnte, und zum Frieden

kam es nicht, eben weil jene Diplomatie die fremden Speculanten und Abenteurer in Montevideo gegen den rechtmäßigen Präsidenten unterstützte, der seinerseits bei Rosas vertragsmäßige Hülfe fand. England war in Bezug auf die Unabhängigkeit keine der contrahirenden Mächte, und von Lord Ponsonby war 1828 ausdrücklich erklärt worden daß England keinerlei Garantie übernehme. Frankreich hatte mit dem Vertrage von 1828 gar nichts zu schaffen, und leitet sein Recht zur Einmischung von 1840 her. Aber in dem damals geschlossenen Vertrag ist festgesetzt daß die rechtmäßige Regierung von Uruguay und nur sie allein ein Recht habe zu bestimmen wann sie der militärischen Hülfe von Seite der argentinischen Republik überhoben seyn wolle! Gegen diese Vertragsbestimmungen verstößt das Verfahren des Barons Deffaudis im Jahr 1845 geradezu. Daß Oribe, allen staatsrechtlichen Grundsätzen zufolge, legaler Präsident von Montevideo war, kann gar nicht in Abrede gestellt werden. Er handelte in Uebereinstimmung mit der zu Miguelete versammelten Volksvertretung, welche ausdrücklich die Anwesenheit argentinischer Truppen guthieß, und hatte das ganze Land im Besitz mit alleiniger Ausnahme der Stadt Montevideo, in welcher der Hauptbestandtheil der Opposition gegen ihn aus Franzosen, Italienern und flüchtigen Unitariern aus Buenos-Ayres bestand. Wenn die ausdrücklich zur vertragsmäßigen Hülfe aufgeforderte argentinische Republik kein Recht hatte für Oribe einzuschreiten, welches Recht hatte Frankreich gegen ihn für die revolutionäre Minderheit Partei zu nehmen? Den Kriegsgräueln setzte die unbefugte Intervention keine Schranken; die Feindseligkeiten hätten sicherlich aufgehört, wenn gerade die französische und theilweise auch die englische Diplomatie sie nicht durch unbefugtes Parteinehmen geschürt hätten. Der Krieg der Vereinigten Staaten gegen Mexico war auch blutig, aber man schritt dabei nicht ein, weil man es mit einem mächtigeren Gegner als dem Dictator Rosas zu thun gehabt haben würde. Man gab vor: die Unabhängigkeit Uruguay's sichern zu wollen, ließ aber seit 1845 jede Maske fallen; da man endlich die freie Schifffahrt auf dem Parana in den Vordergrund stellte. Aber völkerrechtlich hat jedes Land über seine eigenen Binnenflüsse zu bestimmen; England z. B. über seine Themse; Paraguay und die argentinische Republik über den Paraguay und Parana, die deutschen Staaten über die Elbe, Frankreich über die Seine und Loire. Die beiden Seemächte wollten indessen diese Südamerikaner, souveräne Staaten, zwingen sich ihrem Machtgebot zu fügen und ihrem Handelsvortheil dienstbar zu seyn.

So erklärt sich die wunderliche Expedition ins Innere Südamerika's, die einen so kläglichen Erfolg hatte. Engländer und Franzosen besetzten die Insel San Martin Garcia, welche die Mündungen des Parana und Uruguay beherrscht. Von dort aus ließen sie, der Einsprache des Präsidenten Rosas zum Trotz, unter kriegerischer Bedeckung eine aus 110 Handelsschiffen bestehende Flotte den Parana hinaufsegeln. Am 20 Nov. 1845 kam es zu einer Flußschlacht, 113 englische und französische Kanonen hatten es mit 25 argentinischen Kanonen zu schaffen, und erzwangen nach achtstündigem Kampfe die Durchfahrt bei der Vuelta de Obligado unter großem Verlust. Weiter aufwärts litten die Kauffahrteischiffe viel Schaden, bis sie nach mehrmonatlicher Fahrt nach Corrientes, an der Mündung des Paraguay, in den Parana gelangten, ohne erhebliche Vortheile zu realisiren. Auf der Rückfahrt mußten sie abermals die argentinischen Batterien passiren, und nach allerlei Mißgeschick langten sie endlich im nächsten Junius wieder in Montevideo an. Die Expedition glich einer Donquixoterie.

Rivera war inzwischen mit brasilischen Pässen auf einer spanischen Corvette vor Montevideo angelangt. Dort aber wollten ihn weder die Gewalthaber noch die Bevollmächtigten Englands und Frankreichs einlassen! Darüber empörten sich die Soldaten in der Stadt, schlugen den Hafencapitän und einige Officiere todt, und der amtführende Präsident mußte sammt vielen Beamten und dem englischen Residenten flüchten. Rivera landete; man hatte eine Revolte in der Revolution. Da traf im Jul. 1846 Hr. Hood mit einer Specialsendung seiner und der französischen Regierung ein; er wollte Frieden stiften. Die argentinische Regierung ging auf seine Vorschläge ein; die Feindseligkeiten und die Blokade sollten aufhören, die Ausländer in Montevideo entwaffnet werden und, falls Oribe einwillige, die argentinischen Truppen aus Uruguay zurückgezogen werden. Hood ging nach Uruguay, um mit Oribe zu unterhandeln. Dieser war fügsam und willigte in alles, aber nun erklärte Baron Deffaudis: es fehle ihm an Instructionen, und Hood reiste nach England zurück. Nach seiner Ankunft in London wurden Ouseley, Deffaudis und der Gegenadmiral Lainé zurückgerufen. Alles blieb in der Schwebe, und der Krieg begann abermals. Rivera hatte unter Beihülfe seiner ausländischen Helfershelfer einige kleine Städte in Besitz nehmen können. Aber Oribe's Bruder, Don Ignacio, rückte gegen ihn ins Feld, schlug ihn und nahm in einem Feldzuge, der nur 27 Tage dauerte, ganz Uruguay, mit Ausnahme der beiden Plätze Colonia del Sacramento und Montevideo. Flugs erschienen nun wieder Diplomaten aus London und Paris, Lord Howden und Graf Walewski, in Buenos-Ayres, um auf Grundlage der Vorschläge Hoods zu unterhandeln. Die Blokade sollte gleichzeitig mit dem Einstellen der Feindseligkeiten aufgehoben werden. Aber Rosas wollte den provisorischen Präsidenten von Montevideo, Dom Joaquim Suarez, nicht als Contrahenten beim Friedensvertrag; England und Frankreich den legalen Präsidenten Oribe nicht als solchen anerkennen, worauf Rosas unbedingt bestand, und ein Vorschlag über die Schifffahrt auf den Strömen der Republik bildete einen weiteren Zankapfel, denn Rosas mochte gerade in dieser Beziehung den Rechten seines Landes nichts vergeben. So wurden gegen Ende Junius die Unterhandlungen abermals abgebrochen. Bevor beide Diplomaten abreisten, richtete der nordamerikanische Geschäftsträger Harris an sie ein Schreiben, das ihnen derb den Text las. Er sagte im wesentlichen: die Blokade ist allen Theilen schädlich; eine Intervention in die Händel am La Plata wird von den Vereinigten Staaten als ungesetzlich betrachtet; da es aber ihr Grundsatz ist sich in fremde Angelegenheiten nicht zu mischen, so haben sie sich mit einem Protest gegen das englisch-französische Verfahren begnügt. Sie wollen übrigens nicht verhehlen daß die lange Dauer der Blokade der Ansicht Vorschub leiste als habe man bei derselben politische Absichten im Hintergrunde, die Vereinigten Staaten würden jedoch nimmermehr dulden daß europäische Mächte in den Provinzen am La Plata Colonien als politische Körperschaften gründeten; auch wollten sie ausdrücklich gegen eine Fortsetzung der Blokade protestiren. Beide Diplomaten gaben eine höfliche Antwort, erklärten aber sich auf eine Erörterung über die Legalität ihres Verfahrens nicht einlassen zu können. Sie fügten hinzu daß sie nie auch nur das geringste gegen die Unabhängigkeit beider Republiken am La Plata beabsichtigt hätten.

Die vielbesprochene Blokade wurde durch zwei Kriegsschiffe aufrecht erhalten, natürlich ohne alle Wirksamkeit gegen kleinere Fahrzeuge die bei Nacht und Nebel so massenweise den Strom befuhren, daß vom Februar 1846 bis Mai 1847 im Hafen von Buenos-Ayres 4012 Schiffe ein- und ausliefen. Aufgehoben wurde die Blokade von englischer Seite, als die Machthaber in Montevideo auf Lord Howdens Anforderung sich zu keinem Waffenstillstande bequemen wollten. Bezeichnend für die ganze Lage der Dinge ist folgende Stelle aus seiner Instruction an Sir Thomas Herbert, den Befehlshaber des englischen Geschwaders: „Die Regierung von Montevideo, obwohl ohne Credit, Geld oder eingeborene Truppen, will keinen Waffenstillstand. Da die Orientalisten gänzlich in der Gewalt einer fremden Garnison sich befinden, so sind sie nicht Herren ihres Willens. Die Blokade hat den Charakter einer Zwangsmaßregel gegen Rosas verloren, ist nun völlig herabgesunken zu einem Mittel theils die Regierung von Montevideo, theils gewisse fremde Individuen mit Geld zu versorgen, und das alles zum Nachtheil des englischen Handels in diesen Gewässern."

Eine solche Sprache läßt keinen Zweifel über die eigentliche Sachlage mehr zu. Aber der französische Minister ließ, im Interesse seiner speculirenden Landsleute, die Blokade seinerseits fortsetzen. Auch jetzt protestirten die Vereinigten Staaten. Inzwischen entstanden wieder Unruhen in der Stadt Montevideo, wo man der Anmaßungen der Fremdlinge endlich satt und müde war, und auf eine Ausgleichung mit Oribe drang. Doch waren die Bemühungen vergebens, und der französische Admiral Le Predour half getreulich die Dinge mehr und mehr zu verwirren. Die Blokade von Seite Frankreichs dauerte bis die Nachricht von der Februarrevolution kam; dann wurde sie durch die provisorische Regierung im Sommer 1848 für Buenos-Ayres aufgehoben, dauerte aber für die von Oribe besetzten Häfen Uruguay's fort.

Die neueste Wendung der Dinge ist bekannt. Uns kam es darauf an thatsächlich nachzuweisen wie kläglich die Rolle ist welche die beiden großen Seemächte Europa's am La Plata spielen. Das Unrecht ist ganz offenbar und ganz unbestreitbar auf ihrer Seite. Der Gedanke welcher ihrem Verfahren zu Grunde lag, ist übrigens klar. Sie wollen nicht daß Uruguay von Buenos-Ayres abhängig sey, aber der kleinere, wenig bevölkerte Staat wird stets von einem mächtigeren Nachbar mehr oder weniger abhängig bleiben. Sie möchten einen fügsamen Präsidenten in Montevideo, und sind feindlich gegen Oribe weil dieser treu an Rosas hängt. Sie haben zuletzt Buenos-Ayres jahrelang blokirt und dem Handel, zu dessen Gunsten sie angeblich einschritten, ganz unberechenbaren Schaden zugefügt. Nach zwanzigjährigen Wirren hat Rosas nicht um ein Jota nachgegeben, und Oribe ebensowenig. Rosas mag grausam seyn, hartnäckig und wild, aber soviel ist klar: der Mann ist vom Wirbel bis zur Zehe ein Charakter, er ist klug, er hat die Anarchie gebändigt, so sauer es auch gerade Frankreich und England ihm gemacht, er hat Ordnung in den

Staatshaushalt gebracht und die argentinischen Provinzen machen unter seiner Verwaltung unbestreitbare Fortschritte.

Zum Schluß eine Nutzanwendung für die englische Presse. Ich habe oben erwähnt daß das Morning Chronicle vom 4 October 1849 sich gegen Rosas erklärt. Es hofft daß Frankreich allein ihn zu Paaren treiben werde, wenn Lord Palmerston auch seine Mitwirkung versage; Le Predour's neuester Vertrag sey verworfen, der Admiral werde zurückgerufen und wahrscheinlich demnächst ein in Brest liegendes Geschwader nach dem La Platastrom abgehen. Das Londoner Blatt hat ein kurzes Gedächtniß. Gerade diesem Morning Chronicle verdanken wir richtige Angaben über die argentinischen Streitigkeiten; gerade dieses Blatt schrieb im Februar 1847 daß die Geschichten welche man über die Grausamkeit des Rosas, seinen Fremdenhaß und dergleichen mehr durch die Presse in Umlauf gesetzt hatte, zur Intervention Anlaß gegeben haben. Die fremden Speculanten in Montevideo, so erzählt das Chronicle weiter, schickten Sendlinge nach England die von Stadt zu Stadt gegen Rosas agitiren und Petitionen ans Parlament betreiben mußten. Dadurch wurde Lord Aberdeen zur Intervention gedrängt. Alles das geschah auf Antrieb von Leuten welche der revolutionären Regierung in Montevideo Geld vorgeschossen hatten, und recht gut wußten daß ihre Speculation ungeheuren Profit abwerfen mußten wenn es ihnen gelang den Hafen von Buenos-Ayres zu schließen, und den ganzen La Plata-Handel in Montevideo zu concentriren. Deßhalb bemühten sie sich die brittische Regierung gegen Rosas aufzustacheln, und daher rühren die geflissentlichen Anschwärzungen gegen diesen Mann. Was man ihm Böses nachsagt, kommt aus dem Munde seiner Feinde, und zumeist aus einem zu Montevideo erscheinenden Blatt, dessen Herausgeber persönlich und politisch ein Todfeind des Dictators ist. Jetzt schreibt das Morning Chronicle das Gegentheil und im Sinn dieser Speculanten!

Ostindien.

Ueber die (vorgestern kurz erwähnte) in Lahor erfolgte Verhaftung der Sirdare Tschuttur und Schir Singh enthält die Delhi Gazette folgendes: „Als Major Mackeson den Anführern der rebellischen Sikh im letzten Kriege, die nach ihrer Niederlage über den Dschelum geflohen, die Erlaubniß ertheilte unangefochten in ihrer Heimath zu leben, ratificirte der Generalstatthalter diese Handlung seines Agenten, obgleich er sie im Grunde weder billigte noch billigen konnte. Lord Dalhousie mußte sich hiernach beschränken den Aufenthalt der Sirdare in ihren Häusern strengen Regeln zu unterwerfen, um wenigstens ihre Freiheit so unschädlich als möglich zu machen. Allein bald wurde den Behörden in Lahor angezeigt daß die überwachten Insurgentenchefs die ihnen aufgelegten Verhaltungsvorschriften fortgesetzt verletzten, und namentlich regelmäßig unter einander verkehrten. Sofort beschloß der Generalstatthalter sehr geeigneter Weise die Strafe, welche die Sirdare wissentlich verdient hatten, über sie zu verhängen, und erließ demgemäß an die Ortsbehörden den Befehl sie zur Haft zu bringen. Drei Ueberfälle wurden angeordnet, welche alle am 1 October stattfinden sollten: der eine in Attari, dem Hauptquartier der Rebellion, welches ungefähr 10 Koß von der Hauptstadt des Pendschâb entfernt liegt; der andere in den Dörfern der Sirdare Lall Singh und Surut Singh, Moraria und Madschitia, welche unfern von Amritsir liegen; der dritte gegen das Wohnhaus Diwan Hakim Rae's in Sialkot. Vom Erfolg der zwei letzten Expeditionen hatte man bis zum 1 October Abends in Lahor nichts vernommen, aber die erste war am Morgen dieses Tages glücklich ausgeführt worden. Die HH. J. Lawrence und Montgomery vom Civil, Major Edwardes (der von Multan *) her bekannte) und Lieutenant Hodson waren eine Stunde vor Mitternacht mit einer kleinen Reiterschaar von Lahor aufgebrochen, erreichten Attari mit Tagesanbruch, umzingelten das Dorf und die Festung, und bemächtigten sich glücklich des Sirdars und seiner vier Söhne. Sie wurden in einem vierspännigen Wagen rasch nach Lahor befördert. Lieutenant Hodson blieb mit zwei oder drei Compagnien Infanterie in Attari zurück, um das Fort nach Papieren zu durchsuchen und es dann in die Luft zu sprengen." Die Delhi Gazette vom 8 October meldet nachträglich daß auch die Sirdare Lall Singh, dessen Bruder Mahtab Singh (der die vorjährige Empörung in Peschawer begonnen) und Surut Singh glücklich zur Haft gebracht worden; nur das Resultat der dritten Expedition war bis dahin noch unbekannt. Uebrigens war das Fünfstromland vollkommen ruhig. Der Gesundheitszustand der Besatzung in der Provinz Peschawer hatte sich sehr gebessert, und die Officiere unterhalten sich, ganz nach englischer Weise, mit Pferderennen, Cricketspiel u. s. w. In der vormaligen Wohnung des Generals Avitabile, des strengen Statthalters unter Randschit Singh, hat man ein Liebhabertheater eingerichtet, und Shakspeare's Muse redet nun auch im Lande der alten Paropamisaden. Von dem in den Vorbergen des indischen Kaukasus reizend gelegenen Thallande Peschawer macht ein Brief d. d. 20 September folgende Schilderung. „Indisches Korn (Mais) in großer Menge, die Getreidegattungen Badschri und Tschowarri in kleineren Quantitäten, Reis, Baumwolle und Melonenbeete bedecken jetzt das ganze Land; die reichen Obstgärten haben eine glänzende Ernte von Maulbeeren, Kirschen, Pflaumen, den süßesten Pomeranzen, Pfirsichen größer als Cricketkugeln, Nektarinen, Feigen, Aepfeln und Birnen geliefert, und jetzt geben sie die köstlichsten Trauben, Quitten, Orangen u. s. w. in Ueberfluß. Bis Ende Monats wird die jetzt reifende Frucht eingethan, und der Boden der seit unserer Ankunft drei Ernten getragen, liegt dann für eine neue Aussaat bereit. Die Früchte die ich genannt, sind nicht bloß den Reichen und Vornehmen aufgespart, sondern — wenn auch nicht gerade das Vieh damit gefüttert wird, wie Elphinstone erzählt — so sind sie doch bei ihrer Fülle und Wohlfeilheit allen Menschen zugänglich, und unsere Soldaten, Sipahi und Troßknechte haben hier gute Tage wie nie zuvor." (S. Alexander Burnes' Reisen.) — Ebenso ruhig wie das Pendschâb ist Sind. Bloß bei dem Gumbarfeste der persischen Gemeinde in Kuratschi am 5 October fiel eine unbedeutende Rauferei von Betrunkenen vor. — Ueber das Königreich Audh (das alte sagenberühmte Ayodhya, d. h. das unbesiegbare) wiederholt sich die Klage, welche seit drei Jahren jede Post mitbringt, daß es mehr und mehr in Zerrüttung verfalle, und daß England wohl bald die ganze Leitung der dortigen Angelegenheiten in seine Hand werde nehmen müssen. Dasselbe gilt vom Nizzamsstaat im Dekkhan. Der Nizzam war noch immer ohne Minister, und seine Schuld an die brittische Regierung ist unbezahlt und unverzinst.

Daily News kommt auf ihre Beschwerden gegen Sir James Brooke, den Gouverneur von Labuan und Radscha von Sawarak zurück, der die Statthalterschaft, für welche er von England bezahlt sey, vernachlässige, hingegen die ihm zur Verfügung gestellten brittischen Kriegsschiffe mißbrauche um, unter dem Vorwande der Unterdrückung des Seeraubs, einen grausamen Vertilgungskrieg gegen die Eingebornen Borneo's zu führen.

In der Sitzung der Londoner „asiatischen Gesellschaft" am 3 November wurden antiquarische Nachrichten über Indien von Capitän Kittoes mitgetheilt. Er hat in Bandelkand und Gwalior eine Reihe Inschriften gesammelt, von denen aber keine über das neunte Jahrhundert hinausreicht. Eine Inschrift aus Sarneth, welche den Wiederaufbau der Tschaitjas und die Ausstattung der Viharas (Buddhistenklöster) erwähnt, liefert in Verbindung mit andern Inschriften den Beweis daß der Buddhismus dort noch im 10ten und 11ten Jahrhundert blühte. Kittoes hat sich mehrere Miniaturtempel von 5' bis herab auf 15" verschafft, und glaubt daß die Sitte solche Hauscapellen zu haben den Buddhisten, Dschainas und älteren Brahmaverehrern gemeinsam gewesen. — Ein Capitän Hill hat in den Adschanta-Höhlen, außer mehreren vollständig erhaltenen Inschriften, weitere Gemälde entdeckt, die eine Menge Scenen aus dem häuslichen und gesellschaftlichen Leben der alten Inder darstellen. Einige derselben deuten unverkennbar auf eine beginnende Bekanntschaft mit den Regeln der Perspective. Auch erwähnt Hill eine andere Reihe von Höhlen in der Nähe von Aurengabad, und hält diese, nach den Zeichnungen die ein Dr. Bradley von den Sculpturen und Malereien gemacht hat, für Vihara- und Tschaitjahöhlen, und zwar vielleicht für die ältesten der bis jetzt entdeckten. Freilich zeigen auch diese Sculpturen jene Ausartungen einer überphantastischen Mythologie, vielköpfige Götter und Könige, unter Affengesichtern, Elephantenrüsseln, „Schlangengenüssel" und „Ur-Schildkröten im Weltensumpf", welche Goethe'n den Wunsch eingeflößt daß es unter dem schönen und geistvollen Volk der Inder keine Steinhauer gegeben haben möchte.

*) Die durch das Bombardement so hart erschütterten Festungswerke von Multan sind durch ein neuerliches Erdbeben fast ganz in Schutt gestürzt.

Berichtigung.

In der Beilage Nr. 323 sind „Goethe's Briefe an Leipziger Freunde. Herausgegeben von Otto Jahn. Leipzig 1849" besprochen. Der Herausgeber ist dort irrigerweise Jahn genannt — ein Irrthum der hiemit berichtigt wird.

[4374] In der Beilage zur Allg. Ztg. vom 12. November in dem Aufsatze „Deutsche österreichische Zolleinigung" wird u. a. auch der Fabriken Vorarlbergs gedacht und von ihnen behauptet: nicht bloß daß sie den Schmuggel beförderten, sondern ihn systematisch betrieben, denn eben deßhalb seyen sie „an der Schweizer-Gränze" angelegt. Es heißt wörtlich also:

„Fabriken werden zum Schein möglichst nahe der Gränze angelegt wie in Böhmen an der sächsischen und in Vorarlberg an „der Schweizer-Gränze, bequem für den Schmuggel; dort werden vielleicht 100 Stücke eines Stoffs bereitet um dann „Tausende eingeschwärzter Stücke desselben Stoffs gleichfalls als inländisches Product stempeln zu können; es sind eher „Stempelzeichen-Fabriken als alles sonst. Der Schmuggel und Betrug wird in allerlei Gestalt betrieben" u. s. w.

Abgesehen von dem groben Unverstande, der darin besteht den Schmuggel der in Vorarlberg wie in jedem Gränzlande getrieben wird, ohne weiteres den Fabriken in die Schuhe schieben zu wollen, ist obige Behauptung zugleich eine böswillige Verleumdung höchst achtbarer Häuser, die sich bewußt sind niemals und nicht im geringsten dem Schmuggel Vorschub geleistet zu haben. Der Verfasser gedachten Artikels wird ersucht sobald als möglich seine unüberlegte Aeußerung, soweit sie auf die Fabriken Vorarlbergs Bezug hat, zu widerrufen, widrigenfalls wir ihn gerichtlich zu belangen wissen werden.

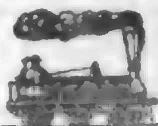
Einige Industrielle Vorarlbergs.

[4306] **Warnung.**

Nachdem ich in Erfahrung gebracht dass mehreren meiner Bekannten Briefe mit meiner Namensunterschrift zugekommen sind in welchen ich sie um Geld angehe, so erkläre ich öffentlich dass diese Briefe nicht von mir geschrieben sind, sondern von einem gewissen *Adolph Ernst* herrühren, vor dessen Betrügereien ich hiermit jedermann warne.

Paris, im November 1849. **H. W. Ernst.**

(4375—76)



Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft.

Ausgabe neuer Dividendenscheine zu den Stamm-Actien.

Da die Ausgabe der neuen Dividendenscheine (für die Jahre 1849 bis 1858 einschließlich) nur gegen Vorlegung der Actien geschehen kann, indem die Verabfolgung der neuen Coupons durch Abstempelung auf den Actien vermerkt werden muß, so ersuchen wir die resp. Actionäre ihre Actien, unter Beifügung eines genauen von ihnen unterzeichneten Nummern-Verzeichnisses, portofrei an uns einzusenden, worauf ihnen dieselben mit den neuen Dividendenscheinen successive und möglichst nach der Reihenfolge der Einsendungen auf ihre Kosten von uns werden zurückgesandt werden.

Köln, den 21 November 1849. **Die Direction.**

[4309] **An Hautkranke.**

Das in vielen Gegenden durch seine Wunderkräfte bereits bekannte

Kummerfeld'sche heilende Waschwasser gegen Hautkrankheiten,

namentlich gegen Flechten, Schwinden, Finnen, Kupferflecken, Hitzbläschen und andere Hautausschläge — ohne alle schädlichen Bestandtheile —

ist nebst ausführlicher Gebrauchsanweisung gegen frankirte Einsendung von 2 Thlr. 5 Sgr. preuß., einzig und allein von Ferd. Jansen, Buchhändler in Weimar, zu beziehen, welcher auch auf frankirte Briefe weitere Auskunft gibt und Atteste mittheilt.

(4208) Im Verlage der Unterzeichneten sind folgende historische Schriften erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

K. F. Beckers

Weltgeschichte.

Siebente verm. und verbesserte Ausgabe. Vierter Abdruck.
Herausgegeben
von J. W. Loebell.
Mit den Fortsetzungen
von J. G. Woltmann und K. A. Menzel.
14 Bde. 28 Lfgen. gr. 8. $9\frac{1}{3}$ Thlr.

Dieses Werk ist allgemein als die vollständigste, beste und zugleich billigste Weltgeschichte anerkannt, und daher bei dem gesteigerten Interesse für Politik und Geschichte jeder Familie als unentbehrliches Handbuch zu empfehlen.

Werke von Leop. Ranke,

Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation.

Compl. in sechs Theilen. gr. 8. $17\frac{2}{3}$ Thlr.

Diese Geschichte der deutschen Umwälzung des 16ten Jahrhunderts muß mitten in der des 19ten von besonderer Bedeutung seyn.

Fürsten und Völker von Süd-Europa

im 16ten und 17ten Jahrhundert.
4 Theile. 3te Auflage. gr. 8. $11\frac{1}{2}$ Thlr.
Band 2—4 auch unter dem Titel:

Die römischen Päpste,

ihre Kirche und ihr Staat im 16ten und 17ten Jahrhundert.
3 Bde. 3te Aufl. gr. 8. $8\frac{1}{3}$ Thlr.

Die serbische Revolution.

Zweite ganz umgearb., bis auf die neueste Zeit fortgesetzte Aufl.
gr. 8. 2 Thlr.

Ueber die Verschwörung gegen Venedig im Jahre 1618.

Mit Urkunden aus dem venetianischen Archive.
gr. 8. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Die Schriften von L. Ranke haben nicht nur im Vaterlande die ihnen gebührende Achtung erfahren, sondern sind sämmtlich ins Englische, zum Theil auch ins Französische übersetzt worden.

Der italien. Feldzug des Jahres 1848.

Dargestellt und beurtheilt durch
W. v. Willisen,
Generallieutenant z. D.
gr. 8. geh. 2 Rthlr. 15 Sgr.

Die Weltgeschichte in Biographien

von
Dr. K. W. Böttiger.
8. Thle. (300 Druckbogen.) gr. 8. 14 Thlr.

Es wird hier die ganze Weltgeschichte mit allem dem Reiz den die biographische Darstellung bietet, in den Lebensgeschichten von beinahe 400 ihrer Helden an uns vorübergeführt, und wo diese nicht ausreichen, der Zusammenhang durch historische Uebersichten hergestellt, so daß nirgends das Gefühl einer bruchstückweisen Erzählung sich dem Leser aufdrängen kann, sondern die Begebenheiten sich in einem stetigen, bald langsamern oder raschern Flusse vor ihm entwickeln.

Biographien

von
Varnhagen von Ense.

General Seidlitz. $1\frac{1}{6}$ Thlr. — General Hans Karl v. Winterfeldt. $1\frac{1}{3}$ Thlr. — Königin von Preußen Sophie Charlotte $1\frac{1}{3}$ Thlr. — Feldmarschall Graf von Schwerin $1\frac{1}{3}$ Thlr. — Feldmarschall Jakob Keith $1\frac{1}{3}$ Thlr. — Rahel. Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde. 3 Bde. 3 Thlr.

Biographien

von J. D. E. Preuß.

Friedrich der Große mit seinen Verwandten und Freunden. $2\frac{1}{3}$ Thlr. — Friedrich des Großen Jugend und Thronbesteigung. $2\frac{1}{3}$ Thlr.

K. A. Menzel

Zwanzig Jahre preußischer Geschichte.

Vom Tode Friedrichs II bis zum Ausbruch des Krieges von 1806.
gr. 8. geh. 48 Bogen. 2 Thlr.

F. v. Smitt,

Geschichte des polnischen Aufstandes und Krieges

in den Jahren 1830 und 31.
Nach authentischen Quellen dargestellt.
3 Bände. (Bd. 1. und 2. 2te Aufl.) gr. 8.
Mit 16 Plänen und 31 Tabellen. 12 Thlr.

Eine getreue, aus den Papieren des russischen Generalstabs geschöpfte Darstellung des Aufstands der Polen im Jahre 1830 und seiner Bekämpfung durch Diebitsch und Paskewitsch. Genaue Karten und Pläne verdeutlichen die Operationen.

Duncker & Humblot in Berlin.

[4338] Bei uns erschien:

J. Rickau's neuentdecktes Heilverfahren (Hydro- und Heteropathie) oder modificirte abgekürzte Kaltwassercur, vermöge Erzeugung künstlicher und durchaus ungefährlicher Hautkrisen zur Selbstbehandlung. 1 Thlr. oder 1 fl. 30 kr.

Diese gänzlich umgearbeitete und mit den gelieferten außerordentlichen Resultaten vermehrte zweite Auflage jener merkwürdigen Schrift, welche das neuentdeckte, wunderbar schnell wirkende Rickau'sche Heilverfahren zuerst zur öffentlichen Kenntniß brachte, wird allen Leidenden und Preßhaften ein Evangelium der Genesung von schwerer Krankheit und langjährigen Leiden werden, die bei Rickau, dem Dirigenten der trefflichen Badeanstalt zu Tharand, je nach Bösartigkeit und Verstocktheit ihrer Krankheit, in 16 bis 40 Tagen erzielen das wozu der wackre Priesnitz bei seinem Heilverfahren viele Monate, ja Jahre bedurfte.

Verlagscomptoir in Grimma und Leipzig.

(4311—13) **Jugendschriften mit Prämien von Gemälden und Kunstwerken.**

In meinem Verlage sind folgende schön ausgestattete gediegene Jugendschriften erschienen.

1) Prof. Braun, historisch-malerische Wanderungen in Griechenland. 400 Seiten Velinpapier mit 12 prächtigen Stahlstichen. gr. 8. Eleg. geb.

2) 22 Feenmährchen und 20 Mährchen aus 1001 Nacht. 4 Thle. 500 Seiten mit 4 hübschen Kupfern. Eleg. geb.

3) Taschenbuch der Blumensprache oder deutscher Selam. Inhalt: 1) Interessante botanische Aufsätze; 2) Poetischer Blumengarten, 300 der schönsten Gedichte auf die Pflanzenwelt (darunter allein 55 auf die Rose!) mit 4 col. Bouquets. Eleg. geb.

Jedes dieser drei Bücher eignet sich zu einer werthvollen und nützlichen Weihnachtsgabe, deren Ankauf schon an sich vollkommen befriedigen würde. Der Preis eines jeden Werkes nach freier Auswahl beträgt 1½ Thlr. od. 2 fl. 42 kr. und jeder Käufer erhält — jedoch nur bei baarer Bezahlung — ein Gratis-Loos, auf welches einer der folgenden Gewinne fällt:

Achtzehn meist größere religiöse Gemälde von H. Caracci, Holbein, Spagnoletto, Zurbaron, Perugino, nebst andern aus der altdeutschen und altitalienischen Schule. Den Hauptgewinn bildet:

Die Auferstehung Christi, ein herrliches Altargemälde von Caspar de Crayer, 13 Fuß hoch, Werth 1000 Thlr.

24 Kleine Kunstwerke aus Marmor, darunter antike Basreliefs.

125 Bilder in Farbendruck zur Zimmerverzierung, jedes 2 Fuß hoch, darstellend: Mutterliebe, Flora, Pomona, Glaube, Liebe, Hoffnung, in Gold und Farben.

800 Albums, jedes mit 6 bis 12 Stahlstichen und Lithographien, religiöse Bilder, Landschaften, Genrebilder, Portraits, Carricaturen u. s. w.

Die Verloosung erfolgt Anfangs December, weßhalb die Theilnehmer sich bald melden wollen. Sämmtliche Gemälde sind wohlerhalten in Goldrahmen und können in meiner Kunsthandlung besichtigt werden.

Aufträge auf die genannten Bücher übernehmen unter obigen Bedingungen alle Buchhandlungen Deutschlands, in Stuttgart der Eigenthümer

Heinrich Köhler.

[4180—82] Bei **Kaulfuß Witwe, Prandel u. Comp.** in **Wien**, am Kohlmarkt Nr. 1149—50, sind neu erschienen:

Beschreibung
sämmtlicher

Kinderheilanstalten in Europa.

Von

Franz S. Hügel,

Doctor der Medicin, Director des unentgeltlichen Kinder-Kranken-Instituts im k. k. Polizeibezirke Wieden in Wien, der medicinischen Facultät, und mehrerer wissenschaftlicher Vereine Mitglied ꝛc.

brosch. 8. 4 fl. C.-M.

Der Aderlaß in der Lungenentzündung.

Kritisch und physiologisch erörtert

von

Dr. Jos. Dietl,

k. k. Polizeibezirks- und Primararzt des Bezirks-Krankenhauses Wieden in Wien.

brosch. 8. Preis 1 fl. 20 kr. C.-M.

Die Galle

im gesunden und krankhaften Zustande, mit besonderer Berücksichtigung der Gallensteine.

Nach

F. Bouisson, frei bearbeitet und mit Zusätzen vermehrt von **E. A. Platner.**

brosch. 8. 2 fl. C.-M.

Die orientalische Cholera.

Von

Dr. Regenhart,

Doctor der Medicin und Chirurgie ꝛc. in Gratz.

brosch. 8. 40 kr. C.-M.

[4428—31] **University and Scholastic Agency-Office,**

316 Regent-Street, London.

(Unter Leitung des Hrn. **Dauber**, Pfarrers der deutschen Gemeinde in Edward-Street.)

Lehrer und Lehrerinnen die ihre Befähigung gehörig auszuweisen vermögen, finden bei obigem Büreau Gelegenheit an Gymnasien, Schulen und in Familien in England placirt zu werden. — Auch besorgt dasselbe Pensionäre für England und Deutschland. — Nähere Auskunft für Deutschland ertheilt auf portofreie Briefe Hr. Pastor Peschau in Curhafen.

[4328] Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Evangelische Homiletik von Chr. Palmer, Archidiaconus in Tübingen. Dritte verb. Aufl. 43 Bogen gr. 8. geh. 4 fl. 48 kr. oder 3 Thlr.

Die freundliche Aufnahme der beiden ersten Auflagen dieser Homiletik, die von der Kritik als ein Ereigniß der homiletischen Gegenwart ist begrüßt worden, hat nach kurzer Zeit eine dritte Auflage nöthig gemacht. — Die dem Buche so allseitig angerühmten Vorzüge (in Tholucks Lit. Anzeige; Bruns Repertor.; Leipziger Repert.; Pastoralzeitung; Darmstädter Kirchenzeitung; Jena'sche Lit.-Zeitung ꝛc.): die evangelische Gesinnung, die warme und doch besonnene Begeisterung, die lebendige und plastische Darstellung und Gruppirung des reichen Materials, die Vertrautheit mit der Litteratur, der besondere Reichthum an treffenden Beispielen, die vernunftgemäße organische Entfaltung der Idee, die jedem Theile die richtige Stelle zum Ganzen anweist, das praktische Wesen, mit dem Wissenschaft und Ausübung vermittelt sind — sind in der Ausführung und den Beispielen der neuen Auflage verjüngt, erweitert und verbessert.

Geistliche, Studirende und Candidaten der Theologie werden die „Homiletik" sowie die „Katechetik" des Verfassers kaum entbehren können, und beide zu frischer Anregung und reichem Gewinn gebrauchen.

(4326) Classische

Weihnachtswerke
für Piano.

In unserm Verlage ist erschienen und durch alle Buch- und Musikhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

R. Schumann, Album für die Jugend, 43 progressiv geordnete Clavierstücke. 2⅔ Rthlr. in Prachteinband 3 Rthlr.

Der gefeierte Componist liefert hier in Wahrheit ein unschätzbares Werk sowohl zur Erheiterung in Familien als zur Bildung für Mittelspieler; dasselbe kann in der That nicht angelegentlich genug als das beste musikalische Hausbuch für Pianofreunde empfohlen werden.

Hierzu dient als Pendant und Anschlusswerk:

C. Mayer, Jugendblüthen, ein Album von 24 Charakterstücken, in eleganter Ausstattung, gebd. 3 Rthlr.

Der berühmte Pianist bietet hier 24 reizende, im modernen Genre gehaltene Compositionen, köstliche Perlen, wahre Meisterstücke seltener Art und voller Melodienreiz, so dass Dillettant und Virtuos damit brilliren können.

Aehnliches als hier Schumann und Mayer liefern, existirt noch nicht in der Musiklitteratur.

Schuberth u. Comp. in Hamburg und New-York.

Auch in Petersburg bei Bernard, in Stuttgart bei Zumsteeg, Amsterdam bei Theune, Copenhagen bei Olsen, London bei Ewer u. Comp.

(4322) So eben erschien bei Franz Köbele in Karlsruhe:

Bismark (Generallieutenant, Graf), Aufzeichnungen. 2te wohlfeile Ausgabe mit 3 Stahlstichen. 2 Lieferungen. 3 fl. 36 kr. od. 2 Rthlr.

(4192) In der **Arnoldischen Buchhandlung** in **Dresden und Leipzig** ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Dr. J. Petzholdt,

Anzeiger der Bibliothekwissenschaft.

Jahrgang 1847.

gr. 8. Broschirt. 1 Thlr. 10 Ngr.

(4298—300) Une Institutrice française, de bonne famille, très-forte pour le piano et l'enseignement de sa langue, et qui serait à même de donner encore d'autres leçons, accepterait une place avantageuse. S'adresser franco à l'Expedition de cette feuille, sous les chiffres Z. X. Nr. 4298.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt zu Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 333. — 29 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Mitglieder der Bundescommission erwartet. Der Erzherzog-Reichsverweser. Geldstand. Der Beschluß in der Bentinck'schen Sache. Eine Lügencorrespondenzfabrik); München (Geburtsfest Sr. Maj. des Königs. Fortsetzung der Discussion über den Amnestie-Entwurf. Telegraphenamt. Ohm an Steinheils Stelle. Der Bischof zu Speyer); Stuttgart (die Stellungen am Vorabend der verfassungrevidirenden Versammlung. Der ständische Ausschuß); Darmstadt (die Aufgabe des Landtags); Hamburg (ein Preßproceß); Dresden (die Ständeversammlung durch den König eröffnet. Thronrede. Vortrag des Ministeriums); Berlin (dem Gerücht von einem österreichischen Protest amtlich widersprochen. Die Unterhandlungen mit Dänemark); Wien (das Privilegium der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft. Die Telegraphenämter. Hoffnung auf Amnestie. Schullehrernoth. Oppositionsstimmen. Rückkehr des Kaisers. Der Zeitungsstempel); Salzburg (Beginn des Telegraphen).

Großbritannien. Die irische Nationalconferenz. Englands Nachgeben in der Nicaragua-Frage. Neue Eisenbahnen projectirt. Liberia und der Sklavenhandel.

Frankreich. Lamoricière und de Beaumont schicken ihre Entlassung ein. Die Bildsäule des Herzogs v. Orleans. Anstände bei dem Deportationsgesetz. Die Protestation gegen Dupin. Zunahme der Zollerträgnisse. Bank. Gesetzvorschläge aus parlamentarischer Initiative. Die Partei der Unordnung.

Niederland. Budget. Java. Celebe

Italien. Turin (Rückkehr des englischen Gesandten. Gerücht Das österreichischen Truppencorps am Isonzo).

Rußland und Polen. Ukas über die Universitäten.

Türkei. Konstantinopel, 14 Nov. Ankunft des Admirals Parker. Die Pforte verweigert die Ausweisung der Flüchtlinge.

Datum der Börsen: Wien 26; Frankfurt 27 Nov.

Deutschland.

‖ **Frankfurt a. M.**, 26 Nov. Die österreichischen Mitglieder der Interimscommission werden morgen, die preußischen übermorgen hier erwartet, so daß die Annahme, wonach die Einsetzung der Commission am 1 Dec. erfolgen solle, an Wahrscheinlichkeit gewinnt. Ob mit derselben eine besondere Feierlichkeit verbunden seyn werde, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Den Commissarien werden besondere Hülfsarbeiter beigegeben seyn, als welche man preußischerseits die HH. Oberregierungsrath Matthis, Baron Rosenberg und Graf Goltz bezeichnet. Das übrige Personal anlangend dürfte von den Angestellten der bisherigen Reichsministerien wenigstens ein Theil auch künftig beibehalten werden. — Der Erzherzog-Reichsverweser widmet die letzten Tage seines Hierseyns fortwährend der Besichtigung gemeinnütziger Anstalten. So wohnte er gestern der von der „Gesellschaft zur Beförderung nützlicher Künste“ veranstalteten Preisvertheilung an Dienstboten bei, und nahm die Ernennung zum Ehrenmitgliede der Gesellschaft an. — Auf hiesigem Platze macht sich im Handelsverkehr seit kurzem eine Abnahme der Baarvorräthe bemerkbar; als Ursache derselben wird hauptsächlich die starke Geldausfuhr nach der Schweiz angegeben. — Die hier liegenden bayerischen Truppen (das dritte Jägerbataillon) sehen mit nächstem ihrer Abberufung entgegen.

Der Beschluß der provisorischen Centralgewalt in der Bentinck'schen Streitsache lautet wie folgt: „An den Hrn. Bevollmächtigten für N. N. In Erledigung des von den Grafen Karl Anton Ferdinand und Heinrich Johann Wilhelm Bentinck unter dem 23 Aug. 1847 an die Bundesversammlung gerichteten und darauf bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland wiederholten Gesuchs wegen der Regierung in der Herrschaft Kniphausen, hat Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser in Folge eines von dem Reichsministerium der Justiz unter dem 3 d. M. erstatteten Berichts unter dem gestrigen nachfolgenden Beschluß gefaßt: 1) Die provisorische Centralgewalt für Deutschland, als Rechtsnachfolgerin der Bundesversammlung und kraft der vom deutschen Bunde durch Bundesbeschluß vom 9 März 1826 übernommenen Garantie des am 8 Jun. 1825 zwischen Sr. königl. Hoh. dem Großherzog von Oldenburg und dem Hrn. Grafen Bentinck wegen der staatsrechtlichen Verhältnisse der Herrschaft Kniphausen geschlossenen Uebereinkommens, erklärt daß die aus der Verbindung des Grafen Wilhelm Gustav Friedrich Bentinck mit Sara Margarethe Gerdes entsprossene Descendenz als der Familienrechte des gräflich Bentinck'schen Hauses untheilhaftig und daher als unfähig zur Erbfolge und Regierung in der Herrschaft Kniphausen zu betrachten ist. 2) Die großherzogl. oldenburgische Regierung wird ersucht in Gemäßheit dieses Beschlusses das Geeignete zur Herstellung der rechtmäßigen Regierung in der Herrschaft Kniphausen zu veranlassen. 3) Dieser Beschluß ist den Grafen Anton Ferdinand und Heinrich Johann Wilhelm Bentinck in Erledigung ihres unter dem 23 Aug. 1847 an die Bundesversammlung und darauf bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland wiederholten Gesuchs mitzutheilen. Erhaltenem Auftrag gemäß gebe ich mir die Ehre, Ihnen, Hr. Bevollmächtigter, diesen Beschluß sammt Abschrift des erwähnten Berichts mit dem ergebenen Ersuchen mitzutheilen denselben gefälligst zur Kenntniß Ihrer hohen Regierung bringen zu wollen. Frankfurt, 9 Nov. 1849. Der Reichsminister der Justiz. (Gez.) Detmold. (D. Allg. Ztg.)

Die Frankf. O.-P.-A.-Ztg. enthält eine Blumenlese Frankfurter Lügenberichte aus der Weserzeitung, den Hamburger Nachrichten rc. welche ein verlaufener sogenannter Litterat (nach andern Blättern ein ehemaliger Schneidergeselle) Z— aus Braunschweig seit Monaten in die Welt sende, um den Reichsverweser und das Reichsministerium zu verleumden, von einem Bündniß der dissentirenden Königreiche zu sprechen, die österreichische Diplomatie anzuklagen, der badischen Aristokratie Schuld zu geben sie verhetze den Großherzog gegen Preußen, die bayerischen und österreichischen Truppen als zu einem umfassenden Reactionsplan bestimmt zu bezeichnen, die gereizte Stimmung zwischen den preußischen Truppen einerseits, und der österreichisch-bayerischen Besatzung andererseits zu nähren, die französische Politik als in geheimen Bündeleien mit der „Reactionspartei,“ namentlich mit Hannover und Bayern darzustellen. Es wird aus den genannten Blättern eine sechs Spalten fassende Reihe solcher aufhetzerischen Fabricate mitgetheilt, und angedeutet daß auch andere Blätter, wie die Reichszeitung rc., dergleichen Lügencorrespondenzen erhalten haben. Ueberraschender noch ist die Andeutung daß nach der in Köln erscheinenden Deutschen Volkshalle und auch nach dem Frankfurter Intelligenzblatt alle jene Lügenberichte unter der „Direction“ eines preußischen Diplomaten, Hrn. v. B. geschrieben seyn sollen. Die Fr. O. P. A. Z. sagt über diesen angeblichen Zusammenhang bloß: „Daß dieser hinter dem angeblichen Schneidergesellen Stehende aber Hr. v. B. sey, und zwar derjenige Hr. v. B. den ein Artikel des hiesigen Intelligenzblattes auf das bestimmteste bezeichnet, das glauben wir, auch ohne mit jenem Hrn. v. B. näher bekannt zu seyn, als eine Verleumdung zurückweisen zu müssen. Wir glauben vielmehr daß wenn wirklich die in dem citirten Artikel des hiesigen Intelligenzblattes erwähnte Verbindung zwischen dem Hrn. v. B. und dem Z. existirt, diese eine lediglich freundschaftliche, rein gesellige sey, keineswegs aber solchen Beziehungen entspringe wie nach Nr. 44 der Volkshalle angenommen werden könnte. Denn die preußische Regierung hat immer ihren Ruhm gesucht in der Redlichkeit der von ihr gebrauchten Mittel, in der Offenheit und Geradheit der von ihr eingeschlagenen Wege. Diesen Ruhm hat sie vor andern angestrebt. Das ist allen ihren Dienern und Beamten zu bekannt als daß einer, wär's auch noch so geheim, es wagen würde die Ansichten und Plane seiner Regierung mit so unehrlichen Mitteln zu unterstützen, wie jene Lügenberichte es sind.“ Es werden ohne Zweifel weitere Aufklärungen folgen.

Bayern. ═ **München.** (Fortsetzung des Berichts über die achtundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 26 Nov.) So wohlthuend stets den Hörer die bildungssichere Ruhe und Klarheit dieses Redners (Bohe) berührt, einen desto schrofferen Eindruck macht die eigenthümliche Vortragsweise des folgenden Sprechers, Abg. Reinhard. Er beruft sich auf einen Auftrag der Verhafteten, indem er eine Modification des Gesetzentwurfs einbringt, wonach die in Untersuchungshaft Befindlichen gegen Caution freizulassen, auf freiem Fuße weiter zu inquiriren seyen, und zum Schlußurtheil vor das Assisengericht gestellt werden sollen. Denn nicht etwa eine Amnestie wollten sie, sondern nur einen Urtheilsspruch von dem ihnen zuständigen Gericht und während der Untersuchung die Möglichkeit ihrem Berufe zu leben. Indem dann ein Fall erwähnt

wird welcher einen Schweinfurter Bürger betrifft, gebt der Redner zu dem Beweise über wie manche der Anklagen, obgleich äußerlich richtig erscheinend, innerlich doch vollkommen falsch seyen. Bei dieser Gelegenheit erhalten wir eine ziemlich lange und troß der Mahnung des Präsidenten bei der Sache zu bleiben doch nicht abgekürzte Darstellung der bekannten Schweinfurter Verwicklungen, von denen sich die Ausführung wieder auf die angeblichen Verzögerungen der Untersuchungen durch die Augsburger Centraluntersuchungsbehörde wendet, um mit der nochmaligen Empfehlung des angeführten Antrags zu schließen.

Der Abg. Sepp versichert eingänglich, er werde sich enger an den Gesetzentwurf halten, wolle aber das Mitleid nicht für die Straffälligen, sondern für die ruhigen, durch die Aufrührer geplagten Bürger anrufen. Man müsse Act davon nehmen daß jetzt zur Befürwortung der Amnestie häufig gesagt werde die in Untersuchung Befindlichen hätten gar nicht gewußt welcher Verbrechen sie sich schuldig machten. Nun wohl. Wer wolle also amnestirt seyn? Nur der Janhagel. In der Pfalz, welche sich einer freien Verfassung erfreue, sey gar kein Grund zur Rebellion gewesen, also sey jetzt auch keiner zu einer Amnestie. Eher noch in den altbayerischen Landen. Man sage nun zwar die Revolution sey vorüber und Milde solle über den Besiegten herrschen. Aber die Revolution sey nicht vorbei, vielmehr trete sie jetzt kecker als je hervor, die Revolutionärs seyen nicht besiegt, sie bauten vielmehr kecker als je auf eine neue Erhebung. Man möge ihm dieß glauben, und wolle man es nicht, so werde man sich nach ein paar Jahren an diese Worte erinnern müssen. Ja, viel kecker als ehedem erhebe jetzt die Revolution ihr Haupt. Habe man doch sogar in diesem Saale von Rächern gesprochen, in diesem Saale davon daß man hoffe das Volk werde seine Rechte wieder in die eigene Hand nehmen. Man möge diese Gefahr nicht gering achten. Denn die demokratische Partei habe Opferfreudigkeit, habe wohlorganisirte Verbindungen, wogegen das Schlafmützenwesen der Conservativen einen schlechten Schutz bilde. Diejenigen welche amnestirt werden sollen, stünden in weitverzweigten, bis nach Amerika reichenden Verbindungen, weßhalb auch der Antrag eines geehrten Vorredners für Exilirung derselben nicht zu billigen sey. Habe man nun in solchem Augenblick wirklich nichts zu thun als zu amnestiren? Welchen Dank würden denn die Amnestirten für die Verzeihung haben? Zur Beantwortung dieser Frage verweist der Redner in bunter Reihe auf Schüler, Louis Bonaparte, Mazzini, Mieroslawski, Fröbel und Struve, indem er deren Handlungen charakterisirt, und endlich schließt er diesen Abschnitt mit der Bemerkung: amnestiren wir nur so fort, so wird die nächste Kammer wahrscheinlich gerade dieselben Menschen abermals zu amnestiren haben. Es handle sich bei dieser Frage der Amnestie um den Bestand des Staates, darum ob Bayern in denselben Zustand kommen solle wie Baden. Dann würde freilich darin ein Mittel gefunden werden Bayern ebenso wie Baden mit fremder Herrschaft zu überziehen. Es gebe keine größere Staatsunklugheit als zu einer allgemeinen Amnestie zu rathen, nur Bayerns Feinde könnten eine solche wünschen. Eine Amnestie sey aber trotzdem nöthig, denn man müsse die Revolution anerkennen, und die Richter würden, nach den Worten der Bekenntnisse und dem Buchstaben des Gesetzes urtheilend, weil alle böse Absicht consequent geläugnet werde, die meisten der Angeschuldigten freisprechen. Darum müsse man amnestiren in der Weise wie es die Regierung zu thun beabsichtige. Indessen habe er zu deren Gesetzentwurf, damit eine neue Revolte verhindert werde, den Zusatz zu beantragen: es behalte sich die Regierung einen Gesetzentwurf vor, wonach, wie jetzt die Gemeinden für den durch Revolte entstehenden Schaden, so die Kreise und Provinzen für entstehende Revolten zu haften hätten. Da dieser Antrag unter den Zuhörern ein lautes Gelächter hervorruft, weßwegen auch vom Präsidenten eine Drohung auf Räumung der Galerien ausgesprochen werden muß, wendet der Redner zunächst einige Worte gegen diese Art der Aufnahme seines sehr ernsten Antrags, durch dessen gesetzliche Geltung wohl jene neun Zehntel der Pfalz, welche jetzt, wie versichert werde, von den Rothen terrorisirt worden seyen, künftighin jeder derartigen Bewegung kräftiger entgegenzutreten sich veranlaßt sehen würden. Uebrigens seyen die Pfälzer Ereignisse durch die Umsturzregierungen hervorgerufen worden, von denen die Pfälzer Bewegungen begünstigt gewesen. Schließlich bringt der Redner einen Gruß der seit Jahrhunderten treuen Gebirgsländer, welche sich schön dafür bedanken ließen daß man ihre Treue damit lohne daß auch sie die Kosten der Revolution mitbezahlen sollten. Jetzt wolle man noch einmal die Revolution bezahlen, aber wenn sich dieß wiederhole, könne wohl auch die Treue der Gebirgsländer wankend werden. Er wünsche also daß man dieß sein Wort, das er im Namen und Auftrag der Gebirgsländer spreche, in sehr hohen Regionen hören und beachten möge. Deßhalb wiederhole er seinen Antrag.

In ruhiger Erörterung beleuchtet Abg. Lang hierauf die Ereignisse in der Pfalz, indem er bemerkt daß er die Amnestiefrage eben nur in dieser Beziehung auffassen und die hierher gehörigen Anträge des Ausschusses anempfehlen wolle. Namentlich verbreitet er sich darüber daß die Regierung damals viel zu spät ihre Militärmacht zum Schutze der von der Revolution Bedrohten und Bedrückten aufgeboten habe. Vielfach verbreitet sey darum die Ansicht gewesen die Regierung beabsichtige die Pfälzer einmal die Süßigkeiten der Freiheit kosten, den Krater der Revolution in sich selbst ausbrennen zu lassen. Aber damit sey die ganze Monarchie in Gefahr gewesen von dessen Flammen entzündet zu werden. In dem Ausschußantrag glaubt er schließlich den rechten Weg aufgefunden, theils um jenem Rechtsgefühl zu entsprechen welches sich gegen eine allgemeine Amnestie empöre, theils um diejenigen von einem Rückfall abzuhalten welche sich jetzt vom allgemeinen Strome haben hinreißen lassen.

Der Abg. Arnheim faßt in seiner vornehmlich die diesseitigen Landestheile berücksichtigenden Ausführung die Frage vom juristischen Standpunkt auf. Zunächst erörtert er wie diejenigen frei ausgehen müssen welche kein Bewußtseyn von der Strafwürdigkeit ihrer Thaten haben. Dieß sey aber im diesseitigen Bayern durchaus der vorherrschende Fall, da das Strafgesetzbuch von 1813 weder eines deutschen Reichs, noch einer Centralgewalt, noch des Bundestags erwähne, weil keines dieser Institute damals existirte. Keine seiner Bestimmungen lasse sich also genau auf die vorliegenden Fälle anwenden. Der Richterspruch müsse sonach dem Gesetz zufolge auf Straflosigkeit lauten, soweit er diese Verhältnisse beträfe, darum sey es klug im voraus zu amnestiren. Wären nun allerdings auch die Bewegungen nicht gering genug um in keiner Weise straffällig zu werden, so doch auch nicht allzubedeutend um nicht eine Amnestie eintreten zu lassen. Aus den von der Regierung geduldeten Vereinen seyen sie hervorgegangen; was Wunder wenn jemand geglaubt habe auch noch weiter gehen zu können als diese, ohne straffällig zu werden? Durch schwebende politische Processe werde die Unzufriedenheit genährt, durch eine Amnestie werde diese geendet; von den Geschworenen würden Freisprechungen zu erwarten seyn, diesen durch eine Amnestie zuvorzukommen erscheine der Klugheit angemessen. Nachdem der Redner sich noch mit einigen Fragen direct an den Justizminister gewendet, schließt er mit dem Vorbehalt einer Modification zum fünften Artikel des Gesetzentwurfs.

Nach den erwähnten Ausführungen des Abg. Lang über die pfälzische Revolution erschienen die vom Abg. Meuth verlesenen Beiträge zu deren Geschichte von keinem bedeutenderen Interesse. Auch ist die Versammlung bereits durch eine 5stündige Sitzung ermüdet, als der Justizminister Kleinschrod die Rednerbühne besteigend von neuem die Aufmerksamkeit erweckt. Einleitend hebt er hervor wie der Minister bei Abfassung eines Gesetzes sich nicht von jener Gefühlspolitik leiten lassen könne mit welcher man häufig von anderer Seite an die Beurtheilung des Gesetzes trete. Die Befriedigung des Verlangens nach einer allgemeinen Amnestie sey unmöglich. Dieses Verlangen gehe aus dem sehr allgemeinen Irrthum hervor daß man subjective Momente der vorliegenden Verhältnisse mit objectiven verwechsle. Wolle man z. B. die allgemeine Amnestie als Postulat der Gerechtigkeit vertheidigen, so sage man die alten Gesetze paßten nicht mehr, ein neues Recht habe sich geltend gemacht. Aber eine neue Gesetzgebung, hervorgegangen aus diesem neuen Recht existire noch nicht, also in Erwartung desselben solle unbedingt amnestirt werden. Diese Argumentation führe zur Anarchie. Zu dieser Kategorie gehöre auch die eben vernommene Beweisführung gegen das Gesetzbuch von 1813. Wenn übrigens gemeint werde man müsse durch eine Amnestie der richterlichen Freisprechung zuvorkommen, so hoffe er dagegen daß die Richter ihr Gefühl ihrer Pflicht unterzuordnen verstehen würden, wie es die Richter Bayerns überhaupt, so namentlich der oberste Gerichtshof der Pfalz auch in den Tagen der heftigst wogenden Aufregung den Anmuthungen ungesetzlicher Behörden gegenüber gethan. Im Weiterverfolg der mancherlei Anschuldigungen gegen die Regierung betreffs der Pfalz wird besonders hervorgehoben wie die Absendung des Militärs keineswegs zu spät geschehen sey. Würde dieselbe früher ins Werk gesetzt worden seyn, so würde man die Regierung beschuldigt haben sie habe eben dadurch den Ausbruch der Revolution herbeigeführt. Außerdem wird noch speciell darauf hingewiesen wie der Gesetzentwurf auf den eingeholten Gutachten der Staatsanwälte und des pfälzischen Generalprocurators beruhe. Was die Anschuldigung einer Verzögerung der Untersuchungen in Neuburg anbelangt, so erweist sich durch die Mittheilung eines Berichts über die Durchsicht der Acten der verschiedenen Processe daß diese keineswegs gegründet sey. Am Schlusse wird ausgeführt wie der Heine'sche Antrag zur Deportation sich unpraktisch erweise, der Reinhardt'sche Antrag aber durch seine Maßregeln die Zwecke der Rechtspflege geradezu unmöglich mache. Damit schließt die 6stündige Sitzung. Noch sprachen von den 18 vor ihrem Beginn für die allgemeine Discussion vorgemerkten Rednern nur 9, und einige neue haben sich noch im Verlauf der Sitzung gemeldet.

Wir werden aus der Rede des k. Staatsministers der Justiz morgen einige Nachträge bringen. Am 28 Nov. fand keine Sitzung der Kammer statt, wie es scheint wegen des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs.

München, 28 Nov. Das Geburtsfest Sr. Maj. des Königs Max wurde heute in üblicher Weise mit Gottesdienst in den verschiedenen Pfarrkirchen und mit Kirchenparade in der St. Michaelshofkirche feierlich begangen. Se. Maj. der König hat unter dem 7 Nov. l. J. die Bildung eines dem königlichen Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten unmittelbar untergeordneten Telegraphenamts in München genehmigt, und die Function eines Vorstandes desselben dem Eisenbahncommissions-Ingenieur K. Dyk übertragen. Eine Bekanntmachung des genannten Ministeriums erklärt daß die neuen österreichischen Sechskreuzerstücke (Gepräge und Jahreszahl 1849, Nominalwerth 6 kr. im 20fl.-Fuß) in Bayern keinen gesetzlichen allgemeinen Curs haben, daß sie sonach bei öffentlichen Kassen nicht als Zahlungsmittel zulässig und Private zu ihrer Annahme nicht verpflichtet sind. Der Silberwerth derselben nach dem $24\frac{1}{2}$ fl. Fuße beträgt $5\frac{17}{100}$ kr., demnach um $2\frac{1}{10}$ Heller unter dem Silberwerth der bayerischen Sechskreuzerstücke. — An die Stelle des jüngst nach Wien abgegangenen Professors Dr. Steinheil wurde der seitherige Rector der polytechnischen Schule in Nürnberg, Dr. G. S. Ohm, zum zweiten Conservator der mathemathisch - physikalischen Sammlung des Staates ernannt. — Der Bischof Dr. Nic. Weiß zu Speyer erhielt in besonderer Anerkennung seiner loyalen und pflichttreuen Haltung während des jüngsten Aufstandes in der Pfalz das Commenthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael, und der k. Flügeladjutant Oberstlieutenant Frhr. v. Zoller zum Beweise der verdienten Anerkennung der Sr. Majestät geleisteten treuen und nützlichen Dienste das Ritterkreuz des Civilverdienstordens der bayerischen Krone.

Württemberg. *** **Stuttgart,** 26 Nov. Wie ich Ihnen noch während des Bestehens der früheren Verwaltung schrieb, war die Frage ob Römer mit der Kammer für Revidirung der Verfassung zusammenwirken könne, von der Eidesleistung abhängig, d. h. von der Auslassung der Reichsverfassung in der Eidesformel, weil jene Constitution schon lange nicht mehr etwas reelles ist und nicht für einen einzelnen Staat, sondern nur für das ganze Deutschland paßt. Die jetzige Regierung hat denselben Standpunkt eingenommen, nur in anderer Weise als es von Römer geschehen wäre, d. h. durch einseitige Aenderung der Formel. Auf diesen Umstand kann nur die dagegen eingelegte Vorstellung des Ständeausschusses wesentlichen Bezug haben, worin die gemäßigte Partei oder die Mehrheit der frühern Kammer repräsentirt ist. Im Grunde betrifft dieser Einwand aber nur die Form und eine Ausgleichung ist deßhalb leicht möglich. Die gemäßigte Partei wird sich schwerlich wegen dieser Angelegenheit der Regierung widersetzen, wenn dieselbe einen Ausweg bietet. Anders aber verhält es sich mit der jetzigen Mehrheit. Es wurde behauptet, die letztere werde jeden Anlaß der Regierung sie im Beginn aufzulösen vermeiden; die kürzlich erlassene juristische Deduction über die Eidesleistung auf die Reichsverfassung scheint dieß nicht anzudeuten, auf eine Verfassung welche um so weniger jetzt noch zur Geltung gelangen kann, da jede durch die möglichen Veränderungen zur Macht berufene Partei sie umbilden wird. Ob die Mehrheit den Mißgriff begeht daß sie auf der Leistung des Eides in jener Form beharrt, bleibt dahingestellt; wenn sie für etwas aufträte was nicht ist, und nicht mehr in jener Form vorhanden seyn kann, würde sie eine Blöße bieten die ihr nur zum Schaden gereichen könnte, um so mehr da hierdurch dasjenige vereitelt werden müßte was jetzt noch zu erreichen ist, und worauf auch in Bezug auf ganz Deutschland weiter fortgebaut werden kann. Ob die gemäßigte Partei mit dem Ministerium zusammenwirkt, wird von den Vorlagen desselben abhängen. Man erwartet solche, welche zwar in manchen Fällen die Grundrechte nicht in der Weise durchführen wie es von der früheren Verwaltung geschehen wäre, indeß sind die letzteren bestimmt genug durchgeführt um die Möglichkeit wesentlicher Abänderungen abzuschneiden.

Da weder der Präsident der ersten Kammer, Fürst Hohenlohe-Langenburg, noch sein Ersatzmann, Vicepräsident Fürst Waldburg-Wolfegg, in den ständischen Ausschuß eingetreten sind, so hat derselbe in der Sitzung vom 22 einstimmig beschlossen einen Ersatzmann aus der zweiten Kammer zu berufen. In Folge dieses Beschlusses tritt der Abgeordnete Schnitzer von Reutlingen ein.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 25 Nov. Das Land ist mit den nahen Wahlen zum Landtage beschäftigt, und vernahm durch das gestern Abend ausgegebene Regierungsblatt daß die Stände auf den 20 Dec. einberufen werden sollen. Diese Zeitbestimmung hat nur einen formellen Grund, und erklärt sich aus dem Art. 69 der Verfassungsurkunde, wonach die Auflagen nach Ablauf der Verwilligungszeit noch sechs Monate fort erhoben werden dürfen wenn die Ständeversammlung aufgelöst wird, ehe ein neues Finanzgesetz zu Stande kommt oder die ständischen Berathungen sich verzögern. Zu diesem neuen Finanzgesetz war es nicht gekommen als die Stände welche die Auflagen bis zur Mitte des Jahres verwilligt hatten, im Mai dieses Jahrs aufgelöst wurden. So erscheinen die Auflagen bis zu Ende des nächsten Monats December verwilligt. Zu den ersten Vorlagen der Staatsregierung nach Eröffnung der Ständeversammlung muß also die Proposition gehören: das Finanzgesetz auf einen Theil des Jahrs 1850 auszudehnen, und diese Proposition muß sofort von den beiden Kammern nothgedrungen angenommen werden wenn die Staatsmaschine nicht ins Stocken gerathen soll. Mit Ausnahme dieser Angelegenheit wird die Thätigkeit der Stände erst mit dem Anfang des nächsten Jahrs beginnen. Ihre wichtigste Aufgabe wird darin bestehen im Einklang mit den übrigen deutschen Ständeversammlungen an dem Werk der Wiedergeburt des deutschen Staatslebens und Aufrichtung der Reichsverfassung zu arbeiten, eine Bestrebung wofür sie einen rüstigen Agitator in einem Abgeordneten, in Heinrich v. Gagern, in ihrer Mitte haben werden. Die zweitnächste Aufgabe der Ständeversammlung wird außer der Revision des Staatsgrundgesetzes darin bestehen das Programm dieses Mannes, als Minister des 6 März 1848, welches als fürstliches Manifest damals in das Land flog, und welches das nachfolgende Ministerium Jaup als das seinige adoptirte, zur Erfüllung zu bringen, insoweit dieses nicht bereits auf dem letzten Landtage geschehen war. Freilich stand diesem die Gunst der Zeit weit mehr zu Gebot als sie der nächsten Ständeversammlung zur Seite stehen dürfte, die vielleicht auf das Erhalten beschränkt seyn wird. Um so verdienstlicher wird aber die Unermüdlichkeit der Bestrebung seyn.

K. Sachsen. : **Dresden,** 26 Nov. „Der König ist todt! es lebe der König!" so schließt das Dresdener Journal seinen Leitartikel bei heutiger Eröffnung der Kammern, nachdem es über den Sinn in welchem es die nicht eben tactvolle Nutzanwendung jener altfranzösischen Formel des Thronwechsels bringt, bemerkt hat: „Sachsen muß untergehen um neu zu erstehen. Nicht der König der Sachsen, nicht der Herrscher des treuen sächsischen Stammes ward der Sympathien des Volks verlustig, nur der König von Sachsen hat sie verloren!" Sie mögen dieß als eine Probe des gereizten Parteitones betrachten. Wie unbefangen steht dagegen die Kunst über der Politik? Im Hoftheater spielt man heute nach dem „politischen Koche" die Gelegenheitsposse: der Alexandriner, oder Corporal Büffke in Dresden — eine Bluette welche der Einquartierungspopularität des preußischen Garde-Füsiliers mit der Zündnadelflinte ihre Existenz verdankt hat. Es ist dieses Zusammentreffen ein Seitenstück zu dem ominösen Theaterzettel vom 3 Mai, welcher Töpfers: „Nehmt euch ein Exempel dran! Lustspiel in Alexandrinern — noch lange nach den Maitagen an unsern Straßenecken kleben ließ. Graf Waldersee, der Commandeur der Alexandriner, hat nicht vergessen in seinem Buch uns daran zu erinnern. Bei der heutigen Eröffnung der Kammern durch Se. Maj. den König zeigte sich im Aeußern eine bei weitem conventionellere Erscheinung der Abgeordneten als bei der Eröffnungsfeierlichkeit im Januar d. J., von welcher die Sprüchwörtlichkeit von „Jäkels blauem Rocke" datirte. In der Thronrede selbst, die durch das Beiblatt der Leipziger Zeitung wohl bereits in Ihren Händen ist, erscheint am bemerkenswerthesten das Anerkenntniß der preußischen Waffenhülfe mit den Worten: der blutige Aufstand „wurde besiegt durch die hingebende Treue und aufopfernde Tapferkeit Meiner und der mit ihnen kämpfenden preußischen Truppen; ihnen dankt das Vaterland seine Rettung von größerem Unglück." Ferner vor allem der Passus über die deutsche Frage: „War gleich das Panier der deutschen Einheit durch diejenigen entweiht worden welche es zum Schutz verbrecherischen Beginnens aufzupflanzen versucht hatten, so erkannte ich es doch als den Beruf Meiner Regierung dasselbe nicht sinken zu lassen. Daher zögerte ich nicht einer Einigung der deutschen Regierungen mich anzuschließen, welche der deutschen Nation eine gemeinsame, den Forderungen der Zeit genügende Verfassung verhieß. Diesem erhabenen Ziele werde Ich auch ferner Meine Kräfte weihen. Allein Meine Aufgabe werde ich nur dann als gelöst betrachten wenn Mir dafür Bürgschaft gegeben ist daß das Recht, dessen Achtung allein dem neuen Werke seine Dauer sichern kann, unverletzt bleibe, daß unser deutsches Vaterland einig und stark, nicht zerrissen und geschwächt aus seiner Neugestaltung hervorgehe, und daß unser theueres Sachsen für die Opfer die es so gern um diesen Preis darbringen will, den ihm gebührenden Platz in einem deutschen und keinem andern Reiche finde." Hierin wird von den Anhängern des Dreikönigsbündnisses namentlich wohl die Fassung pointirt werden, in welcher des Entstehens jenes hier nur Einigung genannten Bündnisses Erwähnung geschieht; man wird bemerken daß Sachsen einer Einigung sich nicht angeschlossen, vielmehr andere deutsche Regierungen zu dem Anschluß an das Bündniß vom 26 Mai d. J. aufgefordert habe. „Unsere Beziehungen zum Ausland — heißt es weiter — sind nirgends gestört

worden. Der Kampf in Schleswig, in dem ein anderer Theil Meiner Truppen so glänzende Beweise der Tapferkeit gegeben, ist bereits durch einen Waffenstillstand gehemmt; hoffen wir ihn bald durch einen ehrenvollen Frieden völlig beendet zu sehen." Da walte Gott für! Aber — nun das böse Finanz- Aber! „Die außerordentlichen Verhältnisse der letzten Jahre haben nicht unbedeutende Ausfälle in den regelmäßigen Einnahmen herbeigeführt und auch manchen ungewöhnlichen Aufwand nöthig gemacht. Die Ansprüche an die Steuerpflichtigen müssen daher zu Meinem Bedauern gesteigert werden." Jetzt wird also der Bourgeois die bittere Lehrgelderrechnung zu zahlen bekommen. Von Antwortsadressen werden die Kammern wohl absehen, da deren formelle Zwecke auf wirksameren Wegen erreicht werden können. — Der Winter debutirt heute mit einer nach kurzem Schneefall überraschend schnell eingetretenen Strenge; wir zählten am Nachmittag bereits — 11° R.

Der Vortrag den der Staatsminister Dr. Zschinsky bei Eröffnung der Kammern hielt, stellt eine Reihe von Gesetzentwürfen der Regierung in Aussicht: Gesetzentwürfe über das Wahlgesetz, über die durchgreifende Befreiung des bäuerlichen Grundbesitzes von dem letzten Rest der Feudallasten, über das Strafrecht und das Strafverfahren, über die Ordnung der kirchlichen Angelegenheiten, über die Reformen des gesammten Schulwesens u. s. w. Bei dem Finanzwesen hat sich die Regierung nicht veranlaßt finden können nochmals auf eine directe Einkommensteuer zurückzugehen, hofft vielmehr den Zweck in minder bedrückender Weise durch entsprechende Erhöhung der directen und indirecten Abgaben, soweit eine solche bei den letzteren nicht durch die mit andern Staaten noch unverändert fortbestehenden Verträge behindert ist, zu erreichen. Zuletzt heißt es im Vortrag dann noch: „dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten lag es ob seine Aufmerksamkeit und Thätigkeit vornehmlich der deutschen Verfassungsfrage zuzuwenden. Ueber den Gang den die Regierung in dieser wichtigen Angelegenheit verfolgt hat, und über den Standpunkt welchen dieselbe gegenwärtig darin behauptet, wird den Kammern ausführliche Mittheilung durch besondere Vorlage gemacht werden."

Hansestädte. **Hamburg**, 22 Nov. Vor dem Niedergericht wurden gestern drei Preßprocesse verhandelt welche gegen den „Opponenten", ein hiesiges Localblatt, anhängig gemacht worden waren. Als gegen die Anklage wegen des dritten der incriminirten Artikel, enthaltend eine Beleidigung des Senats, den er des politischen Betruges beschuldigte, der Vertheidiger, Dr. Trittau, die Einrede der Wahrheit geltend zu machen versuchte, erklärte der Präses des Gerichts diese Einrede für unzuläßig, und nachdem der Vertheidiger hiergegen protestirt hatte, beschied das Gericht: „da der incriminirte Artikel die höchsten Staatsbehörden geradezu der Betrügerei bezichtigt, demnach aber in der Vorbringung der Einrede der Wahrheit und in dem Versuche den Beweis dieser Einrede zu erbringen unzweifelhaft eine schwere Ehrenkränkung gegen die gedachten Behörden gefunden werden muß — da auch die von dem Angeklagten beantragte Vorladung sämmtlicher Mitglieder der constituirenden Versammlung als Zeugenausweise des schriftlichen Antrags des Vertheidigers den Zweck hat den Beweis der gedachten Einrede zu erbringen, daß die Einrede der Wahrheit und der darauf bezügliche Antrag auf Vorladung der aufgegebenen Zeugen als unzuläßig zu verwerfen sey." Der Vertheidiger erklärte für jetzt von der weiteren Vertheidigung abstehen zu müssen. Das Erkenntniß über alle die beregten Artikel ist bis zum 26 d. ausgesetzt.

Preußen. ⁝ **Berlin**, 25 Nov. Die schleswig-holsteinische Angelegenheit entwickelt sich, wie ich Ihnen neulich andeutete, in einem für Preußen sehr erwünschten Sinn dadurch daß sich die Statthalterschaft zu versöhnenden Schritten hat bewegen lassen, und daß man dänischerseits die in officiöser Weise abgesandten HH. v. Lilienkron und Blome v. Falkenberg sehr günstig aufgenommen hat. Es sind die Berichte der beiden Herren in Ueberlegung genommen und das Verlangen ausgesprochen worden die Wünsche der Herzogthümer in Bezug auf die definitive Regulirung der Friedensfrage in genauer Präcisirung kennen zu lernen. Man erklärte sich in Kopenhagen durchaus nicht abgeneigt mit der Statthalterschaft in directe Unterhandlung zu treten. Frhrn. v. Werthers Thätigkeit wird dabei rühmlichst erwähnt. Unter diesen Umständen scheint die Statthalterschaft die Verhandlungen nicht gern an die Interimscommission übergeben zu sehen, aus Besorgniß vor den österreichischen Ansichten. Auch hierarts ist man ziemlich entschlossen die Friedensunterhandlungen rasch aufzunehmen und in Berlin fortführen zu lassen. Deßhalb wird Hr. v. Usedom und Hr. v. Reedz mit nächstem hier erwartet, der erstere ist nur informationis causa in die Herzogthümer gegangen. Das Gerücht von einer neuesten, gegen die Berufung des Reichstags protestirenden österreichischen Note ist wiederum übereilt. Wie ich aus zuverläßiger Quelle weiß, ist bis heute keine solche Note eingegangen. Daß sie zu erwarten stand, bezweifelte niemand, auch bevor Hr. v. Prokesch sie in vertraulicher Weise dem Hrn. v. Schleinitz ankündigte. Die Gründe die Oesterreich in seinem Protest geltend machen wird, und die Gegenstand der vertraulichen Mittheilung waren, lassen sich in zwei Punkte zusammendrängen: 1) Oesterreich erklärt sich durch die Zusammenberufung in seinen Rechten am Bund von 1815 beeinträchtigt; 2) es bezeichnet den Reichstag als den nothwendigen Sammelpunkt der revolutionären Elemente, und weist mit Entschiedenheit darauf hin daß er den Frieden Deutschlands nachtheilig stören werde. Die Entgegnung welche diese vorläufige Mittheilung gefunden, ging dahin: daß man preußischerseits den Nachweis von den Oesterreich erwachsenden Nachtheilen an seinen Rechten am Bund erwarte, daß man übrigens ernstlich bemüht gewesen und noch sey klar zu machen wie Preußen nicht im entferntesten eine Beeinträchtigung der Bundesrechte irgendeines Staats beabsichtige, noch sich zu Schulden kommen lassen werde. Andererseits aber sey Preußen auf die Ausbildung eines gemeinsamen deutschen Repräsentativsystems zum eignen Schutz und Frommen nothwendig hingewiesen. Es dürfe die vor allem von der conservativen Partei vertretenen besonnenen Forderungen nicht zurückweisen ohne eigene Gefahr. Die radicalen Elemente seyen gegen diesen Reichstag und mit den Sonderbestrebungen der Königreiche zur Herstellung des alten Systems vereint. Die Besorgnisse vor einem revolutionären Herd in Erfurt seyen ganz unbegründet. Der Wahlmodus und die Entschiedenheit Preußens seyen Bürge genug genug dafür. Preußen habe bewiesen daß es der Revolution in Deutschland aus eigener Kraft Herr werden könne wenn die conservative Partei im Volk zu ihm stehe. Dagegen müsse es mit dieser auch einen Schritt halten. Ueber die Steuerquotenangelegenheit geht immer noch eine fette Zeitungsente durch die Presse. Sie spricht von einer Drohung Bayerns aus dem Zollverein zu treten. Wäre eine solche erfolgt, so würde sie mit Freuden hier aufgenommen worden seyn. (?) Dieß ist die Aeußerung eines hochstehenden Staatsmanns, welcher übrigens das Verfahren in der Sache selbst nicht ganz billigt. Indessen ist die ganze Sache trotz aller Zeitungsenten noch in der Schwebe.

Der Preußische Staatsanzeiger erklärt: „Die Kölnische Ztg. versichert in ihrer Nr. 281 aus guter Quelle zu wissen daß Oesterreich vor einigen Tagen formellen Protest eingelegt habe gegen die Berufung des Parlaments und mit gewaltsamer Intervention drohe. Wir sind ermächtigt zu der Erklärung daß kein solcher Protest, weder mit noch ohne jene Drohung, eingelegt ist. Ebensowenig kann daher auch, was die Kölnische Ztg. ebenfalls zu wissen behauptet, eine Antwort darauf bereits abgegangen seyn.

In **Breslau** hat am 27 Nov. J. Venedey von der Polizei die Weisung erhalten die Stadt binnen 24 Stunden zu verlassen. Bekanntlich hatte ihn kurz zuvor in Berlin dasselbe Schicksal getroffen.

Oesterreich. ·|· **Wien**, 25 Nov. Wie ich aus ziemlich verläßlicher Quelle erfahre, sind im Ministerrathe zweierlei Gegenstände, von denen der eine für die Gesammtpolitik, der andere für die volkswirthschaftlichen Interessen von hoher Bedeutung ist, zur Sprache gekommen. Das Ministerium gedenkt nämlich einerseits eine liberalere Richtung einzuschlagen, woraus man auf eine baldige Aufhebung des Belagerungszustandes schließen zu dürfen glaubt; andererseits beabsichtigt die Regierung alle Communicationsmittel an sich zu bringen. Deßhalb sollen auch schon mit der hiesigen Donaudampfschifffahrtsgesellschaft Unterhandlungen angeknüpft worden seyn. Bei unsern Finanzverhältnissen erscheint mir im Augenblick das letztere Vorhaben der Regierung sehr wichtig. Einige wollen in der Umwandlung der von Privatgesellschaften geleiteten Schifffahrts- und Eisenbahnunternehmungen in Staatsinstitute die Restauration des Monopols erblicken. Wenn wir aber auf die Bedürfnisse der Zukunft und auf den Nutzen des Ganzen blicken, wenn wir dazu den Staatszweck ins Auge fassen, so müssen wir wohl der Ansicht Hrn. v. Brucks beitreten. Der Staat ist in seinen Mitteln bei weitem minder beschränkt als eine Privatgesellschaft. Wir haben uns in der letzteren Zeit überzeugt, und wahrscheinlich mochte auch im Ministerium dieselbe Wahrnehmung gewirkt haben daß bei dem Ausbruch eines Krieges oder dem Eintritt einer Krisis in den Handelsverhältnissen das allgemeine Unglück minder groß ist sobald sich derlei Unternehmungen in den Händen des Staats befinden, weil die Calamität nicht auch zugleich von dem Sinken einer großen Anzahl von Actien, von der Unterbrechung der Arbeiten und von allgemeinem Familienruin gesteigert wird. Wir brauchen nur die Börse zu besuchen um uns die Wahrheit des Gesagten aus erster Quelle zu schöpfen, um uns zu überzeugen daß namentlich in den Eisenbahnpapierspeculationen der Grund von großem Völkerunheil liege. Mit Rücksicht auf das Administrationswesen läßt es sich aber am allerwenig-

sten in Abrede stellen daß bei uns in Oesterreich es von großer, weitausgreifender Ersprießlichkeit wäre wenn die Regierung die Verantwortlichkeit für alle Zweige des Communicationswesens sowohl gegenüber dem benützenden Publicum als auch gegenüber der Volksvertretung übernähme. In jenen Staaten wo dieß nicht der Fall, übt die Oeffentlichkeit einen mächtigen Einfluß auf die Verwaltung der Angelegenheiten von Actiengesellschaften, ein Umstand welcher in dem jungen Oesterreich noch lange nicht zur vollen Geltung gelangen wird. Eines ist aber bei der Absicht Hrn. v. Brucks zu wünschen, daß nämlich auch das Finanzministerium mehr die nationalökonomische als die finanzielle Seite bei jenen Unternehmungen im Augebehalte.

Nach dem im Handelsministerium gefaßten Beschlusse werden, wenn die Ausbreitung des Telegraphennetzes über die ganze Monarchie erfolgt ist, in folgenden Orten Telegraphenämter errichtet: Wien, Gänserndorf, Preßburg, Lundenburg, Prerau, Olmütz, Brünn, Trübau, Prag, St. Pölten, Linz, Salzburg, Wiener-Neustadt, Gratz, Marburg, Laibach, Triest, Venedig, Padua, Vicenza, Verona, Brescia, Mailand, Treviso, Pavia, Lodi, Piacenza, Cremona, Mantua, Krakau, Tarnow, Jaroslau, Lemberg, Tarnopol, Czernowitz, Waitzen, Pesth, Debreczin, Großwardein, Klausenburg, Hermannstadt, Agram, Peterwardein, Semlin, Fiume, Zengg, Zara, Spalato, Cattaro, Warasdin, Kaschau, Eperies — endlich in allen Orten wo sich der Sitz des Kreispräsidiums befinden wird.

• **Wien**, 26 Nov. Die Presse wird immer bitterer gegen die Regierung. Die heutige Sonntagsnummer beginnt mit einem Artikel worin dem Ministerium „Schwarzenberg-Bach" Thatenlosigkeit vorgeworfen wird. Selbst das Cabinet Brandenburg-Manteuffel wird vorgezogen. Es hätte doch wenigstens etwas gethan, eine Verfassung octroyirt, Kammern berufen, aufgelöst, das Wahlgesetz geändert und mit der neuen Volksvertretung die Verfassung revidirt. Das Wiener Cabinet habe nur Thaten erlebt, nämlich die Heldenthaten der Armee. Wozu habe ihm der Lloyd Glück gewünscht? Zur russischen Allianz! zu den Steuererhöhungen! zu der Ueberfluthung mit Papiergeld! Und so weiter! Dieser Artikel ist vielleicht bloß in Einer Beziehung wichtig: denn wenn die Anspielung auf das Berliner Cabinet nicht ironisch wäre, und in den gebrauchten Ausdrücken liegt keine Ironie, so würde sich dahinter der Wunsch verstecken lieber von der Verfassung diesen oder jenen Theil fallen zu lassen um eben eine verfassungsmäßige Regierung zu erhalten. Die Ostd. Post wendet sich mit der Forderung um endliche Beseitigung der Ausnahmszustände an den Minister des Innern direct, den sie gleichzeitig daran mahnt wie ihn sein Talent aus Millionen emporgehoben, während seine ehemaligen Meinungsgenossen einem ganz andern Schicksal anheimgefallen. Wenn irgendwo der Belagerungszustand aufgehoben werden sollte, so müßte es zuerst in Prag geschehen, aber nach einer Correspondenz der Ostd. Post von dort würde man noch lange darauf warten müssen. Es würden neue Ausbrüche des Nationaleifers gefürchtet, wenn die Militärregierung aufhörte. Aber wie lange werden noch solche zu fürchten seyn? (Hier beiläufig eine Notiz: Nach den neuesten statistischen Untersuchungen welche die Regierung anstellen ließ, soll sich ergeben haben daß man über die nationale Vertheilung der böhmischen Bevölkerung bisher in den größten Irrthümern befangen gewesen. Nicht drei Zehntel, nicht zwei Fünftel, wie die Tschechen behaupten, sondern 0,6 Deutsche bilden die Bevölkerung Böhmens. *) Wie mag es dann im großen Oesterreich aussehen, wo man jetzt gar nur 6 oder 7 Millionen Deutsche wohnen lassen will!) — Nach einer Aeußerung des Generals Haynau, welche im Lloyd berichtet wird, soll am 1 Jan. eine allgemeine Amnestie erlassen werden. — Heute laden Maueranschläge zu einem Concert ein, dessen Ertrag 265 bedürftigen Schullehrern bestimmt ist. Ein trauriges Almosen! Soll die Schule, wie ehemals die Mönchsorden, mit dem Bettelsack herumwandern? Freilich diese Klage über die gedrückte Lage der Schullehrer ist eine deutsche, nicht eine österreichische Calamität. Das ist das Unglück einer langen reformscheuen Zeit, daß alles, alles nach Aenderung, Besserung und Hülfe schreit. Mehr als ein moderner Staat gleicht einem reichen Kaufherrn mit einem großen Geschäft, aber mit einer Menge Schulden aus alter Zeit. Von allen Seiten drängt man ihn jetzt, er soll seine Verpflichtungen leisten und gleichzeitig, augenblicklich leisten. Hätte man früher nach und nach die großen und die kleinen Gläubiger befriedigt, es wäre die jetzige Bedrängniß nie gekommen in der man die Leute daran mahnen muß daß sie bedenken sollen, was in solchen Verhältnissen menschenmöglich ist. Und dabei ist die Welt noch übervoll von Leuten welche das goldene Zeitalter der Zufriedenheit und der hungernden Gläubiger zurückwünschen!

∴ **Wien**, 25 Nov. Ein Artikel der heutigen „Presse" erregt allgemeine Aufmerksamkeit. Dieses Blatt, welches man früher nicht selten als halbofficiell und zum Cabinet in vertrauter Beziehung stehend betrachtet hatte, wirft nun seinen vermeintlichen Gönnern den Fehdehandschuh mit großer Heftigkeit hin. Wenn das Vertrauen zur Regierung nicht festern Boden hätte als die Presse zugeben will, so wäre es schlecht bestellt. Zum Glück haben die wohlmeinenden Reformen der Regierung die Würdigung aller Einsichtsvollen erhalten. Man erwägt welche Schwierigkeiten zu überwinden waren ehe Oesterreich der Anarchie Schritt vor Schritt abgerungen wurde. Möge aber die Regierung nicht ermüden den Boden constitutioneller Reform fester und fester zu legen; denn nur auf diesem Boden wird ihr Gebäude einen sichern Halt finden, auf jedem andern sänken wir in den alten Jammer zurück. In der Physiognomie Wiens hat sich in letzter Zeit wenig geändert. Der Zudrang von Fremden nimmt fortwährend zu, und die Aristokratie findet sich, zum Troste für den hiesigen Bürger, immer zahlreicher ein. Freilich fehlen noch immer die funkelnden Livreen und die glänzenden Equipagen der reichen Magnaten, aber auch die nicht geringen Reste derselben werden wohl ihre traurigen Landsitze verlassen und ins gastfreundliche Wien zurückkehren. Die Allgemeine Zeitung von und für Ungarn bringt folgende Notiz über Görgey: Gestern sind fünf dem Görgey gehörende Kisten mit Gold und Silber, welche in der Sparcasse von Komorn befindlich waren, nach Wien befördert worden. Der Gesammtwerth derselben beträgt 32,000 fl. (?) Eine besondere Plage bilden gegenwärtig die unendlich vielen oft kühn ausgeführten Diebstähle. Die Thätigkeit der Polizei ist nicht im Stande das abzustellen.

** **Wien**, 25 Nov. Die neuen Gerichte und neuen politischen Behörden werden nach und nach ins Leben treten, und eben damit gehen die meisten magistratischen Beamten in Staatsdienst über. Die bisherigen Beamten der Patrimonialjustiz aber sind für sich und ihre Familien nicht ohne bange Sorgen, denn noch ist deren Uebernahme in den Staatsdienst nicht definitiv ausgesprochen. Die hiesigen Blätter sprechen sämmtlich von der Wiedereinführung eines Stempels für die Zeitungen. Wir glauben kaum daß sämmtliche Zeitungen einem Stempel werden unterworfen werden, obgleich eine solche Maßregel keine Wiedereinführung des Stempels wäre, sondern nur eine Gleichstellung sämmtlicher Zeitungen vor dem Stempelgesetze. Wenn also die „Presse" unter dem Motto „Gleiches Recht für alle" hiegegen eifert, so darf man ihr wohl bescheiden erwiedern daß der Zeitungsstempel, wenn er als gesetzlich abgeschafft betrachtet werden wollte, was dem gebrauchten Ausdruck Wiedereinführung entspricht, seither von keiner Zeitschrift hätte mehr bezogen werden dürfen, so wenig von einer österreichischen als von einer nichtösterreichischen. Oder entspricht es dem Begriff „Gleiches Recht für alle" daß die seit 1848 neuerstandenen Zeitschriften sich allein des Stempels erwehren, ältere Zeitschriften aber noch von demselben getroffen werden? Hiemit will ich natürlich dem Zeitungsstempel an und für sich das Wort nicht reden, sondern nur andeuten daß gleiches Recht für alle jedenfalls auch Gleichheit vor dem Stempelgesetze involviren muß, und daß wenn dieß zugegeben wird, auch die nichtösterreichischen, aber in deutschen mit Oesterreich verbundenen Ländern erscheinenden Zeitschriften, deren Finanzgesetzgebung die österreichischen Blätter einem Stempel nicht unterwirft, für sich wohl dieselbe Stempelfreiheit in Oesterreich in Anspruch nehmen könnten. Wenn nicht, so gleicht der Anspruch der österreichischen Blätter auf Stempelfreiheit einem Redactions- und Zeitungsmonopol für Oesterreich, einem Verlangen nach Ausschließung der übrigen deutschen Journale, gerade ebenso wie zwei Tropfen Wasser einander gleichen, und zwar umsomehr als die nichtösterreichischen deutschen Zeitungen auch noch mit höherem Postaufschlag belegt sind als die österreichischen.

△ **Wien**, 26 Nov. Es zeugt von einer großen Unkenntniß der österreichischen Verhältnisse wenn auswärtige Blätter von der baldigen Einberufung des allgemeinen österreichischen Reichstages berichten. Solange Ungarn und Italien nicht friedlichen ruheverbürgenden Zuständen anheimgegeben sind, kann dieß in keinem Fall stattfinden. Wir verstehen unter jener Pacification das allmähliche Bestreben sich Oesterreich enger und fester anzuschließen, und damit steht es leider noch im weiten Felde. Dagegegen dürfte in der Handhabung des Belagerungszustandes eine baldige Modification eintreten: derselbe soll sich auf die Aufrechthaltung der Ruhe beschränken und die Gerichtsbarkeit soll an das Civil abgegeben werden. Der Kaiser ist heute in Schönbrunn wieder eingetroffen, und er kann mit Befriedigung auf den Erfolg seines kurzen Ausflugs zurückblicken, denn ihm wurde die Huldigung einer zufriedenen Landbevölkerung und eines durch die Rückkehr der Ordnung mit Arbeit reichlich versehenen Handels- und Arbeiterstandes zu Theil. — Eine Correspondenz des Wanderers bestätigt die in einem Schreiben aus Belgrad von der Allg. Zeitung gebrachten Nachrichten über die Lage der Dinge im Orient, und fügt hinzu daß Hr. Titoff nur unter der Bedingung, wenn die englische Flotte nach Ur-

*) Das scheint doch ein Irrthum. Wir bitten dringend um Aufklärung.

lae abgesegelt seyn wird, den unterbrochenen diplomatischen Verkehr regelmäßig anzuknüpfen bereit zu seyn erklärt habe.

Die Oesterr. Correspondenz will verläßlichen Nachrichten zufolge wissen, Kossuth habe in der englischen Bank 2 Millionen Gulden niedergelegt.

* **Salzburg**, 26 Nov. Der hier auslaufende Telegraph hätte eigentlich am Freitag den 23 d. M., wie wir mittheilten, seine Correspondenz mit Linz und Wien beginnen sollen. Unvermuthete Hindernisse machten dieß jedoch bis jetzt nicht möglich. Das Brechen eines Drathes, sowie die Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers in Linz, welche die Telegraphisten für die Wiener Correspondenz vollauf beschäftigte, sollen die Ursachen hievon seyn. Sowie wir in Erfahrung brachten, wird aber die Thätigkeit derselben heute Montag beginnen. Bereits sind die Kupferdräthe bis in das Telegraphenzimmer eingeleitet, der magnetische Stromwecker aufgestellt, der Arbeitstisch des Telegraphisten hergerichtet, Batterie, Commutator und Indicator des Gedankendienstes gewärtig. Durch die Gefälligkeit des Telegraphen-Ingenieurs war es uns gegönnt von dieser für den Gedankenblitz vorgerichteten Anstalt Einsicht zu nehmen. Es ist erstaunlich durch welche einfache Mittel sich auch hier wieder der menschliche Verstand die elektro-magnetische Strömung dienstbar gemacht hat. Daß demnächst auch die telegraphischen Leitungen in der Strecke von Oderberg nach Krakau, von Salzburg über Innsbruck nach Bregenz, von Innsbruck nach Botzen, endlich von Steinbrück nach Agram in Ausführung kommen werden, beweist die so eben zur Oeffentlichkeit gekommene Kundmachung der k.k. Staats-Telegraphen-Direction in Wien, nach welcher schon bis zum 10 Dec. d. J. die Anerbietungen zur Lieferung der Tragsäulen geschehen müssen. Welche bedeutende Linien für den Telegraphendienst sich hiedurch neuerdings eröffnen werden, geht aus dieser Ausschreibung hervor, nach welcher 4025 Stücke für Oderberg bis Krakau, 9520 St. von hier (Salzburg) über Innsbruck nach Bregenz, 9275 St. von Innsbruck nach Botzen und 2050 St. von Steinbrück nach Agram erforderlich sind. Da die 24 Schuh hohen aus Lärchenholz gezimmerten Tragsäulen in Zwischenräumen von 25 zu 25 Klaftern aufgestellt werden, so sind die weiten Linien, welche nun neuerdings der elektrischen Correspondenzströmung baldigst übergeben werden, wohl einleuchtend. Demnächst hoffe ich Ihrem verbreiteten Blatte „die erste telegraphische Depesche aus Salzburg,“ die für die Publicität geeignet ist, mittheilen zu können. *) Gegen Beschädigungen der Telegraphenleitungen haben die Minister der Justiz und des Innern wiederholte Warnungen erlassen, und zum Schutze dieser wichtigen Staatsanstalt bestimmt: daß jede boshafte Beschädigung der Telegraphenanstalt sowie die Entwendung und Zerstörung des Leitungsdrathes das Verbrechen der öffentlichen Gewaltthätigkeit begründet, und an den Thätern mit Kerker zwischen 6 Monaten und 1 Jahr, nach der Größe der Bosheit und des Schadens mit schwerem Kerker von 1 bis 5 Jahren bestraft wird. Es erschiene uns angemessen wenn neben dieser nothwendigen Verpönung das noch alles Begriffes über die Natur dieser Anstalt bare Landvolk durch die beliebteren Volksblätter gehörig belehrt würde. Solche Belehrungen helfen oft mehr als die strengsten Strafandrohungen.

Großbritannien.

London, 24 Nov.

Se. Exc. Viscount Ponsonby, Gesandter beim österreichischen Kaiserhof, sagt die M. Post, werde nächstens auf Urlaub in London erwartet.

Für die nächste Session sind bereits 30 neue Eisenbahn-Bills angekündigt, wovon jedoch nur 3 die Anlegung neuer Schienenwege bezwecken; die übrigen betreffen Verschmelzungen von Eisenbahngesellschaften, Abänderungen der bisherigen Bauplane, Fristerstreckungen u. dgl.

In Edinburg hat man durch Subscription eine erkleckliche Summe zusammengebracht, um das alte Wohnhaus des schottischen Reformators John Knox († 1572) wieder in baulichen Stand zu setzen und darin zu erhalten.

Von Hrn. Roberts, dem Präsidenten der Neger-Republik Liberia, welcher im vorigen Jahr England besuchte, ist, wie die Times berichtet, neuerlich ein Schreiben eingelaufen. Er zeigt das Aufhören des Sklavenhandels an dem nördlich an Liberia gränzenden Gallinaslande an, und spricht die Hoffnung aus daß durch Ankauf jenes Gebiets, welches nur 2000 Pf. St. kosten soll, dem Sklavenhandel vom Gallinasfluß aus für immer ein Ende gemacht werden könnte. Die freie Negerküste in jenem Theile West-Afrika's (zwischen der Sierra Leone-Küste und Guinea) würde dann 700 englische Meilen lang seyn. Der bekannte menschenfreundliche Quäker Samuel Gurney, Bankier in London (Bruder der verstorbenen Mistreß Fry) hat dem Präsidenten Roberts zu jenem Ankauf ein Geschenk von 1000 Pf. angeboten; deßgleichen ein Gentleman in Cincinnati (Vereinigte Staaten) 400 Pf. — Von dem englischen Kreuzergeschwader an der westafrikanischen Küste, welches den Sklavenhandel zu verhindern die Aufgabe hat, sind Nachrichten eingegangen die bis Mitte Octobers reichen. Es besteht aus ungefähr 20 größern und kleinern Schiffen, worunter eine beträchtliche Anzahl Dampfer. Der Gesundheitsstand der Mannschaft war ungewöhnlich gut. Man hatte mehrere Sklavenschiffe mit 200 bis 600 Negern nach Sierra Leone und andern Punkten aufgebracht: bei einer Ausschiffung aber ertranken 30 von den armen Schwarzen durch Umschlagen eines Boots in der Brandung. Gleichwohl gewinnt in England die Ansicht mehr und mehr Halt daß auf diese Weise dem Sklavenhandel nicht zu steuern sey.

⁂ **London**, 23 Nov. Die Verhandlung über Territorialrechte zwischen dem Staate Nicaragua in Central-Amerika und den brittischen Agenten im Namen des Königs der Mosquito-Küste hat, nicht unnatürlicher Weise, einiges Interesse erregt, und dieses hat sich vermehrt seitdem zur Ausführung des Nicaragua-Canals behufs der Verbindung des atlantischen mit dem stillen Meer einige Aussicht vorhanden ist, und seitdem die Vereinigte-Staaten-Regierung sich entschieden für die Unabhängigkeit der Nicaraguanischen Republik erklärt hat. Lord Palmerston mit seiner gewohnten Anmaßung und Unbesonnenheit — seine Bewunderer nennen es ächt brittischen Geist — hat, scheint es, sich durch die Behauptung gewisser Grundsätze bloßgestellt die er zu verwirklichen schwer finden dürfte, da er zwei furchtbare Gegner, Geschichte und Geographie, gegen sich hat. Das Individuum welches der edle Viscount König von Mosquitia zu betiteln beliebt hat, ist der armselige Häuptling eines kleinen Stammes, der sich nur allzu glücklich fühlt in dem Hause des bei ihm „accreditirten“ brittischen Consuls ein Obdach und eine gute Mahlzeit zu finden, sowie auch alle seine Rathgeber und Agenten Engländer sind. Einer derselben ist ein alter Freund Lord Palmerstons, und dieser scheint seinen Gönner zu dem von ihm begangenen auffallenden Schnitzer verleitet zu haben. Wie ich höre, macht Palmerston geltend daß, obschon England durch den Vertrag mit Spanien von 1786 sich zur Räumung der Mosquito-Küste verbunden, und also Spanien gegenüber dazu verpflichtet gewesen, gleichwohl durch die Emancipation Mittel-Amerika's und der alten Capitanie Guatemala diese Verbindlichkeit gegen Spanien erloschen und das alte Anrecht Englands auf jenen Küstenstrich wieder aufgelebt sey. Eine Logik wie diese möchte für Nicaragua ausreichen, wird aber die Protestation der Vereinigten Staaten schwerlich abwenden; ja, sie könnte selbst die Folge haben die brittische Niederlassung in Honduras, welches keine Colonie sondern bloß ein Territorialrecht auf Fällung von Mahagony- und Färbhölzern ist, juridisch in Frage zu stellen. Die von Palmerston angenommene falsche Stellung in seinen ersten Depeschen, in denen er peremtorisch für Großbritannien das Recht und die Pflicht in Anspruch nahm die Mosquitos im Besitze der ganzen Küste, mit Einschluß der Mündung des San Juan de Nicaragua, zu schützen, ist um so mehr zu bedauern, als nun auf England der Schein fällt daß es der drohenden Haltung des amerikanischen Cabinets nachgegeben; denn jene stolze und ehrgeizige Demokratie wird über eine solche Nachgiebigkeit des alten Mutterlands natürlich nicht wenig triumphiren, und es versetzt sich — wie neuerdings das Beispiel Rußlands in der Türkei zeigt — eine Macht immer in ein zweideutiges und gehässiges Licht, wenn sie erst einen schwachen Staat bedroht und dann vor einem ins Mittel tretenden starken die Segel streicht. Die einzige Entschuldigung für uns liegt in dem Umstand daß in ganz England keine sechs Menschen sind die sich eines Strohhalms werth um Mosquitos und Nicaraguaner kümmern, daß Lord Palmerston ohne Mitwissenschaft seiner Collegen handelte, und daß Capitän Lock's Expedition den San Juan hinauf ohne bestimmte Verhaltungsbefehle unternommen ward, obwohl die Regierung nachher sein tapferes Benehmen guthieß und ihn dafür belohnte. In der That hegt das englische Publicum nur den Wunsch daß jener Canal zu Stande komme und dem Handel aller Nationen eröffnet werde; allein man fürchtet daß die betreffende amerikanische Compagnie nicht hinreichende Fonds für ein so überaus großes Unternehmen besitze.

Frankreich.

Paris, 25 Nov.

Der Moniteur vom 23 Nov. enthält eine vergleichende Uebersicht der Ein- und Ausfuhren in den zehn ersten Monaten des jetzigen und der beiden vorhergegangenen Jahre. An Zöllen hat die Verwaltung einge-

*) Für die Allgem. Ztg. sind alle nöthigen Anstalten getroffen um von der dem Publicum freigestellten Benützung des Telegraphen so oft als möglich Gebrauch zu machen. Wir behalten uns vor unsern Lesern das Nähere mitzutheilen. Bei der zu erhoffenden baldigen Herstellung des Telegraphendienstes nach Berlin werden wir auch von dort telegraphische Depeschen erhalten. Die große Ungunst der Lage in die München und Augsburg durch die Ueberflügelung der auswärtigen Eisenbahnen gekommen, dürfte also in Bälde in etwas ausgeglichen werden.

nommen 106½ Mill., 34½ Mill. mehr als in demselben Zeitraum von 1848, und nur 6 Mill. weniger als 1847, denn der ganze Zollertrag vom letztern Jahr war 134 Mill. Um dieses Ergebniß zu erreichen müßten die Zölle in diesen noch übrigen zwei Monaten 27½ Mill. abwerfen, was nicht wahrscheinlich ist. Doch ist jetzt schon kein Zweifel daß die Totaleinnahme von 1849 die von 1848 um ein beträchtliches übersteigen wird, da die Totaleinnahme dieser zehn Monate von 1849 schon um mehr als 17 Mill. gegen 1848 vorschlägt. Im allgemeinen nahmen die Ausfuhren zu (nur das Gußeisen machte eine auffallende Ausnahme), und an Geld fehlt es nicht. Die Bank hat jetzt einen Cassenvorrath von 412 Mill., und Banknoten befinden sich für 442½ Mill. in Umlauf, noch 10 Mill. unter dem durch das Decret der provisorischen Regierung festgesetzten Maximum. Dieses Maximum von 452 Mill. scheinen die Finanzmänner der Nationalversammlung auf 525 bis 530 Mill. erhöhen zu wollen. Unter den Maßregeln die Hr. A. Fould zur Aufbesserung des öffentlichen Einkommens vorhat, ist auch eine Advocatensteuer, er will diese zahlreiche Classe durch die Patentsteuer treffen.

Der Nationalversammlung liegen mehrere Gesetzanträge vor, über welche in den Abtheilungen verhandelt wurde. So einer von Hrn. Betting de Lancastel, welcher dahin geht daß die Zahl der Minister und ihr Geschäftskreis gesetzlich bestimmt werde. Die Mehrheit hat sich, vornehmlich aus Besorgniß daß ein neuer Conflict zwischen der gesetzgebenden und der vollziehenden Gewalt daraus entstehen könnte, gegen die Zeitgemäßheit einer solchen Maßregel erklärt. Doch waren viele Mitglieder der Ansicht daß es gut wäre die Zahl der Minister auf sechs (statt neun) zu beschränken, damit die Verwaltungsgeschäfte mehr centralisirt werden könnten. Schöne Aussichten für die Decentralisation, von welcher so manche Politiker glauben daß man in Frankreich im Ernst darnach strebe! Ein Antrag von Hrn. St. Priest, gegen den Wucher, fand auch vielseitigen Widerspruch, und es machte sich im allgemeinen die Ansicht geltend daß die bestehende Gesetzgebung genüge um schmählichen Speculationen zu begegnen, daß aber wenn man darüber hinaus Bestimmungen treffen wollte, dieß nur dem öffentlichen Credit schaden könnte, daher die Regierung auch das Decret vom 4 Nov. 1848 über den Zinsfuß in Algerien zurückgenommen hat. Von Hrn. Sautevra ist ein Antrag eingebracht die Staatsrenten im Betrag eines Zwanzigstels zu besteuern, von vierzehn Mitgliedern der Bergpartei ein Ansinnen von 3 Mill. zum Behuf der Vertheilung hälftig an die freien Vereine zwischen den Grundeigenthümern und Feldarbeitern, hälftig zwischen den industriellen Arbeitgebern und ihren Leuten. Der schon erwähnte Antrag von A. Thouret und der Bergpartei lautet wie folgt: „Die Unterzeichneten haben die Ehre nachstehenden Antrag niederzulegen für welchen sie Dringlichkeit verlangen. In Betracht daß in der Sitzung vom 21 Nov. bei den Worten eines der Mitglieder der Versammlung, des Hrn. Segur d'Aguesseau, es den Mitgliedern welche gegen diese Worte und ihren Urheber appelliren wollten, nicht möglich war das Recht zu erlangen das ein Recht aller ist, den Ordnungsruf oder die in Art. 119 der Geschäftsordnung vorgesehenen Maßregeln zu veranlassen, daß es nicht einmal möglich war das Wort zu erlangen, sey es zu einer Erinnerung an die Geschäftsordnung, sey es zu einer Verwahrung; in Betracht daß die Ausdrücke des Hrn. Segur d'Aguesseau offenbar eine Beschimpfung der Republik und ihrer glorreichen Gründer, der Februarkämpfer sind; daß es nicht dem Präsidenten zustehen kann die Volksrepräsentanten zu hindern auf der Tribüne feierliche Genugthuung für eine solche Beschimpfung zu verlangen; daß eine unmittelbare Zurechtweisung vielmehr für den Präsidenten gebieterische Pflicht ist; daß endlich ein Mitglied der Versammlung, weil es energische Beharrlichkeit gehabt, zur Ordnung gerufen und ihm eine Rüge ertheilt worden: erklärt die Versammlung daß der Präsident in der Behandlung dieses Zwischenfalls nicht unparteiisch gewesen, daß er die erste seiner Pflichten, der Republik Respect erweisen zu lassen, hintangesetzt hat, und verordnet daß gegenwärtige Erklärung in das Protokoll eingerückt werde." — Von der Commission über das Deportationsgesetz hört man daß sie mit einer Majorität von zwei Drittheilen das Princip des Gesetzes, die lebenslängliche Einsperrung in einer Festung, angenommen hat. Ueber die Wahl der Deportationsorte hat sie zu keinem Beschluß kommen können. Die ministeriellen Nachweisungen über die vorgeschlagenen Inseln wurden als ungenügend erkannt, und die Commission will, ehe sie sich entscheidet, Marineofficiere vernehmen die an Ort und Stelle gewesen sind.

Die Sache der Februarverwundeten ist nicht vergeblich auf der Nationaltribüne angeregt worden: das Ministerium hat bereits eine Aufforderung an dieselben erlassen sich auf der Seinepräfectur zu melden. Es ist jetzt überhaupt sehr beflissen sich mit der Versammlung auf guten Fuß zu setzen, und umgibt sich daher, um wichtige Maßregeln vorzubereiten, gerne mit dem Rath von Commissionen die aus ihrem Schooß genommen sind. So hat der Marineminister zum Behuf der Entwerfung einer neuen Colonialverfassung eine Commission niedergesetzt, die aus den HH. v. Broglie, H. Passy, den Vice-Admiralen Cecille und Lainé u. s. w. nebst einer Anzahl von Staatsräthen besteht. Eine andere Commission, mit Hrn. Vivier, dem Präsidenten der Gesetzgebungssection im Staatsrath, an der Spitze, ist gebildet um einen Gesetzentwurf über die Organisation der Corps der Brücken und Straßen und der Bergwerke auszuarbeiten. Die gestrige Sitzung war doch nicht ganz ohne politische Beziehung. Unter den Bittschriften befand sich eine von den Büchsenmachern und Waffenhändlern in Paris, deren Magazine in den Februar-, Mai- und Juniusunruhen geplündert worden. Der von ihnen erlittene Schaden ist auf fünf Mill. geschätzt. Eine andere Petition betraf die Herstellung des Standbilds des Herzogs v. Orleans im Hof des Louvre. Es war nicht unmerkwürdig wie General Grammont, der Berichterstatter, und nach ihm Hr. Hovyn-Tranchère, General Gourgaud dem Andenken dieses Prinzen ihre Huldigung darbrachten und ersichtlich bedauerten daß der Staatsgrund noch nicht erlaubt die Wünsche ihres Herzens zu erfüllen. Da sie behaupteten daß die Bildsäule mehr dem militärischen Verdienst als dem Königssohn gegolten, so zog Hr. J. Favre dieß in Zweifel, enthielt sich aber aller verletzenden Bemerkungen und machte nur auf die Inconsequenz aufmerksam wenn man vor einigen Wochen Bedenken getragen hätte das Verbannungsdecret gegen die Bourbons aufzuheben und jetzt einem von ihnen eine Denksäule errichten wollte. Daß man sich darauf berufen könne daß niemand daran gedacht die Bildsäulen Heinrichs IV, Ludwigs XIV zu entfernen, gab er nicht zu; er wisse nicht, sagte er, daß der Vater Heinrichs IV noch lebe und vor zwei Jahren aus Frankreich vertrieben worden sey. — Die Gesandten in St. Petersburg und Wien, General Lamoricière und Hr. v. Beaumont haben ihre Entlassung eingeschickt. Wenn der Constitutionnel, der diese Nachricht gibt, bemerkt es sey dieß ein Beweis daß sich beide als Repräsentanten des Ministeriums, nicht des Präsidenten betrachtet hätten, der doch nach der Analogie des amerikanischen Systems die Repräsentation des Landes selbständig zu bestellen habe, so vergißt er welchen Antheil dort der Senat am diplomatischen Departement nimmt.

. **Paris**, 25 Nov. In einem meiner letzten Schreiben zeigte ich welche Anarchie in der „großen Partei der Ordnung" herrsche, und es bleibt mir noch übrig nachzuweisen wie die Anarchie in der „Partei der Unordnung" nicht geringer ist. Proudhon greift abermals, wie er das schon oft gethan, alle seine Nebenbuhler im Kampfe gegen „die alte Gesellschaft" an, zeigt daß sie lächerliche Schwärmer, Dummköpfe oder Betrüger seyen, worauf Schwärmer, Dummköpfe und Betrüger ihm antworten daß Proudhon kein Schwärmer, kein Dummkopf, wohl aber ein verkappter Malthusianer seyn mag, der aus Ehrgeiz unter der Maske des Socialismus das Volk an seine Unterdrucker zu verkaufen und zu verrathen im Schilde führe. Wie gesagt, es ist nicht zum erstenmal daß die Häupter der socialistischen Kirche derlei Artigkeiten unter einander austauschen; ihre Eintracht wäre bei weitem überraschender als ihre stets von neuem wiederkehrenden Zerwürfnisse; als Männer der Unordnung, wie ihre Gegner sie nennen, ist es kein Wunder daß keine Ordnung unter ihnen herrsche, als Männer der Zerstörung, wie sie selber sich nennen, ist es natürlich daß sie nicht nur was sie die alte Gesellschaft schelten, sondern auch gegenseitig ihre respectiven Systeme und die sie vertretenden Persönlichkeiten zerstören. Wenn die Unordnung also, welche unter Orleanisten, Legitimisten und Bonapartisten herrscht, eine wahre Ironie des Beinamens ist den sich diese drei Parteien in ihrer Gesammtheit als „Partei der Ordnung" beilegen, so ist auf der andern Seite die Unordnung in der Partei des Umsturzes eine logische Consequenz ihres Princips, ihres Zieles das sie anstreben, aber eben darum weil die Anarchie unter ihnen so zu sagen etwas normales, natürliches, ihrem Princip entsprechendes ist, kann sie ihren Zweck nur dann erst beeinträchtigen, wenn dieser Zweck einmal erreicht, d. i. die Partei der Unordnung an die Gewalt gekommen ist. Man hat daher mehr dem Scheine als dem Wesen der Sache nach richtig geschlossen, wenn man aus dieser Unordnung, aus dem wiederholten Zerwürfniß der L. Blanc, Cabet, Considérant, Pierre Leroux und Proudhon auf den nahen Untergang der ganzen socialistischen Partei schloß. Im Gegentheil der Socialismus hat seit dem 24 Febr. ununterbrochen Fortschritte gemacht, und selbst der lächerliche Feldzug vom 13 Jun. d. J. hat diesen Fortschritt nicht aufgehalten. In den Städten, sonderlich in Paris, ist dieser Fortschritt allerdings weit geringer als vor dem 13 Jun., um so gewaltiger aber greift der Socialismus auf dem Lande um sich. Nicht Flugschriften, nicht Journale sind es die dort Propaganda machen, sondern das lebendige Wort socialistischer Missionäre. Wo und was predigen diese Missionäre? Weder das System Proudhons noch das irgendeines andern Apostels des allgemeinen Glücks; auch verbreiten sie ihre Lehre nicht auf geheimen Wegen, sondern verheißen dem Bauern auf dem Felde, in der Kneipe, in seiner Woh-

nung bloß zwei Dinge: Capital ohne Zinsen und Steuerfreiheit für jedes Besitzthum das nicht einen Reinertrag von 5000 Fr. jährlich abwirft. Diese beiden Worte üben einen unwiderstehlichen Zauber auf den Bauer, denn er kennt keine größeren Feinde als den Fiscus und den Capitalisten, wer von beiden ihn befreit der ist sein Erlöser auf dieser Erde. Wer diese Zustände kennt der kann sich nie des Lachens enthalten wenn er in gewissen Blättern noch immer von dem „Erwählten" der sechsthalb Millionen sprechen hört. Müßte Ludwig Bonaparte heute abermals vor den Wählern erscheinen, und träte er nicht mit demselben Programm als die erwähnten Missionäre vor dem Volke der Bauern auf, er hätte keine 2 Millionen Stimmen für sich; ebenso würde, falls heute allgemeine Wahlen stattfänden, die Majorität entweder nicht mehr auf derselben Seite der Kammer sich befinden, oder, wenn sie noch immer auf der Rechten bliebe, wäre sie doch so gering daß sie dem heftigen Andrang der Linken nicht lange widerstehen könnte. Welchen Einfluß dieses Anschwellen der socialistischen Partei schon jetzt auf die Lage der Dinge übe, und wie weit es an der Unordnung in der „Partei der Ordnung" betheiligt sey, davon nächstens in einigen Schlußbetrachtungen.

Niederland.

Haag, 22 Nov. Aus der vom vorigen Cabinet vorgelegten und auf die Revision des Budgets bezüglichen Note geht hervor daß die drei ersten Capitel des Budgets (Civilliste, obere Collegien und Ministerium des Auswärtigen) gar keine Aenderung erlitten haben. Bei Capitel 4 (Justiz) ward für das laufende Jahr eine Verminderung um 185,385 fl. vorgenommen. Bei Cap. 5 (Inneres) ward die Zulässigkeit mehrerer Ersparungen anerkannt, die jedoch von der diesem Departement vor Neujahr zu gebenden neuen Einrichtung abhängen werden. Die Capitel der Culte sind um den Betrag des Gehalts der eingegangenen Ministerstellen verkürzt worden. Bei der Forstverwaltung wird bemerkt daß bedeutende Vereinfachungen und Ersparnisse thunlich seyen. Die Capitel bezüglich der Marine, des Kriegs und der Finanzen haben keine Abänderung erlitten. Berichte aus Java melden daß zahlreiche Erdbeben auf dieser Insel großes Unglück angerichtet haben; in einigen Bezirken war die Tabakernte ganz, die Kaffee-Ernte großentheils verloren. - Der Generalgouverneur rüstete eine Expedition aus, um einen großen Theil von Celebes den niederländischen Besitzungen einzuverleiben. (Köln. Ztg.)

Italien.

Turin, 24 Nov. Der englische Gesandte, Sir Ralph (sprich Rehf) Abercromby, ist an unsern Hof zurückgekehrt. — La Legge läßt sich aus Mailand schreiben: „Die Oesterreicher haben ihre Truppenmacht bei Pavia vermehrt. Außer dem Lager bei Piacenza bilden sie, scheint es, ein zweites am Isonzo."

Florenz, 23 Nov. Das Amnestiedecret ist erschienen. (Details fehlen noch.)

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 17 Nov. Durch einen Ukas des Kaisers vom 2 d. M. wird auf den fünf russischen Universitäten St. Petersburg, Moskau, Kiew, Charkow und Kasan die Einrichtung abgeschafft, die Rectoren auf bestimmte Zeit aus den Professoren zu wählen. Künftig wählt der Minister der Volksaufklärung die Rectoren auf unbestimmte Zeit aus der Zahl der Personen die einen gelehrten Grad erworben haben. Die Wahl des Decans geschieht wie bisher auf vier Jahre, doch kann der Minister nach Gutdünken die Amtsdauer desselben verkürzen oder verlängern.

Türkei.

Eine Correspondenz des Constitutionnel, **Konstantinopel** 7 Nov., spricht von zwei Besuchen welche Hr. v. Titow und Graf Stürmer am 5 und 6 bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemacht haben. Die neuen Forderungen Rußlands bestehen darin daß von politischen Flüchtlingen die Chefs, Bem und die andern Renegaten nicht ausgenommen, in eine Festung eingesperrt, die übrigen und selbst eine Anzahl längst ansässiger Polen ausgewiesen werden. Hr. v. Titow soll jedoch erklärt haben daß die Unterhandlungen nicht eröffnet werden könnten ehe das brittische Geschwader die Dardanellen verlassen habe. Man hoffte Sir Stratford Canning würde dazu den Befehl ertheilen*), Admiral Parker nun mit der Fregatte Odin einen kurzen Ausflug nach Konstantinopel machen und dann nach Malta zurückkehren. Die englischen Officiere hatten Erlaubniß erhalten die Dardanellenschlösser zu besuchen, und der Admiral selbst hatte dem Pascha-Gouverneur einen Besuch gemacht, bei welchem er, trotz seines Widerwillens gegen das Rauchen, drei Züge aus dessen Pfeife that. Die französische Flotte lag bei Urlac.

* Uns selbst ist eine Post aus **Konstantinopel,** 14 Nov. zugekommen. Die neue Schwierigkeit war daß die Pforte die von Rußland geforderte Ausweisung der Polen verweigert. Der Divan hoffte mit Oesterreich sich zu einigen, aber man hielt es nicht für wahrscheinlich daß dieses sich in den obschwebenden Fragen von Rußland trennen würde, das jetzt auch die Erfüllung des Dardanellenvertrags zum Gegenstand ernstlicher Vorstellungen gemacht hatte. Seit einigen Tagen sah man eine große Anzahl englischer Flottenofficiere, die mit dem Admiral Parker auf dem Dampfer „Tartare" nach der türkischen Hauptstadt gekommen waren.

Handels- und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 27 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $86^3/_8$; 4proc. 68; 3proc. $50^3/_8$; $2^1/_2$proc. $44^1/_2$; Bankactien 1303; 500fl.-Loose 156; 250fl.-Loose $104^7/_8$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine $101^1/_2$; $3^1/_2$proc. Staatsschuldsch. $88^5/_8$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $83^1/_2$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $84^1/_2$; württ. $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; $3^1/_2$proc. 81; bad. 5proc. $98^1/_2$; $3^1/_2$proc. 78; Lotto-Anleh. à 50 fl. $53^1/_2$; 35fl.-Loose $31^5/_8$; darmst. $3^1/_2$proc. $81^3/_4$; 4proc. 88; $4^1/_2$proc. $93^1/_2$; 50fl. Loose $71^1/_8$; 25fl.-Loose 2 [illegible]; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $51^5/_8$; 40Thlr.-Loose $34^1/_4$; nass. 5proc. $101^1/_2$; $3^1/_2$proc. $84^1/_4$; 25fl.-Loose $25^1/_4$; Frankfurt 3proc. $78^1/_2$; $3^1/_2$proc. $92^1/_2$, $88^1/_8$; Taunusbahn 293; holl. $2^1/_2$proc. $53^1/_2$; span. 3proc. innere Schuld $27^1/_2$; poln. 300fl.-Loose $113^1/_2$; 500fl.-Loose 80; sard. 36Fr.-Loose $32^7/_8$; Disconto 2 P.

♀ **Wien,** 26 Nov. An der heutigen Börse schlossen die Curse in Fonds und Actien etwas angenehmer, und zeigte sich gegen das Ende des Geschäfts im ganzen für Metalliques und Nordbahnactien mehr Begehr. Fremde Devisen sowie Gold und Silber zur Notiz gut zu lassen, und letztere auch etwas höher bezahlt. Die Umsätze nicht sehr belangreich. Wir notiren nach der Börse: 5proc. Metall. $93^{13}/_{16}$–$93^7/_8$, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^3/_4$–$83^{13}/_{16}$, Loose v. J. 1834 172–$172^1/_2$, Loose v. J. 1839 116–$116^1/_4$, Bankactien 1180–1185, Nordbahnactien 108–$108^1/_8$, Gloggnitzer $109^1/_2$–110, Mailänder $79^1/_4$ $79^1/_2$, Pesther 78–$78^1/_2$, London (l. l. S.) 10 59–11, Hamburg $160^1/_2$–161, Augsburg uso 109–$109^1/_4$, Frankfurt $108^3/_4$–109, Amsterdam 152–153, Mailand 99 P., Livorno 106–$106^1/_2$, Genua $125^1/_4$–$125^1/_2$, Paris 129–$129^1/_4$, Marseille 129–$129^1/_4$, Goldagio für kais. Münzducaten $15^1/_4$, Silberagio 9–$9^1/_8$ Proc.

Berichtigung.

In Nr. 331 der Allg. Ztg. S. 5151, Sp. 2, Z. 13 und 14 von unten lies: Die äußersten Bänke links.

*) Nach unserer vor acht Tagen schon gelieferten Konstantinopeler Correspondenz vom 10 Nov. wollte man wissen jene Weisung sey bereits an Parker abgegangen.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 334. 30 November 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Erklärung des Ausschusses der Gothaer Partei: an Preußen und dessen Bundesverfassung festzuhalten. Die Installirung der provisorischen Centralgewalt scheint abermals hinausgeschoben); München (Fortsetzung der Amnestiedebatte. Noch immer kein Ergebniß); Stuttgart (Eisenbahnverbindung mit Baden. Ausdehnung der jetzt vollendenten Eisenbahnen. Die Eingabe der protestirenden Abgeordneten zurückgegeben); Kassel (auch hier legt der Landtag Verwahrung ein für die Rechte Schleswig-Holsteins); Hannover (die Reichsverfassungspartei der Kammer. Stüve über Schleswig-Holstein. Dießfällige Stimmung des Landes); Braunschweig (Verfassungsgesetz für die Landgemeinden); Berlin (die Pairiedebatte in der ersten, die Agrardebatte in der zweiten Kammer. Die erste Kammer geht über das Interim zur Tagesordnung über. Hitzig †. Eine Verurtheilung in einem Steuerverweigerungsproceß); Schleswig-Holstein (die Statthalterschaft); Wien (Schneefall. Die Deutschen in Ungarn. Oppositions- und ministerielle Stimmen. Die Perczel. Verhaftung zweier Ungarn auf dem Eisenbahnhof. Der Reichstagsausschuß und die Vertheidigung von Wien).

Großbritannien. Die Agitation gegen die Todesstrafe. Sammlung für die durch die Cholera Verwaisten. Die irische Nationalconferenz. Sir Ch. Forbes †. Ein altrömischer Fund. Die Canalflotte (portugiesische Post).

Frankreich. Joseph Moreau †. Die Nachwahlen. Fürst Kallimachi. Die Gesetzentwürfe über den Umlauf der Banknoten, über die Arbeiterpensionscasse vorgelegt. P. Bonaparte.

Schweiz. Der Nationalrath über die Ausweisungen.

Türkei. Konstantinopel 17 Nov. Die Ausgleichung immer näher gerückt. Stand und Bestand der französischen, englischen und russischen Flotte. Türkische Version des Streites. Die polnischen Flüchtlinge in Schumla eingetroffen.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 26; Wien 27; Frankfurt 28; Augsburg 29 Nov.

Deutschland.

Die Gothaer Partei, die in der letzten Zeit über die jetzigen reichsparlamentarischen Constellationen eine engere Versammlung in Frankfurt hatte, und darauf an sämmtliche Mitglieder Rundschreiben erließ, veröffentlicht jetzt in der Deutschen Ztg. ein von Heinrich und Max v. Gagern, Hergenhahn, Mathy und Reh unterzeichnetes Glaubensbekenntniß. Es ist überschrieben „An die Freunde,“ beleuchtet die Ereignisse seitdem die Partei in Gotha getagt (28 Jun.) und hält schließlich an der Verfassung des Dreikönigsbündnisses fest, der die Partei eben auf jener Gothaer Versammlung sich angeschlossen. Wir heben für heute nur die letzten Worte dieses Manifestes aus: „Der Gedanke den Reichstag dem Interim zu opfern, und von diesem die künftige Gestaltung Deutschlands zu erwarten, geht Hand in Hand mit den Bestrebungen Preußen in seiner deutschen Politik durch fortwährende Erweckung neuer Hindernisse zu lähmen; beides zu dem Zweck die deutsche Nation um die Verwirklichung ihres Strebens nach Einheit, um die Bedingung eines nationalen Lebens und seiner Früchte zu bringen. Es bedarf jedoch für unsere Partei keiner Mahnung zur Vorsicht gegen solche Versuche; eben so wenig bedarf es der Erinnerung daß es zu den allergewöhnlichsten Künsten der Gegner gehört die Sache welche sie verderben möchten, als bereits verloren darzustellen. Gegen solche Einwirkungen sind wir hinlänglich gewappnet und nicht minder gegen die Verdächtigungen Preußens, dessen bisheriges Verhalten in der deutschen Frage von dem ernstlichen Willen Zeugniß gibt das Ziel der Einigung zu erreichen. Selbst nicht die gerechtesten Bedenken gegen die Führung der äußern Politik in der schleswig-holsteinischen Sache, wie die Schatten welche sich in den Verhandlungen über die Landesverfassung zwischen der Regierung und der Kammer erhoben hatten, keine Betrachtungen dieser Art können den Satz umstoßen: daß die deutsche Sache auf lange hin verloren ist, wenn Preußen sie aufgibt, und daß solange Preußen sie nicht aufgibt, unsere Partei mit Preußen gehen muß. Sie hat gegen keine Regierungspolitik irgendeine Verbindlichkeit übernommen, sie setzt ihre Kräfte an das Einigungswerk, dessen die Nation bedarf, in der Zuversicht daß sich damit erst eine deutsche Politik ausbilden könne, welche in den äußeren Fragen wie in der Auffassung des inneren Staatslebens einen höheren Standpunkt nehmen wird. Bis jetzt steht Preußen an der Spitze der Staaten welche die Einigung ernstlich wollen und den Weg dafür bahnen. Wären Oesterreich oder Bayern im Stande etwas besseres vorschlagen zu können, so würde die Nation ihnen zufallen; die gegenwärtige Lage der Dinge aber, wie wir dieselbe aufgefaßt und gewürdigt haben, legt uns die unbedingte Pflicht auf an dem Beschluß vom 28 Jun. festzuhalten.“

* Die neuesten Briefe aus Frankfurt vom 28 Nov. melden noch nichts von der doch so sicher von dortigen Blättern vorausgesagten Ankunft der preußischen Bundesgewaltcommissarien. Es scheint sich also zu bestätigen was unsere Correspondenz aus Berlin und jetzt auch unsere Wiener Correspondenz versichert: daß die Installirung dieser provisorischen Gewalt — deren Lebensdauer abzulaufen droht bevor sie ein Lebenszeichen von sich gibt — neue Hemmnisse erfahren habe.

Bayern. **München.** Aus der Rede des Staatsministers der Justiz (Sitzung vom 26 Nov.) tragen wir folgende Stellen nach: „Man hat weiter als politischen Grund angeführt, wenn die Regierung eine allgemeine Amnestie nicht ertheile, so könne der Fall eintreten daß durch die Geschwornen solche Verbrechen welche vor ihr Forum gezogen werden, freigesprochen würden, dieß sey immerhin ein unangenehmes Ereigniß. Meine Herren! Wenn die Geschwornen die volle Ueberzeugung haben daß ein vor ihr Gericht gezogener Mann freigesprochen zu werden verdient und dieser Ueberzeugung folgen, so sehe ich darin kein unangenehmes Ereigniß. Daß sie aber gegen ihre Geschwornenpflichten sprechen würden, kann die Regierung nicht erwarten; dieß darf man von keinem rechtlichen Mann erwarten welcher die schwere Function eines Geschwornen übernimmt; indem er den Eid als Geschworner ableistet, erhält er nicht das Recht nach seiner Willkür durch Begnadigung freizusprechen, nein, er hat strenge seiner Ueberzeugung zu folgen, und wird das „Schuldig“ aussprechen wo er die Voraussetzungen hiezu findet. Auf die Kritik des Entwurfs selbst eingehend, hat einer der HH. Redner gesagt, so wie der Entwurf des Gesetzes vorliege, würde eigentlich in der Pfalz gar niemand von der Amnestie berührt, und er suchte Ihnen dieses durch die einschlägigen Bestimmungen des pfälzischen Strafgesetzbuchs nachzuweisen. Ich kann natürlich auf eine juristische Debatte hierüber mich nicht einlassen, und will nur eine Autorität entgegensetzen welche, sollte ich meinen, so gewichtig wäre daß eine weitere Erörterung dieses Gegenstandes überflüssig seyn wird. Die Regierung hat, bevor sie diesen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, die Staatsanwälte zu berichten aufgefordert, sowohl jene in den Landestheilen diesseits als jenseits des Rheins. Ein Gutachten welches hierüber von Zweibrücken aus erstattet wurde, ist ausgestellt von dem Generalstaatsprocurator der Pfalz, von dem Staatsanwalt und den beiden Untersuchungsrichtern in Zweibrücken. Sie werden wohl zugestehen daß in Bayern es schwerlich competentere Richter darüber geben werde, ob durch die Amnestie, so wie sie hier entworfen, wirklich in der Pfalz jemand von strafrechtlicher Verfolgung befreit würde oder nicht, und ich kann erklären daß nach dem Gutachten dieser Männer welches großentheils dem Entwurf zu Grunde liegt, ausdrücklich ausgesprochen wurde was ich hier schon von dieser Rednerbühne bei Uebergabe des Gesetzentwurfs anzuführen die Ehre hatte: daß 8 bis 9000 Personen in der Pfalz auf diese Weise außer strafrechtliche Verfolgung gestellt werden würden. Ich glaube dieß ist mehr als wenn ich Ihnen aus dem Strafgesetzbuch deducire wie viele Personen in Bayern von der Amnestie erreicht werden würden.“

÷ **München,** 27 Nov. (Neunundzwanzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Vor einer Zuhörermenge, wie sie seit der Verhandlung der deutschen Frage nicht anwesend war, beginnt die Fortsetzung der Am-

nestiediscussion mit einem Vortrage des Abg. Stöcker. Indem er vorausschickt daß er sich nicht auf den juristischen Standpunkt stellen werde, wendet er sich an das Herz der Versammlung um sie für eine allgemeine Amnestie zu bestimmen. Er erinnert daran wie viele Familien auf die heutigen Verhandlungen bange blicken und dafür beten daß das Herz der Versammlung zur Milde gelenkt werde. Schließlich ruft er dieser zu: Verzeihung! Anders als ein anderer Redner (Tafel) — beginnt hierauf der Abg. Jäger — müsse er über den pfälzischen Aufstand sprechen, vielleicht darum weil er diesen ganzen Aufstand mit durchgelebt und durchgelitten. Allerdings verkenne auch er nicht die edlen Elemente jener Bewegung, aber dieselbe stets auf die Reichsverfassung und nur auf diese zurückführen wollen erfordere einen Glauben welcher Berge versetzen könne. Solle er (der Redner) es denn seyn der wieder an Baden und seinen Aufstand trotz der dort eingeführten Reichsverfassung erinnern müsse, an dessen Verbindung und Verbrüderung mit der pfälzischen Bewegung? Das Ziel dieser Bewegung war die Republik. Wahrheit sey es ferner daß die Pfälzer Revolution von ihren Anstiftern nur auf Lug und Trug gebaut worden; aber viele seyen von ihnen getäuscht gewesen. Darum müsse man scheiden zwischen Verführern und Verführten, geschieden müsse besonders auch zwischen denen werden welche nur für die Reichsverfassung einstanden, und denen welche andern Zielen nachstrebten. Allerdings sey die Reichsverfassung kein vollkommenes Werk gewesen, aber doch die Befriedigung eines sehnlichen Wunsches der Nation. Darum müsse dieselbe jetzt, da die Fürsten das Werk in die Hand genommen, baldmöglichst geschaffen werden, oder neue Unruhen stünden bevor. In dieser Erwägung würde er gern mit Boyé stimmen, indessen besage im wesentlichen der Ausschußantrag dasselbe. Wer dagegen all das Unglück kenne wie er, welches unter dem Schilde einer Erhebung für die Reichsverfassung über die sonst blühende Provinz gebracht worden sey, wer wie er die Leichen neun begeisterter Jünglinge gesehen, gesehen die Mütter weinend um ihre Söhne, die Väter nach ihnen suchend und ihre Leichen findend, der müsse laut davor warnen auch denen eine Amnestie zu gewähren die solches Unglück leichtsinnig hervorgerufen. Auch widerspreche die Klugheit einer zu weiten Amnestie; noch sey der Staat in sich für eine solche nicht gefestet genug. Noch stünden kampfgerüstet die Revolutionäre, die Reformer und die Reactionäre einander gegenüber, überdieß bereite sich an der Seine, dem Vulkan der Umwälzungen, ein neuer Ausbruch vor. Mit den dort arbeitenden Kräften stünden die socialistischen Republicaner in enger Verbindung, ihnen die Rückkehr noch verweigern, sey Pflicht. Man habe allerdings das Herz angerufen für eine allgemeine Amnestie, aber man habe auch sehr richtig bemerkt wie in dieser Frage der Verstand ebenso gut das Herz beherrschen müsse wie bei allen andern Lebensfragen. Ueberdieß, wenn man so viel Gefühl für die eine Seite fordere, warum nicht auch für jene welche durch die Revolution aufs tiefste beschädigt, an den Bettelstab gebracht wurden? Bloß Gefühl haben für die Anstifter der Revolution wäre Gefühllosigkeit. Die Hauptleiter des pfälzischen Aufstandes seyen fast sämmtlich außer Landes; möchten sie dort die Praxis ihrer Ideale kennen lernen! Einst wenn wir selber staatlich fester stünden, möchten sie, belehrt durch diese Erfahrungen, zurückkehren können. Jetzt aber müsse er sich dem Ausschußantrag unbedingt und namentlich dem Schlußsatze anschließen welcher der Regierung für einzelne Fälle nach ihrem Ermessen das Amnestirungsrecht zugestehe. In anderm Sinne spricht sich Abg. Rebenack aus. Ohne den pfälzischen Aufstand, wie andere Redner, zu idealisiren, sucht er ihn zu entschuldigen. Indem er einzelne Grellheiten der Jäger'schen Darstellungen abweist, sucht er vorzugsweise durchzuführen wie die Provinz gerade unter den schwierigsten Verhältnissen allerdings von der Regierung verlassen gewesen sey, wie die provisorische Regierung trotzdem keinen Halt im Volk gehabt, ihre Organisationsbefehle nur mit Gewalt zum Vollzug gebracht habe, wie ferner das Volk von einigen wenigen terrorisirt worden sey, wie die falsche Organisation des Garnisonswesens und das Verhalten der Officiere zur Mannschaft die Meutereien im Militär begünstigt habe. Während er ferner nicht läugnet daß auch im Volk absichtlich auf Verderben sinnende Elemente vorhanden gewesen, kommt er aus dem Schlusse daß auf beiden Seiten Fehler begangen worden seyen auf den Ausruf eines frühern Redners zurück: Unser Schuldbuch sey vernichtet. Indessen verkenne er nicht daß auch der Staat andere Rücksichten als die der unbedingten Milde zu nehmen habe, und so werde er sich dem Antrag anschließen welcher ihm mit der weitestmöglichen Ausdehnung der Amnestie die Berücksichtigung des Staatswohls am besten zu verbinden scheine. — Der folgende Vortrag des Abg. Narr ist viel weniger eigenthümlich als breit. Nachdem sich der Redner in einer ungemessenen Einleitung den Ausführungen des Dr. Heine angeschlossen hat, nur daß er auf engen und dennoch nicht genau anschließenden medicinischen Kreis zusammenlegt was jener im Schwunge großartigerer naturwissenschaftlichen Anschauungen berührte, stimmt er dem Gedanken bei daß man die Verführer von den Verführten scheiden müsse, und führt aus wie der politische Fanatismus Hauptanstifter alles Unheils gewesen. Er und der Zeitgeist seyen die eigentlichen vom Strafrecht nicht erreichbaren Verführer; und wieweit sie den Menschen zu bringen vermöchten, dafür lieferten seit dem Jahr 1848 die Irrenhäuser Frankreichs, wie Italiens den thatsächlichen Beweis. Nachdem sich nachher der Redner noch gegen einige Ausbrüche Sepp'scher Laune gewendet hat, wie denn Hr. Sepp auch bereits von den vorhergehenden Rednern manchen Angriff erlitt, erklärt er sich schließlich für Boyé's Antrag. Praktisch bedeutsamer erscheint die Rede des Abg. Römich. Sie spricht sich über das Vereinswesen in der Pfalz aus, was bisher von den pfälzischen Theilnehmern der Discussion noch ziemlich unberührt geblieben war. Besonders hebt er hervor wie in der Pfälzer Revolution, so auch im Vereinswesen, zwei Epochen streng zu scheiden seyen, deren Wendepunkt der Ausbruch der badischen Revolution. Der Volksverein, der zahlreichste und vorzugsweise aus Bürgern bestehend, habe sich namentlich dem Dienste der Reichsversammlung als constituirender und souveräner Macht gewidmet; die sehr gut organisirten demokratischen Vereine hatten die demokratische Republik zum Ziel. Nach Verkündigung der Reichsverfassung seyen beide darin übereingekommen daß eine Demonstration zu Gunsten derselben gemacht werden müsse. So seyen die ersten Bewegungen in der Pfalz entstanden, und Hr. Eisenstuck habe in der That durch Bestätigung des Landesausschusses seine Instruction überschritten. Wie im Verhalten der mit dem Aufstand zusammenhängenden Vereine seyen gleichfalls in dem der nicht daran Theilnehmenden die bezeichneten Epochen zu scheiden. In der ersten habe man fortwährend auf ein Einschreiten der Regierung gewartet, in der folgenden sey ein Entgegenstehen thatsächlich unmöglich gewesen. Natürlich sey unter solchen Verhältnissen und der Herrschaft der Vereine auch eine Verwirrung der Rechtsbegriffe entstanden; diese und die Lähmung der Regierung seyen die eigentlichen Ursachen der Erhebung gewesen. Daneben aber trieben vorzugsweise fremde Elemente dieselbe zu den bekannten Ueberstürzungen. Der beste Schutz gegen die Wiederkehr solcher Zustände sey nun daß die Regierung beweise sie sey besser als die revolutionäre Gewalt, sorge besser als jene für das Wohl des Volkes. Nachdem der Redner abermals auf die fremden Anschürer der Revolution zurückgekommen ist und den Widerwillen des Volkes gegen die republicanischen Erlasse erläutert hat, wendet er sich schließlich gegen die vom geschichtskundigen Abg. Sepp gerühmte vielhundertjährige Treue der Gebirgsländer, indem er an einen Aufstand gerade des Sepp'schen Wahlbezirkes im Jahr 1643 erinnert, als der Landesherr bereits in Gefahr stand Krone und Land gegen einen übermächtigen Gegner einzubüßen.

Weniger interessant erscheinen die Aeußerungen des Abg. Kirchgeßner. Er verkennt nicht daß die Entscheidung der Amnestiefrage nicht vom Gefühl abhängen dürfe. Indem er dann die Thatsachen der Erhebung in Bayern von verschiedenen Seiten erwägt, fügt er auch einige Worte gegen die gestrige Anklage H. v. Gagerns durch den Hrn. Minister des Aeußern bei. Den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf erachtet er nicht für genügend, und hebt besonders hervor wie dessen Amnestie bezüglich jener welche nur für die Reichsverfassung eingestanden, nicht weit genug gehe. Abg. Gelbert spricht für die weiteste Amnestie. An historischen Beispielen aus älterer und neuerer Geschichte sucht er zu erweisen, wie eine volle Amnestie sich stets segensreicher für die Ausgleichung der streitenden Parteien bewährt habe als eine bedingte und beschränkte. Darum wünsche er daß auch Bayern eine ganze volle Amnestie gebe. Er wolle die Verbrechen an Personen und Eigenthum, gemeine Verbrechen, keineswegs vertheidigen; dagegen müsse er die Pfalz gegen allgemeine Angriffe in Schutz nehmen. Vorzugsweise sey das Vereinsgesetz nicht zur rechten Zeit gegeben worden; dem damaligen Abg. Kolb welcher ein solches dringend beantragte, habe man geantwortet es herrsche volle Vereinsfreiheit. Ferner sey die richtige Organisation der Volksbewaffnung versäumt worden. Dieß im Auge, möge man seine Abstimmung beurtheilen wenn er sich dem Antrag auf die am weitesten gehende Amnestie anschließe. Die Rede des Abg. Bayer bewegt sich zu sehr in Abstractionen um einen Einfluß auf die Verhandlung zu äußern. Schließlich geht sie dahin, dafür daß das Volk sich für die Reichsverfassung erhob, dürfe es nicht gestraft werden, und jene welche weiter geschritten, solle man der Strafe Gottes überlassen. Aufs schärfste erklärt sich nachher der Abg. Prell gegen „die Anklagacte", d. h. den Ausschußbericht des Referenten, worin besonders die Bewegung des diesseitigen Bayern gänzlich verkannt werde. Hierauf hebt er einzelne Ausführungen jenes Berichts hervor um dieselben von seinem Standpunkt aus zu bekämpfen. Vor allen Dingen müßten aber die Motive wahr seyn auf welche sich ein Gesetz begründe. Bei einem Amnestiegesetz könne jedoch nur dann von Wahrheit die Rede seyn, wo wirklich strafbare Thatsachen vorlägen, wenn es dem Sinn des Volks entspreche. Im diesseitigen Bayern, wo

die Bewegung einzig und allein der Reichsverfassung gegolten, lägen gar keine strafrechtlichen Reate vor. Das Amnestiegesetz gebe nur eine Scheinamnestie, durch welche das königliche Wort der Thronrede nicht gelöst werde. Er stimme für Tafels Antrag. Im April 1848, als die Aufregung noch lang nicht den Grad erreicht gehabt habe wie später, sey eine volle und ganze Amnestie gegeben worden, jetzt beabsichtige man eine höchst beschränkte. Wohin deute dieß? Geschehe es weil jetzt die Regierung die Macht wieder in den Händen habe? Schließlich spricht der Redner noch über die wenig gute Behandlung der Gefangenen.

(Fortsetzung folgt.)

ꝟ **München,** 29 Nov. Beide Kammern hielten heute Sitzung. In der Kammer der Reichsräthe brachte der Justizminister ein Gesetz über den Schutz der Telegraphenlinien ein, und sicherte ein gleiches über Eisenbahnen zu. Dann wurde das Gesetz über die Ansässigmachung der Schullehrer zum zweitenmal vorgenommen, aber auch heute noch keine Einigung mit den Abgeordneten erzielt, sondern wiederholt abweichender Beschluß gefaßt. Die Debatte beginnt also in der zweiten Kammer noch einmal! — Die Abgeordnetenkammer setzte die allgemeine Discussion über das Amnestiegesetz fort. Ministerialcommissär Molitor antwortet auf verschiedene Aeußerungen in den bisherigen Debatten, namentlich Prells und Döllingers, und berichtigt insbesondere gegen diesen, daß auch mit der Gesetzesfassung des Ausschusses weit mehr als 26 Personen in der Pfalz ohne Amnestie blieben. Dieser Redner und Kriegsminister Lüder führen zur Rechtfertigung der Regierungsthätigkeit gegenüber der Pfalz im heurigen Frühjahre an daß dort ein genügender Präsentstand war, von dem aber ¹/₄, nämlich 2356 Mann fahnenflüchtig geworden! Nach einigen weiteren Zwischenfällen sprachen endlich Dr. Morgenstern, Fürst Wallerstein für den Tafel'schen Antrag, Lassaulx im Sinne des Ausschusses. Die ersteren beiden griffen die vorgestrige Rede Döllingers lebhaft an und provocirten dadurch eine überlange „factische Erwiderung"; diese selbst rief wieder Entgegnungen von anderer Seite hervor, und Dr. Heine hob bei dieser Gelegenheit mit scharfer Lauge hervor daß ein „geistlicher Herr" — der stundenlang gegen Ausdehnung der königlichen Milde gesprochen — so wenig Versöhnung und so viel Gereiztheit an den Tag lege. Morgenstern hat das Verdienst auf eine Entgegnung, zu der es an Stoff nicht fehlte, verzichtet zu haben; die Kammer zollte ihm Beifall dafür, und sein Beispiel wirkte auch auf andere. Denn obwohl Hr. Lassaulx wieder in seiner ganz provocirenden Weise auftrat, ließ man ihn doch unangefochten. Noch sprach Minister v. d. Pfordten um, gegen eine Andeutung Fürst Wallersteins als sey ein österreichischer Dunstkreis oder ein Nordostwind für die Beschränkungen des Amnestiegesetzes von Einfluß gewesen, den Entwurf mit der selbständigen Ueberzeugung des Ministeriums zu rechtfertigen; er fordert auf daß die Kammer den Entwurf, wie er liege, annehmen solle; die Anträge des Ausschusses, insofern sie zu einem Gesammtbeschluß beider Kammern gedeihen, werde die Regierung in Erwägung ziehen. Gegen 3 Uhr wird die Sitzung geschlossen; morgen steht in der allgemeinen Discussion nur noch dem Referenten und dem Ministerium das Wort zu, dann geht es endlich an die einzelnen Paragraphen.

Württemberg. **Stuttgart,** 23 Nov. Bei der hohen Wichtigkeit der baldigen Herstellung einer Verbindungsbahn der württembergischen und badischen Staatsbahnen für den süddeutschen, ja für den ganzen mitteleuropäischen Verkehr ist hier der Plan aufgetaucht bei der jetzigen financiellen Lage Württembergs und Badens eine Privatgesellschaft zur baldigen Ausführung dieser Bahn zu bilden, wozu sich hier bereits bedeutende Capitalisten gefunden, die einen berühmten Techniker für die Sache gewonnen haben, um ihn an die Spitze des Unternehmens zu stellen. An der Unterstützung beider Regierungen und großer Theilnahme durch die Capitalisten beider Länder dürfte es um so weniger fehlen als der Plan dahin gehen soll den Regierungen den Rückkauf der Bahn nach einer Reihe von Jahren vorzubehalten. (B. M.)

Eine weitere Strecke der württembergischen Staatseisenbahn, von Biberach bis Erbach, 7 Wegstunden oder 3¹/₂ Meilen lang, ist bekanntlich am 15 Nov. zum erstenmal befahren worden. Es ist diese Strecke dadurch interessant daß sie eine ununterbrochen gerade Linie bildet. Bei Erbach überschreitet die Bahn die Donau mit einer hölzernen Brücke nach Howe'schem System, nach dem Muster jener über die Enz bei Besigheim. Sie hat zwei Oeffnungen von 120 Fuß lichter Weite. Von Erbach bis Ulm ist die Entfernung nur noch drei Wegstunden oder anderthalb Meilen, und fehlt hier noch der Oberbau, welcher im Frühjahr hergestellt wird. Die ganze Strecke von Biberach bis Ulm, 10 Stunden, soll dann auf einmal dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Von der ganzen, 68 Wegstunden (34 Meilen) langen Staatsbahn zwischen Heilbronn und Friedrichshafen fehlt dermalen bloß noch der Oberbau auf 10 Stunden (Amstetten-Erbach), während der Unterbau auch auf dieser Strecke schon vollendet ist; fahrbar sind 58 Wegstunden und in wirklichem Betrieb 49 Wegstunden. (Eisenbahnztg.)

Auf die Eingabe von siebenunddreißig Abgeordneten der verfassungrevidirenden Versammlung an die Staatsregierung, betreffend die Abänderung des in dem Wahlgesetz vorgeschriebenen Eides, ist dem Abgeordneten Rödinger eine Mittheilung der Kanzleidirection des königlich Geheimenraths zugegangen, wonach der Ministerrath die Eingabe als unbefugt betrachtet und daher eine Antwort auf dieselbe, „ganz abgesehen von ihrer materiellen Unrichtigkeit, schon aus formellen Gründen nicht zu ertheilen weiß."

Kurhessen. **Kassel,** 27 Nov. Die Ständeversammlung hat mit großer Mehrheit den Antrag von Pfeiffer wegen Wahrung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein angenommen. Ueber den Antrag Bayrhoffers betreffs des Dreikönigsbündnisses erhob sich eine ungemein stürmische Debatte.

K. Hannover. * **Hannover,** 24 Nov. Gestern veranstaltete die noch immer gemeinsame reichsverfassungsgetreue und Gothaer Partei in zweiter Kammer eine kleine Demonstration, gleichsam um dem Ministerium bemerklich zu machen daß auch sie noch da sey, woran dieses nach einigen Abstimmungen und Commissionswahlen, die nach seinem Sinn ausgefallen waren, kaum noch geglaubt hatte. In dem Schreiben den Entwurf eines Jagdgesetzes betreffend hatte sich die Regierung des Passus bedient: die Grundrechte haben indeß Gesetzeskraft nicht erlangt. Dieß gab Hrn. Ellissen Gelegenheit zu der Bemerkung: Er finde es nicht an der Zeit einen frühern Streit um das Recht jetzt neu zu beginnen, der vorderhand durch den Spruch der Macht entschieden anzusehen sey. Aber in seinem Gewissen und dem Lande gegenüber fühle er sich gedrungen der Regierung sein Bedauern darüber auszusprechen daß hier den Grundrechten des deutschen Volkes die Gesetzeskraft abgesprochen sey, die nach Anerkennung der deutschen Reichsgewalt durch die hannoverische Regierung auch in Hannover ihnen zukam, und die überdieß durch die gesetzliche Landesvertretung ihnen zuerkannt wurde. Der Redner ersuchte die Mitglieder des Hauses, die seine Ansicht und dieß Bedauern theilten, dieß durch Erhebung zu erkennen zu geben, und siehe da: es erhob sich eine unzweifelhafte Majorität des Hauses. Hr. Professor Griepenkerl aus Braunschweig liest heute seine vielgerühmte Tragödie „Maximilian Robespierre" hierselbst öffentlich vor.

* **Hannover,** 25 Nov. Die gestrige Discussion über die schleswig-holsteinische Frage bringt die „Zeitung für Norddeutschland" in ziemlicher Ausführlichkeit, worauf ich Sie verweise. Ich erlaube mir dabei Sie auf einzelne Aeußerungen des Ministers Stüve aufmerksam zu machen (zumal solche in dem erwähnten Referate ungenauer angegeben sind), und einige allgemeine Reflexionen über die Stimmung Norddeutschlands an dieß Thema anzuknüpfen. Stüve betrachtete die Frage von drei Standpunkten, von dem der Nationalität, dem der Succession und dem des Verfassungsrechts. In ersterer Beziehung liege die Sache so daß ein beständiges Fortschreiten Deutschlands gegeben sey, und daß es ein Unglück sey daß die Sache zu der Entwickelung gedrängt worden. Die Successionsfrage sey sehr wichtig, wichtiger und bei Gestaltung der Dinge viel einflußreicher gewesen als man glaube. Sie sey aber sehr unklar. Es scheine in dieser Beziehung gerade zu dem merkwürdigen Resultate sich hinzuneigen daß der großfürstliche Antheil an die Weiberlinie übergehe, der Königstheil von Dänemark getrennt werden müsse. Auch das Verfassungsrecht sey höchst unklar. Das alte Privilegium das die Untertrennlichkeit aussprechen solle, sey namentlich unklar. Sodann liege klar vor daß nur ein Theil von Schleswig den Wunsch habe mit Deutschland verbunden zu seyn. Eine Theilung sey auch der Wunsch der Patrioten in Holstein, der günstige Zeitpunkt dazu aber leider versäumt. Der Ausweg einer Selbständigkeitserklärung Schleswigs sey ein sehr unglücklicher. Ob aber davon abzukommen? Er glaube daß das Beste seyn würde daß die zweifelhaften Rechtsfragen zu einem Schiedsspruch gebracht würden. So weit das Ministerium. Nun ist in Norddeutschland die Meinung insofern mit der Stüve's gleichlautend daß man in einer Theilung gegenwärtig die einzige Möglichkeit zur Lösung dieses Conflicts sieht, daß man dagegen die sogenannte Selbständigkeit Schleswigs als eine reine Trennung von Holstein, als ein Aufgeben alles dessen betrachtet was der deutsche Bund, was Preußen, was später die Nationalversammlung und die Centralgewalt als Recht erkannte und durch den Krieg erstrebte. Daß sich der Bundestagsbeschluß auf ein unklares Verhältniß beziehe, wie Stüve im Verlauf der Discussion meinte, und daß sich über diesen Bundestagsbeschluß manches sagen lasse was er nicht sagen dürfe, das begreift das Volk nimmermehr. Der dänische Krieg hat Hannover baar

etwa 3 Millionen Thaler gekostet, der Verlust unserer Häfen und Küstengegenden, der Verlust des ganzen Rheder- und Handelsstandes ist aber höher. Dazu viel Menschenleben, viele tapfere Officiere, Unterofficiere und Gemeinen sind todt oder Krüppel, in Hunderten von Familien aus allen Ständen ist Trauer. Wenn dennoch die Vertreter Hannovers gegen eine Stimme dem Antrage beistimmten, sich zu neuen Opfern bereit erklärten, so ist das von der größten Bedeutung und kann auf die demnächstige Entscheidung in Berlin, soweit sie von den Kammern kommt, nicht ohne Einfluß bleiben. Was die Stellung Preußens zum dänischen Krieg angeht, so ist die Volksmeinung beinahe aller Schichten die welcher Hr. Ellissen Worte gab, wenn man sich auch minder stark ausdrückt. Hätte Preußen diesen Krieg ehrenhaft zu Ende geführt, so würde die Sympathie für Preußen eine ganz andere seyn, und es wäre sehr zweifelhaft ob sich ein Ministerium Stüve oder ein Ministerium Münchhausen gegen den Andrang zur Einheit hätte halten können. Das Mißtrauen gegen Preußen lenkt, bei dem unläugbaren Streben nach größerer Einheit, den Sinn aber nothwendig auf Oesterreich. Möchte es die Bedingungen erkennen unter denen sein Einfluß in Norddeutschland steigen könnte!

H. Braunschweig. ⊕ **Braunschweig,** 24 Nov. Unsre Kammer beschäftigt sich seit mehreren Tagen mit einem Verfassungsgesetz für die Landgemeinden, deren Verwaltung bisher lediglich in den Händen der Regierungsbehörden lag. Ein braunschweigischer Justizamtmann — denn nach löblichem Herkommen war und ist der Richter bis auf den heutigen Tag innerhalb seines Sprengels der Träger der gesammten Staatsgewalt — war nicht viel weniger als ein kleiner Pascha, dessen Absolutismus eigentlich nur in dem zufälligen Umstande eine Beschränkung fand daß der Weg nach Braunschweig in der Regel nicht ganz so weit ist wie der Weg nach Konstantinopel. Mit dem städtischen Regiment stand es nicht viel anders. Der Schreiber dieser Zeilen hat einige und zwanzig Jahre in einer der größten braunschweigischen Städte gelebt, ohne jemals auch nur die leiseste Regung von Gemeindeleben wahrzunehmen, ohne vom Bürgermeister, Stadtverordneten oder Gemeinderath auch nur reden zu hören. Ein Bürgermeister war in der That nicht einmal dem Namen nach vorhanden, ein Bürgergehorsam dagegen existirte in verriegelter und vergitterter Wirklichkeit auf dem Rathhause, eine Bastille im verjüngten Maßstab welche sich ohne die Weitläufigkeiten einer lettre de cachet auf den ersten Wink des jähzornigen und bösartigen Männleins öffnet, welches die Landvogtei ausübt. Seit dem März v. J. hat sich in allen diesen Dingen thatsächlich manches, rechtlich aber leider bis jetzt nur sehr weniges geändert, denn noch sind für unsern kleinen Staat ebenso wie für das große Deutschland die günstigsten Zeiten und Gelegenheiten ungenutzt vorübergegangen. Unserm Landtage fehlt es nicht an Eifer das Versäumte nachzuholen, allein bei manchen Dingen welche vor einem Jahr ohne alle Mühe zu erreichen gewesen wären, wird es jetzt ohne Zweifel heißen „zu spät." Das gilt nun freilich nicht von der Landgemeindeordnung überhaupt, deren Nothwendigkeit die Regierung gern oder ungern anerkennt, nur daß in dem von ihr vorgelegten Entwurf die Gemeindefreiheit mit ziemlich kurzer Elle zugemessen wird. Der dem Landtage vorliegende Entwurf überträgt die Ausübung der Befugnisse welche der Staat der Gemeinde einräumt, einem Gemeinderathe, der von den volljährigen Gemeindegenossen gewählt wird, welche einen selbständigen Haushalt haben und ihre Steuern regelmäßig zahlen. Eine Gemeindeversammlung zu andern als Wahlzwecken findet in keinem Falle statt, und damit ist dem Gemeindeleben denn freilich die Herzader unterbunden. Vergebens versuchte man in der gestrigen Sitzung die Kammer zu einer wenn auch noch so beschränkten Zulassung der Gemeindeversammlungen zu bestimmen. Die Besorgniß daß die Gemeinden zu ihrem eigenen Schaden Mißgriffe machen könnten, veranlaßte die Kammer denselben jede Thätigkeit zu untersagen; weil man den Gemeinden nicht den zur Selbstverwaltung erforderlichen Grad der bürgerlichen Einsicht zutraute, entzog man ihnen das wirksamste, um nicht zu sagen das einzige Mittel der politischen Selbsterziehung, die Debatte. Sobald aber unsre Gemeinden schwimmen können wird man ihnen natürlich nicht länger verbieten ins Wasser zu gehen. Einem frühern Vorschlag der Regierung gemäß sollte in den Gemeinden von weniger als 500 Seelen der Gemeinderath wegfallen, und die Gemeindeversammlung an dessen Stelle treten; das war aber eben ein Vorschlag vom vorigen Jahr welcher, wie man sich leicht denken kann, für die heutigen Tage durchaus nicht mehr paßte, und der deßhalb als er gestern von einem Abgeordneten wieder aufgenommen wurde, nur zehn Stimmen für sich gewann. Uebrigens sind wir hier in Braunschweig Alle, Mann für Mann, die wärmsten Freunde der Freiheit, nur daß wir jeden Mißbrauch derselben unmöglich machen, jeden Uebelstand bei ihrer Ausübung fernhalten, und überhaupt dafür sorgen wollen daß die öffentlichen Dinge hübsch in der gewohnten Ordnung bleiben.

Preußen. **Berlin,** 28 Nov. Gestern Nachmittag starb hier der bekannte vormalige Criminalgerichtsdirector Hitzig. In Brandenburg fand gestern vor den Assisen die Verhandlung wider den Oberbürgermeister Ziegler (in Sachen der Steuerverweigerung) statt. Die Jury sprach das Schuldig, und das Urtheil lautete auf sechs Monate Festungsstrafe, Verlust der Nationalcocarde und Orden.

∸ **Berlin,** 25 Nov. Die erste Kammer hat die Debatte über ihre künftige Constituirung heute in derselben Art beendet wie neulich die zweite die Debatte über die Civilehe, sie hat sich für incompetent erklärt, das heißt für ein Provisorium entschieden, und es der Zukunft, einem neuen ministeriellen Gesetzentwurf und ihrer eigenen, bis dahin gereiften Erfahrung vorbehalten, ob Preußen ferner eine zweite Volkskammer behält oder ob sich Stoffe in ihm und Neigung im Volke für eine Pairie finden. Es war gerade das Provisorium, die Unentschiedenheit, wogegen alle Parteien, alle unabhängigen Mitglieder ankämpften; aber auch die Warnung des Berichterstatters (Baumstark) „wenn Sie ein Provisorium schaffen wollen, so sagen Sie gleichsam damit: Wir wissen nichts, wir können nichts, wir wollen nichts. Sie wollen Ihre Aufgabe zurückweisen und sich auf die Zukunft verlassen; wer sich aber jetzt nur auf ein halbes Jahr auf die Zukunft verläßt, der ist verlassen", fruchtete nichts; man wußte, konnte oder wollte nichts. Die Abneigung gegen eine Adelscreirung ist zu verbreitet, zu mächtig, und die übrigen Zwittervorschläge genügten keiner Partei, auch denen nicht welche sie vorbrachten! Was ein Mitglied in Bezug auf die bekannte ministerielle Aeußerung gestern sagte: die ungeheure Majorität stehe nicht hinter dem Ministerium, sondern sie liege, mag auch hierauf Anwendung finden, es ist die ungeheure Abspannung, die weder zu kühnen Griffen, noch zu raschen, scharfen Entschlüssen den Geistesaufschwung verleiht. Wir sollen's abwarten welcher Art unsere erste Kammer wird! Ist damit nicht ein neuer Zweifel sanctionirt, ob wir denn überhaupt eine erste Kammer nöthig haben, wenn wir nicht einmal zur dürftigsten Einigung über ihre Grundstoffe gelangen können! In der Debatte über das Agrargesetz in der zweiten Kammer mischt sich in den provinziellen Fanatismus auch das nächste egoistische Interesse. Ein Vorwurf ist das nicht. Die Berechtigten welche für die Forterhebung ihrer Renten streiten, sind dießmal unbedenklich in einem bessern Rechte als sie es in den zwei vergangenen Perioden waren, wo es die Leibeigenschaft und die Ablösung der Dienstbarkeit, Eigenthumserwerbung der Bauern und Separation galt. Sie glaubten nun zum Schluß des Abgebens, der Verminderung ihrer alten Rechte gelangt zu seyn; und nach diesem Schluß soll nun von neuem eine Separation, eine Lösung des gefesteten Verhältnisses stattfinden, statt der sichern Renten sollen sie wandelbare Papiere mit einem geringern Zinssatz als die Rente hinnehmen. Es ist hart, wer läugnet es; aber es ist die fruchtbare Consequenz eines Princips, gegen welche sie umsonst ankämpfen. Hart heute, für einzelne verderblich, aber vor 1½ Jahren, als ihr Haus und Hof, Besitzthum und Leben auf dem Spiele stand, würden sie diese Rentenablösung als eine Erlösung, als ein Glück betrachtet haben. Zugegeben was ein Vertheidiger des Feudalismus aussprach: „Manche Thräne wird bei der Ausführung dieses Gesetzes fallen, und diese werden schwerer wiegen als der leichte Beifallssturm der die Befreiung des Eigenthums begrüßt", aber wo sind nicht Thränen geflossen, wer hat nicht Opfer gebracht? Industrie, Handel, der Besitzer von industriellen und Staatspapieren, der Hausbesitzer in den großen Städten, die Kunst, die Wissenschaft, haben sie nicht andere, verhältnißmäßig weit größere Verluste erlitten als der Gutsbesitzer, dessen Felder gerade in der Revolution besonders gesegnet waren? Zugegeben daß einzelne, daß Kirchen, Wittwen und Waisen darunter leiden, daß auf der andern Seite ein Stand dadurch sich bereichert der jetzt verhältnißmäßig der wohlhabende, sorgenlose ist, der Bauernstand, zugegeben daß die Rente ihn nicht drückte, daß durch die Aufhebung des Institutes selbst künftig die Parcellirung des Bodens der kleinen Leute erschwert wird, weil man ihnen den Besitz nicht mehr gegen eine neue Rente wird überlassen wollen, so kommen alle diese Rücksichten gegen die Macht des historischen Herganges nicht auf, gegen eine Forderung deren Wiege lange vor der Revolution datirt und ihre Stürme überdauert hat. Diese Forderung steht wie ein dämonisches Gebilde unverrückbar da, das Grundeigenthum soll ganz frei werden. Die Operation ist schmerzlich, vielen erscheint sie sogar thöricht, ihre wohlthuenden Folgen liegen erst in der Zukunft. Was überall in Deutschland durchgesetzt ward, selbst in Oesterreich, was hier selbst nicht rückgängig gemacht werden kann, wo alles zurückstaut, wie könnte Preußen sich allein davon ausschließen, selbst dann wenn nicht das große Ziel damit angestrebt würde einer künftigen Revolution den Stoff vorweg zu nehmen? Die Mehrzahl der Opponenten kämpft übrigens nicht gegen das Princip, sondern gegen die Modalitäten. Hrn. v. Patows Name, als Vater des Entwurfs, ward mehrmals genannt, er mußte selbst vortreten sein Kind zu vertheidigen. Es

ist wohl nicht zweifelhaft daß das Festhalten an diesem Entwurf es mitgewesen was seine Entlassung bewirkt, und ebensowenig daß dieß Gesetz in Sanssouci und Potsdam Gegenstand der heftigsten Kämpfe gewesen. Das Ministerium trat mit rückhaltloser Festigkeit für die Grundzüge desselben in die Schranken.

𝔵 **Berlin**, 26 Nov. In der ersten Kammer stand heute der Bericht der Commission für die deutschen Angelegenheiten über die Regierungsvorlagen vom 27 Oct. d. J. auf der Tagesordnung. Die Commission schlägt vor: „In Erwägung daß die Uebereinkunft vom 30 Sept. eine solche Bedeutung nicht haben kann, in Folge deren sie der Zustimmung der Kammern bedürfen würde; daß das entschlossene Fortschreiten der Regierung auf dem zur Herstellung eines deutschen Bundesstaats eingeschlagenen Wege, insbesondere das nahe bevorstehende Ausschreiben der Wahlen zum deutschen Parlament, die fortgesetzt volle Zustimmung der Kammern hat; daß ein Antrag auf eine von der Kammer zu fassende Entscheidung nicht vorliegt, geht dieselbe zur Tagesordnung über." In der Discussion protestirt v. Gerlach gegen die in dem Bericht enthaltene Behauptung daß in den mittlern Ständen Ermattung und Abscheu vor der Anarchie herrschen. Weder die Armee noch die Kammern seyen ermattet. Die erste Kammer habe die Regierung durch die Art. 105 und 108 gestützt, die zweite habe die Civilehe zurückgewiesen. Nur die Partei die im Jahr 1848 drohend dagestanden, sey besiegt und niedergeworfen. Frhr. v. Arnim beantragt statt „nahe bevorstehenden" zu setzen: „auf den 31 Jan. 1850 festgesetzten." Kühne, Ammon und Camphausen bekämpfen die Aeußerungen des Abg. v. Gerlach und weisen auf die 30 Jahre vor dem Jahr 1848 hin, in denen das Volk unmündig gehalten worden sey. Camphausen sagt: „Oesterreichs wahres politisches Interesse verlangt daß es an dem übrigen Deutschland festhalte. Die engere Allianz mit Rußland ist ihm für die Dauer gefahrbringend und demüthigend. Die Interessen Oesterreichs und Preußens gehen in Bezug auf das südliche Deutschland Hand in Hand. Das beweisen die zweideutigen Ehrenpforten durch die Hr. von der Pfordten Bayern in das Interim eingeführt hat, und die Betrachtungen die er vor der verschlossenen Pforte angestellt haben mag. (Heiterkeit.) Unsere Regierung weicht keinen willkürlichen Prätensionen (Beifall!), und wird auch Oesterreich, das ohne Rußland gezwungen worden wäre von dem hohen Pferde herabzusteigen, mit Energie gegenübertreten." Die Kammer nimmt den Commissionsantrag mit dem Amendement Arnim an und setzt dann die Verfassungsberathung fort.

Schleswig-Holstein. Man schreibt der Fr. O.-P.-A.-Ztg. von dort: „Mit dem Zusammentritt des Interims in Frankfurt werden unsere Verhältnisse jedenfalls in eine neue entscheidende Phase treten. Die Statthalterschaft wird vom Interim ihres Amts enthoben werden — das erwartet man. Diesen Zeitpunkt hält man dann für geeignet daß das Land aus seiner bisherigen passiven Stellung heraustrete. Das schleswig-holsteinische Heer ist jetzt 32,000 Mann stark. Das ganze Land, ohne Unterschied der Parteien und der gesellschaftlichen Stellung, Adel und Geistlichkeit, Grundbesitzer und Taglöhner, Kaufleute und Beamte, alles ist einmüthig in dem Verlangen die Landessache zu retten. Nicht unerwähnt darf das rühmliche Benehmen des preußischen Generalmajors Hahn in Schleswig bleiben. Die Landesverwaltung wollte einen Baron Eggers, einen schlechtberüchtigten Menschen, als Polizeimeister in Schleswig anstellen. Der Magistrat protestirte und schickte sogleich einen actengetreuen Auszug über die Schändlichkeiten dieses Mannes an den General, indem er ihm zugleich anzeigte bei dieser Anstellung nicht für einen Krawall stehen zu können. Der General sandte eine Depesche an den Grafen Eulenburg, worin er ihn für alles verantwortlich machte was aus der Ankunft des Barons in Schleswig folgen werde. Statt der Antwort kam die Landesverwaltung selbst zu einem Besuch bei General Hahn. Der Gegenstand der Besprechung war hauptsächlich die vom General Hahn abgelehnte Mitwirkung zur Installirung des berüchtigten — wegen Unterschlagung und Cassendefecten schon in vormärzlichen Zeiten verurtheilten — Baron Eggers zum Polizeimeister in Schleswig. Die Landesverwaltung erklärte auf die Vorstellungen des Generals Hahn daß es mit der Ehre unvereinbar sey sich solcher Subjecte als Beamte zu bedienen, daß sie eben keine andern Persönlichkeiten zur Verfügung hätte. Dieser Ausspruch ist wirklich das beste Urtheil der Landesverwaltung über ihr eigenes Wirken."

Die Statthalterschaft von Schleswig-Holstein erklärt daß sie angesichts ihres Ursprungs Skrupel habe einer andern Autorität als einer deutschen Centralgewalt gegenüber zu resigniren. So ist es zu dem Plan gekommen von der Bundescommission deutsche Commissäre mit Zustimmung der Statthalterschaft für Holstein ernennen zu lassen. Hannoverische Truppen würden dann Holstein besetzen. Dieß alles hat aber mit den Friedensunterhandlungen nichts zu thun. Diese vindicirt Preußen noch immer sich im Namen Deutschlands. Sie werden in Berlin weiter geführt werden. (Wes. Z.)

Oesterreich. * **Wien**, 26 Nov. Seit gestern Nacht ist die Stadt mit Schnee überdeckt, und es weht ein sehr scharfer Wind von den Bergen. Dieß ist alles neue was uns der Montag gebracht hat, der uns doppelte Neuigkeiten bringen sollte, da Sonntags kein Journal gedruckt wird. Auch hier greift der Wiener am Montag ausnahmsweise — denn auch hier ist man wie in jeder großen Residenz exclusiv — zu den Blättern aus den Provinzen. Sie werden gefunden haben daß seit einiger Zeit, vor Monaten nur hin und wieder, jetzt aber entschieden und kräftig, die Deutsche Zeitung der ungarischen Hauptstadt für die Vereinigung mit Deutschland zu wirken sucht. Diese Erscheinung ist folgenreicher als man glaubt. Auf der einen Seite zeigt es uns daß es in Ungarn ein Publicum geben muß welches einverstanden mit dem Urtheil der Pesther Ztg. seyn muß, denn sonst wäre die materielle Existenz des Blatts durch die eingeschlagene politische Richtung gefährdet worden, auf der andern Seite wird es die Deutschen in Ungarn, welche bisher in großer Zahl eine strafbare Neigung fühlten ihre Sprache und Abstammung zu verläugnen, auf bessere Wege bringen und dazu beitragen daß sie ihre große Zahl und, wenn sie zusammenhalten, ihre Stärke erkennen lernen und danach handeln.

— **Wien**, 26 Nov. Die „Oesterreichische Zeitungscorrespondenz" enthält heute unter dem Titel „die Oppositionspresse" eine längere Vertheidigung des Ministeriums gegen die neulichen Angriffe der „Ostdeutschen Post" und der „Presse." Wir heben aus derselben nachfolgenden Passus hervor, weil er uns die Ansichten des Ministeriums über die einschlagenden Fragen zu enthalten scheint, um so mehr da die Stelle so ziemlich mit der Antwort übereinstimmt welche der Minister Bach auf das Premomoria der Prager Redacteure ertheilt hat: Hawlitschek's „Narodny Noviny" fährt fort das Princip der Föderation zu vertreten; die „Presse" legt den Accent auf die Centralisation, und zeigte sich gegen die Wünsche der Slowaken nur deßhalb so übergefällig weil ihr daran lag sie auf einem Umweg ihrer Idee zu unterwerfen; die „Ostdeutsche Post" läßt schwarz-roth-goldene Seufzer verstohlen nach Deutschland flattern; die „Südslavische Zeitung" verfällt in Krämpfe wenn nur ein Wort der Näherung des Anschlusses an Deutschland geflüstert wird. Manchem Wiener Blatte hat die Schwermuth ob des Schicksals welches das „ritterliche" Magyarenthum betroffen, die Wangen bleich gefärbt. Man vergleiche damit den Chorus der slavischen Blätter — Stimmen welche wir, die wir den Gesichtskreis von Wien nicht für den allumspannenden halten, durchaus nicht gering zu schätzen willens sind. Aus dieser kurzen aber wahrheitsgetreuen Skizze ergibt sich daß die Leidenschaften welche seit dem März 1848 wütheten, noch immer nicht gänzlich beschwichtigt erscheinen. Jetzt die Schleußen unbeschränkt zu öffnen wäre eine That die das verantwortliche Ministerium, nach unserem subjectiven Dafürhalten, nicht zu verantworten im Stande wäre. . . Der fundamentale Lehrsatz aller constitutionellen Politik besteht in der einfachen Wahrheit daß nur ein wohlorganisirter Staatsbau den Strömungen des freien Volksgeistes dauernd zu widerstehen vermag. Und wer wagte zu läugnen daß das Ministerium in dieser Richtung mit aufopfernder unermüdlicher, bewunderungswürdiger Thätigkeit arbeite, daß jeder Tag welchen es verlebt, Reformen bringe, daß sein stilles aber emsiges Walten den Staat tagtäglich mehr in das Geleise des ruhigen Fortschritts rücke! Die Thaten welche die Oppositionspresse von ihm fordert gleichen Blitzen. Wir aber wünschen reifende Sonnenwärme. Die Kraft der Regierung ist der Gedanke der innig verschwisterten Einheit und Freiheit des Staates, und ihr unerläßlicher Beruf Elemente zu zähmen welche in diametral entgegengesetzten Richtungen thätig sind. Hiebei durch Declamationen sich beirren zu lassen wäre der auffallendste Beweis des Gegentheils der Kraft, der Schwäche und bewußtloser Ohnmacht." Wir wollen die Wahrheit dieser Argumention keinen Augenblick verkennen; aber man möge die Erbschaft des Mißtrauens nicht vergessen, welche man von dem vorigen System überkommen hat. Die heutigen österreichischen Staatsmänner haben eine Riesenaufgabe vor sich; darum bedürfen sie zu ihrer Bewältigung aller Kräfte im Staate, namentlich aber auch das unbedingte Vertrauen des Volkes, und um über dieses ganz ungebrochen gebieten zu können, bedarf es der Gewißheit daß der Constitutionalismus in Oesterreich eine ungeschmälerte Wahrheit werde. — Dieselbe Correspondenz widerspricht ferner allen Kriegsgerüchten in Betreff der türkischen Frage, wobei jedoch einzelne bemerkenswerthe Andeutungen für Lord Palmerston eingeschlossen sind.

Δ **Wien**, 27 Nov. Seit zwei Tagen sind wir tief im Winter. Ein anhaltendes Schneegestöber hemmt die Eisenbahnfahrten. Die Fahrten zwischen Wien und Preßburg sind zum Theil eingestellt. Alle auswärtigen Posten kommen um viele Stunden später oder gar nicht. Die Sicherheitsbehörden haben heute im Bahnhof eine Gräfin Csaky und ihren

als Bedienten verkleideten Begleiter Grafen Bethlen verhaftet. Die vielen Diebstähle die in den belebtesten Theilen der Stadt vorfallen erregen die Aufmerksamkeit unserer Behörden, und man hofft die wahrscheinlich nicht unbedeutende kleine Gesellschaft festzunehmen. Der österreichische Correspondent bringt neuerdings einige Beiträge zur „Revue rétrospective“ der October-Revolution, in welchen durch Documente nachgewiesen wird daß der Gemeinderath die Vertheidigung Wiens nur auf ausdrücklichen Befehl des Reichstagsausschusses angeordnet habe. Als Couriere sind angekommen Hr. Blackwood und Dr. Bethman, beide aus Berlin, der erste als englischer, der zweite als preußischer Cabinetscourier. — Aus Arad erfahren wir daß neuerdings 15 kriegsrechtliche Urtheile gegen eine gleiche Anzahl von ungarischen Officieren gefällt wurde. Das Urtheil lautete auf Pulver und Blei, wurde jedoch vom Feldzeugmeister Haynau für 14 auf achtzehnjährige, und für einen auf zehnjährige Festungsstrafe in Eisen umgewandelt. — Der Kaiser hat dem Viceadmiral Dahlerup den Orden der eisernen Krone verliehen.

(Oesterr. Correspondenz.) Die „Deutsche Zeitung“ hat eine Menge falscher Angaben in Betreff des Privatvermögens der regierenden Familie verbreitet. Es ward in dem bezüglichen Artikel sogar zu 200 Millionen Gulden C.-M. angeschlagen. Aus sicherer Quelle vernehmen wir daß es nur acht Millionen Gulden beträgt, deren Erträgniß mit zahlreichen Jahresgaben und Pensionen behaftet ist. Nach einer vom Finanzministerium ausgegangenen Verfügung sollen künftighin Obligationen im Betrage von 5000 bis 10,000 fl. C.-M. auf das 4½proc. Anlehen ausgegeben werden. — Der k. k. Hofcaplan Stroßmayer ist zum Bischof von Syrmien, Bosnien rc. ernannt worden. — Vorgestern wurde der siebenbürgische Graf Bethlen und Gräfin Csaky auf der Eisenbahnstation zu Wiener Neustadt verhaftet und gefänglich hieher eingebracht. Der Graf, ehemals k. k. Officier, war als Bedienter verkleidet, und nur die trauliche Manier womit er mit der Dame verkehrte, die — romanhaft genug, ihrem Gatten in Ungarn entwichen war, verrieth ihn. — Erzherzog Albrecht ist nach Prag abgereist, der Ban Jellachich von Napagedl hier angekommen.

Mehrere Glieder der Familie Perczel sind bei dem bevollmächtigten k. k. Commissär Gehringer um die Bewilligung eingeschritten ihren Namen ablegen und gegen ihren bisherigen Prädicatszusatz vertauschen zu dürfen. Die Perczel a Bonyhad würden demnach künftig bloß Bonyhady heißen.

Großbritannien.

Am 20 Nov. starb in London, 76 Jahre alt, Sir Charles Forbes, vordem mehr als 40 Jahre lang Principal des vornehmsten Bank- und Handelshauses in Bombay, Forbes und Comp., dann nach seiner Rückkehr vieljähriges Unterhausmitglied. Von schottischer Abkunft, war er, was bei Schotten selten vorkommt, ein Tory im strengsten Sinne des Worts; aber niemals, sagt die Times, „hat sein Partei-Credo seinem Sinne für Recht und Unrecht Eintrag, und sein männlicher Geist war immer bereit zu helfen wo es sich um Arme, Unterdrückte oder Verfolgte handelte. Von früher Jugend an mit Indien verbunden, wandte er fortwährend seine regste Theilnahme auf die Wohlfahrt eines Landes in welchem er seine glücklichsten Jahre erlebt, und den größten Theil seines Vermögens auf das ehrenhafteste erworben. Im Parlament wie im Directorenhof der ostindischen Compagnie war er rastlos bestrebt daß diesem seinem Adoptiv-Vaterland Gerechtigkeit geschehe. Und die Eingebornen Indiens erkannten auch dankbar seine aufopfernde Liebe. Von einem Ende Hindostans bis zum andern, vom Parsi, Hindu, Moslem wurde sein Name auf das tiefste verehrt. Als er Indien verließ, schenkten ihm die Eingebornen ein prächtiges Silberservice zum Andenken, und 27 Jahre nach seiner Abreise wurden daselbst 9000 Pf. St. unterzeichnet um ihrem Freund und Wohlthäter eine Statue zu errichten. Der Meißel Chantrey's hat die imposante Gestalt, die männlichen wohlwollenden Gesichtszüge des Verstorbenen wunderbar dargestellt, und zu den Füßen dieses Marmorbildes, welches im Stadthaus zu Bombay neben denen von Mountstuart, Elphinstone und John Malcolm steht, legen die Inder oft Blumenkränze als Opfergaben nieder. Eine seiner letzten wohlthätigen Handlungen war die Anweisung einer sehr beträchtlichen Summe zum Zweck den Einwohnern Bombay's reines Trinkwasser in allen Jahreszeiten zu verschaffen.“

In der Stadt Cirencester (Gloucestershire), welche auf der Stelle des altrömischen Corinium steht, hat man unlängst in einer der Hauptstraßen einen großen und wohlerhaltenen Mosaikboden aufgegraben, der in neun Ringen, jeder von beinahe 5 Fuß Durchmesser, wohlausgeführte Köpfe von Ceres und Flora, Darstellungen von Aktäon mit seinen Hunden, von Silen auf dem Esel reitend rc. enthält.

* **London,** 20 Nov. Die abscheulichen Auftritte welche die Hinrichtung der Mannings begleiteten, haben auf einer Seite der Idee der Abschaffung aller Todesstrafen neue Anhänger verschafft, auf der andern die in England neue und früher kaum beachtete Idee der Hinrichtung vor wenigen Zeugen im Innern des Gefängnißraums ans Licht gerufen. Für diese hat besonders der bekannte Romandichter Dickens die Feder ergriffen, und bereits, neben vieler Opposition, sehr viele Anhänger gefunden. Nun ist freilich bei jener Hinrichtung nichts geschehen als was sich bei einem jeden ähnlichen Auftritt zu ereignen pflegt, zumal wenn die Delinquenten durch irgendetwas besonderes in ihrer That oder in ihren Verhältnissen besondern Abscheu oder Theilnahme erregen. Aber das bessere Publicum fühlt zarter, und sein ethischer Sinn ist leichter beleidigt. Man weiß wohl daß der Pöbel roh und großentheils herzlos und lasterhaft ist, und daß er diese Eigenschaften bei jeder andern Gelegenheit die ihn in Massen zusammenbrächte, eben so offen an den Tag legen würde wie bei einer Hinrichtung. Aber man empfindet die Ausbrüche seiner Barbarei um so empörender wenn der gewaltsame und schmähliche Tod zweier Mitmenschen die Veranlassung dazu gegeben; und jeder einzelne fühlt als Staatsbürger gewissermaßen sein Gewissen dadurch verletzt daß der Staat als Henker auftritt um der herzlosen Rohheit des Gesindels ein Schauspiel zu geben, wie dessen barbarische Gesinnung es gerade zu fordern scheint. Ich glaube deßhalb auch nicht daß alle Sophismen der Times und ihrer Correspondenten dieses einmal so stark aufgeregte Zartgefühl ganz beschwichtigen werden; und das Parlament wird gewiß etwas thun müssen um dem ekelhaften Hunger eines verdorbenen Geschmacks wenigstens einen Theil der Nahrung zu entziehen, die demselben jetzt durch jeden Mörder gereicht wird. Eines wenigstens, und was besonders dazu beiträgt die Massen bei einer Hinrichtung zu vergrößern, wäre leicht zu verhindern, nämlich die Bekanntmachung des Thuns und Treibens der Delinquenten im Innern des Gefängnisses. Aber damit würde man den Eigenthümern unserer Zeitungen, besonders der Sonntagsblätter, einen Theil ihres Brods rauben. — Indessen hat die Feier am letzten Donnerstag bewiesen daß unser gemeines Volk im einzelnen weit achtungswerther ist als in der Masse. Die Polizeibehörde der City hat nämlich berechnet daß an jenem Tag, wo doch alle Arbeit so streng eingestellt war als am Sonntag, und folglich das ganze Volk unbeschäftigt war, von 9 Uhr des Morgens bis 9 des Abends sich in ihrem ganzen ungeheuren Bezirk nichts ereignet habe was irgendeinen Polizeidiener einzuschreiten genöthigt hätte, und daß kein Betrunkener sich auf der Straße gezeigt. Dagegen waren fast alle Kirchen gedrängt voll; und man sah besonders in den Gotteshäusern der Stadtviertel wo die Cholera am meisten gewüthet hatte, viele von den arbeitenden Classen versammelt. Auch vom Land, und selbst von Dublin her, sind die Nachrichten über die Feier jenes Tags sehr befriedigend. Besonders aber sind die Berichte über die Opfer und Gaben welche jener Tag veranlaßt, höchst erfreulich. Die meisten Fabricanten und andere welche viele Arbeiter zu beschäftigen pflegen, folgten dem Beispiel der Regierung, und gaben denselben ihren Lohn wie an Werktagen, was in manchen Fällen sich weit über 100 Pf. St. belaufen mußte. Und die Sammlungen in den Kirchen können wohl nicht weniger als 100,000 Pf. St. betragen. Wurde doch in einer einzigen hiesigen Kirche die große Summe von 500 Pf. St. gesammelt; und der Prediger einer Nebenkirche in dem Kirchspiel Marylebone vermochte 180 Pf. St. als einen Theil seiner Spenden an den Verein für die Verbesserung der Wohnungen der arbeitenden Classen zu senden! — In Irland findet der Plan Duffy's, alle Parteien zu einem gemeinsamen Streben zum Heil des Vaterlands zu einigen, mehr und mehr Beifall bei der Priesterpartei, und O'Connell steht in seinem Versuch einen besondern Weg einzuschlagen immer vereinzelter da. Was indessen eigentlich bezweckt werden soll, ist noch nicht klar; jedoch so viel ist gewiß daß man, um nur den protestantischen Adel, und überhaupt die Protestanten zu gewinnen, kein Opfer scheut, so daß man O'Connor welcher bei der zu haltenden Generalversammlung zugegen seyn wollte, flehentlich bat er möge doch wegbleiben, weil er durch seinen bekannten Chartismus manche abschrecken könnte. Auch war O'Connor selbst patriotisch genug wegzubleiben. Ich muß aber gestehen daß ich nach allem was wir von irischen Projecten wahrgenommen, nur wenig Hoffnung hege etwas erkleckliches und ausführbares vorgeschlagen zu sehen. — Briefen von New-York zufolge ist der angedrohte Streit zwischen den Vereinigten Staaten und England dahin ausgeglichen worden daß die durch Nicaragua anzulegende Wasserstraße oder Eisenbahn gleichmäßig für alle Welt offen seyn solle. Dieß wird — wenn auch jene Nachrichten voreilig seyn sollten, gewiß das Ende vom Streit seyn.

London, 26 Nov. Das Canalgeschwader unter Commodore Martin, das seinen Stand in Lissabon nehmen soll, besteht aus 4 Linienschiffen und 5 Dampfern mit 354 Kanonen und 3595 Mann Besatzung. Die Mittelmeerflotte unter Sir W. Parker hat auf ihrer Fahrt durchs ägeische Meer nach dem Hellespont sehr schwere Havereien erlitten. — Aus Lis-

sabon vom 19 Nov. die Nachricht daß die portugiesische Regierung alle ihre verfügbaren Schiffe nach China beordert hat.

Frankreich.

Paris, 26 Nov.

Joseph Moreau der letzte der überlebenden Brüder des Generals, ist in seiner Vaterstadt Morlaix in einem Alter von 86 Jahren an der Cholera gestorben. Er war Mitglied des Tribunats unter dem Consulat, des gesetzgebenden Körpers unter dem Kaiserreich, und Präfect der Lozère unter der Restauration.

Der außerordentliche Gesandte der hohen Pforte bei der französischen Republik, Fürst Kallimachi, hat sich am 21 November nach Brüssel begeben, da er auch bei dem König der Belgier beglaubigt ist. Während der Abwesenheit des Fürsten, dessen gewöhnlicher Sitz in Paris ist, wird der Legationsrath Vicomte de Kerkhowe seine Stelle vertreten.

Sechzehn Departements sind es in welchen Nachwahlen vorzunehmen sind, und dieß heißt, wie der Constitutionnel bemerkt, den fünften Theil Frankreichs in Bewegung setzen. Die Departements welche die Wahlunruhe ergreifen wird, zählen zu den wichtigsten, denn Städte wie Paris, Straßburg, Mülhausen, Grenoble, Macon, Limoges und Bourges, und selbst diejenigen deren Namen keinen so hohen Klang haben, wie Toulon, St. Etienne, Moulins und Montluçon, Vierzon, Nevers und Fourchambaut, enthalten eine für politische Umtriebe nur allzu empfängliche Bevölkerung. Ueberall sind Werkstätten, Hütten- und Hammerwerke, und die städtischen Arbeiter behaupten das Uebergewicht gegen das Landvolk. Die Mehrheit dieser Departemente liegt so daß sie dem Contact der auswärtigen Demagogie ausgesetzt ist, so das Vardepartement der propagandistischen Ansteckung von Sicilien und Genua, dann Isère, Rhone, Rhone und Loire, der Piemonts und der Lombardei, Ober- und Niederrhein der Revolutionsgefahr von Deutschland und der Schweiz. Ist dieß nicht die verkehrte Welt? Frankreich, das Mutterland der europäischen Demagogie, nun auch von auswärtigen Umwälzern bedroht!

Von Hrn. P. Bonaparte ist ein neues Duell im Gang. Dießmal gilt es dem Redacteur des Journals l'Assemblée nationale, Hrn. Adrien de la Valette. Peter Napoleon wird sich noch mit vielen schlagen müssen wenn er alle zur Verantwortung ziehen will die sich unehrerbietig über seine algerischen Abenteuer geäußert haben. Der Kampfplatz war eine Wiese hinter dem Bahnhof von St. Germain. Hier wurden die beiden Streiter auf 30 Schritte von einandergestellt, jeder durfte 5 Schritte begehren. Nachdem zwei Schüsse gewechselt waren ohne zu treffen, wurde die Ehre gesichert erklärt, umsomehr als Hr. de la Valette versicherte daß er der Verfasser des für Peter Napoleon beleidigenden Artikels nicht sey.

Die Nationalversammlung hatte heute verschiedene Geschäfte zu erledigen, die, zum Theil von bloßem Localinteresse, zum Theil zu den legislativen Formalitäten gehörig, wenig Debatte erforderten. Eine Anzahl Gesetzentwürfe wurde eingebracht; vom Minister der öffentlichen Arbeiten eine Exigenz von 75,000 Fr. zum Behuf der Einrichtung der ehemaligen Deputirtenkammer, zum Gebrauch der legislativen Versammlung; vom Kriegsminister ein Plan zur Bildung eines vierten Bataillons in einem Regiment der Fremdenlegion, um diejenigen Mobilgarden die länger dienen wollen daselbst unterzubringen; vom Finanzminister die erwartete Bankmaßregel d. h. die Ermächtigung der Bank den Umlauf ihrer Scheine bis auf 550 Millionen auszudehnen, vom Handelsminister endlich der Plan zu der versprochenen Arbeiterpensionscasse. Für die letztere Maßregel wurde Dringlichkeit gefordert, und nach einigen Einreden von Seite der Linken, welche wünschte daß sie vorher dem Staatsrath zur Prüfung überwiesen werden möchte, bewilligt. Hr. A. Thouret hatte gleich im Anfang der Sitzung eine Petition von einem Hrn. Dictigny, gewesenem Unterpräfecten der Republik in Caen, gegen die parlamentarischen Duelle auf dem Bureau niedergelegt. Diese nehmen freilich in einem solchen Grad überhand daß die Versammlung sich genöthigt sehen dürfte auf die eine oder die andere Art dagegen einzuschreiten.

⚲ **Paris,** 25 Nov. Der Bruch zwischen der Majorität und dem Elysée tritt mit jedem Tage deutlicher zum Vorschein, ein Widerstreit der Staatsgewalt mit sich selbst. Die Organe der royalistischen und der doctrinären Fractionen der Rechten machen dem Elysée hauptsächlich zweierlei zum Vorwurf: Verkennung der beanspruchten Machtvollkommenheit der Parlamentsmajoritäten, und die Unfruchtbarkeit, die gründliche Unmacht der persönlichen Politik des Präsidenten. Die „Union" geht vom Tadel unter der Form wohlmeinender Lehren schon zu verdeckten Drohungen über, und das thun mit ihr die übrigen legitimistischen Blätter, während die orleanistischen und mit diesen die doctrinären noch nicht alle Hoffnung zu einer friedlichen Vereinbarung durch Einlenken des Präsidenten aufgeben. Nichtsdestoweniger rücken alle langsam aber sicher in die Schlachtlinie ein, und nur der äußerste rechte Flügel beginnt in seiner Ungeduld die Plänkelei, wo denn der scharfen Schüsse genug fallen, während die übrigen Heeresabtheilungen noch strategisch operiren, in der Hoffnung durch wohlberechnete Manöver den Feind zum Rückzuge zu zwingen. Die Batterien aber sind aufgefahren, wenn auch noch verdeckt und zum Feuern bereit; es dürfte nicht gar lange dauern und der Kampf bricht los auf der ganzen Front. Die Vertreter des göttlichen Rechts machen aus ihrem Wollen kein Hehl und stellen unverhohlen ihre Friedens- und Beitrittsbedingungen, nämlich: Krieg Namens des monarchischen Princips gegen Socialismus und Revolution; entweder oder; der Präsident mag wählen. Die Orleanisten greifen mehr die Idee einer persönlichen die Machtvollkommenheit der Legislative verletzenden Politik an, und dringen nur deßhalb so eifrig auf Rückkehr zur Politik der Majorität weil sie im Verzuge Gefahr erblicken; welche Politik sie unter letzterer verstehen, verschweigen sie wohlweislich, und zwar aus guten Gründen. „So sieht sich denn, bemerkt ironisch die „Voix du Peuple", Hr. Ludwig Bonaparte bedroht in jener majestätischen Einsamkeit verbleiben zu müssen die er sich durch seine Botschaft erworben. Unter der Constituante war der Präsident conservativ, die Majorität revolutionär, und sie rangen miteinander. Unter der Legislative ist der Präsident liberal, die Majorität retrograd, und sie ringen abermals. Daß dieses Ringen bedeutsamer ist als jenes, ist keinem Zweifel unterworfen. Vor Jahr und Tag lag die Constituante in den letzten Zügen, der Präsident in der Wiege; der Conflict konnte kein dauernder, kein nachhaltiger seyn. Dießmal ist es anders. Die beiden uneinigen Gewalten haben gleiche Dauer und gleichbegründete Befugnisse; zwei Jahre sollen sie neben einander aushalten, mit einandergehen: so nothwendig und heilsam einträchtiges Wirken, so gefährlich ihr Antagonismus. Wohin soll der Präsident sich wenden? Rechts oder links? Beides mißlich. Und doch muß unerläßlich bald entschiedenes geschehen.

Schweiz.

* **Bern,** 28 Nov. Gestern und heute berieth der Nationalrath über den Antrag Hrn. Eytels, der eine Suspension der neuen Ausweisung von Flüchtlingen, und eine Vorlage aller dießfälligen Correspondenzen mit dem Auslande verlangte. Das Ergebniß wird mit Spannung erwartet. Eytels Antrag ward mit 60 gegen 30 Stimmen verworfen, dagegen folgender Antrag von Heim mit 61 gegen 24 Stimmen angenommen: „Der Bundesrath ist eingeladen über die Flüchtlingsangelegenheit Bericht zu erstatten und die einschlägigen Acten, soweit sie gegenwärtig schon der Oeffentlichkeit übergeben werden können, vorzulegen."

Türkei.

* **Konstantinopel,** 14 Nov. Stündlich wird die Nachricht von der Entfernung des englischen Geschwaders aus den Dardanellen erwartet. Das Auslaufen aus dieser Meerenge ist in der gegenwärtigen Jahreszeit durch die herrschenden Südwinde erschwert.

§ **Konstantinopel,** 17 Nov. Die Auslieferungsfrage scheint nun doch einer friedlichen Lösung nahe zu seyn. Die Pforte verstand sich dazu die Forderungen des russischen Cabinets zu erfüllen, und jene Flüchtlinge, welche russische Unterthanen sind, aus der Türkei auszuweisen. Auf die zum Islam Uebergetretenen hat dieß keinen Bezug, sie werden den Verträgen gemäß als Moslimen geschützt. Eine kleine Differenz besteht nur noch in Betreff jener russischen Flüchtlinge (Polen), die schon seit längerer Zeit sich hier aufhielten. Rußland verlangt auch deren Ausweisung. Mehrere dieser Flüchtlinge genossen aber seither hier den Schutz anderer Mächte, z. B. Frankreichs. Es würde also die Frage entstehen, ob sie dessenungeachtet noch als russische Unterthanen anzusehen sind. Auch darüber wird man sich jedoch verständigen. Mit Oesterreich ist man ohnedieß schon im Reinen, da Oesterreich seine Forderungen auf Internirung und Bewachung der in die Türkei geflüchteten Insurgenten beschränkt, und die Pforte dieß zugesagt hat. Nun ist freilich noch ein anderer Punkt übrig, ob nämlich nicht eine Verletzung der Verträge vorliegt in Betreff des Verbots der Dardanellendurchfahrt. Denn die englische Flotte hat wirklich die beiden äußersten Schlösser der Dardanellen passirt, und sich unmittelbar hinter den zweiten Schlössern bei Barbieri vor Anker gelegt. Ein Schiff das starke Havarien erlitt, liegt sogar bei Gallipoli. Es fragt sich nun: sind dadurch die Verträge verletzt? In den neuesten Verträgen ist stipulirt daß kein fremdes Kriegsschiff durch die Dardanellen fahren soll, außer in besondern Fällen nach eingeholter Zustimmung der Pforte. Es ist dieser Stipulation jedoch noch beigefügt, es solle in diesem Betracht gehalten werden wie es den früheren Verträgen gemäß und seither Brauch gewesen sey. Nun hat man den Canal der Dardanellen immer erst von den zweiten Schlössern an als das eigentliche mare clausum angesehen, weil zwischen den beiden äußersten Schlössern die Entfernung noch zu bedeutend ist als daß dort schon durchsegelnde Schiffe in ein wirksames Kreuzfeuer genommen werden könnten; es soll daher auch seither Brauch gewesen seyn fremde Kriegsschiffe ungehindert bis zu den zweiten Schlössern durchzulassen, und erst zur Vorbeifahrt an diesen die besondere Zustimmung der Pforte zu fordern. Diese Erklärung gab die

türkische Regierung gegenüber den Protesten des russischen Gesandten. Hr. v. Titoff hat erwiedert, er wolle es nach St. Petersburg berichten und der Entscheidung seines Cabinets überlassen ob es diese Erklärung den Verträgen gemäß finde oder nicht. Man vermuthet daß das russische Cabinet weiter keine Schwierigkeit mehr darüber machen werde. Die Officiere der englischen Flotte sind noch immer hier und beschauen sich Stambul. Die englische Flotte besteht aus den Dreideckern Queen (dem Admiralschiff), Caledonia, Howe, Prince Regent, Powerful, Vengeance und Bellerophon; der Fregatte Thetis, den Dampffregatten Odin und Dragon, den Dampfcorvetten Bulldog und Rosamond und dem Schiff Oberon. Die französische Flotte zählt in ihren Reihen die Dreidecker Friedland, Jemmapes, Inflexible, Hercule, Jena und Jupiter; die Fregatte Psyche; die Dampffregatten Descartes und Magellan und die Schraubencorvette Caton. Da Nachrichten über die russische Flotte wohl in gleich hohem Grade Ihre Leser interessiren werden, so füge ich aus dem Journal von Odessa die Nachricht bei daß am 23 oder 24 d. in Nikolajew 7 neue Kriegsschiffe, darunter 2 Linienschiffe, vom Stapel laufen werden. Wann werden einmal die Deutschen Drei- und Zweidecker anfangen vom Stapel zu laufen? Die letzte Nummer des Courrier de Constantinople enthält die Nachricht, kein Einziger der in Widdin vorhandenen ungarischen Flüchtlinge habe der Einladung des Generals Hauslab zur Rückkehr Folge geleistet. Ihnen wurde dagegen von Wien gemeldet, ein paar tausend Flüchtlinge seyen auf General Hauslabs Aufforderung nach Oesterreich zurückgekehrt. Was ist nun wahr?*) Die Politik der türkischen Mollahs weiß einen andern Grund der noch verzögerten Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Rußland: der Padischah, erzählen sie den Gläubigen, habe vom Moskof Giaur die Wiederherausgabe der Krim ꝛc. begehrt, und der Kral von Rußland sträube sich noch ein wenig dagegen, er werde aber endlich doch dem Padischah willfahren.

Ein Brief des **Courrier de Constantinople** vom 28 Oct. aus **Schumla** sagt: „Es kamen bei uns nahe an 1500 Polen aus Widdin an, ebenso ihre Anführer, der Fürst Zamoisky, der Graf Bysterzamowsky und der General Wissowsky. Der Gouverneur von Schumla bereitete den Flüchtlingen die beste Aufnahme; er sorgte für alle ihre Bedürfnisse, und nahm sich überhaupt eines jeden Einzelnen warm an. Für jetzt sind die Flüchtlinge in der Citadelle einquartiert."

Handels- und Börsennachrichten.

London, 26 Nov. Die Herabsetzung des Zinsfusses der Bank von England wirkt bereits auf den Stockmarkt. Die Consols sind von $94\frac{3}{4}$ auf 95 gestiegen.

Paris, 26 Nov. 3proc. 57; $4\frac{1}{2}$proc. 78.75; 5proc. 89.90; Bankactien 2395; belg. 5proc. $95\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $86\frac{3}{4}$; österr. Loose v. 1834 395; neap. 5proc. 91; röm. 82; span. active $22\frac{1}{8}$; 3proc. $37\frac{3}{4}$; piem. 5proc. 83.10; Oblig. v. 1849 890; Vers. C.-W. rechte 210; Paris-Orleans 737.50; Rouen 527.50; Straßburg 356.25; Nordbahn 443.75; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 218.75; Straßb.-Basel 102.50; Tours-Nantes 280.

Amsterdam, 26 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $53\frac{1}{2}$; 3proc. 63; 4proc. $82\frac{1}{2}$; port. 4proc. $34\frac{13}{16}$; Metall. 5proc. $82\frac{5}{8}$; Ard. $12\frac{1}{8}$. Curs auf London 12.05 l. S. Curs auf Hamburg $34\frac{7}{8}$ l. S.

Augsburg, 29 Nov. (5 fl. R. Conv. = 6 fl. l. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83\frac{5}{8}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{1}{4}$ P. Wien in 20ern 1 M. $91\frac{1}{4}$ P. Triest 1 M. $91\frac{1}{4}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. Leipzig 1 M. $105\frac{1}{8}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.3 G., 3 M. 10.3 G. Paris 1 M. $118\frac{3}{4}$ P. Lyon 1 M. $118\frac{3}{8}$ P. Marseille 1 M. $118\frac{1}{2}$ P. Mailand 1 M. $60\frac{1}{4}$ P. Genua 1 M. $51\frac{3}{4}$ P. Livorno 61 P.

Augsburg, 29 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 84 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{1}{2}$ P., 100 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87 P. Bankactien II. Sem. 1090 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 28 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $86\frac{1}{4}$; Bankactien 1300; preuß. Staatsschuldsch. $88\frac{3}{4}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{3}{4}$; Ludwigsh.-Berbach $84\frac{1}{2}$; württemb. $3\frac{1}{2}$proc. 81; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{8}$; bad. 5proc. $98\frac{1}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $78\frac{1}{4}$; darmst. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{4}$; 4proc. $88\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$proc. $93\frac{3}{8}$; naff. 5proc. $101\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$ P.; Frankf. 3proc. $78\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{1}{2}$, $88\frac{1}{6}$; Disc. 2 P.

♀ **Wien**, 27 Nov. Bei mäßigem Geschäft boten Fonds- und Actiencurse wenig Veränderung dar, und schlossen mit Ausnahme der Anlehensloose vom J. 1839, welche abermals um 1 Procent zurückwichen, ziemlich fest zur Notiz. $4\frac{1}{2}$proc. Metall. waren heute etwas mehr gefragt, fremde Devisen und Comptanten mehr offerirt. Das Gold- und Silberagio variirte unbedeutend. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{7}{8}$–$93\frac{15}{16}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{3}{4}$–$83\frac{7}{8}$, Loose vom J. 1834 $172\frac{1}{2}$–173, Loose vom J. 1839 $114\frac{1}{2}$–115, Bankactien 1182–1185, Nordbahnactien 108–$108\frac{1}{4}$, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder 79–$79\frac{1}{2}$, Pesther 78–$78\frac{1}{4}$. London (in l. S.) 10.59–11, Hamburg $160\frac{1}{4}$–$160\frac{1}{2}$, Augsburg uso 109–$109\frac{1}{4}$, Frankfurt $108\frac{1}{2}$ G., Amsterdam 152–$152\frac{1}{2}$, Mailand $98\frac{1}{4}$ P., Livorno $106\frac{1}{2}$ P., Genua 125 P., Paris $129\frac{1}{4}$ P., Marseille 120 G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $15\frac{1}{4}$, Silberagio $9\frac{1}{8}$ Proc. Beim Schluß der Börse war die heute fällige französische und englische Post noch nicht da, wie denn die nördlichen Posten überhaupt bei dem gegenwärtig so plötzlich eingetretenen strengen Winter öfters Verspätungen erleiden. Die seit ein paar Tagen anhaltenden Schneefälle haben auch die Einstellung der Fahrten zwischen Gänserndorf und Preßburg nöthig gemacht. Auch die Dampfschifffahrten auf der Donau mußten wegen der bereits herumtreibenden bedeutenden Eismassen unterbrochen werden. Ein heute früh abgegangenes Dampfboot mußte ein paar Stunden von hier anlegen und konnte die Fahrt nicht weiter fortsetzen.

*) Die Rückkehr einiger tausend Ungarn ist außer Zweifel. Von allen Seiten liegen Beweise dafür vor.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Die ethnographische Karte Schaffariks, und das Land der Magyaren in Europa.

Pesth, Anfangs Nov. Es gibt Männer und namentlich Gelehrte deren Vorsatz und Lebensaufgabe gewesen nur für irgendeinen kleinen Kreis zu wirken, die aber durch die wichtigen Resultate ihrer gediegenen Gelehrsamkeit allen gebildeten Völkern angehören. In die Zahl solcher Männer gehört Paul Joseph Schaffarik, ein ungarischer Karpathen-Slave, jetzt in Prag als Büchercensor, welcher durch sein classisches Werk „Slavische Alterthümer" dem deutschen Publicum bekannt ist. Ein an Umfang zwar kleineres, aber nicht an Gehalt, ist die von ihm 1842 in Prag erschienene „Slavische Ethnographie" nebst einer ethnographischen Karte. Dieses Buch ist das Werk zwanzigjähriger Forschung, Correspondenz und Selbstanschauung, nicht zu vergleichen mit andern ähnlichen Arbeiten, wo die Daten entweder aus der Luft gegriffen oder aus parteiischer Nationalität nach Belieben bald vermindert, bald vergrößert werden. Hr. Schaffarik gab sich Mühe überall aus der ächten sichersten Quelle zu schöpfen, selbst das Geschöpfte nochmals zu prüfen. Man vergleiche diese Karte nur mit der in Paris erschienenen von Gouson oder mit der in Berlin von Reymann, und man wird den großen Unterschied leicht wahrnehmen. Dort Unsicherheit, Unrichtigkeit, oft Verworrenheit in der geographischen Lage, größtentheils falsch geschriebene Namen, Ineinanderlaufen der Sprachen und Dialekte, bei Schaffarik Sicherheit, möglichste Genauigkeit und Correctheit in Benennung der kleinsten Ortschaften, Flüsse und Berge.

Das kleine Werk zerfällt in zwei Theile, wovon der erste über die slavische Nation und Sprache mit ihren Mundarten handelt, der andere die übrigen europäischen Nationen und Sprachen betrifft, namentlich die litthauische, italienische und walachische, die deutsche, arnautische, griechische, armenische, osseinische, tschudische, samojedische, tatarische oder türkische, kalmükische und kaukasische.

Das Land der Slaven umfaßt das ganze europäische Rußland, Polen, zwei Drittheile von Böhmen und Mähren, einen Theil von Schlesien und zwei Drittheile von Ungarn (Slavonien und Croatien mit eingerechnet), Bosnien, Servien und Bulgarien. Das Areal dieser Ländermasse kann ohne Uebertreibung auf 80,000 Quadratmeilen angenommen werden und die Menschenzahl auf 78 Millionen.

Von diesem Völkermeer umflossen erscheint uns das Land der Magyaren wie zwei Inseln, wovon die größere in Ungarn, die kleinere in Siebenbürgen liegt. Beide sind durch das Walachenland von einander geschieden und die kleinere von diesem rings umschlossen. Ueberhaupt berührt das Magyarenland nirgends die Gränze eines benachbarten Staates, weder Rußlands, noch der Türkei, noch Deutschlands.

Die Oberfläche der größeren Magyaren-Oase kommt der von Böhmen gleich, die kleinere sehr ausgezackte ist so groß wie das Großherzogthum Baden.

Die Karte des Hrn. Schaffarik ist darum eine fast neue Entdeckung. Unbekannt war es zwar nicht daß Ungarn außer den Magyaren zugleich andere Völker beherberge, Deutsche, Slovaken, Croaten, Serben und Walachen, daß aber das Land der Magyaren zu zwei so mäßigen Provinzen zusammenschrumpfen werde, davon mochte wohl niemand eine Ahnung haben.

Die Magyaren rechnet Schaffarik zum uralisch-tschudischen Volksstamm, zu dem auch die Serjneen, Permiaken, Wotjaken, Wogulen, Karakalpaken, Tscheremissen, Mordwinen, Ostiaken, Loparen, Tschuhonzen, Esthen und Lieven gehören. Die beiden letztern wohnen an der Ostsee, sind leibeigen und treiben Ackerbau; alle vorhingenannten sind dagegen Nomadenhorden, im Flußgebiete der Kama und am westlichen Abhange des Ural wohnend, theils noch Heiden, zum Theil Mohammedaner, ohne alle Cultur.

Die Seelenzahl der Magyaren in Ungarn und Siebenbürgen übersteigt kaum 3 Millionen, indem der dritte Theil ihres Landes aus Pußten besteht, wo bloß Rinder und Schafe weiden, und es auch eine allbekannte Sache ist daß das Magyarenvolk nur ein schwaches Fortpflanzungsvermögen besitze.

Auch die in Ungarn angesiedelten Deutschen hat Schaffarik in seiner Sprachkarte nicht vergessen, obschon diese dabei etwas zu kurz weggekommen, woran wohl hauptsächlich der kleine Maßstab der Karte schuld ist. Die Deutschen sind durch das ganze Land zerstreut, und wohnen bloß in der Zips, im Banat, im Tolnaer und Baranyer Comitat, dann in der Wieselburger, Oedenburger und Eisenburger Gespannschaft in zusammenhängenden Massen. Im Banat z. B. übersteigt die Zahl der Deutschen die ihrer Stammgenossen in Siebenbürgen. Mit weniger Ausnahme bilden die Deutschen den Kern der Bevölkerung aller Freistädte. Die deutsche Sprache waltet durch ganz Ungarn, sie ist die Sprache des Handels und der Gebildeten, und wer sie nicht spricht, der wird zu den Rohen und Ignoranten gezählt, weil die Magyaren fast keine Litteratur haben, und um sich zu unterrichten deutsch wissen müssen.

Die slavischen Volksstämme sind von den Magyaren vollständig abgeschieden. Letztere liegen zwischen den Slaven wie eingekeilt. Das Land der Magyaren ist von einer Unzahl deutscher Ansiedelung erfüllt, daß es auf der Sprachkarte wie ein durchlöchertes Sieb aussieht. Wohl läßt sich daher eine Slovakei als neues österreichisches Kronland vom ehemaligen Ungarn abreißen. Bei der Absonderung der Deutschen von den Magyaren wird die Regierung dagegen anders verfahren müssen. Wir kennen zwei Inselreiche, Japan und England, deren Theile auseinanderliegen und doch fest zusammenhalten. Englands Besitzungen sind über die ganze weite Erde zerstreut, und doch ist jedes entfernteste Glied durch den mächtigen Arm einer Centralregierung geschützt. Auch in Ungarn würde es so gar schwer nicht seyn die hier wohnenden Deutschen unter Einen Hut zu bringen, das heißt: ein neues deutsches Kronland zu schaffen, zumal die Anzahl der in Ungarn ansässigen Deutschen 2 Millionen ist.

Die österreichische Donaudampfschifffahrt.

┬ **Wien**, 25 Nov. Es hat hier überrascht durch die deutschen Zeitungen die Nachricht laufen zu sehen das Privilegium der österreichischen Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft sey von der Regierung bis zum Jahr 1880 erneuert worden. Auch Sie heben dieselbe hervor, irregeleitet, wie's scheint, durch einen zweideutigen Ausdruck der „Presse." Diese Nachricht ist indeß ganz irrig, und damit fallen auch alle so eifrig daran geknüpften Folgerungen und Verschwärzungen in nichts zusammen. Schon im Jahr 1846 ist jenes Privilegium bis 1880 ertheilt worden; von einer Erneuerung in diesem Augenblick ist nirgends die Rede, nur auch nicht von einer einseitigen Aufhebung desselben. Zwar sucht ein hiesiges Blatt aus einem Gesetz von 1817 zu beweisen, das Privilegium der Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft könne als Alleinrecht gar nicht gesetzlich bestehen; allein es verstößt dabei gegen das frühere österreichische Staatsrecht, und soviel ich höre liegen sogar bereits Rechtsgutachten vor die sich im entgegengesetzten Sinn aussprechen. Mit dem im „Wanderer" angeführten Commissionsberachten von 1842 mag es zwar seine Richtigkeit haben; allein dieselben Männer welche jenes damals ertheilten, haben, wahrscheinlich besser unterrichtet, später selbst die von der Gesellschaft gewünschte Concession gefördert. Das ist der Sachverhalt. Uebrigens glaube man nicht es handle sich bei jener Frage lediglich darum ob ein Monopol fortdauern solle oder nicht. Wäre hiemit die Bedeutung der Sache erschöpft, so könnte die Antwort nicht zweifelhaft seyn, denn davon seyen sie überzeugt: der Monopolismus wird am wenigsten im österreichischen Handelsministerium Fürsprache finden. Aber die Donaudampfschifffahrt hat auch ihre innere und ihre äußere politische und eine militärische Seite, was alles auf dem Standpunkte der Regierung wohlerwogen seyn will, woran natürlich aber der Kaufmann zuletzt denkt. Die Donau durchströmt in imposanter Breite die ganze Monarchie und zieht dann noch durch anderer Herren Länder in das schwarze Meer. Es kann wichtig erscheinen ihre Dampfbeschiffung noch eine Zeitlang unter fester Controle der Regierung zu halten bis der sich rasch vermehrende Verkehr andere feste Verhältnisse geschaffen hat, und am Ende auch die letzte Fessel sprengt. Man hat sich in Ungarn früher große Mühe gegeben den Sitz der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft nach Pesth zu verlegen — es scheint man wußte

recht gut warum. Selbst die kleinen Dampfer auf den lombardischen Seen haben in den Händen der Aufständischen viel geschadet, und wenn alle Donau-Dampfschiffe im Besitz der Magyaren, die dreißig Dampfer des Lloyd in den Händen der Venezianer gewesen wären — wohl hätte das von sehr empfindlichen Nachtheilen begleitet seyn können. Dieß nur ganz beiläufig. Uebrigens ist das ausschließliche Privilegium jener Gesellschaft an sehr erschwerende und ihre Alleinmacht beschränkende Bedingungen geknüpft, die dem Verkehr auf der ganzen Länge der Donau sowie auf ihren Nebenflüssen zu gute kommen, und welche die Gesellschaft und ihr Monopol doch wieder lediglich von der Regierung abhängig machen. Die Zeit kann kommen wo die Gesellschaft selbst verlangt ihres Privilegiums mit den daran geknüpften lästigen Bedingungen enthoben zu werden, und wo sie der freien Concurrenz in ihrem eigenen Interesse den Vorzug gibt. Dieser Zeitpunkt wird um so bälder eintreten je rascher der Verkehr sich auf der ganzen Länge der Donau belebt, und die Einbuße der Dampfschifffahrt auf den jetzt noch stillern Strecken dann nicht mehr durch die reichern Gewinnste auf den andern ersetzt zu werden braucht.

Genesis der Revolution in Oesterreich.

Leipzig. Friedrich Fleischer.

‡ Es ist nothwendig daß Sie Ihre Leser auf dieses Buch aufmerksam machen, denn es hat eine doppelte Wichtigkeit. Vor allem wird es von historischer Bedeutung dadurch daß es von einem Eingeweihten geschrieben ist der mehr in den Palästen als in den Straßen beobachtete; dann aber verdienen die politischen Grundsätze welche die Bearbeitung des geschichtlichen Stoffes veranlaßten und färben, eine besondere Aufmerksamkeit. Der Kritik enthalte ich mich dabei ganz, und will nur versuchen Ihnen den Inhalt des Buches durch seine bezeichnenden Stellen anschaulich zu machen. Das „sogenannte" Metternich'sche System will der Verfasser geschichtlich aus der Persönlichkeit des Kaisers Franz erklären, und zwar offenbar so daß er die historischen Worte: amorem meum populis meis mit kindlichem Glauben auslegt.*) Die absolute Regierungsgewalt hing mit den religiösen Begriffen jenes Fürsten zusammen, und „jede freiwillige Schmälerung der von Gott in seine Hände gelegten Macht" war gegen sein Gewissen und seine Ueberzeugung. Nächstdem war die „Väterlichkeit" der Verwaltung ein anderes Hauptmerkmal der ehemaligen politischen Zustände. Die Ministerien oder Hofstellen waren in ihren Befugnissen so eingeschränkt daß sie dem Kaiser gegenüber nur ein Referentenamt hatten, und der Fürst Metternich habe kein Hehl von seiner Ueberzeugung gemacht „daß im Nichtregieren das Hauptübel des Staates liege, und daß solches aus einer Verwechslung des Verwaltens mit dem Regieren entspringe". Die „Väterlichkeit" würde freilich mit dem Constitutionalismus aufhören, weil die Regierung „für ihre Handlungen nicht einem warmfühlenden Herrscher, sondern den schwankenden Majoritäten scharf urtheilender Reichsstände verantwortlich ist." Der galizische Bauernkrieg im Jahr 1846 hätte den Fürsten Metternich vor der nahenden Revolution warnen sollen, „allein zu seinem Unglück faßte er nur die ihm günstige Seite der Volkshülfe ins Auge, und betrachtete diese als die nothwendige Folge des von ihm angewandten Systems der Väterlichkeit". Während nun das Auftauchen revolutionärer Symptome überall beobachtet wird, findet der Verfasser einen großen Fehler der vormärzlichen Regierung darin daß sie den ungarischen Landtag 1843/44 nicht auflöste. „Dieser kraftvolle Schritt, der dem drohenden Uebel hätte Einhalt thun können, weil die Lenker der ungarischen Angelegenheiten, einem Manne gleich welcher angegriffen die in seiner Hand befindliche Schußwaffe nicht abfeuert, damit kein Knall erfolge, den Lärm scheuten welchen dieser Schritt im Auslande verursacht hätte." Ein anderer Fehler war, der Schrift zufolge, die Ernennung des Erzherzogs Stephan zum Stellvertreter des Palatins „mit einer sonst in Oesterreich ungewohnten Eile" und „ohne vorläufige Verständigung über seine Geneigtheit das Programm des ungarischen Hofkanzlers Grafen Apponyi auszuführen". Bald merkte man den Zwiespalt, denn „der junge Erzherzog wollte dem Beispiel seines Vaters folgen und es mit keiner Partei ganz verderben; ihm mangelte jedoch hierzu die Erfahrung seines Vaters, und auch zur Behauptung des Gleichgewichts dessen Gewandtheit im Gebrauch der Balancirstange". So fiel er den Gegnern der Regierung in die Hände.

Es wird nun geschildert wie das Ansehen der Regierung sank, verbotene Schriften allerorten ins Land schlüpften,**) in Gast- und Kaffeehäusern und an öffentlichen Orten ohne Scheu die Regierung geschmäht wurde. „So standen die Sachen in den verschiedenen Theilen des österreichischen Kaiserstaates bis zum März 1848, und so würden sie vielleicht noch stehen", wenn die Februarrevolution nicht dazwischen gekommen wäre. Die „demokratischen Vereine" in Deutschland hätten nun die Besorgnisse der Regierungen wegen französischer Gelüste nach dem linken Rheinufer benützt „um laut die Nothwendigkeit der Einigung und Stärkung Deutschlands zu predigen", und an die Stelle des Bundestags die Versammlung der Völker Deutschlands als einzig wirksame Widerstandskraft zu setzen. „Die auch in Wien ungeachtet der so wachsam und argwöhnisch geschilderten österreichischen Polizei bestehenden demokratischen Vereine wirkten eifrigst zur Verbreitung gleicher Ansichten." Es wird ferner angedeutet wie der 13 März durch Verschwörungen künstlich herbeigeführt worden. „Ungarische Agenten, welchen sich auch italienische, polnische und deutsche anschlossen, erhitzten durch Worte und Geldspenden die Köpfe der Wiener, und trieben sie zur That am bestimmten Tage." „Räthselhaft muß es erscheinen daß die Wiener Polizei, welcher noch niemand Blindheit oder Unthätigkeit gegen politische Umtriebe vorgeworfen hatte, keine bemerkbaren Vorkehrungen zur Abwendung des auf den 13 März angekündigten Ausbruchs der Revolution zu treffen nöthig fand." Der Verfasser erklärt diesen Umstand aus „einer überschätzten Popularität der Regierung". Das „Nichtregieren" unter Metternich hätte die Revolution, nach der Meinung unseres Buches, einzig herbeigeführt, „weil eine abnorme Bewegung, welche sich des leerstehenden Regierungsfeldes (bewußt oder unbewußt) bemeistert hat, alsbald zum Umsturz führt." Nun wird Fürst Metternich mit einem Astrologen verglichen der, den Blick nach den Sternen gerichtet um ferne Gefahren zu erforschen, in den Graben zu seinen Füßen stürzt. Ob es aber seine Schuld allein sey wenn seine „verpflichteten Führer" ihn nicht vor der Grube warnten? „Die Organe der Polizei und innern Verwaltung sollten diese Führer seyn, sie erfüllten ihre Aufgabe nicht." „Ihren Armen mangelte nachher die Kraft den schon im Fallen Begriffenen, wie sie vielleicht gehofft hatten, noch emporzuhalten — sie fielen mit ihm!" Als am 13 Abends der Rector der Universität mit begeisterten Worten die Bewaffnung der Studenten verlangte, wurde dieß vom Erzherzog Ludwig gewährt, von einem der im Saal anwesenden niederösterreichischen Ständemitglieder unter die formulirte Erklärung aber mit Bleistift der Zusatz geschrieben: „es werde auch erwartet daß alle Bürger durch Einreihung in die Bürgercorps diese möglichst verstärken und zur Erhaltung der Ruhe mitwirken werden". Das Verlangen nach einer Gesetzgebung über die Presse wurde durch den Beschluß des Königs von Preußen vom 8 März thätig unterstützt. „Bei diesem Beispiel von Seite jener Großmacht Deutschlands, welche bisher noch den österreichischen Maximen am nächsten stand, stellte sich ein Kampf nicht als räthlich dar."

Das Niederlegen des Portefeuille von Seiten des Fürsten Metternich zwingt die Gefühle des Verfassers zu dem horazischen justum ac tenacem Zuflucht zu nehmen, und er findet „einen widerlichen Contrast mit solcher Seelengröße" beim Fürsten und dem Bravoruf der Volksmenge als sie die Abdankung erfuhr. Das Buch verlangt vom Leser hohe Beachtung daß in der kaiserlichen Kundmachung vom 15 März „das Wort Constitution nicht ausgesprochen ist"; „denn daß beim Zugeständniß der Sache das Wort nur zufällig weggeblieben sey, läßt sich nicht denken." Da nun gerade deßhalb „von der conservativen und revolutionären Partei" den damaligen Ministern Vorwürfe gemacht worden, hat der Verfasser genaue Erkundigungen über den Sachverhalt eingezogen. „Die Staatsconferenz soll nämlich auch in dem Patent vom 15 März jenes ominöse Wort (Constitution) durch den Ausdruck constitutionelle Einrichtung des Vaterlandes haben ersetzen wollen", um damit anzudeuten daß die parlamentarische Regierung „auf Grundlage der Provincialverhältnisse" in Aussicht stehe. Dieß scheint dem „unbefangenen Urtheil" des Verfassers mit Hinblick „auf die Natur des Conglomerates, woraus die österreichische Monarchie besteht", als das räthlichste. Daß dennoch eine Constitution versprochen wurde, geschah darum „weil es Leute gab welche das Lieblingsstichwort nicht nur als Adjectivum, sondern absolut als Substantivum vom Kaiser ausgesprochen wissen wollten." Die niederösterreichischen Stände werden vorzüglich hart als Beförderer der Revolution angegriffen, und ihr Petitionsentwurf vom 12 März um Preßfreiheit, dessen Schlußworte die Behauptung enthalten: „daß durch das drückende Censursystem ein Mißtrauen entstand welches nie zwischen den Thron und die Herzen des Volkes hätte treten sollen", erhält die wenig schmeichelhafte Bezeichnung von „Volkstribunenworten" Mit dem 15 März

---

*) Wir verweisen zur Vergleichung auf Usedoms Charakteristiken und auf das jüngste in diesen Blättern berührte Gutachten eines österreichischen Stabsofficiers in den Lebensbildern aus dem Befreiungskriege.

**) Schusella hat in seinen „Deutschen Fahrten" ein interessantes Capitel über den von Campe in Hamburg längs der österreichischen Gränzen förmlich organisirten Schmuggel von aufregenden Schriften. Campe hatte dazu ein ganzes Heer kecker Bursche aufgestellt, und die Preise so gemacht daß er gut dabei wegkam, wenn auch nur ein kleiner Theil der Schriften über die Gränze gelangte.

hält der Verfasser seine litterarische Aufgabe gelöst, und folgt dem Verlauf der Revolution nur mit begleitenden Bemerkungen, ohne eine historische Darstellung zu beabsichtigen. Was wir dort hören, ist fast überall schon einmal gesagt und wiederholt worden, und nur ein kleiner Satz, der dem Buche eigenthümlich ist, bedarf noch der Erwähnung. „Die Ernennung eines Militärgouverneurs mit den ausgedehntesten Vollmachten und gleichzeitige Anwendung des Kriegsgesetzes für Wien hätte der Meuterei vom 26 Mai statt der väterlichen Proclamation des Kaisers vom 3 Junius folgen sollen." So die Schrift. Der denkende Leser bedarf keinen Commentar.

Florenz.

..i.. **Florenz**, 20 Nov. Auf der einen Seite die römische, auf der andern die piemontesische Nachbarschaft wirkt sichtlich einschüchternd und lähmend auf den Gang der hiesigen Verhältnisse. Sie glauben gar nicht wie groß der Schaden ist den das ans Lächerliche und Kindische streifende Benehmen der Majorität in der sardinischen zweiten Kammer ganz Italien zufügt. Leider wird die Vertagung der Kammer, in Folge ihres letzten Beschlusses die dringend nothwendige und vom Ministerium dringend geforderte Zustimmung zu dem mit Oesterreich abgeschlossenen Tractat abermals auf die lange Bank zu schieben, der in den andern Staaten gewaltig sich regenden reactionären Partei nicht geringen Vorschub leisten. Von Sineo und seinem Anhang erwartete ich nichts besseres: daß aber Rattazzi und Buffa, welche bereits die feste Absicht ausgesprochen hatten sich als Tiers-Parti vom linken Centrum zu trennen, in die Schlinge gingen, erschiene nahezu unbegreiflich, wüßte man nicht daß die neugebackenen Staatsmänner Italiens überhaupt mit der diesem Volk eigenen Hartnäckigkeit in allem Recht behalten wollen, und Gründen der Zweckmäßigkeit schon darum unzugänglich sind, weil sie sich durch Nachgiebigkeit den Schein zu geben fürchten als verurtheilten sie ihre eigene frühere Politik. In den höchst unerquicklichen zusammenhanglosen Debatten mußte allermeist auffallen daß die Parteien gar keine zum voraus abgesprochene parlamentarische Taktik verfolgten, sondern lediglich von den vorkommenden Incidenzpunkten sich bestimmen ließen. So geschah es daß die dem eigentlichen Fragepunkt gänzlich fremde Naturalisationsfrage, zufällig aufs Tapet gebracht, ein Amendement und dessen Annahme hervorrief. Nur zwei Bemerkungen verdienen aus der ganzen nicht enden wollenden Verhandlung zu den Acten genommen zu werden: die Versicherung Buffa's: das französische Cabinet habe für den Fall daß der Krieg von neuem ausbreche, seine Hülfe auf das förmlichste und unzweideutigste zugesagt; sowie die emphatisch gegebene Versicherung Rattazzi's: der König sey schon von der durch den Ministerrath gefaßten Entschließung fest zum Kriege gewillt gewesen, dessen Verantwortlichkeit die Minister erst übernahmen, nachdem der Generalstab erklärt hatte: die Armee sey zum Kampfe gerüstet. Daß die äußerste Linke mit Brofferio an der Spitze zur Versöhnung und zur Annahme des Vertrages rieth, gereicht ihrem politischen Verstande zu nicht geringer Ehre.

Die Regierung des Großherzogs gibt sich, da ihr durch keine unbequemen Kammerverhandlungen die Hände gebunden sind, mit allem möglichen Eifer legislativen Arbeiten hin. Das Polizeigesetz ist erlassen, und das Unterrichtsgesetz wird in den nächsten Tagen schon dem Staatsrath vorgelegt werden. In der so dringend geforderten Reorganisation des Heeres ist noch wenig geschehen, nur die Gendarmerie wurde nach Uniform und Reglement ganz auf französischem Fuß eingerichtet. Zu Instructoren berief man einige Duzend neapolitanische Polizeiofficiere — ein Beweis daß man in Neapel die Polizei zu handhaben versteht. Mit der eigentlichen Armee scheint man sich um so weniger beeilen zu wollen, da der Vertrag mit Oesterreich wegen Verlängerung seiner militärischen Occupation bereits abgeschlossen oder dem Abschluß ganz nahe ist. Bekanntlich war das toscanische Militär vor der Revolution eines der schlechtesten in ganz Italien, was nicht wenig besagen will. Ein Staat von 1,700,000 Einwohnern, dessen Einkünfte 27 Millionen Lire betrugen, hatte einen Militärbestand von 5800 Mann, und selbst diese waren so schlecht eingeschult daß im Grunde gar nichts damit auszurichten war. Und doch zog Toscana allein von durchreisenden Fremden und von seinen Strohhüten jährlich 9 Millionen Scudi aus dem Ausland! Ohne ständische Mitwirkung kann übrigens die Verwaltung des Landes unmöglich auf einen grünen Zweig kommen, und es wäre in der That höchlich zu beklagen, wenn die Vorgänge in Piemont für Toscana die Wirkung hätten daß mit der Einberufung der Kammern noch länger gezögert würde.

Nur Unwissenheit oder böser Wille können behaupten in Italien fehlen die Grundelemente zu der Verwirklichung des constitutionellen Princips; dagegen ist es ausgemacht daß die Menge Zwischenfälle und Rücksichten welche die Thore zu dem Repräsentativstaat noch immer verschlossen halten, ein unbehagliches Mißtrauen unter dem Volke nähren und verbreiten. Die österreichische Regierung ist nicht gemeint, und kann nicht gemeint seyn dem Zustandekommen eines constitutionellen Toscana irgendwelche Hindernisse in den Weg zu legen, und es müssen darüber sehr kategorische Erklärungen eingegangen seyn. Oesterreich will zunächst nichts als auch in Italien die Revolution bändigen, und ein längeres Verbleiben der österreichischen Truppen im Großherzogthum würde, wie ich allen Grund habe anzunehmen, dem hiesigen Cabinet nur um so freiere Hand verschaffen, da das Wiener Cabinet im wohlverstandenen Interesse des Kaiserstaats durch die That beweisen will daß es dem Recht unabhängiger Staaten ihre Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu ordnen in keinerlei Weise zu nahe treten wird, solange die politische Entwickelung sich innerhalb der Gränzen des constitutionellen Princips bewegt. In einem Augenblick wo Oesterreich darauf verzichtet die materiellen Interessen seiner italienischen Länder mit den Interessen der andern italienischen Staaten in eine immer engere Beziehung zu setzen und auf diesem realen Boden die Einheit Italiens anzubahnen, hat es ganz und gar nichts dagegen zu erinnern daß Toscana mit Piemont neue Verkehrsverbindungen eingeht. Diese Thatsache allein schon spricht laut genug.

Von politischen Verfolgungen kann natürlich in Toscana nicht die Rede seyn; indessen ist es aufgefallen daß unlängst der Professor der organischen Chemie, Taddei, und der ausgezeichnete Augenarzt Cepriani wegen ihrer Theilnahme an Guerrazzi's Putsch von allen amtlichen Functionen suspendirt wurden. Sie wissen daß den berühmten Lehrer der vergleichenden Anatomie, Alessandrini, in Bologna, eine europäische Celebrität und ehedem als Cuviers Nachfolger nach Paris berufen, aus ähnlichen Gründen das Loos der Verbannung traf. Uebrigens nehmen die toscanischen Zeitungen, trotz der österreichischen Garnison, kein Blatt vor den Mund; namentlich führt das „Statuto", ein sehr gut redigirtes Blatt, eine ganz freie Sprache. Seit einiger Zeit liegt es in harter Fehde mit dem „Osservatore Romano", der es nicht verschmäht die von dem Statuto gegen die Cardinalsherrschaft geführten Streiche so gut es gehen will zu pariren. Ausgemacht ist daß jedes freisinnige Wort in Rom, bevor es gedruckt werden darf, nicht weniger als fünf Censuren passiren muß, und daß neulich der Bürgermeister von Bologna zu einer Gefängnißstrafe und die Mitglieder des Stadtraths zu einer schweren Geldbuße verurtheilt wurden, weil sie es sich beikommen ließen ein verfassungsmäßiges Recht zu beanspruchen. Mit der Behauptung: Pius IX habe nur moralisch und physisch gezwungen seinem Land eine constitutionelle Verfassung bewilligt, sollte man gleichfalls vorsichtiger seyn; die Constitution die der Papst erließ, wurde nur von Cardinälen und zwar dreimal berathen, und von diesen dem Papst dringend zur Annahme empfohlen. Daß unter Mitwirkung der Franzosen drei Frauenzimmer in Rom verhaftet wurden, eine Mutter und zwei Schwestern, weil sie den Tod ihrer im Kampfe für die Republik gefallenen Angehörigen kirchlich feierten, ist eben auch kein staatskluges Verfahren.

In Neapel hat die Regierung sich „gemüssigt" gesehen durch den „Tempo" gegen die namentlich in italienischen Zeitungen verbreitete Nachricht protestiren zu lassen: als verfolge sie das willkürlichste Inquisitionssystem. Alle vorgekommenen Verhaftungen seyen nur von den zuständigen Gerichten verfügt worden, und zwar in Folge beschwerender Inzichten über das Bestehen einer weitverzweigten unitarischen Verschwörung. Unter diesen Hut kann man allerdings viele Köpfe bringen und damit viele Meinungen unschädlich machen.

Aus dem Waadtlande.

* **Lausanne**, 24 Nov. Wer da hofft daß in unsern Lemanländern der Radicalismus durch sich selbst, an eigenem Gift erkranken und sterben werde, der ist gewaltig im Irrthum. Er steht vielmehr überall bei uns und in unserer Nähe in üppigster Blüthe und rankt sich rechts und links. Sinkt doch jetzt bei der immer überhandnehmenden Arbeitsscheu und Sittenlosigkeit alles was eine bessere Zeit herbeiführen könnte. Fast alle Radicalen sind Leute die, verarmend oder verarmt, bei socialem oder communistischem Umsturz nichts zu verlieren, vielmehr nur zu gewinnen haben. In den Kantonen Bern und Freiburg, wo die Branntweinpest noch ärger ist als bei uns, hängen noch schwerere Wolken über dem Land. Die Wahlen in Waadt für die Municipalitäten sind in allen Städten mit großem Uebergewicht radical ausgefallen, selbst in denen wo noch am meisten Conservative sind. Auch hier, wie neulich in Genf, erlaubten sich die Radicalen alle nur möglichen Wahlumtriebe, und die Behörden schlossen dazu die Augen. Kurz vor der Genfer Regierungswahl (am 12) hatten die radicalen Wähler in Lausanne ein Ermunterungsschreiben an die Genfer Radicalen erlassen

und ihnen darin sogar im Fall der Noth ihren thätlichen Beistand versprochen. Ein gleiches geschah, nur in milderen Ausdrücken, von den Lausanner Conservativen an ihre Genossen in Genf, denn sie erkannten den entscheidenden Zusammenhang beider Städte, von denen die kleinere von dem politischen Beispiel der größern fast unwiderstehlich hingerissen wird. Wie die Genfer Radicalen durch Hinterlist, Betrug und Gewalt aller Art bei den Wahlen die Majorität errungen haben, steht in allen Zeitungen. Bestätigt wird es in einem Dankschreiben der Genfer conservativen Wähler an die Waadt'schen, worin es unter anderm heißt: „Ja, Ihr habt es uns mit beredten Worten gesagt, die Sache wofür wir kämpfen ist auch die Eurige, es ist der dauernde Fortschritt der schweizerischen Nationalität und Ehre, es ist die Sache der Civilisation und der wahren Freiheit, es ist die Sache jeder Republik die Anspruch darauf macht diesen Namen zu verdienen und zu bewahren. In diesem würdigen Kampfe hatten wir ein Recht auf den Sieg zu rechnen. Er ist uns entgangen. Darum sind wir jedoch keineswegs niedergeschlagen, glaubt dieß ja nicht! In kurzem werden Euch, unsern Bundesgenossen, Umstände und Verfahren enthüllt und Eurem Urtheil unterworfen werden, wodurch unsern Gegnern dieser scheinbare Sieg geworden ist. Das Land hat jedoch die Ueberzeugung erhalten daß die Genfer Liberal-Conservativen eine imposante Majorität erhalten können, sobald ihnen keine Hindernisse entgegengestellt, sobald ihre Abstimmungen frei und unter den Schutz aufrichtiger Garantien gestellt seyn werden." Mit der radicalen Inquisition im Kanton Luzern, von der ich Ihnen neulich schrieb, hat es seine volle Richtigkeit. Ich habe vor meinen Augen den angeführten Erlaß des Präfecten von Willisau vom 28 August an seine untergebenen Behörden. Dieser Präfect ist aber nicht der bekannte Professor Dr. J. P. V. Troxler in Bern, sondern Heinrich Troxler, eine Namensverwechselung die ich hiermit berichtigen will.

Konstantinopel.

× **Konstantinopel,** 14 Nov. Das (halboficielle) Journal de Constantinople brachte, wie ich Ihnen in meinem vorigen Brief schrieb, die Nachricht: das russische Cabinet sey von seiner Forderung in Betreff der Auslieferung der auf das türkische Gebiet geflüchteten russischen Unterthanen abgestanden, und verlange sofort bloß noch deren Internirung. Demzufolge schien die Auslieferungsfrage so viel als beigelegt. Diese Nachricht ist indeß, wie man versichert, nicht ganz richtig. Das russische Cabinet hat allerdings erklärt daß es auf der Auslieferung dieser Flüchtlinge nicht ferner bestehen wolle, es forderte dagegen nachdrücklichst deren Ausweisung aus der Türkei, und drang nebstbei auf pünktlichste Aufrechthaltung der Verträge in Betreff der Dardanellendurchfahrt, welche Verträge eben in diesen Tagen durch die Einfahrt von englischen Schiffen in den Dardanellencanal bereits verletzt wurden. Was aber die Forderung der Ausweisung der Flüchtlinge betrifft, so weigert sich die Pforte darauf einzugehen. So ist diese Differenz also noch so wenig beendet daß wir vielmehr erst am Ende des Anfangs zu stehen scheinen. Wohl unzweifelhaft möchte seyn daß Rußland nun nicht weiter nachgeben, sondern fest bei seinen Forderungen beharren wird. Dann fragt sich also nur ob die Pforte und ihr Bundesgenosse Altengland nachgeben oder es zum äußersten, d. h. zum Krieg kommen lassen werden. England könnte dabei ziemlich in die Enge kommen wenn Frankreich, wie nicht unwahrscheinlich ist, plötzlich die Pforte und England im Stich lassen und sich mit Rußland verbinden würde. Man fürchtet dieß englischerseits, und wünscht daher sehr sich mit Oesterreich zu einigen. Würde aber Oesterreich, selbst wenn es dazu geneigt wäre, sich im jetzigen Augenblick dem russischen Bündniß entziehen können? Es ist kaum denkbar. Für die Pforte scheint daher, will sie nicht einen Krieg wagen und dabei ihre ganze Existenz aufs Spiel setzen, kein anderer Ausweg vorhanden zu seyn als sich den Forderungen Rußlands und wahrscheinlich auch Oesterreichs zu fügen und die Flüchtlinge aus der Türkei auszuweisen. So demüthigend dieß auch für die Pforte seyn mag, so muß man es doch in ihrem eigenen Interesse wünschen; und wir wünschen es auch im Interesse Deutschlands, das gegenwärtig nicht im Stand scheint bei einer etwa erfolgenden Theilung der Türkei, welche die Ereignisse herbeiführen könnten, seine Ansprüche und Forderungen in dem Maß zur Geltung zu bringen wie es sein Vortheil erheischt und seiner wirklichen Macht entspricht. Denn wie sollte dieß das zerstückte, gezweitheilte Deutschland können, das nicht einmal dem Dänen gegenüber sein Recht wie sich's gebührt geltend macht?

Brittisch-Indien.

In Bezug auf das Pendschab ist nachzutragen daß Sir H. Lawrence, Vorsaß der brittischen Regierungscommission in Lahor, nach Kaschmir abgereist war, angeblich um mit Mahâràdscha Gulab Singh einige Gränzangelegenheiten zu berichtigen, wie aber andere wissen wollten: um denselben zu überreden daß er Kaschmir an die Engländer abtrete und dafür die Provinz Peschawer in Austausch nehme. General Lord Gifford und Major Fane, welche unlängst den Fürsten von Kaschmir besucht, waren von demselben mit glänzender Gastfreundschaft empfangen worden. — Daily News vergleicht die (gemeldete) Verhaftung der Sikh-Sirdare durch Ueberfall ihrer Dörfer mit den berüchtigten Razzias der Franzosen, und bemerkt: „Wenn dergleichen wieder in Algerien geschehen wäre, wie laut und entrüstet würden dann die englischen Exclamationen seyn!" Indessen angesichts zweier blutigen Kriege binnen drei Jahren, und in näherer oder fernerer Aussicht auf einen dritten Sikh-Krieg, haben die indobrittischen Behörden wohl nicht Unrecht daß sie sich vorsehen.

Der eigentliche faule Fleck, wie in so vielen europäischen Staaten, ist auch in Indien die Lage der Finanzen. Die darüber im Julius dem Reichsparlament vorgelegten Actenstücke beschäftigen die indische Presse vorzugsweise. So sagt die Bombay Times: „Die letzten zehn Jahre haben wir beständig $^3/_4$ bis $2^1/_2$ Mill. Pfd. St. über unser Vermögen ausgegeben; wir haben seit 1838 eine Bilanz in der Staatscasse von beinahe 10 Mill. ausgelöscht, einen Ueberschuß von $^1/_2$ bis zu einer Million in ein doppelt so starkes Deficit verwandelt, und sind mit einem seitdem gemachten Zuschuß von fast zwei Millionen zu unsern Einkünften fertig geworden. Auf solche Weise haben unsere Ausgaben in den letzten sieben Jahren um vier Millionen mehr betragen als vor zehn Jahren. Etliche dreißig Millionen wurden weggeworfen für Kriege durch welche weder die Regierung noch das Land, weder das englische noch das indische Volk einen Heller gewonnen haben, noch auch gewonnen haben würden wenn alle an unsere Feldzüge geknüpften Erwartungen verwirklicht worden wären. Allen diesen militärischen Unternehmungen war das Directorium der ostindischen Compagnie stracks entgegen; nur Ihrer Maj. Regierung und dem englischen Volke, welche Titel, Pensionen, Prisengelder, parlamentarische Dankesvota und allgemeine Immunität den kriegslustigen Generalstatthaltern und Oberbefehlshabern verleihen, haben wir das alles zu verdanken." — Daily News begleitet diese Stelle mit einem bittern Commentar, worin sie die Verwaltung Indiens als ebenso verschwenderisch wie corrupt bezeichnet, und das Uebel größtentheils auf die Eifersucht zurückführt womit die ostindische Compagnie die Stimme der Wahrheit über die indischen Verhältnisse zurückzudrängen suche; wovon der neueste Beweis der (schon erwähnte) Fall des Capitän Cunningham, welcher wegen seiner „Geschichte der Sikh" seine Stelle als politischer Agent in Bhopal verlor und zu seinem Regiment in Ludhiana zurückbeordert wurde, angeblich weil er ihm anvertraute Staatsurkunden mißbraucht, von denen hingegen Cunningham behauptet daß sie ihm zu freier Benutzung überlassen worden. So komme es daß England über Indien weniger authentische Schriftwerke besitze als über irgendein anderes brittisches Besitzthum, obgleich Indien in jedem Betracht anziehenderes Material darbiete als vielleicht irgendein Theil der nichteuropäischen Welt. „Die indische Regierung," schließt das Blatt, „ist durchaus ein papierenes Wesen; sie besteht aus Berichten, Depeschen, Verzeichnissen und Correspondenzen aller Art. Der Untersteuereinnehmer berichtet an den Steuereinnehmer, dieser an das Revenüenamt, dieses an den Gouverneur im Conseil, dieser an den Directorenhof, und das Directorium an das Controlamt. (Das ist ja beinahe ein „gründlicher" deutscher Geschäftsgang!) Alles sieht freundlich und rosenroth, glatt, glücklich und unübertrefflich aus — auf dem Papier; aber all diese massenhafte Schreiberei ermangelt der Verificirung durch eine tüchtige Controle und Oberaufsicht. Möglich daß sie die Wahrheit enthält; aber ebenso möglich daß sie nur eine endlose Reihenfolge falscher Angaben ist. Daß sie großentheils Fälschungen enthält, ist leider wahrscheinlich; denn die Berichterstatter haben ein unmittelbar persönliches und Geld-Interesse gefärbte und schmeichelnde Berichte über alles einzusenden. Unter einem solchen System kann das Volk von Indien unmöglich gut regiert werden, und trotz einer halbhundertjährigen Lieferung solcher wohlgefälligen Documente verschlechtert sich der Zustand desselben offenbar. Was vor allem noth thut, ist eine wahrheitgemäße Erhebung der örtlichen Ergebnisse unserer indischen Regierung, ein verlässiger Bericht über die Lage der Einwohner, über die Zunahme oder Abnahme ihrer Seelenzahl, über das Verhältniß der Steuern zum Ertrag ihrer landwirthschaftlichen Industrie, über ihren sittlichen Zustand und über das was für Verbesserung ihrer Lage geschehen. Wir wissen genug, weit mehr als genug über unsere in Indien geführten Kriege; genug, weit mehr als genug über den verdorbenen Zustand der Gesellschaft in jenem Lande; aber von dem wirklichen, gegenwärtigen Zustande der Reyots (Zinsbauern) wissen wir wenig oder nichts, und können auch wenig oder nichts wissen bis erst die Ergebnisse

des Systems der ostindischen Regierung durch competente Behörden genau ermittelt sind.“ *)

Eine minder ungünstige Ansicht von der Sachlage findet sich in der Times. „Die Finanzen unseres asiatischen Reichs,“ sagt sie, „zeigen seit fünf Jahren ein beinahe stätig zunehmendes Deficit, zu dessen Deckung keine gegenwärtigen Hülfsquellen hinzureichen scheinen. Das Jahreseinkommen der drei Präsidentschaften Bengal, Bombay und Madras beträgt in runder Summe 17 bis 18 Mill. Pfd. St. In einem Jahr unter Lord Hardinge ward es bis auf $18\frac{1}{2}$ Mill. gebracht; aber diese Zunahme hielt sich nicht, und im vorigen Jahre sank es wieder etwas unter den Ertrag von 1845/46. Mittlerweile hat das Deficit, obschon für 1846/47 beträchtlich vermindert, wieder beständig zugenommen, und für das letzte Jahr betrug es wahrscheinlich nicht weniger als für 1845/46, nämlich $1\frac{1}{2}$ Mill. Pf. St. Die besondere Schwierigkeit der Krisis entspringt aus dem Umstande daß weder die Einkünfte noch die Ausgaben Indiens eines der in Europa üblichen Auskunftsmittel zulassen. Die indischen Revenüen fließen nicht aus einer der unsrigen ähnlichen Besteuerung. Die Regierung ist der oberste Grundherr, und bezieht als solcher von ihren Grundholden eine gewisse Abgabe, die in der That ein Grundzins ist. Da dieser Grundzins in den meisten Fällen durch förmliche Verträge festgesetzt, und in allen Fällen nothwendig nach dem Vermögen des Bodens und des Pächters bemessen ist, so erlaubt er offenbar keine willkürliche Steigerung, wie dringend auch die Benöthigung des Bodeneigenthümers seyn mag. Was die sonstige Besteuerung anlangt, so gibt es bei einer Bevölkerung wie die indische nichts als die baren Lebensbedürfnisse wovon Taxen erhoben werden können, und die jetzige Salzsteuer repräsentirt wahrscheinlich das Maximum des aus dieser Quelle ableitbaren Einkommens. Wenden wir uns zu den Ausgaben, so gestatten diese fast noch weniger eine Minderung als die Einkünfte eine Vermehrung. Die indische Verwaltung hat wenig oder keine Sinecuren; ihre Besoldungsmaßstäbe für ihre Beamten, wenn auch hoch, sind mit sorgfältiger Rücksicht auf alle Bedingungen des Dienstes berechnet, und alle Hauptausgaben sind genau das was die strenge Nothwendigkeit erfordert. Das letztemal wo der Stand der Angelegenheiten eine Inordnungbringung der Finanzen zu erlauben schien, stellte sich in der Bilanz des Schatzamtes ein Ueberschuß von ungefähr $1\frac{1}{2}$ Mill. in Aussicht. Das war bei Lord Hardinge's Friedensschluß mit dem Pendschab — einer Verhandlung welche, obschon wohl gemeint und nicht ungeschickt geleitet, doch sehr unglückliche Folgen herbeiführte. Der Ueberschuß sollte geschaffen werden durch eine Minderung der Militärausgaben einerseits, andrerseits durch die Erträgnisse der abgetretenen Territorien, durch die vom Staatsschatz in Lahor zu zahlende Kriegsentschädigung und durch eine Revision der Opiumsteuer. Der Calcul war aber kaum entworfen, da wurde die Vermehrung unserer Armee wieder unumgänglich nothwendig; der Tribut von Lahor wurde nie gezahlt, und der Ertrag der neuen Opiumtaxe war, wie man jetzt weiß, beträchtlich überschätzt. So ist es eher zu verwundern daß das Deficit nicht größer geworden als es wirklich ist. Gleichwohl, diese Ausfälle müssen gedeckt werden, und fürs erste wird man sich leider eher zu Opfern als zu Einschränkungen, eher zu einer Steuervermehrung als zu einer Reduction der Ausgaben entschließen müssen. Wir haben allerdings als Entgelt für unsere Auslage im Pendschab ein weites und fruchtbares Gebiet gewonnen. Ohne Zweifel bezahlte das Fünfstromland vordem nicht bloß seine eigenen Ausgaben, sondern lieferte auch einen sehr großen Ueberschuß in den Schatz Randschit Singhs; und wiewohl das Erbe theilweise zu Gunsten Gulab Singhs, des Herrschers von Dschamu und Kaschmir, zertrümmert worden ist, so haben wir doch andererseits die werthvolle Provinz Multan dazu erworben. Alle diese Hülfsmittel sind jedoch erst in der Perspective, während die Erfordernisse der Krisis gegenwärtige sind. Irgendeine Hülfsmaßregel ist alsbald nöthig, aber das einzige was sich in dieser Beziehung darbietet wäre, etwa eine Modification unserer, uns selbst so wenig mundenden Einkommensteuer. Eine Kopfsteuer (poll-tax) in einem Lande wie Indien steht ganz außer Frage; sie wäre gröblich ungerecht, und überdieß ihre Einsammlung rein unmöglich. Eine Steuer von allen Salarien erheben hieße freilich den Krieg mit dem Krieg bezahlen, und doch bleibt zwischen einem solchen Project und einer verderblichen Schuldanhäufung kaum eine Wahl. Indessen werden die Besorgnisse in diesem Betreff wesentlich erleichtert durch die Erwägung daß der Druck nur ein zufälliger und vorübergehender ist. Eine Minderung unserer indobrittischen Heere würde für jetzt zwar unbesonnen seyn, aber sie wird mehr und mehr zulässig mit jedem Folgemonat. Vor allem muß man bedenken daß Indien, weit entfernt ein erschöpftes Land zu seyn, unentwickelte Hülfsquellen in Hülle und Fülle besitzt. Nur ein kleiner Theil fruchtbaren Erdreichs ist angebaut. Korn und Baumwolle ließen sich in solcher Quantität und Qualität erzeugen daß die Einnahmen die Ausgaben weit übersteigen müßten. Gegenwärtig geht das werthvollste Bodenproduct, wegen Mangels an Fuhrwerk und Markt, oft auf dem Felde zu Grund. Man rechnet daß im Nizamsstaat (Dekhan) allein Korn genug erzeugt werden könnte um den ganzen Verbrauch von Hindostan zu befriedigen; eine theilweise Ausfuhr dieser Frucht hat in Sind begonnen. Nachhaltige Bewässerung und gute Eisenbahnverbindung würden fast unerschöpfliche Summen in die Schatzkammer zu Calcutta liefern; denn soviel man auch bisher von Indiens Reichthum geredet hat, so ist er doch bisher noch so wenig ausgebeutet wie es die Goldschachten Californiens vor fünf Jahren waren. Diese Betrachtungen sollten alle Angst wegen der indischen Finanzen beschwichtigen. Zwar der Grundhold kann nicht mehr zahlen als er zahlt; aber der Boden kann bei richtiger Bewirthschaftung zwanzig- bis fünfzigmal so viel eintragen. Schließlich wollen wir noch eine Hülfsquelle erwähnen. Die Schulden welche die indische Regierung von einheimischen Staaten zu fordern hat, betragen zusammen fast zwei Drittel des ganzen jetzigen Deficits; der Nizam allein schuldet 600,000 Pfd. St. Ihre Beitreibung, nöthigenfalls mit strengen Mitteln, wird um so erforderlicher, als die endliche Zahlungsfähigkeit jener Staaten von Tag zu Tag problematischer wird.“

*) Auch die Berichte über die Finanzlage der reichen Insel Ceylon — welche bekanntlich nicht unter der ostindischen Compagnie, sondern unmittelbar unter dem Colonialamte steht — lauten ungünstig. Zwar der Ceylon Examiner, das amtliche Blatt des Gouvernements, gibt für die ersten sechs Monaten 1849 215,487 Pf. St. Einnahme, und 202,229 Pf. Ausgabe an; es liegt aber thatsächlich ein Ausfall von 8000 bis 13,000 Pf. St. vor. Im übrigen war die Insel ruhig.

Niederländisch-Indien.

(Daily News.) **Batavia,** 29 Sept. Der Generalstatthalter (Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar) bereist dermalen Celebes und die Molukken; während seiner Abwesenheit wird wenig politisches geschehen. Die Händel mit Bali sind zu großer Zufriedenheit der Holländer beigelegt, die einen unrühmlichen Rückzug erfolgreich ausgebeutet und die Ballinesen zur Anerkennung der Souveränetät der Niederlande bewogen haben. Neue Verträge sind mit den bisher unabhängigen Fürsten von Klonkong, Karan, Assam, Balaling, Bali-Badong, Tabanan und Glanzer abgeschlossen. Alle diese Verträge anerkennen die volle Oberherrlichkeit der Holländer, und willigen ein zum Zeichen ihrer Vasallenschaft die holländische Flagge über der ihrigen zu führen. Diese Fürsten haben sich ferner verbunden die Niederlassung aller andern Europäer, außer den Niederländern, in ihrem Lande zu verhindern; deßgleichen die Beraubung gestrandeter Schiffe, die Sklaverei und den Sklavenhandel einzustellen. Ueberschwemmungen waren häufig, und die Ernten haben dadurch sehr gelitten. Der vulcanische Berg Merapi hat neuerlich durch beunruhigende Anzeichen den Bewohnern der Umgegend großen Schrecken verursacht. Am 14 Sept. ließ sich ein unheimliches Rollen in ihm vernehmen, am 15 warf er Asche und Steine in solcher Menge aus daß alle Reis-, Tabak- und Kaffeefelder ringsumher, deßgleichen viele Häuser davon überschüttet wurden. Doch ging kein Menschenleben verloren. Einige Steine waren so groß wie Taubeneier, und wurden bis auf zehn engl. Meilen vom Fuße des Bergs an geschleudert. In Timor und auf allen Molukken hat man viele Erdstöße nach einander verspürt. Weniger stark auf Amboina.

China.

(Corresp. der Times). **Hongkong**, 29 Sept. Das wichtigste was wir zu melden haben ist die Entdeckung einer mächtigen chinesischen Piratenflotte, unter dem Oberbefehl eines einzigen Mannes, der seine besondere Flagge führt und sein Hauptquartier in Tien-Pack, in kleiner Entfernung von diesem Hafen hat. Die Flotte bestand vor kurzem aus 70 bis 100 Fahrzeugen, darunter mehrere Zweidecker, und alle schwer bewaffnet; aber die neuerlich ergriffenen Maßregeln haben diese Zahl vermindert. Folgender Umstand führte zur Entdeckung. Vor zwei oder drei Monaten erhielt der brittische Consul in Canton von einem europäischen Schiffscapitän die Nachricht: sein Schiff werde in Hainau von Piraten zurückgehalten. Bald darauf langte dieser Capitän an, und sagte aus daß er sich mit 1000 Dollars habe loskaufen müssen. Auch die Brig „Dido“ erzählte in Singapur daß auf ihrer Ueberfahrt von hier im Julius ein Seeräubergeschwader auf der Höhe von Hainau Jagd auf sie gemacht habe, und da von der um die nämliche Zeit abgesegelten „Sylph“ lange nichts zu hören war, so fürchtete man für ihre Sicherheit. Deren Eigenthümer wandten sich sofort an die höheren Officiere des brittischen Geschwaders, und diese entsandten den Kriegsdampfer „Medea“ nach Tien-Pack, wo man den größern Theil der Piratenflotte vor Anker fand. Die Boote der „Medea“ griffen sie an und zerstörten fünf Dschunks; die übrigen entflohen. Seitdem wurden weitere Kriegsschiffe abgeschickt, und noch

mehr Dschunk in den Grund gebohrt; aber der Oberseeräuber hat noch immer eine starke Flotte unter seinem Commando, und neuerlich hat er Wiedervergeltung an einer chinesischen Küstenstadt geübt, deren Einwohner unsere Dampfer unterstützt. Ein kleiner englischer Cutter, die „May-Flower", ist sogar in der Bocca-Tigris von einer Abtheilung dieser Seeräuber weggenommen worden. Es sind gegen diesen Unfug umfassendere Maßregeln nöthig als man bisher dagegen angewandt. (Nach einem Bericht in der Daily News über eben diese Erscheinung fühlten die chinesischen Behörden sich so schwach, daß sie von dem Anführer dieser Flibustier Verschonung ihrer Küstenstädte mit Geld erkauften. Auch die hinterindischen Gewässer schwärmten von Seeräubern; Sir James Brooke war aber neuerdings in mehrere Flüsse von Borneo eingedrungen und hatte den dort hausenden Seeräubern, freilich nicht ohne Blutvergießen, viele Fahrzeuge und mehrere ihrer Dörfer zerstört.)

Aus Sir James Roß' Polarfahrt.

Zu den merkwürdigsten Gefahren welche Sir James Roß auf seiner eben beendigten Nordpolfahrt bestanden, gehört folgendes: nachdem die Schiffe vom 11 Sept. 1848 bis zum 15 Aug. 1849 fest eingefroren gewesen, setzte sich die Eismasse — ein Feld von mehr als 50 engl. Meilen im Umfang — mit den immer noch fest zwischen ihr eingeklemmten Schiffen in Bewegung, und trieb 28 Tage lang, täglich 8 bis 10 Meilen weit, längs der Südküste des Lancaster-Sunds vorwärts, wobei das ganz hülflose Schiffsvolk in jedem Augenblick an verborgenen Klippen oder Eisbergen zu scheitern fürchten mußte. Da, gegenüber der Pond's Bay, mit einer Reihe hoher Eisberge im Gesicht auf welche man gerade zutrieb, zerschellte wie durch ein Wunder das ungeheure Eisfeld auf einmal in unzählige Bruchstücke, und die Schiffe waren frei und gerettet.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Oesterreich. Se. Maj. der Kaiser hat nachstehenden Individuen, in Anerkennung ihrer belobten Tapferkeit und sonstigen vorzüglichen Leistungen während des Feldzuges in Ungarn, die folgenden Auszeichnungen zu Theil werden lassen, und zwar: dem Lieutenant in der Armee N. Fürsten Esterhazy das Ritterkreuz des St. Stephan-Ordens; den Oberstlieutenanten: V. Dobrzensky von Civallart Uhlanen, Fürsten Lobkowitz in der Armee, Faber von Liechtenstein Chevaulegers, und Graf Alberti von Großfürst Alexander Chevaulegers, dann dem Rittmeister Baron C. Vorberg, von Kaiser Uhlanen, das Ritterkreuz des Leopold-Ordens; dem Obersten Grafen Althann von Wrbna Chevaulegers den Orden der eisernen Krone 2ter Cl.; dem Oberstlt. Hahn, den Majoren Kochmeister und Weber, den Hauptleuten Drechsler und Hagy, sämmtliche des Generalstabs; den Majoren und Flügel-Adjutanten v. Andrassy und Baron Hannstein; dem Obersten in der Armee, Fürsten F. Schwarzenberg; dem Major Baron Escherich vom 6. und dem Rittmeister Graf Soltyk vom 4. Hus. Reg.; dem Major Schröder, vom 22. Jäger-Bat.; dem Lieut. Grafen Chotek vom 12. Jäger-Bat.; dem Rittm. Baron Piret von Kaiser Uhlanen; dem Major Müller, Oberlt. Huczarek und den Lieutenanten Petrides und Kopetzky, sämmtliche von der Artillerie, den Orden der eisernen Krone 3ter Cl.; den Stabsärzten: Dr. Bee und Dr. Moshammer, dann dem Oberfeld-Kriegs-Commissär Mattl, die große goldene Civil-Verdienst-Medaille mit der Kette; dem Regimentsarzt Dr. Haßinger die mittlere, den Oberärzten Dr. Hinterberger, Richter, Dienstl, Frisch, Dr. Hill von Fiquelmont Dragoner; Machatczek von E. H. Wilhelm Inf.; dem Ober-Chirurgen Dinner, den Unterärzten Hintermayer vom Grenadier-Bataillon Bittermann; Heller, von Fiquelmont Dragoner; Hanzye und Hamp, von Kaiser Ferdinand Kürassier; Klink vom Grenadier-Bat. Haymann; Syroch vom Grenadier-Bat. Trenk; Swoboda vom Grenadier-Bat. Fischer, und Morawetz von Baumgarten Inf.; dann dem Verpflegsadjuncten Dell' Aqua die kleine goldene Civil-Verdienst-Medaille am Bande; ferner dem Reg. Caplan Havnofsky, von König von Sachsen Kürassier, das goldene geistliche Verdienstkreuz.

Ferner ist den folgenden Individuen die allerhöchste Zufriedenheit mit ihren Leistungen bekannt gegeben: den General-Majoren Dossen, Howiger und Baron Reischach; dem Oberstlieutenant Prinz Nassau vom Husaren-Regiment Nr. 12; dem Oberst Graf Castelnau von Kaiser Uhlanen; dem Major Baumgarten; den Hauptleuten Kriz, Kirchberg, Döpfner, Kalik und Dobner; den Oberlieutenanten Graf Bylandt, Baron Stenglin, Schmidt, Friedberg, Baumgarten und Podlewsky, sämmtlich vom Generalstab; dem beim Generalstab zugetheilten Oberlieut. Vicentini von Großherzog Baden Inf.; den Majoren und Corps-Adjutanten Demuth, Zeiller, Scudier; dem Hauptm. Ferdinand; dem Major Reichardt von Haynau Inf.; den Majoren Bubna vom Fuhrwesens-Corps und Graf Pallavicini vom Hus. Reg. Nr. 4; den Rittmeistern Baron Schollay und Leyritz vom Hus. Reg. Nr. 9; dem Major Koppi des Sanitäts-Bats.; dem Hauptm. Baron Rogowsky des Boten-Corps; den Oberlieutenanten Graf Schönfeld von Kaiser Ferdinand Kürassier; Eisenstein von Hardegg Kürassier; Kriegshaber von Savoyen und Thoren von Boyneburg Dragoner; dem Lieut. Graf Larisch von Kaiser Uhlanen; dem Adjutanten Sr. Majestät, Rittm. Karst von Liechtenstein Chevaulegers; den Hauptleuten Schwarz vom 22. Jäger-Bat.; Nagy von Nassau Inf.; Baron Vogelsang von Deutschmeister-Grenadier und Baron Haugwitz vom Grenadier-Bat. Haymann; den Oberlieutenanten Petrowic vom Grenadier-Bat. Trenk; Schenk vom Grenadier-Bat. Pasztory, und Höfner von Koudelka Grenadier; dem Lieut. Lewitzky von Haynau Grenadier; dem Oberlieut. Brigade-Adjutanten Rainer von Khevenhüller Inf. und Appel vom Kaiser Uhlanen; dem Rittm. C. Baron Vorberg von Liechtenstein Chevaulegers; den Hauptleuten Borroga, Beranek, Willego, Rath, Ambrosi, v. Vandenese und v. Henner; den Oberlieutenanten Müller, Lauterbach, Koppolt, Polet, Jocher, Kaufmann, Rehr, Charvat, Lamatsch und Czeh; den Lieutenanten Sänger, Walter, Schöller, Schöninger, Ecke, König und Zipperer, sämmtlich von der Artillerie; dem Major Rajdich; den Hauptleuten von Zerboni und Bayer; den Oberlieutenanten Kugler, Bolzano und Perkovatz; den Lieutenanten Dorn und Ehnl, sämmtlich vom Pionnier-Corps; dem Oberlieut. Deumsel, von Civallart Uhlanen, zugetheilt beim Generalstab; den Hauptleuten Zellinger, von Don Miguel; Graf Pötting und Lanz, von Khevenhiller, und Friedl, von Nassau Inf., sämmtlich in der Operations- und Detail-Kanzlei verwendet; den Majoren Graf Goes in der Armee, und Baron Hammerstein, vom Hus. Reg. Nr. 10; den Rittmeistern Grafen Török und Grafen Czernin in der Armee, Kaas und Kieyle vom Hus. Reg. Nr. 7; den Oberlieutenanten Grafen Sternberg von Fiquelmont Dragoner, Graf Strachwitz und Kast von Liechtenstein Chevaulegers, Pestel von Kaiser Ferdinand Kürassier, Graf Waldstein und Traubler vom Hus. Reg. Nr. 9, Ramberg von Civallart Uhlanen; den Lieutenanten Grafen Lichnowsky von E. H. Johann Dragoner; Grafen Henkl von Kaiser Nicolaus Kürassier; dem Oberst Szeth von Prinz Wasa Inf.; den Hauptleuten Schubert, Wussin und Fleischmann; den Oberlieutenanten Grafen Migazzi, Lang und Slama; den Lieutenanten Habel, Hann, Bauer, Holinsky und Fritsch, sämmtlich vom 22. Jäger-Bat.; dem Lieut. Herzig vom 2. Jäger-Bat.; dem Hauptm. Pratobevera von E. H. Wilhelm Inf.; dem Oberstlt. Kiesewetter; Hauptm. Muller und Lieut. Erlacher von Nugent Inf.; dem Oberlieut. Divisions-Adjutanten Braun von Kaiser Inf.; dem Lieut. Brigade-Adjutanten Schmidt von Khevenhiller Inf.; dem Hauptm. Baron Handl, Oberlt. Koboth und Lieut. Bender der Grenadier-Division Parma; dem Oberlt. Schiwitzhofen und Lieut. Friedrich der Grenadier-Division Nugent; dem Hauptm. Wieser der Grenadier-Division E. H. Carl; dem Lieut. Lohr der Grenadier-Division Welden; den Oberlieutenanten Gänger und Basso der Grenadier-Division Deutschmeister; dem Oberlt. Weigl und Lieut. Massauer von E. H. Ludwig Grenadier; dem Hauptm. Petriarsky und Oberlt. Mayer vom Grenadier-Bat. Pasztori; dem Oberst Boyneburg; den Rittmeistern Pachta, Wagner und Oberlt. Kampf von Fiquelmont Dragoner; den Oberstlieutenanten Baron Minutillo und Sauer, dem Major Grafen Coudenhoven; dem Rittm. Fürst Hohenlohe; den Oberlieutenanten Erich, Wimmer, Dunst und Benhardt, dann Lieut. Halla, sämmtlich von Kaiser Nicolaus Kürassier; dem Major Brusselles von Sunstenau Kürassier; dem Oberstlt. Grafen Bombelles, dem Oberlt. Frhrn v. Reischach und Lieut. Graf Arthur Batthyany von Kaiser Uhlanen; dem Oberlt. Mundi von Liechtenstein Chevaulegers und Oberlt. Divisions-Adjutanten Rosborsky; dem Rittm. Pokorny; den Lieutenanten Schäffer, Einfalt, Krulificovichez und Fischer vom Fuhrwesens-Corps, endlich dem Feldkriegs-Commissär Horsetzky.

[4294] Schwäb. Hall. Im Verlage der F. F. Haspel'schen Buchhandlung sind folgende werthvolle Werke erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Jesuitenlist und Jesuiten-Ränke. Eine Enthüllung der größten Verbrechen und Gräuelthaten welche von den Jesuiten in allen Ländern und zu allen Zeiten verübt wurden. 15 Ngr. oder 54 kr.

Naturhistorisches Bilderbuch für die Jugend. Mit fein colorirten Abbild. eleg. geb. 10 Ngr. oder 36 kr.

Schlegel, Fr., Lucinde 2te Aufl.. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

☞ Wird den vielen Verehrern Schlegels gewiß erwünscht seyn; seit vielen Jahren fehlte dieses in seiner Art ausgezeichnete Werk.

Scriver, Gottholds 400 zufällige Andachten. 23ste Auflage. 1 Rthlr 5 Ngr. oder 1 fl. 48 kr.

☞ Allein unverfälschte und ganz vollständige Ausgabe dieses trefflichen Buches!

Wyß, Felix, Herr! Herr! Verlaß die Deinen nicht! Christl. Gebetbuch. 59ste Aufl. 15 Ngr. oder 54 kr.

Zustand der christlichen Religion in unserer Zeit und die Zukunft des Christenthums. Ein lesenswerthes Schriftchen für Katholiken und Protestanten. 3½ Ngr. oder 12 kr.

Falkenstein C. v., Das Buch der Kaisersagen, Burg- und Klostermährchen. Eleg. brosch. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Hutten, Ulrich v., Jugend-Dichtungen. Zum erstenmal vollständig übers. von E. Mönch. 2te Aufl. 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

Kaiser, C., Lieder eines Flüchtigen. Eleg. brosch. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Wirth, Max., die Flucht von der Harzburg. Historische Novelle aus dem Leben Kaiser Heinrichs des Vierten. Eleg. brosch. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Blumauer, Al., Virgils Aeneide travestirt. Elegant geb. mit Goldschnitt. 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr.

Baxter, R., Geschichten aus der Geisterwelt und die Wunder der unsichtbaren Welt. Mit Vorrede von Justinus Kerner. 12 Ngr. oder 36 kr.

Hauskalender, sympathetischer für das Jahr 1850. Ein Kunst- und Wunderbuch, enthaltend die wichtigsten, aus den seltensten Schriften gezogenen sympathetischen und magnetischen Mittel gegen die schwersten Krankheiten und Gebrechen, sowie wundersame Geheimnisse zum Nutzen und Vergnügen. brosch. 6 Ngr. oder 18 kr.

Wirth, J. G. A., Die Rechte des deutschen Volkes. 2te Aufl. 15 Ngr. od. 45 kr.

☞ Wirth, Verf. der Geschichte d. Teutschen.

Löher, F., Des deutschen Volks Bedeutung in der Weltgeschichte. brosch. 18 Ngr. oder 1 fl.

Fröhlich, Clementine, Mährchenbuch für die Kinderwelt. Mit 60 Abbild. eleg. geb. 7½ Ngr. oder 27 kr.

Löher, F., Geschichte und Zustände der Deutschen in Amerika. 2 Thlr. 20 Ngr. oder 4 fl. 48 kr.

☞ Ein wichtiges in Cincinnati gedrucktes Werk, das wir in Anzahl lagern haben.

Birch-Pfeiffer, Charlotte, Ulrich Zwingli's Tod. Trauerspiel. 20 Ngr. oder 1 fl. 12 kr.

Medhurst, China's Zustände und Aussichten mit besonderer Rücksicht auf die Verbreitung des Evangeliums. mit kurzen Umrissen seines Alters, Chronologie, Bevölkerung, Sprache, Litteratur und Religion. 15 Ngr. oder 54 kr.

Trollope, Francis, Leben und Abenteuer Michael Armstrongs, des Fabrikjungen. 5 Bände. 1 Thlr. 20 Ngr. oder 2 fl. 42 kr.

— — **Die Wittwe.** 5 Bände. 1 Thlr. 20 Ngr. oder 2 fl. 42 kr.

— — **Die Wittwe wieder verheirathet.** 4 Bände. 1 Thlr. 20 Ngr. od. 2 fl. 42 kr.

☞ Diese Romane der Mistreß Trollope gehören zu den besten Erzeugnissen der Litteratur und haben in England und Amerika ungewöhnliche Verbreitung gefunden.

[4187] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Recept-Handbuch der praktischen Destillation.

Anweisung zur Fabrication aller Spriete, Branntweine, Liqueure, der flüssigen Oele, Essenzen, künstlichen Weine, der Essige, Syrupe ꝛc.

herausgegeben von Dr. **Wilhelm Hamm,**
Redacteur der Agronomischen Zeitung.

20 Bogen. 8. Broschirt. Preis: 1 Thaler.

Das Werk enthält gegen 600 Recepte und ist das reichhaltigste von allen bisher erschienenen.

(4357—58) Die

historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland,

herausgegeben von

G. Phillips und G. Görres,

werden auch im Jahre 1850 fortgesetzt. Der nunmehr seiner Beendigung nahende 24. Band dieser Zeitschrift enthält unter andern nachstehende Aufsätze: I. Die Zeitungspresse und das Volk (die europäische Pestilenz der Preßfreiheit — welche Pflichten legt die Preßfreiheit dem lesenden Publicum auf? — das moralische Censurgericht der öffentlichen Meinung — die schlaffe Halbheit der Wohlgesinnten — das ungläubige Staunen der Nachwelt über die ungereimten Wunder der Gegenwart — die Revolution in der Pfalz und Baden — fremde Abenteurer als Oberbefehlshaber — Bugeaud's Wahlspruch: Aratro et ense — der bayerische Volksgeist in den Vereinen und Volksversammlungen — das Erdinger nächtliche Bubenstück — der Beschluß der Piusvereine am Rheinland und Westphalen gegen die schlechte Presse — Schluß: Cruce, aratro et ense). — II., XVI. und XXVI. Glossen zur Tagesgeschichte (Kampf des Lloyd gegen die Religion des Landes im Gegensatze zu seiner Ehrfurcht vor der Frömmigkeit der „nordöstlichen Krieger“ — die Neue preußische Zeitung bestätigt das schon vor zwölf Jahren von den Ultramontanen über den „gewandten Ritter“ von Bunsen ausgesprochene Urtheil — ihre Ansicht über den Mangel an Erkenntniß auf Seiten der conservativen Partei — ihr Vorschlag zu einer aus zwei Paragraphen bestehenden Constitution — ihr offenes Verlangen nach militärischer Vollgewalt — Unmöglichkeit der Ausführbarkeit wegen Preußens Stellung zur öffentlichen Meinung und seiner Absicht mit der Volkssouveränetät zu vereinbaren — eigenthümlicher Geschmack der Deutschen in Bezug auf Gewaltherrschaft — die neue Sion und die Zeitschrift Pius IX. rechtfertigen die früher von den historisch-politischen Blättern ausgesprochenen Besorgnisse — Warnung vor dem Gebrauche von Schlagwörtern — Unmöglichkeit eines deutschen Kaiserthums in jetziger Zeit — der österreichische Volksfreund über die katholischen Vereine — das preußische Wahlgesetz gegründet auf die Schöpfung neuer Stände — halbamtliche Volksbelehrung darüber — mehr der Despotismus des Gesetzes als die wahre Freiheit von jenem neuen Versuche zu erwarten — Florencourt's Programm des norddeutschen Correspondenten — unfruchtbares Bemühen im voraus einen bestimmten Zustand, wie man sich ihn eben wünscht, zu formuliren — die Abwesenheit des Muthes der Regierung hat ihren Grund im durch die Politik der richtigen Mitte herbeigeführten Verlust des Glaubens — die conservative Presse kann den Uebeln der Gegenwart nicht abhelfen — mangelnde Disciplin der Parteien in Deutschland, besonders der conservativen — die russische Denkschrift — Widerspruch zwischen Nationalismus und Weltherrschaft — jener bekämpft, zur Beschämung Deutschlands, die Revolution vom christlich-religiösen Standpunkte — ihre Abneigung gegen die katholische Kirche — Stellung der Kirche zwischen der Revolution und den ihr feindlich gewordenen Staatsgewalten — zerstörende Wirkungen der Philosophie der letzten 60 Jahre in Rußland — voraussichtlicher Kampf zwischen dem uralt-katholischen traditionellen Volksglauben gegen den Kryptoprotestantismus in der russischen Kirche — unmotivirte Sympathie für das Hussitenthum — Zergliederung der drei Theile der Hirscher'schen Schrift — Plan zu einem Neubau der Kirche — seine Bedenken gegen die kirchliche Freiheit — seine praktischen Anweisungen die Kirche von unten nach oben zu regieren). — III. Das klägliche Ende des Rumpfparlaments in Stuttgart. — IV. Kirchliche Fragen (Concursprüfung der katholischen Pfarr- und Predigtamts-Candidaten in Bayern — die Persona grata des bayerischen Concordates — der Kampf für die Freiheit der Kirche — Staat und Kirche in Oesterreich vor und nach der Revolution von 1848). — V. Ueber Völkerglück. — VII. Die barmherzigen Schwestern und ihre Gegner. — IX. Der praktische Jurist an seinen Freund in München. — X. Rückantwort darauf. — XXI., XXV., XXIX. u. XXXVIII. Unsere Errungenschaften (angestrebte Beseitigung des Christenthums — zunehmender Verfall der Sittlichkeit — Verschwinden der Ehrenhaftigkeit — Beseitigung der Wahrhaftigkeit — um sich greifender Unfriede — Einbuße der Geselligkeit — Verschwinden des Vertrauens — Abnahme der Treue). — XXII. Preußen und das Preußenthum. — XXIII. Freiheit, Menschenrechte, Religions- und Gewissensfreiheit. — XXIV. Litteratur (die kirchlichen Zustände der Gegenwart, von J. B. Hirscher). — XXVII., XXXV. und XLIV. Ungarn, Oesterreich und Deutschland (Rückblicke auf die geheimen Triebfedern und Fäden der magyarischen Revolution, nach Mittheilungen aus einer ungarischen Feder — das moderne Magyarenthum und Confessionen in Ungarn — das Bürgerthum und die religiösen und sittlichen Zustände Ungarns — die Wirkung des Kölner Ereignisses in Ungarn — die Stellung von Kirche, Staat und Schule — die Zehntablösung — die Nationalsynode und die Diöcesenconferenzen — der Episcopat und der Pfarrclerus — die geistlichen Orden in Ungarn). — XXXI. Aus dem Leben eines früh Vollendeten. — XXXIII. Gott allein kann helfen. — XXXVI. Das Reich, seine Entstehung und seine Bedeutung. — XLV. Preßfreiheit, Associationsfreiheit. — XLVI. Glossen zur Tagesgeschichte (Niederlage der Revolution in Ungarn und Italien — günstige Wirkung dieser Erfolge in ganz Europa — Versuch sich in der jetzigen Weltlage zu orientiren — Rückblick auf die perfiden und stupiden Vorbereitungen zur Revolution seit drei und dreißig Jahren — Ehrenrettung des Fürsten Metternich — Charakteristik des revolutionären Princips und der Absichten der consequent revolutionären Partei — wie sich die Nationalgarde bewährt hat — die Nationalitätsschwärmerei in ihrer Wahrheit — der revolutionäre Todtentanz und Aussichten für den Fall einer radicalen Reaction — Brief eines Augenzeugen über die Stellung des italienischen Landvolks zur Revolution — der Clerus in der Lombardei — Modena und die Revolution — Preußen und seine Kammern — Rückblicke auf die Versuche den preußischen Staat auf eine constitutionelle Grundlage zu stellen und muthmaßlicher Erfolg derselben — Steuerverwilligungs- und Steuerverweigerungsrecht — die jetzige liberale Opposition und

die Kreuzzeitung — Stellung der katholischen Sache zu diesem Conflicte — Döllinger's Rede über die Freiheit der Kirche, ein Wort zu seiner Zeit.

Bestellungen auf obige Zeitschrift im Wege des Buchhandels besorgt die Literarisch-artistische Anstalt in München.

[4340] Bei uns erschien:

Florentin Coste u. Martial Chevalier, Taschenbuch für Locomotivenführer und ihre Gehülfen. Bearbeitet von Professor Hassenstein. 15 Ngr. oder 45 kr.

Dieß Taschenbuch für Locomotivenführer, von einem unserer tüchtigsten Sachkenner und wissenschaftlichen Praktiker bearbeitet, ist eins der gemeinnützigsten in jüngster Zeit erschienenen populär-technischen Lehrbücher, das nicht bloß, wie der Titel besagt, für „Locomotivenführer und ihre Gehülfen," sondern auch für jeden mit der Eisenbahn Reisenden von unendlicher Wichtigkeit und dem größten Nutzen seyn dürfte.

Verlags-Comptoir in Grimma und Leipzig.

[4439] Bei Wallishausser in Wien erschien so eben und ist durch jede solide Buchhandlung zu beziehen:

Oesterreichs Zustände

und die Nothwendigkeit ungesäumter Herstellung des **Reichsrathes** und **Berufung des Reichstages**, besprochen von M. Koch. gr. 8. geh. 24 kr. C.-Mze.

[4289—90] In der Expedition der Reichsgesetze (Buchhandlung Tendler u. Comp.) in Wien ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Reichsgesetze für das Kaiserthum Oesterreich.

Taschen-Ausgabe in Heften: Preis 20 kr. C.-M.

Ausgabe in Bänden (3 Hefte bilden einen Band): Preis 1 fl. C.-M.

Die bereits erschienenen 6 Hefte enthalten alle bis Ende September 1849 publicirten Gesetze.

Dieser vollständigen Reichsgesetz-Sammlung werden alle neuen Gesetze und Verordnungen für das Kaiserthum Oesterreich sogleich nach ihrer Kundmachung einverleibt und in Heften von 100 bis 160 Seiten ausgegeben.

[4424—27]

London, German Law-Agency,

43. Redford-Row.

Dieses Gerichts-Office übernimmt und besorgt, und zwar von jetzt an unter der speciellen Leitung des seit Jahren mit den englischen Tribunalen in Verbindung stehenden Advocaten Hrn. Eduard vom Hof, alle ausländischen, namentlich die deutschen Rechtsangelegenheiten, die Regulirung aller mercantilischen Transactionen, so wie auch Aufträge von Privaten und Regierungen wegen des Verkaufs von Landgütern, Waldungen, Bergwerken rc. größern Lieferungen, Assecuranzen, Patent- und Emigrations-Angelegenheiten.

Alle Anfragen und Aufträge portofrei gehen dieserhalb an die Adresse:

Mr. Ed. vom Hof, 43. Redford-Row, London.

(4346—51) **Pâte pectorale** von **Georgé.**

Von diesem rühmlich bekannten Heilmittel gegen **Brustreizkrankheiten** befindet sich die **Hauptniederlage für ganz Deutschland** zum Verkauf en gros et en detail bei HH. J. C. Redlinger u. Comp. in Augsburg.

(4330) Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

J. H. Merle d'Aubigné (Professor in Genf), Geschichte der Reformation des sechzehnten Jahrhunderts. A. d. Französ. übertragen von Dr. M. Runkel. Dritter Band. 26 Bog. gr. 8. geh. 1 fl. 12 kr. oder 22½ Sgr.

(4250-52) **Von den in meinem Verlage erschienenen correcten und elegant ausgestatteten, daher sehr beliebten Taschen-Ausgaben englischer und französischer Classiker — 60 Bändchen — sind zu bedeutend ermäßigtem Preise sowohl die ganze Sammlung als Werke einzelner Classiker durch jede Buchhandlung zu beziehen, auch ist das Verzeichniß derselben gratis zu haben.**

Nürnberg, im November 1849.

Fr. Campe.

(4391) **Rehabilitation.**

Laut Erkenntniß eines ehrs. Gr. Rathes vom 28. August l. J. ist der im Jahr 1833 unter der Firma Johannes Fisch, Sohn, älter, in Auffall gekommene Joh. Konrad Ramsauer, von der herwärtigen Gemeinde Herisau, nachdem es sich ergeben daß er seine Gläubiger vollständig bezahlt hat und auf die an selbige unterm 26. Juni l. J. in öffentlichen Blättern erlassene Aufforderung keine Einsprachen erfolgt sind, rehabilitirt, d. h. in seine frühern Ehren und Rechte eingesetzt worden.

Trogen, den 23. November 1849.

Für die Landeskanzlei
des Kantons Appenzell Außerrhoden.
Der Landschreiber:

J. U. Grunholzer.

(4386—87) **Stelle- oder Associégesuch.**

Ein junger verheiratheter Mann, Schweizer, der sich die gründlichsten Kenntnisse im Baumwollespinnfach und Maschinenbau angeeignet hat, wünscht in Süddeutschland eine Spinnerei zu leiten oder in Pacht zu nehmen, oder mit einem Associé eine solche zu gründen oder zu kaufen.

Frankirte Briefe, mit Nr. 4386 bezeichnet, besorgt die Expedition der Allg. Ztg.

(4422)

Empfehlung

des lebensverlängernden Gesundheitssaftes,

eines höchst wichtigen Heilmittels.

Die Krankheiten in welchen dieser Saft sowohl nach den in ältern Schriften angeführten als in neuerer Zeit gesammelten Erfahrungen ausgezeichnete Dienste leistet, sind vorzüglich:

1) Der Kropf, nicht nur der einfache lymphatische, sondern auch der verhärtete, welcher das Product einer Entzündung der Schilddrüse oder skrophulöser Dyskrasie ist.

2) Skrophulöse und andere Drüsengeschwülste, die mancherlei skrophulösen Uebel, die Skrophelsucht überhaupt.

3) Chronische Krankheiten der Harnwerkzeuge, als Blasenkrämpfe, Blasenkatarrh, Blasenhämorrhoiden, Gries- und Steinbeschwerden, erschwertes Harnen, Harnverhaltung. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint dieser Saft in diesen Leiden alle andern Mittel an heilsamer Kraft zu übertreffen.

4) Mangel an Eßlust, Verdauungsbeschwerden, Magenübel verschiedener Art, selbst skirrhöse Entartungen dieses Organs. (Erst kürzlich wurde ein Magenübel, das allen Symptomen und Zeichen nach für Magenkrebs gehalten werden mußte, durch diesen Saft geheilt.)

5) Stockungen im Portadersysteme und in den Hämorrhoidalgefäßen; Verstopfungen, Verdickungen und Verhärtungen der Leber, der Milz, des Gekröses rc.

6) Fehlerhafte Gallenabsonderung, schlechte Beschaffenheit der Galle, Gelbsucht, Gallensteine.

7) Wasseranhäufungen, Wassersucht. (Die Eierstockwassersucht ist in dem allgemeinen Krankenhause zu Wien schon öfter durch diesen Saft geheilt worden.)

8) Chronische Brustkrankheiten, als langwieriger Katarrh, Schleimlungensucht, tuberkulöse und skrophulöse Lungensucht.

9) Chronische Tripper. (Veraltete Nachtripper, die allen innern und äußern Mitteln hartnäckig widerstanden, wurden in neuester Zeit durch den innern Gebrauch dieses Saftes geheilt.)

10) Männliche Impotenz, in so fern sie auf Schwäche durch Samenverlust oder onanitische Ausschweifung beruht.

11) Weibliche Krankheiten, als verhaltene oder unterdrückte, zu schwache oder mit Schmerzen und Krämpfen verbundene Reinigung, Bleichsucht, Weißfluß, Unfruchtbarkeit, Verschleimung, Verstopfung, Skirrhus der Gebärmutter. (In neuester Zeit sind mehrere Fälle skirrhöser Entartungen der Gebärmutter, selbst mit krebsartigen Erscheinungen, durch dieses Mittel geheilt worden.)

Der Gebrauch dieses Saftes erzeugt und ertheilt eine ausgezeichnete Gesundheit und verschafft ein hohes, kräftiges Lebensalter, stärkt und reiniget den Magen und das Gehirn, zertheilt Verstopfungen der Leber, Milz und Lunge, sondert das Verdorbene davon, heilet die Engbrüstigkeit, gibt den Nerven ihre Biegsamkeit, Kraft und Stärke wieder, zertheilt Verstopfungen von den Folgen der Gicht, reinigt die Harngänge und erhält natürliche Oeffnung, läßt keine Fäulniß im Körper, sondern treibt alles Böse ab, belebt und ermuntert die Lebensgeister und schärft die Sinne u. s. w. Mehrere **ärztliche Atteste** sowie eine Anzahl Zeugnisse von angesehenen Personen, welche die Nützlichkeit dieses Saftes bestätigen, sind in der Gebrauchsanweisung abgedruckt. Kranke Personen können ganz von diesem Saft allein mehrere Tage leben, da er sehr nahrhaft und kräftig stärkend ist. Es können besonders alte schwache Leute die Lebenskraft wieder auffrischen, einen besondern Appetit herstellen, und den Magen und sämmtliche Eingeweide sehr heilsam verbessern. Dieser Saft, der sich jahrelang aufbewahren läßt, wird in Glasflaschen zu 3 Quart enthaltend **ächt** versendet und kostet die Flasche 2 Kronenthaler durch

Gg. Ludwig Hoffmann sen.,
Chemiker, S. Nr. 1196 in der Neuengasse am Spitalplatz in Nürnberg.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend Nr. 335. 1 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Erzherzog-Reichsverweser. Der belgische Gesandte. Geburtsfest des Königs von Bayern. Der Verein zum Schutz vaterländischer Arbeit); München (die Kammer der Abgeordneten nach fünftägiger Berathung mit dem Amnestiegesetz noch nicht zu Ende. Die Kammer beschließt einstimmig die Abänderungen als Modification des Entwurfs, nicht bloß als Anträge anzunehmen); Stuttgart (Antwort der Regierung auf die Bedenken des Ausschusses, der die Sache nun vor die Versammlung bringen will); Karlsruhe (die großherzogliche Familie. Die Vermögenssteuer); Kassel (die Ständeversammlung gibt wiederholt dem Anschluß an den engern Bund ihre Billigung); Leipzig (der Landtag und die deutsche Verfassung. Statistik der Parteien. Brockhaus. Wuttke); Dresden (beide Kammern verzichten auf eine Adresse); Hildesheim (Bischofswahl); Braunschweig (die Landgemeindeordnung und das allgemeine Bürgerrecht. Die Vornahme der Reichstagswahlen. Erklärung des Ministeriums über das bevorstehende Parlament); Berlin (die Verordnung zur Ausführung der Abgeordnetenwahlen zum deutschen Parlament verkündigt. Beginn des Waldeck'schen Processes); Wien (die Bausectionen. Steinheil. Hye. Die Hofadjutanturen. Die Universität. Deputation aus Clausenburg. Ein umfassendes Werk über die Ethnographie des Kaiserstaats vorbereitet. Verspätung der Posten. Der Kaiser. Die englische Flotte soll eine rückgängige Bewegung gemacht haben).

Großbritannien. Dr. Gützlaff angekommen. Fortdauernde Aufregung am Cap.

Frankreich. Der Socialismus und der Präsident. Staatsbeiträge an die Arbeiterpensionscasse vorgeschlagen. Das J. des Débats über die englisch-russische Verwickelung. Gesetzvorschläge gegen Duell und Thierquälerei.

Italien. Florenz (das Amnestiedecret und dessen Ausnahmen. Eine kleine inländische Anleihe); Turin (Ein Schreiben von General Pepe).

Datum der Börsen: Paris 27; Wien 28; Augsburg 30 Nov.

Deutschland.

z. **Frankfurt a. M.**, 25 Nov. Solange ein einheitliches Oberhaupt für Gesammtdeutschland in Bestand und Aussicht war, hatte die Trias keinen zureichenden Anspruch zur Geltung zu gelangen. Jetzt, nach Errichtung des dualistischen Großstaatenbundes scheint sie mir — gestatten Sie mir dieß offen auszusprechen — geradezu naturnothwendig geworden zu seyn. Dieses politische Gefühl sehen wir auch in den salvatorischen Clauseln der vier königlichen Staaten, ja selbst in deren Bevölkerungen sich regen, welche instinctiv die durch das Interim möglichen mandata sine clausula der Bundescommission vorher fühlen und befürchten. Die deutschen Staaten außer Oesterreich und Preußen bilden nun einmal einen Ueberschuß von politischen Kräften, welche eine selbständige Vertretung suchen und finden müssen, in dem neuen Provisorium aber ohne solche geblieben sind, und eben deßhalb durch ein gemeinsames Interesse zur Verbindung ihrer isolirten Theile und zur Combination eines dritten Factors gegenüber der Bundescommission von selbst werden geleitet werden. Die von Preußen freilich nicht gewünschte Beiziehung von Bevollmächtigten der Einzelstaaten wird das Zustandekommen eines tertium comparationis erleichtern. Ich habe nun zwar neulich bemerkt daß hierdurch der Keim zu einem wiedererwachenden Bundestag gelegt scheine; damit ist jedoch nur angedeutet was geschehen könnte, und was nach älteren noch nicht verwischten Reminiscenzen in Deutschlands politischen Zuständen von manchen, besonders solchen die den Geburtswehen des Bundestags von 1815 beigewohnt, befürchtet wird. Auch damals, sagen sie, wollte man Deutschland zuerst unter Einem, dem altehrwürdigen Kaiserhaupte wieder vereinigen; dann kam die Idee der politischen Eintheilung Deutschlands in eine Anzahl von Kreisen mit Kreisobersten, allmählich trat man auch von dieser zurück, und wollte sie nur mehr auf die Militär- und Justizsachen beschränken; nun folgten als Vorschläge fünfgliederiges Directorium und sogar die Form eines Allianztractats, welchen die größeren deutschen Staaten unter sich abschlössen, und dabei die homogenen kleineren unter ihre schützenden Flügel nähmen; ja auch der Gedanke wurde in Frage gebracht, ob es nicht besser, wenn Oesterreich und Preußen ganz ausschieden, und nur die übrigen deutschen Staaten durch jenes „lien fédératif" vereinigt würden, welches der Pariser Frieden von 1814 unter die Garantie der europäischen Mächte stellt? Auch damals wie heute, sagt man, wurde darum in allen Vaterlandsgebieten von Bayern bis zu Liechtenstein herab und noch tiefer von nichts als Mediatisirung geschrieen und geschrieben, und was war das Ende aller jener politischen Ideen, die nur das nil novi sub sole zeigen: der verhaßte, Instruction und Einhelligkeit der Stimmen fordernde Bundestag! Dessenungeachtet halte ich diese Besorgniß für ungegründet, solange es noch ein parlamentarisches Deutschland gibt, und dieses wäre doch nur mit Hülfe einer gewissen östlichen Macht zu beseitigen. Dann kömmt es aber auch nicht allein auf die Form, sondern hauptsächlich auf das Wesen an. Auch bei einem Directorium können Macht und Freiheit gedeihen; nur verlangt der politische Frieden Deutschlands nicht 69 Stimmen wie bislang dem Plenum der Bundesversammlung zukamen. Kann man vorerst diesen Frieden nicht in der Einheit erzielen, und gewährt auch, wie augenfällig, die Zweiherrschaft keine dauerhafte Ruhe, so lasse man es zu daß sich Deutschlands Oberhaupt collectiv durch ein vernünftiges Directorium nach den drei Staatengruppen mit einer Reichsrepräsentation bilde. Auch in Frankreich ging — freilich unter andern Verhältnissen, aber doch als geschichtliche politische Uebergangsform beachtenswerth — dem Consul und Kaiser ein erst fünf- dann dreigliederiges Directorium voran. Auch wir können nur das Zunächstliegende ergreifen; im übrigen hängt unsre Zukunft, wie mir däucht, nicht von unsern Ansichten und Absichten, sondern von der Macht der Umstände ab. Fata viam invenient.

|| **Frankfurt a. M.**, 28 Nov. Der Erzherzog-Reichsverweser gab gestern ein diplomatisches Festmahl, welchem u. a. der kürzlich vom Urlaub zurückgekehrte belgische Gesandte Graf Briey beiwohnte. Unter den Gästen befanden sich auch die HH. v. Keller und v. Schmerling (Bruder des österreichischen Justizministers), welche die österreichische Regierung nach Frankreich und Belgien gesandt hatte, um sich von der dortigen Organisation der Geschwornengerichte persönliche Kenntniß zu verschaffen. Man versichert als zuverläßig daß der Reichsverweser den Moment seines Rücktritts von der Centralgewalt durch Veröffentlichung einer Ansprache an das deutsche Volk bezeichnen werde. Die bayerischen Truppen begingen heute das Geburtsfest ihres Monarchen durch einen Gottesdienst in der Deutschhauskirche zu Sachsenhausen. Sowohl die österreichischen als preußischen und Frankfurter Truppen waren durch ihre Stabsofficiere bei der Feier vertreten, wie denn auch sämmtliche Musikcorps bei der gestern Abend dem bayerischen Bataillonscommandanten, Oberstlieutenant v. Schintling, gebrachten Serenade und heute früh bei der Reveille vereinigt waren. Der in Frankfurt niedergesetzte engere Ausschuß des deutschen Vereins zum Schutz vaterländischer Arbeit hatte bekanntlich schon bei dem Kundwerden der österreichischen Vorschläge zum Zweck einer Handels- und Zolleinigung mit dem übrigen Deutschland durch seinen Vorsitzenden, Fürsten Felix v. Hohenlohe, eine anerkennende Zuschrift an die österreichische Regierung gelangen lassen. Gegenwärtig ist nun der weitere Ausschuß aus den verschiedenen Theilen des Gesammtvaterlands auf Veranstaltung des engern Ausschusses hier versammelt, um mit diesem über die gedachten Vorschläge in Berathung zu treten.

Die neueste Frankfurter Post ist uns bis zur Stunde nicht zugekommen. Der starke Schneefall trägt wohl die Schuld. Doch haben wir heute in Augsburg bedeutend mildere Witterung: in der Frühe nur 5 Gr. Kälte R., in diesem Augenblick (10 Uhr) nur 1 Gr. Gestern früh zeigte der Thermometer 10 Gr., vorgestern 17 bis 18.

Bayern. ∸ **München.** (Fortsetzung der Amnestiedebatte, 29ste Sitzung, 27 Nov.) Abg. Westermayer, welcher seine Ansichten niemals

ohne Einmischung von Persönlichkeiten vorzulegen vermag, folgt auch heute diesem Brauch in einer Ausführung welche mit dem Satze beginnt: daß er allerdings, wenn er sich auf den Standpunkt des Religionslehrers stelle, für eine allgemeine Amnestie stimmen könne, nicht aber vom politischen Standpunkt aus. Er erörtert dann weiter daß die Reichsverfassung nie und nirgends die Zustimmung der extremen Parteien erhalten haben würde, wenn darin nicht der Keim zum Untergange des monarchischen Princips gelegen hätte. Nicht nur in der Pfalz, sondern auch in Franken sey die Bewegung für die Reichsverfassung antimonarchischer Natur gewesen. Von der Demokratie stehe keine Versöhnung zu hoffen, und er begreife nicht weßhalb man diejenigen amnestirt wissen wolle welche voraussichtlich binnen kurzem der Monarchie wieder entgegenstehen würden. Alle Verführten und Hingerissenen zu amnestiren, dazu werde das altbayerische Volk gewiß freudig beistimmen, nicht aber dazu auch allen Verführern zu verzeihen. Denn es sey der Revolution satt. Daran schließt sich eine Wiederholung ganz derselben Gedanken, nur in persönlichen Wendungen. Nach einer factischen Berichtigung dieses Redners durch den Abg. Narr, des Inhalts: daß die Bewegung in Franken, mindestens in Unterfranken, durchaus nicht antimonarchischer Natur gewesen, sondern einzig und allein die Durchführung der Reichsverfassung bezweckt habe, folgt der Abg. Krämer: Er will weder die bekannten Angriffe gegen die Begehungs- und Unterlassungssünden der Regierung wiederholen, noch die zu Amnestirenden entschuldigen, noch auf den allgemeinen Theil des Ausschußberichts eingehen, da er sonst befürchten müsse von seinen Gefühlen zu Persönlichkeiten hingerissen zu werden, sondern nur einfach seine Meinung sagen. Dem schicke er voraus daß er für den Tafel'schen Antrag auf allgemeine Amnestie stimme, da auf allen Seiten gefehlt worden sey. Gründe des sogenannten Rechts habe er dafür nicht, wohl aber Gründe der Klugheit und des Gefühls. Ja besonders des Gefühls, obgleich man von vielen Seiten darauf hingewiesen daß die Amnestie nur eine Frage des Verstandes sey. Auch wolle er sie nicht etwa deßhalb, damit die Revolution von neuem beginnen könne, nein, er wünsche volle Versöhnung, weil er die Revolution nicht wolle, weil er sein Vaterland liebe. Trete dagegen keine Versöhnung ein, so drohe von neuem die Revolution. Diejenigen würden dann deren Unheil zu vertreten haben, welche jetzt den rechten Augenblick versäumten wo das Vaterland noch zu retten gewesen sey. Dieser emphatischen Mahnung folgt der kühle Redefluß des Abg. Ruland. Allerdings möchte auch er am liebsten in den Spruch einstimmen: unser Schuldbuch sey vernichtet, allein ein anderes Buch lasse sich nicht zerreißen, das der Geschichte. Und auf dessen Blättern stehe der Widerruf einer unbedingten Amnestie. Obgleich nun nicht von Unterfranken hierher gesendet (er ist Abgeordneter des Wahlbezirks Haag in Oberbayern), so glaube er doch im Namen dieser von ihm stets heißgeliebten Provinz sprechen zu können. Sie sey oft verkannt, oft anders geschildert worden als sie sey, und gehöre trotzdem zu den loyalsten Landestheilen. Durch die weitere Ausführung wird dann der Beweis geführt wie die Bewegung in Unterfranken nach Verkündigung der Reichsverfassung nur durch die Verführungen Einzelner veranlaßt, wie ein Abgesandter der badischen Demokratie abgewiesen wurde ꝛc. Nachdem im folgenden auch eine Classification der Betheiligten hergestellt ist, schließt die Rede mit der Bemerkung daß nur auf sehr wenige der Begriff des Staatsverraths anwendbar sey, und er, obgleich er für die Schuldigen keine Amnestie wolle, außer dem Ausschußantrag noch ausdrücklich dessen Zusatz anempfehle. Einer Erörterung des Abg. Weber (von Kaiserslautern), deren Grundgedanken mit denen der Gelbert'schen Rede besonders darin übereinstimmen daß die Regierung den um Hülfe bittenden Ortsbehörden geantwortet habe: helft Euch selbst! folgt der Abg. Döllinger mit Erörterungen welche weit über zwei Stunden ausgesponnen werden. Er beginnt mit der Bemerkung daß die Amnestiefrage sich in die Formel fassen lasse: soll es künftig noch eine Justiz in politischen Dingen in Bayern geben, oder soll dieselbe aufgehoben, mindestens bis aufs äußerste abgeschwächt werden? Eine allgemeine Amnestie würde das Ende der politischen Justiz bedingen. Man habe es mit Handlungen zu thun welche das Aeußerste des Staatsverraths erreichten. Also auch diese würden in die Amnestie eingeschlossen seyn. Die Aufrührer könnten dann ihr Handwerk wieder von vorn anfangen, und wenn sie's nur so schlimm oder nicht einmal so schlimm als im Mai und Junius trieben, so würde auch die Verführten Bestrafung erreichen müssen. Diese aber würden mit Recht sagen: wir sollen jetzt gestraft werden und jene sind damals straflos ausgegangen? Dadurch werde das Rechtsgefühl, das Vertrauen auf die Gerechtigkeit des Staats in seinen Grundfesten erschüttert. Man habe nun zwar zur Unterstützung einer allgemeinen Amnestie historische Beispiele ihres guten Ausgangs beigebracht. Ja, wo es sich um einen wirklichen Parteienkampf handle, da könne auch von einer wirklichen Versöhnung die Rede seyn. Wo dagegen der Staat einer auf dessen unbedingten Ruin hinarbeitenden Partei gegenüberstehe, sey dieß unmöglich. Wir hätten nun mit einer großen, wohlorganisirten weitverzweigten Partei zu thun, deren niedere Mitglieder die Republik wollten, deren höhere im Ausland befindliche Führer aber noch über diese hinausstrebten. Diese Bemerkung gibt dem Redner die erste Veranlassung zu einer weiten Abschweifung von der Sache, welche eine genaue Bekanntschaft mit den Planen und Zwecken der Socialrepublicaner in Paris zu erkennen gibt, deren Mittheilungen zu folgen hier der Raum verbietet. Nach Deutschland zurückkehrend, wendet sich das Mitglied für Weilheim besonders gegen die Aufstellung (Gelberts) daß jetzt das Volk von den Regierungen besiegt sey. Dieß führt ihn nach der Pfalz, und er summirt aus den Darstellungen der Pfälzer daß jene den schädlichen Einflüssen Frankreichs, benachbarter Hochschulen ꝛc. sehr ausgesetzte Provinz nicht mehr und nicht minder schuldig als jeder andere Landeskreis sey. Ja, er ergeht sich selbst im Lobe des pfälzischen Volks, und er glaubt daß hier eine Aussöhnung vorzugsweise nothwendig werde. Doch sey dazu der rechte Weg nicht eine allgemeine Amnestie. Man habe schon gehört (Abg. Römich wies darauf hin) daß bereits vor der Revolution dort eine republicanische Verbindung existirt habe. Und indem nun der Redner einige Schritte rückwärts in der Betrachtung der Zeitumstände macht, führt er damit den Beweis wie die späte Begeisterung der Demokratie für die Reichsverfassung nur eine Maske gewesen sey, hinter welcher sich die Hoffnung auf Erreichung republicanischer Zwecke verborgen habe. Es ist dieß im wesentlichen dieselbe Darstellung welche wir schon in gleicher Ausführlichkeit bei der Verhandlung über die Genehmigung zum Erlaß eines Vorführungsbefehls gegen den Abg. Schüler zu vernehmen Gelegenheit hatten. Nachher entwickelt der Redner abermals weit ausholend die Gestalt Deutschlands, wie sie seines Erachtens durch Einführung der Reichsverfassung sich gebildet haben würde; und dieß leitet ihn zurück auf die Nationalversammlung, auf die schon früher erörterte Coalition der dortigen Parteien, auf die Verhandlungen über das absolute und suspensive Veto, auf die Wahl des Reichsverwesers — ja selbst der Fünfziger-Ausschuß und das Vorparlament werden uns endlich vom Standpunkt des steinernen Hauses vorübergeführt. Endlich befindet sich der Redner wieder in der Pfalz und bei der Frage, ob die dortige Bewegung der Reichsverfassung oder der Republik gegolten habe. Um letzteres zu beweisen, werden nicht nur einige Artikel der Deutschen Zeitung, sondern auch des pfälzischen Gesetzblattes verlesen. Aber trotzdem erklärt sich der Redner zuletzt für den Ausschußantrag, obgleich dieser nach seinem Dafürhalten so weitgreifend ist daß kaum noch 24 Personen der Untersuchung und Verurtheilung unterliegen werden. Dagegen stelle er die Frage ob jene Herren welche die allgemeine Amnestie als sicherstes Mittel gegen die Rückkehr der Revolution anpreisen, wohl für einen der schwer Gravirten einzustehen vermöchten? (Fürst Wallerstein: Ja, und zwar für mehrere; Tafel u. a.: Ja, ja!) Wie es scheint etwas überrascht von dieser Antwort, welche der Redner als „alle" verstanden zu haben scheint, wendet er sich mit einer unmittelbaren Anfrage an Hrn. Boyé, ob denn auch er, der doch vier Kategorien von der Amnestie ausschlösse, sich für die Gesinnung eines der danach nicht zu Amnestirenden verbürgen möchte? (Boyé: Nicht nur für einen, ich kenne mehrere darunter für die ich einstehen zu können glaube.) Dieß abgethan, wendet sich der Redner schließlich gegen den Heine'schen Antrag welcher die zu Deportirenden zum Glauben verführen könnte die 200 fl. Reisegeld seyen eine Art von Prämie. — Daß nach dem Schluß einer solchen dritthalbstündigen Rede und nach siebenstündiger Verhandlung die Rufe nach Schluß und Vertagung erschallen, ist nicht zu verwundern. Trotzdem will der Präsident fortfahren, da heut keine Abendsitzung, morgen keine Vormittagssitzung statthaben könne. Er gibt dem Abg. Heine das Wort zur factischen Erwiederung. Dieser entgegnet daß er allerdings um dasselbe gebeten habe, jedoch durch die Art und Weise der Debatte zu niedergedrückt, auch zu ermüdet dafür sey, daher nur den Schluß beantrage. Wirklich erfolgt auch dieser um 4 Uhr.

— **München**, 29 Nov. (Dreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Obgleich nur noch vier Redner für die allgemeine Discussion des Amnestiegesetzes eingeschrieben waren, fand diese ihren Schluß auch heute erst nach einer sechsstündigen Sitzung. Zuerst nahm Regierungscommissär v. Molitor das Wort zu einigen Entgegnungen auf bisherige Aeußerungen. Zunächst widerlegte er die Angaben des Abg. Prell über die schlechte Behandlung der politischen Untersuchungsgefangenen; es sey das eine leere Verdächtigung der Regierung. Indem der Redner (er war bekanntlich Regierungscommissär in der Pfalz während des dortigen Aufstands) auf die Verhältnisse der Pfalz übergeht, nicht ohne einige Seitenbemerkungen über das Verhalten der von dorther zum aufgelösten Landtag gesendeten Abgeordneten, kommt er auf die Frage zurück, ob dort der Regierung eine Unterlassung mit Fug und Recht vorzuwerfen sey? Daran erinnernd daß über 8000 Mann Soldaten in der Pfalz sich in activem Dienst befanden, also scheinbar genug

für etwaige Eventualitäten, berührt er die Thatsache, wie durch die Desertion von 2345 Mann zuerst diese Macht geschwächt, dann aber allerdings durch das Nichteintreffen des Jägerbataillons aus Frankfurt, worauf die Regierung so sehr gerechnet, eine relative Schwäche der Militärmacht entstanden sey, an welcher indessen die Regierung keine Schuld trage. Wenn man derselben vorwerfe sie habe sich auf solche Eventualitäten vorbereiten sollen, so müsse er auf die officiellen Berichte aus der Pfalz verweisen. Aus diesen werden nun einige Stellen vorgelesen. Daraus geht allerdings hervor daß die Organe der Regierung noch gegen Ende des März die Stimmung nicht für bedenklich drohend erachteten. Begonnen habe die Revolution eigentlich mit dem 28 April, wo Dr. Hepp die Flamme zu entzünden von Frankfurt gekommen, dann erst habe die Bewegung eine so verderbliche Richtung genommen. Hierauf geht der Redner noch auf den Terrorismus über, welchen eine Minderheit, sogar von Fenner v. Fenneberg auf höchstens 18,000 Mann geschätzt, im republicanischen Sinn auf eine Bevölkerung von 600,000 Menschen ausgeübt habe. Besonders wünscht er aber daß das Mißtrauen gegen die Pflichterfüllung und väterliche Gesinnung der Regierung verschwinden möge, und im Weiterverfolge spricht er sich für die vom Ausschuß beantragte Amnestie aus, doch sehr entschieden gegen eine allgemeine Amnestie, die auch den Wünschen des Volks nicht entsprechen würde. Zu der vom Vorredner angegebenen Thatsache der Desertion fügt der Kriegsminister v. Lüder einige nähere Erläuterungen, indem er besonders hervorhebt wie die Fahnenflüchtigen großentheils aus Recruten bestanden welche der militärischen Erziehung noch fremd gewesen seyen. Gegen den Abweis der Klagen über die schlechte Unterbringung und Haltung der Untersuchungsgefangenen bringt nun Abg. Prell den Namen seines Gewährsmannes, und verspricht noch speciellere Einzelheiten in der Einzeldebatte. Abg. Heine, welcher gestern zur Erwiederung Döllinger'scher Bemerkungen sich das Wort für heute vorbehalten, erörtert jetzt wie er dessen Feindseligkeit gegen eine Amnestie in dem von ihm vorgeschlagenen Sinn nicht erwartet, besonders aber die Einmischung eines katholischen Standpunkts in die Debatte nicht billigen könne. Ueberhaupt vermißt er in den bisherigen Darstellungen des pfälzischen Aufstands, und besonders in der Döllinger'schen Auffassung, jene volle und objective, aber zugleich humane Wahrheit welche er im Weiterverfolg der Einzelverhandlung geben zu können hoffe. Damit hoffe er auch die Milde der Kammer wachzurufen ohne dem monarchischen Princip etwas zu vergeben. Doch werde er auch der eben vernommenen Darstellung seitens der Regierung entgegenzutreten haben. Hierauf wendet sich der Redner noch gegen den Abweis seines Vorschlags als unpraktisch durch Minister v. Kleinschrod, indem er sich auf ein württembergisches Gesetz bezieht wonach den Vorschlägen seines Amendements entsprechend schon verfahren worden sey. Er schließt mit der unsers Erachtens sehr treffenden Bemerkung: die Discussion habe bisher nur alte Schäden aufgerissen ohne irgend fruchtbringend zu werden. Eine kurze Conversation zwischen dem Abg. Gelbert und dem Regierungscommissär v. Molitor, worin ersterer das Verhalten der pfälzischen Abgeordneten des aufgelösten Landtags zu rechtfertigen sucht, letzterer bei seiner Ansicht verharrt wie er ungerechtfertigt erachte daß diese keine offene Erklärung über ihre Stellung zur Revolution abgegeben, bildet die letzte Verhandlung vor dem Beginn der Fortsetzung der eigentlichen Discussion.

Abg. Morgenstern ist in dieser der erste Redner. Auch er bedauert daß von der von allen Seiten so vielfach angerufenen Versöhnung bei der bisherigen Verhandlung so wenig zu bemerken gewesen sey. Auch er vermißt die rechte Aufklärung über die thatsächlichen Verhältnisse, die volle Klarheit zur Würdigung der Thatsachen und Bedingungen der Revolution. Vornehmlich wendet er sich dann gegen die von Hrn. Döllinger beliebte Synonymik von Oppositionsmännern und Republicanern, und gelangt endlich zu einer ziemlich weitläufigen Darstellung des Gangs der vorjährigen Revolution um den Begriff des Staats- und Hochverraths festzustellen, wie er unter den gewordenen Verhältnissen einzig und allein anwendbar sey. Dazu beweist er wie der vom Strafgesetzbuch von 1813 aufgestellte Begriff der Souveränität nach den umgeänderten und formell sowie ebenfalls factisch von der Regierung anerkannten Verhältnissen, z. B. der Unterordnung unter die Centralgewalt, nicht mehr in vollem Maß existire, also auch den Staats- und Hochverrath jenes Gesetzbuchs nicht mehr zulasse. Besonders findet er in der Bewaffnung für die Reichsverfassung keinen Hochverrath; es sey dasselbe was die Regierung von ihrem Standpunkt aus durch Absendung von Truppen zum Schutz ihrer Verfassung gethan. Weiter erörtert er wie die Bewegung für die Reichsverfassung anfangs die gesetzlichen Formen nicht verlassen habe, und erst durch die Nichteinhaltung der Consequenzen des bisherigen Verhaltens der Regierung zur Centralgewalt die Exaltation dahin gesteigert worden sey selbst eine Waffenerhebung für die Reichsverfassung gerechtfertigt zu glauben. Endlich gelangt er zum judiciellen Moment der Frage. Wenn der Regierungsentwurf die intellectuellen Urheber jener Bewaffnung für die Reichsverfassung gestraft sehen wolle, dürfe unter diesen die Regierung selbst nicht vergessen werden, da sie durch Anerkennung der Centralgewalt als einer über dem Einzelstaat stehenden Macht sich der intellectuellen Urheberschaft mitschuldig gemacht habe. Ferner habe man scheiden wollen zwischen der nur auf die Reichsverfassung beschränkten und der über diese hinausgreifenden Agitation. Dieß thun zu können erfordere einen mehr als menschlichen Verstand. Man mache zu dem Ende Kategorien, wolle sich z. B. an die Vorsteher der Vereine halten. Aber diese seyen sehr häufig gar nicht die wirklichen Leiter der Vereine, noch häufiger keineswegs die intellectuellen Urheber der Ueberstürzungen. Eine Scheidung zwischen Verführten und Verführern sey vollends ein Ding der Unmöglichkeit. Kein Mensch könne all die feinen hier concurrirenden Verhältnisse so entwirren daß man eine gerechte Scheidung zu machen vermöge. Darauf nun eine theilweise Amnestie bauen wollen sey vollends ungerecht. Einige weitere Ausführungen in diesem Sinn leiten den Redner schließlich zur Beistimmung für den Tafel'schen, eventuell für den Boyé'schen Antrag.

(Schluß folgt.)

|| **München,** 30 Nov. In der heutigen Abgeordneten-Sitzung verliest der Präsident einen Brief des Abgeordneten Schüler, dessen Austrittserklärung enthaltend. Die Kammer genehmigt den Austritt. Darauf kommen die privilegirten Schlußäußerungen in der allgemeinen Discussion des Amnestiegesetzes. Hr. Prinz als Referent quält die Versammlung ungefähr 3½ Stunden lang mit einer Beleuchtung der frühern Reden, und einer durch Vorlesung von Acten und Zeitungen in die Länge gezogenen Darstellung der Pfälzer Ereignisse. Justizminister v. Kleinschrod wiederholt in einem kurzen Schlußwort den gestern von Hrn. v. d. Pfordten geäußerten Wunsch daß der Regierungsentwurf nicht geändert, sondern die Wünsche der Kammer in Form von Anträgen beigefügt werden. Er gibt zu bedenken daß wenn die Reichsräthe sich eben so lange wie diese Kammer mit der Sache beschäftigen wollen, das Gesetz vor Februar n. J. nicht vollendet würde. Es sey daher milde Rücksicht für die Gefangenen wenn er sich dahin äußere daß man nicht durch Beschließung von Modificationen Verzögerung eintreten lasse. (Es wäre allerdings zu beklagen wenn der Ausschuß der ersten Kammer so lange wie der der zweiten zu der Berichterstattung brauchte, und wenn dann die Reichsräthe so viele Zeit als die Abgeordneten auf endlose Reden, und auf jenes Parteigezänk, factische Berichtigungen genannt, wendeten. Hievon abgesehen aber, wäre schwer zu begreifen daß der Gang der Berathung dadurch geändert werden sollte wenn Anträge statt Modificationen beschlossen werden.) Um 1½ Uhr wird die Sitzung und mit ihr die allgemeine Discussion geschlossen; in einer Abendsitzung, um 4 Uhr, wird endlich, endlich die specielle Debatte beginnen.

|| **München,** 30 Nov. Die zweite Kammer ist in ihrer heutigen Abendsitzung mit dem Art. 1 des Amnestiegesetzes fertig geworden. Von den einzelnen Rednern bemerke ich daß Frhr. v. Lerchenfeld das Ministerium wegen seiner langen Unthätigkeit gegenüber der Pfalz scharf tadelt. Kirchgeßner will die Ausschußanträge als Modificirung des Gesetzes. In demselben Sinne bringt Weiß einen förmlichen Antrag ein. Nachdem noch Binder, Forndran, Boyé, Westermayer, Ultsch und Allioli gesprochen, ergreift Minister von der Pfordten das Wort, um wiederholt die Form des Antrages statt der Modification zu empfehlen; indeß sey die Wahl zwischen beiden mehr eine Frage der Zweckmäßigkeit, und eines würde gleich dem andern in Erwägung gezogen werden; ob aber die Zustimmung seiner Zeit ertheilt werde, könne er jetzt noch nicht aussprechen. Dessenungeachtet wird schließlich der Weiß'sche Antrag einstimmig angenommen. Hiemit ist der Hauptgrundsatz des Gesetzes entschieden, und seine Berathung wird wohl morgen zum Schlusse gedeihen. Die heutige Abstimmung ist, gegenüber den wiederholten Aeußerungen zweier Minister, namentlich für den Justizminister — von dessen Rücktritt schon seit mehreren Tagen gesprochen wird — eine Schlappe. Die königl. Sanction des Gesetzes wird wohl nicht unterbleiben, denn das Gesetz ist für die Krone und die Justizverwaltung unentbehrlich, indem sonst die Processe ins Ungeheuerliche gehäuft werden müßten.

Württemberg. * **Stuttgart,** 29 Nov. Der ständische Ausschuß hat bekanntlich in Folge der k. Verordnung vom 12 d., durch welche aus dem im Art. 22 des Gesetzes vom 1 Jul. d. J. vorgeschriebenen Eid der zur Revision der Verfassung gewählten Volksvertreter die Einführung der Frankfurter Reichsverfassung in die württembergische Landesverfassung wegbleiben solle, unterm 17 d. M. eine Adresse an die königl. Staatsregierung beschlossen und in derselben die Bitte vorgetragen noch vor Eröffnung der Ständeversammlung eine beruhigende Erklärung darüber zu ertheilen daß durch die erlassene Verordnung die Anerkennung der

Reichsverfassung, insbesondere auch des ganzen VIten Abschnitts derselben, welcher die Grundrechte des deutschen Volkes enthält, nicht habe in Frage gestellt werden wollen. Hierauf ist nun gestern nachstehendes Rescript des königlichen Geheimen Raths eingelaufen. „Wilhelm, König von Württemberg. Liebe Getreue! Auf die Eingabe welche ihr aus Anlaß Unsrer Verordnung vom 12 d. in Betreff der von den Mitgliedern der verfassungsberathenden Versammlung zu beschwörenden Eidesformel unterm 17 d. an Uns gerichtet habt, geben Wir euch folgendes zu erkennen: Wie der Wortlaut ergibt, und wie ihr selbst ohne Zweifel bei der Fassung des Uns in eurer Eingabe angezeigten Beschlusses vorausgesetzt habt, bezeichnet das Motiv zu Ziffer 2 Unsrer Verordnung vom 12 d. nicht die von der würtembergischen Regierung in Beziehung auf die deutsche Nationalversammlung und das Verfassungswerk derselben eingenommene Stellung, sondern den Stand der deutschen Verfassungsangelegenheit im allgemeinen, wornach eine deutsche Reichsverfassung zur Zeit weder auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den deutschen Regierungen und den Vertretern des deutschen Volkes, wie ihn der in der Verordnung angeführte Bundesbeschluß angebahnt hat, noch auf einem andern Wege, namentlich auch nicht auf dem Wege des Einverständnisses der Regierungen über eine der Nationalversammlung zuzuerkennende ausschließliche Befugniß zu Gründung der deutschen Verfassung verwirklicht worden ist. In dieser Thatsache und in der hiernach über den Inhalt der für Deutschland zu Stande kommenden Verfassung herrschenden Ungewißheit liegt das Motiv einer Verfügung, die zugleich ganz folgerecht aus den Erklärungen sich ergibt welche bei der dem Gesetz vom 1 Jul. d. J. nachgefolgten Verabschiedung des Gesetzes vom 3 Oct. in Betreff der Bildung der Bürgerwehr über die Bedeutung der in Art. 1 dieses Gesetzes ausgesprochenen Verpflichtung der Bürgerwehr zum Schutz der Reichsverfassung zwischen Regierung und Ständen gewechselt wurden. Wir verbleiben euch mit Unsrer königlichen Huld stets wohl beigethan. Stuttgart, im königlichen GeheimenRathe, den 28 Nov. 1849. Auf Sr. k. Maj. besondern Befehl. Hänlein." Der ständische Ausschuß wird dieses Rescript zur Kenntniß der neuen Landesvertretung bringen, und dieser das weitere überlassen, indem durch dasselbe das Bedenken des Ausschusses nicht gehoben ist. — Uebermorgen wird der Landtag in gewöhnlicher Weise durch den Minister des Innern v. Schlayer eröffnet. Man ist allgemein auf die verschiedenen Verwahrungen gespannt welche der Eidesleistung vorangehen werden; denn darüber daß auch die protestirenden Landesvertreter der sogenannten Volkspartei den verordneten Eid leisten werden, scheint kein erheblicher Zweifel mehr zu seyn.

Gr. Baden. **Karlsruhe,** 27 Nov. Die großherzogl. Familie ist dermalen ganz, mit Ausnahme der verwittweten Großherzogin Stephanie, hier wieder wohnhaft. Der Erbgroßherzog hat den Pavillon im Erbprinzengarten bezogen; er ist noch fortwährend kränklich. Die Gerüchte über eine Abdankung unsers Großherzogs kann ich Ihnen wiederholt als unbegründet bezeichnen. Ueber die Einberufung unserer Landstände hört man noch nicht das geringste. In Ihrem heutigen Blatt lese ich die Vermögenssteuer solle nun nicht eingeführt werden; nach allem was ich bis jetzt darüber hörte, halte ich für wahrscheinlich daß sie im Jahr 1850 doch zur Ausführung kommen werde. (Schw. M.)

Kurhessen. **Kassel,** 27 Nov. Die Ständeversammlung ist heute über den Bayrhoffer'schen Antrag auf Untersuchung der Rechts- und Verfassungsmäßigkeit des Dreikönigsbündnisses und der Verordnung in Betreff des Bundesschiedsgerichts nach langer stürmischer Discussion, mit 28 gegen 18 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Diese Abstimmung war vorauszusehen und konnte auch der Linken nicht unerwartet kommen, da dieselbe nur eine Consequenz des frühern Beschlusses vom 31 Juli ist, wodurch die Majorität den Anschluß gebilligt hatte. (F. J.)

K. Sachsen. † **Leipzig,** 27 Nov. Bei der gestrigen Eröffnung des Landtags waren von Mitgliedern der ersten Kammer 41, von denen der zweiten 25 zugegen. Die königliche Thronrede verschweigt nicht die preußische Hülfe in der Unterdrückung des Aufruhrs; sie spricht von der Treue und Tapferkeit der sächsischen „und der mit ihnen kämpfenden preußischen Truppen;" ihnen verdanke das Land seine Rettung von größerem Unglücke. Ueber diese Thatsache wird schwerlich mehr Streit zu erheben seyn. Die von Preußen in Druck vorgelegten Actenstücke haben ohnedieß dargethan daß die geleistete Hülfe auf die in üblicher Form gemachte Aufforderung erfolgte. Die Parteien in den Kammern und im Lande erwarteten jedoch, wo nicht in der Thronrede, so doch in den ministeriellen Mittheilungen die Vorlage einer Entschließung in Bezug auf Betheiligung Sachsens beim engern deutschen Bunde, dem es in den Tagen der Noth beigetreten war. Auch darüber kann kein Streit mehr seyn, wohl aber ob der Zurücktritt von diesem Bündniß zu Sachsens Wohlfahrt, seine Isolirung ihm nicht zum Unheil gereiche. Hannover, das nicht zum deutschen Zollverein gehörte, hat weit mehr Grund zu Bedenklichkeiten ob es vor Feststellung der materiellen Opfer und Bedingungen zum Zollanschluß seine Hand zum Aufbau eines preußisch-deutschen Vereins bieten könne. Hannover hat seine Küste und lebt im Bewußtseyn seiner möglichen Existenz außerhalb des frühern deutschen Zollvereins. Sachsen aber mit seiner Industrie und seinem Zwischenhandel, Sachsen das seiner Natur nach wesentlich ein Markt ist, erscheint in einer Isolirung kaum denkbar. Daß die Demokratie der Menge, die Stimmung des kleinen Bürgers im Lande voll preußischer Antipathie ist, braucht sich ein sächsischer Staatsmann nicht zu verbergen ohne sich der Einsicht zu verschließen daß Sachsens bürgerliche Existenz in einer Lossagung von Preußen seinem Ruin entgegenginge. Man kann, solange man constitutionell regieren will, der Meinung des Landes nicht Trotz bieten. Allein mit der Demokratie des kleinen Bürgers, dünkt mich, hätte die Regierung jetzt den parlamentarischen Kampf aufnehmen müssen, nachdem das Land jener Demokratie des kleinen Bürgerthums den sinnlosen Aufruhr der die Preußen bar und blank ins Land rief, zu verdanken gehabt hat. Man bezeichnet Hrn. v. Carlowitz als den Mann der solcher Wendung der Dinge gewachsen und für sie aufbewahrt sey. Hr. v. Beust war anderer Meinung. Er trat dem Dreikönigsbündniß bei als Sachsen in der Zeit der Bedrängniß des preußischen Arms bedurfte, und trägt nun in angeblich friedlicher Entwickelung den politischen Sympathien im Lande "Rechnung." In der Thronrede heißt es: die Majestät habe nicht gezögert einer Einigung der deutschen Regierungen sich anzuschließen welche der deutschen Nation eine gemeinsame, den Forderungen der Zeit genügende Verfassung verhieß. „Diesem erhabenen Ziele, läßt der Minister den König sagen, werde Ich auch ferner Meine Kräfte weihen. Allein Meine Aufgabe werde Ich dann nur als gelöst betrachten wenn Mir dafür Bürgschaft gegeben ist daß das Recht, dessen Achtung allein dem neuen Werke seine Dauer sichern kann, unverletzt blieb, daß unser deutsches Vaterland einig und stark, nicht zerrissen und geschwächt aus seiner Neugestaltung hervorgehe, und daß unser theures Sachsen für die Opfer die es so gern (?) um diesen Preis darbringen will, den ihm gebührenden Platz in einem deutschen und keinem andern Reiche finde." Was entnehmen wir daraus? Daß Preußen wohl gethan hätte den Schein eines launenhaften und rigoristischen Egoismus zu vermeiden. Als es den Zollverein ins Leben rief brachte es Opfer. Es hat jetzt in der Niederwerfung der Anarchie ebenfalls Opfer gebracht, was wir ihm einräumen, auch wenn es sich jetzt, wie billig, von Bayern, Baden und Sachsen die Tapferkeit seiner militärischen Bemühungen bezahlen läßt. Wir läugnen nicht daß Preußen im Stande ist es mit der Anarchie in ganz Deutschland aufzunehmen. Allein in der Befähigung das aufrührerische Deutschland niederzuwerfen liegt noch nicht die Befähigung bedingt das niedergeworfene Deutschland wieder aufzuerbauen. Die preußische Diplomatie hat uns das früher in der holländisch-belgischen wie in der Krakauer Frage, neuerdings in Sachen Schleswig-Holsteins und in der Beseitigung der Centralmacht des Reichsverwesers zur Genüge an den Tag gelegt. Auch in den Befreiungsjahren 1813 und 1815 hat wesentlich Preußen Deutschland vom Feinde gesäubert, aber nach dem großen Säuberungsacte nicht die mindeste Befähigung verrathen dem befreiten Deutschland zu einer politischen Neugestalt zu verhelfen. Wie soll nun jetzt in einer preußischen Festung ein Reichstag zusammentreten um über Deutschland zu tagen! Hätte man Gotha gewählt, so hätte man, davon abgesehen daß man der Gagern'schen Partei, der getreuen Rechten des Frankfurter Parlaments, dieß Zugeständniß schuldig war, den letzten Schein sich erhalten daß es sich um ein deutsch-preußisches, nicht um ein wesentlich preußisches Bündniß handle. Seitens der Regierung wird den sächsischen Kammern hierüber keine Vorlage gemacht. Es kann aber nicht fehlen daß die Stände selbst das Gebiet dieser Erörterung betreten werden; es heißt daß Carlowitz vom Ministerium über die bezweckte Stellung Sachsens in Deutschland Rechenschaft fordern wolle. Die Forderung an die Vertreter geht wesentlich auf Geld. Nächstdem ist auch ein neues Wahlgesetz vom Ministerium angekündigt. Die Stärke der Parteien in den Kammern wird sich erst nach Vollzug der 23 Nachwahlen ermessen lassen. So viel sind noch nöthig um die gesetzliche Zahl der Vertreter zur zweiten Kammer (75) auszufüllen. Von den 52 bisher Gegenwärtigen ergaben sich 21 als Mitglieder der Linken. So viel stimmten für die Präsidentschaft des Lieutenant a. D. Hrn. Müller, während 30 die Wahl des Regierungsraths Cuno entschieden. — Da in andern Blättern mannichfach von Reformen im Geschäft des Hauses F. A. Brockhaus die Rede war, so sey hier erwähnt was davon als glaublich bevorsteht. Der ältere der Gebrüder, Hr. Friedrich Brockhaus, tritt mit dem nächsten Jahr zurück; die Formgießerei und ein großer Theil des technischen Betriebs der Buchdruckerei hört entweder auf oder wird bedeutend beschränkt. Die Deutsche Allg. Zeitung, bisher ausschließlich Unternehmung von Friedrich Brockhaus, geht mit einem Redactionswechsel in die Hände von Heinrich Brockhaus über, unter dessen Leitung bereits die litterarischen Zeitschriften der Firma erschienen. — Heinrich Laube weilt noch immer in Wien, während hier sein „Prinz Friedrich" in diesen Tagen auf der Bühne in Scene

geht. — Heinrich Wuttke ist in der Stadt Penig zum Dresdener Landtage gewählt.

Dresden, 28 Nov. Heute fand in beiden Kammern die erste öffentliche Sitzung statt. Die erste Kammer beschloß einstimmig, die zweite mit allen Stimmen gegen sechs, keine Adresse auf die Thronrede zu erlassen.

K. Hannover. **Hildesheim,** 27 Nov. Heute Morgen wurde vom Domcapitel einstimmig zum Bischof für die hiesige Diöcese gewählt der Domcapitular Ed. Wedekin.

H. Braunschweig. ⊠ **Braunschweig,** 26 Nov. Damit, wie ich Ihnen neulich schrieb, die öffentlichen Dinge unseres kleinen Staatswesens im wesentlichen ja in der gewohnten Ordnung bleiben, hat unsere Landgemeindeordnung unter den Namen von Gemeindegenossen, Wohnberechtigten, Markgenossen und Fremden die ganze örtliche Hierarchie beibehalten, welche die Bewohner desselben Dorfes in eine ganze Reihe mehr oder weniger oder gar nicht berechtigter Classen abstuft. Der Adel ist abgeschafft. Die Gleichheit vor dem Gesetze haben wir schwarz auf weiß in den Grundrechten und in der Verfassung, aber der Dorfaristokratie, der engherzigsten, unduldsamsten und nutzlosesten welche je existirt hat und die je ersonnen werden mag, der Gemeindearistokratie wird ihr gesetzlicher Fortbestand aufs neue gewährleistet. Man ergeht sich in pathetischen Redensarten über ein anzustrebendes deutsches Staatsbürgerrecht, und man hat nicht den Muth für die Bewohner eines Staats in Taschenformat ein allgemeines Bürgerrecht zu verlangen, dessen Name nicht erlogen wäre. Denn was bedeutet ein Staatsbürgerrecht dessen Inhaber an die Scholle gefesselt ist auf welcher er geboren ist, dessen Inhaber jenseits der Gemarkung seines Dorfes ein „Fremder“ ist, welcher, weit davon entfernt irgendein bürgerliches Recht ausüben zu dürfen, nicht einmal einen Anspruch auf die Luft hat die er einathmet, den man wie einen eingedrungenen Hund wegjagen kann sobald man will. Wie die Gleichheit vor dem Gesetze, so ist die Freizügigkeit unser verfassungsmäßiges Recht. Und in der That, ein braunschweigischer Staatsbürger mag nach Californien oder Neuseeland auswandern, ohne daß ihn jemand hindern darf; wenn er aber von Braunschweig nach Wolfenbüttel übersiedeln will, so stellt sich die Sache anders, und jedenfalls ist es für den Auswanderer viel leichter in der neuen Welt das volle Bürgerrecht zu erwerben als für den Uebersiedler in der Nachbarstadt heimathberechtigt zu werden. Diese elenden Zustände gegen welche sich ein jeder von uns mit aller Macht des patriotischen Unwillens und des männlichen Stolzes empören würde, wenn unser bürgerlicher Sinn nicht durch die unvordenkliche Gewohnheit des Polizeidrucks verkrüppelt wäre, diese jammervollen Zustände sind leider so ziemlich in ganz Deutschland die nämlichen; darin liegt aber wahrhaftig keine Entschuldigung für den einzelnen Staat der sie noch in seinem Schooße duldet. Könnt ihr eure Gränzen den Bewohnern der Nachbarstaaten nicht ohne Gegenseitigkeit öffnen, nun so reißt wenigstens die Menschenpferche innerhalb eurer Gränzen nieder. Aber die Verpflichtung der Gemeinden für ihre Armen zu sorgen — — ja das ist es, mit den Bettelpfennigen welche ihr einzelnen Armen reicht, glaubt ihr den sämmtlichen Staatsbürgern einen großen Theil der Rechte abgekauft zu haben, ohne die der Staatsbürger gar nicht bestehen kann. Noch mehr, nicht bloß wesentliche Rechte des Staatsbürgers hebt ihr auf, sondern sogar in die Menschenrechte thut ihr, auf euren Almosensäckel pochend, freche Eingriffe. Wenn es nächst dem Rechte zu leben ein heiliges unantastbares Menschenrecht gibt, so ist es das Recht der ehelichen Verbindung, und dieses Recht wird von dem Polizeistaat den wir im März begraben glaubten noch heute geläugnet. Es ist Thatsache, himmelschreiende Thatsache, daß Tausende von Deutschen durch büreaukratischen Machtspruch zum Cölibat verdammt werden, unter dem Vorwand daß ihre Kinder möglicher Weise der Gemeinde zur Last fallen könnten. Einrichtungen aus welchen solche Folgesätze hervorgehen tragen ihre Verurtheilung in sich selbst, und wenn man dieselben fortbestehen läßt, so sehen wir unseresteils darin viel mehr Muthlosigkeit als verständige conservative Gesinnung.

Braunschweig, 26 Nov. Der mit dem Ministerialschreiben vom 7 d. M. der Abgeordnetenversammlung zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen von Abgeordneten zum Volkshause, in seinen Grundlagen übereinstimmend mit dem Berliner Entwurfe, und wonach das Herzogthum drei Abgeordnete zu wählen hat, kam heute zur Verhandlung, nachdem die Commission gegen eine Minorität dessen Annahme mit einigen unbedeutenden Abänderungen empfohlen hatte. Die Linke, welche den Anschluß an das Dreikönigsbündniß in der Sitzung vom 11 Aug. d. J. aus allen Kräften bekämpft und nachher noch den deßfallsigen beistimmenden Beschluß, weil nicht mit zwei Drittel Majorität gefaßt, als formell ungültig anzufechten versucht hatte, erklärte sich auch heute, obwohl, wie ihr Wortführer Hollandt selbst zugab, ohne Hoffnung auf Erfolg, gegen die Annahme des Entwurfs, indem theils die Gründe gegen die Gültigkeit des Beschlusses vom 11 Aug. d. J. wiederholt wurden, theils man sich darauf berief daß die vorhergesagte Erfolglosigkeit des Bündnisses sich jetzt durch den Rücktritt Sachsens und Hannovers bewährt habe. Der Staatsminister v. Schleinitz erklärte dagegen, die hiesige Regierung werde den von ihr betretenen Weg mit Festigkeit verfolgen. Der Drang des deutschen Volks nach einer staatlichen Vereinigung sey so entschieden daß er sich trotz aller Hemmungen und Hindernisse Bahn brechen würde, und diejenigen Staatsmänner die sich widersetzten, die Gegenwart nicht verständen und sich an der Zukunft versündigten. Dadurch daß Sachsens und Hannovers Bevollmächtigte aus dem Verwaltungsrathe getreten seyen und beide Regierungen ihre vermeintlichen, von ganz Deutschland längst abgeurtheilten Rechte gegen die Berufung des Reichstags zur Sprache gebracht hätten, seyen sie nicht von dem Bunde zurückgetreten. Den Beschlüssen des Reichstags seyen sämmtliche Bundesgenossen, sie möchten denselben beschicken oder nicht, unterworfen. Ueber einen etwanigen Widerstand jener beiden Regierungen werde das Schiedsgericht zu entscheiden haben. Spräche dasselbe zu deren Gunsten, so hätten dann auch die übrigen das Recht des Rücktritts. Wenn aber bei einem entgegengesetzten Ausspruch dieselben sich nicht fügen sollten, so würden Preußen und seine Verbündeten ohne Zweifel den Willen und auch die Macht haben sie dazu zu nöthigen. Der Gesetzentwurf wurde im ganzen mit 31 gegen 17 Stimmen angenommen. (Wes. Ztg.)

Preußen. Der Pr. Staatsanz. bringt die Verordnung zur Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause, gegeben 26 Nov. Die Grundzüge sind die bekannten: indirecte Wahl, Abtheilung in drei Classen u. s. w. Auf jede Vollzahl von 500 Seelen ist ein Wahlmann zu wählen. (§. 7.) Wähler zum Volkshaus ist jeder unbescholtene Preuße, der 1) 25 Jahre alt ist, 2) einen eigenen Hausstand hat, 3) in der Gemeinde oder, falls ein Wahlbezirk aus mehreren Gemeinden besteht, im Wahlbezirk seit drei Jahren seinen festen Wohnsitz hat und heimathsberechtigt ist, 4) seit einem Jahr zu den directen Staats- und Gemeinde-Abgaben beigetragen hat, und 5) auf Erfordern nachweisen kann daß er mit der letzten Rate der von ihm zu zahlenden directen Staatssteuer nicht im Rückstande ist. (§. 11.) Wo keine directe Gemeinde-Abgabe erhoben wird, genügt zur Erfüllung der Bedingung §. 7 ad 4 die Betheiligung an der Zahlung der Classen- oder classificirten Steuer. (§. 15.) Wo keine Classen- oder classificirte Steuer, wohl aber directe Gemeindesteuer gezahlt wird, genügt die Betheiligung an der letzteren. Wo weder die eine noch die andere zur Hebung kommt, muß behufs Feststellung der Berechtigung zur Wahl von der Gemeindeverwaltung nach den Grundsätzen der Classensteuerveranlagung ermittelt werden, wer zur Classensteuer heranzuziehen seyn würde wenn eine solche zur Hebung käme. (§. 12.) Solange der Grundsatz wegen Aufhebung der Abgabenbefreiungen in Bezug auf die Classensteuer und directe Gemeindesteuer noch nicht durchgeführt ist, sind die zur Zeit noch befreiten Personen aus diesem Grunde von der Wahl nicht auszuschließen. (§. 14.) Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden directen Staatssteuern (Classensteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer), und zwar in der Art daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Gesammtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt. (§. 41.) Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche, der das 30ste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem derjenigen deutschen Staaten angehört hat von welchem das deutsche Parlament beschickt wird. Zu wählen sind von Preußen 25 Abgeordnete, von Posen 11, Brandenburg 21, Pommern 12, Schlesien 31, Sachsen 17, Westfalen 14, Rheinprovinz 27, im ganzen: 158.

Berlin, 28 Nov. Heute Morgen begannen die Verhandlungen des Waldeck'schen Processes, und zwar mit einem Zwischenfall. Der Oberstaatsanwalt Sethe zeigte an daß die Staatsanwaltschaft durch ihn und den Staatsanwalt Meyer vertreten werde. Der Präsident des Gerichtshofs, der Gerichtshof selbst erklärten sowohl das Verlangen der Staatsanwaltschaft durch zwei Mitglieder vertreten zu seyn als auch die Art wie die Staatsanwaltschaft dieß Verlangen geltend mache für unzulässig, wogegen der Oberstaatsanwalt protestirt, zuletzt aber angab daß „vorläufig“ der Staatsanwalt Meyer die Staatsanwaltschaft vertrete. Ohm und Waldeck erklären sich beide für des Hochverraths nicht schuldig, Waldeck nennt den bekannten Brief der von d'Ester herrühren soll eine plumpe Erdichtung; Ohm behauptet er sey kein Fälscher, die Angaben die er der „Neuen Preußischen Ztg.“ gemacht seyen wahr, er habe sie als Preuße und Royalist gemacht. An Widersprüchen und Dunkelheiten in seinen Aussagen fehlt es nicht.

Oesterreich. ·|· **Wien,** 27 Nov. Die Localitätsveränderungen scheinen allgemein, und nicht bloß bei den kaiserlichen Hofämtern, vorgenommen zu werden. Als ich das alte, in der Wollzeile noch immer bestehende, ver-

morschte Hauptpostamtsgebäude in der letzteren Zeit räumen sah, glaubte ich es werde wie so viele baufällige Dikasterialhäuser niedergerissen und an seine Stelle ein neues und zweckgemäßes Gebäude errichtet werden; allein es ist bare Täuschung gewesen; „es bleibt beim Alten," nur werden die Räumlichkeiten von einer andern Staatsbeamtengesellschaft besetzt werden. Die verschiedenen Bausectionen, für Eisenbahn-, Straßen- und Wasserbau, welche früher gemeinschaftlich mit dem Handelsministerium den sogenannten Modeneser-Palast in der Herrengasse eingenommen, sind bereits in das Winkelwerk des Postgebäudes übersiedelt. Man arbeitet daran aus diesen Sectionen eine Generalbaudirection zu bilden und mit dieser zugleich eine Generaldirection für den Eisenbahnbetrieb sowie für das Post- und Telegraphenwesen ins Leben zu rufen. In Bezug auf das letztere scheint wohl Professor v. Steinheil, welcher bereits die Function eines Sectionsraths in diesem Fache übernommen hat, maßgebenden Einfluß geübt zu haben. Wie ich vernehme, wird v. Steinheil auf einige Wochen Wien verlassen, um, bevor er sich hier bleibend niederläßt, seine häuslichen Angelegenheiten in München zu ordnen. Die neuerrichteten 14 Hofadjutanturen haben bereits ihre Geschäfte begonnen und ihre Wohnungen in dem Amalienhof, woselbst auch für den Chef des General-Quartiermeisterstabs Feldzeugmeister Frhn. v. Heß ein Bureau eingerichtet worden ist, bezogen. Die Organisation des Kriegsministeriums, bereits aus der zweiten Revision hervorgegangen, liegt dem Kaiser zur Genehmigung vor. — Gestern fand die erste feierliche Dissertation auf unserer Hochschule statt. Derlei ceremoniöse Acte haben in der Regel nichts besonderes an sich; in unseren jetzigen Verhältnissen gewinnt aber der gestrige an Bedeutnug. Das hiesige Universitätsleben war bekanntlich seit October v. J. völlig unterdrückt. Die Gewalt des Belagerungszustandes trennte die vier Facultäten, und nahm ihnen durch diese Aufhebung des Verkehrs die Lebensfähigkeit. Professor und Ministerialrath Hye forderte nun im Namen der Intelligenz, auf eine, wenn wir seine Stellung ins Auge fassen, bewundernswerth freimüthige Weise, die Regierung auf den Facultäten wieder ihre gemeinsame Halle — die Universität einzuräumen. Minister Graf Thun, welcher der Dissertation beiwohnte, horchte mit gespannter Aufmerksamkeit, und mochte von den Acclamationen etwas überrascht seyn welche Hye's lebhafte Rede unterbrachen.

— **Wien,** 27 Nov. Die Wiener Universität ist den Wissenschaften zurückgegeben. Gestern um 12 Uhr Mittags fand im Consistorialrathe der Akademie die Inauguration des zum Doctor der Rechte promovirten Hrn. v. Hönigsberg statt. Dem feierlichen Acte wohnte außer den Professoren und einem zahlreich versammelten Publicum der Minister des Unterrichts bei. „Es bleibt diese Feierlichkeit," schreibt die Presse, „ein um so merkwürdigerer Moment in den Annalen unserer Universität insbesondere und der Residenz überhaupt, weil wir einerseits daran die Hoffnung auf die Wiederkehr normaler Zustände knüpfen können, und weil andererseits die Besprechung der Discussionsthesen nicht mit jener hergebrachten kalten Formalität, sondern lebenskräftig durchgeführt wurde. Die Doctoren Kramer, Galba und Hye vertraten die Opposition. Der erstere bestritt einen vom Doctoranden aufgestellten Satz aus dem österreichischen allgemeinen bürgerlichen Rechte. Wichtiger sind die von Galba und Hye bekämpften Thesen. Jener bestritt die starre Centralisations-Theorie; Hye vertheidigte das Asylrecht, entwickelte hiebei zugleich die Nothwendigkeit einer Amnestie, berührte auch das drückende Verhältniß unter welchem sich die Universität in Folge des Ausnahmszustandes befinde, und sprach, begleitet von dem Bravorufe der Zuhörermenge, die Hoffnung aus daß dieser Druck in Bälde enden werde." Nach geschlossener Debatte nahm der Minister das Wort, überreichte dem Doctoranden im Namen des Kaisers einen Brillantring, und führte die Vortheile einer frei sich bewegenden Wissenschaft für die schaffenden Kräfte des Staates auf. Durch die vielfachen neueren Berufungen an die verschiedenen österreichischen Universitäten hat das Ministerium bewiesen daß es die Wichtigkeit dieser Anstalten in keiner Weise verkennt, eine Wichtigkeit welche der Berliner Gentz einst so treffend bezeichnete daß er das Zeughaus und das Collegiengebäude die beiden Hauptstützen des preußischen Staats nannte.

Die „Südslavische Zeitung," welche bekanntlich den Föderalismus vertritt, bringt heute eine längere Denkschrift jener Deputation von Cilli, welche kürzlich auf ihren Wunsch, Cilli möge der Sitz einer Kreisregierung werden, vom Ministerium eine abschlägige Antwort erhielt. Die Deputation verwahrt darin im Namen ihrer Committenten die Slovenen vor separatistischen Gelüsten, ohne übrigens auf das frühere Petitum noch einmal zurückzukommen. Ferner protestirt dieses Blatt gegen eine Stelle in einem neulichen Vortrage des Justizministers, worin darauf hingewiesen wird daß Zarz, eine Ortschaft im krainischen Slovenien, eine altfränkische deutsche Colonie sey. Nur zwei Greise befänden sich noch von jener deutschen Colonie im Orte. Sind das aber die Mittel um den gegenwärtigen innern Befestigungsproceß des österreichischen Staates zu fördern?

Gegenwärtig verweilt auch eine Deputation aus Klausenburg in Wien, um beim Kaiser eine Erleichterung der die Stadt empfindlich drückenden Kriegscontribution zu erflehen. Wie bekannt, hat die Stadt am 26 April d. J. dem Debrecziner Convent eine Huldigungsadresse geschickt, wofür sie, als die Russen daselbst am 15 Aug. eingezogen sind, nebst andern Lasten zu einer Geldbuße von 200,000 fl. C.-M. verurtheilt wurde. Nach der neuesten Austria bereitet das Handelsministerium durch die Direction der administrativen Statistik unter Leitung des Ministerialrathes Czörnig und Ministerialsecretärs Häufler die Herausgabe eines umfassenden Werkes über die Ethnographie der österreichischen Monarchie vor, welchem eine ethnographische Karte des Kaiserstaats in 9 Blättern beigegeben werden wird. Der zweite Theil dieses Werkes umfaßt eine historische Skizze der Völkerstämme und Colonien in Ungarn, Croatien, Slavonien, Dalmatien, Siebenbürgen und der Militärgränze. Der dritte bereits im Druck befindliche Theil behandelt zunächst, auf Grundlage der in den Staatsarchiven enthaltenen Urkunden und Verhandlungsacten die sehr lehrreiche Geschichte der unter Maria Theresia und Joseph II erfolgten Colonisation in Ungarn, Siebenbürgen und Galizien, sammt ihrer fortschreitenden Entwicklung bis zur Gegenwart. Die Austria meint daß durch dieses Werk die Lücke welche in unserer deutschen Auswanderungslitteratur in Bezug auf die deutsche Colonisation im Osten herrscht, hinsichtlich Oesterreichs ausgefüllt wird.

** **Wien,** 28 Nov. Seit drei Tagen stürmt und schneit es hier bei einer die Nacht über sich bedeutend steigernden Kälte. Wege und Stege, selbst die Preßburger Eisenbahn, sind fast unfahrbar geworden. Gestern kam die Allg. Ztg. erst Nachmittag 3 Uhr, statt Morgens halb 9 Uhr hier an, und heute haben wir sie gar nicht erhalten. — Der Kaiser, der — wie Sie wissen — nach Schönbrunn zurückgekehrt ist, wird, wie man fortwährend sagt, bald die hiesige Burg beziehen. Von allen die dem jugendlichen Herrscher auf seiner Reise zu nahen das Glück hatten, hört man begeisterte Ausdrücke über seine Leutseligkeit und seine Weise sich auszudrücken. Hierbei kann ich nicht unterlassen zu bemerken daß derselbe die Anreden und Bitten der Deputationen der verschiedenen Nationalitäten seiner Monarchie stets in ihrer eigenen Sprache, und zwar mit größter Reinheit und Sicherheit beantwortet. Den neuesten in Triest eingetroffenen Nachrichten zufolge hat die englische Flotte eine rückgängige Bewegung gemacht und bei Gianntzzeri Anker geworfen.

Großbritannien.

London, 26 Nov.

Dr. Gützlaff, dessen Besuch in Europa nach 28jähriger Abwesenheit in China wir gemeldet, ist auf dem „Jupiter," einem Dampfpaketboot der „Oriental and Peninsular Company," bereits in England eingetroffen, und wird nächstens seine deutsche Heimath besuchen.

Blätter vom Cap der guten Hoffnung reichen bis zum 28 September, sind also um sechs Tage neuer als die der vorigen Post. Die Aufregung wegen des in der Bay liegenden Schiffs „Neptune" mit 282 Deportirten von Bermuda dauerte ungeschwächt fort. Die „Anti-Convict-Association" hatte energische Adressen an den Statthalter Sir Harry Smith erlassen, um ihn zu bewegen daß er auf eigene Verantwortung das Deportirtenschiff nach der Insel Ascension oder sonstwohin fortschicke, aber er weigerte sich fest ohne weitere Verhaltungsmaßregeln von der Regierung im Mutterland eine solche Abänderung zu verfügen, wobei er jedoch tiefe Sympathie mit der Sache der Colonisten aussprach. Auch gab er zu bedenken wie leicht unter den Sträflingen des Schiffs eine gefährliche Meuterei ausbrechen könnte, wenn sie unbefugter Weise an einen andern Ort als den ihnen gesetzmäßig angewiesenen weiter transportirt würden. Hierauf rächten sich die Einwohner der Capstadt dadurch daß sie der Garnison, den im Hafen liegenden königlichen Schiffen und allen kön. Verwaltungsstellen keine Lebensmittel mehr verabfolgen ließen, so daß sowohl der Statthalter als der Platzcommandant sich ihr Brod im eignen Hause backen lassen mußten.

Frankreich.

Paris, 27 Nov.

Das im Namen der Regierung vorgelegte Arbeiterpensionsgesetz ist so ziemlich der bekannte Entwurf der HH. Lestiboudois und Dufournel, mit dem Unterschied daß es die Bestimmung enthält daß der Staat jedem Arbeiter der drei Jahre nacheinander wenigstens 15 Fr. in die Pensionscasse einzahlt, eine Prämie von 25 Fr. bewilligt. Also kaiserlicher Socialismus, der auf die Popularität bei den niedern Classen speculirt! Wird die Majorität, die das Princip aus den Arbeitern Staatspensionäre zu machen bereits verworfen hat, nun ihre Gesinnung ändern, oder wird sie das Ministerium, den Präsidenten selbst mit seiner Maßregel durchfallen lassen, und wird es dann mehr und mehr zum offenen Bruch kommen? Die

Versammlung hat das Gesetz derselben Commission zugewiesen die den frühern Vorschlag begutachtet hatte, und dadurch zum voraus bewiesen daß sie ihr Urtheil nicht aufgeben will. Im weitern Verlauf der gestrigen Sitzung, und diese Frage ist auch noch der Gegenstand der heutigen, wurde die Reform des Arbeiter-Coalitionsgesetzes in dritter Berathung verhandelt. Dieses Stadium der Berathung ist sonst nur eine Sache der Form, dießmal scheint der ganze Kampf der Partei-Ansichten von neuem angehen. Man verstritt sich lange über einen Abänderungsantrag des Hrn. Boysset: Die Coalitionsprocesse durch die Räthe der Proudhommes aburtheilen zu lassen. Dadurch wäre das Coalitionsvergehen freilich aus dem Strafgebiet entnommen und in die Kategorie der Civilstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern versetzt worden. Das Amendement wurde mit 404 gegen 166 Stimmen verworfen. Von neuen Gesetzvorschlägen sind zwei bemerkenswerth: ein Verbot des Duells bei Strafe des Verlusts der bürgerlichen Rechte auf 1 bis 10 Jahre, welche, unbeschadet sonst verwirkter Strafen, die Zeugen wie die Hauptpersonen treffen würde; die Bestrafung der Thierquälerei. Der erstere Vorschlag hat wohl keine Aussicht zur Berathung zugelassen zu werden, der letztere hatte sich von Seiten der Commission für parlamentarische Initiative des ungetheilten Beifalls zu erfreuen.

Die Möglichkeit des Ausbruchs eines Kriegs zwischen Großbritannien und Rußland scheint den Conservativen, welche auch die Friedenspartei bilden, einige Besorgnisse zu erregen. Das J. des Débats macht daraus kein Geheimniß, und sucht daher nach den entgegengesetzten Seiten zu begütigen. Es lobt den Sultan daß er die Auslieferung verweigert, es gibt Rußland und Oesterreich Recht daß sie kein magyarisches und polnisches Koblenz auf der andern Seite der Donau dulden, es erinnert daß selbst nach der Februar-Revolution die provisorische Regierung durch das Organ des Hrn. v. Lamartine dem Wunsch Deutschlands nachgegeben und die Anhäufung politischer Flüchtlinge in Straßburg verhindert habe, es erwartet nun aber daß auch England sich zu bescheiden wissen werde. „Die Anwesenheit der englischen Flotte in den Dardanellen, fährt es fort, ist viel- oder nichtssagend. Sie ist nichtssagend wenn Admiral Parker nur eingelaufen wäre um einen Unfall zur See zu vermeiden, sie ist es selbst in dem Fall wenn er aus einem Kitzel der Eigenliebe, seiner eigenen oder derjenigen eines andern, eingelaufen wäre mit der Absicht schleunigst wieder hinauszugeben. Mag die englische Flagge sich in den Dardanellen haben zeigen wollen, mag sie mehr Vortheil darin finden einzulaufen als Nachtheil gleich wieder fortzugehen, das sind Fragen worüber der englischen Regierung das Urtheil zusteht. Durch alle nautischen Bewegungen der englischen Flotte wird der europäische Friede noch nicht gefährdet, und wir loben gern die Weisheit des englischen Cabinets wenn es seine Flotte aus den Dardanellen zurückzieht, andern überlassend die Kühnheit zu loben eingelaufen zu seyn. Wir müssen nun auch ein Wort sagen über den Fall wo die Anwesenheit der englischen Flotte sehr vielsagend wäre, nämlich wenn sie mehr oder weniger lange daselbst bliebe. Warum sollte sie bleiben? Wäre es um Rußland zu bedeuten daß England, Dank seinen Schiffen, so nahe bei Konstantinopel ist als Rußland? Für niemand, selbst in Sebastopol, ist dieß etwas neues. Wäre es um die Türkei zu benachrichtigen daß sie Rußland kühn widerstehen kann? Allein um den ungerechten Ansprüchen Rußlands zu widerstehen hat die Türkei nicht auf das Erscheinen der englischen Flotte in den Dardanellen gewartet, und jetzt wo Rußland eine billige und gerechte Forderung macht, hat die Türkei kein Interesse mehr Rußland zu widerstehen. Wenn also die englische Flotte bei dem gegenwärtigen Zustand der Dinge noch in den Dardanellen bleibt, so ist es um einen vorbedachten Hader anzufangen. Dann ist das Ereigniß unermeßlich. Wir lieben die englische Allianz und haben sie immer geliebt, noch mehr wir lieben und bewundern England weil es für uns die mächtige und weise Freiheit darstellt, und wenn eines Tags die Welt sich zwischen der englischen und russischen Allianz theilen müßte, so wünschen wir daß in diesem höchsten Entscheidungskrieg Europa's Frankreich auf der Seite Englands stehe, selbst wenn England der besiegte Theil seyn sollte. Aber wir verlangen daß unter den Ursachen eines Kriegs wo sich's um ganz Europa handeln würde, von einem europäischen Interesse, unter den Ursachen eines Kriegs wo unfehlbar die Türkei der Einsatz wäre, von einem türkischen Interesse, endlich unter den Ursachen des Kriegs der entscheidend für die Freiheit seyn würde, von einem liberalen Interesse die Rede sey. Dieses liberale Interesse sehen wir als sich's um die Aufmunterung der Türkei handelte die Auslieferung zu verweigern, wir sehen es nicht mehr seitdem die Auslieferung nicht mehr gefordert wird? Wo ist nun das türkische, wo das europäische Interesse? Lord Palmerston ist eine wichtige Person in Europa und selbst in England, doch ist er weder ganz Europa noch selbst ganz England. Der Kaiser von Rußland ist zurückgegangen als er Unrecht hatte, und wir loben ihn darum. Ist es ein Grund zu glauben daß er nochmals zurückgehen werde, selbst wenn er Recht hat?“ Als Antwort endlich auf die Einwendung derjenigen welche sich freuen wenn England und Rußland einander in die Haare kommen, weil Frankreich durch die Schwächung dieser zwei präponderirenden Mächte nur gewinnen könnte, erinnert das J. des Débats an eine Stelle aus Polybius (B. V, 104 bis 105), wo erzählt ist wie während des zweiten punischen Kriegs in einer Versammlung der Griechen zu Naupaktus ein Staatsredner, Agelaus, auftrat, um seine Landsleute die den Krieg zwischen Rom und Karthago als eine Schwächung der beiden einzigen Mächte welche sie als Nebenbuhler zu fürchten hätten, nicht ungern sahen, eines bessern zu belehren, indem er zu ihnen sagte: wenn sie ein wenig über die Lage nachdächten, so würden sie finden daß, wer auch als Sieger aus dem Kampf hervorginge, Rom oder Karthago, bei der Eroberung Italiens oder Siciliens nicht stehen bleiben, sondern seine Blicke und Streitkräfte weiter richten würde, was ihnen so einleuchtend war daß sie Gesandte abschickten, die einen an die Römer, die andern an die Karthager. Ja, setzt es hinzu, wir gestehen daß wir, weit entfernt einen Krieg zwischen Rußland und England zu wünschen, ihn aufs äußerste fürchten. Ja wir haben Furcht vor dem punischen Krieg, ja wir haben Furcht daß, statt selber ihre Geschicke zu entscheiden, statt die Waffen zu ergreifen oder niederzulegen nach eigenem Gutdünken, Europa und besonders Frankreich, wie einst Asien und Griechenland, genöthigt seyn könnten nach Norden und Westen zu schauen und sich, nach Neigung oder Nothwendigkeit, zwischen England und Rußland zu theilen. Auf eine Erörterung des Dardanellenvertrags läßt sich das ehemalige Hofblatt der Tuilerien nicht ein, aber offenbar war der Zweck die Meerenge von Konstantinopel für alle Seemächte zu schließen kein anderer als die Sicherheit der Türkei; und England wird behaupten der Vertrag könne keineswegs dem Sultan das Recht entziehen eine befreundete Macht herbeizurufen wenn eine drohende Gefahr eine solche Hülfe nöthig machte, denn sonst würde ein Vertrag der zur Erhaltung der Türkei geschlossen war, die Ursache ihres Untergangs werden.

. **Paris**, 26 Nov. Die unläugbare Thatsache daß das Gebiet der Socialisten in den Provinzen immer weiter und weiter sich ausdehne, übt fortwährend einen gewaltigen Einfluß auf die beiden Gewalten die, ohne im offenen Krieg miteinander zu seyn, seit mehr als einem Monat nichts weniger als im herzlichen Einverständniß leben. Ludwig Bonaparte kennt die Angst welche die Majorität der Kammer vor dem Socialismus hat, und gestützt auf diese Angst nimmt er dieser Majorität gegenüber eine Haltung an die kaum mit dem Buchstaben, geschweige mit dem Geiste der Constitution in Einklang steht. Die Majorität macht in der That ein saures Gesicht, zeigt auch ein wenig die Zähne, hütet sich aber zu brechen. Minder befangen von der Furcht vor dem Socialismus hätte die Kammer die Botschaft vom 31 Oct. mit einer Interpretation des Paragraphs von der Verantwortlichkeit des Präsidenten beantwortet, und demselben gezeigt daß er nicht für seine, sondern für die Ausführung und Befolgung der ihm von der Kammer vorgezeichneten Politik verantwortlich sey, seine Verantwortlichkeit daher durchaus ihn zu keiner persönlichen Politik berechtige. Sie hat sich aller Antwort enthalten, schmollt und grollt, aber vermeidet einen Bruch, ja sogar einen hinreichenden Anlaß zu einem Bruch mit der ausübenden Gewalt, um nicht den Socialisten in die Hände zu arbeiten. Aus derselben Furcht durch einen schnellen Bruch mit der gesetzgebenden Gewalt, mit andern Worten durch einen zu frühzeitigen Staatsstreich, eine Beute der Socialisten zu werden, geht auch Ludwig Bonaparte mit unverkennbarer Vorsicht zu Werke, kündigt in kräftigen Worten eine selbständige persönliche Politik an, läßt es einstweilen — einige Maßregeln von an sich untergeordnetem Belang abgerechnet — bei der Ankündigung bewenden. Diese Taktik, sey sie eine persönliche oder dem Hof des Elysée entnommene, macht ihrem Urheber Ehre und erfreut sich bereits eines mehrseitigen Erfolgs, da sie auf die gegenwärtigen Zustände wie auf den Charakter der Franzosen berechnet ist. Nachdem Ludwig Bonaparte den günstigsten Augenblick zu einem Handstreich auf eigene Faust den 24 December, als alle Welt diesen Handstreich erwartete, viele ihn wünschten und nur wenige Widerstand zu leisten gewagt hätten, unbenützt vorübergehen ließ, darf er nicht die Initiative eines Handstreichs haben, sondern muß sich dazu drängen, so zu sagen zwingen lassen. Zu diesem Behufe hat er seinen Plan am 31 bloß durchschimmern und ahnen lassen, mit der Majorität nicht gebrochen, ihr aber die Freundschaft gekündigt. Dieß hatte zur Folge daß nach außen und innen die Elemente der Majorität auseinander zu fallen begannen. Die Franzosen haben großen Respect vor der Kraft, wo und wie sie sich auch äußern mag. Die kräftige Sprache des Präsidenten, mag sie auch anfangs alle Welt verletzt haben, gewann ihm nach und nach eine hübsche Anzahl Blätter in der Tagespresse, und riß von den Orleanisten eine Gruppe von etwa hundert Köpfen los, die zwar betheuern daß sie sich von der Majorität nicht trennen wollen, nichtsdestoweniger aber einen besondern Verein zu dem Zweck bilden — „die Ein-

tracht zwischen der Majorität und dem Präsidenten zu vermitteln und zu erhalten.“ Ludwig Bonaparte hat also eine, wenn auch vorerst nicht zahlreiche Partei und ein Halbdutzend Organe der conservativen Tagespresse in Paris, kein Zweifel daß dieser Anhang sich vermehren werde so bald der Präsident dem öffentlichen Wohle sich und die Constitution opfernd, unter was immer für einer Form, die ausschließliche Gewalt in Händen zu nehmen sich gezwungen sähe. Die ganze Frage dreht sich nur um den einen Punkt, wie ein solcher Zwang anständigerweise herbeizuführen sey. Hiezu bieten sich nun zwei Hauptwege: entweder Ludwig Bonaparte veranlaßt eine Reihe von Conflicten mit der Kammer und ruft dadurch eine Verwirrung und Störung der Art hervor daß man ihm im Namen des öffentlichen Wohls, dieses Grundpfeilers aller Staatsstreiche, die Würde eines Consuls oder Kaisers anbietet, oder der Präsident vermeidet soviel als möglich jede Reibung mit der Kammer, sucht im Gegentheil die ganze orleanistische Partei von der legitimistischen vollends loszureißen, und sie durch die Vorstellung daß eine Revision der Constitution im conservativen Sinne unmöglich geworden, da die constituirende Versammlung in Folge der Fortschritte des Socialismus in ihrer Majorität roth seyn werde, zur Mitschuldigen eines Staatsstreichs zu machen. Der eine wie der andere dieser Wege führt gleich sicher zum Ziele, und auf beiden Wegen ist es der Socialismus in welchem Ludwig Bonaparte den unwillkürlichen und unbewußten, aber kräftigsten Bundesgenossen findet.

Italien.

Florenz, 24 Nov. Also lautet das im Monitore Toscano erschienene Amnestiedecret: „Wir Leopold II von Gottes Gnaden, kaiserlicher Prinz von Oesterreich, königl. Prinz von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Oesterreich, Großherzog von Toscana etc. Auf den Vorschlag unseres Ministerraths haben wir beschlossen und verordnen: Art. 1. Alle bis auf den heutigen Tag begangenen Verbrechen der beleidigten Majestät und sonstige politische Vergehen sind der Vergessenheit übergeben, und jeder darauf bezügliche Strafproceß oder Verurtheilung ist aufgehoben. Art. 2. Diejenigen welche auf Grund dieser Verbrechen oder Vergehen sich in Haft befinden werden sogleich ihrer vollen Freiheit zurückgegeben, wenn sie nicht um anderer Ursachen willen zurückgehalten werden müssen; jede bezügliche Procedur bleibt niedergeschlagen. Art. 3. Vom heutigen Tag an hören alle Wirkungen des Decrets vom 26 Jul. l. J. auf. Art. 4. Von der Wohlthat der gegenwärtigen Amnestie sind ausgeschlossen: a) solche welche bereits wegen eines Verbrechens gegen die Staatsreligion, wär' es auch durch die Presse begangen, verurtheilt oder angeklagt sind; b) diejenigen welche die provisorische Regierung bildeten; der sogenannte Repräsentant oder Chef der Vollziehungsgewalt; die Mitglieder des Ministerraths vom 8 Febr. bis zum 12 April 1849; der Präfect von Florenz während jener Zeit; und diejenigen welche bis zum heutigen Tag als Angeklagte in dem eingeleiteten ordentlichen Criminalproceß in Florenz, und in dem ähnlichen Proceß von dem Militärtribunal in Pistoja figuriren; zu welchem Ende die Namen dieser Angeklagten veröffentlicht werden sollen. *) Art. 5. In Bezug auf alle diese ist der Justiz freier Lauf gelassen. Art. 6. In der gegenwärtigen Amnestie sind alle Anwerbungen oder willkürlichen Dienstannahmen für das Ausland mit begriffen, sowie alle öffentlichen Gewalthandlungen oder andere ähnliche Vergehen aus politischen Ursachen, mit Ausnahme derjenigen die bei Erbrechung der Wahlurnen in Florenz, Pisa und in der Terra di Signa verübt worden, und deren die sich auf die bewaffnete Expedition vom 13 April gegen Capannori beziehen. Art 7. Niedergeschlagen und aus den Criminalacten gestrichen werden alle Processe die unter der provisorischen Regierung gegen diejenigen eingeleitet worden die den Muth hatten ihrem rechtmäßigen Souverän sich treu zu bezeigen, und diese Treue in Wort, Schrift oder That bewährten, vorausgesetzt jedoch daß dieselben sich keines für sich bestehenden Vergehens zum Nachtheil von Privaten schuldig gemacht. Art. 8. Was bis jetzt bestimmt ist erstreckt sich auch auf die Militärpersonen, jedoch nicht in der Art daß ihnen irgendein Recht auf Beibehaltung ihrer bisherigen Anstellungen eingeräumt wird. Eben dieß gilt auch von den Civilbeamten welche durch ihr politisches Benehmen das Vertrauen der Regierung verwirkt haben. Art. 9. Die Tribunale und zuständigen Behörden werden im Verhältniß des Vergehens über die Zulassung zur Wohlthat der gegenwärtigen Amnestie entscheiden. Art. 10. Den Rechten Dritter auf Schadenersatz gegen die Amnestirten wird hiedurch, wie natürlich, kein Präjudiz zugefügt, und sie mögen ihre Ansprüche vor den Civilgerichten geltend machen. Unser Minister-Staatssecretär für das Innere und der Minister der Gnade und Justiz sind, jeder in dem was ihn angeht, mit der Vollziehung dieses Decrets beauftragt. Gegeben in Florenz, am 20 Nov. 1849. Leopold. (Gegengez.) G. Baldasseroni, Ministerpräsident und Minister des Innern; J. Mazzei, Minister der Justiz und Gnade.“ — Die Regierung hat mit dem Monte de' Paschi in Siena eine Anleihe von 420,000 Lire abgeschlossen.

*) Ausgeschlossen sind a) die in Florenz processirten Individuen: Francesco Domenico Guerrazzi, Advocat, vormals Mitglied der provisorischen Regierung, dann Chef der Vollziehungsgewalt; die Advocaten Gius. Montanelli und Gius. Mazzoni, Mitglieder der provisorischen Regierung; Pietro Augusto Adami, Dr. Franc. Franchini, Dr. Marmocchi, Dr. Romanelli und Advocat Mordini, die Minister der provisorischen Regierung. Außerdem 35 andere, worunter mehrere Advocaten und Aerzte, zwei Priester und der Professor Giuseppe Vannini. b) 38 vor dem Militärgericht in Pistoja Processirte, an deren Spitze die Befehlshaber der aufgelösten Bataillone Livorneser Freiwilligen stehen. Also im ganzen 79 Personen.

Turin, 26 Nov. Die Gemüther beruhigen sich mehr und mehr über die Regierungsmaßregel der Kammerauflösung, und die angesehensten Blätter auch der Opposition sehen ein daß dieß nicht der Zeitpunkt sey mit der einzigen noch übrigen liberalen Regierung Italiens zu brechen, und so auch Piemont der Reaction in die Arme zu treiben. La Legge theilt aus einem Schreiben des Generals Wilhelm Pepe in Paris folgende Stelle mit: „In dieser Hauptstadt befolg' ich das System keine Einladung anzunehmen, kein Theater und keine Gesellschaft zu besuchen; so ziemt es sich für einen Italiener in dem gemeinsamen Unglück des Vaterlands, und dem besondern Neapels ... Ich bitte Sie, sagen Sie allen unsern guten Italienern daß man jetzt der italienischen Sache dient wenn man die piemontesische Regierung unterstützt, und selbst bei Fehlern, die sie begehen mag, die Augen zuschließt.“ (Verständige Worte, die mutato nomine auch auf Deutschland passen).

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 27 Nov. 3proc. 57.15; 5proc. 89.95; Bankactien 2400; belg. 5proc. $95\frac{3}{4}$; Anleh. v. 1842 $95\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $87\frac{1}{2}$; röm. $81\frac{1}{2}$; span. active $22\frac{1}{4}$; pass. $3\frac{1}{2}$; innere Schuld $28\frac{5}{8}$; Hayti 195; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1834 920; v. 1849 890; Vers. rechte E.-B. 210; linke 167.50; Paris-Orleans 787.50; Rouen 528.75; Straßburg 358.75; Nordbahn 443.75; Rouen-Havre 230; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 302.50; Tours-Nantes 280; Montereau-Troyes 112.50.

Augsburg, 30 Nov. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 84 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{1}{2}$ P., $100\frac{1}{4}$ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Metall. 87 P. Bankactien II. Sem. 1090 P. Württ. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

♀ **Wien,** 28 Nov. Die Haltung der heutigen Börse war keine günstige. Mit Ausnahme der k. k. Anlehensloose vom J. 1839, welche abermals um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Procent billiger abgegeben wurde, variirten die Fonds- und Actiencurse fast gar nicht, allein um so empfindlicher war das Höhergehen in fremden Devisen und Comptanten, welche selbst zu gestiegenen Preisen keine willigen Abgeber fanden. London in langer Sicht, zunächst für Triester Aufträge gekauft, wurde bis 11.6, Augsburg bis $109\frac{3}{4}$, Hamburg mit $161\frac{1}{2}$, Paris mit 129, das Goldagio bis 17 und Silber bis $9\frac{3}{4}$ Procent bezahlt. Bei all dem waren die Umsätze beschränkt und konnten nicht alle Aufträge effectuirt werden. Aus Berlin trafen heute bedeutend höhere Notirungen ein. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{15}{16}$–94, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{3}{8}$–$83\frac{7}{8}$, Loose vom J. 1834 172–173, Loose vom J. 1839 $113\frac{1}{2}$–114, Bankactien (fest) 1185–1190, Nordbahnactien $107\frac{3}{4}$–108, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder $78\frac{3}{4}$–79, Pesther $77\frac{3}{4}$–78. London (i. l. S.) 10.4 G., Hamburg $161\frac{1}{2}$, Augsburg uso $109\frac{3}{4}$ G., Frankfurt 109 G., Amsterdam 153–$153\frac{1}{2}$, Mailand $98\frac{1}{2}$ B., Livorno 107 B., Genua $125\frac{1}{2}$ G., Paris 130 G., Marseille 130 G. Goldagio für kais. Münzducaten $16\frac{1}{2}$–17, Silberagio $9\frac{3}{4}$ Proc. Napoleonsd'ors 8.50, Souverain d'ors 15.10, engl. Sovereings 10.50.

Berichtigung.

Im gestrigen Blatt der Allg. Ztg. S. 5199, Sp. 1, Z. 38 soll es heißen: jeder durfte fünf Schritte vorgehen, und etwas weiter unten: wurde die Ehre gewahrt erklärt.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur Geschichte der neuesten Plagiate.

** **Berlin,** 24 Nov. Sie haben oft und noch vor kurzem in Ihren Blättern die strafende Stimme der Gerechtigkeit gegen litterarischen Raub und Trug hören lassen, gestatten Sie mir nun auch ein Wort der Rüge über ein Plagiat der kühnsten Art auszusprechen, das vor unsern Augen in diesen Tagen begangen worden. Mein Gegenstand ist das neueste Product von L. Schubar (Lubarsch), einem sonst gewandten und in Norddeutschland nicht unbeliebten Romandichter, „Fürst und Volk, historischer Roman aus der Berliner März-Revolution.“ Die Lorbeeren welche Hr. v. Sternberg im vorigen Jahr mit seinem bekannten Tendenz-Roman „die Royalisten“ geerntet, haben seitdem manchen Schriftsteller nicht schlafen lassen, und zu den wenigen noch übrig gebliebenen Märzerrungenschaften gehört auch die daß jenes große Ereigniß Stoff oder wenigstens täuschendes Aushängeschild für Romane sowohl unter royalistischer wie demokratischer Feder wurde. Hr. v. Sternberg sieht nicht bloß sein antidemokratisches Werk durch rasch aufeinanderfolgende Auflagen weit verbreitet, sondern hat auch dafür vom Kaiser Nikolaus eine ansehnliche Pension erhalten, obgleich, seltsam genug, der neueste russische Index librorum prohibitorum das Buch in seine Reihen aufgenommen hat, vielleicht, zur Erhöhung der Pension, es gesuchter zu machen. Der demokratisch gesinnte Hr. Schubar hat weder auf Pensionen noch auf große Kauffähigkeit bei seiner Partei zu rechnen, um aber doch gleich dem aristokratischen Genossen Namen und Feder recht gewinnbringend zu machen, fand er für gut das und den Verdienst seines Werkes mit einem Minimum von Selbstdenken zu erzielen. Wir wissen nicht ob der erste Theil von „Fürst und Volk“ ein f r e m d e r Fürst und ein f r e m d e s vom Dichter unterjochtes Volk ist, obgleich es uns so vorkommt als hätten wir die und jene Person schon anderswo gesehen; aber wir wissen bestimmt daß der zweite Theil von Seite 46 bis zu Ende, an 300 Seiten, eine wirklich recht kecke Täuschung des Publicums ist. Inhalt und Darstellung ist meist wörtlich aus dem Roman „The Countess,“ von dem Legationssecretär der amerikanischen Gesandtschaft am hiesigen Hof, Hrn. T. S. Fay, und zwar nicht aus dem in London 1840 erschienenen Original, sondern aus der in Berlin 1841 erschienenen Uebersetzung unter dem Titel „Die Gräfin,“ und Hrn. Schubars Selbstthätigkeit dabei besteht nur darin daß er die Namen der Personen und manchen Satz geändert, und die Handlung, die im Original zu Berlin unter Friedrich Wilhelm II spielt, auf das Jahr 1847 verlegt. Wir zweifeln daß die amerikanische Gesandtschaft über diesen Raub einen Notenwechsel mit unserer Regierung eröffnen wird, und daß Preußen, obgleich im zeitweiligen Besitz der Geston, es bis zu einem Seekrieg mit den Vereinigten Staaten kommen lassen wird, wenn das Cabinet von Washington auf Bestrafung des preußischen Dichters dringen sollte; wir müssen leider sogar zweifeln ob die gegen Plagiat und Nachdruck eingesetzte richterliche Behörde, der sogenannte Sachverständigen-Verein, Gründe und Mittel genug hat den Schuldigen zu verfolgen, aber eben weil das Unrecht ungestraft begangen werden kann, halten wir es für nothwendig die öffentliche Stimme der Rüge dagegen zu erheben. Der Verleger, Sacco, ist gewiß unschuldig bei diesem Plagiate.

Ein Wort über Württemberg.

† **Aus Württemberg,** 27 Nov. Ihr Blatt brachte vor etlichen Monaten Schilderungen unserer Zustände, deren Fortsetzung zum Leidwesen mancher ausgeblieben ist. Ich bin weit entfernt hiemit eine solche liefern zu wollen, und nehme nur die Voraussetzung gleicher Unparteilichkeit in Anspruch, wenn ich es unternehme die Beobachtungen meines Gesichtskreises Ihnen mitzutheilen. Da in den nächsten Tagen unser verfassungrevidirender Landtag zusammenkommen wird, so tritt Württemberg wieder auf einige Zeit in den Vordergrund des politischen Lebens, und so wird es sich der Mühe lohnen eine Umschau nach den politischen Kräften des Landes anzustellen; es wird sich dabei von selbst ergeben ob dieß Land und Volk zu dem taugt worauf es von unsern Stimmführern des Tages abgesehen ist, die nämlich einen politischen Freihafen daraus machen möchten in welchem die „Errungenschaften“ vorderhand unverzollt deponirt werden, bis sie durch Schmuggel oder offen ins übrige Deutschland gehen. Ich für meinen Theil halte das für eine schlechte Speculation, weil ich sehe daß hiefür zwar viele Geneigtheit, aber wenig Macht vorhanden ist; ich sage wenig Macht, nicht eben wegen der Kleinheit des Landes, denn auch ein kleines Land vermag sicher viel, wenn es auf soliden Grund sich stellt, sondern wegen des innern Mangels für ein solches Unternehmen. Man darf dabei nur einfach erwägen wohin eigentlich in Folge der vorjährigen Bewegung factisch der Schwerpunkt der öffentlichen Gewalt gefallen ist, wer den Ausschlag bei den Wahlen gegeben hat. Es waren die Bewohner der kleineren Städte, der Handwerkerstand in denselben; diese hatten die Macht in Händen; sie beherrschten die Wahlen auch auf den Dörfern, umlagerten die Rathhäuser und überredeten oder terrorisirten die Bauern. Aber gerade dieser Stand ist ein ökonomisch sinkender, in vielen Gliedern schadhafter und intellectuell nicht so weit vorgeschritten um einen vernünftigen Gebrauch von der ihm in den Schooß gefallenen Gewalt machen zu können. So ist bei uns, wiewohl nicht bei uns allein, aber doch besonders merklich etwas geschehen was bei den sonstigen Revolutionen von bleibendem Erfolg in der Geschichte niemals geschehen ist, daß nämlich nicht der im Steigen, sondern der im Sinken begriffene Volkstheil die Macht erlangt hat. Diese Macht steht nun auf einem abschüssigen Boden, und was bis jetzt geschehen ist dient dazu den Boden noch abschüssiger zu machen; denn die schlimmen Folgen der Zehntablösung *), der erhöhten Besoldungs- und Pensionssteuern haben mittelbar und unmittelbar die Städte und die Handwerker zu tragen; der Ertrag der auf Zehnten, Gülten und andern Gefällen ruhenden milden Stiftungen, womit die Städte einen großen Theil ihrer Armenausgaben bisher bestritten haben, ist bedeutend geschmälert und Besoldete und Capitalisten zur Beschränkung ihres arbeitgebenden Aufwandes genöthigt; jede aufrührerische Bewegung in den Städten aber hat diesen selbst die empfindlichste Wunde geschlagen. Unter solchen Umständen beantwortet sich die Frage von selbst: ob hier eine solide Macht ist von welcher dauernde Folgen, ich will nicht sagen für das übrige Deutschland, sondern auch nur für unser eigenes Vaterland ausgehen können? Der Vogel hat sein Nest auf einen Zweig gebaut dem es am vollen Saft fehlt. Wenn keine Wunder geschehen, so verdorrt der Zweig und das Nest fällt zu Boden. Wollte aber jemand diese Schilderung trüben Augen zuschreiben, so sey er auf zwei Umstände verwiesen, welche das Gesagte bestätigen: einmal auf den Zustand der tonangebenden Presse, und dann auf das Resultat unserer Wahlen. Jene Presse gibt, namentlich die kleine Localpresse in den Landstädten, auf allen Blättern zu erkennen daß sie nicht sowohl das Product als vielmehr die Beherrscherin und Verführerin desjenigen Volkstheils ist welchem die öffentliche Macht zugefallen ist. Es sind in der Regel nicht die eigentlichen Handwerker, sondern entweder die halben Künstler, oder verkommene, aus den gelehrten Ständen stammende Schriftsteller, Dichter und Dichterlinge, hie und da ein unzufriedener Beamter oder Lehrer welche das Wort führen; und diese alle haben seit dem März 1848 nur äußerst selten aus dem natürlichen Bedürfniß der sich gedrückt fühlenden Städter heraus, sondern vielmehr künstliche Bedürfnisse und verstiegenes Wesen in sie hineingesprochen, und haben hier eine furchtbare Verheerung in den Begriffen wie in den Gewissen angerichtet. Man darf auch darauf zählen daß fast alle die unpraktischen Vorschläge zur Hebung des Gewerbwesens u. dergl., die wie Pilse aus der Erde geschossen sind, nicht von den Gewerbsleuten selbst, sondern von den Demagogen, den Höflingen des neuen Souveräns, ausgegangen sind: man würde unsern Handwerkern zu nahe treten, wenn man sie für die Erfindung derselben verantwortlich machte; aber so viel ist dabei doch klar, und eine niederschlagende Wahrheit, daß der jetzt herrschende Stand sich selbst vorderhand nicht zu rathen noch zu helfen weiß, und daß er eben deßwegen der Verführung durch kenntnißlose, unsolide und verwirrte Menschen ausgesetzt ist, daß derselbe dadurch fort und fort zur Revolution gespornt und auf der abschüssigen Bahn vorwärts getrieben wird auf welcher er selbst die öffentliche Gewalt nicht einmal mehr in den eigenen Händen behalten kann, sondern sie an diejenigen abgeben muß welche bereits darauf warten und eingeübt werden, nämlich an die Handwerksbursche und Lehrlinge und somit an diejenigen welche sie unter dem Namen von „Arbeitern“ politisch zu organisiren trachten.

Unsere Wahlen aber müssen nur zur Verstärkung des Beweises für

*) Die aber auch der guten Folgen nicht wenige hat.

das Obengesagte dienen. Es ist das erste Kennzeichen einer soliden Gewalt daß sie ihre Organe aus sich selbst hervortreibt; nun aber ist bekannt daß aus unsern Wahlen in überwiegender Mehrzahl nicht Gewerbtreibende, nicht Handwerker, sondern gerade solche hervorgegangen sind welche, dem Stand der Beamten, Lehrer, Advocaten ꝛc. angehörig, sich an das „Volk" gemacht, es zu unsichern Hoffnungen gesteigert und, unfähig das wirkliche Bedürfniß des Volkes zu verstehen, in dasselbe ihre eigenen, meist heimathlosen Gedanken hineingeredet haben. Diese alle vertreten nun in der Kammer nicht das eigentliche Volk, sondern in der That nur sich selbst und ihren im Grund knappen Gedankenkreis, die trivialen Ansichten von einem modernen, substanzlosen Staat und — die Hoffnungen des aufgeregten Volkstheils auf Anbahnung einer neuen Revolution. Was dabei für Württemberg und für Deutschland Ersprießliches herauskommen soll, ist schwer einzusehen, und wenn auch ein Theil derjenigen welche zur Zeit der Wahlen den Mund voller genommen, jetzt angesichts bedenklicherer Umstände zu bescheidenen Revolutionsdoctrinären sich umbilden dürften, so sieht es doch aus als wollte viel fruchtloses Gezänke um unpraktische Dinge entstehen, viel sophistische Kunstreiterei sich produciren, darob das wirkliche Bedürfniß des Landes zu kurz kommt. Hält man sich aber den traurigen Stand der ökonomischen und sittlichen Verhältnisse vor Augen, und überdenkt man die wirklichen Nöthen und Gefahren, so gemahnt einen die Zurüstung auf den Streit über den Eid auf die Reichsverfassung wie das Treiben der Rennbahnparteien in Konstantinopel als der Feind vor den Thoren stund.

Badische Zustände.

*** Karlsruhe,** 26 Nov. Seitdem die Casematten von Rastatt und andere Gefängnisse sich für eine große Zahl unserer Soldaten geöffnet haben, ist vielfältige Gelegenheit gegeben über die Zustände während der Revolution, namentlich über den „beispiellosen Treubruch" des Armeecorps die Ansichten zu berichtigen und zu befestigen. Es stellt sich immer klarer heraus daß die Dinge einfach so kamen wie sie der ganzen Sachlage nach kommen mußten. Ich spreche natürlich nur von der Mehrzahl; diese ist von den Meutereien in Rastatt und Karlsruhe, sowie von der gänzlichen Flucht der Regierung völlig überrascht worden, und war rathlos über ihr Thun und Lassen. Daß es sich wirklich um „Durchführung der Reichsverfassung" handle, wurde im Anfang allgemein geglaubt, wie handgreiflich auch die Lüge für jeden, nur einigermaßen Scharfblickenden vom ersten Augenblick an sich zeigen mußte. So tief in der Seele des Volks begründet war der Wunsch, das Bedürfniß einer allgemeinen Verfassung für das Vaterland, und um so frevler das Gebahren der Republicaner, wie aller jener welche mit diesem wahrhaft heiligen Drang des Volks nur ein schnödes Spiel getrieben. Die Vergeltung dafür wird für keine Partei ausbleiben. Bis zum Zeitpunkt der Gefechte von Ladenburg und Waghäusel hat der Mehrzahl, von welcher ich rede, über das Verhältniß zu ihrem Fürsten, die schiefe Stellung in welche sie zu diesem gerathen war, die ernsthaftesten Bedenken gemacht. Zeuge davon der rasch und fast allgemein gefaßte Plan des Neckarcorps nach Karlsruhe zurückzumarschiren, als bekannt geworden war daß Struve dort die „Republik" ausrufen wolle. Wie der Plan zunächst an der Charakterschwäche Brentano's scheiterte hat die Allgem. Ztg. seiner Zeit schon berichtet. Daß dem Ruf des Großherzogs sich in Frankfurt zu stellen von der Masse keine Folge geleistet worden ist, noch geleistet werden konnte, auch wenn jener Ruf allgemein bekannt geworden wäre, weil die Sache allen Umständen nach unausführbar war, bedarf wohl keiner Erörterung. Ein Bruch der Treue gegen den Großherzog kam bis dahin den Soldaten nicht in den Sinn, alle hofften auf irgendeine Wendung welche die Sache wieder in das Geleis bringen werde. Referent hat manche der seither verhafteten Soldaten und Unterofficiere gesprochen, und durchweg bestätigt gefunden daß sie Gefechten gegen Reichstruppen oder Preußen stets auszuweichen bemüht waren. Freilich wenn trotz dem einmal der „Feind" im Angesichte stand, dann trat „der Soldat" in sein volles Recht, und keine andere Rücksicht konnte mehr gelten; denn davonzulaufen wenn einmal das verhängnißvolle „drauf" ertönt, wird man badischen Soldaten nicht anmuthen. Von dem obenerwähnten Zeitpunkt ab war allerdings eine Aenderung der Ansichten nnd Gesinnungen eingetreten. Eine Verständigung konnte keiner mehr zu hoffen wagen, und jetzt war auch vielfältig das Wort zu hören: „verloren sind wir nun doch, darum wehren wir uns solange es geht." Andere, namentlich Unterofficiere, hielten aus, weil sie ein Auseinanderlaufen des Armeecorps unter allen Umständen als das größte Unglück, die größte Schmach betrachteten. Alle Erzählungen, alle Darstellungen, wie verschieden auch der Standpunkt der Redenden, gleichen sich darin daß deutlich hervorgeht wie die Soldaten unwiderstehlich in eine Bewegung gerissen worden sind von deren Kraft noch Ziel sie anfangs keine Ahnung hatten. Die Geschichte wird dieß einst nicht mit dem Worte „Treubruch" bezeichnen. Daß wahnwitziger Ehrgeiz manch Einzelnen zu ehrloser Handlungsweise hingerissen, daß die Verführung, der Trunk, in Rastatt, Karlsruhe und Mannheim zahlreiche, selbst bereitwillige Opfer gefunden, kann den Charakter des Ganzen nicht ändern. Aber selbst dieß hat männiglich also kommen sehen, diesem wäre vorzubeugen gewesen; daß es nicht geschehen, kann den badischen Soldaten nicht zur Last gelegt werden.

Aus der Geschichte des ungarischen Kriegs.

Die Belagerung von Temeswar.

Temesvar, 6 Nov. Szegedin und die Theiß-Ebene wird bloß von Stockmagyaren bewohnt; wogegen Temesvars Bevölkerung aus einem Gemisch von Deutschen, Serben, Romanen und Magyaren besteht. Deutsche Sprache und deutsche Bildung herrscht jedoch unter allen diesen Nationalitäten vor. Eine politische Revolution die sich stets mit dem Wort „Freiheit" brüstete, und doch einer ganzen Nation eine ihr gänzlich fremde Sprache, die höchstens von einigen magyarisirten Edelleuten verstanden wurde, aufdringen wollte, konnte sich keiner großen Sympathie erfreuen. Als die hiesigen guten Stadtbürger nachgerade fanden daß man ihnen Getreide, Heu, Vieh, Pferde und Schafe, Kriegsbedarf, Zucker und Kaffee abnahm, und ihnen dafür die Seifenblasen-Banknoten aufzwang, und wenn sie sich weigerten das Geld anzunehmen, mit Standrecht drohete — da schüttelten sie bedenklich die Köpfe und hielten sich von der weitern Bewegung ziemlich fern. Doch zur Sache: Kaum hatte Bem Hermannstadt genommen und Puchner geschlagen, als das Corps des Grafen Leiningen, welches diesem tapfern aber unglücklichen General zu Hülfe eilen wollte, nun den weitern Weg versperrt fand, und sich rasch nach Temesvar zurückzog. Bem traf jedoch seine Dispositionen so richtig, daß dieses Corps abgeschnitten worden wäre wenn Graf Vecsey, ein hochmüthiger Magyar, die Befehle Bems, dem er als polnischen Abenteurer keinen Gehorsam schuldig zu seyn glaubte, genau befolgt hätte. Dieser Ungehorsam sicherte dem Leiningen'schen Corps den Rückzug nach Temeswar. Gleichzeitig umwölkten im Norden Ungarns schwarze Gewitter die weitern Fortschritte des Fürsten Windisch-Grätz. Nach der zweitägigen Schlacht bei Kapolna folgten mehrere harte Schläge, und erhöhten die Begeisterung der ungarischen Armee im Süden, so daß sie endlich am 25 April Miene machte Temeswar zu nehmen, und es auch eng einschloß. Die Garnison bestand aus 8659 Mann, Leiningens Corps inbegriffen, von denen 4494 Recruten waren, und wurde von dem achtzigjährigen Rukavina, der vor 60 Jahren in derselben Festung als gemeiner Soldat Schildwache stand, befehligt.

Die Seele der Vertheidigung waren — unbeschadet des ehrwürdigen Veteranen — Graf Leiningen und Oberst Stankovich. Großer Mangel zeigte sich bald an tüchtigen Genie-Officieren, an Artilleristen und sogar an Artillerie. Anstatt zehn Ingenieurs, wie es der Gebrauch mit sich bringt, waren nur drei, und anstatt 390 Kanonen, waren nur 213 vorhanden. Unter der Garnison waren 1500 Magyaren, von denen ein Bataillon von 600 Mann aus Szeklern bestand, die zwar für ihr Vaterland im höchsten Grad fanatisirt, sich jedoch während der ganzen Belagerung mit musterhafter Treue benahmen. Die erste Unternehmung war gegen das Wasser gerichtet, welches die Garnison von außen bekam, und die Wasserleitung wurde vernichtet; die Brunnen mußten daher schnell gesäubert werden, und auf diese Weise gelang es ein ziemlich trinkbares Wasser zu erhalten. Die Bega bildet einen Einschnitt im Süden, und damals hatten die Kaiserlichen auf der dazwischen liegenden Wiese ein von den Kanonen der Festung bestrichenes festes Lager angelegt. Die Ungarn wußten jedoch durch Schleußen das Wasser abzulenken, und es blieb natürlich ein höchst ungesunder Sumpf zurück.

Mittlerweile wußte die Garnison nicht was in der Außenwelt vorging, und machte verschiedene Plane sich Nachrichten von außen zu verschaffen, die aber keinen Erfolg hatten. Ein Scharfschütze erbot sich, wenn ihm einige Mann anvertraut würden, gewisse Kunde zu bringen. Wirklich brachte er auch einen Courier, der mit Depeschen ins magyarische Lager reisen wollte, gefangen in die Festung. Aus denselben erfuhr man endlich daß die Republik in Debreczin proclamirt worden war, und der tapfere Rukavina beschloß daher einen energischen Ausfall zu machen. Am 12 Mai um 3 Uhr Morgens marschirte General Leiningen mit 1700 Mann Infanterie, 620 Mann Cavallerie und mit 14 Kanonen aus der Festung, um die Fabrikvorstadt zu überfallen. Die Magyaren hatten jedoch ihre Späher in der Festung die ihnen durch das eigenthümliche Wehen eines Taschentuches von einem verabredeten Dachfenster, welches durch ein gutes Fernrohr gesehen werden konnte, ein Verständigungszeichen über den Plan der Garnison, der überdieß nicht hinlänglich geheim gehalten

worden war, gaben, so daß der Ausfall nicht unerwartet kam, und auch gänzlich mißlang.

Da hörte plötzlich am 16 Jun. das Bombardement auf; indessen waren die Spitäler überfüllt, die Lebensmittel begannen abzunehmen. Die Officiere lebten in der peinlichsten Ungewißheit über das Schicksal der Monarchie, und wußten nicht ob Wien noch immer die Hauptstadt des rechtmäßigen Monarchen, oder ob es bereits die Hauptstadt einer demokratisch-socialen Republik sey. Ein Spion, welcher sich bei den magyarischen Vorposten als Ueberläufer angekündigt, wurde ausgeschickt um zu erfahren welche Wendung die Verhältnisse mittlerweile genommen haben. Er ließ sich als Pionier einreihen, und arbeitete in den Laufgräben. Da belauschte er eines Tags das Gespräch zweier Officiere welche von der russischen Intervention sprachen. Er hatte nicht Rast noch Ruhe bis er seine Cameraden getäuscht und seine Flucht in die Festung glücklich vollführt hatte. Seine Nachrichten bestärkten die Garnison in dem festen Entschluß auszuharren, wenn gleich eine andere Nachricht die er brachte, daß dreißig Mörser aus welchen die Festung neuerdings bombardirt werden sollte, im ungarischen Lager ankamen, eben nicht geeignet war die Aussicht auf einen glänzenden Erfolg zu steigern. Vor dem Beginn des Bombardements wurde indessen ein Waffenstillstand abgeschlossen, wonach eine große Anzahl von Bürgerfamilien die Stadt verlassen durfte. In der Nacht vom 3 Jul. begann endlich wieder ein so furchtbares Bombardement, daß man oft 13—14 Bomben gleichzeitig durch die Luft fliegen sah. Die noch übrigen Familien flüchteten sich wieder in die Casematten.

General Vecsey, der die Magyaren commandirte, hatte sein prachtvolles Zelt im sogenannten Jagdwäldchen aufgeschlagen, und lebte dort mit seinen Officieren auf ziemlich lustigem Fuße. Früher Officier bei der ungarischen Nobelgarde, verdankte er seinen gegenwärtigen Rang mehr seiner persönlichen Stellung und seinem großen Muth, als seiner kriegerischer Tüchtigkeit. Anstatt Bresche zu schießen und dann einen Sturm zu wagen, wodurch die Häuser geschont worden wären, begnügte er sich mit dem weit bequemern Bombardement. Bem mißbilligte das Verfahren mehrfach, und war während dieser Zeit von den tapfern k. k. Truppen anderweitig beschäftigt um abhelfen zu können. Als die Beschießung begann herrschte in der Stadt panischer Schrecken; man verließ die Häuser, und die Keller wie die Casematten füllten sich mit den erschreckten Menschen. Anfangs waren sie so furchtsam daß das Zischen einer Granate sie mit unendlichem Jammer erfüllte; später wurden sie an diese Musik so gewöhnt daß sogar Frauen des Abends aus den Casematten hervorkrochen um die interessante Beleuchtung einer vorbeifliegenden Bombe zu bewundern, und wenn die Kugel in der Nähe eingeschlagen hatte, leichtfüßig weghüpften um wieder in ihren alten Versteck zurückzukehren. Die Garnison erwiederte mit großer Ausdauer die feindliche Kanonade, und hatte überdieß mit den Spritzen vollauf zu thun, um das Feuer zu löschen. Die Feuerleute waren jedoch mit den Spritzen so gut vertheilt daß jede Feuersbrunst gleich im Keim erstickt werden konnte.

Die ungarischen Batterien rückten immer näher, und die Laufgräben waren in denselben Linien aus welchen Prinz Eugen bei der Belagerung von 1716 die Stadt endlich erobert hatte. Ein neuer Ausfall wurde unternommen, welcher dießmal weit besser gelang, denn sieben Kanonen und eilf Mörser wurden vernagelt; dafür verlor jedoch die Garnison sechzig Mann an Todten und Verwundeten. Der Monat Julius war, wie ich früher erwähnte, bereits zur Hälfte verstrichen, und die Hitze war nachgerade unerträglich geworden. Man denke sich so viele Menschen bei einer Hitze von 30° in dumpfen Casematten eingepfercht! Dazu kam daß die äußeren Fenster mit Holzspänen und Sandsäcken dicht verstopft waren; denn obgleich die Festungswerke den Belagerern in der Front standen, und also, jeden horizontalen Schuß auffangend, die Casematten flankirten, so waren diese doch immerhin in Gefahr, wenn die feindliche Kugel einen zu großen Höhenwinkel beschrieb und die Kraft derselben schwächer wurde, daß dieselbe, eine Ellipse bildend, einschlagen werde.

Der Dunstkreis war in diesen Räumen durch Mangel an frischer Luft so erstickend heiß daß viele Kinder in den Armen der Eltern starben. „Ich werde zeitlebens daran denken", sagte mir ein Bürger seufzend. Lange nachher träumte mir immerfort es gehe wieder an, und ich freute mich dann gewöhnlich so kindisch, wenn ich beim Erwachen fand daß alles vorüber sey. Wie mein Begleiter mir erzählte, konnten die Uhlanenpferde nicht vermocht werden in den Stallungen zu verbleiben. Sie liefen in Gruppen von zwanzig bis dreißig auf den Straßen herum, als ob sie in den südamerikanischen Savannen weideten; niemand wurde von ihnen verletzt, weil außer den Spritzenleuten die Straßen rein wie ausgefegt waren. Die feindlichen Kugeln räumten unter den Thieren gewaltig auf, welche dann der Garnison als leckeres Mahl dienten. Getreide war zwar noch immer in genügender Menge vorhanden, und selbst die Mühle blieb unbeschädigt, aber an Fleisch war großer Mangel. Fast alle Soldaten fanden ziemlich Geschmack an diesem Surrogate; die Romänen allein hegten lange einen Widerwillen dagegen, und weigerten sich standhaft das Pferdefleisch zu essen. Ein Officier sagte einmal scherzend zu einigen Italienern: ihr esset aber gar zu viel Pferdefleisch, während die andern zu verzärtelt sind daran Geschmack zu finden. Dieser Vorwurf wirkte, denn die anwesenden Romänen riefen sogleich: „O ja, wir können es auch essen." Seit jener Zeit aß die ganze Besatzung Pferdefleisch. Die Italiener wußten sogar aus einigen Kräutern, die sie auf den Festungswerken sammelten, einen genießbaren Salat dazu zu bereiten, und machten die spärliche Portion dadurch nicht selten zum wahren Leckermahl.

Am 11 Julius erfolgte wieder ein Ausfall, der kein günstiges Resultat hatte. Die Kaiserlichen verloren dabei 93 Mann. Das Bombardement war um diese Zeit so anhaltend und heftig, daß die Häuser einstürzten und selbst die Keller keinen sichern Zufluchtsort mehr boten. In der ersten Zeit der Belagerung war von Seiten des Festungscommando's die Einrichtung getroffen worden daß die Mannschaft in drei Theile getheilt wurde. Ein Drittel war im Dienste bei den Battereien, auf den Wällen und bei den Spritzen, ein zweites Drittel mußte sich dann gewöhnlich in den Casematten für dringende Fälle bereit halten, und der Rest der Mannschaft durfte schlafen und ausruhen. Seit dem 14 Julius hörte diese Eintheilung auf. Jeder mußte beständig Dienst leisten, und konnte nur gelegenheitlich eine freie Stunde zur Erholung benützen. Man schlief so gut es anging. Um diese Zeit mußte auch das befestigte Lager am Begafluß aufgegeben werden. Das große Pulvermagazin welches im Bereich der Bastei liegt, wurde fortwährend beschossen. Die Kugeln prallten jedoch wie Spielbälle ab. Die Decke desselben war durch ein fünf Fuß dickes Mauerwerk gewölbt, und hatte überdieß noch eine Lage fester Sandes, wodurch es glücklicherweise bombenfest geworden ist. Gegenwärtig sieht man es noch mit dem halben Dache abgeschossen.

Ein Officier erzählte mir eine sonderbare Geschichte von der Wirksamkeit der Wurfgeschütze. Eine Granate hatte einem Pferde den Fuß abgerissen und das arme Thier an die wenigstens zwanzig Fuß entfernte Mauer eines provisorischen Pulvermagazins geschleudert. Hier schlug die Kugel in die dort liegenden Pulverfässer, zertrümmerte dieselben, ohne jedoch das Pulver zu entzünden. Bloß fünfundzwanzig Granaten explodirten. Am 25 Julius war bereits der vierte Theil der Garnison durch die mit immer größerer Heftigkeit auftretenden Fieber aufgerieben, ein ebenso großer Theil lag im Spital, und ein ähnlicher Theil war schwach und dienstunfähig geworden; nur ein Viertel der Besatzung war dienstfähig. An diesem Tage starben fünf Aerzte am Typhus. Die Wirkung des Bombardements auf die Kranken war eine höchst eigenthümliche; diejenigen welche sich während der schwächeren Beschießung etwas erholt hatten, hörten kaum das Platzen einer Bombe oder den Einsturz eines benachbarten Daches, als sie in rasender Wuth aus dem Bette sprangen und mit glanzlosen, stieren Augen unters Bett kriechen wollten, um sich dort zu verstecken. Nach einigen Stunden erlagen sie gewöhnlich dem Anfall des Nervenfiebers. Trotz der unendlichen Mühe des Pompiercorps wurde um diese Zeit ein Haus nach dem andern ein Raub der Flammen. In der Nacht des 30 Julius brannte das Kloster der barmherzigen Brüder ab; es wurde bis jetzt als Nothspital benützt, und war ein ebenso fühlbarer Verlust als das Niederbrennen zweier bei dem Peterwardeiner Thor gelegenen Casernen, die nicht mehr gerettet werden konnten weil die Feuermannschaft durch einen zwölfstündigen unablässigen Dienst zu sehr erschöpft war. Zum Unglück für die Garnison wurde bei dieser Gelegenheit der tapfere Oberst Simunich, einer der drei Ingenieure, von einem Granatensplitter schwer verwundet, was auf die Thätigkeit der Löschanstalten nicht ohne nachtheiligen Einfluß war. Das Spital war jetzt nicht nur überfüllt, sondern es herrschte darin eine so verpestete Luft daß die Kranken lieber ohne ärztliche Hülfe auf der Straße sterben wollten als sich in diesem Dunstkreise einsperren zu lassen.

Die Ungarn glaubten mittlerweile daß die Garnison bereits erschöpft sey, und wollten einen Entsatz um jeden Preis verhindern. Sie stürmten mit äußerster Tapferkeit beim Peterwardeiner Thore heran, wurden jedoch mit eben solcher Tapferkeit zurückgeschlagen. Eine kleine Kriegslist der Kaiserlichen beschleunigte noch den Rückzug der Magyaren. Hauptmann Metz schlich sich nämlich mit einigen Soldaten und Trommelschlägern aus dem Thore und ließ seine kleine Schaar ein furchtbares Hurrahgeschrei ausstoßen und die Trommel rühren, so daß die Ungarn sich von einem bedeutenden feindlichen Armeecorps in der Flanke angegriffen glaubten und ihren Rückzug beschleunigten. Am folgenden Tage brach die Cholera mit großer Heftigkeit in der Stadt aus, wodurch die Garnison noch mehr zusammenschmolz. An manchen Tagen zählte man 160 Leichen. Die Garnison befand sich nun in einer sehr mißlichen Lage, und von der Außenwelt wußte sie gar nichts; es war ihr nicht einmal bekannt daß Haynau bereits zum Entsatz heraneile und schon in Szegedin

war. Am 5 August, gerade am hundertsten Tage der Belagerung, bot Graf Vecsey der Garnison den Abzug mit allen kriegerischen Ehren an, wie er sagte, in Berücksichtigung der so tapfern Vertheidigung. Dieser Antrag wurde geradezu abgeschlagen, und der Gouverneur erklärte daß sich die Garnison bis auf den letzten Mann vertheidigen wolle. Als der wachthabende Officier am andern Morgen vom Observationsthurm ins feindliche Lager hinübersah, bemerkte er daß mehrere feindliche Batterien verlassen standen, und als er genauer horchte, vernahm er zu seiner großen Freude das Rollen eines entfernten Kanonendonners, woraus die Garnison mit Recht auf das Herannahen einer Erlösung schloß. Der tapfere Rukavina hätte nun gern einen raschen kräftigen Ausfall gemacht, aber die einst so starke Besatzung zählte nicht mehr als 1233 Mann Infanterie und 388 Mann Cavallerie; es wäre daher mehr als tollkühn gewesen diese kleine Mannschaft und mit ihr zugleich die Festung aufs Spiel zu setzen. Am 9 August hörte man die Kanonade schon in geringerer Entfernung, und am selben Abend war Haynau, nach dem Siege bei Becskerek, unter unendlichem Jubel in Temeswar eingezogen. So endete die denkwürdige Belagerung nach 101 Tagen. (Lloyd.)

Oesterreichische Monarchie.

♄ **Von der ungarischen Gränze,** 23 Nov. Eine zahlreiche Deputation aus dem Districte diesseits der Donau in Ungarn war unlängst in Wien, um bei dem Handelsminister den Weiterbau der 23 Meilen langen Eisenbahnstrecke von Oedenburg bis Gr. Kanisa — deren Tracirung die Oedenburg-Wiener-Neustädter Eisenbahngesellschaft schon vor zwei Jahren vornehmen ließ — aus Staatsmitteln nachzusuchen. Wie wir aus guter Quelle hörten, kehrte diese Deputation äußerst befriedigt mit der Aufnahme ihres Gesuchs in der Residenz, und voll des günstigen Eindrucks welchen die wohlwollenden Aeußerungen der HH. Minister *) auf sie machten, von ihrer Sendung zurück. Es scheint wahrlich die kaiserliche Regierung dürfe nur durch Thatsachen beweisen daß es ihr Ernst sey die materielle Wohlfahrt Ungarns zu befördern, um die vorgefaßte irrige Meinung von einer stiefmütterlichen Behandlung, welche leider unter dem vormärzlichen Regierungssystem tiefe Wurzeln geschlagen hatte, und von der radicalen Partei bis auf die jüngste Zeit als sehr wirksames Agitationsmittel benützt worden war, für immer zu vertilgen und dagegen die wärmsten Sympathien in die leichtempfänglichen Gemüther zu pflanzen. Gegenüber dem Gesammtstaat aber gestaltet sich die möglichst schnelle Lösung der in dieser Beziehung der Regierung in Ungarn gestellten Aufgabe zur dringendsten Nothwendigkeit, da nur durch die Hebung der Culturzustände Ungarns die Staatseinkünfte die gehoffte bedeutende Vermehrung gewinnen, und die industriellen und Handelsverhältnisse der ganzen Monarchie erst nach Herstellung entsprechender Verkehrsmittel in Ungarn jenen großen Aufschwung nehmen können der von der Belebung so colossaler Kräfte zu erwarten ist. Was die Terrainverhältnisse auf der fraglichen Bahnstrecke betrifft, so lassen sie überall die wohlfeilste Bauführung erwarten, sowie die außerordentliche Fruchtbarkeit des Landstriches einen großen Verkehr in Aussicht stellt. Durch den weiteren Anschluß dieser Bahn von Gr. Kanisa aus an die ebenfalls projectirten beiden Linien von Esseck über Agram und von Pesth über Kanisa bis zum Anknüpfungspunkt an die südliche Staatsbahn wird einerseits die europäisch wichtige Verkehrslinie mit den türkischen Provinzen angebahnt, andererseits eine zweite wünschenswerthe Eisenbahnverbindung der norddeutschen mit den österreichischen Häfen über Ungarn erreicht. Sollte das ungarische Eisenbahnwesen Ihnen wichtig genug dünken um in einem Blatte von so universaler Tendenz wie die Allgem. Zeitung ausführlicher besprochen zu werden, so werde ich mit nächstem auf diesen Gegenstand zurückkommen. **)

▲ **Vom Neusiedlersee,** 16 Nov. Die letzthin in der Allg. Z. veröffentlichte Denkschrift des bayerischen auswärtigen Ministeriums vom 7 Jun. beleuchtet die Gefahren einer starren Centralisation, welche Oesterreich von Deutschland trennen dürfte, mit einem so sichern Blick in die Zukunft daß wir hier in Ungarn der hellen Einsicht mit welcher Bayern die wahren Verhältnisse Oesterreichs erkennt, unsere Anerkennung nicht versagen können. Die Warnung fruchtete zwar nicht unmittelbar, die Maßregeln der Centralisation folgen rasch auf einander, Ungarn erhielt seine politische und gerichtliche provisorische Organisation, die Verwendung fremder Beamten begann mit der Ernennung des Grafen Attems zum Ministerialcommissär des Preßburger Districts, die Landeseintheilung steht bevor, und Ungarn hat — wenigstens in den Verwaltungsbureaux — zu existiren aufgehört. Ob Oesterreich mit dem Nachlaß des einstigen Ungarns, der noch in tausend Netzen dieser Verschmelzung nachstellt, (?) außerhalb der Bureaux länger ringen werde, und ob die Hand welche die Provisorien schrieb, einem so kräftigen Arm gehört daß er die Slavenherrschaft zu hindern im Stande ist, ob endlich die Ungarn in den verschiedenen Ministerialdistricten sich nicht auch nach der Eintheilung erkennen werden, diese Fragen wollen wir unerörtert lassen, da ihre Beantwortung nur die Zukunft bringen kann. Genug, der schaffende Genius der Bureaukratie hat in Ungarn die Decke hinweggezogen um uns ihr Werk, wie sie behaupten den Weg zum materiellen Wohlstand und zur Cultur, zu zeigen. Es ist wahr, alle verfeinerten Nationen des Alterthums haben die Blüthe ihrer Cultur mit einem guten Theil ihrer Freiheit erkauft, weil sie ihre Ruhe von den Waffen erhielten. Konnte den Ungarn dieses Opfer nicht erspart werden, so bescheiden wir uns den Wunsch nach Ruhe und Sicherheit des Eigenthums in die Schranken der Gegenwart einzuschließen, und in dem Gedanken Trost zu suchen daß wir die Erfüllung dieses Wunsches gegen den unglücklichen Zustand welchen wir nach einem Sieg der Insurgenten zu erwarten gehabt hätten, schon für einen Gewinn achten. Ungarn leidet geduldig den bildenden Meißel, lautlos sieht es sich und Italien durch den Belagerungszustand und Provisorien wandern um endlich einer slavisch-österreichischen Monarchie anzugehören. Nur die Schwerkraft der mütterlichen Erde zieht noch an ihren Söhnen, die den theuern schönen Baum, der mit innerer unvergänglicher Zeugungskraft seit einem Jahrtausend frische Zweige aus seinem Stamme trieb, nicht mit eigenen Händen zu fällen im Stande sind. Unsere Besorgniß wächst wenn wir dem Beispiele der besitzenden Classe in Italien und Galizien, welche vom Beginne der österreichischen Herrschaft an sich von jeder amtlichen Wirksamkeit zurückzog, in Ungarn die erprobten geschichtlichen Anhänger Oesterreichs folgen sehen, ja selbst schon in Böhmen und den deutschen Provinzen unter den Staatsbeamten wenig Männer mit einem unabhängigen Vermögen erblicken. Kann der constitutionelle Aufbau unserer Monarchie auf diese Art gelingen, ohne Mitwirkung — nicht der sogenannten Aristokratie, sondern der unabhängigen Intelligenz der Monarchie, welche die meiste natürliche Autorität und das Vertrauen des Volkes besitzt um der constitutionellen Neugestaltung einen sichern Halt zu geben? Wir glauben die aufrichtigen wahren Freunde der constitutionellen Regierung vorzugsweise, so wie in England auch hier, in den durch ihr Vermögen oder hervorragende Intelligenz unabhängigen Männern aufsuchen zu müssen. Diese können ihre Wahnbegriffe, ihre frühern politischen Grundsätze welche Erziehung und frühe Gewohnheit in ihre Brust pflanzten, dem Besten des Gesammtstaates zum Opfer bringen, aber nicht ihre innerste Ueberzeugung daß auf dem für Ungarn eingeschlagenen Weg dieses Land bei dem ersten Zusammenstoß Oesterreichs mit einer auswärtigen Macht nur mit einer Besatzung von 120,000 Mann regiert werden könne. Man kann den uneigennützigen Muth mit welchem das Ministerium ein Ideal in Erfüllung zu bringen sucht das in Stadions Geist vielleicht noch etwas dunkel entworfen war, anerkennen; aber die Liebe zu König und Vaterland, in der ich niemand nachzustehen glaube, gebietet mir auch ein System für irrig zu halten das Italien so entfremdete. Die Leser der Allg. Ztg. wissen wie ich während des ganzen Kriegs die Revolution bekämpfte, soviel an mir war! Es wird mir auch jetzt ein freimüthiges aber loyales Wort erlaubt seyn. Uebrigens soll die Constitution alle Provinzen vereinen, dieß ist der Wahlspruch aller Parteien... Eine Beleuchtung der provisorischen Gerichtsorganisation bietet den Lesern Ihres Blattes wenig Interesse, österreichische Juristen konnten keine bessere wünschen, und in Ungarn findet sie nur darum nicht denselben Beifall weil sie ohne Zustimmung des ungarischen Landtages, welche durch die Verfassung vom 4 März ausdrücklich bedingt schien, octroyirt wurde. Freilich würden ungarische Gesetzgeber keine deutsche Gerichtsorganisation entwerfen, doch schließt ein Provisorium die Berathung über ein definitives Gesetz nicht aus, daher wir auch die Befürchtung nicht theilen, es könnten die neuen Gerichte wegen der Art ihrer Creirung sich zur Fällung gültiger Urtheile für incompetent erklären. Mit den Wirren der Sprachen-Gleichberechtigung beginnen auch die Kämpfe der Religions-Gleichberechtigung. Die Griechisch-Nichtunirten wollen ihre Festtage außer der Kirche ebenso gefeiert wissen wie die der Römisch-Katholischen; die Protestanten und Israeliten hingegen wünschen die Festtage nur durch die eigenen Glaubensgenossen gefeiert zu sehen, indem mit dem Princip der Gleichberechtigung eine Staatsreligion nicht vereinbar sey, die polizeilich vorgeschriebene außerkirchliche Feier der katholischen Festtage daher

---

*) Die Deputation machte auch dem Ban ihre Aufwartung, den sie im Interesse Kroatiens für die Sache zu gewinnen suchte. Er nahm die Deputation mit jener Urbanität auf die man an dem genialen Mann gewöhnt und die so sehr geeignet ist schnell alle Herzen zu bezaubern. In meinem nächsten Brief werde ich Ihnen die Audienz ausführlich schildern, die schon deßhalb nicht uninteressant ist, weil der Ban sich bei dieser Gelegenheit äußerst freimüthig über die Rolle äußerte welche er in dem ungarischen Drama gespielt. D. Eins.

**) Wir bitten darum. Red. d. Allg. Ztg.

aufzuhören habe. Die Armenier und Unitarier schweigen noch, auch wissen wir nicht welchen Fortschritt die Religions-Gleichberechtigung in Croatien macht, wo die Verfassung vom 4 März zwar veröffentlicht, doch ihr Vollzug noch durch keine politische oder gerichtliche Organisation angebahnt wurde. In der Woiwodina herrscht Schrecken unter den dortigen Deutschen und Magyaren, die — zahlreicher als die serbische Bevölkerung — dennoch unter eine serbische Verwaltung gelangen sollen. Dem Banus von Croatien könnte es gelingen, wenn er zugleich zum Woiwoden ernannt werden sollte, die Gemüther zu beschwichtigen. Uebrigens herrscht ungestörte Ruhe und Stille im Lande. Die neu organisirte Gendarmerie versieht vortrefflich ihren Dienst, daher trotz der vielen herumirrenden Vagabunden von Raubanfällen, wenigstens in der hiesigen Gegend, wenig gehört wird. In der Nähe des Neusiedlersees bei Pamhagen im großen Erlwald hausen 50 einstige Honved, die aus Furcht als Soldaten eingereiht zu werden diese durch die Sümpfe des Hanschag unwegsame Zufluchtsstätte wählten und von ihren Angehörigen mit Lebensmitteln versehen bis jetzt keine Excesse begingen, doch so wie die Sümpfe zufrieren, können sie den Nachforschungen der Gendarmen nicht entgehen. Die hiesigen Bauern, meist Deutsche und Wasser-Croaten, unterhielten sich einige Zeit mit den fabelhaftesten Gerüchten über die Rückkehr Kossuths in Begleitung einer türkischen Armee, welche, aus Anlaß der für ein paar Tage eingestellten Theißdampfschifffahrt durch Wühler in Pesth erdacht, auf eine unglaublich schnelle Weise ihren Weg hieher fanden. Vor einigen Tagen wurde der Pfarrer von Wajka, der diese Fabel, ob aus Einfalt oder Böswilligkeit, selbst erzählte, gefänglich eingezogen. Diese Bauern bekümmern sich wenig um Politik, wenden sich an ihre Stuhlrichter und Vicegespäne, von deren Umtaufung sie keine Notiz nehmen wie früher und wissen fast gar nichts von dem neuen Verwaltungsorganismus, aber eine Sache fällt ihnen auf: daß sie unter der Insurgentenregierung keine Steuer zahlten, da Kossuth mit seiner Banknotenpresse alle Kosten bestritt, und sie nun diese Steuer sammt Rückständen berichtigen müssen; dazu kehren viele Honved in ihre Dörfer zurück, manche als gewesene Officiere, die ihre bei den Magyaren verlebten Tage nicht genug rühmen können. Stoff genug zu Erinnerungen und Hoffnungen, welche gewissenlose Wühler zu ihren Zwecken ausbeuten können, daher auch die größte Aufmerksamkeit gegen Verbreitung selbst unglaublicher Fabeln angewendet werden muß.

* **Pesth,** 23 Nov. Die in sichere Aussicht gestellte Gründung der Woywodina hat u..ter den hiesigen Serben im allgemeinen eine gute Stimmung hervorgebracht, wenngleich tiefer in die Sache Eingehende ein gewisses Bedenken nicht unterdrücken können daß der etwas zu ausgedehnte Bereich des neuen Kronlandes, zu dessen Hauptstadt Temeswar bestimmt ist, zu viele fremdartige Elemente in sich schließen dürfte um nicht der serbischen Nationalität gefahrbringend zu werden, ja es läßt sich sogar nicht ohne Grund vermuthen daß die der Woywodina zugetheilten deutschen und magyarischen Bezirke die Neutralisirung des serbischen Uebergewichtes bezwecken. Ungarischerseits wird der Verlust des schönsten und gesegnetsten Theils des Landes von Conservativen und Liberalen schmerzlich empfunden; allein diese und ähnliche der Nationaleitelkeit geschlagene Wunden wird die Zeit heilen und vom kosmopolitischen Standpunkte aus betrachtet, kann eine Abgränzung der Landestheile nach Völkerschaften, soweit die Ausführung im Bereiche der Möglichkeit liegt, nur die heilsamsten Folgen haben. Unsere Universität ist seit kurzem eröffnet. Die Vorlesungen über die verschiedenen Lehrgegenstände werden theils in lateinischer, theils in ungarischer, theils endlich in ungarischer und deutscher Sprache gehalten, ohne daß hierin ein System, eine Ordnung, eine Einheit wahrzunehmen wäre. Es fehlt nicht an Umtrieben mancher magyarisch gesinnten Decane und Professoren um die Schüler zu bewegen sich ausschließlich für den ungarischen Vortrag zu erklären, was um so leichter zu bewerkstelligen ist, da die meisten hiesigen Studirenden durch die vorige magyarische Zwangsherrschaft so moralisch verderbt sind daß sie es für Schande halten den Unterricht in ihrer deutschen Muttersprache zu verlangen! Nur die medicinische Facultät macht unter ihrem würdigen Decan, Prof. Tognio, eine Ausnahme. Unter den matriculirten Hörern der Chirurgie haben sich zwei Drittheile für den deutschen Vortrag ausgesprochen. Heute wurde hier „aus Vorsorge gegen etwaige Raub- und Mordanfälle, wie sich solche nach Bürgerkriegen gewöhnlich ereignen," das Standrecht proclamirt. Es scheint daß viele Truppen aus Ungarn gezogen werden, da wir bedeutende Märsche aus dem Innern und den untern Gegenden aufwärts (nach Westen) bemerken. Der deutsche Buchhandel ist seit kurzem hier sehr blühend; unsere Buchhändler behaupten seit lange keinen solchen Absatz in allen Zweigen der deutschen Litteratur gehabt zu haben. Wegen der Judenbesteuerungsfrage scheint sich zwischen der Militär- und Civilbehörde ein Conflict erhoben zu haben, wenigstens deuten die von beiden Behörden in dieser Hinsicht getroffenen contradictorischen Maßregeln darauf hin. Während das Militärcommando unerbittlich auf seiner Strenge beharrt, ist die Civilobrigkeit offenbar nachsichtig gestimmt, und die Juden geben die Hoffnung nicht auf eine baldige günstige Entscheidung ihres Schicksals von höchster Seite zu erhalten. Die Ofen-Pesther Kettenbrücke, eines der wunderbarsten Werke der Neuzeit, ist seit dem 20 d. M. dem allgemeinen Verkehr übergeben; das bisherige Zollerträgniß dürfte aber im Verhältniß der ungeheuern Kosten nicht sehr entsprechend für die Actionnäre seyn.

Reiseeindrücke im Kirchenstaat.

.˙.2. **Bologna,** Anfang Novembers. Die Nobili und alle diejenigen in der Lombardei welche nur irgendwie von ihrem Vermögen leben können, sind entweder im Auslande, oder wenigstens dem politischen Schauplatz ihrer frühern Thätigkeit gänzlich entrückt. Sie haben Güter, Einfluß, viele sogar ihr Leben an die Durchführung der schönen Theorien Gioberti's gesetzt, die Revolution ist von ihnen ausgegangen; weil sie mißlungen, die Früchte ihrer Saat das große Unheil über das ohnehin schwer geprüfte Vaterland hervorgerufen, ziehen sie mit Aufopferung aller Freuden und süßen Gewohnheiten des großstädtischen Lebens in ein freiwilliges Exil und in die Einsamkeit sich zurück. Anders ist es hier zu Lande zugegangen. In Bologna stund der Pöbel an der Spitze der Bewegung, er wählte die Führer aus seiner Mitte, und übte so den Terrorismus in abschreckender Weise auf die besitzenden Classen aus. Hier zeigten sich die communistischen Tendenzen im Geleite der Robespierre'schen Grundsätze. Der Adel und der behäbige Mittelstand hatten unter dieser Schreckensherrschaft mehrere Monate, ja sogar eine achttägige Belagerung der Oesterreicher mit Resignation ertragen, und erst als das grobe Belagerungsgeschütz in die Stadt gefallen war und hie und da seine verheerenden Spuren zurückgelassen hatte, traten die Entschlossensten zusammen, flößten durch ihr Beispiel den Zaghaften einigen Muth ein, und so wurde die Uebergabe trotz der Drohungen einiger „Desperati" an die Oesterreicher bewerkstelligt. Bei ihrem Einzug wurden diese als Befreier, nicht als Unterdrücker begrüßt, und besonders ihrem Commandanten, dem General Wimpffen, der die Belagerung mit Mäßigung und Schonung leitete, flogen viele dankbare Herzen entgegen. Die päpstliche Garnison hatte sich gleich im Beginn der revolutionären Bewegung angeschlossen, und diejenigen welche am Kampfe nicht theilgenommen lagen auf der faulen Haut, ruhig abwartend was da kommen werde. Jetzt kehren sie — der allgemeinen Verachtung preisgegeben — nach und nach wieder zu der verlassenen Fahne zurück, und man beschäftigt sich mit ihrer Reorganisation. Daß solche Truppen kein Vertrauen einflößen können, versteht sich wohl von selbst, und man hat sich daher so ziemlich mit dem Gedanken vertraut gemacht die Oesterreicher noch lange bewirthen zu dürfen. Weniger will den Bolognesern die Besetzung Roms durch die Franzosen gefallen, und wenn sie unter den gegenwärtigen Zuständen fremde Hülfe als ein nothwendiges Uebel erkennen, so ziehen sie doch die Oesterreicher den Franzosen vor.

Die päpstlichen Officiere, mit Ausnahme einiger welche noch an den Napoleonischen Kriegen sich betheiligt hatten, sind meist solche Leute die zu keinem andern Berufe befähigt waren; der Contrast zwischen ihnen und den österreichischen tritt hier deutlich genug hervor, um mit einem Ihrer Correspondenten aus Wien zu sprechen: „den kaiserlichen Officieren merkt man an Schritt und Haltung noch etwas neben dem Officier an. Sie waren meistens Cavaliere ehe sie in die Armee traten, und das vergißt sich selten." Alle Stimmen vereinigen sich in dem Lob über die musterhafte Haltung und Disciplin unter den österreichischen Truppen. Sowohl in der Lombardei, wo sie aus dem eignen Haus vertrieben waren; im Herzogthum Parma, wo sie nach den Wiener Verträgen nur das Besatzungsrecht üben, als auch in Modena und im Kirchenstaat wo sie die wankenden und umgestürzten Throne stützten und wieder aufrichteten, läßt man ihren Eigenschaften volle Gerechtigkeit widerfahren.

Seit einem Jahr sind im Kirchenstaat eine Menge Gesetze gegeben, aber nie eingeführt worden. Woran es diesem von der Natur so herrlich begünstigten Land am meisten gebricht ist eine wohlgeordnete Justiz. Das Sprüchwort: daß man kleine Diebe hänge, die großen aber laufen lasse, zumal wenn sie Vermögen besitzen, hat sich hier am meisten bewahrheitet. Daher konnte die Maßregel des gegenwärtigen Militärgouverneurs, vier Gauner welche sich nicht scheuten ehegestern in der Mittagsstunde einen Einbruch und Diebstahl auszuführen, worauf sie trotz hartnäckigen Läugnens vor ein paar Tagen unter Anströmen großer Volksmassen erschossen wurden, nur einen günstigen Eindruck hervorbringen. Was half es bisher wenn die allerdings tüchtigen päpstlichen Carabinieri

einen Straßenräuber einbrachten; derselbe wußte nach einigen Tagen entweder Mittel zur Flucht oder ebensobald seine Freisprechung zu erlangen. Eine andere Calamität für den Kirchenstaat ist das Papiergeld, welches im Belauf von 15 Mill. Scudi von der republicanischen Regierung in Umlauf gesetzt wurde. Freilich hat die Restauration dasselbe anerkannt, jedoch nur in bedingter Weise, nämlich mit einem Verlust von 35 Proc.; dazu kommt noch daß die bisher vierteljährig eingezogenen Steuern nun doppelt und zwar mit einemmal anticipirt werden, eine Maßregel die den ohnehin schwer belasteten Grundbesitzer, dem es am meisten an baarem Geld gebricht, dem Ruin nahe bringt. Die Folge ist daß die prachtvollsten Paläste mit ihren seit Jahrhunderten angehäuften werthvollen Schätzen zum Verkauf ausgeboten werden. Bologna wegen seiner Kunstschätze, blühenden Handels, ergiebiger Naturerzeugnisse und Manufacte, nur das Bologna crassa genannt, sieht die Behäbigkeit seiner industriellen Einwohner täglich mehr schwinden, und bald wird es Bologna magra heißen. Cholerafälle sind hier noch nicht vorgekommen. Die Straße über die Apenninen soll jetzt wieder sicher seyn, wenigstens sind in den letzten Wochen die Reisenden ungehindert nach Florenz gelangt. Der Unterschied zwischen Metall- und Papiergeld beträgt 12 Proc.

Spanien.

Madrid, 20 Nov. Der Namenstag der Königin Isabelle wurde gestern bei Hofe mit großem Glanze gefeiert. Ihre Maj. empfing glückwünschende Deputationen von beiden Kammern und andern Körperschaften, und wohnte Abends mit ihrem Gemahl einem Balle bei, welchen die Königin-Mutter gab. Ihre Maj. hat die vormaligen carlistischen Generale Villareal, Zariategui und Sopelana empfangen, die Ihrer Maj. für die Gnade dankten daß sie mit demselben Rang den sie früher unter dem Prätendenten bekleidet, in die königliche Armee aufgenommen worden. — Die Cortesverhandlungen der letzten Tage waren wenig erheblich. — Die HH. Baring und Falconnet, die in einer Mission der englischen Staatsgläubiger Spaniens in Madrid waren, und von der Regierung günstige Zusagen erhalten haben sollen, sind nach Andalusien abgereist.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Die Regimenter der k. k. Armee führen folgende Namen. Linien-Infanterie: 1. Kaiser Franz Joseph. 2. Kaiser Alexander von Rußland. 3. Erzherzog Karl. 4. Deutschmeister. 7. Frhr. v. Wohlgemuth. 8. Erzherzog Ludwig. 9. Graf Hartmann. 10. Graf Aloys Mazzuchelli. 11. Erzherzog Rainer. 12. Erzherzog Wilhelm. 13. Frhr. v. Wimpffen. 14. Frhr. v. Wohlgemuth. 15. Herzog von Nassau. 16. Peter Zanini. 17. Prinz Hohenlohe. 18. Constantin Großfürst von Rußland. 19. Fürst Karl Schwarzenberg. 20. Frhr. v. Welden, 21. Frhr. Baumgarten. 22. Prinz Leopold beider Sicilien. 23. Graf Ceccopieri. 24. Herzog von Parma. 25. Gustav Wocher. 26. Erzherzog Karl Victor. 27. Frhr. v. Piret. 28. Ludw. Benedek. 29. Frhr. v. Schönhals. 30. Graf Nugent. 31. Graf Leiningen (†). 32. Erzherzog Franz Ferdinand. 33. Graf Gyulai. 34. Prinz von Preußen. 35. Graf Khevenhüller. 36. Frhr. v. Palombini. 37. (vacant). 38. Graf Haugwitz. 39. Dom Miguel. 40. Frhr. v. Koudelka. 41. Frhr. v. Sivkovich. 42. Herzog v Wellington. 43. Frhr. v. Geppert. 44. Erzherzog Albrecht. 45. Erzherzog Sigismund. 47. Graf Kinsky 48. Erzherzog Ernst. 49. Ritter v. Heß. 51. Erzherzog Karl Ferdinand. 52. Erzherzog Franz Karl. 53. Erzherzog Leopold. 54. Prinz Emil von Hessen und bei Rhein. 56. Frhr. v. Fürstenwerther. 57. Frhr. v. Haynau. 58. Erzherzog Stephan. 59. Großherzog von Baden. 60. Prinz Wasa. 61. (vacant). 62. Frhr. v. Turszky. 63. Frhr. v. Bianchi.

Grenadier-Bataillone: 1. Major Torri. 2 Major Czikanek. 3. Oberst Braita. 4. Major Pasthory. 5. Oberstlieut. Muller. 6. Major Heymann. 7. Major Richter. 8. Major Langendorff. 9. Major Marzin. 10. Oberstlieut. Kopystinski. 11. Oberstlieut. Gans. 12. Major Trenk. 13. Oberst Wojohikowsky. 14. Major Alth. 15. Major Robaglia. 16 Major Kopal. 17. Oberstlieut. Bitermann. 18. Oberstlieut. Reydisser. 19. Oberstlieut. Melchlin.

Gränzer: 1. Liccaner, Oberst Budisavlievics. 2. Ottochaner, Oberst Knerevich. 3. Oguliner, Oberst Steininger. 4. Szluiner, Oberst Mudrovich. 5. Greuzer, Oberst Mihic. 6. St. Georger, Oberst Reiche. 7. Broober, Oberst Mollinary. 8. Gradiskaner, Oberst Van der Nüll. 9. Peterwardeiner, Oberst Puffer. 10. 1. und 2. Banal, Inh., FZM. Jellachich. 12. Deutsch-Banater, Oberst Poppovics. 13. Romanisch-Banater, Oberst Chavanne. 14. 1. Szekler. 15. 2. Szekler. 16. 1. Romanen, Oberst Eisler. 17. 2. Romanen, Oberst Urban. 18. Illirisch-Banater, Oberst Dreihann. Czaikisten-Bat., Major Bunchich.

Jäger-Regiment: Kaiser Franz Joseph

Kürassier: 1. Kür. Franz Joseph. 2. Frhr. v. Sunstenau. 3. König von Sachsen. 4. Kaiser Ferdinand. 5. Kaiser Nicolaus von Rußland. 6. Graf Wallmoden. 7. Graf Hardegg. 8. Prinz Karl von Preußen.

Dragoner: 1. Erzherzog Johann. 2. König von Bayern. 3. Kaiser Franz Joseph. 4. Großherzog von Toscana 5. Prinz von Savoyen. 6. Graf Ficquelmont.

Chevauxlegers: 1. Kaiser Franz Joseph. 2. Erzherzog Karl Ludwig. 3. Erzherzog Ferdinand Max. 4. Fürst Windisch-Grätz. 5. Fürst K. Liechtenstein. 6. Graf Wrbna. 7. Großfürst Alexander von Rußland.

Husaren: 1. Kaiser Franz Joseph. 2. König von Hannover. 3. Erzherzog Ferdinand d'Este 4. (vacant). 5. Graf Radetzky. 6. König von Württemberg. 7. Fürst Reuß. 8. Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha. 9. (vacant). 10. König von Preußen. 11. Szekler. 12. Palatinal.

Uhlanen: 1. Civallart, Graf. 2. Fürst Schwarzenberg. 3. Erzherzog Karl. 4 Kaiser Franz Joseph.

Das Infanterie-Regiment Nr. 5, vormals das erste Garnisons-Regiment, wurde im Jahre 1766 errichtet, seit dem Jahre 1806 in das erste und zweite Garnisons-Bataillon umgeschaffen. Das Infanterie Regiment Nr. 6, vormals das zweite Garnisons-Regiment, 1775 errichtet, 1807 in das dritte und vierte Garnisons-Bataillon umgeschaffen. Die Infanterie-Regimenter Nr. 46 Chasteller, Nr. 50 Stein und Nr. 55 Fürst Heinrich XIII. wurden 1800 reducirt.

(4433) **Edictalcitation.**

Verlassenschaft des Michael Wipplinger in Waldkirchen betr.

Am 19 Mai 1839 erstarb zu Waldkirchen der led. Webermeister Michael Wipplinger kinderlos und mit Hinterlassung ei es am 14 Mai 1839 errichteten außergerichtlichen Testaments. Da nun der Aufenthalt seines am 22 Juni 1763 gebornen leiblichen Bruders Johann Wipplinger, welcher in seinem 18 Lebensjahre nach Venedig gereist war und seit dem Jahre 1824 von sich nichts mehr hat hören lassen, unbekannt ist, so wird dieser oder seine allenfallsige legitime Descendenz hiemit aufgefordert

inner 6 Monaten

über seinen dermaligen Aufenthaltsort um so gewisser hieher Nachricht zu geben, widrigenfalls Johann Wipplinger für todt erklärt würde.

Wolfstein, den 16 Nov. 1849.

Königl. Landgericht Wolfstein.

Der königliche Landrichter **Süß.**

(4443—45) **Erbvorladung.**

4328. Anna Katharina Käfer, Ehefrau des gewesenen Bürgers und Adlerwirths Fridolin Huber von Murg, welche mit ihrem Ehemann vor ungefähr 18 Jahren nach Russisch-Polen gezogen, und seit dieser Zeit über ihren Aufenthaltsort, sowie über ihr Leben keine Nachricht gegeben hat, ist zur Erbschaft ihres am 27 October 1849 zu Murg verstorbenen Halbbruders Xaver Käfer berufen, und wird daher aufgefordert ihre Erbansprüche

binnen sechs Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt werden würde welchen sie zukäme, wenn Anna Katharina Käfer zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Säckingen, den 24 Nov. 1849.

Großherz. bad. Amtsrevisorat.

Grind.

[4388—89] **Samstags den 8 Dec. d. J., des Abends um 4 Uhr,**

wird über die vor wenigen Jahren ganz neu erbaute, außerordentlich schön gelegene und sehr gut eingerichtete

Bierbrauerei Oberstraß

zu Oberstraß bei Zürich in der Schweiz, in der dortigen Wirthschaft zur alten Tanne, eine öffentliche freiwillige Versteigerung abgehalten werden, wozu die allfälligen Kaufliebhaber andurch freundlich mit dem Bemerken eingeladen werden, daß in der Zwischenzeit bei dem Hrn. Eigenthümer in Oberstraß oder bei Hrn. Cantonsfürsprech Dr. Schauberg in Zürich die sehr vortheilhaft gestellten Versteigerungsbedingungen eingesehen werden können. Da die zu versteigernde Bierbrauerei in jeder Hinsicht empfohlen werden darf, ist zu der Steigerung gewiß auf zahlreichen Besuch von Kaufslustigen zu rechnen.

[4341] In der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen:

Die Verhandlungen des Verfassungs-Ausschusses der deutschen Nationalversammlung.

Herausgegeben von

Joh. Gust. Droysen.

Erster Theil. gr. 8. brosch. 2 Thlr. 7½ Ngr.

Die Protokolle des Verfassungsausschusses, die hier durch ihren berühmten Verfasser zum erstenmal veröffentlicht werden, zeichnen sich durch feine Auffassung und lebendige Wiedergabe des inhaltvollsten mündlichen Verkehrs in so hohem Grade aus daß sie schon während der Dauer der Paulskirche als Musterstücke ihrer Gattung galten. Sie dürfen als der wichtigste Beitrag zur Geschichte des ersten deutschen Parlaments angesehen werden, indem sie die vollständigste Einsicht in die geistige Werkstätte der Nationalversammlung, aus der die leitenden Gedanken des Hauses hervorgingen, eröffnet. Der Verfasser sagt in der Vorrede: „Ist auch dem was wir in ernster und mühevoller Arbeit vollendet keine unmittelbare Wirksamkeit zu Theil geworden, so wird doch der große politische Gedanke den wir zuerst in klaren, scharfen, gediegenen Formen auszuprägen, in den practischen Einzelheiten seiner Anwendung und Umschränkung durchzuarbeiten beflissen waren, nicht aufhören das Leben der Nation zu bewegen, und, wenn es seyn muß, zu erschüttern, bis ihm endlich der volle Sieg geworden, das Reich deutscher Nation erstanden ist!

[4096—97] **Mineralien-, Conchylien-, und Petrefactensammlungen als Weihnachtsgeschenke für die Jugend.**

Unterzeichnete Kunsthandlung offerirt für Weinachten folgende interessante Gegenstände in ausgewählten Sammlungen in eleganten Kästchen mit Beschreibungen:

1. Kleine Mineraliensammlung. 25 Stück zu 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
2. Mittlere desgleichen, mit Gebirgsarten. 50 größere Stücke 4 fl. 24 kr. oder 2½ Rthlr.
3. Große desgleichen, desgleichen, mit besonders schönen Erzstufen und 12 Stück ächte geschliffene Edelsteine. 100 Stück 10 fl. 30 kr. oder 6 Rthlr.
4. Kleine Conchyliensammlung von 30 Stücken zu 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
5. Mittlere desgleichen von 50 Stücken zu 4 fl 24 kr. oder 2½ Rthlr.
6. Große desgleichen, meist seltener Gattungen 75 Stücke zu 10 fl. 30 kr. oder 6 Rthlr.
7. Petrefactensammlungen 36 Stücke 2 fl. 42 kr. oder 1½ Rthlr.
8. Kleine Sammlung von 12 geschliffenen Edelsteinen 2 fl. 42 kr oder 1½ Rthlr.

☞ Außerdem besitze ich viele einzelne ausgezeichnete Stücke von Mineralstufen, Prachtmuscheln, Petrefacten, Korallen und andere interessante See-Producte. In obigen Sammlungen befinden sich keine Doubletten, die Exemplare sind alle frisch, und die Conchylien sind sämmtlich außereuropäisch.

Gefälligen Aufträgen bittet man den Betrag franco beizufügen, wogegen sichere Verpackung zugesichert wird.

Kunsthandlung von **Heinrich Köhler** in Stuttgart.

(4060—64] **Siebente Aufl.** — In Umschlag versiegelt. — **Preis: 1 Ducaten.**

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen **Krankheiten der Geschlechtstheile** die in Folge heimlicher Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. **Mit 40 erläuternden anatomischen Abbildungen.** Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgegeben von **Laurentius** in Leipzig. **7te Auflage.** 8. 170 S.

Allen Personen die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren oder es noch sind; allen die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Fehl wissen; allen welche die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter durch Leiden aller Art empfinden; allen endlich deren Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Befestigung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was nützt Geld und Gut mit Kränklichkeit, Geschwächtheit und Erschlaffung!

Diese 7te stark verm. Aufl. ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen, und bei Empfang darauf sehen, dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das ächte nicht.**

[4196] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

C. A. Richter's

Anweisung zum Landschaftzeichnen,

nach den vorzüglichsten Meistern zusammengestellt.

Dritte Auflage. 41 Blatt.

Quer-Quarto. Cartonirt. 20 Ngr.

[4278] Es ist erschienen und versandt:

Heidelberger Jahrbücher der Litteratur, unter Mitwirkung der vier Facultäten. Zweiundvierzigster Jahrgang. 1849. Fünftes Doppelheft. September und October.

Inhalt: Der gegenwärtige Zustand des französischen Civilrechts nach seiner Jurisprudence und nach den neuesten französischen und deutschen Werken welche in dieser Recension anzuführen und zu beurtheilen sind. Von *Rosshirt.* Barker-Webb et Berthelot: les Canaries. Von *Leonhard.* Schlömilch: Analytische Studien. Von *Dienger.* Forbes und Hanley: History of British Mollusca. Pfeiffer: Monographia Heliceorum. A. Mousson: Mollusken von Java. Von *Bronn.* René de Bouillé: Histoire des Ducs de Guise. Von *Wessenberg.* Klotz: Handwörterbuch der lateinischen Sprache. IV. Von *Moser.* Ennemoser: Der Geist des Menschen in der Natur. Von *v. Reichlin-Meldegg.* Louise, Königin von Preussen. 2te Auflage. Von *Kortüm.* Hautz: Geschichte der Neckarschule. Von *Chr. Bähr.* Sodann: Kürzere Anzeigen von 17 verschiedenen kleinern und grössern Schriften und Werken verschiedenen Inhalts.

Die Heidelberger Jahrbücher werden, wie bisher fortgesetzt, erscheinen. Da zwei derartige Institute im nächsten Jahre eingehen sollen, so wird dieses nun seit 42 Jahren bestehende nicht nur seine bisherigen Interessenten nach innen und aussen behalten, sondern auch neue erwerben, und sich umsomehr in Stand gesetzt sehen ferner in der Wissenschaft in Ehren seinen Platz zu behaupten.

Die Bedingungen nach welchen Mitarbeiter honorirt werden, sind bekannt.

Die Jahrbücher erscheinen wie bisher in sechs Doppelheften als solche durch den Buchhandel zu beziehen; durch die l. Postämter bezogen in wöchentlichen Lieferungen. Probeblätter können durch Posten und Buchhandel bezogen werden.

Preis des Jahrgangs von 6 Doppelheften 6 Thlr. 16 ggr. oder 12 fl.

Heidelberg Nov. 1849.

J. C. B. Mohr,
akademische Verlagshandlung.

[4307] Bei F. A. Herbig in Berlin ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Moritz, Götterlehre. 9te Auflage. geh. 1 Thlr., geb. in engl. Leinen 1 Thlr. 8 Sgr.

Ewald v., Kleist's sämmtliche Werke., 4te Min. Ausgabe. geh. 25 Sgr. geb. in Leinen mit Goldschn. 1 Thlr. 7½ Sgr.

[4419—21] **Edict.**

Vom Pfleggerichte Burg Wels, als Kolbmühler-Concurs-Instanz, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sey über Einschreiten des Concursmassa-Vertreters, Herrn Dr. Kompaß in Steyr, und über Einverständniß der Herren Creditoren-Ausschüsse, in die öffentliche Versteigerung der sämmtlichen Realitäten und Mobilien der kaiserl. kön. priv. Kolbmühler-Eisenblech- und Maschinenfabriks-Actien-Gesellschaft gewilliget und zu deren Vornahme

der erste Termin auf den 13. December 1849,
„ zweite „ „ „ 14. Jänner 1850,
„ dritte „ „ „ 14. Februar 1850

mit dem Anhange anberaumt worden, daß wenn die Versteigerungsobjecte bei der ersten oder zweiten Feilbietungs-Tagsatzung nicht um oder über den Schätzungswerth an Mann gebracht werden, dieselben bei der dritten auch unter diesem Werth hintangegeben würden.

Die der Versteigerung zu unterziehenden Realitäten sind

unter dem k. k. Berggerichte Steyr und Pfleggerichte Burg Wels:

1) Das Blechwalzwerk zu Kolbmühle; bestehend in einem Cupol-Ofen zur Erzeugung von Eisengußwaaren, zwei Flammöfen zum Puddeln und Schweißen, drei Walzenpaaren zur Erzeugung von Eisenblech, Stabeisen und anderem Centnergut, einem Ausheizfeuer und einem Zeugmachfeuer.

Zu diesem Blechwalzwerke gehören an Gebäuden:
a) das sogenannte Herrenhaus sammt Wirthschaftsgebäude,
b) das kleine Stöckl,
c) das Traiteur-Haus,
d) die neue Kohlenhütte,
e) das neue Walzwerk,
f) das alte Walzwerk,
g) u. h) die Gußeisen- und Zimmerhütte,
i) das im Bau befindliche neue und
k) das alte Gußwerk

sammt dem im Crida-Inventar besonders ausgezeigten fundus instructus:
an Oekonomiegründen gehören hiezu 17 Joch 731⁴⁄₁₀ Klafter Aecker, Wiesen und Gärten;
ferner die radicirte Mahlgerechtigkeit, zusammen im gerichtlich erhobenen Schätzungswerthe von . . . 89,300 fl. — kr.

2) Das Maschinenfabriksgebäude (ohne fundus instructus) zum Schätzungswerthe von . . . 4,600 fl. — kr.

3) Die ledige Reindl-Wiese, im Flächenmaß von 1 Joch 581⁴⁄₁₀ Klafter, bewerthet auf . . . 225 fl. — kr.

Unter dem Stiftsgerichte Lambach:

4) 24 Joch 1202 Klafter ledige Gründe, in der nächsten Umgebung der Kolbmühle, per . . . 1,372 fl. 18 kr.

Unter dem Stiftsgerichte Kremsmünster:

5) 14 Joch 167⁴⁄₁₀ Klafter ledige Gründe, ebenso zunächst der Kolbmühle, per . . . 1,462 fl. 21 kr.

Unter dem Justizgerichte Stauff:

6) Das Hammerwerk zu Stauff mit drei Zerrenn- und zwei Handfeuern, einem Zerrenn- und zwei Streckhämmern, dem Herrenhaus, Stallgebäude, gemauertem Kohlenstadl, radicirtem Hufschmiedgewerbe, 62 Klafter Gärten, 1 Joch 21⁴⁄₁₀ Klafter Wiesen und dem zum Hammerwerke gehörigen besonders verzeichneten fundus instructus, zum Schätzungswerthe von . . . 30,967 fl. — kr.

7) Das sogenannte Schneiderhäusl per . . . 80 fl. — kr.

Unter dem Magistrate Frankenmarkt:

8) Der Hörleithengrund per 4 Joch 970 Klafter Wiesen zu . . . 200 fl. — kr.

9) Der Holzgrund aus dem Hödnergute, per 12 Joch 275 Klafter Waldung, zu . . . 557 fl. — kr.

Unter dem Pfleggerichte Kogl:

10) Die Wiesmahd in der Leithen, per 1 Joch 743 Klafter, bewerthet auf . . . 220 fl. — kr.

11) Endlich die Seyringer-Wiese, per 856 Klafter, zum Schätzungswerthe von . . . 80 fl. — kr.

Unmittelbar nach beendeter Real-Licitation wird zur Versteigerung des fundus instructus und der sonstigen Werkzeuge, Maschinen und Utensilien geschritten.

Kauflustige werden eingeladen an den bezeichneten Tagen, jedesmal Vormittags 9 Uhr, in der Kolbmühle nächst Wels zu erscheinen, und können sowohl die Realitäten und Werke noch vor der Licitation an Ort und Stelle besichtigen, als auch von den Feilbietungs-Bedingungen hierorts zu den gewöhnlichen Amtsstunden Einsicht nehmen.

Burg Wels, am 2. November 1849.

Zabiehlitzky, Justitiär.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Sonntag — Nr. 336. — 2 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (F. Bürklein); Stuttgart (die Antwort des Ministerraths an die 33 Protestirenden. Die Post- und Eisenbahnfrage); Baden (wie wird die neue Bundesvertretung gebildet werden?); Braunschweig (die Reichstagswahlen. Der hannoverische Landtag); Berlin (die Unterhandlungen mit Dänemark. Bis jetzt keine förmliche österreichische Note. Die fällige bayerische Zollvereinsquote soll ausbezahlt, die neue zurückbehalten werden); von der Ostsee (Graf Blome und die verschiedenen Vorschläge. Ein angeblicher Protest Rußlands gegen die Trennung der Herzogthümer); Schleswig; Wien (die Stellung zum Erfurter Reichstag. Stadion. Heß. Die Woiwodina); von der Etsch (Graf Bissingen. Die neue Organisation. Die Landesverfassungen. Die Rückkehr des Kaiser-Jägerbataillons. Die Truppenbesetzung in Südtirol).

Spanien. Abreise des Prinzen Georg von Preußen. Die Cortes. Garibaldi in Gibraltar.

Großbritannien. Einige Besserung in Irlands Zustand. Die elektrischen Telegraphen.

Frankreich. Disciplinarisches Verfahren gegen die Sachwalter im Versailler Staatsproceß. Die Zerwürfnisse mit Marocco beendigt. Guizots bisheriges Lehramt neubesetzt. Die Wiedererwählung des Präsidenten den neuen Präfecten empfohlen. Bonapartistische Familienzwiste. Die Orleans. Straßburg (Postbeförderung auf der Eisenbahn bis Chalons. Wünsche in Betreff des deutschen Anschlusses).

Neuestes. München. (Die Kammer der Abgeordneten kommt mit allen Artikeln des Amnestiegesetzes endlich zum Schluß.) — Augsburg. (Ausbleiben der Wiener Post.) — Stuttgart. (Neue Verwahrungen am Vorabend der verfassungrevidirenden Versammlung.) — Dresden. (Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustands.) — Hannover. (Die erste Kammer hält die schleswig-holsteinische Frage vorerst noch beseitigt.) — Düsseldorf. (Die Angeklagten in der Sache des Neisser Zeughaussturms freigesprochen). — Berlin. (Seltsame Wendung des Waldeck'schen Processes. Mit Wien noch immer Differenzen über Einsetzung der Centralgewalt. Auch die erste Kammer genehmigt den Entwurf über die Ostbahn). — London. (Parker aus den Dardanellen zurückbeordert. Gerüchte über Deutschland. Die Cholera in Siam. Eine neue Strafcolonie in West-Australien). — Paris. (Das Coalitionsgesetz. Entdeckung einer legitimistischen Verschwörung; Verhaftungen).

Datum der Börsen: London 27 u. 28; Paris 28; Frankfurt 29 Nov.

Deutschland.

Bayern. ♀ **München,** 30 Nov. Vorgestern Abend wurde dem Erbauer des hiesigen Bahnhofes, Hrn. F. Bürklein, zur Feier der Vollendung dieses schönen Bauwerkes eines jener sinnigen und begeisterten Feste zu Theil, womit unsere Künstler in ihrem „Stubenvoll“ stets dem Tüchtigen die verdiente Anerkennung zu zollen gewohnt sind. Diese Huldigung, ist um so erfreulicher als die gefeierte Kunstleistung, von keiner officiellen Rangglorie des Gefeierten umgeben, nur durch ihren Werth die Festgaben bestimmt haben konnte. Hr. Bürklein bekleidete im ordentlichen Staatsdienste bisher die bescheidene Stelle eines Bauconducteurs in Windsheim, und man spricht davon daß er nunmehr seine interimistische Vorstandschaft der Eisenbahnbauten niederzulegen und wieder in seine frühere Stellung zurückzukehren bestimmt sey. Es ist jedoch zu hoffen daß dieses Gerücht sich als unrichtig erweisen werde, und daß die künstlerischen Kräfte die unter König Ludwig sich herangebildet, auch unter der Regierung unseres Königs Max einen ihrer würdigen Wirkungskreis und die dem wirklichen Verdienst gebührende Stellung im Staate finden werden. — Bei der am 3 Dec. beginnenden außerordentlichen Schwurgerichtssitzung für Oberbayern für das dritte Quartal 1849 kommen zwölf Fälle zur gerichtlichen Verhandlung, nämlich fünf von Diebstahl, zwei von Raub dritten und vierten Grades, einer von körperlicher Mißhandlung mit nachfolgendem Tode, und vier von Mord, worunter ein Gatten- und ein Kindsmord. — Am Geburtsfeste Sr. Maj. des Königs erhielt der Staatsminister des Aeußern, v. d. Pfordten, das Großkreuz des Civilverdienstordens der bayerischen Krone.

Württemberg. **Stuttgart.** Auf die Eingabe welche eine Anzahl von Abgeordneten als Ergebniß einer Zusammenkunft, die sie im Café Kober am 19 d. M. hielten, und welche einen Protest gegen die königliche Verordnung vom 12 Nov., die Abänderung der Eidesformel für die verfassungrevidirende Versammlung betreffend, enthielt, hat der Ministerrath folgenden, in unsern Blättern schon kurz mitgetheilten Beschluß gefaßt: „Auf die an das königl. Gesammtministerium gerichtete Eingabe vom 19 d. M., unterschrieben von dreiunddreißig auf vorgängige Einladung durch öffentliche Blätter an dem gedachten Tage in Stuttgart versammelten, zufolge des Gesetzes vom 1 Jul. 1849 zum nächsten Landtage gewählten Oberamtsbezirksabgeordneten, worin dieselben unter nachträglichem schriftlichen Beitritt von weiteren vier Abgeordneten als gewählte Abgeordnete zur Landesversammlung gegen die königl. Verordnung vom 12 d. M., betreffend die Abänderung der von den Mitgliedern der verfassungberathenden Versammlung zu beschwörenden Eidesformel, welche Verordnung sie für verfassungswidrig erachten, sich feierlich verwahren und ihre Zurücknahme als gesetzliches Recht des Landes in Anspruch nehmen, hat der Ministerrath folgenden Beschluß gefaßt: In Erwägung 1) daß die von den Unterzeichnern der Eingabe erörterte Frage von der Gültigkeit der königl. Verordnung vom 12 d. eine vor die gesammten Stände gehörige Landesangelegenheit ist; 2) daß die Verfassungsurkunde §. 125 den Ständemitgliedern verbietet ständische Angelegenheiten an Theile der Ständeversammlung zu bringen und Erklärungen einzelner Ständemitglieder darüber einzufordern; 3) daß es daher einzelnen, zur Ständeversammlung gewählten Mitgliedern nicht zustehen kann über die Gültigkeit einer königlichen Verordnung in particulärem Zusammentritte zu berathen, darüber Beschlüsse zu fassen, in Gemäßheit derselben Beschwerde bei der königl. Staatsregierung zu erheben und die Zurücknahme einer königl. Verordnung „als gesetzliches Recht des Landes“ anzusprechen; 4) daß, selbst abgesehen hievon, es keinem Mitgliede eines Collegiums erlaubt ist seine Ansicht über eine Collegialsache vor der förmlichen Berathung und Abstimmung in dem constituirten Collegium in verbindlicher Weise festzustellen, daß vielmehr jedes Collegialmitglied nach seinen beschworenen Pflichten verbunden ist seine Ansicht sich bis zum Augenblick der wirklichen Abstimmung im Collegium offen und frei zu erhalten; 5) daß wenn es einer die Mehrzahl der Ständemitglieder in sich begreifenden Partei erlaubt wäre vor der in den verfassungsmäßigen Formen und unter der Theilnahme der Regierungsvertreter von den gesammten Ständen zu pflegenden Berathung und Abstimmung sich in einem Sonderparlament zu einem Beschluß zu vereinigen, und andere Mitglieder zum Beitritt aufzufordern, jede parlamentarische Verhandlung in der Ständeversammlung selbst zwecklos seyn — und zu einer ebenso unnützen als verwerflichen Form werden müßte; 6) daß aber die — die Mehrheit der künftigen Landesversammlung bildenden — 33 Unterzeichner der Eingabe sich in ihrer Eigenschaft als gewählte Abgeordnete versammelt, über die Gültigkeit der königlichen Verordnung vom 12 d. Berathung gepflogen, und die Zurücknahme derselben „als ein gesetzliches Recht des Landes“ in Anspruch genommen und andere Ständemitglieder zum Beitritt aufgefordert haben: sey den Exhibenten eröffnen zu lassen daß man ihre Eingabe als unbefugt betrachte und daher eine Antwort auf dieselbe, ganz abgesehen von ihrer materiellen Unrichtigkeit, schon aus formellen Gründen nicht zu ertheilen wisse.“

*† **Stuttgart**, 24 Nov. Unsere Postfrage, die sich — wir wissen nicht aus welchen Gründen — immer noch nicht lösen will, beschäftigt neuerlich wieder sehr lebhaft alle Kreise des württembergischen Publicums, und gleichermaßen blickt auch das Ausland mit Spannung und Ungeduld der Regelung dieser Sache entgegen um der Vortheile die aus der Benützung dieser Eisenbahn für die Postbeförderung zu erwarten stehen, nicht länger entbehren zu müssen. In diesem Sinne haben auch durch das Organ Ihres Blattes sich in der letzten Zeit mehrere Stimmen vernehmen lassen, die es Württemberg zum Vorwurf machen daß es seine Eisenbahn nicht wenigstens durch ein Provisorium zur Beförderung der Posten herleihe. Nach dem Grundsatze „audiatur et altera pars,“ werden Sie uns vergönnen diesen Vorwurf, den wir für unbegründet halten, kurz zu beleuchten; und zwar nur um des Urtheils des Aus-

lands willen, da in Württemberg landauf landab nur eine Stimme darüber ist daß die Regierung in ihrem bisherigen überdieß von den Ständen ausdrücklich verlangten System beharren muß, wenn das Interesse des Landes nicht zum zweitenmal, d. h. wie im Jahr 1819 durch die Veräußerung der Post an Taxis, preisgegeben werden soll. Die Taxis'sche Lehenspost lastet seit 1819 wie ein Alp auf unserm Lande, und die privatrechtlichen Vertragsberechtigungen des Postinhabers banden der Regierung bisher die Hände in allen Anordnungen und Erleichterungen die im öffentlichen Interesse angestrebt wurden; daher denn auch seit 30 Jahren die Stände und das Publicum bei jeder Gelegenheit eine Befreiung von dieser lästigen Fessel verlangten, jedoch vergebens, da stets der vertragsmäßige Besitzstand von Taxis dagegen geltend gemacht wurde. Die Erbauung der württembergischen Staatseisenbahn machte endlich einerseits die Rückerwerbung der Posten für den Staat zum dringenden Bedürfniß, um beide Beförderungsmittel zu vereinigen und ihre Leistungen und Erträgnisse gegenseitig zu unterstützen und zu heben, während andererseits die Concurrenz des Schienenwegs mit der Post den Besitzer der letzteren in eine gegen früher weit ungünstigere Lage brachte und eine günstige Umstimmung desselben für die verlangte Rückgabe der Post erwarten ließ. Diese mit den schweren Opfern für die Eisenbahn erworbene günstige Stellung des Staats gegenüber dem Postinhaber will nun die württembergische Regierung benützen, nicht um demselben die Posten unter dem wahren Werth abzunehmen, sondern um ihn zur Abtretung derselben um den wahren, nöthigenfalls im gerichtlichen Wege festzustellenden Werth zu vermögen, damit hinfort der Staat die beiden so enge verschwisterten Beförderungsanstalten vereinigen und unbehindert im Interesse des Verkehrs im Innern und nach außen regeln und betreiben kann. Dieser höhere Endzweck, der sowohl das Inland als das Ausland berührt, hat bisher die württembergische Regierung und Stände abgehalten, und wird sie wohl auch fernerhin abhalten jene günstige Position gegenüber von Taxis dadurch aufzugeben daß ihm die Eisenbahn für seine Posten zur Verfügung gestellt wird. Das württembergische Publicum und auch der zunächst dabei betheiligte Handelsstand sind damit durchaus einverstanden, und lassen sich die temporäre Entbehrung eines beschleunigteren Postenverkehrs willig gefallen. Sollte das Ausland, wenn es auf jenen höhern, auch ihm zugute kommenden Endzweck blickt, nicht auch damit einverstanden seyn? Jedenfalls, so dünkt uns, hat das Ausland das an den Opfern für die württembergische Eisenbahn sich nicht betheiligte, keinen Grund zur Beschwerde wenn ihm ein Nutzen daraus nicht zufließt, solange das Land selbst das die Opfer für die Bahn brachte, die Fernehaltung der Post von der Eisenbahn in seinem eigenen Interesse findet und die größeren Entbehrungen in seinem Verkehr, die hiemit verbunden sind, willig auf sich zu nehmen entschlossen ist. Und daß dieß letztere wirklich der Fall sey, darüber berufen wir uns getrost auf den ganzen Handels- und Gewerbestand in Württemberg, und möchten dringend wünschen daß derselbe sich darüber auch öffentlich ausspreche. Immerhin mag man freundnachbarlich bedauern daß bei diesem Stand der Dinge auch die Communication von Bayern mit dem Westen nicht so beschleunigt wird wie Sie es wünschen; aber es kann diese Rücksicht für Württemberg nicht entscheidend seyn, solange sein näheres und ein höheres Interesse entgegensteht. Auch möchten wir billig fragen: ob es nicht die Aufgabe Bayerns wäre zunächst durch die schon längst und schon so oft und dringend von Württemberg verlangte Ausdehnung seiner Eisenbahn nach Ulm seinerseits das Erforderliche zu Beschleunigung des Verkehrs mit dem Westen beizutragen, bevor es einen Vortheil für sich aus der von Württemberg für sich erbauten Bahn beansprucht. Die Weigerung oder Zögerung Bayerns in jener Beziehung, wodurch die Gemeinnützlichkeit unserer Bahn so sehr beeinträchtigt und zugleich ein Anschluß an die badische Bahn so sehr erschwert wird, dürfte, wie uns scheint, billig zunächst zu bekämpfen und zu überwinden seyn bevor von dieser Seite Reclamationen wegen der Ueberlassung unserer Bahn für die Taxis'schen Posten erhoben werden können. Jedenfalls wird sich wohl Württemberg nicht in dem Gange beirren lassen den es im eigenen Interesse sowohl als in dem wohlververstandenen Interesse seiner Beziehungen zum Ausland für den allein richtigen halten muß, auch wenn ihm die Unterstützung seiner Nachbarn, wie doch eine solche gewiß angemessen wäre, dabei nicht zu Theil wird. Jetzt, da man dem Ziel so ziemlich nahe ist, wäre jede Ausbiegung vom betretenen Weg eine Thorheit; nur Beharrlichkeit führt zum Ziel, und dieß hier ganz gewiß!

* **Aus Baden,** im November. Die Frage: wie wird die neue Landesvertretung gebildet werden? ist bei uns immer noch unentschieden, und es scheinen in den regierenden Kreisen die Meinungen nicht weniger auseinanderzugehen als unter den Parteien, die in diesem Augenblick die Gründe für und wider in der Presse abhandeln. Vor einigen Wochen trat eine Anzahl Mitglieder aus der frühern Kammermehrheit zusammen, um unter andern auch diesen Punkt zu besprechen; sie einigten sich dahin, daß eine Auflösung und Neuwahl nicht so zweckmäßig sey als eine Erneuerung durch Ergänzungswahlen. Die ungewöhnliche Lage der Dinge, die noch immer herrschende Verwirrung in den Köpfen, die Nothwendigkeit alle Agitation soviel wie möglich zu vermeiden, die Unwahrscheinlichkeit daß in diesem Augenblick irgendein reiner und gesunder Ausdruck der vernünftigen Volksmeinung aus allgemeinen Wahlen zu erzielen sey, die Nothwendigkeit in der deutschen Frage das Land nicht neuen Aufregungen auszusetzen — dieß alles zusammengenommen wog in den Augen jener Versammlung schwerer als alle die politischen und persönlichen Gründe die für Neuwahlen zu sprechen schienen. Man sah in einer solchen Appellation ans Volk in diesem Augenblick nichts anderes als einen blinden Griff in den Lostopf aller möglichen Zufälle, denen man weder die badischen noch die deutschen Angelegenheiten preisgegeben sehen wollte; um so näher schien die Aufforderung zu liegen die vorhandenen conservativen Elemente der Landesvertretung, deren Wahltermin noch nicht abgelaufen ist, nicht fallen zu lassen, um dafür etwas ganz ungewisses anderes einzutauschen, das jedenfalls mehr aus dem Zufall als aus Einsicht und Berechnung hervorgehen wird. Diese Meinung, wie sie sich geltend machte, ist auch in einem großen Theil der Gemäßigten die vorherrschende; die Ungemäßigten haben zum Theil andere Wünsche. Namentlich geben einzelne von den Politikern, die man „im März ins Wasser gelegt" „und die nach dem Mai wieder hoffen durften" aufs Trockene zu kommen, die Hoffnung durchaus nicht auf mit Hülfe der Abspannung und des Ueberdrusses ihrer Sache in allgemeinen Wahlen den Sieg zu verschaffen, und wirken daher für Auflösung der Kammer — die sich wohl schwerlich überrascht und noch weniger gekränkt fühlen dürfte, erst von Brentano, dann von den vormärzlichen Revenants aufgelöst worden zu seyn. Es sind dafür bereits allerlei Hebel in Bewegung gesetzt worden; erst hat man die Kammer für roth, oder wenigstens röthlich, jedenfalls für „revolutionär" ausgegeben, und mußte sich dafür in einem Organ der Regierung selbst zurechtweisen lassen; dann hat man den Vorwurf erhoben die (an jenem Tage nicht einmal versammelte) Kammer habe am 14 Mai es versäumt durch ihr Bleiben den Staat zu retten, später hat man ausfindig gemacht daß im Fall der Nichtauflösung viele Mitglieder austreten und dadurch die Auflösung thatsächlich nothwendig machen würden. Auch hier heißt es: les extrêmes se touchent! Das Manöver womit hier die Vormärzlichen drohen, ist keine eigene Erfindung, sondern der Cotterie Brentano abgeborgt, die damit ihr revolutionäres Spiel gegen die gesetzlich bestehenden Gewalten begonnen hat. Indessen hat sich auch dieß als ein Irrthum ausgewiesen; man hört nirgends daß massenhafte Austritte bevorstehen, wohl aber vernimmt man daß die conservativ-liberale Partei, die bisher die Mehrheit der Kammer bildete, sich entschlossen hat zu bleiben, weil sie der Ansicht ist man dürfe vor den Rothen so wenig wie vor den Schwarzen kleinmüthig den Rückzug antreten. War die Kammer stoisch genug dem Petitionssturm der Brentano'schen Volksvereine und den obligaten Schmähungen und Gemeinheiten damals ruhig Trotz zu bieten, so erfordert es nicht nur die Politik sondern auch die Ehre nun nicht gleich verstimmt und reizbar Schamade zu schlagen, weil der alte Groll der Unverbesserlichen sich in unverständigem Uebermuth Luft macht. Für diese freilich ist die conservative Gesinnung der Kammer nichts weniger als vollwichtig; zwar hat dieselbe in einem schweren Jahre unerschütterlich Stand gehalten gegen den frechen Uebermuth des Club- und Advocatenregiments, und hat in Zeiten wo die vormärzlichen Füchse sich vorsichtig im Bau hielten oder mit dreifarbigen Riesencocarden das Attestat ihres „Civismus" ablegten, mit seltner Ausdauer die Probe einer festen patriotischen Gesinnung gegeben — aber das reicht jetzt nicht mehr aus. Hat doch dieselbe Kammermehrheit gegen die vormärzliche Staatskunst, von deren Preisgeben die Unverbesserlichen allmählich immer offenherziger die arge Heimsuchung der Welt ableiten, ihrer Zeit in Opposition gestanden; hat sie doch, neben ihrem Widerstand gegen die Rothen, eine Reihe freisinniger Gesetze und wahrhaft demokratischer Institutionen vorbereitet — bei denen nur zu beklagen war daß die humanen Gesetzgeber diese Gesetze für eine unvernünftige Menge machten, die neben schrankenloser Preßfreiheit, schrankenlosem Vereinsrecht, Geschwornen und allgemeinem Stimmrecht durchaus meinte, auch die Putschmacherei gehöre noch zu den unentbehrlichen Requisiten der vollständigen Freiheit. Hat doch die Kammer allezeit unzweideutige Beweise davon gegeben daß ihr die Ursachen der Krankheit nicht nur unten, sondern auch oben zu liegen schienen, und daß nach ihrer Ansicht mit der Weisheit, welche „die ältesten Sünden auf die neueste Art begeht," noch niemals ein Staat restaurirt worden ist. Das alles sind freilich grobe Sünden, die nur geringe Garantien dafür geben daß man dieser Kammer sicher seyn wird; die Mehrheit ist vom Liberalismus stark angesäuert, meint es ernstlich mit den „Märzerrungenschaften" (wenn auch cum grano salis), will einen

neuen Staat und nicht den alten, in dessen baufälligen Mauern uns schon einmal eine Revolution schlimm genug überrascht hat, ist selbständig und hat bestimmte politische Grundsätze — also weg mit ihr, und rasch in den Loostopf gegriffen um daraus wo möglich eine Anzahl gehorsamer Nullen — aber als Treffer nicht als Nieten eines Ministeriums der Zukunft herauszuziehen. Der Gesichtspunkt unter dem die Partei des Alten bei uns die Sache von Anfang an behandelt hat, nicht die Auflösung und Neuwahl selber ist das Gehässige. Es lassen sich für dieses letztere nach unserer Meinung sehr gültige Gründe beibringen, und wir selber sind darüber noch der nämlichen Ansicht die wir früher in diesen Spalten vertreten haben. Aber sehr viele, ja die meisten dieser Gründe sind mehr aus der abstracten Politik geschöpft als aus der Betrachtung der concreten Lage in der sich die Regierung befindet. Wir unsererseits, die eine neue Wahlagitation nicht unmittelbar berührt, die wir auch vor einer rothen, schwarzen oder schwarzrothen Kammer uns nicht fürchten, die wir nicht die Obliegenheit haben mit einer Kammer im Einklang zu regieren und durch sie das preußische Bündniß sanctioniren zu lassen — wir unsererseits müssen die Frage mit ganz anderen Augen ansehen als eine Regierung für die alle diese Erwägungen maßgebend seyn müssen. Wir unsererseits können daher aus politischen und persönlichen Gründen für Auflösung seyn; eine Regierung — scheint uns — müßte um der badischen und um der preußischen Frage willen die entgegengesetzte Meinung vorziehen, und des alten Sprüchworts gedenken daß ein Spatz in der Hand besser ist als zehn auf dem Dach, mit andern Worten, daß sich mit einer aufrichtig freisinnigen, aber ebenso aufrichtig conservativen Mehrheit die Dinge besser ordnen und schlichten lassen als mit einer Kammer deren „dunkle und heitere Loose" noch ganz im Ungewissen zufälliger Parteistimmungen ruhen. Die Regierung — wenigstens zum Theil — scheint diesen Erwägungen auch zugänglich zu seyn, sonst hätte sie wohl schon lange den entscheidenden Schritt gethan, aber es drängen sie die Ultras, die auch bei uns wie anderwärts ein bemerkenswerthes Geschick darin haben der regierenden Gewalt Verlegenheiten zu bereiten. So haben sie der Regierung vor ein paar Wochen den schlechten Dienst geleistet die Octroyirung eines Wahlgesetzes, d. h. eine Verfassungsverletzung, wie eine ausgemachte und nothwendige Sache hinzustellen; so drängen sie jetzt auf Neuwahlen, die offenbar mehr im Sinn jeder andern Partei als des herrschenden Ministeriums sind; so geben sie sich, wie geflissentlich, alle Mühe die frühere Kammermehrheit durch frivole Angriffe zu reizen und durch reactionäre Capucinaden aufzuregen. Hat man doch in einem Blatt, das zugleich zur Regierung in Beziehung steht, noch unlängst den Vorwurf lesen müssen die Mehrheit dieser Kammer wünsche nur aus Gründen persönlicher Ambition ihren Wiederzusammentritt — einen so lächerlichen und nichtswürdigen Vorwurf, wie man ihn seit dem Aufhören der „Republik" und des „Volksführers" in der badischen Presse nicht mehr gehört hat. Alles vortreffliche Mittel, um sich für neue Wahlen oder für Ergänzungswahlen der Stimmen der Gemäßigten recht zu versichern! Wir fürchten zwar nicht daß dieß auf die letzte Kammermehrheit, nach der argen Beize des Jahrs 1848 und des Frühlings 1849, viel Eindruck machen wird; sie ist hartschlägig geworden, und von dem alten Uebel der früheren kleinen Kammern, der Popularitätssucht und der zimperlichen Empfindlichkeit gegen die Presse sollte sie gründlich geheilt seyn. Sie wird in dem unklugen Groll der Unverbesserlichen höchstens eine Genugthuung finden für viel erlebtes, und sich dabei beruhigen daß sie den Beifall der weißen Jacobiner zu allen Zeiten so wenig verdient hat als den der rothen. Aber eins besorgen wir, falls die Auflösung und neue Wahlen beliebt würden. Es werden dann manche sich zurückziehen, weil sie, nach bekannter Sitte der deutschen Constitutionellen, lieber die Extreme walten lassen als sich zwischen die Extreme werfen mögen; sie werden gern den persönlich längst erwünschten Anlaß ergreifen Undank mit Gleichgültigkeit zu erwiedern. In die scheinbare Alternative gestellt: entweder für eine Regierung zu stimmen die nicht anders als Brentano mit ihnen verfahren ist, oder mit den Rothen einen Weg zu gehen, werden viele lieber die Hände in den Schooß legen und vielleicht kaum wählen, vielweniger sich wieder wählen lassen. Ein solcher Rückzug würde zwar unserer deutschen politischen Art ganz entsprechen und schon um seiner Bequemlichkeit willen eine unermeßliche Menge von Nachahmern finden, wäre aber darum eine nicht geringere Verläugnung politischer und patriotischer Pflichten, als eine Retirade jetzt oder eine muthlose Flucht vor dem Mißtrauenssturm der Rothen.

H. Braunschweig. ⊠ **Braunschweig,** 27 Nov. An wenigen Punkten Deutschlands wird die endliche Ausschreibung der Wahlen zum Erfurter Reichstage mit so viel Beifall aufgenommen worden seyn wie in unserer Stadt und in unserm ganzen Ländchen. Nicht daß man sich von dieser Versammlung und überhaupt von der Dreikönigsverfassung große unmittelbare Wirkungen verspräche, aber man sieht darin wenigstens einen möglichen Ausweg aus der bösen Klemme in welcher sich der braunschweigische Staat zwischen zwei mächtigern Nachbarn befindet, deren gegenseitiger Groll nur zu oft auf uns Unschuldige zurückfällt. Unfähig einer selbständigen staatlichen Existenz, in peinlicher Doppelabhängigkeit auf der einen Seite von Preußen, auf der andern Seite von Hannover, rechts und links gedrängt, und bei jeder gemeinschaftlichen Unternehmung beeinträchtigt, bei Zollangelegenheiten, bei Eisenbahnfragen, bei Wasserbauten u. s. w., überzeugt daß unser ganzes politisches Daseyn nur ein Provisorium ist, heißen wir die Aussicht auf eine Veränderung der allgemeinen Staatszustände Deutschlands von Grund des Herzens willkommen, bei welcher wir alles zu gewinnen und nichts zu verlieren haben, selbst nicht einmal ein spießbürgerliches Vorurtheil. Denn von dem gewohnheitsmäßigen Aberglauben welcher anderer Orten noch eine freilich mit jedem Tage schwächer werdende gemüthliche Stütze der Kleinstaaterei bildet, von diesem Aberglauben, der noch vor einigen und zwanzig Jahren in dem lächerlichsten Grade unter uns herrschte, sind wir seit jener Zeit vollständig und gründlich geheilt. Wenn es sich um deutsche Verfassungsfragen handelt, kann Braunschweig freilich kein Gewicht in die Wage der Entscheidung werfen, aber seine Wünsche, und wenn es gefragt wird seine Stimme, werden immer auf derjenigen Seite seyn von welcher her die stärkere Centralisation geboten wird. Schon aus diesem Grund würden wir die Frankfurter Reichsverfassung dem Dreikönigsbündnisse bei weitem vorziehen, wenn dieselbe für jetzt überhaupt zu haben wäre. Indessen sie ist nun einmal nicht zu haben, und so lassen wir uns denn den Sperling in der Hand lieber seyn als die Taube auf dem Dache, ohne daß wir die Taube darum ein für allemal aufgäben. Wenn trotz des nüchternen niedersächsischen Sinnes, den die Hannoveraner mit uns theilen, in Hannover eine andere Ansicht überwiegt, so geschieht es hauptsächlich weil dort sogar der demokratischen Partei der Particularismus noch viel tiefer im Leib steckt als sie es selber glaubt oder doch zugibt. Die Herren in Hannover meinen, da es mit der deutschen Einheit vorläufig nun doch nichts sey, so sey es an der Zeit einstweilen wenigstens die hannover'sche Freiheit zu stützen und zu flicken. Von dem Dreikönigsentwurf wollen sie nichts wissen, weil er mit der Frankfurter Verfassung nur theilweise übereinstimmt, und die Frankfurter Verfassung lassen sie einstweilen auf sich beruhen, weil Hr. Stüve nicht mit derselben einverstanden ist. Politisch und patriotisch angesehen ist dieß Verfahren unter aller Kritik. Wir begreifen, ohne sie zu billigen, die Haltung der bayerischen Kammer, welche die Frankfurter Verfassung nicht minder als den Dreikönigsentwurf zurückweist, und zugleich ein drittes Verfassungssystem für Deutschland wenigstens andeutet. Wir begreifen noch besser das Verfahren welches die constituirende Versammlung in Württemberg angebahnt hat, und welches auf ein unbedingtes (?) Festhalten an der Frankfurter Verfassung und auf die unbedingte Verwerfung alles dessen hinausläuft, was nicht die Frankfurter Verfassung ist. Eine solche Handlungsweise mag vielleicht von einer irrigen Berechnung ausgehen, aber es ist Consequenz darin, und sie ist nicht ohne Würde. Dem Verfahren der Hannoveraner läßt sich weder das eine noch das andere nachrühmen, und noch weniger kann man von demselben sagen daß es richtig berechnet sey. Die hannover'sche Kammer, d. h. die vermuthliche Mehrheit der Abgeordneten, glaubt an die Rechtsgültigkeit der Frankfurter Verfassung, aber sie wagt dieselbe nicht auszusprechen; die hannover'sche Kammer schiebt die deutsche Verfassungsfrage bei Seite, um freiern Spielraum zu haben für ihre Landesangelegenheiten; die hannover'sche Kammer gibt die Sache Deutschlands und ihre eigne Ueberzeugung hin, um einige armselige hannover'sche Vortheile. Das ist eine Handlungsweise für welche es keinen Namen gibt, eine Handlungsweise über welche Deutschland unfehlbar zu Grunde gehen würde, wenn andere Landtage so unglücklich wären das hannover'sche Beispiel nachzuahmen.

Preußen. ⁑ **Berlin,** 28 Nov. Das dänische Ministerium, welches die Eröffnungen der in officiöser Weise von der Statthalterschaft abgesandten Bevollmächtigten so günstig aufgenommen, hat sich in der Sache selbst kein Entscheidungsrecht zugesprochen, sondern sie als eine deutsche Angelegenheit dem König-Herzog anheimgestellt. Auf Veranlassung des Königs sind denn nun auch mit der Statthalterschaft directe Unterhandlungen eröffnet worden, und der Vorschlag der letztern, durch beiderseitige Vertrauensmänner im weitern Verfolge schiedsrichterlich entscheiden zu lassen, ist genehmigt. Nur sollen die schleswig-holsteinischen wie die dänischen Vertrauensmänner nicht auf neutralem Gebiete, sondern in Kopenhagen zusammentreten. Da die erste Annäherung auf so überraschend günstige Weise ausgefallen, so verspricht man sich preußischerseits den besten Fortgang der Unterhandlungen. Die von dem österreichischen Gesandten in Aussicht gestellte österreichische protestirende Note ist bis heute nicht eingelaufen, und die Vermuthung greift immer mehr Platz daß sie überhaupt ausbleiben könnte. In der That würde seitens der beiden

Mächte nicht viel mehr geschehen können als daß man die den beiderseitigen Geschäftsträgern gegebenen Instructionen und Gegeninstructionen in der obschwebenden Frage in formelle Noten und Gegennoten brächte. Der Graf Bernstorff hat die dem Hrn. v. Prokesch auf seine Mittheilungen hier gemachten Eröffnungen sofort als instructive Depesche erhalten; und die Ansichten der beiden Cabinette sind sehr klar ausgesprochen. Hier brachte die unrichtige Darstellung der Sachlage, namentlich in der telegraphischen Depesche der Kölnischen Zeitung, anfänglich eine bedeutende Aufregung hervor, welche sich in kriegerischen Discussionen der constitutionellen Vereine kundgab. Vieler Orten wurden Adressen an das Ministerium proponirt und debattirt, in welchen man mit Gut und Blut zu ihm zu stehen versicherte. Der preußische Geist war sehr rege geworden. — Die zurückgehaltene bayerische Zollvereinsquote wird nunmehr nach der Erklärung des Finanzministers ausgezahlt werden können. Es ist nämlich für das neue Quartal, welches die erst im Januar 1850 zahlbare Rate begreift, bereits eine so bedeutende Summe für Bayern berechnet daß die preußischen Entschädigungsansprüche dadurch hinlänglich gedeckt erscheinen. (!)

Schleswig-Holstein. * **Von der Ostsee,** 23 Nov. Obgleich man noch immer keine bestimmten Nachrichten über den Erfolg der Thätigkeit des Grafen v. Blome in Kopenhagen besitzt, so glaube ich Ihnen doch folgendes aus ziemlich guter Quelle mittheilen zu können. Die Reise des Grafen Blome (bekanntlich von Falkenberg in Schleswig aus der Familie des aus der russischen Diplomatie bekannten holsteinischen Grafen desselben Namens, Blome v. Heiligenstedten) muß zuerst nicht betrachtet werden als direct veranlaßt durch die schleswig-holsteinische Satthalterschaft. Nachdem diese es sich hat gefallen lassen öffentlich von dem preußischen Cabinet eine „provisorische Verwaltungsbehörde" genannt zu werden, hat sie nach außen hin, und nachdem sie ohne den geringsten Widerstand das Herzogthum Schleswig geräumt, hat sie auch im Lande selber viel zu wenig moralisches Gewicht, um in irgendeiner Beziehung künftig je wieder die Initative ergreifen zu können. Blome ist vielmehr nach Kopenhagen gegangen auf indirecte Veranlassung der dänischen Staatsmänner; es ist wahr daß er vor seiner Abreise sich einige Renseignements von dem Departementschef des Aeußern in Kiel hat geben lassen, aber von Instructionen kann in keiner Weise die Rede seyn, um so weniger als Blome schon früher mehrfach ähnliche Aufforderungen der Statthalterschaft aus guten Gründen abgelehnt hat. Jener Wunsch des Kopenhagener Cabinets ist hauptsächlich von Berlin aus suggerirt; man weiß in Berlin sehr gut wie schwer es seyn wird, trotz der Haltungslosigkeit der Statthalterschaft, ohne eine Verhandlung mit dem Häuptern des Landes einen dauernden Frieden mit den Herzogthümern abzuschließen. Blome ist einer der Häupter der aristokratischen Partei, in der früher der Graf Reventlow-Preetz als einer der bedeutendsten Männer dastand. Man sieht ihn deßhalb gern in Kopenhagen und hat ihn aus demselben Grunde von Berlin aus empfohlen. Eine durch Intelligenz und Zahl sehr starke Partei steht in den Herzogthümern hinter ihm. Diese, deren Vertreter der Altonaer Merkur ist, und die unter Umständen so weit geht der Statthalterschaft geradezu die Verjagung der Landesversammlung anzurathen, argumentirt in folgender Weise: Deutschland ist zerrissen und kann nicht einmal sich selber, viel weniger Schleswig-Holstein helfen. Wenn etwas nach der deutschen Einheit kommt, so wird der alte Bundestag in erneuter Form hergestellt. Derselbe wird die alten Verpflichtungen des früheren Bundestages wieder aufnehmen. Dazu gehört die Verwirklichung seiner Beschlüsse vom vorigen Jahre, nach welchen Preußen nur den status quo ante wieder herstellen soll. Preußen hat durchaus weder die Macht noch die Lust, irgendetwas anders zu Gunsten der Herzogthümer zu unternehmen. Es ist daher mehr als wahrscheinlich daß Schleswig sowohl als Holstein wieder unter dänische Hoheit kommen. Es ist das aber auch sehr wünschenswerth. Denn geschähe das nicht, so würde nur die äußerste Anstrengung des Volkes dem widerstehen können. Das würde nicht bloß ein Abtreten der Statthalterschaft, sondern eine vollständige Umwälzung des Bestehenden zur Folge haben. Das ist vor allen Dingen zu vermeiden. Ein Hinziehen des gegenwärtigen Zustandes vermehrt aber die Inconvenienzen der Lage, demoralisirt die preußischen Truppen, und macht Dänemark arm, während es Preußen wahrlich keine Vortheile bringt. Damit alles das ende, muß man einen Frieden durch Vereinbarung mit Dänemark einleiten. Die Statthalterschaft, die sich in einem schwer zu bezeichnenden Zustande befindet, wird gegen den Frieden so wenig remonstriren als sie gegen den Waffenstillstand remonstrirt hat; ist er nur erst da, so findet sich leicht das übrige. Und der vortheilhafteste Friede sowohl für Dänemark als für die Herzogthümer wird unter den gegenwärtigen Umständen ohne Zweifel eben durch eine gütliche Vereinbarung beider Theile abgeschlossen werden, da Preußen dem Himmel danken wird, à tout prix die Sache erledigt zu sehen, und bisher alle Schwierigkeiten nur von Dänemark gekommen sind. Dieß sind die Grundlagen auf denen Graf Blome seine Versuche begonnen hat. Die beiden Hauptvorschläge welche bis jetzt Gegenstand der Berathung gewesen zu seyn scheinen, sind: erstlich eine Selbständigkeit Schleswigs mit Incorporirung seines Heeres, seiner Verwaltung und seiner Finanzen in Dänemark, neben einer Selbständigkeit Holsteins mit eigener Verfassung, mit eigenem Heere und eigener Finanzverwaltung, wobei aber das Staatsschuldenwesen gemeinschaftlich, oder doch in nächster Beziehung zu Dänemark bleiben soll. Schleswig würde darnach eigene Stände erhalten, die auf jeden Fall größere Rechte wie die alten Provinzialstände, aber geringere als die jetzige schleswig-holsteinische Landesversammlung erhalten würden. Die Insel Alsen würde definitiv Dänemark incorporirt, da man ihre hohe militärische Bedeutung erkannt hat; außerdem die Insel Arröe. Dagegen würden besonders die früher dänischen Theile der Westseeinseln zu Schleswig geschlagen. Holstein würde einen eigenen Statthalter, ungefähr nach dem Inhalte des schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetzes erhalten, Schleswig in höchster Instanz unter die Kopenhagener Kanzlei, eventualiter als ein eigenes Departement derselben fallen. Die Verbindung der Herzogthümer würde nach dem Princip des status quo ante höchstens im nexus socialis der Ritterschaft und etwa in der Universität fortbestehen; das OA. Gericht würde dagegen für Schleswig aufhören, wie denn überhaupt die drei Instanzen in zwei zu verwandeln seyn würden. Von einer eigentlichen Kriegsentschädigung ist nicht die Rede; nur daß die durch den Krieg hervorgerufenen Schulden des Königreiches pro rata den Herzogthümern zufallen. Das ist der erste große Vorschlag. Derselbe bietet e i n e große Schwierigkeit, die Successionsfrage. Die Augustenburger Linie wird sich nicht beruhigen wenn sie ganz leer ausgeht, und außerdem hat Dänemark stets das Recht derselben auf Holstein, oder doch auf einen Theil desselben (den vormals großfürstlichen Antheil) fast geradezu im Falle des Aussterbens der männlichen Linie des königlichen Hauses anerkannt; selbst der offene Brief Christans VIII deutet unverhohlen darauf hin. Dazu kommt daß man in Dänemark von der einen Seite zwar gerne Holstein mit dem Königreiche in Verbindung erhielte, aber andererseits jede Verbindung desselben mit Schleswig aus guten Gründen fürchtet, und wäre dieselbe auch noch so lose. Aus allen diesen Gründen ist der zweite Hauptvorschlag hervorgegangen. Es soll mit Schleswig gehalten werden wie eben gesagt worden ist; Holstein aber soll mit Lauenburg zu einem Gesammtstaat vereinigt, und der Augustenburger Linie für vollkommene Renunciation auf Schleswig übergeben werden. Alsdann würden die Herzogthümer g ä n z l i c h getrennt, und Holstein träte mit Lauenburg in den engeren Bund. Dieser letztere Vorschlag hat indeß bei weitem größere Schwierigkeiten als der erste. Denn erstlich würden die Herzogthümer gegen eine solche entscheidende Trennung den heftigsten Protest einlegen, und zweitens wollen weder Rußland noch Oesterreich eine solche Selbständigkeit Holsteins, durch welche dasselbe definitiv Preußen in die Arme geworfen würde. Ich kann Ihnen versichern daß von russischer Seite ein ganz bestimmter Protest gegen jede Trennung der Herzogthümer vorliegt, und daß dieser Protest bedeutenden Ausschlag gegeben hat. Nach der Meinung Kundiger ist aus diesen und andern Gründen um so weniger Aussicht für diesen Vorschlag, als auch in Kopenhagen eine starke Partei ist welche um keinen Preis will daß das kleine Dänemark, nachdem es Preußen so gründlich gedemüthigt hat, noch kleiner aus diesem Kriege hervorgehe als es früher gewesen. Der Herzog v. Augustenburg hat sich zwar persönlich in dieser Angelegenheit nach Berlin begeben, allein alle seine Schritte dürften ihm wenig nützen, da er auch in England alles Terrain verloren hat. Es ist daher nur der erste Plan der einige Aussicht hat; und ich darf hinzufügen daß die Zahl sowie die Stimme derer die auch in den Herzogthümern sich dafür erklären würden, weder gering noch gewichtlos ist. Man denkt übrigens in Kopenhagen auf keine Weise daran direct mit den Herzogthümern in Verhandlung zu treten; man ist trotz der 31,000 Mann welche die letzteren stellen können und die entschieden zu den guten Truppen gehören, sehr fest davon überzeugt daß weder die Statthalterschaft noch die Landesversammlung die Energie haben werden etwas durchgreifendes zu beginnen, vorzüglich nachdem man gesehen hat wie außerordentlich erfolglos selbst die letzten geheimen Beschlüsse der Landesversammlung in den Händen der Regierung geblie- sind. Man rechnet mit Bestimmtheit darauf daß dieselben jetzt in jeder Weise nachgeben werden, da sie keine Hülfe mehr von Deutschland zu gewärtigen haben; man fürchtet durchaus nicht die augenblickliche kriegerische Tournüre eines Heeres das unter einem preußischen General steht, der jeden Augenblick abberufen werden und die ganze Macht im entscheidenden Momente führerlos machen kann, während die Statthalterschaft alle andern Anerbietungen mit einer Consequenz abweist die,

in andern Punkten angebracht, dem Lande sehr heilsam hätte werden können. Man erwartet daher daß, wenn Dänemark mit Preußen sich vereinbart hat, die Sache erledigt ist; die einzige Macht der Herzogthümer besteht in dem was man von ihrer Zukunft fürchtet. Indessen bleibt allerdings noch ungewiß wie weit Blome geht, und wie weit Dänemark nachgibt; es ist Grund zu der Befürchtung vorhanden daß der russische Einfluß das dänische Cabinet reizen wird Preußen durch langsam aber rücksichtslos gesteigerte Forderungen in immer verdrießlichere Lage zu bringen, denn was kann am Ende Rußland lieber seyn als diese fortwährende Niederlage, an der ein so schöner Theil preußischen Ruhmes und preußischer Politik täglich mehr zerblutet? Die dänischen Blätter werfen allen Frieden weit weg. Thatsache ist daß Dänemark die Hauptmacht seiner Truppen auf Alsen concentrirt hat, daß man den Alssund fortwährend befestigt und daß drei Schiffbrücken in Bereitschaft sind. Wie nun, wenn man den Frieden hinzöge bis nach Eröffnung der Gewässer der Krieg wieder sicher wird? Und will Dänemark das mit Hülfe Rußlands, besitzt dann wohl Preußen die Kraft und den Muth dieß zu hindern? — Mit großer Spannung wartet man daher auf nähere Nachrichten von Kopenhagen.

*** Schleswig**, 24 Nov. Die dänisch-preußische Verwaltungscommission hat neuerdings sogar in den Rechtsgang sich Eingriffe erlaubt, so wie früher schon in die, nach Vorschrift der Convention unantastbare, vormärzliche Gesetzgebung. Der Magistrat zu Apenrade war von dem Obergericht des Herzogthums angewiesen worden einen widerrechtlich zu Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod condemnirten Polizeidiener sofort auf freien Fuß zu stellen. Die Verwaltungscommission schreibt nun vor einigen Tagen an das Obergericht, der Magistrat habe das obergerichtliche Rescript unbeachtet gelassen, weil es nicht mit dem von der Landesverwaltung vorgeschriebenen Siegel versehen sey, und letztere habe dieses Verhalten genehmigt, erwarte auch von dem Obergericht daß es fortan sich des vorgeschriebenen Siegels bedienen und sich königlich schleswigisches Obergericht nennen werde. Diese Erklärung liefert den besten Commentar zu der angeblich beruhigenden Bekanntmachung vom 17 d. M., betreffend den Herzogstitel. Das selbständige Herzogthum Schleswig soll fortan als Theil des Königreichs bezeichnet werden. So beachtet der preußische Commissär die vom preußischen Ministerium bei den Friedenspräliminarien und der Waffenstillstandsconvention gemachten Reservate! Die Commission ist unerschöpflich in Auffindung neuer Irritationsmittel, und statt einen Frieden auf die angegebene Basis vorzubereiten, verletzt sie diese, und präparirt den Krieg. Als die verfügte Entsetzung des Pastors Haack unausführbar geworden, sollte die Stadt Schleswig durch Einsetzung eines Oberpolizeimeisters in der Person des schon mehrere Jahre vor der Erhebung wegen Amtsvergehen in Untersuchung befindlichen und suspendirten frühern Polizeimeisters beglückt werden. Der ehrenhaften Gesinnung und der Besonnenheit des preußischen Generals v. Hahn verdankt die Stadt daß dieses für die öffentliche Ruhe höchst bedenkliche Project aufgegeben zu seyn scheint. Ueberhaupt ist man dem preußischen Militär die Anerkennung schuldig daß es durch Besonnenheit die von maßloser Leidenschaftlichkeit und Herrschsucht zeugenden Anordnungen der Commission zu mildern und ärgerlichen Auftritten vorzubeugen bemüht ist. Indessen kann dieser Zustand im Herzogthum Schleswig, in welchem das dänische Regiment als ein unmögliches hinreichend sich erwiesen hat, nicht lange mehr ertragen werden. Ist die Geduld und das Ausharren der Bevölkerung rühmenswerth, so darf die Prüfung doch nicht zu lange währen. Es ist an der Zeit daß die deutschen Regierungen endlich ernste Einsprache erheben gegen die höhnende Mißhandlung eines Volksstammes, dessen uraltes Recht auf die Verbindung mit dem deutschen Reichslande Holstein von allen Bundesregierungen anerkannt ist, und für welches das ganze Reich die Waffen ergriffen hat. Wenigstens sollten die deutschen Cabinette dem Abschluß eines Friedens entgegentreten welcher die Rechte deutscher Lande verletzt, und es den zunächst Betheiligten überlassen ihre Sache mit den ihnen zu Gebote stehenden Streitkräften zu vertheidigen.

Oesterreich. dt. **Wien**, 28 Nov. Die Berliner telegraphische Depesche in der Köln. Ztg., die Ihnen bereits bekannt geworden, verursacht natürlich hier großes Aufsehen. Während die Ostd. Post sich darauf beruft um den neulich von der Allgem. Ztg. ihr gemachten Vorwurf der Schwarzseherei zu widerlegen und Recht zu behalten daß die Aufstellung der Truppen in Böhmen doch den preußischen Einigungsgelüsten gegolten, meint der Lloyd jene telegraphische Depesche sey die Thaler und Silbergroschen nicht werth welche die Köln. Ztg. dafür ausgegeben. Die Reichszeitung dagegen gedenkt des Vorfalls nur in ihren politischen Nachrichten, ohne jede Kritik. Auch die „Presse" läßt sich durch die Nachricht in dem rheinischen Blatt nicht hinreißen. Sie sagt: „Man wird sich von Seiten des Wiener Cabinets verwahren, wie man sich immer verwahrt hat." An und für sich sind die Ausdrücke in der Depesche ganz undiplomatisch. Und wenn schon die Vorposten beider feindlichen Heere Kugeln gewechselt, würde ein Diplomat nicht von Gewalt reden, und der andere daß man dieser Gewalt mit Gewalt begegnen würde. Die heutige Wiener Zeitung enthält einen Vortrag des Ministerraths über die Constituirung der Woiwodina als selbständigen Kronlandes. Man will die Entscheidung, ob Serbien mit dem dreieinigen Königreich vereinigt werden soll oder nicht, dem Beschlusse des serbischen Landtags überlassen. Die Abendblätter sprechen davon daß Graf Stadion in Wien eingetroffen sey; Feldzeugmeister v. Heß ist in den Freiherrnstand erhoben worden. Nachschrift. Durch den Preuß. Staatsanzeiger erfahren wir so eben daß die Kölnische Zeitung falsch berichtet worden!

Ueber diese unglückliche bekannte Berliner Depesche in der „Kölnischen Ztg." sagt die Oesterreichische Correspondenz, indem sie die Desavouirung derselben durch den „Preußischen Staatsanzeiger" mittheilt: „Soviel scheint ausgemacht daß nur die äußerste Nothwendigkeit Oesterreich zu dem äußersten Mittel jener Drohung zu greifen veranlassen könnte. Uebrigens können wir aus guter Quelle versichern daß Oesterreich die deutsche Bundesverfassung als unwandelbar zu Recht bestehend betrachtet, und die Möglichkeit von Conflicten, welche der Widerspruch zwischen dieser und der Bundesstaatsidee veranlassen könnte, befürchtet. In diesem Sinne soll eine vom 12 d. datirte, an Hrn. v. Prokesch gerichtete Depesche sich ausgesprochen haben, und dürften derartige Erläuterungen bereits zu Berlin gegeben worden seyn. Es versteht sich indessen von selbst daß, in demselben Maße als das Bundesstaatsproject einseitig der Verwirklichung entgegengeführt werden wollte, auch hier verstärkter Accent auf das gute und verbriefte Recht Oesterreichs gelegt werden müßte."

*** Von der Etsch**, 27 Nov. Seit Wochen und nun, seit der Rückkehr des Landeschefs Grafen Bissingen aus Wien, von Tag zu Tag, sieht man der endlichen Entscheidung entgegen über die Besetzung der Stellen nach der neuen Organisirung der Justiz- und Verwaltungsbehörden. Die Völkerwanderung der Beamten wird nun bald beginnen aus und nach allen Theilen des Landes. Die politischen neuen Aemter werden freilich zum Anfang mit Arbeit und Schwierigkeit aller Art zu kämpfen haben, besonders bei Einführung der Gemeindeordnung, indessen werden die Vortheile der Trennung auch dem Volke, das sich vorerst schwer darin zurechtfinden mag, rasch begreiflich werden. Das österreichische Ministerium hat auch hierin wieder seine Thätigkeit dargelegt die Bedingnisse constitutionellen Staatswesens ins Leben zu setzen — indessen Staaten die bereits von „alten Verfassungen" reden, können noch immer auf die Durchführung der Zusicherung getrennter Verwaltung und Rechtspflege warten. So darf denn auch auf die Entscheidung wegen der Landesverfassungen nicht zu lange mehr gehofft werden, wobei man die tröstliche Aussicht nicht übersehen mag daß sie in einer Form erscheinen welche die gern vermißten Kreistage aufgibt. Ein freudiger Tag fürs Land war, wie Sie etwa schon lasen, der Einzug des Kaiserjäger-Bataillons, das aus Ungarn heimkehrte, zu Innsbruck. Von nahe 800 Mann, die es beim Ausmarsch zählte, kehrt die Hälfte zurück. Die tapfern Männer beziehen im Lechthale die Winterquartiere. Die Truppenbesetzung in Südtirol ist nun auch geordnet, und reicht herauf bis Botzen, wo ein Bataillon Hartmann liegt; in den wälschen Kreisen sind drei von Erzherzog Leopold und drei von Turszky-Infanterie vertheilt, nebst der Artillerie. An des Fürsten Karl Schwarzenberg Stelle, der nach Mailand abging, commandirt das Corps in Vorarlberg und Nordtirol der Feldmarschall-Lieutenant Legetics.

Spanien.

Madrid, 22 Nov. Der Prinz Georg von Preußen ist gestern von Madrid abgereist, wo er bei Hof eine sehr ehrenvolle Aufnahme gefunden. — In der vorgestrigen Sitzung der Deputirtenkammer ward eine Petition der Staatsgläubiger Spaniens, namentlich der englischen, überreicht, welche um endliche Regelung der öffentlichen Schuld bat. Einige von den ersten Londoner Capitalisten waren mit unterzeichnet. Der halbofficielle Heraldo verheißt: sobald der Zustand der Finanzen es erlaube, werde die Regierung Maßregeln zur Befriedigung ihrer Gläubiger ergreifen. Freilich ein sehr problematisches „Wenn." Die Kammer annullirte nach einer scharfen Debatte, mit 61 gegen 59 Stimmen, die Wahl des Generals Ortega für Calatayud, weil zwischen der Ankündigung des erledigten Sitzes und der neuen Wahl nur 6 Tage verstrichen waren, statt der 20 die das Gesetz vorschreibt. Hr. Morano zeigte die Motion an: die Kammer möge erklären daß ein Staatsamt mit den Pflichten eines Deputirten unverträglich sey. Man sieht einer lebhaften Verhandlung darüber entgegen. — El Pais meldet von Gibraltar: der dortige Consul der Vereinigten Staaten erzeigt dem italienischen General

Garibaldi die größte Aufmerksamkeit, und der Capitän eines dort liegenden amerikanischen Kriegsschiffs hat ihm einen Degen verehrt. Da ihm die brittischen Behörden in Gibraltar keinen längern Aufenthalt gestatteten, so war er im Begriff, mit den zwei Adjutanten die ihn begleiten, zunächst einige Häfen der afrikanischen Küste zu besuchen, und dann nach Amerika abzureisen.

Großbritannien.

Die Communicationslinien durch den elektrischen Telegraphen, sagt der Sun, sind nun so ausgedehnt daß sie alle bedeutenden Städte des Vereinigten Königreichs umfassen. Sie erstrecken sich, kann man sagen, von einem bis zum andern Ende des Landes.

Zu Clewer, in der Nähe von Windsor, wird unter dem Patronat des Bischofs von Oxford, des Dechants von Windsor und des Provost der Eton-Schule, ein protestantisches Schwestern-Institut zur Besserung gefallener Frauenzimmer errichtet. Bereits haben sich 18 Lustragende gemeldet.

Die Dublin Post ist geneigt den allgemeinen Zustand Irlands in minder düsterem Lichte zu betrachten als die Mehrzahl der irischen und englischen Journale. Sie sagt: „Trotz aller entmuthigenden Wirkungen einer langen Hungersnoth und des noch weitverbreiteten Pauperismus, der aus mehrjährigen Kartoffelmißernten entsprungen, zeigen sich unzweideutige Spuren des Besserwerdens, welche, wie klein sie auch sind, doch die tröstliche Hoffnung gewähren daß Irland die schlimmsten Stadien seiner gesellschaftlichen Revolution bereits hinter sich hat. Gewerbe und Handel sind im allgemeinen weit weniger gedrückt als sie es vor einem halben Jahre waren. Aeußerste Entblößung ist viel seltener geworden, Lebensmittel sind im Ueberfluß vorhanden und wohlfeil, und die Banken besorgen weit mehr sichere und stätige Geschäfte. In den letzten zwei Jahren vor dem 1 Aug. 1849 — zwei Jahren voll beispielloser Schwierigkeiten und Leiden — war das Circulationsmedium in Irland von mehr als 7 Millionen Pf. St. auf 3½ Millionen gesunken, weil das Grundeigenthum sich rasch entwerthet hatte, das Vertrauen zerstört, Handel und Wandel gelähmt war. Aber in den letzten zwei Monaten, die auf eine reiche Ernte folgten, haben die Emittirungen der Banken sich so stätig gemehrt, daß der Geldumlauf einen Zuwachs von beinahe 1 Million Pf. St. erhalten hat.“ Die in der letzten Parlamentssession angenommene Gesetzesacte zur Erleichterung des Verkaufs verschuldeter Güter in Irland ist jetzt in voller Wirksamkeit, und Güter im Schätzungswerth von 1 Mill. Pf. St. sind auf dem Punkt ihre Besitzer zu wechseln. Man nennt mehrere menschenfreundliche Grundherren die ihren Pächtern neuerdings den Grundzins ermäßigt haben. Andrerseits fehlen aber auch nicht neuere Beispiele von Pächtervertreibungen.

Frankreich.

Der Disciplinarrath des Standes der Advocaten scheint das Verhalten der Sachwalter in dem Staatsproceß zu Versailles entschieden zu mißbilligen. Er hat (wie das J. des Débats meldet) von der Protestation des Hrn. Cremieux und dann von dem Nichtplaidiren sämmtlicher Anwälte, nachdem ihnen die Berufung auf das Insurrectionsrecht als Vertheidigungsmittel versagt war, amtlich Kunde genommen, eine Untersuchungscommission bestellt, und letzten Sonnabend auf den Bericht des Hrn. Duvergier, nach einer Berathung die bis gegen Mitternacht währte, beschlossen sämmtliche Advocaten, die HH. Michel (de Bourges), Cremieux, J. Favre u. s. f. (mit Ausnahme der HH. Coralli und Armand, die sich in einer besondern Lage befinden) auf Mittwoch 5 Dec. zur Verantwortung vorgeladen. Doch ist wohl nicht zu erwarten daß von den verschiedenen Strafen (Warnung, Verweis, Rüge, Suspension oder Ausstreichung aus der Advocatenliste) gerade die strengste in Anwendung kommen werde.

Die Zerwürfnisse mit Marocco können als beendet betrachtet werden. Der Moniteur enthält eine Belobung des Capitäns Le Barbier de Tinan nebst Verleihung des Commenthurkreuzes der Ehrenlegion, durch Decret vom 26 Nov., welchem folgende Motive vorausgeschickt sind: „Die freundschaftlichen Verhältnisse der Regierung der Republik mit Marocco sind kürzlich in Folge grob beleidigender Handlungen (actes grossièrement provocateurs) von Seiten einiger Agenten des Kaisers Abderrhaman in Tanger und Mogador unterbrochen worden. Der Schiffscapitän le Barbier de Tinan hat im Beginn dieses bedauerlichen Zwists Befehl erhalten sich mit der Fregatte „La Pomone“ nach Tanger zu begeben um nöthigenfalls unsere Consuln gleichwie die Angehörigen unserer Nation aufzunehmen und zu schützen. Alles schien anzudeuten daß Frankreich noch einmal genöthigt seyn würde mit Strenge gegen Marocco zu verfahren, aber das eben so geschickte als entschlossene Benehmen des Capitäns der „Pomone“ hat diesen ernsten Conflict glücklich und ehrenvoll beendigt.“ Nach einem Bericht des Capitäns aus Cadix, 16 Nov., hatte der neapolitanische Consul am 4 d. ein Schreiben des Pascha Bu-Selam nach Gibraltar überbracht, mit der Nachricht daß der Kaiser den Streit friedlich beigelegt wünsche und alle Genugthuungsforderungen bewillige. Hr. v. Chasteau, der französische Geschäftsträger, schiffte sich daher am Morgen des 8 mit sämmtlichen nach Gibraltar geflüchteten Franzosen nach Tanger ein. Am Ufer angekommen wurden sie von der Fregatte „Pomone“ mit 13 Kanonenschüssen welche die Forts erwiderten, begrüßt. Auf dem Landungsplatz empfing sie der General der Truppen, Ben-Abu, trat mit entgegengestreckter Hand auf sie zu und begleitete mit einer Abtheilung Soldaten den Zug zum Consulat. Wenige Augenblicke nachher erschien der Unter-Gouverneur des Platzes um sich bei dem Generalconsul öffentlich zu entschuldigen, zwei Consulatsbeamte begaben sich nach der Casba, der Wohnung Bu-Selams, um der Bastonade der Mauren anzuwohnen welche den Sohn des französischen Agenten von Casa-Blanca mißhandelt hatten. Nach diesem Triumph der französischen Civilisation über die afrikanische Barbarei wurde die Consularflagge aufgehißt und vom Platz aus mit 21 Kanonenschüssen begrüßt, und die „Pomone“ gab Schuß um Schuß zurück. In Casa-Blanca (Darbeida) und Mozagan wurden die französischen Consuln mit ähnlichen Ehren wieder eingesetzt. Schon mehrmals hatten die Blätter angezeigt daß die Flotte Befehl erhalten habe aus der Levante nach Toulon zurückzukehren. Noch ist nichts officiell bekannt, aber eine telegraphische Depesche aus Brest, 25 Nov., welche die Anzeige enthält daß der Dreidecker „Valmy“ nach Toulon abgesegelt sey, deutet auf eine Verstärkung der Mittelmeerflotte hin.

Durch Beschluß des Unterrichtsministers vom 21 Nov. ist Hr. Wallon, seit vielen Jahren amtlicher Stellvertreter des Hrn. Guizot, zum Professor der neuen Geschichte an der Facultät der Litteratur von Paris ernannt. Der Exminister ist jetzt also pensionirter Professor.

Die persönliche Politik enthüllt sich immer mehr — es ist das Interesse des Präsidenten für die Erhaltung seiner Macht. Das Journal: le Crédit enthält folgende merkwürdige Aeußerungen die er in einer amtlichen Unterredung mit den neuernannten Präfecten gethan haben soll: „Die offenen oder heimlichen Unternehmungen der alten Parteien, die Millionen von Stimmen welche der Autorität die ich ausübe, und der Verantwortlichkeit die ich auf mich nehme zur Grundlage dienen, die vielfältigen Zeugnisse der Zustimmung und Aufmunterungen die ich seit der Botschaft von allen Classen der Bevölkerung und von allen Punkten des Landes empfange, machen mir zur Pflicht mich jetzt schon mit den Mitteln zu beschäftigen Frankreich vor den unvermeidlichen Drangsalen zu bewahren welche ein neuer Regierungswechsel nach sich ziehen würde. Ueber diesen Gegenstand darf keine Ungewißheit in Euch seyn. Im Angesicht der reactionären und revolutionären Parteien die auf den Tag wo die öffentlichen Gewalten erneut werden sollen, mit Lösungen im Rückhalt stehen wodurch alles in Frage gestellt und das Land umgestürzt würde, müssen die Agenten der Autorität, in allen Stufen, jetzt schon eine Lösung entgegensetzen, eine friedliche, organisirende Lösung welche nach der Meinung der großen Mehrheit eine Bürgschaft der Ordnung und Sicherheit wäre — diese Lösung ist die Erhaltung, die Fortdauer dessen was ist. Wenn die von fünf Millionen Stimmen erwählte Gewalt zaudern wollte bei der drohendsten Eventualität im Namen des gemeinen Wohls ins Mittel zu treten, so wäre es von ihrer Seite ein unverzeihlicher Act von Schwäche und Unfähigkeit, ein wahres Ausreißen, wenn sie suchte auf andere als constitutionelle Weise ins Mittel zu treten — so wäre es eine schändliche Thorheit. Zwischen diesen zwei Klippen müßt Ihr jetzt schon die künftige constitutionelle Erwählung des Chefs der vollziehenden Gewalt betreiben, indem Ihr ihm mit all Euren Anstrengungen beisteht durch Befestigung der Ordnung und den positiven Fortschritt der öffentlichen Wohlfahrt die Zuneigung und das Zutrauen des Landes zu verdienen.“ Der Rede kurzer Sinn ist: die Präfecten, die hohen und niedern Beamten überhaupt sollen die Wiedererwählung des Hrn. L. Bonaparte zum Präsidenten der Republik unverweilt in Angriff nehmen, und zwar eine unmittelbare Wiedererwählung auf constitutionellem Weg. Dieser Zusatz ist rein nichts bedeutend, denn die Verfassung schließt ihn förmlich aus. (Art. 45 le président de la République est élu pour quatre ans, et n'est rééligible qu'après un intervalle de quatre années). Eine Verfassungsrevision kann aber (nach Art. 111) nur stattfinden wenn im letzten Jahr einer Legislatur die Nationalversammlung in dreimaligen Beschlüssen, die nach Zwischenräumen von je einem Monat mit drei Viertelstimmen Mehrheit bei Anwesenheit von wenigstens 500 Mitgliedern gefaßt seyn müssen, sich dafür er-

klärt hat, worauf eine Revisionsversammlung von 900 gewählt wird. Wenn also Hr. L. Bonaparte die oberste Gewalt ununterbrochen fortbehalten will, so kann er es nur auf verfassungswidrigem Weg, durch einen Staatsstreich oder eine Revolution.

) **Paris, 26 Nov. Im Elysée herrscht eine ganz trübe Stimmung. Die Widerwärtigkeiten welche dem Präsidenten durch seine Familie und namentlich seinen Vetter, den Raufbold Pierre, bereitet werden, erfüllen ihn mit Kummer. Drohungen aller Art kommen ihm von seinen Verwandten zu, und gehen die Sachen so fort, so wird in den höheren Regionen durch Regierungsmaßregeln dafür gesorgt werden müssen eine Fraction der Bonaparte unschädlich zu machen, und sey es auch nur um des Landfriedens willen. Auch der alte Jerome bemerkte neulich daß er während der letzten Zeit der Regierung Ludwig Philipps weit glücklicher und ruhiger in Paris gelebt habe als gegenwärtig. Die Familienzwistigkeiten der Bonaparte schaden der Entwickelung der „kaiserlichen" Strebungen um so mehr als jeder Schritt und jede Intrigue der persönlichen Anhänger des Präsidenten überwacht, verrathen und zu Gunsten seiner Gegner ausgebeutet wird. Die Orleans tagen ruhig und besonnen abwartend in Claremont. Sie hoffen mehr als je daß Frankreich, durch die Unachtsamkeit und die Fehler der Parteien mürbe gemacht, mit Sehnsucht seine Arme nach ihnen ausstrecken werde. Ludwig Philipp befindet sich wohl und rüstig. In einem Schreiben an einen seiner Sachwalter dahier äußerte der Exkönig neulich daß er wohl noch die Großjährigkeit seines Enkels, des Grafen v. Paris, zu erleben hoffe. Ob indessen diese sieben Jahre für Frankreich fette seyn werden, bezweifelt der Graf v. Neuilly. Lamoricière wird in der ersten Hälfte des nächsten Monats hierher kommen. Man hofft er werde die Generalstatthalterschaft in Algerien übernehmen. — Im Ministerium herrschen Uneinigkeiten. Man will behaupten daß zwischen Hrn. Fould und dem Präsidenten plötzlich Mißhelligkeiten ausgebrochen seyen.

× **Paris**, 27 Nov. Wenn ich Ihnen sage daß die Ohnmacht des Elysée sich gern das Aussehen des Gegentheils geben möchte, und nicht dahin gelangen kann! Was heute der Crédit erzählt, nämlich daß der Präsident Bonaparte den neuernannten Präfecten empfohlen für seine Wiederernennung auf constitutionelle Weise zu sorgen, ist vollkommen wahr. Das Gestirn, das Gestirn! Wenn der neue Wallenstein seinen Seni zu Rathe zieht, so muß dieser ihm doch sagen daß seit einiger Zeit sein Stern sehr erblaßt ist, so sehr er sich auch mit dem Gegentheil schmeichelt. Nicht die Wiederernennung, die Wiederernennung als Präsident auf constitutionellem Wege, war noch vor wenigen Tagen die Verheißung der Gestirne, sondern der Kaiserthron des Oheims, die Wiedererstehung seines Glanzes, und die Pracht und die Herrlichkeit wie sie im Jahr 1804 über Frankreich aufgegangen. Warum das? warum verlangt man heute weniger? Weil die jüngsten Versuche bei der öffentlichen Meinung nicht glücklich ausgefallen sind. Der beste Beweis ist die Art wie die berühmte Botschaft des Präsidenten, besonders nach den Commentaren der Gesetzesvorschläge des Hrn. Fould und den Proclamationen von Carlier, im Volke aufgenommen worden ist. Darum sieht man sich nach andern Mitteln um, und keines soll unversucht bleiben. Kommt irgendeine Deputation aus einem Departement, so hält ihr der Großceremonienmeister, derselbe Fialin von dem Pierre Bonaparte so respectwidrig gesprochen, lange, erbauliche Reden von der einzig starken und wohlthätigen Regierung die da das Kaiserthum ist. Aber auch auf dem Gesetzgebungsweg soll dem Elysée die Palme bleiben. Da hat z. B. die Nationalversammlung ein Gesetz über Unterstützung des Alters in Berathung; alsbald kommt das neue Ministerium und bringt ein Gesetz zu ganz gleichem Zweck vor die Versammlung, damit nicht dieser sondern der Executivgewalt das Verdienst, die Popularität bleibe. Es ist aber eine eigene Ueberlegung in die Bourgeoisie gedrungen, sie will keine Experimente mehr außerhalb der Constitution machen.

Straßburg, 28 Nov. Die Generalverwaltung der französischen Posten hat nun die Einrichtung getroffen daß vom nächsten Sonnabend (1 Dec.) an die Briefcorrespondenzen und Zeitungen nach Straßburg und dem südwestlichen Deutschland mittelst der Eisenbahn bis Chalons befördert werden. Die Mallepost gelangt dadurch vorläufig jedenfalls so früh hierher daß das Gränzbureau in Kehl die Weiterversendung mit dem ersten Morgenzuge (7 Uhr 45 Min.), statt wie bisher mit dem zweiten (um 12 Uhr 10 Min.), bewerkstelligen kann. Hoffen wir nun auch daß die Postverbindungen zwischen Karlsruhe, Stuttgart und Augsburg in einen gehörigen Anschluß mit dieser neuen Beschleunigung gebracht werden. Die süddeutschen Staaten werden doch erkennen wie wichtig es für sie ist der Paris-Wiener Postroute das alte natürliche Geleise wieder zuzuwenden. Vielleicht entschließt sich auch die württembergische Regierung dazu ihre Eisenbahn von der Post benützen zu lassen. Die Verwaltung der Taunuseisenbahn lag jahrelang mit Taxis im Processe, ohne daß dadurch das Publicum gelitten hätte, denn die Post konnte auch während des Rechtsstreites den Schienenweg zwischen Mainz und Frankfurt benutzen. Sollte man in Württemberg nicht dasselbe Verfahren einschlagen?

Neuestes.

‖ **München**, 1 Dec. Die Discussion des Amnestiegesetzes ist in einer von 9 bis 2 Uhr andauernden Sitzung mit den Art. 2, 3 und 4 fertig geworden; Art. 2 wurde im Sinne der Ausschußanträge modificirt, Art. 3 ohne Discussion und Art. 4 nach einer Debatte die weit über den eigentlichen Gegenstand hinausschweifte, in der Fassung des Regierungsentwurfs angenommen. Die Zwischendebatte reihte sich an ein Votum des Frhrn. v. Lerchenfeld, welches die Ereignisse der 30er Jahre und die Vorgänge in Franken berührte; mehrere Abgeordnete aus Franken legten Verwahrung gegen diese Schilderungen ein; Fürst Wallerstein kam auf seine damalige Portefeuilleführung zurück und deutete wiederholt an daß die Pflicht des Amtsgeheimnisses seiner Vertheidigung im Wege stehe. Minister v. d. Pfordten hob dagegen mit Gewandtheit hervor daß auch im Vormärz Bayern und seine Minister constitutioneller waren (resp. hätten seyn sollen), und da wo das Amtsgeheimniß im Wege stehe, man sich auch nicht in Andeutungen darauf stützen könne. Schließlich werden drei verschiedene Modificationen von Reinhard, Arnheim und Lerchenfeld zu Art. 5 entwickelt, worauf die Sitzung geschlossen und ihre Fortsetzung auf Abends 5 Uhr anberaumt wird. Da das Gesetz nur 9 Artikel hat, so ist zu hoffen daß die Abgeordneten heute endlich zum Schluß gelangen.

‖ **München**, 1 Dec. Endlich gegen 10 Uhr Abends sind die Abgeordneten des Amnestiegesetzes Meister geworden. Der Art. 5 wurde nicht im Sinne des Ausschusses — der den Staatsverrath 1. und 2. Grades, durch Rede oder Presse begangen, diesseits nicht von der Amnestie ausgeschlossen wissen wollte — sondern nach Antrag Lerchenfelds dahin modificirt daß jene ausgeschlossen bleiben welche direct zum bewaffneten Umsturz der bayerischen Staatsverfassung aufgefordert haben. Ein die Ausnahme verengendes Unteramendement Wallersteins wurde bei Stimmengleichheit — v. d. Pfordten stimmte dagegen — durch das entscheidende Votum des Präsidenten Grafen Hegnenberg verworfen. Hierauf ward das ganze Gesetz in seiner modificirten Fassung mittelst Namensaufruf einstimmig — v. d. Pfordten enthielt sich der Abstimmung — angenommen. Der Zusatzantrag welcher der Regierung weitere Amnestirungen anheim gibt, wird vom Justizminister und Namens der Linken von Wallerstein bekämpft, aber mit Majorität angenommen. Einstimmig angenommen wird ferner ein Zusatzantrag Dr. Jäger's daß gegen amnestirte Studenten auch keine disciplinäre Einschreitung Platz greifen dürfe. Der Justizminister verwahrt der Regierung das Recht gegen amnestirte Beamte disciplinarisch zu verfahren. Fürst Wallerstein erklärt hievon Act zu nehmen.

Augsburg, 2 Dec. Die neueste Wiener Post fehlt uns bis zur Stunde (9 Uhr Vormittags) noch. Die Frankfurter Post haben wir bis zum 30 Nov., die Berliner bis zum 29 Nov. erhalten. Der Thermometer steht auf 0.

Stuttgart, 29 Nov. Der ständische Ausschuß hat in Folge des ihm zugekommenen Erlasses des königl. Geheimenrathes vom 28 d. die durch die königl. Verordnung vom 12 Nov. veränderte Eidesformel betreffend, nachstehendes zu Protokoll gegeben, und hievon der königlichen Staatsregierung Nachricht ertheilt: „Daß, insofern das vorliegende Rescript die früher von Regierung und Ständen beschlossene Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung zurückzunehmen beabsichtigen sollte, der Ausschuß dagegen Verwahrung einzulegen und dem Volke sein Anrecht an diese Verfassung vorzubehalten sich gedrungen sehe." — Zwölf Abgeordnete (Barchet, Bendel, Dörtenbach, Frank, Frisch, Geigle, Huck, Mack, Murschel, Reyscher, Römer, Rüpplin, Wieland und v. Zwergern) haben eine Verwahrung an den ständischen Ausschuß gerichtet, im wesentlichen des Inhalts: daß eine Beeidigung auf die Reichsverfassung als Form des noch nicht definitiv zu Stande gekommenen Reiches zur Zeit Bedenken erregen könnte, daß sie — die Unterzeichneten — aber dieselbe Verfassung, soweit sie Bestimmungen für die Verfassungen der einzelnen deutschen Staaten enthält, als Grundlage der bevorstehenden Aenderung der Landesverfassung aufrechtzuerhalten gesonnen und verpflichtet sind; daß sie ferner die zur Rechtfertigung der geschehenen Modification des Eides geltend gemachte Berufung auf §. 89 der württembergischen Verfassungsurkunde nicht für begründet halten, vielmehr der k. Staatsregie-

rung ein Recht zur Aenderung besagten Gesetzes umsoweniger zugestehen können, als dieses Gesetz bereits einen Bestandtheil des einheimischen Verfassungsrechts bildet. Wenn die Unterzeichneten gleichwohl den von der k. Staatsregierung einseitig abgeänderten Eid zu leisten entschlossen sind, so thun sie es nur in der Ueberzeugung daß dadurch ihrer sich von selbst verstehenden gesetzlichen Verpflichtung nichts benommen werde 2c.

* **Dresden,** 29 Nov. In der zweiten Kammer wurde ein Antrag für die Aufhebung des Belagerungszustandes mit 28 gegen 26 Stimmen als dringlich erkannt. Oberlieutenant Müller wurde mit 51 Stimmen in den Finanzausschuß gewählt.

* **Hannover,** 29 Nov. Die erste Kammer sollte heute über den Antrag der zweiten in Betreff der Wahrung der Rechte Schleswig-Holsteins berathen. Graf Bennigsen bestätigte aber in geheimer Sitzung daß die holsteinische Statthalterschaft direct mit Kopenhagen in Verhandlung getreten sey und der König von Dänemark diese Verhandlung genehmigt. Die Kammer entfernte dann, nach dem Wunsche des Ministeriums, den Gegenstand von der Tagesordnung. In der zweiten Kammer stellte Bueren vorgestern die Anfrage an die Minister, wann die in der Thronrede versprochenen Vorlagen über die deutsche Frage an die Stände gelangen würden? Die anwesenden Minister Lehzen und Düring blieben lautlos auf ihren Plätzen; Stüve verließ den Saal.

Düsseldorf, 29 Nov. So eben wurden sämmtliche Angeklagte des Neisser Zeughaussturms freigesprochen.

Berlin, 28 Nov. Der Anfang des Waldeck'schen Processes hat die sonderbarsten Enthüllungen über die Persönlichkeit Ohms gegeben, dessen Aussagen einen Haupttheil der Belastung Waldecks bilden. Er ist 24 Jahre alt, jüdischen Stammes, früher Handlungscommis, zuletzt Correspondent der Neuen Preußischen Ztg. (der Kreuz-Zeitung). Hatte er sich, nach seinen Aussagen, früher der äußersten demokratischen Partei angeschlossen, so war er später ihr Ankläger geworden. Bei dem Verhör durch den Präsidenten und in den Zwischenfragen verwickelte er sich in eine Masse von Widersprüchen, gab zu daß er bei der frühern Untersuchung da und dort gelogen, Kniffe gebraucht habe 2c. Kurz, es that sich ein Pfuhl sittlicher Versunkenheit auf, aus dem sich schwer die Wahrheit erheben lassen wird. Waldeck sprach $1\frac{1}{2}$ Stunden lang um der Anklageschrift zu antworten. Dann ward die Sitzung vertagt.

* **Berlin,** 29 Nov. Im Waldeck'schen Proceß wurden heute die Belastungszeugen verhört. Bis jetzt schien der Gang dem Angeklagten günstig. Die ministeriellen Organe sprachen von neuen ihn beschwerenden Actenstücken, die in Posen gefunden worden. Die Verhandlungen mit Wien wegen Einsetzung der Bundescommission haben noch immer zu keinem Resultate geführt; die preußischen Commissarien gehen also vorerst so wenig nach Frankfurt als die österreichischen. Die erste Kammer hat heute dem Gesetzentwurf über die Ostbahn gleichfalls ihre Zustimmung gegeben.

London, 27 Nov. Der Standard meldet: „Dem Vice-Admiral Sir W. Parker ist die Ordre zugefertigt mit seiner Flotte die Dardanellen zu verlassen und nach Malta zurückzugehen." — Times und Chronicle tragen sich mit dem Gerücht eines nahe bevorstehenden Bruchs zwischen Oesterreich und Preußen, und behandeln die Sache sehr ernsthaft. Zugleich geht durch die Londoner Blätter die sonderbare Sage daß der König von Preußen zu Gunsten des Prinzen von Preußen abgedankt habe. — Heute saß auf dem auswärtigen Amt ein langer Cabinetsrath. — Der Zustand der Königin-Wittwe wird täglich hoffnungsloser. — Aus Ostindien vernimmt man nachträglich daß in Bangkok, der Hauptstadt Siams, die Cholera zu Anfang des Junius beispiellos wüthete. Binnen 12 Tagen starben über 20,000 Menschen.

: **London,** 28 Nov. Die Times stellt in Abrede daß sie das amtliche Organ des Colonialministeriums sey, bringt aber gleichwohl die wichtige amtliche Ankündigung daß die Regierung (um die Händel am Cap u. s. w. abzuschneiden) beschlossen hat eine Strafcolonie in West-Australien zu errichten. — Der französische Gesandte ist von Paris zurückgekehrt. — Das westindische Postdampfboot „Teviot" ist mit einer reichen Ladung, darunter 419,450 Dollars aus Mexico, in Southampton eingelaufen. Nichts politisches neues von den Inseln.

Paris, 28 Nov. Das Coalitionsgesetz wurde gestern, nach einem letzten Versuch der Opposition den Begriff Coalition bloß als eine gegen die Freiheit der Arbeit und der Industrie gerichtete Verabredung zu bestimmen, sowie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen war, zum Beschluß erhoben. Heute brachte der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ein Subsidienansinnen von $1\frac{1}{2}$ Mill. für die Republik Uruguay ein, worauf die Versammlung an die dritte Berathung des Naturalisationsgesetzes ging. Das Ereigniß des Tages ist aber nichts parlamentarisches, es ist die Entdeckung einer legitimistischen Verschwörung. Die Sache wird verschiedentlich erzählt, gewiß scheint daß eine geheime Gesellschaft welche dieser Partei angehört und die unter dem Namen Legion de St. Hubert in der Rue Rumfort, 16, ihre Versammlungen hielt, von der Polizei aufgehoben wurde und 46 Personen verhaftet sind. Darunter ist der Vicomte v. Cuny, ehemalige Hofdiener Karls X, ein Priester von St. Severin, ein Arzt u. s. f., keine der eigentlichen legitimistischen Notabilitäten. Einige der Verhafteten sollen die bevorstehenden Wahlen als Versammlungszweck angegeben, andere bekannt haben daß die Erhebung Heinrichs V auf den Thron seiner Väter ihr wahrer Zweck sey. Sie wurden Nachts 11 Uhr auf die Polizeipräfectur gebracht, nachdem man sie vorher in ihre Wohnungen geführt und ihre Papiere, einige Frankenstücke mit dem Bildniß Heinrichs V und der Jahreszahl 1850, einige Gewehre 2c. in Beschlag genommen hatte. Nach einer Version hatte man auch eine Waffenniederlage in Versailles entdeckt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 27 Nov. Consols auf Rechnung $95\frac{1}{8}$. — In Liverpool ist ein Segelpaketboot mit einer New-Yorker Post vom 9 Nov. eingelaufen. Nichts politisches Neues. Die Baumwollpreise wichen; mittlere Qualität $11\frac{1}{2}$ C. Korn- und Mehlhandel ziemlich lebhaft; die Frachten unverändert. Der Curs auf Europa etwas sinkend. Zunehmende Auswanderung nach Californien.

London, 28 Nov. Consols $95\frac{1}{4}$.

Paris, 28 Nov. 3proc. 57.5; 5proc. 89.80; Schatzscheine $5\frac{1}{4}$; Bankactien 2400; belg. 5proc. $95\frac{3}{4}$; Anl. von 1842 $95\frac{3}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. 87; römische 81; span. passive $3\frac{3}{8}$; 3proc. $37\frac{1}{2}$; innere Schuld $28\frac{5}{8}$; piem. 5proc. 83; Oblig. v. 1834 920; von 1849 885; Vers. E.-B. rechte 210; linke 166.25; Paris-Orleans 733.75; Rouen 527.50; Straßburg 356.25; Nordbahn 442.50; Rouen-Havre 228.75; Straßb.-Basel 101.25; Orleans-Vierzon 302.50; Bordeaux 398.75; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 176.25; Montereau-Troyes 115.

Frankfurt a. M., 29 Nov. Oesterr. 5proc. Metall. $86\frac{1}{4}$; Bankactien 1296; Ludwigsh.-Berbach $84\frac{1}{2}$; bad. 35fl.-Loose $31\frac{3}{4}$; Taunusbahn 294.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Freimund Goldmanns Briefe aus Wisconsin in Nordamerika.

Als ein anschauliches Bild einer neuen Ansiedlung für Auswanderer. Herausgegeben von Dr. G. Goldmann, Pastor in Gr. Dahlum.

Leipzig, 1849.

* Das Büchlein leistet was sein Titel verspricht. Es ist ein sachverständiger Mann der uns in demselben seine Reise nach dem Ort seiner Ansiedlung, und diese selbst in offnen und rückhaltslosen Briefen an seine Familie beschreibt. Er hat, nachdem er gute Schulkenntnisse erworben, Landwirthschaft und Brennerei auf einem Gut praktisch erlernt, dann zwei Jahre lang Chemie, Botanik, Bodenkunde, Technologie und Thierarzneikunde studirt, sich im Reiten, Fahren, Fechten und Schwimmen geübt, und die homöopathische Thierheilkunde getrieben, ist dann bei der Artillerie eingetreten, und, beurlaubt, Verwalter geworden, endlich hat er im Dienste der braunschweigischen Landesökonomiecommission fünf Jahre lang separirt und bonitirt, und ging dann mit einem ausreichenden Capital und den nöthigen Geräthen nach Nordamerika. Man kann sich keinen besser ausgestatteten Auswanderer denken, besonders wenn man hinzunimmt daß er 32 Jahr alt, kerngesund und festen Sinns und Charakters die Reise antrat. Er macht sie auf dem Dampfschiff Washington, und klagt über die üble Lage der Deutschen auf einem Schiff auf dem niemand deutsch spreche, bei dem Klagen anzubringen seyen, und über Vernachlässigung der Passagiere der zweiten Kajüte. In New-York dauert es lange bis er sein Gepäck vom Schiff bekommen kann. Es ist ein Zug des Heimwehs, das einen in den ersten Tagen des Aufenthalts in einem fremden Lande gewöhnlich befällt, daß ihm in New-York besonders die Spitzbuben auffallen, die es auf den Beutel der Auswanderer abgesehen haben, und daß er von den Amerikanern bloß ihre Gleichgültigkeit gegen fremdes Geschick, und ihr alleiniges Streben und Talent Geld zu machen, hervorhebt. Sobald er etwas einheimisch geworden ist, verbessert er dieß vorschnelle Urtheil. Er geht von New-York über Albany nach Buffalo, und schildert die große Leichtfertigkeit mit welcher die Fahrten auf der Eisenbahn betrieben werden, und die elenden Einrichtungen für die Passagiere der letzten Classe. Von Buffalo reiste er auf dem Oregon nach Milwaukie. Man kommt von New-York bis Milwaukie mit 8 Dollars. Nach langem und beschwerlichem Suchen findet er endlich, durch Vermittlung eines Landsmanns, der längere Zeit dort schon als Arzt gelebt, ein passendes Stück Land und seine Arbeit beginnt sofort. Er baut kein Blockhaus, sondern ein frame house, das er so beschreibt: Ein Fachwerk von schwachem Eichenholz (die Ständer 2 Zoll dick, 4 Zoll breit), außen mit halbzoll dicken Brettern bekleidet, so daß ein Brett immer über das andere greift. Das Dach besteht aus einer Reihe dünner Tannenbretter, auf die man Schindeln nagelt. Inwendig werden die Häuser mit zwei Zoll breiten dünnen Latten dicht beschlagen, jede Latte einen halben Zoll von der andern; die Latten werden dreimal mit einer Mischung von Kalk und weißem Sand übersetzt, das gibt eine warme, feste, glatte, weiße Wand. Die Decke wird ebenso gemacht; die Wände sind hohl; die Fenster sind zum schieben. Goldmann ließ die seinigen so einrichten daß er, was sonst bei den amerikanischen Fenstern nicht geht, auch die obere Hälfte herablassen kann. Sobald er erst einen festen Punkt hat, beginnt die Arbeit mit ungeheurer Anstrengung, das Holz muß weit hergeholt werden um einen Theil des Landes einzufangen, ein Stück Land besäet, Vieh gekauft, der Keller gegraben; da ist er denn überall auf sich selbst gewiesen, aber im Gefühl der Unabhängigkeit wirds ihm trotz der unendlichen Mühsale heimisch; nun findet er die Amerikaner im allgemeinen sehr gastfrei, gefällig und ehrlich, man sieht nirgends Bettler, wohl aber Trunkenbolde, besonders unter den Bleigräbern, denn Wisconsin hat eine ungeheure Menge Blei, mit dessen Graben besonders Irländer und Deutsche viel Geld verdienen, und diese sind vorzugsweise die Trinker. Er bemerkt die außerordentliche Ehrfurcht der Amerikaner vor den Frauen, deren übertriebener Kleiderluxus ihm auffällt. Botticher würden in seiner Gegend guten Verdienst finden, weil man zu Fleisch, Mehl rc.) viele Fässer braucht; er wünscht sich einige ehrliche, fleißige, deutsche Bauern, denen er auf fünf Jahre ein Stück Land umsonst gäbe, das sie während der Zeit einfangen und umbrechen müßten, und nebenbei für ihn im Taglohn arbeiten, später müßten sie dann wenn sie bleiben wollten einen Theil der Ernte als Pacht geben. Man sieht wie natürlich dergleichen Verhältnisse von Gutsherren und Colonen sind. Dabei wird er dann ein enthusiastischer amerikanischer Bürger. Wisconsin wird bald nach seiner Ankunft in die Union aufgenommen, er schreibt davon mit Begeisterung und mit Bedauernsblicken auf Deutschland. Wir möchten allen Auswanderern dieß Büchlein, das die neuesten Zustände jenes Theils von Amerika beschreibt (der neueste Brief ist vom Februar 1849) zur Beherzigung dringend empfehlen.

Der Ausschuß der Gothaer Partei: „an die Freunde."

Der in Gotha gewählte Ausschuß ist veranlaßt in die Frage einzugehen ob die Beschlüsse vom 28 Jun., ungeachtet der Aenderungen welche seitdem in der Lage der deutschen Verfassungsangelegenheit eingetreten sind, dem Verhalten und Wirken der Einheitspartei fortan zur Richtschnur dienen können. Wäre diese Frage zu verneinen, so würde weiter zu berathen seyn: auf welchem andern Wege und durch welche andere Mittel nach dem Ziel der Einigung der deutschen Staaten im Bundesstaat zu streben wäre. Das hohe Ziel selbst steht unverrückbar fest: alle Kräfte müssen aufgeboten werden um die Hindernisse welche im Wege liegen zu beseitigen; dieser Satz bleibt wohl für alle Gleichgesinnten außer Frage. Eingedenk der ihm anvertrauten Sorge für die Erhaltung der Gemeinsamkeit des Wirkens so vieler bewährten Männer in Deutschland hat der Ausschuß die Punkte, auf welche es bei Beurtheilung der gegenwärtigen Lage ankömmt, im einzelnen und in ihrem Zusammenhang in Erwägung gezogen, und bringt seine Ansicht den Freunden zur Kenntniß, begleitet von dem Ersuchen abweichende Meinungen mit deren Begründung an ihn gelangen zu lassen.

Die Unterzeichner der Erklärung vom 28 Jun. haben sich verbunden: „soviel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Conferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken und an den Wahlen zum nächsten Reichstag sich zu betheiligen." Die Voraussetzungen auf welchen die Ueberzeugung beruhte daß der von den drei Königreichen eingeschlagene Weg zu dem vorgesteckten Ziel führen könne, waren: „daß alle deutschen Regierungen welche zur Berufung eines Reichstags auf der Grundlage des Entwurfs vom 28 Mai mitwirken, dem Reichstag in einer jede einzelne Regierung bindenden Form als Einheit gegenübertreten, und daß die dem Reichstag vorbehaltene Revision sich nur auf solche Verfassungsbestimmungen erstreckt welche in der Reichsverfassung vom 28 März und dem Entwurf vom 28 Mai nicht wörtlich und wesentlich übereinstimmen."

Zu einem Zweifel an dem Eintreten der ersten Voraussetzung liegt kein Anlaß vor; die zweite wird erst nach dem Zusammentritt des Reichstags in den Vordergrund treten. Es ist in dieser Beziehung nichts vorgekommen was auf die Verabredung vom 28 Jun. von abänderndem Einfluß seyn könnte. Dagegen sind in Bezug auf das Zustandekommen eines Reichstags folgende Momente vorzugsweise in Betracht zu ziehen: I. der Beitritt der meisten kleineren Staaten Deutschlands zu dem Bündniß vom 26 Mai; II. die Weigerung der Königreiche Bayern und Württemberg dem Dreikönigsbund sich anzuschließen; III. die Weigerung der k. Regierungen von Hannover und Sachsen zur Berufung des Reichstags mitzuwirken; IV. die Vorschläge Preußens bei dem Verwaltungsrath auf Abänderungen an dem Verfassungsentwurf vom 28 Mai; V. das Wirken Oesterreichs gegen die Bildung eines engeren Bundes bei fortwährendem Zurückhalten eigener Vorschläge zu einer Verfassung für Deutschland an der Stelle der Bundesacte von 1815; VI. der Vertrag vom 30 Sept. über die Einsetzung einer Bundescommission bis 1 Mai 1850.

Nach reiflicher Erwägung aller dieser Punkte und der damit zusammenhängenden Verhältnisse ist der Ausschuß zu der Ueberzeugung gelangt daß hierdurch ein Abgehen von den in Gotha gefaßten Beschlüssen nicht begründet, ein besserer, überhaupt ein anderer Weg zur verheißenen Befriedigung der Ansprüche und Bedürfnisse der Nation nicht eröffnet, vielmehr die dringendste Aufforderung an unsere Partei und jeden Einzelnen gegeben ist, mit erhöhter Anstrengung die Erfolge zu benutzen, die Hindernisse zu bekämpfen, um auf dem zu berufenden Reichstag eine

Verfassung zu Stande zu bringen welche die Gewähr in sich trage daß sie allen rein deutschen Staaten die Vortheile der Einigung biete und jene ihres berechtigten Eigenlebens erhalte.

Der Beitritt der meisten kleineren Staaten Deutschlands zu dem Bündniß vom 26 Mai war für viele unter uns, welche die zu überwindenden Schwierigkeiten, insbesondere die bei Regierungen und Ständen entgegenwirkenden Einflüsse kannten, ohne Zweifel ein überraschend günstiges Ereigniß. Auf der andern Seite mußten die Schritte der k. Regierungen von Hannover und Sachsen, um von der Verpflichtung der Theilnahme an der Berufung des Reichstags loszukommen, alle diejenigen schmerzlich berühren welche noch auf Heiligkeit des Worts und der Verträge halten, und nicht von vornherein der Ansicht waren daß jene Regierungen ihr Wort nicht aus den in der Circularnote vom 28 Mai niedergelegten patriotischen Beweggründen, sondern nur aus Furcht vor den Gefahren des Augenblicks und mit dem Vorbehalt verpfändet hätten dasselbe bei der ersten Probe zu brechen. Das Abweichen der beiden k. Regierungen von ihren Zusicherungen, wobei sie zugleich die feierlich anerkannten Rechte der Nation auf Einheit und Nationalvertretung preisgeben, wird das verletzte Rechtsgefühl im Volke um so entschiedener gegen sich haben, als jener beklagenswerthe Schritt wesentlich gegen die Freiheit gerichtet ist. Die Einheitspartei aber steht mit dem Beharren auf der Nationalvertretung, welche die Freiheit verbürgt, gerade jener Partei entgegen die sich des Particularismus bedient um die Freiheit zu vernichten. Es werden daher die deutschgesinnten Männer in Hannover und Sachsen ihre Bemühungen dafür fortsetzen daß die Vertretungen dieser Volksstämme die Ehre, das Recht und das Wohl des Vaterlands durch ihren Ausspruch wahren. Die übrigen Regierungen haben bereits den Tag der Wahlen und den Ort der Zusammenkunft für den Reichstag festgesetzt. Daß der Vollzug der Wahlen, welcher im Frühjahr 1848 in weit kürzerer Frist möglich gewesen, nicht durch übeln Willen oder schleppenden Geschäftsgang verzögert, daß der Tag der Eröffnung des Reichstags ungesäumt verkündet werde, dadurch möge der Ernst der vereinten Staaten bethätigt, dadurch wird die Verirrung von Hannover und Sachsen am ehesten geheilt werden. Die Zahl und die Kräfte der verbündeten deutschen Staaten reichen aus um mit dem Beispiel der Einigung voranzugehen, der Nation das Vertrauen auf ihre Zukunft und damit den ernstlichen Willen sich dafür zu bemühen wiederzugeben, und die widerstrebenden Regierungen auf bessere Wege zu bringen.

Daß der Anfang zur Herstellung eines Bundesstaats ohne Bayern und Württemberg zu machen seyn werde, war schon damals als wir uns zu dem Beschlusse vom 28 Jun. vereinigten mehr als wahrscheinlich. Daß der vorausgesehene Fall leider wirklich eingetreten, kann daher unserer Thätigkeit eine andere Richtung nicht geben. Zudem ist aus den Verhandlungen der bayerischen Kammern die Bezeichnung eines andern und bessern Wegs, um zur Einigung zu gelangen, nicht zu entnehmen; und obwohl die Mehrheit der zweiten Kammer der Politik der Regierung beipflichtete, auf eine Aenderung des österreichischen Systems, welche den Eintritt des Kaiserstaats in einen engern staatlichen Verband mit dem übrigen Deutschland ermögliche, noch länger zu warten, so hat sie doch auf der andern Seite nicht verkannt „daß die Ungewißheit über das zukünftige Schicksal des Vaterlands nicht nur eine bedenkliche Aufregung erhält, sondern auch die materiellen Interessen des Volks aufs schwerste beeinträchtigt und gefährdet;“ sie hielt ferner an dem Bundesstaat mit Nationalvertretung fest, sie hat der Regierung die Fortsetzung der Verhandlungen anempfohlen, und es wird dem geschichtlichen Gang der deutschen Entwickelung überlassen bleiben müssen Bayern der möglichen und erreichbaren Einigung um so eher zu gewinnen, je rascher und kräftiger sich der Anfang und der Kern des Bundesstaats gestaltet. Die württembergische Regierung hat, im Vertrauen auf eine von Oesterreich zu erwartende entscheidende Aeußerung, und weil der Nachbarstaat Bayern den Beitritt verweigerte, ebenfalls abgelehnt den Beitritt sogleich zu erklären, mit dem Bemerken daß sie zu diesem Schritt ausschließlich im Hinblick auf die dermalige Sachlage sich gedrungen fühle; sie hat ferner ihre Zustimmung zu dem Vertrage vom 30 Sept. unter anderm auch an die Voraussetzung geknüpft: es werde die definitive Abschließung des deutschen Verfassungswerks im Wege der Vereinbarung mit Vertretern des Volks so bald als möglich von den deutschen Regierungen wieder aufgenommen werden. In Württemberg steht dem deutschen Geist, welcher das Volk durchdringt, zudem mehr als in Bayern die Erkenntniß zur Seite daß der Staat nur in und mit Deutschland selbständig bestehen könne. Wenn wir daher auch nicht in der Lage sind den Weg zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den vereinten Staaten einerseits und Bayern und Württemberg auf der andern Seite näher zu bezeichnen, so müssen wir doch annehmen daß der Wille hierzu, sowie für das Zustandekommen eines Reichstags besteht, und in dem Maße unterstützt werden und zur That reifen wird, in welchem die Unfruchtbarkeit des großdeutschen Gedankens sich herausstellt, und die vereinten Staaten beweisen daß sie entschlossen sind die deutsche Sache, so viel an ihnen ist, zu fördern. Also auch aus diesem Gesichtspunkt sind wir aufgefordert an der bisherigen Richtung unserer Thätigkeit festzuhalten.

Der Entwurf vom 28 Mai ruht auf der Annahme daß der Bundesstaat für welchen die Verfassung zu Stande gebracht werden soll, alle rein deutschen Staaten in sich aufnehme. Diese Grundlage werden wir unter allen Umständen festhalten müssen, und wenn über Abänderungen an dem Entwurf unter den Regierungen behufs der Vorlage an den Reichstag verhandelt werden soll, so können wir einen ersprießlichen Zweck derselben nur darin erkennen daß die Theilnahme von Bayern und Württemberg an dem Reichstage auf den Grundlagen des Entwurfs vom 26 Mai erzielt werde; dagegen wäre eine Berathung über Aenderungen an dem Entwurf, in der Absicht die Verfassung einem engern Verein im Bunde anzupassen, einem Verzicht auf den Versuch zur Herstellung des Bundesstaats gleich zu achten. Dieß schließt jedoch nicht aus daß neben der Verfassung für den deutschen Bundesstaat auf dem Reichstage die Einigungspunkte gefunden werden welche das engere Verhältniß unter den verbündeten Staaten so lange festhalten bis der Bundesstaat in das Leben treten kann. Die Abänderungsvorschläge welche Preußen in der letztgedachten Richtung bei dem Verwaltungsrathe eingebracht hat, waren allerdings geeignet Besorgnisse für die Erfüllung der Lebensbedingungen Deutschlands zu erwecken, indem durch den staatsrechtlichen Verein im Bunde und unter der Bundesgewalt nicht nur der Anspruch auf völkerrechtliche Anerkennung und Vertretung des Vereins aufgegeben, sondern auch die wichtigsten Befugnisse der Vereinsregierung und Vertretung in Bezug auf Handel und Schifffahrt, sowie für die Leitung und die Einrichtungen des innern Verkehrs verkümmert und wirkungslos erscheinen würden. Es ist jedoch mit Bestimmtheit zu erwarten daß bei näherer Erwägung der gedachten Vorschläge im Verwaltungsrath Preußen selbst sich veranlaßt finden werde davon zurückzukommen, zumal da für dieselben bei dem gegenwärtigen Stand der Frage nur die Stimmen weniger, vielleicht keines der verbündeten Staaten zu erzielen seyn würden. Die widerstrebenden Regierungen haben nicht vermocht einen Entwurf vorzulegen der vom dynastischen Standpunkte die Möglichkeit des Beitritts sämmtlicher Bundesglieder böte, vom Standpunkte der Nation auch nur den bescheidensten Anforderungen an eine taugliche Form der Einigung entspräche. Würde die Vorlage der verbündeten Regierungen an den Reichstag aufhören den Charakter einer Verfassung für alle rein deutschen Staaten zu tragen, so würde sie nur auflösend, nicht einigend zu wirken vermögen. Der Vorwand welcher gegen den Entwurf vom 28 Mai und die Berufung des Reichstags von dem Abwarten einer Entschließung Oesterreichs hergenommen wird, würde, falls der Reichstag nur noch die Gründung des engern Vereins im Bunde zu berathen haben sollte, zu einer wirklichen Berechtigung anwachsen. Die Politik des Verneinens und Zuwartens wird von dem entgegenstehenden Bedürfniß nach Einigung sicher überwunden werden, wenn der von den vereinten Staaten betretene Weg, der als der einzig zum Ziel führende noch immer erscheint, nicht verlassen, sondern mit Entschiedenheit verfolgt wird.

Daß die österreichische Politik, welche an der innigsten Vereinigung aller Bestandtheile des Kaiserstaats unwandelbar festhält und dafür mit jedem Tage neue Belege liefert, dem Eingehen einer engern staatlichen Verbindung mit dem übrigen Deutschland keine Möglichkeit läßt, bedarf wohl keiner weitern Erörterung. Ja die Vorschläge zu einer Annäherung im Zollwesen, welche von österreichischer Seite gemacht worden sind, setzen die Neugestaltung Deutschlands neben Oesterreich sogar voraus. Das Warten auf Oesterreich ist wirklich nur noch ein Vorwand zum Gebrauch derjenigen welche die Einigung Deutschlands nicht wollen. So wenig die Verständigen sich durch die eitle Erwartung haben täuschen lassen daß Oesterreich zu den Formen welche der Gesammtheit der übrigen Bundesstaaten passen, sey es mit seinen deutschen Provinzen oder mit der Gesammtmonarchie, sich bequemen könne, worüber sich Oesterreich selbst wiederholt und klar genug ausgesprochen hat; so wenig wir die Ueberzeugung geändert haben daß für die möglichst innige Verbindung zwischen Oesterreich und Deutschland ein besonderer Inhalt und eine besondere Form gefunden werden müsse, ebensowenig dürfen wir uns durch die Besorgniß daß Oesterreich die Neugestaltung Deutschlands mit Gewalt der Waffen hindern werde, von dem als nothwendig für Deutschland erkannten Ziel ablenken lassen. Jene Besorgniß stützt sich bis jetzt auf die Gerüchte denen die Truppenaufstellungen in Vorarlberg und Böhmen zur Unterlage dienen; sodann auf die Bedenken welche Oesterreich gegen die baldige Berufung des Reichstags in Berlin erhoben hat. So lange der Particularismus in Deutschland selbst der Einigung Hindernisse genug in den Weg legt, so lange ist für Oesterreich nicht Anlaß gegeben thatsächlich

hindernd einzuschreiten. Ist aber der Particularismus so weit versöhnt daß eine Verfassung für alle rein deutschen Staaten zu Stande kommen kann, so wird Oesterreich seine eigenen Interessen nicht im Kriege, sondern im Bunde mit Deutschland gewahrt finden, und sich einer Verständigung nicht verschließen welche von deutscher Seite immer gewünscht und wiederholt angebahnt worden ist. Zu einer ernstlichen Besorgniß daß die deutsche Frage eine unnatürliche Lösung durch Waffengewalt finden werde, bietet die Lage der Dinge keinen haltbaren Grund, nachdem Oesterreich selbst durch seine Verfassung vom 4 März das Verhältniß seiner deutschen Länder zu dem Bunde wesentlich geändert, das Bedürfniß Deutschlands sich neu zu gestalten anerkannt, bestimmte Vorschläge aber nicht gemacht hat, und nachdem die Andeutungen hinsichtlich der Eintheilung in sieben Gruppen so wenig wie die Dreitheilung Deutschlands und die Rückkehr zu der Bundesacte von 1815 mit ihrem Organ irgendwo in Deutschland Anklang gefunden haben. Sollte dessenungeachtet die Leidenschaft den Bürgerkrieg heraufbeschwören, so könnte sich Deutschland der Nothwendigkeit nicht entziehen alles an die Rettung seiner Existenz zu setzen. Der angreifende Theil würde an der Verantwortung schwer zu tragen haben. Eine Frage aber welche dahin ginge: ob in Folge bedrohlicher Gerüchte von einem feindseligen Auftreten Oesterreichs die Berufung eines Reichstags unterbleiben solle, wird wohl für die Regierungen Preußens und der Vereinten Staaten, wie überhaupt für deutsche Männer, kein Gegenstand der Erörterung seyn.

Den Vertrag vom 30 September über die Einsetzung einer Bundescommission bis zum 1 Mai 1850, haben viele unter uns als bedenklich, als der Sache des Bundesstaates schädlich erkannt. Und auch diejenigen bei welchen die Rücksicht überwog daß die bisherige provisorische Centralgewalt durch eine andere, allgemein anerkannte provisorische Einrichtung ersetzt werden müsse, wenn nicht die Ehre und die Interessen des gesammten Deutschlands in hohem Grade gefährdet werden sollen, konnten sich doch mit jenem Vertrage nur unter der Voraussetzung befreunden daß gleichzeitig entscheidende Schritte für die Herstellung des Bundesstaates geschehen. Aber weder die Einen noch die Andern können in dem Vertrage vom 30 September ein Motiv erblicken von dem Beschluß vom 28 Junius abzuweichen; ja sie werden in jenem Vertrage gerade um der Gefahr einer Zweitheilung Deutschlands willen, die aus dem Interim erwachsen könnte wenn die Einigung im Bundesstaate nicht zu Stande käme, nur einen weiteren Grund erblicken mit vermehrter Thätigkeit auf die Einigung hinzuwirken. Selbst die widerstrebenden Königreiche, welche den Vertrag ohne ihr Zuthun mußten werden lassen, ohne daß sie irgendeinen Anspruch auf Betheiligung bei der Leitung der deutschen Angelegenheiten zur Geltung bringen konnten, selbst die Träger und die Interessen des Particularismus können sich bei diesem Vertrage nicht beruhigen; sie haben daher sowohl gegen eine Verlängerung der Dauer des Interims Verwahrung eingelegt, als auch dessen Befugnisse auf ein geringstes Maß zu beschränken gesucht — ein eitles Bemühen und leere Wünsche, wenn nicht eine Verfassung für Deutschland geschaffen und der dafür einzig offene Weg durch den Reichstag betreten wird. (Folgt der schon in der vorgestrigen Zeitung gegebene Schluß mit den Unterschriften.)

Verhandlungen der bayerischen Kammer der Abgeordneten über das Amnestiegesetz.

Schluß der Sitzung vom 29 November.

In demselben Sinn folgt auch der Abg. Fürst Wallerstein, welcher seine Rede mit einigen scharfen Bemerkungen gegen die Döllinger'sche „Anklageacte" bei dieser Frage der Milde eröffnet, und besonders auf die nicht nur der Kürze halber gebrauchte Bezeichnung „Republicaner" für die gesammte Linke zurückkommt. Indem er weiter bemerkt daß die Revolution von 1848 eine jener Krisen der Weltgeschichte gewesen sey welche, wenn ein Fürst die Energie und den Willen gehabt hätte dieselbe in ihrer ganzen Größe aufzunehmen, jetzt schon ein starkes, großes, blühendes Deutschland gegeben haben würde, verweist er darauf wie die Regierungen anfangs die Revolution anerkannt hätten und ihr selbst schmeichelnd gefolgt seyen, während sie nun ihr entgegentreten. Unsere Lage sey jetzt schlimmer als 1838, so im Innern wie nach außen. Damals habe der deutsche Bund als eine Großmacht gegolten, selbständig neben den andern europäischen Großmächten. Jetzt theilen sich dagegen zwei Mächte, wenn sie einig werden, in die deutsche Herrschaft und verhandeln mit dem Ausland über Deutschlands Schicksal wohl mehr als man es wisse. Nichts könne uns retten als Versöhnung. Dieß habe auch die bayerische Kammer im Moment ihres Zusammentritts wohl erkannt, darum in ihrer Adresse gesagt: je weiter die Amnestie gehe, desto willkommener werde sie seyn. Später dagegen habe das unterdessen erwachsene unselige Partei-Interesse diese warme und unbefangene Auffassung verkümmert. Von da aus geht der Redner auf eine Schilderung der Stellung der Pfalz zu Bayerns Nichtanerkennung der Reichsverfassung über, bringt die geographische Lage der Provinz, den leicht erregbaren Charakter ihrer Bevölkerung rc. in Anschlag und findet damit einen Vorwurf gegen die Regierung gerechtfertigt, weil diese zu den wenigen Truppen nicht Verstärkungen gesendet habe, ehe sie ihre Nichtanerkennung der Reichsverfassung verkündete, theils zum Schutze gegen die aufgeregten Elemente der Pfalz selber, theils auch gegen die gährenden Nachbarlande. Auch die weitern Verhältnisse der Erhebung durchgehend, findet der Redner in derselben ein Recht auf nunmehrige Milde und Versöhnung. Was aber die dießseitige Bewegung anlange, so beschränke sie sich, außer der Schweinfurter bereits vom Abg. Reinhard dargelegten Geschichte, nur auf den Schwur für die Reichsverfassung. Allerdings gesteht er die spätere Einmischung schlechter Elemente zu, hält dagegen an der Reinheit des Ursprungs der ganzen Bewegung fest. Dieß gibt ihm den Anlaß gegen die Ausführung des Justizministers sich zu erklären als sey die Strafe hier eine Pflicht, als werde durch eine allgemeine Amnestie der Staat schwach erscheinen. Auch findet er darin nicht den eigentlichen Grund ihres Abweises, sondern in den Nebeln und Winden welche von auswärts kommen. Weder Oesterreich mit seinen 600,000 Bajonnetten an den bayerischen Gränzen, noch Preußen mit seinen badischen Erinnerungen werde eine solche Amnestie günstigen Auges ansehen. Ueberdieß habe die Regierung im Innern Verbündete, deren Interessen von der Revolution schmerzlich berührt und die daher jetzt jeder Amnestie mißgünstig gestimmt seyen. So hoffnungslos nun auch sein (des Redners) Streben, wolle er doch einige Anklagen dieser Partei berühren. Es sey wahr, der politische Körper sey tief krank, aber nicht durch die Umsturzparteien, sondern weil im Staate noch nicht gegeben sey worum man gekämpft habe. Man habe gesagt der Gerechtigkeitssinn des Volkes verbiete eine allgemeine Amnestie, aber man solle nur dem Volke sociale Verbesserungen, materielle Erleichterungen gewähren, und es werde sich durchaus versöhnlich erweisen. Man habe gesagt es existire kein Sinn für Gesetzlichkeit, und dieser Mangel werde durch eine allgemeine Amnestie vergrößert, aber man möge nur wirklich das Gesetz geben, wirklich den Constitutionalismus, nicht den Scheinconstitutionalismus, und in 10 Jahren werde der Gesetzessinn so stark seyn wie in England. Dieß führt den Redner zu historischen Erörterungen welche zu erweisen bestimmt sind wie das formelle Recht so häufig auf ganz anderer Seite als das moralische stehe. Und so sey es auch mit den bei dieser Frage vorliegenden Vergehen und Verbrechen. Nicht die That, sondern den Zweck müsse man berücksichtigen. Wer sich also für die Reichsverfassung erhob, könne die Amnestie wie ein Recht beanspruchen; wer die Erhebung nur als Deckmantel anderer Zwecke benutzte, der war ein Verbrecher, ihm werde die Amnestie als eine Gnade. Dieß vollendet, wendet sich der Redner nochmals an Hrn. Döllinger wegen der schon erwähnten abkürzenden Synonymik mit der Bitte die ausgesprochene Gesinnung einer Partei so zu nehmen wie sie sey, sie nicht zu verdächtigen. Schließlich noch an den Ministertisch sich wendend, verliest er den vom Minister vorgetragenen Bericht des Staatsprocurators in Neuburg und weist, da wenig Hoffnung auf Amnestie sey, auf die Nothwendigkeit wenigstens einer Vervollständigung der Generalprocuratur hin. Als dieß vom Justizminister abgewiesen ist, kommt der Redner — man weiß nicht wie — auf eine Erörterung darüber daß das Gesetz vom 4 Jun. betreffs der Grundlagen der Gerichtsorganisation, nach der eigenen Erklärung des Hrn. Ministers, in Bezug auf die Nichtversetzbarkeit der Richter noch unvollführt geblieben sey. Die ziemlich lebhafte Mahnung des Präsidenten bei der Sache zu bleiben wird vom Abg. Fürst Wallerstein ebenso lebhaft zurückgewiesen, worauf ihm eine gleichfalls heftige Antwort des Justizministers zu Theil wird, deren Ende des Inhalts ist: wenn der Redner glaube das Ministerium habe ein Gesetz verletzt, so möge er den verfassungsmäßigen Weg gehen um die Bestrafung zu erwirken.

Darmstadt.

*** **Darmstadt,** 28 Nov. Unser Riesenproceß wegen Zerstörung der Eisenbahn bei Weinheim im Sept. v. J. ist heute bis zu dem Verdict der Geschwornen vorgerückt. Nach einer Clausur von mehreren Tagen, ähnlich der der Cardinäle zum Zweck der Papstwahl, benachrichtigten sie heute den Assisenhof daß sie mit der Beantwortung der ihnen vorgelegten Fragen (an 250) zum Schlusse gekommen seyen. Der Präsident beraumte hierauf zur Vernehmung des Verdicts auf heute Nachmittag eine Sitzung an, die von 1 bis ½6 Uhr dauerte und lediglich diesem Zweck gewidmet war. Ich wohnte derselben bei. Nicht weniger als 19 von den 67 Angeklagten sind völlig freigesprochen. Gegen keinen einzigen der übrigen Angeklagten wurde die Anklage des Staatsanwalts als in ihrem ganzen Umfang begründet erachtet, namentlich nicht die An-

klage des directen Hochverraths, der Absicht der Tödtung (ein Menschenleben ging bekanntlich nicht zu Grund) und der Bethätigung einer „ausgezeichneten Bosheit." Hinsichtlich der meisten der nichtfreigesprochenen Angeklagten ward außerdem kein Complott angenommen, was die Strafbarkeit sehr mildert. Nachdem der Obmann, mit dem ein anderer Geschworener abwechselte, geendet, zog sich der Gerichtshof zurück um nach Art. 186 des Gesetzes das Verdict der Geschwornen in Bezug auf Deutlichkeit und Vollständigkeit zu prüfen, nachdem der Präsident die Geschwornen aufgefordert hatte sich zur Fortsetzung ihrer Clausur gleichfalls in ihre Gemächer zurückzubegeben. Morgen früh um 9 Uhr will der Gerichtshof seinen Ausspruch thun. Die weitern Verhandlungen werden den Rest der Woche in Anspruch nehmen.

Wien.

dt. **Wien**, 27 Nov. Die Dinge werden ernster als sie seit Monaten gewesen. Preußen beruft nach Erfurt einen Reichstag, und die HH. v. Schönhals und Baron Kübeck weilen noch immer in Wien und scheinen kaum an ein Abreisen zu denken. Gleichzeitig lassen einige ministerielle Stimmen merken als ob Oesterreich dem preußischen Bunde fair play geben wollte. Es liegt im Interesse Oesterreichs daß die deutschen Angelegenheiten so rasch als möglich entschieden werden, denn das Interim ist nicht bloß für die Großmächte unter sich da, sondern es ist auch ein Interim zwischen der Revolution und dem endlichen normalen Zustand. Solange in Deutschland nicht jeder Streit geschlichtet, die neue Ordnung begründet und befestigt, so lange muß natürlich Oesterreich als Nachbar, und theilweise deutscher Nachbar, jeden kommenden Tag mit seinen möglichen Gefahren fürchten, kurz es muß in Italien, in Ungarn und in Deutschland die besiegte Revolution bewachen, wofür es täglich eine halbe Million für seine Armeen ausgibt, während das Silberagio bereits wieder 9⅝ Procent beträgt. Man irrt sehr wenn man glaubt daß Oesterreich dem Particularismus hold sey. Die kleinen Staaten welche in solcher Anhänglichkeit und Liebe für Oesterreich überfließen, dürften sich irren wenn sie glauben mit ihren Liebkosungen Oesterreich über seinen Vortheil zu täuschen. Man weiß hier so gut als in Deutschland daß die Kleinstaaterei nur den Radicalismus großzieht, und daß Oesterreich wo es sich um eine Lebensfrage des monarchischen Princips handelt, sich nicht von legitimistischen Scrupeln beirren läßt. Das zeigte jener Plan der sieben Königreiche, wo man das deutsche Gebiet appetitlich arrondirt und geographisch illuminirt an die deutschen Höfe entsendete, welche bei der Mediatisirung an Größe, Weisheit und Verstand hätten zunehmen sollen. Diese diplomatische Geographie ward, wenn ich nicht irre, Anfang Aprils erfunden.*) Und seitdem ist man um die Erfahrungen in Sachsen und Baden älter geworden. Die heutige „Presse" will den letzten Artikel in der Reichszeitung sogar dahin auslegen, als begebe sich das Ministerium bereits wieder nach seinen großdeutschen Anstrengungen auf den Rückzug. In der That, wen hätte Preußens ungewohnte Energie, womit es den Reichstag betreibt und die Befugnisse des Interims neuerdings bestreitet, nicht in Staunen gesetzt? Es wäre wohl denkbar daß man bisher auf die Launen in Potsdam rechnete und von dem Berliner Cabinet die That nicht erwartet hätte, möglich auch daß man vor der Schwierigkeit der Lösung zurückschreckte, nachdem man den verzerrten Knäuel der deutschen Frage wieder mehr studirt hatte. Doch darf man nicht zu viel auf geheimnißvolle Artikel in den ministeriellen Blättern geben, und das österreichische Cabinet ist zu vorsichtig als daß es nicht alle möglichen Zwischenfälle vorausberechnet hätte, ehe es zu der Politik des Positiven überging. Das Drängen um Beseitigung der Ausnahmszustände und Verwirklichung der Verfassung macht sich immer entschiedener geltend, und Oesterreich wird für die nächste Zeit sich wieder ganz mit sich selbst beschäftigen müssen. Die „Presse" beginnt heute mit dem Citat des §. 83 der Verfassung, wonach im Laufe dieses Jahres die Verfassungen der Kronländer „in Wirksamkeit treten" sollen, was nach ihrer Auslegung gleichbedeutend seyn soll mit Einberufung der Landtage. Dabei findet sich in dem Artikel folgende bemerkenswerthe Stelle: „Welches soll das Schicksal des §. 83 seyn? Soll er als ein schweigender Bruch der Verfassung vom 4 März unsern Nachkommen überliefert werden? Dafür spricht nur ein Vorgang in der Geschichte, jener Preußens, das Loos der Versprechungen von 1815, welche erst 33 Jahre später durch äußere Ereignisse ihre Verwirklichung fanden." Dagegen versucht die heutige Reichszeitung uns über den Zwang der Verhältnisse durch ihr Bekenntniß zu beruhigen daß sie Ausnahmszustände hasse. Indessen fürchtet sie jetzt noch für die Freiheit, wenn sie vielleicht zu früh wieder versucht würde. In der letzten Zeit sind auch keine drückenden Maßregeln mehr von den Militärbehörden ausgegangen. Unsere Blätter schreiben frei, wie Sie aus verschiednen mitgetheilten Proben werden gesehen haben. Eine Broschüre ist neuerdings erschienen über die Nothwendigkeit der Einberufung des Reichstags, von M. Koch. Dieser Herr beschwert sich darin über Verleumdungen seiner Persönlichkeit in der Allg. Ztg., ich weiß nicht ob mit Recht, denn obgleich ein gewissenhafter Leser Ihrer Zeitung, habe ich seit Jahr und Tag Hrn. M. Koch in Ihren Blättern nicht nennen hören. Ich erinnere mich nur daß der Märzbewegung des Jahrs 1848 eine kleine Schrift von diesem Verfasser vorausging, worin er die Zustände von Württemberg und Baden besprach, und prophezeite in Baden sey für eine Revolution keine Aussicht mehr. Das jetzige Schriftchen hat großentheils einen andern Inhalt als seine Ueberschrift erwarten ließ, es enthält harte Angriffe gegen den Minister Bach und seine Justizorganisation. Auf das Schwurgericht hat der Verfasser besonders seinen Haß geworfen. Was er gegen die Zweckmäßigkeit des Schwurgerichtes in allen österreichischen Kronländern sagt, ist richtig, das Schwurgericht selbst aber hält der Verfasser für eine Institution des feudalen Mittelalters, überhaupt aber für einen Rückschritt nach dem Unvollendeten; das ist mir eine Reminiscenz aus den Vorträgen Karl Follens, der freilich in den Vereinigten Staaten dann anderer Meinung wurde und den Hrn. Mathias Koch nie gekannt haben wird. Da der Verfasser ein Oesterreicher ist, und unmöglich lange in einem Land gelebt haben kann welches sich der Schwurgerichtsverfassung erfreute, so möchte man ihm vor allem rathen sich auf sein Opus auch nirgend anderswo zu berufen als wo es im Druck erschien.

*) Die Erfindung ist älter; sie geht bis zum Wiener Congreß zurück, und dort wie in neuerer Zeit ging sie zuerst von preußischen Diplomaten aus. In dem zu Wien am 13 Sept. 1814 von Fürst Hardenberg überreichten Entwurf der Grundlage der deutschen Bundesverfassung heißt es §. 9: „Die Bundesstaaten sollen in sieben Kreise eingetheilt werden." §. 17: „Jeder Kreis soll einen oder zwei Kreisobersten haben." §. 21: „Im Rath der Kreisobersten haben Stimmen:

Oesterreich als Director	1
vom vorderösterreichischen Kreis	1
vom oberrheinischen Kreis	1
Preußen als Director	1
vom obersächsisch-thüringischen Kreis	1
vom niederrheinisch-westfälischen Kreis	1
Bayern, vom bayerisch-fränkischen Kreis	1
Hannover, vom niedersächsischen Kreis	1
Württemberg, vom schwäbischen Kreis	1
Baden, vom oberrheinischen Kreis	1
Kurhessen, vom obersächsisch-thüringischen Kreis	1
	11.

§. 22: „Der Rath der Kreisobersten soll sich mit Ausschluß der übrigen Bundesstaaten mit allem beschäftigen was die auswärtigen Verhältnisse des Bundes angeht, und durch Mehrheit der Stimmen darüber entscheiden, auch allein das Recht der Verträge mit Auswärtigen, der Annahme und Absendung von Gesandten und Geschäftsträgern von und bei auswärtigen Staaten, des Kriegs und Friedens, und nach den unten folgenden Bestimmungen die militärische Gewalt ausüben. Ueberdem hat der Kreisoberstenrath die Leitung und die ganze executorische Gewalt des Bundes." In den am 16 Oct. 1814 begonnenen „Conferenzen der fünf deutschen Mächte" (Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover und Württemberg), wurden im Namen der Höfe von Wien, Berlin und Hannover zwölf Grundartikel der künftigen Bundesverfassung vorgelegt. Da figurirt der Rath der Kreisobersten abermals. Die sieben Stimmen sind ihm verblieben, aber sie werden vertreten von Oesterreich und Preußen je mit zwei, Bayern, Hannover und Württemberg je mit einer Stimme. Beide Vorschläge, so unvollkommen an sich, waren doch der später beliebten Bundesverfassung weit vorzuziehen.

Großbritannien.

*** **London**, 21 Nov. Die Anzeichen des kommenden Sturms werden immer deutlicher, und niemand weiß wie das Chaos sich entwirren soll. Das Freihandelssystem droht das ganze gesellschaftliche Gebäude zu erschüttern, das beginnt man einzusehen; aber die moralischen Folgen des alten Systems sind darum noch nicht hinweggeräumt. Das alte System hat die unteren Classen zum Nachtheil einer privilegirten Kaste ausgebeutet, und die Massen, namentlich die dem beweglichen Reichthum zu Gebot stehenden Arbeitermassen, wollen sich den errungenen Vortheil wohlfeiler Lebensmittel nicht mehr entreißen lassen; ein frühzeitiger Versuch einen Kornzoll wieder einzuführen würde dem Chartismus, und zwar vermuthlich in neuer Form und größerer Stärke, neues Leben verleihen. Das ist die Furcht welche viele zurückhält und sie veranlaßt die Frucht erst reifen zu lassen. Die entschiedensten Anhänger eines Kornzolls, Disraeli voran, wie er in seiner Rede vom 31 October erklärte, wollen keine Ministerveränderung, denn wen sollte man an die Stelle setzen? Das weiß vorerst niemand. Peel ist nicht möglich, er hat sich zu tief mit Cobden und Bright eingelassen; Stanley, der wahre Ministercandidat, ist fast noch unmöglicher, denn die Meinung ist so gegen ihn daß man die ganze alte Toryherrschaft wieder aufleben zu sehen glauben würde, und

dieser sehr weit verbreiteten Ansicht muß man sich allem Anschein nach beugen. Die Protectionisten oder Restrictionisten, wie man sie jetzt auch häufig nennt, sind ermuthigt durch einige neuere Wahlen, wie Chattertons in Cork, und dringen auf eine Parlamentsauflösung, als das sichere Mittel die Protectionisten ans Ruder zu bringen. Ob diese Hoffnung so gegründet ist, will ich weder bejahen noch verneinen, aber es würde einer der heftigsten Wahlkämpfe werden die England je gesehen; denn das Interesse des Einzelnen wäre bei fast allen Wahlen betheiligt. Die Bedeutung des Kampfes ergibt sich deutlich aus nachfolgender Stelle des Circular to Bankers vom 16 Nov., worin die Folgen der neuen Handelstheorie, alles möglichst wohlfeil zu machen, klar auseinandergesetzt werden: „Angenommen daß Wohlfeilheit die wahre und dauernde Grundlage der Wohlfahrt einer Nation ist, dann räumt auch alles weg was die Aufführung eines neuen Gebäudes auf dieser Grundlage hindern kann; bereits ist mit dieser Aufräumung ein tüchtiger Anfang gemacht: alle Erzeugnisse der Minen, der Manufacturen, des Ackerbaues in England selbst und die Erzeugnisse der Colonien sind wohlfeil geworden. Fahrt fort: bringt die Taglöhne, den Lohn der Dienstboten, die Kosten des Reisens, die Einnahmen der Aerzte und Advocaten und das Einkommen der Beamten herunter. Dann laßt den Fremden seine Waaren, zum Nachtheil des Krämers, von Haus zu Haus vertrödeln, und wenn dieß geschehen ist, dann macht euch an die Nationalschuld, an die Ausgaben für Armee und Marine, an die diplomatischen und richterlichen Beamten, an die Kosten für die Colonien, und endlich an die Armentaxen, die Kircheneinkünfte und die Pachtschillinge. Das ist die Arbeit die ihr euch vorgesetzt habt, und wenn ihr ehrlich und entschlossen seyd, so laßt euch durch nichts an der Ausführung hindern, wenn — die Führung der Geschäfte des Landes noch in eurer Hand ist. Wenn ihr jetzt zurückhaltet und nicht vorwärts geht mit eurem großen Werk, dann ist alles was ihr bis jetzt gethan, chaotisch, nichts besseres als der Schutt der Zerstörung die ihr angerichtet. Wenn ihr feig zurückweicht dann gibt es andere, ehrlichere, verständigere, muthigere Leute als ihr, welche auftreten werden um das Werk zu vollenden, für dessen Fortgang ihr bis jetzt wenig mehr gethan habt als das Bestehende niederzubrechen und zu verwirren, mit Ausnahme dessen was jetzt noch eure Aufgabe, die euch zukommende Arbeit ist. Unsere Ansichten von politischer Nothwendigkeit und legislatorischen Maßregeln sind wahrscheinlich in der Hauptsache so verschieden wie möglich von denen der Financial Reform Association, aber wir ehren ihre Consequenz, ihre Wahrheitsliebe, wenn sie sagen daß mit dem gefallenen Werth des Capitals und mit dem gesunkenen Gewinn der Industrie wir denselben Betrag an Taxen nicht mehr zahlen können und wollen.“ Dieß ist die praktische Schlußfolgerung des ganzen Systems, das den innern Frieden Englands stören und seine Einrichtungen vernichten oder — fallen muß. Hier handelt es sich nicht um diese oder jene theoretische Ansicht, nicht darum ob der Freihandel an sich gut oder schlecht ist, sondern ob der eingeschlagene Weg für Englands Verhältnisse paßt. Das wird in Abrede gestellt, und die Gefahr, allgemeine Sätze, ohne Rücksicht auf das Bestehende, auf dem commerciellen Gebiet anzuwenden, behauptet. Leider ist aus der wesentlich ganz commerciellen Frage eine vorherrschend politische geworden. Das Cabinet hat in der letzten Session seinen Bestand auf die Annahme des Vorschlags einer Abschaffung der Schifffahrtsgesetze und das Freihandelssystem überhaupt gesetzt, und kann nicht mehr zurück: es muß fortfahren auf seiner Bahn, oder es muß abtreten, aber, wie ich schon oben bemerkt, niemand weiß wer an die Stelle treten soll. Die alte Torypartei gewiß nicht, man wird also aus dem bisherigen Kreise hinaus müssen, und hier liegt die große Schwierigkeit. Im Lager der Freihändler herrscht Schwanken, und selbst die alte Wetterfahne, die Times, beginnt sich zu drehen; manche aber folgen noch dem alten Freihandelssystem durch Dick und Dünn, sie berufen sich auf die Arbeitermassen, die sich den wohlfeilen Lebensunterhalt nicht mehr entreißen lassen würden, bedenken aber nicht daß eine einzige Handelskrise diese Stütze ihr wieder entreißen kann. Und die Anzeichen einer solchen nähern sich mit starken Schritten; das Baumwollengeschäft war in diesem Jahr unmäßig groß, in den ersten zehn Monaten wurden 1,495,302 Ballen verbraucht — um mehr als 300,000 Ballen über den Verbrauch der ersten zehn Monate des vorigen Jahres. Die Folgen beginnen sich auch bereits zu zeigen. Die chinesischen Märkte sind so überführt, daß man die Baumwollenwaaren dort jetzt wohlfeiler kauft als in Manchester; in Indien beginnt sich gleiches zu zeigen, und muß noch mehr hervortreten, da bedeutende Sendungen unterwegs sind. Kommt die Noth dadurch wieder unter die arbeitenden Classen, so möchte der Ton derselben bald anders lauten. Für das nächste Jahr dürfte im Parlament hitziger Kampf, aber ohne Entscheidung kommen, im Jahr 1851 aber dürfte die Frucht reif seyn, und die Entscheidung herbeigeführt werden.

Frankreich.

Die Universität und der Clerus.

§ **Paris**, 24 Nov. Die Aufhebung der Studienzeugnisse für das Baccalaureat ist eine viel bedeutendere Reform im Erziehungswesen hier als beim ersten Anblick erscheint. Das Baccalaureat ist nämlich das Thor zu allen Universitätsstudien und zu dem größten Theil der Staatsämter, und bisher war man zu dem Examen dazu nur zugelassen wenn man wenigstens die letzten zwei Jahre, ehe man Facultätsstudien beginnen wollte, eine Staatsschule besucht hatte. Die Ausnahme davon war wenn der Vater oder Pfleger des jungen Menschen ihm ein schriftliches Zeugniß gab daß er seine Studien in seinem Hause gemacht habe. Der Grund dieser Maßregeln war die Staatsschulen gegen die Concurrenz der Seminarien zu schützen, welche sonst durch ihre größere Wohlfeilheit einen beträchtlichen Theil weltlicher Schüler an sich gezogen hätten. Dieß wollte der Staat nicht leiden, weil er kein Recht der Aufsicht über die Seminarien hat, die einzig unter den Bischöfen stehen. Die größere Wohlfeilheit der Erziehung der Seminarien kommt aber nicht nur daher daß sie ihren Lehrern als unverheuratheten Priestern weniger bezahlen als der Staat den seinigen, oder daß die Bischöfe einen Theil der Gelder, die sie zu ihrer Verfügung haben, auf die Seminarien verwenden, sondern weil der Staat durch eine besondere Steuer auf jeden Schüler der in weltlichen Schulen (öffentlichen oder Privatanstalten) studirt, die Erziehung in diesen vertheuert. Man hatte diese Steuer unter dem Kaiserthum erfunden um mit ihrem Ertrag die Universität, d. h. alle öffentlichen Schulen jeden Grades, zu erhalten. Diese Steuer floß früher nicht in den Staatsschatz, sondern die Universität hatte ihre eigene Casse, und verwaltete ihre Einkünfte direct, aber seit etwa 15 Jahren wurde diese Casse abgeschafft, die Steuern vom Staat eingezogen und das Budget der Universität mit dem des Staats vereinigt. Seit diesem Augenblick hörte sie auf einen vernünftigen Grund zu haben, und hätte längst abgeschafft werden sollen. Diese Steuer bildete den Hauptgrund auf den hin die Universität die Ausschließung der Schüler der Seminarien von dem Baccalaureat vertheidigte, indem sie mit allem Recht vorschützte daß es ihr unmöglich wäre mit diesen zu concurriren, solange man sie nicht ebenfalls von der Steuer enthebe. Dieß wollten die Finanzminister nicht zugestehen, und der Staat fuhr also fort sich gegen die Schulen der Seminarien zu vertheidigen so gut er konnte. Man erlaubte z. B. diesen nur eine gewisse Anzahl von Schülern zu haben, die sich in ganz Frankreich nicht über 20,000 erheben sollte, aber alle diese Vorsichtsmaßregeln erreichten ihren Zweck nur sehr unvollständig, die Bischöfe erlaubten meistens den Seminarien die Zahl ihrer Schüler über die legale Anzahl zu erhöhen, und wenn die jungen Leute die in den Seminarien studirt hatten, ohne sich dem geistlichen Stande widmen zu wollen, sich zum Baccalaureat meldeten, so stellten ihnen ihre Väter oder Pfleger ein falsches Zeugniß aus daß sie zu Hause studirt hätten. Diese ganze Einrichtung beruhte offenbar auf einer falschen Basis und hatte sich überlebt; sie gab Veranlassung zu bittern Reibungen zwischen dem Clerus und der Universität, jener warf dieser ihr Monopol und ihren Unterdrückungsgeist vor, und sie antwortete ihm durch den Vorwurf der Verletzung des Gesetzes und einem illegalen Streben nach einem Einfluß der ihr nicht gehöre. Man hat sich seit vielen Jahren auf diesem Boden gestritten, und die Frage über die Studienzeugnisse war am Ende der gordische Knoten zwischen der Universität und der Geistlichkeit geworden, den niemand zu lösen wußte. Der Minister hat ihn jetzt zerhauen, aber die unmittelbare Folge der Aufhebung der Studienzeugnisse muß die der Universitätssteuer seyn, denn so billig es ist daß man jedermann überläßt wo er die Kenntnisse erwerben will die ihn zum Examen befähigen sollen, so sehr erfordert die Gerechtigkeit daß man den weltlichen Schulen nicht durch die Auflegung einer beträchtlichen Steuer die Concurrenz mit den Seminarien unmöglich mache. Wenn die Gleichheit in dieser Hinsicht einmal hergestellt ist, so wird die freie Concurrenz entscheiden wer sich die größere Gunst der Väter zu erwerben weiß. Die Universität behauptet mit einigem Recht daß die Concurrenz nicht frei sey, indem der Clerus durch die Macht welche ihm die Beichte gebe, immer dahin streben werde daß die Kinder in die geistlichen Schulen geschickt werden ohne Rücksicht auf die Vollkommenheit des Unterrichts. Dieß ist für einen Theil der Bevölkerung richtig, dagegen hat die Universität die Abneigung eines andern Theils der Nation gegen geistlichen Einfluß für sich, und am Ende werden doch die Schulen welche eine bessere Erziehung und einen bessern Unterricht geben, den Sieg behalten. Bis jetzt ist der Unterricht in den weltlichen Schulen besser als in den geistlichen, aber die Erziehung ist sorgfältiger und schonender in den letzern, wo die Knaben eigentlich gar keine Erziehung erhalten als das sehr rauhe Abreiben aneinander. Die Universität wird durch die Concurrenz genöthigt werden mehr auf Erziehung zu sehen, und zugleich ihre Unterrichtsmethoden zu verbessern; sie hat dazu alle Mittel, und ich zweifle

nicht daß sie am Ende die geistlichen Schulen auf ihren eigentlichen Zweck künftige Priester zu bilden reduciren wird. Ihre Schulen sind weder so schlecht als ihre Feinde ausgeben, noch so gut als sie selbst glaubt, ihr bisheriges auf kaiserliche Ideen von Centralisation und Monopol gegründetes System bricht zusammen, aber sie besitzt alle Erfahrungen und alle Hülfsmittel um ein besseres und freieres zu gründen, sobald die Nothwendigkeit sie überzeugt haben wird daß sie jedes Talent in ihrer Mitte befördern und ihnen Spielraum geben muß; sie hat dann den Clerus in Frankreich nicht zu fürchten, denn dieser ist weit entfernt eine gelehrte Corporation zu seyn. Ich muß hier ehe ich schließe, eine Erklärung über den Sinn beisetzen, den man hier mit dem Wort Universität verbindet, und der sich wesentlich von dem unterscheidet den das Wort in der übrigen Welt hat. Die Universität in Frankreich begreift das ganze System und die Administration des öffentlichen Unterrichts, nämlich die Primärschulen, die Collegien und Lyceen (d. h. die Gymnasien) und die Facultäten, also alle öffentlichen und Privatschulen mit Ausnahme der Specialschulen. Die polytechnische Schule, die Gewerbsschulen, das Collège de France, die Schulen im Jardin des plantes, die des Stabs der Armee, die Zeichenschulen, die Singschulen, die Bergwerksschule, gehören nicht zu der Universität, wohl aber die juridischen, medicinischen, theologischen, philosophischen und wissenschaftlichen Facultäten. Der Minister des Unterrichts ist immer zugleich Großmeister der Universität und als solcher Vorstand des Raths der Universität, während er als Minister die Leitung aller übrigen gelehrten Anstalten, des Instituts, der Specialschulen, der Bibliotheken und der gelehrten Gesellschaften hat, die alle mit dem Rath der Universität und ihrer Verwaltung keine Art von Berührung haben.

Rom.

* **Rom**, 16 Nov. Die Regierung und einige Privatvereine geben sich Mühe zu geringem Preis, oder nach Umständen auch unentgeltlich, verschiedene Werklein unter das Volk zu bringen, um dasselbe „sittlicher zu machen" und ihm die Grundsätze der „gesunden Politik" einzuflößen, wozu natürlich vor allem der unbedingte Glaube an die Vortrefflichkeit des Systems der Priesterherrschaft und an die makellose Tugend der Träger desselben gehört. So verbreitet man Abdrücke von Montalemberts neulicher Rede; den Bericht des Hrn. Thiers; die „sieben liberalen Worte eines Italieners", welcher Italiener der Jesuitenpater Taparelli d'Azeglio ist — Bruder des piemontesischen Ministers des Auswärtigen; „il Cattolicismo e la Demagogia" von einem Ungenannten (dem Abbate Domenico Zanelli); „la Demagogia Italiana e il papa-re (der Papst-König)", vom Pater Carlo Curci, dem berühmten Gegner Vincenzo Gioberti's; ein Werklein von Hrn. Schmitt, vormaligem Beamten des französischen Cultministeriums, über die Frage ob der Papst seine weltliche Macht behalten solle, was Hr. Schmitt natürlich bejaht, sonst stünde sein Opus nicht auf der Liste der „guten Bücher". Andererseits hat Hr. Marco Minghetti aus Bologna, vormals päpstlicher Minister der öffentlichen Arbeiten, in Florenz eine Denkschrift über die „Restauration der päpstlichen Regierung" herausgegeben, worin er den Grundsatz einer vollständigen Weltlichmachung des Ministeriums aufstellt und das Repräsentativ-System für den Kirchenstaat verlangt. Er empfiehlt eine reine Abgränzung der geistlichen und weltlichen Angelegenheiten, und nimmt die Ministerien des Auswärtigen und des öffentlichen Unterrichts für den weltlichen Bereich in Anspruch. Um jedoch das Recht der Kirche zur Ueberwachung des öffentlichen Unterrichts, in Anbetracht seines Zusammenhangs mit dem Dogma und der Moralität, nicht zu verletzen, schlägt er vor eine geistliche Giunta Generale einzusetzen, welche jene Ueberwachung nicht bloß über die Schulen des Kirchenstaats, sondern über alle Schulen der ganzen katholischen Welt zu üben habe. Mittlerweile werden mit dem Beginn des neuen Jahres die Schulen des Collegium Romanum wieder eröffnet werden. Die Jesuitenprofessoren, die sich während der Revolution nach Belgien, Frankreich, Stonyhorst in England, nach Wales und Irland zerstreut hatten, kehren allmählich nach Rom zurück, und wandeln wohlgemuth in ihrer klericalischen Kleidung herum. Auch in der Provinz eröffnen die Väter Jesu wieder überall ihre Schulen. — Hin und wieder sieht man in Rom neue Häuser bauen und alte restauriren. In einem dieser Häuser, in der Via Graziosa ai Monti, hat man bei Niederreißung einiges Mauerwerks Wandgemälde aus der alten Römerzeit entdeckt. Der prächtige Palast Madama, wo bisher die Polizeipräfectur ihren Sitz hatte, ist bestimmt sämmtliche Bureaux des Finanzministeriums in sich aufzunehmen. Die Polizei wird, sammt dem Criminalgericht, in den großen Palast der Curia Innocenziana verlegt. — Mit dem Tode des Don Orazio Falconieri ist die männliche Linie dieses altberühmten toscanisch-römischen Adelsgeschlechtes erloschen. Das Fideicommiß Falconieri fällt an die Kirche San Giovanni dei Fiorentini in Rom zurück. — Die Lebensmittel sind auf ziemlich billige Preise herabgegangen.

(323) **Vierteljahrs-Schrift 1849.**

Viertes Heft.

Im Unterzeichnetem ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das vierte Heft der

Deutschen Vierteljahrs-Schrift

für 1849.

October — December.

Preis des Jahrgangs von 4 Heften von je mehr als 20 Bogen 12 fl. oder 7 Rthlr. 10 Ngr.

Inhalt:

Betrachtungen über die Verwirrung der Gegenwart. — Wie schließt man die Revolution? — Revolution und Legitimität. — Das alte und das neue Oesterreich. — Wie ist dem deutschen Volke gründlich zu helfen? — Der badische Insurrectionskrieg 1849. — Die historische und politische Bedeutung der Ströme. — Eigenthümlichkeiten des Deutschen im Berner Oberlande. — Der Torf in seiner naturwissenschaftlichen und technischen Bedeutung.

Die drei ersten Hefte dieses Jahrgangs enthalten:

I. Oesterreichs Zukunft und dessen Stellung zu Deutschland. Ein Beitrag zur Lösung der österreichischen Frage. — Ueber den principiellen Standpunkt des Staatslebens. — Der Congreß von Abgeordneten der landwirthschaftlichen Vereine Deutschlands zu Frankfurt a. M., vom 6. bis 14. November 1848. — Die streitenden Interessen Oesterreichs und Deutschlands auf der einen und Rußlands auf der andern Seite an den Donaumündungen und am schwarzen Meere. — Die Mediatisationspläne der Gegenwart. — Deutsche Wehrverfassung. — Der gegenwärtige Zustand der wissenschaftlichen Nationalökonomie und die nothwendige Reform desselben. — Der Geist der gegenwärtigen deutschen Reichsgesetzgebung. — Die wahre Freiheit der Kirche und ihr Verhältniß zum Staat. — Die Vertheilung des Landbesitzes nach den socialen Forderungen der Zeit. — Die Antipathien und Parteiungen unter den Slaven. — Ideen zur Geschichte der Arbeit. — Ansichten eines deutschen Staatsmanns über die Grundrechte des deutschen Volks.

II. Der Anschluß Oesterreichs an die deutsche Zolleinheit. — Der Schutz der Staaten durch Festungen mit besonderer Berücksichtigung Süddeutschlands. — Der Hülfsverein zur gewerblichen und moralischen Unterstützung nothleidender Handwerksmeister zu Frankfurt a. M. — Das metrische Maß- und Gewichtsystem den deutschen Verhältnissen angepaßt. — Die Akklimatisirungskrankheiten. — Beiträge zur Erörterung der deutschen Postfrage. — Verbannung der körperlichen Züchtigung im Großherzogthum Hessen. — Rückblick auf die fortschreitende Entwickelung des Handelsverkehrs in den Donauländern seit 1815. — Zolltarif für Deutschland. Vorgeschlagen vom Vereine zum Schutze der vaterländischen Arbeit.

III. Die deutsche Kriegsflotte in ihrer Gegenwart und Zukunft. — Die Revolutionen und deren Einfluß auf Körper und Geist des Menschen. — Die Bisthums-Synode und die Erfordernisse und Bedingungen einer heilsamen Herstellung derselben. — Briefe an einen deutschen Staatsgefangenen. — Chronologische Uebersicht der wichtigsten Ereignisse von Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt bis zu ihrer Auflösung in Stuttgart (18. Mai 1848 bis 18. Juni 1849). — Die verfassunggebende deutsche Reichsversammlung. — Die Grundrechte und die Volksschule. — Die Revolution in der Pfalz. — Aus Goethe's Archive.

Stuttgart und Tübingen, im November 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

(4219) **Mathematische, landwirthschaftliche, technologische Werke.**

Im Verlage von Heinrich Köhler in Stuttgart sind folgende Werke erschienen:

Großmann, J. Ph., Aufgaben aus der berechnenden Geometrie für den Schul- und Selbstunterricht. 2 Thle. 8. 1846. geb. 2 fl.

Inhalt: 1) Allgemeine Aufgaben aus der berechnenden Planimetrie, nebst deren Auflösungen. Mit 37 in den Text eingedruckten Figuren. 2) Numerische Aufgaben aus der berechnenden Planimetrie. 3) Resultate zu den numerischen Aufgaben aus der berechnenden Planimetrie. 4) Allgemeine Aufgaben aus der berechnenden Stereometrie, nebst deren Auflösungen. Mit 2 in den Text eingedruckten Figuren. 5) Numerische Aufgaben aus der berechnenden Stereometrie. 6) Resultate zu den numerischen Aufgaben aus der berechnenden Stereometrie.

Proß, Prof., Lehrbuch der Geometrie, enthaltend die ebene Geometrie und die Stereometrie nebst Anwendung der Algebra auf dieselben. Mit 9 Figurentafeln. gr. 8. (32 Bogen) 3 fl. 30 kr.

— — Die praktische Geometrie ohne Instrumente mit einem Anhange, enthaltend: Kreisbogen- und Segmenten-Tabellen nebst einer Aufgabe aus der Markscheidekunst; ein nützliches Taschenbuch für praktische Geometer. Mit fünf Figurentafeln. 1844. 6¾ Bogen. brosch. 1 fl. 20 kr.

Riecke, Dr., die Lehre von den Kegelschnitten, dargestellt für das Bedürfniß des Forstwirthes. gr. 8. 1842. geb. 3 Bog. 24 kr.

Baumeister, W., Abbildungen der auf der königl. Württembergischen Lehr- und Musteranstalt Hohenheim aufgest. Viehstämme. 1838. Folio 2 fl. 42 kr.

Beschreibung, ausführliche, zur Bereitung des kohlensauren Bleioxyds oder Bleiweißes, nebst Anleitung, dasselbe auf elektrochemischem Wege zu erhalten. 8. geh. 18 kr.

Offterdinger, L., Anleitung zur einfachen Buchhaltung für Gewerbsleute, den Kleinhandel und zum Gebrauch in Real- und Gewerbeschulen. gr. 8. 8 Bogen geh. 1836.

Lindauer, v., Sammlung von geometrischen Aufgaben mit vollständigen Auflösungen. Mit 17 Steintafeln. gr. 8. 1832. 1 fl. 12 kr.

Siemens, E., Prof. in Hohenheim, Beschreibung einer neuen Vorrichtung zum Zerkleinern und Einmaischen der Kartoffeln. Mit 3 Tafeln Abbildungen, 8. 3 Bogen geh. 1840. 36 kr.

(4327) Bei Ferdinand Gechting in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Skizzen aus dem Leben Dr. Bernard Bolzano's.

Beiträge zu einer Biographie.

Von dessen Arzte **Dr. Anton Wißhaupt.**

„Fortschreiten soll ich!" B. Bolzano.

Elegant broschirt. Preis 6 Ngr.

[4380] **Karl Simrock's**

Schriften.

Verlag von H. L. Brönner in Frankfurt a. M., zu haben in allen Buchhandlungen:

Die deutschen Volksbücher. Gesammelt und in ihrer ursprünglichen Echtheit wiederhergestellt von K. Simrock. 1ster bis 6ter Band. à 1 Rthlr. 10 Sgr. oder 2 fl. 24 kr.

(Der 7te Band ist unter der Presse.)

Reineke Fuchs. Aus dem Niederdeutschen. Von K. Simrock. Mit Zeichnungen von T. Kiellerup. In Sarsenet gebunden. 1 Rthlr. oder 1 fl. 48 kr.

Kerlingisches Heldenbuch. Sagenlieder von Karl dem Großen. Von K. Simrock. 27 Sgr. oder 1 fl. 36 kr.

Die deutschen Sprichwörter. Gesammelt von K. Simrock. 1 Rthlr. 10 Sgr. oder 2 fl. 24 kr.

Doctor Johannes Faust. Puppenspiel in 4 Aufzügen. Hergestellt von K. Simrock. 15 Sgr. oder 48 kr.

Der gute Gerhard von Köln. Eine Erzählung. Von K. Simrock. 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr.

Das deutsche Kinderbuch. Altherkömmliche Reime, Lieder, Erzählungen, Uebungen, Räthsel und Scherze für Kinder. Gesammelt von K. Simrock. 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr.

Die geschichtlichen deutschen Sagen. Aus dem Munde des Volks und deutscher Dichter. Von K. Simrock. 1 Rthlr. 10 Sgr. oder 2 fl. 24 kr.

[4448—49] **Weihnachtsgeschenke.** (Aus dem Verlag von Fr. Bassermann in Mannheim.)

Berthold **Auerbach's** schwarzwälder Dorfgeschichten. Vierte Auflage. Mit 84 Holzschnitten.

Inhalt: 1) Der Tolpatsch. 2) Die Kriegspfeife. 3) Des Schloßbauers Befele. 4) Tonele mit der gebissenen Wange. 5) Befehlerles. 6) Die feindlichen Brüder. 7) Ivo der Hajrle. 8) Florian und Crescenz. 9) Der Lauterbacher.

Berthold **Auerbach's** Dorfgeschichten. Neue Folge. Zweite Auflage.

Inhalt: Sträflinge. — Die Frau Professorin. — Lucifer.

Preis eines jeden dieser zwei Bände: broschirt 1 Thlr. oder 1 fl. 45 kr. elegant gebunden in rother englischer Leinwand mit goldverziertem Rücken $1\frac{1}{3}$ Thlr. od. 2 fl. 20 kr.

Erzählungen und Mährchen von Pfarrer **Walther**. 3 Bde. Neue Ausgabe, mit colorirten Titelkupfern und Umschlägen. Gebunden. Preis eines jeden Bandes $\frac{1}{2}$ Thlr. oder 48 kr.

Fünfzig neue Kinderlieder. Nach Original und bekannten Volksweisen, ein- und zweistimmig. — 62 Notenseiten. — Preis $\frac{1}{2}$ Thlr. oder 54 kr.

[4316—21] Bei Gustav Mayer in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dalmatien und Montenegro

mit einem **Ausflug nach der Herzegowina** und einer geschichtlichen Uebersicht der Schicksale Dalmatiens und Ragusa's nach Sir J. Gardener Wilkinson

bearbeitet von **W. A. Lindau.**

2 Bände. Royal-Octav mit 2 Bildnissen des Vladika von Montenegro und einer Karte von Dalmatien.

Preis 5 Rthr. — Die Karte allein 5 Ngr.

Flandrisches Album.

Stillleben, Genrebilder, Geschichte, nach dem Leben gezeichnet von **F. v. Wolffers.**

$1\frac{1}{2}$ Rthr.

[4324] Im Verlage von J. Scheible in Stuttgart ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Jakob Sutor's künstliches Fechtbuch

zum Nutzen der Soldaten, Studenten und Turner.

Neu herausgegeben wort- und bildgetreu nach dem Originale durch

J. Scheible.

Mit 89 Holzschnitten. Klein Quart. 1849. Preis 3 fl. 30 kr. oder 2 Thlr.

[4435]

Zeitschriften für 1850

aus dem Verlage von Baumgärtner's Buchhandlung zu Leipzig.

Der Aufmerksamkeit aller Zeitschriftenleser, aller Besitzer von Lesecabinetten, Lesecirkeln, Leihbibliotheken und öffentlichen Localen (in Gast- und Kaffeehäusern) ꝛc. empfehlen wir bei Ablauf des Jahres die unten bezeichneten, wohl accreditirten, **wöchentlich** mit großer Pünktlichkeit erscheinenden **Zeitschriften**, und bitten sich den zahlreichen Abonnenten derselben anzureihen, wozu alle **Buchhandlungen, Zeitungsexpeditionen und Postämter** ihre Vermittelung gern eintreten lassen werden.

Es sind die folgenden:

Die Allgemeine Moden Zeitung. Eine Zeitschrift für die gebildete Welt, begleitet von dem Bilder-Magazin 52. Jahrgang. Preis für circa 100 Quartbogen mit 52 illuminirten Stahlstichen, über 500 Abbildungen der neuesten Moden enthaltend, 6 Thlr. oder 10 fl. 48 kr. Mit 104 illuminirten und schwarzen Stahlstichen, jene Moden und Porträts, Städteansichten und Gegenden, Abbildungen von Monumenten, Gemälden, Meubles ꝛc. enthaltend, 8 Thlr. oder 14 fl. 24 kr.

Le Glaneur. Gazette des Journaux français. Redigé par P. BRÉE. 18e année. Prix annuel avec 52 Gravures des modes: 6 Thlr. Le texte seul: 4 Thlr.

Das illustrirte Magazin begleitet von der **Schnellpost für Moden.** Neueste Folge. 5. Jahrgang. (Erscheint aller 14 Tage.) Mit vielen Abbildungen. Preis vierteljährlich $11\frac{1}{2}$ Ngr. oder 42 kr. Dasselbe auch mit 13 colorirten Kupfern von Moden. $22\frac{1}{2}$ Ngr. oder 1 fl. 21 kr.

Blätter aus der Gegenwart. Eine Zeitschrift für Unterhaltung und Belehrung aus dem Gebiete der Wissenschaft, Kunst, Industrie und des öffentlichen Lebens. Herausgegeben von Dr. Ludwig Meyer. Neue Folge. 5. Jahrgang. Jährlich 64 dreispaltige Bogen in Quarto. Preis halbjährlich 2 Thlr.

Allgemeine homöopathische Zeitung. Von den DDr. Hartmann und Rummel. 38. Band. In Bänden von 24 Bogen in Quarto zu 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr.

Allgemeine Zeitung des Judenthums. Ein Organ für alles jüdische Interesse. Von Dr. L. Philippson, Rabbiner. 14. Jahrgang. 96 Bogen. Quarto. 3 Thlr. oder 5 fl. 24 kr.

[4424—27]

London, German Law-Agency,

43. Redford-Row.

Dieses Gerichts-Office übernimmt und besorgt, und zwar von jetzt an unter der speciellen Leitung des seit Jahren mit den englischen Tribunalen in Verbindung stehenden Advocaten Hrn. Eduard vom Hof, alle ausländischen, namentlich die deutschen Rechtsangelegenheiten, die Regulirung aller mercantilischen Transactionen, so wie auch Aufträge von Privaten und Regierungen wegen des Verkaufs von Landgütern, Waldungen, Bergwerken ꝛc. größern Lieferungen, Assecuranzen, Patent- und Emigrations-Angelegenheiten.

Alle Anfragen und Aufträge portofrei gehen dieserhalb an die Adresse:

Mr. Ed. vom Hof, 43. Redford-Row, London.

[4331] Bei J. F. Steinkopf in Stuttgart sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Hofacker, M. Ludwig (weiland Pfarrer in Rielingshausen in Württemberg), **Predigten für alle Sonn-, Fest- und Feiertage** nebst einigen Bußtags-Predigten und Grabreden. 13te verbesserte Auflage. Vierter Stereotypdruck. Mit erweiterten Mittheilungen aus dem äußern und innern Lebensgange des sel. Verfassers und seinem Bildniß in Stahlstich. 62 Bogen in großem Bibelformat. 1849. Gewöhnliche Ausgabe 2 fl. 24 kr. oder $1\frac{1}{2}$ Thlr., feinere Ausgabe 3 fl. 12 kr. oder 2 Thlr. Zu je 12 Exempl. eines frei.

Stark, J. Fr. (weil. evang. Prediger und Consistorialrath zu Frankfurt a. M.), Tägliches Handbuch in guten und bösen Tagen, enthaltend Aufmunterungen, Gebete und Gesänge für Gesunde, Betrübte, Kranke und Sterbende; ferner Sprüche, Seufzer und Gebete, den Sterbenden vorzusprechen, mehrere Festandachten, Buß-, Beicht-, Communion- und Erquickungsgebete und Gesänge, wie auch Kriegs-, Theurungs-, Pest- und Friedensgebete, nebst einem Gebetbüchlein für Schwangere, Gebärende, Wöchnerinnen und Unfruchtbare. Neue wohlfeile Ausgabe in großem Druck auf weißem Papier. Mit dem Bildniß des sel. Verf. und vier weiteren Bildern. 476 S. in 8. 30 kr. oder 10 Sgr.

[4447] **Vom Archiv**

für

Officiere aller Waffen

ist das September-Heft erschienen und an die verehrlichen Abnehmer versendbar.

Es enthält: Beiträge zur Geschichte des bayerischen Heeres (Fortsetzung). — Ueber Selbstständigkeit der Bataillone. — Relation über das Gefecht bei Duppel am 13. April 1849. — Litteratur. Vorschlag zu einer neuen Protzen-Construction für Feld-Artillerie, von Francis Deyne-Droper, mit Zeichnung. — Gutta Percha als schwimmende Unterlage zum Gebrauche von Kriegsbrücken. — Die Versetzung der Deserteure zur Infanterie. — Anekdoten aus der Gegenwart über die Ausbildung der Truppen und ihrer Führer. — Die neueste Uniformirung der Armee.

München. **G. Franz.**

(4298—300) Une Institutrice française, de bonne famille, très-forte pour le piano et l'enseignement de sa langue, et qui serait à même de donner encore d'autres leçons, accepterait une place avantageuse. S'adresser franco à l'Expédition de cette feuille, sous les chiffres Z. X. Nr. 4298.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Nôtre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag **Nr. 337.** **3 December 1849.**

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (bedeutende Beschleunigung der Postverbindung mit Paris. Beschluß des Vereins zum Schutz der vaterländischen Arbeit für Förderung der deutschen Zolleinigung); München (Verhandlungen über das Amnestiegesetz); Stuttgart (Eröffnung der verfassungrevidirenden Versammlung. Thronrede. Der Eid von allen Deputirten geleistet. Schoder zum Präsidenten, Rödinger zum Vicepräsidenten gewählt); Karlsruhe (die Uneinigkeit des Ministeriums. Verordnungen über Vornahme der Erneuerungswahlen und provisorische Forterhebung der Steuern); Freiburg (General Schreckenstein. Rudolph Welcker); Darmstadt (Antworten der Geschwornen in dem Riesenproceß. Der Stand der Gesetzgebungsarbeiten); Dresden (die Amnestiefrage. Thätigkeit der Kammern. Gesetzesvorlagen); Hannover (Mittheilungen in der ersten Kammer über Schleswig-Holstein); Berlin (Waldeck's Proceß. Die Hemmnisse des Interim und die österreichischen Forderungen. Die Wahlordnungen der meisten Staaten des engern Bundes ratificirt, auch die für Mecklenburg-Strelitz); Wien (der Kaiser hat die Hofburg bezogen. Die Posten fortdauernd durch das Schneewetter gehemmt. Zolleinigungsunterhandlungen zwischen Oesterreich, Parma und Modena. General v. Mayerhoffer provisorischer Landeschef der Woiwodina. Instruction der Gendarmerie); Innsbruck (die deutsche Zolleinigung. Vorarlbergs blühende Industrie).

Großbritannien. Der Kriegsminister. Ausforderung des Pascha's von Aegypten an den englischen Jockey-Club.

Frankreich. Verhandlungen über Naturalisation. Die legitimistische Verschwörung. Gerüchte über die Besetzung der Gesandtschaftsposten in Wien und St. Petersburg. Säuberung der Wahllisten. Jaonbst verworfen. Uneinigkeit im Cabinet.

Schweiz. Bern (die Verhandlung über die Flüchtlingsausweisung und die Stellung zum Ausland).

Türkei. Die polnischen und magyarischen Flüchtlinge in Schumla. Näheres über das Einlaufen der englischen Flotte in die innern Dardanellen.

Datum der Börsen: Paris 29; Wien 30 Nov.; Frankfurt 1 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 29 Nov. Während der große Kampf der politischen Parteien vom Schlachtfelde und der Tribüne sich in die Spalten der Zeitungen zurückgezogen hat, sind gegenwärtig hier weit ab vom politischen Kampfplatz die Vertreter der deutschen Industrie versammelt, um in einer Vorberathung die größte materielle Frage zu erwägen welche es in diesem Momente gibt: die Frage von der Zoll- und Handels-Einigung Oesterreichs und Deutschlands. In dieser Versammlung sind Anhänger verschiedener politischer Parteien und Bewohner weit von einander entfernter deutscher Staaten, aber alle sind ein- und derselben unerschütterlichen Ansicht: daß die von Wien aus gemachten Vorschläge dem Vaterlande das höchste Maß der materiellen Wohlfahrt in Aussicht stellen, wenn sie zur Verwirklichung gelangen. Durch seine große Verbreitung über das ganze Vaterland, durch seine Verbindung mit verschiedenen Regierungsbehörden, durch seine Intelligenz und materielle Macht ist der „Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit" in den Stand gesetzt zur Förderung des Unionswerkes zu wirken. Einstimmig ist der Beschluß gefaßt worden dieß zu thun, dabei aber auch sich sicher zu stellen daß ein bereits bestehendes festes Band nicht gelöst werde, ehe für die sichere Anknüpfung eines neuen umfassenderen diejenigen Garantien gegeben seyen ohne welche die vorgeschlagene Union nichts als ein Vorwand wäre um dahinter partikularistische politische Tendenzen zu verbergen. (Nürnb. C.)

|| **Frankfurt a. M.**, 30 Nov. Für die Postverbindung zwischen Paris und Frankfurt steht eine wesentliche Verbesserung in Aussicht. Von morgen an soll nämlich die Mallepost von Paris um 8 Uhr Abends (statt bisher 6 Uhr) abgefertigt werden und gleichwohl am dritten Tage schon um 9 Uhr Morgens mit dem ersten Mainzer Bahnzug hier eintreffen. Falls diese Einrichtung sich während der Winterszeit bewährt, würde dadurch eine Beschleunigung von 10 Stunden erzielt*), und namentlich dem Börsenpublicum der Vortheil gewährt werden noch vor der Börsenzeit in den Besitz der Pariser und Madrider Curse zu gelangen. Die gestrige Monatsabrechnung ging bei steigenden Cursen vor sich. — Die constituirende Versammlung wird im Lauf kommender Woche die Berathung über Verfassungsentwurf und Einführungsgesetze erledigen, und dann dieselben dem Senat zum Zweck der Abstimmung durch die Gesammtbürgerschaft übergeben.

Bayern. ⁒ **München**, 30 Nov. (Einunddreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der vom Abg. Schüler angezeigte Austritt aus der Kammer wird ohne alle weitere Bemerkung im Beginn der Sitzung einstimmig genehmigt. Dieß abgethan, fordert der Präsident den Berichterstatter des Ausschusses (Abg. Prinz) zum Schlußwort auf. Dieser erachtet trotz der vielen Darstellungen des Pfälzer Aufstands im Laufe der Debatte eine chronologische Zusammenstellung der Vorgänge noch für nöthig, und gibt dieselbe mit Vorlesung sehr vieler Actenstücke, Zeitungscorrespondenzen rc. in einem dreistündigen Vortrag. Unsers Erachtens hält diese Darstellung vorzugsweise das Ziel fest den Beweis zu führen wie von allem Anfang an der pfälzische Aufstand vorwiegend republicanischen Charakters gewesen sey. Es ist natürlich nicht möglich diesem Vortrag mit seiner Menge von erläuternden Beilagen hier ins Einzelne zu folgen. Sein Zweck ist die Vertheidigung der Anträge des Ausschusses, die Rechtfertigung jener im Laufe der Discussion oft schwer angegriffenen allgemeinen motivirenden Einleitung des Berichts. Schließlich wendet sich der Redner noch speciell gegen die Anträge Heine's, Tafels und Boye's. Die Widerlegung des Heine'schen Antrags behält er sich für die Einzeldebatte vor, den Tafel'schen Antrag glaubt er durch Hinweisung auf die mit Belegen ausgestattete Darlegung genugsam widerlegt, den Boye'schen Antrag bezeichnet er wiederholt als unpraktisch. Es sind nur wenige Worte welche Hr. Minister Kleinschrod der Specialdebatte noch vorausschicken zu müssen glaubt, um die Blicke der Versammlung nochmals auf den Vorschlag zu lenken welcher bereits gestern vom Ministertisch gemacht wurde. Man solle den Regierungsentwurf annehmen wie er ist, und die Wünsche nach Erweiterung der Amnestie, wie es der Ausschuß vorgeschlagen, in besonderen Anträgen einbringen. Nur die Rücksichten der Milde seyen bei ihm bedingend, indem er diesen Vorschlag wiederhole. Der Redner geht dann die verschiedenen Fälle durch welche in der weitern Berathung des Entwurfs eintreten können, um schließlich zu erweisen wie die Annahme des Regierungsentwurfs den Zweck am raschesten erreiche. Ein Abweis aller Amnestie, wie der Beschluß zu einer allgemeinen Amnestie, sey gleich wenig zu erwarten; sowohl, wie bedeutende Modificationen würden aber neue, langwierige Berathungen der Reichsrathskammer sowie der Regierung nöthig machen, ehe das Gesetz zur Erscheinung kommen könne. Dagegen sey durch Annahme des Regierungsentwurfs die rascheste Erledigung der Angelegenheit zu erwarten, und die Regierung werde es sich aufs gewissenhafteste zur Pflicht machen etwaige weitergehende Anträge aufs genaueste zu prüfen, auch soviel irgendmöglich darauf einzugehen. Da unterdessen die Zeit soweit vorgeschritten war daß ein Beginn der Einzeldebatte für jetzt kein Resultat mehr versprach, wurde diese bis 4 Uhr Nachmittag vertagt. Der Präsident stellte zunächst die Eingangsworte des Gesetzes zur Discussion und ertheilte dem Abg. v. Lerchenfeld das Wort. Er beginnt mit der Bemerkung daß er die heute früh geschlossene Discussion nicht von neuem aufnehmen, besonders nicht jene Anklagen wieder erheben werde welche man bei dieser Frage der Milde leider nicht übergangen habe. Wenn er auch näher auf die Zustände eingehen werde, so wolle er doch alles Verletzende zu vermeiden suchen. Hr. Tafel habe eine

*) Der Hauptgrund dieser Beschleunigung wird darin liegen daß das Pariser Postpaket jetzt mit der Eisenbahn bis Chalons geht, und um 10 bis 12 Stunden früher in Straßburg ankommt als bisher. Wir haben längst darauf aufmerksam gemacht und die Taxis-württembergischen und badischen Posten um Anschluß gebeten. Wie es scheint so vergebens, als die Bitten fruchtlos waren die Brief- und Zeitungsposten in Württemberg nicht mehr von der Wohlthat der Eisenbahnen auszuschließen und dadurch die ganze deutsche Communication in Nachtheil und Schaden zu bringen!

allgemeine Amnestie vorgeschlagen. Allerdings wünsche auch er (der Redner) am liebsten eine solche, aber er frage sich, diesem Herzenswunsche gegenüber, ob sie auch mit dem Staatswohl vereinbar sey. Was solle die Amnestie? Sie soll denen Verzeihung geben, bei denen keine niedere Absicht, sondern nur die That einer Begeisterung für Freiheit, Größe, Glück des Volkes zum Verbrechen geführt habe. Die Begeisterung für die Sache sey eine nothwendige Voraussetzung um eine allgemeine Amnestie zu rechtfertigen. Sie könne also auch vorzugsweise nur jenen gelten welche von dem Strome hingerissen seyen, wo also die Strafe in den Augen des Volkes nicht gerechtfertigt erscheine. Man habe nun zwar die Erhebung der Pfalz mit der Begeisterung für Religionsbewegungen, mit der Erhebung von 1813 in Parallele gestellt. Es frage sich jedoch ob wirklich dieselben Beweggründe, ob sie bei allen an der Bewegung Betheiligten vorhanden gewesen seyen. Leider lasse sich nicht läugnen daß die hohen Güter der Ehre und Größe der Nation keineswegs allein zu Bedingungen der pfälzischen Erhebung wurden. Die Herbeiziehung fremder Abenteurer, die Bedrohung der deutschen Gränzvesten, das versuchte Bündniß mit den Franzosen u. s. w. seyen sprechende Zeugnisse dagegen. Aber auch um die Freiheit sey es keineswegs allein zu thun gewesen, diese habe vielmehr meistens nur den Köder abgeben müssen. Endlich sey auch die Reichsverfassung nur ein Deckmantel für andere Plane gewesen. Dieß beweise Baden mit seinem Aufruhr trotz der verkündeten und eingeführten Reichsverfassung; daß aber die später auch offen alliirten Aufstände Badens und der Pfalz identisch seyen, bedürfe nach den gehörten Darlegungen keiner weitern Beweisführung. Bei Gelegenheit der Besprechung dieser Verhältnisse seyen auch Vorwürfe gegen eine Periode der Verwaltung des bayerischen Staates gerichtet worden, während welcher er selber dem Ministerium anzugehören die Ehre gehabt habe. Seiner eigenen Ehre wie besonders den Männern mit denen er damals zusammengewirkt, sey er eine Antwort auf diese Anklagen schuldig. Besonders habe man geklagt daß kein Gesetz zur Organisation des Vereinswesens erlassen worden sey. Aber man möge bedenken daß damals ganz Deutschland voll unbegränzten Vertrauens auf die Nationalversammlung geblickt, daß jedermann ein solches Gesetz als Reichsgesetz erwartet habe, daß gerade auch das Vereinswesen als eine Angelegenheit erscheinen mußte, welche für die Reichsgesetzgebung ganz geeignet wäre. Würde das bayerische Ministerium damals ein solches Gesetz erlassen haben, so wäre dieß als ein Uebermaß des Particularismus betrachtet worden. Man möge bedenken daß am 22 März der bayerische Landtag, am 24 Mai das Parlament eröffnet worden sey. Eine gleichzeitige Tagung beider Kammern sey nicht räthlich erschienen, ja kaum thunlich gewesen, da viele der bayerischen Abgeordneten auch nach Frankfurt gewählt gewesen seyen. Dieser bayerische Landtag habe in 80 Tagen 19 Gesetze ausgearbeitet, man könne also gewiß weder ihm noch der Regierung einen Vorwurf der Unthätigkeit machen, besonders da auch noch von einer Seite Hindernisse in den Weg gelegt worden seyen von welcher eben jetzt der Tadel komme. Wenn übrigens kein Gesetz für das Vereinswesen entstanden sey, so dürfe gerade jene Partei am wenigsten darüber klagen welche das Vereinsrecht als ein völlig frei zu handhabendes für das Volk beansprucht habe. Dieß zur Vertheidigung der damaligen Regierung. Man sage nun weiter, die Pfalz sey während des Aufstandes von der Regierung verlassen gewesen. Hr. Römich habe dieß ganz besonders klar und lichtvoll auseinandergesetzt. Und er müsse hier beistimmen, es sey in der That nicht geschehen was hätte geschehen sollen. Die Regierung sey entweder von den dortigen Zuständen durch ihre Organe schlecht unterrichtet gewesen, oder habe sich versäumt. Es erscheine nicht begreiflich wie die officiellen Berichte so lang die Gefahr eines Aufstandes als nicht vorhanden hätten schildern können. Denn schon lang vor dem 17 Mai sey bewaffneter Hochverrath offenbar gewesen, und es lasse sich nicht erklären wie die obersten Behörden der Pfalz im Civil wie im Militär nicht den bevorstehenden Zusammenstoß vorausgesehen. Dadurch sey es von der Staatsregierung versäumt worden zur rechten Zeit Truppen nach der Pfalz zu schicken. Allerdings wisse er daß man eben keine solche Erhebung wie sie geworden erwartet und auch die Truppen diesseits verwendet habe, weil man hier ebenfalls große Besorgnisse hegte. Indessen besitze Bayern 52 Bataillone, diese seyen auf Kriegsfuß gestanden, man hätte also wenigstens sofort als die Gefahr sich drohend zeigte, Truppen abordnen müssen und nicht so viel auf jenes eine dritte Jägerbataillon zu Frankfurt bauen dürfen. Im Jahr 1832 habe das Ministerium gewagt die Truppen aus dem diesseitigen Bayern wegzuziehen und nach der Pfalz zu senden; dieser Maßregel sey es wohl zunächst zu danken gewesen daß sich die Pfalz zu jener Zeit so ruhig verhalten habe. Als man aber jetzt endlich die Truppen absendete, sey dieß wiederum nicht mit der gehörigen Raschheit geschehen; und z. B. hätten in München 10 bis 11,000 Mann gestanden, von denen früher und rascher dorthin ein Theil hätte befördert werden sollen, da hier durchaus keine drohende Bewegung zu befahren gewesen sey. Wolle man aber die schonende Rücksicht geltend machen daß man den Kriegsschauplatz nicht habe nach der Pfalz verlegen mögen, so müsse er dagegen sagen daß wo der Aufstand hervorbreche, er auch niedergeschlagen werden müsse. Unter diesen Verhältnissen sey die unselige Sendung Eisenstucks durch das Reichsministerium erfolgt. Dieser habe der Revolution gegenüber ein Benehmen gezeigt welches in keiner Weise zu entschuldigen gewesen sey. Aber auch hier sey die Regierung nicht entschieden genug eingetreten. Sie habe dessen Handlungen vielmehr sofort für null und nichtig erklären müssen. Noch bleibe ihm (dem Redner) ein Punkt übrig, auf den er zurückkommen müsse: das Benehmen der pfälzischen Deputirten beim Landtag. Man habe zwar vielfach behauptet dieselben hätten die Bewegung keineswegs gutgeheißen. Aber dann sey es auch deren Pflicht gewesen sich offen und frei darüber auszusprechen, sich davon loszusagen. Dieß sey nicht geschehen; vielmehr habe man noch am 21 Mai in diesem Saal die Erhebung vertheidigen hören, nachdem bereits am 17 Mai die provisorische Regierung eingesetzt worden. *) (Forts. folgt.)

Württemberg. * **Stuttgart,** 1 Dec. Heute fand die Eröffnung der neuen Landesvertretung durch den dazu beauftragten königl. Commissär, Minister v. Schlayer, statt. Die hergebrachten Feierlichkeiten fanden im wesentlichen wieder statt. Um 10 Uhr hielt der Oberconsistorialrath v. Klemm über den Text: „Gottes Hülfe ist nahe denen die ihn fürchten, daß in unserm Lande Ehre wohne." (Ps. 80, 10) die Landtagspredigt in der Stiftskirche. Gegen 11 Uhr wurde der königl. Commissär von einer Deputation aus 7 Mitgliedern der neuen Versammlung empfangen, und es traten mit jenem die weitern Departementschefs v. Herdegen, v. Wächter-Spittler, v. Baur und v. Hänlein ein. Der Kanzleidirector des königl. Ministeriums des Innern verlas den durch den Art. 22 des Wahlgesetzes vom 1 Jul. d. J. vorgeschriebenen durch die bekannte königl. Verordnung vom 12 d. M. modificirten Eid, welchen sofort sämmtliche Volksvertreter in die Hand des königlichen Commissärs leisteten. Der königl. Commissär hielt hierauf folgende Rede: „Hochzuverehrende Herren! Se. Maj. der König haben mir den ehrenvollen Auftrag zu ertheilen geruht die gegenwärtige Versammlung der Volksvertreter in Höchstihrem Namen zu eröffnen. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen noch nicht Glück wünschen zu einer definitiven Ordnung der deutschen Verfassungsangelegenheit wie sie dem Wunsche des deutschen Volkes nach nationaler Einigung entspräche. Ebensowenig gestattet die Wahrheit den Zustand unsers Landes einen befriedigenden zu nennen. Wohl ist unter dem Beistand der göttlichen Vorsehung der drohende Sturm offener Empörung von dem Lande abgewendet, und Württemberg vor großem Elend und noch größerer Schmach bewahrt worden. Aber verbergen können und dürfen wir uns nicht daß in dieser Zeit der Aufregung und Parteiung der Geist der Irreligiosität und Sittenverderbniß tiefe Wurzeln getrieben. Daß das Ansehen der Gesetze sehr gelitten hat, daß die Begriffe von Recht und Ehre vielfach in Verwirrung gekommen sind, daß der allgemeine Credit zum fühlbaren Nachtheil von Gewerbe und Handel gesunken, und daß überhaupt das Land in eine auch für seine materiellen Interessen sehr nachtheilige Lage gerathen ist. Besonders mißlich stellt sich dieses in dem Zustande unsrer Finanzen heraus, da die ordentlichen Staatseinnahmen zu Deckung der ordentlichen Staatsausgaben um einige Millionen unzureichend geworden sind. Die Regierung wird Ihnen darüber, sobald die dafür getroffenen Vorbereitungen vollendet seyn werden, die nöthigen Vorlagen machen. Zunächst werden die Verbesserungen an dem Gebäude der Staatsverfassung Ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen. Die Klugheit macht es räthlich sich hier auf das Nothwendige, auf das klar erkannte Bedürfniß zu beschränken, wenn man nicht Gefahr laufen will bei der Durchführung der einzelnen Abänderungen mit den Hülfsmitteln des Landes, mit den Sitten und Gewohnheiten, den Wünschen und Bedürfnissen des Volks in Zwiespalt zu gerathen. Als vorzugsweise dringend betrachtet die Regierung in Vollziehung der Grundrechte des deutschen Volkes eine neue Gründung der Landesvertretung, des wichtigsten Theils einer jeden Repräsentativverfassung. Auch noch andere wichtige Bestimmungen der Verfassung werden einer Revision unterstellt werden. Se. Maj. der König haben bei dem Antritt Ihrer Regierung Ihre erste Sorge seyn lassen durch freien Vertrag mit dem Volke die Verfassung des Staats in freisinnigem Geiste zu ordnen. Auch jetzt sind Höchstdieselben bereit zu Abänderungen dieses Vertrags, wie die Erfahrung und veränderte Verhältnisse sie als geboten oder wünschenswerth gezeigt haben, die Hand zu bieten, und die einzige Richtschnur Sr. königl. Maj. wird hiebei das wahre, wohlverstandene Wohl des Landes seyn. Dieses wahre Wohl des Lan-

*) Den Schluß der Sitzung vom vorhergehenden Tage, einen Auszug aus der Rede des Ministers v. d. Pfordten liefern wir morgen nach.

des, meine hochzuverehrende Herren, muß, wie verschieden auch die Ansichten über den richtigsten Weg seyn mögen, der gemeinschaftliche Zielpunkt unserer gegenseitigen Bestrebungen seyn, wenn das Ergebniß unserer Arbeiten ein erfreuliches, ein dem Lande segenvolles werden soll. Möge die Ueberzeugung hievon stets unsere gemeinschaftlichen Berathungen durchdringen. Wenn vor dem Geist reiner Vaterlandsliebe jede andere Rücksicht zurücktritt, wenn weise Besonnenheit und Mäßigung, wenn erfahrene Beachtung der Lehren der Vergangenheit Ihre Beschlüsse lenkt, dann wird diese Versammlung, welcher eine so wichtige Aufgabe zu Theil geworden ist, einen würdigen Platz in der Geschichte einnehmen, dann wird Ihre Thätigkeit zum Heil des Königs und des Landes gedeihen. Mit diesem Wunsche, mit dieser Hoffnung erkläre ich den gegenwärtigen Landtag für eröffnet." Nachdem die Departementschefs abgetreten waren, erklärte das älteste Mitglied der Versammlung, v. Zwergern, daß er die Stelle des Alterspräsidenten wegen Unwohlseyn nicht einnehmen könne, und daher die Versammlung bitten müsse das nächst ältere Mitglied zu berufen. Die Versammlung ertheilte ihre Zustimmung, worauf Staatsrath Römer als Alterspräsident bemerkte daß sich sein Amt auf die Leitung der Wahl des Präsidenten und Vicepräsidenten zu beschränken haben möchte. Dieser Vorschlag wurde angenommen und die nächste Sitzung auf Nachmittag 4 Uhr behufs der Vornahme jener Wahlen festgesetzt. (Abends 5 Uhr.) Soeben wird die Wahl des Präsidenten verkündigt: Schoder (resig. Regierungsrath, jetzt wie früher Abg. des Oberamtsbezirks Besigheim, früher Mitglied der Nationalversammlung und Vicepräsident der letztern während dieselbe theilweise noch in Stuttgart tagte), erhielt von 58 Stimmen 39, und ist somit Präsident der Versammlung; die weitern Stimmen fielen auf Römer (18) und auf Rödinger (1). Bei der Vicepräsidentenwahl stimmten 59 ab. Es fielen hievon auf Rödinger 39, auf Reyscher 18, Senger 1 und v. Zwergern 1. Es ist somit Rödinger, Abg. des Oberamtsbezirks Oehringen (früher Mitglied der Nationalversammlung), Vicepräsident. Einer k. Bestätigung bedürfen diese Wahlen nicht.

Gr. Baden. **Karlsruhe.** Der Rücktritt des Ministers des Innern, Hrn. v. Marschall, wird als nahebevorstehend angegeben und sein Nachfolger in einem Beamten bezeichnet welcher seit Jahren der äußersten Rechten in der zweiten Kammer angehört und der besondern Gunst des Prinzen von Preußen sich zu erfreuen hat. Auch der ohne Portefeuille zum Staatsministerium gehörige Staatsrath v. Stengel, früher Präsident des Justizministeriums, soll weichen. Diese Gerüchte scheinen jedoch bis jetzt etwas voreilig zu seyn, obgleich nicht geläugnet werden kann daß unter unsern Ministern über mehrere Fragen der höheren Politik verschiedene Ansichten vorhanden sind. Gerade den drei adeligen Mitgliedern des Staatsministeriums werden weniger reactionäre Grundsätze zugeschrieben als den bürgerlichen. Wie man vernimmt, hat sich diese Verschiedenheit der Meinungen bei der mehrmaligen Berathung der Frage, ob die alten Kammern aufgelöst oder einberufen werden sollen (jedoch letzteres mit Ersatzwahlen), ganz besonders gezeigt. Noch fehlt eine Einigung über diesen Punkt, obgleich selbst in der höchsten Region mancherlei Besorgnisse darüber aufsteigen daß mit einer Kammerauflösung große Gefahren verbunden sind, und das Staatsschiff leicht auf die schlimmsten Klippen geführt werden könnte. Man scheint darum vorerst die Ankunft des neuen preußischen Gesandten an unserm Hofe, des Hrn. v. Savigny, abwarten zu wollen, ehe ein definitiver Beschluß gefaßt wird. Viele die gegen Preußen mit dem aufrichtigsten Danke wegen der geleisteten Hülfe erfüllt sind, vermögen jedoch unserer Regierung darin nicht beizupflichten daß sie in inneren Angelegenheiten nicht auf eigenen Füßen zu stehen sucht; je ängstlicher sie bemüht ist keinen Schritt zu wagen ohne vorher in Berlin angefragt zu haben, desto mehr Nahrung liefert sie jener Partei, der es nun einmal darum zu thun ist die Lebensfähigkeit des badischen Staates als unmöglich darzustellen. Auch dem preußischen Cabinet kann es nicht angenehm seyn wenn die durchaus abhängige Stellung der badischen Regierung von ihm täglich mehr zu Tage tritt. (Köln. Ztg.)

General Schreckenstein reiste dieser Tage nach Freiburg um die Casernirung der preußischen Soldaten zu betreiben, und von da in das badische Oberland. Welckers ältester Sohn Rudolph, der als Arzt den Feldzug der Aufständischen gegen die Preußen mitgemacht hatte, ist endlich am 22 Nov. aus den Casematten entlassen worden.

Karlsruhe, 1 Dec. Das Regierungsblatt enthält verschiedene allerhöchste Entschließungen. „Nachdem die Verhältnisse" den Wiederzusammentritt der gegenwärtigen Ständeversammlung bisher verhindert haben, nunmehr aber die Zeit herannaht um welche die Wirksamkeit der Ständeversammlung für die Landtags-Periode von 1850 und 1851 beginnen muß, wird der Landtag für die Periode von 1848 und 1849 als beschlossen erklärt. Nach dem Gesetz vom 5 August 1841, die theilweise Erneuerung der beiden Kammern der Ständeversammlung betreffend, wird die Vornahme der Erneuerungswahlen angeordnet; ferner wird die Vornahme nöthige Ersatzwahlen angeordnet und endlich bestimmt daß die directen und indirecten Steuern, soweit sie in den drei ersten Monaten des Steuerjahrs 1850 fällig werden, nach dem bestehenden Umlagefuß und den bestehenden Tarifen zu erheben sind.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 29 Nov. In der heutigen Sitzung der Assisen erklärte der Gerichtshof daß er bei den Antworten der Geschwornen nichts wesentliches zu erinnern finde, nur einige Verbesserungen beantrage. Sonst wurde nur noch von Seite der Vertheidigung ein einzelnes Bedenken erhoben. Auf Verordnung des Gerichtshofs zogen sich die Geschwornen zurück, und erschienen bald darauf wieder um die erhobenen Anstände zu beseitigen. Hierauf wurden die Angeklagten eingeführt und ward ihnen der Ausspruch des Schwurgerichts vorgelesen. Dann das Erkenntniß des Assisenhofs, der in Folge des Verdicts 19 Angeklagte freisprach, ein wohlthuender Augenblick nach dieser langen Folter des Verfahrens. Siebzehn davon wurden nach einer warnenden Anrede des Präsidenten entlassen, indem zwei auf Antrag des Staatsprocurators in Haft behalten wurden weil sie angeklagt sind an dem Auftritt bei Oberlaudenbach schuldvollen Antheil zu haben. — Ein in der Nr. 331 dieser Blätter aufgenommener Artikel im Schwäbischen Merkur dd. Darmstadt 23 Nov. meint daß die Gesetzgebung zur Einführung des öffentlich-mündlichen Rechtsverfahrens, mit Ausnahme des Gesetzes vom 28 Oct. v. J. über das Verfahren vor Schwurgerichten, noch fern sey. Dieß veranlaßt mich zu der folgenden allgemeinen Darlegung. Die denkwürdige Verkündigung vom 6 März 1848 versprach auch: „Den Wunsch des Volks daß für ganz Deutschland ein Civil- und Strafgesetz und dieselben Formen des Verfahrens gelten möchten, theilen wir ganz und werden in diesem Sinne wirken. Einstweilen werden wir in Anerkennung des dringenden Bedürfnisses in den beiden diesseitigen Provinzen den Ständen alsbald Gesetzesentwürfe über ein neues auf Mündlichkeit und Oeffentlichkeit gegründetes Civil- und Strafverfahren, verbunden mit Schwurgerichten und Aufhebung der privilegirten Gerichtsstände vorlegen lassen." Diese Zusage bemühte sich die Staatsregierung nach Kräften zu erfüllen. In Bezug auf Strafverfahren ist durch jenes Gesetz vom October v. J. und einige andere Gesetze das fürstliche Wort bereits längst in Erfüllung gegangen; es wird nächstens ganz gelöst werden, da den Ständen ein Gesetzentwurf wegen des Verfahrens in den nicht vor das Schwurgericht gehörenden Strafsachen vorgelegt werden wird. Der Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung der Grundzüge der Gerichtsverfassung, der, wie sich Mittermaier im neuesten Heft des civilistischen Archivs ausdrückt: „ehrlich und ohne Halbheit die französische Gerichtsverfassung zum Muster genommen" hatte, war schon im Sommer 1848 an die Stände gelangt, scheiterte aber am Widerstand der nun entschlafenen ersten Kammer. In Bezug auf das Verfahren in Civilsachen konnte sofort nichts geschehen als die Niedersetzung einer Commission zur Bearbeitung eines Gesetzentwurfs, die mit Eifer arbeitet, so daß zu hoffen ist daß derselbe als nochmals revidirter Regierungsentwurf in Verbindung mit einem Gesetzesvorschlag über die künftige Gerichtsverfassung bald an die Stände gelangt. Die Grundzüge sind die welche seit den Märztagen in ganz Deutschland zu Anerkennung gelangt sind: Oeffentlichkeit, Mündlichkeit, zwei Instanzen nebst einem Cassationshof, Collegialität der Gerichte als Regel, Trennung der freiwilligen Gerichtsbarkeit von der streitigen, Verhandlungsmaxime u. s. w. So wird der Fürst mit König Philipp sagen können: „Ich habe das meinige gethan!"

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 28 Nov. Die Thronrede gibt fortdauernden Stoff für das politische Tagesgespräch. Das Dresdener Journal beklagt daß sie hinsichtlich der Mai-Ereignisse nicht ein Wort versöhnender Milde, nicht ein Wort der Vergebung, auch nicht einmal für die bloß Irregeleiteten enthalte, und gestern flocht der Abg. Joseph aus Lindenau, welcher in einem Preßprocesse vor unsern Assisen plaidirte, bei Erörterung des Begriffs der Aufreizung seiner Vertheidigung die Bemerkung ein daß das Fehlen eines versöhnenden Wortes der Milde in einer wichtigen Staatsschrift, in welcher man es mit beklommener Spannung erwartet habe, aufreizend wirke. Sie wissen, wie ich, so oft ich Gelegenheit hatte Ihnen Notizen über den Stand unserer Maiprocesse zu geben, immer und immer auf die Nothwendigkeit einer umfassen Amnestie hingedeutet, wie ich jeden Vorboten einer solchen als erfreuliches Anerkenntniß des durch die Lage der Dinge Gebotenen freudig begrüßt habe, weil

irdische Macht kommt göttlicher am nächsten,
wenn Gnade bei dem Recht steht.

Und dennoch glaub' ich ist der Thronrede wegen ihres Schweigens über die Amnestie um deßwillen wohl kein Vorwurf zu machen, weil ja durch öffentliche Erlasse der Spruchbehörden bereits bekannt geworden war daß und in welchem Umfange ein Amnestie-Erlaß vorbereitet wird. Bei

einem Acte welcher dem Gefühle Recht zu geben bestimmt ist, kann man es entschuldbar finden wenn von einer Vorausverkündigung abgesehen wird. Doch ist seit dem März 1848 der Amnestiepassus so stehend in den Thronreden geworden, daß sein Nichterscheinen in einem so prägnanten Falle wie hier, nicht umhin konnte, wie geschehen, aufgegriffen zu werden. In den heutigen Sitzungen beider Kammern erschienen von Mitgliedern der Rechten eingebrachte Anträge: Se. Maj. der König wolle rücksichtlich der Mai-Angeklagten von dem Begnadigungsrecht einen möglichst ausgedehnten Gebrauch machen, während in beiden Kammern, und zwar in der ersten einstimmig, in der zweiten gegen 6 Stimmen von Männern der äußersten Linken der Beschluß gefaßt wurde eine Adresse auf die Thronrede nicht zu erlassen. Wo den Kammern die Initiative gegeben ist, wo ihre Parteien den Waffen der Anträge und Interpellationen durch mäßigen Gebrauch die Schneide scharf erhalten wollen, da wird die kostspielige Adressen-Phraseologie mit Recht antiquirt. Diese Abstimmungen beider Kammern deuten in sehr befriedigender Weise darauf hin daß die Parteien keineswegs mit jener grundsätzlichen Schroffheit sich entgegentreten wollen welche bei dem letzten Landtag sich geltend machte. Wie die Nachgiebigkeit der Rechten sich schon bei den Bureauwahlen zeigte, so wird sie bei den bevorstehenden Wahlen des Ausschüsse wieder hervortreten, man wird von der Rechten das Beispiel der letzten Majorität nicht nachahmen, man wird die Minorität von den Ausschüssen nicht ausschließen, selbst auf die Gefahr hin dadurch Separatvota herbeizuführen. Durch diesen Grund beschönigte die Linke damals daß sie die Ausschüsse allein in die Hand zu nehmen für gut befunden hatte. Zahlreiche königl. Decrete sind bereits beiden Kammern zugegangen, darunter auch ein Gesetzentwurf über die definitive Feststellung des Wahlgesetzes. Die Regierung soll darin für die erste Kammer einen erhöhten Census fordern, die directen Wahlen wieder aufgeben, für das active Wahlrecht das 25ste Lebensjahr bestimmen, während jetzt das 21ste der civilrechtlichen Volljährigkeit auch den Eintritt der politischen Mündigkeit bezeichnet. Dieß sind Bestimmungen die möglicherweise auch hie und da auf der rechten Seite der Kammern Widerspruch erleiden werden; und doch haben wir gerade nach den Richtungen jener Abänderungspunkte so lehrreiche Erfahrungen zu machen gehabt, daß man auf conservativer Seite sich wohl zu bedenken haben wird ehe man der Aufrichtung von verhältnißmäßig so mäßigen Schranken der Wahlagitation entgegentritt. Der halbe Waffenstillstand der jetzigen Kammern gibt so wenig Gewähr für einen dauernden Frieden, als Beweis für das unbeschränktere Wahlrecht unsres provisorischen Wahlgesetzes. An die erste Kammer ist unter andern auch ein Decret in Betreff des über mehrere Bezirke verhängten Kriegszustandes gelangt, worin zugleich bemerkt wird daß der Zeitpunkt einer Wiederaufhebung desselben noch nicht gekommen zu seyn scheine; dagegen hat Oberlieutenant Müller in der zweiten Kammer einen Antrag auf Aufhebung jenes Zustandes eingebracht und wird denselben morgen begründen. Die angekündigten Vorlagen über die deutsche Frage sind noch nicht erschienen, und es wird interessant seyn zu bemerken von welcher Seite bei ihrem längeren Ausbleiben eine Anfrage an die Staatsregierung ausgehen wird. Außerdem wurde in den heutigen Sitzungen die von der Regierung vorgelegte Geschäftsordnung provisorisch bis zur definitiven Feststellung angenommen, und zwar in beiden Kammern einstimmig. Das Bewußtseyn von der Wichtigkeit der bevorstehenden, materiellen Arbeiten führte auf diese Weise glücklich an formellen Debatten vorüber, welche Zeit, Frische und Kraft zu rauben pflegen.

K. Hannover. * **Hannover**, 29 Nov. In der heutigen Sitzung erster Kammer stand der Antrag zweiter Kammer Schleswig-Holstein betreffend auf der Tagesordnung. Der Minister des Auswärtigen Graf Bennigsen erhob sich und erklärte: Es seyen der Regierung Mittheilungen zugekommen wonach der Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit zwischen dem Beschlusse zweiter Kammer und jetzt so wesentlich verändert sey daß dieser Beschluß für die jetzige Lage der Dinge nicht mehr passe. Er bedauere sich über diese Angelegenheiten hier nicht näher äußern zu können — dieselben veranlaßten aber die Regierung zu dem Wunsche daß dieser Gegenstand jetzt von der Tagesordnung entfernt werden möchte. Prof. Hermann fand diese Erklärung viel zu allgemein als daß die Kammer darauf eingehen könne. Der Vorstand des Ministeriums des Aeußern müsse nothwendig nähere Details angeben wenn die Kammer die Angelegenheit von der Tagesordnung entfernen wollte. Der Präsident (Briegleb) hielt die Sache für zu wichtig als daß er sie allein auf „seine Hörner“ nehmen wolle, er müsse wünschen daß die Versammlung sich äußere. Procurator Wyneken meinte daß es Fälle, z. B. wenn es sich um Krieg und Frieden handle, geben könne wo der Wunsch des Ministerialvorstandes gerecht seyn könne — er frage aber ob derselbe sich etwa zu näheren Mittheilungen veranlaßt sehe? Hr. Graf Bennigsen erklärte sich dazu in vertraulicher Sitzung bereit. Nachdem beantwortet war daß nach geschehenen Mittheilungen die Frage: ob die Angelegenheit von der Tagesordnung zu entfernen, wo nöthig in öffentlicher Sitzung weiter behandelt werden könne, wurde die Galerie geräumt. Die Mittheilung hatte zum wesentlichen Inhalt den schon durch öffentliche Blätter bekannten Umstand daß die holsteinische Statthalterschaft direct mit Kopenhagen in Verhandlung getreten und der König von Dänemark diese Verhandlungen genehmigt. Nach erfolgten Mittheilungen hat die erste Kammer jedoch den Gegenstand von der Tagesordnung entfernt. Auf der morgenden Tagesordnung steht der nachfolgende Antrag der Finanzcommission, der indeß so leicht den Beifall der Kammer nicht finden wird.

Preußen. ∸ **Berlin**, 27 Nov. Schaukelte sich wirklich unsre erste Kammer in dem Selbstgefühl sie wirke so wohlthätig für die Organisation des Staates und der Verfassung, daß es ihre Pflicht werde ihre eigne Auflösung zu hintertreiben? daß sie um deßwillen keines der vorgeschlagenen Systeme zur Bildung der künftigen ersten billigte, sondern erklärte es möge einstweilen bleiben wie es ist? Provocirte sie darum, d. h. weil es so angenehm in der Kammer zu sitzen ist, und weil die Mehrzahl der Mitglieder besorgt bei einer Neuwahl, sey es nun nach diesem oder jenem System, nicht wieder hineinzukommen, auf ein neues Gesetz dessen Fundamente das Ministerium vielleicht besser finde als sie es, nach allem Schürfen und Graben, vermocht? Im Publicum flüstert man es sich zu die Incompetenzerklärungen der beiden Kammern (der zweiten in Sachen der Civilehe) indem keine der andern nachstehen wollte in Bescheidenheit, wären zu einer andern Zeit als in dieser apathischen von Bedeutung, jetzt sind sie nur das Symbol derselben. Daß man hinsichts der Civilehe keinen Beschluß erzielen konnte, ist unverzeihlich; auch hinsichtlich der Pairie, meinen viele, hätte man wenigstens einen Grundsatz aussprechen müssen, damit die Krone wisse auf welches Fundament sie das ihr zugewiesene Gesetz zu bauen habe. Aber man scheute sich weniger vor dem Bauen als vor dem Aussprechen dieses Grundsatzes. Die Ansicht Ihres Correspondenten ist daß wir um keine Pairie herumkommen, wenn die Verfassung wie sie ist, etwas anders als ein Stück Papier, wenn sie eine Wahrheit werden soll, bestimmt den Stürmen der kommenden Zeit zu trotzen, daß wir zur Abwehr gegen die vielen Arten illegaler Aristokratien eine legale uns schaffen müssen, und daß unter den Vorschlägen der Keller'sche in der zweiten, der Stahl'sche in der ersten am annehmbarsten sind, weil sie durch ihre Mischung die Besorgniß vor dem gefürchteten Kastengeist entfernen. Aber die strengen Principmänner erschrecken gerade vor der Mischung, wie das Ministerium auch in der zweiten, als man die kirchliche neben der Civilehe zu gleichen Rechten forderte. Man wollte ein Princip, darin waren Rechts und Links und eigentlich auch die Mitte einverstanden, nur nicht darüber welches Princip es seyn solle. Unsre Ansicht ist nicht die der Majorität in keiner von beiden Kammern, auch, wir gestehen es, nicht in der Nation. Die trotzige, übermüthige Miene mit der die Reaction auftritt, den Rittersporn klirren lassend, hat in diesem Punkte, wir geben auch das zu, selbst die Milderen scheu gemacht. Was sie früher aus Princip oder gewöhnlicher Klugheit zugelassen hätten, verweigern sie jetzt aus persönlicher Verstimmung. Die neue Schulregel heißt: ja eine Pairie wäre an und für sich gut, aber der Stoff dazu ist gänzlich ausgegangen. Eine industrielle Zeit sollte doch nie verlegen seyn wenn eine Waare ausgeht, sie substituirt dafür eine andere, und fehlt der gute Stoff so gewöhnt sich das Publicum sehr bald an den minder guten. Zugegeben es gibt keinen für eine englische Pairie unter uns, so hatten Keller und Stahl, wie gute Kaufleute, alle Surrogate von Personen die Einfluß, Autorität, eine gewisse Macht hierhin und dorthin haben, zusammengerafft um für das Haus, fürs Bedürfniß eine Pairie zu schaffen. An den Legislatoren der ersten Kammer war es nun sich auszusprechen: wir wollen dieß oder ähnliches, oder wir wollen es nicht, sondern eine zweite Wahlkammer. War letzteres ihr Sinn, warum sprachen sie es nicht aus? Das Votum der ersten, wenn auch nur mit geringer Majorität, hinzugethan dem der zweiten, wo alles was an Pairie erinnert mit einer so ungeheuren Majorität verworfen ist, hätte der Sache den Ausschlag gegeben. Wir wüßten wo dran wir sind, denn ließe sich denken daß die Krone gegen die Beschlüsse der beiden Kammern und gegen ihren eigenen Verfassungsentwurf eine Pairie ex propriis schaffen und octroyiren könne? Hier träfe Graf Dyhrns Wort zu: eher kann man einen König machen als einen Pair. Aber wenn sie zur entgegengesetzten Ansicht neigte, weßhalb sprach sie es nicht aus, wodurch sie der Regierung einen Halt gegeben hätte zum neuen Entwurf? In welche neue Verlegenheit versetzt sie nun die Krone, sie welche die Krone doch stützen will, indem sie ihr das ganze Material zuschiebt, und zuruft: wähle du nun das beste heraus. Wollte die Krone nun eine Pairie vorschlagen, worauf kann sie sich stützen? Auf die 62 Stimmen dafür in der zweiten, auf die gänzliche Ungewißheit der Stimmen in der ersten, oder auf die Stimmen in der Nation, die in ihren stumpfen Massen nicht weiß was sie in einer Pairie zu erwarten hat? Und

doch glauben wir daß dieß der Sinn der Zurückweisung ist. Hier heißt es wieder, Gott bewahre uns vor unsern Freunden! Oder erwartet man daß in der Zwischenzeit die Stimmung für die Pairie sich im Volke günstiger gestalten wird? Das ist schwer zu glauben, wo fast die gesammte Presse sich dagegen erklärt. Inzwischen gaben unsere Quasi-Pairs gestern wieder Lebenszeichen von sich. Camphausens Commissionsantrag: „dem mannhaften Gange der Regierung in der deutschen Sache ohne Ueberstürzung und ohne Zurückhaltung, dem Gange der Entschlossenheit, der Offenheit und Rechtlichkeit den sie verfolge“ die Zustimmung der Kammer zu ertheilen, ward ohne Stimmentrennung angenommen. Es kamen einige patriotisch hochherzige Reden vor. Freiherr v. Vincke nannte den Weg der Regierung „in seiner Mannhaftigkeit einen dankenswerthen.“ „Die Zeit der dynastischen Kriege sey vorüber, Preußens Größe aber habe von jeher ihren Grund gefunden in der Hingabe an die Interessen des Volkes.“ Ein anderes ministerielleres Mitglied erklärte: „nur Preußen habe, indem es die lügnerische Revolution besiegt, dem deutschen Volke das gegeben was jene täuschend versprochen, und sein Wort, das vom 26 Mai, werde es halten als sein Recht, aber auch als seine Pflicht.“ Camphausen warnte dabei Oesterreich in einem Deutschland „bleibend feindlichen Lichte“ darzustellen. „Er glaube nicht daß Oesterreichs jetzige Bündnisse seiner Politik der Zukunft entsprechen würden; seine natürliche Politik sey das Programm von Kremsier und die Freundschaft mit Preußen.“ Die Reactionspartei mußte in den sauern Apfel beißen diese Reden mit anzuhören, ohne durch eine Opposition gegen die Regierung aus ihrer Loyalitätsrolle zu fallen. Sie machte deßhalb durch eine Seiten-Evolution ihrem verbissenen Unmuth Luft. Camphausen hatte beiläufig erwähnt, es wäre Täuschung annehmen zu wollen daß die Nation aufgehört Rechnung über die Handlungen der Regierung zu halten, weil in der gegenwärtigen Periode der Ermattung und des fortwirkenden, in den mittlern und höhern Classen herrschenden Abscheus vor den eben gedämpften Gefahren der Anarchie Dinge verhältnißmäßig mit Gleichmuth hingenommen werden die noch vor kurzer Zeit ein allgemeines Aufbrausen der Leidenschaften hervorgerufen hätten. Hr. v. Gerlach meinte, er müsse sich doch auch wenigstens zu den mittlern Classen rechnen, aber er habe noch nichts von jener Ermattung gespürt, sondern im Gegentheil Erfrischung und Begeisterung. Eine Partei sey allerdings ermattet, die in deren Tone noch jetzt der Commissionsbericht sich vernehmen lasse. Ermattet, nachdem ihre Bestrebungen gescheitert, und sogar die Anarchisten sich feindlich von ihr gewendet hätten. Camphausen entgegnete mit Ruhe daß einer Zeit der Aufregung immer die Zeit der Abspannung folge daß diese aber nie, am wenigsten dann ihr Ziel erreiche, wenn sie an der Heiligkeit gegebener Worte rüttele. Vernünftigerweise einigte man sich in derselben Sitzung dahin daß der Paragraph über das Wahlrecht der Armee ganz wegfalle, nachdem die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung abgelehnt und alle Berathungen der bewaffneten Macht verfassungsmäßig verboten sind. Die Debatte über die Agrargesetze dauert noch fort, nnd wird noch länger dauern. Die einzelnen Thränen, vergossen über den Angriff auf das heilige Privatrecht, am Opfertisch des Molochs, genannt „Wohl des Vaterlandes“ erlassen Sie mir wohl aufzuzählen, bis ich das nächstemal vielleicht den ganzen Teich oder die Quelle aus dem sie entspringen, Ihnen vor Augen führe.

‡ **Berlin,** 29 Nov. Die Verhandlungen mit Wien wegen Einsetzung der Bundescommission haben noch zu keinem Resultat geführt. Man hat auf die diesseitige Anfrage, ob eine Erklärung des Erzherzogs über den bestimmten Termin der Abdankung schon vorliege? nur mit nein! antworten können; auch hat man in Wien immer noch nicht einen Wunsch aufgegeben, der — wie man hier urtheilt — eben so sehr gegen den Vertrag vom 30 Sept. läuft als die verlangte Installation ohne Beitritt sämmtlicher Regierungen — den Wunsch nämlich daß Bevollmächtigte der anderen Staaten bei dem Acte zugegen seyn sollen!*) Bevor nicht von Oesterreich die bestimmte Erklärung einläuft, der Erzherzog habe für den und den bestimmten Tag die Abdankung festgesetzt, und bevor man in Wien nicht von dem zweiten Verlangen absteht — ist die Abreise der preußischen Commissäre schwerlich zu erwarten. Preußen will namentlich durchaus nicht zugeben daß die Zuziehung anderer Bevollmächtigten bei dem Eintritt der Bundescommission letztere gleichsam als den engeren Rath einer Bevollmächtigten-Versammlung erscheinen lasse. Bei der gänzlichen Unbestimmtheit über die Formen des Definitivums im weiteren Bunde meidet man selbst die Bedeutsamkeit des Scheines. In den nächsten Tagen kommt die deutsche Frage in der zweiten Kammer abermals zur Verhandlung. Beckeraths Bericht befriedigt hier fast ebenso allgemein, wie derjenige Camphausens. Der Verwaltungsrath beschäftigte sich in den letzten Sitzungen vorzüglich mit den Prüfungen der Wahlordnungen der einzelnen Staaten. Den meisten derselben ist die unbedingte Zustimmung zu Theil geworden, und es sind dieselben an die betreffenden Regierungen zurückgegangen, um ihnen die Gesetzeskraft zu leihen und die amtliche Verkündigung vor sich gehen zu lassen. Mehrere der kleineren Regierungen sind dagegen mit ihren Vorlagen noch im Rückstande. Zu diesen gehören, soviel ich in Erfahrung brachte, die drei Hansestädte, Waldeck, Schwarzburg-Sondershausen, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und selbstverständlich auch Hannover und Sachsen. Die Wahlordnung für Mecklenburg-Strelitz dagegen ist schon ratificirt. Der Bevollmächtigte dieser Regierung Hr. v. Oertzen hatte — aus leicht gegreiflichen Gründen — gegen die Vermehrung des Bundesschiedsgerichts zu Erfurt protestirt, und Unkenntniß der vertragsmäßigen Zusicherung vorgeschützt welche den Regierungen von Nassau, Darmstadt und Kurhessen bei ihrem Eintritt ausdrücklich zu Theil geworden war. Der Verwaltungsrath hat ihm in seiner letzten Sitzung vom 27 Nov. das Unmotivirte seines Protestes dargelegt.

*) Wie wir aus andern Mittheilungen ersehen, macht die österreichische Note, die vom 12 Nov. datirt ist, unter anderm darauf aufmerksam wie Hr. v. Radowitz in der Sitzung der zweiten Kammer vom 24 Oct. im Namen der Regierung ausgesprochen habe daß die Bildung eines provisorischen Organs des Bundes von 1815 durch ein unzweifelhaftes Recht geboten werde, daher alle Mitglieder des Bundes die vertragsmäßige Verpflichtung hätten eine Behörde einzusetzen, welche die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernehme. Wir kommen morgen ausführlich auf diese Note zurück.

Berlin, 30 Nov. Der gestrige Tag des Waldeck'schen Processes war überaus dramatisch. Unter den Zeugen erschienen der Polizeipräsident v. Hinckeldey und Goedsche. Ersterer, der sich dem Zeugentisch mit gekreuzten Armen und der Frage nähert: Was steht zu Ihren Diensten? wird vom Präsidenten mehrmals darauf verwiesen daß er hier als Zeuge sey und sich demgemäß zu benehmen habe; er müsse sein Klopfen auf den Tisch unterlassen u. s. w. Nach seiner Aussage hat ihm Goedsche mitgetheilt, es besitze wer Documente, aus denen sich nachweisen lasse daß d'Ester u. s. w. Hochverräther seyen; den Namen des Besitzers nenne er nur wenn er die Zusicherung erhalten daß letztere keine Verlegenheiten bereitet würden. Nach von dem Polizeipräsidenten erhaltener Zusicherung nennt Goedsche den Ohm; Ohm wird verhaftet, entkummt unter Goedsche's Leitung und unter des Polizeipräsidenten sichtbare Connivenz, wird aber, als der Staatsanwalt erklärt, er müsse wieder herbeigeschafft werden, auf des Polizeipräsiden ten Betrieb in Hamburg von neuem verhaftet. Goedsche benimmt sich als Zeuge sehr rücksichtsvoll gegen Ohm; der Vertheidiger Dorn folgert aus einem noch nicht zur Sprache gekommenen, in der Anklage auch nicht erwähnten, aber von Ohm und G. anerkannten Zettel daß die Intention vorhanden gewesen sey Schriftstücke von d'Esters Hand zu erlangen um andere darnach anzufertigen. Endlich wurde nachgewiesen daß Ohm dem Goedsche schon am 6 Mai den Brief oder doch den Inhalt des Briefes, welchen d'Ester geschrieben haben soll, mitgetheilt haben will, während die in dem Briefe erwähnte Flucht Bakunin's nach der Anklage selbst, die sich auf jenen Brief stützt, erst am 9 oder 10 Mai stattgefunden haben kann. In der Sitzung vom 30 d. M. sprechen sich Sachverständige dagegen aus daß der sogenannte Brief d'Esters von d'Ester geschrieben sey; er verrathe eine Kaufmannshand, er habe mehr Aehnlichkeit mit Ohms Schrift. Außerdem wird eine Verfügung des Obertribunals verlesen, worin (mit Bezugnahme auf den Zwischenfall vom 26 Nov.) die gleichzeitige Vertretung der Staatsanwaltschaft durch den Ober-Staatsanwalt und den Staatsanwalt des Criminalgerichts für zuläßig erklärt wird.

Oesterreich. ** **Wien,** 29 Nov. Immer noch dauert der Schneefall fort, und wie wir hören, sind in den verschiedensten Richtungen Straßen und Communicationsmittel so eingeschneit daß sie augenblicklich nicht befahren werden können. Zu bedauern ist daß durch dieses frühzeitige Beginnen des Winters die Arbeiten an den Telegraphenlinien bedeutend behindert werden. Sowie die Reichspost mit der Allg. Ztg. gestern ganz ausgeblieben, so ist auch der Oderberger und der Prager Train erst spät Abends eingetroffen. Sämmtlichen Cassenbeamten ist neuerdings genaue Aufmerksamkeit auf die vorkommenden falschen Banknoten empfohlen worden, indem der Ersatz für dieselben wenn sie von Cassenbeamten und Cassenvorstehern angenommen werden, nicht mehr von der Nationalbank, sondern von den betreffenden Beamten angesprochen werden müßte. Anstatt der auf weitere Anordnung auszustellenden Verbrüderungsreverse, wie sie laut hofkriegsräthlichem Rescript vom 9 Jul. 1819 von den k. k. Stabs- und Oberofficieren seither abgefordert wurden, muß von nun an jeder Officier an Eidesstatt eigenhändig unterschreiben daß er keiner geheimen Gesellschaft des In- und Auslandes angehöre, oder wenn dieß der Fall wäre, sich von derselben sogleich lossagen werde. Nach der Dienstinstruction der Gendarmen werden dieselben ermächtigt auch ohne Autorisation der Behörden sich der ihnen anvertrauten Waffen zu bedienen

wenn Gewalt oder Thätlichkeit gegen sie selbst, soferne sie im Dienst sind, ausgeübt wird, wenn sie auf andere Art den ihnen anvertrauten Posten nicht behaupten, oder die ihnen übergebenen Personen nicht beschützen können, und endlich wenn auf der That betretene Verbrecher nicht Folge leisten, sondern ihren Aufforderungen thätlichen Widerstand entgegensetzen. Indessen auch in diesen Fällen, so wird ihnen eingeschärft, müssen sie vorher gelinde Mittel fruchtlos angewendet haben.

△ **Wien,** 29 Nov. Heute hat der Kaiser die Hofburg bezogen. Wir sind nun seit einigen Tagen isolirt, ohne alle Nachrichten aus Ungarn, Italien, Nord- und Süddeutschland. Nach Preßburg kann man nicht einmal mit dem Eilwagen fahren. Ob die Posten heute abgehen werden bezweifle ich sehr. Sonstige Neuigkeiten werden von den Elementarereignissen absorbirt. Der Welden'sche Invalidenfond beträgt bereits über 63,000 fl. In einer Kundmachung dankt der Feldzeugmeister für die Theilnahme welche seine Aufforderung gefunden. 4 Uhr. Es ist höchst wahrscheinlich daß die Nordbahn keinen Zug befördern wird; denn der fortwährende Schneefall und der Wind machen die Fahrt unmöglich.

♀ **Wien,** 30 Nov. Die heutige Wiener Ztg. enthält einen Vertrag zwischen Oesterreich und den Herzogthümern Parma und Modena vom 3 Jul. d. J., nach welchem Bevollmächtigte der drei Staaten in Wien zusammentreten werden um einen gemeinschaftlichen Zolltarif zu entwerfen. Vorderhand soll jedoch erst nur ein Versuch zu einem Zollverein gemacht werden, so zwar daß die Tarifsätze nur auf fünf Jahre gültig wären. Die heutige Wiener Ztg. bringt nachträglich die officielle Bestätigung der Ihnen bereits mitgetheilten Nachricht von der Ernennung des Generals v. Mayerhoffer zum provisorischen Landeschef der nun officell für constituirt erklärten „Woiwodino und des Temeser Banats." Hr. Eduard v. Ronik, dermaliger Kreishauptmann in Zara, ist als Ministerialcommissär dem Landeschef beigegeben.

Innsbruck, 20 Nov. Die neugeweckte, wenn auch noch ziemlich ferne Aussicht auf ein Sinken der Zollschranken gegen Bayern erregt in unserem Lande den freudigsten Eindruck. Daß die drei südlichen Kreise, denen sich dadurch der nächste und vortheilhafteste, bisher aber leider verschlossene Absatzweg für ihren Wein und ihre Seide eröffnen würde, darin die Aussicht auf einen neuen glänzenden Zeitraum des Wohlstandes erblicken, ist natürlich. Aber auch das gewerbreiche Vorarlberg begrüßt freudig die Aussicht auf einen sich ihm darbietenden erweiterten Markt für seine ergiebige Baumwollenwaaren-Erzeugung, in welcher es der Art vorgeschritten ist daß es eine Concurrenz mit den deutschen Nachbarländern nicht zu scheuen braucht. Besonders nahe ist hiebei die äußerst schwunghaft betriebene Baumwollspinnerei Vorarlbergs betheiligt. Das kleine Ländchen zählt nicht weniger als 124,000 Spindeln; dazu 4 große Spinnereien in Nordtirol mit etwa 66,000 Spindeln — zusammen 190,000 Spindeln — hat mithin kaum ein Viertheil weniger an Productionsfähigkeit in diesem Zweige der Industrie dermalen aufzuweisen als der gesammte preußische Staat. Bei einer verhältnißmäßigen Erhöhung des dermaligen Vereinszolles auf Garne würde, wenn die Hoffnung einer Zolleinigung mit Deutschland sich verwirklicht, für diesen in technischer Beziehung weit vorangeschrittenen Zweig unserer Industriellen — den englischen Fabriken zum Trotze — eine Aussicht auf glänzende Geschäfte sich darbieten. Aber auch die Baumwollenweberei und Rothgarnfärberei ist in dem kleinen Vorarlberg wunderbar vorangeschritten und sieht hoffnungsvoll dem Verschwinden der alten unheilvollen Verkehrshemmnisse gegenüber dem befreundeten Deutschland entgegen. *) Rechnet man dazu die Aussicht auf wohlfeilen Getreidebezug für die an diesem Producte mangelleidenden Nordtiroler, und man wird die Versicherung gerechtfertigt finden daß unter allen neuen Reformen und Reformplanen hierlands keiner freudiger begrüßt ward als die ministeriellerseits verkündete Absicht einer, wenn auch nur allmäligen Zolleinigung mit Deutschland. (Const. Bl. a B.)

Großbritannien.

London, 28 Nov.

Wie der Globe meldet, ist der Kriegsmister (Secretary at war), der sehr ehrenw. Fox Maule (Schotte, ältester Sohn des Lord Panmure) jetzt zu einem Sitz im Cabinet belassen. Das Kriegsministerium ist nämlich in England eines von den geringeren Ministerien, mit denen nicht nothwendig ein Cabinetssitz verknüpft ist wie mit den drei Staatssecretariaten, dem Schatzkanzleramt u. s. w.

*) Auch von anderer Seite erhalten wir — in Antwort auf eine jüngst in der Allg. Ztg. gefallene Bemerkung — Briefe über die freudige Thätigkeit der Industrie von Vorarlberg, die schon jedem Reisenden durch das heitere Aussehen und das Wachsen der gewerbfleißigen Orte des schönen Ländchens sich ankündigt.

Der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz sind, von einem Besuch bei dem Herzog von Cambridge (Vater der Erbgroßherzogin) in Kew, nach Deutschland zurückgekehrt.

Liebhabern von Pferden und Wettrennen steht ein interessantes Ereigniß in Aussicht. Der Pascha von Aegypten hat durch Hrn. C. Murray, den dortigen englischen Generalconsul, dem englischen Jockey-Club eine Ausforderung geschickt, um zu erproben welches Land bessere Renner liefere, Aegypten (resp. Arabien und die Berberei) oder England. Der Pascha ist seines Siegs so sicher, daß er den Engländern 300 Ellen Raum vorausgeben will. Dieß wird das Ehrgefühl der englischen Renner- und Rennbubenbesitzer natürlich nicht annehmen, aber Hr. C. Grenvill, dermaliger Vorstand des Jockey-Clubs, hat Hrn. Murray einige andere Bedenken vorgelegt: ob dem Pascha zu trauen sey daß er, wenn besiegt, auch den Einsatz zahlen würde, so daß man die Gefahren und Kosten des Pferdetransports von England nach Aegypten nicht vergebens übernähme; wie der Boden zum Rennen bei Kairo beschaffen sey; ob Pferde durch den weiten Seetransport nicht allzu sehr angegriffen werden. Auf die erste Frage hat Hr. Murray befriedigend geantwortet: der Pascha sey bereit 10, bis 50,000 Pf. St. zu wetten und das Geld in die Hände eines europäischen Consuls niederzulegen. Den zweiten Punkt betreffend, so gibt es in Aegypten keine eigentlichen Rennbahnen, sondern der Pascha bestimmt für den Wettlauf eine leicht ansteigende Ebene bei Kairo von etwa 12 engl. Meilen in die Länge, welche freilich steinichter ist als der „Turf" in Yorkshire. Die ägyptischen Pferde sind mit Eisen beschlagen welche den ganzen Huf schützen; da die englischen Pferde einen solchen Beschlag nicht gewohnt sind, so räth Hr. Murray ihnen das englische Hufeisen zu lassen, aber lederne Vorstöße anzufügen. Auf die letzte Frage antwortet er: man solle die Pferde in Marseille einschiffen, um ihnen die stürmische Fahrt durch die Bay von Biscaya zu ersparen, und sie dann in Aegypten einige Monate ruhen lassen, so daß das Wettrennen im Februar stattfinden würde. Eben wegen des rauhen Bodens räth Hr. Murray ferner: nicht eigentliche Renner „von Profession", sondern Steeplechase-Pferde der vorzüglichsten Gattung, 8 bis 10, nach dem Lande der Pharaonen einzuschiffen. — Daily News hofft: nachdem das Ungethüm der Revolution auf dem europäischen Festlande gebändigt, und den höhern Ständen ihr otium cum dignitate glücklich wiederhergestellt sey, so werde gewiß ein stattliches Contingent prinzlicher und gräflicher Amateurs bei diesem edeln Pferdeschauspiel in der alten Kalifenstadt sich einfinden. — Eine andere fast noch großartigere Wette hat Hr. Lair, ein Rheder in New-Orleans, sämmtlichen Rhedern Europa's angeboten, nämlich, gegen beiderseitigen Einsatz von 50,000 Dollars, mit seinem Schraubendampfboot „Ohio" eine Wettfahrt von New-Orleans nach Liverpool zu machen.

Frankreich.

Paris, 29 Nov.

Die provisorische Regierung hatte die ältere kaiserliche Gesetzgebung, wonach ein ununterbrochener zehnjähriger Aufenthalt in Frankreich berechtigte die Naturalisation zu erwerben, welche die vollziehende Gewalt gewähren oder verweigern konnte, dahin abgeändert daß sie nicht nur die Zeitbestimmung auf fünf Jahre herabsetzte, sondern auch ihrem Decret rückwirkende Kraft gab. In Folge davon waren vom 1 April bis 28 Jun. 1848 2475 Naturalisationen bewilligt worden, während unter der vorhergegangenen Regierung nicht über 100 auf ein Jahr kommen. Dieser Leichtigkeit die Naturalisation zu erwerben tritt der Antrag der HH. Batismenil und Lefebvre Duruflé entgegen, indem er will daß die frühern Bestimmungen hergestellt, die Entscheidung des Präsidenten der Republik jedoch an ein Gutachten des Staatsraths geknüpft werde. Man ist bereits bei der dritten Berathung, scheint aber der Frage jetzt eine größere Wichtigkeit beizulegen als vorher, und die Verhandlung nimmt einen ziemlich langsamen Gang. Hr. Bourzat und mehrere Mitglieder der Linken betrachten die Bewilligung der Naturalisation als ein Attribut der Souveränetät und nehmen sie für die Nationalversammlung selbst in Anspruch. Hr. Mauguin unterscheidet, wie früher, zwischen der kleinern und der größern Naturalisation, von welchen nur die letztere den Vollgenuß des französischen Staatsbürgerrechts verlieh. Sein Vorschlag ist daß die kleinere Naturalisation von der vollziehenden Gewalt, die größere (mit den Wahlrechten) nur durch ein besonderes Gesetz verliehen werden könne. Dieses Amendement hat Gunst gefunden, es wurde der Commission zur Begutachtung zugewiesen und dürfte zum Beschluß erhoben werden. Heute ist ein Antrag auf Vervielfältigung der Wahlbezirke in Berathung.

Was über die legitimistische Verschwörung verlautet ist nicht geeignet ihre Bedeutsamkeit zu erhöhen. Die weggenommenen Gegenstände bestehen größtentheils in lithographirten Bildnissen Heinrichs V. Sämmtliche Mitglieder der St. Hubertslegion waren mit einer Karte versehen, auf welcher die Büste Heinrichs V abgebildet war mit der Inschrift: L'orphe-

lin est fort dans la main de Dieu. Die Verhafteten sind fast alle ansässige und wohlhabende Leute, gehören aber in ihrer Partei zu den infinement petits. Gestern war ein Ministerrath in welchen die Besetzung der Gesandtschaftsposten in Rußland und Oesterreich berathen wurde. Die Generale Randon und Baillans, Magnan und Fabvier sollen für St. Petersburg und Wien in Vorschlag gekommen seyn, selbst von Hrn. Murat, heißt es, sey für Wien die Rede gewesen.

Die Presse scheint die sogenannte legitimistische Verschwörung nicht besonders wichtig zu nehmen. Die legitimistischen Blätter behaupten geradezu das Ganze sey ein Machwerk der Polizei um ganz andere Dinge zu maskiren. Die Gazette de France sagt: „Wir erklären daß die Männer der Rechten sich nicht verschwören, und wir werden bald inne werden daß diese angeblichen Complotte das Resultat der Traditionen des Kaiserreichs sind, wenn sie nicht ersonnen wurden um harmlose gesetzliche Vereine anzutasten. Wir werden auch in einigen Tagen wissen ob diese große Entdeckung einer Verschwörung mit den Gerüchten von beabsichtigten Staatsstreichen zusammenhängt." Die Stellung der legitimistischen Mitglieder der Nationalversammlung, worin sie eine so starke und zahlreiche Partei bilden, muß unter diesen Umständen nothwendig immer feindseliger gegen den Präsidenten werden. Wie das Journal l'Evènement meldet, hatten sie sich, am Morgen nachdem die Geschichte ruchbar geworden, im Conferenzsaal versammelt und Berathung gepflogen. Hr. v. Larochejaquelein, heißt es, habe seinen Unwillen über die Bonapartistischen Umtriebe nicht verhalten und gesagt: Das ist ein Polizeistück, ein Streich Carliers. Er soll willens seyn deßwegen eine Interpellation an die Regierung zu richten. Dagegen soll die verlegene Miene des Hrn. Berryer aufgefallen seyn. Wie dem sey, einer ruhigen Zukunft darf man für die nächste Zeit nicht entgegensehen. Die Bildung eines besondern Vereins im Palast der Künste, angeblich mit dem Zweck die Einigkeit zwischen der Majorität und dem Präsidenten zu erhalten, ist in Wirklichkeit ein Anfang der Zersetzung der Majorität. Aber während jeder Tag beweist daß diese Einigkeit eine sehr zweifelhafte ist (so eben wurde bei der Begutachtung des Deportationsgesetzes die Insel Zaoudzi verworfen), hört man daß im Schooß des Ministeriums selbst nichts weniger als ein herzliches Einvernehmen herrscht. Ein der Commission für öffentliche Unterstützung zugekommener Präsidialplan soll von Seiten mehrerer Minister, namentlich des Hrn. A. Fould, zu ernsthaften Vorstellungen im Cabinet Anlaß gegeben haben, worüber der Präsident der Republik nicht minder lebhaft sein Mißvergnügen ausgedrückt hätte. Die Polizeipräfectur ist jetzt mit einer Säuberung der Wahllisten beschäftigt. Seit der Februarrevolution hatte man es mit Ausscheidung derjenigen die früher durch richterlichen Spruch ihre staatsbürgerlichen Rechte verloren hatten, nicht zu genau genommen. Durch eine sorgfältige Revision hofft man dem Socialismus und der Demagogie gegen 10,000 Stimmen zu entziehen.

Paris, 28 Nov. An der Spitze der „Verschwörung" welche Hr. Carlier vorgestern entdeckt hat, soll der Vicomte v. Cuny stehen, derselbe der nach der Julirevolution die Herzogin von Berry auf ihren Irrfahrten begleitet, und kaum einen Monat nach der Februarrevolution, als Blanqui und Consorten die provisorische Regierung stürzen wollten, mit der Verwegenheit eines Wahnsinnigen unters Volk sich mischte, und aus seinem Stock und weißen Sacktuch eine Fahne improvisirend, es lebe Heinrich V rief. Der alte Vicomte entging damals durch ein Wunder der Gefahr in den Wogen der Seine von seinem Wahnsinn geheilt zu werden; ein Arbeiter widersetzte sich der Anwendung des Lynchgesetzes, da es im Interesse der Republik sey zu wissen ob dieser Verbrecher noch Mitschuldige habe. Zu diesem Behuf ward nun Hr. v. Cuny nach der Präfectur gebracht, wo Bürger Caussidière ihn für so ungefährlich hielt daß er ihn mit einer brüderlichen Mahnung nach 24 Stunden Haft entließ, ohne die Gerechtigkeit der Republik weiter mit diesem Attentat zu behelligen. Ex ungue leonem. Von diesem Obmann kann man leicht auf die übrigen vorgestern auf frischer That einer geheimen Zusammenkunft ertappten Mitglieder schließen. Wäre es daher ein Verdienst daß Hr. Carlier, kaum einen Monat an der Spitze der Polizei, schon eine Verschwörung entdeckt hat, so gereicht ihm die Wahl der Verschwornen nicht sonderlich zur Ehre; um Leute von diesem Caliber einzufädeln braucht man nicht ein so gründlicher Gelehrter der Polizeiwissenschaft zu seyn wie Hr. Carlier, der dieselbe vom Alpha bis Omega studirt zu haben im verdienten Rufe steht. Doch aller Anfang ist schwer und eben darum von geringem Belang, die folgenden Verschwörungen werden durch ihre Theilnehmer wie durch das corpus delicti wohl eine größere Bedeutung haben; erwarten wir daher eines schönen Morgens die Entdeckung einer Höllenmaschine! Es wäre in der That eine Beleidigung für das Haus Bonaparte, wenn die Legitimisten nicht eine solche Maschine ihm bauen ließen, nachdem sie dem Ohm eine gewidmet hatten.

Schweiz.

△ **Bern,** 26 Nov. In der heutigen Sitzung des Nationalraths kam die Motion Eytels zur Behandlung, nach welcher der Bundesrath eingeladen wird der Bundesversammlung einen Bericht über den Stand der äußern Politik vorzulegen, alle die auswärtigen Verhältnisse, besonders die Flüchtlingsangelegenheit betreffenden Actenstücke und Correspondenzen auf dem Kanzleitisch niederzuschlagen; bis nach erfolgter Berathung durch die Bundesversammlung sey aber der Vollzug der vom Bundesrath unterm 1 und 19 d. bezüglich der politischen Flüchtlinge gefaßten Beschlüsse ausgesetzt. Schon lange vor Eröffnung der Sitzung waren die Zuhörerräume gedrängt voll; auch mehrere auswärtige Gesandte, wie der preußische und englische, hatten sich eingefunden. Nachdem eine Protestation von 45 Mitgliedern des Berner Großen Rathes gegen den ersten Flüchtlingsausweisungsbeschluß verlesen war, eröffnet der Motionssteller Eytel den Kampf, indem er ein Bild von der gegenwärtigen politischen Lage der Schweiz entwirft, und sich und seine Meinungsgenossen gegen den Vorwurf verwahrt als ob ihr Angriff gegen den Bundesrath auf persönlichen Gründen und Zwecken beruhe; die Motion habe ihre Veranlassung in der festen Ueberzeugung daß die vom Bundesrath befolgte Politik das Vaterland ins Verderben führe. Er erinnert die Versammlung an die Stimmung des Nationalraths in der Augustsitzung, und fragt ob man damals eigentlich den Ausweisungsbeschluß des Bundesraths vom 16 Juli habe billigen wollen? Er verneint diese Frage, und weist hin auf die außerhalb der damaligen Sitzung von den Mitgliedern des Nationalraths ausgesprochenen Ansichten, nach denen die Majorität nur aus dem Grunde ihre Zustimmung zu dem Beschlusse gab weil damals eine feindliche Armee an den Gränzen stand, und man dem Ausland nicht das Bild einer zerrissenen und uneinigen Eidgenossenschaft vorführen, sondern ihm zeigen wollte daß wenn dem Vaterlande Gefahr drohe, die Parteien ihre Meinungsverschiedenheiten vergessen und sich unter einer Fahne sammeln können. Der Redner weist besonders auf die Commissionsberichte der beiden Räthe über den Beschluß vom 16 Juli hin, worin ausdrücklich gesagt sey daß man in Berücksichtigung der Zeitverhältnisse nicht in eine specielle Berathung eintreten wolle, dem Bundesrathe aber die größte Milde empfehle, und den Wunsch ausspreche er möge die Auslieferung des Kriegsmaterials in Verbindung mit einer Amnestie der Flüchtlinge behandeln. Wie, so fragt der Redner, stehen nun die Verfügungen des Bundesraths mit dem deutlich ausgesprochenen Willen des Nationalraths und mit der Ehre und Würde der Schweiz im Einklang? Diese Frage müsse von den Vertretern des Volks beantwortet werden, und die gestellte Motion wolle nichts anders als eine Prüfung der bundesräthlichen Politik. Das Volk wisse nicht was im Bundesrath vorgehe; das Mißtrauen sey im ganzen Lande verbreitet daß er Einschüchterungsversuchen nachgegeben habe, darum müsse die Bundesversammlung Einsicht in die Acten und Correspondenzen verlangen. Die früheren Vororte hätten der Tagsatzung immer klare und einläßliche Berichte vorgelegt; warum auf den Tractanden der gegenwärtigen Sitzung weder die Flüchtlingsangelegenheit noch die Capitulationsfrage erscheine? Nun durchgeht der Redner die verschiedenen Beschlüsse des Bundesraths, besonders die Wegweisung von Mazzini und Raveaux. Dem Beschlusse vom 19 d. wirft er Verfassungswidrigkeit vor; nur dann könne der Bund über den Aufenthalt von Flüchtlingen in den Kantonen entscheiden wenn durch sie seine äußere oder innere Sicherheit gefährdet werde. Dieses aber solle der Bundesrath erst nachweisen, denn durch die Umstände sey sein Verfahren nicht gerechtfertigt. Man solle treu festhalten am Asylrechte, und wenn man es den monarchischen Flüchtlingen gegenüber unverkümmert gewahrt habe, so sey man dasselbe auch den Kämpfern für die Freiheit schuldig. Die nichtcompromittirten bedürften des Asyls nicht, wohl aber die Führer. Darüber müßten sich die Repräsentanten des Schweizervolkes aussprechen. Die Ehre und Würde der Schweiz stehe in Frage. Nun erhebt sich Bundesrath Druey und sucht in fast dreistündigem Vortrage die gemachten Vorwürfe zu entkräften. Vor allem erklärt er die Bereitwilligkeit des Bundesraths einen einläßlichen Bericht zu erstatten und die Acten vorzulegen, dagegen verlangt er daß Art. 3 der Motion, welcher einstweilige Suspendirung des Ausweisungsbeschlusses fordert, nicht angenommen werde, denn der Bundesrath könne den in einem solchen Beschluß liegenden Tadel nicht hinnehmen. Was die Beschlüsse vom 1 und 19 Nov. betreffe, so sey kein einziger Flüchtling zur Heimkehr gezwungen worden, man habe sie nur um ihrer selbst willen dazu eingeladen, und besonders auch deßwegen weil die schweizerische Bevölkerung über diese Last sich beklage. Gegen die badischen Flüchtlinge sey immer human verfahren worden. In Beziehung auf die Wegweisung einer neuen Reihe von Flüchtlingen, wie sie das Circular vom 19 verlange, so sey diese Maßregel schon im voraus von der Bundesversammlung gut geheißen worden, da beide Räthe durch ihr Votum vom 6 Aug. den Ausweisungsbeschluß vom 16 Jul. gebilligt hät-

ten. Ein damals gestellter Antrag auf Mißbilligung habe nur wenige Stimmen erhalten. Der Aufenthalt der Flüchtlingsführer vertrage sich nun einmal nicht mit den internationalen Pflichten der Schweiz, und ihre Ausweisung werde durch die außerordentlichen Zeitverhältnisse gerechtfertigt. Im Fortgang seiner Rede berührt Hr. Druey eine Menge Details, die Ihren Lesern bereits bekannt sind, und sucht die daherigen Anklagen vom Bundesrath abzuweisen. Mit besonderm Nachdruck erklärt er daß den bundesräthlichen Verfügungen in keiner Weise Furcht oder Einschüchterungen zum Grunde liegen. Der Ausweisungsbeschluß sey gefaßt worden, bevor irgendein Begehren eingelangt sey. Und das sey gut gewesen, denn nach den Berichten des schweizerischen Geschäftsträgers in Paris seyen in Wien, Berlin und Warschau Schritte geschehen die Schweiz zur Vollziehung des Beschlusses aufzufordern. Der Bundesrath kenne keine Furcht; er werde aber seine internationalen Pflichten treu erfüllen. In heftigen Ausdrücken beschwert er sich über die Art wie Raveaux und die Frankfurter Herren überhaupt die Schweiz und ihre Behörden behandeln. Am Schlusse seiner Rede versichert Hr. Druey daß er seinen früheren radicalen und socialistischen Grundsätzen treu geblieben sey und treu bleiben werde. Dr. Frei spricht sich für unbedingte Aufrechthaltung der Asylfreiheit aus, weist die logische Nothwendigkeit nach daß wenn die zwei ersten Artikel der Motion angenommen würden, dieß auch mit dem dritten geschehen müsse; gegenüber den nichtssagenden Aufschlüssen des Hrn. Druey bestehe auch er auf einem einläßlichen schriftlichen Bericht des Bundesraths, aus dem man klar und unzweideutig erkenne, wo und wodurch eigentlich der Ausweisungsbeschluß entstanden sey. Nach der öffentlichen Erklärung des Hrn. Druey in einem hiesigen Blatt habe der schweizerische Polizeiminister eine Conferenz mit einem preußischen Agenten gehabt, der Aufschluß über die Vollziehung des Ausweisungsbeschlusses verlangt habe. Hierüber müsse die Bundesversammlung officiellen Aufschluß haben. Der Bundesrath handle nicht consequent. Der Internirungsbeschluß der monarchischen Flüchtlinge sey jämmerlich vollzogen worden, obwohl sie von Basel aus Mord- und Brandschriften nach Baden geschleudert hätten; dagegen weise er einen der Männer des Jahrhunderts, Mazzini, aus, weil er Broschüren und Journale schreibe. Der Redner stimmt der Motion bei, und verlangt daß sich die Untersuchung auch auf die Behandlung der Flüchtlinge im Innern der Schweiz erstrecke. Wegen seines Ausdrucks, ein Beschluß des Bundesraths sey jämmerlich vollzogen worden, wird der Redner zur Ordnung gerufen. Dr. Heim stellt den Antrag, der Nationalrath möge seine Forderungen auf einen vom Bundesrath zu erstattenden einläßlichen Bericht mit Vorlegung der Acten beschränken. Butzberger weist nach daß der Bundesrath den Ausweisungsbeschluß nicht im Sinne der Bundesversammlung vollzogen habe. Almeras schildert die Thätigkeit fremder agents provocateurs in Genf, und will Aufschluß über die Forderung der Diplomatie. Castoldi spricht heftig im Sinne der Motion. Waller fühlt sich durch die bundesräthlichen Beschlüsse im Innersten verletzt. Die Schlußnahme vom 6 August hätte einen andern Sinn als der Bundesrath ihr beilegte; die Beschlüsse vom 1 und 19 hätten unterbleiben sollen. Wie erscheine das schweizerische Kreuz neben dem türkischen Halbmond? Der Redner stimmt für den Heim'schen Antrag, und wünscht daß auch über die rechtliche, polizeiliche und financielle Seite der Frage berichtet werde. Bundesrath Franscini rechtfertigt die Politik des Bundesraths aus dem Gesichtspunkt der Gesammtinteressen der Schweiz. Eytel, der nun das Wort hatte, wünscht wegen vorgerückter Zeit daß hier abgebrochen und morgen fortgefahren werde. Dieß wird mit 45 gegen 43 Stimmen beschlossen.

Türkei.

Schumla, 18 Nov. Der Polengeneral Bem, dreihundert Polen, die gleich ihm zum Islam übergetreten sind, und noch tausend andere ungarische Flüchtlinge befinden sich seit dem 28 Oct. hier. Der Gouverneur ließ es sich angelegen seyn für ihre Bedürfnisse zu sorgen, und wies ihnen Wohnungen in der Citadelle an. Der in Rustschuck residirende österreichische Consul wird sich in Gesellschaft eines kaiserlichen Commissärs nach Schumla begeben um die Flüchtigen zur Rückkehr in ihr Vaterland zu bewegen; diejenigen welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, werden nach Diarbekir transportirt um dort unter strenger Bewachung fern von Europa ihre Tage zu beschließen. Bem selbst nebst seinen mohammedanisch gewordenen Gefährten soll kein anderes Loos zu erwarten haben, durch welche Maßregeln man alle Mißhelligkeiten mit Rußland zu beseitigen hofft. Noch steht jedoch ein Streit über die Art der Bewachung jener Flüchtlinge bevor; die Türkei will die betreffende Garnison aus türkischen und russischen Truppen zusammengesetzt wissen, während Rußland dieses Recht ausschließlich für sich in Anspruch nimmt*). — In Konstantinopel sieht der noch immer besorgte Handelsstand den Depeschen Fuad-Effendi's aus Petersburg entgegen. Die englische Flotte hat eine rückgängige Bewegung gemacht und liegt an der Landspitze von Janitscheri vor Anker. Das französische Geschwader befindet sich noch vor Burla. Der österreichische und russische Gesandte haben fortwährend längere Besprechungen mit dem Großwessier und Minister des Auswärtigen.

* Wir haben gestern aus dem Standard gemeldet daß Admiral Parker die Weisung erhalten habe die Dardanellen zu verlassen und nach Malta zurückzukehren. Briefe aus London bringen uns folgendes über die Veranlassung dieses Befehls: es war in London die Nachricht eingetroffen daß Admiral Parker mit der englischen Escadre den Eingang der Dardanellen (also nicht bloß die ersten Schlösser) in Folge heftigen Sturmwetters, um seine Schiffe zu bergen, wirklich überschritten habe. Das war ein offener Bruch des Vertrags von Hunkiar-Skelessi, wenn der englische Admiral nur eine Stunde länger als die Elemente es gebieten in dem Eingang der Dardanellen stehen blieb. Der russische Gesandte, Baron Brunnow, fuhr sogleich aufs Land zu Lord Palmerston, der Parkers Verfahren entschuldigt, aber zugleich auffallenderweise auf gewisse Unklarheiten in dem berühmten Vertrage hingewiesen haben soll. Baron Brunnow fertigte natürlich einen Courier nach St. Petersburg ab. Die Nachricht erregte in London großes Aufsehen.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 29 Nov. 3proc. 57; 4proc. 70.25; 5proc. 89.70; Schatzscheine 5 auf 4 Monat, 4½ auf 3 M. 6 auf 9 M.; Bankactien 2400; belg. 5proc. 95¾; Anleh. v. 1842 95¾; 4½proc. 86¾; 2½proc. 49½; röm. 81; span. active 23; 3proc. 37½; innere Schuld 28⅜; Hayti 195; piem. 5proc. 83.90; Oblig. v. 1834 920; v. 1849 890; Vers. rechte U.-B. 210; linke 185; Paris-Orleans 735; Rouen 525; Straßburg 357.50; Nordbahn 441.25; Rouen-Havre 228.75; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 302.50; Bordeaux 397.50.

* **München,** 1 Dec. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 13,544 Scheffel, wovon 11,606 Sch. verkauft und 1938 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 40 kr. (gest. um 18 kr.), Korn 7 fl. 28 kr. (gest. um 21 kr.), Gerste 8 fl. 57 kr. (geblieben), Haber 4 fl. 27 kr. (gef. um 8 kr. Die Reste bestunden in 146 Sch. Weizen, 28 Sch. Korn, 1764 Sch. Gerste. Umsatzsumme 92,079 fl.

Frankfurt a. M., 1 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 86¼; 4proc. 68½; 3proc. 50¾; 2½proc. 44⅝; Bankactien 1298; 500fl.-Loose 157¼; 250fl.-Loose 105¼; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101½; 3½proc. Staatsschuldsch. 88¾; bayer. 3½proc. Oblig. 83¾; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Verbach 84⅜; württ. 4½proc. 94¼; 3½proc. 81; bad. 5proc. 98½; 3½proc. 78½; Lotto-Anleh. à 50 fl. 53¼; 35fl.-Loose 31½; darmst. 3½proc. 81¾; 4proc. 88½; 4½proc. 93⅜; 50fl.-Loose 71½; 25fl.-Loose 2:¾; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn 50¾; 40Thlr.-Loose —; nass. 5proc. 101½; 3½proc. 84½ P.; 25fl.-Loose 25¼; Frankfurt 3proc. 78½; 3½proc. 92½, 88; Taunusbahn 294; holl. 2½proc. 53¾; span. 3proc. innere Schuld 28¼; poln. 300fl.-Loose 113½; 500fl.-Loose 80⅛; sard. 36Fr.-Loose 31½; Disconto 2 P.

♀ **Wien,** 30 Nov. Die Börse eröffnete auch heute für Wechsel und Comptanten in steigender Tendenz, schloß jedoch in diesen Effecten bedeutend flauer, während die anfangs matteren Fonds- und Actiencurse sich ebenfalls besserten. London in langer Sicht zu Anfang der Börse bis 11 fl. 9 kr., Augsburg bis 111½, Frankfurt bis 111, Hamburg bis 164, Paris mit 132, das Goldagio bis über 19 und das Silberagio bis 11½ Procent bezahlt, blieben sämmtlich zur ermäßigten Notiz ziemlich offerirt. Die Umsätze waren von keinem Belang und beschränkten sich zunächst auf Platzbedürfnisse, da auch heute (mit Ausnahme der Südbahnpost), sämmtliche Posten fehlten und die Nordbahnpost wegen der anhaltenden Witterungshindernisse auch heute nicht expedirt werden kann. (Die Nordbahnpost konnte übrigens auch gestern Abends nicht befördert werden.) Von Eisenbahnen haben Mailänder- und Pesther-Actien etwas angezogen. Bankactien und k. k. Anlehensloose unverändert. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94⅛–94¼, 4½proc. (n. Anlehen) 83⅝–83¾, Loose vom J. 1834 172–173, Loose vom J. 1839 113¾–114, Bankactien 1184–1187, Nordbahnactien 107⅜–107½, Gloggnitzer 109–109½, Mailänder 79¾–80, Pesther 78–78½, London (in l. S.) 11.8–11.9, Hamburg 163½ B., Augsburg uso 110¾ G, Frankfurt 110¼ B., Amsterdam 153½ B., Mailand 98½ P., Liverno 106¾ P., Genua 126½ P., Paris 131½ P., Marseille 131¼ B., Lyon 131¼ P., Bukarest (31 Tage S.) 245–246. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 17¼, Silberagio 10 Proc. Napoleonsd'ors 9 fl., Souvereinsd'ors 15 fl. 10 kr., Friedrichsd'ors 8 fl. 50–52 kr.

*) Wie soll eine russische Garnison in eine türkische (mesopotamische) Festung kommen?

Berichtigung.

S. 1, Sp. 1, Z. 14 v. u. in der gestrigen Nummer lese man „Festgeber" anst. „Festgaben."

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Eine Winterfahrt.

II. Paulskirche.

* **Frankfurt a. M.,** 29 Nov. Wieder einmal ein Brief aus der Paulskirche! Wie lange ist es her daß die Allgem. Zeitung täglich deren mehrere empfing und gab, und was war das damals für ein Leben um, vor, in der Kirche! Welch allgemeine geistige Strömung, Reibung und Bewegung durch die ganze Stadt, die bis dahin nichts als das strenge steife Doppelgesicht rückwärts schauender Diplomatie und vorwärts strebender Rechenkunst an sich gekannt und dem Fremdling geboten hatte! Von frühem Morgen an flogen nach allen Richtungen die Briefschaften, stürmten durch alle Restaurants, Cafés und Hotels (Frankfurter Deutsch!) die neuen Gesetzgeber der Nation, und Abends spät, nachdem die offene Redeschlacht überstanden, saßen die Führer noch im geheimen Rath fürs nächste Treffen beisammen, lagerten die Schaaren um die Belwachtfeuer ihrer Clubs, malerisch verhüllt durch die an Pulverdampf mahnende Tabakswolke, schlich auch wohl die vermummte Kriegslist von Zelt zu Zelt, von Fahne zu Fahne, um des Gegners schwache Seite zu erspähen und nächtlichen Ueberfall auszubeuten. Das alles ist wie auf einen Zauberschlag verschwunden. Durch die Straßen der freien Stadt zieht jetzunder mit kriegerischem Spiele das buntrockige Soldatenthum, den Sieg des Säbels durch Zapfenstreich und Fackelzug zu feiern. Vor der Kirche treten die unvermeidlichen Pickelhauben zum Appell an, während auch der letzte Piepmeyer aus diesen Gegenden spurlos verschwunden. Alle Thüren des Tempels sind verschlossen: vielleicht das Zeichen eines so langen Kampfes, als ihre Eröffnung einen kurzen Frieden gebracht. Auf einen Zug an der Glocke erscheint ein dienstfertiger Cicerone, der einzige Cicero der hier noch pro domo spricht, um den wißbegierigen Wandersmann einzuführen. Drinnen eine winterliche Grabeskälte, ein schauriges Todesschweigen; man meint, Hr. Wiesner stünde eben auf der Rednerbühne. Da findet sich alles noch auf dem alten Fleck: Präsidentenstuhl, Tribüne, Ministerbank, Abgeordnetensitze; sogar die Urnen zur Abstimmung sind noch bei der Hand. Von der Wand blickt die blonde, bleiche Germania schattenartig hernieder, schlaff hängen die dreifarbigen Fahnen das Haupt, und die goldenen Verse links und rechts sind dadurch daß sie ohne Wahrheit geblieben, keine Dichtung geworden. Droben auf der Galerie — der tarpejische Fels, von welchem das Volk die Frevler an seiner Souveränetät herabstürzte — werden die Anfänge der Parlamentsbibliothek, gegen 4000 Bände, aufbewahrt. Wo die LXX interpretes, wohlgezählt 76 Zeitungsschreiber und einige Freiwillige, freundnachbarlichst ihre feindseligen Berichte abgefaßt, hat man ihre gesammelten Werke aufgestapelt: allerlei beneidenswerthe Blätter, denen die ersehnte Einheit durch den Buchbinder beigebracht werden wird. Es ist alles noch bei einander und bereit wie es gewesen, und an der Mauer draußen fehlt nur die Inschrift: maison à louer — ein Volkshaus, mit allen parlamentarischen Bequemlichkeiten und noch in ganz gutem Zustande, ist hier zu vermiethen und reichstäglich zu beziehen!

Halt — an diesen drei zerschnitzten Pulten gehen wir nicht ohne Gruß vorüber: hier saßen Felix Lichnowsky, Auerswald, Blum. Reisende Engländer verfehlen nicht, ohne Ansehen der Partei, von allen dreien sich einen Spahn zu hauen; es freut sie begreiflicherweise ein paar Splitter zu besitzen von dem Scheiterhaufen worauf die großen Hoffnungen eines großen Volkes verkohlt sind. Und dieß Volk trug das Holz dazu auf dem eigenen Rücken zusammen! . . .

Deutsche Väter, deutsche Mütter! führt eure Söhne an diesen Altar, dessen Flamme traurig und ohne Aussicht auf den neu zündenden Blitz erloschen ist! Laßt sie hier ein Gelübde ablegen, nicht einen hannibalischen Schwur des Römerhasses, sondern ein Gelübde der Reinigung von deutscher Erbsünde: blinde Stammeseifersucht, mißtrauender Kleinmuth, störriges Sträuben gegen jedes organische Gebild im öffentlichen Leben, unpraktisches Haschen nach Idealen und zähe Klebrigkeit an der Phrase. Laßt sie lernen von den Männern der Rechten und von den Männern der Linken, wie sie hier gesessen, daß in den Zeiten des Sturmes eine Partei als solche das Vaterland nicht retten kann, so wenig die Gironde Frankreich, wie die Gothaer Deutschland, und daß selbst die Revolution den augenblicklichen Sieg nur einem Dictator, einem Robespierre, einem Kossuth zu verdanken vermag! Wenn sie alle die hier versammelt gewesen, noch einmal, wenn sie heute wiederum aus dem Römer in festlichem Zuge herbeigewallt kämen und aufs neue einzögen, o fragt sie doch wie viele ihre alten Plätze einnehmen, wie viele gerade so sprechen, stimmen und streben würden wie sie gesprochen, gestimmt und gestrebt haben!

Warum eine solche Litanei aus der Paulskirche? Haben und erhalten wir doch daher, wir gepriesenes Volk von Denkern, eine ganze Litteratur. Die einzigen Blüthen unseres kurzen Frühlings sind also ein paar Caricaturen; die einzigen Früchte unseres frühen Herbstes ein Duzend Bücher. Bücher die unendlich gescheidt vom Rathhause zurückkommen — Bücher welche alle die subjectiven und objectiven Standpunkte, alle die Parteistellungen, alle die Staatszwecke klar bestimmen, wonach die Verfasser sammt ihren Freunden in der Paulskirche höchst unklar umhergetappt sind — Bücher endlich die weder als Geschichte noch als Memoiren gelten können, von denen bis zur Stunde keines den geringsten Einblick in die parlamentarische Coulisse gewährt, obgleich diese gewiß um vieles wichtiger und anziehender gewesen als die offene parlamentarische Scene. Warum erklären sie uns denn nicht so manches dunkle Räthsel das da noch liegt, so manchen künstlichen Knoten den fremde Hände in unser Garn geschürzt, warum nicht einmal den blutigen Flecken der Septembertage, die wunderlichen Wendungen und Wechselfälle der Kaiserfrage, die klägliche Auswanderung in die Stuttgarter Reitschule? Warum stehen sie nicht Rede und Antwort den hofmeisternden Grobheiten womit die englische Presse unser erstes Parlament begleitete, dem achselzuckenden Mitleid das selbst von so wohlwollender und urtheilsfähiger Stimme wie die eines St. René Taillandier ist über uns abspricht? Wahrlich, wer jemals aus der Vogelperspective des Zuhörerraums unbefangen herabgesehen hat auf die gesetzgebenden Versammlungen unserer Nachbarn, sey es auf die kahlen Köpfe im ehemaligen Luxembourg oder auf die wilden Bärte der heutigen republicanischen Assemblée, sey es endlich auf die langhingeräkelten Beine in den englischen Häusern, und wer dann mit diesen Meisterwerken unsere Studien vergleicht, der braucht trotz aller deutschen Bescheidenheit dem gepriesenen Auslande auf diesem Felde weder die Palme des Talents noch die der ehrlichen Gesinnung zu lassen. Nicht weil wir in uns zu wenig gehabt, sondern vielmehr deßwegen weil uns von draußen zu viel gekommen, hat der erste deutsche Argonautenzug im Schiff der Paulskirche ein solches Ende genommen. Daß der Fremde darüber sich die Hände reibt ist natürlich; aber unnatürlich ist es daß Deutsche selbst, daß solche Deutsche zumal welche mit den übertriebensten Hoffnungen die Morgenröthe des Reichstags begrüßten, nun hinter seinen Abenddämmerungen am lautesten herschmählen. Haben namentlich jene Mächte dazu ein Recht welche nach dem Schiffbruch der Paulskirche das Steuer an sich rissen um nach mondenlangem Umherirren den thatsächlichen Beweis zu liefern daß sie es, gerade wie das Parlament, auch nur zu einer in der Luft schwebenden Reichsverfassung gebracht, und dem Rumpfparlament ein lehrreiches Paroli gebogen durch einen Verwaltungsrath der weder Hand noch Fuß hat und seine Glieder ebenso rasch verliert wie er sie gewonnen?

Fr. D.

Auf den Dünen bei der Mündung des Rheins.

J.G.K. Wir konnten der Versuchung von diesem Punkte aus einen kleinen Ausflug in die benachbarten Dünen zu machen nicht widerstehen, um von einem ihrer Gipfel aus den Anblick des großen Meeres jenseits zu gewinnen.

Obwohl die Dünenketten welche die Ufer der Niederlande garniren keine Alpenketten sind, und obwohl sie von den meisten Reisenden den fast stereotypen Beinamen die trostlosen („die wilden trostlosen Dünen") erhalten, so übte doch auch ihr Anblick von dem Flachlande aus immer einen zauberischen Einfluß auf mich aus, und sie kamen mir nicht nur interessant, sondern auch hie und da malerisch und poetisch vor. Geistreiche Maler und auch Dichter (wie Sir Walter Scott, wie Nikolaus Lenau, wie der Russe Puschkin) haben in neuerer Zeit wohl die verschrienen Haidestriche, schottische Moorgegenden, ungarische Pusten und südrussische Steppen zu Ehren gebracht und uns die reizende Seite auch solcher Naturformen fühlen lassen. Allein auch die Dünen sollten als eine besondere Bodenform mit eigenthümlichem Charakter von dem ästhetischen Bannfluch unter dem sie liegen emancipirt werden.

Ich habe die große norddeutsche Dünenkette an verschiedenen Punkten

gesehen und berührt, zuerst in der Nähe der Wesermündung, alsdann bei Ostende, von wo ich auch manchen kleinen und auch längeren Ausflug längs den Dünen machte, ferner in Nordfriesland und Schleswig-Holstein, und endlich hier bei der Rheinmündung und längs der Küste von Südholland. Und überall habe ich schon von weitem zunächst ein Gefühl von Behaglichkeit bei ihrem Anblick empfunden. Die Dünenkette ist der große Damm mit welchem die Natur diese schönen Niederungen umschlossen hat, und der, obwohl nur aus losen Sandkörnern bestehend, sehr mächtig und stark ist.

Da die Dünen einer und derselben Nachbarschaft so ziemlich gleich hoch sind und in langen scharf abgetheilten Reihen mit geringer Breitenausdehnung, die sich gewöhnlich gegen die fette Ebene scharf absetzt, da liegen, so sind sie anzuschauen wie ein Regiment von wachehabenden Soldaten, indem sie sich dabei an der unregelmäßigen Küstenlinie hin- und herschlängeln wie eine unabsehbare, lange, in die Ferne pilgernde Karawane. Man fühlt es handgreiflich, es ist der große aus Kieseltheilchen zusammengesetzte Rahmen, mit welchem die Götter diese herrlichen van der Neers und Hobbemas, mit denen der Boden im Innern getäfelt ist, eingeschlossen haben. Wenn es draußen stürmt, wenn das Meer tobt und man es aus der Ferne wild brüllen hört, so steigert sich die Empfindung der heimlichen und gemüthlichen Sicherheit, die dich hinter jenem Schutzwall anwandelt, zu einem Gefühl wahrer Dankbarkeit und Liebe zu den Dünen. Man gedenkt mit Besorgniß des wilden Feindes draußen, der seine Wogenmassen weit über die Höhe dieser netten Wohnungen, dieser Kirchen, dieser blumigen Gärten und hoffnungsreichen Felder hinauftreibt. Und man preist dann den Schöpfer, der die Gletscher auf den Alpen sammelte, damit die armen Bauern in der lombardischen Ebene nicht verdursten, der den Flüssen befahl Steinmaterial in die Tiefe hinabzuführen, damit der Mensch auch in den ausgefüllten Spalten und Schlunden der vulcanisch zerarbeiteten Erdrinde hausen könne, und der endlich auch dem Meere gebot daß es Dünen aufwerfe, sich selber Schranken setze, damit die Menschenkinder ihre Wohnsitze auch bis nahe zu ihnen hinan ausbreiten könnten. Man hat von den Leidenschaften der Menschen gesagt daß sie in ihrer blinden Wuth sich selber Hindernisse aufthürmen welche sie abhalten ihr Ziel zu erreichen, und daß diese Hindernisse gewöhnlich in dem Maße unüberwindlicher werden in welchem sie sich heftiger zeigen. Es ist merkwürdig genug daß in der physischen Welt ganz dieselben Gesetze zu herrschen scheinen wie in der moralischen. Auch die Elemente thürmen sich in ihrer leidenschaftlichen Erregung Hindernisse auf und setzen sich selber Schranken. Die Ausbrüche des unterirdischen Feuers sind anfangs sehr zerstörend und heftig. Allmählich aber häufen sie das „Schlackenmaterial" rings um sich her, es bildet sich ein Berg, aus dem hervorzukommen der feurigen Masse immer schwieriger wird, und in welchem endlich der vulcanische Herd selber erstickt. Die Ströme stürzen tobend von den Bergen, die Ebenen mit Ueberschwemmung bedrohend. Aber je wilder sie wüthen, desto tiefer müssen sie ihr Bett ausgraben, und sie fließen ungefürchtet nahe an unsern Häusern vorüber. So greift auch das fluthende Meer das geschmückte Festland an, zerstört es, aber aus den Trümmern dieser Zerstörung muß es den Dünenwall aufbauen, der seinen ferneren Schritten Einhalt thut.

Aber auch abgesehen von ihrer heilbringenden Bestimmung gefallen die Dünen dem Niederländer und dem in Niederland Reisenden schon als bloße Bodenerhebung, als Abwechselung von Hoch und Niedrig, als Berg und Thal. Man ist von solcher Abwechselung in den durchaus flachen Poldern Hollands so entwöhnt daß man wirklich in ein Gebirge zu treten glaubt wenn man in den Dünen, die in einigen Gegenden Hollands bis dreihundert Fuß hoch sind, umherirrt. Der Gebirgsliebhaber erfreut sich der Bodenschwingungen des Auf- und Niedersteigens, wie sich der Seemann des Wellenschlags erfreuen mag, wenn er, nach langem Kleben an der Festlandscholle, zum erstenmal wieder auf dem Schiff hinausschaukelt. Da steht eine Kuh hoch oben auf dem Kopfe jener Düne wie eine Gemse auf der Spitze eines Felsen. Es lassen sich doch Gipfel erglimmen, es lassen sich doch Aussichten gewinnen über die Hecken und Flußdämme und Gartenmauern hinaus, zwischen denen man steckte.

Endlich sind auch sonst noch die Dünen reicher an Ueberraschungen als die es glauben welche sie nicht kennen; namentlich in allerlei hübschen Scenen des Hirtenlebens. Denn da man sie in der Regel sonst nicht weiter benutzen kann, so dienen sie gewöhnlich der Bevölkerung der benachbarten Landstriche als Viehweide. Die Schafe und magern Kühe weiden das Gras auf den sandigen Gipfeln der Dünen ab. Hie und da ist der Dünengürtel wohl eine halbe, ja eine ganze Stunde breit. Dann gibt es oft, wie bei den Muränenwällen der Gletscher, doppelte und dreifache Hügelreihen, zwischen denen wieder Thäler liegen die zuweilen wie Oasen in der Wüste einen ganz grünen Grasteppich zeigen, und in denen sich auch wohl gar ein freundliches Dörfchen angesiedelt hat. Hie und da hat man auch wohl die Anpflanzung eines kleinen Tannenwäldchens versucht.

Ueberall wo ein Gewässer aus dem Innern des Landes dem Meere zueilt, hat es sich, wenn es sehr klein war, hinter den Dünen in einem Sumpfe oder Teiche gesammelt. War es aber ein einigermaßen bedeutender Fluß, so hat er die Dünenreihe durchbrochen und mündet dann durch ein Thor von Sandwällen in den Ocean aus. In diese Thore, wenn sie sehr weit und die Ströme, wie z. B. die großen Schelde- und Rheinmündungen, sehr mächtig sind, dringt die Fluth unaufhaltsam ein. Der Dünendamm würde daher gegen das Meer nichts helfen, wenn der Mensch nicht auch diese Flüsse nun noch wieder mit künstlichen Dämmen umgeben hätte. Sind die Flüsse klein, so hat man sich auch mit Schleußen geholfen welche in diesen Sandthoren der Dünen das Meerwasser zur Zeit der Fluth aufhalten und das Flußwasser zur Zeit der Ebbe hinauslassen. Demzufolge sind daher die Dünen mit einigen der interessantesten Menschenwerke, mit sehr kunstvollen Schleußenarbeiten die als Ergänzung der Dünenkette dienen, angefüllt.

Ist der die Dünenkette durchbrechende Fluß schiffbar, so gibt dieß dann auch noch Veranlassung zum Einlaufen von Schiffen. Jeder durchbrechende Fluß aber, so klein er auch seyn mag, läßt sich doch bei seiner Mündung leicht ausgraben und vertiefen. Sein Wasser läßt sich in einem Bassin sammeln, und dieß Bassin kann zur Speisung und Reinigung des gegrabenen Hafens benutzt werden. Es entsteht daher fast in jedem Dünenthor ein kleiner Hafen und Handelsplatz, der in dem Sande der Dünen versteckt und in die Kette der öden Hügel eingesetzt ist wie ein Edelstein in die Steinschicht eines Gebirgs. Solche Dünenstädte in den Durchbrüchen der Dünen sind z. B. Dünkirchen, Nienpoort, Ostende, Blankenberghe, Scheveningen, Katwyk, Egmond, Petten, De Helder 2c.

Die Werke, die Hafendämme, die Schleußen 2c. welche man diesen Orten zu ihrem Schutz gegen das Meer beigefügt hat, sind oft vom höchsten Interesse. Zuweilen hat man sie auch zum Schutz gegen menschliche Ueberfälle befestigt, und da findet man dann große Festungswerke oder kleine Dünencastelle in ihrer Nähe. Einige solcher Castelle die irgendeinen hohen Dünenrücken krönen und von tief im Sande ausgeschaufelten Gräben umgeben sind, gewähren einen eigenthümlichen Anblick.

Ich gebe zu daß im ganzen, und besonders bei schönem warmen Wetter, die Dünen unpoetisch erscheinen können. Aber eines Abends irrte ich in der Nachbarschaft der Dünenfestung und des Dünenhafens von Ostende umher. Es war eine äußerst stürmische Nacht. Die See ging gewaltig hoch und brüllte entsetzlich längs des ganzen Strandes. Die Wogen schlugen wie Lawinen auf der breiten Böschung des Landes nieder. Da ihr Schaum leuchtete, so konnte ich die Brandung mehrere engl. Meilen weit verfolgen. Der Sturm heulte sausend über die kahlen Köpfe der Dünen hinweg, führte ganze Wolken Staubes und Sandes in die Höhe, zerrte und zupfte an den langen Dünenpflanzen und riß die Gesträuche mit sich fort. Hinter ihren Dünen aber und hinter ihren künstlichen Schutzdämmen versteckt lag ganz ruhig, gemüthlich und sorglos das Städtchen Ostende, obwohl der Seeschaum zuweilen bis in seine Straßen gerissen wurde. Ich bemerkte hinter dem finstern Damme die traulichen Dächer der Stadt, die von dem Schimmer der Straßenlaternen erleuchtet waren. Selbst die Kirchthürme waren von dem Reflex des hellen Gaslampenscheins erhellt, und diese ganze Masse friedlichen Schimmers bildet einen höchst erfreulichen Contrast zu dem dunklen und wilden Vordergrunde. Ich wollte ich hätte sofort einen van der Neer zur Stelle gehabt um dieses interessante und ansprechende Nachtstück zu malen. Und solcher ansprechender Bilder, voll von anregenden Contrasten, kann man sehr viele in der langen Kette der Dünen, dieser Riesenmauer des holländischen Friedhofs, entdecken.

Die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung.
Herausgegeben von J. G. Droysen. Erster Theil.
(Leipzig, Weidmann.)

II.

* Es wurde versprochen das sehr schätzbare Werk noch etwas genauer zu charakterisiren. Damit war eine Exemplification gemeint, wie der Herausgeber Nachweis gibt von Nebenumständen, die Situation andeutet, den geschäftlichen Zusammenhang bezeichnet um den Lesern zu Hülfe zu kommen, damit sie einen klareren Ueberblick gewinnen, und wie er protokollirt hat. Wenn ich dieß nun hier zu exemplificiren versuche, so wird zugleich in einigem Maße ein Begriff von dem reichen und interessanten Inhalt der Droysen'schen Aufzeichnungen gegeben werden.

Auf die Protokollauszüge über die Grundrechtsverhandlungen folg

die kurze Darstellung einer Berathung über die Frage: was hat der Verfassungsausschuß fortan zu thun, welchen Weg hat er einzuschlagen? Er hatte es unterlassen gleich in seinen ersten Sitzungen einzelne Mitglieder mit den weiteren Vorarbeiten, mit dem Gesammtentwurf einer Verfassung zu beauftragen. Er hatte ebenso wenig Anlaß genommen irgendwelche allgemeine Grundsätze oder Richtungen im voraus festzustellen. „Es war, sagt Droysen, als ob es gemieden würde diese wichtigsten, aber auch schwierigsten Fragen zur Sprache zu bringen.“ Im Junius, während die Nationalversammlung über die provisorische Centralgewalt verhandelte, wurde der Ausschuß mit dem Entwurf der Grundrechte fertig. Er mußte sich jetzt über den weiteren Gang seiner Thätigkeit entschließen. Es geschah am 21 Junius in seiner 22sten Sitzung. Er stellte die Frage so: welcher Theil der Verfassung zunächst vorzunehmen seyn werde? Bassermann empfahl zunächst die Befugnisse der künftigen Centralgewalt in Arbeit zu nehmen. Mittermaier und Tellkampf schlossen sich an. Der letztere, stets gern auf Nordamerika wie Ahrens auf Belgien hinweisend, sprach einen gewiß sehr richtigen Gedanken aus, der zum großen Schaden des Verfassungswerkes die genügende Berücksichtigung nicht fand. Es handle sich vor allen Dingen um sorgfältige und klare Scheidung der Competenzen der Centralgewalt und der Einzelstaaten. Auch Wigard wollte zuerst entschieden wissen welche Befugnisse jener zugestanden werden müßten: davon hänge dann ab aus welchen Organen sie zu bestehen habe, und welche Befugnisse die Einzelstaaten abzutreten hätten. Scheller stimmte bei mit einer bedeutsamen Aeußerung: er wisse sehr wohl was manchen hindern könne mit Ernst auf die Frage der Ausstattung der künftigen Centralgewalt einzugehen, werde aber, so sehr ihm Preußen am Herzen liege, keinen Anstand nehmen diejenigen Opfer an Selbständigkeit und Macht welche das Wohl des Gesammtvaterlandes fordere, von seinem engeren Vaterlande zu fordern. Droysen war anderer Ansicht als Bassermann. Er ging gerade auf das Ziel los. Der vorgeschlagene Weg sey ein theoretischer; fange man nicht damit an die Form der Reichsregierung zu bestimmen, wovon selbst der Umfang ihrer Competenzen abhänge, so könne man dazu kommen für die schönsten objectiven Aufstellungen keine Subjecte zu finden; es sey besser an der Schwierigkeit und Ausführbarkeit dieser Dinge die Kraft der Beschlüsse der Nationalversammlung zu messen, als sie vorauszusetzen und zu spät durch die Realitäten enttäuscht zu werden.

Was hieß das anders als: wir dürfen kein Kaiserthum beschließen, ohne zu wissen ob wir den Gehorsam und den Kaiser haben werden — fangen wir mit diesem an. Allein die Sache hatte den großen Haken daß damals sehr wenig Stimmung für ein Kaiserthum, und daß Preußen und insbesondere dessen König so sehr verschrien war. Das hinderte dann „manche“ auf die Sache einzugehen. Schüler wollte daß man, nach dem Princip der Volkssouveränetät, mit den Wahlen, der Repräsentation anfange, mit der Centralgewalt und ihrer Competenz schließe. Waitz zeigte sich als ausgemachter starrer Doctrinär, der er war. Man müsse sich erst darüber klar werden was denn eigentlich das „Reich“ seyn solle, das erst als Wunsch, als Ahnung existire, aber nichts anderes sey als eine Summe von Befugnissen, und zwar von solchen die jetzt noch eingehüllt in denen der Territorien lägen; man müsse sie da erst gleichsam herausschälen; nur auf diesem Wege komme man zu einer wahren „Neugründung“, auf dem von Droysen vorgeschlagenen nur zu einer Anlehnung an schon Vorhandenes. So etwas wäre freilich ganz erschrecklich gewesen. Welch ein ordinärer Gedanke, die Aufgabe der Nationalversammlung, eine Verfassung zwischen den Fürsten und Völkern Deutschlands zu Stande zu bringen, absolut verfehlend!

Dieser Sinn und Geist war der herrschende im Verfassungsausschuß. Wollte man etwas zu Stande bringen auf Erden, so mußte man auf Welckers Vorschlag eingehen: zunächst die wesentlichen Punkte der Einheit, was ganz Deutschland gemeinsam seyn müsse, Zolleinheit u. s. w. aufzustellen, und nicht mehr Opfer als dringend nothwendig von den Staaten und Stämmen zu fordern. Die Mehrheit verwarf den praktischen Weg, den vernünftigsten Vorschlag. Die „Professoren“ und ihr Anhang aus den Kleinstaaten wollten es nicht unter einem Kaiser und Reich deutscher Nation thun, Einzelnen lag der preußische Kaiser im Sinn, die Radicalen wollten nach dem Princip der Volkssouveränetät eine Republik, wozu freilich die Republicaner fehlten. Diese alle wollten sich an schon Vorhandenes nicht anlehnen, der eine mehr, der andere minder in Abstractionen und Theoriesucht befangen. Sie bildeten mit einander die Mehrheit, und die Mehrheit beschloß gegen die „Particularisten“: daß zunächst der Umfang der Centralgewalt bestimmt und in dieser Richtung ein Entwurf gemacht werden solle. Mit Anfertigung desselben wurden Dahlmann, Beseler und Mittermaier beauftragt. Der letztere accommodirte sich leicht, Beseler hielt freilich, wie man aus den Debatten des Ausschusses ersieht, die Idee eines zu gründenden Bundesstaates etwas fester als Dahlmann, stand aber doch Dahlmanns Ansichten und ganzer Anschauung und Tendenz sehr nahe. Dahlmann war der herrschende Geist. So gerieth in seine Hände wiederum die Initiative der ganzen Sache, die Anfertigung des Entwurfs, welcher dem Ausschuß und sodann der Nationalversammlung die Richtschnur geben sollte.

Dahlmann war der vornehmste intellectuelle Urheber des Siebzehner-Entwurfs gewesen, in welchem die Idee eines zu gründenden Einheitsstaates, des preußischen Kaiserthums dominirte. Letzteres war und blieb freilich während des ganzen Sommers und noch bis in den Herbst hinein unpopulär. Man durfte nicht davon reden, nicht im Ausschuß, nicht in der Nationalversammlung. Hier kam nun aber zu Hülfe daß vorerst davon geschwiegen werden konnte, weil die Verfassung stückweise vorgelegt wurde. Wenn jene Subcommission des Verfassungsausschusses, wie es geschah, einen Entwurf über die Reichsgewalt mit Bestimmungen vorlegte die nach einer starken Concentration zielten, so konnte die Annahme derselben erwartet werden. Einmal war überhaupt die Meinung sehr verbreitet daß man den Einzelstaaten sehr viel zumuthen müsse und könne — von wegen der Machtfülle der Nationalversammlung — und sodann wollten die Radicalen, ebenso wie die Theoretiker und die Reichspartei, eine Reichsgewalt mit sehr umfassender Competenz. Beide zusammen hatten aber die unzweifelhafte Mehrheit. Bei Constituirung der Spitze konnten dann freilich die Republicaner nicht mehr mit der Reichspartei stimmen. Allein es war zu hoffen daß sie dann gegen die Kaiserlichen in die Minderheit kommen würden, ebenso wie sich erwarten ließ daß sich viele die nichts davon wissen wollten für den Erbkaiser entscheiden würden, wenn erst andere Abschnitte — namentlich der von der Reichsgewalt — genehmigt wären, zu welchen nicht wohl etwas anderes paßte. Aus den Protokollen geht freilich nicht hervor daß so calculirt worden ist, und man irrt leicht, indem man auf Berechnung schließt wo der Verlauf sich ausnimmt als hätte ihm Berechnung zu Grunde gelegen, und der Verlauf ist so gewesen. Dieser erklärt sich jedoch schon daraus daß Dahlmann fest und unerschütterlich an seine Idee über die künftige politische Form Deutschlands als die allein richtige, heilsame und nothwendige glaubte, und in diesem Glauben nach der Ausführbarkeit derselben wenig fragte oder sich darüber doch leicht täuschte. Wir werden noch sehen, er glaubte auch fest an die Kraft der deutschen Bewegung des Jahres 1848.

Ehe die Subcommission ihren Entwurf im Ausschuß vorlegte, wurde beantragt und der Antrag zur Beachtung ihr empfohlen: daß sie ein Schema der ganzen Verfassung mittheilen möge. Es geschah nicht. Sie wich aus. Beseler äußerte „als seine subjective Meinung“ daß ein „vorläufiges Eingehen auf weitere wichtige Bestimmungen zu nichts führen würde, da sie natürlich nicht eher als bis sie seitens des Ausschusses angenommen seyen, zum Anhalt würden dienen können.“ Der Ausschuß ließ sich zu einem Ziele führen das er nicht kannte, ebenso die Nationalversammlung. Mir däucht, man bewies ein großes Vertrauen — und beging einen großen Fehler, indem man nicht auf sofortige Mittheilung des Schema's der ganzen Verfassung bestand. (S. 56 bis 58.)

In der Vorlage der Subcommission kehrten die Ideen des Siebzehner-Entwurfs über die Reichsgewalt im Ganzen wieder, ein wenig minder schonungslos gegen die Einzelstaaten, dieß aber gegen Dahlmanns Ansicht, woraus derselbe nie ein Hehl machte. Als z. B. debattirt und beschlossen wurde daß der Reichsgewalt die Organisation der Gesetzgebung ausschließlich zustehen solle, sagte er mit dürren Worten: sein „Princip sey hier wie bei auswärtigen Verträgen die Selbständigkeit der Einzelstaaten aufzuheben,“ und aus dem was er hinzufügte war deutlich zu ersehen daß nach seiner Ansicht und Absicht die „Praxis“ weiter gehen werde und solle als der Entwurf in den Worten besagte (S. 120). Es half nicht — weil, wie schon erwähnt, dawider die Reichspartei und die Radicalen zusammenstanden — daß andere, z. B. Welcker, widersprachen. Als es sich in der 31sten Sitzung (am 1 Aug.) um den kitzlichen Punkt der Ernennung der Officiere handelte, und über den §. 10 des Entwurfs der Subcommission, und §. 8 eines vorliegenden ministeriellen Gegenentwurfs debattirt wurde, äußerte Welcker, je mehr Gewalt die Nationalversammlung augenblicklich besitze, desto mehr Gerechtigkeit und Nachsicht solle sie üben, und die Aufgabe bestehe darin einen „Bundesstaat, nicht einen Einheitsstaat zu gründen.“ Dergleichen fand indeß stets nur ein unverhältnißmäßig geringes Gehör. (S. 140.)

Die Berathungen über die Reichsgewalt wurden am 8 Jul. in der 25sten Sitzung des Ausschusses begonnen. Es kam vornehmlich auf das Princip an, das Verhältniß der Einzelstaaten zur obersten Regierung. Die Forderung fehlte nicht daß zunächst das Princip festgestellt werden möge. Mittermaier versicherte dasselbe sey in den letzten Paragraphen des Entwurfs ausgesprochen, und laute: die Selbständigkeit der Einzelstaaten „so weit möglich“ zu wahren. Bassermann meinte: die Prin-

cipien würden sich am einfachsten ergeben wenn man in die Berathung nach der Reihefolge der Paragraphen eintrete. Dieß that der Ausschuß. Fortwährend sprachen dann auch die Theoretiker: Beseler, Waitz u. s. w., so als handle es sich um einen zu gründenden Bundesstaat. Der Bundesstaat erfordere dieß oder jenes. Darum müsse man so und so bestimmen u. s. f. Es half da die Unbestimmtheit des Begriffs: Bundesstaat. Allein so unbestimmt er ist, das steht doch fest daß „Reich" etwas ganz anderes bedeutet als „Bundesstaat," und eben im Gegensatz zu diesem einen Einheitsstaat bezeichnet. Der Titel des Entwurfs der Subcommission verrieth ihren eigentlichen Gedanken. Es ist auffallend daß in den Protokollen nichts darüber vorkommt daß dieß bemerkt oder beanstandet worden wäre. Man hatte sich in das „Reich" verliebt, hatte Reichstruppen, Reichsminister u. s. w. Die Gegner der Idee eines zu gründenden Einheitsstaats mochten glauben am Namen liege nicht viel, oder der Widerspruch sey doch vergeblich.

Es handelte sich noch in dieser Sitzung um den §. 3 des Entwurfs, wonach die Einzelregierungen nicht mehr das Recht haben sollten ständige Gesandtschaften zu halten. Da meinte nun selbst Waitz, Preußen könne und werde sich den Paragraph nicht gefallen lassen, zumal wenn Oesterreich — woran Lichnowsky erinnert hatte — doch wegen seiner nichtdeutschen Länder ständige Gesandtschaften zu halten nicht gehindert werden könne. Man möge das Princip fest aussprechen, aber das Verbot nicht hinzufügen. Schüler und Wigard wollten auch keine Gesandtschaften für einzelne Geschäfte mehr zugestehen: man müsse endlich einmal „Ernst machen." Dieß war Scheller doch gar zu viel: man werde doch den Einzelstaaten nicht ganz ihre Selbständigkeit nehmen wollen. Lichnowsky führte treffend aus daß man darauf und daran sey ein Gesetz zu geben das jeden Augenblick werde illusorisch werden; es sey schon wegen Posen ganz unmöglich daß Preußen nicht eine Gesandtschaft in Petersburg halte u. s. f. Dahlmann wollte gleichfalls Ernst gemacht wissen. Lieber möge das künftige Reichsregiment gar keine auswärtigen Verhältnisse haben als daß daneben noch eine preußische u. s. w. Diplomatie bestehe. Der Punkt sey der entscheidende nicht bloß für die Weltbedeutung und Macht Deutschlands, sondern auch für das Innere; es würde mit solchem diplomatischen Unheil schließlich die Existenz der Dynastien wahrhaft gefährdet seyn, man würde in ihnen die größten Feinde der deutschen Einheit sehen, sich um so mehr ihrer zu entledigen wünschen, man würde so sicher zur Republik kommen. Römer, Tellkampf, Mohl, Wippermann äußerten ähnliche Ansichten, Beckerath wollte nur das „ständige" nicht gestrichen wissen, und widersprach einer von Dahlmann vorgeschlagenen veränderten Fassung. Man müsse lieber nicht alles wollen um nicht alles zu verlieren. Ein Auf- oder vielmehr Untergehen Preußens in Deutschland, wie es Römer zu fordern scheine, sey nicht zu erwarten. Waitz erklärte sich im Princip ganz einverstanden, erinnerte aber an eine Wahrheit die bisweilen vor seinem innern Blick auftauchte: die Aufgabe sey mehr als bloß Principien aufzustellen, es gelte auch das Mögliche zu finden, weil man sonst das Nothwendige unmöglich machen werde. Droysen hob hervor daß man für so disparate Größen wie Homburg und Preußen nicht dieselbe Formel der Lösung aufstellen könne. Die Frage sey eine wesentlich preußische. Behalte Oesterreich seine europäische Bedeutung, so sey es vollkommen unmöglich die Bedeutung Preußens so ohne weiteres unterzustellen; zum Besten Deutschlands müsse man die auswärtige Bedeutung Preußens salviren; am angemessensten wäre es, die ganze auswärtige Politik Deutschlands an Preußen zu übergeben, aber es sey schwer dafür schon jetzt eine Formel zu finden; die ganze Frage würde sich von selbst gelöst haben wenn man die Form der Reichsregierung früher als ihre Competenz festgestellt hätte; an dieser Frage werde es sich zeigen ob überhaupt die staatliche Einigung Deutschlands realisirbar sey; er fürchte mehr von der Eifersucht und Kleinlichkeit der Stämme als er von der Kraft der nationalen Erhebung hoffe. Scheller wendete sich gleichfalls gegen die noch schärfere neue Dahlmann'sche Fassung. Hätte man tabula rasa, so würde man schon ein Reich machen können; „aber wie jetzt die Dinge sind, gibt es nun einmal noch Regierungen und Anhänglichkeit für sie, und man kann von ihnen nicht verlangen daß sie sich und ihre Geschichte aufgeben sollen." Die Stimmung in den preußischen Provinzen sey nicht von der Art alles was in Frankfurt beliebt werde zu ertragen, und Altpreußen würde eher die Rheinprovinz und halb Schlesien aufgeben und König und Minister davonjagen als solche Bedingungen eingehen. Um den hier gestellten Preis werde man mit Preußen nie einig werden; es handle sich um reelle Verhältnisse, und er bitte im Interesse des Verfassungswerks nicht ohne Rücksicht auf die endlich doch entscheidenden Thatsachen zu verfahren. Tellkampf wollte über die Stimmung in Preußen nicht entscheiden. Man fordere allerdings viel von Preußen, dieses aber müsse doch auch etwas nachgeben. Jürgens entgegnete, es komme eben auf das Maß der zu bringenden Opfer an; eine gar zu durchgreifende Regel bringe dahin daß man gar nichts erreiche; die großen Thatsachen Preußen und Oesterreich wären nun einmal da und forderten Rücksicht. Römer meinte die Schwierigkeiten wären geringer als man sie mache; man müsse vorwärts; er sehe wohl was er immer erwartet, daß es mit dem Aufgehen Preußens nicht weit her sey, daß man keinen Ernst damit dürfe machen wollen; dann komme man eben nicht über den alten Bund hinaus; werde aber in Frankfurt nur Ernst gezeigt, so würden sich wohl auch die preußischen Empfindungen eines Bessern bedenken u. s. f. Wigard: sey Schellers Aussage richtig, so sey gar keine Einheit möglich; man arbeite aber der Republik in die Hände, die auch in Preußen und Oesterreich ihre Partei habe. Wippermann fand die Sache nicht so gefährlich, wenn nur das Reichsoberhaupt seine Beamten richtig und behutsam wähle. Dahlmann bemerkte gegen Droysen, man sey hier nicht versammelt um melancholische Betrachtungen anzustellen, sondern um praktische Resultate zu erreichen. Es sey durch das deutsche Volk eine große Bewegung gegangen, und diese wolle mehr als die Theile des Ganzen; es sey der Augenblick gekommen wo Deutschland sich zusammenfassen müsse wenn es nicht die Fortdauer seiner monarchischen Verhältnisse und seine Dynastien aufgeben wolle: sie würden nur dauern in dem Maße als sie aufgeben. Es sey keine so große Sorge um Preußen; der Entwurf der Siebzehn sey dort ohne Widerspruch aufgenommen.

Hiermit endete diese Sitzung, ohne daß die Debatte geschlossen wäre. Ich breche gleichfalls ab. Es war nicht die Absicht Vollständiges vor Augen zu führen, sondern nur zu zeigen wie viel Anziehendes die Leser des Buchs zu erwarten haben und eine Anregung zum Lesen desselben zu geben.

Die Wiener Vorschläge und die süddeutschen Staaten des Zollvereins.

kl.— Gr. **Baden** im Nov. Nicht leicht hat schon die bloße Andeutung einer bevorstehenden Aenderung, die einfache Erwähnung neuer zweckmäßiger Maßregeln durch ein Regierungsorgan einen so gewaltigen Eindruck hervorgebracht auf alle Schichten unserer Bevölkerung, wie die kürzlich in der Wiener Zeitung veröffentlichten Vorschläge einer Zolleinigung Oesterreichs mit Deutschland. Seit der Unterdrückung des badischen Aufstandes, seit der bundesfreundlichen Besetzung unseres Landes war, vielleicht in Folge der lange vergeblichen Sehnsucht nach endlicher politischer Ruhe und Windstille, eine Abgespanntheit und Gleichgültigkeit an allen neuern Ereignissen und an allen auch uns betreffenden Vorkommnissen in so hohem Grade eingetreten, daß sie der flüchtige Beobachter für ernst und dauernd hätte halten mögen. Die Karlsruher Zeitung konnte noch so regelmäßig die Berichte des deutschen Verwaltungsrathes drucken, selbst conservative Leser legten diese Artikel unberücksichtigt bei Seite — nicht als ob das dringende Verlangen nach einer endlichen deutschen Einheit hier zu Land abgenommen hätte, nicht als ob man an der deutschen Einigungs-Idee, die bei uns zuerst mit Kraft sich Geltung verschafft hatte, verzweifelte, nein, das nationale Gefühl, der nationale Stolz sich bald unter einer kräftigen Leitung vereinigt zu sehen schlummert bei uns nicht, aber es scheint das Vertrauen zu fehlen zu dem preußischen Werk das unsere Wünsche befriedigen soll. Das Ausschreiben des deutschen Reichstages nach Erfurt, die dadurch nöthige Einberufung der badischen Kammer, der Zweifel ob diese ganz erneuert oder nur ergänzt werde, dieß alles fand gegen sonst keine Theilnahme, kaum eine Beachtung bei unserm für alle politischen Ereignisse früher so aufmerksamen, so leicht erregbaren Volke. Man fragt sich höchstens theils mit Furcht theils mit Hoffnung, ob es bald wieder eine Revolution gäbe, und dieß natürlich mit steter Hinweisung nach Westen, unserm politischen Barometer. Wie nach langen Stürmen der erste Sonnenstrahl, so belebte plötzlich ein Schimmer der Hoffnung alle welche praktische, tief ins Leben greifende Vorschläge den unverständlichen Paragraphen eines Verfassungsentwurfes vorziehen. Eine baldige, Segen und Wohlstand bringende Zukunft ahnend, begrüßte man freudig den von Oesterreich aufgestellten Entwurf einer Zolleinigung. Der seither mit allen möglichen ungünstigen Verhältnissen kämpfende Industrielle, der sich nur mühsam durchbringende Gewerbsmann, der auf einen kleinen Markt beschränkte Handeltreibende, alle hofften baldige Hülfe durch einen Anschluß Oesterreichs an den Zollverein. Auch die deutschen Vaterlandsfreunde hatten neue Hoffnung geschöpft; doch sie wurde bald wieder geschwächt, und nur wenig Aussicht ist geblieben durch Verbindung der materiellen Interessen, der dauerhaftesten Grundlage für einen engen festen Bund, das deutsche Einigungswerk zu fördern. Zeigt doch schon der österreichische Entwurf selbst auf den ersten Blick daß viele Jahre kaum genügen werden das österreichische Volk durch die verschiedenen Perioden der industriellen und commerciellen Entwickelung hindurchzuführen zu einem völligen Anschluß an den ganzen Zollverein! — Die Tragweite die-

ser im Kaiserreich neu unternommenen Reformen in ihrem vollen Umfang zu übersehen und in allen ihren Folgen jetzt schon zu berechnen ist unmöglich. Es können der Lösung dieser schwierigen Aufgabe von außen große Hindernisse bereitet werden; auf der andern Seite freilich kann dieß große Werk auch kräftig gefördert werden durch ernstliches, von politischen Nebenrücksichten freies Entgegenkommen des Zollvereins. Der preußische Staatsanzeiger scheint dieß zum Theil zuzugeben und an ältere resultatlose Verhandlungen anknüpfend glaubt er wenigstens in vorbereitenden Maßregeln entgegenkommen zu müssen. Er bezeichnet als Gegenstände der nächsten Unterhandlungen: freie Aus- und Einfuhr der Rohproducte, freien Transit, Erleichterung des Handels mit Manufacturwaaren und allmähliche Annäherung der Finanzzölle. Oesterreich wird ohne allen Zweifel hierzu, als dem ersten Schritt zur Erreichung seiner Zwecke, willig die Hand bieten, denn die Gründe früherer Weigerung dürften bereits ihrer Entfernung entgegensehen. Das Prohibitionssystem ist als leitendes Princip für unhaltbar erklärt und verworfen, die innern Zollschranken sollen baldigst fallen, die bisherigen Monopole aufgehoben werden, ein verbessertes für alle Reiche der österreichischen Monarchie gemeinsames Steuersystem, sowie gemeinsame Handelsgesetze werden vorbereitet. Es erleichtert, ermöglicht dieß wesentlich den Anschluß an den Zollverein. Nach dem preußischen Staatsanzeiger würde durch die Regelung der angeführten Handelsverhältnisse „die nächste Aufgabe" beider Seiten erreicht seyn. Ob die Unsicherheit mit welcher wir Schlüsse auf eine uns ferne verhüllte Zukunft bauen, oder vielleicht die Furcht bei weiterem Verfolgen des österreichischen Entwurfs mit alten, oft vertheidigten Grundsätzen in Widerstreit zu gerathen, Schuld ist daß der Preußische Staatsanzeiger seiner Betrachtung hier schon ein Ziel setzt, lassen wir dahin gestellt seyn. Wir selbst würden, wenn nicht wichtige Gründe uns anders bestimmten, nicht näher auf eine Einigung im Zolltarif und auf die Gemeinschaftlichkeit der Zolleinkünfte eingehen; denn wir lieben es nicht mit ungewissen, unsichern Hypothesen da aufzutreten wo nur ganz bestimmte auf die bestehenden Zollverhältnisse und auf die offenkundigen Absichten der Regierungen gestützte Angaben von Werth seyn können. Hier müssen hauptsächlich die Thatsachen reden. Daß die einzelnen deutschen Staaten des Zollvereins, und ganz besonders bereitwillig die süddeutschen, die unmittelbar dadurch bevortheilten, ihre Zustimmung geben werden zum Abschluß des vom Preußischen Staatsanzeiger erwähnten Handelsverhältnisses mit Oesterreich, ist, in Erwägung der schon früher mit ihrer Zustimmung bei Oesterreich gemachten ähnlichen Vorschläge, mit Gewißheit anzunehmen. Ob aber alle Staaten „die nächste Aufgabe" hierdurch schon erfüllt sehen werden, ob nicht vielleicht manche Regierung noch in höherem Grade, in ausgedehnterem Maße die österreichischen Vorschläge zu unterstützen bereit ist, etwa durch ein Entgegenkommen auch im Zolltarif, wie es schon die Wiener Zeitung als bescheidenen Wunsch geäußert hat, dieß ist eine wichtige Frage der Zeit, die auf die einstige politische Gestaltung Deutschlands von entschiedenstem Einfluß seyn kann. Wir gehören durchaus nicht zu denen die sich der Presse bedienen um dem deutschen Einigungswerk auch nur im geringsten Schwierigkeiten zu bereiten; aber wir halten es für nöthig für den Fall des Mißlingens vorbereitet zu seyn. Und wie wenig Hoffnung hat das Dreikönigsbündniß noch seinen ursprünglichen Zweck zu erreichen! Wie gering ist die Aussicht daß der Verwaltungsrath einen deutschen Bundesstaat zu begründen vermöge! Unser Zolltarif, in seiner jetzigen Fassung, ist das Product gegenseitiger Concessionen der nord- und süddeutschen Mitglieder dieses Vereins, demnach dem Wunsche keines der beiden Theile völlig entsprechend. Die norddeutschen Bevollmächtigten der Zollconferenz dringen stets auf Erniedrigung, die süddeutschen auf Erhöhung der Zollsätze. Oesterreich von seinem Prohibitivsystem abgehend, muß, dem natürlichen Gang der industriellen Erziehung einer Nation folgend, anfangs seinen Zolltarif sehr hoch halten, sonst ist seine kräftig emporblühende Industrie bald im Keime erstickt. Könnten hierbei die Wünsche der süddeutschen Zollvereinsstaaten, nämlich ein Erhöhen der Zollsätze, nicht bald mit denen Oesterreichs zusammentreffen, und zwar unter Bedingungen die den Anschluß der norddeutschen Zollvereinsstaaten sehr erschweren, fast unmöglich machen würden? Wir wünschen eine solche handelspolitische Trennung Deutschlands in zwei Zollgebiete nicht herbei, wir müssen sie aber für möglich halten und für diesen Fall unserer Betrachtung unterziehen.

Von den neuesten Absichten der bayerischen Regierung, die zunächst dabei betheiligt wäre, sind wir nicht direct unterrichtet, es müßte denn durch die letzten Aeußerungen Hrn. v. d. Pfordten's in der bayerischen Kammer seyn, worin er sich eher gegen einen solchen projectirten Plan aussprach. Günstiger für unsere Frage waren die Worte Hrn. v. Hermann's, der von Wien aus gut unterrichtet zu seyn pflegt. Baden, nach Preußen das eifrigste Mitglied des deutschen Verwaltungsrathes, darf an dergleichen jetzt nicht denken. Aber Württemberg hat uns, wenn auch keine bestimmte Aeußerung, doch eine Andeutung gegeben die uns mindestens zeigt daß Württemberg bereits den Gedanken eines Austritts aus dem Zollverein in den Bereich der Möglichkeiten gezogen hat, und jedenfalls sich über die volkswirthschaftlichen Vortheile oder Nachtheile eines solchen Schrittes genaue detaillirte Notizen sammeln will.

Die württembergische Regierung hat zu diesem Zweck etliche Fragen in Betreff der Wollwaarenindustrie, der bedeutendsten des Landes, an seine Fabrikanten und Gewerbsleute gerichtet, von denen wir einige im Auszug, die wichtigern wörtlich wiedergeben.

Nach einer Vorbemerkung, in welcher gewünscht wird daß die Beantwortung ohne alle politischen Rücksichten, nur vom volkswirthschaftlichen Standpunkt stattfinden, und daß bei Industriegruppen dieselbe auf die einzelnen Gewerbszweige ausgedehnt werden möchte, so bei der Baumwollenindustrie, z. B. auf Spinnerei, Weberei, Färberei, Druckerei, Sammtfabrication ꝛc., wird zu den einzelnen Fragen übergegangen. Man wünscht zu erfahren ob seit dem Anschluß Württembergs an den Zollverein durch diesen die Wollwaarenindustrie gestiegen oder gefallen, ob die Lage der einzelnen Handwerker und Fabrikarbeiter sich gebessert oder verschlimmert, ob der Absatz nichtwürttembergischer Erzeugnisse im Inland, ferner württembergischer Erzeugnisse im Inland und außerhalb Württemberg zu- oder abgenommen habe? Weiter wird gefragt ob die genannte Industrie bisher im Nachtheil gewesen sey durch die österreichische Zollgesetzgebung oder durch die Concurrenz der Zollvereins- oder anderer Staaten? Wohin außerhalb Württemberg die genannte Industrie den größten Absatz habe, und woher sie die Rohmaterialien und Halbfabrikate beziehe, und woher sie sonst noch zu erhalten wären? Frage 10: Haben wegen des Absatzes von Erzeugnissen der vorgenannten Industrie nach Württemberg und Bayern, oder wegen des Bezugs württembergischer und bayerischer Erzeugnisse dieser Industrie die übrigen Zollvereinsstaaten ein Interesse den Zollverband mit Württemberg und Bayern zu erhalten, und von welcher Bedeutung ist dieß Interesse? 11. Welche Vortheile und welche Nachtheile würden für die vorgedachte Industrie Württembergs daraus erwachsen wenn Württemberg und Bayern aus dem Zollverein austreten und ein abgeschlossenes Zoll- und Handelsgebiet bilden, die übrigen Zollvereinsstaaten aber, mithin auch Baden, im Zollverein bleiben würden? 12. Würden die Vortheile oder die Nachtheile für die vorgenannte Industrie sich vermehren wenn Württemberg und Bayern nach der Ausscheidung aus dem Zollvereine unter Annahme des österreichischen Zolltarifs *) in einen Zollverband mit Oesterreich träten, so daß Württemberg, Bayern und Oesterreich ein abgeschlossenes Zoll- und Handelsgebiet bilden würden? 13. Welche Vortheile und welche Nachtheile würden daraus erwachsen, wenn Württemberg bei dem Zollverein bleiben und nur Bayern aus demselben treten würde, so daß Württemberg von Bayern getrennt und bei der Einfuhr von Waaren aus Württemberg nach Bayern der im österreichischen Tarif enthaltene Zoll zu bezahlen wäre? 14. Wäre bei der Trennung Württembergs von Bayern nicht ein Einfluß auf die Preise der Lebensmittel zu besorgen, wodurch die Lage der kleineren Gewerbsleute und Fabrikarbeiter in Württemberg verschlimmert würde? Die beiden letzten Fragen handeln über den Einfluß des Beitritts von Hannover, Oldenburg, Mecklenburg und der Hansen zu dem Zollverein, und ob dann, nach dem Austritt Bayerns, nicht Beschlüsse des Zollvereins zu Gunsten des nördlichen Deutschlands Nachtheil drohen könnten?

Auf jede Frage sind eigentlich zweierlei Antworten möglich, eine bejahende oder eine verneinende. Es gibt aber auch Fragen die schon durch die Form ihrer Darstellung, überhaupt durch ihr Aufwerfen, die Andeutung der Erwiederung an sich tragen, und zu diesen letzteren rechnen wir die eben angeführten. Was für eine Antwort die württembergische Regierung zu erhalten wünscht, scheint aus obigem klar hervorzugehen; wegen einer dem Zollverein günstigen Entscheidung würde sie diese Fragen nicht aufgeworfen haben. Die Art wie Bayern erwähnt wird, läßt beinahe die Vermuthung aufkommen als habe Württemberg Kenntniß von einem bereits heimlich abgeschlossenen Zollvertrage Bayerns mit Oesterreich.**) Es wäre dieß ein schwerer Stoß für das Dreikönigsbündniß, wenn zugleich mit dem Reichstag in Erfurt eine süddeutsche Zollconferenz mit Oesterreich zusammenträte. Das unglückliche Baden, dessen Stellung von Württemberg nur zu richtig erfaßt wird, sieht freilich dabei einer traurigen Zukunft entgegen. Der badische Finanzminister richte jetzt an die badischen Industriellen die Frage: welchen Einfluß auf die badische Industrie wird es haben wenn Bayern und Württemberg aus dem Zollverein treten und den österreichischen Tarif annehmen, Baden dagegen im bisherigen Zollverband bleibt? Die Antwort wäre einfach: daß das ohne-

*) Welches Tarifs? Des alten den man im Begriff ist abzuschaffen, oder des neuen der noch nicht vollständig aufgestellt ist. A. d. E.

**) Diese Vermuthung geht wohl irre.

die schwache, schonungbedürftige Lebenslicht der badischen Industrie vollends erlöschen werde.

Es sind dieß Andeutungen die manchen in Deutschland zu ernsten Betrachtungen stimmen dürfte, ganz besonders aber in unserm engeren Vaterlande Baden. Es würde sich hier zu den zahlreich vorhandenen revolutionären Elementen eine Menge brodloser Arbeiter, eine große Anzahl ruinirter Unternehmer gesellen. Alle in ihren materiellen Interessen, der empfindlichsten Seite des Volks, Bedrohten würden sich für den Augenblick vereinen mit den demokratischen Wühlern und einen neuen Kampf beginnen, der um so gefährlicher wäre weil er nicht des Plünderns und Gewinnes halber unternommen würde, sondern zur Vertheidigung, zur Erhaltung der bedrohten Arbeit, des gefährdeten Capitals und des abnehmenden Unternehmergewinnes.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag | Nr. 338. | 4 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (Nachträge aus der Amnestiedebatte. Der Entwurf über die neue Anleihe und der Judenemancipationsentwurf. Das Heer soll eine weitere Verminderung erfahren); Stuttgart (die erste Sitzung); Baden (Frhr. v. Schmitz-Grollenburg †); Darmstadt (Heinrich v. Gagern zum Landtag gewählt); Berlin (Ablösungsgesetz); Mecklenburg (nun wirklich ein Protest des Königs von Preußen gegen die neue Verfassung); Wien (der Erfurter Reichstag. Die Hofburg. Vertrag mit Parma wegen der Po-Inseln).

Oesterreichische Monarchie. Die Reichsconstitution.

Spanien. In den Cortes eine Modification des Tarifs beabsichtigt. Cuba (Französisches Hülfsanerbieten).

Großbritannien. Die Presse über Deutschland. Cobdens Plan die Zahl der freien Grundeigner zu vermehren. Beschleunigung der Ueberlandpost in Aussicht.

Frankreich. Aufschub der Nachwahlen. Die Enthüllung des Präsidentenplans. Lamartine, de Falloux. Briffault nach der Schweiz. Bevorstehende Verminderung der Occupationstruppen im Kirchenstaat. Beschlüsse über die Naturalisation, die Wahlbezirke und die Kronjuwelen. Ein außerordentlicher Regierungscommissär nach Lyon. Marseille (die Staatspostdampfschiffe).

Italien. Neapel (die Jesuiten in Flor); Rom (Ceccarelli. Eine Eisenbahnconcession); Turin (Entwaffnung der Festung Alessandria).

Schweiz. Schluß der Debatte über die Flüchtlinge.

Ver. Staaten von Nordamerika. Der Streit mit Frankreich noch schwebend. Das Goldland. (Die Franzosen bemächtigen sich der Sandwich-Inseln.)

Südamerika. Drohender Krieg zwischen Buenos-Ayres und Brasilien.

Siam. Die Cholera.

Datum der Börsen: New-York 14; London, Amsterdam 29; Paris, Berlin 30 Nov.; Augsburg 3 Dec.

Deutschland.

Bayern. — **München.** Aus der dreißigsten Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 29 Nov. tragen wir folgendes nach: Abg. v. Lassaulx bemerkte unter anderm: Niemand habe sich durchaus gegen die Amnestie erklärt, uneinig sey man nur darüber ob sie bedingt, ob unbedingt eintreten solle. Hr. Tafel wolle allgemeine Amnestie, weil das alte Recht nicht mehr auf das neue Rechtsbewußtseyn anwendbar seyn könne. Aber andere Redner hätten ja behauptet neun Zehntheile der Pfalz hätten sich nicht an der Revolution betheiligt, nur ein Zehntel sey mit den Aufrührern gegangen. Wenn dieß nun wirklich der Fall, wenn neun Zehntheile vom zehnten Zehntheil terrorisirt worden seyen, so erscheine es thöricht dieses Zehntheil als Märtyrer der Volksfreiheit zu betrachten, es wäre politisch kopflos, sittlich bodenlos. Wir andern könnten es nicht. Uns sey ein anderer Begriff von Märtyrern gegeben als das Beispiel dieser Volks- und Jugendverführer biete. Solche nennen wir von der altgläubigen Moral nicht Märtyrer, sondern Mörder der Freiheit u. s. w. Nach einigen sehr unparlamentarischen Ausdrücken schließt der Redner diesen Gedankengang, er seinerseits könne nur beklagen daß wir nicht mehr die Strafe unserer Altvordern kennten, welche derartige Menschen in Dunggruben stürzten. (Zischen von allen Seiten.) Wenn er nur in den Reihen jener Leute einen einzigen Begeisterten, sich Hinopfernden finden könnte, wenn auch dessen Ueberzeugungen den seinigen gänzlich entgegenständen! Denn es gebe in der Geschichte ebenso gut Märtyrer der Verkehrtheit als der Wahrheit. Aber diese Leute seyen der Gefahr entflohen, oder seyen, wo sie ihr nicht mehr entgehen konnten, dem Tod jämmerlich entgegengetreten. Solche Leute solle man nur nicht mit dem edlen Namen eines Republicaners ehren, dazu fehlten ihnen alle republicanischen Tugenden. Nun wolle aber das Volk nicht einmal die Republik, und das Experiment welches unsere westlichen Nachbarn damit gemacht, sey wahrlich nicht einladend. Wenn also ein verwegener Haufe diese obschon achtungswerthe, doch für unsere Verhältnisse verderbliche Staatsform uns aufdringen wolle, so begehe er ein Verbrechen. Er (der Redner) scheue sich nicht es auszusprechen daß es erst dann im Vaterland besser werden könne wenn einige der Märzerrungenschaften wieder abgeschafft seyn würden. Sehe man auf Sachen, nicht auf Phrasen, so ständen die nachmärzlichen Zustände wahrlich nicht besser, sondern schlechter als die vormärzlichen. Aristoteles der alte Staatslehrer habe gesagt daß drei Elemente den Staat bilden, je nach dem Vorwiegen des einen oder andern: Monarchie, Aristokratie, Demokratie; jede derselben habe ihre Ausartung, die Tyrannis, die Oligarchie und die Ochlokratie. Dieß sey bis 1848 wahr gewesen; seitdem habe man aber den Versuch gemacht die „Lausbubokratie" zur Herrschaft zu bringen. Diese stütze sich angeblich auf die öffentliche Meinung, ein launenhaftes, unbestimmbares, wankelmüthiges Ding. Für diese habe er seinerseits eine souveräne Verachtung. Hier bewähre sich der Spruch eines edlen deutschen Dichters: die Mehrzahl ist Unsinn, nur bei wenigen Verstand. Mit den Eindrücken solcher Behandlung der Verzeihungs- und Versöhnungsfrage wären wir von der allgemeinen Discussion geschieden, wenn nicht der Minister des Aeußern das Wort ergriffen hätte, zunächst in dieser Eigenschaft zum Sprechen aufgefordert durch die Wallerstein'schen Andeutungen als werde die Ansicht der Regierung von den Nebeln und Nordostwinden äußerer Einflüsse mitbedingt. Er wolle also zuerst über den Standpunkt der Regierung einiges sagen. Die Regierung könne nicht auf eine allgemeine Amnestie eingehen, das Ministerium könne es nicht mit seiner Pflicht vereinen der Krone dazu zu rathen. Warum? Dieß sey bereits von den Rednern gegen unbedingte Amnestie so klar und erschöpfend dargestellt daß er es nur in wenige Sätze zusammenzufassen brauche. Nur darin könne er nicht mit ihnen übereinstimmen daß der Staat noch nicht stark genug dazu sey. Diese Besorgniß halte die Minister nicht ab, sondern vielmehr ein sittlicher Gedanke, der Gedanke daß dadurch das Recht verletzt werden würde. Freilich behaupte man: das Volk wolle eine allgemeine Amnestie, sein Wille müsse erfüllt werden. Sey der Vordersatz richtig, so müßte allerdings der Nachsatz auch richtig seyn. Aber der Gegensatz bestehe darin daß die andere Meinung behaupte die Mehrzahl des Volkes theile einen solchen Wunsch nicht. Die Regierung sey derselben Ansicht, und glaube bestimmt die Mehrheit des Volks hinter sich zu haben. Man habe auch daran erinnert wie das Volk bei der Revolution von 1848 vor den Thronen stehen geblieben sey, jetzt wo die Regierung wieder in Macht, vergelte man ihm dieß durch solche Maßregeln. Dieß würde aber eine Unmöglichkeit voraussetzen, nämlich daß Volk und Regierung seit nun mehr als anderthalb Jahren im Kampf einander gegenüber gestanden, ohne daß die kleine Zahl der Regierenden besiegt worden sey. Also die einigen dreißig Fürsten mit ihren Ministern hätten seit dem März 1848 einen Kampf gekämpft der, wenn wirklich das ganze Volk ihnen gegenübergestanden wäre, nicht ein paar Tage hätte andauern können ohne daß die Fürsten und Regierungen überwältigt worden wären. Nein! Dieß sey unmöglich. Das Volk habe vielmehr eine Bahn seines neuen politischen Lebens gewünscht, und als die Fürsten ihm versprochen daß eine solche werde eingeschlagen werden, sey es nicht um der Krone willen, sondern seiner selbst wegen, der Ordnung wegen stehen geblieben. Unser Nachbarvolk sey nicht vor dem Thron stehen geblieben, sondern habe den greisen Fürsten, dessen Politik es seit 18 Jahren so wohl geleitet, davon herabgestoßen. Es sey jetzt wahrlich nicht schwer die Frage zu entscheiden wer mehr darunter leide, ob jener Fürst oder das Volk. Wenn der 24 Februar nochmals von einem gütigen Geschick den Franzosen in die Hände gegeben werden könnte, so sey es nicht zweifelhaft was sie jetzt thun würden. In Deutschland sey das Volk nicht von den Fürsten besiegt, sondern es habe jene kleine Partei besiegt welche es immer weiter fortzutreiben trachtete. Dieß erwägend habe die Regierung geglaubt daß die sittliche, im Volk lebende Rechtsidee eine allgemeine Amnestie verbiete. Also seyen keine äußern Einflüsse, keine Nebel und Winde für die Ueberzeugung der Regierung bedingend gewesen. Allerdings könne er dafür keine andere Gewähr als die einfache Versiche-

rung geben. Indessen, wie man auch über seine politischen Ansichten urtheile, so dürfe er doch erwarten daß man seinem Worte Glauben schenke. Dieses gebe er nun dahin daß keine deutsche oder fremde Regierung schriftlich oder mündlich irgendein Motiv zur Einrede in diese Frage gefunden habe. Es sey dieß auch natürlich. Jene Regierungen wüßten sehr wohl daß es sich hiebei um rein innere Angelegenheiten handle und würden, wenn sie auch ein Gelüst nach Einrede gehabt haben sollten, sich selbst gesagt haben welche Antworten zu erwarten stånden. Endlich spreche man noch von innern Feinden oder auch Verbündeten, durch deren Einflüsse die Ueberzeugungen der Regierung in der Amnestiefrage bedingt worden seyen. Die Regierung kenne keine solchen, sie folge ihren eigenen Erwägungen und Ueberzeugungen. Man möge ihr doch zutrauen daß sie eine eigene Ansicht habe und nach dieser handle.

— **München**. Schluß der einunddreißigsten Sitzung. Man habe nun weiter, fährt Hr. v. Lerchenfeld fort, historische Beispiele angeführt um eine allgemeine Amnestie zu befürworten. Man habe auf Heinrich IV, auf den westfälischen Frieden, auf Karl II hingewiesen. Als Heinrich IV siegreich in Paris einzog, sey die ihm entgegenstehende Partei völlig besiegt gewesen, durch das Ende des dreißigjährigen Friedens die Veranlassung des Kampfes hinweggefallen. Aber bereits die Amnestie Karls II habe keineswegs gleich glückliche Ergebnisse geliefert, und die modernen Generalamnestien in politischer Hinsicht seyen ebenfalls von keinem guten Erfolg begleitet gewesen, weil weder die zu pardonnirende Partei völlig besiegt noch die Veranlassung des Kampfes hinweggefallen war. Das Ziel der Amnestirten war nicht erreicht, die Bewegung nicht abgeschlossen. Derselbe Fall gelte jetzt in Bezug auf die Pfalz, und darum erscheine eine allgemeine Amnestie nicht zweckmäßig. Solange der Staat noch überall von Gefahren bedroht sey, könne der Redner einer solchen Maßregel nicht beistimmen. Man würde dadurch den Feinden des Staates Thor und Thüre öffnen, den Staat neuen Gefahren aussetzen, das Rechtsgefühl des Volks aufs tiefste beleidigen. Man wolle nun zwar überhaupt stets der Staat solle seine Waffen nicht zur Selbsterhaltung führen. Aber was sey denn der Staat? Es seyen die Bürger und ihre industrielle und gewerbliche Thätigkeit, die Bürger deren Söhne als Soldaten für die Ordnung kämpfen, die Bürger welche als Landwehrmänner für die Ordnung und Ruhe wachen, ihre Geschäfte vernachlässigen müßten, die Bürger welche mit schweren Steuern dem Staate die Mittel zu seiner Selbsterhaltung liefern. Gewiß hätten doch diese Männer, nachdem sie durch die letzten Erhebungen so viel gelitten, geduldet und getragen, auf Berücksichtigung einen gerechtern und größern Anspruch als jene welche, wenngleich auch manche von einer schönen Idee hingerissen, Ruhe und Ordnung aufs tiefste erschütterten. Gäben wir diesen wieder eine allgemeine Amnestie, so stehe uns Badens Schicksal bevor. Allerdings erfreuten sich die politischen Verbrechen einer großen Sympathie. Zum Theil komme es wohl daher weil sie meistens von gebildeten Leuten verübt würden, und weil wir fälschlich glaubten den Leuten niederer Bevölkerungsschichten werde die Ertragung von Strafen leichter als diesen; zum Theil komme es daher weil allerdings bis jetzt die Staatszustände nicht der Art gewesen wären um Sympathien für sich zu erregen. Indessen wenn wir aus diesem Grunde auch jetzt noch solche Sympathien festhielten, so sey dieß eigentlich ein Armuthszeugniß welches wir uns selbst ausstellten. Denn jetzt lägen ja alle Mittel zur Erreichung besserer Staatszustände in unserer Hand, und es sey nichts nöthig als Bürgermuth und Beharrlichkeit um das angestrebte Ziel ohne Hülfe eines Gewehres oder Steines zu erreichen. Indessen herrsche allerdings noch jene Bequemlichkeit sehr allgemein, welche glaube wenn andere gewaltsam vorgingen, fiele die erwünschte Frucht uns ohne Bemühung in den Schooß. Allzuweit getriebene Nachsicht führe zur Gesetzlosigkeit, deren nächste Folge der Despotismus seyn müsse. So sey es zu allen Zeiten gewesen, und gerade die neueste Zeit liefere die schlagendsten Beweise dafür daß Anarchie den Despotismus gebäre. So stimme er denn auch für jene Amnestie welche sich bloß auf die Hingerissenen und Verführten beziehe. Von ihnen allein sey zu hoffen daß sie dadurch bekehrt würden, nachdem sie erkannt wohin die Revolution führe.

Der Präsident erklärt jetzt wie die Einleitungsworte des Gesetzentwurfs seines Erachtens in so inniger Verbindung zum ersten Artikel stünden daß er vorschlage nunmehr die Debatte nicht gesondert weiter zu führen, sondern die Einleitung gemeinschaftlich mit diesem ersten Artikel zu behandeln. Außer der Tafel'schen und Boyé'schen Modification dieses Artikels sey aber noch eine des Abgeordneten Weiß eingebracht, wonach die vom Ausschuß beantragten Abänderungen in die betreffenden Artikel des Gesetzentwurfs eingelegt werden sollten. Abg. Weiß motivirt diesen Antrag durch formelle Gründe der Zweckmäßigkeit, und es folgt seiner Ausführung eine kurze Erörterung zwischen den Abgg. Gelbert und v. Lerchenfeld, worin sich herausstellt daß ersterer der Ministerialführung des letztern keinen Vorwurf aus der Niederlassung eines Vereinsgesetzes habe machen wollen, worauf letztgenannter seine diesfallsigen Bemerkungen zurücknimmt. Abg. Kirchgeßner, welcher sich für abgesonderte Behandlung der Tafel'schen und Boyé'schen „Anträge" erklärt, erörtert des weitern wie er nicht für die vom Ministertisch empfohlene Annahme des Gesetzes en bloc und nachherige Einbringung von Anträgen sich entscheiden könne, da hiedurch auf ein wichtiges Recht der Kammer verzichtet werde, dieser auch der vorliegende Entwurf zur Berathung und Beschlußfassung, nicht die Aufgabe gegeben sey denselben ohne Modificationen anzunehmen und nachher neue Anträge zu stellen. Was die Bemerkung wegen der Tafel'schen und Boyé'schen Anträge anbelangt, so verweist der Präsident auf die Geschäftsordnung, welche nur selbständige „Anträge" der Abgeordneten nach Genehmigung der Kammer zulasse, doch bei vorliegenden Entwürfen nur eingebrachte „Modificationen" kenne. Abg. Binder spricht nachher in warmen Worten für das Tafel'sche Amendement; Abg. Forndran erklärt sich für die formellen Vorzüge des Weiß'schen Antrags. Abg. Boyé glaubt auch jetzt wiederholen zu müssen daß er, wie früher durch den Regierungsentwurf, so durch die heute und gestern gegebenen Erklärungen der Minister des Aeußern und der Justiz die königliche Verheißung in der Thronrede, sowie den in der Adresse der Kammer ausgesprochenen Wunsch hinsichtlich der Amnestie nicht erfüllt sehe. Dieß im Auge, habe er seinen Antrag gestellt und beharre auch jetzt dabei. Nach einer schwungvollen Vertheidigung seiner Ansichten geht er noch auf eine Rechtfertigung der Pfälzer beim letzten Landtag ein. Der Inhalt derselben ist: von der Regierung verlassen, hätten sie sich den Schutz selbst gegeben den man ihnen nicht gewährte, während sie durch ihr Verbleiben auf dem Landtag zeigten daß sie den Ueberstürzungen der Heimath fremd seyen; seyen sie aber ohne besondere Erklärung geblieben, so sey dieß in täglicher Erwartung der Auflösung des Landtags geschehen, um wenn diese erfolgt seyn würde, nicht durch eine solche offene Aussprache bei der Heimkehr ihre Köpfe den Fremdlingen preisgegeben zu sehen. Abg. Westermayer berichtigt Hrn. Binder hinsichtlich einer kirchengeschichtlichen Bemerkung, die Abgg. Ultsch und Köhl sprechen für allgemeine Amnestie. Abg. Allioli beantragt einen Zusatzantrag zum Ausschußantrag, Abg. Kleindienst erklärt sich für Tafel. Bevor nun schließlich der Referent unter Bekämpfung aller andern Anträge die Vereinigung des Ausschußantrags mit dem Weiß'schen Amendement Namens des Ausschusses ausspricht, nimmt Hr. Minister v. d. Pfordten das Wort um der Kammer nochmals den bereits zweimal vom Ministertisch empfohlenen Weg ans Herz zu legen, wonach der Regierungsentwurf unverändert angenommen und mit weitern Anträgen begleitet werden soll. Besonders bekämpft er den Einwurf daß auf solche Weise die ordnungsmäßige Form verletzt werde. Dagegen hebt er hervor, wie solchermaßen die Amnestie am raschesten zu Stand komme und auch für keine der Parteien, selbst nicht für die weitestgehenden Anträge, in der Annahme des Regierungsentwurfs ein Präjudiz oder ein Widerspruch liege. Denn im Weitern sey ja stets das Engere eingeschlossen, also auch die Amnestie des Regierungsentwurfs in einer weiteren Amnestie. Der Standpunkt der Regierung, wenn der Regierungsentwurf angenommen und mit weitern Beiträgen versehen sey, bleibe immer der: durch einen Antrag dieselben Pflichten wie durch Modificationen sich auferlegt zu sehen. Er könne versichern daß die Regierung solche Anträge aufs gewissenhafteste in Erwägung ziehen werde. Dieser Ausdruck sey allerdings in Mißcredit gekommen, aber die Regierung werde die Anträge nicht bei Seite werfen, sondern wirklich beprüfen. Nicht die Form worin ein Wunsch oder eine Ansicht der Kammer eingebracht werde, sey ja das wesentliche, sondern der Wunsch und die Ansicht selbst. (Beifälliges Gemurmel.) Freilich könne er die Erfüllung des Wunsches nicht im voraus zusichern, wohl aber daß derselbe werde in gewissenhafteste Erwägung gezogen werden. Schließlich wendet sich der Vortrag noch zu der Schwierigkeit der Amnestiefrage hinsichtlich der Officiere, welche schon das Ministerium sehr beschäftigt habe und nun von der Entscheidung der Kammern abhängen werde. Trotz dieser Worte wird jedoch der erste Artikel des Gesetzentwurfs in der Fassung des Ausschusses nach dem Weiß'schen Antrag unter Verwerfung der Tafel'schen und Boyé'schen Modificationen sowie des Allioli'schen Zusatzes zum Beschluß erhoben.

‖ **München**, 3 Dec. Die Abgeordnetenkammer hat heute über das Gesetz die Entscheidung über Recurse in Gewerbsachen betreffend, kurze Berathung gepflogen, und dasselbe in der Fassung angenommen welche der Referent, Director Heigel, und der Ausschuß vorschlug; diese weicht von dem Beschluß der Reichsräthe ab und nähert sich mehr der Fassung des Regierungsentwurfs. Das Gesetz geht daher nochmals an die erste Kammer. Hierauf beginnt die Berathung des Gesetzes welches den Finanzminister ermächtigt neuerlich im Weg freiwilliger Subscription ein ver-

zinsliches Anlehen von 7 Mill. gleich dem vorjährigen aufzunehmen. Hiemit sollen hauptsächlich die Ausgaben für die Nationalvertretung und die Centralgewalt mit 1,600,000 fl., und der Mehraufwand für die Armee im zweiten Semester 1848/49 mit 5,440,000 fl. gedeckt werden. Der Referent und der combinirte zweite und vierte Ausschuß — gegen die eine Stimme Langguths, der vor der Budgetfeststellung und genauer Darstellung der Gesammtstaatsschuld kein Anlehen bewilligen will — beantragen die Beistimmung zum Entwurf in der Art daß die Anlehensaufnahme al pari geschehen solle, weßhalb auch kein Zinsfuß festgesetzt sey. Heute wird allgemeine und specielle Debatte in einem vorgenommen. Für die Ausschußanträge sprechen Koller, v. Hermann, Thinnes, Ruland und Schmid. Im Sinne Langguth's sprechen dieser selbst, Reinhard, Wallerstein, Kleindienst und Stöcker. Wallerstein bemerkt er daß er und die Linke nicht um ein Mißtrauensvotum zu geben gegen das Gesetz stimmen, sondern weil sie vor genauer Kenntniß der financiellen Lage des Landes eine solche Verwilligung nicht für mit ihrem Gewissen vereinbar halten. Tröger, von der Linken, erklärt für das Gesetz stimmen zu wollen. v. Koch stellt einige Interpellationen, die zum Theil von Hrn. v. Lerchenfeld beantwortet werden. Er will nur etwa 3 Mill. bewilligen, die Forderungen der Centralgewalt aber nicht anerkennen. Die dem letzteren zu Grund liegende Anschauung wird von Hrn. v. Lerchenfeld als bedauerlich bezeichnet. Um 3 Uhr wird die Discussion geschlossen. Morgen wird Referent und Minister ihre Schlußäußerung abgeben, und die Abstimmung folgen.

⊥ **München,** 3 Dec. Unsere zweite Kammer wird in den nächsten Tagen den „Entwurf zur Emancipation der Juden" berathen. Die Mehrheit des Ausschusses hat ihm zugestimmt. Der Entwurf der Regierung entspricht den Anforderungen der Zeit. Möge Bayern nicht hinter andern Ländern zurückbleiben in denen alle Parteien sich vereinigt haben Vorurtheile, die ein ganzes Volk darniederhalten, zu bekämpfen und altes Unrecht wieder gut zu machen! Möchte die Kammer die Gleichstellung der Juden, wie der Regierungsentwurf sie ausspricht, vollständig und ohne Rückhalt annehmen! (Wir verweisen auf die beachtenswerthe preisgekrönte Schrift des Frhrn. v. Holzschuher, die eben in den letzten Wochen die Presse verlassen hat, und der Lage der Juden ein besonderes Capitel widmet).

✕ **München,** 3 Dec. Schon vor etwa 14 Tagen ging hier kurze Zeit das Gerücht daß der derzeitige Staatsminister des Innern v. Zwehl seine Stelle aus Gesundheitsrücksichten aufgeben und darin von Frhrn. v. Zu-Rhein ersetzt werden würde. Dieses Gerücht wiederholt sich jetzt, ich weiß nicht mit wie viel oder wenig Grund. Unter den Auspicien des Cultusministers Dr. Ringelmann wird im Ministerium zur Zeit sehr eifrig an den Vorlagen zum Zwecke der Verfassungsrevision und für ein ausgedehntes Unterrichtsgesetz gearbeitet, welche beide mit dem Beginne des nächsten Jahres der Kammerberathung unterstellt werden sollen. Der Erlös des kürzlich hier stattgefundenen Militärconcertes zu Gunsten zweier krüppelhaft aus Schleswig-Holstein zurückgekehrten bayerischen Infanteristen belief sich auf 1582 fl. 30 kr., welche Summe inzwischen durch freiwillige Geschenke auf 1600 fl. stieg. Noch vor dem Schlusse dieses Jahres soll eine weitere Reduction unserer Armee, und zwar zunächst der Infanterieabtheilungen, durch erhebliche Beurlaubungen eintreten.

Württemberg. *** **Stuttgart,** 1 Dec. Als die neugewählten Deputirten ihre Sitze bei der heutigen Eröffnung des Landtags einnahmen, blieb die äußerste Rechte gänzlich unbesetzt; auf der zweiten Abtheilung der Rechten saßen nicht viele, unter denen die zwei abgetretenen Minister Römer und v. Rüpplin; die meisten Mitglieder der früheren Mehrheit und die denselben sich anschließenden neugewählten nahmen das rechte Centrum ziemlich gedrängt ein, und werden mit dieser Rechten zusammen eine Partei bilden die mit der Ausnahme eines einzigen (Kuhn) in den politischen Ansichten wenig Verschiedenheit bietet. Auf dem ebenfalls ziemlich stark besetzten linken Centrum saßen Mohl und Zeller, auf der Linken Tafel, Rödinger, Schoder, Fürst Zeil; die äußerste Linke war gefüllt; unter den älteren Abgeordneten saßen dort Schweickhardt und Schnitzer, zwei Männer die nicht geeignet sind Einfluß zu erwerben; die übrigen waren neu gewählt. Die eigentliche Leitung der Mehrheit wird der Linken anheimfallen, wenn die Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Regierung nicht bald eine Auflösung hervorrufen sollte. Nachdem die Mitglieder versammelt und die Minister erschienen waren, geschah nach Aufforderung durch den Minister des Innern (v. Schlayer) die Eidesleistung, zuerst von der ganzen Versammlung, dann von jedem namentlich aufgerufenen Mitglied. Dieselbe betraf nach den ministeriellen Erklärungen die Wahrung des Wohls des Königs und Vaterlands bei der Umbildung der Verfassung nach den Grundrechten des deutschen Volks, mit Uebergehung der Reichsverfassung. Somit ist die erste Veranlassung eines Zerwürfnisses, hinsichtlich dessen bereits die demokratische Partei nach anfänglichen Erklärungen sehr entschlossen schien, vorerst beseitigt. Der Schritt ist in einer Erklärung dieser Partei durch ihr Organ damit gerechtfertigt daß sie, den vollständigen Eid abzulegen gehindert, denjenigen Theil des gesetzlichen Eids welchen die Regierung anerkennt, um ihrer Pflicht als Abgeordnete nachzukommen, ablegen müssen, da sonst eine Auflösung oder eine Neuwahl der Verweigernden zu erwarten sey, wodurch der Eintritt der „Volkspartei" in die Versammlung unmöglich werde. Letztere Voraussetzung ist sicherlich gegründet, alsdann aber auch die frühere Erklärung ein nutzloser Schritt. Nach der Eidesleistung verlas v. Schlayer die Thronrede, welche der Hauptsache nach dem Programm der Minister entsprach. (S. die gestrige Allg. Ztg.) Auf Römers Antrag wurde eine Sitzung zur Wahl des Präsidenten und des Vicepräsidenten auf den Abend festgesetzt. In derselben ward, wie schon erwähnt, Schoder zum Präsidenten, Rödinger zum Vicepräsidenten ernannt. Die Dankrede Schoder's bei dieser Gelegenheit ist deßhalb bemerkenswerth, weil sie klar die Ansichten seiner Partei über den Beruf der jetzigen Kammer aussprach, und weil seine Leitung bis jetzt die überwiegende war. Er wies auf die schwierigen Verhältnisse zur Durchführung der Grundsätze welche sich 1848 durch alle Hindernisse Bahn brachen, seitdem das Werk der Frankfurter Nationalversammlung von den Regierungen verworfen worden. Württemberg sey das einzige Land wo es sich „landesgesetzlicher Anerkennung zu erfreuen" habe: es werde von der Ständeversammlung abhängen den Beweis zu liefern daß dieß Werk gelingen könne; es sey ihre Aufgabe durch Verständigung zwischen Regierung und Vertretern das Gesetz in den sichern Hafen zu bringen welches die Abgeordneten der ganzen Nation entworfen; es möge der Gedanke vorherrschen die Einheit Deutschlands dadurch zu pflegen daß jenes Gesetz unverfälscht überliefert werde, wenn die Zeit sich erfülle. Er empfahl Mäßigung in der Form, Entschiedenheit in der Sache. Nach dieser Rede würde keine so leidenschaftliche Opposition gegen die Regierung von jener Partei stattfinden wie sie Römer in der letzten Zeit geboten wurde. Ob die äußerste Linke sich auch mit Schoder verfeindet, wird die Folge zeigen. Die Frage über den Eid wird indeß wieder vorkommen, denn Seeger brachte es zur Sprache daß dieselbe an die betreffende Commission gewiesen würde.

Gr. Baden. In **Baden** verstarb am 27 Nov. im vierundachtzigsten Jahr Frhr. v. Schmitz-Grollenburg, königlich württembergischer Staatsrath, vormals Gesandter am königlich bayerischen Hof, ein redlicher Mann und in seinen langen politischen Leben von freisinnigen Grundsätzen geleitet, soweit ihm in seiner diplomatischen Laufbahn diese Grundsätze zur Richtschnur seines Handelns dienen durften.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 1 Dec. Von Worms kommt uns die Nachricht zu daß im dortigen Wahlbezirk H. v. Gagern zum Abgeordneten gewählt wurde. In Darmstadt ist er nach den bis jetzt bekannten Abstimmungen gleichfalls ernannt. In Mainz haben die Demokraten ihre Candidaten mit großer Mehrheit durchgebracht. (Darmst. Z.)

Preußen. **Berlin,** 30 Nov. Die jüngste Nummer der Gesetzsammlung enthält das Gesetz, betreffend die Feststellung der bei Ablösung der Reallasten zu beachtenden Normalpreise und Normalmarktorte vom 19 Nov. 1849. Die specielle Berathung über das Ablösungsgesetz, das in diesem Augenblick einige Spannung zwischen der Regierung und der rechten Seite erzeugt hat, begann in der zweiten Kammer am 24 Nov. Nach Verwerfung eines von Wedell gestellten Amendements wurde das Gesetz in seinem Titel bezeichnet als „betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile." In den Sitzungen vom 26 bis 29 Nov. wurden darauf die §§. 1 bis 64 des Gesetzentwurfs mit einigen Amendements angenommen, und in seiner jetzigen Fassung zählt §. 1 32 meist vor 1847 erlassene Gesetze über gutsherrliche und bäuerliche Verhältnisse u. s. w. auf, die in Folge des neuen Gesetzes aufzuheben sind. Die §§. 2 und 3 bezeichnen diejenigen Berechtigungen die, soweit sie noch bestehen, ohne Entschädigung aufgehoben werden, nämlich (§. 2): Das Obereigenthum des Lehensherrn bei allen Lehnen, mit Ausnahme der Thronlehne; das Obereigenthum des Guts- oder Grundherrn und des Erbzinsherrn, deßgleichen das Eigenthumsrecht des Erbverpächters (der Erbzinsmann und der Erbpächter erlangen mit dem Tage der Rechtskraft des gegenwärtigen Gesetzes, und lediglich auf Grund desselben, das volle Eigenthum); die Vorkaufs-, Näher- und Retractrechte an Immobilien (mit gewissen Ausnahmen) u. s. w.; (§. 3) das Recht einen Antheil oder ein einzelnes Stück aus einer Verlassenschaft vermöge guts-, grund- oder gerichtsherrlichen Verhältnisses zu fordern; alle in Bezug auf die Jagd obliegenden

Dienste und Verpflichtungen u. s. w.; endlich alle unmittelbaren Gegenleistungen, welche bei den in §. 2 und 3 aufgehobenen Leistungen dem Berechtigten oblagen, sowie die von den Gutsherrn zu leistenden Leichenfuhren, Hochzeit- und Kindtauffuhren, Doctor- und Hebammenfuhren. Jedoch bleibt, insoferne eine der in §. 3 gedachten Abgaben und Leistungen bei der Verleihung oder Veräußerung eines Grundstücks als Gegenleistung für die Verleihung oder Veräußerung ausdrücklich übernommen worden ist, deren unentgeltliche Aufhebung ausgeschlossen. Der §. 4 spricht das Fortbestehen der Berechtigungen auf Abgaben oder Leistungen aus welche aus den Verhältnissen des Obereigenthums des Lehnsherrn, Guts- oder Grundherrn oder Erbzinsherrn, sowie des Eigenthums des Erbverpächters entspringen, sofern sie nicht etwa in vorliegendem Gesetze besonders für aufgehoben erklärt werden. Der nächste Paragraph bestimmt: „Alle beständigen Abgaben und Leistungen, welche auf eigenthümlich oder bisher erbpachts- oder erbzinsweise besessenen Grundstücken oder Gerechtigkeiten haften (Reallasten), sind nach den Vorschriften dieses Abschnittes ablösbar. In §. 6 wird festgesetzt daß die öffentlichen Lasten mit Einschluß der Gemeindelasten u. s. w. nicht ablösbar sind, in §. 7 daß das vorliegende Gesetz auf Grundgerechtigkeiten (Servituten) und andere nach den Grundsätzen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung abzulösende Verhältnisse keine Anwendung findet. Und nachdem so die allgemeinen Grundzüge des Gesetzes abgehandelt sind, geben nun die folgenden Paragraphen diejenigen Bestimmungen an nach denen zur Feststellung der den Berechtigten gebührenden Abfindung der jährliche Geldwerth der abzulösenden Reallasten ermittelt werden soll. Nach einander kommen in der Kammer die Hand- und Spann-Dienste, die walzenden Dienste, die festen Abgaben in Körner u. s. w. zur Verhandlung, und die Sitzung vom 29 endet mit der Beschlußnahme über §. 52 (diejenigen Renten bei denen das Capital durch welches sie künftig abgelöst werden können, nach dem bisherigen gesetzlichen Ablösungssatz der Capitalisirung zu 4 Procent im voraus festgestellt ist, kommen als feste Geldabgaben nach ihrem Jahresbetrage in Rechnung u. s. w.). (Wir kommen morgen auf die Berathungen zurück.)

Mecklenburg. **Schwerin**, 29 Nov. Nach der halbofficiellen Mecklenb. Ztg. ist in diesen Tagen vom König von Preußen ein vom 22 d. M. datirter Protest gegen das Staatsgrundgesetz beim Großherzog eingegangen.

Oesterreich. dt. **Wien**, 29 Nov. Sie haben schon vor länger als acht Tagen angezeigt daß die österreichische Regierung die preußische sehr ernsthaft gewarnt habe nicht ein neues Parlament aufzustellen, welches durch demokratischen Sauerteig so anschwellen könnte daß es noch anders als parlamentarisch zu fürchten wäre. Der Lloyd führt das heute noch weiter aus, und bemerkt dabei treffend daß das preußische Wahlgesetz im sogenannten engern Bunde ganz andere Resultate fördern würde als dasselbe Wahlgesetz in Preußen ergeben. Zwei Momente machen dieß wahrscheinlich. Die Demokraten werden eingesehen haben daß ihr Nichtwählen von ihrem Standpunkt aus ein lächerliches Manöver war. Daraus folgt daß wenn sie wählen, aus Preußen selbst mehr linke Wahlen erfolgen werden als in die preußischen Kammern. Außerdem werden die kleinen Staaten mitwählen welche von jeher die Pflanzschulen des Radicalismus waren. Nun macht der Lloyd die scharfsinnige Bemerkung daß wenn Preußen gegen dieses Parlament auftreten müsse, so würde das eine entschiedene Niederlage seyn. In der That, man denke sich daß Preußen gezwungen seyn sollte auch diese Versammlung aufzulösen, dann hat es keinen zweiten Pfeil mehr zu versenden. Gesetzt aber, Preußen siegte im Parlament, fährt der Lloyd fort, „so hat es noch keinen Sieg errungen dessen Folgen wir fühlen oder anerkennen werden." Wir? wer ist das Wir? wir, anderes Deutschland? oder wir Oesterreich? oder ist dieses Wir nur der Plural Sr. Maj. des Lloyd? In der That dieses Wir scheint mir bedeutend genug. Wenn Preußen das Parlament wirklich beruft und darin alle großen Namen des Frankfurter wieder versammelt, so kann es mit diesem Parlament Siege erfechten welche die Wir anerkennen werden und müssen, — so scheint es uns. Und wenn nun in Sachsen und Hannover mit dem Beginn des Parlaments die alte große Hoffnung auf ein Vaterland wieder erwachte, wenn namentlich die conservative Partei, um endlich zu einem Definitivum zu gelangen, sich dieser neuen Gelegenheit bemächtigte, wer zwischen der Nordsee und dem adriatischen Meer wollte, könnte den Abschluß verhindern? Wollte man, wie zu den Zeiten der Gegenkaiser, deutsche Heere gegen deutsche Heere marschiren lassen? Könnte man das? Gottlob, wenigstens das eine hat der März gebracht daß ein solcher Krieg wie Bürgerkrieg angesehen werden würde, und daß kein süddeutscher Staat und auch nicht Oesterreich einen solchen Krieg zu einem populären machen könnte. Wenn man aber nicht darauf sinnt gegen das Erfurter Parlament Redouten aufzuwerfen, so wird man, wenn man ernsthaft hindern will, zu andern Mitteln greifen müssen. Oesterreich kann Gewalt mit Gewalt vertreiben, aber eine parlamentarische Gewalt nur mit einer parlamentarischen Gewalt. Wenn Preußen seinen Erfurter kleindeutschen Triumpf ausgespielt hat, kann Oesterreich einen Frankfurter großdeutschen darauf spielen. Thut es dieß nicht, ist es verhindert dieß zu thun, so mag es zusehen ob es alle vier Königreiche und wie lange noch im Bunde gegen Preußen erhalten kann, denn die Zahl der Conservativen und namentlich der Besitzenden in Deutschland ist sehr groß, welche bei der Berufung des Parlaments gedacht haben mögen: „Gottlob! So oder so, jetzt muß es zur Entscheidung kommen." Der Notenwechsel, den wir nun seit Jahr und Tag gründlich studirten, hat die Gemüther vollständig dahin gestimmt daß sie dem zufallen der ihnen den Abschluß bringt, und wenn er sie auch abschlösse von vielen theuren Hoffnungen. Es ist traurig daß es dahin gekommen, aber Thorheit wäre es diese Verhältnisse nicht anerkennen zu wollen. Oesterreich wird große Opfer bringen müssen zu den großen Opfern die es bereits in Aussicht gestellt hat, wenn es ferner die erste deutsche Macht bleiben will. Aber diese Opfer werden sich reichlich lohnen. Es wird sich zeigen wieviel ihm an seiner deutschen Stellung liege. Oesterreich mag sich erinnern wie viele und welche Freunde es in Deutschland hat, und was es mit ihnen verlieren müßte.

·|· **Wien**, 30 Nov. Nirgends regt sich ein so emsiges Neuerungsleben als in den Cirkeln der Gerüchterfinder. Wenn ich Ihnen von den letzteren melde daß sie dieser Tage bemüht gewesen unter dem Volke die beunruhigende Nachricht zu verbreiten, man habe höchsten Orts den Grafen Kolowrat mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt und dieser habe sich nur unter der Bedingung daß die Verfassungsurkunde auf vier Jahre suspendirt werde, dazu verstanden: so werden Sie ohne Zweifel hiezu lächeln. Uebrigens mögen Sie aus der Mittheilung dieses Absurdums ersehen wie sehr man hier an eine unausgesetzt arbeitende Reactions- und Restaurationspartei glaubt. — Die unter dem Namen „Burginspection" bestandene Hofbranche wird in Zukunft den Titel „Burgintendantur" führen. Mit dem verstorbenen Wagner ging die Würde eines Burginspectors zu Grabe und „Intendant" wird mit nächstem, da diese Stelle ferner nur für Militärs zugänglich ist, der k. k. Major A. v. Königsbrunn werden. — Die Wachtposten um die kaiserliche Burg werden vermehrt. Man hat nämlich die Entdeckung gemacht daß die sogenannte Bell-Aria — der Eingang in die Burg von der Basteiseite heißt so — offen stehe. Sofort wurde nun die Anordnung getroffen daß dieser Punkt mit einer Wache versehen werde, deren es wohl nicht bedürfte. Es wird an einer Wachstube für 18 Mann gearbeitet. Ueberhaupt herrscht in den Burgräumen eine nie gesehene Ameisenrührigkeit; so wurden gestern die Zimmer sämmtlicher Adjutanten vollends eingerichtet. — Aus der Bukowina laufen Klagen über den Mangel an Beamten behufs der Besetzung der neu zu errichtenden Dienststellen im Justizfache ein. Ebenso mangelhaft sind die Grundbücher in der Bukowina; und man gibt sich daselbst der Erwartung hin daß in dieser sowie in vielen anderen Beziehungen die erforderlichen Neuerungen würden getroffen werden. — Die Welt der Zeitungsleser ist ungemein betrübt über die Schneeverwehungen auf den Eisenbahnen; die fremden Zeitungen bleiben zwei bis drei Tage aus und liegen dann in den öffentlichen Localen immer dreifach auf.

Die neueste Wiener Post ist ausgeblieben.

Oesterreichische Monarchie.

Die Wiener Ztg. enthält in ihrem officiellen Theile die Convention zwischen den Regierungen von Oesterreich und Parma bezüglich der Landeshoheit über die im Po-Flusse sich bildenden Inseln. Außer den in den Verträgen vom 25 Jul. 1821 und vom 11 Jul. 1834 bestehenden Punkten wurden folgende Additionalartikel festgestellt: „Zwei Inseln sind als bleibend mit einander verbunden anzusehen, sobald die Erdansetzung in dem dazwischengelegenen Canale das Niveau des mittleren Hochwasserstandes erreicht, so zwar daß bei jedem höhern Wasserstand das Wasser des Flusses immer noch ununterbrochen seinen Lauf durch den Canal nehmen kann. In diesem Fall wird die Landeshoheit der beiden Inseln an jenen der angränzenden Staaten übergehen welchem die ausgedehntere Insel angehört. Die relative Ausdehnung der Inseln wird durch den, über den gewöhnlichen Wasserstand des Po hervorragenden Theil derselben bestimmt, und das Niveau des gewöhnlichen Po-Wasserstands so angenommen daß es dem durch die längere Zeit des Jahrs anhaltenden Flußstande entspricht.

Dem Oesterr. Correspondenten wird aus **Preßburg** vom 28 Nov. geschrieben: Der Regierungsantritt Sr. Majestät des Kaisers wird am künftigen Sonntage hier auch dadurch gefeiert werden daß an

diesem Tage die Reichsverfassung vom 4 März in solenner Weise verkündigt wird. Um derselben die größte Publicität zu geben, wurde zugleich auf Kosten der Commune die Drucklegung von einigen tausend Exemplaren beschlossen, welche öffentlich vertheilt werden sollen.

Spanien.

Madrid, 23 Nov. El Clamor Publico sagt: man werde im Senat den Versuch machen die neuen Tarife, welche den Fabricanten Cataloniens so unangenehm sind, in prohibitivem Sinne abzuändern. — Mit der neuesten in England eingelaufenen New-Yorker Post erfährt man daß am 21 Oct. ein französischer Kriegsdampfer in Havana eingelaufen war, um dem spanischen Statthalter seinen Beistand gegen eine etwanige Invasion nordamerikanischer Abenteurer anzubieten. Der Gouverneur sagte dem französischen Capitän seinen wärmsten Dank. (Nach einer andern Version hätte derselbe das Anerbieten kaltsinnig abgelehnt, zu großem Verdruß der Franzosen.)

Großbritannien.

London, 29 Nov.

Eine Agitation welche erfolgreich zu werden verspricht, obgleich die Times die Sache mit halber Ironie behandelt, ist die von Cobden gestiftete „Freehold Land Society," die den Zweck hat durch gemeinsamen Ankauf feil werdender großen Güter und deren Zerschlagung in kleine Besitzthümer die Zahl der freien Grundeigner, im Gegensatz zu den Pächtern, in England zu vermehren, und dadurch unabhängige Parlamentswähler in den Grafschaften zu schaffen. Insofern hängt dieser Plan mit dem der Parlaments- und Finanzreform-Association zusammen. Man sieht daß damit, wenn auch in kleinen Anfängen, eine Umwälzung des ganzen feudalen Besitzstandes, und somit der aristokratischen Grundlage des brittischen Staatswesens, eingeleitet werden soll. Die Gesellschaft hielt am 28 Abends ein Meeting in der London Tavern, an welcher, außer Hrn. Cobden, mehrere liberale Unterhausmitglieder sich betheiligten.

Gestern saß auf dem auswärtigen Amt wieder ein Cabinetsrath anderthalb Stunden lang.

Die Times nimmt das Gerücht, daß Oesterreich seine Absicht angezeigt habe gegen den preußischen Plan eines engern Bundes, und resp. gegen die Berufung eines deutschen Reichstags zu protestiren, für gewiß an, und findet das ganz in der Ordnung,*) sowie sie auch in der Ordnung findet daß die übrigen königlichen Dynastien in Deutschland ihre „vertragsmäßigen Rechte" aus der alten Bundesverfassung gegen Preußens „ehrgeizige Uebergriffe" wahren. Das Journal äußert sich sofort in einem langen Artikel — worin sehr viel von den Verträgen von 1815 und von dynastischen Rechten, mit keiner Sylbe aber von der politischen Berechtigung des deutschen Volks die Rede ist — sehr feindselig gegen Preußen, und sagt ihm wiederholt voraus daß es, wenn es seinen Plan bis zum äußersten verfolgte, allein stehen würde; denn auf die deutsche Volkspartei, auf welche es sich dann allein stützen könnte, sey kein Verlaß; Oesterreich aber, dessen Diplomatie allbereits mit Erfolg thätig gewesen, würde nicht bloß die kleinen deutschen Königreiche (wenigstens Bayern und Würtemberg), sondern ganz sicherlich auch Rußland — eben als Beschützer der Verträge von 1815 — auf seiner Seite haben, während auch Frankreich fest entschlossen sey die Vergrößerung einer an sich schon so imposanten Militärmacht wie Preußen nicht zu dulden; denn „Frankreich," sagt die Times, „welches zwar selbst den Verträgen von 1815, weil sie in vielen Punkten seinen Interessen nachtheilig sind, sich nur mit Widerstreben unterworfen hat, belauert doch mit größter Eifersucht die Ausführung von Planen welche geeignet sind die Kraft eines benachbarten Martialstaats zu vermehren; und in den Augen jedes französischen Staatsmannes kommt schon die Erwerbung Badens durch Preußen beinahe einer Territorialumwälzung in Europa gleich. Auch auf seiner Nordgränze würde Preußen auf einen thätigen und gereizten Feind stoßen, dessen Stellung ihn bedeutend macht und mehr als alles beweist wie höchst unpolitisch der Hader mit Dänemark war. Von England wird der Berliner Hof im besten Falle (at most) Neutralität erlangen, begleitet von einer größtentheils nicht sehr günstigen Ansicht über die Beweggründe und Entwürfe welche diese Verhandlungen hervorgerufen haben; denn je mehr wir geneigt sind dem Ministerium Brandenburg hinsichtlich seiner energischen und erfolgreichen Maßregeln zur Unterdrückung der Anarchie Gerechtigkeit zu erzeigen, um so weniger sind wir geneigt es bei dem Gebrauch aufzumuntern den es von der deutschen Revolution zu machen nicht übel Lust hat." Das Chronicle schließt einen ganz ähnlichen Artikel mit den Worten: „Triebe Oesterreich seinen Antagonismus gegen den neuen Plan eines Bundesstaats bis zu wirklicher Feindseligkeit, so ließe sich mit Grund für dasselbe anführen daß es bloß Interessen in Schutz nimmt welche die Verjährung und eine aufeinander folgende Reihe von Verträgen unbestreitbar rechtmäßig gemacht haben; und eine Jury von Staatsmännern des vorigen Jahrhunderts, wenn sie aus ihren Gräbern aufständen um über den Fall abzuurtheilen, würde wahrscheinlich Oesterreichs Widerspruch für vollgültig, seine Streitsache für gerecht erklären." — Ein Londoner Correspondent aber schreibt: „Ich lasse Oesterreichs und Preußens Stellung zu einander aus dem Spiel; so viel aber ist sicher daß solche Aeußerungen der ausländischen Presse, welche jedem Nachbar Deutschlands mehr Befugniß zuerkennen im deutschen Haushalt mitzureden als dem deutschen Volke selbst, das deutsche Nationalgefühl, wenn es ein solches gibt, empören müssen. Daß keiner jener Nachbarn, heiße er Russe, Franzose, Engländer oder Däne, ein reichseiniges und durch die Einheit starkes Deutschland will, das muß wohl jedem verständigen Deutschen nachgerade klar seyn; wenn daher alle diese Nachbarn sich jetzt zur Anfeindung Preußens verbinden, so liegt darin für das deutsche Volk ein Fingerzeig den es nicht übersehen sollte. Preußen mag ehrgeizig seyn und seines Vortheils wahren — welcher andere Staat thut es nicht? — aber die Deutschen mögen bedenken ob in diesem Falle der Ehrgeiz Preußens und ihre eigenen besten Interessen nicht identisch sind. Wenn übrigens die Times dem preußischen Staat eventuell die Neutralität Englands in Aussicht stellt, und andererseits die Einmischung Rußlands und Frankreichs in einen österreichisch-preußischen Krieg (welchen Gott verhüte) als gewiß voraussagt, so liegt darin ein innerer Widerspruch. Bei einem allgemeinen Continentalkrieg — denn der wäre dann gegeben — würde England nicht neutral bleiben, und könnt' es kaum. Bräche dieser Krieg aus, dann könnten wir's erleben daß England mit einemmale die jetzt so viel verspottete schwarz-roth-goldene Fahne aufpflanzte."

*) Vor gar nicht langer Zeit wünschte die Times die Bildung eines norddeutschen Bundesstaats — aus commerciellen Gründen.

Die „Peninsular and Oriental Steam Company" trifft Anstalten die Beförderung der Ueberlandpost wesentlich zu beschleunigen, indem sie auf die Linien zwischen Alexandria und Southampton einer-, Calcutta, Ceylon und Suez andererseits bessere Dampfschiffe mit stärkeren Maschinen stellt. Die Entfernung zwischen Alexandria und Southampton ist nur um einige Meilen größer als die zwischen New-York und Liverpool; allein während letztere fast regelmäßig in 13 bis 11 Tagen zurückgelegt wird, braucht man bis jetzt zu der ersteren Fahrt, obgleich das Mittelmeer viel ruhiger ist als der atlantische Ocean, 16 bis 17 Tage. Man hofft künftig auch die Fahrt von Aegypten in 12 Tagen zurückzulegen, und in ähnlichem Maß die Fahrt durch das rothe Meer zu beschleunigen. Das Dampfboot „Hindostan," nach seinen in England vorgenommenen Verbesserungen einer von den besten Schnellseglern in der Welt, ist soeben auf dem Weg um das Cap abgegangen, um auf jene Linie gestellt zu werden.

Frankreich.

Paris, 30 Nov.

Hr. v. Lamartine nimmt seit vier Monaten an den Verhandlungen der Nationalversammlung keinen Theil, und lebt zurückgezogen in Macon. Er erklärt nun in dem Journal du Loiret vom 27 Nov. daß er bisher theils durch Unwohlseyn, das ihn keinen Augenblick verlassen, theils durch gebieterische häusliche Pflichten abgehalten worden seinem parlamentarischen Beruf nachzukommen, daß er aber, um die Repräsentation nicht länger unvollständig zu lassen, entschlossen sey wenn binnen drei Wochen in seinem Befinden keine Besserung eintrete, seine Abgeordnetenstelle niederzulegen. — Der ehemalige Unterrichtsminister Hr. de Falloux ist am 20 Nov. von Nizza nach Mentone abgereist, wo er eine Villa gemiethet hat. In Nizza glaubten seine Freunde, aus Furcht vor einer Katzenmusik, die Anwesenheit des berühmten Jesuitenfreunds verheimlichen zu müssen. — Hr. Brissault, gewesener Secretariatschef des Hrn. L. Bonaparte, ist in besonderer Sendung nach der Schweiz abgegangen.

Fast täglich bringt das J. des Débats eine Correspondenz aus Rom, worin nachgewiesen wird daß die Franzosen keine andere Wahl haben als sobald als möglich abzuziehen. So schreibt man ihm aufs neue. „Wir haben wie Simson die Stadtthore davongetragen, aber wir wissen nichts damit anzufangen. Ich kann nur immer wiederholen: Fort, fort. Ueberlassen wir andern ein Werk das nicht für uns paßt. Rom ist nicht unser Platz, wir sind daselbst schon zu lange geblieben. Eine der Hauptursachen warum der Papst Bedenken trägt nach seiner von unsern Truppen besetzten Stadt zurückzukehren, ist die Furcht welche ihm die Unbeständigkeit unserer Regierung und unsere Politik einflößt. Die letzten Veränderungen haben schwerlich sein Vertrauen erhöht. Man muß sich

deutlich die Frage stellen: Wir sind einmal in Rom, sind wir für die Republik oder für das Papstthum da? Wir müssen jetzt wissen daß was wir vom Papstthum forderten nicht möglich, daß dem Papstthum nicht erlaubt ist es uns zu geben. Was wir die Säcularisation nennen ist für das Papstthum die Abdankung, was wir die Reform nennen ist die Revolution." Wenn diese Argumentation richtig ist, so folgt daraus daß der ganze Gedanke der Expedition ein verkehrter war, sofern der officiell ausgesprochene Zweck die Versöhnung der geistlichen Autorität mit der Freiheit seyn sollte. Das Journal l'Evénement will jetzt wissen die Regierung habe Briefschaften erhalten wonach der Papst auf die Nachricht von der Ankunft des Generals Baraguay d'Hilliers schriftlich erklärt habe nicht nach Rom zurückzukehren solange Frankreich bei ihm durch den Commandanten des Occupationscorps vertreten sey. Uebrigens soll das Schreiben des heiligen Vaters zu verstehen geben daß derselbe, bei seiner Rückkehr nach dem Vatican, mit der Politik der Cardinal-Triumvirn brechen werde.

Mit der Räumung des Kirchenstaats wird es Ernst. Der Constitutionnel meldet: „Die Regierung hat Befehle nach Rom abgefertigt daß derjenige Theil unserer Expeditionsarmee dessen Casernirung zu wünschen läßt und dessen Gegenwart in Rom nicht mehr nothwendig ist, nach Frankreich zurückgebracht werde." Dieses Blatt zeigt auch die Ernennung des Hrn. Lacoste, ehemaligen Präfecten der Rhonemündungen, zum außerordentlichen Regierungscommissär in Lyon an. Es wird daselbst also neben der Herrschaft des Belagerungsgesetzes auch insofern ein Ausnahmszustand seyn als die Stelle des Präfecten unbesetzt bleibt, und statt seiner eine Art administrativer Dictator hingeschickt wird.

Die Nationalversammlung hat gestern zwei Beschlüsse gefaßt, sie hat den Antrag des Hrn. Fouquier d'Herouel auf facultative Vervielfältigung der Wahlbezirke, sofern die Generalräthe ein Bedürfniß erkennen, mit einer großen Mehrheit (418 gegen 201 Stimmen) zur zweiten Berathung zugelassen, und einen Antrag des Hrn. Charras auf Veräußerung der Krondiamanten mit noch stärkerer Majorität (433 gegen 187 Stimmen) zurückgewiesen. Der letztere Antragsteller glaubte daß in einer Republik der monarchische Juwelenschmuck entbehrlich sey. Die Versammlung scheint jedoch an den Fall gedacht zu haben daß man diese Prachtstücke wieder gebrauchen könnte, und verordnet daß sie als historische Monumente aufbewahrt bleiben. Heute wurde die Berathung des Naturalisationsgesetzes fortgesetzt und dem System wie die Commission es formulirt hatte, die Zustimmung ertheilt.

⊙ **Paris**, 29 Nov. Die Regierung scheint entschlossen zu seyn den Termin für die Ergänzungswahlen bis in die zweite Hälfte des Januars hinauszuschieben. Sie geht hierbei wahrscheinlich von der Ansicht aus, es wäre nicht wohlgethan in einer Epoche des Jahrs in welcher die Thätigkeit in den Fabriken und Werkstätten ungewöhnlich lebhaft ist, die von der Wahlbewerbung unzertrennliche Aufregung hervorzurufen. Dieß ist wenigstens die Meinung aller Blätter welche einen Einfluß auf die Beschlüsse des Ministeriums äußern oder zu äußern glauben. Es steht aber noch dahin, ob jene Berechnung ebenso richtig als wohlmeinend ist; denn nicht die Wahlen selbst, sondern die Vorbereitungen dazu wirken störend auf den Verkehr und die industriellen Arbeiten. Je kürzer daher die Sache abgethan wird, desto besser. Dazu kommt daß der Monat Januar in industrieller Beziehung in der Regel ebenso den Arbeitern sehr wenig Beschäftigung bietet, eben weil im December eine zu große Menge von Vorräthen sich anhäuft. Die rothe Propaganda macht aber gerade dann die besten Geschäfte, wenn keine gemacht werden, während sie in einer Epoche lebhaften Verkehrs geringere Aussichten hat. Vielleicht hat die Furcht vor einem verdrießlichen Resultat der Wahlen einen großen Antheil an dem Entschluß der Regierung. Das Unglück kömmt immer noch früh genug. Sehr schlimm wäre es aber wenn die bevorstehenden Wahlen, deren besondere Wichtigkeit in die Augen springt, ungünstig für die Regierung ausfielen. Sind sie doch gewissermaßen eine Berufung von dem Verdicte zu Versailles an die öffentliche Meinung. Die Nachrichten aus den Departements welche zu wählen haben sind nichts weniger als beruhigend. In den Departements Loire, Loire et Cher, Nieder-Pyrenäen findet offenbar eine Annäherung zwischen den beiden extremen Parteien statt. Da der officielle Moniteur dem Crédit bis heute noch kein Dementi, der halbofficielle Abend-Moniteur dagegen die vielbesprochene Allocution mit Lobeserhebungen wiedergegeben hat, so unterliegt es kaum einem Zweifel mehr daß der Präsident sich wirklich in der angegebenen Weise aussprach. Von Bedeutung sind folgende Worte des Ordre, welcher heute das Organ von Odilon-Barrot, Thiers, Molé, kurz aller in Ungnade gefallenen parlamentarischen Größen ist. „Wenn die Erzählung des Crédit, lesen wir, nicht bestritten wird, so können wir uns nur Glück dazu wünschen daß die Gerüchte von Staatsstreichen, welche das Publicum beunruhigen, endlich vor dem kundgegebenen Gedanken verschwinden von der Dankbarkeit der französischen Nation eine Verlängerung der Gewalten Ludwig Bonaparte's zu erlangen. Leistet der Präsident das Gute das man in seinem Namen verspricht, so wird er wahrscheinlich in seinen Hoffnungen nicht getäuscht werden, die Majorität ihm wenigstens nichts in den Weg legen." Also die Chefs der Majorität haben gegen den Gedanken des Präsidenten nichts einzuwenden? Die Erklärung des Ordre, welcher sich am heftigsten unter allen conservativen Blättern gegen die „Botschaft" aussprach, gibt den Gerüchten von einer Versöhnung zwischen dem Präsidenten und HH. Odilon-Barrot und Molé Glaubwürdigkeit.

= **Paris**, 30 Nov. Die verlornen Kinder so vieler Parteien welche sich in der Hoffnung auf Sinecuren der Politik des Elysée angeschlossen hatten, und im Grunde bloß Trabanten des Hrn. Persigny bildeten, ziehen sich in dem Maße zurück als sie sich in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Sie wandern ins Lager der feindlichen Vetter und lassen ihrem Zorn und Geifer in dem Sudelblatt „La Liberté" freien Lauf. Im Elysée selbst sucht man einzulenken, und sich der Majorität der Nationalversammlung zu nähern. Das Schmollen mit Thiers hält man für bedenklich, und darum wird Molé, der oft bei „Hofe" speist, als Vermittler gebraucht, um den unentbehrlichen modernen Talleyrand ins Bonapartische Interesse zu ziehen. Ob es gelingen wird, ist um so mehr zu bezweifeln als Verbindlichkeiten zwischen Hrn. Berryer und Hrn. Thiers vorhanden sind, die zu brechen in der Macht weder des einen noch des andern zu liegen scheint. Für den 10 Dec. werden große Vorbereitungen getroffen. Ludwig Bonaparte wird an diesem Tage nicht nur Aufwartungen entgegennehmen, sondern auch Begnadigungen und Orden in Menge gewähren. Vielleicht erscheint auch ein Rechenschaftsbericht über das Jahr I seiner Regierung. Man behauptet, es dränge ihn wieder ein Manifest vom Stapel laufen zu lassen. Der Prinz von der Moskwa meinte neulich daß die Volksvertreter jenen Tag nicht dankbarer begehen könnten als wenn sie den Präsidenten mit einer beträchtlichen Gehaltszulage überraschten. Mit „dem Credit" allein reichen die Bonapartisten nicht aus. Die Nationalisten besaßen ihn ebenfalls seiner Zeit, und heute müssen sie hungern und darben.

* **Marseille**, 27 Nov. Kurze Zeit vor ihrer Auflösung hatte die constituirende Nationalversammlung die Vorschüsse für den Dienst der Postdampfschiffe noch bewilligt, aber nur nach auf die ersten neun Monate des Jahres 1849. Seit dem 1 Oct. befindet sich nun der Postdampfschiffdienst in einem provisorischen Zustand. Nach einer genauen Berechnung über das jährliche Deficit soll sich jedoch herausstellen daß es nicht 4½, sondern nicht ganz 2¼ Millionen beträgt, während die Handelscompagnien welche ihre Schiffe dem Staate zu einem regelmäßigen Postdienst zur Verfügung zu stellen hätten, 2 Millionen 600,000 Franken Entschädigung dafür verlangen. Die Nationalversammlung dürfte daher wohl den Beschluß die Staatspostdampfschiffe eingehen zu lassen zurücknehmen, um so mehr als nicht zu läugnen ist daß die Verwendung einer großen Anzahl Dampfer mit der französischen Kriegsflagge für die Politik dieses Landes von bedeutendem Interesse ist.

Italien.

Neapel. Der officielle Tempo meldet aus Arpino (der Vaterstadt Cicero's) vom 10 Nov.: „Heute Morgens hat der hochw. Pater Giovanni Costa von der Gesellschaft Jesu, im Namen seiner Ordensobern, von dem hiesigen k. Collegium Tullianum feierlich Besitz ergriffen." Das übersteigt wohl die ehrgeizigsten Träume des Marcus Tullius.

* **Rom**, 25 Nov. Eine außerordentliche Begebenheit hat sich gestern in den Sälen des Quirinals zugetragen — eine Begebenheit welche von der der päpstlichen Regierung feindseligen Presse ohne Zweifel ausgenützt werden, dem Statuto und der Concordia Stoff zu Declamationen darbieten wird. Ein gewisser Natale Ceccarelli aus Perugia, der bei der Regierungscommission Audienz erhalten, verlangte von den drei geistlichen Herren mit ungestümen Worten und Gebärden eine Unterstützung von 100 Scudi um seine Schulden zahlen zu können, und dazu eine Anstellung. Die Cardinäle gaben, wie es sich unter solchen Umständen erwarten ließ, keine bestimmte Antwort; worauf Ceccarelli unter dem Kleid ein im Griff feststehendes Messer hervorzog und sich einen Stich in die linke Seite versetzte. Die Cardinäle geriethen in den größten Schrecken, der aber bald dem Mitleid Platz machte. Die Polizei bemächtigte sich des Unglücklichen, und brachte ihn in das Spital der Carceri Nuove. Die Wunde ist leicht. An demselben Tag veranstaltete man eine Haussuchung in Ceccarelli's Wohnung, und leitete eine gerichtliche Untersuchung ein, um herauszubringen ob und inwiefern eine politische Intri-

gär mit diesem Selbstmordversuch zusammenhänge. Die bisherigen Erforschungen schließen allen Verdacht eines politischen Zusammenhangs aus, und lassen die Handlung als eine von der Verzweiflung eingegebene persönliche und isolirte erschienen. Ceccarelli diente vordem als Subalternofficier in der Guardia Civica, und bezog als solcher eine Monatsgage von 15 Scudi: nach Auflösung jenes Corps blieb er ohne Subsistenzmittel in Rom zurück. Er hat übrigens in Frankreich studirt, und in Genua trieb er nicht ohne Glück das Buchbinderhandwerk. Dieses Erlebniß dürfte die Regierungscommission hinsichtlich der Gewährung von Privataudienzen etwas vorsichtiger gemacht haben. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Hr. C. Jacobini, hat der „Società Pia-Latina“ die Concession zur Anlegung einer Eisenbahn von Rom nach Velletri (wenigstens bis Frascati) ertheilt.

Turin. Als Anzeichen von der Friedensgesinnung der piemontesischen Regierung meldet die Concordia, daß Befehl gegeben ist die Festung Alessandria zu entwaffnen. — Chambery und dessen Umgegend haben sehr durch Ueberschwemmung gelitten; die Stadt selbst schwebte stundenlang in der schrecklichsten Gefahr.

Schweiz.

△ **Bern,** 27 Nov. (Fortsetzung der Verhandlungen des Nationalraths über die Motion des Hrn. Eytel.) Auch heute hat sich wieder die Diplomatie unter den Zuhörern eingefunden; man bemerkt den österreichischen, sardinischen, preußischen, englischen Gesandten und einen Attaché der französischen Gesandtschaft; außerdem eine bedeutende Zahl von Flüchtlingen. Nachdem eine gestern verlesene Vorstellung des Prof. Dr. Snell, der die Bundesversammlung zum Widerstande gegen die Politik des Bundesraths und zur Veranstaltung von Volksversammlungen auffordert, wenn sie die wahre Stimme des Volkes vernehmen wolle, einfach ad acta gelegt worden war, ruft eine am Anfang der heutigen Sitzung mitgetheilte Petition des Grütlivereins von Genf eine gewaltige Aufregung hervor. Diese Petition, an deren Spitze der Name Galeer steht, der bekannte Herausgeber des angekündigten „Völkerbundes“, nennt die Politik des Bundesraths eine „schmachvolle“, und fordert die Bundesversammlung auf derselben ein Ende zu machen. Während der Verlesung erhebt sich ein lauter Tumult im Saale; besonders aufgebracht über den Ton der Bittschrift ist General Dufour, er möchte sie gar nicht verlesen lassen. Präsident Escher beantragt Zurücksendung derselben wegen ungebührlicher Ausdrücke, während Almeras und Pittet zur Tagesordnung schreiten wollen. Nachdem Dr. Steiger heftig gegen die Petition geeifert, wird mit Namensaufruf abgestimmt, und mit 73 Stimmen die Petition wegen ungebührlicher Ausdrücke zurückgeschickt. Die Fortsetzung der Discussion von gestern beginnt Eytel. Er sagt im wesentlichen: Jedenfalls müßten einer Ausweisung Handlungen vorangegangen seyn welche die Flüchtlinge des Asyls unwürdig machten. Wo sind aber die Thatsachen? Der Beschluß vom August sagt: die Waffenauslieferung solle nur mit der Lösung der übrigen Fragen in Verbindung stehen. Ist dieß geschehen? Wegen Mazzini hätte der Bundesrath die Bundesversammlung zu Rathe ziehen sollen. Allein man hatte die Forderungen des Auslandes im Auge! Daher die ungleiche Behandlung des Prinzen Ludwig Bonaparte und des Bürgers Mazzini. Man hat zugestanden daß Frankreich die Internirung der Flüchtlinge begehrt hat; also Noten, wenn auch bloß mündliche. Dasselbe gilt von Preußen, das sich über die Nichtvollziehung des Beschlusses vom 16 Jul. beklagte, ebenso von Baden in Betreff der Flüchtlingslisten. Und von allen diesen Mittheilungen weiß und erfährt die Bundesversammlung nichts? Wir bedauern den Augustbeschluß, diese traurige Nothwendigkeit, hervorgerufen von euch selbst, Bundesräthe, nachdem ihr uns mit solcher Raschheit vorgegriffen. Allein nur das Unvermeidliche hatten wir zugegeben, nicht weil wir uns vor dem Ausland fürchteten, sondern weil ihr uns aus Furcht auf diesen Punkt geführt. Nach der ausdrücklichen Mittheilung des Hrn. Druey unterhandelt der Bundesrath mit dem Ausland über einen Kanton, ein Bundesglied, und wir kennen die Acten nicht? Wenn Druey den freisinnigen Deutschen Anmaßungen gegen unsre Nationalität vorwirft, so irrt er unendlich. Gerade die Linke von Frankfurt und Paris war es die jede, auch unsre Nationalität verfocht! Ochsenbein vergleicht Eytel mit einem Fechter, der sich im Kampfe mit einem gewaltigen Löwen abarbeitet. Der Bundesrath sey bereit alle Acten vorzulegen; das Recht dieß zu fordern sey der Bundesversammlung unbestritten. Eine Einstellung des Ausweisungsbeschlusses wäre aber eine Verwerfung der bundesräthlichen Politik, die man verdammen wolle, ehe man die Acten kenne. Weber: Der Bundesrath muß republicanisch regieren lernen, wenn er es noch nicht versteht; sonst hielte ich es für kein Unglück wenn die Herren abträten. (Beifallruf von den Gallerien veranlaßt den Präsidenten zur Drohung einzuschreiten.) Anfangs Julius konnte man über die Stellung der Flüchtlinge zum Ausland allerdings noch verschiedener Meinung seyn, obwohl die Kantonsregierungen keine Gefahr kannten. Aber jetzt? Jetzt sind die Verhältnisse ganz anders, und doch erschien das Decret vom 19 Nov.? Wo liegen hiefür die Gründe? Das Decret des Bundesraths muß eingestellt werden; es geht ihm aller Grund und Boden ab; es geht selbst weiter als die Nachbarstaaten verlangten. Was haben die Flüchtlinge verschuldet? Was ist das Asylrecht? Wie weit will man noch gehen? Wann sind alle auf der Proscriptionsliste eingezeichnet? Ochsenbein sieht die heutige Debatte deßwegen gern, weil er die Gefühlspolitiker auch für jene billiger zu finden hofft die neben dem Gefühl auch noch etwas anderes in die Wagschale legen — den Verstand. Die Geschichte der dreißiger Jahre bringt ihn zu ganz andern Folgerungen, als man daraus ziehen will. Damals in der Napoleons-Geschichte hat man sich zuerst überschätzt, um vielleicht hinterdrein vor dem Ausland zu kriechen. Durch Gefühle darf man sich nicht leiten lassen. Kann die Schweiz eine solche Last, wie die Flüchtlinge sind, auf die Dauer ertragen? Werden die Flüchtlinge — thätige, überzeugungstreue Kämpfer für die Republik — ruhig seyn und hinter verschlossener Thüre das Pater noster beten? Dann aber, in welche Stellung zum Ausland wird die Schweiz getrieben? Will sie Krieg? Will sie sich um fremder Händel willen in Krieg verwickeln? Will sie die Neutralität, Ruhe und Ordnung aufgeben? Das Asylrecht ist um der Schweiz, nicht die Schweiz um des Asylrechtes willen da. Findet die Neutralitätspolitik in Nidwalden Beifall, so freut es mich: diese Politik ist eine vaterländische. Man hat die Competenz des Bundesraths bestritten; mit Unrecht. Wir hätten anfragen sollen? Dann braucht ihr keinen Bundesrath. Man beruft sich auf Kantonsregierungen welche das Decret vom 16 Jul. desavouirt haben? Solche Kantonsregierungen haben später Verlangen an den Bundesrath gestellt welche viel weiter gingen als was er gethan. Man weist auf den Großsultan als auf ein Ideal? Ich will keine Unabhängigkeit die durch die englische Flotte in den Dardanellen unterstützt werden muß. Man will die Motive des bundesräthlichen Beschlusses wissen? Sie liegen einfach in dem Satze: Thue andern nicht was du selber nicht leiden wolltest. Die Schweiz muß keinen Anlaß geben zu Klagen, sonst findet das Ausland leicht Vorwände ihre Unabhängigkeit anzutasten. Man wird sie aber ungeschoren lassen, wenn sie ihre internationalen Pflichten treu erfüllt und andere nicht behelligt. Hat die Schweiz alles gethan was man billigerweise von ihr fordern kann, und das Ausland würde dennoch die freien Institutionen der Schweiz angreifen, dann wäre die öffentliche Meinung von ganz Europa für die Schweiz, und sie könnte ruhig dem Kampfe entgegensehen. Dieß ist die Politik des Bundesraths. Sie hat der Schweiz in der letzten Zeit den Frieden erhalten, wo halb Europa wankte; fahren wir in derselben fort. Trog tritt ebenfalls als Vertheidiger des Bundesraths auf: Ein bewaffnetes Armeecorps von 10,000 Mann könne man nicht mit armen Asylsuchenden vergleichen. Nachdem diese Leute keine Lust sich zu schlagen gezeigt, hätten ihnen die Schweizer die Kastanien aus dem Feuer holen sollen. Allein das Schweizervolk hat von jeher keine Sympathien für die Deutschen gefühlt, und beim Hinblick auf das Benehmen der Flüchtlinge und ihrer Führer hat die Abneigung nur wachsen müssen. Wenn wir das Asylrecht so deuten wie Hr. Eytel und Genossen, dann könnten wir uns das ganze europäische Proletariat auf den Hals laden. Kopp will von keinem Asylrecht, sondern nur von einer sittlichen Pflicht dazu wissen und wünscht der Schweiz Glück zu Ochsenbeins Politik. Der Präsident Dr. Escher sieht in der gegenwärtigen Debatte nur eine Vorfrage. Erst wenn der Bundesrath Bericht erstattet habe, erst dann wolle er über dessen Politik urtheilen. Es gebe eine Neutralität welche durch eine strenge Entfernung der Flüchtlinge verletzt werde. Druey stellt jeden Zwang in Abrede; nur zu Verständigungen der Mitbetheiligten habe man seine Zuflucht genommen. Er verbreitet sich noch einmal mit großem Wortreichthum über die ganze Angelegenheit, ohne neues zu sagen. Endlich wird Schluß verlangt und beschlossen. Abstimmung: die Art. 1 und 2 der Motion Eytel erhalten durch Namensaufruf 30 Stimmen gegen 60 Stimmen, welche für den Antrag Heim sind. Art. 3 der Motion Eytel erhält 23 Stimmen gegen 66. Der Antrag Heim wird mit 61 gegen 24 Stimmen angenommen. Er lautet: „Der Bundesrath ist eingeladen über die Flüchtlingsangelegenheit Bericht zu erstatten und die einschlägigen Acten, soweit sie gegenwärtig schon der Oeffentlichkeit übergeben werden können, vorzulegen.

Südamerika.

Die New-Yorker Zeitungen melden aus Montevideo vom 15 Sept., daß ein Krieg zwischen der argentinischen Republik und Brasilien auf dem Punkt des Ausbrechens war. Brasilien hat mit Paraguay ein Schutz- und Trutzbündniß geschlossen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Das Dampfboot „Hibernia", welches am 28 Nov. Abends in Liverpool einlief, hat eine Post d. d. Halifax 17, New-York 14 Nov. mitgebracht. Aus der Union meldet sie wenig politisches neues. Ueber die Angelegenheit wegen Nicaragua's finden wir in den englischen Blättern gar nichts erwähnt; hingegen „das Mißverständniß zwischen dem Washingtoner Cabinet und der französischen Regierung", schreibt der Correspondent des Standard, „ist noch in zweifelhafter Schwebe. Hr. Poussin ist jetzt nach Frankreich heimgekehrt; 20 französische Freunde geleiteten ihn aufs Schiff. Als sein Nachfolger wird Hr. v. Montholon, französischer Consul in Richmond (Virginia), bezeichnet. Soviel ist gewiß, das Cabinet in Washington hat in letzter Zeit häufige und lange Berathungen gehalten, man sagt über die Frage: ob man die Verwickelung mit Frankreich beilegen solle durch Wiederaufnahme der französischen Entschädigungsansprüche, mit denen jetzt der genannte Hr. Montholon von seiner Regierung beauftragt ist."

Das Interesse der amerikanischen Presse ist zumeist auf Californien gerichtet, von woher die Nachrichten — sie gehen bis zum 1 October — in lockenderem Goldglanze funkeln als je zuvor. Nicht bloß sind von dort neuerlich mehrere bedeutende Sendungen von Goldstaub eingetroffen, sondern auch die Kunde von der angeblichen Entdeckung daß das ganze Land von San Diego bis Cap Mendocino, vom stillen Meer bis zum höchsten Bergkamm der Sierra Nevada, und Gott weiß wie weit noch ostwärts, mit dem gelben Mammon ganz angefüllt sey! Bereits zeigen sich die Folgen, und es fehlt nur an Schiffen um alle die Abenteurer aufzunehmen die da ausfahren wollen nach dem goldenen Vließ. — Noch bringt die amerikanische Post die überraschende Nachricht aus dem stillen Meer: daß eine französische Fregatte, von einem Kriegsdampfer begleitet, vor Honolulu, der Hauptstadt der Sandwich-Inseln, angekommen war, und, als der König einige demselben vorgelegte Bedingungen (Herabsetzung der Zölle auf französische Branntweine, gleiche Behandlung der Katholiken wie der Protestanten u. s. w.) verweigert, von dieser ganzen Inselgruppe im Namen der französischen Republik Besitz ergriffen. Der brittische Generalconsul und der amerikanische Consul protestirten gegen diese Handlung der Franzosen; ersterer bot seine Vermittelung an, die jedoch abgelehnt wurde. Man glaubt in Amerika daß der französische Generalconsul auf den Sandwich-Inseln, Hr. Dillon, seine Vollmacht überschritten.

Siam.

Die Straits Times, ein in Singapur erscheinendes englisches Blatt, enthält folgendes Schreiben aus Bangkok vom Anfang Julius: „Am 17 Jun. ereigneten sich einige Cholerafälle innerhalb der Stadtmauern, in der Nähe des Palastes; bis zum 19 hatte die Seuche so zugenommen daß 80 Leichen nach einem einzigen „Wat" (Verbrennungsplatz) gebracht wurden. In den folgenden Tagen wüthete sie dermaßen, daß ihre Gräuel alle Beschreibung überstiegen. Man konnte nicht wenige Schritte von seiner Wohnung gehen ohne daß man die Leichen in allen Richtungen liegen sah; viele Menschen sanken von der Krankheit ergriffen auf der Straße nieder. So groß war die Zahl der Sterbefälle, daß man 's unmöglich fand alle Todten zu verbrennen; viele wurden begraben, und noch mehr in den Menam geworfen. (Bang-kok ist wie Canton eine halbe Wasserstadt, indem Tausende von Menschen buchstäblich auf dem Flusse leben. Das mag dazu beigetragen haben die Seuche so furchtbar zu machen.) Von der Sterblichkeit mögen Sie sich einen Begriff machen, wenn ich Ihnen sage daß auf vielen Wats je 400 Leichen an einem Tage verbrannt wurden; man legte sie in Schichten und verbrannte sie, wie so viele Stücke Holz, ohne alle Feierlichkeit; denn die Träger eilten nur hinwegzukommen, und viele Leichen blieben modernd auf dem Boden liegen. Binnen zwölf Tagen, vom 17 an gerechnet, sind über 20,000 Menschen dieser schrecklichen Geißel erlegen. Jetzt hat die Seuche beträchtlich nachgelassen, aber noch keineswegs aufgehört. Unter den Gestorbenen sind nur wenige von den höheren Classen; unter diesen wenigen aber ist Chan Khun Bodin, ein Edler von hohem Rang und großem Ansehen, welcher während des letzten Kriegs in Cochinchina die siamesische Flotte befehligte. Die Chinesen sollen von der Seuche weniger ergriffen worden seyn als die Siamesen. Im Umkreis der Stadt von 20 bis 30 engl. Meilen wurden, glaubt man, in den zwei oder drei Wochen, nicht weniger als 30,000 Menschen weggerafft." — In Singapur hatte man die von Siam kommenden Schiffe einer Quarantäne unterworfen.

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 14 Nov. Curs auf London 110; Paris 5. 22½; Bremen 79 Amsterdam 40½; Hamburg 35½.

London, 29 Nov. Consols 95½; 3¼proc. 94⅝. Die spanischen Fonds haben sich gehoben.

Paris, 30 Nov. 3proc. 56.90; 5proc. 89.85; Schatzsch. 5; Bankactien 2395; belg. 5proc. 95½; Anleh. von 1842 95½; röm. 80⅝; span. 3proc. 37⅝; innere Schuld 28½; piem. 5proc. 82.90; Oblig. v. 1849 890; Vers. C.-B rechte 210; linke 165; Paris-Rouen 525; Straßburg 357.50; Nordbahn 441.25; Rouen-Havre 230; Orl.-Bordeaux 308.75; Tours-Nantes 277. 50; Montereau-Troyes 115.

Der Moniteur vom 24 Nov. berichtet daß der Vertrag der HH. Anselm, Salamon, Jacob und Karl Meyer von Rothschild über einjährige Fortdauer des Hauses „Gebrüder Rothschild" bereits veröffentlicht ist.

Amsterdam, 29 Nov. 2½proc. 54; 3proc. 63⅝; 4proc. 83; portug. 3proc. 35; Metall. 5proc. 82⅝; Ard. 13. Curs auf London 12.05 f. G. Curs auf Hamburg 34⅞ f. G.

Augsburg, 3 Dec. (5 f. R. Corr. = 6 fl. i. 24½ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83¾ G. Hamburg 1 M. 73¼ P. Wien in 20ern 1 M. 90½ P. Trieſt 1 M. 90½ P. Frankfurt a. M. 1 M. 99⅞ P. Nürnberg 1 M. 99⅝ G. Berlin 1 M. 105⅛ P. Leipzig 1 M. 105⅛ P., Leipzig in die Messe 105 P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 118⅝ P. Lyon 1 M. 118⅝ P. Marseille 1 M. 118½ P. Mailand 1 M. 60 5/16 P. Genua 1 M. 51⅜ P. Livorno 61 P.

Augsburg, 3 Dec. Bayer. 3½proc. Oblig. 84 P. 4proc. 92 P. 5proc. 100½ P. 100 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 P. Bankactien II Sem. 1080 P. Württem. 3½proc. 81½ P. 4½proc. 94½ P.

Berlin, 30 Nov. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. 106½ G. Staatschuldsch. 89½ G. Prämiensch. 101¼ G. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. 90 à 89½ bz. Berl.-Hamb. 83 à 82½ G. Berl.-Stett.-Starg. 109 G. Berl.-Potsd.-Magd. 67¾ à 68¼ G. Halle-Thüringer 66½ P. Köln-Minden 95½ bz. Köln-Aachen 47 P. Niederschl.-Märk. 84 à 83⅞ bz. Oberschl. A. 109 G., B. 106¼ G. Krakau-Oberschl. 70½ à 71¼ G. Berg.-Märk. 47¾ P. Starg.-Posen 84⅝ bz. Magd.-Wittenb. 65 P.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch — Nr. 339. — 5 December 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: London, Amsterdam, Hamburg 30 Nov.; Paris 1; Wien 2; Frankfurt 3; Augsburg 4 Dec.

Deutschland.

Bayern. ⸗ **München,** 1 Dec. (Zweiunddreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Die heutige Sitzung brachte uns den Schluß der Verhandlungen über das Amnestiegesetz, nachdem man in vier Tagen mit fünf Sitzungen nur bis zum zweiten Artikel vorgerückt war. Aber auch heute bedurfte es noch zwei langer Sitzungen um dieß Ziel zu erreichen; und am Ziele stehend müssen wir uns bekennen daß, wenn Versöhnung und Verzeihung im öffentlichen Leben der Zweck des Gesetzes war, davon wenigstens auf die Stellung der parlamentarischen Parteien zu einander nur ein sehr blasser Abglanz zurückfiel. In den beliebten factischen Berichtigungen bewegte sich ein großer Theil der Vormittagsdebatte. Der zweite Artikel des Gesetzentwurfes enthält die Kategorien derjenigen welche von den im ersten Artikel bestimmten Wohlthaten der Amnestie ausgeschlossen seyn sollen. Der Abg. Weiß beantragt in Consequenz des modificirenden Beschlusses über den ersten Artikel die Streichung der dort in die Amnestie aufgenommenen Kategorien: Beamte, Anwälte und Notare, Geistliche, öffentliche Lehrer. Der Abg. Boyé zieht, da einmal durch Ablehnung seines Antrags zu Art. 1 derselbe im Princip verworfen sey, den ganzen Antrag zurück, um eine Modification einzubringen, wonach diejenigen welche durch eine unter Art. 1 fallende Handlung oder bei Gelegenheit derselben zugleich eine Verletzung „der Person oder des Privateigenthums aus eigener Willensbestimmung" begangen haben, anstatt der ursprünglichen Kategorie des Art. 2 Nr. 1, von der Amnestie ausgeschlossen seyn sollen. Der Regierungsentwurf hatte nur im allgemeinen gesagt: „Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen haben." Abg. Gelbert befürwortet, unter Hinweis auf den terrorisirenden Charakter der revolutionären Regierung in der Pfalz, durch welchen mancher ganz unfreiwillig zu solchen Verletzungen gezwungen gewesen sey, diese Modification auf das Wärmste. Dagegen tritt ihr der Abg. Weiß mit einer scharfen Kritik entgegen. Besonders erklärt er sich gegen eine Unterscheidung zwischen Privat- und Staatseigenthum. Herrenlos sey dieses ebensowenig als jenes; ja selbst ein unantastbareres Gut. Wolle man aber die freie Willensbestimmung als einzige Bedingung der Strafe hinstellen, so werde schließlich niemand außer der provisorischen Regierung für die schwersten Personen- und Eigenthumsverletzungen bestraft werden können, denn irgendeinen Befehl eines der revolutionären Machthaber zu derartigen Eingriffen werde jeder für sich entschuldigend beizubringen vermögen. In der Meinungsverschiedenheit über diese Fragen bewegt sich die Verhandlung längere Zeit zwischen den Abgg. Lang, Weber, Weiß und Gelbert, ohne zu einem Ergebniß zu führen. Abg. Lang faßt indessen den Boyé'schen Antrag mit einer geringen Modification lebhaft auf. Die folgenden Erörterungen des Hrn. Justizministers treten für die Kategorien des Regierungsentwurfs ein. Besonders wird darauf hingewiesen wie die Gemeindebeamten nicht bloß berufen seyen ihre Gemeindegeschäfte als Vertrauensmänner zu führen, sondern auch durch strenge Gesetzesbeobachtung der Gemeinde ein gutes Beispiel zu geben. Wie ferner die Lehrer, welche die Jugend zu Staatsbürgern heranzubilden bestimmt seyen, sich in gleichem Fall befänden. Wer eine hervorragende Stellung in einer Genossenschaft einnehme sey auch verpflichtet diese Stellung durch sein Verhalten zu rechtfertigen. Gegen diese Bemerkungen, soweit sie auf die Lehrer bezüglich, erhebt sich der Abg. Gelbert. Indem er auf deren unglückliche materielle Verhältnisse, auf die unerfüllt gebliebenen Versprechungen zur Verbesserung ihrer Lage hinweist, legt er dar, wie gerade sie wohl sehr entschuldbar seyen, wenn sie aus einer Umgestaltung der öffentlichen Zustände neue Hoffnungen schöpften und dieser sich anschlössen. Uebrigens trage auch besonders bei den jüngern Lehrern, viel zu deren vielleicht falscher Haltung unter solchen Umständen wie die Pfälzer gewesen, der Umstand bei daß ihre klösterliche Erziehung sie besonders in den ersten Jahren ihrer Amtsthätigkeit keinen freien und klaren Ueberblick der Weltverhältnisse erlangen lasse. Indessen erklärt sich auch der Referent gegen die eingebrachten Modificationen und so wird der Ausschußantrag durch die Abstimmung zum Beschluß erhoben. Ohne Debatte stimmt dann die Kammer dem Art. III in der Fassung des Gesetzentwurfes bei. Zu Art. IV sind wieder zwei Modificationen gestellt. Die eine vom Abg. Reinhart ist bereits aus der allgemeinen Debatte bekannt. Sie will die Untersuchung der Angeschuldigten auf freiem Fuße, ihre Aburtheilung vor dem je zuständigen Schwurgericht. Für den Fall ihres Abweises hat aber derselbe Abgeordnete noch eine zweite Modification als Zusatz zum Regierungsentwurf eingebracht, des Inhalts daß namentlich alle Untersuchungen gegen diejenigen Personen niedergeschlagen werden sollen welche nach §. 308 Th. II des Strafgesetzbuchs von 1813 des nächsten Versuchs zum Hochverrath angeschuldigt sind. Der Motivirung dieser Vorschläge, welche sich genau an die Ausführungen in der allgemeinen Debatte anschließt, folgt eine Rede des Abg. v. Lerchenfeld. Es sey dieser vierte, der erste Artikel des Gesetzentwurfs welcher sich auf das diesseitige Bayern beziehe. Im Verlauf der Verhandlungen seyen nun Stimmen laut geworden welche die Ansicht geltend gemacht hätten dieses Amnestiegesetz erstrecke seine Wohlthaten deßhalb auf einen engern Kreis als das Amnestiegesetz von 1848, weil damals die Regierung keine Gewalt in den Händen gehabt, jetzt dagegen dieselbe wieder erhalten habe. Es frage sich ob diese Ansicht eine Wahrheit in sich trage, und er sey die Erörterung darüber vornehmlich den Collegen schuldig welche sich zur Zeit jener ersten Amnestie mit ihm im Rathe der Krone befunden. Er müsse nun zunächst bemerken daß sich jene Amnestie auf ganz andere Verhältnisse als die vorliegenden bezogen habe; nämlich auf die Theilnahme an den längst abgeschlossenen Bewegungen von 1830. Diese Amnestie hätte nicht erst 1848, sondern schon viel früher stattfinden sollen, denn durch die Urtheile über jene Männer sey in der That das Rechtsgefühl des Volkes verletzt gewesen. Er habe die Bewegung von 1830 abgeschlossen genannt. Sie sey es in der That gewesen, man habe nicht erwarten können daß sie wiederauflebend im Jahr 1849 eine Richtung nehme wie sie sie genommen. Zu der Zeit als diese Amnestie für die Theilnahme an den Bewegungen von 1830 eingetreten,

habe noch ganz Deutschland voll der schönsten Hoffnungen auf eine Verwirklichung der politischen Einheit der Nation geblickt. Daß sich die neue Erhebung so gestalten könne wie sie's gethan, habe niemand vorausahnen können. Er wolle keine Beschuldigungen gegen den Gang erheben welchen das Parlament genommen. Es sey abgeleitet worden von seiner ursprünglichen Bestimmung, theils durch die Parteien der politischen Idealisten, theils auch durch die schlechte Thätigkeit unreiner Elemente. Sein Werk sey gescheitert, die Reichsverfassung sey nicht zur Erfüllung gekommen. Aber anstatt nun anzuerkennen wie im Parlamente selbst ein Theil der Schuld liege, habe man an die Leidenschaften des Volks appellirt. Auch in Bayern seyen diese Provocationen wirksam gewesen, besonders sey in jener Zeit vielfach in den Volksversammlungen für die Durchführung der Reichsverfassung agitirt worden. Namentlich habe in Nürnberg jene Partei welche mit diesem Schilde andere Zwecke deckte, eine bedeutende Thätigkeit entwickelt. Der Redner geht nun hier auf eine ausführliche Schilderung der großen Nürnberger Volksversammlung ein, bei welcher Vogt gegenwärtig war und zu welcher man bewaffnete Zuzüge aufgeboten habe, die indessen glücklicher Weise nicht gekommen seyen. Dagegen seyen andere bewaffnete Zuzüge, nämlich 10 bis 12 Schwadronen erschienen, denen man es wohl allein zu danken habe daß gefährliche Ausbrüche der aufs höchste exaltirten Volksmenge unterblieben. Doch sey dieß nicht die einzige Erscheinung jener Zeit gewesen. Vielmehr habe die politische Agitation besonders auch durch Aufreizungen, Geldaustheilungen, freie Zeche 2c. unter den Soldaten in allen fränkischen Garnisonen zu wirken gesucht. Sey doch sogar in München ein Wirthshaus gewesen, wo jeder Soldat kostenfrei habe zehren können. Am Bamberger Demokratencongreß nur flüchtig vorbeistreifend, geht hierauf der Redner auf eine Darstellung der Schweinfurter Geschichte ein, welche nicht so unschuldig erscheine als sie früher ein Redner (Reinhart) dargestellt habe. Auf eines gewissen Riedel Veranlassung seyen dort Freischaaren angeblich zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung sehr bereitwillig gebildet worden, hätten den Bürgern zur Last gelegen und seyen schließlich durch eine Anstrengung derselben, um sich von ihnen zu befreien, dadurch entfernt worden daß man ihnen Geld an einem andern Ort auszuzahlen versprochen habe. Von diesen Erörterungen, denen wir hier nicht in das Detail folgten, gelangt der Redner zur Centraluntersuchungscommission in Augsburg. Indem er nachweist wie eine derartige Centralisation weitverzweigter Untersuchungen gesetzlich gerechtfertigt sey, führt er aus daß durch das Gesetz vom 10 Nov. 1848 nur eine Bestimmung des Strafgesetzbuchs von 1813 bestätigt sey. Auch sey derselbe Fall schon ganz ähnlich im Jahr 1832 eingetreten gewesen. Man habe ferner über die Langsamkeit der Gerichte bei den Untersuchungen geklagt. In diese Klage könne er allerdings im allgemeinen nur einstimmen, finde aber diese Langsamkeit des Verfahrens durch die Gewohnheit aus früherer Zeit erklärbar. Indessen werde sie fernerhin zur Unmöglichkeit werden, wenn nicht ein Geschäfts- oder Finanzbankerott entstehen solle. Immerhin möge man bedenken daß jede complicirte Untersuchung viel Zeit erfordere. Nachdem sich hierauf der Redner noch abweisend gegen die beiden zum Art. 5 gestellten Modificationen ausgesprochen, geht er ziemlich ausführlich ein auf die vom Abg. Fürsten Wallerstein bei der allgemeinen Debatte berührte Nichtvollziehung des 22sten Artikels des Gesetzes vom 4 Jun. 1848 über die Grundlagen zur Gerichtsorganisation, um durch die Entstehungsgeschichte dieses Abschnitts zu erweisen, wie derselbe, obgleich in decisiver Form hingestellt, dennoch nicht eher als bis nach Vollendung der Gerichtsorganisation zur Ausführung kommen könne. Indessen sey ihm auch kein Fall bekannt daß seit dem Erscheinen dieses Gesetzes ein Richter ohne eigene Zustimmung versetzt worden sey. Diese Rede ist der Beginn eines allgemeinen Sturmes, durch welchen die Debatte stundenlang weitab geführt wird vom Berathungsgegenstand. Abg. Reinhart verwahrt sich zunächst dagegen daß er das gestern und heute gegebene „schlechte Beispiel nachahmen" wolle Gegenstände der allgemeinen Discussion in die specielle Debatte zu mischen, fühlt sich aber zu factischen Berichtungen hinsichtlich der Darstellung der Schweinfurter Ereignisse gedrungen. Die Abgg. Mayer, Schnizlein (beide von Ansbach) und Wagner (von Bayreuth) verwahren ihre Heimath dagegen, als ob dort Wühlereien unter den Soldaten in der angegebenen Weise stattgehabt hätten; Abg. Morgenstern wendet sich gegen die Auffassung der Nürnberger Volksversammlung, als ob dieselbe in republicanischer Tendenz veranstaltet worden sey. Abg. Fürst Wallerstein kommt, nach einem längern Tadel über die Identificirung der freisinnigen Partei mit deren schlechten Anhängseln, zur Beantwortung der Streitfrage über den Artikel des Grundlagengesetzes, und gelangt hievon zu den Hindeutungen auf seine frühere Stellung als Minister, wobei er, wie schon so oft, auf das Amtsgeheimniß kommt, welches ihn hindere sich ganz frei auszusprechen. Wenn er durch das Ministerium von dieser Pflicht des Schweigens entbunden werde, so werde er sprechen. Minister v. d. Pfordten sieht sich dadurch veranlaßt ebenfalls in die Debatte einzugehen, und entwickelt wie ein Minister durch seine Verantwortlichkeit sich verpflichte auch in jeder Weise für die Regierungshandlungen seiner Epoche einzustehen, wie aber die fortwährende Erwähnung des Amtsgeheimnisses jener Rede des gemeinen Lebens gleiche: ja, wenn ich nur reden dürfte 2c. Das Ministerium habe die Ansicht daß die Bewahrung des Amtsgeheimnisses eine so zarte Aufgabe sey, daß man dasselbe am besten wahre wenn man desselben überhaupt nicht erwähne, während man es doch stets vor Augen habe. Uebrigens könne er die Thatsache nicht unerwähnt lassen daß mehrere Acten aus der Zeit des Wallerstein'schen Ministeriums fehlten. Dieß führt nun zu einer Zwischenverhandlung zwischen dem Hrn. Minister und dem Hrn. Fürsten, die wir wohl füglich übergehen dürfen. Nach Schluß derselben sucht der Präsident den Schluß der vom Ausgangspunkt abgewichenen Debatte herbeizuführen. Umsonst! Die Kammer beschließt deren Fortsetzung. So spricht denn der Abg. Christoph gegen Hrn. v. Lerchenfeld über die Schweinfurter Angelegenheit, Abg. Amschler gegen die Behauptung als sey ein wühlerischer Charakter bei den Volksversammlungen in Franken vorherrschend gewesen. Abg. Köhl erläutert daß die Wühlereien unter den Soldaten zu Würzburg von reactionärer Seite gekommen. Abg. Tröger bezeugt daß die Volksversammlungen in Franken, namentlich jene am 13 Mai zu Nürnberg, durch ihre Beschlüsse gezeigt hätten, wie sie rein auf Durchführung der Reichsverfassung gerichtet gewesen seyen. Abg. Fillweber verwickelt sich durch die Anklagen der Soldatenexcesse in Kronach in eine Auseinandersetzung mit dem Hrn. Kriegsminister, welcher anstatt so allgemeiner Beschuldigungen die Angabe bestimmter Thatsachen fordert. Abg. Stöcker verwahrt Neustadt gegen die Anschuldigungen als ob dort demokratischerseits Wühlereien unter den Soldaten stattgefunden, und fordert die Franken der Kammer auf zum Beweis ihrer Beistimmung zur unwilligen Zurückweisung republicanischer Verdächtigungen der Provinz sich von ihren Sitzen zu erheben. Selbst nachdem dieß ziemlich zahlreich geschehen, hat der Sturm noch nicht ausgetobt. Abg. Domidion tritt für Aschaffenburg ein, Abg. Ultsch spricht gegen die angebliche Verführung der Soldaten in Bamberg. Endlich nimmt Abg. v. Lerchenfeld das Wort wieder, um zu versichern wie ihm eine Anklage Frankens nicht in den Sinn gekommen sey, vollends von einer Verdächtigung keine Rede seyn könne, da er keinen Namen genannt habe. Indessen entnimmt er aus den Reden der HH. Abgeordneten wie groß aller Orten die Aufregung gewesen sey. Wenn ihnen solche Fälle, wie er sie angedeutet, nicht bekannt wären, so beweise dieß noch nicht daß dieselben überhaupt nicht vorgekommen seyen. Als damit diese unangenehme Zwischenscene zu Ende gegangen, durch deren „bedauerliche Discussionen," wie der Präsident bemerkt, wenn sie sich wiederholten, das Ansehen der Kammer „radical ruinirt" werden müsse, nimmt der Hr. Justizminister das Wort um den Regierungsentwurf dieses Artikels nochmals zu empfehlen, worauf dieser auch unverändert zum Beschluß erhoben wird. Zum Art. V, dessen Discussion indessen auf eine Abendsitzung vertagt wird, sind mehrere Modificationen eingebracht. Vom Abg. Arnheim ist nämlich die Streichung des ganzen zweiten Abschnittes der Kategorien welche von der Amnestie ausgeschlossen seyn sollen, beantragt, während eine Modification des Abg. v. Lerchenfeld diesen Abschnitt dahin modificirt daß er nur diejenigen bezeichnet „welche mündlich in einer öffentlich versammelten Volksmenge oder schriftlich durch Verbreitung gedruckter oder ungedruckter Aufsätze unmittelbar oder mittelbar zum Umsturz der Staatsverfassung mittelst Waffengewalt aufgefordert haben."

|| **München,** 4 Dec. Daß gestern Hr. v. Koch von der rechten und mehrere Mitglieder von der linken Seite Bedenken gegen das freiwillige Anlehen erhoben, hatte heute die ganze Kammer schwer zu büßen. Denn nachdem heute Hr. Dr. Hopf als Referent den Ausschußantrag nochmals vertheidigt hatte, rückten die königlichen Commissäre Wanner und Habel mit Nachweisungen und Ziffermassen gegen die Zweifler hervor, und suchten unter Bedrohung mit noch ausführlicheren Zahlendetails zu beweisen woran im Ernst niemand gezweifelt hatte, nämlich daß das Jahr 1849 wie 1848 außerordentliche und unvermeidliche Ausgaben mit sich brachte, welche im Voranschlag nicht vorgesehen waren und sohin im Interesse des laufenden Dienstes und des Credits alsbald ersetzt werden müssen. Aus einer dem Fürsten Wallerstein geltenden ministeriellen Antwort entnehmen wir daß von den Crediten welche früher für die Eisenbahnbauten bewilligt, aber noch bei weitem nicht erschöpft wurden, zunächst kein weiterer Gebrauch gemacht werden, wohl aber in Bälde ein neues Eisenbahnanlehen in Aussicht stehen dürfte. Wenigstens deutete Minister v. d. Pfordten an daß Bewilligungen für Eisenbahnen, als den allgemeinen materiellen Interessen dienend und sich selbst rentirend, nicht wie diejenigen welche zur Deckung des Staatshaushalts exigirt werden, betrachtet werden können; der Minister fügte bei daß es im

weiteren Ermessen der Kammern stehen werde welche Summen sie für Bahnbauten bestimmen wolle. Minister Aschenbrenner rechtfertigt in Kürze das von ihm jüngsthin mit der Bank abgeschlossene Depotgeschäft und ebenso die Form und Art des neuen Anlehens. Hierauf folgt endlich die Abstimmung, und das Gesetz wird dem Ausschußantrag gemäß im Namensaufruf mit 91 gegen 33 Stimmen, letztere von der Linken, angenommen. Dem folgte noch in der heutigen Sitzung ein Vortrag des Abg. v. Wening über einen Antrag Kirchgeßners auf Erlassung eines Gesetzes zur Aufhebung des Hut-, Weide- und Fischereirechts auf fremdem Grund und Boden, dann ein Vortrag des Petitionsausschusses.

Württemberg. **Stuttgart.** (Zweite Sitzung der Abgeordneten vom 3 Dec.) Die Kammermajorität nimmt ihr wirkliches Zahlenverhältniß (40—20) im Maße von mehr als 6—1 in Anschlag, und hat den Abg. Römer, welchen die vormärzliche Majorität in ihren wichtigsten Commissionen nie entbehren wollte, für überflüssig gehalten in ihren staatsrechtlichen Vorberathungen. Moriz Mohl verspricht dem Diarium zufolge ohne Säumniß der Versammlung eine Motion auf vollständige Amnestirung für politische und Preßvergehen. Die Versammlung wählt zu Schriftführern: Zech, Reidlen, Kratz, Fraas, Huck, Frisch. Auf Ersuchen der beiden letztern werden unter Bevorwortung von Reyscher und nach einer Bemerkung des Präsidenten gewählt Ruof von Balingen und Wieland. Die Adreßcommission (7 Mitglieder): Rödinger, Mohl, Sattler, Fürst Zeil, Süßkind, A. Seeger, Dörtenbach. In die staatsrechtliche Commission (7 Mitglieder) wurden gewählt: Reyscher, Seeger, Stockmaier, Mohl, Rödinger (Vorstand), Propst, Fetzer. Weitere Stimmen fielen auf Römer, Huck, Murschel rc. Zu Mitgliedern der Commission für die Staatsschuldenverwaltung werden gewählt: Dörtenbach, Schnitzer, Sattler, Stockmaier, Winter. (Württ. Ztg.)

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 1 Dec. Unser großes gerichtliches Schauspiel ist heute nach einer Dauer von sechs Wochen zu Ende gegangen. Nachdem den Angeklagten noch vorgestern in einer Abendsitzung der Assisen das Verdict der Geschwornen bekannt gemacht worden war, schritt der Gerichtshof sofort zur Berathung des Urtheils, welches in der heutigen Sitzung verkündet wurde. Ein zahlreiches Publicum hatte sich eingefunden um Zeuge dieser Schlußscene zu seyn. Die schwerste Strafe, sechs Jahre Zuchthaus, wurde dem eigentlichen Agitator, Nikolaus Schaab, Wirth und Branntweinbrenner zu Reissen, dem der Anklageact das Zeugniß ertheilte: „Sein Privatleben ist tadellos; er gilt für einen wohlthätigen Mann der namentlich in den Hungerjahren viel Gutes gethan", zuerkannt. Nach ihm wurde ein anderer schwer Gravirter, Müller Johann Kabel zu Birkenau, in eine Zuchthausstrafe von 3½ Jahren verurtheilt, während die Schuld des gleichfalls schwer belasteten Jakob Klein von da ihm vier Jahre Zuchthaus zuzog. Außerdem wurde nur noch Joseph Kinscharf, ein reicher Müller im Birkenauer Thal, dessen Vater auf dem letzten Landtag Abgeordneter war, und Franz Eisenhauer von Birkenau in Zuchthausstrafe (2½ Jahre) verurtheilt. Von den übrigen Angeklagten wurden viele in Correctionshausstrafe von zwei Jahren bis zu vier Monaten verurtheilt. Fast allen Verurtheilten ward die Dauer von drei Monaten Untersuchungshaft in die Strafzeit eingerechnet. Elf Angeklagte wurden aus Rechtsgründen, weil die von den Geschwornen als erwiesen angesehene Handlung als noch nicht bis zum Charakter des Versuchs im rechtlichen Sinne ausgeprägt betrachtet wurde, freigesprochen, so daß im Ganzen dreißig Angeschuldigte straffrei blieben, also fast die Hälfte. Die Kosten des Verfahrens betragen nach einer Bemerkung des Präsidenten über 3000 fl. Nachdem die Freigesprochenen entlassen waren, hielt der Präsident eine Anrede an die Geschwornen, anerkennend daß sie während der langen Dauer des Processes große Opfer gebracht hätten, und ihnen seine Hochachtung für ihre Hingebung und ihren Eifer bezeugend. Aehnliche Anerkennung widmete der Präsident dem Eifer und dem Fleiß der Vertheidiger, hervorhebend daß er, 20 Jahre Anwalt, dieses Amt immer mit Selbstbefriedigung verwaltet habe. Mit der Bitte ihm ein freundliches Andenken zu bewahren, schloß der Präsident diese letzte Sitzung des vierten Quartals ordentlicher Assisen. Im Publicum findet man die dictirten Strafen im Ganzen mild, indem man zugleich hofft daß die Gnade demnächst die härtesten Strafen mildern werde. — Den 4 d. werden die außerordentlichen Assisen eröffnet.

Kurhessen. **Kassel.** Die Ständeversammlung nahm am 30 Nov. das Wahlgesetz zum deutschen Volkshause mit 27 gegen 17 Stimmen an.

K. Hannover. Nach einem antipreußischen Artikel der Hannöv. Ztg. hätten die Königreiche Hannover und Sachsen (und wahrscheinlich auch Württemberg und Bayern) im Sinn „demnächst — nachdem die Nichtigkeit des Erfurter Reichstags sich herausgestellt haben werde, und die Zeit für Oesterreich reif sey — bei der Bundescommission darauf zu dringen: nunmehr einen Reichstag für ganz Deutschland nach Frankfurt zu berufen."

Preußen. ... **Vom Rhein,** 2 Dec. Zwischen Preußen und Frankreich sind seit einiger Zeit Unterhandlungen in Bezug auf einen ausgedehnten Schifffahrts- und Handelsvertrag, der namentlich auf Belebung des rheinischen Verkehrs berechnet ist, im Gange. Es ist gegründete Aussicht vorhanden daß dieselben zu einem baldigen günstigen Ergebniß führen.

Hamm, 27 Nov. Buchhändler Wundermann, Redacteur des „Hermann" (jetzigen „Union"), ist heute wegen eines aus der „Westfälischen Zeitung" abgedruckten Aufrufs an die Landwehr zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt und sofort abgeführt worden.

Berlin, 2 Dec. Wie wir hören, ist gestern die österreichische Note, deren Schatten in den Journalen vorauslief, einen Protest gegen die Einberufung des Reichstags enthaltend, wirklich eingetroffen. Ob man diesem Protest thatsächlichen Nachdruck geben, oder ob es vorerst bloß eine wiederholte Wahrung der Bundesrechte, wie bei der Note vom 12 Nov., seyn soll, muß sich bald zeigen. Das Berliner Cabinet muß dem Verwaltungsrath davon Kenntniß geben; auch werden darüber wohl Anfragen in den Kammern gestellt werden. Die Truppenanhäufungen in Böhmen und an der sächsischen Gränze mehren sich. Sind diese militärischen Rüstungen die den Noten beigegebenen Begleiter, so dürften sie in Preußen den Geist des Beharrens anfeuern, statt einzuschüchtern. Die öffentliche Meinung würde der Regierung schwerlich die Wahl frei lassen. — Uebrigens steht das Ministerium in diesem Augenblick auf sehr schwankem Boden. Der unglückliche Waldeck'sche Proceß wirkt hier aufregender als alle deutschen Fragen, und das Ministerium wird zwischen der Reaction (die auch wegen des Ablösungsgesetzes grollt) und der Partei des gemäßigten Freisinnes wählen müssen, wenn es nicht am Ende sich isolirt sehen will.

Berlin, 1 Dec. Der Waldeck'sche Proceß ist noch nicht zu Ende. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 29 Nov. enthält auch eine interessante Aussage Goedsches über die Flucht Ohms am 16 Mai. „Als Ohm verhaftet war, ward Goedsche zum Polizeipräsidenten berufen. Er wurde hinaufgeführt, und zwar durch einen hinteren Eingang. Als ich hinauskam, trat mir der Polizeipräsident entgegen, und sagte mir: ich kann Ohm nicht loslassen, es ist zu wichtig. Ich antwortete ihm darauf: ich fordere Sie auf an Ihr Wort zu denken, und Sie mögen sich nun fragen, was ich ihm in Bezug auf meine Person sonst noch für eine Wahl gestellt habe, denn er sagte darauf zu mir: wenn Sie darauf dringen, so thun Sie was Sie wollen auf Ihre Verantwortung. Darauf führte er mich in ein Zimmer." Es ist das wo Ohm mit dem Polizeicommissär Greiff war; der Polizeipräsident fragt Goedsche: ob er den Herrn (Ohm) kenne, Goedsche bejaht es; Ohm befragt, ob er Goedsche kenne, weigert sich Auskunft zu geben; Goedsche sagt zum Polizeipräsident: „Wollen Sie die Güte haben mich einen Augenblick mit ihm allein zu lassen; ich werde ihn zum Geständniß vermögen. Der Polizeipräsident sagte zu mir: Gut, aber Sie haften mir für Hrn. Ohm. Ich machte eine Verbeugung, und hierauf ging der Polizeipräsident hinaus." Dann erfolgt die Flucht, auf die später der Präsident des Gerichtshofs noch einmal zurückkommt mit der Bemerkung an Goedsche: „Der Polizeipräsident will darüber keine Wissenschaft gehabt haben daß die Flucht Ohms von seinem Hause stattfinden könnte oder möchte. Sie wollen aber mit dem Polizeipräsidenten ausdrücklich darüber gesprochen haben daß es demselben nicht verborgen bleiben konnte, wie Sie beabsichtigen würden den Ohm fortzuschaffen um ihn der Haft zu entziehen." Hierauf antwortete Goedsche: „Erlauben Sie, es war zwischen mir und dem Polizeipräsidenten davon die Rede daß Ohm entlassen werden sollte, und wenn auch die Haussuchung nothwendig wäre, ihn nach dieser zu entlassen. Diese That, daß ich ihn aus dem Zimmer geführt habe, ist mein Risico." In der Sitzung vom 30 Nov. (von der gestern nur der Anfang gegeben werden konnte) genehmigt der Gerichtshof „für den vorliegenden Fall" die doppelte Vertretung der Staatsanwaltschaft; der Advocatanwalt Dorn überreicht eine notarielle Acte, beglaubigt vom großen Bundesrath in Aargau, in welcher D'Ester auf Ehrenwort und an Eidesstatt versichert daß er nie mit dem Handlungsgehülfen Ohm in vertrautem Verkehr, nie dem Handlungsgehülfen Ohm einen Brief geschrieben habe, wie der als Beweisstück im Proceß aufgeführte, angeblich von ihm herrührende Waldeck belastenden daß derselbe vielmehr unterschoben sey. Es werden eine Menge Zeugen über Waldeck befragt, die alle zu Gunsten des Angeklagten lauten. Koch, der frühere Wirth von D'Ester, erinnert sich nicht Ohm je bei D'Ester gesehen zu haben, auch Waldeck hat er nie bei D'Ester gesehen. In der Majorsnacht, bekunden eine Menge Zeugen, hat Waldeck vorsichtig gesprochen, er hat nicht zu activem Widerstand ermahnt, vielmehr stets erklärt, er verstehe von militärischen Maßnahmen nichts. In der Sitzung vom 1 Dec. häufen sich die Zeugnisse die Waldeck entlasten und die bei Ohm gefundenen sogenannten D'Ester'schen Papiere als falsch hin-

stellen. Grabow, v. Unruh und mehrere andere bekannte Männer legen Zeugniß ab. Nach Rambs hat sich Waldeck stets für constitutionelle Monarchie ausgesprochen und nie republicanische Ansichten geäußert. Gusser wird bei Ablegung seines Zeugnisses für Waldeck so ergriffen daß er Thränen vergießt; Assessor Gruwe bekundet, Goedsche habe ihn (der Mitglied der zweiten Kammer war) seiner Zeit wiederholt aufgefordert er möge doch von der Linken zur Rechten übergehen, dafür würde er doppelte Diäten und für jede wichtige Abstimmung, wo die Rechte siege, 40 Thlr. erhalten. Das Geld hierzu gäbe ein reicher schlesischer Gutsbesitzer her. Goedsche, ihm gegenübergestellt, will zuerst gar nichts von der ganzen Sache wissen, gibt aber nach kurzem Besinnen die Möglichkeit zu daß er einmal geäußert, ein Gutsbesitzer habe seiner Frau wohl so etwas erzählt, nie aber habe er selbst ein solches oder die anderen Anerbietungen dem Zeugen gemacht. Gruwe bleibt bei seiner Behauptung, er sey nicht 240 Stunden weit gereist, um einen Meineid auf sein Gewissen zu laden. Ohm beschwert sich darüber daß die Zuhörer ihn verhöhnen; seine früheren Principale lassen sich über Ohms anfängliche Aufführung durchaus günstig aus, sie hätten nur bedauert daß er später durch seine politische Thätigkeit vom Geschäft sich habe abhalten lassen. Nach diesen Vernehmungen wurde die Beweisaufnahme für geschlossen erklärt, und die Sitzung auf den 3 Dec. vertagt.

Die *Deutsche Reform* bezeichnet, in ihrer Eigenschaft als ministerielles Organ, die Stellung Preußens und Oesterreichs zu Deutschland: „Es gehört wahrlich nicht viel Scharfsinn dazu um zu erkennen daß der Kaiserstaat dem materiellen und intellectuellen Fortschritt in Deutschland gern alle nur möglichen Concessionen zu machen willens ist, daß er sich aber nicht in der Lage befindet eine wirkliche politische Umgestaltung zu gestatten. Er kann, wenn er seinen eigenen Vortheil wahrnehmen will, nur wünschen ein Analogon der frühern Bundesorganisation herzustellen, um an diesem, vermöge der eigenen innern Consolidation und Centralisirung, wo möglich eine noch wichtigere Rolle zu spielen als am alten Bundestag. Wir begreifen diesen Wunsch vom österreichischen Standpunkt aus sehr wohl. Wir können es dem dortigen Cabinet nicht verargen daß es ihn mit allen möglichen Mitteln geltend zu machen versucht, und daß es sich selbst der Königreiche als Mittel zum Zweck bedient. Wir glauben aber nicht daß ein selbst so sehr in Krisen befangener Staat wie Oesterreich für solche Wünsche das Schwert in die Wagschale zu werfen im Stande ist. Preußens ganze Entwickelung hat seit Jahrzehnten zu der Entscheidung einer Frage hingedrängt die jetzt zur Lösung kommt. Die Vielstaaterei Deutschlands, wie sie Oesterreichs Interessen befördert, gefährdet und beeinträchtigt diejenigen Preußens, erhält es in seiner abnormalen Lage als vorzugsweiser Militärstaat und wirkt zerstörend auf das deutsche Nationalgefühl, welches zu kräftigen ganz besonders im Berufe Preußens als rein deutschen Staates liegt, während das specifische Oesterreicherthum, wenn es der deutschen Nationalentwickelung fremd bleibt, weit mehr geeignet ist als Amalgam für die zwanzig verschiedenen Völkerstämme zu dienen die den Kaiserstaat bilden. Preußen kann das Gefährliche der Vielstaaterei nicht dulden, weil das durch die Ohnmacht der kleinen Repräsentativ-Verfassungen erzeugte Gift einer zügellosen Demokratie an seinem eigenen gesunden Organismus nach und nach zerstörend nagen muß. Die Consolidirung der staatlichen Verhältnisse in Deutschland ist also für Preußen zugleich ein Act der Selbsterhaltung und die Erfüllung einer nationalen Aufgabe. Statt den eigenen Staatsorganismus untergraben zu lassen, will es einen größeren, ebenso gesunden dadurch schaffen daß es die übrigen Stämme durch ein gemeinsames bundesstaatliches Repräsentativsystem mit sich vereinigt, und so eine compactere Gewalt herstellt, die nach außen hin als einheitliche Macht nur dadurch sich geltend machen kann daß sie eine einheitliche Executive hat. Preußen kann von diesem Wege nicht abgehen ohne spät oder *früh durch die Noth der Selbsterhaltung auf den Weg der Eroberung gedrängt zu werden*. Die mit Preußen verbündeten Staaten haben sowohl die eigenthümliche Lage dieses Staats als auch die ernste Forderung des Nationalwillens erkannt. Sie sehen ein daß man ihm zur rechten Zeit gerecht werden müsse, wenn man nicht jenen anarchischen Bestrebungen in die Hände arbeiten will, die sie zum Theil selbst in ihrer Existenz bedroht haben. Nicht so steht es mit den Königreichen. Sie sträuben sich unter verschiedenen Vorwänden gegen zwei Forderungen welche Preußen macht, und ohne die an eine wirkliche Consolidirung der staatlichen Elemente im Bundesstaat zu einem Ganzen nicht zu denken ist. Sie wollen die Vertretung im Ausland nicht aufgeben, d. h. also, sie wollen einen Anker auswerfen vermöge dessen sie die europäischen Mächte in innere deutsche Angelegenheiten ziehen können, und zweitens sie wollen sich keiner einheitlichen Executive unterwerfen, weil die Souveränetät der Dynastien dadurch gefährdet seyn soll. Dieß sind die leicht erkennbaren wahren Gründe des Nichtbeitritts oder des versuchten Rücktritts vom Bundesstaate, so sehr man sich auch hinter schöne Phrasen versteckt. Sie mögen vor den angefachten Stammesantipathien stichhaltig seyn, vor der besonnenen Prüfung und im Fortgang der Nationalentwickelung werden sie nicht bestehen."

Berlin, 1 December. Nachdem in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsraths auch die Ratificationsurkunde über den Anschluß des Fürstenthums Waldeck an das Bündniß vom 26 Mai c. vorgelegt worden, haben nunmehr alle deutschen Regierungen, die dem Bündniß durch besonderen Vertragsschluß bisher beigetreten sind, diesen Beitritt förmlich ratificirt. Wirkliche Theilnehmer des Bündnisses in gegenseitigen Rechten und Pflichten sind demnach gegenwärtig, außer den ursprünglichen Contrahenten — den königl. Regierungen von 1) Preußen, 2) Sachsen und 3) Hannover — die Regierungen von 4) Baden, 5) Großherzogthum Hessen, 6) Kurfürstenthum Hessen, 7) Sachsen-Weimar, 8) Mecklenburg-Schwerin, 9) Mecklenburg-Strelitz, 10) Oldenburg, 11) Nassau, 12) Braunschweig, 13) Sachsen-Koburg-Gotha, 14) Sachsen-Meiningen, 15) Sachsen-Altenburg, 16) Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen, 17) Anhalt-Bernburg, 18) Schwarzburg-Rudolstadt, 19) Schwarzburg-Sondershausen, 20) Schaumburg-Lippe, 21) Lippe-Detmold, 22) Waldeck, 23) Reuß älterer Linie, 24) Reuß jüngerer Linie, 25) Lübeck, 26) Bremen, 27) Hamburg. Der deutsche Bundesstaat würde in diesen Mitgliedern bis jetzt 7480 Quadrat-Meilen und 25,250,000 Einwohner umfassen. (*Preuß. Staatsanz.*)

∸ **Berlin,** 30 Nov. Die Stadt hat nur Sinn für eins, und wo Sie hinhören, sind es nur zwei oder drei Namen die Ihr Ohr treffen: Waldeck, Ohm und Goedsche. Der Proceß steht heute, am dritten Tage, auf seinem Culminationspunkt, und ich bestreite denen die ihn für das wichtigste Ereigniß halten, nicht ihr Recht zu dieser Ansicht, aber neben dem Wichtigsten gibt es noch Wichtiges, und die Schätzung ist je nach der Zeit verschieden. Bei unerwarteten Wendungen nimmt doch Waldecks Proceß die Richtung welche man, ohne Prophet zu seyn, voraussagen konnte, und es ist nichts erfreuliches von dorther zu holen bis auf die Würde welche der Gerichtshof und sein Präsident dem öffentlichen Ankläger, der Polizei und den Angeklagten gegenüber bewahrt. Ein Urtheil versparen wir uns bis der Proceß geschlossen ist, um nicht darüber die Kammerverhandlungen, auf welche in dieser Aufregung wenige Acht zu geben scheinen, außer Acht zu lassen, und doch sind sie (in der zweiten Kammer) in diesem Augenblick das ungleich Wichtigere, weil ihre Beschlüsse (über die Agrarverhältnisse) auf eine lange Zukunft hinaus bauen oder vernichten. Die gutsherrlichen Rechte auf Prästationen, Dienste und Abgaben, Servituten die seit Jahrhunderten, vielleicht seit Jahrtausenden unser grundherr- und bäuerliches Leben zu einem buntscheckigen Mantel von Verpflichtungen und Berechtigungen machten, Antiquitäten aus dem frühsten Lehnswesen, einige darunter vielleicht aus der Heidenzeit, werden eine nach der andern abgerissen, abgelöst oder sofort als unnütz weggeworfen. Der Alterthümler möchte weinen wie da mit einem Schlage nach dem andern Monumente und Namen aus der Vorzeit vernichtet und ausgelöscht werden die für ihn Indicien und Wegweiser zur Volksgeschichte waren. Nur daß die Mehrzahl davon, längst schon vermoderte Monumente, den sogenannten Berechtigten am wenigsten nützte. Und weßhalb doch der zähe Widerstand derselben? Aus Antiquitätenliebe? Nein, nur aus Verehrung für das Heiligthum des Rechtes. Vielfach wiederholt es unser ehemaliger grundherrlicher Adel zu Vertrauten und in seinen öffentlichen Organen: zu Opfern, auch zu großen, sey er bereit, nur sein heiliges Recht solle man ihm nicht nehmen. Es gibt feine Beobachter die behaupten wollen, der Kern unserer Reactionspartei sey gar kein politischer und noch viel weniger ein religiös kirchlicher, er sey nichts mehr und nichts weniger, als was wir in den alten Provinzen zu Zeiten Hardenbergs und Steins erlebt, die Opposition des Herrschaften und Rittergüter besitzenden Adels gegen die Forderungen der Zeit und der Verfassung vom 5 Dec., die ihnen ebenso verhaßt sey als die Revolution mit ihren nivellirenden Gesetzen. Ja im Grunde genommen noch verhaßter, denn das Regiment und die Verfassung der Revolution mußten untergehen an ihrer eigenen Ungebühr und Ueberrechnung, wogegen diese Verfassung vom König ausging und vom Ministerium welches die Revolution überwunden, sanctionirt, also weit schwerer anzugreifen und über den Haufen zu werfen war. Um diesen praktischen Kern, von Männern gehütet die sonst mit den Doctrinen in Kirche und Staat nicht viel zu thun haben, hätte sich allmählich der legitimistische Restaurations- und kirchliche Nimbus gehüllt, in welchem die Partei jetzt einherschreitet, Lanzen schwingend angeblich nicht für Haus und Herd und die eigenen Penaten, sondern für Thron und Altar. Die ursprünglich Verbündeten hätten wenig Verständniß dieser Dinge und auch nicht besondere Liebe dafür, doch aber so viel Einsicht daß mit dem junkermäßigen Frondiren allein jetzt noch weniger auszurichten sey, als ihre Väter zu Zeiten des kur-

märkischen Junkerthums gegen die Hardenbergischen Reformen damit ausgerichtet haben. Deßhalb ward der egoistische Kern umwoben und versteckt in Poesie, Doctrin und religiös kirchlicher Begeisterung. Dieß waren die Fahnen und Schilder unter denen sich die Partei des geneigten Ohrs in Potsdam und Sanssouci gewiß halten konnte. So wären die Gerlach und Stahl nur das Accessorium, die angezogenen Vorfechter und Paladine der Tafelrunde, durchaus aber nicht die welche die Bundeslade gestiftet und den Eingriff und Einblick hätten in die geheimen Truhen. Ihr Verhältniß zu der geheimen Partei die von jenen hohen Worten und schönen Träumen so wenig hält, als ein kurmärkischer Junker sich eben viel darum kümmerte ob sein Prediger nach Luthers Katechismus lehrte, sey etwa das welches Waldeck zur rothen Demokratie einnimmt. Jede Partei die etwas für sich will, braucht Kämpfer vor ihren Reihen, die laut verkünden daß sie für etwas anderes, allgemeineres, heiligeres das Schwert ziehen, Kämpfer die ein Ansehen vor der Welt haben, und am besten Fanatiker die an sich selbst und ihre Mission glauben. So meinen feine Beobachter, und es hat manches für sich, wenn wir die Sprachklimax der Kreuzzeitung verfolgen. Nachdem die Heiligkeit des Thrones, des Königs von Gottes Gnaden, des Oberbischofs, die Lästerlichkeit der Civilehe und was alles anderes mit hohen und poetischen Worten genugsam gepredigt ist, scheinen wir an der Pforte des eigentlichen Mysterium angelangt. Auf dem Altar lodert das Opferfeuer dem heiligen Privatrecht, und die Cherubim weisen mit ihren flammenden Schwertern die Anbeter zurück, die auch dem falschen Götzen, dem Moloch „Wohl des Vaterlandes“ opfern. Was ist dieser unbestimmte Begriff „Wohl des Vaterlandes,“ wo steht's in der Bibel, in den Statuten und Observanzen daß das Eigenthum frei seyn solle! In einander genestelt und gebettet, fideicommissarisch verwebt war der Besitz der Scholle seit Anbeginn der Welt, seit es überhaupt ein Eigenthum gab oder — seit Eroberer mit dem Schwert den Besitz der Erde nach ihrer Art theilten zwischen Siegern und Besiegten. Dieß Verlangen, das uns Verblendeten so natürlich scheint, daß jeder mit dem Seinen schalten und walten könne wie ihm gefällt, ist nur ein krankhafter Odem der Zeit, ein Bastard der französischen Revolution, die wunderbarerweise schon hundert und mehrere hundert Jahre, ehe sie anfing, ihre Wirkungen übte. Und wir werden nur gesunden, wenn wir wieder zu Gottes natürlicher Ordnung zurückkehren daß alles Gelöste wieder gebunden wird, daß es wieder Zinshühner, Besthäupter, Spinngelder und Flamming'sche Kirchgänge gibt. Weg mit dem losen, liederlichen Begriff: „Wohl des Vaterlandes!“ Wenn jeder wieder das Seine hat, nämlich wie seine Väter seit unvordenklichen Zeiten, dann ist auch dem Vaterland geholfen. Wie die Kirche, nach Stiehls Wahlrede, das Proletariat mit Almosen ernähren möchte, so braucht auch der Staat gewissermaßen nur Almosen der Berechtigten, was sie Opfer nennt. Mit Prinzessinnensteuern, Ritterpferden, Bede, Brückenzoll und Wegeschoß, mit Judensteuern, Salzmonopol, Regalien und Propositionen den Landtagen vorgelegt bei außerordentlichen Fällen, würde sich der preußische Staat, wie er seyn soll, recht gut stehen, gewiß so gut daß er dann nicht auf die thörichte Phantasie kommt die Förderung eines einigen Deutschlands für seine Pflicht zu halten. Aber jede Grundsteuer die nicht auf Verträgen beruht, ist revolutionär. Consequent ist die Partei und ihr Organ. Sie spielt in ihrem Ernst mit den Demokraten und Constitutionellen, aber sie spielt nicht, sie sticht scharf zu, wo ihr ein Bureaukrat über den Weg läuft. Jene erscheinen ihr, nachdem sie selbst wieder zum Gefühl ihrer Gewichtigkeit gekommen, minder gefährlich, Spielwaaren der Natur; die Bureaukraten sind aber schon ein naturwüchsiges Geschlecht im Staate Preußen, dessen Wurzeln sogar in den Thron verschlungen sind. Könnte sie mit scharfen Hieben diese Verbindung trennen! Einer ist unlängst gefallen, Frhr. v. Patow, der Urheber der Agrar- und Grundsteuerausgleichungsgesetze. Lange vor ihm schon sein Hauptmitschuldiger Hansemann. Nimmt man jene Beobachtung für wahr an, so ergibt sich mit einemmale weßhalb die reactionäre Presse gerade diese beiden Männer, und zwar von Anbeginn, vorzugsweise mit unerbittlichem Spott und Hohn verfolgt und zu vernichten versucht hat. Das waren nicht Theoretiker, Phantasten, als Praktiker hatten sie schon das Ablösungsmesser an den Baum gelegt. Die Dahlmann, Camphausen, Beckerath, Auerswald werden gelegentlich mit Spottlauge angespritzt, das will aber doch nichts bedeuten gegen die systematische Verfolgung der eigentlich bureaukratischen Kammermitglieder, die, ob sonst liberal oder nicht, das altpreußische Regierungssystem aufrechterhalten, wie die Kühne, v. Viebahn, Riedel u. a. In der ersten Kammer stellte neulich der Frhr. v. Manteuffel den Antrag zur Verfassung: daß keine Richter und administrativer Beamter zu Deputirten erwählt werden dürften! Daß ein solcher Antrag gerade in einer preußischen Kammer gestellt werden konnte und nicht von radicaler Seite, sondern von der aristokratischen, ist charakteristisch. Man will beobachtet haben daß der Minister Manteuffel, immer wenn sein Bruder die Tribüne besteigt, mit ängstlicher Emsigkeit in seinen Papieren liest. Was ist er selbst? Ein Aristokrat oder Bureaukrat? Wir kennen ihn nicht persönlich, aber wenn er das erstere war, sind wir der Meinung daß er auf seinem sauern Wege, wenn auch nicht per ardua ad astra, doch zu der Selbstüberwindung kam mit den großen preußischen Staatsmännern, die ein Menschenalter vor ihm auf den Ministerstühlen saßen, zu denken daß es in irdischen Dingen noch ein höheres gibt als das Privatrecht, und das ist das Wohl der Gesammtheit, das Wohl des Staates. Wenn jenes des Pudels Kern gewesen, was ist denn nun das Ende vom Liede? So viele Arbeit um ein Leichentuch? Den Stein mit so saurer Anstrengung auf den Berg gerollt, damit er unter Donnergepolter wieder hinunterrolle? Das Ende vom Lied ist zwar noch nicht da, die Grundsteuer und die Steuerausgleichung, aber das Agrargesetz mit seinen Ceraftrungen und Ablösungen geht Artikel um Artikel durch, allen reagirenden Anstrengungen und Präparationen zum Trotz. Es ist zu bemerken daß der schlesische Adel in diesem Punkt weit nachgiebiger die Forderungen der Zeit anerkennt. Was bleibt uns, soll ein Grundherr zu seinen Freunden geäußert haben, wir sind in einem Hohlweg angefallen. Früher nahm man uns die Börse, jetzt die Uhr; wir müssen nun zufrieden seyn daß man uns den Rock läßt!

Berlin, 1 Dec. Gestern nahm die zweite Kammer den §. 64 des Gesetzes über die Ablösung in folgender Gestalt an: „Der nach §§. 60, 61, 63 festgestellte Geldbeitrag kann von dem hierzu Verpflichteten durch Baarzahlung des 18fachen Betrags an den Berechtigten abgelöst werden. Die Zahlung muß, im Mangel einer anderweitigen Einigung, spätestens im Ausführungstermine erfolgen. Will der Verpflichtete die Ablösung durch Baarzahlung des 18fachen Betrages bewirken, so steht dem Berechtigten dennoch frei die Abfindung zum 20fachen Betrage der Jahresrente in Rentenbriefen zu verlangen. Wählt der Berechtigte diese Abfindung, so leistet der Verpflichtete die Baarzahlung des 18fachen Betrages an die Staatscasse, welche an die Rentenbank die nach dem Gesetz über die Rentenbanken dem Verpflichteten zustehende Zahlung zu leisten hat.“ Da durch diesen Beschluß das Rentenbankgesetz einer Modification unterworfen wird, so beantragt der Minister des Innern die Ueberweisung des Beschlusses an die Commission.

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 29 Nov. Von Sr. Maj. dem König von Preußen ist in diesen Tagen ein Protest gegen das am 10 v. M. publicirte, mit der Abgeordnetenkammer vereinbarte Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin bei Sr. königl. Hoh. dem Großherzog eingegangen. Derselbe gründet sich nicht nur auf den Eventual-Successionsvertrag von 1442, und die Erneuerungen desselben von 1752 und 1787, sondern nimmt auch vorzugsweise Bezug auf die Proteste des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, der mecklenburgischen Agnaten und der mecklenburgischen Ritterschaft, und auf den in deren Folge im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin „notorisch“ obwaltenden Zustand der Rechtsunsicherheit. Der Protest ist datirt vom 22 d. und von dem Minister v. Schleinitz contrasignirt. (Meckl. Ztg.)

Oesterreich. — **Wien,** 1 Dec. Wo bleibt mein Geld? so lautet jetzt die Frage der ganzen österreichischen Monarchie. Gegen alle Hoffnungen und Erwartungen sinkt der Werth der Papierzeichen, trotzdem daß sich die Zustände in allen Theilen des Staats stets mehr befestigen, immer tiefer. Es kann verschiedene Ursachen für diese Erscheinung geben, und meiner Ansicht nach wirken in der That auch mehrere Hebel bei diesem trostlosen Ergebniß zusammen. Die ursprüngliche Quelle desselben ist in dem Mißverhältniß zu suchen in welches die Masse der papiernen Tauschvermittler zu den metallenen durch die Notenausgabe des Staats mittelst der Bank versetzt ist. Hätte Oesterreich keine Baarzahlungen ins Ausland zu machen, wäre es ein isolirter Staat, so würde freilich selbst eine doppelt so große Summe, vorausgesetzt daß der schuldende Staat einen hinreichenden Credit seinen einzelnen Unterthanen einflößte, noch nicht im Stande seyn einen Unterschied zwischen dem Gulden Münze und dem Gulden Papier hervorzurufen. Das einzige Resultat bestände dann darin daß die Kaufkraft der einzelnen Papier- oder Metallstücke den Sachgütern gegenüber in derselben Proportion sänke, als das Verkehrsleben mit Circulationsmitteln überführt worden. Allein unter den obwaltenden Umständen, wo Oesterreich, dessen Production durch die letzten Jahre mannichfach geschwächt ist, das also seinen Bedarf vom Ausland her nicht mehr durch seine Waarenausfuhr ganz zu decken vermag, nach Aufhebung des Geldausfuhrverbots die Differenz der Bilance mit Metall auszugleichen hat, muß sich schon allein aus diesem Grunde das Papier, welches nur im Lande gilt, von dem Metallgelde, das überall als Werthträger angenommen wird, losreißen. Ist aber dieses unglückliche Mißverhältniß erst einmal eingetreten, so finden die Speculanten in demselben zu glückliche Conjuncturen für reichen Gewinn, und tragen so ihrerseits das Mögliche dazu bei die Kluft noch zu vergrößern. Der Weg den sie dabei

einschlagen ist einfach dieser: das schwankende Verhältniß in welchem sich sowohl der Zeit als den verschiedenen Gegenden nach das Papier zum Gelde bewegt, suchen sie zu billigem Ankauf des letzteren zu benutzen, indem sie in demselben nur den reinen Silberwerth im Auge haben, um diesen auf fremden Märkten wieder zu verwerthen. Das scheint freilich im ersten Augenblick ein großes Paradoxon zu seyn. Das Geld ist ja gerade in Oesterreich jetzt sehr theuer, so wird man mir entgegnen, wie vermag man jetzt dort die Münze als Metall einzukaufen, um sie im Auslande als Bullion zu verwerthen, wo im Vergleich zum Kaiserstaate das Gold weit wohlfeiler ist? Das Metallgeld steht allerdings in Oesterreich jetzt sehr hoch, mit einem Gulden Münze vermag man nach dem heutigen Curse 111 Einheiten eines Sachgutes zu kaufen, während man für einen Gulden Papier nur 100 erhält. Aber jene Speculanten tauschen auch das Geld nicht gegen Waaren, sondern nur gegen Papier ein, durch geschickte Manipulationen wissen sie z. B. für 109 fl. Papiergeld 100 fl. Münze zu erhalten, dann haben sie trotz des theuern Marktes immer noch wohlfeil genug eingekauft, um im Auslande durch Verkauf der eingeschmolzenen Bullion einige Procente verdienen zu können. Als Anhaltspunkt dient uns bei diesem Raisonnement die Thatsache daß jetzt die österreichischen Zwanziger in großen Massen nach Frankreich wandern; dort werden sie eingeschmolzen, und weil sie dieselbe Legirung besitzen, die jenseits des Rheins im Münzfuß festgehalten wird, sehr gern von der Regierung gekauft, um in Fünffrankenstücke umgewandelt zu werden. Man glaubt sehr häufig in Oesterreich, das baare Geld sey nur aus Mißtrauen in die politischen Zustände vergraben, und werde bei fortdauernder Ruhe schon wieder zum Vorschein kommen. Es mag immerhin seyn daß einzelne Privaten wie Bankiers die Münzen an sich halten; allein die Zeiten wo die Bauern ihre Buttertöpfe mit Zwanzigern gefüllt im Keller stehen hatten, sind längst vorüber, wenn sie überhaupt jemals dagewesen sind. Die Zwanziger hausen entweder im „Reich", und sind in dasselbe durch ganz andere Hände hinüber geleitet worden, als durch die wenigen Regimenter welche Oesterreich während des letzten Jahrs in Deutschland stehen hatte, oder sind in Frankreich zu Fünffrankenthalern geworden. Denn bei der ungeheuern Verbreitung dieser Münze über den Erdball kann es für die französische Regierung bei billigem Einkauf nur vortheilhaft seyn für den Export Geld zu schlagen; nicht nur die Prägungskosten werden ihr bei dem hohen Werthe jener Thalerstücke im Ausland ersetzt, sondern sie zieht dabei auch noch einen ganz erklecklichen „profit of undertaker." Endlich dürfen wir nicht vergessen daß die Unterthanen doch nicht ein solches Vertrauen in den österreichischen Staat setzen, um nicht bei der Annahme des Papiergeldes sich eine Assecuranzprämie zu berechnen. Ob ihre Furcht dabei gegründet ist, wollen wir nächstens untersuchen.

Wien, 1 Dec. Einiges Aufsehen erregt in der Stadt die jetzt bekanntgewordene Verhaftung des im Handelsministerium angestellten Accessisten H..., welche am 28 Nov. vorgenommen ward. Der Oesterr. Corresp. zufolge ist derselbe bezichtigt während eines im vorigen Jahr erhaltenen Urlaubes als Oberjäger in das zweite steiermärkische Schützenbataillon getreten, aber vor dem Ausmarsch desselben im Monat September 1848 desertirt zu seyn. Der Baron v. Gehringer, der in unermüdlicher Thätigkeit die verworrenen Zustände des ihm anvertrauten Ungarns zu ordnen sucht, hat für die Landleute eine kleine Schrift ausarbeiten lassen, durch welche er die Begriffe von Eigenthum und Rechtsverbindlichkeit, die bei dem Uebergang aus dem alten Feudalsystem durch die theilweise plötzliche Befreiung von den früheren Lasten mannichfach verwirrt sind, unter den Bauern wieder zu läutern beabsichtigt. Wir erfahren daraus daß für immer aufgehoben bleiben: der Hauszins, die von im Urbarium verzeichneten Gründen geleistete Zug- und Handrobot, alle Ablösungen für die lange Fuhr, das Spinnen oder das Neuntel von denn auf früheren Urbarialgründen erzeugten Hanf oder Flachs, die Treibjagd, der mit der vormals Urbarial-, Holzungs- und Rohrschneidenützung verbunden gewesene Dienst, endlich das Neuntel von Urbarialgründen, ob dieses nun früher in natura oder in baarem Gelde gegeben wurde. Alle anderen in dem voranstehenden Verzeichniß nicht mit inbegriffenen, welch Namen immer führenden Leistungen, die nicht aus Urbarial- sondern privatrechtlichen Beziehungen hervorgegangen und welche durch die obigen gesetzlichen Verfügungen nicht abgeschafft worden sind, haben so, wie sie früher üblich waren, auch fernerhin zu bestehen und sind genau zu erfüllen. Der neueste Ausweis der österreichischen Nationalbank dürfte eine Vermehrung des Baarvorraths um fünf Millionen Gulden und eine entsprechende Verminderung des circulirenden Banknotenquantums herausstellen.

* Wir erhalten die neueste Wiener Post vom 2 Dec., zugleich mit vielen Briefen vom 1 Dec. heute wieder so spät, daß wir den Inhalt auf einige Zeilen zusammendrängen müssen. Der Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers ging ohne einen Act von Bedeutung vorüber. Die Journale beschäftigte zumeist das hohe Silberagio, noch mehr der Befehl den das Armeecorps in Böhmen erhalten haben soll sich marschfertig zu halten. Zu einer Intervention in Sachsen oder wegen eines Zerwürfnisses mit Preußen? so fragen die Journale, ohne als Antwort etwas mehr als Conjecturen dafür zu finden. (Wir verweisen auf den heutigen Artikel Berlin vom 2 Dec.) Die Nordbahn hatte ihre durch das Unwetter unterbrochenen Fahrten wieder begonnen.

Oesterreichische Monarchie.

Aus dem Sandecer Kreise (Galizien), 25 Nov. Die Verhältnisse zwischen Adel und Bauer gestalten sich immer trauriger. Der Bauer, von der entwürdigenden Frohne befreit, spickt seine Geldkatze mit Silber voll, denn man muß ihm geben was er verlangt, und er wird nicht das geringste umsonst thun. In diesem Zustande der Herrschaftlichkeit fühlt er sich glücklich, er will aber auch derselben keine Gränzen gesetzt wissen. „Der Wald ist unser, den hat uns der Kaiser geschenkt, wir dürfen unser Vieh auf jedes Feld der Herren treiben, denn alle Weideplätze sind unser; wir haben den Herren nichts mehr zu leisten, sind ihnen für nichts verbunden," solche Reden werden immer häufiger, immer lauter und drohender, besonders jetzt wo die Bauern an schuldige Leistungen, die nicht aus dem Unterthansverhältnisse entspringen, erinnert werden, und wozu natürlich auch das Kreisamt seine Unterstützung nicht versagt. In einem Dorfe unserer Gegend sammelte sich vergangenen Sonntag nach der Messe eine große Menschenmenge um die Kirche herum, der Woyt publicirte einen kreisämtlichen Auftrag, ein starkes Murren ging dem Gewitter voran, das bald über den Ortsrichter losbrach. „Wenn du dich dem Kreisamt auf Wiedereinführung der Robot und der Zinsen unterschrieben hast, so leiste du sie selbst," schrie die Menge, der Richter wurde mißhandelt und nur durch einen günstigen Zufall befreit. Die Bauern glaubten sich nämlich von Bezahlung der Polanen, der Weideplätze im Walde, die ihnen vertragsmäßig verpachtet wurden, frei und ledig; daher das Mißverständniß. Die Gesellschaft blieb lange beisammen; „Hurrah," hieß es, „mir nach! wir gehen nach dem Hof und morden dort die Bestien aus, was kann uns geschehen, im Jahr 1846 hat man uns auch nichts dafür gethan." Es kam aber, Gottlob, zu keiner Ausführung, denn sie waren uneins: die einen wollten zuerst über den Geistlichen herfallen, weil er es, wie sie sagten, „mit den Herren hält," andere über den Organisten, den sie einen Vertrauten der Herren nannten; unterdeß aber machte einer aus ihrer Mitte durch Anzeige beim Amtmann dem blutigen Vorhaben ein Ende. Auf die Citation des Amtmanns erschien kein Mensch; das Dorf aber sitzt in Clubs beisammen und Stimmen lassen sich hören: „Geschieht es nicht heut, so geschieht es morgen." Dem Förster, der von sich erzählt er habe im Jahr 1846 das Leiden Jesu Christi wiederholt, sagte einer heute: „Warum haben dich vor zwei Jahren die Vögel nicht davon getragen, warte, es kann dir dieß noch heute geschehen, denn wir haben wieder das Recht zu morden." Sie können sich vorstellen in welcher Angst die ganze Gegend schwebt; wir erwarten stündlich Militär aus Sandec. Derlei Excesse werden in unserm Kreise täglich allgemeiner, und der Himmel bewahre uns vor einer Wiederkehr der Gräuelscenen des Jahrs 1846. (C. Bl. a. B.)

Spanien.

Madrid, 24 Nov. Nach dem Pais besteht die spanische Armee aus einen Hellebardiercorps; 46 Linien-Infanterieregimentern, jedes zu 3 Bataillonen; 16 Jäger-Bataillonen; 4 Bataillonen in Afrika; 5 Regimentern Artillerie; 3 reitenden und 2 Gebirgs-Brigaden, 1 Regiment Geniewesen, 18 Cavallerieregimentern und 2 Schwadronen leichter Reiterei. — Der Heraldo kündigt an daß die von der Regierung beabsichtigten Reformen im Justizwesen demnächst den Cortes vorgelegt werden sollen. Der Finanzminister gibt sich alle Mühe Hülfsmittel zu schaffen, zunächst um den activen und passiven Staatsdienern (unter letzterem Namen begreift man die zahlreiche Classe der Pensionäre) ihre Rückstände bezahlen zu können. — Es heißt: in der Provinz Burgos sey der vormals berüchtigte Bandenchef „El Estudiante (der Student)" wieder erschienen, doch sey seine Guerrilla oder Räuberbande — wie man sie lieber nennen will — nur 14 Mann stark.

Großbritannien.

London, 30 Nov.

Fürst Poniatowski, Gesandter des Großherzogs von Toscana, ist in London angekommen.

Der in der letzten Session gestellte bezügliche Antrag hat, obgleich er durchfiel, doch in Verbindung mit den Erfahrungen der Cholera-Zeit, und mit der Agitation in der Presse, die Folge gehabt daß jetzt eine kön. Commission ernannt ist um über den Viehmarkt in Smithfield und die Fleischmärkte in London zu berichten, ob ihre Verlegung rathsam sey oder nicht.

Frankreich.

Paris, 1 Dec.

Hr. Georges Washington de Lafayette, Sohn des berühmten Generals und Pathe Washingtons, ist gestern in Paris gestorben. Er war seit 1822 Mitglied der Abgeordnetenkammer, und im Jahr 1848 Vicepräsident der verfassunggebenden Versammlung, von welcher auch seine beiden Söhne Oscar und Edmond Mitglieder waren.

Die Journale melden die Ernennung des Generals de Castelbajac zum Gesandten in Petersburg. — Die Präsidentenwahl des Staatsgerichtshofs ist einstimmig auf Hrn. Rocher gefallen.

Die Nationalversammlung hat gestern das Naturalisationsgesetz noch nicht erledigt. Durch Annahme des von der Commission unter Zugrundlegung des Mauguin'schen Amendements combinirten Systems, welches zwischen großen und kleinen Naturalisationen unterscheidet, und die Verleihung der erstern der Gesetzgebung, der letztern der vollziehenden Gewalt zutheilt, war die Hauptschwierigkeit geebnet. Aber, jetzt ist die Frage aufgeworfen ob diejenigen die unter der provisorischen Regierung die Naturalisation erlangt haben, nicht gehalten seyn sollen sie durch einen besondern legislativen Act nachgehends legalisiren zu lassen ehe sie in den Vollgenuß der Wahl- und Wählbarkeitsrechte eintreten können? Die Opposition befürchtet daß die Regierung geneigt seyn könnte dem neuen Gesetz eine solche rückwirkende Kraft zu geben, und es ist deßwegen ein vorbeugendes Amendement gestellt. Heute ist Petitionenverhandlung. Ein großer parlamentarischer Kampf bereitet sich für nächsten Dinstag in der Discussion des Getränkesteuer-Gesetzes vor. Die Commission trägt auf einfache Zustimmung zu der von dem Finanzminister verlangten Forterhebung dieser Steuer an, aber die ganze Montagne will ins Feld rücken. Bereits gestern waren 33 Mitglieder als Redner gegen diese Maßregel eingeschrieben, während erst 6, darunter L. Faucher und Ch. Dupin, sich als Vertheidiger gemeldet hatten. Die Frage der Arbeiter-Pensionscasse ist jetzt auch von der Generalcommission für öffentliche Unterstützung in Berathung genommen. Von dieser ist Hr. Thiers Mitglied, und es scheint daß daselbst sich die Ansicht geltend macht das Prämiensystem durch eine Dotation zu ersetzen.

Die Postverwaltung hat eine übersichtliche Tabelle über die Resultate der nun seit 9 Monaten eingeführten Postreform im Moniteur mitgetheilt. Die Briefpost zerfällt in 5 Kategorien: 1) die Pariser Stadtpost; 2) andere Stadtposten; 3) Briefe von Stadt zu Stadt; 4) Briefe nach dem Ausland und den Colonien; 5) Zeitungen und Drucksachen. Die dritte Rubrik, als die wichtigste, bietet folgende Verhältnisse der Correspondenz und des Postgeldes dar: 1846 91,450,000 Briefe und 39,240,000 Fr.; 1847 96,110,000 Briefe und 41,245,000 Fr.; 1848 92,710,000 Briefe und 39,789,000 Fr.; 1849 in 9 Monaten 95,873,000 Briefe und 20,315,000 Fr., so daß nach einer muthmaßlichen Schätzung die Postbeförderung des ganzen Jahrs 131,455,000 Briefe, der Ertrag davon 28 Mill. Fr. ausmachen wird. Vergleicht man 1849 mit 1847, so hat die Ziffer der Briefe dieser Kategorie um 35,345,000 oder um 28 Proc. sich vergrößert, dagegen die Einnahme an Porto um 13,245,000 Fr. oder um 32 Proc. abgenommen, es dürfte also noch einige Zeit anstehen bis der Ausfall gedeckt seyn wird. Was die Pariser Stadtpost anlangt, deren Taxe geblieben ist, und die ungefähr 8 Mill. Briefe zu den 125 bis 130 Mill. der gesammten Briefpost liefert, so hat sie — 1849 mit 1847 verglichen — 20 Proc. verloren und nur 9 Proc. gegen 1848 gewonnen. Die merkwürdigste Erscheinung ist die außerordentliche Zunahme der Journale. Im Jahr 1846 war die Versendung 86,667,000, im Jahr 1847 89,333,000, im Jahr 1848 127,667,000, und in diesem Jahr wird sie beiläufig auf 140 Mill. steigen. Das Zeitungsporto welches der Staat erhebt ist sehr gering — nur 1,520,000 Fr.

Man hat algerische Blätter bis 20 Nov. Noch immer nicht die erwartete Nachricht von der Einnahme von Zaatscha. Dagegen melden sie den Tod des Obristen Petit, des Directors vom Geniecorps, der die ersten Belagerungsarbeiten geleitet hatte und an seinen Wunden gestorben war. Auch war Baron Volland, weiland ein berühmter Generalkriegscommissär der kaiserlichen Heere, in Kuba, unsern Algier, am 13 Nov., in einem Alter von 81 Jahren mit Tod abgegangen.

♂ **Paris,** 30 Nov. Die Aechtheit der Anrede des Präsidenten an die Präfecten ist jetzt außer allen Zweifel gestellt, und wird daher im Publicum immer lebhafter besprochen. Glauben Sie nur nicht daß sie große Mißbilligung hervorruft. Sie erregt Wuth aber keinen Tadel, und in der unabsehbaren Heerde der Ruhewüthigen freudigen Beifall. Die Leute die einen Staatsstreich herbeiwünschen sind Legion, nur sind sie keine Legion, sie bilden keine Schaar; für Ludwig Bonaparte schwärmt weder das eigentliche Volk noch irgendeine freie Natur; denn Victor Hugo ist das wahrhaftig nicht. Auch die Bauern zweifeln in vielen Provinzen, verzweifeln in einigen an ihm; das ist der rechte nicht, sagen sie, und schütteln den Kopf. Aber die Bourgeoisie die Ludwig Philipp die Hand drückte und sich an Cavaignac hing in der Stunde der Gefahr, die Bourgeoisie von Paris, zumal die wenn's ihr gut geht, von Freiheit schnaubt und sich das Vergnügen einer Revolution macht, kommt dann der Katzenjammer heran, von nichts wissen will als von Despotismus und roher Gewalt, diese Bourgeoisie ist jetzt ungeduldig bereit eine pompöse Lungenanstrengung für den Kaiser Ludwig Napoleon II zu machen. Ein imperialistischer Staatsstreich könnte in den Provinzen zum Bürgerkrieg schon darum führen weil, nach dem Wortlaut der Verfassung, jeder Anschlag auf die gesetzgebende Versammlung von Seiten des Präsidenten Verweigerung des Gehorsams den Staatsbürgern zur Pflicht macht, ein Staatsstreich ohne Vergehen gegen die Nationalversammlung aber nicht wohl denkbar ist. Verweigerung des Gehorsams heißt auch ebensoviel als Verweigerung der Steuern, und wenn Verweigerung der Steuern nicht bloß Befugniß sondern Pflicht ist; wer kann die Wirkung einer Maßregel berechnen welche die Ausübung dieser Pflicht hervorrufen würde! Die Millionen die im Schweiße ihres Angesichts den Staat ernähren thun es nicht sehr gern, wenn sie nun hören das Gesetz verbiete ihnen zu zahlen, werden sie nicht versucht seyn lieber dem Gesetz als dem Steuereinnehmer zu gehorchen? Von da bis zum Bürgerkrieg ist, das steht jeder, nur ein Schritt. Ludwig Bonaparte fühlt das und darum wiederholt er beständig er wolle im Geleise der Verfassung bleiben. Das Schlimme dabei ist nur daß er nicht auf die verfassungsmäßige Zustimmung der Kammer mit Gewißheit rechnen kann. Es scheint im Gegentheil wenig Aussicht vorhanden daß die zu einem Antrag auf Aenderung des Grundgesetzes nöthigen drei Viertheile der stimmenden Deputirten für einen Beschluß zusammenkommen würden, der auch den Wunsch enthielte daß der jetzige Präsident unmittelbar nach Ablauf seiner Amtszeit wiedererwählt werden könnte.*) Nicht nur der Berg würde dagegen seyn, ein großer Theil der Legitimisten zeigt gleichfalls keine Lust sich darauf einzulassen, und selbst Orleanisten wie Hr. Desmousseaux de Givre und Regnault, St. Jean d'Angely dürften sich zweimal besinnen ehe sie zu einem solchen Begehren Ja sagten. Es bliebe also dem Präsidenten, wenn er nach drei Jahren durchaus nicht wieder ein einfacher Bürger werden will, nichts übrig als das Glück der Empörung gegen das Gesetz zu versuchen. In den Provinzen könnte das, wie gesagt, schlechte Geschichten absetzen, aber in Paris geht, wie auch die Häupter der Bürgerwehr hierüber denken mögen, der mittlere und kleinere Bürgerstand der noch an das Paris denkt wie es zu Napoleons Zeiten war, mit hoffnungsvoller Sympathie auf den gleichen Gedanken ein, und ist die Ausführung zu unterstützen nicht ungeneigt.

Straßburg, 1 Dec. Die Municipalräthe der vorzüglichsten Städte des Elsasses sowie auch unsere Handelskammer haben sich wiederholt an die Regierung gewendet, um die Ratification des mit Bayern unterm 4 Febr. 1848 abgeschlossenen Vertrags für Herstellung einer Eisenbahn nach der Pfalz zu bewirken. Wir haben auch Hoffnung daß der Minister der öffentlichen Bauten einen Gesetzesentwurf in diesem Betreff der Nationalversammlung demnächst vorlegen wird. Die Ausführung des Baues wird die Straßburg-Baseler Gesellschaft unter Mitwirkung des Staats übernehmen. — Die Thätigkeit in den meisten Fabriken des Elsasses, namentlich aber in Mülhausen hat auf eine so beispiellose Weise zugenommen daß in diesem Augenblick Tag und Nacht gearbeitet werden muß, um die Kauflust nur einigermaßen zu befriedigen. Der Preis aller Waaren ist fortwährend im Steigen und ebenso haben die Arbeitslöhne eine ansehnliche Besserung erlangt. Die oberrheinische Dampfschifffahrt mußte diese Woche in Folge der Kälte eingestellt werden. Sehr starke Schneefälle verzögerten in den letzten Tagen die Ankunft sämmtlicher Posten.

Italien.

Die Turiner Opinione meldet daß, während die piemontesische Regierung ihre Festung Alessandria entwaffnen lasse, die Oesterreicher andererseits die Festung Piacenza eifrig befestigen. Dasselbe Blatt verbürgt die Wahrheit folgender Anekdote: „Der Podestà von Mailand wartete vor einigen Tagen dem Marschall Radetzky auf, und wagte ihm vorzustellen daß, da der Friede jetzt überall befestigt sey, der Belagerungszustand wohl aufhören könnte. „Es thut mir leid," antwortete der Marschall, „daß ich Ihrem Gesuch nicht willfahren kann. Der jetzige Friedenszustand ist nicht dauerhaft, und es ist nicht unwahrscheinlich daß wir im nächsten Frühjahr genöthigt sind wieder einen militärischen Spaziergang nach den sardinischen Staaten zu machen." — Der General La Mar-

*) Die jetzige Versammlung hat überhaupt kein Recht an der Verfassung etwas abzuändern, und kann nur im Jahr 1851, demselben in welchem die Vollmacht des Präsidenten bereits erlischt, die Einberufung einer Revisionsversammlung beschließen, welche dann erst gewählt werden muß.

mora ist als Gouverneur der Insel Sardinien nach Cagliari abgegangen. — Der Minister der Gnade und Justiz, Hr. de la Margherita, hat Umlaufschreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe, an die Präsidenten der Appellhöfe und an die Friedensrichter erlassen, worin er sie ermahnt in ihren Bereichen sich eifrigst der Wahlen anzunehmen, und dafür zu sorgen daß so viele Wähler als möglich sich bei den Wahlen betheiligen, auf daß die nächste Kammermajorität wirklich die Meinung des Landes darstellen möge. Die Wahlproclamationen in den uns vorliegenden Turiner und Genueser Oppositionsblättern lauten ziemlich gemäßigt.

Der englische Globe meldet aus Florenz, daß die toscanische Regierung sich eine Anleihe von 30 Millionen Lire verschafft, gegen Unterpfand der Einnahmen vom Tabaksmonopol, welches am 12 Dec. amtlich zuerkannt werden sollte. Die Anleihe ist zu 5 Procent abgeschlossen, heimzahlbar in 1500 bis 2000 Coupons jährlich. Außer den Tabakseinnahmen sind auch die von der Salzsteuer für die regelmäßige Zinszahlung verpfändet.

Rußland.

St. Petersburg, 20 Nov. Die Petersburger Zeitung bringt Nachricht von verschiedenen Unterstützungsmaßregeln welche der Kaiser zu Gunsten bedrängter Grundbesitzer mehrerer Gouvernements angeordnet hat. Schon im Junius d. J. war den Gutsbesitzern der Gouvernements Smolensk und Pskow Stundung ihrer Schuldzahlungen an die Creditanstalten gewährt. Jetzt wird diese Wohlthat auch auf Besitzer ausgedehnt deren Ländereien nicht mit Bauern besetzt sind, und zwar in der Ausdehnung daß Schulden welche binnen acht Jahren zurückgezahlt werden sollen, in Betreff des Capitals wie der Zinsen auf acht Jahre, Schulden von weiterem Zahlungstermine auf zwölf Jahre gestundet werden. Ebenso ist es in den Gouvernements Moskau und Riäsan Gutsbesitzern, welche durch ein Attest des Kreisadelsmarschalls ihre Verlegenheit nachweisen, gestattet sich gegen gerichtliche Verfolgungen in Betreff rückständiger Zinsen, zu welchen verschiedene Mißernten mannichfache Veranlassung gegeben haben, dadurch zu schützen daß sie diese Zinsen zum Capital der Schuld schlagen lassen.

Mexico.

Man vernimmt aus **Veracruz** vom 16 Oct. daß Mexico wieder am Vorabend ernstlicher Bewegungen stand. In mehreren Staaten war eine unruhige Stimmung bemerkbar, wahrscheinlich künstlich hervorgerufen von Santa Anna's Anhängern, die alles aufbieten um dessen Rückkehr und Wiedereinsetzung in die Regierungsgewalt zu bewerkstelligen. Andrerseits sind auch die Monarchisten sehr rührig, und der in Veracruz erscheinende „Universal" sieht die Rettung Mexico's nur in einem Monarchen, welcher der jetzigen „possenhaften Republik" ein Ende mache. (Engl. Bl.)

Sandwich-Inseln.

Die gestern nach den New-Yorker Blättern gegebene Nachricht von der Wegnahme der Sandwich-Inseln durch die Franzosen — sie beruht auf einer Mittheilung aus San Francisco (Californien) — erleidet durch folgenden Artikel der ebendaselbst erscheinenden Pacific News vom 29 Sept. einige Modification: „Die französische Fregatte „Poursuivante," unter Commando des Admirals Tromelin, ist hier eingelaufen von den Sandwich-Inseln, welche sie zu Anfang dieses Monats verlassen; Hr. Dillon, der bisherige französische Consul daselbst, ist mit seiner Familie an Bord. Er hat, heißt es, seine amtliche Mission in Honolulu definitiv beschlossen, und reist mit dem Dampfboot das nach Panama abzusegeln im Begriff ist, um über die Vereinigten Staaten nach Frankreich heimzukehren. Ueber die Vorgänge zwischen den Franzosen und der hawaiianischen Regierung vernehmen wir dieses. Der französische Consul hatte an dieselbe mehrere Forderungen gestellt, deren wichtigste eine Herabsetzung des Zolls von französischen Branntweinen betraf, die aber von der hawaiianischen Regierung mit Berufung auf einen frühern Vertrag zwischen Frankreich und den Sandwich-Inseln verweigert wurden. Indessen es waren noch einige Streitpunkte auf dem Tapet, und die Regierung der Inseln wünschte die ganze Sache dem Pariser Cabinet zur nähern Prüfung und zur Entscheidung vorzulegen. Das nahmen Hr. Dillon und der französische Admiral nicht an, sondern bestanden auf alsbaldige Erfüllung ihrer Forderung. Auch die angebotene Vermittelung des brittischen Generalconsuls wurde von ihnen abgelehnt, und die Franzosen schritten sofort, trotz der Protestation des amerikanischen Consuls und (wie wir hören) auch des englischen, zu feindseligen Maßregeln. Das hawaiianische Fort bei Honolulu wurde von ihnen genommen, entwaffnet, die Munition zerstört, und die hawaiianische Fahne herabgerissen. Indessen nach drei Tagen hörte die französische Occupation auf, und jene Fahne wurde wieder auf das Fort gepflanzt. Auch eines von den Schiffen des Sandwich-Königs wurde von den Franzosen weggenommen und nach Tahiti oder Valparaiso fortgeführt. Die französischen Behörden verließen hierauf die Insel." (Der König der Sandwich-Inseln, ein Seitenstück zu dem von Mosquitia, steht unter besonderem Schutz der Vereinigten Staaten, die zuerst seine „Souveränetät" anerkannt; allein auch die Vereinigten Staaten glauben einige Ursache zu haben über Se. Maj. ungehalten zu seyn, und haben deßhalb seit einigen Monaten ihre diplomatischen Verbindungen mit demselben, die der Commissär Hr. Ten Eyck besorgte, abgebrochen.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 30 Nov. Der Standard bemerkt in seinem Börsenartikel daß die Besorgnisse wegen der deutschen Verhältnisse, die in den letzten Tagen in der City herrschten, sich so ziemlich wieder gelegt haben. Consols $95\frac{3}{4}$. Die Eisenbahnactien fest

Paris, 1 Dec. 3proc. 57.10; 5proc. 89.80; Bankactien 2400; belg. 5proc. $95\frac{5}{8}$; neap. 5proc. 91; röm. $80\frac{1}{2}$; span. passive $3\frac{7}{8}$; 3proc. $38\frac{1}{2}$; innere Schuld 29; Hayti 195; piem. Oblig. v. 1834 930; v. 1849 890; Vers. E.-B. linke 167.50; Paris-Orleans 735; Rouen 525; Straßburg 356.25; Nordbahn 443.75; Rouen-Havre 228.75; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Bordeaux 400; Tours-Nantes 277.50; Dieppe-Fecamp 175.

Amsterdam, 30 Nov. $2\frac{1}{2}$proc. $54\frac{1}{16}$; 3proc. $63\frac{5}{8}$; 4proc. 83; port. 4proc. $36\frac{1}{2}$; Metall. 5proc. $82\frac{1}{8}$; Ard. $13\frac{3}{16}$. Curs auf London 12.05 k. S. Curs auf Hamburg $34\frac{7}{8}$ k. S.

Augsburg, 4 Dec. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 84 P. 4proc. 92 P 5proc. $100\frac{1}{8}$ P. 100 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 3 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 85; Bankactien 1292; preuß. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{3}{4}$; Ludwigsh.-Berbach $84\frac{7}{8}$; württemb. $3\frac{1}{2}$proc. 81; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{4}$; bad. 5proc. $96\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $78\frac{5}{8}$; darmst. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{3}{4}$; 4proc. $88\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$proc. $93\frac{1}{2}$; nass. 5proc. $101\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{2}$ P.; Frankf. 3proc. $78\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{1}{4}$. 88; Disconto 2 P.

Hamburg, 30 Nov. Hamb.-Berged. E.-B.-A. $92\frac{1}{2}$. Berl.-Hamb. $82\frac{1}{4}$. Altona-Kiel 94 P. Mecklenb. 33 P. Rendsb.-Neum. 112. Glückst.-Elmsh. 25 P. Kopenh.-Rothsch. 40 P. Neue $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. $86\frac{5}{8}$. Hannov. 5proc. 105. Ruff. engl. Anl. $105\frac{1}{2}$. Dän. 3proc. Anl. $70\frac{1}{2}$ P. Schwed. 4proc. $97\frac{1}{2}$ P. Norw. 4proc. $99\frac{1}{2}$ P. Amerik. 6proc. 105.

♀ **Wien,** 1 Dec. Die Haltung der heutigen Börse war eine merklich bessere. Zwar herrschte in Fonds und Actien nur wenig Verkehr und Veränderung, dafür stellten sich aber die Valutaverhältnisse bedeutend günstiger, und waren fremde Devisen sowie Geld bis zum Schlusse zur ermäßigten Notiz stark offerirt bei Mangel an Abnehmern. London in kurzer Sicht war mit 11.1 angeboten. Das neue Anlehen wurde heute bei sehr geringem Umsatz mit $83\frac{5}{8}$. Bankactien etwas besser, bis 1190 bezahlt. 250fl.-Loose, deren Serienziehung heute stattfand, wurden mit $108\frac{1}{2}$–109 abgegeben. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{8}$–$94\frac{3}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. Metall. (neues Anlehen) $83\frac{5}{8}$–$83\frac{3}{4}$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $16\frac{5}{8}$–$16\frac{3}{4}$. Silberagio $10\frac{1}{4}$ Proc. Napoleonsd'or 8 fl. 58 kr., Souverainsd'ors 15 fl. 25–30 kr. Auf Lieferung stellte sich das Goldagio noch unter Notiz, da man einem weitern Rückgang entgegensehen darf. — In der heute stattgefundenen 16ten Verlosung der k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 wurden nachstehende 90 Serien gezogen: 104, 110, 174, 249, 306, 376, 473, 542, 568, 611, 673, 743, 745, 786, 849, 864, 917, 918, 930, 940, 972, 1000, 1250, 1352, 1474, 1476, 1599, 1791, 1839, 2072, 2096, 2203, 2305, 2358, 2488, 2496, 2536, 2585, 2643, 2682, 2722, 2776, 2936, 2951, 2966, 3020, 3061, 3166, 3287, 3300, 3388, 3397, 3436, 3446, 3453, 3477, 3496, 3585, 3604, 3652, 3900, 4135, 4214, 4220, 4224, 4256, 4323, 4361, 4505, 4518, 4633, 4635, 4748, 4873, 4914, 4979, 5063, 5067, 5164, 5173, 5255, 5335, 5385, 5392, 5415, 5428, 5443, 5926, 5944, 5985.

♀ **Wien,** 2 Dec. In dem heutigen Sonntagsgeschäft des Börsenkaffeehauses haben Nordbahnactien sowie $4\frac{1}{2}$proc. Metall. des neuen Anlehens etwas angezogen, und schlossen die Notirungen bei beschränktem Umsatz: 5proc. Met. $94\frac{5}{16}$–$\frac{3}{8}$. $4\frac{1}{2}$proc. $83\frac{3}{4}$. Nordbahnactien $107\frac{3}{8}$–$\frac{5}{8}$. Pesther-Actien $78\frac{1}{2}$–79. Mailänder $79\frac{1}{2}$–80, k. k. Anlehensloose vom Jahr 1839 109–$109\frac{1}{4}$. — Bei der gestern stattgefundenen Verlosung der fürstlich Windisch-Grätz'schen 20fl.-Loose (Anleihe von 2 Millionen Gulden) haben gewonnen: Nr. 42705 20,000 fl., Nr. 20324 2000 fl., Nr. 84141 1000 fl., Nr. 42756 500 fl., und die Nrn. 92675, 90842, 62898, 47831, 41550, 34734, 22913, 15579 und 4294 jede zu 100 fl.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Die österreichische Note vom 12 November. — Der Waldeck'sche Proceß. — J. G. Kohl und die Ostdeutsche Post.

Die österreichische Note vom 12 November.

○ **Frankfurt a. M.**, 28 Nov. Die Erklärung des Hrn. v. Bodelschwingh vom 17 Oct. vor dem Verwaltungsrath in Berlin, die im wesentlichen darin besteht daß nach der preußischen Ansicht der Dinge mit dem Verschwinden des Bundestags auch die Bundesverfassung aufgehoben sey, hat zunächst die viel besprochene aber in den meisten Zeitungen falsch aufgefaßte österreichische Note oder Weisung an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 12 Nov. hervorgerufen. Es war zu erwarten daß von irgendeiner Seite der nicht dem engern preußischen Bunde beigetretenen Staaten eine Erklärung über jene preußische Erklärung gefordert werden würde, denn jenes allzukühne Vorschreiten des Hrn. v. Bodelschwingh war geeignet die letzten Rechtsgrundlagen des gesammten Deutschlands zu erschüttern und alles zu verwirren. Wir sagen, es lag sowohl im Interesse von allen andern Staaten Deutschlands (richtig verstanden selbst im preußischen Interesse) eine Berichtigung jener Aussprüche hervorzurufen, als in dem von Oesterreich. Solange kein Definitivum in der deutschen Verfassungsangelegenheit gefunden ist, müssen das alte Recht, das allein noch die Gesammtheit der deutschen Staaten zusammenhält und verpflichtet, und die bereits bestehenden Elemente der neuen Bildung als Grundlagen des neuen Bundes festgehalten werden. Dieß hat die Frankfurter Nationalversammlung sehr wohl gefühlt und deßhalb niemals die Grundgesetze des deutschen Bundes aufgehoben; dieß liegt in der Nothwendigkeit der Dinge begründet, mag man nun vom Standpunkt des Rechts oder von dem der Zweckmäßigkeit in der deutschen Verfassungsfrage ausgehen. Was würde sonst bis zum Abschluß aus der Anerkennung der bestehenden Verpflichtungen in Bezug auf die Militärverfassung, auf die Vertheidigung Deutschlands, auf die Vertretung gegen außen, auf die Integrität der Staaten, was würde aus der Anerkennung der Rechte der mittleren und kleineren Staaten, endlich aus der von Preußen selbst beschickten provisorischen Centralgewalt werden? Man mußte in Preußen selbst bedenken daß Preußen als einer der Contrahenten der Wiener Verträge und als eine der acht Mächte die Garantie der Bundesacte (die bekanntlich in die Wiener Congreßacte aufgenommen ist) mit übernommen hat, und daß eine jede Abweichung von derselben nur dann als gerechtfertigt angesehen werden kann wenn die übrigen deutschen Staaten ihre Zustimmung gegeben haben. Oesterreich konnte und kann Preußen nicht verhindern einen Versuch zu machen, wieweit es auf dem eingeschlagenen Wege des engeren Bundesstaats gelingen mag eine Gesammtverfassung für ganz Deutschland anzubahnen und vorzubereiten, wenn nämlich jener Versuch nicht darin besteht bloß einseitig und durch den alleinigen Beschluß der mit Preußen verbündeten Staaten das deutsche Bundesrecht abzuändern. Ob dieses geschehen wird, hat Oesterreich, haben die deutschen Staaten abzuwarten. Daß es geschehen kann, daß es selbst wahrscheinlich ist daß es geschehen werde, ist zu fürchten. Nicht nur die Bestrebungen Preußens eine entschiedenere Unterordnung in der Militärverfassung derjenigen Staaten die gegenwärtig noch dem engern Bunde angehören herbeizuführen, sondern selbst die preußischen Ansprüche und Vorschläge in Bezug auf die Vertretung aller Staaten des engern Bundes im Ausland und vor der Centralgewalt durch Preußen, kurz die preußischen Entwürfe selbst, sind ebenso viele Wahrzeichen dafür daß es geschehen werde. Es ist dieß dann nach vollendetem Reichstag ein politischer Versuch, von dem sich fragen wird ob er die Zustimmung der andern Staaten erhält, ob er nicht das Bundesrecht bricht und ob nicht gegen seine Verwirklichung die Garanten der Wiener Verträge angerufen werden.*) Dieß letztere ist auch zu fürchten, kann aber nur in dem Fall geschehen wenn eine wirkliche Rechtsverletzung durch Preußen vorläge. Möge man sich daher die Eventualitäten von allen Seiten klar vergegenwärtigen, damit man nicht weiter gehe und getrieben werde als man gesonnen ist zu gehen. Es ist keine Frage und muß von Vaterlandsfreunden ausgesprochen werden, Krieg kann aus diesen Verwicklungen, Bürgerkrieg in Deutschland kann daraus hervorgehen. Bis jetzt handelt es sich nur darum die offenbar höchst vagen Unterscheidungen des Hrn. v. Bodelschwingh zwischen dem was Preußen noch beliebe von Bundesrecht anzuerkennen oder was nicht, zu berichtigen und weiter den Grundsatz von vornherein auszusprechen daß nicht das was einseitig von Preußen und seinen Verbündeten allein als Recht aufgestellt werde, auch wirklich zu Recht in Deutschland bestehe. Diese Aufgabe wurde von der österreichischen Note in sehr entschiedener Weise gelöst, ohne alle Drohung, aber in jener klaren staatsrechtlichen Sprache die ihre Energie in sich trägt. Preußen hat sich bei seinen Versuchen für den engern Bundesstaat gerade auf die Bundesacte Art. XI berufen, sein Recht zu einem solchen „Bündniß" aus diesem Artikel hergeleitet; es hatte das Hauptgrundgesetz der Bundesverfassung zur Basis seines versuchten engern Bundesstaats genommen, es hatte die feierlichsten Erklärungen abgegeben die Verträge von 1815 heilig zu halten, und denjenigen Staaten welche dem von Preußen beabsichtigten engern Bundesstaat nicht beitreten würden, alle aus den Verträgen seit 1815 ihnen zustehenden Rechte und Pflichten vorzubehalten. Oesterreich hält demnach Preußen einen „offenen Widerspruch" mit seinen frühern Versicherungen vor.

Bekanntlich bestand die überraschende Deduction des Hrn. v. Bodelschwingh in folgender Schlußfolge: „Die deutsche Bundesverfassung bestehe nicht mehr, weil mit dem Bundestag die wesentlichste organische Einrichtung des Bundes untergegangen sey, ohne daß irgendein Bundesglied ein Recht auf deren Wiederherstellung habe. Der (von Preußen) zu errichtende Bundesstaat könne also auch nicht in den Fall kommen mit der nicht mehr gültigen Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen, auch könnten die aus dem Bundesvertrag von 1815 entsprungenen Rechte und Pflichten, „insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand hätten," durch die Verfassung des neuen Bundesstaats in keinerlei Weise verletzt werden, weil ja die Wahrung dieser Rechte und Pflichten zugesagt worden. Um der bekannten Einwendung zu entgehen der Bundestag sey ja in rechtmäßiger Weise und mit Zustimmung der Gesammtheit aller deutschen Bundesstaaten durch die provisorische Centralgewalt ersetzt und das Fortbestehen des Bundesrechts eben durch diese Uebertragung ausdrücklich anerkannt worden, behauptete Hr. v. Bodelschwingh weiter: die provisorische Centralgewalt könne nicht als die Nachfolgerin des Bundestags betrachtet werden, da mit der Auflösung der Bundesversammlung auch die Organisation des Bundes aufgelöst worden sey, wonach die Centralgewalt nur als eine aus dem augenblicklichen Bedürfnisse einer Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten hervorgegangene, einstweilen anerkannte Behörde anzusehen sey. Diese Deduction besteht also wesentlich in folgendem Kreisschlusse: da der Bundestag aufgehoben ist, so ist die Bundesverfassung aufgehoben. Da die Bundesverfassung aufgehoben ist, so braucht Preußen nur dasjenige vom Bundesrecht anzuerkennen, was seinem Versuch eines neuen Bundesstaats nicht im Wege steht. Da die Bundesversammlung die organische Form des Bundes war, so ist mit ihrer Aufhebung auch ihre Fortsetzung, nämlich die provisorische Centralgewalt aufgehoben. Was nun Preußen nach eigener Auswahl noch allein vom Bundesrecht anerkennen will, besteht nach jener Erklärung in der gegenseitigen Hülfeleistung und in der Garantie der Integrität der einzelnen Staaten, sowie in deren verhältnißmäßigem Antheil am Bundeseigenthum. Gegen diese Auswahl erklärte sich daher die österreichische Note und stellte eine andere Rechtsansicht auf: „Wir können unmöglich dem ausgesprochenen Grundsatz beipflichten daß die Wesenheit der Bundesverfassung nur in einem concreten Organismus und in einer unwandelbar bestimmten Gliederung der zur Zeit ihrer Feststellung vorhandenen Verhältnisse und Einrichtungen bestehe, und daß daher eine aus freier Zustimmung aller Betheiligten hervorgegangene Abänderung in dem bisherigen Organismus der gemeinschaftlichen Leitung der Bundesangelegenheiten (die Einsetzung der provisorischen Centralgewalt) die Aufhebung der gesammten Bundesverfassung, somit die Aufhebung des Bundes selbst, nothwendig herbeiführen müsse. Noch weniger vermögen wir zu begreifen, wie nach dem behaupteten Untergang der Bundesverfassung außer den Ansprüchen auf das Bundeseigenthum noch andere Rechte und Pflichten, deren Bestimmung jedenfalls nur eine willkürliche seyn würde, fortbestehen können, und wir müssen selbst dann wenn ein solcher Widerspruch zu lösen wäre, dem Verwaltungsrath jede Befugniß absprechen über die Beschaffenheit und den Umfang solcher Rechte ein Urtheil zu fällen. Für uns ist die Bundesverfassung ein bindender, somit nur durch Zustimmung aller Betheiligten zu lösender Vertrag, durch welchen ein beständiger völkerrechtlicher Verein gegründet werden wollte. Dieser Vertrag und somit die aus ihm hervorgangene Bundesverfassung zerfallen in drei Theile, deren erster den Zweck und die Bestimmung des Bundes ausspricht. Der zweite setzt die Rechte fest

---

*) Gott wolle verhüten daß irgendjemand daran denke Rußland und England zu Schiedsrichtern in der deutschen Verfassungsfrage zu machen!

welche durch den Bund erworben werden, und bezeichnet die diesen Rechten entsprechenden sowie die durch den Bundeszweck auferlegten Pflichten gegen die Gesammtheit und gegen jedes einzelne Bundesglied. Der dritte endlich verordnet die organischen Einrichtungen zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten. Unserer Ueberzeugung nach liegt daher die Wesenheit der Bundesverfassung in dem durch sie ausgesprochenen Bundeszweck und in den aus ihr abgeleiteten Rechten und Verpflichtungen. Alles übrige ist unwesentlich, von untergeordnetem Belang und kann eine Abänderung erfahren. Daß dem so sey und dabei Abänderungen bereits bei Gründung des Bundes vorhergesehen worden sind, beweisen die in der Bundesacte und in der Wiener Schlußacte getroffenen Anordnungen, welche die Bedingungen festsetzen unter denen die organischen Einrichtungen modificirt werden können. Auch müssen wir in Abrede stellen daß es unmöglich seyn sollte die Bundesversammlung durch ein anderes Organ zu ersetzen, welches geeignet wäre den Bund als einen Verein unabhängiger und selbständiger Staaten in seiner Gesammtheit vorzustellen! Wir müssen in Abrede stellen daß nicht jedem der Bundesglieder das Recht zustehe die Bildung eines neuen verfassungsmäßigen Organs der Gesammtheit zu fordern. Wir müssen endlich in Abrede stellen daß bis zur Einsetzung eines solchen Organs nicht einem jeden der Bundesglieder das Recht zukomme seine verfassungsmäßigen Ansprüche, insoweit dieß unter solchen Verhältnissen möglich ist, selbst geltend zu machen und denselben durch den Ausdruck seines bundesgesetzlich begründeten Willens zu vertreten." Dieß sind die hauptsächlichen Rechtssätze die Oesterreich anerkennt und Preußen als unzweifelhaft entgegenhält, also vorzüglich eine Rettung der Rechte der Gesammtheit der deutschen Staaten; die Note weist überdem darauf hin, wie der königl. Commissär Hr. v. Radowitz in der Sitzung der zweiten Kammer vom 24 Oct. im Namen der Regierung ja die Ueberzeugung ausgesprochen hat daß „die Bildung eines provisorischen Organs des Bundes von 1815 durch ein unzweifelhaftes Recht geboten werde, daher alle Mitglieder des Bundes die vertragsmäßige Verpflichtung hätten eine Behörde vorzusetzen welche die Leitung der öffentlichen Bundesangelegenheiten übernehme"; sie weist ferner darauf hin wie ja die Uebereinkunft vom 30 Sept. eben diese Grundsätze bestätige, auf denselben beruhe, da ja sämmtliche Bundesglieder eingeladen seyen ihre Zustimmung zu geben: „Der in dieser Form erklärte Wille der Einzelnen wird sonach als der Ausdruck des Willens der Gesammtheit zu gelten haben. Aus dem Vorhergehenden ergibt sich unwiderleglich daß der Bestand der Bundesverfassung und somit auch jener des Bundes selbst nicht durch den Bestand des Institutes der Bundesversammlung bedingt war, dasselbe mit allseitiger Zustimmung durch ein neues, den Bund in seiner Gesammtheit vorstellendes Organ ersetzt zu werden vermöge, die vertragsmäßige Verpflichtung aller Bundesglieder vorliege ein solches Organ einzusetzen, somit auch jedem einzelnen Bundesgenossen das Recht zustehe eine solche Einsetzung zu fordern, und endlich die Möglichkeit gegeben sey durch die Aeußerung des Willens der einzelnen einen Ausdruck für den Willen der Gesammtheit zu finden." Zu noch vollständigerer Begründung der gewonnenen Rechtssätze weist Oesterreich auf den Bundesbeschluß vom 12 Jul. 1848 und die Uebereinkunft vom 30 Sept. 1849 hin. Durch den erstern wurde bekanntlich in verfassungsmäßiger Weise mit Zustimmung aller einzelnen Staaten die provisorische Centralgewalt an die Stelle der Bundesversammlung gesetzt und nur die Form des gemeinsamen Bundesorgans geändert. Preußen erhob damals keinen Anstand, sondern stimmte bei, und als es später mit den bekannten Gründen die weitere Anerkennung der provisorischen Centralgewalt versagte, so wäre es seine Pflicht gewesen, wie die der andern Staaten, zur Einsetzung eines neuen Organs der Gesammtheit die Hand zu bieten. Dieß geschah endlich in der Uebereinkunft vom 30 Sept. in der bekannten Weise, und hier erkannte abermals Preußen den Erzherzog-Reichsverweser als den Nachfolger der Bundesversammlung und als bundesgesetzlichen Träger der von dieser übernommenen Rechte und Pflichten an, denn diese von Preußen selbst vorgeschlagene und vollzogene Uebereinkunft spricht es aus daß der Erzherzog-Reichsverweser die ihm mit Bundesbeschluß vom 12 Jul. anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben und zu diesem Ende die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes auf Grund der erfolgten Zustimmung der übrigen Regierungen in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederzulegen haben werde." Eben in dieser Uebereinkunft erkannte endlich auch Preußen die Bundesacte als zu Recht bestehend an, berief sich auf dieselbe und setzte mit den übrigen Staaten fest: daß die zu bildende Bundescommission „die bisher von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engeren Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, zu besorgen haben werde, alle übrigen nach Artikel VI der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben, und die Mitglieder der Bundescommission die ihr zugewiesenen Geschäfte der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundeskriegs-Verfassung gemäß zu besorgen und zu leiten haben werden."

Da es eine ausdrücklichere Anerkennung nicht geben kann, so spricht Oesterreich zum Schluß der Note folgende Ueberzeugungen aus: 1) daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat in den Fall kommen kann mit der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen; 2) daß es unzulässig sey die auf der Bundesacte beruhenden Rechte und Pflichten von der Bundesverfassung zu unterscheiden, indem dieselben unzertrennlich sind, sich gegenseitig bedingen und eine solche Unterscheidung derselben nur auf einer unrichtigen, die Formen zur Wesenheit erhebenden Auffassung des Begriffs der Bundesverfassung beruhen kann, daß sonach 3) alle aus der Bundesverfassung abzuleitenden Rechte und Pflichten, insofern sie sich nicht unbedingt auf die ursprüngliche Form des gemeinsamen Bundestags beziehen, daher unter den gegebenen Verhältnissen keine Anwendung finden, einen Gegenstand haben und es 4) nicht genüge den außerhalb des Bündnisses vom 26 Mai bleibenden Staaten ihre durch die Verträge gewährleisteten Rechte und Pflichten vorzubehalten, wenn dieß Bündniß in seinen praktischen Folgen diese Rechte und Pflichten gefährdet." Oesterreich fordert daher von Preußen eine Berichtigung der von dem Verwaltungsrath aufgestellten Grundsätze, und erklärt dieselben nicht zur Geltung gelangen lassen zu können. Erlauben Sie mir nun noch ein paar Schlußworte. Oesterreich, das keineswegs eine Wiederherstellung des alten Bundestages will, ist, soweit diese Note reicht, offenbar in seinem vollsten Recht gegen Preußen; es wahrt die Rechte der Gesammtheit und bringt vor daß kein einseitiges Vorschreiten Preußens nachtheilige Folgen haben dürfe. Oesterreich läßt mehrmals durchblicken daß es einen Verein der Gesammtheit Deutschlands will, es hindert nirgends direct den Versuch Preußens mit seinen Bundesstaaten, aber es wahrt den Rechtsboden für das übrige Deutschland. So nothwendig dieser Schritt auch war, so müssen wir doch sagen er ist nur negativ. Wird Oesterreich endlich innerhalb der neuen provisorischen Centralgewalt auch positive Vorschläge machen, unter welchen Formen und Bedingungen, unter welchen immerhin auch verschiedenen Eventualitäten es den Gesammtverein Deutschlands theilen und annehmen will? Nur eine solche Politik kann den Ausschlag geben und den Dreikönigsversuch beseitigen.

Der Waldeck'sche Proceß.

Am 28 Nov. war der erste Tag des Waldeck'schen Processes. Um 8½ Uhr Morgens füllte sich der Saal des Schwurgerichtshofes. Die Stenographen der Regierung und die des Buchhändlers Hempel hatten abgesonderte Zimmer, um dort ihre Bureaux einzurichten. Vorsitzender des Gerichtshofs war der geheime Rath Taddel; die Stadtgerichtsräthe Nörner, Weil und Schröder und Assessor Schulze, und die Ergänzungsrichter Stadtgerichtsrath Groschuff und Assessor Lange bildeten mit ihm das Richtercollegium. An dem Pult der Staatsanwaltschaft saßen der Oberstaatsanwalt Sethe und der Staatsanwalt Meier; am Vertheidigertisch Advocatanwalt Dorn, Waldecks Vertheidiger, und Rechtsanwalt Weitling, der dem Ohm bestellte Officialdefensor (mehrere Advocatanwälte Berlins, an die sich Ohm gewendet, hatten seine Vertheidigung abgelehnt). Die Geschworenen traten ein. Die Staatsanwaltschaft verwarf zehn, die Vertheidigung elf Geschworene. Nachdem ein Incidenzpunkt mit der Staatsanwaltschaft beseitigt war, ließ sich Ohm über die gegen ihn gerichtete Anklage aus. Er plaidirte nicht schuldig. Er ist 24 Jahr alt, noch nicht in Untersuchung gewesen, früher beschäftigt in auswärtigen Geschäften und in letzterer Zeit Correspondent der Neuen Preußischen Zeitung. Da er bemerkt: „Ich erscheine ohne Vertheidiger, wenigstens ohne einen Vertheidiger dem ich mein Vertrauen geschenkt haben würde," so erwiedert ihm der Präsident: „Wenn Sie vielleicht nicht durch einen Vertheidiger nach Ihrem Wunsch vertreten sind, so mag es daran liegen daß Sie anfänglich keinen Vertheidiger haben wollten, sich auch nicht entschließen konnten wen Sie wählen wollten." Der Vertheidiger Licht fügt hinzu: „Ich bin der officielle Defensor des Ohm und bin erst vor wenigen Stunden von diesem Auftrag in Kenntniß gesetzt worden. Ich habe nicht Zeit gehabt mich aus den Acten zu informiren. Ich habe versucht Hrn. Ohm die Information abzunehmen die mir nothwendig ist. Er hat mich auf die mündliche Verhandlung gewiesen, und ich werde daher dem kleinsten Umstande gegenüber eine selbständige Stel-

lung haben. Darauf beginnt Ohm mit Benützung eines Manuscripts sich über die Anklage auszulassen, und spricht zuerst über seine Untersuchungshaft. Man habe ihn im Gefängniß sehr schlecht behandelt. „Ich mußte auf der Erde wie ein Hund schlafen, 7 Monate und 5 Tage; es wurde mir häufig kaum gestattet eine halbe Freistunde zu genießen. Mein gutes Augenlicht habe ich im Kerker eingebüßt, und als ich in letzterer Zeit flehentlich den Criminaldirector Harrassowitz bat mir eine andere Zelle zu gestatten, wurde mir die grausame Antwort: wir werden es in Erwägung ziehen. Am anderen Tag bekam die Zelle, um die ich gebeten hatte, ein Dieb. Meine Herren, mußte ich da nicht in der Voruntersuchung glauben daß man mich verbergen wolle? Meine Herren, ich bin nicht gewohnt zu läugnen; der Hr. Criminalrath Schlötke wird es mir bezeugen können wie schwer, wie sehr schwer es mir geworden ist. Ich schwieg namentlich aus dem Grunde, weil ich dachte manche Auslassungen könnten mich compromittiren, und weil ich mich über die ganze Untersuchung nicht gehörig zu orientiren wußte. Ich habe aber vielfach im Laufe der Zeit Gelegenheit gehabt mich zu überzeugen daß nur gerade gegen mich böser Wille vorhanden war, während ich mich überzeugte wie die Demokraten vom reinsten Wasser bei jeder Gelegenheit berücksichtigt wurden, wie diesen Leuten ein steter Verkehr nach außen gestattet wurde. Jetzt stehe ich aber hier vor der Oeffentlichkeit und unter dem Schutze derselben, und werde meine Aussagen machen wie mein Gewissen sie mir vorschreibt. Im März 1848 war ich wie viele andere junge Leute in das Gewühl der anarchischen Masse gezogen. Ich war jung und daher empfänglich für das bewegte Leben. Ich schloß mich der extremsten Partei an.“ Nach einer hierauf bezüglichen Schilderung und nach Erzählung des Zeughaussturms u. s. w. fährt Ohm fort: „Meine Bekanntschaft mit den Persönlichkeiten zeigte mir welchen Egoismus und eigennützigen Zweck jene revolutionären Männer verfolgten. Und als ich genau in das Innere der Plane einsah, sah ich wie das Vaterland umsponnen war; sie haschten nach Gelegenheit ihr einziges Ziel zu erreichen: die Regierung umzustoßen. In mir erwachte das Gefühl daß ich Preuße und Royalist war, und namentlich bekam ich einen Abscheu gegen diese Partei, weil sie den polnischen Umtrieben ihre Hand reichte.“ Hier setzt Ohm weitläufig auseinander daß und wie er sich der N. Preuß. Ztg. zum Mitarbeiter angeboten, bloß um die Schandthaten jener Partei aufzudecken. Ueber sein Verhältniß zur N. Preuß. Ztg., zu Goedsche, zu d'Ester u. s. w. theilt er unter anderm mit: „Ich schrieb an die Redaction der N. Preuß. Ztg. und bot mich ihr als Mitarbeiter an; ich erklärte ihr daß ich sehr gern bereit sey ihr die Schandthaten der Demokratie aufzudecken, daß ich aber unter keiner Bedingung mich dazu verstehen würde Persönlichkeiten den Händen der Gerechtigkeit zu überliefern; dagegen wollte ich nach geschlossenem Uebereinkommen meinen Namen angeben. Die Redaction der N. Preuß. Ztg. antwortete mir, mit Ansetzung eines Rendezvous, in welchem der mir unbekannte Goedsche erschien. Ich wurde als Mitarbeiter des Blattes engagirt; jedoch bedang sich Goedsche aus daß ich nur mit ihm zu thun haben solle, er würde die Nachrichten für die Zeitung empfangen, und wir sollten unter den Namen Katte und Walter correspondiren. Jedoch wurden sowohl Goedsche als ich bereits nach dem ersten Zusammentreffen gegenseitig mit den wahren Namen bekannt. Ich wurde seitdem ein eifriger Mitarbeiter der N. Preuß. Ztg., und gewann bald die Ueberzeugung daß ich der Redaction auch ein willkommener Mitarbeiter war. Natürlich wurde ich mit Goedsche im Laufe der Zeit sehr bekannt und, ich kann wohl sagen, befreundet; und wenn wir auch damals durch eigens dazu eingerichtete Wohnungen correspondirten, so waren wir doch, namentlich in der letzten Zeit, sehr vertraut, und ich lernte in Goedsche einen eifrigen Anhänger des königlichen Hauses kennen. In Folge unseres zunehmenden gegenseitigen Vertrauens gab ich Goedsche eine von mir verfaßte Darstellung der revolutionären Ereignisse. Dieß ist die Urquelle der spätern „Mysterien der Demokratie“, der „Enthüllungen von Viersig“, und wenn dieselben auch manche Irrthümer enthalten, so ist doch ihr bei weitem größter Theil die volle Wahrheit. Ich muß hier ausdrücklich bemerken daß ich Bezahlung weder beansprucht noch erhalten habe. Ich habe nichts außer meinem festgesetzten Honorar bekommen. Es wurde mir zwar viel angeboten, ich habe aber alles entschieden abgelehnt. Ich erkläre daß ich in meinem Gewissen vollkommen beruhigt, ja mit mir zufrieden bin der N. Preuß. Ztg. Mittheilungen gemacht zu haben, und daß ich dieß aus reiner Vaterlandsliebe gethan. Waldeck lernte ich oberflächlich kennen, und überzeugte mich daß er die Seele des Ganzen war. D'Ester lernte ich im vorigen Jahr bei Mylius kennen, wo zwei Treppen hoch ein Bureau von D'Ester, Hexamer und Reichenbach eingerichtet war. Dorthin kamen Emissäre aus allen Provinzen, die sich mit diesen drei Personen in Verbindung setzten. Zu diesem Bureau hatten nur nahe Vertraute Zutritt; aber auch ich wurde zugelassen. Von hier aus wurden Aufforderungen in das Land geschleudert sich zu erheben. D'Ester übergab mir in der ersten Zeit oft Documente zum Aufbewahren, er lag sehr häufig in meiner (in der Nähe der Nationalversammlung befindlichen) Wohnung und führte von dort aus auch in der ersten Zeit seine Correspondenz.

Dann gibt Ohm verschiedenes über den Todtenbund, über seine Flucht aus Berlin nach Hamburg an, was meist sehr verwirrt ist, so daß, nachdem er sich über die Anklage ausgelassen hat, der Präsident des Gerichtshofs ein längeres Verhör mit ihm beginnt.

Als der Präsident ihm vorhält: „Sie haben bis hierher (in der Voruntersuchung) eine genaue Bekanntschaft mit dem vormaligen Abgeordneten D'Ester geleugnet, und wollen mit Waldeck nur so äußerlich im Vorübergehen bekannt geworden seyn. Sie haben alle Bekanntschaft und Intimität mit Goedsche bestritten, von dem Sie heute aussagen daß er Ihr bester Freund sey, Sie haben von einem gewissen Julius ..... nichts wissen wollen. Was bewegt Sie dazu, heute in der geschehenen Weise andere Erklärungen zu machen?“ entgegnet Ohm: er habe in der Voruntersuchung nicht gewußt was man mit ihm vor hätte, er habe daher „jede Aussage verweigert sobald sie mich compromittiren könnte. Heute hat mich die Oeffentlichkeit, unter deren Schutz ich stehe, dazu bewogen“ (offen zu seyn). Auf weitere Vorbehalte über die Widersprüche seiner jetzigen Aussagen mit denen in der Voruntersuchung bemerkt er: „Ich wurde von Hamburg hierher gebracht, drei Wochen in eine Zelle eingesperrt, bekam keine Lectüre und wurde beinahe verrückt. Da faßte ich den Entschluß alle Aussagen zu verweigern. Ich habe damals geleugnet weil ich meinem Elend ein Ende machen wollte, und ich erkläre jetzt daß es von meiner Seite Kniffe waren.“ Noch einfacher äußert er endlich bei Gelegenheit solcher Vorbehalte zwei- bis dreimal: „da habe ich gelogen,“ und da er nicht bloß seinen Aussagen in der Voruntersuchung widerspricht, sondern auch jetzt auf die Fragen des Präsidenten häufig unklar und verwirrt, oder mit einem: „ich weiß es nicht bestimmt,“ „das kann ich nicht genau sagen“ u. dgl. antwortet, so hat der Präsident bei dem Verhör eine schwierige Stellung. Auf das Verhältniß Ohms zu Waldeck kommt das Verhör zweimal zu reden, und zwar das einemal in folgender Weise. Präsident: „Wie sind Sie aus dem Gebäude des Polizeipräsidiums entflohen, wie haben Sie Ihre Flucht von da aus bewirkt? Ohm: Ich fuhr mit einer Droschke nach dem Potsdamer Bahnhof; als ich vor das Potsdamer Thor kam fand ich den Geheimrath Waldeck mit noch einem Herrn vor dem Thor. Waldeck sah meine Flucht, er kam nach dem Bahnhof, und als ich ihm sagte: „die Papiere sind in Beschlag genommen,“ sagte er: „stellen Sie sich, leugnen Sie, Verräther!“ Präs.: Sie sagen, Waldeck habe Sie auf der Flucht erkannt. Wie war das möglich? Ohm: Ich fuhr mit einer Droschke nach dem Bahnhof. Ich weiß nicht was Waldeck im Sinn hatte, ob er glaubte daß ich vielleicht zu ihm herausfahre, und kam nach dem Potsdamer Bahnhof. Ich habe zu diesem Zweck einen Kellner von dem Bahnhof vorgeschlagen, der aber nicht vernommen ist. Präs.: Ueber diese Thatsache? Ohm: Nein, um die Verhältnisse festzustellen.“ Das anderemal erklärt Ohm: „Ich habe mit dem geheimen Ober-Tribunalrath Waldeck nie in einem nähern vertrauten Verkehr gestanden, und hielt mich entfernt von ihm, weil ich mich nicht aufdrängen wollte, aber Waldeck kam um so häufiger mit mir in Berührung durch D'Ester.“ Als ihm dabei vorgehalten wird daß „in der von dem Beklagten, in der gestern oder vorgestern an das Gericht gemachten Eingabe eröffnet worden ist daß Ohm mit Waldeck in intimem Verhältniß gestanden habe,“ gibt er zu seiner Rechtfertigung an, die Eingabe sey nicht von ihm, sondern vom Protokollführer geschrieben, er halte es auch nicht für bedeutend wenn er angeführt haben sollte daß ein intimes Verhältniß zwischen ihm, D'Ester und Waldeck stattgefunden habe.

Ueber die Plane der Demokraten behauptet Ohm im Verhör: sie seyen so wie die Anklage sie aufstelle; er (Ohm) habe um die hochverrätherischen Plane mitgewußt, und habe dadurch daß er sie nicht den Behörden angab, allerdings das Gesetz verletzt, aber er habe so gehandelt, weil er durch die Presse, nicht durch Denunciationen habe wirken wollen. Erfahren ferner habe er die Plane zum Theil aus der Bekanntschaft mit D'Ester, zum Theil dadurch daß er (Ohm) selbst bei dem republicanischen Bund betheiligt war, wie bei jeder andern Gelegenheit, um Unglück von dem Vaterland abzuwenden.“ Befragt über verschiedene bei ihm gefundene Briefe die von D'Ester herrühren sollen, bestätigt er daß dieß der Fall sey, und nach dem fremden Siegel mehrerer bei ihm gefundenen Briefe gefragt, räumt er ein daß Goedsche die Briefe erbrochen und mit diesem Siegel wieder verschlossen.“

Nach dem Verhör Ohms ward die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagt, und als sie wieder eröffnet wurde, ließ sich Waldeck, dessen Haar in der Haft weiß geworden ist, über die Anklage aus. Er plaidirte nicht schuldig, indem er damit begann seine Entrüstung auszusprechen über die Art wie gegen ihn verfahren worden sey. „Ich wurde auf einen Verhaftsbefehl verhaftet der mich nur des Hochverraths beschuldigte, ohne, wie es

das Gesetz vorschreibt, die Beschuldigung bestimmter zu formuliren. Der Untersuchungsrichter holte das allerdings in dem ersten Verhör nach: er sagte mir daß ich eines Attentats gegen das Haus Hohenzollern beschuldigt sey, und theilte mir D'Esters Brief mit. Ich erklärte ihn sogleich für eine plumpe Erdichtung. Ich habe ihn nie mit Augen gesehen. In der weitern Erörterung des Processes wurden die unerheblichsten Dinge verhandelt. Und jetzt liegen die Sachen noch genau so wie 14 Tage nach der Verhaftung. Dadurch ist mir der Nachtheil entstanden daß das Vorurtheil gegen mich ist, als müßten bei einer so langen Haft doch wichtige Gründe vorhanden seyn; dadurch sind ferner, wie die Anklage beweist, die fremdesten Dinge in den Proceß hineingemischt worden, und endlich habe ich von den Hauptsachen gar keine Kenntniß erhalten. Die Frage nach der Aechtheit des D'Ester'schen Briefs hat das Appellationsgericht zuletzt behandelt, und doch dreht sich um sie alles. Ende Septembers sagte mir mein Untersuchungsrichter, der Brief sey als unächt erkannt, ich würde unmittelbar entlassen werden; ich brauchte keine Sachverständigen zum Beweis der Unächtheit des Briefs mehr anzugeben. Die Anklage ist in der That ohne Beispiel in den Annalen der Justiz. Unter die Handlungen die ich begangen haben soll, verwebt sie alle politischen Begebenheiten seit der Revolution, vor und nach der Zeit in welche die Verschwörung fällt, und ganz fremdartige Aeußerungen von Parteigenossen. Ich will zuerst die Anschuldigung selbst widerlegen, dann, so unangenehm es mir ist hier darüber sprechen zu müssen, auf die politischen Verhältnisse eingehen welche in die Anklage hineingezogen sind." Betreffs des s. g. D'Ester'schen Briefs hebt Waldeck sodann scharf hervor daß derselbe nicht von D'Ester seyn könne; er wäre vermuthlich erfunden von dem „der aus seiner Rolle heut so auffallend heraustritt, und sich als ein Werkzeug anderer erweist."

Ueber sein Verhältniß zu D'Ester sagt Waldeck, man könne dasselbe aus dem im Februar an ihn von D'Ester gerichteten Brief leicht erkennen; D'Ester habe seinen Rath und seine Meinung über eine Zeitung die er gründen wollte, hören wollen; übrigens habe er (Waldeck) sich um D'Esters außerparlamentarische Wirksamkeit nicht gekümmert. Ueber die ihm vorgeworfene Reise nach Dresden bemerkt der Angeklagte, sie sey ganz ohne politischen Zweck, eine reine Vergnügungsreise gewesen; Todt kenne er gar nicht; mit Ohm sey er nie bekannt gewesen; die von Ohm dieserhalb vorgebrachten Beschuldigungen weist Waldeck entschieden zurück, und tritt namentlich für den Tag von Ohms Flucht und seiner Verhaftung den Beweis des Alibi an, so daß ihn Ohm auf der Potsdamer Eisenbahn nicht gesehen haben könne. Uebergehend zu der politischen Darstellung die als Einleitung der Anklage gegeben ist, verwahrt er sich dagegen daß eine Menge von an sich nicht zusammenhängenden Thatsachen zusammengestellt sey, bloß um den Zusammenhang des ungünstigen Eindrucks gegen ihn und die ganze Linke zu machen; ebenso dringt er darauf daß das was Temme und die Gebrüder Görtz über die Agitation für die Reichsverfassung ausgesprochen hätten, deren Privatansichten seyen, die ihn, Waldeck, nicht graviren könnten. Gegen die Art wie seine Thätigkeit als Volksvertreter durch die Anklage vor das Forum des Gerichts gezogen wird, protestirt Waldeck: der Staatsanwalt habe nicht das Recht seine parlamentarische Wirksamkeit in einem gerichtlichen Act einer Kritik zu unterwerfen. Eine eigentlich republicanische Partei, bemerkt er ferner, habe es weder in der Nationalversammlung noch in der zweiten Kammer gegeben, und am allerwenigsten einen Zusammenhang der äußersten Linken mit der behaupteten allgemeinen Verschwörung; vielmehr habe diese Partei, statt den allgemeinen Umsturz zu beabsichtigen, durch ihre Vorschläge gerade die neuen Zustände zu gründen und zu befestigen gedacht. Endlich rechtfertigt Waldeck sein parlamentarisches Benehmen, äußert daß er aus Grundsatz niemals Mitglied eines Clubs gewesen sey, erklärt daß er die deutsche Frage niemals als Agitationsmittel benutzt und daß die Majorsversammlung der Bürgerwehr im November durchaus keine aufrührerische Tendenz gehabt, sondern nur über das Verhalten gegenüber dem Beschluß der Auflösung der Bürgerwehr berathen habe. Er, Waldeck, halb zufällig anwesend, habe jeden von ihm geforderten Rath verweigert, indem er gesagt: „Darüber sage ich Ihnen nichts. Das ist nicht meine Sache." Noch bevor der Beschluß der Nichtablieferung der Gewehre gefaßt worden, habe er die Versammlung verlassen.

Nachdem Waldeck seine Rede beendet, erklärt der Präsident: die Auslassung sey so vollständig gewesen daß er nichts weiter zu fragen habe. Auf einige Fragen des Staatsanwalts äußert der Angeschuldigte unter anderm: er habe Bakunin einmal in Mylius' Hotel gesehen und sey in Dresden einmal in einer Bierhalle mit ihm zusammengekommen; über die Beschlüsse des demokratischen Ausschusses wisse er nichts als was in den Zeitungen gestanden habe. Damit endete die Sitzung am 28 November.

Am 29 November sagte Ohm, vom Präsidenten befragt, noch einiges über seine Flucht am 16 Mai aus: „Ich nahm auf dem Molkenmarkt eine Droschke und fuhr zum Potsdamer Thor hinaus. Am Potsdamer Thore stand der Ober-Tribunal-Gerichtsrath Waldeck mit einem andern Herrn. Er mochte glauben daß ich zu ihm wollte, und er folgte meiner Droschke. Ich fuhr nach dem Potsdamer Eisenbahnhof. Waldeck ging dort zu einem der hinteren Zimmer. Ich habe deßhalb auch einen dortigen Kellner zum Zeugen vorgeschlagen. Waldeck fragte mich ob ich zu ihm wollte. Ich gab ihm zur Antwort: „Ich fliehe, meine Papiere sind in Beschlag genommen." Waldeck sagte: „Verräther! stellen Sie sich, läugnen Sie alles!"

Der Vertheidiger Dorn und der Präsident bemerkten daß der stenographische Bericht über die gestrige Sitzung mehrfache Unrichtigkeiten und Auslassungen enthalte. Dann wurde zur Zeugenvernehmung geschritten. Schultz, bei dem Ohm vom Julius vorigen Jahres bis Januar wohnte, erklärt: er habe bei ihm niemals Männer gesehen die allgemein bekannt geworden sind; Schultzens Frau sagt: Ohm habe, während er bei ihnen wohnte, nie viele Besuche bekommen; am Weihnachtsabend seyen Karbe und noch einige andere Personen bei ihm gewesen; es seyen von Ohm zwölf Stück Waffen fortgebracht worden. Ueber diese Waffen sagt Ohm: sie seyen ihm im November, als die Auflösung der Bürgerwehr stattfand, von verschiedenen Bürgern zugebracht; später hätten er und andere sie an die Arbeiter vertheilt.

Die Woltag'schen Eheleute, bei denen Ohm vom April an wohnte, sagen aus: außer dem Schneider Lichow und dem Stiefelputzer hätten sie nur selten Fremde bei ihm gesehen; der Secretär in seiner Stube sey, als er einzog, leer gewesen; das Schloß desselben habe erst vom Schlosser reparirt werden müssen; bei Gelegenheit der Reparatur, sagt Woltag, habe er den Secretär durchgesehen und nichts darin gefunden, den sogenannten Einsatz indeß, fügt er auf Befragen hinzu, habe er damals nicht herausgezogen.

(Fortsetzung folgt.)

J. G. Kohl und die Ostdeutsche Post.

—ch. Vergönnen Sie mir heute ein wenig Raum um einen auch Ihnen befreundeten Landsmann gegen Angriffe zu vertheidigen welche mit ihrem rechten Namen zu bezeichnen jedenfalls unparlamentarisch wäre. Ich würde es Hrn. Kohl selbst überlassen die gegen ihn veröffentlichten Verdächtigungen zurückzuweisen, wenn ich voraussetzen dürfte daß ihm auf seiner gegenwärtigen Reise die Ostdeutsche Post zu Gesicht käme — meinen nachfolgenden Brief in der Allg. Zeitung aber wird er nicht übersehen, und durch denselben sich sicher veranlaßt finden die Angelegenheit seinerseits in die Hand zu nehmen. Der Sachverhalt ist folgender. Die „Ostdeutsche Post" brachte in den letzten Tagen einen längeren Aufsatz über die Zustände in Galizien; den Kern der ganzen Auseinandersetzung bildet der Punkt daß es in jenem Land allerdings neben dem mehr oder weniger unzufriedenen Adel und dem Oesterreich blindlings ergebenen Bauerstande noch eine Mittelpartei gebe, die zwar treu an Oesterreich hänge, allein gegen das bisherige Beamtenthum in scharfer Opposition stehe. Die Darlegung der Verhältnisse ist interessant und nicht ohne politische Aperçus; mittendrin findet sich aber eine Stelle, wegen welcher wir denn doch mit dem Hrn. Verfasser einige Worte sprechen wollen: der Reisende und Schriftsteller Kohl wird darin wegen seines schon 1841 erschienenen Werkes über Galizien und Polen auf das empörendste angegriffen und als feiler Söldling bezeichnet. Natürlich daß auch die Allg. Zeitung, die das Unglück hatte aus jenem Werk seiner Zeit Auszüge zu geben, in die Anklage mit verflochten wird. Von vornherein klingt aus diesen Sätzen ein verbissener Ton, J. G. Kohl wird als „ein gewisser Herr Kohl" behandelt, der jedoch so sehr „ein gewisser" ist, daß er unmittelbar darunter der „berühmte Ethnograph" genannt wird, und die Allgemeine Zeitung erhält das Beiwort „menschenfreundlich" auch eben wohl nicht aus sehr menschenfreundlicher Absicht. Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine kleine Zwischenfrage: Haben Sie vielleicht in den letzten Monaten einen neu sich meldenden Correspondenten, vielleicht aus K., in Ihrem Blatt nicht angenommen, oder seine Artikel vernachlässigt? Dann wissen wir es ja gleich: „woher jene Thränen." Beantworten Sie mir aber diese Frage nicht, Sie würden mir dadurch ja die Züchtigung abschneiden, welche dergleichen schamlose Verdächtigungen im ganzen Maße verdienen. Zu meiner Genugthuung wird mir übrigens die Nachricht daß jener Passus, welcher die Allg. Ztg. betrifft, wider Willen und Wissen des Hauptredacteurs der „Ostd. Post" abgedruckt sey. Wenn jemand die Beschuldigung der Käuflichkeit ausweist, so hat er die Beweise dafür beizubringen; der Verfasser jener Artikel konnte Hrn. Kohl Flüchtigkeiten und Unrichtigkeiten vorwerfen, dann war es an diesem sich gegen solche Vorwürfe zu vertheidigen; allein wenn man jemanden selbstbewußter Unwahrheiten, wenn man ihn Lügen zeiht, ja ihn einer erkauften Feder beschuldigt, und von „be-

bungenen Geldern" spricht, so hat man dafür die Beweislast zu tragen, will man nicht selbst als infamer Lügner gelten. Und so den Verfasser jenes Aufsatzes hiemit zu nennen, müssen Sie mir, einem Freunde Kohls, in Ihrem Blatte gestatten. Streichen Sie mir in Ihrer gewohnten Milde daran nichts. Die Beschuldigung der Bestechlichkeit ist eine so hämisch gemeine daß ich in einem solchen Falle, abgesehen von späteren gerichtlichen oder sonstigen Satisfactionen, vorläufig einmal in Betreff ihres Urhebers den deutschen Grundrechten mit aller Energie ins Gesicht zu schlagen mich keinen Augenblick besinnen würde; und Hr. Kohl wird durch eine energische Verfolgung dieser Anklage jedenfalls in der Journalistik ein sehr nöthiges Exempel statuiren daß man mit Beschuldigungen in der Presse vorsichtig umzugehen hat!*)

•

Wir haben obigen Worten wenig beizufügen. Zur Zeit des Aufstands in Galizien lagen der Allg. Ztg. Zuschriften aus allen Classen der dortigen Bewohner und aus den angränzenden ungarischen Comitaten vor. Kohls Buch war jahrelang vorher geschrieben. Schon deßwegen müßte die gegen ihn gerichtete Anklage als eine absurde erscheinen. War Kohl nur kurze Zeit in Galizien, so kannte er doch Rußland und Polen aus mehrjähriger und wiederholter Anschauung. Jedenfalls ist er ein ebenso unbefangener als glücklicher Beobachter, dem selbst seine Feinde noch nie vorgeworfen er buhle um die Gunst der Regierungen. Ob seine Bemerkungen über Galizien von Werth sind, oder nicht, lassen wir dahingestellt. Gerade das aber was ihm sein Gegner in der Ostdeutschen Post vorwirft, ist selbst von Joachim Lelewel zugestanden, und Lelewel ist der gründlichste Kenner der Geschichte seines Vaterlands, enthusiastisch für sein Volk bis zum Fanatismus, in seiner Entsagungsfähigkeit unabhängiger als Kosciusko und Poniatowski, stolzer als Czartoryski. Wer je in seine stille, auch des Nöthigsten entbehrende Behausung in Brüssel geblickt, wer weiß wie er von seinen vornehmen, reichen Landsleuten alle Gaben zurückgewiesen, um gegen sie, denen er das Unglück seines Vaterlands zuschreibt, auch nicht in der leisesten Verpflichtung zu seyn; wer gehört wie die polnischen Magnaten selbst erzählen, daß sie vor dem einfachen Greise in ehrfurchtsvoller Stellung wie vor einem Patriarchenfürsten stehen, der wird begreifen von welchem Werth sein Urtheil ist. Lelewel also (der ein eigenes Buch über die Bauernverhältnisse und Bauernrevolutionen seines armen Vaterlandes verfaßt hat), sagt in seiner Histoire de Pologne (T. I. p. 338): Pendant une longue suite d'années la Pologne présenta constamment le triste spectacle d'une nation où la minorité privilégiée, non contente d'avoir interdit à la majorité la jouissance de la propriété territoriale, s'adjugea encore le droit de la dépouiller de tout ce qu'elle pouvait acquérir par son industrie, son travail où son économie, et finit par se constituer maîtresse absolue de la vie et de la liberté individuelle des gens de cette classe laborieuse de la société. Cet état monstrueux dura jusqu'à la chute de la république. Après le partage de la Pologne, l'oppression et la violence suivirent leur cours dans les provinces incorporées à la Russie, où l'on poussa la barbarie jusqu'à vendre les paysans comme des bêtes de somme. Mais dans les provinces de la république tombées en partage à la Prusse et à l'Autriche, dont on forma plus tard le duché de Varsovie et le royaume, on apporta de grands soulagements au sort des paysans, et on les affranchit du despotisme des seigneurs.

In demselben Werk setzt Lelewel auseinander, wie auch die Revolution von 1830 und 1831 an dem Egoismus des Adels scheiterte. Will die Ostdeutsche Post das Zeugniß eines andern enthusiastischen Polen, so lese sie was Adam Miczkiewitsch (in seinen Vorlesungen über slavische Litteratur und Zustände) über die „Tyrannei der Adelskaste" sagt. Kohl hat das nur paraphrasirt und exemplificirt. Ist er zu weit gegangen, hat er manches zu flüchtig, manches irrig gesehen — was in seinem Charakter als Mensch und Schriftsteller berechtigt den offenbar auf ihn neidischen Litteraten in der Ostdeutschen Post zu so unwürdigem Angriff? Der Angreifer hat das Sprüchwort vergessen, daß man nicht hinter dem Busche suche, man sey denn gewöhnt selbst dahinter zu sitzen. Seit Jahren sind jene galizischen Unglücksscenen vorüber, seit mehr als achtzehn Monaten hat Oesterreich selbst eine freie Presse, und immer noch soll man im Kaiserstaat nicht wissen wie es in Galizien aussehe, weil damals die Allgem. Ztg. jene Auszüge aus dem Kohl'schen Buch und einige Zedlitz'sche Aufsätze gebracht, neben denen es nicht an Berichten von anderm Standpunkt aus fehlte? In der That, wir glauben, was man uns schreibt, daß Hr. Kuranda, von einem häuslichen Unglück abgehalten, sein Journal nicht selbst habe redigiren können. Er hätte es vielleicht wenigstens vor solchem Widersinn bewahrt. „Ueber Galizien und seine Zustände ist seit einer Reihe von Jahren kein wahres Wort veröffentlicht worden", so sagt der Berichterstatter der Ostdeutschen Post, der, wie es scheint, selbst erst seit wenigen Wochen in Galizien oder Krakau ist. Also die hundert Flugschriften welche der galizische Bauernkrieg hervorgerufen, die vielen tausend Artikel darüber in deutschen, französischen und englischen Blättern, dann die Mittheilungen alle welche zur Zeit der Wiener Revolutionszustände, meist aus polnischen Canälen, in die österreichische Presse flossen, endlich alles was die restaurirte Wiener Journalistik seit Jahr und Tag über Galizien meldete — alles das ist Lüge! Auch jener äußerst umfassende Bericht des Grafen Stadion über seine Gouvernementsführung — ein Bericht der allerdings mit jenen frühern Mittheilungen der Allgem. Ztg. in vielen der wesentlichsten Beziehungen übereinstimmte — auch der enthält kein wahres Wort? Graf Stadion ward oft ein starrer Aristokrat gescholten, aber Geradheit der Gesinnung, hohen Scharfblick, unbedingten Freimuth hat ihm nie jemand abgesprochen. Als in Wien alles den Kopf verlor, behielt er den seinen, und erklärte Pillersdorf rund heraus daß er sein ganzes Verfahren mißbillige. Den Wählern die ihn um sein Glaubensbekenntniß angingen, sagte er: ich kann euch nicht versprechen auf mehr Freiheit für euch hinzuarbeiten, denn schon habt ihr, wie mir scheint, mehr als ihr vertragen könnt. Und dieser Staatsmann arbeitete am Wiederaufbau des Staats, unentmuthigt selbst dann als die Grenadiere am Kriegsministerium die Pfeife schmauchend zusahen wie man den greisen Latour an den Laternenpfosten hing, als Doblhoff mit verzerrten bleichen Zügen, entsetzt vor den Folgen seines Systems, von Wien floh, als dann ein Blatt gegen Jellachich, der allein verhinderte daß die Ungarn bis Wien rückten, die Reichshülfe aufbot, und ein anderes Blatt das Erscheinen der österreichischen Heeresmacht vor der Jägerzeile zu Reminiscenzen über Kara Mustapha's Anstürmen gegen das Rothe Thurmthor benützte. Die Ostdeutsche Post möge sich alles dessen erinnern und dann Stadions Denkschrift über Galizien wieder lesen. Unterschreibt sie auch dann noch das Urtheil ihres Krakauer Berichterstatters; sey's — „Brutus ist ein ehrenwerther Mann." Aber wenn Worte widerlegt werden können, Thatsachen sind nicht zu widerlegen. Und Thatsache ist daß die polnischen Edelleute in Galizien in den Tagen als der Sturm alle Säulen der Monarchie erschütterte, in die Städte sich flüchteten, weil sie einen neuen Bauernkrieg fürchteten. Der beklagenswerthe Riß, wegen dessen wir natürlich keineswegs bloß die Edelleute anschuldigen wollen, ist also da, und wenn daran bloß die kaiserlichen Beamten schuld sind, so sind das mächtige Beamte, weit mächtiger als sie sich in Italien und Ungarn erwiesen haben. Dann wäre es besser gewesen, statt des Feldzeugmeisters Haynau, den vielberufenen Kreiscommissär Breindl nach Ungarn zu schicken, um mit ein paar hundert Fünf- und Zehnguldenscheinen den magyarischen Adel zu Paaren zu treiben, wie er früher den galizischen Adel bewältigt haben soll. Paskewitsch, Rüdiger und Saß hätten dann — was auch in anderer Hinsicht besser gewesen wäre — jenseits der Karpathen bleiben können. So aber bestätigt die ungarische Revolution, wie es früher die Aufstände von Posen, Galizien und Krakau bestätigt haben, daß alle diese Bewegungen schließlich den Russen zu gut kommen müssen, so daß man sich darüber nirgends freuen konnte als in Petersburg und etwa im Foreign Office in London. Die Allg. Zeitung hat dieß von Anfang an prophezeit; aber sie hat auch seitdem nicht aufgehört zu Milde und Versöhnung mit Ungarn und Galizien zu rathen. k.

*) Hr. Kuranda weiß recht gut daß die Allg. Ztg. für ihr Streben die deutschen und österreichischen Interessen zu vermitteln, in Wien von oben nie Dank geerntet hat, wie die Prohibitivabgaben beweisen die dort fortwährend auf ihr lasten. Wer es anders weiß der möge es sagen, oder sich seiner Lüge schämen.

[4478]

Bekanntmachung.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Für das Jahr 1849/50 ist ein Golla'sches Familien Stipendium im Betrage von 100 fl. zu vergeben.

Bewerber um dasselbe haben ihre Gesuche nebst den vorschriftsmäßigen Nachweisen über ihre Verwandtschaft zum Stifter und ihre Studien-Fortschritte bei der unterfertigten Stelle binnen drei Wochen einzureichen.

München, den 25. November 1849.

Königliche Regierung von Ober-Bayern.

Benningl, Präsident. Dubois, Secretär.

(4375—76)

Rheinische Eisenbahn-Gesellschaft.

Ausgabe neuer Dividendenscheine zu den Stamm-Actien.

Da die Ausgabe der neuen Dividendenscheine (für die Jahre 1849 bis 1858 einschließlich) nur gegen Vorlegung der Actien geschehen kann, indem die Verabfolgung der neuen Coupons durch Abstempelung auf den Actien vermerkt werden muß, so ersuchen wir die resp. Actionäre ihre Actien, unter Beifügung eines genauen von ihnen unterzeichneten Nummern-Verzeichnisses, portofrei an uns einzusenden, worauf ihnen dieselben mit den neuen Dividendenscheinen successive und möglichst nach der Reihenfolge der Einsendungen auf ihre Kosten von uns werden zurückgesandt werden.

Köln, den 21 November 1849. **Die Direction.**

[4514]

Neue Jugendschriften.

Bei Schmidt u. Spring in Stuttgart sind so eben erschienen:

Hoffmann, Franz, **das bunte Buch.** Neue 150 moralische Erzählungen für kleine Kinder. Mit 24 Bildern. cart. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Hoffmann, Franz. 150 moralische Erzählungen für kleine Kinder. Mit 48 Bildern. **Vierte Aufl.** cart. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr.

Der deutsche Jugendfreund, Zeitschrift für Unterhaltung und Veredlung der Jugend, herausgegeben von einem Vereine von Kinderfreunden. Jahrgang 1849. 36 Bogen Text mit 24 schwarzen und 12 colorirten Bildern. carton. 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr.

(4510) Im Verlag von Heinr. Zimmer in Frankfurt a. M. ist so eben erschienen und durch jede gute Buchhandlung des In- und Auslandes zu beziehen:

Edelsteine

deutscher Dichtung und Weisheit im XIII. Jahrhundert.

Ein mittelhochdeutsches Lesebuch mit Wörterbuch

von Philipp Wackernagel.

23 Bogen in gr. 8. brosch. 2 fl. oder 1 Rthlr. 4 gGr.

Diese Sammlung des Schönsten unserer ältern National-Litteratur schließt sich den frühern, rühmlichst bekannten und vielverbreiteten Lesebüchern des Herausgebers als das für die oberste Stufe Bestimmte an, und dürfte nicht allein den Lehranstalten in denen das Studium des Altdeutschen eine Stelle gefunden, in pädagogischer Beziehung vor andern ähnlichen Sammlungen vorzugsweise empfohlen seyn, sondern wird überhaupt jedem Freunde unserer National-Litteratur vermöge des beigegebenen Wörterbuchs ein willkommenes Hülfsmittel bieten, das Nibelungen-Lied, den armen Heinrich, die schönen Lieder Walthers von der Vogelweide, Freidanks Bescheidenheit und einige Stücke geistlicher Prosa in der Ursprache zu lesen, und somit die erste classische Periode unserer National-Litteratur aus unmittelbarer Anschauung kennen zu lernen.

Das Menschen-Daseyn

in seinen weltewigen Zügen und Zeichen

von Bogumil Goltz.

Erster Band. 21 Bogen in 8. brosch. 2 fl. 24 kr. od. 1 Rthlr. 8 gGr.

Hat der Verfasser durch seine früheren Werke: „Buch der Kindheit" und „deutsche Entartung" nach dem Urtheil gewichtiger Stimmen schon eine Stelle in der Litteratur gefunden, so wird sie ihm durch diese neue Schrift noch mehr gesichert seyn, neben einem Haman, Hippel und Jean Paul.

Obige Schriften sind u. a. recensirt v. Wilmar in d. Bl. f. lit. Unterh. 1848 Nr. 32, 3; von Rosenkranz in s. Pädagogik S. 119; von Diesterweg in der vierten Aufl. s. Wegweisers; in Menzels Lit. Bl. 1849 Nr. 29; Hall. Allg. Lit. Ztg. Nr. 167, 8 u. Allg. Schul-Ztg. Nr. 117, beide dieses Jahres.

(4479) **Ankündigung der Zeitschrift:**

Saphir's, M. G.

„Humorist" und „Wiener Punch."

Dieses unser allgemein oder ungemein verbreitetes Blatt dient zur Erheiterung des geselligen Lebens und Sterbens; zur Erweiterung des Ideen- und des Pränumeranten-Kreises; zur Unterhaltung des Lesers und zur Erhaltung des Redacteurs; zur Erschütterung des Zwerchfelles und der Dummheit; zur Vertreibung der Grillen und der Spitzel; zur Verbreitung des Scherzes, der Laune und der Buchdruckerkunst; zur Mittheilung des Neuesten aus unserer Zeit und des Aeltesten aus andern Zeitschriften; zur Kundmachung des Interessantesten aus der Weltgeschichte, Zeitgeschichte, Tagsgeschichte und unserer fabelhaften und curiosen Geschichte; zur Beleuchtung der Kunst, Litteratur, Theater-Erscheinungen, und aller sonstigen sichtbaren und unsichtbaren Finsternissen in Kopf, Herz und Tasche aller verehrlichen Menschen und hochlöblichen Unmenschen; zur Befriedigung der Wißbegierde und der Gläubiger; zur Bildung des Herzens, des Geistes und der Druckfehler; zur Bekämpfung der Mittelmäßigkeit, der Gemeinheit, der Arroganz und der Schlaflosigkeit; zur Ausrottung des schlechten Dilettantismus, der häßlichen Afterkunst und des schönen Belinpapiers, kurz zur Vereinbarung von Ullo mit dem Valco, für die großen Leserfulze, aus Fürst, Bauer, Pfarrer und Schulze, zur Detrovirung von „Novellen" — „humoristischen Bluetten" — „satyrischen Genrebildern" — „Sternschnuppen" — „volksthümlichen Grillen und Brillen" — „Sonntags-Brevier des Humoristen" — „Didascalien" — „Kunst-, Theater- und Kritik-Salon" — „Damen-Salon für Mode, Luxus und Eleganz" — „Welt-Courier aller Zeit- und Tagsbegebenheiten" und noch mehrere andere Artikel, die wir, wie den Leser selbst — nicht anführen wollen.

Die leidige Politik, die wie die Frau von Loth jetzt zurücksieht auf das Sodom und Gomorrha der politischen Journalwelt, in welcher unser Herr Gott, Wrangel und andere nicht zwei Gerechte finden können, ist zur stummen Säule geworden, und zwar wegen des Monopols, nicht zu einer Salz-Säule, die Politik tritt zurück und läßt

„Der Belletristik eine Gasse!"

Wir werden die Politik nur noch als Häring erachten, von den erhaltenen Berichten den Schwanz in den Mund stecken, Essig und Oel und Pfeffer darüber, bloß als pikante Assiette, und jede rein politische Färbung vermeiden, um uns dann — die Entfärbung zu ersparen.

Wir glauben es sehnt sich ein großer Theil des Publicums nach einem gehaltenen, geistig lebendigen Journale, welches am ernsten Platze ernst und am heitern heiter zu seyn weiß, und Geist, Herz und Gemüth auf abwechselnde Weise anregt.

Freilich das alte unglückselige Flötenspiel der liebesiechen Wald-Lyrik mit dem Veilchenlein-Aufguß, das wird der Leser und die Leserin nicht mehr goutiren; aber sie werden warmen Antheil nehmen an dem geistig-rüstigen, dem seine Zeit und seine Mission erkennenden, den Instinct der Verhältnisse erfassenden Organe, an dem Talente der Wahrheit und der Klarheit, an dem Talente des Elementargeistes, das die Elemente zu mischen weiß, die, mit Schiller sagt: „innig gesellt, bilden das Leben, bauen die Welt!"

Von dieser Zeitschrift erscheinen wöchentlich

sechsmal, jedesmal ein halber Bogen, Groß-Quart, auf feinem Velin, mit Illustrationen, Holzschnitten, Carricaturen, Charivarereien, Zerrbildern und andern Satanitäten und Teufeleien. Man kann den „Humorist" und „Wiener Punch" wie den „Mond" und unsere papiernen „Einser" ganzjährig oder halbjährig oder auch vierteljährig beziehen, je nachdem die Sonne der Pränumeranten ihm leuchtet! — Und somit empfiehlt sich der „Neu-Humorist" als „Voll-Humorist" und auch als „Viertel-Meister!"

Pränumerations-Bedingnisse.

Der Pränumerations-Betrag ist: Ganzjährig 12 fl., halbjährig 6 fl. und vierteljährig 3 fl. C.-M.; für Sendung ins Haus vierteljährig 20 kr. C.-M.; für die Provinzen und das Ausland, mit Einschluß einer täglichen portofreien Versendung: Ganzjährig 14 fl. 24 kr., halbjährig 7 fl. 12 kr. und vierteljährig 3 fl. 36 kr. C.-M.

Den Debit und die Versendung fürs Ausland und für den Weg des Buchhandels hat die hierortige Buchhandlung „Kaulfuß Wittwe, Prandl und Compagnie" übernommen, und ist der Preis fürs Ausland auf 9 Thlr. 15 gr. ganzjährig festgesetzt worden.

(4311—13) **Jugendschriften mit Prämien von Gemälden und Kunstwerken.**

In meinem Verlage sind folgende schön ausgestattete gediegene Jugendschriften erschienen:

1) Prof. Braun, historisch-malerische Wanderungen in Griechenland. 400 Seiten Velinpapier mit 12 prächtigen Stahlstichen. gr. 8. Eleg. geb.

2) 22 Feenmährchen und 20 Mährchen aus 1001 Nacht. 4 Thle. 500 Seiten mit 4 hübschen Kupfern. Eleg. geb.

3) Taschenbuch der Blumensprache oder deutscher Selam. Inhalt: 1) Interessante botanische Aufsäze. 2) Poetischer Blumengarten, 300 der schönsten Gedichte auf die Pflanzenwelt (darunter allein 55 auf die Rose!), mit 4 col. Bouquets. Eleg. geb.

Jedes dieser drei Bücher eignet sich zu einer werthvollen und nützlichen Weihnachtsgabe, deren Ankauf schon an sich vollkommen befriedigen würde. Der Preis eines jeden Werkes nach freier Auswahl beträgt $1\frac{1}{2}$ Thlr. od. 2 fl. 42 kr. und jeder Käufer erhält — jedoch nur bei baarer Bezahlung — ein Gratis-Loos, auf welches einer der folgenden Gewinne fällt:

Achtzehn meist größere religiöse Gemälde von H. Caracci, Holbein, Spagnoletto, Zurbaron, Perugino, nebst andern aus der altdeutschen und altitalienischen Schule. Den Hauptgewinn bildet:

Die Auferstehung Christi, ein herrliches Altargemälde von Caspar de Crayer, 13 Fuß hoch, Werth 1000 Thaler.

24 Kleine Kunstwerke aus Marmor, darunter antike Basreliefs.

125 Bilder in Farbendruck zur Zimmerverzierung, jedes 2 Fuß hoch, darstellend: Mutterliebe, Flora, Pomona, Glaube, Liebe, Hoffnung, in Gold und Farben.

800 Albums, jedes mit 6 bis 12 Stahlstichen und Lithographien, religiöse Bilder, Landschaften, Genrebilder, Porträts, Carricaturen u. s. w.

Die Verloosung erfolgt Anfangs December, weßhalb die Theilnehmer sich bald melden wollen. Sämmtliche Gemälde sind wohlerhalten in Goldrahmen und können in meiner Kunsthandlung besichtigt werden.

Aufträge auf die genannten Bücher übernehmen unter obigen Bedingungen alle Buchhandlungen Deutschlands, in Stuttgart der Eigenthümer

Heinrich Köhler.

(4199) In der Arnoldischen Buchhandlung in Dresden und Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Dreißig Bücher von der Landwirthschaft,

ein encyklopädisches Handbuch

für gebildete Landwirthe, Staatsbeamte, Cameralisten und alle diejenigen welche an der heutigen Entwickelung dieses Gewerbes Antheil nehmen, sowie zum Gebrauche bei akademischen Vorlesungen

von **Dr. Edmund Schultz.**

Zweiten Bandes zweite Lieferung. gr. 8. Broschirt. 21 Ngr.

(4446) Als angenehme **Winterlectüre** empfiehlt sich die **wöchentlich** erscheinende

Neue illustrirte Zeitschrift für Bayern,

in deren Nr. 43 eine neue geistvolle Erzählung des berühmten Volksschriftstellers **Jeremias Gotthelf** begonnen hat.

Professor **Hamberger** äußert sich über denselben in seiner Litteraturgeschichte (München 1847, 1 fl. 12 kr.), nachdem er der so berühmt gewordenen „Schwarzwälder Dorfgeschichten" von **Berthold Auerbach** (2 Theile, 3 fl. 30 kr.) erwähnte, in welchen das Volksleben mit vieler Treue und Anmuth geschildert, wenn schon nicht ohne Manier: „Ganz vollendete Wahrheit dagegen, die höchste Anschaulichkeit in allen Schilderungen der Natur und des Lebens, der tiefste Einblick in die innersten Falten des menschlichen Herzens, der edelste Aufschwung des Geistes und Gemüthes begegnet uns in den Schriften des in der Schweiz lebenden Pfarrers Bizzius, der unter dem angenommenen Namen „Jeremias Gotthelf" eine Reihe von Romanen hat erscheinen lassen, welche das Volksleben zum Gegenstande haben und unter denen die „Leiden und Freuden eines Schulmeisters" (4 Theile, 1 fl. 57 kr.) wohl die vornehmste Stelle einnehmen."

Indem ich zu gefälligem Abonnement auf obige Zeitschrift ergebenst einlade, bemerke ich noch daß jeder Abonnent eines Jahrganges (52 Nummern à 6 kr.) 12 Bändchen der „Illustrirten Unterhaltungs-Bibliothek" als Gratis-Beigabe erhält, und daß diese billigste aller illustrirten Zeitschriften durch alle Buchhandlungen und königl. Postämter zu beziehen ist.

Verlag: Königl. Hofbuchdruckerei in Stuttgart. Commissionär für ganz Bayern:

Jos. A. Finsterlin in München.

[4477] In George Jaquet's Verlagsbuchhandlung in Augsburg ist erschienen und in jeder soliden Buchhandlung zu haben:

Arndt, Christ., Blätter zur Geschichte unserer Zeit,

oder

der Deutschen Volkserhebung im Jahre 1848.

1.—3. Lieferung. gr. 8. Geheftet.

Der Preis einer jeden Lieferung von 6 Bogen ist 24 kr. oder $7\frac{1}{2}$ Ngr.

Dieses Buch wird der großen deutschen Lesewelt dargeboten, um nicht bloß auf irgend eine Weise lehrreich und unterhaltend zu seyn, sondern auch in der Hoffnung, die wichtigen Angelegenheiten unseres Vaterlandes und Volkes durch Vor- und Rückblicke fördern zu helfen.

Das ganze Werkchen wird in höchstens 8 Lieferungen bestehen.

[4345] Bei Otto Wigand in Leipzig ist eben erschienen:

Geschichte der socialen Bewegung

in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage.

Von **L. Stein.**

3 Bände. Erster Band:

Der Begriff der Gesellschaft und die sociale Geschichte der französischen Revolution bis zum Jahr 1830.

gr. 8. 1850. brosch. 2 Thlr. 15 Sgr. oder 3 fl. 45 kr. C.-M.

(1459—60) **Bulwer's neuester Roman:**

Soeben ist bei Metzler in Stuttgart erschienen:

Die Caxtone.

Ein Familiengemälde von Sir E. Bulwer Lytton. Baronet.

Aus d. Engl. v. Carl Kolb 1. Thl.

In Schiller-Taschenformat. Geh. 18 kr.

Die übrigen Theile folgen unverzüglich. Ein weiterer Titel: „Bulwer's sämmtliche Romane, 76 Theil" ist für die Besitzer der ganzen Sammlung beigegeben. Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands, der östert. Monarchie und des Auslandes.

[4466] Anzeigen

der Vereins-Buchhandlung in Berlin.

Bei uns sind soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Deutscher Volks-Kalender für 1850. (Sechzehnter Jahrgang.) Herausgegeben von F. W. Gubitz. Mit 120 Holzschnitten. Zweite Aufl. $12\frac{1}{2}$ Sgr.

Volks-Gesellschafter. Herausgegeben von F. W. Gubitz. Bis jetzt drei Bändchen, jedes zu $7\frac{1}{2}$ Sgr. Sechs Bändchen bilden einen Halbjahrgang zu $1\frac{1}{2}$ Thlr. (Der „Volks-Gesellschafter" begleitet die Zeit nach allen Richtungen hin in der Weise des „Volks-Kalender," und wird ebenso den Zeitschrift- und Leihbibliotheks- wie den Familien-Kreisen willkommen seyn.)

Neue Volks-Bücher. Herausgegeben von E. Rienitz. Fünftes bis achtes Bändchen. Jedes zu 5 Sgr.

Wohlfeilste Volks-Bildergallerie. Fünfundzwanzigstes und sechsundzwanzigstes Heft. Jedes enthält acht Blätter zu 5 Sgr.

Die Aufgabe der jetzigen Kammern. Von Dr. E. Raupach. Zweite Auflage. $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Glaubensweisheit. Geist der drei Hauptreligionen Europa's. 5 Sgr.

Der Mosaismus ein Dualismus. Abhandlung vom Dr. Ludwig Herold. 10 Sgr.

Die ungleichen Schwestern, oder: Kern und Schale. Von E. v. Möller. (Jugend- und Volks-Buch.) $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Jahrbuch deutscher Bühnen-Spiele. Neunundzwanzigster Jahrgang für 1850. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Der Väter Schuld. Eine Geschichte aus den Tagen der Restauration. Nachlaß von Ludwig Robert. 15 Sgr.

[4363] Soeben ist vollständig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Longet (F. A.), Anatomie und Physiologie des Nervensystems des Menschen u. der Wirbelthiere mit pathologischen Beobachtungen und mit Versuchen an höhern Thieren ausgestattet. *Eine von dem französischen Institut gekrönte Preisschrift.* Uebersetzt und mit den Ergebnissen deutscher, englischer und französischer Forschungen aus den letzten Jahren bis auf die Gegenwart ergänzt und vervollständigt von Dr. J. A. HEIN. Mit lithographirten Tafeln. Zwei Bände. gr. 8. 8 Thlr.

Diese Uebersetzung von LONGET's „Anatomie et physiologie du système nerveux" erhält dem Buche seinen Werth als Quelle für die Beobachtungen und Ansichten eines der ausgezeichnetsten lebenden Experimentatoren, und durch eingeschaltete Zusätze ist es mit allen irgend wichtigen Leistungen der letzten Jahre auf das sorgfältigste vervollständigt.

LEIPZIG, im November 1849.

Brockhaus u. Avenarius.

[4507] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Mit Stahlstichen nach Originalzeichnungen von J. gestochen von J. Geudner.

Sämmtliche Erzählungsschriften

des

Verfassers der Beatushöhle.

Wohlfeile Ausgabe

in fünfzehn Bänden.

Mit neuen Lettern auf feinem Velinpap. gedruckt. Der Bd. 36 kr. od. 9 gr.

Dem teutschen Volke, das, zu seinem Ruhme sey es gesagt, in diesen Tagen gewohnt ist Erzählungen von ächt sittlichem und religiösem Inhalte den früher so sehr beliebten, zum Glück nun größtentheils verdrängten, das moralische Gefühl verderbenden Romanen vorzuziehen, und besonders der reifern Jugend, deren größte Angelegenheit es seyn muß durch edle Lectüre nicht nur den Geist, sondern auch das Herz zu einer fruchtbaren Zukunft heranzubilden, wird die Gesammtausgabe der oben angekündigten, allgemein bekannten und so gerne gelesenen Erzählungsschriften eine höchst freundliche und herzlich willkommene Erscheinung seyn. In einer elegant ausgestatteten Reihenfolge von fünfzehn zwölf bis sechzehn Bogen haltigen Bänden im wohlfeilsten Preise und mit Stahlstichen übergeben wir hiemit der Jugend, den zahlreichen Jugendfreunden, den eifrigen Jugendlehrern und allen jenen bessern Menschen welche die Friedensstätte wahrer Glückseligkeit in Religion und Tugend suchen und finden — die Schöpfungen jenes Verfassers, den das teutsche Publicum schon längst liebgewonnen. — Damit alle welche die Erzählungsschriften dieser lieblichen Erzählungen besitzen wollen, einen Ueberblick über das Ganze gewinnen, thun wir die Reihenfolge der einzelnen, jedesmal mit zwei Stahlstichen gezierten Bänder, folgender Weise kund: 1. Die Beatushöhle. 2. Bilder aus dem Leben. 3. Scenen und Gespräche. 4. Das Thal von Almeria. 5. Die irländische Hütte. 6. Blumenspende. 7. Sagen und Parabeln. 8. Der Einsiedler am Carmel. 9. Erzählungen und Mährchen. 10. Der Köhler aus Valencia. 11. Die Klausnerin am Narrenberge. 12. Die Negerin in Guayana. 13. Heinrich von Dünkelsbühl. 14. Geschichte von den Spielern. 15. Otto von Regensberg. — In Lieferungen von je zwei Bänden wird die Herausgabe binnen kurzem geschehen, und in Zwischenräumen von 2 — 3 Wochen immer eine Lieferung erfolgen, so daß selbst den Unbemittelten die Anschaffung leicht ist. — Einzelne Bände werden nicht abgegeben, und bei Abnahme der ersten Lieferung macht man sich für die folgenden verbindlich.

[4419—21]

Edict.

Vom Pfleggerichte Burg Wels, als Roitzmühler-Concurs-Instanz, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sey über Einschreiten des Concursmassa-Vertreters, Herrn Dr. Kompaß in Steyr, und über Einverständniß der Herren Creditoren-Ausschüsse, in die öffentliche Versteigerung der sämmtlichen Realitäten und Mobilien der kaiserl. kön. priv. Roitzmühler-Eisenblech- und Maschinenfabriks-Actien-Gesellschaft gewilliget und zu deren Vornahme

der erste Termin auf den 13. December 1849,
„ zweite „ „ „ 14. Jänner 1850,
„ dritte „ „ „ 14. Februar 1850

mit dem Anhange anberaumt worden, daß wenn die Versteigerungsobjecte bei der ersten oder zweiten Feilbietungs-Tagsatzung nicht um oder über den Schätzungswerth an Mann gebracht werden, dieselben bei der dritten auch unter diesem Werth hintangegeben würden.

Die der Versteigerung zu unterziehenden Realitäten sind

unter dem k. k. Berggerichte Steyr und Pfleggerichte Burg Wels:

1) Das Blechwalzwerk zu Roitzmühle; bestehend in einem Cupol-Ofen zur Erzeugung von Eisengußwaaren, zwei Flammöfen zum Pudeln und Schweißen, drei Walzenpaaren zur Erzeugung von Eisenblech, Stabeisen und anderem Centnergut, einem Ausheitzfeuer und einem Zeugmachfeuer.

Zu diesem Blechwalzwerke gehören an Gebäuden:
a) das sogenannte Herrenhaus sammt Wirthschaftsgebäude,
b) das kleine Stöckl,
c) das Traiteur-Haus,
d) die neue Kohlenhütte,
e) das neue Walzwerk,
f) das alte Walzwerk,
g) u. h) die Gußeisen- und Zimmerhütte,
i) das im Bau befindliche neue und
k) das alte Gußwerk

sammt dem im Crida-Inventar besonders ausgezeigten fundus instructus;
an Oekonomiegründen gehören hiezu 17 Joch 731⁴⁄₁₀ Klafter Aecker, Wiesen und Gärten;
ferner die radicirte Mahlgerechtigkeit, zusammen im gerichtlich erhobenen Schätzungswerthe von . . . 69,300 fl. — kr.

2) Das Maschinenfabriksgebäude (ohne fundus instructus) zum Schätzungswerthe von . . . 4,600 fl. — kr.

3) Die ledige Reindl-Wiese, im Flächenmaß von 1 Joch 881⁸⁄₁₀ Klafter, bewerthet auf . . . 225 fl. — kr.

Unter dem Stiftsgerichte Lambach:

4) 24 Joch 1292 Klafter ledige Gründe, in der nächsten Umgebung der Roitzmühle, per . . . 1,872 fl. 18 kr.

Unter dem Stiftsgerichte Kremsmünster:

5) 14 Joch 167⁸⁄₁₀ Klafter ledige Gründe, ebenso zunächst der Roitzmühle, per . . . 1,462 fl. 21 kr.

Unter dem Justizgerichte Stauff:

6) Das Hammerwerk zu Stauff mit drei Zerrenn- und zwei Handfeuern, einem Zerrenn- und zwei Streckhämmern, dem Herrenhaus, Stallgebäude, gemauertem Kohlenstadl, radicirtem Hufschmiedgewerbe, 52 Klafter Gärten, 1 Joch 21⁴⁄₁₀ Klafter Wiesen und dem zum Hammerwerke gehörigen besonders verzeichneten fundus instructus, zum Schätzungswerthe von . . . 30,967 fl. — kr.

7) Das sogenannte Schneiderhäusl per . . . 80 fl. — kr.

Unter dem Magistrate Frankenmarkt:

8) Der Hörleithengrund per 4 Joch 970 Klafter Wiesen zu . . . 200 fl. — kr.

9) Der Holzgrund aus dem Höcknergute, per 12 Joch 276 Klafter Waldung, zu . . . 357 fl. — kr.

Unter dem Pfleggerichte Kogl:

10) Die Wiesmahd in der Leithen, per 1 Joch 743 Klafter, bewerthet auf . . . 220 fl. — kr.

11) Endlich die Sevringer-Wiese, per 886 Klafter, zum Schätzungswerthe von . . . 80 fl. — kr.

Unmittelbar nach beendeter Real-Licitation wird zur Versteigerung des fundus instructus und der sonstigen Werkzeuge, Maschinen und Utensilien geschritten.

Kauflustige werden eingeladen an den bezeichneten Tagen, jedesmal Vormittags 9 Uhr, in der Roitzmühle nächst Wels zu erscheinen, und können sowohl die Realitäten und Werke noch vor der Licitation an Ort und Stelle besichtigen, als auch von den Feilbietungs-Bedingungen hierorts zu den gewöhnlichen Amtsstunden Einsicht nehmen.

Burg Wels, am 2. November 1849.

Zabiehlitzky, Justitiär.

(4126—27) **Bekanntmachung.**

Auf Requisition des königl. Justizamtes Augustusburg sollen, in Gemäßheit des von den Erben des Lehngerichtsauszüglers, weil. Hrn. Johann Georg Schippans zu Flöha, gestellten Antrags, von dem unterzeichneten Patrimonialgericht

1) das von dem Erblasser laut gerichtlich bestätigten Vertrags erworbene und auf den Folien 1, 2, 6, 8, 10, 11, 12 und 21 des Grund- und Hypothekenbuchs für Gückelsberg eingetragene Recht, die auf mehreren Gückelsberger Grundstücken vorhandenen Steinkohlenlager abzubauen, und
2) die auf dem Kohlenfelde befindlichen Gebäude:
a) ein Wohn- und Huthaus,
b) ein zweites Wohnhaus — das vormalige Kunstgebäude — und
c) sechs verschiedene Kaue, Schauer und Hütten

künftigen zehnten December 1849

an den Meistbietenden öffentlich versteigert werden.

Mit dem Bemerken daß nach dem Gutachten des Bergverständigen das noch unabgebaute Kohlenfeld von 42,950 Quadrat-Ellen nach Abzug der Kosten für die Hülfsbaue, des Aufwandes zu Gewinnung und Förderung der Kohlen und der Abgabe an die Grundbesitzer einen Werth von 128,356 Rthlr. 5 Ngr. 5 pf. repräsentirt und die Gebäude, unberücksichtiget der darauf haftenden 63,08 Steuereinheiten, gerichtlich auf 187 Rthlr. 5 Ngr. gewürdert worden sind, richten wir hiermit an diejenigen welche das erwähnte Recht zum Kohlenabbau sammt den dazu gehörigen Gebäuden zu erstehen gesonnen seyn sollten, die Aufforderung, an dem angegebenen Tage zur Vormittagszeit an hiesiger Gerichtsstelle sich einzufinden, ihre Gebote zu eröffnen und über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, nach 12 Uhr aber der Versteigerung gewärtig zu seyn.

Genaue Beschreibungen und Taxen sowie die Subhastationsbedingungen sind bei dem Hrn. Finanzprocurator Neubert in Dresden, an Amtsstelle zu Augustusburg und vor hiesiger Gerichtsexpedition einzusehen.

Schloß Lichtenwalde bei Chemnitz im Königreich Sachsen, den 13 October 1849.

Die gräflich Vitzthum'schen Gerichte das.

Barth, Ger.-Dir.

[4398—89] **Samstags den 8 Dec. d. J. des Abends um 4 Uhr,**

wird über die vor wenigen Jahren ganz neu erbaute, außerordentlich schön gelegene und sehr gut eingerichtete

Bierbrauerei Oberstraß

zu Oberstraß bei Zürich in der Schweiz, in der dortigen Wirthschaft zur alten Tanne, eine öffentliche freiwillige Versteigerung abgehalten werden, wozu die allfälligen Kaufliebhaber andurch freundlich mit dem Bemerken eingeladen werden, daß in der Zwischenzeit bei dem Hrn. Eigenthümer in Oberstraß oder bei Hrn. Cantonsfürsprech Dr. Schauberg in Zürich die sehr vortheilhaft gestellten Versteigerungsbedingungen eingesehen werden können. Da die zu versteigernde Bierbrauerei in jeder Hinsicht empfohlen werden darf, ist zu der Steigerung gewiß auf zahlreichen Besuch von Kaufslustigen zu rechnen.

(4535—36) **Stuttgart.**

Stellegesuch für einen Baumeister.

Ein junger Baumeister, der sich nicht nur über die Erstehung beider Staatsprüfungen im Königreich Württemberg, sondern auch über eine langjährige praktische Laufbahn in den verschiedensten Branchen der Bautechnik aufs vortheilhafteste auszuweisen vermag, wünscht eine seinen Leistungen entsprechende Stelle zu erhalten, etwa als Baumeister für eine größere Stadt, bei einer ausgedehnten Gutsherrschaft, bei Eisenbahnbauten, Hüttenwerken, Fabriken 2c., wie er sich auch zu Uebernahme eines einzelnen größeren, in sein Fach einschlagenden Auftrags verstehen würde. Seine Ansprüche sind nicht unbescheiden, und könnte der Eintritt sogleich oder später geschehen.

Nähere Auskunft hierüber ertheilt auf frankirte Anfragen das Commissions-Bureau von Cammer-Revisor Rettich, Wilhelms-Platz, 11.

(4606) Der Buchbindergehülfe Ludwig Wetter von Augsburg, der den 16 Aug. 1847 von Lindau, angeblich nach St. Gallen in der Schweiz, abgereist, wird dringend aufgefordert seinen Eltern von seinem Aufenthalt Nachricht zu geben.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 340. — 6 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Verfassung von der constituirenden Versammlung angenommen); München (die zweite Kammer über die neue Anleihe. Der Entwurf über die Geschäftsordnung angenommen. In erster Kammer der Entwurf zum Schutz der Telegraphenlinie angenommen); Pfalz (die öffentliche Stimmung); Stuttgart (Moriz Mohl für eine Amnestie. Ein Urtheil des Reichsministerium in der Post- und Eisenbahnsache); Dresden (Ammons Rücktritt. Assisenergebnisse. Prinz Johann. Fluchtversuch von Gefangenen auf dem Königstein); Coburg (das neue Ministerium. Die Stände aufgelöst); Hannover (die deutsche Flotte in Weserhäfen geborgen. Geldbewilligung für dieselbe. Berathung über provisorische Genehmigung des Budgets. Erklärungen über die späte Berufung der Stände); Berlin (Waldeck freigesprochen. Wegen der Zolleinigung von Wien noch keine Mittheilung. Ueber das Interim noch keine definitive Verständigung. Die Hoffnungen auf die dänischen Negotiationen wieder herabgestimmt. Beschluß der zweiten Kammer in der deutschen Frage); Königsberg (Jacoby); Wien (Dr. Fischhof auf freien Fuß gestellt. Die Kriegsbesorgnisse beschwichtigt).

Oesterreichische Monarchie. Die Deutschen in der Woiwodina. Pesth (neue Strafurtheile. Die Presse).

Großbritannien. Frankreich kündigt seinen Vertrag mit England hinsichtlich der gemeinsamen Kreuzung gegen Sklavenschiffe; wahrscheinliches Aufhören des ganzen Kreuzersystems. Warnung für Auswanderer nach Amerika. Eine neue Ansiedlung in Neuseeland.

Frankreich. Vorbereitungen zur Feier des 10 Dec. Die Marquesas als Deportationsort vorgeschlagen. Thiers' Kaisergeschichte. M. T. Poussin zurück. Parteikämpfe in Bezug auf das allgemeine Wahlrechts. Die St. Hubertslegion.

Italien. Rom (der neue französische Befehlshaber. Pius IX noch immer liberal gesinnt); Turin (interimistische Besetzung des Handelsministeriums).

Schweiz. Basel (Einweihung des neuen Museums. Wackernagel. Eine eidgenössische Gesammtuniversität).

Südamerika. Buenos-Ayres; Paraguay; Brasilien. Mißrathen der Kaffee-Ernte.

Außerordentliche Beilage. Die serbische Woiwodschaft. Die Reform der brittischen Schifffahrtsgesetzgebung.

Datum der Börsen: Madrid 26 Nov.; London, Amsterdam 1; Wien 3; Frankfurt 4; Augsburg 5 Dec.

Deutschland.

* **Frankfurt a. M.,** 4 Dec. Der neue Verfassungsentwurf wurde von der constituirenden Versammlung gestern mit 68 gegen 29 Stimmen angenommen.

Bayern. ÷ **München,** 3 Dec. (33ste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Da von den beiden Artikeln welche der Gesetzentwurf „die Erweiterung und resp. Fortsetzung der Aufnahme eines Darlehens im Wege der freiwilligen Subscription nach dem Gesetz vom 12 Mai 1848 betreffend“ bilden, der andere nur den Ausführungsweg des Gesetzes betrifft, schlägt der erste Präsident vor die allgemeine und specielle Debatte nicht zu trennen. Die Kammer genehmigt den Vorschlag, und Abg. Koller ergreift zuerst das Wort. Er ist im allgemeinen allerdings für das Zugeständniß des freiwilligen Anlehens, hegt aber einiges Bedenken gegen die beantragte Art der Rückzahlung des Capitals durch die eingehenden Ablösungssummen. Er glaubt nämlich daß diesem Zweck eine Verlängerung des Fortbestandes des Lotto rascher und überdieß für den Staatshaushalt minder fühlbar entsprechen werde. Abg. Jordan hat als Mitglied des vierten Ausschusses zu dessen Gutachten beigestimmt, wonach der Regierungsentwurf mit geringen Modificationen befürwortet wird. Deßhalb glaubt er sich zu der Erklärung verpflichtet daß er dieß nur darum gethan weil er die Cassen leer gesehen, und die dringende Nothwendigkeit einer raschen Hülfe erkannt, nicht weil er dem Ministerium damit habe ein Vertrauensvotum geben wollen. Vielmehr finde er die Sache höchst bedenklich, und zwar im Hinblick auf das Institut der Schuldentilgungsanstalt. Diese entspreche nämlich nicht ihrem eigentlichen Zweck, sondern sey zu einem Bankinstitut geworden. Allerdings seyen damit in guten Zeiten mannichfache Vortheile für die financiellen Bedürfnisse des Staates zu erreichen; allein mit allen Banken theile es den Nachtheil in kritischen Zeiten keine genügende Sicherheit zu gewähren. Er würde diesem Institut daher regelmäßige Verloosungen der Staatsschuldscheine vorziehen. Allerdings werde man vielleicht auf andere Staaten weisen, und wie dort ebenfalls keine regelmäßigen Verlosungen stattfänden. Aber sey denn z. B. Englands Schuldenwesen nicht eine für dessen Staatsbestand höchst bedrohliche Erscheinung? Und wenn man sich nun nach Bayern zurückwende, finde man nach dreißig Jahren die Cassen leer. Wie dieß selbst von den tüchtigsten Männern aufgefaßt werde, zeige der Bericht des Grafen Reigersberg als Mitglied der Schuldentilgungscommission von Seiten der Reichsrathskammer. (Die Verlesung der betreffenden Stelle des Berichts zeigt daß Graf Reigersberg sich auch auf das Entschiedenste für regelmäßige Verlosungen und gegen die schwebende Schuld erklärt.) Aber diese materiellen Gründe seyen es nicht ausschließlich gewesen die ihn nur mit schwerem Herzen seine Beistimmung zu dem Gesetzentwurf geben ließen; er habe auch politische Gründe. Zweimal sey es in Bayerns Hand gelegen Deutschlands Einheit zu vollenden, zweimal habe Bayern diesen Moment nicht erfaßt. Bayern trage einen Theil der Schuld daran daß Deutschland jetzt den drohenden Schwankungen in Frankreich ohne Kraft und Einigkeit gegenüberstehe. Siege dort die social-republicanische Partei der Departements, so würde die Rückwirkung auf Deutschland außerordentlich groß seyn; ein Krieg sey unvermeidlich. Besiegte aber Preußen und Oesterreich den Feind wenn er seine Fahne nach Deutschland trage, so stehe eine großartige Mediatisirung zunächst bevor. Bayern würde eine österreichische Provinz, München eine Provinzialstadt werden. Dieß sey die Folge seiner Politik, und er wiederhole also daß seine Zustimmung zum Ausschußgutachten nur ein Zugeständniß an das dringende Bedürfniß des Staats gewesen sey. Abg. v. Hermann beginnt mit dem Satze: Revolutionen sind theuer. Ihre Rechnung werde aber meistens erst nach ihrer Beendigung erkannt. Es sey wahrhaft unglaublich was Deutschland durch seine Revolution in seiner Production gelitten, welchen Werthverlust an festem Capital. Indessen seyen bei solchen Gelegenheiten nicht nur diese indirecten Verluste zu berechnen, sondern ebenso sehr vergrößerten sich auch die directen Mehrausgaben des Staats. Die Militärmacht müsse vergrößert und auf kriegsmäßigem Fuß gehalten werden; dann aber kosteten auch die von den Revolutionen angestrebten neuen Formen des Staatslebens in ihrer Herstellung außerordentliche Summen. Durch das Anlehen vom 12 Jun. 1848 seyen nun zwar in Bayern die damals unumgänglichen Mehrausgaben für das Militär bestritten werden, aber zur Deckung der neuen centralen Einrichtungen Deutschlands seyen bereits im Februar 1849 Zuschüsse von den Kammern gefordert worden. Auch habe das Ministerium schon damals darauf hingewiesen daß die Mittel für das Militär nur mehr bis April zureichen würden. Der Landtag sey bekanntlich nicht zur Berathung der Vorlage gekommen. Dagegen hätten die Kosten für das Militär in vermehrter Weise bis jetzt angedauert, und das Budget sey damit weit überschritten worden. Nach nähern Erkundigungen im Ministerium habe er erfahren daß von den jetzt geforderten 7 Mill. bereits verausgabt seyen: 1) für die Armee 3,100,000 fl.; 2) für die deutsche Flotte 170,000 fl.; 3) für die Diäten der Nationalversammlung 150,000 fl.; 4) für die Truppen im Reichsdienst 230,000 fl. Dieß gibt in runder Summe 3,600,000 fl. Nun brauche der Staat noch 109,000 fl. für das Militär, 101,000 fl. für die Flotte. Das verausgabte Geld sey aus den Verlagscapitalen sämmtlicher Cassen des Finanzministeriums entnommen, und es sey also natürlich daß auf das rascheste Geld zur Befriedigung der laufenden Bedürfnisse beschaffen werden müsse. 3,600,000 fl. seyen also den Cassen entnommen, 3,400,000 fl. seyen noch zu decken. Aber sey denn nun das Bedürfniß der ganzen 7 Mill. Gulden erwiesen? Er glaube dieß bejahen zu müssen. Ja, die ganzen 7 Millionen seyen nöthig. Denn welche Stellung Bayern auch zu der Centralregierung Deutschlands nehmen möge, so dürfe es doch nicht von dem abstehen was es einmal versprochen habe. Der erste Bedarf sey also der für die

Flotte. Der andere Bedarf sey aber der für sein Heer. Eine Verminderung seines Präsenzbestands habe, so traurig das auch sey, noch nicht hergestellt werden können; denn noch wären Ruhe und Ordnung keineswegs in dem Maß zurückgekehrt um dieß wagen zu dürfen. Dieß sey die Folge der politischen Krankheit welche wir durchgemacht hätten. Allerdings scheine noch ein Rest von etwa 400,000 fl. übrig zu bleiben. Allein dieser müsse ebenfalls beschafft werden um die Mittel zur Zinsenzahlung herzustellen. Das Bedürfniß der ganzen Summe sey somit dargethan. Und noch mehr, die Nothwendigkeit möglichst rascher Beschaffung des Geldes. Denn eben jetzt bedürfe die Finanzverwaltung des Geldes um ihren Verpflichtungen nachzukommen und für die laufenden Ausgaben das Geld in die Cassen zurückzugeben. Es bleibe also nur noch die Frage nach dem zweckmäßigsten Wege zur Beschaffung der Summe übrig. Früher habe das Ministerium selbst auf Erhöhung der Steuern hingewiesen. Allein unter den jetzigen socialen und industriellen Verhältnissen erscheine dieser Weg weder räthlich noch passend. Ebenso könnte wohl durch den Verkauf von Domänen das Geld aufgebracht werden. Aber abgesehen von den national-ökonomischen Nachtheilen einer Verminderung des Domanialvermögens würde auch eine rasche Zusammenbringung des Geldes damit nicht erreicht werden. So bleibe die Subscription zu einem freiwilligen Anlehen, schon im verflossenen Jahre mit so gutem Erfolg gekrönt, der beste Weg. In den Schlußsätzen vertheidigt die Rede noch den vorgeschlagenen Tilgungsweg, indem sie sich gegen den Vorschlag auf Verlängerung des Termins für das Lotto erklärt und endlich die Aufnahme al pari aus finanziellen Gründen aufs wärmste anempfiehlt. Abg. Langguth erklärt sich in kurzen Sätzen unter Berufung auf Tit. VIII §. 12 der Verfassungsurkunde gegen den Ausschußantrag; Abg. Reinhart spricht sich in gleichem Sinne aus, rügt vornehmlich, ebenfalls unter Berufung auf das Grundgesetz, den Umstand daß der größere Theil des geforderten Anlehens bereits ohne Genehmigung der Stände verausgabt sey und erklärt sich schließlich gegen jede Art des Anlehens, dagegen für Steuererhöhung. Abg. Fürst Wallerstein erklärt Namens seiner Partei zu sprechen, verwahrt deren Votum im voraus gegen jedes politische Motiv, findet dasselbe bereits in den Worten des Hrn. Langguth ausgedrückt, und will diese nur näher motiviren. Es handle sich hier bloß um eine finanzielle Frage, jedes Parteiprincip müsse also dem dringenden Bedürfnisse gegenüber schweigen. Er wolle nur Namens der Linken die Frage aufwerfen, ob eine neue Staatsschuld contrahirt werden könne, ob nicht? Dazu müsse man aber ein Bild dessen vor sich haben was thatsächlich in Aussicht stehe, man möge darum verzeihen wenn er eine Reihe von Ziffern nenne. Diesen Ziffern welche eine Uebersicht der Kosten und Anlehen für die vollendeten, im Bau begriffenen und nothwendig zu erbauenden Eisenbahnen, sowie des Budgets der sechsten Finanzperiode zusammenstellen, ist nicht möglich mit der Feder zu folgen. Noch weniger den damit angestellten Berechnungen. Das Resultat ist daß Bayerns Schuldenlast von 126 Millionen auf 210 bis 220 Mill. kommen würde. Angesichts dieses Bildes sage nun heute die Linke zu dem vorgeschlagenen Anlehen: nein. Um sich definitiv zu entscheiden, verlange dieselbe vorher von der Regierung eine klare Uebersicht des ganzen Schuldentilgungswesens. Daß natürlich von den drei vorhergehenden Rednern auch das griechische Anlehen wieder in Anregung gebracht wurde, versteht sich von selbst. Indessen bittet der letzte Redner schließlich nochmals daß die Versammlung bei dieser Erklärung nicht an einen Parteistandpunkt denken möge! Abg. Thinnes erklärt sich vornehmlich aus moralischen Gründen gegen die Fortdauer des Lotto zu Gunsten der Tilgung der in Rede stehenden Schuld und für den Weg eines freiwilligen Anlehens. Abg. v. Koch hatte bereits im Ausschusse zwei Anträge gestellt, welche indessen mit allen Stimmen gegen die seinige verworfen wurden. Danach sollte beim Zweck des Anlehens nicht erwähnt werden daß es theilweise zur Zahlung der Schulden an die Centralgewalt bestimmt sey, nachdem vorerst eine Liquidation mit derselben über die Leistungen Bayerns zu geschehen habe und nur der hiernach Bayern treffende Rest zur Zahlung einzuweisen sey. Ferner sollten statt 7 nur 3 Millionen aufgenommen werden, und zwar zur Deckung der Ausgaben für Quartierlasten, sowie zur Auslösung der bei der bayerischen Bank hinterlegten Staatspapiere. Denn durch den Eingang der bereits für 1849/50 bewilligten Steuern bis zum 1 April 1850 sey schon hinlängliche Vorsorge für die augenblickliche Verlegenheit getroffen, und es bleibe dann der Regierung unbenommen zur Vervollständigung des bereits theilweise verbrauchten Verlagscapitals von 6,900,000 fl. im nächsten Budget durch einen Antrag Fürsorge zu treffen. Da indessen nun der Redner in diesen seinen Ansichten irre geworden, so erbittet er sich um für andere Ansichten die nöthige Klarheit zu gewinnen vom Finanzministerium Aufklärung über eine Reihe von Fragen. Diese beziehen sich jedoch auch auf die frühere Finanzverwaltung, so daß der Hr. Finanzminister davon augenblickliche Beantwortung nicht zu geben vermag. Abg. v. Lerchenfeld geht vorzüglich von dem Gesichtspunkt aus daß man die Frage darauf richten müsse, wie die Summe, deren dringendes Bedürfniß klar vorliege, dem Staate am raschesten zu beschaffen sey. Doch weist er im vorhinein den Gedanken ab dieß durch den Fortbestand des Lotto zu ermöglichen. Er wendet sich hierauf gegen die Ansicht als ob die Staatsschuldentilgungscasse ihrem Zwecke nicht entsprechend sey, findet indessen heute auch den Zeitpunkt nicht geeignet eine Streitfrage darüber auszufechten. Allerdings sey damit früher die Staatsschuld nicht in dem Maße gemindert worden, wie wohl sehr leicht hätte geschehen können. Indessen sey dieß durch die heutige Behandlung dieser Frage ebenfalls nicht wieder gut zu machen. Wenn aber eine Berechnung aufgestellt werde wonach bloß durch den Bau der Eisenbahnen die Staatsschuld auf eine enorme Höhe steige, so sey diese nur wahr, wenn jene Bauten sofort gemacht werden müßten. Allerdings seyen sie höchst nöthig, es sey sogar noch eine Eisenbahn von Bamberg nach Beklach (?) nöthig, da man den Fehler begangen habe den Centralpunkt der bayerischen Bahnen an eine Stelle zu legen wo die Donau noch nicht schiffbar sey. Aber trotzdem würden diese Bahnen nicht heute und morgen, sondern nach Kräften in gegebenen Zeiten hergestellt werden. Darauf wendet er sich entschieden abweisend gegen die Aeußerung (Kochs) daß Bayern seine Kosten zur Reichscentralgewalt nicht zahlen solle. Schließlich beantwortet er die Mehrzahl der von Hrn. v. Koch an das Finanzministerium gerichteten Fragen, und findet in dieser Beantwortung die triftigsten Gründe dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Abg. Schmitt erkennt allerdings auch daß der Staat viel Schulden habe, doch sey es nicht so schlimm als es geschildert wurde, und namentlich besser als 1843. Auch stünden ja die Staatspapiere vortrefflich. Allerdings wäre die Verlegenheit unabsehbar wenn die Eisenbahnen sofort gebaut werden müßten. Aber wer einen Centner nicht heben könne, müsse ihn eben zertheilen und stückweise aufladen. Abg. Tröger erklärt sich dagegen daß Hr. Fürst Wallerstein im Namen der Partei habe sprechen können; er seinerseits gehöre auch dazu, halte aber das Anlehen für ein nothwendiges Uebel und stimme dafür. Abg. Ruland findet die Motive seiner Zustimmung zum Gesetz bereits durch Hrn. v. Hermann entwickelt. Nur hegt er große Bedenken über die Art der Schuldentilgung, dieß darum weil er das aus den Ablösungen eingehende Geld für ein unantastbares Staatsgut erachtet, welches zufolge der Verfassungsurkunde nicht veräußert werden dürfe. Man solle sich hüten einen solchen Weg zur Befreiung aus augenblicklicher Verlegenheit einzuschlagen; einmal betreten, werde man in spätern Fällen nur allzuleicht wieder darauf zurückkommen. Abg. Kleindienst glaubt, das Gesetz habe nur den Zweck die Cassen rasch zu füllen und stimmt deßhalb dagegen. Er sieht in großartigen Ersparungen den Weg gefunden diese Füllung allmählich herzustellen, verschweigt uns aber, wo und wie diese Ersparnisse großartigen Styls gemacht werden sollen. Abg. Stöcker findet es ebenfalls sehr traurig daß neue Schulden contrahirt werden sollen, und weist klagend auf frühere Zeiten hin in denen man die Kunst des Sparens verabsäumt habe. Uebrigens meint er, das fünfprocentige Anlehen werde eine allgemeine Zinserhöhung im Privatverkehr zur Folge haben. Er finde einen bessern Weg in der Creirung von wirklichem Papiergeld, wolle indessen den Antrag darauf nicht für sich stellen, sondern nur darauf aufmerksam gemacht haben. Indem er dann nochmals auf die 5 Procent Zinsen zurückkommt, entwickelt er weiter wie durch die Erhöhung des Zinsfußes der Werth der Güter sinke, also der Grundbesitzer am meisten von einer solchen Maßregel zu leiden habe. Da niemand mehr das Wort verlangt, so wird die Discussion und Sitzung (3 Uhr Nachmittags) geschlossen und das Schlußwort des Referenten, sowie die Abstimmung auf morgen anberaumt.

Aus **München**, 2 Dec., werden wir um Aufnahme folgender Berichtigung ersucht: „Zu dem Bericht über die Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 29 Nov. (Allgem. Ztg. Nro. 335) wird berichtigend bemerkt daß die von dem Ministerialcommissär Molitor ausgesprochene Zustimmung zu dem Ausschußgutachten nur die von letzterem vorgeschlagene Art der Behandlung zum Gegenstand hatte: unbedingte Annahme des Regierungsentwurfs — Beschränkung auf Anträge in Betreff derjenigen Punkte in welchen die Kammer glauben würde daß der Amnestie eine weitere Ausdehnung zu geben sey, damit nicht durch Aufnahme von Modificationen in den Gesetzentwurf selbst das Schicksal desselben in Frage gestellt werden möge. Ueber den materiellen Werth der vorgeschlagenen Modificationen hat sich der Redner in keiner Weise ausgesprochen."

|| **München**, 3 Dec. Heute beschäftigten sich unsere Abgeordneten mit dem Gesetzentwurfe, den Geschäftsgang des Landtags betreffend. Da eine allgemeine Discussion nicht beliebt wurde, und auch die specielle ziemlich rasch von statten ging, so sind heute bereits 20 Artikel

berathen, und mit den Verbesserungsvorschlägen des eigens hiefür gewählten Ausschusses angenommen worden. Morgen wird das Gesetz in diesem Saale fertig werden. Dasselbe hebt eine große Anzahl von Bestimmungen unserer Verfassung und ein Gesetz von 1831 auf, räumt jeder Kammer das Recht ein ihre Geschäftsordnung selbst festzustellen — ein Recht von dem hoffentlich bald weiser Gebrauch gemacht wird — die Wahlacten zu prüfen, die Präsidenten unmittelbar zu wählen; ferner wird darin die Sitzordnung aufgehoben, den Kammerausschüssen theilweise das Recht der Enquête zugestanden u. s. w. — Auch die Kammer der Reichsräthe hielt heute eine Sitzung, in der man seit langer Zeit zum erstenmal den Prinzen Karl und den Grafen Giech sah. Ohne eigentliche Debatte ward den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer über das Ewiggeldgesetz beigestimmt und so ein Gesammtbeschluß erzielt, und dann ohne wesentliche Abänderungen das erst vor wenigen Tagen eingebrachte Gesetz zum Schutz der Telegraphenlinien einstimmig angenommen. — Die vor einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über eine theilweise Modification des Ministeriums sollen durchaus unbegründet seyn.

Aus der Pfalz, 26 Nov. Die Revolution ist niedergeschlagen, aber die bösen Leidenschaften sind noch da, und die Sympathien gegen die bayerische Regierung eher im Abnehmen als Zunehmen. Es herrscht weder die Furcht unter den Verirrten, noch wächst die Liebe unter den Treugebliebenen. Es hat vielmehr alles den Anschein daß unsre bürgerlichen Ordnungen und öffentlichen Rechtsverhältnisse auf die Dauer noch lange nicht befestigt sind. Die Amnestie wird in einigen Tagen erwartet. Aber je näher sie heranrückt, desto eifriger scheinen die Gerichte zu arbeiten. Am härtesten muß der Schullehrerstand seine Betheiligung an der Revolution büßen. Nach einer glaubwürdigen Angabe des Boten aus den Vogesen sind bis jetzt auf administrativem Wege 24 Schullehrer von ihrer Stelle förmlich entsetzt, 18 mit der Erlaubniß entlassen sich auf eine andere Stelle außerhalb ihres bisherigen Schulbezirks melden zu dürfen, was für viele jedoch einer Absetzung gleich zu erachten ist. Fünf sitzen im Gefängniß zu Zweibrücken, auf flüchtigem Fuße sind 7. Einer, der bei der Organisation des ersten Aufgebots mitgewirkt, ist zu 6 Monaten Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. Gegen viele sind außer den disciplinarischen Strafen noch gerichtliche Untersuchungen anhängig, und eine Masse sind unter districtspolizeiliche und schulinspectoratische specielle Aufsicht gestellt. In der That haben auch manche dieser Herren eine sehr schwere Schuld auf sich geladen; während aber andere durch einige glückliche Wendungen zur rechten Zeit sich den Rücken frei zu machen wußten, müssen die armen Schulmeister, die ohne innern Halt und Charakter sich zu Werkzeugen hergegeben hatten, für sich und jene die Zeche bezahlen. Die Wurzel der vorhandenen Uebelstände zu beseitigen ist noch wenig Anstalt gemacht, und die ganze Restauration nur höchst äußerlich betrieben. (Deutsche Ztg.)

Württemberg. 0 **Stuttgart**, 1 Dec. Die Unterhandlungen zur Auflösung des württemberg-taxis'schen Postvertrags sind so weit vorgerückt, daß die Beendigung nicht mehr fern seyn wird. Indessen droht der Partei-Eifer bedenkliche Störungen hervorzurufen. Die Württembergische Zeitung hat die Parole ausgegeben, worauf die hiesige Handelskammer die Regierung in demselben Blatt ersucht die Taxis'sche Verwaltung durch Bedrohung mit Verkündigung des im Sommer verabschiedeten Gesetzes fügsam zu machen. Da die Maßregel ihren Zweck verfehlen mußte, das Publicum aber auch Recht und Interesse hat das „Warum“ zu vernehmen, so ersuche ich Sie die den Gegenstand ins klare stellende Verfügung des Reichsministeriums des Innern vom 6 Jun. d. J. abdrucken zu lassen. Sie lautet wie folgt: „Aus der gefälligen Zuschrift des königlich württembergischen Bevollmächtigten vom 9/18 d. M. betreffend die Aufhebung des zwischen dem württembergischen Staat und dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis bestehenden Lehenverbands hinsichtlich der königlich württembergischen Postanstalten, hat die Regierung Sr. kais. Hoh. des Reichsverwesers mit Bedauern entnommen daß die württembergische Regierung die angebotene Vermittlung von der Hand gewiesen, und damit die weitere Erklärung verbunden, wie dieselbe im Gegentheil sich zu rascherem Handeln veranlaßt finde. Inzwischen hat die fürstlich Thurn und Taxis'sche Generalpostdirection ihr früheres Gesuch wiederholt, und namentlich um schleunige Verfügung wegen der auf dem Verzug haftenden Gefahr nachgesucht, indem ihr durch Verkündigung und Vollzug des von der württembergischen Ständeversammlung genehmigten Gesetzesentwurfs ein nicht zu vergütender Schaden zugefügt werde. Die provisorische Centralgewalt für Deutschland hat in Anbetracht dieser Umstände beschlossen: in Erwägung daß nach Artikel 17 der deutschen Bundesacte das fürstliche Haus Thurn und Taxis in dem durch den Reichsdeputationsschluß vom 25 Febr. 1803 oder spätere Verträge bestätigten Besitz und Genuß der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten, solange nicht etwa durch freie Uebereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden, verbleiben soll, und demselben in jedem Fall in Folge des Art. 13 des erwähnten Reichsdeputationsschlusses seine auf Belassung der Posten oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert werden; die Bundesversammlung, und nunmehr die provisorische Centralgewalt für Deutschland, somit gegenüber dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis eine Garantie übernommen hat; in Erwägung daß der von der königlich württembergischen Regierung unter dem 5 April 1849 der Kammer der Abgeordneten vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des zwischen dem württembergischen Staat und dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis bestehenden Lehensverbandes hinsichtlich der Posten, sich selbst als ein Vollzugsgesetz zu §. 39 des Reichsgesetzes vom 27 Dec. 1848, betreffend die Grundrechte des deutschen Volks, bezeichnet und somit dessen Erlassung und Ausführung in Gemäßheit des Art. 4 und 5 des Einführungsgesetzes zu den Grundrechten von Reichswegen überwacht werden soll; in Erwägung daß somit die provisorische Centralgewalt kraft des ihr zustehenden Oberaufsichtsrechts und der ihr obliegenden Garantiepflicht, Entschließung über das von der fürstlich Thurn und Taxis'schen Generalpostdirection angebrachte Gesuch um Schutz gegen die von der königlich württembergischen Regierung beabsichtigte Aufhebung des zwischen dieser und dem mehrerwähnten fürstlichen Hause bestehenden Lehensverbands zu fassen und in Ermangelung gütlicher Erledigung die Entscheidung in vorliegender Sache zu treffen hat; in fernerer Erwägung daß ihr in Folge hievon auch das Recht zusteht bei Dringlichkeit der Verhältnisse provisorische Verfügung zu erlassen, solche Verhältnisse aber allerdings vorliegen, indem durch die wirkliche Erlassung und auf den 30 l. M. angesetzte Ausführung des bereits von der Ständeversammlung genehmigten Gesetzentwurfs ein dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis nicht zu vergütender Schaden zugefügt werden dürfte: die königlich württembergische Regierung aufzufordern sich bis weiter der beabsichtigten Aufhebung des zwischen dem württembergischen Staat und dem Hause Thurn und Taxis hinsichtlich der Postanstalten bestehenden Lehensverbandes zu enthalten, und bei derselben gegen jedes fernere Voranschreiten in dieser Sache bis weiter Inhibition einzulegen. Indem sich der unterzeichnete interimistische Reichsminister des Innern die Ehre gibt, diesen Beschluß wegen Dringlichkeit der Sache direct dem königlich württembergischen Ministerium zur Nachachtung mitzutheilen, verbindet er damit die ergebene Bitte ihm gefällige Empfangsbestätigung zukommen zu lassen. Frankfurt a. M., 6 Jun. 1849. Der interimistische Reichsminister des Innern. (gez.) Detmold. F. R. d. A. Radermacher.

*** **Stuttgart**, 4 Dec. Leider scheint in vielen Leitern der jetzigen Mehrheit eine Neigung zur Verletzung der abgetretenen Minister und derjenigen Abgeordneten vorzuherrschen welche dieselben früher unterstützten, wodurch kein anderes Resultat des jetzigen Landtags erreicht werden könnte als daß die beiden Fractionen der früheren Liberalen um so gereizter gegen einander werden. Wozu hilft es jetzt noch auf das Verhalten von Römer der Nationalversammlung gegenüber zurückzukommen, welches damals die Billigung der Kammer fand und somit eine abgemachte Sache ist? Die jetzige Mehrheit kann unmöglich glauben daß sie ein wirkliches Resultat durch die Erneuung der damaligen Parteiung erreichen wird; Anfeindungen und Angriffe die darauf hinzielen, sind somit allein Aeußerungen persönlicher Gereiztheit, die schon deßhalb einer gesetzgebenden Versammlung nicht geziemen weil sie zwecklos sind. Die Veranlassung zu einem gereizten Auftritt gab heute der Antrag von Mohl die Regierung um Ertheilung einer Amnestie wegen politischer Vergehen zu ersuchen (der Antrag wurde dem Druck übergeben). Bei der Begründung des Antrags gab Mohl eine Darlegung der bekannten Lage Deutschlands während des vergangenen Mai und Junius in Bezug auf Anerkennung der Reichsverfassung. Es ist unnöthig den vorgebrachten Einzelnheiten zu folgen; wir bemerken nur daß Mohl aus der damals allgemein verbreiteten Rechtsansicht eine Begründung der Amnestie herleitete, und zwar um so mehr, da die Regierung (Römer u. s. w.) selbst einer Amnestie bedürfe, indem die von ihr verübte Sprengung mit Zuchthaus verpönt sey. Diese Aeußerung rief natürlich eine Erklärung Römers hervor, er werde bei der Verhandlung den Antrag unterstützen, indeß zugleich die Regierung gegen den leidenschaftlichen Angriff Mohls rechtfertigen. Der Präsident Schoder rief Römer wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung! Nun ist zwar der Ordnungsruf der persönlichen Ansicht des Präsidenten anheimgegeben, indeß die betreffende Stelle in Mohls Rede, schon an sich beleidigend, war ohnedem in einem Tone vorgetragen durch welchen sie um so mehr reizen mußte; die Aeußerung Römers war somit gerechtfertigt. Die Freunde Römers traten natürlich für denselben auf; v. Zwergern erklärte daß alle jetzigen Abgeordneten, welche in der früheren Kammer mit Römer stimmten, den Ordnungsruf als zugleich gegen sie erlassen annähmen; Reyscher hob hervor die Hinweisung auf die Zuchthausstrafe sey unparlamentarisch. Römer machte geltend daß die Frage durch die vorige Kammer wie durch die Gerichte entschieden sey. Der Präsident beharrte bei seiner Meinung. Der Zwischenfall schien uns übrigens bei vielen Mitgliedern der Mehrheit einen ungünstigen Eindruck in Bezug auf ihre Leiter hervorgerufen zu haben; z. B. Zimmermann rief: „Wir führen des Volkes

Sache, ich bitte nicht Persönlichkeiten .... und wurde vom Präsidenten unterbrochen, so daß er den Satz nicht beenden konnte. Können Männer wie Mohl sich nicht ihrer Gereiztheit entäußern die eine große Zahl nicht mehr theilt, und geben dieselben nicht einen Standpunkt auf der durch die Ereignisse unhaltbar geworden ist, so lassen sich noch ganz andere Bestrebungen und Anfeindungen von der äußersten Linken erwarten, die bis jetzt geschwiegen hat. Mit der Durchführung der Grundrechte aber scheint es einer beträchtlichen Anzahl Abgeordneter im linken Centrum und der Linken auch insoweit Ernst zu seyn daß dieselben keine Auflösung veranlassen wollen; es ist somit sehr wohl möglich, im Fall die Kammer länger zusammenbleibt, daß die jetzige compact scheinende Mehrheit sich auflöst und ein ganz anderes Zahlenverhältniß der Parteien sich bildet.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 2 Dec. Heute hielt Oberhofprediger Dr. v. Ammon, der bekannte Verfasser der „Fortbildung des Christenthums zur Weltreligion," seine Abschiedspredigt. Fortdauernd rüstig bis in sein hohes Alter hat er sich der Anstrengung der Kanzelvorträge doch nicht mehr gewachsen gefühlt, und tritt nun in den Ruhestand. Mit diesem Manne wird ein ungewöhnlich reicher Schatz vielseitigsten Wissens, eine universelle Weltbildung hinüber gehen; einen ähnlichen, noch nicht ersetzten Verlust erlitt vor mehreren Jahren der sächsische Richterstand durch den Tod des Oberappellationsgerichtspräsidenten Dr. Schumann. Ob Dr. Harleß aus Leipzig als Ammons Nachfolger berufen werden wird ist noch immer unentschieden, obschon ein bestätigendes Gerücht schon seit längerer Zeit Anlaß zur Parteiergreifung für und wider geboten hat. Nach dem Ausfall der Wahlen, der auch durch die nach und nach bekannt werdenden Nachwahlen im wesentlichen nicht alterirt zu werden scheint, nach dem befriedigenden Beginn der Kammerverhandlungen ist noch eine Erscheinung als erfreulich zu betrachten: das Ergebniß unserer fünftägigen Assisen. Nachdem die Niederlagen der Staatsanwaltschaft bei den Leipziger, Bautzner und Zwickauer Assisen bei gewissen falschen Freunden des Geschworneninstituts schon die Hoffnung erregt hatten das letztere werde durch die zur politischen Parteisache gemachte Wahl der Geschwornen durch das allgemeine Wahlrecht gründlich discreditirt worden seyn, hat sich bei den Dresdener Assisen gezeigt daß die aus allgemeiner Volkswahl hervorgegangenen Geschwornen Verdicte gesprochen haben, welchen auch von reactionärer Seite der Vorwurf politischer Parteilichkeit nicht gemacht wird. Von den entschiedenen Fällen war der letzte, welcher das Gericht drei Tage lang beschäftigte, für Sachsen eine cause célèbre; der Angeklagte hatte im vorigen Jahr durch die Presse das Gerücht verbreitet daß Advocat Moßdorf, einer der wegen Betheiligung an den Unruhen im Jahr 1830 Verurtheilten, in den Gefängnissen der Festung Königstein in einer Weise umgebracht worden sey welche auf eine Mitwissenschaft der damaligen Regierung habe schließen lassen. Moßdorf hatte sein Leben durch Selbstmord geendet. Wegen der Verbreitung jenes Gerüchts wurde der Angeklagte, ein Improvisator und Tagesschriftsteller, zu dreiwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt. Auch unsre neuen Stadtverordnetenwahlen haben ein sehr unerwartetes Resultat gegeben, indem von den durch die Majoritätspartei des aufgelösten Collegiums Vorgeschlagenen nur eine sehr geringe Anzahl gewählt worden ist. Das Dresdener Journal theilt mit daß Prinz Johann, Herzog zu Sachsen, welcher als ständiges Mitglied der ersten Kammer in den Gesetzgebungsausschuß gewählt wurde, diese Wahl angenommen, und bei einem Besuche, den ihm die übrigen Ausschußmitglieder nebst mehrern Mitgliedern sowohl der Rechten als der Linken beider Kammern gemacht haben, mit jedem einzelnen sehr freundlich sich unterhalten und erklärt hat während dieser Session wieder an den Arbeiten der Kammern theilnehmen zu wollen. Alles erfreuliche Wiederanknüpfungen — aber eine düstere Wolke wirft noch ihre Schatten auf unsere Zustände: es ist die deutsche Frage; nur aus ihrer befriedigenden Lösung kann die Hoffnung einer bessern Zukunft erblühen. Die bezüglichen Regierungsmittheilungen sind bis jetzt noch nicht an die Kammern gelangt. Wie wir heute vernehmen ist von den auf der Festung Königstein verhafteten Gefangenen Bakunin, Heubner und Röckel ein Fluchtversuch gemacht, aber vereitelt worden.

Thüringen. **Koburg,** 2 Dec. Der Minister v. Seebach wird die Verantwortlichkeit für die gesammte Thätigkeit der Staatsregierung als Chef des Ministeriums allein übernehmen. Statt der früheren verantwortlichen Staatsräthe werden die neuen „Ministerialräthe" nur als vortragende Departementsräthe dem Minister zur Seite stehen. Zu Ministerialräthen sind ernannt: Hr. Friedrich Braun von hier, bisher Justizrath und Landschaftsdirector; Hr. Leopold Braun, bisher Kammerassessor in Gotha und Hr. Rudolph Brückner von Gotha, bisher geheimer Referendär im Ministerium.

Koburg, 3 Dec. Die schon lange erwartete Auflösung des Landtags ist heute erfolgt. In der Nachmittagssitzung um 3 Uhr erschien der Ministerialrath Brückner und verlas eine höchste Verordnung des Inhalts: „Wir Ernst ꝛc. Die am 22 Sept. 1848 eröffnete Ständeversammlung ist aufgelöst. Das Staatsministerium hat nach Maßgabe des Wahlgesetzes vom 22 April 1848 die Wahlen zu einer neuen Ständeversammlung anzuordnen." Obgleich ein Grund der Auflösung nicht angegeben ist, so darf doch mit Sicherheit angenommen werden daß derselbe in dem früher von den Ständen gefaßten Beschluß — das preußische Bündniß abzulehnen — zu finden ist. Die abtretenden Landstände hinterlassen ihren Nachfolgern drei wichtige, in alle Verhältnisse unseres Ländchens tief einschneidende Fragen: über unsere staatliche Existenz im deutschen Reich, über unsere ebenso nothwendige als schwierige Vereinigung mit Gotha, und über neue Finanzquellen die Ersatz bieten sollen für den Ausfall der ganz unergiebigen Einkommensteuer. Einer der letzten Beschlüsse der aufgelösten Stände ging dahin daß man Koburgischerseits geneigt sey das Gotha'sche Wahlgesetz ohne weiteres anzunehmen, falls eine Abgeordnetenversammlung für beide Herzogthümer gemeinschaftlich berufen würde. Da aber die Auflösungsverordnung einen neuen Koburgischen Landtag nach dem Koburgischen Wahlgesetz in Aussicht stellt, so scheint die Hoffnung daß die Regierung einen Verfassungsentwurf für das Gesammt-Herzogthum sofort einem Koburg-Gotha'schen Gesammt-Landtage vorlegen werde, noch nicht in Erfüllung zu gehen. (Nürnb. Corresp.)

K. Hannover. * **Hannover,** 1 Dec. Heute wurde beiden Kammern in vertraulicher Sitzung eine Geldbewilligung von 20,000 Rthlr. abgefordert zum Behuf der deutschen Flotte, und auf dringendes Ansuchen der Centralgewalt. In erster Kammer wurde die Bewilligung nach kurzen Verhandlungen einstimmig ausgesprochen, und der von Rittmeister v. Münchhausen erhobene Widerspruch legte sich, als in demselben Augenblick eine Depesche an das Ministerium gelangte welche die glückliche Bergung der deutschen Flotte in Gestemünde (also theilweise im Hannoverischen) und andern Weserhäfen meldete. Die Weser geht stark mit Treibeis, und daher waren schon Besorgnisse laut geworden. In zweiter Kammer muß diese Angelegenheit eine längere beinahe zweistündige Debatte veranlaßt haben. Das Resultat ist natürlich die Bewilligung gewesen, doch ist diese durch einen Verbesserungsantrag daran geknüpft daß die Zahlung direct an die Flottenadministration geschehe. Man erzählt sich daß von mehreren Abgeordneten die Ansicht geltend gemacht sey, die einzig rechtlich bestehende provisorische Centralgewalt bestehe lediglich in der jetzt flüchtig in der Schweiz und Frankreich herumirrenden Regentschaft, welche die deutsche Nationalversammlung in Stuttgart gewählt habe. In öffentlicher Sitzung wurde sodann der Antrag der Finanzcommission auf provisorische Genehmigung des Budgets mit dem Vorbehalt der Nachprüfung in erster Berathung verhandelt. Die Finanzcommission erklärte daß ihr Antrag einen Mittelweg zwischen Bewilligen und Nichtbewilligen bezwecke, und daß er dem Lande eine gründliche Prüfung auf dem einzig möglichen Weg retten wolle. Es wurden nun die entschiedensten Vorwürfe gegen die Regierung wegen zu späten Einberufens der Stände laut. Stüve vertheidigte sich zuerst mit einem Argumente dagegen das nicht einmal bei seinen entschiedensten Anhängern Beifall fand, nämlich es sey am 8 Nov. noch Zeit genug zu einer gründlichen Prüfung gewesen. Darauf erklärte er die Absicht der Regierung bei Auflösung der Stände sey gewesen dieselben bei ihren Verhandlungen auf festen Boden zu stellen. Man habe eine viel zeitigere Zusammenberufung im Sinne gehabt, deßhalb seyen die Wahlen schon im August angeordnet worden. In demselben Augenblick sey aber der Regierung dieser feste Boden wieder entzogen worden, da Hr. v. Radowitz in den preußischen Kammern die Absicht Preußens dahin erklärt habe den Bundesstaat mit vielen oder wenigen zu Stande zu bringen, wodurch der Einigung des ganzen Deutschlands eine große Gefahr gedroht habe. Im September habe sich die Sache nicht entwickelt, da erst am 30 Sept. wegen des Interims zwischen Preußen und Oesterreich eine Einigung stattgefunden. Die Hoffnungen der Regierungen seyen leider nicht in Erfüllung gegangen, und man habe es darauf wagen müssen die Stände auf ungewissen Boden zu stellen. Lang II erwiederte: dasselbe hätten die Stände auch gewollt, sie hätten die Regierung im Februar und März auf einen festen Boden stellen wollen, und diese würde besser gethan haben wenn sie den Ständen gefolgt. Uebrigens befürwortete derselbe den Antrag der Finanzcommission und wies darauf hin daß man, wenn die Regierung sich nicht rechtfertige, ein besseres Mittel habe als ihr Schwierigkeiten zu bereiten, das Mittel der Beschwerde. Hr. Gerding, der gegen den Antrag verschiedentlich sprach, trug auf namentliche Abstimmung an, und derselbe wurde sodann gegen die Stimmen von Gerding, Delering, Büren, Weinhagen und Schläger angenommen. Diese namentliche Abstimmung wird wohl den Riß zwischen der Linken und

der äußersten Linken zum entschiedenen Bruch gestalten, da die Linke alles vermeiden will was direct den Sturz des Ministeriums Stüve herbeiführen müßte. Der Antrag der Finanzcommission, der dreimal berathen und beschlossen werden muß, ist eben dadurch zugleich gesichert, während sonst vielleicht eine Bewilligung auf kürzere Zeit die Majorität für sich gehabt haben würde, welche Modificationen jedoch erst bei der zweiten Berathung beantragt werden könnten.

Preußen. ⁑ **Berlin,** 2 Dec. Noch immer ist keine Note von Wien da.*) Ueberhaupt scheint der hiesige diplomatische Verkehr mit Oesterreich in den letzten Tagen nicht eben sehr im Flusse. Das Berliner Cabinet hatte bekanntlich auf die österreichischen Zolleinigungsvorschläge der Wiener Zeitung, welche von ernstlichen Intentionen eingegeben schienen, sofort mit einem Artikel im Staatsanzeiger entgegenkommend geantwortet, da sich doch füglich auf einen Zeitungsartikel hin keine Verhandlungen anknüpfen ließen. Seitdem wartete man hier aber vergeblich auf eine amtliche österreichische Eröffnung oder den Beginn diplomatischer Unterhandlungen über diesen Punkt; Oesterreich hat noch keine Initiative ergriffen. Ueber den Eintrittstermin der Interimscommission ist auch noch nicht entschieden; von den Ihnen neulich mitgetheilten Vorbedingungen wird Preußen nicht abgehen, und da man von Wien aus mit dem Drängen abgelassen zu haben scheint — wahrscheinlich weil man den Erzherzog zur Fixirung des Abdankungstermins noch nicht hat bewegen können, so dürfte Hrn. v. Radowitz's Abreise nicht so bald bevorstehen als man in Frankfurt vermeint. Es ist durch mehrere Blätter bereits das Gerücht gegangen die Wegener'sche Broschüre „über das wahre Verhältniß des Herzogs von Augustenburg zum holsteinischen Aufruhr" habe von Seiten unseres Königs eine persönliche Gereiztheit gegen den Herzog hervorgerufen, welche auf die jetzt schwebenden Verhandlungen gerade nicht zu Gunsten Schleswig-Holsteins zurückwirken dürfte. Es ist dieß eine thatsächliche Unwahrheit. Die pamphletarische Natur jener Broschüre ist hier bis in die höchsten Kreise hinauf wohl erkannt und ihre Wirkungen sind ganz andere als die angegebenen. Was aber die obschwebenden Friedensunterhandlungen betrifft, so existiren dergleichen zwischen Preußen und Dänemark noch gar nicht. Denn das dänische Gouvernement hat noch keinen Anstoß zu neuen Berathungen gegeben, ja seinem Gesandten bis jetzt nicht einmal die erforderlichen Instructionen hergeschickt. Preußischerseits wünscht man allerdings die baldige Eröffnung der Friedensunterhandlungen, und Hr. v. Usedom wird deßhalb bald zurückerwartet.

Mit der gestern geschlossenen Beweisaufnahme, sagt die Berlinische Zeitung, liegt das Resultat des ausgedehnten, so viel besprochenen Processes Waldeck nun vollständig vor. Die Aussagen des Ohm haben sich fast überall als Unwahrheiten erwiesen, und von den vielen Zeugen welche er für seine Bekanntschaft mit Hrn. Waldeck vorgeschlagen, hat auch nicht ein einziger nur das mindeste zu bekunden vermocht. Das Resultat des Processes kann also wohl nicht zweifelhaft seyn. Nur in Betreff des Angeklagten Ohm wird die Entscheidung den Geschwornen sehr schwierig werden. Der Gerichtshof und der Staatsanwalt sollen sich aber falls etwa Ohm wegen Hochverraths freigesprochen würde, noch ihre Schritte gegen Goedsche und Ohm vorbehalten haben. Die Aufregung gegen Goedsche und Ohm war gestern in der Stadt sehr groß, namentlich entstand überall die höchste Indignation als sich der Beweis ergab daß Goedsche in Gemeinschaft mit seiner Frau versucht hatte Abgeordnete dadurch zu bestechen daß er ihnen doppelte Diäten und bei wichtigen Abstimmungen 40 Thlr. bot. Solche Mittel, meint die Berlinische Zeitung sehr wahr, lassen sich freilich nicht billigen. Am 3 Dec. findet das Plaidoyer zwischen den Staatsanwälten und Defensoren statt. Dasselbe wird nach der jetzigen Lage des Processes sehr an Interesse verlieren, da der Staatsanwalt die Anklage dem Vernehmen nach fallen lassen wird.

Berlin, 4 Dec. Die gestrige Sitzung des Waldeck'schen Processes begann damit daß Staatsanwalt Meiner den Angeklagten Ohm vor Gott und den Menschen auf sein Gewissen fragte, wer die bei ihm gefundenen Briefe gemacht habe? Ohm blieb dabei, er sey der Ueberzeugung daß die Briefe ächt seyen. Der Staatsanwalt Meiner erklärte, es habe im vorigen Jahr Bestrebungen zum gewaltsamen Umsturz der constitutionellen Monarchie gegeben. Es habe daher der Staatsanwalt, als man ihm Briefe brachte die von D'Ester herrühren sollten, diesen so lange Glauben schenken müssen bis ihr Ungrund erwiesen sey. Man habe nicht von vornherein annehmen können daß die in den Briefen aufgestellten Thatsachen falsch, daß diese selbst nur ein Bubenstück, zum Verderben eines Menschen angefertigt, seyen. Es sey traurig daß dieß geschehen, aber es sey dafür auch jetzt die Pflicht der Staatsanwaltschaft dieß anzuerkennen, und sie fordere daher jetzt von den Geschwornen das Nichtschuldig für den Geheimenrath Waldeck. Ohm anbetreffend, so sey dessen angeblich offenes Geständniß eine Lüge, die Briefe seyen verfälscht, Ohm habe Geld verdienen, dabei aber sich so wenig als möglich compromittiren wollen. Deßhalb habe er im Contract mit Goedsche ausgemacht daß er Namen nicht zu nennen brauche, und habe nur bei seinem Verkehr mit den Führern der Demokratie Worte aufgefangen, darnach Combinationen gemacht und so falsche Thatsachen als Wahrheiten behauptet. Unter diesen Umständen habe Ohm keine Anzeige vom Hochverrath machen können, denn er habe nichts gewußt und die Geschwornen könnten daher nicht das Schuldig aussprechen. Die Staatsanwaltschaft aber erkläre hiemit daß sie wegen des Verbrechens der wissentlich falschen Denunciation sofort nach Beendigung des Processes gegen Ohm und seine Complicen einschreiten werde. Wilberg, der Vertheidiger Ohms, erklärte letzteren für ein williges Werkzeug und den Gehülfen derjenigen Partei die durch Goedsche hier vertreten werde. Hunger sey der Grund seiner Handlungsweise gewesen. Er sey aber kein öffentlich falscher Denunciant, denn soviel sey klar erwiesen daß er nicht denuncirte, und daß er nichts davon gewußt hat welche Denunciationen auf seine Berichte gegründet wurden. Er sey ein Werkzeug in anderer Leute Hand, und diese möchten wohl strafbarer seyn, dem Ohm aber würde kein Staatsanwalt etwas anhaben können, ihn könne nur sein Gewissen strafen. Der Advocat-Anwalt Dorn sagte nach einigen Bemerkungen darüber daß die Anklage nie ein Fundament gehabt habe, wahnsinnig müsse derjenige seyn der diese Briefe je für ächt gehalten, Ohm habe sie verfälscht, Goedsche habe von ihrer Fabrication Kenntniß gehabt. Goedsche sey ein Mensch dem man alles zutrauen könne. Waldeck bemerkte daß seine Unschuld erkannt sey, versöhne ihn mit seinen Leiden. Ober-Staatsanwalt Sethe vertheidigte die Staatsanwaltschaft gegen Dorns Bemerkungen und trug nochmals auf Nichtschuldig für Waldeck an. Dorn replicirte. Die Geschwornen sprachen Nichtschuldig (des Hochverraths) sowohl für Waldeck als für Ohm aus. Ohm wird dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, als wissentlich falscher Denunciant beschuldigt, in Haft gelassen. Waldeck ward auf der Straße mit warmer Theilnahme und vielem Jubel empfangen.

Am 3 Dec. kam in der zweiten Kammer der Bericht der Commission für die deutsche Verfassungsangelegenheit über die dritte Vorlage der Regierung zur Berathung. Der Commissionsantrag schlug der Kammer vor sich unter Vorbehalt ihrer Rechte zur Zeit einer weiteren Erklärung über den Vertrag vom 30 Sept. d. J. zu enthalten. Von Urlichs wurde dieser Antrag mit seiner Motivirung als einem Mißtrauensvotum sehr ähnlich bezeichnet. Ein von Voltze vorgeschlagenes Amendement, für welches v. d. Heydt, v. Manteuffel, v. Schleinitz stimmten, ward von der Kammer mit 150 gegen 135 Stimmen verworfen, ein noch ungedrucktes Amendement von Hoffmann, das auf der mittleren Linie bleibt, wurde mit 176 gegen 106 Stimmen angenommen.

Königsberg, 29 Nov. Seit gestern ist es gewiß daß Dr. Jacoby am 8 Dec. vor den Assisen erscheinen wird. Gestern ist ihm die Anklageschrift zugefertigt worden, die noch voluminöser ist als die des Staatsanwalts Sethe gegen Waldeck. Unter andern Argumenten findet sich in der Anklage auch das daß Jacoby eigentlich gar nicht Deputirter für Frankfurt gewesen, da schon vor seinem Eintritt die Abberufungsordre der preußischen Regierung erfolgt sey. Jacoby's Freunde sind sehr besorgt um ihn; es figuriren nämlich auf der dießmaligen Geschwornenliste viele fanatische Mitglieder des Preußenvereins und die reactionärsten Mitglieder unsers Landadels. Viele von diesen sollen schon geäußert haben Jacoby müsse verurtheilt werden; er sey der Hauptwühler Preußens, seine „Vier Fragen" hätten uns zuerst ins Verderben gestürzt rc. Erfolgt gegen Jacoby, der des Hochverraths angeklagt ist, das Verdict: Schuldig, so können die Richter nur Eine Strafe, die Todesstrafe, über ihn aussprechen; das relativ günstigste Schicksal wäre dann wohl — lebenslängliche Zuchthausstrafe. Bei der Auswahl der Geschwornen durch die höchsten Regierungsbeamten soll unser Polizeirath S. mit seiner Personalkenntniß geholfen haben.

Oesterreich. § **Wien,** 3 Dec. Der ehemalige Reichstagsdeputirte Dr. Fischhof ist endlich seiner Haft entlassen, nachdem er vom obern Gerichte als schuldlos erkannt wurde. Die unterbrochen gewesenen Fahrten und Gütertransporte auf der Nord- und Südbahn haben bereits wieder ihren regelmäßigen Gang aufgenommen. Die heutigen Posten sind noch immer um einen Tag verspätet.

* Wir können, da uns abermals die Wiener Post sehr spät zukommt, aus unserer übrigen Correspondenz nur wenig beifügen. Das Aufsehen, das der an das Armeecorps in Böhmen gelangte Befehl im

*) Unser gestriger Brief behauptete, sie sey am 1 Dec. eingetroffen. Der Zweifel muß sich alsbald lösen.

ersten Augenblick gemacht hatte, schien ziemlich gewichen zu seyn; man glaubte nicht an den Ernst solcher kriegerisch aussehenden Demonstrationen, so wenig als an den Ernst jener drohenden Reden die von Berlin in den Zeitungen umlaufen. Es fehlte nicht an Leuten welche die alte Ueberzeugung wieder aussprachen: Berlin und Wien ständen sich in den Endabsichten viel näher, als der Ton der Noten glauben lasse.

Oesterreichische Monarchie.

Ein Brief aus **Wien** (in der Deutschen Ztg.) sagt: „Die Deutschen in Ungarn führen Beschwerde und, wie es scheint, gerechte Beschwerde über ihre Zurücksetzung: sie hatten wenigstens gehofft daß jetzt ein Umschwung eintreten würde und sie haben sich abermals getäuscht. Unter allen höheren Regierungsbeamten welche den neuen Verwaltungsorganismus ins Leben führen, findet sich fast kein einziger Deutscher; im eigentlichen Ungarn sind Magyaren, im Banat Walachen, in der Bacska Serben an die Spitze der Verwaltung gerufen, und doch bilden die Deutschen im Nordwesten und Südosten des Landes mächtige und compacte Völkercomplexe, doch sind alle größeren Städte vorwiegend deutsch. In der Bacska haben die Deutschen, obgleich an Zahl den Serben gleichstehend und an Vermögen ihnen weit überlegen, nicht einmal petitioniren dürfen gegen die Einverleibung in die serbische Woiwodina; der serbische Regierungscommissär hat die aufliegenden Petitionen confisciren lassen, (und ihre Wiederaufnahme bei Strafe verboten."

:: **Pesth,** 28 Nov. Die Hemmung der Vollstreckung von Todesurtheilen für politische Sünden in Ungarn ist nun mehrfach bestätigt. In der neuesten Zeit wurden an 30 auf den Tod lautende Urtheilssprüche des k. k. Kriegsgerichts in Ungarn gefällt, und sämmtlich auf Festungsstrafe in Eisen — meist auf 18 Jahre — gemildert. Unter den Verurtheilten befand sich auch ein Landsmann von Ihnen, nämlich Graf Gustav Hadik von Futtak aus Gamerschwang in Württemberg gebürtig, 49 Jahre alt, katholisch, ledig, nach einer 20jährigen Dienstzeit im k. k. Militär als Oberstlieutenant im Jahr 1844 pensionirt, k. k. Kämmerer, Ritter des Sanct Georgsordens der Wiedervereinigung beider Sicilien dritter Classe und Oberst im revolutionären ungarischen Heere. Hadik begann seine nachmärzliche militärische Laufbahn im Sommer voriges Jahr als Commandant der Nationalgarde diesseits der Theiß, und that alles für die Bildung und Waffenübung dieser Bürgerwehr. Hadik war bereits bei der Erstürmung des Raitzenlagers bei Perlaß am 2 Sept. v. J. durch Ernst Kiß thätig. Wir finden ihn im März 1849 als Commandanten der in Szegedin zusammengezogenen magyarischen Streitkräfte, und auch die Besatzung von Theresiopel zählte zu seinem militärischen Dienstsprengel. Hadik war nicht sehr glücklich gegen die Serben unter Knicanin, und wurde daher am 16 März von Moriz Perczel abgelöst. Zum letztenmal wird seiner in dem dritten Bruchstück aus dem theilweise aufgefundenen Geheimarchiv der ungarischen Revolution mit dem Bemerken Erwähnung gethan daß er in der Reserve unter Aristides Dessewffy's Commando mit seiner Abtheilung die mittlere Theiß zu bewachen habe. Johann v. Németh, pensionirter Rittmeister, dann Insurgentenoberst, war es der Bem als Courier des Debrecziner Reichstags den Militär-Tapferkeitsorden erster Classe überbrachte und dabei Bems verwundete Hand küßte. Eine Erwähnung verdient auch Anton Dipold, da er in der Nacht vom 25 auf den 26 April l. J. bei der Entsetzung von Komorn mit Knesich an der Spitze seiner Brigade die Donau zuerst überschritt und in die österreichischen Schanzen eindrang. Oberst Zambelli war seit Mai l. J. außer Dienst, und es war daher nur seine Brigade unter Kmetthy, welche die Oesterreicher im Junius bei Csorna überfiel, wobei der muthig. k. k. Generalmajor Wyß auf dem Schlachtfeld blieb. Die hier befindlichen Officiere des Insurgentenheeres werden, falls sie sich in bedrängten pecuniären Verhältnissen befinden, auf geheime Weise unterstützt. Es scheint sich ein Verein von barmherzigen Damen gebildet zu haben. Man hofft hier allgemein daß am 2 Dec. l. J., als dem Tage der Thronbesteigung Sr. Maj. des Kaisers, eine beschränkte Amnestie für Ungarn publicirt werden dürfte. Ferner sagt man daß der k. k. bevollmächtigte Hofcommissär Baron Gehringer zu einem höhern Wirkungskreise berufen werden soll. Man würde ihn hier schwer vermissen, namentlich wäre seine Abberufung für das deutsche Element in Ungarn ein harter Schlag. Die ziemlich milde Vorcensur, welcher die hiesigen Journale bisher unterstanden, ist einstweilen Censoren vom Civilstande übertragen worden. Der gewandte, vielgereiste frühere Redacteur der Pesther Zeitung, Albert Hugo, hat kürzlich die Erlaubniß zur Herausgabe eines politischen Blattes erhalten, und dieß Journal wird zweifelsohne mit Anfang des nächsten Monats zu erscheinen beginnen. Dagegen haben Heckenast und Lewitschnigg noch keinen Bescheid auf ihr Bittgesuch um Herausgabe eines mehr localen Pesth-Ofener Nachmittagsblattes erhalten. Letzterer arbeitet an einer Sammlung Silhouetten vorzüglicher Notabilitäten aus der jüngsten ungarischen Vergangenheit.

Großbritannien.

Die Londoner Blätter vom 2 Dec. fehlen, sind überhaupt seit mehreren Tagen um eine Post zurück.

Die Times vom 1 December meldet daß die französische Regierung den im Jahr 1845 zwischen England und Frankreich abgeschlossenen 5jährigen Vertrag zur gemeinsamen Unterdrückung des Sklavenhandels durch Kreuzerflottillen an der westafrikanischen Küste gekündigt hat, so daß binnen einem halben Jahre die französische Mitwirkung aufhören wird. Daran knüpft die Times die ernste Mahnung an die Regierung und das Parlament von England nun auch ihrerseits jenes an Geld und Menschenleben so kostspielige, und dabei durch die Erfahrung als ganz nutzlos erprobte Kreuzersystem aufzugeben. Die Times ist bekanntlich ein Freihandelsblatt, gibt aber zu daß jenes System um so nutzloser, ja als ein Hohn gegen den gesunden Menschenverstand erscheine, angesichts der Zuckerbill von 1846, welche den Sklavenzucker in England zuläßt, und also mittelbar die Sklavenarbeit und den Sklavenhandel aufmuntert.

Die Blätter warnen Auswanderer nach Amerika vor einer sich so nennenden „amerikanischen Landverkaufsgesellschaft," welche dieses Jahr über in den nord-englischen Zeitungen, namentlich denen von Liverpool, Manchester und Leeds, nicht weniger als 7 Millionen Acres in den Staaten Virgina und Tennessee unter lockenden Anpreisungen zu nicht mehr als 4 Shilling den Acre zum Verkauf ausboten. Eine Anzahl englischer Arbeiter hat sich durch diese Jobberei wirklich verführen lassen Loose zu nehmen und zehn Procent anzuzahlen; das Ganze ist aber nichts als Betrug und Schwindelei. — Von Cowes auf der Insel Wight ging dieser Tage das Segelschiff „Monarch" mit ungefähr 60 vermöglichen Auswanderern an Bord nach Neuseeland ab, um dort eine neue Niederlassung zu gründen. Sie haben eine förmliche Menagerie mitgenommen, unter andern Rehe, Füchse, Hasen und Kaninchen, die sie dort freilassen wollen. Der Viehzucht steht in Neuseeland der Umstand im Weg daß viele Gegenden mit dem Vieh schädlichen Kräutern und Sträuchen bedeckt sind. Der „Monarch" soll später zum Viehtransport zwischen Sydney und Neuseeland benützt werden.

*** **London,** 30 Nov. Es wird mehr und mehr wahrscheinlich daß die nächste Parlamentssitzung nicht ohne eine Maßregel über Geldwesen und Umlaufsmittel vorübergehen kann. Der Ueberfluß an Geld läßt sich zwar aus zwei Gründen erklären, erstens weil sehr viel Geld aus dem Continent nach England geflüchtet wurde, und zweitens weil der Handel, namentlich die Speculation, nicht sehr schwunghaft ist, aber es erklärt sich daraus nicht weßhalb wir in der Bank fast kein Silber besitzen — an Barren finden sich nur etwa 300,000 Pf., während es 3 Mill. gesetzlich seyn dürften. In Paris steht Gold um ein Fünftel, in Hamburg um ein halb Procent niedriger als hier, folglich strömt uns das Gold zu, und die Bank muß es zu dem festgesetzten Preise von 3 Pf. 17 Sh. 10½ d. ankaufen; sie bezahlt solches mit Noten und hat deßhalb die unerhört große Summe von 11 Mill. an unbeschäftigten Noten daliegen, und der Zinsfuß ist für Papier erster Classe 1 bis 1½ Procent. Depositen werden bei den Privatbanken nur ungern zu 1 Proc. angenommen, deßhalb wendet sich das Geld auf die Consols und diese steigen unmäßig im Preise. Das Mißverhältniß zwischen dem Preise des Goldes hier und auf dem Continent steigt langsam und stetig, und man erwartet deßhalb mit Zuversicht daß die Regierung mit Eröffnung des Parlaments eine Maßregel deßhalb ankündigt. Indeß sind aus dem Ueberfluß von Gold noch einige andere Schlüsse zu ziehen; auch die Bank von Irland hat gegen das vorige Jahr ohne Vergleich, fast um die Hälfte weniger Noten im Umlauf, und die Bank von Frankreich mit mehr als 400 Mill. baar Geld erliegt ebenfalls unter der Masse unverbrauchten Silbers und Goldes, und eben dieß Beispiel von Frankreich zeigt, daß industrielle Thätigkeit und Handel gleich sehr im Stocken sind. Dieß wird scharf hervorgehoben und der Regierungspolitik schuld gegeben; es liegt aber doch wohl mehr in den allgemeinen Verhältnissen Europa's, welche ein stetes Mißtrauen unterhalten und weitaussehende Unternehmungen verhindern. Einem solchen allgemeinen Uebel muß man sich unterwerfen, indeß ist zu erwarten daß unser Geld mehr und mehr nach Amerika strömen und dort den Zinsfuß drücken wird; er ist zwar gegenwärtig nieder im Vergleich gegen frühere Jahre, aber doch immer noch hoch genug um englische Capitalien anzulocken. Andere wollen vermuthen es seyen große europäische Finanzoperationen im Werke, zu deren Ausführung die Capitalisten jetzt ihre Mittel zusammenhalten. Wir werden wohl bald klar sehen.

Frankreich.

Paris, 2 Dec.

Die Truppenzahl um welche die Besatzung des Kirchenstaats vermindert werden soll, wird jetzt zu 4000 Mann angegeben. Dieß ist derjenige Theil dessen Unterbringung in Casernen mangelhaft ist. Der Kriegsminister hat Befehl ertheilt sie nach Frankreich zurückzuführen.

Es ist noch eine volle Woche bis der Jahrestag der Präsidentenwahl wiederkehrt, aber schon wird die Feier Gegenstand der Besprechung in den Journalen. Der Moniteur kündigt eine große Musterung der Nationalgarde und der Besatzungstruppen von Paris an, andere Blätter enthalten Gerüchte über eine allgemeine Amnestie durch welche Hr. L. Bonaparte seine Popularität erhöhen wolle, oder lassen auch die Besorgniß einer Contrerevolution durchblicken welche auf diesen Tag verlegt seyn könnte. Die demokratische Presse macht sich mit Betrachtungen über die berufene Allocution zu schaffen. Der National, bei dem diese Frage ein stehender Artikel ist, beschuldigt einige Blätter welche die Allocution vertheidigen daß sie die Verfassung einem persönlichen Interesse opfern wollen. Wir wollen, entgegnet er, dieses Interesse der Verfassung opfern. Wenn der Präsident den Glückswurf einer constitutionellen Neuwahl versuchen will, so müßte er nur vor der Zeit sein Mandat niederlegen, dieß ist ein Fall welchen die Verfassungsurkunde nicht vorgesehen hat, während sie den Präsidenten nach 4jähriger Amtsführung (bis zum zweiten Maisonntag 1852) von den neuen Comitien förmlich ausschließt.

Der Untersuchungsrichter Broussais ist mit der Einleitung des Processes gegen die St. Hubertslegion beauftragt. Die Verhöre haben seit Mittwoch begonnen. Nach den Andeutungen der Gerichtszeitungen scheint es daß sichs zwar um eine strafbare aber keine gefährliche geheime Verbindung handelt. Sie hatte eine militärische Organisation: es gab gemeine Soldaten, Corporale, Sergenten, Unterlieutenants, Hauptleute, Bataillonschefs, Adjutanten, Feldscheerer und Oberärzte bis auf Trommelschläger hinaus. Jedem Mitglied wurde bei seiner Aufnahme folgender Eid abgenommen: „Wir geloben vor Gott unser Leben zur Verfügung zu stellen unserm rechtmäßigen König Heinrich v. Bourbon, und es eher zu opfern als unsern Eid zu brechen." Eine der Hauptpersonen ist der Abbé Matalène, Priester der Kirche St. Severin, bekannt als astronomischer Träumer und Verfasser einer kleinen Schrift: l'Anti-Copernic. Einige Blätter erzählen spottend Generalprocurator Baroche sey im Conferenzsaal über die nähere Bewandtniß dieser grausamen Verschwörung befragt worden, habe aber mit abwehrenden Händen versichert er wisse schlechterdings nichts davon, und die ganze Ehre der Entdeckung gehöre Hrn. Carlier. Von den 46 Verhafteten sind nach Beendigung der Verhöre bereits 27 wieder in Freiheit gesetzt, nur die Graduirten sitzen noch, unter ihnen Hr. Patras de Compaigno, Präsident der Legion.

Der gewesene französische Gesandte in Washington, Major Wilhelm Tell Poussin, ist am 29 Nov. auf dem Packetboot Bavaria in Havre angekommen.

Eine Verhandlung von Petitionen ist in der Regel unerheblich, die gestrige nennt das Journal des Débats eine verlorne Sitzung. Es sind 20 Petitionen zum Vortrag gekommen, sagt es, aber wir wären in Verlegenheit wenn wir über mehr als eine nur eine Bemerkung machen sollten. Diese eine war von den Unterofficieren der nun aufgelösten republicanischen Garde, welche Civilanstellungen suchen, und wurde in Betracht der von diesem Corps in der Junius-schlacht geleisteten Dienste, wo es einen Fünf-theil seiner Mannschaft verloren hat, sämmtlichen Ministern zur gelegentlichen Berücksichtigung empfohlen, da der Minister des Innern, dem man die Eingabe zuerst allein zuweisen wollte, darauf aufmerksam gemacht hatte daß in seinem Departement nicht so viel Stellen zu vergeben seyen. Von der Commission über das Deportationsgesetz hört man jetzt daß sie sich in Bezug auf beide Kategorien einfach für die Marquesas entschieden hat. Die verschiede-nen Propositionen gegen das Duell sind von der Commission für parlamentarische Initiative geprüft, die, wie es scheint, der Ansicht ist daß keine von ihnen in Erwägung zu ziehen sey. Die Commission für öffentliche Unter-stützung hat sich mit 9 gegen 9 Stimmen für das Princip des unentgeltlichen Unterrichts der Kinder in den Fabriken erklärt. Das ministerielle Journal La Patrie kündigt nun mit Bestimmtheit an daß die Nachwahlen nicht vor dem 25 Jan. stattfinden werden.

Von Thiers' Kaisergeschichte ist der 9te Band erschienen. Er enthält die drei Capitel: Baylen, Erfurt und Somo-Sierra, d. i. die erste Periode des spanischen Kriegs, das Drama in Bayonne, die Belagerung von Saragossa, die Katastrophe von Baylen, den ganzen Abschnitt dieser Geschichte bis zur Abreise Napoleons in den österreichischen Feldzug. Die Conferenzen von Erfurt sind als Episode eingeflochten, die das Kaiserthum in seinem Glanzpunkt zeigt. Es ist nun noch ein letzter Band zu erwarten der die Geschichte bis zum Sturz des Kaiserthums enthalten soll, und leicht in die Zeit fallen könnte wo der Neffe die Herstellung versuchen wird.

. **Paris,** 29 Nov. Das allgemeine Stimmrecht, welches nach der Februarrevolution der einzige rettende Anker im Sturm schien und das in der That anfangs den Erwartungen theilweise entsprach, gerieth nach und nach wieder in Mißcredit zuerst bei den Republicanern von Haus aus, und dann bei den Neubekehrten. Dieser Mißcredit machte sich bei Abfassung der Constitution schon fühlbar, denn schon damals hatte das allgemeine Stimmrecht der republicanischen Partei des National arg mitzuspielen begonnen; da diese Partei in der constituirenden Versammlung und eben darum in der Commission welche mit Abfassung der Constitution beauftragt war, die Majorität hatte, so war es natürlich daß sie dem Princip wenn die Spitze wo nicht abzubrechen, doch abzustumpfen sich bemühte. Zu diesem Behuf beliebte man die Wahl im Hauptorte des Kantons, einem Mittelpunkt, der von seiner Peripherie oft 6 bis 8 Stunden weit entfernt ist, den Wählern in dieser Entfernung daher das Geschäft des Wählens nicht wenig verleidet, und somit den Wählern derjenigen Orte eine Art Wahlprivilegium verleiht welche entweder Wahlresidenz selbst sind oder derselben nahe liegen. Die legitimistische Partei, die seit 1830 ebenso verliebt als die mehr oder minder antediluvianischen Republicaner ins allgemeine Stimmrecht waren, machte, wiewohl vergebens, bei der Debatte über den betreffenden Artikel darauf aufmerksam daß wenn das allgemeine Stimmrecht eine Wahrheit seyn soll, man die Wahlurnen in den Gemeinden aufstellen müsse, damit das Wählen für alle Wähler eine gleich leichte Pflicht sey. Den Anstrengungen der Legitimisten konnte es damals höchstens gelingen den Grundsatz dahin zu mildern „daß wenn Ortsverhältnisse es erheischten der Kanton in mehrere Wahlbezirke eingetheilt werden könne, in der Art und Weise wie das Wahlgesetz darüber verfügen werde." (Art. 30.) Nun hat das Wahlgesetz nach einem abermaligen Kampf zwischen Republicanern und Legitimisten dahin verfügt daß die Departementalräthe ermächtigt sind die Kantone in vier Wahlbezirke einzutheilen. Hiemit wenig befriedigt, wurden in der Legislativen mehrere Vorschläge eingereicht, welche das im Art. 30 der Constitution aufgestellte Recht die Kantone in Bezirke einzutheilen noch weiter auszudehnen sich zur Aufgabe stellten. Einer dieser Vorschläge, dem sich die andern unterordneten, kam gestern zur ersten Lesung. Die Debatte bot eben nichts neues, es war der alte Streit zwischen der Gemeinde und dem Kanton, nur behauptete man auf der republicanischen Seite mit der Annahme des von der Commission ausgearbeiteten Vorschlags würde man die Constitution in ihrem Art. 30 verletzen, der die Wahl im Hauptort des Kantons als Regel und die Eintheilung in Bezirke als Ausnahme aufstellt. Diese Behauptung ist nicht ganz unrichtig, wiewohl sie von Hrn. Gaslan, dem Berichterstatter, geschickt widerlegt wurde. Allein wenn es zweifelhaft ist ob in der Frage eine Constitutionsverletzung verflochten sey, so ist nicht zweifelhaft daß sich nach wie vor zwei Parteien gegenüberstehen, von denen jede das allgemeine Stimmrecht ausbeutet, d. h. sich um die Stimmen des Landvolks schlägt. Die Legitimisten glauben sich des Einflusses auf die Bauern gewiß, wenn die Wahlen in den Gemeinden oder in fast so vielen Bezirken als Gemeinden stattfinden; die Republicaner glauben sich ihres Einflusses gewiß wenn sie am Tage der Wahlen durch einen Volkstribun auf die Massen wirken können. Die einen sagen das allgemeine Stimmrecht ist nur dann eine Wahrheit wenn jeder Wähler mit derselben Bequemlichkeit zu wählen im Stande ist; die andern sagen das allgemeine Stimmrecht ist nur dann eine Wahrheit wenn die Wahlen den Ortseinflüssen entzogen werden. So lügt man auf beiden Seiten im Namen der Wahrheit und zu Frommen des Partei-Interesses. Das allgemeine Stimmrecht, die Wahlen mögen in der Gemeinde oder sonst wo stattfinden, wird so lange eine Lüge bleiben als man von jedem Wähler voraussetzt daß er 15 bis 32 Personen seines Departements kenne die er für die tüchtigsten, würdigsten halte. In Paris, wo das Volk doch die meiste politische Bildung hat, geschieht es oft daß viele Wähler die nicht Zeit oder Lust haben in den verschiedenen Parteiblättern die Polemiken über die Candidaturen zu verfolgen oder die Versammlungen der Vorwahlen zu besuchen, lieber gar nicht wählen oder ganz blind den Zet-tel in die Urne werfen den man ihnen in die Hand gesteckt hat. Ich bin hier kein Wähler, habe aber dennoch an allen Wahlen seit dem 24 Februar theilgenommen, da mein souveräner Hausmeister, mein souveräner Schu-ster, mein souveräner Schneider mich stets über die umlaufenden Wahl-listen zu Rathe zogen. Das allgemeine Stimmrecht das die Republica-ner zu täuschen angefangen, wird auch die Legitimisten täuschen, selbst dann wenn die Wahlen in den Gemeinden statthätten; und diese Täu-schungen werden wechselsweise so lange als das allgemeine Stimmrecht dauern. Die Masse ist ein bewegliches Meer das man zu bändigen ver-

gebens Dämme baut, es tritt bald auf der einen, bald auf der andern Seite aus und richtet Verheerungen an. Die Völker die ihm seinen Nacken, das Staatsschiff anvertraut haben, haben alle früh oder spät Schiffbruch gelitten.

Italien.

„Unsere Briefe aus Rom," sagt der englische Globe, „melden daß die Rückkehr des Papstes in seine Hauptstadt nachgerade vom Volke gewünscht wird. Allein die einflußreichsten Adeligen suchten diese Rückkehr hinauszuschieben, um die mittlern und untern Classen noch länger die Folge ihrer Schwäche und ihres Schwankens fühlen zu lassen. Unser durchaus glaubenswerther Correspondent versichert daß die Ideen Pius IX noch so freisinnig sind wie immer, und daß die vornehmen römischen Familien, welche bisher aus den Mißbräuchen des Staats Vortheil gezogen, eben nur fürchten der Papst möchte sich neuerdings allzu reformfreundlich zeigen. Der Geldmangel machte sich sehr fühlbar, trotz der Summen welche die fremden Truppen im Lande ausgeben. Die wiederhergestellte Ruhe und Ordnung wird einem verständigen Minister eine goldene Gelegenheit darbieten die productive Industrie des Landes, die bisher von der päpstlichen Regierung selbst gehemmt wurde, zu fördern, und dadurch die Finanzlage des Landes von Grund aus zu verändern. Die Trockenlegung der Campagna allein würde große Strecken fruchtbaren Landes dem Anbau zurückgeben, und die Abschaffung der widersinnigen Gesetze und Beschränkungen die jetzt auf der Erzeugung und dem Mahlen des Korns lasten, wären schon für sich eine unmittelbare Quelle des Wohlstands."

Turin, 1 Dec. Cav. Pietro di Rossi di Santa Rosa, der Minister des Ackerbaus und Handels, hat seiner geschwächten Gesundheit wegen um zeitweilige Enthebung von seinem Posten gebeten, und ist daher der Minister des Innern, Hr. G. F. Galvagno, interimistisch auch mit jenem Portefeuille betraut worden.

Schweiz.

**** Basel.** Am 26 Nov. wurde hier ein schönes Fest gefeiert, die Einweihung eines neuen Museumsgebäudes, in welchem die naturhistorischen und physikalischen Sammlungen, die Antiquitäten, die Bildergallerie (berühmt durch ihre Holbeine) und die Universitätsbibliothek untergebracht sind. Der Bau wurde im Jahr 1843 begonnen und nach dem Plan des Architecten Berry ausgeführt. Um denselben zu ermöglichen hatten 455 Privatpersonen eine Summe von 70,000 Schw. Fr. freiwillig gesteuert, 16,000 Fr. gab der Stadtrath und das übrige die Regierung. Der Bau ist ein schönes Repositorium für die Sammlungen der Stadt, und die Art wie er zu Stande gekommen ist macht dem Gemeinsinn ihrer Bürger alle Ehre. Keine andere Schweizerstadt hat ein solches Gebäude aufzuweisen. Das Fest der Einweihung wurde durch Abgeordnete aus Zürich, Bern und andern Orten der Schweiz beehrt, und wirkte erfrischend auf den wissenschaftlichen und künstlerischen Sinn Basels, namentlich auf die Universität, der wieder neue Kräfte zugeführt werden. An die Stelle des verstorbenen De Wette ist nämlich Dr. Schenkel von Schaffhausen berufen, eine Wahl die eine sehr glückliche genannt werden muß, und besonders auch ganz nach dem Sinn und Geist De Wette's getroffen ist. Daß Wackernagel nicht nach Wien geht, sondern in Basel bleibt, scheint ebenfalls eine ausgemachte Sache zu seyn. Sollte jemals der Gedanke einer eidgenössischen Gesammthochschule verwirklicht werden können, so würde sich ohne Zweifel keine Stadt besser dazu eignen als Basel. Denn nicht nur besitzt diese eine Universität die bald 400 Jahre alt ist und ein eigenes nicht unbedeutendes Vermögen hat, sondern die Mehrzahl der Bewohner Basels hat auch einen so regen wissenschaftlichen Sinn und so reiche Hülfsmittel zur Unterstützung der Wissenschaften daß nicht leicht eine andere Schweizerstadt mit ihr wetteifern kann. Freilich aber müßte dann die eidgenössische Gesammthochschule ein Sitz wahrer wissenschaftlicher Bildung, und nicht eine Stütze oder eine Versorgungsanstalt für den schiffbrüchigen politischen Radicalismus werden; denn dieser würde zu Basel keinen Boden des Gedeihens finden.

Südamerika.

Ueber den (schon kurz erwähnten) drohenden Ausbruch eines Kriegs zwischen Buenos-Ayres und Brasilien schreibt der New-Yorker Correspondent des Sun: „Das Schiff „Maria," welches von Rio de Janeiro in New-York eingelaufen, hat wichtige politische Nachrichten mitgebracht. Eine große See-Expedition ward in Buenos-Ayres vorbereitet, bestimmt, wie kaum zu zweifeln, zu einem Angriff auf Brasilien, was jeder mit dem Zustande der Plata-Staaten Vertraute schon lange vorausgesehen. Präsident Rosas hatte zur Vermehrung seiner Flotte eine dänische Brig und einen amerikanischen Schooner angekauft. Die Verhältnisse zwischen Montevideo und Buenos-Ayres (die Berichte von dort gehen bis zum 15 und resp. 11 Sept.) waren auf dem alten Fleck, vom Frieden noch so fern wie immer. Das Heer von Paraguay stand im Feld und wurde täglich verstärkt; es hielt die Gebiete Aguapey und Candelaria besetzt. Oberst Hornos war mit 600 Auswanderern von Uruguay zu demselben gestoßen. Auch Corrientes war im Begriff sich gegen seinen argentinischen Statthalter zu erheben, und Brasilien, glaubte man, begünstige insgeheim alle diese Bewegungen. In Brasilien fielen die vor sich gehenden Wahlen zu Gunsten der Regierung aus, waren aber an vielen Orten von argen Excessen, ja von Todtschlag und Mord begleitet. Mehrere angesehene Männer waren als Opfer des politischen Hasses gefallen, namentlich die HH. Cavalcanti, Carvalho und Dr. Chalon in Parahyba. Die wichtigste Handelsnachricht aus Brasilien ist daß daselbst die Kaffee-Ernte sehr dürftig ausgefallen, und der Kaffee sofort im Preis gestiegen."

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 26 Nov. 3proc. $28^{11}/_{16}$ P. Curse: Paris 5.30; London 50.30 P.

London, 1 Dec. Consols $95^{7}/_{8}$; Bank Stock 201; Schatzscheine 40 Sh. Span. 3proc. $39^{5}/_{8}$. — Großes Aufsehen macht die Entdeckung daß der Sparbank in Rochdale 37,000 Pf. St. unterschlagen worden, und zwar durch ihren unlängst verstorbenen, während seiner Lebzeiten allgemein geachteten Cassier, den Quäker George Haworth. Viele fleißige Arbeiter haben durch diesen Betrug ihr ganzes sauer Erspartes verloren.

Amsterdam, 1 Dec. $2^{1}/_{2}$proc. 54; 3proc. $63^{3}/_{8}$; 4proc. $82^{7}/_{8}$; portug. 4proc. $36^{5}/_{8}$; Metall. $2^{1}/_{2}$proc. $42^{7}/_{8}$; Ard. $13^{5}/_{16}$.

Augsburg, 5 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 84 P. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ à 100 G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 58 P. Oesterr. 5proc. Met. 87 P. Bankactien II. Sem. 1060 P. Württem. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 4 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 84; 4proc. $66^{3}/_{8}$; 3proc. $49^{1}/_{2}$; $2^{1}/_{2}$proc. $43^{1}/_{2}$; Bankactien 1275; 500fl.-Loose $155^{3}/_{4}$; 250fl.-Loose —; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{3}/_{4}$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $84^{7}/_{8}$; württ. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 81; bad. 5proc. $98^{1}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $78^{3}/_{4}$; Lotto-Anleh. à 50 fl. 53; 35fl.-Loose $31^{1}/_{2}$; darmstädt. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{3}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{8}$; 50fl.-Loose $71^{1}/_{4}$; 25fl.-Loose $2.^{3}/_{4}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $49^{1}/_{4}$; 40Thlr.-Loose 33; nass. 5proc. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{2}$ P.; 25fl.-Loose $25^{1}/_{4}$; Frankfurt 3proc. $78^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{4}$, 88; Taunusbahn 294; holl. $2^{1}/_{2}$proc. $53^{1}/_{8}$; span. 3proc. innere Schuld 28; poln. 300fl.-Loose 113; 500fl.-Loose 80; sard. 36Fr.-Loose 31; Disconto 2 P.

♀ **Wien,** 3 Dec. Bei stillem Geschäft eröffneten die Fonds- und Actiencurse an der heutigen Börse ziemlich fest, konnten sich jedoch nicht gut behaupten und schlossen zu Ende flauer, während fremde Devisen und Comptanten gleichzeitig angezogen haben. London zu Anfang der Börse mit 11.3 bezahlt, blieb in langer Sicht wieder mit 11.8 begehrt und Bankactien bis 1198 bezahlt, gingen auf 1190 zurück. Der Bankausweis für den verflossenen Monat November wird dießmal um ein paar Tage verspätet erscheinen, da die Nationalbank eben mit der Finanzverwaltung in Betreff der Abtragung eines Theils der Forderungen an den Staat im Abschlusse des Uebereinkommens begriffen ist, deren Ergebniß auf den nächsten Bankausweis von Einfluß seyn wird. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93^{15}/_{16}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $83^{7}/_{16}$–$83^{1}/_{2}$, Loose vom J. 1834 $172^{1}/_{2}$–173, Loose vom J. 1839 $108^{1}/_{2}$–$108^{3}/_{4}$, Bankactien 1190–1195, Nordbahnactien $107^{3}/_{8}$–$107^{1}/_{2}$, Gloggnitzer $108^{1}/_{2}$–109, Mailänder 79–$79^{1}/_{2}$, Pesther $78^{1}/_{2}$ $78^{3}/_{4}$. London (1. l. S.) 11.8G., Hamburg $162^{3}/_{4}$ P., Augsburg uso $110^{3}/_{4}$ G., Frankfurt 110 G., Amsterdam 153 G., Mailand 98 P., Livorno $106^{1}/_{2}$–107, Genua $126^{1}/_{4}$ G., Paris 131 P., Marseille 131 P., Lyon 131 P., Bukarest (31 Tage Sicht) 251–254. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 17–$17^{1}/_{4}$. Silberagio $10^{1}/_{2}$–$10^{3}/_{4}$ Proc. Gold und Silber ist fortwährend gesucht. Napoleonsd'ors 8.55–9 fl., Souverainsd'ors 15.25, Friedrichsd'ors 8.54, engl. Sovereigns 10.50, Imperial. 8.2.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Die serbische Woiwodschaft.

dt. **Wien**, 29 Nov. Wieder ist gestern ein Stück österreichischer Geschichte zum vorläufigen Abschluß gekommen, man hat der Revolution im südöstlichen Ungarn ihre Gränzsteine gesetzt, indem man die Forderungen der nationalen Serben durch ein Gesetz zu beschränken suchte. Von vornherein erklärt der Vortrag der Minister die Serben als Einwanderer in Ungarn, so daß sie historisch wenigstens nicht Anspruch auf irgendein festbegränztes, der nationalen Autonomie unterworfenes Gebiet machen können. Die Serben setzten sich hauptsächlich zwischen Save und Donau und an der Theißmündung fest. Auch auf das linke Donau-Ufer gingen sie hinüber und folgten, jedoch vereinzelter, dem Laufe der großen Flüsse aufwärts, so daß sie im ganzen Banat bis an die Marosch, zwischen Donau und Theiß, ja bis Pesth hinauf und auf dem linken Ufer an der Drau aufwärts sich hie und da niederließen. Als nun die Carlowitzer Nationalversammlung im Mai vorigen Jahres zusammentrat um gegen die Uebergriffe der Magyaren Front zu machen, da träumte man von einem Serbenreich welches östlich die Gebirge des Sachsenlandes zur Gränze haben, nördlich dem Lauf der Marosch folgen, die Verlängerung dieser Flußlinie zwischen Donau und Theiß begreifen und hinabreichen sollte bis an die Drau, während im Süden Donau und Save die natürlichen Gränzen gewesen wären. Dieß war die ideale Woiwodina. Nach den statistischen Untersuchungen welche dem Ministerium als Grundlage des neuen Staatsgesetzes dienten, ergab sich aber daß nur die Districte von Ruma und Illok in Syrmien, der Tschaikistendistrict, die südöstliche Hälfte der Batschka und am linken Ufer der Theiß einzelne Theile des Torontaler und Temeser Comitats specifisch serbisch bevölkert waren, also etwa der sechste Theil jenes großen serbischen Traumgesichts, wenn man davon nämlich noch die Militärgränze abzieht, welche nach der Verfassung unverändert belassen werden soll. Dieser kleine Landstrich an beiden Ufern der Theiß, bei ihrer Einmündung in die Donau, wird künftig die serbische Woiwodschaft bilden, und zwar bleibt es dem Willen der Serben freigestellt ob sie nicht vorziehen sich an das slavonisch-croatisch-dalmatinische Königreich anzuschließen. Das Gebiet zwischen Donau, Theiß und Marosch würde im andern Fall in drei administrative Bezirke zerfallen, deren einen eben die Woiwodschaft zu bilden hätte. Jene drei Kreise aber sollen, nach dem Vortrag der Minister, nach den Nationalitäten Serben, Walachen, Deutsche getrennt und gemeinschaftlich von Temeswar aus regiert werden. In diesem Fall wären freilich die Wünsche der nationalen Serben ein eigenes Kronland zu bilden nicht erfüllt. Auch hat man ihnen nicht zugestanden bei der Wahl des Woiwoden in irgendeiner Art theilzunehmen. Das ist die eine wichtige Seite des Gesetzes, die andere betrifft Ungarn.

Mit der „Woiwodschaft Serbien und dem Temeser Banat", wie das gestrige Gesetz das südöstliche Ungarn nennt, wird dem magyarischen Reich ein großes Stück herausgeschnitten, und noch dazu ein Stück Fleisch, denn das Banat ist das eigentliche Gartenland an der Donau, ein herrlicher reicher Boden. Die „Presse" bemerkt heute richtig daß derselbe Grundsatz, welcher zur administrativen Theilung im Südosten geführt, im Norden in den slovakischen Comitaten ebenfalls angewendet werden könnte. Während im Süden die Revolution mit dem Selbständigwerden der sogenannten partes adnexae von dem Ungarreich endete, würde ein ferneres Losschälen der slovakischen Gebiete das arpadische Reich auf weniger als die Hälfte seiner ehemaligen Ausdehnung herabsetzen. Ungarn gränzt überhaupt schon jetzt nicht mehr an einen nichtösterreichischen Staat, sondern ist überall von kleinen Kronländern und Verwaltungsgebieten umgürtet, welche alle sich in der letzten Revolution gegen ein selbständiges Magyarenreich erklärten. Merkwürdig ist in dem Gesetz die Auslegung des Begriffs der Gleichberechtigung, von dem man auch sagen kann „bewundert viel und viel gescholten". Die Gleichberechtigung versteht das Ministerium nicht so daß sie zu exclusiver Alleinberechtigung führen soll, daß jede einzelne Nationalität sich mit ein paar Dörfern und Höfen abschließen dürfe, sondern daß alle Nationalitäten durcheinander, nicht nebeneinander gleichberechtigtes politisches Leben führen sollen. Kurz die Gleichberechtigung im ministeriellen Sinne zeigt sich als Negation jeder nationalen Suprematie.

*

Aus den oben erwähnten eben erschienenen Documenten über Constituirung der südöstlichen Theile der Monarchie entheben wir folgendes dem betreffenden Vortrag des Ministerrathes:

„Serbische Einwanderungen in den Niederungen der Theiß und der Donau, romanische und bulgarische Ansiedelungen in den östlichen Gebirgsthälern, deutsche Colonien in den Fruchtebenen des Mittellandes, im Thalgebiet der Marosch und im Bergwerksdistrict, herbeigerufen durch Eurer Majestät erlauchte Vorfahren Karl VI, Maria Theresia und Joseph, und begünstigt durch die Geldopfer des Reiches, bevölkerten und bebauten das den Osmanen abgerungene Land, verwandelten die öden Halden in lachende Landschaften und die trocken gelegten Sümpfe in üppige Saatfelder. Ihre Anstrengungen, ihr ausdauernder Fleiß gestaltete jenes Gebiet zur Kornkammer der Monarchie, und erst späterhin, besonders nachdem vor kaum einem Jahrhundert ein Theil des Landes, im Wege der Provinzialisirung, in administrativer Beziehung in ein näheres Verhältniß zu Ungarn getreten war, machten sich Einwanderer aus dem daselbst herrschenden Stamm der Magyaren in verschiedenen Gegenden des alle Reichthümer des Bodens entfaltenden Landes ansässig.

Die Bildung eines von Ungarn unabhängigen Verwaltungsgebietes aus diesem hauptsächlich durch die Mittel der alten Erblande erworbenen, bevölkerten und cultivirten Territorium erscheint nur als die Wiederherstellung des früheren Verhältnisses in welchem jene Landestheile mit ihren eigenen Verwaltungsbehörden versehen und unmittelbar der Centralregierung unterstellt gewesen waren.

Die Ereignisse des vorigen Jahres hatten die factische Abtrennung jener Landestheile von Ungarn in ihrem Gefolge. Unter solchen Umständen wäre eine Zurückführung der ehemaligen administrativen Vereinigung mit Ungarn ebenso ungerecht als unpolitisch. Es stellt sich vielmehr bei der Wiederherstellung des Friedens und geordneter öffentlicher Zustände das Bedürfniß heraus dem in den letzten Jahren thatsächlich eingetretenen Verhältnisse der Ausscheidung aus Ungarn durch den allerhöchsten Ausspruch Eurer Majestät die Weihe der Gesetzlichkeit zu ertheilen.

Alle Stimmen welche aus dem fraglichen Gebiet laut geworden sind, haben sich vor allem für eine von Ungarn gesonderte Stellung ihres Landes ausgesprochen.

Nationalökonomische und höhere politische Rücksichten lassen es endlich als ganz vorzüglich im Interesse der Gesammtheit des Staates gelegen erscheinen: ein Gebiet welches viele und kostbare Staatsgüter mit ausgedehnten, von der Natur gesegneten Ländereien und mit allen Elementen fruchtbringender Colonisation und unberechenbarer Entwicklungsfähigkeit enthält, der unmittelbaren Einflußnahme der Regierung näher gerückt und die daselbst wohnenden Völkerschaften in eine solche Stellung gebracht zu sehen daß sie, befreit von dem Andrängen nationaler Uebergriffe, zur lebensfrischen Entfaltung ihrer materiellen und geistigen Interessen angeregt und zum Eintritt als selbständige und ebenbürtige Brüder in die große Völkerfamilie des Reiches berufen werden."

Weiter äußert sich der Ministerrath daß die Serben im verflossenen Jahr das ganze Banat, die Bacska, Baranya, Syrmien, den Tschaikistendistrict und die Gränzbezirke des Banater und Peterwardeiner Regiments in Anspruch genommen hätten, es sich jedoch sowohl in Folge statistischer Zusammenstellungen als der Angabe dortiger Vertrauensmänner herausstelle wie die serbische Bevölkerung in den angesprochenen Landestheilen, mit Ausnahme des Tschaikistendistricts und östlichen Syrmiens, so sehr mit andern Volksstämmen vermengt sey, daß selbe weder örtlich noch administrativ getrennt werden können, auch die Militärgränze in ihrer territorialen Ausdehnung durch die Reichsverfassung aufrecht erhalten sey. Die drei Banater Comitate hingegen, von der Donau, Theiß und Maros umschlossen, sind durch gemeinschaftliche Geschichte, Culturentwicklung, Namen, geographische, Productions- und Verkehrs-Verhältnisse so eng verschmolzen, daß es wünschenswerth erscheint das Banat vereinigt zu belassen, und aus selbem, der Bacska und den zwei Bezirken des Syrmier Comitats, Illok und Ruma ein eigenes Verwaltungsgebiet zu constituiren; und zwar um so mehr da keiner der Volksstämme einer überwiegenden Nationalität gegenüber steht, und sich daher alle beinahe das Gleichgewicht halten. Es wird daher ein zu sanctionirender Entwurf zur Landeseintheilung, damit in den Districten Serben, Romanen und Deutsche repräsentirt und die möglichste Berücksichtigung auf ethnographische Verhältnisse genommen werde, eine der wichtigsten Aufgaben der administrativen Organe seyn. Gleiche Sorgfalt ist der künftigen Eintheilung in drei Kreise in möglichster Uebereinstimmung mit dem Organismus anderer Kronländer, jedoch mit Beibehaltung nationaler Eigenthümlichkeiten und Benennungen, zu widmen seyn; endlich wird Sr. Majestät vorgeschlagen das ganze Gebiet als „Woiwodschaft Serbien und Temescher-Banat" zu bezeichnen, den Titel eines Groß-Woiwoden der Woiwodschaft Serbien anzunehmen.

Diesen Antrag des Ministerrathes hat der Kaiser genehmigt, wie

aus dem folgenden Absatz des contrasignirten allerhöchsten Erlasses zu entnehmen ist.

Wir Franz Joseph der Erste, von Gottes Gnaden ꝛc. haben mit Beziehung auf Unser Patent vom 15 Dec. 1848 und auf die §§. 1 und 72 der Reichsverfassung nach dem Antrag Unseres Ministerrathes beschlossen und verordnet wie folgt: Aus dem die bisherigen Comitate Bacs-Bodrogh, Torontal, Temes und Krasso (die Bacska und das Banat) und den Rumaer und Illoker Bezirk des Syrmier Comitats umfassenden Territorium wird vorläufig, insolange nicht über die künftige organische Stellung dieses Landestheiles in Unserem Reiche, oder über dessen Vereinigung mit einem andern Kronland in verfassungsmäßigem Wege definitiv entschieden seyn wird, ein eigenes Verwaltungsgebiet gebildet, dessen Administration, unabhängig von jener Ungarns, durch unmittelbar Unserem Ministerium unterstehende Landesbehörden zu leiten ist. Dieses Gebiet hat die Benennung „Woiwodschaft Serbien und Temeser Banat“ zu führen.

Die Reform der brittischen Schifffahrtsgesetzgebung.

Wir geben in folgendem das, vom 26 Jun. 1849 datirte, bereits erwähnte Actenstück über die Umgestaltung der brittischen Schifffahrtsgesetze. Es ward der Handelskammer von Genua zur größtmöglichen Veröffentlichung mitgetheilt, und der Corriere Mercantile vom 15 Nov. bringt es in italienischer Uebersetzung, nach welcher wir es hier möglichst wortgetreu wieder geben.*) Es lautet: Im zwölften und dreizehnten Jahre der Regierung Victoria's, Cap. 29, Decret welches die in Kraft befindlichen, zur Aufmunterung der englischen Marine und Schifffahrt erlassenen Gesetze abschafft. 26 Jun. 1849. Vom 1 Jan. 1850 an sind folgende Decrete abgeschafft. I. Da es zur Aufmunterung der englischen Marine und Schifffahrt von Nutzen ist die jetzt in Kraft befindlichen Gesetze umzugestalten, so wird von Ihrer Maj. der Königin, von dem Hause der geistlichen und weltlichen Lords und von dem Hause der Gemeinen, welche, im Parlament versammelt, ihr Gutachten und ihre Einwilligung gaben, und daher mit Ermächtigung derselben, verordnet: daß vom ersten Tage Januars 1850 an abgeschafft seyn sollen folgende Decrete und Decretstheile, nämlich ein in der Session des Parlaments gutgeheißenes Decret, welches erlassen wurde im achten und neunten Jahre der Regierung der gegenwärtigen Königin, betitelt: Decret zur Aufmunterung der englischen Marine und Schifffahrt; ferner ein zweites in derselben Parlamentssession gutgeheißenes Decret, betitelt: Decret wegen Einschreibung der englischen Schiffe, welches die Vorrechte der in Malta, Gibraltar und auf den Helgoland-Inseln eingeschriebenen Schiffe beschränkt; welches bestimmt daß kein Schiff eingeschrieben werden soll wenn es nicht vollständig innerhalb der englischen Besitzungen gebaut ist; welches die in fremden Ländern ausgebesserten Schiffe der Eigenschaft als englische beraubt, und verbietet daß die weggenommenen oder an Ausländer verkauften englischen Schiffe von neuem unter die englischen eingeschrieben werden, falls sie abermals Eigenthum englischer Unterthanen werden sollten. Ferner ein anderes in derselben Parlamentssession gutgeheißenes Decret, betitelt: Decret welches den Handel der fernen englischen Besitzungen regelt, und festsetzt daß keine Waare ein- oder ausgeführt werde zu Meer in irgendwelche oder aus irgendwelcher englischen Besitzung in Amerika, aus irgendeinem oder in irgendeinen Ort der nicht in dem Vereinigten Königreich oder in seinen Besitzungen liege, außer sie werde ein- oder ausgeführt in diejenigen oder aus denjenigen Häfen welche man Freihäfen nennt; welches sodann die von den Schifffahrtsgesetzen den fremden Schiffen rücksichtlich der Einfuhren in die englischen Besitzungen in Asien, Afrika und Amerika zugestandenen Vorrechte regelt, festsetzt daß kein Schiff oder Fahrzeug für ein englisches Schiff oder Fahrzeug in irgendwelchem der Gewässer oder Binnenseen Amerika's gehalten werde, wenn es nicht in den englischen Besitzungen gebaut und wenn die an ihnen vorgenommenen Ausbesserungen an Bedeutung die in besagtem Decret erwähnten übertreffen. Ferner ein weiteres in derselben Parlamentssession genehmigtes Decret, betitelt: Decret welches den Mauthämtern allgemeine Vorschriften gibt, die Einführung des Wallfischthrans, des Stockfischthrans (blubber), des Spermacet-Thrans, des Wallfischkopf-Fetts (headmatter), der Felle, Knochen und Federn und jedweden Erzeugnisses von Fischen oder im Meere lebenden Wesen verbietet, wenn sie nicht übergeführt worden von Schiffen welche in irgendeinen fremden Hafen mit diesem Thran, von Wallfischen oder Stockfischen, und mit dem was sie an Bord haben, regelmäßig befrachtet worden sind; welches endlich die Einfuhr des Thees untersagt wenn er nicht vom Vorgebirge der guten Hoffnung und von Orten herrührt welche östlich dieses Vorgebirgs und der Magellansstraße liegen. Ferner ein weiteres Decret, gutgeheißen in der Parlamentssession welche im siebenten und achten Jahr der Regierung der gegenwärtigen Königin gehalten ward, und betitelt ist: Decret zur Umbildung und Bestätigung der Gesetze bezüglich der Matrosen der Handelsmarine, und wegen Haltung eines Matrosenregisters; es verordnet daß der Capitän oder Eigenthümer irgendeines Schiffes, welches einem Unterthan Ihrer Majestät gehört und eine Tragkraft von achtzig Tonnen und darüber hat (ausgenommen die Lust-Yachten), zur Zeit seiner Abfahrt aus irgendeinem Hafen des Vereinigten Königreichs, für die ganze Dauer seiner Abwesenheit, an Bord haben oder einschiffen soll einen Schiffszögling oder mehrere, je nach dem Verhältniß zur Zahl des Tonnengehalts des Schiffes, und daß, wenn irgendeiner dieser Capitäne oder Eigenthümer nicht Sorge tragen werde an Bord seines Schiffes die gewünschte Anzahl Zöglinge zusammt den betreffenden Brevets, Anweisungen und registrirten Zulassungsbrevets zu haben, er dem Gesetz verfalle (sarà reo), und die Summe von zehn Pfund Sterling für jeden Zögling, jedes Brevet, jede Anweisung oder jeden Zulassungsschein, die fehlen, zahle. Sodann ein im siebenunddreißigsten Jahre der Regierung Georgs III genehmigtes Decret, betitelt: Decret zur Regulirung des Handels welchen die Schiffe der Sr. Majestät befreundeten Nationen mit den englischen Besitzungen in Indien führen. Ferner ein weiteres Decret, genehmigt in der Parlamentssession welche im vierten Jahre der Regierung Königs Georg IV gehalten wurde, betitelt: Decret wegen Bestätigung und Umgestaltung verschiedener jetzt in Kraft befindlicher Gesetze in Betreff des Handels der aus den Plätzen und in die Plätze betrieben wird welche innerhalb der Gränzen der der ostindischen Compagnie zugewiesenen Länder liegen, ein Decret durch welches diesem Handel neue Normen gegeben werden, dadurch daß ein Erlaß der gegenwärtigen Parlamentssession über die Registrirung der Schiffe, insoweit derselbe diese Registrirungen in Indien betrifft, verbessert, und befohlen wird daß kein asiatischer Matrose, Lascar oder Eingeborner irgendeines Theiles der Gebiete, Länder, Inseln oder Orte, welche innerhalb der von dem Gesetz der ostindischen Compagnie angewiesenen Gränzen liegen, jemals als englischer Matrose angesehen werde, gemäß der Absicht und der Bedeutung der Parlamentsacte bezüglich der Schifffahrt der den Unterthanen Sr. Majestät gehörenden Schiffe.

Ferner sollen abgeschafft seyn folgende Decrete oder Decretstheile, nämlich ein Decret, genehmigt im vierten Jahr der Regierung Königs Georg IV, betitelt: Decret durch welches Se. Majestät ermächtigt wird in gewissen Fällen die Zölle und ihre Zurückerstattung bei denjenigen Waaren zu regeln welche auf ausländischen Schiffen ein- und ausgeführt, und wobei diese von den Lootsengebühren für denjenigen Theil befreit werden der sich auf die Regulirung der Zölle und ihre Zurückerstattung bezieht. Ferner ein Decret, gutgeheißen im fünften Jahr der Regierung des Königs Georg IV, betitelt: Decret in Betreff der Schadloshaltung aller der Personen die verwendet werden um Auskunft zu ertheilen, zu veröffentlichen oder unter einer gewissen Aufsicht im Rath zu handeln; in Betreff der Regulirung des Tonnengehalts gewisser fremder Schiffe und in Betreff der Umgestaltung eines Actes der letzten Parlamentssession, wodurch Se. Majestät ermächtigt wird in gewissen Fällen die Zölle und die Zurückerstattungen für diejenigen Waaren zu regeln welche auf ausländischen Schiffen ein- oder ausgeführt werden. Ferner ein Decret, genehmigt in der Parlamentssession welche abgehalten worden im achten und neunten Jahre der Regierung der gegenwärtigen Königin, betitelt: Decret wegen Vergütung der Mauthgebühren — in demjenigen Theile welcher Ihrer Majestät, im Einklang mit dem Geheimrath, die Vollmacht gewährt in gewissen Fällen diejenigen Ursprungsartikel welche in fremden Ländern erzeugt oder verfertigt worden, mit Zusatzgebühren zu belegen, oder die Einführung der von fremden Ländern gefertigten und erzeugten Artikel zu verbieten. Ferner ein Decret, genehmigt in der Parlamentssession welche im fünften und sechsten Jahr der Regierung der gegenwärtigen Königin abgehalten worden, betitelt: Decret wegen Umgestaltung der Gesetze über die Einführung der Cerealien, des Korns, des Mehls und Mehlstaubs (fiore di farina) aus den Besitzungen einiger auswärtigen Mächte. Die verschiedenen obbesagten Decrete und Decretstheile sind von Stund an widerrufen, ausgenommen in denjenigen Theilen in welchen sie ein früheres Gesetz oder einen frühern Gesetztheil abschaffen, und ausgenommen inwieweit sie auf die Strafen und Vergehungen Bezug haben, deren man sich unter den besagten von nun an widerrufenen Gesetzen schuldig gemacht, und in Betreff irgendeines Verschuldens das man bereits gegen die obbesagten Decrete begangen.

Küstenfahrt des Vereinigten Königreichs und der Insel Man. II. Es ist verordnet daß weder die Waaren noch die Reisenden

*) Die englischen Journale haben nämlich den Uebelstand daß sie bei den Parlamentsverhandlungen selten ein Gesetz in extenso mittheilen, weder den Gesetzentwurf noch die Gesetzesacte wie sie schlüßlich angenommen worden.

längs der Küsten, von einem Theil des Vereinigten Königreichs zum andern, oder von dem Vereinigten Königreich nach der Insel Man, oder von der Insel Man in das Vereinigte Königreich übergeführt werden können, wenn sie nicht auf englischen Schiffen sind.

Küstenfahrt der Canalinseln. III. Es ist verordnet daß einzig und allein die englischen Schiffe aus einer der Inseln Guernsey, Jersey, Alderney oder Sark Waaren oder Reisende in das Vereinigte Königreich einführen, von dem Vereinigten Königreich in eine der besagten Inseln ausführen und sie von einer der besagten Inseln Guernsey, Jersey, Alderney, Sark oder Man auf eine andere derselben, oder von einem Theil der besagten Inseln in einen andern derselben Insel befördern können.

Küstenfahrt der englischen Besitzungen. IV. Es ist verordnet daß keine Waare und kein Reisender von einem Theile irgendwelcher englischen Besitzung in Asien, Afrika und Amerika in einen andern Theil derselben Besitzung befördert werden kann, außer auf englischen Schiffen.

Die Königin kann mit dem Gutachten des Geheimraths die Küstenfahrt der Colonien regeln, wenn dieß von denselben gefordert wird. V. Es ist weiter verordnet daß, wenn eine Versammlung oder eine andere gesetzgebende Behörde von irgendeiner unter den englischen Besitzungen eine Adresse an Ihre Majestät richtet, und darin um Ermächtigung und Erlaubniß bittet Waaren und Reisende von einem Theil einer Besitzung nach einem andern derselben in nichtenglischen Schiffen senden zu dürfen, oder wenn die gesetzgebenden Körper von einer, zweien oder mehreren Besitzungen, welche in Kraft dieses Decrets Ihre Majestät nach Vernehmung des Geheimraths für angränzende Besitzungen erklären wird, die Begehren oder ein Collectivbegehren an Ihre Majestät richten und darin bitten ihren Handel dem der Küstenschifffahrt gleichzustellen, oder ihn sonst rücksichtlich der Handelsschiffe zu regeln, Ihre Majestät nach Anhörung des Geheimenraths die gesetzliche Befugniß haben wird die Ermächtigung für den geforderten Transport solcher Waaren und Reisenden zu ertheilen, oder den Handel zwischen den Gränzbesitzungen, auf welche Art immer, unter solchen Bestimmungen und Bedingungen in jedwedem Falle zu regeln, wie sie Ihrer Majestät gut dünken.

Die Küstenschifffahrt Indiens wird von der Generalregierung im Geheimenrath geordnet. VI. Es ist verordnet daß rücksichtlich der Küstenfahrt Indiens der Generalgouverneur im Rath die Befugniß habe gesetzliche Anordnungen zu treffen, welche Ermächtigung und Erlaubniß ertheilen für den Transport von Waaren und Reisenden aus dem einen Theile der Besitzungen der ostindischen Compagnie nach einem andern Theile derselben in nichtenglischen Schiffen, wofern sich diese den Beschränkungen und Anordnungen unterwerfen welche der genannte Gouverneur für nothwendig erachten mag. Solche Anordnungen werden dieselbe Kraft und die Wirkungen jedwedes andern Gesetzes oder jeglicher Anordnung haben welche der besagte Generalgouverneur im Rath fürderhin zu treffen ermächtigt ist oder seyn wird, immer aber bleiben sie der Aufkündigung und Widerrufung in derselben Weise unterworfen wie andere Gesetze oder Anordnungen welche der genannte Gouverneur im Rath erlassen, und wie die Gesetze welche die Regierung von Zeit zu Zeit für die englischen Gebiete in Indien erläßt. Diese Verfügungen werden nach England übersendet und beiden Parlamentshäusern auf dieselbe Weise vorgelegt werden wie andere Gesetze oder Anordnungen welche der Generalgouverneur im Rath jetzt oder in Zukunft zu erlassen die Ermächtigung hat oder haben wird.

Kein Schiff kann sich für ein englisches halten wenn es nicht registrirt ist und als solches segelt. VII. Es ist verordnet daß kein Schiff unter die englischen Schiffe zugelassen werde, wenn es nicht regelmäßig eingeschrieben ist und als solches fährt; und jedes unter die englischen eingetragene Schiff kann, so lange die Registration oder das Certificat desselben dauert, sey's in Ladung oder in Ballast, nach jedwedem Theile der Welt segeln wenn es einen Capitän der ein englischer Unterthan ist, und eine Bemannung von mindestens drei Viertheilen englischer Matrosen hat. Wenn aber ein solches Schiff auf einer Küstenfahrt von einem Theile des Vereinigten Königreichs zum andern, oder auf einer Fahrt zwischen dem Vereinigten Königreich und den Inseln Guernsey, Jersey, Alderney, Sark und Man, und von der einen dieser Inseln nach einer andern derselben begriffen, oder mit dem Fischfang an den Küsten des Vereinigten Königreichs oder irgendeiner der besagten Inseln beschäftigt ist, so muß die ganze Mannschaft aus englischen Matrosen bestehen.

Wenn man sich aber das gewünschte Verhältniß englischer Matrosen, damit das Schiff als englisches segeln kann, in einem ausländischen Hafen, oder an einem Orte der innerhalb der Gränzen der der ostindischen Compagnie angewiesenen Länder liegt, nicht zu verschaffen im Stande ist; oder wenn dieses Verhältniß während der Fahrt durch irgendeinen unvermeidlichen Umstand ein mangelhaftes wird, und der Schiffscapitän beweist die Wahrheit solcher Thatsachen auf genügende Weise dem Collector oder Controllor der Mauth in einem englischen Hafen, oder irgendwelcher andern Person, die in irgendeinem andern Theile der Welt Ermächtigung erhalten über die Schifffahrt eines solchen Schiffes Erkundigungen einzuziehen, so wird dieß für regelrecht betrachtet werden. Ebenso wird man jedes englische Schiff (ausgenommen diejenigen welche ganz mit englischen Matrosen bemannt seyn müssen), das einen englischen Matrosen auf je zwanzig Tonnen seiner Tragkraft hat, für regelmäßig bemannt halten, wenngleich die Zahl der übrigen Matrosen den vierten Theil der ganzen Bemannung überschreitet.

Welche Personen unter die englischen Matrosen gezählt werden. VIII. Es wird verordnet daß als englische Matrosen, oder als solche welche die für den Capitän eines englischen Schiffes erforderlichen Eigenschaften haben, diejenigen Personen anzusehen seyen auf welche eine der folgenden Bedingungen Anwendung findet, nämlich daß sie geborne Unterthanen Ihrer Maj., oder durch eine Parlamentsacte, oder durch eine Acte oder Verordnung der gesetzgebenden Gewalt in einer der englischen Besitzungen naturalisirt seyen, oder solche auf welche die Bürgerrechte durch Bürgerbrief übertragen worden, oder Personen welche kraft der Eroberung oder Abtretung irgendeines neuen Landes englische Unterthanen geworden, und welche Ihrer Maj. den Eid des Gehorsams oder den durch die Verträge und Capitulationen vorgeschriebenen Eid der Treue geleistet haben, wenn eine neu erworbene Provinz an Ihre Maj. überging, wie z. B. die asiatischen Matrosen und die Lascars, die Eingebornen der Gebiete, Länder, Inseln und Orte welche innerhalb der Gränzen der ostindischen Compagnie liegen und unter der Regierung Ihrer Maj. oder der besagten Compagnie stehen, sowie die Personen welche an Bord irgendeines der Kriegsschiffe Ihrer Maj. in Kriegszeit oder während eines dreijährigen Zeitraums gedient haben.

Das Verhältniß zwischen den Matrosen kann mittelst Manifestes herabgesetzt werden. IX. Es wird verordnet daß, wenn Ihre Maj. in beliebiger Zeit mittelst königlichen Manifests vorschreibt daß die Zahl der für die Schifffahrt der englischen Schiffe nothwendigen Anzahl englischer Matrosen geringer seyn könne als die in diesem Decret angezeigte, jedes englische Schiff, das mit der Anzahl Matrosen fährt welche von einem solchen Manifest erheischt wird, für die ganze Zeit während welcher das Manifest gesetzliche Kraft besitzt, als ein in Ordnung befindliches anzusehen ist.

Die Königin kann in gewissen Fällen die Vorrechte der ausländischen Schiffe beschränken. X. Es wird verordnet daß, falls man Ihrer Maj. beweist die englischen Schiffe seyen in irgendeinem fremden Lande in den Fahrten welche sie unternehmen, oder rücksichtlich der Artikel die sie aus einem solchen Lande ein- oder ausführen können, Verboten oder Beschränkungen unterworfen, Ihre Maj. (wie sie es für angemessen hält) die Befugniß habe, nach Anhörung des Geheimenraths, den Schiffen eines solchen fremden Landes, sowohl für die Fahrten die sie unternehmen könnten, als für die Artikel die sie aus irgendwelchem Theile des Vereinigten Königreichs oder aus den englischen Besitzungen in irgendwelchem Theile der Welt etwa ein- oder ausführen, Verbote oder Beschränkungen aufzulegen, auch, wenn Ihre Maj. es für nützlich hält, die Schiffe solcher Nationen in den englischen Häfen auf denselben Fuß zu stellen mit den englischen Schiffen in den Häfen jener.

Die Königin kann Zusatzgebühren auflegen. XI. Es wird verordnet daß, falls man Ihrer Maj. darthut die englischen Schiffe seyen unmittelbar oder mittelbar in irgendeinem fremden Lande Zöllen oder Steuern irgendwelcher Sorte oder Art unterworfen, von denen die nationalen Schiffe eines solchen Landes befreit sind, und den auf englischen Schiffen ein- oder ausgeführten Artikeln sey irgendein Zoll aufgelegt, der nicht gleicherweise auch dieselben auf den nationalen Schiffen ein- oder ausgeführten Artikel trifft, und irgendein Vorzug sey unmittelbar oder mittelbar den nationalen Schiffen gegenüber den englischen oder den auf den nationalen Schiffen ein- oder ausgeführten Artikeln gegenüber denselben auf englischen Schiffen ein- oder ausgeführten Artikeln eingeräumt, oder die englische Schifffahrt und der englische Handel seyen nicht auf einen ebenso vortheilhaften Fuß gestellt als die Schifffahrt und der Handel der meistbegünstigten Nation, alsdann und in irgendeinem ähnlichen Falle soll Ihre Maj. (wenn sie es für nützlich hält) die gesetzliche Befugniß haben, nach Vernehmung des Geheimenraths, die Schiffe einer solchen Nation welche in die Häfen des Vereinigten Königreichs oder irgendeiner englischen Besitzung in irgendeinem Theile der Welt ein- oder aus denselben auslaufen, oder sämmtliche Waaren, oder diejenigen Kategorien von Waaren welche specificirt und auf den Schiffen dieser Nation ein- oder ausgeführt werden

sollen, mit einer Gebühr oder mit Tonnengebühren zu belegen. Dieß wird auf diejenige Art geschehen welche Ihrer Maj. gutdünken wird, um die Nachtheile auszugleichen denen der englische Handel und die englische Schifffahrt unterworfen seyn dürfte.

Die Schiffe auf welche sich die Maßnahmen der Königin beziehen, müssen mittelst einer im Geheimenrath zu erlassenden Verordnung näher bezeichnet werden. XII. Es wird verordnet daß in einem solchen Falle Ihre Maj. (wenn sie es für angemessen hält) befugt ist näher zu bezeichnen welche Schiffe als Schiffe des Landes oder der Länder zu betrachten seyen, auf die sich diese Verordnungen beziehen, und alle Schiffe welche der in einer solchen Verordnung enthaltenen Beschreibung entsprechen, werden als Schiffe eines solchen Landes oder solcher Länder angesehen werden.

Diese Verordnungen können widerrufen werden. XIII. Es wird verordnet daß Ihre Maj. im Geheimenrath jederzeit die Verordnung oder die hinter der Ermächtigung dieses Decrets gegebenen Verordnungen gesetzlich widerrufen kann.

Die Verordnungen werden in der London Gazette veröffentlicht und dem Parlament vorgelegt werden. XIV. Es wird verordnet daß jede so gemachte, im Geheimenrath erlassene Verordnung innerhalb vierzehn Tagen von ihrer Veröffentlichung an zweimal in der London Gazette eingerückt, und daß, wenn das Parlament eröffnet ist, eine Abschrift derselben innerhalb sechs Wochen von ihrer Bekanntmachung an, wenn es aber geschlossen, innerhalb sechs Wochen vom Beginn der allernächsten Session an, den beiden Parlamentshäusern vorgelegt werde.

Strafe. XV. Es wird verordnet daß, wenn der Verfügung dieses Decrets zuwider Waaren durch Küstenfahrt ein- oder aus- oder übergeführt werden, sie insgesammt mit Beschlag belegt werden sollen, und der Capitän des Schiffes überdieß eine Buße von 100 Pf. St. zu zahlen habe, ausgenommen den Fall in welchem irgendeine neue Strafe besonders auferlegt wird.

Wie die Strafen einzutreiben sind. XVI. Es wird verordnet daß alle unter diesem Decret verfallenen Strafen und Beschlagnahmen auferlegt, gefordert, eingetrieben und zur Verfügung gestellt, und vermindert oder zurückerstattet werden sollen auf dieselbe Weise und von derselben Behörde welche sie auflegt, fordert, eintreibt, vermindert oder zurückerstattet, in Gemäßheit der Acte welche in der im achten und neunten Jahre der Regierung Ihrer Maj. abgehaltenen Parlamentssession genehmigt worden und betitelt ist: „Decret zur Verhinderung des Schmuggels", und daß die aus diesem Decret erwachsenden Unkosten aus den Mauthgebühren entnommen werden sollen.

Wer kann Eigenthümer englischer Schiffe seyn? XVII. Es wird verordnet daß alle gebornen Unterthanen Ihrer Maj., und alle diejenigen welche mittelst Bürgerbriefen zu Bürgern gemacht worden, und alle durch irgendwelche Parlamentsacte, oder von oder unter irgendwelchem Decret oder Verordnung der gesetzgebenden Behörden, oder von irgendeiner der englischen Besitzungen in Asien, Afrika und Amerika naturalisirten Personen an der englischen Marine theilnehmen können, und daß sie, wenn sie Ihrer Maj., deren Erben und Nachfolgern, den Eid des Gehorsams leisten, als gesetzliche Eigenthümer oder Miteigenthümer der unter die englischen eingeschriebenen Schiffe angesehen werden sollen, wofern nicht in der erwähnten Acte bezüglich der Einschreibung der englischen Marine irgendetwas dieser Verfügung zuwiderlaufendes enthalten ist.

Form des Einschreibungs-Certificats. XVIII. Es wird verordnet daß die durch das Decret über die Einschreibung der englischen Schiffe vorgeschriebene Certificatsform durch folgende Certificatsform ersetzt werde.

Man bescheinigt (hier werden die Namen, Beschäftigungen und Wohnorte der unterschriebenen Eigenthümer eingeschaltet), nachdem man die vom Gesetz verlangte Erklärung gemacht und unterschrieben, und nachdem man erklärt daß er oder sie zusammen mit (Namen, Beschäftigungen und Wohnort der nicht unterschriebenen Eigenthümer) in den unten bezeichneten Verhältnissen alleiniger Eigenthümer ist oder Eigenthümer sind des Schiffes, genannt (Name des Schiffes) von (Hafen welchem das Schiff angehört), daß es die Tragkraft besitzt (Zahl des Tonnengehalts), wer der Capitän ist (Name des Capitäns), und daß das besagte Schiff war (wo und wann gebaut, ob als gute Prise verurtheilt, wobei man sich auf das Certificat des Erbauers oder Richters oder der letzten Registrirung bezieht, und, falls das Schiff ein ausländisches und den Ort und die Zeit der Erbauung unbekannt wäre, anführt daß es ein ausländisches sey, und daß er oder sie Zeit und Ort der Erbauung nicht kennen) und nachdem uns (Name und Amt des Aufsichtsbeamten) bescheinigt worden, daß das besagte Schiff (Zahl) Verdecke und (Zahl) Masten hat, daß es . . . lang, . . . breit ist, und (hier wird bemerkt ob ein Schiff ein Dampfer oder Segler ist; wenn ein Dampfer, ob es Räder oder Schrauben hat), und daß, nachdem die endesgenannten unterzeichneten Eigenthümer übereingekommen und dieser Beschreibung zugestimmt, und die von dem Gesetz geheischten Sicherheiten gegeben haben, das besagte Schiff, genannt (Name) in dem Hafen (Name des Hafens) gehörig registrirt sey. Wird bescheinigt, wie oben, von dem Mauthbeamten des besagten Hafens (Name des Hafens) heute (Datum), des Monats (Name des Monats), des Jahrs . . .

Unterzeichnet der Collector
dto. der Controllor.

Auf dem Rücken des Einschreibungs-Certificats soll der Antheil bemerkt werden den jeder im Certificat erwähnte Eigenthümer am Schiff hat.

Form der Erklärung. XIX. Es wird verordnet daß die von obbesagtem Decret vorgeschriebene Erklärung durch folgende Erklärung von Seiten des Eigenthümers oder der Eigenthümer eines Schiffes ersetzt werde, ehe die Einschreibung stattfindet.

Ich A. B. von . . . erkläre im Sinne reiner Wahrheit daß das Schiff . . . aus dem Hafen von . . ., dessen Capitän jetzt . . . ist, nach Construction, Tragkraft rc. . . . verfertigt (wo und wann, ob weggenommen oder confiscirt, auch wird gesagt ob das Schiff ein fremdes und Ort und Zeit der Erbauung nicht bekannt sey) und daß ich besagter A. B. (folgen die Namen der andern Eigenthümer, welches ihre Beschäftigungen und ihr Wohnort) der einzige Eigenthümer bin oder wir die Eigenthümer sind des besagten Schiffes, und daß keine andere Person ein Recht, Rechte, Interessen oder Eigenthum an demselben hat, und daß ich besagter A. B. und wir besagte Miteigenthümer ein wahrer Unterthan oder Unterthanen Großbritanniens sind, und daß weder ich besagter A. B., noch einer der Miteigenthümer, einem fremden Staat einen Unterthänigkeitseid geleistet habe oder haben, und daß nach Ablegung desselben ich oder sie von neuem zum Bürger oder zu Bürgern des Vereinigten Königreichs mittelst offener Briefe Ihrer Maj., mittelst Parlamentsacte, oder durch Verordnung der gesetzgebenden Gewalt von . . . geworden bin oder sind, oder mittelst einer Acte oder Verordnung der Legislatur von . . . ermächtigt sind auf besagtes Schiff Rechte (dei caratti) zu besitzen.

Falls es nöthig wäre ein Spectanzschiff irgendeiner Körperschaft im Vereinigten Königreich zu registriren, soll anstatt obenerwähnter Erklärung folgende vom Schriftführer oder Beauftragten einer solchen Körperschaft unterzeichnete abgegeben werden.

Ich A. B., Schriftführer oder Beauftragter der Körperschaft rc. erkläre im Sinne reiner Wahrheit rc.

Bestimmung in Betreff der Schiffe von weniger als fünfzehn Tonnen Tragkraft, welche zur Binnenschifffahrt geeignet sind, und in Betreff derer welche mit weniger als dreißig Tonnen zum Fischfang von Neu-Seeland geeignet sind. XX. Es wird verordnet daß, obgleich nach obenerwähnter Acte über die Registrirung der englischen Schiffe vorgeschrieben ist daß, wenn ein nicht gehörig registrirtes Schiff diejenigen Handelszweige betreibt welche den englischen Schiffen vorbehalten sind, es mit Beschlag belegt werden soll, dennoch alle Fahrzeuge und Schiffe mit weniger als fünfzehn Tonnen Tragkraft, wenn sie in ausschließlichem Besitz von Engländern sind und englische Bemannung haben, obwohl sie nicht als englische Schiffe registrirt sind, mit diesen auf den Flüssen und Küsten des Vereinigten Königreichs oder der brittischen Besitzungen Zutritt haben sollen, ihnen aber nicht gestattet werden wird ins Meer zu segeln, außer innerhalb der Gränzen der respectiven Colonialregierungen innert welchen die Eigenthümer solcher Schiffe wohnen, und daß alle Fahrzeuge und Schiffe von ausschließlich englischem Eigenthum und mit ganzer englischer Bemannung, welche die Tragkraft von dreißig Tonnen nicht überschreiten und kein vollständiges und festes Verdeck haben, und nur mit dem Fischfang auf den Bänken und Küsten Neu-Seelands und den anliegenden Inseln sowie auf den Bänken und Küsten der Provinzen Canada, Neu-Schottland, Neu-Braunschweig, den Landstrichen am Meerbusen von S. Lorenzo oder nördlich vom Cap Canso, oder der Inseln welche jenseits desselben liegen, oder im Küstenfahrt-Handel innerhalb der obbesagten Gränzen beschäftigt sind, unter die englischen Fahrzeuge und Schiffe, obwohl sie nicht registrirt worden, zugelassen sind, solange als solche Fahrzeuge und Schiffe einzig hiezu werden verwendet werden.

Das Decret wird vom 1 Jan. 1850 an in Wirkung treten. XXI. Es wird verordnet daß dieses Decret vom 1 Jan. 1850 an in Kraft trete.

Die Acte kann umgestaltet werden. XXII. Es wird verordnet daß dieses Decret umgestaltet oder durch irgendein anderes, in der gegenwärtigen Parlamentssession zu genehmigendes widerrufen werden kann.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Freitag — Nr. 341. — 7 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Constituante, die Verfassung und die Opposition des patriotischen Vereins. Die Forderung Preußens an Baden von 3 Mill. Kriegskostenentschädigung); München (Schluß der Discussion über die neue Anleihe. Die zweite Kammer noch am zweiten Tag mit ihrer Geschäftsordnung nicht am Ende. Beförderungen in der Armee. Eisenbahnverkehr. Ausschußantrag in Betreff der Gleichstellung der Juden); Speyer (Culmann); Karlsruhe (Eindruck der landesherrlichen Verordnungen in Betreff der Kammer); Darmstadt und Gießen (H. v. Gagern fünfmal gewählt. Uebrigens eine starke radicale Mehrheit); Wiesbaden (Hergenhahn tritt wieder in Staatsdienst); Lübeck und Hamburg (Frost und Stürme); Dresden (die zweite Kammer tritt fast einstimmig dem Antrag um Aufhebung des Belagerungsstands bei); Leipzig (unbestimmtes Gerücht von Truppenaufstellungen an der böhmischen Gränze); Waldeck (Zustimmung zum engern Bund); Hannover (die Frau Kronprinzessin von einer Prinzessin entbunden); Köln (Raveaux. Unterstützungscomité. Die vermißte Majorsfrau. Bevorstehende Wahlen. Der Waldeck'sche Proceß); Luxemburg (die Frage über den Beitritt zu dem engern Bund); Oldenburg (Ausschußanträge für und gegen Anschluß an den engern Bund); Wien (das Verhältniß zu Preußen. Der Franz-Joseph-Orden. Prof. Phillips nach Innsbruck berufen. Zwei neue Lehrkanzeln an der Wiener Hochschule. Text der Note vom 12 Nov. Bestätigung der neuen Note an Hrn. v. Prokesch in der deutschen Frage. Die Regulirung der Verhältnisse der Bank zur Regierung in Berathung); Salzburg (die Telegraphenlinie mit Wien in Thätigkeit. Demarteau. Steinh il. Organisirung der Steuerämter); Innsbruck (Andreas Hofer und sein ältester Enkel).

Großbritannien. Tod der Königin-Wittwe. Vorbereitung neuer Ausfahrten nach Sir J. Franklin.

Frankreich. Das Naturalisationsgesetz nun definitiv. Gesetzgeberische Thätigkeit des Präsidenten. Mysterien des Elysée. Die Orleanisten. Ledru-Rollin und Genossen als Candidaten bei den Nachwahlen. Schloßbrand in Lüneville. Baron Bolland. Bezard †. Valerga. Algerische Depesche. Rüstungen im schwarzen Meer. Straßburg (die Beschleunigung der Briefpost von Paris und die alte Verzögerung in Deutschland).

Italien. Rom (Rostolans Abschied. Neue Bücherverbote. Der Abmarsch der spanischen Truppen).

Dänemark. Beitritt im Namen Holstein-Lauenburgs zum Interim.

Türkei. Konstantinopel, 21 Nov. Die englische Flotte wieder in der Besikabay, die französische im Golf von Smyrna. Der Aufstand von Samos unterdrückt.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 3; Wien 4; Frankfurt 5; Augsburg 6 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 2 Dec. Die preußische Regierung hat von Baden nun eine Kriegskostenentschädigung im Betrag von drei Millionen Gulden reclamirt; Hr. v. Savigny hat den Auftrag diese Angelegenheit in Karlsruhe zum Abschluß zu bringen. Die Staaten dagegen welche zu dem von dem General Peucker befehligten Reichsarmeecorps, das mit dem preußischen Heer in Baden cooperirte, Contingente stellten, werden ihre dießfälligen Kosten bei der Reichscasse liquidiren; sie erfüllten ihre Bundespflicht in einem allgemeinen deutschen Interesse; der badische Aufstand war nicht etwa bloß gegen den Großherzog Leopold gerichtet, sondern bedrohte gleichmäßig alle deutschen Regierungen ohne Ausnahme; es ist also auch nicht mehr als billig daß die Reichscasse die Kosten trage welche die Aufstellung des Reichsarmeecorps bereitete. Das preußische Heer trat nicht als Reichsheer auf; es kam nach Baden auf den Ruf des Großherzogs Leopold. Es fragt sich nun ob die badischen Landstände die preußische Forderung anerkennen oder aber an die Bundescasse verweisen werden. Es würden in diesem Fall interessante bundesrechtliche Fragen entstehen. (F. B.)

** **Frankfurt a. M.,** 3 Dec. Es treten der Einsetzung der neuen Centralgewalt noch namentlich zwei Hindernisse entgegen. Das erste ist die Art der Uebertragung der bisherigen Reichsgewalt an die neue Bundescommission, über die man noch nicht einig ist. Hier ist man der Meinung daß der Erzherzog-Reichsverweser die Gewalt in die Hände der Bevollmächtigten der Einzelstaaten zurückgebe und diese dieselbe den 4 Bundescommissarien übertragen, oder daß doch wenigstens die sämmtlichen Bevollmächtigten bei der Handlung der Uebergabe gegenwärtig sind und mit ihrer wiederholten ausdrücklichen Zustimmung die Gewalt vom Reichsverweser auf die Bundescommissarien übertragen werde. Dem tritt Preußen entgegen, indem es für sich den §. 5 des Interims und den §. 7. (Sobald die Zustimmung der Regierungen zu gegenwärtigem Vorschlage erfolgt ist, wird der Reichsverweser seiner Würde entsagen und die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederlegen) anführt, nach dem nur die directe Uebertragung seitens des Reichsverweisers an die vier Bevollmächtigten der beiden Majestäten statthaft sey. In dieser Beziehung fand nun gestern bei dem Reichsverweser eine Ministersitzung statt, nach deren Ende ein Courier nach Wien abgesandt wurde. Das zweite Hinderniß ist daß die Zustimmungen aller Staaten noch immer nicht eingegangen sind, da viele glaubten die Sendung der Zustimmungserklärung zum Interim nach Wien und Berlin sey genügend, es bedürfe einer Notification davon bei dem Erzherzog-Reichsverweser nicht, worauf letzterer allerdings beharrt.

∴ **Frankfurt a. M.,** 4 Dec. Gestern Abend fand in der Constituante die Abstimmung über die nun in derselben vollständig im einzelnen discutirte neue Verfassung statt, welche mit 68 gegen 29 Stimmen angenommen wurde. Hr. Dr. Kugler und vier andere Mitglieder, welche gewissermaßen das linke Centrum bilden, stimmten dagegen, und zwar, wie zu Protokoll bemerkt ward, weil die directe allgemeine Wahl der sieben Mitglieder des Regierungsraths, sowie der eine Wahlbezirk für die 60 städtischen Abgeordneten von einem Theil der Bürgerschaft mißfällig aufgenommen worden sey. Wenn dessenungeachtet nur 29 Stimmen verneinend ausfielen, so kam das daher weil von beiden Seiten der Versammlung viele (von den 32 welche den Gegenentwurf der Verfassung eingegeben hatten, 8) fehlten. Die vorzunehmende definitive Abstimmung war auf der Tagesordnung nicht angegeben, und mehrere glaubten die Discussion würde in der Sitzung nicht zu Ende kommen. Das Gemeindegesetz, ein unverfängliches Annexum der Constitution, wurde gegen 24 Stimmen angenommen, da die 32 principiell gegen alles stimmen was mit der neuen Verfassung zusammenhängt, das linke Centrum aber so weit nicht gehen mag. Einer von den 32, Hr. Dr. Mappes, trennte sich bei dieser Frage, mit Recht wie wir glauben, von den andern. Zugleich sprach die Versammlung den Wunsch aus der Senat möge die Gesammtheit der Staatsangehörigen, deren Annahme oder Verwerfung nun das Ganze zu unterbreiten ist, nicht öffentlich abstimmen lassen. Ob der Senat sich diesem Wunsche fügen wird, steht sehr dahin, zumal da 1816 über die jetzt bestehende Verfassung ebenfalls öffentlich abgestimmt ward. Daß aber der Senat die Abstimmung vornehmen lassen und diese nicht, wie man eine Zeitlang glaubte und aus dem Proteste der 32 und der ständigen Bürgerrepräsentation der 51 ableiten wollte, durch einen Staatsstreich beseitigen werde, ist, wie wir aus guter Quelle versichern können, sehr wahrscheinlich. Er wird wohl über die Artikel des Einführungsgesetzes, welche die Stadtgemeinde vorläufig depossediren, eine mißbilligende Rückäußerung an die Constituante gelangen lassen, und wenn diese, wie zu vermuthen ist, hierin nachgibt, der Sache ihren gesetzlichen Lauf lassen. Von öffentlicher Abstimmung über das Ganze aber wird er schwerlich abgehen, da in der Stadtgemeinde die reichen und einflußreichen Bürger die neue Verfassung nicht wollen, und viele welche mehr oder weniger durch Verhältnisse oder Charakter abhängig sind, dadurch verhindert werden ihre Stimme dafür abzugeben. In den zu unserer Stadt gehörigen Dorfschaften freilich dürfte das umgekehrte Verhältniß stattfinden. Dort werden gerade viele die sich bei der geheimen Abstimmung gegen die neue Verfassung aussprechen würden, es bei der öffentlichen

vielleicht nicht wagen. Der hiesige patriotische Verein, der 2400 Mitglieder zählt, wird wohl auf alle Fälle alle möglichen Batterien gegen die neue Verfassung richten, und ob er seine Protestation nur an die städtischen Behörden richten wird, ist im voraus nicht anzugeben. So viel steht fest: wenn die zahlreichen freisinnigen aber nicht ultrademokratischen Männer in unserer Stadt, welche der neuen Verfassung durchaus nicht hold sind, aber auch versichert seyn wollen daß deren Verwerfung nicht die vormärzlichen Zustände wieder einleiten würde, wenn diese, etwa durch eine bündige unzweideutige Erklärung des Senats, vollständig beruhigt werden, so ist mit vielem Grund zu vermuthen daß die Mehrzahl der Stimmen in der Bürgerschaft gegen die neue Verfassung ausfallen wird. Geschieht dieß aber nicht oder nicht ausreichend, so ist eher das Gegentheil wahrscheinlich, da dann die Männer welche zwischen zwei Abneigungen, die vor den vormärzlichen und die vor den überstürzenden Theorien, gestellt werden, wahrscheinlich thun werden was wir Deutsche so gern thun, nämlich gar nichts. Viele würden sich dann der Abstimmung enthalten und den jungen Staatsangehörigen von 21 Jahren das Feld mehr frei lassen. Wenn aber der Senat nach Vorgang der württembergischen Regierung die Endgültigkeit der auch bei uns angenommenen Grundrechte des deutschen Volks entschieden ausspricht und somit Landbewohner und Dissenter gegen die Angriffe reactionärer Localblätter beruhigt, so wird die Sache ohne verdrießliche, nachtheilige und dem unverdorbenen Bürgergefühl mit Recht widerwärtige Einmischung von außen höchst wahrscheinlicher Weise von selbst zu einer befriedigenden Lösung kommen.

Bayern. ‡ **München**, 4 Dec. (Vierunddreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Es blieben in Bezug auf das neue Anlehensgesetz, nachdem gestern die Discussion darüber geschlossen worden war, noch das Schlußwort des Referenten und die Aeußerungen vom Ministertisch zu hören. Der Referent recapitulirte im wesentlichen nur die Gründe seines schriftlichen Vortrags für die Zustimmung zu dem Regierungsantrag. Hr. Regierungscommissär Wanner dagegen erörtert zunächst nochmals die dringende Nothwendigkeit des Anlehens, und geht dann auf die im Laufe der Debatte berührten Erübrigungen aus frühern Jahren über. Er weist nach wie die Erübrigungen der vierten Finanzperiode, nachdem der Landtag von 1843 darüber beschlossen hatte, vorzugsweise zu Gunsten der Eisenbahnen, ja selbst, nach demselben Beschluß, größtentheils in gleicher Weise die Erübrigungen der folgenden Jahre bis 1847 in der fünften Finanzperiode verwendet worden seyen. 1847/8 habe keine Erübrigungen zugelassen, ebensowenig 1848/9. Ferner wird durch Angabe der einzelnen Verwendungsposten nachgewiesen, wie von dem vorjährigen Anlehen nichts mehr vorhanden sey. In Betreff des griechischen Anlehens erwähnt der Redner daß darüber dem vierten Ausschuß bereits vollständige Belege vorgelegt seyen, und der Nachweis von dessen Deckung geliefert wurde, daß darauf auch der Ausschuß die Erkenntniß geäußert habe, wie diese Angelegenheit mit dem gegenwärtigen Anlehen nichts zu thun habe. Uebrigens werde über diese Frage bei den allgemeinen Nachweisungen behufs der Budgetverhandlung der Kammer genaueste Auskunft erstattet werden. Den Schluß der Rede bilden recapitulirende Widerlegungen verschiedener im Laufe der gestrigen Debatte gefallenen Aeußerungen; besonders weist der Redner nach wie wenig anwendbar die gestrigen Berechnungen des Hrn. Fürsten Wallerstein auf den gegenwärtigen Augenblick seyen. Doch gibt er auf die Frage des Abg. Fürsten Wallerstein zu: daß, wenn die Voraussetzung einträte wonach der Bau aller nöthigen Eisenbahnen augenblicklich vollführt werden müßte, allerdings die Summe eintreffen würde welche dieser als Staatsschuld berechnete. Hr. Minister v. d. Pfordten glaubt in seiner Stellung an der Spitze des Handels- und Gewerbsministeriums hiezu noch einige Worte fügen zu müssen. Er erachtet es überhaupt nicht zweckmäßig die jetzige Frage mit der Eisenbahnfrage zu vermengen. Es handle sich um eine Frage der Gegenwart, während die Eisenbahnangelegenheit eine Frage der Zukunft sey, wegen deren man eine Frage der Gegenwart nicht aufhalten dürfe. Uebrigens sey er überzeugt daß, wenn erst die Eisenbahnfrage in das Stadium der Verhandlung trete, dieselbe vieles von ihrem scheinbar schlimmen Aussehen verlieren werde. Außerdem müsse man bedenken daß Schulden für Eisenbahnen Ausgaben seyen welche den Gewerben zu gut kämen und sich zum Theil selbst deckten. Man könne sie also nicht in gleicher Weise wie andere Schulden auffassen. Schließlich würden ja auch nicht all diese Eisenbahnen gleichzeitig, nicht in den nächsten Tagen gebaut, sondern nach und nach, und von der Kammer werde es abhängen in welchem Zeitraum dieß geschehen solle. Abg. Binder verlangt hierauf das Wort zur factischen Berichtigung der Behauptung daß das griechische Anlehen vollständig gedeckt sey. Er weist deßhalb auf die Erklärung hin welche er als Commissär der Abgeordnetenkammer bei der Schuldentilgungscommission in Gemeinschaft mit dem Commissär der Reichsrathskammer abgegeben habe. Regierungscommissär Habel beantwortet nachher noch die gestern vom Abg. Koch gestellten speciellen Fragen mit Verleiung der betreffenden Berechnungen.*) Schließlich fügt diesen Vorträgen Hr. Minister Aschenbrenner noch einige Bemerkungen bei, in deren Eingang er sich gegen die Beschuldigung verwahrt als ob das von ihm eingeführte Depotgeschäft nichts weiter als ein Anlehensgeschäft sey. Im Weiterverfolge der Rede entwickelt er die großen Mehrausgaben des vorigen Jahres, wie z. B. für die Armee, für die Einführung des öffentlichen Gerichtsverfahrens u. s. w. Zugleich seyen aber mancherlei Ausfälle und zwar sehr bedeutende in den Einnahmen eingetreten. So namentlich hinsichtlich der Steuereingänge. Mit Strenge dabei zu verfahren sey nicht am Platz gewesen, die Erwerbsquellen seyen zu ausgetrocknet gewesen. Dieß alles rechtfertige das Anlehen. Man habe nun auch von Papiergeld gesprochen. Indessen abgesehen von andern Nachtheilen und davon daß auch darüber noch bei der Eisenbahnfrage die Rede seyn könne, erscheine dieser Weg schon darum nicht passend weil das Geld aus dem neuen Anlehen in sehr kleinen Antheilen werde ausgegeben werden. So z. B. für die Quartiergeber, deren ein Theil selbst den Armenclassen angehöre. Diese müßten schleunigst befriedigt werden, darum brauche das Ministerium Baargeld. Man habe ferner erwähnt daß die nöthige Summe durch Ersparungen aufgebracht werden könne. Er wolle nicht läugnen daß dieselben früher verabsäumt worden und jetzt vielleicht nach und nach zu machen seyen. Aber nur nicht im Augenblick. Man möge ihm glauben daß der Stand des Finanzministers ein sehr schwerer im verflossenen, wie laufenden Jahre gewesen sey; er würde aber unmöglich werden wenn die Vertretung des Volkes dem Ministerium jetzt kein Vertrauen und durch sein Votum keine Hülfe gäbe. Die beste Antwort der Kammer darauf ist die namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf, da sie den beistimmenden Ausschußantrag mit 91 gegen 33 Stimmen zum Beschluß erhebt. Danach lautet das Gesetz: „Se. Maj. der König haben ꝛc. beschlossen und verordnen was folgt: Art. 1. Die Ermächtigung welche durch das Gesetz über die Aufnahme eines Anlehens im Wege der freiwilligen Subscription vom 12 Mai 1848 (Gesetzblatt S. 29) dem Staatsminister der Finanzen zur Aufnahme eines verzinslichen Anlehens von 7,000,000 fl. ertheilt worden ist, wird unter den in obigem Gesetz enthaltenen Bestimmungen auf die weitere Anlehenssumme von sieben Millionen Gulden al pari mit der alleinigen Modification ausgedehnt daß die über diese Anlehenssumme laut Art. 2 des mehrgedachten Gesetzes auszufertigenden Staatsschuldscheine je nach Umständen und Bedürfniß auch auf höhere Beträge als 100 fl. lauten können, und daß der im Art. 4 daselbst in den Jahren 1850/51 und 1851/52 anberaumte Einlösungs- und resp. Verlosungstermin für diesen weitern Anlehenstheil auf die Jahre 1852/53 bis 1854/55 hinausgerückt sey. Art. 2. Der Staatsminister der Finanzen ist mit dem Vollzug des gegenwärtigen Gesetzes beauftragt. Damit ist der allgemeine interessante Theil der Sitzung beendet. Es folgt zunächst nur noch der Vortrag des Referenten des ersten Ausschusses „über den Antrag der Gemeindencollegien zu Nöttingen welcher Aufhebung des Hut-, Weide- und Fischereirechts auf fremdem Grund und Boden“ bezielt und von Hrn. Kirchgeßner befürwortet ist. Der Ausschuß findet keinen Grund zur Initiative für Aufhebung dieser Rechte, beantragt aber den König um Erlaß eines Entwurfs zu einem Culturgesetz sowie zum Gesetz über Ablösung jener erwähnten Rechte zu ersuchen, und den Wunsch auszusprechen daß dem Gesammtbeschluß vom 3 Mai 1848 auf eine vollständige Civilgesetzgebung baldmöglichst Folge gegeben werde. Den Schluß der Sitzung bildet ein Vortrag des Referenten des Petitionsausschusses über geprüfte und zur Vorlage geeignet befundene Anträge der Abgeordneten.

|| **München**, 6 Dec. Das Gesetz über den Geschäftsgang des Landtages ist in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer nicht sehr vorwärts gekommen. Der Art. 21 des Entwurfes bestimmt nämlich daß der auch in der zweiten Sitzung ohne ausreichende und bescheinigte Entschuldigungsursache Ausgebliebene sofort als ausgetreten zu betrachten sey und die Kosten der hierdurch veranlaßten Verzögerung zu tragen habe. Dieser Artikel war wohl geeignet die Pfälzer Frage des vorigen Landtags wieder heraufzubeschwören und, den damaligen Fall im Auge haltend, eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zu veranlassen. Indessen wurden durch versöhnende Worte des ersten Präsidenten — der zweite leitete heute wie gestern die Debatte — eigentliche Abschweifungen beseitigt und schließlich der Entwurf in einer präciseren, von Breitenbach vorgeschlagenen Fassung angenommen. Der folgende Art. 22 behandelt das Recht und die Pflicht der Abstimmung und bringt hier die wohlbekannte Controverse der „persönlichen Betheiligung.“ Da hier eine größere Anzahl zum Theil improvisirter Modificationen auftaucht, so wird auf An-

*) Wir tragen morgen die Angaben über die Forderungen an die Centralgewalt nach.

trag Hegnenbergs im Interesse der Gründlichkeit und Einigung die Discussion auf morgen vertagt. Schließlich referirt Scharpf über den Entwurf des Gesetzes, welches die vollständige Emancipation der Juden enthält; er empfiehlt mit Wärme der Mehrheit des Ausschusses zu folgen und dem Gesetz unbedingte und freudige Zustimmung zu geben.

§ **München,** 6 Dec. Einem allerhöchsten Rescript aus dem Staatsministerium des Krieges zufolge wurden nachfolgende Stabsofficiere befördert: in der Cavallerie der Major Frhr. v. Satzenhofen vom 2ten zum Oberstlieutenant im 4ten Chevaulegersregiment; der Rittmeister Frhr. v. Beust von 1ten zum functionirenden Major im 2ten Chevaulegersregiment; in der Infanterie: der Oberstlieutenant Schintling von 3ten Jägerbataillon zum Regimentscommandanten im 4ten Infanterieregiment, der Major Hertel zum Oberstlieutenant und Commandanten des 3ten Jägerbataillons in Frankfurt, und die functionirenden Richtungsmajore v. Schadelock, Günther und Baudenbach zu functionirenden Majoren. Oberst v. Waßtmont vom 4ten Infanterieregiment wurde pensionirt. — Ein officieller Ausweis über den Verkehr der königl. bayerischen Eisenbahnen im October, dem ersten Monate seit Eröffnung der ganzen Bahnstrecke von München bis Hof, ergibt folgende Ziffern: 112,326 Personen, 187,831 Centner Frachtgüter und 177,192 Gulden 29 Kreuzer Einnahme. Man sieht daraus wie erfreulich der Verkehr in Personen und Gütern steigt.

Speyer, 30 Nov. Wie wir vernehmen, ist Hr. Anwalt Culman von Zweibrücken, gegen welchen bekanntlich eine Disciplinaruntersuchung eingeleitet war, auf ein Jahr als Anwalt suspendirt worden. (Sp. Z.)

Gr. Baden. Aus **Mannheim** vom 2 Dec., läßt sich die Deutsche Ztg. schreiben: „Endlich ist eine Entscheidung über Berufung der badischen Kammern erfolgt. Wie man sagt, ist diese Entscheidung lediglich dem Minister des Innern zuzuschreiben, während der Ministerpräsident Auflösung der Kammern und Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes verlangt hatte. Man kann sagen, es ist dieses ein Sieg der deutschen Sache über den Particularismus, ein Sieg des Bundesstaats über die Hinneigungen zu Wiederherstellung des Bundestags, ein Sieg der Freiheit über die Beschränkung, ein Sieg der Ordnung und des Gesetzes über Anarchie und Willkürherrschaft. Denn die Mehrheit der bisherigen Kammern hat bekanntlich vor dem März 1848 die Freiheit nach oben, nach dem März das Gesetz nach unten vertheidigt. Es ist bekannt daß mehrere der einflußreichsten Mitglieder dieser Mehrheit der Gothaer Partei angehören, und daß die Auflösung der Kammern der erste Schritt zum Abfall von dem Dreikönigsbund gewesen wäre. Welche Folgen dieser Abfall, nachdem schon Hannover und Sachsen zurückgetreten sind, hätte haben können bedarf keiner Auseinandersetzung — jedermann wird sie begreifen. Darum legen wir so großes Gewicht auf die endliche Entscheidung, und sehen darin den nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Entschluß bei dem mit Preußen geschlossenen Bündniß zu verharren."

Dasselbe Blatt fügt bei: „Zahlreiche Schreiben, die uns aus verschiedenen Theilen des Großherzogthums zukommen, geben ein Bild von dem Eindrucke der Verfügungen vom 30 Nov. Fast allgemein hatte man die Auflösung der Ständeversammlung mit ihren Nachtheilen erwartet; um so freudiger ward die günstige Entscheidung aufgenommen. Es zeigt sich mehr Theilnahme am öffentlichen Leben als gewöhnlich vorausgesetzt wurde, und es bestätigt sich daß die deutsche Sache größeren Antheil daran hat als die innern Landesangelegenheiten. Man verschweigt sich nicht daß manche Abweichung von den Bestimmungen der Verfassung hätte vermieden, daß namentlich der Schluß des Landtags für 1848/49, wie die Verfassung verlangt, den versammelten Kammern hätte verkündigt und vorher die Bewilligung des Budgets, ein Gesetz über die Steuererhebung und die Ausschußwahl hätten vollzogen werden können und sollen. Die Unschlüssigkeit der Regierung hat offenbar zu lange gedauert. Auf der andern Seite verkennt man auch die Einwirkung der außerordentlichen Zustände, besonders auf das Budget und die Staatsrechnungen, nicht. Alle Wünsche vereinigen sich dahin daß die Folgen des Versäumnisses auf eine Vertrauen erweckende Weise wieder gut gemacht werden möchten, damit, wenn auch die Form gelitten hat, im Wesen der grundgesetzlichen Ordnung kein Nachtheil eintrete. Zur Stärkung des Vertrauens wird namentlich die ungesäumte Vornahme der Ergänzungswahlen beitragen, so daß der Landtag in den ersten Tagen des Januar zusammentreten kann. Endlich erfahren wir von vielen Seiten daß die Eintheilung des Landes in Militär- und Polizeibezirke einen schmerzlichen Eindruck hervorgebracht, und die Erbitterung gegen die Urheber des Mai-Aufstands noch gesteigert hat."

H. Nassau. **Wiesbaden,** 4 Dec. Der vormalige Staatsminister-Präsident Hergenhahn ist wieder in Staatsdienst getreten, und soll zum Generalstaatsprocurator ernannt seyn.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 2 Dec. H. v. Gagern ist bis jetzt dreimal gewählt (Bensheim, Heppenheim und Worms); Jaup in Michelstadt. In Gießen und Offenbach hat die demokratische Partei obgesiegt (dort Prof. Vogt, hier Dr. Wilh. Schulz). Mehrere Wahlen ohne absolute Mehrheit wegen Stimmenzersplitterung. — 3 Dec. H. Gagern ist noch zweimal, in Pfeddersheim und in Eberstadt, gewählt. In Alzei ist Lehne ernannt.

Gießen, 3 Dec. Stand der Landtagswahlen: In Gießen kam keine absolute Majorität, folglich auch keine Wahl zu Stande; Soldan (constitutionell) hat eine geringe Majorität gegen Vogt. In Biedenkopf der bekannte August Becker aus Gießen; in Alsfeld und Grünberg Pfarrer Steinberger aus Grünberg (Doppelwahl); in Ortenberg Dr. Heldmann aus Selters; in Lutzbach Collector Kuhl von da; in Friedberg kam keine Wahl zu Stande. Die Gewählten gehören sämmtlich der Demokratie an, und werden das Contingent das Rheinhessen und theilweise auch Starkenburg liefern wird, nicht unbedeutend verstärken. An einer starken radicalen Majorität in der Kammer ist nicht mehr zu zweifeln; vielleicht ist es ein Glück für das Land daß keine Kammer der Halbheit zu Stande gekommen ist, und daß man endlich einmal die thatsächlichen Folgen der Wühlerei, an die man bis jetzt gar nicht so recht glauben wollte, sehen muß. Die Herren werden übrigens schwerlich Zeit behalten sich in Darmstadt häuslich einzurichten, indem das Schicksal dieser Kammer unschwer vorauszusehen ist. In Gießen wird künftigen Sonnabend abermals gewählt werden, und man hat gegründete Hoffnung dießmal den constitutionellen Candidaten durchzubringen, da die zersplitterten Stimmen durchaus auf Constitutionelle fielen. (D. Z.)

*** **Darmstadt,** 4 Dec. Soweit die Wahlen zur zweiten Kammer der Stände bekannt sind, werden die Demokraten, wie man sich jetzt ausdrückt, die Mehrheit bilden. Schon sieht die Angst Gestalten oder vielmehr Gespenster. Die Majorität wird allerdings bei der linken Seite, mit Einschluß eines linken Centrums seyn; nur wird die Frage die seyn welche Tendenzen sie verfolgt, und in welcher Manier. Will sie, was nicht unwahrscheinlich ist, nur die consequente und völlige Durchführung des im März 1848 zum Sieg gelangten Princips, so wird sie im Stande seyn einen nachhaltigen Kampf zu kämpfen, und dem rechten Centrum — an dessen Spitze der Mann des Märzes, Gagern, stehen wird — nur übrig bleiben über Modalitäten entgegenzutreten. Die Umstände werden die Opposition nöthigen, im Einklang mit der öffentlichen Meinung das Ministerium Jaup, welches das Märzprogramm auf seinen Schild geschrieben hat, zu stützen, sie wird aber dasselbe antreiben, es mit allen seinen Consequenzen ins Leben treten zu lassen. — Heute war die erste Sitzung der außerordentlichen Assisen, die von dem Hofgerichtsrath v. Hertling präsidirt worden; sie werden bis zum 15 beschäftigt seyn und über zehn Anklagen wegen Hochverraths, Majestätsbeleidigung, Tödtung, Diebstahls, Nothzucht, Gewaltthätigkeit u. s. w. erkennen.

F. Waldeck. **Aus dem Waldeck'schen.** Am 19 Nov. ward unsre Ständekammer eröffnet; die Mitglieder, 15 an der Zahl (12 für Waldeck, 3 für Pyrmont), gewählt nach dem neuesten Wahlgesetz „auf breitester Grundlage" sind fast lauter neue Leute, unter ihnen Vertreter aller politischen Farben. Eröffnet wurde der Landtag durch den Staatsrath Schumacher, Namens der Fürstin. Er empfahl den Ständen die deutsche Frage als Gegenstand ihrer ersten Verhandlung, und so wurde in derselben Sitzung ein Ausschuß, aus 5 Mitgliedern bestehend, zur Berathung des Anschlusses an das Dreikönigsbündniß gewählt. In der öffentlichen Sitzung am 27 Nov. ist denn auch der von der Staatsregierung bereits vollzogene Beitritt seitens der Stände mit 9 Stimmen gegen 5 gebilligt worden. Der Vorstand der Regierung, Staatsrath Schumacher, hatte sich, wie man versichert, im Laufe der letzten Woche genöthigt gesehen seinen Abschied zu fordern. Ueber das „Warum" gibt's der Erzählungen mehrere. Die Sache ist aber richtig, und das ist übel genug. Für dießmal soll indessen alles wieder ausgeglichen seyn. (D. Z.)

Hansestädte. **Lübeck,** 30 Nov. Der starke, in den hiesigen Küstengegenden so früh fast unerhörte Frost hat die Schifffahrt plötzlich mit einem Schlage vernichtet. Ober- und Untertrave bis Travemünde sind so stark mit Eis belegt daß sie gefahrlos überschritten werden können. Eine Menge in Ladung befindlicher Schiffe, meistentheils nach dem Norden bestimmt, liegen fest im Eise, andere, die schon Tagelang in See waren, wurden durch heftige OSO.-Stürme und starkes Treibeis zur Umkehr genöthigt. Auch an Unglücksfällen mangelt es nicht. Da der Hafen von Travemünde frei von Eis ist, so werden die hier an der Stadt eingefrornen Schiffe ausgeeist, und dürften, wenn nicht strenge Kälte eintritt, in einigen Tagen Travemünde erreichen. Das von Kopenhagen heute angekommene Dampfschiff Lübeck berichtet daß die Kopenhagener Rhede zum Theil mit Eis belegt ist. (Nordd. Bl.)

Hamburg, 30 Nov. Durch den früh eingetretenen Frost ist die Elbe bereits auf vielen Stellen zu, wodurch viele Schiffe am Auslaufen verhindert sind, unter andern auch dasjenige welches die ungarischen Flüchtlinge von hier nach Amerika bringen sollte.

K. Sachsen. **Leipzig,** 1 Dec. Der ersten Kammer ist ein königliches Decret zugegangen, in welchem darzulegen versucht wird daß die Aufhebung des Belagerungszustands unthunlich sey. Man spricht davon daß 6000 Mann Sachsen längs der böhmischen Gränze aufgestellt werden sollen, und daß ein Bataillon der in Leipzig stehenden Jäger sich jede Stunde zu diesem Zweck marschfertig zu halten habe. (F. J.)

* **Dresden,** 4 Dec. Die zweite Kammer beschloß heute mit allen gegen sieben Stimmen dem Müller'schen Antrag um Aufhebung der Kriegszustände beizutreten.

K. Hannover. **Hannover,** 3 Dec. Die Amtlichen Nachrichten melden: Heute Mittag wurde Ihre k. Hoh. die Frau Kronprinzessin zur höchsten Freude des ganzen königlichen Hauses von einer Prinzessin glücklich entbunden. Fünfzig Kanonenschüsse und das Läuten aller Glocken auf den Thürmen verkündeten den Bewohnern der königlichen Residenzstadt das frohe Ereigniß. Das Befinden ist den Umständen angemessen sehr gut, heißt es im Bülletin.

Gr. Luxemburg. **Luxemburg,** 25 Nov. Nachdem der hiesigen Regierung von Berlin aus eine Aufforderung zugegangen war sich über den Anschluß Luxemburgs an das Dreikönigsbündniß zu erklären, kam diese Sache in der gestrigen Kammersitzung zur Sprache. Da die Regierung einen Credit für die Beschickung des deutschen Parlaments verlangt, so dürfte daraus zuversichtlich auf einen demnächst erfolgenden Beitritt zu schließen seyn. Das neue Steuergesetz ist von der Kammer mit 34 gegen 18 Stimmen angenommen worden. (Saar- u. Mos.-Z.)

*) **Vom Rhein,** 4 Dec. Der Proceß Waldecks wird jetzt in ganz Deutschland mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die tiefen Schäden welche der Staat durch eine Partei erlitten hat, kommen dabei ans Tageslicht, und mit Widerwillen sieht der Blick in ein Treiben hinein das sich bisher unter dem Mantel der Frömmigkeit und Loyalität verborgen gehalten hatte. Dagegen schaut wohl jedes Auge mit Stolz auf die unabhängige würdige Haltung des preußischen Gerichtshofs. Sie wissen, dieses schreibt eine Feder welche der politischen Hegemonie Preußens nicht hold ist; allein die vollste Anerkennung wird niemand den Männern versagen welche die Ehre der Justiz in solcher Weise vertreten haben. Nur in der englischen Geschichte lassen sich dazu Parallelen finden.

Preußen. 0 **Köln,** 30 Nov. Seit einigen Tagen unterhält uns wieder Hr. Raveaux. Die Kölnische Zeitung brachte von ihm aus Straßburg einen in plattdeutscher Mundart gereimten Festgruß an eine Freundin zum Katharinentag. Das Inserat führte das Motto: „Wenn wir wieder kommen wird der Hanf theuer!" Der Text spottet und klagt über die Verkehrtheit der Welt, über das Darniederliegen der Demokratie und über die Herrschaft des Säbelregiments, und weissagt fürs kommende Jahr die Rückkehr des „rothen Domino." Der idyllische Theil der Zeitung brachte zwischen Brustkaramellen und frischen Schellfischen manche Gegenworte, und der „fabelhafte Reichsregent" ist arg darin mitgenommen. Die Geschichte hat aber, in der Tiefe betrachtet, etwas sehr widerliches, und schreit störend in das Jammern der Flüchtlinge und in die menschenfreundliche Sprache die zu ihren Gunsten erhoben wird. Eben erst hat sich ein Comité zur Unterstützung gebildet dem jene politische Gratulationsepistel in die Quere kommt, und seinerseits hätte auch das Comité etwas förderliches gethan wenn es die Namen von Jung, Kyll und Schneider an der Spitze nicht demonstrirt hätte. Köln wetteifert sonst gern mit andern Städten wenn Unglück zu unterstützen ist, und es herrscht kein schwacher Sinn für die Amnestie im edelsten Sinne, für die Amnestie die, dem Schenken und Begnadigen fern, in der bestimmten Anerkennung beruht „daß die vergangene Zeit eine solche war in der die gewöhnlichen Begriffe des Verbrechens nicht ausreichen." Man sollte aber den Zweck im Auge behalten, Geld, viel Geld zu erhalten, und die Parteidemonstration, die man vorn abgewiesen hat, nicht im Hintergrund blicken lassen. Wir sind der Einseitigkeiten und Uebertreibungen herzlich müde. Am schwersten sündigt freilich darin die Presse der „Reaction." Jüngst forderte der hiesige Oberprocurator zur Mittheilung von Auskunft auf über eine Frau Majorin Schmitt aus Berlin die hier oder in Deutz auf ihrer Durchreise nach Rastatt verschwunden ist: die heilige Kreuz-Zeitung hat daraus ohne Bedenken „einen demokratischen Meuchelmord" gemacht, weil die Frau Schmitt im Eisenbahnwagen mit zwei Demokraten zusammengesessen haben soll, und weil ihr Mann Präsident des Kriegsgerichts in Rastatt ist.*) Allein just solchen Unsauberkeiten gegenüber könnten die Demokraten ehrlichen Vortheil wahren, und ein reines Verhalten würde mehr als irgendein anderes Mittel geeignet seyn ihrem Lager Kräfte zuzuführen die ihnen bis dahin nur „durch den in den mittlern und höhern Classen herrschenden Abscheu" entzogen blieben. Man würde in der angedeuteten Art gerade gegenwärtig zur rechten Zeit verfahren. Die Constitutionellen werden allem Anschein nach in der starken Vereinigung die sie zur Annahme der octroyirten Verfassung verband nicht mehr zusammenhalten; es war dabei zu einem guten Theil Coalition im Spiele, und die aufrichtigen Leute sind genöthigt sich von der Sorte zu scheiden die man hier zu Land lackirte Liberale nennt. Wenn auch nicht zu den Reichstagswahlen, so bietet sich doch bald Gelegenheit. Der Gemeinderath hat sich seit drei Jahren um mehr als die Hälfte der Mitglieder vermindert, und im December soll zum Ersatz gewählt werden. Noch hört man keine Candidaten nennen, allein gewiß wird man an Camphausen und Wittgenstein denken, die wohl gegen den März aus Berlin zurückkehren werden; gewiß auch an den Appellationsgerichtsrath Reichensperger, und gewiß auch an Mevissen, der früher in Dülken, jetzt hier in die Bürgerliste eingetragen ist und die Direction des Bankvereins von A. Schaaffhausen führt. Der Gemeinderath bedarf finanzieller Capacitäten, und vielleicht noch dringender solcher Männer die nicht zu rasch und nicht zu reichlich Credite votiren. Das Spital und der Hafen greifen, nebst den Ausgaben für die Beschäftigung des Proletariats und für die Cholera, tief in die Beutel der Bürger. Man ist allgemein erbittert über die enormen Posten des Budgets, und natürlich beklagt man sich dabei auch nicht wenig über die Einkommensteuer die nachderhand mehr als 2000 Reclamationen veranlaßt hat.

*) Nach den neuesten Angaben in der D. Reform und in der Magd. Ztg. soll es sich herausgestellt haben daß besagte Dame nicht ermordet, sondern in Begleitung eines jungen Mannes heimlich nach England gereist sey.

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 1 Dec. Das Ablösungsgesetz hat unser Landtag in zweiter Lesung heute zu Ende gebracht, und zu Entwerfung einer Zusammenstellung der Gründe für die am Entwurf vorgenommenen Abänderungen, womit das Ganze nun der Staatsregierung vorzulegen ist, einen Ausschuß erwählt. Zu Montag steht auf der Tagesordnung die Berathung über die Anträge der Staatsregierung wegen Anschlusses des Großherzogthums an das Berliner Bündniß. Der Ausschußbericht (2 Druckbogen) ist heute erschienen, die Siebenercommission schlägt einen dreifachen Weg ein. Drei Mitglieder (v. Finkh, Müller und Rüder) beantragen: „der allgemeine Landtag wolle seine Uebereinstimmung mit dem Beitritt des Großherzogthums zu dem Bündnisse vom 26 Mai d. J. unter den von der Staatsregierung am 6 Nov. d. J. bezeichneten Modalitäten, erklären." Drei andere (Kitz, Mölling und Wibel I) stellen den Antrag: „der Landtag beschließt, in Erwiederung auf den Antrag im Ministerialschreiben vom 6 Nov. zu erklären: der Beitritt des Großherzogthums zu dem Berliner Bündniß vom 26 Mai d. J. durch die Bestätigung des allgemeinen Landtags sey, namentlich auch im Hinblick auf das noch unentschiedene Verhältniß des Nachbarstaats Hannover zu dem Bündnißvertrage, nicht zu vollziehen und daher die von der Staatsregierung beantragte Zustimmung nicht zu ertheilen." Der Siebente endlich (Dannenberg) schließt sich an die Erklärung der Staatsregierung in der Sitzung vom 22 Nov., und stellt den Antrag: „der Landtag erklärt: unter Aussetzung seiner Beschlußfassung über die nach Art. 27 des Staatsgrundgesetzes zur Rechtsverbindlichkeit für das Großherzogthum erforderliche Bestätigung des von der hohen Staatsregierung unter dem 13 Jul. und 10 Sept. abgeschlossenen Beitrittsvertrags zum Berliner Bündniß, und in Beziehung auf das vorstehende Gutachten sich einverstanden: daß hohe Staatsregierung einstweilen in Bezug auf das Berliner Bündniß und die daran sich knüpfenden Verhältnisse und Vollziehungsmaßregeln in bisheriger Weise fortfahre und handle, mit dem Beifügen jedoch daß die Einberufung der eintretendenfalls zu Abgeordneten gewählten Personen, resp. die Beschickung des Reichstags, jedenfalls der vorgängigen Zustimmung des Landtags unterliegt." (Wes. Ztg.)

Oesterreich. dt. **Wien,** 3 Nov. Die norddeutschen Zeitungen die uns heute zugekommen, stellen die deutsche Krisis so dar als hätte sie den Stand erreicht wo der electrische Strom sich entladen müsse. „Das Schlachtroß steigt und die Trompeten schmettern!" Auch hier beginnt man schon lebhaft hin und wieder zu discutiren, ob Krieg, ob Frieden und — wenn sich zwei finden welche das erstere für möglich halten — unter welchen politischen Combinationen, mit welchen möglichen Erfolgen der Feldzug beginnen würde. Wirklich, Sie werden staunen und schmerzlich staunen, aber wir sind bereits so weit. Hülfloser als je ist unsere deutsche Sache, denn bei einem Zwiespalt zwischen den deutschen Großmächten wären wir natürlich wieder in den Händen des Auslandes, welches den „unparteiischen und uneigennützigen" Vermittler zu spielen bereit wäre. Im österreichischen Heer herrscht große Kriegslust, wie sollte es anders seyn? Ein siegreiches Heer haßt den Frieden, und Oesterreich kann über geschickte und erprobte Generale verfügen, was schon ein halber Sieg zu nennen ist. So etwa urtheilt das Publicum. Die Regierung indessen

bemüht sich das letzte Gefährliche zu vermeiden. Oesterreich hat Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage gemacht, welche den befriedigen müssen welcher großdeutsch im Princip ist und nicht wegen einiger Verfassungsparagraphen den Ausbau des gesammten Deutschlands hingeben will. Eine parlamentarische Vertretung, die jedoch aus den ständischen Körpern hervorgehen soll, wurde vom Wiener Cabinet angeboten, und wenn Preußen bis jetzt nicht darauf eingegangen, so kann man sich dieß nur dadurch erklären daß Oesterreich die gesetzgebende Thätigkeit des austrodeutschen Parlamentes auf engere Gränzen beschränkt hätte, als Preußen lieb wäre wenn es — mit Ausschluß Oesterreichs — an der Spitze Deutschlands stände. Dr. Fischhoff ist heute ab instantia losgesprochen und auf freien Fuß gesetzt worden. Dr. Trojan hingegen, einer der tschechischen Koryphäen, soll wegen gemeinen Betrugs in Untersuchung gefallen seyn. Das Abendblatt der **Presse** berichtet, er sey seines Amtes als Vertrauensmann bei der Grundentlastungscommission enthoben.

Die von der Allg. Ztg. bereits in allen wesentlichen Zügen mitgetheilte **Depesche des Wiener Cabinets** an Frhr. v. Prokesch in Berlin, dd. **Wien**, 12 Nov. 1849, lautet vollständig: „Die königlich preußische Regierung hat das von ihr behauptete Recht mit mehreren der Mitglieder des deutschen Bundes in ein besonderes Bündniß zu treten ausdrücklich aus den Bestimmungen des Art. XI der deutschen Bundesacte abgeleitet, und bei jeder sich darbietenden Veranlassung die bestimmtesten Zusicherungen gegeben daß sie nie aufhören werde die Verträge, auf welchen der im Jahr 1815 gegründete deutsche Bund beruht, heilig zu halten, und denjenigen Staaten gegenüber welche dem von Preußen beabsichtigten Sonderbündnisse nicht beizutreten gesonnen wären, alle aus den erwähnten Verträgen zustehenden Rechte und Pflichten vorzubehalten. Die uns durch diese feierlichen Erklärungen gegebenen Bürgschaften bildeten die Grundlage unserer seit dem Beginn des Monats Mai mit dem preußischen Cabinet gepflogenen Unterhandlungen, und diesen Bürgschaften vertrauend sahen wir der Erfüllung der Zusage entgegen, vermöge welcher der Vertrag vom 26 Mai in seiner Ausführung mit dem nach Preußens wiederholt ausgesprochener Ueberzeugung in voller Kraft bestehenden Bundesrechte in Einklang gebracht werden sollte. Wir haben keinen Augenblick das überaus Schwierige dieser Aufgabe verkannt. Da uns jedoch deren Lösung so bestimmt verheißen war, mußten unsere Bedenken der uns eingeflößten Zuversicht weichen. Zu unserm nicht geringen Befremden brachte uns nun der Staatsanzeiger vom 22 v. M. höchst merkwürdige und überraschende Aufschlüsse über die Ansichten welche die königliche Regierung dermalen in dieser wichtigen Frage genommen zu haben scheint. Diese Ansichten finden ihren Ausdruck in einer von dem Staatsminister v. Bodelschwingh am 17 v. M. in einer Sitzung des Verwaltungsraths abgegebenen Erklärung. Die Grundsätze welche dieselbe aufstellt und entwickelt, stehen in offenem Widerspruch mit jenen die das preußische Cabinet bisher verkündet hat, und sind in ihren Folgerungen so wichtig daß wir uns dagegen auf das entschiedenste verwahren müssen. Zu diesem Ende wollen wir es versuchen den Kern dieser umfangreichen und ungemein künstlichen Rechtsausführung in Kürze zusammenzufassen, um dessen Gehalt desto schärfer prüfen zu können. Hr. v. Bodelschwingh stellt die Behauptung auf daß die Bundesverfassung nicht mehr zu Recht bestehe, indem mit der Bundesversammlung nicht nur eine Form, sondern die wesentlichste organische Einrichtung des Bundes untergegangen sey, ohne daß irgendein Bundesglied ein Recht auf deren Wiederherstellung habe. Hieraus leitet er den Schluß ab daß der zu errichtende Bundesstaat nicht in den Fall kommen könne mit der nicht mehr gültigen Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen, während die aus dem Bundesvertrag vom Jahr 1815 entsprungenen Rechte und Pflichten, insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, durch die Verfassung des neuen Bundesstaats in keinerlei Weise verletzt werden, indem die Wahrung dieser Rechte und Pflichten zugesagt worden. Um einer vorhergesehenen Einwendung im voraus zu begegnen, spricht v. Bodelschwingh die von ihm aus dem Art. VII der Wiener Schlußacte geschöpfte Ueberzeugung aus: daß es für den Willen und das Handeln des Bundes wie für die Anwendung des Bundesrechts kein anderes Organ als die Bundesversammlung geben solle und dürfe, und die am 12 Jul. v. J. ins Leben getretene provisorische Centralgewalt nicht als deren Nachfolgerin betrachtet werden könne, da mit der gleichzeitig erfolgten Auflösung der Bundesversammlung auch die Organisation des Bundes aufgelöst worden sey, wonach die Centralgewalt nur als eine aus dem augenblicklichen Bedürfnisse der Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten hervorgegangene, einstweilen anerkannte Behörde anzusehen ist, welcher jede weitere Geltung abzusprechen wäre, wenn sie auch nicht schon ihrer monarchischen Form wegen ungeeignet gewesen seyn würde, den Ausdruck des Bundes als eines Vereins selbständiger und gleichberechtigter Staaten abzugeben, und wenn sie nicht ohnehin, durch die Auflösung der deutschen Nationalversammlung der Grundlage ihres Daseyns beraubt, rechtlich fortzubestehen hätte aufhören müssen. Nach Hrn. v. Bodelschwingh's Ansicht hat nicht das seines Organs entbehrende, daher mit ihm untergegangene Bundesrecht, sondern lediglich die Nachwirkung dieses Rechts und das Bewußtseyn des Zusammengehörens die Staaten noch in einer Gemeinschaft erhalten, und Deutschland vor dem Zustand der völligen Verfassungslosigkeit und Zersplitterung bewahrt. Die von dem Vorsitzenden des Verwaltungsraths aufgestellten Behauptungen lassen sich auf folgende Sätze zurückführen: 1) die Bundesverfassung ist gemeinschaftlich mit ihrem wesentlichsten Organe, der Bundesversammlung, untergegangen, somit der Bund selbst als aufgelöst zu betrachten; 2) der von Preußen zu gründende Bundesstaat kann daher mit der erloschenen Bundesverfassung nicht mehr in Widerspruch treten; 3) die Rechte und Pflichten welche auf der Bundesacte beruhen, sind von der Bundesverfassung zu unterscheiden; 4) diese Rechte und Pflichten, insoweit sie überhaupt noch einen Gegenstand haben, bestehen fort und werden von der Verfassung des zu errichtenden Bundesstaats nicht verletzt. Als die noch bestehenden Rechte werden jene auf gegenseitige Hülfeleistung, auf die Garantie der Integrität der einzelnen Staaten und auf deren verhältnißmäßigen Antheil am Bundeseigenthum aufgezählt. Um diese Sätze zu beleuchten wird es vor allem erforderlich seyn den Begriff der Bundesverfassung festzustellen. Auch wir sind der Ansicht daß eine Verfassung nicht aus den einzelnen Regeln und Vorschriften bestehe welche in der Verfassungsurkunde zusammengestellt sind, und daß daher die deutsche Bundesverfassung nicht bloß die Summe der Bestimmungen und Artikel der Bundesacte und der Wiener Schlußacte sey. Dagegen aber können wir unmöglich dem ausgesprochenen Grundsatze beipflichten daß die Wesenheit der Bundesverfassung nur in einem concreten Organismus und in einer unwandelbar bestimmten Gliederung der zur Zeit ihrer Feststellung vorhandenen Verhältnisse und Einrichtungen bestehe, und daß daher durch eine aus freier Zustimmung aller Betheiligten hervorgegangene Abänderung in dem bisherigen Organismus der gemeinschaftlichen Leitung der Bundesangelegenheiten die Aufhebung der gesammten Bundesverfassung, somit die Auflösung des Bundes selbst, nothwendig herbeigeführt werden müsse. Noch weniger vermögen wir zu begreifen, wie nach dem behaupteten Untergang der Bundesverfassung, außer den Ansprüchen auf das Bundeseigenthum, noch andere Rechte und Pflichten, deren Bestimmung jedenfalls nur eine willkürliche seyn würde, fortbestehen können, und wir müssen selbst dann wenn ein solcher Widerspruch zu lösen wäre, dem Verwaltungsrath jede Befugniß absprechen über die Beschaffenheit und den Umfang solcher Rechte ein Urtheil zu fällen. Für uns ist die Bundesverfassung ein bindender, somit nur durch Zustimmung aller Betheiligten zu lösender Vertrag, durch welchen ein beständiger völkerrechtlicher Verein gegründet werden wollte. Dieser Vertrag und somit die aus ihm hervorgegangene Bundesverfassung zerfallen in drei Theile, deren erster den Zweck und die Bestimmung des Bundes ausspricht. Der zweite setzt die Rechte fest welche durch den Eintritt in den Bund erworben werden, und bezeichnet die diesen Rechten entsprechenden, sowie die durch den Bundeszweck auferlegten Pflichten gegen die Gesammtheit und gegen jedes einzelne Bundesglied. Der dritte endlich verordnet die organischen Einrichtungen zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten. Unserer Ueberzeugung nach liegt daher die Wesenheit der Bundesverfassung in dem durch sie ausgesprochenen Bundeszwecke und in den aus ihr abgeleiteten Rechten und Verpflichtungen. Alles übrige ist unwesentlich, von untergeordnetem Belange, und kann eine Abänderung erfahren. Daß dem so sey und derlei Abänderungen bereits bei Gründung des Bundes vorhergesehen worden sind, beweisen die in der Bundesacte und in der Wiener Schlußacte getroffenen Anordnungen, welche die Bedingungen festsetzen unter denen die organischen Einrichtungen modificirt werden können. Auch müssen wir in Abrede stellen daß es unmöglich seyn sollte die Bundesversammlung durch ein anderes Organ zu ersetzen, welches geeignet wäre den Bund als einen Verein unabhängiger und selbständiger Staaten in seiner Gesammtheit vorzustellen. Wir müssen in Abrede stellen daß nicht jedem der Bundesglieder das Recht zustehe die Bildung eines neuen verfassungsmäßigen Organs der Gesammtheit zu fordern. Wir müssen endlich in Abrede stellen daß bis zur Einsetzung eines solchen Organs nicht einem jeden der Bundesglieder das Recht zukomme seine verfassungsmäßigen Ansprüche, insoweit dieß unter solchen Verhältnissen möglich ist, selbst geltend zu machen und dieselben durch den Ausdruck seines bundesgesetzlich begründeten Willens zu vertreten.

(Beschluß folgt.)

△ **Wien**, 4 Dec. Die Stimmung Wiens manifestirt sich neuerdings in den absurdesten Gerüchten, die theils über die Festigkeit des gegenwärtigen Cabinets, theils über unsere Geldverhältnisse in Umlauf gesetzt werden. Das Nichterscheinen des Bankausweises (wegen der Nothwendigkeit der Hinzufügung gewisser Details über das Verhältniß der Regierung zur Bank), wird ebenso wie das Nichterscheinen des halbjährigen financiellen Gebahrens mannichfach mißdeutet und zur Erweckung des Mißtrauens benützt. Das Silber- und Goldagio steigt dadurch, und der große Haufen betrachtet, trotz aller Erfahrungen, die Börse als untrüglichen Barometer. — Der „Wanderer" meldet aus Konstantinopel: Rußland verlange daß Bem und alle zum Islam übergetretenen Insurgenten in beständigem Gewahrsam gehalten werden sollten.

§ **Wien**, 4 Dec. Heute fand eine wichtige Banksitzung statt. Nebst der bevorstehenden Regulirung der österreichischen Nationalbank, bildeten die Modalitäten der vom Staat an die Bank zu leistenden ferneren Abzahlungen den Gegenstand der Berathung. Sicherem Vernehmen nach wird die Bank in Betreff der letzteren vom Finanzminister auch einen

Theil jener Wechsel und Anweisungen erhalten welche der Staat von Seite Piemonts aus der Bezahlung der letzten Kriegsentschädigung bekömmt. Auf unsere Valutaverhältnisse dürfte dieß jedenfalls günstig einwirken. — Die gestern mitgetheilte Nachricht von der Entlassung des Dr. Fischhof aus dem Verhaft muß dahin vervollständigt werden daß das unterrichterliche Urtheil, wornach derselbe ab instantia freigesprochen worden, von dem obersten Gerichtshofe bestätigt wurde. — Zur Gedächtnißfeier des Jahrestages an welchem der Kaiser Franz Joseph die Krone Oesterreichs übernahm (2 Dec.), hat Se. Majestät über Antrag des Ministerrathes einen Verdienstorden unter dem Namen: „Franz-Josephs-Orden" gestiftet mit der Ordens-Devise: „viribus unitis." Die Aufnahme in den Orden (dessen Statuten in der heutigen Wiener Zeitung veröffentlicht sind) gewährt jedes ausgezeichnete Verdienst um den Staat, sowohl im Kriege als im Frieden, ohne Rücksicht auf Stand, Geburt oder Religion.

Nach dem ministeriellen „Oesterr. Correspondenten" wären die officiellen Nachweise der Finanzgebahrung deßwegen hinausgeschoben worden weil die Finanzverwaltung die Belege auch auf Ungarn und die Lombardei ausdehnen wolle, wozu längere Zeit erforderlich sey.

Oesterr. Corresp. vom 4 Dec.: Se. Maj. der Kaiser ist von dem nach Holitsch unternommenen Ausflug bereits zurückgekehrt. In dem morgen erscheinenden neuen Reichsgesetz- und Regierungsblatt finden sich die kais. Patente aufgenommen bezüglich der Organisation der Woiwodina und der Stiftung des Franz-Josephordens, welch letzteres die Wiener Zeitung in ihrem heutigen amtlichen Theile enthält. Professor Phillips ist als Lehrer des Kirchenrechts von Würzburg an die Hochschule zu Innsbruck berufen worden. Es wurden hier gestern zwei neue Lehrkanzeln eröffnet: Professor Sembera beginnt seine Vorlesungen über böhmische Sprache und Litteratur an der Universität; Professor Kuzmany seine theologischen Vorträge an der evangelischen Lehranstalt. Wegen der großen Zahl slavischer Besucher dieses Instituts wird Professor Kuzmany seine Vorlesungen auch in böhmischer Sprache halten. — Dem Vernehmen nach ist eine neue Depesche, die deutsche Frage betreffend, in den letzten Tagen des verflossenen Monats dem k. k. Repräsentanten zu Berlin übermittelt worden.

* **Salzburg**, 3 Dec. Seit einigen Tagen ist unser Telegraphenbüreau in Correspondenzthätigkeit mit Linz und Wien. Wir bedauern daß wir bis jetzt keine auf diesem neuen Wege angelangte bemerkenswerthe Neuigkeit als „erste telegraphische Depesche aus Salzburg" mittheilen können. Die Correspondenzen welche bisher ankamen, betrafen amtliche Mittheilungen von militärischen oder politischen Zwecken, die bei dem Amtsverschwiegenheitseide der telegraphischen Beamten natürlich nur zur Kenntniß der Civil- und Militärvorstände gelangen, oder auf Communicationen der Telegraphenstationen unter sich Beziehung haben. So wie wir vernehmen wird auch die Eröffnung der telegraphischen Correspondenz für Privatpersonen, wozu hier bereits Vorrichtung getroffen ist, in wenigen Wochen stattfinden. Drei telegraphische Beamte (Telegraphisten) versehen hier den Tag- und Nachtdienst. Es sind tüchtige Männer, denen man es unschwer abmerkt daß sie nicht an der Oberfläche stehen geblieben, sondern ihr Fach vom wissenschaftlichen Standpunkte erfaßt haben, was um so erfreulicher ist als die Telegraphie und ihre wissenschaftliche Behandlung noch im Fortschreiten begriffen ist, und der Wissenschaft noch so manches zur Vervollkommnung übrig läßt. Seit einigen Tagen befindet sich auch Hr. Amédée Demarteau hier, dem die Inspicirung der telegraphischen Süd- und Westlinie obliegt, einer der tüchtigsten Ingenieure unseres Kaiserstaates; wovon er neben seinen vieljährigen praktischen Leistungen die ehrenhaftesten Proben in der von ihm redigirten „Zeitschrift des österreichischen Ingenieur-Vereines" (Wien in Commission der Seidel'schen Buchhandlung) abgelegt hat. Demarteau bereiste unlängst eine weite Strecke an der bayerischen Telegraphenlinie. Er rühmte uns bei seiner Zurückkunft die Rührigkeit mit welcher die bayerische Regierung sich die Herstellung der Linie von München an unsere Gränze angelegen seyn lasse. Mit dem 1 Jan. werden wir, so sagt Demarteau, unseren bayerischen Brüdern in München ein herzliches „Glück auf zum Neuen Jahre!" im Wege des elektrischen Gedankenfluges zurufen können. Der Sectionschef der österreichischen Telegraphen-Central-Leitung Hr. Professor Steinheil, der Schöpfer der elektromagnetischen Leitung, widmete seine Aufmerksamkeit unserer telegraphischen Anstalt. Er kam von Wien und fuhr heute Nachmittags nach München ab, um dort Familienangelegenheiten zu ordnen und nach drei Wochen seinen bleibenden Aufenthalt in Wien zu nehmen, um der wissenschaftlichen Forschung und seinem wichtigen Berufe als Sectionschef zu leben. Unsere Minister schreiten in der Organisirung der Behörden rasch vorwärts. Während die Gerichts- und politischen Einführungs-Commissionen die Organisirung der Justiz- und politischen Behörden in nahe Aussicht stellen, während die Commission für Entlastung des Grundes und Bodens ihre volle Thätigkeit bei uns entwickelt, bringt uns das Finanzministerium eine neue Reform, nämlich die Organisirung der Steuerämter im Kronlande Salzburg. Jeder Gerichtsbezirk erster Instanz wird im Sitze des Gerichtes ein Steueramt erhalten, welches vorderhand als einhebender und verrechnender Körper die Geschäfte aus der directen Besteuerung zu besorgen hat. Wenn nicht ohnehin eigene Grundbuchs- und Depositenämter errichtet werden, liegt den Steuerämtern auch die Führung der Grundbücher und die Besorgung des Depositenwesens ob. Die Gehalte der Steuereinnehmer sind in drei Classen von 700 bis 900 fl. C. M. bemessen. Die Wirksamkeit der Steuerämter wird schon im Laufe des künftigen Monats beginnen. Die Justiz- und politischen Beamten begrüßen diese Anordnung um so freudiger als sie hiedurch von einer lästigen Haftung entbunden werden. Auch hier schneewettert es; die anhaltenden Schneefälle verspäten bei uns die Ankunft der Posten wie überall. So haben wir heute die Wiener Post, welche um 6 Uhr Morgens hier eintreffen soll, erst spät Abends, die Münchener Post von gestern Nachmittags 3 Uhr erst heute um 10½ Uhr Vormittags erhalten. Haben wir nur erst die Telegraphenlinie, da mag der Schnee fallen bis zur Haushöhe — über die Schneemassen hin reichen die elektro-magnetischen Leitungsdräthe in die Ferne.

Innsbruck, 2 Dec. Am 30 Nov. als am Andreastage wurde in der hiesigen Hofkirche der gewöhnliche Trauergottesdienst für Andreas Hofer und die im Jahr 1809 gefallenen Landesvertheidiger abgehalten, dem außer Repräsentanten der Landesschützencompagnien von Hötting, Wilten und Pradl, dann der hiesigen Nationalgarde, auch die hier anwesende hohe Generalität nebst vielen Officieren und einem zahlreichen andächtigen Publicum aller Stände beiwohnten. Aus Unterinnthal wird uns gemeldet daß der älteste der Enkel Hofers, der k. k. Salinenbeamte Karl Edle v. Hofer in Gmunden, sich dortselbst am 23 Oct. d. J. mit einer jungen schönen Engländerin Miß Krager Helprun, der Abkömmlingin einer alten schottischen Adelsfamilie, nachdem dieselbe vorher zum katholischen Glauben übergetreten war, vermählt habe. (Innsbr. Z.)

Großbritannien.

Die Admiralität hat eine Commission der Polargegenden kundiger See-Officiere gebildet, bestehend aus den Capitäns Sir W. E. Parry, Sir J. Back und F. W. Beechey, nebst dem Admiralitäts-Hydrographen Contre-Admiral Sir F. Beaufort, um darüber zu berichten was zur Aufsuchung Sir John Franklins weiter geschehen soll. Denn wiewohl die Admiralität die Ansichten der Presse theilt, daß keine Entdeckungsreisen in jener Richtung mehr unternommen werden sollen, so betrachtet sie doch die Nachforschungen nach jenem Seemann und seinen braven Gefährten als eine Pflicht, und will nicht rasten bis man über ihr Leben oder ihren Tod Gewißheit erlangt. Das Schiff „Herald", mit welchem Capitän Kellett die letzten Nachforschungen im Polarmeer unterstützt, hat eine große Sammlung Merkwürdigkeiten aus jenen Regionen mitgebracht, namentlich Mammuthsknochen, von denen der im Catsa-Sund gefundene größte 11 Fuß lang ist und 270 Pfund wiegt.

Wie die Times bemerkt, finden die vielen Duelle französischer Kammermitglieder, die in letzter Zeit vorgekommen, ihres gleichen nur in der Geschichte des irischen Parlaments vor der (1800 erfolgten) legislativen Einigung mit England, welcher O'Connell und seine Nachfolger alles Unglück ihres Vaterlandes zuschreiben. Zu Nutz und Frommen sowie zur Aufmunterung der Franzosen führt die Times aus jener Zeit Irlands folgende Beispiele an: „Lord Norbury war ein so ausgezeichneter Feuerteufel, daß er selbst von sich zu sagen pflegte: er habe sich sein Avancement „erschossen." Fitzgibbon, der Generalstaatsprocurator, und Curran, der Archivdirector, schossen sich mit langen Reiterpistolen; der Oberrichter Scott duellirte sich mit Lord Tyrawley und Lord Llandaff; der Oberarchivar hinwieder mit dem Generalsecretär für Irland; der Schatzkanzler mit dem Leiter der Opposition; der erste Beisaß des Schatzkammergerichts mit seinem eigenen Schwager und zwei andern Parlamentsgliedern; der Oberrichter der Common Pleas schlug sich gegen drei Land-Gentlemen mit krummen Säbeln und verwundete sie alle drei ꝛc. Endlich der Geheimerath und sehr gebildete Staatsmann Ogle forderte den großen Branntweinbrenner Barney Coyle ohne sonstigen Grund als weil dieser katholisch war. Sie schossen viermal auf einander ohne zu treffen; endlich aber strauchelte einer der Kämpfer über einen Kartoffelgraben und brach den Arm, worauf die Zeugen die Ehre für satisfacirt erklärten. Auch erschien damals eine eigene gedruckte Duellanweisung für irländische Gentlemen. Wir empfehlen diese Antecedentien unsern Pariser Freunden, müssen ihnen jedoch zu bedenken geben daß diese Methode die Staatsgeschäfte zu behandeln zwar recht ritterlich und tapfer ist, aber doch nicht ganz geeignet zur Wiederherstellung dessen was ihrem Vaterlande so sehr noth thut." Hrn. Pierre Bonaparte insbesondere bedeutet die Times: er

würde besser daran gethan haben in Afrika nach dem Gesetz zu fechten, als in Frankreich gegen das Gesetz.

: Ein Londoner Blatt vom 3 Dec., welches wir eben noch erhalten, meldet den am 2 Dec. (Sonntag) kurz vor 2 Uhr in der Nacht erfolgten Tod der Königin Adelheid, Wittwe Wilhelms IV von England. Sie war bekanntlich eine Prinzessin von Sachsen-Meiningen, geboren am 13 Aug. 1792, erreichte also ein Alter von 57¼ Jahren. Mit Wilhelm IV, damaligem Herzog v. Clarence, wurde sie am 13 Jul. 1818 vermählt; zwei Töchter, die sie demselben gebar, starben die eine am Tage der Geburt, die andere nach wenigen Monaten. Die hohe Dame war sehr wohlthätig, indem sie von ihren 100,000 Pf. St. Apanage, die nun dem Staat heimfallen, mehr als 20,000 Pf. den Armen oder sonst frommen Zwecken zuwandte. Sie ist an der Wassersucht gestorben. — Aus Nordirland gehen fortwährend Berichte über drohende Bewegungen der Orangisten ein. — Eine Post vom Cap d. d. 12 Oct. läßt eine förmliche Empörung dieser Colonie fürchten. — Eine New-Yorker Dampfpost vom 21 Nov. meldet den Untergang eines New-Orleanser Dampfboots mit dem Verlust von 200 Menschen.

Frankreich.

Paris, 3 Dec.

In der letzten Novemberwoche waren mehrere Gegenden Frankreichs von Ueberschwemmungen heimgesucht. Nach starkem Schneefall hatte sich Regenwetter eingestellt und Rhone, Loire, Cher und andere Flüsse waren verheerend über ihre Ufer getreten.

Der Patriarch von Jerusalem, Valerga, ist in Paris angekommen, um den Beistand der Regierung zur Aufrechthaltung der Rechte der lateinischen Christen in der Türkei auf Grund der zwischen Frankreich und der Pforte bestehenden Capitulationen anzurufen. Der Primas der Armenier von Konstantinopel begleitet ihn.

Der bei Algier verstorbene Baron Volland war Napoleon Ordonnateur en chef in Spanien bis 1814, Oberintendant der Expedition von Morea im Jahr 1828, und in derselben Eigenschaft 1830 und 1831 bei dem Heer von Nordafrika. Das Vertrauen das er unter der Restauration genoß war so groß daß, als bei der Interventionsarmee in Spanien in der Verwaltung Unordnungen eingerissen waren, er als Commissär hingeschickt wurde um sie abzustellen. Nach seiner Rückkehr aus Afrika war ihm die Intendanz des Invalidenhotels übertragen worden, die er bis 1839 behielt, wo er in den Pensionsstand trat.

Am 23 Nov. ist das Schloß von Luneville, die alte Residenz des Königs Stanislaus, abgebrannt. Das Feuer war in einem Zimmer des Adjutanten des Generals Reyau ausgegangen, und alle Anstrengungen der militärischen Löschmannschaft vermochten nichts gegen das zerstörende Element. Mehrere Soldaten sollen vermißt seyn und liegen also wohl unter den Trümmern begraben, sechs oder acht wurden, zum Theil schwer beschädigt, ins Lazareth gebracht, mehrere wurden nur mit Mühe gerettet. Einige befanden sich in einem Zimmer als plötzlich ein Kamin einstürzte; sie konnten die Fenster nicht mehr aufbringen und wußten sich nicht anders zu helfen als daß jeder, um nicht vom Rauch erstickt zu werden, eine Scheibe einstieß um nach Luft zu schnappen, wo es schauerlich anzusehen war wie die geschwärzten Gestalten die Köpfe herausstreckten. Der Schaden wird zu 600,000 Fr. geschätzt.

Aus Amiens wird der Tod eines ehemaligen Conventsmitglieds und Regiciden, des Ehrenraths am dortigen Appellhof, Hrn. Bezard, gemeldet. Er hat ein Alter von 89 Jahren erreicht.

Die Nationalversammlung hat endlich heute dem Naturalisationsgesetz ihre letzte Zustimmung ertheilt mit dem Beisatz: daß dasselbe den vor seiner Promulgation durch den Titel französischer Bürger erworbenen Wahl- und Wählbarkeitsrechten keinen Abbruch thun dürfe. Die weiteren Verhandlungen der Sitzung betrafen geschäftliches oder Gegenstände von örtlichem Interesse. Zu der persönlichen Regierung kommt nun auch die persönliche Gesetzgebung. Hr. L. Bonaparte scheint sich in letzterer Beziehung einen starken Beruf zuzutrauen: der Constitutionnel kündigt an der Präsident habe so eben zwei von ihm selbst ausgearbeitete Gesetzentwürfe, über die Reserve des Heers und die öffentliche Unterstützung, vor den Ministerrath gebracht. Bekanntlich ist Hr. L. Bonaparte noch als Verurtheilter, vor seiner Rehabilitation, in die Nationalversammlung gewählt worden — auf dieses Beispiel fußen die Contumazialverurtheilten vom 13 Jun., Ledru-Rollin und Genossen, indem sie in den bevorstehenden Nachwahlen als Candidaten auftreten um ein neues Volksmandat dem Urtheilsspruch des Staatsgerichtshofs entgegenzusetzen.

Der Toulonnais vom 29 Nov. schreibt: „Der Dampfer Prony hat mit Briefschaften für den Botschafter der Republik in Konstantinopel, General Aupick, unsere Rhede verlassen. Aus Odessa, 3 Nov., wird gemeldet daß eine russische Schiffsdivision, fünf Linienschiffe von 100 Kanonen stark, in diesem Hafen angelangt ist, wo sie Truppen nach Sebastopol einschifft. Es herrscht eine große Thätigkeit in den russischen Häfen. Es scheint daß der Czar furchtbare Rüstungen macht."

Aus **Algier** 29 Nov. wird folgende telegraphische Depesche des Generalstatthalters veröffentlicht: „Oberst Daumas übermacht ein aus Bussada 22 Nov. datirtes Schreiben des Generals Herbillon, welcher Nachricht gibt daß er am 16 mit Tagesanbruch die bei Urlal gegen den Wed-dschedi, fünf Lieues südlich von Zaatscha lagernden Nomaden überfallen, ihnen 200 Mann getödtet, 3000 Kamele und 15,000 Schafe abgenommen hat, daß unsern Gums eine unermeßliche Beute in die Hände gefallen und alle Zelte und die nicht fortschaffbaren Gegenstände verbrannt worden sind. Die Häuptlinge mehrerer Stammesabtheilungen haben sich am Morgen dieses Tags dem General Herbillon überliefert. Diese Begebenheit ist entscheidend, sie hat auf der ganzen Straße, welche die Eilboten berührt haben, eine bedeutende Wirkung hervorgebracht und muß den Fall von Zaatscha beschleunigen."

× **Paris,** 2 Dec. Was geht im Elysée vor? Ist Bonaparte seiner neuen Minister schon überdrüssig? Der arme Fould, der so glücklich ist mit seinem rothen Portefeuille, soll er wirklich schon, ganz sachte vor die Thüre geschoben worden? Auf der Börse wo gestern von dieser neuen Flügelwendung des „Chef de l'Etat" die Rede war, sagte ein alter Fuchs: „Es ginge wohl, aber es geht nicht: wenn wir Freund Fould fortschicken, wer deckt uns für die Vergangenheit, wer schiebt uns in die Zukunft? Wir haben erst ein einziges Monatende hinter uns!" Und was bedeutet denn die neue Partei des Palais des Beaux Arts? Diese Leute scheinen die ungearteten und vielleicht unwillkommenen Vertheidiger des Präsidenten spielen zu wollen; sie geben nicht Acht daß die Politik ihres Schutzherrn, der zugleich ihr Schützling ist, nicht immer die ihrige seyn möchte; sieht es doch aus als ob sie nicht immer mit sich selbst einig sey! So in der wichtigen Frage über die Veränderung des in der Verfassung selbst vorgeschriebenen Wahlverfahrens, die vor zwei Tagen verhandelt wurde. Während einer der Bonapartisten, vom Palais des Beaux Arts, den Antrag der Commission — eine unzweideutige Verfassungsverletzung — angriff, nickte der Minister des Innern, Ferdinand Barrot, der Commission unaufhörlich Beifall zu. Wen betrügt man hier? Gesprochen hat der Minister nicht; es ziemt sich nicht für einen Minister der That zu so eitler Form sich herabzulassen! Also eine Musterung der Nationalgarde auf den 10 Dec. Welch einen Enthusiasmus wird das geben!

) **Paris, 2 Dec. Man verbreitet seit einigen Tagen ganz fabelhafte Gerüchte über Entsagungen der Dynastie Orleans. Ich kann Sie versichern daß die von der „Britannia" zuerst gegebene Nachricht, als habe Ludwig Philipp „und seine Familie" alle Ansprüche auf den Thron Frankreichs aufgegeben, ganz ungegründet ist. Wohl finden Unterhandlungen zwischen den beiden Zweigen der Bourbonen statt, und in dieser Hinsicht zeigt sich der Exkönig überaus nachgiebig, allein von einer Verzichtleistung auf das „legitime" Anrecht ist keine Rede. Thiers und Berryer könnten in Bezug auf derartige Behauptungen officielle Widerlegungen den Blättern zukommen lassen. Die Juliusdynastie hofft mehr als je auf eine ihrer Würde und ihren Anforderungen entsprechende Rückkehr in ihr Vaterland.

Straßburg, 3 Dec. In allen Verwaltungszweigen des Kriegsministeriums werden beträchtliche Ersparungen eingeführt. Die Beurlaubungen, welche in dem letzten Monat nur sparsam bewilligt wurden, sollen nun eine größere Ausdehnung erhalten. Es ist neuerdings die Rede davon die Alpenarmee aufzulösen. Die Ausführung dieses Plans steht jedenfalls mit der in Aussicht stehenden theilweisen Aufhebung des Belagerungszustands in einem Theil des südlichen Frankreichs in Verbindung. Die Pariser Mallepost, welche vorgestern zum erstenmal mittelst der Eisenbahn bis Chalons befördert wurde, kam heute trotz des sehr schlechten Wetters und der beispiellos starken Schneefälle um 7½ Stunden früher an als in den letzten Tagen. Sie war so frühe hier daß die nach Deutschland beförderten Correspondenzen schon mit dem ersten Morgenzug von Kehl aus weiter verschickt werden konnten. *) — Hr. W.

*) In Augsburg traf diese Post nicht früher ein als gewöhnlich. Wie es scheint ist wegen des so wünschenswerthen Anschlusses der badischen und Paris'schen Posten noch nichts geschehen. Sonst, als von der jetzigen Hälfte der Straßburg-Pariser Bahn noch keine Schiene gelegt war und Württemberg noch keine Wegstunde Eisenbahn hatte, traf die Pariser Post Nachmittags 2 oder 3 Uhr hier ein. Jetzt erhalten wir sie in der Regel Abends 5, 6 oder 7 Uhr. Der Abgang in Stuttgart wurde auf eine spätere Stunde verschoben, und die Eisenbahn bleibt bekanntlich für das was der Eile am meisten bedarf, für Briefe und Blätter, unbenützt. Wenn man in spätern Zeiten in der Presse diese gerechten Klagen ein, zwei Jahre lang fruchtlos ausgesprochen sieht, wird man sich verwundert fragen: war das möglich! R. d. Allg. Ztg.

Schneegans, einer unserer würdigsten Bürger, weiland Mitglied des Stadt- und des Departementalraths sowie der Directorialcommission des Augsburger Glaubensbekenntnisses, starb dahier vor einigen Tagen.

Italien.

⁓ **Rom,** 27 Nov. Nach einer Proclamation an die Einwohner Roms, in welcher von der Liebe des römischen Volks für den heiligen Vater und von der Dankbarkeit welche dasselbe dem französischen Heere bezeugt, besonders gesprochen wird, reiste General Rostolan am 21 mit Hrn. v. Corcelles, dem bisherigen bevollmächtigten Minister der französischen Republik, nach Portici um von Sr. Heiligkeit Abschied zu nehmen und von da nach Frankreich zurückzukehren. Einige behaupten diese Herren seyen beauftragt nicht allein dem Papst eine Art von französischem Ultimatum vorzulegen, sondern zugleich von ihm eine bestimmte Antwort ehrerbietigst zu erholen: wann und unter welchen Umständen oder Bedingungen er sich entschließen würde wieder nach Rom zurückzukehren? Die Antwort sollen sie dann nach Paris überbringen. Es ist wohl zu vermuthen daß die beiden Herren in diesem Fall eine gute Zeit in Neapel sich aufhalten dürften, oder mit einer Antwort sich werden behelfen müssen die an Klarheit den delphischen Orakelsprüchen ziemlich ähnlich seyn wird. Alles wartet in Rom auf eine Proclamation des Generals Baraguay d'Hilliers, worüber denn jeder seine Glossen zu machen hofft. Der General aber ist schriftlich und mündlich sehr lakonisch, und hat bis jetzt wenig oder gar nichts von seinen Absichten merken lassen. Bei seinem Besuch der drei Cardinäle der Regierungscommission soll er zwar die Eminenzen seiner Hochachtung für Religion und Papst versichert, dabei aber hinzugefügt haben: er bedaure über gewisse Grundfragen nicht im Stande zu seyn sich nachgiebig zu zeigen; eine Aeußerung welche die Eminenzen sehr entrüstet haben soll. Am Sonnabend ließ er die Geistlichen der Kirche San Luigi de' Francesi, welche sämmtlich Franzosen sind, da die Kirche selbst französisches Eigenthum ist, zu sich kommen und sagte ihnen: er bitte sie das Hochamt mit allem Pomp zu halten, er werde auch seinerseits mit zahlreicher Umgebung und in großer Gala erscheinen; car, setzte er hinzu, je veux qu'on sache que je vais à la messe. — Eine tragische Scene *) hat sich vorgestern im Quirinalpalast zugetragen. Jeden Sonnabend geben nämlich die Cardinäle Audienzen denjenigen welche Bittschriften oder sonstige Anliegen vorzubringen haben. Ein gewisser Natale Ceccarelli, früher besoldeter Bataillonsadjutant in der Bürgergarde, nun bei der Abdankung der Bürgergarde seiner Stelle verlustig geworden, ein Mann von über 55 Jahren und Vater einer zahlreichen Familie, kam zur Audienz und überreichte den Cardinälen eine Bittschrift in welcher er seinen Zustand schilderte, um Anstellung bat und zugleich eine Summe von 100 Scudi forderte, da er behauptete ein Recht auf gewissen rückständigen Sold zu haben. Da sein Anliegen nicht schien sehr in Betracht gezogen zu werden, so kam er auf die Cardinäle zu, und drohte mit verzweiflungsvoller Gebärde sich in ihrer Gegenwart umzubringen, wenn ihm und den Seinigen nicht auf der Stelle geholfen würde. Die Cardinäle riefen die Diener und suchten den rasenden Menschen zu besänftigen, aber ehe man ihm beikommen konnte, hatte er ein Messer aus der Tasche gezogen und sich dasselbe in die Brust gestoßen. Man kann sich den Schrecken aller Anwesenden vorstellen. Ceccarelli wurde ins Hospital gebracht, man zweifelt aber an seinem Leben.

⁓ **Rom,** 29 Nov. General Baraguay d'Hilliers ist gestern nach Mittag nach Portici abgereist um Sr. Heiligkeit Pius IX seine Aufwartung zu machen, und zu versuchen ob es möglich sey den heiligen Vater zur Rückkehr nach seiner Hauptstadt zu bewegen. Nachdem die HH. v. Harcourt, Rayneval und Corcelles alle Mittel der diplomatischen Geschicklichkeit und Beredsamkeit zu diesem Zweck umsonst erschöpft haben, erscheint nun der General mit den militärischen. Mögen diese wirksamer seyn! — Endlich haben die spanischen Truppen den definitiven Abmarschbefehl erhalten, und werden den 3 Dec. alle eingeschifft und abgesegelt seyn. Zwei französische Regimenter sind heute von Rom abgegangen um die von den Spaniern verlassenen Garnisonsorte Spoleto, Terni, Narni und Velletri zu besetzen. Die Congregation über die Bücher-Censur hat zwei neue Werke verdammt, das eine Gesù Cristo davanti ad un consiglio di guerra! und das andere Al signor Canonico Girolamo de Gregorj vicario generale Capitolare. Beide sind ohne Autorsnamen.

*) Wir haben diese Scene schon in einem andern unserer römischen Briefe (von einem eingebornen Römer) mitgetheilt, wiederholen sie aber hier aus der Feder eines zweiten Berichterstatters, da andere deutsche Blätter sich die Sache wie einen Mordanfall gegen die Cardinäle erzählen lassen.

Dänemark.

Kopenhagen, 29 Nov. Hiesige Blätter melden, wie im tiefsten Frieden mit Deutschland, daß der König als Herzog von Holstein und Lauenburg dem Vertrage über das Interim beigetreten sey. Es wird hinzugesetzt daß Regierungsrath Kammerherr Bernhard v. Bülow zum holstein-lauenburgischen Gesandten bei der neuen deutschen Bundescommission ernannt seyn soll.

Türkei.

* **Konstantinopel,** 21 Nov. Die unter Commando des Admirals Parker stehende englische Escadre, welche vom 18 d. aus der Meerenge der Dardanellen abgesegelt war und die Richtung nach Lemnos eingeschlagen hatte, hat sich seither in die Bay von Besica begeben, und ist daselbst vor Anker gegangen. Die französische Escadre befindet sich im Golf von Smyrna bei Vurla in Station. Auf dem Dampfschiffe „Dragon," welches am Abend des 14 von hier abfuhr, befand sich der englische Botschafter Sir Stratford Canning, welcher in der Bucht von Besica dem englischen Admiral einen Besuch machte, und am 16 d. wieder nach Konstantinopel zurückkehrte. — Die Pforte hat vor einigen Tagen die Nachricht von der gänzlichen Unterdrückung des Aufstandes in Samos erhalten.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 3 Dec. Consols 95$^{7}/_{8}$.

Paris, 3 Dec. 3proc. 57.35; 4proc. 70.25; 5proc. 90.20; Schatzsch. 5; Bankactien 2405; belg. 5proc. 96; Anleh. v. 1842 96; 4$^{1}/_{2}$proc. 87; neap. 5proc. 81; piem. 5proc. 83.40; Vers. E.-B. rechte 210; linke 170; Paris-Orleans 740; Rouen 530; Straßburg 357.50; Nordbahn 445; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 307; Bordeaux 402.50; Tours-Nantes 277.50.

Amsterdam, 3 Dec. 2$^{1}/_{2}$proc. 54$^{1}/_{16}$; 3proc. 63$^{3}/_{8}$; 4proc. 83$^{1}/_{8}$; port. 4proc. 37$^{5}/_{8}$; Metall. 2$^{1}/_{2}$proc. 42$^{3}/_{4}$; Ard. 13$^{11}/_{16}$. Curs auf London 12.05 k. P. Curs auf Hamburg 34$^{7}/_{8}$.

Augsburg, 6 Dec. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. i. 24$^{1}/_{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 83$^{5}/_{4}$ G. Hamburg 1 M. 73$^{1}/_{4}$ P. Wien in 20ern 1 M. 90 P. Triest 1 M. 90 P. Frankfurt a. M. 1 M. 99$^{7}/_{8}$ P. Nürnberg 1 M. 99$^{5}/_{8}$ G. Berlin 1 M. 105$^{1}/_{8}$ P. Leipzig 1 M. 105$^{1}/_{8}$ P. London 1 M. 10.5 G., 2 M. 10.4 G., 3 M. 10.2 G. Paris 1 M. 118$^{3}/_{4}$ P. Lyon 1 M. 118$^{5}/_{8}$ P. Marseille 1 M. 118$^{1}/_{2}$ P. Mailand 1 M. 60$^{5}/_{16}$ P. Genua 1 M. 51$^{7}/_{8}$ P. Livorno 61$^{1}/_{8}$ P.

Augsburg, 6 Dec. Bayer. 3$^{1}/_{2}$proc. Oblig. 83 G. 4proc. 92 P. 5proc. 100$^{1}/_{2}$ P., 100$^{1}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 640 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Metall. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württ. 3$^{1}/_{2}$proc. 81$^{1}/_{2}$ P. 4$^{1}/_{2}$proc. 94$^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 5 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 85$^{1}/_{4}$; Bankactien 1291; preuß. Staatsschuldscheine 80; bayer. 3$^{1}/_{2}$proc. Oblig. 83$^{1}/_{4}$; Ludwigsh.-Berbach 84$^{7}/_{8}$; württemb. 3$^{1}/_{2}$proc. 81$^{1}/_{8}$; 4$^{1}/_{2}$proc. 94$^{1}/_{4}$; bad. 5proc. 98$^{1}/_{2}$; 3$^{1}/_{2}$proc. 78$^{3}/_{4}$; darmst. 3$^{1}/_{2}$proc. 81$^{3}/_{8}$; 4proc. 88$^{1}/_{4}$; 4$^{1}/_{2}$proc. 93$^{1}/_{2}$; nass. 5proc. 101$^{3}/_{8}$; 3$^{1}/_{2}$proc. 84$^{1}/_{2}$ P.; Frankf. 3proc. 78$^{1}/_{4}$; 3$^{1}/_{2}$proc. 92$^{1}/_{4}$. 88$^{1}/_{8}$; Disc. 2$^{1}/_{4}$ G.

♀ **Wien,** 4 Dec. Die Börse war heute bei geringem Geschäft für Fonds und Actien etwas flauer gestimmt, und waren sowohl Metalliques als Eisenbahnen (mit Ausnahme der Pesther-Actien) mehr angeboten, zugleich aber auch Devisen gegen den Schluß billiger abgegeben. Mit Ausnahme von Amsterdam, welches mit 153 begehrt blieb, sind alle andern Plätze ziemlich gewichen. London von 11 fl. 6 kr. auf 11 fl. 3 kr., Augsburg von 111 auf 110, Hamburg von 163 auf 161$^{3}/_{4}$ u. s. w. Gold und Silber preishaltend und letzteres auch heute bis 10$^{3}/_{4}$ Procent Agio gemacht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 93$^{13}/_{16}$–93$^{15}/_{16}$. 4$^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) 83$^{1}/_{2}$–83$^{5}/_{8}$. Loose vom J. 1834 172$^{1}/_{2}$–173, Loose vom J. 1839 107$^{1}/_{2}$–108 (die Fünftel dieser Loose aber um 3–3$^{1}/_{2}$ Proc. billiger abgegeben), Bankactien 1188–1192, Nordbahnactien 107$^{3}/_{8}$–107$^{1}/_{2}$, Gloggnitzer 108$^{1}/_{2}$–109$^{1}/_{2}$, Mailänder 78$^{3}/_{4}$–79, Pesther 78$^{3}/_{4}$–79. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 17$^{1}/_{8}$, Silberagio 10$^{1}/_{2}$ Proc

---

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Eine Winterfahrt. (III. Interimistische Gedanken.) — Der zweite December in Wien. — Die preußische zweite Kammer über das Interim. — Die Parteistellungen in Berlin. — Der Waldeck'sche Proceß. (Fortsetzung.)

Eine Winterfahrt.

III. Interimistische Gedanken.

*** **Frankfurt**, 1 Dec. Wir leben noch immer im Interim des Interim. Weder die Abreise des Erzherzog-Reichsverwesers, noch die Ankunft der österreichischen und preußischen Bevollmächtigten, so oft beide auch schon gemeldet worden, ist bisher erfolgt oder nur auf den Tag zu bestimmen. Dagegen treffen, zögernd und mehr oder weniger bedingt, die Beitrittserklärungen der deutschen Regierungen zu der Uebereinkunft vom 30 Sept. ein. Die Zeitungsschreiber, hiesige und andere, nachdem sie während geraumer Zeit wechselsweise auf den Pferden des Hrn. v. Schönhals herumgeritten oder auf die Möbeln des Hrn. v. Radowitz sich gelegt, geben sich nunmehr theilweise das Ansehen als ob sie an das ganze Interim nicht glaubten. So insonderheit die „Deutsche Zeitung," welche von solchem Unglauben sich freilich nicht abhalten läßt dem Interim bereits seine Wege zu weisen und namentlich den schleswig-holsteinischen Knoten, den ihr nordischer Alexander nicht zu zerhauen vermochte, der österreichischen Regierung zur Lösung zuzuwerfen. Alles dieses journalistische oder diplomatische Scharmuziren in Noten und Artikeln wird indessen den wirklichen Vollzug der Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preußen nicht aufhalten. Wenn derselbe so rasch nicht ins Werk gesetzt worden wie nach allen Seiten wünschenswerth gewesen, so erklärt sich dieß einfach daraus daß man erst in Wien und Berlin über die Hauptsachen, Inhalt und Form des neuen Verhältnisses, einig seyn wollte, bevor die beiderseitigen Bevollmächtigten in Frankfurt zusammentraten. Zugleich mußte letzterer Ankunft schicklicherweise möglichst gleichzeitig anberaumt werden, und da können einzelne und persönliche Hindernisse*) hier wie dort, vielleicht noch die neuliche Reise des Kaisers von Oesterreich und seiner Minister, einen ganz zufälligen, unverfänglichen Aufschub veranlaßt haben. Einmal zusammengekommen, werden Oesterreich und Preußen zweifelsohne zusammengehen. Gemeinsame Geschäfte haben an sich eine bindende Kraft, der gemeinsamen Interessen nicht zu gedenken. Oesterreich und Preußen besitzen in der besiegten, nicht vollendeten oder befriedigten Revolution einen und denselben Feind, dem gegenüber ihre Einigkeit mehr als jemals nöthig ist. Oesterreich und Preußen sind bezüglich der deutschen Frage, welche sie zu scheiden droht, beide gleich betheiligt daran daß sie nicht zur europäischen Frage wird. Oesterreich und Preußen bedürfen eines wie das andere Deutschlands zur Erfüllung ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe, zur Behauptung ihrer Stellung in Europa; freilich mit dem Unterschied daß Oesterreich dieses Bedürfniß ehrlich eingesteht, während Preußen sich im Gegentheil stellt als lasse es sich zu Deutschland nur aus einem gewissen, großmächtiglichen Mitleid herab. Oesterreich und Preußen befinden sich zu den übrigen deutschen Regierungen, namentlich der vier Königreiche, in einem kritischen, auf die Dauer nicht haltbaren Verhältnisse, aus dem je eher, je lieber herauszukommen das allgemeine Interesse gebieterisch erheischt; freilich wiederum mit dem Unterschied daß Oesterreich Sachsen und Hannover stützt und hält, so wie es mit Bayern und Württemberg in gutem Einvernehmen steht, während Preußen mit allen vieren über den Fuß gespannt ist, und nur das Kleinstaatenthum als leicht gewonnene, aber eben so leicht verlorene und an sich werthlose, wenn nicht gefährliche Bundesgenossenschaft hinter sich hat.

Unter solchen Constellationen beginnt das Interim. Seine zeitliche Dauer ist so kurz gemessen, sein Wirkungskreis so streng begränzt daß von ihm selbst nichts anders zu erwarten ist als was ohnehin sein Name besagt: die Bildung einer Uebergangsphase. Nicht das Interim an sich, sondern was während desselben geschieht, gethan wird, sich gestaltet und erfüllt, ist demnach von unberechenbarer Wichtigkeit für Deutschland, und in dieser Hinsicht muß allerdings jede Stunde, jeder Tag als Verlust betrachtet werden, der bis zum Eintritt des Interims ungenützt verstreicht. Wenn nur wenigstens, während die Regierungen scheinbar feiern, die Presse das ihrige thäte um die Vorfragen und Grundbedingungen der neuen Zustände zu erörtern, öffentlich anzuregen, nach allen Seiten vorzubereiten! Der Augenblick ist lange nicht so ungünstig für die Vollendung des Verfassungswerks wie er dargestellt zu werden pflegt. Eine Menge theuer bezahlte Erfahrungen liegen hinter uns; was wir können, Volk wie Regierung, sollte uns klar geworden seyn, wenn auch noch immer über das was wir wollen eine natürliche Begriffsverschiedenheit herrscht. Namentlich kann die deutsche Nation, sofern sie ihr Interesse recht versteht, die richtigen Organe für ihre Forderungen findet und benützt, und in Verfolgung derselben weder das feste Ziel wohin, noch den festen Boden worauf verliert, sie kann auf natürlichem, gesetzlichem und geschichtlichem Wege jetzt viel mehr erreichen als durch eine überstürzte, vorzeitige Revolution möglich gewesen wäre. Oesterreich und Preußen wetteifern in schätzbaren Zugeständnissen und Anerbietungen; ergreifen wir dieselben, statt sie anzuzweifeln, an der Ehrlichkeit der Absicht zu mäkeln und die Möglichkeit der Ausführung zu läugnen ehe noch ein Versuch gemacht worden. Verlangen wir von beiden Mächten sowohl in ihrer eigenen Politik als auch in ihrem Verhältniß zum übrigen Deutschland nur das ihnen Mögliche, das dem Allgemeinen Nützliche. Vermitteln wir sie, statt auseinander zu halten, und überzeugen wir sie wie uns selbst von der Gemeinsamkeit unserer Interessen dem Auslande gegenüber. Knüpfen wir, statt dieser oder jener Schöpfung abstracter Staatsweisheit in leidiger Consequenzmacherei und doctrinärem Starrsinn nachzujagen, an die gesunden Theile des Ueberlieferten unsere Neubildungen naturgemäß an.

Oesterreich will aus der exceptionellen Stellung die es von jeher in Deutschland eingenommen, gutes Ernstes heraus. Es gehörte bisher nie ganz, nie recht zu uns; wer läugnet das? Die alte Reichsverfassung trug bis in die einzelnste Form der besondern Zusammensetzung und Stellung Oesterreichs eine billige Rechnung; es hatte seinen eigenen Kreis, seine Fürsten hießen Erzherzöge, während die übrigen Reichsfürsten Kurfürsten oder Herzöge waren. Der Sprung aus einer solchen Besonderheit in das engste Gleichheitsverhältniß ist, wie jeder Sprung, eine politische Unmöglichkeit. Aber es sind Uebergänge und Verbindungen zu finden. Oesterreich — das zeigen seine neuesten Schritte und Vorschläge — sucht sie; es sucht sie allerdings in seinem Interesse, denn mit Deutschland verlöre es allen Zusammenhang gen Westen, und wäre rettungslos jenen Mächten des Ostens verfallen die — keine Mächte des Lichtes sind. Aber es sucht sie auch in unserm Interesse; denn mit Oesterreich verlöre Deutschland nicht nur alle außerdeutschen Erwerbungen Oesterreichs, sondern auch jede Aussicht auf die großartige Schöpfung jenes centraleuropäischen Reiches, welches, noch unlängst von den Anhängern der unfruchtbaren und in sich zerfallenen Erbkaiseridee als Hirngespinnst verhöhnt, zur Stunde schon in greifbaren Elementen vor uns liegt. Welche Vortheile für das deutsche Volk, vom allgemeinsten bis in jedes einzelne Interesse, politisch wie commerciell, aus einer solchen Schöpfung und seiner Theilnahme daran erwachsen, bedarf so wenig der Ausführung als die Besorgnisse vor einer damit verbundenen erobernden Politik Oesterreichs einer Widerlegung. Wenn Oesterreich überhaupt territoriale Vergrößerung suchte, geschähe solches sicher nicht auf Kosten eines andern deutschen Staats. Viel näher liegt eine derartige Gefahr, falls sie überhaupt existirt, Preußen gegenüber. Sein geographisches System bedingt, wenn Preußen als europäische Großmacht wirken will, die Ausdehnung seines Gebietes, die Ausfüllung der Lücken innerhalb desselben, die Gewinnung der See. Soweit seiner „bundesstaatlichen" Politik ein solcher Gedanke zu Grunde liegt, ist sie, vom preußischen Standpunkt aus, durchaus gerechtfertigt, und nur eine folgerechte Fortsetzung der hohenzollern'schen Hauspolitik. In solcher Beleuchtung erhält denn auch die Festsetzung Preußens in Süddeutschland, womit eventuell sehr nutzbare Tauschobjecte gewonnen werden, ihre Bedeutung. Eine andere Frage ist freilich wie etwaige Gebietsvergrößerungen Preußens von den europäischen Mächten betrachtet und behandelt werden würden, welche bei dem bisherigen Stand der Dinge interessirt sind. In Lösung dieser Frage dürfte Preußen bei seinen eigenthümlich ungünstigen Gränzverhältnissen, trotz seiner stattlichen Heeresmacht, leicht in bedenkliche Verwicklungen fallen. Deßwegen sucht es auch die Sache ohne den Namen; es will thatsächlich erobern, nicht förmlich. Die Uebergangslinie findet sich dann zur guten Stunde von selbst.

Dieß die Stellung der beiden deutschen Großmächte zum gesammten Deutschland. Sie wird nur dann im Gleichgewicht erhalten werden wenn das übrige Deutschland, wenn namentlich die vier Königreiche eine bei aller wünschenswerthen Vermittlung, bei aller natürlichen Abhängigkeit selbständige Politik verfolgen. Eine solche kann und muß eine nationale,

*) Unsere Berliner und Frankfurter Briefe und andere Anzeichen deuten darauf hin was sonst noch im Wege steht.

eine deutsche seyn, obschon es an partikularistischer Neigung auch hier nicht fehlen mag. Bayern strebte, schon bei seinen Planen von der bekannten Trias, sich als drittes im Bunde hinzustellen, seiner Stimme als der den Ausschlag gebenden eine besondere Wichtigkeit zu verleihen.... Bayern würde einen viel sicherern Weg zu solchen Zielen der gerühmten Wittelsbacher Zukunft gehen wenn es sich an die Spitze einer nationalen, deutschen Politik stellte, und die andern drei Königreiche — nicht zu einem renitenten Sonderbündniß — sondern zu einer die neue Freiheit und die erstrebte Einigung gewährleistenden Macht in Deutschland mit sich vereinigte. Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, diejenigen vier Staaten Deutschlands in welchen das constitutionelle Leben besonders entwickelt worden, die gleichzeitig einen sehr gesunden, geistig begabten und charaktervollen Kern deutscher Stämme, des bayerischen, schwäbischen, ober- und niedersächsischen, einschließen, sie können für ihre eigenen Interessen, für die Wahrung ihrer Selbständigkeit keinen günstigeren Zeitpunkt finden als den des Interim, kein besseres Mittel als eine deutsche, durch die öffentliche Meinung getragene Politik. Nicht groß und mächtig genug um selbst durch eine Vergrößerung die Eifersucht des Auslandes zu erwecken und den europäischen Frieden zu gefährden, besitzen sie doch so viel innere Kraft und Lebensfähigkeit, so viel bevorzugende Erfahrung im parlamentarischen Kampf, soviel von fertiger und geschichtlicher Stellung in Deutschland, daß ihre Stimmen schwer ins Gewicht fallen bei Entscheidung deutscher Angelegenheiten. Ihre Aufgabe ist es jetzt entschieden auf- und hervorzutreten, durch ihre Bevollmächtigten bei der neuen Centralgewalt, durch ihre Regierungen und Kammern, durch ihr Volk und ihre Presse dahin zu wirken: „daß ein nationaler Inhalt in die neue Form Deutschlands komme, daß dem Volk die erworbenen freien Institutionen nicht verkürzt oder verkümmert werden, daß der Dualismus Oesterreich und Preußen nicht zum Bürger- und Bruderkrieg in Deutschland sich auseinanderspalte, daß wir nicht um jede Frucht unserer Revolution uns betrogen sehen, und statt zu Einem Deutschland aufzugehen, in Oesterreich und Preußen untergehen.“ Das ist einmal ein Punkt, einer von jenen seltenen wo die dynastische Politik mit der volksthümlichen zusammenfällt. Werden die vier Königreiche diesen Punkt ergreifen und festhalten? Werden sie in der neuen Verfassung auf einer richtig organisirten Volksvertretung bestehen? Werden sie die kostbaren Rechte welche dem deutschen Staatsbürger so oft gezeigt und versprochen wurden, bis er sie, die nie gegebenen, sich endlich nahm, werden sie dieselben für ihn festhalten, ihm gewährleisten und in fruchtbare Wirklichkeit treten lassen? Werden sie dem unabweisbaren Drängen des deutschen Volksgeistes nach äußerer Einigung und nach einer würdevollen Stellung und Vertretung in der europäischen Staatenfamilie Genüge thun? Werden sie materielle Erleichterungen und Vortheile, die einzigen Mittel womit eine politische Revolution geschlossen, eine sociale verhütet werden kann, in den öffentlichen Verkehr wie in das gesellschaftliche Leben einführen? Lauter Fragen welche das Interim und die Art und Weise wie die vier Königreiche an demselben theilnehmen, beantworten muß, und die in letzter Instanz für sie selbst Lebensfragen sind. Sie haben vor sich nur eine Wahl, einen Scheideweg, welchem jeder Tag bis zum 1 Mai 1850 sie näher führt: entweder sie verharren in der bisherigen negativen, passiven, zuwartenden, schwankenden Politik, und fristen dann ein wesenloses Schattendaseyn, solange österreichische und preußische Gnade, oder der gefesselte Sturm der Revolution dasselbe bestehen läßt; oder sie gehen mit einer nationalen und liberalen, lebendigen Politik entschieden und zusammen vor, und erhalten dann durch eigene Kraft ihre Kronen, die naturwüchsigen Blüthen lebensfähiger und selbständiger deutscher Stämme, in diesen wurzelnd, über ihnen wipfelnd, wenn das Schmarotzergewächs der Pseudosouveränetät schon lange abgerissen und im Dunkel, im Staube verfault ist, aus dem es markfaugerisch emporgekrochen. Denn darüber wird nach den neuesten Erfahrungen nicht mehr zu zweifeln seyn daß wir das gewaltige Hauptwort „Deutsche Einheit“ aus dem monströsen Pluralis nicht geradezu rückwärts decliniren können, weder durch einen gewaltsamen Sprung in einen zur Zeit unmöglichen Singularis; noch durch einen gefährlichen Uebergang in die seltene Form eines Dualis.

Der zweite December in Wien.

, **Wien**, 2 Dec. Heute ist für Oesterreich ein Tag zu ernsten Betrachtungen, denn es ist nun gerade ein Jahr verflossen seit Franz Joseph den habsburgischen Thron bestiegen. Die Geschichte hat wenig Beispiele daß einem jungen Fürsten so viel Sorge und Gefahr in einem Alter zufiel wo wir andern unbekannten und darum beneidenswerthen Sterblichen mit voller frischer Jugendlust uns der Welt in die Arme werfen dürfen, voll Schwänke und Neckereien, ohne Ehrgeiz oder ohne größeren als im traulichen Verein der Altersgenossen als tüchtig anerkannt zu werden, in der glücklichen Zeit wo kein Kummer den erquickenden Schlaf von unsern Augen scheuchte, wo wir keine schwerere Pflicht hatten als uns mit dem Trefflichen und Herrlichen was der Menschengeist erschaffen, zu umgeben, das Wissenswerthe zu erlernen und zu erfassen, unsern Geist zu schmücken und zu bilden. In jener Zeit hat das Leben noch den reinen Glanz für den Unerfahrenen, ja das Ideal ist sogar sein Recht, und unser besseres Selbst und sorgfältige Erziehung wacht darüber daß sich das alles verklärende Morgenroth nicht allzufrüh von den Gegenständen verwische. Ueberall begegnet uns der Reiz des Neuen und Unbekannten, und die gesunde Brust athmet die frische Luft des anbrechenden Tages. Anders widerfährt es dem Fürstensohne. Er erbt mit dem Reich und der Krone, mit dem Ruhm seiner Ahnen, die Sünden und Lasten einer langen Vergangenheit, und je gefeierter der Name seiner Vorfahren, desto schwerer die Pflicht des Enkels. Nicht er selbst wird sich zum Gegenstand seines Eifers und Fleißes, die Tausende, ihm nach Zahlen nur bekannt, welche sein Reich bewohnen, auf Höhen und in Thälern, in Städten und unwirthlicher Halde, alle haben Ansprüche an den Einzigen. Was fragt die Welt darnach, wenn ein Namenloser seinem Daseyn kein anderes Ziel setzt als sich mit hohem oder niederem Genusse seine Tage zu schmücken? Er geht aus der Welt ohne daß ihm ein Urtheil nachgesprochen wird. Die Sitte der alten Aegypter ihre verstorbenen Könige zu richten besteht freilich nicht mehr nach gewohnter Förmlichkeit, aber die Geschichte hält den Gebrauch aufrecht und sagt dem Fürsten unerbittlich nach was er gewesen. Es war ein trüber Tag über dem stolzen Reiche im Osten als der Nachkomme des habsburgisch-lothringischen Geschlechts, dem die halbe Welt einst gehörte, zum Kaiser erhoben wurde. Im Südwesten einen unversöhnten Feind, im Osten eine verwegene herrische Nation in Waffen gegen ihn, die Hauptstadt durch Kriegsgewalt allein im Gehorsam, die übrigen Völker am Thron versammelt um mit dem Fürsten über die Gränzen der Macht und Gewalt zu rechten und die Regierung durch die schwindenden Mittel des Staatsschatzes in Verlegenheiten auf Schritt und Tritt gehemmt. So war vor einem Jahr das habsburgische Erbe mit dem Schaudern des Bürgerkriegs behaftet als es in die Hand des neunzehnjährigen Jünglings gegeben wurde, und alle grausen Nothwendigkeiten, deren Befriedigung der mitleidlose Staat fordert, der Verantwortung einer jugendlichen Seele zufiel. Ein Jahr voll Bangen und Angst ist vorüber, es fehlt kein Juwel in der Krone Oesterreichs, allmählich ordnen sich die Dinge, die zerstampfte Saat richtet sich nach und nach wieder auf, die Gewalt schreitet nicht mehr unbarmherzig querfeldein, sondern sucht die vorgeschriebene Straße des Rechts, Besonnenheit hat wieder Macht über die Leidenschaft und die Sehnsucht nach friedlichem Beisammenwohnen versöhnt die milder gewordenen Menschen. Franz Joseph sah, bei seiner Thronbesteigung in Olmütz, sein Reich von nicht minderen Gefahren bedroht, wie Maria Theresia als der streitbare Continent den Umfang ihrer fürstlichen Gewalt zu schmälern gesonnen war. Und was der königlichen Frau gegen die rechtlosen Angreifer gelang, das ist dem jungen Fürsten gegen seine aufsässigen Völker gelungen. Aber es sind andere Zeiten und andre Aufgaben: das Herrschen, von jeher eine Kunst und Uebung des Charakters, ist seitdem künstlicher und gefahrvoller geworden, die Bedürfnisse der Völker haben sich gemehrt und die Staaten sind zu Organismen entwickelt, deren Leben in tausendfältig verzweigten feinen Adern rinnt, so daß kein Mensch mehr von sich sagen darf, er wisse alles und seine allgegenwärtige Seele behüte und bewache jeden Pulsschlag. Oesterreich, das große herrliche Oesterreich mit dem wunderbaren Räthsel seiner Lebenskraft, erwartet eine neue Geschichte und ein neues Zeitalter. Möge Franz Joseph mit dem ähnlichen Schicksal und Glück die Weisheit jener erlauchten Frau üben und seinen Völkern, die ihn lieben, werden was er in der Verfassung gelobt, Oesterreichs Wilhelm von Oranien!

Die preußische zweite Kammer über das Interim.

☿ **Berlin**, 3 Dec. In der zweiten Kammer stand heute der Bericht der Commission für die deutsche Verfassungsangelegenheit über die dritte Vorlage der Regierung auf der Tagesordnung. Am Ministertische bei dem Grafen Brandenburg, v. Schleinitz und v. d. Heydt saß General v. Radowitz. Die Diplomatenloge und die sonstigen Tribünen waren ungewöhnlich stark besetzt. Referent v. **Beckerath** verlas den Antrag des Ausschusses. Darin ist gesagt daß die neue Bundescommission keine Wirksamkeit ausüben könne welche durch legislative Anordnungen oder finanzielle Belastungen die innern Verhältnisse des preußischen Staats berührte — weil der Vertrag sonst die Zustimmung der Kammern bedurft hätte, diese aber von der Regierung nicht beantragt worden sey. Weiter heißt es: „In Hinsicht auf den deutschen Bundesstaat hat die Staatsre-

gierung die ausdrückliche und feierliche Erklärung abgegeben „daß Preußen unwandelbar auf der Bildung eines engeren Bundesstaats verharren und dessen Rechte gegen jede unberechtigte Einmischung, sie komme von welcher Seite sie wolle, mit allem Nachdruck vertheidigen werde.“" Die Kammer hat diese Erklärung mit Befriedigung vernommen, und vertraut daß die Staatsregierung diese Zusicherung vollständig zu wahren und namentlich zu diesem Behuf eine Auslegung des gedachten Vertrags ferne zu halten wissen werde, nach welcher die preußische Regierung durch dessen Abschluß das Fortbestehen der Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung in weiterem Umfang anerkannt hätte, als durch ihre am 17 Oct. im Verwaltungsrath abgegebene Erklärung geschehen ist. Die Kammer darf demgemäß erwarten daß den getroffenen Einleitungen zum Zusammentreten des Reichstags unverrückt Fortgang gegeben und durch unverweilte Einberufung desselben die Zuversicht des deutschen Volkes aufrechterhalten werde, Preußen schreite unbeirrt auf dem am 26 Mai d. J. zur Einigung Deutschlands betretenen Wege fort, welchem die Kammer schon am 7 Sept. ihre volle Zustimmung ertheilt hat und hiedurch abermals ertheilt. Aus diesen Gründen enthält sich die Kammer, indem sie die ihr nach Art. 42, 46 und 60 der Verfassung vom 5 Dec. 1848 zustehenden Rechte in Betreff des Vertrags vom 30 Sept. ausdrücklich vorbehält, zur Zeit einer weitern Erklärung über den gedachten Vertrag." Der Abg. Graf Arnim spricht gegen den Commissionsantrag. Er unterscheidet in Bezug auf die Entwickelung der deutschen Verhältnisse vier Parteien. Die erste habe weder die Ehre noch das Recht geachtet, ihr Ziel sey nur die eigene Macht gewesen. Die zweite habe die Ehre und Größe Deutschlands auf Kosten des Rechtes und der Ehre Preußens gewollt. Eine dritte wolle die Ehre und Größe Deutschlands durch Preußens Ehre und Macht; aber auch sie frage nicht immer darnach ob sie das Recht verletze wenn es darauf ankomme ihre Zwecke zu erreichen. Er (der Redner) bekenne sich zur vierten Partei, welche die Ehre und das Recht wolle überall wo es sich finde. Von diesem Standpunkt ist er dafür daß Preußen die Idee eines Bundesstaats verfolge, soweit es mit Mitteln der Ehre und des Rechtes möglich sey: solange sich Glieder finden die sich anschließen wollen! Er verlangt mit der Commission daß eine vollkommene Parität zwischen Preußen und Oesterreich aufrechterhalten werde; denn Preußen habe ein Recht darauf zu bestehen. Seine Partei habe nie verlangt daß die Krone Habsburgs vor der Krone der Hohenzollern sich beuge; aber sie wolle in keiner Weise daß die Krone der Hohenzollern vor irgendeiner andern sich beuge. Dem Antrag der Commission könne er darum nicht beitreten weil er nicht das Zutrauen ausspreche welches die Politik der Regierung verdiene; er sey daher für den Antrag des Abg. Voltz: der engeren Vereinigung werde durch das Interim kein Abbruch geschehen — dieß zeige der Inhalt des Vertrags und die darüber gepflogenen Verhandlungen. Der Redner ruft aus: „Unterstützen wir die Regierung wo sie unter dem Banner der Ehre wandelt, ohne Rückhalt! Das ist das Zeichen, unter dem sich die Söhne Preußens schaaren müssen!" (Bravo rechts.) Der Abg. Beseler vertheidigt den Commissionsantrag. Das Interim sey bedenklich, und könne wohl Besorgnisse erregen. Es sey dadurch wenigstens die Continuität mit dem alten Bunde erklärt. In München und Hannover hätte man nicht so gesprochen wie man gesprochen, wenn das Interim nicht gewesen wäre; dieses habe jetzt wie ehedem den „Schalk hinter ihm." Die Rechte welche der Kammer nach den Verfassungsartikeln 42 (Ministerverantwortlichkeit), 46 und 60 zuständen, müsse sie sich vorbehalten, damit nicht das Interim wieder ein Mittel werde zur Unterdrückung wie es die Bundesversammlung gewesen. Die Pflicht der Kammer sey, indem sie der Politik der Regierung ihre Zustimmung ertheile, auch ihre Stellung und ihr Recht zu wahren. Dem Grafen Dyhrn ist der Commissionsantrag nicht scharf genug, darum hat er sich dagegen einschreiben lassen. Er tritt der Argumentation des Vorredners bei, warnt vor Oesterreich welches jetzt, als concentrirtes, viel gefährlicher sey als früher, mahnt zum Aufbau des deutschen Bundesstaats, und schließt mit den Worten: er werde vom Kaiser und vom Reich sprechen solange ein Athemzug in ihm sey! (Bravo links.) Der Abg. Schimmel ist gegen Beseler der Ansicht daß in dem Commissionsantrag keine Opposition gegen das Ministerium beabsichtigt sey. Urlichs spricht für das Amendement von Voltz. Der Commissionsantrag enthalte eine Provocation; die Cautelen in demselben könne er nicht für angemessen halten. Der Referent sucht die Einwendungen gegen den Commissionsantrag zu widerlegen. Nachdem der Präsident seine Freude ausgesprochen daß die Anträge im wesentlichen alle übereinstimmen, wird in namentlicher Abstimmung das Amendement Voltz mit 150 gegen 137 Stimmen verworfen, ein noch ungedrucktes Amendement Hoffmann-Lieber, das auf der mittlern Linie bleibt, mit 176 gegen 106 Stimmen angenommen. — Als Waldeck nach seiner Freilassung heimfahren wollte, wurden auf der Kurfürstenbrücke die Pferde ausgespannt und der Wagen von Männern aus dem Volk bis in die Friedrichsstraße gezogen. Hier stieg er aus, begab sich in die Conditorei Kranzlers, und durch eine Hinterthüre, wie es scheint, nach Hause. Eine Masse Volks war auf den Beinen, doch fiel keine Unordnung vor.

Die Parteistellungen in Berlin.

⊥ Berlin, 2 Dec. Wird, was alle Kammerverhandlungen nicht vermocht, der Waldeck'sche Proceß eine Lösung in unsrer politischen Haltung bewirken? Wird er das Ministerium stürzen oder frei machen? Das sind die Fragen von heute. Die Reaction die sich überstürzen wollte, fiel über den Stein, den sie, unvorsichtig in ihrem Siegesrausche, sich selbst in den Weg gewälzt. Mit der constitutionellen Partei glaubte sie leichtes Spiel zu haben, weil auch die Demokraten derselben Nackenschläge gaben, weil sie die apathische Masse hinter sich sah. Aber sie stieß auf eine Macht, auf die sie nicht gerechnet — das Rechtsbewußtseyn im Volke, auf die unabhängigen Gerichte, noch erfüllt vom alten Stolze der preußischen Justiz. Denn daß die Richter in diesem Proceß von demokratischem Geist inficirt wären, wird doch selbst die Reaction nicht ernsthaft zu behaupten versuchen. Es sind viel Schuppen von den Augen gefallen. Wir sehen nun, es ist also unter den Reactionären wirklich eine Partei die sich der Mittel nicht entblödete welche der Proceß enthüllt hat. Vor Männern die solche Mittel gebrauchten, erschrickt auch jener apathische Conservativismus. Diesen großen Anhang haben die Reactionäre verloren, es ist an ihnen sich rein zu brennen daß sie mit diesem Treiben nichts gemein hatten, daß sie nicht darum wußten, daß sie es selbst nicht ahneten. Wir meinen nicht die Gerlach und Stahl; diese wird kaum jemand als in Intriguen verwickelt sich denken können. Sie mögen in ihren Phantasien und Doctrinen von dem vollendeten Christenstaate Preußen fortschwärmen, wie auf der andern Seite die ehrlichen Phantasten und Doctrinäre der Demokratie von ihrem Utopien der allgemeinen Brüderlichkeit und Glückseligkeit. Aber auch für die Demokratie selbst sind die Enthüllungen des Processes ein schwerer Schlag. „Dieser Judenjunge Ohm!" hört man knirschend dieselben Personen ausrufen, welche den Gegnern das Wort „Judenjungen", wo es auf sie angewandt würde, schwer verdachten. Ohm ist kein Unicum, es waren und sind viele desselben Gepräges, desselben Gehalts. Abgerechnet die wenigen Schwärmer, die etwas größere Zahl jugendlich Exaltirter und die große Masse der Neophyten, waren die eigentlich Thätigen nichts anders und nichts besseres als Ohme, Glücksjäger die mit dem Winde segelten. Ohm war darin klüger als andere, er merkte früher daß es einen Umschlag gebe, und „machte" nun in Ordnung und Gesetz, gerade wie er früher in Revolution gemacht, d. h. er blieb hier wie dort nicht im Nachtrab, er war vornan, um reelle Früchte seiner Thätigkeit zu ziehen. Es ist alles an ihm klar, nur nicht wann der Umschlag in ihm erfolgt ist; klar daß er jetzt um kein Haar schlechter noch besser ist als er vorhin war. Der Glücksjäger hat nur Eine Moral, Einen Gott, auf welcher Seite er stehe. Möglich daß d'Ester oder mancher schon jener Zeit seiner Physiognomie nicht ganz getraut, wie einige sich dessen jetzt berühmen möchten, aber es war sonst die Physiognomie der man trauen mußte, denn es war die allgemeine. Der Ohm als Jugendheld und Vaterlandsretter vor dem Gericht ist auch heute noch derselbe, der er an der Spitze der Meute war, suffisant, phrasenreich, confus, selbstgefällig, ohne Schamröthe andere, und vielleicht sich selbst belügend. Man wird unwillkürlich an den Helden Deutz erinnert, der die Herzogin v. Berry verkaufte. Es muß für die Demokratie ein eigen Gefühl seyn, denn auch sie wird sich nicht abläugnen daß die Jugendversuchungen, denen Ohm fiel, noch für andere ihrer Besten zu Schlingen und Netzen werden konnten. Sind sie gewiß, ob nicht noch Ohme vor ihnen auf den Tischen predigen, Ohme sie ans Herz drücken? Die Revolutionäre aber, die diesem Spiele zunickten, schlugen sich selbst mit Blindheit. Um ihrer Rachewuth gegen Waldeck zu fröhnen haben sie ihren besten Spion geopfert! Ob Waldeck selbst durch den Proceß verlor oder gewann, wer sagt das schon jetzt! Um seine Märtyrerkrone hätten wir ihn nicht beneidet; aber auch er kann gewonnen haben, nämlich an Erkenntniß. In seiner Rede, welche die Klage beantwortete, gab er zu daß seine Partei, und er mit, sich gewissermaßen nur in einer Theorie bewegt habe: „wir haben uns in unsre eigenen Rechte und Pflichten zu sehr vertieft, wir haben uns nicht genug im Lande umgesehen, wie die Sache lag, wir haben keinen Anklang im Lande gefunden." Wäre das auch die Ansicht seiner Partei geworden, so hätte sie eine Aussicht, außer der von welcher ihre Utopisten träumen; es wäre eine Versöhnung mit einer Partei möglich, die anfängt sich selbst zu erkennen. Die Polizei hat leider ihre Gränzen nicht erkannt, sie hat sich fortreißen lassen von einer Partei. Schon das ist schlimm; schlimmer aber als sie den Stand der Dinge erkennen mußte, daß sie da nicht mit der offenen Sprache heraustrat, mit einem Selbstbekenntniß welches in fester Männlichkeit erklärte: ich habe so gehandelt,

weil ich so zu handeln für unerläßlich hielt, um den Staat vor drohender Gefahr zu retten. Positiv gethan hat übrigens die Berliner Polizei nicht mehr als was jeder Polizei unter solchen Umständen durch die Natur ihrer Lage gestattet, von allen Polizeiverwaltungen der Welt in Zeiten der Revolutionen und Verschwörungen geübt ist. Schlimm daß es ist, aber es ist. Der Conflict zwischen Polizei und Justiz kömmt hier nicht zum erstenmale vor. Im alten Preußen trug in der Regel die Polizei den Sieg davon; das war schlimmer als übel. Hoffen wir daß dieß im neuen Preußen anders ist. In diesem Fall kann deßhalb keine Frage seyn. Es wäre unverzeihlich, wenn die geschlagene Partei den Versuch wagen wollte Hrn. v. Hinckeldey auf seinem Posten zu halten, es handelte sich da um höhere Würden als die eines Polizeipräsidenten. Und doch ist Hinckeldey zu bedauern; er war ein tüchtiger Mann und Beamter, als es galt den offenbaren Aufruhr zu bekämpfen, die Revolution zu dämpfen. Er verging sich nur wie viele als er in der Stimme einer Partei die ihn zum Weitergehen antrieb, noch die Stimme des Gesetzes und der Ordnung zu hören glaubte. Viele klagen den Staatsanwalt an daß er die Klage erheben konnte. Ehe wir über ihn urtheilen, müssen wir ihn selbst anhören. Seine Schlußrede, die in der nächsten Woche zu erwarten, wird, indem sie zweifelsohne den Antrag auf Freisprechung stellt, auch zugleich eine Vertheidigung der ursprünglichen Anklage seyn. Wie aber wird das Ministerium sich gestalten? Wird es die Gelegenheit benutzen die Reactionspartei, die wie ein Hemmschuh an seine Fersen gekettet ist, von sich abzustoßen? Eine bessere Gelegenheit, eine dringendere Mahnung ist ihm nie gegeben. Noch, wenn es das jetzt wagt, ist das Publicum geneigt zum Glauben daß diese Verfolgung nicht sein Werk gewesen. Mit der Reactionspartei welche die Waldeck'sche Anklage betrieb, fortzuschreiten, ist unmöglich, oder es müßte die Ehre des Staats, des Königshauses opfern. Es genügt aber nicht, wie die Dinge stehen, jetzt noch über den Parteien stehen zu bleiben, und auch die welche mit offenkundigen Intriguen und Fälschungen kämpfte als eine berechtigte und zu berücksichtigende gelten zu lassen; es ist die Pflicht der Regierung durch einen entschiedenen Act ihre Mißbilligung, ihre Entrüstung — die Worte sind noch zu schwach — dagegen auszusprechen. Wir wiederholen es, möge sie sich nicht durch die anscheinende Ruhe täuschen lassen, die Ehre Preußens steht hier auf dem Spiel. Gegen diesen ungeheuren Proceß, der an überraschenden großartigen Wendungen alle ähnlichen Processe übertrifft, treten die letzten Kammerverhandlungen begreiflicherweise sehr in den Hintergrund. Reaction und Ministerium führen eine kleine Fehde mit dem Kammerpräsidenten, Grafen Schwerin, weil er sich einen ministeriellen Deputirten genannt, und sie nur den dafür erkennen wollen der nicht allein in einigen oder allen materiellen, sondern auch in principiellen Fragen mit dem Ministerium stimmt. Ist's Zeit für solchen Disput!! Die erste Kammer hat zwar nicht der zweiten das Brod im allgemeinen (in der Diätenfrage) zugeschnitten und kleiner gemacht, doch aber die Diäten den Deputirten gestrichen welche am Ort wo die Kammern tagen, ihr Domicil haben. Wir glaubten nicht daß die preußischen Kammern auch mit dieser Knickerei der Duodezstaaten würden behelligt werden. Am wenigsten schickte sich das für Quasi-Paris. Bei der Bewilligung der 21 resp. 33 Mill. für die Eisenbahnen wollte Hansemann einen genialen Fechterstreich der Opposition führen. Er opponirte nicht gegen die unbedingte Bewilligung, weil die Millionen auch zu anderen Zwecken verwendet werden könnten, sondern er stimmte bei, weil — der Staat eine gute Hälfte des Geldes zum Militäretat in den nächsten Jahren gebrauchen könne, und ein loyaler Bürger dafür sorgen müsse daß die Heeresmacht erhalten werde. Das Ministerium verwahrt sich gegen die Auslegung. In der zweiten Kammer wird in den Agrar- und Steuergesetzen ein Amendement der Reaction nach dem andern zurückgeschlagen. Alle bisherigen Befreiungen von der Classensteuer wurden trotz heftigen Widerstands aufgehoben.

Der Waldeck'sche Proceß.

(Fortsetzung.)

Ueber die Verhaftung Ohms, sowie über den mit dieser zusammenhängenden sogenannten D'Ester'schen Brief, über den Mordplan gegen den Prinzen von Preußen u. s. w. bekundet Goedsche: „Nachdem ich mich überzeugt hatte daß Hr. Ohm ausführliche Instructionen erhalten habe, drang ich in ihn mir diesen Brief zu zeigen, habe aber schon erklärt daß er sich anfangs weigerte. Er brachte ihn jedoch am Sonntag Abend zu mir und las ihn vor, überschlug jedoch die Stelle wo von dem Mord des Königs und des Prinzen von Preußen die Rede ist, indem er sagte, er könne es nicht über das Herz bringen das zu lesen. Ich sagte ihm nun, er möge mir den Brief geben, aber er weigerte sich auch hier wieder, und um ihn nicht zu beunruhigen und aufmerksam zu machen, schwieg ich. Montag war er jedoch wieder bei mir, und ich sagte ihm da er möchte mir den Brief mitbringen, ich wollte wenigstens eine Abschrift davon machen. Er versprach es auch, und sagte dabei daß der Brief wieder in den Händen des Ober-Tribunalraths Waldeck sey. Am Dienstag Abend fand sich Hr. Ohm abermals bei mir ein, hatte jedoch den Brief nicht bei sich. Ich drang nun so lange in ihn bis er den Brief holte. Er gab mir denselben hierauf und ich machte eine Abschrift davon, wo er dabei sitzen blieb. Auch den Namen machte ich unkenntlich. Nachdem ich eine Abschrift von dem Briefe genommen hatte, blieb Ohm noch einige Zeit bei mir, und es war schon spät als er sich entfernte. Der Inhalt dieses Briefes schien mir von solcher Wichtigkeit daß ich noch im Laufe der Nacht zu dem Hrn. Polizeipräsidenten v. Hinkeldey ging und ihm alles sagte. Ich bemerke hierbei daß der Hr. Polizeipräsident von den frühern Vorgängen im Allgemeinen wußte. Er stand auf als ich zu ihm kam, und ich sagte ihm es lägen jetzt wirkliche Originaldocumente vor, und zwar ein sehr wichtiger Brief worin von einem Attentat auf das Leben des Königs und des Prinzen von Preußen die Rede wäre, und überhaupt die Organisation und die Absichten der Umsturzpartei enthüllt seyen. Ich könnte mich aber nur unter der Bedingung entschließen ihm eine Abschrift dieses Briefes zu geben, wenn er mir als Mann und Beamter das Versprechen geben wollte daß diejenige Person in deren Händen sich dieser Brief befinde, und welche kein Hochverräther sey, sondern dem Staate eher Dienste geleistet habe, daß diese Person keine übeln Folgen davon tragen solle. Der Hr. Polizeipräsident weigerte sich erst darauf einzugehen; indessen ich erklärte ihm daß ich unter keiner andern Bedingung es thun würde, weil dieses eine Verpflichtung sey die ich meinem Gewissen nach der Person schuldig wäre. Darauf sagte mir der Hr. Polizeipräsident, nun, er glaube durch die Gesetze und die Einrichtungen des Staates berechtigt zu seyn mir das Versprechen zu geben, wenn es darauf ankomme einen Hochverräther zu entlarven. Ich übergab ihm hierauf die Abschrift des Briefes, und bemerke noch daß der Hr. Polizeipräsident die Abschriften der andern Briefe schon früher erhalten hatte. Darauf ist die Verhaftung des Hrn. Ohm erfolgt. Ich war nicht zu Hause als ein Polizeisecretär mich aufsuchte und aufforderte im Namen des Hrn. Polizeipräsidenten zu ihm zu kommen: Ohm sey verhaftet worden und solle mit mir confrontirt werden. Ich wurde hinaufgeführt, und zwar durch einen hintern Eingang. Als ich hinaufkam, trat mir der Hr. Polizeipräsident entgegen und sagte mir: „ich kann Ohm nicht loslassen, es ist zu wichtig." Ich antwortete ihm hierauf: „ich fordere Sie auf an Ihr Wort zu denken, und Sie mögen sich nun fragen was ich ihm in Bezug auf meine Person sonst noch für eine Wahl gestellt habe, denn er sagte darauf zu mir: „wenn Sie darauf dringen, so thun Sie was Sie wollen, auf Ihre Verantwortung." Darauf führte er mich in ein Zimmer; es ist das wenn man hinaufkommt links, wo Ohm stand; es war dort zu gleicher Zeit ein Polizeicommissär. Der Hr. Polizeipräsident fragte mich nun: „kennen Sie diesen Herrn?" und ich sagte: „ich kenne ihn allerdings." Hierauf fragte er Hrn. Ohm ob er mich kenne, aber dieser weigerte sich das zu sagen. Darauf sagte ich zu dem Hrn. Polizeipräsidenten: „Hr. Ohm sagte mir daß er Mitarbeiter der Neuen Preußischen Zeitung sey; wollen Sie die Güte haben mich einen Augenblick mit ihm allein zu lassen; ich werde ihn zum Geständniß vermögen." Der Hr. Polizeipräsident sagte zu mir: „gut, aber Sie haften mir für Hrn. Ohm." Ich machte eine Verbeugung, und hierauf ging der Hr. Polizeipräsident hinaus. Als er das Zimmer verlassen hatte, schob ich den Riegel vor die eine Thür, ergriff Ohm bei dem Arme und zog ihn durch die andere dieser Thüren heraus, und zwar durch das Privatgemach des Präsidenten. Ohm wußte gar nicht wie ihm geschah; ich zog ihn mehr als daß er freiwillig mitging. So brachte ich ihn herab und sagte: „dieß habe ich für meine Pflicht gehalten, nun schreiben Sie mir, und ich werde dann zu Ihnen kommen und mit Ihnen das Weitere besprechen." Hierauf sagte mir Ohm, er wolle nicht fort, er wolle sich stellen. Ich antwortete ihm: „Sie setzen sich einer langen Untersuchungshaft aus, und mein Rath ist, machen Sie daß Sie fortkommen," und dann eilte er fort. Ich glaubte er wäre nun bereits fort, als ich hörte daß er ein Billet nach meinem Hause geschrieben habe, worin er noch eine Zusammenkunft forderte. In Folge dessen eilte ich nach Hause, nahm etwas Geld zu mir, ließ etwas Wäsche für Ohm zusammenpacken und fuhr mit diesen Sachen und meiner Frau nach dem Thiergarten, wo Ohm das Rendezvous am Goldfischteich bestimmt hatte."

Präsident: „Der bereits als Zeuge vernommene Polizeipräsident v. Hinckeldey will eine Wissenschaft darüber nicht gehabt haben daß die Flucht Ohms hat stattfinden können oder mögen. Sie wollen aber mit dem Polizeipräsidenten ausdrücklich darüber gesprochen haben, wenigstens in einer Art und Weise daß es dem Polizeipräsidenten nicht wohl verborgen bleiben konnte daß Sie beabsichtigen würden Ohm fortzuführen, um ihn der Haft zu entziehen." Zeuge: „Es war zwischen mir und dem

Polizeipräsidenten die Rede davon daß Ohm aus seiner Haft entlassen werden solle, wenn er auch bei der Haussuchung verhaftet würde; daß er nicht ins Gefängniß kommen solle. Daß ich ihn aus dem Zimmer geführt habe, ist auf mein Risico geschehen, und ich gewärtige deßhalb das weiteren."

Als nach dieser Erzählung das Verhör besonders darauf ausgeht näheres über den Ursprung u. s. w. des Briefs mit dem Mordplan zu erfahren, geräth es in eine nebelhafte Atmosphäre. Ohm erklärt: ein gewisser Gruwer, der sich als Vetter von D'Ester legitimirt, habe ihm diesen Brief durch Schinsky zukommen lassen. Ueber Gruwer erhält man durch das Verhör keine weiteren Aufschlüsse. Ohm aber fügt obigen Worten hinzu: „Ich erkläre offen und frei daß Goedsche nur durch Vaterlandsliebe bewogen worden ist mich dem Polizeipräsidenten zu übergeben, daß Goedsche, wenn der Brief als gefälscht angesehen werden sollte, in keiner Weise, sondern ich nur allein der Fälscher seyn kann. Nach meiner Ueberzeugung, meine Herren, bin ich mit dem Briefe nicht betrogen worden. Meine Herren! Sie müssen die Schlauheit der Demokraten kennen. (Zischen.) Ich muß darauf zurückkommen, es ist schmerzlich zwei Tage hintereinander von diesen Sachen zu hören. Ich habe die feste Ueberzeugung daß jener Brief von D'Ester herrührt." Der Präsident hält ihm vor: „Sie haben früher erklärt nicht zu wissen auf welche Weise der Brief in Ihren Besitz gekommen sey, und haben die Vermuthung aufgestellt daß Ihnen dieser Brief untergeschoben seyn könnte. Sie haben gestern die Vermuthung ausgesprochen, es könne dabei davon ausgegangen worden seyn D'Ester, Waldeck und Sie zu verderben. Sie haben nicht Ursache sich zu ereifern daß man Sie der Verdächtigung und Verfälschung angeklagt. Es muß aber nothwendig festgestellt werden von wem der Brief herrührt. Daß die Briefe von D'Ester sind, beruht auf Ihrer eigenen Angabe, die Sie wieder bestritten haben. Es ist also nothwendig daß darauf eingegangen wird woher die Briefe stammen, welchen Ursprung und welche Bedeutung ihnen beizulegen ist."

Nach diesen letzten Worten des Präsidenten aber wendet sich der Staatsanwalt mit Fragen an Goedsche, und nun wird dieser wieder die Hauptperson des Verhörs. Er erzählt unter einer Reihe von Abschweifungen: am Anfang Mais bekam Ohm, wie er mir sagte, von D'Ester den Antrag nach Hamburg zu reisen, und ging hierauf, eigentlich gegen seinen Wunsch, aber auf mein Zureden ein. Als er seine Bereitwilligkeit zur Annahme des Antrags D'Ester hatte wissen lassen, wollte ihm dieser Briefe unter der Adresse Julius Jacobson nachschicken. Ich war nicht sicher daß Ohm mir den ganzen Inhalt dieser Briefe zeigen würde; ich wollte sie deßhalb selbst in Empfang nehmen. Ich fuhr noch vor Ohm hin, er kam mir am Nachmittag nach, und während er in meinem Hotel aß, holte ich zwei Briefe die unter der Adresse Jacobson angekommen waren; einen gab ich Ohm, den andern behielt ich, las ihn ohne es Ohm zu sagen, und sah daraus daß er wichtige Papiere, die mir noch unbekannt waren, hinter sich hatte. Gestützt hierauf benutzte ich den Umstand daß Ohm sich später einmal versprach, und zwang ihn zur Herausgabe jener wichtigen Papiere (eben des Briefes über den Mordplan). Vom Präsidenten befragt: „Standen Sie in Verhältnissen, wonach Sie sich berechtigt hielten Briefe die für Ohm bestimmt waren zu erbrechen?" antwortet Zeuge: „Ich glaubte mich dazu berechtigt, weil ich überzeugt war daß von hochverrätherischen Umtrieben die Rede darin sey." Präs.: „Hatten Sie irgendeine Ermächtigung so zu verfahren?" Zeuge: „Nein, bloß den Wunsch dem Vaterland und meiner Regierung nützlich zu seyn." Einen Zwischenfall in diesem Verhör Goedsche's bildet die Bemerkung des Vertheidigers Dorn über einen bei den Acten vorhandenen, an Goedsche gerichteten Brief, in dem sich die Worte finden: „Bei D. war ich gestern bis 12 Uhr. Der Frauenbrief lag zur Beantwortung vor, doch hat er gestern nichts gearbeitet. Wird die Antwort an diesen Frauenverein nichts Beweisendes haben? Ich will Ihnen aber eine andere Art vorschlagen: der Brief aus Schlesien soll nach Ihrer Idee heute ankommen. Montag früh nehmen Sie dieselbe Handschrift des Briefs, diese veranlaßt einen Brief, worin es heißt: dem Abgeber dieses belieben Sie die Statuten und sonstiges unsere Sache Angehendes zu übergeben. Mehr darüber heute Abend 10 Uhr." Darüber sagt Dorn: „Nach den Worten scheint es hier darauf abgesehen mittelst einer gefälschten Handschrift sich andere Schriften zu verschaffen. Was bedeutet dieß?" Goedsche: „Ich kenne das nicht; das ist von Ohm geschrieben." Präs.: „Aber an Sie gerichtet; Sie müssen wissen was damit gemeint ist." Goedsche (in großer Aufregung): „Ich erklärte Ohm gleich das sey lächerlich; das ginge nicht; ich weiß nicht was er meinte." Präs.: „Angeklagter, was haben Ihre Worte zu bedeuten?" Angeklagter (nach längerem Zögern): „Ich weiß in der That nicht.... bei den Hunderten von Briefen die ich geschrieben habe.... Hr. Goedsche hat ein besseres Gedächtniß, der muß es wissen." Einen zweiten Zwischenfall in dem Verhör über den Mordplansbrief bewirkt eine andere Bemerkung von Dorn. Da nämlich der erwähnte Brief nach Ohms Angabe am 6 Mai ihm bekannt ward, so hebt Vertheidiger Dorn hervor: „Der Angeklagte sagt, der Brief sey ihm am 6 Mai bekannt geworden. Dieser Brief enthält unter andern Mittheilungen daß Bakunin entflohen sey. Aus den Zeitungen wird man ersehen können daß der Aufstand in Dresden am 9 oder 10 Mai erst beendigt war, der Angeklagte hat also etwas drei Tage im voraus gewußt." Den Schluß des Goedsche'schen Verhörs macht die Erklärung Goedsche's: „Erlauben Sie mir noch ein Wort über die beiden Angeklagten. Es ist zu meiner Kenntniß gekommen daß der eine Angeklagte eine ganz besondere Freiheit gehabt hat, indem Waldeck mit Personen allein gewesen ist; es ist sogar Temme dagewesen, und außerdem liegt mir eine schriftliche Erklärung vor daß der Hr. Criminalgerichtsdirector Harassawitz sich mit ihm allein unterhielt und die Wärter stundenlang entfernt hatte. Außerdem hat Hr. Waldeck mit Hülfe des Hrn. Dorn einen Fluchtversuch gemacht." Mit dem Goedsche'schen Verhör wird die Sitzung vom 29 beendet.

Am 30 November beginnt die Gerichtssitzung mit dem Verhör des August Piersig. Der Zeuge ist zwanzig Jahre alt, Privatsecretär, in Diensten des Bureau der Provinzialcorrespondenz, und betrachtet Goedsche als seinen Chef und Dienstherrn. Im Anfang d. J., etwa im Januar, ist er von Goedsche beauftragt gewesen die zwischen Goedsche und Ohm unter den Namen Walter und Katte gewechselten Briefe zu besorgen, sie poste restante aufzugeben oder abzuholen, sie niederzulegen oder abzuholen in zwei Localen, von denen eines eigens zur Beförderung dieses heimlichen Briefwechsels von Goedsche gemiethet worden war. Diesen Auftrag besorgte Piersig mehrere Monate lang. Ueber sein Verhältniß zu den bekannten Enthüllungen erklärt sich der Zeuge dahin: „Die ursprüngliche Autorschaft (derselben) geht allerdings von Hrn. Ohm aus, denn unter den von ihm und Hrn. Goedsche mitgetheilten Schriften befinden sich die Materialien zu den von mir herausgegebenen Enthüllungen. Die Data dazu und die nöthigen Notizen sind allerdings von Hrn. Ohm ausgegangen, nur sind sie nicht so dem Druck übergeben worden wie sie ursprünglich waren. Die Herausgabe ist von mir besorgt worden." Präsident: „Für wen waren die Notizen bestimmt aus denen Sie die Data genommen haben?" Zeuge: „Diese habe ich von Hrn. Goedsche genommen." Präs.: „Ueberließ er Ihnen die freie Verfügung oder hat er Ihnen Aufträge gegeben?" Zeuge: „Es war ein Werk gegenseitiger Uebereinkunft. Ich feilte daran, so zu sagen. Schrieb sie und übergab sie dem Druck." Präs.: „Die Notizen waren für die Redaction der Neuen Preußischen Zeitung bestimmt." Zeuge: „Das weiß ich nicht, habe ich wenigstens damals nicht gewußt, wenn ich es auch vermuthen konnte." Präs.: „Wie konnten Sie sich berechtigt halten diese Notizen zu einem andern Zweck zu benutzen?" Zeuge: „Auf Grund der gegenseitigen Uebereinkunft mit Goedsche. Sie waren in der Neuen Preußischen Zeitung nicht veröffentlicht worden, höchstens hier und da 'mal eine Mittheilung. Aber von demjenigen was in den Enthüllungen enthalten ist, ist in der Neuen Preußischen Zeitung nichts mitgetheilt worden." Vertheidiger Dorn: „Ich bitte zu fragen ob nicht der Zeuge Piersig verschiedenemale wegen Injurien belangt und als Verleumder verurtheilt ist, indem sich vor Gericht herausgestellt hat daß die von ihm mitgetheilten Thatsachen nicht wahr gewesen sind." Zeuge: „Ich bin allerdings wegen mehrfacher Injurien in Anspruch genommen, theilweise verurtheilt, die Sachen schweben aber. Ich habe den Einwand der Wahrheit gemacht. Es ist darauf nicht eingegangen worden, weil der hohe Gerichtshof, vor dem ich stand, erachtete daß, selbst wenn sich die Wahrheit herausstellte, ich in den Aeußerungen die ich in den Enthüllungen angewendet habe, hätte vorsichtiger seyn sollen, und nicht dergleichen Aeußerungen thun müssen in denen nach den Gesetzen Beleidigungen lägen." Präs.: „Sind Sie wegen Beleidigungen oder Verleumdungen angeklagt worden?" Zeuge: „Wegen Beleidigung." Vertheidiger Dorn: „Ich habe das Actenstück vorliegen. Der Abgeordnete Krackrügge wurde thatsächlich beleidigt. Der Zeuge machte den Einwand der Wahrheit. Er wurde verurtheilt, und das Erkenntniß sagt: (dasselbe wird wörtlich vorgetragen, woraus hervorgeht daß, abgesehen davon daß der Beklagte keinen Beweis geführt, sich Krackrügge nicht bei dem Zeughaussturm betheiligt habe.)" Zeuge: „Es ist mir allerdings ein Erkenntniß zugegangen." Präs.: „Erinnern Sie sich des Inhalts?" Zeuge: „Des Wortlautes kann ich mich nicht erinnern. Ich habe Appellation eingelegt, und die Sache ist in zweiter Instanz noch nicht erledigt." Vertheidiger Dorn: „Das ist richtig." Präs.: „Haben Sie den Gesammtinhalt aus den Notizen des Ohm genommen oder etwas hinzugethan, und zwar aus eigener Erfahrung oder aus der Mittheilung von andern?" Zeuge: „Hinzugethan habe ich durchaus nichts. Ebenso wenig habe ich wesentliche Punkte weggelassen die mitgetheilt waren. Ich habe weiter nichts an den

Enthüllungen gethan als sie in stylistischer Beziehung geändert." Präs.: „Sie haben im wesentlichen die Notizen des Ohm zu Grunde gelegt." Ohm: „Ist es mir gestattet über die Enthüllungen etwas zu sagen?" Präs.: „Thun Sie es." Ohm: „In der Voruntersuchung wurde ich als Zeuge aufgerufen wegen einer Persönlichkeit. Ich wurde als Zeuge aufgerufen ob ich davon etwas wisse daß gesagt werde diese Enthüllungen seyen von mir. Ich erkläre daß ich im Stande seyn werde, sobald diese Untersuchung beendet seyn wird, die Autorschaft der Enthüllungen ganz auf meine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Ich werde also vollkommen im Stande seyn die Processe die dieser Art geführt sind wegen Verleumdung und Verdächtigungen vollständig zurückzuweisen."

(Fortsetzung folgt.)

(4552) Allen meinen auswärtigen Freunden und Bekannten widme ich hiemit die Anzeige meiner am 3ten dieses Monats vollzogenen Verehelichung mit Fräulein **Klara Wassermann** aus Harburg.

München, im December 1849.

Siegmund Guggenheimer.

(4501—3) **Bekanntmachung.**

Aus der Theres Freifrau v. Schönbrunn'schen Gant hinterliegt noch ein Massarest von 470 fl. in Deposito judiciali, zu dessen Bezuge nach dem Prioritäts-Erkenntnisse vom 10 Juli 1829 berechtigt ist Johann Hasler, gebürtig aus dem Kanton Zürich in der Schweiz, ehemaliger Oekonomie-Pächter in Laimforn, welchen Pacht er im Jahre 1834 verlassen hat.

Wohin er von da gegangen ist, konnte bis jetzt nicht ausgeforscht werden. Nach dem Antrage des Massacurators und auf Grund der Gerichtsordnung Cap. 5, §. 3, Nr. 1 wird hiemit obiger Johann Hasler oder seine allenfallsige Descendenz aufgefordert,

binnen sechs Monaten

entweder in Person oder durch einen in gesetzlicher Weise Bevollmächtigten dahier zu erscheinen, und den noch vorhandenen Massarest per 470 fl. für seine eingedungenen Forderungen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Massarest dem nach dem allegirten Prioritäts-Erkenntnisse zunächst folgenden Gantgläubiger gegen Caution würde ausbezahlt werden.

Straubing, 3 Nov. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht Straubing.

Der königl. Director

Gebrath.

Braun, Secr.

(4540) **Edictalladung.**

Joseph Forster, Auflegerssohn von Neuötting, geboren den 10 Febr. 1779, ist in seiner Jugend nach Nordamerika gekommen, brachte sich zuerst in Philadelphia, dann in Reading mit Redaction von Zeitschriften fort, hat sich später in Neu-Orleans als Arzt aufgehalten, und ließ im Jahre 1817 die letzte Nachricht von sich in seine Heimath gelangen.

Da seither von dem Leben und Aufenthalte dieses Joseph Forster nichts mehr bekannt wurde, ungeachtet derselbe nach vorgängiger öffentlicher Vorladung in mehreren der verbreitetsten Zeitungen durch landgerichtliches Erkenntniß vom 7 December 1844 für verschollen erklärt worden ist, so wird Joseph Forster, welcher nunmehr das 70ste Lebensjahr überschritten haben würde, oder seine allenfallsige legitime Descendenz auf Antrag eines Verwandten aufgefordert, sich

innerhalb 3 Monaten von heute an

bei dem unterfertigten Gerichte um so gewisser zu melden, als er sonst nach Abfluß dieser Frist für todt erklärt, und sein elterliches Vermögen von 600 fl. an seine nächsten Erben gegen juratorische Caution ausgeantwortet werden würde.

Altötting, am 20 Nov. 1849.

Kgl. Landgericht Altötting.

Hayder.

[4558—59] **Cholera-Schrift für Aerzte.**

Im Verlage der K. Kollmann'schen Buchhandlung in Augsburg ist soeben nachfolgende höchst interessante Schrift erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Die Cholera

beobachtet in der Neuzeit

in *Berlin* ,*ff Leipzig* und nordwärts.

Nebst einem Anhange über galvanische Bäder in der Epidemie.

Von Dr. M. Wintrich,

pract. Arzt.

gr. 8. brosch. 1 fl. oder 18 Sgr. press.

Diese Schrift verdient unter der grossen Anzahl neuerschienener Choleraschriften vorzugsweise Beachtung, weil sie wichtige neue Beobachtungen und Erfahrungen mittheilt, welche der Hr. Verfasser als Begleiter der von der bayr. Regierung im Frühlinge d. J. zur Beobachtung der Cholera nach Norddeutschland abgeschickten Commission in Leipzig, Halle, Braunschweig, Magdeburg, Berlin u. s. w. mit Fleiss und Sachkenntniss zu machen die Gelegenheit benutzte.

Es sind sowohl allopathische wie homöopathische Krankengeschichten mitgetheilt, daher die Schrift auch für Homöopathen wichtig ist.

[4065—69] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Medicinische Abhandlung über die Physiologie der Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reifern Alters, die größtentheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Geisteskräfte zerstören, alles Feuer und endlich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten; erläutert mit 40 Abbild. in farbigem Druck, betreffend die Anatomie, Physiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für jedermann faßlicher Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Functionen derselben, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Wirkungen ꝛc. Nebst praktischen Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen ꝛc., über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Rheumatismus, Gicht, Rückenmarksaffectionen, Lungenleiden, Abzehrung ꝛc. Anhang: Moyens préservatifs contre l'infection. — Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgeg. von **Laurentius** in Leipzig. 7te Aufl. 8. 170 Seiten.

Dieses nützliche und lehrreiche Buch sollte sich in aller Händen befinden; es kann mit Wahrheit behauptet werden daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen, und bei Empfang darauf sehen dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das Aechte nicht.**

[4537] In der Osiander'schen Buchhandlung in Tübingen ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Geschichte der französischen Revolution

von **A. Thiers.**

Aus dem Französischen.

6 Bände mit 6 Stahlstichen.

Zweite Auflage.

Preis 4 Rthlr. oder 6 fl. 45 kr.

Dieses ausgezeichnete Werk ist zu bekannt als daß von unserer Seite eine Empfehlung desselben nöthig wäre: wir erlauben uns daher nur darauf aufmerksam zu machen daß eine äußerst gediegene Uebersetzung und bei schöner Ausstattung ein sehr billiger Preis die Vorzüge dieser Ausgabe sind, wodurch auch der schnelle Absatz der ersten starken Auflage erklärt wird.

[4534] Im Commissionsverlag der Cast'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen und durch dieselbe sowie durch jede gute Buchhandlung des In- und Auslandes zu beziehen:

Valdivia und Chiloë

für deutsche Auswanderer.

Herausgegeben von **J. F. Cast,**

Vorsteher des Vereins für nationale Auswanderung und Colonisation.

Mit einer colorirten Karte. Gr. 8. brosch. Preis 24 kr.

Der Verein für nationale Auswanderung und Colonisation in Stuttgart veröffentlicht in vorstehender Schrift eine wahrheitsgetreue Schilderung über die Lage, Beschaffenheit und Zustände jener Provinzen des südamerikanischen Freistaates Chile, welche er als künftiges Auswanderungsziel ermittelt und bestimmt, und entwickelt zugleich den Plan seines Strebens und seiner Wirksamkeit daselbst. Er weiß, indem er dieß thut, vollkommen zu erwägen daß wer nur immer dem Strome der Auswanderung eine neue, von der bisherigen abweichende Richtung zu geben beabsichtigt, mehr als gewöhnlichen Muth besitzen und seiner Sache in der That gewiß seyn muß; er hält es aber ebenso für Pflicht eines jeden der eine neue Abzugsquelle für die Auswanderung zu erforschen vermag, solche zu veröffentlichen, unter getreuer Darstellung der Licht- wie der Schattenseiten; den Auswanderungslustigen alle zu erwartenden Schwierigkeiten vor Augen zu führen, und sie an der Hand der Erfahrung dahin zu geleiten. Und dieses Pflichtgefühl ist es auch das dem Verein gebot die in jenen Provinzen angestellten Forschungen zu veröffentlichen, dieselben für Ansiedelungszwecke mit bestem Wissen und Gewissen vorzuschlagen und unsern auswanderungslustigen Landsleuten zu empfehlen.

[4517] Bei J. L. Lotbeck in Nürnberg erschien und ist in allen Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu haben:

Colorir- und Bilderbuch

mit Darstellungen der Zeitereignisse seit Februar 1848. 10 illuminirte und 10 schwarze Bilderbogen zum Nachilluminiren. Folio. Gebunden 15 Sgr. oder 48 kr.

Zeit-Bilderbuch

mit 10 colorirten und 10 schwarzen Blättern, Scenen politischer Begebenheiten seit Februar 1848 zum Nachilluminiren. Querfolio. Gebunden. 15 Sgr. oder 48 kr.

[4370—72] In der Vogel'schen Verlagshandlung in Landshut und München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Legende der Heiligen auf alle Tage des Jahres von Anton Mätzler.

Fünfte Auflage. Zwei Bände zu je 60 Bogen oder 6 Lieferungen zu je 20 Bogen. Mit zwei Stahlstichen und bunten Titelblättern. Preis einer Lieferung 42 kr. oder 12½ Ngr. Das vollständige Werk mithin 4 fl. 12 kr. od. 2 Thlr. 15 Ngr.

Von allen Legenden ist diese die vollständigste und wohlfeilste! Sie ist überdieß von den geistlichen Behörden geprüft und approbirt, wie das dem ersten Hefte vorgedruckte Zeugniß erweist.

Das Neue Testament übersetzt u. m. Anmerkungen erläutert von Franz Joseph Allioli.

Mit Approbation des apostolischen Stuhles. Ausgabe mit 14 Stahlstichen gr. 8. 4 Lieferungen, geheftet. Preis einer Lieferung 54 kr. od. 16 Ngr.

Das Neue Testament in derselben Uebersetzung von F. J. Allioli

ohne Anmerkungen. Mit 1 Stahlstich fein gebunden mit Goldschnitt. Preis 1 Thlr. oder 1 fl. 36 kr.

Diese sowie die vorhergehende sauber ausgestattete Ausgabe eignet sich besonders zu Geschenken.

Ferner sind folgende Handausgaben des Neuen Testamentes erschienen:

Das Neue Testament, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von J. F. Allioli.

Mit Approbation des apostolischen Stuhles. gr. 8. geh. Preis 1 Thlr. 21 Ngr. od. 3 fl.

Das Neue Testament in derselben Uebersetzung ohne Anmerkungen. gr. 16. geh. Preis: 12½ Ngr. od. 42 kr.

Die Einführung dieser beiden Ausgaben des Neuen Testamentes in Schulen ist die Verlagshandlung bereit dadurch zu erleichtern daß sie bei Abnahme von mindestens 25 Exemplaren, die auf Einmal genommen werden, noch einen bedeutend ermäßigten Partiepreis gewährt.

Schließli empfehlen wir noch als sich an obige Uebersetzungen anschließend:

Allioli, kleines Epistel- und Evangelienbuch.

Aus dessen vom apostolischen Stuhl gutgeheißener Bibelübersetzung und nach dem römischen Meßbuche zusammengetragen und zum Gebrauche des deutschen Volkes wie der Schulen eigens bearbeitet. Mit Druckbewilligung der hochw. Ordinariate von Bamberg und Augsburg. 2te Auflage. 8. 16½ Bogen. Preis 24 kr. oder 7½ Sgr., gebunden 30 kr. od. 9 Ngr.

Allioli, großes Epistel- und Evangelienbuch.

Nach seiner vom apostolischen Stuhl approbirten Bibelübersetzung. Mit einem Anhange von Gebeten und Litaneien. Zum Gebrauch in den deutschen, auch königl. preuß. Schulen und Kirchen. 2te Aufl. gr. 8. 22½ Bogen. Preis 36 kr. oder 10½ Sgr., gebunden 44 kr. oder 12½ Ngr.

Auch für diese Epistelbücher wird bei Einführung derselben in Schulen ein ermäßigter Preis gewährt.

(4549—51)

Ankündigung der vereinigten Frauendorfer Blätter.

Herausgegeben von der praktischen Gartenbaugesellschaft in Bayern, redigirt durch deren Vorstand: Eugen Fürst.

Jahrgang 1850. Mit vielen feinen Holzschnitten. Wochentlich ein Quartbogen.

Diese hinlänglich bekannte Zeitschrift kostet durch die Post halbjährlich in Bayern 1 fl. 16 kr., in Württemberg 1 fl. In Sachsen und Preußen ganzjährlich nur Einen Reichsthaler (1 fl. 45 kr.), in Oesterreich ganzjährlich 1 fl. 40 kr. C.M. ohne, 2 fl. 4 kr. C.M. mit Couvert. Jahrespreis durch alle Buchhandlungen nur 1⅓ Rthlr. pr. Cour. oder 2 fl. 24 kr. rhn. Den Hauptdebit für den gesammten Buchhandel besorgt die

Krüll'sche Universitätsbuchhandlung in Landshut.

[4500] Bei Adolf Lehmkuhl in Altona sind erschienen:

Alte Geschichten. Getreulich aufbewahrt und nach königlich besiegelten Privilegien gehorsamst im Jahre 1848 und 1849 wortgetreu und thatsächlich herausgegeben vom schleswig-holsteinischen Volke. Eigenthum des Herausgebers. Und „kein König kann was unser ist verschenken." gr. 8. geh. 6 Sgr.

Von diesem merkwürdigen Büchlein sind binnen wenigen Wochen 14,000 Exemplare abgezogen.

Schleswig-Holsteins Erhebung. Eine historische Skizze. I. Das Jahr 1848. Mit 2 Lithographien. 8. geh. 5 Sgr.

Das 2te Heft dieses Gedenkbüchleins für die deutschen Krieger, das Jahr 1849, ist unter der Presse.

[4104] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

K. F. M. Richter's Reisen zu Wasser und zu Lande.

Für die reifere Jugend zur Belehrung und zur Unterhaltung für Jedermann. 3. Auflage. 10 Bdchn. 16. brosch. 2 Thlr.

[4544] In der Jos. Lindauer'schen Buchhandlung in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Die erste **Dampf-Bierbrauerei** in München. Mit einer gedrängten Zusammenstellung des Wichtigsten über stehende Dampfmaschinen und einer Zugabe, enthaltend: die bautechnische Beschreibung der bayerischen Sommer- oder Lagerbierkellergebäude. Von Prof. Dr. K. W. Dempp. gr. 8. 1843. geh. Mit 6 Plantafeln. 2 fl. 24 kr. oder 2 fl. C.-M. oder 1⅓ Rthlr.

Detaillirte bautechnische Beschreibung **Bayerischer Bierbrauereigebäude** mit Sudwerken von 14 und 8 Schäffeln Malz, nebst vorausgeschickter übersichtlicher Darstellung des technischen Baubetriebs. Ein Handbuch für Architekten und Baumeister, Brauerei- und Gutsbesitzer, wie auch für Cameralbeamte und Oekonomie-Verwalter überhaupt. Von Dr. Karl Wilhelm Dempp. Mit 7 Plantafeln in einem besondern Hefte. gr. 8. geh. — 2 fl. 15 kr. 1 fl. 54 kr. C.-M. 1 Rthlr. 7½ sgr.

Beschreibung der **Braun-Bierbrauerei in Bayern** mit damit verbundener Branntweinbrennerei und Essigsiederei, nebst Nachricht über die jüngst errichtete erste Dampfbrauerei in München. Von Benno Scharl. Dritte, v. Prof. Dr. K. W. Dempp

besorgte und vermehrte Auflage. gr. 8. 1843. geh. mit 3 lithogr. Tafeln. 1 fl. 21 kr.

(4366) Neu erschien soeben bei F. A. Brockhaus in Leipzig und ist in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Spiel und Liebe.

Eine Novelle
von Heinrich Koenig.
Gr. 12. Geheftet. 1 Thlr. 18 Ngr.

(4250-52) Von den in meinem Verlage erschienenen correcten und elegant ausgestatteten, daher sehr beliebten Taschen-Ausgaben englischer und französischer Classiker — 60 Bändchen — sind zu bedeutend ermäßigtem Preise sowohl die ganze Sammlung als Werke einzelner Classiker durch jede Buchhandlung zu beziehen, auch ist das Verzeichniß derselben gratis zu haben.

Nürnberg, im November 1849.

Fr. Campe.

(4553) **Buchdruckerei-Verkauf.**

In einer der größten Städte der Rheinprovinz ist eine wohl eingerichtete und in lebhaftem Betrieb befindliche Buchdruckerei mit einer Schnellpresse neuester Construction (Druckformat $^{11}/_{3}$ Zoll rhn.), eiserner Handpresse, Glättpresse, 60—70 Ctr. Schriften, nebst allem übrigen Geräthe, sämmtliche Utensilien nur noch wenig gebraucht, zu verkaufen. Kauflustige wollen sich in frankirten Briefen sub. Lit. S. M. Z. an die Expedition der Kölnischen Zeitung wenden.

[4527—32] **Für Gutsbesitzer, Landwirthe und Oekonomen.**

Eine neue vervollkommnete Dresch-Maschine von Mary Goerlaken. Comp. in London erfunden, leistet mehr als irgendeine dieser Art. Sie drischt nämlich mit einer Kraft von 4 Pferden 1200 Schäffel und darüber von Korn den Tag, 20 Säcke von Hafer und 20 Schäffel Roggen in einer Stunde, und von 480 bis 560 Schäffel Weizen den Tag. Mehrere Landwirthe Englands sind bereit hinlängliche Zeugnisse davon abzulegen, und man bittet sich an die Erfinder zu adressiren Nr. 118 Fenchurstreet, London.

(4526) **Reutlingen.**

Ich zeige hiemit an daß ich es dahin gebracht habe

Zündnadel-Büchsen

nach preußischer Art, jedoch mit wesentlichen Verbesserungen, verfertigen zu können. Durch meine Einrichtung bin ich in den Stand gesetzt jede, auch die größte Bestellung auszuführen. Briefe frei

Büchsenmacher Beutter.

(4495) **Allerneueste Gerstenmaschine.**

Wegen eingetretener Geschäfts-Veränderung wird eine nach der neuesten Art und durchgehends von Eisen construirte Gerstenmaschine sehr billig zum Verkaufe angeboten. Außer in Wien existirte bis dato keine ähnliche Maschine in Deutschland, dieselbe bietet einen Hauptvortheil darin dar, daß die Körner durch eine Schneide-Maschine in 2 Theile getheilt werden, wodurch nicht nur mehr Gerste gewonnen, sondern dieselbe weit schöner als die gewöhnliche und höher bezahlt wird.

Auch ist der Abgang viel geringer: da keine Verstaubung stattfindet, so geht an diesem nichts verloren.

Das Nähere ist unter der Chiffre K. Nr. 200 auf frankirte Einsendungen an die Expedition der Allgemeinen Zeitung zu erfahren.

[4386—87] **Stelle- oder Associégesuch.**

Ein junger verheiratheter Mann, Schweizer, der sich die gründlichsten Kenntnisse im Baumwollespinnfach und Maschinenbau angeeignet hat, wünscht in Süddeutschland eine Spinnerei zu leiten oder in Pacht zu nehmen, oder mit einem Associé eine solche zu gründen oder zu kaufen.

Frankirte Briefe, mit Nr. 4386 bezeichnet, besorgt die Expedition der Allg. Ztg.

[256] **Nachricht für Erfinder.**

Erfinder, welche in Oesterreich, Frankreich und England Patente zu erhalten oder ihre Erfindungen zu verkaufen wünschen, belieben sich zu wenden an das Comptoir der Asphalt-Unternehmung, Leopoldstadt, Stadtgutgasse Nr. 366 in Wien.

(4480) **Passende Festgeschenke.**

Bei Kaulfuß W. Prandel u. Comp. in Wien sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Handbuch der Schmetterlingskunde

der vaterländischen Jugend geweiht
von J. Zwanziger.
Halbsteif gebd. mit color. Kupfern 1 fl. C.-M. oder 22½ Ngr.

Chemie für Damen

von
Prof. Ritter v. Holger.
Taschenbuchformat. Eleg. cart. 1 fl. 20 kr. C.-M. oder 26 Ngr.

Der Erzherzog Carl von Oesterreich

von
Dr. Ed. Duller.
Illustrirt von l'Allemand, Geiger, Haselwander, Kaiser, Pettinghofer, Rieder, v. Schwind.
gr. 8. cart. 10 fl. oder 6 Rthlr. 20 Ngr.
Elegant gebunden, mit dem Portrait des Erzherzogs Carl in Relief 12 fl. C.-M. oder 8 Rthlr.

Lesecabinet.

Eine unterhaltende und belehrende Lectüre für Jung und Alt, besonders im katholischen Deutschland.
Von Bischoff.
brosch. 3 Bde. 2 fl. 24 kr. C.-M. oder 1 Rthlr. 24 Ngr.

[4419—21] **Edict.**

Vom Pfleggerichte Burg Wels, als Roithmühler-Concurs-Instanz, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sey über Einschreiten des Concursmassa-Vertreters, Herrn Dr. Kompaß in Steyr, und über Einverständniß der Herren Creditoren-Ausschüsse, in die öffentliche Versteigerung der sämmtlichen Realitäten und Mobilien der kaiserl. kön. priv. Roithmühler-Eisenblech- und Maschinenfabriks-Actien-Gesellschaft gewilliget und zu deren Vornahme

der erste Termin auf den 13. December 1849,
„ zweite „ „ „ 14. Jänner 1850,
„ dritte „ „ „ 14. Februar 1850

mit dem Anhange anberaumt worden, daß wenn die Versteigerungsobjecte bei der ersten oder zweiten Feilbietungs-Tagsatzung nicht um oder über den Schätzungswerth an Mann gebracht werden, dieselben bei der dritten auch unter diesem Werth hintangegeben würden.

Die der Versteigerung zu unterziehenden Realitäten sind

unter dem k. k. Berggerichte Steyr und Pfleggerichte Burg Wels:

1) Das Blechwalzwerk zu Roithmühle; bestehend in einem Cupol-Ofen zur Erzeugung von Eisengußwaaren, zwei Flammöfen zum Puddeln und Schweißen, drei Walzenpaaren zur Erzeugung von Eisenblech, Stabeisen und anderem Centnergut, einem Ausheizfeuer und einem Zeugmachfeuer.

Zu diesem Blechwalzwerke gehören an Gebäuden:
a) das sogenannte Herrenhaus sammt Wirthschaftsgebäude,
b) das kleine Stöckl,
c) das Traiteur-Haus,
d) die neue Kohlenhütte,
e) das neue Walzwerk,
f) das alte Walzwerk,
g) u. h) die Gußeisen- und Zimmerhütte,
i) das im Bau befindliche neue und
k) das alte Gußwerk

sammt dem im Crida-Inventar besonders ausgezeigten fundus instructus;
an Oekonomiegründen gehören hiezu 17 Joch 731$^{1}/_{10}$ Klafter Aecker, Wiesen und Gärten;
ferner die radicirte Mahlgerechtigkeit, zusammen im gerichtlich erhobenen Schätzungswerthe von . . . 89,800 fl. — kr.

2) Das Maschinenfabriksgebäude (ohne fundus instructus) zum Schätzungswerthe von . . . 4,000 fl. — kr.

3) Die ledige Reindl-Wiese, im Flächenmaß von 1 Joch 881$^{6}/_{10}$ Klafter, bewerthet auf . . . 225 fl. — kr.

Unter dem Stiftsgerichte Lambach:

4) 24 Joch 1292 Klafter ledige Gründe, in der nächsten Umgebung der Roithmühle, per . . . 1,872 fl. 18 kr.

Unter dem Stiftsgerichte Kremsmünster:

5) 14 Joch 167$^{4}/_{6}$ Klafter ledige Gründe, ebenso zunächst der Roithmühle, per . . . 1,462 fl. 21 kr.

Unter dem Justizgerichte Stauff:

6) Das Hammerwerk zu Stauff mit drei Zerrenn- und zwei Handfeuern, einem Zerrenn- und zwei Streckhämmern, dem Herrenhaus, Stallgebäude, gemauertem Kohlenstadl, radicirtem Hufschmiedgewerbe, 52 Klafter Gärten; 1 Joch 21$^{4}/_{6}$ Klafter Wiesen und dem zum Hammerwerke gehörigen besonders verzeichneten fundus instructus, zum Schätzungswerthe von . . . 30,067 fl. — kr.

7) Das sogenannte Schneiderhäusl per . . . 80 fl. — kr.

Unter dem Magistrate Frankenmarkt:

8) Der Hörleithengrund der 4 Joch 970 Klafter Wiesen zu . . . 300 fl. — kr.

9) Der Holzgrund aus dem Hödnergute, der 12 Joch 275 Klafter Waldung, zu . . . 557 fl. — kr.

Unter dem Pfleggerichte Kogl:

10) Die Wiesmahd in der Leithen, der 1 Joch 743 Klafter, bewerthet auf . . . 220 fl. — kr.

11) Endlich die Seyringer-Wiese, der 336 Klafter, zum Schätzungswerthe von . . . 80 fl. — kr.

Unmittelbar nach beendeter Real-Licitation wird zur Versteigerung des fundus instructus und der sonstigen Werkzeuge, Maschinen und Utensilien geschritten.

Kauflustige werden eingeladen an den bezeichneten Tagen, jedesmal Vormittags 9 Uhr, in der Roithmühle nächst Wels zu erscheinen, und können sowohl die Realitäten und Werke noch vor der Licitation an Ort und Stelle besichtigen, als auch von den Feilbietungs-Bedingungen hierorts zu den gewöhnlichen Amtsstunden Einsicht nehmen.

Burg Wels, am 2. November 1849.

Jabichlitzky, Justitiär.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Sonnabend Nr. 342 8 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (die Forderungen an die Centralgewalt. Fürst Wallerstein und die Acten des Ministeriums. Die zweite Kammer beendigt am dritten Tag die Berathung über ihren Geschäftsgang); Augsburg (die Abtretung der Gemeindegrundgefälle an den Staat); Heilbronn (Neckardampfschifffahrt); Aus der Baar (Einquartierungslast); Karlsruhe (die Austretenden); Darmstadt (die Demokraten bei den Wahlen in großer Mehrheit); Kassel (weitere Eisenbahnentwürfe); Altenburg (Preßproceß); Hamburg (über die Verfassungsangelegenheit noch kein Beschluß des Senats. Hemmung der Schifffahrt. Die Ungarn nach England und Schottland. Die vermißte Majorsfrau); Dresden (die Debatte über Aufhebung des Belagerungsstands); Berlin (Demonstrationen für Waldeck, der abgereist scheint. Die Gemeindeordnung vor der ersten Kammer. Der Beschluß der zweiten über das Interim. Frhr. v. Maltzen. Der österreichische Protest gegen den engern Bund bestätigt); Oldenburg (der Landtag lehnt mit kleiner Mehrheit die Bestätigung des Anschlusses an das Berliner Bündniß ab); Wien (ungarische Plane. Berufung Gehringers. Die Landesverfassungen sollen alsbald erscheinen. Schluß der Depesche an Frhrn. v. Prokesch. Freilassungen in Ungarn. Landwirthschaftliche Preisschrift. Gietl).

Oesterreichische Monarchie. Die Reichsverfassung in Preßburg verkündigt. Kossuths Mutter und Schwestern auf freien Fuß gesetzt.

Großbritannien. Näheres über den Tod der Königin-Wittwe. Ebenezer Elliott †. Der Reisende Richardson. Steigende Gährung in der Capcolonie. Geldüberfluß in der Bank und zunehmender Ausfuhrhandel. (S. den Börsenartikel).

Frankreich. Eine Interpellation über die Instructionen der Präfecten auf unbestimmte Zeit vertagt. Verhandlungen über die Liquidation der Civilliste. Abschaffung der schimpflichen Vollziehung der Contumacialurtheile.

Schweiz. Bern (immer weitere Abnahme der Zahl der deutschen Flüchtlinge; Zunahme der ungarischen. Gräfin Batthiany. Die Polen. Das Berner Budget.

Griechenland. Athen, 20 Nov. Ruhe. Der französische Gesandte. Ueberschwemmungen.

Türkei. Konstantinopel, 21 Nov. Die englische und die französische Flotte. Guyon. Das türkische Neujahr und der Fußkuß.

Ver. Staten von Nordamerika. Abtretung einer Insel von Seite Honduras'. Schiffbrüche.

Californien. Goldfülle. Versuch das Territorium zu organisiren.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 4; Wien 5; Frankfurt 6; Augsburg 7 Dec.

Deutschland.

Bayern. München, 2 Dec. Der Hr. Fürst Ludwig v. Oettingen-Wallerstein hat schon früher die Beschwerde erhoben daß ihm der Zutritt zu den Ministerialacten aus seiner Verwaltungsperiode verweigert worden sey. Diese Beschwerde wurde in der gestrigen zweiunddreißigsten Kammersitzung erneuert, und auf die Bemerkung des Abgeordneten Frhrn. v. Lerchenfeld daß seines Erinnerns wohl die Aushantwortung von Acten, nicht aber eine Verweigerung der Einsicht erfolgt sey, wurde dieser Abgeordnete mit einem lauten „Ja" von dem Hrn. Fürsten unterbrochen. Der Hr. Beschwerdeführer hat erstmals unterm 11 Jul. v. J. sich an das Staatsministerium des Innern mit der Bitte gewendet, es möge ihm, um den maßlosen Angriffen der Presse entgegentreten zu können, der Zutritt zu den Ministerialregistraturen gestattet und befohlen werden daß er: „coram registratore sowohl die geheimen Büreauacten als die Ministerialacten des Ministeriums des Innern aus seiner Ministerialperiode 1832/37 einsehen und excerpiren dürfe. Demselben wurde hierauf eröffnet daß diesem nicht auf die Bestimmungen des Art. VIII des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes*) gestützten Gesuche in „Rücksicht auf die Bildung der Acten und den Organismus der Registratur" mehrfache Bedenken entgegenstehen und demselben daher in dem erbetenen Umfang eine Folge nicht gegeben werden könne, daß es ihm jedoch unbenommen bleibe jene Actenproducte die derselbe zur Vertheidigung gegen die Angriffe der Presse zu benützen gedenke, genau zu bezeichnen, worauf ihm deren Einsichtnahme bereitwilligst werde gestattet werden." In einer spätern Vorstellung vom 29 Sept. v. J. wird das Gesuch erneuert und angeführt daß es früher nicht in der Absicht gelegen habe jenen Artikel des Gesetzes zu benützen. Jetzt aber habe sich die Sachlage geändert, man greife ihn bezüglich des Ganzen seiner frühern Verwaltung in einer Weise an der gegenüber ferneres Schweigen unmöglich sey und auch die ministeriellen Blätter gefielen sich in Andeutungen und Winken, deren Gewicht sowohl als Wirkung keines Commentars bedürfe. Er könne hiegegen nur den durch das Gesetz angebahnten einzig correcten Weg einschlagen, auf den Grund des mehrerwähnten Art. VIII den Ständen des Reichs eine actengetreue Rechtfertigung seines Wirkens vorzulegen, und bitte daher wiederholt „um den Zutritt zu sämmtlichen Ministerial- und geheimen Büreauacten der beiden Ministerien des Innern vom 29 Dec. 1831 bis 4 Nov. 1837, dann soweit er die Voracten bedürfe, zu jenen vor dieser Periode." Fänden sich diese Acten mit spätern zusammengeheftet, so bürge sein Zart- und Ehrgefühl dafür daß er die Gränze seiner gesetzlichen Zuständigkeit nicht überschreiten werde. Außerdem stehe ja den betreffenden Ministerien zu die Acteneinsicht nur coram registratore zu bewilligen. Hierauf erfolgte von beiden Staatsministerien unterm 17 Oct. 1848 die Erwiederung daß das vorgetragene Gesuch als auf die Bestimmungen des Art. VIII des oft erwähnten Gesetzes gegründet nicht erachtet werden könne, da eine Aufforderung des Königs oder der Kammern zur Rechenschaftsablage demselben nicht unterstellt sey. Es könne daher aus den früher angegebenen Gründen einer Acteneinsicht in dem erbetenen Umfang zur Zeit nicht stattgegeben werden, wogegen die Eröffnung erneuert wurde daß, wenn die Actenstücke, deren der Hr. Fürst bedürfe, genau bezeichnet würden, deren Einsichtnahme bereitwilligst werde gestattet werden. Zugleich könne nicht unbemerkt bleiben daß zur Zeit ministerielle (officielle) Blätter nicht bestehen, die Neue Münchener Zeitung aber ihre Spalten solchen Angriffen, soviel bekannt, nicht geöffnet habe... Da aber alle solche Angriffe, um deren Abwehr es dem Hrn. Fürsten doch allein zu thun seyn konnte, auf Thatsachen gestützt seyn mußten, so war volle Gelegenheit gegeben solche aus den einzelnen Acten zu schöpfen, deren Mittheilung bereitwilligst zugesichert war. (N. München. Ztg.)

München. Die gestern erwähnten Angaben des Kriegsministerialcommissärs v. Habel über die Forderungen an die Centralgewalt lauteten: „Welches Guthaben hat Bayern an die Centralgewalt, aus welchen Beträgen besteht dasselbe, und wie ist es erwachsen? Es ist die Liquidation im vorigen Jahr schon an die Centralgewalt erfolgt, und zwar mit dem Gesammtbetrag von 2,263,390 fl. Solcher ist erwachsen durch die auf Anordnung in Schwaben und der Pfalz aufgestellt gewesenen Truppencorps, ingleichen für die zu diesem Zweck mehr gehaltenen, resp. angekauften Pferde. Inzwischen ist aber von Seite des Reichsministeriums ein anderer Grundsatz zur Berechnung aufgestellt worden, und darnach sollen die frühern Berechnungen, also auch die bayerische Berechnung modificirt werden. Dieß wird zwar geschehen, es wird aber zugleich die Liquidation der übrigen auf Rechnung und Anordnung der Centralgewalt aufgestellten Corps damit in Verbindung zu bringen seyn, z. B. für das Corps nach Schleswig. Da auch die übrigen Regierungen dergleichen Liquidationen einzubringen und gegenseitige Rechnung zu pflegen haben, so wird es erst von dem Resultat der Abgleichung abhängen ob und wie viel nach der Liquidation Bayerns, mit welcher es im ganzen auftreten wird, an dasselbe zu vergüten oder von hier aus in Compensation zu bringen ist."

---

*) Der Art. VIII des Gesetzes sagt: „Jedem wirklichen oder abgetretenen Staatsminister oder Verweser eines Staatsministeriums dürfen die amtlichen Behelfe zur Rechenschaftsablage über seine Amtsverwaltung nicht vorenthalten werden, wenn er dieselben zu seiner Rechtfertigung vor dem König oder den Ständen des Reichs bedarf."

München, 3 Dec. Wenn man auf die fünftägige sogenannte Amnestiedebatte zurückblickt, wird es einem wirr im Kopf, wüst im Gemüth. Dürfte man hoffen daß während dieser fünf Tage aller versteckte Groll sich Luft gemacht hätte, so könnte man sich zufrieden geben. Denn dann wäre doch Aussicht vorhanden daß in Zukunft jene Einzelgefechte der Personen, welche die kostbarste Zeit rauben und von denen selbst der Skandalsüchtigste nachgerade übersättigt seyn muß, vor den wahren Landesinteressen in den Hintergrund träten. Wohlthuend war die Wahrnehmung daß mehrere katholische Geistliche für die mildesten Modificationen stimmten. Die HH. Lassaulx und Sepp aber haben sich selbst übertroffen. Man hat schon früher darauf hingewiesen wie große Aehnlichkeit diese Art Polemik mit den charakteristischen Merkmalen des radicalen Zeitgeistes hat. Diese Mischbruderschaft war besonders auffallend ausgeprägt in der Rede Lassaulx', die uns in ihrer mehr als pikanten Ausdrucksweise an die stylistischen Meisterwerke erinnerte welche im vorigen Jahr die „Neue Rheinische Zeitung," das „Organ der Demokratie," zum Besten gab. In den Organen der extremsten Presse ist man eine solche Sprache gewohnt; im bayerischen Landtagssaal aber muß man wünschen sie zum ersten und letztenmal gehört zu haben. (Nürnb. Corresp.)

|| **München**, 7 Dec. Der Art. 22 des Gesetzes über den Geschäftsgang des Landtags, welcher die Fälle behandelt in denen wegen persönlicher Betheiligung ein Mitglied nicht soll stimmen können, hatte, wie erwähnt, gestern viele Verbesserungsvorschläge hervorgerufen und so die Vertagung veranlaßt. Heute brachte Graf Hegnenberg eine neue Fassung in Vorschlag, lautend: „An der Abstimmung theilzunehmen, ist jedes anwesende Mitglied verpflichtet; dagegen hat sich der Abstimmung zu enthalten: 1) jedes einzelne Kammermitglied, wenn auf dessen Antrag oder in Folge einer durch die Geschäftsordnung gestatteten Reclamation über die dauernde oder vorübergehende Verpflichtung oder Berechtigung desselben zum Sitz in der Kammer entschieden werden soll; 2) jedes einzelne Kammermitglied, gegen welches eine nach der Geschäftsordnung zulässige Anklage oder Beschwerde erhoben wird, oder welches eine solche gegen ein anderes Kammermitglied erhebt; 3) jedes einzelne Kammermitglied welches in irgendeiner von der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Form die Entscheidung der Kammer in einer rein persönlichen Angelegenheit in Anspruch nimmt. Reclamationen, Anklagen und Beschwerden welche gegen mehrere Kammermitglieder zugleich gerichtet sind, werden in der Abstimmung getrennt behandelt, den Fall der formellen Beanstandung der Wahl eines ganzen Wahlbezirkes ausgenommen." Dieser Antrag brachte alle andern zum Rückzug, und wurde sofort einstimmig angenommen. Auch die folgenden Artikel, welche weiter die Art der Abstimmung, dann die Beziehungen der Kammern zu der Staatsregierung und unter einander behandeln, ergaben keinen wesentlichen Anstand, und es wurde schließlich das ganze Gesetz mittelst Namensaufruf einstimmig angenommen.

Augsburg. Die Abtretung der Grundgefälle an den Staat, welche die Gemeinde Augsburg und ihre Stiftungen besitzen, war seit mehreren Wochen der interessante Gegenstand der Berathung beider Gemeindecollegien. In Bezug auf die Abtretung der der Commune gehörenden Gefälle an den Staat waren beide Collegien einig daß solche gegen 4proc. Renten-Ablösungsobligationen zu geschehen habe; die Ansichten der Majorität des Magistrats in Bezug auf die Gefälle der Stiftungen aber waren denen des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten entgegen, weßhalb Mittwoch Vormittag zur Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit, bei der es sich um ungefähr 1,200,000 fl. handelt, eine gemeinschaftliche Sitzung beider Collegien stattfand, an der auch Hr. Bürgermeister Forndran theilnahm. Nach erschöpfender Würdigung all der Gründe die für und wider die Abtretung fraglicher Gefälle an den Staat sprechen, entschieden sich beide Collegien mit 38 gegen 5 Stimmen dahin: daß diejenigen Gefälle welche von den Pflichtigen bis zum 5 d. zur Umwandlung in Bodenzins angemeldet waren, gegen 4proc. Obligationen an den Staat abzutreten, die übrigen Gefälle aber vorderhand noch im Besitze der Stiftungen zu belassen seyen. Dieser Beschluß dürfte um so mehr gerechtfertigt erscheinen als zur Abtretung fraglicher Gefälle ein präjudicirlicher Termin nicht gegeben ist. (Augsb. Anzeigbl.)

Württemberg. **Heilbronn**, 1 Dec. Im Monat October und bis zum Schluß der Neckardampfschifffahrt, am 18 Nov., wurden durch die Neckar-Dampfboote befördert: 2701 Personen, Einnahme fl. 3120. 23 kr., Frachtgüter Ctnr. 1011, Einnahme fl. 439. 26 kr., Gesammteinnahme fl. 3569. 49 kr. Während der ganzen Saison in diesem Jahre vom 9 März bis 18 Nov., wurden durch die Neckardampfboote in 242 Fahrten befördert: 24,735 Personen, Einnahme fl. 31,559. 51 kr., Frachtgüter Ctr. 5520½, Einnahme fl. 2359. 38 kr. Gesammteinnahme fl. 33,919. 29 kr. Ungeachtet des störenden Verkehrs durch die badischen Unruhen und der Unterbrechung der Dampfschifffahrt von Heilbronn nach Heidelberg vom 15 bis 27 Jun., wegen Absperrung des Neckars bei Zwingenberg in Folge der daselbst aufgestellten Militärbrücke zum Behuf des Uebergangs der Neckar-Armee, sowie ferner durch die ausgebrochene Cholera in Mannheim, wodurch viele Reisende veranlaßt wurden einen andern Weg einzuschlagen, kann das Ergebniß von diesem Jahre als das günstigste seit dem Beginn der Neckardampfschifffahrt bezeichnet werden, und ist noch besonders zu beachten daß der regelmäßige tägliche Dienst trotz des sehr niedern Wasserstandes in den Monaten Julius, August und September ununterbrochen fortgesetzt wurde, während auf manch andern Nebenflüssen die Dampfschifffahrten einige Zeit eingestellt werden mußten. (H. Tagbl.)

Gr. Baden. Zur zweiten Kammer sind folgende 27 Ersatzwahlen zu treffen:*) I. Seekreis. Hier sind a) durchs Loos ausgetreten: 1) Mittermaier* (Wahlbezirk Meersburg, Salem, Pfullendorf, Ueberlingen); 2) Bauer, Posthalter (Stockach, Möskirch, Engen, Möhringen, Stetten a. k. M.); 3) Welcker (Bonndorf, Neustadt); 4) Welte* (Villingen, Hüfingen). b) Freiwillig ausgetreten: 5) Kuenzer (Radolphzell, Blumenfeld, Konstanz). Als Wahlcommissäre sind bestimmt: 1) Hofrichter Kieffer; 2) Regierungsrath Friedrich; 3) Hofgerichtsrath Wedekind; 4) Regierungsdirector Fromherz und 5) Regierungsrath Eisenlohr. II. Oberrheinkreis. a) Durchs Loos ausgetreten: 1) Litschgi (Stadt Freiburg); 2) Buhl (Thiengen, Jestetten, Waldshut); 3) Reichenbach* (Landamt Freiburg, Waldkirch, Elzach); 4) Kiefer* (Kenzingen, Endingen); 5) Richter* (Ettenheim). b) Freiwillig ausgetreten: 6) Schefelt (Lörrach); 7) Helbing (Emmendingen). Wahlcommissäre: 1) Oberpostdirector Frhr. v. Reitzenstein; 2) Hofgerichtsrath Feyer; 3) Geheimer Regierungsrath Nombride; 4) Hofgerichtspräsident Litschgi; 5) Hofgerichtsrath Lang; 6) Regierungsrath Pannwarth; 7) Regierungsrath v. Kageneck. III. Mittelrheinkreis. a) Durchs Loos ausgetreten: 1) Siegle (Stadt Pforzheim); 2) Häß* (Oberamt Lahr); 3) Becker (Oberamt Pforzheim). b) Freiwillig ausgetreten: 4) Kapp (Stadt Offenburg); 5) Wolff (Stadt Baden); 6) Christ (Gengenbach, Oberkirch); 7) Berger (Achern, Bühl). Wahlcommissäre: 1) Oberkirchenrathsdirector v. Wöllwarth; 2) Geheimerath Rettig; 3) Zolldirector Frensdorff; 4) Hofgerichtspräsident Obkircher; 5) Staatsrath Brunner; 6) Hofgerichtsrath Prestinari; 7) Geheimeregierungsrath Föhrenbach. IV. Unterrheinkreis. a) Durchs Loos ausgetreten: 1) Bissing (Stadt Heidelberg); 2) Peter* (Stadt Heidelberg); 3) Seltzam (Borberg); 4) Fauth (Buchen, Osterburken). Freiwillig ausgetreten: 5) Brentano (Stadt Mannheim); 6) Sachs (Stadt Mannheim); 7) Junghanns (Wiesloch, Neckargemünd); 8) Lehlbach (Weinheim, Ladenburg). Wahlcommissäre: 1) und 2) Regierungsdirector Böhme; 3) Geheimer Regierungsrath Schmitt; 4) Oberhofgerichtsvicekanzler Kirn; 7) Hofgerichtsdirector Woll; 8) Regierungsrath v. Stengel. (Fr. Ztg.)

Aus der Baar läßt sich die Biene schreiben: „Es ist nun anderthalb Jahr seit die hiesige Gegend militärisch besetzt ist, denn am 16 April 1848 marschirten erstmals die Württemberger ein, und gegenwärtig haben wir, voraussichtlich auf längere Zeit, preußische Besatzung. Diese Last ist ungeheuer. Noch vom vorigen Jahre stehen Verpflegungskosten aus, und in diesem Jahre war bis vor wenigen Wochen die Einquartierung eine Last der Amtsverbände und wurden für den Mann 20 bis 30 kr. vergütet, wodurch die meisten Gemeinden in Schulden gerathen sind. Die jetzige Vergütung von 8, resp. 12¾ kr. für den Mann ist, namentlich im Winter, bei weitem nicht hinreichend, so daß eine vollständige Verarmung erfolgen muß, wenn dieser Zustand nicht aufhört. Wir glauben daß eine Aenderung um so leichter, ja nothwendiger wäre, als wir eine starke militärische Besatzung, um im Innern Ruhe und Ordnung zu erhalten, nicht mehr bedürfen. Der Bürger sehnt sich nach Ruhe und einer kräftigen Regierung des eigenen Landes, während ihn die fortwährenden außerordentlichen Maßregeln in einer gereizten Stimmung erhalten. Achte man doch auch hier auf die Natur. Dasselbe Kraut welches den kranken Organismus des Menschen heilt, macht den gesunden — krank. Hält man aber eine größere Besatzung des Auslandes wegen für nothwendig, so sollten die Kosten für jene Truppen welche außer dem Contingent verwendet werden auch als Last des ganzen deutschen Bundes erscheinen; denn in diesem Falle würde es sich um die Sicherheit Deutschlands und nicht mehr um Ordnung der innern Angelegenheiten Badens handeln."

Gr. Hessen. **Darmstadt**, 5 Dec. Das Ergebniß unserer Wahlen für die nächste zweite landständische Kammer liegt bereits mit ziemlicher Gewißheit vor. Man kann annehmen daß von den 50 Mitgliedern jener Kammer bloß 14 bis 15 zum Ministerium Jaup stehen werden, und davon sind einige zweifelhaft. Die übrigen, entweder selbst entschiedenen Demokraten oder von solchen — wenigstens in höherer Instanz — gewählt,

*) Die mit einem * bezeichneten ausgeloosten Abgeordneten sind auch freiwillig ausgetreten.

werden kaum anders handeln können als ihre Partei es von ihnen erwartet und verlangt, selbst wenn sie, im Besitze der Macht, einigermaßen die Einsicht erlangt haben sollten daß die Lage auch für die demokratische Partei nicht ohne ihre Mißlichkeiten ist. Vielleicht jedoch daß zunächst wenigstens diese Ansicht überwiegt, daß man erst noch etwas zuwarten und die Regierung nicht sogleich zu äußersten Maßregeln herausfordern will. (D. Z.)

Kurhessen. **Kassel,** 4 Dec. Gestern fand hier eine Generalversammlung der Actionäre der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn statt. Es wurden mehrere wichtige Puncte verhandelt. Am wichtigsten ist die in Aussicht gestellte Fortführung der Bahn nach Bremen und Hamburg mittelst Anschlusses an die Minden-Hannoversche Bahn bei Bückeburg, sowie die Erbauung einer Verbindungsbahn zwischen der Bamberger- und Friedrich-Wilhelms-Nordbahn. Die jetzige Finanzlage des Vereins ist nicht eben glänzend, aber doch beruhigend. (D. Z.)

Thüringen. **Altenburg,** 2 Dec. Unsere bisherigen Schwurgerichtsverhandlungen waren von zu geringem Interesse als daß sie eine regelmäßige Berichterstattung gerechtfertigt hätten. Die einzige Ausnahme bildete die gestrige Verhandlung in Sachen des des Verbrechens der vorbereitenden Handlung zum Hochverrath, begangen durch Verbreitung einer aufreizenden Schrift gegen die Staatsverfassung, angeschuldigten bekannten Dr. Douai. Der „Volkskatechismus der Altenburger Republicaner“ war es, wegen dessen Douai vor den Schranken stand. Der Angeklagte gestand zu daß er nicht nur Verfasser sondern auch Verleger und Verbreiter der Schrift sey, wies aber die Anschuldigung damit eine hochverrätherische Handlung begangen und Aufreizung beabsichtigt zu haben zurück und widerlegte in langer und wirklich glänzender Rede die Anklage des Staatsanwalts. Mit gleicher Gewandtheit sprach sein Vertheidiger, der Leipziger Advocat Schrey. Wie beredt aber auch beide ihre Sache führten, wie wenig auch im ganzen die Begründung der Anklage durch den Staatsanwalt sowie dessen Replik auf die Vertheidigung des Dr. Douai gelungen zu nennen war, konnte das alles doch die Verurtheilung des Angeklagten nicht hindern. Die Thatfrage sowohl als die zweite Schuldfrage wurden von den Geschworenen mit Ja beantwortet, und Douai demnach vom Gerichtshof mit einem Jahr Gefängniß sowie Zahlung der Kosten belegt. Er legte zwar sofort Berufung dagegen ein, wurde aber noch am Abend desselben Tags durch Militär, das am Tag der Sitzung besondere Weisungen erhalten haben soll, in das Stadtgericht gebracht. Heute wurde für ihn eine Caution von 600 Thlr. gestellt, in Folge deren er sofort in Freiheit gesetzt wurde. Man ist nun auf den Spruch des Oberappellationsgerichts in Jena gespannt, dem die Appellation Douai's vorliegt. (D. A. Z.)

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 4 Dec. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer hat durch den Beschluß über den Müller'schen Antrag auf Aufhebung der Kriegszustände sehr bedeutungsvolle Resultate gegeben. Die Kammer trat dem Antrage gegen nur sieben Stimmen bei, so daß die Centren mit der Linken gestimmt haben; unter jenen Sieben befanden sich drei königl. Justizamtleute, Hr. v. Friesen und Mros, deren ich schon früher gedachte, Harkort aus Leipzig und ein Lausitzer Abgeordneter. Fragt man nach dem was von diesen Stimmen repräsentirt wird, so darf man in Harkort den Ausspruch der eine starke Regierung quand même wünschenden Partei erblicken, die dieß im industriellen und mercantilischen Interesse begehrt; v. Friesen dagegen möchte als Typus einer gewissen Fraction gelten, welcher eben das gewaltsame Mittel recht ist um das Andenken des Jahres 1848 auszulöschen; daß man doch den Herren von der „freimüthigen Sachsenzeitung“ in unauslöschlicher Flammenschrift das: Exoriare aliquis vor das innere Auge schreiben könnte! Die drei Justizbeamten repräsentiren eben nichts als ihren Stand, und die beiden Lausitzer Abgeordneten scheinen principiell ministeriell zu seyn. Sonach bliebe allein Handel und Gewerbe, und allerdings nicht ohne Zweifel erscheint die Frage, ob jene Ader des Volkswohlstandes mehr durch Ausnahmezustände als durch die solche bedingenden Ausschreitungen gepreßt wird. Der Antragsteller behauptete ersteres, ohne daß jedoch die Debatte weiter darauf einging. Nicht glücklich war das Ministerium, welches von den Departementschefs der Justiz, des Kriegs und des Auswärtigen vertreten war; denn als der Justizminister mit Bezug auf das berührte Verhältniß zu Handel und Gewerbe bemerkte, man habe den Beweis der Zweckmäßigkeit einer Wiederaufhebung des Kriegszustandes nicht beigebracht, ward ihm von rechts und von links entgegengehalten: vorerst habe das Ministerium doch Gründe mindestens über die Nothwendigkeit der Fortdauer beizubringen. Nicht viel besser ward der weitere ministerielle Grund aufgenommen, daß inhaltschwere Fragen der Politik noch immer die Aufregung wach erhielten; denn Biedermann entgegnete: die deutsche Frage — eine andere sey doch nicht gemeint — werde nur auf gesetzlichem Wege verhandelt, wenigstens wisse er nichts von geheimen Agitationen im Volke. Ja Müller warf der Regierung selbst geradezu Aufregung vor, und bezog sich dabei auf einen während der Wahlen erschienenen Artikel der Leipziger Zeitung, durch welchen ein starkes Parfüm von Wahlgesetzoctroyirung zog, für den Fall daß die Wahlen nicht gut ausfielen. Hie und da flog heute ein scharfes oder bitteres Wort hinüber und herüber; mehr als ein ernstes Gesicht verblaßte, und es gewinnt den Anschein als sey die Kammer in ihrer großen Mehrheit sehr fest entschlossen mehr als Steuervotant zu seyn. So bereitet sich bei uns der deutsche Sturm im Kleinen vor, obschon — die Vorlagen der Regierung über die deutsche Frage bei den Kammern immer noch nicht eingegangen sind. Es ist sehr bemerkenswerth welchen Eindruck die Enthüllungen des Waldeck-Ohm'schen Processes machen, wie man allerwegen tiefe Empörung über die aufgedeckten faulen Zustände sich aussprechen hört, und nicht etwa von Aufgeregten de la veille, sondern gerade von den ruhigen, besonnenen Männern des Rechtsbodens. Ja es ließe sich vielleicht sogar behaupten daß die Entschiedenheit des heutigen Kammervotums ihre Schärfe gerade jenen Eindrücken des Waldeck-Ohm'schen Processes zu danken hat.

Hansestädte. **Hamburg,** 1 Dec. Die Nachricht welche in jüngster Zeit die Blätter durchlief, daß die Frau des zu Rastatt stationirten Majors v. Schmidt verschwunden und dem Vermuthen nach entweder bei Köln oder hier, wo sie auch gewesen seyn soll, auf die eine oder die andere Weise ums Leben gekommen seyn müsse, fängt an sich aufzuklären. Es soll nämlich der hiesigen Polizei gelungen seyn den Thatbestand festzustellen: daß die besagte Dame wirklich vom 5 bis 6 des vorigen Monats in einem Hotel am Jungfernstieg gewohnt habe und in Begleitung eines jungen Mannes, der früher preußischer Lieutenant gewesen seyn soll, mit dem Dampfschiffe „Caledonia“ nach England gereist sey. Wie es sich herauszustellen scheint, ist die Dame v. Schmidt mit dem jungen Mann bei Köln zusammengetroffen, und beide haben die Reise hierher mit einander gemacht. Um aber die Flucht zu verdecken sind über beide Personen nach verschiedenen Richtungen Briefe ergangen, aus welchen gefolgert werden könnte daß an der v. Schmidt ein Verbrechen begangen wurde. Am 6, als dem Tage an welchem erwähntes Paar die Reise nach England antrat, ging ein anonymes Schreiben von hier nach Rastatt, welches am 11 dort anlangte. So liegt die Sache jetzt. Damit wäre die von der Kreuz-Zeitung gegebene Andeutung, als wäre an der fraglichen Dame von der demokratischen Partei aus Rache gegen ihren Mann ein Mord begangen worden, ins gehörige Licht gestellt. (Magd. Ztg.) (Dasselbe meldet die Deutsche Ref.)

* **Hamburg,** 4 Dec. Der Senat wird im nächsten Rath und Bürgerconvent, der wahrscheinlich zum 13 d. M. anberaumt wird, der erbgesessenen Bürgerschaft sechs Anträge zur Mitgenehmigung vorlegen; von denen indeß nur der erste die Ratificirung des Beitritts zum Interim betrifft. Von unserer Verfassungsangelegenheit kommt nichts vor. Der Senat scheint hierüber noch keinen Entschluß gefaßt zu haben, er hat wenigstens den bürgerlichen Collegien bis heute keine Mittheilungen darüber gemacht; was hiesige Correspondenten auswärtiger Blätter über die Annahme des Entwurfs der Neuner-Commission geschrieben, war voreilig. Der so ungewöhnlich früh eingetretene starke Frost verursacht unseren Kaufleuten durch Hemmung der Schifffahrt großen Verlust. Dampfschiffe können noch bis Glückstadt kommen, und schicken ihre Passagiere und Güter auf der Eisenbahn weiter. Es sind dort 13 eingelaufen, Segelschiffe können nur bis Cuxhaven gehen. Viele Schiffe deren Bestimmung jenseits des atlantischen Meeres liegt, sind eingefroren, und ihre werthvollen Ladungen welche für die Frühjahrseinkäufer bestimmt waren, werden nun wahrscheinlich zu spät kommen, wenn nicht bald anhaltendes Thauwetter eintritt. Der Haward der die ungarischen Flüchtlinge nach New-York führen sollte, sitzt ebenfalls fest. Die Ungarn sind mit Dampfschiffen nach England und Schottland abgegangen, um von dort aus ihr Ziel zu erreichen.

Preußen. ⁑ **Berlin,** 5 Dec. Nachdem in einem vertraulichen Erlasse an den Grafen v. Bernstorff zu Wien vom 21 Nov. Preußen auf die österreichische vertrauliche Mittheilung vom 12 Nov. geantwortet hatte, ist nun die österreichische Protestnote selbst gegen die Bildung des engeren Bundesstaates eingelaufen, die im Entwurfe damals vorgelegt worden war. *) Die Antwort darauf wird berathen und wahrscheinlich morgen oder übermorgen

*) Dadurch ist also unsre schon vor einigen Tagen gegebene Meldung bestätigt.

abgehen. Sie dürfte nichts weiter seyn als eine genauere Formulirung der in der Depesche vom 21 Nov. bereits abgegebenen Erklärung.

Berlin, 6 Dec. Der Preußische Staatsanzeiger enthält das vom 4 d. datirte Reglement zur Verordnung vom 26 Nov. d. J. über die Ausführung der Wahlen der Abgeordneten zum deutschen Volkshaus. Es ist nach demselben unverzüglich zur Einrichtung der Wahlbezirke zu schreiten und die Zahl der auf jeden derselben fallenden Wahlmänner festzusetzen. Gleichzeitig ist zur Aufstellung der Wählerlisten und nach deren Schluß zur Aufstellung der Abtheilungslisten zu schreiten. Die Oberpräsidenten haben sofort die Wahlkreise für die Wahl der Abgeordneten, die Wahlcommissäre und die Wahlorte zu bestimmen, auch davon daß dieß geschehen, die Wahlvorsteher zu benachrichtigen.

♀ **Berlin**, 4 Dec. Meine gestrige Angabe über das Verschwinden Waldecks in der Conditorei Kranzler muß ich berichtigen. Vor dieser stand eine große Volksmenge und wartete auf den Mann des Tags, der nach dem Versichern mehrerer hier eingetreten sey. Allein Waldeck hatte sich in eine Seitenstraße in das Haus eines Verwandten begeben und von da nach Hause. Heute wird erzählt: er habe eine Reise zu einem befreundeten Gutsbesitzer angetreten um sich zu erholen und zugleich den ihm zugedachten Ehrenbezeugungen zu entgehen. Wenn gestern keine erhebliche Unordnung vorfiel, so ist es doch nicht ohne Conflicte zwischen Volk und Schutzmännern abgegangen. Auf dem Molkenmarkt und in der Dessauerstraße vor dem Hause Waldecks wurden von diesen einzelne Haufen mit blanker Waffe zurückgedrängt und mehrere Verhaftungen vorgenommen. In demokratischen Stadttheilen, z. B. in der Landsberger Straße, wurden einzelne Häuser beleuchtet; die Constabler drangen in die Wohnungen und löschten die Lichter aus. Heute geht das Berliner Leben wieder den alten ruhigen Gang. Die Demokraten freuen sich und ihre extremen Gegner ärgern sich im stillen. Von diesen erzählt man sich Aeußerungen die von einem unversöhnlichen Hasse gegen Waldeck zeigen.

*† **Berlin**, 4 Dec. Gestern hatte Frhr. v. Malzen die Ehre dem König in Bellevue das Creditivschreiben zu überreichen welches ihn als bayerischen Gesandten am preußischen Hof beglaubigt. Frhr. v. Malzen tritt seinen Posten in einem wichtigen Momente an, und viele Vaterlandsfreunde werden seinen Bestrebungen mit Theilnahme folgen. Der neue Gesandte ist übrigens ein gereifter Geschäftsmann, von welchem man sich erinnert wie er auch auf seinem seitherigen Posten in Stuttgart vor einigen Jahren mannichfache Verwicklungen mit Ausdauer und Unverdrossenheit ihrer glücklichen Lösung zuzuführen mit Erfolg bemüht war. Immer noch weilen die beiden Bundescommissarien hier. Der Legationssecretär bei der preußischen Mission in München, Hr. v. Rosenberg, ist dem Vernehmen nach dem General v. Radowitz in seiner in Frankfurt einzunehmenden Stellung beigegeben worden.

♀ **Berlin**, 4 Dec. Die erste Kammer verhandelte gestern und heute über den Entwurf einer Gemeindeordnung. Heute wurden die §§. 1 und 2 in der Fassung der Commission angenommen, die nur unwesentlich geändert hat. Hr. v. Gerlach vindicirte — um den Ausdruck des Ministers v. Manteuffel zu brauchen — der Kammer das Recht am Alten festzuhalten. Er sagte außerdem: „Der Mann der früher hier mit einem N. N. bezeichnet worden ist, der aber jetzt, nachdem er aus dem Criminalarrest entlassen worden, wieder genannt werden kann (große Bewegung auf beiden Seiten; links lautes Murren, oh, oh!) — dieser Mann sagte daß eine Verfassung nicht eher durchgeführt werden kann als bis das ganze Land revolutionirt worden sey." Der Abg. Sperling erhielt später das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung und sagte: „Ich glaube daß wir nach den Erfahrungen die wir in den letzten Tagen machten, genug haben an den Enthüllungen über einzelne Mitglieder der Nationalversammlung!" (Lauter Beifall.) Auch der Abg. Wachler rügte die „unparlamentarische Erwähnung Waldecks." Frhr. v. Gerlach aber erklärte: er habe den Namen Waldecks nicht genannt! Die zweite Kammer erledigte heute die §§. 66—90 des Gesetzesentwurfs über Ablösung der Reallasten.

Berlin, 4 Dec. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ward über den schon gestern angenommenen Antrag von Hoffmann, nachdem derselbe gedruckt ist, abermals abgestimmt und derselbe wiederum angenommen. Er hebt hervor daß nach der an den Tag gelegten Absicht der preußischen Regierung das Interim weder die innern Verhältnisse des preußischen Staats berühren, noch die Bildung des engern Staates hemmen soll. „Aus diesen Gründen geht die Kammer, im Vertrauen daß die Staatsregierung ihre Theilnahme an der provisorischen Bundescommission in dem Geiste ausüben wird welchen sie in den Depeschen vom 19 September und 10 October d. J. an den Tag gelegt hat, und jede andere, die Bildung eines engeren Bundesstaates gefährdende Auffassung des Interims fernhalten wird; und in der Absicht ihrerseits dabei ihre volle Unterstützung zu gewähren, und in Erwägung daß ein Antrag der Regierung auf eine zu fassende Entschließung nicht vorliege, zur Tagesordnung über."

Gr. Oldenburg. **Oldenburg**, 4 Dec. In der gestrigen Sitzung des Landtags kam die Frage wegen Anschlusses des Großherzogthums an das Berliner Bündniß zur Berathung, eine Entscheidung der das Land nun schon seit Monaten mit größter Spannung entgegensah. Alle Mitglieder des Ministeriums waren anwesend, der Saal bis Abends 8 Uhr von Zuhörern gefüllt. Eine aus Varel eingegangene Petition für Bestätigung des Anschlusses eröffnete den Act. Nach Verlesung der drei Berichte des Ausschusses sprachen sodann die Abgeordneten Barnstedt, v. Finkh, Reiners, Dannenberg, Müller und Rüder für den Antrag der Staatsregierung, die Abgeordneten Mölling, Kitz, Wöbel, v. Lindern und Wibel I gegen denselben. Auch alle drei Minister Schloifer, Mosle und Zedelius nahmen das Wort. Der Abgeordnete Dannenberg nahm den von ihm gestellten Vermittelungsantrag zurück, nachdem der Ministerpräsident erklärt hatte: das Ministerium werde auf denselben nicht eingehen können. So blieb nur die definitive Entscheidung übrig, und das Nein nach dem ersten Gutachten des Ausschusses wurde in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen. Unmittelbar nach dieser Abstimmung verließen die Minister, mit Zurücklassung der Regierungscommissäre, den Saal. Der Landtag hatte dann noch zu verhandeln über einen Antrag des Abgeordneten Dannenberg, welcher eine Verwahrung bezweckte gegen die Ansicht welche vom Ministerpräsidenten über die Bedeutung des ständischen Bestätigungsrechts bei Staatsverträgen, und über die verbindliche Kraft der vollzogenen Ratification in Beziehung auf das Land, ausgesprochen hatte. Diese Verwahrung wurde mit 39 gegen 2 Stimmen eingelegt. Heute (4 d.) erschien der Minister Zedelius und eröffnete den Landtag: Die verantwortlichen Minister hätten ihre Entlassungsgesuche eingereicht, der Großherzog habe sie veranlaßt die laufenden Geschäfte einstweilen fortzuführen, vertage aber den Landtag bis zum 28 d. M. (W. Ztg.)

Oesterreich. ∽ **Wien**, 4 Dec. Schon lange war es den Eingeweihten kein Geheimniß daß die altconservative Partei — wenn auch scheinbar unthätig — gegen den gegenwärtigen Stand der Dinge in Ungarn den Feldzug eröffnen will, und sich schmeichelt in einer Campagne die gute alte Zeit wieder herzustellen. Ihre Streitkräfte zeigen sich nunmehr geordnet, und der Schlachtplan, von kühner Hand entworfen, scheint ihnen auf siegreichen Erfolg zu deuten. Sie haben sich in drei Armeecorps getheilt. Das eine, geführt von dem berühmten General der ungarischen Politik, der „vis inertiae", will durch passiven Widerstand, durch Zurückziehung aller Organe die Regierung in die Unmöglichkeit versetzen ihre Ansichten consequent durchzuführen. Das zweite auf den Wiener Parketten besonders thätig — wenn auch scheinbar bloß mit seinen Privatangelegenheiten beschäftigt — sucht alle Reminiscenzen der alten Zeit hervor, um hie und da ängstlichen Staatsmännern Scheu vor durchgreifenden, die neue Zeit anbahnenden Maßregeln beizubringen, und sie auf dem goldenen Weg der Halbheit zu erhalten. Sie knüpft alle Verbindungen von früherher an, die nur halbwegs ihrer Richtung entsprechen zu können scheinen. Ja, sie schmeichelt sich eine — wie behauptet wird — verstimmte Celebrität des einigen Oesterreichs für ihre Zwecke geneigt und für sich wirksam gemacht zu haben. Das dritte Heerlager endlich besteht aus jenen die, theils unabhängig dastehend, theils in Bedienstungen der Verwaltung mündlich und schriftlich, offen und verkappt, grob und fein — Opposition gegen alle den Einheitsstaat fördernden Maßregeln machen. Zum Beweise dient der wiedererstandene Figyelmezö, der, wie versichert wird, dem Einflusse eines bekannten altconservativen Districtsobercommissärs unterliegt, das „Magyar Hirlap", dessen Redacteur, wie allgemein bekannt, in vormärzlicher Zeit in enger Beziehung zu B. Josika stand, wie die neuesten Sirenenlieder vom Neusiedlersee. Alle Schattirungen sind hier vertreten, und eine Parallele der genannten Journalisten von heute mit früheren Leistungen würde lohnend, wohl sehr interessant seyn. Indessen glaubt man allgemein daß dieß umsonst sey; ja es heißt, das Ministerium wolle wirklich alle Landesverfassungen, folglich auch die für Ungarn, in kürzester Frist herausgeben, und man bringt damit die plötzliche Heranberufung des Frhrn. Gehringer von Pesth in Verbindung. Nun, wenn die nämlichen Motive noch heute obwalten die am 21 Oct. die administrative Theilung Ungarns beschlossen, die später die Woiwodina und das Banat ganz von Ungarn trennten, so können die nichtmagyarischen und nichtadeligen Einwohner des früheren Ungarns sich getrost der Hoffnung hingeben daß Reichsverfassung und Gleichberechtigung eine Wahrheit seyn werden. Zum Schluß kann ich Ihnen noch mittheilen daß Frhr. v. Gehringer gestern wirklich hier angekommen ist, und daß diesem nach das obenerwähnte Gerücht wirklich einen thatsächlichen Grund zu haben scheint.

* Die Wiener Post vom 5 Dec. (die wir in diesem Augenblick, früh halb 9 Uhr, erhalten) bringt die Verkündigung der Reichsverfassung in

reßburg und die Freilassung von Kossuths Mutter und Schwestern. Auch Lukacs wird unter den Freigelassenen genannt. Die „Oesterr. Corresp.“ tritt dem Gerücht entgegen, als sey Director Gintl wegen einer angeblich vorgekommenen Unterschlagung einer telegraphischen Depesche nach Oderberg gesendet worden. Er sey bloß dahin gegangen zu einer Verständigung mit den preußischen Telegraphisten. Das Ministerium des Cultus hat einen Preis von 200 Ducaten für die beste landwirthschaftliche Schrift ausgesetzt. (Morgen näheres.)

(Schluß der Depesche des Wiener Cabinets an den Frhrn. v. Prokesch dd. 12 Nov.)

„Eine Bestätigung unserer Ansichten finden wir in der von dem königl. Commissär Generallieutenant v. Radowitz in der Sitzung der zweiten Kammer am 24 Oct. im Namen der Regierung ausgesprochenen Ueberzeugung daß „die Bildung eines provisorischen Organs des Bundes vom Jahr 1815 durch ein unzweifelhaftes Recht geboten werde daher alle Mitglieder des Bundes die vertragsmäßige Verpflichtung haben, eine Behörde einzusetzen welche die Leitung der öffentlichen Bundesangelegenheiten übernehme“, und daß diese Einsetzung ein ebenso dringendes praktisches Bedürfniß sey als sie von höhern politischen Rücksichten geboten wird. Nicht minder bietet noch die jüngste Zeit durch den Abschluß der Uebereinkunft vom 30 Sept. einen thatsächlichen Beleg für unsere Behauptungen. Den in derselben ausdrucklich anerkannten Grundsätzen gemäß wurden sämmtliche Bundesglieder eingeladen dieser Uebereinkunft ihre Zustimmung zu ertheilen. Der in dieser Form erklärte Wille der einzelnen wird sonach als der Ausdruck des Willens der Gesammtheit zu gelten haben. Aus dem Vorhergehenden ergibt sich unwiderleglich daß der Bestand der Bundesverfassung und somit auch jener des Bundes selbst nicht durch den Bestand des Instituts der Bundesversammlung bedingt war, dasselbe mit allseitiger Zustimmung durch ein neues, den Bund in seiner Gesammtheit vorstellendes Organ ersetzt zu werden vermöge, die vertragsmäßige Verpflichtung aller Bundesglieder vorliege ein solches Organ einzusetzen, somit auch jedem einzelnen Bundesgenossen das Recht zustehe eine solche Einsetzung zu fordern, und endlich die Möglichkeit gegeben sey durch die Aeußerung des Willens der einzelnen einen Ausdruck für den Willen der Gesammtheit zu finden. Dieß würde genügen um darzuthun daß die Bundesverfassung durch die Auflösung der Bundesversammlung nicht außer Kraft gesetzt, und daher auch der Bund selbst nicht aufgelöst werden konnte. Wir können aber nicht umhin, zu noch vollständigerer Begründung des Gesagten, auf den Bundesbeschluß vom 12 Jul. v. J. und die Uebereinkunft vom 30 Sept. d. J. hinzudeuten. Durch diesen Bundesbeschluß ist die Ausübung aller Rechte und Pflichten der Bundesversammlung mit Zustimmung sämmtlicher Regierungen auf eine provisorische Centralgewalt übergegangen. Es ist demnach unrichtig zu behaupten daß der Bund in Folge der Auflösung des Bundestags eines ihn in seiner Gesammtheit vorstellenden und als verfassungsmäßiges Organ seines Willens und Handelns geltenden Instituts entbehrt habe. Ein solches Institut ist unter den verfassungsmäßigen Bedingungen mit allgemeiner Zustimmung geschaffen worden, und sollte bis zur definitiven Erledigung der Verfassungsfrage in Wirksamkeit bleiben. Diesem nach wurde nichts als die Form des gemeinsamen Bundesorgans verändert. Wenn sich aber gegen diese Form zu der Zeit wo sie geschaffen und einhellig gebilligt worden ist, keine Anstände erhoben haben, können auch jetzt aus eben dieser Form keine Einwendungen gegen den seither rechtsgültigen Bestand dieses Organs und gegen die Gesetzlichkeit des von ihm geübten Amts erhoben werden. Dasselbe war der unbestrittene Rechtsnachfolger der Bundesversammlung. Die nach Auflösung der Nationalversammlung gegen den Fortbestand der provisorischen Centralbehörde geltend gemachten Bedenken haben wir nie als gegründet erkannt, und können dieß auch heute nicht wo neuerdings praktische Folgerungen daraus abgeleitet werden sollen. Wir haben jedoch unsere Ansichten über diese Frage bereits zu oft und ausführlich dargelegt als daß es hier nöthig seyn sollte uns neuerdings darauf einzulassen. Dagegen müssen wir aber darauf hinweisen daß es für diejenigen welche der am 12 Jul. 1848 in Wirksamkeit getretenen Centralgewalt ihre fernere Anerkennung versagen zu müssen glaubten, um so mehr eine Pflicht war zur Einsetzung eines neuen Organs der Gesammtheit die Hand zu bieten. Der Erzherzog-Reichsverweser hat durch seine wiederholt erklärte Bereitwilligkeit zum Rücktritt die Möglichkeit hiezu geboten, und die kais. Regierung, soviel in ihren Kräften lag, durch Unterhandlungen dahin zu wirken gesucht daß eine rasche und den Interessen der Gesammtheit zusagende Ausgleichung der verschiedenen Ansichten durch Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt erzielt werde. Der in dieser Absicht stattgehabte Schriftenwechsel gibt so genugenden Aufschluß über die Ursachen des Mißlingens unserer Bemühungen, daß wir dieselben wohl nicht aufzuzählen brauchen. Daß übrigens die k. preußische Regierung selbst, trotz ihrer seit dem Monat Mai gegen den rechtmäßigen Fortbestand der provisorischen Centralgewalt erhobenen Einsprache, dieselbe als Nachfolgerin der Bundesversammlung und als bundesgesetzliche Trägerin der von dieser übernommenen Rechte und Pflichten anerkenne, geht unbestreitbar aus der am 30 Sept. abgeschlossenen und von Preußen am 10 Oct. ratificirten Uebereinkunft hervor, vermöge welcher der Erzherzog-Reichsverweser die ihm mit Bundesbeschluß vom 12 Jul. anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben, und zu diesem Ende die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes auf Grund der erfolgten Zustimmung der übrigen Regierungen in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen niederzulegen haben wird. Es ist demnach nicht nur aus materiellen Gründen dargethan daß die Auflösung des bis zum 12 Jul. 1848 bestandenen Bundesorgans die Bundesverfassung nicht außer Kraft zu setzen vermocht habe, sondern in Vorstehendem auch der Beweis hergestellt daß der Bund in Folge der Auflösung der Bundesversammlung eines verfassungsmäßig eingesetzten Organs der Gesammtheit nicht entbehre, und Preußen dieß selbst anzuerkennen in dem Falle sey, daher alle aus der entgegengesetzten Behauptung abgeleiteten Folgerungen sich als unbegründet ergeben. Würde es nach so unwiderleglichen Beweisen noch fernerer Belege für den von Preußen anerkannten Fortbestand der Bundesverfassung bedürfen, so finden wir dieselben in der bereits erwähnten Uebereinkunft vom 30 Sept. Dieselbe setzt fest daß die zu bildende Bundescommission „die bisher von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, insoweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engern Raths der Bundesversammlung gelegen waren“, zu besorgen haben werde, alle übrigen „nach Art. VI der Bundesacte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben, und die Mitglieder der Bundescommission die ihr zugewiesenen Geschäfte, der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundeskriegsverfassung gemäß, zu besorgen und zu leiten haben werden.“ Eine ausdrucklichere Anerkennung kann es unsers Erachtens nicht mehr geben. Wenn demnach die Bundesverfassung noch zu Recht besteht, so ergibt sich hieraus zugleich wie unbegründet und irrig die weitern Behauptungen des Vorsitzenden des Verwaltungsraths seyen. Auf dieselben zurückkommend werden wir, auf das von uns Angeführte gestützt, die Ueberzeugung aussprechen können: 1) daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat in den Fall kommen kann mit der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen; 2) daß es unzulässig sey die auf der Bundesacte beruhenden Rechte und Pflichten von der Bundesverfassung zu unterscheiden, indem dieselben unzertrennlich sind, sich gegenseitig bedingen, und eine solche Unterscheidung derselben nur auf einer unrichtigen, die Formen zur Wesenheit erhebenden Auffassung des Begriffs der Bundesverfassung beruhen kann; daß sonach 3) alle aus der Bundesverfassung abzuleitenden Rechte und Pflichten, insofern sie sich nicht unbedingt auf die ursprüngliche Form des gemeinsamen Bundesorgans beziehen, daher unter den gegebenen Verhältnissen keine Anwendung finden, einen Gegenstand haben, und es 4) nicht genüge den außerhalb des Bündnisses vom 26 Mai bleibenden Staaten ihre durch die Verträge gewährleisteten Rechte und Pflichten vorzubehalten, wenn dieß Bündniß in seinen praktischen Folgen diese Rechte und Pflichten gefährdet. Wir müssen daher dringend wünschen daß die von dem Hrn. Staatsminister v. Bodelschwingh in seiner officiellen Eigenschaft aufgestellten Grundsätze von dem königlichen Cabinet berichtigt werden mögen, da wir dieselben nicht zur Geltung gelangen lassen können. Ew. ꝛc. haben dem Hrn. Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift gegenwärtiger Depesche einzuhändigen, und ihn zu ersuchen seine höchste Regierung zur Berücksichtigung unsers gerechten Wunsches vermögen zu wollen. Empfangen ꝛc.

Oesterreichische Monarchie.

* **Preßburg**, 2 Dec. Heute ist die Reichsverfassung hier in den Kirchen aller Confessionen feierlich verkündigt worden; auch wurden 6000 Exemplare derselben auf Kosten der Gemeinde gedruckt und vertheilt. Zu Pesth sind in den letzten Tagen Kossuths Mutter und seine beiden Schwestern, die Frauen Meßlenyi und Ruttkay, sowie sein Schwager Ruttkay auf freien Fuß gesetzt worden.

Großbritannien.

London, 3 Dec.

Gestern Morgens 8 Uhr wurde die große Glocke der St. Paulskirche geläutet, wie dieß bei Sterbefällen in der königlichen Familie herkömmlich ist, und eine außerordentliche London Gazette verkündigte später den Hintritt der Königin-Wittwe in folgenden Worten: „Heute Morgens 7 Minuten vor 2 Uhr schied die Königin-Wittwe aus diesem Leben in der Stanmore-Priory, zum großen Leid Ihrer regierenden Majestät und der ganzen königlichen Familie, nach einer schmerzvollen und langen Krankheit die sie mit musterhafter Geduld ertragen. Der Verlust dieser höchst ausgezeichneten Prinzessin wird tief betrauert werden von Ihrer Maj. Unterthanen aller Classen, denen sie wegen ihrer vielen Tugenden ein Gegenstand allgemeiner Hochachtung und Liebe gewesen.“ Von den deutschen Verwandten der Königin Adelheid waren in ihrer Sterbestunde um sie ihre Schwester die Herzogin Ida, Gemahlin des Herzogs Bernhard von Sachsen-Weimar (dermaligen Generalstatthalters von Niederländisch-Indien) und deren zwei Söhne und zwei Töchter; von ihrer Hofhaltung der Lord Kämmerer Graf Howe, die dienstthuende Ehrendame ehrenw. Charlotte Hudson; Oberst Cornwall, ihre beiden Capläne, die beiden Leibärzte DD. Davies und Bright ꝛc. Die ersten Symptome der Krank-

heit welcher Ihre Maj. unterlegen, der Wassersucht, hatten sich im Sommer d. J. gezeigt, und bei ihrer schwachen Brust fürchtete man schon damals daß sie der veränderlichen Witterung des gefährlichen englischen Herbstes nicht würde widerstehen können, während doch eben diese Schwäche eine Seereise, wie im vorausgegangenen Jahr nach Madeira, unrathsam erscheinen ließ. Die Aerzte riethen zu Luftveränderungen in England selbst, und Ihre Maj. zog daher Anfang Septembers von ihrem Landsitze Bushey Park (zwischen Richmond und Hamptoncourt) nach der frei und gesund gelegenen Bentley Priory, bei dem Dorfe Stanmore, wo sie schon früher einen Winter verlebt. Mittlerweile waren ihre Verwandten in Deutschland von ihrem Gesundheitszustand in Kenntniß gesetzt, und in der ersten Woche Septembers kam ihr durchlauchtiger Bruder der Herzog von Sachsen-Meiningen mit seiner Familie herüber, und blieb bis zum 20 Sept. (Die M. Post vergißt nicht anzumerken daß die Entfernung des Herzogs von seinen Staaten bei der revolutionären Stimmung in Deutschland bedenklich gewesen.) Ende Septembers traf dann die Herzogin Ida von Sachsen-Weimar ein, deren Anwesenheit der kranken Schwester großen Trost gewährte. Am 6 Oct. machte Königin Adelheid ihre letzte Spazierfahrt; von diesem Tag an mußte sie das Zimmer hüten, und sank rasch dem Grabe zu. Königin Victoria und Prinz Albert besuchten die theure Kranke zum letztenmal am 13 Nov., ehe sie nach der Insel Wight übersiedelten, die Herzogin von Kent aber noch zweimal in der letzten Woche. Die hohe Dame, noch unlängst vom Bischof von London mit dem heiligen Abendmahl gestärkt, starb ruhig und gottergeben, ihre Besinnung bis fast zum letzten Augenblicke bewahrend. Gleich nach ihrem Verscheiden gingen Couriere nach Osborne-Haus, an Lord John Russell und an den Lordmayor von London ab. Die hohe Verstorbene genoß in der That in England einer allgemeinen Achtung, und wenn ihr großes Witthum (100,000 Pf. St.) auch noch unlängst von der Hume-Cobden'schen Finanzreform-Association scharf angefochten wurde, so machte sie jedenfalls einen guten Gebrauch davon, indem kaum irgendeine wohlthätige Stiftung oder Unternehmung zu nennen ist der sie nicht beträchtliche Summen zugewandt. Die anglicanische Kirche in Valetta auf Malta, wo sie einmal einen Winter zubrachte, ließ sie ganz aus ihren Mitteln erbauen. Zugleich gewann sie durch ein leutselig herablassendes und doch würdevolles Benehmen die Zuneigung ihrer Umgebung; die Bauern in Stanmore trauern um sie von Herzen. Auch als Gemahlin Wilhelms IV benahm sie sich, in ähnlicher Weise wie jetzt Prinz Albert, eben so würdig als besonnen. Nur einmal ward ihr Name in unerfreulicher Art in den politischen Parteienhader des Tags gezogen, nämlich zur Zeit der Reformkämpfe 1831/32, wo ihr die Whigs einen torhistischen Einfluß auf den König schuldgaben. Das ist aber bei der Nation schon lange vergeben und vergessen.

Die Regierung, meldet die **Times**, hat beschlossen den afrikanischen Reisenden **Richardson** zur Fortsetzung seiner Forschungen in der Wüste Sahara, in Sudan, Bornu und den Ländern am See Tschad zu unterstützen. Zugleich hat sie ihn beauftragt Unterhandlungen über Freundschafts- und Handelsverbindungen mit den Negerfürsten und Häuptlingen im Innern von Afrika anzuknüpfen, und denselben bei jeder Gelegenheit bemerkbar zu machen wie sehr der rechtmäßige Handel vor dem Menschenhandel den Vorzug verdiene. Durch allmähliche Anknüpfung solcher Verbindungen will man künftig zumeist dem Sklavenhandel entgegenwirken, da, wie gemeldet, das Kreuzersystem an der westafrikanischen Küste wahrscheinlich bald ganz aufgegeben wird. Die deutschen (preußischen) Gelehrten DDr. Barth und Oberweg werden Hrn. Richardson begleiten und den Reisebericht abfassen; so daß neben den Interessen der Philanthropie und des Handels auch die der Wissenschaft vertreten sind.

London, 4 Dec. Der Dichter Ebenezer **Elliott**, genannt der „Cornlaw-Rhymer" (vormals, besonders zur Zeit der Agitation gegen die Korngesetze, in der Allgemeinen Zeitung oft erwähnt), ist nach langer Krankheit am 1 December zu Argilt-Hill bei Barnsley (West-Yorkshire) gestorben. Er bereitete eben eine größere Ausgabe seiner Gedichte vor, von denen einige der schönsten während seiner Krankheit entstanden. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Frankreich.

Paris, 4 Dec.

Es scheint unzweifelhaft daß man vor dem 10 Dec., der Jahresfeier der Wahl des Präsidenten, jede irgendbedeutende parlamentarische Debatte vermeiden wird welche störend seyn könnte für die Fröhlichkeit eines Festes auf welches man, außer der großen Heerschau, jetzt schon auch ein Bankett von 100 Gedecken bei dem Präsidenten der Nationalversammlung, das der Präsident der Republik mit seiner Gegenwart beehren wird, sodann einen Festball mit 6000 Einladungskarten auf dem Stadthaus ankündigt. Die Verhandlung über die Getränkesteuer, die so stürmisch zu werden droht, ist deßwegen hinausgesetzt, und es hieß sogar daß das Gesetz zurückgenommen sey, ein Gerücht dem jedoch der **Moniteur** widerspricht. In der gestrigen Sitzung hatte ein Mitglied der Linken, Hr. Th. Bac, das Ministerium über die berufene Allocution an die Präfecten zur Rede stellen wollen, der Minister des Innern, Hr. F. **Barrot**, mit ersichtlicher Verlegenheit, erklärte sich bereit und bat nur einen Tag zu bestimmen, aber die Versammlung unterdrückte ihre Neugierde und vertagte, trotz des Murrens der Opposition, die Interpellation auf drei Monate, worauf jener natürlich für jetzt davon ganz abstand. Im Verlauf wurden Gesetzentwürfe über die Bildung eines Tribunals der Conflicte, über die Verlegung des Präfecturfitzes des Departements der Loire von Montbrison nach St. Etienne, ein Ansinnen von 1,232,648 Fr. zur Vervollständigung der im Jahr 1848 bewilligten Vorschüsse von 3 Mill. für Aufmunterung der Arbeitervereine vorgelegt, endlich einer Proposition über die Vollziehung von Contumacialurtheilen durch Henkershand (Art. 472 des Strafverfahrens) eine kurze Besprechung gewidmet. Dieser Brauch, noch gegen die Verurtheilten von Bourges beobachtet, ist nach dem Proceß von Versailles unterblieben, da die Regierung selber im legislativen Weg auf Abstellung dieser schimpflichen Form anträgt. Hr. Bean war ihr darin zuvorgekommen, die Majorität scheint aber der ministeriellen Initiative gern die Frage zu überlassen, und der Antragsteller konnte sich nur die Befriedigung geben daran zu erinnern daß im Fall eines Guinard und Ledru-Rollin auch der Mann war der jetzt „die Minister macht und aus den Gefängnissen von Ham hervorgegangen ist um sich im Triumph nach dem Elysée zu begeben;" seine Proposition wurde zurückgewiesen. Heute lag zuerst die Vorberathung einer Proposition über die Liquidation der Schulden der alten Civilliste gegen den Staat vor. Hr. **Huguenin** behauptete sie betrage 25 Mill. Hr. Passy, der vorige Finanzminister, bestritt diesen hohen Betrag, versicherte es sey bereits alles geschehen um die Rechte des Schatzes zu wahren, war aber nicht der Meinung daß man auf die Dunkelschläge in den Staatsforsten Reclamationen bauen könne. Die Proposition fiel mit 370 gegen 165 Stimmen zu Boden — eine Abstimmung welche die starke Vertretung des Royalismus zeigt.

Schweiz.

△ **Bern**, 4 Dec. Die Zahl der Flüchtlinge nimmt mit jedem Tag bedeutend ab. Auf Kosten der Eidgenossenschaft werden gegenwärtig im Kanton Bern noch 230 Mann verpflegt, von denen in der nächsten Woche auch noch gegen 100 nach Haus gehen. Während Volkswehrmänner und die mit dem ersten Aufgebot zogen ohne irgendein Hinderniß in ihrer Heimathgemeinde angekommen sind und dort bereits wieder ihre bürgerlichen Geschäfte an die Hand genommen haben, sind badische und rheinbayerische Militärs nach kurzem Aufenthalt in ihrer Heimath wieder als Flüchtlinge hier angekommen. Sie erzählen daß die pfälzischen Militärs als Ausreißer behandelt und in die Casematten von Landau gesteckt, die Badener in die Kreisgefängnisse eingefangen würden. Nur mit Mühe hätten sie sich dem Auge der Polizei entziehen können, und sie sind nun entschlossen lieber auswärtige Kriegsdienste zu nehmen als zum zweitenmal nach Haus zu gehen. Auch aus andern Kantonen wird die bedeutende Abnahme der Flüchtlinge gemeldet. So bleiben in der Waadt nur wenige schwer gravirte zurück; ein Theil ist schon nach Haus, die größere Zahl hat sich nach Neuholland anwerben lassen. Eine frühere Mittheilung, als ob die Werbbureaux für den neapolitanischen Kriegsdienst in allen österreichischen Staaten untersagt wären, wird widerrufen; Radetzky verlange nur von jedem der über die österreichische Gränze gehe und sich anwerben lassen wolle gesetzliche Legitimationsschriften. Da nun die meisten Flüchtlinge aus der Schweiz auf Gerathewohl ohne Papiere nach der Lombardei gehen, so werden sie an der Gränze zurückgewiesen und kommen dann in höchst elendem, zerlumptem Aufzug wieder in ihre frühern Standquartiere zurück. Von den 28 neuerdings ausgewiesenen Flüchtlingsführern hat bis jetzt nur Tschirner die Schweiz verlassen, nachdem er zuvor eine Erklärung veröffentlichte in welcher er einen gewissen Wook, der sich in den Proceß gegen Waldeck als Tschirners früheren Schreiber gebahre und Waldeck in die Dresdener Maibewegung verwickeln wolle, als einen Betrüger bezeichnet den er nicht kenne und nie gesehen habe. Von den übrigen ausgewiesenen Flüchtlingen wollen mehrere bei dem Bundesrath Reclamationen erheben, da sie niemals in der badischen Revolution die Stelle bekleidet hätten wegen deren der Bundesrath die Ausweisung über sie verhängt habe. Ueberhaupt glaubt man die Ausweisung werde nicht strenge vollzogen werden. Der Berner Regierungsrath ist eben mit der Vorberathung des Budgets für 1850 beschäftigt. Mit Ausnahme der Erziehungsdirection, deren Gesammtausgaben sich auf 454,000 Fr. belaufen, sollen in allen übrigen Verwaltungszweigen bedeutende Ersparnisse dem großen Rath vorgeschlagen werden. So hofft der Finanzdirector daß

trotz der geringeren Einnahme von 247,000 Fr. kein Deficit erscheine. Der Erziehungsdirector ist beauftragt worden mit Beförderung Vorschläge zur vollständigen Besetzung der theologischen Facultät zu bringen, die gegenwärtig nur zwei ordentliche Professoren zählt. Professor Trechsel, ein Berner Veteran, der bei Neueneck gegen die Franzosen gekämpft hat, ist in hohem Alter gestorben. Die Flüchtlinge aus Ungarn mehren sich bedeutend. In Rorschach am Bodensee ist die Wittwe des unglücklichen Grafen Ludwig Batthyani mit Gefolge angekommen, und wird den Winter dort bleiben. Auch ein benachbartes Schloß ist für sie gemiethet. Auch in Bern halten sich mehrere auf. Die Polen haben den 29 Nov., den Jahrestag ihrer Revolutionen festlich begangen. Bei dem veranstalteten Banket, bei dem alle Nationen vertreten waren, wurden von allen Rednern große Revolutionshoffnungen auf das Jahr 1850 gesetzt. Die Stadt Biel hat einen Streit mit dem Kanton Bern wegen eines Zollrechtes das ihr bei ihrer Einverleibung in den Kanton von der Eidgenossenschaft und den Garanten des Wiener Vertrags zugesichert worden ist, nun aber von den Berner Behörden streitig gemacht wird. Biel hat ein Memorandum an die Bundesversammlung geschickt und ihre Einschreitung verlangt. Im Jura zeigen sich wieder Trennungsgelüste. Man will einen günstigen Zeitpunkt abwarten und dann eine Versammlung von Repräsentanten der Jurassischen Gemeinden halten. Die militärische Besetzung des neuenburgischen Dorfes La Sagne hat aufgehört.

Griechenland.

*† **Athen,** 20 Nov. Das Gerücht eines theilweisen Wechsels der Minister erhält sich, findet indeß nur Anklang und Interesse bei denen die selbst von einem Ministerstuhl träumen. Außerdem herrscht im ganzen Lande die tiefste Ruhe. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister der französischen Regierung am Hofe zu Athen, Hr. Thouvenel, ist an Bord des französischen Dampfschiffes Pluto im Piräeus angekommen und hat nach einer fünftägigen Quarantaine in Aegina sein Hotel in Athen bezogen. Aus allen Theilen des Königreichs kommen die betrübendsten Nachrichten über den Schaden welchen die wolkenbruchartigen Regen, die seit ein paar Wochen ununterbrochen vom Himmel strömen, angerichtet haben. Der Kopais-See hat seine gewohnten flachen Ufer verlassen und bedeckt die ganze Ebene von Livadien. Der Schaden welchen die Insel Andros in einer Nacht erlitt, indem eine unzählige Anzahl Feigen- und Citronenbäume entwurzelt wurden, soll sich allein auf eine Million Drachmen belaufen.

Türkei.

△ **Konstantinopel,** 21 Nov. Endlich kann ich Ihnen dießmal melden daß Admiral Parker mit seiner Flotte sich wirklich wieder aus den Dardanellen zurückgezogen hat. Er ließ am 13 d. die Anker lichten, steuerte zuerst gegen Lemnos und legte sich dann in Besica-Bay vor Anker. Für den Winter gedenkt er sich, wie es heißt, noch weiter abwärts in die sichere Bucht von Aiwalik zu begeben. Das französische Geschwader bleibt nach wie vor in seiner Station bei Vurla. So wären denn die Dinge wieder auf ihren normalen Stand zurückgeführt. Ohne Ihnen gerade verbürgen zu können ob die Entfernung der englischen Kriegsschiffe aus der tractatmäßig verbotenen Meerenge von den Repräsentanten Rußlands und Oesterreichs als eine unabweisliche Bedingung der Wiederaufnahme ihres diplomatischen Verkehrs mit der Pforte gestellt worden ist, so scheinen doch manche Anzeichen für eine solche Annahme zu sprechen. Die englischen See-Officiere die sich in den Dardanellen breit machten und schon auf dem Wege nach dem wohnlichen Byzanz glaubten, mögen nicht wenig über den plötzlich angeordneten Rückzug ungehalten gewesen seyn. Wie ich so eben höre, hat Sir Stratford Canning selbst dieser Tage einen Ausflug nach dem Ankerplatz der Flotte gemacht um sich mit dem Admiral zu besprechen und ihm wahrscheinlich nebenbei über die politische Nothwendigkeit seiner Entfernung mündliche Aufklärungen zu geben. Die Verhandlungen welche Graf Stürmer und Hr. v. Titoff mit Ali Pascha über die Wiederanknüpfung ihrer Beziehungen pflegen, haben, wie mir aus guter Quelle versichert wird, ihren erwünschten Fortgang, und es bedarf nur noch der definitiven Rückantworten aus Wien und Petersburg über die Einzelheiten der türkischerseits in Betreff der Flüchtlinge ins Werk zu setzenden Maßregeln, damit das Zerwürfniß zwischen den beiden Kaiserhöfen mit dem Divan in seinen äußerlichen Spuren verwischt und als förmlich beendigt angesehen werden könne. Unter diesen jedenfalls glücklichen Aussichten haben die Türken Sonnabend den 17 ihr neues Jahr begonnen, welches seit der Hedschira (Flucht) ihres Propheten das 1266ste Mondjahr ist. Der Hofetikette gemäß wurden am dritten Tag des Jahres die Minister und höchsten Pfortenbeamten vom Sultan zum Fußkuß und zur Darbringung ihrer Neujahrswünsche zugelassen. Mit dem französischen Dampfschiff kam am 16 l. M. der neue Geschäftsträger der neapolitanischen Regierung, Hr. Targioni, hier an. Er ist der Nachfolger des im vorigen Jahre verstorbenen Hrn. Martorana, welcher seither zeitweilig durch den ersten Dolmetsch der neapolitanischen Gesandtschaft, Hrn. Graziani, ersetzt worden war. Unter den Fremden welche Konstantinopel in diesem Augenblick beherbergt, befindet sich seit Ende der verflossenen Woche auch der Insurgentengeneral Guyon, magyarischen Andenkens, der noch in Widdin, während General Haußlab's Mission, sich durch ein Benehmen bemerkbar machte das ich nicht näher bezeichnen will. Als Engländer wurde er natürlich von der hiesigen großbritannischen Botschaft reclamirt, und so entgeht er den Maßnahmen welche die Pforte in Folge ihres Uebereinkommens mit dem Wiener Cabinet in Betreff der übrigen magyarischen Flüchtlinge zu ergreifen haben wird.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Eine englische Dampfpost aus New-York reicht bis zum 20 Nov. Das Gerücht ging: Hr. Clayton würde aus dem Cabinet ausscheiden, und Hr. Henry Clay an seiner Stelle das Staatssecretariat (des Aeußern) übernehmen. In Washington war die amtliche Nachricht eingegangen daß die Regierung von Honduras (Mittel-Amerika) das Eiland Tigre in der Bay Fonseca auf der Westküste an die Vereinigten Staaten abgetreten. Diese Bay ist die natürliche Ausmündung des projectirten Canals mittels des San Juan-Flusses und der Seen Nicaragua und Leon; das Eiland Tigre aber beherrscht die Bay. An der Küste von New-Jersey, bei Cape May, ist das nach Californien bestimmte Schiff „Aurora" gestrandet. Auf dem Mississippi bei New-Orleans scheiterte am 16 Nov. durch Platzen des Kessels ein Dampfboot, und 200 Menschen, meist Auswanderer, verloren dabei das Leben. Amerikanischer Leichtsinn! Der Stand der Handelsgeschäfte allerwärts befriedigend. In Canada, Nieder-Canada wenigstens, ist die Annexationsbewegung im Zunehmen.

Californien.

„Wir haben", sagt die Times, „in letzter Zeit Gelegenheit gehabt Briefe von Kaufleuten zu lesen welche Californien und die Goldgräbereien besucht (sie heißen bald mit dem spanischen Namen placêres, bald mit dem englischen gold-diggings). Alle diese Berichte bestätigen das was wir früher auf andern Wegen vernommen. In dem neuesten Briefe schreibt ein Gentleman der zu Pferd das ganze Land bereist, und überall persönliche Erkundigungen eingezogen, daß 190 Schiffe in der Bay von San Francisco lagen, und daß seit seiner Anwesenheit täglich im Durchschnitt 200 Fremde zur See ankamen, ungerechnet die Amerikaner und Mexicaner die zu Land herbeiströmten. Von 150 bis 200 weiteren Schiffen wußte man daß sie unterwegs waren. Der Markt war mit Waaren aller Art überführt, und die Einfuhr außer allem Verhältniß zum Bedarf; so daß fast jeder Artikel mit 20 bis 50 Procent Verlust verkauft wurde und viele Waaren nicht die Fracht und die Zollabgaben decken. Von früh bis in die Nacht finden Versteigerungen statt, und für die nächsten anderthalb oder zwei Jahre ist auf kein gutes Geschäft zu rechnen. Was die Ausdehnung des Landes betrifft worin man Gold findet, und die Quantität die sich da sammeln läßt, so lauten auch diese Berichte so sanguinisch wie alle übrigen die wir gelesen. Die Quantität des Goldes das sich ausgraben läßt, sagen sie, hat seine Gränze nur in der Zahl der zum Ausgraben gebrauchten Hände. Einer der Briefschreiber berechnet die Zahl der Gräber auf 36,000; doch glaubt er nicht daß einer derselben im Durchschnitt mehr als für 8 bis 10 Dollars Gold gewann; was zu dem Handwerkslohn der Zimmerleute und ähnlicher Handwerker — 18 bis 20 Dollars täglich! — in keinem Verhältniß steht. Nimmt man je 8 Dollars an, zieht die Sonntage und ein Drittel des Jahrs als nasse Jahreszeit ab, so schürfen die 30,000 Arbeiter im Jahr in runder Summe für 2,600,000 Pf. St. Gold aus. Indessen sind die dabei gebrauchten Werkzeuge, scheint es, so unvollkommen, daß ein großer Theil des edeln Metalls im Boden bleibt — einer der Briefschreiber meint: die Hälfte, welche mit bessern Vorrichtungen nachträglich zu holen wäre. Die größten Goldbarren aus Californien hat der Londoner Kaufmann Hr. Carr erhalten: von drei derselben wogen zwei je 32, eine 72 Pfund Troy-Gewicht." — Die neuesten Berichte der amerikanischen Blätter lauten nun, wie wir schon kurz erwähnten, noch ungleich lockender; und wenn auch die Behauptung daß die ganze mittlere Küstenstrecke am stillen Meer von Goldadern strotze, ohne Zweifel übertrieben ist, so scheint es doch verbürgt daß man am Dreifaltigkeitsfluß (Trinity River), der dem Sacramento gegenüber ins Meer mündet, ein neues reiches Goldlager entdeckt hat, wo ein Mann mit Leichtigkeit täglich für 100 Dollars soll waschen können. Eine Menge Abenteurer hatte sich bereits dahin gezogen. Indessen ging die trockene Jahreszeit zu Ende. An der Mündung des Federflusses erhob sich eine neue Stadt Vernon, und auch am Dreifaltigkeitsfluß beabsichtigt man eine anzulegen. Bemerkenswerth ist daß die Chinesen — bekanntlich nach den Japanesen das fremdenscheueste aller Völker — doch

auch ihrerseits der auri sacra fames nicht widerstehen können, und auf ihren bunten Dschonk herüberkommen um sich von dem Mammon ihr Theil zu holen. Zwar graben sie nicht, aber sie verkaufen in San Francisco und anderwärts Tischlerarbeiten und ganze Häuser, die sie von Canton fertig mitbringen. Zudem haben sie Restaurationen errichtet, wo sie ihren Chow-chow und sonstige Leckereien theuer verkaufen. Mittlerweile liegt in Californien, was Justiz, Verwaltung und Polizei betrifft, alles im argen; es ist ein Naturzustand wo jeder auf sich selbst angewiesen ist, und die von den Vereinigten Staaten angesprochene Oberherrlichkeit über das Land erscheint wenigstens in der Ausübung noch sehr problematisch. Es gilt dort die gute altschottische Regel welche Burns in den Worten zusammengefaßt hat:

„That they shall take who have the power,
And they shall keep who can.

(Daß nehmen soll wer die Macht dazu hat, und festhalten wer kann)."

In der That brachte das Schiff „Constance" welches neulich von Valparaiso nach England heimgekehrt, die Nachricht mit; der amerikanische Commodore Jones vom „Ohio" habe der Stadt Francisco die Zufuhr von Lebensmitteln zur See abgeschnitten, weil die Einwohner der Regierung den Gehorsam verweigert. Admiral Hornby aber, der Befehlshaber der brittischen Station im Mittelmeer, hatte die Fregatte „Inconstant" vor San Francisco beordert, um Leben und Eigenthum der dortigen englischen Unterthanen zu schützen. — Indessen berichtet der New-York Herald: „Der Convent in Monterey war zu Ende Septembers noch versammelt. Er hat beschlossen die Sklaverei zu verbieten, jedoch freien Negern den Zutritt in den Staat zu untersagen. Pueblo San José soll der Sitz der Regierung seyn. Alle freien weißen Bürger der Vereinigten Staaten erwerben nach halbjähriger Ansässigkeit im Staat das Wahlrecht. Disconto-Banken sind nicht zulässig; Depositenbanken werden streng geschützt. Die festgesetzte Gränzmark schließt ganz Ober-Kalifornien ein, man wird sie aber ostwärts auf die Sierra Nevada zu beschränken suchen. Die Bezirke folgen sich also: 1) San Diego, Los Angelos, Santa Barbara, San Luis Obispo; 2) Monterey, San Francisco; 3) San José und Sonoma; 4) Sacramento und San Joaquin. Die Legislatur sollte im December zusammentreten, um Senatoren zum Congreß in Washington zu wählen und die Staatsregierung vollständig zu bilden."

Handels- und Börsennachrichten.

London, 3 Dec. Der Barrenvorrath der Bank von England hat sich in der letzten Woche um den großen Betrag von 342,494 Pf. St. vermehrt, und beträgt jetzt im ganzen 16,380,184 Pf. St. Noch beträchtlicher ist die Vermehrung der Noten in der Bank, deren Summe sich auf nicht weniger als 11,671,396 Pf. beläuft. Also eine wahre Plethore unverwendeten Capitals. Californien hat reichlich dazu beigetragen. — In dem am 5 Nov. abgelaufenen Monat hat der englische Ausfuhrhandel, im Vergleich mit November 1848, zwieder um 1,011,360 Pf. St. zugenommen. Von Hongkong kam unlängst eine beträchtliche Sendung Roheisen. Man hofft einen neuen werthvollen Einfuhrartikel aus China gefunden zu haben.

London, 4 Dec. Consols $95^{7}/_{8}$; Bank Stock 202; Schatzscheine 49 Sh. Span. 3proc. $39^{1}/_{4}$.

Paris, 4 Dec. 3proc. 57.50; $4^{1}/_{2}$proc. 80; 5proc. 90.60; Schatzsch. 5; Bankactien 2415; belg. 5proc. $95^{1}/_{4}$; Anleh. von 1842 $96^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $87^{7}/_{8}$; österr. Loose v. 1834 400; neap. 5proc. 91.25; röm. $80^{3}/_{4}$; span. act. $25^{1}/_{4}$; pass. 4; 3proc. $39^{1}/_{2}$; innere Schuld $29^{1}/_{2}$; piem. 5proc. 83.50; Oblig. von 1834 945; von 1849 900; Vers. E.-B. rechte 210; linke 170; Paris-Orleans 740; Rouen 528.75; Straßburg 357.50; Nordbahn 445; Rouen-Havre 232.50; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 312.50; Bordeaux 403.75; Tours-Nantes 280; Montereau-Troyes 110.

Amsterdam, 4 Dec. $2^{1}/_{2}$proc. 54; 3proc. $63^{1}/_{8}$; 4proc. $82^{13}/_{16}$; port. 4proc. $37^{3}/_{4}$; Metall. 5proc. $81^{1}/_{8}$; Ard. $13^{5}/_{16}$. Curs auf London $12.02^{1}/_{2}$ l. P. Curs auf Hamburg $34^{7}/_{8}$ l. G.

Augsburg, 7 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. 93 G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P., $100^{1}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 840 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Metall. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 6 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84^{5}/_{8}$; Bankactien 1287; preuß. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{3}/_{4}$; Ludwigsh.-Berbach $84^{3}/_{4}$; württemb. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $98^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $78^{7}/_{8}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{3}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{2}$; nass. 5proc. $101^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. 84; Frankf. 3proc. $78^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{4}$, 88; Disc. $2^{1}/_{4}$ G.

♀ **Wien,** 5 Dec. Die bereits neulich ausgesprochene Ansicht daß bei der übermorgen stattfindenden Generalversammlung der ungarischen Centralbahn-Actionnäre die Uebergabe der Bahn an den Staat gegen eine entsprechende Ablösung beschlossen werden soll, bewirkte in den 'esther Actien eine lebhafte Kauflust, in Folge deren dieselben um 2 bis $2^{1}/_{4}$ Procent höher gingen. In andern Actien sowie in Fonds war das Geschäft matt und schlossen Curse ohne wesentliche Veränderung zur Notiz. Devisen im Beginn der Börse hoch gehalten, wurden gegen das Ende bedeutend billiger abgegeben und blieben fast durchgehends offerirt, ohne willige Abnehmer. Gold und Silber, sowie Comptanten überhaupt, waren dagegen auch heute preishaltend und gesucht. Sicherem Vernehmen nach wird der November-Ausweis der Nationalbank nicht, wie von einigen Journalen angegeben wurde, um 5 Mill., sondern nur um 600,000 fl. C. M. an Silbervorrath und um 2 Millionen im Banknotenumlauf günstiger stellen. — Den Besitzern von $4^{1}/_{2}$proc. Metalliques ist nun ebenfalls freigestellt worden, die fälligen Zinscoupons, anstatt in Baarem in 5proc. Metalliques zu erheben. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. $93^{15}/_{16}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $83^{7}/_{16}$–$83^{1}/_{2}$, Loose vom J. 1834 $172^{1}/_{2}$–173, Loose vom J. 1839 107–$107^{1}/_{2}$, Bankactien 1190–1195, Nordbahnactien $107^{3}/_{8}$–$107^{1}/_{2}$, Gloggnitzer $108^{1}/_{2}$–109, Mailänder $79^{1}/_{2}$–$79^{3}/_{4}$, Pesther $81^{1}/_{4}$–$81^{1}/_{2}$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $17^{1}/_{2}$–$17^{3}/_{4}$, Silberagio $10^{1}/_{2}$–$10^{3}/_{4}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Paläontologische Briefe.

I.

𝆺 Es ist wohl kein Zweig der Naturwissenschaften seiner Entwicklung rascher entgegengeeilt als die Paläontologie, derjenige Theil der Naturgeschichte nämlich welcher sich mit den in der Erde begrabenen Resten und Spuren vergangener Schöpfungen beschäftigt. Unbekannt war der Name noch vor ein bis zwei Jahrzehnten, unbekannt die Sache vor Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts. Ein Buch von Brander ausgenommen, sahen wir die Versteinerungen, die man lange für „lusus naturæ" erklärte, weit mehr als Spielwerke der Menschen, denn als Gegenstände wissenschaftlicher Forschungen behandelt; einige Abbildungen sind fast alles was sich in der ältern Litteratur noch brauchbares über sie findet, bis in den ersten zwei Jahrzehnten des jetzigen Jahrhunderts die gediegenen Arbeiten von Blumenbach, Lamarck, Cuvier, Brocchi, v. Schlotheim, Sowerby, W. Smith und Al. Brongniart die Aufmerksamkeit und die Thätigkeit einer großen Anzahl von Geologen, Botanikern und Zoologen auf diese „Denkmünzen der Schöpfung," wie Cuvier sie nannte, hinlenkten, und in der That kann heutzutag der Geognost nur mit ihrer Hülfe in fernen Welttheilen die Identität der Gesteins-Schichten wieder erkennen, deren Studium er in seiner Heimath begonnen hat, da er weder die Schichtenreihung selbst unmittelbar bis dahin verfolgen, noch in der Gesteinsart und andern früher empfohlenen Merkmalen einen sichern Führer dafür gewinnen kann: sie gelten ihm als die Seitenzahl der nach allen Winden zerstreuten Blätter eines auseinandergerissenen Buches, die er einzeln zusammensuchen und wieder zu einem Ganzen ordnen soll. Und diese Ordnung, soweit sie bis jetzt vollendet ist, hat auch die Wissenschaft des Geologen schon gänzlich umgestaltet, manche vage Speculation auf positive Grundlagen zurückgeführt, Chronometer für vormenschliche Zeiten dargeboten und Bilder von den Zuständen der Oberfläche und ihrer Bewohner in allen Bildungszeiten der Erdrinde geliefert. Der Botaniker und der Zoologe bereichern und ergänzen ihre Systeme mit Hülfe der Paläontologie, sie entdecken Beziehungen zwischen Gruppen die sie vorher nicht geahnt hatten, während mancher Physiologe seine frühere Ansicht von einer blinden Urerzeugung mit der Anerkennung eines planmäßigen Schöpfungsganges zu vertauschen gezwungen wird, und der Historiker sich in den Stand gesetzt sieht die Geschichte des Menschen aus einer Zeit zu ergänzen und zu berichtigen, aus welcher nach der Natur der Sache uns nur geheimnißvolle Mythen statt thatsächlicher Berichte geblieben seyn können. So kann die Theilnahme nicht überraschen welche sich von den verschiedensten Seiten her den paläontologischen Studien zugewendet, und deren Litteratur schnell zu einem reichen Schatze gesteigert hat, der endlich einer Ordnung und Zurechtlegung bedurfte, um ihn auf eine angemessene fruchtbringende Weise schnell und vollständig überall verwenden zu können wo es noth thut.

Den ersten Versuch einer solchen Zurechtlegung finden wir in einem Werk welches in zwei starken Bänden nächstens die Presse verlassen wird (Stuttgart, bei Schweizerbart), in Bronns Index palæontologicus, welcher in allen Ländern verständliche lateinische Titel übrigens vor einem deutschen Buche steht. Die eigenthümliche und neue Einrichtung desselben veranlaßt uns einige Augenblicke bei derselben zu verweilen. Seinem Inhalt nach zerfällt es in drei Hauptbestandtheile: einen systematischen Enumerator aller fossilen Arten, einen alphabetischen Nomenclator aller bisher vorgeschlagenen oder gebrauchten Namen, und eine Zusammenstellung der wissenschaftlichen Resultate aus dem ersten. Wem bei seiner Lectüre irgendein fremder Petrefactenname vorkommt, der findet durch Nachschlagen in dem zweiten Theil schnell dessen systematische Stellung und Bedeutung, seine Verwandtschaft und alle seine Synonyme auf; er erfährt wer den Namen gegeben, in welcher Schrift er zuerst angewendet, wo seine Bedeutung wesentlich ausgedehnt oder beschränkt worden, wo sich die ersten und die besten Abbildungen und Beschreibungen des durch ihn bezeichneten Gegenstandes finden, und welcher von den etwa mehrfachen ein gleiches Object bezeichnenden Namen das Alters-Vorrecht besitze, oft ist auch dabei die Etymologie des Worts angegeben und auf unrichtige Namenbildungen u. dgl. aufmerksam gemacht. Wer einen neuen Namen zu geben im Begriff ist, ersieht mit Hülfe des Nomenclators ob nicht derselbe Name etwa schon früher an ein anderes Petrefact vergeben worden sey. Der tabellarisch eingerichtete Enumerator läßt mit einem Blick übersehen die systematisch geordnete Aufzählung aller bis jetzt bekannt gewordenen fossilen Arten von Pflanzen und Thieren, die geologisch geordnete Verbreitung derselben in den Erdschichten, deren zu diesem Ende nicht weniger als vierundzwanzig nach ihrer Altersfolge unterschieden und in fünf successive Perioden eingetheilt werden, und die geographische Verbreitung aller nach Welttheilen und Zonen. Die Zahl der fossilen Arten wird bei allen Geschlechtern, Familien, Ordnungen und Classen summirt, und gewöhnlich mit der der lebenden Arten aus den gleichen Abtheilungen zur Vergleichung nebeneinander gehalten, und am Schlusse erscheinen in vier Tabellen alle Hauptzahlen in systematischer, geographischer und geologischer Beziehung nochmals geordnet wiederholt. Diese Art der Behandlung gibt zu einer Menge von anziehenden Betrachtungen und Vergleichungen Stoff, deren der Verfasser selbst viele in dem darauf folgenden Texte ausführlicher erörtert und weiter verfolgt, zu welchen sich aber noch gar manche andere hinzufügen ließen. Da dieselben das Ergebniß der Zusammenstellung alles bis jetzt vorhandenen Materials dieses Zweiges der Wissenschaft in Folge einer unausgesetzten achtjähriger Arbeit sind, über dessen Stand in dieser Weise ein abgeschlossener Generalbericht erstattet wird, so halten wir jene Ergebnisse für ansprechend genug und dieser Veranlassung angemessen, die wichtigsten derselben auch Ihrem weitern Leserkreise mitzutheilen.

Ehe wir indessen auf die Sache selbst eingehen, dürfte es kaum nöthig seyn zu erinnern daß ein solcher Generalbericht nur eben den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft darstelle, welche jeden Tag durch neue Thatsachen ergänzt und berichtigt wird. Ein Lehrbuch, ein populäres Handbuch würde alles zweifelhafte Material, alle unsichern Resultate unberührt lassen können; die Aufgabe des Index aber ist es über alle bisher aufgestellten Arten zu berichten, alle bisher angewendeten Namen zusammenzustellen, und er muß jeder und jedem derselben eine eigene sichere oder unsichere Stelle anweisen, wenn er nicht aus den vorhandenen Forschungen Mittel findet solche andern unterzuordnen. Bei der ungeheuren Anzahl der Gegenstände und der Namen liegt es außerhalb der Kraft eines einzelnen Mannes, alle Arten und alle Synonyme selbst zu prüfen, zumal wenn die ersten nicht in zugänglichen Museen enthalten sind. Aber auch wenn dieß überall der Fall wäre, so würde diese Arbeit schon jetzt nicht acht, sondern zwanzig bis dreißig Jahre erfordert haben, und eine historische Notiz des Verfassers weist nach daß seit Anfang dieses Jahrhunderts sich die bekannte Anzahl der fossilen Arten ungefähr alle 7 bis 8 Jahre verdoppelt, und die Verdoppelung in der letzten achtjährigen Periode ungefähr 12,000 Arten betragen hat; daher die Richtigstellung aller Arten und Synonyme Sache der Monographen der einzelnen Familien werden muß, denen der Berichterstatter jedoch hier aus der Gesammtlitteratur ein Material liefert, wovon ihnen ein größerer oder kleinerer Antheil immer leicht entgangen seyn würde. Was uns die örtlichen Forschungen der Paläontologen in der Frist dieses halben Jahrhunderts geliefert, ist die Ausbeute von einem sehr beschränkten Theil der Erdoberfläche. Sind in Europa auch Deutschland, Frankreich, England, Südschweden und Norditalien bereits sorgfältig durchforscht, so liefert doch jeder neue Tag noch neue Entdeckungen selbst in diesem Gebiete. Den übrigen Theil von Europa können wir nur als auf zweiter Stufe der Durchforschung stehend betrachten; ja es sind weite Länderstrecken der iberischen Halbinsel und der übrigen mittelmeerischen Länder wie in der innern Türkei und in Rußland uns noch völlig unbekannt. In Asien kennen wir nur erst unvollkommen die uralischen Gegenden, einige Striche am Kaukasus, am Indus und im Himalaya; in Afrika einzelne Stellen längs dem Mittelmeere, am Cap und nächst Port-Natal. In Nordamerika hat bereits die amtliche Untersuchung mehrerer älteren Vereinsstaaten stattgefunden, die uns eine reiche Ausbeute geliefert haben; und einzelne Reisende haben werthvolle Schätze aus Mexico, Peru, Brasilien, Patagonien und vom Columbia-River mitgebracht, welche indessen meistens nur von den Küstengegenden stammen und nur vereinzelten Oertlichkeiten entnommen sind. Von Neuholland und Neuseeland sind erst wenige fossile Reste nach Europa gekommen. Wie aber unsere Kenntnisse einestheils geographisch, so sind sie anderntheils geognostisch beschränkt. Während Europa als geologischer Mikrokosmus auftritt, und alle bis jetzt bekannten Gebirgs-Formationen in vollständiger Gliederung vor unsern Blicken ausbreitet, vermissen wir in allen übrigen Welttheilen, ihrer beträchtlicheren Größe ungeachtet, bis jetzt noch die Gebirgsbildungen ganzer geologischer Perioden mit ihren

Erzeugnissen. Nur die ehemals sogenannten Uebergangsgesteine von den silurischen Schichten bis zur permischen Formation einschließlich, sind durch das eine oder das andere ihrer Glieder in allen fünf Welttheilen, und fast vom Nordpol an bis in die Nähe des Südpols bekannt geworden. Die der zweiten oder Trias-Periode, Muschelkalk und zweierlei Sandsteine, haben außer einem Theil von Europa bis jetzt nur zweifelhaft in einem kleinen Theil Sibiriens nachgewiesen werden können. Aus den Oolithen-Bildungen, die dritte Periode vertretend, kennt man außer Europa Versteinerungen nur aus dem nördlichen Indien, und einige sehr zweifelhafte aus Südamerika. Die Gesteine der vierten oder der Kreide-Periode dagegen kommen auf große Erstreckung im südlichen und nördlichen Indien, am Himálaja und in den Sindländern, dann am Atlas im Norden und am Cap im Süden Afrika's, sowie durch die ganze Erstreckung von Amerika, mithin in einer Breitenausdehnung von 52° N. bis 54° S. vor. Auch die tertiären oder Molassen-Gebilde, die der fünften Periode, finden sich unter allen Längen und Breiten wieder, wenn auch weniger zusammenhängend als in Europa. Aber alle diese Formationen mit ihren organischen Einschlüssen sind bis jetzt nirgends in so vollständigen Schichtenreihen als in Europa bekannt, und nirgends treten geschichtete Gebirgsarten auf welche nicht auch in Europa nach Alter und Gesteinsart vertreten wären; so kommt es daß, ungeachtet der vielfach größern Ausdehnung der übrigen Länderflächen, doch bis jetzt Europa 92 Procent aller fossilen Geschlechter und Arten, die übrigen Welttheile nur 26 Proc. der Geschlechter und 11 Proc. der Arten geliefert haben (18 Proc. von jenen und 2 Proc. von diesen sind nämlich gemeinschaftlich). Ferner aber liegen Schichten nicht wie die Blätter eines Buches ausgebreitet vor uns, damit wir ihren ganzen Inhalt übersehen können, sondern es sind nur einzelne Buchstaben, einzelne Wörter die wir hier und dort am Rande hin erspähen oder durch Umbiegen desselben ermitteln. Und selbst wo es durch Zufall oder Beharrlichkeit gelingt ein solches Schicht-Blatt vollständiger auseinander zu legen, da entdecken wir zu unserem Bedauern daß sich ein großer Theil der Typen gar undeutlich abgedruckt hat, da gewahren wir zu unserm Schrecken breite Lücken, wo die Censurkräfte der Vorwelt gewaltet, da sehen wir schadhafte Stellen die ein millionenjähriger Moder verwischt, die der Zahn des mächtigsten Nagers weggefressen hat. Denn wie hätten jemals alle Arten von organischen Wesen ihrer Zeit zusammen in irgendeiner Gesteinsschicht abgelagert werden können, welche sich während ihrer Entstehung am Grunde des Meeres höchstens die Leichen der Bewohner des letzten regelmäßig anzueignen vermochte, während ihr Theile von den Bewohnern der Luft, des trocknen Landes, der süßen Gewässer nur zufällig anheimfallen konnten, daher Insecten, viele Reptilien, die Vögel, die Säugethiere und fast alle Pflanzen in der Regel von ihr ausgeschlossen bleiben mußten. Was aber auch die werdenden Schichten in ihrem Schooße umschlossen, das war schon vorher oder blieb mehr und weniger lange Zeit nachher der mechanischen Zerstörung, der chemischen Zersetzung preisgegeben; nur feste kalkige und kieselige Theile, die Skelette der Wirbelthiere, die Schalen der Conchylien, die Krusten der größeren Krebse, die Hüllen der See-Igel und Seesterne, die Kalkstöcke der Polypen, die Kieselpanzer der Infusorien waren in der Regel allein der Erhaltung fähig; Hölzer und Blätter, dünnere Kalkkrusten und die hornartigen und häutigen Decken der Fische und Insecten setzten weit günstigere Bedingungen voraus, während die fleischigen Weichtheile derselben Wesen, ja während die ganzen Thierkörper gewisser Classen und Ordnungen, wie der Quallen (Medusen), der Eingeweidwürmer, der Nacktschnecken, der nackten Ringelwürmer, der Räderthierchen und weichen Magenthierchen, viele saftige Pflanzen und Pflanzentheile sich nie zur Erhaltung eignen konnten. Wo aber auch die Schichten der Erdrinde, einer Noahs-Arche gleich, Wesen aller Art in sich aufgenommen hatten um sie dem dereinstigen Leben — nicht in der Natur, sondern in der Naturgeschichte — zu erhalten, da haben spätere Erdumwälzungen nicht selten diese Schichten wieder zerstört, und den Mangel langer Formationenreihen für ganze Continente verursacht, während in andern nicht minder ausgedehnten Gegenden die periodisch über das Meer hervorragten, solche Niederschläge sich ganze Perioden hindurch gar nicht zu erzeugen im Stande waren. Nimmt man die Schwierigkeit der Deutung der vereinzelten Theile aus inneren und äußeren Skeletten der Thiere, die Unmöglichkeit z. B. die einzelgefundenen Wirbel, Zähne und Schuppen einer Fischart richtig miteinander zu vereinigen, ehe man ein vollständiges Exemplar jener Art gefunden hat, die feste Umhüllung und innige Durchdringung mancher organischen Reste durch die einschließende Gebirgsart, die chemische Veränderung und die mikroskopische Kleinheit anderer hinzu, so wird man in der Lage seyn die Schwierigkeiten zu ermessen welche die Paläontologie zu überwinden und mitunter zur Ueberraschung glücklich besiegt hat.

Der Waldeck'sche Proceß.

(Fortsetzung.)

Da die Anklageacte gegen Waldeck sich hauptsächlich auf den sogenannten Brief D'Esters über den Mordplan stützt, die Handschrift dieses Briefes aber Aehnlichkeit mit der Unterschrift: „Sie lachen 2c." unter dem lithographirten Porträt von D'Ester haben soll, so wird Lasally, der das Portrait hat lithographiren lassen, befragt wie er zu der Handschrift des „Sie lachen 2c." gekommen sey. Er bekundet: „D'Ester hat sie in meiner Gegenwart geschrieben, und dann ist sie lithographirt worden." Präs.: „Haben Sie das Manuscript noch?" Zeuge: „Nein." Präs.: „Wo ist dasselbe geblieben?" Zeuge: „Es ist mir in einer Mappe mit andern Manuscripten entwendet worden."

Nachdem dann noch der Lithograph Letze verhört ist, beginnt die Beweisaufnahme über die Aechtheit der vielen in dieser Untersuchung vorgekommenen Schriftstücke, namentlich aber in Betreff der Aechtheit desjenigen Briefes welcher im Schlafrockärmel des Ohm gefunden worden und die ganze Seele dieser Untersuchung bildet. Es wird behufs dieser Beweisaufnahme der ganze Inhalt dieses Briefes, welcher in der Anklage nur stückweise mitgetheilt ist, durch den Gerichtsschreiber verlesen. Derselbe lautet nach dem Hempel'schen stenographischen Bulletin wortgetreu so: Vol. spec. I. fol. I. Brief von D'Ester (ohne Datum.) „Mein bester treuester Freund! An einem ernsten Abende setze ich mich hin, um Dir den ganzen Abend zu widmen. Ich widme ihn Dir eine Zeit, wo jeder Tag, jede Stunde mich auf die Festung, mir den Tod bringen kann. Lieber Ohm, ein Mann schreibt an Dich, der an der Spitze einer Partei steht, der mit den Häuptern derselben Partei in Frankreich verbunden ist, ein Mann schreibt an Dich der noch die Idee hat einen Robespierre zu spielen. Meinen Zweck kennst Du; alle Mittel sind heilig, solchen Zweck zu verfolgen, wenn man ihn erlangen will. Wir erlangen ihn sicher, dazu müssen wir vor Allem den völligen Sturz des preußischen Hohenzollern-Hauses haben. Zu dieser großen That ist aber auch der Mord ein heiliges Mittel und deshalb wirst Du beiliegende Statuten, die den neuen Bund leiten, gerechtfertigt finden. Aber auch beim Niederschreiben dieser Zeilen rufe ich Dir eine Drohung zu, die, mit meinem Blute geschrieben hier folgt: (die folgenden gesperrt gedruckten Zeilen sind roth geschrieben). Nur irgend ein Mißbrauch der Ihnen anvertrauten Geheimnisse bringt Dich in Tod zwar nicht, aber zum Krippel sollst Du gemacht werden. Hände und Füße sollst Du beraubt werden, dafür ist gesorgt. Jetzt zur Sache: Vor Allem bleibt der Abgeber dieses Dir p. Waldeck nur bekannt. Du führst ihn in keine dem. Gesellschaft; reist mit ihm noch Sonntag vor der Abreise — denn Du reist erst Montag — nach Charlottenburg; weder Egbert Bauer noch Jemand sieht ihn, nur für Dich existirt er. Mit der Bestellung der Waffen brauch ich Dir jetzt nicht mehr schriftlich zu sagen denn morgen 5 Uhr fr. wird Dich einer von der Quelle selbst zur Reise abholen, er wird Dich in dieser Wiener & polnischen Sprache einräumen; aber erzähle ihm noch nicht von dem Plane v. J. in Breslau mit Myroslawsky, denn dieser polnische Plan soll bei der in diesen Tagen in Breslau Erhebung benutzt werden. Myroslawsky könnte auch dann wieder eintreffen. Er ist nur wegen der Ehre nicht da, aber ich sage in Politik giebts keine Ehre. Am Rhein gelingt es jetzt bei meiner Hinreise durch meine frühere Agitation die Landwehrmänner untreu zu machen und ich kenne meinen Rhein, es wird dort gelingen. Cöln muß die Entscheidung für den Rhein sein, dort soll wie mit allen Hauptstädten den 21 Mai die Schlacht geschlagen werden. Wegen Papiere kann alles ruhig sein. Sag Waldeck, Bakunin ist gut entkommen & hat alle Papiere. Morgen reist Du nach Hamburg, wozu Du Deine Aufträge weißt. — Wenn wir am Rhein die Republik haben, da haben uns die Ungarn 10,000 Mann versprochen. Deshalb sorg nur Waffen! Kanonen haben wir 40 Stück am Rhein. Die Berliner haben sich einkleiden lassen, aber an Ort und Stelle wollen wir sehen. Wenn einer durch den gerechten Zorn fallen muß, so ist es der Prinz von Preußen neben dem König zuerst. Das Ministerium wird dann in Bestürzung der Zeit selbst fallen. Diese Rathschläge halte ich stets wichtig dir zu sagen. Für Berlin müßt ihr durchaus einen neuen Schlachtplan machen, da der alte zu bekannt ist. Wieviel Soldaten stehen da? Wie stehts in Potsdam aus? Lege Braklav die Vorsicht ans Herz. Genau die Stimmung dort. Marx wird auch dort sein. Bewachet Ottensosser & ähnliche Zeug, das sind Leute, die Ihr in keine Geheimnisse einweiht. Nun an Dich die letzten Worte. — Ich habe mich Dir ganz ergeben, ganz Dir hingeopfert, aber weh! wehe! wenn Du es mißbrauchst! Der Fluch folgt Dir überall. Damit man Dich gar nicht in geheimer Verbindung wähnt, so gehe nur Deinen Kaufmannsgeich. nach. Verkehre wenig mit Demokraten. Halte Dich zurückgezogen. Beim Kampfe vernichtest Du vor der Theilnahme jedes wenn auch noch so gleichgültige Papier. Nicht ein Stückchen Papier darf man bei Dir finden, wo mein Namen steht. Liebster nur vorsichtig!!! Alle Auslagen die Du machst verzeichne. Die Central-Casse hat jetzt Ausgaben; Du bekömmst alles zurück. Das Quartier für 20 Polen besorge, entweder kommen sie dahin oder die kommandiren am

Rhein. — Es lebe unsere heilige Sache. Glückliche Reise Dein Carl D'Ester" (durchstrichen).

Darauf werden über den eben mitgetheilten, D'Ester zugeschriebenen Brief die Schreibverständigen befragt, zuerst der Kanzleirath Seegert, der nach langer Prüfung und Vergleichung des fraglichen Briefes mit andern ihm vorgelegten, theils von D'Ester, theils von Ohm unzweifelhaft herrührenden Schriftstücken, endlich zu der Erklärung kommt: die Handschrift in dem angeregten Briefe Vol. spec. I. fol. I. habe eine größere Aehnlichkeit mit dem Schriftstück von Ohm als mit dem Schriftstück von D'Ester; der Mordplansbrief und ein ächter Brief D'Esters seyen von verschiedenen Händen; eine Entscheidung darüber auszusprechen, wen er für den Verfasser jenes Briefes halte, D'Ester oder Ohm, dazu biete ihm seine Wissenschaft nicht den gehörigen Anhalt; die Schrift des Briefes endlich sey so eigenthümlich „daß man nicht annehmen darf sie sey nachgemacht." Der Vertheidiger Dorn hebt hervor daß Ohm „verschiedene Handschriften" schreibe, wie aus verschiedenen von Ohm als die seinigen anerkannten Schriftstücken hervorgehe. Ohm wünscht die Untersuchung darauf gerichtet zu sehen ob nicht „D'Ester auch verschiedene Handschriften" schrieb. Der Schreibverständige Bergmann urtheilt über zwei ihm vorgelegte, von D'Ester unzweifelhaft herrührende Schriftstücke: „Ich halte dafür daß die Handschriften sich überall sehr gleichen." Im übrigen sagt er daß der Mordplansbrief mit den von D'Ester unzweifelhaft herrührenden Schriftstücken keine Aehnlichkeit habe, und auch keine Aehnlichkeit mit den unzweifelhaft von Ohm herrührenden Schriftstücken. In der Voruntersuchung hatte Bergmann der Handschrift des oft erwähnten Briefes einen kaufmännischen Charakter beigelegt, der Handschrift des von D'Ester anerkannt geschriebenen Adreßentwurfs den eines Gelehrten. Seegert erklärt: „eine solche genaue Bezeichnung der Schriftarten unter einander wie eines Gelehrten, Kanzlisten, Doctors etc. läßt sich nicht so genau heraus deduciren." Er bemerkt ferner daß nach den zwei sicher von D'Ester herrührenden Schriftstücken (der Adreßentwurf für die Nationalversammlung und ein Brief an Waldeck) „D'Ester auch nicht immer eine bestimmte Hand schreibt die sich gleich bleibt", worauf der Vertheidiger Dorn entgegnet: „Der Adreßentwurf ist auf feines Papier, natürlicherweise mit besonderer Sorgfalt geschrieben, der Brief an einen Bekannten ist auf Briefpapier geschrieben, also flüchtiger, eine gewisse Verschiedenheit mag darin vorwalten; der eine Sachverständige hat gesagt: es ist dieselbe Handschrift." Der Sachverständige Heinemann ist wegen Krankheit nicht erschienen. Sein in der Voruntersuchung abgegebenes Gutachten wird verlesen. Es spricht sich namentlich mit Bestimmtheit dahin aus daß der Verfasser des Adreßentwurfs den angeblich D'Ester'schen Brief nicht geschrieben haben könne, daß letzterer jenem nicht einmal nachgeahmt sey, so verschieden seyen beide.

Auf die fernere Vernehmung von Sachverständigen verzichten sowohl der Staatsanwalt als die Vertheidigung. Der Oberstaatsanwalt übergibt dem Schwurgerichtshof eine Ausfertigung des Obertribunals, in welchem jener angewiesen wird im vorliegenden Proceß zwei Staatsanwälte zuzulassen. Der Gerichtshof beschließt daß er für den vorliegenden Fall seiner eigenthümlichen Lage wegen die doppelte Vertretung der Staatsanwaltschaft genehmigen wolle, daß hieraus aber ein Schluß für zukünftige gleichartige Fälle nicht gezogen werden könne, und das Verhör nimmt dann seinen Fortgang. Restaurateur Wallmüller bezeichnet Waldeck als einen hochgeachteten Gast seines Locals; Ohm hat er nie in seinem Local gesehen. Koch, der frühere Wirth von D'Ester, erinnert sich nicht Ohm je bei D'Ester gesehen zu haben, Waldeck hat er nie bei D'Ester gesehen.

Nach dieser Auslassung erhebt sich der Advocat-Anwalt Dorn und überreicht ein Schriftstück, welches ihm, wie er sagt, so eben aus der Schweiz zugegangen ist. Die Schrift wird sofort verlesen. Es ist eine notarielle Acte, aufgenommen von dem Notar Sandmeier in Aarau, Kanton Aargau in der Schweiz, beglaubigt vom großen Bundesrath in Aargau und abgegeben von dem Doctor der Medicin Karl D'Ester auf Ehrenwort und an Eidesstatt am 19 Oct. 1849. Sie lautet mit Weglassung der Formalien: „Da ich (D'Ester) vernommen habe daß unter den Beweisstücken auf welche der politische Proceß gegen den geheimen Ober-Tribunalrath Waldeck in Berlin begründet werden soll, sich zwei angeblich von mir herrührende Briefe an den Handlungsgehülfen Ohm befinden, fühle ich mich im Interesse der Wahrheit zur nachstehenden Erklärung genöthigt. Ich erkläre auf Ehre und Gewissen daß ich an den Handlungsgehülfen Ohm in Berlin niemals einen Brief geschrieben habe in welchem von einem hochverrätherischen Unternehmen irgendeiner Art die Rede gewesen ist, und daß namentlich in einem solchen Briefe von mir nicht gesagt ist Ohm möge sich an Waldeck wenden. Ferner daß ich überhaupt zu dem Handlungsgehülfen Ohm in Berlin in keinem Verhältniß gestanden habe welches zu einer vertraulichen Mittheilung ähnlicher Art hätte Veranlassung geben können. Der Handlungsgehülfe Ohm, den ich in der letzten Zeit meines Aufenthalts als Abgeordneter zur preußischen Nationalversammlung in Berlin nur vorübergehend gesehen, und mit dem ich während meiner darauf folgenden Abwesenheit von Berlin in keiner Verbindung gestanden hatte, bot sich mir gleich nach meiner Ankunft als Abgeordneter zur zweiten Kammer in Berlin unaufgefordert an mir eine Wohnung zu suchen, und begleitete mich, nachdem er sie gefunden hatte, in diese Wohnung, daß ich meine Effecten dort hin bringen ließ. Der Umstand, als am andern Tage durch den Polizeicommissär des Viertels nach einem unter den Effecten befindlichen Paket gesucht und den Hausleuten der Schrank angegeben ward in welchem es sich befinden müsse, machte mir selbstredend eine solche Vorsicht gegen den Handlungsgehülfen Ohm zur Pflicht, daß von einer vertraulichen Mittheilung nicht die Rede seyn konnte. Schließlich erkläre ich mich zur eidlichen Erhärtung des Vorstehenden zu jeder Zeit bereit. Möchte der Arm der Gerechtigkeit bald diejenigen erreichen welche Mitschuldige oder Mitwisser an jener verdammungswürdigen Handlung waren, durch unterschobene Briefe von mir die Anklage gegen einen der edelsten Bürger Deutschlands zu begründen!"

Nach Vernehmung der Restaurateure Jaroschwitz und Oertge, die beide nichts wichtiges aussagen, geht die Verhandlung auf die Vernehmung der Bürgerwehr-Majore Gärtner, Benda, Borsig, Kirchheim und Gräpert wegen der Majorsnacht über. Gärtner bekundet über diese Nacht (vom 11 auf den 12 Nov. v. J.): Die Majore der Bürgerwehr hatten im Centralbureau zusammenkommen wollen. Ich und noch zwei andere Majore kamen gegen Mitternacht nach dem Centralbureau, und man sagte uns die Versammlung der Majore sey nicht im Bureau, sondern im Hôtel de Bavière. Dort fanden wir uns ein; indeß diese Versammlung war keine Versammlung der Majore der Bürgerwehr, sondern es waren wohl 100 Personen anwesend, die ihre Anwesenheit unter den verschiedenartigsten Prädicaten rechtfertigten, Vertrauensmänner der Bataillone u. dgl. Unter diesen Anwesenden befand sich auch der Hr. geheime Ober-Tribunalrath Waldeck, Berends, D'Ester und Landrath Reuter, alle vier Mitglieder der aufgelösten Nationalversammlung. Wir hatten uns gegenseitig beauftragt uns zu erkundigen wie die Stimmung der Bürgerwehr in eines jeden Bataillon am Abend in der letzten Versammlung sey. Das Resultat wollten wir uns gegenseitig mittheilen, ob die Bürgerwehr gesonnen sey die Waffen abzugeben oder nicht. Wir waren beauftragt, und es lag auch in unserm Interesse ob wir es ausführen könnten oder nicht. Nachdem wir einzeln befragt worden waren, ergriffen verschiedene das Wort, die meisten waren mir nicht bekannt. Geh. Ober-Tribunalrath Waldeck ergriff auch das Wort, jedoch sagte er nur wenig. Nach beinahe dreizehn Monaten kann ich den Inhalt seiner Rede nicht mehr dem Wortlaut nach wiedergeben. Ich kann es nur mit Wahrscheinlichkeit dem Sinne nach. Er sagte: „Ueber die Art des Widerstandes könne er nicht Auskunft geben, da er von militärischen Wissenschaften nichts verstände." Präsident: „War denn schon vorher von Widerstand die Rede?" Zeuge: „Ja. Waldeck sagte ferner: Was den Widerstand im allgemeinen betreffe, so glaube er daß der Ungesetzlichkeit gegenüber der Widerstand gerechtfertigt sey. Reuter meinte, fortgesetzter passiver Widerstand sey gar keiner. Berends forderte unverhohlen zum activen Widerstand auf." Präs.: „Wissen Sie von einem förmlichen Widerstandsplan?" Zeuge: „Nein." Präs.: „Wie äußerten sich die Deputirten sonst?" Zeuge: „Sie gingen dann bald fort, sie waren mit dem Ausgang der Versammlung unzufrieden." Waldeck: „Der Zeuge sagt, wir gingen frühzeitig fort, und wir waren mit dem Ausgang der Versammlung unzufrieden; wie stimmt das?" Zeuge: „Man sah es der Versammlung schon vorher an daß sie keinen Ausgang haben würde." Zeuge Kirchheim, Bankier und früher Zugführer bei der Bürgerwehr, bekundet daß Waldeck in der Versammlung über das Bürgerwehrgesetz gesprochen habe. Präs.: „Welchen Eindruck machte die Rede auf Sie?" Zeuge: „Ich hörte sie mit großem Vergnügen; sie war sehr ideenreich." (Gelächter.) Präs.: „Welche Ansicht entwickelte er über den zu leistenden Widerstand?" Zeuge: „Er sprach meines Wissens einfach über das Bürgerwehrgesetz." Präs.: „Und Reuter und Berends?" Zeuge: „Sie waren nicht für passiven Widerstand." Staatsanwalt Meier: „Für welche Art des Widerstandes waren Sie?" Zeuge: „Für den passiven. Ich blieb in der Minorität. Es schien nur eine einzige Stimme dafür zu seyn. Nachher freilich zeigte sich daß die Mehrheit dafür war." (Gelächter.) Zeuge Benda, Kaufmann und früher Bürgerwehrmajor, nennt die Debatte die in der Versammlung geführt wurde, eine wahnsinnige; Waldeck sey aber vorsichtig gewesen und habe nur gesagt: er hoffe die Berliner würden sich wie bisher so benehmen wie sie es für das beste hielten. (Man lacht.) Auf einige Widersprüche mit der Aussage des Zeugen Kirchheim aufmerksam gemacht, erklärt er: Mir kann leicht etwas entgangen seyn. Wir waren alle damals geistig und

physisch krank. Zeuge Borsig, Maschinenfabrikbesitzer und ebenfalls Bürgerwehrmajor, will von den Reden in der Versammlung nur wenig gehör: haben, weil es so „furchtbar heiß und eng“ und er so „müde“ gewesen sey. Waldeck sagte: Jeder wüßte schon was er zu thun hätte. Ein anderer sprach von Kampf mit den Soldaten. „Diese Wendung der Debatte mißfiel mir so daß ich hinwegging.“ Der letzte Zeuge ist der Portier des Waldeck'schen Hauses, Nagel. Er bekundet daß bei Waldeck niemals starker Verkehr gewesen, daß er Ohm gar nicht kenne und sich nicht erinnere ihn je bei Waldeck oder überhaupt gesehen zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

Wien.

* **Wien**, 4 Dec. Die kriegerischen Gerüchte haben sich schon wieder bedeutend gelegt, aber beachtenswerth bleibt darum doch wie sich die Organe der öffentlichen Stimmung in der deutschen Sache äußern. Es gibt deren nur zwei die sich ernsthaft damit befassen, der Lloyd und die Ostdeutsche Post, denn die andern Journale stellen Oesterreichs Einfluß in Deutschland in zweite oder noch fernere Linie. Von dem einen Blatt wird der österreichischen Regierung Unklarheit in der Politik vorgeworfen. Gewiß ist: rückte die österreichische Regierung mit bestimmten Vorschlägen heraus, so würde das ihm freundlich gesinnte Deutschland wissen was es vertheidige und woran es sich zu halten, während jetzt jedes Kämpfen gegen den norddeutschen Bund ein Gefecht im dunkeln ist, wo man nicht weiß ob die Streiche Freund oder Feind treffen. Solange man über die Ansichten des Wiener Cabinets keine Gewißheit hat, werden unsere Gegner wiederholt uns zum Vorwurf machen es sey böswilliges Hindern daß wir ihnen nicht zufallen. Die Ostdeutsche Post fragt in ihrem ersten Artikel: Kann Oesterreich in Italien und Ungarn mit Glanz herrschen, wenn es seine Stellung in Deutschland verloren? Sie sehen daraus daß man hier recht gut begreift welche Bedeutung für den österreichischen Staat der Stützpunkt in Deutschland seyn würde. Der Lloyd dagegen läßt uns heute ahnen wie man es mit dem Erfurter Parlament halten würde. Er will für Oesterreich das Recht ansprechen sich dem Reichstag und seinen Consequenzen zu widersetzen; doch, meint er, wäre es gegen die politische Weisheit, wenn man Gewalt anwenden würde, wo der Lauf der Dinge natürlicher und gefahrloser zu demselben Ende führe. Der Lloyd mag hierin getreu die Politik des Wiener Cabinets zeichnen. Man will hier nicht an einen möglichen Erfolg des Erfurter Parlaments glauben, und Preußen durch die Macht der Ereignisse zur Erkenntniß der Folgen seines Vorgehens kommen lassen. Ob auf den gewagten Vordersatz ein richtiger Schluß gebaut werden kann, lasse ich dahin gestellt; sicherlich aber ist die Beweisführung des Lloyd falsch, welcher behauptet: sobald Oesterreich sich vom Frankfurter Parlament abwandte, sey es vernichtet gewesen. Nicht der Rücktritt der österreichischen Deputirten, sondern die unnatürlichen Coalitionen und das Zerwürfniß mit dem Cabinet Brandenburg gaben dem Parlament den Todesstoß.

Eine ungarische Deputation vor dem Ban.

♀ **Von der ungarischen Gränze**, 1 Dec. In der Voraussetzung daß es Ihnen nicht unwillkommen sey, schicke ich Ihnen heute die in meinem letzten Briefe zugesicherte Schilderung der vor kurzem stattgehabten Audienz einer Deputation aus Ungarn beim Ban. Der Ban wohnt derzeit im ersten Stock des Gasthofs zum Römischen Kaiser auf der Freiung. Zahlreiche Wagen vor dem Hotel, sowie ein buntes Gemisch von Militär- und Civilpersonen, dem man schon auf der Treppe und in den Gängen des Gasthofs begegnet, lassen auf den ersten Blick errathen daß eine Person von hoher Bedeutung hier weilen müsse. „Aus einem der Zimmer, wo es in den Vormittagsstunden, in welchen der Ban empfängt, niemals an einem Andrang von Menschen aus hohen und niedern Ständen fehlt die den mächtigen Mann zu sprechen suchen, wurden wir — so erzählt ein Mitglied der Deputation — nach kurzem Harren vorgelassen. Der Ban empfing die Deputation stehend in ungarischer Campagne-Generalsuniform mit umgürtetem Säbel, die Brust mit vielen hohen Ordenszeichen geschmückt. Der Ban ist mittlerer Größe, von untersetztem, kräftigem Körperbau. Sein Aussehen ist das eines Mannes von 40 bis 45 Jahren; die Gesichtsfarbe ist hell und frisch; ein dichter, dunkler Schnurrbart verleiht den scharf markirten Zügen ein martialisches Gepräge; das bis zum Wirbel kahle Vorderhaupt, weit entfernt der männlich schönen Physiognomie Eintrag zu thun, erhebt sie vielmehr und verleiht ihr einen Ernst, der indessen durch das freundliche Lächeln das um die Mundwinkel spielt, auf angenehme Weise gemildert wird. Die Stimme des Ban ist wohlklingend und sanft; seine Sprache fließend, feurig, bilderreich, was die große Wirkung die seine Rede bei so vielen Gelegenheiten hervorbrachte, erklärlich macht. Keines der vielen Bildnisse, fährt mein Berichterstatter fort, die mir bisher von dem Ban zu Gesicht gekommen, fand ich dem Original ganz ähnlich; er erscheint in den meisten älter. Der Ban besitzt eine jener Physiognomien die ohne große Mühe kenntlich zu zeichnen sind, bei welchen aber der geistige Ausdruck, der alle Züge belebt, durch keinen Pinselstrich wiedergegeben werden kann.

Der Wortführer der Deputation, Hr. J. v. Rohonczy, früher Administrator des Oedenburger Comitats, formulirte das Anliegen der Deputation dahin: der Ban wolle durch seine einflußreiche Befürwortung das Ansuchen um den Weiterbau der Eisenbau von Oedenburg bis Gr. Kanisa aus Staatsmitteln, welches Ansuchen die Deputation aus dem District jenseits (in meinem letzten Briefe schrieb ich irrig diesseits) der Donau bei dem Handelsminister Tags zuvor gestellt hatte, unterstützen. Der Redner glaubte die Aufmerksamkeit des Ban auf diese Bahn insbesondere darum lenken zu müssen, weil durch dieselbe Croatien und Slavonien in directer Richtung mit dem Brennpunkt der Monarchie der Residenz verbunden würde, diese Bahn demnach für die genannten Länder von der größten Wichtigkeit sey, und daher von dem Landeschef vorzüglich darum gewürdigt zu werden verdiene. Der Ban benützte geschickt die Hindeutung auf seine Eigenschaft als Statthalter von Croatien, um zu erwiedern: wie er weit entfernt sey Sonderinteressen zu vertreten, wie viel mehr das Wohl Ungarns ihm ebenso sehr am Herzen liege als jenes von Croatien und der Gesammtmonarchie, wie er demnach gerne bereit sey die Wünsche der Deputation, so weit sein Einfluß reiche, zu unterstützen, umsomehr als er die großen Vortheile dieser Eisenbahn für den Gesammtstaat vollkommen einsehe; überhaupt, fügte er bei, bilde die Anlage von Eisenbahnen einen Gegenstand seiner besondern Aufmerksamkeit, auch habe er rücksichtlich der fraglichen Bahn mit dem Handelsminister bereits Rücksprache gepflogen. „Leider“, bemerkte der Ban im Verlaufe des Gesprächs weiter, „wurde ich und mein Bestreben während des Drama's, das wir kürzlich zum Abschluß haben kommen sehen, verkannt; eine bedauernswerthe Verwirrung der Begriffe hatte sich vieler bemächtigt, die uns alle dem Rande des Verderbens nahe brachte; glücklicherweise sind wir durch ein höheres Walten aus der furchtbaren Gefahr gerettet worden, und indem wir anfangen unsere Irrthümer einzusehen, erkennen wir uns wieder als Brüder. Ja, meine Brüder, so schloß der Ban seine Rede, mit vereinten Kräften wollen wir fortan einem Ziele entgegenstreben: unser gemeinsames Vaterland mächtig und beglückt zu machen.“ Ein lauter Eljen-Ruf erscholl auf diese Rede, bei welcher dem Ban die Augen glänzten. Ein ungezwungener Conversationston trat hierauf an die Stelle des ceremoniellen, der Ban begrüßte mehrere Personen aus der Deputation, die ihm persönlich bekannt waren, und zeigte den Schild vor der ihm vor kurzem von einem Frauenverein verehrt worden war. Der Schild ist aus getriebenem Silber und mag 18 bis 20 Zoll im Durchmesser haben. In Feldern herum sind die wichtigsten Momente aus dem letzten Feldzug, in welchen der Ban als Hauptfigur erscheint, in meisterhafter Hautrelief-Arbeit dargestellt.

Bemerkenswerth ist die Aeußerung die der Ban im Laufe des Gesprächs über die letzte ungarische Insurrection machte, und welche ich so getreu als sie meinem Gedächtniß noch eingeprägt ist, hier folgen lasse: „Die magyarische Umsturzpartei — so ungefähr ließ sich der Ban vernehmen — wollte auf den Ruinen Oesterreichs ein unabhängiges magyarisches Reich begründen, denn der Sturz der alten Monarchie wäre, wie jedermann einsehen muß, bei dem Entstehen eines solchen unausweichlich gewesen. Was wären aber die Folgen dieses Umsturzes hundertjähriger Staatenverhältnisse gewesen? Glauben Sie ja nicht daß der Proceß dieser Umwälzung in ruhiger Weise und die Entwicklung des neuen ungarischen Staatslebens friedlich vor sich gegangen wäre! Ich will Ihnen die Folgen nennen — ich war ja ein Hauptacteur in dem blutigen Drama, und glaube als solcher einiges Urtheil in der Sache zu haben: die erste Folge der magyarischen Suprematie wäre ein furchtbarer Racenkampf im Innern über die andern in Ungarn wohnenden Volksstämme gewesen, der an Dauer und Gräuelthaten unabsehbar geworden wäre. Andrerseits hätte sich der Strom barbarischer Völker des Ostens — 600,000 Bulgaren standen schlagfertig und eines Winks gewärtig — die mit Mühe zurückzuhalten waren und mir als Freunde mehr als meine Feinde zu schaffen machten, über die Länder des Westens ergossen, die Bildung und Gesittung dieser letzteren wäre unfehlbar in langwierigen Kämpfen mit jenen Völkern untergegangen, und die Nacht mittelalterlichen Barbarei hätte sich abermals über die glücklichen Fluren ausgebreitet, wo jetzt Aufklärung und Civilisation ihr Werk fortsetzen.“

Ein Beitrag aus Appenzell zur Geschichte der Hinrichtungen.

○ **St. Gallen,** 4 Dec. Ich schreibe Ihnen heute unter dem Eindruck einer entsetzenvollen Hinrichtung einen neuen Beitrag zur Beurtheilung derselben, der sich in der That den von Ihnen aus der Times entnommenen Boz'schen Betrachtungen genau anschließt. Das fürchterlichste Schauspiel das sich denken läßt, ist so eben gewissenmaßen unter unsern Augen an uns vorübergegangen: ein Mensch, der sich für sein junges Leben aufs äußerste wehrt, von der erbarmungslosen Gerechtigkeit unter und vermöge furchtbarer Anstalten zum Tode gebracht. Doch halten wir die Geschichtserzählung, wie wir sie aus den lebendigen Schilderungen tief erschütterter Augenzeugen zusammenzustellen vermögen, nicht länger zurück. Gestern wurde bei Appenzell, dem Hauptflecken des Kantons Appenzell-Inner-Rhoden, ein Mädchen Namens Koch wegen Mords enthauptet — unter Umständen enthauptet welche diese Hinrichtung vielleicht zu der gräuelvollsten die je mit dem Schwerte vollzogen worden, stempeln. Im Lauf vergangenen Sommers war eine junge Bauerntochter erschlagen und ertränkt gefunden worden. Der Besitz von Silbergeräthen welche derselben bei Lebzeiten unzweifelhaft zu eigen gewesen waren, führte bald die Spur auf jene Koch, welche jedoch im gütlichen Verhör den Verdacht so geschickt auf einen jungen Mann, ihren „Geliebten", zu lenken wußte daß dieser auf Verweigerung des Geständnisses hin der Folter unterworfen ward (in unsern Bergen hat sich die Tortur neben vielen andern Justizgräueln bis auf den heutigen Tag fortgeerbt). Dieser, ein starker Bursche, bestand die Probe, wogegen dasselbe Mittel der schwächern Jungfrau sehr bald das (unzweifelhaft richtige) Geständniß ihrer That abzwang. Sie hatte, wohl hauptsächlich von Eifersucht bethört, ihr unglückliches Opfer unter heuchlerischer Freundlichkeit an einen Teich verlockt, dort durch einen Streich betäubt und die Ohnmächtige sofort im Teiche ertränkt. Nach erfolgtem Geständniß konnte es einem Zweifel nicht mehr unterliegen daß der Mörderin das Leben werde abgesprochen werden. Sie wurde daher von der hiesigen Geistlichkeit fleißig besucht, um auf ihr nahes Ende vorbereitet zu werden. Allein die Unselige, weniges über zwanzig Jahre alt, konnte sich mit dem Gedanken sterben zu müssen so gar nicht vertraut machen daß sie alle Tröstungen der Religion verzweifelnd von sich wies und erklärte nicht sterben zu können. Der große Rath, gestern versammelt, um über Begnadigung oder Urtheilsvollzug endgültig zu entscheiden, verwarf die erste und ordnete nach Landessitte auch ohne weitern Verzug die Hinrichtung an, zu welcher eventuell schon alle Vorkehrungen getroffen waren. Die dem Tode Geweihte nahm die Nachricht ihres Schicksals so auf wie nach allem Vorhergehenden zu erwarten gewesen. Sie widersetzte sich den Bütteln welche sie in die öffentlichen Schranken vor das hochnothpeinliche Gericht führen sollten, mit Aufbietung aller Kräfte, mußte daher von vier Männern aus der Gefangenschaft auf den Markt hinuntergeschleppt werden, und wurde dort bei fortgesetztem Widerstand unter herzzerreißendem Geschrei, welches die Vorlesung des Urtheils völlig unverständlich machte, auf einen Schlitten gebunden. Unter gleichem Tumult und Ablehnung alles Beistands eines Pfarrers ward sie nunmehr, nachdem der Stab über sie gebrochen worden, fortwährend betheuernd daß sie nicht sterben könne und wolle, auf den Rabenstein geschafft, wo ein junger Scharfrichter sein „Meisterstück" an ihr verrichten sollte. Allein dieß machten ihm die unablässigen leidenschaftlichen, ja verzweiflungsvollen Bewegungen der Armen unmöglich, so daß endlich der Reichsvogt (auch diese uralthergebrachte Benennung des Blutgerichtsvorsitzers hat sich selbst officiell erhalten) an den Rath berichten mußte mit der Frage was unter solchen Umständen zu thun sey. Der Bescheid lautete lakonisch: der Nachrichter solle sehen wie er mit ihr fertig werde. Also neue Versuche, neues Sträuben und betäubendes Geschrei des Justizopfers; bis endlich ein alter grauer Mann hinzutrat, rathend es sollte der Zopf der Unglücklichen um eine lange Stange gebunden, vermittelst derselben ihr Kopf straff emporgerissen, zugleich aber unten der Körper festgehalten werden. Gesagt gethan! Unter solchen Anstalten ward im Jahr 1849 ein schwaches Mädchen glücklich enthauptet. Was soll man zu einer solchen Geschichte sagen? Soll man mit Boz vor allem wenigstens darauf dringen daß dergleichen empörende, entmenschende Schauspiele nicht, wie gestern geschah, vor vielen Tausenden jedes Alters und Geschlechts aufgeführt werden? Oder soll man zur wahrlich nicht nöthigen Verstärkung dieses neuesten Warnungsexempels alle frühern von mißglückten Enthauptungen wieder hervorziehen? Oder endlich seinem entrüsteten Erstaunen Worte leihen daß ein Rath (zumal ein katholischer) es wagt und über sich nimmt einen Menschen ohne Bekehrung, ohne Trost, ohne alle Vorbereitung unter tumultuarischen Formen erbarmungslos hinrichten zu lassen? Ich gestehe daß mir bei Anhörung solcher Erzählung die Haare gen Berge gestanden und die Worte im Hals erfroren sind. Und welche Roheit muß dazu gehören oder dadurch erzeugt werden, wenn einem Todeskampf wie der gestern ausgekämpfte war, während anderthalb Stunden zugeschaut werden kann! Gehört das vielleicht zur sittlichen Erziehung des Volks, oder kann ein derartiger Auftritt dazu dienen seinen Abscheu vor dem Verbrechen zu vermehren? Zu einiger Genugthuung habe ich denn auch vernommen daß sich alle nicht ganz allem Gefühl Abgestorbenen vielmehr mit Abscheu vor der Unmenschlichkeit menschlicher Satzungen hinweggewendet haben. Braucht es, um aus diesem neuen und erschütternden Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Hinrichtungen eine Geschichte zu machen, wohlgeeignet das Blut im Herzen zu erstarren und Gesetzgeber aus ihrer schauderhaften Indolenz aufzuschrecken, noch des Beisatzes: daß der unschuldig gefolterte Jüngling in einen Zustand sich versetzt sieht der seine Wiederherstellung billigen Zweifeln unterstellt! Machen Sie, wenn Sie wollen, zu diesem Aufsatz die Ueberschrift: „Ein Stück Cultur des 19ten Jahrhunderts!"

[4521] **Bekanntmachung.**

Das badische Eisenbahn-Lotterie-Anlehen gegen 35fl.-Loose vom Jahr 1845 betreffend.

Bei der heute stattgehabten Serienziehung des oben genannten Lotterie-Anlehens sind nachstehende Nummern herausgekommen, welche an der planmäßig am Ende December d. J. stattfindenden sechzehnten Gewinnziehung theilnehmen:

Nr. 519. 546. 678. 1683. 1832. 2599. 2643. 2740. 3776. 4839. 4972. 5015. 5097. 5978. 6770. 6803. 7060. 7291. 7441. 7909.

Dieß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht. — Karlsruhe, den 30 November 1849.

Großherzogl. badische Eisenbahnschuldentilgungs-Casse.

(4472—74) Die HH. Inhaber von Partial-Obligationen des durch uns negocirten **gräflich Raimond v. Fugger-Kirchberg-Weissenhorn**'schen Anlehens von **200,000 fl.** werden hiemit höflichst eingeladen sich nächstkommenden

Samstag den 8 December, Nachmittags 4 Uhr,

in unserm Hause, Roßmarkt Nr. 23 dahier, zu einer Versammlung einzufinden, um sich wegen Wahrung der Interessen der Partial-Gläubiger zu berathen.

Frankfurt a. M., den 24 November 1849. ***de Neufville Mertens & Comp.***

[2484—89] **Goldberger's** k. k. a. privilegirte

Galvano-elektrische Rheumatismusketten

können wiederholt ihrer ganz besonderen, tausendfach bewährten Kraft und Wirksamkeit wegen als das schnellste und sicherste Heilmittel gegen nervöse, gichtische und rheumatische Uebel aller Art als: Gesichts-, Hals- und Zahnschmerzen, Kopf-, Hand-, Knie- und Fußgicht, Augenfluß, Ohrenstechen, Harthörigkeit, Sausen und Brausen in den Ohren, Brust-, Rücken- und Lendenweh, Gliederreißen, Lähmungen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit u. s. w. gewissenhaft empfohlen und angerathen werden. Die beste Bürgschaft für die heilkräftige Wirksamkeit der Goldberger'schen galvano-elektrischen Rheumatismusketten sind wohl für diejenigen welche sich noch nicht selbst von der Heilkraft dieser Ketten zu überzeugen Gelegenheit hatten, die attestirten Erfahrungen und äußerst günstigen Zeugnisse von mehr denn **Eintausend** geachteten Aerzten und glaubwürdigen Privatpersonen, die in einer gedruckten Broschüre zusammengestellt, in sämmtlichen Depots der Goldberger'schen Ketten unentgeltlich ausgegeben und authentisch darthun werden, mit welch' günstigem Erfolge die Goldberger'schen Ketten angewendet und welche überraschende Heilungen schon durch sie ausgeführt worden sind.

Vorräthig sind meine galvano-elektrischen Rheumatismusketten namentlich stets ächt und zu den festgestellten Fabrikspreisen in Agram bei Herrn **Gratian Mihic**, in Augsburg bei den Herren **v. Jenisch und Stage**; in Basel bei Hrn. **Christoph von Christoph Burckhardt**; in Bozen bei Hrn. **J. A. Thaler**; in Berlin bei den Herren **L. Herrmann & Comp.**, Breitestr. Nr. 31; in Brünn bei Hrn. **Joseph Bodendorfer**; in Czernowitz bei den Herren **J. Schnirch Söhne**; in Frankfurt a. M. bei Hrn. **A. J. Gliebel**, Schnurgasse; in Graz bei Hrn. **J. Burgleitner**; in Heidelberg bei Hrn. **A. L. Tränkle**; in Innsbruck bei dem Kunsthändler Hrn. **Jos. A. Mök**; in Klagenfurt bei Hrn. **Anton Beinitz**; in Linz bei Hrn. **Anton Hofstätter**; in München bei Hrn. **F. A. Naviza**; in Prag bei Hrn. **Johann Proskowetz**; in Salzburg bei Hrn. **J. Hinterhuber**; in Stuttgart bei Hrn. **Carl Diem**, Calwerstraße; in Tarnow bei Hrn. **Michael Hawel**; in Wien bei Hrn. **Carl Schürer v. Waldheim**, Stadt Himmelpfortgasse Nro. 954.; in Zürich bei Hrn. **J. H. Keller**, vis à vis dem Storchen; für Rußland befinden sich Niederlagen in Libau bei Hrn. **Harry Dozuberg**; in Reval bei Hrn. **J. M. Martinsen**; in Riga bei Hrn. **R. Kymmel**; und in St. Petersburg bei Hrn. **A. Ernst Strauch**, Wassili Ostrow in der 1sten Linie Nr. 120/23.

☞ Jede Goldberger'sche k. k. a. priv. galvano-elektrische Kette ist in einem Kästchen wohlverpackt, das auf der Vorderseite meinen Namen „J. T. Goldberger" und auf der Rückseite den k. k. östr. Adler und den Goldberger'schen Fabrikstempel, i. e. das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, worauf ich genau zu achten bitte, da meine Ketten, wie bekannt, bereits von vielen Seiten nachgebildet und verfälscht werden.

J. T. Goldberger in **Berlin** (*Haupt-Versendungs-Comptoir*, Spandauerstrasse Nr. 72) und **Tarnowitz**.

K. k. privil. Fabrik von elektro-magnetischen Apparaten.

[4515—17] ☞ **Für Auswanderer!!** ☜

Größer als je mag im nächsten Jahr die Zahl der Europamüden seyn, welche jenseit des Weltmeeres eine neue Heimath suchen und finden werden. Es gilt daher zu diesem Schritte sich vorzubereiten, welchem Zwecke die ihren vierten Jahrgang beginnende, unter Mitwirkung der HH. Dr. **Büttner** und **Tr. Bromme** von **G. M. v. Roß** redigirte

Allgemeine

Auswanderungs-Zeitung

entspricht. Dieselbe erscheint im Verlage des Allg. Auswanderungs-Bureau in Rudolstadt von Neujahr an wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich nur ⅔ Rthlr. oder 1 fl. 20 kr. rhein.

Zur Kenntnißnahme für Auswanderer bestimmte Anzeigen finden in unserer Zeitung die wirksamste und weiteste Verbreitung.

☞ Bestellungen nehmen alle Posten und Buchhandlungen an. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert.

[4513] Verlag von **Conrad Weychardt** in **Esslingen**, durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

D. Völters und ***Ed. Winckelmanns*** **Fluss- und Gebirgs-Wandkarte von Deutschland.** Preis in 6 col. Blättern 3 fl. 36 kr. rhn. od. 2 Thlr. 5 Sgr., auf Leinwand aufgezogen 5 fl. 24 kr. oder 3 Thlr. 5 Sgr.

„Als ein plastisches Bild unseres vaterländischen Bodens höchlich zu empfehlen." *A. v. Roon.*

D. Völters und ***Ed. Winckelmanns*** **geognostische Wandkarte von Deutschland.** Mit erklärendem Text. Preis in col. Blättern oder auf Leinwand aufgezogen 2 fl. 42 kr. od. 1 Thlr. 20 Sgr.

„Möge das betr. Publicum den grossen Nutzen, den diese Karte bringen kann, genügend anerkennen." *Darmst. Schulzeitung.*

D. Völters und ***Ed. Winckelmanns*** **Wandkarte von Palästina.** Mit einem Plan von Alt-Jerusalem. Preis in 2 col. Blättern 1 fl. 12 kr. rhn. od. 22½ Sgr., auf Leinwand 1 fl. 48 kr. od. 1 Thlr. 2¼ Sgr.

„Die zweckmässigste Schulkarte von dem alten Palästina, welche mir je zu Gesicht gekommen ist." *Dir. Diesterweg.*

Ed. Winckelmanns **Wandkarte von Württemberg, Baden und Hohenzollern.** 1849. Preis in 4 col. Blättern 3 fl. 30 kr. rhn. od. 2 Thlr. 4 Sgr., auf Leinwand aufgezogen 4 fl. 24 kr. od. 2 Thlr. 20 Sgr.

„Um es kurz zu sagen: Eine sehr brauchbare, vortreffliche Karte!" *Volksschule.*

[4607] **Jugendschriften**

zu Weihnachtsgeschenken.

A B C-Buch, naturhistorisches, für Kinder, mit 24 Abbildungen. 10 Sgr. oder 36 kr.

120 Erzählungen und Anekdoten aus dem Thierreiche, illuminirt. 1 Thlr.

Hildebrand, der Winter auf Spitzbergen. 1 Thlr. 5 Sgr.

Mara, das Buch der Sagen, mit illum. Abbildungen. 15 Sgr. oder 54 kr.

Morgenstern, das beste Unterhaltungsbuch für Töchter. 1 Thlr.

Morgenstern, poetisches Unterhaltungsbuch für Töchter. 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr.

Zeichnen-Unterricht für Kinder von 6 bis 8 Jahren mit 200 Zeichnungen. 10 Sgr. oder 36 kr.

In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Buchhandlung in München — Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Geibel in Pesth und Gerold u. Sohn in Wien vorräthig.

[4568] Im Verlage von **D. Reimer** in **Berlin** erschien soeben:

Zahn, W., die schönsten Ornamente und die merkwürdigsten Gemälde aus **Pompeji, Herculanum und Stabiä.** Dritte Folge. 2tes Heft. Preis 8 Thlr. Pracht-Ausg. 11⅓ Thlr.

In demselben Verlage ist vor kurzem vollständig erschienen:

Zahn, W., Ornamente aller classischen Kunstepochen. 100 in Farben gedruckte Tafeln. Preis 50 Thlr. In elegantem Einband 53⅓ Thlr.

[4508] Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251, und die übrigen) zu beziehen:

Ambrosius. Eine religiöse Wochenschrift für katholische Prediger, Katecheten, Religionslehrer und alle Freunde der christlichen Beredsamkeit. Herausgegeben von **L. Mehler** (Priester und k. Oberlehrer), **Dr. Fr. X. Paulhuber** (Stadtpfarrprediger) und **J. Ziegler** (Domprediger). III. Jahrg. à 12 Hefte. hoch 4. 3 fl. od. 1 Thlr. 20 gr.

Die religiöse Zeitschrift „Ambrosius" beginnt mit Gottes und guter Freunde Hülfe ihren dritten Jahrgang. Es sind uns von mehreren Seiten wohlmeinende Winke zugekommen aus dem Erfahrungsleben. Es war uns bei dem besten Willen bis jetzt nicht möglich sie in dem angedeuteten Maße zu würdigen. Doch soll in diesem Jahrgange die Katechetik den ihr gebührenden Raum erhalten. Es liegt uns bedeutendes Material vor. Predigtentwürfe von der Hand eines erfahrnen und praktischen Predigers sind uns zur reichen Auswahl angeboten. Mehrere Predigten sind verspätet erschienen; es lag die Schuld oft an dem verspäteten Einsenden. Wir werden uns deßhalb in diesem Jahrgange nicht mehr so streng an die Zeitordnung halten, indem wir die Reihenfolge einhalten wie uns die Beiträge mitgetheilt worden sind; doch wollen wir wo möglich dafür sorgen daß sie zur gehörigen Zeit benützt werden können. Die Bescheidenheit der meisten unserer HH. Mitarbeiter hat uns nicht erlaubt ihre Namen zu nennen. Gelegenheitspredigten werden dießmal vorzüglich Berücksichtigung erhalten; ebenso werden die noch fehlenden Apostelpredigten ergänzt. Im übrigen bleiben die uns leitenden Grundprincipien dieselben wie in den beiden ersten Jahrgängen. Zum Schlusse richten wir an unsere bisherigen Freunde die Bitte uns auch ferner ihre Theilnahme zu schenken und uns mit ihrer so anerkennenswerthen Betheiligung an unserem Werke zu erfreuen, sowie wir die Bitte um gütige Beiträge überhaupt und wiederholt an alle diejenigen stellen die durch Beruf und Muße in den Stand gesetzt sind auf diese Weise in nahen und fernen Kreisen zu nützen. Beiträge aus dem Fache der Katechetik, ausgearbeitete Christen- und Kinderlehren werden mit besonderm Dank angenommen und honorirt. Gott mit uns allen!

Inhalt des ersten Heftes: Nr. 1. Predigt zur Primizfeier. (Von Pfarrer Anton Eberhard.) Nr. 2. Predigt auf das Fest des heil. Joseph. (Mitgetheilt von H Nagelschmitt, Pfarrer in Ronsdorf). — Neue Beiträge aus dem Gebiete der Katechetik. (Fortsetzung.) Nr. 3. Predigt auf den heil. Charfreitag. (Nach Paul Segneri von B. Sch.) — Von den dem Prediger nothwendigen innern Eigenschaften. — Nr. 4. Predigt auf das Neujahrsfest. (Mitgetheilt von H. Nagelschmitt, Pfarrer in Ronsdorf.) — Neue Beiträge aus dem Gebiete der Katechetik. (Fortsetzung.) Nr. 5. Predigt auf das Fest des hl. Joseph. (Mitgetheilte Predigt.) — Von den dem Prediger nothwendigen innern Eigenschaften. (Fortsetzung.) — Predigerlexikon.

[4542] In der Dietrich'schen Buchhandlung in Göttingen sind erschienen und besonders als Weihnachtsgeschenke zu empfehlen (vorräthig bei M. Rieger in Augsburg):

G. A. Bürgers
sämmtliche Werke.
Vollständige Original-Ausgabe
in 4 Bänden klein 8. geheftet mit Bürgers Portrait und Facsimile 2 Rthlr. 16 gGr. (20 Ngr.) oder 4 fl. 48 kr.

Supplementband:
Biographie Bürgers
von Döring. 1 Rthlr. oder 1 fl. 48 kr.

G. A. Bürgers Gedichte.
Miniatur-Ausgabe mit Stahlstich. Gebunden 1 Rthlr. 12 gGr. (15 Ngr.) oder 2 fl. 42 kr.

Raff,
Naturgeschichte für Kinder.
Wohlfeile Ausgabe. Mit illum. Kupf. geb. 1 Rthlr. 2 Ngr. od. 1 fl. 57 kr. Mit schwarzen Kupfern geb. 27½ Ngr. od. 1 fl. 39 kr.

G. Chr. Lichtenbergs
vermischte Schriften
herausgegeben von den Söhnen desselben. Neue vollständige Original-Ausg. 8 Bde. m. Kpfrn. in Schillerformat. 3 Rthlr. 16 gGr. (20 Ngr.) oder 6 fl. 36 kr.

Ueberblick
der deutschen Mythologie,
ein Auszug aus Jac. Grimms deutscher Mythologie, besonders für die studirende Jugend bearbeitet von J. Kehrein. 12 gGr. (15 Ngr.) oder 54 kr.

Gebr. Grimms
Kinder- und Hausmärchen.
5te stark vermehrte und verbesserte Auflage. Wohlfeile Ausgabe in 2 Bänden gebd. 2 Rthlr. 6 gGr. (7½ Ngr.) oder 4 fl. 3 kr.

Des Freiherrn von Münchhausen
wunderbare Reisen und Abenteuer
zu Wasser und zu Lande,
wie er dieselben bei der Flasche im Cirkel seiner Freunde selbst zu erzählen pflegte.
Zuerst gesammelt und englisch herausgegeben von R. E. Raspe. Uebersetzt und hier und da erweitert von G. A. Bürger. Sechste Original-Ausgabe der deutschen Bearbeitung. Mit einleitenden Notizen über das Leben und die Schriften des Verfassers, so wie über die Quellen und Vorbilder des Münchhausen und die Litteratur der erdichteten Reisen überhaupt.
Mit Federzeichnungen von Hosemann. 12 gGr, (15 Ngr.) oder 54 kr.

Hogarths Werke
mit Erklärungen von G. C. Lichtenberg,
und verkleinerten aber vollständigen Copien derselben von E. Riepenhausen. 14 Lieferungen Kupfer im Folio. Text 8. Herabgesetzter Preis 8 Rthlr. oder 14 fl. 24 kr.

Praktischer Lehrgang
in deutscher Sprache und Schrift
von **F. Schwerdfeger.**
Erster Theil. 12 Ngr. oder 44 kr.

[4450—51] **Homöopathische Schriften,**
zu beziehen durch jede Buchhandlung:

JAHR, Dr. G. H. G., **Klinische Anweisungen** zu homöopathischer Behandlung der Krankheiten. Ein vollständiges Taschenbuch der homöopath. Therapie etc. 8. ($40\frac{1}{2}$ Bog.) Eleg. brosch. Subscriptionspreis: 2 Rthlr. 12 Ngr. In eleg. engl. Einband in Cambric $2\frac{2}{3}$ Rthlr.

— — **Alphabetisches Repertorium** der **Hautsymptome und äußeren Substanzveränderungen,** mit den Erscheinungen an den Drüsen, Knochen, Schleimhäuten und Blutgefäßen. gr. 8. Eleg. broschirt. Subscriptionspreis 1 Rthlr. 6 Ngr. In englischem Einband 1½ Rthlr.

— — **Ausführlicher Symptomen-Codex der homöopath. Arzneimittellehre.** 2 Theile in 4 Bänden. (**238** compreß gedruckte Bogen.) gr. 8. Eleg. broschirt. Subscriptionspreis: $19\frac{3}{4}$ Rthlr. In engl. Cart. $20\frac{1}{1}$ Rthlr.

NB. 1ster Theil: Handbuch der Heilmittel. 7⅓ Rthlr. 2ter Theil: Repertorium. 12¼ Rthlr. Ist auch in einer Lieferungsausgabe (à ½ Rthlr.) in beliebigen Sectionen nach und nach zu beziehen.

— — **Registerband** zum Symptomen-Codex; enth.: „Repertorium der Hautsymptome" und „Generalregister" zum Symptomen-Codex. gr. 8. Brosch. Subscriptionspreis: 1 Rthlr. 16 Ngr.

Verlag von Herrm. Bethmann in Leipzig.

[4543] In der Jos. Lindauer'schen Buchhandlung in München ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) zu beziehen:

Halm, K., Professor, Elementarbuch der griech. Syntax in Beispielen zum Uebersetzen aus dem Deutschen ins Griechische, 1r Curs: die Lehre von der Syntax des Nomens. 3te Auflage. 16 Ngr. oder 54 kr.

— — 2r Curs: die Lehre von der Syntax des Verbi, 2te Auflage. 16 Ngr. oder 54 kr.

Hefner, J. v., Professor, Hülfsbuch zu des Cornelius Nepos Lebensbeschreibungen ausgezeichneter Feldherren. Zweite verb. u. verm. Auflage. 18 Ngr. oder 1 fl.

(4522)

1849.

Weihnachts-Fest-Geschenke für die Jugend,

welche in allen guten Buchhandlungen Deutschlands und des gesammten Oesterreichs (Augsburg bei M. Rieger, Wien namentlich bei Fr. Beck, Wilh. Braumüller, Gerold u. Sohn) vorräthig sind und gebildeten Eltern, Lehrern und Freunden der Jugend als ganz vorzügliche Festgabe bestens empfohlen werden können.

Becker's, K. F., Erzählungen aus der alten Welt für die Jugend. 3 Bände mit 15 Stahlstichen. Achte verb. Auflage. 8. Druck auf f. Maschinen-Velinpapier. 1848. Preis sauber cartonnirt: 2 Thlr. 20 Sgr. od. 4 fl. 48 kr.

Inhalt. 1ster Band: Ulysses von Ithaka, mit 5 Stahlstichen. 2ter Band: Achilles, mit 5 Stahlstichen. 3ter Band: Kleinere griechische Erzählungen, mit 5 Stahlstichen.

Becker's Erzählungen aus der alten Welt haben ihren classischen Werth für Bildung und Belehrung der Jugend durch sieben Auflagen bewährt. Sie sind in vielen tausend Exemplaren durch ganz Deutschland verbreitet, und trotz vieler und selbst vorzüglich gelungener Nachahmungen noch immer die beste Unterhaltungsschrift für die Jugend, welche aus dem reichen Sagenschatze des hellenischen Alterthums eine anziehende Unterhaltung und anregende Lectüre schöpfen will.

An diese drei Bände schließt sich als vierter Theil an:

Günther's, J. F., Geschichte der Perserkriege nach Herodot für die Jugend, 8. 1842. Preis cartonnirt 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

welcher den jugendlichen Freunden der griechischen Vorzeit ebenfalls höchst willkommen seyn wird, da ihnen hier in einer angenehmen Bearbeitung ein Auszug aus dem ersten großen Geschichtswerke, welches die Griechen durch Herodot, den Vater der Geschichte, bekommen haben, dargeboten wird.

Echtermeyer's, Dr. Th., Auswahl deutscher Gedichte für gelehrte Schulen. Sechste verbesserte und vermehrte Auflage. Herausgegeben von Robert Heinrich Hiecke. 1849. (61 Bogen in 8.) Preis sauber cartonnirt 1 Thlr. 10 Sgr. od. 2 fl. 24 kr. Elegant gebunden in gepreßter Leinwand, Rücken mit Titelverzierung und Golddruck 1 Thlr. 25 Sgr.

Die günstige Aufnahme welcher sich diese „Auswahl deutscher Gedichte" schon bei ihrer ersten Erscheinung zu erfreuen hatte, und die sich mit jeder neuen Auflage gesteigert hat, verdankt sie dem feinen Tacte womit die Herausgeber, neben der geschickten Anordnung des Materials bei der Auswahl aus den besten deutschen Dichtern, den dichterischen Werth und den sittlichen Gehalt der Stücke berücksichtigt haben: das Buch hat deßhalb nicht allein vielfache Einführung in Schulen, sondern auch erfreuliche Verbreitung in Familienkreisen, wo Sinn und Gefühl für vaterländische Poesie rege ist, gefunden.

Diese sechste Auflage ist wieder eine verbesserte und vermehrte, und kann dem Publicum abermals auch durch die äußere Ausstattung in Druck, Papier und Einband, sowie durch die Wohlfeilheit recht sehr empfohlen werden.

Masius, H., Deutsches Lesebuch für höhere Unterrichtsanstalten. 2 Bände. gr. 8. 1846. Preis 2 Thlr. 15 Sgr. oder 4 fl. 30 kr.

Nicht bloß die Poesie des deutschen Volkes, sondern auch die Auswahl seiner großen prosaischen Schätze in Erzählungen, geschichtlichen Stücken, Beschreibungen berühmter Gegenden, Flüsse, Berge, Thäler und Meere, sowie Betrachtungen aus dem Kreise des jugendlichen Lebens enthält dieß Lesebuch. Der Stoff ist so gut ausgewählt, so geschickt vertheilt und mit einem so pädagogischen Blicke geordnet, daß dieß Lesebuch auch neben seiner Brauchbarkeit im öffentlichen Unterricht ein Haus- und Familienbuch zu werden verdient.

Osterwald, K. W., Erzählungen aus der alten deutschen Welt für die Jugend. 3 Bände. 1848—1849. Preis sauber cartonnirt 2 Thlr. 4 Sgr. od. 3 fl. 51 kr.

Inhalt. 1ster Band: Gudrun. 2ter Band: Siegfried und Kriemhilde. 3ter Band: Walther von Aquitanien. Dietrich und Ecke.

Die beiden ersten Bände enthalten die deutsche Odyssee und die deutsche Ilias; im dritten Band ist „Walther von Aquitanien," eine Dichtung welche den Geist ächter Heldenzeit noch reiner darstellt als selbst die Nibelungen, und jedes jugendliche Gemüth wunderbar fesselt, während „Dietrich und Ecke" als Riesensage anzieht. Diese Erzählungen stehen den Becker'schen Erzählungen aus der griechischen Sagenwelt als eine vollberechtigte Erscheinung zur Seite, weil sie die ureigensten Grundzüge deutscher Nationalität der germanischen Jugend unwiderstehlich einflößen.

[4571—72] **Festgeschenk für politisch Gravirte.**

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Saintine's Picciola oder die Blume des Gefangenen. Nach der 17ten Originalausgabe. Mit einer Abhandlung über die Beschäftigungen verschiedener Staatsgefangenen, vom Bibliophilen Jacob. 1r Band von 253 Seiten compressen Drucks, in gr. 16. Leipzig, Gerhard. Preis, broschirt: 15 Ngr. — 54 kr. rhein. oder 45 kr. C.-Mze. — Sauber in schwarze Leinwand gebd. mit Goldverzierung 24 Ngr. — 1 fl. 27 kr. rhn. oder 1 fl. 12 kr. C.-M.

[4198] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Der Seecadet von Copenhagen.

Roman aus dem deutsch-dänischen Kriege.

2 Thle. 8. brosch. 2 Thlr. 15 Ngr.

(4465) Bei uns ist so eben erschienen:

Schefers Laienbrevier.

6te Auflage. Miniatur-Ausgabe mit Goldschnitt 2 Thlr.

Wurde schon das Laienbrevier bisher zu Geschenken vielfach benutzt, so wird es in der gegenwärtigen eleganten Ausstattung eine doppelt willkommene Gabe seyn.

Veit u. Comp.

[3984—86] **Edictal-Citation.**

Seit mehr denn hundert Jahren, und schon vom vormaligen hiesigen Kloster, wird dahier eine Masse verwaltet, dessen Eigenthümer man nicht kannte. Nachforschungen haben nunmehr ergeben daß der ursprüngliche Capitalsbetrag zu 60 fl. fränkisch eine Erbportion eines gewissen Hanns Martin Kraus gewesen, dessen Aufenthalt schon im Jahre 1735 unbekannt war.

Ein Bruder dieses ꝛc. Kraus war P. Dionysius Kraus, der bis ungefähr 1750 im vormaligen Kloster dahier als Conventual lebte.

Ein zweiter Bruder hieß Johann Georg Kraus, der als kaiserlicher Büchsenmeister zu Prag 1735 verstarb und vier Söhne: Joseph, Johann, Georg und Franz hinterließ, von denen der erste 1753 als preußischer Soldat zu Brandenburg an der Havel stand, während der Aufenthalt des letzten schon damals unbestimmt war, und die beiden andern 1736 zu Prag verstorben zu seyn scheinen.

Eine Schwester des Hans Martin Kraus hieß Anna, war zu Eggolsheim verheirathet und um 1735 daselbst schon verstorben.

Ein Johann Heinrich Kraus aus Eggolsheim, der bis 1704 vier Jahre lang Kanzleischreiber im Schottenkloster zu Wien war, scheint ein weiterer Bruder des Hans Martin Kraus gewesen zu seyn.

Weiter war über die verwandtschaftlichen Verhältnisse des Hans Martin Kraus nichts zu ermitteln.

Da nun dieser selbst offenbar längst nicht mehr lebt, werden dessen Erben und Nachfolger derselben, sowie alle jene die an die Kraus'sche Masse irgendwie Ansprüche zu machen haben, hiemit aufgefordert

bis längstens 25 April 1850

ihre Erbs- oder anderen Ansprüche an benannte Masse dahier um so bestimmter anzumelden und nachzuweisen, als sonst letztere, die nach der letzten Rechnung 446 fl. 37 kr. beträgt, dem königlichen Fiscus ausgeantwortet werden wird.

Banz im Regierungsbezirke Oberfranken, am 25 October 1849.

Königl. bayer. Gerichts- und Polizeibehörde.

Glaser.

(4533) **Anwesensverkauf.**

Auf Andringen mehrerer Hypothekgläubiger wird das Oekonomieanwesen des Dominicus Holger zu Günzburg, bestehend aus einem Wohnhause mit Stall und Stadel am Gries, H.-Nr. 537, mit 11 Tagwerk 82 Dec. Aeckern und Wiesen dem öffentlichen Verkaufe unterstellt, und ist hiezu auf

Freitag den 21 December l. J.
Vormittags 9 Uhr

in diesseitiger Gerichtskanzlei Termin anberaumt. Das Gesammtanwesen ist laut gerichtlicher Schätzung vom 21 März l. Js. auf 1821 fl. eingewerthet worden. Das Wohnhaus mit Stall und Stadel ist der Brandversicherungsanstalt mit 2200 fl. einverleibt.

Der Hinschlag richtet sich nach §. 64 des Hypothekengesetzes vorbehaltlich der Bestimmungen der §§. 98 bis 101 des Proceßgesetzes vom 17 November 1837.

Der Verkauf wird zuerst parzellenweise und dann im Ganzen versucht, wozu Kaufslustige mit dem Bemerken eingeladen werden daß Auswärtige oder dem Gericht unbekannte Käufer mit legalen Vermögens- und Leumundszeugnissen versehen seyn müssen. Die Kaufsbedingungen werden am Versteigerungstage bekannt gegeben.

Der Grundsteuer-Kataster-Auszug, woraus die Lasten der Verkaufsobjecte ersehen werden können, liegt bei Gericht auf, und kann am Tage vor oder am Versteigerungstage selbst eingesehen werden.

Günzburg, am 23 Nov. 1849.

Königliches Landgericht.

Wurzer.

(4504) **Bekanntmachung.**

Verlassenschaft der Gertrud Schaedler von Geigersthal.

Die intestaterbberechtigten Anverwandten der am 17 Januar d. J. gestorbenen Austräglersfrau Gertrud Schaedler, geb. Rast, von Geigersthal d. G., werden hiemit aufgefordert,

binnen 3 Monaten

über den am 14 Januar 1848 errichteten letzten Willen benannter Schaedler sich hierorts zu erklären, widrigenfalls nach dessen Inhalt mit Vertheilung des Rücklasses der Gertraud Schaedler fürgefahren würde.

Weiler, am 28 October 1849.

Königl. Landgericht.

P. adm.

v. Brück, Assessor.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag Nr. 343. 9 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

‖ **Frankfurt a. M.**, 6 Dec. Man erzählt sich hier von vorläufigen Besprechungen, die bereits im Schooße des Senats in Betreff der Verfassungsfrage stattgefunden, doch ist hierüber nichts verläßliges bekannt. Zwei Punkte dürften wohl vor allem Anlaß zu Erörterungen geben: einmal die von der constituirenden Versammlung anempfohlene geheime Abstimmung der Bürgerschaft über den Entwurf, dann die Bestimmung des Einführungsgesetzes in Betreff der vorläufigen Verwaltung der städtischen Güter durch die Staatsbehörde, welche Bestimmung von manchen Seiten als ein Eingriff in die Eigenthumsrechte der Stadt betrachtet wird, und deßhalb dem 51er Collegium bereits zu einem Proteste Anlaß gegeben hat. In Anbetracht dieser und vielleicht noch gewichtigerer Umstände ist wohl nicht zu erwarten daß die Abstimmung noch vor Jahresschluß stattfinden werde, zumal auch der Entwurf vorher gedruckt und unter die Bürgerschaft vertheilt werden muß. Inzwischen hat der „patriotische Verein," welcher als der Mittelpunkt aller Bestrebungen gegen die Annahme des Verfassungsentwurfs zu betrachten ist, für die nächsten Tage Bezirksversammlungen seiner Mitglieder angekündigt, in welchen „wichtige Verhandlungen" stattfinden sollten. Muthmaßlich handelt es sich dabei von dem demnächst zu befolgenden Operationsplan, möglicherweise auch von einer Eingabe an den Senat. Es begreift sich wohl daß die Verfassungsangelegenheit als eine Lebensfrage für Frankfurt hier alle Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf sich zieht, so daß Interim, Dreikönigsbund und Erfurter Reichstag in den Hintergrund treten. Die Zahl der Kleingläubigen, die trotz Ausschreibung der Wahlen u. s. w. ein Zustandekommen des Reichstags in Erfurt für sehr unwahrscheinlich halten, ist auch hier nicht unbeträchtlich. — In Folge des frühzeitig eingetretenen Frostes ist die Main- und Rheinschifffahrt eingestellt, und der Gütertransport wendet sich den Eisenbahnen zu, deren Frequenz überhaupt in Anbetracht der Jahreszeit befriedigend zu nennen ist. Für die baldige Eröffnung der Frankfurt-Friedberger-Bahnstrecke werden die Vorkehrungen eifrig betrieben.

Bayern. . **Augsburg,** 9 Dec. Wir hatten in diesen Tagen, kurz nach einander, zwei seltene Festlichkeiten, die auch über den Kreis hinaus auf den sie sich ihrer Natur nach beschränkten, vielseitige warme Theilnahme erregten und verdienten. Zwei verehrte Männer unserer Stadt, beide Zierden ihres Standes, der eine ebenso ausgezeichnet auf der Kanzel als der andere auf dem Katheder, hochgeachtet wegen ihres Charakters als Menschen und selber einander innig befreundet, Dekan Bomhard und Rector Metzger, feierten ihr fünfundzwanzigjähriges Jubiläum. Wer eine Probe haben will wie man hier die Trennung von Kirche und Schule versteht, lese das Beglückwünschungsschreiben des Rectors von St. Anna an den Dekan, oder die Ansprache des Dekans an den Rector. Mit dem ersten Jubiläum (das übrigens nur der hiesigen Amtsthätigkeit galt) war eine kirchliche, mit dem zweiten eine Schulfeier verbunden, und äußere Zugaben waren dort die Doctorwürde der Theologie aus Erlangen und der Kirchenrathstitel, hier das Ritterkreuz des Michaelordens. Zur Gymnasialfeier, an welcher sich die Behörden des Staats und der Stadt betheiligten, hatte Prof. Schmid, der anspruchlose würdige Senior, die Festschrift verfaßt und sich zum beredten herzlichen Organ seiner Collegen gemacht — **tractare conabor ut primum de Vitae Tuae gravitate ac honestate, tum de studiis Tuis rectissimis, deinde de variis Tuis in gymnasium nostrum meritis, omni qua decet modestia, dicam.** Mögen die beiden Jubilare, man kann nicht sagen Jubelgreise, sich kräftigen Geistes und Körpers der Früchte ihrer gesegneten Wirksamkeit noch lange zu erfreuen haben!

Württemberg. **Stuttgart.** Die Landesversammlung sollte erst am 7 Dec. wieder eine öffentliche Sitzung halten. Einstweilen geht die Debatte in den Blättern fort. Die Zahl der Mitglieder, welche Römers Erklärung gegen R. Mohl sich angeschlossen und so den gegen Römer ergangenen Ordnungsruf sich angeeignet haben, beträgt 15. Das dieser Partei anhängende Blatt, die Württembergische Ztg., hat sich, aus seinem frühern Schwanken heraus, nun entschieden für den Anschluß an den engern Bund erklärt. Bekämpft wird dieser Anschluß nicht nur von dem Organ der Demokraten, dem Beobachter, sondern auch von den Blättern der entgegengesetzten Parteien, der Laterne, dem Deutschen Volksblatt und der Ulmer Kronik. Der Schwäbische Merkur hält sich in der Schwebe. Beim Zusammentritt der Landesversammlung brachte er einen „eingesendeten" Artikel, der für den Fall einer Annahme des Sonderbündnisses Bürgerkrieg und auswärtige Intervention in Aussicht stellte. Am ersten oder zweiten Tage darauf kam ein anderes „Eingesendet" zur Widerlegung des ersten. Der Schwäbische Merkur hatte auch bisher sehr viele Stimmen für Preußen aufgenommen; was bei dieser neuesten aber der Beisatz „eingesendet" bezeichnen soll, ist nicht klar.

00 **Aus Baden,** 3 Dec. Die gestrige Karlsruher Ztg. scheint mit einer ungeheuern Ironie zu beginnen. „Der Landtag für 1847—1849 ist geschlossen", so lautet die Staatsministerialverfügung; es beginnt nun die Sitzung für das Jahr 1850 – 1851. Der Landtag also, der von der Revolution des Jahrs 1848 zur Leiche gemacht dalag wie die alten Könige im Schooß des Propheten, der als Revenant in den Zeitungen spukte — er wird durch des Fürsten Machtwort noch einmal ins Leben gerufen, um — lege artis zu sterben. Die vorige Sitzung ist geschlossen, eine neue Sitzung beginnt wieder. „**Le roi est mort, vive le roi!**" So ist denn also die Frage entschieden welche seit einiger Zeit die Gemüther bewegte, entschieden gegen die Wünsche der Partei welche in der Revolution ihre Ergebenheit an den Thron, nach derselben ihren Groll nicht nur gegen die Umstürzer, sondern gegen die Liberalen überhaupt so ziemlich nach dem Muster des heutigen Faubourg St. Germain bethätigte. Wir glauben gleichwohl in der Behauptung nicht zu irren daß diese Partei die Antipathie der HH. v. Marschall, Regenauer und Rockenbach in geringerem Grade gegen sich hatte, als die Mehrheit der vorigen Sitzung. Das Mißtrauen gegen dieselbe möchte eher in höhern Kreisen zu suchen seyn, die durch die mannichfachen Gerüchte von einer geheimen Anknüpfung des breisgauischen Adels

an Oesterreich — welche freilich in der badischen Geschichte nicht ohne Vorgang ist — vielleicht auch durch das Unterbleiben einer offenen Erklärung des Frhrn. v. Andlaw über den angeblichen Brief an den Großherzog, mehr beunruhigt wurden als man anzunehmen geneigt ist. Der Grund warum die Minister in die jetzt ergriffene Maßregel einstimmten, war wohl unstreitig weil sie — unseres Erachtens ohne Grund — die Aufregung des Landes bei allgemeinen Wahlen befürchteten, dann aber vorzüglich weil sie durch die Anwesenheit der Mehrheit der vorigen Sitzung den Beitritt zum preußischen Bunde gesichert glaubten. Was nun die Berufung zur künftigen Sitzung betrifft, so werden also nur jene Abgeordneten durch Neuwahlen ersetzt welche freiwillig oder durchs Loos ausgetreten waren. Dabei wurde aber, augenscheinlich um die immer noch gefürchteten „Rothen“ zu verbannen oder zu strafen, ein Schritt gewagt der mit der Verfassung unvereinbar erscheint. Ohne daß in den Wahlbezirken überhaupt Neuwahlen angeordnet wären, werden jene Wahlmänner von der Wahl ausgeschlossen welche die Vornahme einer Wahl verweigerten, als man der im Verscheiden begriffenen letzten Sitzung neues Blut und neue Kräfte zuzuführen im Sinne hatte. Dieser Mißgriff des alten Ministeriums dürfte an dessen Erben sich rächen. Denn unter jenen Wahlmännern waren viele Männer die nur in der richtigen Ansicht, des Volkes Willen müsse in der Physiognomie der Kammer sich ausprägen, behaupteten, nach der völligen Umgestaltung der politischen Ansichten im Jahre 1848 dürfe eine Volkskammer nicht beisammenbleiben welche noch mitten im Blittersdorf-Metternich'schen Systeme Wurzel schlug, und den Zweifel an die eigene Berechtigung in einem Beschlusse baldiger Auflösung ausgesprochen hatte. Die gewaltsame Verdrängung dieser Männer muß nun böses Blut erwecken, was die Stimmung des Volks von vorneherein vergällen muß. Zwar wird diese Stimmung unter den obwaltenden Verhältnissen weder in Putschgelüsten, noch in Mißtrauensvoten sich kundgeben. Denn einerseits entbehrt die thätigste Fraction der Linken, die wühlerische, ihrer alten Führer, welche in den Gefängnissen sitzen oder im Elend umherirren; auch wird schwerlich die voraussichtliche Mehrheit der neuen Sitzung eine Maßregel tadeln welche ihre alten Feinde demüthigt; selbst die Reaction wird dankbar auf dieselbe als auf ein Mittel blicken ihre Candidaten in den verwaisten Wahlbezirken in den Wurf zu bringen. Aber der tief im Innern und lautlos um sich fressende Groll dürfte noch bedenklicher seyn als das Poltern des Zornes, und nicht ewig kann der Schutz fremder Bajonnette dauern, denn über kurz oder lang wird das unglückliche Land wieder versuchen müssen auf die eigenen Füße zu stehen. Was nun die Physiognomie der nächsten Kammersitzung betrifft, so wird im ganzen eben jene Partei die Mehrheit bilden welche gleichmäßig von den Ultras der Loyalität und von den „Gestalten“ mit der Hahnenfeder den Vorwurf hören mußte daß sie mit steifbettlerischer Zudringlichkeit auf den Platz zwischen Thron und Volk sich stelle. Doch dürfte sie durch baldige Trennung der bureaukratischen Kammerelemente nicht unbedeutenden Abbruch erleiden. Ob die Partei jener Ultras so viele Sitze in der Kammer erhalten werde um selbständig aufzutreten, steht dahin; jedenfalls wird sie einen Kampf um die Majorität ohne Bundesgenossen nicht unternehmen können. Daß Republicaner in die Kammer gewählt werden oder darin hervortreten könnten, darf wohl von keiner Seite befürchtet werden. Sie werden entweder des Wahlkampfes sich ganz entschlagen, oder Candidaten wählen welche auf die Defensive sich beschränken, welche sie bei einem Umschlag der Verhältnisse immer wieder von ihren Posten verdrängen können. Vielleicht daß Christ, der einzige Name der bei ihnen von der vorigen Sitzung her noch guten Klang hat, für die Kammer gewonnen wird, und eine Partei bilden kann. Daß dann mit dieser confessionelle Rücksichten und gemeinsamer Preußenhaß eine Coalition bilden würden, ist zwar nicht ausgemacht, aber auch nicht geradezu in Abrede zu stellen. „Flectere si nequeo Superos, Acheronta movebo.“ Jedenfalls ist der Sitzung eine kurze Dauer nicht nur vorauszusagen, sondern auch zu wünschen. Wenn das Bündniß berathen und bestätigt, wenn das Budget durchgeführt ist, dürften weder die Regierung noch die Kammern Lust haben sich auf dem Gebiete der Gesetzgebung längere Zeit gemeinschaftlich zu bewegen, zumal die provisorischen Gesetze der jüngsten Zeit voraussichtlich Gelegenheit genug geben sich wechselseitig alles eher zu brechen als — Rosen.

Preußen. ∸ **Berlin,** 3 Dec. Waldeck ist freigesprochen. Sie haben aus einem Manne den sie um jeden Preis verderben wollten, nicht allein einen Märtyrer, auch einen Heroen gemacht. Waldeck war ein Name; der Mann war nicht gefährlich. Seine Thätigkeit hätte nicht geschadet, sein politischer Ruf war schadhaft geworden mit seiner Partei. Fragen Sie heute Abend von Laden zu Laden, von Bürgerhaus zu Haus, was der Name gilt! Sie haben ihm die Pferde ausgespannt als er aus dem Gefängniß kam. Das ist nichts; sie hatten ihn ja schon auf den Schultern getragen am 7 Sept. 1848, und doch sank gerade von da ab sein Ansehen; bestellte Komödiantenscenen wirken nie auf die Dauer. Keine Stimme erhielt er bei den letzten Wahlen, freilich unter lauter conservativen Wählern; aber wenn morgen dieselben Wähler zusammenträten, würde er, wenn nicht von ihnen erwählt, doch eine sehr große Stimmenzahl für sich haben. Sie haben ihn verfolgt, sie haben ihm Unrecht gethan, großes Unrecht, eine Partei hat die verwerflichsten abscheulichsten Mittel des Betrugs und der Hinterlist gebraucht um ihn zu verderben, und das vergibt das Volk nicht, darüber hört die Parteistimme auf, selbst die Apathie erwacht aus ihrem Starrkrampf. Es ist gut wenn es in einem Volke so ist, und, ich wiederhole, Waldeck ist heute ein Heroe unter den Berliner Bürgern. Sein Proceß ist beendet, der Staatsanwalt selbst stellte den Antrag ihn für nichtschuldig zu erklären, die Jury sprach ihn einstimmig frei, und die Zuhörerschaft begrüßte das Urtheil mit nicht enden wollendem Beifall. Darauf die Scenen in den Straßen, die ich Ihnen nicht zu berichten brauche. Aber damit ist nur sein Proceß beendet; ein anderer, wichtigerer, weit ernsterer, vielleicht folgenreicherer beginnt gegen die welche ihn verderben wollten. Es wäre thöricht zu besorgen daß die Justiz, die in diesem Processe Unparteilichkeit, Wachsamkeit, Scharfsinn und das Gefühl ihrer Würde in so hohem Grade gezeigt, in ihrem Eifer aus Rücksichten nachlassen würde wo es gilt die falschen Angaben zu verfolgen. Aber wer sind diese, wer hat ihn durchaus verderben wollen? Die paar armseligen Schreiber und Handlungsdiener? Was haben diese Leute, von denen schon jetzt ersichtlich daß sie mit Geld alles zu machen versuchten und für Geld zu allem zu gebrauchen sind, „feile Buben“, wie sie der Staatsanwalt nannte, für Interesse gerade an Waldecks Untergang? Es ist möglich, und wir wünschen daß es so sey, daß sie nur als Augendiener anderer gehandelt, daß sie die Wünsche derselben abgestohlen und auf eigene Hand und Gefahr operirt haben — wenn es gelungen, der Zustimmung und des Lohnes gewiß. Auch wenn dem nicht so wäre, würden sie zu schweigen wissen, denn, moralisch vernichtet, hängt ihre Zukunft allein von denen ab deren Hülfe und Beistand sie verscherzten wenn sie den Mund öffneten. Wer hier im Hintergrund stecken kann, darüber fehlt jede Vermuthung. Aber es ist nur zu gewiß daß eine starke Partei, und darunter sonst redliche Männer, ihren Ingrimm gegen die Revolution auch auf die Personen ihrer Urheber und Träger übertragen haben. Waldeck gilt ihnen als die Verkörperung der preußischen Revolution. Er, als Verfasser der Verfassung, als Abtrünniger von der Gesellschaft zu der sein Stand ihn führt, als Barricadenredner, er der mit den Socialdemokraten in ihren Höhlen getrunken (doch nur dann und wann), der in Dresden gewesen vor dem Aufstande, den so viele Briefe der Demokraten als den ihrigen nennen, der täglich auf der Anhalt'schen Eisenbahn auf die Nachrichten aus Dresden gewartet, er läßt sich für sie nun einmal nicht trennen von der socialdemokratischen Verschwörung die durch Deutschland und Europa athmet. Dieß ist so feste ausgemachte Sache in ihrer Ueberzeugung, als die der Demokratie daß zwischen allen Fürsten die alte heilige Allianz der Frau v. Krüdener zur Unterdrückung der Völker wieder im stillen geschlossen ist, und die diplomatischen Kämpfe, wie in der deutschen Frage, nur Spiegelfechterei sind. Wenn die Jury ihn auch freigesprochen, wenn auch alle Juristen, wenn der Staatsanwalt selbst die Anschuldigung für falsch erklärt, so bleiben sie bei ihrem Glauben, und sehen in dem Umstande daß keine Beweise für ihre Behauptung da sind, nur Intriguen, Voreingenommenheit, juristische Pedanterie oder ein Spiel des Zufalls. Noch in der heutigen Geschwornensitzung ward einem der Geschwornen ein Zettel zugesteckt, worin ein Anonymus ihn beschwört den Spiegelfechtereien des Teufels nicht zu glauben und versichert zu seyn daß Waldeck schuldig sey, wenn auch Ohm lüge. Ja, andere stellen die Vermuthung auf daß Ohm im geheimsten Geheim doch ein bezahlter Agent der Demokratie geblieben sey, der in ihrem Interesse seine Angebereien so schlecht geführt habe, damit Waldeck freigesprochen würde. Abgesehen daß sich gegen solchen Wahn nicht kämpfen läßt, gewährt er noch den Trost daß eine Art Verrücktheit immer besser ist als eine absolute Niederträchtigkeit, die da wäre wenn man planmäßig gegen eigne bessere Ueberzeugung einen verhaßten Feind eines Todesverbrechens hätte überführen wollen um ihn los zu werden und sich an ihm zu rächen. Unter den Altliberalen, die gewiß keine Freunde des Waldeck'schen Radicalismus sind, war nie darüber ein Zweifel daß Waldeck, trotz aller seiner Irritation, nicht der Mann sey um sich in ein Complott zur Herstellung der socialdemokratischen Republik einzulassen. Und wenn er es gewollt, würden die geheimen Führer ihn zum wenigsten in ihre geheimsten Mysterien haben blicken lassen. Diese eigentlichen Destructiven der Partei, die von einem Umschwung für sich alles hoffen, sind auch mit dem Ausgang des Processes wenig zufrieden. Er empört nicht das Blut, es ist keine Aussicht darum auf eine Revolution. Wäre Waldeck verurtheilt, gar vielleicht ihm der Kopf abgeschlagen worden, das wäre etwas anderes. Die Reaction hat unbegreiflich dumm gehandelt indem sie den Proceß urgirte,

und man muß ihr zugestehen: was an ihr ist, hat sie nichts fehlen lassen der Demokratie in die Hände zu arbeiten. Was sie für sich verloren hat, das ist noch gar nicht zu übersehen. Die Partei der Nationalversammlung war so ziemlich todt in der öffentlichen Meinung; da müssen ihre Koryphäen vor Gericht als Zeugen erscheinen, und alle sprechen so gemäßigt und würdig wie sie nie im Concertsaal und der Singakademie gesprochen haben. War's nur Komödie, oder sind auch sie wie Waldeck inzwischen zur Selbsterkenntniß gekommen? Wie dem sey, das conservative Publicum hörte ihnen mit Theilnahme zu, und viele von ihnen sind wieder möglich! Das hat die Reaction bewirkt. Sie möchte das Königthum wieder zu einem rocher de bronze machen. Bewirkt sie das, indem sie antreibt alle Uebertretungen aus der Revolutionszeit bis ins dritte Glied zu verfolgen und zu strafen, jetzt, indem sie zu einem Proceß getrieben, der das Ansehen unerschütterlicher Rechtlichkeit, dem einzelnen gegenüber dessen unsere Regierung genoß, für einen Augenblick wankend machen konnte?

Berlin, 28 Nov. Ueber den zwischen Preußen und Oesterreich bezüglich der deutschen Angelegenheiten seit dem Abschluß des Interims stattgehabten Notenwechsel sind wir im Stande folgende Uebersicht mitzutheilen. Die Reihe derselben eröffnet die vielfach besprochene Note vom 30 Sept., dem Tage des Abschlusses des Vertrags, deren weitläufiger Inhalt auf die einzelnen Stipulationen des Vertrags sich bezieht, und vorzüglich deßhalb Beachtung verdient weil Oesterreich in derselben seine Rechtsauffassung über die unbedingte und ausnahmlose Rechtsgültigkeit der Bundesverfassung und Bundesgesetzgebung nachdrücklich darlegt. In der darauf zunächst von Preußen erlassenen Note vom 10 Oct. (abgedruckt in den deutschen Actenstücken II. Fascikel S. 21) wird eine hinreichend scharfe Entgegnung auf die österreichischen Deductionen allerdings vermißt, inzwischen wird man sich bei der vollkommen erschöpfenden Rechtsdarlegung, welche von Seite Preußens in der Sitzung des Verwaltungsraths vom 17 Oct. abgegeben worden, beruhigen können. Die nächste österreichische Note vom 23 Oct. bringt eine Remonstration gegen die von dem preußischen Bevollmächtigten dem Verwaltungsrath am 8 Oct. abgegebene Erklärung: Preußen werde sich in der Bundescommission als den Vertreter der verbündeten Staaten erachten, auch alle wichtigeren Angelegenheiten der Begutachtung des Verwaltungsraths vor der Entscheidung durch die Bundescommission unterbreiten. Der Verwaltungsrath, führt die österreichische Regierung aus, diene nur einem engeren Bunde zu besonderen Zwecken, und müsse dem weiteren Bunde untergeordnet werden, um so mehr als das Bündniß vom 26 Mai nur dem Mangel eines Centralorgans seine Entstehung verdankt. In der an den Grafen Bernstorff gerichteten Erwiederung erklärt Preußen: daß, wenn eine formelle Vertretung des Verwaltungsraths durch Preußen nicht in dem Vertrage ausgesprochen sey, Preußen doch jedenfalls seine Stellung an der Spitze des Bundes vom 26 Mai immer im Auge behalten und die Interessen des Bundes überall vertreten werde. In einer ferneren Note vom 24 Oct. drückt die österreichische Regierung ihr Bedauern über die jüngsten Vorgänge im Verwaltungsrath aus, und fügt ihre völlige Billigung der von Sachsen und Hannover unterm 20 Oct. abgegebenen Erklärung bei. Bekanntlich verwahrten sich dadurch die beiden königl. Regierungen gegen die rechtliche Befugniß des Verwaltungsraths zum Ausschreiben der Wahlen für das Erfurter Parlament, als außer dem Zwecke des Bündnisses und außer dem Bereich des Art. XI der Bundesacte liegend. Die Note rief eine scharfe Erwiederung des preußischen Cabinets hervor, in der unter anderm gesagt wird: es müsse der sächsischen und hannoverischen Regierung überlassen bleiben ihr Betragen in der deutschen Sache vor ihrem eigenen Gewissen zu verantworten. Ungefähr um dieselbe Zeit erhob endlich Oesterreich direct seine Bedenken gegen die Berufung des Reichstags, und zwar in einer Depesche welche der österreichische Gesandte angewiesen wurde dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorzulesen. Oesterreich spricht seine Besorgnisse aus, durch den Zusammentritt des Reichstags werde die demokratische Agitation neu aufleben, und leitet seine Befugniß zu dieser Einsprache aus der Rückwirkung her welche die zu besorgende Aufregung auch auf die österreichischen Staaten ausüben werde. In seiner Antwort vom 30 Oct. hebt Preußen die Erinnerungen hervor welche jene allerdings auch seinerseits nicht übersehenen Bedenken haben überwiegen müssen. Wirklichen Gefahren werde es zu begegnen wissen. Den Schluß bildet die jüngste Depesche. Sie geht von den factischen Bedenken zu der Anregung des Rechtspunktes über. Was den Ton dieser jüngsten Mittheilung betrifft, so ist er allerdings in der milden Form einer von dem Gesandten nur vorzulesenden Depesche gehalten, und von Aufstellen eines casus belli u. dgl. ist nicht die Rede, wenn auch die Sprache nicht ohne Schärfe seyn soll. Hr. v. Prokesch soll dagegen in Berliner Salons eine kriegerische Sprache geführt haben, und dem entsprechen einige Aeußerungen welche der Minister v. Manteuffel (laut der Kölnischen Ztg.) gelegentlich gemacht hat. Es war vom Interim die Rede, auf welches Hoffnungen zu einer Verständigung und Versöhnung der Großmächte gebaut wurden. Auch Hr. v. Manteuffel lobte dasselbe als den einzig möglichen Weg neue Anknüpfungspunkte zu finden; zugleich aber sprach er geringe Erwartungen aus daß diese wirklich daraus hervorgehen würden. „Man darf sich über die Hoffnungen auf die Zukunft nicht täuschen“, sagte der Minister, „es ist unmöglich, auch nur auf kurze Zeit vorauszusehen was erfolgen wird; das aber ist gewiß daß Preußen von dem eingeschlagenen Wege nicht abgehen wird, mag geschehen was da will. Der Reichstag in Erfurt wird erfolgen, mögen Proteste kommen woher sie wollen. Man muß auf alles gefaßt seyn, selbst auf einen Krieg. Das Frühjahr darf uns nicht ungerüstet finden.“ (W e s. Z.)

⁝ **Berlin**, 5 Dec. Eine merkwürdige Einmüthigkeit in der deutschen Frage hat sich bei der letzten Discussion derselben in den Kammern gezeigt. In der ersten Kammer vermied selbst Hr. v. Gerlach der Regierung gegenüber ein directes Entgegentreten, in der zweiten Kammer trat ausdrücklich im Namen seiner Gesinnungsgenossen Bismark-Schönhausen das Wort an Grafen Arnim ab, welcher also mit für die preußische Partei reinsten Wassers sprach. Es kann nunmehr nicht mehr davon die Rede seyn daß hier bloß die Gothaer und ihr Anhang die deutsche Politik Preußens stützen, dieselbe ist vielmehr, namentlich in Folge der vorletzten österreichischen Depesche vom 12 Nov. an Hrn. v. Prokesch (welche die Leipziger Allg. Ztg. eben veröffentlicht), die Ehrensache aller preußischen Parteien geworden. Nur die radicalsten Demokraten sind etwa auszunehmen. Die Regierung hat auch dießmal, ihrem bisherigen Verfahren getreu, nicht in die Kammerdebatten über diese Frage eingegriffen, sondern die Beschlüsse abgewartet, und wird besonders über die letzten Verhandlungen mit Oesterreich eine neue Vorlage machen, mit welcher General v. Radowitz bereits beschäftigt ist. Das interessanteste Moment dürfte wohl der letzte Depeschenwechsel bilden. Ich habe Ihnen erwähnt daß eine in diesen Tagen eingetroffene neue österreichische Depesche förmlich Verwahrung einlegt gegen die Berufung eines Reichstags. Ich habe Ihnen beigefügt, die Antwort werde berathen und werde wahrscheinlich nur die in der Antwortsdepesche vom 21 Nov. (auf die Note vom 12 Nov.) abgegebene Erklärung noch weiter ausführen. Nach dieser Antwort ist der engere Bund schon nach dem früheren Bundesrecht vollkommen zulässig, um so mehr also jetzt, seitdem das Bundesrecht selbst einer durchgängigen Revision zur Ausscheidung des Ungültigen entgegengeht. Die deutsche Bundesverfassung ist in einem Stadium des Ueberganges. Die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 2 März bis 12 Jul. 1848 haben nicht bloß einzelne Theile der Bundesgesetzgebung außer Kraft gesetzt, sondern auch die Verfassung des Bundes in ihrem gesammten Organismus gestört. Die auf die Existenz und Thätigkeit einer Bundesversammlung gegründeten Bestimmungen der Bundesgesetzgebung sind hierdurch außer Anwendung gesetzt worden. Eine andere Quelle rechtlicher Abänderungen ist aus solchen Beschlüssen der Nationalversammlung ausgegangen, welche rite gefaßt und von den deutschen Regierungen entweder stillschweigend oder ausdrücklich anerkannt worden sind. Den Consequenzen dieser Anerkennung können sich die letzteren nicht wieder entziehen. Sie führen zu der preußischen Rechtsansicht daß der Bund von 1815 nach seinem Zweck, seinen Gliedern und deren gegenseitigen Rechten und Pflichten fortbesteht, keineswegs aber das materielle Bundesrecht nach seinem integralen Inhalt als in durchgängiger Gültigkeit bestehend anzuerkennen ist. Es unterliegt wohl keinem Zweifel daß das preußische Cabinet auch in der jetzigen formellen Gegennote den schon am 21 Nov. urgirten Punkt einer Bundesverletzung durch Oesterreich dießmal noch schärfer hervorheben wird. Damals bemerkte man bloß: „die der österreichischen Gesammtmonarchie am 4 März verliehene Verfassung enthält nirgends solche Bestimmungen oder Vorbehalte welche die Erfüllung der Pflichten sicherten, die den österreichischen Bundesländern in ihrem Verhältniß zu dem deutschen Bunde oblagen. Es kann mehr als zweifelhaft erscheinen, ob die nach dem Geist und Zweck der Bundesrechte und insbesondere nach dem Xten und XXXIsten Artikel der Wiener Schlußacte unmittelbar eintretende Wirksamkeit der Bundesbeschlüsse mit den constitutionellen Bedingungen der Gesammtmonarchie in Einklang zu bringen sind.“ „Wir haben diese von vielen Seiten gleich beim Erlaß jener Verfassung ausgesprochenen Bedenken unsererseits zur Sprache zu bringen unterlassen, weil wir in einem für Oesterreich so kritischen Augenblicke die Schwierigkeiten einer befreundeten Regierung nicht vermehren wollten; wir haben uns auch bisher enthalten diese wichtige Frage irgendwie in Anregung zu bringen, nicht als ob wir — wie es von manchen Seiten geschehen — den Ernst und die Aufrichtigkeit der k. k. Regierung in Durchführung ihrer Verheißungen bezweifelt hätten, sondern weil wir von der Ueberzeugung ausgingen daß eine auf Grund der eingetretenen Veränderungen vorzuneh-

mende Revision der Bundesgesetzgebung unabweislich sey, und daß hierbei sowohl dieses als andere Bedürfnisse ihre Erledigung finden würden." Wir haben der naturgemäßen Initiative Oesterreichs zu einer Aeußerung über das Verhältniß seiner eigenen Bundesländer ebensowenig vorgreifen wollen, wie es auch jetzt unsre Absicht ist, durch das von uns mit andern Staaten abgeschlossene Bündniß der Reorganisation des älteren oder weiteren Bundes vorzugreifen. Eben deßhalb haben wir uns auf den Vorbehalt der aus dem Bunde von 1815 erwachsenen Rechte und Pflichten beschränkt, und machen darauf aufmerksam daß die k. k. Regierung durch nichts behindert ist die Revision der Verfassung des Bundes von 1815 ihrerseits zum Gegenstgnde weiterer Verständigung zwischen den deutschen Regierungen zu machen. Wir werden einem Entwurfe hiezu sicher das bereitwilligste Interesse zuwenden, und nichts könnte uns erwünschter seyn als gleichzeitig mit der innern Verfassung des engeren Vereins auch seine Verhältnisse zum weiteren Bunde auf eine Weise ordnen zu können welche allseitige Befriedigung gewährte, und die erfreuliche Gewißheit einer dem Bedürfniß der ganzen Nation entsprechenden Einigung gäbe." Ich habe, wie gesagt, Grund zu vermuthen daß diese vertrauliche Sprache vom 21 Nov. in der eben berathenen Note in schärferer Weise nochmals wiederholt werden wird. Es ist auch nicht ohne Bedeutsamkeit daß auf Veranlassung Oesterreichs vor 14 Tagen etwa der russische Geschäftsträger eine vertrauliche Depesche zur Mittheilung an den preußischen Minister des Auswärtigen erhielt, welche die österreichischen Bedenken wiederholte. Er empfing eine der obigen gleiche vertrauliche Gegenerklärung.

Hansestädte. ※ **Hamburg,** 4 Dec. Unter den Vorlagen welche in der vorigen Woche dem Collegium der Sechziger gemacht wurden, fand der neueste Verfassungsentwurf, der Entwurf der Neuner-Commission, sich unerwarteterweise nicht; vielmehr bezogen sich die Senatspropositionen nur auf eine Prolongation des Zolles auf zwei Jahre, der Accise auf drei Jahre (die Accise hat, beiläufig gesagt, in den ersten neun Monaten dieses Jahres 43,000 Thlr. mehr eingebracht als in der entsprechenden Periode des vorigen Jahrs) und der sogenannten combinirten Abgaben, zu denen auch die Thorsperre gehört, welche im letzten Finanzjahr etwa 223,000 Mark einbrachte. Außerdem lag ein Handels- und Schifffahrtstractat mit Costa Rica vor, der auf derselben Grundlage abgeschlossen werden soll wie der Vertrag mit Guatemala, und endlich proponirt der Senat die Anerkennung des Interim von Seite der Hamburger Bürgerschaft. Die Vermuthung als wolle der Senat sich erst die nöthigen Abgaben bewilligen lassen bevor er die Verfassungsreform an die Bürgerschaft bringe, ist zwar eine naheliegende, scheint aber dießmal doch nicht die richtigste zu seyn. Die Anträge wegen der genannten Abgaben leiden keinen Aufschub, da die darauf bezüglichen früheren Beschlüsse nur bis zu diesem Monat in Kraft bleiben; der Reformentwurf aber ist ohne Zuthun des Senats im Oberalten-Collegium hängen geblieben. Wie ich nämlich höre, hat dieses Colleg einen Ausschuß von fünf Männern ernannt um den Entwurf zu prüfen, und dieser Ausschuß soll manche Modificationen getroffen und namentlich sich dahin entschieden haben daß die Oberalten, die der Entwurf — und wahrlich mit dem größten Rechte! — abschafft, zum Heile Hamburgs für alle Ewigkeit absolut nothwendig seyen. Uebrigens möchte es ziemlich gleichgültig seyn ob der Verfassungsentwurf schon am 13 oder 15 Dec. an die Bürgerschaft kommt (an einem dieser Tage wird sie sich wahrscheinlich zunächst versammeln), oder vier Wochen später; denn es wird ihr zu jeder Zeit gleich sauer ankommen eine Bürgerschaft anzuerkennen die auf so ganz anderen Principien beruht als die jetzige, und gewiß manches schwarze Mäntelchen (das ist der Ornat der jetzigen Erbgesessenen) für die Zukunft überflüssig macht. Die jetzige Bürgerschaft verhält sich offenbar zu dem neuen Entwurf wie der Senat zu dem sogenannten Dreikönigsbündniß; sie möchte jetzt, da man sich vor den Demokraten und Liberalen nicht mehr zu fürchten braucht, der neuesten Verfassung ebenso gern los seyn wie ein großer Theil des Rathes der preußischen Hegemonie. Jedenfalls ist von der ersteren leichter loszukommen als von der letzteren. Seit voriger Woche bildet hier das Tagesgespräch ein Preßproceß, der gegen ein hiesiges Wochenblatt erhoben wurde, weil dasselbe dem Senat in Betreff der von der constituirenden Versammlung entworfenen Verfassung ein betrügerisches Verfahren vorgeworfen hatte. Der Vertheidiger des Redacteurs, Hr. Dr. Tritan, hatte dem Niedergericht, vor welchem die hiesigen Preßprocesse verhandelt werden, die Anzeige gemacht daß er die Einrede der Wahrheit opponiren wolle, und sämmtliche Mitglieder der constituirenden Versammlung als Zeugen aufgegeben. Der Vorsitzende des Gerichts verbot aber in der öffentlichen Verhandlung dem Vertheidiger, bevor dieser zu plaidiren begann, eine solche Einrede, und in Folge dessen hat der letztere bei der zweiten Verhandlung einen Perhorrescenz-Antrag gegen das Niedergericht gestellt, in der Weise daß er die Entscheidung der zweiten Instanz über diesen seinen Antrag beantragt, wobei er vorweg erklärte daß er auch gegen diese zweite Instanz, das Obergericht, den Recusationsantrag stellen würde. Das Obergericht besteht nämlich aus Mitgliedern des Senats, der somit Kläger und Richter in Einer Person wäre.

Oesterreich. ** **Wien,** 5 Dec. Unser Ministerium ist fortwährend thätig den Kreis des österreichischen Zollgebietes nicht allein durch eine einheitliche Gesetzgebung innerlich zu stärken, sondern auch nach außen die Gränzen desselben sachgemäß zu erweitern. Wo dieß geschieht, geschieht es fortwährend mit entsprechender Rücksichtsnahme auf einen mit der Zeit zu ermöglichenden Anschluß an den deutschen Zollverein, welchen Anschluß die Entwickelung und der Gang der österreichischen Zoll- und Tarif-Gesetzgebung ernstlich zu beabsichtigen scheint. Vorerst wird die Erweiterung des österreichischen Zollgebietes vorzugsweise in Italien angestrebt und sollen die desfallsigen Unterhandlungen mit dem Großherzogthum Toscana im besten Gange seyn. Welches Resultat die Unterhandlungen mit Parma und Modena schon herbeigeführt haben, benachrichtigt uns der nachfolgende Artikel der Austria.

Gestern haben die HH. Minister der Finanzen und des Handels und die HH. Abgeordneten der herzoglichen Regierungen von Modena und Parma die allgemeinen Artikel des Zollvereinsvertrages zwischen Oesterreich und den beiden Herzogthümern unterzeichnet. Die beiden herzoglichen Regierungen sind verpflichtet binnen sechs Wochen ihre Erklärung über die Annahme dieser Artikel auszusprechen, und längstens bis Ende März 1850 werden die Abgeordneten der drei Staaten abermals zusammentreten, um die zahlreichen legislativen und administrativen Detailbestimmungen zu vereinbaren, welche durch einen in die öffentlichen und Privatinteressen so tief eingreifenden Vertrag bedingt sind. Nach jenen allgemeinen Artikeln bilden die von der allgemeinen Zolllinie umschlossenen Theile Oesterreichs und die beiden Herzogthümer Ein Zollgebiet; und die in dem einen dieser Länder erzeugten oder verzollten Waaren können ungehindert und ohne Entrichtung einer Abgabe in die andern übertreten. Es verschwinden alle Unterschiede welche in Ansehung der Bezahlung von Weg- und Brücken-, Mauth-, Ueberfuhr-, Verzehrungssteuer- und ähnlichen Gebühren oder der Berechtigung zum Besuche von Messen, Jahr- und Wochenmärkten, zu Reisen mit Mustern und Probestücken, zum Ankauf von Waaren behufs des Gewerbebetriebes in dem einen oder anderen Staate zwischen den eigenen Unterthanen und jenen der anderen Vereinsstaaten obgewaltet haben. Die freie Schifffahrt auf dem Po und dessen Nebenflüssen, sowie die gleiche Berechtigung zur Ausübung derselben, wird den Unterthanen der drei Vereinsstaaten auch in jenen Beziehungen eingeräumt, wo die Convention vom 3 Jul. d. J. noch einer Bevorzugung der eigenen Unterthanen Raum ließ. Die Consuln Oesterreichs übernehmen, an allen Orten wo sich nicht Consuln der Herzogthümer befinden, die Vertretung und die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen der letzteren auf dieselbe Weise wie sie ihnen gegenüber den österreichischen Unterthanen zusteht. Den Schiffen und Waaren Modena's und Parma's sind in den Häfen Oesterreichs, sowie den Schiffen Oesterreichs auf den Rheden Modena's dieselben Rechte wie den am meisten begünstigten Nationen zugesichert. In allem was die financielle Gesetzgebung, Verwaltung und Verrechnung betrifft, treten die beiden Herzogthümer in die engste Verbindung mit dem lomb.-venetianischen Königreiche. Sie nehmen die Gesetze an welche in letzterem über das Zollwesen, die Staatsmonopole, die Waarenbezeichnung, den Verbrauchsstempel, die Versteuerung des inländischen Zuckers bestehen und, insoweit sie diese Zweige der indirecten Besteuerung berühren, auch jene über die Bestrafung der Gefällsübertretungen, die Einrichtung der ausübenden Aemter, der Finanzwache und der Finanzintendanzen, mit den Aenderungen die im gemeinsamen Interesse noch zu berathen seyn werden. Die dort geltenden Tabak- und Salzpreise dienen fortan auch in den beiden Herzogthümern als die normalen Gebührensätze. Die Zolllinien und Zollstraßen, die Besoldungen und Verzollungsbefugnisse der Aemter, die Standorte und Dienstvertheilungen der Finanzwache werden in den Herzogthümern nach dem Muster der Einrichtungen des lomb.-venetianischen Königreiches neu geregelt. Eine in Verona aufgestellte Centralcommission, welcher Oesterreich den Vorsitzenden und ein Mitglied gibt, und zu welcher jede der beiden herzoglichen Regierungen einen Abgeordneten sendet, verwaltet die gemeinsamen Angelegenheiten, und bildet in manchen Beziehungen für die beiden Herzogthümer die zweite Instanz in Gefällssachen. Wohl bemessene Ueberwachungsmaßregeln sichern jedem Staate die Ueberzeugung daß in den andern Vereinsstaaten die Gränzen wohl bewacht und auch sonst die Vertragsbestimmungen genau befolgt werden, und auch dafür ist gesorgt daß der Uebergang von dem in den Herzogthümern gegenwärtig bestehenden zu dem neuen Systeme auf die möglichst schonende und doch alle Interessen sichernde Weise geschehe. Die Zollerträgnisse des lomb.-venetianischen Königreichs und der beiden Herzogthümer werden unter den

drei Regierungen nach Maß der Bevölkerung getheilt. Da aber die Lombardie und Venedig in offener Verbindung mit den übrigen Theilen des österreichischen Zollgebietes bleiben, und die kaiserliche Regierung sich hinsichtlich der indirecten Besteuerung der letzteren das freieste Verfügungsrecht vorbehalten und selbst für das lomb.-venetianische Königreich und die beiden Herzogthümer das Recht beansprucht hat jene Erleichterungen in der Zollgesetzgebung und jene Zollherabsetzungen einzuführen die es im Interesse des Volkes finden dürfte; so wurde den beiden Herzogthümern zur Sicherung ihres Staatshaushaltes ein Minimum von Zolleinkünften verbürgt, bis auf welches Oesterreich die für sie nach der Bevölkerung entfallende Quote nöthigenfalls zu ergänzen hätte. Was die Vertretung des Zollvereins nach außen anbelangt, so willigen die beiden herzoglichen Regierungen ein daß Oesterreich in gemeinschaftlichem Namen Unterhandlungen einleite, um die mit Sardinien bestehende Convention behufs der Unterdrückung des Schleichhandels an der gemeinschaftlichen Gränze auch auf die Gränze zwischen Sardinien und Parma auszudehnen, und um ähnliche Conventionen, sowie überhaupt weitere Zollvereins- und sonstige den Handel und Verkehr erleichternde und die Zolleinkünfte sichernde Verträge mit andern italienischen Regierungen zu Stande zu bringen. Uebrigens steht es den herzoglichen Regierungen frei sich an diesen Unterhandlungen zu betheiligen, und jedenfalls bedürfen die betreffenden Verträge ihrer Ratification. In Betreff der Zollvereins- und Handelsverträge mit deutschen Staaten hat Oesterreich vollkommen freie Hand, und die beiden herzoglichen Regierungen verpflichten sich vorhinein, jedem solchen Vertrag ihre Zustimmung zu ertheilen, falls derselbe die Gleichheit der Gesetzgebung und den Maßstab der Vertheilung der Zolleinkünfte zwischen dem lomb.-venetianischen Königreich und den beiden Herzogthümern nicht ändert, letzteren keine andere Verpflichtung auferlegt als die Bürger und die Waaren der in das neue Vertragsverhältniß eintretenden Staaten unter denselben Bedingungen zuzulassen, wie es Oesterreich thut, und falls er in diesen Staaten den Bürgern und Waaren der Herzogthümer dieselben Rechte wie jenen Oesterreichs zugesteht. Die Dauer des Vertrags ist auf vier Jahre festgesetzt, und er ist, falls vor Beginn des letzten Jahres seiner Dauer keine Aufkündigung erfolgt, jedesmal als auf weitere vier Jahre verlängert anzusehen. Der Beginn seiner Wirksamkeit konnte noch nicht bestimmt werden. Wir sind überzeugt daß die beiden herzoglichen Regierungen, in Anbetracht der großen Vortheile welche der Vertrag ihren Völkern und ihren Finanzen gewährt, der geistigen und materiellen Einheit Italiens, welche er begründet und anbahnt, und des bleibenden engen Bündnisses, welches er zwischen ihnen und Oesterreich knüpft, diesen allgemeinen Artikeln des Staatsvertrags zuverlässig ihre Beistimmung nicht entziehen, und daß diesen Artikeln entsprechend auch die Specialbestimmungen baldigst werden festgesetzt werden, so daß der Zollverein vielleicht noch im Laufe des Verwaltungsjahres 1850 in Wirksamkeit treten wird. Wir aber glauben den Act der gestern vollzogen wurde als den ersten Schritt auf der kühnen und lohnenden Bahn die unserem Handel und unserer Industrie sich eröffnet, auf das freudigste begrüßen zu sollen. Er verschafft uns einen neuen wohlgeschützten Markt von mehr als einer Million arbeitsamer, redlicher und wohlhabender Menschen, rückt unsere Zollgränzen hinaus bis zum tyrrhenischen Meere, und gewährt die Aussicht auf noch weitere friedliche Erwerbungen gleicher Art, während er andererseits jene segensreichen Verbindungen welchen wir in Deutschland entgegenstreben, weder verkümmert noch sonst in irgendeiner Weise beirrt. Ja wir dürfen hoffen daß die neuen Vortheile welche wir jetzt der deutschen Industrie zu bieten im Stande sind, ihr den Bund mit uns als noch wünschenswerther darstellen werden.

Prag, 4 Dec. Das tschechische Organ, die Narodny Noviny, schlug gestern großen Lärm über die mögliche Gefahr eines Krieges mit Preußen. Sie nannte dieses Festhalten Oesterreichs an seiner Stellung zu Deutschland „Deutschthümelei ꝛc." Die Prager Zeitung antwortet darauf unter anderm: Eine Streitfrage von so großer Tragweite, wie die zwischen Oesterreich und Preußen, mache eine Rüstung für alle Fälle zum Gebot der Klugheit. „Nicht minder aber sind wir überzeugt, und wir haben es wiederholt ausgesprochen, daß jede Frage des Kriegs im gegenwärtigen Moment ihren Stachel vor allem schon dadurch verliert daß es auf beiden Seiten nahezu unmöglich ist Krieg zu führen, auch wenn es in der That eine Regierung gäbe die mit den Kräften des Staats ein leichtfertiges Spiel zu treiben geneigt wäre. Wir halten uns daher überzeugt daß in der deutschen Frage die Mittel des Friedens vollends erschöpft seyn müßten, ehe eine ernste Besorgniß des Kriegs eintreten sollte. Erschöpft aber können sie nicht werden, weil es sich eben nicht um eine Laune, um ein dynastisches Interesse, sondern um eine Frage der Weltpolitik handelt, deren Lösung sich durch Austausch der gegenseitigen Auffassungen, durch gegenseitige Kritik der Ansprüche ergeben muß. Die Frage aber so klein zu fassen wie die Narodny Nowiny, sie zu einer Spielerei um eine Kaiserkrone herabzuziehen, wie um die Eitelkeit eines neuen Hutes, das heißt den Standpunkt verkennen oder verrücken. Wir gestehen gern daß in den slavischen Theilen der Monarchie die ganze Frage eine gewisse Antipathie gegen sich, wir wissen wohl daß sie im allgemeinen das Interesse welches ihr früher zugewendet war, verloren hat. Der Umstand aber daß nach einer mächtigen Bewegung, und nachdem die Nationalitäten Oesterreichs des Streites um diesen Erisapfel müde geworden sind, diese — und selbst die Politiker von Profession — kaum mehr darüber discutiren, das macht die Frage selbst für die Regierung noch nicht minder bedeutend, ihre Pflicht wird durch die Indolenz der Völker so wenig verringert als durch ihr Drängen vergrößert. So viel aber steht uns fest daß die österreichische Regierung hier nicht um Namen, nicht um Decorationen kämpft, daß es sich ihr darum handelt im Centrum Europa's nicht als Macht degradirt zu werden, den Schwerpunkt nicht auf eine Seite fallen zu lassen welche ihn in der Zukunft zu fernerer Schwächung Oesterreichs benützen, zu einem Krystallisationspunkt werden könnte, dessen anziehende Gewalt vor allem dem Auge des Slaven — wenn wir schon immer mit jeder Specialnationalität Fragen der Gesammtmonarchie abhandeln müssen — nicht so ganz gleichgültig bleiben könnte, wenn es anders scharf genug sähe, und nicht über einer Politik des nationalen Gefühls die des nationalen Interesses vergäße. In dem Bestreben Oesterreichs in Deutschland eine Macht zu bleiben nichts als Deutschthümelei sehen, heißt darin gar nichts sehen, weil es eben das rein österreichische Interesse vom Standpunkt der Politik übersehen heißt."

* **Von der Etsch,** 5 Dec. Zugleich mit der Nachricht von der Abhaltung der alljährlichen Todtenfeier für Andreas Hofer und die Streiter von 1809 meldet uns der Tiroler Bote die Vermählung eines Enkels des genannten Volkshelden. Derselbe, Karl Edler von Hofer, k. k. Salinenbeamter, verband sich zu Gmunden im Salzkammergut mit Miß Krager Helprun, der Sprößlingin eines alt-schottischen Geschlechts jüngst zur katholischen Kirche rückgekehrt, ein Bündniß das eines romantischen Schimmers nicht entbehrt, wenn wir uns die Tochter plaidumschlungener Lairds vereint denken mit dem Nachkommen des Hauptes vom „herrlichen Clan der Passeirer", um mit Hormayr zu reden. Demselben Hrn. Karl v. Hofer verdanken wir auch die letzten verlässigsten Mittheilungen über die Familie des Tiroler Obercommandanten, die wir den vielen Lesern Ihres Blatts nicht vorenthalten wollen, die schon am Sand in Passeir zugekehrt sind oder doch den Namen Hofers nicht ohne den poetischen Nachklang nennen hören, der in der Nähe weniger vernehmlich ist. Von den Kindern des Sandwirths Anderl lebt nur noch sein einziger Sohn, derselbe der mit ihm auf der Kellerlahn gefangen wurde, Johannes Edler v. Hofer, k. k. Tabakhauptverleger in Wien, der 55jährige Vater des obgenannten Neuvermählten. Die vier Töchter des Andreas sind todt — Anna, von den Wienern Nina genannt, dieselbe von der Lewald erzählt und ihre französische Correspondenz im Sandhof entdeckt, starb als die letzte — unvermählt. Von den Enkeln sind noch sechs lebend. Einer fiel als Kaiserjäger-Officier bei Goito. Jene sechs übrigen sind Johann, gleichfalls Lieutenant im selben Corps, Andreas, der Lehnträger des Sandhofes, den der Schwiegersohn des alten Ander, Erb, verwaltet, Ferdinand und die Schwestern Caroline und Adele „die kleine Schwarzgelbe," wie sie Hr. Karl v. Hofer nennt, der von sich selbst berichtet daß er seines Großvaters täuschendähnliches Porträt, „welche Aehnlichkeit mit Freude bei Hof bemerkt wurde," daß er den Gränzfeldzug in Tirol mitgemacht habe und „stets offen der radicalen Wühlerei entgegengetreten sey." Diese Daten sind übrigens entlehnt aus A. Peternaders neuestem Beitrag zur tirolischen Defensionsgeschichte, worin unsere wesentlichen Notizen ihre Ergänzungen finden.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 30 Nov. Das Ministerium hat die Nothwendigkeit der Colonisation Ungarns anerkannt, und es sollen die Verhandlungen bereits so weit gediehen seyn daß schon im nächsten Frühjahr der Anfang deutscher Einwanderung vor sich gehen dürfte. Die preußische Regierung interessirt sich besonders für die Einleitung zu einem mercantilischen Verkehr mit Ungarn. Der hier befindliche Hr. Spiegelthal scheint zu eben diesem Zweck hieher gesendet worden zu seyn. (Ostd. Post.)

Frankreich.

8 **Paris,** 28 Nov. An dem festen Willen Ludwig Bonaparte's, an der Unerschütterlichkeit seiner Plane zweifelt niemand mehr. Er handelt ganz unscheinbar, aber jedesmal wo er auftritt hört man den Gebieter. Ist dieß ein Zeichen wie wenig tief irgendeine Form des Freistaates im Herzen dieses Volkes gegründet ist, ein wie falsches System eine absolute Demokratie für ein großes Land abgibt, wie die gesammte Erscheinung der Demagogik, mit allen ihren socialistischen und communistischen Projecten, nichts anders ist als eine Convulsion wüthend ehrgeiziger, aber politisch vollkommen untauglicher und unnützer Gesellen?

Nichts ist leichter als unter allen Empörungen der Demagogik den Despotismus zu gestalten, nur muß man ihm nicht vertrauen; ein Despotismus zerstört den andern, und dadurch gehen die Reiche zu Grunde. Das Volk, Bürger und Handwerker, welches die Demagogen zu beherrschen gedenken, beherrscht und bestimmt am Ende immer die Demagogen; das Volk aber hat nur einen vorüberfliegenden Ehrgeiz, z. B. unter der Leitung eines großen Feldherrn, für alles andre fühlt es auf die Länge gar kein Behagen am Selbstregieren. Das sollten sich alle Demagogen recht einprägen, nichts ist ephemerer als ihre Herrschaft. Dasselbe Volk welches sie scheinbar nach sich gezogen hatten, überliefert sie, sobald ihm das Spiel zu lang währt, irgendeinem Gewalthaber, unter dem es sich auszuruhen gedenkt, und siehe da, diese Demagogen enden immer wie Polizeispione, nachdem sie während ihres kurzen Regiments immer eine despotische Polizei über die gebildeten Classen im System des Terrorismus ausgeübt hatten. Man merkt so recht eigentlich jetzt, wenn man aufmerksam das Volk von Paris betrachtet, wie wandelbar sein Sinn ist, wie schnell es seine Demagogen vergißt, und wie plötzlich ihm die Laune anwandeln kann sich in einen Bonaparte, der ihm den Hof zu machen versteht, aber es nicht gebieten läßt, einen Gewalthaber zu verschaffen. So etwas schwant jetzt allen, obgleich noch keiner weiß wo er daran ist. Hiebei ist aber doch immer zu bemerken daß gar nichts festes bei all diesem im Spiele ist, daß ein Wind weht welchem nicht immer die stärksten Eichen gewachsen sind. Eine rein Bonapartische Partei umdrängt den Präsidenten und — wunderbar ist es zu sagen — was in seiner Natur sich von Verstand und Kaltblütigkeit zeigen kann, widerstrebt dem noch bis jetzt. Er will nicht Kaiser werden, sondern Präsident bleiben, wiederholt er zum öftern, aber im Grunde doch lebenslänglicher Präsident. Eine Partei bildet sich in der Kammer welche die großen Eclats der rein Bonaparte'schen Partei verhüten oder umgehen will, auf ein mezzo termine sinnt, unter andern auf die Verlängerung der Präsidentur auf acht Jahre, durch die gesetzgebende Versammlung; es heißt eine Masse von Petitionen aus dem Volk solle über kurz oder lang die Assemblée bestürmen um dieses durchzusetzen; ein solcher mezzo termine scheint sich je mehr und mehr zur Möglichkeit zu gestalten, denn er wird immer eifriger betrieben. Trotz dessen bleibt die Hauptaufgabe aller Klugen die Dinge soviel wie möglich in die Länge zu ziehen. Man befürchtet: seitens der Assemblée, der Präsident, wenn man ihn beleidige, möge sich mit dem Volk hinterrücks der Assemblée verbinden und sich durch das Volk allein proclamiren lassen, zum großen Nachtheil des Credits der gebildeten Stände, des alten Anhangs der Bourbone beider Linien, deren Gesammtheit in der Assemblée die Majorität bildet. An eine Vereinigung des Präsidenten mit den Rothen, mit der Montagne, glaubt kein Mensch, denn das wäre sein Tod; er haßt die Rothen eben so gut als er von ihnen gehaßt ist. Aber es heißt Emile de Girardin, ein ebenso intriganter als verwegener Kopf, schwänze sehr viel um ihn herum; das hieße sich aber muthwillig in die Aventüren stürzen, denn alle Hülfsquellen des übrigens geistreichen und talentvollen Hrn. v. Girardin sind nichts als Aventüren. Der Präsident hat um sich seinen Erzieher, einen Artillerieofficier, Viellard, der ihm bessere Eingebungen mitzutheilen im Stande ist; man schreibt diesem den Einfluß der Bedachtsamkeit zu, wie dem Hrn. v. Persigny den Sporn des Ehrgeizes.

Italien.

Am 24 Nov. trafen General Rostolan und Hr. v. Corcelles in Portici ein, und wollten sofort auf einem Dampfboot nach Frankreich abreisen. Der Araldo meldet: Ludwig Napoleon habe an den Papst geschrieben er möge seinen Brief an den Oberst Ney in Rom als nicht geschrieben betrachten. Ein Genueser Blatt bemerkt dazu: „Das ist ziemlich wahrscheinlich; doch ist zu bemerken daß der Araldo zu den schlimmsten halbofficiellen Lügenblättern der bourbonischen Regierung gehört." Die Verhaftungen diesseits und jenseits des Faro dauern fort. Die neueste Bescherung in Sicilien ist eine Steuer von 20 Grana für jedes Fenster und jeden Balcon. — In Florenz sollte am 27 Nov. die erste Dampf-Probefahrt auf dem Arno bis Pisa stattfinden. — In Piemont scheint die Betheiligung an den Wahlen dießmal sehr lebhaft zu seyn. Der berühmte Silvio Pellico läßt sich in die Kammer wählen. Die officielle Turiner Zeitung stellt eine beträchtliche Beschleunigung der Post mit Frankreich und der Schweiz in nahe Aussicht.

Rom, 22 Nov. Das päpstliche Anlehen kam nicht zu Stande, weil die Handlungshäuser Rothschild und Hope verlangten daß dasselbe auf Kirchengüter fundirt werde. (Fr.-O.-P.-A.-Z.)

Italienische Blätter geben über die antiquarischen Ausgrabungen welche die Franzosen angestellt haben, folgende Aufschlüsse: Rechts von der Trajanssäule und auf dem Campo Vaccino (Forum) wurde nichts bedeutendes gefunden. Dagegen führte die Nachgrabungen in Trastevere zur Entdeckung einer Statue von Lysippos, die einen Gladiator darstellt, der sich den Schweiß abtrocknet. Lysippos war der berühmte Bildhauer Alexanders des Großen. Vor zwölf Jahren fand man ebenfalls eine von diesem Künstler behauene Vase, die von einem Engländer gekauft wurde. Der Gladiator spumans (so nannten ihn die Römer) hat eine weit größere Wichtigkeit. Es ist dieß ein Meisterwerk, welches verdient dem Apollo von Belvedere und dem Laokoon an die Seite gestellt zu werden. Diese Statue des Lysippos ist der von dem älteren Plinius in der Naturgeschichte (Buch 34, Cap. 19. §. 6) beschriebene Distringens se oder Apoxyomenos, den Marcus Agrippa vor seinen Thermen aufstellte, Kaiser Tiberius in sein Schlafzimmer versetzen ließ, aber auf Bitten des Volkes wieder auf seine alte Stelle bringen lassen mußte. Man fand auch auf der Seite von S. Maria Maggiore siebzehn Malereien aus der Zeit des Pompejus. Die dargestellten Gegenstände sind aus der Odyssee des Homer. Sie stellen Telemach am Hofe des Menelaus, Ulysses bei Alkinous, mehrere Episoden bei seiner Rückkehr nach Ithaka und endlich seinen Sieg über die Freier vor. Die Namen der Maler sind nicht bekannt; man glaubt aber daß sie aus der Zeit des Pompejus sind.

Venedig, 26 Nov. Die Gemeinderäthe der Städte Botzen, Trient und Roveredo haben in Betreff des projectirten Baues einer Eisenbahn in Südtirol Unterhandlungen mit den Municipalcongregationen von Venedig und Verona angeknüpft. Der betreffende Entwurf wurde sowohl von der hiesigen Municipalität als von der Handelskammer beifällig aufgenommen, mit dem Bemerken daß man sich aus der raschen Verbindung mit Deutschland die größten Vortheile für Venedig versprechen darf, welches daher auch nach Kräften diesem Unternehmen allen Vorschub zu leisten suchen und zu diesem Behuf ein Centralcomité aufstellen wird, dessen Aufgabe es seyn soll alle Vorkehrungen zur raschen Verwirklichung des Entwurfes zu treffen. (Lloyd.)

Schweiz.

* **Luzern,** 4 Dec. Die Allgemeine Zeitung hat aus der Basler Zeitung eine Schilderung der Zustände des Kantons Luzern aufgenommen. Dieselbe wird einer bescheidenen Entgegnung ihre Spalten nicht verschließen. Von der mit 1830 eingetretenen Regeneration der meisten Kantone der Schweiz an war Luzern bis zum Jahre 1841 glücklich. Keinerlei politische Verfolgungen hatten statt. In allen Zweigen der Staatsverwaltung wurden Verbesserungen eingeführt. Das Land erblühte in Wohlstand. Da fingen ultramontane Bestrebungen sich kundzugeben an. Man rüttelte an den politischen Zuständen. Es entstund allmählich eine Bewegung. Gar viele schlossen sich derselben lediglich aus Hang zur Veränderung, und im Wohlbefinden sich langweilend, an, die Leiter aber waren sich wohlbewußt was sie wollten. Die Hauptführer waren Joseph Leu, ein reicher Bauer von Ebersoll, in religiösem Fanatismus befangen, und Constantin Siegwart, ursprünglich aus dem Schwarzwalde gebürtig, von politischem Ehrgeize gespornt. Eine Revision der Staatsverfassung hatte im Jahre 1841 statt, und es gelangten in Folge derselben die Ultramontanen und sogenannten Conservativen an das Staatsruder. Diese entfernten jeden der nur von ferne im Gerücht von Freisinnigkeit stund aus den Behörden, und führten ein grasses Exclusivsystem ein. Um die liberalen kräftiger verfolgen zu können, stellte man ein Preßgesetz auf, wodurch die Preßfreiheit gänzlich zerstört wurde. Um die Herrschaft sich zu sichern, verfiel man weiter auf den Gedanken den Jesuitenorden in das Land zu berufen, und ihm die Erziehung der Jugend zu übergeben. Es war dieses der Staatsverfassung entgegen, aber wurde dessenungeachtet in das Werk gesetzt. Darüber entstunden Unruhen im Lande, und es kam im December 1844 sogar zu einer Waffenerhebung. Es folgten nun Einkerkerungen in Masse. Bei zweitausend Bürger wurden landesflüchtig, und irrten in der Eidgenossenschaft umher. Ihre zurückgelassenen Angehörigen waren der Wuth und Rache der Regenten preisgegeben, welche diese dergestalt übten daß ein Schrei des Entsetzens durch einen großen Theil der Eidgenossenschaft ertönte, und zuletzt eine Freischaar von 4 bis 5000 Mann sich gegen Luzern wälzte, dort aber eine Niederlage erlitt. Die Anhänger der Regierung erlaubten sich dabei maßlose Gräuel, wodurch die Erbitterung immer mehr stieg. Die Tagsatzung beschloß endlich die Ausweisung der Jesuiten, die als die Quelle der vorhandenen Uebel betrachtet wurden, aus der Eidgenossenschaft. Luzern nebst sechs andern Kantonen lehnte sich gegen diesen Beschluß auf. Es kam an den Tag daß bereits seit 1843 zwischen diesen Kantonen ein Bündniß existirte sich bei vorkommenden Anlässen den Verfügungen der Tagsatzung mit bewaffneter Hand zu widersetzen. Im Kanton Luzern wurde die Abschließung dieses Bündnisses nie dem Veto des Volkes unterlegt, in welcher Handlungsweise eine abermalige flagrante Verletzung der Verfassung lag. Die Tagsatzung beschloß die Auflösung jenes Sonderbun-

des. Die sieben Kantone widersetzten sich. Darüber entstund der bekannte Sonderbundskrieg, in welchem die sieben Kantone unterlagen und in denselben ein politischer Umschwung der Dinge eintrat. In Folge der stattgehabten Vorgänge war der Kanton Luzern finanziell ruinirt. Er wurde verfällt der Eidgenschaft dritthalb Millionen Schweizerfranken zu vergüten. Dazu kamen die eigenen Kosten. Für ein Ländchen von 120,000 Seelen gewiß ein ungeheurer Aufwand! Das Unglück war die Folge eines doppelten Verfassungsbruchs. Man schrie deßwegen nach Rache. Wurde aber diesem Geschrei Gehör gegeben? Keineswegs! Einzig wurde den Mitgliedern des abgetretenen großen Raths ein Beitrag von 300,000 Francs an den Kriegskosten zur Sühne ihrer Schuld abgefordert, und als sie sich der Bezahlung weigerten, wurde die Entscheidung den Gerichten anheimgestellt, deren Spruch noch nicht erfolgt ist. Bis Austrag der Sache sind diese ehemaligen Großräthe, und mit ihnen eine Anzahl Mitglieder des sogenannten Rußwyler-Comité, welches eine Regierung Nr. 2 gebildet hatte, im Activbürgerrechte eingestellt. Darin besteht die ganze Tyrannei der Luzernerischen Behörden, über welche die Basler Zeitung fortwährend ihr Klaggeschrei erhebt, und Gerechtigkeit dagegen von der Bundesgewalt fordert. Beinahe alles übrige was die Basler Zeitung erzählt, ist Erdichtung. Ein Advocat, Joft Weber, wurde verhaftet und nach sechs Tagen wieder freigegeben. Die Gerichte werden entscheiden ob die Verhaftung begründet war oder nicht. Einige fremde Zeitungen, darunter die Basler Zeitung selbst, wurden mit Beschlag belegt, weil sie die Regierung beschimpfende Artikel enthielten. Die Gerichte haben zu entscheiden ob die Polizei den Beschlag mit hinlänglichem Grunde legte oder nicht. An einer Wahlversammlung wurde Altverhörrichter Segisser mißhandelt, indem er einigen Burschen in die Hände gerieth gegen die er früher seine Amtsgewalt mißbraucht hatte. Niemand billigt solche Rohheit. Aber die Handlung ist denn doch nicht geeignet einen Flecken auf das ganze Land zu werfen. Wahr ist, wie die Basler Zeitung berichtet, daß die HH. Schultheiß Kopp, Dr. Casimir Pfyffer und Jakob Robert Steiger eine versöhnliche Politik verfolgten. Allein sie mußten finden daß die sogenannten Conservativen für jede Versöhnung unzugänglich seyen. Diese erklären nämlich unverhohlen daß sie nimmer ruhen und rasten wollen bis die neue Ordnung der Dinge gestürzt, und die Jesuiten wieder in das Land eingezogen seyen. Unter diesen Umständen bleibt freilich nichts anderes übrig als die traurige Aussicht eines Kampfs auf Leben und Tod.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25 Nov. Die transkaukasischen Zeitungen melden daß der Oberst Shiel, außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Ihrer Maj. der Königin von England bei dem Schah von Persien, in Tiflis am 22 October eingetroffen war und seine Reise über Eriwan nach Teheran fortgesetzt hat.

Man schreibt aus **Nikolajew** daß daselbst am 23 oder 24 October sieben neue Fahrzeuge vom Stapel laufen sollten, und zwar zwei Linienschiffe, Paris von 120 und Tschesme von 84 Kanonen; vier Transportschiffe, Pruth, Kilia und Aragla, jedes 350 Tonnen haltend, und Rymnik von 120 Tonnen; ferner ein Dampfboot, Ordinarez, von 60 Pferdekraft. (R. Bl.)

Neuestes.

* Aus **Frankfurt** wird uns in Betreff der neuen österreichischen Note, die in Berlin übergeben worden geschrieben, daß dieselbe vom 29 Nov. datirt ist, und nicht einen förmlichen Protest, sondern nur eine Verwahrung gegen die möglichen Consequenzen des Schritts der Berufung eines Erfurter Reichstags enthalte. Nicht gegen das Vorschreiten Preußens auf dem einmal betretenen Wege als einen Versuch zur Einigung Deutschlands scheint die in der Note enthaltene eventuelle Drohung gerichtet zu seyn, sondern gegen allenfallsige Rechtsbrüche, eigenmächtige Beschlüsse eines Theils des deutschen Bundesstaats ohne Zustimmung der Gesammtheit und gegen daraus etwa hervorgehende revolutionäre Schritte oder Scenen. (Wir kommen darauf und auf die preußische Note vom 21 November, deren Inhalt der heutige : Berliner Brief bezeichnet, morgen zurück.) Die preußische Note wiederholt gegen die österreichische Regierung den Vorwurf, den General Radowitz auch auf der Tribüne schon einigemal ausgedrückt hatte, die Verfassung des österreichischen Kaiserstaats habe die deutschen Bundesstaaten Oesterreichs außerhalb des bisherigen deutschen Bundesrechts gestellt. Die Anklagen das Bundesrecht aufzuheben oder aufgehoben zu haben sind also gegenseitig.

e. **München**, 8 Dec. Ihre k. Hoh. die Frau Herzogin Max in Bayern ist gestern von einem Prinzen entbunden worden. Das Befinden der hohen Wöchnerin ist, den Umständen angemessen, befriedigend. Der königliche Hof wird zu Anfang der nächsten Woche von Nymphenburg in den hiesigen „Königsbau" übersiedeln. Zum allgemeinen Bedauern befindet sich der Vater J. Maj. der Königin, Prinz Wilhelm von Preußen, fortdauernd unpäßlich; doch hofft man daß in einigen Tagen dessen Unwohlseyn gehoben seyn werde, wornach Se. kgl. Hoheit nach Berlin zurückzukehren gedenkt. Der für den Festtag der Empfängniß Mariä sonst übliche costümirte Aufzug der Ritter des Ordens vom heiligen Georg ist heute unterblieben, und es findet nur eine Kirchenfeier in der Ritter-Uniform statt. Die Debatten unserer zweiten Kammer werden in der kommenden Woche durch den Gesetzentwurf über die politischen und bürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen ein erhöhtes Interesse gewinnen. Der Ausschuß beantragt mit 11 gegen 5 Stimmen die unbedingte Annahme des Regierungsentwurfs. Dieses Stimmenverhältniß, hofft man, dürfte auch in der Kammer der Abgeordneten selbst repräsentirt seyn.

*** **Stuttgart**, 7 Dec. In der heutigen Sitzung, in welcher sämmtliche Minister anwesend waren, wurden Vorlagen durch v. Schlayer eingebracht, wodurch die Regierung bestimmt genug auftritt, die aber natürlich zum Theil anders ausgefallen sind als sie sich von der abgetretenen erwarten ließen; v. Schlayer brachte das Gesetz über die Vertretung des Volks ein und hat sich dabei für indirecte Wahl, auch für die zweite Kammer, allerdings mit einer breiten Grundlage entschieden; es ist ferner nach Annahme des Zweikammersystems, worüber kein Zweifel auch bei der jetzigen Versammlung herrschen kann, nicht eine gänzliche Lossagung von der Vertretung einzelner Stände oder wenigstens Collegien eingetreten und auch ein Census ist im einzelnen wieder erstrebt worden. Die Vorlage der Regierung will nämlich die Zusammensetzung der ersten Kammer in der Art bestimmen daß die königlichen Prinzen, 32 Abgeordnete der Oberamtsbezirke, 4 Abgeordnete der protestantischen Geistlichkeit (durch die Generalsuperintendenten und Decane ernannt), 2 der katholischen (durch den Bischof, das Capitel und die Decane ernannt), 1 Repräsentant der Universität Tübingen, 3 der Centralstelle für Gewerbe und und Handel und 3 der Centralstelle für Landwirthschaft, in dieser Versammlung Sitze einnehmen würden. Die Wahl der Abgeordneten von Landbezirken würde ferner zur Hälfte von den Höchstbesteuerten, zur andern Hälfte von den Amtsversammlungen geschehen. Die so gebildete erste Kammer würde neun Jahre dauern; alle drei Jahre würde ein Drittel (zuerst durch das Loos bestimmt) austreten. Die Dauer der zweiten Kammer ist auf sechs Jahre bestimmt; die Hälfte aber würde nach drei Jahren austreten. Für die indirecte Wahl würden bei dem ersten Wahlact sämmtliche Besteuerte, bei dem zweiten wenigstens zwei aus jeder Gemeinde mitwirken; die eine Hälfte dieser Wähler soll aus den Höchstbesteuerten bestehen, die andere von den obigen Wahlberechtigten ernannt werden. Nach Vorlegung dieses Gesetzentwurfs — auf den wir morgen zurückkommen — hielt der Chef des Departements des Auswärtigen, Staatsrath v. Wächter-Spittler, einen Vortrag über den Stand der deutschen Frage. Er bemerkte dabei daß es Pflicht sowohl als Gebot der Nothwendigkeit von Seite der deutschen Regierungen sey mit positiven Vorschlägen zu Gründung des deutschen Verfassungswerks hervorzutreten. Die württembergische Regierung habe deßhalb Unterhandlungen eingeleitet, die aber noch in der Schwebe seyen, daher man nur der zu dieser Angelegenheit gewählten Commission in vertraulicher Weise Aufschlüsse darüber geben könne. Endlich brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, wonach der Termin für die Forterhebung der Steuern, welcher am letzten December d. J. abläuft, bis zum letzten Junius 1850 verlängert werden soll.

∴ **Wien**, 6 Dec. Der heute veröffentlichte Bankausweis lautet ziemlich befriedigend. Der Banknotenumlauf hat sich gegen den vorigen Monat um fast 5 Millionen und der Silbervorrath mit 625,403 fl. vermehrt. Dieses günstige Verhältniß hat zwar das Goldagio etwas heruntergedrückt; war jedoch nicht vermögend auf den Effektenmarkt einzuwirken; denn obwohl unsere Börse an keinen Krieg glaubt, so verursacht doch schon die leiseste Möglichkeit desselben Bedenken bei unsern vorsichtigen Bankiers. Der Armeebefehl an die böhmischen Truppen hat sich vollständig bestätigt. Minister v. Bruck ist Geheimerrath und Freiherr geworden. Besonders seine Leistungen in Italien haben ihn um Oesterreich verdient gemacht.

London, 4 Dec. Gestern waren, wegen Ablebens der Königin-Wittwe, fast sämmtliche Kaufläden der Hauptstadt ganz oder theilweise geschlossen, in allen Pfarrspielen scholl Morgens und Abends Trauergeläute, und die in der Themse liegenden einheimischen und fremden Schiffe hatten ihre Flaggen auf den halben Mast gesenkt. Die Leiche wird in der königlichen Gruft der St. Georgscapelle zu Windsor neben jener Wilhelms IV beigesetzt werden. — Die Cabinetsberathungen folgen rasch auf einander. Auch heute hat wieder eine lange auf dem auswärtigen Amt stattgefunden. — Hr. Heinzen beklagt sich in der Times über die Anfeindungen der englischen Presse, da er doch nur „redlich das Beste seines Vaterlan-

des gewollt habe:" die Times aber meint: Hrn. Heinzens politische Thätigkeit sey von der Art daß, wenn er in der deutschen Londoner Zeitung wie bisher fortfahre, die englische Regierung sich wohl veranlaßt finden könnte von Englands Gastfreundschaft gegen politische Flüchtlinge in seinem Fall eine Ausnahme zu machen.

: **London,** 5 Dec. Die vom Hofmarschallsamt angeordnete tiefe Hoftrauer beginnt am 9 Dec.; wie lange sie zu dauern habe, ist nicht gesagt. — Nach mehreren neueren Unfällen wurde die eine große Röhre der „Britannia-Brücke", 472 Fuß lang und 2000 Tonnen schwer, gestern glücklich festgelegt. — Von Corfu wird gemeldet daß das Parlament der jonischen Inseln das Verfahren Sir H. Wards gegen Cephalonien einstimmig gutgeheißen.

Paris, 5 Dec. Wieder einmal eine Verhandlung über die Ehrenlegion, die nun die Folge hat daß künftig alle Verleihungen dieses Ordens in das Gesetzblatt und den Moniteur eingerückt werden müssen. Ob man damit den Zweck erreichen wird der oft beklagten Verschwendung dieses Ehrenzeichens vorzubeugen? Am Ende des Kaiserreichs waren 51,835, nach Abzug der bloßen Promotionen von einem Grad zum andern 46,595 Ernennungen geschehen, in den 16 Jahren der Restauration 25,496 Ernennungen und Promotionen, in den 17 Jahren und 7 Monaten der Juliusdynastie 33,761, in den 6 Monaten des Generals Cavaignac 1744, in 10½ Monaten unter L. Bonaparte 1459, nur die provisorische Regierung und die Vollziehungscommission fehlen in diesem Verzeichniß, sie hatten dieses „Spielzeug" (hochet) abschaffen wollen. Dieß war die Hauptfrucht der gestrigen Sitzung, dann hörte man noch, bei Gelegenheit des Recrutirungsgesetzes das 80,000 Mann aus der Altersclasse von 1849 unter die Fahnen ruft, eine Rede von Hrn. Bouvet über die allgemeine Entwaffnung, ein Echo des Friedenscongresses, und in der heutigen Sitzung wurden die 80,000 Mann ungeschmälert bewilligt. — Hr. v. Schonen, weiland Pair von Frankreich, Generalprocurator am Rechnungshof, Großofficier der Ehrenlegion, ist gestorben.

Petersburg, 23 Nov. Ein schrecklicher Orkan*) der plötzlich heute Morgen entstand, trieb das Wasser der Newa in ihr Bett zurück, und die Salzfluthen der Ostsee wälzten sich der Stadt zu. Von Minute zu Minute stieg das Wasser, bis es fast 7 Fuß über den Normalstand erreicht hatte. Von der Festung und der alten Admiralität donnerten die Kanonen von Viertelstunde zu Viertelstunde, und gaben das Zeichen der wachsenden Gefahr. Angst und Bestürzung hatten sich aller Menschen bemächtigt. Die Isaaksbrücke war zertrümmert und die Communication mit Wassili-Ostrow gehemmt, von dem ein Theil unter Wasser stand. Im sogenannten Galeerenhafen saßen die unglücklichen Menschen auf den Hausböden, denn unten war alles voll Wasser. Auch auf der sogenannten Admiralitätsseite drang das Wasser aus den Straßenröhren und überschwemmte hier und da die Straßen. Doch um 5 Uhr Nachmittags drehte sich der Wind und die gräßliche Gefahr war vorüber. Die Newa schwamm voll Holz, denn 30 große Holzbarken waren untergegangen: zertrümmerte Boote, Badehäuser ꝛc. wurden ins Meer getragen. Auf Wassili-Ostrow soll ein großes zweimastiges Schiff weit in die Stadt hineingetrieben worden seyn und quer auf einer Straße auf dem Trocknen liegen. In den Canälen war das Wasser so hoch daß die in denselben befindlichen Barken mit ihren Schnäbeln auf dem Trottoir lagen. (Berl. Z.)

*) Im Preuß. Staatsanzeiger und der Rigaischen Zeitung, deren Petersburger Nachrichten um zwei und sechs Tage neuer sind, finden wir nichts von diesem Sturm.

New-York, 20 Nov. Der Zusammentritt des Congresses in Washington wird am 3 Dec. erfolgen. Im Repräsentantenhaus dürften sich die beiden Parteien ziemlich die Wage halten. Man erwartet eine stürmische Session, in welcher die Tarif- und die Sklavenfrage, Canada und Cuba voranstehen werden. — Oberst Webb, heißt es, sey als Gesandter nach Wien bestimmt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 5 Dec. Consols 96.

Paris, 5 Dec. 3proc. 57.40; 4proc. 70.50; 4½proc. 80; 5proc. 90.60; Schatzsch. 6 auf 11 Monat; Bankactien 2427.50; belg. 5proc. 96⅝; Anl. v. 1842 96¾; 4½proc. 87½; belg. Bank 760; röm. 81¼; span. 3proc. 39⅝; innere Schuld 29⅝; Hayti 195; piem. 5proc. 83.80; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 900; Vers. E.-B. rechte 211.25; linke 170; Paris-Orleans 750; Rouen 540; Straßburg 360; Nordbahn 447.50; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 320; Bordeaux 405; Tours-Nantes 278.75; Dieppe-Fecamp 175.

München. Verkehr auf den k. bayerischen Eisenbahnen im Monat October 1849.

Benennung der Bahnamts-Bezirke.	Personen.			Frachtgüter.				Bagage, Equipagen Thiere ꝛc.		Gesammt-Summe der Einnahme.	
	Zahl.	Einnahmen.		Gewicht.		Einnahme		Einnahme			
		fl.	kr.	Ctr	℔	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Augsburg . . .	30347	30171	9	58611	93	14031	59	3920	54	48124	2
Bamberg	20671	16623	57	32209	90	6652	53	1261	33	24538	23
Hof	4840	5529	56	32799	41	10628	42	687	31	16836	0
München	20425	22550	45	17311	82	12131	30	2002	2	36684	17
Nürnberg	36043	30161	28	46898	13	18826	12	2021	58	51009	38
Summa	112326	105037	15	187831	19	62271	16	9893	58	177192	29

Frankfurt a. M., 7 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 84⅚; Bankactien 1284; Ludwigsh.-Berbach 85; Taunusbahn 297; Disconto 2¼ Proc.

♀ **Wien,** 6 Dec. Unsere Börse war heute besonders für Eisenbahnactien günstig gestimmt, nachdem die den Actionären der ungarischen Centralbahngesellschaft von Seite der Staatsverwaltung bekannt gewordenen Bedingungen in Betreff der Ablösung ihrer Pesther Actien allgemein als sehr vortheilhaft anerkannt wurden. Es sollen nämlich den Actionären für ihre Actien 4proc. Metalliques ausgefolgt und diese binnen acht Jahren eingelöst, ferner die auf den Actien noch aushaftenden Zinsen gleich baar bezahlt werden. Die Pesther-Actien welche schon gestern Abends um 4 bis 5 Procent gestiegen waren, behaupteten sich auch heute sehr gefragt und schlossen 86–86¼, während auch andere Linien, zunächst Mailänder und Nordbahnactien sich um 2–2½ Procent hoben. In Fonds war das Geschäft und die Cursvariation geringer, dafür stellten sich aber die Valutaverhältnisse bedeutend angenehmer, und waren sowohl fremde Devisen als Comptanten zu stark weichenden Preisen angeboten. Das Goldagio ist seit gestern um 2, das Silberagio um 1 Procent zurückgegangen, und blieben Wechsel auf fremde Plätze zur Notiz mehr Brief als Geld. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. 94⅛–¼. 4½proc. 83½–⅝. Loose vom J. 1834 173½–174. Loose vom J. 1839 107¼–½. Bankactien 1195–1200. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 15½. Silberagio 9½–¾ Proc. Napoleon'sd'ors 8 fl. 50 kr.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag | Nr. 344. | 10 December 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 6; Wien 7; Frankfurt 8 Dec.

Deutschland.

Bayern. || **München,** 8 Dec. Aus dem Referate des Abg. Scharpf über das Judenemancipationsgesetz sehen wir daß er dem Regierungsentwurf vollkommen beistimmt, indem er in der Emancipation eine unabweisbare Forderung der Zeit, Humanität und Gerechtigkeit, aber auch ein durch die Grundrechte und die k. Proclamationen wohlerworbenes Recht erblickt. Die landläufigsten Einwendungen gegen die Maßregel beseitiget er indem er theils ihren Ungrund beweist, theils dagegen geltend macht daß durch bessere allgemeine Gesetze, Creditanstalten rc. der gleiche Schutz der Landbewohner auf sichererem und gerechterem Weg erzielt werde. Sein Schlußantrag geht dahin dem Regierungsentwurf unbedingt beizustimmen. Als Hr. Scharpf zum erstenmal hierüber am 18 Oct. Vortrag erstattete, beschloß der Ausschuß sich vom Ministerium verschiedene statistische Aufschlüsse geben zu lassen. Aus diesen entnehmen wir daß in den acht Provinzen Bayerns 12,369 Judenfamilien mit 57,498 Seelen sich befinden. Hievon waren im Jahr 1848 ansässig: 1606 auf Groß- und Detailhandel mit ordentlicher Buchführung; 3009 auf ordentliche Gewerbe und Handwerke; 1004 auf selbständigen Betrieb der Landwirthschaft; 2391 auf Kram-, Vieh-, Noth- und Schacherhandel; endlich 1739 auf andere als vorbenannte Erwerbszweige, z. B. Aerzte, Advocaten, Rabbiner, Lehrer rc. Die Nachweisungen aus frühern Jahren zeigen daß sich der Andrang zu ordentlichen Gewerben und der Abgang vom Kleinhandel auffallend schnell mehrte. Nachdem diese Aufschlüsse ertheilt waren, traten der erste und dritte Ausschuß mit einander in Berathung. Hier erklärte sich vor allem Hr. Pfarrer Ruland gegen den Entwurf; die Juden, die Herren der Geldmacht, mit den Christen gleichzustellen, wäre ein „Volksmord"; er will daher bloß das Matrikelwesen aufgehoben sehen und bei jeder Aufnahme die ganze Gemeinde, der ein absolutes Veto zusteht, abstimmen lassen, damit nicht die Vorsteher, wie der fromme Hirt sich schmeichelhaft über die Vertrauensmänner seiner guten Schafe äußert, erkauft werden können! Ferner will der edle Menschenfreund die Juden nicht nur vom Kleinhandel, sondern auch von allen freien Erwerbsarten ausschließen und die civilrechtlichen und processualischen Ausnahmsgesetze aufrechthalten. Director Breitenbach bringt mehrere Modificationen ein, deren wesentlichstes dahin ginge daß die Juden da wo sie ansässig sind, völlig emancipirt werden, an solchen Orten hingegen wo bis jetzt keine Juden wohnen, nur unter Zustimmung der Gemeindevertreter aufgenommen werden können; ferner will er specialisirte Bestimmungen über Stiftungsvermögen und dessen Verwaltung, darüber daß sich Juden bei Eheverträgen, Erbschaften u. dgl. nach den Gesetzen des Wohnorts zu richten haben rc. Director v. Wening will einen Zusatzartikel zum Gesetz: „daß vorderhand die Israeliten ohne Zustimmung der gesetzlichen Gemeindevertreter als Gemeindeglieder unter keiner Voraussetzung aufgenommen werden sollen." Director Heigl tritt diesem Antrag bei, und Landrichter Fink bringt einen weitern in Vorschlag, der im wesentlichen dasselbe sagt. Ueber diese Anträge wurde nun in der Ausschußsitzung zwar discutirt, allein die Majorität (Boyé, Paur, Kirchgeßner, Rudhart, Prinz, Scharpf, Schnitzlein, Burkhart, Steinsdorf, Henne und Wiedenhofer) war der Ansicht daß zu einem Verfassungsgesetz, was doch der vorliegende Gesetzentwurf unbestritten sey, und in welchem es sich nur um Feststellung eines Princips handle, Anträge und Modificationen, aus den verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung hergenommen, unzulässig seyen und dem Wesen eines Verfassungsgesetzes widersprächen; daß diese Anträge vielmehr nur als Motive gelten könnten zur Annahme oder Verwerfung des in Frage stehenden Gesetzentwurfs. Die gleiche Majorität stimmte sofort mit 11 gegen 5 Stimmen (Ruland, Breitenbach, Fink, Wening und Heigl) dem Gesetzentwurf unbedingt bei.

e **München,** 9 Dec. Für morgen also steht die Juden-Emancipationsbill auf der Tagesordnung unserer zweiten Kammer. Ihre besten parlamentarischen Kräfte werden sich in dieser Sache der allgemeinen Menschheit messen. Obschon das Münchener Publicum in politischen Dingen überhaupt eine größere Gleichgültigkeit zeigt als das anderer Hauptstädte, so bewegt diese wichtige Frage doch schon, zum Theil unter Beihülfe der Localblätter, seit mehreren Tagen die Gemüther. Merkwürdig ist daß, während der Abg. Ruland in seinem im Ausschusse abgegebenen Separatvotum die unbedingte Emancipation geradezu einen Volksmord nennt, hochkirchliche Journale daraus, entgegengesetzt, sogar einen neuen Judenmord weissagen. Uebrigens hat die Regierung bei dieser Gesetzesvorlage einen eigenthümlichen Stand. Die Bill ist in wenigen Worten so umfassend und freisinnig daß, wenn sie durchgehen soll, die Minister durch den Zutritt der Seite des Hauses siegen die ihnen in der Regel entgegensteht. Die Opposition tritt für diesen Gegenstand in die Reihen der Rechten des Hauses. Diese wird aber große Mühe haben ihr Princip vom christlichen Staate zur Anerkennung zu bringen, nachdem den Israeliten in Bayern seit dem vorigen Jahre bereits die höchste politische Stellung, der Parlamentssitz, gewährt, und nur die Habilität zu den geringeren Graden, zum Landrath, zu Staatsämtern rc. in Frage gestellt werden soll. Die Gründe welche Großbritannien noch heute vom kirchlichen Standpunkt aus geltend machen kann, greifen bei uns nicht mehr an, und es wird vergeblich seyn die Juden in dem gegenwärtigen Stadium ihrer Berechtigung noch als eine politische Secte und als Stammesfremdlinge von der Gleichstellung zurückzuweisen, und unter jenem veralteten Schutzverhältnisse zu betrachten das erflehend sie einst ins Land gekommen sind. Andrerseits möchte es gut seyn „das merkwürdige Volk" durch eine befriedigende Maßregel zu versöhnen, und seinen Händen die Waffen des Zorns und der Rache zu entwinden, die viele Juden in den neuesten Revolutionszeiten gegen die christliche Staatsordnung offenkundig getragen haben. Nirgends ist es so schwer als in der Judenfrage Ursache und Wirkung zu scheiden; die politischen Versuche in Frankreich und Holland, wo die unbedingte Emancipation besteht, haben wenigstens gezeigt daß der Staat durch diese keine Gefahr gelaufen. Diejenigen aber welche

etwa glauben die Gleichstellung sey aus dem Grunde zurückzuweisen weil sie zu einer ausgedehnten Vermehrung der jüdischen Bevölkerung führe, mögen die interessanten statistischen Notizen welche der Bericht des Ausschusses an die Hand gibt, bemerken, wonach die Familienzahl der Israeliten in Bayern im Jahre 1813 5,363, im Jahre 1822 bereits 10,663, und endlich im Jahre 1848 12,369 mit 57,498 Seelen betragen hat. Die gesetzlichen Beschränkungen nach dem Edicte von 1813 haben also die Zunahme der Ansässigmachungen auf und über die Matrikel nicht aufzuhalten vermocht. Mir scheint daß gute und strenge Gesetze uns gegen die bekannten Erbfehler der Hebräer schützen müssen. Ob es aber dem Gesetzentwurf in der bayerischen ersten Kammer, auch wenn er die zwei Drittel Stimmen in der Kammer der Abgeordneten wirklich erhält, nicht ebenso geht wie der brittischen Juden-Bill vom Jahre 1848 im englischen Oberhause, darüber ist zur Zeit noch kein Urtheil zu fällen.

Der erste Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat den Amnestiegesetzentwurf nicht so schnell erledigt als man gewünscht hatte. Der Ausschuß, resp. die erste Kammer, soll mehrere Modificationen der Beschlüsse der zweiten Kammer beabsichtigen, namentlich solche die einigen Bestimmungen des Entwurfs eine präcisere, weniger zweifelhafte Fassung geben. In der That erscheint dieß als nothwendig, soll anders nicht das Gesetz bei der Anwendung der verschiedenartigsten Auslegung ausgesetzt seyn. (Nürnb. C.)

Augsburg, 10 Dec. Wenn das seit einiger Zeit herrschende Schneewetter auch bei uns das Eintreffen der Posten sehr verspätet, so sehen wir um so begieriger der Vollendung der Telegraphenleitung entgegen, welche demnächst zwischen hier und Salzburg-Wien, bald auch zwischen hier und Dresden-Berlin hergestellt seyn wird. Alle Einleitungen sind getroffen um die wichtigern politischen Meldungen des Telegraphen regelmäßig für unser Blatt zu erhalten; ebenso die Wiener Börsencurse. Zugleich hören wir daß in Folge postlicher Uebereinkünfte vom Neujahr an der jährliche Preis der Allg. Zeitung in ganz Deutschland — Baden und Oesterreich vorerst ausgenommen — nicht über 19 fl. rhein.*) steigen wird. Es steht dahin, ob man in Wien sich entschließen wird den auswärtigen Blättern die Last der täglichen doppelten Stempelgebühr, von der fast alle einheimischen Blätter ganz befreit sind, abzunehmen. In Bayern, und soviel wir wissen auch im übrigen Deutschland, zahlt kein österreichisches Blatt Stempel. Wir möchten auch nicht rathen Vergeltung auszuüben, da wir diese Belastung besonders neben der hohen Postversendungsgebühr als eine Ungerechtigkeit betrachten.

Zweibrücken, 4 Dec. Die Nachricht der Speyrer Ztg. in Betreff Culmanns bedarf einer Vervollständigung. Das Appellationsgericht hat dem Vernehmen nach allerdings einjährige Suspension gegen denselben ausgesprochen, überdieß aber auch beim Justizministerium auf Streichung desselben aus der Advocatenliste (Absetzung) angetragen. (Sp. Ztg.)

Württemberg. **Stuttgart.** Der in der vierten Sitzung der verfassungberathenden Versammlung am 7 Dec. eingebrachte Theil des Entwurfs der Verfassungs-Revision betrifft den 9. Abschnitt der Verfassungsurkunde, und lautet folgendermaßen: Art. 1. Die Ständeversammlung theilt sich in zwei Kammern. Art. 2. Die erste Kammer besteht 1) aus den volljährigen Prinzen des kgl. Hauses; 2) aus 45 gewählten Abgeordneten, von welchen a) 32 von den zu 16 Wahldistricten vereinigten Oberamtsbezirken des Landes, b) 4 durch die 6 General-Superintendenten in Gemeinschaft mit sämmtlichen evangelischen Dekanen, c) 2 durch den katholischen Landesbischof, in Gemeinschaft mit dem Landkapitel und sämmtlichen kath. Dekanen, d) 1 durch den akademischen Senat der Landesuniversität, e) 3 durch die Centralstelle für Landwirthschaft, f) 3 durch die Centralstelle für Handel und Gewerbe zu ernennen sind. Die Wahl geschieht auf 9 Jahre. Alle drei Jahre tritt der dritte Theil der gewählten Mitglieder aus. Die erstmals austretenden zwei Drittel werden durch das Loos bestimmt. Art. 3. Je 4 Oberamtsbezirke bilden zum Behuf der Wahl zweier Mitglieder der ersten Kammer einen Wahlbezirk. Das Wählerkollegium besteht aus 200 in dem Wahlbezirk wohnhaften Staatsbürgern, von welchen die eine Hälfte diejenigen Bürger begreift welche in dem der Wahl vorangegangenen Finanzjahr die höchste directe Staatssteuer aus Grundeigenthum, Gebäuden, Gewerben, Kapitalien oder Einkommen bezahlt haben und im laufenden Finanzjahr zu der directen Staatssteuer beitragen, die andere Hälfte aber von den 4 Amtsversammlungen des Wahlbezirks je zu gleichen Theilen gewählt wird. Einer der beiden von einem Wahlbezirk aufzustellenden Abgeordneten ist aus der Mitte der höchstbesteuerten Wähler des Bezirks zu wählen. Art. 4. Die zweite Kammer besteht aus 64 Abg. der Oberamtsbezirke einschließlich des Stadtdirectionsbezirks Stuttgart. Die Wahl ist auf sechs Jahre gültig; alle drei Jahre tritt die Hälfte aus. Die erstmals austretenden Mitglieder werden durch das Loos bestimmt. Art. 5. Die Abgeordneten der Oberamtsbezirke werden durch die in den Gemeinden des Oberamtsbezirks wohnhaften Staatsbürger gewählt, welche irgendeine directe Steuer an die Gemeindecasse zahlen, oder falls eine Steuer für die Gemeinde eingeführt wäre, zu derselben beizutragen hätten. Die Zahl der Wahlmänner verhält sich zu der Zahl der bei den letztvorhergegangenen Gemeinderaths- oder Bürgerausschußwahlen stimmberechtigten Einwohner jeder Gemeinde wie 1 zu 25. Jede Gemeinde hat jedoch wenigstens zwei Wahlmänner aufzustellen. Die Hälfte der Wahlmänner jeder Gemeinde besteht aus denjenigen wahlberechtigten Einwohnern der Gemeinde welche im nächstvorhergegangenen Finanzjahr die höchste directe Staatssteuer entrichtet haben. Die zweite Hälfte wird von den übrigen wahlberechtigten Einwohnern der Gemeinde in der Art gewählt daß nicht mehr als höchstens vier Wahlmänner von derselben Abtheilung von Urwählern gewählt werden können. Art. 6. Die Bedingung der Wahlfähigkeit für beide Kammern ist der Besitz des Staatsbürgerrechts und der Wohnsitz in Württemberg. Nicht gewählt können werden: 1) diejenigen welche nach Maßgabe der Bestimmungen der Strafgesetze und der Strafproceßordnung der staatsbürgerlichen Wahl- und Wählbarkeitsrechte bleibend oder zeitlich verlustig geworden sind, und zwar im letzteren Falle auf die Dauer der bestimmten Zeit, soweit sie nicht durch Richterspruch oder durch Begnadigung in diese Rechte wiederum eingesetzt wurden. 2) Jeder gegen welchen das Gantverfahren gerichtlich eröffnet ist, während des Gantverfahrens und auf so lange bis er die verkürzten Gläubiger durch Bezahlung, Nachlaßvertrag oder auf sonstige Weise befriedigt hat; 3) Personen welche unter Vormundschaft oder Pflegschaft stehen; 4) Personen, welche im Laufe der der Wahl vorangegangenen drei Jahre, den Fall eines vorübergehenden unverschuldeten Unglücks ausgenommen, Beiträge zu ihrer oder ihrer Familien Unterhaltung aus öffentlichen Cassen empfangen haben oder zur Zeit der Wahl noch empfangen; 5) diejenigen welche in einem Dienstbotenverhältnisse stehen. Außerdem müssen die gewählten Mitglieder der ersten Kammer das 40ste, die Mitglieder der zweiten Kammer das 30ste Lebensjahr zurückgelegt haben. Art. 7. Oeffentliche Diener, einschließlich der Militärpersonen, bedürfen keiner Erlaubniß zur Annahme der Wahl; jedoch haben sie die Kosten ihrer Stellvertretung zu bestreiten. Artikel 8. Staatsbezirksbeamte und deren gesetzliche Stellvertreter können in dem Wahlbezirk in welchem sie ihren Amtssitz haben, nicht zu Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt werden. Art. 9. Niemand kann gleichzeitig Mitglied beider Kammern seyn. Art. 10. Zur Ausübung des Wahlrechts für die erste und zweite Kammer sind dieselben allgemeinen Eigenschaften erforderlich welche für die Wahlfähigkeit vorgeschrieben sind (Art. 6,), nur mit der Ausnahme daß das Alter der Volljährigkeit genügt. Auch stehen die für volljährig Erklärten den Volljährigen gleich. Art. 11. Die nähern Bestimmungen über das Wahlverfahren sind Gegenstand der Gesetzgebung. Art. 12. Die Sitzungsperioden sind für beide Kammern dieselben. Eine Kammer kann nicht ohne die andere einberufen werden. Art. 13. Der König kann beide Kammern oder eine derselben auflösen. Die Auflösung einer Kammer hat die gleichzeitige Vertagung der andern Kammer bis zur Wiederberufung der Ständeversammlung zur Folge. Im Fall einer Auflösung ist längstens binnen sechs Monaten eine neue Versammlung einzuberufen. Art. 14. Jede Kammer wählt für die Dauer einer Sitzungsperiode aus ihrer Mitte einen Präsidenten und 2 Vicepräsidenten mit absoluter und die erforderliche Zahl von Schriftführern mit relativer Stimmenmehrheit. So lange weder ein Präsident noch ein Vicepräsident vorhanden ist, führt das älteste rechtsgelehrte Mitglied den Vorsitz. Art. 15. Die Sitzungen beider Kammern sind öffentlich; auch sind ihre Verhandlungen durch den Druck bekannt zu machen. Die Zuhörer die ein Zeichen des Beifalls oder der Mißbilligung geben, werden unverzüglich entfernt. Art. 16. Die erste Kammer wird durch die Anwesenheit der Hälfte, die zweite Kammer aber durch die Anwesenheit von zwei Dritteln ihrer Mitglieder beschlußfähig. Wenn und solange eine Kammer nicht in der beschlußfähigen Zahl versammelt ist, gehen die Befugnisse der Ständeversammlung auf die beschlußfähige Kammer über, ohne daß die Mitglieder jener Kammer berechtigt wären an den Verhandlungen theilzunehmen. Ist jedoch der dritte Theil der Mitglieder der unvollzähligen Kammer anwesend, so haben dieselben das Recht die abwesenden gewählten Mitglieder zu berufen, und wenn diese auf zweimalige Aufforderung nicht Folge leisten, ihren Ausschluß zu beschließen und die Anordnung von Ergänzungswahlen zu beantragen. Art. 17. Die Abstimmung geschieht entweder mündlich oder durch Aufstehen und Sitzenbleiben. Motivirte Abstimmungen sind unzulässig. Ueber das Ganze von Gesetzen ist durch Namensaufruf abzustimmen. Bei Wahlen findet geheime Abstimmung statt, deßgleichen bei Anträgen welche die Person einzelner Kammermitglieder betreffen. Art. 18. Die zum Wirkungskreise der Stände gehörigen Angelegenheiten werden in jeder Kammer besonders verhandelt. Ein Beschluß der Ständeversammlung ist, vorbehaltlich des besonderen Verfahrens bei Finanzgesetzen (Verf. Urk. §. 181), nur vorhanden wenn beide Kammern nach vorgängiger gegenseitiger Mittheilung übereinstimmen. Eine Ausnahme von der Trennung beider Kammern tritt ein bei der Eröffnungs- und Schlußsitzung, sowie in den Fällen, in welchen beide Kammern gemeinschaftliche Wahlen vorzunehmen haben (Verf. Urk. §. 190, 193, 196) und bei Ablegung des

*) 10 Thlr. 21 Sgr.

Rechenschaftsberichts des Ausschusses. Auch ist es den Kammern unbenommen sich zur Ausgleichung von Meinungsverschiedenheiten zu vertraulichen Besprechungen ohne Protokollführung und Beschlußnahme zu vereinigen. Im Falle der Vereinigung beider Kammern wechselt der Vorsitz zwischen den Präsidenten derselben. Art. 19. Das Recht Gesetze vorzuschlagen steht dem Könige und jeder der beiden Kammern zu. Die Kammer welcher ein Gesetzesentwurf von einem oder mehreren einzelnen Mitgliedern derselben vorgeschlagen wird, hat nach vorgängiger Begutachtung durch eine Commission, zunächst über die Frage zu entscheiden ob der Gesetzesentwurf in Berathung gezogen werden soll. Wird diese Frage bejaht, so ist der Entwurf sofort der andern Kammer zu gleicher vorgängiger Berathung und Beschlußnahme über die Vorfrage mitzutheilen. Ein von der einen Kammer ausgehender Gesetzesvorschlag kann nur mit Zustimmung der andern dem Könige vorgelegt, und ein von dem letzteren oder von einer Kammer verworfener Gesetzesvorschlag darf in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden. Art. 20. Gesetzesentwürfe über die Auflegung von Steuern, über die Aufnahme von Anlehen, über die Festsetzung des Staatshaushalts, sowie über außerordentliche nicht vorgesehene Ausgaben können nur von dem König ausgehen; auch können Ausgabeposten von den Kammern nicht über den Belauf des Antrags der Regierung erhöht werden. Art. 21. Die Eröffnungen des Königs an die Stände oder an eine einzelne Kammer werden durch das Gesammtministerium erlassen, durch welches auch die Erklärungen, Bitten und Wünsche der Stände an den König zu bringen sind. Art. 22. Wenn ein gewähltes Mitglied der Ständeversammlung ein besoldetes Staatsamt oder eine Versetzung auf eine höhere Stelle im Staatsdienste annimmt, so muß es sich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält jedoch so lange seinen Sitz, bis die neue Wahl stattgefunden hat. Art. 23. Die §§. 126, 128—154, 156—158, 161, 162, 164, 167, 175, 177 und 182 der Verfassungsurkunde sind aufgehoben, und es werden durch vorstehende Bestimmungen die §§. 159, 160, 172 und 186 theilweise abgeändert.

Hansestädte. **Lübeck**, 5 Dec. Die heutige Bürgerschaft genehmigte den Beitritt Lübecks zu dem zwischen Oesterreich und Preußen am 30 Sept. abgeschlossenen Vertrag, sowie den ihr vorgelegten Entwurf eines Gesetzes für die Wahl eines Abgeordneten zum Volkshause.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 6 Dec. Gestern hat in der ersten Kammer Hr. v. Carlowitz das Ministerium in der deutschen Frage interpellirt — in diesem Jahr wohl die wichtigste Frage an die Regierung; ich theile Ihnen deren Wortlaut mit: „Bei Eröffnung des Landtags ist den Kammern eine Vorlage über die Stellung welche die Regierung in der deutschen Frage eingenommen hat und ferner einzunehmen gedenkt, zugesichert worden. Daß dieser Gegenstand nicht nur zu den wichtigsten, sondern auch zu den dringendsten gehört, leuchtet gewiß jedem ein der sich vergegenwärtigt daß durch die von Preußen und seinen Verbündeten beschlossene baldige Einberufung eines Reichstags diese Angelegenheit in ein Stadium getreten ist welches eine Entschließung der bisher noch zögernden Staaten dringend erheischt, damit auch sie nach Befinden jenen Reichstag rechtzeitig beschicken können. Gleichwohl hat bis jetzt über die Zeit jener Vorlage noch nichts verlautet. Wenn nun auch der Landtag erst vor etwa zehn Tagen eröffnet worden ist, so ist diese Verspätung doch nur eine rein zufällige, nicht vorhergesehene; es mußte vielmehr die Regierung der Eröffnung schon in den ersten Tagen des Novembers gewärtig seyn, konnte also auch die an die Kammern zu bringenden Vorlagen dringlicher Natur längst vorbereitet haben. Bei dieser Sachlage fühlt sich der Unterzeichnete durch seine ständische Pflicht gedrungen zum erstenmal seit seiner langjährigen Wirksamkeit von dem Rechte zu interpelliren Gebrauch zu machen, und richtet demnach an die Staatsregierung die Frage: dann jene zugesagte Vorlage an die Kammern gelangen werde? Je nach der Antwort, die auf diese Frage erfolgen wird, behält sich der Unterzeichnete weitere Maßnehmungen vor. Gez. v. Carlowitz.

Thüringen. ♁ **Gotha,** 4 Dec. Der hiesige Landtag war auf gestern berufen um aufgelöst zu werden, weil die Verfassungsurkunde Grundangabe verlangt. Nachdem der Präsident über einige Eingänge referirt hatte, verlas Regierungsrath Kopp als herzoglicher Commissär ein Rescript welches die Thätigkeit der Deputirten durch die schon vor einiger Zeit erfolgte Ausarbeitung des Staatsgrundgesetzes unter „gebührender" Anerkennung für erfüllt erklärt, zugleich aber die Einberufung der neuen Deputirtenkammer nach directen Wahlen in nächste Aussicht stellt. Bei der Gelegenheit bestätigte ein Ministerialschreiben die Entlassung des Hrn. v. Stein und die Ernennung des Hrn. v. Seebach zum Staatsminister. *)

°₀ **Braunschweig,** 4 Dec. Ein von dem Abgeordneten Hollandt in Beziehung auf Schleswig-Holstein gestellter Antrag ist in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenversammlung durch folgende von dem Abgeordneten Krieps vorgeschlagene motivirte Tagesordnung ersetzt worden: „In Erwägung 1) daß die Versammlung ihre lebhaften Sympathien für Schleswig-Holstein und dessen Rechte schon mehrfach ausgesprochen hat; 2) daß dieselbe sich nicht in der Lage befindet diese ihre Sympathien jetzt anders als abermals durch Worte zu beweisen; 3) daß sie nicht einmal der Landesregierung eine irgendwie bestimmte Handlungsweise bezeichnen kann, von der eine heilsame Wirkung zu erwarten stände; 4) daß von der genügend bewährten Gesinnung der Landesregierung erwartet werden darf dieselbe werde nach Kräften für die deutsche Sache Schleswig-Holsteins thätig werden, so oft und so bald sich ihr dazu eine passende Gelegenheit bietet — geht die Versammlung über den Antrag zur Tagesordnung über;" welche nach ziemlich lebhafter Debatte mit 30 Stimmen gegen 21 angenommen wurde.

Preußen. ⁝ **Berlin,** 6 Dec. Bis auf Waldeck, Hamburg und Lübeck, von denen noch keine Vorlagen eingegangen sind, hat nunmehr der Verwaltungsrath sämmtliche Wahlordnungen der verbündeten Regierungen geprüft und ratificirt. Viele derselben sind bereits in den betreffenden Staaten veröffentlicht. Die Nachrichten über die beginnenden Wahlagitationen in den preußischen Provinzen sind günstig. Selbst die katholische Opposition schickt sich ernstlich zu den Wahlen an, die Demokraten nur an wenigen Orten. — Das Bundesschiedsgericht hat, wie Sie wissen, in der letzten Zeit den Verwaltungsrath insofern beschäftigt, als Mecklenburg-Strelitz, gegen dessen Interesse eine Vermehrung der Mitglieder derselben war, die Wahl der HH. Sylv. Jordan und Eigenbrod nicht genehmigen wollte. Es stand, beim geführten Nachweis daß jene Vermehrung vor vielen Monaten den Regierungen Nassau's, Darmstadts und Kurhessens zugesichert war, vom Proteste ab, den jetzt Hannover und Sachsen aufzunehmen versuchen. Diese Regierungen haben ein handgreifliches Interesse das Bundesschiedsgericht überhaupt zu keiner Wirksamkeit gelangen zu lassen, und da sie beim Eintritt Nassau's, Kurhessens und Darmstadts diesen Staaten vertragsmäßig und protokollarisch die Wahl zweier Bundesschiedsrichter selbst zugesagt hatten, also sich nicht wie Strelitz auf Unkenntniß stützen konnten, so haben sie nun die Ratification derselben durch den Verwaltungsrath angefochten, weil sie nicht in der Sitzung vom 13 Nov. zugegen gewesen seyen. Ihre betreffende Erklärung ist vertragswidrig beim Bundesschiedsgericht selbst eingereicht worden, dessen Präsident sie mit der Erklärung daß in Organisationsfragen nur der Verwaltungsrath competent sey, an diesen geschickt hat. — Betreffend die Interimscommission, so ist nun die Nachricht aus Wien hieher gelangt daß man sehr dringend bemüht sey den Erzherzog zur Abdication vor Eintreffen sämmtlicher Beitrittserklärungen zu vermögen, weil man sonst ein zu langes Hinziehen der Sache fürchtet. Preußen, welches seinem Princip gemäß gar nicht auf jenen Passus des Vertrags vom 30 Sept. von der Stimmeneinhelligkeit zu bestehen braucht, den damals lediglich das österreichische Cabinet forderte, wird bei festgesetztem Abdicationstermin nicht länger mit Absendung seiner Commissäre zögern.

ww Schleswig-Holstein, Dec. Zu einer Zeit, in welcher sich die Blicke wieder ängstlich gespannt aus allen Gegenden Deutschlands nach Schleswig-Holstein richten, und jeden Schimmer der Hoffnung wie der Furcht berechnen, ist es Ihnen vielleicht interessant einige Notizen über den gegenwärtig in Kopenhagen als Vertrauensmann der aristokratischen Partei in den Herzogthümern und Dänemarks unterhandelnden Baron v. Blome zu erhalten. Derselbe bekleidete früher, in der zweiten Hälfte der 30ger und dem Anfang der 40ger Jahre, den dänischen Gesandtschaftsposten in London. Daß er ihn ziemlich jung erhielt — er mag jetzt 50 Jahre alt seyn — verdankte er, außer seinen persönlichen Eigenschaften, dem Verhältnisse in welchem sein Oheim, der unlängst verstorbene Graf Blome von Heiligenstetten, in Kopenhagen und Petersburg stand, und der Verlegenheit der dänischen Regierung, welche sich in der Lage sah auf fast allen ihren Posten von dem reichen schleswig-holsteinischen Adel sich repräsentiren lassen zu müssen. In London gewann er eine bedeutende Vorliebe für die englischen Einrichtungen, die liberalen wie die aristokratischen; Lord Palmerston gegenüber theilte er jedoch, so viel wir wissen, die Gefühle welche sämmtliche europäische Diplomaten beseelen. Verschiedene Umstände, unter andern, wie man sagt, eine gewisse Antipathie des damaligen dänischen Königs, veranlaßten ihn seine Entlassung zu fordern. Christian VIII hielt es — durch seine eigene Constitution mehr dazu berechtigt als dieser — mit dem Shakspear'schen Cäsar. Er wünschte Leute um sich „von fettem Bau, mit glatten Köpfen, welche ruhig schlafen." Und so behagte ihm der Londoner Gesandte nicht.

„Wär' er nur fetter!
Ich kenne keinen den ich ärger scheute
Als diesen hagern Cassius. Er liest viel;
Er ist ein großer Grübler und durchblickt
Das Thun der Menschen."

*) Die bedeutenden astronomischen Kenntnisse welche die „Erwiderung" entwickelt, veranlassen mich keineswegs mein Zeichen zu ändern.
Der Eins.

Auf seinem Gute Falkenberg bei Schleswig — erst unlängst hat er Heiligenstetten geerbt — lebte er nun zurückgezogen mit seiner Familie, großentheils mit wissenschaftlichen und politischen Studien beschäftigt. Alle Anerbietungen von Kopenhagen aus wies er von sich; die Stelle eines Oberpräsidenten von Altona, und eines Ministers des Auswärtigen u. s. w. wurden ihm vergeblich angetragen. Er theilte die Stellung welche der ganze Adel seit dem offenen Brief einnahm, und zur Zeit von Besuchen welche der König auf der Insel Föhr und in Heiligenstetten machte, traf es sich daß Baron Blome in Deutschland reiste. Verändert wurde seine Stellung durch die demokratische Wendung welche die Unabhängigkeitsbestrebungen Schleswig-Holsteins im Jahre 1848 nahmen. Liberal im Sinne des englischen Adels, trat er nun auf die Seite der gegen jene Bestrebungen kälter werdenden aristokratischen Partei, die ihn als eines ihrer bedeutendsten Glieder, wenn nicht das bedeutendste, in die Ständeversammlung brachte. Wie er hier die Regierung, den verhältnißmäßig demokratisch gesinnten Grafen Reventlow-Preetz, seinen Schwager, und Beseler an der Spitze angriff; wie er zweimal trotz der lebhaften Einsprache der Gallerien von dem edeln Charakter des Kaisers von Rußland redete, überhaupt sich als feindlichen Gegenfüßler der von Olshausen repräsentirten Partei darstellte, ist Ihren Lesern ohne Zweifel noch in Erinnerung. Jedoch richtete er damals, auch von seinen Standesgenossen nicht hinlänglich unterstützt, nichts aus, und wurde auch zu den jetzigen Ständen nicht wieder gewählt. Seitdem nahm er wieder seine gewöhnliche zurückhaltende Stellung ein — eine Stellung die ihn im übrigen Deutschland nicht nach Gebühr hat bekannt werden lassen. Anträge der Statthalterschaft, sowie der streitenden Mächte — Ihre Leser erinnern sich an die Vorschläge bei dem Malmöer Waffenstillstand — nahm er nicht an. Wenn er es nun an der Zeit hält wieder hervorzutreten, und als Vertrauensmann der aristokratischen Partei und der dänischen Regierung zu unterhandeln — über sein Verhältniß zu der Statthalterschaft hat Ihr Artikel Nr. 336 gewiß den richtigen Sachverhalt angegeben — so legen wir bei den Hoffnungen und Befürchtungen welche sich hieran knüpfen können, kein besonderes Gewicht auf die alten Reminiscenzen an sein Verhältniß zu Hrn. v. Scheel. Blieb er mit demselben fortwährend in freundschaftlicher Verbindung, besuchte er ihn auch noch in den letzten Tagen ehe derselbe sich durch die Flucht nach Kopenhagen der Volkswuth entzog: so war der Grund dieses Verhältnisses weniger wirkliche Gesinnungsgenossenschaft, als ein an diesem Manne leicht begreifliches: si omnes sic, ego non sic. Bedenklicher könnten seine Verbindungen mit England und Rußland seyn (die Verbindung mit letzterem ist von seinem Oheim, dem früheren Gesandten Dänemarks in Petersburg, Freund Nesselrode's und Günstling des Kaisers, auf ihn übergegangen.) Da indessen „Deutschlands Schwert" die Entscheidung der Frage über die Herzogthümer doch diesen beiden Großmächten überlassen will: so scheint diese Verbindung bei dem sonstigen Wesen des Mannes nur von Nutzen seyn zu können. Legen wir auch keinen besondern Werth auf die schwarz-roth-goldene Cocarde, mit der man ihn öfters sehen konnte, so verbürgt uns doch der deutsche Charakter und die Abneigung gegen das dänische Wesen, die Baron Blome mit dem gesammten schleswig-holsteinischen Adel theilt, verbunden mit jenen oben erwähnten mit Shakspeare bezeichneten Eigenschaften des Mannes, daß wir auf seine Verhandlungen, soweit sie von Einfluß auf die Entscheidung der Dinge sind, ruhiger blicken dürfen als auf die der preußischen Unterhändler. Wenn er auch den Dänen als Vertrauensmann genehm ist, und dieß seiner Opposition gegen die Statthalterschaft verdankt, so bezog sich diese nicht sowohl auf die deutsche als auf die demokratische Richtung derselben.

Oesterreich. * **Wien**, 5 Dec. Nach der Austria sind am 3 d. von den Abgeordneten der Herzogthümer Parma und Modena die allgemeinen Artikel des Zollvereinsvertrages mit Oesterreich unterzeichnet worden. Die Ernennungen der Präsidenten unserer künftigen Criminaltribunale sollen gestern erfolgt seyn, woraus man schließen darf daß die neue Gerichtsverfassung bald ins Leben treten wird. Man spricht heute von dem Rücktritt des Grafen Leo Thun aus dem Unterrichtsministerium; ich kann und mag auf die Nachricht nicht großen Werth legen, da man auch seit Wochen schon von dem Wechsel in einem andern Ministerium gesprochen hat und er bis heute noch nicht erfolgt ist. Aus der Staatsdruckerei kommt so eben eine Denkschrift des Handelsministeriums über die Colonisation von Ungarn, was wir wiederum als erfreulichen Beweis der rastlosen Thätigkeit betrachten den gesegneten Ländern an der Donau zu ihrem eigenen und dem Wohl der ganzen Monarchie belebende Kräfte zuzuführen. — Heute sind uns weder vom Norden noch vom Westen Zeitungen und Briefe zugekommen. Die Allgemeine Zeitung trifft jetzt in der Regel erst am vierten Tag Abends hier ein! Kürzlich trug sich dabei folgendes Curiosum zu. Am fünften Tage noch fehlte Ihr Blatt bis Mittag, gleichwohl brachte das Morgenblatt des Lloyd aus dieser fehlenden Nummer Correspondenzen der Allg. Ztg. aus London und Straßburg. Wahrscheinlich war diese Nummer spät Abends angekommen und der Redaction des Lloyd ein Exemplar verabfolgt worden, woraus man über Nacht jene Notizen gedruckt hatte.

Das kaiserliche Decret über die Stiftung des Franz-Josephs-Ordens lautet: „Wir Franz Joseph I rc. von dem Wunsche geleitet, ausgezeichnete Verdienste ohne Unterschied des Standes durch eine öffentliche Anerkennung zu ehren, und in der Absicht alle Classen der Staatsbürger zu gemeinnützigem segensreichen Wirken für das große Vaterland aufzumuntern und zu bestärken: haben über Antrag Unsers Ministerraths beschlossen einen Verdienst-Orden unter dem Namen: Franz Josephs-Orden zu stiften, und für denselben nachstehende Statuten festzusetzen: I. Der Orden trägt den Namen Franz Josephs-Orden. II. Der Stiftungstag ist der erste Jahrestag Unserer Thronbesteigung, das ist der zweite December 1849; die Ordensdevise Unser Wahlspruch: »Viribus unitis.« III. Ausgezeichnete Verdienste ohne Rücksicht auf Geburt, Religion und Stand gewähren den Anspruch zur Aufnahme in den Orden. IV. Der Franz-Josephs-Orden kann daher jedem österreichischen Reichsbürger verliehen werden der sich durch unerschütterliche, thätig bewährte Anhänglichkeit an Kaiser und Vaterland im Kriege oder Frieden, durch besonders wichtige, für das allgemeine Wohl geleistete Dienste, durch wahrhaft nützliche Erfindungen, Entdeckungen oder Verbesserungen, durch eifrige und folgenreiche Beförderung und Hebung der Bodencultur, der einheimischen Industrie oder des Handels ausgezeichnet, oder sich durch hervorragende Leistungen um Kunst oder Wissenschaft, durch aufopferndes Wirken um die leidende Menschheit, oder auf irgendeine andere ausgezeichnete Weise um unseren Thron oder unser Reich verdient gemacht, und sich gegründete Ansprüche auf den Dank des Vaterlandes und auf eine öffentliche Anerkennung erworben hat. V. Die Verleihung dieses Ordens an Ausländer, welche sich wesentliche Verdienste erworben haben, wollen wir Uns besonders vorbehalten. VI. Die Zahl der Ordens-Mitglieder ist unbestimmt. VII. Die Würde des Ordensgroßmeisters ist mit der Krone Unseres Kaiserreiches untrennbar verbunden. Die Ordens-Mitglieder werden von Uns ernannt. VIII. Die äußere Form des Ordens wird durch eine besondere Verfügung näher bestimmt werden. IX. Derselbe wird aus drei Classen bestehen. Die Inhaber werden hiernach Großkreuze, Comthure und Ritter des Franz Josephsordens genannt. X. Die Verleihung des Ordens begründet keinen Anspruch auf einen Adelsgrad oder auf eine sonstige erbliche Auszeichnung. XI. Die Ordens-Mitglieder erhalten bei der Verleihung eine mit Unserer Unterschrift versehene und von dem Kanzler des Ordens ausgefertigte Urkunde. XII. Die Verleihung dieses Ordens sowie die Aussertigung der Urkunden geschieht taxfrei. XIII. Sämmtliche auf den Orden bezugnehmende Geschäfte werden von der Ordens-Kanzlei besorgt. Vorstand derselben ist der Ordenskanzler, dessen Ernennung aus den Ordens-Mitgliedern wir Uns vorbehalten. Unter dem Ordenskanzler steht der Ordensarchivar, der jedoch nicht Ordensritter zu seyn braucht. XIV. Die den Orden betreffenden Urkunden sind in dem Ordensarchive aufzubewahren. Dasselbe wird von dem Ordensarchivare besorgt, dessen Pflicht es ist ein genaues Verzeichniß sämmtlicher Ordens-Mitglieder in chronologischer Ordnung zu führen, alle Ordensveränderungen zu verzeichnen, und alljährlich eine geschichtliche Uebersicht des Ordens zusammenzustellen, welche Uns durch den Ordenskanzler zur Einsicht vorzulegen, sodann aber als ein bleibendes Denkmal der um das Vaterland verdienten Männer in dem Ordensarchive aufzubewahren seyn wird. XV. Nach dem Tode eines inländischen Ordens-Mitgliedes, oder bei Erlangung einer höhern Classe hat die Rückstellung des Ordenszeichens an die Ordenskanzlei und zwar im ersten Falle von Seite der Erben, im zweiten durch den Inhaber zu geschehen. XVI. Die Bestimmungen des Strafgesetzes über den Verlust der Orden wegen Vergehungen haben auch auf die Mitglieder des Franz Josephs-Ordens Anwendung zu finden. XVII. Die vorstehenden Satzungen, deren Erweiterung oder Abänderungen wir Uns und Unseren Nachfolgern vorbehalten, haben bei Ordensverleihungen als einzige Richtschnur zu dienen. Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien den 2 Dec. 1849. Franz Joseph m/p. Schwarzenberg. Krauß. Bach. Bruck. Thinnfeld. Gyulai. Schmerling. Thun. Kulmer.

dt. **Wien**, 6 Dec. Mit dem Armeebefehl an die böhmischen Truppen hat es doch seine Richtigkeit, es ist an den Commandirenden Erzherzog Albrecht die Weisung ergangen Anstalten zu treffen daß die Armee binnen 24 Stunden marschfertig gemacht werden könne. Was man von andern Seiten versichert, daß die Direction der Nordbahn sich auf den Transport größerer Truppenkörper bereit machen solle, kann ich heute noch nicht verbürgen. Nach dem Lloyd hätte die österreichische Regierung die Pesther Bahn übernommen und den Actionären die betreffende Anzeige gemacht; das Abendblatt der „Presse" will diese Angabe bezweifeln, aber ganz mit Unrecht. Das Betriebsreglement ist bereits ausgearbeitet, ebenso auch das Budget der Bahn im Handelsministerium entworfen. — Ich habe Ihnen neulich einige Zahlen über unsere städtischen Finanzen nach dem Oesterr. Correspondenten berichtet. Ein Artikel in der heutigen Ostd. Post gibt nähern Aufschluß über die Ursachen der unverhältnißmäßigen Zahlenproportionen. Daß die Magistrate und städtischen Beamten allein

400,000 fl. jährlich kosten, wird daraus erklärt daß auch die politische Administration bisher als Gemeindelast bestritten wurde. Die kleine Summe für Kirche und Schule (33,000 fl.) dürfe nicht auffallen, weil bisher die Gemeinde nur verpflichtet war für die Locale, Heizung und Beleuchtung zu sorgen, während sie im vorigen Jahre freiwillig 800,000 fl. als Zuschuß votirt hätte. Indessen ist gewiß daß das Schulwesen hier kümmerlich gepflegt wird. Ein hiesiges Witzblatt schreibt darüber in einer humoristischen Chronik von Wien: die Stadt Wien hat sehr viele Schulen 1) eine „Schwimmschule," 2) eine „Reitschule," 3) eine „Judenschule," 4) eine „Schule der Geschichte." — Sonst haben wir keine localen Ereignisse, so daß heute der Urtheilsspruch über Waldeck das Tagesgespräch ist.

* Die neueste Wiener Post vom 7 Dec. bringt in Briefen und Blättern vielfache Polemik über den Bankausweis, der besonders von der „Presse" als höchst ungünstig bezeichnet, von den ministeriellen Organen gegen diesen Vorwurf in Schutz genommen wird. Wir versparen das Nähere dieser Polemik auf morgen. In der Generalversammlung der Actionnäre der ungarischen Centralbahn ward beschlossen die Direction zum Abschluß eines Vertrags mit der Staatsverwaltung zu ermächtigen, wonach die Bahn in das Eigenthum des Staats übergehen und dieser verpflichtet seyn soll alle auf der Unternehmung haftenden Passiva zu übernehmen und die Actionäre durch Ausfolgung vierprocentiger, binnen acht Jahren zu verlosender Obligationen zu entschädigen. Das „Fremdenblatt" enthält die Notiz: „Man will wissen daß der kais. bevollmächtigte Commissär für Ungarn, Frhr. v. Gehringer, zu einem höheren Posten berufen und durch Graf Eduard Zsedenyi ersetzt werden soll." „Wir können versichern (bemerkt dazu die Oesterr. Corresp.) daß diese Mittheilung vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Frhr. v. Gehringer ist vor wenig Tagen lediglich in Amtsgeschäften nach Wien gekommen und wird sich nach Erledigung derselben auf den wichtigen Posten welchen er mit ebenso viel Umsicht als Thatkraft bekleidet, zurückbegeben." Seit heute verkehren wieder alle Züge auf der Nordbahn in der gewöhnlichen Fahrordnung. Heute Nacht gegen 2 Uhr brach in der Specker'schen Maschinenfabrik am Tabor Feuer aus. Die Maschinenwerkstätte nebst den Maschinen und zahlreichen kostbaren Modellen ward ein Raub der Flammen. — Der königliche sardinische Geschäftsträger Ritter v. Jocteau ist mit Gefolge nach Turin abgereist.

Der „Presse" zufolge wird der ehemalige Sectionschef im Staatsrathe, Graf Hartig, als Verfasser der Schrift „Genesis der Revolution in Oesterreich" bezeichnet. — Heinrich Laube erhält (so melden Wiener Blätter) die Leitung des Burgtheaters. Hr. Holbein tritt von derselben zurück, und wird ausschließlich dem Kärnthnerthor-Theater vorstehen. Hr. Laube untersteht dem Obersthofmeisteramt.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 30 Nov. Heute erschien von Seite des Militärcommando eine Kundmachung, vermöge welcher alle diejenigen die während der revolutionären Regierung ihre Familiennamen freiwillig oder gezwungen änderten, wieder zu ihren früheren Namen zurückkehren oder die Erlaubniß zur Namensänderung bei der gesetzmäßigen Behörde nachsuchen müssen. Diese neue Verordnung trifft fast ausschließend Deutsche; denn keine andere Nationalität war so bereitwillig den angestammten Familiennamen abzulegen um ihn durch einen magyarischen zu ersetzen als eben die deutsche. So schwanden nach und nach alle Müller, Schmidt, Wolf u. s. w. und wurden durch Molnar, Kovats, Farkas ꝛc. ersetzt. Es geschah zumeist aus Servilität und Schönthuerei der herrschenden Partei gegenüber; aber auch deßhalb weil mancher Deutsch-Ungar in dem Glauben lebte daß wenn er seinen Namen magyarisirte und sich das magyarische Idiom aneignete, er dadurch zum Magyaren und, was fast damit gleichbedeutend, zum Bevorrechteten (Edelmann) würde. Jetzt bemüht man sich wieder so ziemlich den Magyarismus abzustreifen, und durch die nun fast vollständig bewerkstelligte Umwandlung der Firmen auf den öffentlichen Kaufläden haben Pesth und Ofen jetzt wieder wie ehemals auch im Aeußern die Physiognomie deutscher Städte angenommen, was auch ihre natürliche ist; denn nur deutsche Cultur, deutscher Fleiß und deutsche Industrie haben den Wohlstand, den Glanz und die Großartigkeit dieser Hauptstädte hervorgebracht, während dort wo der Magyarismus vorherrschend ist, alles noch solch einen verwahrlosten, rohen, unwirthlichen Anstrich hat daß man sich mitten in die Barbarei oder um einige Jahrhunderte zurück versetzt glaubt. — Mehrere Wiener Blätter, darunter auch halbofficielle, melden daß Kossuth zwei Millionen Gulden in der englischen Bank angelegt habe. Diese Angabe wird in hiesigen eingeweihten Kreisen auf das bestimmteste geläugnet. Zugegeben auch daß sich Kossuth während seiner Verwaltung bedeutende Summen reservirte, was bei seiner allbekannten Habsucht und Eigennützigkeit gar nicht unwahrscheinlich ist, so besitzt er doch zu viel Klugheit um unter seinem Namen eine solche Summe in der englischen Bank zu hinterlegen. (A. C.)

:: **Pesth,** 3 Dec. Am verflossenen Sonnabend ward Franz Stuller, Geheimsecretär Kossuths, wieder auf freien Fuß gesetzt. Stuller begleitete den Landesgouverneur bis in die Festung Arad und wurde daselbst am 11 Aug. 1849, als Kossuths Purpur auf Görgey überging, von dem entthronten Sommerregenten mittellos in der Festung zurückgelassen. Nach Stullers Aussage hatte ihm Kossuth die Uebersetzung eines wichtigen Actenstückes in eine fremde Sprache aufgetragen, und ihn beordert ihm dasselbe gleich nach vollendeter Uebertragung zur Unterschrift vorzulegen. Als Stuller diese mehrstündige Arbeit vollendet hatte, war Kossuth bereits über alle Berge. Stullers Name ward im Laufe der Revolte dem großen Publicum nur einmal genannt, und zwar unterschrieb er am 21 Jun. d. J. als Regierungsrath auf Befehl Kossuths den Auszug aus den an den Landesgouverneur gelangten Bulletins über den angeblich sieghaften Fortgang der Kriegsoperationen am linken Donau-Ufer. Es handelte sich um die Gefechte bei Isjgard und Pered, zugleich um Beruhigung der damals bestürzten Bevölkerung von Budapesth. Gestern fand zur Feier des Jahrestags der Thronbesteigung Sr. Maj. des Kaisers in der Pesther Pfarrkirche unter Vortritt des Bischofs ein feierliches Tedeum statt. Vorgestern Abend war der äußere Schauplatz des deutschen Theaters festlich beleuchtet. Feldzeugmeister Haynau erschien in einer Loge. Der k. k. Hofcommissär Baron Gehringer hat sich auf kurze Zeit nach Wien begeben. Die Begründung der Woiwodina hat hier große Sensation erregt. Die Slowakei wie die Ruthenen dürften gleiche Begünstigung erhalten. Diese drei Landgebiete, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien und Dalmatien von Ungarn ausgeschieden, bleibt nur ein kleines Stück Königreich übrig, das nicht mehr im Stande seyn dürfte seinen Trennungsgelüsten freien Lauf zu lassen und gegen die übrigen Provinzen bewaffnet ins Feld zu rücken. Das sind die Folgen der magyarischen Glühosenpolitik. Wirkliche Staatsmänner wie Graf Stephan Szechenyi und Franz Deak, welche Ungarn auf gesetzlichem Wege geleitet und zu einer Großmacht im Kaiserthum gestaltet hätten ohne die Gesetzlichkeit zu verletzen, wurden mit ihren warnenden Stimmen nicht gehört!

Spanien.

Madrid, 28 Nov. Gestern starb dahier der vormalige Ministerpräsident Hr. Evarista San Miguel.

Großbritannien.

London, 6 Dec.

Die „brittisch-amerikanisch Liga" in Toronto (Ober-Canada) hat sich gegen die Annexationsbewegung erklärt. Hingegen hat eine Anzahl angesehener Männer, namentlich großer Grundeigenthümer, eine Denkschrift an die Regierung des Mutterlands gerichtet in Betreff eines auf Reciprocität zu gründenden Tarifs zwischen Canada und den Vereinigten Staaten. (Times.)

Während das M. Chronicle, getreu seinem Haß gegen den Colonialminister Graf Grey und alles was er vornimmt, der Hartnäckigkeit der Capcolonisten einseitig das Wort redet, hingegen die Times, ebenfalls ziemlich einseitig, in dem Benehmen derselben nichts als Undankbarkeit gegen England sieht, als welchem jene Ansiedlung ihre ganze Blüthe zu verdanken habe — offenbar eine Uebertreibung — sucht der Examiner den dortigen Zustand der Dinge unbefangener darzustellen. „Die brittische Bevölkerung am Cap," schreibt er, „besitzt einige eigenthümliche Züge. Die Colonie ist keine aus freiem Entschluß für England gebildete. Es ist eine holländische Colonie, von uns weggenommen zu politischen und Handels-Zwecken, zunächst als militärische und nautische Mittelstation für unsere asiatischen Besitzungen. Die englischen Ansiedler haben sich dort niedergelassen in Folge einer Militäroccupation. Einer der furchtbarsten Wildenstämme hatte das Land inne ehe die Holländer und die Engländer kamen; dieser Stamm besaß Ueberfluß, und war bereits vom Jäger- zum Hirtenleben vorgeschritten. Der Krieg mit solchen Heiden würde in alter Zeit eine religiöse Schwertbruderschaft ins Leben gerufen haben wie den Deutschritterorden oder die Tempelritter. Unsere Moral *) erlaubte das nicht; allein die beiden Principien sind für sich einzeln zu Werk gegangen, und der Krieger und der Missionär haben jeder seinen Feldzug gegen das Heidenthum der Kaffern gemacht. Das Ergebniß war ein kriegerisch religiöser Geist in der Capcolonie, eine psychologische Verschmelzung die zu den hartnäckigsten in der Menschenseele gehört. Bei den vielen Fällen colonialer Unzufriedenheit, wie sie theils durch den Gang der Ereignisse, theils durch unsere eigenen Neuerungen und theils auch durch administrative Fehler herbeigeführt wurden, ist wenigstens ein hoffnungsvoller

*) Aber „unsere Moral" erlaubt doch z. B. Krämerkriege welche den Zweck haben einem fremden Volke das vergiftende Opium aufzudringen. Da waren jene Bekehrungskriege des Mittelalters doch wohl sittlicher und edler. A. d. A. Z.

Umstand. Nicht zwei Colonien werden von einer und derselben Beschwerde aufgeregt. Canada beklagt sich über den freien Handel, Australien über die Prohibition, Westindien über den Mangel an Arbeit, *) das Cap über etwas ganz verschiedenes. In den meisten Colonien sind materielle Interessen das aufregende Element; das Cap allein scheint von moralischen Beweggründen bestimmt. Die Unzufriedenheit ist nicht republicanischer Natur wie die in Canada, nicht protectionistisch wie die von Jamaica. Alles was die „Africander" verlangen, ist Haus und Herd rein zu bewahren. Es ist in der That eine Rebellionsursache mehr aus dem 18ten als aus dem 19ten Jahrhundert. Und daher, wie ungestüm, roh und selbst unvernünftig viele ihrer Forderungen und Handlungen seyn mögen, verdienen doch die Capcolonisten vor allen andern die Nachsicht und billige Berücksichtigung der Reichsregierung. Wenn ein englischer Staatsmann gegen die „Annexation" rufenden Canadier, oder auch gegen die Westindier, die ihre Civilliste nicht zahlen, einigermaßen entrüstet ist, so begreift sich das; aber der Widerspenstigkeit der Capcolonisten liegt kaum eine politische Idee zu Grund, es ist bloß ein religiös-sittliches Widerstreben. Zornige Drohungen mit Repressalien, mit Zurückziehung der Truppen oder des Schutzes, sind da gar nicht am Platz. In einem solchen Lande sollten wir den Krieg und ausgedehnte Gränzen vermeiden, und vor allen Dingen ein Commissariat scheuen das Millionen ausgibt und keine Rechnung ablegt. Ein weiterer Punkt der unsere Gereiztheit gegen das Volk am Cap entwaffnen sollte, ist seine geringe Anzahl. Alle zusammengenommen, Schwarze und Weiße, Holländer und Engländer, würden kaum die Seelenzahl eines Londoner Pfarrspiels ausmachen. Es sind etwas mehr als 100,000 Weiße und ungefähr 50,000 Schwarze. Die Weißen theilen sich in Holländer und Engländer. Dringt man einer so kleinen Bevölkerung Sträflinge auf, so heißt das wirklich unter dem Namen von Dienern schlechte Charaktere in eine Familie einschieben. Und das Wort Familie findet hier besonders seine Anwendung, denn das Volk am Cap, das zumeist aus Viehzüchtern besteht, lebt in großen Farmen und Familien vertheilt; in einem Land aber, wo Raubeinfälle der Gränznachbarn etwas gewöhnliches sind, muß man wissen wen man in seinem Hause hat. Dazu kommt daß, der Natur des Landes nach, dort die Gesetze gegen Landstreicherei besonders wirkungslos und schwer zu handhaben sind. Trotz all dieser natürlichen und starken Einreden auf Seite der Capcolonisten gegen die Einführung selbst gebesserter Sträflinge, läßt sich gleichwohl nicht verkennen daß mehrere triftige Gründe das Cap als Aufenthalt für solche Verbannte sehr wünschenswerth machen. So sein gemäßigtes Klima, sein Ueberfluß an Land bei mangelndem Reiz zur Auswanderung dahin, der Umstand daß die zu äußerst gelegenen Farmen Posten der Gefahr sind, sowie auch die starke Militärmacht in der Colonie die sich gegen Unbotmäßige verwenden ließe. Allein jeder dieser Vortheile könnte erst dann in Rechnung gebracht werden, wenn die Besserung dieser Sträflinge wirklich erwiesen und das „Probationary System" in England erprobt wäre. Aber eben das mangelhafte in diesem ersten Theile des Experiments hat Lord Grey's Plan im dritten Stadium seiner Ausführung gefährdet und vereitelt. So bleibt nun nichts übrig als den Remonstrationen der Capcolonie nachzugeben. **) Und überhaupt, fürchten wir, ist wenig Aussicht vorhanden daß irgendeine hinlänglich große Colonie sich willig finden läßt die Masse sogenannter verbesserter Sträflinge aufzunehmen die jährlich aus den Gefängnissen Großbritanniens entlassen wird. Vandiemensland ist angefüllt; Port Philip und West-Australien zusammen können einer solchen Einströmung von Zwangsarbeit nicht Beschäftigung genug darbieten, man müßte denn die Sträflinge in ganzen Haufen arbeiten lassen, oder ihnen erlauben sich anzusiedeln und das Land für sich anzubauen; beides aber würde das ganze neue Deportationssystem völlig umstoßen. Es ist sehr Schade daß das politische Parteiwesen sich auch nun dieser Frage bemächtigt hat, die ihm hätte fremd bleiben sollen und können."

Die „Ostindische Eisenbahn-Gesellschaft" hat aus einer Menge Bewerber die drei Ingenieurs James Berkley, Schüler von Robert Stephenson, Charles Fox und Hrn. Graham, einen Neffen des vormaligen Ministers Sir James Graham, ausgewählt, welche mit dem nächsten Postdampfschiff über Aegypten nach Indien abgehen werden, um sofort die Vorarbeiten für die projectirte Eisenbahn zu beginnen. Damit, glaubt man, eröffnet sich eine neue Aera für das brittisch-asiatische Reich.

Frankreich.

Paris, 6 Dec.

Durch Decret vom 1 Nov. ist der Gegenadmiral Dubourdieu, Obercommandant der Marine zu Algier, zum Stationscommandanten an den Küsten von Brasilien und Rio de la Plata ernannt, und der Gegenadmiral le Predour zurückberufen. Der Gegenadmiral Delassaux erhielt den Posten in Algier.

Drei Mitglieder der Nationalversammlung, die HH. Lestiboudois, Denissel und Duquesne, bereisen gegenwärtig Algerien um sich an Ort und Stelle mit den Interessen und Bedürfnissen der Colonisation bekannt zu machen. Am 24 Nov. befanden sie sich in Begleitung des Präfecten in Blida. Schon früher war Hr. Reynaud nach Afrika geschickt worden um die seit der Februarrevolution, meist aus Pariser Handwerkern, gegründeten Ansiedlungen in Augenschein zu nehmen, über deren Zustand die ungünstigsten Gerüchte verbreitet waren. Diese zeigen sich nun doch einigermaßen als übertrieben und die Commission über algerische Colonisation, die ihn zu ihrem Berichterstatter genommen hat, ist der Meinung der Staat solle im nächsten Jahr wieder einen Zug abgehen lassen. Der verunglückte Sturm von Zaatscha (20 Oct.) fordert noch immer Opfer, man meldet wieder den Tod eines damals verwundeten Oberofficiers, des Bataillonschefs Guyot.

Die parlamentarischen Verhandlungen machen gegenwärtig wenig Geräusch. Gestern ein Recrutirungsgesetz, dann die zweite Verlesung des Gesetzes über die Commissäre und Unterbeamten beim Ueberwachungsdienst der Eisenbahnen, eine Proposition über Bestimmung der Zahl und Befugnisse der Minister, nach Austausch einiger Bemerkungen einer Commission zugewiesen mit dem Auftrag darüber einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, endlich in zweiter Berathung, mit der Fortsetzung heute, der Antrag des Hrn. Fouquier d'Herouel auf Vervielfältigung der Unterabtheilungen der Wahldistricte. Ohne einen Sturm im Glas geht es bei einem solchen Gegenstand freilich nicht ab; als jedoch ein Mitglied der Montagne wegen des Vorwurfs daß die Reaction einmal wieder vorhabe der Verfassung ein Loch zu machen sich den Ordnungsruf zugezogen hatte, nahm die äußerste Opposition keinen Theil mehr an der Debatte, aus dem Grund daß die Tribüne nicht frei sey. Zwischenhinein war einen Augenblick eine ersichtliche Aufregung, es bildeten sich Gruppen zur Privatunterhaltung, das Gerücht hatte sich nämlich verbreitet zwei mit Truppen beladene Fahrzeuge seyen auf der Rückfahrt vom Kirchenstaat untergegangen. Der Präsident Dupin beruhigte die Versammlung mit der Versicherung aus dem Munde des Marineministers selbst daß die Regierung eine solche Nachricht nicht erhalten habe.

Niederland.

Amsterdam, 5 Dec. Unter den verschiedenen Entwürfen die der Finanzminister dieser Tage an die Kammer brachte, zeichnet sich der über die Schifffahrt an Wichtigkeit aus. Danach sollen die Transit- und Navigationszölle auf dem Rhein abgeschafft werden, die Differentialzölle für den Colonialhandel aufhören. Alle Flaggen, vorbehaltlich der Reciprocität, werden auf gleichem Fuß mit der niederländischen behandelt, die Prämien und anderweitigen Vorrechte welche die niederländische Flagge genoß, fallen weg. Nur die Küstenfahrt in den Colonien bleibt der einheimischen Flagge vorbehalten. Die Schiffe aller Nationen die ihrerseits Reciprocität üben, haben in den Niederlanden keine höheren Abgaben irgendeiner Art zu bezahlen als die niederländischen, während auch im Auslande gebaute Schiffe inländische Seebriefe erhalten können. Die Annahme dieses Gesetzentwurfs wäre sonach ein Riesenschritt auf der Bahn des Freihandels, und würde wohl die so häufigen, vielfach ungerechten Vorwürfe welche man dem holländischen Colonialhandelssystem macht, sicher vermindern.

Griechenland.

*† **Athen,** 27 Nov. Aus Athen läßt sich wenig anderes berichten als daß am 22 Nov. die Wintersaison mit einem glänzenden Hofballe eröffnet wurde, zu welchem neben andern hervorragenden Persönlichkeiten Lord Lincoln, der sich eben als Tourist in Athen befindet, geladen war. Doch wer wird in der ernsten Zeit von Bällen sprechen! Die Angelegenheiten Cephaloniens sind endlich geschlossen; Amnestie ist ertheilt, das Embargo aufgehoben, das Martialgericht eingezogen und die Complimente zwischen Lord Obercommissär und Senat, der höhern Geistlichkeit und den bevorzugten Bürgern in Form Rechtens ausgewechselt. Das Resultat, daß die Ruhe hergestellt ward, ist allerdings tröstlich, und man wird sich ernstlich beschäftigen das Unglück wieder gut zu machen welches die unglückselige Insel heimgesucht hat in Folge des verbrecherischen Unternehmens in Scala und der außerordentlichen Zwangsmaßregeln die man in Bewegung zu setzen leider für nothwendig fand. Weit entfernt irgend Raubmörder entschuldigen zu wollen, hält jeder Wohlgesinnte dafür daß diese grausamen Verbrechen gestraft werden müssen; indessen wird man doch auch zugestehen müssen daß das Martialgesetz, welches bisher der jonischen Gesetzgebung unbekannt war, in einer solchen Aus

*) Doch wohl auch über den freien (Zucker-) Handel, wie der Examiner weiter unten selbst anführt.

**) Das ist, wie gestern gemeldet, bereits geschehen.

dehnung ausgeübt wurde daß einige 80 schuldig Erscheinende zum Tod und eine andere Anzahl zur Peitschenstrafe verurtheilt wurden. Diese Strafe, bisher unbekannt auf der Insel, brachte einen unauslöschlichen tödtlichen Haß gegen die Engländer hervor. Dieses Unmaß der Strafe, die einen beiweitem größern Theil Unschuldiger oder nur wenig Gravirter traf, ist es worin die Ungerechtigkeit liegt. Wenn die englischen Blätter in langgesponnenen Tiraden der Welt beweisen wollen wie in allen andern Ländern Justizmorde begangen worden seyen und nur auf Cephalonien sey ein zwar strenges, aber vollkommen geregeltes Gerichtsverfahren eingehalten worden, so ist es unmöglich auch für den ganz außerhalb Stehenden den Unmuth zu unterdrücken. Wird man sich dann wundern, wenn man in Corfu und Cephalonien diesen Hohn der jede Wahrheit ins Gesicht schlägt, mit Zähneknirschen lesen hört? Zu jener schreckenerregenden Strenge rechne man auch noch das Embargo, welches in einem Augenblick auf alle Schiffe gelegt wurde wo die bedeutendsten Bodenerzeugnisse dieser Insel zur Ausfuhr bereit lagen, und die Zerstörung der Häuser und des Landeigenthums der Verurtheilten! Ein Gerücht ist in Umlauf von einer englischen Note welche nichts weniger bezwecken soll als die Reclamation einiger kleinen Inseln welche seit der Gründung des Königreichs in den Bereich desselben gehörten, und die so sehr mit dem griechischen Festland in inniger Beziehung stehen daß der Besitz derselben in den Händen einer fremden Macht eine wahre Ironie und ein Hohn für Griechenland wäre. England soll sich dabei auf den Londoner Vertrag berufen (was läßt sich nicht alles aus einem Vertrag erklären!) und so bescheiden seyn alle Eilande zwischen den jonischen Inseln und Griechenland in Anspruch zu nehmen.

Jonische Inseln.

Die englischen Journale bringen jetzt den ganzen Text der Rede womit der Lord Obercommissär Sir H. Ward unlängst das jonische Parlament eröffnet. Da die Allgem. Ztg. mehrfache der brittischen Verwaltung ungünstige Darstellungen der letzten Vorgänge auf Cephalonien gebracht, so ziemt es sich auch die andere Partei zu hören. Sir H. Ward sagte: „Hr. Präsident und meine Herren! Ich freue mich das jonische Parlament seine Functionen wieder aufnehmen zu sehen, nach einer mit ebenso schmerzlichen als unerwarteten Ereignissen bezeichneten Zwischenzeit. Als ich das letztemal hier vor Sie trat, sah ich, wie Sie selbst, der friedlichen Vollendung jener Arbeiten entgegen denen die ersten fünf Monate der Session gewidmet waren; und wiewohl ich nicht ermächtigt war die Zustimmung meiner königlichen Gebieterin zu den von meinem Amtsvorfahr eingeführten und neuerlich zu Ihrer Maj. Erwägung nach England vorgelegten Verfassungsänderungen anzukündigen, so kannt' ich doch die Gesinnungen Ihrer Maj. und ihrer vertrauten Räthe zur Genüge, um Sie versichern zu können daß dieselben nicht abgeneigt seyen solche umfassende und freisinnige Modificationen der Charte von 1817 gutzuheißen welche dieselbe dem jetzigen politischen Zustande des jonischen Volkes angemessener machen würden. Von meinem eigenen Wunsch in diesem Sinne zu handeln kann ich keinen bessern Beweis anführen als die Thatsache daß mein erster Schritt, bei meiner Rückkehr von den Inseln im Julius d. J., der war dem Senat eine Amnestie für die Gefangenen zu empfehlen welche damals ihrem Proceß wegen des Angriffs auf die Städte Argostoli und Luxuri im September 1848 entgegensahen — welcher Angriff durch einen neuerlichen Entscheid des obersten Gerichtshofs für einen Act des Hochverraths erklärt worden. Diese Amnestie wurde von denen die jede Regierungsmaßregel zu mißdeuten suchen, unvollständig genannt, weil sie nicht die Individuen umfaßte die sich, um einer Untersuchung zu entgehen, nach Griechenland geflüchtet. Aber mit Zustimmung des Senats ersuchte ich zu gleicher Zeit brieflich den brittischen Gesandten in Athen: den griechischen Minister des Auswärtigen in Kenntniß zu setzen daß — mit Ausnahme von zwei oder drei Rädelsführern der Verschwörung, deren Daseyn man geläugnet hat, die aber nun durch die Verurtheilung von neun Theilnehmern daran constatirt ist — das Gouvernement bereit sey die Amnestie auf alle die davon Gebrauch machen möchten auszudehnen, gegen ein einfaches Gelöbniß nach ihrer Rückkehr nach Cephalonien dort ein ruhiges Leben zu führen. Es ist nicht meine Schuld, noch die des Senats, wenn nachfolgende Ereignisse die Vollführung dieses Anerbietens unmöglich gemacht haben. Ich ließ zu gleicher Zeit die HH. Zervo und Livada von Paros, wo ihnen unter Lord Seaton polizeilich ihr Aufenthalt angewiesen worden, in der Hoffnung frei daß dieser weitere Beweis von der Geneigtheit der Regierung das Vergangene in Vergessenheit zu begraben nicht ohne Eindruck auf ein edelmüthiges Volk bleiben würde. — Wie vergalt man diese Zugeständnisse? Die Amnestie ward am 1 August verkündigt; am 26 desselben Monats brach eine neue Empörung aus, welche, ungeachtet der rastlosesten Anstrengungen meinerseits und seitens der tapfern Officiere der Streitkräfte Ihrer Maj., erst am 15 October definitiv unterdrückt wurde. Von dieser Empörung werd' ich ohne Uebertreibung und ohne Rückhalt sprechen, sowie ich jetzt auch Nachricht darüber besitze die ich zur Zeit meiner ersten Proclamationen noch nicht besaß. Dieselbe war politischen und örtlichen Charakters. Die Worte Freiheit und Nationalität wurden gebraucht um persönliche Rache und allgemeine Plünderung zu bemänteln. Die griechische Fahne wurde von der Mörderhorde getragen welche die Bezirke Leo und Katelео verwüstete, und an Orten wo der Einfluß der Kirche mißbraucht wurde, wie in Scala vom Priester Nodaro, da rief man das Kreuz und die heil. Dreifaltigkeit an um die Bauern zu Unthaten anzuspornen worüber die Menschheit schaudert. Die augenblickliche Verkündigung des Martialgesetzes und das rasche Auftreten der Truppen, deren Benehmen Ihre Maj. mit Recht ein bewundernswerthes genannt hat, thaten diesem Unwesen und der brutalen Einschüchterung, die einmal die einzige noch übrige Gewalt in Cephalonien zu seyn drohte, wirksamen Einhalt. Das glänzende Beispiel der Häupter der Kirche, die feste Haltung der Ortsbehörden, die Anstrengungen so vieler Signori (Grundherren), und der Contadini (Bauern) selbst, haben seitdem viel gethan um den Flecken auszulöschen der durch die im Beginn der Empörung verübten Frevel auf die Insel gebracht worden. Sollt' ich jedoch hernach beschuldigt werden, wie ich's in der That schon geworden, die Urheber dieser Frevel mit allzu großer Strenge bestraft zu haben, so wird meine Rechtfertigung eine sehr einfache seyn. Ich hatte nicht zu thun mit einem gewöhnlichen politischen Aufstand, welcher, bei dem ersten darüber errungenen Erfolg, eine umfassende Gnadenmaßregel mir als weise und die Gelegenheit dazu als angenehm hätte erscheinen lassen, sondern ich hatte zu thun mit der vereinigten Schlechtigkeit der Volksgemeinde, mit Räubern, Mördern und Spitzbuben, geleitet von geschickteren Köpfen um ein verzweifeltes Spiel zu spielen, und durch ihre Verbrechen sich außer den Bereich der Verzeihung stellend. Durfte ich, der Stellvertreter der Königin von England, diesen Leuten gestatten friedliche Dörfer zu tyrannisiren, loyale und wohlgesinnte Landleute zur Rebellion zu zwingen durch die Drohung daß man ihre Häuser niederbrennen, Väter die ihre Söhne zurückhielten mit siedendem Oel begießen, an den Weibern und Töchtern der Widerspänstigen die furchtbarsten Grausamkeiten verüben würde? Durfte ich die Grundherren von Livato und Ikosimim vertilgen lassen, wie es der Familie Metaxa in Valtes und Scala geschehen? War ich nicht verpflichtet den Friedlichen und Treugesinnten Schutz zu gewähren? Vermocht' ich das mit sanften Worten? Und als die Schurken, die diese Trübsal über ihr Vaterland gebracht, der Regierung, welcher sie Trotz geboten und an deren Macht sie nicht glauben gewollt, in die Hände fielen, konnt' ich da in Gerechtigkeit gegen die Gesellschaft auf sie eine Gnade ausdehnen die sie selbst während der kurzen Dauer ihrer Straflosigkeit nie gezeigt hatten? — Die argen Verleumdungen denen ich wegen meines Benehmens während dieser unseligen Ruhestörungen unterworfen worden, nöthigen mich in Einzelheiten einzugehen welche außerdem zu dem gegenwärtigen Anlaß nicht passen würden. Die in Cephalonien vom 26 August bis zur Verkündigung der Amnestie am 26 Oct. verhängten Todesstrafen betrugen in ihrer Gesammtzahl 21; darunter sind begriffen die des Theodor Vlakko, des Priesters Nodaro und der andern Rädels- und Unterrädelsführer der Verschwörung, welche an jedem Verbrechen vom 26 September 1848 an bis zur Ermordung des Cavaliere Nicolo Metaxa und seiner unschuldigen Diener im August 1849 zu Scala theilgenommen. Welchen dieser Männer sollte ich pardoniren? Vlakko, der mit eigener Hand und kalten Blutes, nicht in der Schlacht, im Mai 1849 den Capitän Parker tödtete, und dann den Ritter Metaxa und Baldo, den Primas von Trojanata? Oder Nodara, der von seinen eigenen Landsleuten Papa Listi — der Mordapostel genannt wurde? Oder Caralambo Dracato und Panagin Silkeroti, zwei von den Männern die Hrn. Constantino Metaxa ermordeten, indem sie ihm durch jedes Fußgelenke eine Flintenkugel feuerten und ihn unter langsamen Qualen sterben ließen? Oder Anastasio Dracato, der das Eheweib (nun die Wittwe) des unglücklichen Edelmannes in einen Weinberg verfolgte und viehisch schändete, nachdem er ihr, falls sie sich widersetzte, gedroht ihr Kind umzubringen? Dieß aber sind die Verbrechen bei denen ich, sagt man mir, eine edelherzige Milde hätte zeigen sollen! Dieß sind die Verbrechen wegen deren Ahndung ich als der Feind des hellenischen Stammes und der griechischen Religion verschrieen werde! Ich lasse Ihnen auch gewisse Papiere über geheime Gesellschaften vorlegen, auf die ich in meiner Botschaft vom 9 October angespielt. Ich begreife die Schwierigkeit einer legislativen Behandlung dieses Gegenstandes, aber ich fühle mich überzeugt daß Sie mit mir anerkennen werden wie gefährlich es wäre wenn man in diesen, unter Großbritanniens Schutz gestellten, Inseln die Bildung politischer Gesellschaften gestattete, bestehend aus Eingeborenen und Fremden unter dem Verband geheimer Eide, mit geheimen Fonds, geheimen Agenten und geheimer Correspondenz, und diese geheimnißvolle Organisation offen rechtfertigend mit dem Vorwande daß sie

nicht den Zweck habe die Ruhe dieser Staaten zu stören, sondern nur unter ihren Nachbarn politische Veränderungen zu bewirken, in welche die Königin von England als eine christliche Fürstin sich nicht einmischen könne, weil sie Ungläubige zu schirmen kein Recht habe. Diese thörichten Rhapsodien verwirren die Köpfe der Jungen und Unerfahrenen. Die Türkei steht ebenso gut unter dem Schutz europäischer Verträge wie das christliche Griechenland, welches Verträgen seine politische Existenz verdankt; und die Jonier, welche die Privilegien britischer Unterthanen in jedem Hafen wohin sie Handel treiben ansprechen, sind verbunden die Verpflichtungen der Souveränin zu achten deren Flagge ihnen Schutz gewährt. Was die Fremden betrifft welche die ihnen hier gewährte Gastfreundschaft durch Theilnahme an solchen Verbindungen mißbrauchen, so brauch' ich dieselben kaum erst zu warnen daß die Erlaubniß für sie sich auf diesen Inseln aufzuhalten an die Bedingung geknüpft ist sich aller Einmischung in die jonischen Angelegenheiten nach innen und nach außen zu enthalten. Solange sie diese Regel beobachten, haben sie von der Regierung nichts zu fürchten; verletzen sie dieselbe, so dürfen sie sich nicht über die Folgen beklagen." (Letzteres bezieht sich auf die italienischen Flüchtlinge.)

Der ministerielle Globe, welchem wir diesen Auszug aus Wards Eröffnungsrede entnommen, fügt einen sehr warmen apologetischen Commentar für Sir H. Ward bei, als welcher ebenso kräftig wie besonnen gehandelt habe, und dabei noch derselbe freisinnige Mann sey welchen vormals die liberalen Wähler von Sheffield ins englische Parlament zu schicken würdig gefunden. Etwas sonderbar klingt es nur wenn der Globe beifügt: bloß 21 Hinrichtungen hätten in Cephalonien stattgefunden; denn das sind fast so viel als nach dem doch viel bedeutenderen Aufstand in Baden verhängt wurden, ja beinahe so viel als in Ungarn vorgekommen. Freilich wird dabei versichert daß keiner der 21 Hingerichteten eines bloß politischen Vergehens wegen verurtheilt worden. Zwar gegen alle sey erwiesen worden daß sie auf die königl. Truppen gefeuert, Kriegscontributionen erhoben und die öffentlichen Behörden eingeschüchtert — Handlungen die in jedem Land als Hochverrath betrachtet und bestraft werden; aber außerdem hätten sich noch alle diese Verurtheilten des Mords, Raubs und der Brandstiftung schuldig gemacht. — Dieß alles zugegeben, so war doch der politische Zustand der sieben Inseln bisher unter englischer Hoheit ein solcher daß die Aufrührer ihrem Treiben eine national-politische Maske vorzuhängen vermochten, und insofern ist es tröstlich daß die englische Presse, mit wenigen Ausnahmen, die Nothwendigkeit einer Reform der jonischen Verfassung anerkennt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 6 Dec. Die englischen Fonds stiegen fortwährend; die Consols standen heute um 2 Uhr zu $96^5/_8$; Bank Stock 203. Span. 3proc. $30^1/_4$.

Paris, 6 Dec. 3proc. 57.45; $4^1/_2$proc. 80; 5proc. 90.70; Schatzsch. $4^1/_2$; Bankactien 2427.50; belg. 5proc. 97; Anleh. von 1842 $98^3/_4$; 3proc. $63^1/_2$; neap. 5proc. 91.50; röm. $81^1/_2$; span. pass. $4^1/_2$; 3proc. 39; innere Schuld $29^7/_8$; piem. 5proc. 83.85; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 900; St. Germain E.-B. 395; Vers. rechte 210; linke 166.25; Paris-Orleans 750; Rouen 540; Straßburg 357.50; Nordbahn 446.25; Rouen-Havre 235; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 102.50; Orl.-Vierzon 315; Bordeaux 402.50; Boul.-Amiens 150; Tours-Nantes 277 50; Mont.-Troyes 110; Montpell.-Cette 175.

Amsterdam, 6 Dec. $2^1/_2$proc. $54^7/_{16}$; 3proc. $63^5/_8$; 4proc. 83; port. 4proc. $37^3/_8$; Metall. 5proc. $81^3/_4$; belg. $2^1/_2$proc. $46^7/_{16}$; Ard. $13^1/_4$. Curs auf London $12.02^1/_2$ l. P. Curs auf Hamburg $34^7/_8$ l. G.

Frankfurt a. M., 8 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $85^1/_4$; 4proc. $67^3/_8$; 3proc. $50^1/_2$; $2^1/_2$proc. $44^1/_8$; Bankactien 1290; 500fl.-Loose 156; 250fl.-Loose $97^3/_4$; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; $3^1/_2$proc. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. 83; Ludwigscanal 48; Ludwigsh.-Berbach 85; württ. $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; $3^1/_2$proc. $81^1/_4$; bad. 5proc. $98^1/_4$; $3^1/_2$proc. 79; Lotto-Anleh. à 50 fl. $53^1/_2$; 35fl.-Loose $31^1/_2$; darmst. $3^1/_2$proc. 82; 4proc. $88^1/_4$; $4^1/_2$proc. $93^1/_2$; 50fl.-Loose $71^3/_8$; 25fl.-Loose $2[illegible]^3/_4$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $48^5/_8$; 40Thlr.-Loose $32^1/_2$; nass. 5proc. $101^3/_8$; $3^1/_2$proc. $84^1/_2$; 25fl.-Loose $25^5/_8$; Frankfurt 3proc. $78^1/_2$; $3^1/_2$proc. $92^5/_8$, 88; Taunusbahn 297; holl. $2^1/_2$proc. $54^5/_8$; span. 3proc. innere Schuld $29^5/_8$; poln. 300fl.-Loose 113; 500fl.-Loose $80^1/_4$; sard. 36Fr.-Loose $31^1/_4$; Disconto $2^1/_4$ G.

* **Wien,** 6 Dec. Dem veröffentlichten Bankausweis für den verflossenen Monat November zufolge beträgt der Baarfond der Bank 29,062,744 fl. und der Banknotenumlauf 252,920,298 fl. Im Vergleich zu dem letzten Octoberausweise hat sich somit der Baarfond um 199,807 fl. vermehrt und der Banknotenumlauf um 3,757,916 fl. vermindert. Das Portefeuille an escomptirten Effecten umfaßt 28,426,673 fl., und die Vorschüsse gegen statutenmäßig deponirte inländische Staatspapiere, dann an den Lloyd und einige Sparcassen belaufen sich auf 14,730,400 fl. Auf die Forderungen der Bank an den Staat für demselben geleistete Vorschüsse erscheinen in diesem Ausweis abgezahlt zusammen 31,813,701 fl., von denen die Einzahlung auf die sardinische Kriegsentschädigung 4,674,902 fl. 57 kr. und die auf das neue $4^1/_2$proc. Anlehen geleisteten Einzahlungen 27,138,798 fl. 45 kr. betragen.

♀ **Wien,** 7 Dec. Auf die verlauteten Resultate der heute stattgefundenen Generalversammlung der Pesther Eisenbahngesellschaft, daß zunächst die den Actionären behufs der Ablösung der Bahn von Seite der Staatsverwaltung gemachten Anträge als vortheilhaft anerkannt und definitiv angenommen wurden, herrschte schon Vormittags eine sehr lebhafte Nachfrage in Pesther-Actien, welche weiter um 2 Proc. rasch in die Höhe gingen und auch an der Börse bei großem Umsatz diese Tendenz behaupteten. Von andern Bahnen waren besonders Nordbahnactien steigend und bis 111 Geld. In Metalliques und Lotterie-Effecten, sowie in Bankactien war das Geschäft von geringerem Belange. K. k. Anlehensloose vom Jahr 1834 stellten sich um 1 Procent höher, dagegen war das neue Anlehen heute matter. Die Geldverhältnisse gestalteten sich heute besonders für Prolongationen drückend. Fremde Devisen und Comptanten haben wieder angezogen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. 94–$94^1/_2$. $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^5/_{16}$–$83^1/_2$, Loose vom J. 1834 $174^1/_2$–175, Loose vom J. 1839 $106^3/_4$–107, Bankactien 1193–1195, Nordbahnactien 111–$111^1/_8$, Gloggnitzer 110–$110^1/_2$, Mailänder $83^3/_4$–84, Pesther $87^3/_4$–88. London (1 L. St.) 10.53 gem., Hamburg 160 B., Augsburg uso $109^1/_2$ gem., Frankfurt $108^1/_2$ gem., Amsterdam 152 gem., Mailand $88^1/_2$ B., Livorno $106^1/_2$ G., Genua $125^1/_2$ B., Paris $129^1/_2$ G., Marseille 129 G. Goldagio für kais. Münzducaten $16^1/_8$, Silberagio $8^1/_2$ Procent. Napoleond'ors 8.55–58, Souver.d'ors 15.15–20. — Bei der gestrigen Erwähnung des Bankausweises für den Monat November ist bei den Activen die Post mit 425,696 fl. in fremden Wechseln für den Bankfond mit in Anschlag zu bringen, wodurch sich die Vermehrung des Bankfondes auf 625,403 fl. ergibt, was auch mit meiner früheren Angabe (vom 5) übereinstimmt. Diese 425,696 fl. in fremden Wechseln bilden übrigens einen Theil der sardinischen Kriegscontribution, welcher vom Staate der Bank auf Abschlag ihrer Forderungen zugewiesen wurde.

St. Petersburg, 29 Nov. Durch einen Ukas des Kaisers vom 23 Nov. ist die im Jahr 1848 verboten gewesene Ausfuhr russischer Gold- und Silbermünzen vom 13 Dec. an sowohl über die westlichen Landgränzen als aus allen westlichen Häfen wieder freigegeben

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Hamburg.

II.

※ **Hamburg**, 3 Dec. Wenn ich jüngst sagte die Sachlage in Hamburg habe sich im März v. J. mit Einem Schlag verändert, so durfte ich dieß um so mehr behaupten, da das Verlangen nach allgemeinen Reformen bei dem Kampf der Grundeigenthümer und eines Theils der patriotischen Gesellschaft gegen die Deputation vom 16 Jun. ganz in den Hintergrund getreten war. Abnorm wie ihre Veranlassung, war die Deputation ihrer Stellung und Befugniß nach; abnorm war daher auch der Kampf, und er konnte kaum, oder vielleicht nur insofern für einen politischen gelten, als er bei einem nicht geringen Theil der Bürgerschaft die entschiedenste Abneigung zurückließ gegen jede Ausnahmsbehörde welche über Anleihen und damit zusammenhängende Finanzfragen definitive Beschlüsse fassen durfte — eine Abneigung die sich gewissermaßen in aller Zukunft als eine politische Maxime traditionell innerhalb der Bürgerschaft fortpflanzen mußte. Allein in Wahrheit war doch jener Kampf in weiterer Beziehung ein politischer, viel weniger zwar durch sich selbst als durch die Thatsachen die er mit sich führte, und durch die fremdartigen Elemente die sich ihm beigesellten. Ich sprach schon in dem ersten Abschnitt dieser kleinen Revue rétrospective von einem Manöver durch welches sich eine gewisse Partei in kritischen Fällen innerhalb der Bürgerschaft die Majorität zu verschaffen wußte, und dieses Manöver genügte um ein großes Gebrechen unserer Bürgerschaft aufzudecken. Freilich es war das keine Maßregel die in großem Umfang geübt werden konnte; auch ließ es sich am Ende noch bezweifeln ob sie überhaupt angewandt worden sey, aber mit der größten Gewißheit wußte man daß manche Männer die allerdings zum Besuch des Convents berechtigt, aber früher niemals erschienen waren, sich auf Zureden bei entscheidenden Sitzungen plötzlich hatten blicken lassen, und diese Thatsache bewies hinlänglich wie gefährlich ein Recht sey welches von dem Berechtigten willkürlich benutzt werden konnte, und nicht entfernt als Pflicht von ihm betrachtet wurde. Dieses Recht erschien aber doppelt gefährlich in einer Zeit wo die Häuser jeden Augenblick von einer Hand in die andere gingen und allen festen Werth verloren hatten; der alte Grundsatz wenigstens daß der Grundbesitz eine Garantie sey für die wahrhafte Theilnahme am Wohl des Staats, mußte nothwendig den letzten Rest seiner Geltung einbüßen, und mit ihm fiel — die Verfassung. Dazu kam daß die Finanzfragen die jene Jahre hindurch verhandelt wurden, so inhaltschwer waren daß die Bürgerschaft nothgedrungen ihr Veto zu einer Art von Discussion ausdehnen mußte; aber die Redefreiheit die sie sich nahm, war doch nur eine ziemlich untergeordnete, und das Bedürfniß einer parlamentarischen Debatte ward mehr und mehr gefühlt. Ja der Grundeigenthümerverein selbst verlangte sogar daß die Verhandlungen der Bürgerschaft ihrem bisherigen Dunkel enthoben und gewissermaßen dem Urtheil der Bevölkerung unterbreitet würden, und er verlangte dieß nicht bloß, sondern mehrere Mitglieder jenes Vereins thaten sich zusammen und begannen nach einer jedesmaligen Versammlung der Bürgerschaft den wesentlichen Inhalt der hauptsächlichsten Reden zu veröffentlichen.

Vor allem aber erregte damals die Abstimmung nach Curien den größten Anstoß, denn das Wesen dieser Einrichtung trat mehrfach deutlich genug an den Tag, und man überzeugte sich daß Calonne ganz richtig rechnete wenn er mittelst derselben der Minorität den Sieg verschaffen wollte. Dieses Gebrechen erkannte und rügte die Opposition innerhalb der Bürgerschaft scharf genug, aber andererseits hielt sie, mit Ausnahme weniger, an dem Privileg fest welches die Verfassung in Bezug auf die Gesetzgebung allein dem Grundbesitz vindicirte, und eben darum war ihr Streben ein so ganz anderes als dasjenige welches sich im März kundgab. So sehr sie in Folge eines Verweises den die Verfasser der erwähnten Veröffentlichung der Bürgerschafts-Verhandlungen von dem Polizeiherrn erhielten, gerade kurz vor dem März in Harnisch gerathen war, so wenig Neigung hatten die meisten von ihrem Rechte etwas zu vergeben, auch wenn die Rechte des Senats zu gleicher Zeit geschmälert würden, und gewiß wären sie mit den gelinden Reformen die von der schon vor dem März in Rede stehenden Reform-Deputation zu erwarten waren, herzlich zufrieden gewesen, wenn sie sich auf der andern Seite von den Forderungen des März bedroht gesehen hätten; denn als sie sich von diesen wirklich bedroht sahen, war ihr reformatorischer Eifer plötzlich erkaltet. Diesen Forderungen waren dagegen die liberalen Tendenzen verwandt, die sich der Grundeigenthümer-Opposition weniger in deren als in ihrem eigenen Interesse anschlossen, und ihren eigentlichen Herd fanden in dem „Verein Hamburgischer Juristen" der sich im Spätjahr 1846 gebildet hatte, und nicht bloß Juristen, sondern auch solche Männer als Mitglieder zählte die früher in einem Gerichte gesessen hatten oder sich für das Rechtswesen interessirten. Es war schon formell von einiger Bedeutung daß der Verein öffentliche Sitzungen hielt, doch hebe ich dieß Moment nicht besonders hervor, denn von größerer Bedeutung war vielleicht in dieser Beziehung der „Verein für sociale Interessen der Juden," der nicht nur jedem den Zutritt, sondern auch die Betheiligung an der Discussion verstattete, und so schon vor dem März gewissermaßen das Wesen einer Volksversammlung offenbarte. Viel wichtiger ward der Juristenverein durch die Gegenstände die in demselben verhandelt wurden, besonders als man anfing die jedesmaligen Anträge des Senats an Erbgesessene Bürgschaft noch vor der Bürgerschaftssitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Hier fiel manches scharfe und manches belehrende Wort, und die Ansicht daß Hamburg einer Repräsentativverfassung bedürfe, fand in weiteren Kreisen immer mehr Anklang, zumal seitdem auch Professor Wurm sich in der vaterstädtischen Section der patriotischen Gesellschaft für eine solche ausgesprochen hatte. Aber vor dem März war diese Ansicht eine rein theoretische; in der Praxis wirkte der Juristenverein, namentlich in der Person des ungemein scharfsinnigen Dr. Baumeister, mit dem Grundeigenthümerverein ziemlich einmüthig zusammen; erst der März brachte eine andere Praxis und eine Trennung der Personen und Parteien.

Kaum hatte in Wien und Berlin die Revolution die Forderungen aufgestellt in deren Gewährung sie den Preis des Kampfes erblickte, als auch schon in Hamburg dem Senat eine Petition überreicht wurde die von sogenannten „politischen Nullen" zahlreich unterzeichnet war, und außer einer rechtzeitigen und detaillirten Veröffentlichung des Budgets u. s. w., hauptsächlich eine politische Berechtigung für den bis dahin unberechtigten Theil der Bevölkerung verlangte. Diese Petition, die so zu sagen bei ihrer Geburt verunstaltet wurde durch Pöbelexcesse die bei Gelegenheit der Unterzeichnung vorfielen, schien ohne allen Erfolg zu bleiben, und wäre es unstreitig geblieben wenn nicht eine zweite Petition gefolgt wäre die in jeder Beziehung bedeutsamer war als die erste. Es war am 9 März als sich 24 Personen, unter denen ich Riesser, Wurm, Baumeister und Heckscher als die bekanntesten namhaft mache, in der Tonhalle versammelten um sich über diejenigen Punkte zu einigen die sich für eine durchgreifende Reform als nothwendig ergeben möchten. Charakteristisch für das Verhältniß zwischen diesen liberalen Reformern und den oppositionellen Grundeigenthümern war es daß sich diese letzteren gleichzeitig und in demselben Gebäude, aber getrennt von jenen, zusammenfanden; charakteristisch war es auch daß sie eine Deputation an den Polizeiherrn, als Mitglied des Senats, absandten um Preßfreiheit zu fordern. Schwetschke hat in seinen „Deutschen Fahrten" diesen Vorgang erwähnt, aber er hat ihn weder ganz genau erzählt (soviel wenigstens Ihr Correspondent weiß, waren die Grundeigenthümer nicht in dem unter der Tonhalle befindlichen „Bier-Convent," sondern in einem eigenen Zimmer versammelt), noch in seinem Wesen gewürdigt. Jene Deputation war der Ausdruck der Rivalität zwischen den Grundeigenthümern und der in jenem Moment neu sich bildenden, weiter vorschreitenden Partei; sie war von jener Seite ein Versuch die öffentliche Meinung von der letztern ab- und zu sich herüberzuziehen. Waren sie (die Grundeigenthümer) es welche Preßfreiheit erwirkten, ein Gut das ja nicht ihnen allein nützte, so schienen sie nicht im eigenen, sondern im Interesse der Bevölkerung zu handeln, sie besaßen folglich ihr Oppositions-Privileg nicht ohne Grund, sie waren die würdigen Vertreter der Bevölkerung, und wer andere Vertreter wollte, wer eine Repräsentativverfassung auf demokratischer Basis — wie damals der Lieblingsausdruck lautete — in Anspruch nahm, der war kurzweg ein — Revolutionär.

Es währte nicht lange, und die 24 vernahmen einen lautschallenden Jubel: die Deputation war glücklich gewesen. Sie jubelten nicht mit, denn sie begnügten sich nicht mit der Preßfreiheit, sie forderten mehr. Als sie nach Mitternacht auseinandergingen, hatten sie sich über 12 Punkte geeinigt welche nicht mehr und nicht weniger enthielten als dasjenige was später die constituirende Versammlung in Form eines Verfassungsentwurfs hingestellt hat. Ich werde diesen

Entwurf noch näher besprechen, und deßhalb unterlasse ich es die 12 Punkte herzusetzen; aber ich unterstreiche das eben Gesagte, denn es scheint als ob, von andern abgesehen, namentlich Hr. Dr. Heckscher über seiner Reichsministerschaft die Identität jener 12 Punkte mit dem genannten Verfassungsentwurf mehr als gebührlich vergessen hat.

Ich gehe auch nicht weiter ein auf die tumultuarischen Scenen welche in einer zum folgenden Tag anberaumten Versammlung durch einige talentvolle und ehrgeizige Männer hervorgerufen wurden, die von den Vierundzwanzig nicht zu der besprochenen Berathung hinzugezogen waren; genug daß die Petition der 12 Punkte, nachdem man sich mit jenen Männern verglichen und dem „Verein zur Hebung des Gewerbstandes“ in einem 13ten Punkt eine Concession gemacht hatte, in einer zweiten Versammlung eine mäßige Zahl von Unterschriften fand und dem Senat übergeben wurde. Dieser that scheinbar alles was er thun konnte, er versprach nämlich bei seinem auf Wahl einer Reformdeputation lautenden Antrage an die Bürgerschaft die 13 Punkte zur Berücksichtigung zu empfehlen. Er hatte aber gut versprechen: er kannte seine Bürgerschaft und machte die Rechnung nicht ohne den Wirth. Die Bürgerschaft wählte am 13 März die 15 Mitglieder die sie zu der Deputation zu stellen hatte (5 Deputirte ernannte der Senat aus seiner Mitte), und siehe da — es waren sämmtlich Erbgesessene. Das war ihre Antwort an den Senat, das war gewissermaßen die Anweisung welche sie der Deputation hinsichtlich der Berücksichtigung jener 13 Punkte ertheilte, von denen der eine so bestimmt wie möglich die politische Berechtigung aller Staatsangehörigen forderte. Es würde zu weit führen, wollte ich auf die Thätigkeit der Reformdeputation näher eingehen; ich begnüge mich zu sagen daß sie in ihrer Majorität allerlei Verbesserungsplane und Verfassungsänderungen vorschlug, nur nicht solche die den 13 Punkten entsprachen. Dieß veranlaßte die Minorität, an ihrer Spitze den Dr. Baumeister, sich außerhalb nach einem Beistand umzusehen, um den Forderungen der liberalen oder — wenn Sie wollen — radicalen Partei Geltung zu verschaffen, und dieser Beistand fand sich in den Clubs und Vereinen die theils vor dem März bestanden, theils nach demselben sich gebildet hatten. Diese Vereine, unter denen der „Deutsche Club“ durch die Intelligenz und die bürgerliche Stellung eines großen Theils seiner Mitglieder eine hervorragende Stellung einnahm, schlossen sich näher aneinander und bildeten ein aus Abgeordneten jedes Vereins bestehendes Centralcomité, das anfänglich nur discretionäre Gewalt, durch den Drang der Umstände aber später plein pouvoir erhielt. Die Parole für die gemeinsame Thätigkeit der Vereine hatte Dr. Baumeister gegeben, indem er in der Reformdeputation den Antrag stellte: statt aller Verfassungsplane ein Wahlgesetz zu entwerfen auf Grundlage dessen eine constituirende Versammlung ins Leben treten könne. Aber mit der Parole war's nicht gethan; es bedürfe der That, meinten die Führer der äußersten Linken, und sie warteten nur auf die Gelegenheit. Auf ihren geheimen Antrieb sollte eine Generalversammlung sämmtlicher Vereine gehalten werden; hier sollte der Wurf, so war ihr Plan, geschehen. Die gemäßigte Linke, die vom deutschen Club repräsentirt wurde, ahnte dieses Manöver; aber einerseits hielt sie es für unpolitisch die demokratischen Bundesgenossen dadurch zu erzürnen daß sie sich von jener Versammlung ausschloß; andererseits hoffte sie daß es dem Talent des Dr. Baumeister, der, wie er im deutschen Club präsidirte, so auch zum Präsidenten für jene Generalversammlung ausersehen war, im Verein mit den hervorragenden Mitgliedern des genannten Clubs gelingen werde alle excentrischen Schritte zu verhindern und die äußerste Linke im Zaum zu halten. Aber die Sache kam anders. Die Versammlung zeigte von vornherein in ihrer großen Mehrheit eine ziemlich revolutionäre Stimmung; die doctrinären Reden fanden nur halben Beifall, und es schien als warte man nur auf das was die Herren — die vorzugsweise als Männer des Volks galten — in petto hätten. Da erhoben sich diese Herren und deducirten aus dem Verlangen des souveränen Volks nach einer constituirenden Versammlung die Illegalität der bestehenden Behörden und das Recht der Steuerverweigerung. Hiemit war die Mine gesprengt; der Präsident verlor die Zügel und die Versammlung ihre Haltung; in ihrer Mehrheit stimmte sie mit gewaltigem Applaus den Rednern bei. Am folgenden Tag kam die Sache vors Publicum, und nun glaubte der Senat einschreiten zu müssen, und machte Miene die vier Herren welche der Steuerverweigerung das Wort geredet hatten, verhaften zu lassen. Aber zu seinem eigenen Schaden verfuhr er hiebei möglichst verkehrt. Entweder hätte er gar nichts thun oder mit aller Entschiedenheit und Schärfe durchgreifen müssen; statt dessen handelte er unentschlossen und zaghaft, und reizte die Vereine, ohne sie zu schrecken. Die Folge davon war daß sie sich in dem Moment wo eine Spaltung bevorstand (der deutsche Club desavouirte die Vorgänge der besprochenen Generalversammlung), fester aneinander schlossen, und am 17 Aug. eine zweite allgemeine Versammlung veranstalteten. Diese Versammlung ernannte aus ihrer Mitte eine Deputation die sich sogleich aufs Rathhaus begab, und den Senat aufforderte eine constituirende Versammlung auf Grund allgemeiner Wahlen zu berufen. Der Senat willigte ein, behielt sich aber noch die Antwort vor über die an diese Forderung geknüpfte Bedingung daß die Versammlung die Verfassung unabhängig festzustellen habe. Am folgenden Tag gestand er auch diese Bedingung zu.

Das war, wenn man's so nennen darf, die hamburgische Revolution. Möglich daß der Senat sich zu solchem Zugeständniß mehr als durch die Vereine durch eine Petition der Börse bewegen ließ, die, um Ruhe zu haben, den Vereinen nachgab; jedenfalls war die Bedeutung dieser letztern keineswegs so gering anzuschlagen als die Conservativen später glauben machen wollten; denn hinter ihnen stand nicht bloß ein ziemlich zahlreiches Proletariat, sondern fast der gesammte Mittelstand, der zwar großentheils nicht recht wußte was er wollte, aber doch mit dem alten Zustande, ob der großen Steuerlast, sehr unzufrieden war. Nichtsdestoweniger hätte der Senat, wenn er überall mehr Energie und mehr ernstliche Neigung zu Verbesserungen bewiesen hätte, ohne Mühe eine Bewegung verhindern können, die ihn gestürzt haben würde, wenn nicht die Preußen zu Hülfe geeilt wären und rechtzeitig einen Damm aus Bajonnetten errichtet hätten. Auch jetzt ist übrigens seine Stellung noch immer nicht die festeste. Ueber die Bajonnette gebietet der König von Preußen, und davon abgesehen, so können sie den Rath doch nur vertheidigen; vertheidigen und rechtfertigen ist aber gerade so zweierlei, wie das Versprechen des Senats die von der constituirenden Versammlung entworfene Verfassung einzuführen, und die Art und Weise wie er dieß Versprechen gehalten hat. Zwar hat der Senat andererseits Bundesgenossen die ihn zu rechtfertigen suchen und suchen müssen, da sie ihn bei seinen Maßregeln gegen die constituirende Versammlung so kräftig unterstützten: das sind, außer den Collegien und den Geistlichen, die erbgesessene Bürgerschaft und der „patriotische Verein“. Aber die Bürgerschaft hielt und hält es mit dem Senat nur weil sie sich an ihn lehnt, und der patriotische Verein rechtfertigt ihn nur weil den Stimmführern dieses Vereins jedes Mittel für erlaubt gilt gegen einen Liberalismus, der ihrer Herrschsucht hindernd in den Weg tritt.

Der „patriotische Verein“ ist nicht zu verwechseln mit der früher von mir erwähnten patriotischen Gesellschaft. Zwar gingen manche Mitglieder der letztern zu ihm über; sonst aber wirken beide getrennt von einander, und während die „Gesellschaft“ schon vor einer Reihe von Jahren und keineswegs zu politischen Zwecken gestiftet wurde, verfolgt der „Verein“ lediglich eine politische Tendenz, die sich als pluto-bureaukratische bezeichnen läßt, und bildete sich erst in jener Zeit als der Senat in die Berufung einer constituirenden Versammlung gewilligt hatte, und der Augenblick nahte da die Bürgerschaft dem hierauf bezüglichen Antrag ihre Sanction ertheilen sollte. Der Verein repräsentirt in seinen Häuptern die Aristokratie in allen ihren Formen. Die Geldaristokratie wird vertreten durch einige der reichsten Kaufleute, die bei ihrem Reichthum und ihrer vermeintlichen Bildung es von jeher als eine schlechte Ehre ansahen in der alten erbgesessenen Bürgerschaft zu sitzen, wo Gevatter Schneider und Handschuhmacher neben den Börsenmännern Sitz und Stimme hatten, und die daher vollends eine von der Demokratie gewählte Bürgerschaft perhorrescirten. Am liebsten hätten sie Hamburg mit Haut und Haar preußisch gemacht, denn ein reicher preußischer Kaufmann aus Hamburg konnte so gut wie Hr. v. d. Heydt Handelsminister, oder doch wenigstens Mitglied der ersten Kammer werden; da aber diese Metamorphose ein schwierig Ding ist, so mußte man darauf sinnen in die hamburgische Bürgerschaft einen Unterschied des Ranges und Vermögens hineinzubringen und so der Demokratie ein Paroli zu biegen. Als Vertreter der Aristokratie der Intelligenz betrachten sich die Juristen des Vereins, und unter diesen am meisten Hr. Dr. Knauth, der seiner Zeit im Juristenverein sehr liberal sprach, und vielleicht später noch liberaler gesprochen hätte, wenn Aussicht vorhanden gewesen wäre den Dr. Baumeister aus der Feldherrn-Position zu verdrängen, die er in den Reihen der Liberalen einnahm. Diese Aussicht war nicht vorhanden, und so wurde Dr. Knauth — nicht conservativ, sondern revolutionär, aber revolutionär nur in dem Sinne daß er an die Stelle der bisherigen bürgerlichen und spießbürgerlichen Einrichtungen ein mehr bureaukratisch-monarchisches Getriebe setzen möchte, welches natürlich er selber, als Werkmeister, leiten müßte. Dr. Knauth ist unstreitig der talentvollste und schlaueste unter den patriotischen Juristen, ich sage unter den Juristen, denn unter den sämmtlichen Mitgliedern ist vielleicht Hr. Kämmerer der schlaueste; die übrigen Juristen leiden mehr an einer bloßen Idiosynkrasie gegen die liberale Partei, und haben gerade so viel und so wenig Ehrgeiz als dem noth thut der die hamburgische Rathswürde zum Ziel seines Strebens macht. Was endlich die Glaubensaristokraten betrifft, die ich schon früher kurz charakterisirte, so fanden diese allerdings bei ihrer althamburgischen Richtung in dem patriotischen Verein nicht das geeignete Terrain; sie agitirten daher auch,

so lange es ging, im Grundeigenthümerverein, und verschafften sich später in dem „Verein für Bürger des Mittelstandes“ einen dominirenden Einfluß. Aber doch stehen sie zu dem patriotischen Verein nicht bloß durch persönliche Beziehungen und durch das Medium der patriotischen Gesellschaft in engster Verbindung, sondern sie machen sich in dem Verein selbst, wenn auch in einer weniger bemerkbaren Weise, bis zu einem gewissen Grade geltend, denn sie sind zu klug und zu gute Bundesgenossen gegen Demokratie und Liberalismus, als daß die Führer des Vereins ihnen nicht einen gewissen Spielraum gewähren sollten. Außer dieser Nobility zählt der Verein recht viele Gewerbführer, Zunftmeister und sonstige honourable men aus allen Ständen, welche entweder gewisse Privilegien oder reiche patriotische Kunden haben und sehr brauchbar sind wenn es gilt den Demokraten gewisse patriotische Begriffe ad oculos zu demonstriren.

Der nächste Zweck übrigens zu welchem der Verein gebildet wurde, war die bevorstehenden Wahlen zur constituirenden Versammlung zu beherrschen. Dieß schien nicht schwer, und man hegte die beste Siegeshoffnung; aber das Gegentheil war doch nicht unmöglich. Für diesen Fall versuchte man nicht etwa die constituirende Versammlung zu hintertreiben — bewahre! man sprach sehr viel von der Nothwendigkeit einer solchen, vom Volkswillen u. s. w., sondern man erfand eine Eidesformel — wie es heißt war Dr. Knauth der Erfinder — in welcher die constituirende Versammlung sich verpflichtete die bestehenden gesetzmäßigen Gewalten und Behörden anzuerkennen, bis die Verfassung definitiv festgestellt und ins Leben getreten seyn würde. Die bürgerlichen Collegien, denen der Senatsantrag in Betreff der constituirenden Versammlung zur Genehmigung vorlag, waren über diese schlaue Formel hocherfreut; sie fügten dieselbe dem Antrag bei, und die Bürgerschaft gab natürlich ihre Genehmigung. Die Wahlen begannen, und durch die Tactlosigkeit der Patrioten fielen sie fast ganz und gar im demokratisch-liberalen Sinn aus. Am 14 December trat die constituirende Versammlung zusammen, und da sollte nun dieser so doppelsinnige Eid geleistet werden. Es war nahe daran daß die Versammlung wegen dieses Eides sich nicht bloß gespalten oder aufgelöst hätte, aber doch einigte man sich noch zur rechten Zeit. Der Eid wurde von allen Mitgliedern, bis auf neun, geleistet, und die Versammlung ging an die Arbeit. Ueber das Resultat werde ich Ihnen das nächstemal berichten.

Der Waldeck'sche Proceß.

(Fortsetzung.)

Der Zeuge Gruwe legt ein höchst wichtiges Zeugniß ab. Er hat 1839 in . . . in Westfalen Gödsche und eine Wittwe Robe kennen lernen, ist zwei Monate darauf von . . . weggekommen, und hat in den nächsten 10 Jahren weder die Wittwe Robe noch Goedsche wiedergesehen. Zum Deputirten in die zweite Kammer gewählt, reiste er mit seiner Frau voriges Frühjahr nach Berlin, erkannte dort die Wittwe Robe auf der Straße, erfährt daß sie an Goedsche verheirathet ist, und bittet um Erlaubniß sie mit seiner Frau besuchen zu dürfen. Darauf macht Zeuge und Frau einen Besuch bei Goedschens, treffen beide, und Gruwe erzählt dem Goedsche, er sey Deputirter, und habe sich der Partei Rodbertus-Unruh angeschlossen. Am Morgen darauf kommt die Frau Goedsche allein, nicht mit ihrem Mann, zum Gegenbesuch zu Gruwe's; Gruwe's Frau geht einen Augenblick aus dem Zimmer um eine Tasse Chocolade zu bereiten, Gruwe bleibt mit Frau Goedsche allein. Da fing Frau Goedsche an zu sprechen was das für ein Tumult und Spectakel in der Kammer wäre, und es wäre gut wenn welche von der Linken zur Rechten übertreten würden. In dieser Art fuhr sie fort: „ja es ist in diesen Tagen noch ein reicher Gutsbesitzer aus Schlesien bei meinem Mann gewesen, der hat gesagt, wenn er welche von der Linken fände die zur Rechten übertreten wollten, so sollten die täglich doppelte Diäten haben und bei wichtigen Abstimmungen 40 Thlr. extra.“ Ich ahnete allerdings daß es auf meine Person abgesehen wäre, indessen ich fand keinen Beruf mich darüber auszulassen. Ich that als wenn ich dieß nicht verstünde. Wie meine Frau noch näher herantrat mit Chocolade in der Hand, entfernte ich mich zur Kammer. Und als ich zurückkam — wir hatten unsern Haushalt hier selbst eingerichtet — fing meine Frau im geheimnißvollen Tone an: „Gruwe, Du kannst doppelte Diäten kriegen.“ Nicht wahr von Goedsche? „Mein Gott, haben sie Dir es auch gesagt?“ Ich sagte: Nein, aber ich hätte es daraus nehmen können. Da erzählte mir meine Frau die Frau Goedsche habe sie wiederholt aufgefordert, sie möge mich doch bereden daß ich von der Linken zur Rechten übergehen möchte, dann solle ich doppelte Diäten haben und bei jeder Abstimmung 40 Thlr. extra. Ich fragte meine Frau: Was hast Du denn geantwortet? Sie hat gesagt sie wolle mir das sagen, sie glaube aber nicht daß ich dieß thäte; da habe sie gesagt sie solle es doch versuchen, und immerfort in mich hineinreden. Am andern Morgen besuchte mich Goedsche, was mir allerdings auffallend war, weil ich den Besuch mit meiner Frau zusammen machte, diese aber einzeln zu uns kamen. Goedsche lenkte das Gespräch auf die politischen Tagesfragen. Ich hatte kein Bedenken meine Gesinnung über unsere politischen und sonstigen Verhältnisse offen darzulegen. Da sagte Goedsche: Sie gehören gar nicht zur Linken, nach Ihren Gesinnungen gehören Sie vollständig auf die rechte Seite des Hauses, ich kann Ihnen doppelte Diäten geben und 40 Thlr. bei jeder Abstimmung, Sie können es bei mir holen, ein reicher Rittergutsbesitzer hat sie mir angewiesen.“ (So die der D. Ref. beigegebenen stenographischen Berichte; nach andern Referaten hätte Goedsche bei Gelegenheit des Erbietens gemeint: „Geld könne man immer gebrauchen, der Zeuge könne ja auf der Linken sitzen bleiben und mit der Rechten stimmen.“ „Ich bemerkte dem Goedsche hierauf daß ich mich nicht hierzu entschließen könnte; ich würde mich allerdings nicht so streng an die Parteien halten, ich hätte meinen gesunden Verstand daß ich glaubte das Beste zu finden; aber meine freie Meinung zu verkaufen, dazu könnte ich mich nicht entschließen. Um nun das Beleidigende was gewissermaßen hierin lag, fühlen zu lassen, sagte ich zu gleicher Zeit zu Goedsche: Uebrigens, soviel ich in der Zeit wo ich in Berlin wäre, die Herren kennen gelernt hätte, trügen sie dieselben Grundsätze wie ich selbst, darnach gehörten sie alle auf die Rechte. Er antwortete: Glauben Sie das nicht, die meisten suchen nur ihre eigenen Zwecke, der Waldeck ist Egoist, dem ist es nur darum zu thun gewesen Minister zu werden. Hierauf sprach er: Besuchen Sie viele Parteiversammlungen? Ich bejahte dieß, wiewohl ich kein erhebliches Mitglied davon wäre; ich besuche sie aber. Da sagte Goedsche: Ob ich wohl erbötig wäre ihm alles was da gesprochen würde mitzutheilen gegen eine schwere Vergütigung? Diese Zumuthung des gemeinen Charakters eines Spions empörte mich. Ich mäßigte mich indessen und lehnte die Sache entschieden ab.“

Weiter erzählt Gruwe, dessen Frau wegen Krankheit nicht erscheinen kann, seine Frau habe auf seine Bemerkung: „wenn wir nur nicht das Unglück hätten von Goedsche's zum Thee gebeten zu werden“, gemeint: ganz dürften sie sich doch nicht zurückziehen, zudem habe sie der Frau Goedsche schon am vorigen Tage versprochen sie zum Marktgehen zu besuchen. „Meine Frau ist bei Goedsche's gewesen. Da hat er die Anerbietung wiederholt die er mir gemacht hat, mit dem Bemerken ich hätte Aussicht auf Ehrenstellen, und Gott weiß was alles. Auch hat er dabei gesagt ich könnte auf der Linken sitzen bleiben, möchte aber mit der Rechten stimmen. Meine Frau erinnert sich dieses Umstandes sehr genau. Ich habe sie sehr scharf darnach gefragt. Hr. Goedsche schien trotz meiner Ablehnungen seine Versuche fortzusetzen.“ Die Frau Goedsche drängte eines Tages, während Gruwe in der Kammer war, seiner Frau ein Theaterbillet mit Gewalt auf. Goedsche, fügte sie hinzu, bekomme die Billets umsonst. Als am Tage nach der Kammerauflösung Gruwe nach Hause kam, fand er seine Frau in größter Aufregung; sie fürchtete er würde binnen 24 Stunden der Stadt verwiesen; sie hatte in Angst nach Frau Goedsche geschickt, damit sie ihr helfen möge. Bald darauf kommt Goedsche selbst und sagte: „es koste ihm nur ein Wort, dann könnte ich bleiben so lange ich wollte.“ Da erwiederte ich: „es sey bedenklich, es heiße D'Ester habe sich davon gemacht.“ Hierauf sagte Goedsche: „es ist nicht wahr, er hatte an dem Tage Mauerstraße Nr. so und so geschlafen.“ Als ich nachher der drohenden Erklärung vom Ministertische gegen D'Ester gedachte, wiederholte er in seiner schnellsprechenden Weise: „er hat Mauerstraße so und so geschlafen.“ Ob es wahr ist, weiß ich nicht. Ich habe geglaubt dieß anführen zu müssen, weil es an eine Verbindung mit der Polizei-Regierung erinnert. Zum Schluß überreicht Zeuge Bescheinigungen, durch welche er darthut daß er den Bestechungsversuch schon vor Einleitung des Waldeck'schen Processes andern Personen in seiner Heimath Dülmen mitgetheilt habe.

Goedsche soll dem Zeugen vorgestellt werden. Er ist anfänglich nicht mehr anwesend, und wird herbeigeholt. Er erscheint, sieht den Zeugen und tritt, wie es in einem Bericht heißt, überraschend und erblassend zurück. Gruwe wiederholt seine Erzählung, in der er dießmal noch erwähnt: „Goedsche ist, wie ich ferner erzählt habe, an dem Tage wo die Kammerauflösung stattfand, in meinem Hause gewesen und hat gesagt: es koste ihm nur ein Wort, so könne ich bleiben so lange ich wolle, und erhielte die Diäten fort wie ein Deputirter.“ Präsident (zu Goedsche): „Was haben Sie darauf zu erklären?“ Zeuge Goedsche: „Ich bitte den Hrn. Zeugen zu fragen ob ich ihm wirklich gesagt habe er solle doppelte Diäten und 40 Thaler bekommen; ich kann mich daran nicht mehr erinnern.“ Auf Aufforderung des Präsidenten sich specieller über das ihm bis jetzt Vorgehaltene zu erklären, sagt Goedsche: „Ich habe Hrn. Gruwe immer als einen ehrenwerthen Mann gekannt, und ich glaube wenn ich ihm ein solches Anerbieten gemacht hätte, würde er mich anders behan-

dett haben als daß er bis auf den letzten Tag in freundschaftlichem Umgang mit mir gestanden hätte. Was die übrigen Thatsachen betrifft, so sind das specielle Angaben, und ich muß sie unbedingt ablehnen." Ueber die Begebenheit nach der Kammerauflösung behauptet Goedsche, Gruwe und Frau seyen sehr ängstlich zu ihm gekommen, und ich habe zu ihm gesagt: „er soll nur ruhig seyn, er würde gewiß nicht ausgewiesen werden; wenn es nöththäte, würde ich seine Gesinnungen bezeugen und veranlassen daß er nicht ausgewiesen werden möchte." Gruwe erklärte, er habe seit dem Geldanerbieten Goedsche nur noch zweimal gesehen. Der Präsident macht bemerklich: „Hr. Gruwe sprach davon, es hätte ein reicher Gutsbesitzer aus Schlesien die Mittel dazu geben wollen." Zeuge Goedsche: „Ich bitte Hrn. Gruwe zu fragen ob ich das wirklich gesagt habe?" Präsident: „Hr. Gruwe hat bereits erklärt daß Sie das gesagt haben." Zeuge Goedsche: „Ich kann den Umstand vielleicht in anderer Beziehung aufklären. Beide, Hr. Gruwe und seine Frau, waren einmal in meiner Familie, und zugleich ein Gutsbesitzer aus Schlesien anwesend, welcher die Worte hinwarf: Ich wollte es mich gleich für jede Stimme 10 Thaler kosten lassen. Wer es gesagt hat, weiß ich nicht; ich habe es nicht gethan. Ich habe nie ein dergleichen Anerbieten gemacht, und muß mich ausdrücklich dagegen verwahren." Zeuge Gruwe: „Ich habe nichts mehr anzuführen. Was ich gesagt habe ist die reine Wahrheit, und ich werde davon nicht zurückgehen. Ich weiß nicht ob es in Berlin etwa Mode ist (bei uns in Westfalen ist es nicht der Fall), nachdem man die Unannehmlichkeiten einer langtägigen Reise gehabt hat, mit dem Bewußtseyn eines Meineides nach Hause zu kommen."

Ein Zwischenfall war daß, als um 2 Uhr die Sitzung wiederaufgenommen und Ohm bei seinem Wiedereintritt in den Saal mit höhnischem Ah! aufgenommen ward, Ohm sich mit der Erklärung an den Präsidenten wendete daß schon vorher während seiner Auslassung das Publicum Zeichen des Unwillens gegeben hätte; jetzt sey er bei seinem Eintritt mit Hohn empfangen worden; er werde vor solchen Zuhörern jede weitere Auskunft verweigern. Der Präsident bemerkte es fehle ihm nicht an Schutz wenn er beeinträchtigt werden sollte.

(Beschluß folgt.)

Das Telegraphenwesen in Oesterreich.

Ueber den Stand der Telegraphie in Oesterreich am Schluß des Jahres 1849 enthält das Verordnungsblatt für Posten, Eisenbahnbetrieb und Telegraphen Nr. 15 und 16 eine Darstellung, welcher wir nachstehende Notizen entnehmen.

Das System der elektromagnetischen Telegraphie, in Oesterreich seit dem Jahr 1847 adoptirt, hat am Schluß des Verwaltungsjahres 1849 bereits in solcher Ausdehnung seine Anwendung gefunden, daß die Strecken

I.	von Wien über Olmütz nach Prag	61	Meilen (Drathlänge)
II.	„ „ „ Brünn	54	„
III.	„ „ nach Preßburg	9	„
IV.	„ „ „ Oderberg	$37^1/_2$	„
V.	„ „ „ Triest	73	„

mit Telegraphenleitungen versehen sind, daß die Strecke von Wien über Linz nach Salzburg binnen wenigen Wochen, jene von Prag an die sächsische Gränze binnen wenigen Monaten der Vollendung entgegensehen. Die Telegraphenlinien sind in Oesterreich theils an den Eisenbahnen, theils an den Poststraßen errichtet, so daß die Tracirung derselben keine weiteren Schwierigkeiten macht, als insofern den etwa im Wege befindlichen Hindernissen (Ortschaften, Obstbäumen und dergl.) ausgewichen werden soll.

Da alle diese Leitungen auf hölzernen Tragsäulen, welche ungefähr 25 Klaftern von einander abstehen, geführt sind, so handelt es sich bei der Tracirung hauptsächlich darum zu bestimmen an welchen Orten höhere Tragsäulen aufgestellt, an welchen die Leitung an den Wänden der Häuser an eigenen Isolatoren fortgeführt, oder wo etwa von der Straße abgewichen und die Leitung nicht durch eine Ortschaft, sondern um dieselbe herum geführt werden soll. Tragsäulen werden der größeren Dauerhaftigkeit wegen bloß von Lärchen- oder Kienföhrenholz genommen. Sie müssen gehörig ausgetrocknet, gut abgeästet und abgerindet, möglichst gerade, 24 Schuh hoch, im mittleren Durchmesser 5 Zoll dick, am unteren Ende auf 4 Schuh Höhe angekohlt und mit einem Theeranstrich versehen seyn.

Die letztere Vorsorge ist nöthig weil sonst die Säulen, an jenen Stellen wo sie aus der Erde hervortreten, bald anfaulen, morsch und somit unbrauchbar werden. Allein selbst bei dieser Vorsorge müssen schon im dritten Jahr viele Säulen durch neue ersetzt werden, und es steht zu erwarten daß binnen des Zeitraums von fünf Jahren sämmtliche Tragsäulen einer Linie gegen neue ausgewechselt werden müssen.

Um diesem Uebelstande abzuhelfen werden so eben Versuche angeordnet, in Folge deren die in die Erde zu versenkenden Enden der Tragsäulen an eigens hiezu verfertigten Ständern von Marmor oder Gußeisen, welche etwas über die Erde hervorragen, befestigt werden. Die Säulen werden sodann in eigens ausgehobene Gruben versenkt, welche wieder zugefüllt, zusammengestampft und so entweder hiedurch oder durch eigene Beschwerungskörper, sogenannte Steinkegel, befestigt werden. Der zum Bau der Telegraphenlinien verwendete Drath wird aus Kupfer etwas über eine Linie dick gezogen. Er muß wo möglich in geschlossenen Cylindern ausgeglüht, vollkommen schwefelfrei, ohne Schiefer und in Adern von ziemlicher Länge abgeliefert werden. Stücke unter 80 Klaftern Länge werden ausgeschieden, weil man beim Bau einer Linie so wenig als möglich Verbindungsstellen wünscht, da dieselben ohnehin in der Folge bei Wiederherstellung von eingetretenen Unterbrechungen sich mehren. An den Stellen wo zwei Drathenden sich berühren, werden dieselben miteinander verschlungen und durch dünneren Drath aneinander befestigt. Die Verbindungsstellen werden noch überdieß mit Kupferbügeln bedeckt und zusammengelöthet. Isolatoren werden von Porcellanerde erzeugt. Sie haben die Form eines Halbmondes, in der Mitte ein Loch und an dem äußern Rande eine Rinne. Das erstere dient zum Durchziehen des Leitungsdrathes, das letztere zur Befestigung an dem Isolatorenträger. Die Isolatoren dienen dazu die Ableitung des Stroms zu verhindern. Sie müssen daher an jeder Tragsäule, an den Wänden der Häuser, überhaupt an jeder Stelle wo die Berührung des Draths eine Ableitung des Stroms veranlassen könnte, angebracht werden. Die Isolatoren ruhen auf eigens hiezu verfertigten eisernen Trägern, welche in die Säulen oder in die Mauern der Gebäude eingeschlagen werden, und daher nach der Art des Materials, in welches dieselben einzuschlagen sind, verschieden construirt werden müssen. Zum Schutz der halbmondförmigen Isolatoren gegen die etwa durch wässerige Niederschläge zu besorgenden Ableitungen werden oberhalb derselben Zinkdächer angebracht, deren Nutzen jedoch von manchen Technikern in Zweifel gezogen wird, daher erst eine mehrjährige Erfahrung bei Leitungen mit oder ohne solche Bedachungen lehren wird ob nicht die Kosten für dieses Schutzmittel künftig in Ersparung gebracht werden könnten.

Um die Isolirung des Leitungsdraths an einer ganzen Linie zu bewerkstelligen und zu erhalten, wird an manchen Stellen das Abstocken oder Ausästen der Bäume, das Ziehen von isolirtem Drath oder gar das Legen desselben in die Erde nöthig. Unterirdische Leitungen bestehen in Oesterreich nur in größern Städten, wie Wien, Triest, Linz, wo man dieselben theils aus Schönheitsrücksichten, theils wegen der mindern Gefahr vor böswilligen Zerstörungen angebracht hat. Man verwendet hiezu mit vulcanisirter Gutta-Percha isolirten Drath, wovon die Klafter Ueberspinnung im Gewicht von $3^2/_{10}$ Loth auf 18 kr. zu stehen kommt. Derselbe wird 3 Schuh tief unter die Erde gelegt. Größere Leitungen sind bis jetzt noch nicht ausgeführt, da man sich noch nicht die volle Gewißheit verschafft hat ob diese Isolirung nicht durch die Einwirkung der Erdsalze oder durch die Nagethiere verdorben wird, wo natürlich bei ausgedehntern Leitungen nicht so schnell durch Anbringung von provisorischen Luftleitungen abgeholfen werden könnte. Nach dem Dargestellten ergeben sich die Kosten der oberirdischen Drathleitung für eine Meile mit folgendem:

a)	160 Stück	Tragsäulen	164 fl.	—	kr.
b)	160 „	Gruben	26 „	40	„
c)	5 Centner	Leitungsdrath	365 „	—	„
d)	2 Pfund	Bindddrath	1 „	27	„
e)	2 „	Kupferbügel	1 „	27	„
f)	160 Stück	Isolatoren	9 „	20	„
g)	160 „	Isolatorenträger	8 „	—	„
h)	160 „	Zinkdächer	5 „	20	„
			581 fl.	14	kr.

Bezüglich der unterirdischen Leitungen sind die gemachten Erfahrungen noch zu unbedeutend um mit Sicherheit einen Voranschlag verfassen zu können.

Was die elektromagnetischen Apparate selbst betrifft, so sind die bisher in Oesterreich üblichen einfache Zeigerapparate nach dem Bain'schen System, bei welchem die Ausschläge der Nadel nach links oder rechts bewirkt werden. Ein solcher Apparat wird in Wien um den Preis von 24 fl. verfertigt. Wenn eine einzige Drathleitung besteht, so sind in jeder Station zwei solche Apparate nöthig, damit man bei vorfallenden Reparaturen eine Ersatzmaschine habe. Gehen zwei, drei oder mehr Leitungen in derselben Richtung, so sind ebenso viele Apparate, für alle Leitungen zusammen aber bloß ein Reserveapparat nöthig. Der elektrische Strom wird mittelst galvanischer Doppelbatterien von je zwölf Elementen, welche nach dem Smee'schen System zusammengesetzt sind, erregt. Die

anzuwendende Kraft richtet sich nach dem mit der Länge der Strecke, welche der Strom zu durchlaufen hat, wachsenden Leitungswiderstande, so daß man zwischen Wien und Triest vier derlei Batterien in Anwendung bringen muß, während zwischen Wien und Gratz zwei ausreichen.

Jede Telegraphenstation muß, je nachdem dieselbe in geringe oder größere Entfernung zu correspondiren hat, mit 1, 2, 3 oder 4 solchen Batterien, welche in einem Preise von 35 bis 42 fl. CM. stehen, und noch außerdem mit einer Reservebatterie versehen seyn. Eine Uebertelegraphirung, d. h. eine Aufnahme der Depesche durch eine Mittelstation und Weitertelegraphirung derselben findet in der Regel selbst auf der Strecke zwischen Wien und Triest nicht statt. Es ist somit aus diesem Grunde die Errichtung einer Mittelstation nicht nothwendig.

Da jedoch ohnehin mehrere Zwischenstationen bestehen, so wird, wenn wegen örtlicher theilweiser Stromableitungen, wegen Einwirkung der Luft-Elektricität, oder weil die Batterien nicht immer sorgsam amalgamirt wurden, an dem Bestimmungsorte schwache Zeichen anlangen, eine Mittelstation dazu benützt die Zeichen aufzunehmen und weiter an den Bestimmungsort zu befördern. Da die Ausschläge der Magnetnadel an dem Bain'schen Apparat durch die Richtung bedingt sind in welcher der elektrische Strom durch den Apparat geht, so wird, um den beabsichtigten Ausschlag zu bewirken, ein Stromwechsler (Commutator) in Anwendung gebracht, welcher 12 fl. CM. kostet und für jeden Apparat besonders angeschafft werden muß.

Vor Einführung der allgemeinen Benützung der Telegraphen durch Private will man statt der Bain'schen Apparate die Schreibapparate nach dem Morse'schen System aufstellen, bei welchem die Zeichen auf einem durch mechanische Vorrichtungen sich gleichmäßig fortwälzenden Papierstreifen ohne Ende mittelst eines Stahlstifts eingedrückt werden und somit an der Aufnahmsstation bereits geschrieben erscheinen. Ein solcher Apparat kostet zwar 200 fl. CM.; er gewährt jedoch den Vortheil daß man mittelst desselben in einer Stunde bequem 800 Worte geben kann, während man auf dem Bain'schen Apparat nur hundert Worte in derselben Zeit zu geben im Stande ist. Endlich gehört zur vollständigen Einrichtung eines Telegraphenbureau's noch ein Wecker, welcher, mit dem Apparat in Verbindung gesetzt, dazu dient den Telegraphisten besonders zur Nachtzeit auf den Umstand aufmerksam zu machen daß telegraphirt werden will. In Oesterreich sind zweierlei solche Wecker in Anwendung, Uhrwecker welche auf 8 fl. und elektrische Wecker welche auf 12 fl. zu stehen kommen.

Der Betrieb der elektromagnetischen Telegraphenlinien ist in Oesterreich in den Händen des Staats. Der eigentliche Betriebsdienst wird durch Telegraphisten und Obertelegraphisten versehen, und auf jeder von dem Centralpunkte Wien ausgehenden Hauptlinie durch einen Inspector oder einen die Stelle eines Inspectors versehenden Ingenieur überwacht. Ein Inspector und dessen Stellvertreter genießen eine Bestallung von 900 fl. und ein Reisepauschale von monatlich 60 bis 90 fl.

Die Telegraphenstationen theilen sich in solche wo bloß am Tage, und in solche wo auch bei Nacht Dienst gehalten wird. Erstere sind mit zwei, letztere mit drei Telegraphisten besetzt, welche alle ein Taggeld von 1 fl. 30 kr. CM. genießen. An den Endpunkten der Linie, in dem Centralbureau in welchem sich alle Linien vereinigen, und in den wichtigeren Mittelstationen sind Obertelegraphisten mit dem Taggelde von 2 fl. angestellt. Die Telegraphisten werden aus den technisch gebildeten Corps der k. k. Armee oder aus den absolvirten Technikern ausgewählt. Die zur Ueberwachung der Linien aufgestellten Leitungsaufseher, aus dem Stande der Gemeinen und Unterofficiere der k. k. Armee genommen, werden mit einem Taglohn von 1 fl. CM. bezahlt. Außer denselben sind auch die Bahnwächter und Straßeneinräumer mit der Ueberwachung der Leitung betraut. Ueberdieß wurden Belohnungen von 2 bis 10 fl. für die Ergreifer oder Anzeiger jener Individuen ausgesetzt welche die Telegraphenleitung beschädigen.

Die oberste Aufsicht über das Telegraphenwesen und dessen legislative und administrative Oberleitung führt der Minister des Handels und der öffentlichen Bauten. Bis zur definitiven Organisirung dieses Dienstzweigs besorgt eine provisorische Centraldirection mit einem provisorischen Director an der Spitze, der einen Gehalt von 2500 fl. CM. und bei Reisen die Diäten und Fuhrkosten bezieht, die unmittelbare technische und administrative Leitung. Ihm ist ein provisorischer Secretär und das nöthige Hülfspersonal beigegeben.

Paris.

Paris, 3 Dec. Eines jener vielen Blätter an welchem die Botschaft vom 31 Nov. die bereits besprochene Anziehungskraft bewährt hat, Le Crédit, ursprünglich von Cavaignac gegründet, fand es neulich für rathsam die Rede mitzutheilen die Louis Bonaparte an einige neuernannte Präfecten gehalten hat, und worin diese den Auftrag erhielten für die künftige Präsidentenwahl das Volk zu seinen Gunsten vorzubereiten. Nachdem man in der letzten Zeit den Umsturz der Republik so zu sagen für den nächsten Morgen erwartete, lag in dieser den Präfecten gegebenen Weisung eine Art Beruhigung für den nächsten Augenblick, da die Frage ob Ludwig Bonaparte ferner das legitime Oberhaupt des Staats bleiben soll, auf drei Jahre vertagt und einer constitutionellen Entscheidung überwiesen war. So dachte man von mancher Seite, und fand es höchstens nicht sehr tactvoll daß der Präsident von seiner Wiedererwählung spreche, dabei also eine zu diesem Behuf und in diesem Sinn vorgenommene Aufhebung oder Veränderung des Art. 45 der Constitution als unzweifelhaft voraussetze. Was aber anfangs ein bloßer Verstoß gegen die Bescheidenheit schien, stellte sich bei näherer Beleuchtung des Gegenstandes als Plan heraus, wozu die im Crédit erschienene und von keinem amtlichen Blatt als unächt angefochtene Rede Anlaß gab. Eine Zusammenstellung der betreffenden Artikel der Constitution mit dem Decrete vom 28 Oct. 1848 zeigt unbestreitbar daß die Zeit der executiven und gesetzgebenden Gewalt an einem und demselben Tage ablaufe, die Wahl eines neuen Präsidenten und einer neuen Nationalversammlung, einer constitutiven oder legislativen gleichviel, wenn nicht an demselben Tage, doch im selben Monat Mai 1852 vorzunehmen sey. Wenn aber dem so ist, dann fällt die gesetzliche Möglichkeit weg die Constitution vor der nächsten Präsidentenwahl zu revidiren, und somit fehlt auch die gesetzliche Möglichkeit Louis Bonaparte wählbar zu machen. Derselbe konnte sonach, als er den Präfecten einschärfte seine Wiedererwählung nicht aus dem Auge zu verlieren, entweder darauf rechnen daß man ihn trotz der Constitution wählen werde, oder daß die gegenwärtige Kammer vor der gesetzlichen Verfallzeit ihres Mandats sich auflösen und eine Constituante zur Revision vor der Präsidentenwahl einberufen werde. Im ersten wie im andern Fall rechnet er auf einen Staatsstreich seitens der Nationalversammlung. Denn vorausgesetzt, was wir übrigens für höchst unwahrscheinlich halten, Louis Bonaparte würde vor der Revision der Constitution, also trotz dem Art. 45 gewählt, so verletzt die Nationalversammlung die Constitution schon dadurch, indem sie die Wahlzettel, worauf der Name Louis Bonaparte steht, als gültig zählte; oder die Nationalversammlung geht früher auseinander als sie berechtigt ist, verletzt also dadurch wieder die Constitution. Uebergehen wir von diesen rein theoretischen Betrachtungen, die geeignetenfalls von großer Bedeutung sind, zu den praktischen, nämlich zu der Frage ob überhaupt nach dem Gang den die Ereignisse nehmen, vorauszusetzen ist daß in drei Jahren sich in dieser Kammer eine Majorität im Verhältniß von 4 zu 1 der Abstimmenden finden dürfte, die in drei aufeinanderfolgenden Debatten, zwischen denen immer ein Zwischenraum von einem Monat zu liegen hat, für die Revision sich aussprechen würde. Woher soll bei der Zersetzung in welcher die Majorität begriffen ist, eine so starke Majorität wie sie sich selbst jetzt selten herausstellt, kommen? Die republicanische Partei, die sich einer Revision so lange entgegensetzen wird als auch nur ein Schatten von Besorgniß vorhanden ist daß die Revision im antirepublicanischen Sinn ausfallen könnte, wird wie ein Mann dagegen stimmen. Dieselbe zählt aber gegen 200 (mit Inbegriff der 30 bevorstehenden Wahlen, wovon wenigstens 27 ihr gewiß sind) Mitglieder, also mehr als der vierte Theil der vollzähligen Kammer. Die Fortschritte des Socialismus lassen auf der andern Seite, selbst wenn seine Wiedererwählung nicht constitutionswidrig wäre, Ludwig Bonaparte wenig Aussicht auf Erfolg, und so können wir nicht recht glauben daß er bei der Weisung welche er den Präfecten gegeben, etwas anderes bezweckte als die Welt an den Gedanken der Stabilität seiner Regierung zu gewöhnen, daß er aber dieser Stabilität früher als in drei Jahren eine Form zu geben im Plan hat. Ohne Staatsstreich kann er sich in der Gewalt nicht erhalten, das unterliegt keinem Zweifel mehr, es kann also nur um die Wahl des Staatsstreichs und um den Augenblick wann er am glücklichsten auszuführen sey, sich handeln.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der König von **Preußen** hat folgenden Officieren und Militär-Beamten die nachbenannten Auszeichnungen verliehen: 1) Königl. bayer. Officiere und Beamte: Gen. Major v. Weishaupt den Rothen Adler-Orden 2ter Cl. mit Schwertern; Oberstlieut. v. Tiel den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Amts-Physikus Dr. Jürgens und Unterarzt Dr. Ludwig den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. 2) Königl. sächs. Officiere: Oberlieut. Kixner und Frhr. v. Biedermann vom Garde-Reiter-Reg. den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.

mit Schwertern. 3) Königl. hannov. Officiere: Hauptm. und Flügel-Adjutant v. Slicher die Schwerter zum Rothen Adler-Orden 3ter Cl. 4) Königl. württemb. Officiere: Gen. Major v. Baur, Chef des Kriegs-Departements, den Rothen Adler-Orden 2ter Cl.; Oberst v. Reinhard, Commandant des 8. Inf. Regts., den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Hauptm. Fischer vom General-Quartiermeisterstab den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. mit Schwertern. 5) Kurfürstl. hess. Officiere: Oberst Weiß, Commandeur des 3. Inf Regts., den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Hauptleute vom Generalstab v. Sturmfeder und v. Ende den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. mit Schwertern. 6) Großh. hess. Officiere und Militär-Beamte: Gen. Lieutenant und Kriegs-Minister v. Schäffer den Stern und die Schwerter zum Rothen Adler-Orden 2ter Cl. mit Schwertern; General und Divisions-Commandeur v. Bechtold den Rothen Adler-Orden 2ter Cl mit Schwertern; Oberst v. Bechtold den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Hauptm. Becker, Majors du Hall und Neidhard, sowie Hauptm Becker von der reitenden Artillerie, den Rothen Adler-Orden 4ter Cl mit Schwertern; Stabsarzt Dr. v. Siebolt den Rothen Adler-Orden 4ter Cl 7) Großh. bad. Officiere: Oberst v. Krieg die Schwerter zum Rothen Adler Orden 3ter Cl.; Major Kuntz vom Kriegs-Ministerium den Rothen Adler Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Rittmeister Hecht vom 2. Drag. Reg., Hauptm. Keller vom Generalstab, Pr. Lieut. v. Kleudgen von der Artillerie, Oberlieut. v. Freydorf von der reitenden Artillerie und Sec. Lieutenant v. Schilling den Rothen Adler-Orden 4ter Cl mit Schwertern. 8) Großh. mecklenb. Officiere: Oberst und Brigade-Commandeur v. Witzleben und Oberstlieut. v. Bernstorff den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit Schwertern; Oberstlieut. v. Nußbaum den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. mit Schwertern. — Ferner dem k. österr. Gen. Major Grafen Grünne den Rothen Adler-Orden 1ster Cl., dem k. österr. Rittm. Grafen Soltyk den Rothen Adler-Orden 3ter Cl.; dem Land-Dechanten und Schul-Inspector Leisten zu Medebach den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife; dem bisherigen ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät zu Breslau, Dr. Kutzen, und dem Superintendenten und Dom-Prediger Dr. Niemeyer zu Halle den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem Postmeister Wesener in Horneburg den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem Landrath v. Bojanowsky und dem Just. Rath Fr. A. Tr. Mühlbach in Stettin den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife; dem Ober-Landesger. Dir. a. D. v. Renesse zu Hamm den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem k. russ. Cornet v. Meyendorff den Rothen Adler-Orden 4ter Cl. mit Schwertern; dem Superintendenten Carmesin zu Babbin, Reg. Bez. Stettin, den Rothen Adler-Orden 3ter Cl.; dem Ober-Hütten-Inspector Schirmeister zu Hegermühle den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife; dem Amtsrath Lüder zu Kalfenburg in Hannover den Rothen Adler-Orden 3ter Cl.; dem Notar Rieger zu Remscheid, dem Prediger Meyer zu Radensleben, Reg. Bez. Potsdam, dem Reg. Arzt Dr. Johanning und dem pens. Kreissecr. Conebruch den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem Handelsger. Präsidenten van Gulpen in Aachen den Rothen Adler-Orden 3ter Cl. mit der Schleife; dem Oek. Rath Caanitz, auf dem Friedrich-Wilhelms-Gestüt, den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem Bat. Arzt Dr. v. Gusnar den Rothen Adler-Orden 4ter Cl.

Fremdherrliche Orden erhielten: der General der Infanterie a. D., v. Hüser, das Großkreuz des k. österr. Ordens der eisernen Krone, und das Großkreuz des großh. hess. Ludewigs-Ordens; der wirkl Leg. Rath v. Savigny das Comthurkreuz 2ter Cl. des k sächs. Civilverdienstordens; der Graf O. v. Salm-Hoogstraeten den Orden vom hl. Grabe zu Jerusalem; der Major Lindow das Commandeurkreuz 2ter Cl. des großh. hess. Ludewigs-Ordens; der Major v. Katte das Commandeurkreuz 2ter Cl. des großh. hess. Verdienstordens Philipps des Großmüthigen, und das Ritterkreuz des k. österr. Leopold-Ordens; der Hauptm. v. Korth das Ritterkreuz 1ster Cl. des großh. hess. Ludewigs-Ordens; der Hauptm. Schultz I. und der Pr. Lieut. Graf v. d. Gröben den k. österr. Orden der eisernen Krone 3ter Cl.; der Gen. Lieut. v. Prittwitz das Großkreuz des kurf. hess. Löwen-Ordens; der Hauptm. v. Puttkammer das Ritterkreuz des Sachs. Ernest. Hausordens (vom Herzog von Sachsen-Meiningen).

Wissenschaft und Kunst. Basel. Der Pfarrer Dr. Schenkel in Schaffhausen, welcher die durch den Tod de Wette's erledigte Lehrstelle der Theologie in Basel erhalten hat, wird nicht nur ordentlicher Professor, sondern auch, obwohl jünger als die bereits dort angestellten Theologen, der erste Professor der theologischen Facultät. — **Marburg.** Der durch seine litterarischen Leistungen bekannte Physiolog, Prof. Ludwig, ist einem Rufe nach Zürich gefolgt. Durch den Austritt des Prof. Zais, welcher als Vorsteher an ein städtisches Hospital in Dresden gekommen, ist die Stelle eines Directors der chirurgischen Klinik erledigt. Privatdocent Dr. Knies ist Lehrer an der polytechnischen Schule zu Kassel geworden. — **Bonn.** Hr. General-Vicar Baudri in Köln ist wegen seiner Verdienste um Kirche und Staat und um Förderung der theologischen Wissenschaft honoris causa zum Doctor der Theologie creirt worden.

Todesfälle. Zu Biel verstarb Prof. Hattemer, bekannt durch seine Arbeiten für deutsche Sprache und Alterthümer (besonders als Herausgeber der Denkmäler von St. Gallen). — In Stuttgart, am 17 Nov., der Kanzlei-Director v. Mögling, 73 J. a.

(4637–38) **Festgeschenke für die reifere Jugend und für Erwachsene.**

Prof. Dr. K. Fr. Vorberg:
Die Dichter
des hellenischen Alterthums
in einer organischen Auswahl aus ihren Meisterwerken. 2 Bände. Geb.: 2 Thlr. od. 3 fl. 12 kr.; in Umschl. geb.: 2½ Thlr. od. 4 fl.; in Prachtbd. m. reicher Vergoldg.: 2⅔ Thlr. od. 4 fl. 24 kr.

Prof. Dr. K. Fr. Vorberg:
Die Dichter
des römischen Alterthums
in einer organischen Auswahl aus ihren Meisterwerken. 2 Bände. Geb.: 2 Thlr. od. 3 fl. 12 kr.; in Umschl. geb.: 2½ Thlr. od. 4 fl.; in Prachtbd. m. reicher Vergoldg.: 2⅔ Thlr. od. 4 fl. 24 kr.

Prof. Dr. K. Fr. Vorberg:
Die Prosaisten
des hellenischen Alterthums
in einer organischen Auswahl aus ihren Meisterwerken. 2 Bände. Geb.: 2 Thlr. od. 3 fl. 12 kr.; in Umschl. geb.: 2½ Thlr. od. 4 fl.; in Prachtbd. m. reicher Vergoldg.: 2⅔ Thlr. od. 4 fl. 24 kr.

Prof. Dr. K. Fr. Vorberg:
Die Prosaisten
des römischen Alterthums
in einer organischen Auswahl aus ihren Meisterwerken. 2 Bände. Geb.: 2 Thlr. od. 3 fl. 12 kr.; in Umschl. geb.: 2½ Thlr. od. 4 fl.; in Prachtbd. m. reicher Vergoldg.: 2⅔ Thlr. od. 4 fl. 24 kr.

Obige vier Werke, deren jedes für sich bestehend ein selbständiges Ganzes bildet, umfassen vereinigt unter dem Titel: „**Hellas und Rom.** Vorhalle des classischen Alterthums in einer organischen Auswahl aus den Meisterwerken seiner Dichter, Geschichtschreiber, Redner und Philosophen. Nach den besten vorhandenen Uebertragungen herausgegeben und mit fortlaufenden biographischen und literär-geschichtlichen Erläuterungen begleitet von Prof. Dr. K. Fr. Vorberg. Mit einem Vorwort von Johann Kaspar von Orelli in Zürich," — die gesammte Litteratur des classischen Alterthums im höheren Sinne des Wortes popularisirt.

Panorama der deutschen Classiker.

Gallerie der interessantesten Scenen aus den Meisterwerken deutscher Poesie und Prosa nach Zeichnungen deutscher Künstler in prachtvollsten Stahlstichen von Carl Mayer's Kunstanstalt, — und Auswahl des Schönsten und Anziehendsten aus den Meisterwerken deutscher Poesie und Prosa von Lessing bis auf die neueste Zeit. Herausgegeben durch die Professoren Ludwig Bauer und Albert Schott in Stuttgart. Zwei Bände. — Jeder Band von 48 Bogen Text und 24 Stahlstichen in schönem Quartformat ist für sich bestehend und einzeln käuflich. Preis geheftet: 3 Thlr. oder 4 fl. 48 kr.; in Prachtband mit reicher Vergoldung: 4½ Thlr. oder 7 fl. 12 kr.

Verlag von **Karl Göpel in Stuttgart.**

(4524) In allen Buch- und Landkartenhandlungen Deutschlands und des Auslandes ist zu haben (**Augsburg bei M. Rieger**):

Die 4te durch **Professor Dr. H. Berghaus** verbesserte und vermehrte Auflage vom

Handatlas der neueren Erdbeschreibung in 82 Blättern, herausgegeben von Dr. K. Sohr. 6 Thlr. 25 Sgr. od. 12 fl. 18 kr. — Dieser durch seine außerordentliche Billigkeit (**das Blatt 2 ggr. od. 9 kr.**) bekannte und stark verbreitete Atlas hat bereits die allgemeinste Anerkennung gefunden. Die Revision des Herrn Prof. Berghaus, welcher als Kartograph einen mehr als europäischen Ruf hat, gibt diesem Atlas einen erhöhten Werth, und jeder Sachkundige wird einräumen daß dieser Name die sicherste Bürgschaft für den Werth des Atlasses ist. **Für Zeitungsleser** ist es unstreitig der vollständigste, billigste und beste Handatlas. (Glogau, Verlag von C. Flemming.)

(4523) Werth- und prachtvolle, zu Festgeschenken besonders geeignet Werke, empfohlen von der M. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg, und vorräthig in allen Buchhandlungen:

Flügel, Dr., Vollständiges englisch-deutsches und deutsch-englisches Wörterbuch. Dritte mit mehr als 40,000 neuen Artikeln vermehrte Auflage. Ungebunden 14 Rthlr. oder 25 fl. 12 kr. Engl. cartonnirt 15 Rthlr. oder 27 fl.

Sporschil & Böttger, Vollständiges englisch-deutsches und deutsch-englisches Taschenwörterbuch. Broschirt. 1 Rthlr. 15 Ngr. oder 2 fl. 42 kr.

Dürr, das ewige Versöhnungsopfer. Ein Gebetbuch für katholische Christen. Mit 6 engl. Stahlstichen. 2 Rthlr. od. 3 fl. 36 kr. Mit 1 Stahlstich. 1 Rthlr. oder 1 fl. 48 kr.

Christus der Herr in Legenden und Gesängen deutscher Dichter. 9 Ngr. oder 33 kr.

Silbert, das Leben Mariä. Mit 8 großen herrlichen Stahlstichen. 1 Rthlr. 10 Ngr. oder 2 fl. 24 kr.

Eichendorff, J. Fr. v., Ueber die ethische und religiöse Bedeutung der neuern romant. Poesie in Deutschland. 1 Rthlr. 6 Ngr. oder 2 fl. 10 kr.

(4589) Folgende Werke (Verlag von D. Reimer in Berlin) sind zu bedeutend ermäßigten Preisen durch alle Buch- und Kunsthandlungen zu beziehen:

Cornelius, P. v., Darstellungen aus dem Lied der Nibelungen, gestochen von *G. Lips* und *H. Ritter*. 7 Blätter. Imp.-Folio. 12 Thlr.
Der frühere Preis war 30 Thlr.
Das Titelblatt apart 4 Thlr. (früher 10 Thlr.)

Pläne der Schlachten und Treffen, welche von der preussischen Armee in den Feldzügen der Jahre 1813, 1814 und 1815 geliefert worden sind. Herausgegeben vom königl. preussischen Generalstab. 15 Pläne. Imp.-Folio. Nebst 5 Heften Text (deutsch und französisch.) 12 Thlr.
(Früherer Preis 29 Thlr.)

[4627–28] Bei dem bevorstehenden **Weihnachtsfeste** empfehlen wir als zu Geschenken besonders geeignet:

Illustrirte Ausgabe
von
Reineke Fuchs
übersetzt von
J. W. v. Goethe.
Zeichnungen von
W. v. Kaulbach.

32 Bogen Text in 4. mit 24 Capitelanfängen und Ausgängen in Holzschnitten.
37 größere und kleinere Stahlstiche, gestochen von R. Rahn und A. Schleich.

Preis des vollständigen Werkes in zwölf Lieferungen:
geheftet in Umschlag, Abdrücke auf weißem Papier 16 fl. rhn. oder 9 Rthlr. 18 Ngr.
" " " " chines. " 24 fl. rhn. " 14 " 12 "
Prachtvoll in rothen Maroquin gebunden mit Goldschnitt 21 fl.
" in blauen oder grünen Maroquin gebunden mit Goldschnitt 23 fl. 30 kr.

Liter.-art.- Anstalt der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

[4557] **Größere antiquarische Werke,**

zu haben in der Paul Halm'schen Antiquariatsbuchhandlung in Würzburg.

Naturgeschichte der 3 Reiche von Bischoff, Blum, Bronn, Leonhard, Voigt u. s. w. 94 Liefergn. m. Atlas. brosch. (statt 47 fl.) 30 fl. — Rokitansky, Handbuch d. patholog. Anatomie 3 Bde. br. 22 fl. — Fuchs, Lehrb. d. speciell. Nosologie u. Therapie. 4 Bde. geb. (statt 27 fl.) 18 fl. — Schreber, die Säugethiere in Abbildgn. nach der Natur m. Beschreibungen, fortgesetzt von Goldfuß. 1—69s Heft theils geb. theils brosch. Colorirte Ausg. (statt 718 fl.) 30 fl. — Linné systema vegetabilium, ed. XVI. cur. Sprengel. V tomi, in Halbfrz. geb. neu (statt 35 fl.) 12 fl. — Sprengels Gesch. d. Arzneikunde. 3te Aufl. 6 Halbfrzbde. nebst 2 Bänden der Gesch. d. Chirurgie, zusammen 8 Bde. (statt 45 fl.) 10 fl. — Pet. Frank, Grundsätze üb. d. Behandlung d. Krankheiten d. Menschen. 3te vollständ. Ausg. in 9 Hldfrzbden. (statt 21 fl.) 9 fl. 30 kr. — Halle, Magie od. Zauberkräfte d. Natur 16 Bde. m. 2 Kpfrbden. in 4. 6 fl. — Coopers sämmtl. amerikan. Romane, übersetzt von Tafel, Kolb, Mauch rc. Schillerausg. in 22 Bden. mit Stahlst. geb. (statt 38 fl.) 22 fl. — Boz's sämmtliche Werke, übers. von Kolb m. Federzeichngn. engl. Künstler. Taschen-Ausg. in 85 Bdchen. theils geb. theils br. (statt 26 fl.) 13 fl. 30 kr. — Dante Alighieri's göttl. Komödie, übers. m. Anmerkgn. von Prinz Johann, Herzog zu Sachsen. 2te Aufl. m. Kpfrn. u. Karten von Retsch. Prachtausg. vollständig in 3 Quartbänden; unaufgeschn. (statt 40 fl.) 21 fl. — Wielands sämmtl. Werke. Neueste Orig.-Tasch. Ausg. in Schillerformat in 36 Bden. Prachtexemplar in Hldfrzbden. 24 fl. — Böttigers Weltgesch. in Biographien. 8 Bde. Hldfrzbd. (statt 28 fl.) 13 fl. 30 kr. — Wachsmuth, das Zeitalter der Revolution. Gesch. d. Fürsten und Völker Europa's seit Friedrich d. Gr. 4 Bde. 1848. br. (statt 15 fl.) 10 fl. — Birch, Leben und Wirken Louis Philipps. 2 Bde. br. (statt 8 fl.) 3 fl. — Cantacuzeni historiar. libri IV. gr. et lat. cur. L. Schopeni. III tomi (ex bibl. Byzantin.) br. (statt 20 fl.) 8 fl. 30 kr. — Gumpelsheimer, Chronik von Regensburg. 4 Bände. mit Abbildgen. br. (statt 1[illegible] fl.) 4 fl. 48 kr. — Glücks Pandekten, fortgesetzt von Mühlenbruch. 43 Bände. u. 3 Registerbände. (statt 130 fl.) 50 fl. — Luthers sämmtl. Schriften u. Werke, herausg. v. Walch. Schönes Ex. in 24 geb. Quartbden. (statt 100 fl.) 66 fl. — Stolbergs Geschichte d. Religion Jesu, fortges. v. Kerz. 45 Bde. u. 3 Registerbde., theils geb. theils br. (statt 96 fl.) 50 fl. — Okens Naturgeschichte m. Bilderatlas in Folio. br. (statt 78 fl.) 33 fl. — Pierers Universalconversations-Lexikon. Neueste Ausg. in 34 Bden. auf Velinpap. m. Atlas in Folio. Neues Exempl. in prachtvolle Halbfrzbde. geb. (statt 70 fl.) 44 fl. — Meyers Universum. 7 Foliobände mit 336 Stahlst. eleg. geb. (statt 35 fl.) 14 fl. — Langenbeck anatom. Atlas in Imper.-Folio. 8 fasciculi m. 173 Tafeln. (statt 126 fl.) 55 fl. — Zach monatl. Correspondenz z. Beförderung der Erd- u. Himmelskunde. 14 Bde m. Kpfrn. 7 fl. — Bode astronom. Jahrbuch. 27 Jahrgänge. 10 fl. 48 kr. — La Lande connaissance des temps, à l'usage des astronoms et navigateurs. 27 volumes. 10 fl. 48 kr. — Hansiz Germania sacra. 2 tomi. fol. unbeschn. 5 fl. — Chronicon Gotwicense. 2 tomi. fol. c. tab. et chart. schönes Ex. 13 fl. — Langsdorf ausführliches System der Maschinenkunde. 4 Quartbde. m. Atlas v. 112 Tafeln in Folio. (60 fl.) 10 fl. — La Lande astronomie. Pariser Ausg. in 3 Quartbden. m. Kpftfln. 5 fl. 24 kr. — Hell ephemerides astronom. V tomi. 3 fl. 30 kr. — Henke allgem. Geschichte d. christl. Kirche, herausg. v. Vater. 5te Aufl. 7 Bde. (statt 24 fl.) 5 fl. 24 kr. — Corpus jur. civil. c. comment. Accursii, Contii, Gothofredi, Brossei, Cujavii et Hennequino. V tomi in folio. Ludg. et Antverp. 13 fl. 30 kr. — Kugler, Handb. d. Kunstgeschichte 2te v. Burkhardt vermehrte Aufl. 1848. eleg. Hlbfrzbd. 6 fl. — Wochenblatt d. landwirthschaftl. Vereins für Württemberg, redigirt v. Riecke u. Schwerz. Jahrg. 1834—1848 in 18 Quartbden. m. Abbildgn. 8 fl. 6 kr. — Held u. Corvin illustr. Weltgeschichte 1—64. Heft. br. 11 fl. — Zeitschrift f. Civilrecht u. Proceß v. Linde, Marezoll rc. 20 Bde. alte, 6 Bde.; neue Folge 26 Bde. (statt 90 fl.) 36 fl.

[4546] Billigste Jugendschriften in neuen Ausgaben bei J. L. Lotzbeck in Nürnberg erschienen und in allen Buchhandlungen (Augsburg Matth. Rieger) zu haben:

Gutes und Schönes, was die liebe Mutter ihren kleinen Töchtern erzählt. Von H. Müller. 8. 142 Seiten, mit 6 illuminirten Kupfern, gebunden 10 Sgr. oder 36 kr.

Das Kinderbuch zum Lernen und Vergnügen mit leichten Geschichtchen und Lehren rc. Von H. Müller. 8. 204 Seiten, mit 4 illuminirten Kupfern. Gebunden 10 Sgr. oder 36 kr.

Kinderleben. Erzählungen freudiger und trauriger Begebenheiten aus demselben. Von C. W. Weiße. 8. 194 Seiten, mit 4 illum. Kupfern. Gebunden 10 Sgr. oder 36 kr.

Unterhaltungen für Geist und Gemüth kleiner Mädchen. Von C. W. Weiße. 8. 136 Seiten, mit 12 illum. Kupfern. Gebunden. 12 Sgr. od. 42 kr.

Unterhaltungs- und Belehrungsbuch. Von Dr. J. A. Müller. 8. 164 Seiten, mit 5 illum. Kupfern. Gebunden. 10 Sgr. oder 36 kr.

Die Werkstätte. Galerie der vorzüglichsten Künstler und Handwerker. Von C. G. Herrmann. 8. 56 Seiten. Mit 36 illum. Kupfern. Gebunden. 15 Sgr. oder 48 kr.

[4584] Im Verlage von A. Marcus in Bonn ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Lehrbuch der chemischen u. physikalischen Geologie

von **Gustav Bischof.**

Erster Band und zweiten Bandes erste bis dritte Abtheilung.

114 gr. Octavbogen mit 2 lithogr. Taf. und 22 in den Text gedr. Abbildungen.

Preis 9 Thlr.

Dieses wichtige Werk schreitet seiner Vollendung entgegen. Der Rec. in der Berl. litterar. Zeitung Nr. 91 v. 1847 nennt dasselbe: „eine der wichtigsten Erscheinungen der neuern Litteratur" und „ist vollkommen überzeugt dass nur der hier bezeichnete Weg der experimentellen physikalischen und chemischen Forschung und die sorgfältige Kenntniss des Vorkommens der Mineralkörper zu einem wahren Fortschritt in der Geologie führen kann." — Berzelius sagt darüber: „Ich habe dieses Werk mit dem grössten Vergnügen studirt. Es werden darin ganz neue Felder für das Nachdenken eröffnet, und je mehr man nachher darüber nachdenkt, desto wahrscheinlicher wird es dass der Verf. auf dem richtigen Weg ist; die reichhaltigen Beilagen von seinen zahlreichen eigenen Versuchen sind eine grosse Zierde seines Werkes." — C. F. Naumann sagt in seinem Lehrbuch der Geognosie I. Bd. 2. Abth., Leipzig 1849 S. 422. 423: „Schönbein forderte mit Recht dass eine vergleichende Geochemie geschaffen werden müsse, ehe die Geognosie zur Geologie (d. h. Geogenie) werden könne, dass ein Mann kommen müsse der für die geologische Chemie das ist, was Cuvier für die Anatomie der fossilen und lebenden Thierwelt, was Newton für die Astronomie war." Nun, dieser Mann dürfte jetzt gekommen seyn; Gustav Bischof hat uns dieses neue Gebiet der Wissenschaft eröffnet in seinem vortrefflichen Werke: Lehrbuch der chemischen und physikalischen Geologie, welches ein wahres Organon der Geochemie zu werden verspricht.

[4580] **Neue Jugendschriften.**

Im Verlage von Joh. Urban Kern in Breslau sind erschienen:

Die gesellige Kinderwelt.

Enthaltend: 80 Kinderspiele, 100 Pfänderauslösungen, 40 Schnellsprechsätze, 150 Sprichwörter, 110 Räthsel, 120 Räthselfragen, 10 Orakelfragen mit 300 Antworten, 30 Erzählungen, ferner launige Geschichtchen, Declamationen und Kunststücke, für die Jugend bearbeitet

von

Gustav Fritz.

12 Bogen. Taschenformat. Preis 15 Sgr.

Figuren-Theater.

Eine Sammlung von kleinen Vorstellungen für Kinder, mit Figuren leicht ausführbar.

Von G. Fritz.

Erstes bis fünftes Bändchen (Das Gespenst im Wirthshause — Das Raubschloß — Das Leibgericht — Der Pachter rc.)

Preis für jedes Bändchen à 8 Sgr.

Eine mannichfaltige Sammlung von Puppenspielen, wie sie bis jetzt noch nicht existirte, für Kinder gewiß eine willkommene Gabe, auch als Lesebuch angenehm unterhaltend.

Koch, Rosalie, Maiblümchen, Erzählungen für die Jugend $11\frac{1}{4}$ Sgr.

— — Der kleine Savoyarde $7\frac{1}{2}$ Sgr.

— — Gelegenheitsgeb. f. d. Jug. 10 Sgr.

Osten, Mary. Frühlingsblüthen, Erzählungen für die Jugend 10 Sgr.

[4566] **Für Auswanderer**

sind erschienen und in allen soliden Buchhandlungen zu erhalten:

Tr. Bromme's Hand- und Reisebuch für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika rc. 6te Aufl., mit trefflicher Karte. geb. Preis 2 fl. 24 kr. od. $1\frac{1}{3}$ Rthlr. — **II. Tr. Bromme's Wegweiser für Einwanderer** und Reisende in den Vereinigten Staaten rc. mit Karte. 1 fl. 12 kr. od. 20 Sgr. — **III. Reisekarte** der Vereinigten Staaten rc. 42 kr. od. 12 Sgr. — **IV. Gottheil's, englisches Taschenwörterbuch für Auswanderer** 2 Thle. 1 fl. 12 kr. od. 20 Sgr. — **V. Gottheil, Amerikanischer Dollmetscher für Auswanderer,** Handbuch der englischen Sprache. 5te Aufl. 24 kr. od. $7\frac{1}{2}$ Sgr. — **VI. Büttner, der Staat Ohio für Einwanderer** beschrieben. 54 kr. od. $\frac{1}{2}$ Rthlr. — **VII. Büttner, die Verfassung der Vereinigten Staaten,** sowie die der einzelnen Staaten. 27 kr. od. $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Aus dem Verlag der
Buchner'schen Buchhandl. in Bayreuth.

[4565] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Reisen in den Niederlanden

von

J. G. Kohl.

Preis für 2 Bde. 8. brosch. 4 Thaler.

[4615] Beim Herannahen der heil. Weihnachtszeit empfiehlt die Krüll'sche Univ.-Buchhandlg. in Landshut die in ihrem Verlage erschienenen Werke:

Vilsecker, Fr. Jos., ad matutinum in nativitate Domini. Editio nova chorali cantu. 2. Aufl. gr. 8. Eleg. geb. $11\frac{1}{4}$ Ngr. oder 36 kr. rhn.

— — **ad laudes et ad horas** in nativitate Domini. (Ein Nachtrag zu Obigem.) Geb. $3\frac{3}{4}$ Ngr. oder 12 kr. rhn.

Ferner erschien soeben im selben Verlage:

Meister, Dr., Elemente der ebenen u. sphärischen Trigonometrie. Eleg. geb. gr. 8. Preis 10 Ngr. oder 30 kr. rhn.

Unruh's Lehrbuch der Geometrie und Trigonometrie nebst ihren ausgedehnten Anwendungen auf die Lösung geometrischer Probleme; in 3 Theilen. 3te verbesserte und vermehrte Auflage. Herausg. von Prof. Kuhn. 8. Preis 1 Thlr. 27 Ngr. oder 3 fl. rhn.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen (Augsburg M. Rieger.)

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London; für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg; für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr. in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Dienstag — Nr. 345. — 11 December 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. München (der erſte Tag der Debatte über Judenemancipation. Hr. v. Berger. Die Schwurgerichtsſitzung. Graf Quadt); Karlsruhe (die Wahlen zum ErfurterReichstag); Thüringen (in Meiningen und Schwarzburg-Sondershauſen die Wahlen zum Volkshaus angeordnet); Bückeburg (ein preußiſcher Cenſor an die Spitze der Verwaltung berufen); Hannover (Hannover und Preußen. Das Budget bis Julius 1850 verlängert. Duckwitz und die Weſerzeitung dringen nun auf nochmalige Reviſion des Dreikönigsentwurfs); Braunſchweig (die Wahlen zum Erfurter Reichstag. Die Militärconvention mit Preußen nun zu Stande gekommen. Wahrung Hannovers dagegen); Bonn (die Hochſchule); Berlin (von Dänemark noch kein Schritt in den Friedensunterhandlungen erfolgt. Die deutſche Flotte. Zwiſt im Treubund); Erfurt (das Bundesſchiedsgericht); Wien (der Bankausweis und die Finanzlage. Dr. Bach. Die HH. v. Schönhals und Kübeck ſollen nun nach Frankfurt abgehen. Die öffentliche Meinung und die Kriegsgerüchte. Die „Preſſe“ ſuspendirt!); Salzburg (Beginn der telegraphiſchen Börſenmeldungen).

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Bitte für die Bedrängten und Geängſtigten).

Spanien. Die Königin endlich geſegneten Leibes.

Großbritannien. Gerücht von einer Spaltung im Cabinet; Hoffnungen der Protectioniſten. Reclamationen ungariſcher Flüchtlinge.

Frankreich. Zaatſcha im Sturm genommen. Die Abtheilung der Wahlbezirke nach Gemeinden. Roſtolan zurück. Preßproceß gegen E. Sue. Die Privatfinanzen des Präſidenten. Die legitimiſtiſche Verſchwörung.

Italien. Neapel (Roſtolan und Corcelles. Die Gefangenen. Der König nach Gaëta. Denunciationen); Verona (Feſtungsbauten).

Rußland und Polen. Der plötzliche Winter. Rückblicke auf die Cholera. Heilquellen in Sibirien. Die Lage der Grundbeſitzer. Finanzverlegenheiten. Truppenvermehrung in der Krim.

Oſtindien. Neue Poſt (alle verdächtigen Sikh-Häuptlinge feſtgenommen).

Datum der Börſen: Madrid 1; Paris, Amſterdam 7; Wien 8; Frankfurt 8; Augsburg 10 Dec.

Deutſchland.

Bayern. e **München,** 10 Dec. Der bayeriſche Geſandte bei der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft, Frhr. v. Berger, iſt von Bern hier eingetroffen. Da derſelbe zugleich am großh. badiſchen Hofe beglaubigt iſt, ſo wird er ſich von hier, wie man vernimmt, demnächſt auf ſeinen Poſten nach Karlsruhe begeben. Graf Quadt, bisher Geſchäftsträger am kaiſ. ruſſiſchen Hofe, iſt in Folge der bereits gemeldeten Miſſion des Staatsminiſters a. D. Grafen v. Bray in das Miniſterium einberufen worden. Unſere ſeit zehn Tagen eröffnete außerordentliche Schwurgerichtsſitzung, welcher im nächſten Monat bereits wieder eine ordentliche folgen wird, erregt fortwährend die größte Antheilnahme im Publicum. Der Zulauf der Menge, beſonders des weiblichen Geſchlechts, wie bei dem jüngſt verhandelten ausgezeichneten Fall eines Gatten-Mordverſuchs, iſt ungewöhnlich. Intereſſant iſt die von einem ſachkundigen Juriſten mitgetheilte Notiz daß — welcher Contraſt zu dem ältern Gerichtsverfahren in Bayern! — ſeit der Einführung des Schwurgerichts, ſeit faſt einem Jahr in ganzen Königreich noch kein Dieb freigeſprochen worden iſt.

|| **München,** 10 Dec. Die Verhandlung über die Judenemancipation hat heute in der Kammer der Abgeordneten begonnen, und fünf Stunden lang gedauert. Dem Vorſchlage des erſten Präſidenten folgend wird allgemeine und ſpecielle Debatte, da das Geſetz eigentlich nur einen Artikel hat, verbunden. Fünfzehn Redner ſind eingezeichnet. Römich ſpricht für den unveränderten Entwurf; ſeine Beweisführung nach den Grundſätzen von Billigkeit und Recht ſchließt er mit dem Ausdruck der Hoffnung daß die beſtellten Diener des Chriſtenthums mit Milde voranleuchten werden. Um dieſe Hoffnung gleich thatſächlich zu widerlegen, ſpricht Pfarrer Ruland $1\frac{1}{2}$ Stunden lang gegen den Entwurf. Die Verſchiedenheit des Stammes und des Charakters, das religiöſe Bewußtſeyn von der Errungenſchaft des Kreuzes läßt den heutigen Vorkämpfer der ecclesia militans in der Emancipation einen Volksmord erblicken. Frhr. v. Harold ſieht in dem Entwurf nur unabweisbare Gerechtigkeit, in den Bedenken dagegen nur die Frucht der Verfolgung. Abg. Fink iſt nicht principiell gegen das Geſetz, befürwortet aber aus „Nützlichkeitsgründen“ eine Modification, wonach in Gemeinden in welchen noch keine Juden wohnen, deren Aufnahme von der Einwilligung der Gemeindebehörde abhängen ſoll. Crämer erklärt ſich in einer glänzenden und warmen Rede aus religiöſen und politiſchen Gründen für den Entwurf, und appellirt, unter großem Beifall, an den chriſtlichen Sinn, namentlich der HH. Geiſtlichen und Lehrer. Sepp hält eine Emancipation der Chriſten von den Juden, namentlich von den Gläubigern, für nöthiger; er nimmt ſeine Belege ominöſer Weiſe aus dem Heidenthum, dem Mittelalter und der Türkei, und ſchließt, indem er die Chriſten ſchon geopfert ſieht, damit daß er vor allem eine Judennotablenverſammlung wünſcht, durch welche die Emancipation factiſch und rechtlich ermöglicht werde. Schließlich befürwortet Miniſter v. d. Pfordten den Entwurf; er beweist die Nutzloſigkeit der privatrechtlichen und die Grauſamkeit der polizeilichen oder familienrechtlichen Ausnahmsbeſtimmungen; die politiſchen müſſen conſequenterweiſe fallen, da Juden Abgeordnete und Geſchworne werden können. Ein Zuſatz wie der Finks ſey unnöthig, könne aber zur Sicherheit angenommen werden. Um 3 Uhr wird die Sitzung geſchloſſen, morgen fortgeſetzt.

— **München,** 10 Dec. Es machte heute einen wohlthuenden Eindruck den Miniſter v. d. Pfordten unter den Vorkämpfern für die Gleichberechtigung eines Volks zu erblicken das von Jahrhundert zu Jahrhundert mißhandelt wurde, und das unterm Fuß zu halten man auch jetzt noch nicht ablaſſen will. Humanität gegen Flüchtlinge, auch wenn ihnen das Blut ihrer Thaten noch an den Kleidern klebt, iſt der Ruf des Tages; aber die geflüchteten Trümmer eines heimathloſen Volks, aus welchem Chriſtus der Herr hervorgegangen, zu verfolgen, zu höhnen und zu quälen machte man ſich in Deutſchland während eines langen Jahrtauſends nie ein Gewiſſen. Auf deſſen Wundenmale welche die Unduldſamkeit ihm geſchlagen, zeigt man triumphirend, und gebraucht ſie zu neuen Anklagen, als ob nicht dieſe den Nationalcharakter der Juden zeichnenden Narben die härteſten Anklagen des eigenen Verfahrens wären. Fürſt Pückler ſagt einmal: ich kann keinem gebildeten Juden in die Augen ſehen, ohne vor mir ſelbſt zu erröthen wegen des grauſamen Drucks den wir gegen ſie geübt. Wir ſind begierig ob die Repräſentanten des bayeriſchen Volkes auf die Seite des befreienden Rechts oder der fortdauernden Bevormundung treten, die bis jetzt zu nichts gedient hat als die Juden als das zu erhalten was ſie in ſolcher Lage werden mußten — die Schmarotzerpflanzen unſeres Luxus und unſrer Bildung.

Gr. Baden. * **Karlsruhe,** 9 Dec. Das morgende Regierungsblatt wird uns die Verordnung bringen über die Wahlen zu dem Erfurter Reichstag, oder Parlament, oder welchen Namen ſonſt die beabſichtigte Verſammlung haben wird. Allein über den Zeitpunct der Wahlen, darüber ob während derſelben der Belagerungszuſtand aufgehoben ſeyn wird, beſagt die Verordnung ebenſowenig als es bezüglich der Ergänzungswahlen für den in Ausſicht geſtellten badiſchen Landtag der Fall geweſen. Dieſe Unſicherheit, dieſes ſichtbare Vermiſſen jedwedes haltbaren Stand- und Stützpunktes abſeiten der Regierung iſt der wahre Fluch unſerer Zuſtände. Das Volk ſey gleichgültig, ſagt man, ermattet, die „Wühler“ fänden einen nur zu ſehr aufgelockerten Boden. Es mag wahres an der Behauptung ſeyn, aber ſie umfaßt nicht die ganze Wahrheit. Man hat es leider bei uns noch nicht verſtanden die unerläßliche geiſtige Wechſelwirkung zwiſchen Volk und Regierung wieder herzuſtellen oder mindeſtens wieder einzuleiten, und will ſich nun über Gleichgültigkeit wundern! Das Volk iſt ermattet! Ja man iſt zielloſer Anſtrengungen müde, ſehr müde. (Das verunglückte Ringen nach der "Reichsverfaſſung" hat die Kräfte gewaltiger-

schöpft.) aber man stelle ein neues, sichtbares, erreichbares Ziel auf, und man wird die alte Spannkraft bald wieder wahrnehmen. Erfurt allerdings kann ein solcher Punct nicht seyn, es ist höchstens eine Station auf weit ausgreifender Bahn. Dennoch führt hier die einzige, dermalen noch offene Straße durch, und es wird nur einiger Anstrengung der wahren Freunde des Vaterlandes bedürfen um gute Wahlen für diese vielleicht verhängnißvolle Versammlung deutscher Abgeordneten herbeizuführen. Das badische Volk hat erfahren daß seine Freunde und Feinde im eigenen Hause zu treffen seyen; es wird auch gelernt haben daß für seine Erhaltung kein anderer einstehe.

Thüringen. Das Meininger Regierungsblatt vom 1 Dec. veröffentlicht das Gesetz über die Wahlen zum Volkshaus. In Schwarzburg-Sondershausen und in Schwarzburg-Rudolstadt sind gleichfalls die Wahlen zum Erfurter Reichstag angeordnet worden.

F. Lippe. **Bückeburg.** Die von den Zeitungen gemeldete Berufung des preußischen geheimen Justizrathes Baron v. Lauer-Münchhofen an die Spitze der lippe-bückeburgischen Landesverwaltung hat in Berlin nicht geringes Aufsehen gemacht. Dieß Aufsehen erklärt sich leicht, wenn man weiß daß Hr. v. Lauer vor dem März 1848 als allzu illiberaler Censor seiner Functionen als solcher enthoben wurde. (Weser Ztg.)

H. Braunschweig. ☉ **Braunschweig,** 4 Dec. Die demokratische Partei in Preußen, heißt es, ist unschlüssig ob sie, dem eigenen Beispiel getreu dessen Früchte sie jetzt in der Verstümmelung der Brandenburg-Manteuffel'schen Verfassungsfreiheit erntet, die Wahlen zum Erfurter Reichstag verweigern soll, oder nicht. Unsere braunschweigischen Demokraten sind über ähnliche Bedenken rascher hinweggekommen, sie haben sich in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung des Volksvereins stehenden Fußes zu dem Beschlusse des Nichtwählens geeinigt; das heißt der Volksverein hat wie immer zu dem Vorschlag seines Vorstandes ohne Widerspruch ein einstimmiges Ja gesagt. Hätte man ihm das Gegentheil vorgeschlagen, so würde er mit einem nicht minder einstimmigen Ja geantwortet haben, wie es denn überhaupt kein Beispiel gibt daß ein von dem Präsidententische des Volksvereins ausgegangener Antrag nicht einstimmig angenommen, und ein von jener Stelle aus bekämpfter Antrag nicht ebenso einstimmig zurückgewiesen worden wäre. Die Reichstagswahlen werden überhaupt in unserm Ländchen allem Anschein nach ohne besondern Eifer betrieben werden, denn so gern die große Mehrheit unserer Bevölkerung die Dreikönigs-Verfassung, in Ermanglung einer andern, in Wirksamkeit treten sähe, so fehlt doch noch immer fast überall das Vertrauen auf die Beharrlichkeit der preußischen Regierung. Obgleich wir das Mißtrauen gegen die Ausdauer der deutschen Verfassungspolitik des Cabinets von Potsdam keineswegs für ungerechtfertigt halten können, so können wir es doch durchaus nicht billigen daß man so handelt als ob man an dem gewünschten Erfolg von vornherein verzweifelte. Es ist unwahrscheinlich allerdings daß der Erfurter Reichstag große Ergebnisse liefere, auf der andern Seite aber ist es wenigstens möglich daß er für die Verfassungsfrage nicht nur, sondern für die nächste Zukunft Deutschlands überhaupt eine unermeßliche Bedeutung gewinne, und diese Möglichkeit muß unserer Meinung nach die ganze Haltung der Parteipolitik ihm gegenüber bestimmen. Man denke sich den Fall daß die Gerüchte von einer Einsprache Oesterreichs sich bewähren, man nehme zugleich an daß Preußen diese Einsprache beharrlich zurückweise, man vergegenwärtige sich die möglichen Folgen eines solchen unheilvollen Conflictes, und man wird leicht gewahr werden daß der Erfurter Reichstag unter jenen Voraussetzungen — deren Eintreffen der gute Stern Deutschlands abwenden möge — zu einer sehr großen Rolle in der Geschichte unserer nächsten Zukunft berufen seyn würde. Darum halten wir es für die Gewissenspflicht eines jeden Patrioten den Wahlen nach Erfurt das volle Interesse zu widmen, welches einer Versammlung gebührt die das Schicksal Deutschlands in ihre Hände bekommen kann. Die Nichtbetheiligung bei den Wahlen würde von einem gewissen politischen Standpunkt aus immerhin mit jener Pflicht vereinbar scheinen, wenn es überhaupt in der Macht der Parteipolitik läge das Zustandekommen des Erfurter Reichstags zu verhindern. Da aber weder Demokraten, noch Großdeutsche, noch Stockpreußen den Reichstag jetzt mehr vereiteln können, so werden sie ihrer eigenen Sache untreu wenn sie nicht alle Kräfte aufbieten um zu bewirken daß derselbe so viel als möglich im Sinne ihrer politischen Ueberzeugung beschickt werde. Thui jede Partei das ihrige, so wird der Erfurter Reichstag trotz des octroyirten Wahlgesetzes sicherlich der getreue Ausdruck der Gesinnungen werden welche in denjenigen Theilen Deutschlands herrschen aus welchen er beschickt wird. Und daß nicht eine verfälschte Volksvertretung in Erfurt zusammenkomme, ist unter allen Umständen die Hauptsache. — In der heutigen Sitzung unserer Kammer begründete Hr. Hollandt einen neuen Antrag zu Gunsten Schleswig-Holsteins, dessen Annahme die Kammer verweigerte, weil sie die Nutzlosigkeit derselben voraussah. In der That wird durch solche Bezeugungen der Theilnahme für unsere Landsleute an der Eider nichts gewonnen, und es steht sogar zu befürchten daß durch häufige Wiederholung vergeblicher Manifestationen dieser Art das Volksgefühl mehr abgestumpft als angeregt werde. Wenn indessen die preußischen Kammern sich endlich zu einem kräftigen Ausspruch in der schleswig-holsteinischen Sache ermannen wollten, so würden wir denselben gleichwohl herzlich willkommen heißen, weniger weil wir eine unmittelbare Wirkung auf die Regierungspolitik von derselben erwarteten, als weil wir darin einen Beweis sehen würden daß wenigstens die Kammern in Berlin die Rolle begreifen welche Preußen durch seine Stellung in Deutschland und durch seinen Ehrgeiz angewiesen wird.

(Die Militärconvention zwischen Braunschweig und Preußen.) So eben ist nun auch zwischen Braunschweig und Preußen eine Militärconvention, wodurch die beiderseitigen Truppentheile in beiden Ländern völlig gleichgestellt werden, zum Abschluß gekommen und die darüber lautenden Ratifications-Urkunden ausgetauscht worden. Eine Zustimmung des Königs von Hannover, als des in Braunschweig erbberechtigten nächsten Agnaten, ist dazu nicht erfolgt, vielmehr hat man hier vernommen daß von Hannover ein Protest gegen die Gültigkeit dieser Convention über die Lebzeiten des Herzogs von Braunschweig hinaus in den nächsten Tagen hier eintreffen soll. (Wes. Ztg.)

In Hannover hat der Landtag dem Ministerium Stüve-Bennigsen eben ein Vertrauensvotum gegeben, indem er ihm das Budget auf sechs Monate verlängerte. Es ist also keine Aussicht daß dort die in der deutschen Frage eingeschlagene Politik so bald geändert werde. Bis jetzt waren von dem benachbarten Braunschweig und Bremen (Reichszeitung und Weserzeitung) an den Landtag die dringendsten Aufforderungen ergangen der Politik beizutreten, die wenigstens einen festgeeinigten Bundesstaat von der Ostsee bis zum Rhein mit 25 Millionen Deutschen verspreche. Das Mißtrauen gegen die preußische Politik, von so vielen Tagesereignissen genährt und von anderer Seite auch noch geschürt, überwog. Der hannoverische Landtag that keinen Schritt, und da man auch von den Landtagen von Württemberg und Hessen-Darmstadt sich nichts versprechen kann, und die oldenburgischen Stände die Hand von dem Bunde zurückgezogen haben, während der Protest des Königs von Preußen eine neue Brandfackel nach beiden Mecklenburg geworfen hat, wird man auch in den Hansestädten wieder unschlüssig. In Hamburg erwachte die Reaction gegen Preußen von dem Augenblick an als dem dortigen Weltgemeinwesen, das immer eine so gründliche Abneigung vor den Formen der preußischen Bureaukratie gehabt, ein preußischer Beamter als Lenker (Hansemann etwa) in Aussicht gestellt wurde. Für Bremen aber scheint die Haltung Hannovers und Oldenburgs entscheidend gewesen zu seyn. Dem von Hansemann kürzlich gegebenen Beispiel schließt sich der einstige Reichshandelsminister, der Bremische Senator Duckwitz an; auch er fordert jetzt in einer eigenen Schrift nochmalige Revision des Bundesverfassungsentwurfs, nachgiebige Verständigung mit den Staaten die sich bis jetzt ferngehalten, d. h. mit Bayern und Württemberg. Die Weserzeitung, die seit dem Tage von Gotha unermüdlich für das Zustandekommen des preußischen Bündnisses gekämpft, hält plötzlich an, da, so wie die Sachen sich gewendet, der Zweck eines deutschen Bundesstaats nicht erreicht, sondern nur Preußen vergrößert und die ihm beitretenden Staaten, ohne Garantie für ihr bereits errungenes Maß constitutioneller Freiheit, willenlos Berlin anheimgegeben wären. Dieß der kurze Inhalt ihres Leitartikels vom 8 Dec., von ihr „ein Wort zur Verständigung" genannt. Leider fehlen für diese Verständigung so gut als alle Anhaltspunkte: in Wien und Berlin spricht man mehr von der Marschbereitschaft der böhmischen Armee, als von einer friedlichen Förderung der Zwecke des Interims; die bayerischen Kammern und die württembergische Regierung drückten zwar die Hoffnung aus, bis jenes Interim abgelaufen, werde die Bahn zu Gründung der feierlich zugesagten Bundesverfassung geebnet seyn; aber diese Stimmen, denen man anhörte wie sie sich selbst nicht vertrauen, verhallen machtlos in der allgemeinen Wirrniß. Steigt diese mehr und mehr, so werden die redlichen Männer auf unsern deutschen Landtagen zu spät erkennen, daß man überall mehr den verbitterten Partei- und Stammesgefühlen, als dem sehnsüchtigen Wunsche des Volkes einen Ausweg aus diesem alten Labyrinth zu finden, Gehör gegeben.

Preußen. **Bonn,** 6 Dec. Die Gesammtzahl der hier Studirenden beträgt nach dem eben ausgegebenen amtlichen Verzeichniß 898. Darunter befinden sich 871 immatriculirte Studirende und 27 nicht immatriculirte Chirurgen, Pharmaceuten und Hospitanten. Die 871 Studirenden vertheilen sich in folgender Weise auf die verschiedenen Facultäten: in der katholisch-theologischen 215, in der evangelisch-theologischen 47, in der

juristischen 293, in der medicinischen 116 und in der philosophischen 200; der letztern gehören auch die Besucher der höhern landwirthschaftlichen Lehranstalt an. Unter den Studirenden befinden sich vier Prinzen: Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl, Prinz von Preußen; Friedrich August Georg, Herzog zu Sachsen; Leopold Friedrich Franz Nikolaus, Erbprinz zu Anhalt-Dessau, und Karl Günther, Erbprinz zu Schwarzburg-Sondershausen.

⁝ **Berlin,** 7 Dec. Während der vertraulichen Unterhandlungen über die schleswigische Frage zwischen der Statthalterschaft und der Krone Dänemark überfluthen Publicisten aus den Herzogthümern die Welt förmlich mit staatsrechtlichen Broschüren. Die besten derselben sind unstreitig die von Sammer, Lorentzen und Droysen, von denen der erstere in seiner „Ausführung der Berliner Präliminarien" entschieden für die Basis dieser Friedenspräliminarien kämpft. Noch hat Dänemark keinen Schritt gethan die Friedensunterhandlungen zu eröffnen, allein preußischerseits sind die Forderungen der Selbständigkeit Schleswigs bereits sehr scharf formulirt. Außer der besonderen Legislative will man das Finanz- und Schuldenwesen vollständig gesondert haben. Die schleswigische Armee soll ein besonderes Contingent unter schleswigischen Officieren bilden, und nicht aus dem Herzogthum versetzbar seyn. Die Flotte bietet eine schwierige Aufgabe, über deren Lösung man noch nicht im klaren ist. Auch die Verbindungsmittel mit Holstein sind bei weitem mehr ins Auge gefaßt als einer Ihrer Correspondenten von der Ostsee meint, der sie auf die Universität und den nexus socialis der Ritterschaft reducirt. Doch, wie gesagt, von Unterhandlungen darüber ist noch nicht die Rede, und es wird überhaupt erst davon die Rede seyn wenn die Vertrauensmänner in Kopenhagen sich über die Friedensbasis geeinigt haben werden. Territorialabtretungen, wie die der Insel Alsen und Arröe an Dänemark, dürften hier nun und nimmermehr zugestanden werden; ebensowenig hat man an eine Verleihung Holsteins und Lauenburgs an die Augustenburger Linie je gedacht. Mit Befremden hat man hier die Art und Weise bemerkt in der das Einlaufen eines Theiles der deutschen Flotte in Geestemünde, welches selbstverständlich Preußen sehr erwünscht seyn muß, von dem hannoverischen Ministerium und der Kammer behandelt worden ist. Es schien als ob man in Hannover darin eine feindliche Demonstration gegen Preußen erblicke, was um so unbegreiflicher ist als Preußens ganzes Bemühen darauf hinausgegangen war das Ueberwintern der deutschen Flotte in nichtdeutschen Häfen zu verhindern, zu welchem Zwecke es durch Hannover mit der früheren Centralgewalt unterhandelt hat.

Im Treubunde ist ein Schisma ausgebrochen, in Folge dessen sich zwei Treubünde mit Gott für König und Vaterland constituirt haben: der eine (ältere) unter dem Grafen Asseburg, der andere (neuere) unter dem Grafen Luckner. Die Mitglieder dieser Vereine haben gegenseitig einen größern Haß auf einander geworfen als auf die Demokraten, und beschuldigen sich der Reaction, der Treulosigkeit u. s. w. — Am Sonnabend hielt der Luckner'sche Treubund eine Sitzung im englischen Hause, als — wie man sich von jener Seite ausdrückt — der General von Malliczewsky „mit einer Horde Männer" erschien um die Sitzung zu stören und jeden für einen Verräther an König und Vaterland erklärte der noch ferner fortage. Der Professor Unzelmann berief sich jedoch auf das Versammlungsrecht, sowie auf die der Polizei gemachte Anzeige, „und warf dem General v. Malliczewsky den Verräther in den Rachen zurück." So erzwang man die Fortdauer der Sitzung.

Die Mitglieder des in **Erfurt** befindlichen Bundesschiedsgerichts, welche bis auf ihren Präsidenten in diesem Augenblick von genannter Stadt abwesend sind, wollen bis zum 12 d. M. wieder alle, verstärkt durch die beiden hessischen Mitglieder, worunter sich bekanntlich auch Jordan befindet, daselbst zusammenkommen.

Oesterreich. dl. **Wien,** 7 Dec. „Nichts, gar nichts hat sich bis jetzt bestätigt als das Recht des Mißtrauens welches die Metalle in die Höhe treibt und die Schuldverschreibungen des Staates discreditirt." So urtheilt die Presse nach dem letzten Bankausweis. Freilich behandelt das Journal seit Wochen schon den Finanzminister mit übertriebener Strenge, allein niederschlagend mußte der Bankausweis wirken, es war kaum anders zu erwarten. Der Baarfonds hat sich um 199,807 fl. vermehrt, der Notenumlauf um 3,757,924 vermindert. Dabei hat der Staat von der sardinischen Entschädigung 4,674,902 fl., von dem neuen Anlehen 27,138,798 fl. an die Bank gezahlt, also beinahe 32 Millionen. Dagegen werden die Schulden des Staates an die Bank unter verschiedenen Titeln (einer Masse die man jetzt zusammengeworfen) auf 97 Millionen angegeben. Die Presse will nun ausrechnen daß jene confundirten Posten nach dem frühern Bankausweis nur 56 Millionen betragen, allein da das Publicum auf eine demnächst erscheinende aufklärende Kundmachung verwiesen wird, so wollen wir heute noch nicht so rasch als die Presse auf eine Vermehrung der Staatsschulden um 41 Mill. schließen. Die Bedürfnisse des österreichischen Staates sind außerordentlich und die Ansprüche an den Staat überbieten sie noch vielfach. Es könnte ein Finanzminister vom Himmel kommen und er würde kein Procent vom Agio herabdrücken. Aber das ist das niederschlagende an dem Bankausweis daß wir jetzt die Ueberzeugung haben müssen daß der Stand der Valuta nicht ungewöhnlichen Ursachen, weder der Agiotage noch großen Bestellungen auf Zuckermehl im Auslande, wie man höchst naiv behauptet hat, zuzuschreiben ist. Die Börse selbst nach den Notirungen bis 2 Uhr hat das Resultat der Rechnungsvorlage nicht übel genommen. Heute hat auch die Generalversammlung der Pesther Eisenbahn das Anerbieten des Staates angenommen, und wie vortheilhaft es gewesen zeigt der Aufschwung der Actiencurse um 2 Procent. Es ist bekannt daß die österreichische Regierung nach und nach alle Bahnen erwerben will, wobei strategische Rücksichten hauptsächlich mit Veranlassung geworden. Eine neue Linie als Zweigbahn der Nordbahn wird von Oderberg nach Lemberg beabsichtigt. Heute Nacht um ein Uhr kam in der Maschinenfabrik am Tabor Feuer aus und sie brannte ganz nieder. Es ist die größte derartige Fabrik in Oesterreich, und der Verlust beträgt einige hunderttausend Gulden.

— **Wien,** 7 Dec. An Tagesnachrichten ist heute von hier kaum mehr zu berichten als gewöhnlich; das alte Wort: non semper arcum tendit Apollo läßt sich von der Poesie auch auf die Politik tragen. Nach den vielen auch inhaltschweren Nachrichten der letzten Jahre, deren rechtzeitige Meldung wochenlang Federn und Setzer nicht zu Athem kommen ließ, bietet uns jetzt die Geschichte des Heute nur ein langsam und zähe sich fortspinnendes Gewebe, von dem oft die Nacht löst was der Tag vollendet zu haben schien. Die eine Schattenseite läßt sich von der Ruhe um jeden Preis nun einmal nicht trennen, die Zeitungslectüre beim Kaffee wird für den Gutgesinnten immer uninteressanter. Wäre doch nur die orientalische Frage aus dem diplomatischen Gehege herausgetreten! Aber selbst hinten weit in der Türkei sollen die Völker nicht einmal auf einander schlagen. Darum muß nothgedrungen derjenige Theil der Presse welcher seinen Hauptstützpunkt in dem general reader findet, zu Feuilletonartikeln greifen, und so die Poesie, die freilich selbst die politischen Spalten nie ganz verläßt, als anregendes Mittel zur Theilnahme benutzen. Die Oesterr. Correspondenz widerspricht der von vielen Blättern mitgetheilten Nachricht über unruhige Bewegungen im Sandecer Kreise Galiziens. Ruhe und Ordnung seyen daselbst keinen Augenblick gestört worden. Das Abendblatt der Presse spricht von einem Gerücht, demzufolge der Minister des Innern in den Adelstand erhoben werden soll. Die Richtigkeit desselben dünkt uns jedoch sehr unwahrscheinlich. Die constitutionelle Monarchie bedarf allerdings des Adels, aber nur insoweit er die politisch anerkannte Repräsentation des innersten Staatsnervs, der großen Grundbesitzer, bildet. Der sogenannte Titel- oder Hofadel rangirt in ihr höchstens in der Classe der Decorationen. Wollte man aber gar in Oesterreich den alten Grundsatz festhalten, wie die Presse meint, „daß die obersten Stellen nicht von einem Bürgerlichen verwaltet werden können," so würde man damit der Wahrheit der Charte viel empfindlicher auf den Fuß treten als durch alle jene bisherigen gegen den Wortlaut der Verfassung verstoßenden Maßnahmen, für deren Verantwortung bei einer zu ertheilenden Indemnitätsbill die Minister vor dem künftigen Reichstag nur die exceptionellen Zustände des ganzen Landes anführen, können. Denn dadurch würde entweder der Reichstag verhindert seyn sich ein Majoritätsministerium zu bilden, so oft er dasselbe nicht mit lauter Titeladeligen besetzen kann, oder jeder Minister, selbst wenn er das Portefeuille auch nur für 24 Stunden in Händen hat (wie das denn wohl zu Zeiten kommen mag), wäre eo ipso Baron. Peel hat es bekanntlich abgelehnt in den englischen Adelstand zu treten, er kannte die Stellung die ihm als Repräsentant des englischen Bürgerthums im Staat durch die letzten Reformen zu Theil geworden war, zu gut um sich auf solche Weise mit ihr in Conflict zu setzen. Wir können jenem Gerücht keinen Glauben schenken. Dr. Bach mag als Devoritter den Baronstitel empfangen sollen, ohne daß damit jener obenerwähnte Grundsatz legalisirt wird. Gestern fand Vormittags ein feierliches Seelenamt zum Gedächtnisse der gefallenen Krieger in der Augustinerkirche statt. Se. Maj. der Kaiser, der Erzherzog Franz Karl, der Kriegsminister, Frhr. v. Heß und viele andere Notabilitäten wohnten der erhebenden Feier bei. Die Presse wiederholt aus Frankfurter Blättern das freilich unwahrscheinliche Gerücht daß Sachsen 6000 Mann an der böhmischen Gränze zusammenziehe. Die Fackelzüge des Volkes sind jetzt als Demonstration nicht mehr an der Tagesordnung, dagegen scheinen die Regierungen ihre diplomatischen Noten durch Truppendislocationen mit den lebhafteren Interpunctionszeichen zu versehen!

Die Oesterr. Correspondenz stellt folgende Betrachtungen über die Finanzlage an: „Der gestern veröffentlichte Bankausweis hat der

Wiener Oppositionspresse zu Beleuchtungen Anlaß gegeben, mit denen wir uns unmöglich einverstanden erklären können, da Befürchtungen darin enthalten sind die man bei einiger Unbefangenheit des Geistes als übertrieben zurückweisen muß. Namentlich wird dem Finanzministerium zum Vorwurf gemacht daß der Baarvorrath der Bank seit dem 30 Oct. mit Zuziehung der im Portefeuille der Bank vorfindlichen Wechsel auf fremde Plätze nur um 625,000 fl. gestiegen sey. Uns erscheint die erfreuliche Thatsache daß der Notenumlauf um 3,757,000 fl. fiel, als hinreichende Garantie daß die Besserung der Bankzustände, wie sie jetzt begonnen, auch künftighin fortschreiten werde. Das neueste Steigen des Baarvorraths zur Verminderung des Notenumlaufs verhält sich nach obigen Ziffern wie 1 zu 6; das Verhältniß des gesammten Baarvorraths zum gesammten Umlauf der Noten wie 1 zu 8. Es kommt folglich nur darauf an daß der begonnene Fortschritt eingehalten, und im Verhältniß der Mehrung des Baarfonds und der Verminderung der Notenwerthe von 1 zu 6 consequent fortgefahren werde, dann dürfte binnen doppelter Jahresfrist das richtige Verhältniß bei Zettelbanken, nämlich 1 zu 3 erreicht werden. Alle Aussichten sind vorhanden daß den beabsichtigten Operationen kein wesentlich störendes Hinderniß entgegentreten werde; der Weltfriede scheint sich auf dauernder Grundlage festzustellen; Italien, Ungarn sind pacificirt, und werden dem Staat neue reichlich strömende Steuerquellen bieten. Die im Umfang von ganz Oesterreich durchgeführte Grundentlastung wird die Mobilisirung und steigende Verwerthung des Bodens nothwendig veranlassen; wohlberechnete Staatsmaßnahmen müssen der Industrie und dem Handel binnen kurzem ungewöhnlichen Aufschwung verleihen. Die neueröffneten Finanzquellen, als z. B. die Einkommensteuer und dergleichen werden reichlichen Ertrag bieten; der Credit Oesterreichs welcher bis jetzt die gefährlichsten Proben bestanden, wird sich befestigen, und sey es daher auch im nächsten Augenblick unmöglich das Deficit zu beseitigen, so möchte nach unserem Dafürhalten binnen 2 bis 3 Jahren friedlicher Entwicklung der Zeitpunkt seyn wo die Einnahmen mit den Ausgaben des Staats in ein Gleichgewicht würden treten können. Es ist ein von allen Finanzkundigen anerkannter Satz daß die Gesammtziffer der österreichischen Schuld bei den unermeßlichen Hülfsquellen des Staats eine nichts weniger als unerträgliche sey. Es kommt eben nur darauf an die von der Natur gebotenen Schätze des Reichs zu heben. Wir haben nicht vergessen daß die Gegner Oesterreichs noch vor dem Jahr 1848 vorzugsweise die Finanzen zu ihrem Angriffspunkt gewählt hatten. Finstere Prophezeiungen wurden durch das Land gestreut, und der Umstand daß die Völker über den eigentlichen Stand der Finanzen geflissentlich in Unkenntniß gehalten wurden, trug nicht wenig dazu bei das Vertrauen zu untergraben, und die ängstliche Verheimlichung des Budgets gänzlich hoffnungslosen Verhältnissen zuzuschreiben. Das Jahr 1848 brach herein mit allen seinen Schrecknissen und Verwüstungen. Der tröstlichste Haltpunkt aller Gemäßigten war damals die Veröffentlichung der financiellen Ausweise; das Publicum hatte Gelegenheit zu erkennen daß die Wirthschaft des Staats, ungeachtet mancher verfehlten und zweckwidrigen Operationen, durchaus nicht so verwahrloset und zerrüttet war als es zu glauben geneigt war. Das Vertrauen in Oesterreichs Zukunft hatte einigen Ankergrund gefunden. Die nachfolgenden Krisen, der versuchte Abfall der schönsten und blühendsten Provinzen des Reichs, der Krieg im Innern und nach außen, schlugen den Finanzen schwere Wunden, die binnen wenigen Wochen nicht verharrschen konnten. Dessenungeachtet läßt sich die Periode in der wir jetzt leben, mit der des Jahrs 1815 kaum vergleichen. Damals war der Credit des Staats namenlos tief gesunken und das Deficit betrug beinah ²/₃ der laufenden Staatsauslagen. Damals bot sich keine Aussicht wie jetzt zur Besteuerung großer naturgesegneter Provinzen, und dennoch wäre es auch in jener Zeit bei einigermaßen zweckmäßiger Benutzung der vorhandenen Wohlstandsquellen leicht möglich gewesen die darauf folgenden dreißig Friedensjahre dergestalt zu benutzen daß sowohl das Deficit vermieden, als auch von den allzuhäufigen Anleihen Umgang genommen werden konnte. Solche Betrachtungen erscheinen zweckmäßig um das Vertrauen der Gemüther wach und rege zu erhalten, nur die größte Unbilligkeit mag begehren schon jetzt die Früchte dieses Vertrauens zu genießen. Der Vertrag welchen die Finanzverwaltung mit der Bank abgeschlossen, und wodurch alle Forderungen der letzteren an den Staat ihm in den mit 2 Proc. zu verzinsenden Betrag annullirt worden sind, wird demnächst dem Publicum vorgelegt werden. Unter jenen Forderungen sind 37 Millionen zu 4 Proc., 50 Mill. zu 3 Proc., 65 Mill. zufolge eines soeben abgeschlossenen Vertrags zu 2 Proc. zu verzinsen, und 40 Mill. ganz unverzinslich, was im Durchschnitt etwas über 2 Proc. Interessen beträgt. Dieser Vertrag wird, so hoffen wir, den Schlußstein einer Epoche, in welcher die Bank unstreitig die nützlichsten Dienst dem Staat erwies, und den Anfangspunkt weise geregelter Finanzverwaltung bilden, was freilich zum größten Theil von der Fortdauer des inneren und äußeren Friedens abhängt."

* Nach der Wiener Post vom 8 Dec. scheinen nun die HH. v. Kübeck und Schönhals doch abreisen zu sollen. Die Ministerwechselgerüchte scheinen bis jetzt, so wenig als bisher, von Bedeutung. *) Die öffentliche Meinung sprach sich entschieden gegen einen Krieg aus; besonders wollen die Slaven nicht daß Oesterreich an seine deutsche Stellung das Blut seiner Söhne setze. Auch in Deutschland würde solcher Bürgerkrieg verabscheut, aber aus andern Gründen als denen welche die Slaven hegen, die nichts lieber sähen als wenn Oesterreich ganz aus Deutschland schiede. Nur im Heere hört man kriegerische Stimmen — der bewegte Wellenschlag nach einem Sturme! Graf Olivier Bethlen ist nach Pesth gebracht worden um dort vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Das Journal die „Presse" ist, wie die Oesterr. Corresp. meldet, von der Militärbehörde suspendirt!

*) Die Presse spricht nämlich wieder von dem Eintritt des Grafen Colloredo-Wallsee.

* **Salzburg**, 9 Dec. Morgen Nachmittag wird unser Telegraph, vorausgesetzt daß kein physisches Hinderniß an der Drathleitung stattfindet, uns zum erstenmale die Curse der Wiener Börse anzeigen und damit täglich fortfahren. Wir werden demnach die Curse unserer Staatspapiere, statt wie bisher vom vorgestrigen Tage, an dem Tage der Wiener Börse selbst empfangen und nicht säumen dieselben ohne Verzug der Allg. Ztg. mitzutheilen,*) wenigstens so lange, bis die bayerische Telegraphenlinie sich an die österreichische wird angeschlossen haben, was in Bälde geschehen seyn wird. Freudige Stimmung und allgemeine Theilnahme in unserem schönen Salzburg brachte die Entschließung unseres constitutionellen ritterlichen Kaisers hervor, mit welcher dem Vorstand des hiesigen Gemeinderaths Hrn. Franz Xav. Späth die große goldene Medaille mit der Kette verliehen wurde. Späth gehört zu den Männern welchen im Ehrenbuche deutscher Biedermänner einer der vordersten Plätze gebührt.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 2 Dec. Ich habe zu Gunsten der vielen Tausende von minder Compromittirten plaidirt, über deren Häuptern annoch das Damoklesschwert schwebt; das Militärgericht ist einen Schritt weiter gegangen und hat den als mehrjährigen ersten Secretär Kossuths gravirten Stuller, den die Sage schon oft dem Henkerbeil verfallen wußte, ferner v. Tartal und die beiden Deputirten des Debrecziner Convents, Patay Jos. und Tezerédy der Freiheit wiedergegeben. Welch eine wohlthuende Differenz zwischen den jetzigen Urtheilen und den noch vor wenigen Wochen gefällten! Damals schien man vor den hervorragenden Bäumen den Wald nicht zu sehen, heute aber ist man zur Erkenntniß gelangt, hinter den Compromittirten stehe das ganze Volk. So sehr wir nun aber Ursache haben uns uns über diesen Meinungswechsel der entscheidenden Gerichte zu freuen, können wirs gleichwohl nicht unterlassen eben diese Gerichte wiederholt daran zu erinnern daß schon die Consequenz es erheischt dem großen Heer von Beamten und andern welche in minderem Grade durch Rath oder That der revolutionären Sache Vorschub geleistet, jede Sorge und Angst zu benehmen mit der sie in die nächste Zukunft blicken und von jedem folgenden Tag befürchten er werde sie vor Gericht laden und zur Verantwortlichkeit ziehen. Die nüchternste Beobachtung, wie sie uns hier in den bestgesinnten Kreisen, selbst bei Leuten entgegentritt denen Ruhe die erste Bürgerpflicht, lehrt welch herrliche Wirkung ein Act hervorrufen würde der Hunderttausende gepreßter Seelen von dem sie drückenden Alp befreien möchte. Die Regierung verfährt mit Milde, jedermann erkennt es an; sie will daß wir der Vergangenheit vergessen, wer möchte es nicht? Ist dieß aber möglich solange Furcht die Herzen beklemmt, solange der Bürger vor jeder Denunciation zittern muß, weil sie, im günstigsten Fall, ihn einer Untersuchungshaft von mehrern Wochen unterwirft? Die große Mehrzahl des Volks, ohne Verständniß für die politische Bedeutung der zur Ruhe gebrachten Bewegung, wünscht sich Glück zur Beendigung der Revolution; allein mit nicht geringerer Sehnsucht sieht sie dem Moment entgegen wo auch die Contrerevolution geschlossen wird. Und sie könnte es ohne alle Gefahr, da sowohl die Alt-Conservativen als die Radicalen heutzutage völlig unschädlich sind. Die erstern haben durchaus keinen Anhang, die letztern trauern am Grabe ihrer Hoffnungen und suchen ihren einzigen Trost in Kossuth- und Klapkamärschen. Nein, wahrlich der schwarzsüchtigste Oesterreicher wäre gegenwärtig außer Stand, selbst mit dem Plößl'schen Mikroskope, eine Klippe oder auch nur ein Sandkorn zu entdecken das dem energischen Wirken der Regierung ein Hemmniß bereiten könnte. Noch stehen Alt-Conservative und Radicale sich feindlicher als je gegenüber, und wären sie auch mächtiger als sie sind, sie würden einander neutralisiren; wer aber verbürgt diese Stimmung für die Dauer? Wie, wenn die Leiden beider Parteien sie einander nähern, und die Ketten welche man der freiern constitutionellen Bewegung des Landes anlegt, zur Brücke würden, welche die

*) Die Salzburger Post kommt in der Regel Nachmittags nach 1 Uhr nach Augsburg; wir können die Curse al o in der Beilage, die fast für alle Routen vorausgedruckt wird, mittheilen. Unsere Augsburger und Münchener Leser erhalten die Beilage Abends.

beiden extremen Parteien verbindet? Beim hiesigen Handelsstand erregt es einiges Befremden daß zu den Berathungen welche am 10 Dec. in der Hauptstadt bezüglich der Regulirung des Bank- und Finanzwesens ihren Anfang nehmen, keiner unserer Bankiers bisher eine Einladung erhalten. (Lloyd.)

Tarnopol, 4 Nov. (Aus dem Brief eines Württembergers an seine Eltern.) In Krakau begegnete ich dem Rest der russischen Truppen vom Komorner Cernirungscorps, etwa 12,000 Mann, welche aber nicht mehr so propre aussahen wie vor 7 Monaten beim Einmarsch. Auch ihr Benehmen, welches damals selbst Russenfeinde mit ihnen augenblicklich aussöhnte, hat sich bedeutend verändert. Während sie früher sehr artig waren, sind sie jetzt wild und roh. Mit unsern Weißröcken fangen sie überall Händel an und beschimpfen sie wo sie können. Das schändlichste ist aber wie die Bursche in Ungarn geplündert und geraubt haben; ganze Wagen, ja Karawanen geraubten Guts folgen ihrem Zug; Pferde, Esel, Schweine, Gänse, alles was man sich nur denken mag und was transportabel ist, mußte mit. Am fürchterlichsten ist aber daß sie ganze Truppe kleiner Kinder, ebenfalls geraubte, in ihren Reihen mitführen. Ich kaufte mit einem Bekannten in Krakau einem Russen solch einen kleinen Ungar, der mir besonders gefiel, um 3 fl. ab, und er ist nun bei diesem Kunden von mir, wo er es gut hat, und mit der Zeit, wenn er will, etwas lernen kann. Auffallend ist die Sympathie welche die Russen für die Ungarn kundgeben, sie singen stets ihre Revolutionslieder, und die Musikchöre spielen ungarische Weisen. (Württ. Z.)

Spanien.

Der Pariser Constitutionnel meldet: „Unsere Regierung hat soeben durch den Telegraphen die amtliche Ankündigung erhalten von der Schwangerschaft der Königin Isabelle; sie ist durch die Madrider Gaceta vom 1 Dec. bekannt gemacht. Spanischer Etiquette gemäß erfolgt eine solche officielle Kundmachung erst im dritten Monat der Schwangerschaft. Königin Isabelle ist am 10 Oct. d. J. neunzehn Jahr alt geworden."

Großbritannien.

London, 6 Dec.

Die Beisetzung der Königin-Wittwe in der königlichen Gruft der St. Georgscapelle auf dem Windsorschloß wird am 15 Dec. stattfinden. Die Leiche ist in einem dreifachen Sarg eingeschlossen: der innerste ist von spanischem Mahagony, der mittlere von Blei, und nach einer neuen Methode hermetisch verschlossen; der äußerste wieder von Mahagonyholz und mit weißem Taffet überzogen, worüber eine reiche Sammetdecke ruht. Man ist in diesem Falle zum erstenmal von der alten Sitte der Aussetzung auf dem Paradebett abgegangen.

Der toryistische Standard schreibt: „Das Gerücht vom wahrscheinlichen Austritt der Lords John Russell, Lansdowne und Palmerston aus dem Cabinet wird mit vermehrter Zuversicht wiederholt. Es unterliegt, glauben wir, keinem Zweifel daß die letzten Cabinetsberathungen sehr stürmisch waren, sowie sie auch ungewöhnlich häufig vorkamen (erst gestern fand wieder eine statt), und ebenso wenig Grund hat man zu zweifeln daß der Vorschlag der Landwirthschaft wieder einigen Schutz zu gewähren, und zwar in der Form eines fixirten Kornzolles, der Anlaß des Streits war. Sir Robert Peel, hört man, hat sich bemüht eine Wiederversöhnung unter den veruneinigten Ministern herzustellen; er selbst neigt natürlich zur Cobden'schen Section. Indessen schließt man aus seiner plötzlichen Abreise nach seinem Landgut Drayton Manor (Staffordshire), und aus der Stimmung worin er die Hauptstadt verlassen, daß seine Bemühungen fruchtlos gewesen. Daß im Cabinet eine Spaltung obwaltet, ist gewiß." Eben dieses Gerücht läuft, obwohl in weniger bestimmter Fassung, durch mehrere andere Journale der conservativen und der unabhängig liberalen Partei; allein es steht zu erwarten daß der Globe in seiner nächsten Nummer, wie schon öfter in diesem Fall, feierlich widersprechen wird. Gewiß ist daß die Protectionistenpartei im ganzen Lande sich mit der Hoffnung schmeichelt daß in der nächsten Session ein Rückschritt der Freihandelspolitik in ihrem Interesse erfolgen werde.

Die Londoner Blätter der letzten Tage enthielten mehrere Reclamationen ungarischer Officiere: 1) Oberstlieutenant Alexander Asboth, vormaliger Adjutant Kossuths, klagt in einer Zuschrift an die Times d. d. Widdin, 1 Nov. über die vielen Beschuldigungen in diesem Journal gegen ungarische Flüchtlinge, und gegen Kossuth insbesondere. Er, außer dem Grafen Casimir Batthyany der einzige Begleiter Kossuths bei seiner Wegreise von Arad am 18 Sept., erzählt: „Hr. Kossuth hatte bei seiner Abreise 1000 Ducaten in seinem Besitz. In Mariaradna kam Hr. Duschek, der Finanzminister, zu uns, der von ihm Instructionen zur Verfügung über die auf 500,000 fl. geschätzten 90 Ctnr. Gold- und Silberbarren verlangte. Hr. Kossuth hatte damals über 33,000 fl. als zweimonatlichen Rückstand des ihm vom Reichstag bewilligten Einkommens zu fordern. Ebenso schuldete der Staat dem Grafen C. Batthyany fast sein ganzes Salar von der Zeit da er Minister gewesen, und außerdem 42,000 fl. die er aus seinem Privatvermögen vorgeschossen. Hr. Kossuth schickte jenen Schatz unberührt nach Arad zurück um zu öffentlichen Zwecken verwendet zu werden, und ließ von seinem Guthaben als Präsident nur 5000 fl. auf Rechnung seiner Mutter auszahlen. Die 1000 Ducaten die Hr. Kossuth von Arad mitgenommen, waren bis er die türkische Gränze erreichte durch verschiedene Ausgaben, meistens öffentlicher Art, auf weniger als die Hälfte geschwunden, und diese Summe nebst einem kleinen Reisesack war die ganze Habe womit der vormalige Präsident-Gouverneur von Ungarn Widdin betrat. Was die ungarische Krone betrifft, so wurde sie von einem Ausschuß des Reichstags versiegelt und dem verantwortlichen Minister in Verwahrung übergeben, der für ihre Sicherheit Sorge trug. Ich kann feierlich versichern daß, nach meinem besten Wissen und Glauben, Hr. Kossuth sie in seinem Leben nicht zu Gesicht bekommen hat. Dieß, mein Herr! sind die Thatsachen für welche ich als Ehrenmann mein Wort verpfände; sie werden, denk' ich, den Verleumdungen ein Ziel setzen mit denen Sie, wissentlich oder unwissentlich, Ihre Spalten befleckt. Auf die Correspondenten, Ihre Autorität, kann ich diese alternative Nachsicht nicht einmal ausdehnen. Ich kann nicht glauben daß ihre Verleumdungen in Wien oder Pesth geschmiedet wurden, denn Kossuths österreichische Feinde würden gewiß irgendein plausibleres Skandal erdacht haben als einen Vorwurf den sein ganzes Leben glorreich widerlegt. (?) Jedermann in Ungarn weiß daß Hrn. Kossuths persönliche Uneigennützigkeit mehrere Grundherren und Magnaten bewog ihm, noch bevor er Reichstagsmitglied war, eine beträchtliche Dotirung anzutragen. Jedermann weiß daß Hr. Kossuth diesen ehrenvollen Antrag ablehnte, sowie später manches ähnliche Anerbieten. Ebenso weiß man wie schwer es hielt ihn als Dictator Ungarns zur Annahme des ihm vom Reichstag votirten Salars von 200,000 fl. zu bewegen, und ganz Ungarn ist bekannt wieviel er davon zu wohlthätigen Zwecken verwandte." Der Oberst schließt mit der Bemerkung: er sey kein Mann der Feder, sondern ein Soldat, und er fordere jene anonymen Verleumder auf offen hervorzutreten, damit er ihnen die Lüge ins Gesicht schleudern könne. Doch Kossuth werde, sobald er in England angekommen, wohl selbst mit einer Rechtfertigung seines Charakters hervortreten. 2) Ein „Gustav Fritz" unterzeichneter Brief aus Widdin an den Generalmajor Saver Buturlin, Generalstabschef des Fürsten Paskewitsch, gibt den Russen Schuld daß sie durch Treubruch den General Damianitsch, der in Arad hingerichtet wurde, und dessen Gefährten den Oesterreichern in die Hände geliefert. 3) General Klapka tritt in der Times gegen Karl Heinzen auf, als welcher, zum Beleg seines blutigen Revolutionsevangeliums, unlängst in demselben Journal behauptet: „die Ungarn hätten Tausende von Reactionären gehängt oder erschossen." Darauf antwortet Klapka: im offenen Gefecht hätten die Ungarn allerdings Tausende von Oesterreichern und Russen getödtet, aber niemals einen Feind ihrer Sache seiner politischen Meinung wegen hingerichtet, selbst da nicht als österreichischerseits bereits die Maßregeln äußerster Strenge begonnen. Zwar in einigen von gemischten Nationalitäten bewohnten Bezirken seyen leider Excesse gegen Ungarn, und von Ungarn gegen andere verübt, aber, wo sie zur Kenntniß der ungarischen Behörden gekommen, immer (?) streng geahndet worden. Zwei österreichische Generale, 15 Stabs-, 300 andere Officiere und 15,000 Soldaten seyen in ungarischer Gefangenschaft gewesen, und keiner derselben habe über schlechte Behandlung zu klagen gehabt.*) — Endlich veröffentlicht die Times jetzt den Text der vor einigen Monaten von einer Anzahl liberaler Ober- und Unterhausmitglieder an die Minister Lord J. Russell und Viscount Palmerston gerichteten Denkschrift, worin die englische Regierung angegangen wurde sich bei der österreichischen zu Gunsten Ungarns zu verwenden. Sie ist von 84 Namen unterzeichnet, an deren Spitze der Graf Fitzwilliam und der Marquis v. Northampton stehen.

Frankreich.

Paris, 7 Dec.

Seit einiger Zeit gingen allerlei Gerüchte über bevorstehende Veränderungen in der Besetzung der diplomatischen Stellen, der Günstling des Präsidenten Hr. Fialin de Persigny solle zum Gesandten in Berlin bestimmt, Hr. v. Rayneval abberufen seyn u. dgl. m. Diese Gerüchte werden von dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten für unbegründet erklärt.

---

*) Die ungarische Revolution begann ja aber mit der unbestraft gebliebenen Ermordung des Grafen Lambert und der Hinrichtung des Grafen Zichy mit dem Strang. Die Zahl der übrigen Hinrichtungen geben die gegenseitigen Berichte verschieden an; die Geschichte wird dieß aufklären.

Die Regierung übt eine scharfe Aufsicht über die Presse. Daß Journale, Wochenschriften mit Beschlag belegt und zur Verantwortung gezogen werden, ist nichts seltenes sowohl in Paris als in den Provinzen, und jetzt hat das öffentliche Ministerium auch auf eine Broschüre, die sich als Monatsschrift der Demokratie ankündet, les Veillées du peuple, die Hand gelegt. Zwei Artikel von E. Sue: Scènes socialistes und von Toussenel: Les seize impôts de vie haben gegen den Gérant, Drucker und die Verfasser die Anklage wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung, wegen Aufreizung der Bürger gegen einander und wegen Herabsetzung der den Gesetzen schuldigen Achtung herbeigeführt.

Der Präsident der Republik war einige Tage unwohl in Folge einer Erkältung. Der Moniteur meldet daß er von seiner Unpäßlichkeit hergestellt ist. In der Nationalversammlung hat gestern der Gesetzvorschlag des Hrn. Fouquier d'Herouel das zweite Stadium der Berathung durchgemacht und ist mit 442 gegen 206 Stimmen angenommen worden. Da Frankreich nach der Angabe des Ministers des Innern Hrn. F. Barrot aus 37,600 Gemeinden besteht, wovon 21,920 bis an 500 Einwohner, 15,680 über 500 zählen, so würde also nicht ganz die Hälfte im Fall seyn besondere Wahlsectionen werden zu können. Heute wurde zuerst die Stadt Aix ermächtigt 220,000 Fr. zu leihen um ihr städtisches Deficit von 1848 und 1849 zu decken. Dann theilte der Kriegsminister eine telegraphische Depesche aus Algier vom 2 Dec. mit — daß die Veste Zaatscha am 26 Nov. Morgens 8 Uhr mit einem Verlust von 30 bis 40 Todten und 150 Verwundeten im Sturm genommen sey. Bu-Zian und der Scherif Si-Mussa-Bu-Omar und alle Vertheidiger, 7 bis 800, waren bis auf den letzten Mann gefallen. Diese Nachricht machte keinen geringen Eindruck — so war also diese Handvoll todesmuthiger Araber endlich der Kriegskunst und der numerischen Uebermacht erlegen! Im Verlauf der Sitzung hatte die Regierung ein Präsidialdecret vorgelegt, durch welches das Ansinnen für die Vollendung von Napoleons Grabmal zurückgenommen wird. Jedenfalls hat dieser Aufwand keine Eile, und bei bessern Finanzen kann man ihn glänzender machen. Bei Abgang der Post war man mit der Frage beschäftigt ob ein Antrag der HH. Faure, Pelletier und anderer wegen Anweisung einer Summe zur Vertheilung unter die verschiedenen Arbeitervereine in Erwägung zu nehmen sey? Die Deportationsfrage ist jetzt so weit gediehen daß die Commission unter den Marquesas die Insel Nuka-Hiva als Aufbewahrungsort für die Sträflinge zweiten Grades und die Insel Wae-Tahu für die ersten Grades (mit Einsperrung in einer Veste) vorschlägt. General Rostolan ist in Paris angekommen.

♂ **Paris,** 2 Dec. Die legitimistische Verschwörung mochte zwar einen gewissen Aufwand von Polizeimitteln und viel Gerede veranlassen, hat aber doch wenig auf sich, und kein einziger von den angesehenen Männern der Partei ist bei der Sache betheiligt. Es scheint sogar daß Briefe von Personen von denen man weiß daß sie dem jungen Fürsten auf den man hofft, nahe stehen, weit entfernt Spuren von Theilnahme an dem sinnlosen Plan aufzuweisen, in einem durchaus ablehnenden und abmahnenden Sinn gehalten sind. Den Demokraten thut das ungemein leid; sie hatten auf Scandal und Rache gezählt, sie meinten ein großer politischer Proceß gegen die Legitimisten würde den Präsidenten gegen seine monarchischgesinnten Rathgeber noch mißtrauischer machen als er es schon ist, und der Reaction in der öffentlichen Meinung einen empfindlichen Stoß versetzen und die Uneinigkeit im Lager der verschiedenfarbigen Royalisten ansehnlich vermehren. Da nun das Ganze nur eine Kinderei, alberner Unfug einiger legitimistischen Stelzengänger die, ohne alle Ermächtigung der politischen Senioren ihres Princips auf eigene Rechnung etwas abenteuerliches zu beginnen den Kitzel fühlten, und weiter nichts ist, so müssen sich die guten Demokraten schon gestehen daß sie für dießmal umsonst gejubelt und, wenn sie ein royalistisches Gegenstück zu dem Drama von Versailles erwarteten, sich wieder einmal geirrt haben. Angenehm für die Legitimisten ist es freilich auch nicht; so wenig an dem Bettel seyn mag, die Journale finden schon Mittel ein großes Wesen daraus zu machen, und die Legitimisten haben nicht einmal das Recht sich darüber zu beklagen; haben sie nicht achtzehn Jahre hindurch, zum Verderben Ludwig Philipps, in der Metamorphose von Mücken in Elephanten sich geübt? Haben sie nicht, obgleich aufrichtig religiös und unbescholten in allen Beziehungen zu ihren übrigen Mitbürgern, so oft sie auf den „Usurpator" zu reden oder zu schreiben kamen, alles Christenthum vergessen, den Fluch der Schrift gegen vorschnelle Urtheile außer Acht gelassen und nicht bloß die Nächstenliebe im strengeren Sinn des Worts sondern die Gerechtigkeit und Rücksicht, die man nach den weltlichsten Begriffen seinen Mitmenschen schuldet, alle Augenblicke verletzt? Die Abgötterei mit ihrem Princip, das genau und im Licht einer freien Kritik besehen ebenso gut als das Princip der Volkssouveränität, reiner, nüchterner Nationalismus ist, hat vielen von ihnen die Idee beigebracht, im Namen des Princips sey selbst der Bund mit den Feinden der Ordnung und Religion erlaubt. Sie sprachen mit Hohn von dem Juliusthron der nicht auf ein Princip gegründet sondern nur eine gesetzliche Thatsache gewesen sey; aber sie übersehen daß doch am Ende das Gesetz und nichts anderes bestehende Verhältnisse heiligt und den Bruch derselben, mag er von oben oder von unten, durch Ordonnanzen oder durch die Wuth des großen Haufens geschehen, zum Verbrechen stempelt. Wird Heinrich V, was mich gar nicht unmöglich dünkt, einst König, so wird er seine Krone doch nur als gesetzliche Thatsache gegen die Angriffe von Nebenbuhlern und Demagogen vertheidigen können. Das sogenannte Princip bleibt ewig eine bloße Theorie und ohne Sinn im Leben und ohne Wirkung. Wenn einer sich gegen den „rechtmäßigen" König vergeht, so kann man ihn nicht im Namen des Princips sondern nur in Folge dieser oder jener Verfügung des Strafgesetzbuchs köpfen oder einsperren. Wenn sie sich berufen glauben die Aera der Revolution zu schließen, so sollten sie nicht den Cultus eines Princips sondern den Gehorsam gegen das Gesetz als die höchste Nothwendigkeit und das einzige Heilmittel verkündigen. Einem Princip läßt sich ein Princip entgegenstellen, ich bin für ein Princip weil es meiner Natur, meinen Gewohnheiten, meiner Denkweise zusagt; ein anderer ist für ein anderes Princip aus denselben Gründen; und was einer seiner Natur gemäß findet, das nennt er gut. Das Gesetz aber achtet und befolgt man nicht weil man es seiner Natur gemäß findet und für gut hält, sondern weil es Gesetz ist, wie eine rechtschaffene Frau dem Mann Treue hält, ob er nun ein Engel oder ein Bengel ist; und wenn es drückt oder beengt, so arbeitet wer die Freiheit liebt gesetzlich daran es zu bessern allein er stürzt es nicht um. Ein Volk aber das ohne unbedingte Achtung des Gesetzes nach der Frucht und dem Becher der Freiheit greift, das ißt und trinkt, nach dem furchtbaren Ausdruck des Apostels, sich selber das Gericht.

¿ **Paris,** 5 Dec. Die Nationalversammlung hat jüngst eine zu Gunsten des Vicepräsidenten verlangte Gehaltserhöhung verweigert, und man glaubte damals allgemein sie habe Hrn. Boulay (de la Meurthe) in dieser Angelegenheit die Rolle spielen lassen die ehemals an den Höfen die Pagen spielten, welche mit ihrem Rücken für die Sünden der jungen Prinzen herhalten mußten; der harmlose Vicepräsident, sagte man, war dazu ausersehen den Groll zu empfinden welchen die Majorität, besonders die legitimistische, dem Präsidenten seit dem 31 Oct. nachträgt, und zugleich als Warnung zu dienen daß auch Ludwig Bonaparte auf keine Gehaltserhöhung zu rechnen habe. Wie ernstlich es aber auch mit dieser Warnung damals gemeint seyn mochte, glauben wir dennoch daß die Kammer den Gehalt des Präsidenten auf 3 Mill. Fr. zu erhöhen nicht werde umhin können. Denn hat sie einmal den Beweis daß 1,200,000 Fr. für die Bedürfnisse eines Staatsoberhaupts nicht ausreichen, dann kann sie demselben nicht länger den seiner Stellung entsprechenden Gehalt verweigern. Die Constitution konnte die Summe nicht bemessen die der Präsident einer Republik wie Frankreich jährlich braucht um anständig zu leben. Am 9 Dec. wird die Republik Frankreich hierüber aus Erfahrung urtheilen können; der Präsident wird ihr seine Rechnung vorlegen und zeigen daß er um das doppelte mehr gebraucht als die Kammer ihm ausgesetzt hat. Da aber Ludwig Bonaparte beim Antritt seiner Regierung kein Vermögen mehr hatte, denn er hat es zur Rettung Frankreichs geopfert, so läßt sich diese Mehrausgabe durch Documente belegen die man im gemeinen Leben Wechsel nennt. Mehrere derselben die gestern fällig waren und nicht honorirt wurden, erhielten jene Weihe die man in der Gerechtigkeitssprache Protest heißt. Die Diener des Handelsgerichts waren ganz stolz darauf so hohe Unterschriften in ihren Händen zu haben, wiewohl die Summe um die es sich handelt von sehr geringem Betrag war, nicht mehr als 60,000 Fr. Es ist dieß das erstemal daß die Unterschriften des Staatsoberhaupts in die Hände der Huissiers gelangen; nachdem aber einmal einige Gläubiger den Anfang gemacht haben, werden wohl die andern zur Zeit nicht zurückbleiben. Nun kann die Nationalversammlung unmöglich es dahin kommen lassen daß die Gläubiger alle Gerichtsmittel gegen ihren erlauchten Schuldner erschöpfen und ihn zwingen seine Residenz zu ändern. Darum glauben wir daß sie, sobald man ihr einen Gesetzvorschlag zu diesem Behufe vorlegen wird, eine bedeutende Gehaltserhöhung des Präsidenten nicht versagen werde. Der betreffende Gesetzvorschlag aber soll bereits ausgearbeitet seyn, und dürfte nächstens an den Ort seiner Bestimmung gelangen.

Italien.

*** **Neapel,** 28 Nov. Der bisherige commandirende General in Rom, Rostolan, und der bisherige Gesandte der Republik beim Papst, de Corcelles, sind seit wenigen Tagen hier um nach Beendigung ihrer beiderseitigen Missionen sich bei Sr. Heiligkeit zu verabschieden. Der neue Commandant en Chef, General Baraguay d'Hilliers, soll unverzüglich hier eintreffen um dem Papste seine Creditive zu überreichen. Hr. de Ray-

neral wird, wie es scheint, auf seinem Posten als französischer Gesandter beim hiesigen Hof verbleiben. In unserm Ministerium ist eine kleine Modification vorgegangen, durch welche indeß dessen Personal nicht eigentlich verändert wird; ja es hat den Anschein, als werde sich dasselbe wohl längere Zeit halten. Noch vernimmt man nichts in Betreff der Eröffnung des großen Processes gegen die wegen Theilnahme an den revolutionären Ereignissen des vergangenen Jahrs Verhafteten, und wahrscheinlich wird der Proceß wegen des noch im Dunkel gehüllten Attentats am Tage der Segenertheilung auf dem Schloßplatz diesem vorausgehen, eine doppelt harte Prüfung für die äußerst zahlreichen Gefangenen in jener verwickelten Sache, von welchen indeß Einzelne gegen hohe Caution freigelassen worden sind. Der König, welcher während seines Verweilens in Caserta seine militärischen Uebungen und Promenaden eifrig fortsetzt, ist vor ein paar Tagen nach Gaëta gereist dort eine Inspection zu halten; er befand sich daselbst gerade am Jahrestage der Ankunft Pius IX in dieser Festung. Bei den Truppen wie in der Administration fanden fortwährend zahlreiche Versetzungen statt; in Bezug auf letztere bringt beinahe jede Nummer des officiellen Journals eine ganze Liste neuer Ernennungen, Ortswechsel und eine Menge Absetzungen enthaltend. In manchen Fällen mag das Gouvernement Recht haben, und eine revolutionäre Epoche läßt sich ohne solche Personalveränderungen nicht durchmachen; aber man überschreitet darin augenscheinlich das Maß, handelt zu sehr auf bloße Angeberei hin, und forscht zu emsig nach alten Geschichten, nach solchen selbst die nun an dreißig Jahre hinter uns liegen, so daß mancher im grauen Haar noch für eine in seiner Jünglingszeit nach Parlamentsbeschluß getragene Dreifarbenschleife zu büßen in Gefahr ist. Die Nachrichten aus Sicilien, wo der Fürst von Satriano mit fester Hand, aber mit Gerechtigkeit wie Billigkeit regiert, und ein Paar tüchtige Generale, wie Statella und Nunziante ihm zur Seite stehen, lauten befriedigend, weniger die aus dem vielbewegten Calabrien, wo das Bandenwesen wieder sehr überhand nehmen soll.

Verona, 24 Nov. Der Bau der hierländigen Festungsarbeiten schreitet rasch vorwärts. Die Bauten im Etschthal zur Schließung der Chiusa sollen binnen Jahresfrist fertig werden, ebenso die beiden Befestigungsthürme auf dem Monte Pippalo und die Batterien auf Rocca und Castello. Die Kosten hiefür sind für die Chiusa mit 35,000 Zwanziger, für die Batterie Nr. 1 mit 55,000 und für jene Nr. 2 mit 30,000 Lire veranschlagt. Das wichtige Werk „Heß" wird in zwei Jahren zur Vollendung gebracht. Es kostet 76,666 fl. 40 kr. — In Folge der Einstellung aller Requisitionen ist nunmehr auch für dieses Jahr der für die Erhaltung der lombardisch-venetianischen Nobelgarde fällige Betrag den betreffenden Contribuenten nachgesehen worden. In Verona wurde neuerlich ein Bürger wegen Besitz eines Bajonnets standrechtlich erschossen. (C. Bl.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2 Dec. Uebermorgen finden die Wahlen zum Volkshause statt: die Agitation für sie ist bereits im vollen Gang. Das Hauptthema der Wahlreden sind die schleswigische Frage und die gewerbliche. Betreffs der ersteren war in den Wahlreden der frühere kriegerische Enthusiasmus bedeutend verschwunden; er machte einer ruhigen Erörterung zwischen Theilung und Selbständigkeit Platz. Die Theilung fand nur wenig Anhänger, dagegen die Selbständigkeit mit gemeinsamen Finanzen und Militär desto mehr. Ueber das Schreiben der Statthalterschaft, welches Hr. v. Liliencron nach Kopenhagen überbracht hat, sagt die Hamburger Börsenhalle: es ist eigentlich nur ein Schreiben der Statthalter; denn soviel man erfährt, haben die HH. Reventlow und Beseler das bezeichnete Schreiben in ihrem Namen als Privatpersonen, nicht aber als Statthalterschaft der Herzogthümer, an den König von Dänemark gerichtet. Dieser, soviel wir wissen, bisher noch nirgends erwähnte Umstand dürfte die Erklärung enthalten wie der König von Dänemark sich dazu hat verstehen können das Schreiben entgegenzunehmen. Die Antwort auf jenes Schreiben soll vom Privatsecretär des Königs im Namen des letztern dahin abgefaßt seyn daß der König zur Eröffnung von Präliminarverhandlungen sehr gerne bereit seyn werde, jedoch unter der ausdrücklichen Bedingung daß die dafür niederzusetzende Commission ihren Sitz in Kopenhagen habe und behalte.

Rußland.

× **Aus dem St. Petersburger Gouvernement,** Ende Novembers. Wie es scheint überall, so auch bei uns ist der Winter überraschend herangekommen, nachdem ausnehmend schöne Herbsttage dem plötzlichen Schneesturm vorangegangen waren. Gleiches vernehmen wir aus dem Innern des Reichs. Im Orenburgischen herrschte bis tief in den October hinein eine so außergewöhnliche Wärme daß die Sommerblumen neue Blüthen, die Sommerfrüchte neue Keime trieben. Plötzlich kam aber der Schneesturm nach einem heftigen Gewitter und endete mit einem Schlage den neuerwachten trügerischen Sommer. In unsern Küstengegenden ist man allerdings solche plötzliche Uebergänge schon gewohnt, und es nimmt uns daher nicht Wunder daß trotzdem der Gesundheitszustand befriedigend genannt werden kann. Aber auch von andern Gegenden meldet man dasselbe, besonders ist die Cholera bis auf höchst geringe Reste in den Ostseeprovinzen und Polen als verschwunden anzusehen. Es fällt dieses plötzliche Verschwinden der Seuche bis auf diese unbedeutenden Nachzügler genau mit dem Verschwinden derselben im übrigen europäischen Festland, sowie in England zusammen. Wer gibt für dieß neue Räthsel eines fast gleichzeitigen Aufhörens unter so verschiedenen Breitegraden die Erklärung? Wie furchtbar sie aber im russischen Reiche gewüthet, haben uns nur zum kleineren Theil die officiellen Bülletins dieses und des verflossenen Jahres gesagt. Das Total der Erkrankten in sämmtlichen Gouvernements wurde jüngst vom Journal des Ministeriums des Innern auf 1,686,849 Menschen angegeben, von denen 668,012 starben. Nach den unbefangenen Urtheilen verschiedener Aerzte, die wir zu hören Gelegenheit hatten, wurde dagegen die Summe der davon Getödteten auf mehr als 2 Millionen geschätzt. Ein furchtbarer Verlust in einem menschenarmen Reiche! Moskau und St. Petersburg lieferten dazu die stärksten Contingente. In der Residenz erlagen von 450,000 Einwohnern, selbst nach den officiellen Berichten, 12,228 unter 22,022 Kranken, in Moskau von 353,000 Menschen unter 16,248 Kranken 8025. Weitere Bemerkungen jenes Journals hinsichtlich des Ganges der Cholera sind: daß dieselbe ihre Richtung von Osten nach Westen, von Süden nach Norden nahm, abermals wie früher von endemisch grassirenden Wechselfiebern eingeleitet ward, denen beim Näherrücken der Epidemie als deren eigentliche Vorläufer Ruhren und Cholerine folgten, daß dieselbe vorzugsweise in den Niederungen mit feuchtem, fetten Boden wüthete, in den bereits früher verheerten Landstrichen im allgemeinen einen mildern Charakter zeigte, und in ihren Schwankungen genau von atmosphärischen Einflüssen abhängig war. Da ich einmal ins Capitel der Krankheiten gerathen bin, mag es vielleicht für manchen Ihrer Leser interessant seyn zu vernehmen daß zu den vielen und verschiedenartigen Heilquellen, namentlich im Süden des Reichs, neue im fernsten Osten von der Zeitschrift der Akademie emphatisch angepriesen werden. Es sind dieß die Heilquellen und Schlammwasser des Irkutzkischen Gouvernements. Nebenbei läßt uns der betreffende Artikel des genannten Blattes auch einen mittelbaren Blick in die socialen Verhältnisse jener Landstriche des Unheils thun. Es sind diese Quellen und Wasser, heißt es, eine wahre Gnade der göttlichen Vorsicht für die Bewohner jener Gegenden, „da die ungeheure Ausdehnung dieser Provinz dieselben der ärztlichen Hülfe gänzlich beraubt; denn es ist in der That für den Districtsarzt unmöglich für Kranke zu sorgen welche auf einer Ausdehnung von 3 bis 6000 Quadratmeilen zerstreut, oft 6 bis 800 Werst von der Kreisstadt entfernt sind." Das sind so kleine Bemerkungen zur Charakteristik der Lebenszustände außerhalb des Rayons der Residenz- und Hauptstädte, während die sogenannte Anlegung jeder Schule in irgendeinem kleinen Orte, jede neugebildete Barmherzigkeitsgesellschaft u. s. w. mit lobtriefenden Phrasen von der Fürsorge der Regierung für ihre Völker verkündet wird. Und wenn besonders wieder in neuerer Zeit als Gegensatz zu den materiellen Mißzuständen des revolutionirten Europa auf die Glückseligkeit in dieser Hinsicht im russischen Reiche hingewiesen wird, so offenbart es sich jetzt erschreckend wohin der Grundsatz unserer financiellen und nationalökonomischen Verwaltung seit einem Vierteljahrhundert geführt hat, jener Cancrin'sche Grundsatz: den Privatcredit zu Gunsten des Staatscredits zu schwächen. Die Maßregel der Hypothekenkündigung seitens der Bankinstitute für die Grundbesitzer erweist sich geradezu unausführbar, wenn man nicht ganze Provinzen mit einem Schlage an den Bettelstab bringen will. Es vergeht nicht eine Woche, in welcher nicht ein Ukas erscheint wonach den Besitzern bevölkerter oder unbevölkerter Ländereien dieser oder jener Provinz eine Stundung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegen die Krone zugestanden wird, damit sie einen günstigern Zeitpunkt zum Verkauf ihres Besitzthums abwarten können. Denn Verkauf ist allerdings bei unserer Hypothekengesetzgebung der einzige Weg zur Ablösung einer hypothecirten Schuld, da selbst die kleinste Hypothek die Aufnahme einer zweiten Hypothek unmöglich macht. Es geschieht daher äußerst häufig daß selbst sehr reiche Grundherren kleine Capitale bei den Privaten nur um 10 bis 12 Procent auf kürzeste Zeit mit sofortigem Abzug der Zinsen vom Capital erhalten können. Man hat nun zwar hie und da verkünden lassen, die Krone habe jene Maßregel nicht aus Geldverlegenheit sondern aus dem Grund ergriffen um solchermaßen leichtere Gelegenheit zum ausgedehnten Erwerbe neuer Krongüter zu erhalten, damit die Leibeigenen in den Stand der Kronbauern übergeführt werden könnten. Allein man hört verhältnißmäßig äußerst wenig vom Ankauf neuer Krongüter, noch

seltener aber von der Ausübung jenes den Leibeigenen und Bauern durch Ukas vom Jahr 1847 zugestandenen Rechtes zum erbeigenen Erwerb von Grundstücken. Gerade darauf hatte man indessen in Petersburg gehofft, man hatte die Wohlhabenheit der Gemeinden darum überschätzt weil die Steuerzahlungen, für welche bekanntlich die Gemeinden solidarisch einstehen, neuerdings im allgemeinen ziemlich regelmäßig eingelaufen waren. Man war in der That nicht auf das unsägliche Unheil vorbereitet, zu dessen Entstehung die Hypothekenkündigung seitens der Bankinstitute Veranlassung werden mußte, wenn es durchgeführt würde. Es mochten Ideen von Parcellirungen großer Ländereien „vorschweben," und man brauchte Geld. So wenig glücklich als bei dieser Operation scheint übrigens die Regierung auch mit den Versuchen zu ausländischen Anleihen zu seyn. Seit dem Beginn des ungarischen Krieges hat man hier drei derartige mißglückte Unterhandlungen besprochen. Schließlich füge ich die Nachricht bei daß die Truppenmacht in der Krim neuerdings bedeutend vermehrt worden ist. Die neuangeordneten Recrutirungen in andern Provinzen haben schon begonnen. Von den Verhältnissen zur Türkei schweigen die Blätter wieder. Dagegen scheint darin, soweit sich dieß aussprechen darf, ein gereizter Ton gegen Oesterreich, sowie gegen den Versuch des französischen Präsidenten zur persönlichen Regierung zu herrschen. Die Garderegimenter sind größtentheils bereits in ihre Standquartiere in der Umgebung der Residenz wieder eingerückt.

Ostindien.

Eine in Marseille eingelaufene Ueberlandpost hat Bombayer Zeitungen vom 4 November mitgebracht. Die einzige politische Neuigkeit, die sie enthalten, ist daß auch die noch übrigen der brittischen Regierung in Labor verdächtigen Sirdare (Nr. 332 der Allgem. Ztg.) gefangen eingebracht worden. Wahrscheinlich wird man sie alle in das Innere von Indien, nach Benares oder einem ähnlichen Aufenthalte für Staatsgefangene, auf Lebenszeit versetzen. Der Generalissimus Sir Charles Napier war in Delhi angekommen, und wollte das Pendschab besuchen. Ganz Brittisch-Indien war ruhig, mit Ausnahme des wilden Bezirks Gumsur. Der Handel in Bombay war wegen des Dewalli-Festes etwas im Stocken. — Ueber China enthalten die uns zur Zeit vorliegenden Quellen nichts. — Aden am Ausgange des rothen Meers soll zu einem Freihafen erklärt werden.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 1 Dec. 3proc. $29^{5}/_{16}$.

Paris, 7 Dec. 3proc. 56.5; 5proc. 90.80; Bankactien 2425; belg. 5proc. 97; Anleh. v. 1842 97; österr. Loose von 1834 405; röm. $81^{1}/_{2}$; span. pass. $3^{3}/_{4}$; 3proc. $39^{1}/_{2}$; innere Sch. 31; piem. 5proc. 83.85; Oblig. v. 1834 950; St. Germain (E.-B.) 395; Vers. rechte 298.75; linke 165; Paris-Orleans 750; Rouen 551.25; Straßburg 358.75; Nordbahn 452.50; Rouen-Havre 237.50; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 322.50; Bordeaux 405; Tours-Nantes 278.75.

Amsterdam, 7 Dec. $2^{1}/_{2}$proc. $54^{5}/_{8}$; 3proc. 64; 4proc. $83^{1}/_{4}$; portug. 4proc. $37^{1}/_{16}$; Metall. 5proc. $62^{1}/_{2}$; Ard. $13^{1}/_{8}$. Curs auf London $12.02^{1}/_{2}$ f. S. Curs auf Hamburg $34^{15}/_{16}$ f. S.

* **München**, 7 Dec. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 14,001 Scheffel, wovon 11,440 Sch. verkauft und 2561 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 12 fl. 28 kr. (gef. um 18 kr.), Korn 7 fl. 55 kr. (gef. um 27 kr.), Gerste 6 fl. 54 kr. (gef. um 3 kr., Haber 4 fl. 38 kr. (gef. um 11 kr. Die Reste bestanden in 493 Sch. Weizen, 2068 Sch. Gerste. Umsatzsumme 91,623 fl.

Augsburg, 10 Dec. (5 fl. R. Corr. = 6 fl. f. $24^{1}/_{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $83^{3}/_{8}$ G. Hamburg 1 M. $73^{1}/_{4}$ B. Wien in 20ern 1 M. 91 B. Triest 1 M. 91 B. Frankfurt a. M. 1 M. $99^{7}/_{8}$ B. Nürnberg 1 M. $99^{5}/_{8}$ G. Berlin 1 M. 105 B. Leipzig 1 M. 105 B. Leipzig in die Messe 105 B. London 1 M. 10.5 G. Paris 1 M. $118^{3}/_{4}$ B. Lyon 1 M. $118^{5}/_{8}$ B. Marseille 1 M. $118^{1}/_{2}$ B. Mailand 1 M. $60^{3}/_{8}$ B. Genua 1 M. $51^{7}/_{8}$ B. Livorno 1 M. $61^{1}/_{8}$ B.

Augsburg, 10 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$ G. 4proc. 92 B. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P. $100^{1}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 636 B. Promessen 57 B. Oesterr. 5proc. Met. 86 B. Bankactien II. Sem. 1060 B. Württem. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ B. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ B.

‖ **Frankfurt a. M.**, 9 Dec. In der heutigen Effectensocietät waren bei ziemlich lebhaftem Umsatz die meisten Effecten zu höherm Curse beliebt. Span. 3proc. $29^{7}/_{8}$–30, 5proc. Metall. 86, $4^{1}/_{2}$proc. 76. Bankactien 1295–1300, Ludwigsh.-Berbach $85^{3}/_{4}$–86. Nur Nordbahn blieben flau, und schlossen $47^{1}/_{4}$ G.

♀ **Wien**, 8 Dec. Die öffentliche Börse war wegen des Feiertags geschlossen. Im Börsenkaffeehause herrschte heute auf schlechtere auswärtige Notirungen eine matte Stimmung und schlossen Curse bei ziemlich lebhaftem Geschäft niedriger zur Notiz. Nordbahnactien von $110^{5}/_{8}$–$109^{3}/_{4}$ weichend, blieben 110–$110^{1}/_{8}$. Pesther Actien schlossen $87^{3}/_{8}$–$^{1}/_{2}$. Mailänder behaupteten sich fest und waren auch heute mit 84 und auf Zeit mit $84^{1}/_{4}$ zu lassen. Die 5proc. Metalliques sowie das neue Anlehen schlossen flau, erstere $93^{3}/_{4}$–$^{7}/_{8}$ und letzteres 83–$83^{1}/_{8}$. In andern Effecten war kein Umsatz.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Die preußische Antwort an Oesterreich. — Der Waldeck'sche Proceß. — Krakau.

Die preußische Antwort an Oesterreich.

○ **Frankfurt**, 3 Dec. Sie haben bereits gemeldet daß Oesterreich einen Protest gegen die Berufung des Reichstags nach Erfurt in Berlin eingelegt habe. Wenn wir hier vollständig unterrichtet sind, so ist jedoch diese österreichische Weisung vom 29 November nur eine vorläufige Verwahrung gegen die möglichen Consequenzen jenes preußischen Schrittes, denen Oesterreich erforderlichen Falles, d. h. wohl wenn ein wirklicher Rechtsbruch eintreten sollte, oder wenn sich revolutionäre Scenen erneuern sollten, „mit seiner ganzen ihm zu Gebot stehenden Macht entgegentreten würde." Die erste Drohung ist ausgesprochen, sie scheint indessen ausgesprochen zu seyn nicht gegen das Vorschreiten Preußens auf dem einmal betretenen Wege als einen Versuch zur Einigung Deutschlands (dagegen hat Oesterreich nur seine entschiedenen Bedenken geäußert und seine Verwahrung eingelegt), sondern gegen alle eigenmächtigen Beschlüsse eines Theils der deutschen Bundesstaaten ohne Zustimmung der Gesammtheit und gegen daraus etwa hervorgehende revolutionäre Schritte. Oesterreich konnte durch die preußische Antwort vom 21 November auf seine Note vom 12 November nicht befriedigt seyn, weil Preußen zwar in derselben gewissermaßen eine Berichtigung der von Hrn. v. Bodelschwingh vor dem Verwaltungsrath geäußerten Ansichten gibt, sonst aber seine alten Behauptungen wiederholt und eine neue höchst überraschende Allegation des Bundesrechts macht die bisher noch nicht dagewesen war. Die preußische Antwort zerfällt in zwei Theile, deren erster die Vertheidigung Preußens, deren zweiter ein Vorwurf gegen Oesterreich genannt werden kann. Wir wollen sie nach einander unparteiisch und ruhig besprechen.

Preußen gesteht Oesterreich die volle Berechtigung zu: zu fordern daß aus der Vereinbarung des Parlaments und der verbundenen Regierungen keine Verletzung der Pflichten gegen den Bund von 1815 erwachse. Dann aber weiter nimmt es die Berechtigung der Zusammenberufung eines Parlaments und der Bildung eines engeren Vereins entschieden in Anspruch. Es beruft sich abermals auf den Artikel XI der Bundesacte, wornach „jedes Bündniß" das nicht gegen die Sicherheit des Bundes gerichtet ist, erlaubt sey, dann aber namentlich auf Artikel VI der Wiener Schlußacte, „wornach auch eine politische Vereinigung mehrerer deutschen Regierungen zu einem staatsrechtlichen Verbande weder der Bundesverfassung an sich zuwiderlaufe, noch auch der Zustimmung aller Bundesglieder bedürfe. Dieser Artikel stelle ausdrücklich fest daß „selbst" die Souveränetätsrechte eines Bundesgebietes zu Gunsten eines Mitverbündeten ohne jede Zustimmung der Gesammtheit abgetreten werden können; nur die darauf haftenden Rechte und Pflichten, und namentlich das Stimmenverhältniß der Bundesversammlung (Artikel XVI) könnten nicht ohne diese Zustimmung abgeändert werden. „Das letztere, heißt es weiter, ist ganz der Standpunkt den auch wir eingenommen haben. Unsere wie unserer Verbündeten Rechte und Pflichten gegen den Bund bleiben ungeschmälert und unberührt durch die beabsichtigte Vereinigung, ebenso wenig aber kann durch das Fortbestehen dieser Rechte und Pflichten die Vereinigung selbst gehindert werden. Wenn ein deutscher Staat, wenn Preußen selbst die Territorien der durch das Bündniß vom 26 Mai vereinigten Staaten durch Erbgang oder freie Cession erworben hätte, so würde hiedurch in keiner Weise das Bundesverhältniß berührt seyn, und niemand das Recht des Einspruches erlangt haben. Was von dem Mehreren gilt, muß unbezweifelt auch von dem Minderen gelten, und was daher für eine vollständige Incorporation mehrerer souveräner Territorien durch jenen Artikel feststeht, muß auch auf eine nur auf gewisse politische Rechte beschränkte Vereinigung der 28 Bundesglieder seine volle Anwendung finden."

Deutlicher hat Preußen noch nie seine Intentionen ausgesprochen, offener gegen seine eigenen jetzigen Verbündeten noch nie seine Vertheidigung geführt. Es sagt unumwunden daß es sich um eine Abtretung von Hoheitsrechten, d. h. um eine Mediatisirung handelt, um eine Mediatisirung zu Gunsten Preußens. Wir wollen nun zusehen wie es mit der rechtlichen Begründung jener preußischen Sätze steht. In Bezug auf die erstere Behauptung kann man sich sehr kurz fassen. Der ausgesprochene Zweck des Dreikönigsbündnisses war und ist es das ganze Deutschland in seine Verfassung durch den Beitritt aller Staaten (auch der Oesterreichs war in der preußischen authentischen Denkschrift eigens vorbehalten) aufzunehmen. Dieß heißt mit andern Worten: der Zweck war eine Auflösung des deutschen Bundes, eine vollkommene Umgestaltung desselben auf Grund der neuen Verfassung. Dieser Versuch wäre an sich kein verwerflicher gewesen, er war kein Rechtsbruch sobald er die gesetzlichen Wege beachtete. Alle deutschen Staaten strebten darnach, und die Gesammtheit hatte dazu das Recht, ja die Verpflichtung. Da aber diese Gesammtheit sich mit dem preußischen Plane nicht vereinigen konnte oder sich nicht vereinigt hat, so kann, nach der Ansicht des österreichischen Cabinets und anderer Regierungen, auch ein einzelner Theil dieser Gesammtheit nicht seine Versuche als zu Recht bestehende Beschlüsse geltend machen. Der Artikel XI der Bundesacte sagt: „Die Bundesglieder behalten zwar das Recht der Bündnisse aller Art, verpflichten sich jedoch in keine Verbindungen einzugehen welche gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Bundesstaaten gerichtet wären." Preußen erkennt noch in seiner Vertheidigung den allgemeinen Rechtssatz an: was von dem Mehreren gelte, gelte auch von dem Minderen. Wenn nun Preußen, wie unbezweifelt feststeht, durch das Dreikönigsbündniß die Existenz des Bundes beseitigen wollte, immerhin mit dem an sich lobenswerthen Zweck etwas Besseres an die Stelle zu setzen, so war dadurch auch offenbar die Sicherheit des Bundes angegriffen. Oder ist die Existenz nicht mehr als die Sicherheit? Schließt die Existenz die Sicherheit ein oder umgekehrt? Es müßte, sobald es sich überzeugt hatte daß die Gesammtheit seinem redlichen Versuch der Reform des deutschen Bundesrechts nicht beistimme, denselben fallen lassen und auf den Weg der Verhandlungen und Beschlüsse mit der Gesammtheit der deutschen Staaten zurückkommen. Einen andern Weg gab es nicht. Dieß ist der wesentlichste Stützpunkt der österreichischen Ansicht, und gerade deßhalb hoffte man von der neuen provisorischen Centralgewalt sie würde als Organ der Gesammtheit gerade dazu berufen seyn alsobald die deutsche Verfassungsfrage in die Hand zu nehmen.

Ferner beruft sich Preußen auf Art. VI der Wiener Schlußacte. Die Stelle lautet: „Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstande der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundsgebiete haftender Souveränetätsrechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen." Wir antworten nun folgendes: zugegeben es handle sich wirklich um nichts weiter als um eine Abtretung der Souveränetätsrechte der verbündeten Staaten an den Mitverbündeten Preußen, so kann zwar diese Abtretung ohne Zustimmung der Gesammtheit des deutschen Bundes geschehen, aber keineswegs ohne einen Bundesbeschluß. Dieß ist unzweifelhaft.*) Nun erkennt zwar Preußen die provisorische Centralgewalt des Reichsverwesers nicht mehr als eine Fortsetzung der Bundesversammlung an, aber jedenfalls hat es zu der neuen provisorischen Centralgewalt, von der es selbst ein Theil ist, seine Zustimmung gegeben. Vor die Entscheidung dieser Gewalt aber gehörte, selbst unter der obigen Voraussetzung daß es sich nur um Abtretung von Souveränetätsrechten handle, jene Frage. Niemals darf sie Preußen einseitig für sich mit seinen Verbündeten lösen, solange sie noch Glieder des deutschen Bundes sind.

Aber es handelt sich ja gar nicht bloß um eine Abtretung von Souveränetätsrechten. Es handelt sich um mehr. Behauptet Preußen jenes wirklich, wie aus seinen Worten klar hervorgeht, will es die Souveränetätsrechte der andern Staaten, so gibt es zur Erlangung dieses Ziels nur Einen Weg, nämlich dieß nicht allein Oesterreich, sondern auch den andern Staaten Deutschlands, auch seinen Mitverbündeten zu erklären, und danach auf dem Reichstag zu Erfurt alle Theile seines Verfassungsentwurfs welche sich nicht auf die Abtretung der Souveränetätsrechte beziehen, fallen zu lassen. Dadurch wird die Frage sehr vereinfacht und ein planer Beschluß herbeigeführt werden. Oder sollte die Dreikönigsverfassung wirklich nichts anderes enthalten als Abtretung von Souveränetätsrechten? Dann hätten wir uns doch bisher in dem Umfang dieses Verfassungsentwurfs und in den Intentionen Preußens, sowie in seinen Opfern sehr geirrt. Wir wollen sehen und versuchen zu Preußens Befriedigung gegen seine eigenen Behauptungen nachzuweisen daß es mehr

---

*) Man kann nämlich ganz davon absehen ob der engere Rath nach Stimmenmehrheit oder das Plenum darüber zu entscheiden gehabt hätte; diese Frage wäre für den vorliegenden Gegenstand gleichgültig.(?) D. Eins.

mit seiner Verfassung wollte, daß es viel größeres für Deutschland erstrebte, kurz daß nicht die Souveränetätsrechte das Maximum seiner Wünsche waren, sondern daß diese nur das Mindeste von dem Erzielten sind. Also der Dreikönigsentwurf will nach Artikel I ein neues deutsches Reich gründen, und stellt schon im ersten Paragraph die Verhältnisse Oesterreichs zu diesem deutschen Reiche vor, er bestimmt §. 2 und §. 3 sogar über solche deutsche Länder und deren Verfassung, Regierung und Verwaltung die mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt haben; er bestimmt weiter die Selbständigkeit der einzelnen deutschen Staaten, die völkerrechtliche Vertretung derselben; er nimmt weiter dieselben Gewalten wie der deutsche Bund für sich in Anspruch, nämlich §. 52 die Wahrung des Reichsfriedens, der innern Sicherheit und Ordnung; er setzt ein Reichsoberhaupt (Abschnitt III), genannt Reichsvorstand, und überträgt diesem keineswegs bloß die abgetretenen Souveränetätsrechte der andern Staaten, sondern macht aus demselben einen eignen Souverän mit ganz andern Gewalten, er setzt ein eigenes Reichsgericht ein, und ändert damit die bisherigen deutschen Bundesgesetze eigenmächtig ab; schon ist ein eigener Verwaltungsrath constituirt der eigenmächtig die Vorbehalte Hannovers und Sachsens interpretirt und für ungültig erklärt; er setzt endlich einen Staat an die Stelle des Bundes, und ist dazu bestimmt, nach seinen eignen Worten oder nach den erklärenden der preußischen Denkschrift, diesen aufzulösen und in sich aufzunehmen. *) Mag man also über die Zweckmäßigkeit des preußischen Verfahrens einen Bundesstaat zu errichten noch so verschiedener Meinung seyn, das wird niemand behaupten können daß Preußen nichts anderes beabsichtigt als eine bloße Uebertragung von Souveränetätsrechten im Sinne der Wiener Schlußacte. Mehrere Bestimmungen des Dreikönigsentwurfs (wie z. B. die über das Reichsgericht) sind ja geradezu Abänderungen der bestehenden Bundesgesetze, und bedingen eine Nichtanerkennung derselben (z. B. der Schiedsgerichte und Austrägalinstanzen), ja ein Entziehen der verbündeten Staaten von ihren Verpflichtungen gegen die Bundesgesetze ohne deren vorgängige gesetzmäßige Abänderung.

Wenn sich also Preußen wahrhaft auf die noch bestehenden Bundesgesetze stützt, so ist es auch durchaus nöthig zuerst eine Revision dieser Gesetze in rechtsgültiger Form vorzunehmen, um auf dem noch anerkannten Grunde die deutsche Verfassung aufzubauen. Innerhalb der Gesammtheit der deutschen Staaten kann Preußen immerhin seine Ansichten dann geltend machen. Der entgegengesetzte Weg kann nur zur Rechtsverwirrung, Aufregung der Leidenschaften und einseitigen Ausbeutung der deutschen Zustände führen. Dieß sollte man in Berlin umsomehr einsehen als von Oesterreich so gut wie von Preußen in ihren Noten die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des deutschen Bundes und seiner Gesetze anerkannt wird, und jedesmal wenn man es versucht hat ohne Beachtung des bestehenden Bundesrechts vorzuschreiten, sich die unangenehmsten Verwicklungen und Schwierigkeiten ergeben haben. Auch die letzte preußische Note ist in der größten Verlegenheit darüber was sie noch anerkennen und was sie verwerfen soll, fühlt aber doch nicht die Kraft des Entschlusses in sich einen festen Rechtsboden zu gewinnen. Sie sagt nämlich weiter, und gibt die von Oesterreich verlangte Berichtigung dahin: „daß Preußen den Bund von 1815 nach seinem Zwecke, seinen Gliedern und deren gegenseitigen Rechten und Pflichten als fortbestehend betrachte, daß es aber keineswegs das materielle Bundesrecht nach seinem „integralen“ Inhalte als in durchgehender Gültigkeit bestehend anzuerkennen vermöge. Die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 2 März bis 12 Jul. 1848 hätten nicht bloß einzelne Theile der Bundesgesetzgebung außer Kraft gesetzt, sondern auch die Verfassung des Bundes in ihren wesentlichsten Bedingungen, in ihrem gesammten Organismus zerstört. Ein anderer Quell von rechtlichen Abänderungen sey aus solchen Beschlüssen der Nationalversammlung ausgegangen, welche rite gefaßt und von den deutschen Regierungen entweder stillschweigend oder ausdrücklich anerkannt worden seyen. Den Consequenzen dieser Anerkennung könnten sich die letzteren nicht entziehen.“

Zugegeben daß alles das richtig sey, was thut es für die Streitfrage zwischen Oesterreich und Preußen? Oesterreich hat es nicht geläugnet, es hat nicht behauptet daß die Abänderungen der frühern deutschen Bundesgesetze auf gesetzlichem Wege keine Abänderungen seyen, es hat Preußen nur bestimmte Rechtssätze entgegengehalten, auf die nicht geantwortet wird. Eine genauere Darstellung des Rechts gibt Preußen nicht, es spricht nur die Thatsache aus daß nicht das ganze Bundesrecht mehr bestehe. Damit ist nichts gewonnen. Das weiß jeder; das ist eine bloße Erklärung der Negation.

*) In diesen Principien ändert bekanntlich der Radowitzische Entwurf des „Vereins“ nichts wesentliches, sondern nur im Umfang.

Viel gerechtfertigter dagegen steht Preußen am Schluß seiner Note da, wo es das Verhältniß der österreichischen Reichsverfassung zur deutschen Verfassungsfrage in Anregung bringt. Da heißt es: „Die der österreichischen Gesammtmonarchie vom 4 März 1849 verliehene Verfassung enthält nirgends solche Bestimmungen oder Vorbehalte welche die Erfüllung der Pflichten sicherten die den österreichischen Bundesländern in ihrem Verhältniß zu dem deutschen Bunde oblagen. Es kann mehr als zweifelhaft erscheinen ob die nach dem Geist und Zweck der Bundesrechte, und insbesondere nach dem 10 und 31 Art. der Wiener Schlußacte, unmittelbar eintretende Wirksamkeit der Bundesbeschlüsse mit den constitutionellen Bedingungen der Gesammtmonarchie in Einklang zu bringen sind.“ Ferner: „Daß jene Fragen über das Doppelverhältniß der österreichischen Bundesländer zur neu constituirten Gesammtmonarchie und zum alten Bunde einmal zum Austrag gebracht werden müssen, wird das k. k. Cabinet sich von Anfang an nicht verhehlt haben.“ „Preußen habe sich auf den Vorbehalt der aus dem Bunde von 1815 erwachsenen Rechte und Pflichten beschränkt, und aus demselben Grunde könnte es einen entsprechenden Vorbehalt oder Verwahrung Oesterreichs ohne Bedenken entgegennehmen. Sollte demnach das k. k. Cabinet darin Bedenken finden daß die Verfassung des engeren Vereins der Neugestaltung des weiteren Bundes in irgendeinem Punkte factisch präjudiciren könne, und hieraus die Nothwendigkeit eines Protestes gegen unser Vorgehen auf diesem Wege entnehmen, so machen wir darauf aufmerksam daß die k. k. Regierung durch nichts behindert ist gleichzeitig die Revision der Verfassung des deutschen Bundes von 1815 ihrerseits zum Gegenstand weiterer Verständigung zwischen den deutschen Regierungen zu machen.“

Wir sagen, Preußen steht hier am Schluß seiner Note insofern weit gerechtfertigter da als allerdings die bisherigen Andeutungen Oesterreichs über seine Ansichten von der deutschen Verfassung durchaus ungenügend waren, als ferner noch nicht die von Oesterreich übrigens, wie wir bestimmt vernehmen, beabsichtigte Erklärung über die Unterstellung seiner Reichsverfassung unter die deutschen Bundesrechte gegeben ist, und insofern war es ein Verdienst Preußens den oft ausgesprochenen Wunsch zu wiederholen daß Oesterreich endlich mit der Sprache über seine Ansichten und Absichten in Bezug auf die definitive Gestaltung der deutschen Verfassung herausgehe; wenn Preußen aber, wie es in dieser Note gegen Ende thut, Oesterreich nur auffordert seine Ansichten über die Gestaltung „des weiteren Bundes oder der Revision des deutschen Bundes“ auszusprechen und darüber allein die Unterhandlungen mit den deutschen Regierungen zu beginnen, so sucht Preußen wiederum Oesterreich eine Gränzlinie zu ziehen die es von dem deutschen Volke und von Gesammtdeutschland trennen soll. Nicht das ist der Wunsch, nicht das war das Streben des deutschen Volkes seit dem März 1848 (es war dieß nur der Wunsch einer Partei die sich mit Preußen verbunden hat) eine Trennung hervorzurufen, sondern die Einigung in bestimmten Rechtsformen. Und wenn Oesterreich nun diesen Weg beträte den Preußen anräth, würde es dann nicht sehr wahrscheinlich seyn daß die „Neugestaltung des weiteren Bundes“ der „Neugestaltung des engeren Bundes“ widerspräche? Und was dann? Dann hätten wir zwei Versuche die zu nichts als Widerspruch führten. Dann würden die revidirten Bundesgesetze sehr wahrscheinlich die Aufhebung mancher Institute verlangen die der Erfurter Reichstag anerkannt hat, und die Bildung des Rechts hätte von neuem zu beginnen. Auf immer aber wäre Deutschland in eine Zweiheit von Bünden zerrissen. Ueberdem kann die Bildung eines neuen Rechtes nicht beginnen wenn das alte nicht feststeht. Wenn es auch ganz praktisch und vernünftig ist zuerst mit der Revision der Bundesgesetze zu beginnen, so ist dieß doch vielmehr eine rein juristische als politische Arbeit. Ein guter Publicist kann sie leisten, er kann nämlich hinstellen was noch von den Bundesrechten gilt, was nicht; er kann eine Zusammenstellung machen, und darüber können sich die Staaten leicht verständigen. Diese Arbeit erwartet man von der neuen provisorischen Centralgewalt. So verdienstvoll sie aber auch ist, so berechtigt Preußen gar nichts Oesterreich auf diese Revision oder auf eine bloß Neugestaltung des „weiteren“ Bundes zu beschränken. Die deutsche Verfassungsfrage ist eine Aufgabe der Gesammtheit, der „weitere“ d. h. der alte Bund steht über dem engern; der letztere ist bis jetzt ein bloßer Versuch, der erstere ist der nothwendige Rechtsboden, auf welchem allein die Anerkennung für jede fernere Bildung erwachsen kann. Oesterreich hat nirgends gesagt daß es bloß eine Revision des Bundesrechtes will; so ungenügend seine Andeutungen für das Detail einer deutschen Verfassung auch sind, das sieht jeder Unparteiische klar ein daß sie über eine Revision des deutschen Bundesrechts weit hinausgehen.

Aber die deutsche Verfassung ist eine Aufgabe der Gesammtheit der deutschen Staaten und des deutschen Volks, oder ihrer gesetzlichen Organe.

Der Waldeck'sche Proceß.

(Schluß.)

Der Ober-Tribunalsadvocat Gräßer legt im allgemeinen Zeugniß über Waldeck ab. Er hat seit zehn Jahren mit ihm in den innigsten Beziehungen als Amtsgenosse gestanden. Er rühmt seinen hohen Seelenadel und edlen Charakter, und wird bei dem Gedanken „daß dieser Mann auf der Bank der Verbrecher!" bis zu Thränen ergriffen. Der Schneider Lüchow, welchem in einem bei Ohm vorgefundenen angeblich D'Ester'schen Brief aufgetragen wird eine von D'Ester bestellte Hose nicht zu fertigen, versichert eidlich D'Ester habe nie bei ihm eine Arbeit bestellt, und weist dieß aus seinem Geschäftsbuch nach. Ohm, aufgefordert sich zu erklären, verweigert jede Auslassung. Nun folgen die Aussagen von Egbert Bauer und dem Agenten Haase. Letzterer, den Ohm als seinen speciellen Freund hat laden lassen, erzählt daß Ohm immer die Leute aufreizte wenn ein Volksauflauf war; er habe nicht geglaubt daß es ihm mit seiner demokratischen Gesinnung Ernst sey; er habe ihn für einen Renommisten gehalten. „Besonders in letzterer Zeit, wo ich mit Ohm täglich verkehrte, hat er mir von einem Bunde gesagt den er gründen wolle. Er hat mir gesagt daß zu diesem Bunde 30,000 Menschen gehören würden, die in einer Nacht die Reaction von Berlin ermorden, Barricaden bauen und den Umsturz der Regierung und des Ministeriums Manteuffel bewirken wollten." Bauer, der in dem Mordplansbrief so erwähnt wird als sey er ein genauer Freund D'Esters und Ohms, versichert daß er diese beiden Personen gar nicht gekannt habe. Der Buchhändler Schneider bekundet daß Goedsche eines Tages bei ihm das Bildniß Waldecks sich angesehen, und dabei, wie es ihm vorgekommen, einen Zettel mit dem unter dem Bild befindlichen Facsimile verglichen habe. Der Zeuge Goedsche gibt zu daß er gleich nach Waldecks Verhaftung ein von Ohm erhaltenes Couvert mit dem Facsimile Waldecks verglichen habe. Das Bild hat er für seine Enthüllungen brauchen wollen.

Der Litterat Buhl bekundet daß D'Ester sich bei ihm einen Theil seines Bartes abgeschnitten, und dann mit dem Grafen Görz nach Frankfurt gereist sey. Der Gastwirth Dätweiler bezeugt daß Waldeck beruhigend an der Roßstraßen-Barricade gesprochen. Der Restaurateur Mylius hat Ohm zum öftern in seinem Gasthause, wo die Parteiversammlungen der Linken stattgefunden, jedoch nie mit diesen in vertrautem Verkehr gesehen. Namentlich weiß er nichts davon daß er mit D'Ester und Waldeck gesprochen. Er erklärt Ohm sey sehr aufdringlich gewesen, und habe viel räsonnirt. Auffällig ist es dem Zeugen immer gewesen daß gerade über die Vorfälle in seinem Gasthause viele Notizen in der Kreuzzeitung gestanden haben.

Die unverehlichte Woltag hat an Ohm oft ein Petschaft ohne Namen — es sind unter diesem die angeblich D'Ester'schen Briefe gesiegelt — gegeben.

Sehr interessant ist die Aussage des Tischlermeisters Horwinkl. Er erzählt daß, als er eines Tages in Ohms Gegenwart Instrumente und Bilderrahmen in Kisten verpackt, dieser geäußert habe: darin könne man sehr gut Waffen verschicken. Zu seinem großen Erstaunen habe er gleich darauf eine solche Mittheilung in der Kreuzzeitung gelesen, und sich auf den Weg gemacht um den Assessor Wagner zur Rede zu stellen. Vor dessen Thür habe er aber gehört daß ihm Mauschwitz schon eine Ohrfeige gegeben, und nun sey er mit der innern Bemerkung umgekehrt, es sey dieß gut, denn sonst hätte er ihm eine gegeben. Der Zeuge erzählt noch daß Ohm selbst ein Verzeichniß von Reactionären, die bei ausbrechendem Aufruhr aufgehenkt werden sollten, angefertigt habe, und daß er stets ein Räsonneur gewesen sey.

Ohm verzichtet hierauf auf Vernehmung der übrigen Defensionalzeugen, von denen jedoch noch die Gebrüder Bendix vernommen werden, von denen einer Ohm früher in seinem Geschäft gehabt hat. Sie bekunden daß er anfangs sich geschickt und thätig benommen, nach der Revolution aber der Demokratie sich angeschlossen habe, nachlässig geworden sey, und deßhalb habe entlassen werden müssen.

Damit ist das Zeugenverhör geschlossen. Das Schlußverfahren beginnt am 3 December. Es wird eröffnet dadurch daß der Staatsanwalt Meyer dem Ohm sein früheres Läugnen und seine neueren Angaben vorhält, und ihn feierlich auffordert jetzt wahrheitsgemäß die Eine Frage zu beantworten: wer hat die Briefe gemacht? Ohm wundert sich daß die Staatsanwaltschaft einen solchen Ton gegen ihn annehme: er sey der Ueberzeugung daß die Briefe ächt seyen, daß D'Ester sie geschrieben habe. Es rühre ihn selbst einem Mann wie Waldeck, der hier als einer der edelsten Männer Deutschlands gepriesen sey, entgegentreten zu müssen — aber er habe die Wahrheit gesprochen.

Nach dieser Antwort des Angeklagten hält der Staatsanwalt Meyer eine längere Rede. Er erklärt: es habe im vergangenen Jahr allerdings Bestrebungen zum gewaltsamen Umsturz der constitutionellen Monarchie gegeben. Er beruft sich dabei auf die Geschichte der demokratischen Congresse, auf den Aufruf Dowiats. Deutlich hätten die einzelnen Führer erklärt: es gelte keinen Putsch, es gelte eine Revolution zu machen, als im vergangenen Jahr die Soldaten in Berlin einzogen und gegen diese Widerstand geleistet werden sollte. Die Zeugenaussagen über die sogenannte Majorsnacht seyen nicht in der Schärfe aufgetreten wie in der Voruntersuchung, aber sie hätten ergeben daß auf offenen Widerstand hingewirkt wurde. Auch die Agitation in der deutschen Frage, die Hätzel'schen Handgranaten rc. führt der Staatsanwalt vor. Unter solchen Verhältnissen, sagt er dann, kamen uns Scripturen zu welche angeblich von D'Ester herrühren sollten, und in welchen Thatsachen erwähnt wurden die wirklich stattgefunden hatten. Ohm läugnete alles, und in D'Esters Verhalten fanden sich Anhalte genug um von ihm republicanischer Bestrebungen sich zu versehen. Hätte Ohm kurzweg gesagt: die Briefe sind falsch, ich habe mir mit Goedsche einen Spaß gemacht, so war die Untersuchung in Nichts zerfallen. Ohm hat aber das nicht gethan. Er blieb dabei daß die Briefe ächt seyen und hat eine siebenmonatliche Haft ausgehalten. Es mußte festgestellt werden inwieweit der geheime Rath Waldeck in D'Esters Plane eingeweiht war. Es ist jetzt vollständig nachgewiesen daß die bei Ohm gefundenen Briefe mit dem geheimen Rath Waldeck in keiner Beziehung stehen, es ist auch vollständig und zur Ueberzeugung nachgewiesen daß diese Briefe nicht von D'Ester herrühren; es ist vollständig nachgewiesen, meine Herren, daß diese Briefe ein Bubenstück sind, daß sie angefertigt sind einen Mann zu verderben. Wir fühlen das tiefste Bedauern daß es so weit hat gelingen können, und wenn wir von Anfang an nach unserer Ueberzeugung gehandelt, so wollen wir auch heute kein Wort verlieren und unsere Ueberzeugung dahin aussprechen: meine HH. Geschwornen! Sie werden gegen den Angeschuldigten Waldeck das Nichtschuldig aussprechen."

Ueber Ohm äußert der Staatsanwalt Meyer: gegen ihn würde die Anklage gerechtfertigt seyn, denn er hat wiederholt seine Wissenschaft von einem Hochverrath zugestanden. Aber sein Geständniß ist vollkommen unglaubwürdig. Dieß wird im einzelnen nachgewiesen. Dem Zeugniß von Goedsche wird die Glaubwürdigkeit ebenfalls abgesprochen, und der Staatsanwalt schließt mit den Worten: „Wir können also unserer Ueberzeugung nach das Schuldig für den Angeklagten Ohm nicht beantragen, wir sind indeß verpflichtet als Vertreter des Gesetzes, nachdem Sie, meine HH. Geschwornen, Ihr Verdict abgegeben haben werden, wegen des Angeklagten Ohm und seiner Complicen einen fernerweiten Antrag bei dem Gerichtshof zu formiren."

Der Vertheidiger Wilberg stellt Ohm als im Dienst einer Partei dar die entschlossen sey mit jedem Mittel gegen die Demokratie zu vorzugehen, Ohm sey zuerst ihr unwissend gebrauchtes Werkzeug gewesen, jetzt sey er ihr Gehülfe, weil er sonst Hungers sterben müsse.

Der Vertheidiger Dorn freut sich daß die Staatsanwaltschaft, wenn auch spät, das Richtige in der Sache erkannt habe. Durch ihr Umkehren sey er in gewisser Beziehung entwaffnet; versöhnt werde er seine nöthigen Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft mäßigen. Er sagt daß die Unächtheit der sogenannten D'Esterschen Briefe gleich auf den ersten Blick hätte erkannt werden können. Der Inhalt der Briefe ist von der Art, daß es unbegreiflich erscheint wie auf Grund desselben eine Verhaftung vorgenommen werden konnte, um so unbegreiflicher als der Staatsanwalt sagt daß noch mehrere Briefe vorhanden waren und diese noch viel mehr widersinniges enthalten als jener erste Brief. Die Briefe konnten nicht von D'Ester seyn, dem gebildeten Manne, der unmöglich geschrieben haben würde: „An den Abgeordneten S y m o n i n T r i r." D'Ester sollte nicht wissen wie Ludwig Simon sich schreibt und wie Trier geschrieben wird; D'Ester sollte in dem Worte Mieroslawski (geschrieben Myroslavsky) drei Fehler begehen! An diesem Worte werde ich Ihnen sogar später nachweisen wer diese Briefe gemacht hat, da dieselben Fehler sich in einer anderen Schrift finden, deren Autor feststeht. Weiterhin führt Dorn an: Ich sagte bereits daß Ohm die Briefe gemacht habe, bin aber noch den überzeugendsten Beweis den ich versprach, schuldig. Sie finden denselben, wenn Sie sich dasjenige Volumen geben lassen in welchem die Notizen enthalten sind, die später in den

[4636] **Für denkende kathol. Geistliche und gebildete Laien.**

Soeben erschien und wurde an die Buchhandlungen aller deutschen Länder zur Gratis-Abgabe versandt:

Siloah. Zeitschrift für religiösen Fortschritt inner der Kirche. Redigirt von Prof. Dr. Mart. Deutinger und Prof. Mär. Huttler. Nr. 1 u. 2 für 1850 als Probenummern. Inhalt: 1. Carton zu einem Bilde der kirchlichen Ereignisse des Jahres 1849. — Die ideale Seite der Piusvereine. — Mannichfaltiges. — 2. Gibt es einen Fortschritt inner der Kirche? — Das erste Veilchen eines neuen Frühlings im Garten der Poesie. (Ueber Redwitz's Amaranth.) — Mannichfaltiges.

Abonnements-Preis fürs Jahr 5 fl. rh. od. 3 Thlr. — Jede Buchhandlung wie jedes Postamt des In- und Auslandes nehmen Bestellung auf die Siloah an.

Augsburg, 4. Dec. 1849. **Karl Kollmann'sche Buchhandlung.**

(4180—82) Bei Kaulfuß Wittwe, Prandel u. Comp. in Wien, am Kohlmarkt Nr. 1149—50, sind neu erschienen:

Beschreibung
sämmtlicher
Kinderheilanstalten in Europa.

Von
Franz S. Hügel,
Doctor der Medicin, Director des unentgeltlichen Kinder-Kranken-Instituts im k. k. Polizeibezirke Wieden in Wien, der medicinischen Facultät, und mehrerer wissenschaftlicher Vereine Mitglied 2c.
brosch. 8. 4 fl. C.-M.

Der Aderlaß in der Lungenentzündung.

Kritisch und physiologisch erörtert
von
Dr. Jos. Dietl,
k. k. Polizeibezirks- und Primararzt des Bezirks Krankenhauses Wieden in Wien.
brosch. 8. Preis 1 fl. 20 kr. C.-M.

Die Galle

im gesunden und krankhaften Zustande, mit besonderer Berücksichtigung der Gallensteine.

Nach
F. Bouisson, frei bearbeitet und mit Zusätzen vermehrt von **E. A. Platner.**
brosch. 8. 2 fl. C.-M.

Die orientalische Cholera.

Von
Dr. Regenhart,
Doctor der Medizin und Chirurgie 2c. in Grätz.
brosch. 8. 40 kr. C.-M.

---

(327) In Unterzeichnetem ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Deutsches Elementarwerk.
Lese- und Lehrbuch

für Gymnasien und höhere Bürger- (Real-) schulen, Cadettenhäuser, Institute und Privatunterrichte.

Von **Dr. Mager.**

Erster Theil, erster, zweiter Band. Auch unter dem Titel: **Deutsches Lesebuch.**
1ster Band. 4te Auflage (XII u. 381 S. gr. 8.) Preis 54 kr. oder 16 Ngr.
2ter „ 4te „ (X und 400 S. gr. 8.) „ 1 fl. 6 kr. oder 20 Ngr.

☞ Band 3 des „deutschen Lesebuchs," sowie das „deutsche Sprachbuch," werden in möglichster Bälde in neuen Auflagen nachfolgen.

Diesem deutschen Elementarwerk läuft parallel:

Französisches Elementarwerk. Lehr- und Lesebuch für Gymnasien und höhere Bürger- (Real-) schulen.

Erster Theil. Französisches Sprachbuch. Elementar-methodische Unterweisung in den Anfängen der Grammatik, Onomatik und Technik der französischen Sprache. Fünfte Auflage. (XVI und 342 S. gr. 8.) Preis 1 fl. 12 kr. oder 24 Ngr.

Zweiter Theil. Französisches Lesebuch. Erster Band. Fünfte Auflage. (VIII und 212 S. gr. 8.) Preis 36 kr. oder 12 Ngr. — Zweiter Band. Vierte Auflage. (VIII und 352 S. gr. 8.) Preis 1 fl. 12 kr. oder 24 Ngr.

Französische Chrestomathie. In sechs Büchern: episch, lyrisch, dramatisch; historisch, rhetorisch, didaktisch. (XXIV und 830 S. gr. 8.) Preis 3 fl. oder 1 Rthlr. 25 Ngr.

Partiepreis für Schulen bei Abnahme von wenigstens 20 Exemplaren 2 fl. 30 kr. oder 1 Rthlr. 15 Ngr.

Letzteres Buch ist als dritter Band des französischen Lesebuchs zu betrachten und entspricht dem dritten Bande des deutschen Lesebuchs.

Stuttgart und Tübingen, November 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

(4639) In unterzeichnetem Verlage ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

Das
Bürgerwehr-Institut,
oder:
Ist der Jammer noch länger zum Ansehen?

Eine bitterliche Klage und dringliche Bitte an das württembergische Ministerium
von **Fr. Vischer.**

Preis 12 Kreuzer oder 4 Sgr.

Eine der ersten Forderungen des Frühlings 1848 hat ein trauriges Loos gehabt: fast in allen deutschen Ländern haben die Regierungen ihr in einer Weise entsprochen, welche geeignet war in kurzer Zeit die Sache der Volksbewaffnung lächerlich zu machen und jedem Freunde organisirter Zustände zu entleiden. Die Klage ist allgemein, aber weniger ist klar wo eigentlich der Fehler liege. — Wir bieten hier dem Volke eine Schrift, welche in würdig gehaltener Polemik gegen die württembergische Regierung die Wurzel des Uebels aufdeckt und ein klares Bild des Richtigen gibt. Es ist rein im Interesse der Sache wenn wir lebhaft wünschen daß diese kleine Schrift, die wir zu niedrigem Preise darbieten, in die Hände jedes braven deutschen Wehrmanns gelange der den Schmerz über die peinlichen Zustände des unverbesserlichen Instituts theilt, das uns statt eines umfassenden Landwehr-Organismus eine Bürgerwehr beschert hat. Die Kritik des Verfassers entwickelt sich auf der Grundlage tieferer Gedanken über Volkserziehung und Staat, deren Gesundheit und Reife das Büchlein zu einem Vehikel heilsamer politischer Lehren macht. Wir brauchen kaum hinzuzufügen daß nicht nur die Allgemeinheit der Klagen in allen deutschen Ländern, sondern noch mehr dieser höhere Standpunkt der Schrift einen über das local-württembergische Interesse weit hinausreichenden Kreis sichern.

Verlagsbuchhandlung von Karl Göpel.

(4635) Bei Ferdinand Enke in Erlangen ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Rythmen und Reime von **C. M. Winterling.**

Diese Gedichtsammlung eines rühmlich bekannten Verfassers enthält neben den Epigrammen, Mimen und Idyllen, die gleich bei ihrem ersten Erscheinen als Gaben einer originellen Muse im Publicum den freudigsten Anklang fanden, nun auch die neuesten Erzeugnisse desselben Dichters. Auf eine mit politisch-poetischem Fache eben sattgenährte Periode wird das Werk besonders denen willkommen heißen die, um mit Ernst Rose in Nr. 38 der Wiener Zeitschrift darüber zu reden, sich die Perspective ins heitre Reich der Dichtung noch frei und offen erhielten, die nicht eine halb- sondern ganzverarbeitete Leidenschaft und neben dem Ideal auch Natur wollen, die überhaupt an Poesien wie die gegenwärtige, die nach ihrer innern und äußern Vollendung lebhaft an die Arbeit der alten Griechen und an Goethe, den großen Dichtereuropäden, erinnert, noch Geschmack finden.

[4457—58] **Festgeschenke.**

Bei Mehler in Stuttgart sind neu erschienen:

Hans Däumling oder das kleine wunderthätige Männlein. Eine unterhaltende Erzählung zur Erheiterung für Jung und Alt. Mit 16 illum. Bildern. 2te verbesserte Auflage. 16. Cartonirt 48 kr.

Christliche Lieder und **Gebete** für Kinder. 2te Auflage. 16. Cartonirt 18 kr.

Das neue Testament, nach Luthers Uebersetzung. Stereotypirt und Nonpareilleschrift. 16. In Saffian gebunden mit Goldschnitt 1 fl. 48 kr.

Liederbuch für Deutschlands Sänger. 2te Auflage. Westentaschenformat. Cartonirt 18 kr.

Zu haben in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österreichischen Monarchie und des Auslandes.

[4667—69]

Willkommenstes Christgeschenk für Damen!

So eben wurde versendet und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Nr. 1 der allgemeinen Muster-Zeitung.

Album für weibliche Arbeiten und Moden

für 1850.

Jährlich 24 Nummern, bestehend aus 24 Bogen Text, 12 colorirten Modebildern und 24 Musterbogen.

Preis des Quartals nur ½ Thlr. od. 54 kr.

Der anerkannt praktische Werth dieser schönen und wohlfeilen Damenzeitung hat derselben einen beispiellos großen Absatz verschafft. Daß dieselbe in vielen Erziehungs-Anstalten als Leitfaden für alle weiblichen Arbeiten eingeführt ist, dürfte ihr zu besonderer Empfehlung dienen. — Redaction und Verlagshandlung werden sich gemeinsam bestreben, auch in dem neuen Jahrgang immer das Neueste und Geschmackvollste in Moden und Arbeiten, und die artistischen Beilagen immer eleganter und nützlicher zu liefern.

Eltern die ihre Töchter mit einem wohlfeilen und zugleich werthvollen Christgeschenk überraschen wollen, darf unser Journal mit vollem Recht empfohlen werden.

[4570] Bei Karl Erhard in Stuttgart ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Pariser Damenkleider-Magazin.

Jahrgang 1850.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis: 27 kr. rhn. oder 8 Sgr.



Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.

Von diesem beliebten Journal, welchem von dem ersten Zeitpunkt seines Bestehens an die erfreulichste und vielseitigste Anerkennung der schönen Welt zu Theil geworden ist, hat

der Jahrgang 1850

durch Ausgabe der Januar-Lieferung so eben begonnen, wobei die Verlagshandlung die Zusicherung ausspricht daß auch dieser neue Jahrgang durch zweckmäßige Einrichtung so nutzbringend und ansprechend als immer möglich ausgestattet werden soll.

Das Journal erscheint jährlich zwölfmal. Jede Monats-Lieferung enthält einen Bogen Text (sowohl mit einer genauen Beschreibung sämmtlicher Arbeiten, als auch mit ansprechenden Erzählungen, Novellen, Recepten, Schönheits-Mitteln u. s. w.); nebst einem Bogen der neuesten Muster von **Kleidern, Mantillen, Mänteln, Krägen, Kinderkleidern, Hüten, Hauben, Chemisetten** u. s. w., auch von **Weißzeug-Kleidungsstücken**, wie Nachthauben und Nachtjacken, Corsetts, Unterröcke u. s. w., ferner Muster von Herren-Hemden, Krägen, Chemisetten, Unter-Beinkleidern, welche sämmtlich in ihrer natürlichen Größe gezeichnet sind, wodurch man die Muster bei der Benützung nur abzuschneiden braucht.

Jeder Muster-Bogen gibt außerdem, soweit dieß ohne Nachtheil für die großen Muster geschehen kann, Zeichnungen von **Häkel-Mustern, Strick-Arbeiten, Tapisserie- und Stick-Mustern, Tambourin-Arbeiten, Flecht-Arbeiten**, nebst vielen andern der neuesten, in das Fach höherer weiblicher Beschäftigungen einschlagenden Gegenstände. Auch diesen Arbeiten sind zur Erleichterung stets faßliche Beschreibungen beigegeben.

Um allen Anforderungen zu genügen, werden bei größerer Anhäufung von Material unentgeltlich außerordentliche Beilagen geliefert, wie dieß z. B. beim Januar-Heft für 1850 bereits geschehen ist.

Der Preis beträgt für Ein Vierteljahr 27 kr. rhn. od. 8 Sgr.

Der Eintritt ins Abonnement für **1850** kann bei jeder Buchhandlung geschehen, auch liefern sämmtliche Buchhandlungen den Jahrgang **1849** ganzjährlich oder vierteljahrsweise.

(4560) Als besonders geeignetes **Weihnachts- oder Neujahrsgeschenk** macht der Verleger J. C. B. Mohr in Heidelberg aufmerksam auf die bei ihm erschienene:

Geschichte des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts bis zum Sturze des Napoleonischen Kaiserreichs mit besonderer Rücksicht auf geistige Bildung von **F. C. Schlosser**, Geheimrath, Commandeur des Ordens vom Zähringer Löwen und Professor der Geschichte in Heidelberg. In sieben Bänden (der 7te Band in 2 Abtheilungen) nebst vollständigem Register über das ganze Werk. Dritte Auflage (der zweiten Auflage sechs Bände in 8 Abtheilungen). Preis 26 Rthlr. 2 gGr. oder 46 fl. 48 kr.

Sowie auf die für jetzige Zeit sehr wichtige:

Geschichte der rheinischen Pfalz nach ihren politischen, kirchlichen und literarischen Verhältnissen von Dr. **L. Häusser**, ordentl. Professor der Geschichte an der Universität Heidelberg, in zwei Bänden gr. 8. geh. Preis 6 Rthlr. 16 gGr. oder 11 fl.

Ferner:

Römische Geschichte von der Urzeit Italiens bis zum Untergange des abendländischen Reichs übersichtlich und mit steter Beziehung auf die Quellen für den Privat- und Lehrgebrauch dargestellt von Dr. **F. Kortüm**, ordentl. Professor an der Universität Heidelberg. 2 Rthlr. 8 gGr. oder 4 fl. 12 kr.

Obige Werke sind durch jede Buchhandlung zu beziehen.

[4686] ☞ Empfehlenswerthes Werk **für jede Haushaltung.**

In Baumgärtner's Buchhandlung zu Leipzig ist so eben erschienen und an alle soliden Buchhandlungen (Augsburg M. Rieger) versendet worden:

Jahrbuch

für ökonomische Chemie und verwandte Fächer.

Eine Sammlung des Wichtigsten aus der landwirthschaftlichen Chemie, den mit derselben verwandten landwirthschaftlichen Gewerben und der Hauswirthschaft von Dr. Wilibald Artus, außerordentlichem Professor an der Universität Jena, correspondirendem Mitglied des norddeutschen Apothekervereins und Ehrenmitglied der kaiserlichen pharmaceutischen Gesellschaft zu St. Petersburg. Dritter Jahrgang. gr. 8. br. Preis 1⅓ Thlr. Die früher erschienenen Jahrgänge kosten erster Jahrgang 24 Ngr., zweiter Jahrgang 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

[4567—68] Bei J. Dalp in Bern ist zu haben:

I Volontari in Lombardia e nel Tirolo l'aprile 1848. Cenni storici del generale Allemandi. Gr. 8. 104 S. geh. 45 kr.

Alle Politiker werden von dem hier Gegebenen gefesselt werden. Allemandi erklärt gleich zu Anfange: „Weg mit hochklingenden Phrasen und diplomatischen Schleichwegen. Die positive Sprache der Zahlen, der unwiderlegbare Beweis der Documente auf die sich meine Worte stützen, werden meine einzige Beredsamkeit ausmachen u. s. w."

[4573] Durch alle Buchhandlungen sind zu beziehen:

Die chirurgische, mechanische und medicinische

Behandlung der Zähne,

mit Einschluss der Zahntechnik.

Von *James Robinson*, Zahnarzte im Metropolitan-Hospitale zu London, Vorleser über Anatomie, Physiologie und Pathologie der Zähne, Ehrendoctor der Zahnheilkunde des Vereins der Zahnärzte zu Baltimore etc. etc.

Nach der zweiten Auflage aus dem Englischen übersetzt, mit vielen Abbildungen und Zusätzen vermehrt, und einem Anhange versehen

von **Adolf Fröhlich**, Doctor der Medicin, ausübendem Zahnarzte, Mitgliede der medic. Facultät und der k. k. Gesellschaft der Aerzte in Wien.

Mit 156 Abbildungen.

In engl. Leinwandband. Preis 3 Thlr.

Studien der

Kinderheilkunde

von **J. C. Löbisch**, Dr. der Heilkunde, Professor der Frauen- und Kinderkrankheiten an der Wiener Hochschule und Director des ersten öffentlichen Kinder-, Kranken- und Impfungs-Instituts in Wien. 8. geh. Preis 1 Thlr. 15 Ngr.

Wien, December 1849.

C. Haas'sche Buchhandlung

[4563] In der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig ist soeben vollständig erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

A. v. Tromlitz's sämmtliche Schriften.

Neue Ausgabe.

108 Bändchen in Taschenformat. broch. **Preis 18 Thaler.**

(4569) So eben wird von uns ausgegeben und ist in jeder Buchhandlung gratis zu erhalten:

Verzeichniß werthvoller Werke,

welche vom 1 November 1849 bis 1 April 1850

zu bedeutend ermäßigten Preisen

durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen sind.

Berlin, den 1 November 1849.

Ferd. Dümmler's Buchhandlung.

4555—56]

VERZEICHNISS
der Weine, welche aus dem königl. bayer. Hofkeller zu Würzburg um nachstehende Preise zu haben sind.

A. Weine, welche nur in Flaschen per Dutzend abgegeben werden.

Von der Markung	Jahrgang.	Benennung der Lage.	Preis per 12 Stück. fl.	kr.
Würzburg	1818	Leisten	13	—
	1834	Aeussere Leisten . . .	8	—
	1842	Leisten Riessling . . .	18	—
	1842	Aeussere Leisten . . .	9	—
	1846	Leisten Riessling . . .	24	—
	1818	Stein	12	—
	1835	Stein A.	10	—
	1846	Stein Riessling . . .	21	—
	1846	Rother Stein . . .	11	—
	1846	Schalksberg Traminer . .	12	—
Randersacker	1818	Pfülben	8	—
	1822	dto.	44	—
	1833	dto.	22	—
Hammelburg	1822	Saalecker	42	—
Hörstein	1846	Rother Hörsteiner . . .	8	—

B. Weine, welche nur in Eimern abgegeben werden.

Von der Markung	Jahrgang	Benennung der Lage	Preis per Eimer fl.	kr.
Würzburg	1841	Aeussere Leisten . . .	28	—
	1846	Stein	46	—
	1847	Stein Riessling . . .	26	—
	1847	Schalksberger Riessling . .	22	—
	1847	Schlossberger rother . .	24	—
Randersacker	1846	Aeussere Pfülben Traminer	42	—
	1847	Pfülben Riessling . . .	24	—
	1847	Spielberger Riessling . .	20	—
	1847	Spielberger	15	—
	1847	Lämmerberger Traminer . .	18	—
Hammelburg	1846	Saalecker	32	—
Hörstein	1819	Hörsteiner	34	—
Sommerach	1846	Sommeracher	16	—
Volkach	1846	Volkacher	22	—

BEMERKUNGEN:

1) Die Flaschen halten 3 bayerische Schoppen, der Eimer ist gleichfalls bayerischen Gemässes.
2) Zur Abgabe der Weine für hiesige Einwohner sind wöchentlich 2 Tage, **Dienstag** und **Freitag** von 2 — 5 Uhr Nachmittags bestimmt.
3) Die Abgabe geschieht nur **gegen gleich baare Zahlung.**
4) Bestellungen von Auswärtigen können nur dann beachtet werden wenn der Betrag baar übersendet, oder ein Commissionär dahier benannt wird, welcher die **Zahlung** leistet.
5) Briefe und Geldsendungen sind zu frankiren.
6) Bestellungen sind beim unterzeichneten königl. Hofökonomie-Rentamt zu machen.
7) Auf Verlangen wird auch das Verpacken der Flaschen besorgt, wofür jedoch 1 fl. 12 kr. pr. Duzend zu zahlen ist.

Fässer werden ebenfalls dazu gegeben und ist der Preis für ½ Eimer- 1 fl. 24 kr., für 1 Eimer- 2 fl. und für ein 2 Eimer-Fass 3 fl.

Würzburg, den 21 November 1849.

Königliches Hofökonomie-Rentamt.

Glaser.

(3852—54) **Edictalladung.**

Der Holzmesserssohn Samuel Franziscus Riebelsberger von Augsburg, geboren am 2. Sept. 1779, ist schon seit vielen Jahren abwesend, ohne daß seither sein Aufenthalt ermittelt werden konnte.

Nachdem nun derselbe 70 Lebensjahre vollendet hat, so wird er oder seine allenfallsige Descendenz anmit aufgefordert

binnen sechs Monaten a dato

sich bei dem unterfertigten Gerichte zu melden, und sein in 267 fl. 28 kr. bestehendes Vermögen in Empfang zu nehmen, umso gewisser als er außerdem für verschollen und todterklärt, und sein Vermögen an seine nächsten Verwandten ohne Caution hinausgegeben werden würde.

Augsburg den 10. Oct. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht.

Der kgl. Director

du Ponteil.

(4609—11) **Edictalladung.**

Joseph Anton Hofaker von Ottobeuren, geboren den 12 Juni 1775, hat sich bereits im Jahre 1796 von Hause entfernt und bei dem k. k. österreichischen Infanterieregiment Kerpen anwerben lassen. Ueber Leben und Aufenthalt des Joseph Anton Hofaker wurde seit dieser Zeit nichts mehr bekannt, und ein ihm später zugefallenes Vermögen unter pflegschaftliche Verwaltung gestellt.

Nach dem Antrage der Verwandten wird nun Joseph Hofaker von Ottobeuren oder seine rechtmäßige Nachkommenschaft aufgefordert, sich

binnen 6 Monaten

um so gewisser dahier zu melden und zu legitimiren, als ansonst Hofaker als todt erklärt und dessen in 473 fl. 50 kr. bestehendes Vermögen an seine nächsten Verwandten und zwar ohne Caution hinausgegeben werden würde.

Ottobeuren am 1 December 1849.

Königliches Landgericht.

Graf, Landrichter.

(4535—36) **Stuttgart.**

Stellegesuch für einen Baumeister.

Ein junger Baumeister, der sich nicht nur über die Erstehung beider Staatsprüfungen im Königreich Württemberg, sondern auch über eine langjährige praktische Laufbahn in den verschiedensten Branchen der Bautechnik auf's vortheilhafteste auszuweisen vermag, wünscht eine seinen Leistungen entsprechende Stelle zu erhalten, etwa als Baumeister für eine größere Stadt, bei einer ausgedehnten Gutsherrschaft, bei Eisenbahnbauten, Hüttenwerken, Fabriken 2c., wie er sich auch zu Uebernahme eines einzelnen größeren, in sein Fach einschlagenden Auftrags verstehen würde. Seine Ansprüche sind nicht unbescheiden, und könnte der Eintritt sogleich oder später geschehen.

Nähere Auskunft hierüber ertheilt auf frankirte Anfragen das Commissions-Bureau von Kammer Revisor Rettich, Wilhelms-Platz, 11.

(4662—64) Das

Tiroler-Mineralien-Comptoir

in Innsbruck

ist nun eröffnet durch

Mahl-Schedl, Augustin et Moos

und empfiehlt sich den Freunden der Mineralogie in allen, besonders aber in Tiroler Mineralien und Gebirgsarten zu geneigtem Zuspruche. Die Preise werden billigst angesetzt.

(4612) Ein Capital von

200,000 Thaler Pr.-Ct.

kann man durch Anlegung von 8 Thlr. pr. Ct. erlangen. Auf portofreie Anfragen dieserhalb ertheilt unentgeldlich das nähere deßhalb das Büreau von

Joh. Poppe

in Lübeck.

[4613—14] **Stuttgart.**

Schriftgießerei-Verkauf.

Die von dem verstorbenen Schriftgießer Gmehlin vorhandene, in bestem Zustande befindliche Schriftgießerei und Gießmaschine wird hiemit wiederholt zum Verkaufe ausgeboten. Dieselbe kann jeden Tag in dem Wohnhause der Wittwe Gmehlin, Rosenstraße No. 27, eingesehen werden. Inventar und Schriftproben werden auswärtigen Kaufsliebhabern auf Verlangen mitgetheilt.

Stuttgart, 2 Dec. 1849.

C. Frasch,

Pfleger der Gmehlin'schen Kinder.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. [illegible] Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Insurate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Mittwoch — Nr. 346. — 12 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Streit der Großmächte und die Noth des Reichsministeriums. Der Reichsverweser will nicht zurücktreten, ehe die letzten Zustimmungsurkunden eingelaufen. Bürgermeisterwahl); München (die Judenemancipation: auch am zweiten Tag noch kein Beschluß. Hoftrauer für Königin Adelheid. Anordnung für die Truppen die an der badisch-hessischen Expedition theilgenommen. Die Reichsräthe stimmen dem freiwilligen Anleihen bei und beginnen die Berathung des Jagdgesetzes); Stuttgart (zwei Adreßentwürfe); Bremen (das Fallen der brittischen Schifffahrtsacte und die deutschen Interessen. Die Bürgerschaft nimmt das Gesetz für die Reichswahlen an); Dresden (die Zusage der Vorlagen über die deutsche Frage. Müller des Officierscharakters enthoben); Hannover (die Stellung zu Preußen und die Verlängerung des Budgets); Berlin (Graf Dyhrn. Die Antwort an Oesterreich. Die Einverleibung der hohenzollerischen Fürstenthümer. Dr. Eichlers Verhaftung); Schleswig-Holstein (die Landesversammlung auf den 13 Dec. wieder nach Kiel berufen. Auseinandergehen des ganzen Postpersonals in Schleswig. Erklärung Baron Blome's daß er gar keinen diplomatischen Auftrag habe); Wien (die Grundentlastungscommissionen. Handelskammern. Telegraphenthätigkeit. Rectorwahl der Hochschule. Der Nachlaß des Kaisers Franz. Der Brand der Maschinenfabrik. Die Münze. Heerreduction. Das Verbot der Presse).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (Abänderung von acht Todesurtheilen. Fenyes. Die Militärbezirke Ungarns).

Großbritannien. Die Times über Ungarn. Sir Ch. Napier über die Flotte. Das Loos der englischen Arbeiterinnen.

Frankreich. Die Heerschau unterbleibt. Agitation gegen die Wiedereinführung der Getränkesteuer. Das Unterrichtsgesetz im Staatsrath. de Noailles.

Italien. Florenz (das Gemeindegesetz. Die Universitäten auf Sicilien. Verhaftungen in Genua. Strenge Winter).

Schweiz. Die Künstler.

Rußland und Polen. Verdoppelung der Kriegsreserven in den Ostseeprovinzen.

Türkei. In Betreff der russischen Forderungen noch immer kein schließliches Uebereinkommen.

Datum der Börsen: Hamburg 7; London, Paris, Amsterdam, Berlin 8; Wien 9; Frankfurt 10; Augsburg 11 Dec.

Deutschland.

z **Frankfurt a. M.,** 7 Dec. Es ist wahrlich nicht abzusehen wie Oesterreich und Preußen sich hier in dem Interim verständigen sollen, solange Wien und Berlin feindseliger als je sich gegenüberstehen. Daß eine neue ziemlich imperative Note von der österreichischen Regierung zu Ende des vorigen Monats ausgegangen sey, worin dieselbe die wahrscheinlichen Folgen eines Zusammentritts des preußisch-deutschen Reichstags mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln abzuwenden erklären soll, scheint außer Zweifel. Wenn nur Oesterreich diese Mittel dahin verstünde noch vor dem Zusammentritt des Erfurter Tages Deutschland mit einer definitiven Reichsgewalt und einer allgemein deutschen Nationalvertretung zu versehen, wodurch alsdann die Berliner Aufstellung von selbst wegfallen würde! Aber nach allem Anschein ist davon leider noch nicht die Rede, und das Interim, wenn es zu Stande kommt, wird über den 1 Mai hinaus sicher müssen verlängert werden. Im Palast des Reichsverwesers scheint man wenig an eine nahe Abreise zu denken. Erzherzog Johann soll nicht geneigt seyn die provisorische Centralgewalt zurückzulegen, solange nicht alle deutschen Regierungen (es fehlen noch die Erklärungen von 5 bis 6 kleinen Staaten) der Convention vom 30 Sept. beigetreten. Dadurch wäre es leicht möglich daß wir uns in einem fortwährenden Cirkel befänden. Deutschland ist wieder in den Händen der Diplomaten. Der Streitgegenstand ist zunächst gegenwärtig welche von den beiden Kronen, ob Habsburg oder Hohenzollern, der andern weichen soll. Doch ist an die Anwendung der Waffengewalt noch immer nicht zu glauben. Das Reichsministerium ist in großen, besonders finanziellen Nöthen; es erhält sich jedoch, wie es fast scheint, durch die vis inertiae.

z **Frankfurt a. M.,** 9 Dec. Von österreichischer Seite ist dem Erzherzog-Reichsverweser der dringende Wunsch ausgesprochen worden, jetzt, nachdem Preußen die passive Assistenz der Bevollmächtigten der Einzelstaaten zugestanden, wegen des noch nicht erfolgten Beitritts einiger Kleinstaaten (es sollen nur noch drei seyn) mit der Niederlegung seiner Würde nicht länger zu zögern. Wie ich so eben vernehme, ist darüber Reichsministerrath gehalten, aber beschlossen worden noch nicht darauf einzugehen, vielmehr das Eintreffen auch der letzten Adhäsions-Urkunde zu erwarten. Sobald dieß erfolgt, wird Erzherzog Johann, wie mir von guter Hand mitgetheilt worden, mit einer Ansprache an die deutsche Nation von seinem hohen Posten zurücktreten und wahrscheinlich durch Bayern nach Oesterreich heimkehren. So geht endlich doch das neue Zwischenreich in Erfüllung; sehen wir zu ob es den Stürmen gewachsen sey und die Basis für die definitive Gestaltung unseres Vaterlandes darzubieten vermöge!

* **Frankfurt a. M.,** 10 Dec. In der heutigen Rathsversammlung wurden die HH. Syndicus Dr. v. Heyden und Senator Hessenberg zu regierenden Bürgermeistern für nächstes Jahr erwählt.

Bayern. || **München,** 11 Dec. Die Debatte über die Judenemancipation wurde heute fortgesetzt, ohne dadurch zum Schluß gebracht zu werden. Director Mayer erklärt sich für die Fink'sche Modification, indem er, mit Rücksicht auf seine Wähler und erhaltene Zuschriften, eine Uebergangsperiode für nützlich hält. Forndran spricht als Redner für den Entwurf, beantragt aber dann unerwarteterweise Modificationen welche das Princip des Gesetzes antasten, indem dadurch die Fähigkeit der Juden zum Eintritt in den Staatsdienst in Frage gestellt wird. Allioli bringt unter anderm Rüstzeug gegen den Entwurf auch Bedenken aus dem Talmud. Dadurch wird mit Arnheim ein Streit über Bedeutung und Inhalt des Talmuds hervorgerufen. Hr. Allioli will schließlich ein Amendement als erziehendes Ingrediens in das Gesetz legen, wonach den Gemeinden bei Ertheilung von Handelsconcessionen an Juden ein absolutes Veto zustehen soll. Kirchgeßner befürwortet den unveränderten Entwurf aus praktischen und Gerechtigkeits-Gründen, Pfarrer Wolfsteiner eine oder die andere Modification, theils aus religiös-politischen Gründen, theils um „dem bestehenden Vorurtheile" gerecht zu werden. Hingegen vertheidigt Minister Ringelmann den Entwurf mit voller Energie und Wärme; der Verfassungsgrundsatz „Gleichheit vor dem Gesetz" und das Grundrecht der Unabhängigkeit der Rechte von dem Glaubensbekenntnisse rechtfertige denselben. Er bekämpft die aufgetauchten Bedenken im einzelnen und im Princip, und bezeichnet die sämmtlichen Modificationen, namentlich die Forndrans, als dem Princip der Emancipation widerstreitend. Gegen das Vorurtheil werde der Ausspruch der Volksvertretung mehr wirken als alle Amendements der vorgebrachten Art. Indessen gibt er zu verstehen daß, falls die Anträge Finks oder Allioli's angenommen würden, die Regierung darum das Gesetz nicht fallen ließe. Mit dieser sehr beifällig aufgenommenen Erklärung wird die heutige Sitzung geschlossen; morgen wird die Debatte fortgesetzt werden.

— **München,** 11 Dec. Wenn in der Judenemancipationsdiscussion gestern dem Minister v. d. Pfordten der Sieg der Beredsamkeit zufiel, so errang ihn heut ein anderes Mitglied des Cabinets, Ringelmann. Hinter den Reden dieser beiden blieben die Reden der Mitglieder der Kammer weit zurück, um so mehr als bis jetzt die Triarier sich in ihren Zelten gehalten haben, und nur die Männer zweiter Ordnung auf die Tribüne getreten sind. Es fällt dieß auf; hoffentlich wird aber — da die Kammer zu jedem Gegenstand von Bedeutung mehrtägige Redeübungen haben muß — der dritte Tag die Lücke der beiden ersten füllen. Gegenüber der polternden Rhetorik, die gestern die Geschichte wie eine Folterkammer ansah, voraus jeden Augenblick gegen die Juden neue Verfolgungsargumente und Daumenschrauben zu ziehen wären, brauchte Hr. v. d. Pfordten die einfache Waffe des gesunden Menschenverstands und des schlichten Rechtes. Er wies auf die Inconsequenz den Juden den Eintritt in die Kammern geöffnet zu haben und ihnen den Landrath

verschließen zu wollen; er zeigte aus seiner Erfahrung als Richter wie alle jene Gesetze zu Beschränkung des Wuchers umgangen und dann zur doppelten Plage dessen werden den sie schützen sollen; er machte aufmerksam wie entsittlichend es auf eine Nation wirken müsse wenn man sie als nothwendig treulos und betrügerisch behandle und ihr keinen Schlüssel, Recht und Geltung zu erlangen, übrig lasse als das Geld, ihr natürliches Streben danach dann aber wieder zur neuen Waffe der Anklage gegen sie umschmiede. Er hätte beifügen können in welchen Widerspruch man gerathe wenn man den Nationalcharakter der Juden bis ins fernste Alterthum hinein anklagt, und doch mitten in der milden Herrschaft des Christenthums ihren Gott der Rache das Schwert gegen sie zücken lassen will bis zum Ende der Tage; er hätte die welche auf volle Befreiung der Kirche vom Staat dringen fragen können wie sich mit diesem Grundsatz reimen lasse daß sie in dieser Religionsfrage den Staat zum exclusiven Richter bestellen wollen. Als im vorigen Jahr im englischen Unterhaus die Judenemancipation siegreich durchgeführt wurde, sprach Sir William Molesworth: „Der Streit ist zwischen zwei großen Principien, die sich, kann man sagen, schon seit dem Anbeginn der Civilisation bekämpft haben. Auf der einen Seite steht das Princip der religiösen Gleichheit, auf der andern der widerstreitende Grundsatz daß der Staat befugt, ja berufen sey zu bestimmen welche Religion die wahre. Diese Lehre von der Infallibilität des Staats in Religionssachen ward in allen Jahrhunderten und unter allen Völkern der Vorwand für die Verbrechen der Unduldsamkeit und der Verfolgung. Unter diesem Vorwand mußte Sokrates den Giftbecher trinken, und wurde der Heiland an das Kreuz geschlagen. (Hört!) Unter diesem Vorwand opferten die heidnischen Kaiser die ersten Christen, wurden die Albingenser geschlachtet, und unsere Scheiterhaufen auf Smithfield angezündet. Unter diesem Vorwand verbrannten Katholiken Protestanten, und Protestanten verbrannten Katholiken. Calvin schürte das Feuer für Servet mit dem Beifall des sanften Melanchthon, in Braunschweig verübten Lutheraner und Reformirte Justizmorde gegeneinander, und sogar die Pilgrimväter Neu-Englands, die um der Glaubensfreiheit willen aus diesem Lande ausgewandert, waren fanatische Verfolger und knüpften Quäker auf an den Galgen von Massachusetts, (Hört!) Unter demselben Vorwand schlossen wir in neuern Zeiten Dissenter von unsern Corporationen und Universitäten, Katholiken vom Parlament aus, und aus denselben Gründen soll jetzt den Juden ein Sitz im brittischen Hause der Gemeinen verweigert werden. Aber die Idee der Religionsfreiheit hat über die rohe Bigotterie der Vorzeit und über die grausame Verfolgungssucht unserer Altvordern triumphirt, und eben diese Idee wird endlich auch die mildere Intoleranz ehrenwerther Mitglieder gegenüber besiegen, die segenreiche Frucht des Sieges aber wird Frieden und Wohlwollen seyn unter Menschen jedes Glaubens die unter Britanniens Zepter wohnen. Jetzt ist die Zeit zu erklären daß wir als weltliche Legislatoren mit Glaubensartikeln nichts zu schaffen haben, und daß, sowie unter den Unterthanen des brittischen Reichs Bekenner jedes Glaubens zu finden sind und seine Hülfsquellen mehren und seine Macht verstärken, sie auch alle die gleichen bürgerlichen Rechte und Privilegien genießen sollen. Ja, so lassen Sie uns die letzten Trümmer wegfegen jener veralteten Herrschaft schwachköpfiger Bigotterie und kindisch gewordener Intoleranz!"

|| **München,** 11 Dec. Auch die Reichsräthe hielten heute eine längere Sitzung. Nach längerer Debatte, auf die wir ihrer Eigenthümlichkeit wegen — mehrere Redner bedauerten daß das Ministerium nicht grösseren Credit verlangte um mittelst bedeutender Heeresmacht die bayerische Selbständigkeit zu wahren — zurückkommen werden, wurde dem Beschlusse der Abgeordneten über das freiwillige Anlehen beigestimmt und so ein Gesammtbeschluß erzielt. Die Promulgation des Gesetzes wird nicht lange auf sich warten lassen. Sodann begannen die Reichsräthe die Discussion des Jagdgesetzes, gelangten jedoch nur über die ersten vier Artikel zur Beschlußfassung. Es ergaben sich bereits Abweichungen, so daß das Gesetz jedenfalls nochmals an die Abgeordneten gelangt.

° **München,** 11 Dec. Wegen des jüngst erfolgten Ablebens der verwittweten Königin Adelheid von England ist von Sr. Maj. dem König eine 1wöchentliche Hoftrauer angeordnet worden. In Folge königl. Erlasses aus dem Staatsministerium des Kriegs vom 6 d. soll allen Stabsofficieren, Officieren, Militärbeamten und Soldaten, welche im Reichskriegsdienste in den Monaten Junius und Julius d. J. in dem Großherzogthum Hessen und Baden verwendet worden waren, diese Expedition als Feldzugsjahr angerechnet und in allen einschlägigen Büchern und Listen als solches eingetragen werden. Aus der Pfalz treffen noch fortwährend Truppentheile auf dem Durchmarsch in ihre betreffenden Garnisonen mittels der Eisenbahn hier ein, wie diesen Nachmittag eine Division des nach Burghausen bestimmten 2ten Jägerbataillons. General Salis-Soglio, aus dem schweizerischen Sonderbundskriege bekannt, befindet sich unter den hier angekommenen Fremden.

Württemberg. °°° **Stuttgart,** 10 Dec. Der Adreßentwurf wie ihn die Commission der Mehrheit eingebracht hat, ist in sehr gemäßigtem Tone gehalten, so daß man daraus die Bestrebung erkennt eine Veranlassung zur Auflösung zu beseitigen. Er bildet einen Gegensatz zu der klaren und bestimmten Sprache der früheren Kammer durch den mit vielen Umschreibungen durchgeführten Styl, indeß ist den Bestrebungen der Partei darin nichts vergeben. Was die vereitelte Reichsverfassung betrifft, so ist der Wunsch ausgesprochen daß das Werk der Nationalvertretung nach Lösung „der wiedereröffneten Oberhauptsfrage" in ganz Deutschland zur Ausführung gelange. Die Regierung möge dahin wirken den anerkannten Grundsätzen im übrigen Deutschland Geltung zu verschaffen und keiner andern Regelung der deutschen Frage sich anschließen. Ruhe und Ordnung lasse sich zwar auf eine Zeitlang erzwingen, aber nicht auf die Dauer in anderm Wege sich sichern. Schließlich heißt es weiter: „Wir vermögen nicht die von der Regierung Ew. Maj. einseitig versuchte Abänderung des Gesetzes (über Anerkennung der Reichsverfassung) für verfassungsmäßig zu erkennen." Hinsichtlich der politischen Processe ist eine allgemeine Amnestie beantragt welche die eingeleiteten und sich immer weiter ausdehnenden Untersuchungen niederschlagen würde. Dagegen ist von der durch Römer geleiteten Minderheit ein anderer Adreßentwurf eingereicht, der sehr bestimmt abgefaßt ist, übrigens wegen eines Vorschlags hinsichtlich der Constituirung Deutschlands nicht die Zustimmung aller Conservativen erlangt hat. Die Regierung wird darin aufgefordert zu einem Versuch die Hand zu bieten welcher durch einen neuen Reichstag zur Vereinigung führen würde, und ihre Bemühungen darauf zu richten daß die deutschen Grundrechte dort Berücksichtigung finden; sollte Oesterreich bei seiner Gesammtverfassung beizutreten gehindert seyn, so möge ausgesprochen werden daß die Interessen Deutschlands eine Einigung auch ohne Oesterreich erfordern. Dagegen wird darauf hingewiesen daß gemeinschaftliche Bemühungen gelingen könnten, um uns einer weitern Vereinigung mit Oesterreich entgegenzuführen. Die Beeidigung auf die Reichsverfassung könne zur Zeit Bedenken erregen, indeß sey dadurch nicht ausgeschlossen daß einzelne Bestimmungen aufrecht erhalten werden müßten, insoweit dieselben für einzelne Länder ausführbar wären. (In Bezug auf das Wahlgesetz, und im Gegensatz der Regierungsvorlage.) Hinsichtlich der Amnestie wird hervorgehoben daß verbrecherische Auflehnungen durch die Stürme des vergangenen Jahrs bewirkt seyen, die Mehrzahl derer über welche Untersuchungen schweben, bestehe jedoch aus Verführten. Der Entwurf enthält ferner keine allgemeine Erklärung der Gefühle, und Reyscher sowohl als Römer machten geltend daß der dahingehende §. 1 des Adreßentwurfs mit Erklärung der Loyalität über das vereinte Wohl des Königs und des Vaterlands bei der Zusammensetzung der Mehrheit (worunter erklärte Republicaner) als Phrase oder als Heuchelei gedeutet werden konnte. Zimmermann trat sogleich dagegen auf: die weitere Verhandlung werde zeigen daß die Bestrebungen der Mehrheit mit dem Interesse der Krone übereinstimmten; die Richtung der ersteren sey eine großdeutsche (nach dem Frankfurter Ausdrucke); der Adreßentwurf der Minderheit dagegen bezeuge eine „Preußen freundliche Gesinnung." Der Minister des Auswärtigen nahm dagegen einen von beiden Parteien verschiedenen Stand ein, nämlich den der Vereinbarung mit den Regierungen hinsichtlich der deutschen Angelegenheit; er forderte die Kammer auf das Vereinbarungsprincip deutlich auszusprechen. Hierauf erklärte ein Mitglied der Linken (Dessaller) der Adreßentwurf der Minderheit enthalte viele beachtungswerthe Punkte, wenn man allen auch nicht beistimme; er beantragte deßhalb eine Vertagung der Debatte auf morgen damit weitere Verabredungen getroffen werden könnten. Die Kammer stimmte bei und somit wird erst die nächste Verhandlung eine Entscheidung bringen, worin das Verhältniß der zwei Parteien und der Regierung sich in der deutschen Frage herausstellt.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 8 Dec. Es gibt gewisse Dinge die man selbst gehört, gesehen, gelesen haben muß um sie glaubhaft zu finden. Der Minister des Auswärtigen beantwortete in der heutigen Sitzung der ersten Kammer die Anträge des Hrn. v. Carlowitz über die deutsche Frage und entschuldigte die Verzögerung der Vorlage damit daß die Regierung erst kurz vor Eröffnung der Kammern sich entschlossen habe denselben überhaupt eine solche Vorlage zu machen. Wenn nicht hieraus gefolgert werden kann daß die Gerüchte von einem Ministerwechsel noch vor der Kammereröffnung allerdings nicht unbegründet gewesen sind, indem für diesen Fall die abtretende Regierung der Ausarbeitung jener materia peccans sich allerdings überhoben erachten mochte, so ist der Einklang schwer aufzufinden in welchen diese Aeußerung der Regierung mit der königlichen Proclamation des Dreikönigsbündnisses zu bringen ist, worin die ständische Zustimmung ausdrücklich vorbehalten wurde. Nach dem Zeitpunkte übrigens bis zu welchem Hr. v. Beust die Vollendung der

Vorlage in Aussicht gestellt hat, können Sie wohl noch bis zur Weihnachtszeit stereotypiren lassen: die sächsischen Kammern erwarten noch immer die Regierungsvorlage über die deutsche Frage. Auch in der ersten Kammer ist der Belagerungszustand wenigstens indirect zur Sprache gekommen, indem ein streng conservativer Leipziger Abgeordneter das Ministerium interpellirt hat, ob und welche Maßregeln es einzuschlagen gedenke um der Einquartierungslast in Dresden ein Ziel zu setzen? Da der Kriegsminister hierauf antworten wird, so läßt sich wenig Tröstliches erwarten; auch ist die Regierung formell in ihrem Rechte, weil sie rücksichtlich jener Belastung eines Orts gesetzlich nicht beschränkt ist; wir stehen dieser Unbeschränktheit gegenüber ohne gesetzliche Bestimmungen darüber da, wie und wann eine Verbindlichkeit zur Truppencasernirung für die Staatsregierung eintritt. Ueberdieß sind ja die „strategischen Gründe" durch den Belagerungszustand gedeckt. — Ihnen werden die beiden officiellen Artikel der heutigen Leipziger Zeitung gegen den vormaligen Oberlieutenant Abgeordneten Müller nicht entgangen seyn. Er ist auf Antrag des Kriegsministeriums des Officierscharakters enthoben, weil er in der von ihm über seinen Ehrenhandel mit dem Obersten v. Süßmilch veröffentlichten Broschüre eines diese Angelegenheit betreffenden königlichen Handbillets in unrichtiger Auffassung und ohne dazu ermächtigt worden zu seyn Erwähnung gethan habe. Welche Waffe ist hierdurch der radicalen Partei in die Hand gegeben worden, wie wird sie diese Thatsache als eine Antwort auf Müllers jüngsten Antrag in Betreff der Kriegszustände ausbeuten! Ich enthalte mich jedes Urtheils über das Verfahren gegen Müller vom Standpunkte der besondern Standesehre; aber vom politischen Gesichtspunkte aus darf man fragen: ob auf solchen Wegen zur Versöhnung des Parteigrolles geschritten wird? Spotte man immerhin der Sentimentalität; es ist zu wünschen daß ihre Ursachen nicht Stoff zu tragischen Wendungen von neuem anhäufen!

Hansestädte. ** **Bremen,** Anfang Decembers. In drei Wochen wird also die englische Navigationsacte nach einem Bestande von zweihundert Jahren fallen, und fortan können die fremden Schiffe von allen Gegenden der Welt ihre Waaren den brittischen Inseln zutragen. Wer das vor fünfzig Jahren nur hätte voraussagen wollen, wäre sicher für einen Träumer gehalten worden. An die Stelle der strengsten Beschränkung ist in diesem verhältnißmäßig kurzen Zeitraum die größte Liberalität getreten. Das Motto welches Schiller an dem Anfang unsers Jahrhunderts schrieb:

„Seine Handelsflotten streckt der Britte
Gierig wie Polypenarme aus,
Und das Reich der freien Amphitrite
Will er schließen wie sein eignes Haus."

scheint unwahr geworden zu seyn. Allein, Sie wissen, in einer Kaufmannsrechnung steht oft ein Posten, ohne daß der Bezahlende ihn sieht, und John Bull ist ein vollendeter Geschäftsmann. Ich habe Ihnen vor einem Jahr die Gründe zu entwickeln versucht welche die englische Handelspolitik seit den letzten drei Decennien in diese neue Bahn hineingewiesen haben; ich will deßwegen heute nicht darauf zurückkommen. Nur die Conjuncturen die sich uns Hansestädtern mit dem 1 Januar durch das Fallen des englischen Schifffahrtsgesetzes darbieten, möchte ich Ihnen mit einigen Linien zeichnen. Unsere Rheder nämlich sind so ziemlich alle guten Muthes in Betreff der Zukunft. Wir bauen unsere Schiffe um ein Drittel billiger als die Engländer, die Kosten der Bemannung stehen ungefähr in derselben Proportion; es kann daher nicht ausbleiben daß unsere Fahrzeuge bei der anerkannten Tüchtigkeit ihrer Bauart und Führung in England die mannichfaltigste Verwendung finden werden. Die Frachten werden ohne Zweifel um etwa 18 Procent steigen, die Werften werden eine nie gekannte Thätigkeit entwickeln und in den ersten Jahren das Geschäft ohne Zweifel allgemein floriren. Aber nun werfen Sie auch einen Blick auf die Kehrseite. Sie wissen daß der Export deutscher Fabricate aus unseren Häfen größtentheils nur durch die Billigkeit der Fracht bewerkstelligt werden konnte. Die Differenz der Transportkosten mußte die Differenz der Productionskosten ausgleichen. Bietet sich aber fortan den Engländern eine ebenso billige Transportweise durch ungehinderten Gebrauch oder Ankauf fremder Schiffe dar, so fällt für unsere heimische Industrie diese Chance fort, und das Procentgeschäft in der Ausfuhr muß bei uns bezahlen was die Rhederei verdient. Das ist jedoch leider noch nicht alles. Durch unsere leidigen heimischen Münzverhältnisse sind wir bekanntlich in unsern auswärtigen Zahlungen noch immer auf den Londoner Wechselmarkt hingewiesen, der Vorsprung den England dadurch schon von vornherein zur Betreibung des Zwischenhandels nach dem baltischen Meer erhält, springt auf der Stelle in die Augen. Bis jetzt haben wir denselben durch unsere billigeren Frachten ausgeglichen, fortan wird das nicht mehr der Fall seyn, und auch unser Zwischenhandel wird die Gewinne unserer Rhederei aus seinem Beutel stellen müssen. Daß damit zugleich unsere Hoffnungen auf einen selbständigen Baumwollenmarkt ins Wasser fallen, ist auch nur zu wahrscheinlich; trotz der anscheinenden Hinneigung zum Freihandelsthum weiß England die Verhältnisse so geschickt zu benützen, dennoch das Centrum des Welthandels sich zu erhalten. Fragen Sie mich was wir dagegen machen können, so lautet meine traurige Antwort: gar nichts, solange wir nicht der gesammten englischen eine gesammte deutsche Handelspolitik entgegenzusetzen vermögen, und diese Möglichkeit wird uns diese Weihnachten gewiß noch nicht beschert.

Bremen, 6 Dec. Vorgestern berieth die Bürgerschaft über das Gesetz für die Reichswahlen, und nahm dasselbe in allen seinen Bestimmungen mit unbedeutenden, durch die Bremer Verhältnisse bedingten Veränderungen an. Auch die im Gesetz vorgeschriebene Wahldeputation ward sogleich ernannt. (W. Z.)

K. Hannover. * **Hannover,** 6 Dec. Die Deutsche Zeitung läßt sich jüngst aus dem Bückeburg'schen schreiben: „Preußen sey der natürliche Bundesgenosse aller derer die ein gesundes vernünftiges Staatsleben wollten." Merkwürdig daß im Lande Hannover niemand diese Gesinnung theilt, weder Regierung, noch Stände, noch Volk. Unser Staatsleben ist während der höchsten Aufregungen des Jahres 1848 ein gesundes und gewissermaßen nüchternes geblieben, und unsere Staatsmänner oder Geschäftsleute können in der That mit einiger Befriedigung auf die Proben der Staatsmannskunst die Preußens Staatsmänner auf den eigenen Uebungsfahrten mit dem vereinigten Landtage, mit der versagten Periodicität, mit der zugestandenen Periodicität, mit dem 18 März, dem Aufgehen in Deutschland, der vorjährigen Aprilverfassung, der Berliner Nationalversammlung, der Brandenburger Versammlung, der octroyirten Decemberverfassung, der Auflösung, dem neu octroyirten Wahlgesetze, dem Dreikönigsbündniß und Verwaltungsrath angestellt haben, herabblicken. Daß unsere Stände sich nicht nach den Bundesgenossen des einzig vernünftigen Staatslebens sehnen, davon haben beide Kammern einen glänzenden Beweis geliefert, indem sie dem Ministerium, das den Bundesstaat mit wenigen nicht will, das gegen die Zusammenberufung des Erfurter Reichstags protestirte, das den Verwaltungsrath zu beschicken aufgehört hat, das Budget für Julius 1850 prorogirten, sich nur näheres Eingehen und Prüfung bei dem Budget für 1850/51 vorbehaltend, daß sie dieß thaten ohne daß ihnen die Vorlagen in der deutschen Sache auch nur mitgetheilt waren. Die Fortbewilligung des Budgets wäre bei allem guten Willen der Stände an einem Zwischenfall beinahe gescheitert. Der § 96 unserer Verfassung enthält die Bestimmung: „Sollten die von der Regierung in Antrag gebrachten, zu den Bedürfnissen des Landes erforderlichen Steuern und Abgaben bei Auflösung einer Ständeversammlung nicht bewilligt seyn, so können die bestehenden Steuern und Abgaben noch sechs Monate vom Ablauf der letzten Bewilligungszeit an unverändert forterheben und zu dem Ende in Beziehung auf diesen Paragraphen ausgeschrieben werden." Nun ist das jährliche Steuerbewilligungsrecht ein althergebrachtes, in die Verfassung von 1819 aufgenommenes. Erst 1833 kam man darauf die Ausnahme einer sechsmonatlichen Erhebung ohne Bewilligung, mit denselben Worten wie sie angeführt sind, in das Staatsgrundgesetz § 146 aufzunehmen. Im Jahr 1840 als nach Aufhebung des Staatsgrundgesetzes die Landesverfassung gemacht, d. h. das Staatsgrundgesetz von 1833 von allen die königliche Macht beschränkenden constitutionellen Uebergriffen redintegrirt wurde, setzte man im § 155 die Ausnahme auf ein Jahr, jedoch in viel besserer Wortfassung, nämlich: „So können die bisherigen Steuern noch ein Jahr vom Ablauf der letzten von den Ständen ausdrücklich ausgesprochenen Bewilligung an unverändert forterhoben werden." Bei der Revision im Jahre 1848 kam man wieder auf die sechsmonatliche Forterhebung nach dem Staatsgrundgesetz zurück, unglücklicherweise aber substituirte man in der Eile den ganzen Paragraphen des Staatsgrundgesetzes von 1833 und damit das zweideutige Wort Bewilligungszeit. Daß man aber 1848 der Regierung keine größeren Rechte geben wollte als sie sich 1840 vindicirt, bedarf keiner Deduction. Gegenwärtig führte nun die Praxis auf die Sache zurück. Das Ministerium hat von der Forterhebung nach § 96 schon sechs Monat Gebrauch gemacht. Hatte es das Recht die jetzigen Stände aufzulösen und dann auf Grund des Paragraphen abermals Steuern auszuschreiben? Die Finanzcommission hatte die Sache so gestellt, sie bringt keine förmliche Budgetsbewilligung in Vorschlag, ermächtigt zur Forterhebung, bevorwortet aber: daß sie in dieser durch die Lage der Dinge ihr abgedrungenen Erklärung keineswegs eine solche Bewilligung erblicken könne, aus welcher für die demnächstige fernere Beibehaltung der aufgeführten Positionen irgendeine Consequenz zu ziehen wäre — ein Verbesserungsantrag von Weinhagen wollte hier den Zusatz: durch keine Consequenz hinsichtlich des Forterhebungsrechts nach § 96. Die Finanzcommission hatte dasselbe sagen wollen, nur versteckt. Die Minister bestritten nun diesen Zusatz auf das lebhafteste, indem sie behaupteten die Budgetsbewilligung werde dadurch an

eine Bedingung geknüpft die sie außer Stand setze davon Gebrauch zu machen, der Zusatz enthalte eine versteckte Budgetsverweigerung u. s. w. Nach langer lebhafter Debatte wurde, mit Einwilligung der Minister, der Zusatz sodann so formulirt: Daneben halten Stände die k. Regierung nicht für befugt in Folge dieser Bewilligung von der Prorogation des Budgets in Gemäßheit des § 96 der Verfassung Gebrauch zu machen. Die Debatte hat abermals gezeigt wie vorsichtig man bei der Redaction zu Werke gehen muß, und wie flüchtig die Stände von 1848 über die Verfassungsrevision hinweggegangen sind.

Preußen. ♃ **Berlin**, 8 Dec. Dasjenige Mitglied des Ministeriums welches als Führer in der deutschen Sache betrachtet werden kann, soll beantragt haben daß die an die österreichische Regierung auf die mehrerwähnte Erklärung zu ertheilende Antwort gleich nach der Abgabe veröffentlicht werde. Gestern ist bei dem König ein Ministerrath gehalten worden in welchem unter andern die jetzt erfolgte Einverleibung der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen und ihre künftige Administration durch einen Präsidenten zur Besprechung kam. Die Behauptung der Wiener „Presse" daß Preußen, im Einverständniß mit Oesterreich, nur zum Schein das Parlament nach Erfurt berufen um es später aufzulösen und die Gründung des Bundesstaats für unmöglich zu erklären, hat hier unter den Anhängern des Ministeriums große Indignation und manche zurückgebende Vergleichung der österreichischen mit der preußischen Politik hervorgerufen. Der am 6 verhaftete Dr. Ludwig Eichler hatte sich hier merkwürdigerweise unter dem Namen Baumstark aufgehalten. Man fand bei ihm einen Brief der an einen demokratischen Parteigenossen in der Neumark gerichtet, aber noch nicht abgesendet war. Der Schreiber erklärt daten: obwohl er steckbrieflich verfolgt werde, so habe er doch geglaubt in den Tagen des Waldeckschen Processes hier nicht fehlen zu dürfen. Zugleich klagt er bitter über die hiesige Demokratie und ihre Unthätigkeit. Wenn diese Partei auch einen Sieg erkämpfte, heißt es unter anderm, so würde sie doch die Sache der Demokratie nicht durchfechten, weil es ihr ganz an Talenten fehle!

In den „Kammerbildern" der Kölnischen Zeitung findet man folgendes Porträt des Grafen Dyhrn: „Es ist charakteristisch für diese Versammlung, die nun einmal kein rechtes Leben in ihrem Schooß entwickelt hat, daß sich keine Classification ihrer Mitglieder so von selbst darbietet als die nach der Vergangenheit derselben. So wissen wir dem Abgeordneten von Oels, Grafen Dyhrn, dem schlesischen Vincke (der übrigens selbst auf dem Vereinigten Landtag war, dort aber keine sehr hervorragende Rolle gespielt hat) keinen andern Platz anzuweisen als den welchen er als Freund und Parteigenosse der ehemaligen Abgeordneten zum Parlament einnimmt. Seinen festen Sitz in der Kammer hat der Graf freilich bedeutend weiter links genommen als die Frankfurter Centrumsmänner; doch wandert er, so weit es seine bedeutende Corpulenz erlaubt, wie einst der geistreiche Abbé von Berg, gern auf dem freien Platz in der Mitte des Hauses umher, und oft sieht man ihn an dem Wassertische, als dessen Zubehör Hr. v. Berg betrachtet wurde, sitzen und schreiben. Es war uns während der zwei- bis dreimal daß wir Dyhrn reden hörten, in der That als hätten wir ein Bruchstück von dem „olympischen Schneegestöber" Vincke'scher Reden vor uns, das freilich eben, weil es nur ein Bruchstück ist, nur einen kleinen Theil der Erde bedeckt. Es ist wohl nicht zu viel gesagt wenn man behauptet daß eine Dyhrn'sche Rede für alle regelmäßigen Besucher der zweiten Kammer ein Fest ist. Aber bei allem dem scheint Dyhrn kein Redner zu seyn. Wie dieser „Bauchredner der zweiten Kammer" (so hat ihn der Berliner Witz seiner Corpulenz wegen genannt) so langsam und behaglich seine von Humor sprühenden Reden vorträgt, daß man gesagt hat: die Stenographen, die sich alle zehn Minuten ablösen, nähmen von ihm jedesmal nur Ein Wort mit hinaus, so spricht er überhaupt auch so fabelhaft selten daß kaum jeden Monat eine Rede von ihm zu Tage kommt. Nach der leichten und gefälligen Form seiner Reden sollte man glauben daß er ein trefflicher Stegreifredner seyn müßte, der fähig wäre die Gegner seiner Partei à la Berg durch hingeworfene Zwischenbemerkungen vom Platze aus ad absurdum zu führen — nicht zu gedenken des Frhrn. v. Vincke, der eines Tags als Hr. v. Bismark eine Bemerkung über ihn machte, während er eben an der Rednerbühne vorbeiging, schon durch eines seiner classischen Gesichter das er vor ihm schnitt, die Versammlung zum Gelächter zwang. Aber Graf Dyhrn gleicht als Redner vielmehr jenen Lyrikern, hinter deren leichter Form man auch die Arbeit nicht vermuthete die sie gekostet hat, und zu denen bekanntlich selbst Heine gehört. Noch ein anderer Uebelstand macht sich bei den Reden des Grafen geltend. Sie prunken gern mit Gelehrsamkeit und allerlei zum Theil ziemlich speciellen Geschäftskenntnissen. Und nun geht die dunkle Sage durchs Volk daß der schlesische Graf hier mancherlei Irrthümer mit unterlaufen lasse welche die Blumen und „die Blätter, welche damals grünten" als Dyhrn seine ersten Reden in der deutschen Frage hielt, zwar verdeckten, die aber nun im Herbste doch an den Tag kommen. Hoffen wir daß der liebenswürdige Graf in Zukunft zwar weniger gelehrt aber desto öfter reden möge!"

Schleswig-Holstein. **Altona**, 8 Dec. Der Präsident der Landesversammlung hat diese, in Uebereinstimmung mit ihrem eigenen Beschluß vom 8 Dec., auf den 13 d. nach Kiel berufen. In Schleswig wurde am 5 d. von der Landesversammlung der Postmeister Sater abgesetzt und an seine Stelle ein gewisser Bandtholtz eingesetzt, der als früherer Bankerottirer bezeichnet wird. In Folge davon entsagte das gesammte Postpersonal, auch die Boten, ihrem Dienst, und die Postverwaltung ist in völliger Auflösung. Das Postgebäude ist militärisch abgesperrt; Briefe, Zeitungen, alles bleibe seit dem 5 d. liegen oder wird sehr nach Zufall und Gunst ausgegeben. Die Schleswiger Kaufleute wollen eine sehr vorsichtige Benutzung der Post für rathsam halten. Im Hamb. C. erklärt Baron Ad. v. Blome d. d. Kopenhagen 4 Dec. „daß alle über den Zweck meiner Reise hierher aufgestellten Vermuthungen jedes Grundes entbehren, und daß ich an dem Grundsatze nur einen legitimen Landesherren zu haben zu fest halte um je von irgendeinem andern, wie von ihm, den Auftrag einer Sendung erhalten zu können."

Oesterreich. ** **Wien**, 7 Dec. Die Grundentlastungscommissionen in den Kronländern, welche nun sämmtlich in Thätigkeit sind, bestehen überall aus einer gleich großen Anzahl Mitglieder: 1) aus dem Stande der Berechtigten; 2) aus dem Stande der Pflichtigen; 3) aus kaiserlichen Beamten, präsidirt von einem vom Ministerium ernannten Ministerialcommissär. Bei dieser Zusammensetzung allein kann jeder Theil und auch die Regierung hoffen daß die Interessen aller Betheiligten einigermaßen vertreten und gewahrt seyen. Möchte man in den kleineren Staaten Deutschlands sich nach diesem so natürlichen als gerechten Vorbilde richten. Denn es ist kein Zweifel daß der Stand der berechtigten größeren Gutsbesitzer aller Orten die bedeutendsten Opfer bringt, es ist ihm also wenigstens das zu gönnen daß er bei Abhandlung des großen Processes der Jetztzeit mit der Vergangenheit gehört werde, und sich gegen einzelne Prägravirung oder unrichtige Auslegung des Gesetzes wahren könne. — Die Wiener Handelskammer fordert sämmtliche Handelsgremien der Monarchie zu baldiger Bildung von Handelskammern auf. Mit kommender Woche anfangend sollen die Curse der Wiener Börse täglich mittelst des Telegraphen den Provinzen bekannt gemacht werden. — Das Durchgehen des Amnestiegesetzes in der bayerischen Kammer ist durch Telegraphen hieher gelangt.

·|· **Wien**, 8 Dec. Die Wahl des Rector Magnificus für unsre Hochschule ist Montag vollzogen worden. Dr. Exner, welcher ursprünglich vorgeschlagen worden war, scheiterte an dem Wortlaute desselben Gesetzes an welchem er mitgearbeitet hatte. Dr. Baumgarten, der Vorgänger Ettingshausens auf der Lehrkanzel der Physik, voriges Jahr vierzehn Tage lang Minister der öffentlichen Arbeiten und nunmehr Sectionschef im Ministerium der Finanzen, wurde zum Rector erwählt, und ist Mittwoch den 5 d. feierlich installirt worden. — In letzterer Zeit war in den hiesigen Journalen über den Nachlaß des Kaisers Franz sehr viel zu lesen; doch waren es bloße Muthmaßungen ohne reellen Werth. Die Commission welche zur Ordnung der Verlassenschaft niedergesetzt worden, ist vor kurzem mit ihren Arbeiten fertig geworden. Der ganze Nachlaß, insofern er den Kaiser Ferdinand betrifft, beläuft sich, wie ich aus ziemlich verläßlicher Quelle erfahre, auf zwei Millionen Gulden C. M. in Silbermünze und nebstdem auf eine sehr hohe doch nicht bekannt gewordene Summe in Schmucksachen, deren sehr viele zurückgeblieben sind. — Der Privatsecretär Ferdinands befand sich vor zwei Tagen in unsern Mauern, um das gesammte Vermögen zu erheben und nach dem dermaligen Aufenthalte des hohen Erben zu bringen. Es scheint demnach daß Kaiser Ferdinand längere Zeit in der Hauptstadt des zum Kronland gewordenen Königreichs Böhmen zu verweilen beabsichtige. — Der Brand der Guß- und Schlageisenwaarenfabrik des Schweizers Speker hat einen Schaden von 350,000 fl. C. M. verursacht. Man sagt, das Feuer sey durch die Unvorsichtigkeit des Wächters des Eisengußkessels entstanden, indem derselbe eingeschlafen und die glühende Masse überströmt sey. Der Fabrikinhaber befindet sich eben auf einer Geschäftsreise und wird nicht wenig erschrecken wenn er in den Tagblättern liest daß, mit Ausnahme seines Wohngebäudes, alles was zur Fabrik gehörte, von den Flammen verzehrt wurde. — Von dem bekannten nationalökonomischen Publicisten Otto Hübner, der in der letzten Zeit in die Redaction der „Presse" getreten war, ist so eben eine Broschüre über das neue Einkommensteuergesetz erschienen. — Dieser Tage sind aus dem hiesigen Münzamte eine sehr große Zahl Arbeiter in zwei Partien entlassen und dieser Vorgang dadurch motivirt worden daß man jene Gesellen, die nur des in der Münze höher gestellten Arbeitslohnes willen ihr erlerntes Gewerbe verlassen haben, ihrem ursprünglichen Berufe wiedergeben, und so die allgemeine

Klage über Mangel an Arbeitskräften beheben wolle. Auf diese Thatsache bauen nun Optimisten wie Pessimisten ihre Schlüsse, indem die ersteren dieses Factum als einen Beweis für die ungeheure Thätigkeit welche in der Münze geherrscht habe, betrachten, indeß die letzteren daraus ein Argument für die Metallnoth ziehen. Daß aber Mangel an Arbeitern herrsche ist unläugbar, und der Beweis in allen Werkstätten und Fabriken zu finden — ein Umstand der die Theurung der verschiedenen Manufacte auf eine unglaubliche Weise befördert. — Mit der Bildung der Geschwornenlisten für die Residenz soll, wie ich höre, rasch vorwärts geschritten werden. Es sind dieß Gegenstände welche die Hoffnung auf die endliche Aufhebung des Belagerungszustandes im Gefolge haben. — Ich habe Ihnen von der Verlegung der Landwehrbataillone sämmtlicher Linien-Infanterieregimenter geschrieben. Auch aus der ungarischen Armee werden die vereinzelten Bataillone ausgeschieden, und in ihre Werbezirke geschickt. So geht bereits das dritte Bataillon des Regiments Heß von Leutschau nach St. Pölten. — Die Einführung des Stempels für die inländischen Zeitungen wird wohl nicht ins Leben treten. Sollte dessenungeachtet auf den auswärtigen Journalen der Stempel — und zwar ein doppelter — täglich zwei Kreuzer! — lasten bleiben?

dt. **Wien,** 8 Dec. Gestern war wieder großer Ministerrath und — wie man hört — die deutsche Frage Gegenstand der Erwägungen. Sie werden in den Blättern wiederholt ein Gerücht gefunden haben als stände ein Ministerwechsel bevor, welcher den Grafen Colloredo-Wallsee an die Spitze des Cabinets stellen solle. Das Gerücht wird wahrscheinlich noch lange Zeit Gerücht bleiben und am Ende niemand mehr daran denken, aber interessant ist es die Bedeutung dieses Gerüchts zu kennen. Zuletzt hängt die deutsche Frage, wie wir von hier die Dinge sehen, davon ab ob die österreichische Verfassung vom März möglich ist oder nicht. Das ist gewiß: entweder man muß den Gedanken an ein centralisirtes Oesterreich, oder an ein bis zum Bundesstaat geeinigtes Großdeutschland aufgeben. Bis jetzt ist das erstere nicht mehr als ein politisches Axiom, auch sitzt der eifrige Vertreter desselben und in gewisser Beziehung der Verfasser des Kremsierer Programms, Graf Stadion, nicht mehr im Wiener Cabinet. Es war damals der Gedanke an das einige centralisirte Oesterreich noch etwas mehr als eine erkannte Zweckmäßigkeit, es war ein starr gewordener Glaubensartikel. Das ist jetzt anders geworden. Man will auch die deutsche Stellung nicht fahren lassen, und erinnert sich daß man doch mehr eine deutsche als eine slavische Macht sey. Die Redaction der Allg. Ztg. wird sich recht gut erinnern, wie schon Fürst Metternich dagegen remonstrirte wenn man den Kaiserstaat ein slavisches Reich nannte. Aber den kühnen Gedanken eine große Monarchie darzustellen, wo alles symmetrisch und geometrisch in einander passe, ein Ganzes zu seyn, nicht bloß verschiedene, aneinander gekittete Theile möchte man auch nicht unversucht aufgeben. Wir beklagen die negative Haltung Oesterreichs, aber wer würde nicht zaudern wo man hier und dort in einen dunkeln Loostopf greifen muß? Gewiß ist nun daß wenn man in der deutschen Frage die positive Politik einschlägt, die Politik von Oesterreichs Verbleiben in Deutschland, für das dessen tapfere Heere so viele Schlachten geschlagen, ein Theil der Märzverfassung geopfert werden muß, und in diesem Falle träte vielleicht ein oder der andere Minister zurück. Jenes Gerücht also beruht auf dem richtigen Instinct daß, wenn man in Wien zu einem Entschluß in der deutschen Frage kommt, das Schicksal der Märzverfassung wenigstens in dem einen Fall entschieden wäre. Vorerst scheinen wir aber noch nicht so weit... Die HH. v. Schönhals und Baron Kübeck sollen nun doch nach Frankfurt abreisen, ob sie die Bevollmächtigten von Preußen dort finden werden, ist zweifelhaft. Man sieht hier die Zögerung Preußens in Vollziehung des Interims so an als habe das Berliner Cabinet später nach reiflicher Ueberlegung erst erkannt, wie schädlich das Interim dem Königsbündnisse werden könne. Gewinnt man also Zeit, so bleiben nur einige Monate übrig für die rechtliche Geltung des Vertrags; und was könnte das Interim in ein paar Monaten dauerndes schaffen? Ueberhaupt betrachtet man die Zustimmung Preußens zu der Frankfurter Commission nur als eine Folge davon daß man in Berlin den Schein vermeiden will als verletze man die Verträge von 1815. Freilich ist man dagegen österreichischerseits auch die Antwort auf den preußischen Vorwurf schuldig geblieben daß die Kremsierer Verfassung ebenfalls eine Lösung der deutschen Verträge voraussetze. Hier wie dort Dilemma: Preußen durch die Politik seit dem Königbündniß bei seiner nationalen Ehre zum Fortschritt auf der eingeschlagenen Bahn fortzugehen verpflichtet, Oesterreich durch seine Verfassung in seinem Wollen gehindert. So sieht man denn daß es für Parteien und Parlamente nicht allein Sackgassen gibt, sondern auch für Regierungen. Fast kommt es einem vor als wäre ganz Deutschland in eine Sackgasse gerathen. Wer den Ariadnefaden findet, dessen wartet der Lorbeer der Zukunft!

§ **Wien,** 9 Dec. Die gestern Abends erfolgte Unterdrückung des Journals „die Presse“ während des Belagerungszustandes hat nicht geringes Aufsehen erregt. Wie ich eben erfahre, ist nun der Hauptredacteur der „Presse,“ Hr. Zang, entschlossen, sein Journal in einem außerhalb des Belagerungsrayons gelegenen kleinen Städtchen nächst der Residenz erscheinen zu lassen. Mit dem 1 Januar tritt das Preßgericht in Wirksamkeit. (Wir werden morgen die Gründe anführen die für das Verbot der Presse angeführt werden. Die Wiener Post kömmt uns wieder so spät zu daß wir nicht mehr als diese paar Zeilen aufnehmen können. Die Militärbehörde wirft der „Presse“ ihre seit längerer Zeit behauptete Haltung vor, ihr stetes Verdächtigen aller Maßregeln der Regierung. Die Ostdeutsche Post erklärt, daß sie diesen Act am allerwenigsten in einem Zeitpunkte erwartete in welchem die legalen Preßgerichte demnächst ins Leben treten sollen und durch Einforderung der Cautionen auch der Vollzug eines allfälligen Straferkenntnisses gegen die Organe der öffentlichen Meinung völlig sichergestellt war, wo daher, falls das Gesetz wirklich eine Sühnung verlangen sollte, diese ja binnen kurzem von dem ordentlichen Gerichte hätte vollzogen werden können.)

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth,** 6 Dec. Vom Arader Kriegsgericht sind am 15 Nov. l. J. abermals acht Stabsofficiere des ehemaligen ungarischen Heers zum Tod, und zwar durch den Strang verurtheilt worden. Der Obergeneral Feldzeugmeister Baron Haynau hat aber dieß Urtheil auf 18jährigen Festungsarrest — bei zweien auf 7jährigen — gemildert. Auch entließ der Armee-Obercommandant am 1 Dec. durch einen Gnadenact vierzehn politisch Compromittirte ihrer Haft im hiesigen Neugebäude. Außer Stuller treffen wir in diesem Pardon noch mehrere bekannte Namen. Da ist Johann Zoltan, Staatssecretär im ungarischen Ministerium des Innern, uns Pesthern deßhalb merkwürdig weil er bei der in der Nacht vom 10 auf den 11 Mai nach der verunglückten Katzenmusik vor dem Hôtel Baron Lederer in Ofen niedergesetzten gemischten Untersuchungscommission, wobei Nyary für das Civil, Ottinger für das Militär präsidirte, den Vorsitz führte. Ferner finden sich darunter der Ministerialrath Lorenz Toth und Martin Hazell, Deputirter von Nyeregyhaza. Das meiste Aufsehen erregte aber die Freilassung des Alexius Fenyes. Letzterer, bekanntlich der erste Statistiker Ungarns, führte nämlich Ende Mais und Anfangs Junius l. J. den Vorsitz bei dem in Ofen fungirenden ungarischen Kriegsstandgericht, das fünf loyalgesinnte Bürger kriegsrechtlich erschießen ließ. Wenn wir aber nicht irren, war Fenyes damals krank, wurde durch einen andern ersetzt, und seine politische Sünde beschränkt sich sohin auf die bloße Annahme des Präsidentenstuhls. Die Befreiten haben eine Dankadresse eingereicht. Die Uebersicht der Militärbezirk Ungarns ist bereits veröffentlicht worden, ganz so wie ich sie den Lesern dieses Blatts bereits vor ungefähr einem Monat mittheilte; nur fällt der sechste, der Temesvarer Militärdistrict, unter Generalmajor Mayrhoffer hinweg, da die Woiwodina als unabhängiges Verwaltungsgebiet unter der Wiener Centralregierung steht. Eine Deputation des hiesigen Handelsstandes ist nach Wien abgegangen um Sr. Maj. dem Kaiser einen Entwurf über Entschädigung für ungarische Geldnoten mit der Bitte um Genehmigung derselben zu unterbreiten.

Großbritannien.

Die Londoner Journale vom 7 und 8 Dec., die wir heute zusammen erhalten, sind aller politischen Neuigkeiten bar. Nur berichten sie über mehrere Versammlungen aus der Provinz, die der Protectionisten, dort der Parlaments- und Finanz-Reformassociation. Englische Briefe aus Konstantinopel bezeichnen das Zerwürfniß zwischen Rußland und der Türkei wegen der ungarischen Flüchtlinge als noch keineswegs ausgeglichen. Vor einigen Tagen ertranken am Ausfluß des Tyne 20 Lootsen durch Umschlagen ihres Boots.

Lord Brougham befindet sich wieder auf seinem prächtigen Landsitze bei Cannes in Südfrankreich. Unter den um ihn versammelten Gästen, Engländern und Franzosen, ist Sir Edward Bulwer Lytton.

Zu den beklagenswerthesten Classen der englischen Armen gehören die Näherinnen, welche für den geringsten Lohn von früh bis in die Nacht arbeiten — besonders für die großen Londoner Kleidermagazine, die sich wöchentlich ein paarmal von den Zeitungen in Knittelreimen anpreisen lassen, wie „Moses und Söhne“ rc. — und gewöhnlich schon jung in Schwindsucht, Blindheit und Elend verkommen. Thomas Hood's „Lied vom Hemde (Song of the Shirt“ — von Freiligrath trefflich übertragen) ist durch ganz England bekannt und berühmt, hat aber den armen Geschöpfen noch wenig Erleichterung gebracht. Am 4 Dec. ward in London eine Versammlung von 1000 bis 1200 dieser Arbeiterinnen gehalten, in welcher der bekannte Menschenfreund Lord Ashley und neben ihm der sehr ehrenw. Sidney Herbert, vordem Kriegsminister unter der Peel'schen

Verwaltung, erschienen. Indessen auch diese Philanthropen wußten den Hülfsbedürftigen nichts besseres zu empfehlen als — Auswanderung in die englischen Colonien, wozu man ihnen durch eine Geldzeichnung behülflich seyn will. Man bemerkte ihnen daß in vielen Colonien (namentlich den australischen und nordamerikanischen) ebenso Mangel an Weibern, resp. Arbeiterinnen sey, wie in England und Wales umgekehrt die weibliche Bevölkerung die männliche um 500,000 Seelen übersteige. Viele erklärten sich zum Auswandern bereit.

Der unermüdliche Admiral Sir Charles Napier hat abermals ein langes offenes Sendschreiben an den Premierminister gerichtet, worin er eine große Anzahl Uebelstände des jetzigen englischen Marinewesens rügt, eine Reihe von Geldverschleuderungen im Schiffsbau nachweist, und namentlich auf seine Forderung zurückkommt daß die Admiralität aus erfahrnen Seeofficieren gebildet werde, und daß der Marineminister selbst ein Seemann sey, kein Civilist, wie dieß schon öfter der Fall war, und auch jetzt wieder ist. Sir Charles behauptet: wenn die, jetzt beigelegte, türkische Frage zu einem Seekrieg mit Rußland geführt hätte, so würde das meergewaltige England selbst diesem Seestaate zweiten oder dritten Rangs kaum eine ihm gewachsene Flotte entgegenzusetzen gehabt haben! Die Presse findet diese „Litotes" oder Unterschätzung zu stark.

Ein unlängst verstorbener Sir Gabriel Wood in Greenock, bei Glasgow, hat 38,000 Pf. St. in 3procentigen Consols zur Errichtung eines Hospitals für alte und unvermögende Schiffsmeister und Schiffer aus seiner Vaterstadt vermacht.

Die Times will wissen daß die französische Regierung die Absicht habe das Paßwesen in Frankreich zu modificiren, wenn nicht ganz abzuschaffen, und so diesem „absurden Ausfluß eines unverständigen Despotismus" ein Ende zu machen. England hänge seine Mörder, fange seine politischen Ruhestörer ein, und halte die öffentliche Ruhe aufrecht ohne Pässe; und dasselbe sey in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Fall, obgleich da die Polizei ohne Zweifel schwerer zu handhaben als in Frankreich. (Wir glauben daß diese Ankündigung der Times voreilig, wenn nicht ganz grundlos ist; denn das französische Paßwesen, von jeher streng und vexatorisch, wurde in der letzten Zeit noch verschärft.)

Frankreich.

Paris, 8 Dec.

Am Donnerstag wurde Hr. v. Noailles an die Stelle Chateaubriands in die französische Akademie aufgenommen und hielt die übliche Lobrede auf seinen Vorgänger. Man bemerkte daß Hr. Guizot in der Sitzung anwesend war. Es ist dieß die zweite akademische Feier der er seit der Rückkehr aus dem Exil angewohnt hat. Wie es scheint will er das Publicum an sein öffentliches Erscheinen auf unverfängliche Art gewöhnen.

Gegen die Wiedereinführung der Getränkesteuer hat die Opposition einen förmlichen Agitationsfeldzug angefangen, und der National spricht von 700,000 Namen welche die an die Nationalversammlung gerichteten Petitionen unterzeichnet hätten. Der (wie es scheint absichtlich) verzögerte Bericht des Hrn. Bocher über diese Auflage ist endlich erschienen, und es heißt nun daß die Debatte unmittelbar nach dem Präsidentenfest anfangen solle. Die Unpäßlichkeit des Präsidenten hatte gleich anfangs zu dem Gerücht Anlaß gegeben das Fest werde gar nicht stattfinden, und es fehlte nicht an Leuten welche in dem plötzlichen Erkranken bloß einen Vorwand sehen wollten um sich der öffentlichen Feierlichkeit zu entziehen, weil man sich überzeugt hätte daß die Volksstimmung nichts weniger als Bonapartisch begeistert sey. Da von der Nationalgarde mehrere Legionen aufgelöst sind, so erschien es schon darum zweifelhaft ob sie zur Musterung beigezogen werden könnte. Wenn man einem legitimistischen Blatt glauben darf, so hat der Präsident eine Maßregel vor durch welche er sich mit der revolutionären Partei noch mehr verfeinden würde, die Verlegung der polytechnischen Schule nach dem Schloß von Meudon. Der bereitwillige Antheil den die Zöglinge dieser Anstalt, die eine Schöpfung des Convents ist, an allen demokratischen Bewegungen genommen haben, könnte eine solche Verlegung im Interesse einer Regierung die sich befestigen will vielleicht rechtfertigen. Im Staatsrath ist der Bericht über das Unterrichtsgesetz, von Hrn. Boulatignier verfaßt, bereits vorgelegt. Wie man hört, läßt es von dem Fallour'schen Entwurf nichts stehen als den neuen Studienrath in welchem Staatsräthe, Bischöfe, Rabbiner, Cassationsräthe mit wirklichen Gelehrten des Unterrichtsfachs zusammensitzen, und im übrigen führt es alles so ziemlich auf die gesetzlichen Zustände vor der Revolution zurück, nachdem mit Abschaffung der Studiencertificate ein Wunsch der Gegner des Universitätsmonopols auf dem Verordnungsweg beseitigt ist.

Was man anfangs bloß für möglich oder wahrscheinlich gehalten hatte, ist wirklich eingetreten — die Heerschau unterbleibt. Im Abendmoniteur liest man: „Der Präsident der Republik ist von seiner Unpäßlichkeit hergestellt, aber der Zustand seiner Gesundheit würde ihm noch nicht erlauben sich fünf oder sechs Stunden nacheinander der rauhen Jahreszeit auszusetzen. Die Musterung der Nationalgarde und des Heeres kann daher wie sie angekündigt war am 10 Dec. nicht stattfinden."

Wie vorauszusehen ist die socialistische Proposition — 3 Mill. unter die Arbeitervereine zu vertheilen — nach einer nicht eben durch Neuheit der Argumentationen glänzenden Debatte mit großer Mehrheit (399 gegen 188 Stimmen) verworfen worden, umsomehr als die Regierung selber erst eine Million für diesen Zweck verlangt hat, um allen Unterstützungsgesuchen zu entsprechen aber 30 und mehr Millionen nicht hinreichen würden. Heute ist die Versammlung mit der Frage der Erwägung des Antrags auf Abschaffung der Todesstrafe beschäftigt. Die Commission ist für Abweisung, und dieß wird ohne Zweifel das Schicksal seyn auch dieses Gesetzgebungsversuchs wie so vieler anderer die etwas unreif aus parlamentarischer Initiative entspringen. Hr. Thiers soll ernstlich erkrankt seyn.

Italien.

..i.. **Florenz,** 26 Nov. Schon wieder sind die Mauern der Hauptstadt mit einem Gesetz und, zwar dießmal in so ungeheurem Format überklebt, daß die öffentliche Kundmachung, die im Monitore zwei ganze Supplementbogen füllt, in der Regel nahe an die Fenster des ersten Stockes heranreicht, und nur für sehr gute Augen lesbar ist. Das Großherzogthum erhält ein neues, jedoch nur provisorisches Gemeindegesetz zugleich mit einem Pensionsgesetze. Das Ministerium hatte sich gleich beim Antritt seines Amtes überzeugt daß der von dem frühern Ministerium vorgelegte Entwurf eines Communalgesetzes auf allzu breiter demokratischer Grundlage beruhe, und anstatt die während der revolutionären Wirren, namentlich in den Finanzen der Gemeinden eingerissene Unordnung zu heben, dieselbe eher noch vermehren würde. Das überarbeitete Gesetz, welches den 50 bedeutendsten Gemeinden des Landes zur Begutachtung mitgetheilt wurde, fand mit Ausnahme von vier Gemeinden allgemeinen Beifall, und gab namentlich der Hoffnung Raum daß auf diesem Wege am ehesten eine gute Verwaltung erzielt und das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederhergestellt werde. Man billigt es allgemein daß die Bestimmung des ersten Entwurfs, wornach jeder passives und actives Wahlrecht besaß der einen noch so geringen Beitrag zu den Gemeindesteuern bezahlte, dahin abgeändert wurde daß nur die beiden höchstbesteuerten Drittheile der Bürgerschaft wahlberechtigt sind. Auch muß es gelobt werden daß der französische Grundsatz dem Maire eine möglichst unabhängige Stellung dem Gemeinderath gegenüber zu geben, um ihn desto gewisser zu einem willfährigen Werkzeug des Ministeriums zu machen, von dem hiesigen Ministerrath verworfen und das Princip der Solidarität zwischen Vorsteher und Verordneten anerkannt wurde. Das Institut der Gemeindeschreiber ist beibehalten, weil die Gemeinden selbst ihrer Geschäftskenntniß nicht entrathen zu können glauben. Jede Gemeinde ist vertreten durch einen Gemeinderath, einen Bürgermeister (Gonfaloniere) und ein Collegium von Prioren. Der Gemeinderath ist die berathende, Bürgermeister und Prioren sind die vollziehende Behörde. In den Gemeinden unter 2000 Seelen beträgt die Zahl der Räthe 8, in Florenz und Livorno 40. Zugleich müssen mindestens 4 Ersatzmänner gewählt werden. Die Prioren sind als solche Mitglieder des Gemeinderaths. Jedesmal auf vier Räthe kommt ein Priore. Der Bürgermeister bleibt 4 Jahre im Amt. Der Gemeinderath versammelt sich dreimal des Jahrs, und außerdem so oft die Prioren es für angemessen halten. Dafür haben die Beamten von ihren Besoldungen zu entrichten: 1 Proc. von 1001 — 2500 Lire; 2 Proc. von 2500 — 4000, und $2\frac{1}{2}$ Proc. von 4000 Lire an. — Aus Sicilien erfährt man daß die neapolitanische Regierung, in Anbetracht wie sehr die Universitäten sich an der Revolution betheiligten und die hauptsächlichsten Herde der Verschwörungen waren, der Universität Syracus ihr Privilegium entzieht und für Sicilien drei Universitäten errichtet. Dadurch soll dem gefährlichen Zusammenseyn so vieler junger Leute vorgebeugt werden. Die Jünglinge aus den Provinzen Palermo, Trapani und Girgenti dürfen nur in Palermo studiren, die aus Catania, Noto und Caltanisetta nur in Catania, endlich die Eingebornen der Provinz Messina nur in Messina. Diese Maßregel wird nicht allein ihren Zweck verfehlen, sondern gerade die umgekehrte Wirkung von den hervorbringen was die Regierung damit beabsichtigt. Führt die Kleinstaaterei vollends zu provinziellen Absperrungen, so ist das Uebel nur ärger als zuvor. — In Genua werden fortwährend Verhaftungen vorgenommen, die auf ein von den unreinen Elementen der Emigration angezetteltes Complott Bezug haben.

..i.. **Florenz,** 4 Dec. Ein schönes italienisches Klima, wenn es schon im November so friert daß die liebe Schuljugend von Florenz seit mehreren Tagen auf dem Stadtgraben das Vergnügen einer ganz kunstgerechten Eisbahn genießt, während im schönen Berlin der Winter manches Jahr sich so spröde zeigt daß er nicht eine einzige ordentliche Eisdecke zuwege bringt! Was hilft es dabei einem zusammengefrorenen Reisenden

daß er am Adventsonntag ohne Gefahr vor Erkältung hemdärmelig den Arno entlang spazieren und Hunderte von glänzenden Equipagen bewundern konnte, in denen die reichen Florentiner bekanntlich fast ihr einziges Vergnügen finden? In den Theatern ist spottwenig zu holen, und würde die Pergola nicht den gänzlichen Mangel an bedeutenden Stimmen durch den kolossalen Unsinn eines dem Faust nachgebildeten Ballets mit einer Sauce piquante aus Don Juan und Robert dem Teufel zu verdecken suchen, möchte es schlimm stehen mit der Einnahme. Aber Italien ist nun einmal das Land schneidender Contraste. Meinem deutschen Gemüthe ist es fast bange schon in den nächsten Tagen einen solchen Gegensatz aus eigener Erfahrung kennen zu lernen. Wie wird es mir zu Muthe seyn wenn ich das friedfertige, harmlose Florenz im Rücken habe und dem vulcanischen Boden Süd-Italiens entgegengehe? Ein unheimliches Gefühl beschleicht mich wenn ich nur an Neapel denke. Der hiesige Nazionale hat einen offenbar aus guter Quelle geflossenen Bericht mitzutheilen angefangen, worin allein die Entsetzungen und Entlassungen im Richterstande genau mit Namen und Thatsachen angegeben sind. Schon diese „Epuration“ hat eine ganze Hekatombe von Männern geopfert, bloß weil dieselben nicht gegen ihre innere Ueberzeugung Recht, d. h. Unrecht sprechen wollten. Offenbar eine mehr als traurige Thatsache. Auf solchem Boden kann es dem Furchtlosesten unheimlich werden. Von Florenz scheide ich auch darum ungern weil die hiesigen Journale sich ungemein eifrig mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigen. Deutschland ist bei ihnen ganz gegen das Herkommen nachgerade eine stehende Rubrik geworden. Sie können sich denken mit welchem Wohlgefallen das Gerücht von einem drohenden Bruch zwischen Preußen und Oesterreich aufgenommen wurde. Selbst den gemäßigten Journalen sieht man eine stille Freude an, und mehrere fordern das Berliner Cabinet dringend auf doch ja nicht nachzugeben. Für die österreichische Regierung ist diese Stimmung kein Geheimniß, und man wird sich in Berlin wie in Wien zweimal bedenken ehe man zum Bruderkrieg schreitet. — In Piemont macht die Polemik großes Aufsehen, die zwischen dem gewesenen Obergeneral Chrzanowski und den früheren Ministern ausbrach: jener behauptete die von Rattazzi in der Kammer gethane Aeußerung, dem General sey der Beschluß wegen Kündigung des Waffenstillstands schon am 8 Jun. durch den Telegraphen mitgetheilt worden, sey irrig; erst am 13 sey er davon in Kenntniß gesetzt worden. Dieß wird nun von der andern Seite nachdrücklich bestritten, namentlich auch von dem damaligen Kriegsminister, und eine Untersuchung des Factums stellt sich mehr und mehr als unerläßlich heraus.

Schweiz.

Basel. Die allgemeine schweizerische Künstlergesellschaft, welche sich früherhin in Zofingen zu versammeln und dort in anspruchloser Geselligkeit künstlerische Anregungen auszutauschen und auf weitere Kreise zu verbreiten pflegte, wie denn die Stiftung der schweizerischen Kunstausstellung von ihr ausgegangen ist — ruht seit 1843, indem die Ungunst der Zeiten eine harmlose Vereinigung der schweizerischen Künstler und Kunstfreunde an jenem Ort nicht mehr gestattete. Die Direction der Gesellschaft, welche in dem genannten Jahr nach Basel verlegt wurde, berief daher auf Veranlassung des Museumsfestes eine Conferenz von Abgeordneten der verbündeten schweizerischen Kunstvereine und Künstlergesellschaften hieher zur Entscheidung der Frage: ob und wie die Gesellschaft wieder ins Leben gerufen werden solle? Ueber die Wiederherstellung regelmäßiger Zusammenkünfte, welche schon zur Besprechung der schweizerischen Kunstausstellungen nothwendig sind, aber auch andere künstlerische Mittheilungen und Anregungen bieten sollen, herrschte Einstimmigkeit. Dagegen wurde auf die fernere Zusammenkunft in Zofingen verzichtet, indem sich herausstellte daß der Besuch daselbst mehr und mehr abgenommen hatte, und dafür beschlossen: die Zusammenkünfte der Gesellschaft in Form eines Wandervereins wieder aufzunehmen, welcher alle zwei Jahre, und zwar in den Zwischenjahren der schweizerischen Ausstellungen, abwechselnd in einer der verbündeten Schweizerstädte zusammenkommen soll. Dem Wunsche daß Zürich, wo innerhalb der deutschen Schweiz der regste Kunstsinn und das thätigste Künstlerleben herrscht, den Empfang und die Eröffnung der ersten Versammlung im Jahr 1851 übernehmen möchte; um der Gesellschaft gleich zu ihrer Wiedereröffnung den höhern Geist und Schwung zu geben, haben die Abgeordneten der Zürcher Künstlergesellschaft aufs zuvorkommenste entsprochen, und so werden die Künstler und Kunstfreunde der Schweiz dannzumal mit neuem Eifer für Hebung der Kunst und des Kunstlebens im schweizerischen Vaterlande in Zürich zusammentreten, um sofort nach Eröffnung der Versammlung die Gesellschaft durch Wahl der Vorsteher und Beschließung der Statuten, welche vorberathen werden sollen, in der neuen Form zu constituiren.

Rußland und Polen.

Stockholm, 30 Nov. Briefe aus den russischen Ostseeprovinzen melden daß die Kriegsreserven verdoppelt und auf dem vollen Kriegsfuß gehalten werden. (H. B.-H.)

Aus umständlichen Berichten von St. Petersburg ersieht man daß der neuliche Bericht eines Berliner Blattes über eine dortige Sturmfluth höchst übertrieben war.

Türkei.

Konstantinopel, 21 Nov. Einem neuen Berichte des „Wanderers“ über den Stand der Flüchtlingsfrage entnehmen wir nachstehende Daten: Rußland verlangt daß Bem und alle Polen die den Islam angenommen haben, nicht nur von der Gränze entfernt, zu keinem activen Dienst zugelassen, sondern auch in Gewahrsam genommen und als Gefangene behandelt werden sollen. Die Pforte in ihrer Antwort auf dieses Verlangen erklärt einfach und entschieden daß alle diese Personen durch die Annahme des mohammedanischen Glaubens unter dessen Schutz stehen, dadurch ausschließlich Unterthanen der Pforte geworden sind und es deßhalb der Pforte allein zustehe unbeirrt über sie zu verfügen. In der That würde auch die Erfüllung dieser Forderung der staatsrechtlichen Selbständigkeit der Türkei Abbruch thun; sie kann aber auch mit Rückblick auf die Bestimmungen ihrer Religion, dieses fast alleinigen Bindemittels der Pforte, dieser Forderung nicht genügen; sie ist in ihrem Rechte, sie ist es schon nach dem Wortlaut des angerufenen Vertrags von Kutschuk-Kainardschi. Man könnte durch diese Forderung wirklich in Versuchung gerathen zu glauben Rußland wünsche seine Forderungen nicht erfüllt zu sehen, Rußland fordere, um Anlaß zu haben durch die Verweigerung im Kriege die Begründung seines Rechts zu suchen. Bereits in einem früheren Berichte wurden die Grundzüge der Antworten mitgetheilt welche die Pforte nach vorhergegangener Begutachtung des französischen und englischen Gesandten an Oesterreich und Rußland zu erlassen beschlossen hatte.*) Die beiden Antworten wurden mittelst Noten den HH. Titow und Stürmer zugeschickt. Hr. Titow hat die ihn angehende an Ali Pascha mit folgenden Randglossen zurückgesandt: „Zur Bezeichnung der zugestandenen Vertreibung der polnischen Flüchtlinge wird man nicht das Wort „entfernen“, sondern das Wort „vertreiben“ gebrauchen, welcher Ausdruck auch in den Landeszeitungen auf Befehl der Regierung in einem diesen Gegenstand behandelnden Artikel anzunehmen wäre. Die Pforte solle verbunden seyn officiell die Vertreibung derjenigen Polen die mit Pässen versehen sind oder die Naturalisation anderer Mächte besitzen, von diesen zu erhalten, sobald die russische Regierung die Beweise ihrer revolutionären Umtriebe in Rußland wird vorgebracht haben. Die Gefangenhaltung Bems und aller derjenigen die Muselmänner geworden sind, mit der Verbindlichkeit ihrer so verschärften Bewachung daß denselben alle Möglichkeit jedweder Verbindung nach außen benommen werde, sey eine Bedingung von welcher der St. Petersburger Hof nicht abstehen kann.“ Hr. Titow erklärte nur mit der Annahme dieser seiner Bemerkungen die fragliche Antwort durch seine Vermittlung dem St. Petersburger Hofe zukommen lassen zu können. Ali Pascha fand diese Bemerkungen unannehmbar. Er sandte die Note mit den Bemerkungen des Hrn. Titow an Fuad Effendi mit der Weisung ihre Annahme als unmöglich zu erklären und zu trachten die Antwort, wie sie von der Pforte verfaßt wurde, mit besonderer Hinweisung auf die Nothwendigkeit, ihre Würde und Unabhängigkeit zu wahren, genehm zu machen. Wiewohl die Antwort die an Oesterreich ertheilt wurde, allen seinen Anforderungen entsprach, fand sich dennoch Hr. v. Stürmer veranlaßt zu erklären daß er den officiellen diplomatischen Verkehr nicht aufnehmen könne, bevor er nicht mit Rußland hergestellt seyn werde, und daß er demnach die Erklärung der Pforte definitiv nicht annehmen dürfe. Diese Aeußerung selbst ist aber schon ein Anerkenntniß der vollkommenen Zufriedenstellung Oesterreichs, und doch nimmt der erfahrungsreiche Diplomat Anstand die bestehende Differenz als ausgeglichen anzuerkennen. Hat Rußland Ursache die Forderungen bis zur Entscheidung durch den Krieg zu spannen, so hat sie Oesterreich gewiß nicht, und das um so weniger als die

*) Wir lassen zur besseren Orientirung die Grundzüge der Antwort an Rußland hier nochmals folgen. Sie lauteten: „Man wird alle jene Polen die in Folge der Ereignisse in Ungarn sich nach der Türkei geflüchtet haben und auf welche der Vertrag von Kutschuk-Kainardschi angewendet werden kann, aus dem türkischen Reich entfernen. (Die Pforte will den Ausdruck „Vertreibung“ nicht gebrauchen.) Was das Uebereinkommen der Türkei mit anderen Mächten wegen der Ausweisung der (polnischen) Flüchtlinge die in diese Kategorie nicht gehören, anbelangt, kann die hohe Pforte über die Nationalität und Zuständigkeit der der Pforte nicht unterthänigen Individuen sich in Verhandlung nicht einlassen und darüber mit den betreffenden Mächten nicht rechten, diese Verpflichtung liege vielmehr denen ob die ihre Entfernung verlangen, sie mögen es gegenüber diesen Mächten austragen. Sollten diese Polen in der Türkei Unruhe und Bewegung hervorrufen wollen, dann werde die Türkei allen Ernstes ihre Vertreibung von der Macht verlangen wohin sie zuständig sind.“ In diese Antwort wurde dann auch noch die obenerwähnte Weigerung auf das neue Ansinnen Rußlands die Renegaten in strengem Gewahrsam zu halten aufgenommen.

Demüthigung oder gar die verletzte Integrität der Türkei in den nächsten Folgen an Oesterreich selbst sich rächen müßte. Es wäre Zeit daß Oesterreich seine eigenen Wege gehe, daß es die Verbindlichkeit gegen Rußland nicht bis zur Abhängigkeit und das zugesagte vereinte Handeln bis zur Verwahrlosung eigener Vortheile treibe. Es scheint die Stadt Kontaga zur Internirung der Flüchtlinge auserwählt worden zu seyn. Die französische Flotte ist noch bei Burla vor Anker, der Oberst Maqueld hat sie im Auftrage des Generals Aupick besichtigt. Hr. Canning hat die englische Flotte selbst besichtigt, er fand sie nicht mehr im Eingang der Dardanellen, wo sie, wie es heißen soll, den Windstößen zu ausgesetzt war, sie ist nunmehr bei Besica (in Folge der mit Hrn. Canning stattgehabten Conferenz des Hrn. Titow, der ihre Entfernung mit Berufung auf die bestehenden Verträge verlangte) aufgestellt. Die russische Flotte wird nicht, wie man wissen wollte, auf den Friedensstand versetzt, die Schiffe vom hohen Bord, die sich an der Küste Kaukasiens befanden, sollen bei Sebastopol vereint bleiben. Auf den Schiffswerften von Cherson und Nikolajew werden Kanonenboote und Transportschiffe gebaut. Es wurden neulich Truppen nach Kaukasien und Georgien abgeschickt. Die Türken werden die Befestigung von Rustschuk und Chers in Angriff nehmen, es werden Officiere zur anatolischen Armee nach Erzerum abgeschickt. Das Armeecorps von Irak und Arabistan wird auf den Kriegsstand gesetzt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 8 Dec. Consols $96^{1}/_{2}$; Bank Stock 204; Schatzscheine 54 Sh. Span. 3proc. 39. Zwei Handelsschiffe aus China haben beträchtliche Ladungen Zinn mitgebracht.

Paris, 8 Dec. 3proc. 56.5; 5proc. 90.95; Schatzsch. $4^{1}/_{2}$; Bankactien 2425; belg. 5proc. $96^{7}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. 88; 3proc. 65; belg. Bank 780; Ohio 6proc. 105; röm. 81; span. paff. $4^{1}/_{2}$; 3proc. $39^{1}/_{2}$; innere Schuld $30^{1}/_{4}$; piem. 5proc. 83.85; Oblig. v. 1834 959; v. 1849 900; St. Germain E.-B. 400; Vers. rechte 208.75; linke 167.50; Paris-Orleans 752.50; Rouen 550; Straßburg 360; Nordbahn 451.25; Rouen-Havre 240; Marſ.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103.75; Orl.-Vierzon 322.60; Bordeaux 405; Boulogne-Amiens 160; Tours-Nantes 278.75; Mont.-Troyes 115.

Amsterdam, 8 Dec. $2^{1}/_{2}$proc. $54^{13}/_{16}$; 3proc. $64^{1}/_{8}$; 4proc. 84; Handels-Maatschappy 167; portug. 4proc. $37^{5}/_{8}$; Metall. 5proc. $82^{3}/_{8}$; Ard. $13^{5}/_{16}$.

Augsburg, 11 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P. $100^{1}/_{4}$ G. Bankactien II. Sem. 638 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II Sem. 1080 P. Württem. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 10 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $86^{1}/_{8}$; Bankactien 1295; preuß. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{4}$; Ludwigsh.-Berbach $85^{5}/_{8}$; württemb. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{8}$; bad. 5proc. 99; $3^{1}/_{2}$proc. 79; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. 82; 4proc. $88^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{1}/_{2}$; naff. 5proc. $101^{5}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{8}$; Frankf. 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{2}$. 88; Disc. $2^{1}/_{4}$.

Hamburg, 7 Dec. Hamb.-Berged. E.-B.-A. $83^{1}/_{2}$. Berl.-Hamb. $81^{1}/_{2}$. Altona-Kiel 94 P. Mecklenb. 35 P. Rendsb.-Neum. 115. Glückst.-Elmsh. 25. Kopenh.-Rothsch. 40 P. Neue $3^{1}/_{2}$proc. Hamb. Anleh. $86^{5}/_{8}$. Hannov. 5proc. $105^{3}/_{4}$ P. Ruſſ. engl. Anl. 100. Dän. 3proc. Anl. $70^{1}/_{2}$ P. Schwed. 4proc. $97^{1}/_{2}$ P. Norw. 4proc. $99^{1}/_{2}$ P. Amerik. 6proc. 105.

Berlin, 8 Dec. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $108^{3}/_{8}$ G. Staatsschuldsch. 89 G. Prämiensch. $101^{1}/_{2}$ P. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. Ab. $87^{3}/_{4}$ à $^{1}/_{2}$ G. Berl.-Hamb. 81 bz. Berl.-Stett.-Starg. $107^{3}/_{4}$ G. Berl.-Potsd.-Magd. $68^{3}/_{4}$ à 68 bz. Halle-Thüringer $65^{1}/_{2}$ à $64^{1}/_{2}$ P. Köln-Minden $95^{1}/_{8}$ G. Köln-Aachen 45 P. Düſſeld.-Elberf. 76 G. Niederschl.-Märk. $84^{1}/_{4}$ G. Oberschl. A. 109 G., B. 107 G. Krakau-Oberschl. $68^{1}/_{2}$ à 68 bz. Berg.-Märk. 44 P. Starg.-Posen $84^{1}/_{2}$ G. Magd.-Wittenb. $62^{1}/_{2}$ bz.

♀ **Wien,** 9 Dec. Das heutige Sonntagsgeschäft im Börsenkaffeehause war ziemlich animirt und haben die Curse etwas angezogen. Besonders lebhaft war wieder der Umsatz in Pesther- und Nordbahnactien von denen erstere $87^{1}/_{8}$–$^{3}/_{4}$ und letztere $110^{5}/_{8}$–$^{3}/_{4}$ schlossen. Mailänder blieben ohne erhebliche Veränderung $83^{7}/_{8}$–$81^{1}/_{8}$. Die $4^{1}/_{2}$proc. Metalliques des neuen Anlehens besserten sich auf $83^{1}/_{2}$ G. Die 5proc. Metalliques blieben bei geringem Verkehr $93^{3}/_{4}$–$^{7}/_{8}$.

Berichtigung.

In der heutigen Beilage, S. 1, Sp. 2, Z. 2 v. u. lese man „vor der Blüthe" anst. „von."

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Ebenezer Elliott. — Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege. (IV. Steins Denkschriften über deutsche Verfassungen.)

Ebenezer Elliott,

dessen Tod wir angezeigt, war am 17 März 1781 auf dem Eisenwerk in dem Dorfe Masborough (Masbro'), bei Rotherham, im Westriding von Yorkshire, geboren, auf welchem sein Vater Comptoir-Schreiber mit geringem Einkommen war, und davon 8 Kinder zu ernähren hatte. Seine Geburt wurde nur in die Familienbibel eingetragen, weil sein Vater ein Dissenter und erbitterter Feind der Staatskirche war. Als Knabe ward er ziemlich vernachlässigt, und zwar darum weil man ihn unfähig hielt etwas nützliches und tüchtiges zu lernen; meistens blieb er in den Jahren die in der Regel den Charakter des künftigen Mannes bilden, ganz sich selbst überlassen. Er war in seinem Wesen träg und blöde, aber nachdenklich und gefühlvoll. Zum Glück verbrachte er seine müßige Zeit nicht ganz müßig und fruchtlos; seine Wanderungen durch Wälder und Felder legten den Grund zu seinem späteren Ruhm, und Thomsons Jahreszeiten weckten zuerst seinen eigenen poetischen Geist.

Als er zu dem Alter gelangt welches über das Lebensgeschick entscheidet, oder, wie er selbst sich ausdrückte, als es noch zweifelhaft war ob er ein Mann oder ein Zechbruder werden würde — vermachte ein Landgeistlicher seinem elterlichen Haus eine werthvolle theologische Bibliothek. Von dieser neuen Quelle des Genusses und der Belehrung, sowie von den Gesprächen und dilettantischen Predigten seines Vaters, „eines alten Cameroniers und geborenen Rebellen", dessen Religion von der herbsten Art war, und dessen „schauerliche Declamationen anzuhören ihn sein Unstern verdammte", kann man den litterarischen und politischen Charakter des nachmaligen „Korngesetzreimers" ableiten.

Sein äußeres Leben anlangend, so hatte er als Arbeiter in der Eisengießerei zu Masbro' begonnen, kam dann in gleicher Eigenschaft nach Sheffield, dem Hauptstapelplatz der englischen Stahlfabrik, und wurde hier, nach vielen Mühsalen und Entbehrungen, endlich vom Glück begünstigt, so daß er sich selbständig als Eisenhändler etabliren konnte. Er erwarb ein nicht unbeträchtliches Vermögen; nachdem er aber in der Handelskrisis von 1837 mehrere Tausende verloren, zog er sich aus dem Geschäft zurück, und erbaute sich eine schöne Villa in der Vorstadt Upper Thorpe, von wo aus er die Hochöfen des betriebsamen Sheffield zu seinen Füßen rauchen sah. Hier war es wo der „Burns der Fabrikstadt", wie man ihn nannte, seine Muse mit der Politik verschwisterte; er begann einen feurigen poetischen Kampf gegen das „Kornmonopol", die „Brodtaxe, welche die Arbeit ihres Lohns beraubte und den Ueberfluß in Hungersnoth verkehrte." So ward er Cobdens einflußreicher Vorläufer und Kampfgenosse, England erhob sich auf seinen Allarmruf; „Up bread-taxed slaves!" und rastete nicht bis die Korngesetze vernichtet waren; ein Staatsmann der Torypartei mußte zuletzt ihr Todesurtel verkündigen! Vor einigen Jahren begann Elliotts Gesundheit zu wanken, und er hatte wiederholte schwere Krankheiten zu bestehen, aber die Energie und Heiterkeit seines Geistes verließen ihn nicht, so wenig als die poetische Schöpferkraft. Sein Tod erfolgte, wie schon berichtet, am 1 December in Argilt-Hill, bei Barnsley, wo einer seiner Söhne als anglicanischer Geistlicher lebt. Auch ein zweiter Sohn gehört dem geistlichen Stand an, zwei andere führen das Stahlgeschäft des Vaters fort.

In einer frühern Charakteristik des Dichters heißt es: „Er ist unermüdlich in seinem litterarischen Fleiße bei seinem unpoetischen Gewerbe, ein höchst zärtlicher Gatte und Vater, ein angenehmer munterer Gesellschafter und ein treuer Freund; im Gespräch ist er energisch bis zum Uebermaß; seine Beredsamkeit derb, aber gewaltig, und sein Antlitz hat den Ausdruck tiefen Nachdenkens und einer enthusiastischen Gemüthsart; seine hervorragende Stirn hat einen etwas finstern Ausdruck, während der untere Theil des Gesichtes Milde und Wohlwollen verkündigt. Ein Feind von Zeitverschwendung hat er, soviel man weiß, nie ein schlechtes Buch durchgelesen, aber zu wiederholtenmalen und unermüdlich hat er gelesen und studirt alle Meisterwerke des Genius, in seiner eigenen Sprache oder in Uebersetzungen (fremder Sprachen war er nicht kundig).*) Sein Geist besteht, seiner eigenen Ansicht, in einer Mischung von ernster Beharrlichkeit, rastloser Beobachtung und instinctartigem oder zur andern Natur gewordenem Haß gegen Unterdrückung. Er verwahrt sich dagegen daß man ihn für einen plumpen und nachlässigen Dichter ansehe, und versichert daß er nie eine nachlässig hingeworfene Zeile habe drucken lassen."

*) Sein Liebling war Homer. Daher besteht auch das Gitter welches sein Landhaus einfaßt — ächt Sheffieldisch — aus homerischen Helden von Gußeisen.

Die Aufmerksamkeit des Publicums ward auf diesen außerordentlichen und hochbegabten Mann erst im Jahr 1831 hingelenkt. 1838 erschien die erste größere Sammlung seiner Gedichte in drei Bänden. Mit einer Ausgabe letzter Hand, die einige der schönsten, noch ungedruckten, Gaben seiner Muse enthalten soll, war er beschäftigt als der Tod störend dazwischentrat. Auch als populären Aesthetiker und Kritiker zeigte sich Elliott in einer „Vorlesung über das wahre Princip der Poesie und über den wahren Werth einiger englischen Dichter". Man erkennt darin den höchst wohlwollenden und warmfühlenden, sowie auch den besonnenen Mann, welche letztere Eigenschaft in seinen politischen Reden, welche die englischen Journale seiner Zeit mittheilten, hin und wieder vermißt wurde.

Daß Elliott bei seiner schroff demokratischen Sinnesweise, deren Gepräge auch seine Poesien tragen, in einer Staatsgesellschaft mit aristokratischer Grundlage wie die englische auch vielfach anstoßen mußte, ist begreiflich. Insofern urtheilte der Kritiker S. C. Hall über seine Dichtungen: „Unmöglich kann man sich einer Hinweisung enthalten auf die herben, ungroßmüthigen, und wir müssen hinzusetzen unenglischen politischen Grundsätze welche die Poesie des Korngesetzdichters so unausgesetzt influiren, so durch und durch sättigen, und ihrem Werth so wesentlichen Eintrag thun. In seinen Korngesetzreimen, sowie in allen ausdrücklich politischen Gedichten, ist man auf seine herben und schroffen politischen Ansichten gefaßt, und verzeiht sie ihm; aber er kann auch kaum durch einen grünen Waldpfad streifen, den Gipfel eines Bergs erklimmen, oder in der üppigen Pracht und Fülle der Natur schwelgen, ohne sie in irgendeiner Weise kund zu geben. Seine Phantasie wimmelt von den Bildern tyrannischer Könige, steuerngemästeter Aristokraten und scheinheiliger Volksunterdrücker. Dennoch müssen wir Ebenezer Elliott zu den bedeutendsten, eines bleibenden Nachruhms sichersten englischen Dichtern zählen. Unter seinen Gedichten sind viele prächtige und wahre Schilderungen der Natur, voll Gefühl und Schönheit, voll von kräftigen und originellen Gedanken, klar, beredt und leidenschaftlich in der Sprache. Seine Gefühle, obwohl zu Zeiten mild und zart, sind öfter doch finster, drohend und trüb; nie aber kriechend und gemein. Er hat heftige und feurige Sympathien, leider aber vergißt er daß die Reichen und Hochgeborenen des Mitgefühls ebenfalls werth sind — er vergißt daß Leiden das gemeinsame Loos der Menschheit ist." *)

Freiligrath — dessen eigene neueste Lyrik der Elliotts nur allzu ähnlich ist — hat in seinen „Gedichten aus dem Englischen" (Stuttgart, 1846) folgende Probe von demselben mitgetheilt:

Eine Proletarierfamilie in England.

Tisch, Stühle, Bett — sie nahmen's, gingen dann;
Dämonisch wild sah ihnen nach der Mann;
Sein mager Weib sucht' ihn umsonst zu halten;
Aufs Bierhaus wiesen seiner Stirne Falten —
Hurrah, Brodtax' und England!

Zum schwangern Leibe hielt sie stumm die Hand.
Erstach das Kind dann, das im Winkel stand;
Küßt' es und schrie, von Schluchzen unterbrochen:
„Was hat mich meine Mutter nicht erstochen?" —
Hurrah, Brodtax' und England!

*) Vergl. den Aufsatz „Chartisten-Litteratur in England" (Allg. Ztg. 1845 Nr. 344 und 45); denn obgleich Elliott kein erklärter Chartist war, so erscheint doch seine Poesie als geistesverwandt mit dem Chartisten-Epos „Ernest" und ähnlichen Erscheinungen. In dem angezogenen Artikel heißt es: „Diese Gefängniß-, Armuths- und Hungerpoesie ist ein in der Kunstwelt unzulässiges politisches Symptom. Was für eine Muse! Wo ist da der lichte Apoll Griechenlands? wo selbst Wordsworths schwermüthiger Gesang? Weder der ideale und sonnenheitere Himmel der hellenischen Fabel, noch das heilige Helldunkel der christlichen Gemüthswelt ruht über diesen Höhlen des Jammers. Die Poesie hat hier keinen Rosengarten mehr, sondern ein Dornenfeld das die Füße blutig sticht; man naht ihm mit Schaudern. Am Aufgange dieses Parnasses steht die entfleischte Armuth, welche Virgil in faucibus Orci wohnen läßt; unter Flüchen, Schluchzen und Röcheln schlägt sie statt der Leyer eiserne Saiten die über einen Todtenschädel gespannt sind. Hinter ihr reihen sich Crabbe, der Juvenal der Spitäler; Ebenezer Elliott, der Sänger des Hungers; Cooper, der Dichter des Selbstmords, und der Verfasser des „Ernest", gefolgt von einer bleichen Schaar abgemagerter Fabrikkinder und vor der Blüthe geknickter Mädchen. Das ist ein trauriger Chor, dem diese Dichter entsprechend antworten."

Sie rang sich auf, zur Kammer schlich sie matt: —
Ach, ihres Jüngsten letzte Schlummerstatt!
Ja, wer nicht Grab und Priester kaufen müßte —
Da lag das Kind seit Monden in der Kiste!
Hurrah, Brodtar' und England!

Wo aber mag des Todten Schwester seyn?
Sterbend, o Gott, wo Keine stirbt, die rein!
Gefallen sterbend, fern der Eltern Hause: —
„Mutter, o komm!" ächzt es durch ihre Klause. —
Hurrah, Brodtar' und England!

Sieh, vor dem Richter steht die Mutter wirr,
Und Keiner redet: „Herr, das Weib ist irr!"
Kalt, stumpf die Massen, die den Platz umdrängen:
Berauscht im Schwarme sieht ihr Mann sie hängen!
Hurrah, Brodtar' und England!

Bald geht auch er in Kettenwucht einher;
Und wen, Tyrann, und wen erschlug denn er? —
Die arme Wittfrau, die von Gram verzehrte,
Die von dem Miethsmann Wochenzins begehrte!
Hurrah, Brodtar' und England!

Großhändler ihr in Mangel, Noth und Blut —
O, stände eingegraben was ihr thut!
Es ist's! — In Herzen, die verzweifelnd klopfen!
Tief eingebrannt mit heißen, rothen Tropfen! —
Hurrah, Brodtar' und England!

Folgende Grabschrift aber hat Elliott sich selbst gesetzt:

„Halt, Wandrer! hier dein Bruder, hier
Der Armen Dichter ruht!
Sein Buch war Himmel, Wald und Trift,
Moorgrund und Bachesfluth:

Den Unterricht des Herzens Weh,
Tyrann und Sklav' ihm gab,
Die Straße, die Fabrik, das Schloß,
Der Kerker und — das Grab!

Sünde dein Bruder allwärts fand;
Und ist er tadelnswerth?
Er hat von Leiden, Zweifel, Noth
Ausnahme nicht begehrt.

Den schwächsten Wurm hat er mit Haß,
Mit Hochmuth nie verletzt,
Doch den geringsten Bauersmann
Den Großen gleich geschätzt;

Pries den Haushalter der das Gut
Des armen Mannes mehrt,
Und schalt den Räuber, welcher stolz
Vom Schweiß des Fleißes zehrt.

Rüstig von Hand und Kopf und Herz —
Den Feinden arggesinnt
Der Menschheit sagt: Hier liegt der sie
Gezeichnet wie sie sind."

Zur geschichtlichen Litteratur der Freiheitskriege.

IV. Steins Denkschriften über deutsche Verfassungen. *)

☰ Der Vorwurf daß die bedeutendsten Persönlichkeiten der Periode deutscher Wiedergeburt noch immer ihre Biographen nicht gefunden haben, trifft zunächst das geschichtliche Andenken Steins; gerade hier, am größten wenn auch schwierigsten Stoffe, haben wir uns recht als eine gens incuriosa suorum bewährt. Die dürftige Compilation die im Jahr 1841 erschien, und den Namen einer Biographie Steins beanspruchte, stellte wenigstens einige Fragmente des großen und anziehenden Materials zusammen, und fand dadurch Leser solange die gründliche und gewissenhafte Forschung mit ihren Ergebnissen hervorzutreten zögerte; daß sie freilich jetzt, ganz gleichzeitig mit dem vielversprechenden und lange erwarteten Werke von Pertz, in zweiter Auflage uns geboten wird, darin haben Autor und Buchhändler arg fehlgegriffen. Denn jetzt dürfen wir uns der sichern Erwartung hingeben daß jene vage, dilettantische Betrachtungsweise womit die Alltagsweisheit Stein zu messen pflegte, ein- für allemal ihr Ende habe, und das Andenken des großen Verstorbenen, wie es einen Geschichtschreiber voll Sorgfalt, Ernst und Pietät gefunden, so auch einen würdigen Leserkreis in der Nation sich erringe. Zu lange haben wir zusehen müssen wie Steins Werth und Bedeutung mehr nach allgemeinen Kategorien der Parteiansicht gemessen als nach seinem innersten Wesen erkannt und beurtheilt worden ist; es war hohe Zeit, ehe die letzten der Zeitgenossen ausstarben die noch das treue Bild des edlen, deutschen Mannes in frischer Erinnerung vor Augen hatten und seine Züge bruchstückweise den Nachgeborenen überlieferten, ihm ein Denkmal zu weihen das seiner werth war und den Bedürfnissen der Nation genügte.

Aber ehe wir auf die umfassende biographische Arbeit übergehen, deren erster Band vor uns liegt, müssen wir wohl eines Vorläufers gedenken den Pertz vor anderthalb Jahren seiner größeren Arbeit vorangesendet hat und der wie vieles Treffliche in dem wirren Getreibe der jüngsten Zeiten vergessen worden ist. Es sind dieß die „Denkschriften Steins über deutsche Verfassungen" — eine Reihe sehr charakteristischer und bedeutsamer Actenstücke, die theils zur Beurtheilung Steins selbst, theils zur innern Geschichte der reichsständischen Bemühungen in Preußen die werthvollsten Beiträge geben. Pertz veröffentlichte diese Sammlung im Mai 1848, weil es ihm als eine Pflicht erschien das was unter andern Verhältnissen erst später herausgegeben worden wäre, „im Augenblick der Entscheidung für Deutschland und Preußen zum Gemeingut zu machen, an welchem vor allem gelernt werden könne wie und in welchem Geiste Staatseinrichtungen gedacht und ausgeführt werden müssen, wenn sie nicht gleich den Constitutionen der französischen Schule wie Spreu im Winde verwehen sollen." Aber freilich ist das Buch sammt seinem wohlmeinenden patriotischen Zweck im Sturm jener Zeiten unbeachtet geblieben; die wenigen die es damals lasen, konnten sich täglich und stündlich überzeugen daß in solchen Epochen die Ereignisse ihren fatalistischen Gang machen und die Vernunft, die Erfahrung, der Patriotismus der Einzelnen durchaus unwirksam vorübergehen. Die politischen Lehren denen man in solch heißblütigen Momenten Eingang verschaffen will, bleiben immer erfolglos, auch wenn die Aussaat der Verbitterung, der Treulosigkeit und Lüge nicht seit einem Menschenalter so aufgewuchert wäre wie es in Deutschland der Fall war.

Der Inhalt der mitgetheilten Denkschriften hat allerdings eine ganz nahe Beziehung zu den politischen Tagesfragen der jüngsten Zeit; die preußische wie die deutsche Verfassungsangelegenheit werden durch Männer wie Stein, Vincke und Humboldt darin besprochen. Schon im März 1814 hatte Stein im Hauptquartier der Verbündeten einen Entwurf niedergeschrieben, den er Hardenberg und Münster als Grundlage einer künftigen deutschen Bundesverfassung überreichte. Es waren darin der Nation einige wesentliche Bürgschaften der persönlichen Sicherheit und Freiheit gewährt, in allen einzelnen deutschen Staaten Landstände festgesetzt und eine Bundesregierung (Directorium), die aus Oesterreich, Preußen, Bayern und Hannover bestand, an die Spitze gestellt. Diese Regierung sollte den Bundestag leiten, die von demselben gegebenen Gesetze ausführen, die Verfassung und Rechtspflege, die auswärtigen Verhältnisse sowie die der einzelnen deutschen Staaten und der Fürsten und Unterthanen zu einander beaufsichtigen und das Recht Krieg und Frieden zu schließen mit allen daraus hervorgehenden Folgen besitzen. Zu ihrer Verfügung sollten das Rheinoctroi, die längs der ganzen Gränze gegen das Ausland und an den Meeresküsten einzurichtenden Zölle, sowie die durch den Bundestag außerordentlich anzuweisenden Auflagen stehen; alle Binnenzölle und Einfuhrverbote eines deutschen Staates gegen andere aufgehoben werden. Die Bundesversammlung sollte aus Abgeordneten der Fürsten und der Hansestädte, denen man Abgeordnete der Provinzialstände hinzufügte, bestehen; diese Abgeordneten sollten keinen diplomatischen Charakter haben, nicht Geschäftsführer seyn, und alle fünf Jahre in der Weise erneuert werden daß jährlich ein Fünftel austrete.

Diese Grundlagen übergab Stein schon vor der ersten Einnahme von Paris; auf solchem Fundament sollte nach seiner Meinung eine Commission, zu der er Humboldt, Graf Solms-Laubach, v. Rademacher und v. Spiegel vorschlug, einen Verfassungsentwurf ausarbeiten, nach dessen Vollendung die Abgeordneten der deutschen Fürsten die Bundesacte unterzeichnen und die Bundesversammlung berufen werden sollte. Später blieb Stein bei diesen allgemeinen Grundzügen nicht stehen, namentlich genügte ihm zur Bundesregierung das Directorium nicht mehr. „Steins Wünsche", sagt Pertz in der Vorrede, „gingen eigentlich auf eine noch größere Einheit Deutschlands, und er hat später auf dem Wiener Congreß im Frühling 1815 kräftig, wiewohl vergeblich, für Wiederstellung der Kaiserwürde gewirkt, ohne welche ihm in der deutschen Reichsverfassung der Schlußstein zu fehlen schien." Aber auch selbst jene flüchtigen Umrisse boten der Zukunft Deutschlands einen festeren und glücklicheren Bestand als das mißlungene unglückselige Werk, das nachher aus allen diplomatischen und dynastischen Intriguen herauskam. Selbst in jener kurzen Aufstellung Steins sind doch alle Hauptpunkte eines gedeihlichen Staatslebens festgehalten; es ist eine Regierungsgewalt geschaffen, die nicht von Matricularbeiträgen abhängt, es sind die innern Schranken des Verkehrs und Wohlstandes weggeräumt, es ist der bloß diplomatische Charakter der späteren Bundesversammlung ausdrücklich vermieden, und wenigstens mittelbar, durch die Vertretung der Provinzialstände, ein lebendiger Zusammenhang zwischen der Nation und ihrer obersten Regierungsgewalt hergestellt. Es ist bezeichnend daß man gerade alle diese Lebensbedingungen einer bundesstaatlichen Existenz aus dem späteren Verfassungswerk hat zu entfernen oder wenigstens in der Praxis abzuschwächen gesucht.

*) Denkschriften des Ministers Frhrn. vom Stein über deutsche Verfassungen. Herausgegeben von G. H. Pertz. Berlin, 1848.

Die Folgen davon waren nicht erst 1848, sondern schon viel früher fühlbar; statt daß innerhalb jener Gränzen eine weitere Ausbildung möglich war, und die neuen Institutionen hätten Wurzel schlagen können, ward die oberste Bundesbehörde immer mehr zu jener thatlosen und gehässigen Centralpolizeibehörde, deren Lebensunfähigkeit selbst den Stützen und Beförderern schon vor dem März 1848 in abschreckender Klarheit vor Augen stand. „Einheit des Zollwesens und Aufhebung der Binnenzölle — so bemerkte Pertz schon 1843 zu dem Stein'schen Entwurf — ist leider noch jetzt, ein Menschenalter später, nicht völlig erreicht; damals wäre es durch einen Federstrich zu erreichen gewesen — kein Einfluß des Auslandes, kein angeblicher Vortheil des Einzelnen, kein Neid stand damals der Ausführung entgegen. Aufnahme von Abgeordneten der Landstände in die Bundesversammlung wäre für die Erhaltung des Rechts, und dadurch für Hebung eines kräftigen Nationalgefühls von der größten Wichtigkeit gewesen, und die Mächte würden der Welt das Schauspiel der Scenen in Stuttgart, Kassel, Braunschweig, Hannover, der Selbsthülfe der verlassenen und von oben aufgegebenen Völker, und das vernichtende Bewußtseyn eigener Ohnmacht gegen den Jacobinismus neben Thronen und in Hütten erspart haben."

Die innere Verfassungsangelegenheit Preußens war der Gegenstand lebhafter Erörterung zwischen Stein, Vincke, Humboldt u. a., und was hierüber die Denkschriften uns mittheilen, gibt zum erstenmal eine vollständige Einsicht in die Verfassungsgeschichte Preußens wie sie nach dem Abschluß der Bundesacte und nach dem Beginn der allgemeinen Reaction wenigstens in dem engeren Kreise bedeutender Männer ihren Fortgang nahm. Es wird zwischen Stein und seinen Freunden viel über das Einzelne verhandelt, alle bedeutenderen verwandten Erscheinungen in andern deutschen Staaten besprochen und namentlich die organischen Einrichtungen erörtert, die dem Verfassungswerk als festes Fundament dienen sollten. Den Reichsständen sollten die Provinzialstände vorangehen, diese wieder auf ein lebendig gegliedertes Gemeindeleben sich stützen. „Ist die Gemeindeverfassung so gebildet, schrieb Stein im März 1818, daß sie zu einem freien Leben, zu einer lebendigen Theilnahme an den Gemeindeangelegenheiten den Einzelnen auffordert, so enthält sie die nächste Quelle der Vaterlandsliebe, sie knüpft sie an den väterlichen Herd, an die Erinnerungen der Jugend, an die Eindrücke so die Ereignisse und Umgebungen des ganzen Lebens zurückgelassen. Sie verbürgt die wahre praktische Freiheit, die täglich und stündlich in jedem dinglichen und persönlichen Verhältniß des Menschen ihren Einfluß äußert, und schützt gegen amtliche Willkür und Aufgeblasenheit. Sie bildet endlich den Einzelnen zu den landständischen Verhandlungen, indem sie seine Aufmerksamkeit von bloß seinen eigenen Nutzen betreffenden Beschäftigungen abzieht und auf die Gemeindeangelegenheiten lenkt." Um so stärker rügte es Stein wenn, wie damals und später vielfach geschah, die Gemeindeangelegenheiten öffentlichen Beamten übergeben, das Gemeindevermögen willkürlich mit einer Menge fremdartiger Ausgaben belastet, der Taglöhner dem Eigenthümer gleichgesetzt und der Landstreicher den Gemeinden als Mitglied aufgedrängt werde; in den Rheinbundstaaten war dieß meistens der Fall, und Stein selbst hatte in seiner unmittelbaren Nähe unerquickliche Exempel französirender und centralisirender Beamtenweisheit zu erleben.

Gegen dieß Unheil, die Bureaukratie und ihre Allmacht und Allweisheit, sah Stein keine andere Hülfe als gesunde und lebenskräftige Gemeinde-Einrichtungen. Mit wahrem Schmerz sah er wie man häufig in den neuen Gemeindegesetzen nur das letzte Glied der Beamtenleiter constituirte und alles zu einem durchgreifenden Beamtenmechanismus angeordnet ward, der auf der einen Seite zwar den Ruhm der Ordnung, des Gehorsams und der Actenthätigkeit erhielt, auf der andern Seite aber den Mangel an Kenntniß und Berücksichtigung der örtlichen und individuellen Interessen selten verbergen konnte. Die Vorwürfe die Stein in einem Memoire an Eichhorn der bureaukratischen Verwaltung machte, haben noch dieselbe Geltung wie damals; leider war auch hier die Prophezeiung eine kassandrische, und man begriff die ganze Wahrheit des Urtheils erst dann als die gesellschaftliche Ordnung bereits unterwühlt und der staatliche Organismus zu einer unbrauchbaren Maschine geworden war, der Verwaltung durch Beamten oder Beamtencollegien wies Stein zunächst die Kostbarkeit, dann die Einseitigkeit nach. „Zehn bis zwölf Personen sollen die öffentlichen Angelegenheiten, so 300,000 Menschen betreffen, erkennen, leiten, entscheiden, verwalten; da dieses unmöglich ist, so entsteht höchstens ein Aufgreifen einzelner Gegenstände und im allgemeinen eine Schein- und Actenthätigkeit oder ein Durchgreifen und häufiges Mißgreifen, Schwanken. Auch muß eine Lähmung durch die unvermeidliche Abhängigkeit von oben stattfinden, wenn die Verwalteten nicht der Willkür der Verwalter preisgegeben werden sollen, dadurch entsteht ein langsamer, mit leeren Förmlichkeiten überladener unbeholfener Geschäftsgang." Ebenso begründet ist der Vorwurf daß die bureaukratische Verwaltung, da sie ihre leitenden Grundsätze nicht aus der Sache, der Landesverfassung, schöpfe, sondern durch allerlei Wind der Lehre bewegt und durch momentane Meinungen bestimmt werde, an einer verderblichen Veränderlichkeit in den Systemen leiden müsse. „Heute, sagt Stein, prädominirt das Fabriksystem, morgen das der ungebundenen Handels- und Gewerbefreiheit; heute steht man fest bei dem Alten, Herkömmlichen, morgen löst man alles wild auf, bäuerliche Verhältnisse, städtische, Zunft-Einrichtungen rc. — einen tüchtigen ehrsamen Bauernstand sucht man in Taglöhner, den Bürger in patentisirte Pfuscher, und die ganze Nation in Gesindel zu verwandeln." Die Folgen davon haben wir unter unsern Augen noch greller hervortreten sehen als selbst Stein in seiner scharfen, markigen Weise sie zeichnete; zunächst ist die unverkennbare Vernichtung des Gemeindegeistes und statt dessen Unwillen „und Abneigung gegen alles was die Regierung vornimmt" — wie das Stein damals wörtlich voraussagte.

Um dieß bureaukratische Wesen in seinen verderblichen Einflüssen zu neutralisiren, war Stein unablässig bemüht die ständische Organisation in Gemeinden, Provinzialständen und Reichsständen eifrig zu verfechten. Mit der ganzen Stärke seiner sittlichen Indignation erhob er sich in dem Schreiben an Eichhorn (Jan. 1818) gegen die Opposition womit die österreichische und bayerische Diplomatie die repräsentativen Reformen in Preußen zu durchkreuzen suchte. „Sie erröthen nicht, schrieb er damals, mit der frechsten Schamlosigkeit die Grundsätze des empörendsten Machiavellismus auszusprechen und zu verbreiten; die Bundesacte, sagen sie, verspricht zwar im Art. 13 den Ländern Landstände, aber die Bestimmung des Zeitpunktes, der Art überläßt sie der Weisheit, das heißt der Willkür der Regierungen, die Unterthanen haben nur ein Erwartungsrecht, der Bund keine Befugniß sie zu schützen. — — Ich will es dahin gestellt seyn lassen ob ein Cabinet überhaupt und das österreichische insbesondere klug handle zu solchen Sophistereien seine Zuflucht zu nehmen, aber standhaft und unablässig werde ich behaupten daß diese Grundsätze für Preußen unanwendbar und durchaus verderblich sind." Mit allem Recht hebt er die Vielseitigkeit des geistigen Lebens in Preußen hervor, und die sittliche Gefahr die eine solche Sophistik dem ganzen öffentlichen Leben bereiten müsse, erinnert an alle die Zusagen, Vorbereitungen und Einleitungen, die man unmöglich als leeres Gaukelspiel dürfe erscheinen lassen, und ruft dann aus: „In welchem Grade würde hierdurch nicht der Unwille des Volkes gereizt und die moralische Kraft des Staates gelähmt, die doch dessen Mangel an physischer Kraft, der aus seiner geographischen Lage, aus seinem wenigen Reichthum und seinem Unzusammenhang entsteht, ersetzen soll und ersetzen kann. Auf dieser moralischen Kraft nur kann unser Vertheidigungs- und unser Finanzsystem beruhen; die Bereitwilligkeit zu den großen Opfern, die beides im Kriege fordert, kann nur durch Gemeingeist erzeugt werden, der nur da wurzelt wo eine Theilnahme am Gemeindewesen statt hat."

Männer wie Humboldt und Vincke bedurften dieser Mahnungen nicht; wie ernst sie es mit der Umgestaltung des Staats von der bureaukratischen Maschine zum gesunden Repräsentativstaate meinten, davon geben die Verhandlungen Zeugniß die uns Pertz mitgetheilt hat, und die sich über alle wesentlichen Einzelheiten des künftigen Repräsentativstaats verbreiten. Namentlich im Jahr 1818 und noch zu Anfang 1819 waren die genannten Männer in lebhaftem Verkehr darüber wie die künftige ständische Organisation Preußens zu gestalten sey. Als W. v. Humboldt aus England zurückgekehrt im Winter 1819 nebst Stein zu Frankfurt verweilte, besprachen beide vielfach die politische Lage Deutschlands und die Plane für Preußens ständische Einrichtungen, an deren Entwicklung Humboldt durch seine kürzlich erfolgte Berufung nach Berlin der wichtigste Antheil bestimmt war. Stein theilte dem Freunde den von ihm über diese Angelegenheit gesammelten schriftlichen Stoff, Entwürfe, Gutachten, Briefe mit, und veranlaßte dadurch einen größeren Aufsatz (Febr. 1819) Humboldts, den uns Pertz mitgetheilt hat. Mit Steins Bemerkungen dazu war nun die Angelegenheit auf den Punkt gelangt wo sie der Berathung in der Commission im Staatsrath und im Staatsministerium hätte unterworfen und zur Entscheidung des Königs vorbereitet werden können; aber Stein war nicht mehr Minister und nach wenig Monaten hatte auch Humboldt es zu seyn aufgehört. Beide Actenstücke, Humboldts Aufsatz und Steins Ergänzungen, gehören indessen zum Bedeutendsten und Anziehendsten was je von deutschen Staatsmännern über politisches Constituiren und Organisiren ausgegangen ist.

Die Nation zu einer gesunden Selbstregierung zu führen, und die „zahllose kostbare, viel treibende, wenig leistende Beamtenmasse" zu beseitigen, blieb bei Stein immer ein wesentlicher Gesichtspunkt. Indem man gesunde Gemeindeeinrichtungen erschuf, die aus ihnen hervorgehenden Provincialstände ihre localen und individuellen Interessen pflegen, wo möglich

selbst einen Theil der Verwaltung an sich nehmen ließ, und dem ganzen öffentlichen Leben der Nation in den Reichsständen ein kräftiges Organ erschuf, hofften Stein und seine gleichgesinnten Freunde dieß Ziel am sichersten zu erreichen. So wenig die Provincialstände mit allgemeinen politischen Dingen behelligt werden sollten, so sehr legten sie Nachdruck darauf die Reichsstände zu einem berechtigten und mächtigen Organ gemacht zu sehen. „Einer Versammlung, schrieb Stein in seinen Zusätzen zu Humboldts Aufsatz, die auf das Rathgeben beschränkt ist, fehlt es an Selbständigkeit und Würde — in ihrem Ansehen wird daher die Regierung, wenn auch der gegebene Rath beifällig ist, in der öffentlichen Meinung nicht die kräftige Stütze finden die sie in der freiwilligen Zustimmung eines selbständigen repräsentativen Körpers findet. Die Bildung eines berathenden Körpers steht im Widerspruch mit den preußischen Abstimmungen in Wien, und mit den Erwartungen die das Edict (Jun. 1815) im preußischen Volk und in ganz Deutschland erregt hat." Ein nur berathender ständischer Körper, sagt er an einer andern Stelle, ist entweder eine inerte Masse oder ein turbulenter Haufen, der in das Blaue hineinschwätzt, ohne Würde, ohne Achtung; er wird niemand befriedigen und vom In- und Ausland einstimmig getadelt werden.

Die preußische Verfassungsangelegenheit war es nicht allein die Stein beschäftigte; er folgte mit Aufmerksamkeit allen verwandten Erscheinungen in den kleineren Staaten, und wurde, wie einzelne Gutachten in der nassauischen und badischen Verfassungssache beweisen, auch wohl von den kleineren Regierungen zu Rathe gezogen. Er billigte im ganzen die Staatsgrundgesetze wie sie Baden und Bayern damals erließen, aber er tadelte z. B. an der bayerischen Verfassung die Aufnahme einer bedeutenden Zahl von Pfarrern und Decanen in die Kammer; sie verwickelt, sagt er, alle Classen der Geistlichkeit zu sehr in das politische Treiben, und mindert ihren religiösen, mildernden Einfluß auf das Volk. Er hatte keine Freude an dem bayerischen Wahlgesetz, denn Abgeordnete die eine solche Stufenfolge durchlaufen, werden zuletzt von einer geringen Zahl Wähler ernannt, wodurch die Wahlfreiheit Gefahr läuft und das Interesse des Volks an der Wahl seiner Abgeordneten erkaltet. Daß dieselbe Verfassung politische Schriften von der Preßfreiheit ausdrücklich ausnahm, fand Stein unvereinbar mit den Erfordernissen einer freien Verfassung. Im allgemeinen war Stein sehr damit einverstanden daß man meistens den grundbesitzenden Adel in eine erste Kammer vereinigte, und die Erwägungen womit er dieß unterstützte haben ein unläugbares Gewicht. Die Vereinigung der großen Grundeigenthümer, sagt er, sichert die Person und die Würde des Regenten, die den Angriffen ausgesetzt ist des neuernden Unternehmungsgeists des Mittelstandes, der stets dahin strebt seine Eitelkeit zu befriedigen durch Herabwürdigung der obern Stände, und ebenfalls Gefahr läuft durch die Habsucht des Pöbels, dem nach dem Vermögen der Reichen gelüstet. Von seinen öffentlichen Beamten darf in großen Verwicklungen der Regent keinen kräftigen Schutz erwarten, denn wir sehen den großen Haufen derselben sich vor der Uebermacht beugen, dem Sieger huldigen. So wahr und treffend diese Bemerkungen sind, so wäre Stein doch schwerlich — wenn er den spätern Verlauf der kleinen Adelskammern noch erlebt hätte — davon besonders erbaut gewesen. Offenbar hatte er von dem grundbesitzenden Adel eine hohe Meinung, die derselbe in den Kammern der mittlern und kleinern Staaten bis jetzt wenig gerechtfertigt hat. Hätte Stein ahnen können daß diese kleinen Adelskammern in den Zeiten der Stagnation häufig nichts weiter waren als Sperrketten welche die ministerielle Willkür den gerechtesten Forderungen der andern Kammer anlegte, schwerlich hätte er an diese Institutionen seine conservativen Hoffnungen angeknüpft. Aber freilich er hatte eine lebenskräftige, unabhängige Ritterschaft vor Augen, darum galt von jener ganzen Institution Steins eigenes, wahres Wort: Verfassungen bilden heißt bei einem alten Volk wie das deutsche nicht sie aus Nichts erschaffen, sondern den vorhandenen Zustand der Dinge untersuchen, um eine Regel aufzufinden die ihn ordnet.

Das preußische Verfassungswerk ward seit 1819 zurückgeschoben, und höchstens beschäftigte man sich mit der Bildung einer provincialständischen Verfassung. Noch bei Lebzeiten Hardenbergs war zu diesem Zweck eine Commission angeordnet worden, worin der Kronprinz den Vorsitz übernahm; als die Grundzüge des Planes ausgearbeitet waren, ward Stein zur Abgabe seines Gutachtens aufgefordert. Dasselbe ward zwar, wie nach dem damals herrschenden Geist zu erwarten, bei den gesetzlichen Anordnungen fast gar nicht berücksichtigt, behält jedoch als wichtiges Actenstück zur Geschichte der ständischen Bestrebungen in Preußen seinen bleibenden Werth. Schon waren die Dinge so geworden daß man der früher gegebenen unbequemen Zusagen sich gern entledigt, und die Forderungen eines geordneten verfassungsmäßigen Zustands gern als Auswüchse des demagogischen Gelüstes hingestellt hätte. Dagegen bemerkte Stein gleich im Eingang seiner Denkschrift: das allgemein sich aussprechende Verlangen nach Verfassung ist in Deutschland, und besonders in der preußischen Monarchie, nicht die Frucht des verderblichen neuerungssüchtigen Zeitgeistes, sondern Sehnsucht nach Wiederherstellung alter wohlthätig sich erwiesen habender Institutionen und Abneigung gegen Willkür. Denn ständische Verfassung oder Theilnahme der im Land angesessenen Eigenthümer an Gesetzgebung, Abgabenverwilligung ist unter mannichfaltigen Formen und Veränderungen gleichzeitig mit den frühesten Anfängen deutscher Staatenvereine, und erhielt sich insbesondere in den rheinisch-westfälischen Provinzen bis zum Unglücksjahr 1806 in voller Lebendigkeit und mit großem Segen. Die Wege auf denen Stein nun dieß ständische Wesen wieder erneuert sehen will, sind in der Denkschrift ausführlich vorgezeichnet; es wundert uns freilich nicht daß die Gesetzgebung auf diese Wege nicht eingegangen ist. Der freie und große Geist in welchem Stein gehandelt wissen wollte, die Politik ohne Hinterthüren und Hintergedanken, die Belebung des Gemeindewesens, die Abneigung gegen alles büreaukratische Gelüste stimmte nicht zu dem Geiste wie er seit 1819 in den deutschen Cabineten herrschend geworden. Auch die Art von Adel die Stein wollte, paßte nicht zu den unverbesserlichen Restaurationstendenzen. „Die ritterschaftliche adelige Genossenschaft, schrieb Stein in der Denkschrift, muß in Zukunft kein durch den Stammbaum spröde abgeschlossener Verein seyn; er muß durch Aufnahme neuer tüchtiger Mitglieder an Vermögen, Geist und Leben erfrischt und gestärkt werden können, und jetzt und in der Folge alle diejenigen aufnehmen welche eine Standeserhöhung erlangt und ihre Ansprüche darauf bewährt haben, durch die Erhaltung angesehener Militär- und Civilstellen, und damit den Besitz von einem bedeutenden Grundeigenthum verbinden. So wird der Adel allen erreichbar, das Ziel des Strebens aller politischen Talente, er steht im freundlichen Verhältniß mit allen Classen der Gesellschaft, und steht nicht mit ihnen in grellem Gegensatz."

Die Revolution von 1830 hatte, wie wir schon aus dem Briefwechsel mit Gagern wissen, auf Stein einen peinlichen und niederschlagenden Eindruck gemacht. Das französische Wesen, wie es unter der Restauration und nachher sich ausprägte und bis heute ziemlich unverändert dasselbe geblieben ist, konnte in Stein über den Werth der neuen Revolution nur sehr geringe Erwartungen wecken; ähnlich wie Niebuhr ließ er sich von der trübsten Betrachtung beherrschen, und seine politischen Denkschriften wie seine schon früher bekannten Briefe legen von dieser Stimmung Zeugniß ab. Die Franzosen werden sehr ungünstig beurtheilt, über die belgische Revolution wird unerbittlich der Stab gebrochen; dem jungen Staate selbst spricht Stein alle Lebensfähigkeit ab — eine Ungunst die sich dadurch wohl erklärt daß der Staatsmann und der eifrige Protestant in Stein durch das Treiben der Brüsseler französischen Wortführer und Advocaten und die Allianz mit dem Klerus sich gleich stark zurückgestoßen fühlten. Diese Gedrücktheit und Befangenheit ist auch in Steins politischen Aeußerungen nicht zu verkennen; er findet den Nachtheil der freien Presse jetzt größer als früher, er hält es für „verwerflich den Ständen das Recht der Verweigerung des Budgets einzuräumen", ja er meinte (November 1830) die Bildung der Reichsstände sey nicht dringend, denn „warum sollen die Gemüther aufgeregt seyn?" In diesem Sinn handelte er auch als Landtagsmarschall auf dem westfälischen Landtage, wo der Antrag auf Bitte um Reichsstände gestellt ward; er war sehr zufrieden als Bodelschwingh (damals Landrath) und Landsberg-Velen einen Antrag durchsetzten, worin die Bildung einer reichsständischen Verfassung zwar als Wunsch der Stände angedeutet, aber hinzugefügt ward: das Vertrauen auf den König und der höchst bewegte Zustand der Zeit hindere die Stände diesen Wunsch auszusprechen. Und doch hatte er selber früher (1818) an Eichhorn geschrieben: die demokratischen und verwerflichen Grundsätze können nur insofern verderbliche Folgen haben als man die dem Volke gegebenen Zusagen unerfüllt läßt, und diese Folgen werden weniger sich äußern durch anarchischen Widerstand gegen die Regierung als durch den ihre Kraft lähmenden Unwillen, wenn man sie in Zeiten der Gefahren zu großen Anstrengungen und Opfern jeder Art auffordert.

Doch waren jene Verstimmungen mehr eine vorübergehende Anwandlung, und das unthätige Abwarten bis die Frucht überreif vom Baume falle, lag nicht in Steins Wesen. Sehr bezeichnend ist es daß er wenige Wochen nach jenen Aeußerungen vorsichtiger Zurückhaltung in einem Schreiben an Gneisenau sich wieder ganz auf den früheren Standpunkt stellt, und selbst die Rolle des Mahners und Drängers übernimmt. Die Worte womit er dieß thut, sind prophetisch gewesen für den folgenden Gang der preußischen und deutschen Angelegenheiten. „Daß man sich entschlösse, schreibt er am 18 Febr. 1831 an Gneisenau, nun Vorbereitungen zu treffen zur Bildung von Reichsständen, das würde sehr wohlthätig auf den öffentlichen Geist wirken, der denn doch aufgeregt ist. Noch hat man es, fügt er mit wahrhaft staatsmännischem Seherblick hinzu, mit einem Geschlecht zu thun das an die monarchisch-bureaukratischen For-

men gewöhnt ist, aber es rückt ein neues Geschlecht heran, es drängt sich in alle Canäle des bürgerlichen Lebens, es bildet sich unter dem Einfluß der neuesten Weltgeschichte, der Zeitungen, der politischen Schriften, es fühlt in sich Jugendkraft, Drang zum Handeln; Ehrgeiz, Habsucht, Neid unter den verschiedenen Ständen der Nation beseelen es, religiöse Grundsätze werden durch den Rationalismus untergraben — daß der Funken des politischen Brandes überall glimmt das zeigt sich in ganz Europa, rathsam ist es die Flamme zu leiten ehe sie zerstörend wirkt. Die Theilnahme der Nation an der Gesetzgebung und Besteuerung halte ich für ein kräftiges Mittel beide Zweige zu vervollkommnen, und für eine Erziehungs- und Bildungsanstalt die den wohlthätigsten Einfluß auf das praktische und theoretische Leben des Volks hat."*)

*) Eine Besprechung der eben erschienenen Biographie Steins von Pertz soll alsbald folgen.

[4509] Im Verlag von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Allgemeine Realencyklopädie,

oder Conversationslexicon für das katholische Deutschland.

Bearbeitet und herausgegeben von einem Vereine katholischer Gelehrten.

Vollständig in 120 Heften à 6 Bogen (à 15 kr. od. 4 Sgr. 4½ Pf.) oder 10 Bänden. größtes 8. 30 fl. od. 17½ Thlr.

Es war am 1 Febr. 1846 daß der erste Bogen unserer Realencyklopädie unter die Presse gegeben wurde, und heute, den 18 Aug. 1849, verläßt der 720ste und letzte des nun vollständigen Werkes die Officin des Buchdruckers. Vier Jahre hatten wir für die Vollendung des Ganzen festgesetzt; in drei Jahren sechs und einem halben Monat haben wir unser gegebenes Wort gelöst. Nicht minder gewissenhaft als hinsichtlich der Zeit glauben wir auch in der Art und Weise der Ausführung unsers Unternehmens gewesen zu seyn. Die Zahl der auf den ersten Heften genannten 18 Herren Mitarbeiter hat sich im Verlaufe der Arbeit auf 46 erhöht, wodurch es uns möglich wurde über fast alle einigermaßen wichtigen Materien Original-Artikel zu liefern; wo dieses nicht geschehen ist, war, mit wenigen Ausnahmen, verspätetes Eintreffen der bestellten Artikel die Ursache. Wenn gleichwohl — was wir selbst am allerwenigsten in Abrede ziehen — manches vergebens gesucht wird, anderes sich als unvollkommen erweist; wenn Gleichmäßigkeit in der Bearbeitung der einzelnen Artikel da und dort vermißt, Wiederholung von anderswo schon Gesagtem oft nicht mit Unrecht gerügt werden dürfte: so werden unsere Leser diese Mängel mit der Verschiedenheit der individuellen Auffassung und Behandlung der Gegenstände von Seiten ihrer Bearbeiter, sowie mit den eigenthümlichen Schwierigkeiten die ein so umfassendes Unternehmen seiner Natur nach bietet, und die wir im Vorworte zu den Supplementen naher entwickelt haben, gerne entschuldigen.

Fortlaufend erscheinen:

Ergänzungsbände zum Conversationslexicon für das katholische Deutschland. Oder: Encyklopädische Schilderung der neuesten Ereignisse und hervorragendsten Persönlichkeiten in Kirche, Staat, Wissenschaft, Kunst und Gewerbe, nebst zahlreichen Nachträgen und Verbesserungen zum Hauptwerke. In Verbindung mit mehreren katholischen Gelehrten des In- und Auslandes. 1r Bd. A—L. 1s—8s Heft. (à 6 Bgn.) Lex. 8. geh. à 15 kr. od. 4 Sgr. 4½ pf.

Diese Supplemente enthalten das Fehlende und führen die behandelten Gegenstände bis auf den neuesten Standpunkt fort.

Wenn schon die „allgemeine Realencyklopädie f. d. k. D.“ nach Zweck und Umfang in keinerlei Weise mit andern encyklopädischen Erscheinungen auf dem Felde der katholischen Litteratur, welche nur einzelne oder einen Hauptzweig derselben behandeln, in Concurrenz tritt, so hat doch seiner Zeit die gleichzeitige Ankündigung unsers Unternehmens mit zwei andern, nämlich dem allgemeinen Kirchenlexikon von Aschbach (Frankf. bei Andreä) und dem Kirchenlexikon von Wetzer und Welte (bei Herder in Freib.), bei einem nicht geringen Theile des katholischen Publicums der Meinung Raum gegeben als werde hier von drei Seiten eines und dasselbe geboten, was dann zur Folge hatte daß bei vielen die Wahl schwankte, und sie sich dahin wandten von wo sie die meisten und sichersten Garantien zu erhalten glaubten. — Da nun die Realencyklopädie im Hauptwerke vollendet vorliegt, wird der Vergleich zwischen ihr und den Kirchenlexikons unschwer anzustellen, und ebenso leicht das Resultat zu finden seyn daß dort ein alle Fächer des menschlichen Wissens umfassendes Feld bearbeitet wurde, während hier ausschließlich die theologische Wissenschaft Gegenstand der zu lösenden Aufgabe ist. Was sodann die äußern Verhältnisse betrifft, so liegt die Realencyclopädie dem Publicum nach einem Zeitraum von 4 Jahren vollendet vor, während — wenn auch die von der Herder'schen Buchhandlung verbreitete Nachricht von der Unterbrechung des Aschbach'schen Kirchenlexikons sich als unwahr erwiesen hat — dieses jetzt erst bis zum Buchstaben K gediehen ist, das Wetzer'- und Welte'sche Lexikon aber (nach der eigenen Erklärung der Verlagshandlung) 8 Bände statt der ursprünglich festgesetzten 5 umfassen, und statt 15 nun 24 fl. kosten, auch (nach dem bisherigen Verhältnisse) den Zeitraum von mindestens 8 Jahren bis zu seiner Vollendung erfordern wird.

Neueintretende Subscribenten können bei jeder Buchhandlung das Werk beliebig in Bänden, Halbbänden oder Heften in selbst zu bestimmenden Zeiträumen abverlangen.

Ferner erschien:

Titelstahlstiche zur allgemeinen Realencyklopädie oder Conversationslexikon für das kathol. Deutschland. Zugleich eine selbständige Sammlung von Bildnissen ausgezeichneter Katholiken. Nach den besten Quellen von vorzüglichen Meistern ausgeführt. 6te Lieferung (11s u. 12s Kupfer): **Günther** und **Veith.**

Diese vorzüglich schön ausgestatteten Bildnisse erhalten nur die Abnehmer der Ergänzungsbände um den Preis von 16 kr. oder 5 Sgr. Einzeln kostet jedes Bildniß 12 kr. od. 3¾ Sgr.

[4316—21] Bei Gustav Mayer in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dalmatien und Montenegro

mit einem **Ausflug nach der Herzegowina** und einer geschichtlichen Uebersicht der Schicksale Dalmatiens und Ragusa's nach Sir **J. Gardener Wilkinson**

bearbeitet von **W. A. Lindau.**

2 Bände. Royal-Octav mit 2 Bildnissen des Vladika von Montenegro und einer Karte von Dalmatien.

Preis 5 Rthr. — Die Karte allein 5 Ngr.

Flandrisches Album.

Stillleben, Genrebilder, Geschichte, nach dem Leben gezeichnet von **F. v. Wolffers.**

1½ Rthr.

(4582) ☞ So eben erschien in eleganter Ausstattung und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Shakspeare's Was ihr wollt von Adolf Böttger. brosch. Preis 22½ Ngr. Elegant gebunden Preis 1 Rthlr.

Shakspeare's Sommernachtstraum von Adolf Böttger. brosch. Preis 22½ Ngr. Elegant gebunden Preis 1 Rthlr.

Leipzig, den 20 November 1849. **Otto Klemm.**

[4564] Soeben erschien in der Arnoldischen Buchhandlung in Leipzig und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Gustav Schilling's sämmtliche Schriften.

Neue Taschenausgabe. 1—10 Bändchen. brosch. Preis 5 Ngr. pro Bdchn.

Das Ganze wird 80 Bändchen umfassen, — von denen monatlich 12—16 erscheinen, — mithin das complete Werk nur 13 Rthlr. 10 Ngr. kosten.

(4314—15) In der Lechner'schen Universitäts-Buchhandlung in Wien (Stock im Eisenplatz Nr. 622) ist in zweiter Auflage erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Selbstarzt in der Cholera

oder

Keinerlei Furcht vor der Brechruhr.

Deutliche Beschreibung eines neuen untrüglichen Heilverfahrens, bei dessen ausschließlicher Anwendung gegen die Cholera noch kein Todesfall vorgekommen ist und auch keiner vorkommen kann. Allen Aengstlichen, die sich vor diesem Seuchenungethüm fürchten, zur wahren Beruhigung gewidmet von

J. Erb.

Preis 5 Ngr. oder 15 kr. C.-M.

Die hier beschriebene Heilmethode ist der wirksamste Damm, die einzige Rettung gegen das mörderische Umsichgreifen der Cholera. Sie ist bereits als die rationellste, erfolgreichste und beste unter allen diesfälligen Curarten officiell erklärt worden. (Siehe Beobachtungen über die Brechruhr-Epidemie aus amtlichen Quellen geschöpft und zusammengestellt von Protomedicus Knolz. Wien 1849, Seite 31 und 52.) Außer der speciellen Abhandlung dieser Krankheitsform aber und einer Kritik der gewöhnlichen gegen dieselbe vergeblich in Anwendung kommenden Curmethoden findet man in diesem Schriftchen auch für Kranke und Leidende jeder Art jene Andeutungen und Winke, welche sie allein auf den wahren Weg der Genesung und vollen Gesundheit wieder zurückführen können.

[4654]

EIN WERTHVOLLES FESTGESCHENK.

Im Verlage von ALEXANDER DUNCKER, königl. Hofbuchhändler in BERLIN, ist nunmehr vollständig erschienen und durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

HISTORISCH-GEOGRAPHISCHER HAND-ATLAS

in sechs und dreissig Karten

nebst erläuterndem Text.

Bearbeitet und herausgegeben

und

Sr. Maj. dem Könige FRIEDRICH WILHELM IV.

in tiefster Ehrfurcht zugeeignet

von

RUDOLPH v. WEDELL,

Hauptmann im königl. preuss. 30. Infanterie-Regiment, Ritter des Rothen Adler-Ordens, des königl. niederländischen Ordens der Eichenkrone, des königl. belgischen Löwen-Ordens etc.

Mit einem Vorwort von Dr. F. A. Pischon.

Zum Gebrauch für höhere Bürger-Schulen, Gymnasien und Militär-Bildungs-Anstalten, sowie als Supplement zu den Geschichtswerken von Becker, Pischon, Rotteck, Schlosser etc.

Gestochen von H. Mahlmann.

Preis in englischem elegantem Einbande 10⅔ Thlr.

Die allgemeine ehrenvollste Anerkennung, welche diesem umfassenden und inhaltreichen Werke überall, in- und ausserhalb Deutschlands, insbesondere aber Allerhöchsten Orts, so wie von den verschiedenen Gouvernements von Schweden, Hannover, Braunschweig etc. etc. zu Theil geworden ist, lässt es hier wohl gerechtfertigt erscheinen, das betreffende Publicum nur auf die Vollendung desselben hinzuweisen. Einem jeden, der auf einen höhern Grad von Bildung Anspruch macht, zumal einem jeden Lernenden, sey es in Lehr-Anstalten oder durch Selbstunterricht, bietet kein besseres Hülfsmittel zum Studium der Geschichte sich dar als dieser Atlas, der in 36 Blättern die wichtigsten Momente der Geschichte aller Staaten der Erde in übersichtlicher Weise zur Anschauung bringt, und zwar nicht allein in geographischer Beziehung, sondern auch, durch die beigefügten Erläuterungen, in Hinsicht auf Dynastienwechsel, kirchliche Verhältnisse, Feldzüge etc. Am ausführlichsten ist die mittlere und neuere Zeit behandelt, erstere im engsten Anschluss an Pischon's „Weltgeschichte in gleichzeitigen Tafeln, II. Abth. Geschichte des Mittelalters nebst vollständiger Darstellung der politischen Geographie der mittlern Zeiten," auf 17 Blättern, von denen 8 Deutschland gewidmet sind, letztere auf 16 Blättern, darunter Deutschland in 4, Preussen speciell in 1 Blatt (No. XXIII. Erwerbungen des Hauses Hohenzollern). Ausser dieser mögen hier noch beispielsweise folgende an und für sich durch Originalität oder Reichhaltigkeit oder durch die beigegebenen Erläuterungen besonders interessante Nummern namhaft gemacht werden:

No. XVIIIb. **Deutschland** und die **angränzenden Länder** während der Reformation. (Mit Text: Stammtafeln zur brandenburgischen Geschichte.)

No. XX. **Erd-Ansichten** nach Homer, Herodot, Edrisi, Seb. Münster.

No. XXII. (Weltkarte) **Entdeckungs-** und **Erforschungs-Reisen** seit den Fahrten der Normannen bis auf die Gegenwart. (Die Namen aller wichtigern Reisenden an betreffender Stelle, sowie die Haupthandelswege der Alten enthaltend.)

No. XXV. **Deutschland** und die **angränzenden Länder** während des 30jährigen Krieges. (Mit 3 die Hauptmärsche enthaltenden Neben-Kärtchen und 6 Schlachtplänen.)

No. XXVI. **Deutschland** und **Ungarn** von 1648 und **Polen** von 1586 bis zur französischen Revolution. (Ein äusserst reichhaltiges Blatt in grösserm Format, mit den Heereszügen Carls XII, der Ausbreitung der Dissidenten in Polen etc.)

No. XXVII. **Europa** von 1789—1813. (Mit sehr ausführlichem Text.)

No. XXVIII. **Deutschland** von 1801—1846.

No. XXIX. **Europa** von 1813—1846. (Feldzüge von 1813—1815 und 1830—1831. — Jesuitensitze.)

No. XXXIV. (Weltkarte) Die **Ausbreitung** der **Römisch-Katholischen**, der **Evangelischen** und der **Russisch-Griechischen Kirche.** Die **Missions-Stationen** der beiden ersteren.

So schwierig es oft war bei dem reichen Inhalt mancher Epochen überall diejenige Klarheit und Uebersichtlichkeit zu bewahren, die besonders den Lernenden das erste Hauptbedürfniss sind, so ist diess den vereinten Bemühungen des fleissigen Zeichners und des bewährten und gewissenhaften Stechers der Karten in einer Weise gelungen, die alle — irgend billigen Ansprüche — in reichem Maasse befriedigen wird. — Dass die elegante äussere Ausstattung dem innern Werthe des Werkes und der Anforderungen der Zeit entspricht, und dass der Preis im Verhältniss des Gebotenen ein überaus mässiger genannt werden darf, ist zu Gunsten der Sache getreulich Sorge getragen.

[4641] **Zu Festgeschenken für Freunde und Freundinnen des Gesanges.**

Die nachstehend verzeichneten Werke sind durch den Reichthum und die Gediegenheit ihres Inhalts überall mit Ruhm genannt und bekannt; sie sind sämmtlich mit äußerster Eleganz ausgestattet, und haben außerdem den Vorzug daß sie um weniges Geld liefern was man zu den im Musikverlagshandel üblichen Preisen nur für große Summen anschaffen könnte.

I. Für eine Singstimme mit Begleitung des Pianoforte oder der Guitarre:

Orpheon. Album für Gesang

mit Pianoforte in Original-Compositionen der berühmtesten deutschen Tonsetzer hrsg. v. Th. Täglichsbeck. I.—VII. Bd. Jeder Band mit dem Stahlstich-Porträt eines berühmten Componisten einzeln: geh. $2\frac{1}{4}$ Thlr. = 3 fl. 36 kr.; in Stahlstich-Umschlag geb m. Goldschn.: $2\frac{2}{3}$ Thlr. = 4 fl. 12 kr. Doppelbände in Prachtband mit reicher Vergoldung, in Cambric: 6 Thlr. = 10 fl.; in Saffian: $7\frac{1}{3}$ Thlr. = 12 fl.

Orpheon. Album für Gesang

hrsg. v. Th. Täglichsbeck. Auswahl m. Begleitung der Guitarre, eingerichtet v. F. Siber u. Chr. Knosp. I. Bd. m. dem Stahlstich-Portr. Marschners. Geh.: $2\frac{1}{4}$ Thlr. = 3 fl 36 kr.; in Stahlstich-Umschlag geb. m. Goldschnitt: $2\frac{2}{3}$ Thlr. = 4 fl. 12 kr.

Das Buch der Lieder.

Eine Sammlung volksthümlicher Lieder und Gesänge für eine Singstimme, zum Theil auch (nach Belieben) mehrstimmig u. mit Begleitung sowohl des Pianoforte als auch der Guitarre bearbeitet u. herausgeg. v. Th. Täglichsbeck. I. Bd. Geh. $1\frac{2}{3}$ Thlr. = 2 fl. 40 kr.

☞ Dieser Band kann auch durch ausdrückliche und feste Bestellung des „Neuen Abonnements" von Orpheon, Album für Gesang mit Pianoforte. Erster Jahrg. (I. u. II. Bd.), Preis 4 Thlr. 15 Sgr. oder 7 fl. 12 kr., als Beilage desselben unentgeltlich erlangt werden.

II. Für Quartett- und Chor-Gesang ohne Begleitung:

Deutsche Liederhalle.

Alte und neue Lieder für Freunde des mehrstimmigen Gesanges u. für häusliche u. gesellige Kreise. Mit Original-Comp. der berühmtesten deutschen Tonsetzer hrsg. v. Th. Täglichsbeck. (In zweizeiliger Partitur.) I. bis III. Bd. Jeder Band einzeln: geh. 3 Thlr. = 4 fl. 48 kr.; in Prachtbd. geb.: $3\frac{1}{2}$ Thlr. = 5 fl. 36 kr.

Odeon.

Für Quartett- u. Chorgesang ohne Begleitung. Mit Original-Comp. der berühmtesten deutschen Tonsetzer hrsg. v. Th. Täglichsbeck. Partitur-Ausgabe. I. bis IV. Bd. Jeder Band einzeln: geh. $1\frac{1}{2}$ Thlr. = 2 fl. 24 kr. Stimmen-Ausgabe. I. bis IV. Bd. Jeder Band in vier Stimmen-Bänden, geh. 3 Thlr. = 4 fl. 48 kr., jeder Stimmen-Bd. einzeln, geh. $\frac{3}{4}$ Thlr. = 1 fl. 12 kr.

Philomele.

Sammlung auserlesener Lieder und Gesänge für gemischten Chor. (Sopran, Alt, Tenor u. Baß.) Mit Original-Compositionen der berühmtesten deutschen Tonsetzer hrsg. v. Th. Täglichsbeck. Partitur-Ausgabe. I Band. Geh. $\frac{3}{4}$ Thlr. = 1 fl. 12 kr. Stimmen-Ausgabe. I. Band in vier Stimmen-Bänden, geh. $1\frac{1}{2}$ Thlr. = 2 fl. 24 kr.; jeder Stimmen-Band einzeln, geh. $\frac{1}{3}$ Thlr. = 30 kr.

Zehn Alpenlieder

Für Männerstimmen vier- u. fünfstimmig eingerichtet v. G. A. Dieterich. Partitur und Stimmen: 1 Thlr. = 1 fl 36 kr. Stimmen besonders: $\frac{3}{4}$ Thlr. = 1 fl. 12 kr.

Sechzig auserlesene

Katholische Choräle

oder Kirchenlieder nach den kirchlichen Festzeiten geordnet. Zum Gebrauch für Gymnasien, Seminarien, Lehrer-Gesangvereine, kirchl. Chöre u. s. w. und für Männerstimmen vierstimmig bearbeitet v. F. J. Kunkel. Geh. 18 Sgr. = 1 fl.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 10 Ex. à 15 Sgr. oder 48 kr. d. Ex. / 20 „ à 12 „ „ 40 kr. d. Ex.

Göpel's deutsches

Lieder- und Commersbuch.

Sammlung von gegen 500 der beliebtesten Lieder mit ihren Singweisen in mehrstimmiger Bearbeitung hrsg. v. Th. Täglichsbeck und J. Mühleisen. Geh. $1\frac{1}{3}$ Thlr. = 2 fl. 15 kr., in Prachtband geb.: $1\frac{2}{3}$ Thlr. = 3 fl.

Partie-Baar-Preise { 10 Ex. à 1 Thlr. 4 Sgr. oder 1 fl. 54 kr. d. Ex. / 20 „ à 1 Thlr. — „ 1 fl. 40 kr. d. Ex.

Germania.

Ein Freiheitsliederkranz

für deutsche Sänger aller Stände. Mit alten und neuen Sangweisen der besten Tonsetzer für vierstimmigen Chor hrsg. v. Th. Täglichsbeck. Geh.: 1 Thlr. 3 Sgr. = 1 fl. 48 kr., in Prachtband (schwarz-roth-gold) gebunden: 1 Thlr. 18 Sgr. = 2 fl 36 kr.

Partie-Baar-Preise { 10 Ex. à 28 Sgr. oder 1 fl. 30 kr. d. Ex. / 20 „ à 25 „ „ 1 fl. 20 kr. d. Ex.

Göpel's deutsches

Wehrmanns-Liederbuch.

Auswahl von 119 der beliebtesten vaterländischen Lieder mit ihren Singweisen in mehrstimmiger Bearbeitung (aus dem Liederbuche „Germania"). Geh. $11\frac{1}{4}$ Sgr. = 36 kr.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 20 Ex. à 10 Sgr. oder 30 kr. d. Ex. / 50 „ à 8 „ „ 24 kr. d. Ex.

Deutsche

Lieder für Schleswig-Holstein.

Mit ihren Singweisen für mehrstimmigen Chor hrsg. v. Th. Täglichsbeck (Besonderer Abdruck des Anhanges zum Liederbuche „Germania".) Geh. $7\frac{1}{2}$ Sgr. = 24 kr.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 20 Ex. à 6 Sgr. oder 20 kr. d. Ex. / 50 „ à 5 „ „ 16 kr. d. Ex.

Deutsche

Banner- und Schwertlieder.

Für vierstimmigen Männergesang gesetzt v. Carl Geißler, Ed. Tauwitz und Th. Täglichsbeck. Drei Hefte. Preise für jedes Heft: Partitur und Stimmen: 1 Thlr. 21 Sgr. = 2 fl. 42 kr. Vier Stimmen besonders: 1 Thlr. 9 Sgr. = 2 fl 4 kr. dieselben, 6 und mehr Exemp. à 1 Thlr. = 1 fl. 36 kr. Jede Einzel-Stimme besonders: $12\frac{1}{2}$ Sgr. = 40 kr.

Liederkranz für die Turngemeinden

des Vaterlandes. Mit (137) alten und neuen Sangweisen der besten Tonsetzer für vierstimmigen Chor. Mit einem Vorwort von A. Ravenstein. Dritte unveränd. Aufl. Geh. 27 Sgr. = 1 fl. 30 kr.; in Prachtband geb.: 1 Thlr. 8 Sgr. = 2 fl. 6 kr.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 10 Ex. à 18 Sgr. oder 1 fl. das Ex. / 20 „ à 16 „ „ 54 kr. d. Ex.

Turner-Liederbuch.

Auswahl aus dem Liederkranz für die Turngemeinden des Vaterlandes mit vierstimmigen Sangweisen. Dritte vermehrte Aufl. 9 Sgr. = 30 kr.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 20 Ex. à $7\frac{1}{2}$ Sgr. oder 24 kr. d. Ex. / 50 „ à 6 „ „ 20 kr. d. Ex.

Trauer-Gesänge

zur Feier unserer Vollendeten.

Sammlung von (50) Quartett- und Chor-Gesängen für Männerstimmen bei Trauerfeierlichkeiten am Grabe, in der Kirche, im Trauerhause u. s. w. unter Mitwirkung v. Th. Täglichsbeck, herausgegeben von Karl Hennig. Geheftet: 15 Sgr. = 48 kr.

Partie-Baar-Preise nebst 1 Freiex. auf je 10: { 10 Ex. à 12 Sgr. oder 40 kr. d. Ex. / 20 „ à 10 „ „ 32 kr. d. Ex.

Verlag

von

Karl Göpel in Stuttgart.

Werthvolle Kupferstichwerke

zu bedeutend ermäßigten Preisen. — Die folgenden Werke, von Kunstkennern gekannt und geschätzt, nehmen in der Geschichte und unter den Werken der Kupferstecherkunst durch ihren hohen Kunstwerth einen vorragenden Rang ein; indem ihre ursprünglichen Preise auf den dritten bis vierten Theil derselben ermäßigt wurden, sind sie auch den weiteren Kreisen minder bemittelter Kunstfreunde zugänglich gemacht.

Der Messias.

Ein Cyklus von Darstellungen nach Motiven aus Klopstock's Messias, gezeichnet von H. Füger, in Kupfer gestochen von J. F. Leybold und A. Reindel. 14 Platten, hoch $10\frac{1}{2}$, breit $14\frac{1}{2}$ Pariser Zoll. Mit erläuterndem Text. In Carton. Abdrücke mit der Schrift: 17 Thlr. = 28 fl.; Abdrücke vor der Schrift: 25 Thlr. = 42 fl.

Liebhaber dieses Werkes, welchen der Ankauf desselben auf einmal zu beschwerlich wäre, können dasselbe je nach Uebereinkunft gegen terminweise Zahlung oder blattweise zu den Durchschnittspreisen beziehen, wofern genügende Garantie im ersten Falle für pünktliche Einhaltung der Zahlungstermine, im zweiten Falle für die Abnahme sämmtlicher Blätter geleistet werden kann. Einzelne Blätter können nur zu verhältnißmäßig höhern, aber immer noch im Vergleich ihres Kunstwerthes billigen Preisen abgegeben werden, und zwar:

Nr. 1. Der Neue Bund. Nr. 4. Des Verräthers That. Nr. 8. Der Schrecken der Feinde. Nr. 9. Der Auferstandene. Nr. 12. Christus und Thomas. Nr. 14. Christus zur Rechten des Vaters.

Das Blatt

mit der Schrift: 3 Thlr. 10 Sgr. oder 5 fl. 24 kr.
vor der Schrift: 4 Thlr. oder 6 fl. 36 kr.

Nr. 3. Gethsemane. Nr. 6. Christi Vollendung Nr. 10. Die Heldin vor dem Grabe. Nr. 11. Christus in der Hölle.

Das Blatt

mit der Schrift: 2 Thlr. 15 Sgr. oder 4 fl. 12 kr.
vor der Schrift: 3 Thlr. 10 Sgr. oder 5 fl. 24 kr.

Nr. 2. Des Verräthers Traum. Nr. 5. Des Verräthers Ende. Nr. 7. Die Trauer der Getreuen. Nr. 13. Abbadona.

Das Blatt

mit der Schrift: 1 Thlr. 27 Sgr. oder 3 fl.
vor der Schrift: 2 Thlr. 15 Sgr. oder 4 fl. 12 kr.

Ein ausführlicher Prospectus über dieses classische Werk wird gratis ausgegeben.

Ferdinand Kobell's Radirungen

178 Platten Landschaften, Figuren u. s. w. auf 81 Blättern. Mit einem einleitenden Vorworte von Franz Kugler. Folio. Cart.: 13 Thlr. = 22 fl.; fein geb.: $15\frac{1}{2}$ Thlr. = 26 fl.

Nachstehende drei Blätter können nur auf feste Vorausbestellung besorgt werden; alle drei zusammengenommen werden gegen 4 Thlr. 5 Sgr. oder 7 fl. baare Bezahlung bei der Bestellung geliefert.

Das heilige Abendmahl.

Gemalt von Leonardo da Vinci; nach Raphael Morghen gestochen von P. Wittheuser. 16 Zoll hoch, 26 Zoll breit. 3 Thlr. 10 Sgr. = 5 fl. 24 kr.

(Es existiren von diesem Bilde viele werthlose Steindrucke und Stiche in den verschiedensten Formaten; für Nichtkenner ist daher die Bemerkung wohl nicht überflüssig, daß der Wittheuser'sche Stich berühmt und gleichwohl der billigste unter allen Ausgaben gleicher Größe ist.)

Italienische Landschaft

mit Gebirgen, Wasserfällen und Figuren. Gemalt von Fr. Wilet, gestochen von C. Rahl. $17\frac{1}{4}$ Z. hoch, 19 Z. breit. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. = 2 fl.

Susanna im Bade.

Gemalt von Domenichino, gestochen von Clarot. $18\frac{1}{4}$ Zoll hoch, $13\frac{1}{2}$ Zoll breit. 1 Thlr. = 1 fl 36 kr.

Dieses Blatt kann zwar nur noch in minder guten, jedoch dem Preise an Werth entsprechenden Abdrücken geliefert werden.

Göpel's neueste

Eisenbahn-, Post- und Reisekarte

von Deutschland u. den Nachbarstaaten bis London, Genua, Warschau u. Kopenhagen. Mit genauester Angabe der Eisenbahnen, Postrouten und Dampfschifffahrten, nebst einer Uebersichtskarte der Hauptverbindungsstraßen durch Europa. Nach d. neuesten und besten Materialien bearb. von J. A. Bühler. Cart.: 24 Sgr. = 1 fl. 21 kr.; aufgezogen: 1 Thlr. 10 Sgr. = 2 fl. 12 kr.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 347. — 13 December 1849.

Da mit diesem Monat das vierte Quartal der Allgemeinen Zeitung zu Ende geht, so bitten wir die Bestellungen möglichst frühzeitig bei den betreffenden Postämtern zu machen, damit nicht für die zu spät sich Meldenden unvollständige Exemplare geboten werden müssen. Es werden auch Bestellungen auf ein Vierteljahr angenommen. Die auswärtigen Abonnenten belieben sich mit ihren Bestellungen an die zunächst gelegenen Postämter und Zeitungs-Expeditionen, in den österreichischen Staaten an die dortigen k. k. Postämter, in Frankreich an Hrn. G. A. Alexandre in Straßburg und Paris und Hrn. F. Klincksieck, Nro. 11 Rue de Lille in Paris; in England an die HH. Williams and Norgate 14 Henrietta Street, Covent Garden, London, zu wenden. Gemäß der in unserer heutigen Beilage abgedruckten Uebereinkunft zwischen den Postverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection wird, mit Ausnahme von Bayern wo der Preis unverändert bleibt, in diesen Ländern die Allgemeine Zeitung künftig 19 fl. 8 kr. oder 10 Rthlr. 28 Sgr. jährlich kosten, und viertel- und halbjährlich abgegeben werden.

Uebersicht.

Datum der Börsen: Frankfurt 11; Augsburg 12 Dec

Deutschland.

ßß Frankfurt a. M., 9 Dec. Der Zusammentritt der Interimscommission wird jetzt nur noch dadurch aufgehalten daß Coburg-Gotha, Altenburg und Oldenburg mit ihren Zustimmungserklärungen im Rückstande sind. Ob diese kleinen Regierungen durch ihr Zuwarten und die dadurch veranlaßte Hemmung der ganzen Maßregel an die Wichtigkeit ihrer Gleichberechtigung haben erinnern, und damit Winke für ihre Behandlung in Zukunft haben geben wollen, muß dahin gestellt bleiben. Dem Princip der Freiwilligkeit und gleicher Geltung, worauf der Bundesvertrag von 1815 beruht, haben sie keine Freunde damit erworben. Wenn man den Standpunkt dieser Regierungen als Vertreter ganz kleiner Landgebiete mit Billigkeit abwiegt, so wird man zugestehen müssen daß die Entscheidung der Interimsfrage für sie nur eine formelle Bedeutung haben konnte. Was wird aber werden wenn eine Frage von materieller Wichtigkeit für die größten wie für die kleinsten Regierungen durch freiwilliges Einverständniß gelöst werden soll? Dieses Thema hat Preußen aufgestellt, und hat wenigstens einen Drucker in dem Parlament; dasselbe Thema verfolgt Oesterreich um für Deutschland eine Verfassung zu gewinnen, und versagt sich grundsätzlich eine solche Allianz. Preußen gelingt sein Vorhaben nicht, wie mehr und mehr zu Tage tritt. Die Ablehnung der oldenburgischen Stände ist von tiefer Bedeutung. Indem Oldenburg sich auf gleiche Linie mit Hannover stellt, übernimmt der Steuerverein eine bestimmte politische Rolle, und fährt fort in seiner finanziellen und mercantilen. Wer sich eine Configuration der verschiedenen Parteien auf der Karte macht, der wird sehen daß der preußische Bund von der Nordsee ausgeschlossen oder mit ihr nur durch Hamburg im Zusammenhange ist, welches, wenn es bei diesem Bündnisse verharrt, nothwendig Freihafen werden muß, weil die hinüberliegenden Küstenländer dem Zollsystem nicht beigetreten sind. Kommt es wirklich zu einem Parlament in Erfurt, so ist es der zersprengte Zollverein der dort Sitzungen hält. Darüber werden nun viele frohlocken aus blindem Preußenhaß, aus Vorliebe für Oesterreich, aus confessionellen Gründen, aus demokratischen Regungen, oder aus Vorliebe für die vormärzliche Zeit. Sie wissen nicht was sie thun, und werden ihre Erfahrungen am eigenen Leibe machen. Das Verunglücken des preußischen Planes ist das Siegel der Schmach, weil es das Product des totalen Mangels an Bildungstrieb und an Gemeinsinn ist. Der Sieg der Particularsouveränetät über die Nationalität! Es ist besser ein Oldenburger als ein Deutscher zu seyn! Darin resumirt sich zuletzt alles. So wenig man geneigt zu seyn braucht dem Dreikönigsbündnisse in alle Wege das Wort zu reden, so muß man doch sich klar machen über die wahren Ursachen seines Scheiterns. An denselben Ursachen werden alle Bildungsformen scheitern, und es wird am Ende nichts anders übrig bleiben als daß die materielle Gewalt, wie sie in den ausgesöhnten Regierungen von Oesterreich und Preußen sich findet, eine Verfassung dictirt, und die einen mit zarter, streichelnder Hand, die andern mit eherner Faust zu ihrer Anerkennung und Befolgung hinleitet. Das wird die Frucht des Theorienstreites seyn. Oldenburgs Widerspruch ist der dritte Act in der Tragödie, in welcher die Schürzung des Knotens vollbracht, und das Gefühl der nothwendigen Auflösung begründet ist. Der Dreikönigsentwurf ist ein Abklatsch der Reichsverfassung; das Bündniß ein Versuch gewesen das Kind des Frankfurter Parlaments per subsequens matrimonium zwischen der Fürsten- und Volkssouveränetät zu legitimiren. Die nächste Aufstellung welche wir zu erwarten haben, wird an die März-Erhebung nicht erinnern, sondern eine octroyirte und keine paktirte seyn. Dem Erzherzog-Reichsverweser reißt am Ende die Geduld über die steten Verzögerungen welche die von ihm ersehnte Amtsniederlegung findet. Es soll die Rede davon seyn daß er abreisen werde ohne die Installation der Interims-Commissarien zu erwarten, und es dem Reichsministerium überlassen mit diesen fertig zu werden. Unterdessen ist er geselliger geworden als in früherer Zeit, da er bis zu seiner Abreise nach Gastein ein einsiedlerisches Leben geführt hat. Die Intriguen und Hetzereien der sogenannten großdeutschen und kleindeutschen Partei dauern hier fort; es ist ein beständiges Ringen um Einfluß, welches das gesellschaftliche Leben vergiftet und unsere politische Tageslitteratur verdirbt.

Bayern. ± **München.** Die Rede des Hrn. Staatsministers v. d. Pfordten über das Juden-Emancipationsgesetz theilen wir vollständig mit, da sie die Frage in allen Details verfolgt und den Standpunkt der Regierung darlegt. „Seit mehreren Decennien beschäftigt alle Organe der Gesetzgebung in ganz Deutschland die Frage, deren Berathung heute von Ihnen begonnen wurde. Mehr oder minder hat man seit Decennien von den Regierungen den Schritt in vollständiger Ausdehnung oder doch wenigstens anbahnend gefordert, den die bayerische Regierung gethan hat durch die Vorlage des Gesetzentwurfs der jetzt discutirt wird. Gleichwohl fühle ich das Bedürfniß die Motive und Grundsätze von welchen die Regierung ausgegangen ist, heute noch Ihnen darzulegen, um schon am ersten Tage der Discussion gleichsam die Regierung zu rechtfertigen darüber daß sie es gethan hat. Denn wenn auch nicht direct, so liegen doch indirect in den Bekämpfungen des Gesetzentwurfs ebenso viele Vorwürfe für die Regierung die ihn eingebracht hat. Gestatten Sie mir zunächst den Standpunkt zu bezeichnen von dem ich bei dieser Frage ausgehe; denn sie alle zu erörtern, die Standpunkte die hier möglich sind, das will ich nicht unternehmen, dazu würde auch die Zeit nicht ausreichen. Ich spreche zunächst für den Gesetzentwurf nicht aus Indifferentismus in religiösen Dingen, nicht etwa deßhalb als ob ich glaubte, wie man oft gesagt hat, der Staat dürfe keine Religion haben, oder er müsse religionslos seyn; ich spreche für den Gesetzentwurf auch nicht weil ich den Gedanken des christlichen Staates verwerfe oder für unrichtig halte; im Gegentheil ich bekenne hier frei und offen daß ich glaube das letzte und wahre Fundament unserer Staaten ist das Christenthum, und wird und muß es bleiben. Wenn wir erst aufgehört haben sollen christliche Staaten zu seyn, so werden wir überhaupt nicht mehr lange als Staaten existiren. Ich glaube aber daß dieses innerste Princip unserer staatlichen Existenz durch diesen Gesetzentwurf nicht angegriffen oder bei Seite geschoben wird, obgleich die Erörterung hierüber an einen andern Ort gehört. Wenn die Stellung des Staates zur Kirche zur Erörterung und Normirung kommen wird, dann werden wir auf diese Frage eingehen müssen und vollständig eingehen können, die ich hier nur nebenbei berühren kann, ob durch die rechtliche und politische Gleichstellung der Israeliten mit den Christen das Grundwesen unseres staatlichen Lebens als ein christliches angegriffen und beseitigt wird. Ich will nur kurz andeuten daß meiner Ueberzeugung nach vorzüglich in den Staatseinrichtungen, in den Institutionen, deren Pflege der Staat zu der seinigen macht, sich erkennen lassen müsse ob er ein christlicher Staat ist, oder nicht. Und dort werden wir auf die Frage zurückkommen. Ich spreche daher für den Gesetzentwurf auch nicht von dem Standpunkt derjenigen aus welche die Reform des Judenthums predigen, und daher sagen das alte Judenthum wollen wir nicht emancipiren, sondern das reformirte neue, das Judenthum der Zukunft. Ich bekenne hier frei und offen, obgleich es manchen verletzen wird, ich glaube an keine Reform des Judenthums, die eine andere ist als ein Uebergang zu dem Christenthum. Das Judenthum hat seine Reform gefunden als Christus der Herr in die Welt kam, und ich bin überzeugt daß es eine andere Reform nicht gibt. Alles andere was man Reform nennt kann nur das seyn was man auch für Reform des Christenthums hält, nämlich ein Aufgeben des göttlich-religiösen Elements und ein Verflachen desselben in eine bloße Moral. Ich bin keineswegs der Ueberzeugung daß das Wesen der Religion die Sittenlehre sey. Denn in den Hauptpunkten stimmen die meisten Religionen in der Sittenlehre zusammen. Das Wesen der Religion ist vielmehr die Ueberzeugung die der Mensch gefaßt hat über sein Verhältniß zu der allmächtigen Hand die über ihm ist, die Stellung des Menschen zu Gott und die Beurtheilung dieser Stellung, die, weil sie dem Verstand und der Vernunft nicht nachweisbar ist, mit dem innersten und tiefsten Gemüth erfaßt und zum Glauben ausgeprägt werden muß. Das ist das Wesen der Religion, und eine Reform die dieses vernichtet, ist, meiner Ueberzeugung nach, die Vernichtung der Religion. Ich spreche für den Gesetzentwurf auch nicht von dem gewöhnlich vorangestellten Standpunkte der Humanität und Milde, und werde daher auch in keiner Weise versuchen das Gefühl oder Mitleid rege zu machen. Denn ich glaube daß bei der Gesetzgebung und Lenkung des Staates diese Gefühle, wenn auch nicht schlechthin ausgeschlossen, doch in keinem Fall die maßgebenden seyen. Mein Standpunkt ist vielmehr bei diesem Gesetz ein durchaus praktischer, der der Staatsklugheit, der der Gesetzgebungspolitik.

Ich könnte hier zunächst formelle Gründe geltend machen. Ich will sie wenigstens andeuten. Man kann für die Nothwendigkeit diesen Gesetzentwurf einzubringen und zum Gesetz zu erheben hinweisen auf die Berathungen und die Beschlüsse in der ersten deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. Man kann hinweisen auf die Erklärungen hierüber die seit anderthalb Jahren durch die bayerische Staatsregierung selbst veröffentlicht worden sind. Man kann endlich mit dem meisten Gewicht in formeller Beziehung hinweisen auf das was im übrigen Deutschland bereits Gesetz ist, auf den Umstand daß in ganz Deutschland, mit Ausnahme des Königreichs Bayern, die Gleichstellung der israelitischen Glaubensgenossen mit den Christen in politischer und bürgerlicher Beziehung feststeht. Aber ich berühre alle diese Gründe nur kurz; denn ich verhehle nicht daß, wenn entschieden überwiegende materielle Gründe auf der andern Seite stünden, diese formellen allein für mich nicht bestimmend seyn würden. Ich gehe daher gleich zur materiellen Prüfung des Gesetzentwurfs über. Man muß, glaube ich, hier fragen welchen Beschränkungen unterliegen denn die Israeliten in Bayern? Auf drei Hauptclassen sind sie zurückzuführen. Beschränkungen für das öffentliche Recht, also Entziehung der sogenannten politischen Befugnisse, sodann Beschränkungen der Befugnisse in Bezug auf Ansässigmachung, auf das Familienleben — man nennt sie gewöhnlich polizeiliche Beschränkungen, ich möchte sie mehr familienrechtliche nennen — und endlich drittens die rein privatrechtlichen Beschränkungen denen sie unterworfen sind. Als man daran ging diese Beschränkungen zu beseitigen, hätte man meiner Ueberzeugung nach allerdings einen andern Weg einschlagen müssen als man eingeschlagen hat. Man hätte mit der minderbedeutenden Classe von Rechten anfangen, und die darauf sich beziehenden Schranken wegnehmen sollen, und von da an stufenweise hinaufsteigen. Man hätte meiner Ueberzeugung nach zuerst die privatrechtlichen Schranken hinwegnehmen müssen, dann zur Stellung ihrer Familien und Ansässigmachung, und endlich zu ihrer politischen Berechtigung übergehen sollen. Ein solcher Weg würde die Vorurtheile, den Widerwillen, die Abneigung und den Haß worauf diese Frage vielfach stößt, am leichtesten überwunden und die hie und da hervortretenden Nachtheile gemindert haben. Man hat im vorigen Jahre, aus Gründen die nahe liegen, den umgekehrten Weg eingeschlagen: mit der höchsten Classe der Berechtigung, mit politischen Rechten, hat man begonnen und sie den Israeliten eingeräumt, und wir haben daher namentlich nur noch die Frage zu lösen, ob man nach Gewährung der größeren Rechte die geringeren versagen will.

Ich will nicht tadeln daß man diesen Weg gegangen ist; es geschah zum Theil im gewaltigen Drange der Ereignisse des vorigen Jahrs, zum Theil in der damals ziemlich verbreiteten Ueberzeugung daß die Verweigerung der geringeren Rechte ja doch nicht stattfinden werde. Man sprach also bei Gelegenheit der Gesetzgebung welche die politischen Rechte zum Gegenstand hatte, die Gleichstellung der Israeliten aus, und behielt die weiteren Acte der nächsten Zeit vor. Man glaubte daß an der Vornahme dieser Acte doch nicht zu zweifeln sey; unterdessen sind anderthalb Jahre dahingegangen; die Zeiten sind ruhiger geworden, und es trat eine bestimmtere und ruhigere Ueberlegung wieder ein. Daher gewinnen auch diese Einwände und Zweifel an Kraft, die im ersten Moment kaum beachtet worden waren. Ich glaube aber die Regierung hat die Möglichkeit nachzuweisen daß auch sie in der ruhigeren Zeit gewiß ruhigere Ueberlegung hat eintreten lassen, daß sie jene Zweifel wohl erwogen hat. Lassen Sie mich mit dieser meiner Ueberzeugung bei der untersten Stufe der privatrechtlichen Beschränkungen anfangen.

Theils durch ältere sogenannte Juden- oder Wuchergesetze, theils durch das Edict von 1813 sind im Gebiet des reinen Privatrechts die Israeliten einer Reihe von Beschränkungen unterworfen, deren Zweck, wenn man ihn auf einen Gedanken zurückführen soll, kein anderer ist als Schutz der Christen gegen die Uebervortheilungen und den Wucher der Juden. In diesem Sinne ist der Eingang eines fränkischen Gesetzes zu verstehen, an welchen Sie heute erinnert worden sind; in diesem Sinne hat ein fränkischer Gesetzgeber, ein Bischof von Würzburg, es für nöthig erachtet sich seiner Landleute anzunehmen. Wahrlich, wenn die Regierung fest überzeugt wäre daß das Wohl der Landesbewohner preisgegeben wäre der Uebervortheilung der Juden, sie würde an diese Schranken die Hand nicht legen; denn sie traut sich ebenso viel Pflichtgefühl und Empfindung für das Wohl der Landesbewohner zu als jener fränkischen Gesetzgebung unterliegt. Allein gerade von dem Gegentheil ist die Regierung fest überzeugt, und sie beruft sich in dieser Beziehung auf das Urtheil aller praktischen Männer, und vorzüglich auf das Urtheil der Richter und Anwälte in jener Gegend. Diese Gesetze sind zunächst nutzlos, weil sie alle umgangen werden. Ich will hier nicht ins einzelne eingehen, ich will Ihnen nur ein frappantes Beispiel hervorheben, ein Gegenstück zu ähnlichen Erörterungen wie Sie heute über die Pfalz sie gehört haben. Man hat, um den Schutz vollständig zu machen, verfügt daß Darlehensgeschäfte von Juden an Christen nicht gelten sollen wenn sie nicht bei Gericht abgeschlossen, geprüft und protokollirt und durch Baarauflegung des Geldes vor den Augen des Richters vollzogen wurden. Hier sollte man in keiner Beziehung etwas gefährliches vermuthen; und wie ist es im Leben? Der Landmann der Geld braucht, es bei einem Christen nicht mehr gefunden hat, daher zuletzt gezwungen ist bei einem Juden Credit zu suchen, ist in

solcher Noth daß er alle Bedingungen eingeht welche ihm dictirt werden. Kömmt er also an einen Juden der eine schlechte Gesinnung hat und ihn mißbrauchen will, so dictirt dieser ihm die Bedingung daß er alle gesetzlichen Formen ohne Widerspruch fallen lassen und ihm im voraus den wucherischen Gewinn ausbezahlen wolle. Es ist verabredet daß von dem vor den Augen des Richters aufgezählten Geld ein gewisser Theil wieder an den Juden zurückgezahlt werden müsse, und noch unten an der Treppe wird diese Bedingung erfüllt. Der Richter hat das Geld aufzählen sehen, und gleichwohl wandert ein Theil desselben 10 Minuten nachher an der Thüre des Gerichtslocals wieder in die Taschen des wucherischen Juden. Es ist aber dann der Uebelstand im Gegentheile noch ärger, denn das Geschäft ist durch das Gesetz formell so festgestellt daß der Landmann, der betrogen ist, keinen Einwand machen kann. Wenn er nun nach einem halben Jahre behaupten will er sey betrogen worden, so wird der Jude einfach entgegensetzen: hier ist die Sache gerichtlich protokollirt; ich habe das Geld vor den Augen des Richters in deine Hand bezahlt. Er hat jeder Einrede des Betrugs entsagt, und wenn der Richter selbst moralisch überzeugt ist daß der Kläger im Rechte sey, so darf er hier keine Einrede mehr gestatten. • Dieselben Gesetze die zum Schutz des Landmannes erfunden sind, sind sein Verderben. Aber nicht bloß nutzlos wirken diese Gesetze, sie entsittlichen nicht bloß den Juden, sondern auch den Christen. Sie entsittlichen zunächst den Juden — er hat gut ehrlich seyn, das Gesetz läßt ihn ja doch nicht dafür gelten. Diesen Gedanken lege ich Ihnen ans Herz; man macht die Menschen in der Regel zu dem wozu man sie von vornherein stempelt und ausgibt. Zu allen Zeiten haben die sogenannten unehrlichen Classen des Volkes nicht allein die Schuld gehabt an ihrer moralischen Verderbtheit, sondern jenes Vorurtheil der übrigen hat sie in dieser Verderbtheit erhalten und gleichsam in dieselbe hineingezwungen. Man hebe dieses Vorurtheil auf, und man wird einen sittlichen Hebel da anlegen der zur Besserung wirkt, wo bisher das Vorurtheil das sittliche Gefühl niedergedrückt hat. Die Geschichte beweist dieses. Einige Jahrhunderte zurück kannten unsre Voreltern ganze Classen von Ehrlosen, bei denen wir nicht mehr begreifen können wie man sie dazu gezählt hat. Ich bin überzeugt die meisten von den in diesem Saale Anwesenden werden mir kaum glauben wenn ich sage daß vor einigen Jahrhunderten die Müller für unehrliche Leute gegolten haben, und dennoch war es so, und ein alter deutscher Rechtsspruch überliefert uns den Satz: „Müller, Diebe und Schinder sind Geschwisterkinder." Man hat diesen aufgefaßt in einer Zeit wo die Mühlen größtentheils einsam lagen, und durch diese Einsamkeit und bei dem Mangel einer allgemeinen Landespolizei die Müller gezwungen waren die Diebeshehler zu machen, weil sie sonst keinen Schutz gegen das sich herumtreibende Gesindel gefunden haben würden; in Folge dieses Verhältnisses galten die Müller für unehrliche Leute. Damals waren die meisten Leute überzeugt die Müller seyen eben keine ehrlichen Leute, und diese durften sich im Wirthshause nicht neben ehrliche Leute setzen und keinen Deckel auf den Krug bekommen. Jetzt lacht man darüber.

Es ist dieses nicht nur mit den Juden so, sondern wir haben auch noch andere Classen der Bevölkerung auf denen eine gewisse Anrüchigkeit haftet, und die häufig in die Fehler bloß deßhalb fallen weil man ihnen von vornherein allgemein zutraut daß sie diese Fehler haben. Ich bin in meinem Leben viel mit Juden umgegangen und habe es aus ihrem Mund oft gehört: wenn wir auch ehrlich sind, so wollt ihr uns doch nicht dafür halten. Darum ersuche ich Sie, nehmen sie vorerst jene Gesetze hinweg die an ihrer Stirne den Satz tragen: der Jude ist unehrlich, denn die Gesetze nehmen einem großen Theil des jüdischen Volkes den Muth nach Ehrlichkeit zu ringen. Drücken Sie in der Gesetzgebung die Annahme der Möglichkeit aus daß die Juden eben so ehrlich seyen als die Christen, und die große Mehrzahl der Juden wird sich bemühen diese Annahme zu rechtfertigen. Diese Gesetze entsittlichen auch die Christen. Es sind mir nicht wenig Fälle bekannt wo ehrliche Juden geprellt wurden, gerade deßhalb weil sie es verschmähten jene Wuchergesetze für sich zu ihren Gunsten im voraus geltend zu machen, und wo dann die Christen sich auf diese Judengesetze stützten und das was sie von den Juden geborgt hatten, zurückzuzahlen verweigerten. Solche Fälle kommen viele vor; sie tragen die Entsittlichung des Christen in sich. Man hat diesem Bedenken gegenüber wohl darauf hingewiesen daß eine solche besondere persönliche Stellung der Juden gar nichts auffallendes sey, denn besondere Nationen und besondere Stämme hätten von jeher besondere Rechte gehabt. Das sey niemanden aufgefallen daß der Franke nach fränkischem, der Gothe nach gothischem Recht gerichtet wurde. Ja, es gab Zeiten wo es so war. Es war dieses zu den Zeiten der Völkerwanderung und in den sich daran schließenden Jahrhunderten der germanischen Staatenbildung. Damals galt, wie es die Juristen nennen, das System des persönlichen oder Nationalrechtes, wornach jeder, er mochte hinziehen wo er wollte, nach dem Rechte seines Volkes gerichtet zu werden verlangen konnte, wenn er von andern belangt oder verklagt wurde. Dieses ganze System ist verschwunden durch die moderne Staatenbildung, in dem Maße als der Staat mit einem festen Territorium verbunden wurde, und seit vielen Jahrhunderten ist der Grundgedanke des europäischen Rechtslebens daß man beurtheilt wird nach dem Gesetz des Landes wo man eben wohnt, gleichviel woher man stammt. Wenn ein Franzose das bayerische Indigenat erwirbt, so wird er nun dem bayerischen Recht unterworfen und nicht mehr nach dem französischen Rechte beurtheilt, was auch bei der vorgeschrittenen Staatenbildung nicht anders seyn kann. Aber überdieß bitte ich zu beachten daß ja gerade in jenem System der persönlichen oder Nationalrechte keine Zurücksetzung eines Stammes gegen den andern liegt. Jeder hatte sein angebornes Recht, nur darnach wurde er beurtheilt. Allein man wird nicht behaupten können daß diese Beschränkungen der Juden ihr angebornes Recht sind. Ihr angebornes Nationalrecht wäre vielmehr das mosaische Recht. Die jüdische Geschichte weiß nichts von diesen Wuchergesetzen, welche erst die letzten drei oder vier Jahrhunderte hervorgebracht haben.

Wenn ich mich so entschieden gegen die privatrechtlichen Beschränkungen der Juden erkläre, so geschieht es nicht bloß aus theoretischer Anschauung, sondern aus praktischer Ueberzeugung. Ich war 2¼ Jahr hindurch Mitglied eines bayerischen Gerichtshofs in der Provinz wo die meisten Juden wohnen, und wo man die meisten und raffinirtesten Schutzgesetze gegen die Juden gegeben hat. Ich kann sagen, kaum in einer Sitzung jenes Gerichtshofs — und wir hatten deren in jeder Woche drei oder vier — hat ein Judenproceß gefehlt; aber ich habe keinen Fall gefunden wo diese Gesetze den Christen wirklich geschützt und wo sie dieses auf eine sittliche und das Rechtsgefühl hebende Weise gethan hätten. Ich wiederhole, ich glaube kaum daß ein praktischer bayerischer Jurist in jenen Gegenden nicht gerade die entgegengesetzte Ueberzeugung gewonnen hat.

Ich wende mich nun zur zweiten Classe der Beschränkungen, zu den polizeilichen oder familienrechtlichen. Diejenigen welche die Einschränkung der Verheirathung und der Gründung der Familien von Juden empfehlen, wollen dadurch die große Ausdehnung derselben verhindern. Darin, glaube ich, liegt eine große Härte, um nicht zu sagen Grausamkeit. Ich möchte hier auf die Wurzel der ganzen Frage zurückgehen. Man hätte sich nicht entschließen sollen die Juden ins Land zu lassen oder, wenn man wirklich überzeugt ist daß das Verderben unseres Volkes von den Juden kommen muß, so mache man es lieber wie man es in Spanien machte und treibe die Juden wieder aus dem Land, als daß man sie im Lande läßt und ihnen die Gründung der Familien so sehr erschwert daß sie für viele beinahe an die Unmöglichkeit gränzt. Dieses ist eine Frage die von allen religiösen Beziehungen frei ist. Die erste, die natürlichste Verbindung in die der Mensch treten kann und der er zunächst seine ganze Existenz verdankt, ist der Bund der Familie, und ihm die Gründung einer Familie versagen, das ist das härteste was das Gesetz thun kann, besonders dem Volke gegenüber welches, was wir nicht verkennen dürfen, ohne ungerecht zu seyn, vorzugsweise Sinn für das Glück und Heiligthum der Familie hat. Ich bin gewiß nicht blind für die Fehler der Juden. Ich werde nachher noch Gelegenheit haben darauf zurückzukommen — lassen Sie uns aber auch nicht blind seyn für ihre Tugenden. So fest ich überzeugt bin daß das Christenthum das Judenthum überwunden hat, so können doch immer noch auch uns Christen manche dieser jüdischen Tugenden eine Erinnerung und Mahnung seyn. Soweit meine Beobachtung reicht, ist das Familienleben der Juden eine Seite ihres Lebens in welcher gerade die Tugenden hervortreten. Es gibt verhältnißmäßig weit weniger unglückliche jüdische Ehen als christliche; es haben die Kinder der Juden in der Regel mehr Achtung vor dem Haupte ihres Vaters und vor der durch die Sorge für sie gefurchten Stirne ihrer Mutter als leider in unsern Tagen die christliche Jugend. Darum scheint mir gerade diese Beschränkung den Juden gegenüber doppelt wichtig und, ehe man sie festhält, einer wiederholten Erwägung würdig. Damit will ich nicht sagen daß nun plötzlich die Juden verbreitet werden sollten über das ganze Land. Die Regierung ist bei ihrem Gesetzentwurf auch keineswegs von dem Gedanken ausgegangen daß man die Gemeinden oder überhaupt irgendeine Gemeinde die bisher noch keine Juden in ihrer Mitte hatte, zwingen solle sie aufzunehmen. Erwägen Sie wie schon jetzt die Gesetzgebung über die Ansässigmachung und Aufnahme in den Gemeindeverband liegt: die Gemeinden haben zwar nicht in allen Fällen ein Veto, aber sie werden in allen Fällen gehört. Glauben Sie nun daß eine Regierungsbehörde so unbesonnen seyn würde, wenn eine Gemeinde sich entschieden gegen die Aufnahme eines Juden ausgesprochen hat, ihn ihr aufzwingen zu wollen? Ich kann mir das unmöglich denken. Die Regierung verkennt ja nicht die Uebelstände die gerade jetzt vielfach in dem Verkehr zwischen Juden und Christen liegen; sie verkennt sie nicht, sondern sie würdigt vielmehr die Abneigung in vielen Landestheilen gegen die Zulassung der Juden; sie

müßte das Interesse des Landes, ihre eigene Stellung und Aufgabe vollständig verkennen wenn sie angesichts dieser wichtigen Gründe eine altbayerische Gemeinde zwingen wollte Judenfamilien aufzunehmen, die solche vorher noch nicht gesehen hat. Also die Regierung ist bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs von diesem Gedanken durchaus nicht ausgegangen, und sie glaubt daß eine besondere Schutzwehr, eine besondere Schranke hier nicht nothwendig ist. Ist die hohe Kammer anderer Meinung, glaubt die Majorität der hohen Kammer in dieser Beziehung noch einen besondern Schutz ausüben zu müssen zur Beruhigung des Volkes in den Landestheilen in welchen diese Stimmung die ich eben angedeutet, die herrschende ist, so sind genügende Verbesserungsvorschläge, einzelne Zusatzartikel zum Gesetzentwurf vorgeschlagen, durch welche die Kammer diese Hülfe gewähren kann. Es wären auf diese Weise die Israeliten selbst in dem Rechte, das ihnen meiner Ueberzeugung nach werden muß, nicht beeinträchtigt, wenn ihre freie Bewegung beschränkt wird auf die Landestheile in denen sie sich jetzt befinden; aber ich wiederhole, die Regierung hat eine solche besondere Schutzwehr nicht für nothwendig erachtet, weil sie den Fall nicht für möglich denken konnte daß man eine Gemeinde die bisher nie Juden gehabt und solche nicht aufnehmen will, von oben herab zwingen werde sie aufzunehmen. Traut die hohe Kammer für die Zukunft den Regierungsbehörden einen solchen Leichtsinn zu und will sie dafür eine besondere Schutzwehr aufnehmen, so muß ich das Ihrer Erwägung überlassen. (Beschluß folgt.)

|| **München,** 12 Dec. Mit dem heutigen dritten Tag der Discussion des Judenemancipationsgesetzes ist noch immer kein Resultat erreicht. Gegen den Regierungsentwurf sprachen heute Domcapitular Schmidt, welcher meint: wenn man jetzt dem altbayerischen Landvolk außer dem Anlehen auch noch die Judenemancipation zum Weihnachtsangebinde gebe, so werde es, falls man wieder einmal seine Treue brauche, ein „zu spät" entgegenrufen; Dr. Koller und Pfarrer Boos wollen das Gesetz nur mit Modificationen, jener weil die jüdische Religion erst purificirt werden müsse, letzterer weil er zwar nicht religiöse wohl aber politische Bedenken trage. Für den unveränderten Entwurf aus den allgemeinen und bereits bekannten Gründen sprachen Dr. Bayer und Dr. Jäger, wobei allerlei Seitenhiebe auf die HH. Ruland, Sepp und Allioli fallen. Hiemit ist endlich die Reihe der eingeschriebenen Redner erschöpft, und es geht an die Behandlung der verschiedenen Modificationen. Die gestern und vorgestern eingebrachten Modificationen erhalten die geschäftsordnungsmäßige Unterstützung, ebenso sechs neue von Breitenbach, Wening, Dr. Heine, Hirschberger, Pitzner und Weis. Die fünf erstern gehen sämmtlich im wesentlichen dahin für neue Ansässigmachungen von Juden ein absolutes Veto der Gemeinde zu schaffen, die letzte hingegen will eventuell für die Pfalz von dieser Ausnahmsbestimmung nichts wissen. Während mit allem dem die Gleichstellung der Juden doch nicht völlig beseitiget ist, bringt Sepp einen dahin gehenden Antrag. Seine breite Entwicklung verschafft ihm schallendes Gelächter und Ordnungsruf, seine historischen Einfälle, Zurichtungen und Entstellungen aber mochten die Ueberzeugung gewähren daß der Fragmentist Recht hatte wenn er sagte: es gibt nichts unsinniges auf der Welt das nicht schon von einem deutschen Gelehrten behauptet worden wäre. Indessen herrscht in der Kammer so viel Tact vor, daß der Sepp'sche Antrag nicht einmal zur Discussion unterstützt wird. Die Sitzung wird gegen 3 Uhr geschlossen, und die Fortsetzung auf morgen angesetzt.

e. **München,** 12 Dec. Die Debatte über die Judenemancipation währt heute den dritten Tag. Zahlreiche Modificationen des unbedingt lautenden Gesetzentwurfs werden eingebracht. Es ist heute wenigstens zweifelhaft daß die Rechtsgleichstellung ohne Ausnahme die verfassungsmäßige Majorität der Stimmen habe. Vermuthlich wird das Staatsministerium, welches darüber bereits eine Andeutung gegeben, mit einer oder der andern Modification der Kammer sich vereinigen, was freilich einem Verlassen des Princips nahe kommt. — Die eine kurze Zeit unterbrochen gewesenen Conferenzen über die Revision unsrer Verfassung von 1818 sind vorgestern unter der Leitung des Ministers Ringelmann wieder aufgenommen worden. Von der Commission wird an dieser umfangreichen Aufgabe mit dem regsten Eifer gearbeitet. — Nach einer Bekanntmachung des königliche Oberstkämmererstabs hat Se. Maj. der König wegen des eingetretenen Ablebens Ihrer Maj. der verwittweten Königin Amalie Adelheid Louise von Großbritannien und Irland, geb. herzoglichen Prinzessin von Sachsen-Meiningen, eine dreiwöchentliche Hoftrauer, vom 12 bis 31 d., anzuordnen geruht.

Augsburg, 13 Dec. Die neueste Wiener Post fehlt uns bis zur Stunde (Vormittags 10 Uhr). Von Salzburg erwarteten wir gestern und vorgestern vergebens die Zusendung der telegraphirten Wiener Börsenberichte. Es ist Vorsorge getroffen daß wir alsbald über die Verzögerung Auskunft erhalten, und daß die übrigen Hindernisse, soweit sie zu beseitigen sind, gehoben werden. — Nachschrift. Eben geht uns noch ein Brief aus Salzburg vom 11 Dec. zu. Der Einfluß der Kälte und des Schnees hat an mehreren Stellen die Telegraphenleitung für den Augenblick unterbrochen. Morgen näheres.

Württemberg. **Stuttgart,** 11 Dec. (Sechste Sitzung des Landtags.) Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung der Antwortsadresse. Sämmtliche Minister sind anwesend. Zuerst wird ein von einer Anzahl von Mitgliedern schriftlich eingereichter Antrag auf Aussetzung der deutschen Frage in der Antwortsadresse verworfen und die Berathung des §. 2 des Commissionsentwurfs fortgesetzt. Um 2 Uhr stellt Schnitzer den Antrag auf Schluß der Debatte, er wird aber abgelehnt, ebenso mit 34 gegen 28 Stimmen der unmittelbar darauf gestellte Antrag auf Vertagung. Nach Verfluß von ¼ Stunden wird der letztere Antrag erneuert und nach seiner Annahme die Fortsetzung der Berathung auf morgen 9 Uhr vertagt. Wir heben vorläufig aus den Verhandlungen bloß aus daß auch aus der Reihe der rechten Seite einige Abgeordnete dem Adreßentwurf der etwa 15 bis 18 Mitglieder zählenden Römer'schen Partei widersprachen, da derselbe zu entschieden Preußen zuneige. Der Staatssecretär des Auswärtigen, v. Wächter-Spittler, bezeichnete übrigens im Verlauf der Discussion den Minoritätsentwurf als praktischer, da der Entwurf der Majorität durchaus an der Reichsverfassung festhalten wolle, die Württemberg allein durchsetzen müßte. Die württembergische Regierung könne für jetzt nichts anderes thun als die anderen Regierungen auf die Nothwendigkeit der Einigung Deutschlands aufmerksam machen. Sie habe dieß gethan mit Beifügung positiver Vorschläge. Sie wolle ein Volkshaus mit einer möglichst starken Reichsgewalt, ohne Beeinträchtigung der Eigenthümlichkeit der Stämme. Im übrigen blickten aus der Rede des Ministers und seinem Ton nichts weniger als große Hoffnungen.

Gr. Baden. kl **Karlsruhe,** 10 Dec. Gestern fand hier eine Zusammenkunft statt von Abgeordneten der nächstens wieder zusammentretenden zweiten badischen Kammer; als Gegenstand ihrer Berathung werden die bevorstehenden Ergänzungs- und Ersatzwahlen bezeichnet. Es sollen (unter dem Schutz des Belagerungsstandes?) im ganzen Lande Wahlausschüsse gebildet werden mit der Aufgabe auf eine vielseitige Theilnahme hinzuwirken und dadurch ein günstiges Ergebniß zu erzielen. Unter „günstig" wird hier jedenfalls conservativ verstanden, ob aber auch kleindeutsch und bundesstaatlich, läßt sich nach den anwesenden Persönlichkeiten nicht bestimmt versichern. Gleichwohl läßt das fast gänzliche Ausbleiben der Oberländer Volksvertreter bei der gestrigen Versammlung fast vermuthen daß der, früher österreichisch gewesene, Breisgau und Seekreis ein gemeinsames Wahlbetreiben seiner Vertrauensmänner mit den Gothaern nicht zu seinen Wünschen rechnet; doch müssen wir dieß dahin gestellt seyn lassen, bis ein etwaiges Wahlprogramm, eine Ansprache an das Volk, oder etwas ähnliches uns hierüber Gewißheit verschafft. Als anwesend bei der gestrigen vertraulichen Besprechung werden uns genannt: Bassermann, Mathy, Welcker, Soiron, Zittel, Bissing, Stößer, Huber, Malsch, Baum, Lamey, Häusser, Dennig. Held, der frühere Redacteur der Locomotive, streifte seit einigen Tagen in der Nähe von Bruchsal herum, woselbst bekanntlich in dem neu erbauten Zellengefängniß die politischen Verbrecher ihre Strafe absitzen. Neulich wurde er jedoch von der sehr wachsamen Polizei festgenommen und mit Gendarmerieescorte aus dem Land gewiesen. Wir erfahren so eben daß der Verein zum Schutz vaterländischer Arbeit in Frankfurt den früheren badischen Abgeordneten Christ zu seinem Director erwählt hat. Christ war früher Präsident des Hofgerichts zu Bruchsal, stimmte in der zweiten Kammer gegen Ende mit der äußersten Linken und erschien während des Maiaufstands als Reichscommissär im Land. Seitdem war er suspendirt, und hielt sich in Heidelberg auf, wie wir hörten in der Absicht sich daselbst als Privatdocent niederzulassen. Wir kannten ihn längst als einen tüchtigen Juristen; den Nationalöconomen und Handelspolitiker ahnten wir aber nicht in ihm. Diese Wahl wird in unserm Lande keineswegs befriedigen und auch schwerlich den Zollanschluß an Oesterreich fördern.

Das badische Regierungsblatt bringt, wie unsere Correspondenz vorausgesagt hatte, ein vom 7. Dec. gezeichnetes provisorisches Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause (nach Erfurt). Wähler ist jeder selbständige unbescholtene Badener nach zurückgelegtem 25sten Lebensjahr. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauses ist jeder unbescholtene Deutsche welcher das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt und seit mindestens drei Jahren einem derjenigen deutschen Staaten angehört hat, von welchen das deutsche Parlament beschickt wird. Das Großherzogthum wählt zum Volkshause 14 Abgeordnete; die Wahl ist indirect; in den Wahlbezirken werden die Wähler behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt, die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden Staats-

steuern. Der Tag für die Wahlen der Wahlmänner wird vom Ministerium des Innern bestimmt werden.

Gr. Hessen. *** Darmstadt, 9 Dec. In den nächsten Tagen schreiten wir hier zum zweiten Wahlact. Da Gagern für Worms optirte, so will die sogenannte constitutionelle Partei, die hier das Uebergewicht hat, den bisherigen Stadtrichter, nun Hofgerichtsrath Streckerwählen — einen Mann der auch durch seine Gesinnungstüchtigkeit die allgemeinste Achtung genießt, also auch bei der sogenannten demokratischen Partei, welcher er gewissermaßen angenehm seyn wird. Candidat für die erste Kammer bei der nahen Wahl ist Oberappellationsrath Schenck, als Mitglied der Opposition ein Kampfgenosse Gagerns und des jetzigen Ministers Jaup auf dem Landtage von 1833, auf welchem er es mit den Herrschenden besonders dadurch sehr verdarb daß er äußerte, das Mißtrauen sey die Seele des constitutionellen Princips. In einigen Tagen wird das Wahlgeschäft beendigt seyn, und so auch der unerquickliche Streit über die Wahlen in unsern inländischen Blättern, der ziemlich unwürdig geführt wurde — ein Beweis wie schwer die Beobachtung einer edlen Haltung fälle. Die constitutionelle Partei namentlich würde durch eine edlere Sprache sich selbst genützt haben, was auch Gagern dieser Tage hier ausgesprochen haben soll. — Nächstens werden die unserm Staat angehörenden Gefangenen in Rastatt ausgeliefert werden. Ein Regierungscommissär ist zu diesem Zweck dahin abgegangen. Ich gedachte neulich des Grundes der Verzögerung der Auslieferung, und erfuhr von hier aus Widerspruch; allein ich gab nur an was allgemeine Meinung war, und dem Widerspruch hätte die Angabe des eigentlichen Sachverhalts sich anreihen müssen.

K. Sachsen. In Leipzig beträgt die Zahl der Studirenden, die sich im Sommersemester auf 947 belief, jetzt 950 (658 Sachsen, 292 Nichtsachsen), von denen 200 Theologie, 417 Jurisprudenz, 181 Medicin, 50 Chirurgie, 14 Pharmacie, 17 Naturwissenschaften, 16 Philosophie, 3 Pädagogik, 15 Philologie, 14 Mathematik, 24 Cameralia studiren.

K. Hannover. Hannover, 10 Dec. Bei der zweiten Kammer ist heute das Schreiben des Gesammtministeriums, die deutsche Frage betreffend, eingegangen. Die beigegebenen Anlagen sind so stark daß ihr Druck wenigstens einen Zeitraum von 14 Tagen erfordern wird; nichtsdestoweniger hat die Kammer nach kurzer Debatte ihren vollständigen Druck beschlossen. Im Verlauf dieser Debatte bemerkte Elissen: das Regierungsschreiben werde doch zweifelsohne so abgefaßt seyn daß man im Stande seyn werde aus demselben eine bestimmte Anschauung sowohl des Weges welchen die Regierung in der deutschen Angelegenheit eingeschlagen habe, als der Propositionen welche dieselbe zu machen gedenke, zu gewinnen. Stüve glaubt daß diese Ansicht aus einer nicht richtigen Auffassung der Sachlage entsprungen seyn werde; es handle sich allein um eine historische Darstellung der Thatsachen, und das Schreiben der Regierung sey nicht so eingerichtet daß es ohne die Anlagen richtig gewürdigt werden könne. Dahingegen handele es sich keineswegs um bestimmte Propositionen welche die Regierung den Ständen zu machen habe. (Z. f. Nordd.)

Preußen. Elberfeld, 7 Dec. Es ging schon seit einigen Tagen das Gerücht hier herum daß der Appellationshof beschlossen habe gegen mehrere wegen der Ereignisse im Mai Beschuldigte die Anklage fallen und sie aus der Haft zu lassen. Dieß Gerücht scheint wirklich wahr zu werden, denn gestern wurden zwei Verhaftete entlassen, und wie wir hören, wird das heute bei noch zwei andern geschehen, denen mehrere folgen sollen. (Elberf. Ztg.)

Berlin, 8 Dec. Die österreichische Note droht keineswegs mit Einschreiten, sondern stellt als seine Pflicht auf: einschreiten zu müssen wenn in Folge der Verwicklungen der deutschen Frage Unruhen ausbrechen, welche auf seine eigenen Staaten rückwirken könnten. Dieß bezieht sich sonnenklar zuerst auf Sachsen, dann auf den Süden. Preußen antwortet darauf (die Antwort scheint noch immer nicht expedirt) es habe ja die Ordnung gewahrt als Oesterreich noch daran verhindert gewesen sey. Das Parlament werde die Revolution schließen. Es befürchte nicht die bezeichneten Gefahren, und werde ihnen entgegenzutreten wissen. Wir sind aber mit unsern Mittheilungen nicht am Ende. Neben dieser officiell übersandten Note oder Depesche erhielt v. Prokesch eine zweite vertrauliche Weisung, die er vorlas. Diese bedauert daß das Wiener Cabinet habe protestiren müssen, und hofft daß das gute Vernehmen der beiden Regierungen nicht werde getrübt werden. Dieß beweist also daß Oesterreich im Grunde nachgibt und nur der Form nach protestirt. Der Verwaltungsrath hat beschlossen daß fünf Commissarien die beigetretenen Regierungen in Erfurt vertreten sollen. In Oldenburg wird ein neues noch deutscheres Ministerium erwartet und eine neue Kammer „die zur Negation dem Ministerium gegenüber nicht mehr engagirt wäre." In nächster Woche begeben sich nach Erfurt der Oberpräsident der Provinz, dann Graf Eulenburg vom Ministerium des Innern, und Baurath Burde, um alle Localeinrichtungen zu treffen. Die preußischen Bundescommissarien sollen kommende Woche nach Frankfurt sich begeben. Doch möchte ich dieß noch nicht ganz verbürgen. (Weserztg.)

Berlin, 10 Dec. Der electro-magnetische Telegraph berichtet aus Stettin daß nach dort eingetroffener Nachricht aus Königsberg Jacoby einstimmig freigesprochen ist. (Nat. Z.)

Aus der, wie es scheint, bis dahin nur im Entwurf festgestellten Antwort Preußens auf die österreichische Note wird der Kölnischen Zeitung die folgende Hauptstelle mitgetheilt: „Preußen gehe gerade umgekehrt von der entschiedenen Ueberzeugung aus daß eine dauernde Ruhe in Deutschland nur begründet werden könne, wenn den gerechten und in der Zeit begründeten Anforderungen der deutschen Nation befriedigende Rechnung getragen werde. Die von Oesterreich gehegte Besorgniß daß durch Zusammenberufung eines Parlaments in Erfurt die Ruhe Deutschlands gestört werden könne, werde von Preußen nicht getheilt; im Gegentheil werde preußischerseits die Hoffnung genährt daß der wirkliche Zusammentritt des Parlaments eine große Beschwichtigung und Befriedigung der Gemüther zur Folge haben werde. Sollte Preußen sich aber in seiner Hoffnung täuschen und die Ruhe Deutschlands in der That eine Gefährdung erleiden, so fühle sich Preußen stark genug für die Wiederherstellung der Ruhe Bürgschaft zu leisten. Zu dieser Wiederherstellung würde es des Einschreitens Oesterreichs um so weniger bedürfen, als die jüngsten Ereignisse bereits dargethan hätten daß Preußen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland auch dann die erforderliche Macht besitze wenn Oesterreich durch innere Verhältnisse sich nicht in der Lage befinde, Preußen in der Herstellung gesetzlicher Zustände in den deutschen Landen Hülfe zu leisten."

‡ Berlin, 10 Dec. Von Wien ist die Nachricht eingegangen daß die Abreise der österreichischen Commissäre für das Interim definitiv bestimmt sey, und daß der Erzherzog die Abdication bald nach ihrem Eintreffen vollziehen werde. Demgemäß werden noch zu Ende dieser Woche auch die diesseitigen Bevollmächtigten nach Frankfurt abgehen, da ihr gleichzeitiges Eintreffen in Frankfurt verabredet scheint. Oesterreich hat somit factisch den Eingang der Beitrittsurkunden zum Interim von sämmtlichen Bundesregierungen nicht abgewartet. Denn es fehlen unter andern hier noch die Beitrittserklärungen von Oldenburg, Altenburg, Luxemburg, Lübeck, und in Frankfurt sind noch einige von den bereits beigetretenen Regierungen mit ihren Notificatorien im Rückstande. Die am 4 d. M. übergebene Protestnote Oesterreichs gegen Bildung des engern Bundes, welche durchweg den Charakter einer sehr milden Verwahrung an sich trägt, hat bereits ihre Beantwortung gefunden.

Schleswig-Holstein. Schleswig, 8 Dec. Die Postmeisterangelegenheit ist einstweilen beendigt. Drei Tage lang waren weder Briefe noch Zeitungen ausgetragen worden; die Fenster des Postlocals waren ungeachtet des militärischen Schutzes eingeworfen worden; da kein Glaser sie ausbessern wollte, so waren sie mit Bretterverschlägen zugemacht, der Postmeister saß in seinem Bureau Tag und Nacht bei brennendem Licht, die wenigen Besucher die zu ihm gelassen wurden, bedrängten ihn mit dem Verlangen nach Zeitungen und Briefen. Das alles ward ihm zuletzt zu viel. Er erklärte, wie es in der Nordd. fr. Presse heißt, gestern Mittag dem General v. Hahn schriftlich: „jetzt sehe er die Unmöglichkeit ein das hiesige Postamt zu verwalten, obgleich er für seine Person durch das Militär vollständig geschützt sey, und werde selbst gegen den Willen der Landesverwaltung auf das Amt verzichten." Der General wandte sich an den Magistrat um Besorgung einer befriedigenden Postverwaltung. Der Magistrat schaffte dieselbe, und Bandholtz ist jetzt nach Flensburg zurückgegangen, freilich gegen den Willen der Landesverwaltung. Diese hatte ihm noch am Nachmittag des 7 auf seinem Posten zu bleiben befohlen, und ihm „zu seiner persönlichen Sicherheit" etwa ein Dutzend Flensburger geschickt, die eine Polizeiwache eigenthümlicher Art, nämlich in Jacken gekleidet und mit Knütteln bewaffnet, bildeten.

Oesterreich. 8 Prag, 8 Dec. Die heutige „Deutsche Zeitung aus Böhmen" bringt die Nachricht daß in den deutschen Kreisen jetzt Untersuchungen gegen jene gepflogen werden welche im Frühjahr 1848 die dortige Bevölkerung dahin bestimmt hatten keine Wahlen zu dem damals ausgeschriebenen böhmischen Landtag vorzunehmen, weil die Wahlcommissäre vom Wenzels-Comité, zu dem man kein Vertrauen hatte, vorgeschlagen waren. Der Berichterstatter der Deutschen Zeitung meint „das Mißtrauen gegen den böhmischen Landtag sey wegen der damaligen nationalen Streitigkeiten in Prag sehr entschuldbar gewesen; auch sey es befremdend daß man diese Untersuchung jetzt vornehme nachdem doch die tschechischen Parteiführer, welche damals die Wahlen zum Frankfurter Parlament, die doch auch die Regierung ausschrieb, verhindert hatten, ohne Strafe

geblieben wären." Vorgestern wurden sechs Studenten verhaftet die sich während einer Tanzunterhaltung unvorsichtige Aeußerungen hatten zu Schulden kommen lassen. Der Tanzmeister, bei dem die Unterhaltung stattfand, nannte erst ihre Namen nachdem er eine 24stündige Haft ausgestanden hatte. Auch wurde der Litterat Baumann, Herausgeber des längst eingegangenen radicalen Blattes „Concordia" arretirt, wie man sagt wegen Waffenverheimlichung. Wie ich Ihnen neulich schrieb, werden jetzt als Gegengewicht gegen die Predigten des Pastors der böhmisch-protestantischen Gemeinde Kanzelvorträge, ebenfalls in böhmischer Sprache, und zwar von dem Schriftsteller Stulc Nachmittags in der Teinkirche gehalten. Er verbreitet sich darin „über den höchst wohlthätigen Einfluß welchen die katholische Lehre auf Familie, Staat und die gesammte Menschheit habe." Am vorigen Sonntag wäre es bald zu einem Conflict zwischen Katholiken und Protestanten gekommen, welche sich in der Kirche gegen den Prediger Bemerkungen erlaubten; doch entfernten sich die Protestanten zu rechter Zeit. Der katholische Geistliche Nahlowsky, der vor einem Jahr die Leitung des hiesigen wendischen Seminars (welches Seelsorger für die sächsisch-wendische Lausitz heranbildet) wegen seiner freisinnigen Aeußerungen aufgeben mußte, wurde soeben von der Besitzerin des Guts Sazawa als Pfarrer der dortigen Gemeinde dem Consistorium präsentirt. Die Frage wegen Einberufung des böhmischen Landtags wird wieder lebhaft von unsern Blättern besprochen. Wir schlagen uns auf die Seite derjenigen welche sagen daß vor der Constituirung der Gemeinden, welche wieder von der Einrichtung der politischen Behörden abhängt, ein Landtag unstatthaft sey. Vorgestern sind zwei Raketenbatterien und eine große Menge Munitionskarren zum Observationscorps an der sächsischen Gränze abgegangen; niemand will aber an einen Conflict mit Preußen wegen der deutschen Frage glauben. Seit 27 Nov. erscheint eine neue Zeitung „die Union" in exklusiv tschechischem Sinn von Dr. Smetana redigirt; Hauptmitarbeiter ist der Litterat J. Jordan. Die Union tritt eigentlich an die Stelle der vom letztern herausgegebenen und eingegangenen Slavischen Centralblätter und der Const. Z. aus Böhmen. Eine bemerkenswerthe Erscheinung ist daß jetzt viele adelige Officiere den Kriegsdienst verlassen. Bibliothekar Schafarik ist vor einigen Tagen von Wien zurückgekehrt, nachdem die von ihm geleitete Commission in der kurzen Zeit von vier Monaten die höchst mühselige Arbeit einer Gerichtsterminologie für sämmtliche slavische Völker Oesterreichs vollendet hat. Dieses wichtige Lexicon wird nächstens in Wien im Druck erscheinen.

dt. **Wien**, 9 Dec. **Brûler n'est pas répondre!** Das war die Antwort J. J. Rousseau's gegen die Scheiterhaufen der Schwarzen, das war die Antwort Desmoulins, als die rothen Jakobiner sein „reactionäres" Blatt in die Acht erklärten, das ist die Antwort eines jeden dem man das Schreiben verbietet. Irrthum oder Wahrheit, was er gesagt hat, nach dem Verbot wird es ihm gewiß als unwiderleglich dünken. Die „Presse" ist, wie Sie wissen, auf die Dauer des Belagerungszustandes suspendirt. Wir wollen nach beiden Seiten gerecht seyn. Die „Presse" hatte in den letzten Monaten den Schritt fast herausgefordert. Das Rücksichtsvolle, Schonende, Umschreibende war von ihr gewichen und die Artikel wurden geschrieben als gäbe es hier wirklich volle Preßfreiheit. Der Mensch hat einmal Geschmack an Witz und Bosheit, und die „Presse" fand ihr Publicum an den Leuten die sehr zahlreich in Wien ihre innerliche Freude daran haben wenn diese oder jene hochgestellte Person „eins abkriegt." Das Verbieten eines Journales setzt immer voraus daß sein Leserkreis nicht reif genug sey ein Urtheil über die publicistischen Kritiken zu haben. Ein unreifer Lesekreis urtheilt aber nach dem Verbote niemals: „der Irrthum war gefährlich," sondern: „die Wahrheit ist gefährlich." Man sucht die letzten Nummern hervor, liest nach, und will den wunden Fleck finden dessen Berührung weh gethan. Das gilt von jedem Zeitungsverbot. Bei der „Presse" treten aber noch andere Rücksichten ein. Sie war das erste Blatt, welches mit Intelligenz und Muth die Revolution bekämpfte, ein Blatt, welches lange für halbofficiell gegolten, weil es immer eine starke und aufrichtige Anhänglichkeit an die Grundsätze des unglücklichen Grafen Stadion aussprach. Die „Presse" endlich war das einzige Blatt in neuerer Zeit welches den Centralisationsgedanken als Alpha und Omega der österreichischen Politik aussprach. Und daher, wenn man mich nicht täuschte, stammte auch der Bruch mit dem jetzigen Ministerium, die bittere und scharfe Polemik in den letzten Wochen, das beständige Drängen nach dem Reichstag. Es war also ein Unglück daß die „Presse" ihre Grundsätze, welche gewiß große Beachtung verdienten, auf eine Weise vertrat daß die Verwegenheit ihres Styls das Interdict jeden Tag erwarten ließ, ein Fehler von Seiten des Militärcommando seine Macht zu gebrauchen, anstatt durch gerichtliches Verfahren die Ausschreitungen des Journals zurückzuweisen. Hat man doch kürzlich die Cautionen erst gefordert, und Geldbußen fördern bei Journalen am besten Reue und Besserung. Jetzt bleibt nur noch die Ostdeutsche Post welche, wenn auch in höchst maßvoller Weise, in Wien ein Wort der Opposition sich gestattet; sonst sind wir „in lauter guter Gesellschaft." Hoffentlich wird man in der Ostdeutschen Post das freie Wort ehren, das uns erinnert daß die Preßfreiheit in unsern Gesetzen geschrieben steht. — Uebermorgen findet hier eine seltsame Execution statt. Im Stadtgraben nämlich an der Stelle wo die Mörder des Grafen Latour hingerichtet worden, wird der Name eines österreichischen Officiers Kuchenbecker welcher, wenn ich recht unterrichtet bin, in Baden mit der Demokratie gefochten, an den Galgen gehängt, eine Strafe die seit langer Zeit außer Gebrauch gekommen, und zu den Satzungen des Theresianischen Militärcodex gehört.

Der Lloyd sagt aus Anlaß des letzten Bankausweises: „Die Märzrevolution stürzte den Fürsten Metternich und ein Regierungssystem welches sich auf vielhundertjährige Traditionen stützte; sie vermochte nicht das Bankdirectorium zu stürzen. Mancher edle Baum ward von dem Sturm entwurzelt, aber die Schierlingpflanze verschonte er. Während eines Zeitraums von zwanzig Monaten wissen wir nur von Einer Bankreform in Oesterreich. Hr. Jacob Pipitz ward Bankgouverneur an der Stelle des Hrn. Mayer von Gravenegg. Ob die neue Zeit mit ihm ihren Einzug in das Gebäude der Herrengasse gehalten, das wissen wir nicht. Die Bankactien welche durch die Revolution weniger litten als irgendein anderes Industriepapier Oesterreichs, sind jetzt wieder im Steigen begriffen. Die Aussichten auf eine sehr günstige Dividende stehen vor der Thür; die Aussichten auf Aufnahme der Baarzahlungen von Seite der Bank stehen entfernter als je. Wir bedauern die kurzsichtigen Sterblichen von Herzen welche sich einbilden es wäre dem Bankdirectorium irgendetwas an der Solvenz ihres Instituts gelegen. Solvent kann die Bank nur werden wenn ihre Circulation ungefähr dreimal dreißig Millionen anstatt acht einhalbmal dreißig Millionen beträgt. Wenn die Bank solvent wird, werden ihre Noten im Werth steigen — die Noten gehören leider dem Publicum und nicht ihr — aber ihre Actien werden im Werth fallen. Sie würde Geld bei ihrer Ehrlichkeit verlieren. Ihre Dividenden würden magerer, ihre Actionäre etwas ärmer werden. Ein hohes Prämium ist jetzt auf die Insolvenz der Bank gesetzt. Sie kann, solange sie zahlungsunfähig ist, mit ungeheurem Profit Geld zu zwei Procent und selbst billiger ausleihen. Solange der Staat Schuldverschreibungen gegen Zinsen borgen will, kann die Bank ihm mit irgendeiner Summe dienen. Wir sind von dem Patriotismus der Bank so sehr überzeugt daß wenn der Staat ihr tausend Millionen zu nur Einem Procent Zinsen abborgen wollte, sie augenblicklich bereit wäre dieses Opfer auf dem Altar des Vaterlands niederzulegen. Man wird uns vielleicht zurufen daß die Ehre der Bank dieses Institut veranlassen wird dasjenige anzustreben was sein Vortheil nicht erheischt — die Befriedigung seiner Gläubiger. Hierauf wollen wir nur erwiedern daß die Insolvenz der Bank ihr Ehren eingetragen hat, auf welche sie nie zur Zeit ihrer Solvenz einen Anspruch machen konnte. Als die höchste Ehrenbezeugung welche einem Oesterreicher widerfahren kann, erscheint uns diese, wenn ein constitutioneller Minister in einer Staatsschrift dem Staatsoberhaupt gegenüber die Anerkennung der großen Verdienste eines Bürgers ausspricht. Unsere verdientesten Marschälle, Generäle und Staatsbeamten haben solch' hohes Lob nicht erhalten; die Direction der insolventen Bank erhielt es. Sie braucht darum jetzt nicht mehr nach der gemeinen Ehre zu streben — ihren Gläubigern gerecht zu werden. Wir hatten unsere Hoffnung auf die großen Zahlungen gesetzt, welche der Staat jetzt im Stande ist der Bank zu leisten. Wir bildeten uns ein daß, in demselben Maß wie der Staat Silber an die Bank zahlen würde, der Baarschatz der Bank sich vermehren, daß in dem Grad wie er ihr Zwangspapiergeld geben würde, die Notencirculation des Instituts sich vermindern müßte. Der letzte Bankausweis gibt unseren Hoffnungen ein trauriges dementi. Die Bank erhielt auf die sardinische Kriegsentschädigung etwas mehr als 4,674,000 fl., während ihr Baarvorrath um nur 625,503 fl. sich vermehrt hat. Die Bank erhielt auf das Staatsanlehen mehr als 27 Mill. Gulden, und ihre Circulation hat sich in zwei Monaten nur um 5½ Mill. Gulden vermindert. Warum jene Vermehrung, diese Verminderung so gering gewesen, ist bis heute ein Geheimniß geblieben, in welches das Publicum einzuweihen man nicht für gut gefunden hat. Wenn wir noch mehrere solche Fortschritte machen, wie der letzte Bankausweis sie veranschaulicht, so werden freilich die Banknoten fallen, aber die Bankactien werden im gleichen Verhältnisse steigen. Damit ist ja einigen Leuten hinlänglich gedient."

Frankreich.

Paris, 9 Dec.

Durch Decret vom 7 Dec. hat der Präsident der Republik dreiundvierzig Unterpräfecturen neu besetzt. Einige der bisherigen Unterpräfecten sind zu Präfecturen befördert, nicht weniger aber als vierunddreißig entlassen, um Anhängern der persönlichen Politik Platz zu machen.

Je näher man dem Geburtstag der Präsidentschaft kommt, desto stiller wird es von dem Fest. Die Erkältung erscheint bloß als eine Ausrede, und Charivari spottet daß ja bei Ludwig Philipp diese Art Erkältungen, besonders seit 1840, als es sich darum gehandelt durch eine Heerschau die glorreiche Rolle zu feiern die man Frankreich in der orientalischen Frage habe spielen lassen, chronisch geworden, daß überhaupt

die Aerzte beobachtet hätten daß immer die politischen Umstände auf diese Krankheit und ihre Dauer, im vorliegenden Fall also vielleicht der Zustand der Frage des Orients, die Getränkesteuer, die römische Expedition, die Amnestie von Einfluß seyen, daß es aber auch Leute gebe welche wissen wollten die Ursache des Erkrankens im Elysée bestehe in einer Erkältung des Publicums. Die Legislative, um die nöthige Sammlung für die republicanische Nationalfeier zu gewinnen, hat in ihrer letzten Sitzung sich in den Philosophenmantel gehüllt und ein Disputatorium über die Abschaffung der Todesstrafe und des Kriegs gehalten. Heute und morgen macht sie Feiertag, und auf übermorgen ist die Getränkesteuer auf die Tagesordnung gesetzt, vom Bankett und aus dem Ballsaal wird es in die parlamentarische Schlacht gehen. Die Obersten von fünf der acht Legionen der Nationalgarde welche noch ein actives Leben haben, sollen übrigens der Meinung gewesen seyn daß eine Heerschau dermalen im Interesse der Gewalt selbst unzeitig wäre.

Neben dem Versailler Proceß waren in verschiedenen Städten Verschwörungsprocesse anhängig, die mit der Geschichte vom 13 Jun. mehr oder weniger zusammenhingen. In Fällen wo das Schwurgericht zu entscheiden hatte, sind gewöhnlich Freisprechungen erfolgt, jetzt ist aber auch vor einem Militärgericht in Lyon der Punkt der Verschwörung weggefallen der auf 33 Angeklagten lastete, von welchen 15 seit sechs Monaten im Gefängniß saßen und zwei sich im Augenblick der Gerichtsverhandlungen freiwillig stellten. Zwar wurde gegen die auf flüchtigem Fuß befindlichen sämmtlich Deportation erkannt, die anderen aber entweder freigesprochen oder nur zu kleineren Strafen (sechs zu 2 bis 5jährigem Gefängniß) verurtheilt. Unter den Freigesprochenen befindet sich Desage, Eidam des Hrn. P. Leroux, und sein Geschäftsgenosse Desmoulin, deren Fall seiner Zeit vor die Nationalversammlung gebracht worden ist. Die Montagne hatte die Art der Transportirung dieser beiden Verhafteten, die man den weiten Weg nach Lyon zu Fuß und zum Theil in Ketten zurücklegen ließ, zum Gegenstand einer heftigen Beschwerde gemacht.

Italien.

Die piemontesischen Blätter enthalten ziemlich beunruhigende Nachrichten aus **Rom**. So wird der Legge geschrieben: „Die Unzufriedenheit mit unsern geistlichen Regierern ist groß, und wenn die Franzosen von Rom abziehen, so dürften furchtbare Dinge geschehen. In allen Sacristeien ist eine Bekanntmachung angeschlagen welche den Priestern bürgerliche Kleidung zu tragen erlaubt. Das ist ein Bekenntniß der großen Unpopularität die hier der Klerisei und Soutane anklebt.“ Der Florentiner Nazionale will wissen: ein Geistlicher, nämlich der Cardinal Morichini, werde in Rom das Portefeuille der Finanzen übernehmen.

Schweiz.

△ **Bern**, 9 Dec. Der Regierungsrath des Kantons Bern hat beschlossen den bundesräthlichen Ausweisungsbeschluß nicht zu vollziehen bis die ganze Flüchtlingsangelegenheit durch den Nationalrath ihre Erledigung gefunden hat. Mit diesem Beschluß hat sich die hiesige Regierung nicht bloß gegen den Bundesrath aufgelehnt, dessen Polizeidirector Druey noch in den letzten Tagen neue Vorschriften zur Ausweisung der Flüchtlinge gegeben hat: sie handelte auch gegen den Willen des Nationalraths, welcher den Theil der Eytelschen Motion der die einstweilige Sistirung des Ausweisungsbeschlusses forderte, verworfen hat. Die Veranlassung zu diesem Beschlusse der Berner Regierung ist folgende. Der neue Justizdirector v. Känel legte in Vollziehung des bundesräthlichen Ausweisungsbeschlusses ein Verzeichniß derjenigen im Kanton Bern sich aufhaltenden Flüchtlinge vor welche ausgewiesen werden sollen. Es sind dieses die HH. v. Eichfeld aus Baden, Schimmelpfennig aus Preußen und Greiner aus Rheinbayern. Dr. d'Ester reclamirte gegen seine Ausweisung, indem er bei der badischen Revolution nicht betheiligt sey, sondern bloß als gewesener Abgeordneter der zweiten preußischen Kammer verfolgt werde. Hierüber soll dem Bundesrath zuvor Kenntniß gegeben werden. Schon bei der ersten Umfrage über die drei zuerst Genannten war die Ansicht des Regierungsraths: man möchte die Ausweisung verschieben bis der Nationalrath einen Beschluß gefaßt habe. Als aber v. Känel die Mittheilung machte, Hr. Druey habe mit Uebergehung der Justizdirection eine Weisung an die hiesige Central-Polizeidirection zur Ausweisung gelangen lassen, sprach sich von allen Seiten laut die Entrüstung über ein solches Verfahren des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements aus. Aus den bisherigen Verhandlungen der Bundesversammlung ist folgendes hervorzuheben. Der Nationalrath hat das Militärgesetz zu Ende berathen. Die Hauptpunkte der neuen schweizerischen Militärorganisation will ich Ihnen in meinem nächsten Briefe mittheilen. Nur ein Punkt verdient jetzt schon erwähnt zu werden, weil bei seiner Berathung der Kampf der Einheitsmänner und der Vertheidiger der Kantonalsouveränetät in hellen Flammen aufschlug. Es handelte sich nämlich um die Frage ob die militärische Rechtspflege centralisirt werden oder den Kantonen überlassen bleiben solle. Die Ritter der Kantonalsouveränetät bestritten mit Heftigkeit dem Bunde das Recht hier zu centralisiren. Anderegg und Heim führten diese Schaar. Die Föderalisten, d. h. solche die den Bund und die Kantone in ein solches Verhältniß bringen möchten daß in den Kantonen doch auch noch etwas zu regieren bleibe, fanden ihren Redner in Eytel. Waller sprach mit Begeisterung der Ansicht das Wort das Schweizervolk immer mehr seiner vollen nationalen Einigung entgegenzuführen; nach jahrhundertlanger Zersplitterung ein einig Volk von Brüdern zu werden, das solle das Losungswort für alle Berathungen des Nationalraths werden; wir wollen ein Heer, darum auch eine Rechtspflege für dasselbe. Diese Meinung drang mit geringer Majorität durch, und die Centralisation der militärischen Rechtspflege wurde beschlossen. Vier Kantone: Schwyz, Appenzell A. R., Solothurn und Schaffhausen haben bei der Bundesversammlung den Antrag gestellt den Beschluß gegen die neapolitanischen Militärcapitulationen wieder zurückzunehmen. Die Bischöfe von Basel, Chur, St. Gallen, St. Moritz haben in einer Eingabe an den Nationalrath das Verlangen gestellt, es möchte der aus Freiburg ausgewiesene Bischof Marilley wieder in sein Amt eingesetzt werden. Diese Petition wurde einfach im Protokoll angemerkt und ad acta gelegt. Zwei andere Petitionen aus Freiburg, die eine ebenfalls zu Gunsten des Bischofs Marilley, die andere gegen das Contributionsdecret wurden wegen ungebührlicher Ausdrücke den Petenten wieder zurückgeschickt. Der Ständerath hat außer einem Geschäftsreglement nur das Budget berathen, worauf ich später zurückkommen werde wenn der Nationalrath dasselbe in Berathung zieht. In **Bern** machte die Anwesenheit des Secretärs von Ludwig Bonaparte einiges Aufsehen, der in einer geheimen Mission welche die Flüchtlingsfrage betreffen soll, hier war und besonders oft mit General Dufour verkehrte. Das vom hiesigen Regierungsrath vorberathene Budget zeigt folgendes Resultat: Einnahmen 3,793,769 L. Ausgaben 3,787,147 L. Ueberschuß der Einnahmen 6662 L. Der große Rath von **Luzern** hat beschlossen: die von den Betheiligten an den Freischaarenzügen erlegten Loskaufs- und Entschädigungssummen, mit Einschluß der bezahlten Proceßkosten, sind denselben in drei Terminen zurückzuerstatten. Nicht minder wichtig ist folgender Beschluß: 1) die vom Regierungsrath vorgelegten Verzeichnisse über den Umfang und die Beschaffenheit der bei Anlaß der eidgenössischen Occupation im Jahr 1847 im Kanton verübten Beschädigungen an Eigenthum seyen im allgemeinen genehmigt und die nähere Bereinigung durch den Regierungsrath vorbehalten. 2) Der vom Staat an diese Beschädigungen zu verabreichende Beitrag, welcher aber die Summe von 120,434 Fr. nicht übersteigen soll, sey festgesetzt wie folgt: die erste Classe erhält 90 Proc., die zweite 70, die dritte 40 des ihnen gut geschriebenen Betrags. Der große Rath von **Wallis** hat für die politisch Verfolgten beider Parteien Entschädigungssummen ausgesetzt.

Bern, 9 Dec. Die letzten acht Tage brachten uns nicht weniger als drei Hauptversammlungen von gemeinnützigen Associationen, welche alle hauptsächlich und beinahe ausschließlich von Conservativen gegründet und gehalten worden sind. Alle drei haben die liberalst-möglichen Statuten und stellen dem Radicalsten wie dem gründlichsten Reactionär, solange er eines ehrlichen Namens genießt und die verhältnißmäßig sehr geringen Beiträge leistet, den Eintritt und unverkümmerte Mitwirkung frei. Nichtsdestoweniger zählte die Versammlung der sogenannten gemeinnützigen Gesellschaft am letzten Mittwoch nur einen radicalen Anwesenden, welcher übrigens gewiß selbst nicht weiß warum er und andere ihn dieser Partei beizählen. Die Hauptversammlung der ökonomischen Gesellschaft blieb gestern ganz ohne eine solche Beimischung: der Natur der Sache gemäß waren dabei meist Mitglieder des grundbesitzenden Patriciats thätig. Heute wurde die Jahresversammlung der vor drei Jahren neugestifteten Musterungsgesellschaft abgehalten, deren Elemente der entschiedenen Mehrzahl nach dem gebildeten liberal-conservativen Mittelstande angehören. Alle drei Versammlungen verloren viele Zeit mit nothwendigen uninteressanten Geschäften, Wahlen, Voranschlägen, Statutenmodificationen u. s. w., und ich enthalte mich vorläufig einer nähern Schilderung des interessantern Theiles der Verhandlungen, auf welche ich, besonders was das segensvolle Wirken der gemeinnützigen Gesellschaft betrifft, später zurückkommen werde. Es verdient indeß bemerkt zu werden daß diese Versammlungen ihre Geschäfte in der vollkommensten Harmonie abgethan haben. Wenn schon die genannten drei Gesellschaften keine directen Beziehungen zum politischen Wirken haben, so ist dennoch nicht zu verkennen daß sie zur Vereinigung der Streitkräfte gegen die Partei der permanenten Anarchie oder was man im Kanton Bern am allerpassendsten so nennen kann, die Freischärlerpartei, bedeutend mitwirken.

Diese Freischärlerpartei faßte das Volk da an wo es am leichtesten zu finden war, und wo sich die Sucher selbst am liebsten einfanden, in den Gasthöfen, Wein- und Branntweinschenken. Sie fand da ein leicht zu reizendes und mit Hülfe der Weinseligkeit zu bethörendes Volk, sie verführte dieß Volk zum beharrlichern Besuch dieser Orte und nährte seinen Hang zu Festlichkeiten und Schaugepränge, denen sie zu Uebertäubung der bessern innern Stimme welche zu häuslicher Ordnung und kluger Sparsamkeit mahnte, hohe herrliche Ideen voranstellte, wie es mit den Gesangvereinen und besonders mit den Freischießen in ihrer kolossalen Ausartung der Fall war. Indeß die Freischaarenpartei hatte sich sehr verrechnet wenn sie glaubte dieß nämliche Volk, welches geneigt war den Freischaarenzügen, Volksversammlungen und Wahlen als einem Jux neuerer Mode zuzuklatschen, werde auch nachhaltig auf ihrer Seite seyn wenn der Zeitpunkt komme wo die Zeche bezahlt oder der Hut im Stich gelassen werden müsse. Auf eine ganz andere Sorte Volk wirken die genannten Vereine, die gemeinnützige Gesellschaft beschäftigt sich vorzüglich mit Fragen der Armenpflege, Volks- und Gewerbsveredlung, die ökonomische Gesellschaft mit denjenigen der vielen Zweige der Feld-, Garten- und Forstwirthschaft; hier wird an die Gemüther der Fleißigen und Häuslichen appellirt welche sich in politischen Sachen meist allzu gleichgültig und blöde zurückziehen, Gemüther welche gegen Aufforderungen zu rascher unbesonnener That mißtrauisch, aber für die uneigennützige Anstrengung für ihr Wohl nicht undankbar sind, und nun einmal gründlich einzusehen beginnen an welchen Abgrund von Unsittlichkeit und Elend die freche Agitation einerseits und die Feigheit andrerseits das Gemeinwesen gebracht hat. Der Umstand daß die Bevölkerung des Kantons Bern zu ihrem allergrößten Theil Landwirthschaft treibt, brachte es mit sich daß unter diesen Gesellschaften die ökonomische die größte Sphäre für ihre Wirksamkeit findet; wenn schon diese Gesellschaft, ich wiederhole es, wie die andern nicht im geringsten politische Zwecke voranstellt oder selbst nur nebenbei verfolgt, so ist dennoch nicht zu verkennen daß der Einfluß groß seyn muß welchen Männer des edelsten Klanges, wie Wilhelm Fellenberg und Erlach von Hindelbank und andere, durch die Leitung von landwirthschaftlichen Ausstellungen und Pflugproben, denen schon bis sechstausend Landleute mit dem lebhaftesten Interesse beigewohnt, und durch die Herausgabe eines vielgelesenen Blattes erworben haben.

* **Basel,** 9 Dec. Gegenwärtig ist der Streit über das Münzwesen der Schweiz wieder in schönster Blüthe, und namentlich von hier aus bemüht man sich ungemein dem französischen Münzsystem den Eingang und das Uebergewicht zu verschaffen. Das wäre aber mehr im Interesse der hiesigen großen Banquiers und eines Theils der westlichen Schweiz, als im Interesse der gesammten deutschen Schweiz, deren Münzwesen troz aller bisherigen Aenderungen noch im deutschen Münzwesen fußt während die deutschen Münzen selbst durch den ganzen Verkehr ein entschiedenes Uebergewicht haben. Das will man aber nicht in Erwägung ziehen und sprengt lieber, um die Annahme des süddeutschen Münzfußes zu verhindern, die albernsten Märchen aus: der 24½fl.-Fuß soll ganz unhaltbar seyn, weil Preußen seinen 14Thlr.-Fuß zu ändern im Begriff stehe. Das kann Preußen gar nicht wollen, denn es wäre vertragswidrig, und zudem ganz widersinnig seinen Münzfuß ohne alle Noth zu ändern, wie manche meinen, um das Münzgewicht mit dem Zollgewicht in Einklang zu bringen. Gegenwärtig drängt sich allen norddeutschen Staaten die den 14Thlr.-Fuß noch nicht angenommen haben, die Nothwendigkeit auf denselben zu acceptiren, und selbst Hamburg wird sich nicht entziehen können. Unter diesen Umständen, wo demnächst der 24½fl.-Fuß oder 14Thlr.-Fuß mit Ausnahme Oesterreichs in ganz Deutschland herrscht, und auch Holland beinahe den gleichen Münzfuß hat, ist es durch die Verkehrsverhältnisse für drei Viertheile der Schweiz vom höchsten Interesse diesem Münzfuß sich gleichfalls anzuschließen, nicht aber dem französischen, auch wenn dieser nicht die mannichfaltigen Nachtheile hätte die ihm von Haus aus ankleben.

Handels- und Börsennachrichten.

Augsburg, 12 Dec. Bayer. 3½proc. Oblig. 83½ G. 4proc. 92 P. 5proc. 100⅛ P. 100⅛ G. Bankactien II. Sem. 636 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II Sem. 1080 P. Württem. 3½proc. 81½ P. 4½proc. 94½ P.

Frankfurt a. M., 11 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 86¼; 4proc. 69; 3proc. 51½; 2½proc. 45; Bankactien 1296; 500fl.-Loose 168; 250fl.-Loose 98; preuß. 50Thlr.-Prämienscheine 101; 3½proc. Staatsschuldsch. 89; bayer. 3½proc. Oblig. 83½; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach 85¼; württemb. 4½proc. 94¼; 3½proc. 81⅜; bad. 5proc. 99½; 3½proc. 79¾; Lotto-Anl. à 50 fl. 53⅛; 35fl.-Loose 31¼; darmst. 3½proc. 82; 4proc. 88¼; 4½proc. 93½; 50fl.-Loose 71½; 25fl.-Loose 2.¾; kurhess. Fried.-Wilh.-Nordbahn 45; 40Thlr.-Loose 32⅞; nass. 5proc. 101⅝; 3½proc. 84¼; 25fl.-Loose 25⅜; Frankfurt 3proc. 78½; 3½proc. 92½. 88; Taunusbahn 298; holl. 2½proc. 54⅞; span. 3proc. innere Schuld 29⅝; poln. 300fl.-Loose 114; 500fl.-Loose 80¼; sard. 36Fr.-Loose 31¼

Berichtigung.

In den ersten Abzügen des gestrigen Hauptblattes ist unter dem Artikel Bremen S. 5387, Sp. 1, Z. 11 v. u. zu lesen: Propregeschäft statt Procentgeschäft.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. E. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart

Uebersicht.

Erlebnisse aus der pfälzischen Erhebung im Mai und Junius 1849.

Von Ludwig Bamberger.

Frankfurt a. M. Litterarische Anstalt. 1849

☉ Unter den zahlreichen kleinen Flugschriften welche die badische und pfälzische Revolution zu beleuchten angefangen haben, sind die meisten von versprengten Freischärlern mit vieler Leidenschaftlichkeit und noch mehr Oberflächlichkeit geschrieben. Eine sehr ehrenwerthe Ausnahme macht aber die Schrift von Bamberger. Sie befleißigt sich nämlich der strengsten geschichtlichen Treue und der naivsten Aufrichtigkeit. Zwar bekennt sich der Verfasser warm und unumwunden zur Republik, und will auch nicht einen der Grundsätze aufgeben für die er im Mai zu den Waffen gegriffen hat; allein für wie unumstößlich richtig er diese Grundsätze hält, ebenso fest ist er von der Erbärmlichkeit der Fähigkeiten und Mittel überzeugt durch welche sie in der Pfalz und in Baden haben zur Geltung gebracht werden sollen, und seinen eigenen Gesinnungsgenossen zur Warnung entwirft er das schmachvolle Bild der Pfälzer Revolution, einzig in der Absicht zu zeigen wie man eine Revolution nicht machen soll. Diese seine Offenherzigkeit und treue Berichterstattung kommt nun auch allen den Lesern zu gute die seine Grundsätze nicht theilen. Sein kleines Buch hat den Werth eines geschichtlichen Actenstücks, einer unverwerflichen Zeugenaussage.

Bamberger ist ein Rheinhesse, und war im vorigen Frühjahr im engsten Einverständniß mit Zitz. Am 9 Mai kam nach Rheinhessen die Nachricht aus der Pfalz daß daselbst 30,000 Mann schlagfertig stünden, und daß bereits ein preußisches Bataillon auf dem Wege nach Landau zur Umkehr gezwungen worden sey. Darauf beschloß die demokratische Partei auch in Rheinhessen loszuschlagen und den Pfälzern Zuzug zu leisten. Etwa 1500 hessische Freischärler sammelten sich in Wörrstadt, aber ohne Geld, zum großen Theil ohne Waffen und ohne irgendein Commando. Nur der Zufall verschaffte ihnen einen provisorischen Befehlshaber von sehr geringen Fähigkeiten. Dabei befand sich ein Anhang von etwa hundert Bassermann'schen Gestalten, „wie sie der ehrenwerthe Reichscommissarius wohl kaum so schrecklich auf der gefährlichsten seiner nächtlichen Wanderungen gesehen hat.“ Bamberger verhehlt nicht, ihm selber sey bei ihrem Anblick „etwas Bassermännisch“ zu Muthe geworden. Er und die Bessern der kleinen Armee suchten gleich anfangs sich dieses Gesindels zu entledigen, das war aber nicht möglich. Nun galt es wenigstens einige Disciplin bei diesen unbotmäßigen Republicanern zu handhaben, und mit Beschämung gesteht der Verfasser daß alle Ermahnungen im Geist der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nichts gefruchtet hätten, bis der provisorische Befehlshaber des Corps seine Zuflucht zu ächt soldatischer Grobheit genommen habe, das habe dem Gesindel imponirt. „Ich habe, fügt der Verfasser hinzu, nach der Hand tagtäglich so schlagende Beweise von der verderblichen Wirkung der Höflichkeit und der vortrefflichen der Grobheit erlebt daß ich mich mit einem Theil der Mißbräuche des stehenden Heeres ausgesöhnt habe.“

Das Corps bewegte sich über Alzei und Pfeddersheim nach der Pfalz, wo es sich bereits angekündigt und um Instructionen gebeten hatte. Da empfing es einerseits vom damaligen Pfälzer Obercommandanten Fenner v. Fenneberg den Befehl nach Dürkheim zu marschiren und sich bis Neustadt auszudehnen, andrerseits vom damaligen Pfälzer Landesausschuß den Befehl nach Kirchheim-Bolanden zu marschiren. Um zu erfahren welcher von diesen beiden einander widersprechenden Befehlen denn gelten solle, wurde Bamberger nach Kaiserslautern geschickt, wo der Landesausschuß tagte. Da erfuhr er aber daß man gar keinen Operations- oder Defensionsplan habe, und daß es ebenso gleichgültig sey wohin das rheinhessische Corps sich wenden, als in welchem Wirthshaus er einkehren wolle. Was ihn aber am meisten erschreckte, war die Nachricht daß das preußische Bataillon, welches auf dem Wege nach Landau gewesen war, nicht etwa vor der Kriegsmacht der Pfälzer, sondern nur vor einem Befehl des Reichscommissärs Eisenstuck zurückgewichen sey. Bamberger sagt: er habe sich bald überzeugt daß, wenn sich jenes Bataillon Preußen um Eisenstuck nichts bekümmert hätte und vorgerückt wäre, es siegreich durch die ganze Pfalz hätte ziehen können, so wenig sey die Pfälzer Volkswehr irgendeines Widerstandes fähig gewesen. „Ein patriarchalischeres Treiben als bei dem Landesvertheidigungsausschuß und bei der provisorischen Regierung, bemerkt der Verfasser, habe ich mein Lebtag nicht gesehen. Da saßen die fünf oder sechs Männer beisammen von Morgens bis Abends und berietben durcheinander und miteinander alles was vorkam, vom Höchsten bis zum Geringsten.“ Jeder Hereintretende konnte mitreden und mitrathen. Alle Augenblicke kamen Leute. Der Justizminister mußte mit dem Stockmeister über die Atzung von drei eingebrachten Gefangenen weitläufig unterhandeln; der Finanzminister mußte ein paar Ellen schwarzrothgoldenes Band kaufen; der Conseilpräsident mußte auf die Straße hinunterlaufen und sich eine halbe Stunde lang damit beschäftigen zwei Streitende zu beruhigen“ rc. In eben solchen Kleinlichkeiten trieb sich Fenner herum, der auch bald aller Verantwortung durch eine schnelle Abdankung sich entledigte. Man hatte unterdeß nach Paris geschickt um irgendeinen Franzosen oder Polen aufzutreiben der die große Sache der deutschen Nation als Obergeneral verfechten sollte. Außerdem hatte man eine Commission nach Belgien geschickt und für 20,000 Gulden Gewehre aufkaufen lassen; aber die Gewehre mußten in Lüttich liegen bleiben, weil Frankreich sie nicht durch seine Gränzen passiren ließ. Die Commissäre kamen wieder ohne Gewehre und ohne Geld, belastet mit dem gerechten Vorwurf daß sie wenigstens das letztere nicht vorher hätten hergeben sollen ehe sie sich eines sichern Transports nach der Pfalz versichert haben würden.

Man setzte nun seit der großen Militärrevolution in Rastatt in der Pfalz alle Hoffnung auf Baden, sein Heer, seine Kriegsvorräthe. Bamberger wurde nach Karlsruhe geschickt, aber Brentano wollte nichts von einer politischen Einverleibung der Pfalz in Baden wissen, und obgleich eine militärische Verbindung zwischen beiden Staaten beliebt wurde, so weigerte sich doch der badische Kriegsminister Eichfeld den Pfälzern Waffen verabfolgen zu lassen, wie sehr sie auch daran Mangel litten und welcher Ueberfluß daran in Baden zu finden war. Uebrigens erzählt der Verfasser, im badischen Kriegsministerium habe dieselbe Verwirrung und Kleinigkeitskrämerei geherrscht wie im pfälzischen; Eichfeld habe seine Zeit damit vergeudet Privatbeschwerden abzuhören, dem ein paar Schuhe, jenem eine Flinte zu geben rc. Sigel brachte mehr Schwung in die Armee, und beschloß eine kühne Offensive gegen Rheinhessen, aber theils hemmte Brentano seinen Eifer, theils beging man den Fehler erst den Erfolg der Odenwälder Insurrection abzuwarten um dann siegreich vorzuschreiten, anstatt mit der ganzen disciplinirten badischen Kriegsmacht vorzugehen. Bamberger bedient sich des Ausdrucks: die Hessen hätten für die Badener die heißen Kastanien aus dem Feuer langen sollen. Er selbst, sowie das ganze rheinhessische Corps in der Pfalz war gegen diesen badischen Plan und versagte die Theilnahme, wohl wissend daß die Odenwälder allein, ohne die kräftigste Unterstützung von badischer Seite, nichts ausrichten könnten. Hätten sie etwas ausrichten können, so würden die 1500 Mann die nach der Pfalz gerückt waren, von vornherein in Rheinhessen geblieben seyn. Genug, in dem Gefecht von Oberladenbach wurde die rheinhessische Bewegung unterdrückt, und der Eindruck davon war der badischen und Pfälzer Sache in hohem Grade ungünstig. Vorher hatte man noch gehofft durch den Odenwald werde sich die Bewegung nach Franken und Thüringen fortpflanzen, seit dem Gefecht von Oberladenbach sah sich der pfälzische und badische Aufstand abgeschnitten und isolirt.

Jetzt kam der alte polnische General Sznaide in der Pfalz an um den Oberbefehl zu übernehmen. „Ich kann mir, schreibt Bamberger, keine Erscheinung denken welche weiter von dem Bilde entfernt wäre das man sich von einem politischen Insurrectionschef macht als die des Generals Sznaide.“ Der kleine dicke alte Herr hätte, wenn ihn die Jahre auch nicht schon so sehr gebeugt hätten, doch nichts ausrichten können, da den Pfälzern Geld, Waffen und Disciplin gebrachen. Sznaide äußerte sich daher gleich in den ersten Tagen gegen Bamberger: nichts in der Welt hätte ihn hieher gebracht wenn er gewußt hätte wie es hier aussähe. Die Versuche das Landvolk aufzubieten, fielen kläglich aus; zwang man auch hie und da einige Dörfer ihre Mannschaft zu stellen, so lief sie beim ersten Anlaß wieder davon. Requirirten die Republicaner Pferde, so schafften die Besitzer derselben sie heimlich über die Gränze. Die große Masse des Volks war renitent. Die Freiheitsarmee litt sogar Mangel an Officieren, daß ein preußischer Unterofficier, der sich nach der Pfalz verlaufen hatte weil ihm sein allerunterthänigstes Gesuch um eine Civilanstellung vom König von Preußen abgeschlagen worden war, sofort Major in der pfälzischen Armee, aber schon zwei Tage nachher total betrunken auf der Straße liegend

gefunden wurde. Auch der Chef, den Sznaïde dem rheinhessischen Corps gab, war gänzlich unfähig. Von der Confusion die in der Pfalz herrschte, macht man sich einen Begriff, wenn man erfährt wie einmal ein Commissär der provisorischen Regierung in einer wichtigen Sendung unterwegs von der Volkswehr, weil sie ihn nicht kannte und er keinen Ausweis hatte, arretirt und von zwei Mann weitertransportirt wurde, diese seine beiden Wächter aber und er selbst abermals im nächsten Ort wieder von einer andern Volkswehr, weil sie sich nicht ausweisen konnten, festgenommen wurden. Bei einer so großen Unordnung und Befehlsunfähigkeit war es nicht möglich die Festungen Landau und Germersheim zu nehmen, wie leicht es auch damals noch gewesen wäre. Der kühne Versuch den Blenker auf Landau machte, scheiterte, wie Bamberger ausführlich berichtet, weniger an der Festigkeit der Besatzung,*) als an der Unzuverläßigkeit und Feigheit seiner eigenen Leute. Wie hätte sich das Pfälzer Freiheitsheer nun erst gegen die Preußen wehren können als diese zur Offensive schritten! Es kam zu gar keinem Kampf. Eine Compagnie welche die Ebernburg an der Nahe besetzt hielt, verließ diesen Posten noch ehe der Feind kam. Andere detachirte Corps machten es ebenso, weil sie voraus wußten daß man sie im Stiche lassen würde. So trafen die Freiheitsschaaren unvermuthet wieder zusammen, nachdem sie kaum auf ihre verschiedenen Posten entsendet worden waren. Als eine pfälzer Compagnie bei Morschheim von 15 preußischen Soldaten, die sich im Korn versteckt hatten, beschossen wurde, nahm sie sogleich die Flucht. Die andern ließen es auf ein so zufälliges Zusammentreffen gar nicht ankommen, sondern liefen noch zu rechter Zeit davon, und hatten die Freude von Mieroslawski den Befehl zu empfangen sich nach Baden zu ziehen. So konnten die Preußen die ganze Pfalz besetzen, ohne irgendwo einen nennenswerthen Widerstand zu finden. Bamberger meint, sie seyen viel zu spät und viel zu vorsichtig eingerückt. Bei dem Zustande in welchem die Pfalz sich befand, hätten die Preußen ihren Zweck viel schneller und gründlicher erreichen, und dem badischen Heer durch einen Uebergang über den Rhein viel früher in den Rücken kommen können. Mit Recht wundert sich der Verfasser warum Mieroslawski und das badische Kriegsministerium, wenn sie doch die Pfalz im Stich lassen wollten, nicht wenigstens die Rheinübergänge gewahrt hätten; aber nirgends war dieß geschehen. Daß unter diesen Umständen das rheinhessische Corps an jedem Erfolg verzweifelte und sich auflöste, erscheint gerechtfertigt. Der Verfasser macht am Schluß noch einige sehr praktische Bemerkungen über den s. g. Widerstandsformalismus, d. h. über die Thorheit der Menschen, sich dann noch wehren zu wollen wenn ihre Sache ganz gewiß verloren ist. Der Verfasser spricht überall nur von dem was er selbst gesehen und erlebt hat; es ist daher zu bedauern daß er nur auf einem kleinern Schauplatz thätig war, und wäre sehr zu wünschen daß sich gleich aufrichtige und klarblickende Referenten für die größern Scenen des badischen Aufstandes möchten finden lassen.

Deutsche Kunst.

Kaulbach.

*** **München,** 6 Dec. Kaulbach hat sich im verflossenen Sommer zwei Monate in Berlin aufgehalten, und während der Zeit, außer der Retouche seines großen Gemäldes vom Thurmbau zu Babel, fünf Cartons gezeichnet, kolossale Gestalten theils für das Werk im neuen Museum, theils für die dortige neuerbaute Petrikirche. Der letztere ist ein Christus (von 15 Fuß Höhe), der als Glasgemälde ausgeführt das Chorfenster der gedachten Kirche einnehmen wird. Für das neue Museum aber zeichnete Kaulbach die Gestalten der Sage und der Geschichte, ferner des Moses und Solon. Dank der Erfindung Daguerre's können auch wir an den Arbeiten Kaulbachs uns erfreuen, ohne daß sie oder wir den Platz wechseln: Kaulbach hat in Berlin nach den großen Cartons Lichtbilder von 8 bis 9 Zoll Höhe machen lassen, welche bei der Vollkommenheit mit der sie (bis auf eines) gelungen sind, die wirklichen, nur verkleinerten Doppelgänger der Originale sind. Sie werden im Lauf der nächsten Woche im Kunstverein zur Ausstellung kommen, und es dürfte bei dieser Gelegenheit nicht unangemessen seyn einen Blick auf das Werk oder wenigstens auf den Theil des Werkes zu werfen als dessen Glieder sie gedacht sind und ausgeführt werden.

Die dem Künstler angewiesenen Räume sind die beiden Hauptwände des großen Treppenhauses im neuen Museum in Berlin; die Gegenstände sollten aus der Geschichte genommen werden; die Quellen aus denen er für seine Darstellungen schöpfte, sind Sage und Geschichte, Kunst und Wissenschaft; als Hauptereignisse an den Ufern des Stromes der von jenen Quellen kommt, erscheinen ihm: die Völkerscheidung beim babylonischen Thurmbau, das Leben Griechenlands, der Untergang des jüdischen Reiches, der Untergang der Römerherrschaft, die Kreuzzüge und die Reformation. Die drei ersten machen den Hauptinhalt der ersten Wand aus; aber sie sind von einer Folge von Zwischenbildern umgeben welche den dichterischen Gedanken der ganzen Conception klarer ausprägen.

Ueber der Thüre, rechts von der Treppe, in einem über 9 Fuß hohen Raum sitzt die Sage, eine wunderbare Alte, auf einem Hünengrab; die Raben Odins umflattern sie und flüstern ihr göttliche Geheimnisse zu; begeistert erhebt sie zu ihrer Verkündigung ihre Rechte, während sie mit dem Zauberstab in ihrer Linken Kronen und Schwerter der Vorzeit aus dem Boden gräbt und die Aschenkräge vergangener Geschlechter aufdeckt. Eine mächtige, großartige, in allen Bewegungen, bei aller Stärke derselben harmonische Gestalt, unbedenklich des Künstlers vertrauteste Göttin. Rechts davon folgt das Gemälde von Babylon (21 zu 23 Fuß). Zwischen diesem und dem Bilde des griechischen Lebens befindet sich ein gegen 9 Fuß breiter Zwischenraum, den der Künstler benutzt um in dessen verschiedenen Feldern den Hauptgedanken in Einzelheiten zu verfolgen und die Verbindung zwischen den verschiedenen großen Darstellungen herzustellen. Die Richtschnur der Entwicklung eines Volkes, zugleich ihr bestimmtester Charakterzug, liegt in ihren Gesetzen. Demgemäß sehen wir neben dem alttestamentlichen Bilde den Gesetzgeber vom Sinai, neben dem griechischen den Solon. Moses, der seine Gesetze aus dem Munde Gottes empfängt, ist dargestellt im Zustand hoher Begeisterung, und zugleich mit dem Ausdruck eiserner Strenge und heroischer Kraft. Den Blick nach dem Ewigen gewendet, den Fuß auf dem goldenen Kalb das ein Knabe an seiner Seite zertrümmert, richtet er die Gesetzestafeln auf, wie Spiegel vor dem Willen Jehovahs. So wie er ganz innere Bewegung, ist Solon ganz innere Ruhe; seine Gesetze, mit denen er dem Richtbeil Drakons die unerbittliche Schärfe nimmt, sind nicht göttliche Eingebung, sondern Ergebnisse des Nachdenkens und der Ueberlegung. Und wie aus den Gesetzgebern der verschiedene Ursprung der Gesetze spricht, so hat Kaulbach auch die Verschiedenheit der Wirkung bei den Gesetzempfängern darzustellen gewußt in den Knabenfiguren zu ihren Seiten. Furcht und Zagen erfüllt die Seele des am Boden hinter Moses knieenden Jünglings, während das heitere Angesicht des jungen Griechen neben Solon nur die Sicherung des innern Friedens und bürgerlicher Wohlfahrt aus den aufgestellten Tafeln liest.

Die oberen Räume der großen Geschichtsbilder sind, wie man sich wohl erinnert, durchgängig von idealen oder symbolischen Gestalten eingenommen: es ist Gott Vater mit Engeln im ersten Bilde, es sind die olympischen Götter im zweiten, Propheten und Engel im dritten. In Rücksicht darauf wird Kaulbach in den oberen Feldern der genannten Zwischenräume die der symbolischen Darstellweise verwandte oder angehörige Form der Allegorie anwenden, und über dem Moses Aegypten, über Solon Hellas in schwebenden allegorischen Gruppen abbilden. Sowohl diese Gruppen als die genannten und andern einzelnen Gestalten dieser Nebenfelder werden auf Goldgrund gemalt werden. Zwischen den Gesetzgebern aber und den Allegorien werden in einem 4 Fuß hohen Zwischenfeld einzelne geschichtliche Darstellungen (und zwar grau in grau) eingeflochten werden, auf denen nach der Auffassungsweise des Künstlers ein besonderer Nachdruck im Zusammenhang mit den großen Bildern liegt: links die Einholung der Bundeslade durch David, rechts die Schlacht bei Salamis. Sodann sind alle drei Abtheilungen dieser Zwischenräume von beiden Seiten in der ganzen Höhe von Arabesken eingefaßt, in denen dort Anspielungen auf die Culturgeschichte Aegyptens und alttestamentliche Personen, hier Andeutungen aus der griechischen Geschichte, dann Gestalten wie das trauernde Persien und das triumphirende Europa ꝛc. aufgenommen werden.

Weiter rechts neben dem Bilde vom Untergang des jüdischen Reichs, das mit der schönen Christengruppe abschließt, über der Thüre, entsprechend dem Bilde von der Sage über dem ersten Eingang, folgt das Bild der Geschichte, und zwar hat sie Kaulbach durch das an der Ampel angebrachte Constantinische Monogramm als die neuere oder christliche Geschichte bezeichnet. Eine jugendliche, mit allem Glanz der Schönheit übergossene, nur halbbekleidete musenartige weibliche Gestalt sitzt auf einem (wohl mit den evangelischen Zeichen sculptirten) Marmorsessel, und trägt die erlebten Begebenheiten mit dem Griffel ein in die Tafeln welche die Zeit ihr hält. Kaulbach hat nicht den alten Saturnus dahin gestellt, sondern einen geflügelten Jüngling um die junge Zeit zu bezeichnen. Und wenn nun dieser edle und milde Genius unserer Zeit mit dem Ausdruck der tiefsten Trauer niedersieht auf die Blätter auf denen die Erlebnisse der letzten Tage verzeichnet sind, so wissen wir daß der Schmerz des Vaterlandes wie Gluthasche zerstörter Hoffnungen in die Seele des Künstlers gefallen ist.

Endlich sind alle diese senkrecht nebeneinander stehenden Bilder und

*) Es befand sich übrigens ein Kern treuer Soldaten in Landau, geführt von entschlossenen Officieren.

Darstellungen durch ein horizontales Band verbunden, das als Fries über alle sich hinzieht und in seinen Blumenmäandern und geflügelten Kindergestalten vielfache Beziehungen zu den großen historischen Begebenheiten unter sich haben wird.

Wollen wir nun zum Schluß noch einmal den Blick auf die photographirten Abbilder werfen, und haben wir uns einigermaßen durch die Freude über die wunderbare Reinheit, Schönheit und Virtuosität der Zeichnung Kaulbachs durchgearbeitet zur Betrachtung des Werths der Daguerreotypen als solcher, so drängt sich sogleich der Gedanke auf sie seyen wie gemacht für den Kupferstich! Und der Gedanke wird rascher noch zum Wunsch: möchten sie es seyn! Möchten diese Schöpfungen so rasch als möglich der ganzen Welt gehören!

Verhandlungen der bayerischen Abgeordneten-Kammer über Judenemancipation.

München, 10 Dec. (Achtunddreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der Gesetzentwurf über „die staatsbürgerlichen (politischen) und bürgerlichen Rechte der israelitischen Glaubensgenossen“ steht zur Berathung auf der Tagesordnung. Die Galerien sind demzufolge von Zuhörern erfüllt, wie kaum bei Berathung der deutschen Frage; am Ministertisch bemerkt man die HH. v. d. Pfordten, Ringelmann, Zwehl und Aschenbrenner. Beim Beginn der Debatte, deren Trennung in einen allgemeinen und speciellen Theil nicht nöthig befunden wird, bemerkt Hr. Präsident Graf Hegnenberg daß dafür 15 Redner, 9 gegen, 6 für den Gesetzentwurf eingeschrieben sind. Von diesen erscheinen aber trotz einer sechsstündigen Dauer der Sitzung nur 5, außer dem am Schlusse das Wort nehmenden Hrn. Minister des Aeußern. Das Für und Wider einer vollen Emancipation der Israeliten durch den Staat ist seit dem Jahr 1830 bis heute bereits so vielfach besprochen, daß es wohl gestattet seyn wird aus den Aeußerungen der abwechselnd zum Worte berufenen Redner gegen und für die politische Gleichstellung, mit Uebergehung der Nebenpartien, nur das Wesentliche oder Eigenthümliche auszuheben. Abg. Römich beginnt die Discussion mit einer die volle Emancipation befürwortenden Erörterung, welche die Frage vorzugsweise mit Rücksicht auf die Pfalz behandelt. Der Zweck derselben ist der Nachweis daß die dort bestehenden Ausnahmsgesetze in der Praxis zur Illusion geworden, und darum nutzlos seyen. Dabei erfahren wir wie das Napoleonische Decret welches die von der ersten Revolution hergestellte Judenemancipation wieder aufhob, sich nur auf eine beschränkte Zahl von Departements des französischen Reichs bezog und nur transitorischen Charakters gewesen war. Die österreichisch-bayerische Staatsadministration fand aber dasselbe noch in Geltung, und verschärfte es sogar in manchen Beziehungen. Durch das Edict von 1818 wurde dessen Fortbestand festgestellt. Mit juristischen Gründen sey nun dessen Geltung oftmals angefochten worden. Indessen sey dieser Streit mehr theoretischer Natur gewesen, da für alle Feststellungen desselben auch schon die Umgehung bestanden habe. Indem nun der Redner diese einzelnen Bestimmungen nebst den gebräuchlichen Mitteln ihrer Umgehung durchgeht, gelangt er zu dem Erweis wie das Grundgesetz des Staates, die Gleichheit vor dem Gesetz, durch jene Verordnungen verletzt und schon darum deren Aufhebung zur Nothwendigkeit werde. Dieß noch um so mehr, als alle andern deutschen Staaten bereits die vollste Emancipation der Juden eingeführt haben. Nicht vom Sitzplatz aus, sondern von der Rednerbühne herab entwickelt dann der Abg. Ruland in einer fünfviertelstündigen Rede die Gründe welche ihn leiten gegen den Gesetzentwurf zu stimmen, und an dessen Stelle einen eigenen bereits im Ausschuß niedergelegten Gesetzentwurf dringend zu empfehlen. Dabei hält er vorzugsweise den historischen Standpunkt fest, während ihm für die Beurtheilung der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Juden und Christen Unterfranken vorschwebt. Er beginnt mit der Behauptung daß niemand die Tragweite des vorliegenden Gesetzentwurfs bestimmen könne, obgleich die Emancipationsfrage nicht neu und bereits vielfach von den verschiedensten Standpunkten aus behandelt, die politische Gleichstellung der jüdischen mit den andern Glaubensgenossen im Staate fast durchgängig als Grundsatz hingestellt worden sey. Trotzdem habe es bei der praktischen Durchführung dieses Grundsatzes nie gelingen wollen ihn im Volke zu voller Geltung zu bringen. Selbst die Gebildeten hätten ihm ein fortwährendes Nein entgegengesetzt, die Ungebildeten sich in innerer Empörung dagegen gestemmt. Auch alle bisherigen Verhandlungen der bayerischen Landtage seit 1818 bis 1847 hätten sich gegen eine vollkommene Gleichstellung der jüdischen und christlichen Staatsangehörigen entschieden. Allerdings hätten sich seit 1847 viele Verhältnisse geändert, doch nicht die Gesinnung des Volkes in dieser Frage. Werde man über den Gesetzentwurf Mann für Mann durch das ganze Land abstimmen lassen, so sey er versichert daß derselbe werde feierlich verworfen werden. Als Grund dieser Erscheinung stehe an erster Stelle die Stammverschiedenheit. Die Juden hätten sich als Volk erhalten trotz ihrer Volksschicksale, und er glaube darin einen „Fingerzeig der Providenz“ erblicken zu müssen. Indem dann der Redner auf die Charakteristik der Juden eingeht, findet er denselben, so hart es auch klinge, in der alten Geschichte die Eigenschaften der Hartnäckigkeit, Treulosigkeit, Undankbarkeit, in der neuen Geschichte Feigheit und Anmaßlichkeit beigelegt. Darauf geht er zu dem Gedanken über, wie allerdings eine strenge Consequenz der modernen Staatstheorie ein Aufgeben der Idee des christlichen Staates erfordere; aber dagegen halte das Volk an diesem christlichen Staatsbewußtseyn fest, und darin begründe sich sein Widerwille gegen eine volle Gleichstellung der Juden mit den Christen. Dieses christliche Staatsbewußtseyn sey aber die feste Säule des Staates, welche man nicht abbrechen dürfe ohne den Bestand des Staates selbst aufs höchste zu gefährden. Von dieser allgemeineren Ausführung wendet sich der Redner speciell dagegen daß den Juden die Möglichkeit zur Erlangung eines Richteramts verliehen werde. Er schildert die Abneigung des Volkes gegen solche Richter auf der einen Seite, auf der andern die gehässige Gesinnung der Juden gegen die Christen. Dieß alles glaube er historisch erweisen und daraus den Schluß ziehen zu können daß die Feindseligkeit der Juden gegen die Christen durch eine Emancipation sich nicht ändern werde. Dann zurückspringend auf die Idee des christlichen Staatsbewußtseyns, spricht der Redner die Ansicht aus daß unter den Juden welche ihren Messias erwarten kaum einige seyn können welche ihren König in gleicher Weise zu lieben vermöchten, wie das Volk welche dessen Krone von Gott und seine Majestät von Gottes Gnaden glaube. Ein Hauptgrund gegen die Emancipation wird dann ferner auch noch in der Abneigung der Juden gegen den Ackerbau und den handwerksmäßigen Lebenserwerb gefunden. Dieß wisse das Volk sehr wohl. Alle banalen Reden für die Emancipation, alle Provocationen eines gut zu machenden Unrechts, alle Appellationen an die Philanthropie seyen hundertfach widerlegt. Das Drängen nach voller Emancipation sey eine falsche Philanthropie, welche die eigenen Kinder vernachlässige um fremde aufzunehmen. Man könne und dürfe nicht mehr thun als an der Stelle anknüpfen wo der Landtag 1847 aufgehört. Dieß geschehe durch eine zeitgemäße Revision des Edicts vom 10 Jun. 1813. (Dieß ist der Grundgedanke des Ruland'schen Amendements.) Gehe der Regierungsentwurf durch, so möchte der Redner am liebsten einen Gesetzentwurf auf Emancipation der unterfränkischen Bürger und Bauern von den Juden beantragen. Die Entbehrung der im genannten Edict festgestellten Beschränkung der politischen und bürgerlichen Rechte der Juden sey unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich. Und so wendet er sich schließlich an die Regierung, um von dieser für den Fall daß ihr Entwurf siege, sofort die Vorlage von Gesetzentwürfen über den Kleinhandel, Krämerei, Wucher ꝛc. zu erbitten. Abg. v. Harold spricht für die volle Emancipation, theils nach eigener geschäftlicher Erfahrung, theils aus dem Princip daß durch dieselbe nur ein Act der Gerechtigkeit erfüllt werde. In der Beschränkung wegen materieller Befürchtungen erblickt er nur ein Armuthszeugniß welches man der Intelligenz und Handelskenntniß der christlichen Bevölkerung unbefugter Weise ausstelle. Er könne daher nur vollkommen und unbedingt mit dem Gesetzentwurf übereinstimmen. Trotzdem findet wiederum der Abg. Fink in den Gefahren von Seite jüdischer Schlauheit, Anmaßlichkeit ꝛc. das Hauptmotiv für Begründung eines Zusatzantrags zum Gesetzentwurf, wonach die Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung der jüdischen mit den christlichen Staatsangehörigen unter der Beschränkung stattfinden soll „daß bei Ansässigmachung derselben in solchen Gemeinden in welchen bis jetzt keine Israeliten ansässig waren, den betreffenden Gemeinden das absolut hindernde Widerspruchsrecht zusteht.“ Er entwickelt diese Beschränkung besonders auch aus dem Umstand daß in solchen Fällen die Gemeinden die neu eintretenden Juden nicht zu behandeln wüßten, und darum materiellen wie politischen Gefahren durch dieselben am meisten ausgesetzt seyen. Schließlich berührt der Redner auch noch den Punkt daß bei den ungesetzlichen Bewegungen der neuen Zeit besonders viel Juden betheiligt gewesen seyen. In einem allmählichen Uebergange zur vollen Emancipation, welche den Nachkommen zu überlassen sey, glaubt er das rechte Mittel gefunden die Absicht des Gesetzentwurfes zu erreichen. Und zu dieser allmählich vollständigen Emancipation solle sein Amendement den Weg anbahnen.

Die Rede des Abg. Krämer, womit er sich und seine Partei einverstanden mit dem Gesetzentwurf erklärt, hebt diese Uebereinstimmung als Beweis dafür hervor daß es der Partei nicht um die blanke Opposition, sondern um die Sache zu thun sey — etwas was unseres Erachtens bei keiner Opposition anders vorausgesetzt werden darf. Dann geht er auf die Frage selbst ein, bei welcher zwei Standpunkte wesentlich zu scheiden seyen, der politische und rein religiöse. In Betreff des erstern hält

auch dieser Redner den Grundsatz fest daß mit einer vollen Emancipation der israelitischen Staatsbürger nur ein großes Unrecht wieder gut gemacht werde. In Bezug des letztern tritt er besonders den Befürchtungen entgegen als ob durch die Emancipation das Christenthum selbst gefährdet werde. In schönem Schwung der Rede wird der Gedanke entwickelt, wie das ein schwaches Christenthum seyn müsse welches dadurch irgendwie erschüttert werden könne. Das seinige sey nicht von solcher Natur, dieses stehe auf starken Füßen durch den Vollgehalt seiner selbst. Und dieses Christenthum der ächten Ueberzeugung habe auch seine Kraft bewährt, denn wenn es möglich gewesen wäre daß es verloren gehen könnte, so wäre dieß im Laufe seiner Geschichte gewiß bereits geschehen, ja zumeist durch jene welche recht eigentlich berufen seyen es zu hüten. Sage man aber daß in den Massen des Volkes der christliche Sinn nicht stark genug sey um den Einflüssen des Judenthums gegenüber festzustehen, so erscheine ihm dieß nur als Grund einer Anklage gegen die Lehrer und Bildner des Volkes, daß sie nicht genügend gethan was ihres Amtes sey.

Indem wir aus dieser Rede nur diese wenigen Punkte ausheben, gelangen wir zur Ausführung des Abg. Sepp. Sie ist gegen den Gesetzentwurf gerichtet, und stellt schließlich anstatt dessen den Antrag: das Ministerium solle ersucht werden eine Versammlung jüdischer Notabeln zu veranstalten, damit diese ihrerseits die Wege angebe auf denen eine Emancipation angebahnt werden möge. Eigenthümlich sind für diesen Antrag die ihn einleitenden Bemerkungen. Sie heben mit dem Ausspruch an daß vor fünfzig Jahren der vorliegende Entwurf wohl zeitgemäß gewesen seyn würde, nicht aber jetzt, „wo alle christlichen Staaten von der Gnade der Juden abhängen“, von einer Emancipation geredet werden könne. Die Juden seyen ein Ausnahmsvolk. Dieß ausführend, sucht der Redner historisch zu erweisen wie sie ihre Fähigkeiten stets nur zur Unterdrückung anderer Völker angewendet haben, und beginnt diesen Excurs mit dem Finanzminister Joseph, welcher den König Pharao zur absolut-despotischen Beherrschung seines Volkes bewogen habe. Mit besonderer Ausführlichkeit wird später die Geschichte der Juden in Spanien entwickelt, wo dieselben nicht nur emancipirt, sondern selbst außerordentlich bevorrechtet gewesen seyen, und wie dort endlich die Entziehung ihrer Vorrechte nicht von der Regierung, noch weniger von der Kirche, sondern vom Volk mit solchem Ungestüm ins Werk gesetzt worden sey daß ihre endliche Verbannung durch Cardinal Ximenes (eine Zeitlang Reichsregent) ein Act der Gnade gewesen sey, um sie vor der Wuth der Bevölkerung zu schützen. In Polen zeige sich das entgegengesetzte Bild, da seyen sie gastlich aufgenommen worden, gleichsam um den mangelnden Mittelstand zu ersetzen, hätten aber dessen Emporkommen gehindert. Gleiches gelte auch von Rußland. In dieser Thatsache findet der Redner den Urgrund des Unterganges Polens u. s. w. Auf Deutschland übergehend, erläutert er die Judenverfolgungen des Mittelalters als Acte der Nothwehr des Volkes! Jetzt solle man nun das Facit dieser Erfahrungen ziehen, und wolle dieß durch volle Emancipation der Juden thun. Stelle man diese her, so werde das Volk sich selber helfen wie früher! Wenn man sage daß wir Christen ein Unrecht gut zu machen hätten, so entgegne er das Christenthum habe gerade den Versuch gemacht die Juden zu emancipiren. Oder trage etwa das Christenthum die Schuld der syrischen, babylonischen und ägyptischen Judenverfolgungen, bei denen man bis zu 100,000 derselben vertilgt habe? Ja, der Redner findet sogar in dem Umstand einen Beweis für die Begünstigung der Juden im Mittelalter daß einmal ein Gegenpapst gewählt wurde der eines Juden Sohn war. Heutzutage bringe es nun vollends mehr Ruhm ein Jude als ein Christ zu seyn. Uebrigens liege es auch nicht an der Religion daß das Volk die Emancipation der Juden nicht wolle, sondern es liege im Fleisch und Blut. Nicht um Judenthum und Christenthum, sondern um Hebräer und Deutsche handle es sich; nicht politische, sondern nationale Gründe sprächen gegen die Emancipation. Nachdem im Weiterverfolge dieser wundersam einherspringenden Gedanken noch weit ausgeführt worden ist wie dem Charakter der Juden der Sinn für Ehrlichkeit und Billigkeit fehle, wie jede Gewähr von ihnen nur mit neuen Ansprüchen beantwortet werde rc., kommt der Redner endlich zur Befürwortung des Eingangs erwähnten Antrags. Ihm folgt Hr. Minister v. d. Pfordten.

(Beschluß folgt.)

Großbritannien.

Die Times, wohl gereizt durch die (vorgestern erwähnte) sie der Verleumdung beschuldigende Zuschrift des Obersten Asboth, läßt sich über die ungarischen Insurgenten vernehmen wie folgt: „Hrn. Kossuths Anhänger und Bewunderer sind nicht geneigt auf die Notorietät zu verzichten welche der letzte Trost verunglückter Abenteurer ist, und sollte die Pforte sich bewegen lassen die freundliche Hut der Widdiner Flüchtlinge, die ihr Leben gerettet hat, aufzugeben, so wird man, sehen wir voraus, England noch einmal mit jenen hohlen Berufungen an unsere Sympathie und Mildherzigkeit überschwemmen, welche unter den leicht vorgeschützten Namen der Freiheit und der Noth selten erfolglos an uns gerichtet werden. Dieselben Künste die man unbedenklich angewandt um eine unverantwortliche Sympathie für die ungarische Empörung anzufachen, sind jetzt wieder im Werk um der ungarischen Auswanderung eine günstige Aufnahme zu sichern; Männer deren Charakter und deren Handlungen sie nach den Gesetzen aller civilisirten Länder den strengsten Ahndungen der beleidigten Gerechtigkeit aussetzen würden, sollen in England auf der Parade herumgeführt werden, als hätten sie allen Anspruch von Martyrern und Helden auf die Achtung der brittischen Nation. Gleichwohl sind eben dieß die Männer deren persönlicher Ehrgeiz, deren Ausschweifung und Verrath die ungarische Revolution zu jenen Excessen überstürzte die ihr Vaterland seine Unabhängigkeit und seine Verfassung gekostet haben. Dieß sind die Männer welche, als sie ihr eigenes Entrinnen glücklich bewerkstelligt sahen, daran gingen die türkische Regierung zu schmähen daß sie ihnen den Islam habe aufdringen wollen, und welche dann an das von ihnen ins Unglück gebrachte Land eine widersinnige Elegie von so beispielloser Selbsucht richteten, daß sie sich damit zu den ärgsten Abenteuern stempelten die jemals in bortirten Jacken und langen Bärten herumstolzirt.*) Doch mit Bedauern und Scham gestehen wir daß ungefähr 100 englische Gentlemen von Rang und Stellung, Mitglieder beider Parlamentshäuser und der liberalen Partei, sich von den ungarischen Agenten bis zu dem Maße irre führen ließen daß sie eine Adresse wie die gestern mitgetheilte an Lord J. Russell und Lord Palmerston einsandten. Wir könnten die völlige Unwissenheit rügen die in diesem sonderbaren Document hinsichtlich der wahren Natur des ungarischen Kampfes zu Tage liegt. Wir könnten gegen die ungeheuerliche Behauptung protestiren daß England selbst seine Freiheiten dem glücklichen Erfolge von Kämpfen zu verdanken habe die der ungarischen Rebellion analog gewesen. Wir könnten sie daran erinnern daß, nachdem der ungarischen Nation die freisinnigsten Zugeständnisse gemacht worden, diese Zugeständnisse augenblicklich zur Vernichtung des österreichischen Kaiserstaats verwendet wurden, indem man im kritischesten Moment seiner Geschichte die ungarischen Truppen aus Italien abrief und den abscheulichen Ausbruch in Wien schürte, der bestimmt war den Brand der Revolution über Deutschland und ganz Europa auszubreiten. Es war derselbe Geist der zu Anfang Sommers 1848 die ungarischen Minister bewog mit Karl Albert, der damals mit Oesterreich im Kriege lag, einen hochverrätherischen Briefwechsel anzuknüpfen, und der sie dann mit solchen Männern wie Robert Blum und Messenhauser zur Vertreibung der kaiserlichen Familie aus Wien und Latours Ermordung conspiriren ließ. In Pesth selbst wurden ähnliche Gräuel verübt, und die unbestraft gebliebenen Ermordungen Lambergs und Zichy's befleckten die Rebellion mit unauslöschlicher Schmach. Hätte die Sache die zu so scheußlichen Gewaltmitteln griff triumphirt, so würde das Uebergewicht der Revolutionspartei in Ungarn einen unwiderstehlichen Impuls jener wilden und brutalen Faction gegeben haben welche die Hälfte der schönsten Städte Europa's in Schauplätze der Zerstörung verwandelt, den Regierungen und Nationen keine Rettung vor der Anarchie gelassen als in der Strenge der Kriegsgesetze. Allein diese Erinnerungen dienen nur dazu die ungarischen Patrioten jenen theoretisirenden Liberalen Englands um so theurer zu machen, die ohne Unterscheidung und ohne Scham mit jedem Acte der Unbotmäßigkeit sympathisiren der nicht den Gränzen des brittischen Reichs nahe kommt. Gerade solche Leute aber sind die schlimmsten Feinde einer vernünftigen Freiheit und des ächten Fortschrittes. Die Gewaltthaten und Gesetzwidrigkeiten der Jahrbücher Ungarns mit dem regelmäßigen und friedlichen Fortschritt der brittischen Constitution zu vergleichen, das ist ungefähr gerade so vernünftig als wenn man die hochcultivirten Gefilde Englands mit den fruchtbaren Wüsteneien des Banats, oder den Handel der Theiß mit dem der Themse vergleichen wollte. Aber alle diese Erwägungen schwinden zur Unbedeutenheit im Vergleich mit dem schamlosen Petitum der Adresse selbst. Eine Anzahl englischer Gentlemen ladet die Minister der Königin Victoria ohne weiteres ein dem Kaiser von Oesterreich zu sagen wie er sein Königreich Ungarn regieren soll. „In Anbetracht der Mittel wodurch das Ansehen des Hauses Habsburg wiederhergestellt worden ist, sind die Unterzeichneten der Ansicht daß die Dazwischenkunft Großbritanniens erlaubt, wenn nicht geradezu gefordert ist, um der österreichischen Regierung Rathschläge hinsichtlich der Ausübung ihrer wiederhergestellten Regierungsgewalt zu geben.“ Kennen diese Gentlemen die Gegenwart so wenig, um nicht zu wissen daß die Verhältnisse zwischen den Kronen von Oesterreich und England, beinahe zum erstenmal in der Geschichte, so

*) Diese Abschiedsadresse war aber höchst wahrscheinlich unächt.

fremder, um nicht zu sagen so unfreundlicher, Natur geworden sind, daß unser Gesandter in Wien, wenn er den Ton eines freundschaftlichen Rathgebers anschlüge, sich nur der Gefahr aussetzte daran erinnert zu werden daß die Zeit dergleichen von ihm anzuhören vorüber ist? Haben die Herren vergessen daß eine unehrenhafte Wegweisung von dem Hof eines Alliirten noch vor nicht langer Zeit der Lohn für den übelberathenen Rath eines brittischen Gesandten war? Dabei scheinen diese Herren auch ganz und gar die Gesetze und Gewohnheiten ihres eigenen Landes zu vergessen oder zu übersehen. Sie geben Oesterreich zu bedenken: „„da das republicanische Frankreich die Todesstrafe für politische Verbrechen abgeschafft habe, so würde es nicht weise seyn monarchische Regierungen hinsichtlich der Milde in einen für sie ungünstigen Contrast zu stellen.““ Das heißt also: während nach den englischen Gesetzen der Hochverrath noch immer in der ersten Reihe der Capitalverbrechen steht, und während diese Gesetze bei allem zureichenden Anlaß in Ausübung kommen; während selbst in entfernten Dependentien der brittischen Krone, auf Ceylon und den jonischen Inseln, Lord Torrington und Sir Henry Ward nach kriegsgerichtlichem Spruch Hinrichtungen an politischen Verbrechern verhängen, in deren Augen ihre Nationalunabhängigkeit gerade so heilig ist wie in den Augen der Magyaren die ihrige — sollen wir der österreichischen Regierung vorstellen daß ein solches Verfahren die Milde monarchischer Regierungen ungünstigen Vergleichungen aussetze! Glauben denn die Männer die ihre Namen unter dieses Papier gesetzt, daß sie mit solchen durchsichtigen Widersprüchen und Heuchelreden irgendeinem Staatsmann in Europa oder der öffentlichen Meinung imponiren können? Erwarten sie die Unterstützung einer Regierung die in den letzten paar Jahren eine große Anzahl politischer Verbrechen mit der gerechten Strenge des Gesetzes heimgesucht, und in Irland, sehr zu ihrer Ehre, eine feste Entschlossenheit bethätigt hat die Empörung mit der ganzen Kraft des Reichs zu zermalmen? Solche Erwartungen sind nur lächerlich. Auch wir selbst beklagen daß die österreichische Regierung sich nicht herbeigelassen der Meinung der Welt, die kein Staat verachten darf, die Rücksicht zu zollen daß sie über die gerichtlichen Verhandlungen, die in Folge der ungarischen Erschütterung stattgefunden, vollständigere Berichte veröffentlichen ließ. Aber wir sind versichert daß diese Processe in allen Fällen streng nach den Landesgesetzen geführt wurden, und klärlich ist das englische Volk nicht competent darüber zu urtheilen, wann es rathsam sey die Gesetze in einem fremden Lande zu vollziehen oder zu suspendiren, über welches dasselbe nicht mehr weiß als eine interessirte Faction ihm darüber mitzutheilen passend findet.“ — Daß die Times mit diesem Artikel bei der liberalen Presse keine Ehre eingelegt, versteht sich von selbst. Daily News bezeichnet ihn als eine herzlose Verhöhnung des Unglücks, und gibt als Gegensatz eine Rede welche der berühmte amerikanische Staatsmann Daniel Webster jüngst bei einem politischen Festmahl in New-Hampshire gehalten, und worin Kossuth den größten Freiheitshelden der Geschichte an die Seite gesetzt ist. Er verglich ihn mit dem Reformator John Wickliff, dessen Leiche 70 Jahre nach seinem Tod ausgegraben, und der Staub in alle Winde verstreut wurde. Habe das die Reformation aufgehalten?*) Nein! sondern eingetroffen sey die Prophezeiung:

„Der Avon in den Severn fließt,
Der Severn in das Meer,
Und Wickliffs Staub wird sich verstreun
In alle Welt umher.“

*) Würde man in Amerika die Verdienste der ungarischen Staatsmänner näher kennen, so würde man dort wohl den Grafen Stephan Szechenyi, der die Dampfschifffahrt ins Leben gerufen, die Theißregulirung eingeleitet, die geistigen Studien gefördert hat, für einen größern Mann halten als Kossuth, der gerade jenen Regenerator stets aufs giftigste verfolgte, obgleich er selbst dem großartigen Wirken nur die ephemersten Institute entgegensetzte.

Uebereinkunft über den Debit und die Spedition der Zeitschriften.

Zwischen den Postverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection ist über die Behandlung des Zeitungs-Debits und der Zeitungs-Spedition innerhalb dieser verschiedenen Postbezirke folgendes Uebereinkommen getroffen worden:

1) Die Postämter der vorstehend genannten Postbezirke besorgen die Annahme der Pränumeration auf die in diesen Gebieten sowohl als außerhalb derselben erscheinenden Zeitungen und Journale, sowie deren Versendung und Bestellung an die Pränumeranten.

2) Die Versendung hat direct nach Bestimmung des bestellenden Postamtes zu erfolgen.

3) Die Bestellung kann in der Regel nicht auf einen kürzern Zeitraum als ein Vierteljahr erfolgen, ausnahmsweise kann jedoch in besondern Fällen auch auf eine kürzere Zeit abonnirt werden. Uebrigens sind hiebei die Verlagsbedingungen zunächst maßgebend. Um auf den Empfang aller vom Beginn des Pränumerations-Termins an erscheinenden Blätter rechnen zu können, haben die Bestellungen so zeitig zu erfolgen daß das Postamt des Absendungsortes dieselben vor dem gedachten Termine erhält.

4) Für die Spedition der innerhalb des Gebietes der contrahirenden Postverwaltung erscheinenden Zeitungen und Journale wird eine gemeinschaftliche Gebühr in der nachbenannten Weise (Nr. 5) erhoben, und zwischen dem bestellenden und dem absendenden Postamte halbscheidlich getheilt. Ein Zuschlag für das Transitiren durch das Gebiet einer dritten dieser Uebereinkunft beigetretenen Verwaltung findet nicht mehr statt. Sollte aber die aus einem solchen Gebiete in ein anderes bestimmte Sendung durch ein fremdes Postgebiet transitiren, so ist die an die fremde Postanstalt zu entrichtende Transitgebühr als Auslage neben der durch gegenwärtige Uebereinkunft verabredeten Speditionsgebühr in Aufrechnung zu bringen.

5) Die Gebühr für die Spedition der Zeitungen und Journale innerhalb des Gebietes der contrahirenden Verwaltungen wird ohne Rücksicht auf die Entfernung, in welche die Versendung erfolgt, dahin bestimmt:

   1) für politische Zeitungen, d. h. für solche welche für die Mittheilung politischer Neuigkeiten bestimmt sind, beträgt die gemeinschaftliche Speditionsgebühr fünfzig Procent von dem Preise zu welchem die versendende Postanstalt die Zeitung von dem Verleger empfängt (Nettopreis), jedoch soll

      a) bei Zeitungen welche wöchentlich sechs- oder siebenmal erscheinen, die Speditionsgebühr wenigstens 2 Rthlr., oder höchstens 6 Rthlr. preußisch,

      b) bei Zeitungen welche weniger als sechsmal in der Woche erscheinen, wenigstens 1 Rthlr. 10 Sgr. und höchstens 4 Rthlr. preuß., oder den entsprechenden Betrag in der Landesmünze der debitirenden Postanstalt betragen.

   2) für nicht politische Zeitungen und Journale beträgt die Speditionsgebühr durchweg und ohne Beschränkung auf ein Minimum oder Maximum fünfundzwanzig Procent des Nettopreises, zu welchem das absendende Postamt die Zeitschrift von dem Verleger bezieht. Den Abonnenten ist nur der Nettopreis nebst der betreffenden Speditionsgebühr anzusetzen.

6) Die in Nr. 5 stipulirte gemeinschaftliche Speditionsgebühr begreift nicht auch die Ablieferung der Zeitschriften in die Wohnungen der Besteller in sich, vielmehr steht dem Abgabe-Postamte frei für diese Ablieferung eine angemessene Bestellgebühr zu erheben, jedoch in keinem höhern als dem bereits bestehenden Betrage.

7) Wenn eine Zeitschrift vor Ablauf der Zeit für welche pränumerirt wurde zu erscheinen aufhört oder verboten wird, so ist dem Abonnenten für die Zeit in welcher die Lieferung nicht erfolgt neben der entsprechenden Rate der Speditionsgebühr der vorausbezahlte Preis, so weit er von dem Verleger zum Ersatz gebracht werden kann, zurückzuerstatten.

8) Verlangt ein Abonnent die Nachsendung einer Zeitschrift an einen andern als den Ort für welchen er die Bestellung gemacht hat, so hat diese Nachsendung (nach der Wahl des Abonnenten) von dem Postamte des Bestellungs- oder des Verlagsortes unter Ansatz der für Kreuzbandsendungen festgesetzten Gebühr, welche der Adressat zu bezahlen hat, zu erfolgen, weßhalb dergleichen Sendungen von dem absendenden Postamte besonders als nachgeschickte Zeitungen zu bezeichnen sind.

9) Auf die Versendung von Zeitschriften unter Kreuzband — mit Ausnahme des in Nr. 8 gedachten Falls — sowie auf den Zeitungsdebit innerhalb eines jeden der contrahirenden Postgebiete finden die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft keine Anwendung.

10) Den der gegenwärtigen Uebereinkunft noch nicht beigetretenen deutschen Postverwaltungen bleibt der Beitritt dazu jederzeit freigestellt.

Vorstehender Uebereinkunft zufolge wird der Preis der Allgemeinen Zeitung innerhalb des Gebiets der Eingangs dieses aufgeführten Länder vom Jahr 1850 an 19 fl. 8 kr. oder 10 Thlr. 28 Sgr. seyn. Innerhalb Bayern bleibt der Preis wie bisher.

Berichtigung.

Die Allgem. Zeitung widmet eine ganze Spalte ihres vielgelesenen Blattes gewissen Betrachtungen der Neuen Münchener Zeitung über die Frage: ob und inwiefern mir die Benützung der Amtspapiere aus meinen früheren Ministerialperioden freizustehen habe oder nicht.

Ich würde Bedenken getragen haben der außerbayerischen Lesewelt, namentlich angesichts unserer an weltgeschichtlichem Stoff so reichen Zeit, deductionsweise eine Controverse vorzuführen, wozu Länder durchgebildeten Repräsentativsystems, dann großartiger Presse von vornherein jedes Anlasses entbehren, und deren ganzes Auftauchenkönnen sich nur aus dem krankhaftwinzigen, beinahe krähwinklichen Entwicklungsgange des constitutionellen Lebens in den mittleren und kleinen Binnenstaaten Deutschlands erklärt.

Sollte dennoch die Frage vor dem europäischen und außereuropäischen Publicum berührt werden, so hätte ich jedenfalls gewünscht in dem treffenden Blatte auch die veranlassende Kammerverhandlung abgedruckt zu sehen, damit jedem Leser die Möglichkeit eines Urtheils zur Seite stehe.

Da nun einmal das eine geschehen, das andere unterblieben ist, wohl auch aus Gründen der Räumlichkeit ferner unterbleiben wird, sind mir folgende Bemerkungen Pflicht.

Daß ich weder früher noch in der zweiundzwanzigsten Kammersitzung über unbedingt verweigerten Zutritt zu amtlichen Papieren Beschwerde führte, geht aus der Neuen Münchener Zeitung selbst hervor, deren außerordentliche Beilage vom 4 Dec. mich in der erwähnten Kammersitzung unter anderm wörtlich sprechen läßt: „Mir wurde geantwortet: zu den einzelnen Acten könne ich den Zutritt erhalten, zu den sämmtlichen könne er mir nicht gestattet werden, da die Registratur-Ordnung im Wege stehe."

Eben diese Anführung beweist auch wie auf dem thatsächlichen Gebiete jene ganze Deduction nur die nähere Entwickelung meiner eigenen Aeußerung bildet.

Wenn ich mein Ansinnen nach dem 17 Oct. 1848 nicht erneuerte, so kann dieß niemanden überraschen. Was sich seit jener Zeit in Deutschland zugetragen, überhebt wahrlich die Männer früherer Perioden jedes weiteren Wortes. Wird hinwieder die Behauptung aufgestellt, einzelne Angriffe ließen sich füglich auch einzeln abwehren, so steht darüber in dem gegebenen Fall, Gottlob! das Urtheil zunächst mir zu. In meinen Augen ist das Wirken des Staatsmannes ein Ganzes. Vollständiges Reden hat seine Bedeutung; Halbreden muß den Betheiligten wie das Publicum anwidern; auch fühle ich nicht den mindesten Beruf nach Belieben dieses oder jenes Blattes gleich einem Anfragebureau wöchentlich oder monatlich Federkriege über disjecta membra poëtae zu führen.

Uebrigens habe ich aus Anlaß einer hervorgerufenen Erklärung mein Glaubensbekenntniß abgelegt. Ich habe gesagt: „Als ich das Ministerium übernahm, war Warschau seit vier Monaten gefallen, die politische Reaction befand sich bereits in ganz Deutschland im vollen Keimen und Grünen. Ueberstürz hatte theilweise auch zu jener Zeit Platz gegriffen; ich darf Sie nur erinnern an das bekannte Frankfurter Ereigniß. Auch ich huldigte der Ueberzeugung, indem man den Umsturz bekämpfe breche man dem wahren Fortschritt breite Bahn. Aber mir ward eine furchtbare Erfahrung, mir ward die Erfahrung daß nach überwundenem Umsturz die Reaction sich breit macht, sich entwickelt und allen denen weit über die Köpfe wächst die ihr wider Willen die Pforten geöffnet. Mir ward die Erfahrung wie in solchen Momenten von jenen Großmächten, denen dann immer wieder die Leitung der Politik zufällt, auf die mittleren und kleineren Staaten ein moralischer Druck unüberwindlicher Art, ja ein factisches Veto ausgeht gegen jede Verbesserung. Und, meine Herren! weil ich schon einmal eine solche Periode durchgemacht habe, weil ich gesehen habe wie der Rückschritt sich stets jenes Bodens bemächtigt welcher anfangs bloß behufs des legalen Fortschritts von den tobenden Gewalten befreit worden war, weil ich dieses Bild nie mehr aus dem Gedächtniß verliere, stehe ich nun auf dieser Stelle." „Mögen die Männer die heute im Amt stehen nicht zu denselben Erfahrungen berufen seyn, mögen sie, denen ich Sinn für legalen Fortschritt zutrauen will, nicht auch ihrerseits erfahren was Reaction ist, wie sie sich gebärdet, wie Ungeheures sie vermag. Die Reaction von 1832 an, ich habe sie nur allzu genau kennen gelernt, ich war genöthigt ihre geheimeren Seiten amtlich zu ergründen, sie hat uns geführt durch verschiedene Phasen zunehmend trüben Andenkens bis zu der Bewegung des Jahres 1848. Gott gebe daß nicht eine zweite Reaction uns durch neue Phasen führe, zu einer neuen aber weit furchtbareren Revolution."

Diese Worte drücken meinen ganzen Standpunkt offen und vollständig aus. Letzterem treu ließ ich bisher und lasse ich auch fortan die Anfeindungen einer ekelhaft rohen sowohl als einer mehr gehaltenen Presse in der Regel unbeantwortet.

München, 9 Dec. 1849. — Ludwig Fürst v. Oettingen-Wallerstein.

Personal-Nachrichten.

Hofämter. Baden. Der Ober-Hofmarschall v. Duboys ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt; in Folge dessen der Vorsitz im großh. Ober-Hofverwaltungsrathe dem Oberstallmeister, Obersten und Flügeladjutanten Frhrn. v. Seldeneck übertragen; der Hofmarschall Frhr. v. Goler, unter Enthebung von seinen Functionen als Mitglied des Oberhofverwaltungsraths, zum Vice-Oberstkammerherrn ernannt und ihm zugleich die Besorgung der Ceremonial-Angelegenheiten übertragen; der Reise-Stallmeister und Oberstlieutenant Frhr. v. Schilling zum Hofmarschall und Mitglied des Oberhofverwaltungsrathes ernannt, und ihm die Leitung der Geschäfte des Oberhofmarschallamtes übertragen; dem bei der Großherzogin diensthuenden Kammerherrn Frhrn. v. Rinck der Maitre-Rang verliehen.

Ordensverleihungen. Der Großherzog von **Baden** hat dem Rittm. W. v. Seldeneck Erlaubniß ertheilt zur Annahme des Ritterkreuzes des k. bayer. Verdienstordens vom hl. Michael. — Der König von **Sachsen** hat den Staatsministern Dr. Zschinsky, Frhrn. v. Beust und Gen. Major Rabenhorst das Großkreuz des Verdienstordens verliehen; sodann Erlaubniß ertheilt zur Annahme fremdherrlicher Orden: dem Rittm. Kästner und dem Oberlieut. Frhrn. v. Biedermann für den k. preuß. Rothen Adler-Orden 4ter Cl.; dem Prof., Hofrath Dr. Albrecht in Leipzig für das Ehrenkleinkreuz des großh. old. Haus- und Verdienstordens; dem k. Gesandten in Wien, Kammerherrn Frhrn. v. Könneritz, für das Großkreuz des Sachs. Weimarischen Hausordens vom weißen Falken. — Der Kurfürst von **Hessen** hat dem Obergerichts-Präsidenten v. Warnsdorf zu Fulda das Commandeurkreuz 1ster Cl. des Hausordens vom goldenen Löwen verliehen; dem Hauptm. Dunker, dem Pr. Lieut Sunkel und dem Sec. Lieut. v. Lengerke l. das Ritterkreuz mit den Schwertern desselben Ordens; sodann dem Hauptm. v. Meyerfeld die Annahme des Ritterkreuzes des herzogl. braunschweig. Ordens Heinrichs des Löwen gestattet. — Der König von **Hannover** hat dem Titular-Postmeister Bacmeister zu Celle und dem Postmeister Pralle zu Lüneburg, aus Anlaß ihres 50jährigen Dienstjubiläums, den k. Guelphen-Orden 4ter Cl. verliehen; deßgleichen dem Prof. Hansen zu Göttingen dieselbe Ordensclasse; dem k. k. österr. Rittm. Grafen v. Bellegarde und dem k. k Major Frhrn. v. Hammerstein das Ritterkreuz dieses Ordens. Erlaubniß zur Annahme fremdherrlicher Orden haben erhalten: der Hofmarschall v. Malortie für das Commandeurkreuz des norw. St. Olafs-Ordens; der Capt. Graf v. Platen-Hallermund für das Ritterkreuz des schwed. Schwertordens; der Stabsarzt Dr. Heine für das Ritterkreuz des k. bayer Verdienstordens vom hl. Michael.

[4635]

Geeignete Festgeschenke

aus dem

Gebiete der schönen Litteratur, Geschichte, Biographie u. s. w.

Verlag von **Alexander Duncker**, königl. Hof-Buchhändler in Berlin.

Zu finden in allen Buchhandlungen.

Emanuel Geibel, Gedichte. 17. Auflage.
16. Eleg. geh. 1 Thlr. 24 Sgr. Mit Goldsch. eleg. geb. $2\frac{1}{4}$ Thlr.

Lebrecht Dreves, Gedichte.
16. Elegant cart. 2 Thlr.

August Kopisch, Gedichte.
8. Geheftet. $1\frac{3}{4}$ Thlr.

Ludwig Löhner (v. Morajn), Gedichte.
8. Elegant geheftet. $1\frac{1}{2}$ Thlr.

A. v. Sternberg. Wilhelm.
Zwei Theile. 8. Geheftet. 2 Thlr. 24 Sgr.

Der Jungbrunnen. Neue Märchen,
von einem fahrenden Schüler. 8. Geheftet. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Emanuel Geibel, Volkslieder der Spanier.
12. Geheftet. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Bernhard v. Lepel, Lieder aus Rom.
8. Elegant geh. 1 Thlr.

August Kopisch, Allerlei Geister.
16. Eleg. geh. 1 Thlr. 6 Sgr.

Wilhelm v. Merckel. Zwanzig Gedichte.
8. Elegant geheftet. $\frac{1}{2}$ Thlr.

A. v. Sternberg. Die gelbe Gräfin.
2 Theile. 8. Geheftet. 4 Thlr.

Heinrich Hertz, König René's Tochter.
Lyrisches Drama. Zweite Aufl. 16. Geh. 8 Sgr. geb. $17\frac{1}{2}$ Sgr.

Ernste Stunden. Andachtsbuch für Frauen von einer Frau.
8. Geheftet. $\frac{1}{2}$ Thlr.

Die Rückkehr. Vom Verfasser der Briefe eines Verstorbenen.
Drei Theile. 8. Elegant geheftet. $7\frac{3}{4}$ Thlr.

Die Schriften der Gräfin Ida Hahn-Hahn:

Cecil. 2 Theile	4 Thlr.	— Sgr.
Clelia Conti	2 „	$7\frac{1}{2}$ „
Frankreich. 2 Theile	3 „	— „
Faustine	2 „	— „
Ilda Schönholm	1 „	15 „
Kinder auf dem Abendberg	— „	10 „
Levin. 2 Theile	4 „	$7\frac{1}{2}$ „
Orientalische Briefe. 3 Theile	6 Thlr.	15 Sgr.
Der Rechte	2 „	— „
Reiseversuch im Norden	1 „	15 „
Sibylle. 2 Theile	4 „	$7\frac{1}{2}$ „
Sigismund Forster	1 „	$22\frac{1}{2}$ „
Ulrich. 2 Theile	3 „	$22\frac{1}{2}$ „
Zwei Frauen. 2 Theile	3 „	— „

C. O. L. v. Arnim. Reise in das russische Reich.
2 Theile in 3 Abtheilungen. Mit zwei Abbildungen. 8. Geheftet. 3 Thlr.

F. W. Barthold. Die fruchtbringende Gesellschaft.
Sitten, Geschmacksbildung und schöne Redekünste deutscher Vornehmen vom Ende des XVI. bis über die Mitte des XVII. Jahrhunderts.
gr. 8. Geh. 2 Thlr.

Ganganelli — Papst Clemens XIV. — seine Briefe und seine Zeit.
gr. 8. Geheftet. $2\frac{1}{4}$ Thlr.

Hans v. Held. Geschichte der drei Belagerungen Colbergs im siebenjährigen Kriege.
Preußens Kriegern und Bürgern gewidmet.
gr. 8. Geh. 1 Thlr. 27 Sgr.

Wilhelm Baron v. Rahden. Wanderungen eines alten Soldaten.
Zwei Theile. gr. 8. Geheftet. 6 Thlr.

David Friedrich Strauß. Christian Friedrich Daniel Schubart's Leben.
2 Bde. Mit Schubart's Porträt und Facsimile. Geh. 5 Thlr. 24 Sgr.

R. v. Wedell. Historisch geographischer Hand-Atlas.
In 36 Karten nebst Text. Mit Vorwort von F. A. Pischon.
Dedication an Se. Majestät den König von Preußen.
Imp.-Folio. Cplt. Elegant geb. $10\frac{2}{3}$ Thlr.

A. Zimmermann. Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates.
Ein Buch für Jedermann.
Zweite wohlfeile Ausgabe. gr. 8. Geheftet. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

(4576—78) *,* Wichtige Neuigkeit. *,*

Bei Jonas Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Das eigentliche Ziel der gegenwärtigen Politik Preußens.

Von Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlag 6 Ngr.

[4687] Literarische Anzeige.

☞ Auch in diesem Jahre sind von nachstehenden Artikeln vom Unterzeichneter an vielen Orten Commissionslager in den namhaftesten Buchhandlungen niedergelegt worden, worauf das geehrte Publicum hiermit zeitig aufmerksam gemacht wird:

Große Auswahl von Weihnachtsartikeln

mit feinen, theilweise prachtvoll illuminirten Stahl- und Kupferstichen, Holzschnitten, Illustrationen aller Art u. s. f.

Dieselbe besteht aus — circa 40 colorirten Jugend- und Kinderbüchern in deutscher und französischer Sprache (worunter die beliebten der Amalie Winter und Rosalie Koch), Illustrirten Bilderbibeln und Bibeltexten für Katholiken und Protestanten — einer illustr. Bilderpostille für Katholiken, Illustrirten Prachtausgaben von Shakespeare's dramatischen Werken, in deutscher und englischer Sprache. — Defoe's Robinson — St. Pierre's, Paul und Virginie — einer Römischen Geschichte von F. Fiedler — Reichenbachs Großem Orbis pictus — Desselben Großem naturhistorischen Atlas und Naturgeschichte des Thierreichs — Desselben Illustrirtem Lesebuche — Niemeyers Heldenbuche — dem Feenbuche, in deutscher und französischer Sprache — Matthäi mythologisch-malerischer Reise durch Griechenland (Hellenikos) u. s. w., u. s. w.; endlich einer zahlreichen Auswahl französischer, englischer und italienischer Schulausgaben.

☞ Diese Werke können durch alle soliden deutschen, österreichischen, böhmischen, ungarischen, polnischen und Schweizer Buchhandlungen bezogen werden. Ausführliche Verzeichnisse davon sind von uns gratis zu erhalten.

Leipzig. Baumgärtner's Buchhandlung.

[4692] So eben ist erschienen bei S. G. Liesching in Stuttgart und in allen Buchhandlungen sogleich zu haben:

Jetzt und Einst.

Von Samuel Warren.

Aus dem Englischen von Dr. Carl Kolb.

gr. 12. 30 Bogen auf fein Velinpapier. Ausgabe mit Titelkupfer, elegant gebunden 1⅓ Thlr. oder 2 fl. rh.

Der berühmte Verfasser der „Mittheilungen aus dem Tagebuche eines Arztes" hat in der vorliegenden Erzählung sein reiches und schönes Talent von neuem bewährt: sie wird dazu beitragen ihm in immer weitern Kreisen Freunde zu erwerben, und durch ihre Haltung als besonders ansprechend für die reifere Jugend beiderlei Geschlechts gefunden werden.

Die in gleichem Verlage erschienene erste deutsche Gesammt-Ausgabe der Werke S. Warrens, von welcher „Jetzt und Einst" den sechsten Band bildet, ist fortdauernd in allen Buchhandlungen zu haben. — Die früheren Bände enthalten:

Mittheilungen aus dem Tagebuche eines Arztes. Nach der sechsten Auflage des Originals übertragen. 2 Bände. 82 Bogen. Preis 2⅓ Rthlr. oder 4 fl. 12 kr. rh. Ausgabe mit vier Stahlstichen, elegant gebunden 2⅔ Thlr. od. 4 fl. 48 kr. rh.

Zehntausend Pfund Renten. Eine Erzählung 3 Bände. 11 Bogen. Preis 3 Thlr. od. 5 fl. 24 kr. — Ausgabe mit sechs Stahlstichen, elegant gebunden 3½ Thlr. oder 6 fl. 12 kr. rh.

[4287—88] Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen (in Wien bei Tendler und Comp., Graben Nr. 618) zu haben:

Der Selbstarzt in Geschlechtskrankheiten.

Eine deutliche Anweisung

sich durch die einfachsten Mittel und in der kürzesten Zeit von allen Formen der Syphilis radical zu heilen;

sammt Rathschlägen zur Wiedererlangung des verlornen Zeugungsvermögens so wie zur Bewahrung vor Ansteckung.

Von Dr. Julius Vogel, praktischem Arzt in Wien.

Zweite vermehrte Auflage. Taschenformat, broschirt 1 fl. oder 24 Sgr.

☞ Der Verfasser, einer der renommirtesten und gesuchtesten Aerzte der Wiener Schule, hat sich bemüht in diesen Schriften die Quintessenz dessen zu liefern was man gewöhnlich mit dreifachem, ja in letzter Zeit zu zehnfachem Preise zahlen mußte.

Niemand wird unbefriedigt die praktischen Schriften aus der Hand legen. Sie seyen hiermit und insbesondere auch dem ärztlichen Publicum bestens empfohlen.

(4696) (Weihnachtsgeschenk für die gebildete Gesellschaft).

Bei Chr. Kaiser in München ist erschienen:

Skizzen aus dem Steinreiche.

Für die gebildete Gesellschaft geschrieben von

Franz von Kobell.

260 Seiten in 8. sauber cartonn. 1 Rthlr. oder 1 fl. 45 kr.

Diese Skizzen des als Mineralogen ebenso ausgezeichneten, wie als Dichter beliebten Verfassers geben in eigenthümlicher Behandlung einen Ueberblick der Mineralogie und Geologie, welche Wissenschaften in neuerer Zeit mit Recht zu den Gegenständen allgemeiner Bildung gezählt und bekanntlich in England auch von den Damen mit Vorliebe gepflegt werden. Die leichtfaßliche Darstellung wird das Buch ebenso empfehlen als die mancherlei eingewebten technischen, historischen und andern Bemerkungen, welche dergleichen Vorträge für die gebildete Gesellschaft anziehend zu machen geeignet sind. — Ein vollständiges Register erhöht die Brauchbarkeit.

(2974—3006) Goldene Medaille 1846. **Brustreiz-Krankheiten.** Silberne Medaille 1846.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gründlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei H. Redlinger & Comp., in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[4641] Im Verlage von Karl Göpel in Stuttgart ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Maximen beim Musikunterricht.

Mit eingestreuten bis jetzt noch ungedruckten Gedanken Karl Maria v. Webers, herausgegeben von dessen Schüler Karl Mörike. Ein Geschenk für denkende Eltern, Lehrer und Schüler. Geh. 15 Sgr. od. 48 kr.

[4377—79] Hand-Atlas

der Alten Welt.

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Orbis terrarum veteribus cognitus. In usum juventutis exaratus atque descriptus operâ Chr. Th. Reichardi. XXI Tabulae. Fol. Früherer Preis 7 fl. rhn. **Herabgesetzter Preis 1 fl. 45 kr rhn.**

Nürnberg, im November 1849.

Fr. Campe.

[3974—79] Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Musenklänge aus Deutschlands Leierkasten.

Mit 160 Holzschnitten.

Ein sehr spaßhaftes Büchlein. Unter den unendlich vielen Lieder- und Gedichtsammlungen einzig dastehend, enthält es fast nur Unsinn, aber mit Bewußtseyn gemachten Unsinn, und der verfehlt seine Wirkung nicht. Da findet sich die Wanderlust: „Nach Italien, nach Italien, möcht ich, Alter, jetzt einmal gen," Eduard und Kunigunde, das neue Lied vom Hecker, die Hussiten vor Naumburg, ein schönes neues Lied von dem weltberühmten Struwwel-Putsch, Fieschi, der grause Bösewicht, Tscheck, der Attentäter und noch viele andere, alle mit feinen Holzschnitten geziert für

10 Silbergroschen.

(4658—59) **Rottweil a. N.**

im Königreich Württemberg.

Verkauf eines sehr vortheilhaft gelegenen Hauses.

Aus der Masse des hiesigen Handlungshauses J. A. Gaßner wird ein neuerbautes, dreistöckiges und zugleich mit einem Souterrain versehenes Gebäude Nr. 247 letztmals am Donnerstag den 3 Jan. 1850, Vormittags 10 Uhr, auf dem hiesigen Rathhause zum Verkauf im öffentlichen Aufstreich ausgesetzt.

Dieses Haus, welches um 18,000 fl. der Brandversicherung einverleibt, gegenwärtig aber nur zu 15,000 fl. gerichtlich taxirt ist, steht in der Mitte der hiesigen Stadt an zwei Hauptstraßen und gegenüber dem sehr frequenten Kornhause. Dasselbe enthält im Souterrain zwei gewölbte Keller, Stallung und großen Raum zu einem Magazin; im ersten Stock zur ebenen Erde einen großen geschmackvoll eingerichteten Laden, ein Comptoir, ein Wohn- und ein Schlafzimmer nebst Küche und Abtritt; im zweiten und dritten Stock je fünf heizbare, in einander gehende Zimmer nebst Alkoven und Küchen; auf dem Dachboden zwei Mansardenzimmer nebst Kammern und Fruchtbehältern. Am zweiten Stock (belle etage) ist ein hübscher Balcon angebracht.

Bei der sehr günstigen Lage und zweckmäßigen Einrichtung dieses Hauses, auf welchem seit vielen Jahren ein ausgedehntes Ellen- und Modewaarengeschäft — in günstigen Zeiten sogar mit einem jährlichen Umsatz von etlich und vierzigtausend Gulden betrieben worden ist, und bei dem weitern Umstand daß sich dahier nur wenige Ellenwaarenhandlungen befinden, ist mit Sicherheit anzunehmen daß ein Käufer seine volle Rechnung um so mehr finden werde als die hiesige Stadt jetzt zum Sitz eines Schwurgerichtshofes bestimmt ist. Ueberdieß sind die Kaufsbedingungen sehr billig gestellt, und kann der größere Theil des Kaufschillings auf dem Haus als verzinsliche Schuld stehen bleiben.

Indem man nun die Kaufsliebhaber zu der Verhandlung einladet, wird noch bemerkt daß auswärtige und diesseits unbekannte Liebhaber sich vor der Steigerung mit amtlich beglaubigten Prädicats- und Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Den 10 November 1849.

Für den Stadtrath.

Schultheißenamt: Rapp.

Die preußische Gemeindeordnung.

∸ **Berlin,** 7 Dec. Der Berathung über die neue Gemeinde-Ordnung stehen dieselben Schwierigkeiten entgegen wie der über Bildung der ersten Kammer. Es fehlt an Grund und Boden, an Stoff aus dem man bilden kann, an Vorangängen. Angenommen guter Wille sey da, so getraut er sich selbst nicht auszusprechen was er für gut hält, weil die Erfahrung ihm fehlt. So bitter rächt sich die Versäumniß, als man das große Steinische Werk der Städte-Ordnung nach dem Befreiungskriege isolirt dastehen ließ. Der Neubau wurde zur Ruine, und erst die Bewegungen der neuesten Zeit haben ihm wieder wohnliche Einrichtungen, Leben und Bedeutung gegeben. Hätte man damals fortgebaut, so würde man freilich eine Gliederung des staatlichen Lebens erhalten haben welche den heutigen Anforderungen nicht entspricht, aber doch einen festen Bau welcher den Strudeln der Revolution mehr Widerstand geleistet und uns vor mancher Unbill und beklagenswerther Zerrüttung bewahrt hätte. Man hatte den Städten und ihren Bürgern das Recht ertheilt der Selbstregierung und eine Bedeutung, der großen Staatsmaschine gegenüber, aber nur in der Absicht auch dem Lande dieselbe Wohlthat und Befreiung zu gewähren. Wer hat dieß gehindert? Etwa allein die hohe Bureaukratie die sich an den Thron anschloß, allein die Furcht des legitimen Absolutismus, daß er zu viel Rechte aus der Hand gebe und dadurch im Staat eine ihm gefährliche Macht aufwachsen lasse, die er, was die Städte anlangt, schon durch spätere Beschränkungen zu zügeln für nöthig hielt? Als das Wort Constitution ein Schreckgespenst ward für die welche sich die Königsmauer dünkten, als der Adel plötzlich von dem sentimentalen Troubadourspruch sich entzückt fühlte wonach nur l'honneur pour moi aber ma vie au roi gehörte, damals hatten die Bureaukraten wenigstens einen stillen Beistand an den großen Grund- und Rittergutsbesitzern, die, mit wenigen Ausnahmen, mit ihren Kreis- und Landtagen und allenfalls auch mit ihren Landräthen zufrieden waren, aus Furcht daß die staatliche Organisation der Landdistricte zu dem entsetzlichen Uebel einer Constitution führen könne. Und wenn Steins Werk fortgesetzt worden wäre, was hätten sie erlangt? Das wahrscheinlich wonach sie jetzt vergebens streben: daß der Rittergutsbesitzer nicht aufgegangen wäre als ein gleichberechtigtes und gleich verpflichtetes Individuum in der Gemeinde. Dem Rusticalstand wären Rechte ertheilt worden, aber zu gleicher Zeit auch besondere Rechte dem Rittergutsbesitzer und den Standesherren. Die nivellirende demokratische Opposition jener Zeit wäre schwach dagegen gewesen. Wir hätten eine wirkliche Aristokratie, wir hätten Stoff zu einer Pairie. Das haben sie selbst verscherzt, als sie sich in einem Zeitpunkt abermals zu Königsdienern machten wo sie als integrirender Volkstheil eine schöne, hohe Bedeutung im Staat gewinnen konnten. Um eine Gespensterfurcht — das war es damals — gaben sie dieses Anrecht, diese Bestimmung, ja ihre Selbständigkeit auf, um jetzt es als ein Glück zu betrachten wenn nur ihre materiellen Rechte, entblößt von allem Glanz, allen Privilegien, allem traditionellen Einfluß, ihnen blieben. Wenn man diese nun von der unvergleichlichen Gesetzgebung der Jahre 1808 bis 1812 sprechen, wenn man sie die herrliche Städte-Ordnung rühmen hört, spotten sie ihrer selber und wissen nicht wie. Wichtiger nannte Minister Manteuffel die Berathung über die Gemeinde-Ordnung selbst als die über die Verfassung, und doch weiß keiner von beiden Seiten recht, wo er anfassen soll. Der Opposition von der Rechten ist der ministerielle Gesetzentwurf zugleich zu demokratisch und zu gouvernemental. Die Demokratie bei uns lächelt über den erstern Vorwurf. Was den zweiten anlangt, so ist er wenigstens nicht gouvernementaler als das was gewesen ist, der ungewisse Zustand den er verdrängen soll. Was die Rechte in dieser Beziehung wünschen und wie weit sie zurückwünschen soll, darüber scheint sie selbst nicht recht im klaren. Das gottselige, patriarchalische Gutsherrenrecht mit einer unterthänigen Bauernschaft, die geborne Polizei- und Justizherrschaft würde sie zwar von Herzen zurückwünschen, aber sie muß sich doch selbst gestehen daß auch im Fall glücklichster Wendung der Verhältnisse dieß ein unerreichbares, ein für immer verlorenes Ziel ist. Sie hilft sich daher mit allgemeinen Redensarten, man merkt ihr an daß sie auf diesem Gebiete nicht so sicher ist als in andern. Stahl rief: die Ebbe der Revolution sey nur eine Ermattung und die Sturmfluth werde wiederkehren. Die damals sich gestaut an dem kräftigen Eichenwald (der bäuerlichen Verfassung, wie sie ist) werde sie dießmal Halt machen vor dem Pfahlwerk, was Kammern und Ministerium zu erbauen gedenken? v. Gerlach ergoß sich in einen Panegyricus der Bauern in den östlichen Provinzen, sie seyen ehrwürdiger als der Adel, und ihre Selbstregierung eine wahrhafte in Ehrfurcht vor Obrigkeit und alter Sitte. (Sonst pflegten die Edelleute nicht so über ihre Bauern zu sprechen.) Er warnte die bestehende Legislation als einen Rohstoff zu behandeln. Die Entgegnungen des Ministeriums waren in dieser Materie schärfer und bestimmter als man sie von seiner Seite, besonders gegen die Opposition der Rechten, zu hören gewohnt ist. Minister Manteuffel meinte: daß dem Recht am Alten festzuhalten wohl das Recht gegenüberstehe das als besser erkannte Neue einzuführen. Hr. v. Gerlach scheine alles Organisiren für ein Unrecht zu halten, wenn er meine daß das Einschreiten gegen das Alte eine Art Rohstoffbehandlung sey. Er erkenne wohl das Recht zum Fortbestehen an, aber da auch die Gesetzgebung von 1808 den Muth gehabt ganz neues einzuführen und so viele ausdauernde Anerkennung gefunden, könne das Ministerium darin eine Bestärkung zu ähnlichem Werke sehen. „Ein geübtes Auge sieht bald daß auch der zerstört der das Todte erhalten will!“ (So positiv hatte der Minister sich kaum je ausgedrückt.) Der Eichwald, meinte er endlich, werde nicht durch die neue Einrichtung zerstört werden, sondern nur die alte Verzäunung. Ob aber die neue darum besser ist, das unbedingt zu bejahen wagte auch die Partei gegenüber nicht. Der Bauer und Landmann ist an das Gouvernementale gewöhnt, den Fiscus hat er, oder wenn er nicht, sein Vater und Großvater als den Retter oder Vermittler in seinen Differenzen mit dem Edelmann kennen gelernt. Bei diesen Differenzen bekam er in der Regel recht. Er fürchtet die Regierung nicht, sich selbst regieren zu sollen ist ihm etwas neues. Er ist argwöhnisch gegen seinesgleichen, das heißt er traut ihm nicht mehr zu als er selbst weiß und versteht, er würde sich deßhalb schwer dazu verstehen einer selbst erwählten Autorität aus seinesgleichen Gehorsam zu leisten. Ja möglich wäre es daß er um deßhalb eher den Edelmann zu seinem Vorsteher wählte als seinen Nachbar. Schreiber und Litteraten, wie Hr. v. Gerlach fürchtete, wird er indeß nicht wählen; die goldene Zeit der vagabundirenden Aufwiegler in den Schenken ist vorüber. Nichtsdestoweniger steht die Sache so daß auch der Liberale nicht des vollen Vertrauens ist daß die neue Gemeinde-Ordnung auf dem Lande seinen Erwartungen entsprechen werde. Unter diesen Umständen hatte das Amendement des Abg. v. Manteuffel (Bruder des Ministers) anfangs Chancen für sich, dessen wesentlicher Inhalt dahin ging: es in den Städten bei der Städte-Ordnung zu belassen, den Städten welche noch keine haben, sie zu ertheilen und eine neue Gemeinde-Ordnung für das flache Land der künftigen Gesetzgebung zu überlassen. Für sich hatte der Antrag jene angedeutete Unsicherheit in der sich viele Abgeordnete über das Princip und das Zuträgliche befinden und die Vorliebe Berlins und so vieler Städte für die alte Städte-Ordnung gegen sich die Urheber des Antrags, die reactionäre Tendenz die man witterte, den Aufschub den man fürchtete und den Entschluß des Ministeriums den Entwurf in seinen Grundzügen durchzuführen. Das Amendement fiel und die Debatten über die Paragraphe des Entwurfs haben ihren Fortgang; damit ist aber das Princip der Gleichstellung von Stadt und Land noch nicht ausgesprochen, und es steht zu erwarten daß die Vertheidiger der alten Städte-Ordnung durch ein späteres Amendement zu ihrem Ziele kommen werden. Ein zu beachtendes Amendement welches durchging, ist daß in den mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gemeinden jeder Preuße Gemeindewähler nur dann ist wenn er in Gemeinden von weniger 10,000 Einwohnern 200 Thlr., von weniger als 50,000 Einwohnern 250 Thlr., von mehr als 50,000 Einwohnern 300 Thlr. Einnahme hat. Sonst erhoben sich gegen den Census Stimmen von hüben und drüben. Der Minister hielt ihn für keine Waffe gegen die Demokratie. Diese fürchte er überhaupt nicht; zu beachten aber sey daß sie durch Concessionen nie zufrieden gestellt werde. Das beste Mittel gegen sie sey die Sorge für das Wohlseyn des Einzelnen wie des Ganzen. „Sorgen Sie dafür durch die Gemeinde-Ordnung, und Sie werden die Demokratie unmöglich machen.“

Frankreich.

. **Paris,** 7 Dec. Für die Stellung welche Ludwig Bonaparte seit dem 31 Oct. angenommen, ist nun auch die Revue des Deux Mondes, und zwar mit einer Entschiedenheit in die Schranken getreten die selbst den „10 Dec.“, dieses Hofblatt des Elysée, nicht wenig beschämt hat; somit wären nun sämmtliche (?) Pariser Organe der orleanistischen Partei, mit Ausnahme des Courrier Français, der wahrscheinlich auch nicht mehr lange bei Hrn. Thiers aushalten wird, zur Fahne des autokratischen Präsidenten der Republik übergegangen. Daß die Orleanisten in der Nationalversammlung dem Zug ihrer Organe, die anfangs auf eigene Faust diesen Uebergang vorgenommen haben, folgen und somit den Stock der elyseischen Majorität bilden werden, läßt sich nicht mehr bezweifeln. Allein Ludwig Bonaparte möchte die Majorität nicht trennen, er wünscht daß die Legitimisten mit den Orleanisten für die „Permanenz“ seiner Gewalt

einsehen, nicht, wie sich von selbst versteht, seinetwillen, sondern zur Rettung Frankreichs. Ludwig Bonaparte ist einmal von der Vorsehung ausersehen — das haben doch die Legitimisten selbst anerkannt als sie für ihn stimmten — Frankreich zu retten; Frankreichs Rettung von den Socialisten ist aber so lange nicht vollbracht, solange der Wechsel der Gewalt alle vier Jahre bevorsteht; es ist also vor allem Pflicht der „Partei der Ordnung" die „Permanenz der Gewalt" herzustellen, das ist die Thesis die zu entwickeln Hr. Forcade in der Revue des Deux Mondes die Mission übernommen hat. Wenn man den Standpunkt auf den sich der Verfasser stellt als den richtigen annimmt, wenn man zugibt daß Frankreich durch eine praktische Reaction gegen den Socialismus vor den Gefahren desselben gerettet werden kann, dann könnte man auch zugeben daß Hr. Forcade sich nicht ohne Geschick der besagten Mission erledigt hat. Freilich bleibt auch dann noch die Sache des Zartgefühls oder der politischen Ehre vergessen, wenn eine Partei die, wie die orleanistische, siebenzehn Jahre lang Frankreich regiert hat und eben dadurch über den Weltfrieden zu verfügen hatte wenn diese Partei, die noch gestern nicht durch eine Revolution sondern durch einen gut ausgebeuteten Handstreich sich verdrängt wähnte, wo nicht zum lebenden doch zum gefügigen Werkzeug eines Mannes herabzusinken sich heute entschließt dessen sie selber als Werkzeug sich zu bedienen in ihrem Plan vor dem 10 Dec. gelegen haben mag. Wenn wirklich eine Partei wie die orleanistische, die den zahlreichen Mittelstand Frankreichs vertritt, ihre Selbständigkeit der Ordnung zum Opfer bringen müßte, dann hätte ihr Hr. Forcade wenigstens die Zeit gönnen sollen dieses Opfer in einer Weise zu vollbringen daß es nicht den Anschein gehabt hätte sie entsage auf das bloße Commando eben der Stellung die sie bis jetzt eingenommen. Auf eine unrühmlichere Weise hat nie eine Partei die Fahne gestreckt als das die orleanistische zu thun im vollem Zug ist. Doch lassen wir den Ehrenpunkt, der in Zeiten der Revolution nicht der maßgebende bei einer revolutionären Partei — die orleanistische ist eine revolutionäre Partei wie eine andere auch — seyn mag, bei Seite liegen, und sehen wir ob Hr. Forcade seine erhaltene Aufgabe gegen allen Einwurf gelöst hat! Um die „Permanenz der Gewalt" herzustellen will Hr. Forcade die Constitution unter anderm in der Art revidirt daß Ludwig Bonaparte zum lebenslänglichen Präsidenten der Republik ernannt werde. Hr. Forcade schlüpft dabei sehr leise über die gesetzliche Möglichkeit einer Revision der Constitution vor dem Ende des gegenwärtigen Präsidiums weg, wiewohl vor dem Erscheinen seiner Abhandlung diese Möglichkeit mit vielem Erfolg in der Tagespresse bestritten wurde. Daß aber Hr. Forcade auf diese Frage nicht näher eingeht, beweist daß er um zur „Permanenz der Gewalt" zu gelangen, vor einem Staatsstreich irgendeiner Art nicht zurückschrecken würde; wenn aber dem so wäre, dann begreift man nicht warum er den Staatsstreich erst nach drei Jahren und nicht gleich auszuführen anräth. Das sind die Bedenken welche den Rathschlägen des Hrn. Forcade entgegenstehen wenn man seinen Standpunkt als den richtigen annimmt. Wie aber wenn dieser Standpunkt von vornherein falsch wäre, wenn es ein verhängnißvoller Irrthum wäre daß man durch eine rein praktische, thatsächliche Reaction gegen den Socialismus diesen vernichtet? Wie stark auch „die permanente Gewalt" seyn mag, sie kann den Socialismus eine Zeitlang darniederhalten, vernichten wird sie ihn nie, aus dem einfachen Grund weil die materielle Gewalt eine Idee, eine falsche ebensowenig als eine wahre, nicht vernichten kann. Durch Staatsstreiche wird man weder den Socialismus vertilgen noch „den revolutionären Geist in Fesseln legen"; im Gegentheil, Staatsstreiche, wie erfolgreich sie auch seyn mögen, sind immer nur eben so viel rechtmäßige Waffen gegen die aus dem Staatsstreich hervorgegangene Ordnung der Dinge.

Dänemark.

Kopenhagen, 6 Dec. Die Wahlen für das Volksthing, die zweite Kammer, sind in Kopenhagen so ausgefallen daß von den 9 Repräsentanten 8 der gemäßigten Partei und nur einer der alten demokratischen angehört; auch ist bemerkenswerth daß 5 davon Professoren sind. Die Betheiligung an den Wahlen hier in der Hauptstadt war übrigens bei weitem nicht so umfassend als man erwartet hatte, indem nur ungefähr ein Drittheil der berechtigten Wähler sich bei dem Wahlacte betheiligt haben soll. Wie die Wahlen in den Provinzen ausgefallen sind, ist noch nicht bekannt, bis auf hier in Seeland, wo unter andern Minister Madvig, Claussen und Rosenörn gewählt sind. Deßgleichen sind auch der Oberst v. Tscherning und Kammerrath Drewsen gewählt. Im Odenseer Wahldistrict ist der bekannte Führer der Bauernfreunde, Balthasar Christensen, auch gewählt worden. Die Berling'sche Zeitung erklärt sich mit dem Resultat der Wahlen sehr zufrieden.

Californien.

„Wenn," sagt die Times in einem zweitn Artikel, „wenn unsern neuesten californischen Berichten unbedingt zu trauen ist, so müssen wir sie für außerordentlicher erklären als alles was man bisher selbst aus diesem Lande der Wunder vernommen. Die Entdeckungen von Goldminen, wenn nicht von Gold, vervielfältigen sich täglich. „Placers" und „Washings (d. h. Goldwäschen)" werden aufgefunden, von denen immer eines ergiebiger ist als die frühern. Wie groß auch das Einströmen von Abenteurern ist, so scheinen sich doch die Hülfsquellen des Bodens in mehr als entsprechendem Verhältniß zu mehren. Man hat, scheint es, endlich den Schlüssel zu den ursprünglichen Goldadern entdeckt, von denen die bisherigen Grabungen nur die zerstäubten Ablagerungen vorstellten. Auf Oberst Fremonts Gut findet sich ein festes Bett Goldstein, mehr als eine englische Meile lang und über zwei Fuß dick. So lautete die erste Ankündigung. Spätere Berichte melden daß die Goldader volle zwei Leguas (spanische Meilen) und durchschnittlich 150 Fuß breit ist, und daß obenein an das eine Ende dieser Mine ein Silberlager stößt, bedeutend genug um alle Ausgaben für Maschinen und Bearbeitung des Goldschachtes zu bestreiten. Ein so merkwürdiges Zusammentreffen scheint dem transatlantischen Boden fast eigenthümlich zu seyn, und ist vielleicht das wunderbarste daran; aber in St. Francisco trägt man sich mit Gerüchten die nicht minder erstaunlich lauten. Es scheint ausgemacht daß diese Stadt selbst aus goldhaltigem Metall und über einem Goldlager erbaut ist, so daß das wirkliche und greifbare Wunderland Californien von nichts mehr überboten wird als jenen Regionen in Tausend und Einer Nacht, wo die Fruchtbäume mit den reichsten Edelsteinen beladen und Schlösser aus einem einzigen Rubin erbaut sind. Bereits fischen die kleinen Jungen der Stadt 5 bis 6 Dollars täglich aus den Straßengossen, wie die Gassenknirpse in London manchmal halbe Pennies im Koth herauskratzen. Ein Zollbeamter, den seine Dienstpflicht von den beglückenden Placers fern hielt, fing instinctmäßig an den adobes, d. h. den ungebrannten Ziegeln des Mauthhauses zu hämmern an, und fand daß er so gut einen Schatz gefunden wie seine Nachbarn. Mit dem Brunnengraben und dem Anlegen von Abzugscanälen wird großer Profit gemacht; auch kann man den Hauszins, so fabelhaft groß er ist, nicht mehr übertrieben finden, denn ein Miethsmann kann seinen Hausherrn mit dem Ertrag aus seinen eigenen Mauersteinen bezahlen. Freilich ist mit dieser Art Schatzgräberei einige Gefahr verbunden, denn die durchlöcherte Stadt könnte eines Tags über ihren hämmernden Einwohnern zusammenfallen, und ein Haufe Gerölle wäre dann alles was von dem jungen Emporium an der Südsee übrig bliebe. Doch zur Zeit steht St. Francisco noch fest, und die Anfänge neuer Städte schießen ringsherum wie Pilze aus der Erde. Die zuströmenden Abenteurer sind eine bunte, großentheils unheimliche Musterkarte aller Nationen; vielen steht auf dem Gesicht geschrieben daß sie, wenn sie auch zu Haus geblieben wären, sich redlich zu nähren kaum Lust und Beruf hatten. Daß in einem Land wo derlei Milch und Honig fleußt die Juden nicht fehlen, versteht sich von selbst. Zwar das Schaufeln und Graben ist, wie überall in der Welt, nicht ihre Sache; dessenungeachtet wissen sie, eben auch wie überall in der Welt, von der Arbeit anderer ihre tüchtigen Procente zu ziehen. Sie wandern den Sacramentsfluß auf und ab mit alten und neuen Kleidern, und sonst allen denkbaren und undenkbaren Sachen, und schachern und feilen *) nach Herzenslust. Die ganze Bevölkerung beträgt bereits über 100,000 Köpfe, und binnen Jahresfrist kann sie das Doppelte erreicht haben. Mittlerweile ist es gewiß auffallend daß, obgleich so beträchtliche Quantitäten Goldes ohne Zweifel gefunden und ausgeführt werden, sich doch bis jetzt eine nur so geringe Wirkung auf die Geldmärkte der Welt zeigt. Selbst in New-York ist kein directer Einfluß bis jetzt bemerkbar, obgleich dort rasch auf einander starke Goldrimessen von Californien erfolgt. Vollends in London zeigt sich bis jetzt keine Wirkung davon, und wenn wir nach Analogien schließen dürfen, so stehen auch keine beunruhigenden Aenderungen zu besorgen. Im ganzen fühlen wir uns in der Ueberzeugung bestärkt daß, wenn schon diese Entdeckungen am Ende wesentlich sowohl auf die Civilisation als auf den Handel einwirken müssen, sie doch keine plötzlich oder ruinöse Aenderung im Goldwerth herbeiführen werden." — Auch Daily News hat ausführliche, ähnlich lautende Berichte aus dem Goldlande. Sie bestätigen aber zugleich das früher gesagte, daß wer nicht den rüstigsten Körper und die beste Gesundheit besitzt, und dazu einigen Waffenmuth, von Californien wegbleiben soll. Die Arbeit ist die erschöpfendste, das Klima ungesund, dazu Entbehrungen aller Art, habgierige Mitarbeiter denen es auf einen Messerstoß nicht ankommt, blutdürstige Indianer (s. darüber Marryats „Reisen und Abenteuer des Monsieur Violet"), endlich Klapperschlangen und Skorpionen einer besonders giftigen Art in Menge. Freilich lehren die Mythologien aller Völker daß die Schätze von Drachen bewacht werden.

*) Vielleicht haben sie die Wunderfeile des Baron Dümmerl mitgebracht, dieses von dem sel. Hoffmann (in der Brautwahl) so unvergleichlich gezeichneten Typus einer ganzen Classe der „Gesellschaft."

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 348 14 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 10 Dec. Bei der in der heutigen Sitzung unseres Senats stattgehabten Bürgermeisterwahl für 1850 wurden, wie bereits erwähnt, Schöff v. Heyden und Senator Dr. Hessenberg zu regierenden Bürgermeistern der freien Stadt Frankfurt ernannt. Senator Dr. Hessenberg gehört als Mitglied unserer Constituante zu der Minorität dieses Körpers, welche den von dessen Majorität angenommenen Verfassungsentwurf auf das entschiedenste bekämpft und gegen mehrere als Rechtsbruch bezeichnete Bestimmungen dieses Entwurfs förmlichen Protest eingelegt hat. Schöff v. Heyden, ein ehemaliger Militär, ist einer der kräftigeren Charaktere in unserem Senat. Die Wahl dieser beiden Männer an die Spitze des Senats wird von großem Einfluß bei unserem bevorstehenden Verfassungskampf seyn. Seit einigen Tagen finden Abends außergewöhnliche militärische und polizeiliche Vorsichtsmaßregeln statt, wohl vornehmlich aus Anlaß unserer inneren Lage. (N. C.)

Bayern. **+ München.** (Schluß der Rede des Staatsministers v. d. Pfordten über das Judenemancipationsgesetz.) Es bleibt nun die dritte Classe der Beschränkung über, „die höchste politische Berechtigung." Hier bitte ich zu erwägen wie die Regierung bei Ausarbeitung des Gesetzentwurfs die Sache fand. Es ist den Israeliten in Bayern bereits eingeräumt das Recht Vertreter des Volkes zu seyn und an der Gesetzgebung theilzunehmen. Es ist ihnen ferner eingeräumt das Recht zur Function von Geschwornen berufen zu werden. Ob man dieß hätte thun sollen oder nicht, darüber habe ich weiter nicht zu reden. Die Regierung hat die Lage so vorgefunden, und jeder Gesetzgeber muß, wenn er ein Gesetz vorbereitet und ausarbeitet, die Verhältnisse ins Auge fassen unter denen das Gesetz ins Leben treten soll, und an die es zu knüpfen hat. Mit Recht hat ein Vorredner gesagt, man solle da anknüpfen wo man aufgehört hat; ich weiche nur darin von ihm ab daß er das Jahr 1846 gemeint hat. Die Regierung hat nur da anzuknüpfen wo die Gesetzgebung vom Jahr 1848 aufgehört, und diese beiden Rechte waren den Israeliten bereits eingeräumt. Soll man ihnen nun, nachdem sie Mitglieder der Kammer seyn können, das Recht vorenthalten Mitglieder des Landrathes zu seyn, oder durch die Wahl ihrer Mitbürger zu städtischen Aemtern im Magistrate, oder als Gemeindebevollmächtigte, oder in den Gemeindeausschuß auf dem Lande gewählt zu werden? Darin würde die Regierung eine Inconsequenz erblickt haben, für welche sie ausreichende Gründe der Vertheidigung nicht zu erkennen vermöchte. Wer zum höchsten politischen Rechte durch die Wahl seiner Mitbürger berufen werden kann, zur Volksvertretung in der Kammer, der muß auch ebenso zur Vertretung in dem kleineren Kreise des Landrathes, des städtischen Collegiums berufen werden können. Man hat ganz besonders hervorgehoben die Function als Richter, und ich spreche es offen aus, ich theile die Ansichten die in dieser Beziehung kundgegeben worden sind; ich glaube auch, es würde der größte Theil des bayerischen Volkes es nicht ertragen wenn ihm jetzt israelitische Richter vorgesetzt würden; aber ist denn auch davon die Rede? Wird das die Folge des Gesetzentwurfes seyn daß nun plötzlich unsere Gerichtshöfe mit Israeliten besetzt seyn werden? Ich bezweifle es. Ich erwäge hier zunächst daß die Gesammtzahl der Israeliten in Bayern 60,000 beträgt, die Bevölkerung nahezu 5 Millionen. Ich erwäge ferner daß bisher die Israeliten schon berechtigt waren zur Advocatur zu gelangen, ich kann die Zahl nicht angeben, aber ich bin überzeugt man würde erstaunen wenn man die Zahl vor sich hätte, wie wenige von sämmtlichen Advocaten des Königreichs Israeliten sind. Ich bitte auch hier ins Auge zu fassen daß ja im allgemeinen es Pflicht der Regierung ist bei Besetzung von Aemtern nicht bloß die Befähigung des Individuums in wissenschaftlicher Beziehung, sondern auch alle andern einschlagenden Verhältnisse ins Auge zu fassen. Es wird eine Regierung nicht klug handeln wenn sie einem Gerichtsbezirke der durchaus aus Katholiken besteht, etwa einen Protestanten zum Richter gibt, wenn sie einen ebenso fähigen Katholiken an diese Stelle zu setzen im Stande wäre; oder umgekehrt, würde eine Regierung nicht vorsichtig und klug handeln wenn sie in die ganz protestantische Bevölkerung lauter katholische Richter setzen wollte. So verschieden auch die Principien waren von denen man in den letzten Decennien ausgegangen ist, diese naturgemäße Rücksicht hat man immer, wenn auch mehr oder weniger, im Auge behalten. Ist es nun wahrscheinlich daß, wenn dieses Gesetz angenommen wird, die Regierung sich beeilen werde etwa für ein altbayerisches Gericht wo man früher kaum einen Juden gekannt hat, einen jüdischen Landrichter zu ernennen? Ich zweifle daran. Es handelt sich hier nur um die Fähigkeit; etwas anderes ist die Würdigkeit welche sich an dieses Gesetz knüpft. Mich schrecken daher auch nicht die Erinnerungen an die verschiedenen jüdischen Minister welche die Geschichte uns zeigt, und namentlich schreckt mich am wenigsten das älteste Beispiel eines jüdischen Finanzministers das uns vorgeführt worden ist. Wenn ich recht verstanden habe, war es Joseph in Aegypten, und ich bekenne daß alle christliche Erinnerung welche von meiner Jugend auf in mir ist, mich in Joseph etwas anderes erblicken ließ als einen Unterdrücker der Aegyptier und einen gefährlichen Finanzminister. Ich habe einen von Gott geliebten und zur Rettung nicht bloß der Aegyptier, sondern seines eigenen Volkes auserschenen Mann, ich habe ein Werkzeug in der Leitung der Völker durch Gottes Vaterhand in ihm erkannt, und in diesem Sinn steht er in meinem christlichen Bewußtseyn. Daß es später jüdische Minister gegeben habe deren Handlungen ich nicht vertheidigen möchte, das ist richtig. Es hat aber auch deren christliche gegeben, und auch in dieser Beziehung bezweifle ich daß wir in sehr naher Zeit in Bayern ein wesentlich jüdisches Ministerium an der Spitze der Geschäfte erblicken werden. Ich wiederhole, die Regierung hat bei der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes sich lediglich auf den praktischen Boden des Gegebenen gestellt. Ich mache kein Hehl daraus wenn noch ganz unversehrt der Zustand gewesen wäre, wenn ich also z. B. mitzuwirken gehabt hätte zur Ausarbeitung des Gesetzentwurfes im Jahr 1847, so würde ich nicht so weit gegangen seyn. Ich würde die dritte Classe der Beschränkungen jetzt noch aufrechterhalten haben, in der festen Ueberzeugung daß die Gleichberechtigung der Israeliten mit den Christen dadurch viel naturgemäßer, sicherer

und ohne allen Nachtheil allmählich hätte herbeigeführt werden können; ich würde mit der Beseitigung der privatrechtlichen Beschränkungen begonnen haben; allein wir mußten die Lage der Gesetzgebung nehmen wie wir sie fanden, und so habe ich mich mit voller Ueberzeugung zu dem Satze bekannt: da die Gesetzgebung des vorigen Jahres die höchsten politischen Rechte bereits gegeben hat und die Beseitigung der privatrechtlichen Schranken schon vor Jahren hätte geschehen sollen, mithin nur noch wenig politische Rechte übrig bleiben deren Ausübung praktisch fast verschwinden wird, so scheint jetzt eine volle Emancipation das Naturgemäße und allein Richtige zu seyn. Dieses sind im wesentlichen die Motive auf welchen der Gesetzentwurf beruht. Erlauben Sie mir nur noch mit wenigen Worten auf die Einwendungen einzugehen welche gemacht worden sind, und die ich um so höher anschlage weil ich mit Ihnen gefühlt habe daß sie aus einer aufrichtigen Ueberzeugung, aus einer hohen und dabei doch zugleich milden Gesinnung hervorgegangen sind. Man hat auf die Stammesverschiedenheit hingewiesen welche die Juden von den Deutschen und Bayern trennt, und stets trennen wird. Ich bin gewiß der letzte welcher die Bedeutung der Stammesverschiedenheit verkennt, und bin überzeugt daß einer der wichtigsten Hebel alles Staatslebens die Nationalität ist. Aber er ist nicht der einzige. Wir haben uns zwar in neuerer Zeit, ich möchte sagen in den Gedanken hinein phantasirt daß der Staat und die Nationalität des Volkes im Staate durchaus identisch seyn müsse. Die Geschichte aber straft diesen Gedanken Lügen. Wir haben in Europa kaum einen einzigen Staat welcher auf reiner Nationalität ruht, und es steht dieses im Zusammenhang mit dem fortgeschrittenen Zustande der Cultur der europäischen Völker. Die völlige Abgeschlossenheit der Nationalität gehört der Zeit der Kindheit des Staates an, namentlich der Zeit der Völkerwanderung; bei fortgeschrittener Staatenbildung aber, bei Fixirung der Volkssitze mischen sich die Nationalitäten mehr oder minder und gehen in einander über. Ich gebe zu daß dieser Gedanke auf die Juden eine nicht so vollständige Anwendung leidet als auf das Verhältniß der romanischen und germanischen Völker zu einander; aber eine gewisse Anwendung leidet er doch auf sie. Ich kann nicht zugeben daß zwischen den deutschen und den polnischen Juden, zwischen den polnischen und den französischen Juden durchaus kein Unterschied bestehen sollte. Es ist sogar ein wesentlicher Unterschied zwischen den bayerischen unn preußischen Juden. Schon diese Nüancen haben sich den unter uns wohnenden Juden aufgedrängt und Sie werden einen Berliner Juden vor einem andern erkennen, so gut wie einen Berliner Nichtjuden von einem andern Deutschen. Es ist also die Mischung der Nationalität welche im allgemeinen ihre Geltung behauptet, auch dem Judenthume gegenüber in einem gewissen Grade wahr, und, wenn sie noch nicht weiter fortgeschritten ist, so liegt der Grund zu einem großen Theile in der bisherigen Zurücksetzung der Juden durch die Gesetzgebung. Wenigstens wird die vollständige Widerlegung dieses Gedankens so lange nicht möglich seyn als man von den Juden nicht die Schranken weggenommen hat. Ich kann mich zum Beweise dessen auf die Erfahrung der Länder berufen in welchen die Juden bereits keinen oder nur geringeren Schranken unterliegen als bei uns: in Frankreich namentlich ist der Jude von dem eigentlichen Franzosen sehr wenig, in den meisten Fällen kaum irgendwie zu unterschiden, und Gefühl und Sinn für das Franzosenthum in die Juden fast vollständig übergegangen. Ich weiß zwar wohl daß man einwendet, in Frankreich gebe es verhältnißmäßig weniger Juden als in Deutschland. Es ist dieses richtig, und ich muß diesen Einwand in gewisser Beziehung gelten lassen. Es wird daher eine Annäherung der Juden an die deutsche Nationalität langsamer vor sich gehen. Es beweist aber dieser Hinblick auf Frankreich und England so viel daß das Judenthum einer Assimilirung der Nationalitäten nicht schlechthin für alle Zeiten und unter allen Voraussetzungen unfähig sey. Man hat hingewiesen auf die Charakterfehler der Juden. Ich habe zu erwiedern: es stehen neben diesen Fehlern auch nicht geringe Tugenden, und ich weise, außer den bereits von mir hervorgehobenen im Familienleben, namentlich auf zwei hin, welche geschichtlich ebenso alt sind und zweien ebenso großen Lastern der Deutschen gegenüberstehen, als jene Fehler der Juden welche man den altgeschichtlichen Vorzügen der Deutschen gegenüber gestellt hat. Ich meine damit die Nüchternheit und Sparsamkeit, die Enthaltung der Juden von Verschwendung, namentlich im Spielen(?), während es zwei Grundzüge aus alter Zeit der Deutschen sind daß sie sehr viel trinken und sehr gern spielen. Ich will dieses nur deßwegen hervorheben um klar zu machen daß mit Aufzählung von Charakterfehlern diese Frage nicht entschieden werden kann. Jede Nationalität hat ihre eigenthümlichen Vorzüge und ihre eigenthümlichen Fehler, und ich glaube es wird auf diesem Gebiete der Streit nicht zur Entscheidung gebracht werden. Aber man erwäge wohl daß gerade die hervortretendsten Laster der Juden im innigsten Zusammenhang stehen mit den Beschränkungen denen sie unterworfen sind. Man sagt, der Jude ist feig. Man hat den Juden bis in die allerneueste Zeit von der Ehre Waffen zu tragen ausgeschlossen und ihm nie die Möglichkeit gegeben den männlichen Muth auszubilden. Selbst das Vorbild des Kriegs, die Jagd, ist dem Juden in früherer Zeit durch die Gesetze entzogen worden. Nie hat man ihm die Möglichkeit gegeben gleich dem Christen Muth und Tapferkeit zu entwickeln. Daß die jüdische Nationalität sich nicht von jeher und zu aller Zeit durch Feigheit ausgezeichnet hat, beweist die Geschichte des jüdischen Volks aus der Zeit wo es einen eigenen Staat bildete. Dort, glaube ich, treten uns ebensoviele jüdische Helden entgegen als manche Nation aufzuweisen hat. Man hat gesagt, der Jude sey treulos: das hängt eben damit zusammen daß die Gesetzgebung von vornherein präsumirt, er werde dem Christen keine Treue halten. Dadurch ist in dem gemeinen Juden der Gedanke entstanden, es sey gerechtfertigt wenn er das dem Christen zurückgibt was dieser ihm von vornherein zumuthet. Man hat darauf hingewiesen daß der Jude nur nach Vermögen trachte, und alles andere hintansetze. Das ist richtig, aber es war auch die einzige Möglichkeit für ihn zu irgendeiner Geltung zu kommen. Sich geltend zu machen, das ist nicht ein Fehler, das ist der Naturtrieb eines jeden lebenden Wesens, und im Menschen tritt er ganz besonders hervor. Es ist die Lebensbedingung; wo sie nicht mehr existirt, hört das Daseyn auf. Wenn Sie jemanden alle andere Möglichkeit sich geltend zu machen abschneiden und lediglich den Weg des Reichthums übrig lassen, so zwingen Sie ihn diesen Weg zu betreten. Und so war es bei den Juden. Man hat den Juden aus seiner Gesellschaft verdrängt, man hat ihn verachtet, man ist so weit gegangen daß wenn ein Christ einem Juden begegnete, jener diesen jeden Augenblick zur Unterwürfigkeitsbezeugung zwingen konnte. Aber wenn man Geld gebraucht hat, hat man es bei den Juden gesucht und gefunden. So war es im fünfzehnten Jahrhundert, so ist es im neunzehnten Jahrhundert. Wie ist es demnach zu wundern daß der Jude nach dem Schlüssel sucht der die Thüre öffnet aus der er hinausgewiesen wird? Das Geld ist für ihn dieser Schlüssel, darum ist das Geld das Ziel nach dem er strebt. Es ist sodann darauf hingewiesen worden daß die Juden eine Sympathie mit politischen Bewegungen nicht bloß, sondern mit politischem Umsturz hätten, daß sie die eigentlichen Apostel der Revolution wären. Es liegt darin eine gewisse Wahrheit. Die Geschichte beweist es, und man kann damit auch in Verbindung bringen, worauf auch hingedeutet worden ist, daß in unserem Jahrhundert gerade die Organe der Bewegung der oppositionellen Presse und was damit zusammenhängt wesentlich und überwiegend in den Händen von Juden geschehen werden. Man hat um diese Erscheinung zu erklären häufig gesagt, dieß liege in der geistigen Eigenthümlichkeit der Juden, in ihrem überwiegend kritischen negativen Talente. Ich will dieses ununtersucht lassen. Meiner Ueberzeugung nach tritt mit gleichem Gewichte, ich möchte sagen überwiegend, das politische Moment dazu daß ihnen auch im geistigen Leben andere Richtungen der Thätigkeit verschlossen sind. Diejenigen Juden die sich über den gewöhnlichen Grad der Bildung ihrer Nation, was man verächtlich „Schacherjuden" genannt hat, erhoben haben, die eine wissenschaftliche Bildung sich erworben haben, in welcher Lage befinden sie sich wenn sie als junge Männer von 25 Jahren die Universität hinter sich haben? Es ist ihnen ja in der That jede geistige Thätigkeit beinahe verschlossen: nur Anwälte und praktische Aerzte können sie werden, Lehrer in sehr untergeordneter Weise. Was bleibt ihnen also übrig? Sie werfen sich auf jene ihnen noch freigelassenen Zweige mit jenem Ingrimm welchen die Zurücksetzung in ihnen erzeugte; so sind sie von vornherein, indem sie die Feder in die Hand nehmen, gleichsam die nothwendigen Feinde des Staats der sie von sich ausstößt; wie es bei dem Schacherjuden das Geld ist das er zusammensucht, weil mit diesem allein er zur Geltung kommen kann, so wirft sich der geistig gebildete Jude auf die Revolution, weil er in dieser allein sein Heil sieht; auf andere Weise, sagt er zu sich, wirst du aus diesem Zustande nicht herauskommen, so mag der Weg betreten werden der noch allein hilft! Ich kann nicht glauben daß, wenn das jüdische Volk erst die gleiche politische Stellung hat, es nicht auch das gleiche Bedürfniß conservativer Staatsprincipien mit den Christen fühlt; und ich bin überzeugt, sind die Juden in dieser Beziehung befriedigt, hat der Staat die Ungerechtigkeit von ihnen genommen, so werden wir die geistig und sittlich befähigten Juden ebensogut für Ordnung und Recht und für Erhaltung des Bestehenden in die Schranken treten sehen als jetzt die meisten an dem Bestehenden rütteln; aber auch bei den niedern Classen des Judenthums wird das eintreten; gerade wer besitzt will erhalten, und es erscheint mir als psychologische Sonderbarkeit daß man besitzende Juden als Beförderer der Bewegung gefunden hat! das wird aufhören sobald sie nicht so nahe liegende Zwecke zu erreichen haben. So möchte meiner Ueberzeugung nach auf dem politischen Standpunkt, wenn man die revolutionären und die conservativen Gesichtspunkte abwägt, für den Gesetzentwurf

manches zu sagen seyn. Wir sehen das materielle und geistige Vermögen
das die Juden unter uns besitzen, und das wir ihnen nicht nehmen kön-
nen, überwiegend auf Seite der Revolution; nehmen wir die Schranken
hinweg unter denen sie leiden, und es wird das Motiv wegfallen warum
sie mit der Revolution bisher sympathisirt haben. Man hat endlich, und
das ist von großem Gewicht, auf die Volksstimmung hingewiesen, und ich
verkenne nicht daß die Vorlage dieses Gesetzentwurfs schon der Regierung
viele Einwendungen zugezogen hat, und daß wenn das Gesetz durchgeht,
es vielleicht in vielen Theilen des Landes eine große Mißstimmung erregt;
allein ich habe schon bei andern Gelegenheiten bekannt daß meines Erach-
tens es die Pflicht der Regierung ist, wo sie auf einer festbegründeten wohl
überlegten Ueberzeugung steht, das was das Wohl des Staats nach dieser
ihrer Ueberzeugung fördert zu verfolgen, wenn sie auch im Augenblick
die öffentliche Meinung nicht für sich hat; ich habe bei andern Gelegen-
heiten das für meine Pflicht gehalten; und daraus den Muth dafür ge-
schöpft der öffentlichen Meinung entgegenzutreten, ich habe dasselbe Pflicht-
gefühl und denselben Muth hier, wenn wirklich die öffentliche Meinung so
entschieden auf der andern Seite steht. Ich habe in jenen andern Fällen
dieser Art in mir die Ueberzeugung getragen daß, wenn erst eine gewisse
Zeit vorübergegangen seyn wird, die öffentliche Meinung eine andere Rich-
tung nehmen dürfte; ich trage dieselbe Ueberzeugung auch hier in mir. Wenn
der Gesetzentwurf sanctionirt seyn wird und eine Zeit lang gilt, so werden
die entschiedensten Gegner des Gesetzentwurfes unter den Landleuten ein-
sehen daß sie dadurch nicht benachtheiligt werden; wo man jetzt keine
Israeliten hat, wird man sie auch nachher nicht haben, wenn man sie nicht
inzwischen ruft, und wo sie jetzt ansässig sind wird man sehen daß sie sitt-
lich nicht schlechter sondern besser zu werden anfangen, und daß der Land-
mann nicht mehr gedrückt, betrogen und ausgesaugt wird als das leider
in manchen Gegenden bisher der Fall war. Ich glaube daß alle diese
Uebel durch die bestehenden Ausnahmsgesetze nicht abgewendet sondern
herbeigeführt, genährt und verbreitet werden; ich bin der Ansicht daß
wenn wir im Jahr 1849 dieses Gesetz sanctioniren, zwar vielleicht nicht
das Jahr 1850, wohl aber das Jahr 1870 oder 1890 uns dafür dan-
ken wird.

‖ **München,** 13 Dec. Der heutige vierte Tag der Judendebatte
ragte an Interesse und werthvollen Reden weit über die vorangehenden her-
vor. Zuerst verlas Graf Hegnenberg eine Zuschrift des hiesigen Rab-
biners, Hrn. Aub, in welcher die Juden und das Judenthum gegen die
Vorwürfe von Ruland, Allioli und Sepp gewahrt und die Reinheit der
jüdischen Sittenlehre dargestellt wird. Hr. v. Hermann beanstandet
diese Vorlesung aus formellen Bedenken, mehrere Redner und die Kam-
mer selbst stellen sich auf Seite des Präsidenten. Nun spricht sich Döl-
linger in einer zweistündigen Rede für das Princip der Emanci-
pation, aber auch für die Modification Hirschbergers aus, welche für
die Ansässigmachung ein Gemeinde-Veto schafft. Des Redners Aus-
gangs- und Zielpunkt ist die Freiheit der Kirche. Der zweite Präsident
Weis und Frhr. v. Lerchenfeld sprechen mit Wärme und scharfer Lo-
gik für das Gesetz, und gegen jede Modification. Des letzteren Rede zeich-
net sich namentlich durch das Einschneidende seiner historischen und prak-
tischen Vorhalte den Gegnern gegenüber aus, und gehört wohl zu den
besten Reden die in diesem Saale je vernommen wurden. Als er geen-
det, wird (um 3½ Uhr) die Sitzung geschlossen um morgen abermals fort-
gesetzt zu werden. Zwischen diesen Reden fehlt es nicht an weniger inter-
essanten Episoden; mehrere neue Modificationen für die Wahrung des
christlichen Staates und zur Schaffung des Gemeinde-Veto tauchten auf.
Ein Vorschlag Baurs will dieses Veto nur vorübergehend bis zum Er-
scheinen des neuen Gemeinde-Edicts feststellen; man sieht daß die Hoff-
nungen für das Durchgehen des unmodificirten Gesetzes nicht ganz unge-
trübt sind.

c **München,** 13 Dec. Unsere Telegraphenleitung von Salzburg
hieher ist nun bereits fast zur Mitte der Stadt hereingeführt; in weni-
gen Tagen wird sie an ihrer Endbestimmung (das Bureau des Handels-
ministeriums im Wilhelminischen Gebäude) angelangt, und daher die all-
gemeine Hoffnung nicht unbegründet seyn die telegraphische Verbindung
mit Wien bis zum ersten Tage 1850 hergestellt zu sehen. Der elektro-
magnetische Local-Feuer-Telegraph von dem Petersthurme herab einer-
seits in das Magistratsgebäude, andererseits in das städtische Feuerhaus
ist bereits vollständig eingerichtet und im Gange. — Professor Philipps,
welcher dem Rufe an die kaiserliche Universität Innsbruck, wie Sie wissen,
gefolgt, hat die nachgesuchte Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst
unter Vorbehalt des bayerischen Indigenats erhalten. Gestern sahen
wir zum erstenmal auf unserer Hofbühne Struensee von dem hier verstor-
benen Michael Beer mit der Musik seines berühmten Bruders Meyerbeer.
Der Erfolg der Darstellung war indessen nicht so glänzend als gehofft
wurde, und der Beifall bei weitem geringer als der welcher Laube's Struensee
hier fortwährend begleitet. Das Stück ist ermüdend lang, theils zu sehr
stylisirt, theils nicht frei von gefühlswidrigen Situationen. Laube's
Charakterzeichnungen sind viel prägnanter. Meyerbeers Musik ist stellen-
weise sehr schön.

Württemberg. ⚌ **Stuttgart,** 11 Dec. Die Verhandlung über
den Paragraphen der Adresse welcher die Stellung Württembergs in der
deutschen Frage betrifft, ist in fünfstündiger Sitzung heute noch nicht be-
endet. Römer hat in der Hauptfrage des Minoritätsgutachtens (dem
Anschluß an Preußen) auch Widerstand unter den Conservativen gefun-
den; zwei Abgeordnete aus Oberschwaben und der Abgeordnete für Ell-
wangen sind ebenso dagegen aufgetreten wie Redner der Mehrheit, und
die Regierung steht dieser Richtung ebenfalls fern; der Minister des Aus-
wärtigen, welcher heute mehreremale redete, konnte diese Haltung durch
die Stimmung der Versammlung selbst rechtfertigen, worin nur wenige
eine Ansicht vertraten welche Oesterreich von Deutschland sondern würde.
Huck (conservativ) hob hervor daß eine Ausschließung Oesterreichs vom
deutschen Verbande eine unheilbare Trennung des Nordens und Südens
veranlassen müßte; ebenso redete Kuhn. Römer machte dagegen gel-
tend: Preußen biete etwas positives, Oesterreich habe allein negirt; es
habe auf die Pacificirung Ungarns als auf den Zeitpunkt bestimmter Vor-
schläge verwiesen, allein dieselben alsdann einzubringen unterlassen; es
habe in den Verhandlungen auf eingebrachte Vorschläge eingewendet, die
Souveränetät der mittleren Staaten werde dadurch zu sehr beeinträchtigt
werden. Allem Anschein nach bedarf es ganz anderer Ereignisse als der
bisherigen, wenn die allgemeine Ansicht über die Nothwendigkeit eines An-
schlusses an Preußen in Schwaben vorherrschend werden soll. Die linke
Seite wies durch Mohl und Rödinger die vom Ministertische verlangte
Anerkennung der Vereinbarung bestimmt zurück; die hauptsächlichste Be-
gründung der von ihr vertretenen Geltung der Reichsverfassung wurde
außer der staatsrechtlichen Deduction darin gesucht daß eine Durchführung
der Einheit bei der Vereinbarung mit 38 Regierungen unmöglich sey.
Ein Redner dieser Partei, Hopf, sprach ferner deren Zwecke deutlich da-
hin aus daß Württemberg nach geschehener Anerkennung die Ereignisse
abwarten möge, um bei passender Gelegenheit mit der Reichsverfassung
wieder hervorzutreten. Römer dagegen machte geltend daß ein solcher
Zeitpunkt noch lange entfernt seyn werde, und daß irgendein größerer
Verband schon jetzt für die deutschen Staaten ein unabweisbares Bedürf-
niß bilde. In Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfassung hielt er
sich mit Recht an die Thatsachen, um die Unzweckmäßigkeit des Verlan-
gens darzulegen; mögen im übrigen Deutschland viele den stillen Wunsch
hegen daß dieselbe zur Geltung gelange, so seyen die Massen indifferent.
Der Minister des Aeußern hielt den Standpunkt der Vereinbarung
fest. Er sey weit entfernt die Volkssouveränetät zu bestreiten, der einzig
mögliche Standpunkt dieselbe aufzufassen bestehe aber darin daß man
ein Volk sich ohne Regenten nicht denke, möge derselbe Fürst oder Prä-
sident seyn. Die Beschlüsse des Vorparlaments seyen zwar anerkannt
worden, indem die Regierungen damals schwach waren; es folge aber nicht
daraus die Pflicht die bei einer Versammlung anerkannte Ermächtigung
auch bei folgenden anzuerkennen. Er verwies auf die Möglichkeit der
Einigung der Regierungen und auf den Fehler der Nationalversamm-
lung die günstige Zeit mit Verhandlungen über Interpellationen, Grund-
rechte rc. zu verbringen, statt die Verfassung schnell zu beendigen; man
habe gezögert und gezögert bis die Regierungen wieder zur Macht ge-
langt waren. Von Württemberg seyen jetzt positive Schritte geschehen
um eine Einigung anzubahnen, wie die Vorlagen erwiesen. In Bezug
auf dieselben halte er den Entwurf der Minderheit für praktischer wie
den der Mehrheit; es sey darin auf eine Einigung durch einen neuen Reichs-
tag hingewiesen; die württembergische Regierung habe dazu die Hand ge-
boten; es sey in den Vorlagen weiterhin darauf Gewicht gelegt worden
daß die künftige Reichsverfassung einer deutschen Nationalversammlung
zur Zustimmung vorgelegt werde; die Durchführung der Grundrechte in
derselben sey vorausgesetzt mit Vorbehalt derjenigen Veränderungen
welche die Reichsversammlung selbst treffen würde. Die Nothwendigkeit
eines Volkshauses entspreche ferner den Ansichten der jetzigen Minister;
die Verfassung dürfe aber nicht so weit gehen daß die Eigenthümlichkeit
der Stämme und die besonderen Interessen der Länder gefährdet seyen.
Auf eine nähere Anfrage hinsichtlich des Beitritts zum Dreikönigsbünd-
niß antwortete der Minister verneinend, ob er gleich vorher den Beitritt
Württembergs zur engeren Einigung auch ohne Oesterreich nicht zurück-
gewiesen hatte. Er fand die Rechtfertigung in der heutigen Verhand-
lung, wo nur wenige für die Hegemonie Preußens geredet hätten. Er
kam alsdann auf die Unterhandlungen der Regierungen und auf einen
Bayern gemachten Vorwurf hinsichtlich der Vertretung von Particular-
interessen. Die bayerische Regierung trage nicht die geringste Schuld
dieser Art. Ihre Schritte seyen im Gegentheil durch die Hartnäckigkeit

von anderer Seite her fehlgeschlagen. Wegen des Uebergewichts des nördlichen Deutschlands bei dem Ausschluß Oesterreichs sey Einhelligkeit der Stimmen hinsichtlich der Verfassungsveränderungen vorgeschlagen, aber abgelehnt; Preußen ferner beharre darauf die Consumtionssteuern der Centralgewalt zu überweisen; hierauf könne Bayern wegen seines Finanzsystems in Bezug auf die Malzeinnahmen rc. nicht eingehen. Dagegen bemerkte **Römer** daß Bayern verlangt habe die Fürsten sollten die Regierung bilden und Preußen nur vollziehen, wozu sich natürlich die Krone Preußen nicht verstehen könne. — Der Verlauf der Verhandlung war übrigens ohne Bitterkeit und Aufregung.

*** **Stuttgart,** 12 Dec. Die Kammer ist auf unerwartete Weise schon jetzt mit der Regierung in den entschiedensten Conflict gerathen, und zwar nicht allein die Mehrheit, sondern die ganze Versammlung, höchstens mit Ausnahme von zwei Mitgliedern. Kurz nach dem Anfang der Sitzung erwähnte der Abg. Süßkind eine Aeußerung des jetzigen Ministers des Auswärtigen in der ersten Kammer während des vergangenen Landtags über die Grundrechte (über deren Gültigkeit, welche mit der der Reichsverfassung zusammenhänge). Als der Minister dieselbe erläuterte, sprach er zugleich aus die erste Kammer habe noch nicht aufgehört. Sogleich entstand eine unruhige Bewegung unter allen Mitgliedern. Reyscher (rechtes Centrum): „Die Behauptung des Ministers steht in Widerspruch mit Art. 1 des Gesetzes vom 1 Julius (Wahlgesetz). Die Kammer der Standesherren hat sich aufgelöst. Ein rechtsgültiges Gesetz hat sie aufgehoben. Ich protestire im Namen des Landes gegen die Behauptung." Bei diesen Worten erhob sich unter lautem Beifall die ganze Kammer; v. Schlayer trat der Behauptung seines Collegen bei; er glaube daß dieselbe auf dem Recht begründet sey. Den jetzigen Ständen sey es vorbehalten sich mit der Regierung zu vereinbaren. Eine zweite Kammer sey noch nicht constituirt, er halte bis zur Vereinbarung an der Verfassung von 1819. Er beleidigte ferner das Ministerium Römer, dessen Mitglieder bisher der Regierung noch nicht entgegengetreten waren, sowie die Mitglieder der frühern Mehrheit durch die Aeußerung, „die wichtigsten Dinge seyen damals (im Junius) mit einem Stillschweigen behandelt worüber man erstaunen müsse. Er wisse wie man die Sache Sr. Maj. vorgetragen habe." Schließlich gab er den Protest der Kammer zurück und mit ihm erhoben sich die übrigen Minister. v. Zwergern stellte unter allgemeiner Bewegung den Antrag die Sitzung zu unterbrechen, die Aeußerungen der Minister sogleich der staatsrechtlichen Commission zur Begutachtung zu überweisen und in der nächsten Sitzung darüber zu verhandeln. Es erhoben sich wieder alle Mitglieder der Versammlung mit Ausnahme von zweien. Vorher hatte Mohl den Inhalt der Actenstücke mitgetheilt welche die Regierung der betreffenden Commission übergeben hat. In einer Depesche des Ministeriums an den württembergischen Gesandten in Wien wird die Ansicht ausgesprochen, die deutschen Regierungen möchten in der Verfassungsangelegenheit die Initiative ergreifen. Es sey durchaus nothwendig daß in der Verfassung nicht auf das frühere Bundesverhältniß zurückgegangen sondern daß ein Volkshaus errichtet werde. Es wird angedeutet daß Oesterreich zugesagt habe auf eine engere Verbindung mit Deutschland eingehen zu können. Auch nach München seyen ähnliche Eröffnungen gemacht und die Einleitung getroffen worden um mit dem königlichen Cabinet sich auf einer Grundlage zu verständigen bei welcher sich auch hoffentlich andere Regierungen betheiligen werden. Dann soll das Resultat der Reichsversammlung mitgetheilt werden. Der Minister des Aeußern fügte hinzu daß dem zukünftigen Reichstage nicht vollkommene Constituirungs-Befugniß einzuräumen sey, sondern daß das Resultate der Erörterung desselben überlassen werden solle, so daß das Ganze durch Vereinbarung zu Stande kommen würde.

Gr. Hessen. **Gießen,** 8 Dec. Das Resultat der Wahl zwischen Soldan und Vogt ist: für Soldan 468, für Vogt 675; Majorität für Vogt 207. Diese Wahl kann schwere Folgen haben. Denn wenn nun bei dieser zweiten Wahl auch auf dem Lande sich die Majorität für Vogt erklärt, was nach einigen Nachrichten der Fall seyn soll, so entsteht die schwere Frage: ist Vogts Wahl gültig? Die Majorität der ganz und gar demokratischen Kammer wird dieß wahrscheinlich bejahen, und dann? (Fr. J.)

Mainz, 6 Dec. In die erste Kammer ist hier der demokratische Candidat, Dampfschifffahrtsagent Dr. Strecker gegen den constitutionellen Candidaten Obergerichtsprocurator Kilian gewählt. Die Bestürzung der unterlegenen Partei über die neue Niederlage, welche sie bei dem hohen Steuercensus durchaus nicht erwartet hatte, ist groß. (Fr. J.)

Kurhessen. **Bockenheim,** 8 Dec. Gestern verschied dahier in einem vorgerückten Lebensalter der königl. niederländische Major a. D. v. Gagern, ein Bruder des noch zu Hornau lebenden und als Staatsmann und Schriftsteller wohlbekannten Frhrn. v. Gagern und Oheim Heinrichs v. Gagern. (Fr. J.)

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 10 Dec. In der zweiten Kammer beantwortete heute der Minister des Auswärtigen eine Interpellation, betreffend die in Folge des badischen Aufstandes gefangenen Sachsen. Es sind ihrer 38, wegen deren Auslieferung bereits seit Monat August verhandelt wird, und dieselbe ist badischerseits unter der Bedingung zugesagt worden daß gegen die Ausgelieferten diesseits mit der Untersuchung verfahren werde; über die Veranlassung zu einer solchen hat sich unsere Regierung die entscheidende Entschließung vorbehalten, und steht dem Eintreffen der nach Sachsen zu Instradirenden jetzt entgegen. — Von den Blättern des Dreikönigsbündnisses wird jener Artikel der Württembergischen Zeitung eifrig besprochen, welcher einige für Sachsen und Hannover nicht eben erfreuliche Enthüllungen der Bündnißpropaganda jener Regierungen bei den süddeutschen Staaten in Aussicht stellen zu wollen scheint.*) Es wird sich fragen inwieweit Römer seine Wissenschaft durch das Ministerialamtsgeheimniß für gebunden erachtet; nachdem aber einmal durch jenen Steinwurf die Wellenkreise des Verdachts rege gemacht worden sind, muß am Ende unsere Regierung selbst darauf denken das Thatsächliche dieses Zwischenfalls an das Licht zu rücken.**) So lebhaft in letzter Zeit der Proceß Waldeck allüberall besprochen ward, so opferwillig man dabei die Schächer der Kreuzzeitung an das Kreuz schlagen hörte, so hat doch die sächsische Presse verhältnißmäßig nur wenig mit der Moral des Ereignisses sich beschäftigt. Natürlich konnte die Leipziger Zeitung bei der Schwebe der deutschen Differenz die Mißlichkeiten jenes Processes nicht füglich ausbeuten, der gewisse preußische Staatsmänner als dupes wo nicht etwas schlimmeres hinstellt; der Gothaer Opposition aber mag jener Mortimer-Ohm***) zu ungelegen gefallen seyn als daß sie die Debatte über den Proceß aufzunehmen sich gedrungen fühlen könnte. Uebrigens steht Preußens Freunden immer der wichtige Unterschied zur Seite daß wir ja nicht mit der preußischen Regierung, sondern mit dem preußischen Volk das Bündniß flechten wollen — zwei Factoren die sich trotz des preußischen Constitutionalismus nicht identificiren lassen möchten. Den inmittelst zwischen den beiden Regierungen abgeschlossenen Staatsvertrag über die elektromagnetische Telegraphenverbindung zwischen Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M. finden Sie bereits in der heutigen Leipziger Zeitung. (Und die Fortsetzung nach Bayern?)

Thüringen. **Gotha,** 8 Dec. Nach einem „wie man vernimmt" in dem Frankf. J. hat die hiesige Regierung eine Militärconvention mit Preußen abgeschlossen.

K. Hannover. † **Göttingen.** Das in diesen Tagen ausgegebene Personalverzeichniß der Universität ergibt für dieß Semester eine Zahl von Studirenden wie wir dieselbe seit 1837 nicht mehr gehabt haben. Neu immatriculirt wurden 244 (129 Hannoveraner, 115 Nichthannoveraner); abgegangen sind 197. Die Gesammtzahl beträgt 789 (463 Hannoveraner, 326 Nichthannoveraner) und nach den einzelnen Facultäten: 146 Theologen, 299 Juristen, 207 Mediciner, 137 zur philosophischen Facultät gehörige. Die Zahl der Docenten beträgt 107, nämlich 47 ordentliche, 22 außerordentliche Professoren, 28 Privatdocenten, 10 Lectoren und Exercitienmeister. Die Gesammtzahl der Lehrer war vielleicht nie so groß solange die Universität steht, und die der Studirenden hat sich seit dem großen Knotenpunkt deutscher Verhältnisse, dem März 1848, wo sie das Minimum von 582 erreicht hatte, um 207, steigend mit jedem Semester, vermehrt. In den blühendsten Zeiten Göttingens, im vorigen Jahrhundert, dann von 1831 bis 37 betrug die Zahl immer nur 8 bis 900. Die ungewöhnliche Frequenz nach den Freiheitskriegen und in den zwanziger Jahren war eine durchaus abnorme, durch

---

*) Die Württembergische Zeitung, die bekanntlich in engster Verbindung mit dem ehemaligen Minister Römer steht, enthält eine bemerkenswerthe Beleuchtung der hannover-sächsischen Bundesstaatspolitik. Nachdem der eigenmächtige Rücktritt der beiden Regierungen als eine Rechtsverletzung hingestellt ist, wird in demselben Artikel auf noch ganz andere Dinge hingedeutet. Der Artikel schließt nämlich folgendermaßen: „War es den beiden Regierungen wirklich um den Bundesstaat zu thun, so mußten sie thun was in ihren Kräften stand Bayern und Württemberg zum Beitritt zu bewegen, und müssen sie jetzt diese ihre Bemühungen zur allgemeinen Kenntniß bringen. Finden aber sie dieß nicht angemessen, so wird es noch andere geben die darüber Aufschluß geben können. Wie, wenn unsere Märzminister veröffentlichten, ob und in welcher Weise die Regierungen von Hannover und Sachsen für Württembergs Anschluß thätig gewesen sind?" Das heißt (so schließt der Nürnb. Correspondent) verdolmetscht daß die Regierungen Hannovers und Sachsens der württembergischen von dem Anschluß an das Bündniß, dem sie selbst beigetreten waren, unter der Hand abgerathen haben, um nachher die Ablehnung Württembergs zum Vorwand für ihren eigenen Rückzug benützen zu können!

**) Die Leipziger Zeitung vom 11 d. bringt einen offenbar halbamtlichen Artikel über die Angabe der Württemb. Ztg., in welchem am Schluß es heißt: Sachsen könne den angekündigten Aufschlüssen mit Ruhe entgegensehen.

***) In Berlin nennt der Volkswitz verfälschte Briefe „nachgeohmte Briefe."

die mannichfaltigsten Umstände bedingte. Obwohl die gegenwärtige wieder vermehrte Frequenz gewiß zum Theil durch neue Berufungen und die vollständige, meist doppelte oft dreifache Besetzung der Hauptfächer hervorgerufen ist, so muß doch zugegeben werden daß viele andere äußere Umstände mitwirkten. Die größeren und berühmteren deutschen Universitäten, welche nicht bloß von Landeskindern sondern in großer Zahl aus allen deutschen Staaten besucht werden, am meisten Berlin, Heidelberg, Göttingen, Leipzig, Halle, Bonn (in München war die Zahl der Nichtbayern im Verhältniß immer viel geringer), hängen in Bezug auf ihre Frequenz von politischen Zuständen und Stimmungen des gesammten Vaterlands ab und haben bald Fluth, bald Ebbe. Diese letztere fand bei uns in Folge der unglücklichen Ereignisse von 1837 zehn Jahre lang statt, während Heidelberg und Berlin Fluth hatten. In Heidelberg ist jetzt Ebbe. Rühmen wir uns daher nicht; gedenken wir des Spruchs der Schrift daß wir allzumal Sünder sind und daß uns morgen dasselbe wieder begegnen kann. Eines aber wollen wir uns rühmen — der Liberalität und Fürsorge unseres Curatoriums, welche seit mehr als hundert Jahren immer die gleichen waren. Nie hat Hannover (in sehr geringer Beschränkung bei Theologen abgerechnet) seine Landeskinder genöthigt in Göttingen zu studiren. Nie waren sogenannte Zwangscollegien vorgeschrieben, und doch sind die Vorlesungen über allgemeine Wissenschaften vielleicht nirgends so zahlreich besucht gewesen als hier. Bis vor einigen Jahren konnte ein Hannoveraner als Mediciner noch promoviren wo er wollte, und auch jetzt findet nur eine Nostrification statt. Gegen Göttingen hat man daher im übrigen Deutschland nie Ursache gehabt Repressalien zu gebrauchen; wie man denn in Bezug auf Aufhebung von Zwangscollegien für die allgemeinen Wissenschaften nicht die Klage zu erhoben hat wie sie kürzlich in der Allgemeinen Zeitung von Gießen aus ausgesprochen wurde, und wie man sie bald auf den bayerischen Universitäten hören wird, wo der Zwang am längsten und ausgedehntesten bestand. Wir erinnern uns übrigens recht wohl wie vor einigen Jahren hessische Studirende, welche in Gießen ihre Zwangszeit noch nicht ausgestanden hatten, mitten im Semester von hier reclamirt wurden. So etwas bestraft sich immer. Allerdings haben die allgemeinen Wissenschaften den Fachcollegien gegenüber auch hier, im Verhältniß zu früheren Zeiten, einen schwereren Stand und verminderten Besuch; dieß hängt von der weiter verbreiteten Bücherlitteratur ab. Aber viele derartige Vorlesungen werden immer noch mit um so mehr Interesse gehört, je weniger die Studirenden in der freien Wahl ihrer Collegien durch Zwang behindert sind, wodurch jene Unlust des Besuchs entsteht, die uns von manchen süddeutschen Universitäten her noch recht wohl und zwar aus eigener Erfahrung erinnerlich ist. Das freie und feine Verhältniß welches der akademische Lehrer den Studenten gegenüber hat, kann mit dem Collegienzwang niemals bestehen, wenn auch freilich eine plötzliche Aufhebung des letzteren jenes noble Verhältniß nicht sogleich wieder herstellen kann.

Hannover, 11 Dec. Gestern begann die zweite Kammer die Berathung über den Entwurf der Städteordnung. Heute wurde nach einem von der Kammer angenommenen Antrag das Schreiben der Regierung betreffs der deutschen Sache aus der Druckerei zurückgeholt und in der Kammer verlesen. (Die Aufstellung der Minister daß dieses Schreiben nicht verlesen werden könne wenn nicht zugleich die unendlich umfangreichen Beilagen zu demselben verlesen würden, ging nicht durch). Die Verlesung des Schreibens dauerte über eine halbe Stunde. Ueber den Inhalt desselben sagt der Kammersitzungsbericht in der Ztg. für Nordd.: „Das Schreiben enthält wesentlich durchaus nichts als eine chronologische Uebersicht der seit der preußischen Circularnote vom 6 April d. J. mit Preußen, Oesterreich und Bayern gepflogenen Verhandlungen unter den aus dem Recht des Bundes vom Jahr 1815 hergenommenen Gesichtspunkten. Von Württemberg ist in dem ganzen Actenstück, soviel uns erinnerlich, niemals ausdrücklich die Rede. Hannover hält an dem Bündnisse vom 26 Mai fest, lehnt den Reichstag des sogenannten engern Bundesstaats ab, hat das Interim anerkannt. Von sogenannten positiven Vorschlägen ist in dem Schreiben nichts enthalten; die tiefste Rathlosigkeit blickt aus allen Zeilen. Die Kammer, die inzwischen immer leerer geworden, geht augenfällig durchaus unbefriedigt auseinander. Die deutsche Sache ist für Hannover nach diesem Schreiben ganz in derselben Lage wie früher. Mit diesem Schreiben, das durchaus keinen Vorschlag, keinen Antrag oder dergleichen enthält, können die Stände schwerlich etwas anderes anfangen als es zu den Acten zu nehmen."

Preußen. ♂ **Berlin,** 10 Dec. In der zweiten Kammer wurde heute folgender dringlicher Antrag des Abg. Zoltowski verlesen und unterstützt: „Das Staatsministerium zu veranlassen in dem Großherzogthum Posen, als in einem zum deutschen Bund nicht gehörigen Lande, die dort angeordneten Wahlen zum Erfurter Volkshause nicht vornehmen zu lassen." Die Kammer beschloß denselben der Commission für die deutschen Angelegenheiten zu überweisen. Dann beendete sie die Berathung des Gesetzentwurfs über die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 7 Jul. 1821 und erledigte noch 18 Paragraphen des Rentenbankgesetzes. Zum Schluß bemerkte der Präsident: es sey ein Antrag eingegangen die Sitzungen vom 20 d. bis zum 3 Jan. 1850 auszusetzen; er sey indeß in Bezug auf denselben nicht eher geneigt eine Entschließung zu fassen, bis er nicht übersehen könne ob zum 20 d. die Verfassungsrevision beendet seyn werde. (Bravo!) Die erste Kammer beschloß heute über die §§. 21 bis 46 der Gemeinde-Ordnung, die sie zum größten Theil in der Fassung der Commission fast ohne alle Debatte annahm. Sie hält eine zweite Sitzung von 7 Uhr Abends an. Vorgestern hat die erste Sitzung des Disciplinargerichts stattgefunden, das aus Räthen der verschiedenen Ministerien und Mitgliedern der verschiedenen Gerichtshöfe zusammengesetzt ist. Ein Rath des betreffenden Ministeriums war Staatsanwalt. Der Angeklagte, ein Verwaltungsbeamter der die Cassenrevision unterlassen hatte, wurde zur Versetzung verurtheilt. Künftig soll ein stehender Staatsanwalt fungiren und diesem nur ein Assistent vom Ministerium beigegeben werden. Die Commission zur Ausgleichung der Differenzen beider Kammern (sie besteht aus 14 Mitgliedern und den beiden Präsidenten!) ist bereits über mehr als 60 Paragraphen einig geworden. In Bezug auf die wesentlichsten Abweichungen hat der Ausschuß der zweiten Kammer ein Ultimatum gestellt, und noch soll keine Hoffnung vorhanden seyn daß der Ausschuß der ersten Kammer sich mit ihm verständigen werde.

Berlin, 10 Dec. Nach einem im Justiz-Ministerialblatt veröffentlichten Erlaß vom 6 Nov. soll auch der dießjährige Feldzug in Schleswig und Jütland, sowie der Kampf des Jahres 1849 in der Pfalz und im Großherzogthum Baden, zur Unterdrückung des daselbst ausgebrochenen Aufstandes, den an Gefechten betheiligt gewesenen Personen bei Berechnung der Dienstzeit als ein Kriegsjahr in Anrechnung kommen. Das Gesetz über den Bau der Ostbahn, der westfälischen und der Saarbrücker Bahn, sowie über das Anlehen von 21 Mill. Rthlr. behufs Ausführung jener Bahn ist nunmehr auch im Preuß. Staatsanz. erschienen.

Schleswig-Holstein. Tondern, 7 Dec. In Tondern werden die Bewohner durch die Executionstruppen hart gedrückt. Jeder Bürger hat 2 bis 10 Mann Preußen zu ernähren; jeder Senator hat 10 Mann Einquartierung, die er nicht aus seinem Hause ausmiethen darf. Die Landbewohner der Nachbarschaft erleichtern den Städtern die Last nach Kräften durch Geldleistungen und Lieferungen von Hafer (zu den etwa 60 Pferden).

Oesterreich. dl. **Wien,** 10 Dec. Heute reisten unsere Interimscommissäre nach Frankfurt. Man setzt hier vorzügliches Vertrauen in die Entschlossenheit und den Eifer des Feldmarschall-Lieutenants v. Schönhals. Die Wahl ist überhaupt in vielen Beziehungen eine sehr glückliche. Er ist kein Diplomat von Fach, sondern ein Soldat der sich den Weg zur Sache immer gerade aussucht. Von Geburt ein Düsseldorfer, bringt er nicht bloß als Oesterreicher den Wunsch der Einigung mit, und der Ruhm des italienischen Feldzugs, wo man Achtung vor dem deutschen Namen dem Ausland abgerungen, gehört auch ihm mit, der Radetzky so nahe stand. Nach den neuesten Nachrichten hegt man die Hoffnung daß die Vertreter Preußens nicht länger säumen werden, wenigstens will man die Ueberzeugung gewonnen haben daß es doch nur Bedenken an der Form waren welche das Zustandekommen des Interim verzögerten. Neulich schon deutete ich flüchtig an, wie unsern nationalen Hoffnungen die österreichische Verfassung hindernd im Wege stehe. Auch hierin wollen sich die Dinge günstiger gestalten, denn man scheint hier endlich dem Gedanken sein Herz geöffnet zu haben daß die Märzverfassung in ihren Schranken gegen Deutschland nichts unabänderliches sey. Auch ist der Ort wo verhandelt werden soll, Frankfurt, ein überaus günstiger Platz. In Berlin würde die deutsche Sache immer wie eine Hohenzollern'sche aussehen, es würde der Drang nach Einigung immer den Namen eines Gelüstens behalten, in Wien aber, das habe nicht ich allein, sondern alle bemerkt die Deutschland seit oder während der Revolution gesehen, in Wien unterschätzt man die Macht des Einheitsbedürfnisses in Deutschland bis zu großem Irrthum. Man hat von Nationalität hier, wo es so viele Nationalitäten gibt, einen geringeren Begriff als in Deutschland, wo die geistige nationale Einheit uns über die Zerrissenheit von Jahrhunderten hinüberführte. Die Ansprüche welche nationale Phantasten in Oesterreich machten, waren gewöhnlich bis ins Lächerliche übertrieben, und nach wenigen Monaten hatte man sich überzeugt daß weder Ernst noch Ausdauer hinter den hochfliegenden Worten gewesen. In Frankfurt aber ist man der Kleinstaaterei in greifbarer Nähe, und das ist sehr viel, denn die Politik ist mit der Geographie so eng verwachsen daß man nur aus einer wichtigen Stadt in die andere zu gehen braucht, um sogleich die Dinge verschiedenartig anzusehen. — Ich

habe Ihnen gestern geschrieben daß die Execution an Lieutenant Kuchenbecker erst morgen stattfinden sollte, allein es geschah schon heute, und ich habe mir den Apparat angesehen. Zwischen dem Karolinen- und Schottenthor war ein Galgenpfahl mit dem bereiten Strick und der Leiter, und daran eine Blechtafel aufgerichtet mit den Worten: „Eduard Kuchenbecker wegen meineidiger Entweichung." Im Hintergrund wartete bildlich der Nachrichter mit dem Karren. Das ganze Spectakel brachte übrigens nicht überall den beabsichtigten Eindruck hervor, denn das Wiener Publicum, welches zahlreich hin- und zurückströmte, war unerschöpflich in guten und schlechten Witzen. Das Urtheil selbst ist an den Straßen durch Maueranschläge bekannt gemacht. Zwei andere frühere k. k. Officiere sind mit Kuchenbecker zugleich, der eine zu 15 Jahre Festung, der andere zu 12jähriger Schanzarbeit in contumaciam verurtheilt worden.

§ **Wien,** 11 Dec. Baron v. Kübeck und v. Schönhals, die österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt, sind bereits an den Ort ihrer Bestimmung abgegangen. — Dem Vernehmen nach soll der bisherige erste Generaladjutant des Kaisers Graf Grünne zum Oberststallmeister ernannt werden und der Kriegsminister Graf Gyulai zugleich die Stelle eines ersten Generaladjutanten bei Sr. Majestät versehen.

* Wir erhielten gestern Abend die Wiener Post vom 10 Dec., heute früh die vom 11. Beide bringen ungünstige Börsenberichte. Die Polemik über den Bankausweis dauerte fort, der Lloyd griff fortwährend die Bankdirection wie den Finanzminister heftig an, und die natürliche Folge war daß die Ministerwechselgerüchte sich erneuerten, namentlich die Sage vom Rücktritt des Hrn. v. Kraus. Wie weit dieß gegründet ist, muß dahin gestellt bleiben. Auch die oben berührte Sage in Betreff des Grafen Grünne, der bis jetzt eine so bedeutende Stellung bei der Person des Kaisers eingenommen, scheint noch der Bestätigung zu bedürfen. Die Bemühungen Hrn. Zangs wegen Wiedererscheinen der Presse hatten sich bis dahin keines günstigen Erfolges zu erfreuen. Ein Unfall auf der Südbahn machte viel von sich reden. Man sprach von dem Verlust von 20 bis 30 Menschenleben. Nach der Grazer Ztg. beschränkte sich das Unglück darauf daß unfern Mürzzuschlag ein Separatzug so stark an einen vorausgefahrenen gemischten Zug anstieß daß ein Wagen dritter Classe, worin 60 Mann Soldaten, bedeutend beschädigt wurde. Ein Mann sey lebensgefährlich, 3 seyen minder gefährlich verletzt worden, einige andere hätten Contusionen erhalten.

Triest, 3 Dec. Mit der Befestigung des hiesigen Hafens soll es nun doch Ernst werden, man will eine künstliche Insel im Meer errichten, die zugleich zum Schutz der jetzt dem Scirocco offen ausgesetzten Schiffe dienen würde. Freilich gehören dazu große Summen, und es ist nöthig daß das Marinedepartement besser bedacht werde als seither, sonst könnte die deutsche Flotte in nicht allzu ferner Zeit die österreichische noch überholen. Oesterreich besitzt im adriatischen Meer den längsten Küstenstrich, und in den Provinzen Istrien und Dalmatien die ausgezeichnetste Pflanzschule für Matrosen. Die Herrschaft in diesem Meere mag ihm daher mit Recht zustehen, und es sollte auch darnach streben in den griechischen Gewässern festen Fuß zu fassen. Dazu wird besonders die Ausdehnung und Behauptung der Dampfschiffahrtslinien von Gewicht seyn, welche der Lloyd mit ebenso viel Energie als Ausdauer eingerichtet hat. Die griechische Concurrenz, von der man spricht, dürfte ihnen wenig schaden, wohl aber die der Engländer, welche in den jonischen Inseln eine so treffliche Station für die Beherrschung des adriatischen Meeres besitzen. Zwar versieht bis jetzt der Lloyd noch die Verbindung mit Corfu, allein wie leicht könnte es England gerade bei der jetzigen Spannung mit Oesterreich in den Sinn kommen eine eigene Dampfschiffahrt unter englischer Flagge einzurichten! Die Peninsular and Oriental Company, die das Mittelmeer befährt, verfügt über so kolossale Mittel, daß es ihr eines politischen Zwecks halber nicht darauf ankäme selbst Opfer zu bringen, wofür sie im äußersten Fall Entschädigung von der Regierung erwarten könnte. Gelänge es auch die Engländer von Triest abzuhalten, so hätten sie doch in Ancona einen nicht minder wohlgelegenen Landungsplatz, zumal zur Verbindung mit Ober-Italien, Süddeutschland und Frankreich. Der Gegenstand ist der ernstesten Betrachtung und Fürsorge werth. (K. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 5 Dec. Die heutige Pesther Ztg. enthält einen Erlaß des Feldzeugmeisters Haynau über die Grundsätze nach welchen die Kriegsgerichte die Purification der Beamten vorzunehmen haben. Den einst k. ungarischen Civilbeamten ist die Rechtfertigung nur vom 6 Jan. d. J. auferlegt, während die Beamten der Kriegsverwaltung verpflichtet sind sich vom 8 Oct. v. J. an zu verantworten. Das Actenstück athmet den Geist der Milde; denn selbst in den Fällen wo eine Entlassung ohne weiteres eintreten soll, wird bei Milderungsgründen dem Kriegsgericht gestattet „den Betreffenden im Gnadenweg zur Betheilung mit der Pension oder dem Quiescentengehalt anzutragen." Bitter wird in Ungarn jedoch über das schamlose Denunciantenwesen geklagt, gegen welches durch Androhung strenger Strafe im Fall der Unwahrheit einzuschreiten sich sogar kürzlich die Regierung veranlaßt gesehen hat.

Großbritannien.

Die Londoner Post v. 10 Dec., die uns über Brüssel und Frankfurt hätte zukommen sollen, ist ausgeblieben. Die Eisenbahnverbindung zwischen Augsburg und Nürnberg hat uns in dieser Beziehung noch wenig gefruchtet; die Posten treffen unregelmäßiger ein als vorher.

Fürst Petrulla ist, auf einer besondern Sendung der neapolitanischen Regierung, in London angekommen.

Frankreich.

Paris, 10 Dec. Der große Jahrestag scheint in gemüthlicher Stille gefeiert zu werden. Man hört nichts von Festzügen, Feuerwerk oder Illumination. Bis jetzt kennt man bloß ein paar trockene Trinksprüche von dem Bankett welches der Präsident Dupin dem Präsidenten Bonaparte am Vorabend gab, und heute Abend ist großer Ball auf dem Stadthaus, wobei der Seinepräfect den Wirth macht. Die an der Tafel ausgetauschten Complimente lauten nach der Ausgabe des Moniteurs: „Dem Hrn. Präsidenten der Republik! Auf die Einigkeit der öffentlichen Gewalten, zur Befestigung der Ordnung im Innern und zur ehrenhaften Erhaltung des Friedens und der guten Verhältnisse mit den andern Völkern!" So hatte der Präsident der Nationalversammlung seinen Ehrengast begrüßt, worauf dieser zur Antwort gab: „Es ist von glücklicher Bedeutung für den Frieden im Innern wie nach außen den ersten Jahrestag des 10 Dec. inmitten einer großen Zahl von Mitgliedern der Assemblée und in Gegenwart des diplomatischen Corps zu feiern. Zwischen der Assemblée und mir ist Gemeinschaft des Ursprungs, Gemeinschaft der Interessen. Entsprungen aus der Volkswahl streben wir alle nach einem Ziel, der Befestigung der Gesellschaft und der Wohlfahrt des Landes. Erlauben Sie mir den Trinkspruch Ihres Präsidenten zu wiederholen: Auf die Einigkeit der öffentlichen Gewalten! Ich füge hinzu: auf die Assemblée! auf ihren ehrenwerthen Präsidenten!" Daß die Herrschau aus einer andern Ursache als wegen einer Unpäßlichkeit unterblieben ist, davon ist ein Beweis daß Hr. L. Bonaparte gestern und vorgestern ausreiten konnte. Nicht einmal die Nationalversammlung hat, wie man glaubte, ihre Sitzungen eingestellt, sondern einige unbedeutende Geschäfte, eine oder zwei Propositionen, die der Ehre einer einläßlichen Berathung nicht theilhaftig wurden, und einige Petitionsberichte vorgenommen. Merkwürdig ist die Art wie sich zwei leitende Journale an diesem Tag aussprechen. Das J. des Débats gesteht offen daß ihm der Augenblick noch nicht gekommen scheine die Republik über den Haufen zu stürzen: „Was die Stärke der conservativen Partei seit einem Jahr ausmacht, ist daß sie eine und dieselbe Sache begehrt. Hat sie schon alles erlangt? Sind ihr die allgemeinen Genugthuungen auf die sie ein Recht hat schon alle geworden? Kurz ist nichts mehr zu thun als einen König oder Kaiser zu ernennen, oder vielmehr ist das Gebäude fertig und nur noch das Dach darauf zu setzen, ohne den Meisterstrauß zu vergessen? Nein, der Bau ist noch nicht fertig, wir wissen daher nicht warum die Arbeiter sich trennen sollten. Niemand kann zweifeln daß noch viel zu thun ist. Thun wir es also im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Republik, weil wir es nicht wohl ohne ihn vermögen, noch er ohne uns, und weil uns der 10 Dec. zu diesem großen Werk vereinigt hat. Organisiren wir die Republik die wir nicht lieben, oder vielmehr versuchen wir sie zu lieben, indem wir sie nach den wahren Gesinnungen des Landes organisiren, d. h. um alles zu einem gesetzlichen und nicht abenteuerlichen Punkt zu führen, richten wir unsere Bemühungen auf die Revision der Verfassung." Das Organ des Elysée aber findet daß wenn der Präsident noch keine größern Erfolge, noch nicht die volle Verwirklichung der von ihm erstrebten socialen Vortheile, des ganzen Volksglücks erreicht hat, die Schuld nicht an ihm liegt, daß „das Volk sich durch die kleinen Intriguen welche so oft die Versammlungen (ein Hieb auf die Nationalversammlung!) entehren, nicht bethören läßt und es erkennt" — „er braucht eine starke Regierung, und ihr dürft darauf rechnen daß er die Sache auf eine Art angreifen wird daß er diese Regierung bekommt."

Die Verhandlungen über die Abschaffung der Todesstrafe haben zwar kein unmittelbares Resultat gehabt (denn die weitere Erwägung des Gesetzvorschlags des Hrn. Sabatier-Laroche wurde mit 400 gegen 183 Stimmen verworfen), aber eine Frage die in allen europäischen Gesetzgebungen von Zeit zu Zeit wiederkehrt, bietet wenn auch kein praktisches, immerhin auch in diesem Stadium ein historisches Interesse dar. Die Ablehnungsgründe des Commissionsberichts (Berichterstatter Casa-

bianca) waren diese: 1) es gibt noch Missethäter die bloß vor der Furcht der Todesstrafe zurückschrecken; 2) gewisse Verbrechen würden, wenn diese Furcht beseitigt würde, öfter von Mord begleitet seyn, die Zahl der unschuldigen Opfer also, wenn man einige schwerverschuldete Leben schonen wollte, sich vervielfältigen; 3) diese Reform wäre nicht möglich ohne eine Umbildung des ganzen Strafgesetzbuchs, damit die Strafabmessungen wieder ins Gleichgewicht gestellt würden. Diesen Einwendungen vom Standpunkt der Erfahrung trat der Antragsteller auf dem Standpunkt der Humanität, der Philosophie und Religion entgegen. „Ich war, sagte er, auf zweierlei Gegner gefaßt, einmal solche welche die Todesstrafe als rechtmäßig betrachten, ich freue mich nur diejenigen zu finden die sie wegen ihrer Wirksamkeit beizubehalten wünschen. Ich gestehe es gibt so unselige Nothwendigkeiten daß das Menschenblut manchmal vergossen werden muß, und ich beeile mich anzuerkennen daß der Einzelne, wie die Gesellschaft, in gewissen Fällen das Recht hat den Tod zu geben. Aber diese Fälle dürfen wir nicht ausdehnen, nicht zur Regel machen, wir müssen sie auf sehr seltene Ausnahmen beschränken. Wenn ein Mensch aufs äußerste angegriffen, in wirklicher Nothwehr gegen eine drohende Gefahr begriffen ist, und in diesem höchsten Kampf den Tod gibt, so ist er in seinem Recht. Er ist in seinem Recht, nicht weil das menschliche Gesetz es sagt, sondern weil er einer providentiellen Eingebung gehorcht, weil Gott in die Herzen aller Menschen, aller beseelten Wesen den Instinct der Selbsterhaltung gepflanzt hat, der uns lehrt wider Willen Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen. Aber bilde man sich nicht ein daß die Gesellschaft als Collectivwesen ein anderes Recht habe als das ihren Mitgliedern inwohnende Recht. Die Gesellschaft personificirt nicht was man die Macht, die Autorität nennt. Die Gesellschaft personificirt sich manchmal in einem einzelnen Menschen, manchmal in einer großen und edeln Versammlung wie die unserige. Nun, wenn dieser Mensch der die Macht personificirt, wenn diese Versammlung unsinnigerweise angegriffen würde, wenn der Aufruhr in den Straßen brüllte, wenn das Heiligthum unserer Berathungen verletzt wäre, da begreife ich vollkommen daß wir, die wir die oberste Macht sind, nicht anders könnten als Gewalt mit Gewalt abzutreiben, und wenn die mit einem äußersten Recht sich waffnende Gesellschaft auf diese Leute mit Kanonen schießen ließe, so handelte sie abermals in gerechter Nothwehr. Aber daß diese Gesellschaft, auf richtiger Grundlage ruhend und in ihren Bewegungen frei, diese großen Verbrecher den Gerichten überantworte um sie zum Tod zu verurtheilen, daß sie zwei, sechs Monate nachher, wenn alles ruhig ist, ein Blutgerüst aufschlagen lasse, daß sie mit ihrem höchsten Mandat einen Menschen bekleide den man Henker nennt, und daß dann das Haupt eines Menschen falle, das, Bürger, ist das Gegentheil von allem was gut und großmüthig ist. Die Todesstrafe darf keine Rache seyn, denn die Rache ist immer ein Verbrechen. Es hat sich im Jahr 1848 eine große Thatsache zugetragen. Eine Regierung die man mit Zuruf empfangen und seit sie gefallen ist, vielfach verleumdet hat, die provisorische Regierung hat eine heilige bleibende That vollbracht die ihr allein einen glorreichen Namen in der Geschichte sichern müßte, sie hat die Todesstrafe wegen politischer Handlungen abgeschafft. Wenn ein Utopist wie ich und meine Freunde, man nennt uns so, zu einem Minister Namens Richelieu in sein Cabinet gekommen wäre und zu ihm gesagt hätte: Aber die Todesstrafe wegen politischer Handlungen ist eine Abscheulichkeit, wißt ihr, Bürger, was dieser Richelieu in seiner hohen Staatsweisheit würde gethan haben? Er hätte diesen Mann in die Bastille gesetzt. Hätte er deßwegen Recht gehabt? Das Jahr 1848 beweist das Gegentheil. Heute wünscht man sich auf allen Bänken, von der äußersten Rechten zur äußersten Linken, zu dieser Abschaffung Glück. Die provisorische Regierung hat nur eine präexistirende Sache geweiht, aber das ist ihr großes Verdienst, damit hat sie uns allen eine Schutzwache gegeben, denen von der Linken wie von der Rechten, denn die Revolutionsfluthen treiben herüber und hinüber. Ich weiß es, man beruft sich auf einen kleinlichen Nutzen den die Todesstrafe haben soll, man sagt: der oder jener Unschuldige wird also unter dem Mordeisen fallen, denn in den Gefängnissen überlegt man sich die Stufenleiter der Strafen, Zuchthaus, Bagno, Schaffott. Das alles ist ein schlechter Grund. Ein höheres Princip, besonders das religiöse Princip, das euch verbietet euresgleichen nach dem Leben zu trachten, steht entgegen. Ich möchte daß das Menschenleben so geachtet, so heilig wäre daß man es nie antastete, ich möchte auch — und dieser Wunsch wird eines Tags in Erfüllung gehen — daß der Krieg, diese Menschenvertilgung im Großen, nicht mehr eine sociale Nothwendigkeit, eine Nothwendigkeit von Volk zu Volk wäre. Dieser Gedanke kam mir als der ehrenwerthe Kriegsminister auf dieser Tribüne eine Depesche vorlas die allerdings glorreich ist für unsere heroischen Soldaten, für dieses tapfere Heer das sich fern vom Vaterland, unter einem glühenden Himmel, auf einem undankbaren Boden schlägt, das für die Ehre seiner Fahne stirbt. Aber habt ihr nicht auch, wie ich, ein peinliches stechendes Gefühl empfunden als diese Depesche euch sagte: Sieben- bis achthundert Araber haben sich bis auf den letzten Mann niedermachen lassen, um zu vertheidigen, was? ihr Vaterland, ihre Religion, ihre alten Sitten, die Asche ihrer Väter. Ich gestehe, das hat mein ganzes Wesen durchbebt, ich erröthete fast über unsere vermeintliche Civilisation, die sich solche Siege zur Aufgabe macht. Vor 6000 Jahren war ein Mensch der das erste menschliche Blut vergoß, dieser Mensch nannte sich Kain — dieser Name ist bis auf den heutigen Tag ein tödtlicher Schimpf.“ Der Berichterstatter vertheidigte die Abschreckungstheorie, er zeigte mit der Criminalstatistik in der Hand, auf die Zunahme der schweren Verbrechen hin, welche kein Grund seyn könne die Strafen zu mildern. Im Jahr 1847 seyen 620 Capitalverbrechen begangen worden, ein Viertheil mehr als ein Jahr vorher, ein späterer Bericht sey nicht erschienen. Ausführlicher verweilte er bei den Schwierigkeiten einer so tiefgehenden Reform in Bezug auf die Ausmessung der Strafmaße, er belegte dieß mit schlagenden Beispielen. Ich nehme, sagte er unter anderm, zwei Angeklagte an: der eine hat in einer Zänkerei, ohne irgendeine Aufreizung, aber in der ersten Anwandlung des Zorns, einen Pistolenschuß abgefeuert mit der Absicht zu tödten, aber ohne zu treffen, darauf steht lebenslängliche Zwangsarbeit. Der andere hat in Folge eines langsam und mit kaltem Blut gefaßten Vorsatzes den Dolch in das Herz seines Vaters gestoßen. Nun, wenn ihr den Vorschlag gutheißet, so wird der Vatermörder zu derselben Strafe verurtheilt werden. Sein letztes entscheidendes Moment war endlich daß eine Zeit der Aufregung aller Leidenschaften, des Erschlaffens aller moralischen Bande nicht geeignet erscheine der Gesellschaft dieses mächtigste aller Schutzmittel zu entziehen. Hr. Lagrange erinnerte die Gerechtigkeit sey auch manchmal so blind um Unschuldige zu opfern — wenn es keine Richter mehr gebe welche Sirven, Calas und Palaiseau's Magd verurtheilten, so möchte man immerhin dem Henker das Beil lassen, das nicht bloß manchmal einen Unschuldigen treffe, sondern auch seine trauernde Familie, für welche die Rehabilitation nie komme. Gelegenheitlich sprach er sich auch gegen das Duell aus, das ihm in manchen Fällen ein Verbrechen ist wie ein Mord. Hr. Coquerel (der protestantische Pastor) versetzte die Frage auf das Gebiet der christlichen Moral die auch dem Verbrecher ihre Heilmittel anbiete, den Versuch nicht zu gering anschlagen dürfe selbst aus einem Lacenaire einen Reuigen zu machen. Da er mehrere Stellen aus der heiligen Schrift anführte um zu erhärten daß die christliche Religion die Todesstrafe förmlich verbiete, so brachte Hr. v. Larochejaquelein eine mit Maroquin gebundene Foliobibel mit goldenem Schnitt auf die Tribüne, und bewies aus dem 5ten Buch Mosis die Todesstrafe als göttliches Gebot, und die Debatte drohte in eine theologische Controverse auszuarten als die Ungeduld der Versammlung zum Schluß trieb. Hr. Coquerel konnte kaum noch seinem Gegner erwiedern: „Das alte Testament ist die Vorhalle. Durch eine Vorhalle geht man nur durch. Das Heiligthum ist das Evangelium, und im Evangelium findet man die Todesstrafe nicht.“ (?)

= **Paris**, 9 Dec. Das Jahr I der Regierung Ludwig Bonaparte's schließt heute. Ob die Republik dabei gewonnen, wollen wir hier unerörtert lassen, daß indessen die monarchischen Grundsätze nichts dabei verloren, das ist gewiß. Man versichert daß dem Präsidenten aus diesem Grunde morgen Beglückwünschungsschreiben in Menge von Fürsten zugehen werden. Der Tag soll übrigens im Elysée ganz bescheiden begangen, und den Republicanern zum Trotz vieles unterlassen werden das ursprünglich sowohl vom Ministerium als auch vom „geheimen Cabinet“ beschlossen war. Sollten wir indessen dennoch durch Einzelheiten überrascht werden, so darf das nicht wundern, denn der Präsident hat die Gewohnheit bei schlaflosen Nächten sich plötzlich in sein Arbeitszimmer zu verfügen und für den andern Morgen Decrete vorzubereiten, welche der Willfährigkeit seiner Minister zur Unterschrift vorgelegt werden. In einigen Cirkeln erzählte man sich gestern daß Thiers, Molé, Pasquier und Guizot vor wenigen Tagen eine vertrauliche Besprechung mit einander hatten. Die Bemühungen Thiers zu erobern, nachdem der Constitutionnel gewonnen, dauern bei den vollblütigen Bonapartisten fort, allein bis jetzt sind dieselben ganz unnütz. Thiers erklärte neulich daß zuvörderst das jetzige Regierungsprovisorium aufgehört haben müsse, bevor er sich zu einem definitiven Uebergang ins Bonapartesche Lager entschließen könne. Zuerst die lebenslängliche Präsidentschaft und dann — allmählicher Rücktritt von den orleanistisch-legitimen Neigungen.

× **Paris**, 9 Dec. Warum ist Hr. Thiers krank? Oder wenn Sie lieber wollen: warum glauben die Leute nicht an die Krankheit des Hrn. Thiers? Hat er seine Zunge nicht lange genug gebraucht und mißbraucht daß sie endlich einmal erlahmen könne? Das ist alles schön und vernünftig, allein ich höre immer wieder denselben Zweifel: warum ist Hr. Thiers krank, gerade jetzt, in diesem Augenblick, unter den vorliegenden Umstän-

den? Gestern hatte der „Dix Décembre“, dieses halbamtliche Sprachrohr der Gedanken des Elysée, einen hieroglyphischen Artikel über einen glücklichen Fang den man auf dem Gebiet der politischen Vereinbarungen der „alten Parteien“ gemacht haben will. Es ist nicht mehr von den St. Hubertusrittern die Rede; beinahe hätte sich Hr. Carlier bei ihnen entschuldigt daß er sie so zudringlicherweise in ihren unverfänglichen Uebungen gestört. Die Republicaner sind es nicht, die Socialisten, die Montagne stehen ruhig und unbefangen auf ihrem Posten. Nur die Rechte, die Bänke der Orleanisten sind leer; Alfred Molé und sein jugendlicher Blumenschmuck im Knopfloch fehlen seit einigen Tagen. Hr. v. Broglie läßt seltener das stereotype Lächeln seiner stummen Vornehmheit über diese plebejische Versammlung hingleiten, und Hr Thiers ist krank. Warum ist Hr. Thiers krank? Der Constitutionnel hat ja noch nicht aus der Schule geplaudert (bekannt ist wenigstens nichts davon). Freilich, wenn das wäre, so begriffen wir den Zungenschlag der plötzlich das grübteste Werkzeug getroffen. Genug, wir sind im Dunkeln, und der „Dix Décembre“, der versprochen heute aus seinen Allegorien herauszutreten und so zu sprechen daß gewöhnliche Menschenkinder verstehen könnten wessen die Hand ist die man auf frischer That in fremder Tasche ertappt, schweigt geheimnißvoll. Einstweilen leidet aber Hr. Thiers am Kopf und Hr. Bonaparte am entgegengesetzten Ende, der eine kann nicht schwätzen, der andere nicht reiten, sie sind also zu nichts zu gebrauchen, und wir müssen auf die morgige Feier verzichten. Man muß bekennen daß die Jahresfeier der Präsidentenwahl sich nicht unter günstigen Auspicien eröffnet, und nächsten Dienstag die Verhandlung über die Getränkesteuer! Sieger oder Besiegter, welche Niederlage für den Auserwählten des 10 December!

Türkei.

Wir entnehmen dem Journal de Constantinople vom 24 Nov. folgende Mittheilung: „Die Antwort auf die zweite russische Note in Betreff der politischen Flüchtlinge ward am 22 Nov. abgegeben, und ist bereits nach St. Petersburg abgegangen. Wir haben allen Grund zu glauben daß sie von der Art ist die dabei interessirten Mächte in dieser Frage vollständig zu befriedigen.“

* Unsere directen Nachrichten von **Konstantinopel** reichen bis zum 1 December. Die englische Flotte hat, wie bereits früher gemeldet, die Dardanellen verlassen. Auf die von Rußland verlangte Ausweisung russischer Unterthanen hat die Pforte sich bereitwillig erklärt einzugehen, nur sey sie gezwungen diejenigen von ihnen welche früher schon mit französischen und englischen Pässen versehen angekommen, als Angehörige dieser Mächte zu behandeln, mit welcher Wendung das „Journal de Constantinople“ die ganze Differenz für beigelegt ansieht.

Hayti.

Englische Blätter melden von Port-au-Prince, der kaiserlichen Residenzstadt Faustin Soulouque's I, daß die sechs Häfen Miraguane, L'Ance, d'Haimmult, St. Marc, Port de Paix und Aquin dem fremden Handel geschlossen worden, angeblich weil diese kleinen Häfen den Schmuggel zu sehr erleichterten. Man sprach von einem neuen Feldzug gegen den spanischredenden Theil der Insel, die Dominicaner. Mittlerweile fahren Kaiser und Kaiserin fort ihren Hofstaat zu organisiren; 300 Grafen und 500 Barone wurden neuerdings mit einem Federstrich creirt. Kaiser Soulouque ist aber durchaus kein Satiriker. Unter der hohen Noblesse findet sich ein Herzog v. Bonbon, also jedenfalls ein süßer vornehmer Herr, deßgleichen ein Fürst Pierrot, aus einem alten weitverzweigten Geschlecht. Soulouque selbst ist ein großer wohlbeleibter Schwarzer von ungefähr 60 Jahren; nach einem Porträt in der Illustrated London News, welches ihn in Mitten seines Staatsraths vorstellt, hat er ein besonders markirtes Negergesicht. In Paris hat er für 1 1/2 Million Francs kostbare Möbeln bestellen lassen; da die Fabricanten Anstand nahmen auf Credit zu arbeiten, ward ihnen die Summe sogleich baar angewiesen.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 10 Dec. 3proc. 56; 4proc. 70.50; 4 1/2proc. 79.75; 5proc. 90. 90; Bankactien 2425; belg. 5proc. 96 1/8; Anleh. von 1842 98 1/8; 4 1/2proc. 87 3/4; röm. 82; span. pass. 4 1/4; 3proc. 39; innere Sch. 30 1/4; Hayti 105; piem. 5proc. 84.25; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 905; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 167.50; Paris-Orleans 755; Rouen 550; Straßburg 360; Nordbahn 457.50; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 103. 75; Orl.-Vierzon 327.50; Bordeaux 406.25; Boulogne-Amiens 105; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 175.

Amsterdam, 10 Dec 2 1/2proc. 54 15/16; 3proc. 63 1/8; 4proc. 84 3/16; port. 4proc. 36 1/2; Metall. 5proc. 82 5/8; belg. 2 1/2proc. 46 3/4; Ard. 13 13/16. Curs auf London 12.02 1/2 l. S. Curs auf Hamburg 34 15/16 l. S.

Augsburg, 13 Dec. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 83 1/2 G. 4proc. 92 P. 5proc. 100 1/2 P., 100 1/8 G. Bankactien II. Sem. 636 G. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Metall. 86 1/2 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württ. 3 1/2proc. 81 1/2 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

Frankfurt a. M., 12 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 85 7/8; Bankactien 1296; preuß. Staatsschuldscheine 89; bayer. 3 1/2proc. Oblig. 83 1/2; Ludwigsh.-Berbach 85 1/4; württemb. 3 1/2proc. 81 1/4; 4 1/2proc. 94 3/8; bad. 5proc. 99 1/8; 3 1/2proc. 79 1/4; darmst. 3 1/2proc. 82; 4proc. 88 1/4; 4 1/2proc. 93 1/2; nass. 5proc. 101 3/4; 3 1/2proc. 84 1/4; Frankf. 3proc. 78 1/2; 3 1/2proc. 92, 93.

♀ **Wien**, 11 Dec. Die Valutaverhältnisse haben sich an der heutigen Börse auf eine empfindliche Weise verschlimmert, indem sowohl fremde Devisen als Comptanten sich abermals, wie gestern, ziemlich höher stellten, und bei fühlbarem Mangel an Abgebern gesucht waren. London, zu Anfang der Börse bereits 11.6 bezahlt, stieg rasch auf 11.10, Augsburg auf 111 1/4 Geld, Amsterdam auf 154 1/2, Hamburg auf 163 u. s. w., während das Goldagio bis 19, das Silberagio auf 11 Proc. sich gehoben hat. Für Fonds und Actien herrschte eine mattere Stimmung und schlossen Curse in denselben bei beschränktem Verkehr zur Notiz. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. 93 3/8–93 13/16. 4 1/2proc. (neues Anlehen) 82 15/16–83, Loose vom J. 1834 173 1/2–174, Loose vom J. 1839 106–106 1/4, Bankactien 1183–1185, Nordbahnactien 110–110 1/4, Gloggnitzer 110 1/2–111, Mailänder 83 1/4–83 1/2, Pesther 87 3/4 88. London (l. S.) 11.9–11.10, Hamburg 163 1/4 P., Augsburg uso 111 1/4 G., Frankfurt 111 P., Amsterdam 155 P., Mailand 98 1/4 P., Livorno 106 P., Genua 126 G., Paris 131–131 1/2, Marseille 131 G., Bukarest (31 Tage S.) 245 P., Konstantinopel (31 Tage S.) 400–404. Goldagio für kais. Münzducaten 19, Silberagio 11 Procent. Goldsorten gesucht und höher bezahlt. Napoleond'ors 9.2 bis 9.5, Imperial. 9.3–6, Souver.d'ors 15.30–35, engl. Sovrgs. 11. Friedr.d'ors 9 und Preuß. 9.6.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Wiener Briefe. (I.) — Die Consequenzen der österreichischen Note vom 22 November. — Die süddeutsche Ost-Westbahn. — Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über Judenemancipation.

Wiener Briefe.

I.

O. Schon nach 8 Uhr Abends pflegt es in Wien auf den Straßen leer zu werden. Was am Tage und in den Dämmerstunden Markt und Gassen übervölkerte, strömt in die abgelegenen Vorstädte zurück. Man lebt häuslich und nach dem Glockenschlage, außerdem aber versammeln die Theater was sich zerstreuen will, und die Bierstuben die Familienlosen, welche nach des Tages Mühe in heiterer Geselligkeit rasten wollen. Daher begegnet man selbst auf den meist belebten Straßen des Nachts nur einzelnen Heimkehrenden, und es gibt wohl keine Stadt von der Größe Wiens wo eine gleich vollkommene Ruhe schon so früh herrschte. Darum liegt für mich ein großer Reiz darin in später Stunde zwischen den hohen Häusern in tiefer Stille umherzuwandern. Der moderne Putz ist verhüllt, die Schatten der Nacht geben der Stadt einen tiefen Ernst, und die Phantasie fühlt Anregung sich in der Vergangenheit satt zu träumen. Denn wohin man auch den Fuß setze, man kommt an einem Denkmal vorüber welches uns an die rastlos wechselnden Schicksale dieser Stadt erinnert, deren Geschichte Hormayr das Motto aus Cicero vorgesetzt: quacumque ingredimur, in aliquam historiam vestigium ponimus. Wien ist von allen deutschen Städten die reichste an historischen Erinnerungen, denn wenn auch einzelne deutsche Städte in dieser oder jener Epoche die Stadt am Donaugestade durch historischen Glanz übertragten, so geriethen sie alle, von Wien überlebt, in mehr oder minder traurige Vergessenheit. Wiens Geschichte reicht hinauf bis in die dämmernde Römerzeit, und während Aachen, Köln, Frankfurt, Erfurt, Nürnberg, Augsburg eine lange Zeit mächtige Namen gewesen, mußten sie ihre Bedeutung neu entstandenen Städten abtreten. Nur Wien wuchs in jedem Jahrhundert, und triumphirte zuletzt am 8 November 1620 über ihre gefährlichste Nebenbuhlerin an der Moldau, den alten böhmischen Königssitz und die einstmalige Kaiserstadt Prag. Venedig fiel, selbst Stambul sank zu eitlem bedeutungslosem Prunk herab, und nur an dem Platz an der Donau lag ein Zauber, daß Wien trotz der zahlreichen Belagerungen und Verwüstungen von seinen Bürgern nie aufgegeben wurde, immer neue Ansiedler aus Deutschland zuströmten und nach wiederholten Bedrängnissen die Stadt in neuer Fülle und Kraft sich aufrichtete und verbreitete. Alle Continentalkriege seit der Völkerwanderung hatten hier ihren Ausgang oder ihr Ziel. Hier und von hier wurde in fortgesetztem Kampfe die magyarische Macht geworfen, welche bei ihrem ersten Ausbruch aus Asien die ganze deutsche Nation bedrohte. Auf Wien war Gustav Adolfs Feldzug abgesehen, bei Wien fand der Islam das erste Bollwerk der Christenheit, welches ihn zum Umkehren zwang; Wien bedrohte Friedrich der Große, in Wien dictirte Napoleon dem Continent den Frieden. In Wien beherrschte man einst das Erbe der Lothringer, das römische Reich. Damals hatte es noch eine andere Bedeutung Wien die Kaiserstadt, die Stadt der Welt zu nennen, und ich habe mir oft im Stillen gesagt, wenn ich an der Burg vorüberging: dort in den schweigenden Archiven liegt die Geschichte der neuen Zeit begraben.

Ja begraben liegt sie, denn bisher hütete man sorgsam die alten Schriften und Briefe; nur der Eingeweihte durfte lesen, wenn man gewiß war daß er die Offenbarung des Geschehenen unverbreitet mit in den Sarg nehmen würde. Oesterreichs neuere Geschichte ruhte bisher hinter ungebrochenem Siegel in lautlosem Schweigen, denn mit seltener Kunst hielt man den unwillkommenen historischen Stöberer von den redenden Pergamenten fern, und was wir wissen, sind nur die Vorgänge welche sich selbst der Welt durch ihr Getöse verrathen mußten. Aber die leisen Ursachen der Begebenheiten, die unscheinbaren Ereignisse vor den großen Entschlüssen liegen in der Einsamkeit vor sichern Schlössern. Es sind oft zarte unbemerkbare Fäden woraus die Geschichte ihr wunderliches Gespinnst zusammenzieht, aber nur das Fertige liegt vor unsern Augen, und es ist und die Betrachtung verwehrt wie die Gottheit ihre Knoten geschürzt. Wo gäbe es einen Geschichtschreiber in Oesterreich oder Deutschland der Dreistigkeit besäße zu behaupten: ich bringe Licht in die Achtvollstreckung zu Eger? Und doch war Wallenstein, der Mann mit dem „astrologischen Hochmuth", ein Held des Jahrhunderts, wie das achtzehnte und das neunzehnte jedes nur einen an Schulterhöhe ihm gleichen aufzuweisen hat. Es ist unerhört daß wir über ein Ereigniß welches acht Menschenalter hinter uns zurückliegt, nur Mangelhaftes wissen. Die Geschichte des Blutbefehls verbirgt sich in undurchdringliche Finsterniß, und wenn sich auch der verwegene Verstand in das Lichtlose wagt, seine Berechnungen können nie Geschichte werden. Vielleicht daß man jetzt der Wissenschaft nicht mehr vorenthält was ihr als Recht gebührt; sobald es geschähe, würde ein Tag der Klarheit für die Historiker beginnen, denn wie viel Irrthum und Unsicherheit mögen wir jetzt nur weil uns Besseres und Reines mangelt, als Besitzthum ansehen!

Glückliche Gemüther wollen aus der Geschichte beweisen, wie immer und immer, wenn auch mit langen, schattenhaften Unterbrechungen, der Mensch und die Welt besser geworden sey, weil die Wahrheit immer aus dem tiefen Schooß der Erde, wie eine Quelle, das Licht suche, und — wenn auch nach langem vergeblichen Irren — zuletzt munter durch die enge Spalte zum fröhlichen Tag dringe. Je nachdem die Menschen religiösen Drang spüren, schließen sie dann auf eine Macht die in den Dingen oder jenseits derselben wirke und schaffe. Beide trösten sie sich in Angst und Trübsal bei dem Gedanken an diese Macht, mag sie ihnen nun Gott heißen oder Nothwendigkeit. Solche Axiome sind unser tägliches Brod, wir füttern uns damit auf, und wo die Natur hilft, machen sie auch fett, daß mancher Philosoph oder Gelehrte vergnüglich auf sein Bäuchlein schauen mag, das er sich also angemästet. Ein solches Axiom ist es eben daß die Wahrheit nie untergehen könne, weil sie hieb- und stichfest unter den Menschen wandle. Als ob wir das was wir Wahrheit nennen nicht immer wieder der Materie aufkleben müßten, als ob diese Wahrheit nicht blaß und schwindsüchtig werden könnte, wie der Federstrich in dem vergilbten Documente! Und wenn nun Eigensinn oder Muthwille, oder Fahrlässigkeit die Brandfackel in jenes Geschriebene würfe, dann führe der ganze Plunder und alle historische Gelahrtheit zur Grube! Wie oft haben wir es im letzten und diesem Jahre erlebt daß gekränkte Eitelkeit, hochmüthiger Aberwitz, Heuchelei oder wahre Trefflichkeit, wo ihr das Schicksal verweigernd in den Weg trat, die einstige strenge Geschichte auf die Scene beschwor, um Protokoll zu nehmen von der Eitelkeit, Heuchelei, Thorheit oder dem edlen Vorsatz! Darin lag der glückliche Glaube, als sey wirklich was man in jenem Sinn Geschichte nannte, der Willkür der Menschen und den Launen des regnerischen Wetters entrückt. Aber es ist ein unabweisbarer, wenn auch unheimlicher Gedanke daß der Witz des Menschen noch weiter reiche als die Gewalt der Wahrheit; denn diese irdische Gottheit, auf die wir als unfehlbare Richterin aller Thaten vertrauen, was ist sie wirklich? Wenn der Mensch seine Schleier über jenes Idol zu decken versteht, so hört es auf zu seyn. Man erinnere sich daß es dem vorigen Regiment in Oesterreich glücklich gelungen war die Vergangenheit ganz dem Nachdenken der Menschen zu entziehen. Wer ein österreichisches Geschichtsbuch, wie es sonst gedruckt werden durfte, jetzt wieder zur Hand nimmt, wird staunen daß es Menschen gegeben welche die Kühnheit besaßen die größten und folgenreichsten Weltbegebenheiten zu confisciren. Freilich sind Geschichtsbücher zweifelhaften Werthes eine sehr bedenkliche Waare, und die Geschichte der zehn Jahre wie die der Girondins beweist bis zu welchem blendenden, gefährlichen Trugbilde Leichtsinn und Absicht geschichtliche Thatsachen verfälschen können, aber weit unheilvoller ist es den Geistern verbieten zu wollen. Dann geschieht was der große österreichische Geschichtschreiber gegenüber der protestantischen Geschichtschreibung über die Reformationsperiode bitter beklagt: „Von der Tagsatzung der Geschichte mit unsern Einwendungen und Behelfen allzu oft ganz ausgeblieben oder schweigende und leidende Zuhörer, mußten wir meist präcludirt und contumazirt werden." Als ich vor einigen Jahren in Prag die Bibliothek der Prämonstratenser besuchte, fand ich in dem einen Zimmer zu meinem Erstaunen ein Porträt Ziska's. Der Ordensbruder welcher die Fremden herumführte, erklärte auf meine Frage: Ziska sey ein großer Glaubensheld gewesen. Dieses Geständniß aus katholischem Munde klang seltsam genug, aber bald erzählte der fromme Vater Legenden von den frommen Stiftungen die dieser blinde Krieger errichtet haben sollte, und wie er gegen die Ketzer endlich gefallen sey. So hatte die Kirche mit der Einfalt ihrer Diener den ungerathenen Sohn legitimirt, um ein Erbe an den dunklen Namen im Volke zu gewinnen. Wer hätte damals weissagen dürfen daß sich das mittelalterliche Ungethüm der Hussitenwuth (freilich nicht in utraquistischem Ornate) noch einmal im Grabe umkehren würde? Es ist ein Unglück die Geschichtschreibung nicht zu fördern oder gar zu hindern, denn an die Stelle der nüchternen Thatsachen tritt die Sage, und der historische Aberglaube frißt so um sich,

daß das Volk jeden Augenblick in die Hände schlauer oder vernarrter politischer Wiedertäufer fallen muß.

Die Consequenzen der österreichischen Note vom 22 November.

*** **Wien**, 9 Dec. Die österreichische Note vom 12 Nov. ist für uns in Wien wohl das wichtigste Actenstück, welches seit der Verfassung im März erschienen. Ob zum Vortheil oder Schaden, wir werden nicht mehr von den Ereignissen bestimmt, sondern unser Proceß wird in einem Schriftenwechsel verhandelt, dessen Ausgang, wenn man nicht zum Schwert greifen will, gar sehr von der Geschicklichkeit der beiderseitigen Sachwalter abhängt. Mit der österreichischen Note ist für Oesterreich und seine Anhänger ein neues deutsches Staatsrecht aufgestellt. Oesterreich erkennt die Revolution, auf welche sich Preußen beruft, nur in einem Punkte an: daß sie das Organ des deutschen Bundes zerstört; der Zweck, die Rechte und daraus folgenden Pflichten seyen unversehrt geblieben. Dieß gibt uns vom österreichischen Gesichtspunkt folgendes Bild: Wir stehen jetzt in dem Stadium nach 1815, wo man über Zweck des Bundes und über Recht und Pflicht der Bundesglieder sich geeinigt hatte, drüber hinaus liegt tabula rasa. Wie damals kann dem Bunde jede denkbare Form gegeben werden, erbliches Kaiserthum, Wahlreich, Turnus, Directorium, Kreisoberste, Bundestag. Die Seele des Bundes will man gerettet haben, und sowie man sich auf die Theorie des *Vertrags* beruft, so gilt der Grundsatz daß die Contrahenten nur gemeinschaftlich, der einzelne nie einseitig den Nexus aufheben kann. Die Folgen dieses Grundsatzes, wie ihn die österreichische Depesche anerkennt, berechnen sich sehr hoch, denn das wichtigste muß darin gefunden werden daß man jedes fait accompli seit dem März, welches jenen Grundsätzen widerspricht, als widerrechtlich und erfolglos erklärt. Was zunächst nur gegen das preußische Bündniß gerichtet scheint, kehrt sich zugleich gegen die staatsrechtliche Basis des Kaiserstaats selbst. Die deutschen Provinzen Oesterreichs gehören fortan zum deutschen Bund, *ihre Rechte wie ihre Pflichten an und gegen die andern Bundesglieder dauern fort und können nur mit Einwilligung sämmtlicher Bundesglieder gelöst oder verändert werden.* Damit gibt es wieder ein deutsches und ein nichtdeutsches Oesterreich, und der Gedanke der Staatseinheit, wie ihn das kaiserliche Patent vom 4 März aufgestellt hat, ist rechtlich solange in der Schwebe bis alle deutschen Bundesglieder entweder ihre Ansprüche an die deutschen Provinzen aufgeben, oder den Eintritt der nichtdeutschen Provinzen in den Staatenbund zugestehen. Da nun das letztere voraussichtlich nie von Preußen zugegeben werden wird, so kann man, wenn man die Rechtsgründe als letztes Entscheidendes anerkennt, von Oesterreich verlangen daß es auch jenes Statut modificire, auf welches sich fort und fort die preußische Kaiserpartei zu berufen pflegt, als sey es ein Absagebrief Oesterreichs an Deutschland. Sie werden sich erinnern daß es in Frankfurt unter den österreichischen Deputirten eine Partei gab, welche nach dem Erscheinen der Kremsierer Verfassung erklärte: das Patent vom 4 März will einseitig die Ansprüche Deutschlands an die deutschen Provinzen Oesterreichs aufheben; dieß erkennen wir, weil es gegen die deutschen Verträge gehe, nicht an und wir gestehen auch die Folgerungen der preußischen Partei aus der Märzverfassung nicht zu. Ganz dasselbe, freilich mit ganz andern Worten, sagt die neueste österreichische Note. Wir können also ohne die mindeste Uebertreibung zu folgendem Schluß kommen: die österreichische Regierung hat in jüngster Zeit den seit dem März bald streng, bald gelassener versuchten Gedanken einer Centralisation des Kaiserstaats soweit gelockert daß sie den Staatsverband der deutschen Provinzen mit Deutschland aufrechterhalten, den großen Staat aber auf eine mehr föderative Grundlage stellen will. Anders zu schließen wäre ein Zweifel an der Folgerichtigkeit des österreichischen Cabinets, welches sich an Grundsätze bände deren Beobachtung weder in seiner Macht noch seinem Willen läge. Ferner ist von Oesterreich wiederholt zugesagt worden daß der deutsche Bund nicht bloß ein Bund der Fürsten, sondern constitutioneller Staaten seyn solle. Man hat uns eine Volksvertretung beim Bunde, gleichviel welche, versprochen. Nun wird niemand widerlegen wollen daß eine Einigung unter parlamentarischer Form, wenn auch in noch so engen Gränzen, viel inniger, zäher und wirksamer ist als ein Bund ungebundener souveräner Fürsten, also haben wir noch ein viel festeres Band der deutschen Provinzen Oesterreichs und Deutschlands in Aussicht. Zum Schluß will ich Ihnen an einem concreten Fall zeigen wie die neue Politik zu komischen Erfolgen Gelegenheit gibt. Es war im Monat Junius als ein croatisches Blatt, die Agramer Zeitung, die Allg. Zeitung des hochverrätherischen Attentats anklagte, ihre Berichte aus Wien und den österreichisch-deutschen Provinzen unter der Gesammtüberschrift Deutschland aufzuführen. Sie kennen die Lehre vom „Durchbrechen der Gnade?" Nun ein solches christliches Wunder ist an dem südslavischen Blatt geschehen, jetzt heißt ihm unser Deutschland — das liebe deutsche Vaterland! Wollen Sie eine größere Genugthuung?

Die süddeutsche Ost-Westbahn.

K. Werfen wir einen Blick auf die Eisenbahnkarte von Deutschland, so muß uns vor allem auffallen daß, während die nördliche Hälfte unseres Vaterlandes mit einem Netz von Eisenbahnen übersponnen ist, welches den dringendsten Bedürfnissen des Verkehrs in allen Richtungen gleichmäßige Rechnung trägt, in der südlichen Hälfte bis jetzt nur an *eine* Richtung, nämlich die von Süden nach Norden, gedacht worden zu seyn scheint. Fünf Eisenbahnzüge, theils vollendet, theils binnen kurzem ihrer Vollendung entgegensehend, bieten sich dem Verkehr in dieser Richtung dar, nämlich: 1) die österreichische Bahn von Triest über Wien nach Oderberg und Böhmisch-Trübau; 2) die österreichische Pferdebahn von Gmunden über Linz nach Budweis; 3) die bayerische Bahn von Lindau über Augsburg und Donauwörth nach Bamberg und Hof; 4) die württembergische Bahn von Friedrichshafen über Ulm und Stuttgart nach Heilbronn; 5) die badische in Verbindung mit der Main-Neckarbahn von Basel über Heidelberg nach Frankfurt a. M. Einen kläglichen Contrast mit diesem Wettrennen von Süden nach Norden bildet aber die Gleichgültigkeit mit welcher die von dem europäischen Verkehr nicht minder dringend geforderte und in strategischer Hinsicht so überaus wichtige süddeutsche Ost-Westbahn bisher behandelt worden ist.

Als Anfänge derselben können betrachtet werden: 1) in Oesterreich die vollendeten Strecken der ungarischen Centralbahn auf dem linken und die Wien-Brucker und Wiener Neustadt-Oedenburger Bahn auf dem rechten Donau-Ufer; 2) in Bayern die München-Augsburger Bahn; 3) in Württemberg die Bahnstrecke von Ulm bis Bietigheim; dagegen sind, abgesehen von den projectirten Verlängerungen, gegen Osten noch auszufüllen: 1) von Oesterreich die Lücke von Wien bis Salzburg; 2) von Bayern die Lücken von Salzburg bis München und von Augsburg bis Ulm; 3) von Württemberg die Lücke von Bietigheim bis zur badischen Gränze, und 4) von Baden die Lücke von der württembergischen Gränze bis an die Rheinthalbahn.

Die österreichische Regierung, welche im Jahr 1850 im Norden, Osten und Süden der Monarchie mehr als 250 geographische Meilen Eisenbahnen mit einem Aufwand von 156 Millionen fl. C. M. vollendet und in Betrieb gesetzt sehen wird, hat jetzt erst angefangen mit der Frage einer westlichen Verbindung nach Salzburg sich ernstlich zu beschäftigen. Zwei verschiedene Plane sind in Beziehung auf die Richtung dieser Bahn aufgestellt worden. Nach dem ersten würde sie von dem Bahnhofe der Kaiser Ferdinands-Nordbahn in Wien ausgehen und auf dem rechten Donau-Ufer annähernd der Richtung der Poststraße von Wien über Linz nach Salzburg folgen. Nach dem zweiten Plan würde die Westbahn von dem Bahnhofe der südlichen Staatsbahn in Bruck an der Mur auslaufen und, mit Umgehung von Wien und Linz, über Rottenmann und Radstatt Salzburg direct erreichen. Die Anlagekosten sowie die Dauer des Baues beider Linien werden annähernd gleich berechnet. Für den ersten Plan spricht die Nothwendigkeit einer möglichst directen Verbindung von Wien und dem untern Donaugebiet, für den zweiten von Triest, dem adriatischen Meer und dem Orient mit dem Westen von Deutschland, mit Frankreich, Belgien und England. Durch die Wahl der Linie Bruck-Salzburg würde nämlich der Verkehr von Wien mit dem Westen zu einem Umweg von 7.8 Meilen, durch die Wahl der Linie Wien-Salzburg der Verkehr von Triest mit dem Westen zu einem Umweg von 28.5 Meilen genöthigt. Die Bedenken welche gegen die Umleitung des Wiener Verkehrs über Bruck oder des Triestiner Verkehrs über Wien zu erheben sind, gewinnen an Gewicht durch den Umstand daß diese Umleitung in beiden Richtungen den Uebergang über den Semmering in sich schließt — eine Gebirgsbahnstrecke, deren regelmäßiger und den Anforderungen eines lebhaften Verkehrs entsprechender Betrieb vermöge außerordentlich ungünstiger Steigungs- und Krümmungs-, sowie klimatischer Verhältnisse größere Schwierigkeiten darbieten wird als der Betrieb irgendeiner andern bereits bestehenden oder in Ausführung begriffenen Bahnstrecke in Europa. Nach der angegebenen Differenz in den Bahnlängen müßte indessen immerhin die Umleitung des Verkehrs von Wien über Bruck als das geringere Uebel erscheinen, käme nicht bei der zu treffenden Wahl ein anderes, schon seit geraumer Zeit angeregtes und von der österreichischen Regierung neuerdings in Erwägung gezogenes Project in Betracht, nämlich einer Bahn von Verona über den Brenner nach Kufstein an der bayerischen Gränze. Durch diesen Bahnzug in Verbindung mit der östlichen Hälfte der lombardisch-venezianischen Bahn und etwa einer längs dem nördlichen Gestade des adriatischen Meeres herzustellenden Bahn von Venedig nach

Triest, würde dieser Hafen eine zweite Verbindung mit dem Westen von Deutschland erhalten, und es könnte sodann in der Richtung der Bahn nach Salzburg ohne Nachtheil für Triest dem Verkehr von Wien und den Donauländern mit dem Westen vorzugsweise Rechnung getragen werden. Unter diesen Umständen dürfte die Entscheidung über die Richtung der österreichischen Westbahn wesentlich durch die Resultate der eingeleiteten Vorarbeiten für die Bahn von Verona über den Brenner bedingt werden.

Die bayerische Regierung wendet ihre Sorgfalt zunächst und vorzugsweise der Verlängerung ihrer Südnordbahn in südlicher Richtung bis Lindau und so fort in nordwestlicher Richtung von Bamberg über Aschaffenburg nach Frankfurt a. M. zu — eine Linie für deren Bau die Zustimmung der bayerischen Kammern vorliegt, und auch bereits die nöthigen Mittel angewiesen sind. Schon seit dem Jahr 1846 sollicitirte die Handelskammer von Oberbayern bei der Regierung die Herstellung einer östlichen Eisenbahnverbindung von München über Rosenheim nach Salzburg mit Zweigbahn nach Kufstein. Gegen Ende des Jahres 1848 unternahm es Ritter v. Maffei in München für die Ausführung dieser Bahn im Wege der Privatunternehmung die Concession der bayerischen Regierung zu erwirken und einen Actienverein zu gründen. Das zur Anlage und Einrichtung der Bahn erforderliche Capital von 11 Millionen fl. rh. soll in der Weise aufgebracht werden daß 60,000 Theilnehmer sich verbindlich machen fünf Jahre hindurch jeder täglich 6 Kreuzer, im ganzen also allmählich 182 fl. 30 kr. einzuzahlen, wofür er sodann eine auf 200 fl. lautende Actie fundirt auf die Bahn und deren Erträgnisse erhalten soll. Dem Staat aber soll das Recht vorbehalten seyn die Bahn jederzeit gegen Rückerstattung des aufgewendeten Capitals in Staatsobligationen einzulösen. Das Ergebniß der im August dieses Jahres eröffneten Subscription soll, wie versichert wird, die gehegten Erwartungen übertreffen; die bayerische Regierung hat im April d. J. die erforderlichen Vorarbeiten für die München-Salzburger Bahn angeordnet, scheint zu Ertheilung der Concession nicht abgeneigt zu seyn, und auch von Seite der österreichischen Regierung sollen hinsichtlich des Anschlusses sowohl der Wien-Salzburger als der Verona-Innsbrucker Bahn günstige Erklärungen erfolgt seyn.

Dagegen scheint eine Ausfüllung der Lücke zwischen Augsburg und Ulm nicht in so naher Aussicht zu stehen. Die seit geraumer Zeit vollendeten Vorarbeiten über diese Bahn umfassen dreierlei Linien, von denen die erste von Augsburg direct, die zweite über Meitingen, eine zwischen Augsburg und Donauwörth liegende Zwischenstation der Südnordbahn, und die dritte über Donauwörth nach Ulm führt. Die bayerische Regierung gibt derjenigen Linie welche auch den allgemeinen deutschen Verkehrsinteressen am vollkommensten entspricht, nämlich der directen Ulm-Augsburger Bahn, den Vorzug. Hinsichtlich der Ausführung beabsichtigt sie jedoch, wie bereits erwähnt, der Bamberg-Aschaffenburger Linie die Priorität einzuräumen. Triftige Gründe für dieses Hintanhalten der Augsburg-Ulmer Bahn dürften indessen bei der einstimmig anerkannten commerciellen und — angesichts der Fortschritte des französischen Eisenbahnnetzes gegen den Rhein — bei der überwiegenden strategischen Wichtigkeit dieser Linie schwer zu finden seyn. Sollte die bayerische Regierung der Besorgniß Raum geben durch den Anschluß an die württembergische Bahn einen Theil des Verkehrs, welcher sonst sich ihrer Südnord- oder Westbahn zuwenden würde, an jene zu verlieren, so läßt sich dem entgegnen daß wenigstens in der Richtung nach Norden die württembergische Bahn ebenso viel zu geben vermag als sie möglicherweise empfangen kann, daß aber, abgesehen hiervon, die Macht der Umstände die Bedürfnisse des europäischen Verkehrs und strategische Rücksichten früher oder später, einmal aber unfehlbar zur Ausführung der Augsburg-Ulmer Bahn drängen werden. Sollte die Rücksicht auf den Umfang der disponiblen Arbeitskräfte es seyn welche gegen den alsbaldigen Angriff der Bahn geltend gemacht werden, so bedenke man daß durch die im Laufe des Jahres 1850 erfolgende Vollendung der württembergischen Ost- und Südbahn bis Ulm gerade in diesen Landestheilen Tausende von Händen frei werden müssen. Sollten aber finanzielle Hindernisse obwalten, so suche man die Augsburg-Ulmer Bahn, nach dem Beispiel der München-Salzburger, unter günstigen Concessionsbedingungen mit Hülfe der Privatindustrie zur Ausführung zu bringen.

Was endlich die Ausfüllung der letzten Lücke, den Anschluß der württembergischen und badischen Bahnen, betrifft, so dürften hier wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten zu überwinden seyn. Einem in der Beilage zu Nr. 121 der Allgem. Zeitung vom 1 Mai d. J. enthaltenen Aufsatz, welcher sich speciell mit dieser Frage beschäftigt und die Resultate der zu verschiedenen Zeiten vorgenommenen Vorarbeiten mittheilt, entnimmt man daß der Anschluß der württembergischen an die badischen Eisenbahnen in einer den Bedürfnissen des deutschen Verkehrs in jeder Richtung in möglichst hohem Grad entsprechenden Weise und zugleich mit dem geringsten Kostenaufwand nur in der Richtung über Bretten nach Bruchsal bewerkstelligt werden kann. Gegen diesen Anschlußmodus verbünden sich aber die Localinteressen der badischen Orte Karlsruhe, Durlach und Pforzheim mit denen der württembergischen Calw und Heilbronn. Erstere verlangen den Anschluß über Pforzheim nach Durlach — eine Linie welche vermöge ihrer Länge und Steigungsverhältnisse der Verkehrsrichtung nach Straßburg keinerlei Vortheil, der Verkehrsrichtung nach Mannheim aber entschiedenen Nachtheil, nämlich einen Umweg von 3.2 Meilen bietet und überdieß ein um 2 Millionen Gulden rhein. höheres Anlagecapital erfordert als die Linie Bretten-Bruchsal. Letztere verlangen den Doppelanschluß über Pforzheim nach Durlach und über Heilbronn nach Wiesloch — eine Combination bei welcher mit einem mehr als doppelt so großen Aufwand weder in der Richtung nach Straßburg noch in der Richtung nach Mannheim irgendein Vortheil für den Verkehr erreicht würde. Die württembergische und die badische Regierung haben in den für solche Unternehmungen günstigen Zeiten versäumt diesen Localprätensionen mit der nöthigen Entschiedenheit entgegenzutreten, und finden nun in den finanziellen Opfern, welche ihnen die Jahre 1848 und 1849 auferlegt, allerdings nicht zu verwerfende Gründe von weiterer Ausdehnung ihrer Eisenbahnsysteme für den Augenblick abzustehen.

Unter diesen Umständen eröffnet sich auch hier der Privatindustrie, welche ja den Grund zu dem deutschen Eisenbahnnetz gelegt, ein Feld der Thätigkeit, begreiflicherweise jedoch nur unter der Voraussetzung daß von beiden Regierungen eine Concession für die Bahnrichtung über Bretten nach Bruchsal unter günstigen Bedingungen erwirkt werden kann. In diesem Fall ließe sich hier mit dem mäßigen Aufwand von 7 Millionen Gulden rhn. eine Bahn herstellen, deren Rentabilität, insofern durch sie den Bedürfnissen des Verkehrs in westlicher wie in nordwestlicher Richtung gleich vollständig entsprochen würde, vernünftigerweise nicht in Zweifel gezogen werden kann. Dagegen würde sich weder die Linie Pforzheim-Durlach noch auch Heilbronn-Wiesloch für die Ausführung im Wege der Privatunternehmung eignen, weil keine derselben für sich allein dem Verkehr in beiden genannten Richtungen genügen könnte, mithin die zuerst hergestellte früher oder später durch die andere ergänzt, zugleich aber auch der Hälfte ihrer Frequenz beraubt und so dem sichern Ruin zugeführt werden müßte.

Nach der vorangehenden Darstellung dürfte der Impuls, dessen es bedürfen wird um die süddeutsche Ost-Westbahn endlich ins Leben zu rufen, wohl eher von Osten als von Westen ausgehen. Im Begriff über die Richtung ihrer Westbahn von Wien nach Salzburg Beschluß zu fassen, muß die österreichische Regierung nothwendig zugleich auf die Fortführung dieser Bahn in westlicher Richtung bis an den Rhein, und zwar auf dem kürzesten, in commercieller wie in strategischer Hinsicht gleich wichtigen Weg über Augsburg, Ulm, Stuttgart nach Bruchsal Bedacht nehmen. Während sie daher einerseits durch die Inangriffnahme der Wien-Salzburger und vielleicht auch der Verona-Innsbrucker Bahn Bayern, Württemberg und Baden die wichtigsten Garantien für die Prosperität ihrer Bahnsysteme bietet, dürfte sie sich andererseits veranlaßt sehen ihren ganzen Einfluß zu Gunsten endlicher Verständigung der genannten drei Staaten über die Anschlußfrage und alsbaldiger Ausführung der Bahnstrecken von Augsburg nach Ulm und von Bietigheim nach Bruchsal, sey es aus Staatsmitteln oder im Wege der Concession an Privatgesellschaften geltend zu machen.

Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer über Juden-Emancipation.

München, 11 Dec. (39ste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der zweite Tag der Discussion über die Judenemancipation brachte wenig neue Gesichtspunkte der Freunde des Regierungsentwurfes, wie der Gegner desselben. Er eröffnet sich durch eine kurze Rede des Abg. Mayr gegen den Regierungsentwurf und für die Fink'sche Modification, wonach bekanntlich den Gemeinden das absolute Verweigerungsrecht gegen die Ansässigmachung von Israeliten zustehen soll. Der Redner ist im übrigen nicht nur aus eigener Ueberzeugung gegen eine volle Emancipation, sondern sieht diese Ueberzeugung auch noch durch verschiedene an ihn gelangte Adressen dieses Sinnes aus seinem Wahlbezirk (Kemnath) unterstützt. Abg. Forndran hat sich für den Gesetzentwurf als Redner einschreiben lassen, beantragt indessen im Fortgang seiner Erörterung eine sehr wesentliche Modification desselben. Er will zu dem zweiten Absatz des Art. 11 des Entwurfs, wonach alle dem Art. I entgegenstehenden Bestimmungen aufgehoben sind, einen Zusatz des Inhalts: daß alle den Israeliten gewährten Vorzüge und Vortheile betreffs jener Arten des Handels ein Jahr nach Erlaß des Gesetzes aufhören sollen, und dieses

selbst die kirchlichen Verhältnisse der Juden nicht berührt. Dazu fügt er als Wunsch daß künftighin die Verhandlungen über Ansässigmachung betreffs der Remonstrationen der Gemeinden in erster und zweiter Instanz collegialisch stattfinden mögen. Abg. Allioli besteigt dann die Rednerbühne zu einem Vortrage gegen den Gesetzentwurf. Es ist ihm sogar fraglich ob es die Aufgabe der Gesetzgebung sey den socialen Mißzuständen der Israeliten abzuhelfen. Denn er findet das Wesen des „Staates Israel" nur in der geringen Theilnahme der Juden an der nationalen Arbeit. Aus dieser Arbeitsscheu der Israeliten leitet er deren Fehler nebst ihren schädlichen Einflüssen auf die christlichen Mitbürger her, die in einem verlesenen Schriftstück mit den grellsten Farben gezeichnet sind. Auf die Zwischenfrage des Abg. Kirchgeßner nach dem Namen des Verfassers dieser Charakteristik, durch welchen doch erst das Schriftstück eine Autorität gewinnen könne wendet sich der Redner an den Hrn. Minister des Innern, um dessen Genehmigung zur Namensnennung zu erholen. Dieser ist indessen abwesend, und die Genehmigung muß sonach vom Hrn. Minister des Cultus verweigert werden. Nach diesem Zwischenfall führt der Redner weiter aus wie die Juden nicht, weil sie mußten, sondern aus freiem Willen sich des Handels ausschließlich bemächtigt hätten. In Zahlen lasse es sich nun nicht ausdrücken wie groß der dem Volke daraus erwachsende Schaden sey, indessen gebe die Stimme des Volkes den Beweis daß er sehr groß. Es sey ja auch eine anerkannte Thatsache daß die Christen verarmten, wo sich viel Juden befinden. Aber nicht allein die Handelsgewandtheit und Arbeitsscheu, sondern auch die religiös-politischen Grundsätze der Juden seyen der christlichen Bevölkerung gefährlich. Dieß führt der Redner mit Heranziehung talmudistischer Lehren weiter aus, und wendet sich nachher wieder statistischen Darlegungen zu, welche beweisen sollen daß die Juden sich durch Erweiterung ihrer Rechte nicht dem Ackerbau zuwenden, sondern bei dem Handel verharren. Als der Referent des Ausschusses nach dem Namen des Verfassers dieser statistischen Angaben fragt, erhalten wir die wunderbare Antwort: „die Broschüre hat keinen Verfasser." Trotz all dieser Anklagen will der Redner dennoch eine Aenderung des Edicts von 1813 (also die Rulandsche Ansicht), ja er erkennt darin sogar die einzige Möglichkeit die Juden, welche bisher nur einen Zehrstand gebildet hätten, in einen Arbeiterstand zu verwandeln. In dieser Consequenz beantragt er einen Zusatz zum Gesetzentwurf, wonach eine gesetzliche Vorkehrung gegen die ausschließliche Zuwendung der Juden zum Handel dadurch getroffen werden soll daß den Gemeinden das Recht des absoluten Veto gegen die Verleihung neuer Handelsconcessionen für die bei ihnen ansässigen Juden zusteht. Er beabsichtigt dadurch eine Erziehung der Juden zur Arbeitsamkeit, und ist von der Nothwendigkeit einer solchen Bestimmung so fest überzeugt daß er seine Zustimmung zum Gesetze versagt, falls weder sein Amendement noch ein anderes ähnliches zum Beschluß erhoben werden sollte. Einer scharfen, klaren und von tüchtiger Sachkenntniß getragenen Kritik talmudistischer Behauptungen dieses Redners durch den Abgeordneten Arnheim folgt ein Vortrag des Abg. Kirchgeßner zur Befürwortung des Gesetzentwurfs. Er bespricht ziemlich weitläufig vorzugsweise das Unrecht der Rechtsungleichheit, welches durch das neue Gesetz gut gemacht werden müsse. In dieser Rechtsungleichheit findet er auch die Hauptursache der moralischen Mißzustände unter den Juden, und glaubt durch den Wegfall jeder Ausnahmsbestimmung den moralischen Aufschwung am besten gefördert, welcher die mächtigste Stütze rechtlich geregelter Zustände sey. Im übrigen verweist er daß die genaue Präcisirung der Frage der Ansässigmachung nicht hieher, sondern in die Revision der Gemeindegesetzgebung gehöre. Des Abg. Wolfsteiner lange Rede bringt gar wenig Gedanken welche nicht bereits von den vorhergehenden Gegnern der vollen Emancipation erörtert wurden. Schließlich kommt er auf den Ausspruch daß dieß Volk (die Juden) „eine Ausnahme im Menschengeschlecht" bilde, also noch Ausnahmsgesetzen unterworfen seyn müsse, weßhalb er besonders dem Antrag des Abg. Fink und jenem (Rulands) beistimme, wonach die Juden nicht Richter werden können. Hr. Minister Ringelmann legt, bevor er mit wenigen Worten auf die neuen Einwendungen gegen den Entwurf eingeht, nochmals den Standpunkt der Regierung bei dieser Frage vor. Unter den bayerischen Landtagen seit 1818 welche die Emancipationsfrage behandelten, sey besonders der von 1846 wichtig geworden, welcher eine allmähliche Emancipation beantragt habe. Die Regierung würde demselben nachgekommen seyn, wenn nicht das Jahr 1848 gekommen wäre. Dieses habe den Juden die höchsten politischen Rechte gegeben. Aber auch damals wie bei der jetzigen Discussion habe sich das religiöse Element in den Vordergrund gedrängt, und die Forderung erzeugt daß für die Juden eine oberste Kirchenbehörde aufgestellt werden solle. Indessen sey von Seiten der Juden selbst, wohl wegen ihrer Spaltung in zwei Hauptsecten, vielfach dagegen petitionirt worden. Die Regierung habe deßhalb diese Frage ruhen lassen. Der jetzige Entwurf gründe sich nun theils auf die Grundrechte des deutschen Volks, theils auf die in der Thronrede gegebenen Verheißungen. Zwei Einwendungen seyen heut vorzugsweise gegen die volle Emancipation des Gesetzentwurfs gemacht worden. Der eine sey auf die angeblich staatsgefährlichen Grundsätze des Talmud gegründet, dem andern zufolge sey die ganze Handlungsweise der Juden gegenüber den Christen so übervortheilend daß man ihnen trotz gleicher Pflichten doch nicht ganz gleiche Rechte einräumen solle. Was die Talmudlehren anbelange, so gebe es, wie sich schon in der Verhandlung gezeigt, und wie bei allen derartigen Gesetzbüchern, gute und schlechte Auslegungen ihres Ausdrucks. Er wolle dieß dahingestellt seyn lassen, müsse aber vorderhand die gute Auslegung annehmen, denn die schlechte führe ja in ihrer Consequenz nothwendig zu einer Austreibung der Befolger solcher Grundsätze, ungefähr zu den Judenaustreibungen im Mittelalter. Der Gedanke könne nicht gestraft werden, nur die schlechte That verfalle dem Gesetz. In Bezug auf den zweiten Einwand weist der Redner besonders auf das geringe Zahlenverhältniß der Juden zu den Christen hin — 60.000 gegen 4½ Mill. Könnten diese für den Wohlstand der Christen gefährlich werden, so läge in solcher Annahme ein furchtbares Armuthszeugniß für deren Geschäfts- und Lebensgewandtheit. Uebrigens wolle jedes der Amendements gerade in den Dingen eine Einschränkung die dem Antragsteller zunächst lägen. Würde man sie aber zusammenfassen, so werde es mit der ganzen Emancipation sehr mißlich aussehen. In diesem Sinne werden dann noch die Einzelbemerkungen der Gegner des Gesetzentwurfs bekämpft, und damit gegen 2 Uhr die Sitzung geschlossen.

Aus Vorarlberg kam uns dieser Tage folgende Reclamation zu, deren Eingang nur eine Wiederholung dessen ist was wir bereits berichtigend über die Bedeutung der vorarlbergischen Industrie mitgetheilt haben; gegen die darauf folgenden Anklagen unseres Wiener ⊤Correspondenten wird sich dieser selbst vertheidigen wenn er es für nöthig findet. **Aus Vorarlberg.** Ihr geschätztes Blatt hat durch eine Reihe von Correspondenzen aus der österreichischen Residenz die schwebende Frage der Revision der Zollgesetzgebung im Sinn der von der Wiener Zeitung unlängst kundgegebenen Absichten des Hrn. Ministers des Handels unterstützt. Sofern dieß der Sache galt, niemand zu lieb, niemand zu leid, wäre bloß gehörigen Orts einzuwenden was die dazu Berechtigten darüber zu sagen hätten. Aber einer Ihrer HH. Correspondenten bespricht die Zolltarifsrevision in der Beilage zur Allgem. Zeitung vom 19 Nov. Nr. 323 unter anderm in so beleidigender Weise gegenüber den Industriellen Vorarlbergs daß man zur Ehre dieser berechtigt ist die löbliche Redaction um Aufnahme eines begründeten Wortes der Erwiederung zu bitten. Es sind in Vorarlberg über drei Millionen Gulden auf Fabriksbauten fixirt, ein Sechstheil der Bevölkerung dieses Landestheiles ernährt sich von der Arbeit in der Baumwollindustrie (so gut vertheilt daß die Gefahr eigentlicher Fabriksorte verschwindet). Beweist das daß man schlecht oder bloß zum Schein fabricire? Hat die Ausstellung der Gewerbsproducte 1845 so etwas bewiesen? Nein, aber solid steht sie da diese Industrie und liefert dadurch ein weiteres Beleg für ihre Tüchtigkeit. Das scheint jedoch am wenigsten zu gefallen. Es gibt Leute die sich mit dem Fabrikswesen solange nicht versöhnen können bis sie durch Fallimente die Gefahr solcher Unternehmungen erkennen lernen; sie sind den Arbeitern in Mülhausen zu vergleichen, die revoltirten bis drei Viertel ihrer Arbeitgeber ruinirt waren. Selbst nichts wagen, aber jene die ihr Hab und Gut in der Industrie riskiren beneiden, wenn es ihnen scheinbar gut geht, dann socialistische Versuche ankündigen um den Gewinn redlicher Arbeit und Combination zu Gunsten des sogenannten Gemeinwohls auf ein bescheidenes Maß zurückführen, ohne für Verluste einzustehen, das ist ihre Herzenssache. Ob dadurch Hunderttausenden der Lohn der Arbeit auf das letzte Ausmaß vor dem Hungerstode herabnivellirt werde oder nicht, darum kümmern sich diese Leute wenig; sie haben Boden für die Arbeitslosen, Hungernden an der Theiß wenn sie hinziehen wollen, oder sie vertrösten auf die himmlischen Geschäftsfreuden in einem neuen Mittelreich. Taub und blind gegen alle bösen Folgen solcher Doctrine predigen sie Krieg gegen den Besitz der sich in die Industrie wagt, als ob die Arbeit anders erhalten, und, wo sie desorganisirt ist, anders reorganisirt werden könnte als durch das Capital. Anstatt den Schwindel zu bekämpfen der mit Hülfe eines gewissen Instituts in Wien vielleicht alle Actien desselben ins Land gezogen und so die peinlichsten Verlegenheiten des österreichischen Geldmarktes ins Unabsehbare verlängert zu haben scheint, verliert man sich in handelspolitische Experimente, die keine andere Satisfaction für sich haben werden als den Beifall Englands. Den soliden Interessen des Landes die sich dadurch bedroht glauben, gibt man zu bedenken daß sie wohl thun werden sich ohne Murren zu fügen, am wenigsten einen Congreß der Industriellen zu verlangen, denn dazu müßten auch die Bauern aus Tarnow, die Slovaken, Raizen und Zigeuner als Consumenten berufen und als Stimmberechtigte angesehen werden!

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Württemberg. Der Hauptm. v. Biberstein, vom 5. Inf. Reg., ist seinem Ansuchen gemäß in Ruhestand versetzt. Ferner sind folgende Beförderungen verfügt: Zu Gen. Majors wurden befördert: der Oberst Commandant des Landjäger-Corps v. Märkens, sowie der in dem Reichskriegsministerium in Frankfurt als Abtheilungs-Chef fungirende Oberst v. Faber du Faur in ihren gegenwärtigen Dienstverhältnissen und mit ihren seitherigen Bezügen: der Commandant der 3. Inf. Brigade, Gen. Major v Baumbach, wird zum General-Quartiermeister ernannt; das Commando der 3. Inf. Brigade dem Obersten und Commandanten des 6. Inf. Reg. v. Brand, unter Beförderung desselben zum Gen. Major übertragen. Zu Obersten werden befördert: die Oberstlieutenants v. Hardegg des General-Quartiermeisterstabs, v. Dötschmann der Artillerie und v. Wiederhold, Adjutant Sr. Maj des Königs, mit Beibehaltung ihrer bish. Bezüge; ferner Oberstlieut. v. Moser des 1. Inf. Reg., unter Uebertragung des Commando des 4. Inf. Reg., Oberstlieut v. Mundorff des 6. Inf. Reg., unter Uebertragung des Commando dieses Regiments. Zu Majoren und Bats.-Commandanten rücken vor: Hauptm. v. Schilling des 1. Inf. Reg. in diesem, Hauptm Adjut. der Inf. Division, v. Brandenstein im 4. und Hauptm. v. Faulhaber des 1. Inf. Reg. im 5. Inf. Reg. Zum Adjutanten der Inf. Division wird ernannt der Hauptm. v. Bischoff des 6. Inf. Reg. Der zur Ingenieur Abtheilung des General-Quartiermeisterstabs commandirte Hauptm. v. Berger des 2. Inf. Reg. wird in dem 6. Inf. Reg. als Compagnie-Commandant eingetheilt. Der Oberlieut. Arlt des 1. Inf. Reg. wird zum Hauptm in diesem, der Reg. Adjut. Oberlieut. Rampacher zum Hauptm im 3. Inf. Reg., sowie der zur Ingenieur-Abtheilung des General-Quartiermeisterstabs commandirte Oberlieut. A. v. Hügel des 8. Inf. Reg. zum Hauptm. befördert, und endlich der Lieut. Schönlin des 5. Inf. Reg zum Reg. Adjutanten in dem letzteren ernannt Versetzt werden: Major und Bats.-Commandant im 5. Inf. Reg. v. Pflüger in dieser Eigenschaft zum 6. Inf. Reg., Hauptm v. d. Laulen der Garn. Comp. zu dem 1. Inf. Reg., Oberlieut. v. Fechtheim des 8. zum 2. Inf. Reg. — Großh. **Hessen.** Der Stabsarzt Dr. Reuner ist vom 3. Inf. Reg. zum 1, und der Stabsarzt Dr. Büchner vom 1. zum 3. Inf. Reg. versetzt und dem letzteren zugleich die bisher von dem ersteren versehene Stelle des dirigirenden Arztes im Lazareth zu Worms übertragen worden. Der Oberst à la suite der Reiterei Prinz Karl von Solms-Braunfels hat den nachgesuchten Abschied erhalten. Sodann ist der Hauptm. Hof vom 4. zum 2. Inf. Reg. versetzt. Der Oberlieut. Hoffmann im 4. Inf. Reg. zum Hauptm. ernannt, der Militärarzt Dr. Strecker auf Nachsuchen vom 4. zum 1. Inf. Reg., und der Militär-Arzt Dr. Wenck vom Lazareth zu Friedberg zum 4. Inf. Reg. versetzt. — **Kurhessen.** Der Major Reccius ist zum Commandeur des Ldw. Bat. des 1. Inf. Reg. ernannt. — **Hannover.** Die Capitäns Deppen und Backhaus sind auf ihr Ansuchen in Pensionsstand versetzt und ihnen der Charakter von Major verliehen.

Civildienstnachrichten. Großh. **Baden.** Der Ober-Hofgerichtskanzler, Staatsrath Trefurt, der Hofgerichts-Präsident Obkircher, der Hofgerichts-Präsident Litschgi, der Ober Hofgerichts Vicekanzler Kirn, und der Ober-Hofgerichtsrath Lauckhard sind als diejenigen Mitglieder der Gerichtshöfe bezeichnet welche bei Entscheidung von Competenzstreitigkeiten während der gegenwärtigen Landtags-Periode im großh. Staatsministerium beizuziehen sind. — **K. Sachsen.** Der bisherige Inspector der Porcellan-Fabrik zu Meißen, H. G. Kühn, ist zum Director derselben ernannt, mit dem Prädicat als Bergrath; der Leg. Rath C. v. Carlowitz zum Geh. Leg. Rath. — **Sachsen-Weimar.** Dem Fin. Rath Fr. Ch. Meyer ist das Prädicat eines Geh. Fin. Raths verliehen. — **Kurhessen.** Der Ober Fin. Rath Zuschlag ist zum vortragenden Rath im Finanz-Ministerium ernannt. — **Preußen.** Dem Criminal-Director Schlemm zu Halberstadt ist bei seiner Versetzung in Ruhestand der Titel eines Geh. Just. Raths verliehen.

Wissenschaft und Kunst. Preußen. Dem ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität Breslau, Dr. Kutzen, ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Amt ertheilt: dem Geh. Med. Rath und Prof. Dr. J. Müller die nachgesuchte Entlassung aus der Stellung als Mitglied der wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen, unter Ernennung desselben zum Ehrenmitglied dieser Behörde bewilligt, und der Geh. Med. Rath und Professor Dr. Busch zum ordentlichen Mitglied derselben ernannt.

Consulate. Hannover. Die k. portugiesische Regierung hat ihrem Vice-Consul A. Ehrlenholtz zu Leer während der durch Todesfall eingetretenen Vacanz ihres Vice-Consuls in Norden die interimistische Wahrnehmung auch dieser Stelle übertragen, und ist von der hiesigen Regierung anerkannt worden.

Todesfälle. In Zwickau verstarb, am 21 Nov., der Major a. D. J. Edler v. d. Planitz. — In Illenau, der Hofrath Professor Dr. Amann; er hatte seit etwa 30 Jahren der Universität Freiburg angehört, wo er in früherer Zeit römisches Recht und Kirchenrecht lehrte.

[4856]

Neue empfehlenswerthe Schriften für die Jugend

aus dem Verlage von **Alexander Duncker**, königl. Hofbuchhändler in Berlin:

Der Jungbrunnen.

Neue Märchen von einem fahrenden Schüler.

Mit Titelkupfer. 8. eleg. geb. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Inhalt: Das Märchen von der guten Seele. — Glückspilzchen. — Das Märchen von Musje Morgenroth und Jungfer Abendbrod. — Veilchenprinz. — Das Märchen von Blindekuh. — Fedeiunt und Funzifudelchen. — Epilog.

Diese Märchen dürften in Hinsicht auf Poesie, Humor, sinnige Darstellung ꝛc. das Allerbedeutendste und Empfehlenswertheste seyn was die neuere Zeit in diesem Genre großen und kleinen Kindern gebracht hat.

Thekla von Gumpert.

Gott in der Natur. Hymnen für Kinder.

Illustrirt von L. Richter.

Zweiter Abdruck. 8. geh. $\frac{2}{3}$ Thlr.

Dieß wahrhaft treffliche und der jungen Welt den reichsten Segen bringende Büchlein ist auch insbesondere den Käufern des „stummen Kindes" derselben Verfasserin zu empfehlen, dessen getreuester Begleiter es im Leben gewesen und selbst im Tode geblieben ist.

Die Badereise der Tante. 8. geh. $\frac{1}{2}$ Thlr.

Mein erstes weißes Haar. 8. geh. $\frac{5}{12}$ Thlr.

Der kleine Vater und das Enkelkind. 8. cart. 1 Thlr.

Erzählungen für Kinder. Zweite Ausgabe. 8. cart. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Gräfin Germanie:

Der kleine Donquixote. Mit 4 Bildern. 8. geh. $\frac{5}{6}$ Thlr.

Robinsons Enkelin. Mit 6 Bildern. 8. geh. 1 Thlr. eleg. geb. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Der neue Kinderfreund.

Herausgegeben von **H. Kletke.**

Zweite wohlfeile Ausgabe. Mit Titelbildern von Th. Hosemann und L. Richter und vielen Vignetten. eleg. cart. à Band $1\frac{1}{2}$ Thlr.

A. Zimmermann

Geschichte des Brandenburgisch-Preußischen Staates.

Zweite wohlfeile Ausgabe. Lex. 8. geh. $1\frac{1}{3}$ Thlr. Eleg. geb. $1\frac{2}{3}$ Thlr.

Dieß interessante Werk gibt in anschaulicher Darstellung die ganze Entwicklung des Vaterlandes, und verweilt mit der gebührenden Ausführlichkeit bei den welthistorischen Momenten und den Großthaten in der preußischen Geschichte. Es kann daher jedermann mit bestem Gewissen empfohlen werden, und wird der heranwachsenden Jugend namentlich ein sehr willkommenes und nützliches Geschenk seyn.

Catherine Narbel. Exercices de Mémoire.

2 Parties. 8. eleg. geb. 1 Thlr.

Diese Sammlung der anziehendsten und wenig bekannten Poesien der französischen Litteratur ist namentlich für junge Mädchen bestimmt, die darin eine reiche Quelle finden ihr Gedächtniß mit den anmuthigsten Gedichten zu bereichern und zu üben. Das Büchlein hat bereits in sehr vielen Pensionnaten die beifälligste Aufnahme und Einführung gefunden.

[4642] Deutschen Sängern und Männerchören gewidmet!

Im Verlag von **Karl Göpel** in **Stuttgart** ist soeben erschienen und in allen guten Buch- und Musikhandlungen vorräthig zu finden:

Deutsche Banner- und Schwertlieder.

Für den vierstimmigen Männergesang gesetzt

von **Carl Geißler, Ed. Tauwitz & Th. Täglichsbeck.**

Drei Hefte. Partitur und Stimmen.

Die Veranstaltung dieser Sammlung, was die Texte anbelangt zum größten Theil, in Bezug auf die Compositionen durchgängig eine Frucht der Begeisterung des Jahres 1848, wurde zu einer Zeit beschlossen und begonnen, in und von welcher die nahe Erfüllung der Träume von deutscher Macht, Kraft und Herrlichkeit, von einem freien, einigen deutschen Reiche zu erwarten stand; die Verlagshandlung wollte damit den deutschen Sängerchören eine zu den Jubeltagen des deutschen Volkes gewiß willkommene Gabe darbieten.

Die gehofften Jubeltage sind seitdem wieder umgewandelt in Tage der Trauer und der Seufzer — wie seit 33 Jahren — über getäuschtes Vertrauen, vereitelte Hoffnungen und erlittene Schmach.

Die Sammlung muß sich daher bescheiden als eine Jubelgabe zu erscheinen; gleichwohl hoffen wir daß ihrem Willkomm bei deutschen Sängern deßhalb kein Eintrag geschehe. Vielleicht erhalten diese Lieder, welche zur Verherrlichung, zum Kampf und Sieg des deutschen Banners begeistern wollen, in solch' trauriger, trostloser Zeit erst ihre wahre Bedeutung, und um so empfänglichere Sänger; ihnen sehen sie empfohlen: mögen sie dieselben in ihren Schutz nehmen und als Samen über alles deutsche Land ausstreuen.

Preise für jedes der drei Hefte:

Partitur und Stimmen das Exempl. 2 fl. 42 kr. rhein. od. 1 Thlr. 21 Sgr.

Die vier Stimmen besonders, einzelne Exemplare 2 fl. 6 kr. rhein. od. 1 Thlr. 9 Sgr. — desgl. — 6 Exempl. und mehr gegen baare Zahlung, das Exempl. 1 fl. 36 kr. rhein. od. 1 Thlr.

Zur Befriedigung des Mehrbedarfs an einzelnen Stimmen werden

Einzel-Stimmen besonders, jede das Exempl. 40 kr. od. $12\frac{1}{2}$ Sgr.

ausnahmsweise abgegeben. Obwohl diese Preise so billig gestellt sind daß sie den dritten Theil der im Musikhandel üblichen kaum übersteigen, so sind wir doch bei gleichzeitiger Abnahme aller drei Hefte in größeren Partien noch weitere Vortheile zu gewähren erbötig, und werden derfallsige Anfragen mit genauer Bezeichnung des Bedarfs von jeder Stimme prompt beantworten.

Verlagshandlung von Karl Göpel in Stuttgart.

(4591) Bei G. Reimer in Berlin ist eben erschienen:

Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein von G. H. Pertz. Erster Band. Mit Porträt und Facsimiles. 2 Thlr. 20 Sgr. Geb. 3 Thlr.

Shakespeare's Romeo und Julia. Uebersetzt von A. W. Schlegel. Miniatur-Ausg. Elegant geb. 1 Thlr.

H. Burmeister, die Labyrinthodonten aus dem bunten Sandstein von Bernburg, zoologisch geschildert. Erste Abtheilung: Trematosaurus. Mit 4 lithographirten Tafeln. gr. 4. Carton. 3 Thlr. 10 Sgr.

Von den Mitteln, den Zustand der Arbeiter gründlich und auf die Dauer zu verbessern. Mit Bemerkungen über darauf Bezügliches: Steuern, Wahlen der Volksvertreter, Volksunterricht, Volksversammlungen und allgemeine Bewaffnung. Geh. $22\frac{1}{2}$ Sgr.

E. du Bois-Reymond, Untersuchungen über thierische Elektricität. Zweiten Bandes 1. Abth. Mit 4 Kupfertafeln. Geh. 3 Thlr. 10 Sgr.

Die Fortschritte der Physik im Jahre 1847. Dargestellt von der physikalischen Gesellschaft zu Berlin. III. Jahrg. Redigirt von G. Karsten. Erste Abth.: Allgemeine Physik, Akustik, Optik u. Wärmelehre. Geh. 1 Thlr. 15 Sgr.

O. F. Gruppe, der deutsche Dichterwald. 3 Theile. Geh. 2 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr. Geb. 3 Thlr.

F. Wolff, Lehrbuch der Geometrie.

Erster Theil. Ebene Elementar-Geometrie, Trigonometrie, Theilungslehre. 5te verb. Auflage. Mit 7 Kupfert. 1 Thlr. 20 Sgr.

(4608) In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg, in der Palm'schen Buchhandlung in München, im unterzeichneter und allen Buchhandlungen ist zu haben:

Campe, gemeinnütziger Briefsteller für alle Fälle des menschlichen Lebens, mit Angabe der Titulaturen; ☞ enthaltend 180 Briefmuster zur Nachbildung und 100 Formulare zu gerichtlichen Eingaben und Klageschriften. Zwölfte verbesserte Auflage. 15 Sgr.

Held, 190 Wünsche zu Gratulationen bei Neujahrs-, Geburts-, Namens-, Verlobungs- und Hochzeitsfesten. Dritte Auflage. 10 Sgr.

v. Guther, G. U., das Ganze der Kartenspiele, oder 58 deutsche und französische Kartenspiele, als: Solo, l'Hombre, Boston, Whist, Mariage, Pharao, Roulette, Pochen, Rabouge u. s. w. 20 Sgr.

Simon, C. F. W., der industriöse Geschäftsmann, *oder 400 Anweisungen zur Fabrication vieler Handels-Artikel, als künstliche Weine — Rum — Aquavite — Essige — Parfümerien — Essenzen — vorzüglicher Seifen — Farben — Firnisse — Extracte — Chocoladen — Mostriche — Stiefelwichsen — Tinten.* Für Jedermann, besonders für Materialisten sehr brauchbar. Zweite verbesserte Auflage. 25 Sgr.

Wartenstein, G., Briefsteller für Liebende beiderlei Geschlechts, enthält 76 Musterbriefe für Liebende, nebst Polterabendscherzen und Hochzeitsgedichten. Vierte umgearbeitete Auflage. 15 Sgr.

☞ Dieser Briefsteller ist als ausgezeichnet allen Liebenden zu empfehlen.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag u. Weiß'sche Buchhandlung in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Quedlinburg, **Ernst'sche Buchhandlung.**

---

[328] In Unterzeichnetem ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Württembergische

Jahrbücher

für

vaterländische Geschichte, Geographie, Statistik und Topographie.

Herausgegeben von

dem statistisch-topographischen Bureau.

Jahrgang 1848. Erstes Heft.

Subscriptionspreis 1 fl. 12 kr. — Ladenpreis 1 fl. 45 kr. oder 1 Rthlr.

Inhalt:

Chronik. Allgemeine Landes-Chronik des Jahres 1848. Königliches Haus. — Bevölkerung. — Gesundheitszustand und Heilanstalten. — Bauten. — Witterung. — Naturerscheinungen. — Fruchtbarkeit und Preise der Lebensbedürfnisse. — Religiosität und Sitten. — Wissenschaften und Künste. — Oekonomischer Zustand. Landwirthschaft, Viehzucht, Gartenbau, Seidezucht, Waldwirthschaft. — Gewerbe, Handel und Verkehr. — Wohlthätigkeit und wohlthätige Anstalten. — Unglücksfälle. — Besondere Denkwürdigkeiten.

Abhandlungen, Aufsätze und Nachrichten. Die Eroberung von Achalm im Jahr 1285. Nach zwei neuentdeckten Urkunden. — Beiträge zur Geschichte und Genealogie der Herren von Aichhausen, Bebenburg, Bilriet, Klingenfels, Limburg, Langenburg und Ravenstein. — Die württembergische Hagelversicherungs-Anstalt. — Ueber die Sage daß die Bewohner der Steinlachgegend schwedischer Herkunft seyen. — Die Ergebnisse der Weinlese in Württemberg im Jahr 1848. — Die Ergebnisse der württembergischen Wollmärkte in dem Jahr 1848.

Stuttgart und Tübingen, Nov. 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

(4741) **Festgeschenk für religiös gesinnte Christen.**

Im Verlage der Matth. Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg ist erschienen und durch jede Buchhandlung Deutschlands und des Auslandes zu beziehen:

Der Christbaum.

Ein lyrisch-didaktisches Gedicht

von **Beda Piringer,**

Professor am k. k. Lyceum zu Kremsmünster.

Elegant broschirt. 1 fl. 36 kr. oder 1 Thlr.

Dieser christliche Sänger, der hier zum erstenmale hervortritt, wurde vielseitig von Freunden, besonders durch Hrn. Professor J. v. Görres zur Herausgabe aufgemuntert. Derselbe sagt über den Dichter: „Es ist wirklich ein bedeutendes Talent, das die Schwierigkeiten, die im Gegenstande liegen, mit vielem Geschicke überwunden; ich muß mich wundern über die Macht die er über die Sprache übt. Ich habe das Gedicht mit vieler Freude und Befriedigung gelesen, viele Partien sind großartig ausgeführt, andere sind von der größten Lieblichkeit :c."

[4070—74] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen Krankheiten der Geschlechtstheile die in Folge heimlicher Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit **10** erläuternden anatomischen Abbildungen. Zuerst publicirt von **Dr. Samuel La'Mert** in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgegeben von Laurentius in Leipzig. 6te Aufl. 8. 170 S.

Soll die Ehe wahrhaft die Quelle gegenseitigen Glückes seyn, so erfordert sie die Erfüllung verschiedener Bedingungen. Könnte man den Schleier heben der den Ursprung ehelichen Unglücks bedeckt, wie häufig würde man die Ursache desselben physischen Unfähigkeiten und folglich — getäuschten Erwartungen zuschreiben müssen. — Ueberschreitungen sind jederzeit nachtheilig. Die Gaben der Natur, deren man sich bei mäßigem Genusse mit Vortheil erfreut, werden durch Mißbrauch eine Quelle des Unglücks und des mehr oder weniger schnellen Verfalls aller Lebenskräfte. Die eigenthümlichen Ueberschreitungen aber, von denen dieses Werk hauptsächlich handelt, verursachen dem menschlichen Geschlechte mehr Leiden als alle andern Ausschweifungen von denen es heimgesucht wird.

Die sechste Auflage dieses Werkes enthält eine sorgfältige und vollständige Erklärung der Anatomie und Physiologie der Zeugungsorgane im gesunden und im kranken Zustande :c. Es verdient daher die größte Aufmerksamkeit; denn gibt es wohl etwas wichtigeres als die Erhaltung der Gesundheit derselben und der physischen Fähigkeiten, die ein jeder besitzen sollte?

Es wäre zu wünschen daß sich namentlich auch Eltern, Lehrer, Erzieher und Geistliche dieses vortreffliche Werk verschafften, denn sie würden dadurch in den Stand gesetzt durch zu rechter Zeit gegebene Winke und Rathschläge das Fortschreiten jener traurigen Gewohnheit bei jungen Leuten zu verhindern die, dem unheilvollen Einfluß derselben einmal hingegeben, das Bewußtseyn des Gefährlichen ihrer Handlungsweise verlieren und einem sichern Untergange mit Riesenschritten entgegengehen.

Diese 7te stark vermehrte Aufl. ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße Nr. 26 in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. — Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen und bei Empfang darauf sehen, dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das Aechte nicht.**

[4683] Im Verlag der Unterzeichneten ist erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Martin Luthers

geistliche Lieder

mit den

zu seinen Lebzeiten gebräuchlichen Singweisen.

Herausgegeben von

Philipp Wackernagel.

Mit Randzeichnungen

von

Gustav König.

31 Bogen in kl. Quart, auf feinstem Velinpapier. Geh. Preis 2⅔ Thlr. od. 3 fl. 48 kr. rhein.

Ausgabe, in ächtem Marequin gebunden, mit reichen, emblematischen Goldverzierungen und Goldschnitt 3⅓ Thlr. od. 5 fl. 24 kr. rhein.

Die Verlagshandlung erlaubt sich auf die soeben ausgegebenen Exemplare dieses schönen Werkes in Prachteinband besonders aufmerksam zu machen. Nach Inhalt und Form wird sich ein edleres und dauernderes Geschenk in der bevorstehenden Festzeit nicht leicht finden lassen.

Stuttgart. **S. G. Liesching's** Verlagsbuchhandlung.

(4581) ☞ So eben erschien in **eleganter Ausstattung** und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Die 3te Auflage von

Ein Frühlingsmährchen. Gedicht von **Adolf Böttger.**

Brosch. Preis 22½ Ngr. Elegant gebunden. Preis 1 Thlr.

Leipzig, den 29 November 1849. **Otto Klemm.**

[4713] Bei Falter und Sohn in München ist erschienen:

Frische Lieder für frische Kinder.

Sechs Kinderlieder.

Ein- und mehrstimmig, mit und ohne Begleitung, gedichtet von **Guido Görres** und in Musik gesetzt von **Marie Görres.** Op. 4. Preis 1 fl. 12 kr.

[4667—69] **Willkommenstes Christgeschenk für Damen!**

So eben wurde versendet und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Nr. 1 der allgemeinen Muster-Zeitung,

Album für weibliche Arbeiten und Moden

für **1850.**

Jährlich 24 Nummern, bestehend aus 24 Bogen Text, 12 colorirten Modebildern und 24 Musterbogen.

Preis des Quartals nur ½ Thlr. od. 54 kr.

Der anerkannt praktische Werth dieser schönen und wohlfeilen Damenzeitung hat derselben einen beispiellos großen Absatz verschafft. Daß dieselbe in vielen Erziehungs-Anstalten als Leitfaden für alle weiblichen Arbeiten eingeführt ist, dürfte ihr zu besonderer Empfehlung dienen. — Redaction und Verlagshandlung werden sich gemeinsam bestreben, auch in dem neuen Jahrgang immer das Neueste und Geschmackvollste in Moden und Arbeiten, und die artistischen Beilagen immer eleganter und nützlicher zu liefern.

Eltern die ihre Töchter mit einem wohlfeilen und zugleich werthvollen Christgeschenk überraschen wollen, darf unser Journal mit vollem Recht empfohlen werden.

[4670] ***Weihnachts-Schriften.***

Im Verlage von **Eduard Hallberger in Stuttgart** sind so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Theater-Almanach für die Jugend.

Von **Aurelie.**

Illustrirt von **J. B. Sonderland.**

16 Bogen 8. Elegant gebunden. 22½ Sgr. oder 1 fl. 12 kr.

Kleine dramatische Aufführungen im Familienkreise werden immer üblicher, und bei dem gänzlichen Mangel an hiefür sich eignenden Stücken ist dieser Almanach gewiß vielen willkommen.

Abendstunden.

Erzählungen für meine jungen Freunde

von **Franz Hoffmann.**

20 Bogen mit 4 hübschen Illustrationen.

Eleg. geb. 1 Thlr. od. 1 fl. 45 kr.

Franz Hoffmann ist als Jugendschriftsteller zu rühmlich bekannt um einer Empfehlung zu bedürfen. Diese Abendstunden empfehlen sich ebenso wohl durch ihren billigen Preis als ihre schöne Ausstattung.

300 geographische Charaden

zur Belehrung und Unterhaltung

der reiferen Jugend

herausgegeben und bevorwortet von

Franz Hoffmann.

6 Bogen. Elegant cartonnirt. 7½ Sgr. oder 27 kr.

Fliegende Blätter für die Jugend.

Erster Jahrgang.

24 Bogen gr. 4. mit gegen 500 Illustrationen und mit Beiträgen von **Franz Hoffmann, Gustav Nieritz** und andern beliebten Jugendschriftstellern.

Elegant gebunden 2 Thlr. oder 3 fl. 36 kr.

Es ist dieß ein Familienbuch im wahren Sinne des Wortes, und der Preis für die große Menge der Bilder und des mannichfaltigsten Textes ungemein billig.

Ferner erschienen bei mir so eben:

Alte und neue Liebeslieder

des deutschen Volkes.

Mit Bildern und Singweisen.

Illustrirt von Düsseldorfer Künstlern.

50 Seiten eleg. brosch. 7½ Sgr. od. 27 kr.

Zweckmäßige Auswahl der Lieder, gelungene Illustrationen, elegante Ausstattung und äußerst billiger Preis, dieß sind die Vorzüge dieses Büchleins, das sich zu einem allerliebsten Geschenke für das schöne Geschlecht jeden Standes eignet.

(4711—12) Die

Gelehrten Anzeigen,

herausgegeben von Mitgliedern der k. bayer. Akademie der Wissenschaften, welche außer Recensionen auch die Berichte über die Classensitzungen der k. Akademie d. W. enthalten, erscheinen auch im 1. Semester des Jahrgangs 1850 und nehmen alle Buchhandlungen Abonnements zum Preis von 3 Rthlr. pro Semester an. — Bestellungen bittet man möglichst zu beschleunigen.

Zu beziehen durch **Georg Franz in München.**

[4255—60] **Chirurg Moll's Recepte.**

Wer sich im Besitze befindet der von dem in Augsburg im Jahre 1834 verstorbenen Hrn. Chirurg Moll hinterlassenen Recepte oder darüber einige Auskunft zu geben vermag, wird dringend gebeten, seine Adresse dem „Hrn. J. P. S., abzugeben in der Huber'schen Buchhandlung in Bern," zukommen zu lassen.

(4459—60) **Bulwer's neuester Roman.**

Soeben ist bei Metzler in Stuttgart erschienen:

Die Caxtone.

Ein Familiengemälde von Sir E. Bulwer Lytton. Baronet.

Aus d. Engl. v. Carl Kolb 1. Thl.

In Schiller-Taschenformat. Geh. 18 kr.

Die übrigen Theile folgen unverzüglich. Ein weiterer Titel: „Bulwer's sämmtliche Romane, 78 Theil" ist für die Besitzer der ganzen Sammlung beigegeben. Vorräthig in allen Buchhandlungen Deutschlands, der österr. Monarchie und des Auslandes.

[4342—44] Bei **Georg Wigand** in Leipzig ist soeben erschienen:

Blutarmuth und Bleichsucht. Die verbreitetsten Krankheiten der Jetztzeit. Von Prof. Dr. H. E. Richter in Dresden. Preis 15 Sgr.

Blutarmuth ist die Ursache unzähliger körperlicher Leiden und Krankheiten. Die Nervenleiden, namentlich bei dem weiblichen Geschlechte und ganz besonders das Siechthum so vieler Mädchen und jungen Frauen, haben ihren Grund in dieser immer mehr und mehr überhandnehmenden Erscheinung. Aerzten und Kranken, Eltern und Erziehern möge daher diese Schrift um so angelegentlicher empfohlen seyn, als die Quelle des Leidens so selten richtig erkannt wird und noch seltener eine richtige Behandlung findet.

---

(827) In Unterzeichnetem sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Stimmen der Völker

in Liedern.

Gesammelt, geordnet, zum Theil übersetzt

durch

Johann Gottfried v. Herder.

8. Velinp. brosch. Preis 2 fl. 42 kr. oder 1 Rthlr. 18 Ngr.

Stuttgart u. Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[4527—32] **Für Gutsbesitzer, Landwirthe und Oekonomen.**

Eine neue vervollkommnete Dresch-Maschine von Mary Coedlake u. Comp. in London erfunden, leistet mehr als irgend eine dieser Art. Sie drischt nämlich mit einer Kraft von 4 Pferden 1200 Schäffel und darüber von Korn den Tag, 20 Säcke von Hafer und 20 Schäffel Roggen in einer Stunde, und von 480 bis 560 Schäffel Weizen den Tag. Mehrere Landwirthe Englands sind bereit hinlängliche Zeugnisse davon abzulegen, und man bittet sich an die Erfinder zu adressiren Nr. 118 Fenchurstreet, London.

(4852—54) Ein Mann von 40 Jahren, unverheirathet, der chemische und bergmännische Studien genossen und mit der Landwirthschaft vertraut ist, sucht eine Stelle als Verwalter, Rechnungsführer, Aufseher oder Secretär; er würde mehr auf gute Behandlung als auf hohe Bezahlung sehen.

Frankirte Briefe, mit T. S. Nr. 4852—54 bezeichnet, befördert die Expedition dieser Zeitung.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Sonnabend Nr. 349. 15 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der nahe Rücktritt des Reichsverwesers, wahrscheinlich ohne Ansprache an die Nation); München (der Entwurf der Judenemancipation mit einem vorläufigen Veto der Gemeinden von der Kammer mit 91 gegen 40 Stimmen angenommen. Der Hof in Nymphenburg. Prinz Wilhelm von Preußen); Stuttgart (die Landesversammlung legt fast einstimmig Protest ein gegen den Fortbestand der ersten Kammer); Neuenbürg (die in Baden entlassenen gefangenen Württemberger); Karlsruhe (die Wahlen für Erfurt. Stadtcommandant v. Brandenstein); Darmstadt (die Wahlen zur ersten Kammer. Assisen); Leipzig (Herloßsohn †); Hannover (die Vorlagen in der deutschen Sache); Berlin (die Klagen der Grundbesitzer über die zweite Kammer. Die Gemeindeordnung. Das Budget. Der Verwaltungsrath des engern Bundes will sich bis zum 4 Jan. vertagen. Eine bayerische Verwahrung tritt der österreichischen bei. Hr. v. Radowitz reist am 14 über Erfurt nach Frankfurt); Potsdam (Bischof Dräseke †); Wien (Stimmung und Stellung gegenüber von England. Die Klagen über die Bank. Die Presse. Neuer Gnadenact. Die Session. Die Erzherzoge Johann und Ludwig. Die vagen Ministerwechselgerüchte. Presse und Ostdeutsche Post); Prag (Dr. Trojan freigelassen).

Oesterreichische Monarchie. Pesth (Nyary und mehrere andere Verhaftete freigelassen. Die Hochschule).

Großbritannien. Die Wittwe des Seemann-Königs. Der Tag der Parlamentseröffnung. Lord Carnarvon †. Ueber das Verfahren der Franzosen gegen die Sandwich-Inseln.

Frankreich. Verhandlungen über die Sonntagsfeier. Rundschreiben des Kriegsministers an die Gendarmerieobristen, Interpellationen darüber. Die Prosa des 10 Dec. Straßburg.

Italien. Florenz (der neue Handelscodex); Turin (das Naturalisationsgesetz, ein Zugeständniß für die Linke).

Schweiz. Zeitungsverbote in Freiburg und Luzern.

Rußland und Polen. Rüstungen; Odessa (Kriegsschiffe).

Türkei. Konstantinopel (Contumazfristen. Die italienische Legion).

Datum der Börsen: London 10: Paris, Amsterdam 11; Wien 12; Frankfurt 13; Augsburg 14 Dec.

Deutschland.

z **Frankfurt a. M.,** 12 Dec. Auf eine wiederholte Anregung des kaiserlichen Cabinets scheint nun Erzherzog Johann, auch ohne Oldenburgs Accession weiter abzuwarten, zur Entsagung seiner hohen Würde, die ihm die deutsche Nation mit den Fürsten übertragen, entschlossen zu seyn. Wahrscheinlich in nächster Woche, wenn die Bundescommissäre inzwischen angelangt sind, wird die Ausantwortung der Centralgewalt für Deutschland erfolgen. Ob mehr oder minder feierlich, ob mit oder ohne Zuziehung der Bevollmächtigten, darüber schwanken die Angaben. Selbst die Ansprache an die Deutschen soll dem erlauchten Reichsverweser von hoher Seite widerrathen worden seyn; doch bestehen, wie ich höre, die Reichsminister fest auf diesem Punkte. Es wird sich zeigen. Aber in der That befällt mich ein herbes Gefühl der Trauer wenn ich die einheitliche Reichsgewalt, die wir glaubten auch für die deutsche Zukunft festhalten zu können, dahin geben, vielleicht für immer verloren geben sehe. Wir müssen leider erkennen daß was das Volk nicht vermocht hat, den Regierungen noch weniger möglich ist. Diese **können** nicht Deutschland **ganz** einigen, wenn sie ganz Deutschland einigen wollen. Was Regierungen thun, muß sich in strengen formellen Gränzen halten und wird immer vom Ausland mit dem größten Argwohn beobachtet. Umsomehr ist dieß in der deutschen Frage der Fall als man (bekanntlich nach langem Streiten auf dem Wiener Congreß) die deutsche Verfassung von 1815 zu einem integrirenden Bestandtheil der Congreßacte vom 9 März 1815 (Art. LIII und folg.), mithin zugleich des neueren europäischen Völkerrechts gemacht hat. Hieraus kann man sich auch eine russische Note erklären deren Anlangen in Berlin, was Sie in Ihrem Blatte schon gemeldet, unbezweifelt ist und welche das preußische Staatsministerium auf die möglichen Folgen des Erfurter Reichstags wenigstens aufmerksam machen zu müssen glaubt.

Bayern. ÷ **München,** 12 Dec. (Vierzigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Der dritte Tag einer Discussion über Judenemancipation kann heutzutage unmöglich viel neues, für die bei den einzelnen Fractionen bereits festgestellten Abstimmungen bedingendes bringen. Es ist daher auch leicht begreiflich daß beim heutigen Sitzungsbeginn die Abgeordnetenplätze kaum eine beschlußfähige Zahl von Kammermitgliedern zeigten, während die Galerien überfüllt waren. Nach der Verlesung des Gesammtbeschlusses beider Kammern über das Anlehengesetz erhält zunächst ein Gegner der Judenemancipation, Abg. Dr. **Schmidt**, das Wort. Er hält den Regierungsentwurf nicht für ein Angebinde welches die Abgeordneten ihren Wählern zum Weihnachten mit nach Haus bringen, sondern für ein Unglück, für „eine Wunde welche das Ministerium sich selbst schlägt.“ Die Vereinigung der christlichen Bruderliebe mit der Gewähr staatlicher Freiheit, erörtert dagegen Abg. **Bayer**, werde durch den Gesetzentwurf vertreten. Auf diesem Gedanken fortbauend führt er dann aus, wie er nicht aus Gleichgültigkeit gegen den christlichen Staat oder gegen die Religion sich für die Emancipation erkläre, wie aber seines Erachtens der Staat auch nicht ausschließlich in der Religion, sondern in der gesellschaftlichen Natur des Menschen seine Begründung finde. Dieß sey von ältester bis auf die neueste Zeit der Grundgedanke aller Lehren der Politiker und Philosophen gewesen. Der Abg. **Koller** glaubt die allgemeine Gefährlichkeit der vollen Emancipation der Juden besonders gefahrdrohend für das Landvolk. Er hält den Ruland'schen Antrag zur Revision des Edicts von 1813 für das höchste was man gewähren könne, und führt, zum Beweise dafür daß die Juden einer vollen Emancipation nicht werth sind, alle den Charakter der Juden anschuldigenden Gegengründe auf das weitläufigste von neuem ganz in derselben Weise an, wie sie von den HH. Geistlichen Ruland, Allioli, Wolffsteiner wahrlich bereits zum Uebermaß entwickelt waren. Der Abg. **Jäger**, welcher die volle Emancipation für eine Naturnothwendigkeit erachtet, hatte nicht geglaubt daß eine so einfach und klar vorliegende Frage so langer Verhandlungen bedürfen könne. Die Debatte hat ihn an die Discussionen über die Emancipation der Katholiken in England erinnert, wo auch von vielen Seiten der Ruin des stolzen Weltreiches durch eine solche Maßregel geweissagt worden sey, und wo noch im laufenden Jahr ein hohes Haupt der anglicanischen Kirche (?) die Cholera als Strafe Gottes für diese Gottlosigkeit betrachtet habe. Da man aber einmal die Religion in die Behandlung dieser Frage gezogen habe, müsse man auch ihm erlauben etwas zu katechisiren. Er liest dann aus einem in den meisten Judenschulen Frankens eingeführten Katechismus die Abschnitte über die Pflichten gegen die Nebenmenschen, sowie gegen den Staat. Und er konnte allerdings kaum passendere Stellen wählen um die so schwer angefochtene Güte und Reinheit der israelitischen Sittenlehre zu erweisen. Von da gelangt der Redner zu einer theils vertheidigenden, theils entschuldigenden Darstellung des Nationalcharakters der Juden, von dieser zu einer Widerlegung vornehmlich des Allioli'schen Amendements. Flüchtig noch ein paar den Juden feindliche Volkssprüche berührend, schließt er mit dem Gedanken daß, wenn erst die Juden emancipirt seyen, kein anderer Spruch mehr als der von Deutschlands Ruhm und Ehre Berechtigung und Wahrheit haben werde. Der letzte der vorgemerkten Redner, Abg. Pfarrer **Boos**, ist ein Gegner des Gesetzentwurfs, doch wie er versichert nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen. In der Ausführung selbst halten sich indessen beide Gesichtspunkte die Wage, bis endlich schließlich vorzugsweise die Gefahren einer freien Ansässigmachung der Juden hervorgehoben und die Annahme des Fink'schen Antrags empfohlen wird. Nach diesem Ende der allgemeinen Debatte werden vom **Präsidenten** die zahlreichen Anträge zur Motivirung aufgestellt. Wir übergehen sie hier, da die specielle Debatte doch auf sie zurückführt.

|| **München,** 14 Dec. Endlich ist heute — gegen 1 Uhr Mittags — die Berathung der Judenfrage zum Schluß gediehen. Im Beginn verbesserte **Paur** seine Modification dahin daß durch eine Einschaltung

die kirchlichen und Schulverhältnisse der Juden als durch dieses Gesetz unberührt bezeichnet, und eine „transitorische Bestimmung" dahin aufgenommen werde: „Bei Ansässigmachung von Israeliten in Gemeinden diesseits des Rheins, in welchen bis jetzt solche nicht ansässig waren, steht den betreffenden Gemeinden bis zum Erscheinen des revidirten Gemeindeedicts und des revidirten Gesetzes über Ansässigmachung und Verehelichung das absolut hindernde Widerspruchsrecht zu." Nar will in diese Modification noch eingeschaltet wissen daß das gleiche Veto dort statthabe wo sich Juden in einer Gemeinde über die Zahl der bisher ansässig gewesenen Familien ansässig machen wollen. Hierauf ergreift der erste Präsident Graf Hegnenberg das Wort, und spricht sich in treffenden Worten, bald ernst, bald launig, mit schlagender Widerlegung der HH. Sepp und Consorten, für den Regierungsentwurf aus. Dann folgt stürmischer Schlußruf, die Kammer gibt ihm Folge. Referent Scharpf und Minister Ringelmann geben ihr Schlußwort ab. Endlich kommt die Abstimmung. Nach Ablehnung von neun Modificationen wird der Regierungsentwurf, so wie er sich mit den heutigen Modificationen von Paur und Nar gestaltet, angenommen, und schließlich über das so modificirte Gesetz namentlich abgestimmt. Das Ergebniß ist die Annahme mit 91 gegen 40 Stimmen; in der Majorität stimmten zwei katholische Geistliche; die übrigen mit Hrn. v. Hermann, Lassaulx, Sepp und einzelnen Stimmen der Linken — letztere freilich aus andern Motiven — bildeten die Minorität.

e **München,** 14 Dec. Der Gesetzentwurf über die Emancipation der jüdischen Glaubensgenossen ist mit einer Modification von vorläufig transitorischem Charakter heute Mittags angenommen worden. Sie stand der ministeriellen Vorlage am nächsten, weßhalb die Abstimmung nur als günstig für das Ministerium angesehen werden kann. Der schon auf den 10 d. bestimmt gewesene Umzug der Hofhaltung Sr. k. Maj. von Nymphenburg hieher ist durch das noch nicht gehobene Unwohlseyn des Prinzen Wilhelm von Preußen aufgehalten; jedoch ist Se. k. Hoh. in der Genesung begriffen.

Württemberg. *** **Stuttgart,** 13 Dec. Nach dem gestrigen unerwarteten Zerwürfniß der Regierung mit der ganzen Kammer (wovon nur einige Mitglieder ausgenommen sind*)) war eine Ausgleichung oder Verschiebung der Entscheidung kaum mehr möglich. Die liberale Minorität Römers war ebenso entschieden, die durch eine zufällige Aeußerung hervorgerufene Frage über die Gültigkeit der 1sten Kammer ebenso zu erledigen wie die Mehrheit; jene Aeußerung erweckte die Ansicht über weitere Absichten der Regierung, die auch in der Verhandlung zuletzt ausgesprochen sind. Das Gesetz vom 1 Julius über die Wahl der jetzigen Versammlung setzt dieselbe in das Rechtsverhältniß der bisherigen Stände ein, es bestimmt ferner die Geltung der Verfassung von 1819, soweit sie nicht durch die Grundrechte und das gegenwärtige Gesetz abgeändert sey; es spricht ferner die Berufung einer neuen Versammlung aus, im Fall die Vereinbarung mit der ersten nicht stattfinden könne. Allerdings ist bei der damaligen Verhandlung die Aufhebung der ersten Kammer nicht bestimmt verhandelt worden, indem die Folgerung sich aus jenen Festsetzungen selbst zu ergeben schien. Der gestrige Vorwurf des Ministers des Innern bezog sich auf diesen Umstand und wurde heute wiederholt, wogegen die damaligen Protokolle wieder hervorgesucht und der damalige Stand der Angelegenheiten dargelegt wurde. Reyscher, der gewöhnliche Berichterstatter der staatsrechtlichen Commission in der früheren Kammer, trug auch dießmal der jetzigen die Vorschläge der ersteren vor. Die Landesvertretung von 1819 sey für immer aufgehoben, die jetzige Versammlung bilde die einzige Volksrepräsentation; ein Ministerium welches gegen die klaren Bestimmungen der Grundrechte und des Gesetzes vom 1 Jul. handle, mache sich eines offenbaren Verfassungs- und Gesetzesbruches schuldig. Diese Ansichten seyen in einer besondern Adresse an die Krone darzulegen, deren Entwurf zugleich vorgelegt wurde. Reyscher wies auf den Sinn der Erklärung hin, welche dem Minister des Aeußern entschläpft war: das Gesammtministerium behalte sich vor auf die Vertretung von 1819 zurückzukommen, wenn es sich mit den Ständen nicht verständigen könne. Die Minister suchten die Verhandlung vorerst zu beseitigen. Hr. v. Schlayer erklärte die Veranlassung derselben für ein Mißverständniß, die Regierung hege nicht die Absicht die Kammer der Standesherren in der früheren Zusammensetzung wieder zu berufen, sie halte an der Bestimmung der Grundrechte über Abschaffung der Standesprivilegien fest; v. Spittler-Wächter gab die Veranlassung als eine rein zufällige, unschuldiger Weise geschehene an, und verneinte ebenfalls die Absicht der Regierung über Zusammenberufung der Kammer der Standesherren in der frühern Form. Dieß sey ja schon durch die Vorlage der Verfassungsrevision gezeigt. Wenn man aber glaube es sey durch die Grundrechte die Kammer der Standesherren aufgehoben, so frage er wie es gekommen daß dieselbe nach dem 12 Jan. 1849, und zwar noch bis zu Ende Junius fortwährend in Wirksamkeit war? Wie es ferner gekommen daß am Schluß des letzten Landtags eine Ausschußwahl vorgenommen, in welche zwei Mitglieder der ersten Kammer, der Graf v. Rechberg und der Fürst v. Wolfegg, gewählt wurden? Der Finanzminister forderte die Versammlung auf eine Angelegenheit fallen zu lassen deren Berathung für jetzt nicht praktisch sondern vorzeitig sey; indeß Murschel entgegnete, die Kammer müsse bei dem Wort beharren, da sie unverschuldet hineingerissen sey. v. Schlayer erläuterte die gestern gegebene Erklärung über die Weise wie das Gesetz vom 1 Jul. dem König dargelegt wurde. Er bezog sich auf eine Erklärung der früheren Regierung, wornach das Bisherige wiederum gelten würde, wenn die gegenwärtige Verfassung die ihren Ursprung in König und Volk habe, sich nicht in der Weise regeln lasse welche das Gesetz vom 1 Jul. festsetze. In einem weiteren Geheimraths-Gutachten sey ferner gesagt daß in dem Fall die bisherige Vertretung fortbestehe mit Ausscheidung der Privilegirten. In diesem Sinn habe Se. Maj. die Fassung aufgenommen und die Sanction ertheilt. Sollten zwei Auflösungen der Versammlung stattfinden, so werde die Regierung eine dritte Wahl mit Ausscheidung der auf Standesvorrechten beruhenden Elemente vornehmen. Als dagegen eingewendet wurde daß ein Geheimrathsgutachten für die Kammer keinen Einfluß auf die Deutung eines Gesetzes haben könne, machte v. Schlayer geltend das Staatsoberhaupt sey ein wesentlicher Theil der Gesetzgebung; der Auffassung des Geheimen Raths gemäß sey das Gesetz zum Bewußtseyn des Königs gekommen. Auf Anfrage Schweickhardts wiederholte der Minister noch einmal die Erklärung über Berufung der Stände nach dem früheren Gesetz für den vorausgesetzten Fall (somit müßte auch die erste Kammer mit Ausscheidung des Adels wieder ins Leben treten). Duvernoy befindet sich nicht in dieser Kammer; somit war die Vertretung des Verfahrens der früheren Regierung Römer anheimgegeben. Die gestrige Aeußerung habe zu dem Verdacht Veranlassung gegeben, als ob die früheren Minister durch unlautere Mittel Se. Maj. zur Sanction des Gesetzes Veranlassung gegeben hatten. Er habe mit Se. Maj. nie über den Gegenstand verkehrt. Römer wies aus dem Protokollen nach daß er sich nicht an der Verhandlung betheiligt hatte (die Angelegenheit fiel Duvernoy anheim). Das erste erwähnte Document sey nicht von ihm unterzeichnet. Auch bei dem zweiten finde sich nicht seine Unterschrift (es waren die Abschriften vorgelegt). Das Gesetz vom 1 Jul. müsse so lange gelten bis eine neue Uebereinkunft statt gefunden habe. Er fügte hiezu: „Ich hege großen Zweifel ob das Königthum durch Drohungen und Deutungen an dem Gesetz gewinnen kann, wie durch demokratische Volksversammlungen." Die Regierung fand nur sechs Stimmen (Kapf, Kuhn, Gustav Pfizer, v. Mürplin, Walser und Bendel) zur Unterstützung. Dreiundfünfzig nehmen den Commissionsbericht und den vorgelegten Adreßentwurf an den König (letzteren ohne Verhandlung) an, worin es nach Darlegung der oben erwähnten Ansicht auf Grund der Gesetzesstellen am Schluß heißt: „Wir sprechen es als unsere feste Ueberzeugung aus daß ein Ministerium welches gegen die klaren Bestimmungen der Grundrechte und des einen Theil des württembergischen Verfassungsrechts bildenden Gesetzes vom 1 Jul. zu handeln unternehmen sollte, sich eines offenbaren Verfassungs- und Gesetzesbruches schuldig machen würde, und bitten Ew. k. Maj. uns eine Erklärung ertheilen zu lassen welche dem in seinen wichtigsten Rechten und Interessen gefährdeten Land vollständige Beruhigung gewährt."

Neuenbürg, 9 Dec. Bewegtes Leben ist heute in unserer Stadt. Die in Rastatt bisher festgehaltenen württembergischen Freischärler, deren Zahl auf 120 angegeben wird, wurden ihrer Haft entlassen und in drei Richtungen, über Brackenheim, Vaihingen und Neuenbürg in ihre Heimath gewiesen. Von 90, welche hier angesagt wurden, sind heute etliche und dreißig angekommen, die übrigen werden noch erwartet. Jeder Freischärler hat einen vom Oberamt Rastatt ausgestellten Laufpaß bei sich, worin er kurzweg als Hochverräther betitelt und bei Androhung des Transports auf dem Schub angewiesen ist sich in der kürzesten Frist an den ihm bezeichneten Ort zu begeben. (Schw. M.)

Gr. Baden. kl, **Karlsruhe,** 11 Dec. Das Regierungsblatt verkündet, wie Sie wissen, ein provisorisches Gesetz über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus des von den dem Bündniß vom 26 Mai 1849 beigetretenen deutschen Staaten zu berufenden Parlaments. Jeder selbständige unbescholtene Badener ist nach zurückgelegtem 25sten Jahr Wähler; selbständig ist der Theilnehmer an Gemeindewahlen, der Diener des Staats, der Kirche 2c., die militärischen Chargen, der Soldat im Dienst,

*) Im Anfang der Sitzung erklärten einige, worunter v. Mürplin, daß sie sich nach der allgemeinen Angabe bei der Erhebung der Mitglieder in Bezug auf den Protest nicht betheiligt hätten; da der Austritt nur einige Secunden dauerte, war die Uebersicht nicht bestimmt zu nehmen.

der Künstler, Gewerbtreibende, Landwirth und Rentier, alle jedoch nur wenn sie Steuern im Lande zahlen. Wählbar ist jeder unbescholtene Deutsche welcher dan 30ste Jahr zurückgelegt, und mindestens drei Jahre einem derjenigen deutschen Staaten angehört hat von welchen das deutsche Parlament beschickt wird. Beamte bedürfen keines Urlaubs, müssen aber die Kosten der amtlichen Stellvertretung selbst tragen. Das Großherzogthum wählt 14 Abgeordnete, und zwar durch indirecte Wahl. — Es scheint demnach die Zusammenkunft der zweiten badischen Kammer sich noch um einige Zeit zu verzögern, so daß die Erlassung des obigen Wahlgesetzes nicht mehr bis zur ständischen Berathung verschoben werden konnte. Wir glauben nicht daß die Regierung hierin im Sinne der Majorität der Abgeordneten gehandelt hat, welche schon seit mehreren Wochen auf ihre schleunige Einberufung dringen. Die seit einigen Tagen hier anwesenden Mitglieder des künftigen Landtags werden nun sicherlich nicht bloß über die bevorstehenden Ergänzungs- und Ersatzwahlen berathen, sondern ihren etwanigen Einfluß auch anwenden, um ihre Candidaten ins deutsche Volkshaus zu bringen. Alle diese bald vorzunehmenden Wahlen finden übrigens auf dem Lande noch sehr wenig Besprechung, am wenigstens die letzteren, denn der Badener ist noch in seiner großen Mehrheit ungläubig über das Zustandekommen des Erfurter Reichstags. — Der bisherige Stadtcommandant v. Brandenstein, Oberst des 3ten Linieninfanterieregiments, erhielt seine Beförderung zum Commandeur der 13ten Brigade zugestellt, deren Stab zur Zeit in Münster liegt. Derselbe hat während seines halbjährigen Wirkens in hiesiger Stadt sowohl durch sein entschiedenes Auftreten als besonders durch sein tactvolles Benehmen sich in allen Kreisen beliebt zu machen gewußt, und selbst seine natürlichen Gegner können ihm bei seinem Scheiden die schuldige Achtung nicht versagen. Ein Jugendfreund des Prinzen von Preußen, erschienen seine Handlungen als Ausfluß der persönlichen Politik seines hohen Gönners; wir hören daß dieselbe nicht im ganzen Lande mit gleichem Geschick vertreten wird.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 12 Dec. Seit dem neuen Wahlgesetz besteht die erste Kammer unserer Stände, unser künftiger Senat, aus 25 Mitgliedern. Bis jetzt sind erst drei Wahlen bekannt, Oberappellationsrath Schenck, den ich in meinem letzten Schreiben als den Candidaten der sogenannten Constitutionellen bezeichnete; Dr. Georg Strecker in Mainz, der dortige Candidat der Demokraten, der auf dem Landtag von 1833 gleich Schenck und Jaup (seinem Schwager) zur Opposition gehörte, und Regierungsrath Kritzler, zur vormärzlichen Zeit Kreisrath und Träger des damaligen Systems, ein Büreaukrat von Geist, Geschäftskenntniß und gemäßigter Gesinnung. Also drei verschiedene Farben! Auch das Publicum ruht von seiner beobachtenden Theilnahme an dem nun der Geschichte angehörenden Riesenproceß gleichsam aus, indem es die am 4 d. M. eröffneten Sitzungen der außerordentlichen Assisen nur mäßig besucht. Auch boten die bisher zur Aburtheilung gelangten sieben Anklagen kein besonderes Interesse dar. Vier Fälle erschienen als gemeine Verbrechen: ausgezeichneter Diebstahl, Erpressung, Tödtung, Nothzucht. Drei Anklagen waren auf „politische Verbrechen" gerichtet, auf Majestätsbeleidigung (zwei Fälle mit einer Verurtheilung und einer Freisprechung) und Hochverrath (Freisprechung). Hinsichtlich der Anklage wegen Majestätsbeleidigung, die sich so sehr häufen, sollte mehr Rücksicht genommen werden auf die Stimme der öffentlichen Meinung, die sich schon oft sehr deutlich dahin ausgesprochen hat, man möge aus dem Sumpf der Pöbelhaftigkeit nicht so oft Anklagen schöpfen. Das Denunciationswesen treibt hier gern sein Unwesen, oft zum eignen Unbehagen des in Verlegenheit gesetzten Staatsanwalts. Häufig beruhen solche Anklagen auf Mißverständniß, was z. B. bei der Sache der Fall war die am 8 d. M. verhandelt worden war, so daß sich der Staatsanwalt, der die Anklage nicht einmal fallen lassen konnte, in wahrer Noth befand.

K. Sachsen. **Leipzig,** 11 Dec. Gestern starb hier Karl Herloßsohn, der bekannte Novellist.

K. Hannover. * **Hannover,** 11 Dec. Gestern ging in unsern Kammern das Schreiben des Gesammtministeriums, die deutsche Frage betreffend, ein; dasselbe umfaßt 59 Seiten und hat 29 Anlagen, so daß ein dicker Stoß Acten auf den Tisch des Hauses niedergelegt wurde. Bei einer Debatte die sich über den Druck der Anlagen entspann, erfuhr man durch eine Aeußerung Stüve's daß das Schreiben des Ministeriums nicht etwa Propositionen, sondern nur eine historische Darstellung der Thatsachen enthalte. Aus flüchtiger Durchsicht des Schreibens soviel, daß das Ministerium in einer historisch pragmatischen Darstellung den Gang der Verhandlungen in deutscher Sache referirt, und sich dabei auf die angelegten Actenstücke bezieht. Darin steht es seine ganze Rechtfertigung. Bemerkenswerth ist am Schlusse die Aeußerung: daß es auf einem Mißverständniß beruhe daß Hannover sich von dem Dreikönigsbündniß losgesagt habe, oder sich demselben zu entziehen suche. Keines von beiden sey der Fall, Hannover werde treu an dem Bündniß halten wenn die Voraussetzungen desselben sich erfüllen. Diese seyen aber auf ein ganzes Deutschland gegangen, mindestens auf einen Bundesstaat mit Bayern und Württemberg. Der engere Bundesstaat ohne Süddeutschland bedürfe andere Grundlagen als die des Entwurfs. Alles Unheil und aller Zwiespalt wird seit der Rede des Hrn. v. Radowitz und der bekannten Erklärung: mit Allen oder Wenigen hergeleitet. Von dem durch die Zeitungen verbreiteten Gerücht als beabsichtigten Hannover und Sachsen demnächst ein Gegenparlament gegen Erfurt auf Grund der Bundestagsbeschlüsse vom 30 März und 7 April zu berufen, keine Spur. Es war das vielleicht ein Fehler der Hannoverschen Zeitung. Der Druck der Vorlagen wird mindestens acht Tage erfordern; ist er erfolgt, so sende ich dieselben damit Sie etwa bisher unbekannt gebliebene Actenstücke mittheilen.

Preußen. ∸ **Berlin,** 9 Dec. Der Krieg bricht los, nur nicht da wo man ihn erwartete. Nicht der Krieg mit Oesterreich, dessen letzte Note mit „Einschreiten" droht, wenn der Reichstag in Erfurt zu Unruhen Anlaß gäbe; noch mit der Demokratie die den Reichstag in Verruf erklärt, und deren gefährlicher Emissär, Dr. Ludwig Eichler, eben hier eingefangen, in einem Briefe erklärt, es ginge nicht anders, es müsse Rouge et Noir gespielt werden, und ohne tabula rasa sey kein Fortschritt möglich; auch nicht der Krieg um Schleswig wo es sich zu einer Ausgleichung neigt, oder der mit Raudon Krotinos, dem wir nach dem letzten Bulletin 12 Mann Gefangene abgenommen haben! Ich meine den Krieg zwischen dem Ministerium und der äußersten Rechten. Der Schleier ist weggefallen, wer noch daran zweifeln konnte daß die Stahl und Gerlach, die Leo und Huber nur vorgeschobene Socii, ritterliche und kirchliche Freischärler waren, um den Kern des Heeres dem Auge des Feindes zu verstecken — und das sind die kurmärkischen und pommer'schen Gutsbesitzer die ihre Renten nicht mit so und so viel Procent Verlust abgelöst haben, ihre Grundsteuerfreiheit nicht verlieren, die Grundsteuerausgleichung nicht ins Werk gesetzt sehen wollen. In der zweiten Kammer sind sie geschlagen, das Ministerium hat sie verlassen (getäuscht sagen sie), es richtet offen drohende Worte gegen sie, von der ersten Kammer erwarten sie nicht mehr Heil; sie wenden sich also ans Publicum. Hr. v. Bülow-Cummerow hat einen zweiten Aufsatz dem ersten folgen lassen, in welchem er direct das Ministerium angreift. „Die radical-communistische Partei wollte den Umsturz des Bestehenden — jetzt untergräbt die Regierung selbst den Rechtsboden — wo dieser fehlt, gibt es nur einen Raubstaat. Statt offen mit zweckmäßigen Vorschlägen zur Abänderung der Verfassung hervorzutreten, deren Unhaltbarkeit jeder erkennt, statt 2c. 2c. — hat das Ministerium den Rechtsboden verlassen, verschenkt das Staatsvermögen, erschüttert den Staats- und Privatcredit, bringt über die wichtigsten politischen, staatsökonomischen und finanziellen Gegenstände völlig unreife Vorlagen an die Kammern, und verlangt von diesen zugleich Folgsamkeit und daß sie diese ratificiren sollen, wozu keine große Versammlung befähigt ist. Die nächste Schuld alles Unheils welches das Land trifft, trägt daher zunächst das Ministerium." Hr. v. Bülow räth ihm daher (was nach dem vorigen noch unerwartet freundlich ist) ein anderes System zu verfolgen und neue Kräfte in sich aufzunehmen. In der Majorität der zweiten Kammer entwickele sich mit jedem Tag ein schlechterer Geist. In andern Kammern stünden sich politische Parteien gegenüber, hier bloße Cotterien. Die vielen Staatsdiener in derselben übten diesen nachtheiligen Einfluß. Der Beamtenstaat sey in voller Blüthe wieder da, er glaube in den großen Grundbesitzern seine Gegner zu finden, daher seine blinde Feindschaft gegen dieselben. Dem Bürgerthum, mit dem er leicht fertig zu werden glaube, flöße er die Furcht ein daß die großen Grundbesitzer seine Freiheit bedrohten. Zu bedauern sey insbesondere die geringe politische Einsicht der großen Mehrzahl in der Kammer. Durch den Census sey die politische Macht auf das Bürgerthum übergegangen. Ihm fehle aber physische und moralische Kraft sich isolirt der radicalen Partei gegenüber zu behaupten, wenn es sich nicht dem großen Grundbesitz anschließe. Sey doch jeder Grund zur Anfeindung zwischen Bürgerthum und großem Grundbesitz durch Aufhebung aller Privilegien weggefallen. Das Bürgerthum handle seinem eigenen Interesse entgegen, zu einer Beraubung welche den politischen Einfluß der großen Grundbesitzer schwäche, mitzustimmen. Es sey sogar zu bedauern daß die bedeutende radicale Partei nicht in der zweiten Kammer repräsentirt werde; ihre Gegenwart würde einen wesentlichen Einfluß auf die Minister und die jetzige so genannte Linke geübt haben, die mehr links als Linke sey. Mit Ausnahme Schlesiens werde das Ablösungsgesetz die größte Mißstimmung hervorrufen. Namentlich werde die Arbeiterclasse auf dem Lande über die Begünstigung der Bauern erzürnt seyn. Der Gutsherr ernähre viele, der Bauer gebe ihnen keinen Trunk Wasser. Wer unterstütze Frauen und Kinder der ausziehenden Landwehr? In der Regel der Gutsherr, der Bauer nie. Hören Sie noch Worte aus einem Protest, den 32 große Grundbesitzer aus der Lausitz ins

Publicum warfen: „Das beispiellose Verfahren (der zweiten Kammer) berührt die Grundpfeiler des Staats wie der Gesellschaft, denn wo sind die Gränzen dieser Willkür aufzufinden die, einmal ausgeübt, sich tausendmal wiederholen kann? Wir protestiren laut gegen diesen unser Eigenthum antastenden Act. Die Wunde welche unserm Stande geschlagen werden sollte, trifft das ganze Volk." Hrn. v. Bülows Angriff auf das Ministerium steht an Heftigkeit den erbittertsten der Demokratie nicht nach. Es ist gut daß doch eine heftige Opposition auftritt — die demokratische scheidet aus, weil sie eine andere Sprache redet, zwei verschiedene Zungen verstehen sich nicht — nur eine solche kann die Kraft zum Handeln erwecken. Die Debatte über die Gemeinde-Ordnung schreitet ohne sonderlichen Widerstand vor, seit die Opposition im Manteuffel'schen Amendement ihre Kräfte probirt hatte; und sie zu schwach befunden sind. Das Wahlgesetz zum Gemeinderath ging durch, die leidige Drei-Classeneintheilung des allgemeinen politischen Wahlgesetzes. Niemand belobt es, aber niemand weiß einen andern Nothbehelf, eine bessere Brücke zwischen dem Urwählerrecht und einem das dem Staat die Sicherung gegen die Anarchie gewährt. Einige schlugen darum vor das Wahlgesetz in der Gemeinde ganz mit dem politischen zu verschmelzen. Auch erhoben sich Stimmen welche es wohl für die politischen Verhältnisse gelten lassen wollten, aber für die Gemeine es entschieden verwarfen, wo die Theilung der Wahlberechtigten nach dem Census Unfrieden, Neid und eine neue, unnatürliche Ständegliederung hervorbringen müsse. (Noch dazu wenn die Wählerlisten in jeder Gemeinde gedruckt und an die Ecken geschlagen werden!) Man wollte zu einem Resultat kommen und verwarf alle Amendements. Im Ausschließen gewisser Beamteten von der Fähigkeit Gemeinderäthe zu werden scheint man zu skrupulös gewesen zu seyn. Die Bestimmung aus der Städte-Ordnung daß die Hälfte der Verordneten Grundbesitzer seyn müssen, ward auch in die Gemeinde-Ordnung ohne Widerrede aufgenommen. Man verlangte sogar eine noch größere Quote. In der Praxis wird sich das auf dem Lande von selbst herstellen. Wird die Gemeinde-Ordnung auch für Berlin angenommen, so wird der Kreis der Wahlberechtigten gegen früher vermindert, indem vorhin auch wer nur 200 Thaler jährliches Einkommen hatte, Wähler war, jetzt, nachdem das Carl'sche Amendement durchgegangen, könnte nur ein Einkommen von 300 Thlr. dazu berechtigen, vorausgesetzt daß die Mahl- und Schlachtsteuer bleibt. Die zweite Kammer ist zu dem Ablösungsgesetz der ländlichen Servituten geschritten. Die Gesetzgebung geht hier so ins Specielle ein daß allgemeine Züge nicht herauszuheben sind. Wenn nun auch die Forsten von aller gesetzlichen Berechtigung anderer freigemacht werden, wird damit auch die ungesetzliche Benutzung gehoben seyn? Es wird nicht Decennien, es wird vielleicht noch Jahrhunderte dauern bis alle überkommenen Begriffe des Mittelalters von der Berechtigung der Armen in den großen Forsten ihren Bedarf zur Feuerung und Streu zu holen im Respect vor dem Eigenthum aufgegangen sind. Forderte doch ein Demokrat der Nationalversammlung daß man allen Bedürftigen das Recht zugestehe in den benachbarten Wald zu gehen und ihr Holz sich zu schlagen! Beide Kammern wurden gestern durch das Budget für 1850 überrascht. Etwas über 94 Millionen werden erfordert, und ebensoviel und noch 9000 Thlr. darüber werden eingehen! Mit diesem Ueberschuß würde man sich gewiß gern genügen lassen, wenn nicht zu künftigen außerordentlichen Ausgaben und zu Deckungen vorjähriger außerordentlichen Ausgaben noch 20½ Millionen benöthigt würden. Da nun hiezu die 9000 Thlr. nicht ganz ausreichen, gibt sich der Finanzminister die Mühe aus allen Winkeln der Staatsverwaltung und deren Depots, ja sogar aus der Cautionsdepositencasse der Beamten, die fehlende Summe zusammenzukratzen (und auf dem Papier scheint sie wirklich da) um weder neues Papiergeld zu machen, noch die Zinsenschuld des Staats zu häufen. Wenn wir gleich zweifeln daß alles was auf dem Papier da ist, auch in Wirklichkeit da sey, so zweifeln wir doch so wenig als der Finanzminister daß die Kammern „wenn sie diese Mittel mit den in andern Staaten angewandten vergleichen," ihre Zustimmung verweigern werden. Möglicherweise daß man gegen das Angreifen der Cautionsdepots opponirt.

☿ **Berlin**, 11 Dec. Die erste Kammer verhandelte in ihrer gestrigen Abendsitzung und heute über die Gemeinde-Ordnung und wurde mit den §§. 47 bis 65 fertig, indem sie wieder fast alle in der Fassung der Commission annahm. Die angenommenen Paragraphen enthalten Festsetzungen über die Geschäfte des Gemeindevorstands, die Befugnisse und Geschäfte des Bürgermeisters, den Gemeindehaushalt und die Gemeinden die nicht mehr als 1500 Einwohner haben. Die zweite Kammer fuhr in der Berathung des Rentenbankgesetzes fort und kam bis zu §. 58. Die Nachricht daß Jacoby in Königsberg mit 9 gegen 3 Stimmen für nichtschuldig erklärt worden, hat hier großes Aufsehen gemacht und auf die Parteien in derselben Weise gewirkt wie die Freisprechung Waldecks. Wie hiesige Blätter melden, ist der im litterarischen Cabinet des Ministeriums beschäftigte Graf Eulenburg nach Erfurt abgegangen um die Einrichtung des Parlamentshauses zu besorgen. Das Parlament wird im März zusammentreten, und man hofft daß bis dahin auch die preußischen Kammern ihre Aufgabe gelöst haben werden. Die Commission zur Ausgleichung der Verfassungsdifferenzen wird ihre Vorschläge den Kammern vorlegen, und wenn diese darüber Beschluß gefaßt haben, wird auch die Regierung ihrerseits Vorschläge machen.

Der Verwaltungsrath des engeren Bundes hat, wie es heißt, am 7 d. beschlossen sich vom 18 December bis zum 4 Januar 1850 zu vertagen und alsdann nach dem Wiederbeginn seiner Sitzungen sich zunächst mit der definitiven Feststellung des Geschäftsreglements für den Erfurter Reichstag zu befassen. Die Veröffentlichung seiner Verhandlungen scheint der Verwaltungsrath ganz eingestellt zu haben. Seit langer Zeit ist keines der Protokolle mehr im Staatsanzeiger erschienen.

* Spät erhalten wir noch die Berliner Post vom 13 Dec. Zu der österreichischen Verwahrung vom 28 Nov. war eine bayerische Erklärung vom 8 Dec. — daß Bayern jener Verwahrung beitrete — gekommen. General Radowitz wollte am 14 Dec. über Erfurt nach Frankfurt gehen.

Potsdam, 11 Dec. Am 8 starb hier der (schon einige Tage zuvor fälschlich todt gesagte) bekannte ehemalige Bischof der Provinz Sachsen, Dr. Dräseke.

Oesterreich. — ch **Wien**, 9 Dec. Seit jener Zeit wo Napoleon die Kräfte des gesammten europäischen Continents gegen das brittische Inselreich anspannte, und der Kampf, welcher bei der maritimen Ueberlegenheit Englands auf dem Meer nicht ausgefochten werden konnte, mit den scharfen Waffen der Handelsbeschränkungen geführt wurde, hat sich wohl Großbritannien in keiner Periode so vielen offenen oder heimlichen Feinden gegenüber gesehen als in der jetzigen. Der Krieg ist freilich bis jetzt nur erst in den verschiedenen Blättern und den diplomatischen Noten der einzelnen Staaten zum Ausbruch gekommen, allein trotz dieser Beschränkung macht sich in dem Streite eine Erbitterung Luft welche jenem Hasse wenig nachgibt dessen Geschütze am Anfang unseres Jahrhunderts Zeitungen und Broschüren hin und her über den Canal warfen. Daß die jüngste Revolutionszeit diese kaum noch unter der tiefen Asche der allgemeinen Bewunderung für England fortglimmenden Funken in dem Bewußtseyn der continentalen Völker wieder bloßgelegt und angeblasen, ist ein deutlicher Fingerzeig für den Fortschritt in politischer Bildung den das Festland während der letzten 15 Jahre trotz des Chaos von 1848 gemacht hat. Namentlich aber liegt für Deutschland in der erwachenden Erkenntniß der brittischen Bestrebungen nach außen, deren einseitigem Egoismus gegenüber die hingebende Adoration für das englische Staatsgebäude ihre blendende Wirkung zu verlieren beginnt, eine Garantie mehr für die einstige glückliche Vollendung seines Einigungsprocesses. Man hat es im vorigen Jahr oft gesagt daß ein ernster Krieg nach außen die auseinander fahrenden Deutschen augenblicklich vereinigen würde, und es fehlte nicht an Leuten die deßwegen im Frühling 1848 einen Kampf mit Rußland beabsichtigten. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen ob man einen Staat im raschen Wechsel der Ereignisse wie Leidenschaften für die Dauer aufzubauen vermag, und somit jenes Axiom eine g a n z e Wahrheit enthält. Die eine Wahrheit aber liegt jedenfalls darin daß nur die von außen kommenden Angriffe unsere bisherige Zerfahrenheit am grellsten beleuchten. Ist es nun unsere Bestimmung in langsamer aber sicherer Arbeit den germanischen Staatsbau in der Mitte von Europa, der fast schon zu einer verfallenen Ritterruine geworden war, zu vollenden, so müssen wir dabei durch die stets wach erhaltene Erkenntniß der unaufhörlich gegen uns gerichteten feindlichen Intentionen des Auslands immerfort zur angestrengten Bethätigung an unserem Werke angespornt werden. Die Männer welche mit dem Schwerte in der einen und der Kelle in der andern Hand mauern, werden sicher alles unnütze Geschwätz unter sich, allen individuellen Hader aufgeben. Und das deutsche Volk in diese Lage hineinzubringen, darin besteht jetzt ein Theil der großen Aufgabe welche die Presse zu lösen hat. Das ist der Standpunkt den sie einnehmen muß wenn sie in der Gegenwart, wo unsere Irritabilität fast auf Null reducirt, unsere Sensibilität aber krankhaft überreizt ist, die auswärtigen Beziehungen Deutschlands zum Gegenstand ihrer Besprechungen macht. Sie hat unaufhörlich darauf hinzuweisen wie die Fremden sich in unserm Hause die selbstsüchtigsten Rechte angemaßt haben, und deßwegen wir, um Herr unseres Eigen zu werden, alle unsere Kräfte zusammennehmen müssen. Deutschlands Stellung zu den Niederlanden, zu England, zu Dänemark, und theilweise auch zu Rußland bietet dazu nur zu viele Gelegenheit. Hinsichtlich Englands hat nun neuerdings die österreichische Journalistik ebenso gut ihre Pflicht gethan wie in Betreff Dänemarks die Publicistik im „Reiche." Es ist ein bemerkenswerther Zug des jungen politischen Lebens in Oesterreich daß man immer mehr im Volk über Englands treuloses Spiel während der letzten Jahre ins Klare kommt. Mit

Ausnahme der „Presse,“ die neuerdings kurz vor ihrer Suspension sich zum Apologeten von Lord Palmerston hergab, hat der sehr ehrenwerthe brittische Minister des Auswärtigen von Wien aus Stimmen gehört welche, wenn er das ganze ungeschminkte Deutsch versteht, seine sprüchwörtlich gewordene Unempfindlichkeit auf eine harte Probe gestellt haben. Die österreichische Presse hat, wie es sich gehört, ihren Minister des Auswärtigen in der italienischen wie türkischen Frage nicht im Stiche gelassen; der Wanderer wie der Lloyd, die Reichszeitung wie die Ostdeutsche Post, sie alle haben die scharfen Noten des Fürsten Schwarzenberg ihrerseits getreulich commentirt und in dieser Beziehung eine Einigkeit gezeigt aus der für unsern obenaufgestellten Satz glückliche Folgerungen zu ziehen sind. Nur der „Lloyd“ scheint sich mir heute in dem Punkt einer Täuschung hinzugeben daß er glaubt Englands auswärtige Politik sey eben nur die individuelle Politik von Lord Palmerston gewesen. Wenn der „Lloyd“ den englischen Minister unversöhnlich wie ein eitles Weib nennt, so kann man mit dieser Auffassung sehr wohl einverstanden seyn, sein Ungestüm, seine Leidenschaftlichkeit sind weltbekannt, aber seine Zwecke, seine Bestrebungen waren — die englischen! Ich glaube es sehr gern daß Palmerston in der nächsten Zeit zurücktreten wird; nach den Niederlagen die er an allen Ecken Europa's erlitten hat, kann ihn England vielleicht desavouiren um dadurch seine von dem edlen Lord nur zu sehr bloßgelegten Intentionen wieder leise zu verdecken. Demzufolge dürfte „das Verschwinden Palmerstons von der politischen Bühne wohl eine augenblickliche Annäherung zwischen St. James und Wien zur Folge haben,“ allein, wie gesagt, englischerseits nur in der Absicht um unter der Maske der Freundschaft zu einem Ziele zu gelangen das es in offener Feindschaft nicht erreichen konnte oder zu erstreben nicht den Muth hatte. Die „alte Bundesgenossenschaft zwischen England und Oesterreich,“ von der so viel gesprochen wird, gibt dazu die besten Ansatzstellen. Das neue Oesterreich wird aber nie ein Bundesgenosse von England seyn können; sobald sich in Wien ein ökonomischer Schwerpunkt für Mitteleuropa organisirt, ist dort die stete Opposition gegen die jetzige Handelssupremacie Großbritanniens von selbst gegeben.

dt. **Wien**, 11 Dec. Der Lloyd beginnt sein heutiges erstes Blatt nach dem Hinscheiden der Presse mit zwei sehr scharfen Artikeln gegen unsere Finanzzustände. So sagt er von dem letzten Bankbericht: „Der Vergleich mit dem October-Ausweis zeigt Widersprüche der eclatantesten Natur, welche das Publicum nicht zu lösen im Stande ist. Die Mißstimmung welche gegen das Bankdirectorium vorherrschend war, ist bis zum Mißtrauen erhöht worden. Man findet es unverzeihlich daß in einer kritischen Periode, wo nur Offenheit Vertrauen erwecken kann, der Argwohn auf künstliche Weise durch eine absichtliche Halbheit in der Rechnungsauslegung der Bank genährt wurde.“ Kann man mit klareren Worten anklagen? Der Lloyd spricht es geradezu aus, durch die unerklärbaren Zahlen des Novemberberichtes solle eine „Aenderung in den Verhältnissen des Institutes“ verheimlicht werden. Neulich sprach der Lloyd von einem allmählichen Steigen der Curse, zu einer Zeit wo sie bis zu 10 Procent Agio gefallen waren. Jener dunkle Ausdruck wird heute aufgeklärt. Der Lloyd ist befriedigt daß wir von zwanzig Procent Verlust wie im vorigen Sommer bis zu zehn Procent uns gebessert haben. Daß wir einmal nur vier Procent hatten, hält er für eine sanguinische Aufwallung der Börsengemüther und als einen vorübergehenden Erfolg der „quacksalberischen Recepte“ der Finanzverwaltung. Nach dem Lloyd nämlich wäre der Staat als „Winkelsensal auf der Börse erschienen um diese oder jene Devisen herabzudrücken.“ Damit wir nicht im Zweifel seyn können wie dieß etwa zu verstehen, so wird es mit folgendem Holzschnitt illustrirt. „Hr. Peter N. verkauft 50,000 Pfund Sterling für Rechnung des Staates unter dem Curs auf der Börse nur damit Hr. Paul N. und andere sie größtentheils aufkaufen und acht Tage nachher dieselben zu einem höhern Preise wieder losschlagen.“ Mit solchen unfruchtbaren Versuchen versplittere die Finanzverwaltung Kräfte, deren richtiger Gebrauch einen Theil des Uebels heben könnte. Bemerken Sie daß ich bloß nachrede, und welchen Leuten. Hoffentlich werden bald Erläuterungen über diese Klagen erscheinen. Die „Ostd. Post“ behauptet heute das Verbot der Presse sey kein Blitz aus der olympischen Heiterkeit des Belagerungszustandes, sondern eine Maßregel des Ministeriums gewesen. Verhältnißmäßig hat die Unterdrückung jenes Blattes nicht das erwartete Aufsehen gemacht. Die Ursache ist wohl darin zu finden daß die große Abonnentenzahl der Presse mehr in den Provinzen als in Wien gelegen war. Sonst war auch gerade die Presse im gegenwärtigen Moment politisch von geringer Bedeutung. Dieß ist nämlich so zu verstehen daß sie noch nicht recht ein festes Publicum hatte. In den letzten zwei Monaten war sie ziemlich überraschend von der Regierungspartei zur Opposition übergegangen, und es mußte sich erst beim neuen Abonnement entscheiden ob sie ihre 12 oder 13,000 Abonnenten mit hinüber genommen hätte. — Der Kaiser hat alle politischen Verbrecher die zu einem Jahre Festungsstrafe verurtheilt worden und die Hälfte ihrer Haft bereits erlitten, wofern sie dabei ein gutes Benehmen gezeigt, von dem Rest ihrer Strafe durch Gnadenact befreit. Der Rücktritt des Erzherzogs Johann und des Erzherzogs Ludwig von ihrem militärischen Amte wird jetzt officiell bestätigt. Auch die Abreise der österreichischen Commissäre finden Sie heute angezeigt. Schon früher ward angezeigt, daß Feldzeugmeister Baron Augustin Generalartillerie-Director und der Feldmarschall-Lieutenant Graf Caboyn Generalgenie-Director geworden. Ihre Zeitung ist heute, nachdem sie einige Zeit wieder regelmäßig angekommen, bis Abends 5 Uhr noch nicht in unsern Händen.

* Das späte Eintreffen der Wiener Post vom 12 Dec. nöthigt uns wieder die Nachrichten auf den kürzesten Raum zu bringen. Der Lloyd setzt seine Angriffe auf die Bankverwaltung fort. Die „Presse“ — so ging ein Gerücht — sollte wieder erscheinen dürfen, aber unter einem andern Redacteur. Während dieß einen angenehmen Eindruck im Publicum zu machen schien, kam ein dunkles Gerücht auf, auch der Ostdeutschen Post stehe ein Schlag bevor. Im Publicum und an der Börse erhielten sich die unbestimmten Ministerwechselgerüchte. Gestern hieß es, Hr. v. Kraus, heute, Hr. Bach solle ausscheiden. Eine sichere Begründung für diese Sagen schien zu fehlen. — Aus Salzburg fehlen uns noch immer die versprochenen telegraphischen Börsenberichte, da die in der Telegraphenleitung durch Schnee und Frost eingetretene Störung noch nicht so rasch an allen Orten beseitigt werden konnte.

Prag, 11 Dec. Das Appellationsgericht hat in einer heutigen Plenarsitzung einstimmig den Beschluß gefaßt: daß der vom Prager Criminalgerichte gefänglich eingezogene Hr. J. U. C. Trojan wegen „Abgang eines jeden Verbrechens“ alsogleich auf freien Fuß zu setzen sey. (Const. Bl. f. Böhmen.)

Oesterreichische Monarchie.

:: **Pesth**, 9 Dec. Der ehemalige Vicegespan v. Nyary ist seiner Haft entlassen worden. Wie über jeden öffentlichen Charakter, so sind auch über diesen Mann die Meinungen getheilt. Gemäßigte Royalisten finden es billig daß man ihm ein mildes Urtheil angedeihen ließ, da er immer Opposition gegen Kossuth zu machen pflegte, und bekanntlich in der Geheimsitzung vor dem 14 April gegen die Losreißung Ungarns von Oesterreich energisch sich erhob. Wie verlautet sollen sämmtliche noch im Neugebäude dahier Verhaftete im Laufe der nächsten Tage ihres Kerkers entlassen werden. So sehr uns diese theilweise Amnestie erfreut, so besorgt stimmt den Landmann die eben veröffentlichte Namensliste von dreißig wegen schwerer Criminalverbrechen schon im Vormärz zur Schanzarbeit verurtheilten Sträflingen welche die Insurgenten, als sie Herren der Festung Komorn waren, auf freien Fuß setzten. Es sind größtentheils gediente Leute, und eine Bande solcher Bursche könnte namentlich auf dem Land für die öffentliche Sicherheit sehr gefährlich werden; doch läßt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen daß die Mehrzahl dieser Sträflinge als Honved den Tod in den vielen Schlachten der jüngsten Vergangenheit gefunden habe. Der frühere Bürgermeister von Pesth, Rottenbiller, der bisher in Grätz wohnte, hat die Erlaubniß zur Rückkehr nach Pesth erhalten. Sein Nachfolger der k. k. Regierungscommissär Franz Koller erließ in Folge höherer Aufforderung einen Aufruf für die Jellachich'sche Stiftung. Im Bürgermeisteramt liegt für die Subscribenten ein eingesandter Originalbogen auf. Von Seite der Stadt und ihrer Behörde sind bereits 1015 fl. C.-M. eingeflossen. Die Pesther Hochschule zählt im laufenden Jahr in allen vier Facultäten nicht mehr als 661 immatriculirte ordentliche Zuhörer, also fast die Hälfte weniger als es in früheren Jahren der Fall war. Der Hauptabgang zeigt sich bei den Hörern der Jurisprudenz. Ein Theil der Juratenschaft ist auf dem Schlachtfeld geblieben, ein anderer Theil wartet ab, da doch anzunehmen ist daß man das Beispiel Frankreichs befolgen und soweit es möglich ein und dasselbe Gesetzbuch und rechtliche Verfahren in allen Provinzen der Monarchie einführen werde.

Großbritannien.

Galign. Messenger vom 11 Dec. bemerkt daß ihm zum erstenmal englische Morgenblätter desselben Tags zugekommen. Indessen melden sie nichts neues als den Tod des Reichspeers Grafen v. Carnarvon, geboren im Jahre 1800.

Königin Adelheid, deren Andenken von den Journalen aller Farben mit aufrichtiger Verehrung gefeiert wird, hat in ihrem Testament verordnet ihr Leichenbegängniß, welches am 13 Dec. stattfinden wird, so einfach als möglich einzurichten; sie hat den Wunsch beigefügt daß ihr Sarg von zwölf Matrosen der brittischen Flotte getragen werde. Dieß ihrem vorausgegangenen Gemahl, dem „Seemann-König (sailor-King)“ Wilhelm IV zu Ehren. Das „King William Naval Asylum“ in Penge, ein Hospital für alte Matrosen, ist eine Stiftung der Königin-Wittwe.

Der 29 Januar wird jetzt als der muthmaßliche Tag der Parlamentseröffnung bezeichnet. Das Gerücht von einer Spaltung im Cabinet scheint wieder zu verstummen; indessen haben die Whigblätter den bezüglichen Artikel des Standard ohne Widerspruch gelassen. Man sagt: falls der jetzige Generalstatthalter von Indien, Marquis v. Dalhousie, wegen seiner Kränklichkeit nach England heimkehren müßte, sey Hr. Fox Maule, der gegenwärtige Kriegsminister, zu seinem Nachfolger bestimmt.

Die englische Presse erkennt in den Händeln der Franzosen mit den Sandwich-Insulanern (Nr. 339 der Allg. Zeitung) ein böses Gelüste die Vorgänge auf den Marquesas-Inseln und Tahiti zu wiederholen. So schreibt die Times: „Die Stellung der Franzosen in der Südsee und ihre Verhältnisse zu den verschiedenen Gruppen halbcivilisirter Eilande, womit jener weite Ocean übersäet ist, war unfreundlich, würdelos und, um das mindeste zu sagen, nutzlos, seitdem die vorige Regierung zuerst die unglückliche Idee erfaßte durch Ausdehnung der französischen Macht auf der Westseite des Cap Horn der Nationaleitelkeit zu fröhnen. Niederlassungen zu gründen ohne Handel, und dieß an Orten wie die Marquesas-Inseln welche aller natürlichen Hülfsquellen und aller künstlichen Vortheile ermangeln; gewaltsam und mit einer allzu rigorosen Auslegung des Völkerrechts solche Staaten anzugreifen wie die der Königin Pomare oder des Königs Kamahewa III (so heißt der Monarch der Sandwich-Inseln), Volksgemeinden die sich eben erst durch den Unterricht protestantischer Missionäre aus völliger Barbarei erhoben, zu spalten und zu verunreinigen durch den Eifer der römischen Proselytenmacherei und durch die unziemlichen Zänkereien christlicher Secten — das sind Dinge die dem französischen Volke nicht zur Ehre gereicht, und ihm thatsächlich nichts eingebracht haben als einen mit beträchtlichen Kosten erkauften Haß in jenen Gegenden. Unsre Leser werden die leidigen Verhandlungen nicht vergessen haben welche die Aufnöthigung des französischen Protectorats über Tahiti im Jahr 1844 bezeichneten, wo es nahezu, wegen der kläglichsten und fernliegendsten aller Ursachen, zum Kriege zwischen zwei von den ersten Nationen der Erde gekommen wäre. Jetzt hat sich ein neuer Fall von gleich zweideutiger Art ergeben, welcher jedoch die Interessen der Vereinigten Staaten in der Südsee näher angeht als die unsrigen. Der Schauplatz dieses neuen Haders ist in den Sandwich-Inseln, deren Unabhängigkeit und Ruhe seit längerer Zeit als eine wichtige, für alle jene Gewässer beschiffenden Nationen gemeinsame Angelegenheit gilt. Als vor mehreren Jahren ein brittischer Officier mit einiger Uebereilung — jedoch mit Zustimmung der Hauptpartei auf den Inseln — von diesen im Namen der Königin Besitz ergriff, war Ihrer Maj. Regierung der Ansicht daß es nicht rathsam sey diesen Besitzergreifungsact zu ratificiren; aber indem Lord Aberdeen allem ausschließlichen Anspruch auf die Souveränetät dieser Inseln entsagte, war er zugleich darauf bedacht auch von andern Staaten eine Anerkenntniß ihrer Unabhängigkeit zu erholen; daß dieß nicht überflüssig war, hat der neuerliche französische Angriff auf die Gesellschaftsinseln gezeigt. Wir glauben daher daß die Neutralität und Unabhängigkeit der Sandwich-Inseln, als eines für die Schifffahrt im nördlichen Theile der Südsee werthvollen Hafens, ein feststehender Punkt des Völkerrechts ist. Die Occupation Californiens, die Besiedelung der Vancouvers-Insel, die Ausbreitung der Bevölkerung nach der Nordwestküste Amerika's, und die Eröffnung des chinesischen Handels haben die allgemeine Wichtigkeit dieser Station sehr gesteigert, und eine Veränderung ihres Zustandes würde weder den Vereinigten Staaten noch England gleichgültig seyn. Wir stellen die Vereinigten Staaten voran, weil die Sandwich-Inseln den Grad von Civilisation, welchen sie bis jetzt erreicht haben, zumeist den amerikanischen Missionären verdanken, und weil die dortige amerikanische Bevölkerung beträchtlich zahlreicher ist als die englische." Die Times erzählt hier das Verfahren des Admirals Tromelin in der schon erwähnten Weise, und schließt, nach einer nochmaligen Rüge des intriganten Geistes der katholischen Missionäre Frankreichs in jenen Regionen, mit den Worten: „Die Handlungen deren die hawaiianische Regierung von den Franzosen beschuldigt wird, waren nichts gewaltsames und nichts unrechtes; Zollsätze, Schulordnungen und die Rechte einer besondern Priesterclasse hat man noch niemals zu einem legitimen casus belli gemacht; noch weniger läßt sich damit brutale Gewaltsamkeit ohne Widerstand und die Wegnahme einer Prise in einem dem Souverän des Landes gehörigen befreundeten Hafen rechtfertigen. Wir hoffen die französische Regierung wird, im Interesse ihrer Ehre, alle Theilnahme an einer so unrühmlichen Geschichte verschmähen, und ihre Behörden im stillen Meer anweisen dem beschädigten Theil alle thunliche Genugthuung zu leisten. Sollte dieselbe aber anders beschließen, so dürfte das amerikanische Cabinet so wenig geneigt seyn diesen Vorfall unbeachtet zu lassen, als die brittische Regierung vordem sich die den brittischen Agenten in Tahiti zugefügte unwürdige Behandlung gefallen ließ." (Es muß einigermaßen auffallen daß die Pariser Blätter die fragliche Begebenheit zwar den amerikanischen Zeitungen nacherzählt haben, sonst aber keine Notiz davon nehmen.)

Von London nach Exeter fährt man jetzt auf der Great-Western-Eisenbahn mit einem Schnellzug in fünf Stunden; zu derselben Reise brauchte im Jahr 1752 die damalige „Schnellpost" fünfthalb Tage! Allein war das Reisen um so viel langsamer, so war es auch um so viel gemüthlicher. „Die behaglichen englischen Landwirthshäuser, von denen unsere ältern Romane so anziehend erzählen, sind (bemerkt der Sun) schon lange ins Fabelbuch geschrieben; bei der heutigen Art über die Provincialstädte wegzufliegen hätte William Shakspeare seine Frau Gevatterin, die hübsche Kronenwirthin in Oxford, schwerlich kennen gelernt."

Die königl. irische Akademie der Wissenschaften hat folgende Ausländer zu Ehrenmitgliedern ernannt: Alexander v. Humboldt, Jakob Grimm, Franz Bopp, Richard Lepsius, Leopold Ranke, François Guillaume Guizot.

Frankreich.

Paris, 11 Dec.

Die Geschichte der Feier des Wahltags ist jetzt im Moniteur vervollständigt — es ist eine große Ordenspromotion in der Ehrenlegion mit dem Datum des 10 Dec., die Aufzählung der Gäste bei dem Festmahl des Präsidenten Dupin und ein neuer Dialog in Trinksprüchen zwischen dem Präfecten Berger und dem Präsidenten der Republik bei dem Fest auf dem Stadthause. Zur ersten dieser Mahlzeiten waren über 80 Personen geladen, zu der letztern bei 200. Dort sah man sämmtliche Minister, das gesammte Bureau der Nationalversammlung, von Mitgliedern des diplomatischen Corps den Nuntius, die Gesandten der Vereinigten Staaten, von Niederland, Rußland, Oesterreich, Preußen, der Türkei, Schweden, Belgien, Dänemark (der englische Botschafter war wegen der Hoftrauer verhindert), dann die Generale Changarnier, Perrot, Pelet, de Mortemar, de Fezenac, Oudinot, de Grammont, Excelmans, die Präsidenten Portalis, Barthe, Troplong, Vivien, den Gouverneur der Bank, die beiden Präfecten, den Präsidenten des Municipalraths des Departements der Seine Franz Arago, und von Repräsentanten die HH. Thiers (mit dessen Krankheit es also nicht viel auf sich haben muß), Berryer, Maleville, Molé, de Montalembert, de Broglie, Ch. Dupin, Favreau, Lagrené ꝛc. Gegen 9 Uhr war großer Empfang, bei welchem gegen 1000 Personen vorgestellt wurden, und schon um 10 Uhr fuhr der Präsident Bonaparte, der übrigens von seinem Unwohlseyn vollkommen hergestellt war, nach dem Elysée zurück. Auf dem Stadthaus scheinen auch nur zwei Gesundheiten ausgebracht worden zu seyn — auf den Erwählten des 10 Dec. und als Antwort auf die Stadt Paris und den Municipalkörper. Die revolutionären Schlagwörter Republik u. dgl. wurden glücklich vermieden.

Die demokratischen Blätter haben einen Fang gemacht, sie veröffentlichen ein aus dem Cabinet des Kriegsministers General d'Hautpoul hervorgegangenes „sehr vertrauliches" Schreiben an die Obristen der Gendarmerie, welches über die neuen Polizeiorganisationen die im Werk sind, ein nicht unerwartetes Licht verbreitet. In der Einleitung ist gesagt: „Oberster! In dem Augenblick da der Präsident der Republik, im Gefühl der Nothwendigkeit einen unmittelbaren Antheil an den Geschäften des Landes zu nehmen, ein neues Cabinet gebildet und mir das Portefeuille des Kriegs anvertraut hat, erlasse ich einen Aufruf an die Ergebenheit der Gendarmerie, und fordere von ihr eine ganz neue Mitwirkung welche bei dem energischen Gang den die Regierung sich vorgenommen zu befolgen, um zur völligen Herstellung der öffentlichen Ruhe zu gelangen, eine mächtige Hülfe für sie seyn wird." Es wird dann erwähnt daß durch die Revolution eine Menge neuer Beamten, bei der Aufreizung aller Leidenschaften strafbare Ehrgeizige aufgekommen seyen, welche durch ihre Umsturzlehren die Ordnung und die Gesellschaft bedrohen. Um diesen Gefahren zu begegnen müsse die Regierung von allem was im Land vorgehe unterrichtet seyn, und zwar nicht bloß von den Ereignissen, den materiellen Thatsachen, sondern noch mehr von den moralischen Lagen im ganzen, von dem öffentlichen Geist, und es sey nicht nothwendig daß derselbe schon in Aufregung sey um Gegenstand der Wahrnehmungen der Gendarmerie zu werden, diese müsse ihn vielmehr schon in seinem gewöhnlichen Zustand beobachten und seinen Einfluß in jeder Localität ermessen. Als besonders nützlich wird bezeichnet daß die Handlungen und Tendenzen der Agenten der Regierung beobachtet und darüber von allen Officieren der Gendarmerie, und selbst von den Stationscommandanten direct an den Minister eine Reihe nicht periodischer Berichte eingesandt werden. „Es ist nicht möglich, ich weiß es wohl," erläutert der Minister, „von den Unterofficieren, welche die Stationscommandanten sind, vollständige sowohl meinen Ansichten als denjenigen der Officiere entsprechende Berichte zu verlangen, aber ich verlange nichts destoweniger diese directen Berichte weil ich Alles wissen will (je ne veux rien igno-

rer). Es wird freilich gut seyn wenn diese Nachforschungen mit Behutsamkeit und Klugheit geleitet werden, und Sie sollen ihnen in dieser Beziehung Fingerzeige geben, sie belehren und nur mit solchen Instructionen versehen die im Verhältniß stehen zu ihrer Intelligenz und dem Grad des Vertrauens das Sie in die Verschwiegenheit jedes von ihnen setzen können. Sie begreifen, Obrister! daß diese Berichte die zum Zweck haben mich mit allem bekannt zu machen was außerhalb der gewöhnlichen Vorkommenheiten sich zuträgt, rein vertraulich seyn müssen, sie werden daher niemanden mitgetheilt und unabhängig von den ordentlichen Berichten welche für die gerichtlichen, Civil- und Militärbehörden bestimmt sind, unter einem doppelten Couvert eingesandt, wovon das äußere die gewöhnliche Adresse trägt, das innere: pour le ministre seul überschrieben ist, dem allein diese Nachweisungen zukommen sollen, wie er auch allein es seyn wird der mit dem Präsidenten der Republik darüber zu conferiren hat." Das Actenstück schließt mit Bezugnahme auf „die Zeit wo der Marschall Moncey, als erster Generalinspector der Gendarmerie, eine noch stärker organisirte Polizei in Händen hatte als die des Hrn. Fouché war" — diese wird zur Nachahmung empfohlen. Und zur Aufmunterung ist die Zusage gerechter Belohnungen angehängt, sowie die Androhung rascher Justiz gegen diejenigen welche ihre wichtige Mission nicht würden zu erfüllen wissen. Also die Gendarmen als Wächter des öffentlichen Geistes — glückliche Republik!

In der gestrigen Sitzung im Palast Bourbon war der einzige Gegenstand von Bedeutung, in Folge einer Petition von 800 Patronen und Arbeitern aus Marseille, eine Verhandlung über die Sonntagsfeier. Der von ihnen ausgesprochene Wunsch daß die Gesetzgebung die Arbeitseinstellung obligatorisch mache, wurde von mehreren Seiten lebhaft unterstützt, aber auch anerkannt daß zwar der Sonntag nicht abgeschafft sey, daß jedoch bis jetzt keine Regierung, die Restauration nicht ausgenommen wo es noch eine Staatskirche gab, im Stande war die Beobachtung des Sonntags durchzusetzen. Die Eingabe wurde der Regierung zugewiesen die nun sehen mag wie zu helfen ist. Heute hat die Debatte über die Getränkesteuer wirklich begonnen. Die Opposition eröffnete sie mit einer Art Procession, in welcher sie eine Masse Petitionen dagegen auf das Bureau niederlegte. Zuvor hatte Hr. Baune den Kriegsminister d'Hautpoul wegen seines Rundschreibens an die Obristen der Gendarmerie interpellirt und auf eine motivirte Tagesordnung angetragen, worin eine Mißbilligung desselben aus dem Gesichtspunkt der Moral und der Gesetze ausgesprochen war. Der Kriegsminister erwiederte: er nehme es auf seine Verantwortlichkeit, es sey eine vertrauliche Instruction und könne nur durch einen Bruch des Staatsgeheimnisses in die Journale gekommen seyn. General Cavaignac trat ihm mit der Erklärung entgegen: eine solche Ueberwachung der öffentlichen Functionäre sey unschicklich und ungesetzlich. Doch wurde die einfache Tagesordnung mit 378 gegen 220 Stimmen angenommen.

× **Paris,** 10 Dec. Sie saßen zusammen und waren nicht froh; sie feierten ein Fest der Republik, und von allen Gästen bei dem Schmause des Präsidenten Dupin war kein einziger Republicaner, sie sahen einander an und schwiegen; sie aßen, sie tranken, die Herzen öffneten sich nicht, und sie schwiegen. Sie sahen alle auf eine Stelle hin, als ob sie eine Erscheinung fürchteten: das Fußgestell der Freiheitsgöttin war leer, die Göttliche war in der Nacht verschwunden, niemand wußte wohin sie gekommen; ich weiß nicht welche Erinnerung an Banko's Haupt sich in ihre unheimlichen Befürchtungen mischte: sie aßen, sie tranken, sie schwiegen und niemand war froh, niemand, selbst nicht der Präsident der Republik, der doch gewöhnlich so lustig aussieht, niemand, selbst der Präsident Dupin nicht, der doch die Montagne nicht vor sich und kein widerhaariges Mitglied der Versammlung zur Ordnung zu rufen hatte. Der Präsident Dupin dachte an seinen Trinkspruch den er auf den Präsidenten der Republik ausbringen sollte: die Aufgabe war zu dem Präsidenten der Republik, ohne von der Republik zu sprechen. Der Präsident der Republik dachte an die Antwort die er zu geben, den Dank den er auszusprechen hatte; die Aufgabe war seine Erhebung auf den Präsidentenstuhl der Republik zu preisen ohne die Republik zu nennen. Besingen Sie einmal den Wein ohne vom Wein zu sprechen; loben Sie die Volksfreiheit ohne des Volkes zu erwähnen. Nie ist eine wichtigere Aufgabe mit schönerem Erfolg gelöst worden. Der Präsident der Nationalversammlung hat einen Toast auf den Präsidenten der Republik ausgebracht, und hat die Republik nicht genannt; der Präsident Nr. 1 hat dem Präsidenten Nr. 2 geantwortet, und das Wort Republik kommt in seiner Antwort nicht vor. So war die Ordnung und das öffentliche Heil und die Wohlfahrt der Gesellschaft gewahrt. Das war das große Fest zur Feier des ersten Jahrestags der Präsidentenwürde des Hrn. Bonaparte. Und doch hatten sie alle Ursache froh zu seyn, denn der Präsident der Republik, der Gefeierte des Tags war unerwartet schnell von seinem Präsidentenfluß geheilt. Am Tage hatte er fest zu Pferd gesessen; jetzt saß er voll bekannter Majestät am Ehrenplatz der Tafel und kein Zahn that ihm mehr weh. Aber wo der Meister trauert, trauern die Diener und Getreuen. Und der Meister trauerte, denn sein Changarnier, über den 10 Dec. als kaiserliche Vorhalle befragt, hatte dem Prinzen den Rücken gekehrt; und General M... zum zweiten befragt, hatte geantwortet: ich habe sechs Kinder, ich will mich nicht henken lassen. Und General S... zum dritten befragt, hatte geantwortet: ich will der Verfassung anhängen und ihr treu bleiben. Und der Präsident der Republik war nachdenkend und sinnend: wo ist mein erträumter Thron und meine Kaiserkrone!

Straßburg, 10 Dec. Nach Briefen aus Paris beschäftigt man sich in diesem Augenblick im Ministerium mit wichtigen Entwürfen in Bezug auf Verbesserung der Handelsgesetzgebung. Wie es scheint ist man endlich zur Einsicht gelangt daß eine durchgreifende Reform hinsichtlich des in Geltung befindlichen Prohibitiv- und Monopolsystems noththut, und daß eine genaue Durchsicht der Zollgesetze vom 28 April 1816 unabweisbar ist. Wir wünschen im Interesse des Elsasses sowie in Bezug auf die mit den Nachbarländern schwebenden Verkehrsfragen daß Frankreich endlich einmal den Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung trage und sich in seinen Ausschließungsgrundsätzen mäßige. Der Präfect unseres Departements weilt seit einigen Tagen in Paris. Sein Aufenthalt daselbst wird mit der Flüchtlingsfrage in Zusammenhang gebracht. Die maßlose Strenge gegen die politischen Verbannten dauert fort und nur wenigen ist es vergönnt zeitweilig hier zu wohnen. Zu diesen gehört auch Raveaux, dessen Gesundheitsumstände nicht erlauben daß er weiter reise. Die Nachricht einiger Blätter daß Itzstein in Gemeinschaft mit Raveaux nach Montpellier überzusiedeln gedenke ist grundlos. Der verantwortliche Redacteur des „rheinischen Demokraten" ist heute wegen Preßvergehens von dem hiesigen Assisengericht zu zweimonatlicher Gefängnißstrafe und 200 Fr. Geldbuße verurtheilt worden. Die Actionnäre der Straßburg-Basler Eisenbahn sind von der Verwaltung dieser Gesellschaft zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 24 d. M. nach Paris berufen, wo ihnen Vorlagen über den Bau der Eisenbahn nach der Pfalz zur Prüfung und Begutachtung gemacht werden.

Italien.

Florenz. Das Statuto veröffentlicht das aus 171 Artikeln bestehende neue Handelsgesetz für Toscana. Das einzige bemerkenswerthe daran ist die in dem vorangestellten großherzoglichen Decret enthaltene, ausdrückliche Erklärung daß das Gesetz nur provisorisch gelten soll bis zur Sanction durch die gesetzgebenden Kammern.

Turin, 6 Dec. Die Gazzetta Piemontese enthält einen Ministerialbericht und ein darauf gegründetes königliches Decret vom 4 Dec., welches als ein der gemäßigten Linken der vorigen Deputirtenkammer gemachtes Zugeständniß betrachtet werden kann, und geeignet ist einen versöhnenden Einfluß auf die bevorstehenden Wahlen zu üben. Durch dieses Decret wird eine Specialcommission ernannt zur Prüfung der Naturalisationsgesuche von Eingeborenen der durch die Gesetze vom 27 Mai, 16 und 21 Jun., 11 und 27 Jul. 1848 mit dem Königreich Sardinien vereinigten Provinzen. Die Commission soll in besondere Erwägung ziehen die Gesuche derjenigen 1) die von der Amnestie in ihrer Heimath ausgeschlossen sind wegen politischer Handlungen welche den Zweck hatten die Sache der italienischen Unabhängigkeit zu fördern, und die sich schon vor dem Erscheinen dieses Decrets um Naturalisationsbriefe beworben; 2) diejenigen welche mit irgendeinem öffentlichem Amte im Staat Piemont bekleidet sind. Die Naturalisationsbriefe sollen kostenfrei ausgefertigt werden. — Die Regierung hat beschlossen eine Militärpflanzschule für Infanterie-Officiere zu errichten. Es heißt die Entwaffnung der Festung Alessandria sey contremandirt; sie ist aber beinahe vollzogen. Die Angabe daß die Oesterreicher die Festung Piacenza stark befestigen, wird widerrufen.

Turin, 10 Dec. Die Wahlen fallen fast überall im Land im Sinne des gemäßigten Constitutionalismus aus; sämmtliche sieben von der Hauptstadt gewählte Deputirten gehören dieser Partei an, indem die Opposition in ihren beiden früheren Wahlbezirken unterlegen ist. Unter den hier Gewählten sind der Graf Cesare Balbo und der frühere Minister Pinelli mit großem Stimmenmehr. Der Ministerpräsident Massimo d'Azeglio ist in Strambino, der Handelsminister Cav. Rosa in Savigliano gewählt. Die erste Wahl in dem vorzugsweise liberalen Genua ist auf Hrn. Francesco Maria Sauli, vormaligen Deputirten des linken Centrums, gefallen.

Schweiz.

Freiburg. Der „Courrier Suisse" knüpft an das gegen die „Basler Ztg." von den Machthabern in Luzern erlassene Verbot folgende

Bemerkung: „Die „Basler Ztg.“ ist noch glücklicher als der „Courrier Suisse.“ Sie kannte den Proceß welchen man gegen sie erhob; der Luzernische Staatsanwalt richtete eine Citation an sie (NB. es war keine förmliche Citation sondern nur eine Anzeige der Gerichtsverhandlung), während der „Courrier Suisse“ in Freiburg citirt und verurtheilt wurde ohne es zu wissen. Das Luzernische Gericht hat die „Basler Ztg.“ für 13 Monate verboten, während in Folge des gegen den „Courrier Suisse“ erlassenen Contumazurtheils dieser in dem Kanton Freiburg auf unbestimmte Zeit verboten wird. Wir wissen auch nicht wie dieses Verfahren mit den Artikeln 45 und 53 des Bundesvertrags vereinbar ist.“ Der „Courrier Suisse“ im Kanton Freiburg, die „Basler Ztg“ im Kanton Luzern verboten, auf widerrechtliche Art, entgegen den Bestimmungen der Bundesverfassung, das sind zwei Beispiele wie es gegenwärtig mit der Preßfreiheit in der Schweiz beschaffen ist. Und dieß geschieht zu gleicher Zeit wo der Bundesrath als sieben Metzgerhunde dargestellt wird, die vom König von Preußen gehetzt einen Flüchtling verfolgen, wo also die oberste Landesbehörde unter ihren eigenen Augen auf die schändlichste Weise verhöhnt wird. Eine solche Verhöhnung, auf welche in andern Staaten harte Freiheitsstrafe gesetzt wäre, wird ungestraft geduldet, dagegen werden Blätter welche der terroristischen Willkürherrschaft in Freiburg und Luzern mit unwiderlegten Thatsachen entgegentreten, unterdrückt. (Basl. Ztg.)

Rußland und Polen.

*** Von der polnischen Gränze,** 8 Dec. Es dürfte wohl kaum noch einem Zweifel unterliegen daß wir im nächsten Jahr wichtigen politischen Ereignissen entgegengehen, und daß die Ansicht, Europa sey auf dem Weg seine alte gewohnte Ruhe demnächst wieder hergestellt zu sehen, auf reinen Illusionen beruht. Die Haltung Rußlands wenigstens läßt darauf schließen daß die entscheidende Katastrophe uns erst im nächsten Jahr bevorstehe. Wenn wir uns auch nicht der Ansicht der Krakauer Correspondenten hingeben können daß das Königreich Polen in nächster Zukunft von österreichischen Truppen besetzt werden würde *), so ist doch unbestreitbar dreierlei gewiß. Einmal verlangt das St. Petersburger Cabinet daß die dänische Angelegenheit aufs schleunigste ausgeglichen werde, wobei es seinen freilich nicht zurückzuweisenden Einfluß mehr zu Gunsten Dänemarks als Deutschlands in die Wagschale legen wird. Schleswig scheint somit, wenigstens zum größern Theil, für Deutschland verloren, und alle Anstrengungen der Schleswiger selbst wie des deutschen Volks sind vergebens gewesen. Dann wird Kaiser Nikolaus nie zugeben daß in Deutschland, sey es auch nur in Klein-Deutschland, der Demokratismus einen solchen Einfluß gewinne daß er die dynastischen Interessen zu gefährden und das wesentlich monarchische Princip in Frage zu stellen im Stande ist. Rußland wird alle Kräfte aufbieten um einen Zustand der Dinge in Deutschland, wie er vor der letzten Revolution bestand, und somit ein unmächtiges Deutschland zurückzuführen. Aber nicht bloß Rußland, sondern auch England und Frankreich haben ihren Vortheil davon wenn das verbindende Mittelglied von Europa schwach und unselbständig ist, und widerstandslos den Boden darbietet auf dem die politischen Großmächte ihre Kämpfe ohne Gefahr für ihr eigenes Land auskämpfen können. Oesterreich wird gern damit zufrieden seyn, sey es auch nur um sich nicht allzu handgreiflich auf eine bloße Reminiscenz seiner ehemaligen Größe und Bedeutung in Deutschland zurückgeführt zu sehen. Dazu kommt aber drittens noch daß es nunmehr wirklich den Anschein nimmt als wolle Rußland im kommenden Frühjahr seine Plane auf die byzantinischen Länder zur Ausführung bringen. Kaiser Nikolaus mag, der alten Tradition zufolge, zu einer mehr als 25jährigen Regierung kein rechtes Vertrauen haben, und sich daher die Aufgabe stellen das große immerhin unerläßliche Werk auszuführen, zu dem er allerdings eher berufen seyn dürfte als sein Nachfolger auf dem Thron. So viel scheint festzustehen daß bei zwei Armeecorps, die in Polen stehen, alle Vorbereitungen getroffen werden sollen um mit beginnendem Frühling den Marsch nach der untern Donau oder dem schwarzen Meer antreten zu können. In Sebastopol sammelt sich die Flotte und von Odessa werden bereits Truppen und Vorräthe hinübergeschafft, die wahrscheinlich die Bestimmung haben eventuell zu Wasser nach den Dardanellen gebracht zu werden, um dem russischen Gouvernement den Punkt in Europa zu sichern der für dasselbe mehr Werth haben muß als das ganze übrige Land, indem es dadurch den großen Schlüssel zum Orient in seine Hände erhält. Deutschland darf am wenigsten (?) etwas dagegen haben, weil es die drohende Macht des östlichen Kolosses dadurch von seinen Gränzen abgeleitet sieht, und weil für Oesterreich, und somit für Deutschland nun doch einmal keine Aussichten zur Gewinnung der Donaumündungen vorhanden sind. Leider wird immer die Pulsader unsers Vaterlands von Rußland unterbunden werden können; doch von zwei Uebeln muß man das kleinste wählen.

*) Der Wiener Lloyd läßt sich dagegen schreiben, Pesth solle eine russische Besatzung erhalten. Eines dünkt uns so unwahrscheinlich als das andere.

— **Odessa,** 5 Nov. Eine Abtheilung der russischen Flotte — fünf Linienschiffe von hundert Kanonen — ist in dem Hafen dieser Stadt angekommen. Dieselbe nimmt hier Truppen an Bord, um sie nach Sebastopol, dem gewöhnlichen Stapelplatz der russischen Flotte während des Winters, zu bringen. Eine große Thätigkeit herrscht in den Häfen des schwarzen Meeres. (Ostdeutsche Post.)

Türkei

*** Konstantinopel,** 28 Nov. Der osmanische oberste Sanitätsrath hat in Folge des günstig lautenden Berichts der von ihm zur Untersuchung der Quarantänen in Aegypten und Syrien abgesendeten Commission die Contumazdauer für die Provenienzen mit patente nette aus den beiden genannten Ländern in den türkischen Häfen ermäßigt und folgende Contumazfristen bestimmt: Handelsschiffe und Dampfboote nach Ausladung der pestempfänglichen Waaren in das Lazareth 5 Tage, Krigsschiffe 5 Tage, pestempfängliche Waaren nach geschehener Ausladung in das Lazareth 10 Tage, Reisende 5 Tage. Die Trümmer der seiner Zeit aus Ungarn nach der Türkei übergetretenen italienischen Legion sind am 19 d. von Widdin kommend in Adrianopel eingetroffen, von wo sie weiter nach Gallipoli escortirt werden sollten.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 10 Dec. Consols $97^{1}/_{2}$.

Paris, 11 Dec. 3proc. 56.30; 5proc. 91.50; Bankactien 2425; belg. 5proc. $96^{1}/_{4}$; röm. 82; span. pass. $4^{1}/_{2}$; 3proc. 39; innere Sch. $36^{1}/_{4}$; Hayti 195; piem. 5proc. 84.40; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 910; St. Germain E.-B. 415; Vers. rechte 208.75; linke 170; Paris-Orleans 790; Rouen 555; Straßburg 363.75; Nordbahn 463.75; Rouen-Havre 242.50; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 105; Orl.-Vierzon 332.50; Bordeaux 407.50; Boulogne-Amiens 170; Tours-Nantes 280; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 115.

Amsterdam, 11 Dec $2^{1}/_{2}$proc. $55^{3}/_{16}$; 3proc. $64^{1}/_{4}$; 4proc. $84^{1}/_{2}$; port. 4proc. $30^{3}/_{4}$; Metall. 5proc. $82^{5}/_{8}$; Ard. $12^{13}/_{16}$. Curs auf London 12 f. G. Curs auf Hamburg $34^{15}/_{16}$ f. G.

Augsburg, 14 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P., $100^{1}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 938 G. Promessen 67 P. Oesterr. 5proc. Metall. $86^{1}/_{2}$ P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württ. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 13 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84^{3}/_{8}$; Bankactien 1290; preuß. Staatsschuldscheine 89; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$; Ludwigsh.-Berbach $85^{3}/_{4}$; württemb. $3^{1}/_{2}$proc. 81; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{3}/_{8}$; bad. 5proc. $99^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $79^{5}/_{8}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. 82; 4proc. $88^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{8}$; nass. 5proc. $101^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $84^{1}/_{4}$; Frankf. 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{2}$, 88; Disc. $2^{1}/_{4}$.

♀ **Wien,** 12 Dec. Bei schwachem Geschäfte haben die Curse weder in Fonds und Actien noch in Valuten eine erhebliche Veränderung dargeboten, jedoch waren von fremden Devisen London, Augsburg und Hamburg heute etwas höher bezahlt und ziemlich begehrt. Comptanten behaupten sich fortwährend hoch im Preise und hatte das Gold- und Silberagio abermals etwas angezogen. Ersteres wurde heute bis $19^{1}/_{2}$ und letzteres bis $11^{1}/_{2}$ Procent gemacht, und schloß zu Ende zur Notiz. Wir nach der Börse (3 Uhr); 5proc. Metall. $93^{15}/_{16}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. $83^{1}/_{8}$–$83^{1}/_{4}$, Loose vom J. 1834 $172^{1}/_{2}$–173, Loose vom J. 1839 $106^{1}/_{2}$–$106^{3}/_{4}$, Bankactien 1182–1185, Nordbahnactien 110–$110^{1}/_{8}$, Gloggnitzer $110^{1}/_{2}$–111, Mailänder 83–$83^{1}/_{2}$, Pesther $87^{1}/_{2}$–$87^{3}/_{4}$. London (f. l. S.) 11.10–11.12, Hamburg $163^{3}/_{4}$–164, Augsburg uso $111^{1}/_{2}$–$111^{3}/_{4}$, Frankfurt $111^{1}/_{4}$ P., Amsterdam $154^{1}/_{2}$–155, Mailand 98–$98^{1}/_{4}$, Livorno 107–$107^{1}/_{2}$, Genua 127 G., Paris $131^{1}/_{2}$–$131^{3}/_{4}$, Marseille $131^{1}/_{2}$–$131^{3}/_{4}$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $18^{3}/_{4}$–19, Silberagio $10^{3}/_{4}$–11 Proc. Napoleonsd'ors 9 fl. 2–5 kr., Souversd'ors 15.30–35, engl. Sovereigns 11.

St. Petersburg, 2 Dec. Ein Ukas vom 2 Nov. n. St. ermächtigt den Finanzminister auf Grund des am 10 Aug. d. J. an den dirigirenden Senat erlassenen Ukases, die XXIIte und XXIIIte Serie der Reichsschatzbillete, im Belauf von 6 Millionen Rubel Silber, in Umlauf zu setzen und die Zinsen von denselben vom 13 Oct. d. J. datiren zu lassen.

Verantw. Redaction. Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte. (I. Die Weser und die Communicationen mit der Mündung. Schellfischfänger. Die Bremer Schiffe. Bremerhaven. Uferbauten.). — Die Tieck'sche Bibliothek. — — Deutsche Colonisation in Ungarn. — Altdorf und Baden. — Türkei (englische Berichte bezeichnen die russisch-türkische Frage noch als unausgeglichen).

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte.

I. Die Weser und die Communicationen mit der Mündung. Schellfischfänger. Die Bremer Schiffe. Bremerhaven. Uferbauten.

K. Vor kurzem berührte ich auf einer größeren Reise durch unser schönes Vaterland auch denjenigen deutschen Fluß von dem Schiller in seinen Epigrammen nichts melden zu können erklärte, von dem aber in neuerer Zeit bei uns desto mehr gesprochen ist. Erstlich weil an seinen Ufern eine unserer strebsamsten Handelsstädte aufgeblüht ist; zweitens weil seine Mündung jetzt jährlich von vielen Tausenden unserer Landsleute aufgesucht wird, um von da aus zu einem glücklicheren Welttheil überzugehen, und drittens weil seine Buchten und Häfen dazu ausersehen sind die theuern und kostbaren Anfänge unserer Flotte zu bergen und diesem neugebornen Kinde Germaniens zur Wiege zu dienen — mit einem Wort, ich berührte die Weser, diesen für Deutschland so wichtigen Fluß, der schon dadurch merkwürdig und einzig in seiner Art ist daß er unter unsern größeren Strömen allein derjenige ist der von seiner Quelle bis zur Mündung ganz deutsch ist, durchweg durch lauter deutsche Gauen strömt; mit seinen Zweigen und Nebenarmen mitten und tief in das Herz unseres Vaterlandes hineingreift, und dessen Bedeutung als Schifffahrtscanal, als die natürliche Wasserstraße für Thüringen, Bayern und andere deutsche Binnenländer zum Meer offenbar noch einer größeren Entwicklung entgegengeht, wenn erst das hassenswürdige Mindener Wehr und andere Schifffahrtshindernisse beseitigt seyn werden, und wenn erst durch künstliche Canäle und Eisenbahnen alle die Verbindungen der Werra, der Fulda, der Aller mit dem Main, dem Rhein und der Elbe, deren die Weser fähig ist, ausgeführt seyn werden.

In Bremen, wo ich die Weser erreichte, konnte ich der Versuchung nicht widerstehen das letzte Stück des Flusses bis ans Meer ganz zu Ende zu fahren, um dort unserer deutschen Flotte einen Besuch abzustatten und zugleich die andern daselbst in der Vollendung begriffenen Arbeiten die auf Flotte, Schifffahrt, Handel, Auswanderung Bezug haben, zu beschauen. In der That, ich hielt diesen kleinen Ausflug für eine patriotische Pflicht und ein unabweisliches Bedürfniß. Haben wir doch alle im Innern schon so lange für eine deutsche Flotte geschwärmt, dazu beigesteuert oder für sie gesammelt und Comités gebildet. Da will man sich denn doch auch selbst überzeugen was denn die Bemühung gewirkt hat. Sie haben freilich in Ihrer Zeitung schon so viele umständliche Berichte über unsere Flotte erhalten, und wenn ich auf diesen Gegenstand noch einmal zurückkomme, so riskire ich fast manches schon oft Besprochene zu wiederholen. Allein ich denke mir die Flotte ist unser Liebling, und von unsern Lieblingen werden wir ja nicht satt wieder und wieder zu hören und zu sprechen. Doch habe ich vielleicht auch hie und da etwas neues bemerkt und erfahren. Und kurz, ich sende Ihnen einen kleinen Bericht über meine Weserreise; vielleicht ist er doch Ihren Lesern, die jetzt bei der so rasch und so früh eingetretenen Kälte wohl mit besonderer Theilnahme und fast mit ängstlich pochendem Herzen der armen schutzlosen, an der Mündung der Weser provisorisch geborgenen Flotte gedenken mögen, erwünscht.

Es war ein grauer, wolkiger, regniger Novembertag (der 14te des Monats) als wir uns in dem reichen, blühenden, seit einigen Jahren total umgewandelten Bremen an eines der neun Dampfboote begaben die jetzt täglich von dort aus die untere Weser befahren. Bremen liegt etwa 12 bis 18 Meilen*) aufwärts von der Mündung der Weser entfernt. Noch vor zehn Jahren gab es zwischen der Stadt und dieser Mündung fast gar keine andern Verbindungen als die welche die Natur und die uralte Sitte der Väter geschaffen hatte, d. h. zu Lande verschiedene sehr schlechte und zu Zeiten völlig unbrauchbare unchaussirte Wege durch die oldenburgischen und hannöverischen Marschen und Haiden, und zu Wasser war keine andere Gelegenheit als die mit den kleinen Leichterschiffen, den sogenannten „Kähnen", welche von den großen Seeschiffen von der Mündung her die Waaren und Personen heraufbrachten, und die so lange ihre Reise fortsetzen konnten als der Himmel Wind gab. Bei Ueberschwemmung der Marschen durch Regen oder durch den Fluß, bei Eisgang in der Weser oder sonstigen hinderlichen Naturereignissen waren die Kaufleute in Bremen zu Zeiten ganz von der Mündung des Flusses, bei der sie doch so sehr interessirt sind, auf die beständig ihr Auge gerichtet ist, abgeschnitten, und mußten dann geduldig abwarten bis die Umstände sich änderten und bis sich dann von selbst zeigte welches Heil oder Unheil derweile an der Mündung der Weser erschienen war. Oft brauchte es mehrere Tage um von daher Nachrichten über das Einlaufen oder Verunglücken von Schiffen zu erlangen, oder bis der Rheder sich mit seinen Schiffscapitänen über die Resultate ihrer Fahrt besprechen konnte.

Jetzt nun endlich ist eine solide Chaussee zur Mündung hin ausgeführt, eine Eisenbahn ist seit einiger Zeit projectirt, auf dem Fluß haben zwei Dampfschifffahrtsgesellschaften, eine oldenburgische und eine bremische, regelmäßige und mit einander wetteifernde Dampffahrten begründet. Und längs der Ufer des Flusses gehen zwei Telegraphenlinien hinauf, eine optische und eine elektro-magnetische, die sofort von allen See-Ereignissen die von den äußersten Landausläufern der Wesermündung erspäht werden können, auf dem Markt und der Börse von Bremen Kunde geben. Der elektro-magnetische Telegraph geht nur von Bremen bis Bremerhaven, und hat keine Zwischenstationen. Die optische Linie dagegen geht noch weiter hinaus bis Curhaven und Wremen, und hat auch Bureaux an mehreren andern kleinen Weser-Orten, daher sie einstweilen noch mit jener concurriren und noch neben ihr benutzt werden kann.

Das Fahrwasser der Weser ist leider noch bei Bremen selbst äußerst schmal. Unser Dampfschiff, das mit dem Vordertheil stromaufwärts lag und sich nun wenden sollte, mußte am Hintertheil mit einem Strick befestigt werden, und sich dann wie ein Kind am Gängelband herumdrehen, damit es nicht etwa einen zu großen Bogen beschreibe und auf den Sand geriethe. Während wir dieses Manöver ausführten, brachten wir eine kleine Flottille Norderneyer Schellfischfänger in die äußerste Noth und Angst. Es war ein Dutzend kleiner See-Fischerbarken, die ihre Beute in Bremen verkauft hatten, und die nun am Morgen, wo ein günstiger Wind aufsprang, sich in Bewegung setzten. Wie eine Schaar wilder Enten waren sie — ich weiß nicht wie — herbeigeflattert und lagen auf einmal mitten in unserm Fahrwasser. Als unser Dampfer mit den Rädern zu schäumen begann, schien ihnen dieß sehr unerwartet zu kommen, und sie wurden von der größten Furcht ergriffen entweder von uns überrannt zu werden oder zur Seite des Fahrwassers auf den Sand zu gerathen. Laute Warnungsrufe unseres Capitäns und Steuermanns und herüber und hinüber Geschrei und Bewegung auf der kleinen Schellfischflotte, wo an Bord jedes Schiffes sich zwei oder drei Mann befanden. Ich bemerkte wie eine von ihnen rasch die Segel einreffte und einen Anker fallen ließ. Gleich refften auch die elf andern die Segel ein und ließen einen Anker fallen. Einer unserer Matrosen der dieß mit ansah, bemerkte mir dazu: diese kleinen Fischerflottillen von Norderney, von Helgoland und andern Orten die hierher kommen, halten sich immer in Schaaren zusammen, „un wat eener deiht, dat doht de anneren ook" (was einer thut, das thun die andern auch). Sie wurden indeß gleich wieder andern Sinnes. Einer von ihnen mochte berechnen daß doch noch nicht Raum genug für das Dampfschiff da sey, und schnell, wie ein Thier den Fuß einzieht, hatte er seinen kleinen Anker wieder heraufgeholt. Gleich waren die andern elf ebenfalls bei der Hand und hißten auch ihre kleinen Anker wieder herauf, breiteten ihre Segel aus wie ein Vogel seine Flügel und flohen mit dem Schwachwind und mit Nachhülfe von Ruderstangenarbeit, ängstlich und unter gegenseitigen lauten Ermahnungen, noch etwas weiter in die seichten Gewässer hinein, wo sie sich endlich sicher glaubten. Als wir vorüber waren, sah ich sie einer nach dem andern wieder ins Fahrwasser hervorkommen, und wie eine Schaar Wandervögel, deren Ordnung wir gestört hatten, hinter uns herziehen.

Von der Entwicklung des transatlantischen Handels zu den Zeiten der glorreichen Hansa, da die Schiffe der Bremer noch nicht viel größer waren als jene Schellfischfängerbarken, als die Kaufleute der Stadt auf diesen kleinen Schiffen meistens nichts weiter verladen als gutes norddeutsches Bier, das sie nach Skandinavien brachten, und wofür sie Stockfische eintauschten oder gesalzene Marschbutter, wollene Strümpfe, Jacken, Mützen und etwas Linnenfabricate, mit denen sie auf jahrelangen Reisen nach Riga, Reval oder sonst einem der entferntesten Punkte der damaligen Welt segelten, dafür entweder Hanfstricke oder Leinsaat, oder einen

*) Je nachdem man die Mündung der Weser bestimmt. Siehe weiter unten.

schönen Sack voll Thaler nach Hause bringend — in dieser Zeit der Kindheit des Bremer Handels, sag' ich, lag die Stadt gerade an dem rechten Fleck. Die kleinen Seeschiffe konnten bis zur Stadt hinaufkommen und alles an Ort und Stelle richtig empfangen und aus- oder einladen. Allmählich sind aber die Bremer Handelsexpeditoren bedeutender, die Schiffe immer größer geworden. Leider ist die Weser nicht nach Verhältniß mit gewachsen, und ebenso wenig konnte leider auch die Stadt, die einmal an der ungünstig gewordenen Stelle groß geworden war, mit allen ihren Wohn- und Packhäusern und sonstigen Anstalten stromabwärts geschafft werden.

Am Ende des vorigen und am Anfange dieses Jahrhunderts trugen die größten Schiffe Bremens wohl 200 Lasten, und zuweilen etwas mehr. Solche Schiffe konnten zu keiner Zeit mit Ladung zur Stadt selbst gelangen. Es wurden daher verschiedene kleine bremische, hannöverische und oldenburgische Häfen: Vegesack, Elsfleth, Brake, Geestendorf zur Bergung dieser Schiffe benützt, die, je nach der Beschaffenheit des Wassers oder nach der Größe ihrer Ladung, mehr oder minder hoch in die Weser hinauffuhren. Ihre Waaren wurden an verschiedenen Punkten der Weser in die kleinen Leichterschiffe (Kähne genannt) umgeladen und so zur Stadt gebracht. Die ganze untere Weser war für Bremen so zu sagen Hafen; überall aber ein sehr unvollkommener Hafen, da aus Mangel an Concentrirung und systematischer Controle nirgends genügende Hafenanstalten getroffen waren. Doch schleppte man sich mit den verschiedenen Behelfen noch über drei Jahrhunderte lang nach der Entdeckung des Columbus hin.

Seit den Friedenszeiten nach Napoleon wuchs wieder das Kaliber der in die Weser einlaufenden Schiffe mit der zunehmenden Größe der Bremer Handelsexpeditionen. Die Fahrten nach Amerika, nach West- und Ostindien und um die ganze Welt herum wurden immer häufiger. Man baute Schiffe zu 300, 400, ja mehr als 500 Lasten (1000 engl. Tons), deren jetzt die bremische Handelsmarine eine Menge besitzt, deren es aber im vorigen Jahrhundert kein einziges auf der Weser gab. Eine künstliche Verbesserung der Wesermündung, eine bedeutende und umfassende Hafenanlage in der Nähe des Meeres wurde ein immer dringenderes Bedürfniß. Nichtsdestoweniger aber sind die Massen, die Volksversammlungen, die Stadtcorporationen, die Bürgerschaften, Aelterleute-Collegien und Kaufmannschaften so wenig intelligent und beweglich und für Verbesserungen und Neuerungen so wenig empfänglich, daß Bremen und die Weser vielleicht noch an Hafenlosigkeit krankten, wenn diese Stadt zur Zeit ihres höchsten Aufschwunges nicht auch einen großartigen, unternehmenden, energischen, unermüdlichen und aufgeklärten Mann erzeugt und an die Spitze ihrer Geschäfte gebracht hätte. Es bedurfte der ganzen Thatkraft und Intelligenz eines solchen Individuums, um — wunderbar genug in unserer Zeit sogenannter allgemeiner Aufklärung! — gegen die vielseitigen Widersprüche der Massen, eben derselben Massen deren Wohl hauptsächlich durch das Unternehmen gefördert werden sollte, die Gründung von Bremerhaven durchzusetzen — einer Hafenanstalt die nun über alle Hindernisse und Widerstrebungen glänzend gesiegt hat, und die sich jetzt eben noch wieder weiter ausdehnt und sich vorbereitet zur Aufnahme von Schiffen des größten Kalibers und unserer deutschen Kriegsflotte selbst.

Doch hiervon später, wenn wir zu der weiten Mündung des Flusses selbst gelangen. Vorläufig drehen wir uns noch zwischen den engen Ufern der Weser, zwischen dem auf beiden Seiten liegenden Gebiete des kleinen Freistaates selber hin. So weit das Bremer Gebiet ging, bot sich uns überall das Bild der lebhaftesten und erfreulichsten Flußverbesserungsthätigkeit dar. Ueberall lagen lange Flußschiffe an den Ufern, die aus Weidenzweigen componirte Faschinen oder, wie sie hier kurzweg sagen, „Busch" herangeführt hatten, und überall waren Hunderte von Arbeitern im Wasser thätig mit Schanzen, Dämmen und Buhnenbauten. Diese durchgreifende Regulirung des Laufes der Weser durch Buhnen oder, wie sie hier sagen, „Schlangenwerke", ist ein ganz neues Unternehmen, das von den heilsamsten Folgen zu werden verspricht. Auf einigen Strecken am Fluß sind die Werke bereits vollendet, und zwar, was viel sagen will, zur Zufriedenheit der Schiffer und aller Betheiligten. Hie und da ist das Fahrwasser um einige Fuß, man sagte mir stellenweise sogar um 5 Fuß erhöht worden. Obwohl die ganze Bremer Weser nur einige Meilen lang ist, so ist doch schon viel gewonnen wenn ein Flußfahrwasser auch nur auf einer solchen Strecke durch Kunstwerke dauernd festgestellt wird. Es sind, Gott sey Dank, in dem letzten Decennium an allen Flüssen Deutschlands mehr Kunstbauten ausgeführt als früher in einem ganzen Jahrhundert, und man freut sich daher überall wenigstens Hand ans Werk gelegt zu sehen.

Wer da weiß wie schwierig solche Flußregulirungen sind, wird sich selbst über tüchtige Anfänge freuen. Man zeigte mir einzelne böse Strombusen und Winkel, deren Ausbau und Sicherstellung allein über Hunderttausende gekostet hatte. Freilich währte unsere Freude nur so lange als das Bremer Gebiet dauerte. Denn Hannover und Oldenburg haben es bis jetzt an der untern Weser noch immer beim alten gelassen. Natürlich; warum sollte Hannover und Oldenburg etwas für die Weser thun? Die kleinen Schiffe ihrer kleinen Häfen kommen auch so schon durch, und warum soll man die reichen Bremer auf eigene Kosten noch reicher machen? Sowie wir das Oldenburgische Land Stedingen zur linken Seite bekamen, hatte unser Dampfer einen großen Bogen zu beschreiben, um einer großen Sandzunge die sich vom Ufer her weit in den Fluß hinaus erstreckte, zu umgehen. Diese Sandbarre, zu deren Beseitigung nichts geschehen ist, macht hier, etwas oberhalb Elsfleth, den Strom so flach daß man durchwaten kann. Man denke nur — durchwaten! — und das drei Meilen unterhalb Bremen welches sich eine Seestadt nennt. Mit der Zeit werden sich indeß Oldenburg und Hannover doch wohl von Bremen ins Schlepptau nehmen lassen müssen, und mit Flußrectificationen nachfolgen die, so wie Bremens Handel selbst, doch indirect auch diesen Ländern wieder zu gute kommen. Vor den Märztagen (48) fing man an ein noch viel großartigeres Project als es die Weserregulirung ist, zu verfolgen. Man beabsichtigte von Bremen aus einen großen Canal — etwa wie den neuholländischen von Amsterdam aus — in der Richtung nach dem Meere hinabzugraben. Man soll mit den Nachbarstaaten schon darüber einig gewesen seyn. Doch haben die Märztage diese, wie so manche Einigung und so manches Unternehmen in Deutschland, ins Stocken gebracht, und bei der jetzigen Zusammensetzung der tonangebenden Bürgerschaft wie sie aus den Märztagen hervorgegangen, ist so bald keine Geldbewilligung zu solchen großen Dingen zu erwarten. „Bei der jetzigen Bürgerschaft!" Diesen Seufzer hörte ich so oft auf meiner Weserreise.

Die Tieck'sche Bibliothek.

** **Berlin**, 10 Dec. Seit einem halben Jahrhundert las das Publicum oft von der Hand des Buchhändlers die Ankündigung daß Tiecks sämmtliche Werke zum Verkaufe stehen, aber dem Schlusse dieses halben Jahrhunderts blieb es vorbehalten die Anzeige von einem andern Verkauf der sämmtlichen Werke des Dichters zu lesen, die Anzeige nämlich von dem Verkauf seiner sämmtlichen Bücher. Tiecks Bibliothek, die in manchen Fächern die seltensten Werke enthält, kommt am 18 d. M. unter den Hammer, aber der Hammerschlag muß auch manches deutsche Gefühl schmerzlich treffen, das noch empfänglich für den Eindruck verschiedener an die nähern Umstände sich knüpfenden Betrachtungen ist. So viele Seltenheiten auch beim Verkauf dieser Sammlung zum Vorschein kommen mögen, so ist doch nichts so außerordentlich dabei, als daß sie überhaupt zum Verkauf, und noch dazu durch Zerstreuung kömmt. Die Kaiserin Katharina kaufte die Bibliothek eines ihr ganz fernstehenden Dichters in Frankreich für einen hohen Preis unter der Bedingung daß der Verkäufer die lebenslängliche Nutznießung behalte, und außerdem einen Gehalt als kaiserlicher Bibliothekar für die Aufsicht über die eigene Sammlung beziehe; Tieck dagegen, der Vorleser des königlichen Mäcen, muß sich von seinen mit so vielem Aufwand und Eifer zusammengebrachten Schätzen trennen und sie durch die Hand eines Vermittlers in alle Weltgegenden zersplittern sehen! Zur Erklärung dieses gewiß auffallenden Umstandes macht so manche Sage ihren Kreislauf, darunter auch die daß Tieck bei dem Geschäfte ebenso überrascht worden wie die Freunde des Dichters und der Litteratur von der Nachricht, und der gewandte Käufer, Buchhändler Asher, soll noch dazu den Schatz für einen verhältnißmäßig geringen Kaufschilling an sich gebracht haben. Durch den Uebergang der Bibliothek in diese Hände wird sie aber nicht bloß dem ursprünglichen Sammler, sondern dem Boden Deutschlands entrissen, denn Hr. Asher ist Agent des British Museum, dessen Verwalter, Panizzi, grundsätzlich jedes dem Institut fehlende Buch ankauft, und dem Guineen zu Gebot stehen wo den deutschen Bibliothekaren kaum Gulden und Thaler. Die für die Mitte dieses Monats anberaumte Auction ist auch wahrscheinlich nur pro forma ausgeschrieben, denn der größte Theil der Bücher ist bestimmt schon für jenes englische Institut accaparirt, und die kaiserliche Bibliothek zu Wien, welche, wie wir erfahren, einen ihrer Custoden eigens zu dieser Versteigerung hieher sendet, wird sich ebenso „mit dem Abtrag fremder Gastung" begnügen müssen wie die hiesige königliche Bibliothek.

Erlauben Sie mir jetzt noch ein Wort über den Inhalt der Sammlung und die Art wie er zum kaufmännischen Katalog benützt worden ist. In der spanischen Litteratur und in der englischen, besonders von und über Shakspeare, hat Tieck, als tief bewanderter Kenner und geschmackvoller Bibliophile, seit seiner Jugend mit Auswahl und Opfern gesammelt, und hier mag der Name des Sammlers für jedes Werk dem er

Aufnahme gegönnt, eine besondere Empfehlung für Liebhaber seyn. Aber der jetzige Besitzer der Tieck'schen Sammlung weiß solche Empfehlungen auch dadurch zu verwerthen daß er sie auf Bücher ausdehnt die er durch den Katalog gewissermaßen zu Bevorzugten der Sammlung machte. Unter den 7930 Nummern des Katalogs ist eine ziemlich große Zahl Tieck ganz fremder Bücher, namentlich viele über Amerika, und wenn auch der geübte Bücherkenner und mit solchen Kunstgriffen schon bekannte Antiquare sich weniger täuschen lassen, so glaubt doch der unbefangenere, oder vielmehr der befangenere Theil des kauflustigen Publicums an jedem der Bücher die Weihe des berühmten Sammlers ehren zu müssen. Und die Täuschung bleibt nicht einmal auf dem Boden der Geldspeculation stehen, sie tritt auch auf das Gebiet der historischen Kritik, und man schließt, wenig tröstlich für die Glaubwürdigkeit unserer Ueberlieferungen, von diesem Katalog auf Züge in dem Charakter des Dichters, auf seinen Geschmack, seine Lieblingsstudien und dergl., wie wenigstens etwas ähnliches schon in den Blättern für litterarische Unterhaltungen von einem mit den Verhältnissen gewiß Unbekannten (Depping in Paris?) geschrieben ist. Die obligaten Anpreisungen die hinter so vielen Büchern hergehen, übertreiben Werth und Seltenheit oft in dem Maße daß man auch hieran sehen mag wie der Katalog mehr auf englische Käufer als auf deutsche Besucher und Auftraggeber der Berliner Auction berechnet ist.

Deutsche Colonisation in Ungarn.

III.

Steyermark. Durch die Constitution der Gesammtmonarchie, deren Grundsätze keine Abänderungen zu besorgen haben, wenn auch die Acten über ihre specielle Durchführung noch nicht geschlossen sind, ist die politische Stellung der künftigen Colonisten in Ungarn bereits gegeben. Wie emsig die organisirende Staatsverwaltung auch bemüht ist diese Mittel der Durchführung zuvor nach allen Seiten zu erörtern, um bei ihrer endlichen Feststellung möglichst alles zu vermeiden was später das Bestehen des auf neuen Grundlagen wieder auferbauten Staates beeinträchtigen könnte: die constitutionelle politische Freiheit wird dabei nicht aus dem Gesicht verloren werden, ebenso wenig als der monarchische Charakter der Monarchie dabei vergessen werden kann. Daß die executive Gewalt in einem so viele verschiedene Nationalitäten, Bedürfnisse und Gewohnheiten umfassenden Staat eine höchst kräftige, ja eine kräftigere als in jedem andern seyn müsse wenn der Staatsbestand selbst gewährleistet bleiben soll, wird niemand in Abrede stellen; aber selbst bei dieser nothwendigen Bedingung ist nichtsdestoweniger eine absolute Verwaltung im vormärzlichen Geiste bereits an den letzten Gränzen des Reichs eine Unmöglichkeit geworden. Absolutismus haben daher die Einwanderer nach Ungarn nicht zu besorgen, wie sehr man auch bemüht seyn dürfte durch Aufstellung dieses Gespenstes die Lust zur Colonisation zu verleiden. In den Grundsätzen der Gleichberechtigung aller den Staat bewohnenden Nationalitäten, und in der bereits vollständig geregelten und zur Ausführung vorliegenden Gliederung des Gemeindewesens sind alle Garantien dafür gegeben. In der möglichst ausgedehnten Autonomie der Gemeinde, die überall als Grundsatz vorherrscht, besteht aber das eigentliche Fundament politischer Unabhängigkeit. Wo es den Gemeinden unbenommen bleibt ihre eigenen Angelegenheiten unbevormundet zu verwalten, und der Einfluß der Regierung sich dabei einzig auf das allgemeine Aufsichtsrecht beschränkt; wo durch ein in concentrischen Ringen von der Basis zur Spitze laufendes Wahlsystem die höchsten wie die geringsten Interessen des Staats aneinander gebunden sind, da besitzt die Communität, und somit der Einzelne, alles was er an persönlicher Freiheit bedarf und vertragen kann, soll das Gemeinwohl wie das individuelle nicht der Intrigue und der Anarchie zur Beute werden. Zum Schutze gegen Willkür von oben gewähren andererseits die Kammern und die freie geregelte Presse ein vollkommen ausreichendes Mittel. Wie freisinnig und weitgreifend aber die Principien der Constitution in dieser Beziehung gestellt sind, ersieht auch der oberflächlichste Blick auf das Statut der Verfassung. Die freie politische Stellung ist daher den Colonisten auf alle Weise gesichert. Da nun auch alle Urbarial- und Herrenrechte für immer eingegangen sind, so kann es kaum irgendeinen unabhängigeren Freisassenstand in der Welt geben als er dem künftigen Einwanderer in Ungarn verbürgt ist. Wer heute nach Amerika zieht, ist kaum freier auf seiner Scholle als er es in Ungarn wird, denn überall, und so auch in Amerika, wird er an gewisse allgemeine Beziehungen und an die staatlichen Anordnungen gebunden seyn, die in der republicanischen Spitze so gut wie in der monarchischen die Idee der Regierungsgewalt repräsentiren und in sich vereinigen. Daß auch die republicanische Spitze recht ordentlich ins Fleisch zu gehen weiß, hat man in Baden nicht minder als durch die Kossuth-Debrecziner-Republik in Ungarn erfahren.

Was nun die Erwerbung des Bodens betrifft, so sind uns freilich die Grundsätze unbekannt welche dem Ministerium zur Richtschnur dienen werden, aber wir sind von Männern wie Kraus, Bruck, Thinnfeld, in deren Specialitäten die Aufgabe zunächst schlägt, gewiß daß fiscale Ansichten hier am allerwenigsten vorherrschen werden. Dennoch würde es uns für den zu erreichenden Erfolg nicht minder nachtheilig erscheinen wenn man, wie viele anstreben, diese Colonisation einzig als einen Canal für österreichisches oder deutsches Proletariat betrachten, und demselben den Boden gratis zuwenden wollte! Dadurch würden ganz sicher mehr neue Proletarier herbeigezogen als man alte losgeworden wäre. Daß auch in dieser Richtung etwas geschehen könne wollen wir nicht in Abrede stellen. Würden nicht vielleicht gerade jetzt, wo dem Staate nach beendigtem Krieg soviele zu versorgende Militäre zur Last fallen, dauernde oder zeitweilige Verleihungen von Grund und Boden an nicht gänzlich invalide Officiere wie Soldaten von guter Wirkung seyn, und die Staatscasse wesentlich erleichtern? Die Modalitäten, unter denen solche Verleihungen thunlich wären, würden von den Fachmännern leicht herausgefunden werden. Was aber immer im Einzelnen geschehen möchte, im Allgemeinen würde es uns durchaus nur räthlich erscheinen für alle Colonisten einen Kaufpreis für die zu erlassenden Gründe festzustellen. Eine zweite Frage die zu stellen wäre ist: ob die Staatsverwaltung gesonnen sey das Aerar bei dem Colonisationsproject zu betheiligen, in welcher Weise und in welcher Ausdehnung? Wir wollen einen Augenblick annehmen es wäre der Fall, und dann scheint es uns nicht unwahrscheinlich daß dadurch nicht nur das Unternehmen selbst sichergestellt, sondern auch dem Staat in Zukunft eine dauernde finanzielle Einnahme verschafft wird. Die Colonie wird immer um so schneller und augenfälliger emporkommen, je größer das Betriebscapital der Colonen ist und je weniger von demselben auf unnütze Weise verwendet wird. Gewöhnlich aber stehen die Geldmittel welche die Einwanderer mitbringen in keinem Verhältniß zu dem Bedarf. Entweder bleiben sie Grund und Boden schuldig, oder sie zahlen diesen und haben nichts mehr um die Betriebserfordernisse zu bezahlen. Diese soll dann die Zeit herbeischaffen, da aber aus nichts nichts wird, so bringt die Zeit in der Regel nur das Elend. Wir würden es daher für sehr angemessen halten wenn von der Staatsverwaltung ein großer Colonisationsfonds, eine Colonisationsbank creirt würde, in welche nicht nur die aus Landverkäufen baar hervorgehenden Geldsummen einzufließen hätten, und deren Noten zugleich den Zweck hätten dem Colonisten, wenn er den Grund bezahlt hat, nach einem gewissen Maßstabe das Betriebscapital gegen bestimmte Interessen und ein Amortisationsprocent vorzustrecken? Diese Noten der Colonisationsbank würden, da sie auf sichere Weise hypothecirt wären, gewiß bald eine gesuchte Geldanlage werden und den Weg auf die Börse finden. Den Colonisten dürfte es ebensowenig schwerfallen die Zinsen und das Amortisationsprocent, wenn nicht im ersten, doch ganz gewiß im zweiten Jahr zu entrichten, und mit jedem Jahr im steigenden Verhältniß um so leichter; denn, wie wir schon in einem früheren Artikel bemerkten, handelt es sich bei der ungarischen Colonisation nicht darum wie in Amerika uncultivirten Urboden urbar zu machen, sondern bereits urbaren aber brach liegenden Boden zu bebauen.

Da die Colonisation, wie natürlich, einen freien Vertrag zwischen Colonisten und Staatsverwaltung voraussetzt, so ergibt sich von selbst daß alle Bedingungen, unter denen das Ansiedlungsrecht ertheilt wird, zuvor unabänderlich festgestellt werden müssen. Es ist natürlich daß alle die Colonisation betreffenden speciellen Anordnungen nur das Gedeihen des Werks zur Absicht haben, und nicht eine nachträgliche Beschränkung constitutioneller Freiheit involviren können. Der große Sinn des kaiserlichen Wahlspruchs, der „vereinten Kräfte", findet hier mehr wie irgendwo seine Geltung. Nicht nur im allgemeinen Umriß, zu jedem einzelnen Gegenstande müssen sich die Kräfte der Colonie vereinen, und diese vor der Zersplitterung zu bewahren ist eine der allerwesentlichsten Rücksichten und Pflichten. Was dem Einzelnen durchzusetzen unmöglich ist, fällt der vereinten Kraft leicht. Hierin, und daß diese verständig und consequent angewendet werde, hat auch der Zwang allein zu bestehen der den Colonisten auferlegt werden soll. Ort, Zeit, Ausdehnung, Lage, Communicationen rc., alle diese Dinge müssen im vorhinein bestimmt werden, und können nicht der freien Wahl überlassen bleiben. Unsere folgenden Artikel werden auch diese Punkte berühren, und nichts unerörtert lassen was auswärts die Kunde über den Gegenstand verbreiten könnte.

Altdorf und Baden.

* Zu den Eigenthümlichkeiten der Schweiz gehört auch der Associationsgeist, der sich immer mehr nach allen Richtungen in bonam et malam partem ausbreitet. Unter die erfreulichsten Vereine rechnen wir die historischen, von denen hier zwei hervorgehoben werden sollen: einerseits der

geschichts- und alterthumsforschende Verein der fünf Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug, andererseits die allgemeine geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz. Beide hielten vor einiger Zeit wieder ihre Jahresversammlungen; jener am 26 Sept. in Altdorf, diese am 4 Oct. in Baden, welche Punkte selbst mit Recht historisch genannt werden dürfen. Altdorf, am Anfang der Gotthardsstraße, oben am Urnersee gelegen, von einem prachtvollen Gebirgskranze umgeben, spielte schon in der frühesten Geschichte der Schweiz eine wichtige Rolle, und wenn auch über Tell und den Eidschwur im Rütli heutzutag fast stillschweigend hinweggegangen wird, so folgt doch jeder Gebildete mit hoher Lust Müllers Erzählungen und der Dichtung Schillers. Baden, das Aquæ der Römer und jetzt noch eine der bekanntesten Thermen Europa's, von dessen einstiger Veste König Albrecht an dem Morgen als ihn bei Windisch die Schwerter der Verschwornen trafen, wegritt, fast drei Jahrhunderte lang der Sitz der allgemeinen Tagsatzungen, war auch 1714 der Ort wo nach dem spanischen Successionskriege Oesterreich und Frankreich Friede schlossen. Von dem fünförtlichen Verein hatte sich in Altdorf ein Drittheil der Mitglieder eingefunden, während in Baden von der allgemeinen schweizerischen Gesellschaft bei den größern Entfernungen kaum ein Zehntheil; dort mehrere geachtete Magistrate, hier deren keine. Die Historiker vereinigten sich zu Altdorf in dem freundlichen Rathhaus, wo über dem Präsidentenstuhl ein wohlgelungenes Bild des jetzigen Kirchenfürsten hing; in Baden hingegen mußte man sich mit dem Tanzsaal eines der größern Gasthöfe behelfen. Zu Altdorf war man unter der Leitung des durch emsige Pflege urkundlichen Studiums, die Bearbeitung mehrerer kürzerer historischer Monographien und durch seine Liturgia sacra in engern und weitern Kreisen vortheilhaft bekannten Luzernerischen Archivars Joseph Schneller beisammen. Ein gut geschnittenes Vereinssiegel, das Geschenk Heinrichs Fürstabten von Einsiedeln, interessante Funde, wie ein im Kanton Luzern entdeckter Merkur von seltener Schönheit, Waffen und Kleidungsstücke aus dem Mittelalter u. a. wurden vorgewiesen und belebten nicht wenig, worauf man zwei Vorträge über Urnerische Geschichte, der eine von Staatsarchivar Meyer von Knonau in Zürich, der andere von Dr. Franz Müller in Altdorf, mit großer Aufmerksamkeit anhörte. Der letztere behandelte das freiherrliche Haus v. Schweinsberg oder Attinghusen, sein Wirken und Eingreifen in die Geschichte des Landes Uri bis zum Erlöschen des Stammes. Da bei dem fünförtlichen Verein die so lästig gewordene Sitte — bei den nach Beendigung der Sitzungen stattfindenden gemeinschaftlichen Mahlzeiten Trinksprüche auszubringen — nicht herrscht, war man um so mehr erfreut beim Mahl, von einem Gesellschaftsmitglied aus Brunnen, einen humoristischen Vortrag über Anfertigung des Mörtels im Mittelalter zu hören, woraus sich ergab daß unsere schlichten Vorfahren, um dem Mörtel die möglichste Haltbarkeit zu geben, unter den Kalk Molken (Schotten), sowie den Absud von Tannzapfen mischten. In größter Traulichkeit verbrachte man die wenigen Stunden, und schied mit dem Versprechen sich im nächsten Jahr am Fuß des Mythen zu Schwyz wieder die Hand zu drücken.

Die Versammlung zu Baden leitete als Interimspräsident Professor Johann Jakob Hottinger, einer der Fortsetzer von Johann v. Müllers Schweizergeschichte. Unter zierlichem Silberhaar waltet in diesem Mann noch ein reger Geist, der ihn nicht nur den Zeitereignissen mit Unbefangenheit folgen läßt, sondern auch bei höchst gründlicher Kenntniß der Vorzeit befähigt richtige Vergleichungen zwischen Einst und Jetzt anzustellen. In der Eröffnungsrede, einer Schweizergeschichte in nuce, sprach er über die Aufgabe des Vaterlandes, soweit sie durch die Geschichte bestimmt wird. Ein anderer Vortrag, aus der Feder Professor Burckhardts zu Basel, des Fortsetzers von Kuglers Kunstgeschichte, behandelte die Wichtigkeit der italienischen Instructionen und Relationen für die vaterländische Geschichte. Nicht unzweckmäßig ist der Beschluß des Vereins zu nennen von nun an alle Jahre abwechselnd in Murten (ein von den burgundischen Kriegen her hochberühmter Ort), in Baden oder in dem am Vierwaldstättersee lachend gelegenen Dorfe Beckenried sich zu versammeln, denn bisher geschah dieß nur je zu zwei Jahren, und zwar in Hauptstädten, bei welchen Anlässen von der Einfachheit und Traulichkeit der Väter wenig mehr bemerkbar wurde. Unter den Gästen sah man Dr. Fallmerayer, einen Mann der im Orient auf vertrauterem Boden als in Frankfurt oder gar im Lande der Schwaben stehen mochte.

Die allgemeine geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz, eine Schöpfung des als Philanthropen wie als Geschichtschreibers gleich denkwürdigen Johann Kaspar Zellweger, der noch im zweiundachtzigsten Lebensjahr den Griffel der Geschichte mit vielem Geschicke führt, entstand im J. 1840, und Zellwegers Gedanke war es wieder die Gesellschaft durch ein geistiges Band zu verbinden, nämlich durch eine Zeitschrift die den Titel „Archiv für schweizerische Geschichte" führt, bereits aus sechs Bänden besteht und ursprünglich in fünf Abtheilungen zerfiel: a) Abhandlungen; b) Regesten; c) Mittheilungen aus dem Gebiete der Landeskunde ältester und mittlerer Zeit; d) Actenstücke zur Geschichte des 16—18ten Jahrhunderts; e) Litteratur. Von dieser Eintheilung ging man später ab, indem u. a. die Regesten nun abgesondert unter der Redaction des Bündners Theodor v. Mohr erscheinen. In diesen sechs Bänden finden sich Abhandlungen von bleibendem historischen Werth, und wir glauben uns nicht zu irren wenn wir vornehmlich den Arbeiten des Waadtländischen Barons Friedrich v. Gingins La Sarraz über die älteste Geschichte von Uri und Wallis, derjenigen des Basel'schen Staatsanwalts Dr. Burckhardt über die erste deutsche Bevölkerung des Alpengebirgs, der des Glarners Blumer über das Thal Glarus unter Seckingen und Oesterreich, endlich derjenigen des lieblichen Sängers und gewandten Historikers Balthasar Reber aus Basel, betreffend die über den gefeierten Einsiedler und Friedensstifter Niklaus von Flue († 1487) erschienenen Schriften, anziehende Diction, Gelehrsamkeit und diplomatisch-treue Behandlung nachrühmen. Unter den Mittheilungen aus dem Gebiete der Landeskunde stößt man gleichfalls auf einzelnes Werthvolle, wie auf französische Gesandtschaftsberichte, auch einen Abdruck des Richtebriefes der Burger von Zürich, eine der ältesten noch vorhandenen Sammlungen städtischer Gewohnheiten und Willküren. Den Schluß des Bandes bildet als Fortsetzung des viel benutzten, einzig dastehenden Werkes von Gottlieb Emanuel v. Haller, seiner bis zum Jahr 1785 reichenden „Schweizerbibliothek," die Uebersicht der neuesten historischen vaterländischen Litteratur. Diese wird von Staatsarchivar Meyer von Knonau redigirt, der mit 1840 begann und bereits über sechs Jahre referirt hat. Da Meyer von Knonau auch die Broschüren, selbst die leider so reichhaltige politische Litteratur nicht unberücksichtigt ließ, darf es nicht verwundern wenn der emsige Litterarhistoriker dem Leser über 1500 Schriften in seinem räsonnirenden Repertorium vorführen konnte. Wenn dieß alles beweist daß die historische Gesellschaft nicht feiert, so läßt sich von dem fünförtlichen Verein fast noch mehr bezeugen er lege Baustein auf Baustein zusammen. Erst 1843 entstanden, dann bald von dem Gründer, man möchte sagen zu ihrem Glück verlassen, bewegt sich die Gesellschaft nur desto freier unter einem Ausschusse an dessen Spitze seither der obengenannte Archivar Joseph Schneller steht, ein Beweis wie wissenschaftliche Corporationen wohl thun wenn sie nicht zu oft einen Präsidialwechsel eintreten lassen. Der Verein welcher nicht nur mit inländischen sachverwandten Gesellschaften, sondern mit manchen des Auslandes, selbst Akademien, in Verbindung steht, hat in seinen Mittheilungen „der Geschichtsfreund" für die politische, Kirchen- und Culturgeschichte der innern Schweiz in Veröffentlichung von Urkunden, Regesten, Nekrologen, geschichtlichen Miscellen höchst bedeutsames geleistet, und nicht minder in Bearbeitung von Abhandlungen Zeugnisse geliefert daß es den fünf Orten an treuen Pflegern der Historie keineswegs fehlt. Treffliches verdankt man namentlich in dieser Beziehung Joseph Schneller, dann auch dem Luzerner Philipp Segesser, dem gelehrten Einsiedel'schen Benedictiner Gall Morel, dem Zuger Bonifaz Staub u. m. a. Zudem läßt die Zeitschrift in typographischer Beziehung nichts zu wünschen üb[rig], und bringt nicht selten artistische Beilagen, was alles um so aner[kennens]werther ist als der fünförtliche Verein über geringe Geldkräfte zu verfügen hat.

Türkei.

(M. Chronicle.) Bis zum 20 November lag das brittische Geschwader unter dem Vice-Admiral Sir William Parker noch in der Basika-Bay, auf welchen Ankerplatz dasselbe von seinem frühern in den Dardanellen nach einem Besuch Sir Stratford Cannings zurückgegangen. Diese rückgängige Bewegung wurde, scheint es, veranla[ßt d]urch eine vom russischen Gesandten in Konstantinopel, Hrn. Titow, der Pforte gemachte Erklärung: über die zwischen der Türkei und Rußland schwebenden Fragen nicht mehr mit dem Divan unterhandeln zu wollen, solange die brittische Flotte in solcher Nähe sey. Ja, Hr. Titow soll sogar die Forderung stellen daß die brittische Flotte sich noch weiter entferne, damit es nicht, zum Nachtheil der Nationalehre und Würde Rußlands, den Schein gewinne als hätte dieses aus Scheu vor den brittischen Kriegsschiffen der Pforte ein Zugeständniß gemacht. Dieser letztern Prätention werden aber weder Sir Stratford Canning noch Sir W. Parker nachgeben, und dieser Umstand dürfte die Ausgleichung der schwebenden Fragen verzögern, wenn er nicht etwa ein völliges Abbrechen der Unterhandlungen zur Folge hat. Nachdem die Forderung bezüglich der Auslieferung der ungarischen Flüchtlinge aufgegeben ist, verlangt jetzt Rußland, wie es scheint, die alsbaldige Austreibung nicht bloß derjenigen Polen die an der ungarischen Bewegung theilgenommen, sondern auch solcher die schon von längerer Zeit her in der Türkei wohnen, obgleich viele derselben mit brittischen oder französischen Pässen versehen sind, und unter dem Schutz dieser bei-

den Mächte stehen. Das französische Geschwader unter dem Vice-Admiral Parseval-Deschênes war, unter dem Vorwand im Golf von Smyrna zu bleiben bis es sich von einigen Cholerafällen gereinigt habe, nicht zur englischen Flotte gestoßen, und es ist sehr problematisch ob es sich mit derselben vereinigen wird, oder dieß überhaupt je beabsichtigte. Wahrscheinlich wird man den Zwist mit Marokko als Entschuldigung brauchen und die französischen Schiffe westwärts segeln lassen. (Der Zwist mit Marokko ist aber, den Pariser Blättern zufolge, so gut als beigelegt.)

(4780) Im Julius 1848 übergab ich mein Mädchen, welches von frühester Kindheit her an einer sehr bedeutenden Verunstaltung seines Körpers litt, in einem Alter von 8 Jahren dem Hrn. Orthopäden Wildberger zu Bamberg in Behandlung. Die Wirbelsäule desselben wich damals vom 6ten bis 12ten Rückenwirbel 3" 2''' nach rechts ab und war so verdreht daß sich hiedurch unter dem linken Schulterblatt eine Vertiefung von 3 Zoll gebildet hatte, in die man eine Faust bequem einlegen konnte. Dabei waren die Rippen der rechten Seite von hinten nach vorn so zusammengedrückt daß sie in einem spitzen Winkel vorstanden und beiläufig 1" das Becken überragten. Ferner war die Brust der linken Seite sehr vorgeschoben und die linke Schulter um 1" 6''' tiefer stehend als die rechte. Von dieser gräulichen Verunstaltung, die mein Mädchen auf Lebenszeit unglücklich gemacht hätte, und die mir viel Kummer und Leid verursachte, hat nun Hr. Wildberger dasselbe zu meiner großen Freude gänzlich befreit. Für diese ans Wundervolle gränzende Cur fühle ich mich Hrn. Wildberger zu ewigem Dank verpflichtet, und diesen Dank spreche ich hiemit selbst auf die Gefahr hin daß ich seiner Bescheidenheit zunahe trete, öffentlich aus, damit auch andere Eltern, welche das Unglück haben körperlich verunstaltete Kinder zu besitzen, wissen wo sie eine sichere Hülfe finden können.

Fürtersee, den 16 November 1849.

Heinrich Sittig.

(4738—39) **Steckbrief.**

Im Monat November d. J. hat sich in hiesigen Gasthöfen der unten Signalisirte aufgehalten, welcher sich Alexander v. Griesheim, k. preuß. Oberforstmeister aus Berlin, nannte, übrigens nach den bisherigen Erhebungen anderwärts auch die Namen „v. Bardeleben" und „v. Rohr" geführt zu haben scheint.

Derselbe hat sich der Verbrechen der Urkundenfälschung und des Betruges an einem hiesigen Bankier dringend verdächtig gemacht, und da er sich von hier entfernte, so ersuche ich sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden des In- und Auslandes auf denselben Spähe zu verfügen, ihn im Falle Betretens zu verhaften und in hiesige Frohnveste einzuliefern, zugleich aber dessen Papiere mit Beschlag zu belegen und mir zu übermachen.

München, den 7 December 1849.

Der II. Untersuchungsrichter am k. Kreis- und Stadtgericht München.

Weichsler, Assessor.

Signalement.

Der angebliche v. Griesheim ist etwa 45 Jahre alt, mittlerer Größe, untersetzter Statur, hat ein volles rothes Weingesicht mit einigen Blatternarben, feinen Bart, wenige dunkelbraune auf der Stirne in einen Büschel zusammengerollte Haare, und trug dahier eine Brille mit stählernem Gestäb.

v. Griesheim spricht sehr schnell den Frankfurter Dialekt, und pflegt viel von Amerika zu erzählen, wo er sechsmal gewesen zu seyn behauptet, auch mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu seyn scheint.

Er ließ sehr viel Geld, namentlich Gold sehen, besuchte dahier die ersten Gasthöfe und beobachtete überhaupt ein Benehmen welches auf Reichthum und hervorragende Stellung schließen ließ.

Er trug dahier einen dunklen Paletot, schwarzen Frack und desgleichen Beinkleid, sammtnes Gilet, schwarzen Hut und im Knopfloche des Frackes das Band des königl. preuß. Rothen Adlerordens (weiß mit orangegelben Rändern).

(4679—80) **Bekanntmachung.**

Sebastian Huber'sche Verlassenschaft betreffend.

Auf Antrag der Erben des Fabrikbesitzers Sebastian Huber von Obernzell wird die Baumwollspinnfabrik künftigen

Montag den 8 Jänner 1850
Vormittags 10½ Uhr

im Orte Obernzell an den Meistbietenden salva ratificatione der Erben gerichtlich versteigert.

Die Bestandtheile dieser Fabrik sind:

1) Das Wohn- und Fabrikhaus Nr. 166 zu Obernzell d. G., unweit der Donau sammt den dazu gehörigen Nebengebäuden, gemauert von Stein, mit Ziegeln gedeckt, im guten baulichen Zustande, enthaltend 10 Zimmer, 2 Fabriksäle, Küche, Magazin, Keller, Holzlege.
2) Der Hausgarten, Pl.-Nr. 885, nebst Gemeinderecht an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen zu einem ganzen Antheile.
3) An Fabrik-Utensilien: Putzteufelmaschine, Putzmaschine, Packelmaschine, 12 Kratzmaschinen, Doublirmaschine, 2 Streckmaschinen, Vorspinnmaschine mit Spindeln, Schleifmaschine, 4 Spinnstühle mit 1375 Spindeln, Zwirnmaschine sammt Haspel, Spulmaschine, 4 Haspel, 2 Rummernwagen, 1 Packmaschine, 1 Decimalwage, 1 Streunmaschine, sämmtliches Betriebwerk von Eisen.

Diese Maschinen sind sämmtlich von Eisen und Messing aus der Fabrik des J. J. Rieter und Comp. zu Winterthur nach neuester Construction und englischem System im besten Zustande, und liefern wöchentlich durchschnittlich 14 Ctr. Baumwollgarn.

Das überschlächtige, ohne Wasserverlust eingerichtete Triebwerk kann zur Bewegung von 2000 Spindeln benützt werden, und ist ununterbrochen das hiezu erforderliche Wasser vorhanden.

Der Zuschlag erfolgt Mittags 12 Uhr am Steigerungstage, die Erklärung über Genehmigung [...] längstens innerhalb 14 Tagen, und der Kaufschilling muß zur Hälfte 4 Wochen nach der Genehmigung baar erlegt werden; der Rest kann nach Uebereinkommen mit den Erben gegen Eigenthumsvorbehalt oder Hypothekbestellung auf den Kaufsobjecten aufkündbar und verzinslich liegen belassen werden.

Die Uebernahme der Materialien und Producten-Vorräthe bleibt besonderem Uebereinkommen vorbehalten.

Kaufsliebhabern wird der dermalige Geschäfts-Buchhalter Karl Maurer zu Obernzell die Kaufsobjecte zeigen und die erforderlichen Aufschlüsse ertheilen.

Wegscheid, den 21 Nov. 1849.

Königl. bayer. Landgericht Wegscheid.

Pontich.

coll. Stang.

(4698—99) **Vorladung.**

Der Sophia Berolzheimer, gebornen Hirsch aus Ansbach, angeblichen Ehefrau des Moritz Wolf aus Eichstädt, ist der Beschluß des hiesigen Landgerichts vom 8. September l. J., die Ungültigkeit deren zu Heinersreuth dies Gerichts vollzogenen Copulation betreffend, zu verkünden.

Nachdem der dermalige Aufenthalt der Sophie Berolzheimer, gebornen Hirsch, nicht ausgemittelt werden konnte und vermuthet wird daß selbe nach Nordamerika gereiset ist, so wird zur Verkündung des vorbezeichneten Beschlusses auf

Freitag, den 5 April 1850,
Vormittags 10 Uhr,

Termin dahier anberaumt, wozu hiermit Sophia Berolzheimer, geborne Hirsch, öffentlich vorgeladen wird, in diesem Termine entweder in Person oder durch einen hinlänglich Bevollmächtigten dahier zu erscheinen.

Eschenbach, am 6. Dec. 1849.

Königliches Landgericht Eschenbach.

Pausch.

[4763] **Andersen's sämmtliche Märchen. Vom Verfasser selbst besorgte illustrirte Prachtausgabe in einem Bande.**

So eben erschien in meinem Verlag und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

H. C. Andersen's sämmtliche Märchen.

Mit 125 Illustrationen nach Originalzeichnungen von V. Pedersen.

Zweite vermehrte Auflage.

8. eleg. geheftet. Preis 2 Rthlr. 20 Ngr.

Diese zweite, mit sechs neuen Märchen und 13 Illustrationen vermehrte Auflage des beliebten Buchs zeichnet sich durch außergewöhnliche Eleganz des Drucks aus und eignet sich ganz vorzüglich zu einem Festgeschenk. **Elegant gebundene Exemplare werden von jeder Buchhandlung unter billigem Aufschlag geliefert.**

Daraus besonders abgedruckt:

Neue Märchen von H. C. Andersen.

Mit 13 Illustrationen von V. Pedersen.

8. eleg. geheftet. Preis 15 Ngr.

Leipzig, im November 1849. **B. G. Teubner.**

[4751] In der Hallberger'schen Verlagshandlung in Stuttgart ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Kosmos

für Schulen und Laien.

Gemeinfaßlicher Abriß der physischen Weltbeschreibung nach **Alexander v. Humboldts** Gesichtspunkten

in vier Büchern entworfen von

Dr. K. G. Reuschle,

Professor der Mathematik und Geographie in Stuttgart.

Zweite unveränderte Auflage.

2 Bände auf feinem weißen Papier 2 Thlr. oder 3 fl. 30 kr.

Inhalt: Erstes Buch. **Orientirung der Erde im Weltall und ihre kosmischen Naturverhältnisse.** Die Erde ein frei im Raum schwebender Weltkörper unter Weltkörpern. — Die Erde in freier Axendrehung um ihren Schwerpunkt begriffen. — Die Erde in fortschreitender Bewegung als Planet des Sonnensystems. — Die Erde unter dem Einfluß der allgemeinen Gravitation in ihren Bewegungen gestört und Glied höherer Systeme. — Zweites Buch. **Naturgeschichte des Himmels.** Der uns zugängliche Weltraum mit seiner Stofferfüllung. — Das System der Milchstraße oder das Sternsystem, zu dem die Sonne gehört. — Das Sonnensystem dessen Planet die Erde ist. — Die Region und das System der Erde. — Drittes Buch. **Das Innere der Erde im Verkehr mit der Oberfläche und die tellurischen Bildungshergänge.** Der Erdkörper ein Sitz eigenthümlicher Polarkräfte. — Das Erdinnere ein Herd eigener Wärme. — Die Erdfläche ein Schauplatz plutonisch-vulkanischer und jovisch-neptunischer Hergänge. — Die Erdrinde ein Gefüge mannichfaltiger Gebilde aus verschiedenen Epochen. — Viertes Buch. **Die jetzige Erdoberfläche.** Land und Wasser. — Luft und Wasser. — Wärme und Klima. — Leben und Geist.

(4672—73) Für das Jahr 1850 erscheint, wie bisher, in Commission der J. B. Metzler'schen Buchhandlung in Stuttgart, und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Zeitungs-Expeditionen des In- und Auslandes zu beziehen:

Eisenbahn-Zeitung.

Organ des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen.

Redigirt und herausgegeben von

Carl Etzel und Ludwig Klein,

Ingenieurs, technische Mitglieder der königlich württembergischen Eisenbahn-Commission.

Achtes Jahr.

Jede Woche eine Nummer mit lithographirten Beilagen und in den Text eingedruckten Holzschnitten.

Der **Abonnements-Preis** für den **Jahrgang 1850** ist wegen des reducirten Umfangs auf 4 Thlr. pr. Cour. oder 7 fl. rhein. bestimmt.

Um neuen Abonnenten die Anschaffung der älteren Jahrgänge zu erleichtern, wird der Preis derselben ermäßigt, und die Jahrgänge 1845—1848, soweit der Vorrath reicht, gleichfalls zu 4 Thlr. oder 7 fl. abgegeben, während für den Jahrgang 1849 der Abonnementspreis von 7 Thlr. oder 12 fl. fortbesteht. — Abnehmer der sämmtlichen, unter der gegenwärtigen Redaction erschienenen fünf Jahrgänge 1845—1849 erhalten dieselben für **15 Thlr.** oder **26 fl. 15 kr.**

(3932) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Wiser, Th., himmlisches Vergißmeinnicht, oder **Prachtgebetbuch,** welches für alle Bedürfnisse des katholischen Christen, namentlich für die Morgens- und Abendszeit, für die Feier der heil. Messe, für den Empfang der hl. Sacramente, für die hl. Zeiten u. Feste des Jahres u. s. w. entsprechende Gebete, Unterweisungen u. Betrachtungen enthält. 8. Ausg. Nr. I. Mit 2 Farbendrücken 1 fl. 36 kr. od. 1 Thlr. Nr. II. Mit 2 Farbendrücken u. 7 Stahlstichen 2 fl. 24 kr. od. 1 Thlr. 10 gr. Nr. III. Mit 7 Farbendrücken und 7 Stahlstichen. 3 fl. 30 kr. od. 2 Thlr. 3 gr.

(4684) **Neue Erzählungen von J. F. Cooper.**

Aus der neuen Ausgabe

von J. F. Cooper's Romanen,

Stuttgart, Verlag — von **S. G. Liesching.**

Satanstoe, oder die Familie Littlepage. Eine Erzählung aus der Colonie. 40 Bogen. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr. rhein.

Der Kettenträger, oder die Handschriften der Familie Littlepage. 38 Bogen. 27 Sgr. oder 1 fl. 36 rhein.

Ravensneft, oder die Rothhäute. Eine Erzählung. 44 Bogen. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr. rhein.

Marks Riff, oder der Krater. Eine Erzählung aus dem stillen Weltmeere. 37 Bogen. 1 Thlr. oder 1 fl. 48 kr. rhein.

Für die Subscribenten auf die ganze Sammlung, welche nunmehr 27 Bände umfaßt, bestehen noch niedrigere Preisverhältnisse; in die Subscription kann jederzeit, nach Bänden oder Heften, eingetreten werden. **Jeder Roman ist auch einzeln zu kaufen.** Eine Sammlung von **Titelbildern,** in Stahl gestochen, ist zu geringem Preise besonders zu haben.

Die berühmten, durch die Person eines Helden zu einem Cyclus verbundenen

Lederstrumpf-Erzählungen,

— Der Wildtödter — der letzte Mohikan — der Pfadfinder — die Ansiedler an den Quellen des Susquehanna — die Prairie (Steppe) —

sind in fünf eleganten Halb-Leinwand-Bänden, mit Stahlstichen, für den Preis von 5 Thlr. oder 8 fl. 45 kr. rhein. zusammen, ebenfalls in allen Buchhandlungen zu erhalten.

Stuttgart, December 1849.

[4693—95] Bei **Pfautsch & Voß** in **Wien** ist erschienen und bei **M. Rieger** in Augsburg so wie in allen Buchhandlungen zu haben:

Gedenke Mein!

Taschenbuch für 1850.

Neunzehnter Jahrgang.

Mit sechs Stahlstichen.

In eleganten Pariserband mit Goldschnitt und Etuis 4 fl. 3 kr. rhn.

SIONA.

Taschenbuch religiöser Dichtungen.

Herausgegeben von **Hermann Waldow.**

Siebenter Jahrgang.

Mit zwei Stahlstichen.

In eleganten Pariserband mit Goldschnitt und Etuis 3 fl. rhein.

BIFOLIEN.

Dichtungen von Johann Gabriel Seidl.

Vierte vermehrte Auflage.

Miniatur-Ausgabe in Sarsenet mit Goldschnitt 3 fl. 36 kr. rhn.

(4771) **Empfehlenswerthe Weihnachts-Geschenke.**

Bei **Veit & Comp.** in **Berlin** ist erschienen:

Schefers Laienbrevier. 6. Auflage. Miniatur-Ausgabe mit Goldschnitt 2 Thlr.

Wurde schon das Laienbrevier bisher zu Geschenken vielfach benutzt, so wird es in der gegenwärtigen eleganten Ausstattung eine doppelt willkommene Gabe seyn.

Schillers Briefwechsel mit Körner. Vier Bde. 8. 4 Thlr. Elegant geb. 5 Thlr.

Schefer, Leop., ausgewählte Werke. Novellen, (neun Bde.) Gedichte, Laienbrevier (3 Bde.) 12 Bde. 6 Thlr.

Fichte, J. G., Sämmtliche Werke herausgegeben von J. H. Fichte. Vollständige Ausgabe. Acht Bände. gr. 8. 15 Thlr.

Einzeln: Religionsphilosophie, ein Bd. 2⅓ Thlr. Populär-philos. Schriften, drei Bde. 6 Thlr.

Savigny, Fr. C. v., System des heutigen römischen Rechts. Acht Bde. gr. 8. 15 Thlr.

Ranke, L., Neun Bücher preußischer Geschichte. Drei Bde. gr. 8. 6 Thlr.

(4602) In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München, in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Das entdeckte Geheimniß zur Erlangung eines vorzüglichen guten

☞ Gedächtnisses,

so daß man alles was man hört und liest, genau behalten und fast wörtlich wiedererzählen kann.

Sechste!! Aufl. Preis 10 Sgr. od. 36 kr.

Enthält: 1) vom natürlichen, 2) vom untreuen u. 3) vom künstlichen Gedächtniß, 4) von den Mitteln, um sich ein gutes Gedächtniß zu erwerben, 5) über Gedächtniß-Stärkung, 6) v. geistigen Vermögen, 7) Gedächtnißübungen, 8) die Ausbildung u. die Wunder des Gedächtnisses, 9) die Gedächtnißhelden älterer und neuerer Zeit.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen — Montag und Weiß in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ernst'sche Buchh. in Quedlinburg.

[4745] Im Verlage der J. G. Calve'schen Buchhandlung in Prag erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Klinische Vorträge

über specielle Pathologie und Therapie der Krankheiten des **weiblichen Geschlechts.**

II. Abtheilung

von

Franz A. Kiwisch, Ritter von Rotterau,

Dr. der Medicin und Chirurgie, k. k. Hofrathe, ord. öffentl. Professor der Geburtshülfe an der Jul.-Max.-Universität Würzburg.

gr. 8. 36 Bogen. brosch. 3 Rthlr. 22½ Sgr.

Wir erlauben uns darauf aufmerksam zu machen dass dieser Band besonders wichtige Forschungen des Herrn Verfassers enthält.

[4448—49] **Weihnachtsgeschenke.** (Aus dem Verlag von Fr. Bassermann in Mannheim.)

Berthold Auerbach's schwarzwälder Dorfgeschichten. Vierte Auflage. Mit 84 Holzschnitten.

Inhalt: 1) Der Tolpatsch. 2) Die Kriegspfeife. 3) Des Schloßbauern Befele. 4) Tonele mit der gebissenen Wange. 5) Befehlerles. 6) Die feindlichen Brüder. 7) Ivo der Hajrle. 8) Florian und Crescenz. 9) Der Lauterbacher.

Berthold Auerbach's Dorfgeschichten. Neue Folge. Zweite Auflage.

Inhalt: Sträflinge — Die Frau Professorin. — Lucifer..

Preis eines jeden dieser zwei Bände: **broschirt** 1 Thlr. oder 1 fl. 45 kr. **elegant gebunden** in rother englischer Leinwand mit goldverziertem Rücken $1\frac{1}{3}$ Thlr. od. 2 fl. 20kr.

Erzählungen und Mährchen von Pfarrer **Walther**. 3 Bde. **Neue Ausgabe**, mit colorirten Titelkupfern und Umschlägen. Gebunden. Preis eines jeden Bandes $\frac{1}{2}$ Thlr. oder 48 kr.

Fünfzig neue Kinderlieder. Nach Original und bekannten Volksweisen, ein- und zweistimmig. — 62 Notenseiten. — Preis $\frac{1}{2}$ Thlr. oder 54 kr.

(4674) Im Verlag von H. R. Sauerländer in Aarau sind folgende, zu

Weih- und Festgeschenken

vorzüglich geeignete Werke erschienen, die in allen guten Buchhandlungen vorräthig sind:

Stunden der Andacht.

(Von H. Zschokke.)

Ausgabe mit großem Druck in 8 Bänden à $5\frac{1}{3}$ Thlr. oder 8 fl.

Dieselbe Ausgabe auf schönem Velin-Papier, geb. à $6\frac{2}{3}$ Thlr. oder 10 fl.

Ausgabe in groß Median-Octav, und zweispaltig gedruckt; vollständig in zwei Abtheilungen, à 3 Thlr. oder $4\frac{1}{2}$ fl.

Neue Ausgabe in Taschen- (Schiller-) Format in **10** Bändchen, geb. à $5\frac{1}{3}$ Thlr. oder 8 fl.

Dieselbe Ausgabe in **10** Bändchen, geb. auf Velin-Papier à $6\frac{2}{3}$ Thlr. oder 10 fl.

Andachtsbuch für die erwachsene Jugend. Söhnen und Töchtern gewidmet vom Verfasser der „Stunden der Andacht." Neue Ausgabe in zwei Bändchen mit Titelkupfer, geb. à $1\frac{1}{3}$ Thlr. oder 2 fl.

Zschokke, H., **Familien-Andachtsbuch.** Aus den „Stunden der Andacht" umgearbeitet und zusammengeordnet von deren Verfasser. Ein Band in gr. 8. geb. à 1 Thlr. oder 1 fl. 30 kr.

Novellen und Dichtungen

von

Heinrich Zschokke.

Achte vom Verfasser selbst revidirte Ausgabe in **10** Bändchen, Taschen- (Schiller-) Format, geb. auf weißem Velin-Papier à $6\frac{2}{3}$ Thlr. oder 10 fl.

Zschokke, H., **Eine Selbstschau.** Vierte Ausgabe letzter Hand, in einem Band in Taschenformat, wie die „Novellen"; geb. auf sauberm Druckpapier à 1 Thlr. oder 1 fl. 30 kr.; — auf schönem Velin-Papier à $1\frac{1}{3}$ Thlr. oder 2 fl.

— — **Genfer-Novellen.** Zweite vermehrte Ausgabe in Taschenformat, wie die „Novellen„; geb. à $1\frac{1}{3}$ Thlr. oder 2 fl.

— **Aehrenlese.** 1ster und 2ter Thl. Pandora. Die Rose von Disfentis. — Geb. à $2\frac{1}{2}$ Thlr. oder $3\frac{3}{4}$ fl. 3ter und 4ter Thl. Lyonel Harlington Geb. à 2 Thlr. oder 3 fl.

[4750] **Zu Weihnachtsgeschenken**

werden folgende meistens Kupferwerke in schönen und billigen Ausgaben empfohlen:

	Thlr.	Ngr.
Bilder-Album aus Ungarn. Taschenbuch mit 18 Stahlst. In rothe Leinw. eleg. geb.	2	12
— — Ebenso geb. mit Goldschnitt	2	16
Bechstein, Thüringen. 2te Aufl. mit 30 Stahlstichen. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	10
Blumenhagen, der Harz. 2te Aufl. mit 30 Stahlstichen. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	10
Das malerische und romantische Deutschland. 2te Aufl. 10 Bände mit 390 Stahlstichen, brosch.	13	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	17	—
Ditscheiner, Hand- und Hülfswörterb. der deutsch. Sprache, brosch.	3	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	3	10
Duller, die Donauländer. 3te Aufl. mit 60 Stahlstichen. cart.	2	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	2	10
Erinnerung an Tirol. 30 Stahlstiche. cart.	—	24
Erinnerung an Steyermark. 30 Stahlstiche. cart.	—	24
Fink, musikalischer Hauslehrer	2	—
Gauthier und Kunze, französich-deutscher Secretär	—	24
Gymnastik, nach Walker. 2te Aufl. Mit vielen Holzschnitten	—	20
Heeringen, Franken. 2te Aufl. mit 30 Stahlstichen. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg gebunden	1	10
Herlossohn, das Riesengebirge. 3te Aufl. mit 30 Stahlstichen. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	10
Landwirthschaft für Frauen. 2te Aufl. cart.	1	10
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	20
Schwab, Schwaben. 2te Aufl. mit 30 Stahlstichen. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	10
Seidl, Tirol und Steyermark. 2te Aufl. mit 60 Stahlstichen. cart.	2	—
— Dasselbe. Eleg. gebunden.	2	10
Simrock, der Rhein. 2te Aufl. mit 60 Stahlstichen. cart.	2	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	2	10
Sporschil, Wanderungen d. d. sächs. Schweiz. 2te Aufl. m. 30 Stahlst. cart.	1	—
— — Dasselbe. Eleg. gebunden	1	10

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Verlag von **C. A. Haendel in Leipzig.**

[4643] Im unterzeichneten Verlag ist neu erschienen:

Das Buch der Lieder.

Eine Sammlung volksthümlicher Lieder und Gesänge für eine Singstimme, zum Theil (nach Belieben) auch mehrstimmig, und mit Begleitung sowohl des Pianoforte als auch der Guitarre bearbeitet und herausgegeben von **Th. Täglichsbeck.** I. und II. Bd. Geb. à 2 fl. 40 kr. od. 1 Thlr. 20 Sgr.

(Jeder Band ist ohne Preiserhöhung auch in 4 Heften à 40 kr. od. $12\frac{1}{2}$ Sgr. zu beziehen; die Sammlung wird fortgesetzt.)

Das „Buch der Lieder" macht sich zur Aufgabe, die volksthümlichen Lieder und Gesänge des deutschen Volkes jeder Gattung (die Kriegs-, Vaterlands- und Freiheitslieder, Gesellschafts- und Trinklieder u. s. w., insbesondere die Volkslieder im eigentlichen Sinn) mit einer möglichst einfachen und ausführbaren, sowohl Pianoforte- als auch Guitarrebegleitung versehen, zu verbreiten, und sowie das in gleichem Verlag erscheinende Gesang-Album Orpheon den kunstmäßigen, im Gegensatz zu demselben den volksthümlichen Gesang zu vertreten. Sowie die Begleitung für zwei Instrumente die Gemeinnützigkeit des „Buchs der Lieder" nur vermehrt, so wird es auch das Interesse vieler Gesangfreunde an demselben erhöhen daß meist eine zweite Stimme oder auch ein mehrstimmiger Chor mit kleinen Noten, um nach Belieben gesungen zu werden, beigefügt ist. Das „Buch der Lieder" ist in häuslichen und geselligen heitern Kreisen ein unentbehrlicher Begleiter der vielen Liederbücher, welche, mit bloßen Texten und ohne Melodien versehen, ihren Zweck nur in sehr beschränkter Weise erfüllen.

Karl Göpel in Stuttgart.

(4671) Bei mir ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Eine Römerfahrt.

von **Levin Schücking.**

Preis 1 Rthlr. 25 Sgr.

Wir erlauben uns dieß Werk des rühmlichst bekannten Schriftstellers, das sich beim ersten Erscheinen den ungetheiltesten Beifall erwarb, und bis auf einen kleinen noch übrigen Vorrath vergriffen wurde, der Aufmerksamkeit des Publicums dringend zu empfehlen. Dasselbe enthält eine so große Fülle geistreicher Schilderungen anziehender Erlebnisse und politischer Aufschlüsse (worunter wir nur der Enthüllung der Herkunft K. Hausers, und der hier zum erstenmale in Deutschland mitgetheilten vollständigen Lebensgeschichte Pius IX erwähnen), daß es nicht allein die interessanteste Reisebeschreibung von durchaus freier und origineller Auffassung, sondern auch ein unentbehrlicher Beitrag zur jüngsten Geschichte Italiens genannt werden darf.

Coblenz, im November 1849.

J. Hoelscher.

[4758] **Tübingen.** Im Laupp'schen Verlage ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Jahres-Bericht über die Fortschritte der Chemie, nach **Berzelius'** Tode fortgesetzt von L. Svanberg. **28r** Jahrg. **2s** Heft: Pflanzenchemie und Thierchemie. 24 Bogen gr. 8. brosch. 3 fl. 12 kr. oder 1 Rthlr. 25 Ngr.

[4802—4]
Die Rheinisch-Westphälische Zeitung,
Organ der conservativen Partei für Rheinland und Westphalen,

wird auch im folgenden Jahre fortfahren vom Standpunkte des bestehenden Rechts die Ereignisse des Tages zu beurtheilen, die Interessen der beiden westlichen Provinzen des Vaterlandes vorzugsweise zu vertreten, durch zuverlässige und vielseitige Correspondenzen aus den Hauptstädten Europa's ein auf eigene Anschauung der Schreiber begründetes Urtheil über die politischen, commerciellen und sittlichen Verhältnisse zu geben, durch Handelsberichte aus London, Amsterdam und Paris das kaufmännische Publikum zu interessiren; in kirchlichen, gewerblichen und landwirthschaftlichen Berichten das Neueste und Wichtigste zu liefern, durch Feuilleton zu unterhalten und durch ein wöchentlich beigegebenes Litteratur-Blatt von allen wichtigeren Erscheinungen des deutschen Buchhandels urtheilend zu berichten; empfiehlt bei ihrer immer zunehmenden Verbreitung ihr Anzeigblatt zu Inseraten, und ladet hiermit zum neuen, recht zeitigen Abonnement (à Viertelj. 1 Thlr. 12½ Sgr) ein.

[4727—28]
Kölnische Zeitung.

Bestellungen für das 1. Quartal 1850 wolle man baldigst bei der nächsten Post-Anstalt machen. Preis in ganz Preußen (einschließlich Porto): 1 Thlr. 22½ Sgr., im Auslande tritt eine verhältnißmäßige Erhöhung ein.

Die Kölnische Zeitung wird, mit Ausnahme von Sonntag Abends und Montag Morgens, täglich **zweimal** versandt. Dadurch, so wie namentlich durch häufige Benutzung der elektrischen Telegraphen und Einrichtung eines eigenen Depeschen-Dienstes auf der Pariser Route, ist die Redaction im Stande alle Nachrichten aus dem Osten und Westen (Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien) allenthalben in Deutschland aufs rascheste zu verbreiten, die letztern vielfach zuerst von allen deutschen Blättern. Das Abends erscheinende Hauptblatt, für welches alle bis 2 Uhr eingehenden Posten benutzt werden, bringt u. a. ausführliche Berichte aus Paris bis zum Morgen, und in der Regel die Schluß-Curse der dortigen Börse, sowie wichtigere Nachrichten bis zum Abend des vorherigen Tages. Für die Morgens erscheinende zweite Ausgabe werden alle bis 10 Uhr Abends eingehenden Posten benutzt; dieselbe gibt die Curs-Notirungen der Berliner Börse des vorherigen, sowie die der Wiener Börse des zweitletzten Tages.

Anzeigen aller Art erlangen durch die Kölnische Zeitung, als dem verbreitetsten deutschen Blatte, die größte Oeffentlichkeit nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch im Auslande, namentlich in Belgien, Holland, Frankreich und Großbritannien.

Köln, im December 1849.

M. DuMont-Schauberg.

[4616]
Ankündigung
der
Schweizerischen Bundeszeitung.
(Vierzehnter Jahrgang des Verfassungsfreundes.)

Im Namen liegt der Geist des Blattes. Der neue Schweizerbund ist seine Lebensquelle und die Grundlage seiner Ueberzeugung. Er rühmt sich daher keiner als der Gesinnungen des Schweizervolkes. Diese mit Wahrheit und Freiheit auszusprechen, das bildet seine Aufgabe. Wahrheit und Freiheit sind zwei Grundzüge des schweizerischen Charakters: sie sollen auch die Grundzüge der Bundeszeitung seyn. Ruhig und klar wird sie sich über das ganze Gebiet des öffentlichen Lebens verbreiten, den Irrthum und die Gemeinheit wo sie ihr zu Gesicht kommen verfolgen, im Kampfe nur redlich, nie gegen die Personen, sondern nur gegen die Meinungen kämpfen, und in der Politik sowohl das Gefühl als den Verstand ehren.

Die Verhandlungen der Bundesbehörden wird die Bundeszeitung aus den nächsten und lautersten Quellen schöpfen, auch ist für schnelle Mittheilung und ausgebreitete Correspondenz gesorgt.

Die Redaction wird durch Hrn. Bruhin aus der Urschweiz, bisherigen Redactor des „liberalen Alpenboten von Uri und Schwyz", besorgt.

Das Format des Blattes ist in Folio.

Der Abonnementspreis franco durch die ganze Schweiz beträgt halbjährlich **50** Batzen, vierteljährlich **27**½ Batzen.

Die Insertionsgebühr ist für die Petitzeile ein Batzen.

Man abonnirt bei allen Postämtern des In- und Auslandes, in Bern bei dem Verleger.

☞ Die Bundeszeitung erscheint mit dem 1 December täglich, und Probeblätter können durch alle Postämter bezogen werden. An neue Abonnenten, d. h. solche welche den Verfassungsfreund bis jetzt nicht gehalten haben, wird die Bundeszeitung von deren Eintritt ins Abonnement an bis zum 31 December **gratis** geliefert.

Bern, im November 1849.

Der Verleger und Eigenthümer
Chr. Fischer, Buchdrucker und Buchhändler.

[4590] Bei G. Reimer in Berlin ist erschienen:

Das Leben
des
Ministers Freiherrn vom Stein
von
G. H. Pertz.
Erster Band. Mit Portrait. Gebd. 3 Thlr.

[4708—10] **Sehr geeignetes Weihnachts- und Neujahrgeschenk.**

Durch jede Buchhandlung kann bezogen werden:

Album für Gesang.

(Mit Pianofortebegleitung.) **Mit Originalbeiträgen** von *Chelard, Lindpaintner, Lortzing, Kalliwoda, F. Lachner, Loewe, Mendelssohn Bartholdy, Meyerbeer, C. Kreutzer, Reissiger, Spohr, Spontini, Clara Schumann, Rob. Schumann etc.* Schönster Notenstich, 2 Bde. gr. 4. elegant gebunden in engl. Leinwand mit Goldschnitt. **Preis bisher 5½ Rthlr. Jetzt für 2 Rthlr.** (3 fl. 36 kr. rhn., 3 fl. C.-M.)

Jul. Müllers Sep. Conto in Leipzig.

(4710—2)
Große und kleine Güter
zu verkaufen und zu verpachten

in der österreichischen Monarchie, namentlich auch in Ungarn, wo, wie bekannt, dermalen ein gesicherter Rechtszustand vollkommen hergestellt ist. Zuschriften frei, an Wirthschaftsrath Emil André in Janstein pr. Iglau in Mähren.

[4762] In G. Schünemanns Verlags-Buchhandlung erschien soeben:

Zur Revision
des
Verfassungs-Entwurfs
vom 26 Mai 1849.
Ein Wort zur Verständigung
von **A. Duckwitz.**
1849. gr. 8. brosch. Preis 6 Sgr.

Früher erschien:

A. Duckwitz, Ueber die Gründung der deutschen Kriegs-Marine. gr. 8. 1849. brosch. 7½ Sgr.

Memorandum, die Zoll- und Handels-Verfassung Deutschlands betreffend. gr. 4. 1848. geh. 7½ Sgr.

(4301—5) **Werks-Verkauf in Oberösterreich.**

Ein großes Anwesen, bestehend aus einem Zerrennhammerwerk und Blechwalzwerk auf Eisen, Kupfer und Packfong, mit Kohlstätten, Holzschwemme, einem Fluder und Wohnungen für die Arbeiter, dann einem geräumigen Herrnhaus mit Nebengebäuden, Mahl- und Sägemühle, Knochenstampfe, einem kleinen Bäckerhaus mit radicirter Bäckergerechtigkeit, circa 19 Joch an zugehörigem und 7 Joch an lerigem Garten-, Wies- und Ackergrund, drittehalb Stunden von Steyr in Oberösterreich, am Ausgang des Gebirgs in der reizendsten Gegend, ist aus freier Hand zu verkaufen. Die Lage des Werks, welche in Bezug auf Absatz, Holzzubringung, ausreichende Wasserkraft, ja in jeder Hinsicht nicht günstiger gedacht werden kann, läßt jede Ausdehnung und Vergrößerung des Werksbetriebes zu. Auf frankirte Anfragen unter der Chiffre; A. Z. poste restante in Steyr — wird jede gewünschte nähere Auskunft ertheilt.

(1697) ☞ Ein mit besten Zeugnissen versehener lediger Mann, der die Landwirthschaft in allen Zweigen, praktisch und theoretisch studirte, und auch schon einige Jahre ein größeres Oekonomiegut allein verwaltet, wobei er noch zur Beförderung der Landwirthschaft jüngern Bauernsöhnen angemessenen Unterricht ertheilte, wünscht im In- oder Auslande bei einer andern ordentlichen Gutsherrschaft eine ähnliche Stelle. Frankirte Briefe mit Nr. 1697 befördert die Expedition der Allg. Ztg.

(3689—94 **Ein junger Chemiker,** — wo möglich Pharmaceut, welcher, theoretisch vollkommen gebildet, einen praktischen Curs zu seiner Ausbildung in einer chemisch-technischen Fabrik durch einige Jahre zu machen wünscht, kann gegen ein Honorar von 350 fl. im 20-Fuß (für Kost und Quartier) jährlich Aufnahme finden. — Frankirte Briefe mit Nr. 3689 befördert die Erp. der Allg. Ztg.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr. für das ganze Jahr 17 fl. [illegible] od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag Nr. 350. 16 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. München (die Kammer der Reichsräthe beschränkt das Amnestiegesetz); Darmstadt (die Wahlen und die Demokratie); Dresden (die Truppenaufstellung in Böhmen. Der angebliche Fluchtversuch auf dem Königstein); Bremen (der Gold- und der Silberfuß); Aachen (die politische Indifferenz); Berlin (die preußische Antwortsnote vom 22 Nov. Die erste Kammer über Religionsgesellschaften und Civilehe. Die Extreme); Königsberg (Preßprocesse. Jacoby's Freisprechung).

Großbritannien. Ueber den Waldeck'schen Proceß.

Frankreich. Tischreden des Seinepräfecten und des Präsidenten L. Bonaparte auf dem Stadthaus. Die Parteistellungen zu der Getränkesteuerfrage. Der Orleanismus und das Elysée.

Türkei. Englische Berichte bezeichnen die russisch-türkische Frage noch als unausgeglichen.

Neuestes. München. (Parlamentarische Pause. Bruch zwischen der Rechten und dem Centrum. Die Protestnote.) Stuttgart. (Erklärung der Landesversammlung für Festhaltung der Frankfurter Reichsverfassung. Möglichkeit einer Intervention). Schleswig-Holstein. (Wahrscheinliche Verlängerung des Waffenstillstands.) Triest. (Levantinische Post.) Berlin. (Die letzten Sitzungen des Verwaltungsraths.) London. (Das Cap. Amerikanische Post.) Paris. (Die Getränkesteuerdebatte begonnen).

Datum der Börsen: London, Paris 12; Frankfurt 11 Dec.

Deutschland.

Bayern. ∥ **München,** 14 Dec. Die Kammer der Reichsräthe beschäftigte sich heute mit dem Amnestiegesetz, und hat es nach einer längern Debatte wieder so umgestürzt daß es noch einmal an die Abgeordneten zurückgeht. Alle von diesen beschlossenen Modificationen wurden als solche abgelehnt, und nur eine derselben als Antrag genehmigt, obwohl Minister v. d. Pfordten erklärt hatte daß er jetzt den Weg der Modificationen für den zweckmäßigeren halte, denn er führe schneller zum Ziele. Die von den Abgeordneten geäußerten Wünsche — discretionäre Ausdehnung der Amnestie und Abschneidung disciplinärer Einschreitung gegen Studenten betreffend — wurde noch um 3¾ Uhr schnell, sozusagen mit dem Hute in der Hand, abgelehnt. Mit den Abgeordneten, welche noch vor Weihnachten mit dem begonnenen Gesetz fertig werden möchten, wird es nun einen lebhafteren Conflict als gewöhnlich geben.

Gr. Hessen. ⊙ **Darmstadt,** 12 Dec. Die Nachwahlen in verschiedenen Bezirken, veranlaßt durch locale Zersplitterung der conservativen Stimmen, sind jetzt gleichfalls vorüber; sie haben den Sieg der Demokratie vollendet. Ihr Triumph ist vollständig und entschieden. In Starkenburg hat sie zwei weitere Wahlbezirke erobert; in Oberhessen, derjenigen Provinz deren „Treue und Anhänglichkeit ans angestammte Fürstenhaus" stets vorzugsweise gepriesen ward, haben die Constitutionellen einen einzigen Wahlsieg aufzuweisen. Professor Hillebrand ist in Friedberg gewählt; Vogt hat im Stadtbezirk Gießen eine Mehrheit, welche die Stimmen der Landgemeinden vermuthlich nicht aufwiegen. Das Stimmenverhältniß im ganzen wird etwa das gleiche seyn wie in der württembergischen Kammer. Indessen ist zu bemerken daß die Mehrheiten auf beiden Seiten fast durchgängig sehr schwach waren, daß es also nur eines mäßigen Umschwungs bedarf um die Wage wieder ebenso nach der andern Seite zu neigen. Die Reactionspartei ergeht sich über die „rothe Kammer" in förmlicher Hoffnung und Freude; sie erwartet zwei Siege mit einem Schlag: den Fall des Ministeriums und die Veränderung des Wahlmodus. Die Demokratie, leichtsinnig wie immer, fühlt sich nicht minder nach zwei Seiten hin gesichert; entreißt man ihr jetzt die Früchte des Sieges, so hofft sie um so mehr von der Zukunft"; sie lebt ja allein von den Fehlern ihrer Gegner, und hat noch immer nicht ihr Auskommen, trotz der diesjährigen überreichlichen Ernte. Eine dritte Partei, die sich selbst zu den Constitutionellen rechnet, will Veränderung des Wahlmodus mit Beibehaltung des Ministeriums, d. h. das constitutionelle Ministerium Jaup soll einen Staatsstreich unternehmen, für welchen die deutsche Frage, d. h. das Schicksal des preußischen Bündnisses, die Handhabe und die Rechtfertigung bieten soll. Wohlfeiler Optimismus endlich, wie er so oft noch unsere Geschicke bestimmt, wiegt sich ein mit der Hoffnung die Kammer werde doch noch in sich gehen, und das Ministerium Jaup unterstützen. Es ist schwer abzusehen worauf diese Hoffnung sich gründen will. Denn vorausgesetzt daß gemäßigte Glieder der Linken mit der schwachen Fraction sich verbänden, die man gemeinhin als linkes Centrum bezeichnet; vorausgesetzt daß diese Fraction dann Lust hätte mit dem Ministerium zu unterhandeln: so würden doch bald die Punkte kommen wo keine Verständigung möglich ist. Zu diesen würde die deutsche Frage aller Voraussicht nach gehören. W. Schulz, der Abg. für Offenbach, und Vogt (zwei sehr verschiedene Instanzen des Radicalismus) bestimmen es gleichmäßig als nächste Aufgabe der Demokratie: „Die verderbliche preußische Octroyirung mit aller Kraft zu hindern, und an der Reichsverfassung, am Reichswahlgesetz fürs erste, unverbrüchlich festzuhalten." An dem Wahlgesetz muß alle Vereinigung scheitern. Beiläufig bemerkt, es hat sich ein großer Streit erhoben ob W. Schulz als hessischer oder als Schweizer Bürger zu betrachten, und mithin in die Kammer zuzulassen sey; uns scheint sein Eintritt nicht zweifelhaft. Vogts Eintritt dagegen dünkt uns rechtlich unmöglich, selbst wenn die entschlossenste demokratische Mehrheit zu entscheiden hat; er ist weder hessischer Staatsbürger, noch ist er es je gewesen. Die obigen Berechnungen lassen, wie uns vergleichsweise mit Recht, die erste Kammer und die Stellung die sie nehmen könnte aus dem Spiel. Wollte man wirklich Gewalt brauchen gegen die zweite, so wäre aufs dringendste zu wünschen daß alle wirklich Constitutionellen sich von dem Versuch fern hielten und durch keine Rücksicht sich bewegen ließen daran theilzunehmen. Constitutionell ist doch nur das einzige daß der Großherzog seine Minister aus der neuen Mehrheit wählte. Der Versuch wäre wohl nicht der gefährlichste der gemacht werden könnte, und sicher der härteste Prüfstein für die Demokratie. Ihre Sünden würden sich an ihr rächen; denn sie müßte aus eigenem Vorrath zehren. Was aber die ganze Lage ändert, das ist der Stand der deutschen Frage, und das Drängen nach dem Erfurter Reichstag. Man wird von Berlin aus, wie in Oldenburg und wie allenthalben wo die Kammern nicht willig sind, ein Ministerium verlangen das entschieden deutsch ist und „der deutschen Sache Opfer bringt!"

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 12 Dec. Während die gestrige Leipziger Zeitung von hier in einem halbofficiellen Artikel versicherte daß die Regierung des Interims nun ohne weiteren Anstand in das Leben treten werde — eine Nachricht welche man mit einer Audienz in Verbindung bringen hörte die vor einigen Tagen der General v. Gerlach bei Sr. Maj. dem König gehabt hat — druckt das Dresdener Journal einen Artikel des „Wanderer" ab, der die böhmische Nordarmee lediglich für einen sächsischen Demokratenputsch in Bereitschaft hält, und sehr bestimmt verneint daß dieselbe eine Demonstration gegen Erfurt bedeuten solle: denn Oesterreich habe weder Recht, noch Grund, noch Interesse gegen einen Bund im Bunde auf Grund des Art. 11 der Bundesacte zu protestiren. Daß unsere Demokratie jetzt nichts weniger als putschhafte Gedanken hegt, wird jeder wissen der sächsische Zustände nur einigermaßen kennt, und dieser Grund der böhmischen Truppenaufstellung hält also wenigstens für uns nicht Stich. Hin und wieder streichende Gerüchte von Marschbereitschaftsbefehlen an einzelne Truppenabtheilungen werden zwar auf jene militärischen Zusammenziehungen gegen unsere Südgränze bezogen, haben aber wohl nur ihren Grund in Dislocationen, welche durch die eingetretene Verstärkung unserer Armee bedingt werden. — Uebrigens hat es mich gefreut daß die Notiz welche ich Ihnen neulich über den Königsteiner Fluchtversuch gab, eine halbofficielle Aufklärung über den Sachverhalt veranlaßt hat; denn allerdings ward jenes Gerücht von dem eines Complotts unter der Festungsbesatzung begleitet, das ich unberührt ließ, weil begreiflicherweise die Radicalen es waren welche es mit stillem, schadenfrohem Händereiben

verbreiteten. Nun ist die ganze Sache als eine Finte eines desertirten Unterofficiers enthüllt.

Hansestädte. ** **Bremen,** Anfang Decembers. Sie haben in Ihrer Zeitung neuerdings mehr als einmal darauf hingewiesen daß das nächste brittische Parlament sich mit der Frage beschäftigen würde: ob wegen des aus Californien zu erwartenden Goldes der bisherige seit 1816 bestehende englische Goldstandard nicht mit dem Silberfuße zu vertauschen sey? Ich wage nicht dieselbe hier im voraus in irgendeiner Weise zu beantworten; allein, wie vor einem Jahre, möchte ich auch jetzt wieder unsere Regierung dringend darauf aufmerksam machen daß wir Bremer bei unserer freilich nur imaginären Goldwährung nicht nur ebenfalls denselben pecuniären Wirrnissen ausgesetzt sind welche durch ein bedeutenderes Sinken des Goldwerthes in Folge der amerikanischen Zusendungen für Großbritannien gefürchtet werden, sondern daß, wenn England zum Silbergelde übergehen sollte, wir unausbleiblich auch noch obendrein von der Ausströmung des dann auf dem Inselreiche überflüssigen edelsten Metalles zu leiden haben. Freilich läßt sich für den Augenblick nicht im entferntesten eine Conjectur machen, ob das gesammte Deutschland in den nächsten Jahren einen einigen Münzfuß besitzen, und welche Gestalt derselbe gewinnen wird; wir können deßwegen nicht wissen ob wir nicht, wenn wir jetzt die Kosten einer Umprägung bezahlen, bald gezwungen seyn würden eine abermalige Umprägung vorzunehmen. Allein das läßt sich doch mit Sicherheit annehmen daß in Deutschland die feine Mark Kölnisch stets die Grundlage der Gesammtwährung bleiben wird. Für uns ist daher allein die Frage zu beantworten, ob wir uns trotz einer zu riskirenden doppelten Umprägung doch nicht besser dabei stehen in Hinblick auf die drohende Gefahr uns in der nächsten Zeit dem preußischen Münzfuß vorläufig anzuschließen, als uns einer Entwerthung der Circulationsmittel auszusetzen, die allem Anschein nach andauern und die uns dann erst sehr fühlbar werden wird, wenn wir später von ihr aus zu einem gesammtdeutschen Silberfuß übergehen müssen!

Preußen. ♁ **Aachen,** 10 Dec. Ueber die politische Stimmung unsrer Stadt wie überhaupt der Rheinprovinz berichten wollen, ist eine eben so unerfreuliche als undankbare Aufgabe. Nirgendwo ist wohl die Zerfahrenheit der Meinungen und ein größerer Grad von Apathie und politischer Indifferenz anzutreffen als bei uns — eine Theilnahmlosigkeit die durch das Ausschreiben der Wahlen zum Volkshause in Erfurt kaum aufgerüttelt werden konnte. Seitdem „die rettenden Thaten" materiell Recht behalten, haben sich unsere Demokraten in ihr Zelt zurückgezogen und wirkten nur negativ. Die Minoritätswahlen waren ihr Werk, und sie freuen sich der Verlegenheit jener ehrlichen Constitutionellen deren gläubige Zuversicht auf den aufrichtigen Constitutionalismus des Cabinets Manteuffel ein so klägliches démenti in den Grundfragen der festzustellenden Verfassung erhalten. Nicht zu verkennen ist daß solchen Erfahrungen gegenüber die Wirksamkeit der Constitutionellgesinnten sehr gelähmt ist, denn die Frage ist eine zu natürliche: „Was ist von den deutschen Regenerationsplanen eines Cabinettes zu halten das die wesentlichsten Bedingungen der Repräsentativverfassung verläugnet und verkennt, und seine eigenen Octroyirungen als revolutionär zurücknimmt?!" Bei dem wahrscheinlichen Sichfernehalten der Demokratischgesinnten und der numerischen Schwäche der constitutionellen Partei werden büreaukratische Einflüsse und die kirchlichen Elemente sich den Rang streitig machen, aber da könnte es kommen daß die katholische Partei Männer nach Erfurt sendete die das großdeutsche Interesse vor allem wahren sollen, was die Organe der katholischen Partei klar genug durchblicken lassen. Wie gesagt, die politische Indifferenz ist eine so große daß das Ausschreiben der Reichstagswahlen mit der größten Gleichgültigkeit aufgenommen wurde. Man lächelt ob der Lebensfähigkeit des Embryo, und hält die österreichischen Proteste und Drohungen für überflüssig. Vor einigen Wochen, als der Reichstag noch nicht für Erfurt entschieden festgestellt war, gaben sich die Aachen angehörenden HH. Kühlwetter und Bloemer Mühe die Wahl auf Aachen zu lenken; dieß elektrisirte etwas die öffentliche Stimmung, die dadurch das städtische Interesse sehr berührt fand. Allein der Plan ist zu Wasser geworden, und witzige Köpfe meinen: die Anreger des Planes hätten dabei bloß den Zweck gehabt dem Prinzen von Preußen einen glänzenderen Empfang zu bereiten als ihm sonst vielleicht zu Theil werden mochte. Der uns zugedachte fürstliche Besuch unterblieb bekanntlich, da der Prinz eiligst nach Berlin beschieden wurde; wahrscheinlich wird er aber im Laufe der nächsten Woche die alte Kaiserstadt besuchen, deren Gemeinderath und Behörden es an officiellen Loyalitätsdemonstrationen nicht fehlen lassen werden. In materieller Beziehung läßt sich von hier aus nur das Günstigste berichten. Nie war die Thätigkeit unsrer Tuch- und Nadelfabriken in größerem Schwunge, und buchstäblich ist an guten Arbeitern Mangel. Seitdem die Aachener Wollfabrikate sich auf dem nordamerikanischen Markte einen guten Namen erworben und zum Theil belgische und französische Erzeugnisse überflügelt und verdrängt haben, arbeiten unsere größeren Fabriken fast ausschließlich für die Vereinigten Staaten. Die nordamerikanischen Aussichten für das Frühlingsgeschäft sind trefflich, und daher haben unsere Fabriken vollauf zu thun, so daß sie selbst eine Menge Bestellungen ablehnen müssen. Während unsere größern Fabrikanten die überseeischen Märkte aufsuchen, arbeiten die kleinern Fabriken mehr für den innern Bedarf, den sie kaum versehen können. Bei der Wohlfeilheit der Lebensmittel und der lohnenden Beschäftigung ist unser Fabrikarbeiter diesen Winter recht gut gestellt. Unsere Nadelfabriken können nicht genug produciren, und ihre Nadeln haben den englischen insbesondere in Südamerika und der Levante schon den Rang abgelaufen. Frankreich braucht in Massen unsere Nadeln, die großentheils hineingeschmuggelt werden. Würde Frankreich einen geringeren Schutzzoll auf Nadeln legen, so würde der Schatz sich besser dabei stehen, während der hohe Zoll nur eine Prämie für den Schmuggler bietet; eine Wahrheit die nicht genug von den Finanzmännern berücksichtigt wird.

Die von uns schon in allen Hauptzügen mitgetheilte Antwort Preußens auf die österreichische Depesche vom 12 November, oder den „vertraulichen Erlaß des Hrn. Frhrn. v. Schleinitz Excellenz an den k. Gesandten Hrn. Grafen v. Bernstorff zu Wien, d. d. Berlin, 21 Nov. 1849" lautet vollständig: Der k. k. Gesandte am hiesigen Hofe, Frhr. v. Prokesch-Osten, hat mir eine Depesche seiner Regierung vorgelesen, begleitet von dem Entwurf eines eventuellen Protestes gegen die Bildung des engern Bundesstaates wie gegen die Berufung eines Parlaments aus den dem Bündnisse vom 26 Mai beigetretenen deutschen Ländern. Der k. k. Ministerpräsident hegt nach dem Inhalt dieser Depesche noch Zweifel ob es die ernste und entschiedene Absicht der k. Regierung sey, schon jetzt mit den betreffenden Maßregeln vorzugehen. Wir haben indessen niemals aus dieser Absicht ein Hehl gemacht, und es wird dem k. k. Cabinet nicht entgehen können daß die Regierung Sr. Majestät des Königs sowohl dem eigenen Lande als ihren verbündeten Regierungen gegenüber sich durch feierliche Erklärungen in einer Weise gebunden hat welche ein Zurückweichen als einen Treubruch uns erscheinen lassen müßte, dessen keine Regierung sich schuldig machen kann. Auch hat die k. Regierung ihre eigene Ueberzeugung nicht geändert, daß der von ihr betretene Weg den dringenden Erfordernissen und Bedürfnissen der Gegenwart sowohl, wie der rechtlichen Lage der Verhältnisse entsprechend sey. Es wird daher auch den Hrn. Ministerpräsidenten nicht überraschen können daß der Verwaltungsrath in seiner 60sten Sitzung vom 17 d. M. den definitiven Beschluß auf Antrag des vorsitzenden k. Bevollmächtigten gefaßt hat daß die Wahlen für die zu Erfurt abzuhaltende Versammlung, deren Einberufungstermin weiterer Berathung noch vorbehalten bleibt, den 31 Januar k. J. stattfinden sollen. Angesichts dieser Lage der Dinge wird der k. k. Ministerpräsident sich die Bedeutung und den Ernst des von ihm in Aussicht gestellten Schrittes nicht verhehlen. Auch wir verkennen dieselbe nicht; um so mehr aber muß ich es für Pflicht erachten mich demselben gegenüber klar und deutlich auszusprechen, damit kein Zweifel über die Ansicht der k. Regierung von der gegenwärtigen Sachlage bleibe. Nur durch eine offene und ehrliche Sprache welche ohne Nebenrücksichten die Sache selbst ins Auge faßt, werden Mißverständnisse und Verwickelungen vermieden und eine Verständigung möglich erhalten werden. Die letztere wird erreicht werden, wenn das k. k. Cabinet sich nicht täuscht über das was Pflicht und Ehre sowohl wie die eigene Ueberzeugung von dem unabweislichen Gebot der Nothwendigkeit von uns fordern. Wenn Oesterreich dagegen Verwahrung einlegen will daß aus der Vereinbarung des Parlaments mit den verbündeten Regierungen irgendeine Verletzung der Pflichten gegen den deutschen Bund von 1815 erwachse, so können und wollen wir nichts dagegen einwenden. Wir gestehen Oesterreich die volle Berechtigung zu einer solchen Forderung zu, und werden unsererseits darauf erwiedern daß es unsere Aufgabe und Sorge sey die Verfassung des engeren Vereins zu ordnen, daß sie nirgends mit einer Reorganisation der Bundsverfassung in Widerspruch trete. Wir glauben auch daß durch eine solche Verwahrung Oesterreich seinem Bedürfnisse vollkommen genügen würde, und daß auch das Interesse der übrigen dem Bundesstaate nicht beitretenden deutschen Staaten keinen weitergehenden Anspruch begründen könne. Wenn Oesterreich dagegen — wie es jener Entwurf in Aussicht stellt — einen Protest gegen die Bildung eines engeren Vereins überhaupt und gegen die Zusammenberufung eines Parlaments aus den verbündeten Staaten einlegen wollte, so müßten wir diesen entschieden ablehnen, gestützt auf eine Berechtigung welche wir nicht aufgeben können. Wir haben diese Berechtigung zunächst aus dem

früheren Bundesrecht selbst abzuleiten, durch welches, selbst wenn es noch in seiner vollen Integrität als bestehend angenommen wird, wir zu der Bildung eines engeren Vereins vollkommen befugt sind. Nicht bloß der Artikel 11 der Bundesacte gewährleistet diese Befugniß zu jedem Bündniß das nicht gegen die Sicherheit des Bundes gerichtet ist; noch weit entschiedener zeigt der Artikel 6 der Wiener Schlußacte daß auch eine politische Vereinigung mehrerer deutschen Regierungen zu einem staatsrechtlichen Verbande weder der Bundesverfassung an sich zuwiderläuft, noch auch der Zustimmung aller Bundesglieder bedarf. Dieser Artikel stellt ausdrücklich fest daß selbst die Souveränetätsrechte eines Bundesgebietes zu Gunsten eines Mitverbündeten ohne jede Zustimmung der Gesammtheit abgetreten werden können; nur die darauf haftenden Rechte und Pflichten und namentlich das Stimmenverhältniß in der Bundesversammlung (Art. 16) können nicht ohne diese Zustimmung abgeändert werden. Das letztere ist ganz der Standpunkt den auch wir immer eingenommen haben. Unsere und unserer Verbündeten Rechte und Pflichten gegen den Bund bleiben ungeschmälert und unberührt durch die beabsichtigte Vereinigung; ebensowenig aber kann durch das Fortbestehen dieser Rechte und Pflichten die Vereinigung selbst gehindert werden. Wenn ein deutscher Staat, wenn Preußen selbst die Territorien der durch das Bündniß vom 26 Mai vereinigten Staaten durch Erbgang oder freie Cession erworben hätte, so würde hierdurch in keiner Weise das Bundesverhältniß berührt seyn und niemand das Recht des Einspruchs erlangt haben. Was von dem Mehreren gilt, muß unbezweifelt auch von dem Minderen gelten; und was daher für eine vollständige Incorporation mehrerer souveränen Territorien durch jenen Artikel feststeht, muß auch auf eine nur auf gewisse politische Rechte beschränkte Vereinigung der 28 Bundesglieder seine volle Anwendung finden. War diese Vereinigung schon nach dem früheren Bundesrecht vollkommen zulässig, so ist sie es noch in weit erhöhterem Maße, seitdem das Bundesrecht selbst einer durchgängigen Revision zur Ausscheidung des Ungültigen und angemessenen Ergänzung entgegengeht. Da die deutsche Bundesverfassung sich in einem solchen Stadium des Uebergangs befindet, wird auch das k. k. Cabinet nicht verkennen wie denn gerade die Einsetzung des Interims selbst dafür Zeugniß ablegt. Der k. k. Ministerpräsident hat in einer durch die Erklärungen des k. Bevollmächtigten im Verwaltungsrathe veranlaßten und von dem k. k. Gesandten mitgetheilten Depesche vom 12 d. M. Bedenken gegen die Ansichten des k. Cabinets ausgesprochen. Wir könnten einfach darauf erwidern daß es sich nur um die Bestimmung des Begriffs der Verfassung handle um die erwähnten Erklärungen zu rechtfertigen, und daß wir uns gegen eine Auffassung verwahren müßten nach welcher die Auflösung des Bundes selbst mit der Abänderung oder selbst Aufhebung der Verfassung und der Organe desselben in Verbindung gebracht wird. Es ist uns aber auch hier nur um das Wesen der Sache zu thun, wie man dieselbe auch nennen möge; und wir nehmen daher keinen Anstand deutlich zu erklären daß wir den Bund von 1815 nach seinem Zwecke, seinen Gliedern und deren gegenseitigen Rechten und Pflichten als fortbestehend betrachten, daß wir aber keineswegs das materielle Bundesrecht nach seinem integralen Inhalte als in durchgängiger Gültigkeit bestehend anzuerkennen vermögen. Die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 2 März bis 12 Jul. 1848 haben nicht bloß einzelne Theile der Bundesgesetzgebung außer Kraft gesetzt, sondern auch die Verfassung des Bundes in ihren wesentlichsten Bedingungen, in ihrem gesammten Organismus gestört. Die auf die Existenz und Thätigkeit einer Bundesversammlung gegründeten Bestimmungen der Bundesgesetzgebung sind hiedurch nothwendig außer Anwendung gesetzt worden. Ein anderer Quell von rechtlichen Abänderungen ist aus solchen Beschlüssen der Nationalversammlung hervorgegangen, welche rite gefaßt und von den deutschen Regierungen entweder stillschweigend oder ausdrücklich anerkannt worden sind. Den Consequenzen dieser Anerkennung können sich die letzteren nicht wieder entziehen, wenn sie nicht gerade dadurch die Stätigkeit und den Fortbestand des Bundes, auf welche wir dasselbe Gewicht wie die k. k. Regierung legen, in Frage stellen, und den ganzen gegenwärtigen Zustand als rechtlos bezeichnen wollen. Gerade also, wenn wir das Wesen des Bundes festhalten wollen, dürfen wir uns die Thatsache nicht abläugnen daß in seinem Organismus Veränderungen eingetreten sind, in deren Folge nicht mehr das ganze Bundesrecht als gültig bestehend und anwendbar erscheinen kann, und welche daher einer Ausgleichung bedürfen und eine Reorganisation möglich machen. Auch Oesterreich hat dieß Bedürfniß mehr als einmal anerkannt, und hat diesen thatsächlichen Zustand seiner eigenen Handlungsweise zu Grunde gelegt. Wir dürfen in dieser Beziehung der gegenwärtigen Auffassung des k. k. Cabinets gegenüber eine Thatsache nicht mit Stillschweigen übergehen welche es bisher noch nicht nothwendig erschien zwischen beiden Höfen zur Sprache zu bringen. Die der österreichischen Gesammtmonarchie am 4 März 1849 verliehene Verfassung enthält nirgends solche Bestimmungen oder Vorbehalte welche die Erfüllung der Pflichten sicherten die den österreichischen Bundesländern in ihrem Verhältnisse zu dem deutschen Bunde oblagen. Es kann mehr als zweifelhaft erscheinen ob die nach dem Geist und Zweck der Bundesrechte und insbesondere nach dem 10ten und 31sten Artikel der Wiener Schlußacte unmittelbar eintretende Wirksamkeit der Bundesbeschlüsse mit den constitutionellen Bedingungen der Gesammtmonarchie in Einklang zu bringen ist. Wir haben diese, gleich nach dem Erlaß jener Verfassung von vielen Seiten ausgesprochenen Bedenken unsererseits zur Sprache zu bringen unterlassen, weil wir in einem für Oesterreich so kritischen Augenblick die Schwierigkeiten einer befreundeten Regierung nicht vermehren wollten; wir haben uns auch bisher enthalten diese wichtige Frage irgendwie in Anregung zu bringen, nicht als ob wir — wie es von manchen Seiten geschehen ist — den Ernst und die Aufrichtigkeit der k. k. Regierung in Durchführung ihrer für die Verfassung gegebenen Verheißungen bezweifelt hätten, sondern weil wir von der Ueberzeugung ausgingen daß eine auf Grund der eingetretenen Veränderungen vorzunehmende Revision der Bundesgesetzgebung unabweislich sey, und daß hierbei sowohl dieses als andere Bedürfnisse ihre Erledigung finden würden. Denn daß jene Frage über das Doppelverhältniß der österreichischen Bundesländer zur neu constituirten Gesammtmonarchie und zum alten Bunde einmal zum Austrag gebracht werden müsse, wird das k. k. Cabinet sich von Anfang an nicht verhehlt haben; eben darum glauben wir mit Vertrauen abwarten zu dürfen daß dasselbe bei Gelegenheit der Revision der Bundesverfassung von selbst sich darüber aussprechen werde. Wir haben dieser naturgemäßen Initiative Oesterreichs zu einer Aeußerung über das Verhältniß seiner eigenen Bundesländer eben so wenig vorgreifen zu wollen, wie es auch jetzt nicht unsere Absicht ist durch das von uns mit andern Staaten abgeschlossene Bündniß der Reorganisation des älteren oder weiteren Bundes vorzugreifen. Eben darum haben wir uns auf den Vorbehalt der aus dem Bunde von 1815 erwachsenen Rechte und Pflichten beschränkt; und aus demselben Grunde konnten wir einen entsprechenden Vorbehalt oder Verwahrung Oesterreichs ohne Bedenken entgegennehmen, und müssen dadurch dem Recht wie dem Interesse Oesterreichs vollkommen genügt glauben. Sollte dennoch das k. k. Cabinet darin Bedenken finden daß die Verfassung des engeren Vereines der Neugestaltung des weiteren Bundes in irgend einem Punkte factisch präjudiciren könne, und hieraus die Nothwendigkeit eines Protestes gegen unser Vorgehen auf diesem Wege entnehmen: so machen wir darauf aufmerksam daß die k. k. Regierung durch nichts behindert ist gleichzeitig die Revision der Verfassung des deutschen Bundes von 1815 ihrerseits zum Gegenstande weiterer Verständigung zwischen den deutschen Regierungen zu machen. Die wenigen Andeutungen welche darüber bisher von Wien theils nach Frankfurt a. M., theils hieher gelangt sind, haben uns bis jetzt noch nicht in den Stand gesetzt die Ansichten zu beurtheilen, von welchen die k. k. Regierung hiebei auszugehen beabsichtigt. Wir würden einem vollständigen Entwurfe hiezu sicher das bereitwillige Interesse zuwenden welches die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert, und nichts könnte uns erwünschter seyn als gleichzeitig mit der inneren Verfassung des engeren Vereins auch seine Verhältnisse zum weitern Bunde auf eine Weise ordnen zu können welche allseitige Befriedigung gewährte, und die erfreuliche Gewißheit einer dem Bedürfnisse der ganzen Nation entsprechenden Einigung gäbe. Wir haben unsern Wunsch, daß das k. k. Cabinet mit seinen Ansichten und Vorschlägen nicht zurückhalten möge, öfter ausgesprochen, und wiederholen denselben jetzt in der festen Ueberzeugung daß es im höchsten Interesse sämmtlicher deutschen Regierungen liege mit positivem Handeln dem Bedürfniß der Nation entgegenzukommen.

∸ **Berlin**, 10 Dec. Die Neue Preußische will heute die Nachricht haben daß die Demokratie sich doch entschlossen habe zum Erfurter Reichstage mitzuwählen; nach den bis jetzt kundgewordenen Stimmen wäre dieß zu bezweifeln. Es hatten sich nur einzelne dafür ausgesprochen. Es wäre auch schwer abzusehen wie sie von einem so consequent durchgeführten System plötzlich abgehen sollten. Möglich freilich daß Waldecks Freisprechung und der Wunsch ihn in das Erfurter Parlament zu bringen ihre Ansicht hierorts geändert hätte. Die welche in jenem Act eine Lösung der Wirren, eine Anbahnung zur Versöhnung erblickt, sind, das steht wenigstens fest, getäuscht. Die Extreme beider Parteien wehren sich mit Händen und Füßen gegen den Gedanken einer Ausgleichung. Die Demokratie läßt Ströme Champagners fließen zu den Toasten an Waldecks

Festgelagen, und die silbernen Ehrenbecher und Kränze fliegen von allen Orten nach Berlin, wo demokratische Vereine Steuern aufzulegen die Macht haben. Sie wollen zeigen daß die Demokratie auch etwas kann. Das wäre alles in der Ordnung. Wie aber der Waldeck welcher vor den Geschwornen voll Honig, Mäßigung und constitutionellem Königthum, die Huldigungen hierorts aus den Händen der geständigen Republicaner entgegennehmen kann, die in ihren Blättern den Rhein roth färben wollen mit dem Blut der Aristokraten, wie er mit ihnen, Arm in Arm, von einem Festessen zum andern sich kann geleiten lassen, das ist nicht in der Ordnung, nnd macht viele wieder stutzig die über die Nachricht noch lächeln konnten daß die Schultern welche ihn im Triumph gezogen, sich am andern Morgen einen Thaler Trinkgeld per Mann von dem Befreiten abgeholt haben sollen. Die demokratischen Führer haben, von ihrem Standpunkt aus, ferner einen unverzeihlichen Fehler begangen daß sie Insulten gegen einzelne Geschworne zuließen. Ihr Wille war es gewiß nicht, wenn sie aber auf den moralischen Eindruck speculirten, mußten sie alles thun solchen Terrorismus zu vermeiden, und den moralischen Eindruck rein zu erhalten. Glauben mag ich daß die traurigen Gewaltscenen am Nachmittag und Abend durch wahren Uebereifer der in ihrem Chef gekränkten Diener der Polizei veranlaßt wurden; an Roheiten von der andern Seite, an Drohungen daß man illuminiren solle, fehlte es aber eben so wenig. Der reine Eindruck der Freisprechung, den viele unter andern Umständen getheilt hätten, ging verloren, und es blieb eine Parteidemonstration. Von der andern Seite ist aber ebenso, wo nicht noch mehr gefehlt. Der hohe Ton den die Kreuzzeitung gegen Vertheidiger, Richter, Staatsanwalt, Geschworne, Zeitungspresse annahm, ließ sich von ihrem Parteistandpunkt aus erklären. Den würdigen Präsidenten des Gerichts, einen Greis mit weißen Haaren, mag sie immerhin als der Begünstigung des Verbrechens beschuldigen, sie mag ihn um seinen Abschied einkommen lassen (was ihm nicht in den Sinn kommt), sie mag noch weiter gehen, und insinuiren daß man absichtlich diesen Richterpräsidenten bestellt, weil man gewußt daß er bald aus der Justiz scheiden werde. Sie mag auch aus vollem Athem beweisen daß Waldeck nichtsdestoweniger schuldig sey, daß Gerichte und Staatsanwälte unverzeihlich in Abfassung der Anklage und in der Instruction gehandelt, daß das ganze Gerichtswesen nichts tauge, daß nicht allein die Geschwornengerichte, sondern die Justiz selbst einer totalen Reform bedürfe um das christliche Königthum Preußen herzustellen, wo der König der höchste Richter ist, trotz dem Müller von Sanssouci. Alles das schadete nichts, so wenig als daß sie ihren Ohm nur zum Theil, ihren Goedsche fast gar nicht fallen lassen will. Sie ist Partei und kämpft den Kampf um Ehre und Leben. Wenn aber diese Ansicht auch außer der Zeitung und der Partei sich geltend macht, wenn man in höhern Kreisen par tout Waldeck für schuldig, und das Gericht dazu, betrachten möchte, so ist das ein tief schmerzliches Ereigniß. Wir meinen natürlich nicht das Ministerium, zumal nicht den Minister Manteuffel, von dem wir sehr gewünscht daß er seine ganze Kraft eingesetzt diesen Proceß zu hintertreiben, von dem wir aber schon früher überzeugt waren, und es in diesem Augenblick noch mehr sind, daß nicht er es ist welcher den Polizeipräsidenten in seinem Amt erhalten hat. Wir glauben daß er höhere Gründe hat aus diesem Punkte keine Frage über Bleiben und Nichtbleiben zu machen — und wäre es auch nur die deutsche Frage — aber bedauerlich ist und bleibt dieser Mißgriff, über den natürlich niemand mehr jubelt als die Demokratie. Dem Königthum gegenüber trifft sie noch in der Masse, auch in der schon verderbten, angefressenen, auf einen Respect den ihre Künste nicht ganz erweichen, gegen die Polizei ist er nicht da. Und es ist schlimm wo sich der Kunstsinn mit der Polizei identificirt, nach dem vorsündfluthlichen Grundsatz daß ein Fürst seine treuen Diener nicht fallen lassen müsse, selbst dann nicht wenn sie die Würde der Krone bloßgestellt. Ja wenn treue Absichten Königreiche erhielten! Noch aber fielen die meisten nicht durch Verrath, sondern durch Ungeschick und Verblendung. Ein Fehler, und auch viele stürzen noch nicht Reiche, sie werden aber gefährlich wenn man die begangenen zu Vollkommenheiten und Tugenden anlügen will. Waldeck, mit allen seinen Ovationen und Kränzen und Bechern ist nicht schädlich, aber mit Gewalt eine eigene vorgefaßte Meinung über ihn dem Publicum aufdrängen, das Ansehen der Gerichte (Preußens alter Stolz) durch Anschuldigungen falscher Tendenzen unterminiren wollen, heißt einen Schaden offen legen von dem man nicht weiß wie weit er frißt. Man glaubt sogar über die Zeitungen erzürnt seyn zu müssen daß sie über den Proceß in parteilichem Lichte berichtet hätten. Möglich daß eine oder die andere mit einer vorgefaßten Meinung die Sachen so zusammengefaßt hat wie der Berichterstatter sie angesehen. Wenn man aber auf die stenographischen Berichte der deutschen Reform zurückgeht, die als officiell gelten, wird man in den wesentlichen Zügen die Richtigkeit der Auszüge anerkennen. Auch über Waldecks Verhältniß zum geheimen Obertribunal wird von beiden Seiten gefabelt. Richtig mag seyn daß seine Collegen in der Meinung gestanden sie würden ihn in ihren Sitzungen nicht wieder sehen. Nachdem er sich aber nach seiner Freisprechung selbst gemeldet, ist ihm weder von seinen Collegen noch vom Präsidenten eine Schwierigkeit in den Weg gelegt worden. Nur als er in seiner Section erscheinen wollte, ward ihm bemerklich gemacht daß, nach dem Disciplinargesetz, ein in Untersuchung gewesener Beamter erst nach einer gewissen Frist, ich glaube nach zehn Tagen, wieder seine amtliche Thätigkeit antreten könne. Ihrerseits ruft die Neue Preuß. Zeitung: nichts von Vertrag und Uebergabe! Sie gefällt sich in ihrem Kriege gegen Justiz, Richter, Geschworene, Publicum, wie sie im Kriege gegen das Ministerium sich verfängt wohl zu befinden, und in ihrem Zuschauer unten fordert sie das Gericht heraus, allerlei Lappeleien aufdeckend, doch mit der Klage gegen Ohm hervorzutreten! Der Einsichtige weiß daß dieß nicht mehr bedeutet als den Harnisch klirren lassen, damit der Feind nicht Furcht vermuthe; aber die vielen welche in den Provinzen allein diese Zeitung lesen, und auch die große Masse denkt zu leicht: wenn sie so vielen Muth zeigen in einer schlechten Sache, müssen sie einen bedeutenden Hinterhalt haben. — Im Treubund ist dieser Hinterhalt nicht zu suchen. Derselbe scheint in sich selbst zerklüftet, und zwar spricht man von mehreren Fractionen. Presse und Publicum nehmen, bis auf seine Feste, so wenig Notiz von ihm daß man von dem innern Organismus wenig unterrichtet ist. Allein ein so monströser Bund, aus den verschiedenartigsten Elementen zusammengesetzt, ohne eigentliche Lebensthätigkeit, wenn es nicht die Opposition gegen die Demokratie ist, trägt von selbst den Keim des Untergangs in sich. Seinem Stifter, oder vielleicht nur nominellen Stifter, Graf Luckner aus Königsberg, dessen Austritt schon längst als bevorstehend und nothwendig angekündigt war, wirft man nun gar socialistische Tendenzen vor. Ein von ihm entworfener Plan, wonach sämmtliche Domänen an das Proletariat vertheilt werden sollten, habe einen Sturm des Unwillens hervorgerufen der seinen Austritt nothwendig gemacht. Der Baron v. Seld habe gerufen: jetzt erst athme er freie Luft! Außerdem hat sich Hr. de Merle separirt, von dem man auch sagt daß er einst „in Socialismus gemacht." Der Kreuzzeitung ist nachzusagen daß sie mit dem Bunde sich nicht zu identificiren bestrebt war. Ihre Doctrinen vertragen sich auch wenig mit der bunten Maskenlust, unter der die Pietät daselbst in Cohorten getheilt wird. Mit ungemeinem Eifer ist man heute Morgen in der ersten Kammer mit der Gemeindeordnung beinahe bis zu Ende gekommen. Da man ganz damit zu Ende will, ist noch eine zweite Nachtsitzung nach 7 Uhr angesetzt, die erste Nachtsitzung in dieser Kammersession; sie wird aber friedlich vorübergehen. Die Artikel, nach dem Commissionsantrage angenommen, verursachten kaum eine Debatte.

♀ **Berlin,** 12 Dec. In der ersten Kammer kam heute ein Antrag Stahls zur Berathung: daß nach Endigung der Verhandlungen über die Fassung einer Gesetzesvorlage nochmals ohne vorhergehende Discussion über die Frage abgestimmt werden müsse: ob das ganze Gesetz anzunehmen oder zu verwerfen sey. Der Antragsteller macht geltend, die einzelnen Theile könnten die Majorität haben und das Ganze nichtsdestoweniger keinem gefallen. Eher sey darauf zu verzichten: über die einzelnen Paragraphen als über das Gesetz im ganzen abzustimmen. Tamnau bemerkt: „Wenn zuerst eine solche Bestimmung vorgelegt worden wäre, so hätte ich mich nicht dagegen erklärt; jetzt sieht es aber gerade so aus als wollte man auf diesem Weg etwas erreichen was auf einem andern zu erreichen nicht gelungen ist!" (Lauter Beifall zur Linken.) Der Antrag wird zuerst mit 70 gegen 58 Stimmen verworfen; dann aber, nachdem ein Mitglied der Rechten namentliche Abstimmung beantragt, wird er mit 65 gegen 64 angenommen! (Heiterkeit zur Rechten, Lärm zur Linken.) Die Kammer geht hierauf zur zweiten Berathung der Artikel 11—23 der Verfassung mit Rücksicht auf die Beschlüsse der zweiten Kammer über. Auf den Antrag des Ausschusses und die Empfehlung des Cultusministers werden die Art. 11, 12 und 13 in der Fassung der zweiten Kammer angenommen und der erste Zusatz der ersten Kammer zu Art. 11 gestrichen. Dagegen wird der zweite Zusatz (Religionsgesellschaften welche keine Corporationsrechte haben, können dieselben nur durch besondere Gesetze erlangen!) gegen die zweite Kammer aufrecht erhalten und die transitorische Bestimmung derselben, daß der Staat die Ueberleitung der evangelischen Kirche zur selbständigen Verwaltung zu übernehmen habe, verworfen; beides in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß und dem Minister. Art. 16 (Civilehe) will der Ausschuß in der Fassung der ersten Kammer angenommen sehen. Der Minister empfiehlt den Beschluß der zweiten, der die Einführung der Civilehe einem besondern Gesetze anheimgibt. Er bemerkt daß die sofortige Einführung sehr bedenklich sey und die Geistlichen durch Entziehung der Stolgebühren auch eine große Einbuße erleiden würden. Stahl ergreift wieder mit großer Entschiedenheit das Wort gegen die Civilehe, und selbst der Berichterstatter des Ausschusses, Graf Itzenplitz, spricht gegen die Fassung der ersten

Kammer, was ihm vom Präsidenten eine Rüge zuzieht. Der Beschluß der zweiten Kammer wird mit 72 gegen 57 Stimmen angenommen. Heute Abend um 7 Uhr wird eine zweite Sitzung stattfinden.

Königsberg, 4 Dec. Heute stand unter großem Andrange des Publicums vor den Schranken des Schwurgerichts der ehemalige Kaufmann, jetzt Sprachlehrer Fr. Grünhagen, angeklagt der Majestätsbeleidigung. Derselbe hat zur Zeit des Dresdener Kampfes in einer Conditorei die Worte geäußert: „Das Haus Hohenzollern muß zertrümmert werden", und: „das Reich Friedrichs des Großen, dieses Genie's, wird durch seine elenden Nachfolger, von denen einer dümmer ist als der andere, in den Koth getreten." Ein Landwehr-Lieutenant, v. Radecke, hatte diese Redensarten dem Staatsanwalt denuncirt. Der Vertheidiger, ein junger Referendarius Meitzen, hielt eine glänzende Rede. Der Präsident des Schwurgerichts legte den Geschwornen zwei Fragen vor, die sich auf die Thatsache bezogen; diese wurden bejaht; die dritte jedoch: „ob durch diese Worte die Ehrfurcht gegen das jetzige Staatsoberhaupt verletzt sey", wurde mit 6 gegen 6 Stimmen verneint, somit der Angeklagte freigesprochen. (**Köln. Z.**)

Am 7 Dec. stand der Redacteur der „Dorfzeitung für Preußen," welche in den letzten 14 Tagen dreimal confiscirt ward, der Rechtscandidat R. Schweichel, vor den Schranken des Schwurgerichts. Derselbe war angeklagt, in einem Artikel in welchem die Feierlichkeiten des 15 October d. J. besprochen werden, wörtlich gesagt zu haben: „Der Glanzpunkt des Tages war jedenfalls die Musterung der Vandalen des 19ten Jahrhunderts, die Parade „„unsers herrlichen Kriegsheeres."" Der commandirende General, Graf v. Dohna, ist deßhalb für sich und die Garnison klagbar geworden. Die Geschwornen sprachen mit 7 gegen 5 Stimmen das „Schuldig" aus; der Gerichtshof trat diesem Ausspruch bei und verurtheilte den Angeklagten zu achttägigem Gefängniß.

In der Sitzung des Schwurgerichts am 8 Dec. wurde die Anklage gegen Dr. J. Jacoby verhandelt. Vorsitzender des Gerichtshofs war Director Fischer; die Geschwornen gehörten, wie es in verschiedenen Blättern heißt, fast ausschließlich dem Preußenverein an; Vertheidiger Jacoby's war der Rechtsanwalt Marenski, der Oberstaatsanwalt v. Batocki fungirte selbst bei den Verhandlungen. Die Verhandlungen boten wenig Interesse, da Jacoby die ihm zur Last gelegte Theilnahme an den Verhandlungen des Stuttgarter Parlaments willig einräumte, daher eine Beweisaufnahme durchaus nicht erfordert ward, und die Reden zur Anklage und Vertheidigung sich hauptsächlich darum drehten ob Jacoby durch jene Theilnahme einen Hochverrath begangen habe oder nicht. Die Anklageacte, deren Verlesung 1½ Stunden erforderte, stellte den Antrag: „Den Angeklagten des Verbrechens des Hochverraths gegen den deutschen Bund sowohl als gegen den preußischen Staat, durch seine Theilnahme an den Berathungen der 106 in Stuttgart versammelt gewesenen Personen, insbesondere an den in der Sitzung am 6 Jun. d. J. gefaßten Beschlüssen und an der Ausführung derselben schuldig zu erkennen." Nachdem Jacoby und sein Vertheidiger gegen diesen Antrag gesprochen hatten, fügte der Oberstaatsanwalt demselben eventuell noch den auf die Strafe der Anreizung zum Hochverrath hinzu. Der Vertheidiger widersetzte sich dem, weil die Untersuchung darauf hin gar nicht geführt sey, und die Defension daher darauf auch keine Rücksicht genommen habe. Der Gerichtshof entschied in diesem Zwischenfall zu Gunsten des Angeschuldigten, und die Geschwornen sprachen dann nach einstündiger Berathung (wie es heißt mit 8 gegen 4 Stimmen) das „Nichtschuldig" über Jacoby aus. Der Jubel hierüber war groß und machte sich vielfach auf den Gassen in Lebehochs u. s. w. der dichten Volkshaufen Luft.

Großbritannien.

Die englische Presse legt dem Waldeck'schen Proceß eine große Wichtigkeit bei. „Wir brauchen", urtheilt der Examiner, „diesen Vorgang bloß mit den Rechtsverhandlungen zu vergleichen die vor einigen Jahren in Berlin stattfanden, und mit den Gaukelprocessen die noch unlängst in gewissen andern deutschen Gebieten vorgekommen sind, um anzuerkennen welchen großen Fortschritt das constitutionelle Preußen über das absolutistisch-monarchliche Preußen, und welchen noch bedeutenderen Vorschritt es im Vergleich mit andern Ländern gemacht hat..." Der Spectator, welcher den Juden Ohm mit Titus Oates, dem bekannten öffentlichen Angeber zur Zeit Karls II, vergleicht, sagt: „Der Einfluß dieses Processes auf die preußische Politik mag ein sehr wohlthätiger werden. Die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens hat den Angeklagten gerettet, der unter dem alten heimlichen Gerichtswesen leicht ein Opfer des Verraths geworden wäre. Die öffentliche Justiz ist also eine Bürgschaft der Sicherheit für diejenigen welche politische Fragen mit Freimuth, aber zugleich mit Gehorsam gegen das ausdrückliche Gesetz behandeln."

Frankreich.

Das Bankett auf dem Stadthaus wurde von der Stadt Paris gegeben. Der ehemalige Thronsaal war zu dem Ende prächtig geschmückt in einen Speisesaal verwandelt, nachher wurde die neue Festgalerie eröffnet und drei Orchester spielten beim Ball. Der von dem Seinepräfecten, Hrn. Berger, ausgebrachte Trinkspruch lautet also: „Auf den Hrn. Präsidenten der Republik, den Erwählten des 10 December! Im vorigen Jahr hatte Frankreich an diesem Tag einen jener Entschlüsse zu fassen die einen so großen Einfluß auf die Geschicke eines Volks ausüben und zugleich — die furchtbare Prüfung der Freiheit sind. Frankreich, frei und Herr seiner selbst, sammelte sich. In seinen 40,000 Gemeinden erhoben sich unzählige Gruppen von Bürgern, und ein Name geschrieben in derselben Stunde von 6 Millionen Wählern, einstimmig ohne ihr Wissen, wurde dann aufgenommen mit einem unermeßlichen Jubel. Bald nachher gab das ganze Land eine neue Weihe diesem großen Act, indem es die Assemblée ernannte, deren Würdeträger hier den ersten Magistrat der Republik umgeben. Dieser Einklang der beiden großen Gewalten, gegründet auf die Ehrfurcht vor der Verfassung, ist es was allein im Stande ist die Ruhe zu erhalten welche die Stadt Paris genießt und ihr ihre Wohlfahrt zurückzugeben. Organ des Municipalkörpers, schätze ich mich glücklich diese doppelte Repräsentation der Nationalsouveränetät zu begrüßen, die ebenso die Liebe zum öffentlichen Wohl beseelt als der energische Wille der Ordnung und Freiheit Geltung zu verschaffen. Frankreich, Hr. Präsident, hat Ihnen sein ungemessenes Vertrauen geschenkt, Sie haben mit einer gränzenlosen Hingebung geantwortet. Glauben Sie, diese große Nation ist weder vergeßlich noch undankbar. Sie hat sich am 10 Dec. eines Namens erinnert der ihr Ruhm war und damals ihre Hoffnung wurde, sie wird gedenken Ihrer Anstrengungen um diese Erwartung zu rechtfertigen und das Heil des Landes zu sichern." Hierauf ließ sich Hr. L. Bonaparte also vernehmen: „Meine Herren! Ich danke dem Municipalkörper für seine Einladung nach dem Stadthaus, und zugleich für die heutige Vertheilung zahlreicher Unterstützungen an die Bedürftigen. Das Unglück erleichtern ist in meinen Augen die beste Art den 10 Dec. zu feiern. Ich will hier nicht wiederholen was wir seit einem Jahr gethan. Aber das einzige worauf ich stolz bin, das ist — Dank den Männern die mich umgeben haben und noch umgeben — die Gesetzlichkeit unangetastet, die Ruhe ohne Collision bewahrt zu haben. Das beginnende Jahr, ich hoffe es, wird noch fruchtbarer an glücklichen Resultaten seyn, zumal wenn, wie der Hr. Seinepräfect so eben gesagt hat, alle großen Gewalten innig verbunden bleiben. Ich nenne große Gewalten die Erwählten vom Volk, die Assemblée und den Präsidenten. Ja, ich habe Glauben an ihre fruchtbare Einigkeit, wir werden gehen statt unbeweglich zu bleiben. Denn was selbst dem niedrigsten Sterblichen eine unwiderstehliche Kraft gibt, das ist daß er vor sich einen großen Zweck zu erreichen und hinter sich eine große Sache zu vertheidigen hat. Für uns ist es die Sache der ganzen Civilisation. Es ist die Sache dieser reinsten und heiligen Freiheit die täglich mehr und mehr bedroht wird durch die Excesse die sie entweihen. Es ist die Sache der arbeitenden Classen deren Wohlseyn unaufhörlich gefährdet wird durch diese unsinnigen Theorien, die, indem sie die rohesten Leidenschaften und die rechtmäßigsten Besorgnisse erwecken, selbst den Gedanken an Verbesserungen verhaßt machen würden. Es ist die Sache der Repräsentativregierung welche ihren heilsamen Zauber verliert durch die Bitterkeit der Sprache und die Zögerungen in der Annahme der nützlichsten Maßregeln. Es ist die Sache der Größe und Unabhängigkeit Frankreichs, denn wenn die Ideen die wir bekämpfen triumphiren könnten, so würden sie unsere Finanzen, unser Heerwesen, unsern Credit, unsere Präponderanz zerstören, indem sie uns nöthigten ganz Europa den Krieg zu erklären. Daher hat es nie eine gerechtere, patriotischere, geheiligtere Sache gegeben als die unsrige. Was den Zweck betrifft den wir zu erreichen haben, so ist er ebenso edel als diese Sache. Es ist nicht die winzige Copie irgendeiner Vergangenheit die es sich handelt nachzumachen, sondern es handelt sich alle Männer von Herz und Einsicht einzuladen etwas größeres als eine Charte, etwas dauernderes als eine Dynastie, die ewigen Principien der Religion und Moral, und zugleich die neuen Regeln einer gesunden Politik zu befestigen. Die so verständige Stadt Paris, die sich der revolutionären Aufregungen nur erinnern will um sie zu beschwören, wird einen Gang begreifen der, dem durch die Verfassung vorgezeichneten schmalen Pfad folgend, dem Auge den Blick auf einen weitern Horizont der Hoffnung und Sicherheit öffnet. Man hat oft gesagt wenn man Ehre spreche habe es ein Echo in Frankreich. Hoffen wir daß wenn man Vernunft spricht, man einen gleichen Nachhall finde in den Geistern wie in den Herzen von Menschen die vor allem ihrem Land ergeben sind. Ich schlage den Trinkspruch vor: auf die Stadt Paris und den Municipalkörper." Die Ansprache wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und man hat nun wieder eine Kriegser-

klärung gegen den Socialismus und eine Betheuerung der Verfassungstreue. Wer könnte an dem Republicanismus des Präsidenten Bonaparte noch zweifeln?

☍ **Paris,** 10 Dec. Alle Berichte aus den Provinzen stimmen darin überein daß die Wiedereinführung der Getränkesteuer sehr böses Blut macht. Es wird diese Maßregel um so schlimmer aufgenommen als sie von der Zurücknahme der Einkommensteuer begleitet ist. Hätte man diese letztere beibehalten, so konnte das Volk eher an die Nothwendigkeit die erstere fortbestehen zu lassen glauben; es war möglich ihm begreiflich zu machen daß die Bedürfnisse des Schatzes es nicht erlauben die von ihm verlangte Erleichterung augenblicklich zu gewähren, die Winzer und durstigen Leute mußten sich also noch ein wenig gedulden und, wer weiß, in einem Jahre wäre die Sache vergessen gewesen. Aber da man mit Wiedereinführung der Getränkesteuer zugleich auf die Besteuerung des Einkommens verzichtet, so sagt das Volk: nun, wenn der Staat kein Geld hat, warum zahlen denn die Reichen nicht? Das ist nicht sehr vernünftig gesprochen, aber von dem souveränen Volk darf man keine Vernunft erwarten. Was ihr ihm von den Schwierigkeiten welche die Durchführung der Einkommensteuer haben würde vormacht, versteht es nicht, und hält es für blauen Dunst; wenn aber der Socialist kommt und spricht: die Reichen haben das Einkommen und wollen nicht zahlen, deßwegen ward die Einkommensteuer zurückgenommen, so geht das dem Mann der nicht viel hat, und daher alles Schlechte von dem glaubt der viel hat, auf der Stelle ein. Daß diese Angelegenheit bei den nächsten Wahlen von großem Belang seyn werde, verkennt auch die Rechte nicht, und es soll namentlich unter den legitimistischen Deputirten, die von jeher auf die Meinung der Provinzen besonderes Gewicht legten und außerdem zum großen Theil aus den von dieser Frage sehr aufgeregten Departements des Südens her sind, ein Oppositionsplan gegen den Vorschlag des Hrn. Achilleus Fould im Werk seyn. Man nennt, unter anderen, die HH. Larcy und Laroche-Jacquelein unter denen welche der Maßregel besonders feindlich seyen. Bis nächsten Dienstag lassen sich freilich noch manche Einwände widerlegen, manche Bedenken beseitigen; aber was dem legitimistischen Widerstand Zähigkeit und Halt geben mag, das ist, außer den Gründen die aus der Sache und dem Verhältnisse der Legitimisten zu ihren Committenten entspringen, der Umstand daß der Präsident der Republik persönlich auf die Wiedereinführung der Getränkesteuer, schon zu Passy's Zeiten, gedrungen haben soll. Ich kann nicht sagen was den Präsidenten für dieses Verfahren stimmte, doch daß sein Wunsch für einen Theil der Legitimisten ein Beweggrund ist das Gegentheil zu wünschen und zu thun, kann wohl kaum bezweifelt werden. Im Herzen sind die Orleanisten nicht mehr als die Legitimisten ihm gewogen, aber da sie warten können, und da eine Verlängerung der Gewalten des Präsidenten für sie ein Mittel ist die Legitimisten in der Ferne zu halten, so stützen sie ihn vorläufig, fest darauf rechnend daß er sich doch am Ende und mit sich selbst die Republik abnützen werde. Wer sich einbildet daß diese Partei ihre Ansprüche aufgegeben habe, der irrt; unter dem Scheine der vollkommensten Selbstverläugnung birgt sich bei ihr das unverschmerzte Gefühl daß ihr das Schicksal Unrecht gethan und die unauslöschliche Begierde es zu zwingen daß es wieder gut mache was es verschuldet.

☍ **Paris,** 11 Dec. Das Wetterglas des Elysée schwankt rasch und regellos von friedlichem Sonnenschein zu Wind und Regen, und von Sturmesanflug zu schönem blauem Himmel herüber und hinüber. Von gestern läßt sich nicht auf heute, von heute nicht auf morgen schließen. Vor zwei Tagen hieß es, das Ministerium habe sich mit dem Präsidenten wegen des Entwurfs, den er über die Reserve des Heeres ausgearbeitet, nicht verständigen können, und sey auf dem Punkt auseinanderzugehen; ein rein napoleonisches Ministerium, ein Ministerium Laity Persigny, ward beigefügt, sey uns zugedacht. Sogar in die Unterredungszimmer des Palasts Bourbon fand dieses Gerücht Eingang, und legitimistische Deputirte hielten es zwar nicht für begründet, doch für ernst genug um sich dessen Unwahrscheinlichkeit umständlich zu beweisen. Die Berichte von gestern Abend lauten ganz anders: nicht bloß mit seinem Ministerium steht der Präsident in gutem Vernehmen, auch die Spaltung die zwischen ihm und der conservativen Mehrheit des Parlaments einzureißen begonnen hatte, soll wieder bestens verstopft und verkittet, der Toast auf die Einheit der Gewalten nicht der Anlaß zum Friedensschluß, sondern eine feierliche Bestätigung desselben gewesen seyn. Genau besehen ist es kein Friede, sondern nur Waffenstillstand. Die Oberfläche ist glatt und ruhig, man lächelt sich gegenseitig huldvoll an, aber in der Tiefe brütet, murrt und lauert unvertilgbare Zwietracht. In einem Moment der Unvorsichtigkeit haben sie beide die Herzensthüre halb offen gelassen, sich so einander auf den Grund und beide nicht viel schmeichelhaftes geschaut. Dem Präsidenten ist es klar geworden daß die conservative Mehrheit keinen sonderlichen Respect vor ihm hat, ihn nur als Schild gegen den Drachen Socialismus und die Hydra Demokratie gebrauchen will und dann auf eine gute Manier in die Rumpelkammer des Staates unter das alte Eisen zu werfen gesonnen ist, sowie einmal diese Unthiere zu Boden sind, oder sobald sie nur glaubt daß sie fürder unschädlich seyen. Die conservative Mehrheit stieß ihrerseits ebenfalls auf Anzeichen welche die von ihren Führern gleich von vornherein gehegte Ueberzeugung befestigten, daß es dem Präsidenten durchaus nicht anstehe bloß das zu seyn wozu ihn die Verfassung mache, der verantwortliche Handlanger einer nicht verantwortlichen allmächtigen Versammlung und nach Ablauf seiner drei und halb Jahre Dienstzeit wieder ein gemeiner Souverän wie die anderen fünfunddreißig Millionen Franzosen zu werden, daß er daher gegen die conservative Mehrheit nur, bloß um sie in Masse oder einzeln ins Netz zu ziehen, so gut nachbarlich sich stelle. Wie das nun immer deutlicher wurde, setzte es natürlich böse Gesichter ab, und es fielen Worte die sich wie Grobheiten deuten ließen. Das Publikum das jeden Floh für einen Scorpion nimmt, phantasirte sogleich von einer unverzüglichen Auflösung der Majorität: die einen würden auf Tod und Leben mit dem Präsidenten gehen, die anderen, die Legitimisten zumal, sich in offenen Bruch mit ihm einlassen. So weit ist es aber noch nicht; solange man nicht über alle Hauptsachen uneins ist, wird man sich nicht ohne ein Wort der Hoffnung auf Wiedersehen trennen. Ueber eine Hauptsache ist man aber eins — dieß ward bei dem Essen der beiden Präsidenten zwar nicht ausdrücklich, aber doch sehr verständlich kundgethan — man trank nicht auf das Wohl der Republik.

Italien.

⌐ **Rom,** 7 Dec. So viel man von den Verrichtungen des Generals Baraguay d'Hilliers in Portici aus guten Quellen erfahren kann, wird er zurückkehren ohne vom Papste das geringste erhalten zu haben. Es soll ihm auf sein Andringen der Papst möge nach Rom zurückkehren, von Sr. Heiligkeit selbst und von dem Staatssecretär Antonelli unumwunden erklärt worden seyn daß die Veränderlichkeit und der Mangel an Sicherheit der Politik wie der Regierungsform in Frankreich dem heiligen Vater nicht erlaube sich in seine Hauptstadt, unter einen Schutz zu begeben der bald in eine Gefahr für seine Freiheit und Sicherheit ausarten könnte. Die letzte Veränderung im französischen Ministerium nach einem für dieses so siegreichen Votum in der römischen Frage, die Zurückberufung des französischen Gesandten Hrn. v. Corcelles, in welchen Se. Heiligkeit alles Vertrauen gesetzt hatte, wären Symptome die ihn durchaus von dem Gedanken und dem Vorhaben abbringen müßten nach Rom zurückzukehren, solange das französische Heer es besetzt hatte. Eine bessere Antwort hat der diplomatische Feldherr bis vor drei Tagen nicht erhalten können, trotz aller Bemühungen und Vorstellungen. Er ward heute in Rom zurückerwartet, es scheint aber er wird seinen Aufenthalt in Portici um mehrere Tage verlängern, wahrscheinlich um auf seinen von dort nach Paris abgegangenen Bericht eine Antwort abzuwarten. Indessen gehen in Rom wie gewöhnlich die wunderlichsten Gerüchte über den Empfang der ihm am päpstlichen Hofe zu Theil geworden. Während die einen ausstreuen der General sey von Sr. Heiligkeit nicht allein noch nicht empfangen worden, Pius wolle ihn gar nicht als Gesandten anerkennen, erzählen die andern alle Umstände seiner Audienz. Der Papst hätte sich beim Eintritt des Generals von seinem Sitze erhoben, sey auf ihn zugeeilt als wie um ihn zu umarmen. Der General sey mit einer tiefen, aber sehr kalten Verbeugung zurückgetreten, und so der Gunstbezeugung ausgewichen, um zu zeigen — so fügen die Erzähler hinzu — daß dießmal Thatsachen, nicht Complimente erforderlich wären. Wahrscheinlich ist keine der beiden Versionen wahr; man sieht aber was von den Parteien, die solche abenteuerliche Gerüchte ausstreuen, gewünscht wird. Beide wünschen einen Bruch, die einen aber daß er mit der Demüthigung des Papstes, die andern mit der des französischen Repräsentanten verbunden sey.

Venedig, 4 Dec. Ich habe Gelegenheit gehabt mich auf einer Reise durch die Provinzen der **Terra ferma** Venedigs zu überzeugen daß die Stimmung des Volkes keineswegs befriedigend genannt werden könne. In Venedig ist, wie in Verona, in allerjüngster Zeit der Belagerungszustand dahin verschärft worden daß alle Gast- und Kaffeehäuser, mit Ausnahme jener ersten Ranges, um 10 Uhr Abends geschlossen seyn müssen. Auch wird eine sehr scharfe Censur an diesen beiden Orten geführt, und besonders ist die Tageslitteratur fast ganz mit dem Interdict belegt. Der provisorische Censor Menini ist Compilatore (Redacteur) der Venetianer Zeitung! — Venedigs Gebäude haben durch das Bombardement bedeutend gelitten. Der **Fondaco de' Turchi** ist ganz und **Palazzo Tron** theilweise zerstört. Die Kirche **degli Scalzi** erhielt eine Kugel ins Gesimse. 17 Kugeln trafen den durch seine herrlichen Gemälde berühmten **Palazzo Barbarigo**, ohne jedoch dieselben zu beschädigen. Die **Accademia delle belle arti** ward von 24 Kugeln heimgesucht, die einen werthvollen Bonifazio (die Anbetung der heiligen drei Könige) stark verletzten. Tizians **Assunta**, durch förmliche Barricaden verwahrt, ward glücklich erhalten. In der **Scuola di S. Rocco** ging

ein Gemälde Tintoretto's zu Grunde. Der größte Schaden den die Kunst durch die Kriegsereignisse zu erleiden hatte, ist unstreitig der Verlust des weltberühmten Bildes von Paolo Veronese „Die Hochzeit von Canaan“ im Kloster auf dem Monte Berico bei Vicenza. Dasselbe ward durch Bajonnetstiche und Säbelhiebe in 27 bis 28 Stücke zerfetzt, und die Reste befinden sich in der Stadtbibliothek in Vicenza, dessen berühmtes Teatro Olimpico von ein paar Congreve-Raketen im Plafond durchlöchert wurde, jedoch keinen weiteren Schaden erlitt.

Türkei.

ð Konstantinopel, 1 Dec. Die englische Flotte hat sich, wie Ihnen schon bekannt seyn wird, wieder außerhalb der Dardanellen zurückgezogen. Hr. v. Titoff hatte dieß zur Bedingung gemacht um seine Verbindungen mit der Pforte wieder anzuknüpfen. Was die von Rußland verlangte Ausweisung jener russischen Unterthanen betrifft die sich schon längere Zeit hier aufhielten, so hat die Pforte kluger Weise erwiedert diese Individuen seyen mit französischen, englischen Pässen rc. hieher gekommen, und die Pforte habe sie folglich als englische, französische rc. Unterthanen betrachten und behandeln müssen. Rußland möge sich an die jene Individuen schützenden Mächte wenden; sobald man der Pforte die fraglichen Personen als russische Unterthanen nachweise, werde die Pforte sie ausweisen. So nähert sich, wie Sie sehen, diese Differenz immer mehr der völligen Ausgleichung. Im Interesse Deutschlands heiße ich diese Lösung sehr willkommen. Was bewog indeß Rußland zur Nachgiebigkeit? Warum benützte es nicht diese Gelegenheit um endlich auf das Ziel loszugehen das es doch stets im Auge hat? Warum führte der Czar sein thatenlustiges Heer nicht nach Stambul? Fürchtete er etwa aufgehalten zu werden von den auf dem Wege liegenden türkischen Festungen? Ihre Wälle und Mauern sind verfallen, ihre Geschütze in unbrauchbarem Zustand und ihre Besatzungen ganz unzureichend. Oder fürchtete er Widerstand von den Festungswerken Stambuls selbst, von deren eifriger Ausbesserung manche Correspondenzen berichtet haben? Ich weiß wirklich nicht ob hier nur eine Hand sich gerührt hat um die Lücken dieser morschen alten Stadtmauern auszubessern die das einzige „Festungswerk“ von Konstantinopel sind, oder den mit Schutt, Kehricht und den Ueberresten dort verwester Thiere angefüllten Graben zu reinigen, das aber glaub ich daß die russische Armee zur Erstürmung dieser Mauern — auf die schon die Griechen beim Sturm Mohammeds II Kanonen aufzupflanzen fürchteten weil die Erschütterung den alten Bau einstürzen konnte — wahrscheinlich nicht so viele Tage gebraucht haben würde als die Schaaren Oudinots Wochen brauchten zur Einnahme Roms. Wenn aber nicht Wälle und Mauern, ist es vielleicht die türkische Armee welche die Russen aufgehalten hätte? Von den großen Rüstungen der Pforte war gleichfalls seither öfters die Rede. Zu Rüstungen gehört aber bekanntlich vor allem Geld. Nun hat zwar die Pforte wohl Ueberfluß an Kaimés, einem mit 6 Proc. verzinslichen Papier, dessen Zinsen in der Regel abermals in Papier ausgezahlt werden; mit diesen Kaimés kauft man aber weder Gewehre noch Pferde rc., wenigstens nicht vom Ausland. Und doch wäre z. B. die Anschaffung einer bedeutenden Anzahl guter Cavalleriepferde eines der ersten Bedürfnisse gewesen. Diese müßten aber größtentheils vom Ausland bezogen werden, denn hier liegt die Pferdezucht gänzlich darnieder wie alle Viehzucht überhaupt. Ein deutscher Thierarzt, der vor einigen Jahren einen großen Theil des Reichs bereiste, versicherte daß in der ganzen Türkei wohl nicht 10,000 ganz taugliche Cavalleriepferde zu finden seyen. Theils deßhalb, theils auch ihrer ganzen übrigen schlechten Organisation wegen ist daher die türkische Cavallerie nach dem Urtheil aller Sachverständigen im erbärmlichsten Zustand. Auch die türkische Infanterie kann mit der der übrigen Länder Europa's keinen Vergleich aushalten. Die einzige Waffengattung, deren Leistungen den heutigen Anforderungen entsprechen, ist die seit etwa 12 Jahren von deutschen (preußischen) Officieren ganz neu organisirte und fortwährend eingeübte Artillerie. Was könnte aber dieß Corps allein leisten ohne die gehörige Unterstützung von Infanterie und Cavallerie? Dazu kommt noch ein Hauptmangel, der Mangel an tüchtigen Officieren. Und in einem solchen Zustand sollte die türkische Armee es mit einem gutgeschulten, kriegsgewohnten und thatendurstigen Heer aufnehmen können wie es jetzt das russische ist? Sie müßte unterliegen selbst wenn sie dem Gegner an Zahl weit überlegen wäre. Aber auch nicht einmal durch die Masse imponirende Streitkräfte konnte die Pforte den Russen gegenüber stellen. Das Armeecorps Omer Pascha's ist gegen 35,000 Mann stark. In Rumelien stehen andere 30,000 Mann an verschiedenen Punkten detaschirt. Zog Omer Pascha diese an sich, so hatte er gegen 65,000 Mann. Hier liegen auch 40—45,000 Mann. Alles in allem brächte man also ein Heer von etwa 110,000 Mann zusammen. Die übrigen Armeecorps stehen zu weit von hier entfernt, ihre Beiziehung erforderte lange Zeit, man konnte daher nicht auf sie rechnen. Wie nun wenn 150,000 Mann Russen nach Byzanz aufgebrochen wären? Nichts hätte sie aufgehalten. Da lag nun freilich an den Dardanellen die englische und französische Flotte, bereit der Pforte Hülfe zu leisten. Worin bestand aber diese Hülfe? Die vereinigte englisch-französische oder — wenn etwa Frankreich der Pforte nicht treu blieb — die englische Flotte allein, mit der türkischen vereinigt, konnte ins schwarze Meer segeln, Odessa und andere russische Häfen blokiren, beschießen, sagen wir selbst den russischen Kriegshafen Sebastopol bezwingen und dort die russische Flotte vernichten. Zog Rußland jedoch die Sache etwas hinaus, so schützte schon der Winter seine Häfen und Städte vor diesen feindlichen Angriffen. Indeß gesetzt auch eine fortdauernd günstige Witterung hätte die Operationen der englischen Flotte im schwarzen Meer nicht gehemmt, konnten diese Angriffe etwa den Marsch des russischen Heeres auf Konstantinopel aufhalten? Mit nichten. Rußland konnte durch Beschießung, Verbrennung seiner Städte, Vernichtung seiner Schiffe bedeutende Verluste erleiden, aber nicht gehemmt werden in der Besitznahme Konstantinopels. Und was bedeutete ein solcher Verlust, wie groß er auch seyn mochte, gegen den Gewinn des Bosporus und der Dardanellen? Auch mußte die englische Flotte jedenfalls wieder auf baldigen Rückzug bedacht seyn. Denn besetzten die Russen Konstantinopel und die Dardanellen, so war die englische Flotte, wenn sie noch nicht den Hellespont hinter sich hatte, in einer Mausfalle und zum größten Theil wenigstens unrettbar verloren. Auf den ersten Anblick schien es allerdings als hätten die lauten und energischen englischen Proteste Rußland eingeschüchtert, und ich lasse dahin gestellt inwieweit England auf andern Punkten etwa im Stande gewesen wäre seine Drohungen gegen Rußland zu verwirklichen. Hier wenigstens aber, das unterliegt keinem Zweifel, brauchte Rußland die englischen Drohungen nicht zu fürchten; England war in keinem Fall im Stand die Einnahme Konstantinopels durch die Russen zu hindern. Und konnte dieß etwa Frankreich? Mit seinen Schiffen sicherlich ebensowenig. Nur ein bedeutendes französisches Heer nach Stambul übergeschifft, konnte Konstantinopel retten. Ertrugen dieß aber die französischen Finanzen? Schwerlich. Hätte aber wirklich auch Frankreich zu solcher Hülfeleistung sich entschlossen, so standen die Russen doch viel näher, und Konstantinopel war in ihrem Besitz ehe die französische Hülfe kam. Und wer war denn sonst noch da, der sich den Eroberungsgelüsten Rußlands etwa in den Weg stellen konnte? Konnte es Oesterreich, das Rußland durch die eben erst geleistete Hülfe zu Dank verpflichtete? Oder unser deutsches Reich, trotz altem und neuem Bund so zerstückt und geknickt daß es nicht einmal dem Dänen wehrt? Nein, keine der europäischen Mächte hätte wahrscheinlich im jetzigen Augenblick Rußland hindern können sich zum Herrn von Konstantinopel zu machen. Und dieser Eroberung kamen noch dazu — ein Umstand von äußerster Wichtigkeit — die Sympathien der großen Mehrzahl der Bevölkerung von Rumelien entgegen, die größtentheils aus Christen der anatolischen Kirche besteht, schon längst in russischem Sinn bearbeitet ist und die einziehenden Russen als ihre Befreier begrüßt haben würde. Bei alledem führt der Czar doch seine Russen nicht nach Stambul, sondern gibt nach und macht Frieden mit dem Sultan. Wer begreift das? Sollte die russische Politik wirklich, wie man schon sagte, nichts mehr vom Bosporus träumen, sondern diesen Besitz sogar scheuen, weil er den Schwerpunkt des Reichs von Norden nach Süden verrücken könnte? Mit seiner kolossalen Macht, nach Vergrößerung und Weltherrschaft dürstend, um den Gewinn eines armen Berglandes sogar die blutigsten jahrelangen Kämpfe führend, sollte dieß Rußland dennoch wünschen lieber in einem Winkel des schwarzen Meers eingeschlossen zu bleiben, als in den Besitz eines Punktes zu kommen der ihm die Schlüssel zum schwarzen wie zum Mittelmeer und damit die Herrschaft über beide in die Hand gäbe? Glaube das wer will. Auch auf eine günstigere Gelegenheit konnte man schwerlich warten wollen. Eine so günstige Gelegenheit wie jetzt wird für Rußland wohl sobald nicht wiederkehren. Das wahrscheinlichste ist daß man in St. Petersburg überzeugt war daß der Divan in keinem Fall es zum äußersten, zum Krieg mit Rußland würde kommen lassen, sondern eher am Ende doch sich fügen und die Flüchtlinge ausliefern würde. Geschah dieß, so hatte Rußland vergebens der öffentlichen Meinung von ganz Europa den Handschuh hingeworfen und sein eigentliches Ziel — Konstantinopel — doch nicht erreicht. Die Klugheit mußte also rathen lieber die Erfüllung heißer Wünsche noch zu vertagen und — der Welt einen neuen Beweis großer Mäßigung zu geben. Nur Gründe solcher Art können, wie mir scheint, den neuesten Entschließungen dieses feinsten aller Cabinette zu Grunde liegen. Und wäre ich Russe, so würde ich allerdings auch nur derartige Rücksichten gelten lassen, ohne einen solchen Grund aber die Verpassung dieser Gelegenheit als ein Unglück, als einen großen politischen Fehler beklagen.

Neuestes.

|| **München,** 15 Dec. Beide Kammern entschädigten sich heute für die Anstrengungen dieser Woche durch kurze und unbedeutende Sitzungen. Die Reichsräthe bestätigten Protokoll und Beschluß von gestern, die Abgeordneten thaten dasselbe. Hier drohte jedoch einen Augenblick ein Sturm gegen die gestrige Art des Schlusses der Debatte heraufzuziehen. Ruland, Döllinger rc. erhoben Reklamationen daß ihnen und andern gestern das Wort, selbst um gegen den Schluß zu reden, verweigert worden sey. Präsident Weis und mehrere Abgeordnete widersprachen diesen Angaben, und ein uninteressanter Vortrag des Beschwerdeausschusses gab den Gemüthern die Ruhe scheinbar wieder — ich sage scheinbar, denn die gestrige Abstimmung scheint doch endlich die Trennung unnatürlicher Coalitionen zum Entscheid gebracht zu haben, indem sie einen kaum heilbaren Riß, eine unausfüllbare Kluft aufdeckte zwischen dem was Rechte und Centrum heißt.

*† **München,** 15 Dec. Vor einigen Tagen ist an die kön. preußische Regierung von hier eine Note ergangen, worin das königl. bayerische Ministerium, soviel ich vernehmen konnte, die Ueberzeugung ausspricht daß die Beschlüsse des Berliner Verwaltungsraths hinsichtlich der Berufung eines Reichstags dem deutschen Bundesrecht nicht gemäß seyen, weßhalb sich Bayern verpflichtet sehe den in der österreichischen Protestnote enthaltenen Verwahrungen sich anzuschließen. Ich hoffe vielleicht später im Stand zu seyn den Inhalt der Note Ihnen näher zu bezeichnen.

* **Stuttgart,** 14 Dec. Die Landesversammlung hat heute in der Adreßdebatte mit 30 gegen 23 Stimmen den Satz angenommen: daß die Regierung an der in Frankfurt beschlossenen deutschen Reichsverfassung festhalten und keiner andern Regelung der deutschen Frage sich anschließen solle. Die Versammlung verlangt also von der Regierung etwas unmögliches! Dadurch wird der eingetretene Riß vollendet. Welche neue Wahlen aber werden wir erhalten bei der durch die gestrigen und vorgestrigen Debatten neu aufgeregten Stimmung des Landes? Minister v. Schlayer deutete heute auf die Möglichkeit hin daß fremde Truppen einrückten; 60,000 Mann ständen bereit. Indeß glaubt niemand an den Ausbruch von Unruhen.

⁝ **Berlin,** 13 Dec. Der Verwaltungsrath hat sich in seinen letzten Sitzungen vom 7 und 11 Dec. mit den vertraulichen Besprechungen über die Veränderungsvorschläge zum Entwurf vom 28 Mai beschäftigt. Die Propositionen Preußens sowohl als auch diejenigen welche die einzelnen andern Regierungen machen, werden eben als solche registrirt, ohne damit den ursprünglichen Entwurf schon jetzt modificiren zu wollen. Diese Modification wünscht man vielmehr, wenn sie eintreten soll, erst während der Unterhandlungen mit dem Volkshause vorgenommen zu sehen. Zur Leitung derselben wird der Verwaltungsrath besondere Commissäre ernennen, welche die verbündeten Regierungen als Gesammtheit vertreten werden. Wahrscheinlich wird er selbst sich auch nach Erfurt übersiedeln um dem Entwicklungsgange nahe zu seyn. Das preußische Cabinet hat vor einigen Tagen demselben eine Uebersicht der Beitrittserklärungen zum Interim zukommen lassen, was die Folge hatte daß die anwesenden Bevollmächtigten der damit noch zurückgebliebenen Staaten Namens ihrer Regierungen die Accession einstweilen schon ankündigten. So Altenburg und Hamburg.

Schleswig-Holstein. Die Hamb. Börsen-Halle schreibt: „Aus guter Quelle wird uns mitgetheilt daß von den contrahirenden Mächten, Preußen und Dänemark, der Punkt der Kündigung des Waffenstillstandes dahin ausgelegt wird daß der Waffenstillstand erst nach Ablauf der sechs Monate, auf welche er geschlossen worden ist, also nach dem 17 Januar gekündigt werden kann und dann noch sechs Wochen zu laufen hat." Und diese Angabe dürfte genauer seyn als die von andern Blättern mitgetheilte daß der Waffenstillstand bis zum März verlängert sey.

Die Wiener Post ist, ohne Zweifel in Folge der wegen des Thauwetters bodenlos gewordenen Wege, ausgeblieben.

* **Triest,** 11 Dec. Wieder ist ein Dampfschiff aus der Levante auf unserer Rede eingelaufen, und wieder erhalten wir keine entscheidende Nachricht über die magyarische Flüchtlingsfrage. Vor längerer Zeit, am 25 Nov. nämlich, war die Antwort auf die zweite russische Note von Stambul abgegangen — das ist alles was wir erfahren. Engländer und Franzosen lungern auf den levantinischen Meeren herum, ungefähr so wie sie es vor kurzem noch zwischen Triest und Venedig machten. Unsere sonstigen Berichte aus den morgenländischen Städten lauten betrübend. Ueberall und überall gab es in letzter Zeit Stürme und Schiffbrüche. Briefe aus Syra deuten darauf hin daß das in Rom und an andern Punkten Italiens am 1 und 3 verspürte Erdbeben sich auch dahin fortgepflanzt hatte. Samos ist ruhig und die türkische Flotte wartet auf Befehle zur Rückkehr. Wir selbst haben außer einem täglich wachsenden Silberagio wenig neues zu berichten. Gestern waren die Zwanziger noch mit $11\frac{1}{5}$ und $11\frac{1}{4}$ Proc notirt, heute gehen sie mit $11\frac{1}{2}$ und 12 Procent.

⁝ Wir erhielten heute Londoner Zeitungen v. 11 u. 12 December, welche jedoch sehr wenig von allgemeinerem Interesse melden. Ein neues Gerücht läßt den Colonialminister Lord Grey vom Cabinet ausscheiden, und den Kriegsminister Fox Maule an dessen Stelle treten, welchem eine andere Sage die Generalstatthalterschaft von Indien in Aussicht stellt. Eine Post vom Cap d. d. 20 Oct. beschwichtigt einigermaßen die gehegten Besorgnisse. Die Aufregung dauerte fort, hat aber noch nicht die Gestalt einer eigentlichen Empörung angenommen. In Liverpool ist eine New-Yorker Post vom 28 Nov. eingelaufen. Der Staatsschatz der Vereinigten Staaten hat ein Deficit von 15 bis 20 Millionen Dollars, welches durch eine neue Anleihe oder durch eine Revision des Tarifs gedeckt werden soll. Das canadische Gouvernement hatte eine kleine Truppenabtheilung gegen die unruhigen Indianer am Obern See detachirt, welche bekanntlich darüber klagen daß ihnen die Verwaltung ohne Ersatz Ländereien weggenommen.

Paris, 12 Dec. Der parlamentarische Kampf über die Getränkesteuer wurde durch eine Rede, gleichsam Vorrede, des Finanzministers A. Fould eröffnet. Seine Argumentation war daß 30 Millionen der Bevölkerung des Landes bei der Frage völlig uninteressirt seyen, bei der Abschaffung der Steuer nichts zu gewinnen haben, nicht mehr und nicht weniger noch wohlfeilern Wein trinken würden, da sie nicht der Eingangs-, sondern nur der Circulationssteuer (1 Cent. vom Litre) unterworfen seyen, daß von ihnen mehr als die Hälfte nicht einmal diese Detailauflage bezahle, weil für das Landvolk in vielen Gegenden, der Picardie, Normandie rc. der Wein ein Luxusartikel sey, und sie Obstmost oder Bier trinken. Ein Mitglied der Bergpartei, Hr. A. Thouret, antwortete mit einer Rede die wenigstens das Verdienst hatte die trockene Verhandlung durch Sarkasmen zu erheitern, worauf wieder ein Conservativer, Hr. Depasse, folgte. So weit gestern. Heute wurde die Verhandlung von den HH. Bradie, Charencey fortgesetzt. Der Moniteur enthält eine Fortsetzung der Ordenspromotionen vom 10 Dec., die, da sie nach dem neuern Gesetz individuell motivirt seyn müssen, stark in die Spalten fallen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 12 Dec. Consols $97\frac{5}{8}$; Bank Stock 203. Span. 3proc. 35.

Paris, 12 Dec. 3proc. 56.40; 5proc. 91.65; Bankactien 2430; belg. 5proc. $96\frac{1}{2}$; Anl. von 1842 97; $4\frac{1}{2}$proc. $88\frac{1}{8}$; röm. 82; span. pass. $4\frac{1}{8}$; 3proc. $38\frac{7}{8}$; innere Sch. $30\frac{1}{2}$; piem. 5proc. 84.75; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 815; Vers. rechte U.-B 207.50; linke 167.50; Paris-Orleans 762.50; Rouen 552.50; Straßburg 362.50; Nordbahn 461.25; Rouen-Havre 241.25; Mars.-Avignon 220; Straßb.-Basel 105; Orl.-Vierzon 335; Bordeaux 406.25; Tours-Nantes 280; Mont.-Treves 115.

Frankfurt a. M., 14 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $85\frac{5}{8}$; Bankactien 1285; Ludw. Canal 48; Ludwigsh.-Berbach $85\frac{5}{8}$; bad. 35fl. Loose $31\frac{5}{8}$; Taunusbahn 299; Disconto $2\frac{1}{4}$ Proc.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Montag Nr. 351. 17 December 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. München (Nachträge aus der Judenemancipationsverhandlung. Graf v. Rechberg. Hr. v. Roſenberg); Stuttgart (in der Adreßdebatte der Antrag auf vollſtändige Amneſtie und darauf der ganze Entwurf der Majorität angenommen. Die Auflöſung der Verſammlung erwartet); Hamburg (Beitritt der Bürgerſchaft zum Interim); Lübeck (die Wahl zum Erfurter Volkshaus); Koburg (neue Ständewahlen angeordnet); Berlin (Abreiſe des geſammten Perſonals der Bundescommiſſion. Ankunft des Hrn. v. Bechlin); Oldenburg (Erklärung Mosle's über die Stellung von Hannover); Wien (der Lloyd über Erfurt. Der Vertrag zwiſchen Staat und Bank. Verminderung des Heers. O. Hübner. Erkrankung des Erzherzogs Ferdinand d'Eſte. Die Specker'ſche Maſchinenfabrik. Steigen des Silberagio. Urtheile gegen die Grafen Raday und Karolyi); Brünn (Erzherzog Ferdinand); Salzburg (die Telegraphenleitung. Erzherzog Ludwig).

Großbritannien. Beſtattung der Königin-Wittwe. Lord Carnarvon †. Sir M. J. Brunel †. Die Protectioniſten. Ueber Frankreich. Amerikaniſche Expedition zur Aufſuchung Sir J. Franklins.

Frankreich. Ein Geſetz über die Elementarlehrer vorgelegt. Die Weinſteuer. Graf Duchâtel. Die Legionspromotion. Ein Organ des „chriſtlichen Socialismus." Guizot als politiſches Orakel. Algier (Bericht über die Einnahme von Zaatſcha).

Oſtindien. Lord Dalhouſie. Die Unruhen in Gumſur. Ein neuer Landerwerb für die Compagnie. Das Pendſchab.

Datum der Börſen: London, Paris, Amſterdam 13; Wien 14; Frankfurt 15 Dec.

Deutſchland.

Bayern. — **München,** 13 Dec. (Einundvierzigſte Sitzung.) Mit conſequenter Theilnahme an der zu verhandelnden Frage erfüllt auch am viertenTage ihrer Discuſſion das Publicum die Galerien. Seine Aufmerkſamkeit erhöht ſich um ſo mehr als der Hr. Präſident Graf Hegnenberg aus den Einläufen ein Schreiben des hieſigen Oberrabbiners Hrn. Aub verlieſt, welches ſich berichtigend vorzüglich gegen die Allioli'ſchen Auslegungen der Lehren des Talmud und des Verhältniſſes dieſes Buches zum Dogma der Iſraeliten richtet. Abg. v. Hermann findet zwar die Mittheilung dieſer Eingabe geſchäftsordnungswidrig und beruft ſich mit ſeiner Entgegnung auf die Frage des Präſidenten, wo denn dieß verboten ſey, auf Art. 5 der Geſchäftsordnung. Die Abgg. v. Lerchenfeld und Thinnes vertheidigen dagegen das Verfahren des Präſidiums; Abg. Laſſaulx aber beſchuldigt den Präſidenten eines ganz andern Verfahrens gegen eine Eingabe des Piusvereins in einer Weiſe, daß Abg. v. Lerchenfeld unter lautem Beiſtimmungsruf der Verſammlung für ſolche Beleidigung der Kammer eine Ahndung beanſprucht. Da indeſſen der Präſident erklärt ſich nicht beleidigt zu fühlen und die Kammer erſucht ſich bei dieſer Verſicherung zu befriedigen, endet der beginnende Sturm in den Entgegnungen des Abg. Allioli gegen dieErläuterungen des Hrn. Oberrabbiners in einer hebräiſchen Exegeſe des Talmud. Um ſo erſchreckender wirkt es aber nach dieſem Aufenthalt der Discuſſion zu vernehmen daß bereits wieder zwölf Redner für und wider den Geſetzentwurf eingeſchrieben ſind, deren Reihe Abg. Döllinger beginnt. In einer gerade zweiſtündigen Auseinanderſetzung erklärt ſich derſelbe für die Amendements Breitenbach und Hirſchberger. (Hr. v. Breitenbach hat im Beginn der Sitzung den erſten Abſatz ſeines Amendements mit dem Hirſchbergers vereint, die übrigen Abſätze dagegen als Untermodificationen anderer Anträge einzubringen ſich vorbehalten.) Wir erfahren im Eingang daß der Redner und Hr. v. Allioli die erſten katholiſchen Geiſtlichen Bayerns waren welche ſich für eine Judenemancipation ausgeſprochen hätten. Aber nicht des wohlfeilen Ruhmes der Humanität und eines Rechnungtragens an die Zeitforderungen wegen ſpreche er jetzt dafür, ſondern deßhalb weil er dieſelbe für eine Nothwendigkeit erachte. Wiewohl der Bundestag den Juden Emancipationsverheißungen gemacht, ſey doch auch in dieſer Angelegenheit wie in anderen von ihm nichts geſchehen. Dieß müſſe man nachholen, wenn auch die Juden nichts gethan es zu verdienen, denn nicht wie die engliſchen Katholiken hätten ſie 20 Jahre lang aufs tapferſte gekämpft, um endlich doch nur eine beſchränkte Emancipation zu erringen. Nein ſie wollten vollſtändig emancipirt ſeyn und das Miniſterium gewähre durch den Geſetzentwurf ihren Wunſch. Stimme man aber dieſem bei, ſo gebe man der Miniſterialpolitik, er ſehe ganz ab von den Perſonen, ein unbedingtes Vertrauensvotum. Die jetzige Oppoſition folge nun dem Grundſatz: ſteh auf damit ich niederſitze. Der Fall ſey gar nicht unmöglich daß ſie ans Staatsruder komme; geſchähe dieß, ſo werde ſie auch dann ihre jetzigen Günſtlinge bevorzugen. Dieſer Gefahr halber ſtimme er gegen den Geſetzentwurf, denn er möge es nicht verantworten der Nachwelt die Hände gebunden zu haben, falls die Juden ſich der Emancipation nicht würdig erweiſen. Die civilrechtlichen Ausnahmsgeſetze wolle er übrigens aufgehoben wiſſen, die Juden ſollten in Gemeinde-, Richter- und ſelbſt Lehrerämter bis zur Univerſität hinauf gelangen können, obgleich damit der chriſtliche Staat bedroht ſey. Nach einigen Nebenbemerkungen fährt dann der Redner fort, wie es mit dem chriſtlichen Staat gehen ſolle, wiſſe er überhaupt nicht, da die chriſtliche Indifferenz ſo groß ſey; allein deſſen reiner Begriff ſey ſchon längſt nicht mehr vorhanden, und die Vorherrſchaft des Chriſtenthums im Staat wünſchten die Juden ſelbſt. In Betreff der durch die Emancipation zu hoffenden Amalgamation erörtert der Redner weitläufig daß davon in Belgien, Holland, Frankreich nichts zu verſpüren ſey, vielmehr die Abſonderung fortdauere. In Ungarn, wo die Juden ſehr begünſtigt ſeyen, hätten ſie ſich ungeheuer vermehrt; und zwar durch Einwanderungen welche von dem Adel und den Comitaten begünſtigt wurden, weil die Juden ihnen aus financiellen Privatgründen von Nutzen geſchienen hätten. Wie geſagt, auf eine Aſſimilation durch Emancipation ſey gar nicht zu hoffen, dieſe ſey nur durch Zerſtörung ihres religiöſen Syſtems möglich. Aber bei deſſen Eintreten ſeyen wir noch viel ſchlimmer daran, denn dann entſtehe ein jüdiſches Proletariat der ſchlimmſten Art ohne allen Glauben, ohne alle Religion. Nachdem der Redner ſich in Schilderungen des Beginnens dieſes ungläubigen Proletariats ergangen, gelangt er allmählich zur Frage der Anſäſſigmachung und rügt auf der einen Seite die Sepp'ſche Darſtellungsweiſe, während er auf der andern Hrn. Arnheim mit Hochachtungsverſicherungen überhäuft, um daran eine Exegeſe talmudiſtiſcher Lehren zu knüpfen, deren ſchließliches Ergebniß iſt daß der Jude gar nicht daſſelbe moraliſche Bewußtſeyn habe wie der Chriſt, da er alle Geſetze nur als Pönalgeſetze anſehe, ungefähr wie das Publicum und die Schmuggler die Mauthgeſetze. So gelangen wir zur Anſäſſigmachungsfrage und der Behauptung daß man nicht das Recht habe den Gemeinden etwas aufzudringen was ſie für ihr Wohl ſchädlich erachten. Wenn man ſage die Verhinderung der Familienbegründung ſey grauſam, ſo müſſe er bemerken daß dieß in Bayern keineswegs die Juden allein, ſondern die ganze Bevölkerung betreffe, woher bekanntlich auch die Maſſe unehelicher Geburten komme. Dieſe Geſetzgebung ſey eine Landescalamität. Uebrigens ſey der Widerwille der Gemeinden gegen die Anſäſſigmachung der Juden rein materiellen, nicht religiöſen Charakters, er ſey nur Furcht vor der Verarmung durch die iſraelitiſchen Einflüſſe. Darum könne er auch nicht damit übereinſtimmen daß dieſe Frage bis nach vollendeter Berathung der Gemeindegeſetzgebung ausgeſetzt bleibe. Denn, wenn man dann Beſchränkungen eintreten laſſen müſſe, ſo würden große Klagen darüber entſtehen, während jetzt ein beſchränktes Recht der Anſäſſigmachung dankbar als Begünſtigung werde angenommen werden. Warum eine ſchlechtere Lage abwarten, während man ſich in der beſſern befinde? Man möge alſo des Redners verneinendes Votum gegen das Geſetz auch nur in dem Sinn auffaſſen daß er vor der Verleihung einer vollen Emancipation der Juden ein Geſetz über Anſäſſigmachung im allgemeinen eingebracht wiſſen wolle. Nach einigen factiſchen Berichtigungen des Abg. Arnheim, bei denen er auch die eben erhaltenen perſönlichen Lobſprüche abweist, motivirt Abg. v. Link einen Zuſatzantrag zum Geſetz, wodurch ausdrücklich ausgeſprochen wird daß die chriſtliche die Staatskirche bleibe. Eine an-

dere Modification des Abg. **Forndran** ist eventuell und will die Aufnahme des dritten Absatzes des Amendements Hirschberger („die bisherigen Bestimmungen über die Cultus- und Schulverhältnisse der Juden werden durch dieses Gesetz nicht verändert“) für den Fall daß dessen und seine frühere Modification abgeworfen würde. Eine Modification des Abg. **Paur** glaubt die hauptsächlichen Punkte der bisherigen Abänderungsvorschläge in den Zusätzen zum Regierungsentwurf zusammenzufassen, daß denjenigen Gemeinden diesseits des Rheins in denen bisher noch keine Juden sich befanden, ein absolutes Veto gegen deren Ansässigmachung bis nach Erlaß eines neuen Gemeindegesetzes zustehen soll mit Beifügung des soeben erwähnten dritten Abschnitts des Amendements Hirschberger. Eine der glänzendsten Erörterungen für den Regierungsentwurf vernehmen wir jetzt vom Vicepräsidenten Dr. **Weiß**. Er erklärt sich mit den ersten Worten sofort für unbedingte Zustimmung zu dem Gesetz und gegen alle Modificationen, da er die Vorlage nur für die Erfüllung eines Actes der Gerechtigkeit und einer dringenden, unabweislichen Zeitforderung erachtet. Mit besonderer Rücksicht auf die Pfalz geht er dann historisch die verschiedenen Acte dortiger Judengesetzgebung durch, um zu erweisen wie damit nothwendig jene Mißzustände erzeugt werden mußten die man nun als Anklagen gegen die Juden benutze. Beiläufig die Darstellungen Döllingers über die Judenzustände in Frankreich berichtigend, erweist er wie auch hier, soweit jene Schilderungen richtig, die vorhandenen Mißverhältnisse Schuld beschränkender Gesetzgebung seyen. Besonders hebt er dann hervor, wie durch das beabsichtigte Veto der Gemeinden locale Zusammenhäufungen der Juden an andern Orten herbeigezwungen und damit eben jene materiellen Uebelstände für Juden und Christen erzeugt würden, die man damit zu vermeiden beabsichtige. Andererseits führt er dann weiter aus wie die meisten Modificationen rasch zu umgehen, darum unnütz seyen. Indem wir über die fernere Beweisführung für die politische Nothwendigkeit der Emancipation hinweggehen, welche sich großentheils andern Bemerkungen früherer Redner anschließen, gelangen wir zu dem folgenden Redner. Abgeordneter v. **Lerchenfeld** spricht in demselben Sinn. (Wir kommen morgen ausführlicher auf seine Rede zurück.)

∸ **München**, 14 Dec. (Zweiunddreißigste Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten Dr. Weiß eröffnet sich die Fortsetzung der Emancipationsdebatte dadurch daß Abg. Paur sein Amendement zurückzieht, um dasselbe derart umzugestalten daß der Entwurf nunmehr lauten würde: Se. Maj. der König haben rc. beschlossen und verordnet wie folgt: Art. 1. Den israelitischen Staatsangehörigen stehen fortan im ganzen Umfang des Königreichs bei gleichen Pflichten auch gleiche staatsbürgerliche (politische) und bürgerliche Rechte mit den christlichen Staatsangehörigen zu. Art. 2. Gegenwärtige Bestimmung, welche die Kirchen- und Schulangelegenheiten der Israeliten unberührt läßt, soll als ergänzender Bestandtheil der Verfassungsurkunde angesehen werden, dieselbe tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Wirksamkeit, und kann nur in der durch Tit. X §. 7 der Verf. Urk. vorgeschriebenen Weise abgeändert werden. Dazu kommt als transitorische Bestimmung: jedoch mit der Beschränkung daß bei Ansässigmachungen derselben in Gemeinden diesseits des Rheins in welchen bis jetzt Israeliten nicht ansässig waren, den betreffenden Gemeinden bis zum Erscheinen des revidirten Gemeindeedicts und der revidirten Gesetze über Ansässigmachung, Verehelichung und Gewerbwesen das absolut hindernde Widerspruchsrecht zusteht. Dazu stellt Abg. erster Secretär **Nar** den Unterantrag „nach „nicht ansässig waren“ einzufügen: und in jenen Gemeinden in denen sie bisher ansässig waren über die Zahl der bisher ansässigen Familien hinaus. Nachdem der letztere Antragsteller diesen Satz mit wenigen Worten motivirt hat, nimmt der Hr. erste Präsident Graf **Hegnenberg** das Wort, um die seine Abstimmung leitenden Punkte in kurzem anzugeben. Im Gebot der Gerechtigkeit findet er den nächsten Grund zur Einbringung des Gesetzentwurfs. Das Rechtsgefühl sey von Jahr zu Jahr mehr geschwunden, und gerade in der Ungleichheit der Gesetze liege einer der Hauptgründe dieser Erscheinung. Die Nothwendigkeit und die Zeit dränge zur Aufhebung aller Ausnahmsgesetze, es könne nur mehr gefragt werden ob die Juden Schutzbefohlene des Staats oder wirkliche Staatsbürger seyen. Wolle man ersteres, nun so dürfe man ihnen auch keine weitern Pflichten auferlegen als diejenigen deren Erfüllung mit dem geringen Recht auf Schutz im Verhältniß stehen; wolle man sie als Staatsbürger verpflichten, so müsse man sie auch vollständig in dieser Weise berechtigen. Man habe gesagt die Juden nähmen keinen Antheil an der Nationalarbeit, man habe ihnen die fast ausschließliche Betreibung des Handels vorgeworfen. Aber nachdem durch beinahe tausend Jahre die Israeliten principiell vom Ackerbau ferngehalten worden seyen, habe man auch nicht erwarten können daß 30 bis 40 Jahre der Emancipation sie dazu führen. Auch wir in Bayern würdens wohl kaum erleben sie dem Ackerbau, dem sie sonst als eine ackerbauende Nation zugethan gewesen, wieder zugewendet zu sehen; doch erscheine es engherzig nicht säen zu wollen, wo vielleicht erst unsre Nachkommen ernten. Wolle man nun daß die Juden sich nicht über eine gewisse Matrikelzahl hinaus ansässig machen dürften, so gleiche dieß jenem Princip wornach ein Wildstand bis zu dem Punkte hinauf gepflegt werde, wo die Thiere Futter hätten, dagegen der Ueberschuß vernichtet. Dieß seyen Gesetze für Thiere nicht für Menschen. (Sehr gut, sehr wahr!) Seit 1818 bis 1846 sey der Ruf nach allmählicher Beseitigung der Ausnahmsgesetze erklungen; die damalige Regierung sey ihm nicht gefolgt. So sehr er nun beklage daß sie diesen natürlichen Weg nicht eingeschlagen habe, so könnten wir doch jetzt, wo den Israeliten das active und passive Wahlrecht zustehe, nur noch diese Versäumniß gut machen. Rückwärts können wir nicht mehr; die Israeliten gingen durch das rothe Meer, aber als sie zurückwollten, waren dessen Wogen wieder zusammengeschlagen; es ist einerlei ob wir die Emancipation aussprechen, ob nicht: sie bricht sich doch ihre Bahn, denn was zum wahren Bewußtseyn des Volkes einmal kam, das verwirklicht sich auch trotz aller Hindernisse. Außer von der Gerechtigkeit werde jedoch die Emancipation auch von der politischen Klugheit gefordert. Die Theilnahme der Juden an den politischen Bewegungen sey natürlich gewesen. Druck erzeugt Gegendruck. Er theile allerdings nicht alle Hoffnungen welche man auf die Emancipation setze, dieß aber hoffe er daß die Emancipation die Juden mit dem bestehenden Staat aussöhne. Es sey also die Frage, ob man 60,000 zufriedene Staatsbürger wolle, oder eine ebenso große Zahl derer welche stets zur Revolution geneigt seyn werden um den auf ihnen lastenden Druck zu entfernen. Endlich sey es aber auch eine Pflicht der Regierung gewesen ihrem gegebenen Worte volle Treue zu bewahren. Wer sich über die Märzerrungenschaft der Emancipation wundern könne, wie der Hr. Abgeordnete Sepp gethan, müsse seit 1819 geschlafen oder — studirt haben. Volle, fraglose Emancipation sey in den Thronreden verheißen; Aenderungen, vielleicht gar Beengungen der Ausnahmsgesetze seyen dagegen keine Emancipation; die Regierung mußte volle Rechtsgleichheit geben. Bisher trat man dem Ministertisch entgegen um die Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten; sie davon abzuhalten scheine dem Jahr 1849 aufbewahrt. Er gehe nun auf einzelne Beschuldigungen über. Man beschuldige die Juden des Wuchers. In den Kreis der modernen Begriffsverwirrungen scheine auch dieß Wort gerissen; er erinnere daran, wie in den jüngstverflossenen Jahren des Mißwachses den Bauern, die ihr Getreide so theuer als möglich verkauften, dieß ebenfalls als Wucher angerechnet worden sey. Man sage, die Handelssucht der Juden übe den nachtheiligsten Einfluß auf die Christen. Aber wer auf dem Lande lebe wisse recht wohl daß dort der Jude in manchen Geschäften der durchaus nothwendige Zwischenhändler sey. Wer verschaffe z. B. dem jungen mittellos ankommenden Pfarrer das nöthige Geld zur Uebernahme seiner Oekonomie außer dem Juden? (Beifall.) Man habe ferner auf die Gefahr jüdischer Association hingewiesen; aber man möge sich nur ebenfalls associiren und dadurch diese Nachtheile zerstören. Von einer eingeflochtenen Vertheidigung der Erwerbsweise des Rothschild'schen Vermögens gegen Sepp'sche Anschuldigungen kommt der Redner auf das Verlangen daß die Juden das gegen sie herrschende Vorurtheil zerstören sollten. Das Vorurtheil zu zerstören sey Pflicht eines jeden, doppelt aber die Pflicht derer welche zu Lehrern des Volks berufen seyen. Als Hindernisse der Emancipation würden endlich die Sabbathfeier, die große Zahl der Festtage, würden die Speisegesetze der Juden angeführt. Er habe sich erkundigt über diese Verhältnisse, und erfahren daß bei außerordentlichen Veranlassungen, Unglücksfällen rc. den Juden die Arbeit am Sabbath nicht verboten sey, daß anstatt 80 bis 90 in Wahrheit nur 13 gebotene Feiertage im Jahr existirten. Indem der Redner auf die durch das unbedingte Veto gegen die Ansässigmachung von Juden zu wahrende Autonomie der Gemeinden übergeht, erweist er wie eine solche welche mit solchen Grundsätzen angebahnt werde, kleine, mittelalterliche Gemeinden schaffe. Wunderbar erscheine nebenbei daß diese Autonomie jetzt gerade von den Seiten vertheidigt werde die bei Gelegenheit des Jagdgesetzes ganz anders sprachen. Man habe nun auch verschiedene Citationen gehört; er wolle auch eine Stimme aus dem Volk, eine zu den Acten verwiesene Eingabe betreffs der Judenemancipation verlesen, obschon sie sich gegen seine Ansichten ausspreche. (Verliest sie zur Erheiterung der Zuhörer.) Sie sey ihm nämlich wie eine grelle Parodie dieser Verhandlungen erschienen, nur habe der Verfasser offen im ersten Satze gesagt: die Juden sind emancipirt, im zweiten: sie sind's nicht! Man führe nun endlich den Willen des Volks gegen die Emancipation im Munde. Er könne nicht läugnen

dieser Wille des Volkes sey ihm vorgekommen wie jenes Stück Speck woran Hr. v. Münchhausen eine ganze Entenkette aufreihte. Man habe das religiöse Bewußtseyn aufgeführt. Er beklage daß ein solches nicht vorhanden sey, dagegen desto mehr Vorurtheil. Dieses werde redlich genährt, dieses dürfe aber nicht geschont werden. Oder habe man's geschont als man in Bayern Volksschulen einführte, gegen welche seiner Zeit ebenfalls großer Lärm erhoben worden. Wolle man's schonen indem man das Lotto aufzuheben beabsichtige? Zwei Stützen hat der Staat: das religiöse Bewußtseyn und das Rechtsbewußtseyn. Das eine haben wir verloren, das andere noch nicht gewonnen; trachten wir darnach! Nachdem sich der Redner principiell gegen alle Modificationen, eventuell aber für die oben angeführte Paur-Nar'sche erklärt hat, ertönt der Ruf nach Schluß der Debatte so stark daß Hr. v. Hermann und Dr. Thinnes theilweis oder ganz auf das Wort verzichten müssen. Während des wenig ansprechenden Schlußworts des Referenten entleeren sich fast alle Plätze, und aus dem Nebenzimmer tönen die Stimmen heftiger Debatten in den Saal, welcher sich wieder füllt als Hr. Minister Ringelmann das Wort ergreift. Er beabsichtigt nur die Vorwürfe abzuweisen welche gegen die Regierung ertönten. Man habe ihr überhaupt die Einbringung des Gesetzes vorgeworfen. Aber sie mußte es einbringen. Ihr Programm vom 27 April, die Erläuterung dazu im Regierungsblatt vom 1 Mai, die Erklärung vom 17 Mai hätten diese Verheißung wiederholt; man könne also gewiß nicht sagen, die Regierung habe sich und dem Land damit eine Wunde geschlagen. Ihr Wahlspruch sey: Treue dem gegebenen Wort; niemand könne anders sagen als daß sie stets offen und ehrlich gewesen, nach ehrenhaften Grundsätzen gehandelt. Man habe ferner gesagt, diese Frage hätte sollen bis nach der Verfassungsrevision hinausgeschoben werden. Aber diese, wie andere Einzelfragen hätten nach der Feststellung solcher umfassenden allgemeinen Gesetze folgen sollen, gleichzeitig auch rasch erledigt werden. Gleichzeitig beiden Forderungen zu genügen sey ein Werk der Unmöglichkeit gewesen. Das einzelne könne abgethan werden, auch wenn diese größeren Vorlagen noch nicht gemacht seyen. Die Frage der kirchlichen Freiheit sey wie die der bürgerlichen in den Grundrechten enthalten und werde auch in die Revision der Verfassungsurkunde übergehen. Man habe ferner gesagt der Entwurf enthalte nur ein Princip ohne Festsetzung seiner Ausführung. Ein Princip müsse jedes Gesetz enthalten, die Ausführung liege in der Aufhebung der gegenstehenden Bestimmungen. Einen andern Weg anzugeben sey nur nöthig gewesen, wenn man die Emancipation nicht voll verleihen wolle, der Regierungsentwurf habe also eine solche Angabe nicht nöthig gehabt. Dieß führe ihn zu den Amendements. Das Fink'sche sey durch andere weiter entwickelt worden. Die Regierung stehe nicht entgegen, wenn die Kammer ihren Anschluß einem derselben zuwende. Einen Zusatz wie den von Link habe die Regierung nicht gemacht, weil er ihr unnöthig erschienen sey, da das christliche Princip die Grundlage des Staates sey und ohne alle Frage bleibe. Uebrigens sey ein das christliche Princip des Staates aussprechender Satz auch bereits in die in der Ausarbeitung befindlichen Vorlage der revidirten Verfassungsurkunde aufgenommen. Werde das Gesetz mit Modificationen angenommen, so werde man allerdings nicht das vorgesteckte hohe Ziel erreichen und einen großen Act vollführen; aber jedenfalls das Loos der israelitischen Glaubensgenossen erleichtern. Das Ergebniß der nachfolgenden Abstimmung ist Ihnen bereits bekannt. Es ist die Zustimmung zu dem Gesetz in der im Eingang zusammengestellten Weise durch Annahme des Art. 1 des Regierungsentwurfs, modificirt durch den Paur'schen Antrag zu Art. 11 nebst der transitorischen Bestimmung desselben Antragstellers und der Einfügung Nar's. Die Menge der hier eingebrachten beengenden Modificationen ergibt sich daraus daß deren 10 von den Abgg. Wening, Pitzner, Hirschberger mit Breitenbach, Hirschberger, Fink, Heine, Allioli, Forndran und Link zur Abstimmung kamen und verworfen wurden. Die Zahl der Anwesenden bei der namentlichen Abstimmung über die beschlossene Gesetzesfassung war so groß wie noch nie, nämlich 131, von denen 91 ihre Stimme dafür, 40 ihre Stimme dagegen abgaben und nur Abg. Thinnes sich der Abstimmung enthielt, nachdem er beim Schluß der Debatte erklärt hatte dieß thun zu müssen, weil er nicht zum Wort gelangt sey.

* Die Abgeordneten Döllinger und v. Hermann haben nebst dreißig andern folgende Erklärung unmittelbar nach der Abstimmung über den die Israeliten-Emancipation betreffenden Gesetzentwurf übergeben: „Die Unterzeichneten erklären daß sie, einverstanden mit dem Gesetzentwurf in seinen Hauptbestimmungen betreffend die Zulassung der Israeliten zu öffentlichen Aemtern im allgemeinen, und die Beseitigung der politischen, privatrechtlichen und processualischen Ausnahmsgesetze, nur darum gegen jenen Entwurf gestimmt haben, weil ihnen nach Verwerfung der Hirschberger-Breitenbach'schen Modification die Rechte der Gemeinden nicht genügend gesichert erschienen." (Folgen die Unterschriften.)

× Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung ersucht. **München,** 15 Dec. „Ich bestreite dem Hrn. Correspondenten Ihres geschätzten Blatts in Sachen der Kammer nicht im mindesten das Recht von seinem Standpunkt die Reden gewisser Abgeordneten nach Möglichkeit in ungünstiges Licht zu stellen. Daß die Presse namentlich bei den Verhandlungen über die Emancipation der Israeliten von diesem Vorrechte Gebrauch machen würde, war vorauszusehen, und wer nach dem Lob des Tags geizte, konnte es bei dieser Gelegenheit wohlfeil und in vollem Maß erwerben. Unfähig zu diesen Glücklichen zu gehören, habe ich weiter nichts zu erinnern als daß die Beschuldigung, es habe ein Ordnungsruf gegen mich stattgefunden, in dieselbe Kategorie von Wahrheiten gehört wie sie die hiesige Volksbötin gleichlautend in Bezug auf Lassaulx pronuncirt. **Dr. Sepp**, d. Z. Abg."

8 **München,** 15 Dec. Se. Maj. der König hat durch allerhöchsten Erlaß vom 13 d. den Rittmeister Ludwig Grafen v. Rechberg-Rothenlöwen vom 4 Chevaurlegers-Regiment zum Flügeladjutanten zu ernennen geruht. — Frhr. v. Rosenberg, bisheriger Secretär der königl. preußischen Gesandtschaft dahier, hat uns gestern verlassen um sich nach Frankfurt zu begeben und dort unter den HH. v. Radowitz und Bötticher an den Arbeiten der provisorischen Bundescommission theilzunehmen.

Württemberg. **Stuttgart.** Aus der Adreßdebatte der Landesversammlung vom 14 Dec. tragen wir nach daß der Commissionsantrag auf vollständige Amnestie von 34 gegen 25 Stimmen angenommen wurde. Im Verlauf der darauf bezüglichen Verhandlung bemerkte Staatsrath v. Schlayer gegen eine Rede des Abg. Zimmermann: „Als im alten Europa das Staatsrecht sich zu läutern begann, hat man in England am 19 März 1648 eine Declaration der Volksrechte verfaßt, im Art. 1 wurde auch von Volksbeglückern eine mit der auch hier aufgestellten gleichlautende Definition der Volkssouveränetät gegeben; die erste Frucht zeigte sich im Jan. 1649, als Karl I unter dem Beile fiel; es folgte die Republik, ausgegangen von einem Rumpfparlament, das man in England ein Denkmal der Schmach nennt. Die Lehren welche die Engländer aus ihrer Geschichte gezogen, sind daß sie unter der Nationalsouveränetät König und Parlament verstehen, England ist aber das Land der praktischen Freiheit. In Nordamerika war terra nova, Boden und Menschen neu; ob aber auch dort die Republik nicht am Ende der Monarchie verfällt, ist eine andere Frage. Ein anderes Beispiel liegt näher. In Frankreich sind auch Sätze praktisch geworden, die ich, offen gesagt, mit Unwillen auch hier gehört habe, daß der Boden der Freiheit mit Blut gedüngt werden müsse; es ist kein Segen daraus hervorgegangen, sondern Fluch; die Franzosen haben es dahin gebracht daß man nicht weiß welche Regierungsform bestehen kann, aber doch die Republik weniger als die Monarchie; die Geschichte ist also gegen Zimmermann. Liefern wir nicht ein weiteres Beispiel; die Erinnerung an das Nachbarland liegt uns nah; fremde Bajonnette würden allerdings auch uns nicht fehlen, 60,000 in acht Tagen; sind unsre öffentlichen Zustände so unleidlich, wird bei uns so schlecht, so absolutistisch regiert daß man lieber solchem Elend entgegenginge? Dahin aber würde das Wachsen der innern Zerwürfnisse führen."

*** **Stuttgart,** 15 Dec. Die Schlußartikel der Adresse sind in der heutigen Sitzung angenommen worden, nach einer Verhandlung worin sich wieder jene zuerst zurückgehaltene Gereiztheit welche durch die zufällige Aeußerung eines Ministers zum Ausbruch kam, in vollem Maße von beiden Seiten, sowohl von der Mehrheit als von den Ministern gezeigt hat. Von Rednern der Mehrheit wurde offen erklärt eine Auflösung sey wünschenswerth, da jetzt keine Verständigung mehr eintreten könne; von der Minderheit (v. Zwergern) wurden Angriffe auf Hrn. v. Schlayer wegen seiner früheren Verwaltung gerichtet. Dieser gab außerdem Veranlassung um eine Verständigung auch mit der Minderheit zu vereiteln, indem er bei der Verhandlung über den letzten Paragraphen (über die Veränderung der Verfassung, wo zugleich wieder die Reichsverfassung und ferner die Beeidigung berührt wurde) nach Art der Regierung vor 1848 behauptete, die auf die Eidesleistung gerichtete Aeußerung widerstrebe der Ehrfurcht welche man der Krone schuldig sey. Obgleich die Minorität welche die ehemalige Opposition repräsentirt, in der Sache selbst hinsichtlich der Eidesformel einverstanden ist, so gilt dieß nicht von der einseitigen Veränderung derselben durch die Regierung, noch weniger ist sie der Ansicht des Ministers, welcher sie auch früher entgegentrat, nach welcher die Adresse wieder nichts seyn würde als eine bloße Sache der Courtoisie; sie betrachtet dieselbe vielmehr wie einen Verkehr mit den Ministern, wobei die Nennung des Königs bei der Verhandlung nicht eingemischt werden soll. Römer, nachdem er in dieser Hinsicht geredet hatte, hob die Folgen der beiderseitigen Gereiztheit sehr bestimmt hervor. Uebrigens rieth Römer zur Versöhnung. „Es ist mir aufgefallen daß beide Seiten Drohungen ausstoßen oder Worte die Drohungen sehr ähnlich sind. Dieß ist ungeeignet von beiden Seiten. Werden einerseits Revolutionen in Aussicht gestellt, so erlaube ich mir

zu bemerken daß im Augenblick die Lage eine solche ist in welcher die Regierungen Drohungen mit Erfolg entgegentreten können. Diese Drohungen sind deßhalb unzweckmäßig. Auf der andern Seite ist es unzweckmäßig 60,000 Oesterreicher in Aussicht zu stellen (in Bezug auf die gestrige Bemerkung v. Schlayers). Ich bin überzeugt daß für Württemberg ein solches Ereigniß noch schmachvoller wäre als das erstere. Ist die Regierung nicht im Stande sich selbst zu schützen, so ist sie verloren. Das Einrücken von Oesterreichern oder Preußen würde Württemberg mediatisiren, seine Selbständigkeit annulliren." (Beifall.) Nach den Abstimmungen über die zwei letzten Artikel ward die Annahme des ganzen Entwurfs der Commissionsmehrheit mit 40 gegen 20 Stimmen entschieden, und diese Sitzung, welche man für die letzte hält, gegen 4 Uhr Abends geschlossen. Wir bemerken noch daß der Finanzminister im Anfang der Sitzung bei dem Paragraphen über Finanzen das nächste Deficit auf 3,200,000 fl. berechnete; er gab übrigens die Versicherung daß keine Steuererhöhung stattfinden solle, und daß also zu außerordentlichen Auskunftsmitteln geschritten werden müsse. Er hat die Ausgebung des Papiergeldes sistiren lassen, und erklärte jetzt daß ein Reservefonds von einer Million für das Papiergeld geschaffen werden müsse, wenn man darauf beharre. Von welcher Art der Reservefonds seyn soll, hat er nicht mitgetheilt; es wäre sehr beklagenswerth wenn man die Summe dem Curs bleibend zu entziehen beabsichtigt. Ohnedem wird eine beträchtliche Summe für Ablösungen (der Ausfall in dieser Hinsicht ist auf 920,000 fl. angegeben) einkommen, und die Verwendung derselben für Staatsbedürfnisse ist kein Verfahren welches in demselben Verhältniß steht wie das „vom Capital leben" bei Privatleuten, da der Ertrag anderer Steuern (Consumtions-, Gewerbesteuern u. s. w.) durch die neueren Veränderungen sich steigern muß, wenn auch nicht sogleich.

Thüringen. **Koburg,** 15 Dec. Das Regierungsblatt bringt das Ausschreiben zur Vornahme neuer Ständewahlen, und zwar der Urwahlen auf den 2—5 Januar, der Wahlen der Abgeordneten auf den 16 Januar. Das Ausschreiben erwähnt ausdrücklich daß die neue Ständeversammlung „insonderheit zur Berathung über die politische Stellung des hiesigen Herzogthums zu den übrigen deutschen Staaten, sowie über die von Seiner Hoheit beabsichtigte" Vereinigung der beiden Herzogthümer Koburg und Gotha durch eine gemeinschaftliche Verfassung berufen werde.

Hansestädte. Die Bürgerschaft von **Hamburg** genehmigte in ihrer Sitzung vom 13 Dec. den Beitritt zum Interim. — In Lübeck ist die Verordnung betreffend die Wahl eines Abgeordneten zum Erfurter Volkshaus erschienen.

Preußen. ² **Berlin,** 13 Dec. Die erste Kammer vollendete in ihrer gestrigen Abendsitzung die Verfassungsrevision, indem sie die Artikel 17 bis 22 mit Rücksicht auf die Beschlüsse der zweiten Kammer erledigte. Die Artikel 17 bis 20 wurden in der Fassung dieser Kammer angenommen. §. 21 in der Fassung der ersten Kammer räumt den Religionsgesellschaften nur das Recht ein den religiösen Unterricht in der Volksschule zu leiten; wogegen die zweite beschlossen hat daß die Organe der betreffenden Religionsgesellschaften an der örtlichen Leitung der Volksschule theilnehmen. Der Cultusminister ist für diesen Beschluß, wenn statt „Organ" u. s. w. „Ortsgeistliche" gesetzt wird. Brüggemann und Ritter verlangen für die Kirche nochmal die Mitaufsicht über die Schule; jener ist in solchem Sinn für die Fassung der zweiten Kammer. Die Versammlung lehnt diese Fassung ab und bleibt bei der ihrigen. In Art. 22 spricht die zweite Kammer die allgemeine Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts aus, während die erste nur den Kindern unbemittelter Eltern den nothwendigen Unterricht ertheilt wissen will. Gegen den Beschluß der zweiten Kammer, den der Cultusminister bevorwortet, eifert namentlich Hansemann. Er nennt den Grundsatz der absoluten Unentgeltlichkeit einen schlechten, welcher das Volk demoralisire, weil er umsonst gewähre was zu erarbeiten sey. Auf eine Bemerkung des Ministers wird von dem Präsidenten und dem Redner der Ausdruck „schlecht" für nur „objectiv" erklärt. Die Kammer bestätigt auch hier ihren eigenen Beschluß. In der zweiten Kammer wurde heute ein Schreiben des Präsidenten der ersten verlesen, worin es heißt: die erste Kammer habe alles mögliche gethan um sich mit der zweiten in Uebereinstimmung zu setzen; sie hoffe nun daß diese auch ihrerseits die noch übrigen Differenzen durch ihren Beitritt beseitigen werde. Jedenfalls sey es dringend zu wünschen daß die Artikel in denen man einig sey, sobald als möglich der Regierung übersandt würden. Der Präsident bemerkte, er bezweifle nicht daß die Kammerbeschlüsse über die Verfassung noch vor Weihnachten der Regierung würden eingereicht werden können. Von der Verhandlung ist nur zu erwähnen daß die Kammer den Verordnungen vom 30 Mai d. J., die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer und den Termin des Zusammentritts betreffend, die nachträgliche Genehmigung ohne Discussion ertheilte. Die erste Kammer verhandelte heute über die Gemeinde-Ordnung, deren Berathung sie morgen vollenden wird. Wie man hört, wird das Ministerium in den Weihnachtsferien die Vorschläge der Krone hinsichtlich der Verfassung ausarbeiten, um sie den Kammern gleich nachher vorzulegen. Was demokratische Blätter über Veränderungen im Ministerium vorgebracht haben (daß Graf Arnim-Boytzenburg den Posten des Grafen v. Brandenburg übernehmen werde u. s. w.), ist, wie mir Unterrichtete versichern, ohne alle Begründung.

⁝ **Berlin,** 14 Dec. Heute Morgen ist das sämmtliche preußische Personal der Bundescommission nach Frankfurt abgegangen, welchem Hr. v. Radowitz schon gestern vorausreiste; man erwartet daß am 17 die Abdankung des Reichsverwesers erfolge. — Gestern Abend ist Hr. v. Pechlin hier eingetroffen.

Gr. Oldenburg. **Oldenburg.** Die Weserzeitung enthält aus Oldenburg vom 4 Dec. interessante Angaben über die Antwort welche der Oberst Mosle auf eine in der dortigen Ständeversammlung an das Ministerium gerichtete Interpellation wegen der Verhältnisse des oldenburgischen Staats zu dem engeren Bundesstaat ertheilt hat. Die Gegner des Dreikönigsbündnisses schöpften ihre Hauptbedenken aus der Lage in die Oldenburg gerathe wenn Hannover sich von dem Bündnisse definitiv lossage. Diese Bedenken suchte Oberst Mosle dadurch zu beseitigen daß er erklärte, Hannover sey nach der Ansicht des Verwaltungsraths verpflichtet den Erfurter Reichstag zu beschicken. Unterlasse es diese Beschickung, so würde dennoch die Verfassung mit ihm vereinbart werden, und das könne um so eher geschehen als Preußen seine Aenderungsvorschläge fallen lasse. Stehe die Verfassung fest, so werde sie bindend für alle Staaten im Bündnisse, und weigere sich Hannover der Einführung, so werde beim Bundesschiedsgericht Hülfe gesucht. Gehe dessen Spruch gegen Hannover, so werde es nöthigenfalls zu Zwangsmaßregeln kommen. Laute der Spruch für Hannover, so wäre das Bündniß und die Verfassung so gut wie aufgelöst, und es werde an eine andere Form für die Einigung Deutschlands gedacht werden müssen. Eine rechtliche Entscheidung sey indessen noch nicht einmal wahrscheinlich. Die Ereignisse und die Nationalstimmung würden hoffentlich noch modificirend auf Hannovers Politik wirken.

Oesterreich. dt. **Wien,** 12 Dec. „Der Blitz, der in des Nachbars Gebiet geschlagen," hält die Ostdeutsche Post von der eindringlichen Forderung nicht ab daß man sich offen darüber erkläre, ob man das gegebene Preßgesetz wirklich wolle oder nicht. Man sehnt sich eben darin nach einem festen Gesetz; wenn es streng wäre, gut; wenn es bestimmt und klar, noch besser. Der Lloyd fährt heute fort die Bank vor dem Gericht der öffentlichen Meinung zu verfolgen. Er erinnert daß jetzt wieder die Dividende zur Austheilung kommt, und weist nach wie die Bank der seligste aller irdischen Schuldner sey, da sie für ihre großen Passiva immer noch Procente ziehe und sich in die Spolien theile die täglich dem kleinen Vermögen durch die Papiernoth abgenommen würden. Er gibt daher den Rath die Dividende zur Verstärkung des Silberschatzes zu benützen, ja die Bank, wenn nicht gutwillig, gesetzlich dazu anzuhalten, indem er ihr ein Recht an dem Zinsengenuß abspricht. Die Klagen über den Mangel an arbeitenden Händen in Galizien werden wieder laut, auch in der Bukowina ist es schon so weit daß der Landeschef zu Fleiß und Thätigkeit ermahnen und vor Trägheit und Ueppigkeit warnen muß. Die protestirende Note Oesterreichs gegen das Erfurter Parlament ist denn doch kein Gespenst nach den Mittheilungen Ihres Berliner ⁝ Correspondenten, durch den wir auch zuerst einige Bruchstücke der preußischen Antwort erfahren. Wie ich Ihnen schon vor einiger Zeit geschrieben, versucht man jetzt auf den Conflict der österreichischen Märzverfassung mit der Bundesacte preußischerseits die Berechtigung des engern Bündnisses zu begründen, und wenn wir anders die Dinge richtig sehen so ist von Preußen wie von Oesterreich der Wille ausgesprochen die Bundesverfassung an Haupt und Gliedern zu reformiren. Preußen stellt sich dabei an als sollte die Bundesverfassung zu Gunsten der Kremsierer Constitution abgeändert werden, so daß der weitere Bund ein Minus der alten Bundesverfassung wäre, wo dann der engere Bund sich viel empfehlenswerther gestalten müßte. Oesterreich dagegen will ein Plus der Bundesverfassung, und ein Anpassen der eignen Constitution. Auch hier beginnt die Presse allmählich sich mit der Frage zu befassen ob die alten deutschen Verträge und die österreichische Verfassung sich nicht theilweis widersprechen. Die Ostdeutsche Post bringt einen hierauf bezüglichen Artikel, die heutige Reichszeitung dagegen läßt uns etwas über die Instructionen der Interimscommissäre vermuthen. Sie sollen den engern Bundesrath dar-

stellen und innerhalb der Befugnisse desselben freien Entschluß haben. Auch der holsteinischen Frage wird gedacht, freilich in so wenig greifbaren Ausdrücken daß sich daraus nichts schließen läßt. Deutlicher ist daselbst angedeutet daß man von Seite Oesterreichs die bundesverfassungsgemäße Besetzung Rastatts verlangen wird. Im ganzen kann man wohl den Zweck des Interims so bezeichnen daß man vor allen weitern Entschließungen den Status vor der Revolution herstellen will, um alle Thatsachen die irgendeinen Entschluß bestimmen könnten, hinwegzuräumen. Gestern wurde das Gutzkow'sche Stück „Ottfried" zum erstenmal in der Vorstadt an der Wien aufgeführt ohne übertriebenen Beifall zu finden. Es heißt jetzt daß auch die Ostdeutsche Post nächstens suspendirt werden soll.

dt. **Wien,** 13 Dec. Wenn Oesterreich, sagt der heutige Lloyd, nicht Waffengewalt gebrauchen will, so muß es warten bis sich die Erfurter Staaten von Preußen lossagen. Erst dann wird es seine Vorschläge machen. Erst dann? Und wenn das preußische Bündniß, dem — wie einst beim Zollverein — so vieles in die Hand arbeitet, sich festigt statt zu lösen? — Die Wiener Ztg. veröffentlicht heute den Vertrag zwischen Staat und Bank. Daraus entnehmen wir daß der Staat der Bank die runde Summe von 228 Millionen fl. schulde, woran er 31,513,701 fl. nach dem letzten Bankausweis abbezahlt. Nach dem letzten Bankausweis betrug die Forderung der Bank an den Staat 205 Millionen, während sie doch nur 197 Millionen betragen sollte. Diese Differenz erklärt sich, wie die Reichszeitung neulich bemerkte, daher daß die Einzahlungen zum neuen Anlehen in Schatzscheinen theilweise erfolgten. Diese Schatzscheine gelten nun nach dem heutigen Vertrage in der Wiener Zeitung nicht an Zahlungsstatt, sondern der Staat ist verpflichtet sie von der Bank bis 30 Jul. 1850 wieder einzulösen, so daß sie jetzt in den Händen der Bank nur Pfand sind und nicht in Berechnung kommen. Der Vertrag zwischen Staat und Bank fixirt eigentlich nur die Schuld von 96,948,768 Gulden, die aus verschiedenen Forderungen in eine verschmolzen worden, und deren Deckung so festgestellt ist daß der Bank zur Tilgung der Ertrag der 60 Millionen des neuen Anlehens und 24 Millionen sardinische Kriegsschuld überwiesen, das Abkommen über den Rest von etwa 13 Millionen einem neuen Vertrag vorbehalten wird. Nach dem Abendblatt des Lloyd stände den Kossuthnotenbesitzern doch noch eine Entschädigung in Aussicht. Der Soldatenfreund meldet von erheblichen Reductionen der Armee. Seit einigen Tagen indeß ist die Garnison Wiens verstärkt. Es circuliren Ministerlisten, die ebensoviel Glaubwürdigkeit haben als die telegraphischen Depeschen der Kölnischen Zeitung. So erfahren wir mittelst Telegraphen daß der „Justizminister" Bach sein Portefeuille niedergelegt habe, und am andern Tag daß der „Justizminister" Bach es zurückgenommen, aber an Kopfweh leidet. Was sich die Kölnische Zeitung im December durch den Telegraphen berichten läßt, ist im Julius d. J. geschehen, damals legte nämlich der Justizminister Bach seine Verwaltung in die Hände des Hrn. v. Schmerling und übernahm das Innere. — Hr. Otto Hübner, ein Mitarbeiter an der „Presse", ist aus der Stadt verwiesen.

* Die neueste Wiener Post vom 14 Dec. bringt die Meldung daß Erzherzog Ferdinand d'Este (s. Brünn) noch immer sehr krank darniederliege. Das abermalige bedeutende Steigen des Silberagio erhielt fortwährend eine Menge Gerüchte, ohne daß für eines eine tiefere Begründung aufgefunden werden konnte. In der Specker'schen Maschinenfabrik wurde bereits ein Theil der Arbeiten wieder begonnen. Der Schaden stellte sich als minder bedeutend heraus als man anfangs befürchtet hatte. — Briefe aus Pesth bringen einige neue kriegsgerichtliche Urtheile: Gedeon Graf Raday ward zu zweijährigem Festungsarrest, Graf Georg Karolyi zu dreimonatlichem Profoßenarrest und einer Geldbuße von 150,000 fl. C. M. verurtheilt.

Brünn, 11 Dec. Erzherzog Ferdinand d'Este liegt am Typhus erkrankt lebensgefährlich darnieder. Vor einigen Tagen starb an derselben Krankheit der Adjutant Sr. königl. Hoheit Lieutenant Tastner v. Zanini. Bei beiden wird als veranlassende Ursache eine nächtliche Visitation des Obrowitzer Spitals angeführt, welche Se. königl. Hoheit in Begleitung des genannten Adjutanten um 2 Uhr Nachts unternahm. (D. Z. a. Böhmen)

* **Salzburg,** 13 Dec. Die Drathleitung der Telegraphenlinie ist in Folge mehrfacher Ursachen, unter denen die strengen Temperaturverhältnisse und die Beschaffenheit des Drathes wohl den größten Einfluß geübt haben, zwischen Neumarkt und Vöcklabruck in einer Ausdehnung von acht Stunden theilweise, auf dem höchsten Punkte der Linie aber, nämlich zwischen Straßwalchen und Neumarkt, in einer Strecke von zwei Stunden gänzlich zerstört. So lauten die Berichte von glaubwürdigen Reisenden, so die an das hiesige Telegraphenamt eingelangten Anzeigen. In Folge dieser unliebsamen Unterbrechung dürfte sich die Direction der Telegraphenanstalt bewogen finden eine neue veränderte Herstellung dieser Linie als nothwendig zu vollführen. Ich bin demnach im Augenblick nicht im Stande über die Zeit der Wiedereröffnung der telegraphischen Correspondenz etwas bestimmtes sagen zu können, ich glaube aber bei der Rührigkeit der Leiter der Telegraphenanstalt diese Wiedereröffnung in Bälde erwarten zu dürfen. Die bayerische Drathleitung ist bereits bis an die Mauer unserer schönen Domkirche gezogen. Se. kaiserl. Hoh. Erzherzog Ludwig befindet sich seit drei Tagen in unsern Mauern, feierte gestern seinen Geburtstag und dürfte noch einige Tage hier verweilen.

Großbritannien.

London, 12 Dec.

Der am 10 Dec. verstorbene Graf v. Carnarvon (geb. im J. 1800) war vordem, wo er noch Lord Porchester hieß, ein angesehenes Mitglied der Hochtory-Partei, welche auf ihn große Hoffnungen baute, die er jedoch nicht ganz verwirklicht hat. Seine Reden gegen die Parlamentsreformbill im J. 1831 galten für die gewichtigsten, so zwar daß Sir Robert Peel, damals bekanntlich ein Gegner der Reform, äußerte: er wisse der Argumentation Lord Porchesters nichts beizufügen. Außerdem gehörte der Verstorbene zu Englands vornehmen Schriftstellern — „royal and noble authors." Nicht bloß hat er über seine umfassenden Reisen in und außer Europa (namentlich in Spanien, wo er eine Zeit lang unter Don Carlos diente, und in die Gefangenschaft der Cristinos gerieth) einige angenehme Schriften herausgegeben, sondern er hat sich auch als Poet („The Moor, a poem;" Don Pedro, a tragedy") nicht ganz ohne Glück versucht. Die Familie Carnarvon gehört zum ältesten Normannenadel in England. — Ein anderer Reichspeer, der Graf v. Albemarle, ist von einer Commission de lunatico inquirendo für geisteskrank erklärt und unter Curatel gestellt.

Am 12 Dec. Morgens starb in London Sir Mark Isambart Brunel, Ritter der Ehrenlegion (er war ein geborner Franzose), Vicepräsident der königl. Societät der Wissenschaften und des Instituts der Civil-Ingenieurs — der berühmte Erbauer des Themse-Tunnels — 81 Jahre alt.

Die Times schließt eine längere Rückschau über das am 10 Dec. abgelaufene erste Jahr der Präsidentschaft Ludwig Bonaparte's mit den Worten: „Wir sehen da ein Drama von mehrern Acten spielen; der erste ist ziemlich günstig abgelaufen, aber noch kann niemand sagen ob es ein Lust oder ein Trauerspiel ist, was die Entwickelung des Plans und die endliche Katastrophe seyn wird. Es ist einer von den charakteristischen Zügen der demokratischen Regierungsform daß das ganze Interesse des politischen Lebens, wir hätten beinahe gesagt der ganze Codex der politischen Pflicht, sich in die Gegenwart zusammendrängt. Solche Regierungen gehorchen keiner Vergangenheit und anerkennen keine Zukunft, denn sie wissen die Zukunft wird sich so wenig um sie kümmern als sie selbst sich um ihre Vorgänger gekümmert haben; sie haben die Fesseln der Ueberlieferung abgeschüttelt, aber zugleich die Macht verloren der Nachwelt eine einzige staatliche Verpflichtung aufzulegen. Jedwede Größe und Sicherheit die eine Nation aus alten und bleibenden Institutionen ableiten kann, diese Regierungsform beseitigt sie und löscht sie aus; denn mit Abwerfung des Zwangs den diese Institutionen manchmal auflegen, gibt eine Nation auch die Kraft auf die sie ihr verliehen. Die Gewalten des Staats, anstatt sich über die Dauer eines Menschenlebens zu erstrecken und ihre Fortwirkung nach Generationen zu berechnen, ziehen sich in die Spanne der täglichen Bedürfnisse der Staatsgemeinde zusammen. In Frankreich erhält sich das vielgegliederte Triebwerk des Staats zwar im Gang, sonst würde die Gesellschaft untergehen; aber man hat dort aufgehört die Regierung als etwas dauerndes zu betrachten. Selbst durch ihren Erfolg nützt sich die ephemere Maschine ab. So erkennen wir in der jetzigen Lage Ludwig Napoleons zwar ein gewisses Maß persönlichen, von ihm nicht unverdienten Erfolgs, aber kein Princip der Stätigkeit, von dem sich behaupten läßt daß es im Stande sey dem Druck gegnerischer Leidenschaften, der Unbeständigkeit des französischen Nationalgeistes und der aufreibenden Zeit zu widerstehen." — Das Sonntagsblatt Atlas macht folgende sehr aufrichtige Bemerkung: „Durch augenfällige Thatsachen genöthigt anzuerkennen daß Ludwig Bonaparte die zur Regierung des französischen Volks nothwendigen Eigenschaften besitzt, haben gewisse englische Journale ihr ewiges Rabengekrächze in dieser Hinsicht für einige Zeit eingestellt. Aber es ist bei unsern Staatsmännern eine feststehende Maxime den guten John Bull in Betreff der festländischen Angelegenheiten immer in Allarm zu erhalten, damit er die unbeschreiblichen Segnungen erdrückender Steuern bei sich daheim und der von den Kasten zu Nutz und Frommen der Kasten gegebenen Gesetze um so höher schätze. Deßhalb haben sich jetzt unsere Allarmisten von der französischen Politik zu den französischen Finanzen gewendet, und gewisse Cliquen in der City erheben ein groß Geschrei darüber daß der neue französische Finanzminister beschlossen hat für jetzt das convertible Papiergeld des Landes auszudehnen, und

durch Aufnahme einer Anleihe von der Bank von Frankreich in diesem Papier eine Vermehrung des Steuerdrucks zu einer sehr ungelegenen Zeit zu vermeiden. Daß unser geliebter John Bull gern den politischen und religiösen Puristen spielt, sind wir gewohnt, doch hätten wir ihm nicht die kaltblütige Unverschämtheit zugetraut auch den Gleißner in Finanzsachen vorzustellen. Indessen, ehe wir unsere Nachbarn kritisiren, betrachten wir ein wenig unsern eigenen Zustand. Wir haben 800 Millionen Pf. St. fundirter Nationalschuld, von denen ein sehr großer Theil ganz nach derselben Methode contrahirt worden ist welche jetzt die Times an Hrn. Fould als unpolitisch und schädlich tadelt. Damit nicht zufrieden, haben wir, es ist noch nicht lange her, die 20 Millionen für die Neger-Emancipation geborgt, und noch seufzen wir unter dem Druck der zehn Millionen zur Unterstützung der irischen Noth, welche ebenfalls durch Anleihe aufgebracht worden sind. Ferner, es sind kaum zwei Jahre verflossen da stürzte uns unser falsches Handelssystem in einen fast allgemeinen Bankerott, und nur durch die plötzliche, aber lange verzögerte Abschaffung des Gesetzes wurde der Ruin abgewandt. Wahrlich, wir sind die rechten Leute welche berufen sind andern Völkern Lectionen über Finanz und Geldborgen zu halten! Das ist aber unsere Einbildung von unserer National-Superiorität."

Wie die neueste amerikanische Post meldet, hat der Schiffslieutenant Lynch sich freiwillig erboten zur Aufsuchung Sir John Franklins auszufahren. Man glaubt daß die Washingtoner Regierung ihn unterstützen werde.

† **London**, 13. Dec. Heute Vormittags wurde die Leiche der Königin-Wittwe in der königlichen Gruft der St. Georgs-Capelle des Windsorschlosses — einer Schöpfung des stolzen Cardinals Wolsey, der dieselbe zu seinem eigenen Mausoleum bestimmt hatte — neben dem Sarg ihres Gemahls Wilhelm IV beigesetzt, und zwar, dem Wunsche der Hingeschiedenen gmäß, in fast privatlicher Stille. Nur eine Abtheilung Garde-Cavallerie geleitete den achtspännigen Leichenwagen von der etwa 20 englische Meilen entlegenen Bentley-Priory bis Windsor. Die Verwandten der Königin Adelheid, ihre Hofhaltung und Abgeordnete von der Hofhaltung der Königin Victoria bildeten das Trauergeleite. Der Erzbischof von Canterbury segnete die Leiche ein. — Die Protectionistenpartei hält dermalen zahlreiche Versammlungen in Stadt und Land; indessen die Times behandelt ihre Hoffnungen auf Wiederherstellung eines Kornzolls als bare Hallucination.

Frankreich.

Paris, 13 Dec.

Die Ordensverleihungen vom 10 Dec. füllen wieder in einer dritten Fortsetzung eine Anzahl Spalten des Moniteurs. Sie sind mit Umsicht auf die verschiedenen Classen der Gesellschaft vertheilt, und manche haben eine gewisse politische Bedeutung. So sind die HH. v. Rayneval und Drouyn de Lhuys, die Gesandten am neapolitanischen und englischen Hof, mit dem Commenthurkreuz bedacht. Franz Arago (der Astronom) ist zum Großofficier, Hr. Hase, Präsident der Schule der lebenden orientalischen Sprachen und Conservator der Manuscripte an der Nationalbibliothek, zum Commenthur ernannt.

In der Nationalversammlung bewegt sich die Weinsteuerdebatte langsam und gegen Erwartung ziemlich ruhig und still vorwärts. Gestern wurde außer den bereits erwähnten zwei Rednern noch Hr. Bastiat gehört, alle ohne besondern Effect. Eine belebtere Discussion steht für heute in Aussicht, da Hr. v. Montalembert auftreten will. Es handelt sich in der Frage um mehrere Auflagen. Die bedeutendste ist die Circulationssteuer, die jeder bezahlt der direct vom Erzeuger Wein kauft und von der dieser selbst nur für seinen persönlichen Verbrauch ausgenommen ist. Die Departements sind in dieser Beziehung in vier Kategorien eingetheilt, deren jede nach dem Hectoliter bezahlt, die erste 60 C., die zweite 80 C., die dritte 1 Fr., die vierte 1 Fr. 20 C., was mit Zuschlag des Kriegsdecime 66 C., 88 C., 1 Fr. 10 C. und 1 Fr. 32 C. ausmacht. Die Eingangsgebühr richtet sich nach der Bedeutung der Städte und der Classe des Departements; sie wird nur erhoben in den Städten über 4000 Seelen, und macht in der ersten Classe 60 C. bis 2 Fr. 40 C., in der zweiten Classe 80 C. bis 3 Fr. 20 C., in der dritten Classe 1 Fr. bis 4 Fr., in der vierten Classe 1 Fr. 20 C. bis 4 Fr. 80 C. Die Stadt Paris ist einem besondern Gesetz unterworfen, sie hat 8 Fr. vom Hectoliter zu entrichten, ungerechnet ihre Octroigebühren die ihr eigen gehören. Die Detailabgabe fließt mit der Eingangsabgabe zusammen, sie beträgt durchschnittlich 5 C. bis 8½ C. vom Liter. In den Städten unter 4000 Seelen wird sie von den Händlern erhoben. Zwischenhinein hat die Regierung einen Gesetzentwurf über den Elementarunterricht eingebracht. Die Elementarlehrer werden von dem Präfecten angestellt und entlassen, und entweder aus den Laien oder aus den religiösen Associationen genommen. Die verlangte Dringlichkeit wurde jedoch nicht zugestanden. Der National will jetzt die Ursache wissen warum die Regierung den Gesetzentwurf über die Vollendung des Kaisergrabmals plötzlich zurückgezogen hat. Die Commission habe die Verwendung der früher zu diesem Zweck verwilligten Summen geprüft und gefunden daß Graf Duchâtel, der letzte Minister des Innern Ludwig Philipps, noch über 1,317,000 Fr. Rechenschaft schuldig sey, daher ihn mit dem Ersatz belasten wollen. Da die Sache ärgerliches Aufsehen gemacht hätte, so habe der neue Minister des Innern, Hr. F. Barrot, sich ins Mittel gelegt.

⊙ **Paris**, 12 Dec. Unter dem Titel Le Drapeau du Peuple ist die vor einigen Monaten verblichene Ere nouvelle, aber mit einer stark ins Rothe spielenden Farbe von den Todten wieder auferstanden. Sie erinnern sich noch der Ere Nouvelle. Sie war von Lacordaire gegründet worden, welcher sich aber nach kurzer Zeit von ihr lossagte weil das Episkopat sein Mißfallen über die Tendenz des Blattes unverhohlen aussprach. Le Drapeau du Peuple scheint entschlossen zu seyn dem Zorn des hohen Klerus Trotz zu bieten, denn seine Gründung ist schon ein Act des Ungehorsams ihrer Hauptredacteure, Abbé Chantôme und Abbé Leray. Ersterer ist wohl bekannt in den demagogischen Clubs, Mitarbeiter einer socialistischen Zeitschrift Revue des Réformes et du Progrès, worin den kirchlichen Institutionen der heftigste Krieg gemacht wird, und Verfasser einer Denkschrift, in welcher er unter anderm auf die Nothwendigkeit hinweist daß die Bischöfe durch das Volk gewählt werden müssen. Der Erzbischof von Paris hielt es für seine Pflicht ihm die geistlichen Amtsbefugnisse im Bereich seiner Diöcese zu entziehen, der Bischof von Langres ließ ihm dagegen die Weisung sofort eine Pfarre in der seinigen zu übernehmen, und sich hinfüro jeder politischen Thätigkeit zu enthalten zukommen. Der Abbé Chantôme antwortete hierauf durch eine zweite und „verbesserte" Auflage seiner Denkschrift und durch die Anzeige daß sein Journal, welches er als das Organ des christlichen Socialismus ankündigte, in der kürzesten Frist erscheinen werde. Er hat Wort gehalten zum großen Schrecken des Univers und des Ami de la Religion, auf die er es ganz besonders abgesehen zu haben scheint, denn er kanzelt gleich in dem Prospectus des Drapeau du Peuple die Demokraten gehörig ab, weil sie nicht mit der erforderlichen Energie gegen die politisch-religiöse Partei aufgetreten seyen und sie nicht entlarvt haben. Der Abbé Leray ist ein sehr geistreicher junger Mann, welcher eine Zeitlang als Privatsecretär des P. Ventura fungirt hat. Unsre Socialisten schmeicheln sich einen tüchtigen Bundesgenossen an dem neuen Blatte zu finden, eine Hoffnung die nach der Sprache des Ami de la Religion zu urtheilen nicht ungegründet zu seyn scheint. Letzterer hatte schon längst die erzbischöfliche Behörde aufgefordert das Erscheinen des Drapeau du Peuple zu verhindern, weil ein Blatt welches von einem so traurig bekannten Geistlichen wie Chantôme geleitet werde, nur den schlimmsten Einfluß auf die niedere Geistlichkeit ausüben und sogar eine Gefahr für die Kirche werden könne. Die Gefahr für die Kirche wird nun wohl so groß nicht seyn, doch aber steht zu besorgen daß ein Blatt welches es sich zur Aufgabe macht die niedere Geistlichkeit gegen den „Despotismus" des Episkopats zu vertheidigen, bei jener ein viel zu williges Gehör finden dürfte, sowie denn auch eine nicht unbedeutende Anzahl von Mitgliedern derselben in den Provinzen sich bereit erklärt hat für dessen Verbreitung thätig zu seyn. Jedenfalls wird es an Aergernissen aller Art nicht fehlen wenn erst das Organ des christlichen Socialismus gehörig im Zug seyn wird.

. **Paris**, 10 Dec. Wenn im December 1847 niemand geahnt hätte daß in wenigen Monaten Ludwig Philipp nicht mehr König, Frankreich keine Monarchie, und Lamartine, Ledru-Rollin, Louis Blanc, Albert, Flocon, Caussidière, Cremieux u. s. w. die ersten Staatsmänner der zweiten französischen Republik, die einzigen Säulen der in sich zerfallenden Gesellschaft seyn werden, so hätte, nachdem einmal dieses Wunder nichts als ein fait accompli war, auch niemand geahnet daß achtzehn Monate später das Orakel aller Parteien die aus der Revolution sich gerettet oder aus ihr erst hervorgegangen sind — Hr. Guizot seyn werde. Seit der Minister, bei dessen Entlassung Ludwig Philipp vom Thron gestiegen, nach Paris zurückgekehrt ist, kann man kein Gespräch über Politik anknüpfen ohne den Ausspruch Guizots als einen unwiderleglichen Beweis für diese oder jene Partei-Ansicht anhören zu müssen. „Glauben Sie mir, Frankreich ist für die Monarchie ein für allemal verloren, das ist nicht nur meine unmaßgebliche Ansicht, sondern — Sie werden es wohl zugestehen — die sehr maßgebliche Ansicht des Hrn. Guizot; ich habe sie mit Erstaunen aus seinem Munde vernommen." „Für Frankreich ist kein Heil, glauben Sie es mir, als wenn es zur Monarchie, zur legitimen d. h. zur nationalen zurückkehrt, die allen Rechten und allen Interessen hinreichende Bürgschaft bietet; das ist nicht nur meine Ansicht, sondern auch die Ansicht des Hrn. Guizot, wie er sie gestern bei Frau v. T. ausgesprochen." „Frankreich wird so lange auf einem Vulcan ruhen, als auf der einen Seite

Müßiggänger im Ueberfluß schwelgen und auf der andern Seite der Arbeiter für Weib und Kind nicht immer Brod genug hat; dieser unmenschliche Abstand zwischen Mitgliedern einer und derselben Gesellschaft muß aufhören, wenn nicht mit einem Schlage, doch nach und nach, und legt man ans Werk einer solchen Reform nicht schnell ernstlich Hand, dann erleben wir eine Revolution deren Dauer wie deren Gang unberechenbar sind, das ist nicht bloß meine und meiner Partei Ansicht, sondern die eines Mannes den wir auf unserer Seite zu sehen nicht gewohnt sind — um es Ihnen nur gleich zu sagen, das ist die Ansicht des Hrn. Guizot, ich habe sie mit eigenen Ohren aus seinem Mund bei Hrn. M. gehört." „Nur den revolutionären Geist zu bändigen und den Socialismus zu vernichten gibt es keinen andern Ausweg als Ludwig Bonaparte zum Kaiser zu machen, er allein ist durch den Zauber seines Namens im Stande nicht nur alle Parteien unter seine Fahne zu sammeln, sondern auch alle Interessen zu schützen und für alle Täuschungen der Revolution zu entschädigen; darum muß die Partei der Ordnung, will sie Frankreich vor den Gefahren des Socialismus retten, Hand in Hand mit Ludwig Bonaparte gehen, das ist selbst die Ansicht des Hrn. Guizot, wie er sich neulich bei der Aufnahme des Hrn. v. Noailles in die Akademie im Kreise seiner Freunde äußerte." „Welche Phasen die Revolution auch noch zu durchlaufen habe, am Ende wird sich Frankreich doch erinnern daß es seit sechzig Jahren nie mehr Freiheit und nie größern Wohlstand genossen als während der letzten fünfzehn Jahre der Juliusregierung. Auf der Leiter dieser Erinnerung besteigt einst der Graf von Paris den Thron seines Großvaters; das wenigstens ist noch immer die Ansicht des Hrn. Guizot." Soll man in diesem einstimmigen Berufen auf die Ansicht Guizots eine dem hohen Geiste dargebrachte Huldigung bewundern oder mit Widerwillen von der Aeußerung ihrer Ohnmacht sich abwenden welche alle Parteien eingestehen, indem sie alle an denselben Mann sich anlehnen den sie früher zu stürzen vereint gearbeitet haben?

9 **Paris**, 11 Dec. Es scheint daß einige bittere Erfahrungen gemacht worden sind: Präsident und Assemblée zugleich gewitzigt, und durch diese Witzigung sich einander wieder genähert, aneinander geschlossen. Die sogenannte Sanct-Hubertus-Verschwörung zu Gunsten der Legitimität hatte das Wahre daß es ein Versuch war, von einigen Legitimisten ohne Mitwissen der Häupter der Partei ausgegangen, unter den Handwerkern eine Art legitimistischer Organisation zu verzweigen, gewissermaßen Legitimismus und Socialismus aneinander zu kuppeln, ein höchst unreifes Geistesproduct einiger subalternen legitimistischen Speculanten. Andrerseits hatten die Bonapartisten einen Gegenversuch der Organisation einer bonapartistischen Propaganda unter dem Volke gemacht; die Rothen, welche über dieses alles doppelte Berichterstattung hatten, rieben sich insgeheim die Hände halbwund vor Freuden. Die Heerschau des zehnten December wurde abbestellt, weil eine Art bonapartistischer Demonstration in einer oder zwei Legionen der Nationalgarde zum Ausbruch kommen, man rufen sollte: es lebe Bonaparte der Consul. Aber zugleich erfuhr man daß in andern Legionen die Rothen auf alles bereit seyen, gepfeffert und gesalzen; das Militärschauspiel, zu laut angekündigt, unterblieb. Aber Präsident und Assemblée gewahrten urplötzlich wie sehr sie noch einer des andern bedürfen, welcher Abgrund sich bei isolirtem oder widerstößigem Handeln unter ihren Füßen aufthun würde; das ist bei der abgesagten Heerschau das Wahre an der Sache.

⊤ **Algier**, 2 Dec. So eben wird uns die Nachricht von der Einnahme Zaatscha's gebracht. Am 26 Nov. früh 8 Uhr, da mittels Geschütz und Laufgräben die drei Breschen zugänglich gemacht worden, stürmten drei Colonnen von 800 Mann jede mit größter Begeisterung auf sie ein. An ihrer Spitze die Obersten v. Barral, v. Canrobert und der Oberstlieutenant v. Lourmel vom 8ten Linienregiment, während Commandant Bourbaki mit einer vierten unterdessen die Berennung vervollständigte. Wenn der Aufschwung der Truppe ein bewunderungswürdiger zu nennen war, so erfüllte seinerseits der Widerstand alles was man von der mörderischen Vertheidigung, die uns 6 Wochen lang vor diesen Mauern gebannt hielt, zu erwarten berechtigt war. Nichtsdestoweniger waren innerhalb einer Stunde sämmtliche Straßen und Terrassen von den Unsrigen besetzt; darauf sollte sich jedoch die harte Aufgabe der vollständigen Einnahme dieser furchtbaren Höhle nicht beschränken. Haus vor Haus mußte der Feind der sich im Erdgeschoß festgesetzt und verrammelt, und von hier aus sich mit der Wuth der Verzweiflung wehrte, angegriffen und vertrieben werden durch förmliche Belagerung. Viele der Wohnungen konnten nicht anders als durch Sprengen bezwungen werden, und flogen sammt ihren Vertheidigern in die Luft. Diese Einzelgefechte haben uns fast so viele Opfer gekostet als die Erstürmung der Außenwälle. Noch vier Stunden nach der Besetzung des Orts fielen aus den rauchenden Trümmern einzelne Schüsse. Während dieses Kampfs ging es draußen zwischen dem Commandanten Bourbaki und den Männern von Lichana gar lebhaft her, und wiesen ihrerseits die Gums und die Cavallerie die Angriffe derer von Tolga zurück. Nicht einer der fanatischen Genossen des Bou Zian flehte um Gnade, sie fielen mit bewaffneter Hand, alle bis auf den letzten Mann. Ueber 600 Leichen die den Boden bedeckten, zeugten genugsam von der Erbitterung mit welcher diese Leute ihren letzten Kampf ausgefochten. Von Haus zu Haus vertrieben, hatten sich Bou Zian, seine beiden Söhne und der Scherif Si Moussa, der frühere Aufwiegler des südlichen Medeah, der erst seit wenig Tagen eingetroffen, zuletzt in des erstgenannten Wohnung zurückgezogen, wo sie den Angreifenden eine verzweifelte Gegenwehr entgegensetzten. Der Schlupfwinkel mußte endlich in die Luft gesprengt werden, und die Vertheidiger fanden nun unter den Trümmern den Tod. Um angesichts der Araber die gerechte Strafe dieser Anstifter und Häupter der Insurrection außer allen Zweifel zu setzen, wurden ihre Köpfe vom Rumpfe getrennt und im Lager des Generals Herbillon zur Warnung aufgestellt. Wir hatten in diesem Kampfe 30 bis 40 Todte und 150 Verwundete; unter erstern Hauptmann Lapeyruse von den eingebornen Schützen, Rosetti, Unterlieutenant bei den Spahis, und den Zuaven-Lieutenant Reygnac; unter letztern mehrere Officiere, unter andern auch Oberstlieutenant von Lourmel, jedoch nur leicht. (Diesem Bericht, der am 8 Dec. mit dem „Algierischen Moniteur" in Paris eintraf, fügt der Constitutionnel folgende Betrachtungen hinzu: Mit dem Tode also sämmtlicher Fanatiker welche die Oase vertheidigten, hat die blutige Episode von Zaatscha geendet. Aber damit ist noch nicht alles zu Ende; es wird der Anstrengungen noch mehr bedürfen. Während die Araber von Duar zu Duar die Kunde weiter erzählen werden von der furchtbaren Züchtigung welche die Aufrührer traf, wird das Heer noch viel zu thun haben bis zur vollständigen Beruhigung des Landes. Mögen alle diese Ereignisse, durch welche in so schmerzlicher Weise Algier die Aufmerksamkeit wieder in Anspruch genommen, uns für die Folge zur Lehre dienen. Bei Ankunft von Friedensnachrichten vergessen wir in Frankreich allzuleicht daß drüben eine Bevölkerung von drei Millionen Eingebornen uns gegenübersteht, deren Sinn uns feindlich, in deren Glaube Tod im heiligen Kriege, im Kriege gegen Christen, Sündenvergebung ist und verheißene Seligkeit. Ohne Zweifel ist Colonisirung vonnöthen, und muß der Augenblick nach besten Kräften gefördert werden der die Niederlassung und Festsetzung einer mächtigen christlichen Bevölkerung in diesen öden Steppen verwirklicht; doch darf bei allen ergriffenen Maßregeln, bei Gesetzen und Verfügungen nicht außer Acht gelassen werden daß kaum 120,000 Europäer dort von Feinden gelagert sind, mit andern Worten daß alles sorgfältig zu vermeiden ist was das zur Beherrschung der Araber unerläßliche Autoritätsprincip schwächen könnte. Vergessen wir nicht daß von dem Tage an da sie sollten Schwäche bei uns zu entdecken glauben, die Sicherheit, dieß erste Element der Colonisation, verschwinden würde. Stark und gerecht, sey unser Spruch.)

Ostindien.

Die neue Post, deren Einlauf wir vor einigen Tagen angezeigt, ist sehr mager an Nachrichten. Der Generalstatthalter Marquis v. Dalhousie war fortwährend kränklich, und wenn nicht die kühlere Jahreszeit eine Besserung herbeiführt, wär es möglich daß er vor der Zeit nach England heimkehren müßte. — Das wichtigste ist der Wiederausbruch der Unruhen in der zur Präsidentschaft Bengalen gehörigen Zeminbarie Gumsur, einer fast ganz mit Bambus bedeckten und für Europäer sehr ungesunden Waldgegend des Bezirks Gangara, in der Provinz der nördlichen Circars (19° 52′ n. B., 102° 32′ L.). Die eigentliche Ursache der Unzufriedenheit unter dem dort hausenden wilden Geschlecht ist fortwährend das von den Britten erlassene Verbot der Meriahs, d. h. Menschenopfer zur Erzielung fruchtbarer Saaten. Das Haupt der Ruhestörer ist ein gewisser Chokro Bissye. Die Barbaren widersetzten sich aber nicht bloß dem brittischen Agenten und seinen wenigen Executionstruppen, sondern die verschiedenen Stämme lagen sich selbst in den Haaren, mordeten einander und brannten sich gegenseitig die Dörfer nieder. Die Meriahs, wozu am liebsten gefangene Feinde verwendet werden, bluteten zahlreicher als je. Es sollten Verstärkungen dahin abgehen. In dem benachbarten Bezirk Symbhulpur starb am 10 Oct. der von der ostindischen Compagnie abhängige Rädscha ohne Leibeserben, und erstere wird nun die Regierung daselbst unmittelbar übernehmen. Der Bezirk ist von großer Ausdehnung, und die Einkünfte beträchtlich; das Land ist aber vergleichsweise noch wenig erforscht. Die directe Ausdehnung der brittischen Herrschaft dahin mag dazu beitragen den grausamen Menschenopfern Einhalt zu thun. — Aus dem Dekhan abermals die stereotype Versicherung daß der Vasallenstaat des Nizam (Heyderabad) immer unhaltbarer werde, und die Compagnie das Land dieses ihr mit großen Summen verschuldeten Fürsten nächstens unter ihr unmittelbares Scepter nehmen müsse. — Das Pendschab wird, nachdem die verdächtigen Sikh-Sirdare vollends eingefangen sind, als vollkommen gesichert betrachtet, so zwar daß die Familien der dort stationirten eng-

lischen Officiere nun Erlaubniß erhalten haben zu diesen zu ziehen, was sonst in Gegenden die als im Kriegszustand befindlich angesehen sind, nur ausnahmsweise gestattet wird. Den Officieren und Soldaten die den letzten Krieg gegen die Sikh mitgemacht, ist jetzt eine halbe Batta (Feldzulage) ausgezahlt worden — eine halbe nur wegen des sehr angegriffenen Zustandes der indischen Finanzen (Nr. 334 der Allg. Ztg.). Außerdem sollen sie eine Medaille erhalten. — Die Regierung von Bengal hat einen Preis von 5000 Rupien (6000 fl.) für die Erfindung einer zweckmäßigen und ökonomischen Maschine zur Trennung der Baumwolle von den Samencapseln ausgesetzt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 13 Dec. Consols $97\frac{1}{4}$.

Paris, 13 Dec. 3proc. 56.25; 4proc. 71.50; 5proc. 91.50; Schatzsch. $4\frac{1}{2}$; Bankactien 2427.50; belg. Anl. v. 1842 97; röm. $81\frac{1}{2}$; span. paſſ. $4\frac{1}{8}$; 3proc. $38\frac{3}{4}$; innere Sch. $30\frac{3}{16}$; holl. $2\frac{1}{2}$proc. $58\frac{3}{4}$; piem. 5proc. 84.50; Oblig. v. 1834 950; St. Germain E.-B. 415; Verſ. linke 168.75; Paris-Orleans 757.50; Rouen 551 25; Straßburg 361.25; Nordbahn 458.75; Rouen-Havre 242.50; Marſ.-Avignon 220; Straßb.-Basel 105; Orl.-Vierzon 330; Bordeaux 405; Tours-Nantes 278.75; Montereau-Troyes 115.

Amsterdam, 13 Dec $2\frac{1}{2}$proc. $55\frac{3}{16}$; 3proc. $64\frac{1}{8}$; 4proc. 84; Synd. $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{4}$; port. 4proc. $36\frac{7}{8}$; Met. 5proc. $82\frac{1}{4}$; belg. $2\frac{1}{2}$proc. $46\frac{3}{16}$; Ard. $13\frac{1}{8}$. Curs auf London 12 k. S. Curs auf Hamburg $34\frac{15}{16}$ k. S.

Frankfurt a. M., 15 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $85\frac{3}{8}$; 4proc. $67\frac{3}{8}$; 3proc. $51\frac{1}{8}$; $2\frac{1}{2}$proc. $44\frac{7}{8}$; Bankactien 1288; 500fl.-Looſe $159\frac{1}{4}$; 250fl.-Looſe 97; preuß. 50Thlr.-Prämienſcheine 102; $3\frac{1}{2}$proc. Staatsſchuldſch. 89; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{1}{2}$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $85\frac{7}{8}$; württemb. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$; bad. 5proc. $99\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $79\frac{5}{8}$; Lotto-Anl. à 50 fl. $53\frac{3}{8}$; 35fl.-Looſe $31\frac{7}{8}$; darmſt. $3\frac{1}{2}$proc. 82; 4proc. $88\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $93\frac{1}{2}$; 50fl.-Looſe $71\frac{1}{2}$; 25fl.-Looſe 28; kurheſſ. Fried.-Wilh.-Nordbahn $48\frac{3}{8}$; 40Thlr.-Looſe $32\frac{3}{4}$; naſſ. 5proc. $101\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. $84\frac{1}{4}$; 25fl.-Looſe $25\frac{5}{8}$; Frankfurt 3proc. $78\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{1}{2}$, 88; Taunusbahn 299; holl. $2\frac{1}{2}$proc. $55\frac{3}{8}$; span. 3proc. innere Schuld $29\frac{5}{8}$; poln. 300fl.-Looſe 114; 500fl.-Looſe $80\frac{3}{8}$; sard. 36Fr.-Looſe $31\frac{3}{4}$; Disconto $2\frac{1}{4}$.

♀ **Wien,** 13 Dec. Ungeachtet das heute veröffentlichte Uebereinkommen zwischen der k. k. Finanzverwaltung und der österreichischen Nationalbank (in der heutigen Wiener Zeitung), in Betreff der Ordnung und Rückzahlung der dem Staat geleisteten verschiedenen Vorschüsse, im Beginn der Börse auf die Valuten und die Curse im allgemeinen günstig einzuwirken schien, konnte sich diese Tendenz nicht behaupten und Wechsel auf fremde Plätze, sowie Comptanten schlossen vielmehr abermals bedeutend höher. Fonds und Actien, anfangs etwas besser bezahlt, blieben zu Ende zur Notiz offerirt. Bankactien waren in Folge der heute auf vierzig Gulden per Actie festgesetzten halbjährigen Dividende für das zweite Semester d. J. bis 1205 bezahlt. Von fremden Devisen herrschte vorzüglich für London, Augsburg, Hamburg und Amsterdam Nachfrage ohne willige Abgeber. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{7}{8}$–94, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{1}{4}$–$83\frac{5}{16}$. Looſe vom J. 1834 173–$173\frac{1}{2}$, Looſe vom J. 1839 $106\frac{1}{4}$–$106\frac{1}{2}$, Bankactien 1192–1195, Nordbahnactien 110–$110\frac{1}{8}$, Gloggnitzer $110\frac{1}{2}$–111, Mailänder $83\frac{1}{4}$–$83\frac{1}{2}$, Peſther $87\frac{5}{8}$–$87\frac{3}{4}$. London (i. k. S.) 11.15, Hamburg $164\frac{1}{2}$ G., Augsburg uso 112 G., Frankfurt $111\frac{1}{4}$ G., Amsterdam 155 G., Mailand $98\frac{1}{4}$ B., Livorno $107\frac{1}{2}$ G., Genua 127 G., Paris 132 G., Marseille 132 G. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 19, Silberagio $10\frac{3}{4}$–11 Procent. Goldſorten stark gesucht und höher bezahlt. Napoleonsd'ors 9 fl. 4 kr., Souv.d'ors 15.34–36, Friedrichsd'ors 9, Preuß. 9.6. — Die halbjährige Actien-Dividende für das zweite Semester 1849 wurde in der heute abgehaltenen Banksitzung auf vierzig Gulden per Actie festgesetzt. Sicherm Vernehmen nach soll der in den Reservefond zu hinterlegende Betrag dießmal nicht in Metalliques, sondern in 3proc. Cassenanweisungen angelegt werden, welche Maßregel wegen der augenblicklichen Disponibilität des betreffenden Betrags als eine sehr zweckmäßige erscheint.

♀ **Wien,** 14 Dec. Aus den heutigen Notirungen werden Sie ersehen, welche weiteren ungünstigen Variationen unsere Valutaverhältnisse erlitten haben, während zugleich die Fonds- und Actiencurse weichend waren. Fremde Devisen und Comptanten sind seit gestern abermals empfindlich gestiegen und waren die meisten Plätze bis zur Notiz, London und Gold sogar über Notiz bezahlt. London in langer Sicht war bis 11.28 und das Goldagio bis $20\frac{1}{4}$ Procent gemacht. Bei all dem war weder der Bedarf noch der Umsatz überhaupt so erheblich um diese unverhältnißmäßige Steigerung der Preise zu motiviren. Für Fonds und Eisenbahnen herrschte eine gedrückte Stimmung und sind von letzteren zunächst Nordbahn- und Mailänder-Actien um 1–2 Proc. zurückgegangen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93\frac{11}{16}$–$93\frac{3}{4}$. $4\frac{1}{2}$proc. 83–$83\frac{1}{8}$. Looſe vom J. 1834 $173\frac{1}{2}$–174, Looſe vom J. 1839 $106\frac{1}{2}$–$106\frac{3}{4}$. Bankactien 1191–1193, Nordbahnactien $109\frac{1}{2}$–$109\frac{5}{8}$. Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder $81\frac{1}{4}$–$81\frac{1}{2}$, Peſther $87\frac{1}{2}$–$87\frac{3}{4}$. London (i. k. S.) 11.25–11.27, Hamburg $166\frac{1}{2}$–167, Augsburg uso $113\frac{1}{4}$ G., Frankfurt 113 G. Amsterdam 158–$158\frac{1}{2}$, Mailand $98\frac{1}{4}$ B., Livorno 110 B., Genua $128\frac{1}{4}$ G., Paris 134 B., Marseille 134 B., Lyon 134 B., Bukarest (31 Tage S.) 240–242, Konstantinopel (31 Tage S.) 392 B. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $19\frac{3}{4}$–20, das Silberagio ist heute auf 12–$12\frac{1}{2}$ Procent gestiegen. Goldſorten ebenfalls höher und gesucht. Napoleonsd'ors 9.6, Souv.d'ors 15.36–40, Friedrichsd'ors 9.3, Preuß. 9.8, engl. Sovereigns 11.10, Imperial. 9.15.

Berichtigung.

In der gestrigen Uebersicht ist bei der Türkei die Ueberschrift von einer vorhergehenden Nummer mit eingehoben worden. Es soll heißen: Was hielt die Russen von Konstantinopel zurück?

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe: für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Dienstag Nr. 352. 18 December 1849.

Da mit diesem Monat das vierte Quartal der Allgemeinen Zeitung zu Ende geht, so bitten wir die Bestellungen möglichst frühzeitig bei den betreffenden Postämtern zu machen, damit nicht für die zu spät sich Meldenden unvollständige Exemplar geboten werden müssen. **Es werden auch Bestellungen auf ein Vierteljahr angenommen.** Die auswärtigen Abonnenten belieben sich mit ihren Bestellungen an die zunächst gelegenen Postämter und Zeitungs-Expeditionen, in den österreichischen Staaten an die dortigen k. k. Postämter, in Frankreich an Hrn. G. A. Alexandre in Straßburg und Paris und Hrn. F. Klincksieck, Nro. 11 Rue de Lille in Paris; in England an die HH. Williams and Norgate 14 Henrietta Street, Covent Garden, London, zu wenden. Gemäß der in unserer Beilage Nro. 347 abgedruckten Uebereinkunft zwischen den Postverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection wird, mit Ausnahme von Bayern wo der Preis unverändert bleibt, in diesen Ländern die Allgemeine Zeitung künftig 19 fl. 8 kr. oder 10 Rthlr. 28 Sgr. jährlich kosten, und viertel- und halbjährlich abgegeben werden.

Uebersicht.

Datum der Börsen: London, Paris, Hamburg 14; Wien, Berlin 15; Frankfurt 16; Augsburg 17 Dec.

Deutschland.

⚌ **Frankfurt a. M.**, 14 Dec. „Hie Welf, hie Waiblingen" dieses große Stichwort der Parteien kann in früheren Zeiten kaum mit größerer Erbitterung hin- und hergerufen worden seyn, als jetzt in der alten Kaiserstadt das kleinere „hie patriotischer Verein, hie Montagskränzchen." Früher galt es einem großen Reiche, jetzt einem winzigen neu zu fabricirenden Staat, und das gibt leider das Verhältniß einer großen Vergangenheit zu einer kleinen Gegenwart, die wir alte Kinder uns eben noch so groß träumten. Blut fließt freilich nicht bei dem neuen Streite, aber Gift und Galle in Strömen! In Frankreich schlagen sich die Volksvertreter nachdem sie sich geschimpft haben; ich will das nicht loben, aber es gibt doch der Sache einen chevaleresken Anstrich! Bei uns potenzirt man die göttliche Grobheit, in Frankfurter und hochdeutscher Mundart, bis zu der wahrlich nicht menschlichsten Höhe! Nur selten klingen zwischendurch die Töne vernünftiger Männer, die beide Parteien zur Vernunft und Mäßigung zurückzuführen suchen. In unserem Intelligenzblatt, das sich früher nur an die Intelligenz der Wohnungsuchenden und Wohnunganbietenden wandte, Wiegen, Särge und Ehebetten registrirte, und so ein Muster der vormärzlichen „bescheidnen und mäßigen" Presse war, siedet und brauset und zischt es wie in einem Hexenkessel, und der giftige Dunst steigt unheildrohend an unserem Horizont auf. Es handelt sich um „Seyn und Nichtseyn", oder vielmehr um Werden oder Nichtwerden unserer neuen Verfassung. Der patriotische Verein, oder doch ein großer Theil desselben hat eine Schrift an den Senat gerichtet sie nicht zur Abstimmung der Gesammtheit der Staatsangehörigen zu bringen, was mit dem Gesetz vom 19 Oct. 1848 in directem Widerspruch steht, aber dadurch motivirt wird daß nach dem Einführungsgesetz der Stadt Privateigenthum, wenn auch nur provisorisch entzogen, und im Widerspruch mit der Congreßacte, welche von der freien Stadt Frankfurt und ihrem Gebiet spricht, ein Staat Frankfurt ohne Territorium gebildet werden solle. Wenn von diesen Gründen der erste plausibel, der andere zugleich mit einem drohenden Fingerzeig begleitet ist, so findet sich hingegen ein anderer darunter welcher, freilich nur in hypothetischer Form ausgedrückt, doch eben so unrichtig als besorgnißerregend erscheint. Es heißt nämlich darin „die Competenz der (hiesigen) constituirenden Versammlung werde von mehreren Rechtsgelehrten und anderen hiesigen Bürgern überhaupt bestritten, weil über die Aufhebung der alten Constitutionsergänzungsacten, deren Formen der Artikel 50a derselben angibt, nicht die Mehrheit der Bürger vorschriftsmäßig abgestimmt haben soll. Es bezieht sich dieß auf eine, früher von dem patriotischen Verein selbst abgewiesene Chikane eines hiesigen Rechtsanwalts, welcher die Stimmen der damals Nichtabstimmenden als verneinende gezählt wissen wollte, während der Senat selbst das Resultat dieser Abstimmung als ein vollgültiges im Amtsblatt vom 21 Oct. 1848 durch die Stadtkanzlei verkünden ließ. Die Majorität der Constituante behauptet ihrerseits, in einer zwar nicht unterzeichneten aber augenscheinlich von ihr herrührenden Deduction: wenn die Bürgerschaft in der ihr zustehenden allgemeinen Abstimmung den Verfassungsentwurf verwerfe, so — stehe es wieder ihr, derselben Constituante, zu einen neuen vorzulegen. Eine Behauptung die sich selbst widerlegt, und an einen Arzt erinnert der seine Patienten fragte ob sie homöopathisch oder allopathisch behandelt seyn wollten! Von keiner Seite wird der Weg vorgeschlagen der vollkommen gesetzlich wäre, und unserer Meinung nach auch zum Ziel führen würde: der Senat sollte der Constituante mittheilen, er könne die von ihr vorgelegte Constitution nur zur definitiven Abstimmung vorlegen, wenn der Besitz der städtischen Güter vorläufig der Stadt verbleibe, und falls sie darauf eingeht, öffentliche Abstimmung unter Verwahrung aller allenfallsigen Rechtszuständigkeiten anordnen. Bedenkt man daß auch der Ausschuß der zusammengetretenen Handwerke und Gewerbe seine Bedenken gegen wichtige Punkte der neuen Verfassung wiederholt zur Sprache bringt, so ist kaum zu zweifeln daß diese verworfen würde und dann gesetzmäßig weiter zu verfahren wäre. Aber wir leben eben in der Zeit der Octroyirung,

und es wäre wohl möglich daß die neue provisorische Centralcommission, die sich nächste Woche constituiren wird, die Entscheidung über unsere hiesige Angelegenheit zuerst in die Hand nähme. Ob dieß für unser Gemeinwesen heilsam wäre, mag dahin gestellt bleiben.

|| **Frankfurt a. M.**, 16 Dec. Von den Mitgliedern der neuen Bundescommission sind die HH. Böttcher und Schönhals mit den beigegebenen Beamten (Matthies, Graf Goltz, v. Werner rc.) heute hier eingetroffen. General v. Radowitz und Hr. v. Kübeck werden diesen Abend noch erwartet. Die Einsetzung der Interimscommission wird wahrscheinlich im Laufe der Woche vor sich gehen. Nach den getroffenen Anstalten zu urtheilen, tritt der Erzherzog-Reichsverweser noch vor Neujahr die Reise nach Oesterreich an. Unter der Bürgerschaft circulirt eine an ihn gerichtete Abschiedsadresse. Die getrennten Commandos der preußischen und sogenannten Reichstruppen werden nach Einsetzung des Interims wohl wegfallen, und sämmtliche hier liegende Truppen unter dem österreichischen General Mainoni stehen. — Der Senat hat gestern beschlossen sich über den Verfassungsentwurf der constituirenden Versammlung durch einen Ausschuß-Vortrag erstatten zu lassen. — Das Main-Eis hat sich heute Nachmittag in Bewegung gesetzt; bei anhaltend milder Witterung ist die Wiederaufnahme der Schifffahrt in wenig Tagen zu erwarten

Bayern. **München**, 14 Dec. Die Kammer der Reichsräthe berieth heute das Amnestiegesetz, und gelangte damit nach sechsstündiger Debatte zu Ende. Das Resultat war daß der Gesetzentwurf der Staatsregierung in unveränderter Fassung angenommen, die von der Kammer der Abgeordneten beschlossenen Modificationen und Anträge, sowie auch die von dem Ausschuß der Reichsrathskammer selbst beantragten Modificationen verworfen, dagegen als Anhang zu dem Gesetz folgende Anträge beschlossen wurden: 1) daß der Absatz 1 des Art. 1 auch auf Officiere ausgedehnt werden möge, mit Ausnahme a) der Officiere der Freischaaren, b) derjenigen Officiere der Volkswehr welche besondere selbständige Corps formirt oder commandirt haben, c) derjenigen Stabsofficiere der Volkswehr, welche nicht aus dieser selbst durch Wahl hervorgegangen sind; 2) daß der Absatz 2 des Art. V folgende Erweiterung erhalten möge: „diejenigen welche mündlich in einer öffentlich versammelten Volksmenge oder durch Verbreitung schriftlicher, gedruckter oder ungedruckter Aufsätze aufgefordert die bestehende Staatsverfassung durch gewaltsame Revolution zu ändern, oder durch Aufruhr, Verschwörung oder Verständniß mit Auswärtigen einen Theil des Staats vom Ganzen loszureißen; 3) daß auf Personen welche nicht Angehörige des bayerischen Staats sind, die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung finden mögen. (Bayer. Bl.)

|| **München**, 17 Dec. Vielerlei Stoff lag heute den Abgeordneten vor. Zuerst kam das vielgewanderte Gesetz über die Ansässigmachung der Schullehrer an die Reihe. Der mehrfach beanstandete Art. 4 weicht heute einer transitorischen Bestimmung, so daß nun endlich der Beitritt der Reichsräthe in Aussicht steht. Von da geht es an das Amnestiegesetz. Der Referent Prinz und mit ihm der Ausschuß einstimmig beantragen bei den frühern Beschlüssen zu verharren und den Reichsräthen nur in zwei geringern Punkten — dem Streichen des Wortes „freiwillig" im Art. 1 und des Antrags auf Ausdehnung der Amnestie nach Gutdünken der Regierung — nachzugeben. Rubner spricht sofort die Hoffnung aus daß die Kammer dem Ausschusse ohne Debatte und einstimmig beitrete; er hofft daß die andere Kammer endlich doch der Majorität, deren Beschlüsse auch seine Partei als maßgebend stets anerkenne, beitreten werde; immerhin sey es sehr bedauerlich daß es gerade vier kön. Prinzen gewesen welche für die weniger milden und versöhnenden Beschlüsse den Ausschlag gegeben. Frhr. v. Lerchenfeld beklagt diese Erwähnung, unterstützt aber Rubners Antrag auf Unterlassung jeder Discussion. Prell beginnt gegen die Reichsräthe zu eifern, die es wagen sich dem Volkswillen zu widersetzen, da diese Kammer doch den Frankfurter Beschlüssen und den k. Zusagen zufolge gar nicht mehr wie früher bestehen sollte. Der Redner wird hier von mehreren Seiten, namentlich von Rudhart mit der Bemerkung unterbrochen daß vor allem der Präjudicialantrag Rubners zu erledigen sey. Gegen diesen äußert sich nun Minister v. Kleinschrod: es handle sich hier um einen Act der Versöhnung; verwerfe man die Vorschläge der gleichberechtigten Kammer ohne Debatte, so könne diese nicht nachgeben, und das Interesse der Gefangenen welche Rubner bis Weihnachten befreit sehen will, sey direct gefährdet. Trotz dieser ministeriellen Mahnung sprechen Rubner, Hegnenberg und Lassaulx nur noch wenige Worte, dann fordert Dr. Heine, indem er bemerkt daß er der Bitterkeit mit der ihn die Verwerfung seiner Anträge erfüllt habe, Selbstüberwindung entgegensetze, die Kammer auf seinem Beispiel zu folgen und Rubners Antrag zu genehmigen. Dieß geschieht auch einstimmig, und obwohl bei zwei verschiedenen Paragraphen einmal von Director Breitenbach, das anderemal vom Justizminister Bedenken erhoben werden, so schließt sich doch die Kammer alsbald vollständig und einstimmig dem Ausschuß an. Nach Zusicherung des Präsidenten wird dieser Beschluß sogleich den Reichsräthen mitgetheilt. Schließlich wird noch das Gesetz über den Schutz der Telegraphenlinien berathen und unter den von der Kammer der Reichsräthe beantragten Modificationen angenommen.

e **München**, 15 Dec. Sie können wohl denken daß der Kammerbeschluß über die Judenemancipation großen Eindruck im hiesigen Publicum, unter den Mittelclassen nicht den angenehmsten, gemacht hat, und daß er die verschiedenartigsten Beurtheilungen erfährt. *) Da der Hauptartikel des Gesetzentwurfs in der Abstimmung für sich angenommen worden, so ist die Gleichstellung der jüdischen mit den christlichen Glaubensgenossen in Bayern unbedingt ausgesprochen und von den Abgeordneten als ein Verfassungsgesetz verkündigt, während der als „transitorische Bestimmung" beigefügte Vorbehalt davon sogar formell getrennt erscheint. Auf diesen Vorbehalt einigten sich die nicht ganz harmonirenden Fractionen der Majorität der 91 um deßwillen sehr leicht, weil jede dabei mit einer gewissen Mentalreservation ihrer Zeit harren zu können vermeinte: die eine in der Ueberzeugung bei den zur Revision kommenden Gesetzen über Gemeindewesen, Ansässigmachung und Gewerbordnung späterhin besser als jetzt zum absoluten Veto greifen zu können; die andere, indem sie hoffte eben bei diesen Gesetzesvorlagen der absoluten Freiheit die Bahn zu brechen. Die hiesige jüdische Gemeinde erblickt in diesem Ausgang der Debatten einen vollen Sieg ihrer Sache, und wir müssen nun sehen ob wirklich, wie man hofft, dem conservativen Element des Staats sechzigtausend bisherige Mißvergnügte in Bayern sind gewonnen worden. — Das heute erschienene Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung daß im J. 1850 eine Prüfung für den Staatsbaudienst stattfinde. Candidaten haben ihre Gesuche um Zulassung bis zum 31 Jan. 1850 bei der obersten Baubehörde einzureichen.

e **München**, 17 Dec. Dem Vernehmen nach ist der bisherige interimistische Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt Oberst v. Xylander zum wirklichen Bevollmächtigten Bayerns bei der neuen Bundes-Centralcommission ernannt, und bei diesem Anlaß als Generalmajor im Ingenieurcorps charakterisirt worden. Man schmeichelt sich hier mit der Hoffnung des Erzherzogs Johann kaiserl. Hoheit auf seinem Rückweg nach Oesterreich in München begrüßen zu können. (Der Grazer Zeitung zufolge wird der Erzherzog, nach kurzem Verweilen in Wien, seinen Aufenthalt wieder in der steyerischen Hauptstadt nehmen)

Gr. Baden. Wir erhalten folgende Reclamation: „Wenn die Allg. Ztg. ihren Lesern von meiner Erklärung in dem Deutschen Volksblatt, in welchem ich zuerst die ebenso lächerlichen als böswilligen Verdächtigungen gegen mich gelesen habe, gefällige Mittheilung gemacht hätte, würde einer ihrer Correspondenten aus Baden wohl schwerlich von dem „Unterbleiben einer offenen Erklärung über den angeblichen Brief an den Großherzog" haben berichten können. Ich habe durchaus nicht die Anmaßung daß sich öffentliche Blätter in meiner gänzlichen Zurückgezogenheit mit mir beschäftigen sollen, glaube aber erwarten zu dürfen daß, wenn eine Beschuldigung erhoben wird, auch die Einsprache gehört werde. Ich erkläre hiemit daß ich weder seit Jahren ein Schreiben irgendeiner Art an den Großherzog gerichtet, noch je einen solchen thörichten Gedanken, wie angedeutet wurde, gefaßt habe, was ich die geehrte Redaction in ihr weitverbreitetes Blatt aufzunehmen bitte. Hochachtungsvoll Heinrich v. Andlaw. Hugstetten, den 13 Dec. 1849."

Thüringen. **Gera**, 10 Dec. Heute wurde die von dem seit dem September hier versammelten constituirenden Landtag des Fürstenthums Reuß j. L. mit der diesseitigen Regierung vereinbarte Verfassung, nach erlangter fürstlicher Sanction, in öffentlicher Sitzung vom Vorstand des hiesigen Ministeriums Dr. v. Bretschneider dem Landtagspräsidium übergeben und, nachdem derselbe sie beschworen, von Seiten des Landtags vollzogen. Die Grundrechte der deutschen Verfassung sind mit noch einigen Erweiterungen in diese Verfassung aufgenommen; unter den Bestimmungen über die Gesetzgebung stehen die über das suspensive Veto — nach zweimaligem jedesmal mit zwei Drittel der Stimmen erfolgten Einbringen zweier auf einanderfolgender ordentlicher Landtage soll ein Antrag auch ohne fürstliche Sanction Gesetzeskraft erhalten — oben an. Das Wahlgesetz gibt jedem 25jährigen Staatsangehörigen active und passive Wahlfähigkeit; der Landtag selbst, bestehend aus 19 Mitgliedern, wird alle zwei Jahre zusammentreten. (L. Z.)

---

*) Wir werden aus dieser Debatte Auszüge aus den Reden der HH. Döllinger und Lerchenfeld nachtragen, sowie die stenographischen Berichte in unsern Händen sind.

Bernburg, 7 Dec. Unser Landtag besteht nach der unterm 14 Dec. v. J. octroyirten Verfassung aus vierundzwanzig Mitgliedern, und kann nach §. 66 dieser octroyirten Verfassung nur Beschlüsse fassen wenn zwei Drittheile seiner Mitglieder versammelt sind. Am 4 d. stellte das Ministerium einen Antrag auf Abänderung des §. 66 der Verfassung dahin „daß zur Beschlußfähigkeit des Landtags die Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder ausreichend seyn solle.“ Nach der Geschäftsordnung war dieser Antrag an den Verfassungsausschuß und dann n die Abtheilungen zu verweisen. Dessenungeachtet forderte die Majorität des Landtags die sofortige Berathung und Beschlußfassung über den ministeriellen Antrag, ja beantragte, als die Minorität dieß durch ihre Entfernung verhinderte, sogar eine Octroyirung jener Bestimmung beim Staatsministerium, welches denn auch sofort ein entsprechendes provisorisches Gesetz octroyirte. Die Minorität des Landtags hielt es mit ihrem Gewissen nicht für vereinbar, länger einer Versammlung anzugehören welche geradezu jeden Beschluß in die Hand einer Minorität von nur sieben unter allen Umständen getreuen Stimmen legt. Zehn Mitglieder des Landtags, Breymann I, Keupsch, Barnbeck, Hanitsch, Hesse, Söhns, Jacoby, v. Rex, Meyer und Bätz, haben gestern ihr Mandat niedergelegt und ihren Wählern darüber Rechenschaft gegeben. (Z. f. N.)

Hansestädte. **Lübeck** steht in militärischer Hinsicht eine Veränderung bevor; in Lübeck beabsichtigt man, wie in Dessau, eine Einverleibung des Lübeck'schen Militärs in das preußische zunächst aus Rücksichten der Sparsamkeit, besonders bei der Cavallerie, welche alljährlich 50,000 Mark kostet. Der ganze Militäretat des Freistaats Lübeck beträgt alljährlich 165,000 Mark. Durch das Aufgeben des selbständigen Militärstaates hofft man bedeutend zu ersparen, da das bisherige Einquartierungswesen dann verlassen werden würde und das preußische Casernirungswesen einträte. Auch das System der einjährigen Freiwilligen würde dann zur Einführung und Geltung kommen. Käme der engere Bund nicht zu Stande, so würde das Netz der Militärconventionen und des zu erweiternden Zollvereins hinreichen Preußen in dieselbe Stellung zu bringen wie der Verfassungsentwurf vom 26 Mai sie will. Ja für Preußen wäre diese Stellung eine noch günstigere, weil ungebundenere, während für die andern Staaten der verfassungsmäßig geordnete Zustand vorzuziehen wäre. Man möge dieß in den Staaten die dem preußischen Bündniß widerstreben, ohne positive Vorschläge zu machen, wohl bedenken!

Hannover. **Hannover**, 15 Dec. In der heutigen Sitzung der Stände nahmen beide Kammern den Conferenzvorschlag in der Amnestieangelegenheit an, nach welcher die „Stände beschließen die königliche Regierung zu ersuchen, in den seit März v. J. vorgekommenen Straffällen, wo die Gesetzesübertretungen ihrem letzten Grund nach auf die derzeit herrschend gewesene Aufregung sich zurückführen lassen, und die Persönlichkeit des Schuldigen, sowie die Umstände des einzelnen Falls eine milde Behandlung gestatten, thunlichste Gnade walten lassen zu wollen.“

Preußen. — **Berlin**, 12 Dec. Der Gemeinde-Ordnungs-Entwurf ward in den letzten Sitzungen durchgepeitscht. Nachdem die Opposition gegen das Princip desselben in dem (Landrath) v. Manteuffel'schen Amendement zurückgewiesen war, hielt sich dieselbe nicht mehr lange bei den einzelnen Artikeln auf. Sie gab Schanze für Schanze kaum nach einer scheinbaren Vertheidigung auf. Was sollte sie sich auch dabei aufhalten! Das Princip des Entwurfs, welcher Stadt und Land zusammenwirft, gehört der demokratischen Forderung der Zeit an; die Ausführung ist das Werk der Regierung. Sollte die aristokratische Opposition sich gerade dagegen setzen! Die Details waren ihr gleichgültig, nachdem das Wesen angenommen. Befremdend war es dennoch diese selbe Partei welche in den Steuer-, Grundzins- und Reallasten-Ablösungen mit so äußerster Anstrengung jede Position zu halten suchte, in dieser hochwichtigen Angelegenheit so schnell das Feld räumen zu sehen. Befremdend, aber nicht erfreulich. Hier galt es die alten ländlichen Zustände des germanischen Wesens retten, Zustände von denen sie sogar behaupten daß an ihnen der Sturm der Revolution sich gebrochen. Wenn die Ritter der Kreuzzeitung auf diesem Felde ihre letzten Kräfte aufgeboten, wenn sie hier mit allen ehrlichen Waffen gefochten, mit derselben Wärme mit der sie dem König sein Bischofsrecht, dem Staat seinen christlichen Charakter, der Kirche ihren Einfluß auf die Schule, der Regierung ihr gebornes Recht auf die bestehenden Steuern und den Grundbesitzern ihren Einfluß und ihre materiellen Rechte zu retten suchten, wir würden das einen ehrenwerthen Kampf genannt und auch den Unterliegenden unsere Achtung nicht versagt haben. Zwar mußten sie unterliegen, aber es war eine schöne Sache für die sie unterlagen. Sie konnten sagen: Victrix causa Diis placuit, sed victa Catoni. Das Gemeindegesetz ist ein Geschenk, dessen Werth wir noch nicht kennen. Es weiß niemand was es aus dem Lande machen wird, es ist ein Experiment. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen daß damit nicht allein das mittelalterlich gutsherrliche, sondern auch das bäuerliche Leben untergeht, was durch tausend Jahre als ein Kern unseres staatsbürgerlichen Daseyns gegolten hat. Der Bauernstand mit seinem eigenthümlichen Gepräge, wie er im Norden und Süden Deutschlands, in seinen sächsischen und friesischen, in seinen schwäbischen und fränkischen Stämmen durch den Wandel der Zeiten sich erhalten, mit seinen Sitten, Gebräuchen, Kleidungen, Mundarten, mit seinem Bauernstolz und Eigensinn, war der Urwald in den wir, blasirt von der Bildung, uns zurückziehen mochten um frische Kräfte zu sammeln. Fast allein von allen europäischen Ländern hatte Deutschland sich dieß Residuum von Sitte, Kraft, Natur erhalten zur Regeneration der verwitternden und verfaulenden andern Theile der Nation. Und wir können fragen ob die Länder wo der Bauernstand gänzlich verschwunden ist, glücklicher sind? Hin ist er in Frankreich, in Italien ausgerottet oder zur Caricatur geworden. Dieß, was wir hingaben, durften wir erwägen, es ernstlich betrachten, ehe wir es hingeben; es ist aber damit nicht gesagt daß wir es nicht doch hingeben mußten. Ja, daß es schon darum nicht mehr zu halten war, weil es sich selbst im Zustande der Auflösung befand. Oder waren das noch ächte Bauern und Dorfschaften, die reichen Bauern um Magdeburg und in der Börde, die keinen Weizen und keinen Roggen mehr bauten, sondern Runkelrüben für die Zuckerfabricanten, die schon jetzt meist ihre Güter verpachtet haben und in Glacéhandschuhen und in Elgs umherkutschiren? Sind die unendlich langen schlesischen Weberdörfer mit ihren tausend Fabrikarbeitern Dörfer oder die meisten der um große Städte gelegenen, die ihre Häuser zu Sommerwohnungen ausbauen, städtischem Luxus fröhnen und auf städtische Modeneigung speculiren? Die Autorität der Lehensschulzen wird an den meisten Orten kaum mehr respectirt, sprach der Minister aus; und wenn dieß Wort wahr ist, so ist die Lösung dadurch von selbst bedingt. Möchte der neue Gemeindeverband fester werden. An und für sich ist damit noch nicht ausgesprochen daß alles was bisher durch Sitte und Herkommen verbunden war, getrennt und auseinandergerissen werden muß. Wenn man die alten Gränzen schont, die alten Bezeichnungen und Namen läßt, kann viel von dem auch in den neuen Gemeinden erhalten werden was in den alten noch gesund war und zusammenhing. Ein letzter Oppositionsvorschlag war: die Gemeinde-Ordnung, wenigstens für die Gemeinden von unter 1500 Einwohnern, also für die Dörfer, nur als Provisorium in den sechs östlichen Provinzen anzunehmen, um der Praxis es zu überlassen zu entscheiden ob sie passe, oder nicht. Die Provinciallandtage sollten dann die Vollmacht erhalten je nach Bedürfniß für ihre Provinzen die bäuerlichen Ordnungen festzustellen. Der Vorschlag scheiterte an dem höheren Bedürfniß endlich etwas festes für die Allgemeinheit zu gewinnen. Vernagelte Oppositionsstimmen riefen, es werde keine Gemeinde-Ordnung, eine Gemeindeverwirrung werden, und Stadt und Dorf werde nach wie vor schroff getrennt bleiben. Ist dem so, so wird der neue Gemeindeverband kein Hinderniß seyn. Er ist elastischer Natur, wo jeder Körper bequem seine Form abdrücken kann. Das Oberaufsichtsrecht und die Controlle, welche bisher wie ein Alp auf allen freien Bewegungen der Commune lasteten, sind beschränkt. In der Regel stehen sie auch nur dem Bezirksrathe, nicht der Regierung zu. Die Beschränkung daß der Gemeinderath nur über Dinge berathen darf die zu seinem Ressort gehören, kann drückend scheinen; in einem constitutionellen Staate, wo Parlament oder Kammern zur Berathung über die politischen Gegenstände bevollmächtigt sind, wird sie aber zur Nothwendigkeit. Nur da wo der Blutlauf durch die Hauptadern gehindert ist, pulst das Blut in den Nebenadern; das ist aber immer ein Krankheitszustand. Es war dieser Krankheitszustand welcher unsere Revolution hervorrief. Von den Ablösungsgesetzen ist man in der zweiten Kammer zum Gesetzentwurf über die Rentenbank und die Rentenbriefe übergegangen. Auch hier hat die toryistische Opposition sich zurückgezogen, seitdem sie in den Lebensfragen geschlagen war. Verfügen Sie über uns, sagte in einer beißenden Rede Hr. v. Bismark-Schönhausen zur Majorität, Sie ordnen an nach dem Gesetz: car tel est votre plaisir. Was sollte auch für Opposition gegen die weitläuftigen Bestimmungen über die Einrichtung der Rentenbank selbst noch seyn, nachdem die Ablösung, die Verwandlung in Renten und dieser in Capital und Capitalspapiere beschlossen war. Die Kammern überboten sich in den letzten Tagen in Thätigkeit und — Unaufmerksamkeit. Der neue Portotarif ward ohne alle Discussion angenommen, damit er schon mit dem 1 Jan. 1850 ins Leben treten könne. Einer der Gründe weßhalb die Commission ihn anempfahl, war daß er zur deutschen Einheit wesentlich beitragen werde. Das Budget für 1850 ist vollständig publicirt. Wir ersehen daraus daß unter den 91 Millionen fortdauernder und den etwa 5 Millionen außerordentlicher Ausgaben auch 1000, sage Eintausend Thaler zur Unterstützung armer Künstler und Litteraten bestimmt sind. Wie die Repartition ist, und in welchem Verhältniß die Litteraten zu den Künstlern davon unterstützt werden sollen,

muß man noch abwarten. Es ist aber das erstemal und um deßwillen erfreulich daß in den preußischen Staatsausgaben auch der Litteraten gedacht wird. Früher kamen sie nur in den höheren polizeilichen Verfügungen als solche vor vor denen man die andern Bürgerclassen warnte und auf die man ein scharfes Auge haben mußte. Jetzt will man sie sogar unterstützen! Miß Hemans, eine mäßige Dichterin, litt Noth. Ein englischer Minister, ich glaube Lord J. Russell, trug beim Parlament für sie auf eine Pension von 200 Pf. an. Man bewilligte sie ohne Debatte, und fand sogar diese Unterstützung einer ehrenwerthe Dichterin für eine große Nation nicht überreichlich. Für die Schullehrer sind etwa 25,000 Thlr. ausgesetzt, für den Kölner Dombau 50,000 Thlr. Außer den Kammern will der Wortwechsel um Waldeck und seinen Proceß kein Ende nehmen. Der ehemalige Justizminister Rintelen erklärt die Angabe eines Zeugen für falsch, welcher ihn in Dresden mit Waldeck in Verkehr gesehen haben will. Empfindlich wird Waldeck wegen seines Votums befragt, als der Nationalversammlung der Antrag gemacht wurde ihre Entrüstung über Auerswalds und Lichnowsky's Ermordung auszusprechen. Waldeck stimmte bekanntlich dagegen. Seine Gegner lassen nicht ab seine Schuld zu beweisen, und daß seine Mäßigung und Sanftmuth athmende Rede vor Gericht Verstellung und Heuchelei gewesen; die Kreuzzeitung wirft sich täglich mehr in die Brust und ruft: Gott, wie danke ich dir daß ich bei allen meinen Sünden wenigstens die nicht beging ihn für unschuldig zu halten; und doppelt danke ich dir dafür daß ich ihn auch jetzt noch nach dem Juryspruch für schuldig halte. In Frankreich wäre das ein neues Verbrechen — an der Richtigkeit eines Geschwornenurtheils zu zweifeln. Ihm sind in seinem Gefängnisse die Begünstigungen entzogen welche politische Gefangene genießen, als Lectüre, Licht, besondere Beköstigung, Zutritt von außen, indem er von nun ab als gemeiner Verbrechen wegen Angeklagter behandelt wird. Die Anklagacte ist noch nicht fertig. Die erwähnte Zeitung ereifert sich gegen beides, und will behaupten daß der gefangene Eichler vom Gericht mit anderer Berücksichtigung behandelt werde. Es ist jetzt Tendenz gegen das Criminalgericht zu denunciren, als begünstige dasselbe die politischen Verbrecher! Der Director Krassowitz war Mitglied der Nationalversammlung, als solchen möchte jenes Organ ihn schon längst abgesetzt wissen. Wie es Jacoby's Freisprechung betrachten wird, weiß man noch nicht. Einstweilen fordert es höhnisch zu Ovationen für den Zeitpunkt auf wo der Edle Eichler gleich jenem andern Edeln (Waldeck) freigesprochen werden wird.

Berlin, 13 Dec. Graf Moltke ist von Wien, wo er im Auftrag der dänischen Regierung Besprechungen mit dem dortigen Cabinet gehabt hat, in Berlin eingetroffen und hat auch bereits mit Hrn. v. Usedom eine Unterredung über die dänische Friedensangelegenheit gehabt. (c. c.)

⁝ **Berlin,** 14 Dec. Man blickt hier in den höhern Kreisen mit einigem Vertrauen auf die nunmehr sicher in Aussicht stehenden Verhandlungen der Vertrauensmänner in Kopenhagen, hofft namentlich von ihnen eine rasche Verständigung über die Mittel den unglückseligen Zuständen in Schleswig abzuhelfen. Da die Unhaltbarkeit der dortigen Verhältnisse auf der Hand liegt, so wünscht man, wie dieß auch zu erwarten ist, die sofortige Regelung eines neuen administrativen Interimisticums. Nicht fern liegt dabei der Gedanke daß ein deutscher Prinz einstweilen als Statthalter in beiden Herzogthümern eingesetzt würde, welcher auch dem König von Dänemark eine persona grata wäre. Prinz Ferdinand von Oldenburg oder Wilhelm von Hessen möchten wohl in den Herzogthümern auch nicht unbeliebt seyn. Der Statthalter hätte dann die getrennte Verwaltung in Schleswig und in Holstein einzuführen und wäre in seiner Person zugleich der Vereinigungspunkt. Gestern Abend ist Hr. v. Pechlin wieder eingetroffen. Die Friedensverhandlungen werden hier, wie ich höre, doch bald aufgenommen werden, da die Verständigung in Kopenhagen in steter Verbindung mit denselben und unbeschadet derselben vor sich gehen soll, wie der König von Dänemark ausdrücklich erklärt hat.

Gr. Oldenburg. **Oldenburg,** 13 Dec. Das neue Ministerium wird so eben bekannt; es besteht aus den HH. Landgerichtsrath v. Buttel (der frühere Reichstagsabgeordnete), Regierungsassessor v. Berg, Kammerrath Krell und Major Römer, welcher letztere zwar schon Mitglied des abgetretenen Ministeriums war, in das neue aber wohl deßhalb wieder eingetreten ist weil er gerade derjenige Officier ist welcher unsere militärischen Verhältnisse am besten kennt und dieselben auch beim Landtag am genügendsten zu vertreten weiß; auch steht Major Römer in dem Ruf großer Humanität. Der Kammerrath Krell ist gewiß ein guter Finanzminister, er ist zum großen Theil Verfasser der veröffentlichten Budgets der drei Provinzen des Großherzogthums. Der Landgerichtsrath v. Buttel ist hinsichtlich seines politischen Glaubens hinlänglich bekannt; er gehört der Partei Gagern an. Regierungsassessor v. Berg ist als Politiker weniger bekannt geworden; er dürfte unter den Ministern am meisten nach rechts stehen. Uebrigens wird die Rechtlichkeit und Ehrlichkeit der neuen Minister der der abgetretenen nichts nachgeben, und wir können, wenn sich sonst außer unserm Bereiche kein Sturm erhebt, wegen Aufrechterhaltung unsers Staatsgrundgesetzes von ihrer Seite ganz getrost seyn. In der noch schwebenden Frage, nämlich in der deutschen, werden sie, wie sich das sehr leicht voraussehen läßt, denselben Weg gehen wie ihre Vorgänger. Vielleicht bringen sie die Frage noch einmal an den Landtag; wird sie abermals verneint, so ist eine abermalige Auflösung des Landtags zu erwarten, und wir zweifeln nicht daß bei dem Zusammentritt eines dritten Landtags sich die Sache zu Gunsten des Bündnisses entscheiden wird. (Wes.-Z.)

Oesterreich. ⁂ **Wien,** 14 Dec. Eine neue Note! Haben Sie schon die preußische Note gelesen? Was denken Sie von der Note? Bemerken Sie nicht daß die deutsche Frage mit dieser Note in eine neue Phase getreten? Spricht man so in Wien? O nein, man sprach wohl damals als die ersten Noten in der deutschen Sache gewechselt wurden, gar lebhaft über die „vertraulichen" Plaudereien der Diplomaten, aber das ist schon ein Jahr her, ein Jahr so voll von „Phasen" daß es ein politisches Mondjahr heißen könnte, und jetzt hätten wir gerade Neumond in der Politik. Das ist eben das sonderbare, oder auch nicht sonderbare daß sich kein Mensch mehr um die Noten kümmert. Außer etwa den Leuten von politischem Handwerk, und auch diese nur mit lobenswerther Kaltblütigkeit. Um mit dem gestrigen Lloyd zu reden: „die Vertheilung der Actiendividende unter die Bankactionäre ist dem Volk viel wichtiger als das Interim oder die diplomatischen Zwiste in Konstantinopel." Mir ist diese Stimmung von großer Wichtigkeit. Denn es erklärt sich daraus das Vorgehen in der deutschen Sache. Man ahnt schwerlich den Ernst und die Ausdauer des Deutschlands draußen, weil man es nicht vor Augen hat, und darum scheinen die Forderungen welche man im Reich stellt, übertrieben, und das Vorhaben Preußens noch ehe es begonnen, schon vereitelt! — Die Ostdeutsche Post bringt heute einige Reflexionen über die Ausweisung des Hrn. Otto Hübner. Da mir dieser einzelne Fall nicht hinlänglich bekannt ist, so mag ich auch nicht urtheilen; im allgemeinen aber sind die Ausweisungen politischer Schriftsteller eine mißliche Sache, denn im Ausland sind sie es vorzüglich welche dann Haß und Feindschaft gegen das exilirende Land predigen. Wir verweisen auf die Jahre die dem März 1848 vorausgingen. — Heute sind zwei neue Gesetze erschienen. Das eine vom Justizministerium regelt die Promulgation der Gesetze durch das zehnsprachige Reichsgesetzblatt dahin daß nicht wie bisher jedes Gesetz gleichzeitig in allen zehn Sprachen erscheinen müsse um als promulgirt zu gelten, sondern es genügt namentlich bei Gesetzen die nur eine locale Geltung haben, wenn es vorerst in einigen und den bezüglichen Sprachen erscheint. Der Gesetzgeber gesteht darin daß ja doch alle Gesetze zuerst in deutscher Sprache abgefaßt würden. Der andere Ministerialerlaß ist ein bei weitem wichtigerer. Sämmtliche „Conceptsbeamte" werden dadurch verfügbar, d. h. sie können von den Stellen im alten Verwaltungsorganismus in den neuen und zwar in alle Kronländer versetzt werden, wofern sie dafür brauchbar erachtet werden. Erfolgt diese Versetzung nicht innerhalb eines Jahres, so sind sie damit dem Pensionsstande überwiesen. Das ist ein Act der nothwendig geworden, denn der neue Staat braucht neue Leute. Man schafft zum neuen Haupte neue Glieder. — Die Pesther Zeitung bringt uns einen Act des Feldzeugmeisters Frhrn. v. Haynau, der große Sympathien hier erregt. Die gleichmäßige Unterstützung der Invaliden aus der k. k. und der Insurgentenarmee ist ein schönes Oelblatt nach den Gräueln des Bürgerkriegs. (s. Pesth.) — Franz Dingelstedt ist gestern hier angekommen.

·ſ· **Wien,** 14 Dec. Das Naturalien- und Antiquitätencabinet sowie die Schatzkammer, welche bis jetzt rücksichtlich der Verrechnung der Hofstaatsbuchhaltung untergeordnet waren, kommen vom 1 Jan. unter das Ministerium des Innern. — Mit nächstem erwartet die medicinische Facultät vom Unterrichtsministerium die Erledigung der vielbekämpften Frage: ob die Aerzte welche in Wien ihre Praxis ausüben wollen, die von Maria Theresia eingeführte Taxe von 200 fl., welche an keiner andern Universität besteht, auch in Zukunft entrichten müssen? — In der Specker'schen Fabrik am Tabor wird bereits wieder gearbeitet; der Schaden wie man ihn angegeben, beträgt keine besonders hohe Summe, und ist für den Inhaber um so weniger empfindlich als er auf alles, sowohl auf das Gebäude als auch auf die Einrichtung und selbst auf die Modelle assecurirt ist. Die HH. v. Bruck und Bach, welche die Brandstätte des andern Tages besichtigten, trugen, wie ich höre, dem Fabrikbesitzer Staatsvorschüsse an, welche er aber dankend ablehnte. Dafür stellte er jedoch das Ansuchen, man möge ihm den Schaden welchen er voriges Jahr im October in Folge geschehener Demolirungen von Seite des kämpfenden Militärs erlitten habe, wie ihm von der in dieser Angelegenheit beschäftigten Commission

versichert wurde, ersehen. Es ist alle Wahrscheinlichkeit vorhanden daß dieser Bitte Folge gegeben werde.

Das Const. Bl. aus Böhmen schreibt: **Brünn**, 13 Dec. Erzherzog Ferdinand d'Este ist noch immer am Typhus krank. Sein Zustand hat sich seit gestern sehr verschlimmert. Die Leibärzte des Kaisers sind zu seiner Rettung aus Wien angekommen. In unserer Stadt erregt dieser Fall allgemeine Theilnahme und herzliches Bedauern, und heute hatte die hiesige Bürgerschaft eine Messe für den Erkrankten angekündigt, bei welcher viele und angesehene Personen erschienen. (Der „Prager Zeitung" zufolge ist der Erzherzog bereits mit den heiligen Sterbesacramenten versehen worden, da man an seiner Rettung verzweifelt.)

dt. **Wien**, 15 Dec. Die heutige Ostdeutsche Post enthält einen Artikel in der deutschen Frage von einem, wenn ich richtig errathe, nicht namenlosen Verfasser, wo von Oesterreich gefordert wird daß es seine eigene Verfassung unter die Bundesgesetze stelle, wie es von Preußen fordere den „vertragswidrigen" Verein des engern Bundes aufzulösen. Das Wiener Journal formulirt die Zugeständnisse die Oesterreich für seine deutsche Stellung den Deutschen machen müsse, sehr bestimmt dahin daß es für seine deutschen Provinzen in den Bundesangelegenheiten die Bundesgewalt als souverän anerkenne. Nichts scheint billiger und einfacher, wenn nicht die alte Ungerechtigkeit und Anarchie wieder in Flor kommen soll wo die Bundesgesetze nur für die kleine politische Ohnmacht gälten. Aber näher betrachtet, was liegt in dieser Forderung? Der alte Streit über die Schicksalsparagraphen 2 und 3! Gewiß nicht mit den äußersten Consequenzen, wie in Frankfurt, aber doch mit gewichtigen Consequenzen. Ich will die Frage heute nicht näher erörtern, aber sehen Sie sich um in den österreichischen Journalen ob Sie ein Blatt von Bedeutung finden, seit die „Presse" nicht mehr existirt, welche die Reichsverfassung Oesterreichs bis zum letzten Faden vertheidigte. — Heute ist Erzherzog Ferdinand d'Este gestorben; er hinterläßt eine schöne 18jährige Wittwe. Er hatte sich die todbringende Krankheit dadurch zugezogen daß er in aller Frühe das Spital besuchte, das voll Nervenfieberkranken lag. Seit heute Morgen haben wir plötzliches Thauwetter. Es kommt überraschend, und zwar überrascht es uns in Schneemassen, die auf lange Zeit uns nasse Füße machen können. Was den Schmutz auf den Gassen anlangt so ist Wien trotz der sorgfältigsten Straßenpolizei auch die große Stadt im Osten. Ach, und als ich vollends das elegante Wien heute im Regencostüm gesehen, da habe ich mir immer den Vers vorsagen müssen, der freilich auch ebenso gut auf Berlin und München im Thauwetter paßt, wie er ganz besonders auf Hamburg bezogen werden soll.

Schöner Süden, wie verehr' ich
Deinen Himmel, deine Götter,
Seit ich diesen Menschenkehricht
Wiederseh', und dieses Wetter!

Regierungsrath Frhr. v. Hipperdibal ist zur Dienstleistung bei den österreichischerseits bereits nach Frankfurt abgegangenen Bundescommissären Frhrn. v. Schönhals und Kübeck eben dahin abgereist. (Oesterr. Corresp.)

δ **Prag**, 15 Dec. Trotz der Schalheit die — wie es stets in Uebergangszuständen zu seyn pflegt — unser jetziges öffentliches Leben charakterisirt, gibt es doch zuweilen Dinge welche allgemeine Aufmerksamkeit erregen. So brachte das Gerücht daß das jetzige Ministerium, oder wenigstens Dr. Bach, abtreten werde, ein allgemeines ängstliches Gefühl hervor; denn man weiß nur zu gut daß diesem Ministerium bloß ein weniger freisinniges folgen könne. Doch versichert die gestrige „Union" daß das Gerücht vom Austritt des Ministers Bach eine leere Sage gewesen. Die Militär-Krankenhäuser reichen zur Unterkunft der Erkrankten nicht hin. Am 12 und 13 starben wieder 12 Militärpersonen, größtentheils vom Bataillon Wohlgemuth, welches heute nach Linz marschirt. Weil nämlich die Reservecorps aufgelöst werden, muß das Militär in Böhmen seine Standorte wechseln, und im Süden Böhmens werden Truppen aus Mähren und Oesterreich die Stelle der aufgelösten Corps einnehmen. Aus der Stadt und Festung Königgrätz, welche eine Besatzung von 3000 Mann hat, erfährt man jetzt erst wie furchtbar die Cholera dort besonders unter dem Militär gewüthet hat. Man glaubt — so berichtet die „Union" — daß die Magyaren vom Regiment Dom Miguel, welche bei Villagos entwaffnet wurden und Anfang Octobers, nach einem ununterbrochenen Marsche, entkräftet in Königgrätz ankamen, die Cholera mit sich gebracht hätten; denn gleich am Tage der Ankunft erkrankten 50; mit Anfang Decembers lagen vom Militär allein in 30 Krankenzimmern über vierthalbhundert Cholerakranke. Die ganze Besatzung soll nun in die umliegenden Dörfer verlegt werden.

* **Triest**, 12 Dec. Seit ein paar Tagen stürmt die Bora, entfesselt wie sie uns seit einiger Zeit nicht vorgekommen ist, über die steinigen Berge herab, peitscht das Meer zu wilden Wogen, rüttelt an den Häusern und macht unsre armen Nerven zittern. Die beiden Fregatten „Venere" und „Bellona" wurden in der vergangenen Nacht aus dem Ankergrund gerissen. Der „Bellona" glückte es wieder Boden zu fassen; nicht so glücklich war die „Venere", welche an einen Kauffahrer stieß, und demselben einigen Schaden zufügte. Der Telegraph wurde fast an der ganzen Linie, die sich durch die Stadt zieht, beschädigt. Theils warf der Wind die Stangen um, theils richtete er anderes Unheil an. Es ist eben nicht Aussicht vorhanden daß wir des blasenden Plagegeistes sobald los werden. Was auf dem Seeweg uns zukommen soll, bleibt verspätet. Das Dampfschiff aus Venedig fehlt seit gestern früh bis zum heutigen Nachmittag. Schiffe die hier anlangen sollten, suchten einen andern Hafen zu gewinnen, um besseres Wetter abzuwarten. — Unsre Landesbehörde schreitet nun zur Organisirung der Steuerämter, deren Wirksamkeit, leider abermals provisorisch, spätestens mit 1 Febr. 1850 beginnen soll. Diese Steuerämter werden übrigens nicht bloß mit der Einhebung der directen Steuern und den hierauf Bezug nehmenden Geschäften betraut seyn, sondern man will sie auch dort, wo nicht eigene Grundbuchs- und Depositenämter errichtet werden, bei der Führung der Grundbücher, der Besorgung des Cassa- und Depositenwesens für die gerichtlichen und politischen Bezirksbehörden, und selbst bei Einhebungen und Verrechnungen für die Finanzverwaltung in Anspruch nehmen. Es zeigt sich bei diesem oberflächlichen Ueberblick daß bis zum 1 Febr. k. J. an eine definitive Organisirung dieser Aemter gar nicht gedacht werden konnte. Daher das abermalige Provisorium. Der Steuerämter wird es im Kronlande „Küstenland" (so nennt man es, obwohl Triest für sich allein da steht, und Görz, Gradisca und Istrien zusammen wieder ein Kronland bilden) 26 geben, bei welchen ebenso viele Steuereinnehmer, 21 Steuercontrolleure, 8 Steueramtsofficiale fungiren und 26 Steueramtsdiener verwendet werden sollen. Die Concursgesuche müssen schon bis zum 20 Dec. überreicht werden.

Oesterreichische Monarchie.

* **Pesth**, 15 Dec. Unsere Regierung fährt auf der Bahn der Milde und Versöhnung fort: die Gefängnisse öffnen sich, den Compromittirten wird Gelegenheit geboten sich zu reinigen, und man schreitet nur ungern und im äußersten Fall zu neuen Verhaftungen. Von allen bis jetzt in Haft befindlichen politischen Verbrechern dürfte nicht einer — Kolossy, der Hauptmörder Lambergs, etwa ausgenommen — die Todesstrafe erleiden. Unser Obercommandant Feldzeugmeister Baron Haynau verfügt heute in einer Kundmachung daß von den durch freiwillige Spenden eingegangenen Summen, die nach dem Sinne der Geber „für Verwundete der k. k. österreichischen Armee in Ungarn" bestimmt waren, Stiftungsplätze errichtet werden sollen, die zur Hälfte aus dem Stande der k. k. österreichischen Armee und zur Hälfte aus den in den Reihen der Insurgenten Gestandenen besetzt werden. „Ich bin von der Großmuth der Geber," sagt Haynau, „zu sehr durchdrungen als daß ich an ihrer vollen Zustimmung zu der hier beantragten ausgedehnteren Verwendung ihrer Gaben zweifeln könnte."

Spanien.

Unser Correspondent schreibt uns d. d. Madrid 6 Dec.: die Hoffnung auf einen Leibeserben der Königin Isabelle scheine für dießmal wieder verschwunden; Ihre Maj. hüte seit zwei Tagen das Bett, und man glaube daß sie eine Fehlgeburt gethan. Isabelle war von ihren Aerzten nicht zu bewegen dem Vergnügen des Tanzes, welchem sie leidenschaftlich ergeben ist, zu entsagen, und tanzte mit gewohnter Lebhaftigkeit auf den letzten Hofbällen, obgleich sie sich unwohl fühlte. — Ueber das spanische Armeecorps in Italien gingen widersprechende Gerüchte. Wie es scheint, wird vorläufig wenigstens ein Theil desselben noch in Italien zurückbleiben. Der Papst soll es wünschen. Indessen sind, wie El Fomento von Barcelona meldet, 500 Mann in Rosas gelandet. — Die Gaceta vom 8 Dec. enthält ein k. Decret zur Regelung der St. Ferdinandsbank. Die Circulation ihrer Noten ist auf 100 Millionen Realen reducirt. Der Senator Santillon ist zu ihrem Gouverneur ernannt.

Großbritannien.

London, 13 Dec.

Der Pariser Correspondent der Times erwähnt das Gerücht daß die Sendung des Hrn. Brissault in die Schweiz auf die Frage wegen Neuenburgs Bezug habe. Nachdem nämlich Preußen seinen Anspruch auf die Souveränetät von Neuenburg erneuert, habe das französische Cabinet seine Vermittlung zwischen dem König von Preußen und der schweizerischen Eidgenossenschaft angeboten. Darauf habe der König im wesentlichen geantwortet: er sey entschlossen auf keines der Rechte zu verzichten die ihm gemäß den Verträgen von 1815 zustehen. Unter diesen Umständen habe die französische Regierung für nöthig gefunden einen vertrauten Agenten nach Genf zu schicken.

Eine Post von der Capstadt reicht bis zum 20 Oct. Die Aufregung wegen der Sträflingsfrage dauerte ungeschwächt fort, und zahlreiche Volksversammlungen hatten deßhalb stattgefunden. Dem Haushalte des Gouverneurs, der Garnison und den im Hafen liegenden königlichen Schiffen wurde noch immer der Ankauf von Lebensmitteln verweigert. Mittlerweile hat das Colonialamt, wie erwähnt, beschlossen den „Neptune" mit seinen Sträflingen — es sind meist Irländer, darunter mehrere Verurtheilte des vorjährigen abortiven Aufstandes — nach Vandiemensland zu schicken. Allein Nachrichten von dieser Colonie melden daß man daselbst gleich hartnäckig entschlossen war keine Sträflinge in die Familien aufzunehmen. Dasselbe ist in den andern australischen Colonien der Fall, und die Nachgiebigkeit der Regierung hinsichtlich der Capcolonie wird kaum dazu dienen den Widerstand der andern zu brechen. So wär' es möglich daß das Neptune mit seiner Fracht am Ende nach England heimkehren müßte.

** **London**, 10 Dec. Wenn Englands politische Angelegenheiten seit einiger Zeit auf dem festländischen Europa, ja sogar im eigenen Lande nicht mehr so großes Interesse erregen wie vormals, so gibt es andrerseits theologische Meinungsverschiedenheiten und Controversen welche mit aller Hitze revolutionärer Leidenschaften bei uns durchgefochten werden. Vor einigen Jahren, wird man sich erinnern, hat mehr als die Hälfte der Geistlichen und des Volks in Schottland von der dortigen Staatskirche („Kirk") *) lieber sich getrennt, als daß sie sich dem Urtheil eines Laien-Tribunals in der Frage des Kirchenpatronats unterwarf. Die Streitigkeiten die seit einiger Zeit im Schooße der anglicanischen Kirche zwischen der hochkirchlichen Partei einer- und der „Low Church-" Partei andrerseits im Gange waren, haben diesen nun einen ähnlichen Anlaß gegeben ihre Kräfte gegen einander zu messen, und was auch das Ergebniß seyn mag, es wird für die Eintracht in der Kirche von England von wichtigen Folgen seyn. Das Sachverhältniß ist folgendes. Vor mehr als zwei Jahren präsentirte der Lordkanzler für eine Unterpfarre (vicarage) in der Grafschaft Devonshire einen gewissen Hrn. Gorham, einen „niederkirchlichen" Geistlichen von ehrenhaftem Charakter, reifem Alter und einigem theologischen Ruf. Hr. Gorham besaß bereits eine Pfründe in demselben Sprengel, dem von Exeter, und erwartete bei seiner Versetzung auf das neue Vicariat keine Schwierigkeiten. Dr Philpotts jedoch, der Bischof von Exeter, glühend von dem Glaubenseifer eines Torquemada, dachte anders. Er erklärte Hrn. Gorham in die neue Pfarrstelle nicht einsetzen zu können ohne vorher seine Ansichten über die Wirksamkeit der Wiedergeburt durch die Taufe geprüft zu haben, indem er Grund zu haben glaube sie für irrthümlich zu halten. Hr. Gorham unterwarf sich dieser Prüfung (was an sich schon ein ungewöhnliches Verfahren bei einem in Jahren vorgeschrittenen und bereits angestellten Geistlichen), und die Untersuchung nahm in kurzem die Gestalt eines heftigen theologischen Disputs zwischen dem Bischof und dem Vicar an. Nicht weniger als 149 Fragen wurden von dem Bischof gestellt; die Interrogatorien dauerten drei Wochen, und Hrn. Gorhams Antworten füllen einen starken Octavband. Ich darf natürlich nicht versuchen Ihnen eine Skizze von einer solchen Controverse zu geben; es wird genügen zu sagen daß einerseits der Bischof behauptete: die Doctrin der „Low Church" sey nahe verwandt mit dem opus operatum der römischen Kirche, andrerseits aber Hr. Gorham darauf bestand daß die Formularien und Artikel der Kirche von England, wie er sie begreife, mit den Ansichten der Reformer über geistliche Regeneration und vorausgehende Gnade übereinstimmen. Das Resultat der Untersuchung war daß der Bischof Hrn. Gorhams theologische Ansichten für irrthümlich erklärte und seine Einsetzung in die Pfarrstelle verweigerte. Hr. Gorham belangte darauf den Bischof vor Gericht, gestützt auf den 95sten Canon von 1603, welcher seit dritthalb Jahrhunderten im Dormitorium von Doctors' Commons, dem Sitz der geistlichen Gerichtshöfe von England, geschlummert. Er erhob eine sogenannte duplex querola beim Oberconsistorium (court of arches), und in Folge dessen mußte der Bischof sich vor diesem Gericht verantworten. Der Bischof von Exeter excipirte: Hrn. Gorhams Doctrin sey irrthümlich, und sofort wurde die theologische Frage vor den erzbischöflichen Gerichtshof der Provinz verwiesen. Die Sache ward im August d. J. verhandelt, und der Dean of Arches, oder Oberrichter der kirchlichen Provinz Canterbury entschied zu Gunsten Dr. Philpotts', und verdammte Hrn. Gorhams Doctrin als häretisch. — Vor der Reformation gab es in England eine Berufung vom Court of Arches nach Rom, aber durch Statut 25 Heinrichs VIII wurden diese Appellationen an den „König im Staatsrath" verwiesen. Demzufolge kommt dieser Fall jetzt im Staatsrath zur Verhandlung. Die Staatsrathsmitglieder welche beiwohnen werden sind die Erzbischöfe von Canterbury und York, der Bischof von London, einige Staatsminister und mehrere von den Richtern und hohen Verwaltungsbeamten des Reichs. Wahrscheinlich ist seit den Tagen Cranmers kein solcher Gerichtshof mehr über eine solche Frage gesessen, und daher ist die Erwartung des Publicums aufs höchste gespannt. Ein Gerichtshof von so ehrwürdigem Charakter, welcher gleichwohl größtentheils aus Laien zusammengesetzt ist, soll sich über die Wirkungen des heiligen Geistes im Sacrament der Taufe aussprechen, und die Bedeutung und Absicht der Artikel der englischen Kirche, wornach die Parteien zu stehen und zu fallen übereingekommen sind, mit legaler Genauigkeit definiren — das ist gewiß eines von den sonderbarsten Vorkommnissen in diesem Jahrhundert. Die Controverse wird in der Gesellschaft mit unglaublicher Lebhaftigkeit aufgenommen, und Hr. Gorham und die Wiedergeburt durch die Taufe sind in aller Mund. Wie das Endurtheil auch ausfallen mag, eine Kirchenspaltung steht zu befürchten. Im wahren Interesse der Kirche darf man vielleicht wünschen daß der Bischof unterliege, denn die Verdammung Gorhams würde eine beträchtliche Anzahl würdiger und gewissenhafter Männer aus der Kirche treiben. Der Staatsrath wird wahrscheinlich darauf bedacht seyn die eine oder die andere Meinungsschattirung nicht bis zu ihren äußersten Consequenzen zu drängen. Glückliches England! — so könnte ein unkirchlich Gesinnter ausrufen — wo man im Jahr 1849 Zeit hat sich vor Gericht über Fragen zu streiten worüber der Ulpian im Grunde so viel weiß wie der Tribonian — nämlich nichts.

*) Die niederschottische Mundart ist hin und wieder dem Deutschen ähnlicher geblieben als die englische. Bei Chaucer steht noch chirche, woraus das englische church geworden.

Frankreich.

Paris, 14 Dec.

Der Constitutionnel bestätigt jetzt daß der Divisionsgeneral Castelbajac zum bevollmächtigten Minister in St. Petersburg ernannt und Hr. v. Persigny mit einer temporären Mission nach Berlin beauftragt sey. Der Günstling des Präsidenten gewinnt dadurch den Eintritt in die diplomatische Laufbahn, und es ist möglich daß ihm im Elysée das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zugedacht ist. Die Minister mögen ihn aber auch nicht ungern entfernt sehen, weil er ohne officielle Stellung eigentlich den Cabinetsminister macht. In den letzten Tagen hieß es das Ministerium sey bereits theilweise in Auflösung, namentlich wurden die Minister des Innern und des Handels als austretend genannt. Der Moniteur erklärt dieses Gerücht für ungegründet.

Der Vortrag des Finanzministers A. Fould über die Weinsteuer besteht theils in der Beweisführung daß die Lage der Finanzen nicht erlaube diese Einkommensquelle zu entbehren, theils in der Annahme, die er wahrscheinlich zu machen suchte, daß die öffentliche Meinung im Ganzen der Steuer günstig sey, theils ist er ein Beitrag zur Geschichte des französischen Weinbaues. Diese Cultur ist in fortwährender Zunahme begriffen. Im Jahr 1783 zählte Frankreich 1,546,614 Hectaren angebautes Weinland, im Jahr 1812 1,989,699, im Jahr 1849 2,192,929. Im Jahr 1831, ein Jahr nach der Juliusrevolution, war der versteuerte innere Verbrauch von der Ziffer von 12,759,000 Hectoliter die das J. 1829 ausweist, auf 6,734,731 herabgegangen, und im Jahr 1848 hatte er, trotz der Störungen der Revolution die Ziffer von 18 Mill. Hectoliter erreicht, ja in den 9 ersten Monaten des gegenwärtigen Jahrs ist gegen das vorige abermals ein merklicher Vorsprung. In den Alkohols und Branntweinen ist dieselbe Erscheinung: im Jahr 1831 357,000, im Jahr 1848 über 560,000 Hectoliter. Weniger befriedigend sind die Ergebnisse der Ausfuhr in den Zeiträumen von 1830 bis 1835: im Durchschnitt jährlich 1,143,895, im Jahr 1848 1,548,381 Hectoliter. Noch stärker ist die Zunahme bei den Branntweinen, auch in Bezug auf Qualität die um ein Fünftheil höher gewerthet ist, und der Minister ist überzeugt daß in den sich immer reichlicher nach dem Ausland, besonders nach England und den Vereinigten Staaten öffnenden Absatzquellen ein viel sichreres Mittel gegeben sey die Weincultur zu heben als in der Abschaffung der Steuer. Er bemerkt daß seit kurzem auch Spanien durch Abänderungen des Tarifs den französischen Weinen einen Markt eröffne. Hr. A. Thouret, der erste Redner (von der Bergpartei) welcher dem Minister entgegentrat, gab in anderer Art eine Geschichte der Weinsteuer. Schon vor 48 Jahren, hub er an, brachte diese unbillige Steuer mehrere Departements in Aufstand: Puy de Dôme, Jura, Mosel, Goldküste, Gironde, ja diese selbe royalistische Gironde die aus dem Boden der niederdrückenden Steuer euch die demokratische Republik schickt (Anspielung auf die Wahl des Hrn. Lagarde). Unter dem Kaiserthum gab es keine Hütte die nicht einen ihrer Bewohner in Krieg ziehen sah, gab es keine Mutter die nicht einen ihrer Söhne beweinte, nun hat man den Ruf gehört: Nieder mit der Conscription? Nein, wohl aber den Ruf: Nieder mit den vereinigten Abgaben! Indem er dann die siebenzehn Steuerarten aufzählt die vor 1789 auf den Getränken lasteten, setzt er hinzu: da habt ihr das naivste Beispiel dessen was einestheils die königlichen Forderungen, anderntheils

der blinde Geist des Schlendrians in Finanzsachen hervorbringen können, ein finsterer blinder Geist daß wenn man ihn gewähren ließe ohne zu schreien, er in diesen zusammengehäuften Auflagen zuletzt die Erde, den Weinbau, die Kufe, den Wein und den Weingärtner selbst aufgezehrt hätte. (Schallendes Gelächter.) Es ist eine sehr bezeichnende Statistik welche uns belehrt daß das jährliche Weinerzeugniß 15 Mill. Hectoliter ist, so daß durchschnittlich auf den Einwohner 132 Liter kommen würden. Nun, in diesem Land der Gleichheit ist da der stärkste Durchschnitt 3 Liter, und es gibt Departements wo er nur 46 Centiliter ist. (Ein Mitglied: weil man Bier und Obstmost trinkt. Viele Stimmen: Ja das ists!) Beseitigen wir ein- für allemal jene ökonomischen Theorien, für eine Zeit gemacht wo Frankreich 20 Mill. Einwohner zählte, vergessen wir nicht daß wir 15 Millionen neuer lebender Argumente vor uns haben, Argumente die alle alten politischen Systeme über den Haufen werfen, Argumente um so dringender als man sie nähren muß ehe man sie erörtern darf. (Stimme rechts: Und sie trinken lassen. Gelächter.) Ich weiß, es gibt zwei verehrungswürdige Sprüchwörter die am Geburtstag des Königthums zusammen auf die Welt kamen: Rührt nicht an die Krone, rührt nicht an die Steuer! Ich begreife vollkommen daß diese zwei heiligen und unzertrennlichen Maximen geachtet wurden von unsern Vätern die nicht an die Krone rühren wollten; aber wir, die wir gewagt haben sie anzutasten, sollten wir uns fürchten auch die Steuer anzutasten? Wo wäre der Sieg? Die Krone antasten und die Steuer achten wäre ein kindisches Spiel, wenn es nicht ein blutiges wäre. Gott bewahre uns vor Revolutionen welche den Soldaten und den Arbeiter decimiren, ohne Ruhm für den einen, ohne Gewinn für den andern, ohne Eroberung für die Humanität. (Zustimmung.) Fort mit den alten Vorurtheilen, den verjährten Methoden, gedenkt des berühmten Losungsworts des alten Liberalismus, des Losungsworts auch der vollziehenden Gewalt als sie vor einigen Tagen die Minister von ihren Bänken jagte: Il y a quelque chose à faire! Mögen die welche bei jedem Anlaß irgendeine Reform der Februarrevolution angreifen, nicht ihrerseits berühmt werden durch ein anderes Wort: Il y a quelque chose à défaire! Ich weiß die gesetzgebende Versammlung ist wie die verfassunggebende aus dem allgemeinen Stimmrecht entsprungen, aber ich mache zwischen der ersten und der zweiten einen tiefen Unterschied: einmal die erste war souverän, während die zweite behauptet daß sie es nicht sey. Zweitens ist eine Versammlung die unmittelbar aus einer Revolution hervorgeht der treueste Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts und der wahrhaften Bedürfnisse der Epoche. Sie ist mit einer Freiwilligkeit gewählt welche die Intrigue ausschließt, gewählt in einem Augenblick der Erhebung wo eine Nation einem um so unwiderstehlicheren Drang gehorcht je länger eine unkluge Gewalt sie unterdrückt hat, gewählt in diesen höchsten Stunden wo alle Ergebenheiten sich die Hand reichen zur Rettung des Vaterlandes, wo der Egoismus sich von einer vorübergehenden patriotischen Trunkenheit ergriffen fühlt, wo die Corruption ihrer Unsauberkeiten sich schämt, selbst die Verstellung auf der frischen That der Naivetät betreten wird. Diese Wahrheit war in der verfassunggebenden Versammlung so gut begriffen daß die Anhänger der alten Steuer nur mit den Worten für die Beibehaltung stimmten: man kann nicht alle Reformen an einem Tag vollbringen, lassen wir diesen Ruhm der gesetzgebenden Versammlung! Indeß die verfassunggebende Versammlung hat diesen Ruhm für sich behalten. Aber beruhigt euch, es bleibt euch ein anderer der Ruhm das zu achten was sie gethan, und Angesichts dieses heftigen Angriffs von Seiten der vollziehenden Gewalt kommt dieser zweite Ruhm dem ersten gleich. Wie könnte auch die vollziehende Gewalt in diesem Kampf siegen? Haben wir nicht hier die Repräsentanten von sechsundsiebenzig Weinbaudepartements? Sind wir nicht die Repräsentanten von sechsundachtzig verbrauchenden Departements? Ich wende mich an das Gewissen vieler Mitglieder der Majorität welche — die Republik lieben, dermaßen daß sie dem allgemeinen Stimmrecht den — communalsten Ausdruck (Anspielung auf die neuen Abänderungen in dem Wahlgesetz) geben, und die unter der Constituante einen solchen Respect für das Petitionsrecht, den Nationalwunsch, hatten daß sie vor der Kundthuung dieses Wunsches abtraten und nichts als die Verfassung als die allgemeine Schutzwehr aller Freiheiten zurückließen. Es bedurfte in der That dieser Ehrfurcht vor dem Nationalwunsch daß sie abtraten ohne die organischen Gesetze zu machen welche die Verfassung, die klarste und deutlichste die je einem Land gegeben wurde, vor allen unverschämten Interpretationen von Schriftstellern bewahren sollen die sie nur erörtern um sie zu verdunkeln. Niemand hat die fanatische Beflissenheit vergessen welche die HH. Rateau, Fould, de Dampierre, de Maleville, de Montalembert damals bei Niederlegung von Petitionen zeigten. Niemand hat die Worte des Hrn. de Seze vergessen: es ist unmöglich zu läugnen daß die Fluth der Volksmeinung bis zu uns hinangestiegen ist. Ich höre noch Hrn. v. Montalembert mit der energischen Unabhängigkeit die ihr an ihm kennt, ausrufen: Betrachtet diese Verantwortlichkeit ehe ihr sie auf euch nehmet, urtheilet, erwäget die Meinung des Landes, deren Gerechtigkeit ihr nothwendig früher oder später anheimfallet, erwäget die Meinung der Nachkommen, und wenn ihr es waget, so greift diese Verantwortlichkeit auf. Alle diese hochgestellten Männer der Majorität werden ihre unsterbliche Lehre so wenig vergessen haben als ich ihre feierlichen Reden vergaß, zumal wenn sie sich erinnern daß die Volksfluth des Hrn. de Seze in einem Ocean von Petitionen des neuen Nationalwunsches ersäuft wurde — einem wahren Ocean, denn das Archivamt das die Unterschriften zählen sollte (die Opposition berechnet sie beiläufig zu 4 Mill.) ist gescheitert ohne ans Ufer kommen zukönnen. Hr. v. Montalembert wird mit uns stimmen, er und seine Freunde, nicht im geheimen Scrutin, welches die Brandmarkung des Gesetzes wäre ohne den Vortheil geheim zu seyn, sondern im öffentlichen Scrutin (Rechts: Ja! Ja!), welches zumal ihre Belohnung und ihr Ruhm seyn wird. Und wenn wir in diesen Tagen, den Jahresfesten des 10 Dec. . . . (hier faltet der Redner die Hände, wie wenn er sie zum Himmel emporheben wollte; schallendes Gelächter) nicht den Trost genießen die vollziehende Gewalt auf unserer Seite zu haben, so haben wir wenigstens nur die HH. F. Barrot und Parieu gegen uns, die sich bei dem ersten Kampf der Abstimmung enthalten haben. Aber was sag' ich? Wir haben den Hrn. Justizminister mit uns, der für die Abschaffung der Steuer gestimmt hat als er noch nicht Minister der Botschaft, nur erst ein Repräsentant der That war. (Allgemeines Gelächter.) Der folgende Redner, Hr. Depasse, suchte den Eindruck der Petitionen zu schwächen: es sey eine künstliche Agitation, die vinicole Presse haben auf allen Punkten die Lärmglocke gezogen, in allen Weindepartements seyen die Petitionen colportirt worden. So in der ersten Sitzung über die Getränkesteuerfrage.

Die Ehre der gestrigen Sitzung hatte Montalembert ausschließlich, er war der einzige Redner für die Beibehaltung der Getränkesteuer, und die conservative Presse behauptet: die Montagne selber habe sich dem mächtigen Zauber dieses neuen Demosthenes nicht ganz entziehen können, sie habe ihm aufmerksam zugehört, und ihn nicht allzu oft unterbrochen. Vom Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurde der Entwurf eines Handelsvertrags mit Belgien vorgelegt. Nebenbei war eine ziemlich hitzige Debatte über die Form in welcher das Schullehrergesetz zu behandeln sey, und es ist zu berichtigen daß die Dringlichkeit anerkannt wurde unter Zuweisung an die bereits bestehende Unterrichtscommission. Heute hatte auch ein Mitglied wegen dieser Verhandlung etwas zu berichtigen. Hr. Bourzat bemerkte, einige Journale hätten ihn bei der Frage über die Begutachtung dieses Gesetzes sagen lassen: schickt es an Hrn. v. Polignac, andere: schickt es dem Papst. Das habe er nicht gesagt, sondern bloß gerufen: Schickt es dem Aurillac-Club. Unter Gelächter links, Murren rechts ging man wieder an die Getränkesteuer, und eine Reihe Redner, die HH. Doubet, Pascal Duprat, L. Faucher lösten sich auf der Tribüne ab.

Italien.

Wie die Gazzetta di Genova meldet, langten am 5 Dec. 400 gefangene Ungarn, darunter mehrere Damen, in Bologna an. Die Männer, worunter mehrere vom höchsten Adel, die im Kossuth'schen Heer als Obersten gedient, wurden als gemeine Soldaten in österreichische Regimenter gesteckt, je 5 in die Compagnie. Truppenbewegungen finden in allen Richtungen statt, aber man kennt ihren Zweck nicht.

Indischer Archipel.

Wir haben kurz der furchtbaren Execution erwähnt welche Sir James Brooke, der Statthalter von Labuan und Radscha von Sarawak auf Borneo, gegen die Seeräuber dieser Insel ausgeführt. Folgendes ist ein Auszug aus dem halbamtlichen Bericht darüber in der Singapore Free Preß v. 7 Sept. . . „Obschon der „Mäander," Capitän Keppel, noch nicht eingetroffen war, beschloß man doch mit dem zur Verfügung stehenden kleinen Geschwader vorwärts zu gehen. Früh am Morgen des 24 Julius brach die „Nemesis" auf, mit der Brig „Royalist" und der „Rani" im Schlepptau. Die Boote der Brig „Albatroß" folgten schnell, und die malerischen Ufer des Sarawak hallten wieder von dem muthigen Kampfruf der brittischen Seeleute. Das europäische Geschwader warf in dieser Nacht Anker genüber der Mündung des Moratabas. Se. Exc. Sir J. Brooke und die Sarawak-Flottille stießen in der Nacht dazu. Am nächsten Morgen wurden der „Royalist," die „Rani" und die europäischen Boote von der „Nemesis" wieder in Schlepp genommen, und erreichten um 5 Uhr Nachmittags den Eingang des Flusses Sakarran. Die Boote legten sich queer an seiner Mündung vor Anker, während die „Nemesis" den Fluß hinauffuhr und den „Royalist" an der Mündung des Linga zurückließ. Sie kehrte am 26 Morgens zurück, nahm die Boote in Tau, und fuhr bis zur Mündung des Flusses Sarebas, wo sie die Ankunft der einheimischen Boote abwartete. Am 28 erhielt man Anzeige daß eine starke Flotte von mehr als 100 Prahus von Sarebas in der Richtung nach dem Rejang ausgelaufen, wahrscheinlich mit der Absicht die Stadt

Sirikf anzugreifen. Alles gerieth nun in Bewegung. Sir J. Brooke und ein Theil der Sarawak-Boote ankerte dem Ausfluß des Karaka gegenüber, die übrige Abtheilung vor der Mündung des Sarebas, die „Nemesis" in der Bay zwischen den beiden Flüssen, und die Boote unserer Kriegsschiffe in einer Linie nach dem Ufer hin. In dieser Stellung blieb alles bis zum 30 Abends, wo man Nachricht erhielt daß die Piraten Palo angegriffen und, nachdem sie die Einwohner mit Vernichtung bedroht wenn sie ihnen kein Salz lieferten, nach einem Flusse Namens Si-Maring weiter gesegelt, wo sie nun lagen. Am 31 Abends langte der „Mar," eines von den Kundschafterbooten, mit der Meldung an daß die Piratenflotte in voller Stärke ansegle. In 15 Minuten steuerte man ihnen entgegen; die Nemesis fuhr seewärts um ihr Entkommen nach dem Meere zu verhindern. Sobald sie von den Piraten wahrgenommen wurde, wandten sie sich nach dem Kalukafluß, stießen hier aber auf die Sarawaker-Boote und die englischen unter den Lieutenants Wilmshurst und Everest. Nun suchten die Piraten als letzte Zuflucht ihren eigenen Fluß, den Sakarran zu erreichen, kamen aber in unmittelbare Berührung mit den Booten unserer Kriegsschiffe, und das Gefecht wurde allgemein. Es war mittlerweile dunkel geworden, und die große Gefahr war daß wir auf einander oder auf unsere eingebornen Bundesgenossen feuerten. Commander Farquhar, der die Operationen leitete, war mitten im Gewühl, und ermahnte die Mannschaften der einzelnen Boote zur Vorsicht, auf daß sie nicht ihren eigenen Freunden Schaden zufügten. Alle Seeleute versichern nie ein Gefecht von Booten gesehen zu haben wo so rasch und mörderisch gefeuert wurde. Besonders die Congreve'schen Raketen thaten furchtbare Wirkung. Nachdem der Kampf bis tief in die Nacht gewährt, wurde von der Nemesis das Zeichen zum Aufhören gegeben; aber offenbar war der Tag unser. Bei Tagesanbruch sah man die ganze Bay, soweit das Auge reichte, mit Trümmern bedeckt; Schilde, Speere und Stücke zerstörter Prahus schwammen in allen Richtungen; an der sandigen Landspitze aber die sich am linken Ufer des Sarebas weit in die See hinausstreckt, waren mehr als 70 Prahus angetrieben, welche die Eingeborenen schnell von allem Werthvollen entleerten und dann zerstörten. Die Züchtigung war eine höchst vollständige. Von 120 Prahus, welche am Abend zuvor mit uns gekämpft, waren mehr als 80 zerstört, und die Barbaren müssen 1200 Mann verloren haben. Englischerseits hatte man einige Leichtverwundete, aber keinen einzigen Todten! Hätten die Wilden gesiegt, so war unser Schicksal gewiß. Von ihrer unmenschlichen Sinnesart zeugten die Leichen von Frauen, die wir an der Bucht fanden, und an denen sie ihre Rache ausgelassen. Sie waren alle enthauptet und die Leiber von oben bis unten aufgeschlitzt. Die Ermordeten gehörten wahrscheinlich zu den Gefangenen welche die Seeräuber auf ihrem letzten Zuge gemacht. Wie wir nachher von einem gefangenen Malayen erfuhren, war die Piratenflotte in dem festen Gedanken ausgelaufen daß die Malayen von Sarawak während des Ramadan, oder mohamedanischen Festmonats, nicht gegen sie fechten würden. Viele von den Flüchtlingen retteten sich in die tiefen Dschengeln, wurden aber dahin von den mit uns verbündeten Eingeborenen verfolgt." Vom 1 bis zum 18 August wurde die Säuberung der Küste und der einmündenden Flüsse fortgesetzt, noch mehrere Schiffe der Piraten, sowie verschiedene Ansiedelungen derselben — namentlich Paku, welches Capitän Keppel schon früher, im J. 1843, niedergebrannt — zerstört, Gefangene und Geiseln eingebracht. Der Cutter der Nemesis bestand noch ein eigenes hitziges Gefecht, in welchem ein englischer Seemann getödtet und zwei verwundet wurden. Unter den im Kanawit-Fluß Gefangenen war ein Kind von ganz weißer Haut und blonden Haaren, woraus man schloß daß es von europäischer Abkunft sey. Es wurde der Gattin des in Sarawak wohnenden wackern Missionärs, des hochw. M'Dougall, zur Erziehung übergeben." Der Bericht schließt mit den Worten: „Dieß sind die Einzelheiten dieser höchst erfolgreichen Expedition, in welcher ein Dampfboot, ein Dampf-Tender (Lichter, Begleitschiff), 7 Kriegsboote mit einer Bemannung von nicht ganz 150 Seeleuten, unterstützt von einer kleinen Schaar eingeborener Alliirten, eine Piratenflotte von mehr als 100 großen Prahus, jedes mit nicht weniger als 30 Mann besetzt, gänzlich vernichtete. Die Engländer drangen unerschrocken in das Innere eines unbekannten Landes ein, verfolgten die Uebelthäter in ihre Schlupfwinkel, und zerstörten ihre Häuser und ihr geraubtes Gut. Commander Farquhar und die ihm untergebenen Officiere bewährten sich als würdige Mitglieder der englischen Marine durch den kaltblütigen Muth und die Ausdauer womit sie ihrem gefährlichen, strengen und erschöpfenden Dienst oblagen; und die „Nemesis" hat den kühnen Thaten, durch die sie in den Annalen des Seewesens berühmt geworden ist, eine neue hinzugefügt. Leider sind an Bord dieses Dampfschiffs und der „Albatroß" viele Leute am Fieber erkrankt. Dieß war jedoch zu erwarten; denn 32 Tage in offenen Booten, bald unter heftigem Regen, bald unter sengender Sonne zugebracht, sind mehr als hinreichend selbst in Klimaten die der europäischen Constitution angemessener sind als das von Borneo, Krankheiten zu verursachen. Sir James Brooke hatte jene wilden Stämme mehr als einmal dringend ermahnt dem Seeraub zu entsagen und sich friedlichen Beschäftigungen zuzuwenden, aber vergebens. Hoffen wir daß die scharfe Lection, die sie jetzt erhalten haben, besser wirke. Ein zeitweiliges Erscheinen unserer Schiffe an ihren Küsten und in ihren Flüssen wird dazu dienen ihnen diese Lehre im Gedächtniß zu erhalten." Indessen mehrere Londoner Blätter, so namentlich Daily News, welche überhaupt an Sir J. Brooke viel zu tadeln hat, finden die Züchtigung denn doch etwas gar zu blutig, und meinen, bei einem Barbarenvolk, dem die europäische Kriegskunst 1200 Mann tödten kann ohne einen einzigen Mann zu verlieren, würde eine geringere Ahndung zur Abschreckung hingereicht haben. — Was die Insel Labuan betrifft, so zeigt sich dieses englische Besitzthum als ziemlich werthlos, sowie es auch ein für Europäer sehr ungesunder Aufenthalt ist. Das Colonialamt hat, scheint es, den Gedanken einer eigentlichen Colonisation derselben aufgegeben, und will bloß den Hafenplatz besetzt halten.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 14 Dec. Consols $96\frac{3}{8}$ ex div.; Bank Stock 203. Span. 3proc. 30.

Paris, 14 Dec. 3proc. 56.15; 4proc. 71.50; $4\frac{1}{2}$proc. 80; 5proc. 91. 10; Schatzsch. $4\frac{7}{8}$; Bankactien 2420; belg. 5proc. $96\frac{5}{8}$; Anl. von 1842 97; neap. 5proc. 94; röm. $81\frac{1}{2}$; span. 3proc. $38\frac{1}{2}$; innere Schuld $30\frac{1}{4}$; Haiti 190; piem. 5proc. 84.70; Obl. v. 1834 945; v. 1849 913.75; St. Germain E.-B. 410; Vers. rechte 205; Paris-Orleans 757.50; Rouen 548.75; Straßburg 360; Nordbahn 455; Rouen-Havre 240; Straßb.-Basel 105; Orl.-Vierzon 325; Bordeaux 405; Tours-Nantes 277.50; Dieppe-Fecamp 180.

Augsburg, 17 Dec. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{1}{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{1}{2}$ P. $100\frac{3}{8}$ G. Bankactien II. Sem. 636 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1060 P. Württem. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Π **Frankfurt a. M.,** 16 Dec. Bei beschränktem Umsatz blieben in der Effectensocietät 5proc. Metall. 85, $4\frac{1}{2}$proc. $74\frac{5}{8}$, $2\frac{1}{2}$proc. $44\frac{1}{2}$, Bankactien 1280, 500fl.-Loose $168\frac{3}{8}$, 250fl.-Loose 97, Köln-Minden $94\frac{1}{2}$, Ludwigsh.-Berbach 86, Nordbahn $47\frac{3}{8}$, bad. Loose 32, kurhess. $32\frac{7}{8}$, span. 3proc. Obl. $29\frac{1}{2}$ G.

Hamburg, 14 Dec. Hamb.-Bergeb. E.-B.-A. 94. Berl.-Hamb. $81\frac{1}{2}$. Altona-Kiel 94 P. Mecklenb. $34\frac{1}{4}$. Rendsb.-Neum. 116. Glückst.-Elmsh. 28 P. Kopenh.-Rothsch. 40 P. Rente $3\frac{1}{2}$proc. Hamb. Anleh. $86\frac{1}{2}$. Hannov. 5proc. 105. Ruß. engl. Anl. 106. Dän. 3proc. Anl. 71 P. Schwed. 4proc. $97\frac{1}{4}$ P. Norw. 4proc. $98\frac{1}{2}$. Amerik. 6proc. 105.

Berlin, 15 Dec. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $106\frac{1}{4}$ G. Staatschuldsch. 88 G. Prämiensch. $100\frac{3}{4}$ G. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. $87\frac{1}{2}$ G. Berl.-Hamb. $81\frac{3}{4}$ à $82\frac{1}{4}$ bz. Berl.-Stett.-Starg. $107\frac{1}{2}$ G. Berl.-Potsd.-Magd. $67\frac{1}{2}$ à $68\frac{1}{4}$ bz. u. G. Halle-Thüringer $63\frac{1}{4}$ bz. u. G. Köln-Minden $95\frac{1}{8}$ bz. u. G. Köln-Aachen 44, 46 à $45\frac{1}{2}$ bz. u. P. Niederschl.-Märk. $84\frac{1}{2}$ bz. Oberschl. A. $108\frac{3}{4}$ bz., B. $106\frac{1}{2}$ P. Cosel-Oderberg 63 bz. Krakau-Obersch. 70 P. Berg.-Märk. 43 G. Starg.-Posen $84\frac{1}{2}$ bz. Magd.-Wittenb. 62 P.

♀ **Wien,** 15 Dec. Die ungünstigen Valutaverhältnisse traten an der heutigen Börse in noch schärferen Umrissen hervor. London in langer Sicht wurde mit 11.32, Augsburg bis $114\frac{1}{2}$, Hamburg mit $168\frac{1}{2}$–169, Amsterdam mit 159, Paris bis 135, das Geldagio mit $21\frac{1}{2}$ und das Silberagio bis $13\frac{1}{2}$ Procent bezahlt bei Mangel an Abgebern. Erst gegen den Schluß wurden fremde Devisen etwas billiger abgegeben und schlossen selbst zur Notiz offerirt. Hingegen behaupteten sich Comptanten auch heute steigend und gesucht. Fonds und Eisenbahnen haben in Folge von Kaufsaufträgen für auswärts und der besseren Pariser Notirungen etwas angezogen, bei übrigens beschränktem Umsatz. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94\frac{1}{2}$–$94\frac{3}{4}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{1}{2}$–$83\frac{3}{16}$, Loose vom J. 1834 173–$173\frac{1}{2}$, Loose vom J. 1839 $105\frac{3}{4}$–106, Bankactien 1190–1192, Nordbahnactien $109\frac{7}{8}$–110, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder 82–$82\frac{1}{4}$, Pesther $87\frac{1}{2}$–$87\frac{3}{4}$, London (k. S.) 11.29 P., Hamburg 166 P., Augsburg uso 114 P., Frankfurt 113 P., Amsterdam 158 P., Mailand $98\frac{1}{2}$ P., Livorno $109\frac{1}{2}$ P., Genua 130 P., Paris $134\frac{1}{2}$ P., Marseille $134\frac{1}{2}$ P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 21–$21\frac{1}{2}$, Silberagio 13–$13\frac{1}{8}$ Procent. Goldsorten hoch gehalten. Napoleonsd'ors 9.12–14, Souv.d'ors 15.50–16 fl., Friedrichsd'ors 9.6–8, Preuß. 9.12–15, Sovereigns 11.15, Imperial. 9.18–20, Dopp. $35\frac{1}{2}$–36.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. E. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Das Leben des Ministers Frhrn. v. Stein. — Joseph Chr. Edelmanns Selbstbiographie. — Deutsche Kunst. (Schnorr und Bendemann.) — Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte. — Bern. (Beschlüsse über Münzwesen und Eisenbahnen.

Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein.

Von G. H. Pertz. Erster Band. 1757 bis 1807.

Berlin 1849.

. Eben da in Ihrer neuesten Nummer auf die Erscheinung des Lebens Steins von Pertz hingewiesen ward, wurde mir der erste Band dieses Werkes gebracht, der in zwei Büchern die Lebensbeschreibung bis zum September 1807 von dem Geburtsjahr Steins 1757 an bringt. Das erste Buch zerfällt in acht Abschnitte, von denen der erste bis 1785, der zweite bis 1789 reicht, der dritte den Krieg des Jahres 1792, die Jahre 1793 bis 95 zum Gegenstande hat, der vierte die Geschichte bis 1802, der fünfte bis 1804 und der sechste bis zum Anfang des Jahres 1806 fortführt, der siebente vom Januar bis September 1806, der achte bis zum Januar 1807 reicht. Das zweite Buch zerfällt in drei Abschnitte, welche die Zeit vom Januar bis September 1807 umfassen, die Rückkehr Steins nach Nassau, seinen Aufenthalt in Nassau, und Preußen vom Januar bis August 1807. Beiden Büchern sind Anmerkungen und Beilagen beigegeben, letztere sind zum ersten Buche: 1) die Vertheidigung der Veteranischen Höhle durch den k. k. Major Freiherrn Ludwig v. Stein, deutschen Ordensritter, im Jahr 1788; 2) Steins Vorträge im Oberbergdepartement; 3) Steins erster Hauptbericht über die Einrichtung Münsterlands; 4) Stein über die Auseinandersetzung mit den Theilhabern des Bisthums Münster; 5) Stein über die Bildung der Quellen des öffentlichen Einkommens im Bisthum Münster; 6) Steins Denkschrift über den Zustand des Salzwesens in der preußischen Monarchie; 7) über die Tresorscheine; 8) Blücher an Stein; 9) Entwurf einer zweiten Vorstellung, so von denen selben Personen und dem General Blücher, Schmettau, Prinz Hohenlohe übergeben werden soll; 10) Prinz Louis Ferdinand an Massenbach; 11) Schreiben des Königs an den Hrn. Generalgouverneur ꝛc. v. Rüchel Exc. Schreiben an des Königs Majestät von den Hrn. Generallieutenant v. Rüchel Exc.; 12) Schreiben Hardenbergs an den König; 13) über Steins Jugendbild aus Rehbergs Briefen an Pertz; 14) Nachtrag zu Seite 107; 15) aus Friedrich v. Gentz Tagebuch 1806. Zum zweiten Buche. 16) Rüchel an Stein; Minister v. Voß an Stein; Kammerdirector v. Salis an Stein. 17) Aus Niebuhrs Briefen an Stein.

Dieß der Inhalt dieses ersten Bandes. Ich behalte mir vor Ihnen ausführlicher über diesen Inhalt zu schreiben, und spreche jetzt nur aus daß die deutsche historische Litteratur durch diese Arbeit um ein Meisterwerk reicher geworden ist. Das sieht aus wie eine Phrase, ist's aber nicht, sondern durch und durch im vollsten Ernste gemeint. Der Reichthum und die Zuverlässigkeit der Quellen, die kritische Meisterschaft des Bearbeiters bedingten ein reichhaltiges, das Urtheil über die behandelte Zeit sicher bestimmendes Werk, das Talent der Anordnung, der Darstellung, die dem Charakter des Gegenstandes analoge Reinheit, Klarheit, Einfachheit und Sicherheit der Behandlung machen es zu einem Kunstwerk das den erhebenden und beruhigenden Eindruck jedes Kunstwerks macht. Was die genauere Kenntniß der Zeitgeschichte daraus gewinnen wird, läßt sich aus den vielen mitgetheilten Actenstücken vermuthen, und bestätigt sich bei der Einsicht der Actenstücke und der Erzählung auf eine bei der Größe der Erwartung in diesem Punkt überraschende Weise. Vor allem aber fühlen wir uns im vaterländischen Herzen befriedigt das treue Charakterbild eines großen Deutschen vor uns aufgerollt und in einer bedenklich schwankenden Zeit auf die unerschütterliche Säule uns gewiesen zu sehen, als welche dieser eiserne Charakter, dieser durchdringende Geist, dieser in wunderbarem Grade arbeitskräftige Mann, lautern, einfachen, frommen Sinnes als ein Pharus für die auf bewegtem und hin und wieder nebelbedecktem Meere Segelnden aufgestellt ist. Wenn die edlen überlebenden Glieder der Stein'schen Familie es dankbar anzuerkennen haben daß ein Mann wie Pertz, dem großen Todten befreundet, Niebuhrs Freund, unter den Tüchtigen des Vaterlandes in erster Reihe stehend, seine großen Gaben der Biographie des letzten ihres Geschlechtes widmete, so mag auch Pertz das Glück preisen das ihm einen solchen Stoff gegeben, bei welchem alle Kundgebungen des Forschers und des Schriftstellers von dem Feuer der Liebe durchwärmt und getragen werden können. Wie ausgezeichnet und edel, aus welchem Kreise herrlicher Menschen tritt uns dieser Mann entgegen. Es ist eine Galerie von Vortrefflichkeiten, in denen das Auge sich vom mannichfaltigen Reize hin und hergezogen, doch zuletzt am liebsten auf die Heldengestalt des Mitbefreiers Deutschlands heftet.

Lassen Sie mich zum Belege dessen was ich über die Darstellung sagte, für jetzt eine einzige Stelle beifügen die uns den Knaben Stein lebhaft vor Augen führt: „In diesem häuslichen Kreise, unter dem Einflusse des religiösen ächt ritterlichen Beispiels der Eltern ward der junge Karl erzogen. Das Leben auf dem Lande, im täglichen Genusse der freien Luft, der schönen Umgebungen, in dem Garten am Hause voll seltener und prächtiger Bäume, den gewundenen, von Wiesen, Weingeländen und stolzem Hochwalde umschlossenen Thälern, auf den Burghöhen des Steins und der Nassau, gab dem Knaben das erste Erforderniß eines thatenvollen Lebens, einen starken, kraftvollen, den Beschwerden gewachsenen Leib; es entwickelte die Grundlage wahrer Seelengröße, eine thätige Gottesfurcht, innige Anhänglichkeit an Eltern und Geschwister, an Geschlecht, Stand und Volk, an die Geburtsstätte und das Vaterland, und es bildete seinen Sinn für die Reize der schönen Natur. Die Ideen von Frömmigkeit, Vaterlandsliebe, Staats- und Familienehre, Pflicht das Leben zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden, und die hiezu erforderliche Tüchtigkeit durch Fleiß und Anstrengung zu erwerben, wurden durch Beispiel und Lehre tief dem jungen Gemüthe eingeprägt. Mit inniger Dankbarkeit erwähnte er noch am Abend seines Lebens, wie es vorzüglich seine Mutter gewesen die in sein Herz den Keim der christlichen Frömmigkeit gelegt habe welche ihm stets geblieben war, aber in den letzten Jahren seit dem Verlust seiner Gemahlin mächtiger vorwiegend seine Seele erfüllte. Sie gab ihm den festen Glauben an die göttliche Gerechtigkeit, Weisheit und Liebe welchen er in den größten Weltereignissen bewährt fand, den unerschütterlichen Muth des pflichttreuen Mannes der allein aufrecht steht wenn alles um ihn her in Elend und Laster zusammensinkt; sie lehrte ihn die völlige Hingebung an die Pflicht welche alle Rücksichten und Regungen der Selbstsucht und der Eitelkeit abgestreift hat, die männliche Demuth, welche sich selbst ein Werkzeug in der Hand des Höchsten weiß und die Unvollkommenheiten jedes menschlichen Erfolges nicht durch Betrachtung und Geltendmachung des eignen Antheils zu verdecken, sondern durch rastloses Wirken für andere, für die höchsten Güter des Lebens, für König und Vaterland zu verbessern trachtet. In solchen Gefühlen wuchs der Knabe heran. Wie er selbst über sich zu schweigen liebte und im spätern Leben nur mit Thatgenossen, Freunden die Erinnerung an vergangene Tage duldete, so hat sich aus jener frühern Zeit nur der eine Zug erhalten daß als die Stein'schen Geschwister einst unter sich Shakespeare's Sommernachtstraum aufführten, er andere Rollen verschmäht und sich mit dem Ausrufe: I am the wall! in das Stück wie später ins Leben als des Rechtes Grundstein und des Unrechtes Eckstein hingestellt habe. Die Ansicht der Welt und der menschlichen Verhältnisse schöpfte der Knabe und Jüngling in der Einsamkeit des Landlebens aus der alten und neuen Geschichte; besonders sprachen ihn die Ereignisse der vielbewegten englischen an. War diese Ansicht freilich einseitig, unausführbar und verleitend zu einer gewissen Unbilligkeit in Beurtheilung der nahen Wirklichkeit, so entfernte sie doch auch von Gemeinem und kleinlicher Zeitzersplitterung, und bestimmte ihn eine große Strenge in der Auswahl seiner Freunde zu beobachten, sie nur unter den bessern, edlen, tüchtigen Jünglingen aufzusuchen, die flachen, leeren, eitlen zu vermeiden."

Ich füge noch bei was Pertz in der Vorrede selbst über seine Intentionen bei dieser Arbeit gesagt und die Uebersicht die er vom Inhalte des ganzen Werkes gibt. „Ich habe den Reichthum der urkundlichen Mittel welche mir zu Gebote standen, verwendet um der Darstellung den vollen und dauernden Ausdruck der Wahrheit zu geben. Die ursprüngliche Ausprägung der eigenen Gedanken und Gefühle durch Brief und Schrift, wie im Alterthum durch die Rede, spricht unmittelbar zu der Seele und beflügelt die Einsicht des Unterrichteten. Besonders alles was von Stein selbst herrührt, ist mit Sorgfalt erhalten, in die Erzählung aufgenommen oder für sie benützt worden; technische Ausführung und sonstige Urkunden finden sich zu besonderer Betrachtung in den Beilagen gesammelt. Die Erzählung mußte die allgemeinen Begebenheiten, an welchen Stein bis 1816 handelnd theilgenommen, in ihren Grundzügen darstellen um sein Verhältniß zu ihnen zur Anschauung zu bringen, wie dieses hinwieder nicht selten jene in einem richtigeren Lichte erkennen lehrte. — Steins Leben sondert sich in vier große Massen um die Jahre 1808, 1814 und 1816. Jeder der ersten drei Zeiträume ist in drei Büchern beschrieben worden. Steins Wirken als preußischer Beamter, Oberpräsident, Finanzminister

bis zu seiner Entlassung am 3 Januar 1807, der Aufenthalt in Nassau bis zum September 1807, seine Verwaltung von Preußen bis zur Aechtung von Napoleon ist der Inhalt der ersten drei Bücher; die folgenden zeigen ihn auf der Flucht vor Napoleon und in der Verbannung von 1809 bis 1812, als Alexanders Rathgeber während des russischen Krieges 1812 und bei der Befreiung Deutschlands 1813 bis zum Einzuge in Paris. Das 7te, 8te, 9te Buch handeln von der Rückkehr nach Deutschland, dem Wiener-Congreß und dem Feldzug und Frieden von 1815. Die Jahre der Zurückgezogenheit 1816 bis 1831 zu Nassau, Frankfurt, Kappenberg werden den Schluß bilden."

Johann Chr. Edelmanns Selbstbiographie.

Geschrieben 1752. Herausgegeben von Dr. C. R. W. Klose. Berlin 1849.

* Auf der Hamburgischen Stadtbibliothek befindet sich das Manuscript einer Autobiographie des seiner Zeit vielgenannten und vielbekämpften Freigeistes Edelmann. Sein Name ist jetzt nur den Liebhabern der Kirchengeschichte bekannt, wird aber durch diese Publication des erwähnten Werks mannichfaches Interesse aufs neue zu erwecken nicht verfehlen. Bei Edelmanns Tode hatte schon jene rationalistische Bewegung in der deutschen Kirche begonnen die von ihm und seines Gleichen zum Theil vorbereitet war. Inmitten dieser Bewegung war kaum eine Stelle zur ruhigen Beurtheilung dieses eigenthümlichen Menschen gegeben. Nachdem das rationalistische Treiben vorüber ist und sich bei den Theologen der lutherischen Kirche namentlich das Streben hervorgethan hat zwischen starrem Supernaturalismus und verflüchtigendem Rationalismus die lebendige Mitte zu finden, tritt die Bekanntmachung der Lebensbeschreibung eines Mannes in die rechte Zeit der sich, von der starren Orthodoxie seiner Zeit abgestoßen, und von dem mystischen Pietismus in seinen mannichfachen Formen getäuscht und enttäuscht, mit unzureichenden Kräften ein eignes System zurechtmachte das ihm in seinen Gedanken ganz ernsthaft als ein monumentum aere perennius erschien. Zweierlei fällt uns an diesem Manne auf: einmal die cynische Frechheit, der rohe und geschmacklose tiefgemeine Hohn mit dem er die Bibel und besonders die Geschichte des neuen Testamentes behandelt, eine Frechheit und ein Hohn die ganz wie grimmige persönliche Feindschaft aussehen und lebhaft an jenes berüchtigte écrasez Voltaire's und seiner Freunde erinnern. In der That hatte er auch seinen persönlichen Widerwillen gegen die orthodoxen Theologen, ganz wie die französischen Freigeister ihre Wuth gegen den Klerus auf die von diesem vertheidigte Sache übertragen. Neben diesem Hohn lebt aber in demselben Mann ein tiefes Vertrauen auf die Vorsehung, das hin und wieder nahezu an Wunderglauben streift, eine Beherrschung seiner selbst gegenüber sinnlichen Anfechtungen die sich neben dem Cynismus seiner Zunge wunderlich ausnimmt, eine treue Anhänglichkeit an erprobte Freunde, ein Widerwille gegen scheinheilige Affectation, der besonders an dem Grafen Zinzendorf reichliche Nahrung findet, und ein Ernst der Arbeit und des Studiums der besserer Vorbereitung, einer bessern Richtung und einer weiseren Leitung würdig gewesen wäre. In Dürftigkeit aufgewachsen und die ganze Schwere dieser Dürftigkeit ohne alle Linderung erfahrend, bleibt ihm die innigste und wärmste Liebe zu seinen Eltern, er hat ein für die Schönheit der Natur offnes Herz, und man muß ihm zugeben daß er mit Ernst der Wahrheit nachgestrebt habe. Diese Eigenschaften unterscheiden ihn von jenen Geistern die in unsern Tagen dem Christenthum nicht bloß, sondern Gott selbst den Krieg angekündigt haben, und ohne eine Spur sittlichen Gefühls, geschweige sittlichen Ernstes Religion und Sittlichkeit aus dem Herzen der Menschen zu reißen bestrebt sind, um ein Phantom in demselben aufzustellen an das sie selbst nicht glauben. Wenn man die heutigen Apostel des Atheismus bei ihren Banketten ihr Herz aufschließen sieht, möchte man beinahe den Pantheisten von Weißenfels für ehrenwerth erklären. Seine Autobiographie ist zur Widerlegung eines Büchleins von Pratje geschrieben, aus dem wir bis jetzt unsere Kenntniß der Lebensverhältnisse Edelmanns beinahe ausschließlich schöpften. Der Styl erinnert etwas an den der Semler'schen Autobiographie, bewegt sich aber in viel leichterem Flusse anziehend und gleichmäßig fort. Man sieht in dem Schüler und in dem Studirenden Edelmann schon den Keim des künftigen Mannes; disputiren ist seine Lieblingsbeschäftigung, er vernachlässigt die Philologie und ein ernstes Studium der Philosophie, historische Kritik ist ihm so fremd daß ihm das in kritischer Hinsicht unendlich schwache Buch Arnolds imponiren kann, wozu allerdings seine Freude beiträgt die Orthodoxen, die er kennen zu lernen Gelegenheit hat, durch den angeblichen Beweis gekränkt zu sehen daß ihres Gleichen im ganzen Lauf der Geschichte der Kirche gegen die Häretiker Unrecht gehabt haben. Und doch war unter diesen ihm nähertretenden Orthodoxen ein Mann wie Valentin Ernst Löscher, dem an Gelehrsamkeit, Umsicht, eifrigem Streben für das Wesen des Christenthums, Geist und Scharfsinn keiner der gleichzeitigen Theologen zu vergleichen ist. Wäre Edelmann dem Wesen dieses Mannes, dem eine Reformation der lutherischen Kirche so gut wie Spenern am Herzen lag, auf den Grund gegangen, so würde ihm auch dessen Anhänglichkeit an die Kirchenlehre begreiflich geworden seyn. Ihn muthete es aber mehr an, den Spuren verneinender Geister nachzugehen und für seinen eignen Hang zum Paradoxen Zeugniß und Ermunterung in häretischen und deistischen Schriften zu suchen. Man kann nicht in Abrede stellen, es ist ein Drang nach Wahrheit in ihm, dieser Drang treibt ihn nach Herrnhut, wo einem argwöhnischen und scharfsichtigen Auge freilich nicht entgehen konnte daß er hier den Gegenstand seiner Sehnsucht nicht finden könne; es zieht ihn zu den Bußtelianern, ohne daß diese hochschwärmerische Partei ihn irgend fesseln konnte. Es kommt dazu daß er jahrelang unter Katholiken gelebt, und so eine freiere Ansicht in der Beobachtung der verschiedenen Stellung der Confessionen sich leicht entwickeln konnte. Die eigentliche erste Anregung zu seiner schriftstellerischen Thätigkeit im antibiblischen und antichristlichen Sinn wird ihm aber, wie er erzählt, durch eine Art Inspiration; er hört den Titel seiner ersten Schrift: „Unschuldige Wahrheiten", mit der Aufforderung sie zu schreiben, und sofort ergreift er die Feder und beginnt das Werk.

Es war in Oesterreich wo er die katholische Kirche näher kennen lernte, da er als Erzieher längere Zeit in dem Hause protestantischer Grafen, erst des Grafen Kornfeil, dann eines Grafen Auersberg war. Auf seiner Reise nach Oesterreich fällt ihm auf der Donau Brocke's irdisches Vergnügen in Gott ein: „ich kann sagen, ruft er aus, daß ich vielleicht der einzige auf dem Schiffe war der die vortrefflichen Werke Gottes auf dieser Reise mit inniger Rührung betrachtete." Auf dem Kornfeil'schen Gute geht er häufig auf die Jagd, „da erregen ihn in der Stille der Fluren und Wälder tausenderlei Vorwürfe zum Lobe seines Schöpfers, den er damals noch gar wenig gekannt, ob er schon was fühlte das ihm weit was angenehmeres von ihm sagen wollte als ihm seine Theologie bisher gelehrt hatte." Eben dort dankt er seinem Gott „für die Glückseligkeit die er ihm für seinen armen Vater und Geschwisterte gegönnt habe, denen er bisweilen nach seinem Vermögen etwas zu ihrer Erquickung sandte und sich nach seinem Stande so knapp als möglich hielt." Nachdem er das Kornfeil'sche Haus verlassen, kommt er in eine sehr unangenehme Stellung in dem Hause eines reichen Wieners, der von Hallischen Pietisten bekehrt war, so daß er auch diese Richtung von der finstersten Seite kennen lernt. Noch aber läßt er sich von einem Bibelorakel, da er zufällig in der aufgeschlagenen Bibel die Worte „Bleibe im Land und nähre dich redlich" las, davon abhalten die drückende Stelle zu verlassen. Auf der Rückreise nach Sachsen getröstet er sich, im Zweifel über die eigentliche Beschaffenheit des Himmelreichs, damit daß er mit dem zufrieden seyn wolle was ihm sein Schöpfer nach der Unermeßlichkeit seiner Güte bei dem Hingange aus dieser Zeit bescheiden werde, und wartet auf des Herrn Heil. Doch wir enthalten uns weiterer Auszüge. Diese Autobiographie ist ein historisches Actenstück, das uns befähigt Edelmanns Stelle in der Geschichte der Theologie und Kirche zu begreifen und zu bezeichnen.

Einer Widerlegung bedürfen natürlich seine Lehren nicht, und der Herausgeber hätte sich auch die wenigen Anmerkungen sparen können die er hinzugefügt hat. Wer jetzt noch eine Widerlegung dieser Extravaganzen bedarf, die in keiner Weise etwas neues oder etwas anderes enthalten als was frühere Pantheisten und englische und französische Deisten vorgebracht haben, dem ist nicht zu helfen. Das vollständige Urtheil über Edelmann ist durch die Herausgabe dieses seines Werkes jedem Einsichtsvollen möglich und leicht geworden. Es war früherhin nicht so leicht, um so rühmender ist es anzuerkennen daß ein würdiger Schüler Mosheims, des großen und billig urtheilenden Kirchenhistorikers und der Fortsetzer der Kirchengeschichte desselben, wir meinen J. Rudolf Schlegel, bereits vor sechzig Jahren ein unbefangenes Urtheil über Edelmann gefällt, ohne zur Schöpfung und Begründung dieses Urtheils außer Edelmanns gedruckten Schriften andere Hülfsmittel gebrauchen zu können als Pratje's Lebensbeschreibung Edelmanns und eine Anzahl von Briefen Edelmanns an den schwedischen Gesandtschaftsprediger Lerche, welche der emsige Sammler Strobel in seinen Miscellaneen bekannt gemacht hat.

Deutsche Kunst.

Schnorr und Bendemann.

Dresden, 1 Dec. Die Insurrectionen wollen die Königsschlösser in die Luft sprengen, während die Künstler darüber nachsinnen ihre Wände mit schönen Gedanken zu schmücken. Schnorr v. Karolsfeld ent-

wirft den Carton zu dem letzten Nibelungenbilde für den Königsbau in München, Bendemann trifft man in seinem Atelier unter Zeichnungen und Entwürfen für den Ballsaal unseres Schlosses. Beide Künstler, von ihren letzten Frescomalereien sehr angegriffen, litten an den Augen, sind aber so weit wiederhergestellt daß sie ihren Freunden keine Besorgniß mehr einflößen. Bendemann hat mit den neuen Erfindungen seiner immer reichen und schöpferischen Phantasie noch jenen Ballsaal und zwei mittlere Verbindungszimmer des Schlosses zu schmücken. Für jenen hat er Gegenstände der Mythologie, wie für den Thronsaal bekanntlich mittelalterliche gewählt. Die Zwischenzimmer sind der Darstellung eines Vorwurfs rein jüdischer und eines rein christlicher Anschauung gewidmet. Die Rückkehr der Juden aus der Gefangenschaft wird das eine, die Genesis und Fortpflanzung des Christenthums das andere große Wandbild darstellen. Schon jetzt kann man in den kleinen Entwürfen zu diesen Planen nicht umhin sowohl die sinnige architektonische Gruppirung wie den reichen Gedankeninhalt des Künstlers zu bewundern. Der lang hinwallende Zug der Juden zu der Stätte wo ihnen allein, im Tempel zu Jerusalem, Jehovah würdig zu thronen schien, steht in einem sinnigen Gegensatz zu der christlichen Idee daß Gott in keinem Hause von Menschenhand gemacht wohne. Die Apostel sind es die unter einer Symbolisirung der Offenbarung den Gekreuzigten in alle Enden der Welt tragen, während sich freilich später in den Kreuzzügen die alte jüdische Idee, die Verherrlichung des Heimathlandes der christlichen Religion, durch fromme Waller und kriegerische Unternehmungen wiederholte. Wir sahen die Skizzen des Künstlers zu flüchtig um schon jetzt den vollen Inhalt seiner Absichten wiedergeben zu können. Im Ballsaale werden Momente der Freude aus dem alten Sagenkreise hervorgehoben werden, zu denen auch die jetzt schon, grau in grau, gemalte und fertig gewordene Eberjagd gehört, die im Style der Basreliefs gehalten und trefflich gruppirt ist. Sehr sinnig muß man es nennen daß Bendemann einen Cyclus froher mythischer Gegenstände mit dem Feuerraube des Prometheus beginnt; denn mit dem Licht und der Wärme kam die Freude in die Welt, wenn auch die Qualen des gefesselten Prometheus nur schmerzlich daran erinnern daß der Freude die nagende Qual der Reue folgt. Nach zwei Seiten hin aber jauchzt der frohbewegte Mensch: unsere Lichtnatur wird nur mit Apollo froh seyn können, während der von der Wärme gebundene, rein gesellige Mensch zum Bannerträger den Thyrsusschwinger Dionysos erwählt. Und die Musen selbst, Vermittlerinnen der Freude, steigen sie nicht von ihrem Herold Apollo, fast wie in einer Stufenleiter vom Geistigen zum immer Sinnlichern, zuletzt zum Dionysos herab? Bendemann wird nach diesen beiden Richtungen hin aus dem Sagenkreise des Apollo und dem des Dionysos entsprechende Gegenstände wählen und auf einzelnen schmälern Verbindungen der Fenster auch in diesem Sinne die Künste allegorisiren. Besonders heben wir die Hochzeit der Thetis, einen Bacchuszug zum Parnaß und als Schlußstein des Ganzen das große Alexanderfest zu Susa hervor, das sich wohl, obgleich der Geschichte angehörend, mythisch auffassen und wiedergeben läßt. Denn ist nicht Alexander der letzte Sagenheld der Griechen? Kann man ihn nicht einen Heros, ja den umgekehrten Dionysos nennen, der aus Griechenland Cultur nach Indien brachte, wie Dionysos aus Indien einst nach Griechenland? Vom Bacchuszuge nach dem Parnaß sahen wir eine Skizze, die, in Fresco ausgeführt, einst einen glänzenden Effect machen muß; denn der Hintergrund ist Nacht. Die Beleuchtung kommt von den Fackeln der Korybanten, Silene und in den Lüften dem Zuge voranleuchtender Amoretten. Eros, auf einem Panther die Leyer spielend, trabt behaglich in der classischen Walpurgisnacht mit. Dionysos selbst, in der Farbenskizze wohl noch etwas zu weiblich gehalten, thront in dem reichen, jedoch nicht überladenen Bilde mit jugendlicher Schöne. (D. A. Z.)

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte.

II. Kanonenboote in Vegesack. Eisengießerei in Ronnebeck. Die Dry-Docke in Braake. Die Flotte. Bremerhaven.

K. In dem hübschen kleinen bremischen Hafen Vegesack, an der Mündung der Lessum in die Weser, bekamen wir die erste Spur von der deutschen Flotte zu sehen. Vegesack hat die vornehmsten Bremer Schiffswerfte. Auch kommen hier viele alte Seeschiffe zur Ausbesserung her. Sonst war dieß auch die Station für die Häringsbuisen Bremens. Außerdem ist es ein hübscher kleiner Ort, in dessen Nähe die Weser-Ufer sich noch einmal hoch erheben, Landhäuser, Villen und Gartenanlagen wohlhabender Kaufleute tragend, um dann in den weiten ebenenen Mündungsmarschen für immer abzuflachen. In dem kleinen Hafen von Vegesack hat man die an der Weser gebauten Kanonenboote — man sagte mir es wären nahe an 30, ich zählte mit Gewißheit Nr. 20 — untergebracht. Dieß war jetzt eigentlich der einzige Theil unserer Nordseeflotte, der ganz sicher geborgen ist. Die großen Schiffe draußen auf der freien Rhede von Bremerhaven waren ja leider noch ebenso wenig geborgen wie es die Gefion nach englischem und dänischem Seerecht seyn soll. Die dreißig kleinen schwarzangestrichenen Kanonenboote lagen abgetakelt, alle in verschiedener Reihe rangirt, ganz ruhig im Hafen, und werden seitdem dort wohl eingefroren seyn. Ich muß gestehen, mir gefiel das nicht. Das erste was die Chrysalide thut, wenn sie ausgekrochen ist, ist daß sie die Flügel entfaltet und in die Luft hinausflattert. Diese dreißig armen deutschen Kriegsflotten-Chrysaliden schienen aber dazu verurtheilt gleich nach ihrem Auskriechen wieder wie so viele Puppen in einem Winkel des Hafens aufgeschichtet zu werden. Es muß da in dem Flußwasser im Lauf eines Jahres schon manches wieder an ihnen faul werden noch ehe sie einmal gebraucht sind. Das freie Terrain wo wir unsere deutsche Flagge ungenirt zeigen können, geht zwar freilich noch nicht sehr weit, nämlich noch nicht weiter als unsere Flußmündungen und als die Tragweite unserer Kanonenkugeln. Aber selbst in der Weser- und Jahdemündung läßt sich ja schon vielfach hin und her segeln. Und wie man sich freut wenn man die jungen aus dem Ei gekrochenen Fische ruhig nach dem Futter schnappen sieht, so hätte ich mich gefreut wenn ich auch diese Kanonenboote nur im Freien auf der Weser mit Segeln oder Zielschießen, oder mit Passagieren und Waarentransporten, oder meinetwegen selbst nur mit Fischen thätig gesehen hätte.

Die Amerikaner gebrauchen ihre Kriegsschiffe im Frieden häufig bei den trigonometrischen Küstenaufnahmen. Gibt es denn nicht an der Jahde und Weser noch hier und da etwas auszumessen? Konnten diese kleinen Kanonenboote nicht etwa den Bremer Flußschanzern Faschinen und andern Bedarf zuführen? Oder konnte man nicht sonst nützliche Arbeiten für sie ausdenken? Wie gesagt, so dachte ich. Aber freilich Bremen wollte vielleicht gar nicht einmal die Dienste dieser Schiffe annehmen. Weil die Weser nicht Deutschland, sondern Bremen, Oldenburg, Hannover rc. gehört, konnte der Flottencommandeur dort vielleicht auch gar keine Messungen, oder Fischereien, oder Personentransporte, vielleicht auch keine Schießübungen vornehmen lassen. Und die Schiffe mußten vielleicht wohl wider Willen unthätig bleiben und aufgespeichert werden. Uebrigens glaube ich, waren auch noch nicht alle Kanonenboote vollständig bemannt und ausgerüstet. Man sagte mir es halte etwas schwerer Mannschaft für die kleinen Kanonenboote als für die großen Kriegsschiffe zu erhalten. Die Leute dienen lieber auf diesen, wofür ich mir freilich wohl allerlei Gründe denken kann.

Die größten Schiffswerfte in Vegesack sind die des allgemein bekannten Baumeisters Lange, der wieder einige große Seefahrzeuge in Arbeit hatte. Die Weser durchfließt oder berührt einige Landstriche unseres Vaterlandes in denen der Eichbaum noch sehr häufig ist. Auch aus einem Theile Westfalens, das die schönsten und ältesten Eichenhaine Deutschlands birgt, könnte man mit der Zeit der Weser und unserer deutschen Flotte noch viel herrliches Eichenholz zuführen, das in unsern Arsenalen niedergelegt und auf unsern zu hoffenden Kriegsschiffswerften verbraucht werden könnte. Leider steht jetzt Holland durch Rheinarme und Canäle mit jenen westfälischen Eichenhainen noch in näherer Verbindung als wir selbst, und es geht das schönste Eichenholz noch immer nach Holland hinüber. Die Weser muß es allmählich an sich zu ziehen suchen. Und daß sie dieß vermöge der geographischen Gestaltung ihres Laufes kann, gehört zu den verschiedenen Vortheilen die diesen Fluß als für die deutsche Kriegsflotte besonders wichtig erscheinen lassen.

Einige Stunden unterhalb Vegesack liegt ein zweiter der Flotte wichtiger Ort, nämlich Ronnebeck, mit einer bedeutenden Eisengießerei, in welcher ein Theil unserer Schiffskanonen gegossen ist, und noch jetzt gegossen wird. Darnach kommt die Mündung der Hunte, des Hauptflusses von Oldenburg und des letzten Nebenflusses den die Weser von der linken Seite her empfängt. Dieser Fluß ist schiffbar. An seiner Mündung liegt der kleine Weserhafen Elsfleth, welcher der Handelsmarine der Weser viele Schiffer, Steuerleute und Schiffscapitäne liefert; 3 Meilen aufwärts die Hauptstadt Oldenburg selbst. Von da kommen die kleinen Hunte-Dampfschiffe zu einer verabredeten Zeit zur Weser, treffen hier mitten im Fluß die größeren Weser-Dampfschiffe und nehmen ihnen die für die Hunte bestimmten Passagiere ab.

Erst hier von Elsfleth an nimmt nun die Weser entschieden die Physiognomie eines großen Stromes an. Doch ist dieß weniger ihr eigenes Verdienst als das des Meeres, das hier ebbend und fluthend gewaltige Wassermassen hineinsendet, und die Wesermündung sowie überhaupt die Mündungen aller Flüsse in die sie eindringt, zu weiten und breiten Busen erweitert hat. Von hier an sieht man rings umher mächtige Flußarme, flache Inseln die zum Theil mit hohen Schilfwaldungen besetzt sind, und unabsehbare Marschen rings umher. Es ist gerade wie an der Schelde-

und Rheinmündung. „So sieht es auch ungefähr am Mississippi in Louisiana aus", bemerkte mir ein nordamerikanischer Schiffscapitän den wir an Bord hatten. Schaaren von Möven flogen scherzend über dem Wasser, und die Inseln und Flußniederungen waren mit zahllosen Schwärmen wilder Gänse bedeckt, die im Spätherbst auf ihren Wanderungen hier eine Zuflucht finden und jetzt ruhig weidend im Grase wanderten. Die Uferbewohner haben bei ihren Dörfern an vielen Stellen große Fischwehren in den Fluß hineingebaut die sie „Hamen" nennen. Diese Hamen bestehen aus einer Reihe dicker und hoher in den Sand eingerammter Balken, die vom Ufer aus in einer geraden Linie bis in die Mitte des Flusses, wo das Fahrwasser beginnt, vorschreiten. Zwischen je zwei Bäumen liegt ein Netz, wohl mehr als ein Duzend Netze bei jedem Hamen. Alle diese Netze werden mit der Ebbe 6 Stunden lang stromaufwärts und dann mit der Fluth 6 Stunden lang stromabwärts getrieben, und damit bei diesem während des Wechsels stattfindenden Umlegen die gefangenen Fische nicht wieder entschlüpfen, müssen sie daher kurz vor dem Wechsel geleert werden. Da die Fluth eben eintreten sollte, so fanden wir bei jedem Hamen ein paar Fischerboote mit dieser Arbeit beschäftigt. Die Leute fangen hier um diese Zeit besonders viele Neunaugen, die kleineren ungenießbaren Fische werfen sie dabei ins Wasser zurück. Die Möven der Weser denen sie zur Beute werden, wissen dieß. Jeden Hamen umschwirrte daher eine kleine Wolke von diesen Vögeln die kreischend hin und her flatterten, und die so dreist waren daß sie den Fischern, die keine Notiz von ihnen nahmen, die Fische fast unter den Händen wegschnappten. Der vorderste Baum des Hamens, der dem Fahrwasser zunächst war, trug gewöhnlich als Warnungszeichen bei Hochwasser eine Tonne, oder einen Reißbündel, oder sonst ein Signal hoch empor. Und der Anblick einer ganzen solchen Scene gab jedesmal ein sehr belebtes Wasserbild, wie dergleichen die niederländischen Maler oft gemalt haben.

Ein paar Stunden unterhalb der Huntemündung legten wir abermals bei einem Hafen an der die deutsche Flotte angeht, nämlich bei Braake, und hier wurden wir denn zuerst zweier großen deutschen Kriegsschiffe ansichtig die hier vor Anker lagen. Es waren dieß die Dampf-Corvette Cora, die eben aus England von ihrem Geburtsort Bristol herüber gekommen war, und die ehemalige Dampffregatte Britannia, jetzt „Erzherzog Johann," oder wie die Weser-Matrosen, denen ein Erzherzog noch wenig geläufig zu seyn scheint, sie nannten: Erbherzog Johann. Die Cora lag hier nur vorläufig, ich weiß nicht in welchen Geschäften und Aufträgen; denn am folgenden Tag fanden wir sie wieder mitten unter den andern Schiffen bei Bremerhaven. Der Erzherzog Johann aber war hier in dem neu für ihn gegrabenen Dry Dock, oder wie die Schiffsleute hier sagen: in dem Braaker „dröge*) Dock" eingesperrt, um seine bekannten Schäden zu renoviren die er bei seiner Ueberfahrt von England erlitten hat. Diese Schäden haben sich jetzt glücklicherweise viel unbedeutender erwiesen als sie anfangs geschätzt wurden. Man sagte mir in Bremen die Versicherer hätten den Schaden auf 12,000 Pfd. St. geschätzt, und hätten auch dieser Schätzung gemäß Zahlung geleistet. Jetzt glaube man aber das Ganze für 2000 Pfund Sterling repariren zu können, so daß also unsere Flotte eigentlich bei dieser Gelegenheit ein ganz gutes Geschäft gemacht hat. Ist diese Angabe, wie ich glauben muß, wahr, so hat die Flotte dabei baare 10,000 Pfd. St. gewonnen, vermuthlich mehr als bei allen für sie veranstalteten Sammlungen und Comité's in ganz Deutschland zusammengenommen. Was doch so ein kaufmännisches Geschäftchen für ein gutes Ding ist!

Die „dröge Dock" von Braake ist in verhältnißmäßig kurzer Zeit ausgeführt, und vermuthlich ist dieß bis jetzt wohl der einzige Dock den unsere deutsche Flotte besitzt. Allerdings ist er noch nicht ganz fertig. Es fehlt noch die Schleuße. Um aber die Reparatur des erwähnten Schiffs nicht zu verzögern, hat man die Schleuße einstweilen durch einen Damm aus Schlamm, Rasen, Erde und Mist ersetzt. Und hinter diesem Damm sehen wir denn den edlen Erzherzog mitten im Lande stecken, um die nöthigen chirurgischen Operationen an seinem kranken Leibe vollführen zu lassen. Der Großherzog von Oldenburg, so sagte man mir, habe einstweilen die Kosten für jenen Dock ausgelegt. Ich hörte wie ein paar Matrosen über diesen Kostenpunkt sprachen, und sich darüber beredeten wie der oldenburgische Fürst sich für seine Auslagen entschädigen würde. „O he kann nu lachen," sagte einer von ihnen, „he hat so nu den Erbherzog binnen. Den gift he nicht ehr wedder herut, as bit se em betolt heft." O du liebe deutsche Einheit, dachte ich wieder bei mir, wäre es möglich daß auch noch solche Collisionen zum Vorschein kämen?

Von Braake an wurde nun das Weserwasser eine wahre Erbsensuppe, fast so schmutzig und grau wie das Themsewasser in dem viel durchfurchten Pool bei London, und wie im Grunde genommen das Wasser bei allen diesen ebbenden und fluthenden Flußmündungen der Nordsee. Hie und da tauchte aus dieser Erbsensuppe der Rücken eines flußaufwärts taumelnden Delphins auf. Diese Delphine oder Meerschweine, von den hiesigen Leuten schlichtweg „Swine" (Schweine) genannt, sollen zuweilen bis Vegesack, zwei Meilen von Bremen, hinaufdringen. Endlich tauchte am fernen flachen Wasserhorizont wieder etwas schwarzes auf. Doch nicht Delphine, nicht Wallfische! Es sind die schwarzen Leiber der Schiffe der kleinen deutschen Flotte, die der Richtung nach hintereinander dalagen und einen Theil des Horizonts wie eine Perlenschnur umschlangen. Wir kamen bald hinzu, und auf unserm kleinen Dampfer an der ganzen Linie hinlaufend, hielten wir Musterung über die hübsche Kriegsmacht, und grüßten die Germania die Hansa, den Barbarossa und die übrigen, die von oben bis unten in ernste, schwarze Farbe gehüllt auf dem Wasser ankerten. „Deutsche Flotte!" — welch lieblicher Name, welchen Zauber übte dieß Wort, dieser Wunsch im vorigen Jahr auf die Nation! Gott sey Dank, jetzt ist es nicht mehr ein bloßer Name, ein bloßer Wunsch. Es ist bereits eine hübsche Wirklichkeit geworden, die ich nun handgreiflich und unläugbar vor mir hatte, und für die wir vierzig Millionen im Binnenlande nicht ganz vergeblich geschwärmt und gesteuert haben.

Bald darauf landeten wir in Bremerhaven. Leider mußte ich mir einstweilen noch das Vergnügen an Bord der Flotte zu gehen versagen. Denn die Fluth sey entgegen, hieß es, ströme mit Gewalt von der Flotte her, und ein kleines Ruderboot würde jetzt bis Sonnenuntergang brauchen um hinüberzukommen, während an einem andern Tag die Fahrt in einer Stunde gemacht werden könnte. Man hatte die Flotte mit Fleiß in einiger Entfernung von Bremerhaven gelegt, um dem Schiffsvolk nicht so viel Gelegenheit zu Excessen am Lande zu geben.

Bremerhaven ist jetzt im Verlauf von anderthalb Jahrzehnten ein hübscher blühender Ort geworden, und gibt in der Schnelligkeit seines Wachsthums, seiner Bauart und Anlage einen Vorschmack von Amerika und das treueste Bild einer neuen amerikanischen Stadt. Die Hauptstraße der Stadt erstreckt sich längs des Hafens, und an diese schließen sich dann theils in parallelen Linien, theils unter rechten Winkeln die übrigen Straßen an. Von dem schon fertigen Kern sieht man noch überall neue Straßen ausgesteckt und neue Häuser aufschießen, zwischen denen die Lücken sich bald ausfüllen werden. Auch das Wirthshaus in dem wir abstiegen schien mir ganz so eingerichtet wie ich mir die Wirthshäuser in den neuen Städten des Innern von Amerika denke. Es war halb Gasthof halb Kaufhaus. Auf der einen Seite waren die Gastzimmer, auf der andern ein großer Kramladen, in dem alle möglichen nützlichen Dinge zu kaufen waren. Auch wurde hier überall von Amerika fast mehr gesprochen als von Deutschland und Europa. Wirthshäuser, Straßen, Häfen, alles war gedrängt voll mit geschäftigen Menschen, unter ihnen viele Amerikaner und Engländer, auch schwarze Afrikaner, Matrosen eines nordamerikanischen Schiffs. Mit den Gästen, Schiffern und Auswanderern mögen hier im Sommer wohl über 8000 Menschen beisammen seyn. Sonst hat der Ort jetzt bleibende Einwohner nahe an 4000. Es ist der blühendste und geschäftigste Ort unter allen den kleinen Weser- und Elbestädten unterhalb Hamburg und Bremen.

Die Einwohner welche sich hier nur allmählich angesiedelt haben, sind zum Theil Hafenarbeiter, Hafenaufseher und Beamte, alsdann Gastwirthe und Krämer aller Art; ferner zurückgezogene Schiffscapitäne welche den Geruch der See lieben, alsdann Commissionäre Bremer Kaufleute und endlich auch selbständige größere Kaufleute, zum Theil ganz neue Etablissements, zum Theil solche die von Braake und andern kleinen Hafenorten hierher übersiedelten. Wenngleich die Bremer nicht fürchten daß dieser Ort ihnen über den Kopf wachsen könne, so geht er doch offenbar noch einer größern Zukunft entgegen. Seine ganze Bedeutung wird er dann erlangen wenn erst die Eisenbahn von hier nach Bremen, und auch die zweite Eisenbahn von hier durch die hannoverischen Marschen und Haiden nach Hamburg, von der man ebenfalls schon spricht und speculirt, ausgeführt seyn werden. Es liegt in den natürlichen Verhältnissen der Umgebung daß Bremerhaven dann auch ein Speditions- und Commissionsort für Hamburg werden muß. Ueber hundert Jahren werden wir mehr von Bremerhaven hören als jetzt, und man wird dann dem Begründer dieses Orts, dem Bürgermeister Smidt, vielleicht ein großartiges Denkmal setzen. Diesen Mann verehrt man jetzt allgemein als den Stifter, als den Schutzpatron, als den Washington dieses Orts, und läßt ihm nun, da sein Werk und Plan vollständig gelungen, volle Anerkennung seines Verdienstes zu Theil werden. Ich hörte darüber nur eine Stimme. Es erweckt Freude und Theilnahme wenn einem Mann ein solcher Triumph noch bei seinen Lebzeiten zu Theil wird.

Bürgermeister Smidt hat hier ungefähr verfahren wie dereinst Dido an der Küste von Afrika. Wie diese hat er sich die Gestalt der Gewässer und des Ufers betrachtet, einen guten Punkt erwählt, dann den Meß-

*) D. i. „trocken."

riemen zur Hand genommen, ein kleines Terrain in der Nähe dieses Punktes abgemessen, und nun auf kluge Weise mit dem König und Besitzer des Binnenlandes unterhandelt und ihm das Stückchen Uferland abgekauft. Carthago wird auch in dem ersten Jahrzehend nicht viel größer als Bremerhaven, vielleicht nicht einmal so groß gewesen seyn, und wer weiß, wie gesagt, wie sich Bremerhaven nach 100 Jahren darstellen wird!

Die Gunst der Naturverhältnisse, mit Rücksicht auf welche die neuen Karthaginenser eben hier ihre Ochsenhaut ausspannten, kann man sich bei einem Blick auf die Karte klar machen. Die Weser mündet in einen weiten Meerbusen aus, der sich nach Südosten hinab trichterfömig zusammenzieht. Da wo der kleine Nebenfluß, die Geeste, einmündet, ist etwa der Endpunkt dieses Trichters. Hier ziehen sich die Gewässer bedeutend zusammen, und der Fluß nimmt zugleich, einen Winkel bildend, eine andere Richtung, nämlich eine direct nördlich-südliche an. Man kann daher hier die erste eigentliche Binnen-Mündung der Weser annehmen. Bis hierher ist die Weser so tief daß Schiffe jeden Tiefgangs hierhergelangen können. Auch sind dann die Schiffe hier im Innern des Trichters, auf der Rhede von Bremerhaven vor allen Seestürmen gesichert. Die Geeste, welche eben hier einmündet, ist zwar nur ein kleiner Fluß, aber weil die Fluth und Ebbe in sie eindringt, ist ihre Mündung sehr ausgetieft und zum Einlaufen großer Schiffe geeignet. Die Weserschiffe suchten daher auch schon seit alten Zeiten diesen Zufluchtsort auf, und es lag hier schon immer ein kleiner Hafen, das Geestendorf, der für die Weser wichtig war.

Zu diesem allem kommt nun aber noch der von den Schiffern und Weserkennern oft angeführte Umstand daß diese rechte Seite der Weser, auf welcher die Geeste, Geestedorf und Bremerhaven liegen, im Winter von Eisgefahren freier ist als die linke Seite. In dieser Beziehung muß man folgendes bemerken. Zuerst ist die Mündung der Weser, als des südwestlichsten unserer großen Ströme, die wir Deutschen ganz bis zu ihrem Ausgange beherrschen, weniger von Frost und Eis genirt als irgendein anderer. *) Die Weser hat in Bezug auf Klima und andere Verhältnisse etwas mehr von den holländischen Gewässern, denen sie benachbart ist. Unsere Ostseeströme starren noch lange von Eis wenn die Weser längst frei ist. Ja es gibt zu Zeiten Winter, in denen die Weser immer zugänglich bleibt. Sie hat in dieser Beziehung sogar vor der nahen, aber etwas weiter östlichen und nördlichen Elbmündung Vorzüge. Sie ist weniger von Eis gestört als diese, die nicht nur ein kälteres Klima hat, sondern auch viel größere Eismassen herabführt. Im ganzen kann man in Bezug auf das Zufrieren der unteren Weser drei Hauptabtheilungen machen und drei Punkte festsetzen. Die Weser bei Bremen und hinab bis Vegesack, bis wohin sie nur noch ein schmaler Fluß ist, friert fast alle Winter zu. Von Vegesack an bis Bremerhaven, wo sie einen mächtigen breiten Strom darstellt, in dem auch des Meeres Fluth und Ebbe auf- und abziehen, friert sie nur bei sehr harten Wintern zu. Doch endet auch dann der Eisteppich noch immer eine Strecke oberhalb Bremerhavens. Von Bremerhaven abwärts, wo der Strom in einen breiten Meerbusen eintritt, friert sie nie zu, und ist hier nur zu Zeiten mit losem Eis gefüllt. Dieser Umstand ist nicht nur für Bremerhaven, sondern auch für die Verbindung mit Amerika, für die amerikanischen Dampfboote und auch für unsere Kriegsflotte von Wichtigkeit.

*) Die Mündung unseres Rheins beherrschen wir nicht. Die Ems kann man kaum den Hauptströmen Deutschlands beigesellen.

Bern.

* **Bern**, 14 Dec. Heute war sowohl im Nationalrath als im Ständerath wichtige Sitzung. Der Nationalrath beschloß mit 79 gegen 5 Stimmen: es soll der Bundesrath den Plan zu einem Eisenbahnnetz für die Schweiz entwerfen lassen; ferner sofort ein Expropriationsgesetz vorlegen. Es wurde sogleich eine Commission niedergesetzt um die dießfälligen Arbeiten des Bundesraths entgegen zu nehmen. Im Ständerath wurde zur gleichen Stunde mit 30 gegen 9 Stimmen die Einführung des französischen Münzfußes beschlossen. In beiden Räthen gingen diesen Schlußnahmen lange und lebhafte Discussionen voraus.

---

(330) **Damen-Bibliothek classischer Dichter und Dramatiker.**

Von dieser mit so allgemeinem Beifall aufgenommenen Bibliothek sind bis jetzt folgende 28 Bändchen in elegantem Einband, mit Goldschnitt und Titelstahlstichen geschmückt, erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Goethe's Gedichte.
Rthlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4. 30 kr.

Schillers Gedichte.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 12 kr.

Lenau's Gedichte.
Rthlr. 3. 15 Ngr. od. fl. 6.

Platens Gedichte.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 30 kr.

Uhlands Gedichte.
Rthlr. 2. 22½ Ngr. od. fl. 4. 30 kr.

Freiligraths Gedichte.
Rthlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4. 30 kr.

Fr. Hölderlins Gedichte.
Rthlr. 1. 20 Ngr. oder fl. 2. 42 kr.

J. C. v. Zedlitz Gedichte.
4. verm. Auflage.
Rthlr. 2. 20 Ngr. od. fl. 4. 30 kr.

Oehlenschlägers Gedichte.
2. verm. Aufl. br. Rthlr. 1. 7½ Ngr. od. fl. 2.
geb. Rthlr. 1. 20 Ngr. od. fl. 2. 42 kr.

Gustav Schwabs Gedichte.
3. Aufl. Rthlr. 2. 20 Ngr. od. fl. 4. 30 kr.

Justinus Kerners
lyrische Gedichte.
Vierte, sehr vermehrte Auflage.
Rthlr. 2. 20 Ngr. oder fl. 4. 30 kr.

Geibels Juniuslieder.
Vierte Auflage.
geb. Rthlr. 2. 6 Ngr. oder fl. 3. 48 kr.

Homers Ilias
von
Johann Heinrich Voß.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 30 kr.

Homers Odyssee
von
Johann Heinrich Voß.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 30 kr.

Die Frithiofs-Sage
von
Esaias Tegnér,
Bischof von Wexiö.
Aus dem Schwedischen übersetzt
von
Amalie v. Helvig, geb. Freiin v. Imhoff.
Rthlr. 1. 20 Ngr. oder fl. 2. 42 kr.

Der Cid.
Nach spanischen Romanzen
von
J. G. v. Herder.
Rthlr. 1. 20 Ngr. oder fl. 2. 42 kr.

Das Nibelungenlied
von Dr. Karl Simrock.
5. Auflage. Rthlr. 2. oder fl. 3. 30 kr.

Gottfr. Kinkels
Otto der Schütz.
Eine rheinische Geschichte in 12 Abenteuern.
geb. 26 Ngr. od. fl. 1. 24 kr.

Goethe's Herrmann und Dorothea.
brosch. 15 Ngr. oder 54 kr.
gebunden 26 Ngr. oder fl. 1. 24 kr.

Goethe's
Iphigenie auf Tauris.
27 Ngr. oder fl. 1. 30 kr.

Goethe's Egmont.
26 Ngr. od. fl. 1. 24 kr.

Goethe's Faust.
Rthlr. 2. 25 Ngr. oder fl. 4. 48 kr.

Goethe's
Torquato Tasso.
Rthlr. 1. 6 Ngr. oder fl. 1. 45 kr.

Schillers
Braut von Messina.
Rthlr. 1. oder fl. 1. 36 kr.

Schillers
Don Carlos.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 12 kr.

Schillers
Maria Stuart.
Rthlr. 1. 15 Ngr. oder fl. 2. 24 kr.

Schillers
Wilhelm Tell.
Rthlr. 1. oder fl. 1. 36 kr.

Schillers Wallenstein.
Rthlr. 2. oder fl. 3. 12 kr.

Stuttgart und Tübingen, Dec. 1849.

J. G. Cotta'scher Verlag.

1850. Vorzüglichste **Musterzeitung für Damen.** Im Quartal. 12 Lieferung. 45 kr.

Die allgemein günstige Aufnahme des im vorigen Sommer ins Leben getretenen

Pariser und Wiener Moden- Muster- u. Kleider-Journals:

IRIS. Wöchentlich eine Lieferung, mit colorirtem Pariser Original-Modenbild, oder auch doppeltem Musterbogen; nebst einer praktischen **KUNSTSCHULE** für weibliche Arbeiten.

sichert nicht nur deren Fortbestand, sondern sogar eine **Vermehrung** ohne Preiserhöhung. — Wir laden zur Theilnahme an dem **II. Jahrgang** ein, und liefern in seitheriger Prachtausstattung

12 Lieferungen (früher 9) mit 3 col. Bildern u. 9 **Doppel**-Musterbogen.

☞ **in jedem Quartal oder Bande,**

mit dem **Modernsten und Elegantesten** in Moden, Kleiderschnitten, Tapis-, Netz- und Häkelmustern u. s. w. — mit Originalbeiträgen von vorzüglichen Novellendichtern und 12 Prämien-Anweisungen im Jahre (Ausgabe der nächsten: „Iris-Album" erfolgt am 23 December 1849 als Neujahrsgabe, und enthält 15 Genrebilder, Portrait ꝛc., prachtvoll in Stahl ausgeführt durch die Kunstanstalt des österr. Lloyd) zu den unglaublich niederen Preisen in C.M von

45 kr. für 3 Monate	durch	1 fl. für 3 Monate	mit Post wöchentlich unter eigener Adresse franco zugestellt.
1 fl. 30 kr. für 6 Monate	den	oder 2 fl. für 6 Monate	
3 fl. — für 1 Jahr.	Buchhandel	4 fl. für 1 Jahr	

☞ Die beste Empfehlung ist geneigtes Prüfen alles schon Geleisteten dieses Journals.

Unternehmer: ***Ed. Ludewig.*** Redacteur: ***Aimé v. Wouwermans.***

Geldbeträge sind unfrankirt zu adressiren an die Administration der „Iris" in Graz.

Zu zahlreichen Aufträgen empfehlen sich die Hauptexpeditionen in Paris, Rue St. Anne, 64. — Wien, Graben, 618. — Prag, altst. Ring, 548. — Leipzig, Querstraße, 27. [4965—67]

[4717] Bei Friedrich Eurich und Sohn in Linz ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Die Grundfesten der Erkenntniß.

Sieben philosophische Nachtwachen
von **Xavier Schmid,** Weltpriester.
8. brosch. 1 fl. 40 kr. rhein. oder 28 Ngr.

Δός μοι ποῦ στῶ!

Diese Schrift ist für den Denkenden von größter Wichtigkeit. Sie untersucht die Fundamente des menschlichen Wissens und Glaubens. Sie bahnt dem Geiste den Weg vom Zweifel zur Wirklichkeit, versöhnt die Philosophie mit der Theologie. Sie ist ein Medicament für die Gegenwart. Die Sprache ist einfach und klar. Das Buch ist ein Morgenstern. Hiemit ist alles gesagt.

(4704) In unserem Verlag ist eben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands, der Schweiz und der österreichischen Monarchie zu beziehen:

Jacobäa.

Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen
von **Franz Kugler.**

Preis: 1 fl. 30 kr. oder 27 Sgr.

Das Drama, welches der als lyrischer Dichter und auf anderen Gebieten der Kunst und der Kunstwissenschaft berühmte Verfasser der Oeffentlichkeit übergibt, behandelt die merkwürdige Geschichte der Gemahlin des letzten Herzogs von Cleve-Jülich-Berg, deren Geist nach der Volkssage noch im Düsseldorfer Schloß umherwandelt, und deren tragisches Geschick hier in dichterischer Fassung und Abrundung vorgeführt wird. Es ist die Darstellung eines zarten weiblichen Charakters, wie derselbe in ihren bis jetzt nur zum Theil gedruckten Jugendbriefen erhalten ist, der, zwischen die Kämpfe der Parteien und der Intrigue geworfen, der untergehenden Dynastie zum Opfer fällt. Es ist der Untergang dieses alten Hauses, und mit demselben, und durch ihn herbeigeführt, der Eintritt des neuen Herrscherhauses, des brandenburgisch-preußischen, das die alten Wunden des Landes zu heilen berufen war.

Wir glauben auch durch die sorgfältige Ausstattung des Buches dasselbe als einer willkommenen Gabe in der bevorstehenden Weihnachtszeit empfehlen zu dürfen.

Stuttgart, im December 1849.

Ebner & Seubert.

[4377—79] **Hand-Atlas**

der Alten Welt.

In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Orbis terrarum veteribus cognitus. In usum juventutis exaratus atque descriptus operâ Chr. Th. Reichardi. XXI Tabulae. Fol. Früherer Preis 7 fl. rhn. **Herabgesetzter Preis 1 fl. 45 kr. rhn.**

Nürnberg, im November 1849.

Fr. Campe.

[4813] Im Verlage von Carl B. Lorck sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Henrik Hertz, Ausgewählte Schriften. 3 Theile in einem Bande. 1ster Theil: König René's Tochter; 2ter Theil: Svend Dyring's Haus; 3ter Theil: Gedichte. Preis brosch. 1 Rthlr. Eleg. gebunden 1 Rthlr. 10 Ngr.

H. C. Andersen's Gesammelte Märchen. Vollständige, vom Verfasser besorgte Ausgabe. 3te Aufl. in einem Bande. Mit dem in Stahlstich gestochenen Portrait des Verfassers. Preis eleg. gebunden 1 Thlr. 20 Ngr.

Ossian. Deutsch von Adolf Böttger. Preis brosch. 1 Thlr. 20 Ngr. Eleg. gebunden 2 Thlr.

H. C. Andersen's Gesammelte Märchen. Vollständige, vom Verfasser besorgte, (wohlfeile) Ausgabe in 1 Bde. Preis eleg. brosch. 1 Thlr.

H. C. Andersen's Gesammelte Gedichte. 3 Thle. in 1 Band. Preis 1 Thlr. Eleg. gebunden 1 Thlr. 10 Ngr.

Henrik Hertz. König René's Tochter. Lyrisches Drama. Aus dem Dänischen im Versmaße des Originals übersetzt von F. A. Leo. 3te Aufl. Miniatur-Ausgabe. Schön gebunden mit Goldschnitt. Preis 25 Ngr.

H. C. Andersen's Bilderbuch ohne Bilder. Preis 10 Ngr. Eleg. gebunden 20 Ngr.

H. C. Andersen's Bilderbuch ohne Bilder. Miniatur-Ausgabe. Preis eleg. gebunden mit Goldschnitt 25 Ngr.

H. C. Andersen's Ausgewählte Werke. 5 Bde. kl. 8. Preis 5 Thlr. Eleg. gebunden 6 Thlr. 20 Ngr.

(3929) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Reichthum und Armuth, oder des Malers Bild. Skizzen aus dem Leben und Treiben unserer Tage. Der reifern Jugend gewidmet von dem Verfasser: „Die Kinder der Wittwe." (E. v. Ambach.) Mit 1 Stahlstich. 8. geh. 48 kr. od. 12 gr.

Rückkehr aus dem Norden, die, oder das Kirchlein am Donaustrande. Familien- und Zeitgemälde aus der letzten Epoche der napoleonischen Herrschaft. Der reifern Jugend gewidmet von Eduard v. Ambach, dem Verfasser: „Die Kinder der Wittwe." Mit 1 Stahlstich. 8. geh. 48 kr. od. 12 gr.

[4838] Durch alle Buchhandlungen (Augsburg **Matth. Rieger**) ist zu haben:

Die 4te stark vermehrte Auflage von

Thomas, allgemeines Vieharzneibuch, oder: des alten Schäfers Thomas zu Bunzlau in Schlesien seine Curen an Pferden, Rindvieh, Schafen und allen übrigen Hausthieren. Herausgegeben von Major v. Tennecker und Kreis-Thierarzt Ziller. 30 Bogen gr. 8. Preis 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

Alle Beurtheiler stimmen darin überein daß es für Nicht-Thierärzte, besonders für den Landmann, das brauchbarste Vieharzneibuch sey, und zwar wegen der höchst einfachen naturgemäßen Mittel und der populären Sprache. Ein Recensent sagt: „Eines der größten Verdienste dieses gemeinnützigen Buches besteht in der gründlichen und leichtfaßlichen Darstellung der eigenthümlichen Kennzeichen der verschiedenen Krankheiten, nebst deutlicher Angabe der täuschenden Erscheinungen. Wenige populäre Schriften über Vieharzneikunde geben eine so ausführliche und verständliche Anleitung als die treuherzigen Mittheilungen des alten Thomas. Auch ist die Art der Darstellung und die dabei beobachtete Eintheilung für den ungelehrten Landmann faßlicher und zweckmäßiger als ein gebundener, mit wissenschaftlicher Präcision entfalteter Vortrag." — Dieser 4ten Auflage wurden hinzugefügt: Erfahrungen und Hülfsleistungen bei den Geburten der Pferde, nebst einem Anhang von der Kenntniß und Heilung der Krankheiten der Mutterstuten und Fohlen.

(4766) **Dr. Fellers Miniatur-Taschenwörterbücher.**

In drei Sprachen.	Vol. I.	English-German and French.	Preis jeden Bandes 12 Ngr.
	Vol. II.	Deutsch-Englisch u. Französisch.	
	Vol. III.	Français-allemand-anglais.	

Sämmtliche drei Bände gebunden in Etui. Preis 1 Thlr. 21 Ngr.

In zwei Sprachen.	Vol. I.	Français-Allemand.	Preis jeden Bandes 10 Ngr.
	Vol. II.	Deutsch-Französisch.	

Beide Bände gebunden in Etui. Preis 1 Thlr.

In zwei Sprachen.	Vol. I.	English and German.	Preis jeden Bandes 13½ Ngr.
	Vol. II.	Deutsch und Englisch.	

Beide Bände gebunden in Etui. Preis 1 Thlr. 7½ Ngr.

Diese bereits in vielen Tausenden von Exemplaren verbreiteten Miniaturtaschenwörterbücher enthalten trotz ihres kleinen Formats fast doppelt so viel Wörter als andere Taschenwörterbücher und erreichen an Vollständigkeit selbst die meisten Handwörterbücher. Dieselben sind zu den beigesetzten Preisen in allen Buchhandlungen zu haben.

Verlag von **B. G. Teubner** in Leipzig.

(4599) In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München — in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Die für Jedermann höchst belehrende Schrift, wovon in kurzer Zeit 6000 Exemplare abgesetzt wurden:

Vom Wiedersehen nach dem Tode.

Vom wahren **christlichen Glauben,** vom **Daseyn** und der **Liebe Gottes,** vom **großen Jenseits** und der **Unsterblichkeit** der menschlichen Seele. — Vom Dr. Heinichen. — Sechste verb. Auflage. Preis 10 Sgr. od. 36 kr.

☞ Der

Elementar-Zeichen-Unterricht

zur Selbstbeschäftigung für die Jugend,
nach einer neuen, leichten und angenehmen Methode.
Mit 200 lithographirten Zeichnungen.
(Ernst, Quedlinburg.) Preis 10 Sgr. oder 36 kr.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag u. Weiß in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

[4748] So eben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Weissagung des Abtes Hermann von Lehnin über die Schicksale des brandenburg. Regentenhauses, wie über den Beruf Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Könige. Vorausgehend eine religiös-philosophische Einleitung für gebildete Leser aller Confessionen über Weissagung überhaupt. Von Dr. Wilh. Meinhold (Verf. der Bernsteinhexe u. s. w.) Mit einer Abbildung des ehemal. Klosters Lehnin. Brosch. 1⅓ Thlr.

Der Krieg und der ewige Friede. Letztes Manuscript des Prof. Dr. Ferd. Flor. Fleck. Herausgeg. mit einer kurzen Charakteristik des Verfassers von Dr. Fr. Aug. Schütz. Brosch. 15 Ngr.

Neugriechische Volkslieder. In den Originalen und mit deutscher Uebersetzung. Herausgeg. von Justizrath Dr. Theod. Kind. Brosch. 7½ Ngr.

Hebe und Charis. Gedichte von Ad. Th. H. Fritzsche. In engl. Einband mit Goldschnitt. 1 Rthlr.

[4773] Soeben erschien im Verlag von Karl Wiegandt in Berlin:

Manhold. Roman von **Ottilie Kapp,** geb. v. Rappard. Preis: 2 Thlr.

Ein Roman, welcher das Interesse gebildeter Leser in hohem Grade erregen und fesseln wird.

[4760] So eben erschien in G. Riegers Universitätsbuchhandlung in Heidelberg und ist durch alle Buchhandlungen, in Augsburg durch die K. Kollmann'sche und M. Rieger'sche Buchhandlung zu beziehen:

Bemerkungen über J. B. Hirschers Schrift: Die kirchlichen Zustände der Gegenwart. Von einem katholischen Laien. Zweiter unveränderter Abdruck. Gr. 8. 1½ Bog. Preis 12 kr.

Besonders interessant für die Besitzer des Hirscher'schen Schriftchens!

---

[331] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Levana

oder

Erziehlehre

von Jean Paul.

Dritte aus dem litterarischen Nachlaß des Verfassers vermehrte Auflage.

8. Velinpapier brosch. Preis 3 fl. oder 1 Rthlr. 22½ Ngr.

Dieser dritten Auflage ist ein neues Bruchstück hinzugefügt worden. Es besteht aus den kleinen Zusätzen, welche Jean Paul nach Erscheinen der zweiten Auflage geschrieben und in verschiedenen Einzelschriften zerstreut hat, so wie aus andern, welche einem handschriftlichen Nachlaß, den Studienbüchern und Blättern der Levana, für welche er bis in die letzten Lebensjahre thätig geblieben, entnommen worden sind.

Stuttgart und Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[4708] In Carl Gerold's Verlagsbuchhandlung in Wien ist nun vollständig erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Die Druck- und Färbekunst

in ihrem ganzen Umfange,

oder die Kunst, Schafwoll-, Seiden-, Baumwoll- und Leinen-Stoffe zu drucken und zu färben.

Ein unentbehrliches Handbuch

für Druckfabrikanten, Coloristen, Färber, Cameralisten und technische Chemiker.

Von **Wilhelm Heinrich v. Kurrer,**

ausübendem Druckfabrikanten und Coloristen.

Wien, 1849. 1850. 3 Bände. gr. 8. Geheftet. Preis 9 Rthlr. 15 Ngr.

In diesem wahrhaft classischen Werk hat der rühmlich bekannte Hr. Verfasser alle seine Forschungen und merkwürdigen Erfahrungen, sowie diejenigen interessanten und wichtigen Gegenstände die in das Gebiet der gesammten Druck- und Färbekunst eingreifen, niedergelegt, welche sich ihm fast ein halbes Jahrhundert hindurch durch ununterbrochene rastlose Studien und sorgsames Forschen im fabrikwissenschaftlichen Betriebe sowohl rationell als praktisch dargeboten haben.

Es wird daher durch die Erscheinung dieses schätzbaren Werkes einem längst gefühlten Bedürfniß abgeholfen, indem es als instructive Anleitung dem Druckfabrikanten, Coloristen und Färber alles offen und ohne Rückhalt aufschließt was sich in seinem Fache bis jetzt wissenswürdiges ergeben hat. Für den Werth des Werks bürgt der in der Fabrikwelt anerkannte Name des Herrn Verfassers.

(4805) In der J. G. Calve'schen Verlagsbuchhandlung in Prag erscheint:

Oekonomische Neuigkeiten und Verhandlungen.

Zeitschrift für alle Zweige der Land- und Hauswirthschaft und des Forst- und Jagdwesens.

Für das Jahr 1850.

Begründet von Christian Carl André, fortgesetzt vo Prof. Dr. **F. X. Hlubek.**

Die politischen Stürme der Jahre 1848 und 1849 machten das vollständige Erscheinen der Jahresberichte über die Fortschritte der Landwirthschaft für 1849 unmöglich; für dieß jetzt beginnende Jahr werden sie jedoch wieder, in dem frühern Geiste gehalten, fortgesetzt werden. Der allgemeine Beifall, dessen sich jene Berichte im Jahre 1848 erfreuten, läßt hoffen daß auch die Fortsetzung derselben eine ebenso günstige Aufnahme finden wird. Da für diese Arbeit Männer die sich in ihrem Fache des ausgezeichnetsten Rufes erfreuen, gewonnen sind, und nicht nur die ganze teutsche, sondern auch die ausländische Litteratur in ihren wichtigen Erscheinungen dabei berücksichtigt wird, so bilden diese Berichte ein fortlaufendes systematisches Repertorium oder eine sich stets erneuernde Encyklopädie der gesammten Landwirthschaft.

Gediegene Originalaufsätze werden, wie bisher, den Hauptinhalt dieser Blätter bilden, und die Verlagshandlung wird auch ferner keine Kosten scheuen, durch ausgezeichnete Lithographien den Werth solcher Artikel zu erhöhen. Recensionen landwirthschaftlicher Werke werden mit derselben unparteiischen Strenge, wie im jetzt beendigten Jahre, auch in Zukunft geliefert; die beste Garantie für den Werth solcher Beurtheilungen liefern die Namen der HH. Recensenten, da anonyme Recensionen nicht aufgenommen werden. Unter der reichen und interessanten Rubrik „Miscellen" hat sich besonders die tabellarische Uebersicht der Preise verschiedener landwirthschaftlichen Producte den größten Beifall errungen, da es nicht möglich ist auf eine andere Art das Verhältniß der Preise auf den verschiedenen Haupthandelsplätzen richtig aufzufassen.

Auch für Forstmänner ist diese Zeitschrift von besonderem Interesse, da werthvolle forstliche Artikel in bedeutender Anzahl geliefert werden.

Probenummern oder Probehefte können von jeder Buchhandlung geliefert werden.

Jährli erscheinen von dieser Zeitschrift 2 Bände oder 120 Nummern Groß-Median mit den dazu nöthigen Abbildungen und Registern u. s. w. Der Preis ist ganzjährig 8 Rthlr. — 12 fl. C.-M. od. 14 fl. 24 kr. rhn.

Die Versendung durch die k. k. Post für den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie hat die Verlagshandlung selbst übernommen, und es wurde dadurch möglich den halbjährigen Preis auf 7 fl. C.-M. zu ermäßigen. Dieser Betrag muß mit der Bezeichnung „**Zeitungspränumerationsgeld portofrei**" in einem unverschlossenen Briefe dem nächst gelegenen k. k. Postamt übergeben werden, und der Hr. Pränumerant erhält dann die erscheinenden Blätter jede Woche mit Briefpost unter Kreuzband portofrei zugesendet.

[4858—61] **Kölner Wasser-Anzeige.**

Franz Maria Farina in Köln, Nr. 4711, ältester Destillateur des ächten Kölner-Wassers, gibt sich hiermit die Ehre dem verehrten Publicum die Anzeige zu machen daß die Niederlage seines ächten Kölner Wassers (früher bei Hrn. Mainieur) sich für **Wien** einzig und allein bei Herrn

L. Kuschel,

am hohen Markt Nr. 544 neben dem breiten Stein,

in Pesth bei Hrn. Franz Schober zum Ring in der Weiznergasse und in Linz bei den HH. König und Reisleithner befindet.

Auf Verlangen der verehrten Abnehmer kann auch jederzeit in diesen Verlagsorten die Aechtheit dieses Wassers mit den untrüglichsten Belegen dargethan werden.

(4346—51) **Pâte pectorale von Georgé.**

Von diesem rühmlich bekannten Heilmittel gegen **Brustreizkrankheiten** befindet sich die **Hauptniederlage für ganz Deutschland** zum Verkauf en gros et en detail bei HH. J. G. Medlinger u. Comp. in Augsburg.

[4651—53] **Bekanntmachung.**

Die Maria Schober, geb. Stahl aus Ansbach, ist am 11 Sept. 1842 mit Hinterlassung eines Ehemannes, des vormaligen Bedienten Caspar Schober, und eines Sohnes, des vormaligen Lieutenants Johann Friedrich Schober verstorben.

Da nun Caspar Schober und dessen Sohn Johann Friedrich Schober schon seit mehr als 20 Jahren verschollen sind, so werden dieselben sowie deren Erben und Erbnehmer aufgefordert sich um so gewisser

binnen neun Monaten

und spätestens

11 September 1850

schriftlich oder persönlich dahier zu melden, und das ihnen angefallene Erbe im Gesammtbetrage von 300 fl. circa in Empfang zu nehmen, als sie außerdem für todt erklärt werden.

Hof, am 28 Nov. 1849.

Königliches Landgericht.

Zänner.

(4443—45) **Erbvorladung.**

1328. Anna Katharina Käser, Ehefrau des gewesenen Bürgers und Adlerwirths Fridolin Huber von Murg, welche mit ihrem Ehemann vor ungefähr 15 Jahren nach Russisch-Polen gezogen, und seit dieser Zeit über ihren Aufenthaltsort, sowie über ihr Leben keine Nachricht gegeben hat, ist zur Erbschaft ihres am 27 October 1849 zu Murg verstorbenen Halbbruders Xaver Käser berufen, und wird daher aufgefordert ihre Erbansprüche

binnen sechs Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugetheilt werden würde welchen sie zukäme, wenn Anna Katharina Käser zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Säckingen, den 24 Nov. 1849.

Großherz. bad. Amtsrevisorat.

Grind.

(4658—59) **Rottweil a. N.**

im Königreich Württemberg.

Verkauf eines sehr vortheilhaft gelegenen Hauses.

Aus der Masse des hiesigen Handlungshauses J. A. Waßner wird ein neuerbautes, dreistöckiges und zugleich mit einem Souterrain versehenes Gebäude Nr. 247

letztmals am Donnerstag den 3 Jan. 1850,

Vormittags 10 Uhr,

auf dem hiesigen Rathhause zum Verkauf im öffentlichen Aufstreich ausgesetzt.

Dieses Haus, welches um 18,000 fl. der Brandversicherung einverleibt, gegenwärtig aber nur zu 15,000 fl. gerichtlich taxirt ist, steht in der Mitte der hiesigen Stadt an zwei Hauptstraßen und gegenüber dem sehr frequenten Kornhause. Dasselbe enthält im Souterrain zwei gewölbte Keller, Stallung und großen Raum zu einem Magazin; im ersten Stock zur ebenen Erde einen großen geschmackvoll eingerichteten Laden, ein Comptoir, ein Wohn- und ein Schlafzimmer nebst Küche und Abtritt; im zweiten und dritten Stock je fünf heizbare, in einander gehende Zimmer nebst Alkoven und Küchen; auf dem Dachboden zwei Mansardenzimmer nebst Kammern und Fruchtbehältern. Am zweiten Stock (belle etage) ist ein hübscher Balcon angebracht.

Bei der sehr günstigen Lage und zweckmäßigen Einrichtung dieses Hauses, auf welchem seit vielen Jahren ein ausgedehntes Ellen- und Modewaarengeschäft — in günstigen Zeiten sogar mit einem jährlichen Umsatz von etlich und vierzigtausend Gulden betrieben worden ist, und bei dem weitern Umstand daß sich dahier nur wenige Ellenwaarenhandlungen befinden, ist mit Sicherheit anzunehmen daß ein Käufer seine volle Rechnung um so mehr finden werde als die hiesige Stadt jetzt zum Sitz eines Schwurgerichtshofes bestimmt ist. Ueberdieß sind die Kaufsbedingungen sehr billig gestellt, und kann der größere Theil des Kaufschillings auf dem Haus als verzinsliche Schuld stehen bleiben.

Indem man nun die Kaufsliebhaber zu der Verhandlung einladet, wird noch bemerkt daß auswärtige und diesseits unbekannte Luftragende sich vor der Steigerung mit amtlich beglaubigten Prädicats- und Vermögenszeugnissen auszuweisen haben.

Den 10 November 1849

Für den Stadtrath.

Schultheißenamt: **Rapp.**

[4660—61] Ein Mann von 32 Jahren, der seit 5 Jahren an den bekannteren Blättern theils als Mitarbeiter, theils als Redacteur thätig gewesen, sucht in demselben Fache eine dauernde Anstellung. Derselbe kann sich jedoch nur bei solchen Blättern betheiligen die keiner extremen Richtung huldigen. Auf Briefe mit der Chiffre W. J. Nr. 4660 ertheilt Auskunft die Expedition der Allg. Ztg.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuß od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Columnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Mittwoch — Nr. 353. — 19 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (nun alle Bundescommissarien anwesend); München (die Reichsräthe modificiren ihre Beschlüsse über das Amnestiegesetz. Nun ein Gesammtbeschluß über das Schullehrergesetz. J. Thäter. C. Schinas. Ein Polizeipräsidium); Stuttgart (Gerüchte über eine Ministerkrise. Der katholische Kirchenrath wird aufgehoben, die Postanstalt vom Staat übernommen); Karlsruhe (die Reorganisation der Truppen. Rückblicke); Wiesbaden (die Stände sollen erst Anfang Februars wieder zusammentreten); Kassel (die Anleihe vom Landtag genehmigt); Hamburg (die Beschlüsse der Bürgerschaft über das Interim. Das Wahlgesetz für die Officiere der Bürgergarde. Die Verfassung); Dresden (die Verhältnisse zu Oesterreich und Preußen. Die Einquartierung. Civilehe. Die österreichischen Truppen an der Gränze und die Haltung der Parteien. Ammon und Harleß. Die Nachwahlen); Braunschweig (die Landgemeinde- und die Städteordnung. Die Kleinstaaterei); Hannover (die erste Kammer für die Rechte Schleswig-Holsteins. Wahrungen gegen die preußisch-braunschweigische Militärconvention); Mecklenburg-Schwerin (Preußens Ansinnen wegen des Truppeneides. Antwort auf den preußischen Protest gegen die Verfassung); Schleswig-Holstein (ein Bericht von Tillisch. Der Waffenstillstand auf drei Monate verlängert); Wien (den Gerüchten über eine Ministermodification widersprochen. Die Presse und die Reichszeitung. Das Einstehewesen beim Heer. Ein Congreß von Industriellen nicht bewilligt); Triest (Nachlassen der Bora. Ankunft der zurückgehaltenen Schiffe. Die Journale. Amnestie. Erzherzog Leopold).

Spanien. Die Königin. Zeitverschwendung in den Cortes. Die italienische Expedition. Die Eisenbahn zwischen Madrid und Aranjuez.

Großbritannien. Trauer um die Königin-Wittwe. Die Kriegsprophezeiung der Times. Nekrologische Notiz über Sir M. J. Brunel.

Frankreich. Verhandlungen über die Weinsteuer: Bradier, Keratry, Charancey, Bastiat. Fortwährende Ordensverleihungen. Duchâtel. Fahnen von Zaatscha. Die Politik des Elysée. Napoleonsfeier. Straßburg (die Pariser Post und der Anschluß von süddeutscher Seite).

Niederland. Briefstax-Reform. Die Austrocknung des Haarlemer Meeres. Die Ergänzungswahlen. Das Budget und die Colonien.

Schweiz. Bern (die Verhandlungen über Einführung des französischen Münzfußes und Vorbereitung von Eisenbahnen.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 15; Wien 16; Frankfurt 17; Augsburg 18 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 17 Dec. Gestern sind die mit der Leitung des Interim beauftragten HH. Bundescommissarien hier eingetroffen, und zwar von k. k. österreichischer Seite die HH. Geheimerrath Baron v. Kübeck-Kübau und F.M.L. Baron v. Schönhals; von königl. preußischer Seite die HH. Generallieutenant v. Radowitz und Oberpräsident Bötticher. In Begleitung ersterer Bundescommissarien befinden sich die HH. Ministerialrath Baron v. Nell, Ministerialadjunct Ritter v. Roschmann-Horburg, Legationsrath Baron v. Brenner, Hauptmann und Adjutant v. Plazeth und Baron Julius v. Kübeck, in der letzterer Bundescommissarien die HH. wirklicher geh. Oberregierungsrath Mathis, Graf Robert v. d. Goltz, Legationssecretär Baron v. Rosenberg und Premierlieutenant Bergmann. (O.-P.-A.-Z.)

Bayern. ♀ **München,** 17 Dec. Se. Maj. der König hat den Kupferstecher Julius Thäter in Dresden zum Professor der Kupferstecherkunst an der Akademie der bildenden Künste dahier ernannt. — Zum Zweck der Vereinfachung und wirksameren Concentrirung der Geschäfte wird demnächst die hiesige k. Polizeidirection, welche bisher der Regierung von Oberbayern untergeordnet war, unmittelbar dem Staatsministerium des Innern untergeordnet werden mit dem Titel: „k. Polizeipräsidium.“

o **München,** 18 Dec. Der k. griechische Staatsrath Constantin Schinas ist heute hier eingetroffen um Sr. Maj. dem König sein Beglaubigungsschreiben als griechischer Gesandter am hiesigen Hof zu überreichen.

‖ **München,** 18 Dec. Auf heute 12 Uhr wurde in Folge des gestrigen Beschlusses der Abgeordneten über das Amnestiegesetz eine Sitzung der Reichsräthe anberaumt. Nachdem ohne Debatte über das Telegraphen- und Schullehrergesetz Gesammtbeschlüsse erzielt waren, referirt Frhr. v. Freyberg über die Rückäußerung der Abgeordneten von gestern. Er hebt die formellen und materiellen Abweichungen in beiden Beschlüssen hervor, beharrt dabei daß die Form der Anträge festgehalten und auf die Modificationen auch in materieller Beziehung nicht eingegangen werde. Die Stimmen des Ausschusses selbst sind sehr getheilt, und es hängt sichtlich die Entscheidung der Kammer davon ab, wie der Justizminister die zwei an ihn gestellten Fragen beantwortet, nämlich: ob das Ministerium den Weg der Modificirung formell beanstande, und wieweit es materiell das Schicksal des Gesetzes von den Modificationen der Abgeordneten abhängig mache? Die Antwort des Hrn. v. Kleinschrod hierauf ist in der ersten Richtung entschieden verneinend, in der zweiten bezüglich einiger Punkte bestimmt auf eventuelle Annahme derselben, bezüglich anderer aber unbestimmt. Es sprachen sofort die Reichsräthe Graf v. Giech, Frhr. v. Lotzbeck, Graf Armansperg, Fürst Hohenlohe für unbedingte, Frhr. v. Zu-Rhein, Hr. v. Niethammer, Hr. v. Arnold und Graf Montgelas für theilweise Annahme der Beschlüsse der Abgeordneten, Graf C. Seinsheim und Fürst Wrede hingegen für strenges Festhalten an den frühern Reichsrathsbeschlüssen. Die erste Frage der Abstimmung ist nun: ob die Kammer auf ihrem Beschluß vom 14 Dec. beharren wolle? Sie wird mit 23 gegen 15 verneint. Die Minorität bilden die Prinzen Adalbert und Karl, die Fürsten Wrede und Oettingen-Spielberg, die Grafen C. und A. Seinsheim, Fugger, Erbach, Sandizell und Arco-Valley, dann die Freiherren Adolf und Anton Gumppenberg, Ponikau, Aretin und Stauffenberg. Die Frage, ob Modificationen ins Gesetz gebracht werden sollen, wird gegen 3 Stimmen (Wrede, Ponikau und Anton Gumppenberg) bejaht. Darauf werden die von den Ministern nicht weiter beanstandeten Modificationen bezüglich der Amnestie für die Pfalz mit 20 gegen 18 Stimmen (obige 15, dann Erzbischof Graf Reisach, Graf Rechberg und Montgelas) angenommen, die für das diesseitige Bayern geltenden Bestimmungen aber gegen eine zwischen 7 und 12 wechselnde Minorität in der frühern reichsräthlichen Fassung festgehalten. Wahrscheinlich werden morgen schon die Abgeordneten hierüber in Berathung treten.

Württemberg. *** **Stuttgart,** 17 Dec. Die allgemein heute erwartete Auflösung ist nicht eingetreten. Die Berathung betraf eine Angelegenheit von keinem allgemeinen Interesse, nämlich die Freilassung eines Abgeordneten (Rueff von Heilbronn), welcher vor der Wahl auf eine Anklage wegen Aufruhr verhaftet war. Kein Minister war anfangs anwesend; später trat der Kriegsminister ein, um einen Gesetzentwurf über die Recrutirung von 1850 einzubringen. Früher hatte der abwesende Finanzminister ein königliches Rescript eingesandt, welches die schleunige Erledigung des Regierungsantrags über Verlängerung der Steuer-Etats bis zum letzten Junius 1850 anempfahl. Wir befinden uns somit in Ungewißheit. Wie es heißt hat der König Bedenken über die Kammerauflösung geäußert. In diesem Fall wäre zugleich eine Ministerkrise vorhanden, denn nach dem Vorgefallenen ist es der jetzigen Regierung unmöglich zugleich mit der Kammer zu bestehen.

Wirklich sagt ein Stuttgarter Blatt, das Deutsche Volksblatt: „Es gehen Gerüchte über eine Ministerkrise; der König soll nämlich mit dem Octoberministerium, welches Auflösung der Revidirenden verlangt, nicht einig seyn. Richtig ist daß die Auflösung nicht erfolgt ist und daß die Minister ihre Entlassung eingereicht haben.“ Bemerkenswerth ist in diesem Augenblick der Krise die Mittelstellung welche Römer einnahm, indem er der Kammermajorität die reine Unmöglichkeit vorhielt auf der Reichsverfassung zu bestehen, oder eine nach dem Reichsverfassungs-Wahlgesetz zu berufende Nationalversammlung zu begehren, während er auf der andern Seite dem Ministerium sagte daß es Schmach über das Land brächte wenn es — ohne Noth — fremde Truppen beriefe und so selbst das Land der Mediatisirung in die Hände lieferte. Schlayer antwortete darauf: die Regierung habe nicht gedroht, sondern nur die Möglichkeit

des Einmarsches in Aussicht gestellt. Die Württembergische Zeitung meint es sey höchst unklug gewesen auf eine Restauration der ersten Kammer zu deuten, da wer diese vertheidige, beim Volke Unrecht habe, und wenn er mit Engelzungen redete. Es laufe da manches Vorurtheil mit unter, aber gewiß sey, es gebe keinen unpopuläreren Namen im Lande. Von der Reichsverfassung wolle der größte Theil des Volks wenig mehr; handelte es sich bloß darum, so hätte die Regierung in eben dem Maße leichtes Spiel gehabt als jetzt ihre Lage kritisch sey, weil der wunde Fleck des Volks getroffen worden. Dem Scharfsinn des Hrn. v. Schlayer könne diese Lage nicht entgangen seyn; er scheine wider seinen Willen von seinen Collegen in diesen Kampf gerissen worden zu seyn, wie einst Tilly durch den Pappenheimer in die Breitenfelder Schlacht.

Im Verlauf der Adreßdebatten hatte der Minister des Cultus in Betreff der Aufhebung des Kirchenraths bemerkt: „Ersparnisse in diesem Departement (des Kirchen- und Schulwesens) kann ich bloß in der Aufhebung des katholischen Kirchenraths versprechen, indem nach einem Abschnitt des der Kammer vorzulegenden Verfassungsentwurfs der katholische Kirchenrath aufhören soll.“ „Wir bedauerten (setzt das Deutsche Volksblatt bei) daß nicht der Frhr. v. Hornstein, der Veteran des Landtags, diesen für die Katholiken sehr erfreulichen Ausspruch anzuhören in der Lage war.“

In anderer Hinsicht bedeutend ist die Nachricht die uns gleichzeitig aus Stuttgart und Frankfurt zugeht, daß nämlich die württembergische Regierung, gedrängt von dem Landtag und der öffentlichen Meinung, das vom vorigen Landtag beschlossene Gesetz über die Ablösung des Taxis'schen Postlehens und die Uebernahme der Post durch den Staat in diesen Tagen in Vollzug setzen wolle. Die Regierung hatte dieß dem Reichsministerium angezeigt, und das letztere hatte dagegen erneuerte Vorstellungen gemacht — wie es scheint vergebens. Gewiß ist daß der jetzige Zustand nicht länger fortdauern konnte ohne die wichtigsten Interessen zu benachtheiligen und den gesunden Menschenverstand zu beleidigen. Die Verfolgung des Rechtsweges ist ja dadurch daß man die Eisenbahn Briefe und Zeitungen befördern läßt, nicht abgeschnitten. Indeß werden wir morgen die neue Erklärung des Reichsministeriums gegen das Vorschreiten der Regierung nachtragen.

Gr. Baden. * **Karlsruhe,** 15 Dec. Die Thätigkeit unseres Kriegsministeriums erweist sich sehr lebhaft in Bestimmung der künftigen Uniformirung unserer Truppen. Ueber Rockschöße, Patten, Knöpfe, Borten u. s. w. erscheinen ausführliche Vorschriften; auch hierin ist überall der preußische Zuschnitt maßgebend. Aber das wichtigste, Soldaten, Ober- und Unterofficiere will nicht zusammenkommen: die Depots der einzelnen Regimenter zählen immer noch kaum 200 Mann. In Betreff der Befehlshaber beharrt man auf den endlosen Processen der Kriegs- und Ehrengerichte, denen doch, seit der Freisprechung des Hauptmanns Ruppert durch das preußische Standgericht, aller Boden unter den Füßen entzogen ist. Schon der Umstand daß durch die Standgerichte viele Unterofficiere und Soldaten, deren Vergehen man weder des Todes noch zehnjähriger Zuchthausstrafe würdig befand, vor das ordentliche Kriegsgericht gewiesen worden sind, während die ordentlichen Kriegsgesetze über sie die Todesstrafe verhängen, muß die Wirksamkeit dieser letztern Gerichte geradezu lähmen. Hiezu kommt noch das alte heimliche Proceßverfahren, während die Standgerichte in vollester Oeffentlichkeit amteten, so daß auch jede sittliche Wirkung der Wahrsprüche verloren geht. Es zeigt sich jetzt deutlich wie gut es gewesen wäre wenn gleich nach der Uebergabe von Rastatt ein rasches summarisches Verfahren gegen die Beschwertesten eingehalten, alle andern Soldaten aber unmittelbar in die Depots gewiesen worden wären. Jetzt hätte man wieder einen namhaften Theil des Armeecorps beisammen, der Mehrzahl nach aus trefflichen Soldaten bestehend, denen die gemachte Erfahrung sicher eine heilsame Lehre gewesen wäre. So aber hat ein fünf- bis sechsmonatlicher Aufenthalt in den Casematten der Reichsveste auf die Gefangenen eine vielfältig üble Wirkung gemacht. Auch die andern Angehörigen des gewesenen Armeecorps sind, durch das gegen sie eingehaltene Verfahren, in trübe bittere Stimmung versetzt. Es geht einem ordentlich ans Herz, trifft man hier in den Straßen die Menge von Militärs, Officiere wie Soldaten, in sogleich kenntlicher Civilkleidung mit der tief ernsten, düsteren Miene, der man ansieht wie irgendeine freudige Regung für sie etwas lange nicht mehr Empfundenes sey. In die militärische Geschichte des badischen Aufstands kommt nach und nach mehr Licht. Gewiß hat das ganze deutsche Vaterland ein Anrecht hierüber möglichst vollständig aufgeklärt zu werden. In dieser Beziehung verdient unter andern eine Erklärung in der Karlsruher Zeitung vom 9 d., welche dort der Hauptmann v. Marschall von der Artillerie gibt, und welche bereits mehrere Erwiederungen hervorgerufen, öffentlicher Erwähnung. Der Redner will nämlich darthun daß am 13 Mai die Mannschaft der Artillerie nicht schlecht gesinnt gewesen sey, oder wenigstens nicht so schlecht wie es in einer Broschüre „die Militärmeuterei in Baden“ geschildert ist. „Eine ziemlich große Zahl Artillerieofficiere“, heißt es in der erwähnten Erklärung, „hatte sich in der Nacht dahin vereinigt möglichst lange in der Gottesaue (der Artilleriecaserne) zu verharren um etwanigen Befehlen sogleich zu entsprechen und beschlossen: im Fall eines nothwendigen Rückzugs den Weg nach Württemberg einschlagen zu wollen, soviel des Materials als möglich mit sich führend.“ Eine Anmerkung fügt bei: „Dieser Plan wurde natürlich aufgegeben als man den folgenden Morgen erfuhr daß Se. k. Hoh. der Großherzog sich in der Nacht unter dem Schutze der reitenden Batterie nach Germersheim begeben habe. Von diesem Augenblick an galt uns Germersheim als Sammelplatz für die treugebliebenen Truppen.“ Nun entsteht doch billig die Frage, wie kommt die „ziemlich bedeutende Anzahl“ von Artillerieofficieren dazu einen Entschluß zum Rückzug zu fassen, bevor noch ein Kampf stattgefunden, und, wie aus dem Wortlaut der Erklärung hervorgeht, ohne bestimmten Befehl dazu erhalten zu haben. Jede weitere Bemerkung mag hier unterdrückt bleiben, in der Erwartung daß, nachdem man eine öffentliche Rechtfertigung nothwendig gefunden, diese auch ganz gegeben werde.

Gr. Hessen. **Darmstadt,** 10 Dec. Der Proceß Görlitz ist in diesen Tagen von dem Untersuchungsrichter als geschlossen abgegeben worden, und derselbe wird, nachdem er durch Criminalsenat gegangen, ohne Zweifel demnächst bei den Januar-Assisen zur öffentlichen Verhandlung kommen. (D. Z.)

Kurhessen. **Kassel,** 14 Dec. Unsere Stände haben heute die proponirte Anleihe von 1 Mill. Thlr. $4\frac{1}{2}$proc. Staatsschuld mit großer Mehrheit genehmigt. (Fr. J.)

Nassau. **Wiesbaden,** 15 Dec. Es werden unsere Landstände erst Anfangs Februar 1850 wieder einberufen, theils weil sieben ihrer Mitglieder (Lang, Rath, Müller, Hehner, Wenkenbach, Justi und Snell) in Folge des sogenannten Idsteiner Landescongresses des Hochverraths angeklagt sind und nach der Mitte Januar deßhalb in dem Schwurgericht zu erscheinen haben, theils weil man erst die Wahl ins deutsche Volkshaus (31 Jan.) abwarten möchte, bevor die Kammer demgemäß ins Staatenhaus wählt. (Fr. J.)

Hansestädte. ※ **Hamburg,** 13 Dec. Außer den von mir erwähnten, vom Senat dem Sechziger-Collegium vorgelegten Anträgen wurde noch ein Antrag auf Erhöhung der Inseraten-Abgabe von $\frac{1}{2}$ Schilling für die Petitzeile auf 1 Schilling und ein zweiter auf Abänderung des Wahlgesetzes für Officiere und Unterofficiere des Bürgermilitärs an die heute versammelte Bürgerschaft gebracht; die Vorlage über den Handelstractat ist dagegen noch weggeblieben. In Betreff der Proposition über den Beitritt Hamburgs zu dem Interim, der schon am 16 Nov. d. J. unter Vorbehalt der bürgerschaftlichen Ratification erfolgt ist, hebt der Rath in seiner Motivirung hervor: daß eine größere Concentrirung der Leitung der allen Bundesregierungen gemeinsamen Angelegenheiten empfehlenswerth erscheine; er stellt sich aber zugleich auf den preußischen Standpunkt und interpretirt die bekanntlich doppeldeutigen Worte des Art. 5 (wonach der interimistischen Bundescommission „nur die seither von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, soweit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Competenz des engern Rathes der Bundesversammlung gelegen waren, übertragen werden“) durch Bezugnahme auf das Gesetz vom 28 Jun. 1848 über die provisorische Centralgewalt in der Weise daß alle legislative Thätigkeit von der neuen Commission ausgeschlossen, und diese nur auf Verwaltungsbefugnisse beschränkt bleibe. Wenn er am Schluß die Hoffnung ausspricht daß das gleichberechtigte Nebeneinanderbestehen der zwei großen deutschen Mächte in der neuen Centralgewalt zu einer den Wünschen der Nation entsprechenden Lösung der deutschen Verfassungsangelegenheit führen werde, so halten wir das für eine einfache, ziemlich bequeme Phrase, und glauben nicht daß sich hinter derselben eine Sympathie verbürgt die zu der Stellung Hamburgs zu dem sogenannten Dreikönigsbündnisse nicht zum besten passen würde. Wie auch immer ein Theil des Raths gesinnt seyn mag, jedenfalls wird man vorsichtig seyn, solange man der preußischen Truppen nicht entbehren kann. Die Abänderung des Wahlgesetzes für die Officiere der Bürgergarde hängt zusammen mit den Vorfällen des 13 Aug., in Folge deren die preußischen Truppen sich bei uns einbürgerten; wenigstens deutet der Rath in seiner Anlage zu der bezüglichen Proposition darauf hin daß mehrere Officiere, die den stärksten Antheil an jenen Vorfällen genommen, gerade nach dem Wahlgesetz vom 6 Dec. 1848, nach welchem die Gardisten die Wahl vollziehen, gewählt worden seyen. Die Abänderung dieses Gesetzes und die Wiedereinführung des früheren Wahlmodus, der die Wahl den Officieren anheimgibt, gilt demgemäß dem Senat als der erste nothwendige Schritt zur Reorganisation der Bür-

gergarde, die zufolge der Motivirung deßhalb zweckmäßiger erscheint als eine Auflösung oder Suspension, weil vielleicht die Garnison zur Erhaltung der innern Ruhe nicht genügt, weil ein Theil des Bürgermilitärs bei dem erwähnten Tumulte nicht compromittirt war, und weil endlich der gegenwärtige Zeitpunkt, wo eine Regulirung unserer Wehrverhältnisse im allgemeinen bevorsteht, sich nicht eignet für eine gänzliche Umgestaltung. Die Bürgerschaft hat sämmtliche Anträge angenommen, wie es scheint ohne besondere Theilnahme, denn es waren nur 231 Personen versammelt, d. h. nur 36 mehr als zu einem Beschlusse erforderlich sind. Vielleicht daß sie ihre Kräfte sparen will für die nächste Sitzung in welcher der Rath den neuesten Verfassungsentwurf vorlegen und welche dem Vernehmen nach schon heute über acht Tage stattfinden wird. Welches Schicksal dieser Entwurf im Oberalten-Collegium gehabt hat, darüber sind jetzt genaue Aufklärungen erfolgt. Die Verhandlungen zwischen Rath und Oberalten in Betreff dieser Angelegenheit sind nämlich auf Antrag des Sechziger-Collegiums, dem der Rath dieselben zugleich mit dem Antrage auf Annahme des Entwurfes mittheilen ließ, gedruckt worden, und aus den vier Actenstücken in denen diese Verhandlungen enthalten sind, ergibt sich nun daß die Oberalten der Neuner-Commission überhaupt die Befugniß zur Ausarbeitung des Entwurfes absprechen, und außerdem in demselben einen der bürgerlichen Freiheit gefährlichen Rückschritt erblicken. Sie erklären sich entschieden gegen die Repräsentativ-Verfassung, und wollen das persönliche Stimmrecht und die lebenslänglichen Collegien zugleich mit der gegenwärtigen Recursinstanz gewahrt wissen. Der Senat ist seinerseits aber mit dem Entwurf, wenn auch nicht ganz, zufrieden (es sollen auch nur 16 Mitglieder der höchsten Behörde dafür, und 11 dagegen gestimmt haben), und er wird deßhalb denselben an die Sechziger und weiter an die Bürgerschaft gelangen lassen. Die Verhandlungen sind übrigens von nicht geringem Interesse; sie charakterisiren die Oberalten in der vortrefflichsten Weise, und ich werde deßhalb nächstens weiter darauf eingehen.

K. Sachsen. **Dresden.** Eine „kurze aber vielsagende Notiz" bringt die Weser-Zeitung aus Berlin vom 11 Dec.: „Vor einigen Tagen begab sich ein hochgestellter Officier an den sächsischen Hof, um dem König und dem Prinzen Johann nochmals die Gefahren vorzustellen welche das Aufgeben des Bündnisses vom 26 Mai, die Coalition mit dem Radicalismus und der Anschluß an Oesterreich, welches keine Volksvertretung zugeben will, der sächsischen Dynastie und dem monarchischen Princip früh oder spät bereiten müßten. Der Officier ist zurückgekehrt, 24 Stunden später als er erwartet wurde. Das Resultat seiner Sendung ist unbekannt, sagen die einen. Die andern aber haben kein Hehl damit daß das Resultat kein günstiges. Der Officier sey nicht sehr wohl aufgenommen worden. Am Hofe gestehe man offen ein es sey eine dauernde Occupation des Landes durch die Oesterreicher zu erwarten. Man werde mit den Kammern gehen solange dieß möglich. Für die Forterhebung der Steuern gebe es Mittel. Sie wissen ferner daß man seit geraumer Zeit das Einschreiten der Oesterreicher in Sachsen erwartet. Es wäre nicht unmöglich, heißt es, daß Preußen dieser Demonstration mit einer Contredemonstration entgegenträte und seinerseits Truppen einrücken ließe. Vielleicht hängt der Aufschub der Abreise des Prinzen von Preußen damit zusammen. (Der Prinz ist aber am 13 Dec. abgereist!) Preußen würde sich auf das Bündniß vom 26 Mai berufen. Dieselbe Nachricht, nur etwas anders versirt, bringt auch die Kölnische Zeitung. Hier heißt es schließlich: Ein sächsischer Prinz, nicht eben leidenschaftlich constitutioneller Gesinnung, habe sich mit besonderer Energie gegen das Bündniß vom 26 Mai ausgesprochen. Er bedauere eine eventuelle österreichische Occupation; sie könne Jahre währen, aber er fürchte sich nicht davor. Wenn die Kammern die Regierung in die Nothwendigkeit versetzten sie aufzulösen, so sey es um so schlimmer für die Kammern. Ob wohl (so fügt die Leipziger Allg. Ztg. hinzu) die HH. Correspondenten vorgedachter Zeitungen auch diese Mittheilungen vertreten können? Wir haben ein besseres Zutrauen zu unsern Kammern wie zu unserm Hofe."

⁑ **Dresden,** 14 Dec. Die heutigen Sitzungen beider Kammern boten mehrfach interessanten Stoff. In der ersten wurden verschiedene Interpellationen erledigt. Für den Kriegsminister erklärte ein königl. Commissär hinsichtlich der fortdauernden Einquartierungsbelastung Dresdens daß deren Schuld zum Theil am hiesigen Stadtrath liege, welcher die Einrichtung von Casernen zu kostspielig finde. Vielleicht ist diese Behörde auch der Ansicht daß wenn einmal Casernen eingerichtet wären, diese einen strategischen Grund mehr für Fortdauer der Einquartierung geben könnten. Auf die weitere Bemerkung des k. Commissärs daß eine Belegung der Umgegend mit der Einquartierung unter anderm auch um deßwillen unthunlich erscheine weil von der Landschaft der Anlaß nicht ausgegangen sey eine stärkere Truppenmacht in der Residenz zusammenzuziehen, erwiederte der ehrenwerthe Abgeordnete Leipzigs, der im Interesse der hart geprüften Schwesterstadt die Anfrage an die Regierung gestellt hatte, daß Dresden an dem Mai-Aufstande nicht größere Schuld als andere Städte trage, und etwaige Unterlassungssünden bereits schwer genug gebüßt habe. Die Abrechnung der Unterlassungssünden wird wohl auch noch weiter zur Sprache kommen; vorderhand aber will es mich bedünken daß ich mit meiner neulichen Parodie der Bürger'schen Verse doch nicht ganz Unrecht hatte. Außerdem zeigte der Justizminister auf bezügliche Interpellationen der Kammer an daß das Institut der Civilehe in das Eherecht des jedenfalls bereits dem nächsten ordentlichen Landtag vorzulegenden neuen Civilgesetzbuches aufgenommen sey, und daß rücksichtlich der grundrechtlichen Abschaffung der Todesstrafe die bevorstehende Vorlage über verschiedene Abänderungen des Strafgesetzbuches das Erforderliche bringen werde, inmittels aber bereits am 3 Januar d. J. ein Beschluß gefaßt worden sey wonach Todesstrafen nicht weiter vollstreckt sondern stets verwandelt werden sollten. In der zweiten Kammer wurde wegen der österreichischen Truppenanhäufung an der böhmisch-sächsischen Gränze Anfrage gestellt. Man ist natürlich sehr gespannt, ob die Regierung ausweichende oder eingehende Auskunft hierüber geben wird. Wenn man in österreichischen Blättern wiederholt liest daß Symptome bedeutender Aufregung in Sachsen zu jenen militärischer Maßregeln Anlaß gegeben hätten, daß man Versuche Erfurter Wahlen befürchte, so muß man in der That über die Ungeheuerlichkeit lächeln zu welcher die Opposition gegen die Politik unserer Regierung in der deutschen Frage gemalt worden zu seyn scheint. Diejenige Volksschichte von welcher jene Opposition — von einer Agitation kann nicht die Rede seyn — angeregt ist, wird gewiß am allerwenigsten ein Contingent Putschmänner stellen. Und befürchtet man etwa von dem kleinsächsischen Preußenhasse de anno 1815 oder von den Führern des Mai-Aufstandes, insoweit solche etwa noch vorhanden, eine Schilderhebung für das Dreikönigsbündniß? Das wird man noch weniger andern glauben machen als man es selbst glaubt. Das Putschpräservativ ist eine Maske: für was freilich, wissen wir nicht, und werden es wahrscheinlich auch erst durch die vollendete Thatsache erfahren, über welche wir schwarze Träume nicht vorausplaudern wollen. — 23 Mitglieder, meist der linken Seite der Kammer angehörend, haben in Betreff der Wiederbesetzung der durch v. Ammons Rücktritt erledigten Oberhofpredigerstelle einen Antrag eingebracht: die zweite Kammer wolle, im Verein mit der ersten, vermittelst des Gesammtministeriums bei den in evangelicis beauftragten HH. Staatsministern dafür sich verwenden daß v. Ammons Ersetzung bis dahin wo die evangelische Kirche im Königreich Sachsen für die Ausübung der ihr in Bezug darauf zurückzugebenden Rechte eine entsprechende Vertretung erlangt haben werde, ausgesetzt bleibe, oder daß doch wenigstens zuvor Gutachten des evangelischen Landesconsistoriums und der theologischen Facultät zu Leipzig erfordert und auch berücksichtigt, ganz besonders aber die Wahl nicht auf einen, einseitiger und exclusiver kirchlicher Richtung ergebenen Theologen gelenkt werden möge. In der Motivirung dieser Abwehr gegen Dr. Harleß in Leipzig ist bemerkt daß eine Wahl nach dieser Richtung gerade jetzt, wo die Angelegenheiten der Kirche nach den Bedürfnissen der Gegenwart geordnet zu sehen Hoffnung gegeben sey, die dringendsten Bedenken erregen würde, und daß die Volksvertretung, deren überwiegende Mehrzahl der evangelischen Kirche angehöre, unverkennbar ebensoviel Interesse als Beruf habe jener wichtigen Angelegenheit der evangelischen Kirche, solange dieser eben die selbständige Vertretung abgehe, wenigstens mit vorsorglicher Verwendung sich anzunehmen. Der Antrag ist dem betreffenden Ausschusse zugewiesen worden. Rücksichtlich der Wahlen Suspendirter und der dießfalls von der Regierung angeordneten Nachwahlen ward mit geringer Majorität der Ausschußantrag angenommen, wonach die Regierung ersucht wird die Nachgewählten erst nach Entscheidung der Kammern über die Beschwerden der vorgewählten Suspendirten einzuberufen. Auch hiebei hat die conservative Majorität für Wahrung der Rechte ihrer politischen Gegner den Ausschlag und damit einen neuen Beweis ihrer strengen Unparteilichkeit gegeben. Endlich habe ich Ihnen noch mitzutheilen daß heute von einer bevorstehenden Vertagung der Kammern gesprochen ward; das nahe Weihnachtsfest macht dieses Gerücht glaubhaft. So werde ich Ihnen vielleicht übers Jahr wieder etwas von der deutschen Frage in den sächsischen Kammern schreiben können.

Leipzig, 14 Dec. Wir dürfen einer bedeutenden Vermehrung der hiesigen Besatzung, die gegenwärtig aus ungefähr 16—1700 Mann besteht, in der nächsten Zeit entgegensehen. Die Anhäufung österreichischer Truppen an der sächsisch-böhmischen Gränze hat ihre vollkommene Richtigkeit. Namentlich dem Voigtlande sind die österreichischen Truppen in allen Waffengattungen so nahe gerückt daß dieselben in Zeit von wenigen Stunden in Sachsen einmarschiren könnten. (Schw. M.)

H. Braunschweig. ⊠ **Braunschweig,** 15 Dec. Nach Beendigung der ersten Lesung der Landgemeindeordnung ist unsere Kammer zur

Berathung der Städteordnung geschritten. Ein besonderes Verfassungsgesetz für die zehn oder zwölf Städte und Städtchen des braunschweigischen Landes—! Der unverdrossene Fleiß, die Gewissenhaftigkeit, die Einsicht welche unsre Kammer auf ihre constituirenden Arbeiten verwendet, verdienen die wärmste Anerkennung, und sie lassen nichts zu wünschen übrig als — daß sie nicht an einen unmöglichen Zweck verschwendet werden möchten. So viel Zeit, Mühe, Kraft und Geld verloren an die undankbarste aller Aufgaben, an den Bau eines constitutionellen Staats von zwei- oder dreimalhunderttausend Einwohnern! Seit Jahr und Tag sitzt unser Landtag beisammen und schnitzt und leimt im Schweiße seines Angesichts an dem Nürnberger Bretterhäuschen welches unsre politische Wohlfahrt vor Wind und Wetter bergen soll, und doch hat jedermann das Bewußtseyn, und doch freut sich fast jedermann daß der Tag wohl nahe ist wo dieses Spielzeug durch einen Ruck des Schicksals auf die Seite geschoben werden wird! Selbst im ganz regelmäßigen Verlauf der Dinge wird Braunschweig seine staatliche Selbständigkeit der größten Wahrscheinlichkeit zufolge binnen wenigen Jahren verlieren, denn es ist nicht denkbar, es ist vernünftiger Weise unmöglich daß unser Ländchen, wenn es nach dem Tode des regierenden Herzogs der hannoverischen Krone anheimgefallen, als gesonderter Staat neben dem Königreich Hannover fortbestehe. Wie nun gar wenn die deutsche Geschichte einen der kecken oder wilden Sprünge wirklich macht zu denen sie schon mehrmals den Anlauf genommen! Angesichts der Wahrscheinlichkeiten einer nahen Zukunft ist die Souveränetät der Kleinstaaten schon jetzt so wohlfeil geworden, daß man sie hie und da ganz oder theilweise sogar umsonst anbietet. Wie verschiedene andere Staaten wird auch Braunschweig zunächst seine Kriegsherrlichkeit an Preußen abtreten. Fragte man das braunschweigische Volk recht ernstlich, es gäbe wahrhaftig den ganzen Rest seines ganzen Staatsthums getrosten Muthes in den Kauf. Und ob im Namen des Thrones Einsprache erhoben werden würde, ist mindestens gesagt sehr zweifelhaft. Indessen die Sache läßt sich nicht machen, denn nach gutem alten patrimonialen Erbrecht hat Hannover Ansprüche auf uns, und so müssen wir uns denn nothgedrungenermaßen dazu verstehen auch ferner die Kosten einer provisorischen Souveränetät zu bestreiten, deren sich zuletzt niemand erfreut. Und wie uns Braunschweigern, so geht es der Bevölkerung in manchen andern Staaten in Deutschland! Wenn man einen solchen Zustand einen rechtlichen nennen will, so haben wir nichts dagegen; ein natürlicher ist es ebenso wenig wie ein dauernder.

K. Hannover. **Hannover,** 13 Dec. In heutiger Sitzung der ersten Kammer spricht sich in der Berathung über den Beschluß zweiter Kammer in Betreff der schleswig-holsteinischen Angelegenheiten der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Bennigien dahin aus: daß durch das Zusammentreten schleswig-holsteinischer und dänischer Vertrauensmänner zur Unterhandlung über den Frieden, welches jetzt von der Statthalterschaft bestätigt sey, die Lage der Dinge sich wesentlich verändert habe, er müsse deßhalb rathen für jetzt den Beschluß zweiter Kammer abzulehnen. Der Abg. Herrmann stellte einen Verbesserungsantrag, der bestimmter die Wünsche der Kammer ausdrücke. Er wird angenommen und lautet im wesentlichen: Stände beantragen die Regierung wolle mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln beim Friedensabschluß entweder den frühern Rechtszustand der Herzogthümer, wie er vor dem dänischen Patent vom 24 März bestanden, wiederherstellen, oder aber dahin streben daß im Fall einer Theilung Schleswigs die südliche Hälfte desselben völlig mit Holstein und Deutschland verbunden werde. — Großes Aufsehen macht die Nachricht von der Convention welche jüngst zwischen Preußen und Braunschweig abgeschlossen ist und die, ihrem Wesen nach, eine Abtretung der braunschweigischen Militärhoheit an Preußen enthält. Wie man hört, ist vom hiesigen Hof nicht nur in Braunschweig und Berlin, sondern auch bei der Königin von England und bei den größern deutschen Höfen eine energische Protestation gegen jene theilweise Souveränetätsveräußerung eingereicht worden. (H. C.)

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 11 Dec. Nach einem halbofficiellen Artikel in der Mecklenburgischen Zeitung hat das k. preußische Gouvernement bei dem diesseitigen Ministerium einen Antrag gestellt in welchem unter Bezugnahme auf die abgeschlossene Militärconvention der Wunsch ausgesprochen wird daß mit der Aenderung des Fahneneides in Mecklenburg für jetzt nicht vorgegangen werden möge, indem gleichzeitig darauf hingewiesen wird daß die Frage wegen Beeidigung des Militärs in den zum Bundesstaate zusammentretenden deutschen Staaten einer gemeinsamen Behandlung werde unterzogen werden müssen. Das Ministerium hat daher der im Staatsgrundgesetz vorgeschriebenen Beeidigung des Heeres auf die Verfassung einstweilen Anstand gegeben, und wird sowohl über diese Maßregel wie über die Beeidigung der bereits im Dienst befindlichen Beamten, welche im Staatsgrundgesetze nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, der nächstens zusammentretenden Kammer weitere Vorlagen machen. Auf den Protest des Königs von Preußen gegen die Verfassung ist diesseits die Antwort: daß die Verfassung nach Recht und Pflicht werde aufrechterhalten werden.

Schleswig-Holstein. In der Times finden wir ein merkwürdiges Actenstück welches ein helles Licht auf Dänemarks Absichten dem unglücklichen Schleswig gegenüber wirft. Es ist dieß ein Schreiben des dänischen Waffenstillstands-Regenten Kammerherrn v. Tillisch an den dänischen Minister des Innern, in welchem die Lage der Landesverwaltung als völlig unhaltbar und verzweifelt geschildert, und daraus die Nothwendigkeit gefolgert wird die schleswig-holsteinische Armee aufzulösen und das schleswigische Obergericht abzusetzen. Die jetzige Aufregung rühre nur von einem kleinen revolutionären Haufen her, der sich auf das von den wildesten Demokraten geführte Heer verlasse. Jedes Mitglied der Commission habe an seine Regierung eine Collectivnote gesendet, wonach das Einbrechen des schleswig-holsteinischen Heeres von den Großmächten als casus belli erklärt werden müßte. (Wir tragen das Actenstück vollständig nach.) Mittlerweile ist es gelungen eine Anzahl deutscher Officiere definitiv für die schleswig-holsteinische Armee zu gewinnen.

Flensburg, 13 Dec. Den Hamb. Nachr. wird von hier gemeldet: man erfahre von sonst wohlunterrichteter Seite daß der Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark ausdrücklich auf drei Monate verlängert worden sey: vom 17 Jan. auf den 17 April, von welchem letzteren Tage an er dann noch bis sechs Wochen nach erfolgender Kündigung stillschweigend fortlaufe.

Oesterreich. * Die neueste Wiener Post vom 16 Dec. bringt keine erhebliche Meldung. Die halbofficielle Oesterr. Corresp. stellt die Sagen über bevorstehende Modificationen des Cabinets — über welche die Kölnische Zeitung sich sogar telegraphische Depeschen habe senden lassen — als jeder Begründung entbehrend dar. Zang will sein Journal (die Presse) in einer Provinzialhauptstadt fortsetzen. Landsteiner erleidet mit seiner Reichszeitung fortwährend Anfechtungen aller Art. Sie wird — scheint es — nicht die Erbin der Abonnentenzahl der Presse werden. Das Gesuch des niederösterreichischen Gewerbvereins um Berufung eines Zollcongresses wurde vom Ministerium abschläglich beschieden. Das Einstehenwesen beim Heer will der Staat in eigene Hand nehmen.

* **Triest,** 14 Dec. Die Bora läßt endlich wieder nach, und die Schiffe welche sich nach den istrischen Häfen geflüchtet, langen allmählich auf unsrer Rhede an. In Pirano allein standen 25 derselben, und darunter die k. k. Kriegsbrig „Pilade." Dem, nicht von der „Venere", sondern von der Fregatte „Bellona" beschädigten holländischen Kauffahrer „Henriette" wurde vom k. k. Hafenamte, unter persönlichem Zuthun des Hafencapitäns, die nöthige Hülfe geleistet und das zu seiner Herstellung erforderliche beigestellt. — Das „Giornale del Lloyd Austriaco" wird mit Beginn des künftigen Jahrs einen neuen Redacteur erhalten, da Hr. Thiergen sich einem andern Berufe zuwendet. Außer einer bedeutenden Preisverminderung scheint übrigens dieß Blatt keine weitere Aenderung einzugehen. Die Pränumerationsgebühr wird von 25 auf 18 fl., und bis an die Gränze von 29 auf 21 fl. herabgesetzt. Es scheint, wenn manche Anzeichen nicht täuschen daß man ursprünglich auf eine Verschmelzung des commerciellen Blattes „Emporio di Trieste" mit dem Lloyd-Organ ausgegangen sey, und als diese nicht gelang, die Herabsetzung des Preises vornahm. Das „Emporio" wird übrigens mit dem J. 1850 auch eine größere Ausdehnung erhalten. Sonderbar bleibt es immer daß in einer rein commerciellen Stadt so lange Zeit hindurch nur Ein Handelsorgan sprach, und zwar ein Organ welches einem einzelnen Handelsinstitute, also Einer moralischen Person in jeder Richtung zu Gebote stand. — Vorgestern ist Erzherzog Leopold von Venedig hier eingetroffen. Dr. Valussi, welcher gegenwärtig das in Udine erscheinende Journal „Friuli" redigirt, ist wieder dahin abgegangen. Noch immer kommen Amnestirte aus dem Süden, welche nach Italien, resp. Venedig, gehen, und Transporte aus Ungarn nehmen ihren Zug durch das Görzer Gebiet. — Die Suspendirung der Wiener „Presse" hat hier großes Aufsehen erregt. Sie war viel und gern gelesen. Da selbst ein großer Theil der Conservativen davon abgekommen ist nur ministerielle Stimmen hören zu wollen, so wird der Verlust der „Presse", bei den wenigen unabhängigen Blättern, um so tiefer empfunden.

Spanien.

* **Madrid,** 6 Dec. In diesen Tagen hatte sich die Nachricht verbreitet daß die Königin gesegneten Leibes sey. Im Publicum war große Freude darüber, denn die Sage erschien glaubhaft. Dabei bemerkte man aber mit Bedauern daß die Königin fortfuhr sich mit gewohnter Leidenschaftlichkeit dem Vergnügen des Tanzes hinzugeben. Die Kunde hatte eine gute Wirkung auf die öffentlichen Fonds geäußert; denn wenn die Königin Leibeserben bekäme, so würde dieß dazu beitragen die Ruhe im

Staat zu sichern, während andrerseits, wenn sie ohne Leibeserben aus dem Leben ginge, ohne Zweifel unter dem Herzog v. Montpensier, den Söhnen des Infanten Don Francisco und denen des Don Carlos Successionsstreitigkeiten entständen, in welche Frankreich und England sich einzumischen nicht ermangeln würden. Leider scheint aber diese schöne Hoffnung wieder verschwunden zu seyn; man glaubt daß die Königin, welche schon auf den letzten drei Hofbällen sich unwohl befand, vorgestern eine Fehlgeburt gethan habe, denn sie hat schon seit zwei Tagen das Bett nicht verlassen.*)— In der Deputirtenkammer vertrödelt man nach alter Gewohnheit die Zeit mit theoretischen und Partei-Fragen, ohne an die wichtigeren praktischen Fragen und an die oft versprochenen Reformen der Verwaltung zu denken. So hat bisher in Spanien das Repräsentativsystem nur dazu gedient die politischen Leidenschaften in Aufregung zu erhalten; wovon die Folge ist daß das Volk, namentlich in den Landgemeinden, an dem Constitutionswesen keine sonderliche Freude hat, zumal seit man gewahr wird daß die Steuern immer drückender werden, und daß gleichwohl die Zinsen der öffentlichen Schuld unbezahlt bleiben. Und jetzt geht das Jahr zu Ende, und noch sind die Voranschläge für 1850 nicht geprüft. In diesen Tagen hat man die Frage der Unverträglichkeit eines Staatsamtes mit einem Sitz im Deputirtencongreß wieder angeregt. Es wurde der Vorschlag gemacht daß nur Beamte mit mehr als 40,000 Realen Einkommen Deputirte sollten seyn dürfen. Dieser Antrag ward aber verworfen, und zwar, wie man aufrichtig genug anführte, weil die Deputirtenkammer ihrer großen Mehrzahl nach aus Beamten besteht, was der Grund ist warum das Ministerium über eine so starke Mehrheit verfügt. — Man spricht fortwährend von der Rückkehr unsrer italienischen Expedition; allein ich glaube daß wenigstens ein Theil unsrer Truppen vorläufig noch in Italien bleiben wird. Was wir schwer entrathen, sind unsre in Italien abwesenden Kriegsschiffe; denn die um Melilla wohnenden Mauren fahren fort diesen Platz Tag für Tag zu beunruhigen, und wenn schon die Garnison neuerlich verstärkt worden ist, und dieselbe bis jetzt jeden Angriff blutig zurückgewiesen hat, so wird doch die Absendung eines Geschwaders nöthig, um die Küstenorte der Mauren zu zerstören, und so unsern afrikanischen Besitzungen Ruhe, unsrer Flagge Achtung zu verschaffen. Die öffentliche Meinung tadelt die Regierung daß sie nicht schon früher eine Maßregel der Art gefaßt hat. — Nachdem die Arbeiten an der Eisenbahn von Madrid nach Aranjuez über zwei Jahre lang eingestellt gewesen, sollen sie jetzt mit Eifer wieder aufgenommen werden.**) Das ist wichtig, nicht nur insofern dieß die zweite Eisenbahn ist welche Spanien hat — die bereits fertige reicht bekanntlich von Barcelona bis Mataro — insofern bereits mehr als 30 Millionen Realen darauf verwendet sind, die bisher so gut als verloren waren, was viele Familien mit Ruin bedrohte, und insofern Tausende von Arbeitern dadurch Beschäftigung finden werden; sondern wichtig ist es auch darum weil die St. Ferdinandsbank dadurch neues Leben erhalten und Salamanca sein zerrüttetes Vermögen wiederherstellen wird. Die Bank lieh große Summen auf Unterpfand der bezüglichen Bahnactien, und solange diese werthlos waren, hatte die Bank ein beträchtliches Deficit. Da es nun aber die Bank ist welche die Regierung von Zeit zu Zeit aus der Verlegenheit zieht, so erhellt die große Wichtigkeit welche der Ausbau der Bahn unmittelbar auch für die Regierung hat. So kommt es daß die Actien der St. Ferdinandsbank in den letzten Tagen um mehr als 12 Proc. gestiegen sind, und noch immer steigen. Salamanca aber hat große Summen in den Bahnactien stecken. Man sieht wie an eine isolirt scheinende Frage sich viele andere anhängen.

Großbritannien.

London, 14 Dec.

Der gestrige Tag, an welchem man die Leiche der allverehrten Königin Adelheid in der Königsgruft zu Windsor beisetzte, wurde von ganz London als ein Tag der Trauer mit begangen. Von Morgens 8 Uhr an scholl Geläute von der St. Paulskirche und allen übrigen Kirchen der Hauptstadt. Die meisten Kaufläden waren geschlossen, in den Häusern des Adels und der Gentry, sowie in den Clubhäusern die Fenster verhängt. Vom Tower her donnerte von Minute zu Minute ein Kanonenschuß, die Fahnen der aufziehenden Wachen waren mit Flor bedeckt, und die im Fluß und in den Docks liegenden Schiffe hatten ihre Flaggen gesenkt. Der schlicht christliche Sinn der Verstorbenen spricht sich in ihrer, schon vor acht Jahren geschriebenen Anordnung ihres Begräbnisses aus. „Ich sterbe," sagt sie darin, „in Frieden mit aller Welt, voll Dankbarkeit für all die Güte die mir immer erzeigt worden, und in vollem Vertrauen auf die Barmherzigkeit unseres Heilands Jesu Christ, in dessen Hände ich meinen Geist empfehle." Auf dem Schloßplatz in Windsor wurde die Leiche von zehn Matrosen der Flotte vom Wagen gehoben und in die Kirche getragen. Seitens der regierenden königlichen Familie wohnte Prinz Albert dem Leichenbegängniß bei, welches übrigens so einfach gehalten wurde, daß die Times Anlaß nimmt dasselbe den reichen Privaten, den Kaufherren und Wechslern der Stadt London, zur Nachahmung zu empfehlen.

Die Times hat ein Schreiben aus Konstantinopel, und begleitet es mit einem entsprechenden Commentar, beide des Inhalts: der Kaiser von Rußland suche in der türkischen Frage nur Zeit zu gewinnen, im Frühjahr werde er die Maske abwerfen und die lange gehegten Plane gegen die Türkei zur Ausführung bringen. Darüber wird dieses Journal von der M. Post wie folgt zurecht gewiesen: „Die Times und ihr Konstantinopler Correspondent haben die Leichtgläubigkeit des Publicums, wie groß sie auch ist, durch ihre furchtbaren Kriegsprophezeiungen so vollständig erschöpft, daß solche Gerüchte, von dieser Seite her ausgesprochen, vielleicht selbst sich am kräftigsten widerlegen. Sie sind nicht nur unwahr, sondern auch das gerade Gegentheil davon ist die Wahrheit. Und diese unsere Ueberzeugung scheint auch die der City zu seyn, wie der von der Times unbeirrte Stand der Staatspapiere zeigt."

Das Gerücht daß auf der Insel Bermuda ein Aufstand ausgebrochen, veranlaßt wie der auf Trinidad durch eine harte legislative Maßregel zur Behandlung kleiner Schuldforderungen, wird vom Standard als völlig grundlos bezeichnet.

Sir Marc-Isambert Brunel, dessen Tod wir kurz angezeigt, war im Jahr 1769 zu Hacqueville in der Normandie (jetzt Departement de l'Eure) geboren, auf einem Gute das die Familie seit Jahrhunderten besaß, und noch jetzt besitzt. Er war für die katholische Theologie bestimmt, hatte jedoch eine so starke Vorliebe für die physikalischen Wissenschaften, daß die Vorsteher des Erziehungsinstituts in Rouen, in welchem er sich befand, riethen ihn seiner Neigung folgen zu lassen. Sein Vater war aber hartnäckig dagegen daß er sich dem Geniewesen zuwende, und beschloß seinen Sohn für den Seedienst ausbilden zu lassen. Brunel trat sofort in die königliche Flotte ein, machte mehrere Fahrten nach Westindien, und kehrte im Jahr 1792 zurück, als die französische Revolution eben auf ihrem Höhepunkt war. Da Hr. Brunel königische Gesinnung hegte, gerieth sein Leben mehrmals in Gefahr, und er mußte sich durch die Flucht retten. Er wanderte nach den Vereinigten Staaten aus, und hier zwang ihn glücklicherweise die strenge Noth dem natürlichen Hange seines Talents zu folgen und den Beruf eines Civil-Ingenieurs zu ergreifen. Er wurde zuerst dazu verwandt eine große Landstrecke am Erie-See aufzunehmen. Dann baute er das Bowery-Theater in New-York, welches seitdem abgebrannt ist, entwarf Planzeichnungen für Canäle u. s. w. Im Jahr 1799 hatte er seinen Plan gereift Schiffsblöcke durch Maschinen herzurichten. Da in jener Zeit die Vereinigten Staaten noch keinen entsprechenden Wirkungskreis für einen so erfinderischen Geist darboten, beschloß Brunel England zu besuchen und der brittischen Regierung seine Dienste anzubieten. Lord Spencer wurde sein Freund und Gönner. Nach vielem Widerstand gegen seine Plane durfte er seine Maschinerie auf dem Werft von Portsmouth aufrichten. Im Jahr 1806 stand, nach mehrjährigen Arbeiten, seine Blockmaschinerie fertig, und ist seitdem in voller Thätigkeit, unsere Flotte mit viel besseren Blöcken als früher, und zwar ungleich wohlfeiler als vordem, versorgend. Die Ersparniß im ersten Jahr betrug 24,000 Pf. St., und zwei Drittel dieser Summe wurden Hrn. Brunel als Lohn für seine Erfindung zugewandt. Zwei Jahre vor Beendigung des großen Kriegs erfand Brunel eine Schuhverfertigungsmaschine für die Armee, welche sich als sehr brauchbar und ökonomisch bewährte; indessen nach dem Friedensschluß von 1815 wurde, bei vermindertem Bedarf, diese Maschine beiseite gelegt. Brunel baute eines der ersten Ramsgater Dampfboote; auch bewog er die Admiralität ihn mit dem Bau eines Schleppschiffs zu betrauen, welches das Experiment versuchen sollte Schiffe ins Meer zu bugsiren, was man damals noch für unthunlich hielt. Dem Kaiser Alexander von Rußland legte Brunel einen Plan vor zum Bau einnes Tunnels unter der Newa, auf welchem Flusse die starke Anhäufung von Eis und die plötzlichen Eisgänge den Brückenbau sehr schwierig machen. Der Antrag ward abgelehnt, aber an diese Idee knüpfte sich sein Plan zur Anlegung eines Tunnels unter der Themse, welche vorher zweimal ohne Erfolg versucht worden. Der Tunnel zwischen Wapping und Rotherhithe ward im Jahr 1843 beendigt, und dieses große Werk sichert dem Sir M. J. Brunel — er ward unter der Melbourne'schen Verwaltung in den Ritterstand erhoben — für immer einen hohen Rang unter Englands Baumeistern. Sir Isambert war bei seinem Tode Vicepräsident der k. Societät der Wissenschaften, correspondirendes Mitglied des Instituts von Frankreich, auch Ritter der Ehrenle-

*) Französische Nachrichten aus Madrid vom 9 Dec. wissen nichts von einer Fehlgeburt, sondern sagen nur: Isabelle fügt sich mit Widerstreben in die durch ihren interessanten Zustand nöthig gewordenen Vorsichtsmaßregeln.

**) So war die neuerliche Nachricht aus Pariser Blättern von bereits erfolgter Eröffnung dieser Eisenbahn voreilig.

gion. Er hinterläßt eine Wittwe, einen Sohn, den berühmten Ingenieur Brunel jun., und zwei Töchter. (Daily News.)

‡ **London,** 15 Dec. Die Bewegung der Protectionistenpartei steigt von Tag zu Tag, und dürfte in der bevorstehenden Session dem Ministerium einen schweren Stand bereiten. Indessen versichert die Times wiederholt daß im Cabinet keine Spaltung herrsche, am wenigsten über die Kornzollfrage. Die verschiedenen Protectionsgesellschaften haben sich zu gemeinsamer Wirksamkeit vereinigt.

Frankreich.

Paris, 15 Dec.

Die Verhandlungen der zweiten Sitzung über die Getränkesteuer boten nur ein mäßiges Interesse. Zuerst durch den Mund des Hrn. Pradier ein Stück Finanzwirthschaft der Bergpartei: Ersparnisse, höhere Besteuerung der Reichen, Klagen über die Zurücknahme des Einkommensteuerplans, über die Kostbarkeit einer republicanischen Verwaltung die 1500 Mill. kostet, eine halbe Milliarde theurer als die Restauration, deren Budget die Ursache, wenigstens einer der Vorwände ihres Sturzes gewesen. Daher die Berufung auf die Autorität des Hrn. Laffitte, welcher damals gerechnet Frankreich könne um ein Drittheil, wenigstens ein Viertheil wohlfeiler regiert werden, und endlich das Zeugniß eines noch lebenden parlamentarischen Veterans, eines conservativ gewordenen Oppositionsmannes, des Hrn. Keratry, in einem Auszug aus einer alten Rede, worin derselbe dem Steuerwesen den Krieg erklärt. Doch wird zugegeben daß die Eroberung Algiers, die Ausdehnung der außerordentlichen Arbeiten, die Vermehrung der Nationalschuld auch die öffentlichen Lasten um 2 bis 300 Mill. vergrößert haben. Hr. Keratry ist jetzt ein Greis und hält keine lange Rede mehr, ganz stillschweigend konnte er diese Erinnerung aus alten Tagen nicht hingehen lassen, er versicherte daß er nicht das Steuerwesen überhaupt, sondern nur die indirecten Steuern angegriffen, daß er aber die Getränkesteuer nicht allein als nützlich, als nothwendig für den Schatz, sondern selbst als moralisch ansehe, denn als Abgeordneter eines Departements wo der Gebrauch geistiger Getränke häufig in Völlerei ausarte, der größte Theil des Wochenlohns in die Schenke wandere und dann Noth und Elend die Folge sey, könnte er sogar wünschen daß die Branntweine noch höher besteuert würden. Diese Argumentation des Moralisten, links mit der Bemerkung abgefertigt: Sie würden die debits de consolation treffen und belacht (und was werden seine Wähler dazu sagen?), wird von dem nächsten Redner Hrn. v. Charencey weiter verfolgt: Wissen wir nicht alle daß der Mißbrauch der geistigen Getränke in manchen Ländern so furchtbar ward daß man ihm durch Gesetze Einhalt thun mußte, und daß es in andern, die, was man auch sagen mag, vorgerückter und civilisirter sind als das unsrige, Mäßigkeitsvereine gibt, denen es durch hochherzige Anstrengungen gelungen ist das Laster der Völlerei zu beschwören und zu vermindern? Fragt die ärztliche Wissenschaft, was wird sie euch sagen? Daß es in einer Stadt wie Paris 10,000 Menschen gibt die jedes Jahr in Folge der Unmäßigkeit einem gewissen Tod verfallen. Aber alle Trunkenbolde sterben nicht. Fragt wie es in ihren Familien, in ihren Haushaltungen aussieht, sie werden euch sagen daß auf der einen Seite Rohheit, Mißhandlungen, Liederlichkeit, auf der andern Seite Leiden, Verzweiflung, Schmerzen aller Art am häuslichen Herd sitzen. Es gibt in diesem Raume Militärs die unsere Soldaten auf fremder Erde geführt haben, fragt sie. Sie werden euch belehren wie durch die Trunkenheit, selbst wenn sie zufällig, ein der Ehre gewidmetes Leben in Schande enden kann. Ich selbst befand mich manchmal im Angesicht unerklärlicher und unerklärter Verbrechen, ungeheuerlicher Thaten, und ich erkannte fast immer daß sie das Resultat waren dieser Desorganisation welche die Trinksucht nach sich zieht. Vor wenigen Tagen las man in den öffentlichen Blättern mit Schaudern die Geschichte eines vierfachen Parriciden, sie sagten er sey betrunken gewesen, und zur Ehre der Menschheit muß man es glauben. Indem er auf die Steuer selbst eingeht, findet er als finanzielles Postulat daß eine Abgabe gerechtfertigt erscheine wenn sie gemäßigt sey in ihren Forderungen und allgemein in ihrer Anwendung, zwei Bedingungen die bei der Getränkesteuer zutreffen. In England erhebe der Schatz wenigstens 135 Mill. vom Thee, in Frankreich fange der Thee erst seit einigen Jahren an sich zu popularisiren, trage aber erst 240 bis 250,000 Fr. ein. Der Schatz müsse also eine ergiebigere Quelle suchen, und habe sie in der Getränkesteuer gefunden, die schon im vierzehnten Jahrhundert, einige Zeit nach Errichtung der Salzsteuer, aufgekommen. Ja, diese jetzt so verschrieene Steuer habe eines Tags dem Land einen großen Dienst geleistet, das Lösegeld geliefert für den gefangenen König Johann. (Stimme links: das war ein wenig theuer, man hätte besser den König Johann den Engländern gelassen.) Im Jahr 1361 hätten sich verschiedene Provinzen, Languedoc, Artois, Flandern, von der Getränkesteuer losgekauft. Im Jahe 1465 sey der Graf von Charolais gen Paris gezogen und habe Befreiung von allen Steuern versprochen, denn die welche die Regierungen stürzen wollen, bedienen sich immer derselben Mittel, lügnerischer und trügerischer Versprechungen. Der König Ludwig XI habe einige Immunitäten bewilligt, aber die Getränkesteuer beibehalten zu müssen geglaubt. In dieser Art durchläuft er die Geschichte dieser Steuer, sie vermehrt sich fort und fort bis zum Jahr 1789,*) wo sie abgeschafft wird, aber bei Herstellung einer neuen Finanzordnung bald wieder zum Vorschein kommt. Er fragt: existirt eine Steuer auf Getränke nicht in Belgien, England, der Schweiz, Deutschland, der Lombardei, Rußland? Wie sollte es nicht ein Grund der Existenz seyn für eine Steuer wenn sie zu allen Zeiten und an allen Orten ist? Gott bewahre daß ich die Nützlichkeit der gegohrnen Getränke für den Arbeiter bestreite, daß ich bestreite daß sie ein wahres Ergänzungsmittel für die menschliche Gesundheit, nothwendig für die ganze Entfaltung des Princips und der Verrichtungen des Lebens sind, aber sie ohne Beschränkung den übrigen Nahrungsstoffen zutheilen wäre ein schwerer Irrthum: sie sind ein Nahrungsstoff, aber ein steuerbarer, vorzugsweise steuerbarer Nahrungsstoff. Er behauptet die Aufhebung der Steuer würde nicht dem verbrauchenden Publicum, sondern bloß den Kleinhändlern zu gut kommen, und gibt endlich zu verstehen daß die verfassunggebende Versammlung selbst unter der Getränkesteuer gelebt, daß erst im letzten Augenblick die demokratische Majorität die Abschaffung improvisirt habe, lediglich um ihrer Nachfolgerin eine Verlegenheit zu hinterlassen. Der nächste Redner ist wieder ein Gegner der Steuer, Hr. Bastiat. Seine Einwendungen stellen sich also zusammen: sie ist ungerecht, denn alle Felder sind nach ihrer Güte classificirt und erliegen der Grundsteuer, einige bringen Getreide, Futter, Kräuter, Nelken und Rosen, andere Wein hervor, aber nur eines von diesen Erzeugnissen, der Wein, ist mit 105 Mill. belastet. Sie ist ungleich vertheilt, denn wer in einer Orgie Champagner für 6 Fr. zecht, zahlt ebenso viel als der Arbeiter der sich für die Arbeit stärkt und Wein um 6 Sous trinkt. Sie vertheuert den Wein dermaßen daß im Departement Ain der Weinpreis im Großhandel durchschnittlich 11 Fr., der Schenkpreis 41 Fr. ist. Die Erhebung ist sehr kostspielig, von lästigen Förmlichkeiten, Plackereien begleitet. Endlich sein Hauptgrund: die Februarrevolution hat sie abgeschafft. Man sage zwar, setzt er hinzu, diese Revolution sey nur eine Ueberrumplung, allein wenn durch den Windstoß eine Frucht vom Baum gefallen sey und jemand sagen wollte sie wäre nicht gefallen wenn man den Windstoß verhindert hätte, so sey das ganz wahr, nur habe dürfen die Frucht nicht vorher faul und angefressen seyn.

Der fünfte parlamentarische Kampftag und noch kein Anschein einer nahen Entscheidung. Gestern waren noch die HH. Grevy und Ch. Dupin in die Schranken getreten, heute eröffnete Hr. Mauguin, der alte Weinverbesserer, das Turnier. Heute wurde auch der Jahrestag der Versetzung der Asche Napoleons nach Paris, aber nur durch eine stille Messe bei den Invaliden in Gegenwart des Gouverneurs, des Ex-Königs Jerome, und des Untergouverneurs General Petit gefeiert. Der Präsident, der mit seinem Oheim nicht zum besten steht, nahm keinen Theil. Er ist noch immer mit seinem eigenen Jahrstag beschäftigt, sofern er ihn durch Verleihungen der Ehrenlegion verherrlicht. Der Moniteur enthält jetzt die fünfte Lieferung, die dießmal neun enggedruckte Spalten mit den Namen der Glücklichen aus dem Kriegsdepartement füllt. Die Generale le Pays de Bourjolly und de Grouchy sind zu Großofficieren befördert. Das berüchtigte Umlaufschreiben an die Gendarmerie gibt neu zu reden: der National erwähnt daß ein Repräsentant der sich in der Lage befinde gutunterrichtet seyn zu können, im Conferenzsaal der Nationalversammlung geäußert habe es sey von dem Präsidenten eigenhändig corrigirt, namentlich sey eine Periode, man könne schon errathen welche (wahrscheinlich die auf Fouché bezügliche) ganz aus seiner Feder geflossen. Indeß hat der Moniteur gegen eine andere Aussage dieses Journals eine Berichtigung gebracht. Der National hatte nämlich behauptet Hr. Duchâtel sey für eine Summe von 1,317,000 Fr., für die Vollendung des Kaiserdenkmals bewilligt, von der Commission haftbar erklärt worden. Nun versichert das amtliche Blatt niemand habe diesen gewesenen Minister der Veruntreuung beschuldigt, aber der National entgegnet er habe das auch nicht gethan sondern nur von ungeeigneter Verwendung gesprochen. Vom General Her-

*) Folgendes sind die Namen der 17 Auflagen, wie sie Hr. A. Theuret als ein erbauliches Beispiel von Plusmacherei aufzählt: 1) le passe avant; 2) l'acquit à caution; 3) le droit de mouvement; 4) le droit de détail; 5) la licence en gros; 6) la licence en détail; 7) la licence pour le propriétaire vendeur en détail; 8) la licence du distillateur; 9) la licence pour les mélanges avec l'esprit de vin; 10) le droit d'octroi; 11) le droit de navigation sur les rivières; 12) le droit sur les canaux; 13) le décime de guerre (im Frieden beibehalten); 14) l'impôt au profit des villes; 15) la surtaxe dans les villes; 16) le décime au timbre de l'octroi; 17) le 1 p. % par hectolitre exporté.

villo« sind drei arabische Fahnen, in Zoatscha erobert, in Paris angekommen.

) **Paris, 14 Dec. Die Politik des Elysée ist seit einigen Wochen etwas behutsamer geworden. Das thatendurstige Cabinet sieht sich von so vielen Hemnissen und Schlingen umgeben daß es den beiden Bourbon'schen Parteien gegenüber den Weg der Zugeständnisse einzuschlagen für gut fand, und die kaiserlichen Strebungen ganz bescheiden und sachte höchstens in einzelnen Verwaltungsausschreiben durchblicken läßt. Für die legale Beseitigung der Republik muß nothwendigerweise zugewartet werden — das J. des Débats selbst ist dieser Ansicht — und um den Kaiser-Präsidenten zu spielen fehlt es an dem nothwendigsten — an Geld. Eine stärkere Besoldung für den Präsidenten ist unerläßlich, und um diese zu zu erlangen bedarf es jener halbschmollenden Partei der Ordnung, die sich provisorisch um den Namen Ludwig Bonaparte's schaart, weil dieser doch jedenfalls ein „fürstliches“ Oberhaupt des Staates ist. Das Ansinnen für einen grösseren Jahresgehalt des Präsidenten wird nächstens in die Kammer gebracht werden. Der Ministerrath hat sich darüber bereits ausführlich besprochen. Das Cabinet kann nachweisen daß etwa 300,000 Fr. im Laufe des ersten Regierungsjahrs L. Bonaparte's aus dessen Privatcasse zu Zwecken der Wohlthätigkeit verwendet wurden. Kann und darf man dem „großmüthigen“ Volke zumuthen daß der Präsident seinen Wohlthätigkeitssinn einschränke? Das wäre eine Herausforderung die sich Frankreich nicht gefallen ließe, und darum hofft das Cabinet mit Zuversicht eine der Würde des Staatsoberhaupts angemessene Civilliste von der Nationalversammlung zu erlangen. Erst wenn für gehörige Subsistenzmittel des Präsidenten gesorgt ist, kann auch an eine Uebersiedelung desselben in die Tuilerien Bedacht genommen werden.

Straßburg, 15 Dec. In ganz Elsaß regen sich bereits wieder Umtriebe in Bezug auf die bevorstehenden Wahlen. Der Legitimismus sucht sich durch priesterliche Einflüsse, der Bonapartismus durch Reminiscenzen aus der Kaiserzeit zu verstärken. An eine Verständigung einzelner Parteien ist nicht zu denken. Das Treibjagen gegen die politischen Flüchtlinge dauert fort. Weder persönliche Verwendungen noch sonstige Bürgschaften fruchten um einzelnen Unglücklichen einen Aufenthalt von wenig Wochen zu erwirken. Die Polizei geht in ihrer Wachsamkeit und Strenge so weit daß es als bitterer Spott betrachtet werden muß wenn — wie das neulich geschah — Pariser Blätter unsere Departementalbehörde sträflicher Nachsicht in dieser Beziehung zeihen. Für Unterstützung der hülflosen, seit einiger Zeit so zahlreich hier durchziehenden deutschen Flüchtlinge hat sich ein aus hiesigen Bürgern bestehendes Comité gebildet, das vor einigen Tagen einen Aufruf zu milden Gaben für die Bedrängten erließ. Die Ankunft der Pariser Mallepost erfolgt nun regelmäßig in sehr früher Morgenstunde. Sie trifft um 8 bis 10 Stunden früher als im vorigen Winter ein. Hoffentlich wird auch in Karlsruhe und Stuttgart für einen gehörigen Anschluß an den Paris-Straßburger Postcurs gesorgt werden! In Preußen hat die Postverwaltung die allerwärts nachzuahmende Gewohnheit daß, sobald eine Aenderung in dem Postenlaufe von außen eintritt, Malle-Estaffetten in Gang gesetzt werden. Erst neulich geschah dieses für den Curs zwischen Verviers und Aachen, weil daselbst momentan ein Nachtzug der rheinischen Eisenbahn unterdrückt wurde. (Norden und Süden!)

Niederland.

⌒ **Amsterdam**, 6 Dec. Gestatten Sie mir ein Wort über einen Gegenstand von mehr localem Interesse — die Reform der Brieftaxe. Hohes Porto, träge Beförderung, während die Hauptplätze des Landes, Amsterdam mit Haarlem, Leyden, dem Haag und Rotterdam durch die holländische, Amsterdam, Utrecht und Arnheim durch die Rheineisenbahn täglich mehrere Verbindungen hatten, und die Eisenbahncompagnien rascher und billiger expedirten, reducirten den Ertrag der Post auf ein unbedeutendes. Die Post kam zwar endlich auf den Gedanken auch auf Schienen zu reisen, allein es war zu spät. *) Da nun Personentransport hier zu Lande von Privaten besorgt wird, erheischten auch die Finanzen eine Postreform. Nach dem neuen Vorschlag beträgt das Porto in den vier Rayons 5, 10, 15 und 20 Cents, während der Post zugleich das Monopol des Brieftransports zugesichert wird. Da jedoch schwere Briefe und Pakete höheren Taxen unterliegen sollen, kann man von dieser Maßregel keine großen Erwartungen hegen. Die Maschinen am Haarlemer Meer waren verflossenen Monat sehr thätig. Jetzt wird wohl das Eis die Arbeiten unterbrechen. Im Jahr 1838 wurde hiefür eine Anleihe von 8 Millionen votirt. Der Staat garantirte und bezahlt den Actionnären 5 Proc. Auf dem Budget von 1850 sind hierfür 390,000 Gulden angewiesen. Ob dieses Riesenwerk sich financiell lohnen wird, dürfte, wie wünschenswerth auch, doch noch unsicher zu bestimmen seyn. Die Polderunternehmungen rentiren im allgemeinen wenig oder nichts, wie noch unlängst das Beispiel des Anna Paulowna Polders gezeigt. Theure Administration, noch mehr aber das kostspielige Unterhalten tragen hierzu bei. In der zweiten Kammer wurde bei der Prüfung des Marinebudgets gerügt daß die Kosten für das Material zu groß, dagegen die für das Personal so gering seyen. Bei Gelegenheit des Colonialbudgets kam Sloet tot Oldhuis auf seinen frühern Vorschlag (Verkauf von Land in Java zur Deckung des Deficits) zurück, und bewährte daß der gestiegene Ertrag der Colonien meistens durch Abgaben u. dgl. von Privatbesitzungen entstanden sey, während das Cultursystem ungeheure Summen für Erhebung verschlinge und die ostindischen Einkünfte nur um einen unverhältnißmäßig kleinen Theil vermehre.

⌒ **Amsterdam**, 9 Dec. Nach der Annahme des Budgets werden sich die Generalstaaten bis Mitte Februars vertagen, um alsdann die in der Zwischenzeit vom Ministerium auszuarbeitenden organischen Gesetzentwürfe zu berathen. Die erste Kammer wird diese Woche wieder Sitzung halten. Allgemein beschäftigt man sich mit den Ergänzungswahlen welche in Leyden und Arnheim stattfinden sollen. Durch den Austritt Thorbecke's und Rosenthals sind der liberalen Partei in der zweiten Kammer ihre Häupter entzogen, und es wird schwer fallen neue Mitglieder von gleichen Verdiensten an ihrer Stelle zu finden. Während durch Coalition mehrerer Parteien viele Stimmen in Leyden sich auf den frühern Minister de Kempenaer demonstrationshalber vereinigen, und sohin dessen Erwählung nicht ohne Aussicht ist, tritt van Dam van Isselt in Gelderland wieder als Candidat auf. Das fortwährende Steigen im Preise der Colonialproducte erhöht die für 1849 veranschlagten Einnahmen um ein bedeutendes, da nach den Angaben des Finanzministers dieses Jahr über 20 Millionen aus Ostindien in den Schatz fließen, wodurch einer theilweisen Einlösung der Schatzkistbillette entgegengesehen werden kann. Allein wer daraus auf eine dauernde Verbesserung unseres Finanzzustandes schließen würde, dürfte sich höchlichst irren. Das Mißglücken der Kaffee-Ernte, welches den Preis dieses Products um 50 Proc. in die Höhe getrieben, kann nächstes Jahr sehr leicht wieder zu einem Deficit Anlaß geben, oder wird jedenfalls eine der dießjährigen Mehreinnahme entsprechende Mindereinnahme zur Folge haben. Das niederländische Budget von den Colonien zu emancipiren ist vorläufig eine Unmöglichkeit, ja wie sich van Hoëvell in den Bureaux der zweiten Kammer äußerte, sind diese Einnahmen dermaßen unumgänglich nöthig daß selbst manchen Bedürfnissen der Colonien keine Rechnung getragen werden kann um nur den gehörigen Ueberschuß (batig slot) für das Mutterland zu erzielen. Mit Recht haben die Minister vor den Illusionen derer gewarnt die überall im Staatshaushalt Ersparung und davon alles erwarten. Das Cabinet hat zwar versprochen sein Möglichstes zu thun und wird es auch an durchgreifenden Reformen nicht fehlen lassen. Allein besonders hohe Resultate können daraus, wenigstens in den ersten Decennien, nicht hervorgehen, zumal noch der Kriegsminister in seinem Etat beinahe keine Reduction für zulässig erklärt hat. Die Wörter Ersparung und Vereinfachung haben sich vieler mit solcher fieberhaften Wuth bemächtigt daß wirklich die unreifsten Ideen zum Vorschein kommen; ja es scheint als ob diese Leute für jedes Departement eine Lieferung an den Wenigstbietenden ausschreiben, und zuletzt das ganze Budget nur auf die Rentenbezahlung reduciren wollen. In der That ist es aber diese welche mit der Last von 36 Millionen auf das Budget drück, so daß alles übrige mit 33 Millionen oder wo möglich noch minder gedeckt werden muß — wahrlich eine sehr geringe Summe für einen Staat wie Niederland. Und dieser Zustand wird sich nur durch entschiedene Maßregeln: Regulirung der Schuld und Modification des Colonialsystems verändern lassen.

Schweiz.

△ **Bern**, 14 Dec. Verhandlungen des Ständeraths über die Münzfrage. Art. 1 des Gesetzesentwurfs heißt: Fünf Grammen Silber, neun Zehntheile ($^{9}/_{10}$) fein, machen die schweizerische Münzeinheit aus unter dem Namen Franken. Während also Bundesrath und Commission den französischen Franken adoptiren, schlägt eine Minderheit der Commission den Schweizerfranken als Einheit vor. Um dieses Princip drehte sich daher zuerst der Kampf. Pestalozzi eröffnet die Debatte und entwirft eine Schilderung des unerträglichen Münzwirrwarrs. Sowohl von eigenen als fremden, schlechten Scheidemünzen sey das Land überschwemmt. Der 24½ Guldenfuß sey sechs Herrschaften unterthan, die Menge Scheidemünzen in Deutschland, das drei Systeme habe, in keinem Verhältniß zu den wenigen groben Silbersorten, und dazu die furcht-

*) Württemberg!

bare Masse von Papiergeld die es ausgebe. Der Anschluß an Frankreich sey daher eine Nothwendigkeit; es könne die Schweiz mit groben Silbersorten, worauf er den größten Nachdruck legt, hinlänglich versehen. An Scheidemünze habe es keinen Ueberfluß, wohl aber einen Reichthum an Silbergeld, das durch alle Stufen hindurch die gleiche Feinheit zeige. Nur die Einheit, und zwar nur die französische könne retten. Fischer bestreitet im Namen der Minderheit seinen Vorgänger. Die kleine Schweiz könne sich nicht abschließen; was Pestalozzi von Frankreich behauptet, das finde bei Deutschland seine Geltung. Wolle man aber dennoch zum französischen System greifen, so sey es doch in eine schweizerische Form zu bringen. Nur neun Stände huldigen dem französischen System, die übrigen hangen am deutschen Münzfuß; vorzüglich aber betont er die 4 Millionen welche die Einführung des französischen Systems kosten würde. Lebhaft sprachen nun Munzinger und Jeanrenaud für, Steiger und Blumer gegen den französischen Münzfuß. Lack sagte: der Münzfuß hänge an den Silber-, nicht an den Kupfermünzen. Schon die Münzconferenz, die 1831 Einführung des französischen Fußes beschloß, wollte die Batzen rc. nur nach dem neuen System tarifirt fortlaufen lassen. Er will keine Münzrevolution sondern eine Münzreform. Es sey wahrscheinlich daß die bisherige Berechnung auch lange noch nach der Einführung fortdauern werde. Man müsse diesen Verhältnissen Rechnung tragen, dabei aber am französischen System mit dessen ganzer Folgerichtigkeit festhalten. Er beantragt den Artikel dahin abzuändern daß der Schweizerfranken $6^3/_7$ Gramme feines Silber betrage. Duchosal: Die innere Circulation sey wichtiger als die äußere. Wer habe seit so langer Zeit eine Münzreform angestrebt, als die für das Wohl des Volkes besorgten Staatsmänner? Der Preis des Brodes folge dem Preise des Getreides, also einem inländischen, volksthümlichen Maßstabe. Rüttimann redet dem System der Tarifirung, das er an Vortrefflichkeit allen andern gleichstellt, das Wort. Er will nicht die Bundescasse durch enorme Kosten für unnöthige und doch unzulängliche Prägung grober Münzsorten belasten. Aeppli zieht den Zustand der Bundes- und cantonalen Finanzen in Betracht und glaubt man dürfe sich zweimal besinnen, bevor man unter den jetzigen ungünstigen Umständen eine fast unerschwingliche Kostenbürde auf die Kantone wälze, die der Geldcontingente bald müde werden könnten. Er setzt es in Zweifel ob die öffentliche Meinung, ob die klar bewußten Interessen der Kantone bestimmt genug ausgeprägt seyen: jedenfalls werde die öffentliche Meinung noch urtheilen, wenn der Ständerath entschieden habe. Bundesrath Munzinger wirft diesem Redner Inconsequenz vor, indem er bei Behandlung des Budgets die Finanzen keineswegs so leidend gefunden habe. Die Kosten der Einführung der neuen Münzgesetzgebung könnten sich auch nie so hoch belaufen, da sie nicht nur auf St. Gallen fielen, sondern auf alle Kantone und auf eine Reihe von Jahren sich vertheilten. Gutzwiller, in specieller Widerlegung des Minderheitsberichts, dringt darauf daß man die bisherige Confusion nicht länger dulde. Frei unterstützt die Anschauungsweise Rüttimanns. Briatte versichert daß Waadt in der Münzreform für seine Bedürfnisse sich gar nicht so sehr zu beeilen brauche, wenn man sich in andern Kantonen so wohl befinde: Waadt müsse bei einer Reform verhältnißmäßig mehr bezahlen als der doppelt größere Kanton Bern. Aber das Bedürfniß sey nun einmal für die Eidgenossenschaft vorhanden, und die Einführung eines neuen Systems werde sich eben so leicht machen als die des neuen Systems für Maß und Gewicht. Migy, obgleich dem Kanton Bern angehörend, der die Vor- und Nachtheile beider Systeme theilt, entscheidet sich für den französischen Münzfuß, weil er rationeller sey und einen umfangreichen und voraussichtlich sicheren Curs habe. Rücksichtlich des inneren Verkehrs sey es Zeit dem lange gefühlten Bedürfniß zu genügen und die schlechte Scheidemünze und den Wirrwarr zu entfernen. In das jetzige Chaos könne man durch Tarifirung der cursirenden Münzen nach dem Schweizerfranken keine Ordnung bringen; der ärmere Theil der Bevölkerung werde fortleiden. Die Bundesverfassung sey maßgebend, und nachdem sie die Münzsache zur eidgenössischen gemacht, könne es sich nicht mehr um vorzugsweise Verfechtung kantonaler Interessen und Verhältnisse handeln. Gutzwiller scheut sich nicht zu erklären daß er mehr Sympathien zu Frankreich hege als zu Deutschland und Standrecht. Kaiser ist für den französischen Münzfuß, und fürchtet, man würde mit dem süddeutschen einen heimathlosen aufnehmen. Fischer und Jeanrenaud theilen Briefe aus Deutschland mit, der erstere für den deutschen, der letztere für den französischen Münzfuß. Nachdem noch mehrere Redner für beide Systeme aufgetreten sind, wird der Minderheitsantrag mit 30 gegen 9 Stimmen verworfen, und mit dem Art. 1 hat also der Ständerath den französischen Münzfuß angenommen. Verhandlungen des Nationalraths. Hier wird die Eisenbahnmotion in Berathung gezogen. Peyer begründet sie mit der Gefahr für unsere Industrie und andern Transport. Man müsse alle Linien prüfen, die eine nationale Bedeutung haben und zwar unparteiisch. Sodann sey ein Expropriationsgesetz nöthig und allenfallsige Bestimmungen bei Uebernahme des Baues durch Privaten. Die Bundesräthe Näf und Frei unterstützen die Motion lebhaft, doch wünscht der erstere daß die Vorarbeiten nicht ins Detail eingehen, sondern sich einfach auf Ausmittlung der Hauptlinien beschränken. Von einem „Netz" hat Näf keine Idee. Eytel glaubt man könne nicht alles auf einmal thun. Vorerst solle man den Bundesrath nur einladen die Hauptlinien untersuchen zu lassen und darüber zu berathen. Hoffmann erwartet das Heil nicht von den Eisenbahnen allein. Schon die Vorarbeiten werden Millionen kosten, und da frage es sich wo das Geld hernehmen, wenn man schon bei den kupfernen Münzen mehrere Millionen einbüße. Er will daher nur die unerläßlichsten Vorarbeiten für solche Linien ausführen lassen, deren Bau zunächst in Aussicht steht. Dr. Schneider glaubt, die Eisenbahnen hätten für die Schweiz nicht bloß ein commercielles, sondern ein moralisch-nationales Interesse. Es müßte nämlich unendlich schlimm wirken wenn Zürich und St. Gallen näher bei Frankfurt als bei Bern, und Genf näher bei Paris als bei Bern läge. Noch mehrere Redner sprechen zu Gunsten der Motion, und sie geht fast unverändert aus der Abstimmung hervor. Auf Näfs Antrag werden nur die Worte in lit. a „zur Vornahme der technischen Vorarbeiten" gestrichen, und das Ganze wird mit 79 gegen 5 Stimmen angenommen.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 15 Dec. Consols $96^5/_8$ ex div.; Bank Stock 203. Span. 3proc. 39.

Paris, 15 Dec. 3proc. 56.5; 4proc. 71.50; 5proc. 91.30; Schatzsch. $4^1/_2$; Bankactien 2425; neap. 5proc. 94 50; röm. $81^1/_8$; span. 3proc. $38^1/_8$; innere Sch. $80^1/_8$; piem. 5proc. 86; Obl. v. 1834 945; v. 1839 915; St. Germain E.-B. 415; Vers. rechte 205; Paris-Orleans 750; Rouen 547.50; Straßburg 360; Nordbahn 455; Rouen-Havre 240; Straßb.-Basel 105; Orl.-Bordeaux 405; Tours-Nantes 277.50; Antwerpen-Gent 280.

Amsterdam, 15 Dec $2^1/_2$proc. $55^1/_{16}$; 4proc. $84^1/_8$; port. 4proc. $30^5/_8$; Metall. 5proc. 82; belg. $2^1/_2$proc. $47^5/_{16}$; Ard. $13^7/_{16}$.

Augsburg, 18 Dec. Bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $83^1/_2$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^1/_2$ u. $100^3/_8$ G. Bankactien II. Sem. 636 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württem. $3^1/_2$proc. $81^1/_2$ P. $4^1/_2$proc. $94^1/_2$ P.

Frankfurt a. M., 17 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84^1/_4$; Bankactien 1268; preuß. Staatsschuldsch. $88^3/_4$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $83^5/_8$; Ludwigsh.-Berbach 86; württ. $3^1/_2$proc. $81^5/_8$; $4^1/_2$proc. $94^3/_8$; bad. 5proc. $99^1/_2$; $3^1/_2$proc. $79^1/_2$; darmst. $3^1/_2$proc. 82; 4proc. $88^1/_2$; $4^1/_2$proc. $93^1/_2$; naß. 5proc. $101^5/_8$; $3^1/_2$proc. 84; Frankf. 3proc. $78^1/_2$; $3^1/_2$proc. $92^1/_2$, 88; Disc. $2^1/_4$.

♀ **Wien,** 16 Dec. Das heutige Sonntagsgeschäft im Börsenkaffeehause war ziemlich belebt und haben zunächst Metalliques in Folge höherer auswärtigen Notirungen etwas angezogen. Die 5proc. Metall. schlossen $94^5/_{16}$—$^3/_8$ und das neue Anlehen $4^1/_2$proc. Metall. $83^3/_8$. Von Eisenbahnen waren Nordbahnactien bis $110^1/_4$ bezahlt und schlossen selbe $110^1/_8$—$^1/_4$. Pesther ohne Veränderung $87^1/_8$—$^3/_8$. Mailänder $82^1/_4$. In der gestern stattgehabten Verlosung der fürstlich Esterhazy'schen 40 fl.-Loose wurden folgende Haupttreffer gezogen: Nr. 156,036 hat gewonnen 40,000 fl.; Nr. 148,302 8000 fl.; Nr. 93,847 3000 fl.; Nr. 77,205 und 85,444 à 1500 fl. und die Nrn. 61,130, 82,588, 128,212 und 174,007 jede zu 500 fl.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. G. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Zur Geschichte der badischen Revolution.

● So eben hat Gustav Struve eine „Geschichte der drei Volkserhebungen in Baden" zu Bern bei Jenni Sohn, und kurz vor ihm Florian Mördes, gewesener Minister der revolutionären Regierung in Baden, ein Buch unter dem Titel: „Die deutsche Revolution, mit besonderer Rücksicht auf die badische Revolutions-Episode", zu Herisau bei Schläpfer ausgehen lassen. Die erstgenannte Schrift ist die an Gehalt bei weitem geringere, und nur der Name ihres Verfassers macht sie bemerkenswerth. Man erkennt deutlich wie dieser aufregende Geist, dem flammende Proclamationen vor dem Kampfe wohl gelingen, einer ruhigen Geschichtserzählung nach dem Kampfe nicht gewachsen ist; der Fanatismus, die Verblendung folgen ihm überall, und lassen ihn auch nach den herbsten Erfahrungen nicht los. Seinem Freiheitsrausche wohnt eine solche Naivetät bei daß er sich da wo er dreimal getäuscht wurde, immer noch Hoffnung macht. Er ist ein Mann ohne Nachbedacht wie ohne Vorbedacht. Was andere ihm vorgeworfen haben, daß er ohne alle Mittel zum Zweck in blinder Hast eine Revolution angefangen habe, das gesteht er selber mit Vergnügen und ohne Entschuldigung ein. Als er mit Hecker im April des vorigen Jahres das erstemal losschlug, that er es, wie er selber sagt, im Vertrauen darauf daß man in Schwaben, Franken, Thüringen und Schlesien auch losschlagen, und daß Frankreich und die Schweiz eine Intervention und Unterdrückung des Aufruhrs, wo er einmal begonnen habe, nicht dulden würden. „Bestimmt bindende Verabredungen waren übrigens nicht getroffen worden, so wenig als man sich über einen politischen oder einen kriegerischen Plan geeinigt hatte." Und doch schlug man los, ins Blaue hinaus, auf gutes Glück! Man hielt Reden im Seekreise, man forderte zum allgemeinen Aufstand auf, allein Struve gesteht die Bewegung habe sich als überaus lahm erwiesen. Alles habe zwar geschrien: es lebe die Republik, bei dem bewaffneten Ausmarsch hätten sich jedoch immer nur wenige eingestellt, und diese hätten sich in der Regel bald wieder verlaufen. Neugier schien sie zu treiben, nicht Kampflust. „Während auf der einen Seite jeden Tag bei jedem Führer mehrere Hunderte zuzugehen pflegten, entfernten sich gewöhnlich wieder fast ebenso viele." Man entwarf einen Plan in vier Colonnen nach Karlsruhe zu marschieren, allein er scheiterte weil die Zuzüge ausblieben. Auch fehlte es an Waffen. Daher nun die bekannten Niederlagen, über die uns Struve nichts neues zu sagen weiß. Man muß sich wundern wie er nach einer solchen Erfahrung das Glück noch einmal zu versuchen Lust haben konnte. Die Mittel die ihm zu Gebote standen als er im September desselben Jahres aus der Schweiz hervorbrach, waren keine andern als die sich schon im April als unzureichend erwiesen hatten. Er unterlag dießmal in noch viel kürzerer Frist, und wurde gefangen. Die Mairevolution von 1849 befreite ihn; da schienen seine kühnen Hoffnungen sich doch bewährt zu haben. Die Regierung war geflohen, das Heer zur Revolutionspartei übergetreten, Struve nahm Antheil an der neuen revolutionären Regierung, alles schien also gewonnen, der Traum plötzlich verwirklicht. Allein trotz des großen Lärmens war das Volk zu einer kriegerischen Erhebung in Masse, von der man sich einen sichern Erfolg hätte versprechen können, noch ebenso wenig fähig wie im Jahr zuvor. Der einzige Vortheil den die Revolutionspartei erlangt hatte, war die Verführung des badischen Heeres; dieselben Mittel aber durch welche man es verführt hatte, wirkten zum Verderben der Revolutionspartei fort. Hatte man die Soldaten zum Ungehorsam gegen die alten Officiere verleitet, so mußte man sich gefallen lassen daß sie auch den neuen nicht gehorchten. Struve und Genossen hatten den Grundsatz aufgestellt „daß der Soldat aufhören müsse eine willenlose Maschine zu seyn, der blind dem Commandowort folge." Nun wurde kein Commando mehr gehört, auch nicht wenn es von den demokratischen Befehlshabern kam. Ein Theil der Soldaten lief in der Irre herum oder ging nach Hause, ein anderer Theil ergab sich in den Cantonnirungen viehischer Trunksucht und blieb völlig unthätig. So namentlich in Rastatt, wo die müßigen Soldaten weder, nach dem Beispiel der Besatzung von Komorn, an der Befestigung arbeiteten, noch für die Proviantirung sorgten. Eine so demoralisirte Truppe konnte unmöglich den respectabeln Kern einer Volkswehr bilden wie Struve es sich eingebildet hatte. Er schiebt die Schuld auf die Kopflosigkeit des Kriegsministeriums; allein auch ein thätigeres Ministerium hätte die Kriegszucht nicht hergestellt. Nicht die Unfähigkeit des Kriegsministers Eichfeld, nicht die Unentschlossenheit Brentano's, nicht der böse Wille der Bourgeoisie, worüber Struve klagt, war Hauptgrund daß die badische Volkserhebung im Mai mißlingen mußte; der Hauptgrund, den Struve gänzlich mißkennt, lag zum Theil in ihm selbst, wenigstens in den Lehren mit denen er den großen Haufen schwindeln gemacht hatte, und in der daraus hervorgegangenen Anarchie. Niemand wollte mehr dienen und gehorchen, jeder nur mitrathen und befehlen, jede Autorität als solche war mit Füßen getreten. Nachdem man Jahrelang gefordert hatte das Heer müsse im Volk aufgehen, und dieß endlich wirklich geschehen war, die Soldaten in die Clubs liefen und Reden hielten rc., wie war es da möglich plötzlich wieder das Volk im Heere aufgehen zu lassen und eine wohldisciplinirte, festgeschlossene Streitmacht zu schaffen die es mit den Preußen hätte aufnehmen können?

Um uns mit den unnützen Klagen Struve's über die gemäßigte und unentschlossene Partei in der Revolutionsregierung, namentlich über Brentano, den er selbst für den Unvermeidlichen erklärt, länger aufzuhalten, theilen wir einiges Neue mit, was er in Bezug auf seine unausgeführt gebliebenen Plane preisgibt. Seine Idee war: gleich im Anfang der Revolution fünfhundert der ausgezeichnetsten Conservativen oder „Volksverräther" in den Casematten von Rastatt einzusperren und als Geiseln zu behalten. Sodann sollte überall offensiv verfahren werden. Den General v. Miller, meint er, und die Württemberger die beim Ausbruch der Revolution in der Nähe von Freiburg standen, hätte man nicht ziehen lassen sollen, man hätte ihn vielmehr angreifen und „den Württembergern keine Wahl lassen sollen, als entweder zu kämpfen oder überzugehen." Mit gleicher Kühnheit wollte er das Revolutionsheer so schnell als möglich über die badische Gränze hinausschicken, um ganz Deutschland zu insurgiren. Aber die provisorische Regierung, die er nicht zu stürzen vermocht habe, sey jeder Energie unfähig gewesen, hätte nicht einmal die Vereinigung mit der Rheinpfalz gewollt, den Pfälzern weder Geld noch Waffen, endlich nur acht schlechte Kanonen gegen Bezahlung überlassen, sowie sie auch gegen Nichtbadener, wie Tzschirner, Schlöffel, Heinzen, Fröbel, einen badischen Particularismus geltend gemacht und sie vielfach vor den Kopf gestoßen habe. Nachdem Struve nun in vollem Maße seine Galle über die ausgeschüttet hat die nach seinem Dafürhalten allein das Mißlingen des badischen Aufruhrs verschuldet haben, tröstet er sich am Schluß mit dem Wiederabdruck aller der lügenhaften Schlachtberichte die er während des kurzen Krieges veröffentlicht hat, und in denen die Revolutionsarmee den Preußen die beträchtlichsten Verluste beibringt und alle möglichen Siege erficht. Man traut seinen Augen kaum wenn man diese Bulletins liest, auf die sich der Verfasser jetzt noch so viel zu gute thut.

Wenn Florian Mördes in der badischen Revolution eine minder bedeutende Rolle gespielt hat, so ist doch seine Berichterstattung ungleich erschöpfender, besonnener und geistvoller. Sein kleines Buch beginnt mit einer scharfen, zuweilen sarkastischen Kritik der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt, wobei er seine eigene Partei, die radicale, so wenig verschont als eine andere. Sein Grundgedanke ist: die Souveränetätserklärung der Nation sey eine leere Phrase geblieben, sofern das erste Erforderniß der Macht, die Bajonnette, nicht zur Verfügung der Nation oder ihrer Vertreter, oder des gewählten Reichsverwesers gestanden hätten, sondern nach wie vor unter Befehl ihrer alten Kriegsherren geblieben seyen. Es habe kein Reichsheer, sondern nur ein österreichisches, ein preußisches, ein bayerisches rc. Contingent gegeben, und wie weit dieselben dem Reich hätten dienen sollen, das sey lediglich vom guten Willen der betreffenden Einzelregierung abhängig gewesen. Ja nicht einmal in der Nationalversammlung selbst habe eine Nationalpartei vorgeherrscht, sondern es hätten sich nur eine preußische, eine österreichische, eine republicanische Minderheit mit einander herumgestritten, jede unfähig die Mehrheit zu erlangen, außer durch Zugeständnisse und Opfer auf Kosten ihres eigenen Princips. Dieß sey der preußischen Partei gelungen, aber eben weil sie der republicanischen Partei, um deren Stimmen zu gewinnen, zuviel Zugeständnisse gemacht habe, sey sie durch die Ablehnung der Kaiserkrone von Seite Preußens beschämt worden. Inzwischen habe Preußen seinen Vortheil wohl ersehen und das Schutzbedürfniß der kleinen Staaten ausgebeutet, während die „der Incorporirung weniger ausgesetzten Königreiche sich an Oesterreich anklammern mußten."

Nach diesen Vorausschickungen, in denen viele feine Bemerkungen enthalten sind, geht Mördes zum Hauptgegenstand seiner Betrachtung,

der Volkserhebung über. Er erklärt dieselbe aus dem moralischen Bankerott der Nationalversammlung, deren letzter zäher republicanischer Rest, nachdem alle Unterhandlungen mißlungen waren, es mit der Gewalt der Thatsachen versuchen wollte. Er unterscheidet aber nicht ohne Scharfsinn die anfangs constitutionellen Volkserhebungen innerhalb Oesterreichs und Preußens von der national-republicanischen im südlichen Deutschland.

In Baden war von langeher der meiste Zündstoff aufgehäuft. Mördes verhehlt nicht daß das Volk hier immer bloß Werkzeug einer Partei gewesen sey. „Die Opposition der zweiten badischen Kammer war eine fast dictatorische Leiterin der öffentlichen Meinung, außer welcher kein eigentliches Leben bestand. Die Opposition hatte, um sich zu stärken, zu erhalten und zu stützen, eine Wahlorganisation geschaffen welche unbedingt regiert wurde. Namentlich war es Itzstein der sie leitete.“ Diese Leitung schien aber auf einmal der Partei zu entschlüpfen, als die Pariser Februar-Revolution plötzlich die Schranken niederriß, an die man sich bisher noch gestoßen hatte. Das Volk, so lange aufgehetzt, wollte keine Rücksicht mehr nehmen wo es keine Macht mehr sah, und konnte nicht begreifen warum jetzt erst einige seiner beliebtesten Vorkämpfer, z. B. Bassermann, der bisher so unbedenklich, auf einmal so bedenklich wurden. Mördes schreibt: „Die Volksmassen begannen sich in Demonstrationen zu gefallen, die am Ende einen wirklich gefährlichen Charakter annahmen, und nicht allein im Interesse einer unbedingt nöthigen Ordnung, sondern noch mehr im Interesse der deutschen Sache verhindert werden mußten. Struve hatte bereits damals sich das Ziel der sofortigen Einführung einer deutschen, mindestens socialistisch gefärbten Republik vorgesteckt, ohne sich über die Möglichkeit der Mittel zum Zweck klar zu werden.“ Die Aufregung der Massen kam nun nicht den verhältnißmäßig jetzt Besonnenen und Gemäßigten, von denen sie ursprünglich ausgegangen und seit Jahren geschürt worden war, zu gute, sondern überholte sie weit, und nahm in Struve und den rothen Republicanern neue Führer an. „Man bemühte sich eine Zeitlang den Strom zu dämmen und an die Stelle einer blinden Aufregung die edle Begeisterung und Thatkraft für klar erkanntes Recht und volksthümliche Institutionen zu setzen; allein es gelang nicht.“ In Mannheim gerieth die republicanische und constitutionelle, oder die radicale und gemäßigte Partei zuerst aneinander. Mördes gehörte zur letztern. „Am Schluß einer Sitzung, schreibt er, wurde ich thätlich mißhandelt, und mußte durch meine Freunde nach Hause geleitet werden. Aus solchen Dingen ging die Reaction der Bürger hervor. Sie zogen jede Ruhe diesem Zustand des rohesten Terrorismus vor.“ Gleichwohl trennte sich Mördes von der Bewegungspartei nicht, sondern blieb, obgleich von ihr mißhandelt, immer in ihrer Mitte oder Nähe, um zu mäßigen und Extravaganzen zu verhüten. Man muß sich darüber wundern, da er, als ein Menschenkenner von seltener Beobachtungsgabe, wohl hätte voraus wissen können daß seine Bemühungen fruchtlos bleiben würden.

So war er denn auch bei der berühmten Offenburger Volksversammlung, und entwarf mit Hoff von Mannheim gemeinschaftlich das erste Programm derselben, das übrigens, wie er sagt, hinter seinem Rücken durch andere merklich ergänzt wurde. Unter den Paragraphen bei deren Abfassung er mitgewirkt, kommt die Forderung einer „Verschmelzung des stehenden Heers mit der Volkswehr“ vor, eine Sache die Hr. Mördes wohl nicht gründlich überlegt hat, weil sie eines so scharfen Verstandes wie des seinigen nicht würdig erscheint. Als der Antrag gemacht wurde den zu Offenburg gewählten Landesausschuß zur provisorischen Regierung zu erheben, was er wirklich bald darauf wurde, sagte Mördes warnend: „Sie rufen eine Revolution hervor die Sie durchzuführen weder die physischen, noch die geistigen Kräfte besitzen, Sie reißen die ganze deutsche Entwicklung um zehn Jahre zurück.“ Und doch konnte Mördes nachher diese Revolution unterstützen und ihr als Minister dienen! Zuerst übernahm er das Amt eines Vorstehers des Sicherheitsausschusses zu Mannheim. Man erinnert sich der Rede eines Koryphäen der alten Opposition, der seiner Zeit Mannheim über alle Städte der Welt erhob weil sie im politischen Fortschritt alle andern hinter sich lasse, Deutschland sey das edelste Land der Erde, Baden das edelste in Deutschland und Mannheim wieder die edelste Stadt in Baden xc. Wirklich waren es die Mannheimer gewesen die bisheran immer die ersten vorangegangen, bei denen Struve debütirt, die nach der Pariser Februarrevolution ihre Forderungen zuerst in Masse nach Karlsruhe gebracht, und denen niemand den Vorzug im Radicalismus streitig machte. Aber jetzt da das Reden aufhörte und man zur That gekommen war, da es nicht mehr galt auf constitutionellem Rechtsboden ungestüme Forderungen zu machen, sondern da der Rechtsboden jedem unter den Füßen wich und wankte, da war plötzlich in Mannheim alles anders geworden, war man über Nacht zur Besinnung gekommen. Mördes berichtet daß die bisher entschiedensten Fortschrittsmänner sich zurückgezogen hätten, daß keiner eine Wahl in den Sicherheitsausschuß habe annehmen wollen, „so sehr war man, sogar von Seite der radicalsten Bürger, von dem eigentlichen Revolutioniren entfernt.“ Erst die Civilcommissäre, die von der revolutionären Regierung ins ganze Land verschickt wurden, fachten Bewegungen an zu denen in den Gemeinden selbst keine Lust mehr war.

Von Mannheim aus begab sich Mördes als Obercommissär in den Tauber- und Maingrund. Es ist sehr schade daß er über diese Partie seines revolutionären Wirkens so gar kurz hinweggeht. Gerade hier war Neues und Interessantes von seiner Berichterstattung zu erwarten. Er läßt durchblicken daß es auf Würzburg abgesehen gewesen sey, was damals, wie er sagt, eine äußerst schwache Besatzung gehabt haben soll. Nur die gänzliche Unfähigkeit und Unthätigkeit des badischen Kriegsministeriums habe den Plan nicht zur Ausführung kommen lassen. „Gleich zu Anfang der Revolution war die Verwirrung der militärischen Angelegenheiten über allen Begriff. Schaaren von s. g. Kriegscommissären stürzten sich über das Land, instradirten die Volkswehr dahin und dorthin, während das stehende Heer unthätig im Oberland und in Karlsruhe blieb. Von einem geordneten Kriegsplan war keine Rede.“ Man hatte viele Wochen Zeit und doch geschah nichts weder um die Pfalz zu unterstützen, noch um auf Württemberg zu rücken, noch um in Hessen vorzugehen und der dort bereits aufgestandenen Bevölkerung Hülfe zu leisten. Die hessische Insurrection wurde zu Ladenbach unterdrückt, während im nahen Mannheim und Heidelberg badische Truppen müßig lagen. „Was konnten Angesichts solcher Unterlassungssünden die Reden einer Mannheimer Volksversammlung bedeuten, mochte man noch so viel von einer deutschen Bewegung sprechen, wenn man es versäumte sie hervorzurufen?“ Der Anschlag auf Würzburg blieb im Papier stecken, das Kriegsministerium las ihn gar nicht. „Man wartete und vertraute, bis alles vorbei war. Man legte die wichtigsten Depeschen bei Seite, und ich selbst fand zwei Wochen, nachdem ich die fränkische Gränze verlassen, meine Depeschen in dieser Beziehung ganz gemüthlich unter einem Haufen unerledigter Papiere, obgleich ich gerade zu solchem Zweck als Obercommissär des Kreises den Odenwald, Tauber- und Maingrund bereiste, und Courier über Courier nach Karlsruhe und in das Hauptlager sendete.“

An dieser Unthätigkeit war zum guten Theil der innere Parteikampf zwischen Brentano und Struve schuld, der die Häupter der Revolution in Karlsruhe beschäftigte, und ihre Aufmerksamkeit von den Gränzen ablenkte. Mördes erörtert diesen Streit umständlich, bis zu der Katastrophe in welcher Brentano, hauptsächlich mit Hülfe der Karlsruher Bürgerwehr, die Struve'sche Partei überwältigte. Dieß geschah am 5 Jun. Am 10ten trat die constituirende Kammer zusammen, und in der ersten geheimen Sitzung derselben wurde ein kläglicher Bericht über die Lage des Landes abgestattet. Wenn schon vor dem Krieg alles so schlimm stand, wie mochte man, wenn die Preußen kamen, noch irgend auf Sieg rechnen! „Es ward die Unordnung im Heer, der Mangel an allem Nöthigen, die schlechte Wirthschaft mit den Geldern des Staats, die Willkür der Commissäre bei den Requisitionen für das Heer geschildert; es ward der Zustand Rastatts als ein solcher geschildert daß die Festung sich kaum einzelne Tage halten könne.“ Man wollte es nicht glauben, man schickte eine Commission nach Rastatt, die aber alles bestätigte. Da sollte auf einmal Mieroslawski helfen. Schon am andern Tag legte Brentano den mit ihm abzuschließenden Vertrag vor. „Wir erfuhren daß Mieroslawski von vornherein 140,000 fl. zur Equipirung für sich und seinen Generalstab verlangt habe, aber sodann auf 30,000 fl. heruntergekommen sey.“ Das machte einen so übeln Eindruck daß die constituirende Versammlung dem polnischen General ausdrücklich nur in militärischen Operationen freie Hand ließ, ihm aber alles und jedes Requiriren untersagte. Man sah also dem Feldherrn, dem man das Wohl und die Ehre des Landes und gewissermaßen die eigene Existenz anvertraute, gleich anfangs mißtrauisch auf die Finger. Wie aber konnte man überhaupt einen Feldherrn wählen welcher der deutschen Sache nicht nur fremd, sondern ein bekannter Feind der Deutschen in Polen gewesen war, und der in seiner militärischen Laufbahn nur durch Niederlagen, oder wie es Mördes mit dem populären Ausdruck bezeichnet, als Pechvogel bekannt war? Mördes antwortet darauf einfach, man habe ihn eben nehmen müssen weil man keinen andern gehabt habe.

Bereits in der vierten Sitzung der constituirenden Versammlung gab Brentano, wie Mördes erzählt, alles verloren, und wollte um jeden Preis seine Stelle niederlegen, ließ sich aber noch einmal bewegen sie beizubehalten, da selbst die äußerste Linke oder „der Berg“ ihn bat, und als den Unentbehrlichen anerkannte. Brentano wurde Dictator, Mördes an seiner Stelle Minister des Innern. Er sagt: „als ich das Ministerium des Innern antrat, wußte Brentano ebensowenig über die Regulirung des Civilcommissariats und seiner Thätigkeit, als über die Thätigkeit des bis dahin noch fortgehenden regelmäßigen Verwaltungsorganismus mitzutheilen. Er ließ also die Civilcommissäre nach ihrem Gutdünken wirthschaften, wie er die Reactionäre nach ihrem Geschmack arbeiten ließ. Zugleich er-

flärte er der Constituante gegenüber, er könne dem Heere nicht gebieten, seine Befehle fänden dort keinen Gehorsam." Mördes berichtet was er nunmehr als Minister des Innern gethan habe um diesen Uebelständen abzuhelfen, fügt aber hinzu: alles sey jetzt zu spät gewesen.

Der Krieg hatte begonnen, die Kanonen entschieden. Weder Siegel noch Mieroslawski hatten daran gedacht daß der Feind von der Seite und zwar von zwei Seiten kommen werde, daher die wichtigen Uebergangspunkte über den Rhein bei Germersheim, und über den Neckar bei Eberbach gänzlich vernachlässigt, nur den letztern mit unbedeutender Volkswehr besetzt. Mniewsky, der die Brücke bei Germersheim hätte abbrechen oder vertheidigen können, „war an jenem Tage betrunken und decretirte seine Mannschaft ins Bett, während der Feind sich die Brücke herüber bemühte." Hätte General Brucker seinen Marsch ein wenig beschleunigt, so war das badische Heer eingeschlossen und unrettbar verloren. Da seine Bewegungen zu langsam erfolgten, gelang es Mieroslawski bei Durlach zu entwischen. Aber die Flucht war von nun an unaufhaltsam, und auch Regierung und Kammer, auch Mördes, flohen mit.

Am Schluß der interessanten kleinen Schrift zieht Mördes Resultate und gestattet sich eine Voraussicht in die Zukunft. Oesterreich sieht er, trotz seiner Siege, fortwährend in Gefahr schweben, der Gegensatz der Nationalitäten innerhalb des Kaiserstaats sey zu groß um durch die Märzverfassung bewältigt zu werden, das Uebergewicht der Slaven bedrohlich, die russische Hülfe höchst bedenklich. In einer weit günstigeren Lage befinde sich Preußen. An eine deutsche Revolution glaubt der Verfasser nicht mehr, auch eine französische scheint ihm im weiten Felde zu liegen; eher könnte, wie er meint, eine Katastrophe im Osten eintreten, die aber Oesterreich zum Verderben gereichen müßte, und nur Preußen Vortheil bringen würde. Abgesehen davon wie vag alle derartigen Vermuthungen und Voraussichten sind, ist es immerhin von einigem Interesse daß ein badischer Flüchtling, ein vertriebener Minister der Revolution, auf solche Gedanken kommt. Er gibt sogar der geschlagenen Demokratie den Rath sich an Preußen anzuschließen. „Wenn aber Preußen siegt, so muß eine verständige Demokratie sich nicht in ewigem Revolutioniren discreditiren, sondern den praktischen Weg benutzen den ihr der Constitutionalismus anbietet. Die Demokratie muß für des Volkes materielles Wohl zugleich mit der politischen Freiheit sorgen. Erst wenn sie bewiesen hat daß sie das kann, erst dann ist sie unüberwindlich. Ein vernünftiges Volk will keine Revolution, es erträgt bloß die Revolution, das muß die Demokratie verstehen lernen."

Die österreichisch-deutsche Zolleinigung.

V.

Erläuterungen verschiedener Art.

┬ **Wien**, 10 Dec. Eben erst erfahre ich daß einige Fabrikherren aus Vorarlberg sich über eine in einem meiner früheren Schreiben gefallene Andeutung, den Schmuggel betreffend, beschwert glauben. Es thut mir leid daß ich so mißverstanden werden konnte; wenige Worte werden wohl zur Berichtigung des Mißverständnisses hinreichen. Auch nicht entfernt ist mir in den Sinn gekommen irgendeinem der vielen wackeren, unternehmenden und intelligenten Industriellen Oesterreichs zu nahe zu treten. Gott bewahre! Vielmehr weiß ich ihre Bemühungen und ihre Erfolge unter mancherlei sehr schwierigen Verhältnissen gewiß sehr wohl zu würdigen, namentlich erinnere ich mich mit lebhafter Freude der aufblühenden und stattlichen Industrie Vorarlbergs, von deren Fortschritten ich schon Gelegenheit hatte mich durch eigenen Augenschein zu überzeugen. Andererseits jedoch ist es unbestreitbare Thatsache, nicht nur daß die für einzelne verzollte Industrieproducte ausgestellten „Bolleten" häufig zur Deckung unverzollter im Wege des Schleichhandels bezogener Waaren benützt werden, sondern daß auch — was noch viel schlimmer ist — mit den Deckungsurkunden über inländische Waaren, zum Nachtheil sowohl des Staatsschatzes als der redlich aufstrebenden Fabrication, der ärgste und schmählichste Mißbrauch getrieben wird, und zwar ganz besonders auf einzelnen unfern der langgestreckten österreichischen Gränze gelegenen Etablissements. Nur gegen diesen Unfug, den länger zu dulden unmöglich ist, hab' ich meine schwache Stimme erhoben, im Interesse ja gerade unserer redlichen Industriellen, die selbst unter jener Gesetzumgehung und Fälschung am meisten zu leiden haben. Der Betrug mit den Deckungsurkunden über inländische Waaren ist übrigens, wie gesagt, eine ebenso allbekannte, von tausend Personen aus eigener Erfahrung zu bestätigende Thatsache, als sie eine solche ist die schwer zu beseitigen seyn dürfte solange das gegenwärtige Prohibitivsystem in Oesterreich bestehen wird. Die Erfahrung hat gezeigt daß alle Mittel, um die einmal eingeschwärzten Waaren durch Revision der Vorräthe der einzelnen Handelsleute und durch deren Vergleichung mit den beigebrachten Deckungsurkunden zu entdecken und der Bestrafung zuzuführen, als höchst unzureichend und wegen der damit verbundenen vielfachen Belästigungen für den innern Verkehr nur selten als anwendbar sich darstellen. Der Schmuggel nach Oesterreich ist eine sehr traurige und sehr belangreiche Sache, nicht bloß wegen des Entgangs für die Staatscasse, der sich nach der mäßigsten Berechnung auf 5 Millionen fl. C. M. des Jahres beläuft, sondern auch weil er den gesetzlichen Handel und den Credit auf empfindliche Weise beeinträchtigt, viele Belästigungen und kostspielige Maßregeln der Controle nöthig macht und auf eine zahlreiche Gränzbevölkerung sowie auf andere Leute demoralisirend einwirkt. Das ist schon lange ein europäisches Geheimniß, und zum Beweise dessen führe ich aus dem Rotteck'schen Staats-Lexikon, 12ter Band S. 177, Ausgabe von 1841, folgende Stelle an: „Für Erhebung seiner Zölle unterhält Oesterreich für seine deutschen, italienischen und slavischen Länder, ohne Ungarn und Siebenbürgen, eine Gränzwache von 14,110 Mann, wozu noch für die Controle indirecter Abgaben im Innern der Monarchie eine Gefällenwache von 8528 Mann kommt. Dieß verhindert nicht einen ziemlich organisirten Schmuggel, der besonders an der Gränze von Böhmen, Oesterreich und Vorarlberg in bedeutendem Umfange, ja mit großer Kühnheit, betrieben wird." Hinzugefügt wird die beachtenswerthe Notiz: im Jahr 1838 wurden in Tirol 3383 Gefällsübertretungen entdeckt, in Oberösterreich 4336, von den letztern betrafen 1349 das Zollgefälle, 1624 die Verbrauchssteuer. Wie viele Uebertretungen nicht entdeckt worden sind, das wird freilich nicht gesagt.

Mit dem Uebergang in ein rationelles kräftiges Schutzsystem, also mit dem Aufhören aller Verbote, wird der Mißbrauch mit den Deckungsurkunden über inländische Waaren, der namentlich zu Gunsten eingeschwärzter englischer, Schweizer und französischer Manufacturartikel getrieben wird, natürlich aufhören. Ich weiß recht wohl daß dann der andere Unfug, die für einzelne verzollte Industrieproducte ausgestellten Bolleten zur Deckung unverzollter hereingeschmuggelter Waaren zu benützen, dafür häufiger als jetzt vorkommen kann, allein doch nie in dem Maße wie jener, wie denn überhaupt das Schutzsystem, welches die fremde Concurrenz nicht völlig ausschließt, minder zum Schmuggel reizt, auch von der hier niedergesetzten Revisions-Tarifcommission außerdem eine Menge Verbesserungen in der Zollverwaltung beabsichtigt werden, welche den Schmuggel sehr zurückführen dürften. Ganz wird er freilich an der langen österreichisch-deutschen Gränze nicht eher aufhören als bis die Schlagbäume fallen, oder man sich beiderseits zum Ausblasen des ungesetzlichen Verkehrs doch freundnachbarlich die Hände reicht.

Doch genug zur Aufhellung eines Mißverständnisses zu welchem ein Wort unabsichtlichen Anlaß gegeben zu haben scheint.

Uebrigens hat der lebhafte kleine Krieg der Industrie-Interessen, die sich bedroht glauben, gegen die österreichische Zollreform und den Zollanschluß mit Deutschland, vorausgesetzt daß er die Reform selbst nicht hindere, wenigstens eine gute Seite: er muß nachgerade Deutschland von dem Ernst Oesterreichs überzeugen in der Begründung einer neuen gemeinsamen Grundlage der ökonomischen Verhältnisse und der ganzen Volkswirthschaft für Deutschland und Oesterreich entschieden vorwärts gehen zu wollen. Auch werden die Colonialmächte, zumal England, zu ihrer nicht eben angenehmen Ueberraschung erkennen müssen daß Mitteleuropa nachgerade die Mittel begreift und auf dem Punkte steht sie unter Oesterreichs Vortritt anzuwenden, um sich von dem langen Handelsdruck den sie jahrhundertelang namentlich gegen das zerrissene Deutschland rücksichtslos ausgeübt haben, völlig zu emancipiren. Eine geringere Auffassung läßt die Frage nicht zu, wenn man sie ganz überschauen und in allen ihren Folgen ermessen will. Es handelt sich um die Stellung Mitteleuropa's zu dem gesammten Weltverkehr und zu den großen handelspolitischen Fragen, wobei sämmtliche Glieder dieses Körpers wesentlich die gleichen Interessen zu verfolgen haben. In diesem Zusammenfassen Deutschlands und Oesterreichs unter ein handelspolitisches Gesetz würde schon eine unendliche moralische Wirkung liegen, eine mächtige Abweisung aller jetzt feindselig gegen uns gekehrten fremden Handelssysteme, ein Sporn zur unabsehbaren industriellen Entfaltung der eigenen Völker, sowie zur Aufrüttelung der Freiheit und Energie ihres Geistes, woraus am Ende alle Reichthümer stammen, läge zuletzt eine neue Wendung der Geschichte des Welthandels angedeutet.

Wer jenen handelspolitischen Gedanken für das Ganze erfaßt, der wird auch zugeben daß die besondern Interessen der Particularitäten, welche Berücksichtigung sie sonst auch für sich in Anspruch nehmen können, doch der Hauptidee sich unterordnen müssen um das große Ziel für alle zu erreichen. Manche mögen wähnen hier eine Erneuerung jenes Gedankens welcher der Continentalsperre zum Grunde lag, zu entdecken, und allerdings läßt sich eine gewisse entfernte Verwandtschaft im Ziele nicht in Abrede stellen. Allein die Mittel und Wege sind völlig verschieden,

alles Gewaltsame, Unnatürliche ist dem Plan abgestreift, das Princip der Freiwilligkeit das in dem jungen Amerika solche Wunder thut, soll auch hier die Hauptsache verrichten, und die Entwicklung der Industrie und des Handels selber soll die Idee tragen und den Plan verwirklichen helfen. Nur reicht der particularistische Standpunkt nirgends für die Größe desselben aus, so wenig der einseitig freihändlerische von der Nord- und Ostsee, als der einseitig prohibitionistische der sich in Böhmen und Oesterreich aufthut. Der Plan wird vielfach gekreuzt und befeindet durch particuläre und wirthschaftliche Interessen, durch politische und nationale Gegensätze hier und dort, und daraus ist auf den ungeheuren Widerstand zu schließen der bevorsteht, obgleich die Verwirklichung des Gedankens zuletzt alle Interessen befriedigen muß.

In den bei der schwebenden österreichischen Tarifrevision leitenden Grundsätzen haben besonders zwei von der entgegengesetzten Seite Bedenken hervorgerufen: nämlich einmal das in Aussicht gestellte hohe Schutzzollsystem, sodann das vorläufige Abweisen von Differentialzöllen. Beides muß cum grano salis verstanden werden, und ist daher häufig mißverstanden worden. Man hat vor allem vergessen daß die jetzige österreichische Tarifrevision zunächst auf Oesterreich allein berechnet ist und einen Uebergang anbahnen soll; der neue Tarif prätendirt noch nicht der gemeinsame zu werden, und würde er im wesentlichen nicht allen Interessen entsprechen, so hätte das dann ein anderer Tarif zu thun. Die bekannten österreichischen „Vorschläge“ selbst setzen eine Uebergangsperiode fest sowohl für die Umwandlung des eigenen Zollsystems als für die Anbahnung des Anschlusses. „Der letzte entscheidende Schritt, der Uebergang zur völligen Zolleinigung“, also auch die Feststellung eines österreichisch-deutschen Zolltarifs, bliebe jedoch einem neuen Vertrag im Einverständniß mit den legislativen Gewalten vorbehalten. „Hohes“ Schutzsystem soll eben nur einen kräftigen und wirksamen Schutz andeuten, dessen sich auch der Zollverein in vielen Artikeln erfreut, freilich in manchen andern auch nicht. Ebenso will sich die österreichische Zollcommission jeder Entscheidung über die Frage der Differentialzölle, deren Oesterreich für sich unmittelbar nicht bedarf, vorläufig ganz enthalten. Die Frage greift zu tief ein in die ganze auswärtige Politik, sie ist noch mit zu großen wirthschaftlichen und politischen Folgen verknüpft als daß sie jetzt schon entschieden werden könnte. Uebrigens bestehen in Oesterreich bereits verschiedene Zollabstufungen bei den Waarenzöllen, auch in den Schifffahrtsabgaben besteht eine Differenz, freilich nur dann wenn der fremde Staat die österreichische Flagge nicht als die meistbegünstigte behandelt. In den Anbahnungsvorschlägen heißt es, in Beziehung darauf daß Oesterreich für sich keine Waarendifferentialzölle beliebe, ausdrücklich: mit der Annäherung in den Finanzzöllen, zumal von Colonialwaaren, sollen gemeinsame Bestimmungen über die Seeschifffahrt und etwaige Differentialzölle verbunden werden, „da der Gesichtskreis für diese Fragen natürlich ein anderer werden muß, sobald die österreichischen und deutschen Seegestade nicht mehr einzeln im Weltverkehr aufzutreten haben, sondern einem höheren organischen Ganzen angehören.“ Somit ist in beiderlei Hinsicht der Zukunft der weiteste Spielraum offen gelassen.

Die Schlüsse eines freihändlerischen Hamburger Blattes stehen also rein in der Luft, wenn es die „Vorschläge“ so verstehen will: das factische Schutzzollsystem des Zollvereins solle principiell zu einem vollständigen Ausschließungssystem ausgebaut werden, während Oesterreich bloß dem Namen und dem Schein nach sein bisheriges Prohibitivsystem in ein Schutzsystem ändere, so daß in Wirklichkeit ein Prohibitivsystem für's Ganze daraus würde. Das wäre dann freilich eine neue mitteleuropäische Sperre, die sich, in Betracht der Natur des russischen und des französischen Zollsystems, allerdings leicht zu einer zweiten Continentalsperre erweitern ließe. Allein, wie gesagt, die Mittel sind andere, der Grundgedanke entgegengesetzt: das Ziel ist der freie Verkehr, nur nicht bloß für andere, sondern vor allen Dingen für uns selbst. Dahin aber werden wir nimmer gelangen, wenn der Ausgangspunkt ein einseitig freihändlerischer seyn soll, wenn, wie Stimmen aus den norddeutschen Küstenstaaten es wollen, als Bedingung des großen Zollverbandes aufgestellt wird: daß nicht bloß im Innern der freie Verkehr mit Beseitigung der Transit- und Flußzölle hergestellt werde und die Finanzzölle gemildert, sondern daß durchgängig an die Stelle von Schutzzöllen bloße Finanzzölle eingeführt werden. Diese Ansicht ist dermaßen particularistisch, in sich unhaltbar und utopistisch, daß sie besonders zu widerlegen kaum die Mühe lohnt.

Der Interessenconflict hinsichtlich der Differentialzölle greift dagegen nicht so tief als es auf den ersten Blick scheint, und dürfte sich schlichten lassen. In dem bekannten Tarifentwurf der norddeutschen Städte und Meßplätze wird, ganz auf der Grundlage der Hamburger Staatsdenkschrift von 1847 traurigen Andenkens, erklärt: ein Differentialzollsystem zur ferneren Hebung der deutschen Rhederei und Handelsinteressen sey nicht erforderlich, vielmehr im ganzen genommen nur nachtheilig. Dawider stehen nun die zahlreichen Interessen aller jener Industriezweige welche für die Ausfuhr arbeiten, und welche im Einklang mit den Rhedern auf Differentialzölle dringen; wenigstens gilt dieß von den Bremer, den rheinischen und den österreichischen Rhedern durchgehends. Der allgemeine deutsche Verein zum Schutz vaterländischer Arbeit hat jedoch, in dieser Frage die Mitte haltend, nur bei wenigen Colonialwaaren mäßige Differentialzölle vorgeschlagen, und der ganze Süden und Westen Deutschlands bis Bremen hinab ist damit einverstanden. Bleibt man hierbei fest stehen, wird dann einerseits die volle Reciprocität als Grundsatz ausgesprochen, werden andererseits aber auch, wo die letztere uns fehlt, Differentialzölle als Waffe gegen das Ausland nicht ausgeschlossen, so dürfte in diesen Linien die Lösung der Widersprüche, die wahre Vermittlung jener Frage liegen.

Zur Berichtigung.

Wir erhalten von Hrn. Bürgermeister Forndran in Bezug auf sein jüngstes Votum in der Judenemancipationssache eine Reclamation, im wesentlichen folgenden Inhalts. „Ich habe für den Gesetzentwurf gesprochen. Folglich, wenn ich einen Antrag einbringe, so muß er doch einen Sinn haben, nicht aber kann er den Sinn haben, wenn man mir noch Logik zutraut, daß er die Emancipation theilweise aufhebe. Oder gehört das vielleicht zur Emancipation daß der Schacherhandel, der keinem Christen erlaubt ist, nach der Emancipation noch fortdauere — ein Handel welcher den Juden demoralisirt, und nur bis jetzt bei der bisherigen bürgerlichen Stellung ihm nothwendig war? Ich glaube, niemand welcher die Verhältnisse nur einigermaßen kennt wird dieß behaupten! Gleiches gilt vom Schmus- und Viehhandel. Und was habe ich denn bezüglich des Staatsdienstes beantragt? Die Regierung selbst will die religiösen und Schulverhältnisse nicht geändert wissen, diese Bestimmung mußte nothwendig nicht in den Motiven, sondern im Gesetze ausgesprochen werden, und ist jetzt geschehen, wäre auch in den Entwurf gekommen wenn nicht eine zu schnelle Hand es herausgestrichen. Nun? kann wirklich ein Jude jeden Staatsdienst übernehmen trotz voller Emancipation, kann er jene Dienste übernehmen welche schon bis jetzt entschieden hier Katholiken, dort Protestanten forderten? Wer das bejaht, der hat bisher „entweder geschlafen oder studirt,“ jedenfalls weiß er vom Leben gar nichts. Ich habe nicht mit einer Sylbe gesagt die Juden sollen von allen Staatsdiensten, sie sollen nur überhaupt vom Staatsdienst ausgeschlossen seyn; mein Antrag war nur: sie sollen da ausgeschlossen seyn wo das jüdische Glaubensbekenntniß den Ausschluß der Natur der Sache nach fordert. . . . Daß die Bescheidung der Gesuche über Ansässigmachung, Gewerbsverleihung und Ausübung besonders bei den Regierungen eine alte Klage ist, weiß auch jeder welcher das Leben kennt; darum die vielen Anträge auf das Veto der Gemeinden; dieses Veto den Juden gegenüber ist Negation des Princips der Emancipation; habe ich nun dieses gewollt? Nein, nur einen Wunsch sprach ich aus, nicht Modification, daß künftig in solchen Fällen collegiale Berathung eintrete, nicht bloß bei Juden, nein allgemein. Hier all meine Anträge; sie liegen vollständig im Princip des Gesetzentwurfes, klären denselben nur auf; niemand in der Kammer betrachtete sie anders, sie sollten beschwichtigen, denn daß das Gesetz ohne einige Erläuterung nicht durchgehe, wußte man von Anfang; gut wenn meine Anträge geholfen hätten, die jetzigen sind weitergehend! Und nun heißt es in Ihrer Zeitung zweimal: ich hätte „wesentliche“, „das Princip des Gesetzes antastende“ Modificationen „unerwarteterweise“ beantragt. Wahrlich eine solche Auffassung, da ich doch deutlich spreche, ist mir auch unerwartet.“

Erwiederung.

In Nr. 324 der Allgem. Zeitung vom 20 Nov. 1849 enthält ein Artikel aus Wien unter dem Datum 10 Nov. mit dem Zeichen W— bei Besprechung der Universität folgende Stelle: „Hoffentlich wird bei der neuen Umbildung ein ausgezeichneter Kliniker Deutschlands die Lehrkanzel erhalten, die seit einem Jahrhundert von den bedeutendsten Aerzten Europa's besetzt war, jetzt aber leider sehr gesunken ist.“ Beim Verfasser jener Zeilen muß zum mindesten gänzliche Unkenntniß des gegenwärtigen Zustandes der deutschen wissenschaftlichen Medicin vorausgesetzt werden. Dem Fleiß der neuen Wiener Schule in der Forschung, ihrem ungewöhnlichen Scharfsinn in der Wahl der geeigneten Wege zu richtigen Schlüssen zu gelangen verdankt die Medicin eine Reihe von unumstößlichen Gesetzen für Pathologie und Klinik, wie sie früher nie da waren. Die Gründer dieser neuen Schule sind die Professoren Skoda und Rokitansky. Die gesammte Medicin hat kein zweites Originalwerk aufzuweisen wie Skoda's Diagnostik der Brustkrankheiten. Wien, Böhmen, Deutschland müssen auf ihn gleich stolz seyn. Und weil dieser Skoda

an der medicinischen Klinik ist, darum ist sie sehr gesunken! Der Verfasser jenes W Artikels begnügt sich aber nicht damit und die Größe Skoda's und den Besitz dieser Größe wegläugnen zu wollen, er ignorirt auch, nur nicht hinreichend schlau, die schon lange vor dem 10 November erfolgte und promulgirte Berufung Oppolzers an die Wiener Universität, und hofft auf irgendeinen andern ausgezeichneten Kliniker Deutschlands. Freilich erscheint dieses so ganz leichte Hinausgehen über Oppolzers Ernennung nur consequent, da bekanntermaßen gerade er als tüchtiger Schüler und Vertreter der neuen Wiener Schule nach Prag und Leipzig als klinischer Lehrer ging.

Wien, am 27 Nov. 1849. Dr. und Professor Theodor Helm.

[4870] In dem Privat-Institut des Unterzeichneten „**für stotternde und stammelnde Kinder**" können noch zwei oder drei Zöglinge Aufnahme finden. Das monatliche Honorar beträgt für den Unterricht bloß **10 fl.** exclusive der Verköstigung.

Ulm, den 16 Dec. 1849. Classenlehrer **Pfähler.**

(4844)

Circular to Artists.

The Directors of the Pennsylvanian Academy of the Fine Arts, desirous of extending their encouragement to Domestic and Foreign Artists of merit, will place at the disposition of five competent Judges the following Prizes or sums of money, namely:

One of seven Hundred and Fifty Dollars,
One of Five Hundred Dollars,
One of Two Hundred and Fifty Dollars.

Any one or more of which Prizes may be awarded respectively to the artists who shall become competitors for them on the following terms:

1. The work shall consist of a Picture on some Historical, Scriptural or Dramatic subject, in size not less than 50 inch by 40; to be delivered at the Academy on or before April 10, 1850.

2. The Judges, or a majority of them, shall certify that the work to which they may award any particular prize, is, in their estimation, a performance of merit, and entitled to the prize so awarded. On payment of the money the Picture shall become the property of the Academy.

3. One of the Judges shall be a resident of Boston, one of New York, one of Philadelphia, and one of Baltimore, and these four shall choose a fifth.

4. The transportation of the Pictures, both to the Academy and (if returned) back to the Artists, shall be at the expense of the Academy. If the Artists desire their unsuccessful productions to remain for sale, they shall be taken care of, without charge or expense to the Artists, and every effort will be made to dispose of them to the best advantage.

The Directors reserve to themselves the right to reject any Pictures, which are not of real merit, without submitting them to the Judges.

The Directors also offer the following Prizes or sums of money, viz:

One of Three Hundred Dollars, and
One of Two Hundred Dollars,

upon the same terms and conditions above expressed, except that the Pictures respectively forwarded in competition for them, shall consist of Landscapes or Marine Views, and not less in size than 54 by 40 inches.

By order of the Board of Directors.

Philadelphia, July 1849. **John T. Lewis**, Secretary.

(4672—73) Für das Jahr 1850 erscheint, wie bisher, in Commission der J. B. Metzler'schen Buchhandlung in Stuttgart, und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Zeitungs-Expeditionen des In- und Auslandes zu beziehen:

Eisenbahn-Zeitung.

Organ des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen.

Redigirt und herausgegeben von

Carl Etzel und **Ludwig Klein,**

Ingenieurs, technische Mitglieder der königlich württembergischen Eisenbahn-Commission.

Achtes Jahr.

Jede Woche eine Nummer mit lithographirten Beilagen und in den Text eingedruckten Holzschnitten.

Der **Abonnements-Preis** für den **Jahrgang 1850** ist wegen des reducirten Umfangs auf 4 Thlr. pr. Cour. oder 7 fl. rhein. bestimmt.

Um neuen Abonnenten die Anschaffung der älteren Jahrgänge zu erleichtern, wird der Preis derselben ermäßigt, und die Jahrgänge 1845—1848, soweit der Vorrath reicht, gleichfalls zu **4 Thlr.** oder **7 fl.** abgegeben, während für den Jahrgang 1849 der Abonnementspreis von 7 Thlr. oder 12 fl. fortbesteht. — Abnehmer der sämmtlichen, unter der gegenwärtigen Redaction erschienenen fünf Jahrgänge 1845—1849 erhalten dieselben für **15 Thlr.** oder **26 fl. 15 kr.**

[4864]

Das „Frankfurter Journal"

wird auch in dem bevorstehenden neuen Jahre seinem Grundsatze, der gesetzlichen Fortentwickelung, der Wahrheit und dem Rechte zu dienen, treu bleiben, und deßhalb keiner einseitigen Richtung folgen, vielmehr für Alle gerecht, unparteiisch und unabhängig seyn, und in dem Bestreben, die Parteien zu versöhnen, nur diejenige Politik in Schutz nehmen, von welcher sich erkennen läßt, **daß sie in der That das Wohl und die Einheit und Eintracht des Vaterlandes fördern will.**

Die ausgebreiteten Verbindungen des Blattes, sowie drei durch Dampfkräfte getriebene Schnellpressen setzen es in den Stand, dem Publicum alle Nachrichten aus der Nähe und Ferne **aufs schnellste** und in **möglichster Vollständigkeit** mitzutheilen.

Der Preis für das „Frankfurter Journal" und die „Didaskalia" ist hier halbjährlich 5 fl., vierteljährlich 2 fl. 30 kr. Die in dem fürstl. Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirke (Kurhessen, dem Großherzogthum Hessen, Nassau, den sächsischen Herzogthümern und den Hansestädten) wohnenden Abonnenten beziehen diese Blätter zu demselben Preise; im ganzen Königreich Würtemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen zu 2 fl. 45 kr. vierteljährlich. Im Königreich Preußen und den übrigen Staaten Norddeutschlands, in Bayern und Baden kosten diese Blätter vierteljährlich 3 fl. 8 kr., in der österreichischen Monarchie 6 fl. 24 kr., einschließlich aller Nebenspesen.

Bestellungen auf diese Blätter sind auswärts (in Deutschland, Belgien und der Schweiz) bei den zunächst gelegenen Postämtern möglichst bald zu machen. Für Frankreich, England, Spanien und die überseeischen Länder nimmt Hr. G. A. Alexandre (rue Brulée Nr. 28 in Straßburg und rue notre dame de Nazareth Nr. 23 in Paris) Bestellungen an. Auch bei HH. J. J. Ewer u. C., 72 Newgate Street, in London kann man abonniren.

Durch die ungemein starke Auflage des „Frankfurter Journals" genießen die ihm übermachten Bekanntmachungen der verschiedensten Art die nützlichste und weiteste Verbreitung.

Die Expedition des Frankfurter Journals.

(4460—71)

Das Staatslexikon — vollständig!

Glänzend haben sich die Lehren des Staatslexikons bewährt! Dieß berühmte Werk hat mit dem Schwerte des Geistes für die ächte Freiheit,

für die Rechte der Fürsten sowie die der Völker

überzeugend und erfolgreich gekämpft, und im Staatslexikon hat die constitutionelle Monarchie ihre fähigsten und edelsten Vertreter gefunden!

Das

Staatslexikon,

ein Handbuch der Staatswissenschaften und der Politik,

2te Auflage 12 Bände

ist jetzt vollständig erschienen, und um die Anschaffung dieses — für jeden Gebildeten unentbehrlichen Handbuchs — zu erleichtern, bleibt noch für einige Zeit der billige Preis von 2 1/3 Rthlr. à Band.

Alle Buchhandlungen Deutschlands haben das Staatslexikon vorräthig.

[4746] Im Verlage der J. G. Calve'schen Buchhandlung in Prag ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Fibel

oder

Erstes Lesebuch

für Kinder

welche das Lesen in Verbindung mit dem Schreiben nach einer neuen Methode erlernen sollen.

Von

Prof. Dr. Zeithammer.

12. brosch. 7 1/2 Ngr.

Beschreibung

eines neuen

Lese- und Schreibe-Unterrichtes,

wie er zweckmäßiger als bisher, besonders in Schulen ertheilt werden könnte.

Als Anleitung für den Lehrer, zum Gebrauche der Fibel

von

Prof. Dr. Gregor Zeithammer.

12. brosch. 5 Ngr.

[4608] In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München, ist unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben und als ein schätzbares Buch jedermann zu empfehlen:

Der Leibarzt, oder 500 der besten

☞ Hausarzneimittel

gegen

145 Krankheiten der Menschen,

um dadurch vorkommende Krankheiten schnell zu heilen. Dazu 1) die Kunst ein hundertjähriges Alter zu erreichen; 2) Magen- und Nervenstärkungsmittel; 3) die Wunderkräfte des kalten Wassers und

☞ Hufelands Haus- und Reise-Apotheke.

Achte!! Auflage.

Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Ueber 20,000 Exemplare wurden bereits davon abgesetzt, und viele haben diesem Buche durch die angewandten einfachen Hausmittel die Wiederherstellung ihrer Gesundheit zu verdanken.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen — Montag und Weiß in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ernst'sche Buchhandlung in Quedlinburg.

[4567—68] Bei J. Dalp in Bern ist zu haben:

J. Volontari in Lombardia e nel Tirolo l'aprile 1848. Cenni storici del generale Allemandi. Gr. 8. 104 S. geh. 45 kr.

Alle Politiker werden von dem hier Gegebenen gefesselt werden. Allemandi erklärt gleich zu Anfange: „Weg mit hochklingenden Phrasen und diplomatischen Schleichwegen. Die positive Sprache der Zahlen, der unwiderlegbare Beweis der Documente auf die sich meine Worte stützen, werden meine einzige Beredsamkeit ausmachen u. s. w."

(4800—1)

Die

historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland,

herausgegeben von

G. Phillips und G. Görres,

werden auch im Jahre 1850 fortgesetzt. Der nunmehr seiner Beendigung nahende 24. Band dieser Zeitschrift enthält unter andern nachstehende Aufsätze: I. Die Zeitungspresse und das Volk (die europäische Pestilenz der Preßfrechheit — welche Pflichten legt die Preßfreiheit dem lesenden Publicum auf? — das moralische Censurgericht der öffentlichen Meinung — die schlaffe Halbheit der Wohlgesinnten — das ungläubige Staunen der Nachwelt über die ungereimten Wunder der Gegenwart — die Revolution in der Pfalz und Baden — fremde Abenteurer als Oberbefehlshaber — Bugeaud's Wahlspruch: Aratro et ense — der bayerische Volksgeist in den Vereinen und Volksversammlungen — das Erdinger nächtliche Bubenstück — der Beschluß der Piusvereine am Rheinland und Westphalen gegen die schlechte Presse — Schluß: Cruce, aratro et ense). — II., XVI. und XXVI. Glossen zur Tagesgeschichte (Kampf des Lloyd gegen die Religion des Landes im Gegensatze zu seiner Ehrfurcht vor der Frömmigkeit der „nordöstlichen Krieger" — die Neue preußische Zeitung bestätigt das schon vor zwölf Jahren von den Ultramontanen über den „gewandten Ritter" von Bunsen ausgesprochene Urtheil — ihre Ansicht über den Mangel an Erkenntniß auf Seiten der conservativen Partei — ihr Vorschlag zu einer aus zwei Paragraphen bestehenden Constitution — ihr offenes Verlangen nach militärischer Vollgewalt — Unmöglichkeit der Ausführbarkeit wegen Preußens Stellung zur öffentlichen Meinung und seiner Absicht mit der Volkssouveränetät zu vereinbaren — eigenthümlicher Geschmack der Deutschen in Bezug auf Gewaltherrschaft — die neue Sion und die Zeitschrift Pius IX. rechtfertigen die früher von den historisch-politischen Blättern ausgesprochenen Besorgnisse — Warnung vor dem Gebrauche von Schlagwörtern — Unmöglichkeit eines deutschen Kaiserthums in jetziger Zeit — der österreichische Volksfreund über die katholischen Vereine — das preußische Wahlgesetz gegründet auf die Schöpfung neuer Stände — Halbamtliche Volksbelehrung darüber — mehr der Despotismus des Gesetzes als die wahre Freiheit von jenem neuen Versuche zu erwarten — Florencourt's Programm des norddeutschen Correspondenten — unfruchtbares Bemühen im voraus einen bestimmten Zustand, wie man sich ihn eben wünscht, zu formuliren — die Abwesenheit des Muthes der Regierung hat ihren Grund im durch die Politik der richtigen Mitte herbeigeführten Verlust des Glaubens — die conservative Presse kann den Uebeln der Gegenwart nicht abhelfen — mangelnde Disciplin der Parteien in Deutschland, besonders der conservativen — die russische Denkschrift — Widerspruch zwischen Nationalismus und Weltherrschaft — jener bekämpft, zur Beschämung Deutschlands, die Revolution vom christlich-religiösen Standpunkte — ihre Abneigung gegen die katholische Kirche — Stellung der Kirche zwischen der Revolution und den ihr feindlich gewordenen Staatsgewalten — zerstörende Wirkungen der Philosophie der letzten 60 Jahre in Rußland — voraussichtlicher Kampf zwischen dem uralt-katholischen traditionellen Volksglauben gegen den Kryptoprotestantismus in der russischen Kirche — unmotivirte Sympathie für das Hussitenthum — Zergliederung der drei Theile der Hirscher'schen Schrift — Plan zu einem Neubau der Kirche — seine Bedenken gegen die kirchliche Freiheit — seine praktischen Anweisungen die Kirche von unten nach oben zu regieren). — III. Das klägliche Ende des Rumpfparlaments in Stuttgart. — IV. Kirchliche Fragen (Concursprüfung der katholischen Pfarr- und Predigtamts-Candidaten in Bayern — die Persona grata des bayerischen Concordates — der Kampf für die Freiheit der Kirche — Staat und Kirche in Oesterreich vor und nach der Revolution von 1848). — V. Ueber Völkerglück. — VII. Die barmherzigen Schwestern und ihre Gegner. — IX. Der praktische Jurist an seinen Freund in München. — X. Rückantwort darauf. — XXI., XXV., XXIX. u. XXXVIII. Unsere Errungenschaften (angestrebte Beseitigung des Christenthums — zunehmender Verfall der Sittlichkeit — Verschwinden der Ehrenhaftigkeit — Beseitigung der Wahrhaftigkeit — um sich greifender Unfriede — Einbuße der Geselligkeit — Verschwinden des Vertrauens — Abnahme der Treue). — XXII. Preußen und das Preußenthum. — XXIII. Freiheit, Menschenrechte, Religions- und Gewissensfreiheit. — XXIV. Litteratur (die kirchlichen Zustände der Gegenwart, von J. B. Hirscher). — XXVII., XXXV. und XLIV. Ungarn, Oesterreich und Deutschland (Rückblicke auf die geheimen Triebfedern und Fäden der magyarischen Revolution, nach Mittheilungen aus einer ungarischen Feder — das moderne Magyarenthum und Confessionen in Ungarn — das Bürgerthum und die religiösen und sittlichen Zustände Ungarns — die Wirkung des Kölner Ereignisses in Ungarn — die Stellung von Kirche, Staat und Schule — die Zehntablösung — die Nationalsynode und die Diöcesenconferenzen — der Episcopat und der Pfarrclerus — die geistlichen Orden in Ungarn). — XXXI. Aus dem Leben eines früh Vollendeten. — XXXIII. Gott allein kann helfen. — XXXVI. Das Reich, seine Entstehung und seine Bedeutung. — XLV. Preßfreiheit, Associationsfreiheit. — XLVI. Glossen zur Tagesgeschichte (Niederlage der Revolution in Ungarn und Italien — günstige Wirkung dieser Erfolge in ganz Europa — Versuch sich in der jetzigen Weltlage zu orientiren — Rückblick auf die perfiden und stupiden Vorbereitungen zur Revolution seit drei und dreißig Jahren — Ehrenrettung des Fürsten Metternich — Charakteristik des revolutionären Princips und der Absichten der consequent revolutionären Partei — wie

sich die Nationalgarde bewährt hat — die Nationalitätsschwärmerei in ihrer Wahrheit — der revolutionäre Todtentanz und Aussichten für den Fall einer radicalen Reaction — Brief eines Augenzeugen über die Stellung des italienischen Landvolks zur Revolution — der Clerus in der Lombardei — Modena und die Revolution — Preußen und seine Kammern — Rückblicke auf die Versuche den preußischen Staat auf eine constitutionelle Grundlage zu stellen und muthmaßlicher Erfolg derselben — Steuerverwilligungs- und Steuerverweigerungsrecht — die jetzige liberale Opposition und die Kreuzzeitung — Stellung der katholischen Sache zu diesem Conflicte — Döllinger's Rede über die Freiheit der Kirche, ein Wort zu seiner Zeit.

Bestellungen auf obige Zeitschrift im Wege des Buchhandels besorgt die Literarisch-artistische Anstalt in München.

[4708—10] **Sehr geeignetes Weihnachts- und Neujahrgeschenk.**

Durch jede Buchhandlung kann bezogen werden:

Album für Gesang.

(Mit Pianofortebegleitung.) **Mit Originalbeiträgen** von *Chelard, Lindpaintner, Lortzing, Kalliwoda, F. Lachner, Loewe, Mendelssohn-Bartholdy, Meyerbeer, C. Kreutzer, Reissiger, Spohr, Spontini, Clara Schumann, Rob. Schumann etc.* Schönster Notenstich, 2 Bde. gr. 4. elegant gebunden in engl. Leinwand mit Goldschnitt. **Preis bisher 5½ Rthlr. Jetzt für 2 Rthlr.** (3 fl. 36 kr. rhn., 3 fl. C.-M.)

Jm. Müllers Sep.-Conto in Leipzig.

[4571—72] **Festgeschenk für politisch Gravirte.**

Durch alle Buchhandlungen ist zu beziehen:

Saintine's Picciola oder die Blume des Gefangenen. Nach der 17ten Originalausgabe. Mit einer Abhandlung über die Beschäftigungen verschiedener Staatsgefangenen, vom Bibliophilen Jacob. 1r Band von 253 Seiten compressen Drucks, in gr. 16. Leipzig, Gerhard. Preis, broschirt: 15 Ngr. — 54 kr. rhein. oder 45 kr. C.-Mze. — Sauber in schwarze Leinwand gebd. mit Goldverzierung 24 Ngr. — 1 fl. 27 kr. rhn. oder 1 fl. 12 kr. C.-M.

[4839] Durch alle Buchhandlungen (Augsburg, Matth. Rieger) ist zu haben:

Das Weib und das Kind

in allen ihren Lebensverhältnissen, in Gesundheit wie in Krankheit, in leiblicher wie in geistiger Beziehung. Ein belehrendes und unterhaltendes Hülfs- und Handbuch für Jungfrauen, Frauen und Mütter, bearbeitet von Dr. C. W. Posner, prakt. Arzte, Wundarzt und Geburtshelfer. Preis dauerhaft gebunden 27 Sgr. od. 1 fl. 36 kr.

Der Verfasser dieser Schrift, der, obwohl Mann und Arzt, dennoch nicht ohne Erröthen und ohne ein gewisses Schamgefühl die meisten derartigen Schriften, womit namentlich die neueste Zeit uns überfluthet hat, lesen konnte, und der mit Bedauern aus solcher Lectüre, anstatt des erwarteten Nutzens, nur Gefahr für die Reinheit der Seele, für die Sittlichkeit des Herzens hervorgehen sah, hat darum den mühsamen Versuch gewagt, der weiblichen Jugend sowohl als den Gatten und Müttern des geliebten deutschen Volkes ein Werkchen zu liefern, worin sie Belehrung für alle vorkommenden Lebensverhältnisse finden, woraus sie Nutzen für Seele und Leib schöpfen, nicht aber Schaden nehmen, und worin sie endlich nicht nur eine belehrende Unterhaltung, sondern auch reichen Stoff zu fernerem Nachdenken gewinnen könnten.

Verlag von C. Flemming.

(4769) **Verlag von Eduard Trewendt in Breslau,**

zu beziehen durch alle Buchhandlungen;

☞ **Neueste Jugendschriften von Franz Hoffmann.** ☜

Der Henkeldukaten
Frisches Wagen. — Der Schiffbruch.
Drei Erzählungen für die Jugend
von
Franz Hoffmann.
Mit 1 Stahlstich.
8. Steif broschirt. Preis 7½ Sgr.

Der blinde Knabe.
Der kleine Robinson.
Zwei Erzählungen für die Jugend
von
Franz Hoffmann.
Mit 1 Stahlstich.
8. Steif broschirt. Preis 7½ Sgr.

Der treue Wächter.
Der Widerspenstige.
Zwei Erzählungen für die Jugend
von
Franz Hoffmann.
Mit 1 Stahlstich.
8. Steif broschirt. Preis 7½ Sgr.

Du sollst nicht stehlen.
Mohr und Weißer.
Zwei Erzählungen für die Jugend
von
Franz Hoffmann.
Mit 1 Stahlstich.
8. Steif broschirt. Preis 7½ Sgr.

☞ „Franz Hoffmanns" Name ist in der Jugendschriften-Litteratur so rühmlich bekannt daß es einer besondern Empfehlung obiger Schriften nicht bedarf. — Ueberdieß sind alle Buchhandlungen in den Stand gesetzt jedem Jugendfreunde diesen neuen Cyclus zur eigenen Prüfung vorzulegen.

[4693—95] **Bei Pfautsch & Voß in Wien** ist erschienen und bei **M. Rieger** in Augsburg so wie in allen Buchhandlungen zu haben:

Gedenke Mein!
Taschenbuch für 1850.
Neunzehnter Jahrgang.
Mit sechs Stahlstichen.
In eleganten Pariserband mit Goldschnitt und Etuis 4 fl. 3 kr. rhn.

SIONA.
Taschenbuch religiöser Dichtungen.
Herausgegeben von Hermann Waldow.
Siebenter Jahrgang.
Mit zwei Stahlstichen.
In eleganten Pariserband mit Goldschnitt und Etuis 3 fl. rhein.

BIFOLIEN.
Dichtungen von Johann Gabriel Seidl.
Vierte vermehrte Auflage.
Miniatur-Ausgabe in Sarsenet mit Goldschnitt 3 fl. 36 kr. rhn.

[4795] **Tübingen.** Im Laupp'schen Verlage ist so eben erschienen und in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

12 Volkslieder
für vier Männerstimmen gesetzt von
Fr. Silcher.
Neuntes Heft.
Op. 50. schmal 4. in Umschlag 1 fl. 12 kr. oder 20 Ngr.

Die frühern Hefte sind in dritter, theils in zweiter Auflage erschienen, was wohl der beste Beweis für die gute Aufnahme, welche diese Volksliedersammlung in ganz Deutschland gefunden.

Silcher, Fr., Zwölf Kinderlieder, für Schule und Haus. Aus dem Anhange des Specter'schen Fabelbuches zweistimmig componirt. Erstes Heft. Dritte Auflage. Preis 12 kr. oder 4 Ngr.

In Partien nicht unter 25 Ex. à 9 kr. oder 3 Ngr.

Die weiter erschienenen 4 Hefte (Nr. 2—5) enthalten Lieder von E. M. Arndt, Güll, Ch. Schmid ꝛc. und sind zwei- zum Theil auch drei- u. vierstimmig componirt. Sämmtliche Hefte sind bereits in vielen Schulen beider Confessionen eingeführt.

[4816] In meinem Verlage erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Andersen's
Gesammelte Märchen.
Dritte (wohlfeile) Ausgabe in 1 Bande.
Preis eleg. brosch. 1 Rthlr.

Leipzig, den 10 December 1849.

Carl B. Lorck.

[4863] Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und an alle soliden Buchhandlungen versandt worden:

Bayern und die Revolution
von Gustav Diezel.
1stes und 2tes Heft. 18 Bogen in 8.
Preis 1 fl. 48 kr.

Den vielen Nachfragen und zahlreichen Bestellungen zu genügen, erscheint bis Ende dieses Monats die zweite wesentlich vermehrte und verbesserte Auflage zur

Geschichte
der rheinpfälzischen Revolution
und
des badischen Aufstandes
von Fenner v. Fenneberg.

Ferner befindet sich unter der Presse und wird in einigen Tagen versandt werden das erste Heft der

Revolutionsstudien
von F. Fenner v. Fenneberg.

Inhalt des 1. Bandes: Demokratie in Deutschland. — Die ewigen Juden der Revolution. — Diplomaten-Profile aus dem Orient. — Volkswehren und Revolutionsheere.

Zürich. Anfang December 1849.

C. Kiesling.

---

[332] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Deutschlands auswärtige Politik
von
Wolfgang Menzel.
8. brosch. Preis 24 kr. od. 7½ Ngr.

Inhalt. Die dänische Frage. — Die polnische Frage. — Die wallachische Frage. — Die illyrische Frage. — Die lombardische Frage. — Die limburgische Frage. — Deutschlands Stellung zu Frankreich. — Deutschlands Stellung zu England. — Die Ohnmacht des deutschen Reichsministeriums in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten.

Stuttgart u. Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

(4845—46) Im Verlage des Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und der k. k. österr. Staaten zu beziehen:

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde

von

Friedrich Hebbel.

Miniatur-Ausgabe mit vielen Illustrationen.

In englischem Leinwandband mit Goldschnitt. Preis 1 Rthlr. — 1 fl. 30 kr. C.-M. od. 1 fl. 45 kr. rhn.

Von Tieck, dem Altmeister deutschen Humors, bei seinem Erscheinen mit großer Wärme begrüßt, dürfte dieses kleine Werk des berühmten Dichters, welches sich in kurzem seinen Platz neben Eulenspiegel und Katzenberger erobern wird, in gegenwärtiger Ausstattung, mit zahlreichen und niedlichen Illustrationen, ganz vorzüglich auch zu einer heitern **Weihnachtsgabe** eignen.

J. J. Weber in Leipzig.

(4817) Im Verlage von **J. G. Manz** in **Regensburg** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in **Wien** durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Hirscher und die **katholische Kirche**. Eine Beleuchtung der Hirscher'schen Reformpläne vom kirchlichen Standpunkte. Von einem Priester der Diöcese Limburg. gr. 8. geh. 24 kr. oder 6 gr.

Von dem Antheile des Presbyteriums am Kirchenregimente. gr. 8. geh. 24 kr. oder 6 gr.

Gaume, J., Rom in seinen drei Gestalten, oder das alte, das neue und das unterirdische Rom, oder die Catacomben. Aus eigener Anschauung geschildert. Mit den Plänen des dreifachen Roms. Aus dem Französ. 1—3r Bd. Mit 1 Plane der Stadt Rom. gr. 8. geh. à 1 fl. 48 kr. oder 1 Thlr. 3 gr.

— — dasselbe. 4r Bd. Auch u. d. Titel: Geschichte der **Catacomben** in Rom. Mit 1 Plane der Catacomben. gr. 8. geh. 2 fl. 15 kr. oder 1 Thlr. 9 gr.

[4855.56] In Karl Meyers Buchhandlung in Krems ist erschienen und in allen Buchhandlungen Deutschlands zu haben:

Randglossen zu Julius Fröbels

System der socialen Politik

von Dr. J. M. Ehrlich.

Gr. 8. broschirt. Preis 24 Ngr. od. 1 fl. 12 kr. C.-M.

Der Name des durch seine philosophischen Schriften bekannten und geachteten Hrn. Verfassers bürgt für den Werth dieses Buches. Die Kritik hat sich darüber mit ungetheiltem Lob ausgesprochen. Die Widerlegung des Fröbel'schen Socialismus ist eine gelungene und geistreiche zu nennen; und da das Werk nicht bloß einen kritischen, sondern selbständig wissenschaftlichen Werth hat, so ist es für alle jene von größtem Interesse welche die Principien der Politik und des modernen Socialismus, die Fragen über Religion, Kirche und Staat einer ernsteren Betrachtung würdigen.

[4289—90] In der Expedition der Reichsgesetze (Buchhandlung Tendler u. Comp.) in Wien ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Reichsgesetze für das Kaiserthum Oesterreich.

Taschen-Ausgabe in Heften: Preis 20 kr. C.-M.

Ausgabe in Bänden (3 Hefte bilden einen Band): Preis 1 fl. C.-M.

Die bereits erschienenen 6 Hefte enthalten alle bis Ende September 1849 publicirten Gesetze.

Dieser vollständigen Reichsgesetz-Sammlung werden alle neuen Gesetze und Verordnungen für das Kaiserthum Oesterreich sogleich nach ihrer Kundmachung einverleibt und in Heften von 100 bis 150 Seiten ausgegeben.

(4862) Alle königl. bayer. Postämter, sowie das fürstl. Thurn- und Taris'sche Ober-Postamt nehmen Pränumeration an auf das in Prag bei Gottlieb Haase Söhne erscheinende

Constitutionelle Blatt aus Böhmen.

Diese für die Kenntniß österreichischer Zustände sehr wichtige Zeitung erscheint täglich zweimal und zwar Früh (mit Ausnahme des Montags) in einem ganzen, Nachmittags (mit Ausnahme des Sonntags) in einem halben Bogen. Auf jenen Postrouten, auf welchen von Prag aus die Post zweimal täglich abgeht, wird auch das „Const. Bl. a. B." täglich zweimal expedirt.

Der vierteljährige Pränumerationspreis beträgt bei allen königl. bayer. Postämtern 7 fl. 12 kr. rhn., bei dem fürstl. Thurn- und Taris'schen Ober-Postamt 6 fl. 18 kr. rhn.

Inserate — zu denen das Blatt bei seiner großen Verbreitung besonders empfehlenswerth ist — werden mit 6 kr. C.-M. für den Raum einer Petitdruckzeile berechnet.

Mikroskope, Wagen, Luftpumpen.

Vorräthig sind bei Unterzeichnetem kleine **Mikroskope** (sogen. **Dublets**) mit 15-, 30- u. 120fach. **Linear**-Vergrösserung zu $11\frac{1}{3}$ Rthlr. mit Verpackung; mit noch einer 60fach. Vergr., unter welcher noch bequem präparirt werden kann, zu $13\frac{1}{3}$ Rthlr. — Statt weiterer Empfehlung diene das Zeugniss des Herrn Professor M. J. **Schleiden**. (III Auflage v. dessen Botanik 1849. Th. 1. S. 98):

„Meinen Zuhörern empfehle ich als äusserst brauchbar für sämmtl. Zwecke des Lernenden die einfachen Mikroskope, welche hier in Jena vom Mechanikus Zeiss verfertigt werden. Ein sehr zweckmässiges Gestell mit grober und feiner Einstellung der Linsen mit feststehendem Tisch nebst drei sehr klaren Vergrösserungen 15-, 30- u. 120 mal" etc., „kostet nur 11 Thlr."

Feine Wagen zu Analysen von sehr zweckmässig neuer Construktion die bei einer Totalbelastung von 100 Grammes noch $\frac{1}{2}$ Milligr. sicher anzeigen mit Verpackung. 21 Rthlr.

Einfachere, nicht viel weniger fein wiegend 7 Rthlr.

Kleinere Hahnluftpumpen, auch zum Comprimiren zu gebrauchen, mit $1\frac{1}{4}$ Zoll weitem Cylinder 21 Rthlr.

Bestellungen und Anfragen werden **franko** erbeten. Die Zahlung wird, so weit es geht, am bequemsten durch Postvorschuss, ausserdem voraus geleistet, wobei ebenfalls um gefällige Frankirung gebeten wird. — **Jena**, Dec. 1849.

(4878) ***Carl Zeiss.***

(4828—29) **Bekanntmachung.**

Am 30 November l. J. sind aus einem Wohnhause dahier entwendet worden:

1) ein Ueberrock von schwarzem Sammet mit vergoldeten Knöpfen, zwei Schooß- und einer Brusttasche linkerseits, gefüttert mit gelbem Wollenzeug;
2) ein Ueberrock von schwarzem Tuche mit Klappen übereinandergehend, zwei Reihen gesponnener Knöpfe, einer Brusttasche, gefüttert mit weißgelbem Zeug, in demselben staken ein paar schwarze Glacehandschuhe;
3) eine schwarze Buckskinhose mit Schlitzen und Stegen mit Metallknöpfen, gefüttert mit gelbem Bunde;
4) eine blaue Sommerbuckskinhose, schwarz carrirt;
5) eine Sommerweste mit grauem Grund, dann blauen und weißen Streifen;
6) ein großes schwarzes Thibethalstuch;
7) ein weiß leinenes Sacktuch.

Dringender Verdacht der Entwendung trifft den von hier entflohenen, unten näher bezeichneten Buchbindergesellen Jacob Pernet aus St. Steffan, Kantons Bern, Sohn des dortigen Glasers Peter Pernet.

Sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden werden ersucht auf die entwendeten Gegenstände sowie auf Jacob Pernet Spähe anzuordnen, und denselben, im Fall er betreten wird, verhaften, dann in das Untersuchungsgefängniß hieher abliefern zu lassen.

Würzburg, den 12 December 1849.

Der Untersuchungsrichter am k. Kreis- und Stadtgericht dahier:

Hoch.

Signalement des Jacob Pernet:

Alter: 22 Jahre.
Statur: untersetzt.
Größe: mittlere.
Haare: blond.
Stirne: nieder.
Augen: graue.
Nase: spitzig.
Bart: ohne.
Besonderes Kennzeichen: gänzliche Verdunkelung der Hornhaut des rechten Auges.
Trägt einen großen schwarzen Hut und wahrscheinlich einen der oben unter Nr. 1 und 2 erwähnten Ueberröcke.

[4826] **Heiraths-Gesuch.** Ein junger Mann vom Baufache, ebenso akademisch als praktisch gebildet, von angenehmem Aeußern und ruhigem Temperament, sucht zur Etablirung seines Geschäftes, wo immer in einer nicht zu kleinen Stadt, sich mit einem gebildeten Frauenzimmer zu verbinden, die ein Vermögen von 10 bis 20,000 fl. besitzt. Berücksichtigungen wolle man bei Zusicherung strengster Verschwiegenheit F. G. **poste restante** München adressiren.

---

[256] **Nachricht für Erfinder.**

Erfinder, welche in Oesterreich, Frankreich und England Patente zu erhalten oder ihre Erfindungen zu verkaufen wünschen, belieben sich zu wenden an das Comptoir der Asphaltunternehmung, Leopoldstadt, Stadtgutgasse Nr. 386 in Wien.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Donnerstag — Nr. 354. — 20 December 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: Madrid 10; Wien 17; Frankfurt 18; Augsburg 19 Dec.

Deutschland.

Bayern. **München.** Wir tragen aus der ersten Verhandlung der Kammer der Reichsräthe über das Amnestiegesetz einige Auszüge nach: Reichsrath Graf v. Reigersberg hatte unter den Kammermitgliedern ein schriftliches Votum vertheilen lassen, worin derselbe anführt daß ihm als einem im Justizdienste Greis gewordenen Rechtsmann zwar nicht zu verargen sey wenn er, festhaltend an dem Satze Ulpians: fiat justitia, pereat mundus, keinerlei Rechtssperre, es möge diese sich nun auf Rebellion oder Amnestie gründen, gutheiße; daß er aber nach einem so allgemeinen fieberhaften Zustande wie jener des vorigen und heurigen Jahres bei einmal eingetretener Krisis und Sehnsucht nach Ruhe dessenungeachtet nach den weisen Lehren der Geschichte Versöhnung und Vergessenheit als das einzige und beste Heilmittel anerkenne. Bringe sie auch den von Leidenschaften betäubten Wühler nicht zur Besinnung, so störe und hemme sie doch dessen Wirksamkeit bei etwaiger neuer Tollkühnheit. Im allgemeinen lehre zwar die Geschichte daß Amnestie nur dann Wiederkehr zur Ruhe zur Folge hatte, wenn sie von einem bestimmten Zeitraum an gänzliche Vergessenheit des Vorgefallenen mit sich führte; wenn sie den Betheiligten gegen alle weitern strafrechtlichen Verfolgungen sicherte. Ueberdieß sey die Ausscheidung unter Betheiligten die durch Freiheitsschwindel und Träumereien hingerissen, von Furcht befallen, mit der Masse fortgezogen, irregeleitet wurden, und solchen welche aus innerer Verdorbenheit freiwillig, wohlbedacht Unheil stifteten, wenn sie nicht directen Zwang sich erlaubten, schwer durchzuführen und eine selbst vom Richter schwer zu lösende Aufgabe (daher die oft so auffallenden Richtersprüche). Indessen sey er weit entfernt diese Ausscheidung bei solchen Individuen erschwert zu erachten welche nicht allein die Unterthanspflichten verletzten, sondern auch entweder ihre beschworene Amtstreue und Pflicht vergaßen, oder unter der Larve von Freiheitsaposteln Verbrechen und Vergehen am Staatseigenthum oder gegen ihre Mitbürger an Gut und Blut verübten. Unter diese Kategorie sich reihende Individuen seyen leicht auszuscheiden. Hierauf gründe sich auch der Gesetzentwurf, und es könne demnach nur von Beschränkung oder Erweiterung der Kategorien von politischer Verbrechen und Vergehen Bezichtigten die Rede seyn. Hiebei sey wohl zu erwägen daß, wenn man durch Amnestie bleibende Ruhe, ganz gesicherten Ruhestand bewirken, wenn man volle Versöhnung, volle Vergessenheit, volle Rückkehr zur bürgerlichen Ordnung gesichert wissen wolle, nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung eher Erweiterung der Bestimmungen des vorliegenden Amnestiegesetzes als dessen Beschränkung wünschenswerth sey, und zwar erforderlichenfalls eher durch Modificationen als durch Anträge, indem durch letztere bei ihrer Nichtgewährung alles gehässige auf die Regierung falle. Auch Hinweisung auf Zuflucht zum Begnadigungsrechte wälzt im Verweigerungsfalle auf den Monarchen leicht den Vorwurf der Härte, was besonders, wo von Staatsverbrechen die Rede, möglichst zu vermeiden in jeder Hinsicht räthlich. Ein geliebter Monarch wirkte nach Lehre der Geschichte jederzeit mehr und dauernder als ein gefürchteter. Die Strafe sey Folge des Ausspruches des Gesetzes, die Beschuldigung zu harter Anwendung treffe daher den Richter; die Begnadigung sey Folge der weisen Herzensgüte des Monarchen, welcher nur versöhnend und vergebend auftrete. Ihn treffe daher bei Versagung dieser ein, wenn auch nicht gegründeter, Vorwurf. Diese sich den Beschlüssen der Kammer der Abgeordneten annähernden Grundsätze würden ihn bei der Abstimmung über die einzelnen Artikel des vorliegenden Gesetzentwurfes leiten, wenn er nicht eines bessern belehrt werde. Nach den Erörterungen des Hrn. Berichterstatters eröffnete der erste Präsident die allgemeine Discussion mit dem Bemerken daß der Beschluß der Kammer der Abgeordneten über das Amnestiegesetz erst am 3 l. M. in den Einlauf der hohen Kammer gekommen, der Vortrag darüber deßungeachtet schon am 7 vollendet gewesen und die Ausschußberathung bereits am 10 l. M. gepflogen worden sey, demgemäß in aller nur möglichen Schnelle die Vorbereitungen zur heutigen Kammerberathung geschehen seyen. Dabei könne er nicht umhin zu bedauern daß die von der Regierung an die zweite Kammer vorgelegten Gesetzentwürfe über den Mißbrauch der Presse und über das Vereinsrecht daselbst noch immer nicht erledigt seyen. Hienächst eröffnete der zweite Präsident Graf Karl v. Seinsheim die Reihe der Redner, welche sich an der allgemeinen Discussion betheiligten, erörterte die Wichtigkeit des gegebenen Berathungsgegenstandes und bemerkte weiter: Wolle man bloß der Stimme des Herzens folgen, so würde gewiß jeder gerne mit Schiller ausrufen: „Allen Sündern soll vergeben und die Hölle nicht mehr seyn." Allein hier sey das Staatswohl zu berücksichtigen und darum müsse das unbestimmte Gefühl zurücktreten. Eben deßhalb könne man auch einer allgemeinen Amnestie nie zustimmen, zumal die Erfahrung zeige daß noch so große Amnestien stets mit üblem Erfolge gelohnt wurden. Was die von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Modificationen betrifft, so widerstrebe sein Inneres dem Gedanken daß man bei einem bloß auf königlicher Gnade beruhenden Gesetze feilschen und markten wolle, und deßhalb könne er sich bloß für die Form der Antragstellung erklären. Man habe behufs Bevorwortung einer Gesetzeserweiterung darauf aufmerksam gemacht, es werde bei versagter Amnestirung ohnehin Freisprechung vieler Beschuldigten erfolgen und dadurch die Regierung nur compromittirt werden. Diese Ansicht theile er nicht, denn in diesem Falle würde sich das Institut der Geschwornengerichte höchstens als unzweckmäßig bewähren, und sodann bei ähnlichen Ereignissen die üble Folge eintreten daß man andere Gerichte — das Standrecht — einführen müsse, wovor Gott bewahren möge. Graf v. Arco-Valley: Die Frage hat nach meiner Ansicht drei Gesichtspunkte, den der Humanität oder Nächstenliebe, den des Rechtes und den der Staatsklugheit. Verzeihung, Versöhnung, Niederschlagung und Vergessenheit des Geschehenen sind gewiß sehr schöne Klänge die jedem edlen Herzen angeboren sind.

Vergib deinem Beleidiger, liebe deinen Nächsten wie dich selbst, das sind ewige Worte im Buch der Bücher niedergeschrieben. Auch kostet es so wenig mit einigen philanthropischen Phrasen Verzeihung zu begehren; es ist leicht sich mühelosen Ruhm zu erwerben, für einen freisinnigen, aufgeklärten, gesinnungstüchtigen Mann erklärt zu werden; allein hier steht etwas anderes diesem Allem entgegen, es ist dieß die Pflicht; in diesem Saale werden die Geschäfte des Landes von ernsten Männern auf ernste Weise behandelt. Ich muß daher vor allem die Frage stellen: wie sind die Zustände hereingebrochen welche dieses Gesetz nothwendig gemacht haben? Man geht gewöhnlich zurück auf die Zeit wo ein greiser, quasi legitimer König im Februar 1848 durch einen Handstreich vom Throne verstoßen wurde. Ich muß mir erlauben weiter zurückzugehen auf 60 Jahre, auf die Zeit der französischen Revolution, denn Frankreich ist der Spiegel in welchem die Völker ihre Zukunft sehen können, wenn sie die Hände im Kampfe gegen die Revolution sinken lassen. Es lohnt sich daher der Mühe der Revolution auf ihren Heucheleien und Schleichwegen nachzuspüren. Die Revolution begann mit allen Waffen des Spottes wie der Gelehrsamkeit den Kampf gegen den Glauben zu führen, dann den sittlichen Menschen in einen sinnlichen zu verwandeln und die bestehenden Rechte als Mißbrauch anzugreifen. In Frankreich stand an der Spitze der Monarchie ein König mit den Souveränetätsrechten, eine christliche Kirche, Adel, Städte und Corporationen mit patrimonialen und corporativen Rechten, und die Grundlage des ganzen Gebäudes bildete die Familie mit der väterlichen Gewalt und das Eigenthum mit erblichem Besitz. Was hat die Revolution gethan? Sie hat den Grundsatz divide et impera angewendet und hat in der Nacht vom 4 auf den 5 Aug. zuerst die Rechte des Adels, der Kirche und Corporationen aufgehoben. Was geschah dann? Das Königthum stand nun allein gegenüber der Demokratie auf breitester Basis, und die Geschichte aller Zeiten und Länder hat gelehrt daß so das Königthum in die Länge nicht bestehen könne, auch haben der 21 Jun. 1793 und die Julustage 1830 dieß auf eine traurige Weise bewiesen. Nun stehen noch in Frankreich die Familie und Eigenthum. Allein eben darum hören wir so viel von Communismus und Socialismus, weil die Revolution nur noch gegen diese zwei Rechte sich wenden kann, und das ist das letzte Stadium der Revolution, der Kampf gegen die letzten Güter der Menschheit, der Kampf der die Welt wird erzittern und erbeben machen, und der seine Symptome in Lyon 1832, zu Paris in der Rue Transnonain 1834 und im Jun. 1848 gezeigt hat. Dahin kömmt man wenn man das höchste Princip der sittlichen Ordnung, das Recht, verletzt. Nun sind wir in der wilden stürmischen See, dem Radicalismus eingefahren. Ich erlaube mir der hohen Kammer vor allem das Axiom des Radicalismus vorzulegen. Der Radicalismus sagt immer: „wenn eine Revolution siegreich ist, ist sie eine edle That, hat sie fehlgeschlagen, dann begehrt man von Rechtswegen Amnestie.“ Wie versteht aber der Radicalismus die Amnestie wo er siegreich war? Ich erlaube mir der hohen Kammer einige Thatsachen vorzulegen, und werde nachweisen wie die Revolution die Amnestie versteht. Ich werde nachweisen wie der Radicalismus den furchtbarsten Terrorismus übt dort wo er herrscht, werde nachweisen welche Drohungen der Radicalismus ausstößt wenn er vertrieben ist. Ich erlaube mir, diese Thatsachen der hohen Kammer vorzulesen. Deutschland, Bayern sieh in den Spiegel deiner Zukunft, wenn du dich schwach finden lässest. (Nun führt der Redner eine Menge von Erscheinungen der letzten Jahre aus der Schweiz, Baden, der Pfalz an, um den Radicalismus in seinen Excessen, seinen Drohworten und Blutgelüsten zu zeichnen, dann schließt er): Nun komme ich zum Schluß, und erkläre daß ich den Anträgen des Hrn. Referenten ohne die Modificationen des Ausschusses beistimme. Ich bin nun zu Ende, muß mich der Macht unterwerfen welche die einen die Königin der Welt, die anderen die Mutter vieler Irrthümer nennen, ich meine der öffentlichen Meinung. Wie das Urtheil ausfallen wird, darüber habe ich keinen Zweifel; nur zwei Thatsachen wünsche ich anerkannt zu sehen: daß ich nicht nach Popularität haschte, und daß ich die Unabhängigkeit meiner Gesinnungen zu wahren suchte. Reichsrath v. Maurer: Es handle sich bloß darum einen Maßstab für eine specielle Amnestie zu finden. Dieß sey aber äußerst schwierig, da alle näheren Data hiefür fehlen, und darum würde er es lieber gesehen haben wenn der Regierung ganz allgemein das Recht der Amnestirung eingeräumt worden wäre, da nur sie in der Lage sey, zu beurtheilen wie weit nach Umständen in dieser Beziehung gegangen werden könne. Ueberdieß würde dadurch die Regierung früher haben amnestiren können und nach dem Satz bis dat qui cito dat sich das ganze Land zu Dank verpflichtet haben. Aus eben diesem Grund möchte er nun die Modificationen der Abgeordnetenkammer angenommen sehen, um der Sache ein Ende zu machen, da sonst die Aufregung forterhalten und dem Zweck der Amnestie — Versöhnung der Gemüther — entgegengearbeitet werde. Ein weiterer Grund hiefür sey noch daß die Kammer gar nicht in der Lage sey zu bemessen wie weit gegangen werden dürfe, während in der andern Kammer sehr viele Mitglieder aus den betheiligten Provinzen mitberathen welche den rechten Maßstab angeben konnten und, wie er glaube, auch gefunden haben. In den Provinzen erwarte man eher mehr als weniger, so daß also das Gebotene das Minimum dessen sey was man erwarte. Bei Amnestirungen müsse man sich in die Lage der zu Amnestirenden versetzen. Denke man nun an die Zeit wo die Thatsachen vorfielen, so werde jeder gerne zugeben daß die Sache weit milder zu beurtheilen ist, indem damals der größte Theil, Hoch und Nieder, den Kopf verloren gehabt habe. Diese Kopflosigkeit habe weit geführt, zumal nicht die nöthige Hülfe dagegen vorhanden gewesen sey, viele sonach gewaltsam fortgerissen wurden, was er jedoch nur als Thatsache anführen wolle und keineswegs als Vorwurf nach irgendeiner Seite. Endlich glaube er daß es schon darum Pflicht dieser hohen Kammer sey, der zweiten Kammer beizustimmen, weil daselbst nicht geringer Muth dazu gehörte nicht weiter gegangen zu seyn und dem Drängen der Wühler nach Erweiterung nicht nachgegeben zu haben. (Beschluß folgt.)

*† **München,** 18 Dec. Ich bin in den Stand gesetzt Ihnen in Bezug auf die schon seit einigen Wochen in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von bayerischen Separatbündnissen mitzutheilen, daß dieselben nach den verlässigsten Erhebungen aller und jeder Begründung entbehren. Es ist gänzlich unwahr daß am 15 Sept. ein Bündniß „der vier Königreiche“ abgeschlossen worden, oder auch daß gegenwärtig ein solches bestehe. Diese Nachricht hätte übrigens meines Erachtens schon um deßwillen volles Mißtrauen einflößen sollen weil weder Sachsen noch Hannover sich von dem preußischen Bunde vom 26 Mai d. J. losgesagt haben. Besprechungen über die deutschen Angelegenheiten mögen unter den „vier Königreichen“ stattgefunden haben oder stattfinden, aber gewiß in keiner anderen Gesinnung als wie solche mit der österreichischen oder preußischen Regierung auch eintreten, um endlich zu dem ersehnten Ziele einer definitiven Einigung zu gelangen. Nicht minder unbegründet ist das Gerücht von einem mit Oesterreich geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse Bayerns, wie ich Sie auf das bestimmteste versichern kann. Sie haben wohl gethan dergleichen Nachrichten keinen Raum in Ihrem Blatte zu geben. Es ist seltsam wie manche Leute es sich nun einmal nicht ausreden können oder wollen daß Bayern Sonderabsichten in Deutschland verfolge. Ein Separatbündniß muß es geschlossen haben, heute auf dieser, morgen auf jener Seite. Noch ein drittes Gerücht will ich berühren, die Kunde von einem bayerischen Anrufen brittischer oder französischer Intervention in der deutschen Sache, welches sich nach meiner Erkundigung rein aus der Luft gegriffen darstellt. Ich kann Ihnen nach besten Quellen die Versicherung geben daß die bayerische Regierung keinem anderen deutschen Staate an Entschiedenheit nachstehen würde um die wirkliche Einmischung einer auswärtigen Macht in die deutschen Verfassungsangelegenheiten zurückzuweisen. Man hätte übrigens zu viel zu thun, wollte man zum Behufe der Widerlegung Analekten aus jenen deutschen Zeitungen sammeln welchen der bayerischen Regierung irrthümliches oder falsches unterzuschieben zur besonderen Aufgabe geworden zu seyn scheint.

München, 18 Dec. Heute Abend haben JJ. MM. der König Max und die Königin Marie ihre Wohnungen im Königsbau bezogen. Se. k. H. der Prinz Wilhelm von Preußen, Vater J. Maj. der Königin, ist, obgleich unwohl, von Nymphenburg mit hereingekommen. (N. M. Z.)

⊙ **München,** 19 Dec. Der Tod des Erzherzogs Ferdinand von Este verfehlt nicht hier, und insbesondere am Hof, einen tiefen Eindruck zu machen, da derselbe ein Bruder des mit einer bayerischen Prinzessin vermählten Herzogs von Modena ist. — Die Nachricht von der Errichtung eines Polizeipräsidiums scheint sich zur Zeit noch nicht zu bestätigen. Von der Unterordnung der hiesigen Polizeidirection unmittelbar unter das Staatsministerium des Innern, wie solches in andern großen Hauptstädten auch der Fall, ist schon zu verschiedenen Zeiten die Rede gewesen, und möglich daß dieser Gegenstand wiederholt in Anregung gekommen ist. Aber ich habe Grund zu zweifeln daß die Ausführung, zumal unter der Bezeichnung „königl. Polizeipräsidium“, schon demnächst oder in Bälde ins Leben trete.

‖ **München,** 19 Dec. Die Abgeordneten beschäftigten sich heute mit den gestrigen Beschlüssen der Reichsräthe über das Amnestiegesetz. Hier bot zunächst der Art. 5 sowohl in Nr. 2 als 3 eine Differenz. Die erste besteht darin daß die Reichsräthe in der Fassung der Abgeordneten, wonach jene von der Amnestie ausgeschlossen bleiben die „unmittelbar“ zum Umsturze der Verfassung aufgefordert haben, das Wort „unmittelbar“ streichen wollen. Der Ausschuß der Abgeordneten begutachtet dem beizutreten. Es geschieht dieß auch, zugleich wird aber nach längerer

Debatte und mit Beseitigung eines weiter gefaßten Antrags Wallersteins ein neuer Zusatzantrag von **Weiß** einstimmig angenommen, lautend: „Dagegen sollen diejenigen von der Amnestie nicht ausgeschlossen seyn welche zur Einführung der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung auf anderem Wege als dem der gewaltsamen Revolution durch Wort oder Schrift aufgefordert haben." Der Antragsteller erläutert auf Befragen Wallersteins diesen Zusatz dahin daß durch ihn allerdings auch jene amnestirt seyen welche Gut und Blut für jene Verfassung zu opfern sich bereit erklärten, oder zur Bewaffnung für deren Schutz aufforderten. Minister v. **Kleinschrod** befürwortete diesen Antrag, glaubt aber dessen Interpretation den Gerichten überlassen zu sollen. Die weitere Differenz über Art. 5 Nr. 8 besteht darin daß die Kammer der Reichsräthe auch diesseits des Rheines die Staats- und Gemeindebeamten, Anwälte, Geistliche, Notare und öffentliche Lehrer von der Amnestie ausschließen will. Die Abgeordneten beharren auch heute einstimmig auf der Ablehnung dieser Bestimmung. Hingegen wird der ersten Kammer durch Majorität darin nachgegeben daß in einem neuen Artikel Nichtbayern von der Amnestie ausgeschlossen werden. Den Wunsch wegen der Studenten hatten die Reichsräthe zweimal abgelehnt, und so lassen ihn die Abgeordneten heute fallen. Minister v. **Ringelmann** gibt die Versicherung: die Regierung werde auch ohne förmlichen Antrag die Wünsche nicht unbeachtet lassen und zwischen Verführten und Verführern unterscheiden. Hiemit ist das Amnestiegesetz zum drittenmal durchgearbeitet und geht nun wieder an die Reichsräthe. Auf eine Interpellation von **Prinz** sichert Minister v. d. **Pfordten** zu daß die Regierung vielleicht noch in dieser Woche ein Gesetz wegen Entschädigung für den in Ludwigshafen im Frühjahr erlittenen Schaden einbringen werde. Dr. **Jäger** kündigt eine Interpellation an den Kriegsminister an, weil eine halbe Compagnie nach Deidesheim gelegt worden sey wegen einer Versammlung Kleindeutscher — Gagern, Soiron, Gervinus, Häusser ꝛc. — die Tags vorher privatim dort stattgefunden. Schließlich folgte heute ein uninteressanter Vortrag des Petitionsausschusses.

Von unserm Kammer-Correspondenten ∸ ist uns eine Erklärung zugekommen daß er mit der Appellation des Hrn. Dompropstes v. Allioli an die stenographirten Berichte ganz einverstanden sey. Unser || Correspondent schickt uns, auf Hrn. Dr. Sepps Erklärung, eine Erwiederung, im wesentlichen folgende Inhalts: „Hr. Sepp erhielt an diesem Tage das Wort, lediglich zur Entwickelung eines Antrags. Er benutzte es, indem er eine Rede eröffnete welche, im stenographischen Berichte 11 gedruckte Spalten füllend, noch kein Wort über den Antrag enthielt, aber gerade in persönliche Angriffe gegen Dr. Bayer überging, als ihm der Präsident mit folgenden Worten (s. stenogr. Bericht S. 560) in die Rede fiel: „Ich muß den Redner unterbrechen und muß ihm bemerken daß er wohl widerlegen kann, aber nicht das Recht hat einem Abgeordneten zu nahe zu treten; ich bemerke dem Redner überhaupt daß es sich jetzt darum handelt endlich einmal zur Entwickelung seiner Modification und überhaupt zum Schluß zu kommen." Zu erinnern ist hierbei daß der §. 57 der Geschäftsordnung gerade für den gegebenen Fall dem Präsidenten das Recht gibt einen Abgeordneten „zur Ordnung zu verweisen." Eine bestimmte Formel hiefür ist nicht vorgeschrieben, und es ist sohin der Ordnungsruf allerdings durch die allegirten Worte des Präsidenten gegen Hrn. Sepp erfolgt. Man urtheile nun in welche „Kategorie von Wahrheiten" meine Notiz und in welche Hrn. Sepps Berichtigung gehöre."

Württemberg. ≈ **Stuttgart**, 18 Dec. In diesen Tagen wird das Gesetz über Einziehung des Postlehens auf Grund des §. 39 der deutschen Grundrechte im Regierungsblatt erscheinen. Die Publication erfolgt auf den Andrang der Stände (?) trotzdem daß das Reichsministerium dieselbe für wirkungslos erklärt hat. Sie haben die erste Verfügung desselben abgedruckt. Ich sende Ihnen nunmehr auch die weitere vom 16 Nov. Sie lautet: „Das Reichsministerium des Innern an das königlich württembergische Ministerium des Innern zu Stuttgart. Durch diesseitige Verfügung vom 6 Jun. l. J. wurde die königlich württembergische Regierung aufgefordert sich bis weiter der beabsichtigten Aufhebung des zwischen dem württembergischen Staat und dem Hause Thurn und Taxis hinsichtlich der Postanstalten bestehenden Lehensverbandes zu enthalten und bei derselben gegen jedes fernere Voranschreiten in dieser Sache bis weiter Inhibition eingelegt. Die Regierung Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs-Reichsverwesers glaubte nach Erlassung dieser Inhibition sich der zuversichtlichsten Erwartung hingeben zu können daß bis zu erfolgter definitiver Entschließung über die Reclamation des Fürsten Thurn und Taxis keinerlei einseitige Schritte von Seiten der königlich württembergischen Regierung in dieser Sache erfolgen würden, vielmehr jener provisorischen Verfügung nachgelebt werde. Mit nicht geringem Befremden hat dieselbe daher aus einer Anzeige der fürstlichen Generalpostdirection vom gestrigen die Erklärung des königlich württembergischen Ministeriums des Innern entnommen daß die württembergische Regierung bei dem während der Vergleichsverhandlungen sich ergebenen großen Abstand zwischen Forderung und Angebot nunmehr zur Publication des die Aufhebung des Lehensverbands anordnenden Gesetzes schreiten müsse. Wenngleich die provisorische Centralgewalt inzwischen durch anderweitige Umstände verhindert war definitive Entschließung in der vorliegenden Sache zu fassen und auch dermalen, bei dem nahe bevorstehenden Eintritt der Bundescommission, Anstand nehmen muß solche zu erlassen, so kann doch über ihre Verpflichtung, sowie Berechtigung jene provisorische Verfügung bis zu erfolgter schließlicher Erledigung aufrecht zu erhalten nicht das mindeste Bedenken obwalten, und der Unterzeichnete gibt sich der Hoffnung hin daß auch die württembergische Regierung bei nochmaliger Prüfung der in dem Erlasse vom 6 Jun. l. J. entwickelten Gründe von jedem ferneren Vorangehen in der fraglichen Sache um so mehr abstehen werde, als dasselbe ohnedieß von keinen rechtlichen Wirkungen seyn könnte. Indem der Unterzeichnete um gefällige Empfangsanzeige des Gegenwärtigen bittet, gibt er sich die Ehre die Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. Frankfurt, 16 Nov. 1849. Reichsministerium des Innern. Der Minister (gez.) Detmold. Ueber den weiteren Gang der Sache wird die Zukunft entscheiden. Ich trage Bedenken ein vorgreifendes Urtheil auszusprechen.

Stuttgart. Der Schwäbische Merkur erklärt die in einige dortige Blätter übergegangenen Ministerwechselgerüchte als durchaus ungegründet. Das Deutsche Volksblatt selbst, das gestern jene Gerüchte aufgenommen, sagt heute: der König steht im besten Einvernehmen mit dem Ministerium. Dann fügt es bei, die Majorität der Commission wolle die Steuern nur bis zum 15 Febr. bewilligen. Auch die Minorität (Fraction Römer) scheine nicht geneigt viel weiter zu gehen. Das Blatt schließt seine Betrachtungen über die parlamentarische Lage mit einem auf Auflösung dringenden Votum: „Es zeigt sich in diesem gesetzgebenden Körper nur sehr wenig Achtung vor dem bestehenden Recht; wer das alte nicht achtet, wie soll der mit Glück ein neues machen? Wie kann derjenige einen guten Vertrag zum Heil abändern der ihn für gebrochen, für aufgehoben erklärt? Die unter allen, selbst halbcivilisirten Völkern geltende Regel daß die bestehenden Gesetze als gültig zu betrachten sind bis sie durch neue ersetzt sind, ist von der Revidirenden factisch nicht anerkannt worden. Die Beleidigungen des Rechtsgefühls welche sich die Mehrheit erlaubt, trat er aber am grellsten in den gestrigen Verhandlungen hervor, wo gegen den sonnenklaren Buchstaben der Verfassung und gegen das constitutionelle ABC beschlossen wurde zur Fortsetzung der schon vor Eröffnung statthabenden Untersuchungshaft des Abg. Ruoff die Einwilligung zu versagen und diesen Beschluß dem Untersuchungsrichter zu notificiren. Für die Freiheit ist da nichts zu hoffen wo der Sinn für das Recht fehlt. Alle schönen Namen sind eben Namen, alle gut klingenden Sprüche sind [illegible] Phrasen. Die Regierung kann, wenn sie das Wohl des Landes, welches durch die Haltung der Mehrheit in die ernstlichsten Conflicte nach außen verwickelt werden müßte, ins Auge faßt, wenn sie bedenkt daß das Revolutionsrecht den im Winter müßigen Köpfen viel leichter sich einprägt als das wahre gesunde Recht, die Revisionsversammlung nicht lange mehr fortschalten lassen."

Die **Württemb. Ztg.** enthält nur einen kleinen Leitartikel, überschrieben: „Die letzten Stunden der Landesversammlung." Es ist darin auf die Wahrscheinlichkeit gedeutet daß eine Auflösung erfolge nach Abmachung des Geld- und Recrutengesetzes, und wenn die Versammlung noch einige Competenzüberschreitungen sich erlaubt habe. Anlaß zu diesem Vorwurf biete der ebengefaßte Beschluß über den verhafteten Abgeordneten Ruoff: „Eine noch auffallendere Entscheidung der Versammlung kann auf den dringlichen Antrag des Abg. Feihl erfolgen: den Abg. Ludwig Seeger (welcher derzeit einen 6wöchentlichen Strafarrest zu Hohenasperg ersteht) sogleich freizugeben, damit er dem wichtigen Berufe eines Volksvertreters obliegen könne. Gesetzliche Gründe für einen solchen Antrag gibt es bis jetzt nicht. Aber einem souveränen gesetzgebenden Körper ist nichts unmöglich, und mit Zweckmäßigkeitstheorien kann man weit kommen."

Die **Laterne**, die schon früher Römer sein Benehmen gegen den Adel vorgeworfen hatte, von dem er doch selbst habe gestehen müssen daß er große Opfer mit Würde und ohne Murren gebracht, entgegnet heute auf die gestern kurz berührten Artikel der Württemb. Ztg.: „Wie schadenfroh auch die Württemb. Ztg. sich die Hände reibt, so wäre sie doch besser daran an die Brust zu schlagen und auszurufen: **mea culpa, mea maxima culpa!** Denn wem anders verdankt man die verzwickten Verhältnisse unter denen das Land seufzt als den Patronen der Württembergerin, die zu spät oder zu früh vom ministeriellen Schauplatz abgetreten sind. Zu spät — denn ihre Zeit war um als sie das unglückliche Wahlgesetz in der Kammer guthießen. Zu früh — weil sie die Consequenzen daraus von Rechtswegen hätten tragen sollen. Ihnen steht es also keineswegs an dem Ministerium ein Schnippchen zu schlagen, weil es ehrlich genug war ihre Erbschaft anzutreten."

Das neueste Regierungsblatt enthält wirklich das Gesetz, betreffend die Aufhebung des zwischen dem Staate und dem fürstl. Hause Thurn und Taxis bestehenden Lehenverbandes hinsichtlich der königlichen Posten. Es lautet: „Wilhelm, König von Württemberg. Nachdem die Unterhandlungen welche wegen Aufhebung des zwischen dem Staate und dem fürstl. Hause Thurn und Taxis hinsichtlich der königlichen Posten bestehenden Lehenverbandes im Wege der freien Uebereinkunft gepflogen worden sind, zu einem befriedigenden Ziele nicht geführt haben; so verkündigen Wir nunmehr das nachstehende — von Uns, nach Vernehmung Unseres Geheimenrathes und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, beschlossene und schon am 6 Jul. d. J. sanctionirte Gesetz, welches unter Beifügung des Vollzugstermins also lautet: Zu Vollziehung des §. 39 der Grundrechte verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimenrathes und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, über die Verwaltung der Posten, wie folgt: Art. 1. Der durch Vertrag vom 27 Jul., 9 Sept. 1819 begründete Lehensverband zwischen der Krone und dem fürstl. Hause von Thurn und Taxis hinsichtlich der Posten lößt sich mit Ablauf des 31 Dec. des gegenwärtigen Jahres auf u. s. f."

Joseph Fickler ist gegen eine Caution von 1000 fl. von Hohenasperg entlassen.

Nassau. **Wiesbaden,** 16 Dec. Die constitutionelle Partei in Nassau beschäftigt sich mit den Vorbereitungen für die Wahlen nach Erfurt, während die demokratische, wenigstens theilweise, sich dahin ausgesprochen hat sich an diesen Wahlen nicht betheiligen zu wollen.

Gr. Hessen. **Gießen,** 16 Dec. Im gestrigen Wochenblatt bringt der Wahlcommissär Regierungsdirigent Küchler zur öffentlichen Kenntniß, „daß der gewesene Professor Hr. Karl Vogt zu Gießen in dem Wahlbezirk Gießen zum Abgeordneten für die zweite Kammer durch Stimmenmehrheit erwählt worden ist." Andrerseits ist Vogt von dem Criminalgericht vorgeladen worden sich über Verschiedenes vernehmen zu lassen.

K. Hannover. **Göttingen,** 13 Dec. Ein von den Professoren Hansen, Waitz und Ribbentrop unterzeichneter Aufruf fordert zu Beiträgen für diejenigen Geistlichen und Beamten in Schleswig auf, welche durch ihr Festhalten an der gerechten Sache Schleswig-Holsteins in Folge der neuesten Ereignisse von ihrem Amte suspendirt und brodlos geworden sind. Bei den großen materiellen Verlusten welche die Herzogthümer in jüngster Zeit erlitten, steht zu befürchten daß jene Männer ohne die Unterstützung Deutschlands in arge Noth gerathen.

H. Braunschweig. **Braunschweig,** 16 Dec. Die Deutsche Reichsz. sagt über die Militärconvention, daß eine solche Abtretung der Militärhoheit weder geschehen ist noch geschehen wird. „Wohl aber scheinen Unterhandlungen über eine Militärconvention mit Preußen in zum Theil ähnlicher Weise wie mit Mecklenburg-Schwerin stattzufinden und sich dem fast allgemein gewünschten Abschlusse zu nähern ohne daß man, wie der hannover'sche Correspondent zu besorgen scheint, sich diesseits zu einem mediatisirten Lande degradiren will." Gestern hat der hiesige vaterländische Verein die ersten Schritte zur Bildung eines Centralcomité behufs Leitung der Reichstagswahlen für das Herzogthum gethan.

Preußen. ∇ **Berlin,** 15 Dec. Die zweite Kammer beendete in ihrer gestrigen Abendsitzung die Berathung der abweichenden Beschlüsse der ersten Kammer. Die Artikel 69, 71, 74, 79, 103, 106 und 111 der Verfassung wurden nach der Revision der ersten Kammer angenommen. Sie enthalten unter andern die Bestimmungen daß jeder zum Abgeordneten Wählbare drei Jahre dem preußischen Staat angehört haben muß; daß zur Aenderung der Verfassung zwei Abstimmungen nöthig sind, zwischen denen ein Zeitraum von 21 Tagen liegen muß. Dagegen wurden die Artikel 68, 77, 78, 83, 84, 108, 98, 99 und 104 abgelehnt. Für den Satz: daß diejenigen Mitglieder der zweiten Kammer die am Sitz der Kammer ihren Wohnsitz haben, keine Diäten bekommen sollen, erhob sich niemand. Die Beschlüsse der ersten Kammer, wonach Art. 108 (fortgehende Steuererhebung) stehen bleibt und der alte Etat bei verzögerter Feststellung des neuen noch zwölf Monate Geltung behält, wurden in namentlicher Abstimmung mit 197 gegen 99 Stimmen (worunter die der Minister) verworfen. Bei Art. 111 hat die erste Kammer die Worte: „Sollten durch die für Deutschland festzustellende Verfassung Abänderungen dieser Verfassung nöthig werden" so gefaßt: „Sollten durch die für den deutschen Bundesstaat auf Grund des Entwurfs vom 26 Mai d. J. festzustellende Verfassung Abänderungen der gegenwärtigen Verfassung nöthig werden ꝛc." Die äußerste Rechte verlangte namentliche Abstimmung und stimmte gegen den Beschluß der ersten Kammer. Dieser wurde mit 226 gegen 59 Stimmen angenommen; die Minister stimmten mit Ja. Zum Schluß bemerkte der Präsident, er werde die heutigen Beschlüsse der ersten Kammer zuweisen, mit der Bitte sich ihnen zu accomodiren oder wenn dieß nicht überall geschehe, die berathenen Titel mit den verschiedenen Beschlüssen beider Kammern der Regierung zugehen zu lassen.

Magdeburg, 14 Dec. Der „Verein zur Wahrung der Volksrechte" hat heute durch eine öffentliche Erklärung jede Betheiligung an der Wahl zum Erfurter Reichstag auf das entschiedenste abgelehnt, indem er sich Punkt für Punkt mit einer Auslassung von Rodbertus — die mit den Worten: „Ich bin entschieden gegen die Wahl!" beginnt — einverstanden erklärt. Da die gesammte Demokratie der Provinz Sachsen und darüber hinaus die leitenden Grundsätze des „Vereins zur Wahrung der Volksrechte" zu den ihrigen macht, so ist die erwähnte Erklärung von wahrlich nicht untergeordneter Bedeutung. (Köln. Ztg.)

Oesterreich. — **Wien,** 16 Dec. Es war in den letzten Wochen die Hoffnung auf Entschädigung für die Kossuthnoten auf irgendeine Weise wieder belebt; das Pesther Handelsgremium hatte eine Deputation nach Wien geschickt um in dieser Richtung die geeigneten Schritte zu thun, und im Publicum verbreitete sich die Nachricht daß dieselbe mit ihrer Bitte wenigstens nicht ganz abgewiesen sey. Dem entgegen wird nun aus „bester Quelle" versichert „daß das Ministerium, obwohl die Größe und den Umfang der dem Lande durch die unbefugte Ausgabe der Kossuthnoten widerfahrenen Calamität genau würdigend und beklagend, dennoch weder einen Rechtsgrund noch zureichende politische Motive erkannte welche ihm gestattet hätten der Deputation einen anderen als abschlägigen Bescheid zu ertheilen." Die gegenwärtige Finanzlage des Staates ist zu drückend als daß selbst bei dem besten Willen das Ministerium sich im Stande sehen sollte den Anforderungen der Ungarn in dieser Beziehung auch nur theilweise zu genügen. Die Papiernoth entwickelt sich täglich mehr. Zwar hat das Finanzministerium angeordnet daß, da das Zerschneiden der Münzscheine nicht geduldet werden könne, bei halben Münzscheinen nur dann Entschädigung zu leisten ist wenn eine zufällige Beschädigung außer Zweifel steht; aber wie soll denn der kleine Verkehr sich einrichten, da jetzt das Publicum mit der ängstlichen Sorgfalt auch die neuen Silbersechser, die bekanntlich nicht einmal den Vollwerth der bisherigen Scheidemünze enthalten, der Circulation zu entziehen bemüht ist? Eine neue im Ausland zu contrahirende Anleihe wird am Ende das einzige Mittel zur Abstellung des Uebels bleiben, selbst wenn man damit der europäischen Geldaristokratie ein Zugeständniß machen müßte.

⅄ **Wien,** 17 Dec. Gewiß wird schon zu Ihnen die Kunde gedrungen seyn daß es in Komorn zu einer Soldatenemeute gekommen sey, die viel Blut gekostet habe. Ich glaube Ihnen aus verläßlicher Quelle versichern zu dürfen daß hieran ebensowenig wahres ist wie an den hier allgemein verbreiteten Gerüchten von Unruhen in Salzburg, Mailand und Frankfurt a. M. — Der Tod des Erzherzogs Ferdinand d'Este erregt hier aufrichtige Theilnahme; er war wegen seines edeln Charakters und seiner Mildthätigkeit allgemein verehrt. Seine Gemahlin, die Erzherzogin Elisabeth Franziska Maria, wird sich zu ihrer in Wien weilenden Schwiegermutter, Erzherzogin Maria Dorothea, begeben. Der Hof wird 4wöchentliche Trauer anlegen. In Pesth wurde der Termin zur Einbringung der Kossuthnoten bis zum 31 l. M. verlängert.

(Oesterr. Corresp.) Die in Folge der Durchführung der politischen Organisation nothwendig gewordene Besetzung der neusystemisirten Dienststellen ist für mehrere Kronländer bereits erfolgt, und steht auf dem Punkt veröffentlicht zu werden. Für Kärnthen ist der bisherige Gubernialrath Frhr. Johann v. Schloißnigg als Statthalter, der Villacher Kreishauptmann Hr. v. Blumfeld als Statthaltereirath ernannt worden. Frhr. v. Mecséry ist als Statthalter, Hr. Ziwna als Statthaltereirath für das Kronland Böhmen bereits beeidigt worden. Für Krain ist Graf Gustav v. Chorinski, der bisherige Landeschef des Erzherzogthums Oesterreich unter der Enns, als Statthaltereirath der Hofrath v. Hohenwarth, für Tirol Cajetan Graf v. Bissingen-Nippenburg als Statthalter, Lothar Graf v. Terlago als Statthaltereirath ernannt worden.

Großbritannien.

Der Indépendant Belge meldet: Königin Victoria sey wieder gesegneten Leibes, und zwar im vierten Monat; der englischen Gesandtschaft in Paris sey am 7 Dec. die Anzeige zugekommen. Das ist glaubhafter als bei der Königin Isabelle von Spanien.

Die irischen Grundeigenthümer sind — wie die Times sich spottend ausdrückt — dem protectionistischen „Pronunciaminto" in England gegen die Handelsfreiheit beigetreten, und zwar mittelst einer Monster-Petition, welche der Graf v. Glengall entworfen hat und jetzt im Lande zur Unterschrift circuliren läßt. Sie versichern darin daß sie, die durch die Armensteuer und die neuere Extra-Hülfssteuer so schwer belasteten, zu Grunde gehen müssen wenn Regierung und Parlament sich nicht eines bessern besinnen. Zugleich wollen die protectionistischen Blätter wissen: Graf Clarendon selbst, der Lordstatthalter von Irland, habe den Ministern seinen Collegen vorgestellt: entweder müsse neuerdings eine Geldunterstützung von 8 bis 10 Millionen Pf. St. für Irland (resp. die irischen Grundeigner) votirt, oder diesen durch Wiedereinführung eines Schutzzolles für die

Feldfrucht unter die Arme gegriffen werden. Die Times stellt das aber entschieden in Abrede. Dieses Journal liegt jetzt im Kampf mit dem Geschichtschreiber Alison — dem „mildern Gibbon unserer Tage," wie es ihn nennt — der sich in Blackwood's Magazine für das Schutzsystem ausgesprochen hat. Lord Stanley's Sohn, ein junges Mitglied des Unterhauses, bereist dermalen die westindischen Inseln, um die Interessen der Pflanzer kennen zu lernen, und dann, als Lord George Bentincks Nachfolger, das Ministerium auch von dieser Seite anzugreifen.

Der Punch versinnlicht die bittern Klagen des Admirals Sir Charles Napier über Geldverschleuderung im englischen Schiffsbau durch tolle Experimente, plötzliches Umspringen von einem System zum andern u. s. w., in einem Bild. Auf einem Werft, wo alles wirr durcheinander sägt und hämmert — Punch ist selbst unter den Schiffsbauern — erscheint, vom brittischen Löwen begleitet der Napiers grämliche Züge trägt, Göttin Britannia und spricht: „Ich sag' euch was, meine Jungen! wenn ihr so fortfahrt eure Sachen zu verderben, so mag ich nicht mehr die Wogen beherrschen (rule the waves) für euch." — Indessen diese Experimentirwuth beschränkt sich nicht auf die Kriegsmarine. Die königliche Dampf-Yacht „Victoria and Albert" kostet in Folge vieler Abänderungen in der Maschinerie, der Cajütenverzierung u. s. w., bereits über 200,000 Pf. St. Das heiße, meint Daily News, für das Vergnügen des Hofs doch gar zu cavalièrement mit dem Gelde der Nation wirthschaften — denn solche Posten werden außer der Civilliste besonders angerechnet und vom Parlament votirt — und dieß in einer Zeit wo die menschenfreundliche Gesellschaft, welche den Zweck hat den arbeitenden Classen in London geräumigere und gesundere Wohnungen zu schaffen, zwar sehr viel guten Willen, aber bei weitem nicht die nöthigen Fonds aufzubringen vermag. Hunderttausende armer Menschen im Land, deren oft mehrere Familien in einem einzigen kellerartigen kleinen Zimmer beisammen kauern, und darüber an Leib und Seele siech werden, haben alle Ursache die fürstlich logirten Pferde der königlichen und hochadeligen Marställe, ja sogar die wilden Bestien im zoologischen Garten des Regent's Park um ihre Menageriekästen zu beneiden. Alles das im christlichen England.

In England bestehen zwei, auf Kosten der ostindischen Compagnie unterhaltene, Schulanstalten zur Vorbildung für den Militär- und Civildienst in Indien, die eine in Addiscombe, die andere zu Haileybury. Beide sind in blühendem Zustand, und liefern der Compagnie treffliche Zöglinge. In diesen Tagen fanden ihre halbjährigen Prüfungen nebst Preisvertheilung statt, welchen der Generalmajor Sir Archibald Galloway, zur Zeit Vorsaß des Directoriums der ostindischen Compagnie, sammt vielen Officieren und Civilpersonen beiwohnte. Die Schüler sind meist Söhne von Officieren und Civilbeamten der Compagnie. Die „Gentlemen-Cadetten" haben, außer den kriegswissenschaftlichen Gegenständen, jeder eine oder mehrere der jetzt in Indien heimischen Sprachen zu erlernen; in dem Civil-Institut wird überdieß Sanskrit, Persisch und Arabisch gelehrt. Die orientalische Philologie florirt, scheint es, zur Zeit in England weit mehr als die classische. In Addiscombe studirten im letzten Halbjahr 150 Cadetten, und davon gehen jetzt 47 zur Armee in Indien ab; die Civilzöglinge — „deren Gehirn des alten Rama Geist bewegt (Old Ramus' ghost is busy in their brain)" — können sich, je nach ihren Sprachstudien, für eine der drei, resp. vier, Präsidentschaften entscheiden.

Vor einigen Tagen starb wieder einer von den alten „Peninsular-Officieren," deren Reihen sich mehr und mehr lichten, der Generalmajor Sir E. K. Williams, Oberst des 80sten Infanterieregiments, 70 Jahre alt. Im Jahr 1799 bei dem Feldzug in Holland verwendet, wo er verwundet wurde, nahm er 1806 an der Schlacht bei Maida in Calabrien, 1809 an der Einnahme der Insel Ischia theil. Von da an diente er mit Auszeichnung auf der pyrenäischen Halbinsel, wo er unter anderm der Erstürmung von Badajoz beiwohnte. Er erhielt den portugiesischen Thurm- und Schwertorden, und wurde Ritter-Commandeur des militärischen Bath-Ordens. Von 1837 bis 1848 diente er in Indien, erst in der Bengal-, dann in der Madras-Armee.

David Jennings Vipan Esq., ein warmer Freund der ungarischen Sache, ist zu Tunbridge Wells an den Blattern gestorben. Er lebte früher längere Zeit in Ungarn, wo er mit den Leitern der Opposition enge befreundet war, und nur der „englische Deputirte" hieß. Vipan war ein gründlicher Kenner des Alterthums, namentlich der Verfassungs- und Handelsgeschichte Roms und der griechischen Staaten, und genoß während seines langen Aufenthalts in Deutschland die Freundschaft ausgezeichneter deutschen Gelehrten, Otfried Müllers, Friedrich Thiersch's, der Brüder Grimm u. a. Im vorigen Jahr bei der Erhebung Ungarns war er unter den ersten Engländern welche für dieselbe die Feder ergriffen. Die Recension der Schrift seines Freundes Paget über Ungarn in der British and Foreign Review 1840 ist von Vipan. (Näheres im Examiner vom 15 Dec.)

Frankreich.

Paris, 16 Dec.

Es ist der dritte Tag der Verhandlung über die große Tagesfrage, aber sie wird zuerst aufgehalten durch einen langen Streit über Protokollberichtigungen, indem Hr. A. Thouret unter dieser Form die Constituante gegen den ihr gemachten Vorwurf vertheidigen will daß sie die Getränkesteuer leichtsinnig, ohne vorausgegangne Berathung abgeschafft habe, woraus Ordnungsrufe, Verweisungen auf die Geschäftsordnung sich ergeben, und herüber und hinüber Anzüglichkeiten gewechselt werden. Ein neues Zwischenspiel macht dann die Vorlegung des Schullehrergesetzes. Schon als der Unterrichtsminister Hr. de Parieu zu dem Theil des Entwurfs kommt welcher den Präfecten die Wahl der Schullehrer überträgt, und theils Laien, theils Mitglieder der religiösen Associationen als Candidaten nennt, wird er jeden Augenblick durch Ausrufungen unterbrochen: Stellt sie auch unter die Aufsicht der Gendarmen! Macht einen Paragraphen zu dem Umlaufschreiben an die Gendarmerie! Beauftragt die Kosaken mit dem Unterrichte! Immer besser — also aus den Jesuiten! Es lebe Heinrich V! Es leben die Gendarmen! In diesen Variationen geht es fort, bis die Vorfrage über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs erledigt ist. So ist es über 4 Uhr geworden als Hr. v. Montalembert endlich die Rednerbühne besteigt. Sonst konnte man annehmen daß wenn einer der Hauptredner auftrat, der Schluß einer Debatte nahe sey, denn der letzte Eindruck pflegt auch der entscheidende zu seyn, daher war es Taktik der Parteichefs zuletzt zu sprechen. Unter der Republik, wo die Verhandlungen ungeordneter sind und der parlamentarische Gang sich weniger vorausberechnen läßt, ist man auch von diesem Brauch abgekommen. Doch kann man aus dem enthusiastischen Beifall welcher Hrn. v. Montalembert von der Mehrheit gezollt wurde, mit ziemlicher Sicherheit entnehmen daß sie ihre Meinung über Beibehaltung der Getränkesteuer bereits gebildet hat. Auf die lärmenden Auftritte des Anfangs der Sitzung ist plötzlich tiefe Stille gefolgt, und der Redner beginnt mit einer captatio benevolentiae an die Opposition: Er lobt sie wegen der bis jetzt bewiesenen Mäßigung, er wünscht sich und ihr Glück daß er bei ihren Wortführern kein Echo gefunden der über diese Frage im Land und in der Presse herrschenden leidenschaftlichen Agitation bis zu Drohungen des Bürgerkriegs. Diese Tribüne, sagt er, ist ein Tribunal dem diese Gewaltsamkeiten verantwortlich sind, wo sie überantwortet, vorgeführt, gerichtet, und wenn es seyn kann verurtheilt werden müssen. Dazu will er mitwirken, und nun nach seiner Gewohnheit gerade auf den Feind losgehen. Er sey, bekennt er, weder Finanzmann noch Oekonom, es ist ihm daher weniger um eine Rede zu thun als um einen Act des Muths, denn es gehört Muth dazu um eine Anzahl Collegen zu bekämpfen mit denen er seit zwei Jahren zusammen gegangen, Muth um allen beleidigenden und verleumderischen Benennungen zu trotzen die auf das Haupt der Vertheidiger der Getränkesteuer regnen, Muth um anzukämpfen gegen den populären Impuls, gegen eine Fluth von Petitionen, zumal wenn man wie er das geheiligte Petitionsrecht selbst in seinen Verirrungen achtet. In der Frage unterscheidet er zwei Seiten: eine fiscalische und ökonomische, eine politische und patriotische, jene will er nur nebenbei, diese vornehmlich behandeln, er will seinen Theil Verantwortlichkeit, Impopularität offen nehmen, nicht durch ein stummes Votum. Niemand wird erstaunen, fährt er fort, daß Mitglieder denen wie mir im allgemeinen mehr die moralischen und socialen Interessen der Politik als die materiellen Interessen am Herzen liegen, sich mit einem Gegenstand befassen der auf den ersten Blick, aber mit Unrecht, als ein ausschließlich materieller erscheint. In Zeiten des Friedens kann sich jeder seinen Punkt der socialen Burg zur Vertheidigung oder Befestigung wählen, wenn aber die ganze Burg bedroht, angegriffen, erschüttert ist, eilt der gute Soldat kurzweg auf die Bresche, wo sie auch sey, und setzt daselbst seine Hingebung, seinen Muth, sein Leben ein. Man hat viel und oft von den Gefahren gesprochen welchen die Religion, das Eigenthum und die Familie ausgesetzt seyen. Es ist leicht, ach nur zu leicht sie anzugreifen, aber es ist auch sehr leicht sie zu vertheidigen. Daher hat es auch nicht an Vertheidigern gefehlt. Aber es gibt noch eine andere Sache in der Gesellschaft, allerdings weniger groß, weniger wesentlich als jene drei großen Institutionen, die jedoch nichtsdestoweniger die lebhafteste und tiefste Sorge der guten Bürger verdient. Diese andere Sache ist die Auflage, die Auflage welche ist das Pfand der öffentlichen Sicherheit und Macht, und die in der modernen und demokratischen Organisation der Gesellschaft mit stärkern und zahlreichern Banden als man glaubt, mit der Würde und dem Leben der moralischen Institutionen selbst zusammenhängt. In der That, in einer Gesellschaft gleich der unsrigen, wo es keine Corporationen, keine Traditionen, keine großen erblichen Existenzen mehr gibt, da senken die großen socialen Interessen, der Cultus, die Rechtspflege, der öffentliche Unterricht, alle die großen ausschließlich moralischen

Kräfte ihre Wurzeln in das Budget, in die Auflage. Wenn man also die Auflage vor euch vertheidigt, ist es nicht bloß ein materielles Interesse, es ist ein moralisches Interesse von der höchsten Wichtigkeit, das man mit vertheidigt und beschützt. Wohlan, diese große Sache, diese so verwickelte, so delicate Sache, diese Sache die das Zeichen der gesitteten Gesellschaft ist (denn, bemerkt es, nur unter den wilden Gesellschaften zahlt man keine Steuern), diese Sache die eines der Hauptzeichen der Gesittung unter uns ist, diese große Sache ist angegriffen, systematisch angegriffen durch dieselben Ideen und durch dieselben Menschen welche die Religion, das Eigenthum, die Familie und die ganze Gesellschaft angreifen. Dieser Krieg gegen die Auflage hat auf ziemlich harmlose Weise begonnen, aber bald hat er sich auf der ganzen Linie verbreitet. Eingeleitet mit Angriffen auf das Briefporto, auf die Salzsteuer, greift er, in immer furchtbarern Verhältnissen wachsend, die Getränkesteuer an und wird dabei nicht stehen bleiben. Daher scheue ich mich nicht zu behaupten, dieser Krieg, dieser Kreuzzug gegen die Auflage ist nur eine Form, eine neue Phase des Kriegs gegen die Gesellschaft. An seinem Ziel steht der Triumph des Specialismus. Er wird von Feinden geführt die wir wohl kennen, wir haben sie besiegt auf der Straße, besiegt in den Gesetzen, besiegt im Heiligthum der Gerechtigkeit. Sie suchen jetzt eine letzte Zufluchtsstätte, um uns eine letzte Schlacht zu liefern auf dem Gebiet unserer Finanzen. Man muß sie verfolgen, ihnen den Eingang versperren, man muß, wenn es möglich ist, einen letzten Sieg davon tragen. Ich mache mir keine Täuschung über die Tragweite oder die Dauer dieser Siege, ich halte sie nicht für so entscheidend und vollständig als ich wünschte, aber man muß wenigstens nicht inconsequent seyn im Streit, man muß nicht mit der einen Hand zerstören was man mit der andern erobert hat. Und wer ist es denn der daherkommt um die Thore des Schatzes zu sprengen? Zuvörderst, ich erkenne es, viele gemäßigte Männer und vortreffliche Patrioten, edelmüthige Philanthropen. Denn gerade das ist die Gefahr dieser Seite des socialen Kriegs daß er bestimmt ist der populärste, der verführerischeste zu seyn, und daß er eine Menge Menschen welche das lebhafteste, gerechteste Mitgefühl für die Leiden des Volks empfinden, mit sich fortreißt. Aber in Gesellschaft dieser redlichen Leute ist noch eine Secte Utopisten, die nie andere Finanzen verwaltet haben als die ihrigen, und oft schlecht genug, wenn sie solche hatten, Utopisten ohne wirkliche und praktische Erfahrung der politischen Dinge, die um jeden Preis dieses Land in eine Reihe chimärischer Versuche, verwegener Abenteuer, unheilvoller Improvisationen stürzen wollen wie das Votum vom 29 Mai (die Abschaffung der Getränkesteuer). Ich bin gewiß, die Praxis, wenn sie eine hätten, würde sie aufklären, sie würden schnell daran ihre Erziehung machen. Ich bin überzeugt wenn man diese Utopisten an die Geschäfte brächte, sie würden in einiger Zeit fiscalisch werden, so fiscalisch als Hr. Fould, ich und andere. Aber ich glaube ihr werdet keine Lust haben daß Frankreich die Kosten ihrer Erziehung trage, und mit seinem Ruin das Lösegeld ihrer Chimären bezahle. Nachdem der Redner solchergestalt die ganze Streitfrage auf das Schlachtfeld des Socialismus verpflanzt hat, spricht er seine Bewunderung für das französische Finanzwesen aus, er nennt es eine der schönsten, nachahmungswürdigsten Schöpfungen der Welt, vor der Februarrevolution als das solideste, billigste, wenigst lästige und productivste Abgabensystem allgemein anerkannt, von der starken Hand des Kaisers gegründet, und durch eine Reihe energischer, uneigennütziger und einsichtsvoller Männer unter den nachherigen Regierungen fortgebaut; nennt es einen schreienden Undank nicht zu sehen wie es unendlich besser als das alte vor 60 Jahren; damals habe man die abscheulichsten, die empörendsten Ungleichheiten erlebt, die höhern Classen seyen steuerfrei gewesen, die drückendsten Bürden hätten auf den Armen gelastet, die Verschwendung habe geherrscht, und während jetzt die strengste Rechnungsführung sey, höre man doch ein Geschrei wie nie gegen die Frohnen, daß man glauben könnte es sey ein Tribut den man einem fremden Eroberer entrichten müsse, oder der die Koffer eines Despoten, irgendeines Monarchen in einem persönlichen Interesse fülle. Und diese vielen Jahre her bestünden Civillisten, und all die Monarchen, Ludwig XVI, Napoleon, Ludwig XVIII, Karl X und Ludwig Philipp hätten den für sie ausgeschiedenen kleinen Theil der Auflage ohne Ausnahme in dem wohlthätigsten, gemeinnützigsten Sinn verwendet, die Dürftigen mit zahllosen Wohlthaten überhäuft und die größten Arbeiten der Kunst auf dem Boden Frankreichs hinterlassen. Wohl verlange man von Frankreich 17 bis 1800 Millionen, aber für wen? Für Frankreich selbst, für den Staat, für das Vaterland, für das Publicum, für seinen persönlichen und materiellen Dienst. Für die öffentlichen Beamten: ihre Zahl sey endlos, aber nicht eine Verrichtung werde jemanden für sein Vergnügen, seinen persönlichen Vortheil übertragen, alle widmen ihre Zeit, ihre Fähigkeiten, ihr ganzes Leben dem öffentlichen Wohl, alle seyen Franzosen, keine Fremden, 99 von 100 gehen aus dem Schooß des Volkes hervor. Für Frankreich, seinen Ruhm, seine Wohlfahrt, seine Größe, für das Interesse, den Ruhm und Vortheil jedes seiner Bürger werde das Budget erhoben. Diese Angriffe gegen das Budget, welch ein Verkennen des Gesetzes der neuen Gesellschaft! Auch er sey nicht durchaus Bewunderer dieser Gesellschaft, aber sie würden das artige Wort des Fürsten v. Ligne kennen, das ein so treues Bild der Zeitgeschichte gebe: l'homme se lasse du bien, cherche le mieux, trouve le mal, et y reste, crainte du pire. (Allgemeine Heiterkeit.) Der gesellschaftliche Zustand sey die Demokratie, sie — nicht gerade die Republik — scheine die Bestimmung der neuen Geschichte und des Völkergangs seit mehreren Jahrhunderten zu seyn, und darin bestehe ihre Grundbedeutung daß die öffentlichen Dienste allen zugänglich seyen, aber auch von allen besoldet werden. Sonst würde man augenblicklich ins Mittelalter zurückfallen, zur Feudalmonarchie, zur Aristokratie die alle öffentlichen Aemter bekleidet und freilich nichts verlangt habe weil sie fast alles gehabt. Ob sie dahin zurückwollten? Ob sie z. B. einen Klerus wollten der wieder Grundeigenthümer werde wie er es gewesen? Wenn sie das nicht wollten, so brauchten sie ein Budget der Culte. Ob sie Magistrate wollten die, wie man gesagt, auf den Lilien hinanstiegen, um hohe in ihren Häusern erbliche Würden anzutreten, woron sie einen unermeßlichen Einfluß und ein exceptionelles Uebergewicht, aber keinen Gehalt bezogen? Wenn nicht, so brauchten sie ein Budget der Justiz. Oder ob sie gar Heere wollten wie damals, zuchtlose Banden die in Friedenszeiten bei den Einwohnern in den Häusern gelegen, oder Lehensaufgebote, unterhalten auf Kosten von Standesherren? Sicherlich nicht. Nun, dann wollten sie ein Kriegsbudget: 400,000 Mann und 400 Millionen — das sey die Rechnung. Ein Beispiel liege noch näher. Sie hätten selbst nicht Pairs und Deputirte gewollt welche die Gesetze gratis machten, um der Ehre willen wie ehedem, sie hätten jedem Repräsentanten einen Gehalt von 9000 Fr. geschöpft, den derselbe nicht einmal aufgeben dürfe. (Gelächter.) Mit dem demokratischen Geist sey auch das Budget gewachsen: unter dem Kaiserthum 800 Millionen, unter der Restauration eine Milliarde, unter der Juliusdynastie anderthalb Milliarden, am Tag nach der Februarrevolution 1700 Millionen, und wenn Frankreich eine neue Revolution bekäme, würde es bald zwei Milliarden übersteigen. Und welche Widersprüche! Die am meisten gegen das Budget schreien, bestürmen es unaufhörlich um neue Opfer — heute 3 Millionen zur Unterstützung der Arbeiter, morgen ein Ansinnen für die leidenden Classen, später für unentgeltlichen Unterricht, nämlich einen Unterricht vom Staat bezahlt. Hr. Carnot habe die Kosten zu 49 Millionen berechnet, nach der Schätzung der Démocratie pacifique brauchte man noch ein Budgetsupplement von 152 Millionen. (Gelächter.) Man solle die Erhebungsplackereien abstellen, eine gründliche Untersuchung genüge um allen billigen Ansprüchen gerecht zu werden. Weit blinder als eine Verzehrungssteuer sey die Grundsteuer, die nehme auf keine Mißernte, keinen Hagelschlag Rücksicht, treffe den Armen wie den Reichen gleich. Die Verbrauchssteuer sey eine Auflage auf das Einkommen, eine progressive Auflage, man finde darin den Thermometer des gesellschaftlichen Zustandes, und sie gewähre den Vortheil daß man sie nicht direct den Agenten des Staats, sondern da sie mit dem Preis der Waare verschmelze, dem Nachbar, dem Mitbürger bezahle. Am wenigsten begreife er eine Utopie, die gefährlichste für die Sicherheit und die Popularität der Regierungen, nämlich die Umgestaltung aller Auflagen in eine einzige Auflage, deren Erhebung dem Steuereinnehmer anvertraut würde. (Anspielung auf E. Girardin.) Der Steuereinnehmer sey der wahre Schrecken des Landvolks, das ihn mit seinem Rechnungsauszug mehr fürchte als die Regie mit der Erhebung indirecter Abgaben. Indem der Redner auf die moralische Seite der Getränkesteuer, die Verminderung der Trunkenheit übergeht, bemerkt er: bei dem allgemeinen Stimmrecht sey die Schenke auf dem Land eine wahre sociale Gefahr — Erleichterung des Hausverbrauchs, aber nur keine Vermehrung der Wirthshäuser! Vollends gar die Aufhebung der Octrois, neue Einbuße 80 Mill. — man würde die Städte zu Grund richten um der Kneipen willen. Man würde mit Abschaffung der Getränkesteuer nicht nur dem Staat 105 Mill. verlieren, sondern auch die andern indirecten Steuern bloßstellen, gleich die 117 Mill. des Tabakmonopols. Wie nun die Gegner der Weinsteuer gemeint seyen den Ausfall zu decken? Hr. Douai fordere die Organisation zweier Monopole, des Zuckermonopols und des Alkoholmonopols. Was Hr. Bastiat, der Feind der Monopole, zu einem Project sage das darauf hinauslaufe den Staat zum Großzuckersieder und Großbranntweinbrenner von Frankreich zu machen? (Gelächter.) Schon das Wort Monopol errege Grauen, und nun gar in einem aufgeregten Land zwei Monopole von Gegenständen des gewöhnlichen Gebrauchs! Ein anderer Plan, von Hrn. Laurent, sey noch seltsamer. Derselbe wolle die Getränkesteuer durch ein patriotisches Geschenk der Reichen ersetzen — diese armen Reichen, man lasse ihnen endlich doch auf den Höhen des Bergs selbst Gerechtigkeit widerfahren, traue ihnen Patriotismus und Geld genug zu um dem Staat 105 Mill. zu schenken. Freilich handle sichs nicht ganz um ein freiwilliges Geschenk, denn in dem Plane heiße es: sind be-

rufen zu dem patriotischen Geschenk zu steuern — wie berufen? Durch die Gendarmen. (Allgemeines Gelächter.) Das seyen keine ernsten Hülfsmittel — bleibe die Einkommenssteuer, die Capitalsteuer, eine von beiden oder beide, das sey das Fundament der Wissenschaft der großen Doctoren der Presse welche nach dem Ruhme trachten Frankreich zu heilen, man sehe sie seyen noch nicht recht einig über die Arznei. (Anhaltendes allgemeines Gelächter.) Sie schlagen sich den Leuten über den Köpfen mit Einkommensteuer und Capitalsteuer herum, aber beide Systeme würden immer auf das gleiche zurückkommen — auf eine den französischen Sitten unerträgliche Inquisition. Um den Getränkehändlern eine beschwerliche Cur zu ersparen, würden sie alle Franzosen in die Cur nehmen. Frage man wie sie das Capital eines jeden ausmitteln wollten um es zu besteuern, so könne man sagen hören — sie würde es machen wie das Zollamt, die Vermögen ad valorem tariren. Ob sie wüßten wohin die Invasion der Capitalsteuer führen würde? Zum Bankerott Frankreichs und allen Gräueln des Bankerotts, zu den entsetzlichen Dingen von 1793, wo die Revolutionärs sich die Lebensmittel abgeschnitten und dann genöthigt gesehen Münze zu schlagen — zu dem Schauspiel des Römerreichs im Augenblick der Erscheinung der Barbaren, wo das Grundeigenthum durch den Fiscus jämmerlich ausgesaugt gewesen, zu dem Zustand des Grundeigenthums im Orient wo niemand mehr ein Stück Feld haben möge, wo jedermann sein Vermögen mobilisire wie die Juden im Mittelalter, wo man sich mit Münze, Kleinodien, Juwelen versehe um sich der Habsucht des Fiscus zu entziehen. Nachdem der Redner sich etwas Ruhe ausgebeten und die Sitzung 5 Minuten ausgesetzt war, schließt er mit einer Betrachtung über die Hauptbeweisführung der Gegner, wenn sie sich auf die Impopularität der Steuer, auf die politischen Agitationen im Lande und das große Beispiel der verfassunggebenden Versammlung berufen. Seine Antwort ist: die Agitation besteht, aber sie ist künstlich gemacht, sie besteht nicht in den weinbauenden Departements welche einsehen daß die Abschaffung der Steuer den Weinhandel in seinem jetzigen Bestand zerstören würde, sondern in den rothen und halbrothen Journalen und in den Kneipen. Sie bestand unter der Restauration, unter der Julіusdynastie, immer nur in Folge der politischen Agitation. Und das Votum der verfassunggebenden Versammlung? Sie erließ es nach vollbrachten Wahlen die ihr Todesurtheil besiegelt, mit sterbender Hand dieses unheilvolle Decret das den Dolch in die Brust ihrer Nachfolger stoßen sollte (Bravos rechts), sie erließ es aus Streben nach Popularität, während es keine politische Versammlung, keinen politischen Mann im wahren Sinn gibt, wenn man nicht der Impopularität trotzen kann, die in Zeiten der Revolution fast immer das Leibgeding der wahren Volksfreunde ist. (Stimme: Das hat Guizot gesagt.) Er erkennt zwei Arten von Popularität: die Popularität des redlichen Gewissens, und die Popularität des Augenblicks, der Leidenschaft, der unwissenden, blinden, hingerissenen Massen — eine Popularität, die nie und niemand Segen bringt. Er zeichnet das Schicksal derjenigen die er Höflinge und Götzendiener der falschen Popularität nennt, indem er sichtlich auf Lamartine anspielt: „Man weiß wie ihr Ruhm endet und ihre Sonne untergeht. Oft ist es ihnen nicht einmal vergönnt durch einen blutigen Tod die traurigen Schwächen ihres Lebens zu versöhnen. Sie sind verurtheilt sich selbst zu überleben, sie erlöschen in der Vergessenheit und der Verachtung, und werden so die Beute der Geschichte. Wißt ihr welchen Platz ihnen die Geschichte gibt? Den letzten, ja den letzten, selbst einen niedrigern als den großen Verbrechen, den großen Missethätern, ja einen niedrigeren! Die Geschichte brandmarkt sie weniger, aber verachtet sie mehr." (Murren links. Rechts: Ja! ja! das ist wahr!) Für sich nimmt er die ächte Popularität, die ewige Popularität des Wahren, des Rechten und Rechtschaffenen, und diese wünscht er auch seinen Freunden, seiner Partei und der Nationalversammlung.

Die Debatte über die Weinsteuer wurde gestern, nach fünf langen Sitzungen, noch nicht beendigt, obgleich die Aufmerksamkeit der Versammlung nahezu erschöpft war. Hr. Mauguin wurde kaum, und Hr. Fortoul fast gar nicht mehr gehört, doch verlangte Hr. J. Favre noch zu sprechen, und die Verhandlung wurde auf Montag vertagt. Ohne Zweifel wird aber die conservative Partei der Opposition nicht das letzte Wort lassen. In der Presse ist jetzt nicht selten eine Polemik welche die persönliche Regierung zur Zielscheibe nimmt, und der Moniteur enthält dann, wenn die Angriffe empfindlich sind, die Antwort. So war bemerkt worden General d'Hautpoul habe sich im Jahr 1815 als Günstling des Herzogs v. Angoulême durch eifrigen Royalismus hervorgethan. Darauf wird im amtlichen Blatt erwiedert: gewisse Schriftsteller machen sich's zum Geschäft auf perfide Art die Vergangenheit der von der Regierung für die öffentlichen Stellen auserſehenen Personen zu durchsuchen, aber diese Taktik werde ihnen nicht gelingen. „Der Neffe des Kaisers, heißt es, wird unerschütterlich bleiben. Er hat zur Richtschnur genommen was sein unsterblicher Oheim eines Tags im Staatsrath gesagt hat: „„Durch eine Partei regieren heißt sich früher oder später von ihr abhängig machen. Man wird mich damit nicht fangen. Ich bin national. Ich bediene mich aller derjenigen welche die Fähigkeit und den Willen haben mit mir zu gehen. Das ist die Ursache warum ich meinen Staatsrath zur Constituirung aus den sogenannten Gemäßigten oder Feuillans wie Defermon, Röderer, Regnault, aus Royalisten wie Devaisne und Dufresnes, endlich aus Jacobinern wie Brune, Real und Berlier gebildet habe. Ich liebe die ehrlichen Leute von allen Parteien."" Auch die Mitarbeit des Präsidenten an dem Gendarmeriecircular wird amtlich in Abrede gezogen. Der Präsident, wird versichert, habe erst nachher davon Kenntniß gehabt, billige es aber vollkommen.

♂ **Paris,** 14 Dec. Die Rede Montalemberts macht, wie Sie sich denken können, ungewöhnliches Aufsehen, und der günstige Eindruck den sie auf die Feinde der Revolution hervorbrachte, wird noch durch die Erbitterung erhöht die sie bei den jetzt abgelebten Triumphatoren des Februar erregte. Auf den technischen Theil derselben legt man mit Recht kein sehr großes Gewicht, und wenn auch Schmeichler ihre Bewunderung soweit ausdehnen daß sie in dem leidenschaftlichen Bannerträger der Tradition einen Professor der Staatswirthschaft feiern, so gilt das für eben nichts anderes als ein Compliment. Aber die offensive satirische Seite der Rede wird ohne Rückgedanken, und verdientermaßen von jedem der nicht zu den Getroffenen sich rechnet, gepriesen. Als Philippika ist sie unstreitig ein Meisterstück, und unter dem Gewürm der Revolution, das freilich stets von neuem aus dem uralten Schlamme menschlicher Verderbtheit hervorkriecht, wurde noch nie seit dem Februar mit vernichtenderen Schlägen aufgeräumt. Vor allem fiel die Stelle auf gegen den schmählichen Geiz nach Volksgunst nicht sowohl wegen der Trefflichkeit der in ihr ausgesprochenen aber seitdem es Völker und Wühler gibt unzähligemal wiederholten Maximen, sondern wegen der Anspielung auf einen Mann der als ein zertrümmertes Idol der wandelbaren Zeit ein warnendes Beispiel für kommende Geschlechter geworden ist. Wenn Montalembert sagt: Sie sind dazu verdammt sich selbst zu überleben, sie verlöschen, halb verachtet, halb vergessen und werden so die Beute der Geschichte, so ist das keine allgemeine Betrachtung, kein unpersönlicher Urtheilsspruch gegen die Werber und Bettler um den Weihrauch der Massen; es ist ein Fingerzeig auf eine bestimmte Person. Das ist auf Lamartine gemünzt! ruft wer die Worte liest, und merkwürdig genug kein Blatt nimmt den Mann ernstlich in Schutz; höchstens ein schwaches: das ist zu arg! tönt da und dort. In allem übrigen freilich wird Montalembert tüchtig hergenommen, und nicht bloß die Radicalen zerzausen ihn, auch die Legitimisten zupfen an ihm. Montalembert war nie Legitimist, wie oft auch behauptet wurde er sey es. Seine Opposition gegen die Minister des Juliuskönigthums war nie eine ungesetzliche, und seit der Revolution hat er jede Gelegenheit wahrgenommen um seine Achtung für die im Februar gestürzte Regierung kundzugeben.

Italien.

∸ **Rom,** 8 Dec. Die Rückkehr des Papstes ist und bleibt die Lebensfrage für die Stadt Rom, und es ist daher nicht zu verwundern wenn keine Woche vergeht in der nicht ihre Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von verschiedenen Seiten her gepredigt wird. Die Zweifler und Spötter werden jedoch vorläufig noch Recht behalten wenn sie das ewig wiederholte „Nächstens" für gleichbedeutend mit den griechischen Kalenden erklären. Die erste Frage, welche noch zu erledigen bleibt ist: ob man Pius IX zumuthen kann einen Gesandten mit einem Personal von 30,000 Mann unter Waffen anzunehmen. Den zweiten Zankapfel bildet das Polizeiministerium, welches von dem Triumvirat nur mit dem größten Widerwillen in den Händen der Franzosen gelassen wird. Drittens verlangt man eine Verminderung der französischen Truppenmacht, die allerdings für den nächstliegenden Zweck, die Ordnung zu erhalten, übermäßig groß ist. Ueber diese Schwierigkeiten wäre es nun freilich möglich mit der Zeit zu einer Einigung zu gelangen. Allein auch diese Hoffnung muß schwinden wenn man die letzte Bedingung hört, an welche der Papst seine Rückkehr knüpft: daß er nämlich zu Wahrung seiner Unabhängigkeit eine aus Franzosen und Oesterreichern gemischte Besatzung verlangt. *) Diese Forderung wird Frankreich umsoweniger bewilligen je höher der Einfluß der Oesterreicher in den Provinzen des Kirchenstaats gestiegen ist und noch fortwährend steigt. Ueber ihr Benehmen herrscht nur eine Stimme des Lobes; und schon soll dort der Nationalhaß in dem Maße geschwunden seyn daß man eine geordnete Regierung unter Oesterreichs Scepter dem wieder erstehenden Priesterregiment unbedingt vorziehen würde. Rom

*) Wir verweisen auf den folgenden Brief, der in dieser Hinsicht besser unterrichtet seyn möchte.

selbst, das für seine Befreier noch immer keine Sympathien gewinnen kann, und durch ihre fortdauernde Anwesenheit der Gegenwart des Mittelpunkts seiner Weltbedeutung beraubt bleibt, geht unterdessen immer größerem materiellen Ruin entgegen, von dem es sich selbst durch eine Reihe glücklicher Jahre nicht wird erholen können.

... **Rom,** 9 Dec. Dem Vernehmen nach werden die diplomatischen Verhandlungen über die italienischen Zustände überhaupt, und insbesondere hinsichtlich der römischen Verhältnisse zwar nach allen Richtungen hin mit Thätigkeit betrieben, sie scheinen jedoch — gehemmt durch alle die Schwierigkeiten die sich ihnen aus der verwickelten Lage der Dinge und aus dem überall vorwaltenden Mißtrauen entgegenstellen — nicht einmal zu einem Theilergebniß gediehen zu seyn, insofern es sich vorerst nur um Feststellung des Maßes und des Umfangs handelt in welchem jede der katholischen Mächte der Regierung Sr. Heiligkeit den nöthigen Schutz wider die Bestrebungen der anarchischen Partei factisch zu ertheilen habe. Ueber den Stand dieses Theils der Verhandlungen soll nur so viel gewiß seyn daß vorläufig Frankreich und Oesterreich übereingekommen sind ihre Truppen allmählich aus dem Römischen zurückzuziehen, so daß binnen kurzem das päpstliche Gebiet von denselben geräumt seyn dürfte. Unentschieden, doch einer sehr nahe bevorstehenden Uebereinkunft vorbehalten soll die Frage seyn: ob bei der Rückkehr des Papstes in seine Hauptstadt eine spanische oder neapolitanische Besatzung die französische ablösen soll? Wenn bei Entscheidung dieser Frage die Sympathien und Antipathien der Bevölkerung in Anschlag kommen, so unterliegt keinem Zweifel daß Spanien in dieser Hinsicht der Vorzug gegeben werden wird. Der Papst soll, wie man versichert, auf die Wünsche der Bevölkerung großes Gewicht legen, und trotz der bittern Erfahrungen der zwei letzten Jahre noch ein bemerkenswerthes Vertrauen auf den guten Geist der großen Mehrzahl seines Volks setzen, welches nach den Ansichten Sr. Heiligkeit nur durch Verführung und durch die Künste der demokratischen Propaganda zur Anarchie und Zügellosigkeit verleitet worden sey. Diese Ansicht wäre für die jetzigen Verhältnisse gewiß die zuträglichste, da Vertrauen nur durch Vertrauen erweckt werden kann, und der Mangel des letztern durch keinen, sonst noch so wirksamen äußern Schutz in die Länge zu ersetzen ist.

Turin, 16 Dec. Selbst die Concordia, das demokratischste unter allen Turiner Journalen, gesteht daß die Oppositionspartei in den neuen Wahlen, die nachgerade fast beendigt sind, unterlegen ist. Alle verständigen Freunde nicht bloß Piemonts, sondern Italiens, gewahren dieses Ergebniß mit Freuden; denn sie begreifen daß es in Italien (wie in Deutschland) der atomistisch zerfahrene Demokratismus ist der die gute Nationalsache unberechenbar geschädigt hat. — In Turin erscheint, unter dem Titel einer „kleinen demokratischen Bibliothek," eine wohlfeile Sammlung politischer Schriften zur Volksaufklärung. Die beiden ersten Nummern enthalten Machiavelli's „Principe" und „La Tirannide" von Vittorio Alfieri. Indessen diese beiden berühmten Schriften gehören wohl nur sehr uneigentlich zur demokratischen Litteratur, und sind keineswegs für die Fassungskraft des großen Haufens berechnet. — Graf v. Apponyi, der österreichische Gesandte am sardinischen Hof, ist hier eingetroffen. — Die norditalienischen Berichte aus Rom und Neapel variiren, wie die französischen und deutschen, hinsichtlich der Rückkehr des Papstes nach Rom zwischen einem ewigen Ja und Nein. La Legge läßt sich aus Rom schreiben: Pius IX stütze sich dermalen auf den Kaiser von Rußland, und dieser rathe dem Papst sich nicht den Franzosen anzuvertrauen.

Schweiz.

* **Lausanne,** 10 Dec. Vor der ersten Waadt'schen Revolution und vor 40 bis 50 Jahren war Yverdon eine der lustigsten Lebestädte des Landes, es war da viel wohlhabender Adel aus der Nachbarschaft, und die Damen sollen besonders liebenswürdig gewesen seyn. Bei der großen Wohlhabenheit des Ortes drängten sich Gastmähler und Equipagen. Wie vieles andere hat sich auch dieß geändert! An die Stelle des lustigen Lebens ist in der neuesten Zeit Ernst, Sparsamkeit und religiöser Sinn getreten, besonders ist man seit 1846 sehr der freien, nicht der von der Regierung commandirten Kirche und ihrem Gottesdienst geneigt. Auf dem Schloß in Lausanne sah man dieß umsoweniger gern als Yverdon bei den letzten Gemeindewahlen sehr unradicale Unabhängigkeit gezeigt hatte. So schickte denn der Präfect an einem der letzten Sonntage ein Piket Gendarmen ab, um in Gemäßheit des letzten Verfolgungsedicts den nicht nationalen Gottesdienst auflösen und die Mitglieder auseinander treiben zu lassen. Dieß war um so auffallender und peinlicher, als in Yverdon viele Leute nicht dem Regierungsgottesdienst, sondern der stillen Kirche zugethan sind und damit keinerlei Störung veranlassen. Es sind jetzt Fremde hier die von mehreren Mitarbeitern an der Mazzini'schen „L'Italia del Popolo" und der Galeer'schen „Alliance des Peuples" genaue Kenntniß haben wollen, und behaupten daß es nur die wenigsten aufrichtig und redlich meinen, andere hingegen — zumal C. Heinzen — im Dienst und Sold der „Reaction" ständen. (In der neuesten Zeit hatte Klapka in der Times offen erklärt wenn Heinzen nicht am Rand des Wahnsinns stehe, so sollte man meinen er diene der Reaction.) Dieß ist wohl ein Irrthum, Heinzen wenigstens treibt nur Rache für beleidigte Eitelkeit und Dünkel, in der neuesten Zeit aber Geldnoth zu den lächerlichen Extremen seiner blutrünstigen Rede. So wird auch Struve nachgesagt, er stehe in russischem Sold. Wie möchte das kluge Rußland sein Geld so unnütz (?) verschwenden? Mazzini soll dem Lord Palmerston dienen. — Als Nachtrag zu dem was wir neulich der Allgem. Ztg. über Luzerns politischen und sittlichen Zustand berichteten, fügen wir noch folgendes bei. Bevor es zur Wahl der Föderal-Geschwornen kam, wurden eine Menge Verhaftungen vorgenommen und ausgeführt um unabhängige Leute dadurch als Geschworene unmöglich zu machen. In dem einzigen District von Sursee, der nur $^{1}/_{60}$ der Bevölkerung ausmacht, sind seit zwei Jahren 31 unabhängige, der Regierung mißliebige Männer ohne Urtheil und Recht der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte, besonders bei den Wahlen beraubt. Dazu kommen noch die zeitweiligen Suspensionen, die vor jeder Wahl oft von bloßen Gemeinde-Syndiken verhängt werden, damit diese Leute nicht durch ihre Abstimmung schaden. Da sich die Basler Zeitung in ihrer würdigen und freimüthigen Haltung mehrmals über die radical-despotischen Zustände in Luzern geäußert hat, so ist sie 13 Monate lang im Lande verboten, ja alle die sie empfangen oder andern zu lesen geben werden von den Gerichten verfolgt! Viel erfreulicher ist der politische Zustand unsers benachbarten Wallis. Die feindlichen Parteien nähern, versöhnen und vertragen sich dort immer mehr, und der große Rath ist vom besten Geiste beseelt.

Dänemark.

Kopenhagen, 13 Dec. Im Volksthing sind sowohl die Linke als die Partei der Theilung Schleswigs in der Minorität. Da nun der ganze Volksthing, wie er aus den Wahlen hervorgegangen, mit kaum in Betracht kommenden Ausnahmen aus Landleuten und Beamten (geistlichen und weltlichen) besteht, so hat die Regierung es nicht schwer in Bezug auf die Friedensunterhandlungen, wenn sie im Sinne der Gesammtstaats-Idee der vormärzlichen Bureaukratie gelenkt werden sollen, die Majorität zu gewinnen. (Hamb. Börsenh.)

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 10 Dec. 3proc. $30^{11}/_{16}$; St. Ferdinandsbank 88 P.

Augsburg, 19 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{1}/_{2}$ P. $100^{3}/_{8}$ G. Bankactien II. Sem. 636 P. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württem. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 18 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. 85; 4proc. 67; 3proc. $50^{1}/_{4}$; $2^{1}/_{2}$proc. $44^{1}/_{2}$; Bankactien 1283; 500fl.-Loose $158^{5}/_{8}$; 250fl.-Loose 97; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldsch. $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{3}/_{4}$; Ludwigcanal 48; Ludwigsh.-Berbach $88^{1}/_{4}$; württemb. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $99^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $79^{1}/_{2}$; Lotto-Anl. à 50 fl. $53^{3}/_{4}$; 35fl.-Loose $31^{7}/_{8}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{8}$; 50fl.-Loose $72^{7}/_{8}$; 25fl.-Loose $28^{1}/_{4}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $48^{3}/_{4}$; 40Thlr.-Loose $32^{3}/_{4}$; nass. 5proc. $101^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 84; 25fl.-Loose 26; Frankf. 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{2}$, 88; Taunusbahn 298; holl. $2^{1}/_{2}$proc. $55^{1}/_{8}$; span. 3proc. innere Schuld $29^{1}/_{8}$; poln. 300fl.-Loose 114; 500fl.-Loose $80^{3}/_{8}$; sard. 36Fr.-Loose $31^{3}/_{4}$; Disconto $2^{1}/_{4}$.

♀ **Wien,** 17 Dec. In Folge von Frankfurter Kaufordres herrschte heute für 5proc. Metalliques etwas lebhaftere Nachfrage und hoben sich selbe bis $94^{1}/_{2}$. Von Eisenbahnen waren Pesther Actien um $^{1}/_{2}$–$^{3}/_{4}$ Procent besser bezahlt, das Geschäft jedoch an der Börse von geringem Belange. Fremde Devisen und Comptanten variirten nur wenig, doch waren erstere heute etwas billiger abgegeben. Kurz Augsburg war indessen mehr gesucht und über Notiz bezahlt. Gold und Silber stellten sich um 1 Procent billiger. Geldsorten waren dagegen auch heute hoch im Preise und gesucht. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94^{3}/_{16}$–$94^{5}/_{8}$, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) $83^{1}/_{4}$–$83^{5}/_{16}$, Loose vom J. 1834 173–174, Loose vom J. 1839 106–$106^{1}/_{2}$, Bankactien 1182–1185, Nordbahnactien 110–$110^{1}/_{8}$, Gloggnitzer $109^{1}/_{4}$–$109^{1}/_{2}$, Mailänder 82–$82^{1}/_{2}$, Pesther 88 $88^{1}/_{4}$, London (i. l. S.) 11.25–11.26, Hamburg $165^{1}/_{2}$–166, Augsburg uso 113 G., Frankfurt $112^{1}/_{2}$ G., Amsterdam 157 B., Mailand 98 B., Livorno 110 G., Genua 130 G., Paris $134^{1}/_{2}$ G., Marseille $134^{1}/_{2}$ G., Bukarest (31 Tage S.) 245 B. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 20, Silberagio 12 Proc. Napoleonsd'ors 9.10–12, Souver.d'ors 15.50, Friedr.d'ors 9, Preuß. 9 6, engl. Sovrgs 11 15, Imperial 9.15–18.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart.

Uebersicht.

Geschichtliche Studien an den Frankfurter Bilderläden.

I.

ff **Frankfurt**, Anfangs Dec. Schwerlich gibt es eine wohlfeilere, der Gesundheit zuträglichere und lustigere Methode die Entwickelungen, die Fort- und Rückschritte, die Auf- und Stillstände der Mitzeit von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche zu verfolgen als vermittelst der Schaufenster an den Kunsthandlungen einer großen Stadt. Eine Reihe solcher Schaufenster bildet eine ganze geschichtliche Bibliothek, jedes einzelne ein sofort aufgeschlagenes Buch in dieser Bibliothek, und jedes einzelne Bild wieder ein Blatt in diesem Buche. Sonst läßt man wohl die Zeiterscheinungen an sich vorübergehen, hier spaziert man an ihnen vorüber, und man wird mir zugeben daß solche peripatetische Studien unter freiem Himmel, die täglich nichts weiter kosten als einen Gang oder vielmehr Müssiggang durch die Straßen, unendlich heiterer sind als die in irgendeinem literarischen Museum zwischen lesenden und zerlesenen Menschen und unter Bergen von Zeitungen, unter denen sich doch selten eine als freier Gipfel bis zu der Höhe erhebt um einen Ueberblick über die höheren Thätigkeiten des menschlichen Geistes im Ganzen und in ihren Zusammenhängen zu gewähren. Wenn ich mir heute einen Frankfurter Bilderladen betrachte, und mir seinen Inhalt vom vorigen Jahre in die Erinnerung zurückrufe — welche Erschütterungen, welche Umwälzungen, welche vernichteten Hoffnungen, welche Menschen- und Völkerschicksale, welche Umkehrungen von oberst zu unterst und wieder von unterst zu oberst liegen dazwischen!

Als ich vor länger als Jahresfrist zum erstenmal durch die Straßen der im Kerne so alterthümlichen, aber in einen Häusermantel nach modernstem Zuschnitt eingeschlagenen Reichsstadt meine Kreuz- und Querzüge anstellte, war die Barrikadenschlacht vom 18 Sept. erst wenige Tage vorbei, und das Blut der beiden auf der Bornheimer Haide durch eine mordlustige Meute grausam zu Tode gehetzten Reichstagsmitglieder kaum vertrocknet, die bis in den höchsten Stock von Kartätschenschüssen durchlöcherte Stirnseite der Löwenapotheke gab jedem Ankömmling das deutlichste Zeugniß von dem tödlichen Kampfe der hier gewüthet, und hier und da frisch eingesetztes Pflaster bezeichnete die Stellen in deren Nähe man Barrikaden errichtet gehabt hatte. Die Stadt befand sich im Belagerungszustande, und das deutsche Parlament tagte unter dem Schutze von Säbeln und Bajonetten. Die edle Erzgestalt Göthe's blickte auf häßliche bretterne Nothställe für die Pferde hessischer Reiter, die unter den Bäumen der Promenade zum Theil noch neben ihren Thieren auf Strohschütten lagerten, und so ein ächtes Kriegsbild aus einer eroberten Stadt darstellten. Abends brannten wohl unterhaltene Wachtfeuer auf den Plätzen, namentlich vor der Hauptwache und auf dem Roßmarkt, und die Tschechen in ihren grauen Soldatenmänteln standen, ohne sich zu regen oder eine Miene zu verziehen, wie Figuren aus Stein im Kreise um sie her, und sangen ihre oft unendlich langen, melancholischen Lieder ab, einen Vers so monoton wie den andern, Lieder, die dennoch einen so eigenthümlichen Zauber ausüben daß man sich daran nicht satthören kann, und an den Fleck Erde wie gebannt ist. Vor ihren Wachthäusern standen Gruppen kurhessischer Infanteristen beisammen, und vertrieben sich aufs beste die Zeit mit dem Absingen deutscher Kriegs- und Vaterlandslieder, deren Melodie und Vortrag durch ihre Kunstmäßigkeit gegen das Naturstoffliche der tschechischen Melodien einen anziehenden Gegensatz bildete. Damals hatte der Belagerungszustand noch nicht den geringsten Einfluß auf die Heckerbärte und Heckerhüte, man sah Gesichter so von urwäldlichem Bartgestrüpp überwachsen daß nur noch einzelne unbebuschte Fleischpartien das Daseyn eines Menschenantlitzes verriethen, und selbst die solidesten Leute hatten damals noch kein Arg an ihren seidenen Rundhüten größere oder kleinere schwarz-roth-goldene Cocarden zur Schau zu tragen, um zu zeigen daß sie doch auch deutscher „Gesinnung" geblieben seyen trotz dem Belagerungszustand.

An den Schaufenstern der Kunsthandlungen wucherten die politischen Zerrbilder lustig fort. Man sah da noch immer Hrn. v. Boddiens einfache Satyren: Rösler als Reichscanarienvogel, Schlöffel als Parlamentshyäne, Blum als Sir Robert, Eisenmann, der trotz seiner Fernröhre längere Zeit keine Reaction zu sehen vermag, Vogt „ohne Standpunkt", Soiron als Laubfrosch, der wenn er den Präsidentenstuhl besteigt, auf Sturm deutet, Nauwerck als Gespenst, den „Fortlaufenden Beifall" u. s. w. Man sieht, diese Incunabeln der politischen Bildersatire waren die schlechten und harmlos spaßhaften Einfälle eines tüchtigen und ehrlichen, wenn auch nicht gerade mit großer Erfindungsgabe ausgerüsteten preußischen Reiterofficiers. Eine tiefere Charakteristik sprach sich in ihnen nicht aus, es wurde irgendeine lächerliche Aeußerlichkeit, ein zufälliger Umstand, ein bei einem Redner stehend gewordener Ausdruck (wie der Vincke'sche „Rechtsboden"), eine bizarre Liebhaberei oder Angewöhnung herausgegriffen, und fertig war die Caricatur. Manche dieser Bildersatiren waren im Grunde nur gezeichnete Wortspiele. Aber sie waren die ersten Caricaturen auf das erste deutsche Parlament, und sie gefielen der deutschen Masse eben darum, weil sie so „schlecht und recht" und leicht faßlich waren.

Die Caricaturen die von der demokratischen Seite ausgingen, schienen es mir im Gegentheil meist dadurch zu verfehlen daß die ihnen zum Grunde gelegten Situationen, in denen natürlich, außer dem Reichsverweser und dem König von Preußen, die gefürchtetsten oder gehaßtesten Koryphäen der Rechten: Schmerling, Bassermann, Lichnowsky, Radowitz *) 2c. eine Hauptrolle spielten, zum Theil zu complicirt, zu gesucht, zu tendentiös und oft sogar mit allegorischem Beiwerk beladen waren. Indem sie zu viel sagen wollten, sagten sie zu wenig — sie sprachen nicht zum Volke. Es fehlte eben überall der die besseren englischen Caricaturen innerlich durchleuchtende gemüthliche Humor, die tiefe brittische Charakteristik, jene schlagende Komik die auf den ersten Blick zu einem wohlgefälligen Lächeln anregt, die Grazie selbst in der Verzerrung, die geistige Freiheit und der künstlerische Tact, die selbst einer Parteicaricatur nicht fehlen dürfen. Entweder trat die Bosheit zu nackt auf, oder wo sie weniger bemerkbar war, verhüllte sich der Geschmack. Dann gab es wieder Caricaturen, zugleich so boshaft und geschmacklos, dabei nur zu verständlich und oft noch mit Unterschriften so gemeinen Charakters versehen, daß ihnen nach zu urtheilen diejenigen Recht behalten welche dem Deutschen eine ihm tief anhängende und nur schwer zu überwindende Neigung zur geistigen Roheit und selbst Gemeinheit zuerkennen. Durch solche Spottbilder schlechtester Art wurde nicht bloß diese oder jene Partei, sondern das ganze Parlament selbst, ja sogar die Idee des Parlaments in Staub und Schmutz herabgezogen. Man zerstörte nicht die Achtung vor diesem oder jenem Individuum, sondern selbst die Fähigkeit noch irgendetwas zu achten und zu verehren. Und es ist gewiß ein Unglück zu nennen daß, während sich in England die Freiheit in Wort und Bild aus und mit der Verfassung bildete und fortbildete, und erst dann ihre volle Macht und Wirkung entfaltete als die Verfassung bereits auf eigenen Füßen stand, und in der Achtung und im Bewußtseyn des Volkes unzerstörbare Wurzel geschlagen hatte, bei uns dagegen die freie oder vielmehr die nicht einmal durch Selbstachtung gebundene Presse und das politische Zerrbild in das W e r d e n der Verfassung und der Freiheit, also in deren zarteste Keime eingreifen, und dadurch störend und zerstörend, lösend und auflösend wirken. Es ist dieß eine auf der flachen Hand liegende Thatsache, durch die sich jedermann aufgefordert fühlen sollte jedes Wort in einer die Verfassungsfrage berührenden Betrachtung auf die Goldwage zu legen, jeden kleinsten Zug, jede Linie bei einer politischen Caricatur zu überwachen. Diese Mahnung schlägt freilich vergebens an das Ohr der Destructiven (nicht zu verwechseln mit den theoretischen und Reform-Republicanern), die eingestandenermaßen tabula rasa machen wollen, und zu diesem Zweck kein wirksameres Mittel kennen als daß sie überall, wo sich etwas geistig zusammenfügen und in versöhnlicher Richtung aufbauen will, das Scheidewasser ihres ätzenden Spottes darauf gießen, und in dem Volke jede zartere Regung und jeden noch so spärlichen Rest von Autoritätsglauben künstlich auszurotten beflissen sind, wobei man freilich, um allen Parteien gerecht zu werden, leider zugeben muß daß auch unter dem größern Theile der Conservativen zartere Regungen und Reste von Autoritätsglauben nur noch in sehr kärglichem Maße, Lust zur Negation und

*) Hr. v. Radowitz setzte seine Caricaturisten sehr in Verlegenheit, er wurde von ihnen meist als Höllenfürst abgebildet: ihn lächerlich zu machen gelang deßhalb nicht weil, wie Hr. Laube in dem Abschnitt seiner Schrift über das Parlament, wo er von den Caricaturen handelt (Thl. II. S. 95—116), mit Recht bemerkt, das Mächtige und Dämonische sich nicht lächerlich machen läßt.

beißende Spott- und Zweifelsucht dagegen um so häufiger zu finden sind. Was aber die eigentlichen Reactionäre betrifft, so dürfte leicht zu behaupten seyn daß sie in aller Herren Ländern nicht im geringsten minder destructiv, noch sittlicher in ihren Anschauungen, noch tugendhafter in ihren Mitteln sind als die äußersten destructiven Ausläufer der radicalen Partei. Ein Trost ist daß die zum Theil furchtbaren Erfahrungen welche sowohl Völker als Regierungen seit der Februarkatastrophe gemacht haben, in Millionen wenigstens das Bedürfniß nach einer neuen Sittlichkeit, nach einer humaneren Durchbildung aller Lebensverhältnisse, vielleicht selbst nach einer neuen Religion oder wenigstens einem neuen religiöseren Leben hervorgerufen zu haben scheinen.

Unter den Caricaturisten Frankfurts zeichnet sich namentlich Friedrich Pecht durch gelungene Aetzbilder aus. Reich an feinen Beziehungen und mannichfaltigen Wendungen, befriedigten sie in ihrer Ausführung auch den höhern Geschmack; wir nennen „die drei Souveräne,“ „das Ministerium der Zukunft,“ vor allen den nach Robert Hellers Angaben gearbeiteten ergötzlichen „Frankfurter Theaterzettel.“ Ueberhaupt tauchten aus der wüsten Fluth der Caricaturen allmählich einzelne Erscheinungen auf, welche durch Witz, sarkastische Laune und doch überall durchblickende deutsche Gemüthlichkeit zugleich Sinn und Auge ansprachen, und den Beweis lieferten daß der Deutsche auch für die höhere Gattung der politischen Caricatur hinlänglich reich begabt ist. Unter diesen künstlerisch gelungeneren Spottfiguren ist der Piepmaier, die Krone aller auf das deutsche Parlament bezüglichen Caricaturen, classisch geworden. Einer der witzigsten Zeichner, Adolf Schrödter, und einer der witzigsten Köpfe Deutschlands, Detmold, hatten sich zu dieser piepmaierlichen Schöpfung die Hände gereicht, und es ist fast zu fürchten daß Deutschland, seit der eine derselben sich durch die eigene Laune oder die Laune des Schicksals zu einem „deutschen Reichsminister“ (und ein deutscher Reichsminister kann jetzt nur noch als ein Citat Existenz haben) emporgeschwungen, einen geist- und witzreichen Schriftsteller verloren hat. Mittelmäßige Minister haben wir in Deutschland leider Gottes genug, aber an Geistern die mit Witz zugleich Geschmack verbinden, wahrlich keinen Ueberfluß.

So kam Weihnachten heran, und zu allgemeiner Belustigung erblickte man plötzlich an den Schaufenstern die Gesichter, Leiber, Arme und Beine der bekanntesten Volksvertreter in zappelnder Bewegung, nämlich zu Ziehmännern aus Pappe verarbeitet, die mit ihren glotzenden Augen und langgezerrten und doch so ähnlichen Gesichtern unwillkürlich Lachen erregten. Der Name des Erfinders verbirgt sich, wie so oft, im Dunkeln, aber der Gedanke war possierlich genug, und wird auch wohl einträglich gewesen seyn. Zugleich lag darin eine bewußte oder unbewußte Satire, da die Abgebildeten, ohne sich dessen bewußt zu seyn, auch in der Wirklichkeit mehr oder weniger Ziehmänner waren, der eine seiner Partei, der andere seines Clubs, der dritte seiner Tafelgenossen, der vierte der Fürsten- oder Volksgunst, der fünfte seiner Eitelkeit, der sechste der Consequenzmacherei, der siebente gewisser im Finstern schleichender Intriguen, der achte des allgemeinen und der neunte des besondern Wahnsinns. Jetzt spielten die Frankfurter Kinder mit ihrem Bassermännchen oder Zitzchen oder Schmerlingchen oder Soironchen, und es war, nachdem die Parlamentsherren so gewissermaßen zum Kinderspott gemacht worden, die Gränze der Caricatur eigentlich erreicht und überschritten.

Bei allen Auswüchsen zeugte diese Epoche der Caricatur, deren Blüthe etwa bis Weihnachten dauerte, von einer großen politischen Erregtheit und Beweglichkeit, von einer gewissen heiteren Frische, von Parteikämpfen die noch nicht niedergedrückt, von Hoffnungen die noch nicht erstarrt waren, von Siegen auf die man sich noch Rechnung, von Verlusten über die man sich noch lustig machen konnte. Die Caricaturen, obschon noch manche aus dem Bleistift eines oder des andern Industriellen hervorgingen, nahmen an Zahl ab und verloren an innerer Bedeutung, oder büßten die Theilnahme des Publikums immer mehr ein; je mehr so ziemlich jede der Parteien in der Paulskirche den Boden, auf dem sie sich anfangs so kräftig gefühlt, unter den Füßen wanken und schwinden sah, je mehr man äußerlich große Anläufe nahm, während man sich doch im Innern gestehen mußte daß die Versammlung in der Paulskirche aufgehört hatte der Mittelpunkt oder die Leiterin der politischen Bewegung in Deutschland zu seyn, je mehr jede Partei höchstens noch auf äußere Zufälle und Ereignisse, die weitab in der Peripherie und jedenfalls außerhalb der parlamentarischen Berathung und Abstimmung lagen, einige schwache Hoffnung gründen konnte.

Erörterungen über deutsche Politik.

XIII.

.. Wie kommt es doch daß es bei uns noch eine politische Meinung geben kann die sich auf dem Boden des Optimismus, der Gläubigkeit befindet? Was man die Professorenpolitik nannte ist abgedankt, die Diplomatenkunst hat die einen Augenblick verschlossenen Salons wieder geöffnet, sie intriguirt und protokollirt; aber es ist nicht mehr die alte Autorität, der Zauber der Unfehlbarkeit ist vor der öffentlichen Discussion verschwunden, und das Publicum ist in einiger Verlegenheit welcher Wissenschaft es sich zuwenden soll, da ein Standpunkt den andern für überwunden erklärt und mit vornehmem Achselzucken abfertigt. Vom höhern Forum hat man an das niedere, von Kaiser und Reich an Fürsten und Landtage appellirt, und wird man in Hannover, Dresden, Stuttgart einen bessern Rath wissen als den Trost des Großdeutschthums in München, daß vielleicht ein erschütterndes Nationalunglück die Einheit retten werde, als die Aufforderung den Muth zu haben auf den Bundesstaat zu verzichten? Armes krankes Vaterland, hast du ja zu den vielen Aerzten die sich an dir versuchen, jetzt einen gefunden der dir vorschlägt deinen siechen abgelebten Körper durch einen fremden Impfstoff, durch eine slavische Einverleibung verjüngen zu lassen! Eine bloße Umkehrung der Methode und die Cur wäre fertig — es handelte sich nicht mehr davon daß Preußen in Deutschland oder Deutschland in Preußen, daß überhaupt die einzelnen Staaten im Nationalprincip aufgehen sollten, das Nationalprincip ginge selbst auf. Hätten wir andern also bisher nur einer Grille nachgejagt? So scheint es. Wir haben jetzt eine Richtung auf das Positive, Nüchterne, Ideenfeindliche, wo man nicht mehr wagen darf Ueberzeugungen zu bekennen die an einer höhern Bestimmung der deutschen Geschichte halten, wenn man nicht Gefahr laufen will von den starken Geistern ausgelacht zu werden; aber während wir die Fehlschläge empfinden von welchen die politische Basis wankt, bietet man uns, mit der Miene der Offenbarung, eine ökonomische Basis, transcendentale Schattenlinien eines mitteleuropäischen Handelsstaats.

Wozu ferner noch ein deutsches Parlament — es lebe das Evangelium der materiellen Interessen! Da ist keine Sorge um einen weitern oder engern Bund, keine groß- oder kleindeutsche Verlegenheit, es ist die Entdeckung und geometrische Vermessung einer neuen Welt des Reichthums mitten in der verkümmerten alten Welt, es sind die verschlossenen Straßen und Märkte, Flüsse und Meere die uns geöffnet, die verlornen natürlichen Gränzen die uns wieder geschenkt werden, es ist die Abschaffung des Pauperismus, die Gütergemeinschaft der gebildeten mit der rohen Kraft, die Anweisung auf eine vierfache Stufenleiter der Glückseligkeit, alles wunderbar und geheimnißvoll wie die vier Weltmonarchien, mit dem Unterschied daß man hier aus dem mythischen in das historische Zeitalter, dort nach einigen Schritten auf prosaischem Grund wieder ins mythische Dunkel zurückversetzt wird. Weil wir keine Nation waren, haben wir uns gefallen lassen müssen daß die Holländer, dieses kleine Handelsvolk das von unserer Kundschaft lebt, auf unserm Anschwemmungsboden wohnt und von uns die Eichenrippen zu seinen Schiffen, die Pfähle zu seinen Deichen holt, Jahrhunderte lang den deutschen Rhein gesperrt haben, daß noch von länger her das kleine Volk der Dänen uns am Sund brandschatzt, daß erst vor wenig Jahren, unter den Augen des Diplomatenfürsten, des Orakels der deutschen Höfe, die Moskowiter das Attentat gegen die Freiheit der Donau begehen konnten, das vollbracht war ehe man bei uns nur eine Ahnung hatte daß es eine Sulinamündung gebe. Auch jetzt sollen wir keine Nation werden, die Stimme der Nation soll kein Echo haben im Rath der Mächte, doch will man uns einreden alle lästigen Schranken würden von selber fallen, die Fiscalinteressen würden ihrem Egoismus zu unsern Gunsten großmüthig entsagen, die gewerbliche und kaufmännische Uneigennützigkeit würde uns zum Mitbewerb einladen in andern Zonen, die Eifersucht fremder Landsmannschaften zum Civilisiren, Germanisiren, Colonisiren, zu einem kühnen Griff in den Orient. Wenn dieß nicht Idealpolitik ist, was ist es dann? Wir sind gegen nichts so sehr auf der Hut als gegen Mystificationen, wir setzen eine Ehre darein, selbst wo Brief und Siegel sprechen, den Scharfsinn des Zweifels zu zeigen, wir spotten über die treuherzige Schwärmerei unserer Nationalpolitik, wir haben uns in allem Ernst vorgenommen den falschen Enthusiasmus des Landes zu verweisen, und erwachen aus einem kosmopolitischen Traum.

Ferne sey es daß jemand die unblutigen Erörterungen auf dem Gebiet der materiellen Interessen geringschätzen könnte, daß man sich nicht freuen müßte all die zerstreuten Glieder des alten Reichs, sammt seinem Zugehör durch Vasallenschaft oder Personalunion, volkswirthschaftlich verbunden zu sehen. Ja, wenn es möglich wäre, aber nicht um den Preis des Sichselbstaufgebens als Nation, nicht als Lockspeise zur Beseitigung des Verlangens nach einer Reichsverfassung! Lieber nicht diese Größe über die deutschen Marken hinaus die man dem Zollverein verspricht, wenn die Aufnahme deutscher Elemente bloß dazu dienen sollte ihn seines nationalen Charakters zu entkleiden, eine fiscalische Anstalt daraus zu machen! Was war es was ihn solche Wurzeln schlagen ließ im Herzen

des deutschen Volks, wenn nicht daß er ein nationales Band war, das einzige als die Entwicklungsunfähigkeit des Bundes zu Tage kam, wenn nicht daß er der Erzieher der nationalen Arbeit wurde, daß er uns zum erstenmal die lebendige Anschauung eines nationalen Haushalts gab, in welchem auch die besondere Wohlfahrt von Stadt und Land ihre Stätte findet, daß er uns lehrte der Zukunft des Vaterlandes Kraft, Arbeit und Capital auf lange Zinsen zu leihen, Opfer absorderte die man zum Besten der oder jener Provinz, der oder jener Classen oder Personen, oder gar einer auswärtigen Nachbarschaft nie bringen würde, und die sich so auch nie lohnen könnten? Wenn man nichtdeutsche Interessen in der Art dem Begriff eines deutschen Gemeinwesens unterordnen wollte daß unsere Schwäche ihre Schwäche, unsere Stärke ihre Stärke seyn sollte, würden sie sich nicht alsbald auflehnen und im Schooße des Vereins einen Kampf hervorrufen der leicht gefährlicher, erbitterter werden könnte als der bisherige zwischen Freihandel und Schutzprincip? In jedem Fall würde er mit ungleichen Waffen geführt werden, wenn die österreichischen Ansprüche eine parlamentarische Vertretung auf einem Reichstag hätten, die deutschen Ansprüche sie entbehren und sich mit einer diplomatischen Vertretung begnügen müßten, wenn daher jene, weil man nicht vermöchte von Tribüne zu Tribüne zu antworten, versucht seyn könnten uns ihr Gesetz, das Gesetz einer fremden Handelspolitik, aufzulegen? Oh, die Geschichte kennt Staaten welche eine ökonomische ohne die nationale Basis hatten — die größten von allen hatten sie nicht, weder das römische noch das brittische Reich, die ihre Institutionen, Gesetze und Sprache durch die Welt getragen, aber Karthago und Venedig hatten diese einseitige Basis, und wo sind sie? Die Eroberungen der Miethheere, die Colonien und Factoreien an allen Küsten, die anderthalb Viertheile des römischen Reichs spurlos verschwunden wie die Karawane im Sand der Wüste!

Es mag ein bequemes Auskunftsmittel scheinen in Deutschland alles sanft und unmerklich in das Gleis der Cabinetspolitik zurückzuleiten, für welche die nationalen Dinge sehr gleichgültig, die dynastischen desto wichtiger sind; es mag dieß ein Lieblingsgedanke der Männer der alten Schule seyn. Die Dissidenten des Dreikönigsbundes, so sehr ihr Mund von volksschmeichlerischen Redensarten dermalen noch überfließt, würden sich über einen solchen Ausgang nicht grämen. Noch hat keine Partei offen die Fahne der Restauration aufgepflanzt, aber was man heute nicht wagt, kann sich morgen von selbst verstehen, und viele sehen dabei, sobald man nur eine materielle Abfindung habe um dem Volk die Pille zu versüßen, nicht einmal eine wirkliche Schwierigkeit. Was braucht es mehr? Eine neue Schlußacte, einige Zusätze zu den Verträgen von 1815, zu den Conferenzprotokollen von 1820 und 1834, einige neue Versprechungen zu den unerfüllt gebliebenen alten, etwa noch die octroyirten Abdankungen einiger der kleinsten Zwergsouveränetäten, die verbesserte Assecuranz der größern, eine verstärkte Stellung der beiden Militärmächte, und wir haben wieder die deutsche Einheit von 1815, das Großdeutschland des Bundestags mit einem noch intensivern Particularismus, mit noch heftigern Conflicten zwischen einer schwachen Centralgewalt und der organisirtern demokratischen Freiheit der Kleinstaaterei, mit der Beschämung daß wir ungerecht, undankbar genug waren so lange diesen grausamen Krieg zu führen gegen den Bund, nach der Größe und Macht der deutschen Nation zu suchen und nicht zu wissen daß wir sie schon hatten. Wir stehen dann wieder im Jahr 1847, wir können behaglich für die Twiste schwärmen, und damit wir uns in andern Dingen nicht übernehmen, wird man uns die Preßfreiheit nach damaligem Zuschnitt anpassen, wo die Gesetzgebung auch schon zu der Einsicht gekommen war daß die Censur verbraucht sey und sie durch eine Repressivmaßregel ersetzen wollte, aber nicht um den Preßzwang aufzuheben, sondern um ihn zu schärfen. Wenn die vormärzliche Bewegung der Presse dahin ging die engen Kreise der Hauspolitiken zu durchbrechen und die Nation einer würdigen Selbstbestimmung entgegen zu führen, wenn daher das Princip des Bundes, eines Conglomerates unabhängiger Souveränetäten mit einem an Instructionen gebundenen stehenden Ministercongreß als eine Art halb gesetzgebender, halb vollziehender Obergewalt, in dem Maße den Angriffen ausgesetzt war als in der Umgestaltung zum Bundesstaat das Mittel erkannt wurde der öffentlichen Meinung ihren gebührenden Einfluß auf die allgemeinen Angelegenheiten zu sichern, wer könnte zweifeln daß der Bundestag, so oder so hergestellt, bei seinem Unvermögen auch nur den bescheidensten Anforderungen des Volkes zu genügen, unmittelbar wieder die breite Zielscheibe der Opposition seyn würde, unter deren vereinigten Schlägen er unfehlbar abermals erliegen müßte, wenn man ihm nicht den Beistand eines Preßgesetzes angedeihen ließe das mit einer ganzen Scala von Strafen, wie sie die philippistische Septembergesetzgebung liefert, Verboten gegen Angriffe auf das dynastische Princip, Verboten gegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung all dieser zwitterhaften Unabhängigkeiten bewaffnet wäre. Was würde der freien Discussion übrig bleiben? Und würde nicht die Vertheidigung des nationalen Princips bald selbst verpönt seyn?

Die bedeutendste Frage in der deutschen Controverse (wie bedeutend, erhellt daraus daß die zwei streitenden Mächte gegen allen diplomatischen Brauch, in dessen Heimlichkeiten sie sonst nur zu sehr gelebt haben, sich plötzlich bewogen finden inmitten der noch schwebenden Unterhandlungen die gewechselten Noten zu veröffentlichen), diese Frage ist: was besteht noch vom Bund, besteht er nur noch im Wesen und nicht auch in der Form, in der Verfassung, nicht bloß als eine Gemeinschaft von Rechten und Pflichten nach dem Geist der Verträge, sondern noch als eine bestimmte Staatsordnung, deutlicher gesprochen — weil der Bundesstaat als Ganzes noch nicht zu Stande gekommen ist, oder weil es beliebt sein Nichtzustandekommen vorauszusetzen, ist eben damit die Verfassung und Gesetzgebung des Staatenbundes wieder Rechtens geworden? Oesterreich sagt ja, Preußen nein. Bisher hatte man geglaubt die Nationalversammlung habe den Bundestag aufgelöst, die Verfassung abgeschafft, von Völkern und Regierungen die Aufgabe erhalten eine neue zu bilden; wenn es ihr nicht gelänge, bestände doch die alte nicht mehr, die provisorische Centralgewalt mit Parlament und verantwortlichen Ministern sey an ihre Stelle getreten, und sollte sie je hergestellt werden, so könnte es nur durch einen legislatorischen Act geschehen. Nun ist das Interim kaum geschaffen, noch nicht eingesetzt, so will die Restauration über die Reichsverweserschaft, als deren Rechtsnachfolger es doch auftritt, über eine ihrer gesetzlichen Stützen beraubte Existenz hinwegspringen zu einer gesetzlich aufgehobenen Existenz, dem Bundestag, läßt diesen zwar noch unsichtbar im Hintergrund stehen, verschanzt sich aber hinter die Verfassung des Staatenbundes, um von dort als einer festen Stellung das schwere Geschütz des alten Staatsrechts spielen zu lassen gegen die Reformen, die Gesetze, die freien Institutionen des Parlaments, gegen das Constituirungswerk des Dreikönigsbundes, klagt die Vereinbarungen über das wenigstens principiell anerkannte Recht der Nation auf einen volksthümlichen Bundesstaat als Verfassungsbruch an, und hätte das Interim sich erst mit den Bevollmächtigten der Regierungen umgeben, so dürfte es sie nur zu einem Plenum versammeln und man hätte die Wiedererstehung des Bundestags wie er leibt und lebt. Nach dieser Schlußfolgerung hätte es in Deutschland kein Jahr 1848 gegeben, in Frankreich hätte nach der Februarrevolution, welche die Orleans stürzte, die Monarchie fortbestanden, und Ludwig XVIII hätte Recht gehabt die Jahre seines Exils als Regierungsjahre zu zählen.

Wie will man aus diesem falschen Cirkel herauskommen? Wenn nur einmal das Interim in gesetzlicher Wirksamkeit bestehe, sagt man, so werde es die Verfassungsreform in die Hand nehmen. An Versprechungen fehlt es also nicht. Gut. Wenn aber die gesetzliche Wirksamkeit ohne weiteres auf dem Grund der alten Bundesverfassung beruhen soll, wer wird die particularistische Opposition, welche gegen die Nationalversammlung Sonderbündlerei getrieben hat und nun, wo der Weg zur Einheit ohne sie gesucht werden muß, selbst über Sonderbündlerei schreit, die der parlamentarischen Machtvollkommenheit mit dem Vereinbarungsprincip, der Vereinbarung mit dem Souveränetätsdünkel, mit den Kunstgriffen des Zeitgewinnens, mit Bedingungen die sie unerfüllbar weiß und selbst unerfüllbar macht, entgegengetreten, aber empört ist über die Anmaßung der großen Mehrheit der Regierungen sich wirklich zu vereinbaren und den ausgesprochenen Wünschen der Nation entgegenzukommen — wer wird diese Opposition, die so eifersüchtige Wächterin über die Prärogative der Gesammtheit, wenn sie das absolute Veto in den Formen der alten Bundesverfassung wieder gefunden hätte, dann noch hindern davon einen solchen Gebrauch zu machen daß kein Gesammtbeschluß mehr möglich wird der nicht ihr Einzelwille ist, der nicht die Majorität der Minorität unterwirft? Und gesetzt es gelänge auf diesen krummen Wegen die deutsche Bewegung nach und nach in eine Sackgasse hinein zu führen, wo sie sich darein ergeben müßte mit einem kargen Almosen den Rückzug anzutreten, könnte man sich über ein Resultat freuen das wie eine Uebertumpelung, eine Erschleichung aussähe, wäre es würdig einer Politik die nicht nur ein Interesse in Deutschland, die auch ein Interesse an Deutschland hat? Würde das Mißtrauen nach oben und nach unten, die tiefe Verstimmung der Gemüther nach so vielen erlittenen Täuschungen, würde dieser letzte haftende Eindruck die innerlich gebrochene Kleinstaaterei wieder aufrichten? Würde nicht der Haß der Parteien ihre Niederlagen überleben, nicht der Zwiespalt des nationalen und des kosmopolitischen Princips, der in den beiden Großmächten persönlich geworden, nicht der Spott des Auslandes die deutschen Zustände noch zerrissener und hoffnungsloser erscheinen lassen? Könnte eine Nation die Forderung einer Weltstellung gemacht haben und wieder aufgeben, als

Großmacht einher gestiegen seyn und wieder am Gängelband gehen, ohne Ansehen und Achtung vollends einzubüßen?

Wie wenig sind es die Finanzen allein, sind es Flotten und Heere, Festungen und Arsenale, was ein Reich, eine Nation groß macht, wenn sie die moralischen Hülfsquellen der Macht nicht haben, die günstige Meinung der andern (oft nur die Furcht) und den Glauben an sich selbst? Rußland, England, selbst das momentan zerrüttete Frankreich, was anders gibt ihnen, auch ohne Drohungen oder Interventionen, die Autorität erster Votanten in allen Weltfragen, als daß jedermann weiß daß ihre Staatskräfte sich willig in eine Hand legen, daß sie überall angreifen können und durch den Gemeingeist ihrer Völker fast unangreifbar in ihren Gränzen sind? Was anders als daß sie große weltbewegende Ideen und Berufe nicht bloß zu wissenschaftlicher Beschaulichkeit, sondern staatlich verkörpert darstellen, die constitutionelle Freiheit, die Revolution, den panslavistischen Absolutismus als byzantinisches Apostolat? Und Deutschland? Auch es hat seine Mission, seine Propaganda der Humanität, seit Jahrhunderten schlagen die Völkerwogen des Ostens und des Westens an seine friedlichen Gestade, und wieviel von deutscher Erde haben sie schon weggespült, von Dämmen schon zerrissen, und was würde von christlicher Bildung und Wissenschaft übrigbleiben wenn wir unter das Schwert des Galliers fielen oder unter die Lanze des Kosaken? Wenn wir auch vergessen könnten daß wir schon einmal nahe daran waren das Schicksal Polens zu haben, werden die Feinde es vergessen, denen wir inmitten unserer Sturmpetitionen um die Einheit nur zeigten daß wir von der Sache auch nicht die Elementarbegriffe besitzen? Werden sie vergessen wie oft sie mit ihren Kriegswagen über unsere gesegneten Fluren gefahren, wie oft sie an unserm Herd gelagert und mit dem Raub unserer Städte und Dörfer von dannen gezogen sind, wie man bei uns Verrath, Kriecherei und Bestechung an sie verschwendet, einer des andern Gut von ihnen als Gnadengeschenk angenommen? Und werden sie unter dem wilden Gähren der Leidenschaften im Schooß einer anarchischen Gesellschaft nicht immer lüsterner nach einer so leichten lockenden Beute blicken? Werden sie sich überzeugen daß das die deutsche Einheit sey vor der sie endlich Respect haben müssen, die Einheit einer stolzen und mächtigen Nation, wenn sie sehen wie wir uns über alle möglichen und unmöglichen Formen einer Centralgewalt verstreiten, das Kaiserthum beschließen und verwerfen, und nun wieder einige Publicisten vorschlagen man solle doch ein Directorium nehmen, von drei oder sechs, sey es auch nicht die beste Regierung, so sey es doch besser als keine, und Frankreich habe eine solche Regierung auch gehabt, wobei nur die Kleinigkeit nicht beachtet ist daß dort Bürger-Repräsentanten das Directorium bildeten, bei uns eben so viele Häupter souveräner Dynastien es bilden würden? Oder werden sie sich zu der noch überschwenglicheren Idee erheben von einem Bundesstaat im Norden und einem Bundesstaat im Süden, jeder mit einem erblichen Oberhaupt zu dessen Gunsten die Kleinmächte, die so spröde sind auch nur den geringsten ihrer Souveränetätstitel an eine Reichsverfassung abzugeben, sich freiwillig mediatisiren, und über ihnen ein drittes erbliches Oberhaupt, als Spitze der Doppelpyramide, ein Nachfolger der alten Kaiser! Wenn das die Theorie einer deutschen Staatsordnung ist, die Gott weiß welch ein Geschlecht folgsamer Kinder, welch eine prästabilirte Harmonie in Gesetzgebung und Verwaltung, innerer und äußerer Politik, voraussetzt, werden sie nicht in der Praxis der Staatsmänner etwas ganz anderes entdecken, in den empfindlichen oder drohenden Noten zwischen Wien und Berlin, in den marschfertigen Truppen an der Gränze von Sachsen, an der Gränze von Württemberg? Wird ihnen dieß als eine Frage der Constituirung Deutschlands und nicht vielmehr als ein Suprematiestreit zwischen Oesterreich und Preußen vorkommen? Werden sie die Einigkeit dieser Mächte anderswo erkennen als darin ihre militärische Stellung zu verstärken? Am wenigsten werden sie einsehen wie es möglich daß das constitutionelle Gesammtösterreich und Deutschland mit oder ohne Reichsparlament einen Staatskörper bilden, wo es geschehen könnte daß Deutschland seine theuersten Interessen einer Gewalt anvertrauen müßte die das Geschöpf einer ihm feindseligen Majorität wäre, oder wie die Zusammenlegung in drei oder sechs Staatengruppen eine Vereinigung und nicht eine Theilung deutschen Landes seyn würde, gleichwie schon Napoleon bei seinem Rheinbundsystem ein achttheiliges Deutschland vorhatte, die Hälfte dem französischen Einfluß dienstbar? *)

Welche Masse unbeantworteter Fragen, ungelöster Aufgaben, die die träge Gegenwart gerne abschütteln möchte und nicht kann! Wären sie bloß Vermächtniß einer excentrischen Vergangenheit, so würde nichts entgegen seyn sie langsam im Actenmoder absterben zu lassen. Allein das J. 1848 hat diese Schwierigkeiten nicht erfunden, es hat sie nur zum Gemeinbewußtseyn gebracht. Wer könnte wagen zu behaupten die Forderungen der deutschen Nation seyen Ausflüsse krankhafter Aufregung? Sie sind der Ausspruch eines unveräußerlichen Rechts, eine Pflicht der Selbsterhaltung, ein Gebot der Ehre, eine Nothwendigkeit der Lage im Centrum des Welttheils! Die Mahnungen sind dringender als je. Wehe einem Land das sie zum zweiten-, zum drittenmal überhört! Die gewitterschwangere Wolke im Osten hat sich wieder verzogen, ist deßwegen der Horizont ungetrübt? Der Kaiser Nikolaus hat seine Adjutanten- und Feldjäger-Post nach Konstantinopel und die hochfahrende Correspondenz mit seinem „innigen Alliirten“ dem Sultan wieder eingestellt, seine Heere beziehen die Winterquartiere und ruhen auf den ungarischen Lorbeeren aus. Die englische Flotte liegt nicht mehr in den Dardanellen, sie bewacht nur noch den Eingang. Es genügt aber ein Blick auf die Landkarte um sich zu sagen daß Rußland nie aufhören wird, wie nach dem Sund, so seine Hand nach Stambul und den Dardanellen auszustrecken, es genügt an die eiserne Beharrlichkeit zu erinnern mit welcher es das einmal gesteckte Ziel verfolgt, und wenn schon vor einundvierzig Jahren über einen ausgearbeiteten Plan zu einer Theilung der Türkei, *) oder eigentlich zwei Plane, zuerst eine kleinere, dann eine größere Theilung, welche letztere der Pforte wenig oder nichts übrig gelassen hätte, nach einem Entwurf aus Romanzoffs Feder, zwischen ihm und Caulaincourt mit Vorwissen und Zustimmung des Kaisers Alexander verhandelt wurde (dem Wiener Hof waren Bosnien, Serbien und ein Theil von Macedonien, dem französischen Albanien, Morea und Thessalien bis Salonichi, Candia, Rhodus, Cypern und die andern griechischen Inseln, Syrien und Aegypten, selbst Smyrna und einige Punkte Kleinasiens nebst einer Militärstraße durch das neuerworbene russische Gebiet angeboten), so kann man ohne Prophetengabe das Prognostikon stellen daß die Gefahr einer gewaltsamen Umwälzung aller Territorialverhältnisse von Europa, die man wieder abgewendet glaubt, immer näher rückt, wenn auch beim letzten Würfelspiel die Theilungsloose etwas verschieden fallen dürften. Damals war Frankreich im Bunde der Dritte, und wie reichlich war sein, wie karg Oesterreichs Antheil zugemessen! Heute wo es nicht mehr Italien und Illyrien besitzt, wo England auf Syrien und Aegypten ein Vorwegnahmsrecht anspricht, heute könnte es an der Türkei nicht unmittelbar miterben, es würde also seine Entschädigung für das gestörte Gleichgewicht in der Nachbarschaft zu suchen haben, und wo sonst als an der Schelde und am Rhein?

Frankreich ist weder Monarchie noch Republik; so kann es nicht bleiben, und ohne Staatsstreiche, eine neue Revolution kann es nicht anders werden. Wäre es eine Republik, so mußte sie den besten Bürger zum Präsidenten wählen, nicht einen Mann der, ohne irgendein Verdienst, nach Geist und Talent eine unbekannte Größe war, nur daß er als zweimaliger Verschwörer und Aufrührer gegen die Landesverfassung bewiesen hatte daß die Achtung vor dem Gesetz nicht in ihm ist dessen lebendiges Symbol er seyn soll, zumal keinen verunglückten Prätendenten bloß seines berühmten Namens wegen, denn der Volksstaat der die dynastische Erbhuldigung abgeschafft hat, verträgt auch keinen Namencultus. Es mußte mit der Wahl um so behutsamer seyn als in einem Land in welchem alle Begriffe von Ordnung und Recht schwankend geworden sind, Charakter, sittliche Würde dem Staatsoberhaupt besonders noththut. Aber wo ist Bürgertugend, hochherzige Gesinnung, politischer Muth, wenn diese Führer der großen Parteien, Legitimisten, Orleanisten, Bonapartisten, die Thiers, Odilon-Barrot, Berryer, Dupin, Molé, der Revolution, der Republik ihre Kniebeugungen machen, und im Zujauchzen einander übertäuben, in demselben Augenblick wo sie schon einig sind sie zu stürzen? Zur Vorsicht, als ob das so kommen müßte, wurde der politische Eid abgeschafft (seine religiöse Bedeutung hatte er längst verloren, er gehörte nur noch zu den Kanzleibräuchen), sonst wären sie auch darüber hinweggegangen. Für den Präsidenten hatte man ihn beibehalten, wo ist aber für die Leidenschaft des Ehrgeizes und der Herrschsucht, wenn nur das fromme Wahrzeichen mit den drei aufgehobenen Fingern zwischen ihr und einem Thron, einer reichen Civilliste stand, eine undurchbrechliche Schranke gewesen, wo hat ihr die Casuistik gefehlt einen Verfassungsbruch zu den kleinen Sünden der Staatsklugheit zu rechnen, die mit der höhern Pflicht einer rettenden That und aus den Gründen des öffentlichen Wohls entschuldigt werden? Wie kurzsichtig sind doch die Menschen! Ludwig Philipp von Orleans, im Kampf der persönlichen gegen die parlamentarische Regierung, als er eben die Monarchie in ihrem Princip und in seinem Haus für immer befestigt zu haben glaubte, war gefallen, und die Republik, um eine solche Auflehnung gegen die Oberherrlichkeit des Volks für die Zukunft unmöglich zu machen, hatte die Regierung nicht bloß in den Ministern, sondern

*) Correspondance inédite de Napoléon Vol. VII, p. 5 in Schlossers Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts 2c. Bd. 7. S. 185.

*) Der Plan im Originaltext in einer Note bei Thiers: Histoire du Consulat etc. T. VIII. p. 449—456.

im Staatsoberhaupt selbst für verantwortlich erklärt, hatte zwei Volksgewalten geschaffen, beide Kinder des allgemeinen Wahlrechts, und die vollziehende der gesetzgebenden Gewalt untergeordnet. Was ist geschehen? Dieser Ludwig Bonaparte welcher der Republik alles verdankt, ohne sie noch ein Geächteter, ein heimathloser Flüchtling wäre, er sitzt kaum im Elysée warm, so ist die persönliche Regierung im vollen Gang, die parlamentarischen Minister sind entlassen und durch subalterne Werkzeuge ersetzt, die parlamentarische Auszeichnung, sonst die Leiter zu den höchsten Stellen der Verwaltung, ist ein Ausschließungsgrund geworden, die beiden Staatsgewalten stehen einander beobachtend wie Feinde gegenüber. Unter dem Königthum mit dem beschränkten Stimmrecht war die Opposition eine Macht, die Republik mit dem allgemeinen Stimmrecht hat die Reaction und die Usurpation geboren, und die Majorität selber, vom Schrecken gelähmt der unabsehbaren Folgen eines Conflicts der sie nöthigen würde Convent zu spielen, ist zur Unmacht verdammt. Wie hat die Republik nicht jegliches verrückt, aus dem Groben und ins Grobe gearbeitet, Männer und Parteien aus dem Dunkel hervorgezogen in welchen nicht der Geist, die Intelligenz, die politische Vernunft der Nation ist, wie wird sich das wieder zurechtlegen anders als zuletzt durch einen Militärdespotismus der sich auf das Ausland stürzt, und, weil man doch von mehreren Seiten auf das schwache Deutschland lauert, während wir vielleicht gemüthlich einen Kreuzzug gegen das übermüthige Albion predigen, uns eine socialistisch-mongolische Razzia auf den Hals ziehen kann?

Wie wird es dann auch bei uns mit der Freiheit aussehen? Eine Gewissensfrage an die deutsche Demokratie! Aber die französische Demokratie hat sich zu Grunde gerichtet, ihre nur zu gelehrige Schülerin wird es auch. Sie schaut noch immer nach Frankreich, sie hat von dort alle Uebertreibungen empfangen, und wenn sie auf diesem Weg bis ans Ende geht, nennt sie es System, Consequenz. Eine Consequenz der populären Schlagwörter, die mit der Politik, sofern diese einen erreichbaren Zweck, wenigstens einen Zweck verfolgt, nichts gemein hat. Diese Demokratie ist ihrem Wesen nach rhetorisch, und dieser Ruhm wird ihr bleiben wenn sie als Partei aufgehört hat, ohne daß darum die Sache der Freiheit schlimmer daran seyn wird. Im ersten Anlauf hat sie die stehenden Heere abgedankt, unangesehen daß die Theilung Polens eine Theilung Preußens verhinderte, Polen hergestellt, manchem Bauer den Kopf so von Steuerfreiheit schwindlig gemacht daß er sich ein Souverän dünkte auf seinem Mistsitz. Hernach hat sie gar das Reich regiert. Sie hat ihre Geschichte, ihre Presse, ihre Miliz, Fanatiker und Intriganten, Propaganda und Emigration, und wird man einmal erfahren daß sie auch andere Thaten vermag als mit dem Particularismus liebäugeln, etwa einem Märzminister das Bein stellen um sich an seinen Platz zu setzen, oder eine Niederlage im Schmollwinkel verbergen? Wenn es auf die Kunst der Verstellung ankommt, so hat sie in diesem Theil der Politik nirgends so artige Fortschritte gemacht wie in Württemberg. Ohne eine Miene zu verziehen, hat sie die Erwartung ausgesprochen daß die württembergische Regierung die Reichsverfassung durchführen wolle und könne, verlangt einen neuen Reichstag, aber nicht in Erfurt, sondern in Frankfurt, verlangt also daß diejenigen Regierungen welche Erfurt beschicken, gezwungen werden Frankfurt zu beschicken, gezwungen von der Minderheit der Regierungen die eher Lust hat überhaupt keinen Reichstag zu beschicken, verlangt, nachdem die deutsche Verfassungsfrage aus den Händen der Nation in das Stadium der Vereinbarung getreten ist, daß man eine Verfassung verwerfe die doch die Frankfurter Beschlüsse im wesentlichen enthält und über welche die Vereinbarung besteht, um nochmals eine Verfassung vorzulegen über die sie nicht besteht, auf die Gefahr daß auch dieser Reichstag zur leeren Posse werde; stützt sich endlich, weil ihr die vereinbarte Verfassung nicht liberal genug ist, auf Mächte denen sie bei weitem zu liberal ist. Entweder hat sie, den kläglichen Untergang in Baden vor Augen, noch eine wirklich unbegreifliche Selbstzuversicht, oder ihr ganzes Groß-Deutschthum ist Maskerade, sie will keinen Bundesstaat, sie will nur den Particularismus, demokratisch zugestutzt in der Weise Schaffraths. Die sechzigtausend Bajonnette an der Gränze können sie inzwischen belehrt haben wie weit sich da in diesem Augenblick noch kommen läßt.

Als das Märzministerium gefallen, F. Römer in das Volk zurückgetreten war, als der Mann der mit fester Hand das Staatsschiff, schwankend zwar, aber unversehrt und mit einer reichen Fracht an Gütern der Freiheit, durch die Klippen der Revolution gesteuert hatte, die Kränkung erfahren mußte daß undankbare Nachfolger sich nicht entblödeten den Ausfall einer außerordentlichen Zeit in den Finanzen, der Gesetzlichkeit und Moralität (warum nicht auch Regen und Sonnenschein?) ihm auf die Rechnung zu setzen, da jubelte die demokratische Presse, denn sie dachte ihre Partei nahe an der Herrschaft. Seitdem sind nicht viele Tage verflossen, und diese Partei befindet sich in der Frage der Landesverfassung ihrer Regierung gegenüber fast in derselben Lage wie Preußen in der Frage der Bundesverfassung Oesterreich gegenüber; sie glaubte frei schalten und walten zu können auf der Basis der Grundrechte, aber die Grundrechte sind auf das Gebiet der Auslegung gebracht wo nicht mehr der Inhalt, sondern der Sinn gilt, Verwahrungen stehen gegen Verwahrungen, und es fragt sich welche die mächtigern sind. Wird dieser Demokratie jetzt vielleicht ein spätes Licht aufdämmern in der Einsicht daß sie auch für die Freiheit den Standpunkt verfehlt hat, und daß diejenigen nicht nöthig haben sich euphemistisch zu verhüllen die in der deutschen Sache mit Preußen gehen? In der officiellen staatsmännischen Region im vor- und nachmärzlichen Deutschland ist kein Ueberfluß an deutscher Gesinnung, man darf um deutsche Staatsmänner und Patrioten, Begeisterung für die Herstellung und Größe der Nation zu suchen, nicht über die Befreiungskriege zurückgehen, und da findet man sie fast nur in Preußen. Wenn man zwischen Preußen und Deutschen unterscheiden und die Blätter welche der preußische Geist und das preußische Schwert beschrieben hat, wegschneiden will, wie arm macht man die deutsche Geschichte!

C. A. M.

Wien.

dt **Wien,** 16 Dec. Dem niederösterreichischen Gewerbeverein ist auf seine Petition um Berufung eines Zollcongresses von dem Ministerium abschlägige Antwort ertheilt worden, weil die Entscheidung über Tarifsätze nur dem Reichstage gebühre. Beim Heer wird jetzt eine sehr wichtige Reform eingeführt: der Staat will nämlich das Einsteherwesen in seine Hände nehmen, und zwar sind sehr bezeichnend für die militärischen Eigenschaften der verschiedenen Kronländer die Einstandsgelder für Militärpflichtige in Italien auf 700, in den deutschen Provinzen auf 600, und in den östlichen Ländern auf 500 fl. festgesetzt. Die Eintretenden unterliegen erst der Wahl der Officiere, und man befolgt dabei den richtigen Grundsatz den Weiterdienenden jene Summe mit 15 fl. Handgeld und mit täglichen 5 kr. auf Lebenszeit zukommen zu lassen. In einigen deutschen Ländern, in Bayern und (früher) in Sachsen z. B. erhält der gediente Mann mit Ablauf der Capitulation die ganze Summe. Wenn er sparsam, kann er freilich mit seinen 200 Thlr. resp. 500 fl. rhein. ein bescheidenes Hauswesen gründen, die Erfahrung lehrt aber daß in der Regel jene Thaler oder Gulden in den Händen von Juden oder Mäklern waren, welche den unglücklichen Capitulanten vor der Zeit um hohe Abzüge gebracht. Hier genießt der Soldat wenigstens das Ganze, und ein gedienter Mann ist auch vor seinen Cameraden durch die höhere Löhnung ausgezeichnet und kann sich besser halten. Auch kommt er durch jene Berechnung nicht zu kurz, 5 kr. täglich geben jährliche 30 fl. Mit 28 Jahren kann er zum zweitenmal capituliren, und rechnet man das menschliche Durchschnittsalter solcher Leute zu 50 Jahren (was sich in Friedenszeit noch höher stellt) so ist er bereits über die 600 fl. hinaus. — Nach der „Bukowina" wäre an alle Gemeinden in der Bukowina ein kreisamtliches Circular erlassen worden, welches zum Abonnement auf ein hier neu erschienenes Blatt auffordere. Der Lloyd bringt diese Nachricht mit einem längern Artikel, worin ziemlich deutlich erklärt wird daß sich conservative Blätter hüten möchten allzu ministeriell zu seyn, damit das Publicum nicht über sie en bloc urtheile. Da der Lloyd das neu erschienene Blatt nicht nennt, will ich es auch nicht thun und jede Bemerkung unterdrücken, da wir sicherlich morgen von dem Blatte selbst Aufklärung erhalten werden. Gewiß hat ein gefährlicher Freund, den wir heute auch nicht nennen wollen, ihm diesen schädlichen Liebesdienst erwiesen, denn die heutigen Angriffe eines localen Spottblattes mögen wir noch nicht glauben, nach dem Grundsatz: quilibet praesumitur bonus donec etc. etc.

Hinterindien. China.

* Wir haben eine Ueberlandpost über Triest, jedoch abermals ohne vorderindische Zeitungen: nur die Singapore Free Preß vom 6 Nov., und die Overland China Mail (Hongkong) vom 29 Oct. sind uns zugekommen. Aus ersterer erhellt daß die von Sir James Brooke den Seeräubern von Borneo zugemessene scharfe Züchtigung gute Früchte getragen; denn am 1 Nov. kamen Abgesandte der Dayaks*) von Kanawit nach Sarawak, um dem Radscha Sir James feierlich zu versprechen daß sie sich künftig des Seeraubs enthalten wollen. Freilich ist dieß nicht der einzige Piratenstamm auf Borneo, geschweige denn im indischen Archipel. Labuan war ungewöhnlich gesund.

*) Näheres über diesen grausamen Malayenstamm — welcher, gleich den Thags in Vorderindien, den Mord fast als eine Religionspflicht übt — siehe im heurigen Jahrgange des Auslandes.

Hingegen sind in dem kleinen Königreich Pahang, auf der Ostküste der Halbinsel Malacca, 1500 Menschen an der Cholera gestorben. In Siam hatte diese Seuche beinahe aufgehört. Das Singapurer Blatt klagt über Beschränkung der englischen Ausfuhr nach Celebes, mit dem Beifügen: „Es ist leicht zu errathen wessen Einfluß wir diese Benachtheiligung unseres Handels zu verdanken haben.“ Ueberhaupt fehlt es nicht an unfreundlichen Andeutungen gegen Holland. Der Generalstatthalter von Niederländisch-Indien, Herzog Bernhard v. Sachsen-Weimar, war von Celebes nach Java zurückgekehrt. Der Handel war übrigens ziemlich schwunghaft, und die Gutta Percha wird in immer größeren Massen ausgeführt. — Auch unter den anglo-chinesischen Nachrichten steht die Seeräuberangelegenheit oben an. Die englischen Kreuzer waren unermüdlich in Verfolgung der großen Seeräuberflotte in den chinesischen Gewässern, and hatten eine große Anzahl Dschonk zerstört, wobei Hunderte von Piraten ihren Tod fanden; allein vier Fünftel derselben entkamen und keiner wurde gefangen. Entkommen ist namentlich auch ihr Anführer Chui-apo, angeblich derselbe Chinese der vormals bei der Ermordung der englischen Officiere Da Costa und Dwyer in Wong-man-kok betheiligt war. Der eigentliche Bucanier-Admiral ist ein gewisser Schap-ng-tsei, der sich, glaubte man, mit dem Haupttheile seines Geschwaders im Süden befand. Indessen, einer in der China Mail beigefügten sprachlichen Erklärung gemäß, wäre Schap-ng-tsei nicht der Name eines Individuums, sondern bedeutete „die dreimal fünf Jungen“, d. h. die Dreigesellschaft. Die portugiesisch-chinesische Angelegenheit hatte geringe Fortschritte gemacht. Kopf und Hand des ermordeten Statthalters Amaral waren noch immer nicht ausgeliefert; doch hatte der Vicekönig in Canton einen Mann Namens Sau-tschi-liang, als der Theilnahme am Mord überführt, hinrichten lassen, und der portugiesischen Behörde dessen angebliches Geständniß übersandt, wornach er den Statthalter aus Rache wegen seiner Bedrückung der armen Chinesen in Macao erschlagen hätte. Allein die Europäer betrachteten dieß als eine bloße Finte des chinesischen Beamten, sowie dessen weitere Meldung daß noch zwei von den Mördern entdeckt seyen. — Der Handel war flau.

[4883—84]

Bekanntmachung.

Die Bestellung der Briefe und Fahrpostsendungen betreffend.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Um die Bestellung der Briefe und Fahrpostsendungen mit der beschleunigten Beförderung derselben in Einklang zu setzen, sind vom **1 Januar 1850** beginnend nachstehende Anordnungen sowie die den Vollzug sichernden Einrichtungen getroffen worden:

1) die mit jeder Post von 0 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends eintreffenden Briefe müssen allenthalben alsbald nach Eintreffen und Behandlung der Posten bestellt werden, und selbst in den größeren Städten längstens innerhalb vier Stunden nach Ankunft der Post vollständig zur Bestellung gebracht seyn;

2) die zwischen 7 Uhr Morgens und 1 Uhr Nachmittags ankommenden Fahrpostsendungen müssen im Laufe des Nachmittags und die nach 1 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr des andern Morgens eintreffenden Sendungen im Laufe des folgenden Vormittags zur Bestellung kommen;

3) da alle Briefe bei der Ankunft am Bestimmungsort rückwärts auf der Siegelseite gestempelt werden, so ist hiedurch jeder Brief-Empfänger in den Stand gesetzt zu ermessen, ob ihm der Brief rechtzeitig zukömmt.

Wenn ein Adressat gegründete Vermuthung hat daß ihm der Brief oder die Sendung nach Maßgabe obiger Zeitbestimmung verspätet zugestellt wird, so hat er sich sogleich beim Empfange von dem Ueberbringer Tag und Stunde der Zustellung auf dem Brief oder Frachtbrief durch Namensunterschrift bescheinen zu lassen.

Die Briefträger und Packer sind bei Strafe angewiesen auf Verlangen die bezügliche Zeitbestätigung abzugeben;

4) erwiesene Fahrlässigkeit in der Bestellung hat unnachsichtliche Bestrafung des Bediensteten zur Folge, begründet jedoch keinerlei Entschädigungs-Ansprüche an die Postanstalt.

Indem die unterfertigte Stelle diese allgemeinen Normen mit dem Bemerken daß die speciellen Bestimmungen über die Bestellungsweise nach Maßgabe der Localverhältnisse, Ankunft der Posten ꝛc. durch die Bezirks-Postbehörden werden bekannt gegeben werden, zur öffentlichen Kenntniß bringt, wird die Ueberwachung des genauen Vollzuges unter die Controle des Publicums gestellt, und an dasselbe die Aufforderung gerichtet jede Verspätung in der Bestellung in der unter Ziffer 3 angegebenen Weise sogleich zu constatiren und der Local-Postbehörde zur Untersuchung und Beahndung anzuzeigen.

Von Seite der Postanstalt muß jedoch zur Erleichterung und Beschleunigung der Bestellung auch die Mitwirkung des Publicums in Anspruch genommen, und verlangt werden daß die Adressen auf Briefen und Sendungen deutlich und vollständig gefaßt und insbesondere auf den Adressen an Mieth-Einwohner in größern Städten stets die Wohnungen genau angegeben werden, weil außerdessen häufig Zeitverlust mit Ermittlung des Adressaten eintritt, und in einem solchen Falle ein Anspruch auf rechtzeitige Bestellung nicht gemacht werden kann. — München, den 17 December 1849.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

v. Goeb.

Lauber.

[4872—73]

Die Gothaer Lebensversicherungsbank

vertheilt im nächsten Jahre an ihre Mitglieder den Ueberschuß des Versicherungsjahres 1845, welcher 215,062 Thlr. 10 Sgr. beträgt und eine Dividende von

28 Procent

ergibt. Durch diese und die schon früher mit ziemlich gleichen Sätzen vertheilte Dividende stellen sich bei der Gothaer Bank die Beiträge so niedrig, als nach der Natur der Sache nur immer erwartet werden kann. Neben der dadurch gewährten großen **Billigkeit der Versicherungspreise** empfiehlt sich diese Anstalt nicht minder durch die **Sicherheit** welche ein meist auf werthvolle Hypotheken von Landgütern ausgeliehener Fonds von **5,600,000** Thlr. darbietet. Es sind derselben in diesem Jahre wieder über 900 neue Mitglieder beigetreten, wodurch der Versicherungsbestand auf 15,400 Personen mit $24\frac{2}{3}$ Millionen Thlr. Versicherungssumme gestiegen ist.

Auf diese Ergebnisse verweisend laden zur Versicherung ein

Augsburg, den 18 December 1849.

Gebrüder Frommel.

(4842) So eben sind bei dem Unterzeichneten erschienen und durch alle soliden Buchhandlungen zu beziehen:

Die Erlebnisse der Schweizercompagnie in Venedig

von

Joh. Debrunner,

Major der Infanterie und gewesener Commandant dieses Corps.

Ein Beitrag zur Geschichte des venetianischen Freiheitskampfes.

Gr. 8. $18\frac{1}{2}$ Bogen in elegantem Umschlag. Preis: 1 fl. 24 kr. od. 24 Ngr. — Mit einem Plane von Venedig und den Lagunen.

Vorliegende Schrift enthält unter dem bescheidenen Titel: „Erlebnisse der Schweizercompagnie in Venedig“ eine ziemlich vollständige und mit höchst interessanten Documenten belegte Geschichte des venetianischen Freiheitskampfes. Die Darstellung des meist Erlebten ist einfach, aber plastisch, ja selbst malerisch und trägt überall den Stempel der innern Wahrheit an sich. — Ueber den Standpunkt, von welchem der Verfasser bei Beurtheilung der italienischen Verhältnisse ausging, sagt derselbe in seinem „Vorworte“ ganz kurz, daß er ein Schweizer und kein Italiener oder Oesterreicher sey, daß er für freie Institutionen gekämpft, aber wohl zwischen Ordnung und jeder Art von Anarchie unterscheiden gelernt habe.

Wir sind überzeugt daß vorliegende Schrift, deren Preis wir bei der schönen Ausstattung absichtlich sehr niedrig gestellt haben, allgemeine Theilnahme finden wird, und bemerken nur noch daß wir gleichzeitig eine französische Ausgabe auf Velin veranstaltet haben, welche demnächst versandt werden wird und die ebenfalls durch alle Buchhandlungen à 2 fl. 20 kr. oder 1 Rthlr. 10 Ngr. bezogen werden kann.

Zürich und Frauenfeld, im December 1849.

Buchhandlung von Ch. Beyel.

[4742—44]

Einladung zum Abonnement.

Seit dem 1 December 1849 erscheint in Würzburg

„Die Bayerische Presse."

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Dieses politische Tagblatt wird sich bemühen den Constitutionalismus würdig zu vertreten; wenn sie für die wohlwollenden Absichten der Staatsregierung bereitwillig das Wort führen wird, setzt sie sich doch keineswegs die servile Aufgabe, für alle Regierungsmaßregeln blindlings in die Schranken zu treten; weder reactionär noch wühlerisch, weder dem Absolutismus noch dem Umsturz in politischer, religiöser und sittlicher Beziehung huldigend sondern constitutionell-monarchisch in umfassendster Bedeutung dieses Begriffs, stellt sich „Die Bayerische Presse" auf den untrüglichen Boden des Rechten und Vernünftigen, wird ihr leitender Grundsatz Wahrheit, Geradheit und Offenheit seyn, und ihr Bestreben dahin gehen, das Vertrauen zu verdienen das sie beansprucht. Da übrigens Worte und Versprechungen nicht entscheiden, mögen die Leser der „Bayerischen Presse" urtheilen, ob es dieser Zeitung gelingen wird unter den Tagesblättern des engern wie weitern Vaterlandes eine beachtungswerthe Stellung einzunehmen.

„Die Bayerische Presse" wird ihren Freunden jedes andere Blatt zu ersetzen suchen. Sie wird sich mit allen wichtigen Fragen der Tagesgeschichte und Litteratur beschäftigen, Volkswirthschaft, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft vertreten, dabei nicht unterlassen auch den localen Vorkommnissen die vollste Beachtung zuzuwenden. Hinsichtlich des politischen Theils ist sowohl für möglichst rasche Mittheilung als ausgebreitete und gediegene Correspondenz gesorgt. Der Unterhaltung, der Litteratur und Kunst gewidmete „Ergänzungsblätter" werden zweimal wöchentlich der „Bayerischen Presse" beigegeben werden.

Die **amtlichen Nachrichten** aus dem Regierungsbezirk von Unterfranken und Aschaffenburg, insbesondere alle Erledigungen und Besetzungen von Stellen, namentlich der Pfarrer, Landgerichtsbeamten, der Aerzte und Lehrer u. s. w., wird „die Bayerische Presse" aus **erster** Quelle aufs **rascheste** und **ausschließlich** mittheilen, wodurch diese Zeitung für die genannten Kategorien von hohem **Interesse seyn muß**.

Obgleich mit Ausnahme des Sonntags täglich und in großem Formate dreispaltig erscheinend, stellt sich der Abonnementspreis der „Bayerischen Presse" bei allen königl. bayerischen Postexpeditionen nicht höher als 1 fl. 30 kr. für das Quartal, wozu bei außerbayerischen Posten der übliche Aufschlag kommt. Da diese Zeitung in viele Hände gelangt, werden die ihr mitgetheilten Inserate, die sich äußerst billig berechnen, von Erfolg seyn. Namentlich empfiehlt sie sich in dieser Beziehung den verehrlichen Verlagsbuchhandlungen, deren Novitäten sie gerne zur Besprechung in den Ergänzungsblättern annimmt. Mit dem Neujahre eintretende Abonnenten können die „B. Pr." für den Monat December, so wie auch die Ergänzungsblätter, so weit der Vorrath reicht, gratis nachverlangen.

Die Expedition der Bayerischen Presse in Würzburg.

[4840] Durch alle Buchhandlungen Deutschlands (Augsburg M. Rieger) ist zu haben:

Wetter und Witterung,

ihre Ursachen, Kennzeichen und Vorzeichen. Nebst einem Anhange über die Schicksale der Erde. Für Jedermann leicht faßlich und verständlich dargestellt von Hermann Hager. Mit 18 erklärenden Abbildungen. gr. 8. geh. 1845. 15 Sgr. oder 54 kr. (Verlag von E. Flemming.)

[4766] **Dr. Schottky's Lehrbücher der englischen Sprache.**

Soeben erschien in meinem Verlag und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Englisches Uebungs- und Lesebuch

für den ersten Cursus

oder Erster praktischer Theil

zu der Englischen Grammatik

von Dr. H. Schottky.

Gr. 8. 13 Bogen. eleg. brosch. Preis 15 Sgr.

Im vorigen Jahr erschienen von demselben Verfasser in meinem Verlag:

Anweisung zur Aussprache des Englischen, mit einer Wandtafel. gr. 8. 3 Bogen. eleg. brosch. 7½ Sgr.

Englische Schul-Grammatik. gr. 8. 3½ Bogen. eleg. brosch. 7½ Sgr.

Englische Prosa, Lesebuch für höhere Schulen. Mit Proben die ein Ganzes geben, aus W. Irving, Pitt, Sterne, Swift, Lord Bacon. (Im Anhang: leichtere geschichtliche Stoffe.) 8. 7 Bogen. eleg. brosch. 10 Sgr.

Breslau, November 1849. **Eduard Trewendt.**

[4598] In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München, in Unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Ueber den Umgang ☞ mit dem weiblichen Geschlecht.

Ein Rathgeber für junge Männer, die sich die Neigung des weiblichen Geschlechts nicht nur erwerben, sondern auch erhalten wollen. — Aus den Papieren eines Welterfahrenen.

Von **Aug. Eberhardt.** Preis 15 Sgr. oder 54 kr

Zur Charakterkenntniss der Mädchen und Frauen, wie auch um sich mit Klugheit bei denselben zu benehmen und sich ihre Neigung sicher zu erwerben, ist diess ein für junge Leute zur Beachtung empfehlendes Buch.

☞ Zur gesellschaftlichen Belustigung ist zu empfehlen:

Carlo Bosco, das Zaubercabinet, oder

das Ganze der Taschenspielerkunst.

Enthaltend 110 Wunder erregende Kunststücke durch die natürliche Zauberkunst mit Karten, Würfeln, Ringen, Kugeln, Geldstücken und 68 arithmetische Belustigungen. Zur gesellschaftlichen Belustigung mit und ohne Gehülfen auszuführen. Vom Professor Kerndörfer. — Sechste Auflage.

Preis 20 Sgr. oder 1 fl. 12 kr.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag und Weiß in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold und Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ernst'sche Buchhandlung in Quedlinburg.

[4847—48] Im Commissions-Verlage der F. X. Duyle'schen Buchhandlung in Salzburg ist erschienen und in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

Sammlung

von

Kirchenmusikstücken,

componirt von

Aloys Taux,

Capellmeister des Dommusik-Vereins und Director des Mozarteums in Salzburg.

Diese Sammlung besteht aus folgenden 3 Nummern:

No. I. **3 Tantum ergo** und **2 deutsche Segenlieder** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 1 fl. 12 kr. rhn. oder 24 Ngr.

No. 2. **3 Tantum ergo** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 48 kr. rhn. oder 16 Ngr.

No. III. **Asperges** und **vidi aquam** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 1 fl. 12 kr. rhn. od. 24 Ngr.

Preis der completten Sammlung 3 fl. 12 kr. rhn. oder **2 Rthlr. 4 Ngr.**

[4815] In meinem Verlage ist erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden:

Andersen's ausgewählte Werke.

5 Bände kl. 8. Preis brosch. 5 Rthlr. n. Elegant gebunden 6 Rthlr. 20 Ngr.

Leipzig, den 11 December 1849.

Carl B. Lorck.

(4752) ☞ In eleganter Ausstattung ist jetzt erschienen und in allen Buchhandlungen vorräthig:

Till Eulenspiegel. Modernes Heldengedicht von **Adolf Böttger.** br. Preis 22½ Sgr. Elegant gebunden Preis 1 Rthlr.

Leipzig, den 5 Dec. 1849.

Otto Klemm.

[4809—10]

Deutsche Reform.

Politische Zeitung

für das constitutionelle Deutschland, in Berlin täglich zweimal erscheinend.

Preis für das Quartal in ganz Preußen: 2 Thlr. incl. Porto.

(4576—78) ***** Wichtige Neuigkeit. *****

Bei Ignaz Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Das eigentliche Ziel der gegenwärtigen Politik Preußens.

Von Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlag 6 Ngr.

4555–56]

VERZEICHNISS der Weine, welche aus dem königl. bayer. Hofkeller zu Würzburg um nachstehende Preise zu haben sind.

A. Weine, welche nur in Flaschen per Dutzend abgegeben werden.

Von der Markung	Jahrgang.	Benennung der Lage.	Preis per 12 Stück. fl.	kr.
Würzburg	1818	Leisten	13	—
	1834	Aeussere Leisten	8	—
	1842	Leisten Riessling	18	—
	1842	Aeussere Leisten	9	—
	1846	Leisten Riessling	24	—
	1818	Stein	12	—
	1835	Stein A.	10	—
	1846	Stein Riessling	21	—
	1846	Rother Stein	11	—
	1846	Schalksberg Traminer	12	—
Randersacker	1818	Pfülben	8	—
	1822	dto.	44	—
	1833	dto.	22	—
Hammelburg	1822	Saalecker	42	—
Hörstein	1846	Rother Hörsteiner	8	—

B. Weine, welche nur in Eimern abgegeben werden.

Von der Markung	Jahrgang	Benennung der Lage	Preis per Eimer fl.	kr.
Würzburg	1841	Aeussere Leisten	28	—
	1846	Stein	46	—
	1847	Stein Riessling	26	—
	1847	Schalksberger Riessling	22	—
	1847	Schlossberger rother	24	—
Randersacker	1846	Aeussere Pfülben Traminer	42	—
	1847	Pfülben Riessling	24	—
	1847	Spielberger Riessling	20	—
	1847	Spielberger	15	—
	1847	Lämmerberger Traminer	18	—
Hammelburg	1846	Saalecker	32	—
Hörstein	1819	Hörsteiner	34	—
Sommerach	1846	Sommeracher	16	—
Volkach	1846	Volkacher	22	—

BEMERKUNGEN:

1) Die Flaschen halten 3 bayerische Schoppen, der Eimer ist gleichfalls bayerischen Gemässes.
2) Zur Abgabe der Weine für hiesige Einwohner sind wöchentlich 2 Tage, **Dienstag** und **Freitag** von 2 — 5 Uhr Nachmittags bestimmt.
3) Die Abgabe geschieht nur **gegen gleich baare Zahlung.**
4) Bestellungen von Auswärtigen können nur dann beachtet werden wenn der Betrag baar übersendet, oder ein Commissionär dahier benannt wird, welcher die **Zahlung** leistet.
5) Briefe und Geldsendungen sind zu frankiren.
6) Bestellungen sind beim unterzeichneten königl. Hofökonomie-Rentamt zu machen.
7) Auf Verlangen wird auch das Verpacken der Flaschen besorgt, wofür jedoch 1 fl. 12 kr. pr. Duzend zu zahlen ist.

Fässer werden ebenfalls dazu gegeben und ist der Preis für ½ Eimer- 1 fl. 24 kr., für 1 Eimer- 2 fl. und für ein 2 Eimer-Fass 3 fl.

Würzburg, den 21 November 1849.

Königliches Hofökonomie-Rentamt.
Glaser.

(2974–3006) **Brustreiz-Krankheiten.**

Goldene Medaille 1844. — Silberne Medaille 1844.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei HH. Redlinger & Comp. in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[4733–34] Soeben erschien und kann durch jede Buchhandlung bezogen werden:

Der persönliche Schutz.

Nach dem englischen Originale bearbeitet von Dr. **Curtius.** Preis 10 Ngr. (36 kr. rhn., 30 kr. C.-M.)

Eine weitere Anpreisung dieses Werkes, welches früher nur zu einem ungemein hohen Preise verkauft wurde, dürfte überflüssig seyn, da der Werth und die Gediegenheit desselben bereits allgemein anerkannt sind.

(Im. Müller, Separ.-Conto in Leipzig.)

[4831–36] **Unter Zusicherung bedeutender Vortheile** wird an thätige Geschäftsleute der Commissionsverkauf eines leicht gangbaren Artikels zu übertragen gesucht. **Anerbietungen franko unter W. u. H. poste restante Mainz.**

(4850—51) **Gesuch eines Provisionsreisenden.**

Eine Seidenwaaren-Fabrik in der Schweiz, welche schon längere Zeit Geschäfte mit Baden, Württemberg und Bayern gemacht, wünscht ihre Muster einem tüchtigen Provisions-Reisenden zu übergeben, der diese Gegenden regelmäßig besucht.

Reflectirende können ihre Offerten franco unter Nr. 4850 an die Expedition dieser Zeitung adressiren.

(4796—97) **Geschäftsführerstelle in einer Tuchfabrik.**

Eine Familie welche im Besitz einer nach neuester Art eingerichteten, seit langer Zeit bestehenden, vortheilhaftes darbietenden Tuchfabrik sich befindet, sieht sich veranlaßt dem bisherigen Leiter dieses umfassenden Geschäftes, welcher demselben eine lange Reihe von Jahren vorgestanden, wegen vorgerückten Alters aber solches allein fortzuführen nicht mehr im Stande ist, einen tüchtigen Mann an die Seite zu stellen, sey es gegen ein Salair nebst sonstigen Begünstigungen oder als Theilhaber mit einer Capital-Einlage von etwa zwanzigtausend Gulden.

Der Einzutretende muß gebildeter Kaufmann und mit der Wollenfabrikation ganz vertraut seyn. Derselbe kann ledig, wenn nicht zu jung, oder verheirathet seyn. In letzterm Fall kann Wohnung, Garten und sonstige Annehmlichkeiten zugesichert werden. — Die Buchhandlung von Paul Neff in Stuttgart wird frankirte Anträge an ihre Bestimmung befördern.

[4871] **Stellegesuch.**

Ein Mann im kräftigsten Alter, der früher dem Handelsstand angehörte, später eine längere Reihe von Jahren einer bedeutenden Fabrik von Schwefelsäure, Glaubersalz, Soda und Chlorkalk vorgestanden hat, die Bereitung der genannten Artikel nach den neuesten Systemen nicht nur genau kennt, sondern auch in Herstellung der dazu nöthigen Apparate, sowie im Ofenbau vollkommen bewandert ist, bietet seine Dienste sowohl im kaufmännischen Fach, als zur Leitung oder Einrichtung eines Etablissements, wie vorgenannt, hiemit an, und kann sich über seine Leistungen durch die besten Zeugnisse ausweisen.

Auftragende welche von seinen Erfahrungen gerne Nutzen ziehen möchten, werden gebeten sich unter Nr. 4871 an die Expedition dieses Blattes zu wenden, welche Anfragen an den sich hiemit Anbietenden zu befördern die Güte haben wird.

[4790] **Brauerei- und Oekonomie-Anwesen-Verkauf.**

In einer Kreishauptstadt Bayerns ist eine im besten Betrieb stehende Brauerei mit oder ohne Oekonomie-Anwesen unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Kaufsliebhaber belieben sich des Nähern wegen zu wenden an das Commissions-Bureau von

H. A. Goetz in Nürnberg,
S. Nr. 771.

Dr. Gintl's ambulanter Telegraph.

TG. Die außerordentlichen Leistungen der elektro-magnetischen Telegraphen verdienen mit vollem Rechte nicht nur die ihnen bereits zu Theil gewordene allgemeine Bewunderung, sondern auch jene thatkräftige Auffassung welche sie zur Erreichung großer Zwecke für jedermann im hohen Grade brauchbar macht.

Wir wollen hier keineswegs die Wichtigkeit des Telegraphen auf dem Gebiete der Staats- und Handelspolitik in Erwägung ziehen, sondern nur den bedeutenden Nutzen betrachten welchen man durch eine zweckmäßige Anwendung desselben bei dem Eisenbahnbetriebe zu erzielen im Stande ist.

Es unterliegt gewiß keinem Zweifel daß sich bei gehöriger Instandhaltung und pünktlicher Bedienung des Telegraphen jede Eisenbahn, wenn sie auch nur ein Geleise besitzt, doch mit derselben Sicherheit und Frequenz befahren läßt, als wären ihrer ganzen Ausdehnung nach zwei Schienenwege vorhanden, wodurch das Maximum ihrer Ertragsfähigkeit ohne alle Schwierigkeit erreicht, und in der Folge der kostspielige Bau von Doppelbahnen gänzlich vermieden werden kann.

Um jedoch den Betrieb der Eisenbahnen mittelst des Telegraphen auf diese Höhe zu bringen, darf sich seine Wirksamkeit nicht bloß auf die einzelnen Bahnstationen beschränken, sondern es müssen auch alle längs derselben verkehrenden Züge in der Lage seyn sich augenblicklich unter den Einfluß des elektrischen Stroms zu stellen, so daß sie von jedem Puncte der Bahn mit den benachbarten Stationen telegraphisch correspondiren, und da wo es noth thut, zur Beseitigung der ihnen entgegenstehenden Hindernisse die erforderliche Hülfe herbeirufen können.

Man hat zu diesem Behufe nur für einen transportablen Telegraphen zu sorgen, welcher in dem Wagen der Conducteurs aufgestellt, und mit der Leitungskette der Bahnlinie an jener Stelle verbunden wird von wo aus die Correspondenz zwischen dem Zuge und der benachbarten Station geführt werden soll.

Diese Art von Telegraphen-Ambulance besteht im wesentlichen aus einem dazu passend gewählten Stromerreger und einem Signalapparat, welcher demselben Systeme entspricht dessen sich die einzelnen Bahnstationen bei ihrer telegraphischen Correspondenz unter einander bedienen.

Stöhrer in Leipzig construirte zwar schon vor längerer Zeit einen sinnreichen Inductionsapparat für Eisenbahnzüge, welcher aber bei den damit an den österreichischen Telegraphenlinien vorgenommenen Versuchen unzureichend befunden wurde, weil der durch die magneto-elektrische Rotationsmaschine erzeugte Strom zu schwach war um in den entfernteren Stationen, an den daselbst befindlichen Indicatoren, noch deutliche Zeichen hervorzubringen, und sich mit dem Bahnzuge zu verständigen. Aus diesem Grunde hat der österreichische Staats-Telegraphen-Director Dr. W. Gintl, statt der Induction als Stromerreger, eine nach Youngs Princip gebaute galvanische Batterie in Anwendung gebracht, bei welcher aber der flüssige Leiter durch eine feste hygroskopische Substanz ersetzt, mithin zum Transporte vollkommen geeignet, und überdieß so kräftig ist daß der von ihr gelieferte Strom die selbst 30 bis 40 Meilen entfernten Stationsapparate noch ganz deutlich zu afficiren vermag. Die aus 30 Elementen von 4 Quadratzoll Fläche zusammengesetzte Batterie ist in einem kleinen Kästchen eingeschlossen, und behält die zur Führung einer verständlichen Correspondenz nöthige Kraft durch nahe 3 Wochen, nach welcher Zeit sie nur einer schwachen Benetzung des in Plattenform zwischen den einzelnen Elementen befindlichen hygroskopischen Leiters bedarf, um die ursprüngliche Stromstärke wieder zu erlangen. Mit dieser Batterie ist ein kleiner Indicator verbunden, welcher in die Leitungskette der Linie, überall wo es die Umstände erfordern, mittelst zweier Dräthe eingeschaltet werden kann, um sich vom Zuge aus mit den übrigen Bahnstationen in Correspondenz zu setzen.

Die im Monate März d. J. auf der nördlichen Staatseisenbahn mit dieser Telegraphen-Ambulance vor einer technischen Commission angestellten Versuche sind so befriedigend ausgefallen daß man sich in dem darüber ausgefertigten Protocolle für die Einführung der ambulanten Telegraphen auf den österr. Staatseisenbahnen um so eher aussprach, als der Kostenaufwand für den vollständigen Apparat nur 50 fl. C. M. beträgt, und wenn deßungeachtet diese Ambulance bis jetzt noch nicht ins Leben trat, so ist die Ursache davon vorzüglich in den daselbst herrschenden eigenthümlichen Betriebsverhältnissen zu suchen, die sich aber alsogleich ganz anders und, wie wir mit Zuversicht hoffen, gewiß auch viel besser gestalten werden, sobald die Staatsverwaltung den Betrieb der Eisenbahnen selbst übernimmt, bei welcher Gelegenheit die Telegraphie überhaupt die gehörige Würdigung erst finden, und ihre Anwendung auf alle Eisenbahnzüge insbesondere zur Ausführung kommen wird.

Nebstdem beabsichtigt aber die österreichische Staatstelegraphendirection auch noch das Signalement für die einzelnen Bahnwächter durch den Telegraphen zu reguliren, und in dieser Hinsicht hat Dr. Gintl bereits einen Apparat einrichten lassen welcher in allen Wächterhäusern aufgestellt werden, und das Bahnaufsichtspersonal durch hinreichend starkes Glockengeläute von den auf der Bahn zunächst stattfindenden Vorgängen mittelst eines Zeigerwerkes in Kenntniß setzen soll, so daß die Wächter beim Ertönen der Glocke nur auf den Apparat zu sehen, und dort die betreffende Ordre zu empfangen haben um darnach die zur Sicherheit der Fahrt erforderlichen Vorkehrungen in ihrer Bahnstrecke zu treffen, und den Verkehr der Züge selbst bei neblichter Witterung gefahrlos zu machen.

Zur Geschichte des schweizerischen Sonderbundkriegs.

. **Bern,** 15 Dec. Da ich mich nicht erinnere daß der neu herauskommenden Schrift des Obersten Elgger in Ihren Blättern Erwähnung gethan worden ist, so sey es mir erlaubt über dieselbe hier einige Worte anzubringen. Der ganze Titel ist folgender: „Kampf des Kantons Luzern und seiner Bundesgenossen gegen den Radicalismus in den Jahren 1845 und 1847, und mein Antheil an den kriegerischen Ereignissen dieser Epoche, von Oberst Franz v. Elgger, gewesenem Chef des Generalstabs der sieben katholischen Orte und ehemaligem eidgenössischem Oberst. Schaffhausen, Hurter'sche Buchhandlung 1850." Von dieser Schrift ist erst ein Heft erschienen, das zugleich als Einleitung zur Sonderbunds-Kriegsgeschichte dient und eine für sich abgerundete Beschreibung der Freischaarenzüge von 1844 und 1845 enthält. Bei der Stellung welche Elgger bekleidete, und der bedeutenden Rolle welche er in diesem Stück Geschichte mitspielte, ist es Pflicht seine Stimme anzuhören, nachdem seine Gegner darüber bereits eine ziemlich bedeutende Litteratur zusammengeschrieben haben; eben diese Stellung berechtigt auch zu der Erwartung reiche Aufschlüsse über den innern Zusammenhang vieler unklaren Verhältnisse zu erhalten. Radicalerseits wurde Elgger gleichsam als ein Condottierführer betrachtet, der den Krieg nicht aus Ueberzeugung und Pflicht, sondern als Handwerk, höchstenfalls aus wissenschaftlichem Interesse mitmachte, um so mehr als man ihm früher liberale Meinungen zuschrieb. Man hätte daher erwarten sollen eine streng kriegswissenschaftliche Erzählung zu finden; dieß ist aber nicht der Fall. Elgger fand sich veranlaßt den Kampf auch von seiner politischen Seite zu betrachten, und bei einem Bürgerkrieg, bei dem politische und rein militärische Motive jeden Tag concurriren, wie es besonders hier der Fall war, würde eine solche Ausscheidung schwer ausführbar gewesen seyn. Elgger zählte sich den in der Schweiz zahlreichen, eigentlich mehr überschrienen als überstimmten Patrioten bei welche die Berufung der Jesuiten als einen Mißgriff und ein Unglück ansahen, dennoch aber die gesetzwidrigen Freischaarenzüge und die gewaltsame Auflösung des durch diese hervorgerufenen Sonderbundes mißbilligten, und welche der endlich mit genauer Noth erzwungenen formellen Majorität im Namen der beschwornen Bundespflicht theils bloß mit dem Wort und mit elegischen Gefühlen, theils mit der That entgegentraten. Auf diesem Standpunkte, der allerdings durch das frühere Leben Elggers gerechtfertigt ist, glaubt er die lebendige warme Darstellung des Augenzeugen mit einer strengen Unparteilichkeit verbinden zu können, und es scheint uns das erste Heft des Werkes diese Aufgabe im wesentlichen nicht sehr verfehlt zu haben; wie er denn namentlich seinem Gegner Ochsenbein beinahe mehr als nöthig strategische Fähigkeit und Energie zugesteht. Eine ungleich schwierigere Aufgabe steht Elgger bei Behandlung des Sonderbundskriegs bevor, und wir fürchten sehr er sey den Ereignissen zu nahe gestanden, es laste auf seiner Person eine zu große Verantwortlichkeit, und er sey durch zu innige Bande mit andern verantwortlichen Hauptpersonen verknüpft als daß er eines völlig ruhigen unbefangenen Urtheils mächtig sey; in Bezug auf den Fall Freiburgs z. B., der sich ohne die Annahme geheimer Agentien in der Art wie er geschah unmöglich erklären läßt, scheint uns das Urtheil Elggers über Malliardoz (Seite 12) schon zum voraus zu des letztern Gunsten abgegeben. Hoffen wir daß er seinen Freund durch eclatante Beweise rein waschen könne! Ueberhaupt müssen wir auch die Kritik über verschiedene im ersten Heft aufgestellte Daten noch verschieben bis die als Anhang versprochenen Acten bei der Hand sind. So scheint uns z. B. die Angabe der Zahl der Freischaaren am 31 März 1845 (Seite 83) — 5300 Mann — um 1000 bis 1500 Mann zu stark,

und vollends die Zahl der davon Gefallenen, 300 Mann, ist im Widerspruch mit allen uns bekannten Berichten. Von Seite der Freischaaren, und nach den amtlichen Berichten der Kantone Bern, Solothurn, Aargau und Baselland werden nur hundert und einige Mann als umgekommen aufgezählt, wobei alle einzeln im Kampfe oder als Opfer der Volksrache auf der Flucht Getödteten mitgerechnet seyn sollen. Das offenbar blutigste Gefecht, das Nachtgefecht bei Malters in der Nacht vom 31 März auf den 1 April, wo sich die Freischaaren, um den Rückzug zu gewinnen, ohne alle Taktik wie Mücken ins Licht stürzten, und sich ohne Aussicht auf Erfolg niederschmettern ließen, hatte nach Elgger nur 25 todte und 26 verwundete Freischärler zur Folge, alle andern Gefechte waren bloße Plänkeleien, da die Freischärler nirgends auf wirksame Schußweiten Stand hielten; die flüchtig und wehrlos Getödteten müßten daher auf eine so hohe Zahl geschätzt werden daß wir der Angabe im Glauben an die Humanität widersprechen müssen. Aber gegen diesen Vorwurf nimmt Elgger selbst das Luzernervolk eifrig in Schutz. Daß in der Hitze des Kampfes und der Verfolgung oft kein Pardon gegeben worden, läugnet Elgger nicht, er sagt aber S. 105: „man hat von abgesägten Köpfen, von lebendig Begrabenen, von Freischaaren gelesen welche, an Bäume mit den Händen genagelt, dem Hungertod preisgegeben worden. Ich habe die Wahrheit dieser Anschuldigungen zu ermitteln gesucht; keine derselben habe ich begründet gefunden.“ Dafür erzählt er Züge des Gegentheils, wie z. B. der als fanatischer roher Freischaarenfeind verschrieene Kast mit seinem Bataillon achtzig bis hundert Mann in einer Schlucht umzingelt hatte, und sich in der Lage sah die Rolle eines Pellisier zu spielen, dennoch aber mit aller Energie das Feuern seiner kampferhitzten Krieger sogleich einstellen ließ; und doch war dieß geschehen in einem Augenblick wo das Resultat des ganzen Kampfes in den Augen der Luzerner noch lange nicht entschieden seyn konnte, also in einer Gemüthsstimmung der Soldaten in der selbst altdisciplinirten Truppen Excesse nicht streng zugerechnet werden. Zur Entschuldigung oder wenigstens milderen Beurtheilung der dennoch unläugbar stattgehabten Thaten der Rache stützt sich Elgger nicht mit Unrecht auf die natürliche Erbitterung gegen den unbefugt und ohne Beruf mit den Waffen in die Heimath eingedrungenen Frevler und die beiden von den Freischärlern zu Hellbühl und beim Lädeli, während sie sich noch als Sieger ansahen, an Entwaffneten verübten Morde. Interessant ist es zu vernehmen wie Elgger den plötzlichen Stillstand im Siegeslauf am Abend des 31 März und dann den durch Ochsenbein, freilich bloß bis auf das Plateau von Littau befohlenen Rückzug erklärt. Dieß ist gewiß der große Schicksalsmoment des ganzen Zuges, und obschon vielfach besprochen, mag es doch Ihren Lesern nicht unlieb seyn zu wissen was ein Mann darüber sagt der in der günstigsten Lage war sich Kenntniß zu verschaffen.

Zur Zeit als am Abend des 31 das Hauptcorps der Freischaaren, 2500 bis 3000 Mann mit sämmtlicher Artillerie, 4 Kanonen und 4 Haubitzen nebst einigen congrevischen Raketen, vor den Thoren Luzerns angekommen war und sich ermüdet einer so nöthigen Rast hingab, waren bereits in Luzern zur Verfügung 1 Bataillon und 6 bespannte Geschütze, nebstdem war der Gütsch, der wichtige Luzern dominirende Vorsprung des Sonnenbergs, mit 2 Bataillonen und einer halben Compagnie Scharfschützen besetzt, die Hülfstruppen von Zug und Uri wurden im Laufe der Nacht, die Schwyzer am Morgen sicher erwartet. Die Stellung des Hauptcorps der Freischaaren, theils längs dem Thalwege von Littau her, theils zwischen die Berghänge und die Reuß eingezwängt, konnte nur in der Voraussetzung bezogen worden seyn, Rothpletz hätte, seinem Auftrag gemäß, mit einer Abtheilung von etwa 500 Mann den Gütsch genommen. Rothpletz war ein weniges zu spät gewesen, Ochsenbein wußte aber von der Erfolglosigkeit dieser Unternehmung noch nichts. In Luzern war die Disposition zum Ueberfall des Feindes zuerst für die nämliche Nacht, dann für früh Morgens gefaßt. Doch nachdem die nöthigen Thatsachen zur Verständigung berichtet sind, lassen wir Elggers eigene Worte folgen; er sagt Seite 98: „Nachdem die Colonnenspitze beim Lädeli — den ersten Häusern der Vorstadt — angekommen war, und man erfuhr daß der Gütsch von den Truppen der Regierung, nicht aber von der Colonne Rothpletz besetzt sey, da zeigte sich freilich große Bestürzung unter den Häuptlingen der Freischaaren. Um die Uebergabe zu erzwingen wollten nun mehrere die Stadt unmittelbar mit Granaten bewerfen.“

„Obschon selbst der Präsident des Kriegsraths, Dr. Steiger, gebürtig von Luzern, auf diesem Vorschlag hartnäckig bestand, widersetzte sich gleichwohl der Ausführung der Oberanführer Ochsenbein. Er wurde deßhalb sehr verschieden verurtheilt; viele von seinen Commilitonen warfen ihm öffentlich Verrath vor. Die nächste Veranlassung hiezu mag wohl folgende gewesen seyn. Hr. Ochsenbein, mit einbrechender Nacht vor Luzern angelangt, ritt heimlich, unvorsichtig allein vor und bis in die Vorstadt. Er hatte daselbst, wie ich etwas später erfahren habe, eine Unterredung mit einem gewissen Hrn. S. von S. *); sie dauerte ungefähr 10 Minuten. Von diesem wurde er ohne Zweifel von unserm projectirten Ausfall benachrichtigt, durch diesen erhielt er ohne Zweifel auch andere Nachrichten über den Stand der Dinge in Luzern, denn eine Stunde später sagte Ochsenbein zu Merian, einem gedienten Officier der ihm nützliche Vorschläge machte: Seyen Sie still; es wird unterhandelt.

„Möglich daß Ochsenbein sich auf seinen Anhang in der Stadt verließ als er nach seiner Rückkunft den Befehl zum Schießen verweigerte. Man brachte seine Abwesenheit mit der genannten absurden Beschuldigung von Verrath in Verbindung. Leicht wäre es Ochsenbein schon damals gewesen sich in dieser Beziehung vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen; er brauchte nur den Namen des Individuums zu nennen mit dem er gesprochen hatte; er war edel genug es nicht zu thun, um denselben nicht zu compromittiren, und überließ es der Zukunft die Verleumdung zu widerlegen. Was das Verbot Granaten nach der Stadt zu werfen betrifft, so macht dasselbe seinem Herzen mehr Ehre als seinem Charakter als Freischaarengeneral“ u. s. w.

Wie bekannt, hörte von nun an auf Seite der Freischaaren alle Leitung und alle geregelte Bewegung auf, und der im ersten Augenblick allerdings motivirten rückgängigen Bewegung folgte unmittelbar die vollständigste Auflösung. Was am Ende des Heftes in Bezug auf die Rüstungen gegen die Tagsatzung und als Charakteristik einiger Notabilitäten des Sonderbundes gesagt ist, versparen wir auf das nächste Heft.

Paris.

Paris, 14 Dec. Während die hohen Häupter der amtlichen Welt mit unfruchtbarem Rangstreitigkeiten oder Anstrengungen erheuchelter Freundschaft, mit durchsichtigen Plänen nicht sehr gesetzlichen Ehrgeizes oder der Form nach gesetzlichen Gegenplänen unverwüstlicher Parteisucht sich abmühen und abnützen, wachsen im Volke, und in den Provinzen mehr noch als in Paris ganz andere Gedanken auf, überwuchern ganze Massen von Geistern, und setzen sich als brennende Begierden in den Gemüthern fest. Die eigentliche Politik von der sie nichts hört, wird der unendlichen Mehrzahl der Nation mit jedem Tag gleichgültiger, die Worte Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit werden der Kinder Spott, und selbst die Trompete des kriegerischen Ruhms verliert nachgerade ihren verführerischen Klang. Die Revolution hat für den gemeinen Mann keinen andern Sinn mehr als den der Verminderung seiner Lasten und der Vermehrung seiner Absatzwege. Was dem Socialismus vernünftiges, ausführbares zu Grunde liegt dringt in alle Schichten der Gesellschaft ein und wird populär. Wird ihm keine Befriedigung, so steht dem tollen und excentrischen Socialismus Thür und Thor offen, und es wird dann Heldenkraft nöthig seyn um ihn abzuwehren. Eine der socialistischen Ideen die in den Departements, namentlich auf dem platten Lande reißend um sich greift, ist die sogenannte Hypothekenbank. Der Staat soll nämlich, ohne einen Heller auszulegen, den Gutsbesitzern auf die Bürgschaft ihrer Grundstücke hin eine Summe in Papiergeld vorstrecken und dieses Papiergeld Zwangscurs erhalten. Es würde dieser Vorschuß mit drei Procent verzinst, und nach einem Ablauf von fünfzehn, zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren das so bequem vorgestreckte Capital als abgetragen betrachtet werden. Der Staat würde dadurch eine Quelle neuer bedeutender Einnahmen gewinnen, der Grundbesitzer Darleihen die er bis jetzt mit acht, zehn, zwölf Procent, ja noch höher erkaufen mußte, mit weit geringeren Opfern erhalten, und noch dazu, ohne eigentliche Heimzahlung, sich seiner Schuld entledigen können. Nur die Capitalisten kämen zu kurz; aber mit denen, heißt es, braucht man nicht glimpflich umzugehen; das sind die Blutsauger, lang genug haben sie gepraßt, sie mögen jetzt einmal sehen wie das Gegentheil schmeckt. Uebrigens bleibt, das hat gute Wege, ihnen immer noch mehr als recht ist. Ich beurtheile diese Idee nicht; ich constatire bloß die Fortschritte die sie, nach den Nachrichten die mir zukamen, in allen Theilen Frankreichs macht. Ohne für einen Ausdruck einzustehen den ich in dem Schreiben eines angesehenen Mannes aus dem Ardèche-Departement gelesen: Der Abgrund der Revolution wird nur durch eine Revolution des Credits geschlossen, halt' ich das doch für sicher daß die Frage des Credits die große Frage der Zukunft, und zwar einer vielleicht nahen Zukunft ist.

Belgisch-französischer Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Belgien hat nach langen Unterhandlungen mit Frankreich am 17 Nov. d. J. einen neuen Handels- und Schifffahrtsvertrag auf zehn Jahre abgeschlossen, dessen Grundbestimmungen neben mehreren wesent-

*) Schnyder von Sursee.

lichen Zusätzen die auf Gegenseitigkeit der Flaggen beruhende Convention vom Jahr 1838 bildet. Frankreich hat dadurch Belgien ganz dieselben Vortheile hinsichtlich der Schifffahrt gewährleistet wie den nördlichen Niederlanden durch den im Jahr 1840 abgeschlossenen Vertrag, welchen man als eigentliche Basis der Unterhandlungen angenommen hatte.

Der neue Vertrag gewährt vollkommene Freiheit dem Handel und der Schifffahrt zwischen den beiden Ländern, hält jedoch die Privilegien aufrecht welche der Fischfang in Belgien genießt. Die Schiffe beider Theile sind hinsichtlich der Tonnen-, Leuchtthurm- und Packgelder in den Häfen der beiden Staaten gleichgestellt; gänzliche Befreiung von der Tonnengebühr genießen nur jene Schiffe welche entweder mit Ballast ein- und auslaufen, oder die mit einer Ladung in einen Hafen eingelaufen, ohne gänzliche oder theilweise Löschung derselben wieder ausfahren. In der Waarenein- und Ausfuhr sind die Schiffe beider Staaten einander gleichgestellt, und genießen alle dieselben Vortheile wie sie der einheimischen Schifffahrt zugestanden sind. Die durch französische oder belgische Schiffe nach einem Hafen der beiden Staaten eingeführten Waaren, sie mögen zur Consumtion, zum Transit oder zur Wiederausfuhr bestimmt seyn oder in den Entrepots eingelagert werden, unterliegen keinen anderen Abgaben als wie die unter der Landesflagge eingeführten Waaren. Alle diese Vortheile werden auch auf die Fluß- und Canalschifffahrt ausgedehnt. Hinsichtlich der Küstenschifffahrt werden die Schiffe beider Contrahenten auf eine gleiche Stufe mit den meistbegünstigten Nationen gestellt.

Dieser Vertrag wird wahrscheinlich dem Handel und der Schifffahrt Belgiens mit Frankreich einen Aufschwung geben. Nicht nur wird Belgien nun in mehreren Producten, namentlich Kohlen, Zink, Marmor, Oelkörnern, Getreide, an den französischen Küsten mit England in Concurrenz treten, sondern auch durch zahlreiche und regelmäßige Verbindungen mit Havre den nicht unbeträchtlichen Transit nach Deutschland, der bis jetzt über Frankreich und Rotterdam seinen Weg nimmt, zum Theil an sich ziehen können. Die zahlreichen Schifffahrtslinien die von Havre nach transatlantischen Plätzen ausgehen, werden fortan gewissermaßen in Antwerpen auslaufen. Diese Vortheile haben die Handelskammern von Gent, Brügge und Antwerpen auch vollkommen anerkannt und die belgische Regierung hauptsächlich zur Abschließung des Vertrags bestimmt.

Für Frankreich dagegen hat der Vertrag noch mehr eine politische als eine handelspolitische Tragweite. Er consolidirt gewissermaßen von neuem die Verkehrsverbindungen beider Nachbarländer, und zieht Belgien und Antwerpen immer inniger in die französischen Handels- und Schifffahrtskreise, nachdem der Zollverein es nun zu lange verabsäumt hat durch seine Handelsgesetzgebung das wohlgelegene Antwerpen zu einem großen deutschen Hafen zu machen, was es von Natur ist. In allen directen Handelsbeziehungen, selbst was den Waarenverkehr aus den Entrepots betrifft, werden die Flaggen der beiden Länder in ihren Häfen wechselseitig völlig gleichgestellt, so daß in dieser Hinsicht kaum etwas anders als die völlige Verschmelzung übrig bleibt. Auch enthält Art. 12 des Vertrags die wichtige Bestimmung daß keiner der vertragenden Theile einem dritten Staat in Handel oder Schifffahrt irgendein Zugeständniß machen könne welches nicht sofort auf ihre respectiven Unterthanen Ausdehnung finde, es sey ganz umsonst wenn das Zugeständniß so dem dritten Staat gemacht worden, oder im andern Fall gegen ein entsprechendes Aequivalent. (Austria.)

Die Reform der niederländischen Handels- und Schifffahrtsgesetze.

Die niederländische Regierung hat bekanntlich den Kammern drei Gesetzentwürfe vorgelegt, welche, da sie eine liberale Umgestaltung des holländischen Handels- wie Schifffahrtssystems beabsichtigen, für alle am Welthandel activ betheiligten Völker, namentlich aber für Deutschland von dem größten Interesse seyn werden. Ueber zwei dieser Actenstücke, die bereits dem Druck übergeben sind, liefert das „Amsterdamer Handelsblad" vom 12 d. M. einen längeren Bericht, dem wir in folgendem die Hauptpunkte entnehmen.

Das erste derselben hat eine Modification der Gesetze vom 19 Jun. 1845 und 26 Aug. 1822 im Auge. Am Schluß des Art. 351 des ersteren Gesetzes wird nämlich der Zusatz hinzugefügt: „Gleiche Freiheit (wie den niederländischen Schiffen) wird zugestanden wenn die Einfuhr mit Schiffen solcher Staaten geschieht in denen die niederländische Flagge in allen Beziehungen, namentlich auch für die Fahrt von und nach den Colonien, wenn solche vorhanden sind, auf dem Fuße der nationalen behandelt wird, und in denen ferner keinerlei andere Unterscheidungszölle, weder zum Nachtheil der Provenienzen aus niederländischen Colonien, noch zum Nachtheil der Einfuhr überseeischer Waaren aus niederländischen Häfen erhoben werden, außer solche die zur Begünstigung der Provenienzen aus eigenen Colonien und der directen Einfuhr derselben aufgestellt sind."

Alle diesem System widersprechenden bisherigen Bestimmungen sollen durch den obigen Paragraphen derogirt werden. Zugleich werden mannichfache Veränderungen des bestehenden Tarifs vorgeschlagen, welche darauf ausgehen theils die so lange eingehaltenen Vorrechte der einheimischen Flagge zu beseitigen, theils einzelne Sätze für die Einfuhr zu ermäßigen. Von den seewärts oder längs der Watten zwischen den Inseln und Küsten Frieslands und Gröningens ein- oder auslaufenden Schiffen wird ein Tonnengeld von 45 C. für die Tonne bei der ersten Ein- oder Ausfahrt in jedem Jahr erhoben. Befreit von diesem Tonnengeld sind: 1) zum Fischfang benutzte niederländische Schiffe; 2) in Nothhäfen einlaufende Schiffe, unbeschadet des Rechts des Königs diese Befreiung fremden Fahrzeugen nur theilweise oder gar nicht zukommen zu lassen; 3) die Lootsenfahrzeuge.

Ueberhaupt behält sich der König, gerade wie bei der Aufhebung der Navigationsacte die englische Regierung, die Machtvollkommenheit vor hinsichtlich der Schiffe derjenigen Nation wo die niederländische oder die von niederländischen ein- oder ausgeführten Güter höheren Zöllen oder Belastungen, welcher Art sie seyn mögen, unterworfen sind als die nationalen Schiffe oder die von nationalen Schiffen ein- oder ausgeführten Güter gleicher Art, oder wo die Ein- oder Ausfuhr irgendeiner Art von Gütern welche den nationalen Schiffen freisteht, den niederländischen verboten ist — sofern solches durch die Umstände geboten oder im Interesse des Handels und der Schifffahrt Niederlands wünschenswerth erscheint — Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen, sey es durch verschiedentliche Einfuhrverbote für Schiffe dieser Nation, sey es durch Erhebung eines höheren Tonnengeldes von solchen Schiffen, und zwar beides in der Art daß bei Anwendung dieser Retorsionsmittel möglichst die Gegenseitigkeit vollständig gewahrt bleibe.

Das zweite Actenstück beschäftigt sich mit der berüchtigten Rheinschifffahrtsconvention vom 31 März 1831, zu deren diesseitiger Abfassung die Mainzer Commission, wie erzählt wird, 658 Sitzungen bedurft hat. Mit dem 1 April 1850 sollen alle Abgaben an der Mündung des Rheins aufgehoben werden, ingleichen die durch den königlichen Beschluß vom 18 Mai 1835 eingeführten Wasserzölle auf der Gelder'schen Yssel, wobei jedoch ebenfalls das Recht der Retorsion bei mangelnder gegenseitiger Gleichstellung in Betreff der übrigen sechs Uferstaaten vorbehalten wird. Gleichzeitig wird jeder Transito freigegeben, unter der einzigen Beschränkung daß die Salzdurchfuhr den nöthigen Vorsichtsmaßregeln gegen etwaige Umgehung der Accise unterworfen bleibt.

Den Gesetzen beigefügt ist dann eine ausführliche Denkschrift, in welcher die Regierung ihre beabsichtigten Reformen zu motiviren sucht. Es versteht sich von selbst daß in derselben die innersten Beweggründe nicht aufgedeckt werden, die jetzt die holländische Politik ein System verlassen heißen welches sie so viele Jahre mit so vieler Hartnäckigkeit vertheidigt hat. Diese bleiben, wie das ebenfalls in England der Fall ist, ein öffentliches Geheimniß; in den internationalen Beziehungen gilt die schöne Maske, hinter welcher man so aufrichtig seyn kann wie man will, noch weit mehr als im täglichen Leben; das Volk, welches sich heutzutage noch durch dieselbe täuschen läßt, hat allein seiner politischen Gutmüthigkeit darüber Vorwürfe zu machen. Daß jedoch die Motive im Haag dringend sich geltend gemacht haben geht sogar aus dem Memorandum hervor. Nachdem im Eingange gesagt worden ist daß bei einem Zurückbleiben in den zeitgemäßen Reformen heutzutage unausbleiblich die Theilnahme am Welthandel sich verringern, und so der Erwerb früherer Geschlechter in wenigen Jahren verzehrt seyn müsse, heißt es weiter: „Die Regierung hat geglaubt alle Durchgangsabgaben aufheben zu müssen weil in gegenwärtiger Zeit jede, auch die geringste Erschwerung der Transportkosten vermieden werden muß, wenn nicht der Durchfuhrhandel nach andern Ländern vertrieben werden soll. Die Einbuße des Staatsschatzes kann dagegen nicht in Betracht kommen, insofern der Durchfuhrhandel nicht allein die Gelegenheiten vermehrt Artikel des inländischen Gebrauchs miteinzuführen, sondern auch den Schiffsverkehr vervielfältigt und Commissionären und Expedienten einen nicht unansehnlichen Verdienst abwirft." Das ist schon sehr deutlich. Noch klarer aber wird die Staatsschrift an der Stelle wo sie die Nothwendigkeit die Differenzialzölle fallen zu lassen aus den neuen Reformen im englischen Handelssystem nachweist. „Das englische Gesetz gibt der Regierung die Vollmacht die Gleichstellung fremden Flaggen vorzuenthalten wo Gleichstellung gebricht; in unserm Interesse müssen wir daher die englische Flagge der unsrigen gleichstellen. Aber mehr frommt eine andere, minder halbe Handlungsweise: ein vollständiges und unwiderrufliches Aufgeben aller schützenden Bestimmungen, eine unverweilte, unbedingte Anerkennung des Systems der freien Schifffahrt. Unser wohlverstandenes Interesse und jede politische Erwägung

empfiehlt uns einen solchen Schritt. Es gibt keine bessere Bürgschaft für einen dauerhaften Frieden als die Bewahrung einer strengen Neutralität, und ein gleichmäßiges Tarifsystem ist nichts anders als eine Anwendung der politischen Neutralität auf das Gebiet des Handels."

Dann wird dargethan, wie eines Theils die niederländische Schifffahrt keines Schutzes mehr bedürfe, und zum andern der Unterschied von 10 Proc. in einem Tarife, in welchem der Satz für die Einfuhr selten über sechs Procent des Werthes sich erhebe, ein nur geringer Vortheil für die einheimische Flagge sey. Neben dem Vorbehalte der Retorsionen wird noch ein zweiter in Betreff der Colonien gemacht: „Auf diesem Gebiete haben die Ideen von Freisinnigkeit und Gegenseitigkeit noch nicht denselben Grad von Entwickelung erlangt, und es gibt Gründe für eine bleibende Begünstigung der eignen Flagge in dem Verkehr zwischen dem Mutterlande und den Colonien. Die niederländische Regierung thut indeß auch auf diesem Gebiete gern einen Schritt vorwärts; nur hat sie es für nöthig geachtet hier die gleiche Zulassung an die Bedingung zu knüpfen daß die Nation welche solche verlangt, die niederländischen Schiffe auch in ihren eigenen Colonien auf gleichem Fuße behandeln, und während sie einerseits die Nationen welche keine Colonien besitzen von dieser Begünstigung nicht ausgeschlossen wissen will, hat sie auch da gefordert daß dieselben die Provenienzen aus niederländischen Colonien auf gleichem Fuße wie die gleichartigen Erzeugnisse anderer Länder behandeln und außerdem die directe Einfuhr aus überseeischen Besitzungen nicht durch Unterscheidungszölle begünstigen. Das nämliche System, einmal für die Einfuhr im Mutterlande angenommen, würde auch in den Colonien Anwendung finden müssen. Mit Annahme der gegenwärtigen Entwürfe sollen denn auch unverweilt die nöthigen Maßregeln getroffen werden um dasselbe System in den Colonien in Wirksamkeit zu setzen."

Die Gleichheit der ausländischen Flagge mit der einheimischen wird jedoch in den meisten Fällen dadurch bewerkstelligt daß im Interesse des Schatzes die Abgaben für die holländischen Schiffe erhöht werden; wie weit dieser Punkt die Zustimmung der Kammern erhält, müssen wir abwarten. Daß derselbe aber nicht unwesentlich bei der ganzen Reform ist, ergibt sich aus der am Schluß mitgetheilten Berechnung, der zufolge das Aerar eine Einbuße von höchstens 40,000 fl. zu erleiden hätte, welche ohne jene Erhöhung sich unzweifelhaft als weit größer herausstellen würde. Wir behalten uns eine tiefer eingehende Besprechung dieser neuen Richtung der holländischen Politik für die nächste Zeit vor.

Die Insel Sardinien.

Turin, 8 Dec. Einer der gesegnetsten, aber bis jetzt so wenig benützten Theile des piemontesischen Königreichs ist die Insel Sardinien. Auf der großen Wasserstraße des antiken und modernen Welthandels, zwischen Italien, Spanien und der Lombardei mitten inneliegend, besitzt dieses Eiland sowohl organische als unorganische Reichthümer in Fülle, und könnte, wie es einst Sicilien für Rom gewesen, in nicht viel geringerem Maßstabe seiner Fruchtbarkeit halber eine Kornkammer für die nicht weit entlegenen Festländer werden. Seine Wälder gleichen den urwüchsigen Holzungen Nordamerika's, seine unabsehbaren, vom üppigsten Graswuchs bedeckten Wiesen bieten dem Reisenden auffällige Analogie mit den Prairien des genannten Welttheils, in seinen Bergen schlummern unausgebeutet große mineralische Schätze, die Viehzucht des Eilands ist überaus ergiebig, und alle diese Reichthümer kommen weder den Bewohnern der Insel noch dem Staat, dessen integrirenden Theil sie ausmacht, genügend zu gute. Seit aber durch Verleihung des constitutionellen Statuts auch auf dieser Insel die drückenden Feudallasten des Mittelalters abgeschafft; seitdem der Landmann nicht mehr dem Gutsherrn, der als fortwährender Absens in der Fremde und vorzüglich in Spanien, in welchem Lande der größte Theil der Bodenbesitzer der Insel sich aufhält, zu Hause mit Schweiß und dem Mark seiner Arbeit zu fröhnen nöthig hat, regt sich auch hier allseitig der Sinn nach zeitgemäßen Verbesserungen und nach dem gradweisen Heimischmachen einer Civilisation, die bis jetzt eine terra incognita in dem größten Theile dieser Insel gewesen, in der die Vendetta sowie in Corsica noch zu Hause und das Pfaffenthum (nicht Priesterthum) allmächtig den Scepter führt. Die piemontesische Regierung hat all' diese Rücksichten in reifliche Erwägung gezogen und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen beschlossen. Demgemäß soll nun zunächst ein Straßennetz über die ganze Insel gezogen werden, damit der Last- und Reisewagen sich sicher und bequem dort bewegen könne wo bis jetzt nur das Saumthier oder der Fußgänger durchzukommen vermochte. Andere Verbesserungen sollen diesen auf dem Fuße nachfolgen, und so dürften Wohlstand und Bildung bald auf einem Eiland festen Fuß fassen welches im größten Theile seiner Ausdehnung heute noch Zustände zeigt wie sie uns die Odyssee in den Irrfahrten des Ithaker Helden schildert. (Ostd. Post.)

Die ungarische Auswanderung nach Amerika.

Hamburg, 10 Dec. Um vielseitig irrige Gerüchte über die ungarische Auswanderung nach Amerika berichtigen zu können, ist dem Hamburgischen Correspondenten nachfolgender Bericht zugestellt worden: „Gleich nach Abschluß der Capitulation von Komorn bildete sich dort eine Auswanderungsgesellschaft unter Leitung des frühern Obergespans vom Saroser Comitat und Civilgouverneurs von Komorn, Ladislaus v. Ujhazy; etwa 250 Officiere und Civilbeamte der Komorner Besatzung zeichneten sich zu Mitgliedern dieser Gesellschaft. Es wurde festgesetzt daß jeder Theilnehmer wenigstens 200 fl. Reisegeld ausweisen mußte. Alle Mitglieder sollten sich bis spätestens den 10 Nov. in Hamburg einfinden um dann ungesäumt ihre Reise antreten zu können. Die vom Feldzeugmeister Haynau abgeschlossenen und im Namen des Kaisers von Oesterreich ratificirten, genugsam bekannten Bedingungen der Capitulation von Komorn enthielten die ausdrückliche Bestimmung: daß alle Mitglieder der Komorner Besatzung vollkommen amnestirt, an Person und Eigenthum ungefährdet, ohne Reservation ihrer künftigen Verwendung oder nachträglich gerichtlichen Verfolgung entweder in den österreichischen Staaten verbleiben, oder nach Belieben mit Habe und Gut das Land verlassen können, im letztern Fall sollten den sich binnen dreißig Tagen Meldenden Pässe in das Ausland ertheilt werden. Diese Befugniß haben etwa fünfzig Officiere und Civilbeamte, die in ihrer Heimath nur weniges zu ordnen hatten und sich selbst durch die capitulationswidrig ausgestellten, ohne Aufenthalt und ohne Rückkehr, also auf Exil nach Amerika lautenden Zwangspässe nicht abschrecken ließen, sogleich in Anspruch genommen, und sind nach und nach sammt ihrem General Klapka und Führer Ujhazy in Hamburg mit der Hoffnung eingetroffen daß auch die wohlhabendern Mitglieder der Gesellschaft, die erst ihre Habe verwerthen wollten, bald nachkommen würden. Indeß haben sehr viele die capitulationswidrig ausgestellten Zwangspässe aus dem Grunde nicht angenommen, weil sie die Heimath nicht für immer verlassen wollen und ihr Aufenthalt im Auslande nur auf kürzere Zeit berechnet war. Andere dagegen wurden durch die Militärbezirkscommandanten niedern Grades in ihrem Auswanderungsvorhaben factisch verhindert, indem sie, trotz der im Geleitschein garantirten Sicherheit der Person und des Eigenthums verhaftet, noch im Kerker schmachten sollen. Noch andere aber hofften durch persönliche Anwesenheit die verfügte Beschlagnahme ihrer Güter rückgängig zu machen, oder wenigstens die Befreiung von der auferlegten unerschwinglichen Zwangsgrundsteuer (1 fl. CM. für das Joch Landes) zu erlangen. Sie bleiben also trotz der ihrer persönlichen Sicherheit drohenden Gefahr in der Heimath um ihre Familien vor gänzlichem Ruin zu retten, indem diese in Ungarn bisher unbekannte Grundsteuer den Ertrag der Güter in den meisten Fällen fast dritthalbmal übersteigt und überdieß noch in monatlichen Raten entrichtet werden soll, was jedoch rein unmöglich ist weil die Besitzer, theils durch den erschöpfenden Krieg, theils aber durch die plötzliche Werthlosigkeit der ungarischen Papiergelder aller Baarschaft entblößt, größtentheils zahlungsunfähig sind, folglich auch mit der Steuerzahlung im Rückstande bleiben müssen, worauf natürlich die Eintreibung im Executionswege und in kurzer Zeit die gänzliche Verarmung der jetzigen Besitzer erfolgen wird. Durch diese Maßregeln sind nun sehr viele gezwungen ihren Auswanderungsplan aufzugeben, so zwar daß die Gesammtzahl der bisher von Hamburg über Bremen und England Beförderten etwa 65 Mann beträgt. Die meisten dieser Auswanderer fanden in Hamburg eine gastfreundliche unentgeltliche Aufnahme bis zu ihrer leider durch unvorhergesehene Umstände zu sehr verzögerten Abreise. Das Paketschiff Howard, auf dem etwa 36 Ungarn abreisen wollten, sollte am 15 Nov. segeln, wurde aber bis zum 23 Nov. aufgehalten, wo der eingetretene günstige Ostwind so stark einwirkte daß es nicht möglich war über die Sände bei Blankenese zu kommen, und das Schiff nur mit Mühe vor dem Eisgang gerettet und in den Hafen zurückgebracht werden konnte. Ein anderes nachgesandtes Leichterschiff, auf dem auch die Reise-Effecten von vier Ungarn sich befanden, wurde vom Eise durchgeschnitten und sank in der Nähe von Stade. Die Effecten der Auswanderer sind größtentheils gerettet. Durch diesen Unfall jedoch sahen sich die Auswanderer genöthigt einen andern Weg einzuschlagen, sie gingen über Glückstadt mit dem Dampfschiff Martello nach Leith, und werden über Glasgow nach New-York reisen. Die Ueberfahrt derselben wurde von den in Hamburg gesammelten milden Gaben bestritten. Nur einige sind noch, theils Krankheit halber, theils um ihre heimathlichen Angelegenheiten aus der Nähe besser ordnen zu können, hier geblieben, und werden diesen Winter, wo ihnen der kurze Weg nach Amerika ohnehin abgeschnitten ist, hier verweilen. Wir hoffen daß diese ungestört hier bleiben können, da sie sich von allen politischen Verbindungen fernhalten und keine Veranlassung zu Mißtrauen gegeben haben. Uebrigens kommen auch außerdem fast täglich hier neue Flüchtlinge an, worunter manche der Untersuchungshaft entronnene, von allen Mitteln entblößte Männer sich befinden, für deren Unterbringung das hier errichtete Comité aus dem Ertrage der Sammlungen zu Gunsten heimathsflüchtiger Ungarn, so weit es diese Mittel gestatten, Sorge tragen wird. Daß diese Mittel durch neue Beiträge vermehrt werden mögen, erscheint um so wünschenswerther da die vorhandenen durch die bisher bestrittene freie Fahrt und sonstige Unterstützungen beinahe ganz erschöpft sind."

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Freitag — Nr. 355. — 21 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt; München (Schluß der allgemeinen Amnestiedebatte in der Kammer der Reichsräthe. Endlich eine Ausgleichung zwischen beiden Kammern erzielt. Beide Kammern setzen bis nach Neujahr ihre Sitzungen aus); Stuttgart (das Gesetz über die Aufhebung des Karlischen Postlehens. Von der Landesversammlung die Forterhebung der Steuern nur bis Ende Februar votirt. Die württembergische Regierung und Sachsen und Hannover); Karlsruhe (Reiniger freigelassen); Homburg (die Verfassung fertig); Greiz (ein Abgeordneter für Erfurt); Dresden (auch die erste Kammer für Amnestie); Köln (Bernbach, Jacoby und Zell); Berlin (die erste Kammer zu Ende mit der Verfassungsrevision. Sie verwirft wiederholt die Beschlüsse der zweiten in Bezug auf Steuerverweigerungsrecht. Die Vereine zur Betreibung der Parlamentswahlen. Denkschrift über Posen. Rückblick auf die jüngsten Kammerverhandlungen); Wien (die deutsche Bevölkerung in Böhmen und Ungarn. Die Wiener Garnison. Die Handelskammern. Aufhebung eines Handwerkerliebhabertheaters. Reichszeitung und Lloyd. Die Schifffahrt wieder eröffnet. Anleihe für die italienischen Provinzen); Triest (Seeunfälle durch Stürme in den levantinischen Gewässern. Die englische und französische Flotte noch in der Besikabay und vor Smyrna).

Oesterreichische Monarchie. Agram (Einlösung der serbischen Assignaten). Constitutionsfeste in Unghvar und Oedenburg. Die türkischen Serben angeblich durch Rußland bewaffnet.

Spanien. Die Marine. Gesetzvorschlag hinsichtlich der Staatsschuld.

Großbritannien. Die Times über Sachsen. Die Verlassenschaft der Königin Adelheid. Lord Denman.

Frankreich. Die Verhandlungen über die Weinauflage fortgesetzt. Abdankung der Mobilgarden. Veränderungen in der Presse.

Italien. Rom (Hoffnung daß der Papst nun in Bälde zurückkehre. Gerücht von einer Anleihe unter französischer Vermittelung); Florenz (günstiger Gang der Anleihezeichnungen); Turin (der Ausfall der Wahlen entschieden zu Gunsten der Regierung).

Schweiz. Bern (Druey zum Bundespräsidenten, Munzinger zum Vicepräsidenten erwählt).

Rußland und Polen. Noth des Buchhandels in den Ostseeprovinzen. Große Parade in Warschau. Aussichten in Betreff der türkischen Händel. Die polnischen Emigranten.

Türkei. Konstantinopel, 5 Dec. Fuad Effendi ins Ministerium berufen.

Persien. Der Erbe des Schah.

Datum der Börsen: Amsterdam 16; London, Paris 17; Wien 18; Frankfurt 19; Augsburg 20 Dec.

Deutschland.

Aus Frankfurt haben wir Briefe und Blätter bis zum 19 Dec. Noch war die Abdankung des Erzherzog-Reichsverwesers und die Installirung der neuen Gewalt nicht erfolgt. Unbestimmte Gerüchte wollten wissen daß man sich immer noch über das Ceremoniell dabei nicht ganz geeinigt habe. Mittlerweile hatte der Reichsverweser in der letzten Zeit noch eine Anzahl Ernennungen für die Reichsmarine — die Reichsflotille! — vorgenommen.

Bayern. **München.** (Schluß der allgemeinen Berathung über das Amnestiegesetz in der Kammer der Reichsräthe.) Frhr. v. Zu-Rhein: Die Kammer solle mitwirken das königliche Wort in der Thronrede einzulösen, welches Gnade den Verführten und Strafe den Verführern ertheilt wissen wolle. Dieß sey demnach die gezogene Gränze. Allerdings wäre es entsprechender gewesen wenn ganz allgemein, ohne alle Specialitäten, das Recht der Amnestie beansprucht, resp. gewährt worden wäre, zumal hierdurch das königliche Geschenk nicht in den Bereich der Debatte des Marktens und Feilschens gezogen worden wäre. Da er jedoch die Gründe, warum die Regierung dieß nicht gethan, nicht kenne, so sey es ferne von ihm sie deßhalb tadeln zu wollen. Bei der Vorlage eines nach Kategorien abgefaßten Entwurfs sey nun allerdings das richtige Maß schwer zu treffen, indeß der Entwurf scheine diesen Maßstab in dem Satze: „Gnade den Verführten, Strafe den Verführern" getroffen, und demnach einen festen Anhaltspunkt geboten zu haben. Nur die Massen seyen verführt worden und diese sollen begnadigt werden; bei den Einzelnen dagegen seyen subjective, hier nicht zu berücksichtigende Momente ins Auge zu fassen, was nur der Richter könne. Hiernächst geht Hr. Redner auf die einzelnen Ausnahmen im Gesetzentwurf über, und billigt namentlich den Ausschluß der Lehrer und Gemeindebeamten in Bezug auf das ihnen anvertraute hochwichtige Amt. Insbesondere stehe der Gemeindebeamte in der Pfalz in vielfacher Beziehung zum Staat, und sey demnach an das staatliche Interesse ebenso sehr als an jenes der Gemeinde gebunden. Allerdings wäre schleunigste Erledigung des Gesetzes wünschenswerth, allein über dieser Rücksicht stehe noch eine weit höhere. Jedem Anwesenden sey nämlich die in Deutschland herrschende Begriffsverwirrung bekannt; in diese endlich eine Regelung zu bringen gebiete die Staatsklugheit, und dieß könne dadurch geschehen daß die Regierung bestimmt erkläre was sie für eine Gesetzverletzung halte, was nicht; was vor die Tribunale gebracht zu werden geeignet sey, was nicht. So seyen in Unterfranken 108 Märzvereine entstanden, mit dem schädlichsten Einflusse, und zwar zum Theil dadurch daß man den Leuten vorgespiegelt habe, es handle sich dabei um Erreichung localer Zwecke, namentlich wisse er einen Fall wo die Gemeindeglieder, in der Absicht daß sie dadurch der Differenzen mit ihrer Gutsherrschaft los würden, einen Märzverein bildeten, woraus die verderbliche Begriffsverwirrung gewiß zu entnehmen sey. Eine Regelung derselben werde aber nicht eintreten, wenn man die schuldvollen Staatsdiener, und solche welche erhöhte Verpflichtungen gegen den Staat hatten, von vornherein begnadigen wollte. Was die Form der Beschlußfassung betreffe, so halte er principiell jene der Antragstellung für geeignet, indem der königlichen Gnade nicht Ziel und Maß gesetzt werden dürfe. Da indeß Modificationen der Abgeordnetenkammer vorliegen, so gebiete die Klugheit, behufs der Ermöglichung des Gesetzes, die mit dem Gewissen vereinbarten Modificationen anzunehmen. Graf v. Giech: Das vom Hrn. zweiten Präsidenten über die Zustände in Franken entworfene betrübende Bild könne er zwar nicht so genau beurtheilen, da er fast das ganze letzte Jahr aus Franken abwesend gewesen sey; auch wolle er nicht widersprechen daß große und zum Theil die Schranken des Gesetzes überschreitende Aufregung daselbst geherrscht habe; jedoch müsse er, da überall zwei Parteien sich fänden, feierlich erklären daß die Majorität des fränkischen Volkes treu anhänge an König, Verfassung und Gesetz, und daß selbes diese Treue in vorkommenden Fällen auch gewissenhaft zu beurkunden wissen werde. Hr. v. Arnold: Für die frevelhaften Gesetzverletzungen müsse des Gesetzes Strenge eintreten, womit er aber nicht sagen wolle daß dieß in größtem Umfange Anwendung finden oder gar Todesurtheile vollzogen werden sollen. Allgemeine Amnestie rechtfertige sich nicht, und wäre dermalen um so minder zulässig, als die ganze sträfliche Bewegung als ein Werk des Truges und der Hinterlist unter dem Deckmantel der Reichsverfassung Umsturz der Throne und gesetzlichen Ordnung beabsichtigt habe. Demgemäß müsse ein weiser Unterschied zwischen den Verblendeten und den Betrügern gemacht werden. Dieß bezwecke der Regierungsentwurf, und deßhalb billige er denselben; er stimme aber auch für einige Modificationen der Abgeordnetenkammer, in der Ueberzeugung daß dieselben dem Princip des Entwurfs entsprechen, und von der Regierung selbst gegeben worden wären, wenn sie die von achtungswerthen conservativen Sachkennern in der zweiten Kammer gegebenen Aufschlüsse zu Handen gehabt hätte. Fürst v. Wrede: Er stimme aus innigster Ueberzeugung für den Regierungsentwurf und gegen jede Modification, da der Krone nichts vorgeschrieben werden könne bezüglich der Gnade. Zunächst handle es sich um die Pfalz; in Bezug auf diese Provinz aber müsse er sich dahin aussprechen daß auch dießmal nur Undank die Folge der Amnestie seyn werde. Beleg hiefür lieferten die Jahre 1832 und 1833. Er habe als Präsident dieser Provinz eigenthümliche Erfahrungen gemacht. So seyen fast alle jene Beamte welche während seines Präsidiums und auf seine Empfehlungen Anstellungen erhalten, und bei ihrem Ansuchen darum Treue und Anhänglichkeit gelobt hätten, bei dem neuen

Aufstande betheiligt gewesen. Wolle man die Amnestie erweitern, so werde allerdings eine Aufregung entstehen, aber bei der treugebliebenen Bevölkerung über die große Milde der Regierung. Dieß bemerke er indeß bloß in Bezug auf die Pfalz. Bezüglich der fränkischen Kreise freue ihn die vom Grafen v. Giech geäußerte tröstliche Versicherung, er hoffe aber, wenn dort wirklich solche Treue besteht, daß alsdann aus Franken keine Stimme mehr für ein preußisches Erbkaiserthum verlautbaren werde. Hierauf entgegnete Graf v. Giech: Diejenigen Franken die in der Nationalversammlung für den Erbkaiser gestimmt, haben nach ihrer innersten Ueberzeugung so gestimmt; sie glauben daß sie niemanden Rechenschaft schuldig sind über das was sie gethan. Sie sind aber überzeugt daß sie durch ihre Abstimmung ihren Pflichten gegen den König und die Verfassung ihres Landes nicht im mindesten zu nahe getreten sind. Sie haben als Mitglieder der deutschen Nationalversammlung geglaubt daß sie nicht allein Bayern, sondern vor allem Deutsche sind, und daß sie ihre Stellung von diesem Standpunkte aus aufzufassen hätten. Hr. Heintz: Was Hr. Fürst Wrede bezüglich der Untreue von Beamten vorgebracht, sey leider theilweise der Fall. Man habe aber auch damals ein bedauernswerthes System bei der Anstellung befolgt, indem man solche die an der früheren Bewegung theilgenommen hatten, wenn sie nur versprachen es mit der Regierung halten zu wollen, sogar vor andern treugebliebenen anstellte, was ungünstigen Eindruck gemacht und neue Agitationen veranlaßt habe. Damals habe man gewußt daß gewisse Richtungen erforderlich seyen um im Staatsdienste angestellt zu werden, und deßhalb hätten einzelne diese Richtung geheuchelt, und seyen zu guten Stellen emporgekommen, selbst wenn sie sonst kein Verdienst hatten. Gerade diese seyen es welche den neuen Aufruhr begünstigt hätten, und speciell seyen viele von Hrn. Fürsten v. Wrede empfohlene Personen darunter. Fürst v. Wrede: Leider sey dieß wahr, dieß ändere aber seine Ansicht nicht; er glaube sogar sich leicht vertheidigen zu können, wenn er in den Jahren 1834 bis 1841 der Meinung gewesen, man solle vergessen und vergessen können. Weil er nun aber im Jahre 1848/49 die Erfahrung gemacht, wie wenig darauf zu rechnen sey, namentlich bei einer — um es gerade herauszusagen — so leichtsinnigen Bevölkerung wie die pfälzische, so glaube er, die Amnestie werde die bedenklichsten Folgen haben. Frhr. v. Lotzbeck: Es gibt Revolutionen gegenüber für eine Regierung zwei Momente: den der Strenge und den der Milde. Der Moment der Strenge muß kurz aber scharf seyn, er muß rasch mit den Waffen durchgeführt werden, und dann handelt es sich darum in 24 Stunden Beispiele zu statuiren. Wenn eine Regierung im vollsten Maße ihrer Kraft wieder hergestellt und die Macht ihrer wiederhergestellten Kraft Eindruck gemacht, dann tritt der Moment der Milde ein, der Moment wo eine Regierung, indem sie die Mindergravirten amnestirt, die Hand der Milde, wenn nicht als Spende der Milde zur Versöhnung, doch als Spende der Großmuth zur Beruhigung eines aufgeregten Landes reicht. Wenn aber eine Regierung den ersten Moment versäumt, so sey deßhalb kein Grund vorhanden warum sie den Moment der Milde in geringerem Maße geltend machen müßte, als sie es hätte thun können wenn sie zur rechten Zeit in vollster Kraft dagestanden. Daß es nun hier darauf ankomme den Moment der Strenge und den Moment der Milde richtig ins Auge zu fassen, hat ein großer Charakter in der andern Kammer gezeigt, ein Mann dem man gewiß nicht vorwerfen könne bei Beurtheilung dieser Frage eine Schwäche gezeigt zu haben. (Hier liest der Hr. Redner eine Stelle aus der Rede des Hrn. Döllinger vor, in welcher derselbe für Erweiterung der Amnestie sprach, weil es ein schlimmer Umstand gewesen sey daß sich die Sache in die Länge gezogen, und die Justiz nicht gleich unmittelbar nach den Ereignissen ihr Amt geübt und unmittelbar darauf die Regierung die Amnestie gegeben habe.) Ich stimme für die Modificationen der Kammer der Abgeordneten. Ich glaube daß man durchaus die moralische Macht der andern Kammer bei Beurtheilung dieser Frage anerkennen muß, einer Kammer welche — weil sie direct aus dem Volke hervorgegangen ist, und die verschiedensten orthodoxen, conservativen, gemäßigt liberalen Elemente in sich aufgenommen — in einer compacten Einstimmigkeit die volle Berücksichtigung aller Bedürfnisse des Landes in dieser Frage vertritt. Es hat ein sehr geehrter Redner (Graf v. Arco-Valley) auf diese Frage als eine Frage der Ehre der Monarchie hingewiesen; darauf antworte ich: es ist allerdings Ehre der Monarchie keine unzeitigen Concessionen in Principien zu machen, aber es ist auch Ehre der Monarchie durch Ausübung ihrer schönsten Prärogative den hohen Standpunkt dieser erhabenen Institution, vor welcher ich mich persönlich in tiefer Ehrfurcht beuge, im vollsten Maße glänzen zu lassen! Der Hr. erste Präsident Frhr. v. Stauffenberg: Er stimme für unbedingte Annahme des Entwurfs und gegen jede Modification. Das Recht zu solchen sey nicht zu bezweifeln; allein durch dieselben werde das Gesetz gefährdet, zumal das Staatsministerium wiederholt die Form von Anträgen empfohlen. Nimmermehr würde er es nun verantworten können, wenn durch die Art der Beschlußfassung auch die große Masse der Verführten der königl. Gnade verlustig gehen sollte. Nebstdem gebreche es an jeder Thatsache um sich über die Modificationen schlüssig machen zu können, während die Regierung bei Entwerfung des Gesetzes alle Thatsachen, Urkunden und Acten zu Handen gehabt habe. Da nun aber in der zweiten Kammer Männer welche mit den einzelnen Verhältnissen vertraut seyen, die Modification beantragt haben, so erkläre er sich dafür diese neuen Kategorien in der Antragsform zu bezeichnen. Der Staatsminister der Justiz v. Kleinschrod: Was die Form der Amnestirung betreffe, so gebe er zu daß auch unter den im Entwurf enthaltenen Kategorien mancher Strafwürdige der Strafe entgehen könne; allein solche Möglichkeit liege bei Aufstellung von Kategorien in der Natur der Sache. Ganz leicht würde ein allgemeiner Amnestie-Entwurf gewesen seyn; allein die Folge davon wäre möglicherweise große Gehässigkeit gewesen; nebstdem frage sich nicht mit Ungrund: ob die Majorität der zweiten Kammer beigestimmt und ein solches Vertrauenszeichen dem Ministerium gegeben haben würde? Die Zumuthung eines solchen Vertrauensvotums wäre nebstdem für das Ministerium selbst bedenklich gewesen. Was die Empfehlung einer allgemeinen Amnestie mit specieller Ausnahme von bestimmten Personen betreffe, so seyen die Verhältnisse nicht so gelagert gewesen daß man, ohne Ungerechtigkeit zu begehen, eine gewisse Anzahl von Personen hätte bezeichnen können welche allein von der Amnestie ausgeschlossen seyn sollten. Solches wäre wohl möglich gewesen z. B. in Venedig und selbst in Ungarn, wo man die Koryphäen der Revolution sehr genau gekannt habe, bei uns aber nur alsdann wenn der Aufruhr sich noch mehr ausgebildet hätte, und nicht beim Annahen der Waffen sogleich die Flucht ergriffen worden wäre. Zu bezweifeln sey ob die terrorisirende Minorität wirklich so gar klein gewesen sey. Jedenfalls aber lasse sich alsdann nicht begreifen was man von einer ein solches Treiben billigenden Majorität sagen solle, zumal die Pfalz keineswegs so von Hülfe entblößt gewesen sey als man gewöhnlich darstelle, vielmehr 7000 Mann Besatzung hatte. Wenn diese im Besitz von zwei festen Plätzen von der Minorität abtrünnig gemacht werden konnte, dann würde wahrhaftig eine größere Anzahl ebensowenig genügt haben die Herrschaft des Gesetzes zu erhalten. Den Vorwurf als habe die Regierung den Moment der Strenge versäumt müsse er von der Regierung zurückweisen, denn die Gerichte schritten augenblicklich nach Wiederherstellung des Gesetzesansehens ein, mit größtem Eifer und mit aller bei solcher umfangreichen Untersuchung nur immer thunlichen Eile. Schneller wäre es freilich gegangen bei standrechtlichem Verfahren, allein er glaube nicht daß man der Regierung einen Vorwurf darüber machen werde in der Pfalz nicht gleich mit Todesurtheilen eingeschritten zu seyn; er glaube vielmehr Bayern könne stolz darauf seyn daß während in den meisten Staaten Deutschlands das Blut in Strömen floß, in Bayern keines vergossen wurde. Was nun die Frage über die Form der Beschlußfassung betreffe, so sey das Recht der hohen Kammer zu Modificationen nicht zu bestreiten; als zweckmäßiger aber müsse er die Form der Antragstellung empfehlen, indem das Ministerium den Anträgen keine geringere Sorgfalt und Berücksichtigung zuwenden würde, womit jedoch nicht gesagt seyn solle daß diese Anträge unter allen Verhältnissen in das Gesetz hätten aufgenommen werden müssen, sondern nur soviel daß die Regierung wie bei Entwerfung des Gesetzes reiflich geprüft haben würde ob solche dem Staatswohl zuträglich seyen, oder nicht. (Hiemit schloß die allgemeine Debatte.)

|| **München,** 20 Dec. Mittags 12 Uhr. Die Kammer der Reichsräthe versammelt sich heut frühe um 10 Uhr. Frhr. v. Stauffenberg kündigt zwei Interpellationen an den Kriegsminister an: 1) welche Anordnungen bezüglich der Disciplinargewalt und des Ersatzes der aufgehobenen Strafen in der Armee getroffen werden wollen; 2) ob die Militärstrafgesetzgebung nicht bald mit der allgemeinen in Einklang gebracht werde? Beide Anfragen fanden allgemeine Unterstützung, und werden demnächst beantwortet werden. Dann geht es zum drittenmal an das Amnestiegesetz. Den Weis'schen Zusatzantrag, wie er gestern zu Art. 5 Nr. 2 von den Abgeordneten beschlossen wurde, beanstandet der Ausschuß nicht und es wird ihm ohne Discussion einstimmig beigetreten. Lebhafte Erörterung veranlaßt hingegen der Art. 5 Nr. 3. Der Ausschuß ist gleichmäßig mit 5 gegen 5 Stimmen für und gegen den Ausschluß der Staats- und Gemeindebeamten, Anwälte, Geistlichen und Lehrer aus der Amnestie. Frhr. v. Freyberg, Graf C. Seinsheim und Frhr. v. Zu-Rhein sprechen für das Festhalten an dem Ausschlusse, Graf Armansperg und Präsident Arnold für den Beitritt zum Beschluß der Abgeordneten. Da Hr. v. Arnold die Nachgiebigkeit der anderen Kammer hervorhebt, und Frhr. v. Zu-Rhein dagegen geltend macht: wo es sich um Principien handle, könne man keine Handelschaft eingehen, entspinnt sich eine kurze aber sehr lebhafte Conversation, in welcher Frhr. v. Lotzbeck Hrn. v. Zu-Rhein entgegnet daß er da wo es sich wirk-

lich zum Principien handle so gut wie dieser sie zu wahren wisse. Er erinnert deßfalls an die Thätigkeit beider im Vorparlament mit der Bemerkung daß Hr. v. Zu-Rhein dort für den Soiron'schen Antrag gestimmt habe. Nach Beendigung dieser Debatte ergreift der Justizminister das Wort, und bemerkt daß die Fassung der Abgeordneten effectiv nicht vielen Betheiligten zur Freiheit verhelfe und sie darum von der Regierung nicht beanstandet werde. Gleichwohl ist die Kammer auch heute wieder ministerieller als das Ministerium, und beschließt mit 24 gegen 14 Stimmen auf ihrem vorgestrigen Beschlusse über Art. 5 Nr. 3 zu beharren. Die Majorität bilden die vier kön. Prinzen, Erzbischof v. Reisach und Bischof Oettl, die Fürsten Wrede und Oettingen-Spielberg, zwei Grafen Seinsheim und zwei Frhrn. von Gumppenberg, die Grafen Castell, Fugger, Erbach, Sandizell, Arco-Valley, Rechberg und Montgelas, dann die Frhrn. v. Ponikau, Freyberg, Zu-Rhein, Aretin und Stauffenberg. In der Minderheit stimmten: Erzbischof Urban, die Grafen Bassenheim und Schönborn, Fürst Hohenlohe, Graf Giech, Präsident v. Arnold, Graf Preysing, Frhr. von Lotzbeck, Graf Reigersberg, Graf Armansperg, Hr. v. Maurer, Graf L. Arco, Präsident Heintz und Hr. v. Niethammer.

|| **München,** 20 Dec. Mittags 1 Uhr. Auf 10 Uhr ist eine Sitzung der Abgeordneten angesetzt; es wird jedoch unter mehr oder minder lebhaften Gesprächen im Saal fast 12 Uhr, als auf einmal eine noch selten gesehene Aufregung die Gruppen durchläuft und sie noch enger zusammenführt; es war die Nachricht heruntergekommen daß die Reichsräthe zum drittenmal dießmal gegen die Abgeordneten wie gegen das Ministerium, auf ihrem Beschlusse über die Nichtamnestirung der öffentlich Bediensteten beharrt haben. Nach einer weitern halben Stunde wird die Sitzung unter lautloser Stille eröffnet. Abg. Prinz theilt den Beschluß der Reichsräthe mit, ruft die frühern Gründe mit kurzen und energischen Worten ins Gedächtniß zurück, und fordert mit der Bemerkung, daß der combinirte Ausschuß einstimmig sich für Beharren auf dem frühern Beschlusse erklärt habe, die Kammer auf dem beizutreten; unmöglich könne man da noch in einen Vergleich eingehen; man müßte der innern Ueberzeugung, dem was Recht und Billigkeit erfordere folgen. (Beifall.) Ausführlicher befürwortet Frhr. v. Lerchenfeld dasselbe, und hebt namentlich, da Lassaulx, Pfarrer Schmid und Hr. v. Hermann aus Nützlichkeitsgründen nachgeben wollen, hervor wie der praktische Unterschied beider Fassungen bezüglich solcher die noch nicht in Untersuchung sind, allerdings bedeutend werden könnte. Das Ministerium habe ja bereits erklärt daß es mit dieser Modification der Kammer der Abgeordneten einverstanden sey. Man habe die andere Fassung fallen lassen um der Kammer der Reichsräthe entgegenzukommen. Geschähe gleiches nun nicht auch von den Reichsräthen, so würde am Ende das Gesetz fallen, die Regierung selbst käme in die größte Verlegenheit, und es könne doch wohl nicht die Absicht einer Kammer seyn die sich vorzugsweise die conservative nenne, dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten. Sollte die Amnestie scheitern, so würden die Gerichte mit einer Last von Arbeit überhäuft werden welche beinahe zu einem Geschäftsbankerott führen müßte, und welche offenbar eine Aufregung im Lande hervorrufen würde die für die Regierung von den peinlichsten und beklagenswerthesten Folgen seyn könnte. Noch mehr, würde eine Kammer es wohl auf sich nehmen wollen den Inhaber der höchsten Staatsgewalt, welchen nur zu nennen uns die Achtung sowohl als die Geschäftsordnung verbietet, in die Unmöglichkeit zu versetzen denjenigen Grad von Milde, welchen er selbst in dem vorliegenden Falle für angemessen erachtet habe, ins Leben treten zu lassen? Hr. v. Hermann sieht sich durch diese Aufklärung veranlaßt dem Ausschuß beizustimmen. Außerdem hatten vorher noch Weiß und Hirschberger im Sinn des Referenten gesprochen, und es wird nun zur Abstimmung geschritten. Das Ergebniß ist daß die Kammer mit allen gegen 3 Stimmen (Sepp, Lassaulx und Schmid) dem Commissionsgutachten beitritt, sohin auf ihrem gestrigen Beschluß beharrt. Da die Kammer der Reichsräthe diese Antwort sogleich zurückerhält und sofort darüber beschlossen wird, so wird die Sitzung der Abgeordneten um 1 Uhr geschlossen und die nächste — zur Entgegennahme der reichsräthlichen Rückäußerung — auf Nachmittag 3 Uhr festgesetzt. — Mittags 2 Uhr. Die Reichsräthe versammeln sich eben wieder. Prinz Luitpold eröffnet die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes für Hrn. v. Zu-Rhein dafür daß er heftigen Angriffen so viel Ruhe entgegengestellt habe; zugleich glaubt er hoffen zu dürfen daß solche Scenen (der Vorfall hat sich unmittelbar darauf als ein nicht persönlich gemeinter aufgeklärt) sich in diesem Saal nicht wiederholen. Dann wird abermals das Amnestiegesetz vorgenommen. Nach einigen einleitenden Worten des Referenten Frhrn. v. Freyberg eröffnet der Justizminister daß das Gesammtstaatsministerium als Modification dieselbe Fassung eingebracht habe welche bisher von den Abgeordneten festgehalten, von den Reichsräthen aber abgelehnt wurde. Hr. v. d. Pfordten — sämmtliche Minister waren anwesend — fügt dem noch bei daß hiemit das Ministerium keine Inconsequenz begehe, sondern daß es nur eine Form gesucht habe um mit dem was es ohnedieß nicht beanstandet hätte, das Gesetz aus höheren politischen Gründen zu sichern. Graf C. Seinsheim erklärt daß er einige Bedenken die er noch habe überwinde, da er royalistisch genug sey um nicht zu widerstreben wenn er den Wunsch „der höchsten Potenz, der Krone", kenne; ebenso Graf Arco-Valley, der indeß künftig besseren Schutz der Unterthanen Sr. Maj. gegen Rebellion hofft. Darauf wird abgestimmt, und dieselbe Wortfassung als Antrag des Ministeriums einstimmig angenommen, welche zwei Stunden zuvor (und im ganzen dreimal) trotz des einstimmigen Vorschlages der „Schwesterkammer" verworfen worden war. So ist endlich ein Gesammtbeschluß über das Amnestiegesetz erzielt. Hätte man sich nicht geeinigt, so wäre die Folge der langen Amnestieberathungen eine Vermehrung der Verhaftungen und Untersuchungen gewesen, und zwischen beiden Kammern hätte sich dem Lande gegenüber eine Kluft ergeben. Deßhalb haben sich auch in der ersten Kammer beredte Stimmen der Versöhnung erhoben. So sagte Graf Giech in der Sitzung vom 18 Dec.: „Ich betrachte beide Kammern als Brüder Eines Hauses, Einer Familie; sie haben beide eine dornenvolle Bahn zu wandeln, und ihr Ziel liegt noch sehr fern; sie können dieses Ziel nur erreichen wenn sie Hand in Hand gehen. Zeigen wir Vertrauen, so werden wir auch Vertrauen empfangen. Der Moment ist wichtig, die fluthenden Wogen die unsere Zeit bewegen sind noch bei weitem nicht in ihr Ufer zurückgekehrt. Es sey erlaubt an die Worte unsers großen Dichters in den Weissagungen des Bakis zu erinnern:

Hast du die Welle gesehn, die über das Ufer einherschlug?
Siehe, die zweite, sie kommt, rollet sich sprühend schon aus.
Gleich erhebt sich die dritte: fürwahr, du erwartest vergebens
Daß die letzte sich heut ruhig zu Füßen dir legt!

Das ist unsre Lage, das ist unsre Gegenwart. Ich bitte und beschwöre die hohe Kammer Versöhnung zu üben und möglichste Uebereinstimmung mit der Kammer der Abgeordneten zu erstreben. Ich bitte sie darum im Interesse des Landes, ich beschwöre die hohe Kammer in ihrem eigenen Interesse!"

|| **München,** 20 Dec. Abends. Die auf den Nachmittag bestimmte weitere Sitzung der Abgg. hatte in Folge des letzten Beschlusses der Reichsräthe nur noch den Gesammtbeschluß über das Amnestiegesetz anzuhören und zu genehmigen. Nachdem dieß geschehen, schließt Graf Hegnenberg die Sitzung mit dem Bemerken daß erst nach Neujahr wieder öffentliche Sitzungen — die Ausschüsse werden fortarbeiten — stattfinden werden, und weist darauf hin wie erfreulich es sey daß der erste Abschnitt der parlamentären Thätigkeit gerade mit diesem Gesetze geschlossen wurde. Die Reichsräthe werden nach einer Mittheilung ihres Präsidenten keinenfalls vor dem 7 Jan. wieder tagen. Man erwartet morgen die Verkündigung der Gesetze über die Schullehrer, über das freiwillige Anlehen und über die Amnestie durch ein eigenes Gesetzblatt. So werden die Amnestirten, der Kerkerluft enthoben, die Weihnachtsfeier in ihren Familien begehen können.

Württemberg. Das gestern erwähnte Gesetz, betreffend die Aufhebung des zwischen dem Staat und dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis bestehenden Lehenverbands hinsichtlich der königlichen Posten lautet vollständig: „Wilhelm, König von Württemberg. Nachdem die Unterhandlungen, welche wegen Aufhebung des zwischen dem Staat und dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis hinsichtlich der königlichen Posten bestehenden Lehenverbandes im Wege der freien Uebereinkunft gepflogen worden sind, zu einem befriedigenden Ziele nicht geführt haben, so verkündigen Wir nunmehr das nachstehende — von Uns, nach Vernehmung Unseres Geheimenraths und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, beschlossene und schon am 6 Jul. d. J. sanctionirte — Gesetz, welches, unter Beifügung des Vollzugstermins, also lautet: Zu Vollziehung des §. 39 der Grundrechte verordnen und verfügen Wir, nach Anhörung Unseres Geheimenraths und unter Zustimmung Unserer getreuen Stände, über die Verwaltung der Posten, wie folgt: Art. 1. Der durch Vertrag vom 27 Jul. und 9 Sept. 1819 begründete Lehensverband zwischen der Krone und dem fürstlichen Hause von Thurn und Taxis hinsichtlich der Posten löst sich mit Ablauf des 31 Dec. des gegenwärtigen Jahrs auf. Mit diesem Zeitpunkt erlischt die Würde und das Amt eines königlich württembergischen Erb- und Landpostmeisters, und fällt das nutzbare Eigenthum und die Verwaltung sämmtlicher Posten im Königreich und der damit verbundenen nutzbaren Postrechte wieder an den Staat zurück; der Fürst Erblandpostmeister wird seiner durch den Lehensvertrag übernommenen Pflichten ledig und von fernerer Entrichtung der Lehensabgaben (in so weit diese nicht für die Benützung des Lehens bis zum 31 Dec. d. J. noch zu leisten sind) befreit. Art. 2. Mit dem Zeitpunkt des Uebergangs der Verwaltung der Posten sind sämmtliche bei den königlichen Posten angestellte Diener ihrer Dienstpflichten gegen den Fürsten Erblandpostmeister

entbunden: jedoch haben sie die bis zu diesem Zeitpunkt rückständigen Arbeiten, Abrechnungen u. s. w., welche den laufenden Postdienst betreffen, für den Fürsten Erblandpostmeister noch nachzuholen und demselben für das letzte Vierteljahr seiner Verwaltung die übliche Abrechnung zu leisten. Vom 1 Jan. 1850 an werden diese Diener mit ihren Dienstrechten in den unmittelbaren Staatsdienst übernommen und ihre Besoldungen und Ruhegehalte aus der Staatscasse verabreicht. Ebenso werden die Pensionen der bereits in Ruhestand versetzten königlichen Postofficianten und ihrer Angehörigen von genanntem Zeitpunkt an von der Staatscasse ausbezahlt, insoweit sie nach den Bestimmungen des Art. 19 der königlichen Verordnung vom 9 Sept. 1819 verwilligt worden sind. Art. 3. Das der Postverwaltung zugehörige Inventarium ist am 1 Jan. 1850 von dem Staat zu übernehmen. Insoweit sich beide Theile über den Kaufpreis oder über ein Schiedsgericht zu Festsetzung desselben nicht verständigen können, wird derselbe durch das Bezirksgericht, in dessen Bezirk die betreffende Postanstalt gelegen ist, bestimmt. Art. 4. Eben so sind die der Postverwaltung zugehörigen Gebäude am 1 Jan. 1850 käuflich zu übernehmen, wenn der Fürst binnen einer von der Staatsbehörde ihm anzuberaumenden Frist sich bereit erklärt dieselben an den Staat käuflich zu überlassen. Vermögen sich beide Theile über den Kaufpreis nicht zu einigen, so ist derselbe von dem zuständigen Richter (vergl. Art. 3) durch Schätzung des Werths des oder der betreffenden Gebäude festzusetzen. Der Staatscasse ist gestattet den Kaufpreis für die übernommenen Postgebäude und Postinventarstücke in zehn vom 1 Jan. 1850 an mit fünf vom Hundert zu verzinsenden Jahreszielern zu entrichten. Art. 5. Mit Ablauf des 31 Dec. d. J. endet der Geschäfts- und Wirkungskreis der Generaldirection der königlichen Posten in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsbehörde der württembergischen Posten. Dieselbe hat sofort die auf die württembergische Postverwaltung bezüglichen in ihrem Besitz befindlichen Acten einem königlichen Commissär zu übergeben, beziehungsweise in Gemeinschaft mit demselben von ihren übrigen Acten auszuscheiden. Die Einsichtnahme der dem Staat verbleibenden Acten welche die Verwaltung der württembergischen Posten durch das fürstliche Haus von Thurn und Taxis betreffen, steht übrigens dem Fürsten oder seinen Rechtsnachfolgern jederzeit offen, gleichwie von denjenigen auf die württembergischen Posten sich beziehenden Acten welche wegen ihres auf die übrigen Taxis'schen Lehensposten sich erstreckenden Inhalts dem Fürsten von Taxis zu belassen sind, dem württembergischen Staat das Recht der jederzeitigen Einsichtnahme verbleibt. Art. 6. Die während der Verwaltung der königlichen Posten durch den Fürsten Erblandpostmeister entstandenen und noch entstehenden Verbindlichkeiten der Postanstalt werden mit den in den Art. 2 und 7 des gegenwärtigen Gesetzes angeführten Ausnahmen auf die Staatscasse nicht übernommen. Derselbe hat hinsichtlich solcher Ansprüche vor den inländischen Gerichten, beziehungsweise dem Ministerium des Innern (vgl. Art. 14 und Art. 7 Ziff. 2 der königlichen Verordnung vom 9 Sept. 1819) wie bisher mit der Ausnahme Recht zu geben daß der Oberpostmeister in Stuttgart ihn nicht mehr zu vertreten, vielmehr an dessen Stelle der Fürst Erblandpostmeister eine andere in Württemberg ansäßige Person zu seinem Vertreter aufzustellen hat. Art. 7. Der Staat tritt bei der Uebernahme der Verwaltung der Posten in die von der fürstlich Taxis'schen Postverwaltung in Bezug auf den württembergischen Postdienst geschlossenen Pacht-, Mieth- und sonstigen Verträge bis zu deren Ablauf ein. Art. 8. Die Dienstcautionen der Postbediensteten welche mit dem Uebergang der königlichen Posten in Staatsverwaltung aus dem Dienst des Fürsten Erblandpostmeisters scheiden, gehen auf den Staat über; sie bleiben jedoch sechs Monate lang von Uebergabe der Postverwaltung an in der Art dem Fürsten Erblandpostmeister zugleich verhaftet daß derselbe für einen innerhalb dieser Frist gegen den Postbeamten erhobenen Anspruch aus der früheren Dienstverwaltung sich an die Dienstcaution halten kann, und zwar mit Vorzugsrecht vor etwaigen Ansprüchen welche der Staat gegen den betreffenden Postbeamten aus dessen Dienstverwaltung seit der Uebernahme in den unmittelbaren Staatsdienst zu erheben in den Fall kommen würde. Art. 9. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis erhält zur Entschädigung für das Postlehen eine vom 1 Jan. 1850 ab in Vierteljahrsfristen auszubezahlende Rente aus der Staatscasse, welche vom Staat zu jeder Zeit im zwanzigfachen Betrag abgelöst werden kann, bei deren Bemessung der Reinertrag des Postlehens, sowie er nach den Verhältnissen des letzteren zur Zeit des Uebergangs der Postverwaltung an den Staat für die Folgezeit sich veranschlagt, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der mannlehenbaren Eigenschaft mit welcher die Postverwaltung dem fürstlichen Hause verliehen war, als Maßstab zu dienen hat. Die Bemessung der Rente erfolgt, wenn die Betheiligten sich nicht verständigen, im ordentlichen Rechtswege, wobei der Richter die auf die Größe der Entschädigung Einfluß übenden Momente, namentlich die mannlehenbare Eigenschaft des Postlehens, nach billigem Ermessen zu berücksichtigen hat. Uebrigens bleiben dem Staat sämmtliche Einreden und Rechtsmittel gegen die Ansprüche des fürstlichen Hauses auf den Besitz und die Verwaltung der königlichen Posten, insbesondere gegen die Gültigkeit des Postlehenvertrags von 1819, ausdrücklich vorbehalten. Bis zur endgültiger Festsetzung der Entschädigung wird in Ermanglung anderen Uebereinkommens dem Fürsten, sofern er sich in Betreibung der ersteren keinen Verzug zu Schulden kommen läßt, eine von der Verwaltungsbehörde unter Berücksichtigung des vorläufig bescheinigten Reinertrags des letzten Jahrs zu bestimmende Rente auf Abrechnung ausbezahlt. Unsere Ministerien des Innern und der Finanzen sind mit dem Vollzug dieses seit dem 6 Jul. d. J. sanctionirten Gesetzes beauftragt. Gegeben, Stuttgart, 17 Dec. 1849. Wilhelm. Herdegen. Schlayer. Wächter. Baur. Hänlein. Auf Befehl des Königs: Der Cabinetsdirector: Maucler.

*† **Stuttgart,** 19 Dec. In öffentlichen Blättern wurde unlängst eines Artikels der Württembergischen Zeitung Erwähnung gethan, in welchem die Andeutung enthalten ist daß die Regierungen von Hannover und Sachsen denjenigen der süddeutschen Staaten den Anschluß an das Dreikönigsbündniß abgerathen hätten. Aus vollkommen glaubwürdiger Quelle kann versichert werden daß weder von Seite der hannoverischen, noch von Seite der sächsischen Regierung jemals ein derartiges Ansinnen an die württembergische Regierung gerichtet wurde.

** **Stuttgart,** 19 Dec. Die heutige Verhandlung hat wiederum erwiesen daß jede Verständigung zwischen Regierung und Kammer sehr fern liegt oder vielmehr unmöglich ist, und deßhalb ward der Wunsch nach einer Auflösung sowohl von Seiten der Mehrheit wie der Minderheit wiederholt, von welcher wenigstens ein Abgeordneter heute seine Stimme gegen den Vorschlag seiner Partei offenbar in der Voraussetzung abgab daß durch diesen Landtag bei der Stellung der Mehrheit gegen die Regierung nichts erzielt werden könne. Uebrigens zeigte die Verhandlung mit Ausnahme von einigen Zwischenfällen wenigstens nicht mehr die Gereiztheit der letzten Sitzungen, obgleich wiederum Zurückweisungen auf die Vergangenheit stattfanden. Es handelte sich um die von der Regierung vertagte Verlängerung des Steueretats bis zur zweiten Hälfte des nächsten Jahres. Eine Steuerverweigerung ward auch von der Mehrheit nicht beabsichtigt; die aus derselben gebildete Commission wollte anfangs die Verlängerung nur bis zum 15 Februar zugestehen, in der Voraussetzung daß bis dahin eine neue Kammer zusammenberufen würde; da jedoch diese Frist als offenbar zu kurz erkannt wurde, setzte sie den Termin bis zum letzten Febr. fest.*) Einem Mitgliede der äußersten Linken (Nägele), Abgeordneten für Weinsberg, entschlüpfte dabei die für den Standpunkt seiner Partei sonderbare Aeußerung, die politische Bildung des Volkes sey noch zu gering, als daß es in einer Steuerverweigerung nichts anderes als ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung erkennen könnte. Der Finanzminister begründete seinen Antrag auf Verlängerung des jetzigen Etats bis zum Ende der ersten Hälfte des nächsten Jahres auf der unleugbaren Erschwerung der Geschäfte der Finanzverwaltung welche, zugleich für die Steuerpflichtigen durch mehrfältige Steuerzettel nicht anders als vexatorisch seyn kann, indeß haben die letzten Verhandlungen die Lage der Dinge in solcher Weise bloßgestellt daß eine Bewilligung auf 6 Monate einem Vertrauensvotum gleichkömmt, welches auch die Minderheit nicht zu ertheilen gesonnen ist. Der frühere Kriegsminister v. Rüpplin, als Mitglied der Finanzcommission hatte zuerst in derselben eine Verlängerung auf 4 Monate statt der verlangten 6 vorgeschlagen; er schloß sich aber seinen politischen Freunden an als diese durch Huck eine Verlängerung auf 3 Monate vorschlugen — ein Antrag wobei die Minderheit auf 23 gegen 37 stieg, so daß 8 Stimmen die Mehrheit welche nun für so ungemein fest und bedeutend gehalten, verrückt haben würden. Von beiden Parteien der Kammer wurde geltend gemacht bei einer Bewilligung von 6 Monaten als einer definitiven sey die Vorlage eines Steueretats nothwendig; es sey keine Bürgschaft vorhanden daß die in der frühern Kammer verlangten Ersparnisse durchgeführt würden; wegen der jetzt dargestellten Lage könne kein Vertrauensvotum gegeben werden. Somit befänden wir uns in Ungewißheit; die Adresse ist noch nicht in Empfang genommen, die Minister bleiben und der schwäbische Merkur (nach den gestrigen Mittheilungen über die Aufkündigung der Post an den Fürsten v. Thurn und Taxis mit dem 1 Jan. und über Gerüchte einer Ministerkrise zu schließen wieder ein halbofficielles Blatt) erklärt die Gerüchte über Ministerwechsel für ungegründet. Wir wissen nicht ob die uns unvermeidlich scheinende Auflösung in einer Bälde eintreten wird. Römer übrigens bemerkte am Schluß der Debatte, nachdem er den Ministern gerathen hatte bei einer möglichen Steuerververweigerung abzutreten, eine ehrliche Probe sey noch nicht von ihnen abgelegt weil sie noch keine Gelegenheit gehabt hätten. Mit den Vorlagen sey er zwar nicht einverstanden, allein eine Verständigung dadurch nicht ausgeschlossen (d. h. mit der von ihm repräsentirten Partei, deren Stimmenzahl schon bei mehreren Gelegenheiten gestiegen ist). Schließlich bemerken wir noch daß Hr. v. Schlayer eine mildernde Erläuterung seiner Worte über fremde Einmischung gab. Die Voraussetzung einer Möglichkeit von Zuständen wie die Badens wäre schon vergangenen Sommer, vielmehr jetzt in Württemberg unrichtig gewesen; eine in gereizter Debatte gefallene Aeußerung mag deßhalb noch nicht als bestimmte Erklärung gel-

*) Sechs Stimmen votirten dagegen.

ten. Im Laufe der Debatte hatte Hr. v. Schlayer die bezeichnenden Worte gesprochen.: „Eine Steuerverweigerung fürchte ich nicht; sie würde nur die Versammlung selbst vernichten. Am allerwenigsten hätte die Regierung selbst dabei zu besorgen. Dieser wäre eine Verweigerung der Steuern sogar lieber als eine Verlängerung auf nur zwei Monate, wozu die Versammlung nicht berechtigt ist." In Bezug auf die obenerwähnte Bemerkung Römers sagte der Finanzminister (v. Herdegen): von einer ehrlichen Probe könne doch in wenigen Wochen nicht die Rede seyn. Beim Antritt des Amtes habe er geäußert, in finanzieller Beziehung würde er sich freuen wenn er nur die Hälfte der Erbschaft antreten könnte die er vor fünf Jahren hinterlassen. Der Kriegsminister General v. Bauer wies den Vorwurf zurück als sey das Militär ein Werkzeug des Absolutismus; es habe den Verfassungseid geleistet, und setze seinen Stolz darein jedem Feind, komme er von innen oder von außen, entgegenzutreten.

Hessen. **Homburg,** 11 Dec. Gestern ist unsre landständische Staatsverfassung glücklich zum Abschluß gekommen, und sofort unser constituirender Landtag entlassen worden. Die Publication derselben wird auf Neujahr erfolgen. (Fr. J.)

F. Reuß. **Greiz,** 14 Dec. Das heutige Regierungsblatt bringt das Gesetz zur Wahl des vom Fürstenthum zu ernennenden Abgeordneten zum Reichstag.

K. Sachsen. **Dresden,** 18 Dec. Die erste Kammer beschloß gestern: im Verein mit der zweiten sich beim König zu verwenden daß derselbe den in den Maiaufstand verflochtenen Personen „mit Wiedereinsetzung in ihre politischen Ehrenrechte eine Amnestie in möglichst weiter Ausdehnung bald huldreichst angedeihen lassen wolle." Minister Zschinsky bemerkte vor Beginn der Berathung daß ein kürzlich von ihm erwähnter Beschluß vom 3 Jan. in Betreff der Nichtvollziehung erkannter Todesstrafen sich nur auf die bis zum 3 Jan. erkannten Todesstrafen erstrecke.

Preußen. 0 **Köln,** 15 Dec. Jacoby war sieben lange Wochen der Freiheit beraubt. Das kann ein anderer der mit derselben Anklage an einem Unternehmen zur gewaltsamen Umwälzung der deutschen Bundesverfassung Antheil genommen zu haben belastet ist, nicht von sich sagen. Der Abgeordnete Bernbach wird von sieben langen Monaten reden können, wenn er im Januar auf die Bank der Angeklagten gesetzt wird, und es unterliegt keinem Zweifel daß er durch die Jury von dieser Bank mindestens ebenso schnell abberufen wird als Jacoby. Es bedarf wahrlich für den Unbefangenen keiner einstündigen Berathung um das Nichtschuldig aussprechen zu können, und gab es noch bedenkliche Leute, so ist solchen von Königsberg aus, woher so manches klare Wort entfloß, die hellste Aufklärung geworden. Die Vertheidigungsrede von Jacoby ist eine classische Deduction von unwiderstehlicher Sicherheit, und der alte Logiker der Vier Fragen hat sich siegreich in das Gedächtniß des Volkes zurückgerufen. Viele rechnen es ihm dabei insbesondere hoch an daß er sich von allen Invectiven frei gehalten. „Ich klage niemand an: in einer politisch so leidenschaftlich bewegten Zeit wie die unsrige ist, sieht der Beamte sich oft wider Willen genöthigt der höhern Politik die Logik zum Opfer zu bringen." Jacoby mag zu dieser Mäßigung Neigung und Grund gehabt haben. Die Presse wird indessen seinem Beispiel nicht nacheifern können, sie darf in getreuer Wachsamkeit für die Reinerhaltung des politischen Lebens nicht müde werden die Verirrungen der Rechtspflege zu rügen, die seit einem Jahr an zu vielen Orten und zu vielfach zu Tage getreten sind als daß man darin nicht etwas systematisches erkennen müßte, was in einem reinen Zusammenhange mit der Handhabung der Justiz wenig steht. Noch hat es mit diesen Verirrungen kein Ende. Heute stand hier vor dem Appellations-Gerichtshof der Advocat-Anwalt Zell aus Trier, beschuldigt der königl. Verordnung vom 14 Mai d. J., welche die Abgeordneten der Nationalversammlung zu Frankfurt anwies jeder weitern Theilnahme an den Verhandlungen sich zu enthalten, und dem Befehl des Justizministers Simons binnen acht Tagen auf seinen Posten zurückzukehren nicht Folge geleistet zu haben. Der Appellations-Gerichtshof saß in vereinigten Senaten und bestätigte den freisprechenden Spruch des Disciplinarrathes der Advocaten und Anwälte des Landgerichts zu Trier. Beide Sprüche ergingen in contumaciam. Man hat über die ganze Sache den Kopf geschüttelt, aber es ist vollends schwer zu begreifen wie Zell in Trier durch die Oberprocuratur den Proceß erleidet, während andere Abgeordnete von jeder Behelligung verschont bleiben, während namentlich hier unter den Augen der Generalprocuratur derjenige Abgeordnete, auf dessen Antrag das Cabinetsdecret vom 14 Mai, wenn wir nicht irren einstimmig, für unverbindlich erklärt wurde, der Advocat-Anwalt Widenmann, zur Zeit Unterstaatssecretär, unangefochten lebt. Man wünscht gleichmäßiges Recht und gewiß gleichmäßige Bestrafung im ganzen Gebiete des Staats, und handhabt nicht einmal in einer und derselben Provinz eine gleichmäßige Verfolgung.

∸ **Berlin,** 15 Dec. Unsere letzten Kammerverhandlungen zu verfolgen kostet Anstrengung. Fast täglich zwei Sitzungen in beiden Kammern, und in beiden nur Wiederholungen des schon Wiederholten. Das Ablösungsgesetz, die Rentenbank mit allen ihren detaillirten Bestimmungen haben in der zweiten schon die Aufmerksamkeit bis auf den letzten Rest verzehrt. Nun gehen sie über in die erste Kammer. Wer wird ihnen da in alle Minutien folgen können, und doch setzt die grundbesitzende Aristokratie darauf noch ihre Hoffnung. Zum Schluß der Debatte über die Gemeindeordnung überraschte Stahls Antrag eines Zusatzes zu der Geschäftsordnung. An Ort und Stelle wäre er nicht auffällig gewesen: über jeden Gesetzentwurf, dessen Artikel amendirt und die einzeln angenommen werden, solle nachher noch einmal eine Abstimmung im allgemeinen erfolgen. Gewiß entspricht sehr oft ein so aus Concessionen im einzelnen hervorgegangenes Gesetz als Ganzes nicht mehr den Erwartungen derer die es als Entwurf eingebracht, und selbst denen nicht welche für die Mehrzahl der Amendements stimmten. Hier gilt es nur den Versuch die Abstimmung über die Gemeindeordnung umzuwerfen. Der Antrag ging mit einer geringen Majorität durch, bei der großen mit welcher das Manteuffel'sche Amendement gleich zu Anfang verworfen ward, ist aber, ohne Hinzutreten besonderer Umstände, kein dem Wunsch der äußersten Rechten entsprechendes Resultat zu erwarten. Aus der Berathung des Gesetzes über die kirchlichen und Schul-Verhältnisse in erster Kammer sind nur zwei Momente beachtenswerth: Hansemanns heftige Protestation gegen die Uebernahme der Verpflichtung von Seite des Staates für den auskömmlichen Unterhalt der Schullehrer, und der Beschluß der Kammer hinsichts der Civilehe. Hansemanns anticommunistischer Grundsatz daß jede Gemeinde unter sich für die Erziehung ihrer Kinder Sorge zu tragen habe, und daß nichts die Trägheit mehr nähre als daß der Bedürftige sich auf die Unterstützung des Staates verlassen könne, fand bei der Rechten den lebhaftesten Beifall. Das Ministerium aber blieb in specie dem preußischen Grundsatz getreu, daß es auch am Staate sey für die Intelligenz seiner heranwachsenden Bevölkerung Gewähr zu leisten. Dagegen ließ die Kammer von ihrem Beschluß, welcher die Civilehe aus Zwang einführt, sich wieder abbringen, und trat mit bescheidener Majorität dem der zweiten bei. Die Civilehe bleibt also einstweilen zwischen Himmel und Erde schwebend, und ein künftiges Gesetz wird erst bestimmen ob die Ehen in Preußen im Himmel oder auf Erden geschlossen werden sollen. Weihnachten naht, und es ist Aussicht daß die Conferenzen zwischen den Deputationen beider Kammern in den meisten Differenzpunkten zu einem friedlichen Schlusse führen werden. Im Verfahren in einem wichtigen Punkte sind beide Kammern glücklicherweise immer einig: sie haben sich bisher noch immer gegen jede gerichtliche Verfolgung derer entschieden welche sie in der Presse angriffen. Möchte doch das Beispiel auf andere einwirken. Dagegen wollen viele dem Sturmandrang der Grundbesitzer gegen Kammer und Ministerium eine wahre Bedeutung beilegen. In Stahls Antrag wegen nochmaliger Abstimmung erblicken sie ein wohlüberlegtes Manöver. Ob aber ihre Befürchtung daß es jetzt ernstlich auf einen Sturz des Ministeriums angesehen sey, ob die Hoffnung der Aristokraten auf ein Ministerium Gerlach, und der Jubel der Demokratie, wenn ein solches einträte, begründet sind, scheint mehr als problematisch in diesem Augenblick. Die kühnsten Träumer unter der Junkerpartei müßten vor dem Moment erschrecken der ihre Führer ans Ruder brächte. Darum geben andere dem Glauben Raum an ein Ministerium welches den Gattungsnamen Camphausen an der Stirn trüge. Auch das dünkt mir unwahrscheinlich, und wäre es wünschenswerth? Das Ministerium Manteuffel hat, trotz seiner erneuten Versicherung daß es nicht wisse ob der nächste Tag es noch am Leben sehe, wie die Dinge stehen, die meiste Wahrscheinlichkeit, den meisten Halt in sich. Wenn dieses Ministerium schon Mühe hat dem Drange von hinter ihm zu widerstehen, wie erwartet man das von einem Ministerium Camphausen? Die redliche Gesinnung und der reine Wille haben in jener stürmischen Zeit nicht ausgereicht, und ist der Himmel eben jetzt wolkenrein? Von den Spaltungen im Treubunde gehen seltsame Erzählungen um, die in ihrer Unbestimmtheit zu wiederholen kaum der Mühe lohnt. Ob zwei oder drei Treubünde, die sich gegenseitig bekriegen, fortbestehen werden, davon ist bis auf einige Annoncen noch nichts zur Oeffentlichkeit gekommen. Das Berliner Criminalgericht hat seinen Untergebenen die strengste Weisung ertheilt sich in keine Art politischer Verbindungen und Clubs einzulassen, weder demokratische noch treubündlerische. Es vermuthet daß viele Mittheilungen über Ohm und Waldeck durch solche Vermittelungen ins Publicum gekommen sind.

♇ **Berlin,** 17 Dec. Die erste Kammer berieth heute die letzten Beschlüsse der zweiten über die Tit. III, IV, V, VIII, IX, sowie über

die allgemeinen und Uebergangsbestimmungen der Verfassung. In Betreff der Artikel 49, 68, 78, 83, 84 und 104 tritt sie der Fassung der zweiten Kammer bei. Die Sätze: „Entstehen Zweifel darüber ob gesetzlich verkündigte Verordnungen Gesetzeskraft haben oder nicht, so steht nur den Kammern zu über die Gültigkeit derselben Beschlüsse zu fassen", und: „diese Kosten (der Stellvertretung von Beamten) dürfen den Betrag der den Abgeordneten zustehenden Diäten nicht übersteigen" werden gegen die zweite Kammer aufrechterhalten. Die Beschlüsse dieser Kammer über die Art. 98, 99 und 108 (Finanzen) werden in namentlicher Abstimmung mit 131 gegen 7 Stimmen, welche den Abgeordneten Camphausen, Dannenberger, v. Franzius, v. Gruner, Heine, Kühne und Kupfer gehören, abgelehnt. Damit ist die Verfassungsrevision beendet. Die Kammer begann noch die Berathung der Kreis-, Bezirks- und Provincialordnung, die sie heute Abend um 7 Uhr fortsetzen wird. In der zweiten Kammer legte der Minister des Innern eine Denkschrift über das Großherzogthum Posen vor, indem er bemerkte: in derselben sey ausgeführt daß es ebenso im Interesse des Großherzogthums als auch Deutschlands liege auch noch denjenigen Theil des erstern zu Deutschland zu fügen, der bisher diesem nicht angehört habe. Die Denkschrift ziehe die bestehenden Verträge, namentlich auch die Wiener Conferenzen in ihre Betrachtung, und die Regierung lege sie der hohen Kammer vor um auf deren Zustimmung zu der Vereinigung des ganzen Großherzogthums Posen mit Deutschland anzutragen! Die Denkschrift wird einer besondern Commission von 14 Mitgliedern überwiesen. Nachdem die Kammer die Publicationsformel des revidirten Staatsgrundgesetzes in der Fassung der ersten Kammer angenommen, geht sie an die Berathung des Antrags von Zolkowski: daß im Großherzogthum Posen die Wahlen zum deutschen Volkshause nicht vorgenommen werden sollen. Die Commission beantragt einfache Tagesordnung. Die polnischen Abgeordneten (Stablewski, Moravski u. a.) bemerken hierauf: über den Antrag zur Tagesordnung übergehen, heiße über die Wiener Verträge zur Tagesordnung übergehen. Die Kammer möge bedenken was die Geschichte einst darüber urtheilen werde wenn Deutschland nur an dem schwachen Dänemark, an dem zerrissenen Polen seine Kraft zeigen wolle, Frankreich und Rußland gegenüber aber schweige. Die Theilung Posens und seine beschlossene Einverleibung sey nichts als die Fortsetzung der von der Geschichte genügend bezeichneten Theilungen Polens: sie sey nichts als die vierte Theilung. Der Abg. v. Schlottheim setzt auseinander wie die Wiener Verträge die Ansprüche der Polen nicht rechtfertigen könnten, und spricht die Hoffnung aus: die Kammer werde es nicht länger dulden daß über eine Sache wo der Rechtspunkt so klar vor Augen liege noch öfter debattirt werde. Der Abg. Duncker weist auf die Nachtheile hin die Deutschland und der deutschen Nationalität von Westen aus wurden, und hebt hervor daß es seinen Beruf nach Osten hin nicht verkennen dürfe. Die Demarcationslinie in Posen bezeichne nicht eine Theilung des Großherzogthums, sondern enthalte einfach die Constatirung zweier Nationalitäten, die dort neben einander wohnen. Sie sey gezogen worden auf Grund eines Vertrags, den die Regierung respectiren müsse. Die Tagesordnung wird angenommen.

* Briefe aus **Berlin** vom 18 Dec. bringen näheres über die Bildung der Vereine zur Wahl nach Erfurt. Der Ausschuß des conservativen Centralvereins und das Generalcomité der constitutionellen Vereine hatten sich zu diesem Zweck verbunden. Ihr Programm lautet auf Vereinigung des gesammten Deutschlands, mit Ausnahme Oesterreichs. Die Partei Schwerin-Beckerath hatte sich ausgeschieden und will ein besonderes Programm erlassen.

Oesterreich. * **Wien,** 17 Dec. Als ich Ihnen neulich schrieb daß nach Notizen unserer Regierung die Verhältnisse der nationalen Bevölkerung in Böhmen sich durch die Zahlen 6 und 4 ausdrücken ließen, baten Sie mich um nähern Aufschluß. Ich kann Ihnen heute fast ganz dasselbe wiederholen, nur daß es ein klein wenig zu viel gesagt ist wenn man die Deutschen auf 6/10 der Bevölkerung angibt, zuverlässig aber ist es daß sie gegen die Tschechen in Majorität sind. Wie nun, wenn sie die „Gleichberechtigung" ebenso verstehen wollten wie früher die Tschechen als sie sich in der Majorität wähnten? Auch in Ungarn haben neuere sorgfältigere Forschungen andere Zahlen gegeben, und die Magyaren werden danach nicht auf 4½ sondern nur auf 3 Millionen geschätzt, während die geduldigen Deutschen auch um ihre Kopfzahl von den Geographen verkürzt werden, und 2 Millionen betragen könnten. Baron Mecséry ist zum Statthalter von Böhmen ernannt. Auch bei dieser Wahl kehrte man sich nicht an veraltete Tradition, denn Sie wissen daß es früher üblich war die Oberstburggrafen nur aus Geschlechtern des hohen Adels zu wählen, der in Böhmen begütert war. Die böhmischen Stände hielten auf diesen Usus sehr streng. Baron Mecséry erfüllt aber in seiner Person keine der beiden Eigenschaften. Heute findet eine Dislocation unserer Garnison in der Art statt daß die verschiedenen zusammengehörigen Brigaden brigadenweise in die Casernen eingetheilt werden, während früher sehr unzweckmäßig Truppentheile verschiedener Brigaden dasselbe Quartier bezogen.

λ **Wien,** 18 Dec. Die Organisation der Handelskammern in den größeren Provinzialstädten geht mit raschen Schritten vorwärts. Die meisten derselben haben bereits ihre Elaborate betreffend den Wahlmodus dem Ministerium des Handels zur Bestätigung eingereicht; von anderen sind auch Berichte über bereits vollzogene Wahlacte eingegangen. — An verschiedenen Kirchenthüren liest man heute: „Veiths politische Predigten sind in der Sacristei zu bekommen." — Gestern Abends wurde in der Vorstadt Neulerchenfeld durch die Stadthauptmannschaft ein Haustheater geschlossen als man in demselben gerade Schillers Räuber aufführte. Der Director desselben war ein Nadler, dessen Gesellen in dem Stück agirten. Dieß Theater besteht wie ich höre bereits seit längerer Zeit und hatte zahlreichen Zuspruch. — Heute Abends geht im Burgtheater ein neues Drama: Cecilie v'Albano, von Mosenthal, in die Scene. — Unsere conservativen Zeitungen sind wieder einmal mit einander in Streit gerathen. „Lloyd" und „Reichszeitung" haben sich den Handschuh zugeworfen, die letztere führt ihre Polemik in ziemlich persönlicher Weise. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern sind heute nach Brünn abgereist, wo sie jedoch nur kurze Zeit weilen dürften. Der Herzog v. Bordeaux ist von dort gestern Abend wieder zurückgekehrt. — Das Wetter ist überaus mild. Das Eis hat die Donau verlassen, und die Schifffahrt ist wieder im Gange. Ein neues Anlehen für die italienischen Provinzen drückt die Curse. (Siehe den Börsenbericht.)

(Oesterr. Corresp.) Der jetzige Landeschef von Mähren, Graf J. v. Lazansky, ist zum Statthalter daselbst, der bisherige Gubernial- und Präsidialsecretär Adolf Poche zum zweiten Statthaltereirath ernannt worden. Zum Statthalter des Kronlandes Schlesien ist Joseph Ritter v. Kalchberg bestimmt worden.

* **Triest,** 16 Dec. Eben trifft der levantinische Lloyd-Dampfer ein, und bringt uns Hiobsposten aus den östlichen Meeren. Fast alle Berichte die uns aus den orientalischen Stapelplätzen zukommen, melden vom andauernden schlechten Wetter und von Schiffbrüchen. Einem Briefe aus Konstantinopel vom 8 zufolge hatte der rasende Sturm erst ungefähr zwei Tage vorher nachgelassen, noch immer aber war der Himmel umwölkt, und man fürchtete einen neuen Ausbruch. Das sogenannte „weiße Meer" und die rumelische Küste sind mit Waaren und allerlei Geräthschaften bedeckt, welche ohne Zweifel die Schiffe zu ihrer Erleichterung weggeworfen hatten. Die Dampfschiffe machten auf allen Linien nur sehr unregelmäßige Curse, und die Seefahrer überhaupt mußten in der letzten Woche ertragen was nur zu ertragen möglich ist. Bei Lemnos scheiterten drei Schiffe hintereinander: ein österreichisches, ein französisches und ein türkisches. Auch Metelino und Syra berichten von Schiffbrüchen; doch wird in den wenigsten Fällen der Name des Schiffs und des Capitäns, wie dieß auch bei den obigen der Fall ist, angegeben. Derlei Notizen tragen natürlich nur noch mehr zur Beunruhigung bei. Aus Canea meldet man daß die verspätete Olivenernte durch das unglückselige Wetter spärlicher zu werden drohe. Die politischen Berichte aus dem Orient melden wenig Aenderungen. Die Kaufleute in Konstantinopel scheinen es ziemlich müde zu seyn beständig von einer Ausgleichung zwischen der Pforte und ihren Nachbarn zu hören, ohne doch etwas von dieser Ausgleichung wahrzunehmen. An solchen Versicherungen fehlt es übrigens auch dießmal nicht. Die französische Flotte ist noch immer bei Vurla, die englische bei Besicabay. Beide werden wahrscheinlich dort den ganzen Winter hindurch bleiben. Am 2 kam die französische Dampffregatte „Prony" mit einem Beamten in Smyrna an welcher Depeschen vom Minister des Aeußern mit sich führte. In Smyrna, wo sich der Viceadmiral Deschenes befand, hatte eine Unterredung zwischen diesem und jenem Beamten statt, worauf die Dampffregatte sogleich ihre Weiterreise nach Konstantinopel antrat.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 14 Dec. Die neueste Nummer des Oesterreichischen Correspondenten enthält von hier aus eine Correspondenz, welche folgende Nachricht des „Figyelmezö" übersetzt: „Bekannte, die aus dem Banat angekommen sind, berichten uns daß sich die türkischen Serben allenthalben bewaffnen, und man glaubt allgemein daß die Russen ihnen diese Waffen liefern. Auch hätte die Regierung den Tribut von 34,000 Ducaten verweigert, und die türkischen Besatzungen würden auf die Festungen beschränkt werden." Wir lassen, fügt der Schreiber hinzu, die Wahrheit dieser Angabe dahingestellt seyn, und wollen einstweilen noch keinen Ri-

rochetschuß, der von den Widdiner Festungsmauern absprang, darin erblicken. Daß die türkischen Serben bei einem losbrechenden Kampf Rußlands mit der Pforte die Tirailleurs bilden werden, ist eine oft schon ausgesprochene Vermuthung.

Agram, 15 Dec. Die heutige „Agramer Zeitung" bringt eine vom Ministerial-Finanzcommissär Paul v. Trifunacz unterzeichnete Kundmachung, daß die österreichische Staatsregierung beschlossen habe die serbischen Assignaten nach ihrem vollen Nennwerth einzulösen. Zu diesem Zweck ist eine Commission unter dem Vorsitz des Kriegscommissärs Joh. v. Suplikac zu Semlin niedergesetzt, die bis zum Schlusse Januars im nächsten Jahr alle als ächt befundenen Papiere dieser Gattung einwechseln wird, ob gegen Geld oder österreichische Banknoten ist dabei nicht angegeben. — Dasselbe Blatt bemerkt ferner: „In Unghvar und Oedenburg sind unter lebhaften Freudenbezeigungen Constitutionsfeste gefeiert worden. Die Reichsverfassung vom 4 März scheint die Sympathien der Bevölkerung Ungarns rascher als man meinte zu gewinnen."

Spanien.

Die Madrider Zeitungen vom 11 Dec. enthalten den Text des von Hrn. Sanchez Silva in der Deputirtenkammer eingebrachten Gesetzvorschlags in Betreff der öffentlichen Schuld. Seine Hauptclausel ist: alle Staatsschulden Spaniens sollen in zweiprocentige Stocks consolidirt werden. — Die Gräfin Landsfeld hat sich mit ihrem Gatten, Hrn. Heald, am 6 Dec. in Barcelona auf dem Dampfboot „Cid" nach Cadiz eingeschifft.

Zu den Verdiensten der Verwaltung Narvaez gehört ihre Sorge für Wiederherstellung einer achtbaren spanischen Kriegsflotte. Nach einem amtlichen Bericht im Heraldo führt dieselbe zur Zeit 721 Kanonen, 225 Officiere, 1033 Marinesoldaten und 4949 Matrosen. Die beiden Linienschiffe „Soberano" und Guerrero," von je 74 Kanonen, sind alt (in den Jahren 1735 und 1761 gebaut), und vergleichsweise wenig mehr brauchbar; neu sind aber die 5 Fregatten und eine beträchtliche Anzahl Corvetten und Brigs. Die Zahl der Kriegsdampfer, deren jeder 6 bis 12 schwere Kanonen führt, ist 15.

Großbritannien.

Die Times hat über die Stellung Sachsens zu Oesterreich und Preußen einen verzwickten leitenden Artikel, dessen Weisheit im Grunde auf den oft citirten Vers in Gay's Bettleroper hinausläuft: „It were good to be off with the old love, before you begin with the new. (Gut wär's der alten Liebschaft los zu seyn, bevor man die neue anfängt)." Hiernach hat Sachsen so gut das Recht die Oesterreicher ins Land zu rufen wie früher die Preußen; Oesterreich hat Recht eventuell einzurücken, und ebenso Recht gegen den Vertrag vom 26 Mai und gegen die Erfurter Reichsversammlung zu protestiren; andererseits aber hat Preußen Recht darauf zu bestehen. Schließlich erfahren wir was wir längst wußten: „Ein gutes Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen ist jetzt, wie zu aller Zeit, die einzig sichere Basis für die fortschreitende Wohlfahrt Deutschlands und die Ruhe Europa's."

Die Times wiederholt daß die Abschaffung des Paßwesens in Frankreich nahe bevorstehe; der Präsident Ludwig Bonaparte habe dieß den englischen Ausschußmitgliedern der Boulogne-Amienser-Eisenbahngesellschaft — welche dieser Tage in elf Stunden von London nach Paris reisten; der bekannte Capitän Warren war darunter — selbst mit lebhafter Freude erklärt, und der Minister der öffentlichen Arbeiten habe ihnen die gleiche Versicherung gegeben.

‡ **London**, 17 Dec. Königin Adelheid soll, in Folge ihrer ausgedehnten Wohlthätigkeit, ihren deutschen Verwandten nur sehr wenig hinterlassen haben. Marlborough-Haus in London und der Bushey Park fallen natürlich an die Krone heim. — Lord Denman, der Lord Oberrichter der Queensbench, ist nun wirklich im Begriff in den Ruhestand zu treten, und Lord Campbell, der jetzige Kanzler des Herzogthums Lancaster, wird als sein Nachfolger bezeichnet. — Eine um 8 Tage neuere Post vom Cap (27 Oct.) meldet keine weitere Ruhestörung. Eine Post d.d. Lissabon 6 Dec. ist ohne alle politische Neuigkeit.

Frankreich.

Paris, 17 Dec.

In der gesetzgebenden Versammlung wurden heute die Verhandlungen über die Weinauflage mit einer Rede des Hrn. J. Favre fortgesetzt. Zuerst hatte der Finanzminister Hr. A. Fould das Wort genommen, theils um mehrere Ziffern des Hrn. Mauguin dahin zu berichtigen daß sie nicht officiell seyen, theils um mit Bezugnahme auf Briefe, die ihm von Beamten zugekommen, Aufschluß zu geben über die Art wie die Sturmpetitionen gegen die Auflage entstehen. Sie wurden nämlich von Schenke zu Schenke colportirt und oft von denselben Leuten unter verschiedenen Namen mehrmals unterschrieben. Dieß hielt jedoch Hrn. Charamaule nicht ab unmittelbar neue Petitionen aus dem Departement Herault vorzulegen, mit der Bemerkung er lasse es darauf ankommen ob ein Beamter gegen die Art wie diese Petitionen zu Stande gekommen, etwas sagen könne.

Durch Decret vom 12 Dec. werden die sechs noch übrigen Bataillone der Mobilgarde am 31 Dec. aufgelöst, da Finanzrücksichten die gesetzgebende Versammlung bewogen haben ihre Zustimmung zu Bildung eines neuen Regiments der Fremdenlegion zu versagen. Die verabschiedeten Garden erhalten noch ein Gnadengeschenk von einem Monatssold auf den Weg.

Die Liberté, als Organ des radicalen Bonapartismus gegründet, ist jetzt ins republicanische Lager übergegangen. Sie erklärt: „Der Bonapartismus hat seine Zeit vollbracht. Unter dem Consulat war er die Miliz der Revolution; unter dem Kaiserreich war er die Maske des Königthums; heute repräsentirt er nur noch einen Irrthum des Volks." Dagegen haben die Chefs der conservativen Partei eine Wochenschrift gegründet: Messager de la Semaine, zur Volksbelehrung und Widerlegung der socialistischen Lehren. Hr. Veron vom Constitutionnel hat dem Charivari einen Diffamationsproceß angehängt und fordert 10,000 Fr. Schadloshaltung. Der Censeur in Lyon ist von dem General Gemeau, kraft des Belagerungsgesetzes, unterdrückt.

Italien.

∸ **Rom**, 13 Dec. Trotz den Schwierigkeiten die sich noch vor wenigen Tagen der Rückkehr des Papstes nach Rom entgegenzustellen schienen, steht diese jetzt doch wirklich nahe bevor. Die Stadt ist von der Nachricht daß der Einzug in den Tagen vom 20 bis 22 d. M. stattfinden werde, so erfüllt daß es jetzt schwer hält daran zu zweifeln. Auch ist es Thatsache daß von Seiten der Municipalität für eine festliche Schmückung des Capitols alle Anstalten getroffen werden. General Baraguay aber, nachdem er als Gesandter vom Papst empfangen worden, ist gestern nach Rom zurückgekehrt. So meldet officiell das Giornale di Roma. — Was vor mehreren Tagen der Osservatore Romano von Bildung eines katholischen Heeres im Kirchenstaat und einer damit zusammenhängenden Restauration des Johanniterordens meldete, entbehrt nicht allen Grundes, beschränkt sich aber wohl auf den Plan eine Leibgarde des Papstes aus Nichteinheimischen unter der Leitung jenes Ordens zu organisiren. — In den Geldverhältnissen herrscht wiederum eine große Schwankung, da die Noten der römischen Bank nur bis zum 1 Jan. Zwangscurs haben und über ihren künftigen Werth das Publicum bis jetzt im ungewissen gelassen wird. Von dem neuen päpstlichen Papier bemerkt man hier in der Stadt noch nichts, obwohl bereits für eine halbe Million Scudi davon ausgegeben ist.

⊥ **Rom**, 13 Dec. General Baraguay d'Hilliers, den man so bald nicht in Rom zurückerwartete, ist gestern unverhofft angekommen und bringt, wenn die Nachrichten die ich von guter Hand erhalte gegründet sind, wichtige und zugleich fröhliche Kunde mit. Pius IX hätte sich entschlossen nach Rom zurückzukehren und Petri Schifflein dem gallischen Steuermann anzuvertrauen, da dieser zur Sicherheit des Fahrzeugs einen willkommenen Ballast von lauter französischen Franken einzuschiffen sich erboten, das heißt, die päpstliche Regierung hätte durch Vermittlung der französischen ein Anlehen von 40 Millionen Franken zu Stande gebracht, um seine Papiermünze mit klingenden Scudi umzutauschen.*) Man nennt das Haus Fould und Oppenheim als die mit dem heiligen Stuhl contrahirenden Geldmächte. Den 10 Januar soll also der Papst in Velletri eintreffen, wo ihm General Baraguay entgegenkommen, und ihn dann nachdem in Rom die Scudi effettivi als Parlamentäre werden vorausgeschickt seyn, nach dem Vatican begleiten wird.

..B.. **Turin**, 14 Dec. Es ist schon sehr lange her daß ich Ihnen Nachrichten aus Piemont versprochen — einem Lande das ohne Widerspruch das einzige frei gebliebene Land auf der ganzen italienischen Halbinsel ist, und auf das allein die Blicke der aufrichtigen Freunde einer verfassungsmäßigen Monarchie sich richten können. Allein bis jetzt hätte ich Ihnen keine sonderlich guten Nachrichten mittheilen, Ihnen nicht die Versicherung geben können von der Befestigung der freien Institutionen dieses Königreichs — Institutionen welche durch die sogenannten Liberalen und Demokraten viel größere Anfechtungen erlitten als durch die österreichischen Heere und die wenigen Absolutisten und Retrograden, über die man so großen Lärm erhob und deren Zahl erst in Folge der Unklugheiten und Uebereilungen der Demagogen und Republicaner an Stärke gewann. Die letztern sind nun entlarvt, alles Vertrauens verlustig gegangen und von der Nation aufgegeben, welche auf den würdigen Aufruf den der König Victor Emanuel bei Auflösung der letzten

*) Wir hören hier Zweifel äußern daß eine Anleihe schon wirklich zu Stande gekommen sey.

Kammer an sie erlassen, und worin er die neuen Wahlen auf den 9 und 10 Dec. festgesetzt, eine würdige Antwort gegeben hat. Von den 204 Abgeordneten, eingerechnet die der Insel Sardinien, von denen wir hier erst in einigen Tagen Kenntniß erlangen können, sind bereits 175 gewählt, unter welchen sich 110 Conservative befinden; die übrigen 65 gehören den verschiedenen andern, unter sich zwiespältigen, Meinungsschattirungen der Opposition an. Allgemein freut man sich hier in der Hauptstadt, wo der beste Geist herrscht, daß von den Mitgliedern der ehemaligen Linken Hr. Bottone, der Vorsitzende des Wahlausschusses der Linken, Hr. Bianchi Giovini, ein ziemlich obscurer Mann, und Hr. Sineo, ein unredlicher Schwätzer und verabscheuungswerther Minister aus der Zahl der falschen Freunde Gioberti's, von der politischen Bühne verschwunden, d. h. nicht mehr gewählt worden sind. Indessen sind diese Wahlen, welche Zeugniß ablegen von der bemerkenswerthen Besserung die in der öffentlichen Stimmung eingetreten, in Genua und anderwärts noch nicht vorüber. Die Ursache davon ist Mamiani: sein Betragen unter diesen Umständen war höchst unloyal und erregt unter allen Gutgesinnten den gerechtesten Unwillen. Da die Wahl und das Naturalisationsgesuch dieses hervorragenden Mannes in Piemont leicht Anlaß zu Aufreizungen geben dürfte, so ist es Ihnen wohl nicht unangenehm, wenn ich Ihnen einige Züge aus seinem Leben und Charakter anführe um Sie in Stand zu setzen die feine Person betreffenden hiesigen Vorgänge besser beurtheilen zu können. Ich behalte sie einem zweiten Briefe vor.

* **Florenz**, 14 Dec. Das vorgestern auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung eröffnete neue toscanische Anlehen von 30 Millionen Liren hat bis jetzt ein günstigeres Resultat geliefert als man von manchen Seiten erwartet haben mochte. Am ersten Tag wurden etwa $6\frac{1}{2}$ Millionen zu 87, 88, 89, 90, 92 und al pari abgegeben, der größere Theil allerdings zu 87, aber doch auch über eine Million zu pari. Gestern wurden Partien zu 90 und al pari abgeschlossen, und man glaubt sich nun der Hoffnung den Rest al pari oder doch wenig darunter anzubringen hingeben zu können. Die großherzogliche Familie selbst hat sich dabei mit einer Million aus ihrem Privatvermögen betheiligt. — Heute zog hier das bisher in Perugia und dessen Umgegend gestandene Bataillon Kaiserjäger ein. Dasselbe wird daselbst von der Romagna aus durch andere österreichische Truppen ersetzt. Der Commandant, Fürst Liechtenstein, ein Theil des Generalstabs, viele Officiere und die Musikbanden der hier liegenden Truppen waren ihren Waffenbrüdern entgegengezogen. — Graf Kollowrat ist kürzlich auf Urlaub von hier nach Wien abgereist.

Die Arbeiten an der Mailand-Como-Eisenbahn, welche Mailand mit den Ufern des malerischen Comer-Sees verbinden wird, schreiten rasch ihrer Vollendung zu. Gegenwärtig finden täglich drei regelmäßige Fahrten zwischen Mailand und Camerlata stat. (Lloyd.)

Schweiz.

* **Bern**, 17 Dec. Von beiden Räthen wurden heute Hr. Druey mit 76 Stimmen zum Vicepräsidenten ernannt, Hr. Munzinger mit 74 Stimmen zum Bundespräsidenten.

Rußland und Polen.

Kalisch, 11 Dec. Reisende welche aus Warschau hier eingetroffen sind, finden kaum Worte genug um die außerordentlich große und glänzende Kirchenparade zu schildern welche daselbst am 7 Dec. bei Gelegenheit der Feier des Ordensfestes des St. Georg-Kriegsordens abgehalten wurde. Die Parade wurde mit einem Gottesdienst verbunden, welchen der Erzbischof von Warschau und Novogeorgiewsk (Modlin), Arsenius, abhielt. In Bezug auf die Verwickelungen mit der Türkei ist man hier der Ansicht daß der russische Kaiser in jedem Fall und mit aller Entschiedenheit seine Absichten durchsetzen wird; man hält hier unter den gegenwärtigen Umständen sogar einen Krieg mit der Türkei für sehr wahrscheinlich, und ist sehr gespannt auf die Conferenzen welche in St. Petersburg in Gegenwart Fuad Effendi's und Duhamels gepflogen werden. Daß die Zahl der Emigranten aus dem Königreich Polen sehr groß ist, steht außer Zweifel, aber dieselbe wird vielleicht übertrieben auf 50,000 waffenfähige Männer angegeben, welche in und außerhalb Europa zerstreut sind. Die mit Tod abgegangenen Emigranten des Jahrs 1831 sind seitdem nicht allein durch häufige Desertionen der Militärpflichtigen aus dem Königreich ersetzt worden, sondern auch alle im Ausland geborenen Kinder der ausgewanderten Polen gehören mit zu dem großen Polenbunde, welcher bei allen Revolutionen seine Hand im Spiele hat, und nur das Elend, die gänzliche Mittellosigkeit vieler Mitglieder und die Hindernisse der Reise verhinderten bisher die massenhafte Concentrirung desselben nach einem Punkt. Die Erhebung in Galizien im Jahr 1846, die Revolution im Großherzogthum Posen und der Aufstand in Ungarn lockten, trotz der strengen Ueberwachung der russischen Gränze, Tausende von waffenfähigen Männern aus dem Königreiche. Viele derselben haben ihr Vaterland mit Zurücklassung eines ansehnlichen Vermögens verlassen, und müssen jetzt zum Theil von sehr dürftigen Unterstützungen ihr Leben fristen. Auch in Nordamerika ist die Lage der dort zerstreuten Polen eine sehr traurige, wie dieß hieher gelangte Briefe aus den Vereinigten Staaten schildern. (C. Bl. a. Böhmen.)

Mitau, 30 Nov. Die letzten Wirren haben auf unsern Buchhandel höchst nachtheilig eingewirkt. So sind z. B. sämmtliche Buchhandlungen in Riga, Dorpat rc. seit dem Monat Julius wegen Vertriebs verbotener Werke auf allerhöchsten Befehl geschlossen und versiegelt und die Besitzer dem Criminalgericht übergeben. (Ztg. f. Nordd.)

Türkei.

* **Konstantinopel**, 5 Dec. Die Stelle eines Musteschars des Großwesirs (welche mit der eines Ministers des Innern übereinkommt) wurde dem gegenwärtig in außerordentlicher Mission in St. Petersburg befindlichen Amedschi Fuad Efendi verliehen. Die großherrlichen Kriegsschiffe, welche während der schönen Jahreszeit im Bospor vor Anker gelegen hatten, wurden Ende der letzten Woche in den Winterhafen des Arsenals gezogen. — Aus Schumla erfährt man daß Kossuth seit dem 21 Nov. sich dort befindet. Bem war 8 Tage vor ihm angekommen. Die italienische Legion ist am 1 d. in Gallipoli eingetroffen. (Weitere Konstantinopeler Nachrichten bis zum 8 siehe unter Triest.)

Persien.

Wie französische Blätter d. d. Teheran 13 Oct. melden, hatte der Schah seinen einzigen Sohn Mahmud Mirza, der jetzt zwei Jahre alt ist, als seinen Nachfolger ausrufen lassen. Es fanden bei der Gelegenheit große Festlichkeiten statt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 17 Dec. 3proc. Consols $96\frac{1}{2}$ ex div.; $3\frac{1}{4}$proc. $98\frac{1}{4}$; Bank Stock 204; Schatzscheine 54 Sh. Span. 3proc. $39\frac{1}{2}$. In den letzten Tagen sind wieder sehr beträchtliche Baarsendungen fast aus allen Weltgegenden eingegangen.

Paris, 17 Dec. 3proc. 56.25; 5proc. 91.60; Bankactien 2435; belg. 5proc. 97; Anleh. von 1842 97; $4\frac{1}{2}$proc. $86\frac{1}{6}$; röm. 82; span. pass. $4\frac{1}{6}$; 3proc. $38\frac{5}{6}$; innere Schuld $30\frac{5}{6}$; Havti 190; piem. 5proc. 87.50; Oblig. v. 1834 955; v. 1849 915; St. Germain C.-W. 415; Vers. rechte 205; linke 167.50; Paris-Orleans 755; Rouen 551.25; Straßburg 362.50; Nordbahn 461 25; Rouen-Havre 240; Straßb.-Basel 106.25; Orl.-Vierzon 331.25; Bordeaux 405; Tours-Nantes 278.75; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 16 Dec $2\frac{1}{2}$proc. $54\frac{15}{16}$; 3proc. 64; port. 4proc. $36\frac{3}{16}$; Metall. 5proc. $81\frac{3}{8}$; Ard. $13\frac{5}{16}$.

Augsburg, 20 Dec. (5 fl. A. Corr. = 6 fl. i. $24\frac{1}{2}$ fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. $89\frac{3}{4}$ G. Hamburg 1 M. $73\frac{1}{8}$ P. Wien in 20ern 1 M. $89\frac{1}{2}$ P. Triest 1 M. $89\frac{1}{2}$ P. Frankfurt a. M. 1 M. $99\frac{7}{8}$ P. Nürnberg 1 M. $99\frac{5}{8}$ G. Berlin 1 M. 105 P. Leipzig 1 M. $104\frac{3}{4}$ G. London 1 M. 10.5 P., 2 M. 10.4 P., 3 M. 10.3 P. Paris 1 M. $118\frac{1}{2}$ G. Lyon 1 M. $118\frac{5}{8}$ G. Marseille 1 M. $118\frac{1}{2}$ P. Mailand 1 M. $60\frac{3}{8}$ G. Genua 1 M. $51\frac{7}{8}$ P. Livorno 1 M. $61\frac{3}{8}$ G.

Augsburg, 20 Dec. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{1}{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100\frac{3}{8}$ P. Bankactien II. Sem. 638 G. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württemb. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt a. M., 19 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84\frac{3}{4}$; Bankactien 1284; preuß. Staatsschuldsch. $88\frac{5}{8}$; bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. $83\frac{3}{4}$; Ludwigsh.-Berbach $86\frac{1}{4}$; württ. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{4}$; bad. 5proc. $99\frac{3}{8}$; $3\frac{1}{2}$proc. $79\frac{1}{2}$; darmst. $3\frac{1}{2}$proc. $82\frac{1}{4}$; 4proc. $88\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{4}$; nass. 5proc. $101\frac{3}{4}$; $3\frac{1}{2}$proc. 84; Frankf. 3proc. $78\frac{1}{2}$; $3\frac{1}{2}$proc. $92\frac{1}{2}$, 88; Disc. $2\frac{1}{4}$.

♀ **Wien**, 18 Dec. An der heutigen Börse verlautete das Gerücht von der Emission eines neuen Zwangsanlehens von Neunzig Millionen Lire für das lombardisch-venetianische Königreich (zum Behufe der Einlösung der dortigen Viglietti del Tesoro), bei welchem ein Drittheil in Silber und die andern zwei Drittheile in den italienischen Tresorscheinen eingezahlt werden sollen. Dem Vernehmen nach sollen hiezu 4proc. Obligationen zu dem Curse von 90 emittirt werden, deren Rückzahlung durch Verlosung binnen 15 Jahren stattfinden würde. In Folge dieser Nachricht herrschte eine flaue Stimmung, und wichen Curse in Fonds und Actien bei übrigens mattem Geschäfte zur Notiz zurück. Devisen und Comptanten behaupteten sich hoch und haben (mit Ausnahme von London) sogar etwas angezogen. Ungeachtet der von der Presse erhobenen vehementen Opposition in Betreff der Bankverhältnisse im allgemeinen und insbesondere rücksichtlich der für dieses zu Ende gehende Semester bestimmten Dividende, wird dieselbe, wie ich Ihnen bereits mitgetheilt habe, 40 fl. per Actie betragen und keine Restriction erleiden. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. $93\frac{13}{16}$–$93\frac{7}{8}$, $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) 83–$83\frac{1}{16}$. Loose vom J. 1834 $173\frac{1}{2}$–174, Loose vom J. 1839 106–$106\frac{1}{2}$, Bankactien 1188–1190, Nordbahnactien $109\frac{1}{8}$–$109\frac{1}{4}$, Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–110, Mailänder 82–$82\frac{1}{4}$, Pesther $87\frac{1}{8}$–$87\frac{1}{4}$ London (l. 1. S) 11.23 P., Hamburg 166 P., Augsburg uso $113\frac{1}{4}$ G., Frankfurt $112\frac{1}{2}$ G., Amsterdam 157 P., Mailand 96 P., Livorno $100\frac{1}{2}$ P., Genua 130 P., Paris 134–$134\frac{1}{4}$, Marseille 134–$134\frac{1}{4}$. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $20\frac{1}{2}$, Silberagio $12\frac{3}{4}$–13 Proc. Napol.d'ors 9.10–12, Imperial. 9.18–20, Souv.d'ors 15.50–55, Friedr.d'ors 9, Preuß. 9.6.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb, Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Ueberſicht.

Geſchichtliche Litteratur der Freiheitskriege.

V. Steins Leben, von G. H. Pertz.

Erſter Theil. 1757 bis 1807.

I.

„So halten endlich wir's in unſern Händen,
Und nennen's in gewiſſem Sinne unſer.“

Mit dieſen Worten des Dichters begrüßen wir das lange erwartete Denkmal Steins, an dem unſere Zeit und unſer nachgebornes Geſchlecht ſich aufrichten und erheben mag. Hatte der Stoff des Werkes die Sehnſucht und Ungeduld gerechtfertigt womit alle Freunde ernſten geſchichtlichen Studiums der Veröffentlichung entgegenſahen, ſo hat der Bearbeiter nun unſerer drängenden Erwartung aufs erfreulichſte Genüge geleiſtet, und dem alten Satze: „was lange währt, wird gut“, eine neue, glänzende Beſtätigung gegeben. Er ſpricht die Hoffnung aus daß nun durch die Darſtellung von Steins Antheil an den großen Begebenheiten des Jahrhunderts keinem Lebenden zu nahe getreten werde; zehn Jahre weitern Aufſchubs, ſagt er, würden ſo viele hinweggenommen haben welche Stein noch kannten, deren Theilnahme und Urtheil ſeinem Geſchichtſchreiber vorzugsweiſe wichtig ſeyn muß, und es gibt einen Augenblick wo die reiſe Frucht gebrochen werden muß — mögen ihre geſunden Säfte in Blut und Herz unſeres Volkes übergehen. Dieſe letzte Erwägung allein mußte den Biographen beſtimmen, nachdem das Material einmal beiſammen war, mit der Veröffentlichung nicht länger zu ſäumen; denn ſo ſehr wir auch die Rückſicht mögen gelten laſſen nicht durch zu frühe Darſtellungen unter den noch lebenden Zeitgenoſſen Leidenſchaft und Parteigeiſt zu erwecken, ſo wichtig und dringend erſcheint uns auf der andern Seite die Verpflichtung nicht zu lange zu zögern, und damit den ſchiefen, falſchen oder ganz unwahren Auffaſſungen Thür und Thor zu öffnen. Es gibt eine Tradition der Lüge die ſich an Zeitgenoſſen großer Männer anknüpft und dann von Geſchlecht zu Geſchlecht fortwuchert, bis es dem Fleiß und der Wahrhaftigkeit einer tüchtigen Geſchichtsforſchung ſehr ſchwer wird darüber Herr zu werden. Je größer und bedeutender die Perſönlichkeiten, deſto gieriger wird ſich jenes Schlingkraut an ihr Andenken anknüpfen; nun gar bei einem Manne wie Stein war, in deſſen Beurtheilung, neben allem Anerkennen und Bewundern, ſich ſchon ſehr früh der bittere Wermuth der Gekränkten und Betroffenen einmiſchte. Der Miniſter, ſagt Pertz ſelbſt, deſſen Feuerſeele, allein auf das Wohl des Vaterlandes gerichtet, die Hoffnungen und Entwürfe der Parteien und der Einzelnen durchkreuzen mußte, erregte die Stimme der Verletzten; der Mann welcher nur Gottesfurcht, nicht Menſchenfurcht kannte, der für die ewigen Güter des Lebens, Religion, Sitte, Zucht und Freiheit, das ſtarke Wort führte, gegen Schlechtigkeit, Selbſtſucht, Feigheit, Gemeinheit die ſchärfſten Waffen des Spottes und der Verachtung bereit hatte, mußte bei den Zeitgenoſſen die in den Kreis ſeines Wirkens fielen, die entgegengeſetzten Gefühle der Liebe oder des Haſſes, der Bewunderung oder Erbitterung hervorrufen.

Um ſo größer war die Verpflichtung mit dem getreuen Bilde hervorzutreten, zu dem der Nachlaß des Verſtorbenen ſelbſt das reichſte und umfaſſendſte Material geliefert hat. Den ganzen Zuſammenhang ſeines ſtaatsmänniſchen Wirkens überſah niemand als Stein ſelbſt, und er ſelbſt liebte darüber zu ſchweigen. Erſt als Bourrienne ſeine nichtswürdigen Unwahrheiten drucken ließ, befreundete er ſich, von Pertz aufgefordert, mit dem Gedanken ſelbſt ein geſchriebenes Denkmal ſeines Lebens zu hinterlaſſen; ehe es aber zur Ausführung kam, ſtarb er. Pertz wünſchte nun dem Gefühle dankbarer Liebe und Verehrung, welches ihn in elf Jahren gemeinſamen Wirkens für die Sammlung und Herausgabe der deutſchen Geſchichtsquellen dem Verewigten verbunden hatte, einen Ausdruck zu geben, indem er ſich gegen ſeine Kinder zur Bearbeitung ſeiner Lebensgeſchichte bereit erklärte. Er fand ein bereitwilliges Entgegenkommen; die Hinterlaſſenen prüften und ſichteten die zahlreichen Papiere, welche ſich theils in Naſſau, theils in Cappenberg vorfanden, und theilten ſie dem Biographen mit. Er hat nun den Reichthum der urkundlichen Mittel, welche ihm zu Gebote ſtanden, verwendet um der Darſtellung den vollen und dauernden Ausdruck der Wahrheit zu geben. Die urſprüngliche Ausprägung, ſagt er, der eigene Gedanken und Gefühle durch Brief und Schrift, wie im Alterthum durch die Rede, ſpricht unmittelbar zu der Seele und beflügelt die Einſicht des Unterrichteten. Beſonders alles was von Stein ſelbſt herrührt, iſt mit Sorgfalt erhalten, in die Erzählung aufgenommen oder für ſie benützt worden.

So erhält die Darſtellung den großen Reiz der Friſche und Unmittelbarkeit, wie ſie nur den beſten autobiographiſchen Schilderungen eigen iſt. Der vorhandene Stoff iſt umfaſſend genug um ſich noch durch mehrere Bände hindurchzuziehen, denn der uns vorliegende enthält von den neun Büchern die Steins Leben von 1757 bis 1815 behandeln ſollen, und denen ſich ein Schlußabſchnitt über ſeine Jahre der Zurückgezogenheit anſchließen wird, erſt zwei, und bricht bei Steins Wiederberufung ins preußiſche Miniſterium (September 1807) ab. Gleichwohl könnte man nicht behaupten daß des Stoffes zu viel in die Darſtellung herübergenommen oder einzelne Partien zu weit ausgeſponnen wären; vielmehr wird unſer Intereſſe von Anfang an bis zum Schluß dieſes Abſchnittes in gleich lebhafter Spannung erhalten. Wir ſehen Stein den Staatsmann und Reformator allmählich vor uns entſtehen, ſeine erſten politiſchen Acte, ſeine Thätigkeit in Weſtfalen werden uns zum erſtenmal klar und vollſtändig vor Augen geführt, und aus ſeinen Aeußerungen wie aus ſeinen Werken das Weſen des Mannes, wie es ſich ſpäter an einem großen und ſchwierigen Stoffe bewährte, hier in den erſten bezeichnenden Anfängen vortrefflich charakteriſirt. Die Auswahl, Sichtung und Anordnung dieſes Materials läßt ebenſo wenig zu wünſchen übrig als die plane, nüchterne und ſchlichte Darſtellung des Biographen, die zu dem Ernſt des Stoffes vollkommen paßt. Schon in dieſen erſten Perioden ward Stein in die großen politiſchen Händel der Zeit viel verflochten, und es läßt ſich ſeine Thätigkeit ohne eine allgemeinere Betrachtung der Zeitlage und ihrer wechſelnden politiſchen Conſtellationen kaum recht erfaſſen. Pertz hat dieſe Aufgabe auf eine ganz vortreffliche Weiſe gelöst; ſeine Schilderungen der Verhältniſſe zur Zeit des Fürſtenbundes, der Revolution und des Conſulates u. ſ. w. ſind Muſterſtücke einer gedrängten Darſtellung der allgemeinen Begebenheiten, worin zwar die Grundzüge feſtgehalten, aber doch nichts Weſentliches und Charakteriſtiſches übergangen iſt. Auch die Zeichnungen einzelner Perſönlichkeiten halten ſich auf dieſer ſchwierigen Höhe einer gedrängten und doch in treuer und erſchöpfender Darſtellung; die Form iſt überall von jener ſchlichten Klarheit und ungezierten Einfachheit, die mehr anzieht als aller künſtliche Reiz pikanter Darſtellungsmanier. Mit allem Rechte wird daher das Werk den weiteſten Leſerkreis finden, unter allen denen ernſte Belehrung mehr werth iſt als Sinnenreiz und geſchichtliche Gourmandiſe; als Biographie, als Zeitgeſchichte und als reiche Fundgrube ächter politiſcher und patriotiſcher Einſicht hat es einen gleichen Werth, und ſollte, ſo hoffen wir, auch eine gleich mächtige Wirkung üben auf uns, das nachgeborne Geſchlecht einer faulen, ungeſunden Friedensperiode.

In dem Kampfe zwiſchen Napoleon und unſerem Stein meſſen ſich die alten Gegenſätze romaniſchen und germaniſchen Weſens in einer ganz großartigen Weiſe. Die praktiſche Genialität und Schöpferkraft, den eiſernen Willen und die Abneigung gegen alles Schwächliche, Halbe, Doctrinäre hatten beide mit einander gemein; nur ward das alles von ganz verſchiedenen nationellen und individuellen Richtungen beſtimmt. Napoleon war eine durchaus revolutionäre Natur, und verläugnete auch in ſeiner ganz legitimiſirenden Epoche die jacobiniſchen Antecedentien und Einflüſſe niemals; in Steins Individualität hatten die geſchichtlichen und traditionellen Vorausſetzungen ſtets ſo viele Geltung und Anerkennung als ihnen überhaupt noch Lebenskraft innewohnte. In Napoleon verläugnete ſich der Emporkömmling ſo wenig als in Stein der ächte, geſunde Schlag deutſchen Ritterthums, dem er angehörte. In Napoleon war die romaniſche Natur mit ihren centraliſirenden und nivellirenden Richtungen ſo ſcharf und großartig ausgeprägt wie in keinem andern; er war wie geſchaffen auf Koſten alles individuellen und nationellen Lebens die Uniformität einer glänzenden Deſpotie zu begründen, und die geläufige Maſchine bureaukratiſchen Regiments bis zur äußerſten Spitze der Möglichkeit auszubilden. In Stein dagegen überwog der alte und ächte germaniſche Zug einer Freiheit und Macht die auf der gegliederten Selbſtändigkeit freier Individuen, Körperſchaften und Stämme beruhte, er haßte alles bureaukratiſche Nivelliren, alle mechaniſche Verwaltungskunſt, alles Erdrücken des communalen, corporativen und provinziellen Lebens ſo tief und bitter, als Napoleon eine natürliche Antipathie empfand gegen alle lebenskräftigen politiſchen Gliederungen im Einzelnen, mochten ſie ſich nun in Individuen, in der Gemeinde oder in Nationali-

täten kundgeben. Napoleon, seinem revolutionären Ursprung und seiner corsischen Natur getreu, verfuhr aus natürlicher Anlage und angeborner Individualität gewaltsam, brutal gegen alles was jener Uniformität widerstrebte; er reizte und empörte, von dem Dämon seines innersten Wesens getrieben, alles was von freiem menschlichen Individualismus noch vorhanden war, während Stein, neben aller eisernen Härte seines Charakters, die ganze Pietät und gläubige Anhänglichkeit an alles bewahrte was in Sitte, Herkommen, Religion und öffentlichem Leben überliefert war. Diese Gegensätze waren ursprünglich und lagen dem großen Kampfe, worin beide sich begegneten, als Motive zu Grunde; sie wurden aber auch von frühe an durch äußere Einwirkungen entwickelt, und hatten frühe Gelegenheit in dem allgemeinen Drang der Zeiten ihre Probe zu bestehen.

Zu Nassau an der Lahn, auf seiner Burg zum Stein, wurzelte, sproßte und blühte seit unvordenklichen Zeiten das rheinfränkische Geschlecht der Freiherren vom und zum Stein. Manche kraftvolle und markige Persönlichkeit war daraus hervorgegangen bis auf den mainzischen Geheimrath Karl Philipp v. Stein, den Vater des Ministers, einen biedern, einfachen aber sehr leidenschaftlichen und heftigen Mann, dessen bezeichnende Charakterzüge auch im Sohne wieder zu erkennen sind. Der Sohn selbst setzte ihm die charakteristische Grabschrift:

Sein Nein war Nein gewichtig,
Sein Ja war Ja vollmächtig,
Seines Ja war er gedächtig,
Sein Grund, sein Mund einträchtig,
Sein Wort das war sein Siegel.

Ein Denkspruch, der auch auf des Sohnes eigenes Wesen vollkommen paßte. Unter den sieben überlebenden Kindern waren vier Söhne von ziemlich verschiedener Individualität; der älteste in preußischen und mainzischen Diensten war ein vornehmer, genußliebender Weltmann; der zweite der Liebling des ganzen Hauses, und im österreichischen Heere um seiner rechtlichen, geraden Gesinnung und seines ritterlichen Heldenmuthes willen hochangesehen, ein dritter der verlorene Sohn der Familie, verkam frühe, ging über den Ocean, kam dann gebrochen zurück und lebte erblindet, unter fremdem Namen und von seinem jüngsten Bruder mit einem Jahrgehalt versehen noch bis in die dreißiger Jahre; der jüngste endlich (1757 geboren) war der Stammhalter des Hauses, mit dem es in seinen männlichen Sprößlingen erlosch, um zu gleicher Zeit mit ihm und durch ihn den Ruf seiner alten Tüchtigkeit auf unvergängliche Weise verherrlicht zu sehen. Das Beispiel frommer, trefflicher Eltern wirkte mächtig auf den Knaben, wie er noch am Abend seines Lebens in dankbarer Erinnerung erwähnte. „Das Leben auf dem Lande, sagt sein Biograph, im täglichen Genusse der freien Luft, der schönen Umgebungen, in dem Garten am Hause voll seltener und prächtiger Bäume, den gewundenen von Wiesen, Weingelände und stolzem Hochwalde umschlossenen Thälern, auf den Burghöhen des Steins und der Nassau, gab dem Knaben das erste Erforderniß eines thatenvollen Lebens, einen starken, kraftvollen den Beschwerden gewachsenen Leib; es entwickelte die Grundlagen wahrer Seelengröße, eine thätige Gottesfurcht, innige Anhänglichkeit an Eltern und Geschwister, an Geschlecht, Stand und Volk, an die Geburtsstätte und das Vaterland, und es bildete seinen Sinn für die Reize der schönen Natur."

Seine Bildung nahm früh jene ernste und solide Richtung an, die zu seinem Wesen paßte; im väterlichen Hause schon, und noch mehr auf der Universität, machte sich dieß auf eine charakteristische Weise in der Auswahl seiner Studien bemerkbar. Seine Eltern hatten ihn zu einer Stelle bei dem Reichsgerichte bestimmt; er sollte daher in Göttingen die Rechte studiren. Mit großem Ernst widmete er sich dort der Rechtswissenschaft, machte sich aber zugleich mit der Geschichte, den statistischen, ökonomischen und politischen Werken der Engländer bekannt — eines Volkes dessen Geschichte und politische Zustände ihn schon zu Hause vor allen andern historischen Stoffen angezogen hatten. Rehberg und Brandes waren seine nächsten Freunde, deren Richtung und Studium in mancher Hinsicht mit den seinigen zusammenstimmte; nur blieb seine positive, gläubige und praktische Natur der speculativen Philosophie, die damals (1773) ihre erste Propaganda unter der heranstrebenden Jugend machte, völlig abgewandt. Als seine Studienzeit um war, sollte eine größere Reise und ein vorbereitender Aufenthalt in Wetzlar den Uebergang zu seinem künftigen Lebensberuf bilden; die eigene Anschauung der Reichsgerichte hatte aber seine Abneigung gegen eine Anstellung dabei zur Reife gebracht, und er beschloß sich der Staatsverwaltung zu widmen. „Der reichsunmittelbare Adel, bemerkt sein Biograph, in stetem Kampf um die Landeshoheit mit den benachbarten kleineren oder mächtigeren Fürsten, sah diese als Unterdrücker und Usurpatoren an, und hegte gegen sie einen angebornen Haß; die Ueberzeugung daß die Vielherrschaft Deutschland schwäche, um Nationalehre und Nationalgefühl bringe, es zu einer staatswirthschaftlichen Verwaltung unfähig mache, und den einzelnen herabwürdige, indem es ihm einen der Hauptträger der Sittlichkeit, die Vaterlandsliebe, entzieht, trieb ihn zu dem Entschlusse der rasch zunehmenden politischen Auflösung, welche ihn mit der bittersten Verachtung erfüllte, durch Anschließen an einen großen Staat entgegenzuwirken." Seine Eltern hätten seinen Eintritt in österreichische Dienste gewünscht, er selbst entschied sich für Preußen. Durch Vermittlung des Ministers v. Heynitz, der ihm ein treuer, väterlicher Freund ward, trat er (1780) in preußische Dienste; zunächst als Referendar im Berg- und Hüttenwesen, dem sein Freund, der Minister, vorstand. Stein betrat diese Laufbahn, zu welcher ihm nach seinem eigenen bescheidenen Urtheil alle Vorkenntnisse fehlten, mit dem ernsten Vorsatze dieselben zu erlangen; er begann, sagt Pertz, die neuen Studien mit seinem Geiste und seiner Ausdauer, warf sich in die Arbeit hinein und verdankte dem dreizehnjährigen Leben in einem unmittelbar auf die Natur und auf die Menschen sich beziehenden Geschäfte die Kräftigung des Leibes, Belebung des auf Wirklichkeit gerichteten Geschäftsinnes, und die Erkenntniß des Nichtigen des todten Buchstabens und der Papierthätigkeit. Sein Eifer womit er dem neuen Fache oblag, und durch eigene Anschauung das Detail sich bekannt machte, erwarb ihm schon nach wenigen Jahren die Stelle eines Oberbergraths, und bewog den König von Preußen ihm im Februar 1784, mit Beibehaltung seiner Stelle im Departement, die Leitung der westfälischen Bergämter und der Mindenschen Bergwerkcommission zu übertragen; er ward dadurch nach Wetter an der Ruhr versetzt, und bekam zugleich die Aufsicht über das wichtige Fabrikwesen in der Grafschaft Mark, auf dessen Hebung der König einen großen Werth legte.

Dadurch kam Stein in einen Lebenskreis der seiner Individualität und seiner Neigung vollkommen entsprach. Er fand da ein kernhaftes, tüchtiges Volk, in welchem die Zustände alter deutscher Freiheit sich noch unverkümmert erhalten hatten; die Angelegenheiten der Gemeinden wurden dort auf regelmäßigen Erbentagen von den versammelten Beerbten berathen und durch gewählte Beamte ausgeführt, die Landesgeschäfte auf den Cleve-Märkischen Landtagen verhandelt, die regelmäßigen Steuern bewilligt und vertheilt. Dort war noch zwischen den verwaltenden Behörden und den Unterthanen ein Band des Vertrauens und der Liebe geknüpft, und bei allen Eingesessenen eine lebendige Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten, Gemeingeist und richtiger Geschäftsverstand verbreitet. Stein fand sich unter diesem einfachen, frommen, arbeitsamen Volk ganz heimisch; seinem Schöpfertrieb war hier der rechte Spielraum eröffnet, inmitten einer Bevölkerung in welcher der lebendige Sinn für öffentliche Angelegenheiten noch durch keinen bureaukratischen Mechanismus abgetödtet war. Diese treue Anhänglichkeit an das westfälische Land und Volk bewahrte er bis in späte Tage; oft nannte er die Zeit seines Aufenthalts in Wetter die glücklichste seines Lebens. Da habe ich, sagt er, in einer schönen Gegend die Seligkeit der Einsamkeit genossen; ein Stachel der Sehnsucht dahin ist mir geblieben, ich hänge daran mit Liebe.

Er hatte eben begonnen in die Verhältnisse des Landes sich einzuleben, als er, ohne eigenes Zuthun und ganz unerwartet, zum thätigen Eingreifen in die politischen Ereignisse seiner Zeit veranlaßt ward. Die Stiftung des Fürstenbundes, als Gegengewicht gegen die bayerischen Tauschplane Josephs II, war gerade im Werk; Preußen bedurfte eines Unterhändlers am Mainzer Hof, und man hatte dazu in Berlin den damals siebenundzwanzigjährigen Stein außersehen, welcher den Mainzer Hof aus eigener Ansicht und durch die Verbindungen seines Vaters kannte. Stein zögerte erst, weil ihn seine Beschäftigungen bisher auf eine ganz andere Thätigkeit angewiesen hatten, und er daran zweifelte ob er die natürlichen und erworbenen Eigenschaften eines guten Unterhändlers besitze. Hertzbergs Ermunterungen und die Nachricht man glaube in Berlin die Ablehnung beruhe auf persönlichen Rücksichten und Furcht vor dem Wiener Hof, vermochten Stein seine Bedenken hintanzusetzen, und er nahm die Mission an. Sein Biograph führt uns in das interessante Detail dieser Verhandlungen ein, und gibt einzelne wichtige Beiträge zur Geschichte des Fürstenbundes, besonders über die Verhältnisse von Kurmainz. Stein reussirte vollständig; allein der glänzende Erfolg seiner Sendung hatte auf ihn keinen andern Einfluß als daß seine entschiedene Abneigung gegen die Diplomatie verstärkt ward. Die Wandelbarkeit der Politik der Höfe, der Wechsel von Müßiggang und schlau berechnender Geschäftsthätigkeit, das Treiben um Neuigkeiten und Geheimnisse zu erforschen, die Nothwendigkeit in der großen Welt zu leben, sich mit ihren Genüssen und Beschränkungen, ihren Kleinlichkeiten und ihrer Langweile zu befassen, waren ihm zuwider und vertrugen sich nicht mit seinem Hang zur Unabhängigkeit, seiner Offenheit und Reizbarkeit. Er kehrte daher gern in seinen erwählten Beruf zurück, und widmete sich der Ausführung verschiedener begonnener Plane in seinem frühern Wirkungskreise.

Die schöpferische Thätigkeit mitten in einer tüchtigen und rührigen Bevölkerung sagte ihm besser zu als alles diplomatische Treiben; vergebens bot man ihm von Berlin aus glänzende Gesandtschaftsposten an, er blieb

in seiner theuern Grafschaft Mark, und genoß da fern von der großen Welt „die Seligkeit der Einsamkeit." Seit 1788 zum Kammerdirector bei den Kriegs- und Domänenkammern zu Cleve und Hamm ernannt, und besonders mit Leitung des Fabrikwesens, dem Wasser- und Wegbau beauftragt, sah er sich einen Berufskreis eröffnet wie er ganz seiner Neigung entsprach. Sein Wirken in diesem bescheidenen Kreise war, wie er richtig voraussah, lohnender und erfolgreicher als alle große diplomatische Thätigkeit in Holland und St. Petersburg die man ihm anbot; es gelang ihm hier neue Hülfsquellen des Wohlstandes zu eröffnen, die Arbeitskräfte des Volks zu erhöhen und sie zu gesteigerter Selbstthätigkeit zu wecken. Die Schiffbarmachung der Ruhr ist eines seiner unsterblichen Werke; er hat damit der großartigen Entwicklung des Kohlenbaues in jenen Gegenden jenen Anstoß gegeben der die kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Innerhalb vier Jahre legte er zwanzig Meilen Kunststraßen an, ein Werk welches durch seine Wichtigkeit für das gebirgige Fabrik- und productenreiche Land, und das nordwestliche Deutschland nicht weniger als durch die überwundenen Schwierigkeiten und die Art der Ausführung ein dauerndes Denkmal seines Urhebers bleibt. Ganz gegen die damalige Gewohnheit ward alle Arbeit baar bezahlt, keine Frohnde geleistet; er betrieb das Werk, durch die Beschränktheit der Mittel und die Schwerfälligkeit der Behörden hundertfach gehemmt, mit solchem Feuer daß er bisweilen bis zu zehntausend Thaler aus eigenem Vermögen im Vorschuß war. Eine andere Wohlthat welche die Grafschaft Mark ihm verdankte, war die Verwandlung der Accise oder Verbrauchssteuer in eine für ein offenes gewerbtreibendes Land passendere Abgabe, wobei die öffentlichen Cassen keinen Nachtheil erlitten, und zugleich die Hemmnisse des Verkehrs beseitigt, der Verkehr mit dem Ausland gehoben ward.

Mitten in diesen friedlichen Schöpfungen ward Stein von der französischen Revolution überrascht; von den nächsten Folgen, dem Krieg mit Frankreich, der großen Coalition konnte auch er nicht unberührt bleiben, so wenig er sich an der damaligen politischen und militärischen Thätigkeit Preußens erbauen konnte. Die auswärtigen Angelegenheiten waren in die Hände von Haugwitz gerathen, der nach Steins Urtheil zwar einen gewandten, biegsamen, schlauen Verstand besaß, dessen Charakter aber die Reinheit, Stätigkeit und alle Wahrheit fehlte. Er hatte, sagt Pertz sehr treffend, im Lauf seines Lebens mannichfaltige und einander widersprechende Formen angenommen: ein süßlicher Student, dann Nachahmer der s. g. Genies, deutscher Schöngeister mit dem Streben nach dem Schein ungebundener Sonderlinge, dann Landwirth, Theosoph, Geisterseher, Frömmler, Anhänger der Herrnhuter bei denen er erzogen war, in deren Sinn er ein Gebetbuch schrieb, zuletzt ausschweifend und genußliebend bis zur Erschöpfung, mit oberflächlicher schönwissenschaftlicher und Welt-Bildung, die er durch Lesen und auf Reisen erworben hatte, leer an gründlichen Kenntnissen, ohne Geschäftserfahrung, faul, abgespannt, zerstreut. Mit solchen Eigenschaften flößte er weder Achtung und Vertrauen ein, noch war er fähig einen großen Gedanken zu ergreifen und im Kampfe mit großen Hindernissen in die Wirklichkeit zu führen.

Es ist sehr begreiflich daß Stein von der Thätigkeit solcher Männer für Preußen und Deutschland nichts erwarten konnte. Der König war zu sinnlich, abhängig und schwankend, Prinz Louis Ferdinand zeigte, wie Stein sich in einem Briefe aussprach, Anlagen und große Vorsätze, konnte aber der Kleinlichkeit und Weichlichkeit des Zeitalters nicht widerstehen wenn ihn nicht große Situationen davor schützten; die Feldherren durchkreuzten sich in jenem unwürdigen Spiel von Eifersucht und Intrigue, dem die schlechte Kriegführung und zuletzt der Abfall Preußens zuzuschreiben war. Stein sah dem allem mit Widerwillen und Ingrimm zu; in dieser hoffnungslosen Lage war es ihm doppelt viel werth durch seine Thätigkeit in Westfalen einen Wirkungskreis vor Augen zu haben, der erfreulichern Erfolg versprach als die Theilnahme an der großen Politik. Mitten in diesen Stürmen des Revolutionskriegs hatte er durch die Verheirathung mit der Gräfin Wilhelmine v. Wallmoden-Gimborn (1793) sein Familienglück begründet, und lebte, durch die äußern Ereignisse wenig gestört und noch weniger angezogen, seinem dankbaren praktischen Berufe. Ich paßte mich, schrieb er nach einem Ausflug an den Rhein, wieder in mein altes Geleis ein, und genieße das was für mich ein sehr gebieterisches Bedürfniß ist, Ruhe, Einsamkeit und bestimmte Beschäftigung. Thätigkeit und Duldsamkeit, hieß es in einem seiner Briefe an die Frau v. Berg, die bekannte treffliche Freundin der Königin Luise, verliert am geschwindesten in der großen Welt wenn man ausschließend in ihr existirt, an ihrem Beifall hängt und von ihr alle seine Genüsse, die ganze Befriedigung seiner Wünsche erwartet, und am wenigsten ist man diesem tödtenden Gefühl der Leere und Langeweile ausgesetzt wenn man in zweckmäßiger Thätigkeit, in Aeußerung seiner Kräfte auf feste Zwecke lebt.

Ueber Tirol.

Zur Abwehr.

* **Wien,** 16 Dec. Sie haben bis jetzt, meines Wissens, noch nicht des neuen Journals erwähnt welches in Prag unlängst erschienen. Die „Union", ein deutsch geschriebenes Blatt, will tschechische Tendenzen innerhalb der Reichsverfassung vertreten, und steht unter dem Einfluß einiger früheren Notabilitäten der sogenannten slavischen Rechten. Daß Tirol mit seinen (doch äußerst spärlichen) schwarz-roth-goldenen Wünschen ihnen ein Dorn im Auge, läßt sich leicht begreifen; wie aber ein eben neu erstandenes Blatt an Grobheit und Unverschämtheit alles überbietet was wir selbst in der revolutionären Schweizer Presse gelesen, sollen Sie erst durch das folgende begreifen lernen. Die Prager „Union" vom 14 Dec. enthält in einer Innsbrucker Correspondenz Schmähung auf Schmähung gegen Tirol und die Tiroler, und den wackern Gränznachbarn Bayerns wird eine Mittheilung nicht unerwünscht seyn, wie da ein paar gleichberechtigte Tschechen — Gott bewahre daß wir das Volk dafür verantwortlich machten — von ihren „unirten" Brüdern denken. Erstens ist in dem Artikel Tirol das Land „conservativ politischer Stupidität", zweitens „das Eldorado der Finsterlinge und der beschuhten Fettwänste", drittens ein Land „wo Unterricht und Lehrfreiheit den lieben Natursöhnen (?) ein Gräuel ist." (Das Fragezeichen gehört nämlich der Union, welche noch hinzusetzt: „sie beneide Mutter Natur um diese Söhne nicht.") „Ganz Tirol", heißt es weiter, „kommt mir vor wie eine Infirmerie, in welcher Cretins verpflegt werden auf Staatskosten; die HH. Patres dienen als Pflegammen und nähren sich trefflich dabei." Weiter: „Und bei alldem ist es auch mit der vielgerühmten Tirolertreue nicht weit her, haben doch die Tiroler eines gewissen Bezirks im vorigen Jahre ohne weiteres die bayerische Fahne aufgesteckt (eine Lüge!), weil ihnen Bayern erst einige Säcke Korn zuführen ließ; und ausgerückt sind die Tiroler Schützen in ihrem bombenfesten Patriotismus dann erst nachdem ihnen 40 kr. per Tag versichert waren, früher aber partoutement nicht. Dumm wie die Auster ist das arme Volk, das Land einer großen Austerbank zu vergleichen, einer Vendée von Oesterreich, aber einer Vendée ohne allen poetischen Schwung. Das kriecht am Boden der Gemeinheit! Schönes Land, ich beklage dich, du mußt dich deiner Kinder schämen; darum werden die Schneegletscher jeden Abend so roth, die Schamröthe des Mutterlandes steigt zu ihnen hinan und gibt der Welt Kunde von der Schmach da unten im Thale." Ein Wort des Schutzes der Tiroler gegen die Ausbrüche eines litterarischen Schlammvulkanes wäre geradezu eine Beleidigung der Tiroler selber; aber da Ihr Blatt in Tirol namentlich sehr gelesen wird, so erwerben Sie sich Verdienste wenn Sie die freundlichen Reflexionen an der Moldau in den hohen Alpenbergen verbreiten, welche nach der „Union" eine „spanische Wand für die Freiheit" sind. Ei, sie sind eine spanische Wand für noch andere Dinge. Dieser spanischen Wand hat es das „conservatisch-politisch-stupide" Tirol zu verdanken daß bei ihm eine Märzerrungenschaft nie errungen worden ist — der Belagerungszustand! Als aber ganz Europa von den Franzosen in Belagerung gesetzt war, da wurden auf den tirolischen Alpen und den catalonischen Bergen die ersten Signalfeuer der Befreiung angezündet. Und damals wie in dem neuesten Kriege haben die tapfern Söhne des Gebirgs ihr Herzblut für die Ehre und den Ruhm des gesammten Kaiserstaats eingesetzt. Findet ein Blatt, das diese Tapfern in solcher Weise schmäht, in Prag — wo sonst Tapferkeit und Nationalgesinnung so hochgeschätzte Tugenden sind — einen einzigen Leser?

Prag.

s **Prag,** 15 Dec. Das erzbischöfliche Seminar wird in eine Caserne umgewandelt. Der Rector und Präses desselben behalten ihre Wohnungen daselbst, aber die Hörer des zweiten, dritten und vierten Jahrgangs der Theologie, welche dort Wohnung und Kost hatten und niemals die Erlaubniß erhielten anderswo zu wohnen, müssen das Gebäude in diesen Tagen räumen und werden in Klöster vertheilt. Das theologische Seminar bildet einen Flügel des sehr weitläufigen Clementinums, ehemaligen Altstädter Jesuitencollegiums, welches nebstdem die Hörsäle der theologischen und philosophischen Facultät, des Altstädter Lyceums und Gymnasiums, die k. k. Bibliothek von 100,000 Bänden, die Akademie der bildenden Künste, das mineralogische und zoologische Cabinet der Universität, die Sternwarte, das physikalische Cabinet, zwei Kirchen, zwei Capellen und Beamtenwohnungen in sich schließt. Ein Landsmann von uns, Dr. Robert Zimmermann, Docent der Philosophie in Wien und Assistent der dortigen Sternwarte, dessen Werk über die Monadologie von Leibnitz und Herbart den Preis in Dänemark erhalten hat, ist soeben zum außerordentlichen Professor der Philosophie in Olmütz ernannt worden. Zimmermann ist auch ein ausgezeichneter Mathematiker und Dichter. — Mit Spannung erwartet man die Besetzungen der politischen

Stellen. Die Kreisbeamten haben bereits ihre Habseligkeiten gepackt und müssen mit Resignation erwarten wohin sie das Geschick mitten im Winter verschlagen werde. Unser Präsident Frhr. v. Mecsery ist wegen der Besetzungsvorschläge nach Wien gereist. Da kaum die Hälfte der Kreishauptleute Kreispräsidenten werden können und ihre Ernennung zu Bezirkshauptleuten (deren 79 seyn werden) eine Zurücksetzung wäre, so will man, wie es heißt, die Auskunft treffen mehrere von ihnen mit Belassung ihres vollen Gehalts und ihrer Würde den neuernannten Kreispräsidenten zur Seite zu stellen. Mehrere Gubernialräthe in Prag werden in Ruhestand versetzt werden. Die Herrschaft Cerhenic im Kaurzimer Kreise war die erste in Oesterreich wo das Grundentlastungsgeschäft beendet wurde. Die Gemeinden berichtigten alle Rückstände, die Jahresrente und das Entschädigungscapital, und gaben der Commission das Ehrengeleite bis zur Eisenbahn. Mehrere Deputationen der Umgegend baten um Vornahme der Entlastung. Nun hört man bereits von andern Orten daß die Gemeinden den Commissionen mit Vertrauen entgegenkommen. Der Director der Fürstenberg'schen Eisenbahn, C. E. Ebert, reist dieser Tage nach Wien, um den Anschluß derselben an die Staatsbahn zu vermitteln. Diese Pferdeisenbahn, welche in eine Locomotivbahn umgewandelt wird, verführt schon jetzt täglich mehr als 3000 Centner Steinkohlen. Weil die böhmisch-protestantische Gemeinde die schon seit vielen Jahren aufgelassene Niklaskirche auf der Altstadt nicht erhalten konnte, so sammelt jetzt Prediger Kossuth zum Bau einer Kirche für seine Gemeinde. Der Biliner Brunnenarzt und Physikus Dr. Reuß, ein sehr ausgezeichneter Mineralog und Geognost, ward zum Professor der Mineralogie in Prag ernannt. Unsere patriotisch-ökonomische Gesellschaft hat beschlossen Bezirksvereine und deutsche und böhmische Ackerbauschulen auf dem Lande zu gründen; zwei Gutsbesitzer, in einer deutschen und böhmischen Gegend, haben schon ihre Bereitwilligkeit hiezu erklärt. Die Cholera ist bei uns im Abnehmen. In der Woche vom 2 bis 9 Dec. erfolgten bloß 21 neue Erkrankungen; 10 Personen starben, 19 genasen; einige Tage ereignete sich kein Todesfall, doch am 11 wieder 4 im Krankenhause. Bis jetzt hatten wir vom Mai an 732 Erkrankungen, 380 Sterbfälle.

Rom.

⸗ Rom, 12 Dec. Seit drei Tagen herrscht die größte Aufregung in den Handels- und Industrieclassen. Der durch die Notification vom 10 August l. J. erzwungene Curs der römischen Bankscheine und die bis Ende laufenden Jahres dauernde Garantie für den vollen Werth derselben (1,500,000 Scudi) soll nun aufhören, und die Regierung dringt darauf daß nach dem 1 Januar 1850 diese Scheine, wie früher die Boni der Republik, einen Verlust von 35 Procent ertragen sollen. Die Bank protestirt dagegen, weil die Hälfte dieser Summe noch von Zeiten der päpstlichen Regierung datirt, und die zweite Hälfte ein an die römische Republik gemachtes gezwungenes Anlehen vorstellt, gegen welches in jener Zeit sie sich nicht sträuben durfte. Zugleich erklärt sie daß eine solche Maßregel ihr den Todesstoß versetzen, sie Bankerott machen würde. Die Regierungscommission aber scheint darauf zu bestehen ihr die obenerwähnte Verminderung des Werthes der Scheine aufzulegen. Da nun, im als gewiß vorausgesehenen Fall daß die Bank sich werde gezwungen sehen ihre Zahlungen einzustellen, der ganze Handel Roms, in dessen Händen die große Mehrzahl dieser Scheine sich befindet, einem ungeheuren Verlust unterliegen müßte, so sieht man einem allgemeinen Ruin des schon so schwer gedrückten Handels entgegen. Heute will kein Mensch mehr Bankscheine annehmen, und der Schrecken ist allgemein. Viele versichern freilich es sey nichts zu fürchten, es sey unmöglich daß die Regierung den ganzen Handel der Hauptstadt durch diese falsche und zugleich ungerechte Maßregel zu Grunde richten wolle; das Vertrauen ist aber gewichen, und wenn nicht in den nächsten Tagen eine Verordnung erscheint die den vollen Werth der Bankscheine verbürgt, wenigstens auf eine gewisse Zeit, so hat die Regierung wieder dem Wohlstand des Landes einen der empfindlichsten Stöße versetzt, und eine neue Saat des Hasses gegen die geistliche Regierung ausgestreut. — Von Neapel und Portici nichts neues. General Baraguay d'Hilliers erwartet Instructionen, und bis diese kommen, wird alles in statu quo bleiben. Vielleicht auch dann.

Die Zustände in Luzern.

† Luzern, 14 Dec. Ein Correspondent aus Luzern hat jüngsthin eine Widerlegung jener Anschuldigungen versucht welche in zwei aus der Basler Zeitung in Ihr Blatt übergegangenen Artikeln enthalten waren. Da Sie einer Stimme unmittelbar aus Luzern die Spalten Ihres Blattes geöffnet haben, so werden Sie einer entgegengesetzten das gleiche Recht nicht versagen. Wäre der gegenwärtige Zustand der meisten Schweizer Kantone und so insbesondere derjenige von Luzern nicht von allgemeiner Bedeutung, und eine Warnung für Deutschland und ganz Europa, wir würden weder zu einer Antwort uns entschlossen noch die Zumuthung um Aufnahme derselben in Ihr Blatt gestellt haben. Da aber in der Schweiz der Radicalismus zur unbestrittenen Herrschaft gelangt, und diese in Europa das einzige Land ist wo ihm dieses gelungen, so ist es für alle Staaten von Interesse zu wissen wie er seine Herrschaft ausübt. Diesen Zweck allein hat nachfolgende Widerlegung der irrigen Angaben in erwähnter Einsendung über den Kanton Luzern.

Der Kampf in der Schweiz seit dem Jahr 1830 war ein Principienkampf zwischen zwei Parteien, der conservativen und der radicalen; achtzehn Jahre hatte derselbe unentschieden hin und her geschwankt. Im Jahr 1841 erlag im Kanton Luzern die radicale Partei einem auf vollkommen legale Art und ganz entschieden sich kundgebenden Volkswillen, und eine conservative Regierung trat an die Spitze des Kantons. Es liegt nicht in unserer Absicht den Lobredner derselben zu machen; wir gestehen vielmehr ein daß die Berufung der Jesuiten ein Fehler war welcher der radicalen Partei in jenem Kampf ein bedeutendes Uebergewicht verschaffte. Was aber den Rechtsstandpunkt anbetrifft, so war gewiß hierbei Luzern in seinem guten Recht; wenn Zürich den Dr. Strauß, Bern seinen Nachfolger Zeller auf einen Lehrstuhl der Theologie an ihrer Hochschule berufen konnten, warum sollte Luzern seine theologische Lehranstalt nicht den Jesuiten übertragen dürfen?

Man hat die zweimaligen Freischaarenzüge ins Gebiet des Kantons Luzern als eine lediglich durch die Jesuitenberufung herbeigeführte Folge dargestellt, wie es auch benannter Einsender thut. Dieß ist unrichtig. Die Jesuiten waren das bloße, aber allerdings sehr wirksame Schlagwort für jene beiden frevelhaften Unternehmungen; weder am 8 Dec. 1844 noch 31 März 1845, den Tagen der beiden Freischaarenzüge, waren Jesuiten in Luzern, sie kamen erst später; vielmehr war der Zweck jener Unternehmungen der Sturz der als Centrum der conservativen Partei betrachteten Regierung von Luzern, und darum wurden sie von Regierungen anderer benachbarten Kantone unterstützt. Wäre der Zweck der Freischaarenzüge eine Jesuitenaustreibung gewesen, so hätten sich diese zuerst gegen Freiburg, Wallis und Schwyz richten müssen, wo wirklich Jesuiten seit Jahren schon waren.

Ihr Einsender geht in der Anklage der gestürzten Regierung von Luzern so weit daß er sogar behauptet „es seyen die zurückgelassenen Angehörigen der Landesflüchtigen der Wuth und Rache der Regierung preisgegeben gewesen". Dieser übertriebenen Anschuldigung stellen wir die einfache Thatsache gegenüber daß mit sehr wenigen Ausnahmen sämmtliche, anfangs gefänglich eingezogene Schuldige nach ganz kurzer Zeit auf freien Fuß gestellt wurden, daß allen gegen Entrichtung einer Quote an den Kriegskosten der Weg der Begnadigung offen stand, daß daher auch von allen Schuldigen zwei einzige die über sie verhängte Criminalstrafe angetreten hatten, beide aber nach wenigen Wochen freigelassen wurden. Bloß Eintreibung der Kriegskosten von den Schuldigen und nicht Bestrafung war zuletzt der Zweck der angehobenen Strafuntersuchung; gerade das aber machte sie gehässig, weil sie den widrigen Schein einer Gelderpressung erhielt. Die Schuldigen aber berechtigte dieses gewiß keineswegs zu Klagen über Härte. Man verlangte von denselben einen Beitrag von etwa 300,000 Fr. — eine im Verhältniß zu ihrer Zahl — Ihr Correspondent gibt freilich übertrieben die Anzahl der Flüchtigen allein auf 2000 an — gewiß unbedeutende (?) Summe. Bedenkt man die Lage des Kantons Luzern, die zweimaligen blutigen Freischaareneinfälle, die Mißhandlungen aller Art die seine Angehörigen, so wie sie die Gränzen überschritten, von den eigenen Mitbürgern größtentheils erlitten, die flüchtig an den Gränzen in Saus und Braus weilten, weil sie dieß bequemer fanden als zurückzukehren, so kann eine unparteiische Geschichte, trotz der mancherlei Mißgriffe die geschahen, die Regierung von Luzern nicht der Härte, geschweige der Unmenschlichkeit anklagen; sie steht mild neben allen Regierungen da welche im blutigen Kampfe mit Freischaaren und Aufrührern in jüngster Zeit gerungen haben. Nur dann wenn man Aufruhr und Freischaarenthum für erlaubte Volksdemonstrationen hält, darf man jedes, auch das leiseste, Walten der Gerechtigkeit für Unmenschlichkeit erklären.

Was sollen aber solche Vorwürfe gegen eine Regierung aus der Vergangenheit? Rechtfertigt man damit die Gegenwart, oder widerlegt man die Anklage der Unterdrückung eines Volkes? Von allen in dieser Beziehung angebrachten Anklagepunkten gibt der Einsender nur vier folgende zu: die Contribution von 300,000 Schw. Fr., welche durch einen Proceß den Mitgliedern des gestürzten großen Rathes abgefordert wird; deren seit zwei Jahren dauernde Einstellung in allen ihren bürgerlichen Rechten, sowie die der Mitglieder des sogenannten Ruswilercomité's;

die Verhaftung des Advocaten Weber bei den jüngsten Geschwornenwahlen; die Mißhandlung des Altverhörrichters Segesser. Er ruft dann aus: „darin besteht die ganze Tyrannei der Luzerner Behörden!"

Folgende Thatsachen mögen für diese Angaben einen Maßstab liefern. So oft noch Volkswahlen im Kanton Luzern vorkamen, wurde folgende Maßregel angewandt: einige Tage vor den Wahlen zog man in verschiedenen Gegenden des Kantons eine große Anzahl conservativ gesinnter Männer unter dem Vorwand der Wühlerei und unter Androhung eines Strafprocesses gefänglich ein; einige Tage nach den Wahlen wurden sie wieder freigelassen, und der Proceß hatte ein Ende. Die Verhaftung dehnte sich gewöhnlich auf solche aus welche Einfluß im Volke besaßen, oder im Verdacht stunden daß sie gewählt werden könnten. Die Zahl der Verhafteten stieg bisweilen sogar in die Hunderte. Bei den jüngsten Geschwornenwahlen, welche so viel Anlaß zu öffentlicher Besprechung gegeben haben, hatte sich ein conservatives Wahlcomité gebildet, an dessen Spitze Advocat Weber stund. Einige Tage vor den Wahlen schritt man zum alten Mittel der Verhaftungen. Als dessenungeachtet die conservativen Wähler zahlreich auf den Wahlplätzen sich einfanden, wurde ein anderes Mittel angewandt: an den meisten Orten erklärte nämlich der radicale Vorsitzende immer bei allen Abstimmungen und, trotz der Evidenz des Gegentheils die radicale Minderheit für die Mehrheit, und ließ alle Reclamationen dagegen unberücksichtigt. An einem Ort, in Münster, hatte die conservative Mehrheit so viel kaltes Blut, daß sie, als ihr eine Abzählung vom Vorsitzenden verweigert wurde, sich selbst absonderte, sich abzählte und so den Beweis lieferte daß sie über zwei Drittel der Anwesenden zähle; allein auch dieses half nichts. Sie ging empört nach Hause. Im Entlebuch, wo ebenfalls eine offenbare conservative Mehrheit auf dem Platze war, wurde eine Schlägerei angehoben, bereit gehaltene Dragoner hieben ein, verwundeten mehrere Leute, und die Mehrheit wurde zersprengt. In Dagmarsellen begann man mit Mißhandlungen conservativer Führer, unter denen benannter Hr. Segesser, und auch hier stimmte dann die Minderheit, ohne daß die Mehrheit zu ihrem Stimmrecht kam. Für diese Thatsachen sprechen Hunderte, ja Tausende von Zeugen, obwohl der Einsender sie läugnet.

Diese Vorgänge nun besprachen mehrere öffentliche Blätter mit Entrüstung, darunter auch die Basler Zeitung — ein unabhängiges, geachtetes und verbreitetes Blatt. Sie wurden alle im Kanton Luzern auf Regierungsanordnung confiscirt. Die Basler Zeitung ist wirklich von den Gerichten seither auf ein Jahr verboten worden, gegen den Redactor des Luzerner Boten ist auf fünfthalb Monate Arbeitshausstrafe, gegen denjenigen der Luzerner Zeitung auf 100 Fr. Buße angetragen. Das Verbot wird noch andere Blätter treffen.

Nach der Verfassung von Luzern ist der große Rath als diejenige Behörde welche die Souveränetät des Landes ausübt, für seine Handlungen unverantwortlich; dessenungeachtet werden die Mitglieder des gestürzten großen Rathes mit einem Strafproceß verfolgt, welcher auf die Anklage der Verletzung der Treue und Amtspflicht gegenüber dem Bunde von 1815 gegründet ist; es werden somit die welche für den Bund von 1815 kämpften von denjenigen die ihn stürzen halfen des Treubruchs an selbem angeklagt!

Ferner waltet noch ein Proceß gegen alle jene welche im Jahr 1847 in einer Adresse diesen großen Rath aufgefordert hatten am Recht festzuhalten und keiner Tagsatzungsmehrheit nachzugeben. Beinahe zwei Drittel der Stimmfähigen, etwa 17,000, hatten diese Adresse unterzeichnet. Wegen dieser Unterzeichnung nun ist ein Strafproceß angeordnet worden, der demnach die Mehrheit des Volkes, den Souverän, zum Criminalangeklagten macht. Er führt freilich zu keinem Ziele, weil die Adresse mit den Unterschriften abhanden gekommen; allein er ist bis zur Stunde noch nicht niedergeschlagen.

Daß eine nicht unbedeutende Anzahl Bürger — nicht nur die Mitglieder des gestürzten großen Rathes und die Mitglieder des Ruswilercomité's — ihrer bürgerlichen Rechte beraubt sind, unter strengster polizeilicher Ueberwachung stehen und jede, sonst überall erlaubte politische Regung unter dem Vorwand der Wühlerei ihnen Verhaftung und Verfolgung zuziehen würde, ist ein unbestrittenes Factum.

Zum Schluß nun folgende Bemerkungen. Der Einsender behauptet „daß die Conservativen unverhohlen erklären: sie werden nimmer ruhen und rasten wollen bis die neue Ordnung gestürzt und die Jesuiten wieder ins Land eingezogen seyen". Daß die Conservativen — und sie sind die große Volksmehrheit — dem gegenwärtigen Regiment nicht hold sind, begreift sich, und wenn es kein Verbrechen ist conservativ zu seyn, so begreift sich weiter daß sie bei Volkswahlen und andern Anläßen ihre Ansicht geltend zu machen suchen. Von ihrem Recht machen sie auf die legalste Art Gebrauch; allein man hindert sie an dessen Ausübung. An die Rückführung der Jesuiten aber kann bei der gegenwärtigen Lage der Schweiz nur ein verstandloser Mensch denken. Keinem vernünftigen Conservativen im Kanton Luzern fällt so etwas ein, und es ist diese Behauptung des Einsenders ein Gespenst das er für Empfehlung seines Artikels an die Wand gemalt hat.

Neuestes.

Augsburg, 20 Dec.

* Briefe aus **Rom** vom 13 Dec. melden daß man dort plötzlich die nahe Rückkehr des Papstes (bis zum 20 oder 22) sich versprach. Zugleich hieß es die päpstliche Regierung habe unter französischer Vermittelung ein Anlehen von vierzig Millionen Franken zu Stande gebracht, womit das Papiergeld eingelöst werden solle.

* Nach Briefen aus **Triest** vom 16 Dec. hatte man durch das levantinische Lloyd-Dampfboot betrübende Nachrichten aus den östlichen Meeren erhalten. Die Stürme, die erst gegen den 6 d. etwas nachgelassen, hatten schreckliche Verheerungen zur See angerichtet. Die französische Flotte lag noch immer bei Burla (Smyrna), die englische in der Belsikabay. Die Berichte aus **Konstantinopel** gehen bis zum 8 Dec. Von dort keine Meldung von Bedeutung.

Corrent fl. 257. 26 kr. ausgestellt den 23 October von J. Gugenheimer in Regensburg pr. 30 Januar auf Samson Binswanger in Augsburg.
im 24 fl. Fuß fl. 314. 58 kr. ausgestellt den 1 Dec. 3 Monate dato von F. G. Arnold in Reutlingen auf D. u. J. de Neufville in Frankfurt a. M.
im 24 fl. Fuß fl. 2148. — kr. ausgestellt den 22 Nov. 2 Monate dato von F. Wittenstein H. Sohn in Barmen auf Gebr. Kuchen in Frankfurt a. M., im Fall bei Joh. Goll u. Söhne.
im 24 fl. Fuß fl. 556. 15 kr. ausgestellt den 9 Nov. 3 Monate dato von C. H. F. Stambach in Stuttgart auf Grunelius u. Comp. in Frankfurt a. M., falls bei Joh. Goll u. Söhne.
im 24 fl. Fuß fl. 549. 30 kr. ausgestellt den 8 Nov. von C. Ostertag u. Comp. in Stuttgart pr. 24 Februar auf D. u. J. de Neufville in Frankfurt a. M., falls bei Joh. Goll u. Söhne.
im 24 fl. Fuß fl. 377. 55 kr. ausgestellt den 20 October 3 Monate dato von G. Spachholz in Regensburg auf Ludw. Gerber in Augsburg.
im 24 fl. Fuß fl. 400. — kr. ausgestellt den 10 Dec. von E. B. Neuburger in Fürth pr. 31 März auf J. C. Cnopf in Nürnberg.
Hamb. Banco-Mark 1400 ausgestellt den 29 Nov. 3 Monate dato von M. Callsen in Flensburg auf H. C. Bock in Hamburg.
Francs 500. — ausgestellt (Promesse) ausgestellt von Aschain fils in Brüssel vom 8 October, zahlbar den 28 Februar.
Holl. Ct. fl. 68. 84cs. ausgestellt den 8 October 3 Monate dato von uns selbst in blanco auf P. J. Lubbers in Groningen.
Holl. Ct. fl. 50. 96cs. ausgestellt den 8 October 3 Monate dato von uns selbst in blanco auf A. Damen jun. in Bergen op Zoom, was wir hiedurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, um der Möglichkeit eines Mißbrauchs und daraus entstehenden Nachtheils vorzubeugen.

Langenberg bei Elberfeld, am 15 December 1849. — Gebr. Köttgen & Conze.

[4888]

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1 Januar beginnt ein neues Abonnement auf die „Neue Deutsche Zeitung." Sie wird fortfahren, wie bisher, die Demokratie in allen ihren Consequenzen und in allen Ländern zu vertreten.

Die Verhandlungen des bevorstehenden hessischen Landtages werden wir schnell und ausführlich berichten.

Alle Demokraten, welche finden daß wir die Principien der Demokratie würdig vertreten, fordern wir auf nach Kräften für die Verbreitung unseres Blattes zu sorgen. Eine mächtige Presse ist die erste Bedingung für den Sieg der Partei.

Wenn die Zahl der Abonnenten sich genügend vermehrt, so werden wir es möglich zu machen suchen ein Feuilleton beizulegen, wozu die Einleitungen bereits getroffen sind.

Die Redaction der „Neuen Deutschen Zeitung."

Der Preis des Blattes bleibt derselbe, für die Stadt Frankfurt vierteljährlich 2 fl. 30 kr., auswärts mit dem vorgeschriebenen Postaufschlag. Es werden vierteljährliche Abonnements angenommen, für die Stadt Frankfurt auch monatliche (zu 54 kr.) Inserate finden bei dem wachsenden Leserkreise immer größere Verbreitung. Die Zeile wird mit 3 kr. oder 1 Sgr. berechnet. Inserate von hier, welche noch in die Nummer desselben Tages eingerückt werden sollen, wolle man bis Morgens 10 Uhr in der Expedition abgeben. Das Blatt wird Abends ausgegeben; die ersten Curse werden bis 4 Uhr expedirt.

Frankfurt, im December 1849. — Die Expedition.

[4889]

Deutsche Zeitung

unter unmittelbarer Mitwirkung des in Gotha gewählten Ausschusses: Heinrich v. Gagern, Max v. Gagern, Hergenhahn, Mathy und Reh, redigirt von Robert Heller.

Die Deutsche Zeitung wird im Jahre 1850 in der bisherigen Weise erscheinen. Ihre Politik ist die deutsche; sie erstrebt den deutschen Bundesstaat, wie ihn die Nation durch ihre Vertretung gewollt, sämmtliche deutsche Regierungen verheißen, das Bündniß vom 26 Mai und der Verfassungsentwurf vom 28 Mai sich zum Ziele gesteckt haben. Dem Werke der Einigung wird die Deutsche Zeitung nach wie vor gewidmet seyn; von seinem Gelingen hängt Seyn oder Nichtseyn der Nation ab, und die nächste Zukunft wird uns dem Ziele näher bringen.

Als Centralorgan der Einheitspartei ist die Deutsche Zeitung der Mitwirkung und Theilnahme tüchtiger Kräfte aus allen Theilen Deutschlands versichert. Für schnellste und vollständigste Mittheilung von Nachrichten wird sie auf Benutzung aller Hülfsmittel bedacht seyn; der Bewegung von Verkehr und Handel wird sie besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Daß sie für Anzeigen aller Art mit bester Erfolge dient, hat die Erfahrung mit den ihr bisher zugewendeten Anzeigen bestätigt.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte; die Hauptexpedition besorgt die fürstlich Thurn- und Taxis'sche Ober-Postamts-Zeitungs-Expedition. Der Preis für das halbe Jahr ist im Gebiete der fürstl. Thurn- und Taxis'schen Post 6 Gulden; in Preußen 4 Thlr. 9 Sgr.; in Sachsen 5 Thlr. Anzeigen werden mit 7 kr. (2 Sgr.) für den Raum einer dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Frankfurt a. M., im December 1849. — Expedition der Deutschen Zeitung.

(4629—30) In der literar. artist. Anstalt der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in München ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz zu beziehen:

Bürgerliche Baukunde

in Vorlagen für

Maurer- und Zimmerwerkkunde

sowie

für die wichtigsten im Civilbau vorkommenden Arbeiten der übrigen Gewerke.

Als Unterlage für den Lehrvortrag wie zum Selbstunterricht bearbeitet

von

Eduard Metzger.

Erster Theil.

Die **Maurerwerkkunde** und einige andere Gewerke.

Ein Band in Folio. Gebunden. Preis 8 fl. rhn. oder 4 Rthlr. 20 Ngr.

Zweiter Theil.

Die Zimmerwerkskunde.

Ein Band in Folio. Gebunden. 7 fl. rhn. oder 4 Rthlr. 4 Ngr.

Beide Bände zusammengenommen 15 fl. rhn. oder 8 Rthlr. 24 Ngr.

Das obige Werk zeichnet sich, außer durch seinen Inhalt, namentlich auch durch seine zweckmäßige Ausstattung aus. Die sehr sorgfältig und elegant ausgeführten Zeichnungen sind nämlich stets in den Text eingedruckt und mit demselben so verbunden daß das Buch an Uebersichtlichkeit und Deutlichkeit alle vorhandenen Werke über die Elemente der Baukunde übertrifft.

(3931) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jaspet, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Die Blüthen der Heiligen. Acten der hl. Martyrer, nach chronolog. Reihenfolge geordnet und herausgeg. von J. B. Saint-Victor, im Einvernehmen mit Desgenettes, Pfarrer zu U. L. Frau vom Siege, Dumarsais, Pfarrer der auswärt. Missionen, Ratisbonne, Maret, Cazalus 2c. in Paris. Aus Originaldocumenten zusammengetr. und übers. von einem Vereine Priester u. kath. Schriftsteller, mit 127 Pariser Originalillustrationen nach Zeichnungen von M. R. Cazes u. a. ber. Meistern. Nebst einer Lobrede auf alle berühmten hl. Martyrer, und einem Auszug aus dem röm. Martyrologium. Aus dem Franz. übers., mit einem Vorworte von E. v. Moy. 2 Bde. od. 12 Lief. kl. 4. geh. 4 fl. 48 kr. od. 3 Thlr.

Dieses in Frankreich weit verbreitete, bald nach seinem Erscheinen schon ins Spanische übersetzte Werk wird als ein kräftiges Erfrischungsmittel christlicher Begeisterung sich von selbst empfehlen. Es ist eine kunstreich geordnete Sammlung der schönsten Blüthen des kirchlichen Lebens, aus allen Jahrhunderten und aus allen Theilen der Erde zusammengetragen. Die Namen derer die an der Spitze des Unternehmens stehen, bürgen für den Geist, in dem es begonnen wurde, wie für die Tüchtigkeit der Ausführung. Demjenigen, unter dessen Leitung die Uebersetzung gefertigt wurde, wird man zutrauen daß er mit diesem Geiste wie mit dem der Sprache hinlänglich vertraut ist, damit in dieser Hinsicht die Uebersetzung nichts zu wünschen übrig lasse.

[4843] Im Verlage von H. L. Brönner in Frankfurt a. M. ist neu erschienen:

Die Lyrik der Deutschen

in ihren vollendetsten Schöpfungen von Goethe bis auf die Gegenwart.

Von **H. F. Wilhelmi.**

Lex. 8. Geh. 2 Rthlr. 4 Sgr. od. 3 fl. 40 kr.

Die hier angezeigte Sammlung lyrischer Dichtungen hat sich den Zweck gesetzt: Das Vortrefflichste was unsere lyrische Poesie seit der Zeit ihrer neuen Blüthe, d. h. hauptsächlich von Goethe an bis auf die Gegenwart, durch alle ihre Zweige und Gestaltungen hervorgebracht, zu einem planmäßig geordneten Ganzen zu vereinen und damit die neuere Lyrik der Deutschen selbst dem ganzen Umfange nach in ihren vollendetsten Schöpfungen zur Anschauung zu bringen. Daher entlehnt sie, aus 200 Dichtern hervorgegangen, ihre Stoffe ohne irgend eine Beschränkung aus dem gesammten Vorrath unserer lyrischen Schätze, indem sie dem bereits als ächt Anerkannten und Liebgewonnenen aus dem Bekannten das Ausgezeichnetste aus unsern neuen und neuesten, aus zum Theil noch wenig oder kaum gekannten Dichtern beifügt, und so zugleich die bisherigen Sammlungen bis auf den heutigen Tag fortführt. Der Anordnung liegt als oberstes Princip nach einem in der Vorrede und Einleitung erörterten Plan die Form der Dichtung zu Grund, und demgemäß zerfällt die Sammlung in zwei Hauptabtheilungen, von welchen die erste, bezeichnet als Lyrik in freier Form, in drei Büchern:

I. Die reine Lyrik: hauptsächlich das Lied; II. die didaktische Lyrik: vorzüglich die Spruchweisheit (das Gnomische und Epigrammatische) und das Parabolische, als Sinnbild, Fabel, Parabel 2c., und III. die epische Lyrik, besonders die Ballade und Romanze; die zweite Hauptabtheilung, als Lyrik in angeeigneter und nachgebildeter Form, in zwei Büchern. IV. Die Lyrik in von den romanischen Völkern Südeuropa's angeeigneter Form: Assonanz, Ritornell, Triolett, Rondeau, Glosse, Tenzon, Siciliane, Canzion, Madrigal, Canzone, Sonett, Sestine, Stanze (Octave), Terzine; und als Anhang: Ghasel, malayische Form, künstliche Minneweise, Stabreim; und V. die Lyrik in von den Griechen und Römern entlehnter Form: daktylischer Hexameter; elegisches Metrum, Distichon; Ode; Festhymnus; das Ganze aber mit einem Prolog und Epilog 973 Dichtungen umfaßt.

Angefügt ist ein übersichtliches Verzeichniß der aufgenommenen Stücke nach ihrer Folge, und ein zweites der 200 Dichter, mit kurzen biographischen Nachrichten.

In solcher Weise, vertrauen wir, wird die Sammlung wie durch die Größe der Aufgabe, deren Lösung sie versucht, so durch Reichthum, Mannichfaltigkeit und Neuheit des Inhaltes, durch strenge Auswahl, durch Planmäßigkeit und eine für den Gebrauch bequeme Anordnung sich den Freunden vaterländischer Dichtkunst empfehlen. Lehrer und Lernende werden darin für die Wissenschaft die vorzüglichsten Muster aus allen Zweigen und in allen Formen der Lyrik, für Declamation die ausgesuchtesten Stücke finden. Alle aber welche in der Poesie mehr als eine bloße Ergötzlichkeit suchen — und dieses ist neben dem oben angedeuteten ersten der zweite Zweck der Sammlung — werden nicht ohne Befriedigung zu derselben als zu einem Schatze der edelsten Erzeugnisse der Dichtkunst sich wenden; sowie die Verlagshandlung bemüht war auch von ihrer Seite es an nichts mangeln zu lassen, was dem Buch, als einem Werke der Typographie, Annehmlichkeit zu verleihen vermag.

[4736] In Genf wird in nächster Zeit in deutscher Sprache erscheinen und durch G. Franz in München zu beziehen seyn:

Die Belagerung Rom's im Jahre 1849,

von **B. Del Vecchio,**

Attaché beim Ministerium der römischen Republik, Mitglied mehrerer italienischen und fremden Academien 2c., — ein hübsches kleines Bändchen von ungefähr 180 Seiten auf schönem Papier gut gedruckt. Preis: circa 1 fl.

Wenn je ein Werk allen rechtlichen Männern mit gutem Gewissen zu empfehlen ist, so kann es sicher das Vorstehende seyn. Dessen Verfasser, dem in seiner Stellung beim Ministerium der römischen Republik nicht allein sämmtliche Archive zu Gebote standen, sondern durch dessen Hände alle Acten der Regierung gehen mußten, konnte, namentlich in Betracht seiner intimen Freundschaft mit Mazzini, dem größten Politiker unserer Zeit, dem Werke einen officiellen Charakter geben, so daß dasselbe stets einen geschichtlichen Werth behalten wird.

Wenn alle Welt zur Zeit der Belagerung Roms mit Begierde nach den Zeitungen griff, um die neuesten Nachrichten über den heldenmüthigen Widerstand der römischen Republik zu wissen, so wird man gewiß erfreut seyn die authentischen Thatsachen sowohl als den Haß der braven Römer gegen die durch Louis Bonaparte wieder eingesetzte Pfaffen-Regierung zu erfahren. Durch die günstigen und billigen Bedingungen ist jedermann in den Stand gesetzt sich dieses Werkchen anzuschaffen, und wir sind überzeugt daß dasselbe den verdienten Anklang finden wird. — Genf, den 25. September 1849.

[4676—77] Bei C. F. Winter, academische Verlagshandlung in Heidelberg, ist erschienen und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Sophokles, von J. J. C. Donner. 2 Bände. Dritte neu bearbeitete Auflage. Schillerformat.

Preis 1 Rthlr. 26 Ngr. oder 3 fl. 12 kr. rhein. oder 2 fl. 48 kr. C.-M.

In demselben Verlag erschien früher:

Aeschylus, übersetzt von Heinrich Voß, zum Theil vollendet von Joh. Heinrich Voß. gr. 8. Geheftet. 1 Rthlr. 15 Sgr. — 2 fl. 42 kr. rhein. oder 2 fl. 15 kr. C.-M.

Euripides, übersetzt von J. J. C. Donner. 1. und 2. Theil. Preis jeden Bandes 1½ Rthlr. oder 2 fl. 42 kr. rhein. — 2 fl. 15 kr. C.-M. Der dritte (Schluß-) Band wird bald möglichst erscheinen.

[4841] Durch alle Buchhandlungen ist zu haben, Augsburg in der Rieger'schen Buchhandlung — München bei Franz — Nürnberg bei Riegel u. Wießner — Regensburg bei Pustet:

Geschichte des ungarischen Freiheitskampfes, oder Zusammenstellung der historischen Begebenheiten in Ungarn vom 15. März 1848 bis 14. August 1849, von A. Kurz, preuß. Lieutenant a. D. 8. geh. 7½ Sgr. od. 27 kr. (Verl. v. C. Flemming.)

Portrait von Kossuth, Bem u. Dembinski auf 1 Blatt 7½ Sgr. oder 27 kr.

[4781—88] Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist eben erschienen:

Die Katastrophe

in Ungarn.

Original-Bericht

von **Ludwig Kossuth** aus Widdin.

Gr. 8. geh. 1849. 7½ Ngr.

---

[333] In unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das evangelische Missionswesen.

Ein Ueberblick

über seine Wirksamkeit und seine weltgeschichtliche und nationale Bedeutung.

von Dr. **F. W. Klumpp,**

Professor am königl. Ober-Gymnasium in Stuttgart.

Zweite Auflage.

8. brosch. Preis 24 kr. od. 6 gGr.

Die vorstehende Schrift, welche die so wichtige und doch lange Zeit so wenig bekannte und beachtete Sache der Mission nach ihrer Geschichte, ihren Grundsätzen, ihrem großartigen Umfang und ihren Erfolgen übersichtlich darstellt, hat sich in kurzer Zeit einen Leserkreis gewonnen, und erscheint daher bereits in einer zweiten, mit Beziehung auf den neuesten Stand der Sache fortgeführten Auflage. Je mehr nun in unserer an raschen Entwicklungen so reichen Zeit auch dieser Angelegenheit, als einem wichtigen Moment in dem Entwicklungsgange der Weltgeschichte, in den letzten Jahren eine unerwartete allgemeinere Aufmerksamkeit zugewendet worden ist, desto mehr dürfte die Schrift, welche die Aufgabe gerade auch von dieser Seite faßt, für dieses neu angeregte Interesse vielen willkommen seyn.

Stuttgart und Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[4874] Neues Abonnement auf die

Novellen-Zeitung für 1850.

Mit dem 1 Januar 1850 beginnt ein neues Abonnement auf die Novellen-Zeitung, und ladet die Verlagshandlung die bisherigen Abonnenten derselben

Familien, Lesecirkel, Museen und Leihbibliotheken

zur Unterzeichnung auf den mit 1 Januar 1850 beginnenden 9ten Band (der Neuen Folge 5ter Band) hierdurch ein. Dieselde erscheint regelmäßig jeden Sonnabend und kostet vierteljährlich

1 Rthlr. 10 Ngr. — 2 fl. C.-M. oder 2 fl. 24 kr.

Leipzig, J. J. Weber.

☞ Bestellungen werden in allen Buchhandlungen und Zeitungs-Expeditionen Deutschlands und der k. k. österreichischen Staaten angenommen.

[4060—64] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Aerztlicher Rathgeber bei allen **Krankheiten der Geschlechtstheile** die in Folge heimlicher Jugendsünden, übermäßigen Genusses in der geschlechtlichen Liebe und durch Ansteckung entstehen, nebst praktischen Bemerkungen über das männliche Unvermögen, die weibliche Unfruchtbarkeit und deren Heilung. Mit **40** erläuternden anatomischen Abbildungen. Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgegeben von **Laurentius** in Leipzig. **7te Auflage.** 8. 170 S.

Allen Personen die in ihrer Jugend die Sklaven der Sinnlichkeit waren oder es noch sind; allen die das heilige Band der Ehe knüpfen wollen und sich nicht ganz rein von früherem Fehl wissen; allen welche die Nachwehen von jugendlichen Verirrungen jetzt in ihrem reiferen Alter durch Leiden aller Art empfinden; allen endlich deren Ehe in Folge von Kinderlosigkeit trübe und freudlos ist — wird dieses Buch als ein sicherer, wohlmeinender Rathgeber zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und zur Kräftigung und Befestigung ihres Organismus anempfohlen. Die Gesundheit ist das höchste Glück auf Erden, denn was nützt Geld und Gut mit Kränklichkeit, Geschwächtheit und Erschlaffung!

Diese 7te stark verm. Aufl. ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen, und bei Empfang darauf sehen, dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das Aechte nicht.**

[4898—99]

Neues Abonnement auf die Weser-Zeitung.

Wir bringen in Erinnerung daß für das mit dem 1 Januar beginnende Quartal die Bestellungen auf die Weser-Zeitung von unsern auswärtigen Lesern bei ihren resp. Postämtern erneuert werden müssen, und fügen die Bitte hinzu, dieses so zeitig zu thun daß wir dieselben vor dem Schluß dieses Monats empfangen können, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Die Weser-Zeitung wird auch ferner täglich in zwei Ausgaben erscheinen. Dem Mittags ausgegebenen Hauptblatte folgt Nachmittags ein tägliches Beiblatt, welches die mit dem Bahnzuge eintreffenden Nachrichten unverzüglich zur Veröffentlichung bringt und zugleich, so oft es der politische Stoff gestattet, zu interessanten Feuilleton-Mittheilungen benutzt werden soll.

Als das im nördlichen Deutschland am meisten verbreitete Blatt ist die Weser-Zeitung zu Bekanntmachungen aller Art besonders zu empfehlen. Die Insertionsgebühr beträgt nur 1 Sgr. pr. Zeile.

Bremen, im December 1849.

Expedition der Weser-Zeitung.

[4756] Tübingen. Im Laupp'schen Verlage ist soeben erschienen und bereits als Fortsetzung versendet:

Theologische Quartalschrift.

In Verbindung mit mehreren Gelehrten herausgegeben von Dr. v. **Drey**, Dr. **Kuhn**, Dr. **Hefele**, Dr. **Welte** und Dr. **Zukrigl**,

Professoren der katholischen Theologie an der königl. Universität Tübingen.

Einunddreißigster Jahrgang. Viertes Quartalheft.

Preis des nun vollständigen Jahrganges: 5 fl. oder 2 Rthlr. 25 Ngr.

Dieses Heft enthält eine Abhandlung über die Ketzertaufe von Mattes und verschiedene Recensionen.

[4880—82]

Gasthofs-Verkauf oder Verpachtung.

Ich bin gesonnen wegen Kränklichkeit und sonstiger Familien-Verhältnisse meinen rühmlich bekannten großen

Gasthof zum Kaiser von Oesterreich in Klagenfurt

aus freier Hand zu recht billigen Bedingnissen entweder zu verkaufen oder auch mit besondern Vortheilen in Pacht zu geben.

Dieses von Fremden und Einheimischen außerordentlich frequentirte Hotel bietet jedem rührigen Geschäftsmann das reichlichste Einkommen.

Kauf- oder Pacht-Liebhaber wollen sich wegen weiterer Auskünfte an mich selbst brieflich oder mündlich wenden.

Klagenfurt im December 1849.

Anna Zahn, verehelichte **West**,
Gasthofs-Eigenthümerin.

[4496—98) **Edictalladung.**

Vom königl. bayer. Kreis- und Stadtgericht Ansbach.

Der Wirth Johann Andreas Meder dahier hat am 17 d. M. gegen den Sandgräber Johann Nicolaus Löscher von hier wegen Verlautbarung eines über zwei in hiesiger Stadtmarkung gelegene Aecker, genannt Steinbruch und Kücheleshuck, geschlossenen Kaufvertrages Klage erhoben.

Zum Versuch der Sühne, eventuell zur protokollarisch schlüssigen Verhandlung der Sache wird Termin auf

Donnerstag den 21 Februar k. J.,
Vormittags 11 Uhr, im Commissionszimmer Nr. 8

anberaumt, wozu der Beklagte, dessen dermaliger Aufenthaltsort unbekannt ist, entweder in Person oder durch einen gehörig Bevollmächtigten zu erscheinen vorgeladen wird, widrigenfalls er in die Kosten des vereitelten Termines verurtheilt, ein Curator für ihn bestellt, und diesem die Durchführung des Processes überlassen werden würde.

Inzwischen kann die Klage von dem Beklagten oder dessen Bevollmächtigten in der diesgerichtlichen Registratur eingesehen werden. — Ansbach, den 21 November 1849.

Der k. Director: **Kraussold.**

Pedrazzi.

(4863) **Edictalladung**

Auf Antrag der Erbinteressenten wird der Soldat Joseph Oefer von Kettenbach, geboren am 12 Mai 1789, welcher den russischen Feldzug mitmachte, und seither vermißt wird, aufgefordert, binnen

sechs Monaten

hierorts zur Empfangnahme seines in 170 fl. bestehenden Elternguts sich um so gewisser zu melden, als er außerdessen für verschollen erklärt und dieses Vermögen seinen nächsten Anverwandten gegen Caution verabfolgt werden würde.

Schrobenhausen, den 14 Dec. 1849.

Königliches Landgericht.

Staiger.

(4854) **Bekanntmachung.**

Auf Anrufen des Joseph Greil von Kettenbach wird im Wege der Hülfsvollstreckung das Anwesen der Katharina Prebil von Schrobenhausen, unterm 19 October d. J. auf 1055 fl. gerichtlich geschätzt, an den Meistbietenden öffentlich versteigert, und hiezu Termin auf

Dienstag den 5 Februar 1850,
Vormittags 10 Uhr

in hiesiger Gerichtskanzlei anberaumt. Kaufsliebhaber werden hiezu eingeladen.

Schrobenhausen, den 14 Dec. 1849.

Königliches Landgericht.

Staiger.

[4806—8] **In Sachen des Handelsmanns J. J. Marx in Mannheim gegen Carl Bernard in Kuppenheim, Forderung betreffend,**

Nr. 37709.

wird der Beklagte Carl Bernard durch unbedingten Befehl angewiesen, dem Kläger die Summe von 653 fl. 2 kr. nebst 6 Procent Zins aus 481 fl. 11 kr. vom 14 September 1849 an bei Vermeidung der Execution zu bezahlen. Dieß wird dem landesflüchtigen Beklagten auf diesem Wege eröffnet.

Rastatt, den 20 November 1849.

Großherzogl. Oberamt.

Späth.

(4662—64) Das

Tiroler-Mineralien-Comptoir in Innsbruck

ist nun eröffnet durch

Mahl-Schedl, Augustin et Moos

und empfiehlt sich den Freunden der Mineralogie in allen, besonders aber in Tiroler Mineralien und Gebirgsarten zu geneigtem Zuspruche. Die Preise werden billigst angesetzt.

[4613—14] **Stuttgart.**

Schriftgießerei-Verkauf.

Die von dem verstorbenen Schriftgießer Gmehlin vorhandene, in bestem Zustande befindliche Schriftgießerei und Gießmaschine wird hiemit wiederholt zum Verkaufe ausgeboten. Dieselbe kann jeden Tag in dem Wohnhause der Wittwe Gmehlin, Rosenstraße No. 27, eingesehen werden. Inventar und Schriftproben werden auswärtigen Kaufsliebhabern auf Verlangen mitgetheilt.

Stuttgart, 2 Dec. 1849.

C. Frasch,
Pfleger der Gmehlin'schen Kinder.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend Nr. 356. 22 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Erzherzog-Reichsverweser legt seine Gewalt in die Hände der Bundescommissarien nieder); München (der oberbayerische Flottenverein und das Kanonenboot Wendelstein. Erzherzog Johann will am 27 Dec. Frankfurt verlassen und über München kommen. Die Vertagung des Landtags. Adressen gegen die Judenemancipation); Stuttgart (Erklärung von Stuttgart und Reutlingen über Fortbezahlung der Steuern); Rastatt; Darmstadt (die Wahlen für die erste Kammer. Die Auslieferung der in Baden gefangenen Hessen); Dresden die Amnestiedebatte in der ersten Kammer. Die Oesterreicher an der Gränze); Hannover (zur Statistik der Parteien. Die deutsche Frage noch auf die lange Bank geschoben); Coblenz (Truppenaushebung); Elberfeld (Bürgermeister Carnap); Berlin (die erste Kammer über die Kreis- und Bezirksordnung. Temme. Auch die zweite Kammer beendigt die Verfassungsrevision. Die Differenz mit Wien wegen der Berufung des Reichstags als beseitigt dargestellt. Die Kammer bis 4 Jan. vertagt); Posen (die fremden Scheidemünzen verboten. Die russischen Truppen. Die Zustände in Galizien. Krauthofers Proceß); Schwerin (das Wahlgesetz zum Volkshause); Oldenburg (die Stände aufgelöst, der neue Landtag auf den Februar berufen; indessen sollen in den nächsten Tagen die Erfurter Reichstagswahlen angeordnet werden); Wien (Oesterreich und Preußen. Lloyd und Reichsztg. Trojan. Erzherzog Albrecht. Die Verfassungen der Kronländer. Weitere Statthalterernennungen. Widerlegung des Gerüchts von einer Anleihe für das österreichische Italien).

Großbritannien. Versicherung daß keine Spaltung im Cabinet herrsche. Das Cap.

Frankreich. Verhandlungen über die Getränkesteuer: Mauguin, Fortoul. Die Artikelberathung begonnen. Opposition gegen den Plan der Avignoner Eisenbahn. Die französische Politik und die deutsche Frage. Straßburg (eine weitere Strecke der Paris-Straßburger Eisenbahn, von Straßburg nach Zabern, wird demnächst eröffnet).

Belgien. Eine Nationalbank gegründet.

Niederlande. Budgetberathung.

Italien. Venedig (ein Attentat).

Schweiz. Näheres über die Bundespräsidentenwahl. Luzern (Brissaults Sendung).

Türkei. Konstantinopel, 5 Dec. Von dem österreichischen und russischen Botschafter die diplomatischen Verbindungen noch immer nicht wieder angeknüpft. Fuad Effendi's Ministerernennung. Die Flüchtlinge in Schumla und Gallipoli. Die englische und die französische Flotte. England soll sich um den Besitz von Tenedos bemühen. Bedeutung dieses Schritts.

Ver. Staaten von Nordamerika. Eröffnung des Congresses.

Außerord. Beilage. Deutschland. (Kiel: Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark. Das Verhalten Preußens. Aufhebung des Obergerichts in Schleswig. Olshausen.) — Frankreich. (Verhandlungen über die Getränkesteuer. Pascal Duprat, L. Faucher, Grevy, Ch. Dupin. Der Messager de la Semaine.)

Datum der Börsen: New-York 4; London, Paris 18; Wien 19; Frankfurt 20; Augsburg 21 Dec.

Deutschland.

⁂ **Frankfurt a. M.,** 20 Dec. Der Erzherzog-Reichsverweser hat heute um die Mittagsstunde seine Würde niedergelegt. Die vier Bundescommissäre, der Einladung folgend welche ihnen von Sr. k. k. Hoh. geworden, begaben sich um 1 Uhr in das Sommerpalais des Reichsverwesers. Von dem Plane die Abdicationshandlung im Winterpalais vorzunehmen, war man abgekommen. Die Commissäre harrten in dem Empfangssaale der Ankunft des Erzherzogs, welcher einige Minuten nach 1 Uhr erschien, begleitet von den vier Reichsministern v. Wittgenstein, Detmold, Jochmus und Merk, und gefolgt von drei Adjutanten. Ein Ministerialrath führte das Protokoll. Die Bundescommissäre legten Sr. k. Hoh. den Vertrag vom 30 Sept., die Ratificationsurkunde, die Vollmachten ihrer Regierungen und die Beitrittserklärungen aller deutschen Regierungen, diejenigen von Oldenburg und Luxemburg ausgenommen, vor. Die Zustimmungserklärung des letzteren wurde als in nächster Aussicht stehend bezeichnet, da der König der Niederlande in seiner Eigenschaft als Großherzog seine Zustimmung förmlich bereits ertheilt habe. Alle diese Actenstücke wurden dem Protokolle beigefügt. Nachdem dieß geschehen, wandte sich der Erzherzog, sichtlich ergriffen, mit einer kurzen Anrede an die vier Bundescommissäre. Er setzte seinen längst gehegten Wunsch, die ihm anvertraute Würde niederzulegen, als einen den versammelten Herren bekannte Thatsache voraus. Die Bundesversammlung, fuhr der Erzherzog fort, habe bei seinem Antritte ihre Thätigkeit beendet, und später habe sich auch die Nationalversammlung aufgelöst ohne das Verfassungswerk für Deutschland zu Ende geführt zu haben. Wäre er abgetreten, so wäre mit der Ausführung seines Wunsches der Fortbestand jenes Bandes welches die deutschen Staaten zusammenhalte, zerstört und Deutschland abermals den Gefahren preisgegeben worden, denen dasselbe noch bei seinem Gedenken fast erlegen wäre. Die von ihm übernommenen Pflichten hätten daher sein Verharren erheischt, bis ein anderweitiges Organ für die gemeinsamen Angelegenheiten des Vaterlandes geschaffen worden. Dieser Augenblick sey gegenwärtig gekommen. Die beiden Factoren der ihm übertragenen Gewalt seyen die Gesammtheit der Regierungen und die der deutschen Nationalversammlung gewesen. Beiden für die der provisorischen Centralgewalt gewährte Mitwirkung und Unterstützung zu danken fühle er sich auf das innigste gedrungen. Der Erzherzog schloß mit dem Wunsche daß sich die neue Centralgewalt des Wohlwollens der deutschen Nation und ihrer Regierungen und desjenigen des Auslandes erfreuen möge, und daß ihr Wirken von einem segensreichen Erfolge gekrönt werde. Die ganze Handlung dauerte ungefähr eine Viertelstunde. Um halb zwei Uhr hatte Deutschland aufgehört einen Reichsverweser zu haben.

** **Frankfurt a. M.,** 20 Dec. Da die Reichsminister in den Ministerien von ihren Beamten noch keinen Abschied genommen haben, und die neuen Verweser die Beamten noch nicht begrüßten, so sind dieselben im Augenblick factisch verlassen und herrenlos. Die Uebernahme der einzelnen Zweige der Ministerien und der Geschäftsleitung soll erst morgen erfolgen. Der Baron Kübeck war heute im „Palais", die Wohnung zu besehen die er dort beziehen wird. Mit ihm zieht auch Hr. v. Schönhals dorthin. Die preußischen Reichscommissäre sollen, heißt es, in das Haus des Hrn. v. Pechlin ziehen, das er als dänischer Gesandter bewohnte. — Nachschrift. Heute Abend 6 Uhr wird der Marineminister Jochmus in einer von ihm berufenen Conferenz Abschied von seinen Beamten nehmen.

Bayern. *** **München,** 19 Dec. An die ebenso anziehenden, als interessanten Mittheilungen des geehrten Correspondenten K von der Weser über die deutsche Flotte, dieses einzige gerettete Gut aus dem Frankfurter Schiffbruch, lassen Sie mich ein Paar kleine Nachrichten für Ihre Leser in Oberbayern anknüpfen. Das Reichsministerium der Marine in Frankfurt hat durch den königlich bayerischen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, Hrn. Oberst v. Xylander, dem oberbayerischen Flottenverein anzeigen lassen „daß dem Seezeugmeister für die Nordseeküste, Commodore Brommy, der Auftrag zuging dem Kanonenboot Nr. 1 zum Andenken an den reichen Beitrag des gedachten Vereins, der bei der Erbauung der Kanonenboote mit zur Verwendung gekommen ist, den Namen „Wendelstein" beizulegen, diese Benennung auf dem Fahrzeuge in üblicher Weise anzubringen und künftig neben der Nummerbezeichnung in allen Berichten ꝛc. mit aufzuführen." Das dem ersten Capitän der deutschen Flotte bestimmte Frauenhofer'sche Fernrohr hat Commodore Brommy, den dem zweiten Capitän bestimmten silbernen Becher der Capitän Donner, Dampffregatte Hansa, erhalten. Der oberbayerische Flottenverein hat in den jüngsten Tagen eine schöne, große Lithographie herausgegeben nach der Grablegung von Cornelius. Das Originalgemälde, in Oelfarben ausgeführt, war im Besitz von Thorwaldsen, und kam mit dessen Verlassenschaft in das Museum zu Kopenhagen. Dem Verein ward vom

Maler C. Koch eine sehr treue Zeichnung verehrt und nach dieser durch die geschickte Hand J. G. Schreiners eine vorzüglich gelungene Lithographie angefertigt. Die HH. Mey und Widmayer in München haben den kaufmännischen Betrieb übernommen. Der Ertrag des Unternehmens wird zum Besten der deutschen Flotte verwendet, in der Art daß die eingehenden Summen zu dem Capital geschlagen werden, von dessen Zinsen Prämien für ausgezeichnete Dienste der Schiffsmannschaft des „Wendelstein" ausgezahlt werden sollen. Die aus dem Corintherbrief genommene Unterschrift der Lithographie: „Die Liebe höret nimmer auf," zunächst auf ihren Inhalt bezüglich, möge ihre Anwendung auch finden auf den mit ihrer Verbreitung beabsichtigten vaterländischen Zweck!

o **München,** 21 Dec. Bei der hiesigen österreichischen Gesandtschaft ist die Nachricht eingetroffen daß Se. kais. Hoh. Erzherzog Johann nunmehr bestimmt über Stuttgart und München zurückkehren, und Frankfurt am 27 d. verlassen wolle. Die Kammern haben sich, wie Sie wissen, bis zum 7 Jan. n. J. vertagt. Das Amnestiegesetz ist zu Stande gebracht, und die Sanction des Königs wird ihm zuverläßig nicht entstehen, wie man aus dem Verhalten des Ministeriums abnehmen darf. Die meisten Landtagsabgeordneten haben unsere Stadt heute verlassen. Gegen die Emancipation der Juden wird hier eine Adresse vorbereitet, welche an die Kammer der Reichsräthe gebracht werden soll. Wie ich höre, geht dieselbe von dem Verein für religiöse Freiheit aus. Auch auf dem Land werden ähnliche Adressen da und dort vorbereitet. (Es seyen schon 40 eingelaufen.)

Württemberg. Die neueste Stuttgarter Post bringt in der vorliegenden Hauptfrage des Landes keine weitere Entscheidung. Da indessen in der revidirenden Versammlung einigemal das Wort Steuerverweigerung gefallen war, ja der Abgeordnete von Reutlingen sogar gesagt hatte, wenn der Landtag die Steuern verweigere, dürfe niemand Steuer bezahlen ohne sich eines Verbrechens schuldig zu machen, so rief dieß zunächst in Reutlingen und Stuttgart bedeutsame Demonstrationen hervor. Der Bürgerverein in Stuttgart gab folgende öffentliche Erklärung ab: Bei der gegenwärtigen politischen Lage Württembergs, besonders den seitens eines großen Theiles unserer revidirenden Landesversammlung öffentlich ausgesprochenen Grundsätzen, und andererseits den Besorgnissen womit viele unserer Mitbürger auf die weitere Entwicklung der Ereignisse blicken, fühlt sich der Verein zu der Erklärung gedrungen daß seine Mitglieder auch für den Fall einer Kammerauflösung, gleich einem Verein von Bürgern in Reutlingen, nicht allein selbst ihre Steuern bis 1 Julius 1850 fortbezahlen werden, sondern auch ihre Mitbürger zu gleichem Entschlusse auffordern, da sie für den gegebenen Fall hierin das einzige Mittel sehen die neue Beunruhigung, neue Gewerbestockung, die Fortdauer der Entwerthung der Erzeugnisse besonders der Acker- und Weinbauern, sowie das Unglück einer Occupation durch fremde Truppen und unsäglichen Jammer von unserem Vaterlande ferne zu halten. Was den Vorwurf betrifft daß wir uns mit der Ausführung dieses unseres Entschlusses einer Auflehnung schuldig machen, so erklären wir daß wir uns zu diesem unserem Schritte nicht allein rechtlich befugt, sondern auch moralisch verpflichtet und durch den gemachten Vorwurf mit Rücksicht auf die Seite von der er kommt in der That erheitert finden. Eine nur auf kürzere Frist ständisch bewilligte Steuerumlage erachten wir, abgesehen von anderm, schon wegen der großen Kosten die daraus für die Gemeinden erwachsen müssen, für unvereinbar mit den Rücksichten welche die ökonomische Lage des Landes den wirklichen Freunden desselben auferlegt.

Gr. Baden. ÷ **Rastatt,** 19 Dec. Aus der „Bundesfestung" ist wenig zu berichten. Preußische Recruten und unsere Dragoner exerciren, badische Soldaten und Unterofficiere stehen vor dem Kriegsgerichte, die Besatzung gewinnt allmählich das Aussehen einer regelmäßigen Garnison. Die schon lange angekündigte österreichische Pionier-Abtheilung ist noch immer — erwartet. Die unfreiwilligen Bewohner der Casematten bestehen außer den badischen Stammgästen nur noch aus Schweizern, deren Regierungen sich, wie es scheint, noch nicht zur Bezahlung der aufgerechneten Atzungskosten vereinigt haben; dazu noch einzelne Gäste aus Ländern wohin keine Briefpost geht, die wahrscheinlich in ihrer angeblichen Heimath weniger gekannt sind als bei uns. Auch Preußen sind noch da, deren Urtheil noch nicht gesprochen ist. Von diesen machte letzten Sonntag einer den sinnreichen Befreiungsversuch daß er sich nach dem Gottesdienste unter den Altar versteckte, in der Hoffnung von da später unbemerkt zu entkommen. Es gelang nicht, und nach 30 Stunden wurde er bis zum Verschmachten durstig aus seinem Versteck hervorgezogen. Um die Wahlen zum Erfurter Parlament bekümmert man hier sich so wenig als ob wir in Tahiti lebten; der Presse nach zu schließen — freilich während des Kriegszustandes kein sicheres Kennzeichen — ist auch in den andern Wahlbezirken das rege Leben nicht welches die Wichtigkeit des Gegenstandes erheischt.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 18 Dec. Den drei Wahlen für die erste Kammer, deren ich in meinem Bericht vom 12 d. M. gedachte (Dr. Strecker, Schenk und Kritzler) sind seitdem weitere gefolgt: v. Stark, Director der Regierungscommission dahier (früher Kreisrath und Provincialcommissär), ein Bureaukrat mit wohlwollender Gesinnung und gefälligen Formen, wodurch er das Wohlwollen der Bewohner seines Kreises für sich gewann; Stephani, Präsident des Kreisgerichts in Alzey, früher des zu Mainz, bekannt durch einen merkwürdigen Proceß in welchen er vor einigen Jahren verwickelt war; Revierförster Hofmann aus Oberhessen, von dem noch nichts bekannt ist das ihn charakterisirt, und Decan Diessenbach in Schlitz in Oberhessen, von dem das gleiche gilt. Bewegen sich die weiteren Wahlen in der gleichen Richtung so ist die Folge daß während früher die zweite Kammer oft in ihrer Mehrheit eine Kammer von Staatsdienern war, nun die erste Kammer dieses Gepräge trägt. Es ist zweifelhaft ob eine erste Kammer worin Staatsdiener die Mehrheit bilden, dem Wunsch des Ministeriums Jaup entspricht. Als dieser Minister im November v. J. den Gesetzentwurf wegen vorläufiger Zusammensetzung der beiden landständischen Kammern und der Wahlen der Abgeordneten, welcher das Zweikammersystem beibehielt, aber auch die erste Kammer aus der Wahl der Staatsbürger hervorgehen ließ, der zweiten Kammer vorlegte, bemühte er sich die Vortheile dieses Systems darzulegen, und zu zeigen, diese bestünden besonders darin daß eine wiederholte Prüfung Garantien gewähre. Dieß läßt sich nicht in Abrede stellen. Nur fragt sich ob eine so zusammengesetzte Kammer das Vertrauen für sich hat ohne welches ihr die Verwaltung eines so hochwichtigen Amts nicht gelingen wird. Das Volk ist nun einmal, ob mit Recht oder Unrecht lasse ich dahin gestellt seyn, mißtrauisch gegen die Staatsdiener. — Endlich sind unsere Gefangenen von Rastatt ausgeliefert. Die welche der Provinz Starkenburg angehören, sind in das hiesige Provincialarresthaus gebracht worden. Noch wird darüber verhandelt was mit ihnen geschehen soll. Wahrscheinlich wird nach Eröffnung der Ständeversammlung, die noch vor dem Christfest erfolgt, ein Antrag auf Amnestie erhoben werden, der wohl in beiden Kammern angenommen werden wird.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 17 Dec. Wie neulich in der zweiten Kammer der Müller'sche Kriegszustandsantrag, so gab heute in der ersten der Amnestieantrag Anlaß zu scharfen Worten nicht unter den Parteien, sondern gegen die Regierung. Das Ausschußgutachten ging dahin: Se. Maj. den König zu ersuchen kraft des ihm zustehenden Abolitionsrechts den wegen des Mai-Aufstandes angeschuldigten Personen eine mit Restitution der politischen Ehrenrechte verbundene Amnestie in möglichst weiter Ausdehnung angedeihen zu lassen. Welche Gränzen zu ziehen seyen, darüber ließen sich in der Debatte keine positiven Ansichten, Vorschläge hören. Der Justizminister sprach gegen den Antrag, indem er geltend machte daß der Zweck desselben durch die bereits vorbereiteten und fortwährend erfolgenden Einzelbegnadigungen in weit größerem Umfange erfüllt werde als dieß anderwärts, wie durch die badischen und bayerischen Amnestien, geschehe. v. Carlowitz erklärt sich im Princip gegen Amnestie als eine Einmischung in den Rechtsgang. Wir hätten geglaubt den geehrten Abgeordneten einem politischen Verbrechen gegenüber auf einem sichreren als dem Standpunkte des Buchstabenrechts erblicken zu sollen. Die bedeutendste Rede hielt wohl Joseph, aber er warf damit mehr einen Fehdehandschuh hin als daß er im Sinne des Antrags versöhnend gesprochen hätte. Vorzugsweise rückte er den bekannten Satz daß politische Verbrechen nur durch den Mißerfolg zu solchen werden, in jenes grelle Licht welches das Væ victis auf politische Gefangenschaften wirft; er erinnerte an die Verwirrung des Begriffs Hochverrath in Folge des 1848er Märzes, an die Lehre von der Volkssouveränetät und an jenen „Rebellen" der einst mit donnerndem Jubel von der Tribüne der Paulskirche einem deutschen Fürsten entgegengeschleudert worden sey, welcher Beschlüsse der Nationalversammlung habe mißachten wollen. Im Eingehen auf den Mai-Aufstand selbst sparte er der Regierung über ihre Flucht am 4 Mai die bitteren Vorwürfe nicht, und meinte man habe den Aufstand großwachsen lassen wollen — wie einst die Linke in der Nationalversammlung dem Reichsminister v. Schmerling vorwarf, er habe am 18 Sept. v. J. um jeden Preis Barricaden haben wollen. Der Minister des Auswärtigen übernahm die Vertheidigung des Ministeriums, schien jedoch keine unnahbaren Gründe dafür beizubringen daß das Ministerium in jener Krisis insgesammt die Residenz verlassen hatte. Dabei gedachte der Justizminister eines bemerkenswerthen Geständnisses von Heubner, dem einen der drei provisorischen Regenten: es würde auch beim Ausharren der Minister zu einer provisorischen Regierung gekommen seyn. Zur Widerlegung sprach Joseph weniger scharf. Endlich ward der Ausschußantrag gegen 5 Stimmen (darunter v. Carlowitz und zwei Leipziger Abgeordnete) angenommen. Das Vertagungsgerücht scheint sich nicht zu bestätigen; dagegen beschäftigt das österreichische Armeecorps die öffent-

liche Aufmerksamkeit um so anhaltender, je länger von oben über das geschwiegen wird was an der böhmischen Gränze sich vorbereitet; heute hörte man von einer Verlegung des Hauptquartiers nach Teplitz erzählen.

K. Hannover. * **Hannover,** 17 Dec. Aus hiesigen Zeitungen werden Sie das von einem Theile der Opposition aufgestellte Programm mittheilen können. Dasselbe findet nicht den Beifall den man sich davon versprach und ist nur von 22 Mitgliedern zweiter Kammer, von 10 bis 12 Mitgliedern erster Kammer unterzeichnet. Die Unterzeichner werden künftig etwa die Stelle einer Linken einnehmen, von denen sich eine äußerste Linke von 3 bis 5 Mitgliedern und eine zur Rechten neigende Linke von 10 bis 15 Mitgliedern trennen. Zur Bildung eines Centrums ist es nicht gekommen, die Majorität der Kammer, jüngst noch durch den Eintritt des Stadt- und Bundesschiedsrichters Franke verstärkt, ist entschieden ministeriell und hat sich viel besser organisirt und consolidirt als die Opposition. Dieselbe beherrscht bis jetzt sämmtliche Ausschußwahlen, und von da aus wird nächsten Freitag der Antrag erwartet daß die Regierung die Kammern, mit Ausschluß der Commissionsmitglieder, bis zum Februar vertage, damit die Commissionen Zeit zur Arbeit gewännen. Dadurch würde man einen Antrag in der deutschen Frage gänzlich abschneiden, da die Vorlagen noch immer nicht vertheilt sind, und ein dazwischenfallender Bußtag keine Zeit zu einer längeren Discussion gestattet. Es wird dann das höchste seyn daß man Freitag in aller Eile noch einen Ausschuß für die deutsche Frage wählt, welcher während der Vertagung die Actenstücke studiren kann. Kommen die Stände dann am 1 Febr. wieder zusammen, so weiß man was aus der Zwischenzeit, was aus dem Erfurter Reichstage geworden ist, von dem man hier weder etwas hofft noch etwas fürchtet.

Preußen. **Coblenz** 17 Dec. Man versichert heute als bestimmt daß der Befehl hier eingetroffen sey die Armeereserve der fünf letzten Jahre einer nochmaligen Musterung zu unterwerfen, um nächstens eine große Aushebung aus ihr zu veranstalten. Gleichzeitig berichtet man aus Berlin daß der Befehl zu einer neuen Militäraushebung ergangen sey, welche die Altersclasse von 22 bis 24 Jahren umfasse. (Rh.-u.M.-Z.)

Elberfeld, 17 Dec. Heute ist der suspendirt gewesene Oberbürgermeister der Stadt, Hr. v. Carnap, wieder feierlich in sein Amt eingesetzt worden. (Köln. Ztg.)

Die Constitutionelle Corresp. sagt unterm 18 Dec.: „Der besorgte Conflict zwischen den Regierungen von Wien und Berlin aus Anlaß des nach Erfurt berufenen Parlaments kann so gut als beseitigt erachtet werden. Im Grunde konnte die Besorgniß eines solchen Conflictes aus der Fassung des letzten Protestes der österreichischen Regierung auch kaum entstehen! Wenn Oesterreich sich auch gegen die Zusammenberufung einer Volksvertretung aus den verbündeten Staaten, als den Verträgen von 1815 zuwider, verwahrt, den Beschlüssen dieser Versammlung im voraus jede Geltung abzusprechen versucht, einen bestimmten Widerspruch für den Fall einlegt daß man etwa beabsichtige den Bundesstaat als deutsches Reich an die Stelle des alten Bundes zu setzen, so war doch nur für den Fall an ein Einschreiten mit bewaffneter Macht gedacht daß die Ausschreibung des Parlaments für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Gebiet des deutschen Bundes Gefahren herbeiführen sollte. In letzterer Beziehung konnte es für die preußische Regierung in der, wie wir vernehmen, bereits abgegangenen Antwort wohl genügen darauf hinzudeuten daß, wenn in nächster Zukunft Gefahren für die Ruhe und Ordnung in Deutschland zu besorgen seyen, dieselben in der Nichtbefriedigung der deutschen Nation für ihr Verlangen und ihr Bedürfniß nach einer engeren Vereinigung der einzelnen Staaten mit einander ihre vornehmste Quelle finden würden, und in dieser Hinsicht die Berufung des Parlaments gerade geeignet erscheine jenen Gefahren vorzubeugen, nicht sie von neuem hervorzurufen."

Der allgemeine Wahlausschuß macht folgendes bekannt: „Die bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstag enthalten für diejenigen welche das Werk der deutschen Einigung auf Grundlage des Bündnisses vom 26 Mai d. J. erstreben, die Aufforderung sich näher zusammenzuschließen und zum gemeinsamen Wirken sich zu vereinen. Die Unterzeichneten, von politischen Freunden vielfach dazu aufgefordert, haben sich entschlossen zu einem allgemeinen Wahlausschuß für Preußen zusammenzutreten, um einen Mittelpunkt für die Wahlangelegenheit darzubieten. Zunächst für Preußen bestimmt, wird der Ausschuß auf die Bildung besonderer Wahlausschüsse in den Provinzen und den einzelnen Wahlbezirken hinwirken und mit diesen gemeinsam thätig seyn; er wird es aber nicht unterlassen auch mit den politischen Freunden in den andern deutschen Staaten welche den Reichstag beschicken, eine Verbindung herzustellen. Die einzelnen Mitglieder des Ausschusses werden Mittheilungen in der Angelegenheit der Reichstagswahlen bereitwillig entgegennehmen; im allgemeinen aber haben die Unterzeichneten v. Brünneck, Duncker, Fr. Harkort, Goltdammer, Simson, Graf Schwerin, M. Veit, die Besorgung der Correspondenz des Ausschusses übernommen, und bitten wir unsre politischen Freunde daher an diese vorzugsweise sich zu wenden. I. Provinz Preußen. A. v. Auerswald, Tamnau, Simson, v. Saucken-Julienfelde, v. Gordon, Grobbeck, v. Bardeleben, v. Sanden, Techow, v. Frantzius. II. Provinz Brandenburg. v. Brünneck, v. Patow, Camphausen, Riedel, Müller (Siegen), Mätzke, v. Viebahn, Ulfert, M. Veit. III. Provinz Sachsen. Duncker, v. Bassewitz, Kette, Fubel, v. Veltheim, Herrmann. IV. Provinz Posen. Geßler, v. Leipziger, v. Schlottheim, Knorre. V. Provinz Pommern. Baumstark, Beseler, Goltdammer, Graf Schwerin. VI. Provinz Westfalen. Brockhausen, v. Bockum-Dolffs, v. Borries, Hesse (Brilon), v. Benghem, Gellern, Ostermann, Harkort. VII. Provinz Schlesien. Graf Dyhrn, v. Vincke, Milde, Erbreich, Tepper, Wachler, v. Ende, Robe. VIII. Rheinprovinz. Dahlmann, L. Camphausen, v. Hilgers (Coblenz), v. Beckerath, Lensing, v. Arnim (Neuwied), v. Wittgenstein, Laup. v. Ammon."

Berlin, 20 Dec. Die Kammern vertagten sich bis zum 4 Jan. Alles ist nun gespannt, ob mittlerweile die Verfassung verkündigt werden wird. Die Hoffnungen und Besorgnisse der Parteien drehen sich um diesen Angelpunkt der Zukunft. Die erste Kammer hat die Verkündigung erleichtert, indem sie wiederholt die Beschlüsse der zweiten Kammer verwarf, wonach die Kammern das Steuerverweigerungsrecht und die Endentscheidung über die in Gesetzesform erschienenen königl. Verordnungen hätten. Trotzdem gibt es eine Partei welche die Verkündigung der Verfassung noch für bedenklich hält.

* **Posen,** 15 Dec. Seit die russische Regierung das Münzausfuhrverbot aufgehoben hat, ist unsere Provinz, insbesondere die östliche Hälfte derselben, dergestalt mit russischer und polnischer Scheidemünze überschwemmt, daß unser Oberpräsidium sich veranlaßt gefunden hat die Circulation der fremden Münzen ganz und gar zu untersagen. Dadurch ist nun aber in die Kleinhandelsverhältnisse eine solche Verwirrung gebracht, daß außerordentliche Stockungen und Verluste die Folge davon seyn werden. Wie man versichert, wird schon heute die russische und polnische Scheidemünze von unsern Wechslern nur mit 33⅓ Procent Verlust angenommen. — Die russischen Truppen stehen längs unserer Gränze unbeweglich, doch meldet man uns wiederholt aus Kalisch daß alles zum Aufbruch derselben für das kommende Frühjahr vorbereitet werde; vielleicht dürften sie doch schon früher eine veränderte Bestimmung erhalten, da den neuesten Nachrichten zufolge es in Galizien wieder sehr unruhig aussieht, und man eine Erneuerung der letzten Bauernscenen besorgt. *) Die Edelleute sollen bereits ihre Landsitze wieder zu verlassen anfangen und Schutz in den Städten suchen.— Vor einigen Tagen sind wir durch einen Gnadenact des Königs dem Schauspiel einer Hinrichtung durch Pulver und Blei glücklich entgangen. Zwei Soldaten, die vor mehreren Wochen spät Abends auf der Straße mit einigen Bauern, deren Weiber sie in trunkenem Muthwillen geneckt hatten, in Streit geriethen, hatten sich an ihren Officieren, welche die Ruhestörer zum sofortigen Nachhausegehen aufforderten, thätlich vergriffen, wofür sie vom Kriegsgerichte zum Tode verurtheilt wurden. Am Montag früh sollte die Hinrichtung vollzogen werden, und der schaulustige Pöbel strömte bereits zum Richtplatz, als die Kunde sich verbreitete die Verurtheilten seyen vom König zu 20jähriger Festungsstrafe begnadigt. — Gestern früh hat endlich vor dem hiesigen Schwurgericht das öffentliche Verfahren gegen den bekannten polnischen Freischaaren-Führer, den hiesigen Rechtsanwalt Krauthofer (Krotowski), begonnen und dürfte vor Dienstag den 18ten Abends nicht beendigt werden. Dieser Proceß bildet das Seitenstück zu dem Waldeck'schen und Jacoby'schen, jedenfalls macht er hier ein gleiches Aufsehen. Der Gerichtssaal ist in seinem Zuhörerraum beständig dergestalt überfüllt, daß die Thüren geöffnet sind und die Neugierigen die ganze Vorhalle anfüllen. Die Polen sind zum Theil aus großer Ferne hergekommen. Krauthofer ist des Hochverraths angeklagt. Die Verhandlungen sind höchst interessant, theils in materieller Hinsicht, theils wegen des überdreisten Auftretens des Angeklagten, der, obgleich er der Abstammung nach ein Deutscher ist (sein Großvater ist aus Bayern eingewandert) und ungleich besser deutsch als polnisch spricht, sich doch nur in letzterer Sprache vernehmen läßt, und sogar zu verlangen sich erkühnte daß Richter und Geschworene, die der polnischen Sprache nicht vollkommen mächtig, von der Function auszuschließen seyen. Der Gerichtshof wies diese Zumuthung zurück, gab jedoch, gegen den Protest des Staatsanwalts, zu daß die Verhandlungen vorzugs-

*) Wiener ministerielle Blätter widersprechen daß unter dem galizischen Landvolk ein unruhiger Geist herrsche.

weise polnisch geführt werden sollten. Dagegen erklärte letzterer daß er sich nur der deutschen Sprache, als der gesetzlichen Geschäftssprache, bedienen werde. Zu seinem Vertheidiger hat Hr. Krauthofer den aus der polnischen Revolutionszeit her ebenfalls bekannten Dr. v. Niegolewsky gewählt, doch spricht Krauthofer fast ununterbrochen selbst, und achtet kaum darauf ob der Präsident ihm das Wort verleiht oder entzieht. Das ganze Verfahren ist von höchst drastischer Wirkung. Da der Angeklagte anfangs die deutschen Geschwornen, der Staatsanwalt dagegen die polnischen zurückwies, so kam es dahin daß die letzten 12, theils Polen theils Deutsche, genommen werden mußten.

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 17 Dec. Die Mecklenburger Ztg. veröffentlicht das für Mecklenburg-Schwerin bestimmte Wahlgesetz zum Volkshause. Es sind für das Großherzogthum fünf Abgeordnete zu wählen.

Gr. Oldenburg. In **Oldenburg** ist auch der zweite Landtag, weil er dem preußischen Bündniß den Beitritt versagte, durch großherzogliche Verordnung aufgelöst worden. Die Wahlen sollen „alsbald" vorgenommen werden, und die Abgeordneten sollen am 16 Febr. 1850 in Oldenburg zusammentreten. Eine weitere Verordnung betrifft mehrfache Abänderungen des Wahlgesetzes vom 18 Febr. 1849. Die frühern grossen Wahlkreise werden dadurch in viele kleinere Wahlbezirke getheilt; die sieben Wahlkreise des Großherzogthums z. B. zerfallen nun in 32 Wahlbezirke; der eine Wahlkreis des Fürstenthums Birkenfeld wird in fünf Wahlbezirke getrennt. Man hofft durch diese Aenderungen (deren Sanction dem Landtag vorbehalten ist) den Einfluß der Wahlagitation zu brechen; dennoch bezweifeln selbst Blätter die dem preußischen Bündniß günstig sind — wie die Weser-Zeitung — daß es gelingen werde einen Landtag zu Stande zu bringen der diesem Bündniß günstiger wäre als die zwei früheren. Die Weser-Zeitung versichert, die Regierung wolle sich auch dießfalls nicht mehr um die Stände kümmern, ihnen die deutsche Frage gar nicht mehr vorlegen! Wie das möglich seyn wird, müssen wir erwarten. Jedenfalls soll in den nächsten Tagen das Wahlgesetz zum Erfurter Reichstag erscheinen.

Oesterreich. ⊙ Wien, 18 Dec. Unsere Journale sprechen heute wieder etwas „deutsch", aber es ist das alte Lied, denn da die Parole noch nicht ausgegeben, wissen sie auch nicht wie viel sie sagen dürfen, und darum heißt es immer noch „Oesterreich muß warten, ehe es mit Vorschlägen auftritt; der preußische Sonderbund soll sich zuerst auflösen, dann wollen wir sprechen." Warum Oesterreich jetzt noch nicht sprechen kann, erfahren wir nie. Der Lloyd ladet heute alle deutschen Staaten welche dem preußischen Bund nicht angehören, zu einem Bündniß ein welches den Zweck hätte eben jenen preußischen Bund zu sprengen. Unsere glücklichsten Zeiten kehren also wieder, im Norden eine Union oder vielmehr ein erneuerter Fürstenbund, im Süden eine Liga! Dabei wird uns von anderer Seite zu verstehen gegeben daß Preußen und Deutschland noch gar nicht zur Erkenntniß gekommen, wie sein Heil eigentlich in dem abgeschlossenen centralisirten Oesterreich liege. Mir ist heute ein Brief aus dem österreichischen Quartier in Bregenz zu Gesicht gekommen, worin es heißt daß man daselbst gefaßt sey beim ersten Ausbruch einer Bewegung in Baden einzurücken. Man erwartete wirklich in Vorarlberg neue Zuckungen am Oberrhein, die Badener seyen aufgebracht gegen die preußische Besatzung und wünschten, wenn auch nur aus Haß gegen jene, die Oesterreicher herbei. Ob sich die Sachen in der That verhalten wie sie vom Bodensee aus geschildert wurden, können Sie besser beurtheilen als ich, jedenfalls zeigt sich aber darin ein Bestreben Oesterreichs den „Ordnerberuf", den Preußen für sich allein angesprochen und im letzten Sommer ansprechen mußte, seinerseits nun auch geltend zu machen. Die „Reichszeitung" erklärt heute gegen den neulichen Vorwurf des Lloyd „daß die Gemeinden in Galizien und der Bukowina durch amtliche Schreiben zum Abonnement auf die Reichszeitung aufgefordert worden wären", daß dieß ohne Wissen der Redaction geschehen sey, und droht dem Lloyd gleichzeitig mit Enthüllungen, wie er früher dem Ministerium den Hof gemacht habe. Die Narodni Novinvi in Prag bespricht noch nachträglich die Untersuchung gegen Hrn. Trojan, und gibt ziemlich deutlich zu verstehen daß die leichtsinnige Verhaftung einer persönlichen Gereiztheit des Criminalpräsidenten zuzuschreiben sey.

* Die Wiener Post vom 19 Dec. bringt keine Meldung von Bedeutung. Der Lloyd will für bestimmt wissen daß die Verfassungen der einzelnen Kronländer noch vor Ende dieses Jahres erscheinen werden. — Das gestern an der Börse verbreitete Gerücht von einem Anlehen für die italienischen Provinzen von 90 Millionen Lire wird wieder in Abrede gezogen, zunächst von der „Oesterreich. Corresp.", die indessen gestern das Gerücht auch erwähnt hatte. — Se. k. k. Hoheit Erzherzog Albrecht ist aus Leitmeritz in Wien eingetroffen. — Zum Statthalter des Kronlandes Oesterreich ob der Enns ist der dortige Landeschef Dr. Alois Fischer, zum Statthaltereirath erster Classe der bisherige Mühlviertler Kreishauptmann Fr. Kreil, zum Statthalter des Kronlandes Salzburg der jetzige Hofrath des küstenländischen Guberniums Graf Herberstein, zum Statthaltereirathe zweiter Classe der Salzburger Kreishauptmann Ignaz Blaschke ebendaselbst ernannt worden.

Großbritannien.

London, 17 Dec.

Der schon erwähnten Notiz daß Königin Adelheid, in Folge ihrer großen Wohlthätigkeit welche mehr als die Hälfte ihres jährlichen Witthums aufzehrte, wenig oder kein Vermögen ihren Verwandten hinterlasse, ist in der Times beigefügt: „Auffallend ist es daß, wie wir hören, für die Dienerschaft der verstorbenen Königin keine Vorsorge getroffen worden, der größere Theil derselben erhielt nicht einmal Trauerkleider, und den im königlichen Dienst ergrauten Dienern ist keine Pension ausgesetzt. Hoffentlich wird die Regierung hier ins Mittel treten, um sie vor Noth im Alter zu schützen, denn viele die noch unter dem hochseligen König dienten sind so vorgerückt in Jahren daß sie keinem neuen Dienste mehr vorstehen können." Die Wagen und Pferde der Königin-Wittwe sollen am 7 Jan. in öffentlicher Auction verkauft werden. Die Herzogin Ida von Sachsen-Weimar wird wahrscheinlich noch in diesem Monat mit ihren Kindern nach dem Festland zurückkehren.

Die Whigblätter und die Times widersprechen neuerdings dem von der Protectionistenpartei so eifrig in Umlauf gesetzten Gerücht von einer Spaltung im Cabinet wegen des Kornzolls, sowie von einem Zerwürfniß zwischen dem Colonialminister Lord Grey und Lord Palmerston. „Die Thatsachen worauf die Neuigkeitskrämer so groß Gewicht legen (sagt das Weekly Chronicle), nämlich daß die Rathsversammlungen des Cabinets in der letzten Zeit sehr häufig waren, und daß Lord John Russell mehrere Besuche nacheinander im Osborne-Haus abgestattet, finden ihre leichte Erklärung in der nahe bevorstehenden Eröffnung der Session." Das eben genannte Wochenblatt will wissen: die Admiralität habe den Admiral Sir Charles Napier, wegen seiner respectswidrigen Aeußerungen über jene ministerielle Behörde in seinen öffentlichen Briefen in Betreff der Flotte, im Wiederholungsfalle mit Suspension bedroht. Napier sagt nämlich unumwunden: „Der erste Lord der Admiralität (Sir Francis Baring, ein Londoner Bankier seines Zeichens) versteht vom Seewesen nichts, und die jüngeren Lords so gut wie nichts."

Sir Edward Lytton Bulwer ist am 27 v. M. mit seiner Gemahlin, mit welcher er also wieder zusammenlebt, in Madeira angekommen, wo er seiner geschwächten Gesundheit wegen den Winter zubringen will.

Wir haben Nachrichten vom Cap bis zum 28 Oct. Die fieberhafte Aufregung wegen der Sträflingsangelegenheit dauerte unvermindert fort, und alles schien anzudeuten daß nur die Wegsendung des „Neptune" aus der Bay die gereizten Colonisten beschwichtigen könne. Die Geschäfte waren gelähmt, und in den Städten und Dörfern drohte ein allgemeiner Ausbruch; doch war bis zu obigem Datum keine ernstliche Ruhestörung vorgefallen. (Standard.)

Frankreich.

Paris, 18 Dec.

In einer Steuersache die eine ganze Woche hindurch verhandelt wird, kann es zuletzt nicht an Wiederholungen fehlen, und so oft ein neuer Redner erscheint, fragt man was bringt er neues vor? Hr. Mauguin hatte das Interesse des Weinbaues zum Gegenstand seines besondern Studiums wie die Entlastung seit mehreren Jahren zu seiner parlamentarischen Aufgabe gemacht, aber seine Beredsamkeit ist ein wenig außer Curs gekommen, und er ist auch auf der conservativen Seite, der er jetzt näher steht als sonst, keine Autorität in Finanzfragen, so wenig er eine diplomatische Autorität war als man ihn den Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Opposition nannte. Doch füllte er einen großen Theil einer Sitzung (der fünften) und die Linke entschädigte ihn am Schluß seiner unaufmerksam angehörten Rede mit zwei Salven des Beifalls. Der Redner hatte die Einwendungen gegen die Abschaffung der Getränkesteuer genau classificirt, er hatte drei gefunden: 1) daß die Klagen übertrieben, geradezu falsch seyen, daß der Weinbau von allen Culturzweigen am vortrefflichsten stehe; 2) daß es sich um eine indirecte Steuer handle die man nicht antasten dürfe, daß auch der Wein als steuerbare Materie ausgezeichnet sey; 3) daß der Schatz 100 Mill. brauche die er sonst nirgends nehmen könne. Er hatte dann die Ansichten über das Eigenthum entwickelt und gefunden daß es zwei sind, eine welche den Eigenthümer als Herrn der Sache erkennt, dem Staat nur das Recht zugesteht von ihm Opfer zu fordern gegen Vergütung, eine andere welche den Staat zum Gesammteigenthümer macht, im Sinn Ludwigs XIV, wenn er sagte: der Staat bin ich, und wenn seine Höflinge, um ihn wegen der Ueber-

bürdung des Volks zu beruhigen, zu ihm sagten: Sire, Ihr braucht euch keine Gewissensbisse zu machen, die Güter Eurer Unterthanen sind die Eurigen — eine Ansicht welche später an die Stelle des absoluten Monarchen den absoluten Staat setzte — im Sinne Baboeufs, wonach der Eigenthümer bloß Inhaber, Depositär ist dem man jene Rücksicht nicht schuldig wäre. Die erstere Lehre, behauptet er, sey die gesetzliche Lehre in Frankreich, die letztere enthalte die Grundsätze der Commission über die Weinbesteuerung. Wenn Hr. Ch. Dupin, wenn Hr. v. Montalembert vom Eigenthum sprechen, so werde bloß der große Grundbesitz verstanden, der kleine getheilte Grundbesitz, das Interesse des Weinbau's ausgeschlossen. Diese Folgerung erregt Widerspruch. Hr. Benoist d'Azy (einer der Vicepräsidenten) berichtigt: Sie sind im Irrthum, Hr. v. Lamartine macht 2000 Faß Wein. Hr. Mauguin geht nun auf statistische Einzelheiten ein, um zu zeigen die Steuer sey so drückend daß nur in dem Departement Herault mehrere Tausend Hectaren Weinberg ausgerodet worden. Hr. Charamaule will dieß bestreiten, der Präsident verweist ihn zur Ruhe: Unterbrechen Sie doch nicht, Hr. Charamaule, Sie machen hier den Controleur, diese Function gibt es in der Versammlung nicht. Man lacht, und da Hr. Charamaule den Redner bittet ihm ein Wort der Widerlegung zu gestatten und dieser nein sagt, so entsteht neues Gelächter. Allein nicht bloß die Weinerzeuger, fährt er fort, fühlen sich beschwert, sondern auch die Weinhändler, von denen doch mancher bis 10,000 Fr. versteuere, also einen ansehnlichen Gewinn machen zu müssen scheine. Gleichwohl sey ein großer Theil der Bittschriften von ihnen unterzeichnet. Im weitern Verlauf greift er die Stadtzölle an, er nennt sie die abscheulichste aller Steuern und versichert in Belgien sey man auf dem Punkt sie abzuschaffen. Indeß ist er nicht der Meinung daß man die Getränkesteuer ganz aufgeben solle, er würde immerhin 60 Mill. (25 vom Bier und Alkohol, 35 vom Wein) stehen lassen, den Ausfall aber durch eine Auflage auf die Börsengeschäfte in öffentlichen Effecten, auf das Börsenspiel, decken, und er glaubt daß eine solche Besteuerung nicht 40, sondern 60 bis 80 Mill. abwerfen müßte. Die Natur, so schließt er, hat in der Mitte von euch, auf eurem Boden eine Colonie angelegt, reicher und bevölkerter als jede andere, es ist die Weinbaucolonie. Wie, habt ihr noch nicht bemerkt daß die Weinbaucolonie schlechterdings nichts erzeugt als Wein, daß sie das Getreide und das Schlachtvieh das sie nährt, das Holz das sie erwärmt und mit dem sie ihre Häuser baut, die Stoffe die sie bekleiden, von euch andern allen bezieht, daß ihr eine Colonie von acht Millionen Menschen mit allen ihren Bedürfnissen zu versehen habt! Ihr werdet euch wohl hüten sie zu Grunde zu richten, denn wenn ihr sie zu Grunde richtet, verderbt ihr euern innern Markt, euren Abnehmer. Nach Hrn. Mauguin sprach nur noch Hr. Fortoul, er vertröstete auf die parlamentarische Untersuchung als den geeigneten Weg allen rechtmäßigen Beschwerden abzuhelfen. Dazu, meinte er, sey der Vortrag seines Vorgängers ein beredtes Vorwort. Die Weinbau-Colonie müsse doch nicht so übel daran seyn, denn Hr. Mauguin gebe selbst zu daß die Production mit der Zunahme der Bevölkerung so ziemlich gleichen Schritt gehalten. Auch in Bezug auf dem Wein gebe es eine Herrschaft der Mode. Heinrich IV habe Arbois getrunken, Ludwig XIV Nuits, jetzt trinken die wohlhabenden Classen am liebsten Champagner. Unter diesem Wechsel des Geschmacks leiden einzelne Gegenden, und auch auswärtige Zölle hätten da und dort den Markt verengt. An all dem sey die Getränkesteuer unschuldig, und kurz und gut — der Staat könne einmal dieses Einkommen nicht entbehren. Wer die Aera der Revolution schließen wolle, müsse anerkennen daß die Weinsteuer dem Land, der Republik heilsam sey. Der Redner hatte Mühe gehabt seine Rede zu Ende zu bringen. Mehrmals hatte man ihm zugerufen er solle doch abkürzen, und der Präsident schien an der allgemeinen Ungeduld theilzunehmen, indem er sagte: Ich bemerke daß die ganze Versammlung sich zu zwei theilt, daß jeder zu seinem Nachbar spricht und daß mehrere von denen die zu dem Redner sagen: Reden Sie! Reden Sie! alsbald wieder mit ihren Nachbarn plaudern. Hr. Dupin kann ein strenger Präsident seyn, er hat aber manchmal selber eine Freude daran die gesetzgebende Versammlung zu erheitern, die auch bei dieser Bemerkung in ein allgemeines Gelächter ausbrach.

Die allgemeine Berathung des Gesetzentwurfs über die Getränkesteuer wurde gestern am Schluß der sechsten Sitzung beendigt. Nach Hrn. J. Favre, der eine drittbalbstündige Rede hielt, hatte der gewesene Finanzminister Passy noch eine Art Zusammenfassung der ganzen Debatte gegeben. Als Vorprobe der Stärke der Parteien wurde dann die Frage: ob die Versammlung zur Berathung der Artikel übergehen wolle, zur Abstimmung gebracht und mit 445 gegen 220 Stimmen bejaht. Heute hat der Streit in der Form von Verbesserungsvorschlägen begonnen. Zuerst kam ein Amendement von Hrn. Mathieu: die Getränkesteuer wird ersetzt durch eine Taxe auf das bewegliche Einkommen, vom 1 April 1850 an zu erheben. Hr. Benoist fertigte ihn kurz ab: ein Vorschlag der eine solche Unkenntniß des Finanzwesens verrathe, könne nicht ernstlich gemeint seyn, denn eine solche Auflage würde nur von zerstörender Wirkung auf den Credit seyn. Das Amendement wurde verworfen. Bei Abgang der Post war ein zweites in Berathung, von Hrn. Charamaule: eine allgemeine Verbrauchssteuer von natürlichen und fabricirten Producten, mit Ausnahme der Nahrungsstoffe, an die Stelle zu setzen. Wenn aber auch hier die Regierung zuletzt Recht behält, wie alle Wahrscheinlichkeit ist, so scheint sie mit ihren Eisenbahnplanen nicht glücklich zu seyn. Die Finanzcommission hat sich wiederholt gegen den Lacrosse'schen Plan der Avignoner Bahn erklärt.

Obgleich die französische Presse, und das J. des Débats insbesondere, die Bewegungen in Deutschland für die Nationaleinheit mit vornehmer Verachtung zu behandeln pflegt und schlechtweg in das Gebiet der Träume verweist, so wird uns doch manchmal ein Wort freundnachbarlichen Raths herübergesendet, das unter der Maske der Theilnahme immer eine kleine Lust der Einmischung hervorblicken läßt. Das J. des Débats nimmt jetzt von dem österreichisch-preußischen Zwist über die Neugestaltung Deutschlands Anlaß um ein zweideutiges Bedauern auszusprechen, es findet diesen Zwist auf der einen Seite sehr natürlich als logische Folge davon daß der König von Preußen das ihm beim Herausgehen aus den Barricaden decretirte deutsche Königthum geschienen habe anzunehmen, eine Annahme die soviel gewesen wäre als eine Ausstoßung Oesterreichs aus dem deutschen Bundeskörper, auf der andern Seite gibt es sich selbst wieder die den Franzosen solange bequem gewesene Miene des Patronats der constitutionellen Sache, kann zwar nicht umhin von der Vergrößerungssucht, dem militärischen Umsichgreifen Preußens zu sprechen, nimmt aber doch wieder gleichsam Partei für Preußen, „weil," sagt es, „der Weg auf welchem Preußen von Oesterreich aufgehalten wird, ein Weg der verständigen Freiheit und des weisen Fortschritts war. In der That ist dieß das Verhängniß Preußens in Deutschland daß es nur dadurch seinem besondern Ehrgeiz wirksam dienen kann wenn es damit auf diesem Weg geht, sonst hätte es keine Rolle. Preußen hat nur das Mittel Deutschland zu verführen, d. h. wenn es im gewissenhaften Sinn eine freie auf die Grundlage des modernen Rechts gestützte Regierung wird." Doch wird diese Zustimmung gleich wieder halb zurückgenommen. „Gegen die Verführung selbst," gesteht es, „hätten wir mancherlei einzuwenden, wenn sie zu weit ginge." Die Berufung eines deutschen Parlaments nach Erfurt scheint es unter diesem Zuweitgehen nicht gerade zu verstehen, es gibt sogar zu daß bei einer loyalen Umgestaltung des deutschen Bundes Europa nur gewinnen könnte, verclausulirt sich indeß auch hier, versichert daß es sich über die durch Berathung und Beschluß zu Stande gekommenen Verfassungen keine Illusionen mache, sie jedoch immerhin den octroyirten vorziehe, und setzt dann hinzu: „Daß Oesterreich dem preußischen Einfluß jenseits des Rheins als Gegengewicht diene, dazu bieten wir gern die Hand, aber wenn Oesterreich diesen Einfluß auf einer Seite angreift wo derselbe noch die gesunden und vernünftigen Freiheiten förderte, so können wir nicht anders als selbst darunter leiden. Der Conflict, so gesetzt, erscheint uns als einer dieser unglückseligen Zusammenstöße in welchen wir Europa, die Ausschweifungen von 1848 zu sühnen, weit über die Errungenschaften von 1847 zurückweichen sehen." Eine weitere Besorgniß, und diese ist wohl einem französischen Publicisten die wichtigste, ist daß „der Streit der beiden Hauptmächte mit der Subalternisirung der Kleinstaaten enden möchte," wodurch freilich dem französischen Einfluß der Handgriff genommen wäre. Das Schicksal dieses Mitteldeutschlands liegt ihm sehr am Herzen, und es erkennt daß leider das Dahinschwinden der secundären Mächte, die doch die Natur selbst zu einer Binnenschranke zwischen dem Deutschland des baltischen Meeres und dem Deutschland der Donau bestimmt habe, das positivste Resultat des Jahres 1848 sey. „Frankreich," setzt es hinzu, „kann nicht vergessen daß es hundertjährige Allianzen und Interessen hat," und um dieß noch deutlicher zu machen nennt es die deutsche Kleinstaaterei einen der stärksten und zuverlässigsten Anhaltspunkte von Frankreichs auswärtiger Politik (un des points d'appui les mieux établis de sa politique extérieure.) Für diese theuren Anlehnungspunkte hat es, im Fall eines Bruchs zwischen Oesterreich und Preußen, den es wenn auch nicht für wahrscheinlich doch für möglich hält, eine wahrhaft zärtliche Besorgniß und es warnt sie, zum Besten der deutschen Einheit, angelegentlich vor beiden auf der Hut zu seyn, indem dieselben auf Kosten ihrer respectiven Bundesgenossen Frieden machen und diese einander gegenseitig opfern könnten. Die Waffe der Protestation, die Berufung auf die Verträge von 1815, die ja niemand soll verletzen dürfen als Frankreich, hat das J. des Débats bis jetzt noch gespart.

** **Paris**, 17 Dec. Der Ministerrath hat sich in einer seiner jüngsten Sitzungen mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt, nachdem von Seite des englischen Cabinets eine auf dieselben bezügliche Note ein-

gelaufen war. Wie es scheint beschäftigt man sich in London sehr stark mit den zwischen Berlin und Wien herrschenden Mißhelligkeiten. Lord Palmerston will den Vermittler zwischen beiden Höfen machen. Ob wohl das gesammte Deutschland dabei gewinnen wird? Hier wird man auf jeden Fall dem Grundsatz der Nichteinmischung huldigen, so lange die Verträge von 1815 nicht gewaltsam über den Haufen geworfen werden. Die diplomatischen Beziehungen zu Oesterreich und zu Preußen sind überaus freundschaftlich.

Straßburg, 18 Dec. Durch Kriegsministerialbeschluß ist die 5te, zur Alpenarmee gehörige Militärdivision welche im Oberelsaß lagert, vom 20 d. M. aufgelöst. Der Theil der Truppen welcher im oberrheinischen Departement zurückbleibt, tritt unter den gewöhnlichen Territorialbefehl der 4ten dahier in Besatzung liegenden Division. General Marey-Monge hat bereits seine Vollmachten dem General Magnân übergeben. — Die Verwaltung der Paris-Straßburger Eisenbahn hat zur Förderung der Bauten auf der Linie von hier bis Saarburg beziehungsweise Nancy die nöthigen Weisungen an ihre Ingenieure ergehen lassen. Die Strecke von Chalons nach Vitry wird im Februar, und die Abtheilung von Nancy nach Metz im April k. J. dem Verkehr übergeben werden.

○ **Straßburg,** 20 Dec. Wir sehen demnächst der Eröffnung einer weitern Strecke der Paris-Straßburger Eisenbahn von hier bis Savere (Zabern) entgegen. Der Unterbau dieser Strecke, welcher nach dem Gesetz von 1842 von der Regierung herzustellen war, ist vollendet und es handelt sich sonach nur noch um die Aufbringung der Geleise. Was sodann den Betrieb der Bahnstrecke betrifft, so befindet sich der Director der elsäßischen Eisenbahn in diesem Augenblick in Paris, um von der Regierung die Erlaubniß zu erwirken die fragliche Bahnstrecke, sobald sie fahrbar, mit dem Betriebsmaterial der Straßburg-Basler Eisenbahn zu eröffnen und vorläufig zu betreiben. Welche entgegenkommende Schritte haben wir nun von den süddeutschen Staaten zu erwarten?

Belgien.

Brüssel, 17 Dec. Es sind seit einiger Zeit zwischen der Regierung einerseits und der Société Générale und der Bank von Belgien andererseits Verhandlungen gepflogen worden, welche gegenwärtig zu einem Resultat geführt haben. Die genannten beiden Institute stellen ihre Wirksamkeit als Disconto- und Zettelbanken ein, fahren aber fort die großen industriellen Unternehmungen, an welchen sie betheiligt sind, fortzuführen. An ihre Stelle für die eigentlichen Bankgeschäfte und als Cassier des Staates tritt ein neues Institut, eine „Nationalbank," welcher jene das Capital, 25 Millionen, liefern, und dafür die 25,000 Actien erhalten welche dieses Capital repräsentiren sollen. Das sind, soweit sie bis jetzt bekannt geworden, die Grundzüge der angeführten Uebereinkunft welche also eine vollständige Trennung des finanziellen und industriellen Elements ins Werk setzt.

Niederland.

Haag, 16 Dec. Die zweite Kammer beschäftigt sich jetzt mit der Budget-Berathung. Vorgestern Abend hat sie das Budget des Ministeriums des Innern mit 54 gegen 5 Stimmen genehmigt. Zum Kriegs-Budget hat Hr. Storm von Gravesande ein Amendement vorgeschlagen welches beim Capitel vom Genie eine Ersparniß von 580,000 fl. und überhaupt die Verschiebung aller Ausgaben für das Material des Genie bezweckt, solange der Bericht des Comitè der National-Vertheidigung nicht bekannt ist. (Köln. Ztg.)

Italien.

= **Venedig,** 16 Dec. Die bisherige Ruhe in Venedig wurde gestern plötzlich durch einen schändlichen Mord im Arsenal der Marine gestört. Ein ehemaliger Matrose wußte sich des Morgens unbemerkt unter die Arbeiter zu mengen, und während diese nach der eingeführten Ordnung verlesen wurden, sprang er aus ihren Reihen hervor, und versetzte einem der wachthabenden Marineofficiere einen Messerstich in den Arm, wandte sich hierauf an einen zweiten, stieß ihm das Messer mitten durch das Herz, und suchte sich eben eine neue Beute seiner Wuth, als er von der Thorwache umringt, in eines der Magazine gedrängt und dort, da er sich nicht ergeben wollte, durch Bajonnettstiche und einen Schuß getödtet wurde. Der eine der verwundeten Officiere (Krisner) blieb auf der Stelle todt liegen, der andere wurde schwer verletzt. Das übrige Arbeiterpersonal betheiligte sich durchaus nicht an dem Auftritt, beinahe alle ergriffen die Flucht als sie den Mörder mit dem bluttriefenden Messer wuthschnaubend herumspringen sahen. Der Missethäter hatte in der letzten Zeit zu wiederholtenmalen eine Anstellung zu bekommen gesucht, wurde aber wegen seiner früheren tadelhaften Aufführung nicht berücksichtigt. Der erste Gedanke wäre also daß eine wilde Verzweiflung ihn zu diesem Schritte bewogen haben könnte; unter seinem Leibchen aber fand man eine dreifarbige Schärpe von feinem Stoff, und dieser Umstand gibt Anlaß zu den sonderbarsten Vermuthungen, zu Hypothesen von Gedungenseyn, von Propaganda ꝛc. So unwahrscheinlich und schwer zu ergründen solche Voraussetzungen seyn mögen, für so hirnlos das Unternehmen dieses Menschen, in Gegenwart der Wache und übrigen Arbeiter erklärt werden muß, so sicher er seinen eigenen Tod vor sich sehen konnte, bleibt es doch von Wichtigkeit den Beweggründen auf die Spur zu kommen. Thatsache ist daß in Venedig ein großer Theil der Bevölkerung brodlos ist seit die Rebellen-Regierung gestürzt, deren vorzüglichstes Augenmerk darauf gerichtet war alle Classen zu beschäftigen, allen Brod zu geben. Dieses Princip kann in solchem Maße, wie es geschah, unmöglich weiter befolgt werden, aber für die ersten Wintermonate wäre die größte Aufmerksamkeit darauf zu verwenden durch Arbeit wenigstens die Hoffnung einer bessern Zukunft rege zu erhalten. Oesterreich hat den verlornen Sohn wieder aufgenommen, mit seiner Verzeihung entsteht auch wieder die Pflicht für seine Existenz zu sorgen; erzählt doch auch die heilige Schrift daß der Vater nach Wiederaufnahme und Vergebung ein Kalb schlachten ließ, wahrscheinlich nicht so sehr um die Rückkehr zu feiern als um den Ausgehungerten zu speisen. Die Umgebungen Venedigs, die der Krieg zerstört hat, liefern Stoff in Fülle um die Bevölkerung zu beschäftigen, wenigstens durch einige Monate, bis das kommende Frühjahr dann jedem sein Schicksal erleichtert. Oesterreichs Kriegsmarine hat zwei Stapelplätze mehr, Pola und Triest, dort könnte man die arbeitslosen Venezianer beschäftigen, und dadurch die Stadt bedeutend säubern von den zahlreichen Nothdürftigen, deren Mangel an Erwerb sie immer als Uebelgesinnte hinstellen wird. Sind die unteren Classen beschäftigt, so politisiren sie nicht; der Magen wird conservativ und horcht nicht mehr auf die Lockungen der Reichen. Hier müßte bald ans Werk gegangen werden, denn die Noth ist wahrhaft groß. — Viceadmiral Dahlerup ist gegenwärtig hier, und mit der Organisation des Marinewesens beschäftigt. Die Aufgabe ist in dieser Epoche schwerer als je — aber man hat kostbare Erfahrungen für sich, die als untrügliche Leitfäden dienen können. Einstweilen sind wieder 1300 Arbeiter im Arsenal beschäftigt. Eine schleunige Beendigung der nothwendigen Arbeiten würde noch viel mehr Hände beschäftigen können, und noch viel mehr Brodlosen der untern Volksclasse ihre Tagesnahrung sichern. Dem Auge des alten Seemannes und seinen beigegebenen Referenten wird aber dieß gewiß nicht entgehen.

Schweiz.

△ **Bern,** 17 Dec. Heute wurde von den zur Bundesversammlung vereinigten beiden Räthen die Wahl der obersten Magistrate der Eidgenossenschaft vorgenommen. Im zweiten Wahlgang ging aus der Urne als Bundespräsident hervor: Hr. Druey mit 76 Stimmen, Näff, welchen die Oppositionspartei zu ihrem Candidaten gemacht hatte, weil er allein gegen den Ausweisungsbeschluß vom 19 v. M. stimmte, erhielt 41, Munzinger 15, Ochsenbein nur drei Stimmen. Die Wahl des Vicepräsidenten machte 5 Scrutinien nöthig, bis endlich Hr. Munzinger mit 74 gegen 58 Stimmen welche auf Näff fielen, gewählt war. Ochsenbein brachte es dießmal auf 34 Stimmen. Druey spricht nun seinen Dank für das ihm bezeugte Zutrauen aus. „Wenn jeder eidgenössische Beamte das Wohl der Eidgenossenschaft stets im Auge haben solle, so sey dazu ganz besonders der Präsident verbunden, der mit den Diplomaten des Auslands in die nächste Berührung komme. Freimuth sey auf diesem Feld seine schönste Tugend, die Aufgabe schwer, der Pflichten viele. Er fühlt sich aber auch gestärkt durch den Glauben an die Demokratie, an die Treue, Kraft und Aufopferungsfähigkeit des Schweizervolks und an den himmlischen Vater mit dessen göttlichem Sohn." Präsident des Bundesgerichts wurde Dr. Kern mit 78 Stimmen, Vicepräsident Dr. K. Pfyffer. Der Conflict zwischen der Luzerner Regierung und dem Bundesrath, welcher Luzern angewiesen hatte sein Marktbesuchsverbot gegen die Juden zurückzunehmen, wozu ihm dieses die Competenz bestreitet, wird an eine Commission gewiesen. Diese und der Bundesrath sollen zugleich die Bestimmungen sämmtlicher Kantone in Bezug auf den Handelsverkehr einfordern und zusammenstellen, um vielleicht einer allgemeinen Verfügung der Bundesbehörde zur Grundlage dienen zu können. Außer diesen Gegenständen behandelte die Bundesversammlung noch einige Begnadigungsgesuche. Wahrscheinlich werden die Räthe nur noch diese Woche Sitzungen halten und sich dann bis zum Februar n. J. vertagen. Ueber die Mission des Hrn. Brissault, Secretärs L. Bonapartes, der besonders oft mit Hrn. Dufour verkehrte, wird noch viel gesprochen, ohne daß man genau den Zweck seiner Sendung erfährt. So heißt es nun in französischen und schweizerischen Blättern: der Bundesrath, nachdem er durch Ausweisung der Flüchtlinge den Forderungen der europäischen Mächte entsprochen hatte, glaubte sich berechtigt nun auch etwas zu Gunsten der Schweiz erwarten zu dürfen. Obgleich er zu jeder Zeit erklärt daß die Neuenburgerfrage eine abgethane sey, wandte er sich mit Eröffnungen und

Insinuationen an die französische Regierung zum diplomatischen Abschluß dieser Frage. Das französische Cabinet that officielle und officiöse Schritte bei dem preußischen. Der König von Preußen will aber in keiner Weise auf seine Ansprüche auf Neuenburg Verzicht leisten, und schweigt nur gegenwärtig, um gelegentlich seine Forderungen geltend zu machen. Inzwischen unterhält er sorgfältig den Eifer seine Parteigänger in Neuenburg; noch unlängst wurden Medaillen mit schmeichelhaften Zuschriften an die thätigsten Royalisten nach Neuenburg gesandt. Diesen Sachverhalt soll nun Hr. Brissault im Auftrag L. Bonapartes Hrn. General Dufour mitgetheilt haben. Außerdem habe er ihn über das von dem französischen Präsidenten entworfene Gesetz über die Reserve der französischen Armee befragt. Alle noch hier befindlichen Flüchtlinge sind von der Polizei aufgefordert worden schriftlich anzugeben die Zeit wann sie die Schweiz betreten haben, und die Ursachen warum sie nicht in die Heimath zurückkehren können.

Türkei.

Die (kurz berührte) Correspondenz der Times d. d. 25 November, welche den Widerspruch der M. Post hervorrief, lautet: „**Konstantinopel**, 25 Nov. In wohlunterrichteten Kreisen herrscht hier allgemein die Ansicht daß die Differenz zwischen Rußland und der Türkei von einer Ausgleichung noch so fern ist wie immer. Der gegenwärtige Zweck des Kaisers Nikolaus ist, scheint es, nur Zeit zu gewinnen den Zustand der Dinge schwebend zu halten bis zum nächsten Frühjahr, wo er dann die Maske abwerfen und seine lange gehegten Plane gegen die Türkei zur Ausführung bringen werde. Vieles leitet zu diesem Schluß. Die von seiner Regierung an Hrn. v. Titoff ertheilten Instructionen die Austreibung der polnischen Flüchtlinge zu fordern waren so unbestimmt gefaßt, und so verschiedener Auslegung fähig, daß es dem russischen Gesandten ebenso schwer wurde sie der Pforte klar mitzutheilen, als der Pforte eine bestimmte Antwort darauf zu geben. Diese Unbestimmtheit des Ausdrucks war auf Seite des Czaren offenbar absichtlich, und dieß begriff auch, wie natürlich, der russische Gesandte. Das türkische Ministerium sagte in seiner Note an Hrn. v. Titoff: es habe die Forderung des Kaisers von Rußland nicht deutlich verstanden, seine Antwort aber nach deren muthmaßlichem Sinn eingerichtet. Darauf gab sich Hr. v. Titoff den Schein als setze ihn die Antwort des Divans in Verlegenheit, und erklärte: er habe keine andere Wahl als dieselbe nach St. Petersburg zu übersenden, und weitere Instructionen abzuwarten. Die diplomatischen Verhältnisse bleiben zwischen der Türkei und den beiden Kaiserhöfen natürlich nach wie vor suspendirt, und eine Antwort von St. Petersburg auf die Note der Pforte kann erst bis Mitte Decembers eintreffen. Dann wird es nicht schwer seyn neue Hindernisse der Wiederherstellung früherer Freundschaft zu finden, und so die Dinge in statu quo zu halten bis Rußland im Stand ist ins Feld zu rücken. — Welche Wechselfälle die Türkei auch in neuerer Zeit erfahren hat, das türkische Volk hat sich die edlen Charakterzüge bewahrt die es seit der Gründung des osmanischen Reichs ausgezeichnet. Der Geist der Nächstenliebe und der Wohlthätigkeit, unter den Christen so viel gepredigt und so wenig ausgeübt, besteht noch bei den Türken, und dabei dieselbe Gastfreundschaft und verschwenderische Generosität wie in der alten Zeit des moslemitischen Glanzes. Das Herz und die Börse des Türken sind dem Nothleidenden immer offen. Als nach der Februar-Revolution der Gesandte Ludwig Philipps abgerufen und ein republicanischer an dessen Stelle ernannt wurde, bethätigten der Sultan und seine Minister ihre Theilnahme für das Unglück des Baron v. Bourqueney. Als dieser von Sr. Maj. sich verabschiedete, sagte ihm der Sultan: wenn er in Frankreich unter den veränderten Verhältnissen nicht leben könne, so möge er nach der Türkei zurückkommen; da solle er willkommen seyn und eine gleich ausgezeichnete Stellung erhalten. Ueberdieß machte der Sultan Hrn. v. Bourqueney ein Geschenk von 5000 Pf. St., und seiner Gemahlin verehrte er Brillanten von hohem Werth. Graf v. Stürmer, der vieljährige österreichische Internuntius, dessen Vater schon österreichischer Gesandter in Konstantinopel war, und der jetzt von seinem Hof die gewünschte Versetzung in den Ruhestand erhalten, hat vom Sultan ein Geschenk von 1000 Pf. St. empfangen. Hrn. v. Lamartine, das schrieb ich Ihnen schon vor einem Monat, hat die Pforte, falls er im Orient leben wolle, in der Nähe von Smyrna Ländereien geschenkt, so ausgedehnt wie eine englische Grafschaft. (?) — In Pera und dessen Umgegend treiben sich jetzt mehr als 1000 italienische Flüchtlinge herum, möglicherweise die nämlichen welche Hr. More O'Ferrall so geziemender Maßen nicht in Malta aufgenommen. Man weiß nicht wovon sie leben, und weder ihre jetzigen Sitten noch ihre frühern Handlungen sind von der Art daß sie irgendeiner Regierung sonderlich willkommen seyn können. Man hat daher die Polizeimaßregeln verschärft, und darunter haben denn freilich die Ordentlichen mit den Unordentlichen zu leiden. — Major Rawlinson ist von Bagdad dahier angekommen, und reist nach England heim. (So ward er, scheint es, vergebens von Dr. Layard in Mosul erwartet.)

Konstantinopel, 1 Dec. Die zweite Note der Pforte, von welcher man die friedliche Beilegung der Flüchtlingsfrage hofft, ist Hrn. v. Titow überreicht worden, bis jetzt aber noch keine Erklärung darauf erfolgt. Unterdessen werden die Flüchtlinge mit der größten Auszeichnung behandelt. Kossuth bewohnt in Schumla ein eigenes Haus und ist mit zahlreicher Dienerschaft versehen. Bem thut gar keinen activen Dienst, bezieht aber den Gehalt eines Pascha und arbeitet an einem Entwurf zur Einrichtung einer Art polytechnischer Schule für den Militärdienst. Guyon und Macdonald bereisen das Land und werden überall mit den ihrem Rang als Generale gebührenden Ehren empfangen. Die Engländer dürften einen festen Fuß in der Nähe des Schauplatzes fassen. Aus guter Autorität erfahre ich daß Sir Stratford Canning wegen Abtretung der Insel Tenedos als einer Seestation mit der Pforte in Unterhandlung steht. Die Insel Tenedos liegt, wie ein Blick auf die Karte überzeugt, hart an dem Eingang in die Dardanellen — so berichtet eine Correspondenz der Deutschen Ztg. Wir haben längst darauf hingewiesen daß England seine Kette von befestigten Stationspunkten im Mittelmeer stets weiter zu vermehren bemüht sey. In Aegypten faßt es in aller Stille immer festern Fuß. Es hat bekanntlich die dortige Post und mit ihr die Hauptcommunicationen des Landes an sich gebracht. Jedes Poststationshaus ist dort ein Werbbureau für die englische Macht, ein Blockhaus der Zukunft. Dem englischen Gold, dort mit verschwenderischer Hand gespendet, wird geräuschlos die arme ausgesogene Bevölkerung des Landes in immer weiteren Kreisen dienstbar. Dasselbe geschah und geschieht fortwährend längs des rothen Meeres, in Abyssinien, an der Küste von Arabien, wo bekanntlich ebenfalls die nöthigen festen Punkte gewonnen sind. Daß von Griechenland — das nicht umsonst so lange von den englischen Proconsuln gedrängt wurde — plötzlich die Abtretung einer Anzahl Inseln im ägäischen Meer, welche das junge Königreich sein eigen nannte, gefordert wird, hat unlängst unsre Athenische Correspondenz gemeldet. Jetzt fordert England von der Porte im voraus einen Preis für den Schutz den sie, unter englischer Autorität, Bem und Kossuth gewähren darf — den Besitz von Tenedos, d. h. den Schlüssel der Dardanellen, die nun erst das wahre mare clausum werden, da auf der einen Seite Rußland, auf der andern England die Thüre schließen kann sowie es nöthig ist. Beide Mächte versichern dabei die Pforte ihrer wärmsten Freundschaft, und England sucht — unter dem Beifall des halben Europa — die Punkte aus, von denen der Leopard sich zum weitern Sprunge vorbereitet die Meerherrschaft noch mehr als zuvor sich zu sichern. Nur Frankreich dürfte auf die Länge nicht den Beifall des philanthropischen Europa theilen, sondern mit Oesterreich und Griechenland vereint suchen dort wirklich den europäischen Interessen Gleichberechtigung mit den beiden Weltkolossen zu verschaffen. Um diese Frage dürften die bedeutsamen Kämpfe der nächsten fünfzig Jahre sich drehen, während die meisten unserer deutschen Blätter sich dabei beruhigen daß England so großmüthig den polnischen und ungarischen Flüchtlingen den Schutz der Pforte sichert — England, das in demselben Augenblick den sicilischen Flüchtlingen, die es einst zum Aufstand gereizt hatte, auf Malta und Corfu ein Asyl verweigert.

△ **Konstantinopel**, 5 Dec. Die definitiven Rückäußerungen des Wiener- und St. Petersburger Cabinets über das Detail der Maßregeln welche die Pforte in Betreff der Flüchtlinge ins Werk zu setzen sich anheischig macht, werden, soviel ich weiß, noch immer erwartet. Wohlweislich wollen die beiden Kaiserhöfe ihre diplomatischen Beziehungen zur Pforte nicht eher wieder angeknüpft wissen als bis alle die Behandlung der Flüchtlinge betreffenden Punkte vollkommen geregelt sind. Uebrigens scheint die Pforte, von deren gutem Willen nun alles abhängt, jenen Zeitpunkt nicht mehr für ferne, und namentlich das Ende der Verhandlungen in St. Petersburg als nahe bevorstehend anzusehen. Wenigstens deutet darauf die am 2 d. erfolgte Ernennung Fuad Effendi's zum Musteschar des Großweffiers (was man ehemals Kiaja Bey d. i. Chef der Pfortensection für das Innere nannte) hin, eine in jeder Beziehung erfreuliche Wahl, indem der Divan dadurch um einen Mann von anerkannter, hervorragender Intelligenz und Tüchtigkeit reicher wird. Bis zur Rückkunft Fuad Effendi's wird seine Stelle durch den von seiner Gesandtschaft in Berlin her in Europa bekannten Schewket Bey, dermaligen Beilikdschi, provisorisch versehen werden. Hadschi Edhem Bey, welcher bis jetzt Großwessierats-Musteschar war, wurde zum Mitglied des obersten Justiz- und administrativen Pfortenraths (Achkiami Adlie) befördert. Der Kaimakan von Cypern, Ismail Adil Pascha, wurde in gleicher Eigenschaft nach Sophia übersetzt, und das Sandschakat von Saruchan dem Titular-Stallmeister Alim Aga verliehen. Die italienische Legion, welche unter ihrem Anführer Monti einen Theil der Widdiner

Flüchtlinge ausgemacht hatte, ist nun auf Befehl der Pforte nach Gallipoli gebracht worden, wo sie, einige hundert Mann stark, am 1 des l. M. eintraf. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Pforte nächstens ihre Ausweisung aus der Türkei einzuleiten — wohin? Das bleibt immer eine schwierige Frage, da diese Revolutionshelden nirgends willkommene Gäste sind, am wenigsten in ihrem eigenen Vaterland. Kossuth, Bem, Dembinsky, Meszaros, Perczel, Casimir Batthyany und die übrigen Reste der magyarisch-polnischen Emigration sind seit der letzten Hälfte des verflossenen Monats in Schumla untergebracht, wo sie, wie es scheint, bis zum Ausgang der Verhandlungen mit Wien und St. Petersburg verbleiben sollen. Von Bem heißt es daß er in Folge der beschwerlichen Landreise an seinen Wunden bedeutend gelitten habe. Vorgestern früh kam der englische Stationsdampfer Tartarus von einer Fahrt nach dem Archipelagus zurück; er brachte an die englische Botschaft, dem Vernehmen nach, Depeschen von der Flotte Sir William Parkers, welche bei den seit letzter Woche herrschenden Stürmen in der Bucht von Besica nicht den besten Stand haben mag. Die von einigen französischen und deutschen Journalen gegebene Nachricht von der Rückberufung der französischen Flotte aus den Gewässern des Orients findet hier allgemeinen Glauben; es ist zu bekannt daß Frankreich sich in der Flüchtlingsfrage von Lord Palmerston ins Schlepptau hatte nehmen lassen. Von eigentlichen Sympathien für die Flüchtlinge selbst und die von ihnen verfochtene Sache war es nicht geleitet. Diese blieben das ausschließliche Eigenthum der englischen Agenten, unter denen erst kürzlich wieder der Consul in Adrianopel, beim Durchziehen der italienischen Legion, seltsame Pröbchen davon ablegte, indem er derselben nicht nur beim Kommen und Gehen auf weite Strecken vor der Stadt das Geleite gab, sondern ihr den Aufenthalt in der Stadt auf alle Weise angenehm zu machen suchte und ihr zu Ehren sogar im Consulatsgebäude eine Tanzunterhaltung veranstaltete. — Briefe aus Samos schildern den Zustand jener Insel als vollkommen ruhig.

Im Gegensatz zu obigem Allarmbericht der Times betrachten Standard und M. Chronicle in ihren neuesten Nummern (vom 17 Dec.) die türkische Frage als völlig ausgeglichen.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

‡ Ein Londoner Blatt vom 18 Dec. meldet den Einlauf des Dampfbootes „Caledonia" in Liverpool mit einer Post d. d. Boston 5 Dec. Der Congreß war am 3 Dec. in Washington zusammengetreten; da sich jedoch die Wahl des Sprechers im Repräsentantenhaus verzögerte (nach drei erfolglosen Ballotagen standen die Stimmen also: für den Whig Winthrop 96; den Locofoco Cobbe 102; Scattering 23), so war das Haus bis zum 4 Abends noch nicht organisirt, und deßhalb die Präsidentenbotschaft noch nicht eingebracht. Der Senat hatte sich gebildet und dann vertagt.

Handels- und Börsennachrichten.

New-York, 4 Dec. Curs auf London $108^{3}/_{8}$, 109.

London, 18 Dec. 3proc. Consols $96^{3}/_{4}$ ex div.; Bank Stock $203^{1}/_{2}$. Span. 3proc. $38^{3}/_{8}$. — In den Handelskreisen ist man überzeugt daß die Regierung in kurzem, zur Erleichterung der Nation, die Dividenden der Consols von 3 auf $2^{1}/_{2}$ Procent herabsetzen werde.

Paris, 18 Dec. 3proc. 56.25; 4proc. 72; $4^{1}/_{2}$proc 80.65; 5proc. 91.60; Schatzsch. $4^{7}/_{8}$; Bankactien 2440; belg. Bank 800; neap. 5proc. 96; röm. 82; span. pass. $4^{1}/_{8}$; 3proc. $38^{1}/_{2}$; innere Sch. $30^{3}/_{8}$; piem. 5proc. [illegible]; Obl. v. 1839 [illegible]; St. Germain C.-B. 410; Vers. rechte 207.50; Paris-Orleans 780; Rouen 550; Straßburg 361.25; Nordbahn 461.25; Rouen-Havre 242.50; Straßb.-Basel 106.75; Orl.-Vierzon 331.25; Bordeaux 406.25; Tours-Nantes 278.75.

Augsburg, 21 Dec. Bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$ G. 4proc. 92 P. 5proc. $100^{3}/_{8}$ P. Bankactien II. Sem. 638 G. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Württemb. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{2}$ P. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{2}$ P.

Frankfurt a. M., 20 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84^{1}/_{2}$; Bankactien 1280; preuß. Staatsschuldsch. $88^{1}/_{2}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{3}/_{4}$; Ludwigsh.-Berbach 86; württ. $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{4}$; $4^{1}/_{2}$proc. $94^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $99^{3}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $79^{3}/_{8}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{1}/_{2}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{8}$; nass. 5proc. $101^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 84; Frankf. 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{1}/_{2}$, 88; Disc. $2^{1}/_{4}$.

♀ **Wien**, 19 Dec. Obgleich die Fonds und Actiencurse seit gestern keine merkliche Besserung erfuhren, gab sich doch an der heutigen Börse im ganzen eine günstigere Tendenz kund, indem fremde Devisen um 1 bis 2 Procent billiger abgegeben wurden und auch Geld und Silber, sowie Comptanten überhaupt zur Notiz gewichen sind. Die Ihnen gestern mitgetheilte Nachricht von dem projectirten neuen Anlehen für das lombardisch-venetianische Königreich wirkte zunächst vortheilhaft auf die lombardischen Tresorscheine, welche heute bereits mit 92 (um 3 Procent besser gegen gestern) bezahlt wurden; auch hob sich der Curs auf Mailand auf 100, da, wie ich bereits erwähnte, das bezeichnete Anlehen zur Einlösung der genannten Tresorscheine emittirt werden soll. Von öffentlichen Fonds waren k. k. Anlehensloose vom Jahr 1834 heute etwas besser bezahlt. In Eisenbahnen beschränktes Geschäft bei geringen Schwankungen. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $93^{15}/_{16}$–94, $4^{1}/_{2}$proc. (neues Anlehen) 83–$83^{1}/_{16}$. Loose vom J. 1834 $174^{1}/_{2}$–175. Loose vom J. 1839 $106^{1}/_{4}$–$106^{1}/_{2}$. Bankactien 1182–1185. Nordbahnactien $109^{1}/_{2}$–$109^{1}/_{4}$. Gloggnitzer $109^{1}/_{2}$–110, Mailänder $81^{3}/_{4}$–82, Pesther $87^{3}/_{8}$–$87^{1}/_{2}$. London (i. l. S.) 11.16 P., Hamburg $164^{1}/_{2}$ P., Augsburg uso 112 G., Frankfurt $111^{1}/_{2}$ G., Amsterdam 156 P., Mailand 100 P., Livorno 109 G., Genua $128^{1}/_{2}$ G., Paris $133^{3}/_{4}$ P., Marseille $133^{3}/_{4}$ P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $19^{1}/_{2}$. Silberagio $11^{3}/_{4}$–12 Proc. Nap.d'ors fl. 9.3, Souver. 15.35–40, Friedr.d'ors 9, Preuß. 9.6, Sovrgs. 11.10, Imper. 9.8, Dopp. 34–35.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

[5362]

Bekanntmachung.

Die Bestellung der Briefe und Fahrpostsendungen betreffend.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Generalverwaltung der königlichen Posten und Eisenbahnen in Nro. 354 der Allgemeinen Zeitung wird hiedurch über den Vollzug der von der genannten hohen Stelle getroffenen Anordnungen hinsichtlich der mit dem 1 Januar 1850 ins Leben tretenden Bestellungs-Normen der Briefe und Fahrpostsendungen Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

A. Ueber die Bestellung der Briefe in Augsburg.

Der dermalige Postenlauf und die Ankunftszeit der Bahnzüge bringen es mit sich daß die dahier eintreffenden Briefe, um innerhalb der festgesetzten Maximalzeit von 4 Stunden zur Bestellung zu gelangen, in täglich viermaligen Gängen der Briefträger, und zwar in folgender Weise ausgetragen werden müssen:

1) Mit dem ersten Gange um 7 Uhr und resp. $7^{1}/_{2}$ Uhr Morgens haben die am vorhergehenden Abende nach 6 Uhr eingetroffenen Posten von **München, Lindau** und **Hof**, sodann die um $5^{1}/_{2}$ Uhr Morgens eingetroffenen Posten von **Ulm** und **Regensburg**;
2) mit dem zweiten Gange um 9 Uhr Vormittags die Morgens zwischen 7 und 8 Uhr eingetroffenen Posten von **Lindau, München** und **Nördlingen**;
3) mit dem dritten Gange um 2 Uhr Nachmittag die um 1 Uhr von **Bamberg** und **München** eingetroffenen Posten;
4) mit dem vierten Gange um 6 Uhr Abends die um 4 Uhr von **Ulm** und um 5 Uhr von **München** eingetroffenen Posten zur Bestellung zu kommen.

B. Ueber die Bestellung der Fahrpostsendungen in Augsburg.

Die Bestellung der Fahrpostsendungen wird in täglich zwei Gängen vollzogen, von welchen

der erste nach Ankunft und Behandlung der zwischen 7 und 8 Uhr Morgens angekommenen Posten von **Lindau, München** und **Nördlingen**, sowie mit den am vorhergehenden Abende von **Ulm, München, Hof** und **Lindau**, dann den während der Nacht von **Regensburg** und **Ulm** eingetroffenen Fahrpost-Stücken zu erfolgen, und die Bestellung der von sämmtlichen vorgenannten Routen angekommenen Sendungen im Laufe des Vormittags zu bewerkstelligen hat;

mit dem zweiten Gange kommen sämmtliche zwischen 1 und 2 Uhr Mittags von und über **Bamberg** und **Hof** u. s. w. eingetroffenen Fahrpostsendungen zur Bestellung.

Das unterfertigte Oberpostamt ist jederzeit bereit gegründete Beschwerden über verspätete Zustellung von Briefen und Fahrpostsendungen genau zu untersuchen, und gegen fahrlässig befundene Bedienstete mit Strenge einzuschreiten. Das Publicum dagegen wird zur Begründung und zum Nachweise seiner etwaigen Beschwerden in seinem eigenen Interesse nicht zu unterlassen haben, sich bei verspätetem Empfange von Brief- oder Fahrpostsendungen Tag und Stunde der Bestellung von dem überbringenden Postbediensteten auf dem Briefe oder der Sendung selbst bestätigen zu lassen.

Augsburg, den 21 December 1849.

Königlich bayerisches Oberpostamt.
Graf v. Taufkirchen.

c. v. Arthelm.

Uebersicht.

Geschichtliche Litteratur der Freiheitskriege. (V. Steins Leben, von G. H. Pertz.) — Wiener Briefe. (III.) — Genf und seine Festungswerke.

Geschichtliche Litteratur der Freiheitskriege.

Steins Leben, von G. H. Pertz.

Erster Theil. 1757 bis 1807.

II.

☰ Seit 1796 war Stein zum Oberpräsidenten sämmtlicher westfälischen Kammern ernannt worden; in dieser erweiterten Stellung hatte er als Vorsteher jedes der vier Verwaltungs-Collegien die allgemeine Leitung und Aufsicht, sowie die Mitverantwortlichkeit für den verfassungsmäßigen Geschäftsbetrieb und die Erhaltung und Vermehrung des Wohles der Länder, die Pflicht jedes derselben jährlich wenigstens einmal zu besuchen, Personen und Sachen ins Einzelnste hinab kennen zu lernen, zu beobachten, zu leiten, über jede Verwaltung besonders jährlich Bericht zu erstatten. Damit war seinem schöpferischen Eifer ein großer und würdiger Spielraum eröffnet; die Heranbildung tüchtiger Beamten, die Verbesserung des Handels, der Gewerbe, der Accise, der Verkehrsmittel, die Herstellung neuer Straßen und öffentlicher Bauten, die Verbesserung der Weserschifffahrt und eine Reihe ähnlicher Werke zum öffentlichen Wohl beschäftigten den neuen Oberpräsidenten in Minden, dem nun erst für seinen thatkräftigen, schaffenden Geist die rechte, umfassende Beschäftigung gegeben war. Der neue Aufenthalt weckte wieder alte Bekanntschaften, namentlich mit Rehberg, den nun Stein wieder häufig sah. Stein, sagt Rehberg über die Persönlichkeit des damaligen Oberpräsidenten von Westfalen, war schneidend, bestimmt in seinen Meinungen; sehr lebhaft, ja heftig in seinen Aeußerungen, für weiche und nachgiebige Gemüther abschreckend. Aber es war ihm immer um die Sache zu thun, und so fand man ihn auch stets geneigt zu hören, und wieder zu überlegen. Hin- und Herreden aber, schwatzen und beschönigen, war ihm ein Abscheu. Auch hatte jede Minute für ihn Werth. Als ich einst zauderte auf eine Frage, der ich lieber ausgewichen wäre, zu erwiedern, antwortete er selbst, fügte aber hinzu: wenn Sie erst ein paar Feldzüge mitgemacht hätten, so würden Sie sich nicht so lange besinnen. Stein bemühte sich später Rehberg für den preußischen Staatsdienst zu gewinnen, aber vergebens. Das Verhältniß zwischen beiden lockerte sich allmählich, und ward erst nach vielen Jahren, zum Theil durch Vermittlung von Pertz, wieder angeregt. Pertz schreibt die Erkaltung zwischen beiden den hocharistokratischen hannoverischen Verwandten Steins zu, und bedauert daß der reichbegabte Rehberg nicht dem Rathe seines Freundes gefolgt war. Welche Wirksamkeit, sagt er, nicht ohne bittern Vorwurf gegen die heimathliche Aristokratie, würde sich in einem Dienste eröffnet haben wo seit 1807 Adel und Nichtadel gleichberechtigt neben einander stehen, und ohne Unterschied die höchsten Spitzen der Verwaltung erreichen, statt daß in Hannover der geist- und talentvolle Mann, der glühende Freund seines Landes, der bis zur Aufopferung rastlos wirkende Cabinetsrath seine beste Kraft in Kämpfen mit dem Neide, der Mißgunst, der Rechthaberei verzehrte, und nach kurzer, aber unvergeßlicher Wirksamkeit den geheimen Streichen derer unterlag die am Feindeshofe zu Kassel am tiefsten aus dem Becher der Circe getrunken hatten, und deren Führer einst seinem König Georg III den Kammerherrnschlüssel zurückgeschickt hatte, um Napoleons Bruder als Gesandter den Eid der Treue zu leisten.

Noch ein anderes Verhältniß knüpfte sich für Stein wieder an: mit Prinz Louis Ferdinand, dessen Regiment damals im Minden'schen lag. Der Einfluß Steins auf den reichbegabten, aber früh verirrten und haltlosen Prinzen hätte sehr wohlthätig wirken können, wenn er nicht bald nach Magdeburg versetzt worden wäre, wo ihm jeder höhere Einfluß fehlte, der ihn hätte halten und heben können. Die Briefe die uns Pertz mittheilt, geben Aufschluß darüber in welchem Geiste Stein auf den Prinzen zu wirken suchte. „Es ist gewiß, schrieb er ihm einmal sehr bedeutungsvoll, daß der philosophische Geist, welcher die Beziehungen verallgemeinert und die vereinzelten Gegenstände unter einem Grundsatz oder einem höhern Gesichtspunkt zusammenfaßt, diejenige Art des Geistes ist welche den großen Mann bezeichnet; aber mit dieser Geistesart muß er die Kraft des Charakters verbinden, welche ihm in ruhigen Zeiten den Fleiß zur Arbeit, die Hartnäckigkeit alles was auf seine Ausbildung einwirkt, zu verfolgen, in den Zeiten der Thätigkeit die nöthige sittliche Kraft gibt, um die Anstrengungen des Geistes und des Körpers zu ertragen welche der Drang der Umstände erheischt. Lebt der Mann welcher sich durch die Natur zu einer großen und nützlichen Laufbahn berufen fühlt, inmitten der Weichlichkeit der Höfe oder unter kleinen, kleinlichen Leuten, so kann er nur dann sich erhalten und diese Charakterstärke entfalten, wenn er sich mit den großen Männern der Geschichte umgibt und sich durch ihre Vorbilder gegen die zerstörenden Eindrücke verderbter und kleiner Umgebungen schützt."

Die damaligen Zustände in Preußen und der Blick auf den Prinzen selbst mußten in Stein solche Betrachtungen wecken; die Dinge waren in Berlin auch nach Friedrich Wilhelms II Tode so beschaffen daß Stein nur mit Schmerz und den schlimmsten Erwartungen der weitern Entwicklung entgegensehen konnte. Der junge König, sagt Pertz, eine schlanke hohe Gestalt von militärischer Haltung, ernstem, mildem Ausdruck, einfach in seinem Benehmen, Gewohnheiten und Umgebungen, war von einem zarten, ächt religiösen und sittlichen Gefühl, einer vollkommen unbefangenen Liebe zum Guten beseelt; wohlwollend, gerecht, ordnungsliebend, sparsam, ein gewissenhafter Beobachter dessen was ihm als Pflicht vorschwebte, mit einem treuen Gedächtniß, ruhigem scharfen Verstande, einem richtigen Blicke begabt, der ihn jedesmal das Wahre finden ließ wo er sich selbst vertraute; er hatte ein tiefes Gefühl für die Verhältnisse des Gatten und Vaters, und lebte in einer glücklichen Häuslichkeit. So betrat er den politischen Schauplatz mit den Anlagen eines edlen vortrefflichen Fürsten, eines Vaters seiner Untergebenen. Es fehlte ihm aber an der überwiegenden Geistes- und Willenskraft, welche die Dinge in ihrem Zusammenhang durchdringt und ergreift, dem Selbstvertrauen und der Entschlossenheit womit ein großer Herrscher sein Volk in neue Bahnen leitet. Eine mangelhafte Erziehung, ungenügende Umgebungen und die Entfernung von Geschäften worin der Kronprinz leben mußte, hatten die Entwicklung zurückgehalten; es blieb den Jahren der Leiden und des Kampfes vorbehalten ihn auszubilden, zu kräftigen und zu erheben. An diese Charakteristik des Königs reiht Pertz eine Schilderung seiner Umgebungen und der tonangebenden Staatsmänner, die den Verfall und die Ohnmacht der preußischen Politik bis zum Tilsiter Frieden herbeigeführt haben. Auch das Volk trug freilich seinen Antheil an der Schuld; es war durch den langen Frieden, durch den vermehrten Wohlstand, durch die Einwirkung der vorigen Regierung verweichlicht und genußgierig. Religiöser Sinn, sagt Pertz, war durch Friedrich II und den Geist der Zeit verdrängt; man lebte in Erinnerung der schönen Zeiten des großen Königs, war aber nicht geneigt zu den Kraftäußerungen und Aufopferungen der Vorfahren. Ungebundenheit und Frechheit in den Meinungen hielt man für Liberalität, Geistesfreiheit, Aufklärung, Leserei für Kenntnisse und Gründlichkeit; die Erziehungsanstalten, sowohl Universitäten als Gymnasien, waren unvollständig und nur kärglich ausgestattet. In den Verwaltungscollegien war vieler Fleiß, doch die gewöhnlichen Fehler der Bureaukratie, Papierthätigkeit, Miethlingsgeist, Schlendrian, in reichem Maße zu finden. Das Heer hatte wenig Kriegserfahrung; es war verweichlicht, veraltet, schwerfällig, die Unterordnung erschlafft durch die Nachsicht des Königs, die Unbeholfenheit und Leerheit der älteren, den Leichtsinn und die Ungezogenheit der jüngern Officiere, die anmaßend, dünkelvoll und prahlerisch-wortreich allen Ständen lästig fielen, und als die große entscheidende Stunde schlug, ihr ganzes Nichts zeigten.

Unter diesen Verhältnissen fühlte sich Stein in seinem westfälischen Berufskreise nur um so zufriedener, je weniger er dort von der Erinnerung und Betrachtung der Dinge in Berlin unmittelbar berührt ward. Hier konnte er selbstthätig eingreifen, organisiren und reformiren, hier konnte er auf kleinerem Raum das Muster einer Regierung und Verwaltung herstellen die in den Beamten und dem Volke einen edlen Wettstreit um die Verbesserung der Landeszustände anzufachen wußte. Wie umfassend und weitblickend in allen großen und tiefer eingreifenden Lebensfragen, wie sorgsam, pünktlich und gewissenhaft auch in allen kleinen und untergeordneten Dingen Stein dabei verfuhr, davon gibt sein Verwaltungsbericht von 1801, den Pertz mittheilt, eine sprechende Vorstellung; die bureaukratische Allweisheit die in die Formen alles legt und meistens an der äußern Schale der Dinge haften bleibt, könnte aus diesem Muster einer verständigen, anregenden und schaffenden Beamtenthätigkeit lernen woran es ihr selber fehlt. Es ist begreiflich daß sich Stein in dieser lohnenden und fruchtbaren Wirksamkeit glücklich genug fühlte um jedes glänzende Anerbieten zurückzuweisen; so hatte man im Sommer 1802 in Hannover daran gedacht der morschen Staatsverwaltung eine festere Stütze zu geben, und bot Stein das Ministerium an; er erwiederte daß seine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer Vereinigung der zerstreuten

und zerstückelten Kräfte Deutschlands sich nicht mit den Pflichten vertrüge die er sich dann aufzulegen hätte. Der Anblick eines wohlhabenden, fleißigen und rührigen Landes, wie ihn sein Westfalen gewährte, war ihm lohnender als alle äußern Ehren; den Eindruck den ihm Gegenden machten wo der Adel noch alles war und auf dem Bauer die Leibeigenschaft lastete, fühlte er am lebhaftesten als er damals von Berlin aus einen Ausflug nach Mecklenburg machte. „Das Aeußere des Landes, schrieb er, mißfiel mir so sehr als das neblichte nördliche Klima; große Ackerfluren, wovon ein ansehnlicher Theil zur Weide und Brache liegt, äußerst wenige Menschen, die ganze arbeitende Classe unter dem Druck der Leibeigenschaft, jene Flächen einzelnen selten gut gebauten Höfen beigelegt, mit einem Wort eine Einförmigkeit, eine todte Stille, ein Mangel von Leben und Thätigkeit über das Ganze verbreitet der mich sehr niederdrückte und verstimmte. Die Wohnung des mecklenburgischen Edelmanns, der seine Bauern legt, statt ihren Zustand zu verbessern, kommt mir vor wie die Höhle eines Raubthiers das alles um sich verödet und sich mit der Stille des Grabes umgibt." Wie ganz anders mußte ihm Westfalen erscheinen, wo die Rührigkeit eines wohlhabenden Bauernstandes durch Gewerbfleiß und Fabrikwesen angefeuert war, statt daß in andern Ländern, wie Stein sich ausdrückte, „der Mensch zum integrirenden Theil des Viehinventariums eines Gutes herabgewürdigt war."

Während Stein sich noch in Minden befand gingen die westfälischen Bisthümer an Preußen über; ihm wurde die Organisation der neuen Erwerbungen übertragen. Die Sache war nicht leicht, wenn man Sitte, Gewohnheit und Religion in Anschlag brachte und erwog mit welchem Mißtrauen die Münsterländer der preußischen Herrschaft entgegensahen. Stein war dafür der rechte Mann; bei aller durchgreifenden Energie seines Charakters besaß er wieder so viel Pietät und Achtung vor dem Hergebrachten, daß der Uebergang zu den neuen Regierungsformen für die bisherigen Untergebenen einer bischöflichen Regierung in keiner Weise drückend oder gewaltsam wurde. Er fand an dem Hrn. v. Fürstenberg und dem Dombechanten v. Spiegel (dem spätern Erzbischof von Köln) eine sehr tüchtige Unterstützung und bald überall freundliches Entgegenkommen, sobald man einmal eingesehen hatte daß ihm der bureaukratische Mechanismus und die Uniformitätswuth fremd war. Sonst waren seine Formen nichts weniger als lax und nachgiebig; selbst wenn nicht der wilde Jähzorn in ihm aufbrauste, war er streng und unerbittlich gegen die Mittelmäßigkeit und Frivolität. So sehr er gute und pflichtgetreue Beamte ehrte, so sehr waren ihm Beamte von leichten Sitten zuwider, so schneidend wies er die Unfähigkeit und Anmaßung in ihre Schranken zurück. Pertz hat aus jener Periode ein Schreiben Steins an einen der nächsten Beamten unter ihm mitgetheilt, das als Document einer wahrhaft vernichtenden Schärfe und Bitterkeit seines gleichen sucht.

Die Ordnung der Dinge in Münster gelang zwar vortrefflich, aber Steins Abgang aus Westfalen störte die Schöpfung; der Preußenhaß, die Opposition des Adels und der Geistlichkeit reagirten zu heftig als daß Steins Reformen in der Verwaltung, im Erziehungs- und Schulwesen hätten Bestand haben können. Erst ward der treffliche Vincke, Steins Nachfolger, beseitigt, dann lähmte man die Thätigkeit freisinniger Männer wie Spiegel war, und die intolerante Unfähigkeit eines, wie Spiegel schrieb, „nur mit dem physischen Höllenfeuer bekannten" Domherrn v. Droste (des nachherigen Erzbischofs) gewann die Oberhand. Spiegel schrieb darüber (1807) trostlose Briefe an Stein, in einem Augenblick wo dieser das schwierige Werk der Reorganisation Preußens in die Hände nahm, und Münster selbst einem bonaparte'schen Vasallen zugeworfen ward.

Mitten in der neuen organisatorischen Thätigkeit im Münsterlande ward Stein (October 1804) durch den Ruf ins Finanzministerium überrascht. Minister Struensee war gestorben, und Cabinetsrath Beyme hatte dem König Stein genannt, „für den als denkenden Kopf und Geschäftsmann, welcher damit eine seltene Festigkeit des Charakters verbinde, er alle Achtung habe, und der, öfter übergangen, dem Staat verloren gehen dürfte." Der König hatte Bedenken; „er hielt Stein für ein Genie," und zog es vor Struensee durch einen Hrn. v. Voß zu ersetzen, der aber nach wenigen Wochen die Stelle wieder niederlegte. Nun kam man auf Stein zurück, und übertrug ihm das Accise-, Zoll-, Fabriken- und Commerzial-Departement; über die Seehandlung, Salzadministration und das Bankwesen wurden weitere Anordnungen vorbehalten. Stein weigerte sich nicht, legte aber offen das Bekenntniß ab daß ihm manche dieser Zweige in seinen bisherigen Dienstverhältnissen fremd geblieben seyen, und daß er daher glaube nur unvollkommen leisten zu können was der König von ihm erwarte. Seine bescheidene Zurückhaltung machte in Berlin einen ganz entgegengesetzten Eindruck als man hätte erwarten sollen; der König schrieb ihm sehr freundlich, und übertrug ihm auch die andern Zweige die anfangs davon hätten getrennt werden sollen. „Die Bescheidenheit, schrieb Friedrich Wilhelm III, womit Ihr Euch über Eure Kenntnisse von verschiedenen Theilen der Euch anvertrauten Departements erkläret, gereicht Euch zur Ehre, und vermehret meine Achtung und mein Vertrauen. Eine ganz vollständige Kenntniß erlangt man von jedem Departement erst nach jahrelanger Verwaltung; Ihr aber bringet Vorkenntnisse dazu mit die in Verbindung mit Eueren Talenten und mit Eurem Eifer und Fleiß Euch bald in den Stand setzen werden an der Spitze dieser Departements dem Staate ausgezeichnete Dienste zu leisten."

Stein trat im December 1804 sein Amt mit der Ueberzeugung an daß man allein durch Reformen welche die Benützung des Bodens freimachten und alle Beschränkungen des menschlichen Fleißes beseitigten, die mittelmäßige Ertragsfähigkeit des Landes erhöhen könne. Noch war diese in den östlichen Provinzen durch Erbunterthänigkeit, Zwangsdienste, Eigenthumslosigkeit eines großen Theils der Landleute, Einschränkung des ländlichen Gewerbes, übermäßige Abgaben in den Städten und Hemmungen im innern Verkehr vielfach beschränkt; nach dieser Seite abzuhelfen war ihm daher seine erste und wichtigste Aufgabe. Durch gründliche Umgestaltungen in allen Zweigen seiner Verwaltung gelang es ihm in einem Zeitraum von nicht einmal zwei Jahren den größten Theil des preußischen Staatshaushalts auf neuen Grundlagen aufzubauen; freilich drohte eine politische Krisis, die fürs erste den ungestörten Genuß dieser Reformen verkümmerte. Die Verbesserung des Salzbetriebs, die Aufhebung der innern Zölle, die Umgestaltung der Accise, die Reform der innern Industrie, die Errichtung eines statistischen Bureau, die Herstellung des zerrütteten Bankwesens waren die ersten Früchte dieser Thätigkeit, der sich Stein mit demselben Feuereifer hingab wie seinem bescheideneren Berufskreise in Westfalen. Ueberall durch eigene Anschauung sich zu unterrichten, durch häufige Reisen die Lage der Dinge an Ort und Stelle zu erforschen, in allen Zweigen der Administration die Quellen des Uebels rücksichtslos aufzudecken, darin war Stein unermüdlich, und bot einen charakteristischen Gegensatz zu dem lahmen, passiven Gang der in die ganze preußische Staatsmaschine hereingekommen war.

Mitten in diesen Bemühungen überraschten ihn die Vorboten des Kriegs und die Vorbereitungen zu dem Kampfe von 1806. Pertz hat die Lage der Dinge, wie sie vor der Katastrophe stattfand, in allgemeinen Zügen geschildert, und mit manchem Aufschluß im einzelnen bereichert; es geht daraus hervor daß Stein selbst, so kläglich die politischen Lenker in Preußen waren, doch auch der Hoffnung lebte man werde der Coalition von 1805 die Hand reichen, und noch nach dem Sieg bei Austerlitz zuversichtlich glaubte Preußen werde nun endlich zu den Waffen greifen. So äußerte er sich wenigstens seinen Freunden, z. B. Vincke, gegenüber, der, scharfsichtiger als Stein, den Moment für versäumt und Preußen für ganz verloren hielt. Aufgefallen ist uns namentlich die Resignation womit Stein den berüchtigten Schönbrunner Vertrag, das Werk von Haugwitz, guthieß, da ihm doch der Werth des zweideutigen Geschenks von Hannover, und der Bestand einer Allianz mit Napoleon, die auf Furcht, Mißtrauen und Verachtung basirt war, unmöglich verborgen seyn konnte. „Hätte, schrieb er an Vincke, eine große moralische und intellectuelle Kraft unsern Staat gelenkt, so würde sie die Coalition, ehe sie den Stoß bei Austerlitz erlitten, zu dem großen Zweck der Befreiung Europa's von der französischen Uebermacht geleitet und nach ihm wieder aufgerichtet haben. Diese Kraft fehlte; ich kann dem, dem sie die Natur versagte, so wenig Vorwürfe machen als Sie mich anklagen können nicht Newton zu seyn — ich erkenne hierin den Willen der Vorsehung, und es bleibt nichts übrig als Glaube und Ergebung. Hannover wird occupirt und administrirt bis zu dem Frieden, wo es uns zugesichert werden wird. Soll Preußen diese Vergrößerung welche es abrundet, mit Menschen und Einkommen verstärkt, von sich stoßen? Soll es diesen Angriffspunkt für England, der seine eigene Sicherheit gefährdet, in demselben Zustand lassen? Soll der Krieg im nördlichen Deutschland fortgehen, die alliirten Truppencorps zerstört oder in das Meer gesprengt werden?"

Mochte Stein damals in der That so resignirt denken, und sich durch die Macht vollendeter Thatsachen sein Urtheil bestimmen lassen, oder zog er es vor dem desperaten Freunde die Dinge günstiger darzustellen als sie ihm selber erschienen, der Umschlag erfolgte bald. Seit Haugwitz sich den Vertrag vom 15 Febr. hatte aufdringen lassen und Napoleon zur Erniedrigung Preußens Schmach und Kränkung fügte, urtheilte Stein nicht mehr so optimistisch, wie in dem Briefe an Vincke; vielmehr war niemand von der Schande jenes Vertrags so tief ergriffen und sprach dieß so laut und heftig aus wie Stein. Er sprach nicht nur, er handelte auch. Er schrieb eine Denkschrift worin er die Mängel der obersten Staatsverwaltung in den Dingen wie in den Personen schonungslos aufdeckte, und sein eigenes Bleiben von einer gründlichen Umgestaltung der obersten Behörden, ihrer Einrichtung wie ihrer persönlichen Besetzung, abhängig machte. „Man vermißt, heißt es in diesem merkwürdigen Actenstück, bei der neuen Cabinetsbehörde gesetzliche Verfassung, Verantwortlichkeit, genaue Ver-

bindung mit den Verwaltungsbehörden und Theilnahme an der Ausführung: mildert aber, fuhr er fort, ihre subjective Zusammensetzung das Fehlerhafte ihrer Einrichtung?" Mit einer scharfen, schonungslosen Zeichnung von Beyme, Lombard, Haugwitz beantwortet er dann die Frage. Da heißt es unter anderm: „In den unreinen und schwachen Händen eines französischen Dichterlings von niederer Herkunft, eines Roué, der mit moralischer Verderbtheit eine gänzliche physische Lähmung und Hinfälligkeit verbindet, der seine Zeit in dem Umgang leerer Menschen mit Spiel und Polissonerien vergeudet, ist die Leitung der diplomatischen Verhältnisse dieses Staates, in einer Periode die in der neueren Staatengeschichte nicht ihres Gleichen findet. Das Leben des mit dem Cabinet affiliirten Ministers v. Haugwitz ist eine ununterbrochene Folge von Verschrobenheiten, oder von Aeußerungen von Verderbtheit. Er war Theosophe, Geisterseher und endigte mit der Theilnahme an den Gelagen der Rietz, an den Intriguen dieser Frau, verschwendete die dem Staat gehörige Zeit am Lhombre-Tisch und seine Kräfte in sinnlichen Genüssen jeder Art. Er ist gebrandmarkt mit dem Namen eines listigen Verräthers seiner täglichen Gesellschafterin, eines Mannes ohne Wahrhaftigkeit und eines abgestumpften Wollüstlings."

In diesem Ton besprach er die Personen; aber auch die Sachen wurden einer rücksichtslosen Kritik unterworfen. Vortrefflich zeigte er das Verderbliche einer Cabinetsregierung, die hinter dem Rücken des wirklichen Ministeriums durch Leute wie Haugwitz und Lombard geleitet ward, und schlug eine Eintheilung in fünf Ministerien (Krieg, Aeußeres, Inneres, Finanzen, Justiz) vor, deren einzelne Chefs den Staatsrath bilden und dem König selber Vortrag erstatten sollten, statt daß dieser bis jetzt außer aller Berührung mit seinen Ministern gewesen war, und durch den trüben Canal seiner Cabinetsräthe mit denselben verkehrt hatte. „Die Ursachen und die Menschen, so schloß Stein, die uns an den Rand des Abgrundes gebracht, werden uns ganz hineinstoßen; sie werden Lagen und Verhältnisse veranlassen wo dem redlichen Staatsbeamten nichts übrig bleibt als seine Stelle mit unverdienter Schande bedeckt zu verlassen ohne helfen zu können, oder an den sich alsdann ereignenden Verworfenheiten theilzunehmen." Wer mit Aufmerksamkeit die Geschichte der Auflösung Venedigs, des Falls der französischen und sardinischen Monarchie liest, der wird in diesen Ereignissen Gründe finden zur Rechtfertigung der traurigsten Erwartungen.

Dieses merkwürdige Actenstück schrieb Stein im April 1806, und es gelangte durch die Königin in Friedrich Wilhelms III Hand. Wie die Noth stieg, überreichten im September die Prinzen Heinrich, Wilhelm, Louis Ferdinand und der Prinz von Oranien dem König eine Denkschrift, welche in milderer Form auf dasselbe Ziel lossteuerte, und von General Rüchel, Phull und Stein mitunterschrieben war. Wenn man bedenkt daß diese letzte von Johannes v. Müller verfaßt war, so bedarf es keiner weitern Versicherung daß ihr Ton in Vergleich mit dem Steins honigsüß zu nennen war; aber das eine wie das andere war vergeblich. Das deus quos perdere vult dementat sollte auch hier seine Bestätigung finden; Friedrich Wilhelm III nahm beide Schritte sehr übel auf, namentlich legte die kühne Denkschrift Steins den Grund zu einer Entfremdung zwischen ihm und dem König, die bald zu einem offenen und, wie es anfangs schien, unheilbaren Bruche führte. Es erfolgte die Katastrophe vom 14 October; Steins Voraussagen gingen alle in Erfüllung. Die preußische Bureaukratie ging ihren Schlendrian fort, und französische Intendanten regierten mit der alten Maschinerie wie bisher. Es war sichtbar, sagt Pertz sehr wahr, das ganze wohlgeordnete Gebäude der Verwaltung welches, durch Einen obersten Gedanken zusammengehalten und beseelt, in ruhigen Zeiten seine Wirkung geleistet hatte, war durch und durch hohl. Die hergebrachten Formen hatten den Geist verschlungen, und die seelenlosen Elemente — gewöhnt nur des Winkes von oben gewärtig zu seyn — folgten, wenn gleich mit verschiedener Neigung, der obern Gewalt, sie entstamme nun dem Landesfeinde oder dem König.

Wie nun die Monarchie Friedrichs des Großen zu Boden lag, nahm Haugwitz seine Entlassung; jetzt ließ der König, auf der Flucht, Stein das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten anbieten! Stein lehnte ab, man drängte ihn, nun entschloß er sich dem König die Maßregel vorzuschlagen die nach seiner Ueberzeugung allein der Regierung Kraft und Vertrauen verschaffen konnte; er erneuerte den Gedanken daß der König unter Beseitigung der Cabinetsregierung mit seinen Ministern arbeiten solle, und empfahl Hardenberg für die Leitung des auswärtigen Angelegenheiten. Diese eindringliche und vortreffliche Denkschrift machte auf den König einigen Eindruck; er entschloß sich wenigstens etwas halbes zu thun, und ließ durch Beyme den Plan zu einer Vereinigung der drei wichtigsten Minister in einer Conferenz entwerfen, neben welcher jedoch das Cabinet beibehalten werden sollte (Dec. 1806). Stein verwarf das halbe Werk; „die Behauptung, sagte er, daß die Cabinetsregierung sich seit und mit dem Emporwachsen des preußischen Staates gebildet habe, und als eine der Kräfte betrachtet und geehrt werden müsse wodurch dieß große Werk des Genies, des Muths, der Ausdauer und des Glücks vollbracht worden, ist historisch falsch. Einen Staatsrath errichten und neben demselben die Cabinetsregierung als beigeordnete, im Grunde aber rivalisirende und nach Wiedererlangung ihrer vorigen Macht arbeitende Gewalt bestehen lassen, würde entweder ein zweckloses oder ein zweckwidriges System seyn. Ist es Ernst mit der Errichtung eines Staatsraths, so muß ihm sein volles Ansehen gelassen werden; soll er nur eine Form seyn, so mag er lieber nicht eingerichtet werden."

In diesem Sinn überreichten Stein, Rüchel und Hardenberg dem König ein Gutachten, worin sie das Unhaltbare der bisherigen Einrichtung wiederholt beleuchteten, und die Leitung der Geschäfte in ein compactes, kräftiges und mit dem König unmittelbar verkehrendes Cabinetsministerium gelegt wissen wollten. Hardenberg schrieb noch persönlich einen ostensibeln Brief, worin er wie Stein die Rückkehr der Achtung und des Vertrauens von der Entfernung der bisherigen Leiter abhängig machte, und erklärte: er sey „fest entschlossen die auswärtigen Angelegenheiten nicht zu übernehmen wenn jene Männer in ihren Aemtern blieben, und ein Cabinet neben dem Cabinetsministerium fortdauere. Stein stimmte damit überein, wollte ohne Hardenberg nicht an der Führung der auswärtigen Angelegenheiten sich betheiligen, und verlangte wiederholt die förmliche Entlassung von Haugwitz, Lombard und Beyme. Der König ward gereizt, und machte kein Hehl daraus daß er weder Hardenberg wolle, noch geneigt sey sich zu einer „Schlafmütze" machen zu lassen; die gewöhnliche autokratische Einbildung und Eigenwilligkeit, die man für männliche Festigkeit und Charakter auszugeben beliebt, war auch hier stärker als die unabweisbaren Forderungen welche das Wohl des Landes auferlegte. In Gemeinschaft mit Beyme ward daher ein Ministerium ausgeheckt, worin Rüchel das Kriegswesen, Stein das Innere, General Zastrow die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen sollte; Beyme blieb natürlich als Cabinetsrath. Rüchel bemerkte, es scheine ihm als wollte der König alles beim Alten lassen; Stein schrieb (20 Dec.) ein Billet an Rüchel, worin er solch' eine Combination unumwunden ablehnte. „Diese precäre Existenz, schrieb er, verhindert die Ergreifung fester und bestimmter Maßregeln, und dieses Verbinden sehr ungleichartiger Theile läßt Collisionen und wechselseitiges Bestreben den Einfluß zu untergraben, mit Gewißheit vorhersehen. Die wenig schonende und unfreundliche Art, fügte er hinzu, wie man den Staatsminister v. Hardenberg jetzt behandelt, ist nicht sehr aufmunternd für mich, um in Verhältnisse zu treten die in sich selbst schon die Principien der Auflösung und Zerstörung tragen."

Dem König scheint diese unzweideutige Sprache immer noch die Hoffnung nicht benommen zu haben eine Combination nach seinem Sinn zu Stande zu bringen, denn er ließ ihm wiederholt die neu projectirte Geschäftsordnung mittheilen; wie keine Antwort kam — Stein war krank mit einem todkranken Kinde hinter der nach Memel flüchtenden königlichen Familie zurückgeblieben — schrieb Friedrich Wilhelm an Stein einen Brief, dessen gleich ungewöhnlicher Inhalt und Ton verrieth daß die Entfremdung zwischen dem Monarchen und dem Minister nun zur offenen Erbitterung herangewachsen war. „Ich hatte, schrieb der König, ehemals Vorurtheile gegen Sie! Zwar hielt ich Sie immer für einen denkenden, talentvollen, und großer Conceptionen fähigen Mann; ich hielt Sie aber auch zugleich für excentrisch und genialisch, das heißt für einen Mann der, da er immer nur seine Meinung für die wahre hält, sich nicht zum Geschäftsmann an einem Flecke paßte wo es immerfort Berührungspunkte gibt die ihn bald verdrossen machen würden." Nach dieser Einleitung überschüttet ihn dann der König mit Vorwürfen und Anklagen, ja er läßt sich zu drohenden Aeußerungen hinreißen, die er selber bei Durchsicht des Schreibens zu streichen für gut fand. Indessen der Schluß war stark genug. „Aus allem diesem, schrieb Friedrich Wilhelm der Dritte an den Wiederhersteller der preußischen Monarchie, habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen daß ich mich leider anfänglich nicht in Ihnen geirrt habe, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspänstiger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt das Beste des Staats vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt. Dergleichen Staatsbeamte sind aber gerade diejenigen deren Verfahrungsart am allernachtheiligsten und gefährlichsten für die Zusammenhaltung des Ganzen wirkt. Es thut mir wahrlich wehe daß Sie mich in den Fall gesetzt haben so klar und deutlich zu Ihnen reden zu müssen. Da Sie indessen vorgeben ein wahrheitsliebender Mann zu seyn, habe ich Ihnen auf gut Deutsch meine Meinung gesagt, indem ich noch hinzufügen muß daß, wenn Sie nicht Ihr respectwidriges und unanständiges Benehmen zu ändern willens

find, der Staat keine große Rechnung auf Ihre fernern Dienste machen kann."

Stein empfing den Brief (3 Januar 1807) in dem Augenblick wo er sich gerüstet hatte die beschwerliche Reise nach Memel anzutreten; er schrieb sogleich eine Antwort, worin er mit energischer Kürze und mit Beziehung auf die Schlußstelle des königlichen Schreibens um seine Entlassung bat. Der König erwiederte am folgenden Tage: „Da der Hr. Baron v. Stein unterm gestrigen Dato sein eignes Urtheil fällt, so weiß ich nichts hinzuzusetzen." Eine förmliche Entlassung ertheilte man ihm nicht einmal, sondern ließ sein Gesuch darum unbeantwortet. Es war sehr erklärlich daß der tiefgekränkte Mann im ersten Augenblick daran dachte alle Actenstücke welche den Bruch herbeigeführt hatten, zu veröffentlichen, und damit die Clique, der er geopfert worden war, an den Pranger zu stellen. Sollte man mich, schrieb er an Niebuhr, einst wieder bedürfen, so werde ich mir wenigstens eine Garantie gegen unanständige Behandlung ausbedingen, und voraussetzen daß die oberste Leitung der Geschäfte in die Hände verständiger, schätzbarer Männer gelegt werde. In Preußen zu bleiben fühlte er keine Lust; es war ihm namentlich unerträglich in der Nähe des geflüchteten Hofes zu bleiben, „weil man immerfort eine Menge Dinge hörte die wegen ihrer Gemeinheit lächerlich und wegen der Folgen betrübend waren." Eine große Genugthuung bereiteten ihm freilich die ergreifenden Beweise der Achtung und Sympathie womit sich gerade jetzt die Besten und Tüchtigsten ihm näherten; er konnte daraus ersehen daß, ungeachtet der königlichen Ungnade, alle Patrioten bereits in ihm die letzte Hoffnung einer glücklicheren Wiederherstellung sahen.

Er ging nach Nassau, so sehr seine Gesundheit erschüttert war, geistig ungebeugt und mit Entwürfen, wie man neu aufbauen und bessern könne, unablässig beschäftigt. „Ich glaube, schrieb er damals an Hardenberg, daß es wichtig ist die Fesseln zu brechen wodurch die Bureaukratie den Aufschwung der menschlichen Thätigkeiten hindert; man muß diesen Geist der Habsucht, des schmutzigen Vortheils zerstören, diese Anhänglichkeit an den Mechanismus welchem diese Regierungsform unterworfen ist. Die Nation muß daran gewöhnt werden ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus diesem Zustande der Kindheit herauszutreten, worin eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten möchte." Damals schrieb er einen Entwurf „über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-Finanz- und Polizeibehörden in der preußischen Monarchie", worin er noch rückhaltsloser mit seinen leitenden Ideen hervortrat, den Kampf gegen die Bureaukratie von neuem aufnahm und auf den Uebergang zu einer volksthümlichen Selbstregierung vorbereitete. Er hoffte den „Formenkram und Dienstmechanismus" in den Collegien durch Aufnahme von Menschen aus dem Gewirre des praktischen Lebens zertrümmert zu sehen, auf daß an dessen Stelle ein lebendiger, feststrebender schaffender Geist trete und ein aus der Fülle der Natur genommener Reichthum von Ansichten und Gefühlen. So entwarf er Plane der Reorganisation in einem Augenblick wo man ihn undankbar verstoßen hatte; selbst sein natürlicher Stolz und das gerechte Gefühl erlittenen Unrechts waren nicht so mächtig in ihm daß er, wie das nachgeborne schwächere Geschlecht, nun von der Sorge für das gemeinsame Wohl, verletzt und empfindlich, sich abgewandt hätte. Auch in dem freiwillig gewählten Exil zu Nassau lebte Stein nur für den Staat welchem seine Jugendliebe und seine Manneskraft angehört hatte, und er überlegte die künftige Besetzung der wichtigsten Stellen falls er wieder in die Verwaltung zurücktreten sollte. Jenem Plan den er im Junius 1807 entwarf waren darüber Andeutungen beigefügt; sich selbst behielt er die Finanzen vor; von den bisherigen Ministern waren es Angern, Schrötter, Voß, Reden, Hardenberg, unter denen er für die bedeutendsten Zweige der Verwaltung wählen wollte; Humboldt sollte den öffentlichen Unterricht übernehmen.

Lange war es ihm nicht vergönnt in der Zurückgezogenheit zu Nassau zu leben; erst kamen an ihn sehr dringende und sehr ehrenvolle russische Anerbieten, dann ging man am preußischen Hof in sich, und zeigte sich bereit durch die Rückberufung des schwer Beleidigten ein pater peccavi abzulegen. Der Ausgang des Kriegs, der Friede zu Tilsit hatte das Maß der Politik gefüllt die der König noch auf der Flucht nach Memel nicht hatte aufgeben wollen; er griff jetzt zunächst zu Hardenberg zurück, aber Napoleons Einsprache hinderte dessen Eintritt in die Geschäfte. Als sich der König dahin äußerte er könne Hardenberg, diesen erfahrnen Geschäftsmann, nicht entbehren, soll Napoleon erwiedert haben: **prenez le baron de Stein, c'est un homme d'esprit** — und durch eine der großartigsten Ironien des Schicksals ward Stein auf Napoleons Veranlassung in das Ministerium zurückberufen! Die dringenden und bittenden Briefe Hardenbergs, der Prinzessin Luise, Niebuhrs und anderer schlugen jede Erinnerung an das erlittene Unrecht nieder; jetzt bedurfte man seiner und alle Besseren zählten auf ihn — da war er in seinem Entschlusse nicht zweifelhaft. Obwohl ihn die Tilsiter Nachrichten aufs Krankenbett geworfen hatten, dictirte er doch ungesäumt einen Brief, worin er der Aufforderung ohne Beding Folge leistete. In diesem Augenblick des allgemeinen Unglücks, schrieb er an den König (Aug. 1807), wäre es sehr unmoralisch seine eigne Persönlichkeit in Anrechnung zu bringen, um so mehr da Ew. Majestät selbst einen so hohen Beweis von Standhaftigkeit geben.

Mit diesem Augenblick beginnt eine neue Periode in Steins Leben, die uns Pertz in dem folgenden Bande schildern wird. Mit der Hoffnung daß dieser nicht zu lange wird auf sich warten lassen, können wir nur den lebhaften Wunsch verbinden daß ein solcher Mann und ein solches Buch allerwärts in Deutschland die liebevolle Theilnahme finden mögen die beide verdienen. Wahr ist es was der Herausgeber im Eingang bemerkt hatte: es gibt einen Augenblick wo die reife Frucht gebrochen werden muß — wir halten es für eine günstige Fügung daß sie gerade in unsern Tagen gebrochen worden ist. Des Lobes bedürfen solche Leistungen nicht; in dem fruchtbaren Erfolg liegt ihr bester Preis. Zu lange haben wir, auch hierin unterschieden von politischen Völkern, die wenigen staatsmännischen Größen die wir besitzen mit dem kleinen Maßstab der Parteiansicht und Parteidoctrin gemessen, und während in andern Ländern bei dem dankbaren Gedächtniß an wahre Größe und wahres Verdienst die Parteien schweigen, muß sich bei uns selbst die historische Erinnerung an das Größte und Beste erst durch Kleinstädterei und Parteivorurtheil hindurchringen. Machen wir ein Ende damit, und fangen wir mit Stein an an unserm Besten uns zu erziehen und aufzurichten, statt wie an kleinem zu deuteln und zu mäkeln!

Wiener Briefe.

III.

O. Das erste Erblicken der Stephanskirche ist wohl für jeden Fremden ein Moment voller Eindruck und Ueberraschung gewesen, vorzüglich wenn er über den „Stock im Eisen"-Platz gekommen. Dort münden nämlich die vollen Adern des Verkehrs und vertheilen sich in drei Hauptstraßen der Stadt nach dem Kärnthner-, Rothenthurm- und Burgthor. Auf den wenigen Quadratschuhen des kleinen Platzes begegnet sich am lebhaftesten das geschäftige und geschäftslose Wien aus Stadt und Vorstädten. Als natürliche Folge hat auch hier und in nächster Nähe der Luxus seine kostbaren und prächtigen Magazine angelegt. Stattliche Wagen mit Bedienten in Staatskleidern und bescheidenere Fiaker kreuzen sich im Fluge, während an den Häusern hin Wiens schöne und nichtschöne, geputzte und ungeputzte Welt sich durcheinander bewegt: Augen die gesucht werden und entzünden wollen, und kecke Lorgnetten welche suchen und entbrennen möchten, zarte Spitzenschleier und lackirte Stiefel, schleppende Seidengewande und leichtsinnig kurze Spazierstöcke. Mitten und über dieser profanen Eleganz aber ragt in ehrwürdiger Ruhe das unerschütterte Gemäuer von St. Stephan, die Thurmspitze im grauen Nebel begraben. Geht man erst weiter den Domplatz hinab, so kommt man an der Westseite der Kirche, dem alten Bau Heinrichs Jasomirgott, vorüber. Sieben Jahrhunderte schon dauerten diese Mauern; die Namen der Erbauer welche dem großen Herzog von Oesterreich dienstbar waren, sind verschollen, die Menschen und Gedanken welche sich regten um den Steinen Gestalt zu geben und ihre Fügung zu ersinnen, längst als Atome aufgelöst, wurden ein Spiel der Winde und von der Natur zu neuen Zwecken wieder eingefangen, nur das gefühllose Ding welches der Mensch zur Hülfe gerufen ihm eine Form und mit ihr ein bleibendes Merkmal seiner selbst aufzudrücken, nur die Steine haben das Gedächtniß der Menschennamen überdauert, stille regungslose Zeugen der Geschlechter und ihrer wechselnden Schicksale. Und so schauen sie noch heute herunter auf das Fluthen und Drängen der wichtigen Leutchen mit ihren hohen Erwartungen und wohlfeiler Zufriedenheit, ihren selbstempfundenen Herrlichkeiten und demüthigenden Begierden, ihrem peinigenden Ehrgeiz und Entzücken über eine Bandschleife, ihrer herausfordernden Vornehmheit und ihrem Bewußtseyn blankgeputzter Stiefel. So treibt sich die Welt tagtäglich an den wetterverachtenden Thürmen gedankenlos vorüber, die letzten Geschlechter haben es ebenso und die früheren nicht besser gemacht. Nur die Moden wechseln, und am Ende ist es gleichgültig wer da unten vorbeigeht. Ja, wenn so ein Thurm von Jugend auf nicht ein so ernsthaftes Geschöpf wäre, er hätte sich längst schon schadhaft gelacht!

Der Stephansdom ist keineswegs so vollendet herrlich wie der Kölner, oder so majestätisch wie der Straßburger, noch so rein und zierlich wie der Freiburger, aber es ist eines der ehrenvollsten Denkmale unserer berühmten nationalen Kunst. Auch war es ein glückliches Zusammentreffen daß dieser würdige Bau zur Zeit entstand wo im benachbarten Staate der größte böhmische Fürst, Kaiser Karl IV, das alte Prag mit Schmuck und Schätzen bedachte, um es zur Stadt des Ostens zu machen

Hier an der Donau verkehrten die Deutschen mit den Völkern die ostwärts wohnen, und gerade hier in den Fluren des Nibelungenliedes richtete man den weitschauenden Thurm auf, gleichsam den fremden culturarmen Völkern zur Bewunderung und sich selbst eine Mahnung an die angebornen hohen Gaben. Nur wer es erlebte erst in reifen Jahren ein gothisches Bauwerk erblickt zu haben, kennt die ganze überraschende Wirkung, die Gewalt des Eindrucks und die tiefen Schauer jener Kunst, welche der bildnerische Sinn so rasch wieder verlernte; denn auch im Großen und bei ganzen Völkern muß der Augenblick günstig seyn wo sie fähig sind das Schöne festzuhalten: es entschlüpft uns so leicht, und dann entschlüpfte es für immer. Bei aller sonstigen Trübsal und Armuth sind wir Deutschen doch reich und glücklich daß wir solche herrliche Reste besitzen und für die Herrlichkeit noch frisch empfänglich sind. Wem ist das erste Staunen nicht unvergeßlich! Da standen wir stumm vor dem was der Mensch seine Schöpfung nennt, alle Leidenschaft erlosch, selbst die Außenwelt schien den Athem lautlos festzuhalten, und im Betrachten kam die große Ruhe des vollendeten Werkes in das kleine eigensinnige Herz. Manchen wurde damit auch ein Kinderwunsch erfüllt: daß er doch, wie in den schönen Zeiten der Sagen, seinen eigenen unbekannten Vorfahr an das Tageslicht beschwören könnte, damit er sich über Erlebtes verantworte. Denn war es nicht als ob der Geist und der bessere Geist der Vorzeit durch irgendeinen Zauber aus der Gruft mit dem Zurufe gesprungen wäre: da bin ich, Enkel, und mustre mich! Nur allmählich kommen wir dann aus dem lähmenden Staunen zu dem klaren Bewußtseyn unseres Eindruckes. Nicht diese oder jene Form der Pfeiler und Bogen, nicht das einfache Maß großer Verhältnisse, nicht die Mannichfaltigkeit der Zierrath welche die Natur an Phantasie überbieten möchte, nicht einmal das streng bewahrte Kunstgesetz welches die Theile zum verständigen Ganzen fügte, sondern durch alles dieses zusammen bewegte uns der ernste Gedanke, der, zierlich und würdig, innerhalb der Naturgesetze frei, sich in die reine Luft hinaufrang. Erst dann entdeckten wir an Brüstung und Gesims, an den Thürmchen, Spitzen, Winkeln, Bogen und Ecken die Gnomen und neckischen Geister, die Drachen, Einhörner, Fledermäuse, Hundsköpfe, Elfen und Zwerge der alten deutschen Märchenwelt. Da ist das lustige Heidenthum, das hohe und niedere Hofgesinde der Märchen beisammen — alle drohenden Ungeheuer welche die Laune des Windes aus den nordischen Nebeln gestaltete, oder die verzwickten Gesichte welche dem Jäger im Traum erschienen, wenn er während des Tages über die knorrigen Wurzeln der Eichen gestolpert, oder zwischen phantastischen Baumgruppen des Mittags geruht. Warf er sich dann müde und ärgerlich auf das nächtliche Lager, dann ließ ihn der gefällige Traumgott das Edelwild sehen das ihm entgangen, aber auch die tausend Fratzen in der Eichenrinde, unhöfliche Geschöpfe die ihre hölzernen Köpfe aus den Ritzen und aus den Mäulern die Zunge garstig hervorstreckten um sein Ungeschick zu verspotten. Ach, die alte heimliche Märchenwelt, alle unsere foppenden Gespenster sind zu Stein geworden und Zierrath einer schlanken Säule! Nicht am Boden haftete der Deutsche, sein Gedanke hebt ihn höher und höher, nirgends ein Abschluß, alles nur Stufe zu einem höheren Aufschwung, denn seinen Gott, den ihn das Christenthum lehrte, suchte er hoch in den Lüften, und da ihm der trostlose Stein nicht auf den Weg nach oben folgen wollte, hat er seine Thürme gebaut, daß sie wenigstens den Weg nach oben zeigten. Denn das Charakteristische der deutschen Baukunst liegt gewiß nicht sonderlich in den spitzen Bogen, sondern in der absichtlichen Häufung senkrechter Parallelen. Ueberall sehen wir ein ängstliches Vermeiden, ja Verstecken großer wagerechter Linien, welche uns immer an das irdisch drückende Gesetz der Schwere erinnern könnten, während die senkrechte Parallele bis ins Unendliche reicht, ohne sich je zu berühren. Vielleicht scheint deßhalb auch die Nordseite der schönste Theil von St. Stephan. Dort steht nämlich der zweite nur bis zum Dachstuhl vollendete Thurm, und wir werden auch nicht von profanen Buden gestört welche das rücksichtslose Bedürfniß auf der andern Seite am Fuße der schönen gothischen Linien mit Schwalbenkunst angeklebt hat. Es liegt ein eigener Reiz in den abgebrochenen Stücken eines gothischen Bauwerks, und jene Ruine ist fast anziehender als der vollendete Thurm. Denn auch an diesen unvollendeten gerade aufstrebenden Linien haftet der gothische Zauber: immer hinauf muß es eilen, niemals führen die Parallelen das Auge abwärts, und wenn wir zu der Höhe kommen wo das Schicksal den Baumeister überraschte, da haben wir ein Sinnbild unseres eigenen löblichen oder strafbaren Sehnens nach etwas Unerreichbarem. Die Gedanken des Deutschen waren ja immer größer als seine Werke, und das Hohe zu unternehmen fehlte es ihm nie an Muth. Für Kleines, Mögliches, rasch Gedachtes und rasch Vollführtes hatten wir keinen Sinn. Gleich in die Wolken hinein griff unser Geist, und von Wirthschaft verstanden wir vollends nichts; denn kaum hatten wir Quadersteine in ehrbarer Zahl auf dem Platz ein Thor, einen Brunnen oder ein bescheidenes Gotteshaus zu bauen, so faßten wir gleich den Plan zu einer ewigen Pyramide, und hinterließen unsern Erben nur die bösen Baukosten und eine merkwürdige Ruine.

Auch an etwas anderes noch mahnt uns das schöne Denkmal von St. Stephan, verdanken wir es doch dem Christenthum wie es die Germanen aufgefaßt und durch Beseelung des Steins zu versinnlichen strebten. Das germanische Christenthum hat hier Stand gehalten gegen die schonungslosen Horden der Steppe und gegen den Schlachtentrotz des Islams. Das ist nichts neues, aber ich sollte daran mitten in der Weltlichkeit Wiens auf eine eigene Weise erinnert werden. Es war in einer kalten Novembernacht als ich über den Stephansplatz nach Hause ging. Da es 11 Uhr schon lange geschlagen, brannten die Laternen in leeren stillen Straßen. Ein seltsamer Anblick Wien erleuchtet zu sehen und nirgends einen Menschen; mir kommt es immer vor wie ein stummer Palast, wo man die ganze Nacht hindurch Kerzen in den Zimmern hütet, weil im letzten der gnädige Herr kalt und ausgestreckt im erhöhten Sarg liegt. Nur an der Süd- und Ostseite des Doms dämmerte es merklich, und als ich dort vorbeikam, bemerkte ich ein Weib das sich vor einem Gnadenbild auf die kalten Steine niedergeworfen hatte, und ein lautes Gebet sprach. Wie Schauer rieselte es mir durch die Seele, denn der Gottesdienst unter freiem Himmel tief in der Nacht bei strenger Kälte war mir neu, obgleich ich schon längere Zeit in katholischen Ländern gelebt. Später habe ich an derselben Stelle und mitunter noch später Betende knieen gesehen, und jetzt weiß ich selbst nicht warum ich damals so erschrak. Vielleicht lag das Unheimliche in dem Gegensatz, denn ich hatte auf dem Heimweg das Bild einer lustigen Stadt im Herzen, wo man dem Frohsinn Altäre bekränzt, heiter genießt und sich, glücklich im zufriedenen Besitz, über alles leicht zu trösten versteht was man nicht besitzt. Und wenn ich es heute überlege, so fand ich mit großem Unrecht damals seltsam wenn die suchende Seele der späten Stunde, der Straßenöde, der nächtlichen Schatten und des starren Kissens nicht achtete, um vor den Steinen zu knieen welche die Erlösung bedeuten. Wie achtlos ist doch unsere Jugend dem eigenen irrenden Verständniß überlassen! Voller Begriffe, welche für uns noch ohne Fleisch und Blut sind, weil sie nicht nach der Erfahrung entstanden, gehen wir hinaus auf die Hochschule und erfassen begierig alle Lehren welche unserm Verstand ein höheres Selbsterkennen vorschmeicheln. Wie vornehm dünken wir uns dann, wenn wir das erstemal sprechen: wir glauben nichts mehr! Das Glauben überhaupt erscheint uns wie ein pöbelhafter Jammer, und wir bemitleiden oder verachten herzlich, je nach dem Maß unserer Gutmüthigkeit, das dürftige Menschenvolk, weil es vor den eigen ausgebrüteten Gespenstern sich fürchte oder den Göttern ihrer allerhöchsten Phantasie die Kniee beuge.*) Damit soll das Zweifeln nicht verboten werden, denn der Mensch der nie zweifelte, hat auch nie erkannt. Aber der kleinen verneinenden Geister sind jetzt Schaaren, und sie bemächtigen sich der Mode. Wie manchen Jüngling, wenn er von der Hochschule heimkehrt, kann der Geisterchor begleiten:

Weh, weh,
Du hast sie zerstört
Die schöne Welt!

Die schöne Welt welche nun ins Nichts hinübergetragen wird! Denn auf wie wenige der kleinen Herenmeister paßt die folgende Strophe:

Mächtiger
Der Erdensöhne,
Prächtiger
Baue sie wieder,
In deinem Busen baue sie auf.

Wir warten noch immer auf den großen Reformator aus der Jüngerschaar neuer Philosophie. Und unterdessen liegt die schöne Welt umgestürzt, zwischen den Scherben wuchert's und das kleine Vieh grast darüber mit Lust und macht unanständige Sprünge. So wird ihnen der Staat welcher Verbrechen straft zum Hochverrath gegen die menschliche Freiheit des straflosen Wollens und Lassens, und Religion — welche Gefühle und Gedanken zum besseren Begreifen in irdische Hüllen kleidet und ihnen das frische unsern Sinnen allein verständliche Leben einhaucht — ein Frevel an der Herren eigener Logik. Es ist kein Heiliger der das schreibt, im Gegentheil eine recht eingefleischte Seele, aber wenn ich manches überdenke was ich erlebte, so ekelt's mich innerlich vor dem überhandgenommenen Bettelhochmuth, welcher alles was er nicht begreift, unter das Unbegreifliche wirft. Es könnte einen jammern wenn man in die Seelen jetzt hineinsieht und nur Geistesöde findet, wo kein Gräschen mehr wächst. Papist oder Protestant, Türke oder Grieche, Jude oder Heide, jeder ist mir lieber, denn er hat doch ein paar sichere Pfennige in der Tasche, dort aber wächst der Geldstolz, je notorischer der Bankerott wird.

*) Der Hr. Magister ist eine Person, Gott ist keine. Goethe.

Genf und seine Festungswerke.

*† **Genf**, 12 Dec. Wir fallen aus einer aufregenden Frage in die andere. Gerade vor einem Monat war es die neue Volkswahl des Staatsraths, bei der es den Conservativen so schlimm ging, jetzt ist es die erneute Frage: ob Genf gegen Willen und Ueberzeugung fortfahren muß Festung zu bleiben, oder ob es seine unnützen Fortificationen nach anderer Schweizerstädte Beispiel abtragen kann oder nicht? Wir sagen die erneute Frage, denn schon vor Jahren unter der vorigen Regierung wurde darüber viel im Repräsentativrath discutirt, aber nach des Generals Dufour sachkundigem Urtheil immer für die Beibehaltung der Festungswerke gestimmt. Damals wurde dieser conservative Beschluß den in der Stadt häuserbesitzenden Repräsentativräthen von der alten Opposition zum Vorwurf gemacht. Man gab ihnen Schuld sie stimmten nur für die Beibehaltung der Festungswerke um so die Erweiterung der Stadt, die Vermehrung ihrer Häuser zu verhindern, um den hohen Preis ihrer Häuser und die bedeutenden Miethzinse festzuhalten. Dieser Vorwurf war unverdient, und die Regierung wendete ihn auf indirecte Art von sich ab, indem sie das wahrhaft Drückende des Festungszustandes, die beengende nächtliche Thorsperre aufhob. Durch diese liberale Maßregel wurde sogleich die Anlage einer Menge Häuser dicht und entfernt vor den Thoren möglich, die Anlage einer neuen Stadt. Der Werth der Stadthäuser und ihre Miethen sanken nun bedeutend. Die Erweiterung Genfs ist daher seit jener Thoreröffnung nicht mehr durch Abtragung der Festungswerke bedingt. Sie sind auch bei ihrer Einseitigkeit und Mangelhaftigkeit auf jeden Fall nur ein ungewisser Schutz, bei dem selbst Sachkenner und Kunstverständige nur auf eine ganz kurze Vertheidigung gegen einen Handstreich und auf sicheres Herbeieilen eines helfenden entsetzenden Freundes oder Bundesgenossen rechnen. Diese Festungswerke, zu deren genügender Vertheidigung überdieß eine bedeutende Besatzung mit zahlreicher Artillerie gehörte, wurden zumal in Folge der Reformation und der Escalade (1602) gegen das mächtige Haus Savoyen, Genfs erbitterten Hauptfeind im Osten, Südosten und Süden der Stadt, angelegt oder erweitert, dagegen im Westen und Nordwesten gegen Frankreich und die Schweiz hin sehr vernachlässigt, weil man von da keine Gefahr befürchtete. Vor elf Jahren, als (1838) das königliche Frankreich die Schweiz wegen des jetzigen französischen Republikpräsidenten Louis Bonaparte bedrohte und bei Genf hereinzubrechen meinte, waren wir gerade wegen der Frankreich zugewendeten westlichen Festungswerke in großer Verlegenheit, denn an der Lyoner Straße von dem nahen St. Jean her wird die Stadt ganz beherrscht, und es ist da als Befestigung nur ein trockner ungefähr fünfundzwanzig Fuß breiter Graben und dahinter ein geringes leicht zu ersteigendes oder zusammenzuschießendes Mauerwerk vorhanden. Auch alle übrigen Werke gewähren nur geringen Schutz und werden östlich, südlich und nördlich von Anhöhen beherrscht. Es ist daher sehr natürlich, daß die jetzige Regierung vor kurzem das gänzliche Aufhören dieses unnützen und lächerlichen, überdieß in der Unterhaltung sehr kostspieligen Festungszustands beschlossen hat, zumal der Verkauf des bedeutenden Festungsraums unsern durch die Umstände zerrütteten Finanzen wieder aufhelfen kann. Nun aber tritt das schweizerische Conseil National auf und behauptet die Genfer Regierung habe gegen Art. 21 der Schweizer Constitution die Abtragung ihrer Festungswerke beschlossen, worüber allein die Bundesbehörden zu entscheiden hätten, der Bund habe daher volles Recht und Interesse dafür zu sorgen daß Genf Gränzfestung bleibe. In diesem Sinn war vor kurzem die Abstimmung des Nationalraths mit 46 gegen 33 Stimmen für die Beibehaltung der Genfer Festungswerke und für die Theilnahme des Bundes an deren Unterhaltungskosten. Es ist wahrscheinlich daß der Staatenrath diesen Beschluß bestätigen wird. Dadurch käme die Genfer Regierung in große Finanzverlegenheit, denn womit sollte sie die außerordentlichen Ausgaben für die Opfer aller Art decken die der Kanton bringen mußte um der Schweiz die gesetzliche Majorität der zwölf Stimmen zum Krieg gegen den Sonderbund zu verschaffen, ferner für die großen Ausgaben in den Jahren 1848 und 1849, wo hier Industrie und Handel ganz darniederlagen und für viele hundert einheimische und fremde brodlose Arbeiter gesorgt werden mußte? Die Einwohner selbst aber gewännen keineswegs durch die Beibehaltung dieser unnützen Festungswerke, zumal die Regierung beim Aufgeben dieses Systems und bei dem Verkauf der Räume wohl klug genug seyn wird die dem Publicum liebgewordenen Anlagen im Innern der Stadt, z. B. den botanischen Garten und die anliegenden schönen Spaziergänge u. s. w. zu schonen. Genf hat jetzt wohl nur von Frankreich Angriff und Berennung zu fürchten, geschähe diese aber, wie vorauszusehen, von einem zahlreichen Belagerungscorps, so dürften die nur von einer Seite zum Entsatz herbeieilenden Bundesgenossen nicht schnell genug durch das feindliche Corps dringen können um die Einnahme der schlechtbefestigten Stadt zu hindern.

△ **Salzburg**, im Dec. 1849. Da Sie gern jeder neuen wichtigen Erfindung die Spalten in Ihrem geschätzten und weitverbreiteten Blatte öffnen, so hoffen wir daß Sie nachstehende Mittheilung um so lieber aufnehmen werden, als dieselbe die Erfindung einer neuen, sehr einfach und zweckmäßig construirten Buchdruckerpresse betrifft. Herr Philipp Kaltenleitner, Buchdrucker in der F. X. Duyle'schen Buchdruckerei in Salzburg, ersann und baute eine Presse welche durch ihre einfache, dauerhafte und so viele Vortheile vereinigende Construction die allgemeine Beachtung verdient. Diese Handpresse zeichnet sich vor allen andern durch Räumlichkeit, Schnelligkeit und wenige Kraftanwendung aus, indem das Aus- und Einfahren des sogenannten Karrens, sowie das Ziehen des Bengels wegfällt und ein leichter Kurbeldruck die geforderte Kraft hinlänglich bewirkt; dabei kömmt dieselbe beinahe um ein Drittheil billiger zu stehen als die einfachsten eisernen Pressen. — Bereits wurden unter Beiziehung von 20 Kunstgenossen mittelst des ganz hölzernen kleinen Modells die schönsten Abdrücke geliefert und die allgemeine Zweckmäßigkeit belobend anerkannt. Gegenwärtig baut der Erfinder an einer großen (Imperial-) Presse und wird sie nächstens zum Guß befördern; das Resultat derselben soll nach deren Vollendung sogleich bekannt gegeben werden. Herr Kaltenleitner beabsichtigt auf diesen wichtigen Mechanismus Privilegien zu nehmen, und wir glauben ihm zahlreiche Bestellungen in der Folge versprechen zu dürfen.

---

[333] In Unterzeichnetem sind so eben erschienen:

Bilder aus dem Soldatenleben im Kriege

von

F. W. Hackländer.

Mit dem Bildniß des Feldmarschalls Radetzky.

8. brosch. Preis 1 fl. 45 kr. oder 1 Rthlr.

Inhalt.

Feldzug in Italien 1849. — Nach Mailand. — Aufkündigung des Waffenstillstandes. — Vater Radetzky. — Vorbereitungen zum Feldzug. — Manifest des Feldmarschalls. — Ausmarsch. St. Angelo. — Der Feldmarschall und sein Hauptquartier. — Torre bianca. — Pavia. — Trumello. — Mortara. — Borgo Lavezzaro. — Die Schlacht bei Novara. — Vespolate. — Zusammenkunft mit dem König von Sardinien. — Schlachtbericht. — Die piemontesische Armee und ihre Operationen. — Novara. — St. Rosalia. — Straßenleben. Deputationen. — Im Hauptquartier nach dem Feldzuge. — Rückkehr.

Stuttgart und Tübingen, December 1849. **J. G. Cotta'scher Verlag.**

(4757) Bei G. Franz in München ist eingetroffen und zu haben:

Cattaneo, C., della insurrezione di Milano nel 1848 e della successiva guerra. Memorie. 8. 1 fl. 30 kr.

Inhalt: 1) Antecidenti fino al 1847. 2) La Dimostrazione. 3) Prima ostilità. 4) La sollevazione. 5) Il consiglio di guerra. 6) Il comitato di guerra. 7) La politica di Carlo Alberto. 8) Il governo provvisorio. 9) Gli oppositori. 10) L'esercito del rè 11) La guerra. 12) La consegna di Milano. 13) Carollari.

Der Verfasser dieser Schrift, welche in wenig Monaten eine Aufnahme fand daß mehrere Auflagen nöthig wurden, schöpfte aus den Acten der provisorischen Regierung, aus ungedruckten Documenten, benützte viele persönliche Mittheilungen u. s. w. und liefert Aufklärungen über die strategischen Vorausiezungen des General Hülsen, sowie die herrschende Stimmung über die Politik und den Krieg Italiens. Sie dürfte daher auch in Deutschland als ein schätzbarer Beitrag zur Geschichte jener Zeit und ihrer Ereignisse aufgenommen werden.

(4767) Soeben ist in der F. Trautwein'schen Buch- und Musikhandlung (J. Guttentag) in Berlin, Leipziger Straße Nr. 73, erschienen:

Deuxième Portefeuille de Musique

MORCEAUX DE SALON

pour le Piano par

op. 51. **Théodore Kullak.** Pr. 2 Rthlr. 25 Sgr.

Daraus einzeln: Nr. I. La belle Madelaine, Nocturne 15 Sgr. Nr. II. 3 Jägerlieder 22½ Sgr. Nr. III. Au bord de la mer, Romance 15 Sgr. Nr. IV. Scherzo 17½ Sgr. Nr. V. Saltarello 22½ Sgr.

Bei der Theilnahme welche das erste Portefeuille, wie auch andere Compositionen dieses Autors, namentlich La Gazelle und Rayons et ombres etc. etc. gefunden haben, glaubt die Verlagshandlung sich auf die Andeutung daß die eben angezeigten Stücke nicht zu den schwer ausführbaren zu rechnen sind, beschränken zu können.

[4849] Pränumerations-Einladung auf die Zeitschrift

Der Liedertafler.

Ein Organ für die Interessen der deutschen Gesangsvereine.

Vom Neuenjahr an erscheint diese Zeitschrift monatlich in 2 Nummern, am 1. und 15. ein halber Bogen in Quart und eine Musikbeilage.

Man pränumerirt bei allen Postämtern und in Salzburg bei der Redaction mit 1 fl. 48 kr. C.-M. halbjährig, mit freier Zusendung durch die Post mit 2 fl. 3 kr. C.-M. halbjährig. Den Debit für den Buchhandel übernimmt die Duyle'sche Buchhandlung in Salzburg. — Salzburg im Dec. 1849.

Redacteur u. Herausgeber **Wolfgang Passer**,
obere Griesgasse No. 291. 3. Stock.

Bestellbriefe mit Pränumerationsgeld bittet man mit „Zeitungsgeld für den Liedertafler" zu bezeichnen.

Chöre und Quartetten für den 4stimmigen Männergesang

gedichtet und in Musik gesetzt von **Wolfg. Passer.**

12 Nummern in monatlichen Lieferungen, in Auflagstimmen. Pränumerationspreis für je vier Nummern 1 fl. C.-M. Man pränumerirt in Salzburg bei der Redaction des „Liedertafler."

(4879) **Subscriptions-Einladung.**

Das zur rühmlichst bekannten großen **Palästinakarte Dr. Beiling's** mit Figuren und Texten verfaßte Werk:

„Der Führer durch's heilige Land,"

eine historisch-geographische Beschreibung Palästina's mit einem Anhange des häuslichen, religiösen und politischen Lebens des jüdischen Volkes von Director Smitter, ehemals Theologie-Professor in Freysing, erscheint in 4 Heften, mit betreffenden Abbildungen, à 30 kr. Da in dieser Zusammenfassung zur richtigen Erkenntniß der biblischen Geschichte noch kein Werk existirt, dürfte einem allgemeinen Bedürfnisse wie dem Wunsche der Freunde der biblischen Thatsachen und insbesondere dem der Eltern und Jugendlehrer damit entgegengekommen seyn. Man subscribirt portofrei in der Schreibmaterialienhandlung des Herrn Doll in München, Weinstraße Nr. 18. und in der Wohnung der Wittwe des Verfassers, Glückstraße Nr. 5/0. Ebenso erscheint die zweite verbesserte Auflage der berühmten Karte.

(4892) Im Verlage der Dyk'schen Buchhandlung in Leipzig sind neu erschienen:

Danzel, Dr. Th. W., **Gotthold Ephraim Lessing**, sein Leben und seine Werke. Nebst einigen Nachträgen zur Lachmann'schen Ausgabe. 1. Band. gr. 8. geh. 3 Thlr. 25 Ngr.

Gioberti, V., der moderne Jesuitismus. Teutsch bearbeitet von J. Cornet. 3. u. letzter Band. Nebst einem Register über alle 3 Bände dieses reichhaltigen Werkes. gr. 8. geh. 2 Thlr. Band I u. II erschienen im Jahre 1848 und kosten 3 Thlr.

***Layard, A. H.**, Niniveh und seine Ueberreste. Nebst einem Berichte über einen Besuch bei den chaldäischen Christen in Kurdistan und den Jesidi oder Teufelsanbetern; sowie einer Untersuchung über die Sitten und Künste der alten Assyrier.* Teutsch von Dr. N. N. W. Meissner. Mit 94 Illustrationen, 6 Plänen und 1 Karte. gr. 8. geh. 6 Thlr.

Layard's geistreiches Werk bedarf wohl keiner Empfehlung, seine Nachrichten über die in der Bibel so oft erwähnte verlorne Stadt, die Beschreibung seiner Reise zu den Jezidi und nestorianischen Chaldäern sind so höchst interessant dass das Buch in der Büchersammlung keines Gebildeten fehlen sollte, auch eignet es sich zu einem schönen Weihnachtsgeschenk für die herangewachsene Jugend.

Thesaurus commentationum selectarum et antiquiorum et recentiorum illustrandis antiquitatibus christianis inservientium. Recudi curavit, praefatus est, appendicem literariam et indices adjecit M. **J. E. Volbeding.** Tomi secundi pars posterior. gr. 8. geh. 1 Thlr. 3 Sgr.

Hiervon kostet Band I. 1. 2. II. 1. 3 Thlr. 9 Sgr.

Volbeding, J. E., Index dissertationum, programmatum et libellorum quibus singuli historiae N. T. et antiquitatum ecclesiasticarum loci illustrantur. gr. 8. geh. 1 Thlr. 15 Ngr.

[4802—4]

Die Rheinisch-Westphälische Zeitung,

Organ der conservativen Partei für Rheinland und Westphalen,

wird auch im folgenden Jahre fortfahren vom Standpunkte des bestehenden Rechts die Ereignisse des Tages zu beurtheilen, die Interessen der beiden westlichen Provinzen des Vaterlandes vorzugsweise zu vertreten, durch zuverlässige und vielseitige Correspondenzen aus den Hauptstädten Europa's ein auf eigene Anschauung der Schreiber begründetes Urtheil über die politischen, commerciellen und sittlichen Verhältnisse zu geben, durch Handelsberichte aus London, Amsterdam und Paris das kaufmännische Publikum zu interessiren; in kirchlichen, gewerblichen und landwirthschaftlichen Berichten das Neueste und Wichtigste zu liefern, durch Feuilleton zu unterhalten und durch ein wöchentlich beigegebenes **Litteratur-Blatt** von allen wichtigeren Erscheinungen des deutschen Buchhandels urtheilend zu berichten; empfiehlt bei ihrer immer zunehmenden Verbreitung ihr Anzeigblatt zu Inseraten, und ladet hiermit zum neuen, recht zeitigen Abonnement (à Viertelj. 1 Thlr. 12½ Sgr) ein.

[4898] Aus dem Verlage von **Breitkopf u. Härtel** in **Leipzig** wird zu Festgeschenken empfohlen:

P r e d i g t e n

von

Fr. A. Wolf.

Sechs Sammlungen complet 8 Thlr.
Jede Sammlung einzeln . 2 Thlr.

L i t t e r a r i s c h e r N a c h l a ß

der Frau

Caroline v. Wolzogen.

2 Bände, Preis 3½ Thlr. Elegant gebunden 4 Thlr.

G o e t h e ' s B r i e f e
a n L e i p z i g e r F r e u n d e.

Mit 3 Bildnissen. Preis 2 Thaler.

Dr. M. Luthers geistliche Lieder.

Mit vielen Holzschnitten. Preis 5 Thlr.

Lieder-Album für die Jugend.

von

R. S c h u m a n n.

Mit Titelblatt von L. Richter. Preis 3 Thlr.

L e i p z i g, den 15 December 1849. **Breitkopf u. Härtel.**

[4318—21] Bei **Gustav Mayer** in Leipzig ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Dalmatien und Montenegro

mit einem **Ausflug nach der Herzegowina** und einer geschichtlichen Uebersicht der Schicksale Dalmatiens und Ragusa's nach Sir J. Gardener Wilkinson

bearbeitet von **W. A. Lindau.**

2 Bände. Royal-Octav mit 2 Bildnissen des Vladika von Montenegro und einer Karte von Dalmatien.

Preis 5 Rthr. — Die Karte allein 5 Ngr.

Flandrisches Album.

Stillleben, Genrebilder, Geschichte, nach dem Leben gezeichnet

von **F. v. Wolffers.**

1½ Rthr.

[4530] ☞ **Heilsame Erfindung.** ☜

Neu verbessertes

Pollutions-Verhütungs-Instrument,

dessen Verbreitung, da es, ohne im geringsten Unannehmlichkeiten oder nachtheilige Folgen herbeizuführen, keine Pollution zuläßt, — mir von der königl. hochl. Regierung zu Erfurt bewilligt worden ist, und über deren zweckmäßige einfache Einrichtung die besten Zeugnisse von der medicinischen Facultät zu Paris, sowie von mehreren Sanitäts-Behörden vorliegen. — Gegen portofreie Einsendung des Betrags erhält man Instrument nebst Gebrauchs-Anweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

1 Instrument in feinem Neusilber	mit Suspensorium	4 Rthlr. Pr. Cour.
1 „ „ „ Messing	mit Suspensorium	3 „ „ „
1 „ „ „ Holz, ohne Suspensorium . . .		2 „ „ „

H. J. Frankenheim in **Bleicherode** bei Nordhausen.

(4738—39) **Steckbrief.**

Im Monat November d. J. hat sich in hiesigen Gasthöfen der unten Signalisirte aufgehalten, welcher sich Alexander v. **Griesheim**, k. preuß. Oberforstmeister aus Berlin, nannte, übrigens nach den bisherigen Erhebungen anderwärts auch die Namen „v. Bardeleben“ und „v. Rohr“ geführt zu haben scheint.

Derselbe hat sich der Verbrechen der Urkundenfälschung und des Betruges an einem hiesigen Bankier dringend verdächtig gemacht, und da er sich von hier entfernte, so ersuche ich sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden des In- und Auslandes auf denselben Spähe zu verfügen, ihn im Falle Betretens zu verhaften und in hiesige Frohnveste einzuliefern, zugleich aber dessen Papiere mit Beschlag zu belegen und mir zu übermachen.

München, den 7 December 1849.

Der II. Untersuchungsrichter am k. Kreis- und Stadtgericht München:

Weichsler, Assessor.

Signalement.

Der angebliche v. Griesheim ist etwa 46 Jahre alt, mittlerer Größe, untersetzter Statur, hat ein volles rothes Weingesicht mit einigen Blatternarben, keinen Bart, wenige dunkelbraune auf der Stirne in einen Büschel zusammengerollte Haare, und trug dahier eine Brille mit stählernem Gefäß.

v. Griesheim spricht sehr schnell den Frankfurter Dialekt, und pflegt viel von Amerika zu erzählen, wo er sechsmal gewesen zu seyn behauptet, auch mit den dortigen Verhältnissen vertraut zu seyn scheint.

Er ließ sehr viel Geld, namentlich Gold sehen, besuchte dahier die ersten Gasthöfe und beobachtete überhaupt ein Benehmen welches auf Reichthum und hervorragende Stellung schließen ließ.

Er trug dahier einen dunklen Paletot, schwarzen Frack und deßgleichen Beinkleid, sammtnes Gilet, schwarzen Hut und im Knopfloche des Frackes das Band des königl. preuß. Rothen Adlerordens (weiß mit orangegelben Rändern).

(4729—31) J. A. S.

des Generalmajors von **Cloßmann** in Rastatt, Anklägers

gegen

den Verleger der deutschen Reform, Hof-Buchdrucker **Decker** in Berlin,

Angeklagten,

wegen Verleumdung resp. Ehrenkränkung durch die Presse.

20,371. **Beschluß.**

1. In Erwägung daß auf heute Tagfahrt zur Verhandlung anberaumt und der Angeklagte hierzu mittelst Verfügung vom 9. v. M. hierher vorgeladen war, um seine Vernehmlassung auf die Anklage bei Vermeidung des gesetzlichen Rechtsnachtheils abzugeben, derselbe aber dieser Ladung keine Folge gegeben hat, wird mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 6 des provisorischen Gesetzes vom 1. August d. J. über Preßvergehen und auf Anrufen des Klägers

erkannt:

die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatsachen seyen für zugestanden anzusehen und der Angeklagte mit seinen weiteren Vertheidigungsmitteln auszuschließen

2. Dem Angeklagten wird dieß auf öffentlichem Wege eröffnet, weil, wie in der Verfügung vom 9. v. M. bereits bemerkt wurde, die preußischen Behörden die Zustellung an den Angeklagten verweigern.

Karlsruhe, den 7. December 1849.

Großherzogliches Stadtamt

Schaaff.

(4721—24)

Beachtenswerth!

Wie und wo man für 3 Thaler preußisch Courant in Besitz einer baaren Summe von ungefähr

Zweimalhunderttausend Thalern

gelangen kann, darüber ertheilt das unterzeichnete Commissions-Büreau **unentgeltlich** nähere Auskunft. Das Büreau wird auf deßfallsige bis spätestens den 20. Januar 1850 bei ihm eingehende frankirte Anfragen prompte Antwort ertheilen, und erklärt diemit ausdrücklich daß, außer dem daran zu wendenden geringen Porto von Seiten des Anfragenden, für die vom Commissions-Büreau zu ertheilende nähere Auskunft **Niemand** irgend etwas zu entrichten hat.

Lübeck, December 1849. **Commissions-Büreau,** Petri-Kirchhof Nr. 308 in Lübeck.

Deutschland.

Schleswig-Holstein. : **Kiel,** 15 Dec. Von den im vorigen Monat in geheimer Sitzung der Landesversammlung gefaßten Beschlüssen, über deren Inhalt, wie man allgemein im Lande annimmt, die öffentlichen Blätter eine im wesentlichen begründete Mittheilung gebracht haben, hat die Statthalterschaft anscheinend nur das ausgeführt daß sie mit der dänischen Regierung Unterhandlungen zur Gewinnung einer Friedensbasis anknüpfte. Zwar hat der König von Dänemark auf den Antrag der Statthalterschaft keine ablehnende zurückweisende Antwort ertheilt, die Weise seiner Erwiederung zeigt jedoch zur Genüge daß ein entsprechender Erfolg für die Sache der Herzogthümer von Unterhandlungen nicht zu erwarten steht. Eine mit diesen Unterhandlungen verbundene Verlängerung der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände wird sowohl für die Herzogthümer als für Dänemark sehr drückend seyn, wie denn die dänischen Blätter es kein Hehl haben daß Jütland, weil in seinen Verkehrsverhältnissen auf die Herzogthümer und Hamburg hingewiesen, um jeden Preis den Frieden begehrt, während die Herzogthümer allgemein dem Krieg vor der jetzigen Lage der Dinge den Vorzug geben. Die Ernennung von Vertrauensmännern von Seite der Statthalterschaft, wie verlautet, acht an Zahl, welche sich nach Kopenhagen zu begeben haben, scheint nahe bevorstehend. Es werden als solche aus der Mitte der Landesversammlung der Präsident Bargum, welcher, jetzt von Kiel abwesend, das Präsidium an den Vicepräsidenten Balemann überlassen hat, ferner Momsen und Steindorf aus Schleswig, sowie Prehn aus Altona genannt. Ob weiter etwas geschehen sey zur Ausführung der Beschlüsse der Landesversammlung, darüber wird der Departementschef v. Harbou am nächsten Montag in geheimer Sitzung Auskunft ertheilen. Inzwischen drängt die Bevölkerung des Landes auf Wiedereröffnung des Krieges, weßhalb der Abgeordnete Schmidt aus Kiel, früher Mitglied der provisorischen Regierung, auf Erwählung eines politischen Ausschusses, welcher die gegenwärtige Lage des Landes zu prüfen habe, in der gestrigen Sitzung antrug und die Versammlung diesem Antrag fast einstimmig Folge gab. In dem Ausschuß sind die drei Fractionen der Versammlung vertreten, die Wahl hat heute stattgefunden und ist auf den Dr. Lorentzen, Theod. Olshausen, Wichmann, Wiggers aus Plön, v. Kaup, v. Prager und den Proponenten gefallen. In dem unbegreiflicherweise durch das dänische Gouvernement selber veröffentlichten Bericht des Kammerherrn v. Tillisch als Mitglied der Landesverwaltung an den Minister des Innern (also wie auch der dänische Minister v. Rosenörn neulich erklärt hat: „Dänemark bis zur Eider") ist die verzweifelte Lage der Landesverwaltung und neben dem herzlichen Einverständniß mit dem Grafen Eulenburg der tiefe Haß gegen Preußen unverhohlen zur Schau gestellt, sicherlich auch nur zu begründet, wenn Tillisch selber bekennt daß das Regiment jener aufgedrungenen Behörde dem Lande zum Verderben und Dänemark zur Schande gereiche. Gegen Preußen scheint die Mißstimmung der Dänen sehr gesteigert; das dänische Blatt Fädrelandet, das mit dem Ministerium sehr enge verbunden ist, wirft der preußischen Regierung einen schamlosen Bruch des Waffenstillstandsvertrags vor, offenbare Theilnahme an Fortsetzung des Aufruhrs sowie täglichen Betrug gegen seinen Mitcontrahenten. Andere Blätter sagen: die preußische Regierung verrathe Dänemark wie die Herzogthümer, und die Instruction des Generals Hahn sey eine der des Grafen Eulenburg ganz entgegengesetzte. Mit Vertrauen wird das dänische Gouvernement dem preußischen bei der Friedensunterhandlung also nicht entgegenkommen. Inzwischen haben die Dänen ihr Hauptquartier unmittelbar an unsere Gränze, nach Kolding, verlegt und stehen auch auf Alsen zahlreich gerüstet, so daß sie sehr bald einen Einbruch unternehmen können, wenn auch eine Anzahl schweren Geschützes (37) von Alsen wieder nach Schweden zurückgebracht werden müßte, weil die Zahlung dafür nicht erfolgt ist. Gewiß ist es daß die Verhandlungen einen annehmbaren Frieden nicht herbeiführen werden, und daß die Entscheidung durch das Schwert eine unvermeidliche ist. Die Landesverwaltung ist auch davon überzeugt daß die Feindseligkeiten bald wieder ausbrechen werden, daher sie zwar die Auflösung unserer Armee zu bewirken sucht, zugleich aber auch eine Zahl Wagen zur Flucht für sich und ihre Anhänger bereit hält. Jetzt sucht die Landesverwaltung noch so viel Geld aus dem Lande sich zu verschaffen als irgend beizutreiben ist, weßhalb sie mit militärischer Execution gegen die rückständigen Steuerpflichtigen auch sogar wegen der für den Krieg gegen Dänemark ausgeschriebenen Steuer vorschreitet. Die Einwohner sind aber entschlossen die schweren von der Landesverwaltung noch besonders geschärften Executionslasten zu tragen ohne sich zur Zahlung bestimmen zu lassen. Nur der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein, welcher im März v. J. sich an die Spitze unserer Bewegung stellte, hat sich mit nur noch zwei andern Gutsbesitzern der Landesverwaltung gefügt und Zahlung geleistet. Auch mit der Aufhebung des Obergerichts in Schleswig durch Entsetzung aller Mitglieder desselben bis auf einen wird die Landesverwaltung jetzt beginnen, weil das Obergericht es ablehnt das Siegel mit der Königskrone zu führen. Diese Aufhebung geschieht mehr aus politischem Haß als daß man Hoffnung hegen sollte dieselbe in Wirksamkeit zu setzen. Theodor Olshausen suchte in der heutigen Sitzung der Landesversammlung das Verhalten der Regierung in Bezug auf die Suspension eines bereits erlassenen Gesetzes über das Strafverfahren bei dem Militär in Form einer Interpellation scharf zu rügen. Die Verhandlung über diese Sache, welche vielen Unwillen erregt hat, wird für die Regierung, deren Abhängigkeit von General Bonin daraus hervorgeht, sehr widerwärtig seyn.

Frankreich.

In der vierten Sitzung stehen zwei Gladiatorenpaare gegen einander, die HH. Pascal Duprat und Grevy gegen, die HH. L. Faucher und Ch. Dupin für die Getränkesteuer. Die Rede des ersteren ist fast ganz gegen Hrn. v. Montalembert gerichtet, eine Replik vom revolutionären Standpunkt, Abwehr von Anklagen durch Gegenanklagen. Hatte Hr. v. Montalembert die Opposition gegen eine Auflage die seit Menschenaltern bekämpft wird, als Feinde der Gesellschaft, der Religion, der Familie, als Anarchisten und Utopisten behandelt, so wird ihm hier erwiedert: wie, selbst die Postreform, die Erleichterung der Salzsteuer findet keine Gnade in seinen Augen? Muß man ihn Geschichte lehren? Weiß er nicht daß die Geschichte Frankreichs eine ewige Beschwerde des Volks gegen das Steuersystem ist? Weiß er nicht wie die großen Reichsstände des 13ten und 14ten Jahrhunderts dem Despotismus der Könige das Besteuerungsrecht zu entwinden suchten? Weiß er nicht daß die hochragenden Männer der ersten Constituante, welche Hr. Dupin die große nennt, dem gedemüthigten Königthum ins Gesicht sagten: Wir haben die Revolution gemacht um Herren über die Steuern zu seyn. Weiß er nicht mehr daß er selbst in einem mystisch-historischen Buch über das 14te Jahrhundert davon spricht wie die Kirche, als sie noch die Regierung der Welt war, oft bei den Fürsten und Königen eine Fürbitte eingelegt um Erleichterung der öffentlichen Lasten? Wenn Hr. v. Montalembert sich seines Freimuths rühmt, so wird ihm das Recht hiezu nicht bestritten, aber dieser Freimuth in den Muth übersetzt alle Reformen, selbst die billigsten Wünsche der Demokratie zu bekämpfen, und an seine letzten Ausfälle gegen die Reformpartei in der Pairskammer erinnert, wo ihm der Herzog v. Nemours eine öffentliche Danksagung gemacht, in der Person der HH. Molé, de Broglie, Pasquier sich gleichsam die ganze Monarchie erhoben um ihren Retter zu begrüßen. Einige Tage nachher, setzt Hr. Duprat hinzu, brach die Februarrevolution aus und Hr. v. Montalembert mit seiner Beredsamkeit war unsichtbar geworden. Der Redner hatte sich unter anderm auf eine im April 1848 erschienene Schrift des Hrn. L. Faucher berufen, worin dieser gestand daß die Weinsteuer nicht populär sey. Da der letztere ihm auf der Tribüne folgt, so knüpft er daran an um zwar die Richtigkeit des Citats anzuerkennen, aber auch zu erklären daß es unvollständig sey, denn er habe zugleich die Unmöglichkeit dargelegt diese Steuer abzuschaffen. Ueberhaupt wenn Hr. Duprat und seine Freunde nicht für Agitatoren gelten, sondern sich den Charakter von Reformatoren beilegen wollten, so sey es gut ihnen bemerklich zu machen worin der Unterschied zwischen diesen beiden Rollen bestehe. Den Geist der Reform erkenne man an der Klugheit und am Maß, an der richtigen Wahl der Zeit. Epochen der Revolution, wo das Privatvermögen und das öffentliche Vermögen leiden, seyen am wenigsten geeignet für große Versuche. Die Reform mache nicht tabula rasa, sondern wo sie abschaffe setze sie etwas an die Stelle. So habe die erste Constituante die directe Steuer und die Grundsteuer geschaffen, Napoleon die indirecten Steuern, Sir R. Peel die Einkommensteuer. Bei der zweiten Constituante müsse man zwei Perioden unterscheiden — eine glorreiche, wo sie, den von der provisorischen Regierung aufgehobenen unpopulären Theil der Steuer herstellend, mit den Finanzen die Ehre des Landes gerettet, eine andere minder rühmliche, wo schon der Geist der Regierung der im Junius gesiegt, einer Art Insurrectionsgeist Platz gemacht und sie nach einer Berathung, die man nicht ernsthaft nennen könne, dem schon durch die Abschaffung der Salzsteuer um 50 Mill. verkürzten Schatz abermals 100 Mill. entzogen habe, noch in einem Augenblick wo es ihr unmöglich gewesen ein Aequivalent ausfindig zu machen. So reformiren, um eine Gefahr und Verlegenheit als Vermächtniß zu hinterlassen, sey nicht würdig einer großen Versammlung. Ja in ihrer Sorglosigkeit habe sie sogar vergessen die auf Stempel und Registrirung vorgeschlagene Zusatzauflage von 18 Mill. zum Beschluß zu

erheben. Alles bloß aus Popularitätssucht. Nun verlange die Regierung die Beibehaltung der Weinsteuer noch für das Jahr 1850 — dieß sey die reine Nothwendigkeit. Die schwebende Schuld betrage 600 Mill., 200 Mill. schieße die Bank vor, das Budget sey zu 1408 Mill. angeschlagen, oder mit Abzug der neuerdings, hauptsächlich am Militär- und Marinedepartement zu bewirkenden Ersparnisse von 20 Mill., zu 1388 Mill., für unvorgesehene Ausgaben dürfe man 40 bis 50 Mill. rechnen — so würde man, die Einnahme zu 1355 Mill. angenommen, wenn man auf die Getränkesteuer verzichten müßte, zu einem Deficit von 225 bis 250 Mill. kommen. Allerdings stelle die Verfassung die Regel auf eine Steuer müsse soviel als möglich proportionell seyn, aber was das heiße? Einen Fehler gibt er zu — die Steuer leide an Anhäufung der Taxen, aber eine Revision, meint er, werde helfen. Nur solle man die Steuer für die Schenkwirthe nicht herabsetzen, deren man in Frankreich 332,000 zählt. Dieser ziemlich trockene Vortrag, der in seiner Entwicklung auf die Einzelheiten der Steuer einging, wurde einmal auf eine komische Art unterbrochen, indem man links Huissiers in den Gängen zwischen den Bänken wahrnahm, und Hr. Lamisier fragte: Hr. Präsident, wir wollen wissen warum Sie die Huissiers beauftragen die Repräsentanten der Linken zu beaufsichtigen? Da Hr. Dupin gestand es sey um die anonymen Unterbrecher zu erfahren, so rief man ihm zu: Wir dulden das Spionirsystem nicht das man hier einführen will. Aber das Volk will eben diese ganze Steuer nicht mehr. hält der nächste Redner entgegen, Hr. Grevy, und wenn dieser Widerwille so beharrlich, seit einem halben Jahrhundert ausgesprochen ist, so muß er wohl gegründet seyn. Den Hauptvorwurf findet er darin daß die Steuer nicht proportionell sey, daß von 105 Mill. der arme Verbraucher 75 bezahle. Wenn sie nicht bestünde, würdet ihr sie einführen? fragt er. Ganz gewiß, fällt der Finanzminister A. Fould ein. Solange diese Verfassung besteht, versetzt der andere, hättet ihr gar nicht das Recht. Und gegen Hrn. v. Montalembert gewendet, erklärt er das Geschick zu bewundern mit welchem derselbe den Augenblick gewählt um im lyrischen Ton eine Hymne zu Ehren des großen Budgets anzustimmen, und die umfangreichen Finanzen als das offenbarste Zeichen der Gesittung, des Reichthums, des Ruhms, der Wohlfahrt des Landes zu preisen. Da habe man ihn sehr falsch verstanden, versetzt Hr. v. Montalembert, nicht die Größe des Budgets, sondern die Organisation des Finanzwesens habe er gelobt. Gut, sagt Hr. Grevy, so hält also auch Hr. v. Montalembert das Budget für zu hoch, und nicht nur er, sondern ganz Frankreich hält es dafür. Wir haben ein Budget von 1800 Mill. (Rechts: Dank den Nationalwerkstätten und der provisorischen Regierung!) Die Theorien die wir seit einigen Tagen hören sind nicht neu, auch unter der gefallenen Regierung rühmte man die großen Budgets als productiv. Mit dieser Staatslehre ist man zu einem Budget gekommen das Frankreich an den Rand des Bankerotts gebracht, in die Lage versetzt hat es nicht mehr erschwingen zu können. Seit 18 Jahren ist das Budget durchschnittlich 1500 Mill.; angenommen man hätte es bei der Normalziffer von 1 Milliarde gelassen, so machte das jetzt 2 Milliarden aus, was dem Eigenthum, dem Handel und dem Ackerbau geblieben wäre. Unter dem Beifall der Linken schließt er: Ich werde gegen die Herstellung der Getränkesteuer stimmen, weil sie gegen die Verfassung ist. Diesen Vorwurf nimmt Hr. Ch. Dupin auf, er findet ihn nicht nur ungerecht, sondern läugnet selbst daß die Steuer so unpopulär sey als man glauben machen wolle, denn er vertheidige die Auflage und sey schon fünfmal vom Volk gewählt (Links: Von wem?), dreimal von den Censuswählern der Julinsregierung und zweimal durch das allgemeine Stimmrecht. (Man lacht.) Indem er auf die Geschichte des Finanzwesens seit der Revolution zurückblickt, auf das sich erweiternde Deficit unter der ersten Constituante, auf die Assignatenfabrication des Convents, der 44 Milliarden falsches Geld gemacht die nicht 41 Millionen werth gewesen, auf den Bankrott des Directoriums nicht bloß mit den Assignaten sondern auch mit 2 Milliarden Geld und auf die Consolidirung einer dritten Milliarde mit 10 Proc., macht er dem Consulat das Compliment die durch die Finanzen umgebrachte Regierung gerettet zu haben. Nach den Siegen von Marengo und Austerlitz, ruft er aus, hat das Consulat gewagt den Fehler der Constituante gut zu machen und die indirecten Steuern herzustellen. Hr. Ch. Dupin ist so wenig ein Bewunderer der ersten als der zweiten Constituante: von jener sagt er, sie habe den Adel abschaffen und die Monarchie zu Grunde richten können, als sie mit dem Vermögen Frankreichs spielen wollte sey ihre Allmacht gescheitert. Sein Idol scheint das Kaiserthum, und er versichert es sey nicht wahr daß beim Sturz desselben die Finanzen sich in schlechtem Zustand befunden — Beweis seyen die Denkwürdigkeiten des Ministers Mollien. Er ist aber auch ein Freund der Restauration: auch im Jahr 1814 habe es eine provisorische Regierung gegeben welche wie im Jahr 1848 die Abschaffung der Getränkesteuer versprochen, als jedoch ein König an der Spitze gewesen, dessen Einsichten und Weisheit jedermann gekannt (Hr. J. Favre: Beweis die Metzeleien im Süden) . . . habe man nur die Namen gewechselt, an die Stelle der Conscription sey die Recrutirung, an die Stelle der vereinigten Abgaben (droits réunis) die Getränkesteuer getreten. Das Resultat sey daß das Geld nach Frankreich geströmt, daß man von 1814 bis 1830 die indirecten Steuern um 90 Mill. habe vermindern können, daß das Jahr 1829 eines der schönsten Jahre der Blüthe Frankreichs gewesen. Sonach hätte die Julinsrevolution eigentlich so wenig einen Grund gehabt als die Februarrevolution. Doch entzieht Hr. Ch. Dupin der Regierung die aus dieser Revolution hervorgegangen, deßwegen seine Anerkennung nicht, und er ist überzeugt daß die Kammer von 1830 einen schöneren Namen in der Geschichte haben werde als andere Versammlungen — zu verstehen die zweite Constituante — und wenn er die Julinsregierung darum tadelt daß sie nicht mehr gesorgt von den indirecten Steuern zu entlasten, so lobt er sie wegen der sonst durch sie geschehenen großen Dinge. Seit der Februarrevolution, fährt er fort, klage man über beträchtliche Abnahme des Ertrags der Stadtzölle, nicht in Paris allein, aber welch auffallende Erscheinung — die Branntweinsteuer sey weit ergiebiger geworden — offenbar hätten die geistigen Getränke eine Verwandtschaft mit der Anarchie. (Schallendes Gelächter.) Weil man sich so oft auf das Volk, auf die Wünsche des Volks berufe, so müsse er doch erinnern 299 Mitglieder hätten am 19 Mai die Abschaffung der Getränkesteuer votirt, und das allgemeine Stimmrecht habe die Abschaffung von 184 dieser Votanten votirt. (Allgemeine Heiterkeit.) Ob sie glaubten daß die Personen welche die Abschaffung der Steuer wollten nicht ihr Votum verrechnet hätten? Bei diesen Anzüglichkeiten braust die Linke auf; Hr. Charras ruft: der sollte schweigen, er vergißt daß er die Eisenbahncompagnien unterstützt hat. Ein Mitglied: Das sagt der Vertheidiger der Sklaverei. Andere rufen der Präsident sollte seinem Bruder nicht erlauben auf diese Art die Constituante zu beleidigen. Eine Stimme rechts: Das beweist daß der Pfeil getroffen und der Chor ruft: ja! ja! sehr gut! Der Präsident, in seiner Unparteilichkeit, läßt dießmal den Sturm austoben und bemerkt den Linken nur: sie seyen sicherlich nicht die Repräsentanten der französischen Urbanität. Der Redner schließt mit einer Appellation an das Volk: wenn ich zum Bauer, zum Handwerker auf dem Land, zum kleinen Eigenthümer sage, wollt ihr daß man, um euch zu erleichtern, ein Deficit von mehr als 100 Mill. ins Budget mache? wollt ihr daß man das Steuerwesen revolutionire? Ich weiß gewiß daß sie lieber die Weinsteuer bezahlen.

⊙ **Paris**, 17 Dec. Daß die Erfahrung nicht immer klug macht beweist die Gründung des Messager de la Semaine, dessen erste Nummer in der vorigen Woche vom Stapel gelaufen ist. Die neue Wochenschrift erscheint unter den Auspicien des „Vereins für die anti-socialistische Propaganda und die Verbesserung der Lage der Arbeiterclassen“ und zählt unter ihren Mitarbeitern so ziemlich alle federtüchtigen Mitglieder der Partei der Ordnung. Krieg allen bösen Doctrinen, allen bösen Leidenschaften welche sich hinter den heuchlerischen und unmächtigen Theorien des Socialismus verbergen — das ist die Losung des Messager de la Semaine. Der Zweck ist ein sehr löblicher, eine große Frage aber ob er durch eine Wochenschrift ad hoc erreicht werden kann. Aus Gründen die so einfach und auf der Hand liegend sind daß es überflüssig wäre wenn wir sie hier anführten, wollen die Arbeiterclassen, auf deren Belehrung es abgesehen ist, den anti-socialistischen Broschüren und Tractätlein nun einmal keinen Geschmack abgewinnen, und ziehen das erste beste Journal welches die Moral mit einer gehörigen Menge von „Vermischten Nachrichten“ begleitet, den gründlichsten Abhandlungen und Zeitschriften zur Bekämpfung des Socialismus vor. Niemand kann dieß besser wissen als die Mitglieder des Vereins der Poitiersstraße, auf dessen Trümmern sich die Association für die anti-socialistische Propaganda erhoben hat. Sie gestehen selber ein daß die zahllosen Büchlein welche mit Hülfe der nicht unbedeutenden Summen, die in die Casse des Vereins geflossen, publicirt wurden, nicht den mindesten Einfluß auf die untern Schichten des Volkes geäußert haben, was sie aber keineswegs verhindert ihren wohlgemeinten Versuch zu erneuern. Es ist aber Zehn gegen Eins zu wetten daß der Wochenbote nicht mehr als seine Vorläufer die Neugierde der Arbeiter reizen und fesseln wird. Nichtsdestoweniger ist er in litterarischer Beziehung eine interessante Erscheinung, die auch im Auslande nicht unbemerkt bleiben wird. Die erste Nummer enthält Aufsätze von den HH. Dupin, dem Präsidenten der Nationalversammlung, de Valmy, Bichard, Broglie, Jorcade u. a. m. Daß auch das feindliche Lager und zwar in dem christlich-socialistischen Drapeau du Peuple einen neuen Streiter gefunden hat, schrieb ich Ihnen bereits. Der Univers veröffentlicht heute ein officielles Schreiben des Papstes an den Erzbischof von Paris und den Bischof von Langres, in welchem über den Abbé Chantôme und seine Grundsätze der Stab gebrochen wird. Der Papst billigt die Maßregeln der genannten Bischöfe gegen den ungehorsamen Priester und macht es dem hohen Klerus zur Pflicht das Volk vor den gefährlichen Theorien des Abbé Chantôme zu warnen. Ob diese mittelbare Verurtheilung des Drapeau du Peuple seiner Verbreitung Eintrag thun werde, möchten wir bezweifeln. Ein anderes scharlachrothes Blatt, le Temps, ist des Todes verblichen, und die seit einiger Zeit von Hrn. v. Lamennais redigirte Réforme liegt, wie es heißt, in den letzten Zügen. Auch in den Departements sind im Laufe dieses und des vorigen Monats mehrere radicale Blätter eingegangen.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London. für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag Nr. 357. 23 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (der Rücktritt des Erzherzogs Johann und die Einsetzung der neuen provisorischen Gewalt. Die Unterhandlungen mit Dänemark sollen nicht zu ihrer Befugniß gehören. Ihr Verhältniß zu den constituirenden Versammlungen); München (Staatsrathssitzung. Alsbaldiges Erscheinen des Amnestiegesetzes); Augsburg)Bankier v. Süßkind †); Stuttgart (Zustände und Stimmungen); Karlsruhe (der Kriegszustand abermals auf vier Wochen verlängert); Hamburg (kriegsgerichtliche Verhandlungen); Lübeck (keine Militärübereinkunft mit Preußen); Dresden (die österreichischen Truppen in Böhmen. Antrag des Hrn. v. Carlowitz zur Vornahme der Wahlen nach Erfurt. Der Amnestieantrag von der zweiten Kammer fast einstimmig angenommen); Aachen (der Prinz von Preußen); Berlin (die erste Kammer über die Provincialordnung. Schreiben von sieben katholischen Bischöfen. Der Merkel'sche Proceß. Antwort Preußens auf die österreichische Note vom 29 Nov.); Wien (Pillersdorf über die böhmischen Landtagswahlen vom Jahr 1848. Die Staatsbauten einer Generalbaudirection übergeben. Kossuth in Schumla. Die Stimmungen und Mißstimmungen im Kaiserstaat. Postvertrag mit Rußland. Die Reichszeitung über den Erfurter Reichstag. Die „Presse" soll in Brünn wieder herauskommen. Das Zwangsanlehen in Italien).

Spanien. Silva's Finanzplan verworfen. Plan eine spanische Leibwache für den Papst anzuwerben.

Großbritannien. Eine neue Expedition zur Aufsuchung Sir John Franklins angeordnet. Charles Lyell †.

Frankreich. Verhandlungen über die Weinsteuer: J. Favre, Passy. Streit über Amendements. Eine Budgetverwilligung von drei Monaten angesonnen. Thiers. Dillon.

Rußland und Polen. Das donsche Heer.

Donaufürstenthümer. Differenzen über das Verfassungsstatut. Bucharest (die bevorstehende Inthronisation).

Türkei. Die Zustände in Bosnien. Aufregung dort wie in Türkisch-Croatien und Montenegro. Konstantinopel, 8 Dec. Die neue Note des russischen Botschafters. Fuad Effendi.

Ostindien. Neue Post.

China. Das Reisen im Land erlaubt.

Außerordentliche Beilage. Hofrath Perner über die Oeffentlichkeit der Hinrichtungen, Stierkämpfe, Mißhandlungen der Thiere. — Berlin. (Programm des Ausschusses des conservativen Centralvereins für die Wahlen nach Erfurt. Die erste Kammer über die Kreis- und Bezirksordnung; die zweite Kammer beendigt die Verfassungsrevision.)

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 19; Wien 20; Frankfurt 21 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 21 Dec. Die Fr. O.-P.-A.-Z. enthält nun die von uns gestern in ihren Grundzügen mitgetheilte Rede des scheidenden Erzherzog-Reichsverwesers vollständig, ebenso die Antwort des österreichischen Bundescommissärs Frhr. v. Kübeck. (Wir liefern beide morgen nach.) Niemand vertrat bei diesem feierlichen Act die übrigen deutschen Regierungen. Ob Preußen darauf beharrte daß sie davon ganz ausgeschlossen seyn sollten, oder ob sie selbst auf die „passive Assistenz" ihrer Bevollmächtigten verzichteten, wird wohl nicht lange ein Geheimniß bleiben. Davon daß noch nicht von allen Einzelregierungen die Zustimmungen eingetroffen waren, ist in dem Protokoll nicht weiter die Rede. Dieß Unterlassen bildet eine Antwort auf die viel „ventilirte" Frage über die Stimmenmehrheit oder Stimmeneinhelligkeit der Bundesglieder. Von wesentlich praktischer Bedeutung ist diese Frage freilich nie gewesen. Der Wille der Großmächte gebot, mit mehr oder minder delicater Beachtung jener Formen der Bundesverfassung, über deren Sinn und Tragweite, selbst in diesem Augenblick wo die neue „provisorische" Gewalt zusammentritt, Oesterreich und Preußen, ja im Grunde alle deutschen Cabinette unter sich im Streite liegen. Es haben sich die Prophezeiungen erfüllt die einst Joseph Görres über diese Verfassung ausgesprochen hat. Auf die leidenschaftlichen Amnestiedebatten wirft jener kaum minder leidenschaftliche Zank der Regierungen über ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten ein grelles Streiflicht. Wenn das Jahr 1848 von so dämonischer Gewalt war daß selbst alle Regierungen über die Grundgesetze des Bundes und seiner Glieder uneins wurden, so wird auch die anderwärts eingerissene „Verwirrung der Begriffe" eine mildere Beurtheilung in Anspruch nehmen dürfen. „Noch ist es nicht gelungen (so sagte Erzherzog Johann in seiner Abschiedsrede) ein neues Verfassungsband um das Vaterland zu schlingen, welches des Volkes Rechte sowohl als des Vaterlands Größe dauernd sichert und stärkt. Wohl aber ist das gemeinsame Band erhalten und der Friede gewahrt. Beruhigt werde Ich auf die Zeit Meiner Waltung erst dann zurückblicken können wenn die Zukunft des Vaterlandes durch dauernde Einigung gesichert ist. Allein Meine Sorge für dieselbe fühle Ich erleichtert, indem deren Obhut nunmehr dem Zusammenwirken derjenigen beiden deutschen Regierungen anbefohlen ist welche durch ihre Macht zunächst dazu berufen sind. Wo beide vereint, treu an dem Rechte festhaltend, vorangehen, können die andern Regierungen getrost folgen, und das Gelingen wird nicht ausbleiben." Frhr. v. Kübeck sagte in seiner Antwort: „Empfangen Sie, gnädigster Herr, in dem Augenblick des Scheidens aus Ihrem hohen Amte die dankbare Huldigung welche wir Ihnen heute darzubringen verpflichtet sind. Indem wir, in Folge des Einverständnisses der hohen deutschen Regierungen und in Folge der uns ertheilten Vollmachten, die Functionen der eingesetzten provisorischen Bundescommission im Sinne der Uebereinkunft vom 30 Sept. 1849 übernehmen, geben wir im Namen unserer erlauchten allerhöchsten Vollmachtgeber, Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen die feierliche Versicherung keine Anstrengung zu scheuen, und nach Umständen alle gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen um für die bestimmte Zeit der Dauer der Bundescommission die ihr vorgezeichnete Bestimmung zu erfüllen."

Während in Frankfurt Worte der Eintracht gewechselt werden, setzen die ministeriellen Blätter von Wien und Berlin den Krieg fort. Die Berliner Const. Correspondenz widerspricht der Versicherung der Oesterreichischen Reichszeitung daß die neue provisorische Bundescommission die Friedensunterhandlungen mit Dänemark in die Hand zu nehmen beauftragt ist. Dazu (sagt das Berliner Organ) sey sie nicht competent; diese Sache gebe Preußen nicht aus der Hand; der Bundescommission ständen ja nur die Befugnisse des engern Rathes des alten Bundes zu. Und wenn nun — möchte man fragen — Ereignisse eintreten die sich um jene subtilen Distinctionen nicht kümmern, und die Befugnisse des weitern Rathes in Anspruch nehmen? Die andern deutschen Regierungen haben ja selbst auf die passive Assistenz verzichtet! Wo man hinblickt — Dunkel und Ungewißheit.

„Dem Vernehmen nach (sagt die Württ. Ztg.) soll von dem Interim in Frankfurt ein Beschluß veröffentlicht werden, wonach sämmtliche constituirende Versammlungen in Deutschland aufzuheben seyen, und nur aus diesem Grunde soll die Auflösung der württembergischen Landesversammlung noch nicht ausgesprochen worden seyn. So viel wir auch dem Interim zutrauen, so können wir an eine solche Ausdehnung seiner Gewalt doch nicht glauben. Und ist denn die Berliner Versammlung nicht auch eine constituirende, und soll diese auch aufgelöst werden?"

Bayern. e **München,** 22 Dec. Heute Vormittags war Staatsrathssitzung. Das Gesetz über die Amnestie wird noch im Laufe dieses Tags erscheinen. Die Feier der Christmette um Mitternacht findet bei Hofe mit dem bisher üblichen Ceremoniell statt und wird auch, wie ich höre, die große Neujahrscour in Gala abgehalten werden. Die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten ist auf den 8 Jan. festgesetzt, Tagesordnung die Erledigung jener Modificationen des Jagdpolizeigesetzes worüber die beiden Kammern noch auseinandergehen. In der Kammer der Reichsräthe wird die Judenemancipation eine der ersten Debatten nach Neujahr bilden.

Augsburg, 23 Dec. Heute werden die irdischen Ueberreste des in seinem 82sten Lebensjahre verstorbenen Bankiers Frhr. J. G. v. Süßkind zur Erde bestattet. Geboren in Württemberg (wo ihm ein Bruder, Staatsrath Süßkind, vor einigen Jahren im Tod voranging), war er in seiner Jugend, mittellos, hieher gekommen. Thätigkeit und strebsamer Geist hoben ihn mehr und mehr in der hiesigen Handelswelt, und in ganz Europa ward der Name des von ihm begründeten Bankhauses ein gewichtiger Name. Die Armen von Augsburg aber verlieren in ihm einen ihrer größten Wohlthäter.

Württemberg. **Stuttgart,** 20 Dec. Wenn dem Ministerium etwas daran lag die Steuern statt auf 2 auf 3 Monate verwilligt zu erhalten, so hätte es nichts Unklugeres thun können als durch den Hrn. Minister des Innern im gewöhnlichen Tone der Kanzlei-Unfehlbarkeit die Behauptung aufstellen zu lassen daß die Landesversammlung nach dem Gesetz vom 1 Jul. 1849 die Steuern auf wenigstens 3 Monate zu verwilligen habe. Sind wir recht unterrichtet, so hatten sich bereits 17 Mitglieder der Majorität entschlossen bei dieser Frage Hand in Hand mit der Minorität zu gehen; sobald aber jene Erklärung des Hrn. v. Schlayer gegeben war, gelang es den Aeußersten von jenen 17 etwa 13 wieder zu dem Commissionsbericht zurückzuführen; 20 und 17 thut 37, und gegenwärtig bilden schon 30 Stimmen die Mehrheit. So sagt die Württ. Ztg., und der Schwäb. Merkur bringt im wesentlichen dieselbe Angabe.

☍ **Aus Württemberg,** 18 Dec. Lassen Sie mich fortfahren*) in der Mittheilung dessen was ich bei uns sehe. Wäre unsere jetzige Landtagsmajorität wirklich der Ausdruck des Volkswillens, sofern man darunter eine zum Handeln entschlossene sittliche Energie versteht, so wäre unser jetziges Ministerium ungeachtet der Preußen in Baden und der Oesterreicher in Vorarlberg von Anfang an unmöglich gewesen, so wäre es schon der Abänderung des Eides erlegen, und seine neuen Vorlagen über Verfassungsänderung hätten nicht mehr Werth als ein Kartenhaus. Aber eben weil die Gewählten zum großen Theil nicht den Willen und die Ueberzeugung des Volks in sich tragen, sondern nur ihre eignen Meinungen und die haltlosen Staatsbegriffe eines Clubs, so entgeht ihnen die Basis eines erfolgreichen Auftretens. Es ist nicht schmeichelhaft für uns, aber es ist leider wahr, wenn ich sage: das Geheimniß des Muths, der in den letztvergangenen Monaten bei uns entwickelt wurde, lag in der Abwesenheit der Gefahr; es war nicht ein Volkswille, es war vielmehr ein Volksrausch im vollen und zweifachen Sinn des Worts — denn es wurde auch enorm getrunken und die Ernüchterung trat ganz nach psychologischen Gesetzen ein: je entschiedener der Widerstand, desto willigeres Nachgeben; der Muth im umgekehrten Verhältniß zur Größe der Gefahr. Wäre die Sprengung des Rumpfparlaments, wäre die Abänderung des Eides den Württembergern ans wahre nüchterne Leben gegangen, ich bins gewiß, sie hätten sich tüchtig gewehrt; aber weil hier nur künstliche Dinge einem unnatürlich aufgeregten Volk waren vorgegaukelt worden, so blieb das Volk im ganzen hernach ruhig, ungeachtet des größten Aufwands von rhetorischer Erhitzung auf Seiten der verzweifelnden Demagogen. So geben auch die neueren Reibungen zwischen Ministerium und Landtag gewiß kein Feuer; überhaupt ist diese ganze Dialectik womit unsere Radicalen den Reichsdoketismus bei uns weiterspinnen und die württembergische Verfassungsfrage in der Sackgasse, darein sie durch die Klugheit ihrer Führer und durch die Unvorsichtigkeit der andern gerathen ist, vorwärts treiben wollen, schon darum unpopulär, weil sie unverständlich ist. Im Grund handelt es sich auch bei der überwiegenden Mehrzahl derer welche für die Reichsverfassung losschlagen wollten und etwa noch wollen, entschieden nicht um die Reichsverfassung, sondern um die Republik, wie ein jeder überall sehen kann der unbefangene Augen hat; es ist wesentlich nicht eine deutsche Bewegung, sondern es ist die allgemeine europäische Irritation die sie getrieben hat und noch treibt. Sie setzen auch ihre Hoffnung nicht auf ein deutsches Parlament, noch auf den revidirenden Landtag bei uns, sondern sie harren des Tags da es in Frankreich wieder losgehen soll, und halten sich an dem festen Glauben daß es dort recht bald wieder losgehen werde. Allerdings ist, seitdem die Dinge anders geworden die Zahl dieser social-republicanischen Chiliasten bei uns kleiner als die Zahl der Politischaufgeregten früher gewesen war; es sind viele wieder nüchtern geworden, aber intensiv haben sie an Kraft gewonnen, es ist den bessern unter ihnen ihre Sache zu einer Art Cultus geworden, während die rohen und frechen in bitterem Groll sich versessen, und wenn es wirklich wieder losginge, so muß man darauf zählen daß sie mit einer blutigen Energie auftreten, und daß unsere Reichsverfassungsdialectiker, zu welchen sie ohnedieß kein festes Vertrauen haben, sie nicht bändigen würden. Auch läßt sich deutlich wahrnehmen, wie unter einem Theil des Landvolks selbst in denjenigen Gegenden die im Jahr 1848 ruhig geblieben waren, namentlich durch die fortgesetzten Einwirkungen der fast durchaus republicanischen Localpresse, jener politische Chiliasmus um sich gegriffen hat; und wenn nun diese alle in dem einen Ausdruck zusammenstimmen: „das nächstemal greifen wir es anders an", so kann über den Sinn welchen sie damit verbinden, kein Zweifel seyn. Bei solchen Umständen ist gewiß der Wunsch gerechtfertigt daß endlich einmal der Streit um des Kaisers Bart sein Ende und unsere Volksvertretung praktische Dinge in die Hand nehmen möchte, ehe es auch für diese zu spät wird. Es wäre jammerschade, wenn unser Land, über der Anmaßung ins Große zu wirken, die Gelegenheit seine eigene Hausordnung vernünftig zu gestalten verlieren, und wenn es aus der letzten Bewegung nichts weiter davontragen sollte als die langweilige Erinnerung an etliche pathetische Landtagsscenen und sein Deficit.

*) Siehe Beil. zu Nr. 335 der Allg. Ztg

Gr. Baden. **Karlsruhe,** 21 Dec. Kriegszustand und Standrecht sind unterm gestrigen auf weitere vier Wochen verlängert.

K. Sachsen. ⁑ **Dresden,** 18 Dec. Zuvörderst einen Nachtrag zu meinem gestrigen Bericht über die Sitzung der ersten Kammer. Der Justizminister erklärte daß der früher erwähnte Beschluß vom 3 Jan. d. J., Todesstrafen nicht weiter vollstrecken zu lassen sich nur auf die Vergangenheit bezogen habe, und die Annahme einer Fortdauer desselben auf einer irrigen Auffassung der bezüglichen Mittheilung beruhe. Aus dem den Kammern zugegangenen königl. Decret zur Budgetvorlage für die Finanzperiode 1849, 1850, 1851 rechnet das „Dresdener Journal" heute zusammen daß das Ausgabebudget für diese drei Jahre gegen das ordentliche Ausgabebudget der verflossenen Finanzperiode eine Erhöhung von beiläufig eilf und einer Viertel-Million Thalern mit sich bringe. Wenn auch hiervon die außerordentlichen Ausgaben der verflossenen Finanzperiode zu kürzen sind, so bleibt immer noch ein erkleckliches Sümmchen, welches gegen die Vergangenheit mehr aufzubringen seyn wird. Wie einst Augustus: Gib mir, Varus, meine Legionen wieder! so wird jetzt mancher Steuerpflichtige die weniger kostspieligen Zeiten zurückseufzen. Wer aber wird der Varus seyn den er für die Steuerlast verantwortlich macht? Die Erhöhung des ordentlichen Ausgabebudgets beträgt 1,814,609 Rthlr., davon 670,884 Rthlr. für das Kriegsbudget, also über zwei Drittel Millionen bei einer Seelenzahl von noch nicht zwei Millionen. Unter den Postulaten des außerordentlichen Ausgabebudgets befinden sich noch fernere 1,246,000 Rthlr. und 946,932 Rthlr., also wieder über zwei Millionen für das Kriegsbudget mit Bezugnahme auf die erfolgte folgsame Aufstellung des großen Truppenaufgebots; ferner ein Beitrag von 226,513 Rthlr. für die deutsche Marine und 300,000 Rthlr. Thüringer und Schleswig-Holsteiner Contingentkosten. 113,876 Rthlr. werden zum Wiederaufbau der beim Mai-Aufstande abgebrannten Zwingergebäude gefordert — eine Position welche auch zu Erörterungen führen wird. Das Staatseisenbahnpostulat beläuft sich auf 3,739,746 Rthlr. Mehrere andere Postulate beziehen sich auf Staatsbauten zu Zwecken der Kunst, der Rechtspflege, des Elsterbades zu Adorf u. s. w. Die Deckung des Mehrbedarfs im ordentlichen Ausgabebudget soll durch Erhöhung der Grund-, Gewerb- und Personalsteuer, Erhöhung der Schlacht-, Branntwein- und Stempelsteuer und der Salzverkaufspreise erfolgen, für das Außerordentliche wird wohl nur der Ausweg einer Staatsanleihe bleiben. Das unter dem Ministerium Braun vorbereitete Experiment einer Einkommensteuer scheint also, nachdem es bereits damals aufgegeben wurde, nicht wieder aufgenommen werden zu sollen. Daß Sachsens Zukunft mit jenen Zahlen nicht auf Rosen gebettet ist, liegt auf der Hand, und durch dieses Budget ist ein sehr greiflicher Beweis gegeben für die welche noch immer in particularistischen Illusionen leben, daß die endliche Lösung der deutschen Frage für uns eine Lebensfrage ist, sollen nicht dem Volkswohlstande tiefe, lang blutende Wunden geschlagen werden. Neben jenen Budgetnullen wird uns auch die immer noch unerklärte Nähe des böhmischen Armeecorps auf den Tisch der Weihnachtsbescheerung gelegt, und unwillkürlich fällt mir dabei aus früher Jugend, aus jenen heitern Jahren der Christfestfreuden ein kindisches Verschen ein, womit mir das F. A. R., die sächsische Namenschiffre auf einem Pappenheim verdeutscht ward:

Friedrich August Rex
Hast du was, versteck's!

Sie werden übrigens aus preußischen Blättern bereits ersehen haben wie jenes Armeecorps an der sächsischen Gränze benützt wird um die antipreußische Politik unserer Regierung anzugreifen; man faßt sie weder mit Glacehandschuhen noch mit französischen Redensarten an, sondern spricht mitunter recht deutsch, wie Sie aus folgender Stelle einer Berliner Correspondenz des Dresdener Journals abnehmen mögen. „Ich muß Ihnen gestehen, hier findet die Politik der sächsischen Regierung nur bei jenen Rittern Beifall welche sich aus der Vollblutsliebe zum Absolutismus und zu Oesterreich einen Zopf gedreht haben, über dessen Länge ihr politischer Verstand nicht hinausragt; in den wirklichen (?) politischen

Kreisen bezeichnet man mit etwas weniger Courtoisie die Politik des sächsischen Ministeriums als eine wählerische, welche die Wurzeln der Dynastie und den heimischen Boden vor der Zeit lockert, und so, in der trüb geblendeten Absicht mit particularistischem Souveränetätsspiel in die Speichen der Geschichte eingreifen zu können für die Demokratie Spanndienste thut." Unverblümte Grobheit, das! Und was thut derweilen die Demokratie? Sie erfindet ergötzliche Geschichten, über die man lachen könnte, wenn es Lachenszeit wäre. Sie weiß daß der König, Prinz Johann, dessen Söhne zu Gunsten der Prinzessin Sidonie abdanken werden, welche als Braut des Kaisers Franz Joseph bezeichnet wird; so werde „Sachsen an Oesterreich gebracht." Je abenteuerlicher es klingt, desto eher wird's geglaubt; auch in der Politik muß man münchhausiern können um zu imponiren. Da haben Sie so einige Fetzen unserer Zustände, finden Sie sie fadenscheinig? Hört man nun ruhig Blickende über die Aussichten nach Süden und nach Norden, so vernimmt man daß das böhmische und das vorarlbergische Armeecorps vielleicht wohl nichts mehr als Repressivmaßregeln gegen das allgemeine Wahlrecht in Sachsen und in Württemberg sind um bei möglichen Kammerauflösungen ein Gegengewicht gegen Auflehnungen sofort zur Hand zu haben. Betrachtet man diese Möglichkeit für Sachsen, weil dessen parlamentarische Majorität zwar conservativ, aber nicht ministeriell ist, so könnte hier eine Kammerauflösung nur mit einer Wahlgesetzoctroyirung, folglich mit einem Verfassungsbruche Hand in Hand gehen. Obschon von Seiten eines Raths der Krone dunkle Worte über mögliche Ausführung eines bereits gefaßten Beschlusses in der ersten Kammer gesprochen worden sind, so ist die constitutionell-monarchisch gesinnte Partei des sächsischen Volkes doch zu innig, zu fest von der Verfassungstreue unseres Königs überzeugt als daß sie dem Glauben an jene Möglichkeit Raum geben könnte. Aber eben wegen dieses unerschütterten Vertrauens darf gerade diese Partei, die man gerne und mit Recht die Stütze des Thrones nennt, hoffen daß ihr durch ein offenes Wort Beruhigung über die schwülen Gerüchte gewährt wird; sie darf es hoffen von einem Fürsten der seinen Eintritt in die Regierung mit dem edlen Fürstenwort weihte: Vertrauen erweckt wieder Vertrauen!

: **Dresden,** 19 December. Also: experientia fiat in corpore vili! (dem zweit-bestdurchwühlten Lande Deutschlands) wäre die Moral des österreichischen Armeecorps in Böhmen — die kaiserliche Regierung wollte beweisen daß sie rücksichtlich Sachsens denselben Ordnerberuf zu haben vermeine welchen Preußen für die badische Occupation geltend macht? So urtheilte wenigstens unser sehr geehrter Freund auf seiner „Winterreise" durch Sachsen, und wie bei manchem seiner sonstigen Urtheile hat er vielleicht auch darin Recht, indeß wir hier den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Uebrigens weiß unsre Regierung, wie der Minister des Auswärtigen bei heutiger Beantwortung der neulichen Interpellation in der zweiten Kammer versicherte, über den Grund jener Truppenzusammenziehung an unsrer Südgränze eben nichts weiter als was sie an übertreibenden Gerüchten darüber in den Zeitungen findet; sie hat keine officiellen Mittheilungen. Daher sind die Dresdener Besuche zuerst des commandirenden Erzherzogs und dann des preußischen Generals v. Gerlach ohne allen Bezug auf jene strategische Thatsache gewesen; mindestens haben sie keinen Belang für die verantwortlichen Räthe der Krone, für unsere parlamentarische Regierung gehabt. Der Hr. Minister hat das Recht vollen Glauben für seine Versicherung in Anspruch zu nehmen, einen Antrag auf officielle Anfrage über den Grund jener Truppenzusammenziehung hat, obschon sie durch die souveräne Gleichberechtigung der beiden gränzenden Staaten wohlgerechtfertigt seyn würde, weder der Interpellant noch die Kammer gestellt. Bringen aber unsere Kammern, in ihrer festen Mäßigung ausharrend, das principiell Berechtigte der Demokratie, welches selbst Hr. v. Schlayer anerkennt, ferner zur Geltung, wird sie von einem Pact mit dem Scheinconstitutionalismus nichts wissen wollen, dann wird ihr Ziel trotz alledem und alledem sich mit der edeln Zierde jener Worte des Galilei schmücken können: Und sie bewegt sich doch!

: **Dresden,** 20 Dec. Ich war ein falscher Prophet als ich Ihnen neulich schrieb: vielleicht könnte ich Ihnen übers Jahr etwas von der deutschen Frage in Sachsen melden. Beide Kammern hielten heute die letzten Sitzungen um sich bis zum 3 Jan. zu vertagen, und in der ersten ließ nun Hr. v. Carlowitz seiner so unerwartet beantworteten Interpellation einen bestimmten Antrag folgen, welcher, nachdem im Eingange der anhaltenden Verzögerung der vom Minister des Auswärtigen zugesagten Vorlage Erwähnung geschehen, in der Hauptsache sich so faßt: in Erwägung demnach daß die Idee eines einigen Deutschlands so oder anders, jedenfalls aber bald verwirklicht werden müsse, und in Erwägung daß von den bisher zu diesem Ziele eingeschlagenen Wegen die von Preußen vertretene Idee der Errichtung eines Bundesstaats als die den Verhältnissen noch am meisten entsprechende erscheint, beantragt der Unterzeichnete: die erste Kammer wolle im Vereine mit der zweiten die Staatsregierung veranlassen: 1) ihrem bekannten, bei Schließung des Bündnisses mit Preußen gemachten Vorbehalt keine weitere Folge zu geben; 2) den Verwaltungsrath aufs neue durch einen Beauftragten zu beschicken, und somit an den Verhandlungen desselben wieder theilzunehmen; 3) ungesäumt Veranstaltung zu treffen daß bei dem nach Erfurt zusammenzuberufenden Reichstag auch das sächsische Volk durch von ihm gewählte Abgeordnete vertreten werde. Die nähere Begründung seines Antrags behält sich der Antragsteller bis zur Verhandlung über denselben vor. Nachdem durch das Präsidium die Mittheilung des Ministeriums erfolgt war daß die Vorlage bei dessen einzelnen Mitgliedern umlaufe, folglich erst nach dem Feste an die Kammern gelangen könne, ward auf den Antrag des Vicepräsidenten Schenk (aus Bautzen) beschlossen, zur Prüfung des v. Carlowitz'schen Antrags sowohl, als der zugesagten Regierungsvorlage einen außerordentlichen Ausschuß sofort zu wählen. Es sind in diesen Ausschuß gewählt: Mammen (aus Plauen), v. Carlowitz, Schenk, Dr. Joseph, Küttner (aus Dresden). Gut daß das entscheidende Wort endlich gesprochen worden ist. So oder anders, nur etwas! Zwar wird seitens der Ministeriellen der Vorwurf nicht fehlen, der Antragsteller habe mit dem Verlangen einer Beschickung des Erfurter Vereinstages neuen Aufregungsstoff entbunden; will man allerdings das sich regende Verlangen das Mögliche aus dem Schiffbruch der deutschen Einheit zu bergen staatsgefährliche Agitation nennen, dann wird man vielleicht Recht haben mit jener Beschuldigung, wenn sonst nicht andere Ursachen — ich blicke nicht über Deutschlands Rubicon hinüber, wie gestern ein Abgeordneter der zweiten Kammer die sächsisch-böhmische Gränze nannte, sondern auf die jüngste Budget-Errungenschaft — jene Wünsche wiederbringen werden. *) In der zweiten Kammer war der Amnestie-Antrag der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung. Der Ausschuß hatte den Antrag in der Ihnen bereits mitgetheilten Fassung der ersten Kammer empfohlen, und so ward er bei namentlicher Abstimmung mit 59 Stimmen gegen 3 angenommen — v. Friesen, Harkort (aus Leipzig) und Sommer, das ministerielle Quand même.

Hansestädte. **Hamburg,** 16 Dec. Die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht in Folge der Ereignisse des 13 August d. J. nahmen am verflossenen Donnerstag ihren Anfang. Oberlieutenant Barth und Lieutenant Lohse wurden zur Cassation, vierwöchentlichem Arrest und zur Ueberweisung an das Criminalgericht verurtheilt. Es war ihnen zur Last gelegt worden sich an dem Krawall selbst betheiligt, ihre Mannschaften vor das Haus des Obersten Nicol geführt und von demselben verlangt zu haben gegen die Preußen geführt zu werden, und sie hatten ihre Schuld nicht geläugnet, sondern sie damit zu mildern gesucht daß sie angaben ihre Aeußerungen seyen nur aus Scherz geschehen. Von den mehreren Gardisten die gestern vor den Schranken des Gerichts standen, wurden einige ganz freigesprochen, die andern nur zu geringen Arreststrafen verurtheilt. Die Gerichtsverhandlungen aber können noch eine Weile dauern, da noch über 30 Angeklagte abzuurtheilen sind.

Lübeck, 17 Dec. In der heutigen Bürgerschaft, die das ihr vom Senat vorgelegte Budget für 1850 genehmigt, erklärten auf deßfallsige Interpellation die Senatscommissarien: es entbehre das Gerücht wegen stattgehabter Verhandlungen behufs Einverleibung unseres Contingents in das preußische Militär jeden Grundes.

Preußen. **Aachen.** Der Prinz von Preußen macht gegenwärtig eine Inspectionsreise in den Rheinprovinzen, und hat bis jetzt die Garnisonen Minden, Düsseldorf und Aachen berührt, von wo aus er sich über Neuß, Düsseldorf, Elberfeld und Barmen nach Hagen und Iserlohn begeben wird. Der Empfang ist überall sehr glänzend und festlich, auch fehlt es nicht an Reden mit Lob und Tadel. In Aachen machte er die Stadtbehörden (denen er übrigens seine Anerkennung über die Haltung der Stadt aussprach) namentlich darauf aufmerksam: „wie es jetzt besonders Pflicht sey für die Erziehung der Jugend zu sorgen, damit in sie ein gesunder Keim für die Zukunft gelegt werde."

Berlin, 18 Dec. Auf den formellen Protest gegen das Zusammentreten des Reichstags zu Erfurt, welchen Fürst Schwarzenberg in einer Depesche vom 28 Nov. an den hiesigen österreichischen Gesandten, Frhrn. v. Prokesch-Osten, mit dem Auftrag niedergelegt hatte dieselbe unserm Minister des Auswärtigen zu übergeben, hat Hr. v. Schleinitz unterm 12 d. M. mit einer neuen Depesche an unsern Gesandten in Wien, Grafen v. Bernstorff, geantwortet. Diese Antwort scheint zwar in ihrem gan-

*) Oder vielleicht werden sie auch dadurch genährt? D. Eins.

zen Umfange noch nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt zu seyn; ich bin jedoch in den Stand gesetzt Ihnen den hauptsächlichsten Inhalt derselben schon jetzt mitzutheilen. In ebenso gemäßigter als fester und bestimmter Sprache gibt diese Depesche eine klare Uebersicht der rechtlichen Grundlagen des Verfahrens unsrer Regierung, und beruft sich, betreffs der weiteren Ausführung und Begründung dieser Uebersicht, auf eine überdieß noch beigefügte umfassende Denkschrift, in welcher dargethan ist daß einerseits die 27 deutschen Regierungen sowohl nach dem Wortlaute der Bundesacte vom 8 Jun. 1815 und der Wiener Schlußacte, als auch nach dem ganzen Sinn und Zweck des alten Bundes vollkommen befugt sind sich (mit ihrem Ländergebiet von 7480 Quadratmeilen und ihren mehr als 25 Millionen Einwohnern) zur Bildung eines engern Bundesstaats zu vereinigen, daß aber andrerseits von den beiden Elementen des alten deutschen Bundes, dem völkerrechtlichen und dem auf das Innere des Bundes, auf die Verfassung gerichteten, gegenwärtig nur noch das erstere übrig geblieben, das zweite dagegen mit dem Eintritt der monarchisch-constitutionellen Verfassungsform (am 12 Julius 1848) erloschen sey; daß ferner die damals eingesetzte provisorische Centralgewalt mit dem Erlöschen der Nationalversammlung, an deren Bestehen sie organisch geknüpft war, ebenfalls ihre Endschaft erreicht habe, seitdem aber keineswegs die alte Bundesverfassung wieder in Kraft getreten, letztere vielmehr ohne allen Vorbehalt definitiv beseitigt sey; es komme also jetzt lediglich darauf an ein neues Bundesrecht zu gründen. Hiermit ist sehr klar und bestimmt der Standpunkt bezeichnet welchen die preußische Regierung gegenüber der neuen Entwickelung der deutschen Frage einnimmt. Sie erklärt offen und frei daß sie, im Gegensatze zu Oesterreich, mit denjenigen alten Bundesformen welche sich als unzureichend erwiesen haben (?) zu brechen entschlossen sey, und daß sie es als ihre Aufgabe erkenne ein den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechendes neues deutsches Bündniß herzustellen, und zwar in der Art daß darin das vollkommen berechtigte Bündniß vom 26 Mai seine wohl gewahrte Stelle finde. In diesem Sinne spricht denn auch in der erwähnten Depesche unsre Regierung rückhaltlos die Ueberzeugung aus daß sie den einmal eingeschlagenen Weg, auf welchen sie nicht durch Willkür, sondern durch die Nothwendigkeit geführt sey, nicht ohne großes Unheil für und Unrecht gegen Deutschland verlassen könne, und daß sie denselben verfolgen dürfe, ohne mit dem Wesen des deutschen Bundes oder speciell mit den Rechten und Interessen Oesterreichs in Conflict zu gerathen. Die Entwickelung der deutschen Zustände seit dem März hätte Preußen die Pflicht auferlegt alle Kräfte aufzuwenden um der deutschen Nation eine größere Einigung und engere Verbindung zu gewähren. Das Bedürfniß einer solchen sey zuerst von dem Bundestage und dann von allen deutschen Regierungen anerkannt. Doch habe Preußen sich dieser Anerkennung gegenüber thatsächlich anders verhalten, als Oesterreich. Während dieses durch die feierliche Erklärung vom 27 Nov. v. J. (Programm von Kremsier) und durch die Verfassung vom 4 März d. J. sich eine abgesonderte Stellung gegeben, und abwarten zu wollen erklärt habe bis neben dem verjüngten Oesterreich auch das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt seyn werde, sey dagegen Preußen damals mit fast allen seinen Landestheilen als die größte deutsche Macht in den Bund eingetreten. Nachdem es aber habe ablehnen müssen was sowohl die Volksvertretung als die souveränen Regierungen ihm dargeboten, habe es als seine Pflicht erkannt der deutschen Nation einen neuen Weg zu zeigen, auf dem ohne Verletzung der Freiheit und Rechte der Regierungen zur Einheit zu gelangen] sey. Von dieser Pflicht könne es weder durch den Widerspruch zweier preußenfeindlichen Königreiche noch dadurch abgehalten werden daß jetzt zwei andere Königreiche das Bedürfniß Preußen zu folgen weniger als im Mai zu empfinden schienen. Die große Mehrzahl der deutschen Staaten vertraue dagegen Preußens Festigkeit und Treue, und diesem Vertrauen werde es entsprechen indem es nicht für sein Recht allein, sondern für das Recht dieser Genossen des deutschen Bundes auf freie Vereinigung einzutreten gedenke. Diese Berechtigung wird sodann in der Depesche zunächst aus dem alten Bundesrecht selbst abgeleitet, dann aber dargethan daß das alte Bundesrecht nicht mehr in seinem vollen Umfang anwendbar sey, weder auf Preußen, welches durch den Beitritt fast seiner ganzen Monarchie zu dem Bunde eine andere Stellung eingenommen, noch auf Oesterreich wo fortan die Beschlüsse eines Bundestags nicht mehr in der früheren Weise verbindlich seyn können, ohne mit dem neuen verfassungsmäßigen Zustimmungsrecht der Vertretung des Gesammtstaates zu collidiren. In Erwartung der Reorganisation des Bundes habe Preußen sich auch enthalten gegen die Anwendung der österreichischen Reichsverfassung auf die österreichischen Bundeslande, ohne irgendeinen Vorbehalt der Bundesrechte und Pflichten, Einspruch zu erheben. Ebenso wenig aber könne es auch jetzt den Einspruch Oesterreichs dulden gegen den Bundesstaat welchen es mit der großen Mehrzahl der souveränen Bundesglieder (Preußen und die vereinten Staaten bilden die Mehrheit der Stimmen im Plenum und im engeren Bundesrathe) anstrebe. Auf diesem Wege fortzugehen sey die Pflicht derer welche überzeugt wären daß es den Regierungen obliege durch Befriedigung der wahren Bedürfnisse der Nation Deutschland vor neuen Revolutionen zu bewahren. Der Verfassungsentwurf vom 26 Mai enthalte die Möglichkeit einer weiteren Entwickelung, wie sie der Nation entsprechend und für keinen Einzelstaat beeinträchtigend sey. Darum sey die Besorgniß Oesterreichs daß der Reichstag neue Unruhen hervorrufen werde, auch ungegründet. Träten sie aber dennoch hervor, so würden die verbündeten Regierungen sie mit aller Kraft unterdrücken helfen. Im übrigen hoffe die preußische Regierung daß sie bei ruhigem Fortgehen auf dem eingeschlagenen Wege, zu welchem sie entschlossen sey, nicht nur keinen Conflict mit Oesterreich herbeigeführt sehen, sondern daß vielmehr dieß offene und unumwundene Darlegen der gegenseitigen Ansichten zur Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen beitragen werde. (Fr. J.)

♀ **Berlin,** 19 Dec. In der gestrigen Abend- und heutigen Frühsitzung wurde die erste Kammer mit der Provincialordnung, den allgemeinen und Uebergangsbestimmungen, d. h. mit dem ganzen Gesetzentwurf fertig. Bei dem ersten Paragraphen über die Provincialordnung ergriff Hr. v. Gerlach das Wort, um den von Camphausen erhaltenen Schlag zurückzugeben. Er suchte zunächst zu beweisen daß die Provincialstände noch zu Recht beständen, und daß ihre Befugnisse und Rechte weder auf den Vereinigten Landtag, noch viel weniger auf die Nationalversammlung oder die Kammern übergegangen seyen. Dann sagte er: „Meine Ansicht ist gestern als eine unconstitutionelle bezeichnet worden. Ich habe indeß von der Kirche nur gesagt daß die Kammern sich in ihre Angelegenheiten nicht zu mischen hätten, und eine Dictatur nur insofern gewollt als ich mit der Mehrheit für den Art. 105 mich erklärt habe. Der Abg. Camphausen hat im April v. J. einer Verfassung gegenüber gestanden, die auch beschworen war. Ob er viel zu ihrer Aufrechthaltung gethan, lasse ich dahin gestellt. (Eine Stimme links: das ist doch zu arg!) Wir haben den Eid auf die alte Verfassung geleistet, und werden ihn ebenso halten wie den welchen wir auf die neue Gesammtverfassung zu leisten im Begriff sind." Darauf antwortet Hr. v. Ammon: daß den Provinciallandtagen keine legislative Befugniß zustehen könne, sey so klar daß nur der Vorredner das Gegentheil habe behaupten können. Uebrigens hätte er gewünscht daß derselbe in Gegenwart des Abg. Camphausen oder gleich gestern seine Ausführung gemacht hätte. Es pflege ihm doch sonst nicht an Geistesgegenwart zu fehlen! Gerlach erwiedert: den Provinciallandtagen habe er nie legislative Gewalt beigelegt; übrigens müsse er bekennen daß es ihm gestern allerdings an Geistesgegenwart gefehlt habe! (Große Heiterkeit.) In der heutigen Sitzung zeigte der Präsident an daß von den sieben katholischen Bischöfen ein Schreiben eingegangen sey, welches auf die in der Kammer verhandelten kirchlichen Fragen sich beziehe und zur Einsicht auf das Büreau niedergelegt werden solle. Die Kammer beschloß unter anderm auf den Antrag der Commission und die Empfehlung des Ministers v. Manteuffel: daß die communal-landständischen Einrichtungen in Wirksamkeit bleiben, bis sie durch gesetzliche Bestimmungen geregelt werden, und daß die Communallandtage bis dahin ihre Functionen fortsetzen sollen. Das ganze Gesetz, wie es aus der Berathung hervorgegangen ist, wurde in namentlicher Abstimmung mit 107 gegen 16 Stimmen angenommen. Daß Hr. v. Gerlach mit Nein stimmte, begriff man; daß aber Hansemann dasselbe that, rief laute Heiterkeit hervor. Zum Schluß wurde das Gesetz über die Ermäßigung des Briefporto in der Fassung der zweiten Kammer angenommen. Morgen wird noch eine Sitzung stattfinden und unter anderm der Bericht über die Angelegenheit des Abg. Temme zur Besprechung kommen. Die zweite Kammer hielt heute ihre letzte Sitzung vor den Feiertagen. Es wurde ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer verlesen, worin derselbe anzeigt daß er die letzten Beschlüsse dieser Kammer über die Verfassung der Regierung mitgetheilt habe. Der Präsident Schwerin bemerkte, dasselbe sey auch seinerseits mit den Beschlüssen der zweiten Kammer geschehen. Die Versammlung nahm hierauf den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Intelligenzzwangs in der Fassung der ersten Kammer an. Der Präsident vertagte die Kammer bis zum 4 Jan. 1850 und bemerkte daß das Budget einen der ersten Gegenstände der Berathung bilden werde. Am 22 d. M. wird vor dem Disciplinargerichtshof die Sache des Regierungsraths v. Merkel aus Liegnitz verhandelt werden, dem sträfliche Betheiligung an demokratischen Umtrieben schuldgegeben wird. Da der Angeklagte der Schwiegersohn des Präsidenten des Gerichtshofs — des ehemaligen Ministers v. Mühler ist, so hat dieser für den vorliegenden Fall die Präsidentschaft an den Geheimenrath Zettwach abgegeben.

Oesterreich. dt. **Wien,** 19 Dec. Die Ostdeutsche Post enthält in ihrer heutigen Nummer eine beachtenswerthe Erklärung des Frhrn. v. Pil-

ersdorf. Sie betrifft die neulich von der Deutschen Ztg. a. Böhmen erwähnte Angelegenheit daß nachträglich wegen der im Jahre 1848 in Böhmen vorgenommenen Landtagswahlen Untersuchung eingeleitet werden sollte. Der ehemalige Minister gibt uns dazu interessante historische Notizen, welche uns lebhaft in jene Zeit der Rathlosigkeit zurückversetzen. Wir wissen daß vor den Pfingstereignissen sich in Prag eine Behörde gebildet hatte welche von dem Centralministerium in Wien keine Notiz nahm, sondern sich direct unter den Kaiser stellte, der sich damals nach dem zweiten Maiaufstand in Innsbruck aufhielt. Hr. v. Pillersdorf berichtet nun, wie damals mit Umgehung des Ministeriums eine böhmische Deputation beim Kaiser um Einberufung des böhmischen Landtags nachsuchte und eine genehmigende Antwort erhielt; nur der Termin und die Wahlbestimmungen sollten von der Verfügung des Wiener Ministeriums abhängen. Was die tschechische Partei damals wollte, läßt sich sehr klar durchschauen. Sie fürchteten vor allen Dingen den Reichstag in Wien, und hatten sie schon eine unabhängige Behörde im Lande aufgestellt, so suchten sie diese durch einen beigegebenen Landtag zu befestigen und — den Zwiespalt des Monarchen mit der Residenz benützend — hätten sie die föderative Unabhängigkeit Böhmens gewiß damals behauptet und den Centralreichstag vereitelt, wenn nicht der Pfingstaufruhr in Prag dazwischengekommen. Am 26 Jun., wie Hr. v. Pillersdorf berichtet, sollten die Wahlen zum Reichstag beginnen, aber der damalige böhmische Landeschef suchte dem Wiener Ministerium zuvorzukommen, und schrieb die Landtagswahlen auf den 24 aus. Wer sich in die damaligen Zeiten versetzt, begreift ohne Mühe daß es sich vor allem darum handelte ob der Landtag oder der Reichstag eher zusammentrat. Das Ministerium Pillersdorf cassirte also die Verordnung des böhmischen Landeschefs, und untersagte die Landtagswahlen, auf einen spätern Termin vertröstend. Gleichzeitig wendete sich das Ministerium an die Kreisämter zur Betreibung der Reichstagswahlen, und bei diesen galt seine Autorität doch so viel daß sich der Landeschef nun selbst genöthigt sah die Reichstagswahlen auf den 26 Jun. auszuschreiben. Wenn sich die Sache so verhält wie sie Frhr. v. Pillersdorf darstellt, und wir haben kein Recht daran zu zweifeln, so hat er sich ein großes Verdienst um Oesterreich erworben, denn wenn damals in Prag der Landtag zusammengekommen wäre, so würde daraus ein Sonderparlament gegen den Wiener Reichstag geworden seyn, ja man hätte vielleicht auch Mähren in die tschechische Bewegung mit hineingerissen, obgleich die mährischen Stände damals wenig von den Prager Ideen wissen wollten. Erst im Kremsierer Reichstage wurde man mit dem Gedanken an ein einiges und ungetheiltes Oesterreich vertraut, und gerade die slavische Rechte förderte anfangs die Plane des Ministeriums in der Hoffnung das einige Oesterreich zu einem slavischen zu machen. Die Geschichte der nationalen Parteien in Oesterreich ist überhaupt höchst merkwürdig. Wie blind haben sich nicht alle ereifert, wie glücklich waren sie eine Zeit lang, wo sie glaubten ihre Parteizwecke zu fördern, während kluge Hände im stillen ganz andere Resultate vorbereiteten, bis ein Widerstand nach dem andern fiel, und zuletzt durch den Widerstreit der feindlichen Kräfte die Idee eines Staates durchbrach an den weder Deutsche noch Tschechen, weder Croaten noch Magyaren gedacht hatten. — Die Wiener Zeitung enthält heute eine Verordnung nach welcher die Staatsbauten einer Generalbaudirection übergeben werden; diese Behörde steht unter dem Handelsministerium und zerfällt in drei Sectionen: für Eisenbahnen, Straßen- und Wasserbauten, und Architektur. Früher war bekanntlich jene Behörde ganz selbständig, oder stand vielmehr unter der Hofkammer. — Regierungsrath v. Prechtl ist als Ritter des Leopoldordens in den Freiherrnstand erhoben worden. Die Ernennung des Hrn. v. Chorinsky zum Statthalter in Steiermark macht hier einiges Aufsehen. Hr. v. Chorinsky ist seit einem Jahre in der niederösterreichischen Verwaltung und ein Wiener, so daß man ihn ungern scheiden sieht. Die österreichische Regierung beabsichtigt die Eisenbahnstrecke Myslowitz-Krakau welche an die Wilhelmsbahn anschließt, der jetzigen Gesellschaft abzukaufen, und die Verhandlungen sind schon im besten Gange. Sollte Ihnen etwa von einer Meuterei des Regiments Deutschmeister in Komorn geschrieben werden, so schenken Sie dieser Nachricht keinen Glauben. Die Industrie falsche Gerüchte auszusprengen ist hier außerodentlich entwickelt. Mir wurde der Vorfall bis ins Detail erzählt, und als ich mich um die Wahrheit bemühte, ergab sich das Ganze als grundlose Fabel. — Die „Reichszeitung" bringt heute ein Schreiben aus Schumla, wornach Kossuth nicht mehr das Haupt der ungarischen Flüchtlinge wäre, sondern diese ihre Leitung an Moriz Perczel übertragen hätten. Gleichzeitig spricht das Schreiben von einer Liebesgeschichte Kossuths mit einer Gräfin Dembinska, einer Debrecziner Kaufmannstochter welche unter Namen und Costüm eines Emil Hogel die Emigrirten begleitet hätte.

Aus **Wien** vom 17 Dec. wird der Prager Zeitung geschrieben: „Sie werden sich erinnern daß das österreichische Handelsministerium am 14 Jul. l. J. in St. Petersburg mit der kais. russischen Oberpostverwaltung einen neuen Postvertrag abgeschlossen hat. Diesem Vertrage zufolge wird es den Correspondenten nunmehr, vom 1 Jan. 1850 angefangen, frei stehen die Briefe nach Rußland ohne Portozahlung aufzugeben, oder sie bis zum Bestimmungsorte zu frankiren. Das gemeinschaftliche Porto für einen einfachen Brief aus Oesterreich nach Rußland und umgekehrt wird mit 20 kr. C. M., das Gewicht eines einfachen Briefes für diese Correspondenz aber mit 3/4 österreichische Loth festgesetzt, für den Gränzverkehr zwischen beiden Ländern aber die Portotaxe auf die Hälfte ermäßigt werden. Fahrpostsendungen können alsdann bis zur Gränze frankirt, oder die Portozahlung dem Adressaten überlassen werden. Diese Maßregel wird nicht nur für unsern Verkehr, sondern auch für jenen des nordischen Nachbarstaats große Vortheile und Erleichterungen bieten, und der Kaiser von Rußland hat demnach auch soeben dem österreichischen Generalconsul in Odessa, Dr. Ludwig Gutmannsthal, welcher sich seit einiger Zeit in unsern Mauern aufhält, und während seiner letzten Anwesenheit in Petersburg die Verhandlungen zur Abschließung des erwähnten Vertrags im Namen des Handelsministeriums leitete, den St. Anna-Orden in Brillanten verliehen. In gleicher Weise wurde auch der Ministerialrath im Postdepartement unsers Handelsministeriums Turneretscher, decorirt, der Sectionsrath Löwenthal in demselben Departement aber mit einem kostbaren Brillantringe betheilt."

△ **Wien**, 19 Dec. Die Besorgnisse mit welchen man den Maßregeln des Finanzministers entgegensah, haben sich zwar nicht ganz verloren, aber die Gespensterfurcht haben wir vielleicht für einige Zeit hinter uns. Sie müssen wissen daß es hier sehr gutgesinnte Leute gibt, die seit einiger Zeit in beständiger Furcht leben der Finanzminister werde ein Wort sprechen darob ihre Geldkisten erzittern würden. Es sind nun Wochen verstrichen, und das ganze Resultat dieses Manövers ist das Steigen des Goldcurses um fast 8 Procent. Fragen wir uns, ob die Lage der Dinge sich mittlerweile so sehr verschlimmert habe, so würden wir eher das Gegentheil behaupten. Die Furcht vor einem Bruche mit der Pforte ist geschwunden; ebensowenig stichhaltig ist ein österreichisch-preußischer Krieg; wenn auch die böhmischen Truppen durch fortwährende Zuzüge aus Wien und aus Ungarn verstärkt werden. Im Innern entfaltet die Regierung täglich mehr Kraft. Ein Centralisationsnetz, in welchem der Siebenbürger Sachse, der Ruthene, der Ungar und all die vielen Völkerschaften in feste Schranken gewiesen werden, umschlingt bereits einen nicht kleinen Theil der Monarchie. Das Gesetz ist in seiner Anwendung nirgend mehr durch Einflüsse von unten gehemmt und kann das Eigenthum und den Besitz schützen, ohne daß an den Gewölben der Reichen die Worte: „Heilig ist das Eigenthum!" zu lesen sind. In dem industriellen Leben finden wir ebenfalls die erfreulichste Rührigkeit; aller Orten sind emsige Hände thätig zu schaffen und zu produciren, der fleißige Arbeiter findet Beschäftigung, der Kleinhändler sowie der größere Kaufmann findet Absatz. Und trotz alledem läßt sich nicht in Abrede stellen daß ein gewisses Unbehagen sich noch in allen Bevölkerungsschichten geltend macht. Die Welt ist unzufrieden mit dem was nach solchen Opfern gekommen, und läßt ihren Unmuth in mancherlei Weise aus. Eine Rundschau im ganzen Kaiserstaat zeigt ein und dasselbe Gefühl in allen möglichen Schattirungen. Die Tschechen sowie das Slaventhum überhaupt fühlen sich unbefriedigt von den Zugeständnissen der Regierung, und lassen die armen Deutschen in furchtbarem Grimm alle Unbilden die sie von der Regierung erlitten haben wollen, entgelten. Mit wahrhaft deutscher Geduld lassen diese alle Vorwürfe über sich ergehen, und denken am Ende daß das neue Oesterreich ein gar unruhiger Boden für uns seyn werde, wenn die vielen Völkerschaften nicht aufhören das Nationalitätssteckenpferd zu reiten. Die Ungarn, Polen und Italiener sind ebenfalls nicht befriedigt, verhalten sich aber für den Augenblick stumm. Die Ungarn brummen bloß wenn sie etwas von der serbischen Woiwodschaft hören, die ihnen ebensowenig munden will als die neuerfundene ruthenische Nationalität den Polen; sonst finden sie sich mit ritterlicher Ergebung in ihr Schicksal. Bezüglich des Ruthenenthums circuliren allerlei Gerüchte, und man will sogar bereits das Erlöschen desselben in Schule und Kirche voraussagen. Der päpstliche Nuntius hat gegen den Unterricht der ruthenischen Sprache als Sprache des Gottesdienstes protestirt, weil dadurch die Hinneigung zum Griechenthum befördert werde. In dieser Weise finden wir überall Streit und Kampf, aber auch Gelegenheit für die Regierung durch kluge Versöhnlichkeit die gemäßigten Freunde der Freiheit um sich zu schaaren. — Gestern ging ein neues Stück des jungen hoffnungsvollen Dichters Mosenthal mit großem Beifall über die Bretter. Ein Roman von Baron Eötvös: „Der Bauernkrieg in Ungarn," übersetzt von Dux, verließ so eben die Presse und verdient um so mehr Beachtung als die socialen Zustände Ungarns im 16ten Jahrhundert darin mit großer Treue geschildert werden.

ss. **Wien**, 20 Dec. Die Reichszeitung theilt heute einen Bericht aus „Mainz" als ersten Artikel mit der eine Charakteristik des Hrn. v. Radowitz enthält, und zugleich die Politik welche Oesterreich in der deutschen Frage beobachten soll, kurz vorzeichnet. Oesterreich, heißt es, fürchte den Bundesstaat nicht, denn Preußen würde sich bei den verbündeten Staaten nach und nach unbeliebt machen. Dagegen hüte sich Oesterreich seine Sympathien, welche es vom Main südwärts besitze, dadurch zu verlieren daß es gegen die Entwickelung der neuen Zeit und ihrer Forderungen feindlich auftrete. Darin würde liegen daß man dem Erfurter Reichstage nicht geradezu verbietend in den Weg treten, sondern nur seine Ausbreitung über das linke Mainufer verhindern solle. Das übrige werde sich finden wenn man der preußischen Diplomatie Spielraum gäbe Fehler zu machen. — Dr. Alois Fischer ist zum Statthalter von Oberösterreich ernannt, um so spannender erwarten wir hier die Wahl des Statthalters für Niederösterreich, wozu sich nach der Ostdeutschen Post noch niemand finden lassen wollte.

* Aus unsrer neuesten Wiener Correspondenz vom 20 Dec. bemerken wir für heute nur daß das Zwangsanleben von 90 Millionen Lire in den italienischen Provinzen sich doch bestätigt. Obgleich fortwährend Truppen und Kriegszeug nach Böhmen abgingen, fürchtete man keine Störung des Friedens. Die „Presse" sollte vom 25 an in Brünn wieder erscheinen.

Spanien.

Madrid, 13 Dec. Der Heraldo meldet die weitere Ankunft von 800 Mann in Barcelona und von 1000 Mann in Rosas auf der Rückkehr von Italien. Indessen wird versichert: die Regierung habe dem Papst die Zusage gemacht eine spanische Leibwache von 6000 Mann für ihn anwerben zu lassen, welche an die Stelle der bisherigen Schweizergarde zu treten bestimmt wäre. — Der erwähnte Vorschlag des Hrn. Silva, die ganze spanische Staatsschuld in 2½procentige Stocks zu consolidiren, ward in der Deputirtensitzung vom 12 Dec. mit 130 gegen 30 Stimmen verworfen.

Großbritannien.

London, 18 Dec.

Der Graf v. Neuilly (Ludwig Philipp) ist dermalen bei Sir Robert Peel auf seinem Landsitze Drayton Manor, bei Tamworth (Staffordshire) auf Besuch.

Der Standard sagt in seinem Börsenartikel: „Die Berichte vom Continent sind fortwährend sehr befriedigender Art. Die höchlich günstige Beendigung der italienischen Verwickelungen in den Wahlen von Piemont, welche eine Majorität von Freunden der Ordnung geschaffen haben, und die endlich bestimmt angekündigte Rückkehr des Papstes nach Rom, das sind Umstände die uns mit Zuversicht hoffen lassen daß der Frieden Europa's täglich gesicherter wird. Die von den französischen Ministern in der Nationalversammlung erlangte Majorität gewährt eine Bürgschaft daß auch in Frankreich die jetzige Ordnung der Dinge von Dauer seyn werde."

Die Regierung hat nun fest beschlossen, sobald die Jahreszeit es erlaubt, eine neue Expedition zur Aufsuchung Sir John Franklins auszusenden, wiewohl die Hoffnungen seiner Rettung nachgerade auf ein Minimum geschwunden sind. Das Commando wird wahrscheinlich Capitän Sir Edward Belcher übernehmen. Die Schiffe des Capitän Roß, „Enterprise" und „Investigator" werden in möglichster Eile wieder in seefähigen Stand gesetzt. Sie sollen aber dießmal nicht die gerade Richtung von Osten nach Westen einschlagen, sondern das Cap Horn umsegeln und dann nordwärts durch die Behringsstraße vordringen. Der Examiner erwähnt: Sir John Franklin habe vor seiner Ausfahrt oft ausgesprochen: er wolle die Wellington-Straße hinaufsegeln, und hoffe in dieser Richtung weiter nach Norden vordringen zu können als seine Vorgänger; auf diesem Wege sey die meiste Chance vorhanden die nordwestliche Durchfahrt zu bewirken. Dort also, meint das genannte Journal, müsse man die Vermißten suchen, was bisher noch nicht geschehen. — Auch über die Polarfahrt des Wallfischjägers „Advice", Capitän Penny, welcher sich freiwillig den Bemühungen der Nachforschung anschloß, ist jetzt im M. Herald ein interessanter Bericht veröffentlicht.

Zu Kinnordy, in Forfarshire (Schottland), ist Charles Lyell Esq. gestorben, der sich mit Hrn. Carey in den Ruhm theilte in England der gründlichste Kenner Dante's zu seyn. Seine Uebersetzung von Dante's kleineren Gedichten ist in ihrer Art so trefflich wie Carey's Uebertragung der göttlichen Komödie. Der Sohn des Verstorbenen ist der berühmte Geolog Sir Charles Lyell.

John Barker Esq., fünfzig Jahre lang englischer Generalconsul für Syrien und Aegypten, bekannt durch seine orientalischen Forschungen sowie durch seine hülfreiche Leutseligkeit gegen alle Reisenden in jenen Gegenden des Morgenlandes, ist am 5 Nov. auf seinem Landhaus bei Antiochia gestorben.

Frankreich.

Paris, 19 Dec.

Der Vortrag des Hrn. J. Favre bestand größtentheils aus einer Kritik derjenigen Redner welche die Getränkesteuer vertheidigt hatten, er war als der letzte aufgetreten und hatte somit die Rolle des Leiters der Opposition übernommen. Die conservativen Blätter sagen, er habe auch nicht ein neues Argument anzubringen gewußt, daß er aber seine Rolle nicht ungeschickt spielte, beweist schon der Umstand daß die Versammlung ihm, ohne ermüdet zu werden, so lange zuhören konnte. Die Sarkasmen mit welchen er seine Gegner bediente, erregten nicht nur den stürmischen Beifall der Linken, sondern nicht selten auch einen unwillkürlichen Anflug von Heiterkeit auf den Bänken der Majorität. Ihr erinnert euch, sagte er unter anderm, wie verschieden der innere Werth der Auflage aufgefaßt wurde. Hr. v. Charencey hat die Herstellung gepredigt im Namen der Moral und Gottesfurcht; Hr. v. Montalembert im Namen der Ekstase und Bewunderung; Hr. L. Faucher bewundert die Auflage nicht, er ergibt sich nur darein, und ich weiß nicht ob ich mich täusche, aber er scheint mir unendlich wenig Wohlgefallen an der Auflage zu haben und ziemlich harte Reticenzen zurückzuhalten die mit dem was man rechts hört, in vollkommenem Widerspruch sind. Was Hrn. Ch. Dupin anlangt, so hat er die Auflage in den Fluthen seiner Wissenschaft und allgemeinen Betrachtungen begraben, und es ist mir wenigstens von seiner Rede nichts geblieben als zwei Berechnungen, einmal daß die Durchschnittssumme der nichts bezahlenden Verbraucher dennoch 4½ Fr. mehr beträgt als die Durchschnittssumme der alles bezahlenden Verbraucher; zweitens, was nicht weniger stark ist, daß diejenigen die am 13 Mai die Abgeordneten gewählt und 184 von uns haben durchfallen lassen, sie damit bestrafen wollten für ein Votum vom 19 Mai. An dem Gelächter das hier ausbrach, nahm Hr. Ch. Dupin selbst Theil. Auf Hrn. v. Montalembert kam er später noch einmal zu sprechen: Ihr wißt daß dieser Redner im Eingang seiner merkwürdigen Rede sagte, er sey weder Oekonomist noch Finanzmann, doch wolle er von Oekonomie und Finanzen reden. Er hat nicht hinzugefügt daß er ein Mann von Geist sey und hat wohl daran gethan, denn er hat es in seiner Rede von einem Ende zum andern bewiesen. Ich bedauere meinestheils daß Hr. v. Montalembert von seinen Fähigkeiten einen so schlimmen Gebrauch macht daß er nicht Oekonomist und Finanzmann werden wollte, daß er es verschmähte seine Blicke auf Thatsachen herabzusenken die sein Gewissen aufgeklärt hätten, denn dann hätte Hr. v. Montalembert eine vortreffliche Rede gehalten, er wäre ein furchtbarer Gegner gewesen, er hätte gemacht daß man das Gesetz verworfen hätte. Die Argumentation des Hrn. v. Montalembert war ganz Gefühl. Er steht in Bewunderung vor dem französischen Finanzwesen, er findet nichts vollkommneres, sinnreicheres. Ich fürchte Hr. v. Montalembert möchte in dieser Religion beides, hoher Priester und Idol seyn. Im weitern gebrauchte er Hrn. L. Faucher um durch ihn auf jenen zu schlagen, indem er aus einer Rede desselben vom Jahr 1847 Stellen vorlas, worin gesagt war die Getränkesteuer laste auf den armen Classen und in den Stadtzöllen liege die Hauptursache des Elends der städtischen Bevölkerungen. Wenn man nun zum Lob der Auflage anführe man sehe sie nicht, sie sey nicht fühlbar, so nenne man das im gemeinen Leben die Schafe scheeren ohne daß sie schreien. So sey einmal geschrieben worden man dürfe wohl ungerecht seyn wenn man es nur nicht merken lasse. Das hätten die Pharisäer gelehrt. Ei, fragte er, wenn die Arznei so gut schmeckt, warum nehmet ihr sie nicht selber? Besteuert was ihr verzehrt. Schafft eine wirkliche Verbrauchssteuer, diese ist eine Entbehrungssteuer für die Armen. Sagt nicht vierundfünfzig Departementalräthe hätten auf Herstellung der Getränkesteuer angetragen. Befragt die welche die Auflage bezahlen, nicht die zwölf Millionen die nichts bezahlen, nicht die achtzehn Millionen die wenig bezahlen, sondern die fünf Millionen die zu viel bezahlen. Aus diesem philanthropischen Gesichtspunkt nahm er sich auch der Wirthshäuser an. Wenn wir, sagte er, unsere Verwandten, unsere Freunde an unserer Tafel versammeln, ihnen die Hand drücken, mit ihnen unsere Gedanken in der Freiheit eines Gastmahls austauschen wollen, so sind unsere Räume weit genug und im Innern unserer Familie wird das Fest bereitet. Wir laden die Eleganz und den Luxus ein, und der Fiscus hat keine Einsicht zu nehmen. Kann das der Arme auch? Ich sage euch wenn der Arme seine Familie versammeln will, ist seine Wohnung zu eng. Was bleibt ihm übrig als das Wirthshaus, als die Orte denen ihr ein Brandmal aufdrücken wolltet, indem ihr sie Kneipen nanntet? Es ist bequemer Epigramme zu machen als Gründe anzuführen. Wenn die Armen sich untereinander vereinigen, zu den Freuden einer Hochzeit, einer Taufe wenn man das Kind nach der Kirche trägt um ein Kind Gottes daraus zu machen, wo geht man hin? Man geht ins Wirthshaus. Das sind doch

wohl Familienfreuden, die Familienfreuden des Armen, und die besteuert ihr. Ihr wollt die Trinksucht zerstören? Ganz recht, sie ist die Geißel des Armen. Aber lest alle Oekonomisten, befragt die Thatsachen, behandelt die Frage nicht bloß mit dem Geist, und ihr werdet sehen daß das Laster der Völlerei eine Folge des Elends ist, daß wenn der Mensch sich nicht mehr nähren und kleiden kann, er sich dem Trunk ergibt. Dann geht er in die wahre Kneipe. Endlich machte der Redner noch die Apologie der Constituante gegen die verschiedenen Angriffe, wobei er sich fast den Ordnungsruf zugezogen hätte, als er sich also an die Majorität wandte: Ihr habt das Ende der Constituante gewollt, weil ihr sie als eine öffentliche Verlegenheit ansahet, weil ihr sagtet sie sey unmächtig. Prüft euch selbst, was habt ihr gethan? Ihr werdet antworten wir haben den Aufruhr unterdrückt. Wollte Gott daß die Geschichte euch nicht anklage ihn hervorgerufen zu haben! Die Linke klatschte Beifall, aber zur Ordnung! zur Ordnung! rief man von den Bänken der Majorität, und der Präsident forderte den Redner auf sich so zu erklären daß der beleidigende Sinn aus seinem Ausdruck verschwinde, was derselbe, ohne etwas zurückzunehmen, mit solcher Gewandtheit that daß Hr. Dupin ihn deßhalb förmlich belobte: gebrauchen Sie immer diese oratorischen Behutsamkeiten, so werden Sie von mir nie unterbrochen werden. Der Präsident hatte wieder einmal das Vergnügen die Versammlung in allgemeine Heiterkeit zu versetzen. Der letzte Redner, der Ex-Finanzminister Passy, unterzog noch einige andere Redner, besonders Hrn. Mauguin, seiner Kritik. Sein Haupttext aber war daß was man an der Getränkesteuer zu tadeln habe, nicht sowohl die Sache als die Form sey. In Bezug auf das was in der Vertheilungs- oder Erhebungsweise drückendes liegt, verspricht er sich von einer aufrichtig gemeinten parlamentarischen Untersuchung die beste Wirkung. Hr. J. Favre hatte sich die Andeutung erlaubt daß wenn die Versammlung eine unpopuläre Auflage beibehielte, die nächste Wahlurne die Versammlung verläugnen könnte: darauf erwiedert Hr. Passy, indem er schließt: Es ist jedermanns Pflicht, wenn ungerechte Anforderungen zum Vorschein kommen, sie abzulehnen. Der ehrenw. Hr. J. Favre hat nicht überlegt als er diese Worte sprach; und ich frage ihn selbst ob ihn als Mann von Gewissen alles Geschrei eines aufrührerischen Volks hindern würde seine Pflicht zu thun? Mein Wahlspruch ist: Thue was du sollst, komme was mag.

Die Nationalversammlung ist noch immer am ersten Artikel des Gesetzes über die Getränkesteuer, es regnet Amendements, diese sind aber zum Theil so unpraktisch daß sie kaum die Ehre einer ernsten Erörterung erhalten. Hr. Mauguin hatte vorgeschlagen das Gesetz vom 19 Mai zu bestätigen, aber die Auflage noch bis 1 Mai 1850 zu erheben, unterdessen aber eine Commission von 15 niederzusetzen, mit dem Auftrag die Mittel und Wege vorzuschlagen um dieses Einkommen zu ersetzen. Ein anderer Vorschlag, von Hrn. Prudhomme, ist: die Auflage noch bis 1 Jul. 1850 fortbestehen zu lassen. Von dem Finanzminister war ein Gesetzentwurf wegen Erhebung des ersten Budget-Trimesters von 1850 eingebracht worden. Die Dringlichkeit wurde zuerkannt. In der heutigen Sitzung bemerkt man auch Hrn. Thiers wieder, er ist von seinem Zungenübel hergestellt. Auch der Exminister-Präsident, Odilon Barrot, nimmt seit mehreren Tagen an den Sitzungen wieder Theil.

Hr. Dillon, der französische Consul auf den Sandwichinseln, ist seit einigen Tagen in Paris. Man glaubt daß die Regierung jetzt die officiellen Documente über die Ereignisse in Honolulu veröffentlichen werde.

♂ **Paris,** 18 Dec. Wenn man im Moniteur die gestrigen Abstimmungslisten durchgeht, so wird man von einer Thatsache die den Franzosen große Ehre macht, freudig überrascht. Das Für und Wider schied sich fast ganz und gar nach den politischen Farben ab, und nur eine geringe Anzahl Mitglieder der Majorität trennte sich von ihren Collegen aus Wahlrücksichten. Bloß die Deputation der Gironde, die, mit Ausnahme des nachgewählten Lagarde, der Rechten angehört, wurde zur Hälfte untreu. Zwei Deputirte dieses Departements waren abwesend, fünf stimmten für die Herstellung der Getränkesteuer und fünf, den radicalen Lagarde nicht gerechnet, die HH. Richier, Denjoy, Souspräfect unter Louis Philipp, Hovin, Tranchère, derselbe der neulich sich so warm für die Wiederaufrichtung der Statue des Herzogs von Orleans verwendete, Calas, Schiffscapitän, gleichfalls ein starker Orleanist, und Huber Delisle stimmten dagegen, sey es daß sie durch ein anderes Votum ihre Parlamentssitze aufs Spiel zu setzen fürchteten, sey es daß sie über diese Frage wie die Mehrheit der Bevölkerung in ihrer politischen Heimath denken. Die Gironde ist übrigens minder als andere Gegenden bei der Aufhebung der Getränkesteuer betheiligt; ihre vorzüglicheren Weine werden durch dieselbe nur wenig vertheuert, und ich glaube kaum daß ihr Absatz merkbar dadurch vermindert wird. Wenn sie leiden, so geschieht es durch die hohen Zölle auf ausländische Waaren von Ländern die Vergeltung üben und namentlich dem Verschluß französischer Weine Hindernisse in den Weg legen. Selbst die Medocs werden vom Volk nur wenig getrunken, sie sind zu leicht, nur wenn sie mit den dicken und feurigen Weinen des tieferen Südens vermischt sind, dürften sie auch dem Volke munden. Dagegen möchte ihr Verbrauch unter den Mittelclassen durch die Aufhebung oder Verminderung der Getränkesteuer bedeutend zunehmen. Von den Legitimisten haben sich einige der Abstimmung enthalten, die andern für den ministeriellen Gesetzentwurf gestimmt, aber die Partei behält sich einen Verbesserungsantrag vor, nach welchem die Auflage mit dem 1 Oct. 1850 aufhören würde. Für die unmittelbare Abschaffung zu stimmen, wie die Keckften sowohl als auch die Furchtsamsten wollten, getraut sich die Masse nicht. Wenn das Ministerium sich dem legitimistischen Vorschlag anschlösse, so könnte er durchgehen: besteht das Cabinet dagegen auf seinem jetzigen System, so ist es schwer anzunehmen daß die 113 Stimmen die um das Ergebniß zu ändern nöthig sind, von der Majorität abfallen werden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 11 Dec. Nach der Petersburger Zeitung hat der Kaiser dem donischen Heere „zur Erinnerung an dessen rühmliche Betheiligung bei dem Kampfe gegen die ungarischen Rebellen" die Georgenfahne mittelst besonderen Handschreibens vom 8 d. verliehen.

Donaufürstenthümer.

Zu der schwebenden Frage über Zurücksendung und Entfernung der ungarisch-polnischen Flüchtlinge, welche noch immer der streitige Punkt zwischen dem St. Petersburger Cabinet und der Pforte ist, kommen jetzt neue Verwickelungen in den Donaufürstenthümern. Bekanntlich war von den Commissären der russischen und türkischen Regierung eine Gesammtcommission für die Moldau und Walachei berufen worden, um das règlement organique zu revidiren. Obwohl die Mitglieder dieser Commission keine besondere moralische Garantie für ihre Unabhängigkeit bieten, so hat sich dennoch jetzt eine Opposition gegen die letzten Maßregeln welche Rußland, auf den Vertrag von Balta-Liman gestützt, in den Donaufürstenthümern ergriffen, gebildet, die allenthalben eine große Aufregung hervorruft, und leicht eine Verstärkung der russischen Occupationstruppen herbeiführen könnte. Die vorzüglichsten Beschwerdepunkte der Opponenten sind: 1) daß im Vertrage von Balta-Liman die Pforte und Rußland festgestellt habe daß das règlement organique, welches schon i. J. 1833 zu heftiger Opposition der walachischen Nationalversammlung Anlaß gegeben hat, unverändert beibehalten, und jetzt den eigenen Statuten zuwider nur von einer Commission für beide Fürstenthümer revidirt werden soll; 2) daß die Fürsten anstatt lebenslänglich, jetzt nur für sieben Jahre gewählt worden sind, und endlich, daß die jetzt regierenden Hospodare nicht von den Bojaren des Landes gewählt, sondern von Rußland so zu sagen aufgedrungen worden sind. Man hat freilich einige Bojaren namentlich designirt welche sich zur Wahl versammeln sollten; aber selbst von diesen erschienen nur einige welche gar kein Votum abgaben. Die Opposition in der Commission, und sie dürfte die Majorität bilden, geht mit dem Gedanken um die Ernennung der Fürsten Ghika und Stirbey als illegal zu erklären. So stehen in diesem Augenblicke die Angelegenheiten der Donaufürstenthümer. (C. Bl. a. B.)

Bucharest, 4 Dec. Die Inthronisation und Salbung unseres neuen Fürsten Stirbey ist nunmehr definitiv auf den 16 d. M. festgesetzt, und das Programm der dießfälligen Cerimonien und Festlichkeiten bereits erschienen. Es ist so ziemlich dasselbe welches bei der Inthronisation seines Bruders und Vorgängers Bibesco beobachtet wurde, nur hat die große Feuersbrunst vom Jahr 1847, welche die Kirche in der nach einem alten Vorrecht die Landesfürsten gesalbt zu werden pflegten, gleichfalls verheerte, die Modification herbeigeführt daß dieser Act dießmal in der Hauptkirche stattfinden wird. Auch dürfte bei den nachherigen Gratulationsauffahrten sich ein sehr unbequemes Gedränge hervorthun, da die großen Paläste mit ihren weiten Hofräumen, worin Ghika und Bibesco diese Feier begingen, gegenwärtig das Hauptquartier Omer Pascha's und Fuad Effendi's bilden, und das eigene Wohnhaus Stirbey's eben nicht das geräumigste zu einer solchen Feier ist. Derlei diplomatische Auffahrtsceremonien sind aber eben jetzt ganz besonders an der Tagesordnung. Kaum hat der neue Agent und Generalconsul der französischen Republik, Hr. Eugène Poujade, seinen ersten Amtsbesuch dem Fürsten erstattet, wozu er mit ganz besonderer Galla in fürstlichen Hofwägen more solito abgeholt wurde, als auch bald darauf Hr. Patsura, eine hier schon früher bekannte Persönlichkeit, aus Griechenland mit dem Patent als hellenischer Generalconsul ankam und seine Creditive dem Fürsten überreichte. Nun erwartet man in kurzem den neuernannten k. k. österreichischen Agenten Hrn. v. Laurin, welcher zugleich den Titel Generalconsul führen wird, wo es dann neuerdings an Auffahrten und Becomplimentirungen in Galla nicht fehlen wird, jene ungerechnet welche bei der Anwesenheit der russi-

schen und türkischen hohen Generalität, durch die Celebrirung der sehr häufig vorkommenden kirchlichen und weltlichen Fest-, Namens- und sonstigen Feiertage sich ergeben. Einen schaurigen Contrast zu die'en Festen bilden die häufigen Missethaten welche wir hier erleben, die nächtlichen Einbrüche und Ermordungen in Häusern und auf der Straße, gegen die leider unsere Polizei bis jetzt noch ohne Kraft geblieben ist. (Const. Bl. a. B.)

Türkei

„Ich bin in der Lage — schreibt ein Correspondent der „Constitutionellen Ztg." — Ihnen folgendes über die bosnischen Angelegenheiten weiter zu berichten. Es ist ganz gewiß daß in Bosnien große Truppenbewegungen und Rüstungen stattfinden. Täglich kommen daselbst neue Truppen an. Wohin jedoch diese kriegerischen Vorbereitungen abzielen, ist ein Geheimniß. Jedenfalls dürften sie nicht außer allem Zusammenhang mit der noch unentwirrten türkisch-russischen Frage stehen. Es ist möglich daß damit auch ein anderweitiger Zweck in Verbindung steht: die endliche Unterwerfung des widerspänstigen Bosniens. Wenigstens geben die Bosnier in der Kraina, d. h. in türkisch-Croatien, die im jüngstverflossenen Sommer revoltirte, der Sache diese letzte Deutung. Der Weffier von Bosnien schickte unlängst fünf vertraute Männer in alle Nahien (Kreise) aus, um die Streitfähigen aufzufordern sich mit Waffen, Munition und Reitpferd zu versehen und für alle Fälle gerüstet zu seyn. Ebenso wird glaubwürdig versichert daß der Renegat Bem sich mit einer Truppenmacht dem Lande Herzegowina nähere. Die Türken sagen Bem sey zum Statthalter des Landes designirt worden, und ihm folge eine noch größere Truppenmasse auf dem Fuß. Um den Ankömmling zu ehren werden ihm von den Großen und Vornehmen des Landes nach türkischer Art und Sitte Sendlinge mit reichen Geschenken, bestehend in Pferden und kostbarem Reitgeschirr, entgegengeschickt. Ein abenteuerliches Schicksal in der That das dieser Bem in dem kurzen Zeitraum eines Jahrs erlebt! Die wahren Osmanli, d. h. die Türken nach Abkunft und Religion (wohl zu unterscheiden von den bosnischen Türken die dem slavischen Stamm angehören), sind stolz auf diesen berühmten Renegaten, sowie überhaupt auf die gesammte ungarisch-polnische Emigration, die sich unter ihren Schutz geflüchtet hat. Gleich Mohammed-Ali erfreut sich besonders Kossuth ihrer ausnehmenden Verehrung, von dem sie zu sagen pflegen: „Unser Mohammed Ali ist uns gestorben, aber als Ersatz dafür sandte uns Gott Kossuth, Ehre und Preis seiner Allmacht." Die bosnischen Türken hingegen, die von slavischer Abkunft sind, betrachten diese fremden Gäste mit sichtlichem Mißtrauen, und der ruchtbar gewordene Zug des Bem in die Herzegowina flößt ihnen ungeheure Scrupel und Besorgnisse ein. Deßhalb sind sie jetzt vor allem thätig eine Versöhnung mit den Rajahs (christlicher Bevölkerung) um jeden Preis herbeizuführen, und in ihr einen tüchtigen Bundesgenossen für alle Fälle zu gewinnen. Uebrigens wird auch versichert daß selbst in der Herzegowina bedeutende Kriegsrüstungen geschehen, sowie daß in Albanien Kanonen gegossen werden. Dieß erregte die Aufmerksamkeit der Montenegriner, die auch ihrerseits nicht säumen sich in schlagfertigen Stand zu setzen. In Türkisch-Croatien regt sich der kaum beschwichtigte Aufstand wieder: die Insurgenten sammeln sich massenhaft mit dem Vorsatze eher zu sterben als die ihnen aufgelegten drückenden Steuern zu zahlen. Der Orient ist, wie man sieht, stark unterminirt und eine gewaltige Explosion scheint kaum mehr vermeidlich zu seyn."

Konstantinopel, 8 Dec. Hr. v. Titof hat an Ali Pascha eine Note des Grafen Nesselrode abgegeben, worin selber gegen das übereilte Zurückziehen der türkischen Truppen aus der Moldau-Walachei, und ihre Verminderung auf 10,000 Mann, wie es der Vertrag von Balta-Liman bestimmt, klagt. Rußland, heißt es weiter, um die Heilighaltung der Verträge zu beweisen, sollte sich bestimmt finden auch seinerseits die Truppenmacht in den Donaufürstenthümern auf diese Zahl herunterzubringen, es könne aber mit Rücksicht auf die Sicherheit seiner Staaten, die durch die Gegenwart der Flüchtlinge an diesen Gränzen gefährdet seyn könnte, dieß nicht eher thun, bis die Frage der ungarischen Flüchtlinge gelöst und der diplomatische Verkehr hergestellt sey. Es ist gestern ein französisches Dampfschiff, dem man das Zurückziehen der französischen Flotte zum Zweck beilegt, in außergewöhnlicher Fahrt angekommen. Dieß kann nicht aufmunternd auf die Pforte einwirken. Fuad-Effendi ist zum Mustachar des Großwesiers ernannt; dieses Vorrücken im Rang kann nicht als eine Auszeichnung, wie man es glauben machen will, angesehen werden, vielmehr scheint seine diplomatische Laufbahn die er als Amedzi betrat, eine andere Richtung erhalten zu haben, ob um seine Abberufung von St. Petersburg zu beschönigen, oder um das Gerücht daß er nach beendigter nunmaliger Sendung in Paris oder London verwendet werden soll, durch die Vorzeichnung seines neuen Berufs in der inneren Verwaltung zu widerlegen, was gleichzeitig von der Unzufriedenheit mit seinen Leistungen in St. Petersburg zeugen würde — kann jetzt nicht entschieden werden. Die Gesandten Rußlands und Oesterreichs haben Verwahrung eingelegt daß die bevorstehende Internirung nicht in die Colonisation der Flüchtlinge ausarte, worin sie auch durch Hrn. Cannings gleiches Dafürhalten unterstützt werden. Es hat nämlich Baron Tecco in Folge erhaltener Weisung seiner Regierung niemanden, auch den Italienern nicht, Reisepässe nach Sardinien zu ertheilen, bei der Pforte wegen Ermöglichung der Colonisation für die Italiener Fürsprache eingelegt — es wurde ihm aber das Begehren Rußlands und Oesterreichs sowie die Ansicht Englands entgegengehalten. Graf Stürmer hat der Pforte das Anerbieten seiner Regierung die Kosten der Internirung unter der Bedingung der zugestandenen Bewachung der betreffenden österreichischen Flüchtlinge zu übernehmen bekannt gegeben, die Pforte hat es aber zurückgewiesen. Es ist eine Regsamkeit zum Behuf der Vertheidigung der diesseitigen Donaulinie nicht zu verkennen. Die Recrutirung sowie die Einreihung der Redifs in stehende Bataillone geht unausgesetzt vor sich. Es sollen nunmehr 250,000 Mann unter den Waffen stehen. Man will wissen daß englische Officiere in der türkischen Marine verwendet werden sollen. (Wanderer.)

Ostindien.

Eine in Marseille eingelaufene Ueberlandpost hat Bombayer Zeitungen bis zum 17 Nov. mitgebracht. Die politischen Nachrichten sind dießmal völlig null. Der Gesundheitszustand des Generalstatthalters, Marquis v. Dalhousie, hat sich so verschlimmert, daß seine baldige Rückkehr nach Europa wahrscheinlich wird. Sein Abgang würde sehr beklagt werden. Auch der Generalissimus Sir Ch. Napier, der über Agra und Delhi nach dem Pendschab gereist war, beharrt auf seinem Entschluß im Frühjahr Indien zu verlassen. In der Präsidentschaft Madras fürchtet man, in Folge der heuer verspäteten Regen, eine Mißernte für das nächste Jahr. In Bombay und Bengalen sind die Regen rechtzeitig und reichlich gefallen. — Der Ein- und Ausfuhrhandel war schwunghaft geworden, und baares Geld im Ueberfluß vorhanden.

China.

Dr. Gützlaff, der von China auf einer Urlaubsreise in England angekommen, hat der Londoner asiatischen Gesellschaft angezeigt daß der Kaiser von China das Verbot für Fremde in China zu reisen neuerlich aufgehoben habe. Zugleich schlug er vor über die Himâlajakette nach Tübet zu gehen, sodann die Quellen und Zuflüsse des Yang-tsi-kiang aufzusuchen, und endlich den Lauf dieses unermeßlichen Flusses durch China nach dem Meere zu verfolgen. Eine solche Reise würde zu den bedeutendsten Entdeckungen in den Geographie führen. (Athenäum.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 19 Dec. Consols $96^5/_8$; Bank Stock $203^1/_2$.

Paris, 19 Dec. 3proc. 56.20; 4proc. 72.25; $4^1/_2$proc. 80.50; 5proc. 91.75; Bankactien 2435; belg. 3proc. $65^1/_8$; österr. Loose von 1834 410; neap. 5proc. 96.50; röm. 83; span. paff. $4^1/_8$; 3proc. $38^1/_2$; innere Schuld $30^3/_8$; piem. 5proc. 87.75; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 920; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 166.25; Paris-Orleans 790; Straßburg 361.25; Nordbahn 461.25; Rouen-Havre 241.25; Straßb.-Basel 110; Orl.-Vierzon 330; Bordeaux 405; Tours-Nantes 277.50.

Amsterdam, 18 Dec. $2^1/_2$proc. $54^7/_8$; 3proc. $63^9/_{16}$; 4proc. 84; Handels-Maatschappy 168; portug. 4proc. $35^1/_{16}$; Metall. 5proc. $80^1/_2$; belg. $2^1/_2$proc. $46^{15}/_{16}$; Ard. $13^5/_{16}$. Curs auf London $12.02^1/_2$ k. P. Curs auf Hamburg $34^{15}/_{16}$ k. G.

Frankfurt a. M., 21 Dec. Oesterr. 5proc. Metall. $84^1/_2$; Bankactien 1281; preuß. Staatsschuldsch. $86^5/_8$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $83^3/_4$; Ludwigsh.-Berbach $85^7/_8$; württ. $3^1/_2$proc. $81^5/_8$; $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; bad. 5proc. $99^3/_8$; $3^1/_2$proc. $79^5/_8$; darmst. $3^1/_2$proc. $82^1/_2$; 4proc. [illegible]$^1/_2$; $4^1/_2$proc. $94^5/_8$; naff. 5proc. $101^3/_4$; $3^1/_2$proc. 84; Frankf. 3proc. $78^1/_2$; $3^1/_2$proc. $92^1/_2$. 88; Disc. $2^1/_4$.

♀ **Wien,** 20 Dec. An der heutigen Börse haben fremde Devisen und Complanten wieder angezogen und blieben zur Notiz mehr gefragt als angeboten. Goldsorten wurden höher bezahlt, lombardische Tresorscheine billiger abgegeben und letztere mit 91 offerirt. In Fonds und Actien herrschte übrigens bei sehr geringem Geschäft wenig Veränderung gegen gestern und nur Pesther Eisenbahnactien stellten sich um $^1/_2$ bis $^3/_4$ Procent besser. Die Geldverhältnisse zeigten sich nicht ungünstig und waren Prolongationen billig. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Met. $93^7/_8$–94, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $82^7/_8$–83, Loose vom J. 1834 $176^1/_4$–$176^1/_2$, Loose vom J. 1839 106–$106^1/_4$, Bankactien 1182–1185, Nordbahnactien $109^1/_8$–$109^1/_4$, Gloggnitzer $109^1/_2$–110, Mailänder $81^3/_4$–82, Pesther 88–$88^1/_8$, London (i. l. S) 11.20 P., Hamburg $165^1/_2$ P., Augsburg uso $112^1/_2$ G., Frankfurt 112–$112^1/_4$ G., Amsterdam $156^1/_2$–157, Mailand 100 P., Livorno $109^1/_2$ G., Genua $129^1/_2$ G., Paris 134 P., Marseille 134 P. Goldagio für kaiserl. Münzducaten $19^3/_4$. Silberagio $12^1/_4$–$12^1/_2$ Proc. Napol.d'ors 9.7–8, Souv.d'ors 15 35–40, Friedr.d'ors 9, Preuß. 9.6, Sovrgs. 11.10, Imperial. 9.15–16, Dopp. $34^1/_2$–35.

Berichtigung.

In den ersten Abzügen ist in der gestrigen Allg. Ztg., in dem ○ Straßburger Brief stehen geblieben Savere st. Savern, was hiemit berichtigt wird.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Aus den Forts vor Venedig

* Ein Schweizer der schon im Frühjahr 1848 eine ganze Compagnie seiner Landsleute den Venezianern zu Hülfe führte und bei der Vertheidigung der Königin der Meere bis zur Capitulation thätig mitwirkte, hat so eben in einer kleinen Schrift alle die Schreckensscenen und Nachtstücke ausgemalt die seinem Auge vorübergingen, während er wochen- und monatelang in den Forts und Verschanzungen kämpfte, die dem zerstörenden Feuer der Oesterreicher am meisten ausgesetzt waren. Er heißt Debrunner und war während der Belagerung Hauptmann, jetzt Major. Seiner Schrift: „Die Erlebnisse der Schweizercompagnie in Venedig. Zürich und Frauenfeld, Verlag von Beyel", entheben wir die Notizen die uns die interessantesten scheinen.

Obgleich die Tagsatzung unterm 13 Mai alle Werbungen für Mailand und Venedig untersagte, gelang es dennoch dem Hrn. Debrunner eine Compagnie zu sammeln, und zwar im Kanton Zürich, von wo aus sie in den ersten Tagen des Mai, wenn auch noch unbewaffnet, doch in geschlossener Colonne den Gotthard passirte. In der Nacht ihrer Ankunft vor Venedig, oder vielmehr vor dem Fort Brondolo, entging die Compagnie nur wie durch ein Wunder der Vernichtung. Ihre Meldung im Fort war nämlich versäumt worden; als die wachsamen Venezianer nun in dem heranfahrenden Schiffe deutsch reden hörten, glaubten sie es handle sich um einen Ueberfall von Seiten der Oesterreicher, und eben sollte das Schiff in dichter Nähe mit Kartätschen überschüttet werden, als noch zu rechter Zeit die Meldung eintraf. Auch in Venedig selbst wurden die Schweizer, ihrer deutschen Rede wegen, oft bedroht und gefährdet, ohne daß es ihnen einfiel ihrerseits ein Nationalgefühl zu achten das ihnen so energisch von italienischer Seite entgegentrat. Wenigstens wundert sich Hr. Debrunner über nichts als über die Einfalt der Venezianer, die da meinten: wer deutsch rede, müsse auch ein Oesterreicher seyn, und die sich also gleichsam noch nicht bis zu der Höhe der Bildung erhoben haben welche dem Deutschen gestattet den Deutschen zu morden, und zwar in fremdem Sold!

Bevor die engere Einschließung der Stadt Venedig durch die Oesterreicher begann, wechselte die Schweizer-Compagnie oft ihren Platz, und lag bald in diesem, bald in jenem Fort, so daß sie fast überall herumkam. Der reinliche Schweizer klagt bitter über den Schmutz und die Nachlässigkeit der Italiener, wodurch nicht weniger als durch die ungesunde Luft der Lagunen Fieber und Cholera befördert worden seyen. Der Verfasser verlor viele von seinen Leuten durch Krankheit, ersetzte sie jedoch wieder durch versprengte Schweizer aus den päpstlichen Regimentern. Bei diesem Anlaß erzählt er eine Begebenheit die unter so vielen wichtigern Ereignissen des Jahres 1848 vergessen worden ist, immerhin aber ein merkwürdiger Beitrag zur vierhundertjährigen Geschichte des schweizerischen Söldnerdienstes bleiben wird. Das zweite päpstliche Schweizerregiment hatte in den heißen Sommertagen angestrengte Märsche zu machen, viele Soldaten blieben aus Krankheit oder Müdigkeit zurück, wofür sie mit Stockstreichen büßen sollten. „Als in Rimini eine solche Execution in Gegenwart der Mannschaft stattfinden sollte, trat ein alter Soldat aus den Reihen, protestirte laut gegen diese Grausamkeit und zerbrach die bereitliegenden Gerten. Da stieß der anwesende Bataillonscommandant, hierdurch zum größten Zorn entflammt, demselben den Degen durch den Leib, daß er sogleich todt zur Erde fiel. Der Anblick des todten Cameraden brachte die Soldaten zur Wuth. Racheschreiend stiegen sie in die Zimmer um die Gewehre zu holen. Die Officiere ergriffen alle die Flucht. Darauf vertheilten die Soldaten die Regimentscasse unter sich und verließen, von den Bürgern applaudirt, die Stadt in der Richtung des Po, mit der Absicht nach Venedig durchzudringen. Sie wählten einen Corporal zu ihrem Anführer. Der Hauptmann Stockalper kam ihnen nachgeritten um sie zur Rückkehr zu bewegen, allein er fand nicht nur kein Gehör, sondern büßte sein Leben ein, indem er sogleich vom Pferde heruntergeschossen wurde. Der Corporal bestieg sein Pferd und schmückte sich mit seinem Säbel und seinen Epauletten. Später veruneinigte und vertheilte sich das Corps (es waren ungefähr 400 Mann des gedachten zweiten Regiments die in Rimini gewesen), und nur zehn gelang es nach Venedig zu kommen. Die meisten wurden eingefangen und büßten hart für das begangene Verbrechen. Der Corporal konnte mit vielem Gelde entkommen."

Erst im April 1849 begann unter Haynau die eigentliche Belagerung Venedigs, und zwar zuerst die des Forts Marghera, des Hauptbollwerkes der Stadt auf dem festen Lande. Hieher waren auch die Schweizer verlegt worden. Debrunner tadelt die erstaunliche Verschwendung der Munition von Seite der venezianischen Artillerie. Als General Paolucci diesem Unwesen Einhalt thun wollte und die Schüsse zu sparen befahl, wurde er als Verräther verdächtigt, abgesetzt und in den Kerker geworfen. Inzwischen wurde keineswegs alles Pulver unnütz verschossen. Es ist bekannt daß sich die Besatzung von Marghera sehr gut und wirksam vertheidigt hat. Bei einem Ausfall glückte es den Belagerten einen Erdwall zu durchschneiden und den Laufgraben mit Wasser aus dem Canal anzufüllen. Debrunner war mit seinen Leuten dabei, und rühmt sich des glänzenden Erfolgs dieser Waffenthat, weil durch die Ueberschwemmung des Canalwassers im Belagerungsheer viele Tausende erkrankt seyen. Bei demselben Ausfall verloren die Schweizer zwei Todte, welche zwölf Stunden draußen liegen blieben, bis man sie aus Pietät unter den Kanonen des Feindes hereinholte. Da man bei dem einen Todten, der ein Schneider war, lediglich keine Verletzung bemerkte, übergab man ihn den Chirurgen, die ihn nach und nach wieder zum Leben brachten. Da ergab es sich daß er als Deserteur besorgt hatte gefangen und gehenkt zu werden, und daß die Furcht allein ihn in den Starrkrampf versetzt habe, der für den Tod gehalten worden war. Um so muthvoller waren die andern, die in der Lünette 13 unter dem fürchterlichsten Kugelregen der Oesterreicher aushielten. Als die Schweizer sich verschossen hatten, konnten sie keinen Mann mit Munition mehr aus dem Fort in die Lünette bringen, weil der Boden schon viel zu tief durch Bomben aufgewühlt und durchaus unwegsam geworden war. Da bildeten sie, wie bei Feuersbrünsten, eine Reihe und reichten einander die Pulversäcke zu, während die feindlichen Kugeln unter sie schlugen. Neben dem Schrecklichen fand auch das Lächerliche seine Stelle. Eine Bombe die ins Fort fiel, platzte im Kaffeehaus mitten unter vielen hundert Tassen, Tellern und Flaschen, und zerschmetterte alles in einem Nu. Die Oesterreicher richteten ihr Geschütz vorzugsweise auch auf die Eisenbahn, welche Marghera mit Venedig verbindet, um jede Communication der Stadt mit dem Fort zu hemmen. In diesem kritischen Zeitpunkt wurde Debrunner in die Stadt geschickt, und machte den „unvergeßlichen Spaziergang" im entsetzlichsten Kugelregen glücklicherweise ungefährdet, und wieder zurück. Allein das Fort ließ sich nicht lange mehr halten. Ein großer Theil des Geschützes war demontirt, die Mannschaft gelichtet, die Munition verschossen, das Fort fast nur noch ein Schutthaufen. Am nächsten Tage konnte es erstürmt werden; man beschloß also es in der Nacht zu verlassen, und Debrunner rühmt daß sich kein Verräther gefunden habe den Oesterreichern die beabsichtigte Flucht der Besatzung anzuzeigen. Wäre ein solcher Verrath erfolgt, so würden die Oesterreicher die ganze Nacht hindurch den einzigen Rückzugsweg beschossen haben. Auch das Fort St. Giuliano wurde geräumt, bei dessen allzu unvorsichtiger Besetzung 50 Oesterreicher durch eine Mine in die Luft gesprengt wurden. Von nun an errichteten die Oesterreicher zu Marghera und auf St. Giuliano Batterien, aus denen sie die Stadt Venedig selbst beschießen konnten; die Venezianer aber vertheidigten noch aufs hartnäckigste die drei an der Eisenbahn hinter einander liegenden Verschanzungen und Batterien St. Antonio, Rossarol und St. Secondo. Im letztern kleinen Fort, dem hintersten, lagen die Schweizer, wieder großen Gefahren ausgesetzt und mit feindlichen Kugeln überschüttet. Aus dieser letzten Schreckenszeit theilt der Verfasser wieder merkwürdige Einzelheiten mit. Einige Schweizer sollten auf einem Schiffe nach St. Antonio überfahren, um dort schanzen zu helfen, als die italienischen Ruderer, aus Angst vor den ihnen entgegenfliegenden österreichischen Kugeln, ins Wasser sprangen und zurückschwammen. Keiner von den Schweizern konnte rudern, das Schiff wurde also vom Winde fortgetrieben. Zum Glück war es Nacht, doch kamen sie den bei Licht arbeitenden Oesterreichern so nahe daß sie angerufen wurden, und obgleich sie nicht antworteten, scheint man sie doch vorher deutsch reden gehört und deßhalb nicht weiter nach ihnen gefragt zu haben. Man kann sich denken in welcher Angst die armen Schweizer die Nacht zubrachten. Mehrere die sich vorher gerühmt den Teufel nicht zu fürchten, beteten jetzt inbrünstig. Sie hielten sich die halbe Nacht an einem aus

dem seichten Wasser vorragenden Pfahle fest, um wenigstens nicht an das vom Feinde besetzte Ufer getrieben zu werden, und erwarteten so den Morgen, an welchem sie, noch ehe sie vom Feinde bemerkt wurden, ein venezianisches Schiff rettete.

Ein andermal wurden die Schweizer im Fort St. Secondo durch eine feindliche Bombe aufgeschreckt, welche dicht vor ihrem bombenfesten Blockhause eingeschlagen hatte. Neugierig liefen alle hinaus die Zerstörung zu sehen, da kam eine zweite Bombe geflogen und zerschmetterte hinter ihnen das Blockhaus, in dem sie so eben noch alle beisammen gewesen waren und das sie für sicher gehalten hatten.

Der Verfasser kommt auch auf die Versuche zu sprechen welche die Oesterreicher damals mit Luftballons machten, aus denen sie Bomben auf die Stadt herabwerfen wollten. Diese Versuche, sagt er, hätten die Neugier sehr in Anspruch genommen, aber keinerlei Furcht eingeflößt, da die Ballons zwar aufgeflogen, aber vom Wind immer an den unrechten Ort getrieben worden seyen, und die Bomben ihr Ziel immer verfehlt hätten.

Da der Verfasser sich fast ohne Ausnahme in den Forts aufhielt, kann er nur gelegentlich Scenen aus dem Leben und Treiben der innern Stadt mittheilen, z. B. den Sturm den das Volk auf den Palast des Patriarchen unternahm, als dieser zuerst es gewagt hatte zur Uebergabe zu ermahnen. Uebrigens theilt der Verfasser auch viele Actenstücke, Proclamationen und endlich die Unterhandlungen und Capitulationspunkte mit. Nach der Capitulation nahm er selbst seinen Weg über das feste Land, und wurde von den nämlichen österreichischen Officieren, gegen die er so lange gekämpft hatte, freundlich aufgenommen.

Die Schwurgerichte in Deutschland.

I.

m. Seit einem halben Jahre sind in mehreren deutschen Staaten Schwurgerichte in Wirksamkeit. Eine neue in Deutschland bisher nur in den ehemals zu Frankreich gehörigen Rheinprovinzen bestehende, von einer einflußreichen politischen Partei vielfach verdächtigte, selbst von wissenschaftlichen Männern Deutschlands mit Besorgnissen betrachtete Einrichtung ist unerwartet und unvorbereitet in das Leben getreten. Die Zeichen unter denen die neue Schöpfung in Deutschland eingeführt wurde, waren nicht günstig. Das nachtheiligste was für die Auffassung und Wirksamkeit der Schwurgerichte geschehen kann, nämlich das vorzugsweise Hereinziehen des Instituts in die Politik und die Auffassung desselben als eines Mittels zur Erreichung politischer Zwecke, trat in Deutschland ein. Die im Monat März 1848 entstandene Aufregung im Volke, die allgemeine Forderung der Einführung der Schwurgerichte, die im Lager der Freisinnigen allmählich sich bildende Partei, deren Plane auf etwas anderes als auf die ehrliche und folgerichtige Durchführung der constitutionellen Monarchie gerichtet waren, die Klugheit mit welcher man von den Schwurgerichten ein politisches Heilmittel für gewisse Fälle hoffte, die Bemühungen der Parteienpresse falsche Erwartungen zu wecken, waren nicht geeignet richtige Vorstellungen von den Schwurgerichten zu verbreiten. Die Bereitwilligkeit mit welcher die Regierungen in manchen Staaten plötzlich, um das Volk zu beruhigen, Einführung von Schwurgerichten zusagten, nöthigte rasch die Hand an das Werk zu legen; aber in den Ministerien fehlten häufig die Vorbereitungen: nur wenige Staaten hatten das Glück unter den höheren Justizbeamten Männer zu besitzen die das Geschwornengericht bereits kannten, und Erfahrung genug hatten um die Mängel der französischen Einrichtung zu kennen. Bayern war damals in einer glücklichen Lage, besonders als Heintz das Justizministerium übernahm. In andern Ländern waren die innerlich mit den größten Vorurtheilen gegen das Institut erfüllten Männer die das Schwurgerichtsgesetz ausarbeiten sollten, häufig nicht damit vertraut; man wendete begreiflich zunächst den Blick auf die Rheingegenden, in denen das Institut bestand; überall traf man auf den Reisen die von den Ministerien zum Studium der französischen Gerichtsverfassung entsendeten Männer; die natürlich bei ihren Arbeiten vorzüglich an die bekannte und leicht zugängliche französische Gesetzgebung über Schwurgerichte sich hielten. Der Wunsch der von allen Seiten gedrängten Regierungen bald etwas zu geben, führte dazu die Schwurgerichtsgesetze wenigstens vorläufig zu erlassen, und entweder nur für das Verfahren vor den Geschwornen, über Bildung dieser Gerichte und was nothwendig damit zusammenhing, Gesetze zu geben, die Voruntersuchung aber vorläufig nach dem bisherigen deutschen Strafproceß fortführen zu lassen, so daß der alte Inquisitionsproceß mit allen seinen Nachtheilen, mit der schlauen Kunst zu verhören, mit seiner Beschränkung der Vertheidigung und mit der Verzögerung des Verfahrens fortdauerte. Einige Gesetzgeber, z. B. die sächsischen (im Königreich und in den kleineren Staaten), wählten den Ausweg die Schwurgerichte vorläufig für Entscheidung der Preßvergehen und der mittelst Reden in öffentlichen Versammlungen und Vereinen verübten Uebertretungen in das Leben treten zu lassen. Das war der unglücklichste Einfall, so gut gemeint er war. Während da wo die Geschwornen über alle schweren Verbrechen zu urtheilen haben, ihr Rechtssinn gekräftigt wird, und das Gefühl der Nothwendigkeit strengerer Handhabung des Gesetzes vorzüglich bei der Entscheidung über Anklagen wegen Tödtung, Verwundung, Diebstahl, Betrug ꝛc. sich in den Geschwornen geltend macht, sie vor grundlosen Lossprechungen bewahrt und allmählich sie an eine gewisse Festigkeit und ernste Würdigung der Schuld gewöhnt, so daß sie auch bei Aburtheilung politischer Verbrechen mit der Gewöhnung an den sittlichen Ernst ihren Wahrspruch geben, werden die Geschwornen da wo sie nur über politische Verbrechen zu urtheilen haben, in das Gebiet der Politik geworfen, dem Einfluß der Parteien preisgegeben und zu einer politischen Auffassung der Verbrechen getrieben; diejenigen welche durch Betheiligung an der Presse mit der Richtung einer gewissen Partei, an Volksversammlungen und Vereinen fühlen daß sie und ihre Freunde am leichtesten in die Lage kommen vor Geschwornen Rede stehen zu müssen, beuten dann das Geschwornengericht zu ihren Zwecken aus, verbreiten falsche Vorstellungen, wirken einschüchternd und betrachten das Institut nur als politisches Mittel. Kommt dazu noch der in einigen Gesetzgebungen gewählte Weg daß man die Geschwornen durch directe Wahl des Volkes oder durch eine besonders hierzu gewählte Commission bestimmen läßt, so wächst die Gefahr, da leicht auf die Wahlen von denjenigen welche Geschworne wünschen die ihnen und ihren Genossen günstig sind, im Parteiinteresse der nachtheiligste Einfluß geübt wird.

Noch darf ein Nachtheil welcher auf die Wirksamkeit der Geschwornen in Deutschland leicht verderblich wirken könnte, nicht verkannt werden, der: daß die Geschwornen ihr Amt in einer Zeit begannen in welcher die fortdauernde politische Aufregung der Entwicklung einer ruhigen gesetzlichen Stimmung nicht günstig war. Nachdem Monate hindurch die politische Gereiztheit in der Luft lag und mehr oder minder alle ergriffen hatte, die Regierungen gleichgültig darüber schienen, wollten die Minister sich plötzlich ermannen; man fing nun politische Untersuchungen an, indem man aus dem Kreise von Tausenden welche an Freisinnigkeit sich zu überbieten suchten, einige herausnahm, und wegen mancher in der krankhaften Stimmung und Begriffsverwirrung der Zeit gebrauchter Aeußerungen oder excentrischer Handlungen vor Gericht stellte. Die Untersuchungen bekamen eine politische Färbung, und wirkten als Tendenzprocesse, wie man sie wenigstens betrachtete, nachtheilig auf die Stimmung derjenigen die als Geschworne zu urtheilen berufen waren.

Es ist an der Zeit zu fragen: was aus den unter solchen ungünstigen Verhältnissen in Deutschland eingeführten Schwurgerichten geworden ist, wie sie sich bewährten, welche Zeugnisse die Erfahrung der einzelnen Länder gibt? Wir haben sorgfältig die Verhandlungen und Wahrsprüche in den einzelnen deutschen Ländern verfolgt, und wollen, indem wir in Einzelheiten eingehen, mit Vergleichung der uns bekannten Entwicklung der Geschwornengerichte in Europa von Zeit zu Zeit in diesen Blättern treue Nachrichten geben. Was sich vor mehr als vierzig Jahren, als Schwurgerichte in den deutschen Provinzen eingeführt wurden die zu Frankreich gehörten, und später in Westfalen und in den hanseatischen Departements bei der Einführung der Jury zeigte, bewährte sich wieder seit einem halben Jahr in Deutschland. Das deutsche Volk faßte in der Allgemeinheit das Institut mit sittlichem Ernst auf. Man muß staunen wie Bürger, Landwirthe, die nie zuvor über Schwurgerichte nachgedacht hatten, als Geschworne mit einem praktischen Sinn in den schwierigsten Fällen über Anklagen wegen Tödtung, Brandstiftung, Raub, Diebstahl u. dgl. richtig urtheilten, da vorzüglich wo Fragen wegen der verschiedenen Abstufungen des Verbrechens, z. B. bei Körperverletzung wenn Tod erfolgte, oder bei Brandstiftung, gestellt werden mußten, durch ihren Wahrspruch zeigten daß sie ihre Aufgabe richtig erfaßten. Selbst die von einzelnen Geschwornen an Zeugen und Angeklagte gestellten Fragen zeigten daß die Fragenden die Bedeutung der Anklage würdigten. Gern muß man auch anerkennen daß die Beamten welche in Schwurgerichten thätig waren, ebenso wie die Vertheidiger im allgemeinen zeigten daß sie in den Geist des Instituts eingedrungen waren. Insbesondere haben viele der Präsidenten der Schwurgerichte sich Achtung wegen des würdigen, das Wohlwollen gegen die Angeklagten nicht verletzenden unparteiischen Benehmens erworben. Insbesondere hat sich in Bayern die Vorschrift des Gesetzes daß der Präsident am Schluß der Verhandlungen die Merkmale des Verbrechens auf welchen die Anklage beruht, den Geschwornen auseinandersetzen soll, gut bewährt. In der in Würzburg am 20 April d. J. vorgekommenen Anklage gegen Schleicher wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde waren die schwierigsten Rechtspunkte im innigen Zusammenhange mit der von den Geschwornen zu beantwortenden Schuldfrage;

die Zergliederung jener Momente im Schlußvortrage des Präsidenten entsprach völlig ihrem Zweck. So war auch bei der in München am 2 bis 4 Julius verhandelten Anklage gegen sechs Angeklagte (Oberle, Meichelböck) wegen Raubes und Diebstahls, die vom Präsidenten gewählte Art die schwierige Darstellung der Merkmale des Verbrechens und der in Frage stehenden Hülfeleistung durch Zergliederung erläuternder Beispiele zu liefern sehr geeignet den Geschwornen ihre Antwort zu erleichtern. In manchen Fällen können jedoch die Assisenpräsidenten von einem Vorwurf nicht freigesprochen werden, daß sie grundlos und selbst unklug die Vertheidiger unterbrochen und sie in ihrer Darstellung beschränkt haben. Die Ungeduld des Präsidenten ist gefährlich; seine Ansicht daß ein oder der andere der vorgebrachten Gründe nicht hieher gehöre, oder nicht von Einfluß auf die Ueberzeugung der Geschwornen seyn dürfe, darf ihn nicht leicht zur Beschränkung der Vertheidigung bestimmen; unvermeidlich wird durch solche Unterbrechungen ein Widerstreit hervorgerufen; der Vertheidiger glaubt in seinem Recht der Vertheidigung verletzt zu seyn; die Geschwornen werden leicht durch solche Vorgänge mehr für den Angeklagten gestimmt, und sprechen das Nichtschuldig aus. Nicht billigen können wir auch die von manchen Assisenpräsidenten ausgesprochene Ansicht daß der Vertheidiger von der Größe der Strafe des Verbrechens nicht sprechen dürfe. Sie werden dabei zu sehr von dem schwer Billigung verdienenden Art. 342 des französischen Code geleitet, welcher in dem bayerischen Gesetz vom 10 Nov. 1848 nicht aufgenommen ist; allerdings sollen die Geschwornen nicht Gesetzgeber seyn, sich nicht durch die Größe der drohenden Strafe bestimmen lassen das Nichtschuldig über den Angeklagten auszusprechen welchen sie für schuldig halten; der Vertheidiger hat Unrecht wenn er die Geschwornen zu einer solchen Handlungsweise auffordert; allein unterbrechen sollte der Präsident deßwegen den Vertheidiger nicht. Der Staatsanwalt mag gegen eine solche Ansicht des Vertheidigers sich erklären, der Präsident mag am Schluß die Geschwornen warnen; wenn aber der Vertheidiger in Fällen wo es sich handelt ob z. B. bei der Anklage wegen Brandstiftung das Verbrechen im ersten Grade (mit Todesstrafe bedroht) oder das des zweiten begründet ist, den Geschwornen die Bedeutung der gesetzlichen Abstufungen auseinandersetzt, und dabei aufmerksam macht wie der Gesetzgeber scharf die Grade nach der Strafe unterschied und die Geschwornen die Wichtigkeit ihres Wahrspruchs in das Auge fassen sollten (z. B. bei der Würzburger Assise vom 14 April gegen Thomas), so hat der Vertheidiger kein Unrecht gethan.

Bei manchen Assisen hat sich klar gezeigt wie vorsichtig die Präsidenten mit dem Gebrauche der discretionären Befugniß seyn müssen Zeugen kraft ihrer Amtsbefugniß zu vernehmen, vorzüglich Sachverständige vorzuladen. Nach dem Gesetze (dessen Ansicht von der Stellung einer solchen Person, die nur gerufen wird pour donner des informations) werden solche Sachverständige nicht beeidigt. In einer Assise in Bayern war ein Obermedicinalrath auf die Zeugenliste des Staatsanwalts gesetzt und eidlich vernommen. Der Präsident ließ zwei Professoren der Medicin vorladen, und vernahm sie als Sachverständige, aber nach dem Gesetze nicht eidlich. Wer aber mag glauben daß die Geschwornen nicht unbewußt, ohne sich um die Unterscheidungen des Gesetzes zu kümmern, auch auf das nicht eidliche Gutachten der Vernommenen, besonders wenn sie Männer von hohem wissenschaftlichen Ruf sind, klar und gewandt sprechen, mehr Werth legen als auf die Aussage des eidlich vernommenen Sachverständigen? In Beziehung auf die medicinischen Sachverständigen haben ohnehin die Assisen in Deutschland einen großen Uebelstand nachgewiesen. Nur zu oft bleiben die Aerzte vor den Geschwornen ihrer bisherigen Sitte treu, in ihren Gutachten eine Masse lateinischer technischer Ausdrücke zu brauchen, in einer nur dem Techniker verständlichen Weise ihre Ansicht zu begründen, und vergessen daß jetzt Geschworne urtheilen welche solche Gelehrsamkeit nicht verstehen, aber fordern können daß man sich ihnen verständlich mache, daher oft derjenige Arzt der vielleicht weniger gründlich ist und nicht die wahre Ansicht entwickelt, aber klar mit schlagenden Beispielen einfach vorträgt, auf die Geschwornen mehr Eindruck macht als sein gelehrter aber pedantischer oder schlecht vortragender College.

Unter den Beamten die als Staatsanwälte auftraten, haben manche mit ebensoviel Gewandtheit als Würde sich benommen; hier zeigt sich noch am meisten wie wenig die Stellung des Staatsanwalts noch recht begriffen ist. Die Gefahr des Mißbrauchs liegt auch für den Mann der edelsten Gesinnung nahe, weil der Wunsch die einmal begonnene Anklage durchzuführen und die Geschwornen zu überzeugen ihn leicht zu weit treibt. Als Fehler die wir am meisten bemerkten, können hervorgehoben werden die Leidenschaftlichkeit der Darstellung, und der Ausbruch des Unwillens wenn ein Zeuge welcher in der Voruntersuchung für die Anklage günstig aussagte, in der öffentlichen Sitzung die Aussage berichtigt und dem Angeklagten günstiger spricht; es ist eine tadelnswerthe Einschüchterung wenn in solchen Augenblicken der Staatsanwalt damit droht den Zeugen wegen Meineids verhaften zu lassen; solche Waffen kehren sich oft gegen den Staatsanwalt, und machen ebenso üblen Eindruck auf die Geschwornen als die Heftigkeit des Benehmens des Staatsanwalts und die Härte der von ihm gestellten Anträge. Wie häufig würden die Geschwornen auch in politischen Verbrechen das Nichtschuldig aussprechen, wenn die Anklage auf Aufruhr, oder Aufforderung dazu oder auf Gewalt gelautet hätte, während die oft unverständigen Anklagen auf Hochverrath von vornherein empören. Eine Unklugheit der Staatsanwälte ist es wenn sie in Verhandlungen über politische Verbrechen dem Vertheidiger auf das Gebiet der Politik folgen und seine staatsrechtlichen Theorien von Revolution zu widerlegen suchen, während der Staatsanwalt die beste Stellung hat wenn er vom rechtlichen Standpunkt die Anklage begründet. — Unter den Vertheidigern haben sich manche bedeutende Talente hervorgethan. Auch der Vertheidiger scheitert leicht an gewissen Klippen. Er muß manche Sitte die er bei schriftlichen Vertheidigungen von den gelehrten Richtern angenommen hat, vor den Geschwornen ablegen. Der Prunk mit gelehrten Autoritäten, eine zu spitzfindige Auslegung verliert hier ihren Werth, und erzeugt eine dem Vertheidiger ungünstige Stimmung. Eine große Unklugheit ist es von Seite der Vertheidiger, wenn sie (ohne genügenden Grund) die Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung angreifen, als durch List oder Drohungen erzeugt darstellen, und Mißtrauen gegen einzelne Beamte zu erwecken suchen. Der verständige Geschworne glaubt dergleichen nicht leicht; kommt es zu Vernehmungen über die Wahrheit solcher Angaben, so wird in der Assise häufig das Gegentheil dargethan, und der Vertheidiger raubt sich dann selbst die gute Meinung der Geschwornen, die dann härter gegen den Angeklagten gestimmt werden. Bei politischen Verbrechen hat in manchen Assisen das Benehmen von Vertheidigern, die mündliche Verhandlung als Mittel zur Darlegung ihrer politischen Ansichten zu benützen, das Recht zur Revolution und die extremsten Theorien zu vertheidigen, als tadelnswerth sich gezeigt. Die Freiburger Assise gegen Struve und Blind hat das Benehmen in ihrem Höhepunkt gezeigt, aber auch dem Geschwornengerichte schlecht gedient.

Fragt man im allgemeinen um die Erfahrungen über die Wirkungen der Schwurgerichte in Deutschland, so sind sie durchaus günstig. Man muß nach der Beendigung einer Assise mit den Zuhörern, die aus dem Saale strömen, im vertrauten Kreise sich befunden haben, um den der Herrschaft der Gesetze günstigen Eindruck der Geschwornengerichte bezeugen zu können. Eine Stimme macht sich dann Luft, die: daß es dem schlauen Verbrecher wenn er keck alles abläugnet und zu den ungereimtesten Entschuldigungen seine Zuflucht nimmt, nichts nütze und die Geschwornen desto eher ihn schuldig finden, vorzüglich eher den höheren Grad des Verbrechens als vorhanden annehmen, während der reumüthige, mit Anstand sich benehmende Angeklagte, wenn er auch schuldig erkannt wird, eine viel bessere Lage hat, weil die Geschwornen ihn dann des geringeren Grades des Verbrechens für schuldig finden, oder aussprechen daß er mit verminderter Zurechnung gehandelt habe. Sehr interessant ist es zu bemerken, wie Geschworne bei Anklage wegen körperlicher Mißhandlung wenn Tod erfolgte, wenn die Fragen zu beantworten sind: ob der Angeklagte den Tod des Verletzten als wahrscheinlich voraussehen konnte, auf wahrhaft volksthümliche Weise sich benehmen, in die Persönlichkeit des Angeklagten sich versetzen, den Einfluß aller Umstände würdigen und darnach ihren Wahrspruch geben (z. B. in der Assise zu Würzburg vom 11 April in Bezug auf Höfner). Merkwürdig ist auch welchen Eindruck die Verurtheilungen von Angeklagten machen die ihre in der Voruntersuchung abgelegten Geständnisse widerrufen (ein lehrreiches Beispiel dieser Art kam in der Assise in Straubing am 17 und 18 October vor als Rokermaier wegen Brandstiftung angeklagt war, als sein Widerruf des Geständnisses in der Assise durch die Verhandlung als grundlos sich ergab und er zur Todesstrafe verurtheilt ward. Wo nach dem bisherigen Processe der dritte Theil, vielleicht die Hälfte der Angeklagten aus Mangel der Beweise hätte losgesprochen oder von der Instanz entlassen werden müssen tritt jetzt Verurtheilung ein. Immer tiefer wurzelt das Gefühl im Volke daß alles Läugenen und Lügen dem Schuldigen nichts hilft, und an diese erhöhte Sicherheit daß kein Schuldiger seiner Strafe entgehen werde, und an das Vertrauen zu den Strafurtheilen, weil das Volk selbst den Angeklagten schuldig fand, knüpft sich die Verminderung der Verbrechen und die größere Wirksamkeit der Strafjustiz. Es ist nun Zeit das Verhältniß der Wahrsprüche der Geschwornen in welchen sie Schuldig oder Nichtschuldig aussprachen, in den verschiedenen deutschen Staaten, die Einzelheiten wichtiger Strafprocesse, und die gemachten Erfahrungen näher darzustellen.

München.

⊙ **München,** 19 Dec. Erlauben Sie auch einem Münchner Correspondenten einige Worte der Betrachtung in der höchst wichtigen Streit-

frage die soeben zwischen Oesterreich und Preußen verhandelt wird. Ihr Artikel aus Frankfurt vom 3 Dec. hat hier wohl wegen seiner Einfachheit und Wahrheit in der Beurtheilung der preußischen Note Eindruck gemacht. Auch die Neue Münchner Ztg. vom 17 Dec. bespricht ihn und stimmt ihm in allen wesentlichen Punkten bei bis auf Einen. Sie glaubt nämlich der preußischen Note darin zustimmen zu müssen daß „die Souveränetätsrechte eines Bundesgebiets zu Gunsten eines Mitverbündeten ohne jede Zustimmung der Gesammtheit abgetreten werden können," wie die Worte lauten. Ja die Neue Münchner geht noch weiter und sagt geradezu: „Wir müssen die Zustimmung der Gesammtheit des Bundes und einen Bundesbeschluß als ein und dasselbe erkennen". *) Mit dieser Interpretation des VIten Artikels der Wiener Schlußacte will sie nämlich Ihrem Frankfurter Berichterstatter in der Behauptung entgegentreten daß ohne Bundesbeschluß überhaupt keine Souveränetätsrechte rechtsgültig innerhalb des deutschen Bundes abgetreten werden können. Obgleich nun diese Frage, wie auch die N. Münchner Ztg. Ihrem Frankfurter Berichterstatter zugibt, in dem gerade jetzt vorliegenden Notenwechsel zwischen Oesterreich und Preußen nicht entscheidend ist, da es sich zweifelsohne um mehr als um eine bloße Abtretung von Souveränetätsrechten bei der Berufung des Erfurter Reichstags handelt, so ist sie für die Zukunft doch äußerst wichtig, schon deßhalb weil ohne ihre Entscheidung auf rechtsgültigem Wege kaum eine allgemein anerkannte und dabei gehörig concentrirte Centralgewalt zu Stande kommen kann, überhaupt aber weil es sich bei dem Zustandekommen einer jeden deutschen Verfassung, mag sie nun ausfallen wie sie will, darum handeln wird ob einseitig und beliebig von einigen Staaten an andere die Abtretung ihrer Souveränetätsrechte geschehen kann, oder ob die Anerkennung des Bundes dazu nöthig ist. Kurz die Frage ist diese: hat der Bund als solcher in letzter Instanz darüber zu entscheiden oder können die einzelnen Staaten definitiv und willkürlich darüber verfügen? **) Alles kommt bei der Lösung derselben auf eine wahrhafte und richtige Interpretation des Art. VI der Wiener Schlußacte an. Dieser lautet vollständig: „Der Bund ist nach seiner ursprünglichen Bestimmung auf die gegenwärtig daran theilnehmenden Staaten beschränkt. Die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur statthaben wenn die Gesammtheit der Bundesglieder solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstand der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiet haftender Souveränetätsrechte kann ohne solche Zustimmung nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen." Es entsteht nun nothwendig die Frage, was heißt in den hier besonders aufgeführten Fällen die Zustimmung der Gesammtheit der Bundesglieder? Was heißt solche Zustimmung? Gibt es noch eine andere Zustimmung als die der Gesammtheit? Man würde sehr irren und sehr oberflächlich verfahren wenn man sich mit Art. VII begnügte, der da sagt: „die Bundesversammlung, aus den Bevollmächtigten sämmtlicher Bundesglieder gebildet, stellt den Bund in seiner Gesammtheit vor, und ist das beständige verfassungsmäßige Organ seines Willens und Handelns," denn gerade innerhalb der Bundesversammlung gab es ja verschiedene Zustimmungsarten, nämlich nach Majorität der Stimmen und nach Stimmeneinhelligkeit, und es wäre ein Unsinn und Sprachfehler in den Worten des Art. VI „ohne solche Zustimmung" enthalten wenn jeder Bundesbeschluß auch als Zustimmung der Gesammtheit in jenem Sinne zu gelten hätte. Dieß ist es was die N. Münchner Ztg. zu beweisen hätte. Ferner aber ist damit daß eine freiwillige Abtretung von Souveränetätsrechten ohne Zustimmung der Gesammtheit nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen könne, noch keineswegs gesagt daß mit einer solchen nun alles beendet sey und weiter gar kein Bundesbeschluß einzutreten habe. Denn erstens ist klar daß eine solche Abtretung, wenn sie sehr ausgedehnt ist, den ganzen Grundcharakter des Bundes verändern und dem Geiste der Bundesacte widersprechen kann (was Art. IV der Wiener Schlußacte verbietet), und zweitens ist gewiß daß die Consequenzen solcher Abtretungen von Souveränetätsrechten vor die Bundesversammlung als gesetzliches Organ des Bundes gebracht werden müssen, weil sie unmittelbar auch eine Abänderung des Stimmenverhältnisses der Einzelstaaten innerhalb der Bundesversammlung, und eine Abänderung der Grundgesetze mit sich führen können. Art. XVII der Wiener Schlußacte sagt: „Die Bundesversammlung ist berufen zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte die darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollten, dem Bundeszweck gemäß zu erklären, und in allen vorkommenden Fällen den Vorschriften dieser Urkunde ihre richtige Anwendung zu sichern." Aber auch abgesehen von den allgemeinen Gründen, die aus dem Geiste der Grundgesetze des deutschen Bundes entnommen werden können und welche gegen die Ansicht der Neuen Münchner Zeitung sprechen, so ergibt sich aus der Wiener Schlußacte selbst daß unter dem Ausdruck „Zustimmung der Gesammtheit der Bundesglieder" in Art. VI Stimmeneinhelligkeit zu verstehen ist, und daß also mit jener Stelle nur gesagt seyn kann, die Abtretung der Souveränetätsrechte zu Gunsten eines Mitverbündeten könne ohne „solche" Zustimmung, nämlich aller Bundesglieder, geschehen. Die Wiener Schlußacte führt nämlich die in Art. VI zuerst erwähnten Fälle bei welchen die Gesammtheit der Bundesglieder ihre Zustimmung geben müsse, unter denjenigen auf welche Stimmeneinhelligkeit zur Annahme erfordern, und versteht also unter Gesammtheit an dieser Stelle Stimmeneinheit. Dieß geschieht in Art. XIII Nr. 3, wo die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund eigens der Zustimmung aller Staaten unterworfen wird *). Setzt man nun dem strikten Sinne nach im Art. VI die nachherige Erklärung hinein, so hat man den vollkommenen Zusammenhang und die Bedeutung der Worte folgendergestalt mit allen ihren Beziehungen in Art. VI: „die Aufnahme eines neuen Mitgliedes kann nur Statt haben, wenn die Gesammtheit der Bundesglieder, d. h. mit Stimmeneinhelligkeit, solche mit den bestehenden Verhältnissen vereinbar und dem Vortheil des Ganzen angemessen findet. Veränderungen in dem gegenwärtigen Besitzstand der Bundesglieder können keine Veränderungen in den Rechten und Verpflichtungen derselben in Bezug auf den Bund, ohne ausdrückliche Zustimmung der Gesammtheit, d. h. mit Stimmeneinhelligkeit, bewirken. Eine freiwillige Abtretung auf einem Bundesgebiete haftender Souveränetätsrechte kann ohne solche Zustimmung, d. h. aller Stimmen, nur zu Gunsten eines Mitverbündeten geschehen." Durch diese einfache Erklärung wird es klar und deutlich daß mit den letzten Worten nichts weiter gemeint seyn kann als daß eine freiwillige Abtretung von Souveränetätsrechten an einen Nichtverbündeten die Form der Zustimmung aller Bundesglieder mit Stimmeneinhelligkeit erfordere, keineswegs aber daß die Abtretung derselben an einen Mitverbündeten gar keinen Bundesbeschluß erfordere, oder ohne jede Art der Zustimmung zu geschehen habe. Gerade in diesem Sinne ist denn auch die obige Stelle von den gründlichsten Rechtslehrern des deutschen Bundesrechts bisher aufgefaßt worden, insofern sie diese Frage speciell berühren. Klüber sagt in seinem öffentlichen Recht des T. B. §. 129 Note d: „daß die Worte „Gesammtheit der Bundesglieder" im Art. 16 so wie im Art. 6 in Beziehung auf Veränderungen in dem Besitzstand auf Stimmeneinhelligkeit hinweisen, geht schon aus einer Vergleichung derselben Ausdrücke in dem angeführten Art. 6 in Beziehung auf die Aufnahme neuer Bundesglieder mit Art. 13 Nr. 3 hervor, in welcher letzten Stelle dieselbe Bedeutung jenem Wort ausdrücklich beigelegt wird **)." Eben auf diesen Sinn der Worte gründen sich auch die Eintheilungen der Formen, ob Stimmeneinhelligkeit bei bestimmten Fragen einzutreten habe oder Stimmenmehrheit genüge. Zweifelhaft kann nur seyn, ob in dem vorliegenden Falle der Entscheidung des engeren Rathes oder des Plenums noch Stimmenmehrheit eintreten müßte wenn die Bundesversammlung noch in ihrer vollen Integrität bestände. Da nun aber an die Stelle des engeren Rathes die provisorische Centralgewalt tritt und die Bevollmächtigten der andern Staaten nur die Rechte des Plenums zu üben haben, so kann die Beantwortung dieser Frage einstweilen aufgeschoben bleiben, umsomehr als es sich sehr leicht erweisen läßt daß, wenn die Anerkennung in Bezug auf die Abtretung der Souveränetätsrechte schon durch einen Beschluß der provisorischen Centralgewalt gegeben werden kann, doch alle Consequenzen dieser Abtretung, insofern sie eine Aenderung der Bundesgesetze nothwendig einschließen, der Zustimmung der Gesammtheit der Bundesstaaten bedürfen. Dieß aber ist der wichtige Grundsatz der in jedem freien Bundesstaat bei seiner

*) Die Behauptung in der preußischen Note ist nur dunkel, die Behauptung in der N. Münchner Ztg. ist falsch. Anm. des Eins.

**) Zugegeben kann von vornherein werden daß die einzelnen Staaten das Recht haben über diese Sache Verhandlungen unter sich zu eröffnen, daß also Preußen, in soweit als es einen bloßen Versuch der Einigung darüber macht, in seinem Rechte ist. Anm. d. Eins.

*) Art. XIII: über folgende Gegenstände: 1) Annahme neuer Grundgesetze oder Abänderung der bestehenden; 2) organische Einrichtungen, das heißt, bleibende Anstalten als Mittel zur Erfüllung der ausgesprochenen Bundeszwecke; 3) Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund; 4) Religionsangelegenheiten; findet kein Beschluß durch Stimmenmehrheit statt. u. s. w.

**) Ebenso hat Weiß, System des T. Staatsrechts Seite 133 §. 48 jene obige Stelle nur auf die Stimmeneinhelligkeit bezogen. Ebenso Zöpfl S. 277 §. 18 und andere. Daß der Göttinger H. A. Zachariä allein in einer Stelle seines Staatsrechts III, S. 220 so weit zu gehen scheint wie die Neue Münchner Zeitung, ist sehr wahrscheinlich ein bloßes Versehen, weil eine andere Stelle desselben S. 261 Nr. 2 für die obige Auslegung spricht und ebenfalls den Art. 6 der Wiener Schlußacte nur auf die Zustimmung durch Stimmeneinhelligkeit bezieht.

Errichtung aufrechterhalten werden muß, soll anders ein Rechtsboden gewonnen und die Unterdrückung des Swächern durch den Stärkern vermieden werden. Dieß ist für uns wenigstens auch der wichtigste Punkt in der österreichischen Note gewesen, und dieß scheint auch der Hauptgedanke Ihres Frankfurter Berichterstatters zu seyn.

Dresden.

Dresden, 19 Dec. Auf die Interpellation wegen der Zusammenziehung österreichischer Truppen längs der böhmischen Gränze erwiederte der Staatsminister v. Beust heute in der zweiten Kammer: Er habe hierüber keine besondere Auskunft zu ertheilen; der Regierung sey eine officielle Mittheilung darüber gar nicht zugegangen. Die österreichische Regierung habe nur nach Böhmen, das bisher von Truppen entblößt war, stärkere Streitkräfte verlegt, und es müsse in dem Ermessen der österreichischen Regierung liegen, ihre Truppen zu dislociren und zu cantonniren wie sie wolle. Jedenfalls aber liege keine Feindseligkeit zu Grunde. Von Zusammenziehen großer Truppenkörper an der Gränze habe er nichts gehört, die Truppen lägen in Cantonnirung nicht im Lager. Auch an der östlichen Gränze Böhmens nach Bayern zu ständen starke Truppenmassen. Die Regierung könne nicht recht glauben daß durch das Vorhandenseyn großer Truppenmassen an der böhmischen Gränze Aufregung im Lande verbreitet worden sey. Wäre wirklich Aufregung entstanden, so rühre sie wohl nur von den Gerüchten her die von vielen Seiten verbreitet worden, als würden morgen schon die Oesterreicher in Dresden und übermorgen die Preußen in Leipzig stehen. Die öffentliche Meinung werde sicherlich am ersten sich beruhigen, wenn sich die Bürger überzeugten daß jene Gerüchte wirklich nur aus der Luft gegriffen wären. Der Abgeordnete Wieland, bekanntlich der Interpellant in dieser Sache, erklärt sich hiermit befriedigt und verwahrt sich nur dagegen daß er von Aufregung gesprochen: er habe nur gesagt daß Besorgnisse und eine ängstliche Stimmung hervorgerufen worden seyen. (D. A. Z.)

Berlin.

□ **Berlin,** 18 Dec. Die preußische Verfassung wird bald in ihr letztes Stadium, in das ihrer eidlichen Beschwörung, eintreten, und dieser Punkt wird längst von vielen im Lande als eine Krisis angesehen. Es ist jedoch kein Zweifel mehr daß der König diesen Eid leisten wird, den er im December vorigen Jahrs mit großer Absicht bis nach der beendigten Revision der Verfassung aussetzte, welche letztere, nachdem sie die Nothtaufe der Revolution empfangen, durch eine parlamentarische Operation zu jenem unverfänglichen und darum annehmbaren „Stück Papier“ gewissermaßen gesunden sollte! Was aber auch auf diesem Wege aus der preußischen Verfassung geworden seyn mag, so kann sich doch jetzt der König unmöglich dieses Eides weigern, und er muß sich darin dem Drängen seiner nächsten und liebsten Freunde die seine tägliche Hofumgebung bilden, standhaft widersetzen. Der Hinblick auf Preußens Stellung in Deutschland hat bei diesem eigenthümlichen Verhältniß jetzt den Ausschlag gegeben. Denn ein Conflict über die constitutionellen Grundlagen des Staats würde in diesem Augenblick, wo Preußen die ersten Früchte des Bündnisses vom 26 Mai durch das Erfurter Parlament ernten will, einer politischen Insolvenz-Erklärung der preußischen Regierung gleichkommen, und dieselbe müßte nach einem solchen Zerwürfniß das nationale Banner ganz aus der Hand fallen lassen. Diejenige Hofpartei welche den König unaufhörlich und durch die verschiedenartigsten Vorspiegelungen und Erfindungen gedrängt hat die Verfassungsurkunde nicht zu beschwören, weiß sehr wohl was bei diesem gefährlichen Experiment auf dem Spiel steht, aber die Männer des preußischen Gottesstaats welche das Ohr des Königs besitzen, wollen eben diese Gefahr in aller ihrer Größe und in allen ihrer Folgen. Diese Partei welche zu ihren vielen verbrauchten Rüstungen sich neuerdings noch den Pietismus des Grundbesitzes und die fromme Beschwörung des Ablösungs-Teufels hinzuerfunden hat, gab im März vorigen Jahrs in feiger Flucht den König und das Land der Revolution preis. Und jetzt ist ihr der christlich-polizeiliche Kamm so stark wieder gewachsen, daß sie in allen ihren Organen und mit allen ihren Connexionen beständig auf die Revolution hinweist, und nur in einer neuen Umwälzung die Möglichkeit bekennt, mit allen gesellschaftlichen und politischen Ordnungen wieder, was sie so nennt, aufs Reine zu kommen. Wir unsererseits glauben es diesen Männern natürlich nicht daß sie, schmählich davongelaufen in der einen Revolution, in der andern Revolution als Sieger auf dem Platz erscheinen werden und können. Die neue Revolutions-Koketterie unserer vornehmen und mächtigen Pietisten war immer nur auf die Person dessen berechnet, den man mit der Rückkehr der Gefahr schrecken wollte. Zu diesem Zweck existirt einzig und allein nur die Neue Preußische Ztg., die eigentlich vorzugsweise nur auf ihren bedeutendsten Leser berechnet ist. Der König Friedrich Wilhelm IV besaß aber in seinen politischen Stellungen von jeher den eigenen Tact daß er sich weder von Freunden noch von Feinden treiben lassen wollte, und daß er dann aus einem Compromiß zwischen den freundlichen und feindlichen Einflüssen eine gewissermaßen selbständige Situation schöpfte. So hat er auch dem Andringen der Partei widerstanden welche jetzt den Moment gekommen glaubt die Verfassungsurkunde, nachdem sie schon durch die Kammerrevision selbst Wahrheit, Credit und Stärke verloren, durch einen entscheidenden Act von obenher ganz zu beseitigen. Wir hören daß der König schon zu Weihnachten das revidirte Staatsgrundgesetz zu beschwören wünschte, vielleicht damit der gemüthliche und versöhnliche Lichterglanz dieser Zeit auch auf die constitutionellen Lücken der preußischen Urkunde falle. Jedenfalls schien es den König zu drängen diese Sache hinter sich zu haben, und es mochte nicht ohne einen deßhalb geäußerten Wunsch geschehen seyn daß die Kammern zur Vollendung der Revision und zur Ausgleichung ihrer Differenzpunkte auch noch Abendsitzungen anberaumten. Dagegen wurde von anderer Seite her dem König der Wunsch sehr nahe gebracht daß am 18 Jan. als dem Krönungs- und Stiftungs-Tage der preußischen Monarchie, die feierliche Eidesleistung auf die Verfassung erfolgen möchte. Dieser Wunsch soll namentlich von der Prinzessin von Preußen ausgegangen seyn, und der König hat sich, wie man hört, jetzt geneigt erklärt auf diesen ächten Hohenzollern-Tag die Consecration des preußischen Verfassungswerks, des Kindes der neuen schwankenden und befriedigungslosen Zeit, zu verschieben. Inzwischen glauben wir kaum daß die fromme Hofpartei, die hier gegen den König für den König wirken will, noch einige Hoffnungen auf das Gelingen ihrer Plane übrig behalten hat! Man konnte dieß schon aus dem Auftreten des Hrn. v. Gerlach in der gestrigen Abendsitzung der ersten Kammer schließen. Dieser Abgeordnete hielt wieder eine seiner beziehungsvoll pointirten Reden, worin er mit ungemein künstlichen Plänkeleien, die auf einen vorläufigen Rückzug deuten, die Eidesleistung auf die Verfassung ventilirte. Es schien als biete Hr. v. Gerlach seinen letzten sylbenstecherischen Witz auf um die Widersprüche und die Bedeutungslosigkeit des revidirten Verfassungswerkes zu zeigen, welches er nicht als Staatsgrundgesetz, sondern als „ein Staatsgrundgesetz“ beschworen wissen wollte. In diesem anscheinend kindischen Spiel der Unterscheidung liegt freilich ein tiefer Sinn. Da denn nun einmal eine Verfassungsurkunde vom Stapel laufen soll, so will Hr. v. Gerlach und seine Partei dieser Urkunde wenigstens die ausschließliche Geltung noch bis zum letzten Augenblick streitig machen, und sie soll nur wie ein Gesetz neben und mit vielen andern Gesetzen des Landes angesehen und gehalten werden. Er bemüht sich darum die Widersprüche aufzuzeigen welche zwischen der Verfassungsurkunde und den sonst geltenden Gesetzen in Preußen allerdings bestehen, und beide zusammen will er erst für die ganze im Land anerkannte Verfassung ansehen. Dieß ist von seiner Seite her ein höchst bemerkenswerthes Wort, darauf berechnet die constitutionelle Staatsform als eine specifische zu beseitigen. Wenn der König durch die Verweigerung des constitutionellen Eides dieser Partei nachkäme, so würden daraus dreierlei entschieden von ihr angestrebten Wirkungen entstehen. Erstens würde Preußen dadurch seine Fähigkeit und Macht in Deutschland verlieren und seinen leitenden Antheil an der neuen deutschen Nationalgestaltung aufgeben müssen. Zweitens wäre durch die Festhaltung eines specifischen Particularstaats Preußen zugleich die Wiederherstellung des absoluten Systems verbürgt. Drittens wäre auch die verfassungsmäßige Trennung von Kirche und Staat, in der man jetzt nur eine demokratische Phrase anerkennen will, beseitigt, und in dem König der protestantische Landes- und Kirchenherr, der allein über die Gemeinde zu bestimmen hat, wieder aufgerichtet. Aus specifisch preußischen, antideutschen und dynastisch-kirchlichen Intentionen ist mithin der Widerstand gegen die Verfassung in Preußen hauptsächlich zusammengesetzt. Das constitutionelle Ministerium, das die Verfassung vom 5 Dec. will weil es sie wollen muß, wird bald auch auf dem kirchlichen Gebiet die Stöße von zwei Seiten her zu empfinden haben.

Soeben rüsten sich auch die Männer der preußischen Union (des Werks Friedrich Wilhelms III) zu einer gründlich vorbereiteten Opposition gegen den Cultusminister v. Ladenberg, auf dessen freisinnige und gediegene Verwaltung diese Partei vielmehr neue Hoffnungen stützen sollte. Es sind aber die sogenannten halben Schleiermacherianer, Jonas, Sydow, Bonnell, Pischon u. a. welche in diesen Tagen eine Denkschrift erscheinen lassen werden, die sie dem Minister auch bereits in einer Deputation überreicht haben, und worin sie die preußische Kirchen-Union gegen die Grundsätze der gegenwärtigen Verwaltung gewahrt wissen wollen. Wir sind begierig bei dieser Gelegenheit zu sehen ob noch für die Sache der kirchlichen Union eine volksthümliche Agitation und Bewegung zu entstehen vermöchte. Die genannten Parteiführer lassen es in diesem Augenblick wenigstens nicht daran fehlen eine solche Bewegung hervorzurufen.

Oesterreichische Monarchie.

: **Pesth,** im December. Die Revolution hat uns mit einer Sorte von Autoritäten beschenkt welche früher ganz unbekannt war — mit Vertrauensmännern. Oesterreich verdankt diese Bereicherung, wenn nicht alles täuscht, ungarischem Scharfsinn und der Absicht unter solcher Aegide vormärzlichen Zuständen in Neu-Oesterreich neue Geltung zu verschaffen. Es ist erinnerlich daß noch im Februar 1849, um die Organisirung Ungarns vorzubereiten, die Einberufung von Vertrauensmännern aus allen Nationalitäten nach Wien officiell angekündigt und veranlaßt wurde. Schien auch die bald darauf kundgemachte Reichsverfassung vom 4 März jene Einleitung unmittelbar zu antiquiren und als unzuläßig oder überflüßig zu bezeichnen, so langten derlei Vertrauensmänner unter mehrfacher Anfechtung ihres Vertrauensprädicats nicht nur aus Ungarn wirklich in Wien an und wurden hier der Oberleitung der vormärzlichen Staatslenker Ungarns überantwortet; ja das ungarische Institut der Vertrauensmänner fand, wenn wir recht berichtet sind, sogar auch auf die im Kremsierer Reichstag vertreten gewesenen Kronländer und ihre Verfassung seine Ausdehnung. Das Publicum kann erfreut seyn aus den officiellen Blättern der Residenz zu vernehmen daß die letztere Gattung von Vertrauensmännern wirklich erkleckliches geleistet habe, wie denn die Resultate ihrer Anstrengungen — die Landesverfassungen der Kronländer — demnächst kundgemacht werden sollen. Um so schlimmer steht es um die ungarischen Vertrauensmänner. Der Gang der Ereignisse, das offenkundige Auftreten und Verschwinden gewisser Personen vom politischen Theater läßt darüber keinen Zweifel daß die von dem ersten ungarischen Vertrauensconvente geschaffenen Programme unannehmbar befunden worden sind. Die Sendung des Frhrn. v. Gehringer an die Stelle der halbofficiell bereits bekanntgegebenen Persönlichkeiten schien, wenn nicht für einen vollständigen Systemwechsel, so doch für die ersehnte Feststellung eines Systems zu gelten, nach welchem nun endlich die Verwaltung und in ihrem Verlaufe die Organisirung Ungarns ins Werk gesetzt werden würde. Es ist bekannt wie vielerlei Gattungen von Vertrauensmännern seither aus Ungarn, aus der Woiwodschaft, aus der Slowakei und endlich aus Croatien nach Wien theils abgeordnet, theils berufen worden sind. Es wäre schwer die Ansichten ganz zu unterdrücken die sich dießfalls im Publicum ziemlich festgestellt haben. Je nachdem die einen oder andern Autoritäten welche diese Berufungen veranlaßten, mit sich darüber bereits im reinen waren in welcher Weise sie die respectiven Kronländer und Gebiete organisirt haben wollten, waren die Motive die dieser Berufung zum Grunde lagen, verschieden. Auf der einen Seite waltete gewiß die löbliche hingebende Meinung vor sich über die Lage der Dinge möglichst genau selbst zu unterrichten, alle Wünsche zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen; es mochte die Hoffnung genährt werden auf diesem Wege den Faden der Ariadne aus dem Labyrinthe des Parteiwesens zum Ziele einer ehrlichen Einigung Ungarns mit der Monarchie endlich einmal zu finden; auf der andern Seite mag das Bestreben oft nur zu deutlich hervorgetreten seyn durch das Medium angeblich unparteilicher Experten den eigenen Programmen über die künftige Organisirung des Staates den bisher erschwerten Eingang zu verschaffen. So hatten sie in Wien gar bald Vertrauensmänner für die diametral entgegengesetzten Tendenzen, und der von solchen erwartete Beirath mußte von selbst einfach in ein künstliches Intriguenspiel sich auflösen, dessen Ziel die Besiegung des Gegners wurde, über welchem Staat und Volk und Kronland in den Hintergrund traten. Ob aus den vielen Beispielen jenes der in Wien zugleich anwesenden serbisch-croatischen und croatisch-serbischen Vertrauensmänner hiefür schlagend beweise, wird leicht zu entscheiden seyn. Ueberblickt man die Reihen jener Männer welche seit drei Vierteljahren über die ungarische Frage gehört wurden, so mag es gewiß nicht der Mangel, sondern wohl eher die Ueberfülle des Vertrauens und der Vertrauten gewesen seyn welche uns, inmitten der allgemeinen Calamitäten, noch immer die ersehnten festen Organismen vermissen lassen. Mit Frhrn. v. Gehringers Dienstantritt erwartete jedermann die Durchführung eines abgeschlossenen Organisirungsprogrammes. Wir erinnern an die Publicationen der Blätter, an die öffentlich kundgemachten Amtsinstructionen der zahlreichen, so kunstvoll gegliederten Administrativorgane. Je gewisser alle überzeugt waren daß die jetzige Regierung den Grundsätzen der Reichsverfassung und ihres Programmes (verzeihen Sie den Ausdruck) „Rechnung tragen" wolle, um so sicherer gewärtigten sie daß die vom Feinde schon damals bleibend gesäuberten Landestheile nunmehr ihre Organisirung nach dem festgestellten Systeme erhalten würden. Nur die politische Unmündigkeit würde glauben ein ganzes großes Land leichter mit einemmale staatlich einzurichten, als dabei gebietsweise allmählich vorzuschreiten. Es ist zu augenscheinlich daß die greifbaren Vortheile welche die neuen Organismen dem einen Landestheil gewähren würden, die andern zu deren Auf- und Annahme nur um so empfänglicher gemacht haben würden. Wir hierlandes sind uns nicht gewiß inwieweit die eigentlichen Ursachen der eingetretenen Zögerungen im Lande oder in gewissen Bewegungen in der Residenz selbst zu suchen waren, deren seiner Zeit die Blätter Erwähnung gemacht haben. Die Thatsache selbst liegt vor, und die Wiener Ztg. vom 24 Oct. gab ihr durch einen neuen Organisirungsplan — das Resultat jener großen Conferenzen fast aller Autoritäten des Reichs — die letzte Weihe. Ich spreche gewiß die Meinung aller redlichen Männer Ungarns aus, wenn ich erkläre der Boden des Landes sey empfänglich für jeden Bau, er sey aber mehr noch desselben im höchsten Grade bedürftig. Ein Organismus auf den so oft proclamirten Grundlagen ethnographisch gefügter Verwaltungsgebiete und auf dem Princip der Staatseinheit construirt und consequent durchgeführt — ob im Detail mehr oder minder vollkommen, — würde außer den unverbesserlichen magyarischen Utopisten alle Parteien befriedigt haben, wenn er nur ein definitiver wäre. Mit diesen Empfindungen die neue provisorische Verwaltungsorganisation Ungarns vom 24 Oct. begrüßend, verweilten wir unwillkürlich bei dem Satze: „Die ehemalige Landesverfassung Ungarns ist durch die Revolution selbst beseitigt und ein besonderes Statut wird .... die landesverfassungsmäßigen Beziehungen Ungarns zu regeln haben" — und gleich darauf begegnet der Blick wieder den unvermeidlichen „Vertrauensmännern aus allen Theilen des Landes", mit deren Beirath eine den Eigenthümlichkeiten des Landes und den wahren Bedürfnissen seiner Bevölkerung entsprechende Ausarbeitung" zu Stande gebracht und der allerhöchsten Sanction unterbreitet werden soll. Der Scharfsinn Ihrer Leser wird hiernach beurtheilen welchen Werth die voluminösen und kostspieligen Elaborate der seit Februar d. J. einberufenen Gruppen von Vertrauensmännern aus allen Theilen des Landes in den Augen der Regierung haben müssen; sie werden, besonders wenn die neuesten Berathungscomités in Pesth ebenfalls in Anschlag gebracht werden, ferner ermitteln wieweit wir, seit der ersten Berufung von Vertrauensmännern Anfangs d. J., in der Förderung einer den Eigenthümlichkeiten des Landes und den wahren Bedürfnissen seiner Bewohner entsprechenden Organisirung fortgeschritten sind. Kaum schwieriger wird endlich das letzte Problem zu lösen seyn: ob neuzuberufende Vertrauensmänner glücklicher als ihre Vorgänger jene Einsichten zu ersetzen im Stande seyn werden welche die jetzige Regierung in Wien in weit höherm Grade selbst schon besitzt?

II **Aus Nordungarn,** 12 Dec. Der plötzliche und von heftigen Stürmen begleitete Schneefall hemmte einige Tage hindurch jede Communication, welche nun in alle Gegenden nach Pesth, Debreczin, Krakau, Preßburg mit Schlitten am schnellsten bewerkstelligt werden kann, ja selbst von Pesth nach Wien bietet die gute Schlittenbahn für jetzt das bequemste Beförderungsmittel, und nach der fortdauernden Kälte zu urtheilen könnte der fast überall gefallene tiefe Schnee noch lange unsere Fluren decken. Die Landwirthe hoffen nach diesen Zeichen eines früh eingetretenen Winters ein günstiges Frühjahr; ob dieselben Hoffnungen den Horizont unserer politischen Zukunft erheitern können, steht dahin. Der Adel weilt noch immer stumm und traurig auf seinen Landsitzen, und die Bürger in den Städten beschränken sich mehr und mehr auf ihren Familienkreis. Die unselige Revolution hat viele Familien entweder in ihren Vermögensverhältnissen oder in einem ihrer Mitglieder empfindlich berührt, und nun vergiftet ein ansteckendes Mißtrauen das gesellige Leben, da jeder verborgene Feind, jeder Neider die gefährliche Lockung einer unsichtbaren Rache durch Angeberei hatte, welcher indessen die jüngste Verordnung, daß jede Denunciation mit zwei beeideten Zeugen bekräftigt werden müsse ehe eine Verhaftung erfolge, einige Schranken setzte. Die minder compromittirten Individuen sind aus den Gefängnissen entlassen, indem sie einen Revers, sich auf die erste Aufforderung dem Kriegsgericht zu stellen, unterschrieben. Fast alle Commissäre der Insurgentenregierung, die nicht in die Türkei flüchteten, stellen sich nach und nach freiwillig; so erschienen Karl Szentiranyi, Obercommissär in Siebenbürgen, Vincenz Bay u. s. w. vor dem Kaschauer Kriegsgericht. Ueberhaupt scheinen die Ungarn, bei den geringsten Zeichen der Milde, durchaus nicht die Lust zur Emigration zu haben welche die Polen nach Frankreich und England lockt, und wenn die Regierung, wie man hier hofft, mit dem neuen Jahr eine umfassende Amnestie ertheilen sollte, würden auch die Reihen der in Schumla zurückgehaltenen Ungarn sich so lichten daß Kossuth mit einigen Genossen allein die sogenannte ungarische Emigration zu bilden bestimmt wäre. Selbst Palozy, der Alterspräsident des Debrecziner Rumpfparlaments, befindet sich schon in Miskolcz, wo er zu Hause ist, um sich dieser Tage vor dem Pesther Kriegsgericht zu stellen. Ich glaube daß die Nothwendigkeit einer allgemeinen Amnestie, mit Ausschluß der Rädelsführer und stark compromittirten einstigen kaiserlichen Officiere, die Kriegsgerichte am meisten fühlen, deren Unparteilichkeit in ihren Urtheilen al-

gemein anerkannt wird, die aber jahrelang amtiren müßten wenn sie alle betheiligten Individuen aburtheilen sollten, während die Angst der Familien ein peinigendes Gefühl, endlich Bitterkeit erzeugen würde, welche in eine dankbare und deßhalb unerschütterliche Treue umzuwandeln leicht wäre. Hat doch selbst der Wiener Lloyd diesen Gefühlen mehrfach Worte geliehen. Die politische Stimmung offenbart sich in der allgemeinen Ansicht daß der jetzige provisorische Zustand in der Civilverwaltung einer den ungarischen Sitten mehr entsprechenden Administration bald Platz machen werde, welche, ohne die Einheit der Monarchie zu gefährden, die Gemüther versöhnen und an Oesterreich fesseln wird. Der Primas von Ungarn hat an alle Districtscommissäre einen Aufruf erlassen, sich in Begleitung von einigen loyalgesinnten achtbaren Männern ihrer Bezirke unter seiner Anführung nach Wien zu begeben um dort als Landesdeputation von Sr. Majestät Verzeihung für Ungarn zu erbitten und die anderweitigen Wünsche der Bevölkerung dem Kaiser vorzutragen. Dieser Aufruf hat eben hier in den slavischen Theilen Ungarns warmen Anklang gefunden, wo die Leute zwar froh sind des ultramagyarischen Despotismus los zu seyn, doch nicht aufhören wollen Ungarn zu seyn. Ich habe z. B. im Scharoscher Comitat, welches unter der Verwaltung des ungarischen Ministeriums und der Insurgentenregierung sich mit seltener Ausdauer den revolutionären Maßregeln widersetzte, wo selbst die Jugend damalen mit Vorliebe die slavische Sprache pflegte, nie so viel ungarisch sprechen gehört als eben jetzt, wodurch sie nur einen Beweis mehr geben wollen daß sie keine Panslavisten sind. Ueberall wurde die Nachricht, daß die Beamten mit deutschen Kleidern das ungarische Costüm vertauschen sollen, mit einer Art Schrecken vernommen. Man findet in dem Aufdringen dieser Kleidung kein Zeichen der vielbesprochenen Gleichberechtigung, welche, wenn irgendwo, so in Ungarn, wo die Leute mit leidenschaftlicher Vorliebe an ihrer schönen Nationaltracht hängen, von allen Nationalitäten in Betreff ihrer ungarischen Amtstracht gefördert wird. Es ist vielleicht in den Augen mancher Herren eine Kleinigkeit, aber in Ungarn eine sehr wichtige Maßregel, welche die Gefühle aller verletzen würde. Ich glaube daß das Ministerium, hierüber gehörig unterrichtet, mit practischem Blick die Folgen dieses Schrittes würdigen und den Gedanken dieser die Einheit nicht fördernden Amtstracht aufgeben wird. Uebrigens herrscht die größte Ruhe und das beste Einverständniß mit den kaiserlichen Truppen, deren Officiere in allen Häusern sehr gerne gesehen werden; sie sind — wie früher — die beliebtesten Gesellschafter unserer Damen, und wenn der Adel im Fasching die Städte besucht, so könnten unsere jungen Officiere einen großen Antheil daran haben, die den demokratischen Salons noch keinen Geschmack abgewonnen zu haben scheinen. Alles ist nun kaiserlich gesinnt, selbst in dem arg durchwühlten Zipser Comitat will jedermann immer ein Feind Kossuths gewesen seyn. Die Vernichtung der Kossuth-Noten hat in den Spar- und Waisencassen, welche mit Connivenz der Beamten noch im August l. J. solche Noten auswechselten, einige Verlegenheit erzeugt, aber im allgemeinen findet man sich so ziemlich aus dem Geldmangel heraus welchen diese Maßregel anfangs herbeiführte. Nur durch diese massenweis gespendeten Noten — die Commissäre Kossuths brachten sie in ganzen Bögen um mit der Scheere die nöthige Zahl abzuschneiden — konnte es gelingen in Nordungarn Sympathien für die Revolution zu erwecken. Ich halte es für unmöglich diesen Noten die geringste Anerkennung durch eine Entschädigung zu gewähren ohne sich der Gefahr einer Wiederholung auszusetzen. — Aus Siebenbürgen lauten die Nachrichten trauriger. Die Walachen sind noch immer im Besitze fremder Gründe und Gebäude, in welchen sie arg hausen und hie und da die rechtmäßigen Eigenthümer auch ermorden. Man meint daß nicht mit der gehörigen Energie gegen diese Horden aufgetreten werde, welche auch im Sachsenland manches Unheil stiften und nur mit Gewalt zu Paaren getrieben werden können. Es ist wohl kaum möglich überall auf einmal Ordnung zu stiften; daß aber der tapfere General Wohlgemuth diesem Treiben bald ein Ende machen werde, dafür bürgt seine in den schwierigsten Zeiten erprobte Thatkraft und Klugheit.

Turin.

Turin, 18 Dec. Die Wahlen sind nun, bis auf die Entscheidung einiger Doppelwahlen, beendigt, und die Kammern auf den 20 d. M. zur alsbaldigen Vornahme von Geschäften einberufen. Das Risorgimento bezeichnet den Sieg der ministeriellen Partei als vollständig. — Der frühere Minister Pinelli soll auf den Gesandtschaftsposten in Madrid bestimmt seyn.

(4845—46) Im Verlage des Unterzeichneten ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und der k. k. österr. Staaten zu beziehen:

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde

von

Friedrich Hebbel.

Miniatur-Ausgabe mit vielen Illustrationen.

In englischem Leinwandband mit Goldschnitt. Preis 1 Rthlr. — 1 fl. 30 kr. C.-M. od. 1 fl. 45 kr. rhn.

Von Tieck, dem Altmeister deutschen Humors, bei seinem Erscheinen mit großer Wärme begrüßt, dürfte dieses kleine Werk des berühmten Dichters, welches sich in kurzem seinen Platz neben Eulenspiegel und Katzenberger erobern wird, in gegenwärtiger Ausstattung, mit zahlreichen und niedlichen Illustrationen, ganz vorzüglich auch zu einer heitern **Weihnachtsgabe** eignen.

J. J. Weber in Leipzig.

[5361] Die katholische Zeitschrift

Sion. Eine Stimme in der Kirche für unsere Zeit.

Herausgegeben von einem Verein von Katholiken. 19. Jahrgang. Redigirt von J. N. Ginal und Dr. J. Zinsler. Wöchentlich 3 Nummern mit monatlich 2—3 Beilagen und 2 kathol. Litteraturblättern. Versendungsart: durch die **Post** stückweise, durch den **Buchhandel** in halbmonatlichen Heften. Abonnementspreis auf der Post in ganz Bayern und in allen in- und ausländischen Buchhandlungen jährlich 6 fl. rhn. od. 4 Thlr. (Bei den Posten aller Länder muß halbjährig vorausbezahlt werden, außerhalb Bayern mit einem geringen Aufschlage für die Frankatur.)

Die „Sion", rühmlich bekannt der katholischen Welt seit einem bereits 18jährigen Bestehen, erhält durch den Eintritt des bereits der katholischen Welt durch treffliche wissenschaftlich-theologische und homiletische Arbeiten vortheilhaft bekannten hochw. Hrn. Dr. **Zinsler** dahier in die Redaction vom nächsten Jahre 1850 an einen gewichtigen Zuwachs tüchtiger Kräfte, und sieht sich dadurch noch mehr im Stande ihrem Blatte den dasselbe auszeichnenden interessanten Inhalt durch fast lauter Original-Aufsätze und Correspondenzen auch ferner verleihen zu können. Wir erlassen daher an alle Katholiken, Geistliche wie Laien, die Einladung: sich durch Abonniren **auf den nächstfolgenden Jahrgang 1850** (mit 6 fl. rhn. od. 4 Thlr.) aufs eifrigste zu betheiligen.

Augsburg, im December 1849. **K. Kollmann**'sche Buchhandlung.

[4911] Soeben erscheint in meinem Verlage:

Briefe

über

Alexander von Humboldt's Kosmos.

Zweiter Theil.

Ein Commentar zu diesem Werke für gebildete Laien.

Bearbeitet

von

Professor **Jul. Schaller.**

Erste Abtheilung.

14½ Bogen. gr. 8. Preis 1 Thlr. 7½ Ngr.

Die zweite Abtheilung dieses Bandes mit den erforderlichen bildlichen Darstellungen wird in wenigen Monaten nachfolgen.

Gleichzeitig ist die **zweite verbesserte Ausgabe** dieses Commentars zu

Alexander von Humboldt's Kosmos.

Erster Theil.

Bearbeitet

von

Professor **B. Cotta.**

Mit 5 lithographirten Tafeln und vielen Holzschnitten.

Preis 2 Thlr. 15 Ngr.

erschienen.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

Leipzig, December 1849. T. O. Weigel.

---

[384] In Unterzeichnetem sind erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Fragmente aus dem Orient.

Von Dr. J. P. Fallmerayer.

2 Theile. Gr. 8. Velinpapier brosch. Preis 7 fl. oder 4 Rthlr.

Inhalt.

Vorrede. 1) Wasserfahrt von Regensburg nach Trapezunt. Im August 1840. 2) Landung und erste Eindrücke in Trapezunt. 3) Stadt und Weichbild von Trapezunt. 4) Der immergrüne Buchwald von Kolchis und das Höhlenkloster Sumelas. 5) Küstenfahrt nach Kerasunt. 6) Sitten, Gebräuche, Lebensweise, Verwaltung und öffentliche Zustände des Landes Trapezunt. 7) Vorwort über Konstantinopel. 8) Ueber die weltgeschichtliche Bedeutung der byzantinischen Monarchie im allgemeinen und der Stadt Konstantinopel insbesondere. 9) Hagion-Oros oder der heilige Athos. I. 10) Hagion-Oros oder der heilige Berg Athos. II. 11) Fünf Wochen in Thessalonika. 12) Reise von Thessalonika nach Larissa. Zweimonatlicher Aufenthalt in Thessalien. 13) Reise von Larissa an die Gränze des Königreichs Griechenland. Quarantäne von Zitun. Schluß. 14) Das slavische Element in Griechenland. 15) Wie der Fragmentist wegen seiner Ansichten über das griechische Mittelalter in Athen anfangs als öffentlicher Feind behandelt wird, am Ende es aber doch zu leidlichem Verständniß mit einem Theil der hellenischen Litteraten bringt und auch seinen Gegnern in Deutschland keine Antwort schuldig bleibt. 16) Wie der Fragmentist zwei deutsche Reisewerke über Griechenland mit einander vergleicht und nebenher den friedlichen Gruß des Herrn Ott Ererus mit Höflichkeit erwiedert.

Die Anschauungs- und Darstellungsweise des Fragmentisten ist durch die Allg. Zeitung schon so bekannt geworden, daß es einer weiteren Anpreisung seines Werkes durchaus nicht bedarf.

Stuttgart und Tübingen. **J. G. Cotta**'scher Verlag.

[4885—87] Bei Theodor Bläsing in Erlangen ist erschienen:

Ueber die Hauptfrage der Psychologie für die Gegenwart

von Dr. E. A. v. Schaden, o. ö. Professor der Philosophie. Programm zum Eintritt in den akademischen Senat der königl. Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen. 1849. Preis 24 kr.

[4900] Das ausnahmsweise auch einzeln zu beziehende December Heft 1849 der Zeitschrift **Minerva** enthält unter andern: **C. G. W. Frhr. v. Biedenfeld**, sein Leben und sein Tod, treu nach den Kriegs- und Standgerichts-Acten.

Bestellungen auf den Jahrgang 1850 der genannten Zeitschriften **Minerva** und der **Miscellen** besorgen alle Buchhandlungen und Postämter.

Bran'sche Buchhandlung in Jena.

(4301—5) **Werks-Verkauf in Oberösterreich.**

Ein großes Anwesen, bestehend aus einem Zerrennhammerwerk und Blechwalzwerk auf Eisen, Kupfer und Packfong, mit Kohlstätten, Holzschwemme, eignem Fluder und Wohnungen für die Arbeiter, dann einem geräumigen Herrnhaus mit Nebengebäuden, Mahl- und Sägemühle, Knochenstampfe, einem kleinen Bäckerhaus mit radicirter Bäckergerechtigkeit, circa 19 Joch an zugehörigem und 7 Joch an ledigem Garten-, Wies- und Ackergrund, dritthalb Stunden von Steyr in Oberösterreich, am Ausgang des Gebirgs in der reizendsten Gegend, ist aus freier Hand zu verkaufen. Die Lage des Werks, welche in Bezug auf Absatz, Holzzubringung, ausreichende Wasserkraft, ja in jeder Hinsicht nicht günstiger gedacht werden kann, läßt jede Ausdehnung und Vergrößerung des Werksbetriebes zu. Auf frankirte Anfragen unter der Chiffre: A. Z. poste restante in Steyr — wird jede gewünschte nähere Auskunft ertheilt.

(4527—32) **Für Gutsbesitzer, Landwirthe und Oekonomen.**

Eine **neue vervollkommnete Dresch-Maschine** von Mary Coeblake u. Comp. in London erfunden, leistet mehr als irgend eine dieser Art. Sie drischt nämlich mit einer Kraft von 4 Pferden 1200 Schäffel und darüber von Korn den Tag, 20 Säcke von Hafer und 20 Schäffel Roggen in einer Stunde, und von 480 bis 580 Schäffel Weizen den Tag. Mehrere Landwirthe Englands sind bereit hinlängliche Zeugnisse davon abzulegen, und man bittet sich an die Erfinder zu adressiren Nr. 118 Fenchurstreet, London.

Hofrath Perner über die Oeffentlichkeit der Hinrichtungen, Stierkämpfe, Mißhandlungen der Thiere.

München. In einem uns vorliegenden Schriftchen von Hofrath Perner finden wir folgende Stelle die von den Inhabern der Erziehungsgewalt sehr zu beachten seyn dürfte. „Der berühmte, geistreiche und gefühlvolle Schriftsteller Boz Dickens hat in der Times seiner Entrüstung über die schmachvollen Scenen bei der Hinrichtung der Ehegatten Manning in London Luft gemacht und mit der Macht der Ueberzeugung die schauderhaften Folgen eines solchen öffentlichen Festes geschildert das die Roheit des gemeinen Pöbels feierte und das unzählige Weiber, Mütter und Kinder jubelnd, singend und betrunken mitfeierten. Ein anderer Correspondent der Times hat dazu bemerkt daß auch die sogenannten gebildeten Stände — mit Operngucken und bei Champagner — aus ihren Fenstern an dem diabolischen Feste theilnahmen. Boz Dickens fordert die Abschaffung der Oeffentlichkeit der Todesstrafe unter Garantien für den nicht öffentlichen Vollzug. Wir haben auch in unsern Schriften schon öfter von öffentlichen Hinrichtungen sowie von Stierkämpfen u. dgl. als fruchtbaren Schulen der menschlichen Roheit und Gefühllosigkeit gesprochen. Aber warum geht der berühmte und menschenfreundliche Schriftsteller, so nahe den Quellen der menschlichen Grausamkeit, nicht noch einen Schritt weiter? Warum steigt er nicht (auch in seinen herrlichen, den gefühlvollen Leser oft zu Thränen rührenden Werken) hinab zu der tiefsten und zugleich allgemeinsten Quelle der menschlichen Grausamkeit? Wenn eine öffentliche Hinrichtung dem Gefühlvollen das Blut erstarren macht und wenn er mit herzzerreißendem Schmerz den hohen und niedern Pöbel aus diesem furchtbaren Schauspiel die Grausamkeit in den vollsten Zügen einsaugen sieht, so sieht er diese gräßlichste und gefährlichste Vergiftungsquelle für das menschliche Herz doch — glücklicherweise noch — nur selten und höchstens für einige Hunderttausende fließen die aus jener infernalischen Quelle trinken. Aber — er sieht denselben Pöbel, dieselben Mütter und Kinder aus derselben Quelle durch die vor ihren Augen sich ewig wiederholenden Mißhandlungen der Thiere ewig forttrinken, er sieht nicht Hunderttausende, er sieht Millionen, er sieht das ganze Menschengeschlecht, wenn auch nicht in so vollen, aber in feineren unmerklichen Zügen dasselbe Gift einsaugen. Er sieht diese stille, allmähliche, für die Mehrheit unsichtbare Vergiftung nicht nur immer, er sieht sie auch überall; er sieht sie in jeder Stadt und in jeder Einöde, in jedem Palast und in jeder Hütte, auf offener Straße und in der Verborgenheit der Privatwohnung, er sieht sie bei jedem Alter, bei jedem Geschlechte; er sieht das Kind in Gegenwart seiner Eltern und seiner Erzieher(!) Thiere aus Lust und zum Scherz mißhandeln, und Eltern und Erzieher sehen und hören es nicht weil sie selbst in ihrer Kindheit dasselbe Gift bereits eingesogen haben. Wenn daher eine öffentliche Hinrichtung als eine für den Augenblick mit dem gefährlichsten und tödtlichsten Gift verpestete Luftart erscheint, so ist die Mißhandlung der Thiere der allgemeinen Atmosphäre der Grausamkeit zu vergleichen die immer und überall eingeathmet wird. Entfernt diese allgemeine Atmosphäre Erzieher und Staatsmänner, die ihr die Erziehungsgewalt in euren Händen habt, und in wenigen Decennien werdet ihr wenige Kinder mehr finden die öffentlichen Hinrichtungen beiwohnen, und wenige Mütter die sich das niederträchtige Vergnügen machen ihre Kinder zu einem solchen Schauspiel hinzuführen. So schrieben wir schon oft: macht Mitleid zur Hauptgrundlage der Erziehung, entfernt daher vor allem die Grausamkeit gegen die Thiere weil jenes ohne dieses unmöglich ist, und ihr werdet bald wenige Verbrecher mehr zu bestrafen und wenige entlassene Sträflinge mehr zu bessern haben!"

In demselben Schriftchen (Jahresbericht des Münchener Vereins gegen Thierquälerei für 1848 und 1849) und einer vorausgeschickten Abhandlung „über die Hauptgebrechen der Erziehung und die Hauptquellen des menschlichen Elends" finden sich Belege in Menge aus Geschichte, Criminalacten und psychologischer Evidenz für die Grundidee jenes Vereins, der unter der Vorstandschaft Sr. Hoheit des durch seine Herzensgüte allgemein bekannten und verehrten Prinzen Eduard von Sachsen-Altenburg besteht und, von Dr. Perner vor acht Jahren gegründet, schon über 5000 Mitglieder und 150 Filialvereine zählt, seine Schriften und Grundsätze bereits über einen großen Theil von Europa verbreitet und Nachahmung hervorgerufen hat, namentlich z. B. in Frankreich, Oesterreich, Steyermark, Kärnthen, Illyrien, Krain, Griechenland, Böhmen, Hannover (sowie überhaupt in fast ganz Deutschland), auch Nordamerika und Rußland, wo vorbehaltlich der kaiserlichen Genehmigung sich Mitglieder bis nach Sibirien und die chinesische Gränze hin anmeldeten. Jene Grundidee gibt Hofrath Perner mit folgenden vier Sätzen an: „a) ohne Mitleid zur Grundlage der Erziehung zu machen kann das Menschengeschlecht nie glücklich werden; b) ohne die Grausamkeit gegen die Thiere abzustellen kann keine Macht der Erde das wahre Mitleid je zur Grundlage der Erziehung machen; c) wenn man nicht den Erwachsenen die Mißhandlungen der Thiere, besonders die öffentlich ausgeübten des Zug- und Schlachtviehs inhibirt, bleibt die wahrhaft gute Erziehung der Jugend stets unmöglich, weil das Beispiel und Vorbild der Erwachsenen alle Versuche der Erziehung mehr oder minder vereitelt; endlich d) die praktische Ausführbarkeit unserer Grundsätze liegt ganz einfach darin daß die Regierungen sie als zu den Hauptgrundlagen der Erziehung gehörig betrachten und als solche mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln behandeln."

Nachdem die Folgen der Grausamkeit gegen Thiere in Beziehung auf historisch berüchtigte Gräuelthaten, auf Unglück im Familienleben, namentlich Undank gegen die Eltern, auf Verbrechen, Hartherzigkeit gegen Alter und Armuth rc. mit schlagenden Beweisen dargethan sind, spricht der Verfasser an einer andern Stelle über Hinrichtungen und Stiergefechte sich in folgender Art aus: „Was von Undank, Verbrechen rc. gilt, gilt ebenso von unzähligen andern Richtungen der menschlichen Verkehrtheit, z. B. von der schauderhaften Lust an Hinrichtungen und Stiergefechten. Wie könnten für Menschen die in ihrer Kindheit Mitleid mit Thieren gelernt hätten, Todesangst und Verzweiflung eines Verurtheilten Gegenstand einer wahren Vergnügungswuth, eines wahren Volksfestes, wie könnte ein ganzes Volk beim Anblick muthwillig und bis zur Verzweiflung mißhandelter Stiere und Pferde mit nachgeschleiften Gedärmen, wie könnten hiebei selbst Frauen aus den sogenannten gebildeten Ständen, Mütter, liebende Mädchen — trunken seyn vor jubelnder, zitternder, wahnsinniger Lust wenn man Mitleid in ihre Brust gepflanzt hätte? Wie wäre dieses möglich? Aber es ist möglich, wie wir täglich sehen, seit wenigen Jahren wurden nach öffentlichen officiellen Berichten 2257 Stiere und 2934 Pferde in Spanien (nichts zu erwähnen vom staatswirthschaftlichen Nachtheil) aus bloßer dämonischer Lust grausam und öffentlich in Beiseyn des Volks, der Mütter mit Kindern im Arm oder Säuglingen an der Brust hingeschlachtet, viele sogenannte Matadore verstümmelt oder todt hinweggetragen und hiebei keine Spur des Mitleids, keine Regung des Erbarmens, nichts als Lust und Jubel und Applaus und Triumph und Blumenkränze und Ruhm und Ehre und Unsterblichkeit für die kaltblütigsten „Helden" dieses barbarischen Schauspiels! Und von einem solchen, von einem so erzogenen Volke verlangt man milde Sitten, Achtung vor dem Gesetz, Mitleid, Familien- und Nationalglück! O über die unglückselige Verirrung des menschlichen Wahnsinns! Welch ein Anblick! Ein Volk, Hohe und Niedere, Männer, Frauen, Greise, Jünglinge, Kinder, berauscht von Vergnügen über eine solche Ursache! Wie wird die Nachwelt einst über unser so „hochgebildetes" Jahrhundert urtheilen? Wie richtig schrieb einst ein hochgestellter Priester und Schulmann an mich: „O möchte Gott, der Vater aller Lebenden, alle Regierungen erleuchten über die Wichtigkeit Ihres Vereins!"

Schon in einem frühern Berichte haben wir über ein Stiergefecht in Pamplona aus der Allgemeinen Zeitung folgendes wörtlich angeführt: „Binnen 10 Minuten lagen 3 Pferde auf dem Platze und 2 oder 3 andere waren mit nachschleifenden Gedärmen weggeführt. Nachdem 6 Stiere nach allen Regeln der Kunst von den Leuten vom Handwerk gehetzt und gefällt waren, erschienen 12 bis 15 „Liebhaber," die mit einander den letzten Stier bekämpfen sollten. Die Wirkung der Hörner des Stieres war durch lederne Polster geschwächt. Als er durch die erhaltenen Stiche wehrlos an den Schranken stand, wurde er unter kläglichem Brüllen von den Pickenmännern (den Liebhabern) erstochen. Dieses Schauspiel hat mich angeekelt. Ein tapferes edles Thier von einer ganzen Banditenbande mit Stilesstichen zu Tode peinigen zu sehen rc. — das klagende Brüllen des Thieres dem jene Metzgerknechte heute auf eine so cannibalische Weise den Garaus machten, war ohne Zweifel gegen alle ritterliche Sitte."

Wir können in der hier vorkommenden Bezeichnung: „Metzgerknechte" keineswegs eine Beleidigung jener „Liebhaber" erkennen, wir finden hierin nur eine Beleidigung für die ehrliche und nützliche Gewerbsclasse der Metzger. Diese treiben ihr hartes Geschäft als Erwerbszweig und zum Nutzen des Publikums; was haben sie aber gemein mit jenen Eisenherzen die in gräßlicher Lust und aus Lust allein — sich schwelgend

und freudetrunken weiden am Schmerz, an der Verzweiflung und an der Todesangst eines ganz unschuldigen Geschöpfes?*)

Seite 34 gibt der Verfasser, der überhaupt eine Menge von bedeutenden Schriftstellern für seine Ansicht citirt, ein paar Stellen aus des Engländers Hughes Werke über Portugal und Spanien und aus Ranke's Werke über die römischen Päpste wörtlich wieder, sie lauten: (Hughes Uebersetzung von Kretschmar S. 199.) „Schon das unnöthige Verwunden ist empörend, und kein Mensch der ein fühlendes Herz besitzt und einmal den von Blut triefenden Hals des armen Stieres gesehen hat, wird Verlangen nach einer Erneuerung dieses Schauspiels tragen. Der beste Theil ist vielleicht der Eintritt Sebovene's, des berühmten Picador, der ein wahres Muster von Anmuth und Grazie genannt werden kann. Er ist à la Louis XIV mit Wamms und Federhut bekleidet und führt im ganzen Ring herum auf seinem prachtvollen Roß die unnachahmlichsten Bewegungen aus.**) Ein berühmter Anhänger der Stiergefechte pflegte bei der Feier derselben regelmäßig gegenwärtig zu seyn und sich am Morgen des Tages, an dem sie stattfanden, als ächter Afficionado zum großen Vergnügen der rotos und patuela zu erweisen, indem er mit durch die Straßen ritt, und verlaufene Stiere mit einer ungeheuer langen Stange verfolgte um sie wieder in Reihe und Glied zurückzutreiben. Im Caes do Sodre, einem sehr besuchten öffentlichen Platz mit zwei leidlichen Cafés und auf dem Roßplatz finden die meisten öffentlichen Ruhestörungen und unregelmäßigen Scharmützel statt. Hier ließ er eine Menge seiner Gegner hängen!"

(Ranke, die römischen Päpste rc. Berlin 1844.) Fol. 50. „Cesar Borgia, Alexanders VI Sohn, hatte seinen Bruder, der ihm im Wege stand, ermorden und in die Tiber werfen lassen; auf der Treppe des Palastes ließ er seinen Schwager anfallen. Den Verwundeten pflegten seine Frau und Schwester; diese kochte ihm seine Speisen um ihn vor Gift sicher zu stellen; der Papst selbst ließ sein Haus bewachen um den Schwiegersohn vor dem Sohn zu schützen — Vorkehrungen deren Cesar spottete. Er sagte, was zu Mittag nicht geschehen, wird sich auf den Abend thun lassen. Als der Prinz schon wieder in der Besserung war, drang er in dessen Zimmer ein, trieb die Frau und die Schwester hinaus, rief seinem Henker und ließ den Unglücklichen erwürgen. Denn auf die Person seines Vaters, in dessen Daseyn und Stellung er nichts als das Mittel erblickte selber mächtig und groß zu werden, war er nicht gemeint im übrigen die mindeste Rücksicht zu nehmen. Er tödtete den Liebling Alexanders, Perotto, indem sich dieser an den Papst anschmiegte, unter dem pontificalen Mantel. Das Blut sprang dem Papst ins Gesicht.....! Cesar Borgia war wollüstig, mit Blut besudelt, wie zitterte Rom vor seinem Namen! Der schönste Mann, so stark daß er im Stiergefecht den Kopf des Stiers auf einen Schlag herunterschlug."

Hofrath Perner fügt diesen Stellen aus Hughes und Ranke bei: „Und dieses und ähnliches lesen Gelehrte und Staatsmänner und die Inhaber der Erziehungsgewalt seit Jahrtausenden, und sie sehen und hören nicht die vor ihren Augen hell und klar hervorspringende Quelle und den rasch aus ihr anschwellenden und immer wilder und tobender fortbrausenden Strom der menschlichen Grausamkeit! Ja unzählige aus ihnen lachen mit wenn der unverständige — hohe und niedere — Pöbel über diejenigen lacht die jene Quelle verstopfen, diesem Strom den Zufluß abschneiden wollen!"

---

*) Wir haben übrigens schon öfters darauf aufmerksam gemacht daß die Mißhandlung der Stiere und Pferde bei diesen abscheulichen Volksfesten, so schmachvoll sie auch seyn mag, doch hinsichtlich der mißhandelten Thiere nur eine Kleinigkeit ist gegen die Mißhandlung alter Pferde und des geknebelt transportirten Schlachtviehes, wie es an manchen Orten noch transportirt wird. Jene Thiere bei den Stierkämpfen sind doch wenigstens in einer Viertel- oder halben Stunde und im betäubenden Sturm eines Kampfes zu Tode gemartert, aber das geknebelte Schlachtvieh steht Tage und Nächte lang, oft 3 bis 4 Tage und Nächte lang, wahre Folterqualen aus die von Minute zu Minute unerträglicher werden, und die Verzweiflung des Opfers menschlicher Grausamkeit bis ins unglaubliche steigern. Die Füße mit Stricken zusammengeschnürt, oft bis ans Bein eingeschnitten, die Köpfe hinabhängend, oft vom Rade gestreift, die Augen herausgetrieben und mit Blut unterlaufen, sind sie dem Hunger und Durste, der Hitze, dem Staube, der Kälte und dem Ungeziefer wehrlos preisgegeben das ihnen in Maul, Ohren und Nasenlöcher kriecht und das Blut aussaugt! Und das vier Tage und vier Nächte lang!! „Möchte," sagt der Canonicus Stanig in seiner jüngsten Schrift: „der barmherzige Gott jenen Quälern und jenen die dieses Quälen verhindern könnten und es nicht thun, die Schmerzen die sie ohne Noth den schuldlosen Geschöpfen verursachen, auf ihrem Sterbebette nicht vergelten!" Aber unter dem Gesichtspunkte der planmäßigen Erziehung des Volkes und der Jugend zur Grausamkeit und Rohheit, zur Gleichgültigkeit bei Blut, Schmerzen, Todeskampf und Verzweiflung, sind die Stiergefechte neben den öffentlichen Hinrichtungen freilich die großartigste Anstalt die wir kennen.

**) So anmuthig und geschmackvoll betreibt auch unser „hochgebildetes" Zeitalter noch das schmachvolle Gewerbe der raffinirtesten Grausamkeit!

Berlin.

⚹ Berlin, 18 Dez. In einer vorgestern abgehaltenen Versammlung conservativer Fractionen wurde mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen daß der Ausschuß des conservativen Centralvereins und das Generalcomité der verbundenen constitutionellen Vereine den geschäftlichen Theil eines engern Wahlausschusses für das Erfurter Parlament in die Hand nehmen und eine Ansprache an das preußische Volk erlassen solle. Das derselben zu Grunde zu legende Programm, welchem einstimmig mehrere Fractionen der beiden Kammern beigetreten sind, lautet: 1) Wir halten die Bildung eines deutschen Bundesstaats, welcher Preußen und alle übrigen Länder des deutschen Bundes — mit Ausschluß der dem österreichischen Gesammtstaat angehörigen österreichisch-deutschen Provinzen — umfassen soll, für eine politische Nothwendigkeit. 2) Preußens Ehre erheischt daß die Begründung des deutschen Bundesstaats auf dem durch das Bündniß vom 26 Mai betretenen Weg unablässig erstrebt und daß derselbe nöthigenfalls zunächst auch allein zwischen Preußen und denjenigen deutschen Staaten die dem Bündnisse vom 26 Mai beigetreten sind und an demselben festhalten wollen, errichtet werde, sofern der Beitritt der übrigen deutschen Staaten zur Zeit noch nicht zu erreichen seyn sollte. Das Nichtzustandekommen des Bundesstaats würden wir als ein für Preußen gefahrvolles, für das übrige Deutschland verderbliches Ereigniß beklagen. 3) Wir erkennen die in dem Bündnisse und der Verfassung vom 26 Mai dargebotene Grundlage eines deutschen Bundesstaats in ihren Hauptzügen deßhalb als eine haltbare, dem Bedürfniß entsprechende an, weil dieselbe a) behufs einer kräftigen Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen dieses Bundesstaats die Vertretung desselben nach außen in Krieg und Frieden und die Handhabung der vollziehenden Gewalt im Innern in eine Hand, und zwar in die des mächtigsten Fürsten dieser Verbindung, des Königs von Preußen, legt; weil dieselbe b) eine aus zwei Kammern gegliederte Gesammtvertretung des deutschen Volkes für seine gemeinsamen Interessen mit vollberechtigter Theilnahme an der Gesetzgebung ins Leben ruft; und weil endlich c) in dem Wahlgesetz, auf Grund dessen das Volkshaus gebildet werden soll, das nach unserer Ueberzeugung verwerfliche Princip des allgemeinen Wahlrechts nach der Kopfzahl beseitigt ist. Dieses Programm ist dadurch von Bedeutung daß es als der Meinungsausdruck der Rechten und des rechten Centrums der zweiten Kammer in der deutschen Frage gelten kann. Die Partei Schwerin-Beckerath ist in den letzten Tagen aus der allgemeinen Vereinigung zur Leitung der Parlamentswahlen ausgeschieden und wird ein besonderes Programm erlassen.

♀ Berlin, 18 Dec. In den beiden letzten Sitzungen (gestern Abend und heute früh) hat die erste Kammer über die Kreis- und Bezirksordnung — die §§. 1 bis 38 der Vorlage — berathen und beschlossen. Die Paragraphen wurden fast alle nach den Commissionsvorschlägen angenommen; nur ein Paar Zusatzanträge gingen durch. Unter andern ist festgesetzt daß die Kreisversammlung aus 15 bis 40 Kreisabgeordneten bestehen soll, welche von den Vertretungen der Gemeinden gewählt werden. Wählbar ist jeder Gemeindewähler des Kreises, der das 30ste Lebensjahr vollendet, seit mindestens drei Jahren dem Kreise durch Grundbesitz oder Wohnsitz angehört hat und einen jährlichen Classensteuersatz von 8 Thlrn. zahlt (einen Grundbesitz im Werth von mindestens 5000 Thlrn. oder ein reines Einkommen von 500 Thlrn. nachweist). Mindestens die Hälfte der Kreisabgeordneten muß aus Grundbesitzern bestehen. Mit der Verwaltung der Kreisangelegenheiten wird der Kreisausschuß beauftragt, der aus dem Landrath und vier von der Kreisversammlung aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern besteht. Die Kreisversammlungen beschließen über die Kreisangelegenheiten. Die Bezirksräthe bestehen aus dem Regierungspräsidenten und vier von der Provincialversammlung zu wählenden Bezirksdeputirten. Der Präsident theilt in der heutigen Sitzung mit daß der Justizminister die Untersuchungsacten gegen den Appellationsgerichtsdirector Temme eingesandt habe und dieselben dem Gesammtausschuß zur Berichterstattung überwiesen seyen. Der Justizminister spricht den Wunsch aus daß dieselben nicht auf den Tisch des Hauses niedergelegt, sondern nur den Abgeordneten die es verlangen, zur Einsicht gegeben werden. Gegen die Veröffentlichung der Species facti habe er nichts einzuwenden. Die zweite Kammer verhandelte heute über diejenigen Beschlüsse denen die erste Kammer auch bei ihrer zweiten Verfassungsberathung nicht beigetreten ist. Sie accommodirte sich derselben bei Art. 11, indem sie mit ihr beschloß daß die Religionsgesellschaften, sowie die geistlichen Gesellschaften welche keine Corporationsrechte haben, diese Rechte nur durch besondere Gesetze sollen erlangen können; bei Art. 12, indem sie ihren eignen transitorischen Satz wegen Ueberleitung der evangelischen Kirche zur selbständigen Verwaltung fallen ließ; und bei Art. 93 über die Entscheidung durch Geschworne. Dagegen beharrte sie bei ihren Beschlüssen über die absolute Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts und über die Fassung des Art. 95 (Anklage der Beamten wegen Rechtsverletzung), indem sie ihren Zusatz, wonach eine vorgängige Genehmigung der Behörde nicht verlangt werden darf, aufrecht erhielt. Damit ist die Verfassungsrevision beendet. Ein Antrag des Abgeordneten Osterrath (Aufnahme eines Artikels über die Posener Verhältnisse in die Verfassung) wurde abgelehnt.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 45 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Montag | Nr. 358. | 24 December 1849.

Da mit diesem Monat das vierte Quartal der Allgemeinen Zeitung zu Ende geht, so bitten wir die Bestellungen möglichst frühzeitig bei den betreffenden Postämtern zu machen, damit nicht für die zu spät sich Meldenden unvollständige Exemplare geboten werden müssen. **Es werden auch Bestellungen auf ein Vierteljahr angenommen.** Die auswärtigen Abonnenten belieben sich mit ihren Bestellungen an die zunächst gelegenen Postämter und Zeitungs-Expeditionen, in den österreichischen Staaten an die dortigen k. k. Postämter, in Frankreich an Hrn. G. A. Alexandre in Straßburg und Paris und Hrn. F. Klincksieck, Nro. 11 Rue de Lille in Paris; in England an die HH. Williams and Norgate 14 Henrietta Street, Covent Garden, London, zu wenden. Gemäß der in unserer Beilage Nro. 347 abgedruckten Uebereinkunft zwischen den Postverwaltungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection wird, mit Ausnahme von Bayern wo der Preis unverändert bleibt, in diesen Ländern die Allgemeine Zeitung künftig 19 fl. 8 kr. oder 10 Rthlr. 28 Sgr. jährlich kosten, und viertel- und halbjährlich abgegeben werden.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (das Protokoll über den Wechsel der Centralgewalt. Die Abwesenheit der andern Regierungsbevollmächtigten); München (das Amnestiegesetz verkündigt. Die Heeresergänzung); Stuttgart (die Württembergische Ztg. über die preußische Verfassung. Die Landesversammlung, nach Verwilligung des Recrutengesetzes, aufgelöst); Leipzig (das Verhältniß zu Preußen und Oesterreich. Assisen. Herloßsohn. Der Schriftstellerverein); Aachen (der Prinz von Preußen. Winteraffisen); Köln (die Carnevalsgesellschaft); Berlin (die erste Kammer über Temme. Das Schreiben der katholischen Bischöfe. Sachsen im Fall einer nöthigen Waffenhülfe an die Frankfurter Bundescommission gewiesen. Die Vertrauensmänner der Statthalterschaft. General v. Gerlachs Sendung nach Dresden. Die Bevollmächtigten des Verwaltungsraths); Posen (Krauthofer freigesprochen); Schwerin (der preußische Protest noch nicht beantwortet); Wien (Theater. Mosenthal und Hebbel. Die Truppenconcentration in Böhmen. Sitzungssaal für die Geschwornengerichte. Excesse in Semlin und Neusatz. Oesterreich und das preußische Bündniß. Zangs Presse); Prag (der neue Statthalter. Das erzbischöfliche Alumnat. Die böhmische Sprache an der Hochschule. Hawlitschek); Triest (das Lazzarich'sche Freicorps aufgelöst. Auszeichnungen. Ein Görzer Blatt. Der Mord in Venedig).

Großbritannien. Spannung auf die amerikanische Präsidentenbotschaft. Armee-Reductionen in Aussicht.

Frankreich. Die Beibehaltung der Getränkesteuer mit großer Mehrheit beschlossen. Die Advocaten der Angeklagten vom 13 Jun. mit Disciplinarstrafen belegt. Boulaye. Rattenkrieg.

Italien. Turin (ein neuer Justizminister).

Rußland und Polen. Wieder ein Verschwörungsgerücht.

Datum der Börsen: London, Paris, Amsterdam 20; Wien 21; Frankfurt 22 Dec.

Deutschland.

z **Frankfurt a. M.**, 21 Dec. Der Reichsverweser hat abgedankt; das deutsche Reich hat aufgehört. Die „neue provisorische Bundescentralcommission" wie sie die Wiener Uebereinkunft vom 30 Sept. 1849 ausdrücklich nennt, ist ins Leben eingeführt. Dunkel ist ihre Competenz; zweifelhaft sind ihre Attribute. Die Feierlichkeit der Ausantwortung der Centralgewalt von gestern dauerte ebenso kurz als jener Act am 12 Jul. 1848, da Erzherzog Johann dieselbe in der Paulskirche antrat. Aber damals umgab ihn der laute Ruf der Nation, Glockengeläute und Kanonensalven begleiteten seinen Auftritt. Und nun! in ernster Stille, in einer bescheidenen Gartenwohnung legt der edle Greis die Zügel eines unhaltbar gewordenen Regiments nieder. Bundeshände empfangen die Reichsgewalt, und die Continuität mit dem vormaligen Bundesorgan ist in einer Weise gesichert daß wohl bald die achtzehn Monate des Reichsvicariats wie ein wirrer Traum des deutschen Volks erscheinen werden. Die Bevollmächtigten der deutschen Staaten außer Oesterreich und Preußen (es sind deren nicht viele) waren bei der Handlung nicht gegenwärtig. Wie ich höre, waren die Bundescommissäre darüber einig, und der Erzherzog, der gleichwohl die Gegenwart derselben gewünscht haben soll, darum nicht im Stande ihrem Verlangen nachzugeben. Glauben Sie ja nicht daß dieses nur die Bedeutung einer Etiquettensache hat. Preußen wie Oesterreich glauben jedes für sich das gesammte Deutschland in der Commission zu repräsentiren, wozu also noch besondere Vertreter der Einzelregierungen! Der Art. 5 der Uebereinkunft vom 30 Sept., der diesen das Recht der Vertretung einräumt, ist von Preußen nur mit dem entschiedensten Widerwillen zugelassen worden. Uebrigens konnten sich die Bundescommissäre auf Art. 7 berufen, welcher ohne Vorbehalt besagt daß der Reichsverweser die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen niederlegen werde. Von irgendeiner Assistenz der übrigen Fürstenstellvertreter ist darin nicht die Rede, und daß man eine Mißdeutung fürchtete, ist sehr beachtenswerth. Die Opposition kann nicht ausbleiben. Wenn ich recht unterrichtet bin, wird die Thätigkeit der Bundescentralcommission vor allem auf die Militärangelegenheiten Deutschlands gerichtet werden. Auch spricht man von commerciellen Annäherungen Oesterreichs und Preußens, welche im Schooße der neuen Commission bereinigt werden sollen.

Frankfurt a. M. Das Protokoll bei der Resignation des Erzherzogs-Reichsverweser lautet:

„Geschehen Frankfurt, im Palast Sr. kais. Hoh. des Erzherzog-Reichsverwesers, Donnerstag den 20 Dec. 1849. Nachdem Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser wiederholt den Wunsch ausgesprochen daß ihm die Möglichkeit gegeben werde der von Ihm bekleideten Würde eines deutschen Reichsverwesers zu entsagen, und nachdem die wegen Errichtung einer anderweitigen Bundescentralgewalt eingeleiteten Verhandlungen unter dem 30 Sept. l. J. zu einer Uebereinkunft zwischen der kaiserlich österreichischen und königlich preußischen Regierung geführt, und die deutschen Regierungen genannter Uebereinkunft beigetreten, auch Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich den wirklichen Hrn. Geheimenrath und Kanzler des Leopoldordens, Karl Frhrn. Kübeck-Kübau, und den wirklichen Hrn. Geheimenrath und Feldmarschall-Lieutenant, Karl v. Schönhals, und Se. Maj. der König von Preußen den Hrn. Generallieutenant v. Radowitz und den Hrn. Oberpräsidenten Dr. Bötticher zu Mitgliedern der Bundescommission in Gemäßheit genannter Uebereinkunft ernannt, und diese sich als solche durch Vollmachten ihrer hohen Souveräne legitimirt, so hatten sich in Folge der Einladung Sr. kais. Hoh. des Erzherzog-Reichsverwesers vorbenannte HH. Commissäre versammelt, um die Entsagung auf Seine Würde entgegenzunehmen und zu beurkunden. Das Protokoll führt der Ministerialrath Dr. Mettenius. Um 1 Uhr trat Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser ein, umgeben von Seinem Ministerium, nämlich: dem Präsidenten des Reichsministeriums, auch Reichsminister des Kriegs, Hrn. Fürsten zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, dem Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten und der Marine, Hrn. Jochmus, dem Reichsminister der Justiz, des Innern und des Handels, Hrn. Detmold, und dem Reichsminister der Finanzen, Hrn. Merck. Zunächst legten die HH. Commissäre beider Regierungen die zwischen der kaiserlich österreichischen und königlich preußischen Regierung unter dem 30 Sept. l. J. zu Wien geschlossene Uebereinkunft wegen Errichtung einer neuen Bundescentralgewalt sammt Ratificationsurkunden vor, sowie die Bei-

trittserklärungen sämmtlicher deutschen Regierungen, mit Ausnahme jener von Oldenburg, von der jedoch die vorläufige Zusicherung des Beitritts bereits gegeben ist, und jener von Luxemburg, in Beziehung auf welche über den Beitritt kein Zweifel obwaltet, da der König-Großherzog bereits als Herzog von Limburg seine Zustimmung förmlich erklärt hat. Diese Actenstücke, sowie die Vollmachten der HH. Mitglieder der Bundescommission von Seiten ihrer Souveräne werden dem Protokoll in beglaubigten Abschriften unter Nr. 1 bis 40 beigefügt.

Se. kais. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser geruhte hierauf zu erklären: „Meine Herren! Es ist Ihnen bekannt daß Ich seit längerer Zeit den Wunsch gehegt habe das Mir anvertraute Amt niederzulegen. Nachdem aber bei Meinem Antritt die Bundesversammlung ihre Thätigkeit beendet, und später auch die Nationalversammlung sich aufgelöst, ohne das deutsche Verfassungswerk zu Stande gebracht zu haben, so würde mit der Ausführung jenes Wunsches der Fortbestand des Bandes, welches die deutschen Staaten zusammenhält, zerstört, und Deutschland abermals den Gefahren preisgegeben seyn denen dasselbe noch bei unserm Gedenken fast erlegen ist. Die von Mir übernommenen Pflichten erheischten daher Mein Verharren, bis ein anderweitiges Organ für die gemeinsamen Angelegenheiten des Vaterlandes geschaffen war. Dieser Augenblick ist gegenwärtig gekommen. Die beiden Factoren der Mir übertragenen Gewalt waren die Gesammtheit der deutschen Regierungen und die deutsche Nationalversammlung. Beiden für die der provisorischen Centralgewalt gewährte Mitwirkung und Unterstützung zu danken fühle Ich Mich auf das innigste gedrungen. Letztere besteht indessen nicht mehr. Sie selbst hat ihr Ende herbeigeführt, indem sie diejenige Stellung welche das Gesetz ihr angewiesen, überschritt und sich von derselben gerade da am bedeutendsten entfernte als die Ereignisse sich so gestaltet hatten daß jede Abweichung von ihrer Rechtssphäre ihr selbst zum Verderben gereichen mußte. Die Geschichte der Nationalversammlung, ihr Untergang gibt dem deutschen Volke die große Lehre daß seine Verfassung auf keinem andern Wege heilsam entwickelt werden kann als auf dem des ruhigen und steten Fortschrittes, unter gewissenhaftem Festhalten an dem was durch Recht und Gesetz einmal geheiligt ist. Nach dem Ausscheiden der Nationalversammlung konnte durch Meinen Rücktritt die Mir anvertraute Gewalt nur an die Gesammtheit der deutschen Regierungen zurückkehren. Um für diesen Fall die einstweilige Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten des Vaterlandes zu regeln, haben Oesterreich und Preußen unter Meiner Mitwirkung durch Uebereinkunft vom 30 Sept. l. J. sich über einen zu diesem Ende den übrigen Bundesgliedern zu machenden Vorschlag geeinigt. Letztere haben diesen Vorschlag angenommen. In Gemäßheit Meiner bereits unter dem 6 Oct. l. J. erfolgten eventuellen Zustimmung entsage Ich in Vollziehung des §. 7 der geschlossenen Uebereinkunft Meiner Würde als Reichsverweser, und lege die Mir übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände II. MM. des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen nieder. Ich nehme das Bewußtseyn mit Mir getreulich gestrebt zu haben die Mir anvertraute Gewalt zum Ruhm und zur Wohlfahrt des Vaterlandes auszuüben. Noch ist es nicht gelungen ein neues Verfassungsband um dasselbe zu schlingen, welches des Volkes Rechte sowie des Vaterlandes Größe und Macht dauernd sichert und stärkt. Wohl aber ist das gemeinsame Band erhalten und der Friede gewahrt. Beruhigt werde Ich auf die Zeit Meiner Waltung erst dann zurückblicken können wenn die Zukunft des Vaterlandes durch dauernde Einigung gesichert ist. Allein Meine Sorge für dieselbe fühle Ich erleichtert, indem deren Obhut nunmehr dem Zusammenwirken derjenigen beiden deutschen Regierungen anbefohlen ist welche durch ihre Macht zunächst dazu berufen sind. Wo beide vereint, treu an dem Rechte festhaltend, vorangehen, können die andern Regierungen getrost folgen, und das Gelingen wird nicht ausbleiben. Möge Deutschland der vielfachen schweren Erfahrungen eingedenk, möge sein Geschick unter des Allmächtigen Beistand der Eintracht und Vaterlandsliebe der deutschen Fürsten und dem guten Geist der Nation empfohlen seyn."

Der kaiserl. österreichische wirkliche Herr geheime Rath Frhr. Kübeck-Kübau erwiederte: „Gnädigster Herr! Als Ew. kaiserl. Hoh. dem Rufe folgten das hohe Amt eines deutschen Reichsverwesers zu übernehmen, waren alle staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in einem großen Theile Europa's, insbesondere auch in Deutschland in Frage gebracht, und einer Bewegung anheimgefallen deren Ergebnisse zu den größten Gefahren führten. Ihrem Muth und Ihrer Standhaftigkeit, gnädigster Herr, ist es vorzüglich zu verdanken daß diese Gefahren, als sie im Herbst vorigen Jahres das staatliche Daseyn eines großen Theils des Vaterlandes bedrohten, glücklich abgewendet wurden, und Deutschland nicht anarchischen Bestrebungen anheimgefallen ist. Ew. kaiserl. Hoh. erhaben über alle eigensüchtigen Zwecke, haben Sich einer großen Pflicht aufgeopfert, und Sich dadurch für alle Zeiten Ansprüche auf die Bewunderung und die Dankbarkeit unseres deutschen Vaterlandes erworben. Allerdings haben Sie, gnädigster Herr, den gerechten Wunsch gehegt, und mit gewohnter Offenheit ausgesprochen Sich wieder jener Stellung zuwenden zu können in welcher die Ihrem erhabenen Kaiser gewidmeten Dienste und die Weihe der Wissenschaft Ihre Tage rühmlich bezeichnen. Empfangen Sie, gnädigster Herr, in dem Augenblick des Scheidens aus Ihrem hohen Amte die dankbare Huldigung welche wir Ihnen heute darzubringen verpflichtet sind. Indem wir, in Folge des Einverständnisses der hohen deutschen Regierungen und in Folge der uns ertheilten Vollmachten, die Functionen der eingesetzten provisorischen Bundescommission im Sinne der Uebereinkunft vom 30 Sept. 1849 übernehmen, geben wir im Namen unserer erlauchten allerhöchsten Vollmachtgeber, Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich und Sr. Maj. des Königs von Preußen, die feierliche Versicherung keine Anstrengung zu scheuen, und nach Umständen alle gesetzlichen Mittel in Anwendung zu bringen um für die bestimmte Zeit der Dauer der Bundescommission die ihr vorgezeichnete Bestimmung zu erfüllen." Hiemit wurde das gegenwärtige Protokoll geschlossen und durch Beifügung der Unterschriften genehmigt. (L. S.) (gez.) Erzherzog Johann. (gez.) Wittgenstein. (gez.) Jochmus. (gez.) Detmold. (gez.) Merck. (gez.) Karl Frhr. Kübeck-Kübau, kaiserl. österreichischer Commissär der deutschen Bundescommission. (gez.) v. Radowitz, königl. preußischer Commissär der deutschen Bundescommission. (gez.) Schönhals, Feldmarschall-Lieutenant, kaiserl. österreichischer Bundescommissär. (gez.) Dr. Bötticher, königl. preußischer Oberpräsident und Mitglied der deutschen Bundescommission. Der Protokollführer: (gez.) Dr. Mettenius.

Bayern. e. **München,** 23 Dec. Ein heute erschienenes Regierungsblatt enthält eine Bekanntmachung, die Heeresergänzung für das Jahr 1850 aus den Conscribirten der Altersclasse 1828 betreffend, und bestimmt die wirkliche Aushebung, früher als sonst, auf die Zeit vom 14 Febr. bis zum 9 März k. J. In der Anlage sende ich Ihnen das neueste Gesetzblatt welches die ersehnte umfassende Amnestie enthält. Im diesrheinischen Bayern werden wohl nur äußerst wenige Verhaftete in den Untersuchungsgefängnissen zurückbleiben. Der Art. 10 bestimmt: „Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Einrückung in das Gesetzblatt und in das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit."

Maximilian II. von Gottes Gnaden König von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, Herzog von Bayern, Franken und in Schwaben rc. Wir haben nach Vernehmung Unseres Staatsrathes, mit Beirath und Zustimmung der Kammer der Reichsräthe und der Kammer der Abgeordneten in Ansehung der Untersuchungen wegen politischer Verbrechen und Vergehen verordnet, was folgt: I. In Ansehung des pfälzischen Kreises: Art. 1. Hinsichtlich der während der Monate Mai und Junius d. J. in dem pfälzischen Kreise verübten politischen Verbrechen und Vergehen werden nachfolgende Untersuchungen niedergeschlagen: 1) die Untersuchungen wegen Theilnahme an dem bewaffneten Aufstande in Ansehung derjenigen Theilnehmer welche der Volkswehr, der Studentenlegion oder den Freischaaren einverleibt waren, mit Ausnahme a) der Officiere der Freischaaren; b) derjenigen Officiere der Volkswehr welche besondere selbständige Corps formirt oder commandirt haben; c) derjenigen Stabsofficiere der Volkswehr welche nicht aus dieser selbst durch Wahl hervorgegangen; d) der Staatsbeamten, Anwälte, Notare und Geistlichen; 2) die Untersuchungen wegen Mitwirkung zu der Errichtung der sogenannten provisorischen Regierung in Ansehung derjenigen „Vertrauensmänner" welche, nachdem sie vorher gegen die Errichtung einer provisorischen Regierung gestimmt hatten, später an der Wahl der Mitglieder einer solchen Regierung theilgenommen haben; 3) die Untersuchungen wegen Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen der Kantonalausschüsse und der Recrutirungscommission; 4) die Untersuchungen wegen Leitung der durch die revolutionäre Gewalt angeordneten Gemeindewahlen, wegen Ab- und Einsetzung von Gemeindebeamten; 5) die Untersuchungen wegen Uebernahme von Gemeindeämtern in Folge der von der revolutionären Gewalt angeordneten Wahlen, sowie wegen Ausübung der mit diesen Aemtern verbundenen Verrichtungen; 6) die Untersuchungen wegen Uebernahme der von der revolutionären Gewalt oder von den Organen derselben übertragenen Verrichtungen in Ansehung derjenigen Personen welche nicht die Stelle eines Civil- oder Militärcommissärs oder eines Mitgliedes der Militärcommission bekleidet haben. Art. 2. Von der in dem Art. 1 ertheilten Amnestie sind ausgeschlossen: 1) diejenigen welche durch eine unter Art. 1 fallende Handlung oder bei Gelegenheit derselben zugleich eine Verletzung der Person oder des Eigenthums begangen haben; 2) Militärpersonen welche nicht in dem am 6 Junius d. J. ertheilten Generalpardon begriffen sind. Art. 3. Wegen nachfolgender Handlungen soll keine Untersuchung eröffnet oder fortgesetzt werden: 1) wegen Ableistung des Eides auf die von der deutschen Nationalversammlung beschlossene Verfassung; 2) wegen Unterwerfung unter die sogenannte provisorische Regierung; 3) wegen Theilnahme an den Berathungen und Beschlüssen des nach Stuttgart übersiedelten Theiles der deutschen Nationalversammlung. Auf die Theilnahme an der sogenannten Reichsregentschaft findet diese Bestimmung keine Anwendung. II. In Ansehung der Landestheile diesseits des Rheins. Art. 4. Die nach dem oberstrichterlichen Plenarbeschluß vom 14 Julius d. J. von dem Kreis- und Stadtgericht Augsburg zu führenden Untersuchungen werden, insofern die betreffenden Verbrechen und Vergehen vor dem 10 Sept. d. J. verübt worden sind, niedergeschlagen. Art. 5. In der durch Art. 4 ertheilten Amnestie sind nicht begriffen: 1) die Anstifter und Vorstände einer als Staatsverrath ersten oder zweiten Grades (Art. 300 und 302, Th. I des Strafgesetzbuchs vom Jahr 1813) strafbaren Verschwörung oder Verbindung; 2) diejenigen welche mündlich in einer öffentlich versammelten Volksmenge oder durch Verbreitung schriftlicher,

gedruckter oder ungedruckter Aufsätze aufgefordert haben die bestehende Staatsverfassung durch gewaltsame Revolution zu ändern, oder durch Aufruhr, Verschwörung oder Verständniß mit Auswärtigen einen Theil des Staates vom Ganzen loszureißen. Dagegen sollen diejenigen von der Amnestie nicht ausgeschlossen seyn welche zur Ein- und Durchführung der zu Frankfurt beschlossenen deutschen Reichsverfassung auf anderem Wege als dem der gewaltsamen Revolution mündlich oder schriftlich aufgefordert haben; 3) die in Art. 2 Ziffer 2 genannten Personen. Art. 6. Die Vorschriften des Art. 3 Ziffer 1 und 3 kommen auch in den Landestheilen diesseits des Rheins zur Anwendung. III. Allgemeine Bestimmungen. Art. 7. Wegen derjenigen Verbrechen und Vergehen in Ansehung welcher nach den Bestimmungen der Art. 1 und 4 die anhängigen Untersuchungen niedergeschlagen werden, darf unter denselben Voraussetzungen eine strafgerichtliche Verfolgung nicht eröffnet werden. Art. 8. Die Kosten der niedergeschlagenen Untersuchungen sind von der Staatscasse zu tragen. Art. 8. Auf Personen welche nicht Angehörige des bayrischen Staats sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung. Art. 10. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Einrückung in das Gesetzblatt und in das Amtsblatt der Pfalz in Wirksamkeit. Unsre Staatsminister der Justiz und des Kriegs sind mit dem Vollzuge desselben beauftragt. Gegeben München, den 22 Dec. 1849. Max. v. Kleinschrod. Dr. Aschenbrenner. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. v. Lüder. v. Zwehl. Nach dem Befehle Sr. Maj. des Königs: der geheime Secretär des Staatsraths, Rath Seb. v. Kobell."

Württemberg. Die Württembergische Ztg. sagt: „Im Hinblick auf die frühere Abstimmung der Mehrheit der ersten preußischen Kammer, welche den das Steuerbewilligungs- (bez. Verweigerungs-) Recht wesentlich beschränkenden Art. 108 der Verfassungsurkunde bisher aufrecht erhielt, fordern ehrlich constitutionelle Blätter, wie z. B. die Kölner Zeitung auf, keinen dieser Majoritätsherren nach Erfurt oder sonst jemals wieder zu wählen. Das unverkümmerte Steuerbewilligungsrecht sey in den germanischen Staaten überall und zu jeder Zeit als eine der ersten Bedingungen und das sicherste Zeichen aufrichtiger politischer Freiheit angesehen worden, und dürfe auch Preußen nicht fehlen. Dieser Gegenstand ist einer der wesentlichsten Differenzpunkte zwischen der ersten und zweiten Kammer deren Ausgleichung gegenwärtig angestrebt wird; wie es scheint will die erste Kammer in diesem Hauptpunkte nicht nachgeben. Die Berliner Constitutionelle Zeitung bedauert schmerzlich daß von den drei constitutionellen Grundpfeilern (festgeregelte Vertretung der Nation, Theilnahme an der Gesetzgebung und Prüfung der Staatsausgabe mit Steuerverwilligungsrecht) bis jetzt noch keiner in der revidirten Verfassung recht fest stehe; denn die definitive Zusammensetzung der ersten Kammer bleibe vorbehalten, die Theilnahme an der Gesetzgebung sey nach §. 105 so ziemlich dem guten Willen der Regierung anheim gegeben, und das von der ersten Kammer ganz gestrichene Steuerverwilligungsrecht erscheine selbst nach den Beschlüssen der zweiten ziemlich illusorisch. Die mehr ministerielle deutsche Reform geht etwas leichter über diese Fundamentalpunkte hinweg, und dringt mehr darauf daß die Verfassung recht bald ein Definitivum werde, damit überhaupt nur erst ein constitutioneller Boden gewonnen werde. Wir unsrerseits möchten aus mehrfachen Gründen es dringend wünschen daß ein Staat wie der preußische, lieber gleich mit der *Wahrheit* des constitutionellen Lebens als mit dem bloßen *Scheine* derselben beginnend, seine Ehre und seinen Einfluß in Deutschland in aufrichtiger Anerkennung und consequenter Durchführung eines geläuterten Repräsentativsystems suchen, und es unter seiner Würde finden möge die Ausgangspunkte für seine neue Verfassungsära erst da zu nehmen, wo die kleineren constitutionellen Staaten Deutschlands schon vor mehr als 30 Jahren bloß versuchsweise angefangen haben. Wer Stimmführer und Leiter für andere werden will, darf ihnen nicht erst das constitutionelle ABC nachplappern. Nur unter der Fahne eines wahren Constitutionalismus darf Preußen hoffen süddeutsche Antipathien allmählich in Sympathien umzuwandeln und tiefgewurzelte Vorurtheile, wenn nicht gänzlich zu beseitigen, so doch wenigstens zu neutralisiren!"

In den engern ständischen Ausschuß, der seinen Sitz in Stuttgart haben muß, wurden außer dem Präsidenten, der ex officio Mitglied desselben ist, gewählt: Stockmayer, Rödinger, Schnitzer, Mohl und Pfahler. In den weitern Ausschuß wurden ferner gewählt: Reyscher, A. Seeger, Tafel, Fetzer, Schweickhardt und Mack.

*** **Stuttgart**, 22 Dec. Die von beiden Parteien der Kammer herbeigewünschte und nach den Vorgängen der letzten Woche unvermeidliche *Auflösung der Versammlung* ist heute Abend in einer Sitzung eingetreten, welche nach einem dem Präsidenten schriftlich übersandten Verlangen des Finanzministers wegen Mittheilung königlicher Verfügungen besonders angesetzt wurde. Die Maßregel ließ sich schon deßhalb nicht länger aufschieben, weil die Mehrheit durch ihre Commission die Entwerfung einer besonderen Vorlage über die Umbildung der Verfassung beabsichtigte; eine Arbeit hierüber von Mohl war schon fertig und gedruckt und wäre auch ohne Zweifel angenommen worden. Die Kammer sollte eine Vertagung auf vier Wochen beschließen, damit die betreffende Commission während dieser Zeit den Entwurf beriethe. Die darauf gehenden Anträge wurden in der Morgensitzung durchgesetzt, obgleich die Minderheit vergeblich die Ansicht geltend zu machen suchte daß eine Revision der ganzen Verfassung unzweckmäßig sey, solange die allgemeinen deutschen Verhältnisse nicht geregelt sind; sie hegte auch nicht die Absicht die Initiative der Regierung zu beschränken. In der Morgensitzung erlangte noch die Regierung das einzige Zugeständniß, welches ihr von der jetzt aufgelösten Kammer zu Theil geworden ist, nämlich die Recrutirung für das nächste Jahr; mit einzelnen Abänderungen oder vielmehr näheren Ausführungen der Commission erklärte sich der Kriegsminister einverstanden, welcher auch dem Wunsche derselben beipflichtete daß die Landwehr nicht nutzloserweise in das Heer eingereiht werden solle; dieß werde nur geschehen im Fall eines Kriegs und sobald die Reichsbehörden eine Anforderung an Württemberg stellen sollten. Der Minister des Auswärtigen wies auf die Krise hin welcher wir entgegengehen; bei der Gestaltung der Umstände könne man nicht wissen ob Bürgerkrieg entstehe. Die Möglichkeit eines Sonderbündnisses mit Bayern wies er bestimmt zurück. Da diese Verhandlung als die letzte vorhergesehen wurde, so sprachen sich die meisten Redner noch einmal über die ganze Lage aus; es fielen wiederum von beiden Seiten gereizte Worte; der Regierung ward wieder vorgeworfen sie sey absolutistisch, die frühere Aeußerung über fremdes Einschreiten ward wieder berührt, andererseits der Berufung auf das Vertrauen des Volkes das des Königs entgegengesetzt. Das stehende Heer war als ein Mittel dargestellt worden um die freie Regung des Volkes zu hindern. Gegen diese Behauptung trat der Kriegsminister auf, indem er wiederum wie bei einer frühern Gelegenheit an die Beeidigung des Heeres auf die Verfassung erinnerte; die Regierung werde niemals die bewaffnete Macht gegen das Volk und dessen Interessen gebrauchen. Römer hielt den Standpunkt ein den er bereits in einer früheren Sitzung eingenommen hatte. Er könne die Vorwürfe nicht billigen daß die Regierung absolutistisch sey; sie habe das noch nicht gezeigt, und eine ehrliche Probe müsse man ihr lassen. Halte sie an den Grundrechten, so werde er sie unterstützen, im Fall er in die nächste Versammlung gewählt würde. — In der Abendsitzung wurde zuerst die königliche Genehmigung des Beschlusses über Verlängerung des Steueretats bis zum letzten Februar und des Recrutirungsgesetzes gegeben; alsdann erschienen die Minister, und v. Schlayer verlas das Auflösungsdecret. In demselben ist ausgesprochen daß die nächste Wahl nach dem Gesetz vom 1 Jul. stattfinden soll; die Bekanntmachung über Vornahme der neuen Wahlen hat sich die Regierung vorbehalten; eine Sitzung zur Wahl des ständischen Ausschusses war noch gestattet, und letztere wurde sogleich vorgenommen. Sie fiel in solcher Weise aus daß kein Mitglied der Minderheit in den engeren Ausschuß von 5 ernannt wurde; in den weitern Ausschuß (im ganzen 11) sind dagegen 2 zugelassen. Schoder endlich schloß die fruchtlose Sitzung mit einer kurzen Rede, worin er auf die düstere Zukunft des nächsten Jahres hinwies, aber hinzufügte, gerechte Wünsche ließen sich wohl auf kurze Zeit aber nicht auf die Dauer zurückdrängen, sobald „die Säfte des Volkes gesund sind." Aeußerungen der Unzufriedenheit oder Erregtheit waren während der Wahl des Ausschusses nicht zu erkennen. Die Versammlung bot den gewöhnlichen Anblick.

K. Sachsen. ⊤ **Leipzig**, 19 Dec. Wollte man gewissen Berliner Correspondenzschmieden Glauben schenken, so wäre der sächsische Rautenkranz — wie es ein hiesiges demokratisches Witzblatt in seiner neuesten Illustration zur Anschauung bringt — bereits eine sichere Beute der zwei großen benachbarten Adler, des ein- und des zweiköpfigen, wie zur Zeit des siebenjährigen Krieges, nur mit dem Unterschied daß dießmal Oesterreich mit seinen an der böhmischen Gränze aufgestellten italienischen und galizischen Regimentern etwaigen „altfritzischen" Gelüsten Preußens zuvorzukommen bereit zu seyn schiene. Wir geben auch dem neuerdings zwischen den Fürsten gepflogenen Briefwechsel der diese drohende Alternative beseitigt haben sollte, nicht so viel Gewicht um zu glauben Oesterreich habe mit argwöhnischem Hinblick auf den Erfurter Reichstag allen Ernstes Preußen gegenüber jene Truppen zusammengezogen, in welchem Falle allerdings das Land Sachsen für den Ehrgeiz seiner großen Nachbarn wieder zum Spielplatz werden müßte. Die politische Parteileidenschaft ficht freilich gern mit solchen „Gedankendingen", weil sie für die Entscheidung der streitenden Elemente keine andere als gewaltsame Lösung sieht und begreift. Dem Großdeutschen unter uns wünscht der Kleindeutsche zur Strafe für utopische Gelüste Croaten und Rothmäntel zur Einquartierung, während er selbst doch unter einem Wrangel'schen Regiment seine demokratische Monarchie ebensowenig gesichert sehen könnte. Der preußischen Propaganda allen Grund und Boden einzuräumen um

sie dann mit vereinten Kräften auf dem eingeräumten Boden bekämpfen zu wollen, das gehört nicht minder zum Bereich utopischer Plane, deren man doch sonst nur die großdeutsche Partei zeiht. Wir wünschen und fordern Preußens Anwachs nur nach dem Maße als dasselbe deutsch ist und wird, deutsch fühlt und handelt. In den Tagen unserer Bürgerkriege ist Preußen nur gewachsen in dem Maße als die Demokratie anarchischen Gelüsten nachhing. Solange die deutsche Demokratie nicht so viel sittliche Kraft in sich entwickelt um in ihrer revolutionären Bewegung vor dem Throne stillzustehen, so lange wird Preußen förmlich gezwungen werden Deutschland zu überflügeln, während umgekehrt zum Aufbau unseres Nationallebens wesentliche Bedingung war daß Preußen in Deutschland aufging. Im Dresdener Aufruhr wurde der Dynastie der Krieg erklärt, weil sie die Reichsverfassung nicht annahm; in Baden wurde die Dynastie zur Flucht getrieben, obschon sie unbedingt die Reichsverfassung anerkannte. In der That, die Gebrechen unserer Demokratie tragen, wo nicht am offensten, doch am tiefsten und geheimsten die Schuld am Unglück unserer zerstörten Einheit und Freiheit. In den Dresdener Kammern hat sich jetzt die demokratische Partei mit der conservativ-liberalen, welche den Anschluß an Preußen betreibt, dem Ministerium gegenüber zusammengeschaart. In der Frage über Aufhebung des Belagerungszustandes ergaben sich in der zweiten Kammer 7 ministerielle Stimmen. Trotz wiederholter Niederlagen fährt das Ministerium fort zu regieren, aus dem einfachen Grunde weil man weiß daß ein Ministerium Carlowitz die Demokratie der Kammern und des Landes in gleich starkem Maß gegen sich haben würde. Man ersieht hieraus wie unwirksam der politische Meinungskampf geworden ist, davon abgesehen daß der Ehrgeiz der Parteien sich selbst um seine nächsten Ziele bringt. Wenn auf der nahen preußischen Gränze vor Leipzigs Thoren der Zollschlagbaum errichtet wird, erfolgt unser Anschluß an Preußen von selbst und ohne allen Ministerwechsel. Gegen den Ausgleich des Meinungskampfs sind wir so gleichgültig geworden daß wir lediglich das materielle Bedürfniß als entscheidend anerkennen. Die schlechte Führung jenes Kampfes macht dieß begreiflich. In Leipzig ist jetzt zum zweitenmal das Geschwornengericht eröffnet, zum großen Aergerniß unserer juridischen Orthodoxie, zum Triumph für unsere Demokratie, aber zugleich auch zur Genugthuung aller derer die in diesem Institut die sicherste Erziehung des Volks zur sittlichen Selbstregierung erkennen. Wir unsererseits gehören zu diesen letzten. Wir nennen es freilich gewagt, zum mindesten nicht staatsklug das junge Institut sich sofort an den schwierigsten und schwankendsten Zeitfragen erproben zu lassen. Statt das bürgerliche Bewußtseyn zunächst in Sachen über Mein und Dein, auf welchem Gebiet die Rechtsbegriffe sicher sind, zu Gericht sitzen zu lassen, gibt man den noch immer bewegten Wogen der Leidenschaft der Tagesmeinung sofort das politische Vergehen preis. Wo der Sturm die ganze gesellschaftliche Grundlage durchschüttelt hat, ist vielleicht nur die entschiedene Indifferenz von Uebergriffen im Fühlen und Denken frei geblieben, und lediglich dieser Indifferenz, dem alten Erbübel Deutschlands in politischen Dingen, verdanken wir daß aus der Reform eine Revolution geworden. Ist nun das Gefühl daß dieser Revolution die entsprechende Gestalt einer Reform noch nicht vollständig abgewonnen wurde, als ein bitterer Hefensatz in den Gemüthern zurückgeblieben, so erklärt sich daraus zur Genüge daß die Stimme des Volkes, die Entscheidung der Geschwornen von leidenschaftlicher Parteinahme hier und da nicht frei ist. Von dieser Unfreiheit lieferten unsere ersten Assisen ein Zeugniß. Die Advocatur unserer Demokratie hilft fleißig mit die Rechtsbegriffe zu verwirren; ihre jesuitische Casuistik ist z. B im Stande heute einen Hochverrath gegen den Reichsverweser, weil derselbe kein regierender Fürst, als Unmöglichkeit hinzustellen, und morgen einen Aufruf zum bewaffneten Widerstand gegen die regierenden Fürsten zum Besten der Centralgewalt und des Reichsverwesers als die höchste Summe patriotischer Gefühle zu erklären. Den ersten Tag unserer jetzigen Assisenwoche nahm der Proceß gegen Möbius in Beschlag. Dieser Pastor des Städtchens Wurzen in unserer Nachbarschaft war von Seiten der preußischen Behörden aufrührerischer Reden auf preußischem Grund und Boden (in der Stadt Eulenburg) angeklagt. Die Belastungszeugen nahmen jedoch ihre Aussagen größtentheils zurück und die Geschwornen sprachen ihr Nichtschuldig. Der gestrige Tag bot uns das Schauspiel in dem hiesigen Buchhändler und Schriftsteller E. O. Weller den baaren blanken Communismus sich vor Gericht entwickeln zu sehen. Hr. Weller, der Sohn des weiland namhaften Medicus Hofrath Weller in Dresden, hat in Paris unter den Cabetisten seine Schule gemacht. Die Republik nicht als Inbegriff bürgerlicher Tugenden, sondern als Facit des wohlfeilsten Rechenexempels dem deutschen Michel plausibel zu machen ist das „einfache" Ziel seiner schriftstellerischen Bestrebungen. Drei kleine Broschüren: Nieder mit dem deutschen Kaiser; was ist der Wille des deutschen Volkes? u. s. w. entwickelten eine Theorie auf welche als Praxis nur das Regiment der Faust und des Besenstiels folgen könnte. Zur Naivität eines Proudhon gesellt sich in einem deutschen Socialisten zumeist auch die ganze Plumpheit der Tölpelei. „Das regierende Geschmeiß" gegen das in Wellers Schriften ein Feldzug geführt wird, wurde vergebens als gegen die Frankfurter Nationalversammlung bezüglich gedeutet; die Geschwornen sprachen ihr Schuldig und der Gerichtshof erkannte anderthalb Jahr Gefängniß. Dagegen wurden in Bezug auf einen Artikel der Vaterlandsblätter, welcher zum gewaltsamen Kampf für die Reichsverfassung aufforderte, Verfasser und Redacteur freigesprochen. Der ehrenhafte Charakter beider, das offene Eingeständniß ihrer Tendenz, ihre Behauptung daß durch gewaltsame Durchsetzung der Reichsverfassung seitens der Centralmacht der Revolution ein Ziel gesetzt worden wäre, waren für die Geschwornen nicht weniger bestimmend als die meisterhaften Reden beider Vertheidiger, der Advocaten Klein und Joseph, welcher letztere zu diesem Zweck aus Dresden erschienen war. Wir müssen zugleich dem Staatsanwalt Hrn. Baumstark in geistvoller und biedersinniger Führung der Sache volle Anerkennung angedeihen lassen. — Am 10 d. starb hier nach mehrmonatlichen Leiden der Schriftsteller Karl Herloßsohn. Er war von den österreichischen Zug- und Singvögeln die alljährlich zu uns wandern, der erste gewesen und mehr als 23 Jahre dieser seiner zweiten Heimath treu geblieben.. 1802 in Prag geboren, hatte er sich in den Zwanziger Jahren durch die Flucht seiner Heimath entzogen um der Bestimmung fürs Klosterleben zu entgehen. Im Lauf der dreißiger zählte ihn Deutschland zu den beliebtesten seiner Schriftsteller; seine harmlose Natur hatte ihn eine Zeitlang zu einem Lieblinge der Stadt Leipzig gemacht. Der hiesige Schriftstellerverein feierte sein Andenken in einer Gedächtnißrede. Der Ertrag des von diesem Verein ausgegangenen „Album fürs Erzgebirge" hat sich auf 5 bis 600 Thlr. herausgestellt, welche Summe den Nothleidenden im Gebirge auf verschiedenen Punkten zufloß. Der Rest der Einnahme konnte jetzt noch zu einer Festgabe für die Weihnachtstage einem freundlichen Vermittler, dem Pastor Uhlmann in Breitenbrunn, übersendet werden. — Unser Theater, sehr thätig und fleißig in Vorführung des kleineren Lustspielgenre, hat mit der Darstellung des Laube'schen Prinz Friedrich bewiesen, wie sehr es hinter den Anforderungen der Bildung und hinter den Leistungen zurückbleibt die vor Jahr und Tag unter Marr's Leitung des Schauspiels möglich waren. Unter der jetzigen Regie fehlt der Anstalt jede künstlerische Führung. Professor Wuttke hat die Wahl in Penig nicht angenommen und bereits vor derselben seine Betheiligung am Landtag abgelehnt. Dagegen hat die Oppositionspartei in den Kammern von Männern unserer Stadt an Otto Wigand, dem älteren Bruder der beiden Buchhändler, und am deutschkatholischen Pfarrer Rauch neuen Zuwachs erhalten.

Preußen. ⊠ **Aachen,** 18 Dec. Eben rollt der Wagen zum Thore heraus der den Prinzen von Preußen wieder von dannen führt. Der Himmel schien sich mit verschworen zu haben den Aufenthalt des Prinzen hier zu verdüstern, denn seit Sonntag Abend, wo er hier eintraf, herrschte das abscheulichste Wetter, was keinen Enthusiasmus aufkommen ließ. Strömender Regen und ein wüthender Orkan ließen kaum einen lichten Moment übrig, so daß die gestrige Heerschau der hiesigen Garnison in Eile abgefertigt wurde. Der neckische Zufall wollte daß die Ankunft des Prinzen gerade in eine Stunde fiel wo unsre Fabrikjugend Muße genug hatte ihrem Muthwillen Luft zu machen, und so geschah es denn daß der Einzug des Prinzen von unerfreulichen Harmonien begleitet wurde, hinter welchen minder eine organisirte Demonstration, denn die Spectakellust des Sonntagspublicums zu suchen ist. Obgleich die Väter der Stadt und unsre andern Behörden sich alle Mühe gaben um die Loyalität der Einwohnerschaft in helles Licht zu stellen, möchten wir bezweifeln daß dieß denselben nach Wunsch gelungen, was aus gelegentlichen hohen Aeußerungen zu schließen ist. Auch hier nahm der Prinz die Gelegenheit wahr bei der Aufwartung darauf hinzudeuten, wie den Uebeln der Zeit nur durch Unterricht und Religion zu steuern sey, was er den Lehrern und Geistlichen insbesondere warm ans Herz legte. Der Prinz von Preußen, nach den Erfahrungen die er gemacht, wird nicht den Tendenzen des Eichhorn'schen Ministeriums huldigen, und den Gedanken hegen als könne durch Schule und Kanzel der politische Trieb des Jahrhunderts unterdrückt und vernichtet werden, als wäre die demokratische Zeitrichtung ein Product der modernen Erziehung und des religiösen Indifferentismus, der wahrlich in unsern katholischen Gegenden nicht anzuklagen ist. — Unsre Winter-Assisen haben begonnen, und einige Capitalverbrechen harren ihrer Aburtheilung. Preßprocesse sind hier selten. Clemens v. Orsbach, als thätiger Mitarbeiter der Westdeutschen Zeitung wegen eines Aufsatzes über die Erschießung der drei bei Plünderung des Prümer Landwehrhauses betheiligten Landwehrmänner in Anklagestand versetzt, ist gegen Caution der Haft entlassen worden. Es ist noch fraglich ob er hier oder zu Köln vor die Assisen kommt, da der Streit über das Forum noch nicht entschie-

den ist. Da der betreffende Artikel von hier aus geschrieben worden, müßten auch die hiesigen Geschwornen darüber Recht sprechen, denn es wäre doch eine gar zu seltsame Logik, wenn ein hier wohnender Schriftsteller wegen eines Artikels in einem Berliner oder Königsberger Blatte 100 Meilen weit zur Verantwortung sich stellen müßte! Von eigenthümlicher Logik haben unsre jüngsten Gemeindewahlen eine Probe geliefert. Während auf die Auslegung der Regierung hin die Namen der mit Tod abgegangenen Gemeinderäthe in der Urne blieben, und es also kommen mußte daß der Name eines verstorbenen Gemeinderaths als bleibendes Mitglied proclamirt wurde, hat man in dem Kölner Gemeinderathe die abwesenden HH. Raveaux und d'Ester ohne weiteres eliminirt, was freilich das bequemste war, um den Gemeinderath nicht in die Verlegenheit zu setzen, darüber zu entscheiden, ob jene landesflüchtigen Gemeindeverordneten noch stimmberechtigt seyen oder nicht!

Köln, 18 Dec. Die allgemeine Carnevalsgesellschaft hat in ihrer vorgestrigen Sitzung beschlossen das Carnevalsfest in dem nächsten Jahr nicht zu feiern, den vorhandenen Cassenbestand ihrem im Exil lebenden Präsidenten, Franz Raveaux, zu überschicken, und die Garderobe und Decorationen zum Besten der deutschen Flüchtlinge in der Schweiz zu verkaufen.

Ein Berliner Brief in der Köln. Ztg. sagt: „Wir können den Blick nicht abwenden von den Dingen die in Sachsen sich gestalten. Die Sendung des Generals v. Gerlach ist kein Geheimniß. Er sollte dem König von Sachsen die Gefahren anschaulich machen welchen er entgegengehe wenn er sich in Widerspruch mit der conservativen Majorität seiner Kammern setze und ein preußenfeindliches Bündniß mit der Demokratie eingehe, und gegen etwanige folgende Uebergriffe der Demokraten sich dann auf Oesterreich zu stützen meine. Der sächsische Hof spielt ein hohes Spiel. Er scheint zu wünschen den Landtag zu irgendwelchen demokratischen Ausschreitungen zu veranlassen, die im Lande selbst Wiederhall und Unruhen hervorriefen. Dadurch würde ihm Gelegenheit die Oesterreicher, welche bereits bedeutende Truppenmassen zwischen Teplitz und Tetschen zusammengezogen haben, zur Hülfe herbeizurufen und sich von dem scheinbar unabweislichen Einflusse des Kaiserstaates dann zum Abfall vom Mai-Bündnisse nöthigen zu lassen. Allein dabei ist die Lage Europa's und die nahe Zukunft zu sehr außer Rechnung gelassen! Oesterreich soll die niederhaltende und schützende Hand über Deutschland ausstrecken — Oesterreich, das im eigenen Hause jetzt der fremden schützenden Hand bedarf, soll Sachsen und Deutschland Schutz gewähren, wenn von neuem ein Sturm über Rhein und Alpen weht, wie der welcher im vorjährigen März — die Aula an die Stelle Metternichs setzte! Nun — in Preußen wird man nicht so kurz von Gedächtniß seyn."

§ **Berlin**, 20 Dec. Die erste Kammer verhandelte heute über die Angelegenheit des Abg. Temme. Aus den Acten geht hervor daß gegen Temme in Folge seiner Theilnahme an den Beschlüssen der Stuttgarter Versammlung, die von der Staatsanwaltschaft nur als eine Privatgesellschaft betrachtet wird, die Anklage wegen Hochverraths erhoben und die Verhaftung verfügt ist; ferner: daß die Untersuchung sich so lange hingezogen, weil der Verhaftete auch nach Vorlage der betreffenden stenographischen Berichte jede Auslassung über seine Theilnahme an den Stuttgarter Beschlüssen verweigert hat. Der Gesammtvorstand hält dafür daß von der Befugniß, die den Kammern durch Art. 83 der Verfassung beigelegt ist, nur vorsichtig Gebrauch gemacht werden dürfe, und daß keine überwiegenden Gründe vorhanden seyen die Niederschlagung der Untersuchung zu verlangen. Gegen den Antrag des Gesammtvorstandes sprachen die Abgeordneten Striethorst und Martins; dafür der Justizminister, Kisker, v. Gerlach, Hansemann. Die Aufforderung Striethorsts, die Kammer möge die öffentliche Meinung achten und die Rechte der Abgeordneten durch Zurückrufung Temmes ehren, wurde von der Rechten mit Gelächter aufgenommen. Martins suchte nachzuweisen daß die Ansichten darüber, ob die Theilnahme an den Stuttgarter Beschlüssen als Hochverrath anzusehen, getheilt seyen. Der Zweifel allein aber müßte hinreichen die Kammer zu bestimmen eines ihrer Mitglieder aus der Haft zu befreien. Der Justizminister meinte, es könne sich hier nur fragen ob das Verbrechen so schwer sey daß eine Unterbrechung der Untersuchung nicht gerechtfertigt wäre. Das sey aber hier der Fall; es handle sich um Hochverrath; ein Perhorrescenzgesuch das Temme eingesandt habe, sey vom Obertribunal nicht anerkannt worden. Kisker wollte den Antrag im Interesse Temmes angenommen sehen; denn dieser könne seine Angelegenheit mit Vertrauen den ordentlichen Gerichten anheimstellen. (Beifall links.) Hansemann wies darauf hin daß gegenwärtig ein Proceß nicht mehr jahrelang hingeschleppt werden könne und die Entscheidung durch die Geschwornen bald erfolgen werde. Die Kammer nahm den Antrag mit sehr großer Majorität an. In Bezug auf das Schreiben der sieben katholischen Bischöfe theilte der Cultusminister mit daß an dieselben ein Erlaß ergangen sey, in welchem die Regierung ausspreche daß ihre gerechten Forderungen auf ordnungsmäßigem Wege alle erfüllt werden sollten. Der Erlaß möge ebenso wie das Schreiben auf dem Bureau ausgelegt werden. Die Kammer nahm die redigirte Kreis-, Bezirks- und Provincialordnung endgültig an und beschäftigte sich dann mit Petitionen. Unter diesen kam ein Gesuch des Majors a. D. v. Preuß vor, dem am 19 März v. J. die Wohnung verwüstet und die Effecten vernichtet wurden. Er beansprucht einen Schadenersatz von 27,000 Thalern. Die Abgeordneten v. Daniels und v. Gerlach wollen ihn entschädigt und das Gesuch dem Ministerium zur Berücksichtigung empfohlen sehen. Die Minister des Innern und der Finanzen sind dagegen, weil zur Entschädigung durch den Staat kein Grund vorliege und im Fall daß sie gewährt würde noch eine Menge ähnlicher Gesuche zu berücksichtigen wären. Hansemann, der auf Gerlach folgt, sagt: „Wenn politische Sünden in Geld umgewandelt werden sollten, so würde das sehr weit gehen." (Heiterkeit.) Die Kammer geht auf den Vorschlag der Commission zur Tagesordnung über. Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf den 4 Jan. 1850 an.

4 **Berlin**, 20 Dec. In Bezug auf die sächsische Angelegenheit ist ein Ministerrath gehalten und beschlossen worden die sächsische Regierung darauf aufmerksam zu machen daß sie, falls sie der Hülfe bedürfe, diese nicht direct von Oesterreich verlangen könne, sondern sich deßhalb an die Bundescommission in Frankfurt zu wenden habe. Heute erzählte man sich der König werde die preußische Verfassung nicht beschwören, und in diesem Fall werde die Partei Schwerin-Beckerath auch nicht nach Erfurt wählen. Daß dieß leeres Gerede ist, brauche ich nicht erst zu versichern. Der König und das Ministerium — dieß erfahre ich aus zuverlässiger Quelle — sind in Bezug auf die preußische Verfassung und die deutsche Angelegenheit einiger als je.

⁑ **Berlin**, 20 Dec. Ich muß meine Mittheilung über die von der Statthalterschaft vorgeschlagenen Vertrauensmänner dahin berichtigen daß der dritte derselben nicht Professor Christiansen aus Kiel, sondern Dr. Steindorf ist. Wenn die radicale Presse sich immer noch bemüht, ebenso wie die dänische, in Abrede zu stellen daß eine solche directe Friedensunterhandlung in Kopenhagen überhaupt stattfinde, so haben sie insofern recht als die Verständigungsversuche daselbst natürlich nur den Charakter vertraulicher Besprechungen haben, weil selbstredend die Vertrauensmänner der Herzogthümer keine unabhängige paciscirende Macht repräsentiren und auch über keinen Frieden als Abschluß des deutschen Bundeskrieges verhandeln können. Von den Bevollmächtigten des Verwaltungsrathes ist der größere Theil bereits abgereist, auch Hr. v. Bodelschwingh hat gestern Berlin verlassen. Der zurückbleibende Theil wird seine Abreise aber erst antreten wenn der abwesende wieder eintrifft. Es ist diese Anordnung einer Art von Ablösung vom Verwaltungsrathe deßhalb getroffen worden, weil man sich die Möglichkeit erhalten wollte bei unvorhergesehenen Ereignissen berathend zusammenzutreten. In Hrn. v. Bodelschwingh's Abwesenheit ist Hr. v. Meysenbug, der Bevollmächtigte Badens, mit der Leitung dieser etwanigen Berathungen betraut. Hiergeblieben sind unter andern auch die Bevollmächtigten für Lübeck, Hamburg und die thüringischen Staaten. Die vertraulichen Besprechungen über die Veränderungsvorschläge zum Entwurfe werden im Januar wieder aufgenommen werden, auch sollen die rückkehrenden Bevollmächtigten dann die Erklärungen ihrer betreffenden Regierungen über die für die Unterhandlungen mit dem Parlament zu bestimmenden Commissarien zu Protokoll abgeben. Man wünscht nämlich daß durch vertrauliche Besprechung der Bevollmächtigten mit ihren Regierungen eine Einigung über die Persönlichkeiten stattfinde, damit weitläufiger Schriftwechsel vermieden werde.

* **Posen**, 18 Dec. So eben (Abend 9 Uhr) hat der Krauthofer'sche Hochverrathsproceß — nach viertägiger Dauer — sein Ende erreicht: auch Krauthofer ist, gleich Waldeck und Jacoby, völlig freigesprochen worden. Unsre Rechtskundigen finden das Verdict unbegreiflich, da eine große Anzahl der gravirenden Thatsachen völlig bewiesen, überhaupt gegen Krauthofer ungleich mehr als gegen die beiden genannten vorliege. Krauthofer selbst vertheidigte sich in deutscher Sprache zwei Stunden lang, worauf sein Vertheidiger, Dr. v. Rigolewski, eine ebenso lange glänzende Rede, erst in polnischer, und dann in fließender deutscher Sprache hielt. Der Präsident stellte an die Geschwornen — 8 Deutsche und 4 Polen — acht Fragen — vier hatte der Staatsanwalt fallen lassen — von denen die letzte auf Hochverrath lautete; nach einstündiger Berathung kehrten die Geschwornen zurück und beantworteten sechs Fragen mit „Nichtschuldig", die vierte und fünfte mit „Schuldig" (beide Fragen hatten aber nur untergeordnete Bedeutung). Der Gerichtshof sprach darauf das „Nichtschuldig" aus. Unter den Polen die in ungeheurer Anzahl anwesend sind, herrscht unendlicher Jubel. Die Rede Krauthofers war auch insofern merkwürdig, als er darin den commandirenden General v.

Colomb einen Verbrecher und den zweiten Commandanten Oberst v. Heldorf seinen Kerkermeister nannte.

Mecklenburg. **Schwerin,** 18 Dec. Die Mecklenb. Zeitung, die officielles Blatt ist, bemerkt zur Widerlegung entgegenstehender Gerüchte, daß eine Antwort des mecklenburgischen Ministeriums auf den preußischen Protest gegen die mecklenburgische Verfassung noch nicht abgegangen sey.

Oesterreich. λ **Wien,** 19 Dec. Wenn man die unausgesetzte militärische Bewegung in der Richtung von Böhmen wahrnimmt, so sollte man glauben daß es auf eine wichtige Kriegsexpedition abgesehen sey oder irgend ein Feind an der Gränze lauert, dem man durch großartige Rüstungen zu imponiren sucht. Doch glaubt man hier durchweg nicht daß irgendeine Friedensstörung stattfinden werde, wenn auch fortwährend Transporte von Mannschaft, Geschützen und Munitionswagen, Pferden u. s. w. nach Böhmen geschafft werden. Nicht der Minister des Innern, sondern Hr. v. Bruck hat sich mit dem Ministerpräsidenten nach Brünn begeben. — In Semlin und Neusatz kam es in den letzten Tagen zu Excessen, die jedoch keine Bedeutung hatten und denn schnell durch das herbeigeeilte Militär ein Ende gemacht wurde.

λ **Wien,** 20 Dec. Die Militärtransporte nach nördlicher Richtung dauern fort. Heute wurde wieder eine Division vom Heßregiment mittelst der Nordbahn befördert und die noch fehlenden 6 Compagnien derselben werden dieser Tage folgen. Gestern ging außer vielem Geschütz und Munitionswagen auch eine Abtheilung Cavallerie nach Böhmen ab. — Einer kaiserlichen Verordnung zufolge sollen die Wittwen und Waisen sämmtlicher bei der Vertheidigung von Ofen gefallenen Krieger mit Pensionen und Erziehungsbeiträgen bedacht werden. — Bekanntlich haben die früheren Büchercensurbeamten als Begünstigung einen einjährigen Gehalt bezogen und sollten dann aus dem Dienste treten. Wir hören nun daß sie fast durchgehends eine Anstellung in den Preßbureaux der Stadthauptmannschaft, vulgo Polizeibehörde, erhalten haben. — Der Saal in welchem die Geschwornengerichte tagen werden ist vollendet, er bildet einen amphitheatralischen, prachtvoll decorirten und durch Gas beleuchteten weiten Raum. Wann wohl die ersten Verhandlungen in demselben stattfinden werden, läßt sich für jetzt ebensowenig bestimmen als wann man den Belagerungszustand aufheben werde. Einstweilen ist es angenehm zu wissen daß man an die Geschwornengerichte gedacht hat. — In den lombardisch-venetianischen Provinzen circuliren bereits die neuen Tresorscheine zu weniger als 30 Lire. Sie werden in allen Cassen an Geldesstatt angenommen. — Die „Presse" wird vom 25 an wieder in Brünn erscheinen.

ss **Wien,** 20 Dec. Die letzten acht Tage brachten uns manche dramatische Neuigkeit, obgleich nicht viel Neues. Im Karltheater wurde eine „Posse als Medicin" gegeben; wenn sich das Stück auch einige Zeit auf dem Repertoire halten wird, so hat die Medicin doch eine geringere als die beabsichtigte Wirkung hervorgebracht. Glücklicher war das Theater an der Wien mit „Künstlerstolz und Nahrungssorgen," einem komischen Stück von dem Verfasser des beliebten „Gervinus." Das Stück behandelt denselben Gedanken wie das alte Lied von „Johann dem munteren Seifensieder." Endlich brachte vorgestern das Burgtheater das Mosenthal'sche Drama „Cäcilie von Albano" zur Aufführung. Eine sehr mittelmäßige Poesie mit schleppendem schwülstigen Dialog und einem Bilderaufwand, wie die schlesische Dichterschule unberühmten Andenkens Beispiele aufzuweisen hat. Der gewaltige historische Stoff, aus der welfisch-staufischen Periode gegriffen, ist durch eine schale Liebschaft verdünnt, und läßt uns nur lebhafter fühlen daß sich ein kleiner Künstler versuchte. Wird aber Mosenthal, der Dichter der entsetzlichen Deborah, ob seines neuen Stücks gelobt, so mag sich Hebbel damit trösten für die Ungunst der Kritik die er jüngst erfahren. Wie man auch über die bedenkliche Bahn urtheilen mag welche Hebbel einzuschlagen nicht abläßt, über die Mosenthal'sche Phraseologie ragt seine Begabung hoch empor. Ich erwähne, obgleich es sich von selbst versteht, seiner nur weil Hebbel durch einige jüngst über ihn der Allg. Zeitung gegebene Andeutungen sich verletzt fühlte — wie mir scheint ohne allen Grund. Dem damaligen poetischen Pasquill der Presse — das wohl mehr dem Redacteur des Feuilletons der Oesterreichischen Reichszeitung galt — antwortete ein an den Dichter gerichtetes Dankgedicht in der Wiener Zeitung.

ε **Wien,** 20 Dec. Die Allg. Zeitung berichtete zuerst von einer neuerlichen Note des Fürsten Schwarzenberg vom 29 Nov., mit welcher nochmals gegen alle Folgen die aus dem preußisch-deutschen Sonderbunde und insbesondere aus der Einberufung des Erfurter Reichstags entstehen könnten, Verwahrung eingelegt, und für den Fall daß dadurch die „Sicherheit des Bundes" einer Gefahr ausgesetzt würde, mit unverzüglichem „Einschreiten" von Seite Oesterreichs gedroht wird. In der sofort erlassenen Beantwortung soll das preußische Cabinet einerseits seine Ueberzeugung daß der engere Bund gerade zur Beruhigung der Stimmung in Deutschland dienen werde, ausgesprochen, andrerseits die formelle Versicherung ertheilt haben daß es jederlei revolutionären oder demokratischen Bewegungen mit aller Energie entgegenzutreten den Willen und die Kraft besitze, wie es denn auch in diesem Jahr seinen „Ordnerberuf" in Deutschland mit eigenen Mitteln in einer Zeit erfüllt habe wo Oesterreich, durch seine inneren Verwicklungen gehindert, Preußen in dieser Beziehung nicht habe unterstützen können. Der Wettkampf beider deutschen Großmächte, die Beruhigung Deutschlands sich ja nicht durch die andere aus den Händen nehmen zu lassen und sich unter allen Verhältnissen das Einschreiten gegen jede Störung der Sicherheit des Bundes vorzubehalten, erinnert in der That an die schönsten Zeiten des deutschen Bundestags. Wir glauben, wenn wir auch die Gefahren nicht läugnen die Deutschland und ganz Europa noch von der Demokratie bevorstehen mögen, denn doch das österreichische Cabinet darüber beruhigen zu können daß Preußens gegenwärtige Regierung dieser Richtung im allgemeinen und insbesondere durch die Berufung des Erfurter Reichstags keinen Vorschub thun werde. Es gehört in der That schon etwas mehr als Gespensterseherei dazu, um in dem Erfurter Reichstag, der unter dem Schutz der preußischen Festungskanonen tagen soll, die Quelle für das neuerliche Ueberfluthen des demokratischen Geistes zu wittern, während andrerseits gerade die Demokraten es sind welche dem Zustandekommen dieses kleindeutschen Reichstags auf das hartnäckigste sich widersetzen und im schlimmsten Fall wenigstens zum größeren Theil an der Wahl keinen Theil zu nehmen entschlossen scheinen. Wahrlich, die deutsche Demokratie ist unverbesserlich! Sie arbeitet, besser als alle machiavellistische Regierungspolitik es vermöchte, denen in die Hände die eine würdigere politische Gestaltung Deutschlands um jeden Preis hindern wollen. Aber wie gesagt, sie liegt, seit sie die nationale Grundlage aufgegeben hat, schwer darnieder, und wird sich wohl nirgends mehr von ihrem tiefen sittlichen Fall erholen. Das einzige auf was sie ihre Rechnung noch bauen könnte, ist die Verzweiflung des Volks an der Zukunft seines Vaterlandes. Wer diese Quelle der fürchterlichsten Geschicke heute zu nähren vermöchte, den träfe mit Recht der Fluch der Mit- und Nachwelt. Wer dagegen einen gangbaren Ausweg zeigt der, wenn auch mit Umwegen, zu dem ersehnten Ziele hinführt, kann heute des öffentlichen Danks sicher seyn. Nichts fördert aber diese gefährliche Richtung so sehr als das stete Verharren in bloßem Negiren, in consequentem Zurückweisen aller Vorschläge, ohne je einen eigenen offen auszusprechen. Der Lloyd erlaubt sich diese Zögerungspolitik des österreichischen Ministeriums damit in Schutz zu nehmen, daß, wie er sagt, „ein großer Theil der deutschen Regierungen sich unfrei gemacht, des eigenen Willens und des Rechts zu einer Verständigung begeben habe, Unterhandlungen sich daher mit ihnen nicht anknüpfen lassen, bis sie ihre Selbständigkeit wieder gewonnen haben." Wir vermögen diese Ansicht durchaus nicht zu theilen. Es würde sich vor allem darum handeln, ob die Regierungen aller dieser 25 deutschen Staaten, die dermalen noch dem preußischen Banner folgen, je selbständig waren seitdem man ihnen ein politisch vollkommen unberechtigtes Daseyn wiedergab. Nach den Erfahrungen welche man im Laufe von 33 Jahren machen konnte, waren sie jederzeit die nothgedrungenen Schleppträger der bis dahin allerdings unter sich gewöhnlich einigen deutschen Großmächte, und auch die deutschen Königreiche konnten nicht leicht auf eine viel bessere Rolle Anspruch machen. Wie sie also nun, nachdem die beiden bisherigen Hegemonen unter einander uneins sind, zu dieser Selbständigkeit und Freiheit kommen sollen, vorausgesetzt daß der Lloyd diese „Selbständigkeit" und „Freiheit" nicht als gleichbedeutend mit „Abhängigkeit von Oesterreich" versteht, vermögen wir wahrlich nicht einzusehen. Wir geben zu daß Oesterreich darauf dringen könne daß die einzelnen deutschen Regierungen bei einem zum Behuf einer gemeinschaftlichen Verständigung einzuberufenden Diplomatencongreß sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen, und daß die Organisation des beabsichtigten engern Bundes dem Beschluß dieses Congresses in Betreff der Gestaltung des weitern Bundes untergeordnet werde. Durch nichts aber wird man verhindern können daß sich die Stimmen der gedachten Duodezstaaten dem Votum von Preußen anschließen, oder daß diese wohl gar ihre bezüglichen Vollmachten den preußischen Bevollmächtigten übertragen, sowie auch Preußen andrerseits nicht dagegen auftreten könnte wenn z. B. Liechtenstein oder allenfalls auch einige andere deutsche Staaten ein gleiches Vertrauen den österreichischen Bevollmächtigten bezeugten. Diese Abhängigkeit der kleineren deutschen Staaten von Preußen, welche früher zu verhindern gewesen wäre, und die nun allerdings die Bedeutung des deutschen Bundes Oesterreich gegenüber ganz wesentlich umgestaltet, ist keineswegs das Resultat des preußisch-deutschen Sonderbundes, sondern vielmehr das Product der gegenwärtigen Gesammtzustände Deutschlands. Diese aber werden durch ein Hinausschieben und Zögern nimmermehr zu Oesterreichs Gunsten sich verändern. Will Oesterreich wirklich seine Stellung in Deutschland sich erhalten, will es der wahre und ächte Hort

bleiben deutscher Macht und Größe wie es durch Jahrhunderte es gewesen, sollen nicht in Zersplitterung und gegenseitiger Aufreibung der Kräfte die Hoffnungen kläglich zu Grabe getragen werden die sich an den großartigen Aufschwung der Nation im vorigen Jahr anknüpften, dann muß Oesterreich endlich sein Schweigen brechen und mit wahrhaft großen, zum Herzen der Nation dringenden Vorschlägen auftreten. Es verkündige, auf naturgemäße Grundlagen gestützt, seinen festen Willen für Deutschlands Ehre einzustehen und für Deutschlands Freiheit! Dann werden die bösen Gewittervögel verschwinden, die jetzt um Deutschlands Abendhimmel flattern, dann wird es keines Schwertschlages bedürfen um jeden Sonderbund zunichte zu machen.

= **Wien,** 21 Dec. Die heutige Wiener Ztg. enthält einen Vortrag des Handelsministers, wonach ein eignes Rechnungsdepartement, unabhängig von der Finanzverwaltung, für die Ausgaben des Handelsministeriums gebildet wird. — Im amtlichen Theile warnt die Militärcommandantur vor dem Abonnement auf die in Brünn erscheinende „Presse" und droht dem Zuwiderhandelnden mit kriegsrechtlicher Bestrafung. Dennoch will sich, wie wir hören, Hr. Zang morgen nach Brünn begeben und sein Journal erscheinen lassen. Gestern wurde die Leiche des in Brünn verstorbenen Erzherzogs Ferdinand am Bahnhof mit allen gebührenden Ehren empfangen. Morgen ist ein feierliches Requiem bei den Augustinern, auch wird die ganze Garnison ausrücken. Die Abendblätter enthalten nichts von Bedeutung. — In der gestrigen Sitzung des niederösterreichischen Gewerbevereins erschien der Präsident des allgemeinen Vereins zum Schutze deutscher Arbeit, Fürst Felix Hohenlohe, begleitet von dem Vicepräsidenten Hrn. Degenkolb. Beide hatten bekanntlich hieher und nach Berlin eine Sendung ihres Vereins.

8 **Prag,** 20 Dec. Gestern Mittags kehrte Freiherr v. Mecsery, jetzt Statthalter von Böhmen, von seiner Reise nach Wien zurück und wurde auf dem Bahnhof von Abgeordneten der Behörden, vom Bürgermeister nebst mehrern Stadtverordneten und von Officieren der Nationalgarde mit einem Lebehoch bewillkommt. Zugleich wurde die Liste der 333 für das Königreich Böhmen neuernannten politischen Beamten bekannt, welche man längst mit größter Spannung erwartet hatte. Wie es denn immer bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, soll es bei Durchlesung dieser Liste manches unzufriedene Gesicht gegeben haben; denn man vermißt die Namen mancher bisher im Dienst gestandener Beamten, welche nun entweder pensionirt oder anderweitig verwendet werden. Es ist eine völlige Umgestaltung der politischen Beamtenwelt. Die neuen Beamten wurden nicht nur aus den beim Gubernium und bei den Kreisämtern Angestellten sondern auch aus den Beamten des Fiscalamts, des Appellationsgerichts, der Stadthauptmannschaft, der Magistrate und besonders zahlreich (über 90) aus der Classe der Patrimonialbeamten (Oberamtmänner und Justitiäre) gewählt. Wir führen nur die obersten Beamten an. Statthalter: Frhr. v. Mecsery. Statthaltereiräthe: Zimna, Halbhuber, v. Nagel, Junek. Kriegspräsidenten: Graf Mercadin für den Regierungsbezirk Prag; Frhr. v. Kotz für Böhmisch-Leipa; Obentraut für Gitschin; Frhr. v. Schrenk für Budweis; David für Pardubitz; Graf Rothkirch für Eger; und Schmück (früher Appellationsrath) für Pilsen. — Da der Belagerungszustand das Vereinsrecht im allgemeinen suspendirt, so wurden kürzlich auch die nichtpolitischen Vereine in Prag aufgefordert ihre Gesuche, wenn sie fortbestehen wollen, beim Militärcommando einzureichen. — Die Vorsteher des erzbischöflichen Alumnats haben beim Ministerium angesucht die Theologen im Seminar zu belassen, auch soll ein Bischof deßhalb nach Wien gereist seyn. Die zahlreichen Reconvalescenten des Militärs sollen in der Neuthorcaserne, und das bisher dort befindliche Militär im Seminar unterbracht werden. — Vor einigen Tagen war hier allgemein die (falsche, Nachricht verbreitet daß Quartiere für ein durchziehendes Russencorps bestellt würden. — Studirende der Rechte haben eine mit 300 Unterschriften versehene Petition an das Ministerium gerichtet: auf daß alle obligaten Fächer der juridischen Facultät auch in böhmischer Sprache von ordentlichen Professoren vorgetragen würden. Als aber jüngst ein Concurs für die tschechische Lehrkanzel des bürgerlichen Gesetzbuchs in Olmütz auch in Prag abgehalten werden sollte, hatte sich kein einziger Candidat hier gemeldet. Die „Union" meint naiv genug: „das sey nicht zu wundern, denn das Concurswesen sey gar zu abgethan und abgeschmackt als daß ein Mann von Tüchtigkeit sich demselben würde unterwerfen wollen." Wir hingegen fragen: wie können juridische Gegenstände in böhmischer Sprache schon jetzt gehörig vorgetragen werden, da man erst vor kurzem die slavische Terminologie festsetzte? — Einen Beweis wie der Nationalitätsfanatismus jetzt auf das religiöse Gebiet hinüberschweift, liefert die Thatsache daß jüngst im Orte Merklin, als man dort eine Messe für den Fürsten Windisch-Grätz lesen ließ, als Gegendemonstration eine Messe für den Redacteur Hawlitschek bestellt und gelesen wurde, der viele Einwohner beiwohnten! Hawlitscheks Zeitung hat übrigens, wie er selbst gesteht, an Abonnenten eingebüßt; denn während sie im zweiten Quartal 1849 2520 Pränumeranten zählte (als er stärkere Opposition machte) hat sie jetzt nur 2000. Wir glauben die Ursache darin zu finden daß viele Leute der ewigen Deutschenfresserei müde zu werden anfangen.

* **Triest,** 18 Dec. Das Lazzarich'sche Freicorps in Istrien, welches durch die Ereignisse des Jahrs 1848 ins Leben gerufen worden war und besonders damals bedeutende Wichtigkeit erlangte als unsere Küste durch Albini bedroht wurde, ist nun ganz aufgelöst. Die Soldaten kehren in ihre Wohnorte zurück und die Officiere werden meist anderwärts eingetheilt werden. Das Freicorps bestand fast gänzlich aus slavischen Elementen und war eine Verjüngung des seiner Zeit berühmten „schwarzen Landsturmes." Auch hier war dafür geworben worden. Wieder sind einige unserer Mitbürger auf Antrag des Handelsministers Bruck ausgezeichnet worden. Der erste Börsendeputirte Caliman Minerbi und der Actuar der Börse, Dr. Burger, dann der älteste Lloyddirector Hr. Brucker und der Inspector Hr. Toppo erhielten den Orden der eisernen Krone dritter Classe und die Lloyddirectoren Bousquet, Lutteroth und Morpurgo den Ausdruck der höchsten Zufriedenheit, Capitän Brunetti aber die goldene Medaille. Feldmarschall-Lieutenant Graf Wimpffen, unser neuer Statthalter, ist angewiesen worden bei amtlichen Ausfertigungen den Titel: „Civil- und Militärgouverneur der reichsunmittelbaren Stadt Triest und Statthalter im Küstenlande" anzunehmen. Es scheint so ziemlich alles darauf hinzudeuten daß in Triest auch fürderhin ein militärischer Statthalter residiren werde. In Görz soll mit dem Jahr 1850 ein Journal: „Giornale di Gorizia" unter der Redaction des Hrn. Carlo Favetti erscheinen. So wünschenswerth dieß an sich wäre, weil Görz doch der Hauptort einer Provinz ist und künftighin auch der Sitz einer Kreisregierung und des Provinciallandtags für Görz, Gradisca und Istrien seyn wird, überdieß in dem ganzen Kronlande Görz-Istrien kein politisches Tagsblatt besteht und das vorgenannte ein Organ der legalen Opposition zu werden verspricht, so ist dennoch zu befürchten daß das Unternehmen am Mangel der Theilnahme scheitern werde. Schon im verflossenen Jahr mußte ein ganz kleines Blatt aus gleicher Ursache eingehen. Aus Venedig wird ein gräuliches Factum berichtet, über dessen Details man zwar nicht ganz im klaren zu seyn scheint, das sich aber ungefähr auf folgende Art zugetragen hat. *) Joseph Comastri, ein sechzigjähriger Mann, aus der Romagna gebürtig, früher durch beinahe 30 Jahre bei der österreichischen Marine und zuletzt als Quartiermeister verwendet, während der Ereignisse des Jahrs 1848 und 1849 eifriger Parteigänger der Republik, drang am 15 in das Arsenal. Er überfiel den ersten Officier welcher ihm begegnete mit einem Messer und verwundete ihn tödtlich. Ein anderer Officier, der herbeieilte und den Degen gezogen hatte, vermochte den Rasenden nicht einzuschüchtern, der zwar bei dieser Gelegenheit zwei Finger verlor, aber auch seinem Angreifer eine Wunde am Arm beibrachte. Ganz mit Blut bedeckt stürmte der Alte gegen den die Wache commandirenden Officier, wurde aber von den Soldaten niedergemacht. Man erzählt nun zwar, der Alte habe keine Bedienstung mehr erhalten können und sich rächen wollen. Aus dem Umstand jedoch daß er an einem Ort sich befunden habe wo kein Verbrechen unbemerkt begangen werden konnte, wollen andere folgern er sey durch geistige Getränke berauscht gewesen.

Großbritannien.

London, 19 Dec.

Man sieht mit beträchtlicher Spannung der amerikanischen Präsidentenbotschaft entgegen, zunächst wegen der schwebenden Mosquitofrage. Nach einem dem Washingtoner Congreß bereits vorgelegten amtlichen Berichte scheint es nämlich daß die amerikanische Regierung der Verbindung beider Meere auf jenem Punkte mittels einer Eisenbahn vor der mittels eines Schiffcanals den Vorzug gibt, weil sie auf diese Weise den Transporthandel größtentheils für die Vereinigten Staaten zu gewinnen hofft. Der amerikanische Generalpostmeister, Hr. Callame, schlägt dem Congreß vor das Porto im ganzen Umfange der Union auf 5 Cents ($7\frac{1}{2}$ kr.) für den einfachen Brief festzusetzen. Die eben in Washington eröffnete Session verspricht in jeder Beziehung eine der wichtigsten und stürmischesten zu werden die seit lange dagewesen; namentlich über die Sklavenfrage und das plötzlich „entdeckte" Deficit von 15 bis 20 Millionen Dollars in der Generalstaatscasse erwartet man heftige Kämpfe Der Correspondent der Daily News berichtet aus der sonst so ruhigen Stadt Boston, der gebildetsten, wenigstens gelehrtesten in der Republik, einen Criminalfall, welcher den Bermondsey-Mord, der unlängst so großes Aufsehen in England gemacht, an Interesse noch über-

*) Wir verweisen zur Vergleichung auf den directen Bericht, den wir aus Venedig mitgetheilt.

bieten dürfte. Professor Webster, ein angesehener Lehrer der Medicin an der dortigen Hochschule, unterliegt dem Verdacht einen Dr. Packman, der ihn wegen einer Schuld von 450 Dollars drängte, unter dem Vorwande der Zahlung in seine Wohnung gelockt, da ermordet und dann die Leiche verbrannt zu haben.

Man spricht von bevorstehenden nicht unbeträchtlichen Reductionen in der Armee, namentlich sollen die 15 Reservebataillone der auswärts dienenden Regimenter aufgelöst werden, welche Minderung allein 9000 Bajonnette betragen würde. Auch die Besatzungen der westindischen Inseln will man stark vermindern. „Würde das," fragt die Times, „die Herren der Manchesterer ökonomischen Schule, Cobden und Comp., wohl zufrieden stellen?"

Frankreich.

Paris, 20 Dec.

Die Ernennungsdecrete in der Ehrenlegion folgen sich seit dem 10 Dec. ununterbrochen, unter den letzten ist Hr. Boulaye (de la Meurthe) Vicepräsident der Republik, der das Commenthurkreuz, und die pensionirten Divisionsgenerale Teste und Pelet, die das Großkreuz erhalten haben. Die Rechtstitel des Hrn. Boulaye auf diese Auszeichnung sind daß er Bataillonschef der Pariser Nationalgarde (18 Jahr), Mitglied des Pariser Municipalraths (12 Jahr) und Officier der Ehrenlegion (12 Jahr) war.

Das Schicksal des Getränkesteuergesetzes ist entschieden. Nachdem in der gestrigen Sitzung von der Opposition noch ein Versuch gemacht worden war die Fortdauer der Auflage bis 1 Oct. 1850 zu beschränken, wurde heute der erste Artikel des Entwurfs, Aufhebung des Decrets vom 19 Mai, zur Abstimmung gebracht und mit 379 gegen 230 Stimmen beschlossen. So war von dem Finanzminister das Princip gewonnen, die übrigen Bestimmungen hatten dann keine Schwierigkeit mehr, und die Annahme des ganzen Gesetzes erfolgte mit 418 gegen 245 Stimmen. In sicherer Voraussicht seines Siegs hatte Hr. A. Fould vorgestern ein glänzendes Bankett gegeben, welchem der Präsident der Republik, sämmtliche Minister, General Changarnier, die HH. Molé, Berryer, Dupin, Montalembert, Daru, Persigny, Lord Normanby, Baron v. Rothschild rc. beiwohnten.

Der Disciplinarrath des Advocatenstandes von Paris hat in Sachen der Vertheidiger beim Staatsproceß in Versailles seinen Spruch gethan. Gegen die HH. Cremieux, Ch. Dain und Madier de Monjau ist auf einen Verweis (reprimande), gegen die HH. J. Favre, Desmarest, Celliez und Lessac auf eine Warnung (avertissement) erkannt. Die andern sind freigesprochen. Hrn. Michel (de Bourges), der den Vertheidigungsplan, sofern er sich auf das Insurrectionsrecht stützte, entwickelt hatte, konnte dieses Verfahren nicht treffen, da er nicht dem Barreau von Paris angehört.

Seit der Nacht des 14 Dec. hat die große Rattenjagd in allen unterirdischen Gängen von Paris begonnen. Die Beute hat alle Erwartungen übertroffen — über 250,000 Ratten wurden gefangen, und man glaubt daß die Ziffer 600,000 erreichen werde. Als das beste Fangmittel bewährte sich die Anwendung eines großen ledernen Sacks, in welchen man ein Pfund Schöpsentalg gelegt hatte, wonach die Ratten sehr lüstern sind. Die Säcke haben einen sinnreichen Mechanismus der diese Thiere wohl hinein, aber nicht mehr herausläßt. Den reichsten Beitrag zu diesem Fang lieferten die Hallen, die Straßen in der Nähe der Seine, die Marktplätze, die Umgebungen des Flüßchens Bièvre, die Straße Pascal in der Vorstadt St. Marceau. Merkwürdig ist daß man unter dieser Masse von Ratten nur 5 bis 600 schwarze sogenannte englische fing, sie haben rothe Augen wie die weißen Kaninchen, ein Fell von glänzender Schwärze wie Seidenplüsch, und sind so wild daß eine graue norwegische Ratte (deren Geschlecht den großen Haufen bildet) in zehn Minuten von zwei englischen, die man für den Pflanzengarten am Leben erhielt, buchstäblich aufgefressen wurde. Die gefangenen Thiere wurden in der Seine, auf der Ravageursinsel, ertränkt und ausgeweidet. Zwei Handschuhfabricanten aus Grenoble, welche die Rattenbälge durch Accord übernommen hatten, waren über diese ungeheure Lieferung einigermaßen erschrocken. Sie hatten nur auf 100,000 gerechnet. Der Seinepräfect, Hr. Berger, wird sich durch diese Razia verewigen.

Italien.

Turin, 20 Dec. Der König hat die Entlassung des Baron Demargherita angenommen, und an seiner Statt den Grafen Giuseppe Siccardi, Rath am Cassationshof in Turin, zum Minister der Kirchenangelegenheiten, der Gnade und Justiz ernannt. — Der Hof hat um die Königin Adelheid von England eine zwanzigtägige Trauer angelegt.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 15 Dec. Es ist die Kunde zu uns herübergelangt daß eine weitverzweigte Verschwörung, die ihren Centralsitz in Moskau hatte, und deren Tendenz dahin ging die jetzige russische Dynastie zu stürzen, entdeckt wurde. Die Spitze des Complotts soll in Petersburg zu finden seyn, und wenn wir recht unterrichtet sind, so sind einige Mitglieder des Senats demselben nicht ganz fremd. Aus den Papieren welche bei eingezogenen Emissären gefunden wurden, soll hervorgehen daß am russischen Neujahrstag ein Handstreich gegen den Kaiser ausgeführt werden sollte. Es erregt dieses Ereigniß bei der Regierung um so mehr Besorgniß als die bereits entdeckten Verschwornen den höhern Ständen und dem eigentlichen Nationalrussenthum angehören, da die Polen nach den gemachten traurigen Erfahrungen vorläufig sich aller Verbindung und Vereinigung zu politischen Unternehmungen enthalten. Die Regierung hat auch dieserhalb den Bestand des im Königreich Polen bisher garnisonirenden starken Armeecorps auf eine geringere Zahl reducirt, und man glaubt das Zurückziehen namentlich der Garden aus dem Königreich mit der erwähnten Verschwörung in Verbindung bringen zu können. — Ein sehr strenger Ukas ist wieder in Angelegenheit der russischen Unterthanen im Auslande mit der bestimmt gehaltenen Aufforderung erschienen daß diejenigen welche nicht in kürzester Frist in ihre Heimath zurückkehren, den Verlust aller ihrer Liegenschaften zu beklagen haben würden. — So berichtet die Hamburger Börsenhalle; man weiß indeß wie häufig Verschwörungsgerüchte über Rußland sind, und wie selten man über russische Zustände etwas Näheres erfährt.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 20 Dec. Consols $96^3/_8$; Bank Stock 204; Schatzscheine 56 Gb. Span. 3proc. $38^1/_2$.

Paris, 20 Dec. 3proc. 56.40; 5proc. 91.65; Bankactien 2445; belg. 5proc. $96^1/_2$; $4^1/_2$proc. $88^1/_4$; neap. 5proc. 96; röm. 85; span. pass. $4^1/_8$; 3proc. $38^1/_4$; innere Sch. $30^1/_2$; piem. 5proc. 88.25; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 925; St. Germain C.-B. 410; Vers. rechte 210; linke 106.75; Paris-Orleans 760; Rouen 547.50; Straßburg 362.50; Nordbahn 461.25; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 116.25; Orl.-Vierzon 330; Bordeaux 406.25; Boulogne-Amiens 182.50; Tours-Nantes 227.50; Dieppe-Fecamp 177.50.

Amsterdam, 19 Dec. $2^1/_2$proc. $55^1/_{16}$; 3proc. 64; 4proc. $84^1/_{16}$; port. 4proc. $36^{11}/_{16}$; Metall. 5proc. $81^1/_4$; belg. $2^1/_2$proc. $47^1/_8$; Ard. $13^7/_{16}$.

* **München,** 22 Dec. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 14,436 Scheffel, wovon 11,181 Sch. verkauft und 3255 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 11 fl. 38 kr. (gef. um 24 kr.), Korn 7 fl. 16 kr. (gef. um 37 kr.), Gerste 6 fl. 47 kr. (gef. um 3 kr., Haber 4 fl. 32 kr. (gef. um 3 kr. Die Reste bestanden in 754 Sch. Weizen, 248 Sch. Korn, 2146 Sch. Gerste, 107 Sch. Haber. Umsatzsumme 84,552 fl.

Frankfurt a. M., 22 Dec. Oesterr. 5proc. Met. $84^3/_8$; $4^1/_2$proc. $74^5/_8$; 4proc. $66^1/_2$; 3proc. $49^1/_2$; $2^1/_2$proc. $44^1/_4$; Bankactien 1280; 500fl.-Loose 158; 250fl.-Loose $96^3/_4$; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $101^1/_2$; $3^1/_2$proc. Staatsschuldsch. $88^7/_8$; bayer. $3^1/_2$proc. Oblig. $83^3/_4$; Ludwigcanal $48^1/_4$; Ludwigsh.-Berbach $84^3/_4$; württemb. $4^1/_2$proc. $94^1/_4$; $3^1/_2$proc. $81^1/_4$; bad. 5proc. $99^1/_2$; $3^1/_2$proc. $79^1/_4$; Lotto-Anleh. à 50 fl. 54; 35fl.-Loose 32; darmstädt. $3^1/_2$proc. $82^1/_2$; 4proc. $88^1/_2$; $4^1/_2$proc. $93^3/_8$; 50fl.-Loose $72^3/_4$; 25fl.-Loose $29^1/_2$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $46^1/_8$; 40Thlr.-Loose $32^3/_4$; nass. 5proc. $101^5/_8$; $3^1/_2$proc. 84; 25fl.-Loose 26; Frankfurt 3proc. $78^1/_2$; $3^1/_2$proc. $92^1/_2$, 68; Taunusbahn 298; holl. $2^1/_2$proc. 55; span. 3proc. innere Schuld $29^1/_8$; poln. 300fl.-Loose 114; 500fl.-Loose $80^1/_2$; sard. 36Fr.-Loose $32^1/_4$; Disconto $2^1/_4$.

♀ **Wien,** 21 Dec. Die Physiognomie unserer Börse ist dieselbe geblieben. Das Geschäft im allgemeinen beschränkt, die Fonds und Actien theilweise etwas höher, dafür aber auch fremde Devisen und Comptanten steigend und gesucht. Von Eisenbahnen waren besonders Mailänder- und Nordbahnactien besser bezahlt. Wir notiren nach der Börse (3 Uhr): 5proc. Metall. $94^1/_{16}$–$94^1/_8$, $4^1/_2$proc. (neues Anlehen) $83^1/_{16}$–$83^3/_{16}$, Loose vom J. 1834 $175^3/_4$–$176^1/_4$, Loose vom J. 1839 106–$106^1/_2$, Bankactien 1185–1190, Nordbahnactien $109^3/_8$–$109^5/_8$, Gloggnitzer $109^1/_2$–$110^1/_2$, Mailänder 83–$83^1/_2$, Pesther $87^3/_4$–88. London (k. l. S.) 11.21 P., Hamburg 166 P., Augsburg uso 113 G., Frankfurt 112 G., Amsterdam $156^1/_2$–157, Mailand $100^1/_4$ G., Livorno $109^1/_2$ G., Genua $120^1/_2$ G., Paris 134 P., Marseille 134 P., Bukarest (31 Tage S.) 244–245. Goldagio für kaiserl. Münzducaten 21, Silberagio $13^1/_4$ Proc. Nap.d'ors 9.10, Souver. 15.40–45, Friedr.d'ors 9.6, Preuß. 9.12 u. s. w. — Die auf heute anberaumt gewesene Generalversammlung der Krakau-Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft ist auf den 21 Jan. 1850 verlegt worden. Auf Einladung der Direction wird mittlerweile eine Versammlung der Actionnäre in Breslau stattfinden, um über den Erfolg der bereits in Wien diessfalls gepflogenen Unterhandlungen zu berathen.

Pesth, 16 Dec. Ein hiesiger Correspondent schreibt dem Lloyd über den Belauf der ausgegebenen Kossuthnoten. Es waren am Schlusse des J. 1848 von den Noten des ungarischen Ministeriums in Umlauf:

Zinsende Anweisungen .	1,545,649 fl. $9^3/_4$ kr. C.-M.
Banknoten . . .	3,777,220 „ — „ „
Geldnoten . . .	19,964,000 „ — „ „
Gesammtsumme	25,286,869 fl. $9^3/_4$ kr. C.-M.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Geschichtliche Studien an den Frankfurter Bilderläden.

II.

ƒƒ **Frankfurt**, Anfang Decembers. Jene ganze Periode über waren die Schaufenster der Buch- und Kunsthandlungen mit den Porträts der „Parlamentsherren" wie bedeckt. Man sah da außer denen welche wirklich für das Gesammtvaterland, oder wenigstens für ihre Partei oder ihren Club von Bedeutung und Einfluß waren, auch gar manchen Vertreter deutscher Nation, und zwar in oft sehr pretentiöser Stellung, von dem man im Grunde nichts weiter wußte als daß er aus irgendeiner fernen Ecke Deutschlands, in deren Dunkelheit er vielleicht als Licht geleuchtet haben mochte, durch seine Wähler hieher versprengt war, um in der Paulskirche fleißig mitzusitzen, nach Vorschrift seines Clubs mitzustimmen und vielleicht wenigstens Abends an irgendeinem öffentlichen Orte unter seinen näheren Freunden die Schleußen seiner Beredsamkeit zu öffnen. Der Himmel bewahre uns vor zu vielen Rednern! Es haben deren genug, und mehr als genug, in der Paulskirche gesprochen, und die kostbare Zeit und die schönste Stimmung mit vergeuden und verderben helfen, aber er bewahre auch das Publicum vor den aufdringlichen Conterfeis von Persönlichkeiten, die für das Publicum nicht mehr Persönliches haben als ein bloßer Mitsitzer und Abstimmer im deutschen Parlament. Der Cultus der Persönlichkeit, die sich selbst als Bild und Götzenbild gegenübertritt und sich anbetet, ist freilich in eine wahre epidemische Krankheit ausgeartet, und die Lithographie ist der Ausbreitung dieser lästigen Krankheit über die Maßen förderlich, und so wird unsere Phantasie im bloßen Vorüberschreiten an den Bilderläden mit einer Menge Gesichtsformen und Körperstellungen befruchtet, die ihr keineswegs sehr zuträglich sind. In Deutschland gelingt es den Mittelmäßigkeiten, eben weil sie in ihrem „speciellen" Vaterländchen unter den dort vorherrschenden kleinstaatlichen Verhältnissen mächtig genug heraustraten, nur zu leicht, sich für den Augenblick Geltung zu verschaffen und Gewächsen höherer Art Licht und Sonne zu nehmen; der persönliche Eigensinn und die Eigenliebe und die Rechthaberei zerstören so oft jede größere Combination, und schließlich befinden sich diese Größen des Tages wieder in ihren kleinen Verhältnissen so unendlich wohl, und tragen zur Aufrechthaltung derselben aus eigenen Mitteln so viel bei daß in sehr melancholischen Stunden in der Dämmerung zwischen Traum und Wirklichkeit, wo man die tröstenderen Erscheinungen so leicht vergißt, einen oft das Gefühl beschleicht als verdienten wir nicht eine große Nation zu seyn, und als hätten diejenigen Republicaner Recht welche Deutschland in lauter kleine Cantonalsouveränetäten nach schweizerischem Muster aufzulösen beabsichtigen, wofür, wie man unmöglich läugnen kann, wenigstens im südwestlichen Deutschland viel Sinn und Neigung vorhanden ist. Die reichsstädtischen Kleinwirthschaften haften hier noch in der Erinnerung.

Uebrigens konnte man auch die für Deutschland bedeutsameren Männer oft in so gesuchten Stellungen und mit einem ihnen sonst gar nicht eigenen geistreichen oder selbst heldenmäßigen Ausdruck abconterfeit sehen, es lag in der Stellung in die sie der malerischen Wirkung wegen gepreßt waren, oft etwas so Gemachtes, Gezwungenes und dabei Anspruchsvolles daß, wer diese ehrenwerthen Männer im Leben kannte und liebhatte, nahe daran war ihnen um dieser Conterfeis willen ernstlich böse zu seyn und seine Freundschaft und Verehrung aufzukündigen. Denn wie möchte man ein Individuum seinen Freund nennen oder ihm seine gezwungene Verehrung bezeugen, das so selbstbewußt sich in die Brust werfend, so affectirt und vornehm herabsehend, oder so süß fratzenhaft lächelnd uns gegenübertritt?

Zwischendurch fehlte es natürlich nicht an Abbildungen der Frankfurter Barricadenkämpfe, die nicht auf Kunstwerth, sondern nur auf Absatz Anspruch machten, der in Deutschland sehr selten etwas mit dem Kunstwerth, aber umsomehr mit der Wohlfeilheit zu schaffen hat. Auch sah man die Ermordung der beiden unglücklichen Volksvertreter aus Preußen abgebildet, schwerlich von einem Verehrer der Linken, denn die Thäter erschienen auf dem Bilde in nicht sehr lieblicher und reizender Gestalt, sondern sahen ziemlich „verthiert" und abschreckend aus. Den beiden Porträts der Gemordeten — Lichnowsky von einem im gewöhnlichen Sinne hübschen, offnen, etwas junkerlich herausfordernden Aussehen, Auerswald ein ziemlich grämliches, dabei aber tüchtiges, charakterfestes, ernstes und ehrliches Gesicht — begegnete man überaus häufig, ebenso häufig fast als den Porträts der damaligen Volkslieblinge: eines Blum, Hecker, Zitz, welcher letztere zu der Zeit beim Volke noch immer etwas galt, ich glaube nur wegen seiner tüchtigen Lunge und seines martialischen Aussehens, wogegen mir die nordischen Vorkämpfer der Demokratie, ein Struve, Fröbel, Schlöffel u. s. w., minder gesucht zu seyn schienen, vermuthlich weil die Demokraten am Rhein und Main bei diesen den in Deutschland überall so einflußreichen Zug landsmannschaftlicher Verwandtschaft vermißten.

Die Ermordung der beiden Abgeordneten, und überhaupt der frivole Mißbrauch den man mit den ehemals so gefürchteten Barricaden getrieben, bezeichnete den Wendepunkt wo diejenigen, welche bisher zwischen beiden feindlichen Lagern zu vermitteln gesucht hatten, ihre Stellung unpassend fanden, und entweder, was in der Mehrzahl geschah, zu der rein conservativen Partei übergingen, oder vom Dämon der Revolution etwas weiter links, und noch etwas weiter, und endlich bis zur äußersten Position der Gewaltpartei hingezogen wurden. Die Revolution in Frankfurt — zu der die Bauern der Umgegend und selbst weit aus dem Nassauischen herbeigeeilt waren, weil, wie mir ein Landmann offen gestand, sie nicht anders meinten „als daß es nun ans Theilen ginge" — diese Revolution, mit so verdammungswürdigem Leichtsinn ins Leben gerufen, die im Laufe weniger Stunden zu so Gräßlichem führte, und unter Umständen zu noch Gräßlicherem führen konnte, die aber mit einer entschiedenen sowohl materiellen als moralischen Niederlage der Gewaltpartei endete, hatte so manchem bis dahin Schwankenden die Augen über den vulcanischen Boden geöffnet, über welchem die Versammlung in der Paulskirche tagte. Die Empörung war nicht gegen einen Willkürherrscher oder gegen eine Willkürbehörde, sondern gegen die selbst- und freierwählte Volksvertretung der deutschen Nation gerichtet gewesen, die Schläge die an diesem Tage gegen die Pforten der Paulskirche geführt wurden, hatten den Vertretern gezeigt daß sie von jetzt an in sich selbst keinen Schutz gegen einen gewaltthätigen und brutalen Handstreich des „souveränen" Volkes haben, und die Wunden die sich an den mißhandelten Leibern Auerswalds und Lichnowsky's aufthaten, klafften eigentlich am Körper der Nationalversammlung selbst gen Himmel. So nahm die Partei, welche sich zu den Grundsätzen der Erhaltung und Fortbildung auf dem Wege der Reform bekannte, nicht bloß an Zahl zu, ihre Sache war auch geweiht durch das Blut zweier Martyrer, und dieß war für sie in jenem Augenblick ein unschätzbarer Vortheil. Die beiden Abgeordneten aus Preußen, so innig man ihr Loos beklagen oder ihren Verlust bedauern mag, hatten nicht umsonst geblutet.

Bald aber sollte auch die Partei der Gewalt ihre Märtyrer haben. Nachdem es dem Maulwurf der social-demokratischen Partei nicht gelungen war in Frankfurt durchzubrechen, zog er sich unter dem Boden Deutschlands hin, bis er plötzlich wieder in Wien zu Tage kam, wo, trotz der vorwaltend conservativen und wesentlich österreichisch-kaiserlichen Grundstimmung, der Socialismus unter den Arbeitern, die Zersetzungssucht unter einem guten Theil der Juden, und die Aufreizungen und Anerbietungen der polnischen und magyarischen Sendboten unter der Jugend eine ergiebige Stätte der Thätigkeit gefunden hatten. Die deutschen Provinzen Oesterreichs nahmen daran sehr wenig moralischen und noch weniger thätigen Antheil, die Ungarn erschienen als es zu spät war, sie erschienen weder mit genügend organisirten Streitkräften noch mit eigentlicher Entschlossenheit, es gelang den Aufstand im Weichbilde Wiens festzuhalten, und ihn hier wie mit Schlangenumwindung allmählich zu erdrücken und zu ersticken. Das von der revolutionären Partei ohne bestimmtes Ziel begonnene und mit einer ebenso grausamen als überflüssigen Mordscene eingeleitete Unternehmen, diente schließlich nur dazu, für jetzt und vielleicht noch für lange Zeit die stätige Entwicklung vernünftiger Freiheit in Oesterreich zu unterbrechen und aufzuhalten, und die deutschen Farben vor den österreichischen zum Rückzuge zu zwingen. Robert Blum, dessen Pflicht und Aufgabe es war die Freiheiten des Volks auf der Tribüne in der Paulskirche, nicht auf einer Barricade Wiens zu vertheidigen — denn

nach der Hauptstadt Oesterreichs lautete das von seinen Wählern empfangene Mandat nicht — bezahlte seine etwas zaudernd angetretene Fahrt mit seinem Leben, die siegende Militärgewalt in Wien versagte ihm die Ehre nicht ihm die Krone eines blutigen Märtyrerthums aufs Haupt zu drücken, und ihm das Ende zu bereiten welches ihm bei der Lectüre der Lebensbeschreibungen französischer Revolutionshelden stets als das hervorstechendste erschienen seyn mochte. Man muß aufrichtig seyn: der revolutionären Partei in Deutschland konnte kein größerer Gefallen geschehen als Blum hinzurichten. Sein Tod warb später der Revolution zahlreiche Kämpen in Dresden und Baden, und während man Messenhausers, Bechers, Jellineks nur nebenbei gedachte, und auch der in Baden mit Pulver und Blei Gerichteten sehr bald auch nur nebenbei gedenken wird, werden die Werbungen der socialen Demokratie immerdar auf den Namen Blum betrieben werden, und wenn sie es abermals zu einer bewaffneten „Erhebung" bringen sollte, werden wir wieder Legionen unter dem Namen Blums Rächer ausziehen sehen. Wie wenig die sociale Demokratie ihrer Aufgabe gewachsen ist, noch es der Natur der Sache nach seyn kann, alle Unterschiede von Talent und Glück aufzuheben, und eine vollkommene „Gleichberechtigung" (die eine Gleichbeknechtung werden würde) herzustellen, beweist sich auch unter andern durch die Privilegien die Blum nach seinem Tod vor seinen Schicksalsgenossen voraus hat.

Die Wirkung zeigte sich alsbald an den Schaufenstern der Buch- und Kunstläden, namentlich gewisser minder vornehmen Bilderhandlungen, in auffallender Weise. In der kurz vorhergegangenen Zeit waren die Caricaturen auf Robert Blum ziemlich häufig geworden, und mögen auch ohne Zweifel das beifällige Lächeln der alleräußersten der äußersten Linken für sich gehabt haben, die, wie verlautete, damals an Robert Blum ein gewisses Schwanken auf dem straff gespannten Seil ultra-demokratischer Grundsätze wahrzunehmen glaubten, wie denn auch ursprünglich der Gießener Vogt zum Sendboten der Linken nach Wien ausersehen gewesen seyn soll. Alle diese Caricaturen waren über Nacht verschwunden,*) dagegen erblickte man Blums Porträt an allen öffentlichen und nicht öffentlichen Orten, in größerem oder kleinerem Format, colorirt oder nicht colorirt, idealisirt oder nicht idealisirt; die Gebrüder Vanni vervielfältigten sein Gesicht in größeren oder kleineren Büsten oder auf Medaillons in Gyps; die Schaufenster bedeckten sich mit Darstellungen aus seinen letzten Lebenstagen, wie er mit einem Säbel bewaffnet auf einer Barricade steht, oder in der Brigittenau die tödtlichen Schüsse in seiner breiten Brust empfängt, allegorische Abbildungen stellten ihn im Zustande der Apotheose dar, in den vorzugsweise von demokratischen Gästen besuchten öffentlichen Localen gingen seine Bildnisse reißend ab, und wurden nicht bloß von Angehörigen seiner Partei gekauft, hie und da erblickte man an solchen Orten sein Porträt mit einem Kranze von Immortellen geschmückt, allein oder auch wohl in Gesellschaft Heckers. Kurz die Wirkung davon daß man aus Blum einen stillen Mann gemacht hatte, war die daß er lebendiger als je in Bild und Wort seiner Partei als Führer voraus schritt, daß ihm seine revolutionären Nebenbuhler diese Capitänschaft nun willig zugestanden; daß der Spott sich nicht mehr an ihn wagte. Um aber zu sehen was da folgen mußte, dazu bedurfte Eisenmann keines Fernrohrs mehr.

Bald sah man an den Schaufenstern auch die Gestalt der österreichischen Feldherren, denen es gelungen war in Italien, Prag und Wien die Revolution niederzuschlagen. Man erblickte da in friedlicher Nachbarschaft Robert Blum neben dem Fürsten Windisch-Grätz, Friedrich Hecker neben dem Marschall Radetzky, Messenhauser oder Becher neben dem Ban Jellachich, eine Scene aus der Belagerung und Erstürmung Wiens neben einer Schlachtendarstellung aus dem Feldzuge der Oesterreicher gegen die lombardisch-piemontesischen Heerschaaren. Es fand sich für solche Kunstgegenstände in Frankfurt Publicum genug, seitdem die Anwesenheit der österreichischen und preußischen Bataillone und dieser oder jener Reichstruppe stets ein zahlreiches Officiercorps in der alten Reichsstadt vereinigte. Je nachdem Ebbe und Fluth in der allgemeinen Bewegung der Zeitwellen sich ablösten und die Schalen der Parteien abwechselnd stiegen und sanken, pflegte auch an den Schaufenstern der Bilderläden bald das revolutionäre, bald das entgegengesetzte Element vorzuherrschen, und es läßt sich denken wie zur Zeit der ungarischen Siege die Porträts der magyarischen und polnischen Generale und Staatsmänner, eines Dembinski, Görgey, Aulich, Bem, Damianitsch, und vor allen Kossuths eine Hauptrolle spielten. Dieß war namentlich zu der Zeit der Fall als an den Straßenecken und in den Bierlocalen Dembinski'sche Heerberichte über die „Siege der Ungarn" bei Erlau und Gödöllö verkauft wurden, wonach die Oesterreicher an Soldaten ich weiß nicht wie viele Tausende, an Geschützen wohl Hunderte und an Generalen mindestens ein Dutzend verloren haben sollten. Man mag sich vorstellen wie damals die Bierstubenpolitik wieder in Schwung kam, um die Casernen- und Wachtstubenpolitik niederzudisputiren. In einem solchen Local, wo auch zuweilen Mitglieder der äußersten Linken sich blicken ließen, brachte unter andern einer der Gäste ein dreimaliges Lebehoch auf den neuesten „ruhmreichen" Sieg der Ungarn aus; die Versammelten stimmten dreimal in diesen Ruf mit ein, und gerade anwesende Meßspielleute bliesen dazu mit Hörnern und Clarinetten dreimal einen schmetternden Tusch! Der Gedanke daß zu derselben Zeit in Siebenbürgen blühende deutsche Städte in Rauch und Flammen aufgingen, ganze deutsche Bevölkerungen ausgetrieben wurden, deutsches Blut in Strömen floß und deutsche Sprache und Gesittung in jenen Marken von Vernichtung bedroht war, trübte nicht im geringsten den Freudenrausch dieser deutschen socialen Demokraten über diese Siege der Magyaren, deren Anführern, meist Aristokraten von reinstem Blut, gewiß nichts ferner lag als ein Staatsbau nach dem Grundriß unserer Socialisten!

Ohne Zweifel, werden Sie sagen, wird man die Siege der Deutschen über die Schiffe und Landtruppen des nordischen Seekönigs, also die Tage von Eckernförde, Düppel und Kolding wenigstens mit derselben oder hoffentlich noch größeren Begeisterung begrüßt und gefeiert haben. Allerdings hatte der Bürgerverein am Abend desselben Tages an welchem ein Extrablatt der Deutschen Zeitung die erste Nachricht vom Siege bei Eckernförde gebracht, die Fenster seines Locals erleuchtet und mit deutschen Fahnen geschmückt, aber nur wenige blieben davor stehen, fragend, verwundert den Kopf schüttelnd, ohne alle Theilnahme, sogar spottend und höhnend. „Es sind ja auch die Frankfurter Zöpfe" (so pflegt man in den demokratischen Kreisen die Mitglieder des Bürgervereins zu nennen), bemerkte einer der Vorübergehenden, der noch dazu in einer der Reichsuniformen steckte die durch Buntheit und verschiedenartigen Schnitt die beliebte Poesie der deutschen Mannichfaltigkeit in der Einheit oder der deutschen Einheit in der Mannichfaltigkeit darstellen. Sollte man nicht an sich und seiner Nation bei dem Gedanken verzweifeln daß Deutsche keinen Anstand nehmen Siege der Ausländer über „deutsche Brüder" als ein höchst erfreuliches Ereigniß mit widerlich lautem Jubel zu begrüßen, während die Siege der Deutschen über ein fremdes, Hohn mit Uebermuth verbindendes Volk etwa nur im Umfange von zwanzig Quadratmeilen allgemeinen Anklang finden, während sie an entfernteren Punkten des deutschen Vaterlandes der Masse kein Fünkchen Begeisterung entlocken, und nur in den Herzen weniger mit unzerstörbarer Vaterlandsliebe erfüllten Patrioten zünden?

Man sah denn freilich auch bald buntgefleckte Abbildungen des Sieges von Eckernförde, wahrhafte Jahrmarktsbilder welche die großartige Scene ins Kleinliche und Unscheinbare herabzogen, und die Phantasie des Beschauers höchstens mit der Vorstellung eines brennenden Mainkahns, nicht eines in die Luft fliegenden gewaltigen Linienschiffs, befruchteten. Und doch war der Sieg bei Eckernförde mit etwas mehr als bloß, wie die Times meinte, mit der Abschlachtung eines auf den Strand getriebenen Wallfisches zu vergleichen; er war eben so sehr ein denkwürdiges Geschichts- als ein mächtiges Naturereigniß, ein wahrhaftes Pathengeschenk des Himmels für unsere junge Flotte. Es war als ob der Gott der Geschichte selbst den Uebermuth des maßlos kecken Feindes züchtigen, und zugleich damit erklären wolle daß er in diesem gerechten Kriege, zu welchem uns der Däne selbst herausforderte, mit uns seyn werde. Und wie hat man von gewissen Seiten diesen Fingerzeig einer höhern Macht verstanden und benützt? Die Partisane der Reaction die sich geheim und sogar öffentlich nicht enthalten konnten den Dänen für ihre Niederlagen ihr Beileid zu bezeigen, und den von den Dänen errungenen Vortheilen ihr Bravo und Da Capo zuzurufen, haben in den Kreisen über die sich ihr Einfluß erstreckt, die Meinung dahin zu leiten gesucht daß die Sache der Herzogthümer unterstützen eine Rebellensache unterstützen heiße, während die demokratischen Führer die Theilnahme der Ihrigen an den Kämpfen der Schleswig-Holsteiner mit der Vorstellung abzukühlen trachteten: diese Kämpfe seyen ja nur Nationalitätskämpfe, und nicht einmal dieß, vielmehr genau besehen nur blutige Raufereien, wenn auch nicht um des Kaisers Bart, so doch um den gelehrten Bart einiger Professoren, denen im Grunde ihre holstein-schleswig'sche Lieblingsgrille mehr am Herzen liege als die große deutsche Frage. So reichten sich auch in diesem Falle beide extreme Parteien von den entgegengesetzten Standpunkten eines engherzigen Particularismus und einer

*) Die gleiche Erscheinung gab sich nach Lichnowsky's Ermordung kund, indem von den Schaufenstern die Caricaturen auf den Ermordeten verschwanden. Dagegen verkaufte man fortdauernd in den Bierlocalen unter andern alles ästhetische und sittliche Gefühl verletzende Darstellungen Lithographien, auf denen der Fürst in Situationen dargestellt war die der litterarische Anstand näher zu bezeichnen verbietet. Dieß erschien um so empörender, nachdem der Fürst ein so schreckliches Ende genommen. Auch die Aeußerungen die man an öffentlichen Orten häufig über seine Ermordung, und die grausame Art wie sie geschah, vernehmen konnte, zeugten nicht selten von einer Verwilderung, wie man sie unter einem angeblich gesitteten und gebildeten Volk nicht erwarten konnte.

flauen Weltbürgerlichkeit die Hand, um die Anstrengungen der national-constitutionellen Mittelpartei zu nichte zu machen.

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte.

III.

Bremerhaven. Ein Stück Amerika. Die Mündungsgewässer. Die schönste Handelsflotte von Deutschland. Die Hamburger und Bremer Kaufleute. Auswandererscene.

K. Was die Lage von Bremerhaven insbesondere betrifft, so ist noch folgendes zu bemerken. Die segelnden oder vor Anker liegenden Schiffe fürchten den ersten Eisgang im Anfang des Winters, wenn die Eisschollen auf den Flüssen sich bilden, mehr als den spätern Eisgang im Frühling. Bei diesem sind die Eisschollen, wenn sie den Fluß herunterkommen, schon viel morscher und rings umher abgerundet, und da es bei diesem Eisgange dann natürlich in der Regel auch thaut, so setzen sich die Schollen nicht an die Schiffe fest. Der Eisgang dagegen bei Frost in des Winters Anfang führt sehr scharfe und glasartige Eisschollen herab, welche die Schiffe bei dem Zusammentreffen zerschneiden, und die sich außerdem auch noch leicht ansetzen, da es gewöhnlich dabei friert. Bei diesem gefürchteten Winter-Eisgang nun weht fast immer Ostwind, der eben den Frost und die Schollen bringt, und dieser Wind wirft nun das Eis fast regelmäßig auf die gegenüberliegende Küste des oldenburgischen Landes Butjadingen hinüber. Der ganze schlimme Eisabgang hat dort statt, und die Gewässer bei Bremerhaven auf der Ostseite bleiben ganz davon frei. Von diesem Punkt aus geht also ein fast zu allen Zeiten freier Schifffahrtscanal ins Meer hinaus.

Ich sagte oben daß man die erste eigentliche obere oder Binnen-Mündung der Weser bei Bremerhaven annehmen müsse. Dem welcher bloß unsere Generalkarte von Deutschland dabei vor Augen hat, wird es scheinen daß hier bei Bremerhaven überhaupt und schlechtweg die Mündung der Weser sey, und daß es von hier an mit der Weser aus sey. Die Specialkarten der Weser sowie die Schiffskundigen welche von der Wesermündung erst 8 Meilen unterhalb Bremerhaven reden und diese Mündung so zu sagen auf offenem Meere finden, werden ihn eines andern belehren. Ich muß diesen Punkt etwas ausführlicher berühren, weil ich dabei auf eine kürzlich eingetretene, der Weserschifffahrt und der deutschen Flotte günstige Veränderung aufmerksam zu machen wünsche. Der große breite Wesermeerbusen mit der Jahde ist eigentlich gar kein Meerbusen, vielmehr nur ein von Wasser überlaufenes Land. Es sind lauter seichte Sandbänke, sogenannte „Watten" oder „Platen", zwischen denen die Weser und Fluth und Ebbe tiefe und breite Canäle ausgegraben haben. Man kann von der Eidermündung in Schleswig-Holstein bis etwa nach der oldenburgischen Insel Wangeroog eine etwas nach Südosten gelegene Linie ziehen. Alle Wasseroberfläche die in den Südosten dieser Linie fällt, ist noch nicht eigentliches Meer, sondern solches überlaufene, von Strömen durchfurchte Wattenland, das vielleicht einst bebaute und bewohnte Marsch war. Erst im Nordwesten jener Bogenlinie beginnt das tiefe Meer. Es befindet sich hier gleichsam die Meeresküste unter dem Seespiegel. Auf einer speciellen Küstenkarte kann man sich hiervon überzeugen, sowie auch auf dem Meer in der Natur selbst wo die Leute so zu sagen eine Meer- und Stromkarte in das Wasser hineingezeichnet haben, indem sie mit einer Menge von Signalen, Stangen, Baken, verschiedentlich gefärbten Tonnen, Leuchtschiffen rc. die submarinen Flußlinien und die Gränzen der Platten und Sandbänke und ihre Gestalt bezeichnet haben. 8 Meilen weit ins Freie hinaus hört dann diese Bezeichnung auf, und da wird auf offener See durch zwei schließliche, dort vor Anker liegende Tonnen der Anfang des tiefen großen Oceans, das Aufhören des Wattenbodens und die von den Schiffern sogenannte Wesermündung, die ich aber nur die zweite, untere oder äußere Mündung der Weser nennen möchte, angegeben.

Unglücklicherweise hat nun auf jenem überschwemmten Wattenlande die Weser keinen geraden Lauf; vielmehr geht sie erst, wie ebenfalls die Special-Seekarten lehren, ziemlich gerade nach Norden hinauf, dann macht sie einen Winkel, biegt fast ganz nach Westen um und mündet so nicht weit von der Insel Wangeroog im Nordosten derselben ins freie Meer aus. Im ganzen ist dieß wohl seit Jahrhunderten immer so geblieben; im einzelnen aber treten auf jenen Watten häufig Veränderungen ein. Bei starken Stürmen werden zuweilen Sandbänke angenagt. Die Gewässer werfen sich dann in diese angenagten Stellen hinein, und bilden durch wiederholte Angriffe am Ende im Lauf der Zeiten neue Canäle und Stromarme. So etwas ist hier nun in der letzten Zeit durchgeführt. Die Weser hat quer durch die Watte nach Nordwesten einen geraden Arm durchgeschickt, der nun jenen besagten Winkel abschneidet und eine kürzere Straße aus der offenen See nach Bremerhaven hin darbietet. Im vorigen Jahr hat man diesen Arm untersucht, und ihn so tief und brauchbar gefunden, daß man ihn nun mit Tonnen und Signalen ausgebakt und der Schifffahrt übergeben hat. Ich hörte darüber viele Freude in Bremerhaven ausgesprochen, und dieß ist natürlich wieder bedeutungsvoll für die Weser, für Bremerhaven und die Flotte. Denn je mehr Eingangscanäle sich in verschiedenen Richtungen zur Wesermündung her ausbilden, desto vortheilhafter ist dieß, mit desto verschiedeneren Winden kann man zu ihr gelangen, je nach Umständen bald diesen, bald jenen Canal benutzen.

Der Hafen von Bremerhaven bot einen sehr reizenden Anblick. Der Handel war jetzt in der Periode nach der Aufhebung der dänischen Blokade belebter als je. Die Preise vieler Waaren waren an der Bremer Börse höher gestiegen als sie seit fünf Jahren gestanden hatten. Diese schnelle Fluth hatte fast unnatürliche Verhältnisse herbeigeführt. So hatte man mir in Bremen gesagt daß man dort jetzt das Pfund Kaffee und Zucker im Detailhandel minder hoch bezahle als im Engroshandel, wenn man einige hundert oder tausend Kisten auf einmal kaufen wolle. Die Detailpreise hatten noch nicht sofort den schwindelnd emporsteigenden Engrospreisen nachfolgen können. Es lagen so viele Schiffe im Hafen als er nur fassen konnte, und dabei auch noch viele auf der Rhede. Und dabei lauter ausgezeichnete, große, exquisite Fahrzeuge, und zwar meistens Bremer, darunter auch einige Amerikaner, Engländer und Schweden. Die Kenner von Schiffen zeigten sich wahrhaft entzückt über den Anblick. „Nie in meinem Leben", sagte mir ein New-Yorker Capitän, „sah ich einen Hafen mit lauter solchen feinen, stattlichen, ausgesuchten Segelmaschinen."

Den Ruhm muß jeder den Bremern lassen: von allen Städten Deutschlands haben sie die größte, zahlreichste und schönste Handelsmarine. Lauter solid gebaute, meist neue Schiffe, lauter gute Segler, fast durch die Bank die kundigste Schiffsmannschaft. Die den Hamburgern eigen gehörige Handelsmarine ist viel unbedeutender als die Bremer. Es kommen meistens englische Schiffe und Matrosen nach Hamburg. Man kann daraus vermuthlich mit Recht den Schluß ableiten daß die an der Weser wohnende Uferbevölkerung viel see-erfahrener, segelgeübter und weltkundiger ist als die der Elbe. Wieder ein Umstand der für die Kriegsflotte, welche nur aus einer tüchtigen Handelsflotte hervorgehen kann, zu beachten ist. Mir scheint es daß alle Welt über die allseitige Tüchtigkeit der Weser-Schiffe einig ist. Die an der Elbe gebauten großen Schiffe mögen auch gut seyn; allein jedenfalls sind sie nicht so zahlreich. Die schöne große Elbe, das reiche üppige Hamburg scheint die Elb-Leute etwas bequemlicher gemacht zu haben. Die kleinere, mancher künstlichen Nachhülfe bedürftige Weser hat dagegen, wie es scheint, die Weser-Leute speculativer und rühriger gemacht. Auch von den Weser-Lootsen an der Mündung der Weser sagte man mir daß sie viel unternehmender und wachsamer seyen als die Elb-Lootsen. Sie gingen den Schiffen die etwa in Verlegenheit seyn könnten, viel weiter und mit mehr Aufopferung entgegen, und paßten im ganzen besser auf. Und zwar habe ich dieses Urtheil nicht etwa von einem Chauken an der Weser, sondern vielmehr von einem Sassen an der Elbe, und halte es daher für unparteiisch. Dieß paßt wiederum ganz gut zu dem Geiste der Bremer Kaufleute, wie er in einem Gespräche zwischen einem Schweden und einem Engländer geschildert wurde, das ich auf meiner letzten Eisenbahnreise von Köln nach Minden anzuhören Gelegenheit hatte. Der Schwede, ein liebenswürdiger gebildeter Mann, war lange in England gewesen, schien aber auch mit den hansischen Handelsverhältnissen sehr vertraut zu seyn. Er gab seinem englischen Reisegefährten, einem Fabrikbesitzer aus Norwich, der mit Empfehlungsbriefen für Hamburg und Bremen versehen war, einen Vergleich des Geistes welcher die Kaufmannschaft beider Städte beseelte. Er demonstrirte dem Engländer daß die Bremer Kaufleute in hohem Grad ausgezeichnet wären durch Bildung, Kenntniß und Solidität des Charakters, und sie genössen, sagte er, in aller Welt des besten Credits. Am meisten aber zeichne sie, insbesondere in Vergleich mit den Hamburgern, ihr speculativer Sinn aus; der von der Natur so sehr begünstigte Hamburger lasse viel mehr an sich kommen; er erwarte Commissionen vom Auslande, die er alsdann ausführe. Auch sey sein Handel, obwohl dem Waarenquantum und Werthe nach größer, doch dem Handelsgebiete nach viel kleiner als der der Bremer. Des Hamburgers Handel sey hauptsächlich mit den Ländern um die Ost- und Nordsee herum, mit England, Skandinavien, Dänemark, Rußland rc.; der Bremer dagegen gehe in die ganze Welt hinaus. Sein Handel sey viel mehr Activhandel als Commission, mit eigenen Schiffen, auf eigenes Risico. Der Bremer suche in aller Welt die Aufträge auf, und spüre den Commissionen nach. Der Speculationsgeist sey viel wacher in Bremen. Die meisten hansischen Handelsetablissements in überseeischen Ländern rührten von Bremern her. Die Bremer gingen schon als junge Leute in alle Welt, nach

Baltimore, Havana, Portorico, New-Orleans, Carracas, Rio-Janeiro rc., etablirten sich dort eine Zeitlang, lernten die Lage des Orts und seine Verhältnisse und Bewohner kennen und kämen dann nach Jahren mit dieser Kenntniß und einem kleinen Capital an Geld nach Bremen zurück, um dann mit jenem fernen Land auf solider Basis weiter zu speculiren und die Zinsen ihrer Capitalien, Kenntnisse und Connexionen auszubeuten.

Obgleich mir die meisten dieser Dinge und Urtheile nicht neu waren, so hörte ich sie doch, weil sie von einem unparteiischen Schweden kamen und in englischer Sprache vorgetragen wurden, mit Vergnügen und mit ebenso viel Aufmerksamkeit an wie der Engländer, dem sie eigentlich zunächst gelten sollten. Ich wiederhole dieses Urtheil hier auch etwa nicht um dadurch den Hamburgern, die ja ihre Eigenthümlichkeit und ihr Verdienst für sich behalten, zu nahe zu treten, sondern ich thue es nur um die Weser-Leute und Weser-Verhältnisse zu charakterisiren. Was uns der Schwede von dem Geist der Bremer Kaufmannschaft sagte, paßt sehr gut zu dem was die Holsteiner mir von den speculirenden Weser-Lootsen erzählten. Die kleinere, magere Weser bewegt und rührt sich durchweg mehr, und sie muß dieß thun um mit der majestätischen und prächtigen Elbe mehr gleichen Schritt halten zu können. Und ich weise auf dieses aus allem hervorleuchtende Hervordrängen und Aufstreben der Weser wiederum hin mit Bezug auf unsere deutsche Kriegsflotte, welche von der Weser vielleicht ebenso gepackt und gefesselt werden wird wie die New-Yorker Dampfboote.

Ich bestieg einige der größern Bremer Schiffe und besuchte auch einen Amerikaner. Unter den Namen jener befinden sich schon manche in der Neuzeit uns theuer gewordene Namen, so Heinrich v. Gagern, ein großes neugebautes Schiff das sich eben bereitete Auswanderer an Bord zu nehmen; dann zwei die den Namen des Bremer Hafenbegründers trugen: „Johann Smidt und Präsident Smidt“, gewissermaßen hölzerne und schwimmende Monumente für ihn.

Die Auswandererschiffe waren hie und da von armen amerikasüchtigen Emigranten umwandert, die den Vorbereitungen und Arbeiten der Matrosen ungeduldig zusahen und sie befragten wann sie nur endlich fertig würden, eine Frage die sie vermuthlich täglich zu wiederholen in den Hafen kommen. Bei einem Auswandererschiffe fand ich eine Gruppe trauernder Emigranten, die eben mit einem Dampfer von Bremen angekommen waren. Sie hatten schnell ihre Kisten, Säcke und Betten auf Karren und Wägelchen auf den Kai des Hafens zu ihrem Schiff schaffen lassen, weil sie gehofft hatten es würde gleich den andern Tag fortgehen. Und als sie nun über Bord blickten, fanden sie das Schiff noch voll Hobelspäne, Zimmerleute und Tischler, die erst dabei waren ihnen ihre Schlafstellen und Cajüten zurecht zu flicken. Sie erfuhren daß nicht einmal ihre Sachen an Bord genommen werden könnten, und daß sie auch selbst noch erst auf eine Woche oder länger ins Wirthshaus gehen müßten. Es waren Leute aus den mittlern Classen irgendeiner kleinen deutschen Binnenstadt und schienen alle zu einer Familie zu gehören. Die Frauen und Kinder waren alle gleichartig uniformirt in dickwattirte Mäntel, die schon auf eine kalte Seereise und Urwaldtemperatur berechnet schienen. So saßen sie nun ganz unglücklich auf ihren Reise-Effecten da, und klagten laute Klage darüber daß sie betrogen seyen, daß man ihnen in Bremen gesagt habe es ginge gleich fort, und daß sie nun noch eine Menge Zeit und Geld im Wirthshause verschwenden würden. Sie sagten sie bedauerten es daß sie nicht lieber von Havre de Grace ausgegangen wären. Die Sprache der plattdeutschen Hafenleute welche sie umgaben war ihnen so gut wie Böhmisch. Sie verstanden kein Wort davon, und ihr Schwäbisch wollte auch den Bremerhavenern nicht recht als reines Deutsch erscheinen. Sie könnten sich in Amerika nicht fremder fühlen, jammerten sie, so auf die Landstraße gesetzt, zwischen Land und Wasser schwebend, wie sie nun da wären. Ein hinkender Herr, an den sie sich wendeten, klammerte sich eine halbe Stunde lang an den Bord des hohen Schiffs und perorirte mit dem Steuermann, dem er begreiflich machen wollte daß er contractmäßig auf der Stelle absegeln müsse, und schien ganz schwer einsehen zu wollen daß dieß eine reine Unmöglichkeit wäre. Ich glaube es kommt allerdings zuweilen in Bremen wie an jedem andern Orte vor daß gewinnsüchtige und leichtfertige Menschen leichtgläubigen Auswanderern in Bezug auf Abfahrt, Segelfertigkeit und Bequemlichkeit der Schiffe Berichte geben die etwas über die Wahrheit hinausgehen, und mir gingen daher alle Anwandlungen von Zorn gegen solche Menschen und von Mitleiden mit solchen armen Opfern durch die Seele. Ein Unbetheiligter, der mit uns diese Scene ansah und mit den Leuten sprach, ermahnte sie zur ruhigen Ergebung in ihr Schicksal und zum Rückzug ins Wirthshaus. Auch sagte er ihnen sie möchtens als eine Prüfung und als eine Probe und Uebung ihrer Geduld betrachten, deren sie bis zu dem Augenblick wo sie ruhig am Mississippi in ihrer Farm sitzen würden, noch wohl viel vonnöthen haben dürften. „In einigen Monaten“, sagten wir ihnen, „würden sie dieß alles überstanden haben, und nach einem Jahr vielleicht schon hätten sie Deutschland verschmerzt und vergessen.“ „Ach“, erwiederten sie alle wie aus einem Munde, „Deutschland haben wir schon jetzt vergessen.“ Ich konnte zwar nicht wissen welche Leiden und Entbehrungen das Vaterland diesen Leuten auferlegt hatte, allein diese Aeußerung, die sie auf eine sehr entschiedene und ziemlich leichtfertige Weise vorbrachten, kühlte mich doch etwas in meinen Sympathien für sie ab, und am andern Tage hatte ich noch einmal Gelegenheit an ihr Benehmen zurückzudenken. Als ich nach ein paar Stunden zurückkehrte, fand ich die Gruppe mitsammt ihren Betten und andern Siebensachen verschwunden. Vermuthlich hatte sie sich zum Wirthshause bequemt.

Ich besprach am Abend diesen Fall mit einem intelligenten in Bremerhaven angesiedelten Kaufmann, der bei den Auswanderungsgeschäften völlig unbetheiligt war, aber seit Jahren die Auswanderungsscenen in Bremerhaven beobachtet hatte. Ich äußerte ihm meine Befürchtung daß solche Täuschungen den Auswanderern oft vorkommen möchten. Er beruhigte mich aber in dieser Hinsicht vollkommen. Bei der großen Unbeholfenheit der meisten Auswanderer die aus dem Innern nach Bremerhaven kämen, wären, sagte er, solche Irrungen und Enttäuschungen zwar häufig, allein meistens rührten sie von den übertriebenen und unerfüllbaren Erwartungen, der Ungeduld und der Unkunde der Auswanderer mit Wind und Wetter und mit den Verhältnissen her, und nicht von absichtlicher Täuschung, deren sich in der Regel kein Bremer Rheder schuldig mache. Es verstände sich ganz von selbst daß jeder Kaufmann die contractlich eingegangenen Verbindlichkeiten erfüllen, und die Auswanderer so lange entweder an Bord des Schiffes oder im Wirthshaus beköstigen müsse als die Abreise sich verzögere. In der Regel weigere sich dessen auch niemand. Und geschehe dieß auch einmal, so würde von Seite der Obrigkeit und von Seite des wohlwollenden Bremer Amtmanns in Bremerhaven mit Eifer und Strenge darauf gesehen daß dieß geschehe. Wenn die Auswanderer in Bremerhaven zuweilen in Rath- und Hülflosigkeit verfielen, so wären sie gewöhnlich selbst daran schuld, da sie sich eben nicht darum bemühten Rath und Hülfe aufzusuchen, und da sie oft die Obrigkeit ganz vergäßen oder ignorirten. Gewöhnlich wäre indeß auch der Amtmann von Bremerhaven oder einer seiner Stellvertreter am Kai des Hafens selbst zur Hand um solche Rathlose ex officio aufzusuchen und ihnen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Länger als eine halbe oder ganze Stunde könnten sie nur selten ohne solche officielle und von selbst sich ihnen darbietende Hülfe bleiben. Er möchte es allen Auswanderern ins Ohr rufen sich doch sogleich in allen Fällen an die Obrigkeit, an den Bremerhavener Amtmann zu wenden, von dem aufs beste für sie gesorgt würde. Allerdings müsse jeder Auswanderer sich unter Umständen auch selbst ein Bißchen zu helfen wissen, aber es wäre unglaublich wie ungeschickt sich diese Binnenleute bei ihrer Ankunft im Hafen zuweilen benehmen. Sie schienen zuweilen zu erwarten daß ihnen so zu sagen wo nicht die gebratenen Tauben, doch der gekochte „Speck und Erbsen“ von selbst in den Mund flögen, und daß die Launen von Wind und Wetter sich ihren eigenen Launen und Wünschen unterordnen müßte; und dabei würde die Schuld von einer Menge von Unbequemlichkeiten, die in der Natur der Auswanderung liegen, dann dem Bremer Rheder in die Schuhe geschüttet. Wenn man die jetzt so gute Einrichtung der Bremer Schiffe, die außerordentliche Billigkeit der Fahrpreise von der Weser nach New-York (20 bis 30 Thaler per Kopf, Beköstigung eingeschlossen *), bedenkt, und dabei die Spottpreise erwägt zu denen man fettes Land in Amerika ankaufen kann, so ist es ein Wunder daß nicht noch viele hunderttausend Menschen mehr über Bremen nach Amerika auswandern als es der Fall ist.

Im Frühling des nächsten Jahrs wird Bremerhaven wieder eine große Bequemlichkeit mehr für die Auswanderer darbieten. Denn dann wird das große Gasthaus oder Hospiz fertig seyn das hier jetzt für sie auf Actien gebaut wird. Unter der Anleitung des kundigen Baumeisters besahen wir den jetzigen Zustand dieses großen und in einem edeln gefälligen Styl gebauten Hauses, dessen Aeußeres beinah schon völlig beendigt ist, und mit dessen innerer Vollendung man eben beschäftigt war. Es ist auf die Beherbergung von etwa 2000 Menschen berechnet. Denn so viel Auswanderer mögen wohl zu Zeiten in Bremerhaven anwesend seyn. Sie sollen darin zu den möglichst billigen Preisen logirt, beköstigt und verpflegt werden. Das Haus ist wie eines der von den Socialisten erdachten Phalanstères eingerichtet, und fast auf alle Bedürfnisse einer kleinen menschlichen Gesellschaft berechnet. In der Mitte des Hauptkörpers des Gebäudes befindet sich eine gemeinsame Kirche, in der sich alle Confessionen der

*) Im Frühling bei größerer Concurrenz sind die Preise etwas höher als im Herbst. 20 Thaler zahlte man auch bisher für einen Postwagenplatz von Berlin nach Königsberg, und zwar ohne Beköstigung.

Auswanderer zum Gottesdienst vereinen werden. Die großen Schlaf- und Speisesäle sollen nach Art der Säle in dem berühmten Seemanns-Hospital in Greenwich, oder nach Art der Einrichtung eines Schiffsdecks das wieder jenem Hospitale zum Muster gedient hat, eingerichtet werden. Das heißt längs den beiden Zinnenwänden sollen zwei Reihen von Verschlägen oder Cajüten laufen, so daß jede Familie ihre besondere Zelle hat, und der breite Corridor in der Mitte zwischen den Verschlägen soll dann den gemeinsamen Gesellschafts- und Speisesaal bilden. Da unter 2000 Menschen natürlich immer eine Anzahl Kranker seyn muß, so ist auch ein besonderes Krankenhospital beigefügt. Die Höhe der Preise, die Gattung der Kost, dieß alles ist schon genau bestimmt, und man machte mir darüber genaue Mittheilungen, die mir aber leider nicht alle im Gedächtniß geblieben sind. Man hat das Haus sehr zweckmäßig ganz nahe bei dem Platze angelegt wo die Auswanderer, die Weser herabkommend, aussteigen. Diese können daher gar nicht mehr irre gehen, und wissen gleich wohin sie gehören. Sie können von keinem Wirth geprellt werden. Ihre Rechnung wird, wenn sie ihren Contract vorweisen können, sofort ihrem Rheder zur Last geschrieben. Sie werden nun auch nicht mehr so lange in Bremen zu warten nöthig haben, sondern direct vom Main oder aus dem Odenwald nach Bremerhaven gehen, wo sie dann Wind und Wetter ruhig abwarten können. Da man sie alle beieinander hat, so werden ihre Angelegenheiten besser controllirt werden können. Die Directoren und Aufseher des Hospizes werden ihre Rathgeber seyn. In dem Hospiz selbst werden sie nicht nur ihren Gasthof, sondern auch ihre Börse und unter Umständen ihr Schiedsgericht finden. In Bremen soll es bis jetzt noch Winkelwirthschaften gegeben haben welche auf die armen Auswanderer förmlich Jagd machten, ihnen schon vor den Thoren der Stadt Boten entgegensandten, und sie theils durch Beredung, theils auf andere Weise förmlich zwangen bei ihnen einzukehren, indem sie sie dann nicht selten prellten und übertheuerten. Dieß wird aufhören. Die armen Auswanderer werden nicht mehr vereinzelt, rath- und muthlos in der Stadt umherirren, sondern alle in einem Gebäude unter humaner Leitung vereinigt seyn. Schon dieses Zusammenseyn mit ihren Genossen, mit Leuten die einen Zweck und ein Interesse haben, wird tröstend und heilsam auf sie einwirken. Sie werden gegenseitig Rath und Beistand austauschen können. Man kann die Zweckmäßigkeit dieses Unternehmens nicht genug loben und den Auswanderern empfehlen. Es macht der Fürsorge der Obrigkeit und Kaufmannschaft Bremens Ehre, und steht, glaube ich, einzig in seiner Art da, denn weder in den englischen noch in den belgischen, noch in den französischen, noch in andern Häfen, in denen Auswanderung stattfindet, habe ich je von einem solchen Auswandererhospize gehört.

Oesterreichische Monarchie.

= **Preßburg**, 17 Dec. Von den aus Widdin zurückgekehrten Flüchtlingen kamen vorgestern einige hundert Italiener hier an, meistens hohe breitschultrige Gestalten, die zum großen Theil noch mit dem ungarischen Attela bekleidet waren. Gestern wurden sie auf der Eisenbahn weiter befördert. Eben daselbst ging auch dieser Tage Zuzug an Geschütz und Bedienungsmannschaft zur Armee nach Böhmen ab. Die Komorner Luft soll der dortigen Garnison nicht sehr förderlich seyn und viele typhöse Krankheiten unter derselben erzeugt haben. Sie wird daher gewechselt und hieher verlegt. Die vor einigen Tagen aus dem Pesther Neugebäude entlassene Mutter Kossuths weilt gegenwärtig hier bei ihren Enkeln zum Besuche. Die Kinder sind zwar in der Schloßcitadelle unter Aufsicht gestellt, genießen aber sonst alle möglichen Freiheiten und erfreuen sich der besten Behandlung. Bei einem gestern stattgehabten militärischen Feste, welches das Chevaulegersregiment „Wrbna“ hier feierte, bemerkte man auch mehrere russische Officiere, darunter einen Stabsofficier, ein Zeichen daß sich noch immer Ueberreste der großen Hülfsarmee in unsern Gegenden aufhalten. Auch einige russische Vorpen weilen noch hier.

: : **Pesth**, 15 Dec. Die schöne Stiftung des Armee-Obercommandanten Feldzeugmeisters Baron Haynau findet lebhafte Theilnahme. Im Comptoir der Pesther Zeitung ist eine Subscription zu ihren Gunsten eröffnet worden, und die Unternehmer dieses Blattes spendeten 100 fl. Im Nationaltheater wird kommende Woche eine großartige Opernvorstellung stattfinden, deren Ertrag gleichfalls für verwundete und verkrüppelte Krieger aus den Reihen der kaiserlichen Armee wie des Insurgentenheeres bestimmt ist. Auch die Zuflüsse zur Jellachich-Stiftung sind nicht unbedeutend, und der Totalbetrag beläuft sich bereits an 1200 fl. Tagesgespräch ist die Unterdrückung des Wiener Journals „die Presse“ für die Dauer des Belagerungszustandes. Die Presse ward hier viel gelesen und stark gekauft, zumal als sie die Fahne heftiger Opposition entfaltete. Zang hielt ein eigenes Comptoir seines Blattes auf dem neuen Marktplatz in Pesth, und es ließ sich hundert gegen eins wetten daß er mit dem Neujahrstag das stärkste Abonnement in Ungarn aufzuweisen gehabt hätte. Ich bin, wie Sie wissen, streng loyal gesinnt, bedauere aber von Herzen daß man zu so strengen Schritten sich gezwungen glaubt. Der Reichsprimas Scitowsky verweilte kürzlich in der Hauptstadt, hat sich aber in Bälde auf die Reise nach der Residenzstadt begeben. Ende des vorigen Monats verstarb in Ofen ein würdiger 86jähriger Greis, Namens Johann Hermann von Herrenfeld. Er war lange Jahre Oberpostverwalter, wurde bei seiner Pensionirung von Kaiser Franz, ohne daß er darum angesucht hatte, wegen seiner Verdienste in den ungarischen Adelstand erhoben, und erhielt gleichzeitig den Titel eines königlichen Rathes. Eine der Töchter des Verblichenen, der sich einer sehr zahlreichen Familie erfreute, ist die Gattin des Herausgebers und Redacteurs der militärischen Wiener Zeitschrift „der Soldatenfreund,“ J. Hirtenfeld. Da man in Erfahrung brachte daß hauptsächlich auf dem Lande, wohin die betreffenden Kundmachungen vielleicht zu spät gelangt seyn dürften, sich noch viele der Kossuth-Banknoten befinden welche die Besitzer nun nach abgelaufenem Ablieferungstermin aus Furcht einer zu gewärtigenden Strafe verheimlichen, so fand man sich hohen Ortes veranlaßt den Termin der freiwilligen Ablieferung noch einmal, und zwar bis zum letzten December 1849 zu verlängern, und dieß mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß zu bringen daß nach Ablauf dieses Zeitpunktes gegen alle weitern Verheimlicher solcher Papiere die dießfälligen Anordnungen mit aller Strenge in Anwendung werden gebracht werden. Die Unsicherheit mehrt sich. So wurde dieser Tage eine ermordete Mannsperson auf dem Pesther Holzplatz nächst dem Waitzner-Damme aufgefunden; das arme Opfer scheint ein Honved gewesen zu seyn. Nach einer Angabe des Figyelmező hat die serbische Regierung den Tribut von 34,000 Ducaten verweigert, die türkischen Besatzungen auf die Festungen beschränkt, und betreibt Waffenrüstungen, zu welchen, glaubt man, Rußland das Material lieferte.

: : **Pesth**, 17 Dec. Morgen wird es gerade ein Jahr daß die Truhe, in welcher die ungarische Krone verschlossen war, in Gegenwart des Kronhüters Urmenyi und der von der Nationalversammlung ausgesendeten gemischten Commission geöffnet worden. Die Krone des heiligen Stephan ward sammt allen übrigen Reichskleinodien in ihrem Behälter unversehrt vorgefunden und ein Protokoll darüber aufgenommen. Ablegat Patay erstattete in der Mittagssitzung des Repräsentantenhauses vom 19 Dec. nachstehenden Bericht: „Da die Commission das letzte Schloß nicht öffnen konnte, so ließ sie den Deckel der eisernen Kiste aufschlagen, darin sich auch Krone und Kleinodien richtig vorfanden. Einstweilen sperrten wir diese Gegenstände in eine neue Kiste bis die alte hergestellt seyn wird.“ Und wo ist Stephans Krone jetzt? Diese Frage über welche sich so viele die Köpfe zerbrochen und zerbrechen, wird nicht so bald gelöst werden. Die Bauern fabeln sie sey an derselben Stelle in die Theiß versenkt worden wo weiland das große Hunnenlager gestanden. Offenbares Märchen. Nun, Kossuth wird schon Auskunft wissen wo dieß Kleinod verborgen ward. — Für das deutsche Element in der Hauptstadt ist endlich ein Schritt geschehen. Man hat den talentvollen jungen Litteraten Julius Schröer für die Lehrkanzel der deutschen Litteratur an die hiesige Universität berufen. Der junge Mann hat seine akademische Bildung an mehreren deutschen Hochschulen erworben, und ist ein Sohn des durch und durch deutschgesinnten wackern Professors an dem Preßburger evangelischen Lyceum G. J. Schröer, der sich unter dem Namen Chr. Oeser auch im Auslande viele Freunde in der Lesewelt erworben. Seine Weltgeschichte für Frauen ist ein vorzügliches Sammelwerk. Der Sohn gab im Winter 1847/48 mit dem bekannten Novellisten Baron Bayer (Rupertus) eine Art Taschenbuch, „der Donauhafen,“ heraus. Es war ein hübsch ausgestattetes und nettes Buch, reich an metrischen und prosaischen gediegenen Spenden, das aber leider in Folge der Märzereignisse ganz in Vergessenheit gerieth. Als im verflossenen Junius der letzte ungarische Feldzug begann, verweilte Julius Schröer im österreichischen Hauptquartier, und ward als „Stylist“ mehrseitig verwendet. Er war auch Correspondent mehrerer bedeutenden Blätter des In- wie Auslandes. Diese Acquisition für unsre Hochschule dürfte also schöne Früchte tragen, und glauben Sie mir: Förderung und Erstarkung des deutschen Elementes in Ungarn ist ein Hauptweg zum künftigen Heil für das unglückselige Land. Der Magyar recrutirt schon lange, Raitze und Croat folgten seinem Beispiel, selbst der Slovake in Nord-Ungarn erwachte und rieb sich die Augen aus. Nur der deutsche Michel blieb sich auch hierlandes getreu, er schläft noch immer wie ein Bärenhäuter und wird den Mann schmähen der ihn aufzuwecken kommt. Aber das schadet nichts, nur rasch an das Werk geschritten und den dröhnenden Wecker an der Uhr der Zeit hart am Ohre des Siebenschläfers losgelassen! — Baron Gehringer weilt noch immer in Wien, wird aber zu Ende des Jahrs zurückerwartet.

Frankreich.

Getränkesteuer, Pensionsanstalt, communistische Gesetzgebung.

§ **Paris,** 19 Dec. Die Wiederherstellung der Getränkesteuer ist eine so große Nothwendigkeit, daß sie trotz allen Schwierigkeiten durchgesetzt werden muß. Es ist eine schlechte Steuer weil sie den Wein in Frankreich weit über das hin was sie dem Staat einträgt vertheuert, indem die vielen Förmlichkeiten die sie erfordert Zischenhändler nöthig machen welche einen ungebührlichen Theil des Preises an sich ziehen, und unter deren Händen die Waare gewöhnlich verfälscht wird. Es wäre unendlich besser man könnte sich mit einer Steuer auf Weinschenken begnügen, die so hoch seyn könnte als sie wollte, denn die Gewohnheit in den Weinhäusern zu liegen ist das große Verderben des gemeinen Volkes in Frankreich. Aber es ist unmöglich auf diese Art eine Summe aufzubringen deren der Staat durchaus bedarf, und die Revolution und die Rothen haben auch hier eine Verbesserung unmöglich gemacht, aber das Resultat wird nicht minder in ihren Händen zu einem gefährlichen Element von Widersetzlichkeit und zu einer großen Schwierigkeit bei künftigen Wahlen werden. Hier sind gegenwärtig alle Hände die arbeiten wollen voll beschäftigt; der Verbrauch der Vorräthe, das kommende Neujahr und die wiederbeginnende Ausfuhr machen daß in vielen Artikeln nicht geliefert werden kann was bestellt wird; der Arbeitslohn ist höher als je, aber die Demoralisation der Arbeiter ist noch größer. Sie arbeiten drei Tage und betrinken sich in dem Rest der Woche, und die verbrecherischen Reden politischer Aufwiegler verewigen diesen Zustand. Ich kenne eine Spinnerei in der Normandie welche bei hohem Arbeitslohn kaum im Gang erhalten werden kann, weil die Arbeiter zwei aus ihrer Mitte hier als Abgeordnete bei den socialen Gesellschaften erhalten, von denen sie Anweisungen über die Bedingungen empfangen welche sie den Farikherren vorzuschreiben hätten, und ich höre daß dieß der Fall in vielen andern Fabriken sey. Die Regierung sucht dieser Tendenz durch Gesetze entgegenzuarbeiten die einen gewissen socialistischen Charakter haben, und es ist leicht zu unterscheiden welche darunter vernünftig sind; alle diejenigen welche in sich selbst den Keim ihrer Fortdauer ohne Beihülfe des Staats tragen, und deren allgemeine Anwendung denkbar ist, sind gut, alle diejenigen Anstalten welche nur durch beständige Nachhülfe des Staats dauern könnten, und deren allgemeine Verbreitung ihn daher in immer größere Ausgaben stürzen würde, sind verderblich. So ist z. B. der Plan Häuser für Arbeiter zu bauen in denen sie wohlfeilere, gesündere und reinlichere Wohnungen miethen können als bisher, gut, im Fall er so berechnet ist daß die Unternehmung den Zins der Capitalien bezahlt die zur Erbauung und Erhaltung gehören, denn nur dann ist die Ausbreitung der Anstalt möglich, und sie hat ein inneres Leben das heilbringend ist; aber wenn die Unternehmung darauf berechnet ist daß der Staat, die Städte oder wohlwollende Beiträger Geld zuschießen sollen um Wohnungen zu bereiten die wohlfeiler vermiethet würden als die Natur der Sache erlaubt, so wird die Anstalt absterben, und das aufgebrachte Capital ist nichts als ein Mißbrauch der Auflagen oder der Wohlthätigkeit. Uebrigens ist es nicht schwer diese Anstalt sowie die öffentlichen Buden und Waschhäuser, an deren Errichtung gegenwärtig gearbeitet wird, so einzurichten daß sie ihre Kosten bezahlen, und dann werden sie eine der wohlthätigsten Neuerungen werden und sich schnell über das ganze Land ausbreiten wo nur eine Bevölkerung von Fabrikarbeitern sie wünschenswerth und möglich macht. Das System von Pensionen welche die Arbeiter durch Einzahlungen nach und nach erwerben sollen, ist von einer zweifelhafteren Art, indem der Staat in der größten Verlegenheit wäre die Summen die er dabei, im Fall die Sache allgemeinen Beifall fände, so zu verwalten hätte daß sie die möglichst hohen Zinsen ertrügen ohne ihm zur Last zu fallen, und die hunderttausend Prämien von je 25 Fr. die man den ersten Einzahlern aussetzt, sind offenbar ein grober Irrthum.

Der Staat hat kein Recht durch Steuern den einen Geld zu nehmen um es andern zu geben, um sie dafür zu belohnen daß sie Menschenverstand genug haben etwas für die Zukunft aufsparen zu wollen. Alles was er vernünftiger Weise thun kann, ist daß er sich erbietet diese Ersparnisse zu verwalten, und er wird dieß schon eine hinlänglich schwierige Arbeit finden. Freilich hat das System der Pensionen den Vortheil daß das Capital nicht, wie bei den Sparcassen, auf einmal zurückgefordert werden kann, aber wenn es einen allgemeinen Beifall fände, wenn z. B. eine Million Personen (und auf so viele scheint man wenigstens zu rechnen da man 100,000 Prämien aussetzt) sich nach und nach Pensionen ankaufen, so wird der Staat 2 bis 3 Millionen Capital zu verwalten haben, für das er offenbar keine Anwendung fände die hinlängliche Zinsen abwerfen würde. Die große Gefahr ist daß er sich von der Leichtigkeit verführen ließe bei jeder Verlegenheit in dieser großen Casse zu schöpfen und das Geld in Staatsschulden zu verwandeln. Uebrigens glaube ich daß die ganze Idee keinen Anklang bei den arbeitenden Classen finden wird, und daß sie kein Vertrauen auf die Sache haben werden. Der Versuch den Arbeitervereinen von Staatswegen ihr Betriebscapital vorzuschießen, zu dem die letzte Versammlung 3 Millionen bestimmt hat, ist ebenfalls eine Idee die gegen alle gesunden Begriffe von Staatshaushaltung geht. Denn wenn die Idee gut und wahr wäre, so müßte sie sich allgemein anwenden lassen, wovon die Folge wäre daß das ganze jetzige industrielle Capital vom Staat auf die Arbeitervereine übertragen werden würde, eine Operation die ebenso unmöglich als an sich unsinnig ist. Was sich thun läßt ist nicht neue Ausgaben zu erfinden, sondern die alten zu vermindern, und mit den Ersparnissen die dem Verkehr lästigsten Steuern abzuschaffen, den unerträglichen Unfug der Gerichts- und Notariatssporteln zu vermindern, den Departements mehr Freiheit in ihrer Selbstverwaltung zu geben um die Gewohnheit des Selbstregierens zu bilden, die gegenwärtig so kläglich fehlt, und ohne die ein allgemeines politisches Stimmrecht nur ein allgemeines Unglück ist, endlich und vielleicht vor allem durch Abschaffung der Conscription die persönliche Freiheit zu gründen. Jeder Versuch einer Classe des Volks durch Staatsmittel direct aufzuhelfen ist eine Ungerechtigkeit gegen die übrigen Steuerpflichtigen, und ist überdieß immer fruchtlos und gewöhnlich sogar denen schädlich denen man helfen will. Man lese nur den Bericht der Commission über die im letzten Jahre gegründeten Colonien aus Algier, wo der Staat mit einer Ausgabe von 1750 Franken für jeden Kopf nichts als Trägheit, Unzufriedenheit und Mangel erzeugt hat, und dieß ist die nothwendige Folge jeder directen Hülfe welche den Arbeiter gewöhnt sich an den Staat zu lehnen, anstatt auf seine eigene Thätigkeit zu rechnen und die ihm dadurch sein Selbstvertrauen und die Selbstachtung nimmt, welche die beste Folge einer unabhängigen Thätigkeit ist. Die falschen Ideen die darüber in Umlauf sind, sind um so unbegreiflicher als als sie in schreiendem Widerspruch gegen die politische Constitution des Landes stehen, man gibt den Leuten die größte politische Macht durch die Wahlen in die Kammer und die des Präsidenten, und zugleich will man nicht anerkennen daß sie im Stande seyen ihre eigenen persönlichen Angelegenheiten zu besorgen; entweder sind sie so unmündig daß man sie im täglichen Leben gängeln und bevormunden muß, und dann sind sie für politische Rechte und Pflichten unfähig, oder sind sie so weit vorgeschritten daß man ihnen diese Rechte und Pflichten auferlegen kann, und dann müssen sie auch im Stande seyn im täglichen Leben frei zu stehen.

Personal-Nachrichten.

Ordensverleihungen. Der König von **Württemberg** hat den nachgenannten großh. bad. Officieren und Civilbeamten, und zwar: dem Gen. Lieutenant Frhrn. v. Gayling den Friedrichs-Orden, dem Gen. Major Frhrn. v. Rotberg das Commenthurkreuz des Ordens der württemb. Krone, und dem Obersten und Präsidenten des Kriegsministeriums, Obersten v. Roggenbach, sowie dem Ober-Postmeister in Karlsruhe, Ober-Postrath v. Kleudgen, dem Reg. Rath Stephani in Freiburg, dem Hauptm. v. Röder in der Artillerie, dem Hauptm. v. Seutter im Kriegsministerium, dem Ober-Lieut. Sachs im Generalstab, dem Feldprediger Thommes in Rastatt, und dem Hofrath Dr. Kapferer in Donaueschingen das Ritterkreuz des Ordens der württemb. Krone verliehen.

[4919—21]

Verzeichniß

der laut aufgenommenen Notariat-Protocolls am 5 December 1849 in der siebenten Verlosung der fürstlich Schwarzenberg'schen Anleihe d.d. 1 März 1838 per 5,000,000 fl. C.-M. gezogenen 50 Stück Partial-Obligationen à 1000 fl. C.-M. jede

Nr. 49. 86. 231. 316. 374. 748. 851. 954. 986. 1068. 1083. 1303. 1311. 1313. 1371. 1588. 1607. 1682. 1983. 2334. 2387. 2443. 2519. 2670. 2853. 2872. 2888. 2918. 3036. 3055. 3117. 3121. 3276. 3372. 3450. 3494. 3590. 3621. 3753. 3754. 3799. 3856. 4224. 4335. 4373. 4439. 4536. 4599. 4748. 4964

welche zufolge der über diese Anleihe ausgefertigten Hauptschuldverschreibung am 1 März 1850 bei dem fürstl. Schwarzenberg'schen Hauptzahlamte in Wien oder bei der fürstl. Schwarzenberg'schen Agentie-Cassa in Prag zurückbezahlt werden.

(3930) Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrngasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:

Ganz, Th. M., vollständiges Lehrbuch der deutschen Stenographie (nach Gabelsberger's System).
Oder: Theoretisch-praktische Anleitung zur Erlernung der deutschen Kurzschrift und Redezeichenkunst. Vorzüglich zum Selbstunterrichte bearbeitet. gr. 8. (12 Druck- und 12 lithographirte Bogen.) 3 fl. 12 kr. oder 2 Thlr.

Es ist dieß Buch das vollständigste was bisher über deutsche Stenographie erschienen ist, indem es das ganze Gebiet des Gabelsberger'schen Redezeichensystems, einschließlich der neuesten Verbesserungen, vollständig und trotz seiner Kürze doch überall mit hinlänglicher Gründlichkeit behandelt, so zwar daß selbst praktische Stenographen noch manchen neuen und wichtigen Vortheil darin finden werden. — Die zahlreichen und gut gewählten Beispiele geben dem Buch einen besondern Vorzug von allen bisherigen, denn nur durch diese wird es erst zu einem brauchbaren Lehrbuch für solche die ohne alle fremde Beihülfe diese Kunst erlernen wollen, wozu der Verfasser überall noch die nöthigen praktischen Fingerzeige gibt, die zu dem genannten Zwecke von größerer Wichtigkeit sind als weitläufige theoretische Beleuchtungen. — Wir sind überzeugt daß jeder der dieß Buch so benützt wie der Verfasser selbst angibt, schon in einigen Wochen einen nicht unbeträchtlichen Nutzen aus dieser Kunst ziehe, in zwei bis drei Monaten aber schon im Stande seyn wird eine jede langsame, aber ohne Unterbrechung gesprochene Rede wörtlich nachzuschreiben und wiederzugeben. — Was die Ausstattung betrifft, so kann sich außer Gabelsberger's neuen Vervollkommnungen kein zweites Werk mit demselben messen, was in Verbindung mit dem niedern Preis nicht wenig dazu beitragen wird der Stenographie jene Verbreitung zu verschaffen, die sie in Bezug auf die großen und mannichfaltigen Vortheile, die sie zu gewähren vermag, schon längst verdient hätte.

[4898—99] **Neues Abonnement auf die Weser-Zeitung.**

Wir bringen in Erinnerung daß für das mit dem 1 Januar beginnende Quartal die Bestellungen auf die Weser-Zeitung von unsern auswärtigen Lesern bei ihren resp. Postämtern erneuert werden müssen, und fügen die Bitte hinzu, dieses so zeitig zu thun daß wir dieselben vor dem Schluß dieses Monats empfangen können, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintritt.

Die Weser-Zeitung wird auch ferner täglich in zwei Ausgaben erscheinen. Dem Mittags ausgegebenen Hauptblatte folgt Nachmittags ein tägliches Beiblatt, welches die mit dem Bahnzuge eintreffenden Nachrichten unverzüglich zur Veröffentlichung bringt und zugleich, so oft es der politische Stoff gestattet, zu interessanten Feuilleton-Mittheilungen benutzt werden soll.

Als das im nördlichen Deutschland am meisten verbreitete Blatt ist die Weser-Zeitung zu Bekanntmachungen aller Art besonders zu empfehlen. Die Insertionsgebühr beträgt nur 1 Sgr. pr. Zeile.

Bremen, im December 1849.

Expedition der Weser-Zeitung.

1850. Vorzüglichste **Musterzeitung für Damen.** Im Quartal. 12 Lieferung. 45 kr.

Die allgemein günstige Aufnahme des im vorigen Sommer ins Leben getretenen

Pariser und Wiener Moden- Muster- u. Kleider-Journals:

IRIS. Wöchentlich eine Lieferung, mit colorirtem Pariser Original-Modenbild, oder auch doppeltem Musterbogen; nebst einer praktischen **KUNSTSCHULE** für **weibliche Arbeiten.**

sichert nicht nur deren Fortbestand, sondern sogar eine Vermehrung ohne Preiserhöhung. — Wir laden zur Theilnahme an dem **II. Jahrgang** ein, und liefern in seitheriger Prachtausstattung

12 Lieferungen (früher 9) mit 3 col. Bildern u. 9 Doppel-Musterbogen.

☞ in jedem Quartal oder Bande,

mit dem **Modernsten** und **Elegantesten** in Moden, Kleiderschnitten, Tupf-, Netz- und Häkelmustern u. s. w. — mit Originalbeiträgen von vorzüglichen Novellendichtern und 12 Prämien-Anweisungen im Jahre (Ausgabe der nächsten: „Iris-Album" erfolgt am 23 December 1849 als Neujahrsgabe, und enthält 15 Genrebilder, Portrait rc., prachtvoll in Stahl ausgeführt durch die Kunstanstalt des österr. Lloyd) zu den unglaublich niederen Preisen in C.M von

45 kr. für 3 Monate	durch		1 fl. für 3 Monate	mit Post wöchentlich unter eigener Adressefrancozugestellt.
1 fl. 30 kr. für 6 Monate	den	oder	2 fl. für 6 Monate	
3 fl. — für 1 Jahr.	Buchhandel		4 fl. für 1 Jahr	

☞ **Die beste Empfehlung ist geneigtes Prüfen alles schon Geleisteten dieses Journals.**

Unternehmer: ***Ed. Ludewig.*** Redacteur: ***Aimé v. Wouwermans.***

Geldbeträge sind unfrankirt zu adressiren an die Administration der „Iris" in Graz.

Zu zahlreichen Aufträgen empfehlen sich die Hauptexpeditionen in Paris, Rue St. Anne, 64. — Wien, Graben, 618. — Prag, altst. Ring, 548. — Leipzig, Querstraße, 27. [4865—67]

(4604) In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München, in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

☞ **J. G. Gruner,**

der vollständige Gemüsegärtner.

Nach 36jähriger Erfahrung dargestellt

in 175 Anweisungen zum Selbstunterricht

1) über Gemüsezucht, 2) Erziehung der Gartengewächse, 3) Mistbeete, 4) Sämereien, 5) Ueberwinterung der Gewächse, 6) Vertilgung der Garteninsecten, 7) über monatliche Gartenverrichtungen.

(Ernst, Quedlinburg.) Preis 1 Thlr. od. 1 fl. 48 kr.

NB. Dieß von dem praktischen Gruner herausgegebene Werk enthält alles das was zum vortheilbringenden Gemüsebau zu wissen nöthig ist. Von besonderm Werthe sind noch die Mittel gegen schädliche Insecten und die Darstellung der monatlichen Gartenverrichtungen.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'schen Buchhandlung in Nördlingen — Montag und Weiß in Regensburg — Heibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

[4910] Neu erschienen und bereits an alle Buchhandlungen versandt:

W. M. L. de Wette,

Eine Idee

über das

Studium der Theologie.

Dem Druck übergeben und mit einer Vorrede begleitet von

Dr. Adolph Stieren.

Brosch. Preis 6 Ngr.

Vor einigen Wochen schon wurde versandt:

Briefe des Johann Hus

(geschrieben zu Konstanz 1414 — 15).

Nach dem böhmischen Urtext herausgegeben und mit Anmerkungen versehen

von **K. B. Mikowec.**

Brosch. Preis 9 Ngr.

Leipzig, im November 1849.

T. O. Weigel.

[4891] Bei W. Adolf u. Comp. in Berlin erschien so eben und ist in allen Buchhandlungen vorräthig:

Historische Beiträge

zur Kenntniß des kirchlichen u. socialen Lebens in Deutschland.

In Auszügen aus kirchlichen und politischen Schriften früherer Jahrhunderte und in Bezügen auf gegenwärtige Verhältnisse. Für Theologen und Historiker von Dr. **A. F. Schmidt.** Preis brosch. 15 Sgr.

[4906] Im Verlage von D. Reimer in Berlin ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Monatsisothermen

von

Prof. ***H. W. Dove,***

Mitglied der Akademie der Wissenschaften.

Drei Karten mit einem Heft Text in gr. 4.

Preis 2 Thlr. 10 Sgr.

[4903] In allen Buchhandlungen ist zu haben

Fragmente

aus dem

Briefwechsel zweier Brüder

oder

Vernunftglaube und Mysticismus

mit seinem Einfluß aufs Familienleben.

Von G. A. Bernhard. ½ Thlr.

Leipzig bei Chr. E. Kollmann.

---

[335] In Unterzeichnetem ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Die lyrischen Gedichte

von

Justinus Kerner.

Vierte sehr vermehrte Auflage.

Elegante Taschen-Ausgabe in englischem Einbande mit goldenem Schnitt und einem Stahlstich.

Preis 4 fl. 30 kr. od. 2 Rthlr. 20 Ngr.

Stuttgart und Tübingen.

J. G. Cotta'scher Verlag.

[4924]

Die Breslauer Zeitung

beginnt mit dem 1 Januar 1850 ein neues Abonnement. Der vierteljährliche Preis ist 1 Thlr. 24½ Sgr., für welchen unser Blatt bei allen königl. preuß. Postanstalten bezogen werden kann.

Die Breslauer Zeitung ist durch ihre ausgedehnten Verbindungen im Stande alle Nachrichten aufs rascheste, die Nachrichten aus dem **Osten** und **Süden** (namentlich aus dem ganzen Umfange der österreichischen Monarchie und den polnischen Gränzländern) vielfach zuerst vor allen deutschen Blättern zu verbreiten. — Wir laden zum **Abonnement** ein, und bemerken daß die **Breslauer Zeitung** nur im **Belagerungs-Rayon der Stadt Wien**, nicht aber an irgendeinem andern **Orte des österreichischen Gesammtstaates verboten ist**, wie aus folgendem Schreiben an die unterzeichneten Verleger hervorgeht.

Breslau, im December 1849.

Graß, Barth & Comp.

Zahl $\frac{22505}{5537}$ 1849. **Von der k. k. Stadthauptmannschaft in Wien.**

Mit Beziehung auf Ihre anher gelangte Zuschrift vom 17 d. M. hat man nicht unterlassen Ihr darin gestelltes Ansuchen wegen Aufhebung des Verbotes der **Breslauer Zeitung** für den Belagerungs-Rayon Wiens dem hiesigen k. k. Militär- und Civilgouverneur zu unterbreiten, da das erwähnte Verbot nicht von hier aus, sondern von Seiten des Gouvernements selbst verlassen worden ist. — Hierüber ist mit hohem Erlasse vom 1 d. M. Z. 16154 die Entscheidung herabgelangt: daß es bei dem bisherigen Verbote vom 16 December v. J., Z. 2309, rücksichtlich der Breslauer Zeitung, zu verbleiben habe, wovon Sie in Erledigung Ihres obenerwähnten Einschreitens hiermit in Kenntniß gesetzt werden.

Wien, den 8 December 1849.

In Verhinderung des k. k. Hrn. Ministerialrathes:
Mischer.

An die HH. **Graß, Barth u. Comp.**, Verleger der Breslauer Zeitung.

[4742—44]

Einladung zum Abonnement.

Seit dem 1 December 1849 erscheint in Würzburg

„Die Bayerische Presse."

Eine constitutionell-monarchische Zeitung.

Dieses politische Tagblatt wird sich bemühen den Constitutionalismus würdig zu vertreten; wenn sie für die wohlwollenden Absichten der Staatsregierung bereitwillig das Wort führen wird, setzt sie sich doch keineswegs die servile Aufgabe, für alle Regierungsmaßregeln blindlings in die Schranken zu treten; weder reactionär noch wühlerisch, weder dem Absolutismus noch dem Umsturz in politischer, religiöser und sittlicher Beziehung huldigend sondern constitutionell-monarchisch in umfassendster Bedeutung dieses Begriffs, stellt sich **„Die Bayerische Presse"** auf den untrüglichen Boden des Rechten und Vernünftigen, wird ihr leitender Grundsatz Wahrheit, Geradheit und Offenheit seyn, und ihr Bestreben dahin gehen, das Vertrauen zu verdienen das sie beansprucht. Da übrigens Worte und Versprechungen nicht entscheiden, mögen die Leser der **„Bayerischen Presse"** urtheilen, ob es dieser Zeitung gelingen wird unter den Tagesblättern des engern wie weitern Vaterlandes eine beachtungswerthe Stellung einzunehmen.

„Die Bayerische Presse" wird ihren Freunden jedes andere Blatt zu ersetzen suchen. Sie wird sich mit allen wichtigen Fragen der Tagesgeschichte und Litteratur beschäftigen, Volkswirthschaft, Handel und Gewerbe, Kunst und Wissenschaft vertreten, dabei nicht unterlassen auch den localen Vorkommnissen die vollste Beachtung zuzuwenden. Hinsichtlich des politischen Theils ist sowohl für möglichst rasche Mittheilung als ausgebreitete und gediegene Correspondenz gesorgt. Der Unterhaltung, der Litteratur und Kunst gewidmete **„Ergänzungsblätter"** werden zweimal wöchentlich der **„Bayerischen Presse"** beigegeben werden.

Die **amtlichen Nachrichten** aus dem Regierungsbezirk von Unterfranken und Aschaffenburg, insbesondere alle Erledigungen und Besetzungen von Stellen, namentlich der Pfarrer, Landgerichtsbeamten, der Aerzte und Lehrer u. s. w., wird „die Bayerische Presse" aus **erster** Quelle aufs **rascheste** und **ausschließlich** mittheilen, wodurch diese Zeitung für die genannten Kategorien von hohem Interesse seyn muß.

Obgleich mit Ausnahme des Sonntags täglich und in großem Formate dreispaltig erscheinend, stellt sich der Abonnementspreis der **„Bayerischen Presse"** bei allen königl. bayerischen Postexpeditionen nicht höher als 1 fl. 30 kr. für das Quartal, wozu bei außerbayerischen Posten der übliche Aufschlag kommt. Da diese Zeitung in viele Hände gelangt, werden die ihr mitgetheilten Inserate, die sich äußerst billig berechnen, von Erfolg seyn. Namentlich empfiehlt sie sich in dieser Beziehung den verehrlichen Verlagsbuchhandlungen, deren Novitäten sie gerne zur Besprechung in den Ergänzungsblättern annimmt. Mit dem Neujahre eintretende Abonnenten können die „B. Pr." für den Monat December, so wie auch die Ergänzungsblätter, so weit der Vorrath reicht, gratis nachverlangen.

Die Expedition der Bayerischen Presse in Würzburg.

(4757) **Tübingen.** Im Verlage der **H. Laupp**'schen Buchhandlung *(Laupp und Siebeck)* erscheint bis Ende December d. J. und ist dann durch alle Buchhandlungen des In- und Auslandes zu beziehen:

Zeitschrift

für die gesammte

Staatswissenschaft.

In Vierteljahrs-Heften herausgegeben von

Volz, Schüz, Fallati, Hoffmann, Göriz, Helferich,

Mitgliedern der staatswirthschaftlichen Facultät in Tübingen,

und

Robert Mohl.

Sechster Jahrgang.

Preis für den Jahrgang von 4 Heften à 12—14 Bogen gr. 8. 8 fl. oder 4 Thlr. 20 Ngr.

Das erste Heft des VI. Bandes wird namentlich enthalten:

Volz: Die nationale Kriegerbildung und ihre Förderung auf den Universitäten.
Mohl, R.: Die Geschichte der würtembergischen Verfassung von 1819.
Fallati: Keime des Völkerrechts bei wilden Stämmen.
Schüz: Die neue Verwaltungsschule in Paris.
Vermischtes. Bücherschau.

Die früheren 5 Bände haben wir zur grösseren Erleichterung des Ankaufes von 40 fl. oder 23 Rthlrn. 10 Ngr. **auf 20 fl. oder 11 Rthlr. 20 Ngr. herabgesetzt.** — Einzelne Jahrgänge werden zu dem herabgesetzten Preise von à 4 fl. 30 kr. od. 2 Rthlr. 20 Ngr. abgelassen. Somit ist Gelegenheit gegeben etwa Unvollständiges billig zu completiren.

Ausführlichere Anzeigen sind demnächst in allen Buchhandlungen zu haben.

Vorläufige Bestellungen werden bereits angenommen.

[4875—77] Im Verlage des Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen Deutschlands und der k. k. österreichischen Staaten zu beziehen:

Weber's

illustrirter

Volks-Kalender

für das Jahr **1850.**

Derselbe zerfällt in den **Volkskalender**, den **Geschichtskalender**, die **Völkerkunde**, die **Unterhaltung**, die **gemeinnützigen Belehrungen**, den **Haus- und Hülfskalender** und einen **Anhang**.

12 Bogen. Mit über 100 Abbildungen. Preis, elegant broschirt (exclusive Stempel) 12 Ngr. — 36 kr. C.-M. od. 42 kr. rhein., in elegantem Leinwandbd. (exclusive Stempel) 15 Ngr. — 45 kr. C.-M. oder 54 kr. rhein.

Leipzig. **J. J. Weber.**

(4774—79) **Seyd's**

Deutscher Gasthof

in London

39 Finsbury Circus

empfiehlt sich dem reisenden Publicum.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Columnezeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Mittwoch — Nr. 360. — 26 December 1849.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die Main-Weser Eisenbahn bis Friedberg eröffnet. Die Bundes-Centralcommission und die Einzelstaaten. Hr. Harbou angekommen); München (Hr. v. d. Pfordten zum Ministerpräsidenten ernannt. Das Beobachtungscorps an der obern Donau in die Garnisonen zurückbeordert. Verkündigung der Gesetze über das neue Anleihen, die Schullehrer und die Telegraphen); Augsburg (die Entlassungen aus der Frohnveste); Würzburg (Oberstlieutenant v. d. Tann); Stuttgart (Stand der parlamentarischen Dinge); Karlsruhe (der Aufstand und die badische Artillerie); Darmstadt (die Verhaftungen und der Landtag); Elberfeld (der Prinz von Preußen); Berlin (die angebliche bayerische Anfrage wegen Reichstagswahlen in Franken); Oldenburg (die Wahlen für Erfurt angeordnet); Wien (die Abschaffung des Zeitungsstempels. Der niederösterreichische Gewerbverein und die Deputation des Vereins zum Schutz deutscher Arbeit. Widerlegung von Krawallgerüchten. Eindruck des Verfahrens gegen die Presse. Der erste telegraphische Cursbericht); Tirol (die Verfassungsverhältnisse und die Landesstimmung).

Großbritannien. Admiral Collier †. Die Kosten der Industrie-Ausstellung von 1851.

Frankreich. Das Bankgesetz angenommen. Erklärung der Orleanistischen Partei. Wiederaussöhnung von Thiers mit Ludwig Bonaparte.

Italien. Turin (Text der Thronrede. Verhaftungen in Genua); Livorno (Abreise von Corcelles nach Marseille. Gerüchte von naher Wiedereinschiffung französischer Truppen).

Schweiz. Die Schleifung der Genfer Festungswerke.

Dänemark. Die Besitzungen an der Küste von Guinea von England erworben.

Rußland und Polen. Uwarow. Das Finanzsystem. Forstcultur. Handelsübersichten. Journalsymptome. Großfürst Michaels militärisches Testament.

Griechenland. Athen, 11 Dec. Kriziotis. Regen und englische Noten.

Datum der Börsen: Paris, Amsterdam 22; Wien 23 und 24 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M. 22 Dec. Ein von vorgestern, als dem Tage der Uebergabe der Centralgewalt datirter Artikel in der Frankf. O.-P.-A.-Z. bespricht die Stellung der neuen Bundescommissäre. Ihm zufolge repräsentiren diese unzweifelhaft ganz ebenso, wie der alte Bundestag, die Gesammtheit Deutschlands, dessen einziges verfassungsmäßiges Centralorgan sie sind, gleichsam die Statthalter der Gesammtheit, wie der Reichsverweser es gewesen ist, insofern seine Gewalt auf der Delegation der Fürsten beruhte. Hieraus wird gefolgert: 1) daß, der früheren bundestäglichen Sitte entsprechend, die hier anwesenden deutschen Behörden und Notabilitäten, sowie auch das accreditirte diplomatische Corps zuerst die Besuche abzustatten haben; 2) daß, trotz des transitorischen Charakters der Bundescommission, und in Betracht daß das Interim die Fortsetzung des engeren Rathes der alten, deutschen Bundesversammlung seyn soll, die üblichen Notificationen an die auswärtigen Mächte in herkömmlicher Weise zu erfolgen haben; 3) daß es dagegen mehr Sache der Courtoisie, als nothwendig seyn dürfte die einzelnen deutschen Regierungen von dem Amtsantritt der Commissarien durch besondere Schreiben in Kenntniß zu setzen, insofern keiner deutschen Regierung die Existenz der Commission, die durch ihre eigene Mitwirkung hervorgerufen worden, unbekannt seyn könne; weßhalb auch ein Publicandum, Manifest oder Uebernahms-Protokoll-Extract hinreichend seyn dürfte die erfolgte Constituirung der neuen Bundesgewalt zur Kenntniß derer zu bringen welche es angehe; 4) daß die Anwesenheit von Bevollmächtigten der einzelnen Regierungen am Sitze der Bundescommission nicht wohl zu umgehen sey, wie denn schon die Einhaltung eines geregelten Geschäftsganges unmöglich wäre wenn die Commission den Weg der directen Correspondenz mit den einzelnen Regierungen einschlagen müßte (von Wichtigkeit für die künftige Gestaltung Deutschlands werde es seyn, ob der engere Bund sich in Gesammtheit vertreten lassen oder ob auch die einzelnen Glieder desselben Bevollmächtigte hierhersenden werden; letzteres scheine in der Absicht mehrerer Theilnehmer zu liegen, und bereits spreche man von der baldigen Ankunft eines hamburgischen Bevollmächtigten, dem ein kurhessischer nachfolgen werde); endlich 5) daß, nachdem wir jetzt in die Periode geordneter Verhältnisse einzutreten beginnen, auch eine vollständigere Vertretung des Auslandes bei der Bundescommission mit Recht zu erwarten sey, wie es denn eine der tiefsten Kränkungen gewesen daß die seitherige Centralbehörde Deutschlands von dem Ausland nicht mit der Achtung und Rücksicht behandelt worden sey, auf welche das Organ einer „großen und mächtigen" Nation Anspruch habe. „Auf alle diese Verhältnisse," so schließt der angeführte Artikel, „machen wir aufmerksam, weil sie bei der Rückkehr zu einem geordneten Zustand von Wichtigkeit sind; denn eine der Hauptursachen der Schwäche revolutionärer Regierungen besteht darin daß sie hergebrachte Formen und Gebräuche nicht kennen und nicht achten, daher auch außer Stande sind einen jeden in die ihm zukommende Stellung zu weisen. (!)"

Frankfurt a. M., 24 Dec. Hr. Harbou, Departementschef der schleswig-holsteinischen Regierung, ist hier angekommen, und wird sich einige Tage hier aufhalten; seine Anwesenheit hat auf das Verhältniß zwischen der Bundescommission und der Statthalterschaft Bezug. Gestern ward die erste Probefahrt auf der Strecke der Main-Weser Eisenbahn von hier bis Friedberg gemacht.

Bayern. ○ **München,** 25 Dec. Ich beeile mich Ihnen die seit längerer Zeit schon gerüchtweise verbreitete Nachricht, welche aber erst jetzt definitive Bestätigung erhalten hat, mitzutheilen daß Se. Maj. der König geruht hat den Hrn. Staatsminister v. d. Pfordten zum Ministerpräsidenten *) zu ernennen. Diese Maßnahme, über deren Princip, wie verlautet, der königl. Staatsrath mit Gutachten vorher vernommen worden ist, wird zugleich eine organische Institution in unserm constitutionellen Staatswesen bilden, und kann gewiß als ein wahrer Fortschritt desselben bezeichnet werden. — Die Auflösung des bayerischen Truppencorps an der oberen Donau und dessen Zurückziehung in Garnisonen ist vor einigen Tagen, zugleich mit einer umfassenden Verminderung des Präsentstandes der Mannschaften, verfügt worden. Diesem zufolge werden wir unser seit lange abwesendes Infanterie-Leibregiment bis zum 29 d. wieder hier einrücken sehen. Das bei jenem Beobachtungscorps gestandene vierte Jägerbataillon kehrt nach Straubing zurück. Das heute erschienene Gesetzblatt Nr. 5 enthält die k. Ermächtigung zur wirklichen Aufnahme des von dem Landtag verwilligten neuen Anlehens zu 7 Millionen Gulden al pari, wobei also der Zinsfuß nicht bestimmt, sondern dem Finanzministerium überlassen wird. Er wird ohne Zweifel in der demnächst darüber zu erwartenden ministeriellen Bekanntmachung auf fünf vom Hundert festgesetzt werden. Günstig ist diesem neuen Anlehen die Modification daß auch Schuldscheine zu höhern Beträgen als einhundert Gulden ausgestellt werden sollen, und daß die Einlösungs-, resp. Verloosungstermine für dieses neue Anlehen gesetzlich vorgeschrieben sind. Da jedoch durch solche vortheilhafte Modalitäten der numerisch zunehmenden höherverzinslichen Papiere die niedergültigen im Curse nothwendig immermehr sinken müssen, so darf man von der Loyalität der bayerischen Finanzverwaltung mit Sicherheit erwarten daß sie durch angemessene und periodisch-fixirte Verloosungen auch die 3½proc. Schuldbriefe vor tieferen Schwankungen zu bewahren und den Credit zu erhöhen wissen werde. — So eben, Mittags, erscheint auch das Gesetzblatt Nr. 6 und 7. Ersteres enthält das Gesetz über den Schutz der Telegraphen, letzteres die in Ihrer Zeitung näher besprochenen Bestimmungen über die Verhältnisse der Schullehrer bezüglich ihrer Ansässigmachung und Verehelichung.

Augsburg, 25 Dec. Von den in der hiesigen Frohnveste sitzenden politischen Verhafteten wurden gestern und heute auf freien Fuß gestellt: Assessor Mayer (bei welchem das hiesige Kreis- und Stadtgericht die Einstellung der Untersuchung angeordnet hatte), Rechnungsverweser Meyer, Professor Haggenmüller, Dr. Blumenröder, Kaufmann Schlund,

---

*) Eigentlicher zum Vorsitzenden im Ministerrath. D. Red.

Buchdrucker Schatz, Kronacher, Student Knürr, Kurzwart. Noch in Haft befinden sich: Student Sensburg, Dr. Heinkelmann von Bamberg, Hochstein von Günzburg; Dr. Schwarz von Nürnberg, und Thomsen von Swinemünde. Es ist zu hoffen daß — falls diesen die Wohlthat der Amnestie versagt seyn sollte — sie bei den nächsten Assisen zur Aburtheilung kommen werden. In allen Theilen Deutschlands sind die politischen Processe die das vorige Jahr gebracht, in ihrer großen Mehrzahl beendigt, die wenigen noch zurückgebliebenen dem Ende nahe. Nur in Sachsen, Baden, der Pfalz und Oesterreich — wo die bewaffnete Revolution gewaltet hatte — werden die Standgerichte noch längere Zeit ihre traurige Arbeit abzuspinnen haben.

Würzburg. Der Oberstlieutenant v. der Tann, dessen Tod die Würzburger Ztg. angezeigt, ist nicht der Kämpfer von Schleswig-Holstein, sondern Freihr. Fried. Carl Joseph v. d. Tann, Platzstabsofficier auf der Festung Marienberg.

Württemberg. ◊ **Stuttgart,** 23 Dec. Unsre am 1 d. M. eröffnete Landesversammlung behufs der Revision der Verfassung wurde in der gestrigen Abendsitzung aufgelöst. Die von dem Minister des Innern v. Schlayer verlesene königl. Verordnung verfügt daß die Wirksamkeit der Versammlung mit dem Augenblick der Verkündigung aufzuhören und eine neue Wahl nach den Vorschriften des Gesetzes vom 1 Jul. d. J. einzutreten habe. Niemand der unsre Verhältnisse kennt, ist hierdurch überrascht. Fehlen auch die Motive welche das Gesammtministerium bei seinem Antrage an den König geleitet haben, so kann sich jeder die Gründe selbst sagen. Jedermann war nach den Anfang Augusts d. J. bekannt gewordenen Wahlergebnissen klar daß die Staatsregierung mit einer so zusammengesetzten Landesversammlung nicht Hand in Hand gehen könne, möge das Märzministerium noch ferner an der Spitze der Verwaltung bleiben, oder ein anderes an seine Stelle treten. Es wurden nicht nur alle Häupter und fast sämmtliche Meinungsgenossen der demokratischen Partei der vorigen Kammer der Abgeordneten, welche gegen das Märzministerium wegen der durch dasselbe verfügten Verhinderung des Rumpfparlaments in Stuttgart fernerhin dort seine Sitzungen zu halten eine Anklage vor dem Staatsgerichtshofe zu erheben beantragten, wieder gewählt, sondern fast in allen Bezirken gesinnungstüchtige Demokraten von den durch das Land verbreiteten und wohlorganisirten Volksvereinen durchgesetzt. Die liberal-conservative Partei betheiligte sich an den Wahlen nur in wenigen Bezirken; sie ließ die Volksvereine ihre volle Kraft und Energie entwickeln, und der Landmann, ohnehin dem politischen Treiben fremd und abhold, ging den Erndtegeschäften nach, so daß in der Regel kaum die Hälfte der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrechte Gebrauch machte. So läßt sich denn das Verhältniß der Majorität und Minorität in der Versammlung leicht erklären, es verhielt sich jene zu dieser wie 40 zu 20; ja letztere war in vielen Fragen nicht immer so zahlreich. Aber man würde sich täuschen, wollte man diese Minorität für die Regierungspartei halten. Das October-Ministerium hatte in der Landesversammlung gar keine Partei, will man nicht etwa ein paar Mitglieder der Versammlung eine Partei heißen; die Minorität war vielmehr als die Partei des abgetretenen März-Ministeriums zu betrachten, und hieraus ist denn leicht zu schließen welche Vertretung dasselbe in dieser Versammlung gefunden hätte. Die Häupter der Minorität, Römer und Reyscher, waren mit dem October-Ministerium in Hauptfragen nicht einverstanden; sie billigten schon den ersten Act desselben, die königl. Verordnung vom 12 v. M. betreffend die Festsetzung der Eidesformel für die Volksvertreter zu Berathung einer Revision der Verfassung, wenigstens der Form nach nicht, indem sie die Abänderung der Eidesformel, wie solche der Art. 22 des Gesetzes vom 1 Jul. d. J. festsetzt, durch den §. 89 der Verfassungsurkunde nicht gerechtfertigt hielten, und sich jedenfalls für verpflichtet erachteten von der Frankfurter Reichsverfassung so viel in unsre Landesverfassung aufzunehmen, als unter den gegebenen Umständen von jener ausgeführt werden könne. Der größte Theil der Minorität war dem Dreikönigsbündniß zugethan, und stand somit im Widerspruch mit der sogenannten großdeutschen Politik des October-Ministeriums. Am deutlichsten zeigte sich die Stellung dieses Ministeriums zu der Landesversammlung bei der Adreßberathung und dem Steuervotum. Die von der Majorität beantragte Adresse wurde mit überwiegender Mehrheit — unter unwesentlichen Abänderungen — angenommen. Die württembergische Regierung solle nach dieser Adresse an der Frankfurter Reichsverfassung und dem Reichswahlgesetz festhalten, und ihre eifrigsten Bemühungen dahin richten derselben auch bei den übrigen deutschen Staaten Geltung zu verschaffen und sich keiner anderen Regelung der deutschen Frage anschließen. Die Landesversammlung, heißt es in derselben weiter, erachte sich durch das Gesetz vom 1. Juli d. J. ebenso gebunden, zu einer der deutschen Reichsverfassung und den Grundrechten des deutschen Volks entsprechenden Aenderung der Landesverfassung mitzuwirken, als wenn die Mitglieder derselben diese Verpflichtung dem Gesetze gemäß im vollen Umfang hätten beschwören können, indem die einseitig verfügte Aenderung des Gesetzes nicht für verfassungsmäßig erkannt werden könne. Wir können den übrigen Inhalt dieser Adresse übergehen und den neuen heftigen Zwiespalt unberührt lassen welcher sich in Folge der Aeußerung des Departementschefs der auswärtigen Angelegenheiten, Frhrn. v. Wächter-Spittler, „daß er Mitglied der Kammer der Standesherren sey", entsponnen hat; es genügt zu erwähnen daß beiderseits von einer bevorstehenden Auflösung oder von einem Abtreten des Octoberministeriums, theilweise in wahrhaft unparlamentarischen Formen von einzelnen Abgeordneten gesprochen wurde, so daß an eine Einigung, an ein gedeihliches Ergebniß der weitern Verhandlungen nimmermehr gedacht werden konnte, und die Minister es ihrer Stellung schuldig waren die Auflösung nicht länger im Anstande zu lassen. Doch vorher sollten noch Steuern und Rekruten verwilligt werden. Die Verwilligung letzterer wurde nicht beanstandet, wohl aber erstere. Die Regierung verlangte die Forterhebung der Steuern nach dem verabschiedeten aber nur bis zum 31 Dec. d. J. fallenden Finanzgesetze bis zum 1 Jul. 1850. Für dieses Ansinnen erhob sich keine Stimme in der Versammlung, wohl aber für die Verwilligung bis zum 31 März, wofür hauptsächlich geltend gemacht wurde daß nach dem Gesetz vom 1 Jul. d. J. die Regierung im Falle einer Auflösung der Versammlung verpflichtet sey längstens binnen drei Monaten eine neue Versammlung einzuberufen, daß aber die Befugniß der Regierung geschmälert würde von einem angemessenen Theile dieser Frist Gebrauch zu machen, wenn ihr nach dem Commissionsantrage die Steuererhebung nur bis zum 28 Febr. 1850 zugestanden würde. Der hierauf gestellte Antrag wäre, wie allgemein versichert wird, mit großer Stimmenmehrheit angenommen worden, wäre vom Ministertisch aus nicht behauptet worden daß die Verwilligung der Steuern bis zum 31 März 1850 eine Pflicht der Versammlung sey. So aber wurde derselbe abgelehnt, und die Regierung ist veranlaßt, weil die Steuererhebung nur bis zum 28 Febr. bewilligt ist, die neuen Wahlen auf den nächsten Monat auszuschreiben, so daß die neue Versammlung Anfang Februars einberufen werden kann. Nun muß allerdings an das Volk appellirt werden, und dieses hat, wie der Präsident der Landesversammlung in seiner Abschiedsrede sich ausdrückte, zu entscheiden wer Recht hat, die Männer des 28 Oct. (das Octoberministerium) oder die aufgelöste Versammlung. Möge diese Appellation wirklich vom Volke und nicht bloß von den Volksvereinen und deren Anhang angenommen werden; dann wird nicht zweifelhaft seyn wie die große Masse des Volks entscheiden wird. Gewiß fällt die Entscheidung nicht für diejenige Partei aus die das Unmögliche will, die das Land mit einer Verfassung zu beglücken beabsichtigt welche es von dem übrigen Deutschland abschließt und mit welcher nicht regiert und verwaltet werden könnte. Möge der verständige Stamm der Schwaben die richtige Entscheidung treffen, möge er die schwierige Lage in welcher sich das Vaterland befindet, recht ernstlich erwägen, und nur Männer wählen denen die Erhaltung wahrer gesetzlicher Freiheit und Ordnung am Herzen liegt, welche allein wieder Frieden und Ruhe im Lande begründen können. Möge das württembergische Volk die Wichtigkeit dieser Appellation begreifen, möge der redliche und brave Bürger thätiger und energischer seyn als bei der letzten Wahl, möge er sich der heiligsten Pflicht des Staatsbürgers nicht ferner entziehen, ehe es zu spät wird um das Vaterland zu retten!

Gr. Baden. ‖ **Karlsruhe,** 22 Dec. Ihr Karlsruher * Correspondent stellte neulich am Schlusse eines längern Artikels die Frage: wie eine ziemlich große Anzahl Artillerie-Officiere am 14 Mai d. J. dazu gekommen sey den Entschluß zum Rückzug zu fassen bevor noch ein Kampf stattgefunden, und ohne einen Befehl abgewartet zu haben; und gibt durch diese Frage seine völlige Unkenntniß mit den Verhältnissen jenes Tags zu erkennen. Die Artilleriecolonne ($1\frac{1}{2}$ Batterien), welche unter dem Befehl jener Officiere stand, trat am 14 Morgens 9 Uhr ihren Rückzug an. Zu dieser Zeit war die Festung Rastatt mit ihrem reichen Kriegsmaterial bereits seit mehreren Tagen in den Händen der Aufrührer, die Garnison von Karlsruhe war völlig aufgelöst, der Großherzog und die großherzogliche Regierung entflohen, Befehle aber nur noch von Brentano und Consorten zu erwarten. Unter diesen Umständen blieb der in der Artilleriecaserne (Gottesau) noch befindlichen Truppe nichts übrig als mit möglichst vielem Material durch einen Rückzug sich der revolutionären Gewalt zu entziehen, mit den noch treu gebliebenen Truppen bei Germersheim sich zu vereinigen, und mit diesen gemeinschaftlich zu handeln. In Karlsruhe, beziehungsweise Gottesau, die provisorische Regierung und die Garnison von Rastatt zu erwarten um sich mit ihr ohne Infanterie und Cavallerie in einen Kampf einzulassen, wäre tollkühn und zwecklos zu nennen gewesen, selbst wenn der Geist der Truppe ein vollkommen erwünschter gewesen wäre. Handelte es sich doch damals bereits

um die Wiedereroberung des badischen Landes! Wollte der Correspondent vielleicht einen Tadel aussprechen daß jene Officiere bereits in der Nacht an die Möglichkeit eines Rückzugs dachten, so möge derselbe aus deren Verhalten vielmehr die Lehre ziehen: daß ein jeder, besonders aber der Militär wohl daran thut sich die verschiedenen Eventualitäten frühzeitig zu vergegenwärtigen, damit kein Vorkommniß ihn unvorbereitet treffe.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 22 Dec. Obgleich die Stände bereits auf vorgestern einberufen worden waren, so ist doch die Eröffnung des Landtags noch nicht ganz nahe. Die Wahl der Mitglieder der ersten Kammer ist eben erst im vollen Gang. (Weitere Wahl: Kaufmann K. Zöppritz dahier, Mitglied der zweiten Kammer auf dem letzten Landtag und conservativ-liberal), während die Wahlen zur zweiten Kammer rückwärts zur Ruine werden wollen. Außer dem Vicepräsidenten Mohr der auch in die zweite Kammer gewählt worden war und noch nicht optirt hatte, sind die Rheinhessen Schmitz und Wittmann in Haft. Vogt und Dr. Schulz (der hier angekommen war, aber nach einer hier zugebrachten Nacht wieder abreiste) sind nicht wieder einberufen worden, und die Wahl von Schmidt und Feigel ist gleichfalls beanstandet. Außerdem werden weitere Namen von Gewählten genannt denen eine Untersuchungshaft droht.*) Das Land blickt mit gespannter Erwartung den nächsten Entwickelungen entgegen. „Die Geschichte ist ein rückwärts gekehrter Prophet." So müssen wir, wenn wir die Zukunft erforschen wollen, in unsere neueste Geschichte zurücksehen. Hierbei fesselt uns auch die Rede unsers Ministerpräsidenten Jaup, die er am 24 Julius v. J. nach seinem Eintritt in die Staatsverwaltung in der zweiten Kammer hielt. Ich theile daraus die Stelle mit die sein eigentliches Programm seyn soll. Nachdem der Minister darum gebeten hatte ihm zu gestatten sein „Glaubensbekenntniß über dasjenige abzulegen was er heutzutage als Norm des öffentlichen Lebens betrachte, und also auch in seinem Gewissen zu befolgen verpflichtet" sey, auch als „erste Norm" das Staatsgrundgesetz bezeichnet hatte, fügte er hinzu: „Die zweite Norm ist, meines Erachtens, der 6 März mit allen seinen nothwendigen und natürlichen Consequenzen; Sie werden mir die Unklugheit nicht zutrauen gegen irgendeine Anerkennung solcher Consequenzen mich stemmen zu wollen. Außerdem hat auch der Großherzog, wie Ihnen vielleicht schon bekannt ist, seinen ausdrücklichen Willen mir zu erkennen gegeben daß die Ausführung der Verheißungen des 6 März mit allem was daraus folgt in seinem unabänderlichen Willen beruhe."

Preußen. **Elberfeld,** 19 Dec. Heute kam der Prinz von Preußen hier an, und wurde von dem Oberbürgermeister v. Carnap mit einer Rede empfangen in welcher der Maitage erwähnt war und auf die er, nach der Elb. Z., etwa folgendes erwiederte: Er wolle der trüben Zeit nicht gedenken welche Unglück über die Stadt gebracht habe, aber er könne doch die Ursachen nicht ganz unerwähnt lassen durch welche sie herbeigeführt worden, und diese lägen im Mangel an Vertrauen zur Regierung, aber auch im Mangel an Entschiedenheit bei dem gesunden Kerne der Bürgerschaft, der dem Ausbruche sich mit aller Kraft hätte entgegenstemmen sollen. Wer diese Zeit erlebt, der werde schon an seinem Theile sorgen daß sie nicht wiederkehre; aber diese Sorge müsse sich als Vorsorge und Ausdauer bewähren, denn ähnliche Zustände würden wiederkehren, hier oder anderwärts. Er habe durch die Söhne auch dieses Landes den Aufruhr in Süddeutschland gedämpft, aber der Hyder noch keineswegs den Kopf abgetreten; die jetzt niedergehaltene Partei würde mit um so größerer Anstrengung sich zu erheben suchen als sie nun Rache zu nehmen hätte. Darum gelte es Festigkeit und Treue. Als im Namen der Geistlichkeit Pastor Sander den Prinzen anredete, wandte sich Se. königl. Hoh. (so fährt die Elb. Z. fort) an die Geistlichkeit und die Lehrer, und machte sie auf die große Aufgabe aufmerksam welche sie zu lösen hätten, den Sinn für Religion zu erhalten und neu zu beleben, und die Jugend zur Werthhaltung der Institutionen des Staates anzuhalten um eine zufriedenere Generation zu erziehen als die eben heranwachsende.

⁝ **Berlin,** 22 Dec. Daß mit der bayerischen Note vom 8. Dec. eine Anfrage an das hiesige Ministerium gerichtet worden seyn soll, ob der Reichstag in Erfurt die Abgeordneten aus den fränkischen Kreisen zulassen würde, wenn dort Wahlen gegen den Willen der Regierung vorgenommen werden sollten, ist natürlich nur ein Zeitungspuff, und selbstverständlich auch die von hier aus ergangen seyn sollende Antwort eine Fiction.

H. Oldenburg. **Oldenburg,** 20 Dec. In dem heut erschienenen Gesetzblatt ist das Wahlgesetz zum „Volkshause des deutschen Reichstages" enthalten und durch folgende Verordnung eingeführt: „Wir Paul Friedrich August ꝛc. ꝛc. thun kund hiemit: Nachdem Wir den für das Großherzogthum Oldenburg verhandelten Beitrittsvertrag zu dem zwischen den Regierungen von Preußen, Sachsen und Hannover am 26 Mai d. J. zu Berlin geschlossenen Bündniß am 10 Sept. d. J. ratificirt haben, auch der Verwaltungsrath der auf Grund dieses Vertrags vom 26 Mai d. J. verbündeten Regierungen die Wahlen für das Volkshaus des zur Berathung und Vereinbarung der Verfassung des deutschen Bundesstaates zu berufenden Reichstages auf den 31 Jan. 1850 ausgeschrieben hat; so verordnen Wir, in Ausführung jenes Bündnisses und um eine Betheiligung des Großher-zogthums Oldenburg an den dadurch erlangten Rechten ohne Verzug eintreten zu lassen, auf den Antrag unseres Staatsministeriums was folgt: (folgt das Wahlgesetz in 48 Paragraphen).

Oesterreich. ss **Wien,** 22 Dec. Ein Weihnachtsgeschenk für die deutschen Blätter — der Journalstempel für alle deutschen Zeitungen ist aufgehoben. Doch Sie kennen schon den eben auch in der Wiener Zeitung verkündigten Vertrag zwischen den österreichischen, preußischen, bayerischen, fürstlich Taxis'schen ꝛc. Postämtern, wonach vom 1 Jan. 1850 ab der Debit für politische Blätter welche 6- oder 7mal wöchentlich erscheinen, durchschnittlich auf 50 Proc. des Nettopreises*), nicht höher jedoch als 6, nicht niederer als 2 Thlr. gestellt werden soll. Der Zeitungsstempel fällt weg. Gleichzeitig wird damit auch ein Stückchen Einheit in unserm Vaterland gewonnen. Der Erlaß des Stadtcommandanten wonach den Abonnenten der in Brünn erscheinenden „Presse" mit kriegsrechtlicher Bestrafung gedroht wird, hat hier einen außerordentlichen, ja noch weit tieferen Eindruck gemacht als die Suspension des Blattes selbst. Ich habe sehr conservative Leute in Bestürzung darüber gesehen, denn jene Maßregel ist in solcher Strenge noch nicht dagewesen. Will man ein Blatt im Belagerungsrayon verbieten und das Verbot nicht ganz illusorisch machen, so darf man allerdings, wenn es von draußen hereinkommt, die eine oder andere Art der Verbreitung verbieten, man hätte z. B. den Kaffeewirthen untersagen können das Blatt aufliegen zu lassen, aber das Abonnement überhaupt zu verbieten und zu bestrafen findet man selbst für den Belagerungszustand zu hart. Auch war es unpolitisch, denn jenes Brünner Blatt erhält dadurch eine Folie welche ihm sehr förderlich seyn dürfte, und das wird man doch vermeiden wollen. Unsere Journale wagen es wahrscheinlich nicht ein ernstes und ruhiges Wort zu sprechen, und darum freut es mich doppelt daß die „Reichszeitung" Aergerniß an dem Vorfall nimmt, und Vorwürfe wegen dieses einzelnen Falles von dem Regierungssystem abweist. Nach demselben Journal würde die neue erscheinende „Presse" in jedem Belagerungszustand verboten, sie könnte dann also außer Brünn nur in Graz, Klagenfurt und Innsbruck gelesen werden. Uebrigens wird bestimmt versichert daß Hr. Zang jetzt entschlossen sey die Unternehmung für die nächste Zeit aufzugeben.**) Gestern fand eine wichtige Sitzung im nieder-österreichischen Gewerbverein statt, wo Fürst Hohenlohe als Vorsitzender und Hr. v. Degenkolb s zweiter Vorsitzender des Vereins zum Schutz für deutsche Arbeit und als solche abgeordnet eine Besprechung über den Zollanschluß Oesterreichs an Deutschland veranlaßten. Heute ist abermals Sitzung, und ich höre daß die Regierung durch einen Abgeordneten ihre Plane vortragen lassen wird. Die Christmetten werden des Belagerungszustandes wegen nicht des Nachts, sondern Morgens am 24 d. gehalten werden. Das Weihnachtsfest selbst hat hier nicht die hohe Bedeutung wie im Norden und überhaupti n den protestantischen Ländern, doch finden sich auch hier fromme wohlthätige Hände, und namentlich schöne Hände, welche armen Kindern eine kleine und sich selbst durch den Jubel der Beschenkten eine große Freude machen.

In der Wochen-Versammlung des nieder-österreichischen Gewerbvereines vom 20 Dec. waren Fürst Felix von Hohenlohe, Präsident, und der ehemalige Frankfurter Deputirte Degenkolb, Vicepräsident des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, anwesend. Ersterer nahm in einer herzlichen Ansprache die Mitwirkung der Versammlung für die großen Ziele in Anspruch welche Deutschland und Oesterreich durch ihre Zolleinigung in Aussicht gestellt seyen, sie möge von den gleichen Bestrebungen getrieben Hand in Hand mit einem Vereine wirken, der sich die Förderung der materiellen Interessen von ganz Deutschland zum Ziele gesteckt habe. Hierauf entwickelte Hr. Degenkolb in einem ausführlichen Vortrage die Vortheile welche aus der erstrebten Vereinigung der materiellen Interessen sowohl für Oesterreich als für den Zollverein entsprießen würden, und suchte nachzuweisen wie ungegründet die Besorgnisse mancher österreichischen Industriellen seyen, die in dieser

---

*) Auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Bogen aus Michelstadt soll verhaftet seyn.

*) Die Allg. Zeitung wird hiernach künftig in den österreichischen Staaten 15 fl. 57 kr. C. M. ganzjährig kosten, da ihr Nettopreis nur 12 fl. 45 kr. Rhein. beträgt.

**) Dieß scheint irrig.

Vereinigung den Ruin ihrer gewerblichen Thätigkeit erblicken, indem Oesterreich namentlich in der Schafwoll- und Baumwollindustrie, Spinnerei und Färberei, sowie in der Seidenindustrie und der Glaswaarenerzeugung dem Zollvereine voranstehe, oder doch natürliche Vortheile vor demselben habe. Schließlich forderte er zur näheren Besprechung und gegenseitigen Verständigung in dieser für Oesterreich und Deutschland gleich wichtigen Frage auf. Wirklich hat die Versammlung, nachdem sie noch einen ebenso ausführlichen als interessanten Bericht ihrer Handelssection beifällig angehört hatte, den einmüthigen Beschluß gefaßt die Besprechung der österreichisch-deutschen Zolleinigungsfrage mit den werthen Frankfurter Gästen morgen Abend im Einzelnen und Umständlichern fortzusetzen. (Austria.)

• Die Wiener Post vom 23 Dec. ist fast leer an Inhalt. Trotz der Schneewehungen auf mehrern Punkten der Eisenbahn wurden die gewöhnlichen Fahrordnungen eingehalten. Der angebliche Krawall in Salzburg — bei welchem die Deutsche Zeitung fünf Nationalgardisten auf dem Platze bleiben läßt — wird nun auch in Wiener Blättern als eine Erfindung bezeichnet, wie dieß früher schon in der Allg. Ztg. geschehen. Dasselbe geschieht rücksichtlich der Gerüchte über Ermordung einiger Gendarmen in Raab und der angeblichen standrechtlichen Hinrichtung der Thäter und rücksichtlich des von der Concordia berichteten blutigen Conflicts zwischen Bürgern und Soldaten in Verona, wobei zwei Officiere in die Etsch geworfen worden seyen. Es sey, wird versichert, nichts vorgekommen was zu einem solchen Gerüchte hätte Anlaß geben können. (Auch unsere tirolischen Nachrichten schweigen gänzlich darüber.) Das Vorgehen gegen die „Presse" findet selbst im Lloyd Tadel, welcher andeutet wie die conservative Presse an Achtung und Gewicht sinken müsse, wenn ihre Gegner nicht der Macht der Gründe, sondern dem Machtgebot unterliegen. — Heute erhielten wir zum erstenmal auf telegraphischem Wege die Wiener Börsencurse vom 24 Dec. Demnächst wird die Verbindung bis München und Augsburg hergestellt seyn, worauf wir die Curse und die bedeutenderen Nachrichten noch schneller werden liefern können. Zugleich werden von Wien aus mit Württemberg und Baden Unterhandlungen angeknüpft wegen Fortsetzung der Telegraphenleitung zum Anschluß an Frankreich, so daß wir bald in dasselbe günstige Verhältniß treten dürften in welchem sich jetzt Köln, Frankfurt und Berlin befinden.

✱ Aus Tirol, im December. Wird man den guten Kindern dieses Landes einen Christbaum aufputzen und die Landesverfassung, die vielberathene und noch nie gerathene, daran anhängen, schön vergoldet und beleuchtet? Sanct Niklas hat sie nicht beschert, geht der Christabend leer vorüber — so ist die Frist um, und im Jahr 1849 wenigstens wird sie nicht mehr zu sehen seyn, obwohl sie der 4 März zuversichtlich bis zum Ablaufe desselben in Aussicht stellte. *) An die betreffende Stelle der octroyirten Verfassung haben sich in letzterer Zeit etliche Leute erinnert, „die in die Zeitungen schreiben," wie man hier zu sagen pflegt. Vor andern hat es die „Presse" gethan, und Sachverständigen bleibt es zu entscheiden ob in diesen ihren Anfragen nach Land- und Reichstagen oder in dem Raisonnement über die Bombardircorps-Versetzung die Ursachen ihres zeitweiligen Hintritts zu suchen seyen. In der Provinz sprach die Salzburger Zeitung davon, irren wir nicht auch die Grazer — und hier mahnte die Innsbruckerin in guter Art an den Terminsablauf. Sollte es eine Botschaft der Gestirne oder Schicksalsvögel, oder auch nur einfaches Ergebniß selbst gewonnener Staatsmannskunst gewesen seyn, der Tirolerbote erklärte diese Vertagung gewissermaßen für eine Naturnothwendigkeit, indem erst nach einiger Probearbeit des neugeschmiedeten Räderwerks die Erfinder und ihre Helfer sich auf Verhandlungen mit berechtigten Beiraths- und Prüfungsmännern einlassen könnten. Das Provisorium müßte erst im vollen Gange seyn, und dann etwa möchte es sich zeigen ob zu einem Definitivum fremde Weisheit benöthigt würde. Nicht allein reizbarere Journalsnaturen, auch die gelassene Südtirolerin vermochte nicht diese Aufstellung eines nachträglichen Constitutionalismus al pari einer Verfassung und Vertretung hinzunehmen, die schon jetzt sich zu verwenden Gelegenheit genug gefunden hätte. Auch sie weist nach Vorkommniß hin auf das zugesicherte je bälder je besser zu überkommende Landesstatut. So viel — aus Journalen. Wo es gehen mochte ließ sich nun aber nebenher auch Meinung und Wunsch des Volks beobachten in Bezug auf diese Angelegenheit, und ein Bericht darüber wird vielleicht, wenn auch nicht maßgebend, doch das Verständniß vermitteln. Mehr als ein Jahr ist um seit die Vertreter von jenem Landtag heimkehrten den der October-Windsbraus zusammengetragen hatte, mancherlei Dinge sind oben beschlossen und abgemacht worden bei welchen eine An- und Umfrage im Volk billig und ersprießlich hätte seyn mögen — nirgends aber vernahmen wir unter unserm „Volk," den Bauern, die Frage: wo der Landtag hingerathen sey, und ob er je wieder zu Athem und Leben kommen werde? Es lag uns daran gerade auf diesen Punkt zu achten, indessen wenn auch im regsten Gespräche Vorkommnisse und Aussichten des Gemeinwesens durchgemustert und aufgezettelt wurden, so fand keiner ein Fädchen um von Verfassung und Ständen anzuknüpfen. Unsre Beobachtungen aber sind in jenem Landestheile gemacht den man als Meinungsträger und Wortführer des Volkskernes seit je anzunehmen pflegt — im Etschlande. Es wird so weit nicht abgeirrt seyn wenn in diesem Selbstvergessen auf ein altes Recht, auf eine Lebensbedingung des Tirolerthums die Folge jener Abwürdigung erkannt wird, welche die Volksvertretung seit Jahrhunderten erlitt — vor allem aber seit jener unverantwortlichen Parodie zu der sie die Gnadenverfassung vom 20 Jul. 1815 verunstaltet hatte. Im Gedächtniß des Volks leben noch immer jene im strengen Wortsinn blinden, lahmen, tauben und stummen Gestalten, welchen es gutmüthig als ihren Gehalt ihre rothen Röcke und ihre eingebildete Bedeutung beließ. Man muß der Masse zugestehen daß sie an solchem Auffallenden und Allgemeinen sich festhält, und ein Beachten der tieferen Ursachen derartiger Uebelstände wie die einzelnen Ausnahmen übersieht. Dinge und Personen die er zu verlachen gewohnt wurde, kommen nur schwer zu Ehren und Glauben beim gemeinen Manne. Der erste Landtag im Mai 1848 entsprach gleichfalls wenig den Anforderungen und Erwartungen. Er konnte dem Bauer die materiellen Beschwerden nicht abnehmen, wie dieser glaubte, und auch die autonome Unabhängigkeit nicht durchsetzen, die er nach Sinn und Willen der Volksführer hätte ertrotzen müssen um die verhaßte constitutionelle Umgestaltung des Staats vom Lande abzuwehren. Dieses Ungenügen ließ die Feinschmiede und die Hartköpfe an den Sterzinger Bauerncongreß denken, welchem jener Octoberlandtag zuvorkommen mußte, um gleichfalls ohne handgreifliches Resultat zu enden. Somit fand das Volk daß auch in der neuen freiern Zeit ihm seine Stände nichts nützten. Dazu kamen die Verhandlungen zu Frankfurt, zu Wien und Kremsier. Alle Fehlgriffe und Erfolglosigkeiten, an sich selbst genügend um dem Volke alle Vertretung zu verleiden, mußten ihm aber auch erzählt werden mit dem Tone niedrigsten Hohnes und Schimpfes. Nun, sie haben gewirkt diese Unterweisungen und Warnungen; Spott und Schmähung wird aber zweifelsohne auch die Antwort des Volkes seyn, wenn seiner Zeit die Lehrer sich selbst als geeignete Wortführer empfehlen. So viel ist gewiß — das Volk ist weit entfernt davon das Bedürfniß einer Vertretung zu fühlen und zu begehren, es wird jede mit Mißtrauen und Gleichgültigkeit entstehen und gehen sehen, das alte Verlangen des Mitrathens ist erloschen, und wir möchten fragen ob nicht schon jene größte Gefahr für die Repräsentativform eingetreten ist, welche nach einem Ausspruche des Ständeausschusses selbst für Tirol in der Theilnahmslosigkeit liegt welche die maßleidigen Wahlmänner über Geld- und Zeitverlust und schlechten Erfolg auf ihr Recht und ihre Zukunft verzichten läßt. Neben diesen Gleichgültigen und Verstimmten, unter welchen die Ausnahmen an den Fingern zu zählen seyn dürften, steht nun freilich die sehr namhafte, als leitendes Agens mehr als durch die Zahl bedeutende Classe jener Leute welche auch in politischen Dingen sich zu den geschulten und befähigten zählen, und keineswegs an der Verfassungsfrage vorübergehen, oder sie „dem jähen Glück" überlassen. Auch sie bringen ihren Unwillen und ihren Witz mit für die alte Jämmerlichkeit und Nutzlosigkeit, aber sie getrauen sich besseres zu begehren oder selbst herzustellen, und erkennen unbedingt die Nothwendigkeit der Sache und ihrer baldigen Entwickelung. Ueber letztere nun haben sie unter sich zu einer entscheidenden Mehrzahl sich freilich nicht verständigt, und deßhalb vereinzeln sich in der öffentlichen Meinung die Stimmen, und lassen auch da einen kärglichen, lauen Antheil voraussetzen wo die Wichtigkeit des Gegenstandes begriffen wurde. Man stellt zu verschiedene Anforderungen an diejenigen deren Händen die Formgebung der künftigen tirolischen Volksvertretung heimgegeben ist, um auch nur für die wesentlichsten Linienpunkte gemeinsam ein- und fürsprechen zu können. Sowie sich die Gruppen sondern, wird eine in bestimmtem Lichte kennbar deren Farbe sehr volksthümlich heißen könnte, wenn das Volk noch Sinn hätte für das Beachten politischer Strahlenbrechungen. Es ist dieß jene Anzahl Leute die sich selbst historische Köpfe und tirolische Herzen zusprechen und für das Alte mit einer Vorliebe einstehen welche sie nicht ungern mit dem Hasse alles Neuen verwechseln. Leicht erklärlich müssen sie unter sich selbst bedeutende Abschattungen zugeben, und wie sie einerseits dem stachlichsten Sonderthum die Rechte bieten, so liegt ihre Linke im Arm vermittelnder Freunde von Uebergängen und poetischer Vaterlandsverschönerung. Sie haben ein großes Weh erlitten durch das Versinken jener Ruinen, welche sie bis zum März 1848 für solide, sichere Wohnstätten ausgaben und mehr noch durch die Weige-

*) Aus Wien wird versichert: die Landesverfassungen würden zuversichtlich noch vor Neujahr verkündigt werden.

rung der Regierung deren Wiederaufbau vorzunehmen. Die Revolution von unten hat sie hart betroffen, aber deren Anerkennung von oben bringt sie in die unerwartetste Bedrängniß. Im Mai 1848 haben sie noch mit großer Zuversicht den constituirenden Landtag zu Innsbruck für ihr Organ betrachten können, da war Fleisch von ihrem Fleische. Sie konnten sich die Vaterschaft des dort gebornen Verfassungsentwurfs zusprechen. In demselben liest man noch ihre Glaubenssätze: die vier Stände, die Oberherrlichkeit Deutsch-Tirols über das wälsche durch die Stimmenvertheilung, die Abwehr gegen Cultusfreiheit. Vorarlberg ist noch als abgetrenntes Land betrachtet. Im unausgesprochenen Kern steckte die vollste provinzielle Autonomie, der autorisirte Separatismus. Die Personalunion, vom Parlament der Paulskirche begehrt, beschrie man als Verrath und Mordanfall auf Oesterreich, die eigenen Wünsche und Absichten führten jedoch zu nichts anderm als zum Mitbesitz der Dynastie und zur losesten Föderation. Es ward deutlich und oft wiederholt, die möglichst geringe Abhängigkeit von den Staatsgewalten zu Wien sey das Nöthige und Heilsame für Tirol. Die Regierung, der Wiener Reichstag hatten bereits die constitutionellen Umrisse aufgezeichnet, die Tiroler der besagten Richtung wischten sie wieder von den Gesetztafeln und schrieben „das Alte muß bleiben." Diese Bemühungen hat nun die Verfassung vom 4 März überflüssig gemacht, die Gesinnungen aber keineswegs geändert. Man will von einer Freiheit nichts wissen die man sich nicht selbst nach eigenen Begriffen zurecht machen kann. Alles aber was von Wien als Zugeständniß und Berechtigung in Folge der neuen Ordnung gegeben wurde widerstreitet mehr oder minder der alten Tirolerfreiheit. Ein octroyirtes Landesstatut wird niemals von dieser Partei verdankt werden. Gäbe man es ihr nochmal zu schaffen, sie würde nichts bieten als eine Abschrift altersbrauner Landlibelle — sie gibt die vier Stände nicht auf und nicht den Separatismus. Was nun also aus dem Ministerium kommen mag, man wird es nehmen um es auf irgendeine Weise bald los und ledig zu werden. Manche sind in dieser Gruppe die aus Erbitterung und Widerwillen alles aufgeben und vom Tirolervolk reden als werde ihm nun sein innerstes Herz gestohlen. Andere wollen nicht müßig bleiben, sie werden desto schärfer der Autonomie, dem Provinzialismus, der Föderation das Wort reden. Werden sie sich an künftigen Landtagen betheiligen, so müssen sie bei einiger Ehrlichkeit die Opposition bilden, die bisherigen Monopolisten der Loyalität müssen den Kampf aufnehmen mit den Staatsmännern welche ihre alten Privilegien für unbrauchbare Archivstücke erklärten. Man kann gefaßt seyn über die tirolische Treue aus dem Munde der Allergetreusten jene Bedenken zu vernehmen wie sie Hr. Sepp in München über die altbayerische als Ministerschreck benützt. Zu dieser Aufstellung gelangt, können sie zu großer Bedeutung kommen, weil sie unzweifelhaft die Mittel besitzen die Massen für sich zu gewinnen, wenn sie anders für ein neues Verfahren sorgen, denn die Nothschreie und Gewaltsprüche vom vorigen Jahr sind abgewürdigte Münze. Drängen die Extreme dieser Farbe an die Spitze, so kann auf dem parlamentarischen Felde in Tirol sich Niedagewesenes begeben und des Streites Entscheid liegt vielleicht unterm Brusttuch irgendeines Bauernhäuptlings, in der Brieftasche eines Generals, im Brevier eines Mönches — und nicht gerade in den Acten des Landtags. Zu einer zweiten Gruppe gehören die wenigen denen unbedingt genehm ist was ihnen von höherer Einsicht zugedacht wird — das Bedürfniß einer Vertretung finden sie begründet im Paragraph der Verfassung. Ihnen mag man auch jene beizählen die dem Unb. stand, besonders neuer Verordnungen, ihr Zutrauen schenken. Auch sie finden einen Landtag nicht überflüssig, zumal wenn sie bei seiner Herstellung nichts zu thun haben. Die dritte ist es nun aber die sich gewiß als die bedeutendste, vielleicht selbst als die entscheidendste, kundgeben darf, wenn sie in sich selber das Bruch- und Stückwesen überwindet. Auf sie muß die Regierung zunächst blicken, mit ihr muß diese unterhandeln um einen Haltpunkt zu gewinnen, ihr kann es gelingen im gesammten Land eine weit überwiegende Majorität zu schaffen, vor welcher der zäheste Sondergeist sich beugen muß weil sie die ureigentlichen Volksbegehren den Ansprüchen der neuen Staatsordnung vereinbart. Diese dritte Gruppe der Verfassungsfreunde ist constitutionell, sie besteht aus den tirolischen Reformern — die Revolution mit dem gewaltthätigen Beigeschmack hat keine Anhänger im Land. Verständigung ist ihr Princip. An sie, möchten wir sagen, war eigentlich der Entwurf der Landesverfassung gerichtet, den das Ministerium vor ein paar Monaten dem verstärkten ständischen Ausschuß vorlegte. Derselbe hat auch seine Rückäußerung abgegeben, es ist ihrer in diesen Spalten Erwähnung geschehen. Was in derselben an der Arbeit der Minister einer entschiedenen Kritik heimfällt, ist demselben Urtheil bei der Reformpartei unterlegen. Schon die „theoretische Rechtsverletzung" bleibt allgemein gefühlt, die in dem dürren Ausstreichen der alten Berechtigungen durch die Einleitungsworte liegen würde. Die neue Stimmvertheilung entspricht der zeitgemäßen freien Auffassung einer Vertretung; sieht der Ausschuß für eine Ausscheidung von Höchstbesteuerten in Tirol keine natürliche Begründung, ja selbst in dem wälschen Antheil derselben eine Gefährdung des Conservatismus, so kann ihm nicht geradezu widersprochen werden. Seine Einwürfe und Vorschläge über die Wahlen sind aus Erfahrungssätzen entnommen wer einmal hierzulande wählen sah, wird sich in ähnlichem Sinne aussprechen. Der Wunsch nach einer Verpflichtung des Statthalters dem Landtag Rede zu stehen, nach dem Einberufungsrecht für den Ausschuß, entsprichtsden gleichen Gerechtsamen des Kaisers und der Regierung. Der ungleich wichtigste Punkt des Entwurfs und seiner Beleuchtung bleibt aber die Frage über die Kreistage. An ihr wird sich entscheiden wie viele tirolische Patrioten sich versöhnen werden können mit einem Landesgesetz, das man ihnen fertig hingibt, ob auch sie eine „Revolutionirung von oben," in die der Ausschuß sich nicht finden kann, in der neuen Ordnung erkennen. Man hat ein einziges Kronland gemacht aus dem deutschen und wälschen Tirol und Vorarlberg, denn die Verbindung ist unvermeidlich für feindliche oder kriegerische Vorkommnisse, man hat es den Entschlossenen vom Inn und Eisack erspart die Trientiner mit angeschlagener Büchse zum Tirolerthum zu bekehren, und hat die eingeleitete Vereinbarung mit den freundnachbarlichen Mannen vor dem Arlberg durch einen Machtspruch abgekürzt; dafür aber hat man das Land erst in drei und nun in vier Kreise getheilt, nicht zum Behelfe der Verwaltung allein, auch parlamentarisch hat man es zerstückelt und die Kreistage erfunden um den Landtag zu einer sehr überflüssigen Illusion vernebeln zu lassen. „Formell — sagt der Ausschuß — ist in der Verfassung die Einheit ausgesprochen, factisch durch die Kreisvertretung aufgehoben." Die Geldfrage, der Kostenpunkt soll die unsichere und unhaltbare Gränze werden in der Zuständigkeitsfrage zwischen Land- und Kreistag. Ganz dieselbe Wirksamkeit bleibt dem letztern, nur der Erklärung bedarf's die Mittel aufbringen zu wollen, und jeder Gegenstand kann dem Gesammtbeschluß entzogen werden von diesen selbstherrlichen Vorberathern. Das Ministerium hatte die ausgesprochene Absicht durch solche Zugeständnisse Wälsche und Vorarlberger mit der Bildung des vereinten Kronlandes zu versöhnen; es mag seyn daß diese es ihm danken, denn mit der ganzen Thätigkeit, Gewandtheit und dem Uebergewicht ihrer materiellen Kräfte werden sie sich rasch freimachen auf eigenem Boden, um am Landtage vereint den vereinzelten Tirolern das Feld zu halten. Es soll keine Supremaie bestehen des einen Theils über den andern, eine einzige allgemeine Vertretung hätte den letzten Verdacht gehoben, und das Verständniß, die Einheit verwirklicht. Was aber nun noch im geheimsten Geäder sich birgt von Sondersucht, Trennungsgelüst und Stammesfeindschaft, dazu der unleidlichste engherzigste Eigennutz und kleinlichste Pfahlbürgerwitz, wird sich vorwagen und zu Geltung gelangen auf den Einzeltagen der Kreise. Auch bleibt es unbestritten, des Landes Schwerpunkt liegt im deutschen Theil, sein Werth stützt sich auf die starken Schultern treugesinnter Wehrmänner, was soll es fördern auch hier noch einen Riß zu machen, willkürlich zwei Haufen zu bilden, Entfremdung und Zwiespalt zu wecken, indem nun auch hier örtlicher Eigensinn zu Wort und Macht berechtigt wird? Mit dem vollsten Mißtrauen wird diese Hauptstelle des Entwurfes also scharf ins Auge gefaßt. Die Anhänger der historischen, alttirolischen Richtung sind bis zu dem gewiß ungegründeten Verdachte vorgegangen, man wolle den Landtag absichtlich wieder zur Bedeutungslosigkeit, zum Schattenspiele abwürdigen. Wo die Kreisvertreter für das nöthige und nächste Bedürfniß sorgen, solle er bald als Luxusmöbel vom Volke selbst beseitigt werden — und so ginge es dann über die endlich verwischten Provinzgränzen zum abstracten Einheitsstaat, zum Automatenleben der Departements bis zur Nadelspitze der Centralisation. Der „Ausschuß" hat diese Besorgnisse, diese Ansicht in seinem Gutachten angeführt, und wir halten ihn nicht so „weit entfernt" von einer Theilnahme daran als er dieß dem Ministerium in einer vertrauensvollen Stylwendung versichert. Mit ihm theilen die bestgesinnten Männer die aus Grundsätzen/zur Regierung stehen, und von ihr die Erwirklichung neuer, belebender Zustände des Rechts und der Freiheit zuversichtlich erwarten, solche oder ähnliche Befürchtungen. Diese Vertretungstrennung wird kein Vaterlandsfreund mit Vertrauen begrüßen, er wohne als Wälscher oder Deutscher in Tirol, oder drüben im Verbande in Alemannien. Selbst die enge, bestimmte Umgränzung der Zuständigkeit wie sie der Ausschuß begehrt, da er sich keiner Systemsänderung und keiner Ausnahmsvergunst schmeichelt, wird gründlich den schlimmen Folgen nicht wehren können. „Beide Vertretungen können auf die Dauer nicht bleiben — welche muß in Tirol weichen?" fragt wiederum der Ausschuß, und antwortet: „die der Kreistage." Viele, sehr viele hätten gewünscht und wünschen noch das kommende Landesstatut warte nicht den theuren Lehrdienst der Erfahrungen ab, und hebe die Zweifel eines Volkes das seine Selbständigkeit von je zu den loyalsten Zwecken verwendet hat. Noch einen letzten Richtpunkt lassen Sie mich in dieser Angelegenheit des Tirolerlandes beachten — es gehört diese Wendung des

Fernrohrs zu unserer persönlichen Liebhaberei — lassen Sie uns fragen wie sich die Betheiliger an der Verfassungsfrage zur deutschen Sache stellen würden? Bei jenen Antiquaren und Selbstgenüglichen werden ihr keine Zweige grünen an tirolischen Bäumen. Dürre Zollblöcke könnten fallen, im Frieden Getreid, im Kriege Pulver und Eisen, vielleicht auch Männer wird man von draußen annehmen — alles andere wäre vom Uebel. Die Geduldigen und Gleichgültigen mögen für sich nicht die Hand regen — um so unverzeihlicher wäre es sie für Deutschland zu bemühen. Nun bleiben die dritten, die thätigen, die noch wünschen und hoffen. In einem Landtage vereinigt könnten sie ein wesentlicher Hebel deutscher Gesinnung werden — er bietet gerade die Elemente um den alttirolischen, abweisenden Resten, den wälichen Hintergedanken die Spitze brechen und den rechten Weg zur Einigung rüstig anbahnen zu können. Die Regierung hat ja schon dankenswerth vorgeschafft — die Zollverständigung, die Gleichheit der Rechtszustände sind die Wegweiser. Auf den Kreistagen wird die innere Zersplitterung den alten Bruch mit außen nicht heilen wollen und können. Wenn aber nun das ministerielle Richtmaß den Landtag hinwegnivellirte? Wenn wie etliche wissen möchten, die Kreise zu großen Gruppen zusammenträten und die tirolischen auf einem deutsch-österreichischen Tag zu Linz oder Salzburg mitrathen sollten? In dieser, wie in der Landesfrage über Verfassung erinnern wir uns daß man Ihnen neulich aus Wien schrieb, es gebe wohl wenige in der Monarchie welche die Charte vom 4 März bis zum letzten Faden vertheidigen würden.

Großbritannien.

Die Londoner Post vom 22, deßgleichen die Abendblätter vom 21 Dec. sind im Rückstand.

Die Kosten der großen Londoner Industrieausstellung, die im Jahr 1851 stattfinden soll, sind auf nicht weniger als 80,000 Pf. St. berechnet, wovon 20,000 auf die zu vertheilenden Prämien, 50,000 Pf. auf das zu errichtende Gebäude treffen. Die HH. James und George Munday haben vermöge einer Uebereinkunft mit der „Gesellschaft zur Aufmunterung der Künste" sämmtliche Auslagen übernommen, ohne eine sonstige Sicherheit als die hypothetische Erwartung eines Gewinns. So meldet die Times.

Die neueste Ueberlandpost meldet den am 28 Oct. zu Victoria auf Hongkong erfolgten Tod des Contre-Admirals Sir Francis A. Collier, Oberbefehlshabers der brittischen Flotte in den chinesischen Gewässern.

Am 17 Dec. ist der „Mountstuart Elphinstone" mit einer Anzahl ungarischer Flüchtlinge an Bord von Glasgow nach Amerika abgesegelt. Viele Einwohner der Stadt riefen denselben ein herzliches Lebewohl.

Hr. Parish Robertson, welcher die brittischen Inhaber mexicanischer Bons nach Mexico geschickt um die Zahlung ihrer rückständigen Zinsen zu betreiben, ist zurückgekehrt, und hat gestern seinen Mandanten Rechenschaft über seine Mission abgelegt. Nach vielen Schwierigkeiten war es ihm gelungen mit der mexicanischen Regierung eine Uebereinkunft abzuschließen wovon folgendes die Hauptpunkte: 4 Millionen Pesos (Dollars) von der amerikanischen Entschädigungssumme sollen zur Zahlung der Zinsrückstände von 1846 an verwendet; die $3\frac{1}{2}$procentigen Zinsen für die nächsten zehn Jahre auf die Landeseinkünfte versichert, und der ganze Betrag der Silberausgangszölle für die Zahlung der Dividenden beiseite gelegt werden.

Der Globe erwähnt daß Demoiselle de Luzy, welche im Herbst 1847 nicht eben rühmlich in dem Proceß des Herzogs v. Praslin figurirte, sich unlängst mit dem Neffen eines irischen Peers verheirathet hat.

Frankreich.

Paris, 22 Dec.

Der Moniteur hat gestern das Getränkesteuergesetz, heute die provisorische Budgetbewilligung von 370 Millionen, und die Subsidie für Montevideo promulgirt, das durch 2810 Mann, worunter 1000 französische Basken, noch immer vertheidigt wird. Das Bankgesetz, welches die Notenausgabe im Maximalbetrag auf 525 Mill. erhöht, wird wohl morgen erscheinen. Es ist unverändert angenommen worden, und die Opposition hatte vergeblich den Versuch gemacht den Zwangscurs aufzuheben. Die Errichtung eines vierten Bataillons im ersten Regiment der Fremdenlegion, um den aufgelösten Mobilgarden ein Unterkommen zu verschaffen, ist jetzt in Verhandlung, und nach den Feiertagen sollen die Plata-Angelegenheiten einer umständlichern Erörterung unterworfen werden. Wenn die Abdankung des Präsidenten Rosas sich als ernstlich gemeint bestätigt, so treten sie voraussichtlich in ein neues Stadium. Diese dürfte aber leicht eine jener politischen Comödien seyn welche Gewalthaber spielen, wenn sie wünschen daß ihnen noch ausgedehntere Vollmachten übertragen werden.

. **Paris,** 18 Dec. Ihren politischen Rückblick auf die erste Hälfte dieses Monats beginnt die Revue des deux Mondes mit der Besprechung der Jahresfeier des 10 December. Es war das, meint sie, mehr ein Familienfest als eine officielle Feier, und freut sich des Geistes der dabei vorherrschte. Der Präsident der Republik, der Präsident der Nationalversammlung, kurz alle Welt hatte den Becher nach demselben Munde geführt welchem ein und derselbe Wunsch auf „Eintracht der öffentlichen Gewalten" entstiegen war. „Wir glauben an die Aufrichtigkeit und Nachhaltigkeit dieser Worte," fügt die Revue hinzu, „weil sie der Ausdruck — der Nothwendigkeit sind." Ob Aufrichtigkeit und Nothwendigkeit immer in friedlicher Nachbarschaft miteinander gelebt haben, darüber mag ich in keine psychologische Erörterung mit dem Verfasser der Chronik eingehen, wie dem aber, besonders im vorliegenden Falle, seyn mag, soviel ist gewiß daß es ihm nicht gelungen ist nachzuweisen wie sich die Eintracht der beiden Gewalten mit der Botschaft vom 31 Oct. vereinen lasse. Denn solange diese Botschaft nicht förmlich zu seyn aufgehört hat, kann von der Eintracht der beiden Gewalten nicht die Rede seyn, wofern man nicht die völlige Unterwerfung der gesetzgebenden unter die ausübende Gewalt die Eintracht der beiden nennen will. Der Verfasser fühlt diesen Einwurf so sehr daß er sich nicht wenig bemüht die der Botschaft gegebene Tragweite in Frage zu stellen. Der Präsident, meint er, habe am 31 Oct. geglaubt er regiere zu wenig und andere regieren zu viel. Ludwig Bonaparte mag sich hierin geirrt haben, sowie man sich seit dem 31 Oct. geirrt hat, wenn man glaubte der Präsident wolle allein herrschen und die gesetzgebende Gewalt wie die Männer die eine große Rolle darin spielen, in den Schatten setzen. Wenn die Nationalversammlung oder die Majorität dieser Würdigung ihres Verhältnisses zum Präsidenten der Republik genügt, so kann sie am Ende auch uns genügen, wir wollen nicht tiefer in diese Zustände eindringen als wir das früher schon, und mitunter auf den Grund eines andern Artikels in derselben Revue, gethan haben. Der vorliegende Artikel nimmt besonders durch einige interessante, wenn auch nicht neue Aufschlüsse über das Verhältniß der orleanistischen Partei unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Und hierüber lassen wir die Revue selbst sprechen: „Der König Ludwig Philipp hat, bei der ihm eigenthümlichen tiefen Kenntniß der Menschen und Dinge seiner Zeit, ein Bündniß weder voreilig gefordert noch von der Hand gewiesen, das die Ereignisse allein, nicht aber der Wille der einzelnen zu Stande bringen kann; diese können sich darauf vorbereiten, gefaßt halten, es aber zu verwirklichen liegt nicht in ihrer Macht. Die Familie Orleans hat einen Grundsatz der ihr immer als Richtschnur diente, und in gewissen Momenten ihr die Ergebung in die Geschicke Frankreichs, in andern die Mitwirkung an denselben erleichtert. Die Familie Orleans erkennt Frankreich das Recht zu über seine Souveränetät zu verfügen. Indem sie also die Rechte der Nation über die Rechte einer Familie setzt, kann sie ohne sich Zwang anzuthun durch die Dienste ihrer jungen Prinzen zur Aufrechthaltung der königlichen Würde im ältern Zweige mitwirken, wenn Frankreich den ältern Zweig zurückriefe. Glaubte aber Frankreich im Gegentheil zum zweitenmal den jüngern dem ältern Zweige vorziehen zu sollen, dann wird die Familie Orleans dem Rufe Frankreichs folgen. Glaubte endlich Frankreich das gegenwärtige Präsidium verlängern oder gar befestigen zu müssen, so wird die Familie Orleans aus Achtung für ihre Familienehre von jedem Staatsdienst und aus Achtung für den Nationalwillen von jeder Verschwörung und allen Umtrieben sich fern halten. Alle diese Voraussetzungen konnten in den Unterhaltungen Ludwig Philipps angeregt werden und, wir zweifeln nicht daran, sind auch angeregt worden; allein wir haben die Ueberzeugung daß zwei Voraussetzungen nie besprochen werden konnten: die einfache Thronentsagung Ludwig Philipps oder seines Enkels zu Gunsten des Grafen von Chambord. Wir unterbrechen hier, um eine nicht ganz überflüssige Bemerkung einzuschalten, daß nämlich der Verfasser sich eine sehr überflüssige Mühe gegeben, indem er ein Gerücht verbreitet dessen Urheber er übrigens selber seyn mag, das an sich schon jeder auch nur oberflächlichen Prüfung unterliegen müßte. Ludwig Philipp hat zu Gunsten des Grafen von Chambord nicht abgedankt, aus dem einfachen Grund weil Ludwig Philipp dem Grafen von Chambord gegenüber gar nicht abdanken, keine Rechte aufgeben konnte; denn dem Vertreter der Legitimität gegenüber war Ludwig Philipp ein Usurpator, hat also den Besitz des Thrones, nicht aber das Recht auf denselben, vor dem Erlöschen der ältern Linie durch die Februarrevolution verloren. „Eine ebenso irrige Voraussetzung ist es wenn man glaubt daß, sobald einmal das Bündniß zwischen beiden Zweigen zu Stande gekommen, Frankreich sich sofort beeilen werde die Monarchie wiederherzustellen. Wir haben alle Hypothesen hier behandelt, welche der König Ludwig Phi-

lipp mit einer bewunderungswürdigen Freiheit des Urtheils anregt, weil dieselben ebensowenig als das Verfahren welches sie voraussetzen, mit dem Grundsatz des Hauses Orleans in Widerspruch stehen. Das Haus Orleans ist entschlossen das Haus Orleans zu bleiben, d. h. aufrichtig die Rechte der Souveränetät des Landes zu achten. Aus seinem Schooße wird nie ein Prätendent um jeden Preis (quand même) hervorgehen, weder dem Grafen von Chambord gegenüber, falls dieser von Frankreich zurückberufen, noch dem Präsidenten der Republik gegenüber, falls Frankreich seine Würde erneuern und bestätigen würde."

= **Paris**, 21 Dec. Thiers ist wieder ganz wohl, und das will so viel heißen daß der moderne Talleyrand sich wieder mit den Angelegenheiten des Tages beschäftigt. Eine theilweise Aussöhnung desselben mit dem Elysée ist durch Vermittlung des Friedensstifters Molé erfolgt. Der Preis dieser Gesinnungsänderung ist nicht bekannt, allein, soviel behauptet wird, habe sich der Rathgeber der Orleans einige diplomatische Ernennungen ausgebeten, und da Ludwig Bonaparte nach den amtlichen Erklärungen des Moniteurs aller politischen Parteien Freund ist, insofern dieselben ehrlich sind, so durfte man im Elysée nicht zaudern Hrn. Thiers nachzugeben. Der Präsident ist überhaupt gewohnt den Schleier der Liebe und Versöhnung über vergangene Sünden und Irrthümer zu decken. Dieser philanthropische Hang geht so weit bei ihm daß er den Wunsch ausgedrückt hat auch Hrn. Guizot nächstens zu empfangen. Molé schätzt sich glücklich auch in dieser Beziehung seine guten Dienste geltend zu machen, und so wird auch der verhaßteste der Minister Ludwig Philipps allmählich wieder ans politische Tageslicht treten. Den Bund der „Guten" und Freunde der Ordnung aufrecht zu erhalten und zu erweitern, ist oberster Grundsatz des Präsidenten. Er hält diesen für nöthig gegenüber dem Einverständnisse der social-demokratischen Blätter, in deren Lager sich nun auch der ehrliche National geflüchtet. Man ist im Elysée entzückt über all diese Allianzen, allein der Gedanke daß es mit dem zu schaffenden Kaiserthum gar nicht vorwärts will, erfüllt mit tiefer Betrübniß und unsäglichem Kummer. Und Louis Philipp macht Spazierfahrten mit Sir Robert Peel?

Italien.

Turin. Folgendes ist der Text der Thronrede womit am 20 Dec der König Victor Emanuel II die sardinischen Kammern eröffnete: „Herren Senatoren, Herren Deputirte! Die Thatsachen welche mich bewogen das Parlament aufzulösen, und die nach einer Berufung an das Land mich heute ein neues zu versammeln veranlassen, dürfen uns nicht verzagt machen. Sie reiften uns für die Schule in welcher allein man das politische Leben lernt, die Schule der Erfahrung. Sie gaben Anlaß zu einem edeln Beispiel des Vertrauens und der Eintracht zwischen Volk und Fürst. Sie gewährten dem Lande freien Spielraum kundzugeben daß es im Stand ist seine politischen Ordnungen aufrecht zu halten, und daß es seine Freiheit verdient. Unsere Zustände, die ich vor vier Monaten als ernste bezeichnete, haben sich seitdem nicht viel verändert. Zwar noch klarer sind unsere Verhältnisse zu den befreundeten Mächten geworden, sowie unser Credit sich mehr befestigt hat; aber die wichtigsten Fragen, sowohl innere als auswärtige, sind noch schwebend. Diese innere Lage würde uns, wenn sie dauerte, den guten Ruf nach außen nehmen, und das Land jener Institutionen überdrüssig machen welche, indem sie gute Verwaltung und Fortschritt verheißen, diesen im Gegentheil gehemmt, jene in Unordnung gebracht haben würden. Diesen übeln Folgen vorzubauen steht jetzt bei euch. Es erhebt sich in meinem Herzen eine neuere und festere Zuversicht hinsichtlich der künftigen Geschichte des Vaterlandes und unserer Institutionen. Die Wähler haben meine Stimme gehört. Sie fanden sich zahlreich zu den Wahlen ein. Ich fühle mich glücklich bei dieser feierlichen Gelegenheit ihnen meinen Dank ausdrücken zu können. Die Wohlthat die sie den öffentlichen Anliegen erzeigten fühl' ich wie mir selbst erzeigt; ja sie ist mir noch werther und theurer, insofern als ich mehr an das Beste des Staats als an mein eigenes denke. — Ich brauche nicht erst die Fragen anzudeuten die ob ihrer Dringlichkeit eine alsbaldige Lösung erheischen. Sie sind auch zur Genüge bekannt. Es bleibt mir also nichts anders übrig als sie eurer Einsicht zur schleunigen Erwägung zu empfehlen. — Herren Senatoren, Herren Deputirte! Um die politische Ordnung zu befestigen, die König Karl Albert, mein Vater erhabenen Andenkens, gegründet hat, hab' ich alles gethan was in meiner Macht stand. Jedoch daß sie tiefe Wurzeln schlagen im Herzen und im Willen der Gesammtheit, dazu genügt nicht der Wille und der Beschluß eines Königs, sondern es muß der probende Beweis dazu treten daß sie in ihrer praktischen Anwendung wahrhaft heilsam sind. Diese unerläßliche Sanction ist jetzt eurer Tugend anvertraut. Ich erinnere euch daran daß eine größere Gelegenheit sie zu bewähren euch niemals dargeboten war, und im Namen des Vaterlands, das wir alle so warm ins Herz geschlossen haben, fordere ich euch auf: seyd, mit Beiseitesetzung jedes andern Gedankens, nur darauf bedacht die Wunden desselben zu heilen und ihm Ehre und Heil zu bereiten." — An demselben Tag erließ der König eine Proclamation an die Officiere und Mannschaft der Nationalgarde, um ihr wegen ihrer Haltung bei der feierlichen Eröffnung der Kammern zu danken, und sie zur fortgesetzten treuen Pflichterfüllung aufzumuntern. — In Genua sollen, in Folge einer von der Polizei entdeckten Verschwörung, viele Verhaftungen vorgenommen worden seyn.

* **Livorno**, 19 Dec. Heute schifft sich der von Portici zurückgekommene französische Gesandte Corcelles mit seiner Familie von hier nach Marseille ein. Den Namen des Generals Baraguay d'Hilliers haben die Römer in Para-guai (halte Uebel ab), verändert und darauf folgenden Vers gemacht:

> Chi dice che li guai son cominciati?
> Chi dice che li guai son terminati?
> Dite, Sor Paraguai che qui venite,
> li guai li cominciate o li finite?

In Civitavechia waren vor mehreren Tagen einige französische Dampffregatten angekommen. Es hieß sie würden Truppen einschiffen, aber bis gestern Abend war nichts dergleichen geschehen. Hier befanden wir uns seit längerer Zeit sehr ruhig, aber seitdem in Folge der Amnestie die Ruhestörer fast alle wieder zurückgekehrt sind, werden wir häufig wieder an die Zeiten der Anarchie gemahnt. Wir befinden uns noch immer im Belagerungszustande, und der österreichische Commandant fand sich neuerdings veranlaßt eine sehr geschärftes Bekanntmachung zu erlassen. Das gesellschaftliche Leben ist hier sozusagen auf Null gesunken.

Schweiz.

Genf. Wenn auch der Wahlkampf des verflossenen Monats ein Fortschritt zum Bessern war, so geht unterdessen vieles zum Schaden unseres Gemeinwesens vor. So ist gerade jetzt unsere Arbeiterbevölkerung von Fazy so sehr bezaubert daß sie ihm aufs Wort glaubt wenn er sagt: „Mit der Zerstörung der Festungswerke zerstört ihr für ein und allemal die Aristokratie!" Es haben wirklich Hunderte ihre Werkstätten verlassen und arbeiten gratis am Demoliren. Im ganzen arbeiten 6—800 Menschen; die Mauern werden mit Pulver gesprengt. Die Hauptsache bei dieser Zerstörung ist aber daß die Regierung aus dem gewonnenen Terrain Geld ziehen will, diese Bauplätze sollen das Californien unseres Staatsschatzes werden. Bereits munkelt es, die Lyoner Propaganda (eine Art Jesuiten) hätten ein großes Stück Land zum Bau einer schönen katholischen Kirche gekauft. (Basl. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18 Dec. Die dänischen Besitzungen an der Küste von Guinea, bestehend aus den Forts Christiansborg, Fredensborg, Kongsteen und Prindsensteen mit den Schanzen Prövesteen und Augustenburg, den Flecken Fredericksborg, Frederickstadt, Fredericksnopel, Ammanoga und Vibassa nebst dazu gehörendem Gebiete, sollen für 10,000 Pfd. St. (nach andern für 20,000 Pfd. St.) an England abgetreten worden seyn. Auch hier also — wie bei der türkischen Sache — nimmt England seinen Lohn vorweg!

Rußland und Polen.

* **Aus dem Petersburger Gouvernement**, Mitte Decembers. Der Rücktritt des Grafen Uwarow aus seiner Stellung als Minister der Aufklärung war unvermuthet gekommen, und in Ermangelung einer freien Presse machte sich das Gesellschaftsgespräch mit den Gründen dieses Ereignisses viel zu schaffen. Daß Graf Uwarow schon längere Zeit nicht mehr vom vollen Sonnenlichte kaiserlicher Gnade beleuchtet war, ist allerdings ein öffentliches Geheimniß. Allein man hatte nicht geglaubt daß seiner entbehrt werden könne. Wir haben z. B. in der Laufbahn des Finanzministers Cancrin ebenfalls monatelange Epochen erlebt in denen dessen Rücktritt zu erwarten stand, während derselbe im Gegentheil nach einer solchen Periode nur immer machtvoller hervortrat. Sein System herrscht auch noch heute. Die Modificationen welche Hr. v. Wrontschenko in Bezug auf die Zölle in manchen Beziehungen eintreten ließ, die Ersparungen durch Zusammenlegung einiger Behörden, sind gering und in Beziehung auf das Ganze des russischen Finanzwesens sogar ziemlich unwesentlich. Hr. v. Wrontschenko mag ein guter Rechner seyn, ein Finanzgenie wie Cancrin ist er nicht. Allerdings weiß ich daß auf Cancrins Finanzverwaltung schwere Anklagen fast aller Parteien lasten. Aber Cancrin war eben ein treuer Diener der russischen Politik, und sein Meisterstück war das Finanzwesen in einer Weise zu gestalten daß es in dieser

Gestalt ein integrirender Bestandtheil des ganzen politischen Systems wurde. Diese Politik ist nur mit diesem Finanzsystem, umgekehrt freilich auch dieses Finanzsystem nur mit dem Bestande jener Politik möglich. Dieß hier näher zu erörtern würde zu weit führen. Selbst der schwerste Vorwurf gegen Cancrin, daß er ein schlechter Nationalökonom gewesen, verliert seine Schärfe wenn wir vom ministeriellen Standpunkt auf die politischen Gründe blicken von denen z. B. die geringe Unterstützung der Communication im Landesinnern bedingt wurde. Gerad in dieser Hinsicht zeigen sich auch seit Wrontschenko's Finanzregiment nur geringe Fortschritte, obgleich Graf Kleinmichel diesem Departement vorsteht. Dagegen scheint man sich den von Hrn. v. Harthausen sogenannten „innern Eroberungen" in Bezug auf die Waldcultur etwas eifriger zuzuwenden. Wer einmal Gelegenheit gehabt nur eine der großen Waldregionen des Reichs zu erblicken wird die Wichtigkeit dieser Frage ermessen können. Die Forstakademie in Petersburg zog allerdings schon seit längerer Zeit tüchtige Forstbeamte für die Kronwaldungen. Aber die Privatbesitzer großer Waldungen waren noch immer ausschließlich auf ausländische Forstmänner angewiesen, wenn sie ihre Waldungen nur aus dem Gröbsten cultiviren wollten. Jetzt sind in Petersburg öffentliche Vorlesungen über Forstwissenschaft eingerichtet welche nach dem Ausdruck des betreffenden Ukases ausdrücklich dafür bestimmt sind Forstbeamte für Privaldungen heranzubilden. Doch ich sprach vom Grafen Uwarow. Wer sein Nachfolger seyn werde, ist unbekannt; manche Leute bezweifeln sogar daß dieser Posten wieder in der vorigen Weise werde besetzt werden. Geheimrath Uwarow bleibt unterdessen Mitglied des Reichsrathes, Präsident der Akademie, Mitglied des obersten Erziehungsrathes für bürgerliche und adelige Mädchenschulen. Auf unsere äußern Handelsbeziehungen scheint das verhängnißvolle Jahr 1848 im allgemeinen keinen ungünstigen Einfluß gehabt zu haben, wenn man der officiellen Uebersicht trauen darf. Danach hätte der Import den Werth des Exports nur um 2,441,331 S.-Rubel überstiegen, indem die Totalsumme des Exporthandels 88,336,837 S.-R., die des Imports 90,778,278 S.-R. betrug. Im Handel mit Europa steht der Export mit 75,937,702 S.-R., der Import mit 75,444,986 S.-R. sogar nach; Asien exportirte 8,644,432 S.-R. und importirte 13,471,866; Polen exportirte 2,602,509 S.-R., importirte 1,252,690 S.-R; Finnland exportirte 1,152,204 S.-R. und importirte 608,736 S.R. Indessen hat die große europäische Krisis auf einzelne Häfen, z. B. des Asow'schen Meeres, und einzelne Handelsartikel, z. B. Getreide und Leinsaamen, ziemlich schwer gedrückt. Lebhafter war im allgemeinen der Handelsverkehr an den nördlichen Hafenplätzen. Die Schifffahrt des laufenden Jahres ist hier eingestellt; bereits am 3 Dec. war der Kronstädter Busen ganz mit festem Eis belegt und die Wasserverbindung mit Petersburg abgeschnitten. Das Neue in der russischen Politik erfahren wir bekanntlich meistens erst durch die Zeitungen des Auslandes; freilich auch manches was gar nicht stattgefunden hat. Unsere directen Nachrichten geben nur Symptome, und als ein solches betrachtet man die fortlaufenden Auszeichnungen der am ungarischen Feldzug betheiligten Oberofficiere. Die Generale Grabbe und Hasfort erhielten mit Diamanten geschmückte Ehrendegen, die Generalmajore v. Burghardt, Bogutschewsky und v. Kupffer den St. Annen- und Stanislausorden, während die Petersburger Journale sich ziemlich lebhaft mit der österreichischen Finanznoth beschäftigen, d. h. davon häufige Nachricht geben. In Bezug auf die deutsche Frage und speciell auf das Verhalten der süddeuschen Staaten gegen den Bundesstaat dient die deutsche Reform als Hauptquelle. Den Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer wird bemerkenswerth eifrig gefolgt. Die Schritte zur Einigung der thüringischen Staaten wurden ebenfalls mehrmals erwähnt. Dagegen ist die Türkei fast ganz aus den Spalten der Petersburger Blätter verschwunden, und höchstens findet ein oder die andere irrelevante Notiz von dorther in der Rubrik „Tagesneuigkeiten" ihren beschränkten Raum. Daß der Großfürst Michael durch sein Testament vom Jahr 1843 die von den Kaisern Nikolaus und Alexander, sowie vom Großfürsten Constantin ihm geschenkten Waffen und Geschütze den verschiedenen Gardecorps, der Artillerie und dem Geniecorps vermacht hat, ist wohl schon bekannt.

Griechenland.

*† **Athen**, 11 Dec. Wie aus ganz sichern Nachrichten hervorgeht, hat die türkische Regierung dem in Konstantinopel verweilenden griechischen Flüchtling General Kriziotis einen Ferman zugestellt, vermöge dessen er die Erlaubniß hat hinzugehen wohin er will. Er begab sich demnach nach Smyrna. Vielleicht daß dieselbe bewegende Kraft die jetzt in Konstantinopel allein alle Hebel in Bewegung setzt — die englische Diplomatie — bei der Pforte erwirkt hat daß auch die übrigen griechischen flüchtigen Oberofficiere freien Lauf erhalten um von allen Seiten her in griechisches Gebiet einzufallen. Der griechische Gesandte in Konstantinopel, Hr. Risos, rief die Mitwirkung der drei Gesandten der Schutzmächte an gegen diese bewilligte Entfernung des Generals Kriziotis. Die Pforte antwortete auf die Bemerkungen zweier der Gesandten: daß der einzige Zweck der Reise Krizioti's nach Smyrna der ist seine Familie dort zu sehen. Bekannt ist daß Krizitois fortwährend mit sehr verdächtigen Leuten umgeben war die ihn schon seit längerer Zeit zu Gewalthandlungen drängen wollten. Gewiß zu läugnen ist nicht daß dieses Ereigniß, getragen noch von dem allgemeinen Zustand der Dinge im Oriente, von einiger Bedeutung ist. Ueberdieß hat sich das Gerücht verbreitet daß der allmächtige Großwessier Reschid-Pascha gestürzt und an seine Stelle Risa-Pascha berufen worden sey. Ebenso soll der französische Gesandte, General Aupick, abberufen seyn. — In Patras wurde das athenische Blatt das immer den englischen Interessen dient, eines Artikels wegen welcher die religiösen Gefühle beleidigte, öffentlich verbrannt, und von den Mitgliedern des dortigen Casino's der Antrag an die Vorstände gestellt von nun an dieses Blatt nicht mehr zu halten. Aus Samos vernehmen wir daß Ruhe und Ordnung wiederhergestellt ist. Die Pforte hat die Nationalversammlung in Samos mit Waffengewalt aufgelöst, und die in die Berge Geflüchteten, die mit den Waffen in der Hand Widerstand leisteten, zerstreut. — Von Athen läßt sich nichts sagen als daß es ununterbrochen regnet, aber nicht bloß Wasser, sondern auch englische Noten, deren eine auf die andere folgt. Sie betreffen zum Theil die Rechtfertigungen des Lordobercommissärs der jonischen Inseln gegenüber der griechischen Regierung, theils Gebietsstreitigkeiten.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 22 Dec. 3proc. 56.25; 4proc. 71.75; 5proc. 91.65; Bankactien 2445; belg. 5proc. $96^{1}/_{4}$; Anl. v. 1842 $96^{1}/_{4}$; röm. $83^{1}/_{2}$; span. 3proc. $38^{1}/_{2}$; innere Schuld 30; Hayti 190; piem. 5proc. 88.40; Oblig. v. 1834 950; v. 1849 930; Vers. E.-B. rechte 206.25; linke 166.25; Paris-Orleans 760; Rouen 542.50; Straßburg 358.75; Nordbahn 458.75; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 121.25; Orl.-Bordeaux 406.25; Tours-Nantes 276.25; Dieppe-Fecamp 180.

Amsterdam, 22 Dec. $2^{1}/_{2}$proc. $55^{1}/_{16}$; 3proc. 64; 4proc. $83^{7}/_{8}$; port. 4proc. $36^{1}/_{2}$; Metall. 5proc. $81^{3}/_{4}$; belg. $2^{1}/_{2}$proc. 47; Ard. $12^{7}/_{8}$.

♀ **Wien**, 23 Dec. In dem heutigen Sonntagsgeschäft des Börsenkaffeehauses erfuhren Metalliques eine kleine Besserung und hoben sich die 5proc. auf $94^{1}/_{2}$–$^{5}/_{8}$ und die $4^{1}/_{2}$proc. des neuen Anlehens auf $83^{1}/_{4}$–$^{1}/_{2}$. Auch Nordbahnactien haben etwas angezogen und schlossen $109^{3}/_{4}$–$^{7}/_{8}$. In andern Linien wenig Umsatz und Veränderung. Mailänder $83^{5}/_{8}$–$^{7}/_{8}$, Pesther-Actien $87^{5}/_{8}$–$^{7}/_{8}$.

Wien, 24 Dec. (Auf telegraphischem Wege bis Salzburg.) 5proc. Metall. $94^{7}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. $83^{7}/_{16}$; 4proc. $74^{1}/_{2}$; Bankactien 1175. Amsterdam 2 M. 150 P.; Augsburg 112 P.; Frankfurt 3 M. $114^{1}/_{4}$ P.; Genua 2 M. 128 P.; Hamburg 2 M. 164 P.; Livorno 2 M. 108 G.; London 3 M. 11–14 P.; Mailand 2 M. 100 P.; Marseille 2 M. $132^{1}/_{2}$ P.; Paris 2 M. 33 P.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Ueberſicht.

Ausblick aus der Verwirrung der Gegenwart. *)

I.

Wenn von dem Kleinwerk die Rede iſt mit dem der Menſch an ſeinen öffentlichen Einrichtungen fortbaut und beſſert, von den Stützen die er baufälligen Flügeln der Staatsgebäude unterzieht, vom Anſtrich mit dem er die Ritzen verdeckt, vom Schnörkelwerk durch das er Inſtitutionen gefälliger macht, ſo faßt man im gemeinen Leben nur die freie Seite der menſchlichen Doppelnatur ins Auge. Man ſpricht ganz natürlich von den Wünſchen und Bedürfniſſen des Volks und von den Intentionen und Entſchließungen der hohen Regierungen, und denkt bei den letztern an keine andere Beſchränkung ihrer Freiheit als die der ſtändiſchen Einſprache zuſtehende oder zugeſtandene. Man hat es ja vor Augen wie durch Geſetz und Verordnung eigenwillig das eine abgeſchafft, das andere geſchaffen wird, und ſo der Staat in der Umbildung ſich hiſtoriſch fortſchiebt, ſey es nun durch die geradeaus wirkende Kraft abſoluter Weisheit, oder durch den ſchiefen Zug verfaſſungsmäßig abgewogener, ein Parallelogramm der Kräfte vorſtellender Gewalten. Faßt man das unmittelbar und zunächſt Geſchehende, ſey es in der Thätigkeit des Individuums, ſey es in der des Staats, ins Auge, ſo tritt die Nothwendigkeit in allem menſchlichen Thun faſt ganz vor der Freiheit zurück.

Dieſes Verhältniß kehrt ſich aber ſogleich um, ſobald man rückwärts auf größere Maſſen des Geſchehenen blickt und die feſte Figur der fertigen Geſchichte mit den wirren Umriſſen der Gegenwart und dem Nebelbild einer möglichen und wahrſcheinlichen Zukunft zuſammenhält. Hier drängt ſich der Vorſtellung von ſelbſt die nothwendige Seite des menſchlichen Weſens auf. Wir ſehen wie in der Geſchichte durch das Ineinanderwirken und den Widerſtreit der einzelnen freien Thätigkeiten immer etwas zu Stande kommt das die Individuen entweder gar nicht oder doch nicht ſo gewollt hatten. Wir ſehen wie Fürſten und Völker auf ein Ziel loszugehen meinen und unvermerkt vor einem entgegengeſetzten ſtehen, und das sic vos non vobis iſt auf allen Blättern der Geſchichte geſchrieben. Ein Volk arbeitet emſig an einem hochzeitlichen Gewand das ihm zum Sterbehemde wird, und ein Herrſcher baut an einem Ehrenbogen für ſich durch den ſein Bezwinger den Einzug hält. Ja es zeigt ſich daß das was wir Zeitideen nennen, oft mit mehr Bewußtſeyn und Kraft bekämpft und niedergehalten als vertheidigt und gefördert wird, und ſich dennoch verwirklicht. Solche Ideen aber geben dem Zeitalter, in dem ſie ſich in fataliſtiſchem Zuge zum Leben geſtalten, ſeine eigenthümliche, unterſcheidende Gebärdung und Haltung, und dem hiſtoriſchen Bilde der verlebten Periode die feſten charakteriſtiſchen Züge.

Die Macht die an Gedanken die Geſchichte fortleitet, und die jeder nach ſeiner Geiſtes- und Gefühlsrichtung anders anſpricht, Gott, Vorſehung, Schickſal, Geiſt der Geſchichte, dieſes geheimnißvolle Weſen arbeitet nun ſchon ſeit vielen Menſchenaltern raſtlos, geradeaus und auf Umwegen, auf die Auflöſung zweier Ideen hin, mit denen ſie lange eine frühere Welt zuſammengehalten, und die im Begriff der Autorität, der göttlichen und der menſchlichen, verſchmelzen. Der unbedingte Glaube an die Wunder welche der chriſtlichen Religion zu Grunde liegen, und der Glaube an die göttliche Einſetzung weltlichen Regiments und der Gliederung ungleich berechtigter Stände ſind nur die zwei den beiden Polen der menſchlichen Natur entſprechenden Seiten derſelben Anſchauung, welche die Menſchheit in dieſem und in jenem Leben nur in feſter hierarchiſcher Gliederung begreift, wobei dieſſeits das Geſchick überwiegt und die freie That nur in einem Jenſeits zur Geltung kommt. Man iſt Bettler, Bürger, Edler, König durch das Loos der Geburt; man wird verdammt, man wird ſelig und heilig durch den Glauben und die eigenen Werke.

Dieſer mächtige Bau des Mittelalters, dem die frühgeborene Ketzerei und der blinde Trieb zur Rebellion ſo lange nicht viel anhaben mochten, ſah ſich auf einmal in ſeinen Grundveſten erſchüttert als ein paar Erdſtöße hintereinander die europäiſche Menſchheit aus ihrem Dämmerleben aufgerüttelt hatten: die Verbreitung claſſiſcher Wiſſenſchaft und Kunſt in Folge des Einbruchs der Türken in Europa, die Erfindung der ſchwarzen Kunſt des Bücherdrucks und die Entdeckung der neuen Welt. Seitdem erſcheint faſt die ganze Cultur- und Staatengeſchichte unter dem Bild eines Naturproceſſes, der geſetzmäßig, in ſcheinbarer Regelloſigkeit, an der Zertrümmerung jenes ſtolzen Gebäudes arbeitet, ohne Unterlaß, als leiſe Witterung und Spülung, die Atom um Atom wegnagt und fortführt, hin und wieder als entfeſſeltes Element, das die Fundamente unterwühlt und ganze Giebel und Wände unter großem Lärm zu Boden bringt. Die gränzenloſe Verwirrung welche in der jüngſten Zeit über Europa und zunächſt über Deutſchland gekommen, iſt, gleich der Reformation und der erſten franzöſiſchen Revolution, nichts als der Ausbruch eines jener Orkane die lange zuvor vom Sturmgevögel verkündet werden, eine der in zwangloſen Perioden wiederkehrenden Kriſen, welche den Proceß der Auflöſung des Ueberlieferten furchtbar beſchleunigen und in kurzer Friſt den Boden der Geſellſchaft mit Trümmern von Begriffen und Satzungen bedecken.

Die Reaction der Geſchichte begann vor vierhundert Jahren zugleich gegen den Staat und gegen die Kirche des Mittelalters, und ſeitdem iſt der Verfall beider im Großen keinen Augenblick ſtillgeſtanden; aber zu verſchiedenen Zeiten war die Bewegung in der einen der beiden Richtungen ungleich leidenſchaftlicher und die Arbeit ausgiebiger als in der andern. Wie einſt jeder Kreis des heiligen römiſchen Reichs zwei kreisausſchreibende Fürſten hatte, einen geiſtlichen und einen weltlichen, von denen nach äußern und innern Umſtänden hier der eine, dort der andere den Matador ſpielte, ſo war im Geſchäftsgang der Geſchichte der vorſitzende und leitende Geiſt bald ein ſtaatlicher, bald ein kirchlicher. So überwog zu Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts das kirchliche Element das ſtaatliche, der Drang nach Reform und Reinigung der Kirche den Trieb zur bürgerlichen Freiheit. In der Periode welche mit dem verfloſſenen Jahre begonnen hat, erſcheint naturgemäß das umgekehrte Verhältniß: der Lärm des politiſchen Zanks übertäubt den Glaubenshader, und das religiöſe und kirchliche Moment bildet bei beiden Hauptparteien, in welche die heutige Geſellſchaft zerfällt, gleichſam nur die linke, helfende, zuſchiebende Hand, im Intriguenſpiel wie beim offenen Zuſchlagen.

Vor dreihundert Jahren hat ein hiſtoriſches Erdbeben in kurzer Zeit die Flötzſchichten der kirchlichen Vorſtellungen und Satzungen zerriſſen, hier hoch aufgehoben, dort tief verſenkt; in den jüngſten Tagen hat ein ähnlicher Stoß vorläufig noch weit mehr die Köpfe und die Verhältniſſe verwirrt als die alten Einrichtungen in neue Formen geworfen. Aber die gewaltſame Kataſtrophe kam weder damals noch heute den Regierenden in Staat und Kirche unerwartet wie aus blauem Himmel. Im Gegentheil, die Wettergläſer in allen Sakriſteien und Cabinetten ſtanden längſt auf Sturm; daß eine große Veränderung bevorſtehe, war kaum den Phantaſten der Erhaltungspartei zweifelhaft, und die Frage war nur ob die Herren am Ruder die Sündfluth erleben müßten oder nicht. Nichts thut nun aber, nach unſerer Meinung, deutlicher dar in welchem Sinne menſchliche Wahl und Willkür die Geſchichte macht und nicht macht, als das Benehmen des Klerus des fünfzehnten und ſechzehnten und das der deutſchen Fürſten des neunzehnten Jahrhunderts in der Periode vor einer drohenden Umwälzung. Nach der gemeinen Vorſtellung von der Art und Weiſe wie den Völkern ihr Schickſal bereitet wird, wäre es ja jenen ganz wohl möglich geweſen den Sturm zu beſchwören, der Fluth der Zeitforderungen, da ſie nun einmal nicht zu dämmen war, ein Bett zu graben, das der verheerenden Ueberfluthung wehrte. Bleiben wir bei unſern Fürſten ſtehen, ſo konnten ſie ja doch die Bedürfniſſe und Anforderungen der Zeit nicht ganz von ſich weiſen, ſie mußten ihnen ja doch hundertfältig Rechnung tragen und ſich von denſelben in allen Ecken necken und in ihren Entſchließungen in einem gewiſſen Grade poſitiv wie negativ beſtimmen laſſen. Warum ergriffen ſie da nicht friſch die Initiative? Warum kamen ſie nicht zu dem verſtändigen ehrlichen Entſchluß mit dem Dämon des Jahrhunderts zu paciſciren und durch ausgiebige redliche Opfer den Teufel des Widerſpruchs und der Auflehnung, der alles zu holen drohte, in einen dienſtbaren spiritus familiaris zu verwandeln? Sie thaten es nicht weil es nicht menſchlich geweſen wäre, während das Gegentheil ſo ganz menſchlich war. Sie hielten ſich an kleine, halbe, ſchiefe Maßregeln, ſie klatſchten mit großem Eifer die aufſpringenden Flämmchen aus und ließen den Zunder zur großartigſten Brunſt zu Haufen liegen. Sie wollten in ächt menſchlicher Weiſe um jeden Preis das feſthalten von

---

*) Aus dem jüngſten Heft der Deutſchen Vierteljahrsſchrift (October bis December 1849.)

dem es offenkundig war daß es ihnen der Zeitgeist über kurz oder lang aus den Händen wand. Und so kam es denn daß das Thun und Lassen der deutschen Fürsten in einem langen Menschenalter des Friedens, ihre Verblendung und ihre ungeschickten Griffe in das Rad des Geschicks, dem rückwärtsblickenden Auge selbst nur als Glieder der wirren Kette von Ursachen und Wirkungen erscheinen welche am Ende zu einer Revolution geführt haben, die lauter als irgend etwas in der Geschichte den Satz predigt, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.

Wenn nun aber das was der Revolution voranging, und der bisherige Lauf derselben es denen die es noch nicht wußten, deutlich machen konnte daß die Fürsten ungefähr Geschichte machen wie die Bienen Geometrie treiben, so mochte auch der deutsche Demos in und außer dem Parlament lernen daß er nur der Mime ist, der das Gedicht eines übermenschlichen Poeten gut oder schlecht aufführen hilft. Er hat seine Rolle so gespielt daß nur die Schadenfreude derer denen aus Gründen des aufrichtigsten Eigennutzes die Ehre und Größe Deutschlands eine Thorheit und ein Gräuel sind, ein höhnisches Plaudite rufen konnte. Die unendliche Mehrzahl der urtheilsfähigen Deutschen empfindet den lebhaftesten Schmerz über den vorläufigen Ausgang einer Erhebung, die Deutschland so rasch dem Ziele seiner gerechten Wünsche und Hoffnungen entgegenzutragen schien. Es ist dem Vaterlandsfreunde ein sehr bitteres Gefühl daß er jetzt das Deutschland des vorjährigen Frühlings unwillkürlich mit dem Armseligen vergleichen muß der das große Loos gewinnt, und weil er mit dem edlen Metalle nicht umzugehen weiß, sich in kurzer Frist wieder um den besten Theil seines Schatzes betrogen sieht. Es ist ein empörender Gedanke daß der Machthaber mit einigem Schein des Rechts der Nation ins Gesicht sagen kann, wenn er will: du hast dich ungeprüft viel zu weit hinaufgesetzt in der Völkerschule, indem du dir ein Parlament improvisirtest; du hast bewiesen daß du lange noch nicht reif bist für die Classe der Rhetorik, und daß man dich zurücklociren muß, dahin wo man die Conjunctionen des Staatshaushalts sammt den Irregularien sich einprägt.

Es sind deßhalb auch viele unter uns, und nicht die schlechtesten, die an Deutschlands politischer Zukunft verzweifeln, die es größerer Unmacht und ärgerer Schmach als je verfallen sehen. Andere die sich am Ende mit jeder politischen Gestaltung Deutschlands zufrieden gäben, wobei Sittlichkeit und Cultur bestehen könnten, fühlen sich von anderer Seite her durch die Erscheinungen der letzten Jahre mit Besorgniß, ja mit Entsetzen erfüllt. Diejenigen welchen nach ihrer Gemüthsrichtung die moralisch-religiösen Anliegen die nächsten sind, malen sich nach den sittlichen Zuständen der Massen die jämmerlichste Zukunft. Der Unglauben, nachdem sein Pesthauch die Gipfel der Gesellschaft sittlich verdorrt, greift, einem bösen Aussatz gleich, abwärts im Volk immer weiter um sich, und wenn das fressende Gift sein Werk vollendet, so muß früh oder spät der sittliche Tod der Nation und der Ruin der Kirche die völlige Zerrüttung des Staats nach sich ziehen. Andere fassen mehr die intellectuelle Seite der Erscheinung ins Auge. Sie sind erschrocken über den Mangel an Verstand, Ueberlegung und Charakter, der in der letzten Zeit in unserem plötzlich zu einem öffentlichen erweiterten Leben zu Tage gekommen ist. Und allerdings kann man fragen: wo war da die gepriesene deutsche Bildung? Hatte sich die Zarte im Schreck über den allgemeinen wüsten Lärm verkrochen, oder war sie in dem Grad und in der Weise wie man sie bisher vorausgesetzt, gar nicht vorhanden? Wie dem sey, es fehlt nicht an solchen die vor dem Bilde das die deutsche Gesittung in den letzten Jahren geboten, am Schicksal unserer Cultur überhaupt verzweifeln und meinen, die vergeblich gesuchte deutsche Einheit werde auf eine Einheit der Barbarei hinauslaufen. Es ist zunächst der Zweck dieser Zeilen zur Berichtigung dieser verschiedenen extremen Vorstellungen einige Gedanken beizubringen.

Den Deutschen war im vorigen Jahr auf einmal all das Große und Herrliche zugefallen dessen sie bedurften, sollten sie sich endlich einmal den Völkern, denen sie sich ebenbürtig wußten, nicht allein in Wissenschaft und Kunst, sondern auch als einiger Kriegs- und Handelskörper, mit Ehre und Selbstgefühl an die Seite stellen. Fast über Nacht hatten wir Preßfreiheit, Versammlungsrecht, Geschwornengericht, ein Ballhaus, das den Schwur ablegte Deutschland eine Verfassung zu geben, ein deutsches Parlament, das dieses Verfassungswerk in die Hand nahm unter dem Jubel der Nation und der schweigenden Bestürzung von noch mehr Cabinetten als die Nation Millionen zählt. Die Geschichte schien uns herausfordernd ein: Hic Rhodus, hic salta! zuzurufen. Und siehe da! wir haben übel getanzt. Es hat sich gezeigt daß wir den Weltverstand und die politische Bildung erst zu erwerben haben, die wir hätten besitzen müssen um das große und schöne Gebäude wirklich aufzuführen das im Frühling vorigen Jahrs in so vielen Köpfen fertig war. Wie es sich jetzt herausstellt, müssen wir froh seyn wenn wir aus dem Schiffbruch unserer Hoffnungen die Institutionen retten die zu jener Schule nothwendig sind. Unsere Nationaleitelkeit, von der wir ein gut Theil mehr haben als wir selbst wissen, ist dadurch schwer verletzt. In solcher Stimmung kommt man leicht dazu seine eigenen Mängel durch das Vergrößerungsglas zu sehen, und da es uns ohnehin nichts kostet uns selbst klein und schlecht zu machen — was mit unserer Eitelkeit nur scheinbar im Widerspruch steht — so widerhallen seit dem Sinken des Parlaments unsere Zeitungen und Broschüren, weit mehr als in ähnlichem Falle im noch eitleren Frankreich und im stolzeren England der Fall wäre, von Klagen über die Untugenden, Schwächen und Fehler durch welche der Deutsche die herrlichste Gelegenheit endlich einmal historisch sein Glück zu machen schmählichst versäumt habe.

Vor allem wird dem Parlament der Text gelesen; wenn man aber die Haltung desselben unverantwortlich schlecht findet, so hat man es versäumt oder verschmäht die mildernden Umstände in Rechnung zu nehmen. Man bedenkt vor allem nicht daß Schillers bekanntes Epigramm auf eine gelehrte Gesellschaft noch weit mehr von einer politischen Gesellschaft von sechshundert Köpfen gilt. Sehr viele Glieder dieses großen Körpers sind verständig, gebildet, erleuchtet genug, und mehr als genug; aber aus dem Widerstreit und dem Compromiß entgegengesetzter Ansichten, Meinungen und Interessen gehen häufig mit einer gewissen Naturnothwendigkeit Beschlüsse hervor deren Thorheit auch vom Beschränktesten der Mitstimmenden, wenigstens der Verneinenden, vollkommen begriffen wird. Was von Verstand, Vernunft und Charakter in einer solchen Versammlung ist, fällt weit weniger ins Auge als der Unsinn und die Schwäche, weil letztere mit dem ernsten, wichtigen Ziel der Verhandlungen in komischem oder widrigem Contraste stehen; und überdem ist der Spott und die Geringschätzung weit schneller bei der Hand als die Achtung und das Anerkenntniß; jene thun dem Beobachter wohl, weil sie ihn über seine Mitmenschen erheben, diese sind ihm lästig, weil er sich dadurch gedemüthigt fühlt.

Im Grunde ging es in der Paulskirche gerade so zu wie seiner Zeit in Regensburg, wenn man den Wechsel der Zeiten und Sitten in Anschlag bringt. Der Reichstag war bei weitem keine so gemischte Gesellschaft wie das Parlament, und doch diente er dem Spott unserer Väter als Zielscheibe, obgleich, bei der Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen, der damals wie jetzt durch ein Gestrüpp von Unverstand und Vorurtheil, von Eigensinn und Eigensucht zu den Beschlüssen führende Weg dem Publicum lange nicht so deutlich wurde wie beim Parlament, wo ihm dieser wunderbar krumme Pfad täglich mit topographischer Genauigkeit vor Augen gelegt wurde. Das Frankfurter Parlament war eine demokratische Regensburgerei, wobei der Umstand daß jenes sich großentheils aus den gelehrten Ständen recrutirte, demselben glücklich den Stempel deutschen Eigensinns erhielt, der die reichsständische Versammlung ausgezeichnet hatte. Ein deutscher Professor hält daran daß sein Schulbegriff Recht behalte mit so großer Zähigkeit fest als ein Reichstagsgesandter an seinem Rechte der Präcedenz. Nur ward in Regensburg größtentheils durch Förmlichkeit gegen die Vernunft gesündigt, in Frankfurt durch Formlosigkeit. Ganz natürlich: dort war das Institut ein vor Alter steifes, hier ein in jugendlichem Mangel an Uebung ungelenkes. Die deutschen Landstände waren eine äußerst mangelhafte Vorschule für die Reichsversammlung. In dieser sah sich auf einmal eine Masse Menschen aus allen Kreisen der Gesellschaft vereinigt, von denen viele, wenn sie sich gegenseitig in der Staatsmannsmaske erblickten, billig hätten lachen müssen, wäre die Zeit nicht so gar ernst gewesen. Die meisten waren für die Geschäfte um so weniger geeignet, je mehr sie historische und theoretische Kenntniß von Welthändeln hatten, während die Handgriffe womit man dergleichen Dinge anfaßt, ihnen durchaus fremd waren. Die Aufgabe dem gegenwärtigen Deutschland eine Verfassung zu geben, war die schwierigste die wohl je einem berathenden Körper vorgelegen, ein Werk, fast zu schwer für ein altdisciplinirtes Parlament, in dem Herkommen und Vorgang den Lauf der Debatte regelt und deren Ausschweifungen wieder in das Geleise biegt, wo die Zahl der eigentlich Kämpfenden und Verhandelnden hüben und drüben sich in einen übersehbaren, vom Vorsitzenden zu bewältigenden Kreis einschließt, und die Mittelmäßigkeit sich ein für allemal den leitenden Köpfen der Partei unterordnet. Wo aber jeder das Recht und am Ende die Pflicht zu haben glaubte der Vernunft und dem Ernst gegenüber seine Verworrenheit oder seine Scurrilität geltend zu machen, und aus dem leersten Kopf immer die dickste Wortfontäne sprang, da mußte es kommen wie es gekommen ist, daß die Ueberstürzung der Parteileidenschaft und der Eigensucht alles verdorben hat.

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte.

V.

Besuch auf der Flotte. Der Barbarossa. Die fremde Flagge an Bord der deutschen Flotte.

K. Pour la bonne bouche hatte ich mir nun für den letzten Tag meiner Anwesenheit in Bremerhaven den Besuch unserer deutschen Flotte

aufgespart, und mit diesem Genusse krönte ich denn meine kleine Reise. Die kleine deutsche Flotte ist, seit der Aufhebung der dänischen Blokade und seitdem sie in ihrer neuen Wiege der Weser liegt, wie ein neugebornes Kind, wie ein junger Prinz, der Gegenstand zahlloser Besuche gewesen. Sie hat aus dem Innern des Vaterlands eine Menge hübscher Angebinde zum Geschenk bekommen. Die Väter und Verwandten der Ammen und Wärter dieses Kindes, der Flottenofficiere und Matrosen, und viele deutsche Patrioten sind in Schaaren herbeigeströmt um sie zu sehen. Deutsche Prinzen und sogar Königinnen (die Königin von Griechenland) sind gekommen um ihr den Hof zu machen. Da sind denn die Matrosen und Soldaten im Präsentiren der Säbel, Gewehre und Ruder und die Officiere in gefälliger Uebung der Gastfreundschaft mehr eingexercirt worden als in sonst etwas. Obgleich sie noch keine Siege irgendeiner Art gefeiert hat, so hat es doch schon feierliche Feste und Schauspiele und Musik rc. genug am Bord der Schiffe gegeben. Die Matrosen selbst, sagte man mir, hätten sich bei solchen Gelegenheiten schon sehr hervorgethan in dramatischen Darstellungen und launigen Improvisationen. Ich will dieß nicht tadeln. Es liegt in der Natur der Sache. Kein Mensch kann es uns verargen daß wir Deutschen gern unsern Liebling, die Flotte, die unter so vielen Schmerzen geboren, beschauen, und wir besuchenden Gäste sollen und müssen ja für die artige Aufnahme an Bord der Schiffe sehr dankbar seyn. Wir überhäufen ja auch ein Kind mit herzlichen Küssen und Geschenken die ihm weiter zum Ernst des Lebens nichts helfen, und putzen es mit allerlei Tand heraus. Der Knabe wirft später diese Ausschmückung von sich und zeigt sich am Ende doch noch, wenn die Prüfung kommt, als ein tüchtiger und fester Mann.

Am Bord unseres Bremer Dampfschiffs, mit dem wir uns der Flotte näherten, befanden sich mehrere Leute die zu verschiedenen Schiffen der Flotte hinüber wollten, ein Kupferschmied und andere Arbeiter die dort zu thun hatten, ein Vater der seinen Sohn auf der Flotte besuchen wollte, ein paar Flottenofficiere, einige müßige Besucher, und auf ein von unserm Schiff gegebenes Signal waren daher Boote von allen den verschiedenen Schiffen herbeigekommen, die uns mitten auf dem breiten Strom erwarteten und eins nach dem andern bei uns anlegten. Mich entzückten die freien frischen muntern Matrosengesichter in ihren blauen Jacken und ihrer einfachen gefälligen Uniform. Es waren ihrer zwölf (Ruderer) in jedem Boote. An dem Rand ihrer Mützen hatten sie den Namen ihres Schiffs geschrieben: „Deutschland", „Hansa", „Barbarossa" rc. Es liegt etwas wundervoll ansprechendes in dieser freien leichten Seemannsuniform, die so zweckmäßig und bequem ist und nicht so sehr von der Alltagskleidung des Bürgers und Arbeiters abweicht wie die unserer Landsoldaten, welche von unsern Fürsten am Ende wie die Puppen herausgeputzt sind. Die Landsoldaten sind nur allzu oft so gekleidet wie es die Laune der paradelustigen Fürsten bestimmte; die Seesoldaten wie es Wind und Wetter und die Manipulationen des Ruderns, Ankerlichtens, Mastbesteigens rc. nöthig machten. Dieß, sage ich, gefällt uns an ihnen, und zwar insbesondere wenn es deutsche Seeleute sind. Mit dem innigsten Behagen schoß ich mit meinen zwölf frischen Ruderern durch die Wellen zur hohen schwarzen Wand des Barbarossa hin, lief die Treppe hinauf, hörte mit Vergnügen die kleine Schiffspfeife ertönen welche die Ankunft eines Gastes anmeldete, hätte gern den beiden kleinen hübschen Burschen die Wangen gestrichen die oben am Ende der Treppe mit gezogenem Säbel standen, eine Aufmerksamkeit die sie jedem, selbst dem unbedeutendsten Gast erweisen, brachte mein Anliegen und Empfehlung dem wachthabenden Officier vor und ich betrat nun das erste deutsche Kriegsschiff das ich je unter meinen Füßen hatte, wobei ich ein solches Behagen empfand wie Saussure als er zuerst den Gipfel des Mont Blanc betrat.

Will man uns Deutsche kindisch schelten wenn wir uns so über jeden Knopf und über jede blaue Jacke die wir von unserer Marine ansichtig werden können freuen? Ist denn nicht unsere Freude sehr wohl begründet daß doch nun endlich etwas da ist was wir mit den Augen und Ohren fassen und mit den Händen zu greifen vermögen? Liegt nicht etwas Erhebendes darin wenn eine große Nation endlich eine ganz neue, noch nie von ihr bewandelte Bahn der Unternehmungen und Thaten betritt? Wenn sie unter allerlei Schwierigkeiten und Kämpfen sich von den Alpen her endlich hervorwindet zum freien Meere und sich dort von frischen aus weiter Ferne kommenden Seewinden angehaucht fühlt? Ist diese Flotte nicht fast so gut für uns wie die Entdeckung Amerika's für die Spanier? Und wissen wir nicht ebensowenig wohin uns das Meer noch führen wird wie die Spanier wußten wohin sie die Landung auf San Salvador führen würde? Und ist es nicht geradezu ein Wunder daß wir ein doch endlich schwimmendes, mit Pulver, Blei und Kanonen garnirtes Eichenholz sehen können? War es nicht noch vor zwei Jahren fast ebenso unwahrscheinlich daß wir einmal einen Mondbewohner als eine deutsche Dampffregatte Barbarossa von Angesicht zu Angesicht schauen sollten? Und wäre eine alte Zigeunerin zu derselben Zeit nicht noch mehr ausgelacht worden, wenn sie dem Capitän Brommy geweissagt hätte er sollte einmal „deutscher Seezeugmeister" werden, als wenn sie ihm eine Stelle als Großadmiral beim Kaiser von China prophezeit hätte? Und doch ist dieser romantische Lebenslauf eine Wirklichkeit geworden!

Dem sey indeß wie ihm wolle, kurz ich war guter Dinge, und man stellte mich dem trefflichen Capitän des Barbarossa, einem Engländer, Hrn. King, vor; ich besah mir dann all das Holz-, Räder- und Eisenwerk das nun aus dem Munde unserer Redner in Frankfurt, aus den Tintenfässern unserer Schriftsteller und aus unsern Sparbüchsen hervorgegangen ist, und in denen jeder Deutsche doch einen Pfennig oder einen Kreuzer oder einen Silber- oder Neugroschen stecken hat. Man hatte die Güte mich überall herumzuführen, mich alles beschauen zu lassen. Und das will viel sagen, denn in einem solchen Kriegsschiff sind die Gegenstände und Räume noch unendlich viel mannichfaltiger als bei einem New-Yorker Paketboot, wo es im ganzen doch nur drei oder vier Menschenclassen gibt, Passagiere ersten und zweiten Rangs, Schiffsmannschaft und Bedienung, und wo die Zwecke auch viel einfacher sind, nämlich Schlafen, Essen, Trinken und Unterhaltung. An Bord des Kriegsschiffs gibt es erstlich die hohe Person des Commandanten, der sein ganz besonderes Quartier für sich hat. Dann eine Reihe von Officieren verschiedener Grade und von sehr verschiedenen Bedürfnissen und Ausstattungen. Auch sie haben ihre besondern Cajüten und Räume je nach Rang und Würden. Dann die Matrosen und ihre Führer, die wieder mehr oder weniger gesondert sind, weiter die Maschinenmeister und Maschinenbedienung (ein ganzes Corps von zwanzig Menschen) und endlich die Seesoldaten mit dem Gewehr auf der Schulter. Und nun die Mannichfaltigkeit der Bedürfnisse und Zwecke, die sich in den Pulverkammern, in den Kugel- und Waffenkammern, in den Apotheken, Lazarethen, chirurgischen Instrumentensammlungen, in den Proviantmagazinen, Schreibzimmern, Comptoirs und Bureaux aussprechen. Natürlich ist daher im Kriegsschiff mit dem Raum noch unendlich viel mehr gespart, alles bunter abgetheilt und jeder Winkel mit irgendetwas lebendigem oder todtem angefüllt, es sieht hier daher das ganze Schiff eher aus wie ein Museum oder eine Curiositätensammlung, während ein Paketschiff wie der Hermann mehr die Einrichtung eines einfachen Gesellschaftszimmers hat.

Es gehört also ungeheuer viel und vielerlei zur Complettirung einer solchen Curiositätensammlung, eine Menge Gegenstände die bisher noch in keiner deutschen Fabrik oder Werkstatt geschmiedet wurden und die auch nicht gleich von anderswoher zu beziehen waren. Es war mir daher sehr lieb wahrzunehmen oder vielmehr zu hören daß jetzt — denn bisher war dieß noch immer nicht der Fall — alle unsere Schiffe fast vollständig armirt, zur Genüge bemannt und mit allem Nöthigen versehen sind. Allerdings gab es noch immer hie und da etwas zu thun, hie und da auszumalen, zu tischlern rc. Bei den Apotheken war noch manche Lücke zu füllen; sowie auch noch in andern Departements. Ganz vollständig war auch die Mannschaft aller Schiffe noch nicht. Es fehlten hie und da noch dreißig, vierzig oder fünfzig Mann. Die Officiere, mit denen ich die ganze Anzahl überschlug, meinten es möchten jetzt im ganzen, Kanonenboote und alles mitgerechnet, nahe an tausend Mann im Dienste unserer Nordseeflotte stehen. Auf einigen Schiffen fand ich zwölf oder zwanzig Mann eigentlicher Seesoldaten mit Gewehr und allem was dazu gehört bewaffnet. Auf andern fehlten jedoch noch diese Seesoldaten, die aber den unbedeutendsten Theil der Bemannung ausmachen. Und da marschirte denn, statt des Soldaten mit Gewehr und Bajonnet, irgendein kleiner Bursche mit gezogenem Schwert schildernd auf dem Deck hin und her. Die Bewaffnung der Matrosen aber, die in Säbeln, Beilen, Hellebarden rc. besteht, zeigte man mir überall als vollständig.

Die Bemannung der Schiffe besteht meistentheils aus oldenburgischen und hannoverischen Weser- und Elbeuferbewohnern, und aus einem guten Theil mecklenburgischer Küstenleute die zur Zeit der Blüthe der Macht des Frankfurter Parlaments die Erlaubniß bekamen ihre Militär-Dienstpflicht auf der deutschen Flotte abzudienen, und sich dann von derselben anwerben ließen. Uebrigens sind auch viele Leute aus preußischen Provinzen, Ostpreußen, Pommern rc. und ich fand sogar ein paar Litthauer unter ihnen. Die Officiere fremden Ursprungs, die ich als die unparteiischsten darüber befragte, lobten die Mannschaft, sehr als tüchtig, willig und im Seedienst wohl erfahren. Allein allgemein ist auf der Flotte die Ansicht daß man dort auf die Dauer mit den „Grundrechten" des Volks nicht regieren könnte. Leidenschaften, Widerspänstigkeit und allerlei bösen Hang und Drang gibt es ja unter allem Schiffer- und Menschenvolk genug, und diese müssen auf den engen Schiffen, wo der Dienst besonders pünktlich gethan werden muß, durch Zwang, Furcht und Strenge ebenso sorgsam gedämpft und zusammengehalten werden wie das leicht zündbare Pulver in festen Gefäßen und unter genauem Verschluß.

Ich hörte in Bremerhaven einen Mann mit Entrüstung über das Betragen einiger betrunkenen Flotten-Matrosen die Lärm gemacht hatten, sprechen, und bei dieser Gelegenheit über die Disciplin auf der Flotte spötteln. Die Officiere sagen daß die Gesetze ihnen nicht immer Macht genug geben solche Excesse zu verhüten. Sie seufzen nach einer solideren, bestimmteren und *praktischeren* Basis für einen Flotten-Codex als ihn die Frankfurter Grundrechte abgeben. Freilich muß man sich wundern daß bei der so zu sagen völligen Gesetzlosigkeit und Verlassenheit in der Deutschland seine Flotte läßt, alles noch so sehr gut zugeht — Gutmüthigkeit und Willigkeit der Menschen und gegenseitige Güte, Gefälligkeit und Ueberredung müssen da vermuthlich zuweilen aushelfen.

Noch bunter als die Mannschaft ist das Officiercorps der Flotte zusammengesetzt. Kundige Officiere im eigenen Lande zu erlangen war uns natürlich noch schwieriger als erfahrne Matrosen, deren Handarbeit auf den Kriegs- und Handelsschiffen sich nahe gleichkommt, und die bei ihrer einfacheren Thätigkeit schneller zugestutzt werden können. In den höhern Chargen aber gehen die kaufmännische und die militärische Seemannskunde mehr auseinander, und es gehört eine größere Vorbereitung und Erfahrung dazu. In den höhern Officierschargen sind daher mehr Ausländer angestellt, einige Engländer, Schotten, einige Nordamerikaner, Belgier etc. Die einzige seefahrende Nation die auf der deutschen Flotte durch kein einziges Individuum repräsentirt ist, sind die Dänen, die an Bord unserer Schiffe natürlich gründlich und nach Verdienst verabscheut werden, und auf welche es ja eben zunächst bei unserm ganzen Flottenapparate gemünzt war. Die Hauptmasse der Officiere, besonders der jüngern, besteht aus Deutschen, und zwar aus Deutschen die fast aus allen Theilen unsers Vaterlandes ebenso zusammengekommen wie die Mitglieder des Frankfurter Parlaments. Der Hauptsache nach sind es zwar Norddeutsche, Preußen, Mecklenburger, Hanseaten, Hannoveraner etc. Aber es finden sich auch Süddeutsche darunter, z. B. einige Nassauer und Badener. Man wird daher auch hier auf der Flotte lebhafter an das alte Frankfurt von 1848 erinnert als jetzt sonst irgendwo in Deutschland. Hier sieht man eine Vereinigung aller Deutschen. Hier hört man mehr als anderswo nach der Einigkeit Deutschlands seufzen. Hier vernimmt man alle deutschen Dialekte. Hier weht noch in freier Luft das schöne deutsche schwarz-rothgoldne Banner, das vielgeschmähte, das zum Theil sowohl diejenigen welche es erhoben, als auch diejenigen welche es nachher blind verfolgten und mit Füßen traten, zu beflecken und zu beschimpfen trachteten, an denen aber jedes deutsche Gemüth in alle Ewigkeit und unter allen Umständen festhalten wird wie an dem einzigen Heiland, wenngleich man ihn geißelte, verspottete und ans Kreuz schlug. Recht eigenthümlich kamen mir diese geliebten schwarz-roth-goldnen Farben an den Kopfbedeckungen der Engländer, Amerikaner und Belgier in unserm Dienste vor, besonders wenn ich an die schmähenden Aeußerungen dachte die ich hie und da am Rhein von preußischen (deutschen) Officieren gegen diese Farben hatte ausstoßen hören. Wie gesagt, Gott segne diese Farben, und gebe auf irgendeine Weise nur einmal Macht und Kraft dahinter, so werden doch am Ende noch mehr Menschen sie sich als Ehrenzeichen an die Mütze heften.

Die Dialektenmannichfaltigkeit und Sprachverwirrung ist dem obigen zufolge sehr groß auf der deutschen Flotte. Alles redet englisch, französisch, flämisch, nordamerikanisch, hochdeutsch, plattdeutsch, nassauisch, badisch, litthauisch durcheinander. Die deutschen Officiere reden mit ihrem englischen oder belgischen Capitän oft französisch oder englisch. Einen belgischen Officier hörte ich mit seiner niederdeutschen Mannschaft flämisch sprechen und commandiren, was die Plattdeutschen so ziemlich gut verstehen. Freilich sind aber die beiden Hauptsprachen die hochdeutsche und niederdeutsche. Jene ist die officielle Sprache der Flotte, und in ihr werden, wie ich mich durch Augenschein überzeugte und wie es auch natürlich ist, die Flottenbefehle und Berichte ausgestellt. Die fremden Officiere haben auch meistens alle schon soviel deutsch gelernt um diese Schriften begreifen zu können. Man hat aber auf der Flotte mit dieser Sprache mehr Noth als mancher sich bei uns vielleicht denkt. Sie hat noch eine Menge Ausdrücke nicht die auf den Flotten nöthig sind, und man hat förmlich darauf studiren und darüber berathen müssen um passende Bezeichnungen für eine Menge Dinge zu finden. Und manchmal sind die flämischen, englischen, romanischen oder plattdeutschen Ausdrücke auf der See so eingenistet, und haben so eigensinniges Leben, daß sie unter keiner Bedingung einem neuerfundenen hochdeutschen Ausdruck weichen wollen. Mit der Zeit wird also auf der Flotte eine wesentliche Bereicherung des deutschen Sprachschatzes hervorgehen. Man gab mir eine Menge Beispiele neuerfundener hochdeutscher Ausdrücke. Ich habe aber leider nur folgende Titel behalten: „Seezeugmeister" dem Feldzeugmeister, „Seewebel" dem Feldwebel auf dem Lande entsprechend. Den englischen Ausdruck „Midshipman" hat man sehr gut mit „Seejunker" übersetzt. Die herrschende Sprache der Mannschaft ist natürlich die niederdeutsche, und da kommt nun das Niederdeutsch mit dem Hochdeutsch in Collision. Schriftlich werden die Befehle hochdeutsch gegeben, und mündlich wird meistens plattdeutsch commandirt. Das Plattdeutsch ist nicht nur den Leuten verständlicher und geläufiger, sondern es sey auch, so sagte man mir, beim Commando viel kräftiger, energischer und kürzer. Vermuthlich jedoch nur weil die Leute einmal daran gewöhnt sind, weil Ohr und Sprache dafür schon ausgebildet und geschmeidig geworden sind, und das Hochdeutsch noch vieler Ausdrücke entbehrt. Wollte man jetzt Hochdeutsch bei den Commandos vorschreiben, so müßte man nothgedrungen immer halb hochhalb plattdeutsch reden, was auch wirklich zuweilen geschehen mag. Dieser Gegenstand ist indeß einer weitern Nachforschung würdig. Ich bemerkte daß das Plattdeutsch dieser Weserleute zuweilen mit einigen englischen Worten gemischt sey. Ich sammelte mir während meiner Anwesenheit auf der Flotte als Beispiele unter andern folgende Phrasen: „De ganze Concern ist nöts werth" bemerkte ein Matrose bei der Besprechung eines schlechten Schiffes. „Dat ohle Schip wer so binoh all gans condemd" bemerkte ein anderer bei derselben Gelegenheit. „Kik mol wo dat Boot sik turnt," sagte ein dritter als wir ein kleines Boot im Wind sich rasch drehen sahen.

Natürlich hat man an einer Menge Schwierigkeiten und Räthsel welche die Begründung einer deutschen Flotte zu lösen geben würde, von Anfang herein gar nicht gedacht. Es mußte hier ja alles so zu sagen aus dem Nichts geschaffen werden. Wie es in den Regionen der Sprache ist, so ist es auch in allen andern Departements; z. B. in dem Medicinischen und dem ganzen Sanitätswesen der Flotte, dessen Schwierigkeiten der gefällige Flotten-Stabsarzt mir auseinanderzusetzen die Güte hatte. Es war auch hier sozusagen alles ab ovo zu gestalten. Man mußte vielfach erfinden, taufen, speculiren, probiren, und muß dieß noch thun. Es ist jetzt an jedem Schiff ein Lazareth und eine Apotheke eingerichtet. Auch ist in Bremerhaven ein kleines Magazin von Flottenmedicamenten und ein kleines Laboratorium für die Flotte begründet. Dabei waren eine Menge von Vorfragen zu erörtern, eine Menge von neuen Dingen zu lernen, eine Menge von Versuchen anzustellen. Natürlich müssen Schiffs-Apotheken nicht nur ganz anders eingerichtet werden als Landapotheken, sondern da die Krankheiten auf der See andere sind als auf dem Lande, müssen ganz andere Medicamente da seyn, oder doch dieselben Medicamente in ganz verschiedenen Quantitäten. Auch afficirt die Schiffs- und Seeluft manche Medicamente ganz anders als die Landluft, und einige sind daher auf dem Meere nicht brauchbar die es auf dem Lande sind.

Die Engländer haben zwar ganz außerordentlich lehrreiche Recepte über das Gesundheitswesen und die Erfahrungen und Vorfälle aller Art auf ihrer Flotte, aber auch eine englische oder amerikanische Pharmakopöe konnte man nicht ohne weiters zum Muster nehmen. Es hätte nicht einmal geholfen wenn man englische Flottenärzte und Flottenapotheker hätte kommen lassen. Das englische Medicinalwesen ist so eigenthümlich und paßt so gar nicht zum deutschen. Die englischen Matrosen leiden wieder an ganz eigenen Uebeln und sind an so ganz andere Gattungen von Medicamenten und auch an andere Dosen gewöhnt, als die Deutschen die wie ihre Nationalität, so auch ihre Krankheiten, medicinischen Gewohnheiten und Lebensweise für sich haben. Wenn man z. B. einem englischen Kriegsschiffe vielleicht so und so viele Pfunde Opium mitgibt, so reichen bei einem Deutschen vielleicht ebensoviele Lothe hin. Und da man nun bei den Flotten-Apotheken vor allen Dingen mit dem Raume sowohl als mit dem Geld sparen mußte, so wäre es unsinnig gewesen ihr nach der englischen Vorschrift so viel Opium oder sonst eine andere unnütze Medicin zuzutheilen. Die englischen Flotten-Apotheken nehmen z. B. auch auf Skorbut oder andere solche Krankheiten welche die Matrosen auf weiten Reisen befallen, Rücksicht, und geben dagegen gehörige Quantitäten der nöthigen Antidoten. Bei der deutschen Flotte, die sich bisher noch immer hübsch in der Nähe der Küsten und der frischen Lebensmittel-Quellen hielt, wäre eine solche Rücksicht auf Skorbut oder auf africanische oder ostindische Küstenfieber übertriebene Vorsicht gewesen. Kurz also, man sieht oder ahnt wenigstens hiernach, warum man sich entschließen mußte in den eigenen Busen zu greifen, selbst zu lernen, selbst zu schaffen und zu erfahren. Solche Erfahrungen sind aber sehr schwer und nur sehr langsam zu machen; nicht bloß an den schnell arbeitenden Laboratorien des Chemikers, sondern an den sehr langsam zu Resultaten führenden Laboratorien des Lebens und der Praxis. So erzählte mir mein geehrter Freund, der Oberstabsarzt, um ein Beispiel zu haben daß er auch die von Bremerhaven aus nach Amerika oder um die Welt segelnden Kauffahrteischiffe benütze, um Erfahrungen zu sammeln, daß er einigen Capitäns gewisse Aufgaben zur Beobachtung und zur Beantwortung mitgetheilt, ihnen auch wohl Medicamente und andere Dinge mitgegeben habe um über ihre Wirkung oder Conservirung auf See Erfahrungen zu machen. Die Antworten auf jene Fragen und die Mitthe-

lung d Resultate wird also erst nach einer Reise um die Welt erfolgen. Da man nun zu einem festen System erst nach einer ganzen Kette von Beantwortungen und Resultaten gelangen kann, so mag man sich nach diesem Beispiele denken wie langsam es mit dem Wachsthum der Flotte gehen muß.

Unter den verschiedenen Schiffsvorrathskammern, die ich an Bord der Flotte sah, fiel mir eine Gattung besonders auf, nämlich diejenige die gewöhnlich in Form eines vielfächerigen Schranks auf einer Stelle des Verdecks zu stehen pflegt, und in der alle die Flaggen der verschiedenen Nationen, denen man auf See zu begegnen und die man zu begrüßen denkt, aufbewahrt. Auch diese Magazine fand ich reichlich mit Flaggen aller Völker versorgt, mit englischen, französischen, holländischen, nordamerikanischen rc. Ob auch die dänische darunter war, davon überzeugte ich mich nicht. Sieh da! — dachte ich hier, als die Matrosen die nordamerikanischen Sterne auf blauem Grunde und das frische französische Blau-roth-weiß und die andern ganz nagelneu gemachten fremden Flaggen zusammenrollten und einkramten — du liebes Schwarz-roth-gold! du hast noch von keinem Menschen auf der Erde eine Artigkeit empfangen, ja man droht dich auf dem Ocean als Seeräuber zu behandeln, und schon denkst du darauf wie du aller Welt dich höflich und artig erweisen könntest, und hast ganz gewissenhaft schon deine ganze Staatstoilette machen lassen, wie ein Mensch der einmal hoffähig zu werden hofft, es aber noch nicht ist, sein Hofcostüm. Nun ich bin doch begierig zu hören ob diese Flaggenvorrathskammern sich noch einmal sehr dienlich erweisen werden. Ich will es von ganzem Herzen hoffen und wünschen. Und ich darf, was mich freut, hinzusetzen daß ich von dieser Hoffnung und Zuversicht auch alle Flottenofficiere, mit denen ich in Berührung kam, lebhaft erfüllt fand. Ich fand sie alle voll Muth und Bewegung auf das Gedeihen und Weitergehen der Flotte. Rückgehen kann unsere Flotte nicht wieder, sagten sie alle einmüthig, es muß damit vor! Auch fühlen wir uns jetzt schon so stark daß die Dänen die Nordsee nicht wieder wie im Frühling blokiren könnten. Wenigstens wären sie jetzt gezwungen gegen dreimal so viele Kräfte, wenn sie so viel haben, dazu aufzuwenden. Ueberall traf ich auf eine große Begier nach einem Zusammenstoß mit den Dänen, in Bezug auf welche man an der Flotte nicht friedfertiger und duldsamer gesinnt ist als in Schleswig-Holstein.

Die preußische Antwort auf die österreichische Protestnote.

II.

Die Denkschrift welche der preußischen Note beigelegt ist, hat die Aufgabe die Ansicht zu widerlegen als ob die preußische Regierung mit der Einladung zum engeren Bündniß aus den unveränderten Zuständen der alten Bundesverfassung heraus hervorgetreten sey. Die Initiative Preußens sey vielmehr durch den geschichtlichen Zusammenhang bedingt. Sie weist auf die Bundesbeschlüsse vom 10 und 30 März 1848 hin welche die Revision der Bundesverfassung auf „wahrhaft nationaler und zeitgemäßer" Grundlage in Aussicht stellen, gedenkt der Umwandlung Deutschlands in einen provisorischen Bundesstaat, der Uebergabe der Function der Bundesversammlung am 12 Jul. 1848 an den „Regenten Deutschlands" und die Auflösung der Bundesversammlung durch den Vorsitzenden. Die österreichische Regierung hat neben der Zustimmung zu diesen Ereignissen die Wahl eines Mitgliedes des Kaiserhauses zum Reichsverweser, also die Errichtung des provisorischen Bundesstaates, freudig willkommen geheißen, und die Vereinigung, an deren Spitze der Reichsverweser trat, in feierlicher Sitzung „den deutschen Bundesstaat" nennen lassen. Preußen trat mit seiner ganzen Ländermasse in den Bund und trug für Deutschland damals mit alleiniger Kraft und zu alleinigem Schaden die ganze Last des dänischen Krieges. Es trat für einige Zeit von der ausführenden Gewalt des Bundes zurück, und gab ohne Zögerung der Wahl des österreichischen Fürsten zum Reichsverweser seine Zustimmung. Oesterreich war ein anderer Weg zugewiesen. Im Programm von Kremsier verlangte es für Deutschland eine von Oesterreich abgesonderte Entwicklung, schloß durch die Verfassung vom 4 März die deutschen Lande auf das innigste mit den nichtdeutschen zusammen und that des Verhältnisses der deutschen zum Bunde keine Erwähnung. Preußen konnte der eigenthümlichen Lage Oesterreichs wegen die bundesstaatliche Entwicklung Deutschlands nicht aufgeben. Erwägt man daß die Nationalversammlung sich zur Wahl eines Reichsverwesers ermächtigt gehalten hatte, und daß die Regierungen, die kaiserlich österreichische an der Spitze, sich beeilt hatten dieser Wahl durch die nachträgliche Genehmigung Wirksamkeit zu verschaffen, so muß es minder überraschen daß eben diese Versammlung am 28 März sich zur Wahl eines Kaisers berechtigt hielt. Die Denkschrift gedenkt dann in der weiteren geschichtlichen Durchführung des langjährigen Verlangens der Nation, der wiederholten feierlichen Versprechungen der Regierungen, und fragt ob Preußen sich hätte zurückziehen sollen und abwarten was die Zeiten brächten, und ob es mit der Pflicht, der Ehre, der Treue und der politischen Weisheit verträglich gewesen sey auf die Grundlagen eines Staatenbundes zurückzukommen? Preußen ging daher bei der centralconstitutionellen Verfassung Oesterreichs zur Gründung des Bundes vom 26 Mai vor, welcher gegenwärtig 27 deutsche Regierungen mit einem Ländergebiet von 7480 Quadratmeilen und über 25 Millionen Einwohnern umschließt. Dem **Fortgang** wird der Segen nicht fehlen. Sie sind in ihrem guten Recht.

Hierauf wird in der Denkschrift ausführlich der Nachweis geliefert daß der Bund vom 26 Mai innerhalb des Bundes von 1815 selbst dann rechtlich zulässig seyn würde, wenn dieser mit seiner ganzen Organisation und mit allen seinen Bestimmungen, was nicht der Fall ist, in voller Integrität bestände.

Besonders wird noch bemerkt daß die Bedenken der Gegner sich jedoch nicht gegen den engeren Bund überhaupt, sondern gegen die specielle Art der Ausführung richten, und darin das Zugeständniß gefunden daß ein solches Unternehmen an sich mit dem Bunde von 1815 verträglich sey. Dieser wird nicht als ein bloßer Personalbund der Souveräne, sondern wesentlich als ein Realbund aufgefaßt und aus den Artikeln 1, 4, 6 und 16 der Wiener Schlußacte der Beweis dieser Ansicht geführt.

Der Voraussetzung der vollen Integrität der Bundesorganisation wird sodann das wahre thatsächliche Verhältniß gegenübergestellt:

1) Der Reichsverweser erscheint nicht als der Nachfolger der Bundesversammlung, nicht als der Erbe ihrer Befugnisse, sondern er tritt ein als der provisorische Vorgänger des erwarteten Oberhauptes. An die Stelle des Staatenbundes trat der der Zukunft anticipirte provisorische Bundesstaat in monarchisch-constitutioneller Form. Die Bedingung der Lebensfähigkeit der Centralgewalt erlosch mit dem Erlöschen der Nationalversammlung. Hiermit hatte das Provisorium eines Bundesstaates gleichfalls seine Endschaft erreicht. Im deutschen Bunde mit seinen Grundgesetzen von 1815 und 1820 lagen zwei von einander zu haltende Elemente: ein völkerrechtliches und ein auf das Innere des Bundes gerichtetes. Auf das zweite Element bezieht sich Art. II der Wiener Schlußacte, welcher den Bund nach innen als eine Gemeinschaft, nach außen als eine in politischer Einheit verbundene Gesammtmacht bezeichnet. Die ganze Organisation des Bundes, durch welche für die Gesammtheit, als politisches Ganze, eine Lebensthätigkeit allererst möglich geworden ist, hat lediglich Bezug auf das zweite Element im Bunde. Die völkerrechtliche Seite wird nicht berührt, mag für die andere die Verfassung eine monarchische oder collegiale seyn, es sey denn daß in der Anordnung die Willensfreiheit des Einzelnen verletzt würde. Als nun am 12 Jul. 1848 der Reichsverweser an die Stelle der Bundesversammlung trat, erlitt die ganze Institution in ihrer Richtung nach innen eine radicale Umwandlung. Mit dem Dahingang des Provisoriums konnte nicht mit dem Schein eines Grundes behauptet werden daß die alte Bundesverfassung wieder ins Leben getreten sey. Sie war ohne allen Vorbehalt definitiv beseitigt worden. Die nicht völkerrechtliche Seite gewährt in ihrem ganzen Umfang die Neugestaltung, und hat nur einstweilen für einen Theil der Geschäfte in der Centralverwaltung, im Interim, ein interimistisches Organ gefunden.

Das völkerrechtliche Element des Bundes ist dagegen von den Ereignissen der Zeit unberührt geblieben. . . . Das Interim schließt die Verfassungsangelegenheit, und was dahin gehört, ausdrücklich von ihrem Bereich aus.

2) Auch die Kriegsverfassung bedarf der wesentlichsten Umgestaltung. Die Revision der Kriegsverfassung vom 12 April 1821 ist unabweislich geworden durch den Zutritt des Gesammtstaates von Preußen in den Bund und durch die Erhöhung der deutschen Streitmacht von 1 Procent auf 2 Procent der Bevölkerung nach dem vorbereiteten Beschluß der Nationalversammlung vom 15 Jul. 1849.

3) Der Eintritt von ganz Preußen in den Bund, welcher von der Bundesversammlung dankbar anerkannt wurde (Bundesbeschlüsse vom 11 und 22 April und 2 Mai), geschah, nachdem vorher am 10 März die Bundesversammlung beschlossen daß eine Revision der Bundesverfassung erfolgen solle, und am 30 März der Beschluß zur Berufung einer Nationalvertretung gefaßt war. **Preußen trat also nicht auf Grund der alten, damals schon für unhaltbar erklärten Verfassung,** sondern in Erwartung einer neuen in den deutschen Bund mit dem Königreich Preußen und Posen. Diese Erwartung darf nicht getäuscht werden. Preußen hätte sonst mit den wesentlichsten Vorbehalten über die ihm im Bunde gebührende Stellung den Schritt nur thun können.

4) Kommt die Denkschrift auf die österreichische Verfassung vom 4 März 1849 zu sprechen, und beweist daß die österreichische Regierung

die bis zum März 1848 in Geltung gewesenen Bundesrechte nicht mehr zu erfüllen vermag. Jede Bundesregierung hat die Pflicht die Bundesbeschlüsse zu vollziehen (Art. X. 31 und 32 der Wiener Schlußacte). In der österreichischen Verfassung fehlt aber ein Artikel wie 110 in der preußischen, was in einem Reiche, welches nur zum Theil Bundesgebiet umschließt, eine Nothwendigkeit ist, besonders wenn man erwägt daß die Bundesbeschlüsse nur ausnahmsweise Einhelligkeit erfordern und in der Regel nach Stimmenmehrheit gefaßt werden.

„Das alte Bundesrecht ist nicht ferner aufrecht zu halten. Es kommt darauf an es neu zu gründen, und zwar so daß der Bundesstaat vom 26 Mai darin seine wohlgewahrte Stelle finde. Die Mitglieder desselben dürfen und werden sich nicht von andern Bundesgliedern abhalten lassen diejenige Gemeinschaft unter sich aufzurichten zu welcher sie vollkommen befugt sind." (Köln. Ztg.)

Zur Geschichte des Revolutionskriegs in Ungarn.

Die Schlacht bei Szolnok am 5 März 1849.

Ω Wenn man die Eisenbahnstraße von Abony nach Szolnok verfolgt, kömmt man ungefähr 2000 Schritte vor letzterer Stadt zu einem isolirten Hügel, auf welchem die Frömmigkeit eines edlen Ungars eine einfache kleine Capelle gebaut. Obwohl kaum 5 Klafter über dem Niveau der Fläche erhaben, hat man von diesem Hügel doch eine weite aber eintönige Aussicht. Gegen Norden begränzt den Blick erst in ziemlicher Ferne das weidenbewachsene Ufer der Zagyva, gegen Süden und Westen ist das fruchtbare Ackerland bis Tószeg und Abony ausgedehnt, und nur im Osten breitet sich das umfangreiche Szolnok, von mehr als 12,000 Menschen bewohnt, aus. Von dieser Capelle hatte man am 5 März d. J. eine gar ernste blutige Schlacht vollkommen übersehen können, denn der Hügel lag in der rechten Flanke der Schlachtlinie der Kaiserlichen und blieb außer dem Bereiche des Gefechtes. Da von diesem Kampfe kein bestimmtes kaiserliches Armee-Bülletin besteht, so wird dessen ausführliche Mittheilung im Interesse der Geschichte unserer Tage seyn.

Szolnok war an diesem Tage durch die Brigade des Generals Karger besetzt, welche aus dem dritten Bataillon des Infanterieregiments Erzherzog Carl, 2 Bataillonen Gränzer, 2 Divisionen vom 5ten Jägerbataillon, 1 Pioniercompagnie, 4 Schwadronen des Dragonerregiments Kaiser Franz Joseph, 2 Schwadronen Banderial-Husaren, nebst 14 Geschützen bestand. Die Brigade hatte ihre Vorposten um Szolnok herum aufgestellt, und auf dem linken Theißufer den Brückenkopf mit 2 Geschützen und einer Infanterieabtheilung besetzt.

Dieser Brigade gegenüber stand in Czibakhaza unter Commando des Insurgentengenerals Damjanich eine Armeedivision aus 8 Bataillonen Infanterie, 8 Schwadronen des 2ten Husarenregiments, 150 polnischen Lanciers, 2 Jäger- und 2 Pioniercompagnien, dann aus 20 Geschützen bestehend; ferner in Török St. Miklos die Armeedivision des Generals Grafen Carl Vecsey, welche 6 Bataillone Infanterie, 6 Schwadronen vom 3ten Husarenregiment, 2 Schwadronen berittene Nationalgarde aus dem Haydukendistrict, nebst 16 Geschützen zählte. Beide Divisionen, welche den Krieg im Banate und in der Bacs geführt, waren in ihrem Stande sehr herabgekommen, zählten jedoch noch 10,000 Mann Infanterie, 1600 Mann Cavallerie, während General Karger bloß über 4500 Mann Infanterie und 700 Pferde zu verfügen hatte, wozu noch die in Abony stehende Cavalleriebrigade des Generals Ottinger zu rechnen ist, welche aus den 2 Cuirassierregimentern Graf Hardegg und Wallmoden bestand, im Ganzen 1000 Pferde mit 1 Cavalleriebatterie stark war.

Kaum hatten die Insurgentengenerale die Nachricht erhalten daß außer den obbezeichneten alle andern k. k. Truppen von der Pesth-Szolnoker Linie über Arokszallas gegen Gyöngyös und Erlau disponirt wurden, wo sie am 28 Febr. die Schlacht bei Kapolna und Mezö-Kövesd schlugen, als sie auch den Plan zur Aufhebung der Brigade Karger entwarfen, welcher bei ihrer bedeutenden numerischen Uebermacht die Wahrscheinlichkeit des Gelingens für sich hatte. Hiedurch wollten sie auch auf dem rechten Theißufer festen Fuß fassen um dann die Offensive fortsetzen zu können.

In der Nacht vom 4 auf den 5 März brachen beide ungarische Corps aus ihren Stationen auf; das Corps Damjanich erreichte Tisza-Varkony, wo es den Anbruch des Tages erwartete, indeß Vecsey, welcher bis Pußta-Szando marschirt war, bei Vezseny das ehemalige Prinz von Preußen 34ste Infanterieregiment unter Knezic's Commando die Theiß auf Platten übersetzen ließ um Damjanich zu verstärken.

Ein herrlicher Tag war angebrochen, rein und golden stieg die Sonne empor und durchwärmte die froststarren Glieder der Magyaren, welche die Nacht im Freien auf nassem Boden zugebracht. Während das Corps Damjanich zwischen Tószeg und Varkony die Schlachtordnung bildete, rückte Vecsey um 8½ Uhr früh mit dem Reste seiner Truppen zum Scheinangriff gegen den Theißbrückenkopf bei Szolnok vor. Die Besatzung war an derlei oft wiederholte Demonstrationen und Beunruhigungen schon gewöhnt, fühlte sich an diesem Punkte gegen jeden Angriff stark genug und wurde deßhalb gar nicht allarmirt. Die Bereitschaftsabtheilung war ausgerückt, und aller Augen auf diese Demonstration gerichtet, welche mit einem erfolglosen Geschützfeuer begonnen und fortgesetzt wurde. Niemand ahnte daß Gefahr von Varkony her drohe, gegen welche Seite gar keine Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, gleichsam als ob man die Existenz eines Theißübergangs bei Czibakhaza vergessen, wo doch General Ottinger am 21 Febr. einen so hartnäckigen Widerstand fand, als er zur Zerstörung der Brücke einen fruchtlosen Angriff machte. Hieraus wäre zu schließen gewesen daß die Magyaren, welche weiter hinauf bis Tisza-Füred keinen Uebergangspunkt hatten, großen Werth auf Czibakhaza legten, und von da aus ein Debouchiren beabsichtigten. Trotzdem blieb Czibakhaza unbeachtet, und Damjanich konnte ungefährdet seinen Marsch in der rechten Flanke der kaiserlichen Armee bis in die unmittelbare Nähe derselben vollführen.

Erst gegen 9 Uhr Früh wurde die Bewegung Damjanichs in Szolnok bekannt, als derselbe bereits in voller Schlachtordnung von Tószeg gegen Szolnok anrückte. Nun wurde Allarm geschlagen. Noch zur rechten Zeit ward eine Locomotive nach Abony gesendet um die Brigade Ottinger zur Unterstützung herbeizurufen. General Karger besetzte die Sandgruben vor Szolnok mit den Jägern und einem Bataillon Gränzer; das zweite nebst den Pioniren war im Brückenkopf und im Bahnhof vertheilt. Das Bataillon von Erzherzog Franz Carl hatte die rechte Flanke inne und besetzte den Rand der Stadt; Franz Joseph-Dragoner deckten den äußersten rechten Flügel; Banderial-Husaren sollten den Transport der Bagage sichern, kamen aber gar nicht ins Gefecht, obwohl die Ungarn die ganze Bagage erbeuteten.

Gegen diese geringe aber tapfere Macht entwickelte Damjanich folgende Schlachtstellung. Den rechten Flügel, an die Theiß gelehnt, bildete das frühere Infanterieregiment Prinz von Preußen, das 65ste Honvedbataillon und eine Compagnie Pionniere; im Centrum stand das 3te und 9te Honved, ein Bataillon polnischer Legion unter Führung des Bysozky, dann die ehemaligen 3 Bataillone von Wasa- und Schwarzenberg-Infanterie. Den linken Flügel, welcher schon die Eisenbahnstraße berührte, machte das 2te Husarenregiment. Die Jäger, eine Pionniercompagnie und die polnischen Lanciers waren in der Avantgarde. Diese Streitmacht war in zwei Treffen aufgestellt, und die Ungarn hatten hier wie in jedem Gefechte keine Reserve.

Die langen Linien der Insurgenten näherten sich Szolnok. Die beiderseitigen Jäger eröffneten das Feuer; die ungarische Vorhut machte Halt; die Lanciers unter Poninsky bestanden den kräftigen Angriff einer Abtheilung der polnischen Dragoner, während welcher auf Seite der Kaiserlichen wiederholt der Ruf gehört wurde: „Haut tüchtig drein, das sind Polen!" Obwohl die Lanciers zum Säbel gegriffen hatten, und von ihnen bereits 30 gefallen waren — woran ihre leichte Kopfbedeckung Schuld war — wichen doch die Kaiserlichen als der Regimentscommandant Oberstlieutenant Regelsberg schwer verwundet fiel. Mittlerweile war die Haupttruppe herangerückt, und die kaiserlichen Batterien eröffneten ihr Feuer mit vielem Erfolg. Die Vorhut der Insurgenten warf sich auf den linken Flügel zurück, und unter dem Schutze dreier vorgefahrener Batterien bildete Damjanich die Sturmcolonnen. Gegen 11 Uhr Vormittags begann deren Vorrückung zum Sturm, welcher mit ausdauernder Standhaftigkeit vollführt wurde, obgleich die Kanonen fürchterlich in den Reihen der Insurgenten wütheten und die tapfern Jäger noch auf 20 Schritte Entfernung ihre letzte Decharge gaben, worauf dann der Bajonnetkampf begann. Mit der Uebermacht die Unerschrockenheit vereint gegen sich, mußten die an Zahl, nicht an Muth schwachen Kaiserlichen in die Stadt zurückweichen. Auch der Brückenkopf ward nun geräumt, aus Mangel an Zeit blieb jedoch die Brücke unabgebrochen, und so ward dieselbe sogleich von den Truppen unter Vecsey überschritten, welche sodann in die Stadt einzogen und sich weiter auf der Abonyer Straße aufstellten. Die Brigade Karger hatte sich indeß, stets wacker kämpfend, bereits gänzlich auf der Rekaser Straße zurückgezogen.

Mit Jubel empfingen die (für diesen Verrath später zur Rechenschaft gezogenen) Bewohner Szolnoks die Insurgenten, und es war eine Unmöglichkeit die in der Stadt zerstreuten Infanterieabtheilungen zu sammeln um den Kaiserlichen zu folgen. Damjanich beorderte daher das 2te Husarenregiment zur Umgehung Szolnoks und Gewinnung der Rekaser Straße um die einzige Rückzugslinie der Kaiserlichen noch bei Zeiten abzuschneiden. Allein sein Befehl, dreimal wiederholt, ward von dem Regimentscommandanten aus mir unbekannten Gründen nicht vollführt (und dieß war die Rettung der kaiserlichen Brigade), bis endlich der Oberst Nagy Sandor, welcher früher in diesem Husarenregiment gedient hatte, mit Beseitigung des Commandanten, sich an dessen Spitze stellend, auf die den Rückzug deckenden Dragoner warf, sie durch seine

Uebermacht drängte, und nebst einem Rittmeister mehrere Leute zu Gefangenen machte. Die Brigade hatte jedoch größtentheils die Zagyva bereits glücklich überschritten, und nur die letzten Abtheilungen Gränzer konnten sich nicht mehr ihrer Truppe anschließen und mußten das Gewehr strecken.

Das Corps Damjanich hatte sich um 1 Uhr Nachmittags wieder gesammelt und war in der Verfolgung bis an die Zagyva gelangt, wo die Brücken aber bereits abgeworfen waren und außer Plänkeleien kein ernster Kampf mehr stattfand, denn dieser sumpfige Fluß ist ohne Brücken nicht zu überschreiten. Während sich so der Kampf auf die Szolnok-Rekaser-Straße zog, war die Brigade Ottinger um 2 Uhr Nachmittags von Abony vor Szolnok erschienen, fand jedoch das Corps Vecsey zu ihrem Empfang bereit, welches sich à cheval der Eisenbahn aufgestellt hatte.

Wie das bei Cavalleriegefechten nicht anders möglich ist, ward hier der Ausgang schnell entschieden. Die kaiserliche Cavalleriebatterie fuhr gedeckt auf und begann ein unausgesetztes heftiges Feuer. Die zwei Cuirassierregimenter warfen sich auf das entgegenstehende 3te und eine Schwadron vom 2ten Husarenregiment welche, von 6 Cavalleriegeschützen unterstützt, die Attake annahmen, jedoch dem mächtigen Choc wichen, sich hinter die schützende Batterie zogen, unverfolgt von der braven Brigade Ottinger die das traurige Resultat des Tages unmöglich mehr ändern konnte, und sich auch bald nach Abony zurückzog. Dort traf spät Abends über Rekas die sehr zusammengeschmolzene Brigade Karger ein, und beide Brigaden bezogen sodann vor Abony, Front gegen Rekas und Szolnok bietend, das Lager.

Die Insurgenten lagerten in einem großen Halbkreise um Szolnok, und aus der doppelten Anzahl ihrer Wachtfeuer konnte man in der folgenden heitern Nacht schließen in welchem numerischen Verhältniß die Kämpfer des verflossenen Tages zu einander gestanden.

Der Verlust an Todten und Verwundeten soll auf Seite der Insurgenten bei 180 betragen haben, der der Kaiserlichen mag nicht so bedeutend gewesen seyn, jedoch fielen über 600 Mann, darunter 1 Stabs- und 7 Oberoffiziere, 2 Aerzte, 2 Feldgeistliche, nebst 11 Geschützen, 10 gefüllten Munitionskarren, fast sämmtliche Bagagen und Cassen in die Hände der Insurgenten, welche überdieß eine große Quantität Salz in dem ärarischen Magazin fanden, an welchem Artikel sie schon sehr Mangel litten.

Wie man höhern Orts über dieses Gefecht urtheilte, zeigt die augenblickliche Abberufung und Pensionirung des thätigen und geschickten, an der Hand leicht verwundeten Generals Karger. Diese Ungnade traf ihn unverdient, da es nicht an ihm lag daß man von dem Stand der feindlichen Streitkräfte so ungenügende Kenntniß hatte, und ihn auf einen verlornen Posten, wie es Szolnok in diesem Falle war, mit so geringen Streitkräften stellte. Wenn bei Szolnok kaiserlicherseits ein Fehler begangen wurde, so fällt er nur auf das Obercommando, welches hier zum unzähligstenmale bewies wie es bis dahin die Insurgentenarmee gering schätzte, und derselben alle Kriegsfertigkeit und Strategie absprach. Diese Geringschätzung hörte erst mit dem Rücktritt des Feldmarschalls Windisch-Grätz auf.

Eine Episode aus der Szolnoker Schlacht will ich noch anführen. Als die kaiserlichen Pionniere sich kämpfend durch die Stadt auf ihre Haupttruppe zurückzogen, wurden dieselben von einer starken Abtheilung des frühern Regiments Preußen-Infanterie verfolgt. Die Pionniere, einer gegen zehn fechtend, verloren endlich den Muth und hörten nicht mehr auf das Commando ihres braven Officiers, sondern begannen zu fliehen. Ihr Hauptmann, der als Professor bekannte Ghilain, war verwundet bereits gefangen worden, und ein junger Lieutenant — ich bedaure seinen Namen vergessen zu haben — wollte beim Umbuge in eine andere Gasse seine Leute nochmal sammeln, und mit Stentorstimme hörte man ihn rufen: „fällt das Bajonnet, mir nach!" Allein der größte Theil der gedrängten Mannschaft war nicht mehr zum Stehen zu bringen. Die wenigen welche sich dem wackern Lieutenant anschlossen, waren in einigen Minuten umringt und aufgefordert sich zu ergeben. Kaum hatte jedoch der Tapfere in seinen Gegnern übergegangene kaiserliche Soldaten bemerkt, als er mit dem Ausrufe: „ein Rebell bekommt meinen Säbel nicht!" den feindlichen Officier niederhauen wollte, welcher den Hieb jedoch parirte und nun mit seinen Leuten die braven Pionniere die sich nicht entwaffnen ließen niedermachte! Aus dreißig Wunden blutend hauchte der junge Held seine Seele aus.

Als die erbeuteten ärarischen Cassen commissionell eröffnet und deren Inhalt aufgenommen wurde, ließ Damjanich alle Privat- und Depositengelder einzelner Personen, sowie die Documente die sich darin befanden absondern, und sandte sie Tags darauf mittelst Parlamentär an die kaiserliche Armee nach Abony. Die gefallenen Kaiserlichen ließ Damjanich feierlich auf militärische Weise und mit allen Ehren bestatten, wo sie in einem gemeinschaftlichen Grabe einer bessern Welt entgegenschlummern. Die verwundeten Gefangenen aber erhielten, wie Augenzeugen versichern, eine sorgsame getreue Pflege.

B.

(5387) **Todes-Anzeige.**

Es hat dem Allmächtigen gefallen unsere innigst geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter die verwittwete

Josepha Ursula Maria Freifrau v. Herding, geb. Gräfin v. Saint-Martin,

Palastdame J. M. der Königin von Bayern,

nach einem kurzen Krankenlager zu sich zu rufen.

Sie starb, versehen, gestärkt und getröstet mit allen heiligen Sterbsacramenten, an einer Darmlähmung den 25 November 1849, Morgens 7¼ Uhr, 79 Jahre 1 Monat und 14 Tage alt.

Wer die Verewigte kannte, wird unsern gerechten Schmerz fühlen und uns stille Theilnahme schenken.

Mannheim, den 26 November 1849.

Max Joseph Freiherr v. Herding, königl. bayer. Kämmerer.
Maria Magdalena Fürstin zu Isenburg-Birstein, geb. Freiin v. Herding.
Caroline Gräfin v. Buol-Schauenstein, geb. Prinzeß zu Isenburg-Birstein.
Carl Graf v. Buol-Schauenstein, k. k. Kämmerer, Geheimer Rath und Gesandter zu St. Petersburg.
Josephine Gräfin v. Buol-Schauenstein.
Alexandrine Gräfin v. Buol-Schauenstein.

[5384] **Bekanntmachung.**

Die Gewerkschaft des Zwitterstockwerks zu Altenberg beabsichtigt das ihr gehörige, im Königreich Sachsen ohnweit Dippoldiswalde, an der von Dresden über Altenberg nach Teplitz führenden Chaussee, gelegene Eisenhüttenwerk zu Schmiedeberg, welches hauptsächlich in einem Hohofen, zwei Cupolöfen, einem Eisensteinpoch- und Schlichwerke, auch Schleifer- und Schmiedewerkstelle, ingleichen einer Frischhütte und Zeughütte, nebst den dazu gehörigen Eisensteingruben zu Schellerhau, Reichstadt und Johnsbach, auch einem Anthracitwerke zu Schönfeld besteht, zu verkaufen, oder nach Befinden zu verpachten. Alle diejenigen welche auf ein solches Geschäft einzugehen geneigt seyn sollten, werden daher hiervon mit dem Ersuchen in Kenntniß gesetzt, wegen ihrer dießfallsigen Gebote an die unterzeichneten gewerkschaftlichen Inspectoren oder an den gewerkschaftlichen Oberfaktor, Gerichtsdirector Rüger zu Dresden, Pirn. Vorstadt Langegasse Nr. 42 werden zu wollen.

Dresden, den 18 December 1849. Curt v. Lüttichau. C. F. Müller.

[4913—15]

Einladung zur Theilnahme.

Mit erstem März k. J. wird in Venedig ein

„Deutsches Handels-Blatt“

erscheinen.

Italiens reicher üppiger Boden liefert Producte in Menge, deren Bedarf unerläßlich, deren Werth daher anerkannt ist.

Italiens Lage an der Küste zweier Meere, längs der Straße nach der Levante und Nordafrika, ist für den Handel von ungemeiner Wichtigkeit.

Venedig, durch seine geographische Lage, ist zum Theile bestimmt der Ausfuhrsort deutscher und schweizerischer Erzeugnisse nach den Häfen des südlich-adriatischen und mittelländischen Meeres, so wie der Stapelplatz der Producte des südlichen Italiens, Aegyptens und der Levante zu seyn, wozu es für das südliche Deutschland besser als Triest oder Genua geeignet ist.

Aus diesem Grunde also ist eine Annäherung Deutschlands an Italien und daher auch an Venedig von großem Nutzen, da sie dem erstern oft noch unbenützte Absatzwege und vortheilhafte Bezugsquellen eröffnen kann.

Um aber diese Annäherung so viel als möglich in das Werk zu setzen, ist ein Blatt nützlich das die Handelsverhältnisse Italiens im allgemeinen bespreche, dabei vorzüglich jene berücksichtigend die für Deutschland von Nutzen seyn können.

Eine Zeitung also die sich diese Aufgabe stellen würde, um sie mit der höchstmöglichen Vollkommenheit zu lösen, müßte bei der Handelswelt Deutschlands wohl Anklang finden.

Diese Betrachtungen veranlassen mich die Herausgabe eines Handels-Blattes vorzunehmen dessen Tendenz es seyn wird, Italiens commercielle Lage mit Sachkenntniß zu besprechen. Die Lage Venedigs insbesondere im Auge behaltend, wird es überdieß Handelsberichte vom Osten, so wie vollständige Berichte über den Gang und den Absatz deutscher Producte und Industrie-Erzeugnisse in jenen Ländern bringen.

Der Weg den ich einzuschlagen beabsichtige ist nicht neu, doch nicht sehr betreten. Möge jener Stand dem das Blatt vorzüglich gewidmet ist, demselben jene Theilnahme schenken die der Gegenstand den es behandeln wird verdient. Möge er beachten daß der Anfang jedes Unternehmens schwer, daß günstige Erfolge nie von den Anstrengungen Einzelner erreicht werden konnen, sondern des Beistandes in Wort und That Aller bedürfen.

Möge endlich meinem Unternehmen ein besseres Loos werden als neuen Vorschlägen gewöhnlich zu Theil wird.

Der Redacteur **Franz Greil.**

[5374—76] Binnen zehn Tagen die **zweite** Auflage!

Soeben ist bei **Jaspe** **Hügel** und **Manz** in **Wien** erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu haben:

M. G. Saphir's
herz — scherz — und schmerzhaftes
Sylvester-Büchlein
für die Neujahrsnacht 1849 — 50,

oder:

Der „Humorist“ und der deutsche Michel gießen Blei,
Wer Lust hat, der komm' und steh' dabei!

Mit vielen Illustrationen.

Preis **30 kr. C.-M.** oder **10 Ngr.**

Inhalt: Hammer- und Glocken-Spiel. — Sylvester-Nachtwächter-Lied. — Monat Januar bis April. — Sylvester-Abend-Näschereien. — Deutsche Zopf-Höhen-Karte. — Was ist des Zopfes Vaterland? — Deutschlands Einheit auf andere Art. — Mißverständnisse. — Gedanken auf Tod und Leben. — Cholera-Portefeuille des Innern. — Kleines Jäger-Brevier. Dr. Sassafraß, Haus-, Taschen- und Herz-Apotheke. — Der Wind auf dem Stephansplatz. — Deutsche Wartburg. — Charivari-Album und Quodlibet. — „Der Humorist“ und der „deutsche Michel“ gießen Blei. — Eine schauderhafte Morithat.

☞ **Sämmtlich Original-Artikel aus M. G. Saphir's Feder.** ☜

[4515—17] ☞ **Für Auswanderer!!** ☜

Größer als je mag im nächsten Jahr die Zahl der Europamüden seyn, welche jenseit der Weltmeeres eine neue Heimath suchen und finden werden. Es gilt daher zu diesem Schritte sich vorzubereiten, welchem Zwecke die ihren vierten Jahrgang beginnende, unter Mitwirkung der HH. Dr. **Büttner** und **Tr. Bromme** von **G. M. v. Roß** redigirte

Allgemeine
Auswanderungs-Zeitung

entspricht. Dieselbe erscheint im Verlage des **Allg. Auswanderungs-Bureau** in **Rudolstadt** von Neujahr an wöchentlich dreimal und kostet vierteljährlich nur $^3/_4$ Rthlr. oder 1 fl. 20 kr. rhein.

Zur Kenntnißnahme für Auswanderer bestimmte Anzeigen finden in unserer Zeitung die wirksamste und weiteste Verbreitung.

☞ Bestellungen nehmen alle Posten und Buchhandlungen an. Probeblätter werden auf Verlangen gratis geliefert.

[4901] In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der Katholicismus
unter
der Fackel der „Enthüllungen
über die wirkliche Todesart Jesu.“

Nebst einer Einleitung:

die Enthüllungen und ihre Gegenschriften.

Leipzig. **Chr. E. Kollmann.** Geh. $^1/_2$ Rthlr.

[4904—5] Bei **F. E. C. Leuckart** in **Breslau** ist mit hoher fürstbischöflicher Approbation soeben erschienen und durch jede Musikalien- und Buchhandlung des In- und Auslandes zu beziehen:

Choralbuch
für den katholischen Gottesdienst.

Nebst einem Anhang: **Vorspiele** zu den Melodien der Predigtlieder von **Moritz Brosig,** Domorganist zu Breslau.

8tes Werk. Preis 1 Rthlr.

Die Texte zu diesem Choralbuch sind unter dem Titel: **„Gesangbuch für den katholischen Gottesdienst** gesammelt und herausgegeben von Moritz Brosig“ erschienen und zum Preise von 6 Sgr. durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Das Bedürfniß nach einem katholischen Choralbuch, welches eine strengere und ernstere Richtung als es gewöhnlich der Fall ist, sich zur Aufgabe macht, ist ein schon längst und wiederholt ausgesprochenes. Es mußte sich dasselbe immer dringender herausstellen, je mehr man sich überzeugt daß ein einfacher und würdiger Choralgesang das unentbehrlichste und erfolgreichste Erbauungsmittel bei der gemeinsamen Gottesverehrung ist.

Insbesondere aber dürfte das obenbezeichnete Werk geeignet seyn in den Schullehrer-Seminarien den rechten Sinn für religiösen Volksgesang zu erwecken, sowie zukünftigen Organisten als Richtschnur für die Behandlung der Choräle und der dieselben vorbereitenden Vorspiele (wie deren im Anhange enthalten sind) zu dienen.

In demselben Verlage sind erschienen:

Lieder zum Gebrauch beim sonn- und wochentäglichen Gottesdienste auf katholischen Gymnasien, herausgegeben von **Bernard Hahn,** Domkapellmeister in Breslau. 3te Auflage 8 Sgr. oder 24 kr. C.-M.

Diese aus 33 mehrstimmigen Kirchenliedern bestehende Sammlung hat für jeden Freund des edlern religiösen Gesanges einen unschätzbaren Werth.

[4781—88] Bei **Otto Wigand,** Verlagsbuchhändler in **Leipzig,** ist eben erschienen:

Die Katastrophe
in Ungarn.

Original-Bericht

von **Ludwig Kossuth** aus Widdin.

Gr. 8. geh. 1849. $7^1/_2$ Ngr.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 6 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Donnerstag — Nr. 361. — 27 December 1849.

Da mit diesem Monat das vierte Quartal der Allgemeinen Zeitung zu Ende geht, so bitten wir die Bestellungen möglichst frühzeitig bei den betreffenden Postämtern zu machen, damit nicht für die zu spät sich Meldenden unvollständige Exemplare geboten werden müssen. Es werden auch Bestellungen auf ein Vierteljahr angenommen. Die auswärtigen Abonnenten belieben sich mit ihren Bestellungen an die zunächst gelegenen Postämter und Zeitungs-Expeditionen, in den österreichischen Staaten an die dortigen k. k. Postämter, in Frankreich an Hrn. G. A. Alexandre in Straßburg und Paris und Hrn. F. Klincksieck, Nro. 11 Rue de Lille in Paris; in England an die HH. Williams and Norgate 14 Henrietta Street, Covent Garden, London, zu wenden. Gemäß Uebereinkunft zwischen den Postverwaltungen von Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen General-Postdirection wird, mit Ausnahme von Bayern wo der Preis unverändert bleibt, in diesen Ländern die Allgemeine Zeitung künftig 19 fl. 8 kr. oder 10 Rthlr. 28 Sgr., in Oesterreich 13 fl. 57 kr. Conv.-M., jährlich kosten, und viertel- und halbjährlich abgegeben werden.

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (Abschiedsschreiben des Reichsverwesers. Der Erzherzog an Dr. Ennemoser. v. Linde. Die Vertretung der Einzelregierungen); München (die jüngsten Assisen. Erzherzog Johann am 2 Januar in München erwartet. Die Telegraphenverbindung mit Salzburg-Wien bis zu Neujahr vollendet. Der Paolo Veronese auf dem Monte Berico. Antwortsnote von Preußen. Wohlthätigkeitsact Sr. Maj. des Königs. Die ärztliche Berathungscommission. Die badischen Militärdecorationen); Darmstadt (die Zusammensetzung des Landtags und die Verhaftungen); Leipzig (Hrn. v. Gerlachs Sendung); Dresden (ein Antrag, die Minister in Anklagestand zu setzen); Thüringen (in Sondershausen die Verfassung zu Stande. Rudolstadt, Altenburg und Erfurt. Verfassung in Weimar); Bückeburg (die Ministerkrisis durch „Serenissimus Regens" beendigt); Hannover (Hoffnungen für die Süd- und Westbahn. Die jüngsten Verhandlungen über die deutsche Frage); Berlin (Temme. Preuß. Ein Ministerium Arnim-Boitzenburg in Aussicht. Eine russische Denkschrift. Die Eröffnung der Unterhandlungen in Kopenhagen erwartet); Salzburg (der Telegraphenanschluß an Bayern. Steinheil); Wien (der niederösterreichische Gewerbverein und die Frankfurter Deputation. Truppen nach Oderberg und Krakau); Triest (die Donauschifffahrt wieder belebt. Truppenbewegungen. Das Corps am Isonzo. Ein französisches Geschwader erwartet).

Großbritannien. Protectionisten und Reformer. Die Times über Piemont. Die Britannia-Brücke.

Frankreich. Veränderungen im diplomatischen Corps. d'Arlincourt und der Orleanismus. De Bourqueney. Mobilgarde und Fremdenlegion.

Niederland. Beschränkung des Deficits auf 3 Millionen. Die Lehr- und Lernfreiheit im höhern Unterrichtsgesetz. Eine indische Post.

Italien. Venedig (Aussehen der Stadt. Radetzky); Verona (Graf Wrbna †.)

Schweiz. Bern (Vertagung der beiden Räthe. Ihre letzten Beschlüsse).

Dänemark. Die Verlängerung des Waffenstillstands widersprochen.

Rußland und Polen. Von der polnischen Gränze (unbeglaubigtes Gerücht vom Einrücken russischer Truppen im Königreich Polen. Die neueste Verschwörungsfabel. Die wahrscheinliche Verschiebung der türkischen Differenz bis zum Frühjahr).

Datum der Börsen: Madrit 17; London 22; Berlin, Wien 24 Dec.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24 Dec. Die Fr. O.-P.-A.-Z. theilt das Dankschreiben mit welches der frühere Reichsverweser an die eben aus dem Amt getretenen Reichsminister gerichtet hat. Es lautet: „Bei der Beendigung unserer gesellschaftlichen Verbindung habe ich die angenehme Pflicht zu erfüllen Ihnen, meine Herren, meinen Dank für die Mitwirkung zu sagen die Sie mir bei der Verwaltung meines Amtes gewährt haben. Sie haben sich dieser Mitwirkung zu einer Zeit unterzogen wo die schon begonnene Auflösung der Nationalversammlung der Erhaltung des noch übrigen Organs für die Gesammtheit der deutschen Staaten eine erhöhte Wichtigkeit gab, wo aber auch Anfeindungen von verschiedener Art und von verschiedenen Seiten diese Erhaltung schwieriger machten. Unter solchen Umständen erforderte schon die Uebernahme Ihrer Aemter eine Aufopferungsfähigkeit, die nach den Erfahrungen welche ich bei der damaligen Neubildung des Ministeriums gemacht habe, sich keineswegs häufig findet. Die Durchführung Ihrer Aufgabe aber war nur durch ein besonnenes und unerschütterliches Ausharren möglich, eine Eigenschaft die seltener ist und höher steht als der Muth einer raschen That. Deßhalb hat sich auch in dem Maße wie diese Eigenschaft von Ihnen bewährt ist, die Anerkennung vermehrt, die Ihnen zu Theil wurde und der ich jetzt nur den Ausdruck leihe, indem ich zugleich für die Freundschaft welche Sie mir erwiesen meine dauernde Verpflichtung mit Vergnügen ausspreche. Frankfurt, den 20 Dec. 1849. Erzherzog Johann."

Die Innsbrucker Ztg. enthält nachstehenden Brief Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Johann an Dr. Ennemoser in München, datirt aus Frankfurt vom 16 Dec. 1849: „Seitdem ich Sie gesehen (Frankfurt Ende September) ist neuerdings eine ziemlich lange Zeit verflossen, eine für mich nicht weniger bittere Zeit als die frühere. Jetzt wird es nun mit meinem Abgehen Ernst, in wenigen Tagen werde ich von meiner bisher bekleideten Würde abtreten und dann mich sogleich der Heimath zuwenden. Wenn man bei meinem Abgehen von mir eine Ansprache an das deutsche Volk erwartet, so irrt man sich sehr; nicht daß es mein Herz nicht drängte gar vieles zu sagen, aber jetzt, wo alle Leidenschaften rege, alle Parteien rührig sind, wo es unmöglich ist, wenn man auch streng wahr und parteilos bleibt, nicht durch die jedes Wort ausbeutende und auslegende Presse Anlaß zu mannichfaltigen Erörterungen zu geben und dadurch die Aufregung zu vermehren, muß ich meine Gefühle, meine Ansichten und mein Urtheil kundzugeben, einer spätern Zeit vorbehalten. Ich ziehe daher vor jede Aufregung, jedes Urtheil mich betreffend für dießmal zu tragen und das letzte Opfer noch durch mein Schweigen zu bringen. Schweigen ist auch reden und hat eine Bedeutung; die Folge dürfte es beweisen. Einen Abschied zu nehmen welcher aus bloßen, wenn noch so schönen Phrasen bestehen würde, kann nicht befriedigen und wäre unpassend jener Achtung die ich Deutschland stets zollte, und unwürdig der Stellung die ich einnahm. Mir scheint (ich will hier nur ein paar Gegenstände als Beispiel anführen) ein festes Ausharren in der letzten Zeit, solange als es nur möglich war im steten Kampfe mit Hemmnissen und Beschränkungen jeder Art, mein treues Bewahren des einzigen Gemeingutes Deutschlands, seiner Flotte, welche ich als ein mir anvertrautes Pfand betrachtete, das Abwarten des Beitrittes aller Regierungen zu dem neuen Provisorium, solange es nur möglich war, sind Belege meines redlichen Willens und Handelns und meiner Treue, wo es auf Bewahrung gemeinsamer Interessen, auf Erhaltung des Friedens ankommt. Es gäbe noch viele Gegenstände zu be-

rühren, allein ich will davon keine Erwähnung machen; sie liegen so klar da und die Geschichte wird die Wahrheit kundgeben. Ich habe Ihnen in Kürze meine Ansichten nun mitgetheilt: wenn ich auch mich nach meinem heimischen Herd sehne, um meinem Gemüthe eine Erholung zu gönnen, so scheide ich aus Frankfurt mit einem wehmüthigen Gefühle, wenn ich denke was hätte werden können und was geworden ist, und wo die Schuld liegt. Man hätte dem deutschen Vaterlande mehrerlei Leiden ersparen können; denn wir sind vom Ziele weit entfernt. Während meines 1½jährigen hiesigen Aufenthaltes habe ich so fleißig wie möglich gesammelt; diese Mühe soll nicht verloren seyn; ich will mich über eine Zusammenstellung des Ganzen machen, allein dermalen ist es nicht möglich. Jeder — ich selbst nehme mich nicht aus — ist in jetziger Zeit in einem gereizten Gemüthszustande, wie kann man da mit der nothwendigen Unbefangenheit die Ereignisse darstellen und die Menschen welche wirkten? Und dieß ist nothwendig, wenn es der Nachwelt als ein brauchbarer Beitrag zur Geschichte unserer Zeit hinterlassen werden soll. Für Deutschland, was mir immer theuer bleibt, kann ich für dermalen nur die besten Wünsche machen, und da wo man mich hören will, sprechen. Nachdem man in Folge der in Oesterreich eingetretenen neuen Gestaltung für gut befunden, ohne daß ich es begehrte, mich von meiner bisher durch 49 Jahre bekleideten Stelle eines Directors des Geniewesens zu entheben, folglich mich kein Geschäft fesselt, so ziehe ich nach meinen kleinen Besitzungen; meine eigenen durch längere Zeit vernachlässigten Angelegenheiten, die verschiedenen Vereine die ich in das Leben gerufen, und welchen ich vorstehe, endlich die Zusammenstellung meiner seit dem Jahre 1800 gesammelten Materialien und meines seit 1808 geführten Tagebuches geben mir genug Beschäftigung; übrigens bin ich stets bereit meinem Kaiser und Vaterlande zu dienen. Diesen Winter wollte ich in Meran zubringen, denn sowohl mir als meiner Frau thut es noth einem wärmern Klima während der rauhen Jahreszeit nachzugehen, um den gichtisch-katarrhalischen Anfällen zu entgehen; dieß ist für den dermaligen Winter nicht mehr möglich, ich muß es für den nächsten verschieben. Leben Sie, bis ich das Vergnügen habe Sie wieder zu sehen, recht wohl. Ihr aufrichtigster Johann."

§§ **Frankfurt a. M.,** 23 Dec. Der geh. Staatsrath v. Linde soll, so sagt man, von der Bundescommission in Thätigkeit gesetzt werden. Ihre Leser wissen daß er die großh. hessische Regierung bei den bekannten Wiener Ministerialconferenzen vertrat, und der Redacteur der Beschlüsse gewesen ist. Seine Verwendung würde darum sehr bezeichnend seyn, und weil er von den unveränderlichen Grundsätzen nach denen er im hessischen Staatsdienst handelte, kein Hehl gemacht hat, darauf hindeuten daß die Zeit zu deren Geltendmachung zurückgekehrt sey. Was wahres daran ist, muß sich nächster Tage zeigen. Unterdessen soll Hr. v. Linde hier angekommen seyn. Die Bundescommission ist mit ihrer innern Organisation beschäftigt, soll aber, wie man vernimmt, auch bald Lebenszeichen durch ihre Thätigkeit nach außen geben wollen. Die Notification von der geschehenen Installirung wird von Wien und Berlin aus an die Höfe gelangen. An sich etwas überflüssiges, weil nach der vorgängigen Zustimmung aller Höfe zum Interim die Legimation der zur Geschäftsführung beauftragten Personen nur unter sich und gegen den Reichsverweser erforderlich war, und ohne Zweifel erfolgt ist weil der Hr. Erzherzog sonst nicht in ihre Hände resignirt haben würde. Die Männer der alten Zeit bringen aber wieder die alten Formen mit, und sind gerade in demselben Grade geneigt sie für wichtig und hauptsächlich anzusehen als das Gegentheil bei der abgenutzten Partei, den Schößlingen des Frühlings von 1848 der Fall war. Wiewohl Preußen sich bereit erklärt hat die sämmtlichen zu dem Dreikönigsbündniß vereinigten Regierungen bei dem Interim zu vertreten, so verlautet doch mit großer Bestimmtheit daß einzelne demselben angehörige Regierungen besondere Bevollmächtigte hier bestellen wollen. Man braucht kein Prophet zu seyn um vorauszusagen daß ein solcher Anfang nicht ohne Einwirkung bleiben, und daß das Beispiel unwiderstehlich seyn wird sobald das Interim in Ermanglung des schnellen Zustandekommens einer neuen Bundesverfassung sein Leben über den 1 Mai hinaus erstrecken wird. Man glaubt daß Oesterreich die besondere Repräsentation aller Staaten gern sehen werde, zunächst weil, sofern sie durchgeführt wird, nichts leichter wäre als der Schritt vom Interim zum Bundestage; und dann weil gehofft wird daß das Gefühl der Sicherheit auch durch das Walten der Bundescentralgewalt werde eingeflößt werden können, daß damit das eigentliche Motiv zum engern Bunde für die Regierungen verschwinde, und daß die doppelte Stellung als souveräner Staat im großen Ganzen und als Glied in dem Bundesstaat, wenn nur die Wahl gegeben ist, nicht als haltbar befunden und die erstere als ansprechender und genügender erkannt werden möge. Sie sehen daß wir in die Zeit der Conjecturalpolitik zurückkehren. Inzwischen kann nicht ausbleiben daß nächstens sich auch Thatsachen ergeben, vermittelst deren dann sich ein berechtigteres Urtheil über das was in der nahen Zukunft unser wartet, sich bilden läßt.

Bayern. | **München,** 23 Dec. Da Ihre Beilage den Anfang einer Reihe von Briefen über die „Schwurgerichte in Deutschland" bringt, so wird Ihnen auch eine kurze Erwähnung der letzten oberbayerischen Assise nicht uninteressant seyn. Mit dem 1 Januar 1849 trat unser neues Strafverfahren ins Leben, und im Lauf des verflossenen Octobers fand die dritte ordentliche Quartalassise statt. Der Umstand daß viele Fälle aus dem vorigen Jahre für den neuen Proceß aufbehalten wurden, dann die auf dem flachen Lande überhandgenommene Unsicherheit der Personen und des Eigenthums, ergab — um dieselben Geschwornen nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen — die Nothwendigkeit im Laufe dieses Monats eine außerordentliche Assise zu halten. Sie schloß am 20 December, nachdem in 14 Sitzungstagen 12 Fälle mit 18 Angeklagten, wovon nur 3 des Diebstahls Beschuldigte ein „Nicht schuldig" erreichten, abgeurtheilt worden waren. Bei 5 Fällen war die Anklage auf Diebstahl gerichtet, wobei zu bemerken ist daß nur die schwereren Fälle sogenannter „ausgezeichneter" Diebstähle vor die Assise gelangen, 2 betrafen Raub des vierten, d. i. höchsten Grades, 1 körperliche Mißhandlung mit erfolgtem Tod, 1 Kindsmord, 1 Versuch des Gattenmordes, von der Frau am Manne verübt, und 2 betrafen Mord. In den beiden letzten Fällen mußte auf Grund des Verdicts die Todesstrafe erkannt werden, sie wird aber, wie der Präsident selbst ohne bestimmte Versicherung in Aussicht stellte, nicht vollzogen werden. Dieses hat wohl nur seinen Grund darin daß nach dem noch theilweise geltenden Feuerbach'schen Strafgesetzbuche die Todesstrafe überall nicht erkannt werden durfte wo lediglich auf einen Indicienbeweis hin verurtheilt wurde. Diese Bestimmung fiel zwar gleichzeitig mit der Beweistheorie selbst, indeß scheint das Ministerium, indem es die Todesstrafe nicht abschaffen will, doch deren Vollzug so lange aussetzen zu wollen bis ihre Anwendbarkeit auf eine neue und engere Basis begründet ist. Es lohnt wohl der Mühe auch mit ein paar Worten zu erwähnen welcher Art die beiden Mordfälle waren. In dem einen hat ein Jägerbursche einen Bauern meuchlings erschossen, ohne daß eine andere Veranlassung aus der Verhandlung hervorging, als daß damals Jäger und Landleute wegen der herrschenden Jagdanarchie in gespannten Verhältnissen standen, und der nun Verurtheilte für seine anderweitig bewiesene bodenlose Rohheit ein gerade sich bietendes Opfer willig hinschlachtete; Mörder und Gemordeter kannten sich kaum. Der zweite Mord ward von einem 19jährigen Burschen auf grausame Weise an einem 13jährigen verübt, wie es scheint nur um ein paar silberner Rockknöpfe willen. Da haben Sie ein Muster der Sittlichkeit in dem glücklichen Ober- wie Niederbayern, denn die vorangegangenen Assisen stehen an Schrecklichkeit der Fälle diesen kaum um vieles nach, der Zahl nach aber übertreffen sie die letzte. Die nächste ordentliche Assise beginnt am 14 Jan., und schon ist es gewiß daß ihr alsbald wieder eine außerordentliche folgen muß. Ein nicht zu übersehendes Moment ist es daß die schwersten Verbrechen dem Orte der Begehung und den Verübern nach fast ausschließend dem flachen Lande angehören. Also nicht die vielverdammte Sittenverderbtheit der Stadt und der Städter ist das fruchtbarste Feld der Verbrechen, sondern die Rohheit die, neben allerdings vielen höchst schätzenswerthen Elementen, auf dem Lande heute noch fortbestehen kann. Unwillkürlich erinnert man sich hiebei jener Kammerreden, deren Autoren sich besonders rühmen „das Volk in der Hand zu haben," und welche sich geberdeten als hätten sie die heilige Pflicht das Eden Altbayern mit feurigem Schwert gegen norddeutsches Proletariat und jüdische Pestilenz zu schützen; hier wäre ein Terrain für ihren Local-Patriotismus und ihre Humanität, denn die heutigen Criminalgeschichten zeigen daß die Erziehungsresultate bei der jetzigen Generation nicht allzu glänzend waren. Eine Hoffnung mit daß es besser werde, scheint in den neueren politischen Instituten, in der Preßfreiheit und in der Oeffentlichkeit der Rechtspflege zu liegen.*) Welch befriedigenden, ja staunenswerthen Eindruck und Einfluß die letztere gerade hier übte, darüber ein andermal, falls mir die erschöpfenden Notizen Ihres sachkundigen m Correspondenten noch Stoff zu einer wiederholten Erwähnung dieses Gegenstandes übrig lassen.

*** **München,** 23 Dec. Die von Ihnen neulich gegebene Nachricht von der Zerstörung des herrlichen Gemäldes von Paolo Veronese auf Monte Berico bei Vicenza wird gewiß viele Freunde der Kunst erschreckt haben. Ich glaube deßhalb eine mir unmittelbar aus Vicenza zugekommene Nachricht in Betreff dieses Umstandes Ihnen mittheilen zu sollen. Das Gemälde (das übrigens keine Hochzeit zu Cana vorstellt, sondern den Heiland als Pilger an der Tafel Gregors d. Gr.) ist allerdings bei der Erstürmung von den österreichischen Truppen in Stücke geschnitten worden. Aber die Stücke (6 oder 7) sind gerettet, es fehlt keines, und in diesem Fall wird es italienischer Restaurationsgeschicklichkeit

*) Wir verweisen dagegen auf die englischen und französischen Assisen!

bald gelingen das Werk, das zu den vorzüglichsten des Meisters gehört, wieder zusammenzusetzen. So lauten meine Nachrichten aus Vicenza, und ich habe keine Ursache ihnen zu mißtrauen.

♂ **München**, 25 Dec. König Max ließ zu Weihnachten 500 fl. an arme Schulkinder der Stadt und Vorstadt Au vertheilen. — Die durch die Abreise Hrn. v. Rosenbergs erledigte Stelle eines Legationssecretärs bei der k. preußischen Gesandtschaft dahier hat Hr. v. Chambrier übernommen. — Zu der am 7 Jan. 1850 dahier zum Behufe einer Reorganisation des bayerischen Medicinalwesens mit dem Obermedicinalausschusse zusammentretenden ärztlichen Berathungscommission wurden von den einzelnen ärztlichen Kreisvereinen Bayerns nachfolgende Deputirte gewählt: 1. vom Kreisverein für Oberbayern der prakt. Arzt Dr. Blöst in Traunstein, 2. für Niederbayern der Stadtgerichtsarzt Dr. Erhard in Passau, 3. für Schwaben und Neuburg der Gerichtsarzt Dr. Geis in Füssen, 4. für Oberfranken der prakt. Arzt Dr. Rapp in Bamberg und 5. für Unterfranken Gerichtsarzt Dr. Oegg in Aschaffenburg; die Wahlen der übrigen drei Kreise sind theils noch nicht bekannt, theils müssen dieselben wegen ungenügender Resultate wiederholt werden. — Diesen Abend brachten die Mitglieder der k. Hofcapelle, unterstützt von einem sehr zahlreichen Sängerchor, Haydn's „Schöpfung" zur Aufführung; der ganze königl. Hof wohnte der Aufführung bei. — Se. Maj. der König hat sich bewogen gefunden inhaltlich allerhöchster Entschließung vom 11. d. zu bewilligen daß die zur Zeit der Bekämpfung des Aufstandes im Großherzogthum Baden im dritten, dem Neckarcorps einverleibt gewesenen Jägerbataillon gestandenen Officiere, Unterofficiere und Soldaten die ihnen von Seite Sr. k. Hoh. dem Großherzog von Baden in Anerkennung der hiebei erworbenen Verdienste zu Theil gewordenen Auszeichnungen annehmen und tragen dürfen.

e **München**, 26 Dec. Nach heute aus Frankfurt hier angelangten Nachrichten ist die Abreise des Erzherzogs Johann von dort nunmehr auf den 30 d. M. festgesetzt. Die Abreise wird durch ein leichtes Unwohlseyn des Grafen von Meran verzögert. Se. kaiserl. Hoheit will, wie es heißt, noch am 30 Abends in Stuttgart eintreffen, und gedenkt nach eintägigem Aufenthalt in der württembergischen Hauptstadt am 2 k. M. in München zu seyn. Man hofft daß Höchstderselbe ein paar Tage hier ausruhen werde. — Die Notiz der Würzburger Ztg. über das Ableben des Oberstlieutenants von der Tann daselbst hatte hier im ersten Augenblick einige Beunruhigung erzeugt. Viele dachten an den hiesigen Oberstlieutenant Ludwig von der Tann, den ritterlichen und tapfern Kämpen im schleswig'schen Streite. Der in Würzburg Verstorbene ist ein Vatersbruder des hiesigen. — Gestern wurde unser Telegraph zum erstenmal in Probe gesetzt, welche heute wiederholt wurde. Es ist nun definitiv bestimmt daß die regelmäßige Telegraphenverbindung mit Salzburg am 1 Jan. 1850 beginnen solle. — Von Seite Preußens ist eine Erwiederung auf die bayerische Note bezüglich des Erfurter Reichstags vor einigen Tagen übergeben worden. Wie ich höre, ist ihre Fassung sowie sie eine Ihrer Berliner Correspondenzen bereits bezeichnete. Die weitere Entwicklung des preußisch-deutschen Parlaments scheint nun abgewartet werden zu wollen.

Gr. Hessen. o **Darmstadt**, 24 Dec. Die Wahlen zu unserer ersten Kammer sind noch sehr im Rückstand; doch läßt sich das Ergebniß bereits mit ziemlicher Gewißheit voraussehen. Vom Standpunkt der Regierung und der Freunde des Bundesstaats betrachtet, fallen sie ungleich günstiger aus als die zur zweiten. Ein Drittheil höchstens wird zur Demokratie gehören. Beamte sind in der Ueberzahl, zum Theil vormärzlichen Geistes. Eine Mehrheit wird der Regierung wohl unbedingt gehören; eine größere den constitutionellen Grundsätzen, solange die Regierung daran festhält. Will man eine Analogie aus unserm Vereinswesen entlehnen, so verträte die zweite Kammer die demokratischen, die erste die constitutionell-monarchischen Vereine. Die eigentliche Mittelpartei, die der Vaterlandsvereine, scheint wie gewöhnlich am schwächsten vertreten. Ob nun die neugeschaffene Kammer einen Anhalt in der öffentlichen Meinung und eine Gewähr für ihre Dauer sich erringen wird, das muß sich wohl nächstens zeigen nachdem die Bahn eröffnet ist. Im allgemeinen sind wir den Doppel-Kammern in den deutschen Kleinstaaten nicht hold, und die bisherigen Leistungen der vielfach gekünstelten Mechanismen und Staatspräparate, die man als erste Kammern aufstellt, sind nicht von der Art um nach weiteren Proben viel Lust zu erwecken. Sie würden sich gewiß als überflüssig erweisen wenn eine wirkliche Centralvertretung einmal vorhanden wäre. Indessen fürs erste mögen und müssen sie gelten, als Schutzwehren für die Regierungen und Bollwerke gegen die Demokratie, solang wir uns in Deutschland überhaupt noch in dem sonderbaren Dilemma befinden, wo man auf der einen Seite den Einzelständen versichert sie hätten jetzt nichts mehr zu bedeuten und sollten sich dem Ganzen nur ein- und unterordnen, während man von der nämlichen Seite her den ganzen Bestand der deutschen Einigung von ihnen abhängig macht. Dieß ist ein Widerspruch, der wohl für den Einzelnen zu lösen ist, aber schwerlich für einen versammelten Körper. Die starke demokratische Mehrheit in der zweiten Kammer scheint übrigens, was die deutsche Frage betrifft, zu schwanken und sich zu theilen. Die Natur der Lage macht sich geltend, die auch den Mann vom bestimmteren politischen Grundsatz in die Mitte zwischen gleichgewogene Möglichkeiten stellt. Wo die Grundsätze aufhören da fangen die Möglichkeiten an, und um sich von dem Verschwinden aller politischen Grundsätze zu überzeugen bedarf es nur eines Blicks in die große Masse der Menschen. Einzelnes was ich von der Stimmung in den Provinzen, namentlich in Oberhessen höre, ist nicht sehr günstig für den Anschluß an Preußen. In der genannten Provinz sollen theils örtliche Interessen, theils die Abneigung vor dem Wahlgesetz entgegenwirken, dessen Ungleichheiten dort besonders schroff hervortreten. Doch gilt dieß zumeist nur von den unteren Classen, an deren selbständiger Ansicht man billig zweifeln darf. Die gebildeten Classen des Landes sind im allgemeinen sehr entschieden für den Anschluß an Preußen. Viele freilich ebensogut für eine preußische Dictatur und eine Art von „Aufgehen in Preußen," als für den legalen „Bundesstaat unter preußischer Oberleitung." Von dieser Seite beginnen denn auch die Vorbereitungen zu den Wahlen nach Erfurt; eine Besprechung hat hier stattgefunden, bei welcher der constitutionell-monarchische und der Vaterlandsverein, Constitutionelle de la veille und du lendemain sich betheiligten. Die Demokratie hat noch keinen Entschluß gefaßt, sehr natürlich so lange selbst die Mehrheit der Kammer noch schwankt. Es wäre vielleicht das natürlichste für die Demokratie nach der Kammermehrheit sich zu richten, und wenn diese die Wahlen gutheißt ihr ganzes Gewicht dorthin zu werfen; doch ist zu vermuthen daß der innere Widerwille den Sieg davonträgt und die große Mehrzahl auf alle Fälle vom Wählen abhält. Der erste Zusammentritt des Landtags, verzögert durch die rückständigen Wahlen, ist auf Donnerstag (27) festgesetzt. Um so größeres Aufsehen erregen in der Nähe dieses Termines die Verhaftungen von Mohr, Heldmann und, wie man sagt, auch von Bogen aus Michelstadt, alle drei ehemalige Mitglieder der Nationalversammlung, die beiden ersteren gewählte Abgeordnete des Landtags. Schulz, der bereits hier eingetroffen war, hat sich eilig wieder entfernt, wie man sagt, um einer Verhaftung zu entgehen. Da es nicht glaublich ist daß man diese Abgeordneten wegen ihrer Theilnahme an den Stuttgarter Beschlüssen verfolgen sollte, so räth man auf dieses und jenes. Eins der weniger ungereimten Gerüchte spricht von kürzlich erst entdeckten Indicien für die Beschuldigung des Landesverraths, in Verbindung mit dem badischen Aufstand. Es waltet ein Unstern über den **legalen** Bestrebungen der Demokratie, kaum steht sie einmal stattlich in gesetzlicher Rüstung da, so regen sich auch schon wieder die alten Geschichten und die bösen Conflicte mit den Gerichten und rauben, wenn nicht die besten Führer, doch ein gutes Theil moralischer Wirkung; etwa so wie wenn ein Bräutigam bei der Verlobung von bösen Gläubigern arretirt wird.

*† **Darmstadt**, 23 Dec. Die Verhaftung des pensionirten Vicepräsidenten Dr. Mohr zu Oberingelheim (eines der talentvollsten und rührigsten Glieder der Demokratie, welcher ins Gefängniß nach Mainz abgeführt wurde) fand zu Fithen unweit Mainz statt, als sich Mohr bereits anschickte nach Darmstadt abzureisen, wohin er in die erste und zweite Kammer von rheinhessischen Wahlbezirken gewählt war. Man glaubt daß er für die erste Kammer habe acceptiren wollen. Heute nun ward dahier im Gasthof zur Traube sein College und politischer Glaubensgenosse, wiewohl an Geist und Talent entfernt nicht mit ihm zu vergleichen, Dr. Heldmann aus Selters in Oberhessen, der bereits zum nahen Landtage dahier eingetroffen war, verhaftet und ins hiesige Arresthaus gebracht. Ein dritter im Bunde, Dr. Wilh. Schulz, kaum erst als von Offenbach zur zweiten Kammer Gewählter aus der Schweiz dahier eingetroffen, floh eiligst mit der Eisenbahn in sein Asyl zurück, so daß die Polizei seiner vergebens habhaft zu werden suchte. Alle drei waren bekanntlich auch Mitglieder des Frankfurter Parlaments, und tagten mit dessen Rumpfe in Stuttgart. Dieß ist aber keinenfalls die Ursache der jetzt von den Gerichten so ganz plötzlich und unerwartet gegen sie ergriffenen strengen Maßregeln. Man spricht vielmehr von einem jetzt erst entdeckten Plan derselben zu landesverrätherischen Verbindungen mit dem Ausland während des badischen Aufstands, und bringt damit den in den Casematten von Rastatt gesessenen, jetzt ins hiesige Arresthaus überlieferten vormaligen Oberlieutenant v. Rosenberg in Verbindung. Was hieran gegründetes, muß die Folge bald lehren. Vorerst sind diese Ereignisse natürlich von Einfluß auf unsern Landtag, dessen Eröffnung in diesen Tagen bevorsteht, wahrscheinlich indessen erst nach den Weihnachten stattfinden wird, da schwerlich die für die Eröffnung nöthige Anzahl von wenigstens 15 Mitgliedern der ersten Kammer früher beisammen seyn wird. Die Wahlen zur zweiten Kammer dagegen sind ziemlich vollendet.

Doch wird diese auch im Anfang nicht vollständig seyn. Vier ihrer Mitglieder sind verhaftet: Dr. Wittmann und Accessist Schmitz, und nunmehr auch Dr. Mohr zu Mainz, und Dr. Heldmann dahier. Vogt, der Erreichsregent, von Gießen erkoren, und wie gesagt nun auch Wilhelm Schulz sind in der Schweiz. Zwei weitere Wahlen werden, wie man hört, wegen Bestechungen u. dgl. beanstandet, so daß, träfen auch gleich alle andern 42 ein, doch fürs erste jedenfalls mindestens acht fehlen würden. Ich werde Ihnen dieser Tage eine genaue Statistik beider Kammern geben, da unsere Landtagsgeschichte jetzt in mehr als einer Beziehung für ganz Deutschland von Interesse ist.

Thüringen. In Sondershausen ließ der Fürst dieser Tage dem Landtag ein von ihm unterzeichnetes Exemplar des neuen Verfassungsgesetzes überreichen; und zugleich den Ständen erklären „daß das Verfassungsgesetz, wenn der Landtag damit einverstanden sey, sofort öffentlich bekanntgemacht werden, jedoch erst mit dem 1 Jul. k. J. in Kraft treten solle. Der Landtag beschloß außer einem Dank an den Fürsten: daß das Verfassungsgesetz mit dem 1 Jul. k. J. in Kraft trete, und beantragte die sofortige Verkündigung." — In Rudolstadt kämpfen die Demokraten mit den Constitutionellen recht eifrig, um ihren Candidaten für den Erfurter Reichstag durchzubringen. Wahrscheinlich werden aber die Constitutionellen den Sieg davontragen. — In Altenburg, wo die Demokraten sich der Wahl enthalten, ist v. d. Gabelentz zum Mitglied des Staatenhauses ernannt. Der hiesigen Landesbibliothek haben der vormalige Staatsminister v. Lindenau und der ehemalige Bundestagsgesandte, Graf Beust, ein so reiches Geschenk mit schätzbaren Schriften gemacht daß für 100 Thaler neue Schränke angeschafft werden mußten. — In Weimar ist an den Landtag das von demselben längst erwartete Ministerialdecret, die Abänderungen des Grundgesetzes betreffend, gelangt. Die hauptsächlichsten Abänderungen des Grundgesetzes vom 5 Mai 1816, welches dann als revidirtes Grundgesetz vom 5 Mai 1816 neu publicirt werden soll, bestehen in folgendem: 1) Nachdem das Kammervermögen mit dem landschaftlichen verschmolzen ist, werden sich die Rechte des Landtags auch auf ersteres beziehen 2) Das mit dem bisher in der Verfassung zum Theil noch enthaltenen altständischen Princip zusammenhängende Recht des Landtags gewisse Stellen zu besetzen soll wegfallen. 3) Bei der Bewilligung des Budgets sind nicht immer alle einzelnen Etats Gegenstand neuer Bewilligung für jede Finanzperiode, und es können die Deckungen für Ausgaben, welche vom Staat im Rechtswege verfolgt werden können, nicht verweigert werden. Kommt über das Budget keine Vereinigung mit dem Landtage zu Stande, so wird der bisherige Etat noch ein Jahr forterhoben. Die weitern Aenderungen sind nicht wesentlich und betreffen nur die Redaction.

K. Sachsen. **Leipzig,** 24 Dec. Die Leipz. Ztg., das officielle Blatt, drückt sich in einem ihrer Artikel über die Sendung des Generals v. Gerlach so aus: „Wir halten es für überflüssig den darüber mitgetheilten sehr ungegründeten Nachrichten allenthalben zu widersprechen, und glauben nur die Behauptung als irrig bezeichnen zu müssen als sey Hr. v. Gerlach gesendet worden um Se. Maj. den König und die königl. Regierung zu warnen, da, so viel uns bekannt geworden, der genannte General in Dresden sich vielmehr in sehr beruhigendem Sinn geäußert hat."

Dresden, 24 Dec. An unsere erste Kammer ist von Hrn. v. Watzdorf ein Antrag auf Anklagstellung gegen die Minister gelangt.

F. Lippe. **Bückeburg,** 20 Dec. Die Ministerkrisis ist beendet. Serenissimus Regens, wie es in der amtlichen Bekanntmachung heißt, hat dem Regierungsdirector Langerfeldt die wiederholt nachgesuchte Entlassung ertheilt, und den bisherigen preußischen geh. Justizrath und vortragenden Rath im Justizministerium, Frhrn. v. Lauer-Münchhofen, zum Regierungspräsidenten ernannt. Derselbe ist vorgestern beeidigt und nimmt die von Langerfeldt verliehenen Stellen ein. Er hat dem Landtag gegenüber bis auf weiteres die Verantwortlichkeit für sämmtliche Regierungsgeschäfte allein übernommen. Die frühern Minister sind mit Belassung ihres bisherigen Gehalts und ihres Dienstranges definitiv von der Fortführung der laufenden Geschäfte entbunden. (Ztg. f. Norddt.)

K. Hannover. **Hannover,** 20 Dec. Gestern hatte Landdrost Meyer die Abgeordneten welche sich für den Bau der Süd- und Westbahn interessiren, zu einer Versammlung eingeladen, Stüve gab manche Mittheilungen, der Bau solle bald begonnen und binnen fünf Jahren vollendet seyn, die Kosten betragen 22 Millionen. Die Südbahn wird durch das Leinethal geführt. (W. Z.)

* **Hannover,** 21 Dec. Gestern stand die deutsche Frage, aber auch zugleich ein Regierungsschreiben welches nach Lage der Geschäfte eine längere Vertagung, während der die Ausschüsse arbeiten sollten, beantragte, auf der Tagesordnung. Die Opposition wollte nur eine sehr kurze Vertagung, höchstens bis zum 3 Januar, dann aber die deutsche Frage von der Tagesordnung entfernt. Sie drang deßhalb darauf daß die Tagesordnung umgedreht würde, unterlag aber, da die äußerste Linke mit der Rechten stimmte. Die Opposition beschränkte sich daher bei der Discussion der deutschen Frage lediglich darauf die Verweisung an eine Commission, worauf von der rechten Seite angetragen war, zu bekämpfen. Die äußerste Linke ließ dagegen durch Büren einen Antrag stellen, in der Weise wie er Tags vorher vom Volksverein den Ständen empfohlen war, die Reichsverfassung vom 28 März und das Reichswahlgesetz für rechtsgültig zu erklären, keine andere Reichsgewalt für Deutschland anzuerkennen als die aus dem Willen des nach freier Volkswahl zu ergänzenden deutschen Parlaments hervorgehe, die Regierung aufzufordern nach dem Wahlgesetze vom 7 April das Rumpfparlament sofort ergänzen zu lassen u. s. w. Sie werden den Antrag in den heutigen Zeitungen wahrscheinlich schon gehörig formulirt finden. Der Antrag wurde nicht weiter motivirt und daher auch nicht bekämpft. Die ministerielle Partei drang mit dem Antrag die Sache an eine Commission zu verweisen durch, nachdem eine zweimalige Berathung durch besondern Antrag gesichert war. In der Vertagungsfrage lehnte die Kammer sowohl den Oppermann'schen Antrag auf eine dreitägige Vertagung mit 35 gegen 41 Stimmen ab, als bei namentlicher Abstimmung den Windhorstschen Antrag zu einer Vertagung ohne alle Zeitbestimmung, so daß es zu gar keinem Beschlusse kam. Dieser wird heute wohl nachgeholt werden. Die Opposition, von der sich die äußerste Linke getrennt hat, hat sich in einer Vorversammlung dahin geeinigt die Verweisung der deutschen Frage an eine Commission heute abermals entschieden zu bekämpfen, und wenn dieß nichts hilft, durch Lang II folgenden Antrag stellen zu lassen: „Wenngleich Stände es dahin gestellt seyn lassen auf die von der Regierung vorgebrachten Gründe den vorläufigen Rücktritt von der weitern Mitwirkung zur Ausführung des Dreikönigsbündnisses zu rechtfertigen, so sind sie doch der Ansicht daß dieser Rücktritt insofern einer Rechtfertigung nicht bedarf als die k. Regierung dieses Bündniß einzugehen nicht berechtigt gewesen ist. Je mehr aber Stände beklagen daß die Regierung der Anerkennung der zu Frankfurt festgesetzten Reichsverfassung sich entzogen und sogar zur Beseitigung der Nationalverfassung durch einseitige unbefugte Zurückberufung der hannoverischen Abgeordneten mitgewirkt hat, um so weniger können sie den Beitritt zu dem ohne Zustimmung der Nation eingerichteten s. g. Interim als gerechtfertigt erkennen. Stände halten sich aber zu dem Antrag verpflichtet daß in Gemäßheit der dem deutschen Volke gegebenen Zusicherung die königl. Regierung auf Wiederberufung einer deutschen Nationalvertretung hinwirke, da nur durch eine in Gemäßheit der Bundestagsbeschlüsse vom 30 März und 7 April 1848 berufene Vertretung das zerstörte Werk wieder aufgenommen und das letzte Wort darüber gesprochen werden kann, ob die Nation bei der in Frankfurt festgestellten deutschen Reichsverfassung schließlich beharren oder einer Abänderung nach den Aufstellungen der Regierungen beitreten will. Dabei betrachten Stände es als selbstverstehend daß, wie beklagenswerth auch die augenblickliche Ausschließung eines Theils von Deutschland seyn möge, Abgeordnete der zu Deutschland gehörenden Theile des österreichischen Kaiserreichs nicht weiter hinzugezogen werden können, solange Oesterreich eine solche Vereinigung seiner zu Deutschland gehörenden Theile mit dem übrigen Kaiserstaate, und eine solche Trennung von dem übrigen Deutschland aufrecht erhält, wie sie in der österreichischen Verfassung vom 4 März aufrecht erhalten ist." Es ist wohl wenig Aussicht vorhanden daß dieser Antrag schon jetzt die Majorität findet, da manche Mitglieder der Stände, die sonst wohl für denselben stimmen würden, eine gründliche Prüfung durch die Commission wünschen.

* **Hannover,** 21 Dec. Abends. Der Antrag der Linken, von dem ich heute Morgen schrieb, ist heute noch nicht gestellt, aber darum keineswegs aufgegeben. Ganz merkwürdig gestaltete sich namentlich der heutige Beschluß zweiter Kammer so daß die deutsche Frage von der Tagesordnung entfernt wurde um spätestens bis zum 4 Jan. wieder auf dieselbe gesetzt zu werden. Demgemäß abstrahirte die Kammer auch von einer längern Vertagung und nahm den gestern verworfenen Antrag von einer dreitägigen Vertagung an. Diesem Beschlusse ist auch die erste Kammer beigetreten. Die Regierung widersprach nicht, Stüve erklärte vielmehr daß es ihr lieb seyn werde zu wissen woran sie sey.

Preußen. ∸ **Berlin,** 22 Dec. Beide Kammern haben sich nun bis zum 4 Jan. vertagt. In der ersten kamen noch einige wichtige Momente in der gestrigen Schlußsitzung zur Sprache. Zuerst die Temme'sche Angelegenheit. Der Gesammtvorstand erklärte, durch seinen Berichterstatter, daß er dafür halte daß von der den Kammern gegebenen Befugniß durch eine Criminaluntersuchung verstrickte Mitglieder dennoch einzuberufen nur vorsichtig Gebrauch gemacht werden müsse, und daß überwiegende Gründe, um die Niederschlagung der Temme'schen Untersuchung zu verlangen, nicht vorhanden seyen. Es erfolgte darauf eine Debatte in der hinüber und herüber lebhaft geschossen ward, es schien aber absichtlich mit

blind geladenen Gewehren. Nur ein Oppositionsglied, Striethorst, führte die persönliche Vertheidigung Temme's daß er gewiß bona fide gehandelt, wenn er sich an den Stuttgarter Beschlüssen betheiligt. Es sey „dasselbe Gericht“ das ihn früher wegen Steuerverweigerung eingekerkert und „schmählich detinirt habe“ (im Zuchthause, worauf der Redner in einer späteren Erklärung jene Worte allein bezogen wissen wollte), bis der frühere Justizminister seine Freilassung befohlen, welches ihn jetzt für seine Theilnahme an der deutschen Nationalversammlung wie damals für die an der preußischen verfolge. Die öffentliche Meinung habe aber bereits anders gerichtet; man solle diese Stimme nicht unbeachtet lassen. Ein anderes Oppositionsglied, Martins, hob hervor daß auch die Ansichten der Juristen, ob die Theilnahme an den Stuttgarter Beschlüssen Hochverrath involvire, getheilt seyen. Das Appellationsgericht in Köln habe sie verneint, ebenso das Geschwornengericht in Königsberg. Dieser Zweifel allein reiche hin der Kammer die Verpflichtung aufzerlegen ein Mitglied aus der Haft zu befreien. Man sieht daß die Sache nicht vielen Anklang in der Kammer fand, sonst wäre sie von andern Mitgliedern als denen der äußersten Linken aufgegriffen worden. Aber die Matadore der altliberalen Partei verhielten sich still, entweder weil sie persönlich sich nicht zu Wortführern für Temme hingezogen fühlten, oder weil sie die Angelegenheit in ihrer ganzen Bedeutung jetzt anzugreifen für nicht passend hielten. Letzteres ist wahrscheinlich das wahre Motiv. Es unterliegt keinem Zweifel daß Temme eines von den Mitgliedern der ehemaligen Nationalversammlung ist welche sich durch Verstimmung, Haß, unüberlegten Eifer weit über das Maß fortreißen ließen, welches ihre frühere Bildung, ihre erworbene Kenntniß ihnen als das erreichbare, das allein heilsame vorzeichnen mußte, keinem Zweifel daß Temme durch seine headlong ire, durch seinen krittelnden Fanatismus viel dazu beitrug daß wir, um zu einer Verfassung zu gelangen, den Octroyirungsweg betreten mußten, daß er als Staatsprocurator sich Unterlassungssünden zu Schulden kommen ließ (nach der Zeughausaffaire), die ihn zu andern Zeiten höchst strafbar gemacht hätten; es wäre also nicht zu verwundern, wenn bei den wirklich Freisinnigen wenig Sympathien für einen Mann sich zeigten der, in seinen Jahren und bei seiner sonstigen bürgerlichen Stellung, mit dem grassesten Radicalismus zu unser aller Unglück kokettirt hat. Zu den eigentlichen conspirirenden Umsturzmännern hat er aber ebensowenig als Waldeck gehört. Er war der Partei im dunkeln ein willkommenes Werkzeug, das einen Stand und Namen hatte und gut polterte. Würde aber jetzt ein schreiendes Unrecht an ihm begangen, so durfte jener Widerwille die Freisinnigen nicht abhalten für ihn das Wort zu führen. Allein sie hätten es nicht für ihn, sondern für eine ganze Sache, d. h. gegen die unglückseligen Verfolgungen der Steuerverweigerer und der Stuttgarter führen müssen. Dazu war jetzt nicht Zeit, nachdem sie es durch die ganze Sitzung und in beiden Kammern versäumt! Und sollten sie jetzt die Regierung um eine Maßregel angreifen die niemanden schwerer drückt als diese selbst, eine Regierung die zu halten im Augenblick ihre Hauptaufgabe seyn muß? Es mag die Rucksicht hinzukommen daß Temme binnen kurzem vor die Geschwornen gestellt werden muß, und wohl kein Zweifel daß er, wegen des ihm allein jetzt vorgeworfenen Verbrechens, des Forttagens in Stuttgart, freigesprochen werden wird. Ihn vor der Untersuchung abberufen hieße also ihm Triumphzüge, Illuminationen, Kränze und Ehrenbecher im voraus entziehen. Die Debatte zog sich daher ganz auf das juristische Feld, wohin die Minister sie gelenkt. Der Justizminister beharrte dabei daß es sich hier um das Verbrechen des Hochverraths handle, die Untersuchung sey lange bevor Temme zum Abgeordneten gewählt war eingeleitet worden; er bitte daher der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Daß das Verbrechen als ein schweres zu betrachten, dazu genüge der Ausspruch Eines hohen Gerichtshofs; aus dem Spruch der Geschwornen zu Königsberg könne nichts gefolgert werden, da er sowohl die Folge davon seyn könne daß kein Thatbestand vorlag, als auch davon daß die Beweise fehlten. v. Gerlach wollte nur dann vom Privilegium der Kammer in den Rechtsgang einzugreifen Gebrauch gemacht wissen, wenn sie eine Corruption der Gerichte zu fürchten habe; Hansemann vindicirte ihr das Recht einen Tadel über die Gerichte auszusprechen und alles was sie für einen Mißbrauch hält, zur Sprache zu bringen. So müsse ihr auch das Privilegium ein Mitglied aus der Haft zu befreien unverkümmert zustehen. Doch wollte auch er für diesen Fall keinen Gebrauch davon gemacht wissen. Mit überwiegender Majorität trat die Kammer dem Commissionsantrag bei. Die Entscheidung über einen andern Incidenzpunkt ist principiell nicht minder wichtig. Die Geschichte des unglücklichen Major v. Preuß aus den Barricadentagen ist bekannt. In seinem Hause fand einer der erbittertsten Kämpfe statt. Am folgenden Tag gerieth er in den jetzt ganz widerlegten Verdacht einige Barricadenkämpfer den Soldaten verrathen zu haben. Volkshaufen stürmten sein Haus, er selbst entrann kaum dem Tod, seine Wohnung ward demolirt, seine Effecten geraubt, verbrannt. Er gibt seinen Schaden auf über 27,000 Thlr. an. Nachdem er vergeblich auf Restitution und Schadenersatz bei Einzelnen und Behörden angetragen, bittet er um denselben den Staat durch die Kammern. Sie mußten den Antrag zurückweisen, weil es an einem Rechtstitel fehlt und die Consequenzen einer Zubilligung unübersehbar wären. An persönlichem Mitleid und Geneigtheit schien es nicht zu fehlen. Vorgestern ward in derselben Kammer die Kreis-, Bezirks- und Provincialordnung in der von der Commission redigirten Fassung durch endgültigen Beschluß angenommen, nachdem vorgestern die Provincialordnung insbesondere debattirt war. Eine Opposition gegen die einzelnen Artikel hatte eigentlich nicht statt. Nur Hr. v. Gerlach und ein kleiner Theil der äußersten Rechten war gegen das Princip. Aber auch diese Opposition, die eigentlich nur einen Protest einlegte, hatte sehr getrennte Motive. Mehrere halten den ganzen Provincialverband für überflüssig und möglicherweise von störender Wirkung für die Einheit des Staates, eine Ansicht die bei vielen Gelegenheiten schon auftauchte ohne doch zum Durchschlag zu kommen. Wie auch dieselben Ideen den ganzen Staat beherrschen, so ist damit das Interesse der Provinzen doch noch nicht ganz überwunden. Auf der andern Seite erinnert man sich daß die Provincialstände die Stufe zu den Reichsständen werden sollten. Im Anfang thaten sie wenig, es war aber nicht ihre Schuld. Kräftiger zeigten sich einige, in letzter Zeit sehr kräftig. Das vergißt man nicht gern. Darauf berief sich indeß Hr. v. Gerlach gewiß nicht als er von vornherein dagegen protestirte daß die Kammern über die noch immer zu Recht bestehende Provincialverfassung debattiren könnten, weil es nicht an ihnen sey über Corporationen zu bestimmen die außer ihnen zu selbständigem Rechte existirten. Die Gerlach'schen Principien haben sich vielleicht nie in ihrer Consequenz so an das Unmögliche streifend gezeigt. Wenn die Kammern, als der Volkswille, an nichts was je zu Recht bestanden hat, ihre Hand legen sollen um es zu organisiren, so wäre es freilich am besten alles Organisiren aufzugeben. Wenn alles ginge wie es je gegangen ist, alle Kreise und Uhrwerke des mittelalterlichen Lebens in die neue Zeit einer um den andern unbekümmert fortlebten und schwirrten, und es höchstens die Aufgabe des Staates wäre alle Corporationen und Räderwerke, die durch Ungunst der Zeit ins Stocken geriethen, wieder anzustoßen und ins Leben zurückzurufen, so würde das allerdings ein sehr buntes Chaos; ob aber die entwickelte Lebenslust für unsere Constitution zuträglicher als die welche die Socialdemokraten aus ihren Systemen pumpen, ist zweifelhaft. Gewiß aber daß die Partei Gerlach dadurch vom Vorwurf des Strebens nach dem Absolutismus rein absolvirt werden muß. Das Curiosum ist nur daß eine solche Partei sich eine specifisch preußische nennen muß, und durch die Ungunst der Umstände antideutsch ist. Wenn sie die Provincialstände in ihrer letzten Gestaltung als zu Recht bestehend erkennt, warum denn nicht auch in ihrer früheren Gestaltung wie zu Zeiten Friedrich Wilhelms I und des großen Kurfürsten? Denn wie hatte jener das Recht gegen den Willen der Stände sein Königthum auf den rocher de bronze zu gründen, und was konnte dieser durch die Execution des Hrn. v. Kalkstein de jure über die bestehenden Rechte der Stände anders verfügen, als sie gewollt? Der Referent über die neue Provincialordnung beglückwünschte die Kammer daß sie dieß hochwichtige Werk der gesammten Gemeinde-Ordnung mit solchem Eifer zu Ende gebracht, denn es werde ein Bollwerk werden gegen den Uebermuth und die Tollheit beider extremen Parteien. Wir wollen es wünschen!

⋮ **Berlin**, 22 Dec. Die in der letzten Zeit vorgekommene indiscrete Behandlung diplomatischer Documente hat hier große Mißbilligung hervorgerufen, dürfte aber ihre Erklärung darin finden daß dieselben metallographirt, die Denkschrift sogar gedruckt worden und nicht nur allen preußischen Gesandten, sondern auch den Bevollmächtigten des Verwaltungsrathes eingehändigt worden ist. Bei der Nothwendigkeit dieser Maßregel ist aber einer Indiscretion schwer vorzubeugen. Wiewohl dem König von Dänemark die von der Statthalterschaft vorgeschlagenen drei Vertrauensmänner keine erwünschte Wahl gewesen sind, so ist doch die Antwort auf das Schreiben der Statthalterschaft genehmigend ausgefallen. Demnach werden die Verhandlungen in Kopenhagen jedenfalls bald beginnen. Der König hat sich in seiner Erwiederung ausdrücklich noch die Vermehrung der Vertrauensmänner aus den Herzogthümern vorbehalten, wogegen die Statthalterschaft gewiß nichts einzuwenden haben wird, da sie in ihrer Vorstellung auf frühere analoge Schlichtung von Streitigkeiten hingewiesen und namentlich auf einen Fall im Jahr 1533 aufmerksam gemacht hat, wo die Zahl solcher Vertrauensmänner vier war.

* Ein vor uns liegender neuester Brief aus Berlin enthält die Stelle: ein Ministerium Arnim-Boitzenburg ist in vollem Anzuge, worin Arnim Premier, Keller wahrscheinlich Justizminister, v. Gerlach Minister des Innern werden dürfte. Eine russische Denkschrift soll die deutschen Dinge in einer Weise besprechen welche unwillkürlich an die Zeit Kotzebue's und

seiner Berichte erinnert. An einen ernsten Zwiespalt zwischen Wien und Berlin — womit die Tagspolitiker seit Monaten sich abmühen — scheint man in unterrichteten Kreisen immer weniger zu glauben.

Oesterreich. § **Wien,** 23 Dec. Zur Besprechung der österreichisch-deutschen Zolleinigungsfrage mit dem hier anwesenden Präsidenten des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, Fürsten Felix Hohenlohe, und dem Vicepräsidenten dieses Vereins, Commerzrath Degenkolb, fand gestern Abends eine Zusammenkunft des niederösterreichischen Gewerbvereins statt, bei welcher sich vorläufig leider wenig Sympathie für die große auf dem Wege der materiellen Interessen anzubahnende deutsche Einigung geltend machte! Wir hoffen daß die ehrenwerthen Gäste aus Frankfurt die gestrigen Worte nicht als Echo der Gefühle Oesterreichs gelten lassen werden. Hr. Degenkolb ist heute bereits wieder von hier abgereist. Fürst Hohenlohe wird noch einige Tage bei uns verweilen.

Aus **Wien,** 22 Dec. wird dem Const. Bl. aus Böhmen geschrieben: Der Kaiser hat heute seinen Hofstaat empfangen. Man bemerkte die Abwesenheit aller ungarischen Kämmerer und sonstigen zu der Hofentrée berechtigten Magyaren. Gutunterrichtete Personen wollen wissen daß Se. Maj. ein eigenhändiges Schreiben des russischen Kaisers erhalten habe, worin derselbe ihm den Rath ertheilt die deutsche Frage mit Preußen auf freundschaftlich-friedlichem Wege zu lösen. Seltsamerweise trifft diese Nachricht, die ich, obwohl sie mir aus sehr guter Quelle mitgetheilt wird, übrigens nicht ganz verbürgen will, mit dem heutigen Artikel des „Lloyd" zusammen, der mit der sonstigen antipreußischen Haltung dieses Blattes im Widerspruche steht, und ein quasi-officielles Gepräge trägt.

ɩ **Wien,** 24 Dec. Heute sind 1100 Mann Infanterie nach Oderberg befördert worden, die von dort auf der preußischen Bahn nach Krakau transportirt werden. Man bereitet die Gemächer in der Burg zum Empfang Sr. kais. Hoh. des Erzherzogs Johann, welcher gegen den 4 Jan. hier erwartet wird.

* **Salzburg,** 25 Dec. Gestern wurden zum erstenmal aus Wien die Staatspapiere und Wechselcurse vom nämlichen Tag um 4 Uhr Nachmittags hierher mitgetheilt; das Telegraphenamt hat dieselben sogleich per Post an die Redaction Ihres Blatts abgesendet. Der königl. bayerische Ober-Ingenieur, Hr. Dyck, ist gestern Abend mit den bayerischen Telegraphen-Apperaten hier angekommen. Morgen beginnt die Aufstellung dieser Apparate. Das Local des bayerischen Telegraphenamtes ist zunächst jenem des österreichischen. Noch im Laufe dieses Monats, spätestens mit 1 Jan. 1850, werden wir mit München in telegraphische Correspondenz treten. Wir begrüßen dieses Ereigniß als ein freudiges. Hr. Sectionsrath v. Steinheil weilt auf seiner Rückreise von München nach Wien seit gestern in unserer Stadt.

* **Triest,** 21 Dec. Wir haben Briefe aus Galatz vom 6, welche uns melden daß das stürmische Wetter in den ersten Tagen des Monats anhaltend fortgedauert, seit zwei Tagen aber der Wind sich gewendet habe, und wieder aus Süden komme. Die Schiffe beeilten sich daher die Sulinamündungen noch vor dem bevorstehenden Einfrieren der Donaugewässer zu gewinnen. Man hegt indeß nun schon die Hoffnung daß der Fluß noch im ganzen Verlauf des Monats December schiffbar bleiben werde. — Die Garnison unsrer Provinz ist in gewaltige Bewegung gerathen. Die zwei Bataillone Deutschmeister, welche in Istrien standen, gehen nach Italien (man bezeichnet Treviso als ihren Bestimmungsort), die hier stationirten Bataillone Heß sind nach Istrien gezogen, und zwei Bataillone Prinz Emil treten aus Italien in unsre Provinz über. Feldmarschall-Lieutenant Wocher nimmt als Commandant des 9ten Armeecorps (Observationscorps am Isonzo) sein Hauptquartier in Görz. — Unter den fast täglich zum Vorschein kommenden Anordnungen für die Anbahnung des neuen Systems scheint mir besonders wichtig diejenige welche eben hinsichtlich unsers Municipiums herabkam. Dem Stadtmagistrate wurde bedeutet daß die Gemeinde sich eine eigene Rechnungsbehörde zu schaffen habe. Dieselbe ist also factisch von der Controle durch die Staatsrechnungsbehörden emancipirt. — Man erwartet ein französisches Geschwader, welches in der Bucht von Muggia überwintern soll. (?) Natürlich wäre dieß ein Theil des Mittelmeergeschwaders, welches unter Baudins Commando steht. — Auf unsrer Börse geht es ungemein flau her. Nicht nur haben die höheren Wiener Notirungen fast keinen Einfluß auf den Gang der unsrigen hervorgebracht, sonder es zeigt sich auch im allgemeinen keine Lust weder zum Kauf noch Verkauf.

Großbritannien.

„Allen die für die Wohlfahrt und den Fortschritt Italiens eine verständige Theilnahme fühlen, ist es einleuchtend daß das vorzüglichste Interesse der liberalen Partei nicht das ist große, gewaltsame oder plötzliche Aenderungen zu erwirken, sondern wenig, dieses wenige aber gut zu Stande zu bringen. Piemont besitzt viele der wichtigsten Bedingungen des Erfolgs in einem solchen Unternehmen. Dieses Land wird von einem alten Hause beherrscht welches dem Volke theuer geworden ist durch tausend Erinnerungen, und noch unlängst durch die Tapferkeit des verstorbenen unglücklichen Königs, der sein Volk der Obsorge eines ehrenwerthen und wohlerzogenen Sohns hinterlassen hat. Die Aristokratie des Landes ist keineswegs erloschen, und wiewohl sie die Vorrechte, die in frühern Zeiten ihre Stellung gehässig machen mochten, schon lange abgelegt hat, so bewahrt sie sich doch das Ansehen einer feineren Bildung und einer höheren Stellung an Rang und Reichthum. Die Ruralbezirke herrschen, mit Ausnahme Genua's, über die Städte vor, und der Einfluß der Geistlichkeit ist im allgemeinen ein achtbarer und geachteter. Aus allen diesen Gründen hegen wir schon lange die Hoffnung Piemont zu einer blühenden constitutionellen Monarchie werden zu sehen, vorausgesetzt daß die Leiter der Bewegung die Besonnenheit haben (einmal schien sie ihnen abhanden gekommen) am rechten Ende anzufangen. Worauf sie zielen müssen, das ist nicht die Unabhängigkeit Italiens, die Vertreibung der Oesterreicher oder die Regeneration der andern Staaten der Halbinsel, sondern für jetzt einfach die Herstellung einer friedlichen und vertrauenswerthen Regierung in Turin. Piemont besitzt die Materialien zu einer solchen Regierung, wenn auch keine überlegenen Geister zu größeren Unternehmungen; und es wird seine eigene Schuld seyn wenn die Majorität in den Kammern, die sich jetzt die Regierung zu unterstützen verbunden hat, seinen Angelegenheiten nicht eine heilsame Richtung gibt. — Für Hrn. Mazzini wäre der Erfolg vernünftiger und gemäßigter Institutionen die verdrießlichste Schlappe die er noch erlitten hat; denn auch jetzt träumt er nur von seiner mystischen italienischen Republik unter seiner Leitung. Italien und die Welt wissen nachgerade wohin seine Agitation geführt hat. Eine von den intelligentesten Nationen Europa's vertraute, in einer Anwandlung von thörichtem Enthusiasmus, ihr Schicksal einem mondsüchtigen Abenteurer an, und die Folge war daß noch einmal zwei fremde Kriegsheere in das Herz des Landes eindrangen und die Spuren öffentlichen und privatlichen Ruins zurückließen, welche, wenn schon schmerzlich, doch minder verderblich sind als eine revolutionäre Entsittlichung des Volks. Denen der italienischen Regierungen die diesen Sturm überdauert haben, gereicht es zu höchster Ehre daß sie fortfahren auf den gesunden Sinn und die Anhänglichkeit ihrer, nachgerade durch die Erfahrung etwas gewitzigten, Völkerschaften zu vertrauen. Wir beklagen die reactionäre Politik welche der König von Neapel auf seinen siegreichen Widerstand gegen fremde Intriguen und einheimische Empörung hat folgen lassen.*) Wir beklagen die träge und argwöhnische Politik des Papstes, dessen fortdauernde Weigerung nach Rom zurückzukehren die künftige Politik seiner Regierung ungewiß läßt, und die Bande schwächt welche ihn mit seinen Unterthanen verknüpfen sollten. Aber wenn wir auch keineswegs überzeugt sind daß die repräsentativen Regierungsformen, die wir selbst lieben und hegen, für die Bevölkerungen von Rom und Neapel passen würden, so verdient doch andrerseits der das Cabinet von Turin beseelende Geist die Achtung und Nachahmung des übrigen Italiens. Es ist der Geist des Vertrauens statt der Furcht, des redlichen Eifers die gerechten Volkserwartungen zu befriedigen, und das Volk müßte blind oder fühllos seyn wenn es das nicht würdigte." (Times.)

An der Britannia-Brücke über die Menai-Straße ist man jetzt beschäftigt die zweite, 1800 Tonnen schwere, Eisenröhre mittels der hydraulischen Pressen auf ihren Elevationspunkt 100 Fuß über dem Hochwasserzeichen zu heben. Die tägliche Hebung beträgt durchschnittlich 6 Fuß, und der gewonnene Raum wird in den Pfeilerthürmen sogleich untermauert. Wenn kein störender Unfall dazwischentritt, hofft man daß bis Mitte des Märzen der erste Bahnzug über die Brücke laufen wird.

Wir erhalten noch ein Londoner Blatt vom 22 Dec., welches gestern hätte eintreffen sollen. Die Agitation hier der Protectionistenpartei, die sich mit sanguinischen, von der Times verlachten Hoffnungen trägt, und dort der „Finanz- und Reform-Association" unter Cobdens Leitung

*) Die Times veröffentlicht an einer andern Stelle folgendes Schreiben des Lord Palmerston an den Marquis v. Normanby in Paris, welches der geläufigen Annahme widerspricht daß England die sicilische Verfassung von 1812 gewährleistet habe: „Auswärtiges Amt, 13 Jan. 1848. Mylord! Da in letzterer Zeit, auf die eine oder andere Weise, die Behauptung in Umlauf gesetzt worden daß die den Sicilianern im J. 1812 verliehene Constitution von der brittischen Regierung verbürgt worden, so fühl' ich mich veranlaßt Ew. Exc. zu eröffnen daß die in unserm Archiv aufbewahrte Correspondenz mit Sicilien aus dem Jahre 1811/12, wo die Verfassung der Insel einer Revision unterlag, desgleichen aus dem Jahr 1813, wo jene Verfassung vom König Ferdinand definitiv sanctionirt wurde, nichts davon erwähnt daß Großbritannien um Gewährleistung derselben angegangen worden oder sie angeboten habe. Auch spielt die vom Könige beider Sicilien im Februar 1813 sanctionirte Constitution selbst auf keine solche Garantie an."

dauert fort. Ein großes Meeting der letztern ward am 20 Dec. in Bradford gehalten, wo man Hrn. Cobden einen enthusiastischen Empfang bereitete.

Frankreich.

Paris, 23 Dec.

Der Moniteur enthält die zum Theil bereits gerüchtweise bekannt gewordenen Veränderungen im diplomatischen Körper. Ernannt sind durch Decrete vom 13 und 14 d. M. zu außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministern am russischen Hof General de Castelbajac; am österreichischen Hof Hr. de la Cour, bisher in dieser Eigenschaft in Stuttgart; Hr. de Persigny in Berlin, in außerordentlicher Mission; Hr. de Bassano in Stuttgart, bisher in Karlsruhe; Hr. Bernard d'Harcourt in Karlsruhe, bisher erster Legationssecretär in Madrid.

Der Regierungsplan in Betreff der Errichtung eines vierten Bataillons der Fremdenlegion ist von mehreren Seiten auf Schwierigkeiten gestoßen. Schon die Commission hatte einem andern Plan, von Hrn. Clary, welcher dahin geht den Mobilgarden die Einverleibung ins Heer anzubieten, den Vorzug gegeben. Bei der Verhandlung war nicht bloß Hr. P. Bonaparte, der es unbegreiflich fand daß es eine Belohnung der wohlverdienten Mobilgarden seyn solle einen Theil von ihnen unter „fremdem Titel" fortdienen zu lassen, sondern hauptsächlich bewies General Bedeau daß der Regierungsplan den vorgesetzten Zweck in keiner Weise erreichen würde. Von sämmtlichen Officieren der Mobilgarde würden 27 ein Unterkommen erhalten, könnten dann aber nur in Afrika, nicht zur Vertheidigung der Gränzen (wenn sie eines Tags bedroht würden, und dieser Fall sey möglich) verwendet werden. Für die Fremdenlegion selbst würde es kränkend seyn, wenn es geschehen könnte daß Officiere mit zwanzigjähriger Dienstzeit unter Officieren von zweijähriger Dienstzeit dienen müßten. Die Debatte wird am Montag fortgesetzt.

Die Freigebigkeit des Sultans gegen Lamartine scheint Grund zu haben, dagegen enthält das J. des Débats eine förmliche Protestation des Hrn. v. Bourqueney, aus dem Schloß von Juigné, 18 Dec., gegen die auch in die Allg. Zeitung übergegangene Nachricht daß Se. Hoheit diesem Gesandten bei seiner Abberufung 125,000 Fr. und seiner Gemahlin einen prächtigen Brillantenschmuck geschenkt habe.

Die orleanistischen Enthüllungen der Revue des deux Mondes haben die unter der glatten Oberfläche schwimmenden Leidenschaften der conservativen Majorität plötzlich geweckt und einen erbitterten Zeitungskrieg zum Ausbruch gebracht. Wer glauben konnte das daß große Princip der Ordnung alle Sonderinteressen der alten Parteien sich unterworfen, diese selbst aufgelöst und eine feste Gemeinschaft daraus gebildet habe, der ist nun wieder grausam enttäuscht. Es ist allerdings eine Vereinigung zu Stande gebracht worden, aber nicht in den innern Bestandtheilen der Parteien, sondern in ihrer Stellung gegen den gemeinschaftlichen Feind, die socialistisch-demokratische Republik, d. h. was man sonst Coalition nannte, das nennt das J. des Débats jetzt eine Verschmelzung ersten Grads (première fusion), wobei es gegen jede Auslegung ist die mit dieser Beziehung einen weitergehenden Sinn verbinden möchte. Eine kürzlich erschienene legitimistische Broschüre: **Place au droit**, von Hrn. d'Arlincourt, schlägt zwar die Verschmelzung zweiten Grads vor, d. h. das Aufgehen des Orleanismus im Legitimismus, aber dagegen legt das ehemalige orleanistische Organ entschieden Verwahrung ein, es freut sich daß Hr. d'Arlincourt keine legitimistische Autorität sey, und warnt vor übertriebenem Eifer. „Wegen einer solchen Verschmelzung," sagt es, können die Republik und das Kaiserthum ruhig schlafen, sie wird ihren Frieden nicht stören. Was uns anbelangt, so setzen wir das Werk der socialen Restauration fort. So wie die Sachen stehen, hat kein anderes, und ohne Zweifel auf lange noch, Aussichten auf Erfolg." Sollte auch der Ton in welchem Hr. d'Arlincourt spricht, der rechte seyn um eine innigere Versöhnung herbeizuführen? Indem er die Meinungsspaltungen in Frankreich schildert, äußert er sich also: „Ohne Dogma, ohne Logik, ist der Orleanismus die Abwesenheit jedes Princips und die Läugnung jedes Rechts. Abwechselnd gestützt auf das Verbrechen und die Tugend, auf die Zügellosigkeit und den Despotismus, krönt er die Anarchie und bekämpft den Aufstand. Er verkündigte jüngst die Legitimität der Unordnung, und wundert sich nachher daß die Unordnung sie entkrönt hat. Er stellt sich unter alle Fahnen und trägt alle Farben. Ein revolutionärer Harlekin wurde er die verpurpurte Bastardschaft." Für diesen groben Ausfall nimmt das J. des Débats eine feine Rache, es gibt aus dem Büchlein selbst die kindische Geschichte oder Parabel zum besten welche der Verfasser als ein Beispiel der Volksanhänglichkeit an die Verbannten von Frohsdorf erzählt. Ein armer Arbeiter aus Südfrankreich hat nämlich zwei allerliebste Hunde aufgezogen, mit denen er sich auf den Weg macht um sie dem Grafen v. Chambord zu verehren. Auf der Durchreise durch Paris führt der Zufall den Herzog von Nemours herbei, der Prinz bewundert die außerordentliche Schönheit der Thiere und läßt 500 Fr. bieten. Der bekommt sie nicht, erwiedert der treue Pilger verächtlich, ich verkaufe sie nicht, ich gebe sie dem von Rechts wegen, und durch alle möglichen Drangsale, einmal wegen verlorner Papiere verhaftet, mit zerrissenen Schuhen, fast zusammensinkend vor Ermattung, kommt er endlich nach Frohsdorf, jetzt überglücklich seinem rechtmäßigen König diesen Tribut seiner Liebe darzubringen. Das J. des Débats meint der Verfasser werde wohl beim Niederschreiben selbst vor Rührung geweint haben, und bedauert nur daß Menschen der jetzigen Epoche im allgemeinen für solche Thränenstücke zu hartherzig seyen. Das Organ des Hrn. O. Barrot, l'Ordre, hat den Erklärungen der Revue des deux Mondes eine noch officiellere Form gegeben, das J. des Débats verspottet die Legitimisterei als chevalereskes Romanticismus, und das Univers ruft den Männern der Quasilegitimität zu: Wie, ihr träumet noch von einem revolutionären Königthum für den Grafen von Paris? Dieß ist die Einigkeit der großen Partei der Ordnung.

Niederland.

* **Amsterdam,** 21 Dec. Die zweite Kammer verhandelte bereits seit vierzehn Tagen das Budget. Bei der allgemeinen Debatte sprachen beinahe alle Mitglieder. Die einzelnen Capitel sind sämmtlich angenommen mit Ausnahme des Innern, worüber die Berathung wegen Thorbecke's Unbäßlichkeit aufgeschoben ist. Bei den Debatten über die öffentliche Schuld kamen auch Amortisationsvorschläge zur Sprache, natürlich auf einem andern Fuße als das berüchtigte vormalige Amortisationssyndicat. Die gegenwärtigen Verhältnisse erlauben vorläufig noch nicht daran zu denken. Ebensowenig kann der ostindische Zuschuß entbehrt werden. Im allgemeinen hat sich der Zustand der Finanzen verbessert, das Deficit vom Jahre 1848 ist nach der Erklärung des Ministers auf drei Millionen beschränkt, und wenn im Jahre 1850 Ueberschüsse(?) erzielt würden, ließe sich selbst an eine Schuldablösung denken. — Meinem frühern Berichte über den Entwurf der Commission für den höheren Unterricht muß ich noch beifügen daß derselbe dem Princip der Lernfreiheit huldigt. Weder Gymnasien- noch Collegienbesuch sind nöthig um die Prüfungen bestehen zu dürfen. Die letzte Versammlung der niederländischen Bibelgesellschaft zeigt daß die Holländer der Propaganda des Christenthums in den Colonien nicht fremd bleiben. Die Malay'sche und Javanische Bibelübersetzung wurde eifrig betrieben, während andere Missionäre zu gleichem Zweck die buginesischen und makassar'schen Sprachen studirten, sowie auch die der Stämme Alfroers und Dajak auf Borneo. — Die Ueberlandpost berichtet daß der Generalgouverneur (Rochussen) auf seiner Rundreise in Celebes und Borneo gewesen. Zur Hebung des Freihafens Makassar waren verschiedene Maßregeln mit Erfolg genommen. Bali war, bis auf die Zwiste der inländischen Häupter unter einander, ruhig. Der Sultan von Ternate bezwang mit Hülfe einer dazu erbetenen niederländischen Expedition den gegen ihn auf dem Eilande Makian ausgebrochenen Aufruhr.

Italien.

Venedig, 8 Dec. Auch das Unglück macht Venedig interessant, und solange es romantische Stimmungen und Freunde der Kunst geben wird, glaube ich nicht daß ihm die Reisenden fehlen werden, wie sehr auch immer sein Hafen verödet und versandet. Das Leben zieht sich nach dem Herzen, dem Markusplatze, zusammen, je mehr die entfernteren Theile absterben. Dort erscheint die alte Lagunenstadt noch immer in ihrer vollen Eigenthümlichkeit und in dem ganzen Zauber ihrer Vergangenheit. Die Kaffeehäuser sind geöffnet wie sonst, es wogt bis Mitternacht durch die Arcaden, die reizenden Blumenmädchen von Mestre bieten ihre Bouquets mit gewohnter Anmuth aus, und trotz dem Belagerungszustand ertönen von allen Seiten lärmende Orchester. „Hôtel de l'Europe" ist voll von Fremden, und man bemerkt darunter vornehme Namen wie die Herzogin von Berry und den Grafen v. Chambord. Freilich am andern Morgen beim Tageslichte fallen so manche Illusionen, und wenn man seinen Weg nur etwas über die Rialto-Brücke hinaus oder in die Seitenarme des großen Canals lenkt, treten die Spuren des Untergangs und der Verarmung sichtbar vor Augen. Ich ließ meine Gondel an einem jener herrlichen Paläste halten die mit ihrer vollendeten Architectur jeden Beschauer unwillkürlich fesseln. Auf den Stufen und im Portal war ein Gedränge von Menschen. Ich fragte was es gebe. Eine Versteigerung des gesammten Mobiliars. Ich stieg aus und ging eine Treppe hinauf, bis ich durch eine Reihe von hohen, in Marmor gebauten, mit kostbaren Fresken geschmückten Sälen in das Zimmer trat wo die Auction vor sich ging. Eben schlug der Hammer zwei herrliche Pfeilerspiegel aus der altberühmten Fabrik des Ribaldi um einen Spottpreis einer alten Trödel-

frau zu. So ging es weiter mit den andern werthvollen Sachen, denen man die glänzende Geschichte von Jahrhunderten auf den ersten Blick ansah. Für Antiquitätensammler bietet Venedig jetzt eine reiche Ausbeute, und ich hörte daß aus England fortdauernd Aufträge eintreffen. Manche Privatgalerie soll schon früher dahin gewandert seyn. Der Palast selbst, dessen Baukosten wenigstens eine Million Franken betragen haben, ist für 54,000 fl. verkauft worden. Der Käufer will eine Seifenfabrik darin errichten. Und dieser Kaufpreis gilt noch für ganz ansehnlich. Hunderte von andern Palästen, wenn auch kleiner, aber doch wohl erhalten, können gar keinen Käufer finden und werden von dem Eigenthümer ganz allein bewohnt, der, einst vielleicht in das goldene Buch eingetragen, jetzt nicht einmal die Kriegssteuer aufbringen kann, welche ihm als Grundbesitzer auferlegt ist. Man berechnet diese außerordentliche Steuer, wovon die italienische Armee unterhalten wird, auf monatlich 2 Millionen fl., d. h. die Lombardei mit einbegriffen! Ein großer Uebelstand sind unsre Geldverhältnisse. Bekanntlich hat die österreichische Regierung das republicanische Papiergeld bis zu einem Werth von 50 Proc. anerkannt, aber dessen Circulation auf die Stadt beschränkt, so daß für den Verkehr mit dem festen Land alles Umtauschmittel fehlt, da an klingender Münze hier so viel Mangel ist als bei Ihnen in Wien. Zwar meinte ein Ungar, mit dem ich an der Table d'Hôte zusammentraf, seine Landsleute würden vor Freude außer sich seyn wenn man den Kossuthnoten dieselbe Entschädigung gewähren wollte. Auf dem Festland und in der Lombardei circulirt noch ziemlich viel Silbermünze, da sie bekanntlich von Anfang her mit den Banknoten verschont geblieben sind. Zwanziger scheinen indeß auch mehr und mehr auszuwandern, man sieht hauptsächlich piemontesisches und französisches Geld. Wir bekommen von Triest herüber größere Sendungen von den schlechtesten Silbersechsern, und denken Sie daß dieselben wieder zum Gegenstand der Agiotage gemacht werden! Die Dalmatiner kaufen sie mit 8 Proc. auf, um an die Türken ihre Zahlungen zu leisten. Unsere ganze unter der Republik geprägte Silberscheidemünze von gleich schlechtem Gehalt ist denselben Weg gegangen. Der Zollverein mit Parma und Modena wird erst dann Bedeutung bekommen wenn er wirklich abgeschlossen seyn wird. Bis jetzt ist ja weiter nichts gesagt als daß eine Commission zusammentreten soll um sich über seine Grundsätze zu berathen! (Ostd. Post.)

Ein Schreiben aus Verona (in der Augsb. Postztg.) meldet: Feldmarschall-Lieutenant Graf Wrbna habe sich am 22 Dec. in seiner Wohnung erschossen. Seit einem Sturz vom Pferde sey er von Nervenanfällen heimgesucht, seit seiner Abberufung aus Ungarn schwermüthig gewesen.

Schweiz.

△ **Bern,** 22 Dec. Heute hat sich die Bundesversammlung vertagt, und wird ihre Verhandlungen erst am 4 April nächstes Jahr wieder fortsetzen. Aus den Berathungen über das Budget von 1850 ist als charakteristisch hervorzuheben daß der ursprüngliche Ansatz von 8000 Fr. für Unterstützung von Wissenschaft und Kunst von der Commission und dem Ständerath gestrichen, von dem Nationalrath auf 4000 Fr. herabgesetzt worden ist. Das Gesuch eines Ingenieurs Wild um Unterstützung für eine wissenschaftliche Reise nach Aegypten und Aethiopien wurde dem Bundesrath überwiesen. Die Eisenbahnfrage wird sogleich zur Hand genommen; die aus 11 Mitgliedern bestehende Commission ist gewählt und soll bis zur nächsten Sitzung die ihr vom Bundesrath vorzulegenden Plane eines allgemeinen Eisenbahnnetzes prüfen und darüber Bericht erstatten. Im März des nächsten Jahrs soll eine allgemeine schweizerische Volkszählung vorgenommen werden. Ein Antrag Zürichs: bis zur Erledigung der Münzreform die in der Schweiz cursirenden Münzsorten bei den eidgenössischen Cassen einem gleichmäßigen Tarif zu unterstellen, wurde durch Stichentscheid des Präsidenten im Nationalrath in dieser Weise angenommen daß der Brabanterthaler $40\frac{1}{2}$ Batzen, der Fünffrankenthaler $35\frac{1}{2}$ Batzen, der deutsche Gulden 15 Batzen gelten, die Schweizermünzen (den Neuthaler zu 40 Batzen ausgenommen) beim Nennwerth gelassen werden sollen. Der Ständerath ist aber auf diese Tarifirung nicht eingetreten, sondern hat sie auf die nächste Sitzungsperiode verschoben; ebenso hat er in einer zweiten Berathung der vom Nationalrath decretirten Unterstützung der Kunst und Wissenschaft im Betrag von 4000 Fr. seine Zustimmung verweigert. Dagegen ist er dem Nationalrathsbeschluß über die Auslieferung des Kriegsmaterials an Sardinien beigetreten. Die Bundesversammlung hat sich vertagt ohne die Militärorganisation und die Münzreform zu beendigen; auch die Discussion über den Flüchtlingsbericht ist bis auf den Frühling verschoben worden.)

Dänemark.

Kopenhagen, 18 Dec. Die „Berlingsche Zeitung" meldet, die Nachricht von einer Verlängerung des Waffenstillstands sey unrichtig.

Rußland und Polen.

* **Von der polnischen Gränze,** 22 Dec. Aus Kalisch meldet man uns die fast unglaublich klingende Nachricht daß nunmehr wirklich österreichische Truppen in das Königreich Polen eingerückt seyen; aus Czenstochau sey nämlich der Bericht dort eingegangen daß vor einigen Tagen daselbst österreichische Truppen auf der Eisenbahn angelangt wären, von denen ein Theil in Czenstochau verblieben, die Mehrzahl aber mit dem nächsten Bahnzuge — also in der Warschauer Richtung — weiter befördert worden sey. Wir geben diese Nachricht, ohne sie weiter verbürgen zu wollen; *) die nächsten Tage müssen die Sache aufklären. Die Hamburger Börsenhalle tischt einmal wieder das alte Märchen von einer neuerlichst entdeckten Verschwörung in Rußland, deren Centralpunkt Moskau sey, die aber eine starke Verzweigung in Petersburg selbst habe: auf. Am griechischen Neujahrstage sollte der Ausbruch erfolgen. Daß an der ganzen Historie nicht ein Wörtlein wahr, bedarf wohl keiner besondern Erwähnung; das spaßhafte aber bei der Sache ist daß dieselbe Neuigkeit vor genau einem Jahre in gleicher Weise, wir wissen nicht mehr von welchem Blatte ausgehend, in die Welt geschickt wurde, auch damals wurde der Tag des griechischen Neujahrs als der Termin des Revolutionsausbruchs in Rußland bezeichnet. Solche Nachrichten über Rußland lassen sich um so bequemer ausbreiten als von den russischen Behörden bekanntlich amtliche Widerlegungen nie erfolgen. Neues von Erheblichkeit meldet man uns sonst aus Polen nicht; nur soviel ist gewiß daß die türkische Frage noch keineswegs einer nahen Ausgleichung entgegensieht; ja, es läßt sich wohl mit Grund voraussetzen daß das Petersburger Cabinet die definitive Entscheidung der Frage jedenfalls bis zum Frühjahr hinziehen werde, um dann sogleich den Umständen gemäß handeln zu können.

Handels- und Börsennachrichten.

Madrid, 17 Dec. 3proc. $30\frac{3}{4}$ G.; St. Ferdinandsbank 80 G.

London, 22 Dec. 3proc. Consols $96\frac{1}{4}$; $3\frac{1}{4}$proc. $97\frac{5}{8}$; Bank Stock $203\frac{1}{2}$ Span. 3proc. $38\frac{1}{2}$. Die Actien mehrerer Eisenbahngesellschaften sind beträchtlich gefallen; Hr Chaplin, der Director der südwestlichen Bahn, hat sich genöthigt gesehen zu quittiren, jedoch ohne die Makel der Unredlichkeit wie sie an Hrn. Hudson haftet.

Berlin, 24 Dec. Inländische Fonds: Preuß. freiw. Anleh. $106\frac{1}{4}$ G. Staatschuldsch. $87\frac{7}{8}$ G. Prämiensch. $101\frac{1}{4}$ G. Eisenbahnactien: Berl.-Anh. AB. $89\frac{1}{2}$ à 90 B. Berl.-Hamb. $82\frac{1}{4}$ bz. Berl.-Stett.-Starg. 107 à $\frac{1}{2}$ bz. Berl.-Potsd.-Magd. 67 bz. Halle-Thüringer 64 B. Köln-Minden $94\frac{3}{4}$ G. Köln-Aachen 43 B. Düsseld.-Elberf. $77\frac{1}{4}$ G. St.-Vehwinkel 31 B. Niederschl.-Märk. $84\frac{3}{8}$ G. Oberschl. A. $108\frac{3}{4}$ B., B. 106 bz. Cosel-Oderberg 64 à $63\frac{1}{2}$ G. Krakau-Oberschl. 69 G. Berg.-Märk. 42 B. Starg.-Posen $84\frac{1}{2}$ B. Magd.-Wittenb. $57\frac{1}{2}$ bz.

♀ **Wien,** 24 Dec. **) Auf weitere Kaufordres für 5proc. Metalliques aus Amsterdam, und für das neue Anlehen aus Frankfurt und Berlin, haben sich die Curse an der heutigen Börse, während fremde Devisen (als Rembourfen) angeboten und stark gewichen sind. In Comptanten sowie Gold und Silber war der Rückgang weniger erheblich. Lang London ist heute von 11.18 bis 11.10, das Silber- und Goldagio um 1–$1\frac{1}{2}$ Procent gewichen. Das Geschäft im ganzen belebt und der Umsatz besonders in Metalliques nicht unbedeutend. Wir notiren nach der Börse ($\frac{1}{2}$4 Uhr): 5proc. Metall. $95\frac{1}{4}$–$95\frac{5}{16}$. $4\frac{1}{2}$proc. (neues Anlehen) $83\frac{9}{16}$–$83\frac{5}{16}$. Loose vom J. 1834 $177\frac{1}{2}$–178. Loose vom J. 1839 $108\frac{1}{2}$–$109\frac{1}{2}$. Bankactien 1185–1188, Nordbahnactien 110–$110\frac{1}{8}$. Gloggnitzer $109\frac{1}{2}$–$110\frac{1}{2}$. Mailänder $83\frac{3}{4}$–84. Pesther $87\frac{7}{8}$–88 London (i. L. G.) 11.12 gem., Hamburg 163 B., Augsburg uso 112 G., Frankfurt $111\frac{1}{4}$ B., Amsterdam $155\frac{1}{2}$ B., Mailand 101 B., Livorno 109 G., Genua 120 G., Paris 133 B., Marseille 133 B., Bukarest (31 Tage Sicht) 248 gem., Konstantinopel (31 Tage Sicht) 403–404, Goldagio für kaiserl. Münzducaten 20, Silberagio $12\frac{1}{4}$–$12\frac{1}{2}$ Proc. Napol.d'ors 9.8–10, Souv.d'ors 15.40–45, Friedr. 9, Preuß. 9.6, engl. Sovrgs. 11, Imperial. 9.18. Die heutige französische und belgische Post war beim Schluß der Börse noch nicht eingetroffen. — Ueber die näheren Modalitäten des neulich erwähnten Anlehens für das lombardisch-venetianische Königreich zum Behuf der Einlösung der lombardischen Tresorscheine, verlautet noch nichts bestimmtes.

---

*) Bis jetzt ist sie ohne Bestätigung von anderer Seite.

**) Da dieser Börsenbericht um eine Stunde später datirt ist als der gestrige Telegraphenbericht, so lassen wir ihn vollständig folgen. Vom 25 können wegen des Christfestes keine Curse da seyn.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Ausblick aus der Verwirrung der Gegenwart.

II.

Wenn sich die formelle Seite unseres parlamentarischen Jammers durch die Natur der Umstände und Verhältnisse entschuldigt, so wiegt ein anderer Vorwurf desto schwerer — ein Vorwurf der sich aber vom Parlament auf die große Mehrheit derer erstreckt welche in den neuesten Bewegungen Gelegenheit gesucht, oder von selbst gefunden haben ihr Innerstes vor der Oeffentlichkeit herauszukehren. Der Beobachter, dessen Ansichten auch nur ein wenig auf die optimistische Seite neigen, mochte in den letzten Jahren wirklich erschrecken über die intellectuelle Roheit, die Begriffsverwirrung, die Gemeinheit der Gesinnung und der Sprache, die fast überall da wo in den letzten Jahren Deutsche die Angelegenheiten des Vaterlandes mit einander verhandelt, massenweise zu Tage gekommen sind, in Parlamenten und Cabinetten groß und klein, in der Presse gut und schlecht, in Vereinen rechts und links. Hört man die Schriftsteller die für Deutschlands Freiheit und Einheit ihre Dinte verspritzt, fast all die Leute welche der Sturm der Zeit emporgerissen und auf die Rednerbühnen von Reichs- und Volksversammlungen hatte niederfallen lassen — ist einem da nicht als wären wir schon mitten in der Halbbarbarei, welche die Ludimagistri weissagen, wenn einmal der Humanismus von der leidigen Realschule völlig verdrängt seyn wird? Und sollte man nicht meinen als ob diejenigen niemals eine Schule gesehen hätten welche, statt hinter der Brüstung der Tribüne, hinter der Barricade die Grundsätze und Ueberzeugungen verfochten die sie frisch und fertig gefaßt hatten wie ihre Patronen?

Es gibt Leute die in ihrer üblen Laune dergleichen Klagen in einem Ton vorbringen daß man glauben sollte jene Gebrechen und Laster seyen etwas ganz neues, eben erst wie durch generatio aequivoca in der Hitze der politischen Bewegung aufgeschossen. Es sieht auch wirklich nicht selten so aus, aber näher betrachtet stellt sich dieß als optische Täuschung dar. All die positiven und negativen schlimmen Eigenschaften, durch die wir unsere schönen Plane selbst zu nichte gemacht haben, waren längst vorhanden, und machten sich in der Presse und in deliberirenden Versammlungen aller Art breit genug; aber sie blieben bei der Zersplitterung in gesonderte Kreise doch ungleich latenter als seit dem großen Umschwung der Dinge, der mit so vielem auch unsere Schwächen und schlechten Leidenschaften in ihrem wahren Lichte erscheinen ließ, indem er ihnen den weitesten Spielraum und den großartigsten Tummelplatz bot. Durch die rasche ungeheure Ausdehnung des Zeitungswesens, vor allem aber durch das Parlament selbst wurden unsere Unfähigkeiten und Narrheiten wie mit Sprachrohren in die Welt ausgeschrien. Wie viel Unverstand, wie viele schiefe und enge Urtheile, wie viel kleinlicher Groll und Eifer verhallte früher harmlos an Theetischen und auf Bierbänken, was jetzt alles in der Reichsversammlung an die große Glocke gehängt wurde! Gerade wie der Wein erfindet auch die aufregendste Umwälzung der Dinge nichts; sie schwatzt nur aus.

Wenn man sich aber erstaunt fragt ob Erscheinungen wie wir sie eben flüchtig angedeutet, begreiflich seyen bei so weit vorgeschrittener allgemeiner Bildung, in einem Jahrhundert das sich des raschesten, entschiedensten Fortgangs zur wahren Aufklärung und zum allgemeinen Regiment der Vernunft rühmt, so ist zu antworten daß diese Erscheinungen zum großen Theil eben in der Cultur ihre Quelle haben. Diese verbreitet nicht nur Licht, sie wirft auch Schatten; sie ist die Mutter sehr ungleicher Kinder, und gebiert und erzieht neben Tugenden auch Schwächen und Laster; der Sonne gleich, brütet sie mit demselben Strahl das Ungeziefer aus und den Schmetterling, die fliegende Blume, und bringt den Pilz zur Reife wie die edelste Frucht. Wohl nie ist es augenfälliger gewesen als heutzutage daß der Mensch durch die Cultur im Grunde weder besser noch klüger wird. Der Kern der menschlichen Natur kann entwickelt oder in Roheit zurückgehalten, er kann verkümmert, verzerrt, zerfasert werden, er ist aber keiner wesentlichen Erweiterung, keiner Potenzirung fähig. Ein Blick in die Geschichte lehrt daß der Mensch mit dem eigenthümlichen Geisteslicht und dem in scheinbarer Willkür fest geregelten Spiel der Leidenschaften, die seinen festen Gattungscharakter bilden, unter allen Phasen äußerer Entwicklung derselbe bleibt. Verstand und Phantasie nebst ihrem Kinde, der Kunst, religiöses Gefühl, Rechtssinn, feste Prägung des Charakters — alles dieß nimmt in der Gesellschaft mit ihrer fortschreitenden Bildung so wenig zu, daß in sehr vielen Beziehungen gerade das Gegentheil eintritt. Der mittelalterliche Mensch war deßhalb, weil sein Gesichtskreis beschränkter war, nicht innerlich beschränkter als der heutige, vielmehr umgekehrt. In seiner nach oben und unten fest abgegränzten Welt, in seiner Himmel und Erde umfassenden Sphäre mochte er sich das schöne Gleichgewicht der Geistes- und Gemüthskräfte bewahren, das dem Menschen der Jetztzeit in seiner schrankenlosen, zerfahrenen Welt so leicht verloren geht. So lange sich die Gedanken nur auf dem langsamen Wege der Schrift verbreiteten, stand auf dem Pergament ganz dasselbe eigenthümliche Gemisch von Vernunft und Thorheit, das, seitdem es durch die Presse in unsauberer Fluth ohne Unterlaß in die Massen hinausgepumpt wird, unendlich mehr Köpfe verwirrt als veredelt hat.

Unserer Zeit ist von selbst das Erbe einer langen Cultur zugefallen, und trotz aller geistigen Verschwendung mehrt sie spielend das Capital des Wissens und Könnens. Ist sie darum größer, glücklicher, innerlich reicher als eine Zeit in deren geistigem Haushalt es noch weit enger und ökonomischer herging? So wenig als beim Individuum der äußere Besitz der Maßstab des innern Werthes ist, so wenig als beim Lernenden und Studirenden die wirklich erworbene Bildung der Fülle der ihm zu Gebot stehenden Bildungsmittel nothwendig proportional ist. Wir sehen vielmehr bei Völkern und beim Einzelnen daß in einer gewissen aurea mediocritas, gleichweit von niederdrückender Armseligkeit und von entnervendem Ueberfluß, sich die schönsten Blüthen der Menschheit entfalten. Wer unsere Welt der fürstlichen Geschichtsmacher, Nationalökonomen, Geschichts-, Religions- und Naturphilosophen, Archäologen, Paläontologen, Magnetiseurs, Phrenologen, Maschinenbauer, Demagogen und Communisten mit den Anfängen der neuern Zeit, mit den Staatsmännern, Kriegern, Dichtern, Künstlern, Theologen, Ketzern, Entdeckern, Handwerkern des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts vergleicht und noch glaubt daß Weltverstand und Geschick, Scharfsinn und Tiefsinn, Kunstgefühl und Kunstfertigkeit, vor allem aber geistige Gesundheit und Tüchtigkeit und das was man Charakter heißt, Gewächse sind die im Moder der Cultur neue Knoten ansetzen, der mag immer in der letzten Zeit ein einflußreicher Demagog gewesen seyn, er mag sogar mit Glück eine deutsche Zeitung redigiren, er liefert aber den bündigsten Beweis für den Satz daß die Cultur die Menschen nicht gescheidter macht.

Alle Erkenntniß in sinnlichen und übersinnlichen Dingen die dem Menschen von seinem Zeitalter geboten wird, macht ihn nur insofern innerlich reicher als er sie in sich verarbeiten, sie zu einem Organ seines Mikrokosmus machen will und kann. Durch das was sich von Begriffen und Anschauungen gleichsam nur mechanisch seinem Geist anhängt, wird seine Seele statt erhoben vielmehr herabgezogen. Wird der durch seinen Kopf streichende Strom der Zeitideen zu stark für seine Fassungs- und Verarbeitungskraft, so kommen Geist und Gemüth aus dem Gleichgewicht, durch das die geistige und moralische Gesundheit des Menschen bedingt ist. Seine Vorstellungen und Gefühle hören auf zusammen die normale Figur zu beschreiben welche die innere Menschenwelt mit der äußern gemein hat, die der Rundung. Sie bilden vielmehr einen verschwimmenden Nebel mit trübem Kern und angehängtem wässerigen Schweif, und der von seiner Zeit verbildete und verschrobene Geist schweift auf regelloser Bahn, bald in trostlosem Frost, bald in sengender Gluth um die Sonne der Cultur.

Dieser in der menschlichen Natur liegende Hergang ist so alt als die Cultur überhaupt; aber ein weltgeschichtliches Moment ist diese verwirrende und schwächende Kraft der Bildung erst in unserer Zeit geworden, weil eben jetzt erst die Zeitideen mit Macht nach unten in die Massen dringen. Aus der Verwirrung in den Köpfen der großen Menge ist die jüngste Verwirrung der Welt entsprungen.

Der Fortschritt der Cultur und die Auflösung des Autoritätsglaubens in seiner geistlichen wie in seiner weltlichen Richtung gingen nothwendig neben einander her, sie bedingten einander. Unsere Naturwissenschaft und unsere Geschichtsphilosophie, einerseits die Einsicht in die strenge Gesetzlichkeit der Natur, andererseits die Erkenntniß daß der Mensch selbst mit seiner ganzen Geschichte ein Naturwesen ist das in gewissen Gränzen unabänderlichen Gesetzen gehorcht, das eng gegliederte Netz der aus dem erweiterten Naturbegriff sich herausentwickelnden Erfahrungswissenschaften, all der geistige Luxus der das Leben schmückt und veredelt, und da-

neben die riesenhaft wachsende Gewalt des Menschen über die Natur, welche durch den erweiterten Spielraum der Thätigkeit das Leben fast verdoppelt, alles was unser Zeitalter zu einem so wichtigen und großen macht, konnte nur so zu Stande kommen daß sich der forschende Geist zugleich allmählich von den Vorstellungen losmachte welche in religiöser und politischer Beziehung eine frühere Welt beherrscht und ihre ganze Lebensanschauung bestimmt hatten.

Es waren natürlich zunächst die obern Stände, als Träger der Bildung, welche sich in solcher Weise emancipirten, während die Masse des Volks von der religiösen Skepsis wie von den neuen Lehren vom Staat verhältnißmäßig wenig berührt wurde. So bildete sich in den letzten Jahrhunderten eine Kluft zwischen der ganzen Weltanschauung der obern und der untern Schichten der Gesellschaft, wodurch sich diese Periode von allen vorhergehenden wesentlich unterscheidet — ein Verhältniß aus dem, wie sich leicht darthun ließe, in Sitte, Kunst und Tracht alles das herfloß was man heute Rococo nennt, mit welchem Gesammtbegriff man recht eigentlich die fatalistische Unfruchtbarkeit jenes und unseres eigenen Zeitalters auf dem Gebiete der Kunst bezeichnet. Während im Mittelalter der Himmel und Erde umfassende theokratische Begriff Hoch und Niedrig, Arm und Reich fast unter gleichem Niveau der Bildung erhalten und eine Gleichförmigkeit der Anschauungen und geistigen Bedürfnisse erzeugt hatte, von der wir gar keinen Begriff mehr haben, bildete sich mit der Auflockerung jener Ideen gegenüber den Armen im Geist, denen die Parole der fortschreitenden Zeit fehlte, aus den Wissenden und Zweifelnden eine Art großer ungeschlossener Maurerloge. Dieses Verhältniß erhielt sich im Ganzen, so lange die Kritik in Glaubens- und politischen Sachen in der Form der sogenannten Aufklärung eine mehr nur negative und skeptische und damit oberflächliche blieb, und so lange machte auch die große Volksmasse, nur wenig berührt von den Bewegungen der Zeit, weder den Cabinetten noch den Consistorien und Capiteln übergroße Sorgen. Im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert war der Deutsche ein tüchtiger Tagelöhner, der im Dienst des Weltgeistes von jenen Bauwerken des Mittelalters manches Stück abriß; aber in der äußern Geschichte spielte er die jämmerlichste Rolle. Unter den Ursachen die zu letzterem zusammengewirkt, ist offenbar die Schattenseite der Cultur keine der geringsten. Sie wirkte auf Verflachung des deutschen Charakters hin, auf Schwächung des sittlichen Muthes und der Thatkraft, und mit so vielem was wir nicht wußten oder uns selbst verbargen, ist auch dieses Gebrechen offenbar geworden in den jüngsten Tagen, wo wir des Charakters noch bedürftiger gewesen wären als des Verstandes.

Durch die französische Revolution und darauf durch die französische Tyrannei wurde der Deutsche aus dem Halbschlummer einer Philisterei aufgerüttelt, die in der ganzen elenden Gestaltung des dem Tod entgegeneilenden deutschen Reiches den entsprechendsten Ausdruck fand. Der deutsche Geist nahm auf einmal einen merkwürdigen Aufschwung. Die wissenschaftliche Forschung breitete sich nicht nur in allen Richtungen wunderbar schnell aus, sie vertiefte sich zugleich; sie schüttelte dabei alle die Bedenken ab welche bisher den forschenden Gedanken von der geraden Richtung abgelenkt, und arbeitete keck und unermüdet auf den Kern der Erscheinungen los. Jene Bedenken waren nun vorzugsweise religiöse gewesen, und nachdem die Wissenschaft dieselben überwunden, mußte über kurz oder lang die Religion selbst, das heißt ihre historische Grundlage, einer ganz andern Prüfung unterliegen als sie im Jahrhundert der Aufklärung erfahren hatte. Die moderne Theologie, die Tochter der jüngsten philosophischen Speculation, ging nicht mehr skeptisch über die Erscheinung weg, nicht mehr rationalistisch darum herum; sie faßte die evangelische Geschichte, und was rückwärts und vorwärts damit zusammenhängt, geradezu an wie jedes andere geschichtliche Problem, und gelangte zu Resultaten, die, ob sie nun die Religion an sich unberührt ließen oder nicht, jedenfalls die heutige Verwirrung der Begriffe und Gefühle ansehnlich mehrten.

Während so die theologische Kritik ihr Werk der Zersetzung vollendete, wurden auch auf dem staatlichen Gebiet die Anschauungen und Ziele schnell bestimmter und klarer. Seit dem Frieden wurde die Forderung bürgerlicher Freiheit durch Vertrag zwischen Regent und Volk und der Gleichheit Aller vor dem Gesetz das Feldgeschrei in einem geistigen Kriege, in dem die alte Idee vom göttlichen Quell des Herrscheramts und der im dreißigjährigen Krieg ausgebrütete Begriff der Landeshoheit, trotz hartnäckiger, freilich nicht immer sehr erleuchteter Gegenwehr, Schritt vor Schritt Terrain verlor, und noch weit mehr in den Geistern und Gemüthern als auf dem wirklichen Staatsboden.

Mit dieser raschen Ausbreitung der wissenschaftlichen und politischen Bildung ging nun aber eine Erscheinung Hand in Hand, die den um das Geschick des Glaubens und des Staates Besorgten noch weit bedrohlicher entgegentrat als die kritische Theologie und die Demagogie der dreißiger und vierziger Jahre. Die ungewöhnliche Beschleunigung der Cultur machte sich auch in der Beziehung geltend daß sie sich jetzt schnell über weit mehr Stände und Schichten der Gesellschaft als bisher ausbreitete. Der demokratische Geist der Zeit wie die Steigerung des Verkehrs wirkten darauf hin die Stände und Bildungsstufen immer mehr zu mischen und die geistigen Berührungspunkte zwischen denselben zu vermehren. Dazu kam eine riesenhafte Schwellung der populären Litteratur, und so drangen auf einmal all die tausendfachen Begriffe, Kenntnisse, Meinungen und Vorurtheile der Neuzeit in gewaltigem, unaufhaltsamem Strom in die Volksmassen, welche bis dahin der intellectuellen Bewegung nur sehr langsam und in bedeutendem Abstande nachgerückt waren. Dabei lag es in der Natur der Sache daß jener Strom ein sehr unreiner war. Wie die untern Stände den obern in Tracht und Brauch immer nur in einiger Entfernung folgen und derselben Kleider und Manieren vollends abtragen, wenn die Mode schon lange wieder in eine andere Phase getreten ist, so überkamen die Rohen und Halbrohen die Erkenntniß in ihren verschiedenen Richtungen größtentheils in der verlebten oder, wie man heute sagt, überwundenen Form der oberflächlichen, skeptischen, rationalistischen Aufklärung. Wenn es nun im vorigen Jahrhundert der Kirche und dem Staat nicht sehr viel verschlug daß man in gebildeten Kreisen an den christlichen Wundern zweifelte, und das Dogma von der absoluten Berechtigung des Königthums verspottete, so stellt sich das Verhältniß ganz anders dar, wenn jetzt Millionen unvorbereiteter Köpfe überfüllt, gleichviel gleich unvorbereitete Gemüther entleert, wenn in ganzen Volksmassen mit dem positiven Glauben auch das religiöse Gefühl ausgetrieben und mit dem altgewohnten Respect vor der obersten weltlichen Autorität auch der Sinn für Ordnung und Gesetz vernichtet wurde.

Daß die Cultur den Menschen, den sie überrascht, nur zu oft nicht veredelt und beglückt, sondern verwirrt und innerlich elend macht, indem sie seine innere und äußere Begriffswelt erschüttert oder gar durcheinander wirft und so den Kern seines Denkens und Fühlens auflockert und verflüchtigt — das sahen wir längst an so mancher traurigen oder widrigen Erscheinung im Volksleben; wohin aber dieses Verhältniß mit Consequenz führt, das haben wir erst im geistigen und sittlichen Sturm der beiden letzten Jahre erfahren. Wie das Individuum durch falschen und schiefen Unterricht aus einem tiefstehenden aber ganzen Menschen zu einem halben gemacht wird, der desto tiefer steht, je höher er sich dünkt, so wurden im letzten Menschenalter ganze Volksclassen verbildet und verschroben. Der faselnde, rechthaberische, nach oben neidische und mißtrauische, nach unten grobe und immer gemeine Geselle, dem in einer Handvoll schiefer Begriffe die ganze Welt aufgeht, der mit ein paar Schlagwörtern kurzweg alles Göttliche und Menschliche abfertigt, der im Unglauben voll Aberglauben steckt und den Teufel fürchtet, an den er nicht glaubt — ein solcher Unglücklicher ist der wahre typische Vertreter der Haufen die in der jüngsten Zeit die unerwartete Gelegenheit gefunden ihre plumpen Urtheile und ihre verkehrten Meinungen, ihre unüberlegten Forderungen und ihre unerfüllbaren Gelüste auf einen Augenblick in die Wagschale der Geschichte zu werfen, deren aufgeregte Einbildungen und Leidenschaften aber auf den Punkt hinauslaufen daß sie mit denen deren Einsicht sie erhascht zu haben glauben, nun auch das Regiment und vor allem die Güter und Genüsse des Lebens zu theilen begehren. Die vom Baum der Erkenntniß gekostet schickten sich an den Baum zu fällen um seine Früchte zu plündern, und den durch körperliches und geistiges Elend Betäubten schien es ein gar kluger Einfall wenn sie dem Staatshuhn, das die goldenen Eier legt, den Bauch aufschnitten.

So wurde denn die verwirrende und schwächende Kraft der Cultur zum erstenmal ein bedeutendes geschichtliches Moment, indem auf diesem Wege der politische Radicalismus und der Communismus in die Welt kamen. Dieselben hatten schon lange in der Luft der Zeit gelegen, sie waren umgegangen wie Gespenster, nur auf Momente hier und dort erscheinend; da auf einmal, im verflossenen Jahr, sprangen sie in leibhaftigster Gestalt aus dem Boden der Geschichte und hielten den Regierenden und Besitzenden ihre Gorgonenschilder entgegen. Und diese bebten und erstarrten ob dem entsetzlichen Gesicht und riefen in der Angst ihres Herzens die wunderlichsten Heiligen als Nothhelfer an. Leute die eben noch mit Begeisterung dem Fortschritt gehuldigt, griffen jetzt zitternd nach der Bremse und fanden sie nicht; vormärzliche Linke fühlten sich vom Sturm aufgehoben um nach einigem Umherwirbeln sehr weit rechts niederzufallen. Viele wußten bei der sonderbaren Witterung des vorigen Jahrs gar nicht wie sie ihre Gesinnung kleiden sollten, da ihre Sonne bald hell schien, bald hinter schwarzen nassen Wolken stack und der Wind jetzt kalt, jetzt warm blies, und im beständigen raschen Temperaturwechsel erkältete mancher gar das Gehirn. Kurz die geistige und sittliche Verwirrung der Volksmassen wirkte jetzt, da sie zu einer Katastrophe geführt, auf die höhern Stände, auf die Regierenden, Leitenden, Bildenden zurück, raubte

ihnen in verschiedenen Graden und Richtungen die Besinnung, lähmte was an Vernunft und Verstand vorhanden war, oder ließ doch diese Kräfte statt fester gerader Linien seltsame Schnörkel und Zickzack beschreiben. Im allgemeinen leidenschaftlichen Geschrei von hüben und drüben, im betäubenden Concert von Zorn und Hohn, von Hochmuth und Schadenfreude, von Angst und Kleinmuth schienen die alten Bildungsunterschiede zwischen Hoch und Niedrig, zwischen Arm und Reich in erschreckender Weise ausgeglichen. Jetzt da uns allen das Blut wieder etwas kühler und langsamer durch die Adern läuft, seht euch jetzt genauer an was Ministerien und berathende Versammlungen beschlossen und nicht beschlossen, was Zeitungen und Broschüren an Rathschlägen und Medicamenten für die Gebrechen der Zeit ins Publicum gebracht, was für Begriffe von Gott und Welt und Geschichte, was für darnach gemodelte Bestrebungen und Ansprüche sich aller Orten laut und breit gemacht haben! Der Kleingläubige der nicht fertig im Buch der Geschichte liest, konnte da wirklich meinen die Cultur habe sich ihr eigen Grab gegraben, sie habe durch ihren hitzig beschleunigten Fortschritt ihr eigenes Geschick in Frage gestellt.

Geschichtliche Studien an den Frankfurter Bilderläden.

III.

ff **Frankfurt a. M.,** Mitte Decembers. Im Frühjahr verlebte Frankfurt eine obschon mitunter ziemlich bange, doch sehr anziehend bewegte Periode, reich an bunten Straßenbildern, über denen man leicht die Bilder an den Schaufenstern vergaß. Die in ihren Ausgängen so traurige Kaiserwahl, die Rückkehr der getäuschten Kronboten, die hierauf folgenden stürmischen Sitzungen der Nationalversammlung und ihr schließliches Auseinanderfallen erhielten die Gemüther in einer fortdauernden, täglich zwischen Ebbe und Fluth wechselnden Bewegung. Mittenhinein fuhren die Donner des Mai: der Aufstand in Dresden, die Revolution in Baden und der Rheinpfalz, die Erstürmung Ofens durch die Ungarn; dazu Aufstandsversuche in mehreren preußischen Städten, Württemberg schwierig, drohende Meuterei im Donauwörther Lager, der Boden längs dem Rhein, durch Franken bis in die Berge Thüringens hinein furchtbar unterwühlt, in Berlin, Breslau, Hamburg und in Frankfurt selbst die revolutionäre Partei ungemein rührig, ein ansehnlicher Theil der deutschen Truppen noch mit dem nordischen Feinde beschäftigt, die siegreichen Ungarn hart vor den Thoren Oesterreichs und somit Deutschlands, endlich in Deutschland selbst Oesterreich und Preußen nicht mehr wie früher zu gemeinsamer politischer Handleistung verbunden! Man kann wohl behaupten daß der Mittelkern Europa's in diesem Augenblick furchtbarer erschüttert war als selbst zur Zeit der Märzrevolutionen, und daß die Rettung Deutschlands vor blutiger, vielleicht langer Anarchie nicht selten an einem sehr schwachen und zerbrechlichen Faden hing. Glücklicherweise griffen die Aufstände nicht in einander; der in Dresden, obschon mit Energie geleitet, blieb auf die innere Stadt beschränkt, der in Karlsruhe und Rastatt breitete sich zwar sofort über das ganze Land aus, aber es fehlte ihm an einer energischen, vor keinen Folgen zurückschreckenden Oberleitung, die es gewagt hätte alle zu Gebot stehenden militärischen Kräfte in eins der am meisten aufgewühlten Nachbarländer zu werfen, und den Aufstand bis vor die Thore Stuttgarts oder Frankfurts zu tragen, denn der erste schüchterne Versuch unter Sigel war eine bloße Recognoscirung, die zum großen moralischen Schaden der badischen Erhebung an der Standhaftigkeit und Fahnentreue der hessischen Truppen scheiterte. Von da an gestaltete sich für das Provisorium in Baden alles ungünstig. In Württemberg gelang es der Regierung die in ihrer Treue zum Theil bereits wankend gemachten Truppen wieder zur Vernunft zurückzubringen, und der sehr erklärliche Schrecken der bei der mehr lächerlichen als ernsthaften Uebersiedelung des demokratischen Ueberrestes der Nationalversammlung sich der ehrsamen Bürger von Stuttgart bemächtigte, diente nur dazu die conservativen Elemente der Hauptstadt und des Landes um so fester um den constitutionellen Thron ihres Königs zu schaaren. Den Hauptschlag erlitt die social-demokratische Revolution in Baden — denn ihr letztes Ziel war allerdings die sociale Demokratie — als am 13 Jun. in Paris der socialistische Aufstandsversuch Ledru-Rollins und seiner Genossen an der Wachsamkeit der Regierung scheiterte, welche von Anfang an begriff daß der pfälzisch-badischen Erhebung irgendwie Vorschub leisten ihre eigenen Feinde im revolutionsträchtigen Schooße von Paris selbst ermuthigen und unterstützen hieße. Glücklicherweise war in Preußen seit der wahnsinnigen Plünderung des Zeughauses, welche in dem revolutionären Hexensabbath vom Sommer 1848 die tolle Schlußscene bildete, im allgemeinen ein Umschwung der Gemüther eingetreten, und hatte der Regierung Zeit gegönnt die militärischen Kräfte des Staats zu organisiren und den soldatischen Geist im Volke wiederzubeleben, um das Wagstück der Mobilmachung eines ansehnlichen Theils der Landwehr wagen zu können. Alle diese Umstände schützten dießmal Frankfurt, das, wie man nicht läugnen kann, in einer weiten Runde von einer republicanischen Bevölkerung umlagert ist, welche in jedem günstigen Augenblick geneigt und bereit seyn würde sich in Masse zu erheben um sich dieser schönen Beute zu bemächtigen. Wer sich diese in der Nachbarschaft Frankfurts vorwaltende Stimmung erklären will, blicke nur auf eine Karte der Umgebungen Frankfurts, auf diese Wiederholung der großen deutschen Landkarte im Kleinen, auf dieses bunte Gemengsel wo eigentlich alles Enclave ist, wo hier ein Fleckchen Kurhessen, dort ein Läppchen Hessen-Darmstadt, dort ein Fetzchen Nassau, dort das Zwergländchen Hessen-Homburg bis nahe an die Thore Frankfurts heranreicht, während diese Länderstückchen zuweilen wieder mit Frankfurter Gebietstheilchen gesprenkelt sind. Man kann es nur natürlich finden wenn die Bevölkerungen eines so zusammengesetzten Ländercomplexchens nach einem ihnen allen gemeinsamen Mittelpunkt Verlangen tragen, und welcher könnte dieß seyn als das im Centrum liegende und üppig blühende freistädtische Gemeinwesen?

Welche Gruppen „Bassermann'scher Gestalten" aus der Nachbarschaft Frankfurts erblickte man denn auch zur Zeit des Dresdner und Badner Aufstandes in der Runde um die Paulskirche! Hier eine Schaar wildbärtiger Männer fanatischen Blicks um einen Redner versammelt, der ihre Phantasie mit den neuesten großartigen Lügen aus Sachsen oder Baden, von der ungarischen Donau oder vom preußischen Rhein erhitzte, dort eine andere Gruppe um irgendeinen demokratischen Aufruf, einen revolutionären Anschlag, oder um einen Vorleser versammelt der das neueste Extrablatt zu einer der hier erscheinenden Zeitungen in Händen hielt, wobei natürlich, wenn das Extrablatt eine der Gewaltpartei unerwünschte Nachricht brachte, diese Zeitungen weidlich hergenommen und ohne weiters als berüchtigte Lügenblätter bezeichnet wurden. Alles in wilder Gährung, ein Drängen um einzelne Mitglieder der äußersten Linken, um sie entweder zur Energie anzuspornen oder über den Stand der Verhandlungen im Schooße der Versammlung selbst auszufragen, ein Zusammenstecken der Köpfe, ein Gesticuliren, Räsonniren, mittendurch Verwünschungen gegen die „volksverrätherische" Rechte, Verwünschungen, die, wenn sie nicht von den Lippen sprudelten, um so deutlicher in den Blicken loderten wenn ein solcher „Volksverräther" sich ihnen audiezte. Jammerschade, dachte ich dann, diesem charakteristischen Leben und Treiben gegenüber kein Maler zu seyn, und sich auf die Wiedergabe durch bloße Tinte und Druckerschwärze beschränkt zu sehen!

Dann später die Anhäufungen von Truppen, die gegen Baden bestimmt waren und Frankfurt in ein bewegtes Kriegslager umschufen! Da kamen die Männer von der Ostsee, aus dem Lande Mecklenburg, deren schlichte ehrliche Gesichter durch ihre Frische und Blutfülle gegen die kalkartig blassen der tschechischen Soldaten einen eigenthümlichen Gegensatz bildeten. Da sah man in raschem Wechsel die mecklenburgischen Dragoner mit stahlglänzenden Helmen auf hochgebauten aber feingliedrigen und feinadrigen Rossen, prächtige preußische blaue und rothe Husaren und Cürassiere, die in ihren weißen Waffenröcken, spiegelblanken Harnischen und ritterlichen Helmen eine schmucke Reiterschaar bilden, preußische Regimenter, Linie und Landwehr, fast täglich eins das andere ablösend, dazu lange Geschützzüge, mit ihren schweren Metallmassen durch die Straßen polternd, Bagagewagen, Feldapotheken, auf- und absprengende Reiter — ein Bild voller Leben, reichster Gruppirung und buntester Färbung. Es machte einen eigenthümlichen Eindruck an einem Sonntage die letzten nordischen Truppenmassen dem blutigen Kriegswerke entgegenziehen zu sehen. Es hatte da alles einen feierlichern Ausdruck. Die Soldaten sahen ziemlich ernst darein — kein Wunder, die demokratischen Wirthe hatten ihnen schauerliche Dinge erzählt. Ein blutjunger Landsmann, ein neumärkischer Trommler mit freundlich rothem Gesicht, sagte zu mir, indem er seine sichtliche Angst unter einer scherzhaften Wendung zu verbergen suchte: „Haben Sie Kinder die Sie los werden wollen, so schicken Sie sie mit uns nach Baden, es sind bei Ladenburg schon 1400 von unsern Cameraden geblieben, das hat mir mein Wirth erzählt."

Die Stadt war nun wie ausgestorben. Etwas österreichisches Fußvolk, eine halbe Schwadron österreichischer Reiter blieben zurück. Das lud zu einem Handstreich ein. Am 19 Juni schien es als solle er zur Ausführung kommen. Die Stadt wimmelte plötzlich — man wußte gar nicht wo sie alle herkamen — von Schlapphüten und fremden bärtigen Gesichtern, von jungen Burschen mit frech wehenden rothen Federn auf den Calabresern. In der Fahrstraße wogte es hin und her. Die Insurgenten, hieß es, seyen bereits in Darmstadt, und das leichtgläubige Volk nahm es für wahr, obschon kein Flüchtling sich sehen ließ um von der erfolgten Auflösung des Reichsheers die sichere Kunde zu bringen; wahrscheinlich glaubte man es sey kein einziger Mann entkommen. Zwei österreichische Geschütze, die einzigen welche Frankfurt außer den harmlosen Parade-

schützen der Bürgergarde in dem Augenblicke besaß, standen an der Ausmündung der Brücke auf der Frankfurter Seite gegenüber Sachsenhausen, Kanoniere mit brennenden Lunten dabei, die halbe Schwadron österreichischer Dragoner patrouillirte, die Hähne ihrer Pistolen gespannt, durch die Stadt — damals blickten die Bürger, glaube ich, mit einiger Verehrung zu dieser Handvoll Reiter auf, deren Eifer vielleicht einen zweiten achtzehnten September von der Stadt fern hielt. Es war aber kein rechter Ernst in den demokratischen Zuzüglern, oder sie hatten sich wirklich durch die wachsame Haltung der wenigen vorhandenen Streitkräfte einschüchtern lassen. Die zwei Geschütze an der Brücke, das kleine Piket Fußvolk dabei, die wenigen österreichischen Reiter konnten durch die Masse erdrückt werden ohne erhebliche Gefahr, aber es geschah nichts; die aus der Nachbarschaft wie durch einen plötzlichen Wellenschlag herangespülte Barrikadenmiliz zertheilte sich in den verschiedenen Localen wo Bier oder Wein verzapft wird, und folgenden Tags sah man hinter der Constablerwache eine achtunggebietende Zahl preußischer Geschütze aufgefahren und die Stadt von Weiß- und Blauröcken belebt, die man von Mainz her beordert hatte.

Diese bunten Straßenbilder waren wohl geeignet die Aufmerksamkeit des Beobachters von den Erscheinungen an den Bilderläden abzuziehen, und in der That hat sich aus jener Zeit fast nur Eine bildliche Darstellung meinem Gedächtniß tiefer und dauernder eingeprägt. Es war dieß der Todtentanz von Rethel, ein Werk, welches durch die innere ergreifende und doch so verständliche Wahrheit, durch die Originalität der Erfindung, durch die Energie der Zeichnung, durch die dramatische Steigerung der Scenenfolge, wie überhaupt durch die wenn schon etwas grasse, doch populäre und ächt deutsche Auffassung, troß der weniger bedeutenden Verse, eine größere moralische Wirkung auf das Volk ausgeübt hat als hundert belehrende und noch so treffliche und aus wohlmeinendster Absicht hervorgegangene Betrachtungen und Ermahnungen in Zeitungen und Flugschriften. Das Volk in seiner naiven Auffassung will mit der Belehrung auch zugleich die Wirkung erblicken, und das vermag nur die Kunst zu leisten, vorzugsweise die bildende und dramatische. Ueber manches ächte Barricadengesicht, welches sich diesen Todtentanz betrachtete, konnte man den Schlagschatten eines eigenthümlichen Ernstes gleiten sehen.

Von Seiten der Revolution war im Laufe jener Zeit das Beste eine Reihe lithographirter Zeitungen, unter dem Titel: „Skizzen aus der Pfalz,“ zu denen E. Schalck die Zeichnungen und ein gewisser Stolze, irre ich nicht ein Frankfurter Kind, die Verse geliefert hatte. Namentlich erschien das Blatt auf welchem das Grab eines Freischärlers in einsamer Waldgegend dargestellt war, von glücklicher Erfindung, und es ist darnach auch viele Nachfrage gewesen. Die Verse hatten Schwung und Frische und sogar eine gewisse Gemütblichkeit, und gehörten nicht der gewöhnlichen verbissenen Tendenzpoesie an, deren Verse oft nur in Reime gebrachten Artikeln aus einer blutig rothen ultra-demokratischen Zeitung ähnlich sahen. Wer sich mit der etwas liederlich wüsten Freischaarengestalt auf dem Bilde selbst zu befreunden vermag, wird folgende Strophen zu dem „Pfälzischen Vorposten am Rhein“ gewiß recht hübsch und anmuthig finden:

Gelehnt auf die Flinte
Mit trotzigem Muth,
Die Feder im Winde
Hoch oben am Hut,
Die Klinge zur Seite,
Die Blouse gebläht,
So hat er ins weite
Gethäle gespäht.

Zu Füßen ihm zogen
Rheinwogen vorbei,
Die Reichsfarben flogen
Zu Häupten ihm frei.
Von Moos und von Latten
Ein Hüttchen gar fein,
Sein Dach und sein Schatten
Am lustigen Rhein u s. w.

Man sieht daß hier diejenige Seite des phantastisch romantischen Freischaarenspuks aufgefaßt war, durch welche so mancher gutmüthig schwärmerische junge oder alte Knabe sich verleiten ließ sich mit der schwarz-roth-goldenen Schärpe zu gürten und dem „Volksheer“ anzureihen. Aber wenn schon die bloße poetische und phantastische Schwärmerei, wo sie sich dienend einer großen organisirten Macht unterordnet, es wohl zu einzelnen schönen Thaten bringen und überhaupt in anregender Weise wohlthätig wirken mag, so wird sie dagegen einer Partei von nur zweifelhaftem Nutzen seyn können, die mit Mitteln ficht welche noch nicht organisirt sind, und für eine Sache welche auf ihrem jetzigen Standpunkt dem individuellen Belieben ihrer Anhänger und dem Geiste der Auflehnung gegen die von ihr selbst decretirte Autorität noch sehr viel freien Spielraum gewähren muß. Ohnehin dauert die poetisch-phantastische Schwärmerei selten länger, als ein solches halsbrecherisches Unternehmen noch seine angenehmen und poetischen, vielleicht selbst gemüthlichen Seiten hat und glänzende Streiflichter freundlicher Selbsttäuschung verträgt; aber sie hält nicht wider, wenn im Fall eines Mißgeschicks die aller Poesie entblößte Noth, das nackte Elend, der grasse blutige Jammer, die körperliche und geistige Abspannung an ihre Stelle treten, und es keinen andern Wechsel mehr gibt als den zwischen Entbehrung und Entbehrung, Schrecken und Schrecken, Gefahr und Gefahr.

Außerdem brachte uns die badische Revolution eine gute Anzahl von Porträts damaliger badischer „Notabilitäten.“ Aber in der That man hat im Laufe des letzten Jahres so viele Hunderte Conterfeis neuester Berühmtheiten erleben müssen, daß sie vor dem Gedächtniß in eine große unterschiedslose Masse von Augen, Nasen und andern Gesichtstheilen zusammenlaufen, durchwachsen von einer überreichlichen urwäldlichen Fülle wilden Bartstoffs. Darstellungen von Kriegsscenen aus dem badischen Feldzug erblickte man seit dessen Beendigung nur wenige, und zwar von rohester Auffassung, auf denen die Freischärler wie Feldmäuse, die auf zwei Beinen zu gehen versuchen, längs der Bergabhänge hinklettern, wogegen die Kriege Oesterreichs in Italien die Bilderläden fortdauernd und bis jetzt mit zum Theil sehr wohlgerathenen und in künstlerischer Hinsicht trefflichen Schlachtscenen versorgt haben. Indeß verdankt man dem Wirken des Standgerichts in Baden eine lithographirte Darstellung von eigenthümlicher Erfindung. Sie ist der Erinnerung von Trützschlers Tod geweiht. Man erblickt darauf nichts als im Vordergrund einen Sandhügel, darauf zwei breite tiefrothe Blutlachen, die sich, da die übrigen Theile des Bildes nicht colorirt sind, um so geisterhafter und greller gegen den düstern Hintergrund absetzen, nahebei eine Planke mit Blut bespritzt — es ist die Stelle wo Trützschler sein Leben aushauchte — dahinter ödes Feld, in tiefer Ferne ein hervorragendes Crucifix, einige Gebäude, sonst auf dem ganzen Bilde keine menschliche Seele. Zur Staffage dienen eben jene unheimlichen Blutflecke, denen sich die Blicke unwillkürlich immer wieder zuwenden. Das Bild ist auf eine tiefeingreifende oder vielmehr aufregende Wirkung auf die Gemüther derjenigen berechnet welche Trützschlers Freunde und politische Gesinnungsgenossen sind. Man mag die Idee barock nennen, aber sie ist wirksam, und mehr wollte der Zeichner nicht. Es ist ein ächtes Tendenzbild.

Oesterreichische Monarchie.

— **Wien**, 20 Dec. Jenes heimliche Grauen welches den Deutschen zu ergreifen pflegt, so oft er seinen Blick auf die ungeheuren Ländermassen im Osten wirft, wirkt in seinem Gemüthe wie ein Hohlspiegel, der ihm alle dort auftauchenden Erscheinungen wenn nicht verzerrt, doch stets in übernatürlicher Größe zeigt. Der Nebel in welchen die Reiche der untern Donau wie des südlichen Rußlands vor seinem Auge ohne feste Gränzen verschwimmen, und der bei der Position des Frankfurter Parlamentes zum Kaiserstaat von der Gegenpartei geschickt benutzt wurde, wirkt fatamorganisch auf unsere Phantasie; wir glauben dort Kräfte schalten und walten zu sehen denen ein fatalistisches Siegen innewohne, weil das sichere Erkennen, das scharfe politische Wissen von ihrem eigentlichen Wesen in Deutschland viel zu gering ist um die großen Schwächen unserer Gegner gewahr zu werden. Wie bei den Türken durchweg die alte Ueberlieferung herrscht daß sie einst vom Westen her wieder über den Bosporus zurückgedrängt würden, weßwegen die Orthodoxen unter ihnen ihr Stambul stets nur als „das große Lager“ ansehen, und ihre Leichen wo möglich nach Skutari hinüberschaffen: so macht sich mehr und mehr, gerade umgekehrt, in der Mitte von Europa, in Deutschland die träumerische Meinung geltend daß, über kurz oder lang, von Osten her eine unhemmbare Völkerfluth auf uns einbrechen würde, der wir schließlich erliegen müßten. Die heimischen Demokraten, oder besser jene Socialpolitiker welche, da sie selbst sich außerhalb jedes Gesetzes stellten, nun auch außerhalb unserer Gränzen weilen müssen, wünschen die Verwirklichung dieser Sage der Zukunft; der Humanismus hat, wie sie behaupten, ja die heutigen Menschen so sehr erschlafft daß erst zuvor frisches Blut in die verweichlichten Glieder der Völker einströmen muß, ehe die Geburt und Taufe der socialen Republik mit allen gebührenden Festlichkeiten gefeiert zu werden vermag. Der Türkei von Westen und Deutschland von Osten droht der Panslavismus. Wir wollen hier nicht die augenblicklich sich ergebende Consequenz unserer natürlichen Bundesgenossenschaft mit der Pforte auch in dieser Beziehung einer weiteren Betrachtung unterwerfen; nur dem Panslavismus selber möchten wir gerne für einige Momente aufs Auge und auf die Klinge sehen. Denn wenn man gegenwärtig die österreichischen Journale durchblättert, so sollte man versucht seyn zu glauben daß wir uns wieder im Beginne eines Kampfes befänden, der vor drei Jahren eben wegen der Knechtungrechtsnatur des Feindes auch unerschrockenere Gemüther mit Furcht zu erfüllen schien. Aber wie 1847, wenn wir ehrlich seyn wollen, der Panslavismus fast in derselben Linie mit dem von Frankreich hergeholten Socialismus die Waffen liefern mußte mit denen der deutsche politisch noch so wenig geläuterte Liberalismus seine Schlachten kämpfte, wodurch wir Deutschen das Kind des Ostens erst eigentlich, wenigstens in der Idee groß gezogen haben, so muß er 1849

den Schild abgeben hinter welchen sich theils der österreichische Föderalismus gegen das Centralisationsprincip verbirgt, theils die kleindeutschen Intentionen Oesterreich aus dem deutschen Bunde zu verdrängen trachten. Daß in beiden Fällen sein Wesen nur ein negatives ist, und nirgends eine Kraft derselben hervorbricht die positiv auf eigenen Füßen dastände, ist klar. Der Panslavismus ist bis jetzt noch nicht über die Idee hinausgekommen, und kann es auch niemals; diese Ueberzeugung wird sich ein jeder zu eigen machen der den politischen Boden betrachtet, in welchen er seine Wurzeln schlagen soll, vorausgesetzt daß der Beurtheiler nicht etwa zu jenen Herren gehört die ihren Staat mit Ideen aufbauen. Die ökonomische Grundlage des ideellen Slavenreiches ist die rein agricole: Ackerbau und Viehzucht bilden in ihm die einzige Nährquelle, weil sie die einzige Production ausmachen. Ein unabhängig auf seinen Hufen lebendes Adels- und Bauernthum vermag aber niemals zu einem compacten von einem Gedanken durch alle seine Theile durchdrungenen Ganzen zu werden, wenn sich nicht ein Bürgerstand mit seinem beweglichen Eigenthum überall dazwischen festsetzt, oder ein autokratischer Wille ein festes Militär- wie Beamtennetz über diese einzelnen Muskellagen als irritabiles Nervensystem ausbreitet. Ohne ein solches Bindemittel tritt in dem ursprünglich seiner Abkunft nach vielleicht einheitlichen Volke auf der Stelle ein Zerfallen in Stämme ein, und wie hinderlich die Stammeseifersucht selbst dann noch ist wenn schon ein tüchtiges Bürgerthum zur staatlichen Einheit hinstrebt, davon vermag unser Deutschland ein trauriges Lied zu singen. Wir Deutschen haben wenigstens in der Vergangenheit eine große einheitliche Geschichte, die Erinnerung an einen Bürgerstand, welcher in seinem Reichthume mit den Fürsten wetteiferte, und sind erst dann in das agricole Stammesleben zurückgesunken, als uns alle neuen Handelswege nach außen abgeschnitten waren. Die Slaven vermögen dagegen nirgends in der Vergangenheit einen Gesammtstaat aufzuweisen; sie haben keinen Bürgerstand gehabt dessen Erinnerung dem jetzt auftauchenden Einigungsgedanken irgendeinen Anhaltspunkt darzubieten vermöchte, und ehe sich bei ihrer vom Meere abgeschnittenen Lage ein Bürgerthum autochthon zu entwickeln im Stande wäre, das, wie gegenwärtig bei uns, die Durchführung des Einigungsprocesses übernähme, würden Jahrhunderte vergehen. Der in der Litteratur gehegte und gepflegte Einigungsgedanke ist daher für die Slaven nur eine Nachahmung; weil man Deutschland in dieser Entwickelung begriffen sah, wollte man auch Wasser trinken, ohne sich dabei der ganz verschiedenen politischen Verhältnisse bewußt zu seyn. Oder sollten etwa die Bücher so viel Kraft in sich tragen um einen Complex von Menschen einer Abkunft, die weit auseinander wohnen, in ihren Dialekten sich gegenseitig nicht verstehen, ja von denen der bei weitem geringere Theil nur überhaupt lesen kann, die durch keine geographischen Formationen zusammengehalten werden, politisch zu vereinigen? Einzelne Bücher wie einzelne Menschen haben in der Geschichte nur dann eine Kraft ausgeübt, wenn ihre Bestrebungen mit den unbewußt im Volke wirkenden politischen Motoren zusammenfielen, die ideelle Manifestation von den Consequenzen der ökonomischen Grundlage bildeten. Ohne diese Bedingung werden die vermeintlichen Staatsmänner stets haltlose Schwärmer! Bis zur deutschen Revolution war die Masse des Slaventhums so wenig von den herübergepfropften Gedanken einzelner Schriftsteller afficirt, sie lebte noch so sehr in politischer Unschuld dahin daß sie sich ihrer Stammesunterschiede gar nicht einmal in der Schärfe der Wirklichkeit bewußt war. Wie hätte man sonst 1848 einen Slavencongreß abhalten können auf dem man zur allseitigen Verständigung zu der Sprache des Gegners zu greifen genöthigt war! Erst jetzt nach der Zeitigungsperiode der letzten zwei Jahre ist man unter den Slaven insoweit politisch geworden daß sich wenigstens der einzelne Stamm als ein mehr oder weniger zusammenhängendes Ganzes betrachtet. Die erwachende Stammeseifersucht ist bei ihnen, ohne allen Spott wird dieß gesagt, der Ausdruck von beginnender politischer Bildung. Die Streitigkeiten welche jetzt zwischen Kroaten und Serben, zwischen Tschechen und Ruthenen herrschen, wird, wie heute ein Correspondent der Constitutionellen Zeitung aus Böhmen „von der Dravemündung" schreibt, „kein politischer Capellmeister zum wohlklingenden Accorde verschmelzen. Verdächtigungen, Verleumdungen gehen mit herrschsüchtigen Tendenzen Hand in Hand, und es dürfte sich auch hier das für das Slaventhum so unheilvoll gewordene und sprüchwörtliche Verhängniß bewähren welches das politische Leben der Slaven durch Slaven untergraben läßt; denn schon stehen sich hier die Asbukisten und Abcedisten *) schroff entgegen und werfen einander gegenseitig Betrug und Hinterlist vor." Und aus dieser Masse sollte für Deutschland ein einheitlicher Gegner erwachsen? Aber es sind ja unter den Slaven Stimmen laut geworden denen zufolge „die russische Knute der constitutionellen Freiheit vorzuziehen sey." Wir glauben gern an die Thatsache solcher Aussprüche; allein zu welchen Consequenzen wird nicht eine Ideenpolitik getrieben, zumal wenn sich persönlich verletzte Eitelkeit beimischt. Sobald Oesterreich in seinen Centralisationsbestrebungen die rechte Bahn zu wandeln weiß, wollen wir es auf die Verwirklichung dieser Drohung dreist ankommen lassen. Ueber die Stellung der constitutionellen Gesammtmonarchie zum Slaventhum in nächster Zeit mehr.

*) Anfänger der griechisch-slavischen und der lateinischen Schrift.

Pesth, 19 Dec. Die conservative Partei, deren Organ das hier erscheinende Blatt „A Figyelmező" ist, spricht sich in dem Leitartikel dieses Blattes vom heutigen Datum wieder einmal deutlich und bestimmt darüber aus was sie wünscht und was sie zu erreichen hofft. Dieser Artikel ist um so bemerkenswerther, als es nicht zu läugnen ist daß die conservative Partei nicht nur aus den ersten Notabilitäten des Landes besteht, sondern auch durch ihr energisches Auftreten in der letzten Zeit eine Popularität gewonnen hat die sie früher nie gehabt. Um die Fahne dieser Partei schaaren sich jetzt Kräfte die bis jetzt nie aufgehört hatten die Tendenzen derselben zu bekämpfen. Dennoch glaube ich daß diese Partei ihre Kräfte weit überschätzt, wenn sie mit einer solchen Zuversicht wie es in diesem Leitartikel geschieht, der Erfüllung ihrer Wünsche entgegensieht. So sehr es auch im Interesse Ungarns und vielleicht der Gesammtmonarchie zu wünschen wäre daß den Anforderungen dieser Partei etwas Rechnung getragen werde, so fürchte ich doch daß die Wünsche dieser Partei mit dem jetzigen Regierungssystem ganz unvereinbar sind, und daß alle Bemühungen derselben, solange dieses System besteht, zu gar keinem Resultat führen werden. Ich lasse hier die bemerkenswerthesten Stellen aus dem Artikel selbst folgen: „Wer da glaubt daß es eine Möglichkeit sey eine Nation die neun Jahrhunderte sich ruhmvoll auf der Weltbühne bewegt, sammt ihrer Constitution und ihren Gebräuchen durch einen bloßen Machtspruch zu vernichten, der kennt das Leben eines Volks in der Geschichte nicht. Noch nie wurde ein Volk das sich erhoben hatte durch grausame Strafen beschwichtigt, und die Furcht mit der man herrschen will war noch nie ein so starkes Band zwischen Volk und Staat als es die Liebe, die Zufriedenheit und das Vertrauen ist. Glaubt nicht daß es als ein Zeichen der Schwäche angesehen würde wenn ihr Gnade walten ließet, denn nur der Starke und der seiner Kraft Bewußte versteht es großmüthig zu seyn, die feige Furcht aber verhärtet das Herz. Gebt dem Rathe kein Gehör, der euch zuflüstert daß man das aufrührerische Volk ohne Erbarmen züchtigen müsse als Warnung für die übrigen Völker. Haben etwa die Tausende die nach Sibirien transportirt worden, die Erhebung Polens unmöglich gemacht? Nein, nicht durch Kanonen, durch Großmuth wird ein Volk entwaffnet. Seht hin auf das Volk! Was bietet sich euerem Blicke dar? Eine Grabesstille hat sich über das Volk verbreitet, tief in seinem Schmerze versunken sieht es ohne Klage die Ereignisse an sich vorüberziehen. Glaubt ihr daß das ein Symptom der Furcht sey? Nein! Glaubt ihr, es sey ein Act der Unterwerfung? Nein! Oder glaubt ihr etwa, es sey das ein Zeichen der Zufriedenheit? Nein, Nein! Wir können in diesem Schweigen nur ein Gefühl der Bitterkeit sehen das sich in Klagen weder Luft machen kann noch will, weil es in der weiten Welt keinen theilnehmenden Freund seines Schicksales findet. Wir aber behaupten daß dieser lautlose Schmerz eine positive Gefahr sey, sowohl für das Volk als für die Regierung. Wir wollen hier niemanden anklagen. Wir können jetzt nur das Geschehene betrauern, und inmitten so vieler Trümmer, nachdem wir so viel verloren, können wir doch mit gutem Gewissen ausrufen: „Das hat das ungarische Volk nie gewollt, so weit wollten wir nie gehen, das ist uns auch nie in den Sinn gekommen; die Ereignisse waren stärker als wir, es ist eine höhere Macht die das Schicksal der Nation leitet......" (Ostd. Post.)

Italien.

** **Neapel,** im Dec. Die Verordnungen vom Jahr 1821 hinsichtlich des Verkaufs und Besitzes der von der Censur nicht zugelassenen Bücher sind erneuert worden. Die Verordnung an sich, soferne sie die Verbreitung irreligiöser und unmoralischer Schriften und indecenter Bilder und das hausirende Herumtragen fliegender Blätter, die in ganz Italien so großes Unheil gestiftet haben, zu hindern sucht, hat ihre guten Seiten; aber theils geht sie zu weit, theils öffnet sie vexatorischen Maßregeln der schlimmsten Art, zu denen die Polizei in diesen Ländern doch nur zu sehr geneigt ist, Thüre und Hof. Wenn man sich mit Präventivmaßregeln gegen Druck und Verkauf verbotener Bücher und dem Untersagen des Hausirens begnügt hätte, wie anderwärts geschehen ist, so würde sich vernünftigerweise nichts dagegen haben einwenden lassen; wie aber die neuen Verordnungen gefaßt sind, ist nicht bloß die Einführung von Büchern überhaupt sehr erschwert und der Buchhandel, der doch nur mit einem Lungenflügel athmet, mit gänzlicher Paralyse bedroht, sondern jeder Privatmann, geschweige Besitzer einer Leihbibliothek, ist polizeilicher Haussuchung preisgegeben, auf den Verdacht hin daß er verbotene Bücher besitze! Der Katalog dieser ver-

botenen Bücher ist aber hiesigenorts ein rein willkürlicher; man hält sich nicht gerade an den Index librorum prohibitorum, und die fremde Litteratur ist samt und sonders der Ketzerei verdächtig, namentlich wenn es sich um Sprachen handelt die man nicht versteht, was mit nothdürftiger Ausnahme des Französischen bei allen fremden Sprachen der Fall seyn mag. Kurz, die ganze neue Verordnung, will man wie oben gesagt auch nicht alle Theile derselben verwerfen, ist ein treffendes Gegenstück zu jener welche die Requisita für den Lehrerstand vorschreibt und vielmehr dem neunten als dem neunzehnten Jahrhundert anzugehören scheint. Dieß sind nicht die Mittel durch welche, wie man sich schmeichelt, der politischen Verderbtheit in den höhern Classen der verjährten und unglaublich grassen Unwissenheit (mehr als Irreligiosität) der untern abgeholfen wird; formelles Wesen besteht überhaupt im Reiche beider Sicilien über und über genug, und es kommt nur auf den Geist an der die Formen durchdringt. Dieser Geist aber ist in den meisten Fällen kein guter, und kann bei derallgemein gesunkenen Moralität kein guter seyn.

Turin, 22 Dec. Der König hat den Baron Giuseppe Manno zum Präsidenten des Senats; den Marchese Cesare Alfieri di Sostegno und den Advocaten Giacomo Plezza zu Vicepräsidenten ernannt. Die Deputirtenkammer ist mit ihrer Organisation beschäftigt und hat bereits ihre Ausschüsse gebildet. Terenzio Mammiani ist zweimal, für Pinerolo und für Genua, gewählt; Silvio Pellico, von welchem es hieß er würde sich um einen Sitz in der Deputirtenkammer bewerben, findet sich wenigstens nicht auf der Liste der Gewählten.

[5370—72]

Niederösterr. Gewerb-Verein.

Ausschreibung eines Preises für künstliche Gliedmaßen.

Der niederösterreiche Gewerbverein hat in seiner Generalversammlung am 3 December 1849 beschlossen, mehrere Preise für die Erzeugung künstlicher Gliedmaßen auszuschreiben, um diesen so wichtigen Industriezweig im allgemeinen zu fördern und auf diese Weise auch den minder bemittelten Verstümmelten die Möglichkeit zu bieten sich einer künstlichen Extremität bedienen zu können.

Es werden daher die Bandagisten, Mechaniker und betreffende Instrumentenmacher hiermit aufgefordert mit ihren Erzeugnissen um die nachstehend angeführten Preise zu concurriren, und für diesen Fall sowohl Muster für die mittlere Größe des menschlichen Körpers, als auch detaillirte Zeichnungen sammt Beschreibung derselben und die Preislisten ihrer Erzeugnisse an die Canzlei des niederösterreichischen Gewerb-Vereines (Wien, Stadt, Himmelpfortgasse Nr. 965) bis zum letzten Tage des Monates März 1850, wohl verpackt und versiegelt, mit einem den Namen und Wohnort des Erzeugers enthaltenden versiegelten Zettel einzuschicken. Diese Adresse sowie das Paket ist mit einem gleichlautenden Motto zu versehen.

Die Entsiegelung aller eingesendeten Bewerbungsstücke wird erst am 1 April 1850 von der zur Begutachtung der Preiswürdigkeit der eingeschickten Erzeugnisse vom Vereine bestimmten Commission vorgenommen.

Die Bedingungen welchen die einzuschickenden künstlichen Extremitäten zu entsprechen haben, sind:

1) sie sollen die Form des verlorenen Gliedes **möglichst treu ersetzen;**
2) die **wichtigsten Verrichtungen** ermöglichen, und zwar sollen die mechanischen Vorkehrungen dafür **einfach, leicht** und **schnell** ausführbar, sowie auch **dauerhaft** beschaffen seyn;
3) dieselben sollen nicht **zu schwer** seyn, damit sie von dem Verstümmelten durch längere Zeit anhaltend ohne Ermüdung gebraucht werden können;
4) soll der Mechanismus **leicht verständlich** d. h. die Gebrauchsweise durch Uebung **leicht** zu erlernen seyn;
5) Sollen dieselben nicht zu **kostspielig,** d. h. der Verkaufspreis kein Hinderniß für die ausgedehntere Anschaffung seyn.

Für die dem Zweck am meisten entsprechenden und beziehungsweise wohlfeilsten künstlichen Gliedmaßen sind vom Verein folgende Preise bestimmt:

1) die **große goldene Medaille** (im Werthe von 50 Ducaten) für diejenigen zwei künstlichen Extremitäten welche nach der Amputation des Oberschenkels am oberen Drittel und des Oberarmes am oberen Drittel als Ersatzstücke vor allen andern am meisten entsprechen;
2) sollte aber nur eine dieser beiden genannten Extremitäten allein preiswürdig befunden werden, so besteht der Preis in der kleinen goldenen Medaille (im Werthe von 20 Ducaten);
3) die **kleine goldene Medaille** (20 Ducaten im Werthe) für diejenigen zwei künstlichen Extremitäten welche nach der Amputation des Unterschenkels am oberen Drittel und des Vorderarmes am oberen Drittel als Ersatzstücke vor allen andern am meisten entsprechen;
4) wird aber nur eine von diesen beiden letztgenannten Extremitäten preiswürdig befunden, so ist hierfür die silberne Medaille (10 Loth schwer) bestimmt.

Der in neuerer Zeit vielbesprochene Ersatz des Unterschenkels nach dessen Amputation am unteren Drittel (über oder in den Knöcheln), Martin'sche Fuß genannt, ist von der Preisbewerbung ausgeschlossen.

Ueber die Zuerkennung dieser Preise wird die Monatsversammlung des niederösterreichischen Gewerb-Vereines vom Monat Junius 1850 entscheiden.

[5399[

Todes-Anzeige.

Gestern Nachts gegen 11 Uhr entschlief sanft und unerwartet an einem Schlaganfall unser unvergeßlicher Gatte und Vater:

Friedrich Carl Joseph Freiherr von und zu der Tann,

königl. bayer. Kämmerer, Obristlieutenant à la Suite und Platz-Stabsofficier auf der Festung Marienberg,

im 57sten Lebensjahre.

Diese schmerzliche Anzeige allen unsern Verwandten und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme.

Würzburg, den 22 December 1849.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

(5389)

Todes-Anzeige.

Am 22 d. M. Abends verschied an den Folgen zurückgetretener Gicht im 59sten Lebensjahr

Carl Kober,

königl. Postexpeditor dahier, Ritter des griechischen Erlöserordens.

An ihm verlieren wir den liebevollsten Gatten, den sorgsamsten Vater, den treuesten Freund!

Freunden und Bekannten des Verewigten widmen diese Trauerkunde mit der Bitte um stille Theilnahme.

Uffenheim, am 23 December 1849.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

(5364) **Amortisations-Edict.**

Die Stiftungs- und Capitalsurkunde des gräflich Hörwarth'schen Beneficiums dahier ist zu Verlust gegangen. Dieser Capitalsbrief betrifft ein Staatsschuldentilgungs-Capital Kat. Nr. 1914 per 5000 fl. à 4 Proc., Zinszeit 12 August, und lautet auf das gräfl. Hörwarth'sche Beneficium im Frhr. v. Lerchenfeld'schen Hause in München. Dieses Capital ist ein Ausbruch aus 22,000 fl. nach kurfürstlichem Hofkanzleischeine vom 13 April 1654 auf Friedrich Wilhelm und Martin Franz Grafen von Oettingen lautend. Aus diesen 22,000 fl. sind am Jänner 1732 9700 fl. dem Johann Michael Grafen v. Hörwarth eigenthümlich angefallen, fielen zufolge seines Testaments vom 9 Juni 1763 seiner Wittwe Ignatia Gräfin von Hörwarth zu, und gingen auf ihr Hinscheiden auf die gräfl. von Hörwarth'schen Fideicommiß-Erben, Friedrich Baron v. Gumppenberg und Maximilian Graf v. Lerchenfeld über, welche hievon 5000 fl. zur Fundirung eines ordentlichen Beneficiums in der Frhr. v. Lerchenfeld'schen Hauscapelle vermöge Cession vom 4 August 1783 überlassen und eingewiesen haben.

Auf Ansuchen des dermaligen Beneficiums-Inhaber Dr. Alois Maurus Harter wird der unbekannte Besitzer dieser Urkunde aufgefordert, binnen einer Frist

von 6 Monaten

dieselbe vorzuweisen und seine Rechte hierauf geltend zu machen, widrigenfalls dieselbe für kraftlos erklärt werden würde.

Gegeben am 14 Nov. 1849.

Königl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der Königl. Director.

Danhauser.

[4705—7] **Bekanntmachung.**

Da in der Ehescheidungssache der Rosalia Meyer dahier gegen ihren Gatten den Sänger Karl Meyer aus München der Verklagte in dem am 6ten September d. Js. angestandenen Termine zum Sühneversuch, eventuell zur protokollarischen Verhandlung der Sache nicht erschienen ist, so wird auf klägerischen Antrag in Folge ehegerichtlichen Auftrages zu obigem Behufe anderweit auf

Montag den 28 Januar l. Js. Vormittags 9 Uhr im diesgerichtlichen Commissions-Zimmer No. 11

Termin bezielt, und der Verklagte, dessen Aufenthaltsort nicht bekannt ist, unter Bezugnahme auf die Edictalladung vom 3 Jul. d. Js. unter Androhung des Rechtsnachtheiles hiezu vorgeladen: daß er bei seinem abermaligen Ausbleiben aller seiner Einreden für verlustig erklärt, die Klage für abgeläugnet erachtet, und Klägerin zum Beweise derselben zugelassen werden würde.

Zugleich wird der Verklagte aufgefordert binnen längstens zwei Monaten zur Klägerin zurückzukehren, und mit ihr die Ehe fortzusetzen, widrigenfalls er der böswilligen Verlassung als überwiesen erachtet, sofort auf Ehescheidung erkannt, er als schuldiger Theil erachtet, und in die Processkosten verurtheilt werden würde.

Augsburg, den 4 December 1849.

Königliches Kreis- und Stadtgericht.

Der königliche Director: du Monteil.

Bordrugg.

(4828—29) **Bekanntmachung.**

Am 30 November l. J. sind aus einem Wohnhause dahier entwendet worden:

1) ein Ueberrock von schwarzem Sammet mit vergoldeten Knöpfen, zwei Schooß- und einer Brusttasche linkerseits, gefüttert mit gelbem Wollenzeug;
2) ein Ueberrock von schwarzem Tuche mit Klappen übereinandergehend, zwei Reihen gesponnener Knöpfe, einer Brusttasche, gefüttert mit weißgelbem Zeug, in demselben stacken ein paar schwarze Glacehandschuhe;
3) eine schwarze Buckskinhose mit Schlitzlatz und Stegen mit Metallknöpfen, gefüttert mit gelbem Bunde;
4) eine blaue Sommerbuckskinhose, schwarz carrirt;
5) eine Sommerweste mit grauem Grund, dann blauen und weißen Streifen;
6) ein großes schwarzes Tibethalstuch;
7) ein weiß leinenes Sacktuch.

Dringender Verdacht der Entwendung trifft den von hier entflohenen, unten näher bezeichneten Buchbindergesellen Jacob Pernet aus St. Steffan, Kantons Bern, Sohn des dortigen Glaiers Peter Pernet.

Sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden werden ersucht auf die entwendeten Gegenstände sowie auf Jacob Pernet Spähe anzuordnen, und denselben, im Fall er betreten wird, verhaften, dann in das Untersuchungsgefängniß hieher abliefern zu lassen.

Würzburg, den 12 December 1849.

Der Untersuchungsrichter am k. Kreis- und Stadtgericht dahier:

Hoch.

Signalement des Jacob Pernet:

Alter: 28 Jahre.
Statur: untersetzt.
Größe: mittlere.
Haare: blond.
Stirne: nieder.
Augen: graue.
Nase: spitzig.
Bart: ohne.
Besonderes Kennzeichen: gänzliche Verdunkelung der Hornhaut des rechten Auges.
Trägt einen großen schwarzen Hut und wahrscheinlich einen der oben unter Nr. 1 und 2 erwähnten Ueberröcke.

(4679—80) **Bekanntmachung.**

Sebastian Huber'sche Verlassenschaft betreffend.

Auf Antrag der Erben des Fabrikbesitzers Sebastian Huber von Obernzell wird die Baumwollspinnfabrik künftigen

Montag den 8 Jänner 1850
Vormittags 10½ Uhr

im Orte Obernzell an den Meistbietenden salva ratificatione der Erben gerichtlich versteigert.

Die Bestandtheile dieser Fabrik sind:

1) Das Wohn- und Fabrikhaus Nr. 166 zu Obernzell h. G., unweit der Donau sammt den dazu gehörigen Nebengebäuden, gemauert von Stein, mit Ziegeln gedeckt, im guten baulichen Zustande, enthaltend 10 Zimmer, 2 Fabriksäle, Küche, Magazin, Keller, Holzlege.
2) Der Hausgarten, Pl.-Nr. 885, nebst Gemeinderecht an den noch unvertheilten Gemeindebesitzungen zu einem ganzen Antheile.
3) An Fabrik-Utensilien: Butzteufelmaschine, Putzmaschine, Wackelmaschine, 12 Kratzmaschinen, Doublirmaschine, 2 Streckmaschinen, Vorspinnmaschine mit Pfeifen, Schleifmaschine, 4 Spinnstühle mit 1375 Spindeln, Zwirnmaschine sammt Haspel, Spulmaschine, 4 Haspel, 2 Nummernwagen, 1 Packmaschine, 1 Decimalwage, 1 Strennmaschine, sämmtliches Betriebwerk von Eisen.

Diese Maschinen sind sämmtlich von Eisen und Messing aus der Fabrik des J. J. Rieter und Comp. zu Winterthur nach neuester Construction und englischem System im besten Zustande, und liefern wöchentlich durchschnittlich 14 Ctr. Baumwollgarn.

Das überschlächtige, ohne Wasserverlust eingerichtete Triebwerk kann zur Bewegung von 2000 Spindeln benützt werden, und ist ununterbrochen das hiezu erforderliche Wasser vorhanden.

Der Zuschlag erfolgt Mittags 12 Uhr am Steigerungstage, die Erklärung über Genehmigung hierauf längstens innerhalb 14 Tagen, und der Kaufschilling muß zur Hälfte 4 Wochen nach der Genehmigung baar erlegt werden; der Rest kann nach Uebereinkommen mit den Erben gegen Eigenthumsvorbehalt oder Hypothekbestellung auf den Kaufsobjecten aufkündbar und verzinslich liegen belassen werden.

Die Uebernahme der Materialien und Producten-Vorräthe bleibt besonderem Uebereinkommen vorbehalten.

Kaufsliebhabern wird der dermalige Geschäfts-Buchhalter Karl Maurer zu Obernzell die Kaufsobjecte zeigen und die erforderlichen Aufschlüsse ertheilen.

Wegscheid, den 21 Nov. 1849.

Königl. bayer. Landgericht Wegscheid.

Lonich.

coll. Stang.

[4831—36] **Unter Zusicherung bedeutender Vortheile wird an thätige Geschäftsleute der Commissionsverkauf eines leicht gangbaren Artikels zu übertragen gesucht. Anerbietungen franko unter B. u. M. poste restante Mainz.**

[4616] In der Kollmann'sch und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München, in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Der industriöse

Geschäftsmann,

oder 400 Anweisungen

zur Fabrication vieler Handelsartikel,

als: künstliche Weine, Rum, Aquavite, Essige, Parfümerien, Essenzen und vorzüglicher Seifen, Firnisse, Extracte, Chocoladen, Mostriche, Stiefelwichsen, Tinten, ferner Räucherpulver, Räucherkerzen, Punschextracte, Magenliqueure, Universalpflaster, Hufeland'sches Zahnpulver u. s. w.

Von C. F. Simon, Chemiker.

Zweite Auflage. Preis 25 Sgr. od. 1 fl. 30 kr.

Für Materialisten und jeden andern Geschäftsmann ist dies Buch sehr nützlich. — Durch Anfertigung dieser Fabricate und Handelsartikel kann man sich ein starkes Vermögen erwerben.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag und Weiß'sche Buchhandlung in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Quedlinburg. — Ernst'sche Buchhandlung.

(4818) **Im Verlage von G. J. Manz in Regensburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen (in Wien durch Jasper, Hügel und Manz, Herrengasse Nr. 251 und die übrigen) zu beziehen:**

Hauser, Schulatlas, über alle Theile der Erde und das Wichtigste über das Weltgebäude. Nach den neuesten Forschungen und Veränderungen. 3te vermehrte und verbesserte Auflage in 28 illuminirten Karten. **Ausgabe für die k. k. österreichischen Staaten.** qu. gr. Fol. 2 fl. od. 1 Thlr. 4 Gr.

Inhalt: 1. Himmelskarte. 2. Oestliche und westliche Halbkugel. 3. Planiglob in Mercators Projection. 4. Europa. 5. Asien. 6. Afrika. 7. Nord Amerika. 8. Süd-Amerika. 9. Australien. 10. Spanien und Portugal. 11. Frankreich. 12. Italien. 13. Grossbritannien und Ireland. 14. Schweden, Norwegen und Dänemark. 15. Deutschland, Niederlande, Belgien und Schweiz. 16. Die Niederlande und Belgien. 17. Die Schweiz. 18. Der österreichische Staat. 19. Der österreichische Staat. (Physikal. Karte.) 20. Erzherzogthum Oesterreich und Steiermark. 21. Illyrien, Croatien und Dalmatien. 22. Tirol und lombardisch-venetianisches Königreich. 23. Ungarn, Siebenbürgen und Galizien. 24. Böhmen und Mähren. 25. Preussen, Sachsen, Mecklenburg etc. 26. Bayern, Württemberg, Baden und Hohenzollern. 27. Das europäische Russland, mit Kasan, Astrachan und Georgien. 28. Die europäische Türkei, Griechenland und die jonischen Inseln.

Schon beim Erscheinen der zweiten Auflage (die gegenwärtige 3te erhielt vielfache Nachträge, Vermehrungen und Verbesserungen) wurde eine Entschliessung des k. bayer. Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 2 April 1847 an die k. Rectorate und Subrectorate der Studien- und technischen Lehranstalten etc. veröffentlicht, welche besagt: „Da nach dem Ergebnisse sachkundiger Prüfung vorstehender Atlas Vorzüge besitzt welche ihn zum Gebrauche in den Studien- und technischen Lehranstalten eignen, so wird er den erwähnten Lehranstalten empfohlen etc."

[4895] **Einladung zur Pränumeration.**

Zu beziehen sind durch alle Buchhandlungen und Postämter Deutschlands und des Auslandes:

Die Grenzboten,

Redigirt von
Gustav Freytag und **Julian Schmidt.**

Zeitschrift für Politik und Literatur.

1850. (IX. Jahrgang.)

Wöchentlich erscheint 1 Nummer à $2\frac{1}{2}$ Bogen Lex.-8. im Umschlage.
Preis des Jahrgangs ist 10 Thlr., des Semesters 5 Thlr.

Unsere Wochenschrift, deren Gediegenheit und Haltung aus ihren literarischen und politischen Artikeln bekannt ist, hat in dem letzten Jahre außerdem noch eine große Anzahl von Schilderungen aus dem Völker- und Schlachtentreiben dieser Jahre gebracht. Die litterarischen und künstlerischen Kritiken, die **Aufsätze über deutsche und preußische Politik**, sowie die **Bilder aus Rußland, aus allen Gegenden des Kaiserstaats** u. s. w. helfen durch eben so getreue als fesselnde Darstellung die Kenntniß der politischen und socialen Zustände in unserm Vaterlande und den Nachbarländern vervollständigen. Die Grenzboten sind dadurch eine Revue geworden, welche nicht nur das wissenschaftliche und politische Leben der Gegenwart vernünftig und energisch beurtheilt und darstellt, sondern auch durch eine Fülle von interessanten und spannenden Berichten und Schilderungen unterhält und den Leser an sich fesselt.

Indem die unterzeichnete Verlagshandlung zur Pränumeration der Grenzboten einladet, erlaubt sie sich noch zu bemerken daß sie auf Verlangen Probennummern gern abgeben wird, welche, wie festbestellte Exemplare, durch alle Buchhandlungen oder Postämter bezogen werden können.

Fr. Ludw. Herbig in Leipzig.

[4065—69] Siebente Aufl. — In Umschlag versiegelt. — Preis: 1 Ducaten.

Der persönliche Schutz.

Medicinische Abhandlung über die Physiologie der Ehe und ihre geheimen Störungen, über die Gebrechen der Jugend und des reifern Alters, die größtentheils die Nachwehen von Vergehen der Kindheit sind, nach und nach alle Körper- und Geisteskräfte zerstören, alles Feuer und endlich selbst die Attribute der Männlichkeit vernichten; erläutert mit **40** Abbild. in farbigem Druck, betreffend die Anatomie, Physiologie und die Krankheiten der Zeugungstheile mit für jedermann faßlicher Beschreibung des Baues, des Gebrauchs und der Functionen derselben, sowie der durch Onanie und Ausschweifungen auf sie hervorgebrachten Wirkungen ꝛc. Nebst praktischen Bemerkungen über die heimlichen Gewohnheiten auf Schulen ꝛc., über Nervenschwäche, Impotenz, Unfruchtbarkeit, syphilitische Krankheiten, über Rheumatismus, Gicht, Rückenmarksaffectionen, Lungenleiden, Abzehrung ꝛc. **Anhang: Moyens préservatifs contre l'infection.** — Zuerst publicirt von Dr. S. La'Mert in London. Stark vermehrt und unter Mitwirkung mehrerer prakt. Aerzte herausgeg. von **Laurentius** in Leipzig. 7te Aufl. 8. 170 Seiten.

Dieses nützliche und lehrreiche Buch sollte sich in aller Händen befinden; es kann mit Wahrheit behauptet werden daß über die verhandelten Gegenstände nie ein auch nur entfernt ähnliches jemals gedruckt worden ist. — Es ist auf Bestellung durch jede Buchhandlung, sowie direct durch die Post (bei Angabe von bloßen Chiffern auch poste restante), gegen portofreie Einsendung des obigen Preises, von Hrn. Laurentius, jetzt: Hohe Straße, Nr. 26, in Leipzig, der auf Verlangen auch weitere Auskunft ertheilt, zu beziehen.

WARNUNG. Da unter diesem und ähnlichem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches erschienen sind, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, die **Ausgabe von Laurentius** bestellen, und bei Empfang darauf sehen dass das Werk mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist. **Ausserdem ist es das ächte nicht.**

[4922] Soeben ist in Commission bei Carl Gerold und Sohn in Wien erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Verhandlungen und Vorschläge

der, zur Regelung der Verhältnisse der evangelischen Kirche zum Staate im Sommer 1849 in Wien einberufenen Versammlung **der österreichischen Superintendenten und Vertrauensmänner.**

Preis 1 fl. C.-M.

Der Reinertrag ist zum Besten einer mittellosen evangelischen Gemeinde in Oesterreich bestimmt.

Diese Schrift gewährt ein klares, anschauliches Bild jener für die evangelische Kirche Oesterreichs hochwichtigen Versammlung. Sie enthält einen Auszug der interessantesten Verhandlungen sämmtlicher Sitzungen aus den Protokollen, das dem Ministerium eingereichte Gutachten, den Gesetzentwurf für die äußere Neugestaltung der selbständig erklärten evangelischen Kirche gegenüber dem Staate und den Entwurf des Wahlgesetzes zur ersten verfassunggebenden Synode. Die Einleitung gibt eine kurze, gedrängte Uebersicht der wichtigsten Bestrebungen und Erfolge welche seit dem März v. J. auf dem Gebiete jener Kirche stattgefunden, und ein dreifacher Anhang schließt das Ganze. Es dürfte jene Schrift um so mehr allgemeines Interesse erregen als sie einen klaren Blick in die bisher noch wenig gekannten Zustände, Richtungen und Persönlichkeiten der evangelischen Kirche Oesterreichs eröffnet, und damit zugleich einem wohlthätigen Zwecke dient.

[5373]

Unerhörte Dreistigkeit

des Herrn Schrey in Leipzig, über Kornicker's persönlichen Schutz.

In Ihrer Antwort auf mein Sendschreiben in der zweiten Ausgabe der Kölnischen Zeitung Nr. 302 haben Sie abermals das Publicum getäuscht, denn Ihre Ausgabe enthält nur 120 Seiten wie die meine und gleich dem Originale, aber Hr. Laurentius hat es gut befunden von Folio 122 bis 175 sich von vielen X. Y. Z. in Briefen Weihrauch streuen zu lassen, damit das Publicum wegen Curen sich an ihn wende; längst verbrauchter Witz! — für diese 53 Seiten unnützer Zusatz lassen Sie sich 2 Thlr. 20 Sgr. mehr zahlen.

Die von mir gelieferten Kupfer sind die wirklichen der englischen Original-Ausgabe und genügen vollkommen.

Wagen Sie es ferner mich lügenhafterweise einer Unwahrheit zu beschuldigen, so wird meine Ehre als Buchhändler mich zwingen, Ihr Circular in Betreff Ihrer Ausgabe an die Buchhändler zu veröffentlichen, was ich bis jetzt als Geschäftsgeheimniß gerne verschwiegen.

Antwerpen, 18 Dec. 1849.

Max. Kornicker.

Silberne Medaille 1843. (2974 - 3006) **Brustreiz - Krankheiten.** Silberne Medaille 1843.

Um die Brustkrankheiten, als Schnupfen, Husten, Katarrh, Engbrüstigkeit, Keuchhusten, Heiserkeit gänzlich zu heilen, gibt es nichts wirksameres und besseres als die Pâte pectorale von George, Apotheker zu Epinal (Vogesen). — Diese Husten-Tabletten werden verkauft in Schachteln in allen Städten Deutschlands, in Augsburg bei Hh. Neblinger & Comp., in Frankfurt a. M. bei Hrn. Conditor Schott, große Sandgasse.

[4558—59] **Cholera-Schrift für Aerzte.**

Im Verlage der K. Kollmann'schen Buchhandlung in Augsburg ist soeben nachfolgende höchst interessante Schrift erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Die Cholera

beobachtet in der Neuzeit in *Berlin*, *Leipzig* und nordwärts.

Nebst einem Anhange über galvanische Bäder in der Epidemie.

Von Dr. **M. Wintrich,**
pract. Arzt.

gr. 8. brosch. 1 fl. oder 18 Sgr. pras.

Diese Schrift verdient unter der grossen Anzahl neuerschienener Choleraschriften vorzugsweise Beachtung, weil sie wichtige neue Beobachtungen und Erfahrungen mittheilt, welche der Hr. Verfasser als Begleiter der von der bayr. Regierung im Frühlinge d. J. zur Beobachtung der Cholera nach Norddeutschland abgeschickten Commission in Leipzig, Halle, Braunschweig, Magdeburg, Berlin u. s. w. mit Fleiss und Sachkenntniss zu machen die Gelegenheit benutzte.

Es sind sowohl allopathische wie homöopathische Krankengeschichten mitgetheilt, daher die Schrift auch für Homöopathen wichtig ist.

[4847—48] Im Commissions-Verlage der F. X. Duyle'schen Buchhandlung in Salzburg ist erschienen und in allen Buch- und Musikalienhandlungen zu haben:

Sammlung von Kirchenmusikstücken,

componirt von

Aloys Taux,

Capellmeister des Dommusik-Vereins und Director des Mozarteums in Salzburg.

Diese Sammlung besteht aus folgenden 3 Nummern:

No. I. **3 Tantum ergo und 2 deutsche Segenlieder** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 1 fl. 12 kr. rhn. oder 24 Ngr.

No. 2. **3 Tantum ergo** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 48 kr. rhn. oder 16 Ngr.

No. III. **Asperges** und **vidi aquam** für 4 Singstimmen mit Begleitung der Orgel. Preis 1 fl. 12 kr. rhn. od. 24 Ngr.

Preis der completten Sammlung 3 fl. 12 kr. rhn. oder **2 Rthlr. 4 Ngr.**

[4809—10]

Deutsche Reform.

Politische Zeitung

für das constitutionelle Deutschland, in Berlin täglich **zweimal** erscheinend.

Preis für das Quartal in ganz Preußen: 2 Thlr. incl. Porto.

[2582—601] Ueber die **Privat-Entbindungs-Anstalt zu Ahrweiler** in Rheinpreußen, welche alle Garantien bietet, ertheilt auf portofreie Anfrage nähere Auskunft Dr. Preußer, Districtsarzt zu Ahrweiler.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Freitag Nr. 362. 28 December 1849.

Uebersicht.

Datum der Börsen: Paris 24; Wien 25; Augsburg 27 Dec.

Deutschland.

§§ **Frankfurt a. M.,** 25 Dec. Die Ober-Post-Amts-Zeitung bemüht sich in täglichen Artikeln der Bundescommission eine hohe Meinung von der Wichtigkeit ihres Berufes beizubringen, und das deutsche Volk zur Anerkenntniß derselben zu vermögen oder, wie die Anhänger des Drei-Königsbündnisses sich ausdrücken, zu Hoffnungen auf ihr Walten zu verführen. Sie dient damit mehr den österreichischen Interessen als es vielleicht in ihrer Absicht liegt. Denn es ist Oesterreich ohne Zweifel Ernst damit daß die Bundescommission die Regierung von Deutschland in einer Weise übernehme und führe wie es der frühere Bundestag zum Glück und zur Befriedigung des Volkes vermocht hätte, wenn er nicht durch die engherzige und kurzsichtige Politik des Wiener Cabinets in den 30 seit 1815 verflossenen Jahren davon abgehalten worden wäre. Die Bundesacte enthielt Material genug um das Wohlseyn des Vaterlandes zu bauen und festzubegründen, wenn man sich den Gebrauch nur nicht absichtlich hätte versagen wollen. Insofern man glaubt daß eine späte Erkenntniß und ihr entsprechendes Handeln auch jetzt noch dieselben Wirkungen haben werde welche ein rechtzeitiger Gebrauch ohne Zweifel erzielen mußte, könnte man wieder eine alte Erfahrung machen. Nichts ist in politischen Dingen wahrer und von öfterer Anwendbarkeit als die Fabel von der Sibylle. Das deutsche Volk vor 30 Jahren und vor 3 Jahren noch mit wenigem zu befriedigen, und geneigt einem trauten Worte ein volles Vertrauen entgegenzubringen, ist weniger genügsam und sehr mißtrauisch geworden. Eine zweite Auflage des Bundestags, möchte die beste Lösung der Geschäfte versucht und im einzelnen auch erreicht werden, wird das Streben nach parlamentarischem Einfluß und den darin liegenden Garantien gegen die Mißbräuche der Executive, und noch mehr des Monarchismus, nicht abfinden. Unterdessen ist die Politik Preußens derjenigen Oesterreichs ganz entgegengesetzt, und ich mache Sie aufmerksam das Walten der Bundescommission unter dem Gesichtspunkt zu controliren den ich Ihnen zeigen will. Die preußische Politik geht dahin die Bundescommission zu einer Oscillation, oder zu einer völligen Passivität zu bringen. Ihr Interesse ist daß die Bundescommission nichts anderes als die Verwalterin des Bundesvermögens, außerdem aber gar nichts sey, damit keinerlei Hoffnungen an sie sich knüpfen können, damit keinerlei Genüge ihrem Walten entwachse, und sich keine Möglichkeit ergebe auf einem andern als dem Wege der Berliner Aufstellung zu gedeihlichen Zuständen in Deutschland zu kommen. Wo die Oesterreicher gerne That hätten, vieles in die Hand nehmen und rasch schlichten und richten würden, da werden Sie die Preußen manövriren sehen. Die einen möchten handeln und werden es kaum können, die andern würden es vermögen, werden aber nur zu handeln scheinen und in der That nichts thun. Ich wollte ich wäre ein falscher Prophet, aber ich fürchte daß meine Voraussagungen alle eintreffen. An ein einträchtiges, also kräftiges Zusammenwirken ist erst dann zu denken wenn in der großen Frage Uebereinstimmung besteht und alle Hintergedanken aufgegeben sind. Davon aber sind wir noch weit, weit entfernt. Bis dahin ist auf Beruhigung in Deutschland, auf die Wiederkehr geordneter, rechtlicher Zustände aber auch schwer zu rechnen. — Sie haben schon aus den hiesigen Blättern entnommen daß die Abreise des Erzherzog-Reichsverwesers durch die Unpäßlichkeit seiner Gemahlin und seines Sohnes hintangehalten war. Beide sind soweit hergestellt daß man den 28 als den Tag des Scheidens bezeichnet. Welcher Contrast zwischen diesem und dem Tag des Einzugs! Dem Erzherzog hat, wie uns allen, das Glück gefehlt, aber treu ist er sich geblieben. Er hat niemand getäuscht, und die nüchternen Geister haben sich über die Nothwendigkeit seiner Richtung niemals Illusionen gemacht. „Hab' ich des Menschen Kern erst untersucht, so weiß ich auch sein Wollen und sein Handeln," sagt der Dichter. Die Geschichte eines nahezu 70jährigen Lebens gibt diesen Kern!

Bayern. ⊙ **München,** 27 Dec. Die gestern Nachmittags im Wilhelminischen (Akademie- und Handelsministerial-) Gebäude vorgenommene Probe der Telegraphie von München nach Salzburg fiel vollkommen befriedigend aus; in weniger als einer halben Minute war auf eine von hier abgegangene Notiz Antwort von der Salzach angelangt. Dringend zu wünschen ist daß mit dem gleichen löblichen Eifer auch die telegraphische Verbindung unserer Hauptstadt mit dem Norden, namentlich mit Frankfurt, baldigst hergestellt werde. — Die große Neujahrsaufwartung am Hofe wird, wie ich sicher vernehme, auch für dießmal unterbleiben.

* **Nürnberg,** 26 Dec. Heute Morgen erhielt das Kreis- und Stadtgericht vom Special-Untersuchungsgericht Augsburg den Auftrag sämmtliche hier in Verhaft genommene politische Gefangene, die Unterzeichner des bekannten Aufrufs an die Württemberger, deren Processe an dieses verwiesen waren, freizulassen — ein Ereigniß das, rasch bekannt, die freudigste Aufregung hervorrief. Wagen fuhren bei der Frohnfeste vor und brachten die langentbehrten Familienväter in den Kreis ihrer sie seit Wochen sehnsüchtig erwartenden Angehörigen. Hie und da bildeten sich Gruppen in den Straßen, aus denen lebhafte Lebehoch auf den König und die der langen Haft Entlassenen erschallten. Dr. Schwarz traf diesen Abend von Augsburg ein, gestern bereits der ehemalige Reichstagsdeputirte Gerichtsarzt Blumröder, aber in sehr leidendem Zustande. Lehrer Hoff von Schwabach, dessen Untersuchung separat in Augsburg geführt worden war, war der erste dem die Freiheit diesen Morgen angekündigt wurde, und ein schmerzliches Gefühl malte sich auf den Gesichtszügen seiner Leidensgenossen, welche die Hoffnung aufgeben wollten daß das Amnestiegesetz seine Auslegung auch auf sie ausdehnen werde; doch schon eine Stunde darauf konnte auch ihnen die Kunde der Erlösung gebracht werden. Das unter so schweren Wehen zu Stande gekommene Amnestiegesetz ruft noch zwei Flüchtlinge, einen Bierbrauereibesitzer und einen Buchdruckereibesitzer von hier aus dem Auslande in die langentbehrte Heimath. Man darf hoffen daß morgen eine weitere Weisung von Augsburg auch die gefangenen Arbeiter ihrem Berufe wieder schenken wird.

In **Erlangen** wurde am 23 Dec. der Student v. Herder verhaftet und, wie man vernimmt, sogleich nach Augsburg abgeführt.

Württemberg. **Stuttgart**, 24 Dec. In unserm kleinen, darum jedoch nicht unbedeutenden Lande ist viel Aufregung. Gestern wurde der revidirende Landtag aufgelöst, nachdem er, freilich nur auf zwei Monate, die Steuern prolongirt und die exigirte Recrutenaushebung verwilligt hatte. Nach der Stellung welche die Kammer gegen das Ministerium eingenommen hatte, schon seit der Berathung der Antwortsadresse auf die Thronrede, konnte ein Zweifel über die Nothwendigkeit dieser Maßregel bei niemanden bestehen, und die Ansichten divergiren nur darüber, ob es nicht angemessener gewesen wäre die Auflösung alsbald auszusprechen, nachdem die Kammer mit solcher Schroffheit und nicht selten auch Derbheit dem Ministerium entgegengetreten war, wie schon in den ersten Sitzungen. Jedenfalls beschäftigt die innerhalb der nächsten drei Monaten nöthige Neuwahl einer Constituante (nach allgemeinem Stimmrecht, das unser Wahlgesetz aufstellt) alle Parteien, und es steht zu erwarten daß, trotz unserer gedoppelten Gränzwacht und trotzdem daß einige Ernüchterung, vielleicht selbst zuweilen Apathie gegen politische Aufgaben eingetreten ist, die neuen Landtagswahlen doch wiederum eine nicht unbedenkliche Aufregung im Lande hervorrufen werden. Würde es die Regierung sich angelegen seyn lassen durch aufrichtigen Fortschritt in unsern innern Angelegenheiten und durch eine feste Haltung in der großen deutschen Frage die Einsichtigen für sich zu gewinnen, würden ferner Einrichtungen getroffen, um die große Mehrzahl der gemäßigten Bürger über die Lage der Dinge gehörig aufzuklären und ihre Activität bei den nächsten Wahlen zu erleichtern und zu befördern, so zweifeln wir nicht daß das Ministerium eine Majorität erhalten würde mit welcher es gelingen könnte den leider sehr zerrütteten, nach jeder Richtung hin aus den Schranken getretenen Verhältnissen und Zuständen unseres Landes wiederum aufzuhelfen, so weit dieß überhaupt vor einer befriedigenden Ordnung der allgemeinen deutschen Frage möglich ist. Nicht ohne Einfluß auf die nächste Entwicklung der Dinge in Württemberg wird auch die Postfrage seyn, die so ziemlich als Barometer für die politische Temperatur überhaupt bei uns angesehen wird. Da alle Classen der Bevölkerung mit der größten Entschiedenheit für die Aufhebung der Taxis'schen Lehenspost gestimmt und der Ueberzeugung sind daß ein altes Unrecht endlich, wenn auch mit Opfern, beseitigt, und daß unbedingt dabei beharrt werden müsse mit dem Betriebe der vom Staat unter so bedeutendem Risiko erbauten Eisenbahn die mit ihr so nahe verschwisterte Post zu verbinden, um die Anforderungen des inländischen wie des ausländischen Verkehrs nach Möglichkeit und unbehindert von den Privatinteressen des Hauses Taxis zu befriedigen, so hat die auch in Ihr Blatt übergegangene Nachricht von einem Inhibitorium des Reichsministeriums aller Orten große Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Denn man kann nicht begreifen wie das Reichsministerium sich ein Eingreifen in unsere Postangelegenheit herausnehmen möchte. Wenn das auf dem letzten Landtag verabschiedete und jetzt auch promulgirte Gesetz, das die im Jahr 1819 dem Hause Taxis lehenbar überlassenen Posten reclamirt, sich auf den §. 39 der deutschen Grundrechte beruft, so bewegt sich dasselbe durchaus innerhalb der von diesem Reichsgesetze selbst den einzelnen Landesgesetzgebungen überlassenen Spielraum, indem jener §. 39 ausdrücklich verordnet daß die Art und Weise wie der Lehensverband aufzuheben sey (also auch ob durch Allodification oder durch Consolidation, d. h. ob durch Ueberlassung des Obereigenthums an den Untereigenthümer, oder umgekehrt des Untereigenthums an den Obereigenthümer) ganz und unbeschränkt den Landesgesetzgebungen anheimgibt. Es ist daher unbegreiflich wie das Reichsministerium die württembergische Landesgesetzgebung in ihrer grundgesetzlich stipulirten Autonomie beschränken und wie es sich zu einer authentischen Interpretation der Grundrechte zum Vortheil von Taxis berechtigt halten will, welche ihm nach seiner ganzen Stellung, man mochte sie betrachten wie man will, in keinem Fall zusteht. Das erwähnte Gesetz über die Reclamation der Posten für den Staat ist übrigens seinem Wesen und ganzen Inhalt nach nichts als eine Expropriation, wozu nach den anerkanntesten Grundsätzen jeder Staat von jeher befugt war, und dieses Recht wird sich gewiß auch Württemberg in keiner Weise schmälern und erschweren lassen. Wir halten übrigens auch kaum für möglich daß die neue Interimsgewalt in dieser Angelegenheit die württembergische Regierung hemmen werde, da sie sich in dem Vertrauen des Volks und in ihrem Ansehen durch nichts empfindlicher schaden könnte als wenn sie sich das Ansehen geben wollte gegen die entschiedensten Anforderungen des Gemeinwohls die veralteten zudem rechtlich höchst zweifelhaften Privilegien des Hauses Taxis in Schutz zu nehmen. Auf unsere nächsten Wahlen aber würde dieß jedenfalls von dem wohlthätigsten Einfluß seyn. Ueber den weitern Verlauf dieser Angelegenheit, in der sich die württembergische Regierung, wie wir hoffen, mit gerechter Beharrlichkeit benehmen wird, werden wir Ihnen weiter berichten, da dabei auch das Ausland sehr wesentlich betheiligt ist.

Stuttgart, 27 Dec. Ein eben erschienenes Regierungsblatt enthält ein von allen Ministern gegengezeichnetes königliches Manifest aus Anlaß der Auflösung der Ständeversammlung. Dem Land wird darin das Benehmen der Regierung und der eben aufgelösten Landesversammlung und die Bedeutung der neuen Wahlen auseinandergesetzt. Das Manifest schließt mit den Worten: „Die Rechte des Landes und der einzelnen Bürger, welche in den Grundrechten des deutschen Volkes begründet sind, werden von Uns ebenso geschützt werden, wie die durch die Landesverfassung gewährleisteten Rechtsverhältnisse. Die Vollziehung der Ablösungsgesetze wird ihren ungeschmälerten Fortgang nehmen. Ueberhaupt wird die allseitige Verbesserung des Zustandes der producirenden Classen des Volks Gegenstand Unserer besondern Fürsorge seyn. Während Unserer ganzen Regierung haben Wir dieselben Gesinnungen bethätigt, die gewissenhafte Festhaltung der Verfassung und die Beförderung des Besten des Landes haben stets Unsere Handlungen geleitet und gerne rühmen Wir Uns die Anerkennung Unserer gewissenhaften Regentenfürsorge in der stets erprobten Liebe und Anhänglichkeit Unseres Volkes erfahren zu haben. Möge auch jetzt Unser Vertrauen gerechtfertigt werden, und dem Zusammenwirken aller guten Bürger die Wahl solcher Volksvertreter gelingen welche fest auf dem Boden des Rechts stehen, die Rechte des Königs und des Landes mit gleicher Treue zu wahren bestrebt sind, und einen offenen unparteiischen Sinn für das Wohl des Landes bethätigen."

Gr. Baden. **Karlsruhe**, 25 Dec. Ein provisorisches Gesetz vom 21 d. bestimmt daß der Aufwand „für die militärische Hülfe, welche im laufenden Jahr in Folge des Mai-Aufstands zur Wiederherstellung und Erhaltung der öffentlichen Ordnung nöthig ward, und bisher nur von einzelnen Landestheilen nach zufälligen Verhältnissen getragen wurde" auf das gesammte Großherzogthum vertheilt werde. Das nähere darüber wie die Kosten „welche für die Uns verbündeten, zu obenbezeichnetem Zweck verwendeten Truppen seit dem Monat Junius l. J. erwachsen sind, oder bis zum Schlusse desselben noch erwachsen, ausgeglichen und nach thunlichst billigen Grundsätzen auf sämmtliche Steuerpflichtige des Großherzogthums vertheilt werden" sollen, bestimmen die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. §. 6 und 7 geben an was zur Ausgleichung gebracht werden soll; §. 1 sagt: „Kosten für Herstellung und Einrichtung von Casernen, Spitälern, Stallungen, Magazinen, Wohnungen und andern Dienstlocalitäten, beziehungsweise Miethzinse für solche, oder Quartiergelder statt derselben werden, soweit hierwegen nach §. 7 überhaupt eine Ausgleichung stattfindet, in gleicher Weise behandelt, auch wenn sie erst nach Ablauf dieses Jahres erwachsen." An der Spitze der niedergesetzten Ausgleichungscommission steht der Regierungsdirector Rettig.

Gr. Hessen. ☞ **Gießen**, 22 Dec. Der amtlich aufgestellte Personalbestand unserer Universität zählt 67 akademische Lehrer, 480 Studenten auf, nur 16 weniger als im Sommer anwesend waren, während die Zeitverhältnisse und die Aufhebung des Studienbanns auch bei uns einen größern Ausfall befürchten ließen. Madai findet den Beifall als Lehrer welchen sein Ruf erwarten ließ, schade daß er während seines ganzen Hierseyns leidend ist! Unbesetzt ist nur der Lehrstuhl für die Zoologie; in die evangelisch-theologische Facultät wäre wohl noch ein Exeget des neuen Testamentes zu wünschen. — Der Jahresbericht über die Fortschritte der Chemie, Physik, Mineralogie und Geologie ist nun für 1847 und 1848 vollendet, ein stattliches sehr umfassendes Werk, dessen streng objective Haltung vielleicht überrascht hat. Sie ist großentheils ein Verdienst von Hermann Kopp; möge Liebig für die folgenden Jahre sein Augenmerk auf einleitende oder abschließende Uebersichten hinwenden, welche die Grundzüge der gegenwärtigen Strebungen zusammenstellen, auf Lücken, auf Abwege hinweisen und den Jüngern der Wissenschaft Richtpunkte für ihre Forschungen geben!

H. Braunschweig. **Braunschweig**, 22 Dec. Gestern ging bei der Abgeordneten-Versammlung ein Schreiben des Staatsministeriums ein, in dem der Herzog die vom Landtag gestellten Anträge wegen Herabsetzung der Civilliste ablehnt. Heute ist die Versammlung durch Ministerialrescript bis zum 14 Jan. vertagt worden.

Preußen. **Berlin**, 24 Dec. Nach dem kürzlich erschienenen amtlichen Verzeichniß des Personals und der Studirenden der hiesigen Universität besteht dieselbe in der theologischen Facultät aus 5 ordentlichen, 5 außerordentlichen Professoren und 6 Privatdocenten; in der juristischen aus 9 ord., 4 außerord. Professoren und 4 Privatdocenten; in der medicinischen aus 13 ord., 8 außerord. Professoren und 17 Privatdocenten; in der philosophischen aus 31 ord., 29 außerord. Professoren und 31 Pri-

vatdocenten. Außer diesen halten als Mitglieder der Akademie der Wissenschaften Vorlesungen; in der juristischen Facultät der Königsberger Professor Dirksen, jetzt Mitglied des Bundesgerichts zu Erfurt, und in der philosophischen die Gebrüder Grimm, der Mathematiker Jacoby, der Philosoph Schelling und der Oberbibliothekar Pertz. Für die neuern Sprachen, die orientalischen eingeschlossen, sind 4 Lectoren angestellt. Die Zahl der eigentlich immatriculirten Studenten beträgt 1348. Mit Einschluß der Chirurgen und der Zöglinge vieler Lehranstalten, die zum Besuch der Collegien berechtigt sind, hat die Universität 2041 studirende Mitglieder.

Die **Nat. Ztg.** theilt eine von Temme unterm 18 d. aus seinem Kerker in Münster an das Justizministerium gerichtete Beschwerde mit. Der Verhaftete erwähnt daß das Kreisgericht seit beinahe sechs Monaten die Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet hat wegen seiner Theilnahme an den Beschlüssen des Stuttgarter Parlaments. „Die Untersuchung scheint heute noch zu liegen wie am ersten Tage. In den ersten zwei Monaten, sagt er, wurden vier Verhöre mit mir abgehalten. Die drei letzten waren wesentlich Wiederholungen des ersten. Seit beinahe vier Monaten habe ich gar kein Verhör mehr gehabt. Ein bisher wohl unerhörter Fall in der preußischen Rechtspflege. Die Untersuchung ist eine durchaus einfache. Es handelt sich um allgemein bekannte Thatsachen, deren Feststellung durch Zeugen ein augenfällig unnützes Bemühen ist. Meine Theilnahme daran habe ich nie abgeläugnet; den Geschwornen gegenüber werde ich sie — schon um meiner Ehre willen — ganz vollständig und offen wiederholen, wie sie offen vor aller Welt erfolgt ist. Dem inquirirenden Richter ein sogenanntes gerichtliches Bekenntniß abzulegen, litt die Ehre und Consequenz des Mannes nicht der an seiner durch Gesetze geheiligten Unverletzlichkeit als Volksvertreter festhalten mußte. Wenn trotz alledem meine Untersuchung nicht zu Ende gediehen ist, so kann es nur in einer unverantwortlichen Fahrlässigkeit des Gerichts, oder in einer traurigen Absichtlichkeit seinen Grund haben." Als Beweis für letzteres führt der Verhaftete an daß die Acten nacheinander an sechs verschiedene Orte geschickt seyen, während man durch gleichzeitige Requisitionsschreiben fünf Sechstel der jetzt in Anspruch genommenen Zeit erspart hätte.

Der drei Tage andauernde Schwurgerichtsproceß wegen des „Aufruhrs in Bernau am 13 Nov. v. J." ist vorgestern Abend durch das Erkenntniß des Gerichtshofes beschlossen worden. Es sind 5 der Angeklagten des Aufruhrs für nichtschuldig erklärt, dagegen die übrigen 9 Angeklagten des Aufruhrs für schuldig und mit mehr oder minder harten Strafen belegt worden.

Der Pr. Staatsanz. bringt eine neue Liste von Militärpersonen denen der König Orden und Ehrenzeichen verliehen hat; außerdem die Bekanntmachung über die neue Organisation der Postverwaltung, die zum 1 Jan. k. J. ins Leben tritt. Für jeden Regierungsbezirk und für die Residenzstadt Berlin ist eine Oberpostdirection eingerichtet.

Der gegen D'Ester wegen Verdachts der Theilnahme an hochverrätherischen Unternehmungen erlassene Steckbrief ist jetzt vom hiesigen Criminalgericht, von welchem derselbe ausgegangen war, zurückgenommen worden.

Ein Schreiben der Weser Ztg aus **Berlin** vom 22 Dec. sagt: „Es gehen wieder sehr vage Gerüchte über eine bevorstehende Krisis. Wir halten diese letztere für unmöglich. Hr. v. Radowitz hat seine constitutionelle Wiedertaufe durch die deutsche Politik erhalten; das Ministerium steht und fällt mit der Verfassung und dem Parlament; Graf Arnim wird kein Portefeuille annehmen; andere Minister sind unmöglich; den König ruft Deutschland zum zweitenmal und zum letztenmal; Europa geht zum demokratischen passiven Widerstand über, so könnte uns nur eine ungeahnte Katastrophe im Hafen scheitern lassen — darum sind jene Gerüchte falsch, auch wenn sie weitab von der Straße ihr Echo finden."

Der Staatsanzeiger enthält ein Gesetz, die Ermäßigung des Briefporto betreffend. Ein einfacher Brief kostet darnach auf 10 Meilen Entfernung 1 Sgr., auf 20 Meilen 2 Sgr., auf alle weitere Entfernung 3 Sgr. Als einfach gilt ein Brief unter 1 Loth; zweifach 1 bis 2, dreifach 2 bis 3, vierfach 3 bis 4, fünffach 4 bis 8, sechsfach 8 bis 16 Loth. Das Gesetz tritt bereits am 1 Jan. 1850 in Kraft.

Hr. v. Moltke, der neben Hrn. v. Pechlin im dänischen Interesse bei den Verhandlungen mit Preußen thätig war, hat Berlin verlassen. Hr. v. Moltke gehört zu denen die an das Zustandekommen eines Friedens auf den Grundlagen der jetzigen Verhandlungen nicht glauben. Was die Herausgabe der „Gefion" betrifft, so soll namentlich Se. Maj. der König — es paßt dieß vollkommen in den Charakter dieses Fürsten — jede Forderung dieser Art energisch zurückgewiesen und erklärt haben daß er weit entfernt sey die erste Eroberung Preußens auf dem Meere so ohne weiteres aufzugeben. (C. C.)

⁓ **Berlin,** 23 Dec. Irre ich mich nicht ganz, so nimmt ein neues Drama in der deutschen Angelegenheit seinen Anfang, dessen Ausgang noch kein menschliches Auge sieht. Es gehen hier wunderbare Gerüchte um. Es ist — so erzählt man sich in tiefstem Vertrauen — von St. Petersburg eine Denkschrift eingelaufen worin auf die endliche Gestaltung Deutschlands gedrungen wird, um dem revolutionären Treiben und den „Ausschweifungen der sogenannten Aufklärung" für immer ein Ende zu machen. In dieser Denkschrift wird zu zeigen gesucht daß die vielen kleinen Staaten in Deutschland, die von ihnen gehegten und gepflegten Universitäten und Gelehrtenanstalten der Heerd seyen von dem aus die revolutionären, freigeisterischen Ideen ausgebrütet, gehegt und gepflegt werden. Diesen Anstalten, oder mit andern Worten, der sogenannten deutschen Philosophie, die vorzugsweise in den kleinen deutschen Staaten ihre Nester habe, sey der heillose schwankende, für die Ruhe der übrigen nordischen Reiche gefahrdrohende Zustand beizumessen. Damit müsse die Cur begonnen werden, solle sie anders eine gründliche und dauernde seyn. Rußland finde die Nothwendigkeit daß Deutschland fortan nur aus zwei, sich das Gleichgewicht haltenden Mächten, einem Preußen und einem Oesterreich bestehe. Die übrigen deutschen Staaten müssen nach und nach in diese beiden Mächte absorbirt werden. Gegen eine vollständige Mediatisation derselben sey man in St. Petersburg noch für jetzt; aber sie müsse angestrebt werden. Preußen und Oesterreich habe jetzt die Führung; diese müsse einen solchen Weg nehmen daß die norddeutschen kleinen Staaten allmählich unter Supremalie Preußens und die süddeutschen allmählich unter Supremalie Oesterreichs kommen. Zuerst sey die eigene Heerführung den kleinen Staaten abzunehmen; ferner das Recht selbständige Bündnisse zu schließen; dann seyen sie dahin zu stellen daß sie ihre innern Regierungsmaximen, Verfassung, Preßgesetze, Zeitungswesen, Schul- und Kirchenbestimmung adäquat denselben Bestimmungen und Maximen Preußens oder respective Oesterreichs — gestalten. Von da an wäre zur vollständigen Mediatisation nur noch ein kleiner Schritt. Unter diesen Umständen sey auf dauernde Theilnahme und Unterstützung Rußlands gegen etwanige Uebergriffe demokratischer oder gar republicanischer Anfechtungen Frankreichs zu rechnen. Wenn dem so ist — und etwas wahres ist ganz gewiß daran, denn geheime Unterhandlungen über die deutschen Angelegenheiten haben mit dem St. Petersburger Cabinet stattgefunden — so ergibt sich die Gefahr für deutsche Bildung, deutsche Sitte, deutsche Aufklärung von selber, und — diese Gefahr fällt mit der Gefahr für die Selbständigkeit der kleinen deutschen Staaten in eins zusammen. / Ohne Kenntniß von dieser russischen Denkschrift vielleicht zu haben, sehen die kleinern deutschen Staaten diese Gefahr gewissermaßen durch eine Art Instinct; sie suchen ihren natürlichsten Halt wieder im Volke zu gewinnen, dadurch daß sie möglichst freisinnige Gesetzesvorlagen machen und begünstigen; Sie sehen das in Mecklenburg, in dem kleinen Gera, im Anhalt'schen u. s. w. Denn zuletzt ist es immer und doch immer wieder das Volk das den Ausschlag gibt. (Aber wo soll denn in Gera, Anhalt und dem andern deutschen Schnitzelputzhäusel ein ausschlaggebendes Volk herkommen?) Ohne volles und herzliches Mitwirken der größern Masse des Volks läßt sich nicht regieren; Ideen, wenn sie einmal in das Volk gedrungen sind, lassen sich nicht todtschlagen; ein dreißigjähriges Verwüsten Deutschlands vermochte nicht die Ausbreitung der Reformation über halb Europa unmöglich zu machen. Und wenn zwei Rußlande sechzig Jahre kämpfen und streben, der Geist ist doch mächtiger und siegt endlich. Aber niemand fürchtet hier Rußland, denn Rußland ist hohl in sich; Rußland steckt im Kaiser; hat der Kaiser Energie, so hat sie Rußland. Stirbt der Kaiser und kommt ein anderer, der andere Gedanken andere Wünsche, andere Triebe, weniger Energie besitzt, so ist auch Rußland ein anderes. Eine schlechte Bundesgenossenschaft die nur auf zwei Augen beruht! Die Einsichtsvollen hier fürchten das russische Einwirken wenig, wenn es noch deutschgesinnte Fürsten gibt, die ächt deutsch seyn wollen und die es verstehen mit und durch und in dem Volke zu gehen. Die drohende Stellung Preußens und Oesterreichs gegeneinander — das Anrücken österreichischer Truppen an die sächsische Gränze — das anscheinende Zerwürfniß und Notengewechsel zwischen dem Berliner und Wiener Cabinet belächelt man hier. Man hält es für eine Mystification, theils um die Parteien in Preußen und Oesterreich selber, theils und besonders um die Vertretungen und Regierungen der kleinen deutschen Staaten ein wenig zu beschäftigen, zu blenden, damit sie nicht hinsehen auf das was eigentlich beabsichtigt wird. Unser preußischer Talleyrand, Hr. v. Radowitz, weiß sehr wohl nach seinem großen Vorbilde die Sachen zu handhaben. Hier bei uns ist ein Ministerium Arnim-Boitzenburg in vollem Anzuge; Hr. v. Arnim Premier, man meint Keller (der alte Schweizer-Republicaner Keller, jetzt der äußersten

Rechten angehörig) Justizminister; v. Gerlach, Minister des Innern ꝛc. Dieses ist die rein-preußische Partei die nichts kennt, nichts weiß als Rußland, Oesterreich, Preußen — die heilige Allianz; alles übrige existirt nicht — und muß weichen. Man sagt, das jetzige Ministerium werde nur noch so lange gehalten werden bis die Geschichte in Erfurt irgendwie festgemacht oder verdorben ist. Denn das ist der letzte Nachhall der Märzverheißungen deutscher Einigkeit! Man sagt, es soll der Prinz von Preußen mit unserm König über die russischen Intentionen, über das beabsichtigte Ministerium v. Arnim sich entzweit haben. Die demokratische Partei wird für Erfurt nicht wählen; sie aber bildet gute zwei Drittel der Bevölkerung. (?)

∸ **Berlin,** 24 Dec. Der Student welcher vorgestern seine Dissertation **de morbo democratico, nova insaniae forma,** vertheidigen sollte, blieb uns, weil seine Opponenten sich nicht zeitig genug eingefunden, diese Vertheidigung schuldig. Man wundert sich daß es gerade ein Mediciner war der in der Demokratie das entdeckt was man in der Cholera noch nicht fand, ihr Mysterium *), weil gerade in Berlin ein überwiegender Theil der Aerzte selbst von der **nova insania** inficirt ist. Nur nicht der zeitige Decan der Facultät, der die Dissertation um deßwillen zuließ, und die Versicherung gibt daß es kein Scherz, sondern wissenschaftlicher Ernst war. Demnach meint man, der Opponent habe sich verspäten müssen; denn eine Zuhörerschaft stand in der Aula und vor dem Universitätsgebäude, die an das souveräne Volk des Kastanienwäldchens erinnerte, berühmt seiner Zeit durch die Art wie es die Freiheit der Debatte in der Nationalversammlung schützte. Man wäre der Besorgniß gewesen daß der Opponent Hülfe von außen, in jener bemeldeten Art, erhalten können. Inzwischen werden wir heute vertröstet daß die Disputation nichtsdestoweniger statthaben werde — ein andermal. Uebrigens hätte die Dissertation zu keiner gelegeneren Zeit kommen mögen als im Augenblick wo die Krankheit ein neues Zeichen äußert, einen zweiten, stillen Wuthausbruch, den Entschluß nicht nach Erfurt zu wählen. Geschickte Diagnostiker waren der Meinung daß schon der erste stille Ausbruch, als sie sich der Wahl zu den preußischen Kammern enthielten, ein bedenkliches, oder vielmehr das erfreuliche Zeichen einer Krisis und der Abnahme an intelligenter Kraft sey. Dieselben Diagnostiker erblicken in der gegenwärtigen Enthaltsamkeit ein noch weit deutlicheres der fortgeschrittenen innern Desorganisation, wogegen die scheinbare äußere Organisation, daß die vielen Tausende in Preußen und Deutschland auf das Geheiß einiger wenigen Häupter ihres kostbaren Wahlrechts gegen eigene Lust sich enthielten, nicht in Betracht komme. Die Demokratie klagt zwar zu ihrer Rechtfertigung über die allgemeine Mattigkeit der großen Masse hinter ihr; das ist aber eine allgemeine Klage, die constitutionelle und deutsche Partei klagt ebenso, und nur die ritterlich fromme Reaction glaubt frisch, frei, fröhlich und fromm darauf loszugehen, doch wohl aber nur um deßwillen weil sie gar keine Masse hinter sich hat, sondern Avant-, Arrieregarde und Gros der Armee in einer Person bildet. Die Demokratie wird nicht wählen. Officiell: weil sie den Bundesstaat und den Reichstag in Erfurt nicht anerkennt; für sie existirt officiell nur die Frankfurter Verfassung, die sie übrigens **in petto,** und auch schon laut, auf den Scheiterhaufen geworfen hat. Vertraulich: weil sie bei der Wahl nicht durchzudringen hofft, oder in so geringer Zahl daß es als Niederlage erschiene; weil sie durch ihre Zurückhaltung den Schein einer Minoritätswahl zum zweitenmal in die Wagschale werfen und den Reichstag, der ihr nichts helfen wird, discreditiren kann. Darneben lauert der Gedanke: daß der Reichstag irgendwie Fiasco machen kann, daß eine **vis major** ihn auseinander treibt, und sie dann in der allgemeinen Verwirrung als ein consolidirtes Corpus hervortreten, und, unbetheiligt an dem bisherigen, die Gelegenheit für sich ergreifen kann. Recht eigentlich denkt sie aber auch daran nicht, es lastet schwer auf ihr wie ein Alp, nicht die Constabler Einschreitungen, nicht Hinkeldey's Griffe oder Mißgriffe (die ihr im Grunde genommen sehr lieb sind), sondern eben die Unbeweglichkeit, die Indifferenz der Massen. Wohin sind die Zeiten da ein Wort, eine Phrase, von der einsamen Pappel, elektrisch wirkten, jetzt wo nicht einmal Waldecks Proceß elektrisirt hat, und selbst die ungerechtfertigten Uebergriffe der Polizei keine Entrüstung, kaum Theilnahme erwecken? Auch wenn ein politisches Ungewitter, oder eine babylonische Sprachverwirrung die Tagenden in Erfurt auseinander triebe, erwarten nur wenige unter den Demokraten für sich davon Heil. Alle, kleine und große Putsche in Deutschland bringen sie nicht zum Ziel, und ihre einzige Hoffnung wäre ein neues, chaotisches Erdbeben in Paris. So weit ist alles klar, und warum die Demokraten nicht wählen wollen; nicht so klar aber ihr officielles Manöver, daß sie bei dem Satze festhalten: was von der Regierung geschieht, geschehe nur zum Schein, und es sey ihr auch jetzt noch um Erfurt so wenig Ernst als vorhin. Es ist gleichgültig ob die Demokratie selbst daran glaubt oder nicht glaubt, es fragt sich hier nur: warum dieß Manöver, und für wen, da man hierorts endlich vom Gegentheil überzeugt ist? Wenn durch diese hartnäckig festgehaltene Behauptung auch die zwischen Demokratie und Constitutionalismus schwankende Bevölkerung im nördlichen Deutschland von der lebendigeren Theilnahme am Werk des Bundesstaats abgehalten würde, so arbeitet sie nach anderer feindlichen Seite hin dadurch zugleich für Preußen, nämlich da wo man glaubt oder glauben will, an seine Herrschsucht, Intriguen und Eroberungsgelüste. Aber auch jener Vortheil muß ihr entgehen, wenn die ersten Schritte des Erfurter Reichstags Deutschland bezeugen werden daß damit ernster Ernst gemeint ist, und daß wie man mit preußischer Schüchternheit daran ging, man mit preußischer Zähigkeit daran halten wird. So denn, wo sie sich bewußt ist daß die noch so zwieträchtigen Parteien im Staate sich augenblicklich gegen sie vereinigen würden, wenn sie Miene machte ihr Utopien einzuführen, erscheint es uns wirklich als eine fixe Idee, als eine Krankheit, sich als ein Staat im Staate, als eine **ecclesia pressa** zu constituiren, und wo sie thatkräftig, legal mitwirken könnte, sich selbst, freiwillig die Hände zu binden, und andere über sich schalten zu lassen. Eine Partei, die in der Art sich selbst für die erwählte, und mit ihrem reinen Glauben kokketterend von den andern Genossenschaften im Staate fern hält, hat niemals prosperirt, weder in weltlichen, noch in geistlichen Dingen, und je mehr sie auf ihren Messias hoffte, um so schwächer ward sie, dem Corpus der andersdenkenden und sich fortentwickelnden gegenüber. Wenn die Welt nicht eine andere wird, das heißt ihre ewigen Gesetze sich nicht ändern, muß auch der Demokratie dieß Loos bevorstehen. Vielleicht speculirt sie auch hierin auf den Pessimismus, d. h. ganz im Speciellen; daß nämlich durch ihre Zurückhaltung die Reactionspartei auch für Erfurt siegen würde. Anstrengungen dahin werden freilich gemacht, wenn sie aber auf dieß Resultat wirklich hoffen sollte, würde sie sich täuschen. Die Parteien welche zur preußischen zweiten Kammer nach dem neuen Wahlgesetz vereinigt wählten, und damals nur die eine Rücksicht kannten keine Demokraten zu wählen, gerade durch das Rücktreten derselben jetzt auch des einzigen Mediums was sie band, entledigt, sie stehen schroff in ihren Tendenzen getrennt, einander gegenüber. Ich glaube daß die constitutionelle Partei hierhin eine Kraft entwickeln wird, welche die Hoffnungen der Reactionspartei, die nur aus Verzweiflung nach Erfurt wählt, vereiteln wird. Gesetzt aber sie siegte, was hülfe ein reactionärer Reichstag der Demokratie? Möglicherweise scheiterte an der Ueberwucht der Rücktrittsmänner der neue Bundesstaat; denn verhehlen wir uns das nicht, wenn Preußen lauter Gerlach, Kleist-Retzow, Bethmann-Holweg, Bismark und Stahl nach Erfurt schickte und mit ihnen die Majorität erhielte, so träte dagegen eine andere moralische Macht im ganzen Deutschland auf, vor der das Werk in seinen Fugen erschütterte. Durch einen derartigen Sieg wäre Preußen (die Regierung selbst müßte ihn zu hindern suchen) um seine Hegemonie betrogen. Aber zu einer Revolution käme es darum nicht. Nicht die Demokratie, nur der Particularismus würde die Früchte ernten, und die Macht würde den eigentlichen Sieg davon tragen welche den Particularismus im Stillen hegt und pflegt. Es bliebe beim Alten.

Stettin, 22 Dec. Aus zwei Bescheiden des Handelsministers auf Vorstellungen der hiesigen Kaufmannschaft geht hervor daß weder an Vorbereitungen zur Anlage eines Kriegshafens bei Swinemünde, noch an den Bau der Stralsunder Eisenbahn im nächsten Jahre zu denken ist. (Osts.-Ztg.)

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 23 Dec. Ueber den neuesten Stand der Verfassungsangelegenheit mit Bezug auf fremde Noten u. s. w. gibt die Meckl. Ztg. folgende Auskunft: „Der k. preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat unterm 13 d. M. an das schwerinische Staatsministerium eine Note erlassen welche den Zweck hatte den Statusquo in der Verfassungsangelegenheit unverändert zu erhalten. Es stützt sich diese Note auf die binnen kurzem beginnende Wirksamkeit der provisorischen Bundescommission zu Frankfurt a. M. und auf die Theilnahme Preußens hieran. Die Note hebt hervor daß von Deputirten der mecklenburgischen Ritterschaft zur Wahrung der ihr und dem Lande zustehenden Rechte welche dieselbe durch die mit der Abgeordnetenkammer vereinbarte und demnächst publicirte Verfassung gefährdet erachte, die Eröffnung des Rechtsweges nach der mecklenburgischen Patent-Verordnung vom 28 Nov. 1817 beansprucht und die unterm 25 Nov. 1818 übernommene Garantie des Bundestags jetzt bei der provisorischen Bundescommission geltend zu machen beabsichtigt wird. Es wird darauf hingewiesen daß eine nähere Prüfung der Frage, ob und inwieweit dem Beschlusse vom 25 Mai 1818 Folge zu geben sey, dieser Commission obliegen werde. Schließlich wird noch darauf hingewiesen daß von der kais. österreichischen Regierung nach zugegangenen Mittheilungen eine ähnliche Verwendung, wenn nicht schon erfolgt, zu erwarten stehe. Von dem mecklenburgischen Gesammtministerium ist am 16 d. M. hierauf die Erwiederung erfolgt: wie es sich be-

*) Justinus Kerner ging mit seiner Abhandlung über den modernen Veitstanz voran.

dauerlich ganz außer Stand sehe, von der beabsichtigten Aufhebung des engern Ausschusses, als einer dringend gebotenen bloßen Verwaltungsmaßregel, zur Zeit und bis zu dem angedeuteten Zeitpunkt abzustehen. Doch spricht dasselbe die Ansicht aus daß durch diese Maßregel etwanige Rechte der Ritterschaft weder verrückt, noch deren Geltendmachung erschwert sey. Das Ministerium hat sich verpflichtet erachtet diese Angelegenheit vollständig zur Kenntniß des Verwaltungsraths zu bringen. Von demselben ist — wie verlautet — ein Beschluß dahin gefaßt: „Die von dem mecklenburgischen Bevollmächtigten gemachten Vorlagen werden dem bestellten Referenten zu demnächstiger Berichterstattung überwiesen. Auf eine nähere Erörterung der Competenzfrage einzugehen sey zur Zeit noch nicht angemessen, und könne in dieser Beziehung der Verwaltungsrath nur das volle Vertrauen aussprechen daß die preußische Regierung alle hierbei zur Sprache kommenden Rechte des Bündnisses vom 26 Mai nach der in der Sitzung vom 8 October abgegebenen Erklärung auf das vollständigste berücksichtigen und wahren werde." Der engere Ausschuß ist inzwischen durch die Regierung am 20 d. wirklich aufgelöst worden; von seinen Mitgliedern erklärten, als ihnen die Auflösung verkündigt ward, drei: daß sie nur der wirklichen Anwendung von Gewalt weichen wollten, und begaben sich aus dem Sitzungssaal nachdem auf Requisition des großh. Commissärs Ein Soldat in demselben erschienen war. Unter Wiederaufhebung der am 14 Dec. v. J. provisorisch angeordneten Kirchencommission hat die Regierung eine ständige Oberkirchenbehörde unter dem Namen Oberkirchenrath eingesetzt.

Schleswig-Holstein. Kiel, 21 Dec. Aus Flensburg vernimmt man wiederholte Klagen über das Benehmen der Flensburger Polizei gegen alles was deutsch ist. Dem Rechnungsführer an der Flensburger Gelehrtenschule, der voriges Jahr, als er diesen Posten übernahm, bei der schleswig-holsteinischen Provincialregierung auf Gottorf eine Caution von 1000 M. C. hinterlegte, hat die Landesversammlung in diesen Tagen erklärt, er habe binnen 4 Wochen eine neue Caution von 1000 M. C. bei ihr zu leisten, und solange dieß nicht geschehen, würden ihm keine Anweisungen für die Auszahlung der Lehrergehalte zu Neujahr ertheilt werden. Daß der Rechnungsführer diese Caution nicht bestellen wird, kann wohl kaum bezweifelt werden. Der Schlag trifft also die Lehrer. Der Expolizeimeister Baron Eggers hat vom schleswigischen Obercriminalgericht sein Erkenntniß erhalten. Es lautet auf Amtsentsetzung und 1jährige Festungsstrafe nebst Kostenerstattung. Aber wer wird's ausführen? Das Hadersleben Amthaus hat dem schleswigischen Obergericht jetzt ganz den Gehorsam aufgekündigt. Einem Verbrecher, der in dem Gefängnisse des Amtes Hadersleben sitzt, und der nach dem Urtheil des schleswigischen Obercriminalgerichts entlassen werden soll, wird dieses Urtheil nicht publicirt, weil das Amthaus das Siegel des schleswigischen Obergerichts nicht respectirt und die Landesverwaltung das gutheißt. Ueber die Stärke der Besatzung von Alsen gibt die Nordd. fr. Pr. nach einer, auf zuverlässigem Weg erfahrenen Nachricht an, sie belaufe sich auf 15 bis 16,000 Mann Infanterie, Cavallerie und Artillerie.

Oesterreich. ● Wien, 24 Dec. Versäumen Sie nicht den ersten Artikel des heutigen ministeriellen Oesterr. Corresp., oder wenn Sie größern Druck lieben, die gestrige Prager Zeitung zu lesen. Beide enthalten einen Artikel, worin bewiesen wird daß das Bündniß vom 26 Mai im Widerspruch stehe mit der Bundesacte, welche wieder ein Theil der Wiener Schlußacte sey, also alle europäischen Mächte angehe. Dort heiße es Art. 2 „der Zweck des deutschen Bundes ist Erhaltung der äußern und innern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten." Daraus folgt nach dem obigen Journal ein Recht des Bundes zur „Controle der Bewegungen der einzelnen deutschen Staaten sowohl nach außen als im Innern" „nöthigenfalls auch ein Recht zu hemmen" wie man im Jahr 1831 solches geübt zur Aufhebung des badischen Preßgesetzes und Steuerverweigerungsrechts der Stände! Ueber obiges ließe sich gar manches sagen! Glücklicher ist der Oesterr. Correspondent wenn er den Conflict des Dreikönigsbündnisses mit der Bundesacte durch den Art. 9 der letztern nachweist, welcher lautet: „Bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einseitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einseitig Waffenstillstand oder Frieden schließen." Die Dreikönigsverfassung dagegen legt das Recht über Krieg und Frieden unbeschränkt in die Hände des Reichsoberhauptes. Auch darin hat der Oesterr. Correspondent Recht daß das Wort „Reich" wie es in der Bundesverfassung vom 26 Mai gebraucht wurde, gar sehr gegen den Geist der Bundesacte verstoße. Ob viel herauskommt aus diesen gegenseitigen juristischen Deductionen, ist zu zweifeln, jedenfalls ist es unklug die neue Interimsbehörde zu charakterisiren als sey sie da Preßgesetze und ständische Rechte zu beschränken. Was hat man mit diesen kleinen und nur von heute auf morgen helfenden Mitteln des Hemmens und Beschränkens — über dreißig Jahre geübt — anders heraufbeschworen als eine Revolution welche ganz Deutschland, inclusive Oesterreich und Preußen, vom Gipfel bis zum Grunde erschütterte! Indeß sind die HH. v. Kübeck, Schönhals und Radowitz nicht die Männer von denen eine bloße Hemmungspolitik zu erwarten wäre. Möchte ihnen zunächst die commercielle Einigung gelingen, zu der Hr. v. Kübeck den Grund legte, indem er für den Kaiserstaat das große Eisenbahnnetz entwarf und mit einer Energie und Raschheit durchführte welche alle Welt in Erstaunen setzte. Wie ich höre, sind die Frankfurter Deputirten des Vereins zum Schutz deutscher Arbeit von ihren mit den Ministern (Fürst Schwarzenberg und Hrn. v. Bruck) gepflogenen Unterredungen sehr befriedigt. Sie sollen ihre Ueberzeugung ausgesprochen haben daß man hier bereit scheine die Grundlage zu einer großen Entwicklung auf dem Gebiet des Gewerbfleißes und des Handels zu legen. Die Caution ist den Journalen nicht abverlangt worden, und dürfte für's erste gar nicht abverlangt werden. Daraus schließt man denn auf weiteren Aufschub, ehe das Preßgesetz ins Leben tritt. — Heute am Weihnachtstage ist es sehr lebhaft auf den Gassen, desto leerer in den Cafés und politischen Lesecirkeln.

Die „Oesterr. Correspondenz" schreibt heute: „Bei der bevorstehenden Reform unseres Zolltarifs dürfte die Zollbemessung, welcher jetzt ganz verschiedene Einheiten, bald das innere, bald das äußere Sporcogewicht, in Centnern, Pfunden, Marken oder Lothen ausgedrückt, bald die Stückzahl, bald der Gulden des erklärten Werthes zum Grunde liegen, möglichst in dieser Hinsicht vereinfacht werden. Da der ganz gleichmäßige Gewichtzoll, wiewohl durch zahlreiche, praktische Vorzüge empfohlen, auf Manufacturen gelegt, der Natur der Sache nach gerade bei wohlfeilen Waaren eine Art von Monopol bewirkt, so stellt sich als das zweckmäßigste Auskunftmittel eine Abstufung der Gewichtszollsätze dar, wobei die Fabricate selbst einer Gattung nach ihrem Arbeitswerthe thunlichst in verschiedene Classen eingetheilt werden sollen.

Hr. Günther, Eigenthümer der Locomotivfabrik in Neustadt, dürfte das schwierige Problem einen Eisenbahntrain bergauf zu führen gelöst haben. Derselbe hat eine Locomotive gebaut welche eine Last von 50,000 Centner bei einer Steigung mit 45 bis 50 Graden ohne Schwierigkeiten führt. So schreibt der Lloyd. Indeß ist zu bemerken daß auf der würtembergischen Alpbahn die Locomotive eine Steigung von 44 überwindet.

Die Erklärung der **Wiener Ztg.** über den Vertrag der deutschen Posten in Bezug auf die Zeitungen lautet übereinstimmend mit der Fassung wie wir sie schon früher mitgetheilt. „Zwischen den Postverwaltungen von Oesterreich, Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg und der fürstlich Thurn- und Taxis'schen Generalpostdirection ist auf der Grundlage der bei der Dresdener Postconferenz 1847/48 getroffenen Verabredungen über die Behandlung des Zeitungsdebits und der Zeitungsspedition ein Uebereinkommen getroffen worden, nach welchem die Gebühr für die Beförderung der Zeitungen und Journale innerhalb des Gebiets der contrahirenden Verwaltungen, ohne Rücksicht der Entfernung, in welcher die Versendung erfolgt, in nachstehender Art bestimmt ist: 1) Für politische Zeitungen, d. h. für solche welche für die Mittheilung politischer Neuigkeiten bestimmt sind, beträgt die gemeinschaftliche Speditionsgebühr 50 Proc. von dem Preise zu welchem die zu versendende Postanstalt die Zeitung von dem Verleger empfängt (Nettopreis), jedoch soll a) bei Zeitungen welche wöchentlich sechs- oder siebenmal erscheinen, die Speditionsgebühr wenigstens 2 Rthlr (3 fl. C. M.) und höchstens 6 Rthlr. preuß. C. (9 fl.); b) bei Zeitungen welche weniger als sechsmal in der Woche erscheinen, wenigstens 1 Rthlr. 10 Gr. (2 fl. C. M.) und höchstens 4 Rthlr. preuß. C. (6 fl. C. M.) betragen. 2) Für nichtpolitische Zeitungen und Journale beträgt die Speditionsgebühr durchweg und ohne Beschränkung auf ein Minimum oder Maximum fünfundzwanzig Procent des Nettopreises, zu welchem das absendende Postamt die Zeitschrift von dem Verleger bezieht. Die Versendungsgebühr wird zwischen dem bestellenden und dem absendenden Postamte halbscheidlich getheilt. Ein Zuschlag für Stempel oder für das Transitiren durch das Gebiet einer dritten, der Uebereinkunft beigetretenen Verwaltung findet nicht statt. Die erwähnten Bestimmungen gelten vom 1 Jan. 1850 angefangen für die wechselseitige Versendung der in allen Kronländern des Kaiserthums Oesterreich und den genannten deutschen Postgebieten erscheinenden Zeitungen und Journale, wobei den übrigen deutschen Postverwaltungen der Beitritt offen gehalten ist. Der hiernach zu berichtigende Zeitungstarif wird dem Publicum in möglichst kurzer Frist bekannt gegeben werden. (Der Nettopreis der Allg. Zeitung ist für den ganzen Jahrgang 12 fl. 45 kr. im 24Guldenfuß, wozu also nach dem Vertrag 50 Proc. hinzugeschlagen werden. Die bisherige Stempelabgabe von 12 fl. 5 kr. C. M. ist ganz aufgehoben.)

* Wir erhalten die neueste Wiener Post in später Stunde. Großes Aufsehen machte Palazky's Auftreten gegen die Reichsverfassung (s. die Beilage), während gleichzeitig die magyarische altconservative Partei in einem Pesther Blatt an den Föderativgrundsätzen festhielt. Die Reichszeitung ergeht sich in etwas kannengießernden Betrachtungen über eine englisch-französisch-preußische Allianz, die noch eine so mysteriöse Rolle spielt wie gelegentlich die russische Allianz. Erst die Zukunft kann entscheiden, wem Preußen künftig näher stehen wird: dem Westen oder wie sonst dem Osten.

* **Triest,** 23 Dec. Ein außerordentliches Dampfschiff, welches aus der Levante kommt und Konstantinopel am 10 d. verließ, sah die englische Flotte noch bei Besicabay vor Anker liegen. In den levantinischen Meeren nicht minder als im adriatischen Golf hatte der Capitän stürmisches Wetter gefunden, und es fehlte auch wieder nicht an Anzeigen von vorgefallenen Schiffbrüchen. Briefe aus Syra und Corfu vom 15 und 18 d. wissen seit der letzten Post nichts günstigeres über den Handel zu melden. Das gewöhnliche Dampfschiff aus der Levante ist in Sicht. Die Bora treibt wieder arg ihr Unwesen.

* **Triest,** 24 Dec. Nach neuntägiger Fahrt ist gestern Abend der Dampfer „Germania", Capitän Bellen, mit der Post aus der Levante eingetroffen. Er brachte uns Nachrichten aus Konstantinopel bis zum 15 d. Man scheint dort die Dinge mit ganz andern Augen zu betrachten als dieß im Abendlande der Fall ist. Ueberall, heißt es in einem Schreiben, habe sich der normale Zustand mehr oder weniger wieder eingestellt, nur in Konstantinopel fühle man sich durch das Hinausspinnen der Flüchtlingsfrage noch beunruhigt und es fehle der Muth zu größeren Unternehmungen. Das schlimme Wetter hatte etwas nachgelassen. Capitän Bellen traf die englische Flotte nicht mehr bei Besikabay geankert, sondern unter Segel, und zwar in der Richtung nach Moskenissi. Die französische Flotte scheint noch immer bei Vurla zu stehen. Die französische Dampffregatte „Brony" welche einen außerordentlichen Abgeordneten vom Ministerium des Aeußern Hrn. La Roquette an Bord hatte, ist am 6 von Konstantinopel eingetroffen, und Hr. La Roquette hat Depeschen für General Aupick überbracht. Ein Officier der osmanischen Admiralität hatte bei Admiral Parker einen Becomplimentirungsbesuch in Besikabay abgestattet. Die neuern Berichte der übrigen Stapelplätze des Orients wissen auch von keinen günstigern Conjuncturen für den Handel zu berichten.

Oesterreichische Monarchie.

Pesth, 28 Dec. Man ist hier über die Insolenz Klapka's sehr entrüstet, der sich nicht entblödete in der „Times" dem englischen Volk weis zu machen als hätte die ungarische Insurgenten-Regierung keine Todesstrafe wegen politischer Vergehen vollzogen. Wenn schon der Name Graf Ed. Zichy allein im Stande ist diese Angabe in den Augen von ganz Europa Lügen zu strafen, so könnten wir noch unzählige andere Beispiele ähnlicher, dem magyarischen Terrorismus gefallener Opfer anführen, wenn die magyarischen Gerichte, ebenso wie die österreichischen, Namen, Stand und Charakter der Gerichteten öffentlich bekannt gemacht hätten. Aber die Galgen im südlichen Ungarn sind allzu bekannte Thatsachen um wegdisputirt werden zu können, und die Namen Pfarrer Roth, Meyer, Nowak-Hanibal u. s. w., welche alle den Märtyrertod für ihre Anhänglichkeit an das Kaiserhaus durch ungarische Blutgerichte fanden, stehen noch in zu frischem Andenken um solche und ähnliche Unwahrheiten gehörig zu würdigen. Ja noch mehr, sogar Klapka selbst hat während seines Commando in der Festung Komorn mehrere Individuen hinrichten lassen, worunter uns zufällig eines namentlich bekannt ist, der getaufte Jude Chon. (Oesterr. Bl.)

Spanien.

Madrid, 18 Dec. Es heißt: gleich nach Votirung des Budgets werde die Session geschlossen werden. — Das Fomento von Barcelona meldet daß die Gesellschaft „El Veterano" mit den Hrn. Talabot in Paris einen Vertrag abgeschlossen zur Anlegung einer Eisenbahn von Barcelona über San Andres, Granollers und Vich Ripal nach den Bergwerken von San Juan de las Abadessas. Hr. Perera, der Director dieser Compagnie, ist in Madrid angekommen um der Regierung die Plane und den Contract vorzulegen.

Frankreich.

Paris, 24 Dec. Die gesetzgebende Versammlung hatte heute das Gesetz über die Fremdenlegion wieder vorgenommen, als so widersprechende Vorschläge zum Vorschein kamen daß man vorzog nochmals die Commission zur Begutachtung aufzufordern. General Lebreton wollte z. B. daß man den Bestand der sechs Bataillone Mobilgarde einfach noch um ein Jahr verlängere, ein anderer General wollte ein Bataillon Pariser Schützen errichten und nach Algier schicken u. dgl. Die Frage ist also vorläufig wieder vertagt, sie dürfte aber wohl zuletzt im Interesse der Mobilgarde gelöst werden, da die Verpflichtungen zum Dank gegen dieses Corps von allen Seiten anerkannt werden. Nun brachte Hr. Lagrange die früher angekündigte Interpellation in Betreff der Februarverwundeten, und der Witwen und Waisen der Gefallenen vor. Da er von den Verdiensten derselben um das Vaterland sprach, so konnte einer von der äußersten Rechten, Hr. Estancelin, nicht umhin seine Zweifel über diese Verdienste merken zu lassen, wurde aber als Unterbrecher zur Ordnung gerufen, worauf es zu weitern Erklärungen kam, die darauf hinausliefen daß man zwischen der Februarrevolution und der am 4 Mai ausgerufenen Republik unterscheiden müsse. Vom Minister des Innern Hrn. F. Barrot wurde die Auskunft gegeben daß das zum Besten jener Opfer der Revolution bewilligte Geld verbraucht sey, theils durch Austheilung von Unterstützungen, theils dadurch daß die Verwundeten auf Kosten der Regierung in Mineralbäder geschickt worden. Wittwen und Waisen seyen nur in geringer Zahl vorhanden. Hr. Lagrange legte auch ein Vorwort für die noch übrigen Juniusgefangenen in Belle-Isle ein — er verlangte man solle sie amnestiren. Auf der Börse wollte man wissen der Papst werde am 2 Jan. nach Rom zurückkehren.

Das Journal Charivari ist in dem Diffamationsproceß welchen der Eigenthümer des Constitutionnel, Hr. Veron, gegen dasselbe anhängig gemacht hatte, unterlegen. Die Sache kam am 23 Dec. vor dem Polizeigericht zur Verhandlung. Die Anklage war gegründet auf den Artikel: »au seigneur Fontaroso,« im Blatt vom 12 d. M., dessen Beziehung auf Veron von dem beklagten Gerant Hrn. Vannier nicht bestritten wurde. Dort ist gesagt: Veron halte eine Bude für den Handel mit Stellen und Gunstbezeugungen, und dann wird er auch ein Moralspeculant genannt. Wegen dieser Ehrenkränkungen ist Hr. Vannier verurtheilt, außer den Rechtskosten und den Einrückungsgebühren des Erkenntnisses in drei Journalen nach der Wahl Verons, eine Buße von 200 Fr. und an Veron als Entschädigung 500 Fr. zu bezahlen.

Vor den Assisen der Gironde wurde am 19 d. der Proceß der republicanischen Solidarität beendigt. Der Präsident hatte in seinem Resumé die Geschwornen noch besonders auch auf die politische Wichtigkeit des Falls aufmerksam gemacht. „Durch eine Verurtheilung, sagte er, erklärt das Schwurgericht der Regierung daß es sie auf gutem Weg glaubt; ihren Gang billigt und bereit ist ihr jede Unterstützung zu gewähren deren sie benöthigt ist; durch eine Freisprechung erklärt es dagegen der Regierung daß es sie auf schlimmem Weg glaubt und ihr nicht dahin folgen will." Die Antwort war die Freisprechung sämmtlicher 14 Angeklagten.

Das J. des Débats widmet den letzten Augenblicken der seitdem aufgelösten württembergischen Constituante seine besondere Aufmerksamkeit, aber nicht eben mit besonderer Sachkenntniß. Das jetzige Haupt des Ministeriums wird zur Abwechslung auch Hr. v. Schlager genannt, und von seinem Vorgänger theilt es eine Rede mit worin es ihn die „Unabhängigkeit" Württembergs, den Unabhängigkeitssinn des schwäbischen Volks gegenüber von Preußen oder Oesterreich in einer Art geltend machen läßt wie der Franzose dem Engländer oder Russen gegenüber von der Unabhängigkeit seines Landes sprechen kann. F. Römer hat aber in Wahrheit nur von der Selbständigkeit Württembergs gesprochen, und zwar nicht in absolutem Sinn, sondern modificirt durch die Bedingungen des Bundesstaats. Daß dieß die Sprache ist welche die Partei des Bundesstaats führt, dafür hat freilich die Pariser Presse keine Unterscheidungsgabe, sie liebt überall nur den Ton der Rheinbundssouveränität herauszufinden. Bei dieser Gelegenheit mag auch ein Irrthum der deutschen Presse berichtigt werden. Die Leser erinnern sich des Artikels eines Stuttgarter Blatts welcher Sachsen und Hannover beschuldigt daß sie in Süddeutschland den Anschluß an den Bundesstaat, statt zu befördern, eher zu hintertreiben gesucht hätten, und der einer Indiscretion des ehemaligen Märzministers zugeschrieben wurde. Diese Voraussetzung ist ohne Grund, der uns näher bekannte Verfasser war keine solche officielle Person und hat weder direct noch indirect aus einer solchen Quelle geschöpft.

♂ **Paris,** 22 Dec. Es ist ein alter Brauch der, glaub' ich, bis zu den Uranfängen der parlamentarischen Regierungsform hinaufreicht und schwerlich, ehe sie zu Grabe geht, verschwinden dürfte, daß die großen Herren welche die ausübende Gewalt zeitweilig in Händen haben, sich zu Ausgaben verleiten lassen welche die steuerverwilligenden Mächte des Staates nicht durch vorausgehende Finanzbestimmungen gutgeheißen haben. Die auf solche Ausgaben verwendeten Summen wurden alsdann

durch besondere Verordnungen provisorisch legalisirt und von den steuerverwilligenden Versammlungen die Bestätigung dieser Verordnungen begehrt, was dieselben, wenn auch häufig mit saurem Gesichte, fast immer thaten. Mit der Zeit wurde, was erst nur ein Nothbehelf war, Gewohnheit, ja beinahe System; man nahm sich unter dem Julluskönigthum zumal in dieser Beziehung mehr heraus als klug war, und namentlich der höchst fähige aber etwas leichtsinnige Duchatel ging nur zu oft über die rechte Gränze hinaus. So fand unter andern während seines Ministeriums von Seite der ihm zugewiesenen Direction der schönen Künste eine Ueberschreitung der für das Denkmal Napoleons ausgesetzten Gelder im Betrage von dreizehn- bis vierzehnmal hunderttausend Franken statt; diese Mehrausgabe wurde von einem Ausschuß der Legislative, der eine finanzielle Vorlage der jetzigen Regierung wegen Vollendung besagten Denkmals zu prüfen hatte, scharf getadelt und der Antrag gestellt: dem ehemaligen Minister des Innern eine entsprechende Vergütung aufzubürden. Der National hatte, da in Folge dieses Zwischenfalls die Regierung ihren Vorschlag zurücknahm, in einem mit Fleiß halb allgemein halb bestimmt gehaltenen Aufsatz die Sache gewissermaßen für einen von Duchatel begangenen Unterschleif ausgegeben, und als darauf eine ziemlich derbe Zurechtweisung durch den Moniteur erfolgte; so erklärte er daß er nie habe sagen wollen Duchatel habe das Geld eingesteckt, aber es sey doch so unordentlich hergegangen daß obenerwähnter Ausschuß die Heimzahlung der verschwendeten Summe an den Staat durch den Exminister Duchatel beantragt habe, und das wohlunterrichtete Blatt setzt die betreffenden Auszüge aus dem von ihm angeführten Berichte bei. Darauf kam nach einigen Tagen der stark gedrängte Moniteur mit einer neuen Note, in welcher der Unterschied zwischen ermächtigten und gerechtfertigten Ausgaben mit Energie festgehalten, und nachgewiesen wird daß die unter dem Ministerium Duchatel über die bewilligten Credite für das Denkmal Napoleons verausgabte Summe zwar keine voraus ermächtigte, wohl aber durch die ausgeführten Arbeiten vollkommen gerechtfertigte sey. Dieser Beweis wurde so bündig und einleuchtend geführt daß der National selbst heute Morgen sich folgendermaßen ausdrückt: „Es steht nun für jedermann fest daß Duchatel, der die Gelder des Staates nicht gestohlen hat, eine höchst beklagenswerthe Vergeudung derselben zuließ.“ Wie weit diese letztere Behauptung wahr ist, lasse ich dahin gestellt seyn, aber nöthig scheint es mir die öffentliche Meinung darauf aufmerksam zu machen daß es sich hier um nichts handle was einem Diebstahl gleich steht.

Belgien.

Brüssel, 21 Dec. In einer stürmischen Sitzung nahm gestern die Abgeordnetenkammer das Budget über über die Mittel und Wege einstimmig an, und verwies zwei Anträge des Finanzministeriums, wovon einer die Vermehrung der Grundsteuer, der andere Verminderung der Ausfuhrprämien auf Branntwein vorschlug, und welche der Minister in das Budget aufnehmen wollte, an die Commission um besondere Gesetzentwürfe darüber vorzulegen. Das Gesetz über die Altersclasse wurde in letzter Abstimmung mit 72 gegen 5 Stimmen angenommen. Ueber die weiter zu behandelnden Geschäfte konnte die Kammer nach geräuschvollen Auftritten sich nicht einigen.

In der Nacht des 19 Dec. fand hier ein schauderhaftes Unglück statt. Bei dem Brand eines einzigen Hauses verloren sieben Personen das Leben, unter ihnen eine Mutter mit ihren fünf Kindern.

Italien.

..i.. **Citta della Pieve,** im Kirchenstaat, 10 Dec. Mein Herz gleicht der italienischen Politik, es geht kreuz und quer. Nach Florenz die Schule von Siena und von dieser ein Seitensprung nach Perugia zu den Umbriern. Diese Art zu reisen hat das gute daß ich nicht unvorbereitet nach Rom komme, sondern mich vorerst ein wenig in den Provinzen des Kirchenstaats umgesehen habe. Es ist einmal nicht anders: die leidige Politik hängt sich den Reisenden an den Fuß, und aus jedem Bilde eines alten Meisters, vor dem er bewundernd steht, blickt ihm irgendeine jener Persönlichkeiten entgegen die auf dem Schauplatz der letzten Ereignisse eine bedeutende Rolle spielten. In dem noch immer gut ghibellinisch, d. h. royalistisch gesinnten Siena machten die Republicaner auch gar kein Glück; wo man hinsieht ist gedruckt zu lesen: „Es lebe der Großherzog und seine königliche Familie!“ Näherte man sich den Districten deren Bevölkerung die Bekanntschaft Garibaldi's und seiner Horden machte, steht an einer ganzen Häuserreihe angeschrieben: „Es lebe Leopold II und Pius IX! Tod den Republicanern!“ Nicht ohne Grund hat Peter Leopold das von Cosmus I erbaute Fort von Siena in einen prachtvollen Spaziergang verwandelt, wie es auf einem in die Festungsmauer eingelassenen Denksteine heißt: „Im Vertrauen auf den friedfertigen Sinn der Sienesen.“ Dieser ist aller künstlichen Aufregungen ungeachtet sich vollkommen treu geblieben, noch immer so friedfertig wie zuvor, und wenn es auf Siena ankäme, brauchte die toscanische Staatscasse nicht, was nunmehr feststeht, mit einer Vermehrung des stehenden Heeres bis zu 15,000 Mann belastet zu werden. Dafür daß die Jugend der Universität sich ruhig verhält, ist auch auch gesorgt, hinlänglich gesorgt; denn abgesehen davon daß eine Handvoll Studenten, selbst wenn Einzelne ungewöhnlich heißes Blut mitbringen sollten, keinen großen Lärmen machen kann, hat der Inspector der Universität in den zu Anfang des Semesters angeschlagenen Statuten den Jüngern der Weisheit noch besonders zu Gemüth geführt, jegliche Art von Verbindung sey ihnen auf das strengste untersagt; der Lehrer könne, so oft er wolle, einen Namensaufruf veranstalten, um zu sehen ob auch seine Zuhörer zugegen seyen; gebe es während der Verlesung Scandal, so daß der Professor den Hörsaal verlasse, werden nicht nur die Schuldigen relegirt, sondern auch alle diejenigen die nicht sofort in einer schriftlichen Eingabe sich über ihr Betragen rechtfertigen und die Thäter angeben. Außerdem werden die Studenten zur Wohlanständigkeit in einem Tone angehalten wie er im Mittelalter gebräuchlich und den auf den Universitäten herrschenden rohen Sitten jener Zeit vollkommen angemessen war. Wahrscheinlich hat man im Unterrichtsministerium zu Florenz es noch nicht vergessen daß seiner Zeit Guerrazzi in Pisa auf ein Jahr consilirt wurde, weil er seinen Commilitonen von einem Tische herab die neapolitanischen Zeitungen mit Glossen vortrug. Die Zahl der lesenden Professoren beträgt in Siena nicht mehr als 27, von denen in den vier Facultäten, der theologischen, juridischen, medicinischen (mit Inbegriff der Chirurgie), endlich dem „philosophischen Collegium“ 40 Vorlesungen gehalten werden. Man braucht übrigens die römische Gränze noch gar nicht überschritten zu haben um sich vollständig zu überzeugen wie wenig die Leute über den Traum einer 63tägigen Republik, deren Süßigkeiten sie durch Garibaldi zu schmecken bekamen, erbaut sind. Hart an der römischen Gränze, in Chiusi, Porsenna's altetrurischem Clusium, wollte die wüste Rotte des berüchtigten Gaucho ihr Freiheitssystem durch Erpressung und Plünderung jeglicher Art ins Werk setzen. In den nahegelegenen römischen Städten erhoben die saubern Gesellen nicht nur Contributionen in klingender Münze, sondern ließen sich auch Schuhe, Mäntel, kurz alles was sie nöthig hatten, und dieß war so ziemlich die Equipirung eines Soldaten, liefern. Mehreremals schleppten sie reiche und angesehene Einwohner als Geiseln mit; auch zwei davon verschwanden in ihrem Gefolge, von denen eine sogar ermordet worden seyn soll. In Chiusi versicherte man mich indessen sie seyen freiwillig mitgegangen. Am gefährlichsten waren sie den Pferden: bei der unerwünschten Nähe der Oesterreicher wollte jeder beritten seyn, und so nahmen sie jeden Huf dessen sie habhaft werden konnten. Allein von Chiusi mußten sie mit langer Nase abziehen. Die Einwohner, obwohl ihre Stadt, deren Umfang in der Zeit des etrurischen Städtebundes mehrere Miglien betrug, nunmehr gleich dem Schnee der Apenninen wenn der Frühling naht, bis auf den höchsten Gipfel des Berges zusammenschmolz und durchweg auf Trümmern ruht, erinnerten sich daß von ihren Thoren einst Porsenna gegen Rom auszog, und bauten in aller Eile ganz kunstgerechte — Barricaden die den Parisern keine Unehre gebracht hätten. Wie die Garibaldisten auf ihren gestohlenen Rossen heransprengten, wurden sie mit Flintenschüssen begrüßt, und hielten es nach mehreren leicht abzuschlagenden Ueberrumpelungsversuchen für das angemessenste sich mit ihren Heldenthaten wieder auf das Gebiet des Kirchenstaates zurückzuziehen. Zwei der tapfern Clusianer wurden mit der neugeschaffenen toscanischen Ehrenmedaille belohnt. Einer der Kämpfer erkundigte sich bei bei mir ganz genau wie man in Paris und Berlin die Barricaden mache. Uebrigens sahen die Garibaldisten gar bald daß ihnen zumal bei ihrer schlechten Bewaffnung die Pferde in diesem gebirgigen Lande eher hinderlich als nützlich waren, und verkauften sie zu wahren Spottpreisen. Für ein paar Paoli konnte man ein stolzes Römerroß haben. Die Turiner Concordia die an Garibaldi einen so rührenden Nachruf bei seiner Abreise nach Gibraltar erließ, hätte nichts besseres thun können als sich den Text dazu in den gebrandschatzten Städten und Dörfern zu holen. — Um wieder auf Clusium zurückzukommen, so hat diese unerschöpfliche Fundgrube etrurischer Alterthümer durch die Revolution von ihrer frühern Ergiebigkeit vieles verloren. Wenn die Käufer ausbleiben, will auch niemand graben. Leopoldo Lugioldo fand ein äußerst niedliches Grabmonument in Gestalt eines Tempelchens, an dessen vorderer Seite eine sitzende Figur mit zwei ruhenden Löwen. In einen Winkel des bischöflichen Gartens entdeckte man einen andern schön gearbeiteten Sarkophag, der mir dadurch besonders merkwürdig vorkam, daß die nach bekannter Weise hingestreckte Figur unverkennbar ein gelungenes Streben nach Porträtähnlichkeit verräth. In den unlängst aufgefundenen Katacomben von St. Katharina wurde der Versicherung meines Führers zufolge, der freilich zum Sakristeipersonal gehört, eine Viole ausgegraben, deren Inhalt ganz unversehrt erhaltenes Blut, „so rein wie Christenblut“ gewesen seyn soll. Credat Judaeus Apella. In dem Bereich jener mit Inschrif-

ten reich geschmückten Kammern, wo man die herrliche Vase, die Zierde des Vasencabinetes in Florenz, fand, sind weitere Nachforschungen nicht angestellt worden.

Die Gazzeta di Roma meldet aus Spoleto, der Hauptstadt der Provinz Umbrien, daß die dortige spanische Besatzung nach Rieti aufgebrochen; deßgleichen aus Terracina die Einschiffung weiterer 300 Mann Spanier mit 200 Pferden zur Rückkehr in ihr Vaterland. In Ferrara traf am 19 Dec. der österreichische General Rohn v. Rohnau ein, um das Commando der dortigen Citadelle zu übernehmen. Die österreichischen Truppenkörper im Römischen und Toscanischen erhielten in letzter Zeit Verstärkung vom Norden her. Der Plan eines Eisenbahnbaues zwischen Bologna und Ancona scheint sich zu verwirklichen.

Turin. Der Legge zufolge haben von 14,942 eingeschriebenen Wählern in Piemont sich 9890 an den letzten Wahlen betheiligt, 5052 sich des Stimmens enthalten. 6264 votirten für ministerielle Candidaten, 2944 für die Opposition. Die Zahl der Beamten in der Deputirtenkammer ist 78.

Schweiz.

□ **Aus der nördlichen Schweiz.** Die Wahl des Hrn. Druey zum schweizerischen Bundespräsidenten für das Jahr 1850 dürfte im Ausland ebensosehr überraschen als sie bei uns nicht unerwartet kam. Hr. Druey steht nämlich noch überall als Urheber der Monttenon-Revolution von 1845, durch die eine liberale aufgeklärte Regierung gestürzt wurde, und als Bekenner extremer radicaler und socialistischer Theorien im Andenken. Man war seit den Dreißigerjahren in der Schweiz so sehr an die kleinen Kantonsrevolutionen oder „Putsche" gewohnt, daß man anfänglich der Waadtländer Revolution von 1845 und der Genfer Revolution von 1846 keine tiefere Bedeutung zuschrieb. Ein einziges Blatt hat damals das socialistische Wesen dieser beiden Revolutionen mit bewunderungswürdigem Scharfblick erkannt, die „Basler Zeitung." In der That war schon damals die „Theilung der Arbeit und das Recht zur Arbeit" das Losungswort mit welchem Druey und Fazy die Arbeiter-Bevölkerungen von Lausanne und Genf zu ködern wußten. Es ist bekannt welches Aufsehen die Genfer Revolution in Paris machte, daß man in Paris anfing einen Zusammenhang zwischen den waadtländischen Radicalen und den Pariser Socialisten zu ahnen, und daß die conservative Pariser Presse, namentlich die „Débats," durch die Artikel des „Nouvelliste Vaudois" und der „Revue de Genève" stutzig wurden. Leider verkannte der damals an der Spitze der Gewalt stehende Guizot die Bedeutung des Socialismus, wofür er durch die Februar-Revolution von 1848 eine so herbe Lehre erhielt. Hätte er damals geahnt daß die Waadtländer und Genfer Revolution nur der Vorläufer einer Pariser Revolution seyn würde durch die Ludwig Philipp vom Thron gestürzt und er selbst ins Exil geworfen wurde, gewiß hätte er eine andere Sprache gegen Waadt und Genf geführt, und andere Maßregeln gegen die Schweiz ergriffen als diejenigen welche ihm ein mißverstandener Liberalismus und die erbärmliche Notendiplomatie eingab. Mit 50,000 Mann Franzosen an der französischen, und mit 20,000 Mann Oesterreicher an der italienischen Gränze wäre der Sonderbundskrieg nicht ausgebrochen. Doch dieß sind jetzt geschehene Sachen, die dem Urtheil der Geschichte anheimgefallen sind. Daß Hr. Druey Geist, Talent und Fertigkeit im Arbeiten besitzt, bestreitet niemand; allein er besitzt keinen Charakter, und somit hat das Schweizervolk keine sittliche Garantie für seinen Bundespräsidenten. Die Worte „Gott" und „Christus," mit denen Hr. Druey sehr freigebig ist und die auch in der Rede figurirten mit welcher er sich für die ihm übertragene Würde bedankte, nehmen sich in seinem Munde fast wie Blasphemie aus. Die Inconsequenz des Hrn. Druey ist beinahe sprüchwörtlich geworden. Man hat noch nicht vergessen daß er 1829 im großen Rath eine der schönsten Reden für die Religionsfreiheit hielt und gegenwärtig alle religiösen Versammlungen, alle Zusammenkünfte der freien Kirche verbietet und nöthigenfalls mit Gewalt auseinander treiben läßt. Man erinnert sich noch sehr gut daß derselbe Hr. Druey am eidgenössischen Freischießen von 1836 in einer glänzenden Rede das Associationsrecht aus allen Kräften vertheidigte, aber seit 1845 an der Seite der communistischen Gesellschaft des peuple travailleur alle Gesellschaften und Cercles der Conservativen in seinem Kanton unterdrückte. Man weiß noch gar wohl daß wieder derselbe Hr. Druey in dem gleichen Jahre für die Wiederherstellung der Klöster und gegen dieselbe sprach, daß er in dem gleichen Jahre auf der Tagsatzung gegen jeden Beschluß einer Jesuitenvertreibung, und dann wieder dafür seine Stimme erhob. Bei solchen Vorgängen ist man doch gewiß berechtigt zu fragen, welche Garantien denn dieser Mann für Aufrechterhaltung von Ordnung und Gesetz, für Schutz gegen die Willkürherrschaft des Radicalismus darbiete? In der neuesten Zeit hat sich freilich Hr. Druey in der Flüchtlingsangelegenheit auf eine Art benommen die keinen Tadel verdient; er hat sich sogar seinem Landsmann Eytel, der das Asylrecht auf eine Weise handhaben wollte welche nur zum Verderben der Schweiz hätte ausschlagen müssen, entgegengestellt, und die Mehrheit der eidgenössischen Räthe hat ihn hierin unterstützt. Allein es dürfte sich immerhin noch fragen, ob wirklich wahre Liebe für das Wohl der Schweiz, oder nicht vielmehr bedeutungsvolle Winke von außen der Antrieb zu solcher Handlungsweise waren. Denn es kann einem so einsichtsvollen Manne wie Hrn. Druey nicht entgehen daß die Stellung der Schweiz zum Ausland heutzutage eine ganz andere ist als vor der Februar-Revolution von 1848. Wir meinen dieß nicht sowohl in Beziehung auf die meist übertriebenen Anschuldigungen welche man im Ausland unverständigerweise so häufig gegen die Schweiz wirft, als vielmehr in Beziehung auf die Stellung der europäischen Großmächte die durch die revolutionären Ausbrüche von 1848 und 1849 zu entschiedenerem Handeln getrieben wurden. Zum Vicepräsidenten des Bundes wurde Hr. Munzinger aus Solothurn gewählt. Hr. Munzinger gehört zu der alten liberalen Garde von 1830, welche durch die Erfahrung manches gelernt und manche Schärfe verloren hat. Er gilt bei Kennern für den besten Kopf im Bundesrathe. Als Finanzminister freilich hat er bisher nichts ausgezeichnetes geleistet. Wenn in der Münzfrage durch Annahme des französischen Münzsystems etwas ersprießliches geschah, so ist dieß das Verdienst jüngerer Kräfte die Hrn. Munzinger und dem Bundesrath hülfreich zur Seite standen.

Handels- und Börsennachrichten.

Paris, 24 Dec. 3proc. 50.40; 4proc. 71.90; 5proc. 91.95; Bankactien 2450; belg. 5proc 96 1/4; Anleh. v. 1842 96 1/4; 4 1/2proc. 88 3/8; neap. 5proc. 95 50; röm. 84; span. 3proc. 38 1/4; innere Schuld 30 1/4; Hayti 190; piem. 5proc. 90.10; Oblig. v. 1834 955; v. 1849 935; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 167.50; Paris-Orleans 763; Rouen 545; Straßburg 360; Nordbahn 462.50; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 215; Straßb.-Basel 117.50; Orl.-Vierzon 332.50; Tours-Nantes 277.50; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 105.

Augsburg, 27 Dec. (5 fl. R. Conv. = 6 fl. i. 24 1/2 fl. Fuß.) Amsterdam 1 M. 84 P. Hamburg 1 M. 73 3/8 P., 2 M. 73 1/8 P. Wien in 20ern 1 M. 89 1/4 P. Triest 1 M. 89 1/4 P. Frankfurt a. M. 1 M. 99 7/8 P. Nürnberg 1 M. 99 5/8 G. Berlin 1 M. 104 3/4 G. Leipzig 1 M. 104 3/4 G. London 1 M. 10.5 P., 2 M. 10.4 P., 3 M. 10.3 P. Paris 1 M. 118 3/4 P. Lyon 1 M. 118 5/8 P. Marseille 1 M. 118 1/2 P. Mailand 1 M. 60 5/16 G. Genua 1 M. 52 1/8 G. Livorno 1 M. 61 1/4 G.

Augsburg, 27 Dec. Bayer. 3 1/2proc. Oblig. 84 P. 4proc. 91 P. 5proc. 100 5/8 P. Bankactien II. Sem. 638 G. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1060 P. Württemb. 3 1/2proc. 81 1/2 P. 4 1/2proc. 94 1/2 P.

♀ **Wien,** 25 Dec. Die öffentliche Börse ist der Christfeiertage wegen heute und morgen geschlossen. Im Börsenkaffeehause war heute nur geringes Geschäft in Metalliques und Nordbahnactien und schlossen die Curse fast zur gestrigen Notiz. 5proc. Metall. 94 1/8–1/4, neues Anlehen 83 1/8–3/16, Nordbahnactien 110–110 1/4. In andern Effecten kein Umsatz und Curse fast nur nominell. Pesther-Actien 87 3/4–88, Mailänder 83 3/4 84, k. k. Anlehensloose vom J. 1839 109–109 1/4. — Die in Betreff der Bankfrage neuerdings hervorgerufene Polemik zwischen der „Reichszeitung" und dem Lloyd behandelt zunächst wieder die Dividendenbestimmung (für das zweite Semester 1849) welche indeß, wie ich erfuhr, keine Aenderung mehr erleiden dürfte.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Ausblick aus der Verwirrung der Gegenwart.

III.

Es kann hier nicht die Absicht seyn auf eine nähere Schilderung und Kritik der gegenwärtigen Zustände einzugehen; noch weniger entspräche es unserem Plan, wollten wir thun was ja täglich übergenug geschieht, ohne daß etwas dabei herauskommt, wollten wir Völkern und Fürsten Vernunft und Moral predigen, und ihnen darthun wie viel besser es um beide stände, wenn sie in den letzten Jahren den Verstand und die Mäßigung bewiesen hätten die ihnen auf so natürlichem, ja nothwendigem Wege abhanden gekommen waren, und wie vieles sich hätte ganz anders und erfreulicher gestalten müssen, wenn die Menschen anders, das heißt nicht Menschen wären. Auf dem Standpunkt auf den sich diese anspruchlosen Betrachtungen gestellt, bleibt uns nur noch eines übrig, das vielleicht auch überflüssig ist, wobei man aber, was vielleicht mancher auf den ersten Blick nicht glaubt, nicht so leicht in Unvernunft verfällt, als wenn man die Gegenwart meistert und das Geschehene umthut: wir möchten einen Blick in die Zukunft werfen.

Die im verflossenen Jahr entstandene revolutionäre Bewegung ist für den Augenblick zum Stillstand gebracht. Auf den gewaltsamen Stoß vorwärts ist naturgemäß der nicht weniger gewaltsame Rückschlag erfolgt. Aber wie in solchen Fällen das historische Gewässer, das so rasch fällt als es gestiegen, doch niemals wieder zum Wasserzeichen vor der Fluth heruntersinkt, so hat auch dießmal der Proceß der Auflösung des Alten Fortschritte gemacht die keine Reaction ungeschehen machen kann. Von dem was ein Sturm umgerissen, wie wir ihn eben erlebt, läßt sich mit dem besten oder dem schlimmsten Willen lange nicht alles wieder aufbauen. Hier kann man nur den Schutt aufräumen, dort mag allerdings vieles geflickt und restaurirt werden, manchmal aber muß sich die Restauration begnügen die Architektur eines eingestürzten Baues mit gemalter Leinwand, hinter der nichts ist, nachahmend herzustellen, und den Völkern mit dem Kunstgriff zu imponiren den Potemkin gegen die große Katharina in Anwendung brachte. Die siegreiche und reagirende Gewalt möchte immer ungleich mehr Dinge zurücknehmen als sie am Ende wirklich zurücknimmt. Die Hand ist schon verlangend ausgestreckt, aber sie wird sachte zurückgeschoben von einer andern Hand, die dem Genius der Zeit angehört, und das populäre Wort: es ginge wohl, aber es geht nicht, erhält in seiner Anwendung auf dieses geschichtliche Moment einen sehr guten Sinn. So beruhigt jetzt auch der Freund der Ordnung und Ruhe zusehen mag wie der Exorcismus der Gewalt die bösen Geister aus den deutschen Landen austreibt, so wird dennoch die Demokratie, wenn sie einmal die Vereitlung ihrer zu weit fliegenden Hoffnungen verschmerzt hat, schwerlich Ursache haben mit den Ergebnissen und Errungenschaften der letzten Jahre so unzufrieden zu seyn als sie es im Augenblick ist, da sich noch nicht ermessen läßt wo die Rückgriffe der Reaction ihre Naturgränze finden werden. Und sey es damit wie es wolle, die Demokratie kann sich immer sagen: „Die Ideen und Wünsche die in den deutschen Geistern durch die erste französische Revolution geweckt worden — nach dem allgemeinen Frieden das geheime Bundes- und Burschenschaftswesen — nach dem Jahr 1830 der Hambacher Handel und der Handstreich vor der Constablerwache — im vorigen und in diesem Jahr die offene Empörung der größten deutschen Städte und ganzer Provinzen — bildet diese Reihe nicht einen Klimax in dem die Keckheit des Gedankens und der Ungestüm des Versuchs mit jedem Gliede in geometrischem Verhältniß wachsen? Und wird nicht, muß nicht der Klimax sich fortsetzen? oder wer will es hindern? Und wenn das nächste Glied proportionale Kraft entwickelt, wie viel wird dann von den Bergen und Hügeln stehen bleiben, mit denen ihr jetzt noch das demokratische Niveau der Gesellschaft unterbrechen dürft?"

Allen aber welche die Revolution schließen möchten und doch für die Lehren der Geschichte nicht taub sind, muß besonders ein Umstand bedenklich entgegentreten. Durch die Ausbildung des Begriffs der Landeshoheit hatte das alte Feudalwesen eine bedeutende Umwandlung erlitten. Seitdem hat der Adel in der geschichtlichen Entwicklung an Macht und Bedeutung im Ganzen und Großen fortwährend eingebüßt, wenn es ihm auch hin und wieder gelungen ist eine bereits verlorene Stellung zurückzuerobern. Die neueste demokratische Bewegung war gegen die Reste der Adelsrechte und gleich unverhohlen gegen die Landeshoheit selbst gerichtet. Der Adel hat dabei einen sehr schweren Schlag erlitten, und was die Restauration von seinen Privilegien noch retten kann, wird, es läßt sich voraussehen, nur ein Pfahlwerk seyn an dem die nächste revolutionäre Fluth sich zornig bricht, um es zu zertrümmern. Dieses historische Schicksal der bevorrechteten Stände erscheint aber für die Dynastien selbst im hohen Grade ominos. Alle jetzigen deutschen Dynastien sind einst nichts gewesen als Glieder des Adels und Kreis- und Reichsstände der aristokratischen Republik, deutsches Reich genannt. Die geschichtliche Entwicklung hob sie hoch über ihre alten Standesgenossen, über den Adel hinaus, dem sie allermittelst das Mark seines Wesens aussaugte. Was sie aber jenen an Macht und Bedeutung verliehen, das kann sie ihnen wieder nehmen, wenn nicht allen, doch den meisten, und dabei der Richtung, die sie bisher streng eingehalten, vollkommen treu bleiben. Man hat den Anspruch des Adels, der Pfeiler des Throns zu seyn, vielfach zurückgewiesen, weil so viele Kronen trotz des Adels und durch ihn zerbrochen sind; aber Regentenhäuser die sich auf keine bevorrechteten Classen stützen, die, bei aufgehobener Hierarchie der Stände, über der demokratisch geebneten Nation in der Luft schweben — diese Erscheinung ist wenigstens in der Geschichte noch nicht dagewesen, und wenn sich dieses Verhältniß über kurz oder lang durch weitere Erniedrigung des Adels noch schärfer ausprägen sollte als es jetzt schon ist, so muß es unter den loyalsten Unterthanen viele geben welche die Lebensfähigkeit einer solchen geschichtlichen Bildung in Zweifel ziehen.

Dieß alles sey nur gesagt um anzudeuten, was für die Einsichtigen keines Beweises bedarf, daß es weder der Weisheit noch der Gewalt gelingen kann die Revolution definitiv in einem Zeitpunkt zu schließen, in dem sich die Welt in Zuständen befindet von denen jeder fühlt daß sie unmöglich das Ziel einer Entwicklung von mehreren Jahrhunderten seyn können. Dieses Ziel liegt offenbar noch weit von uns; wir erblicken es kaum in dämmernden Umrissen, und wir laufen Gefahr beim Hinblick über die vorwärts vor uns sich ausbreitende Fläche von einer Fata Morgana geäfft zu werden, oder für einen Gebirgszug zu halten was nur Wolkengebilde ist. Soviel ist aber wohl nach dem Vorgang aller Geschichte sicher: daß die eigenthümliche Bewegung welche vor mehr als drei Jahrhunderten begonnen hat, nicht eher zum Stillstand kommen wird als bis die Theokratie und die Aristokratie, wie sie sich im Leben des Mittelalters ausgeprägt, vollständig aufgelöst sind. Sind sie dieß aber einmal, so werden auch bereits die Ideen welche bestimmt sind die unentbehrliche Rolle der verlebten zu übernehmen und fortzuführen, im Leben der Völker emporgewachsen seyn und sich verkörpert haben. Wir ahnen es, schon jetzt, schon lange arbeitet der Weltgeist an diesen frischen Bildungen; aber seine Baulinien verschwimmen für uns in den Staubwolken die beim Abbruch des Alten ohne Unterlaß emporwirbeln.

Die Revolution wird erst dann geschlossen seyn wenn der Mensch wieder an eine göttliche und eine weltliche Autorität glauben kann, oder vielmehr muß, und solcher Glaube wird von selbst da seyn, sobald die in tausend Richtungen zerfahrene Masse der modernen Erkenntniß den Punkt der Reife erlangt hat daß sie sich im Menschen zu einer innern Welt ballt, in der seine Gefühle und Gedanken dieselbe Freiheit in der Begränzung finden, wie der Mensch der mittlern Zeiten in seiner so viel engern Sphäre. Nicht auf eine Gemeinschaft der Güter, welcher die menschliche Natur ewig widerspricht und widerstrebt, geht die Entwicklung hinaus, sondern auf die Wiederherstellung der Gemeinschaft der Begriffe von göttlicher und weltlicher Ordnung, und damit jener Gleichförmigkeit der Bildung, der im Alterthum und im Mittelalter so viel Herrliches entsprang, namentlich auf natürlichstem Wege die nationale gemeinverständliche Kunst, die wir in unserem zerrissenen Leben künstlich nachzuäffen suchen. Ist die Zeit erfüllt, so werden Bildungen dastehen die etwas ganz anderes sind als die Kirche und der Staat des Mittelalters, und doch ganz dasselbe auf einer dann glücklich erstiegenen höheren Stufe menschlicher Gesittung und Bildung. In welcher Form dann die Menschen beherrscht werden mögen, ist gleichgültig gegen die Betrachtung daß sie dann wieder eine Autorität ertragen, daß sie etwas über sich in der Gesellschaft anerkennen und achten werden, weil seine zufällige Stellung in der Welt für jeden wieder etwas sich von selbst verstehendes seyn wird.

Wohl, wird man sagen, es begreift sich noch wie die alte Kaiseridee,

um sich am kürzesten auszudrücken, in einer neuen Welt in ganz neuer Gestalt sich verjüngen und der Träger des Staats werden mag. Aber die Kirche? Wie soll der zweite der mächtigen Gedanken des Mittelalters, der Gedanke des Statthalters Gottes auf Erden, seinen späten Epigonen finden? wie soll aus der heutigen Zersetzung des christlichen Glaubens eine neue Kirche erwachsen, die noch eine christliche heißen kann? oder wie soll das religiöse Gefühl in einer andern als der christlichen Form zur Herrschaft über die Gemüther gelangen? Wir müssen dieß freilich die Sorge der Macht seyn lassen die bisher die Welt so wunderbar regiert und noch immer den Fluß der Geschichte glücklich durch Engen fortgeleitet hat wo kein menschliches Auge einen Ausgang sah. Aber seht nur hin: ist es bloß die Angst vor der geballten Faust des Elends was vornehme Diaconissen preßt und den Mammon in der Hand des hartherzigen Ungläubigen flüssig macht, so daß er als Wasserkraft die Werke der christlichen Liebe und Barmherzigkeit treibt? Nein, es ist wahrhaftig auch die ächte Liebe, die kein Opfer scheut für die unglücklichen Brüder, und die innere Mission mit einer Begeisterung betreibt die an die ersten Zeiten des Christenthums erinnert. Warum sollte der in den höhern Ständen wieder so kräftig erwachte religiöse Geist deßhalb, weil er sich selbst noch nicht versteht, nicht die Keime einer neuen allgemeinen Kirche in sich bergen? Warum sollte nicht das religiöse Gefühl auf demselben Wege auf dem es aus den Gemüthern ausgetrieben worden, von oben nach unten, sich wieder in die Schichten des Volks ausgießen? Und sollten deßhalb, weil wir allerdings keinen Begriff davon haben, Glaube und Kirche der Zukunft nicht wirklich christliche seyn können? Könnte ein Katholik des Mittelalters in die Seele eines unserer Zeitgenossen blicken, der vom protestantischen Recht der freien Forschung vollen Gebrauch gemacht und dennoch nicht aufgehört hat sich lebendig als Christ zu fühlen, so würde er sicher läugnen daß die Religion dieses Mannes sey, was sie doch sicher ist, die christliche. Geradeso könnte eine Glaubensform, in der einst der christliche Geist nach Abstoßung seiner Schale einen neuen Ausdruck gefunden, um so christlicher seyn, je weniger sie dieß nach dem heutigen gemeinen Begriff vom Christenthum wäre.

Wer den trostlosen Gedanken von sich stößt daß der breite Strom unserer Geschichte und Bildung dazu verdammt seyn könnte sich in einem Sumpfe zu verlieren; wer ebenso wenig glaubt daß dieser Strom zu seiner Quelle zurückfließen könne; wer dagegen die Ueberzeugung hat daß die seit so vielen Menschenaltern fortwährend beschleunigte Bewegung der Geister einmal wieder zu verhältnißmäßiger Ruhe kommen, daß der plutonischen Periode einander ablösender Umwälzungen ein Zeitalter ruhiger, so zu sagen neptunischer Entwicklung folgen wird — wer solchen Glaubens ist und sich nach der Vergangenheit und Gegenwart nachdenkend ein Bild der Zukunft entwirft, der kann schwerlich anders als auf Gedanken kommen die den eben flüchtig hingeworfenen nahe verwandt sind, wenn er sich auch im einzelnen die Zustände noch so verschieden ausmalt.

Wem sein historisches Gefühl sagt daß die Widersprüche welche schon so lange die Gesellschaft zerreißen, nur in einer Wiederbefestigung der Begriffe von Gott und Welt ihre Lösung finden werden, der sieht damit auch von selbst den Boden auf dem das höchste Product des menschlichen Geistes wieder fröhlich gedeihen kann, während es trotz aller Cultur, oder vielmehr gerade weil es cultivirt werden mußte, in unserm Leben verkümmert blieb. Mit dem Mittelalter hat sich jene alle Stände umfassende, wesentlich religiöse Weltanschauung verloren, und damit von selbst die nationale, das heißt die ächte Kunst. Wo die großen natürlichen Gruppen des Volks, die Stände, einander in ihrer Begriffs- und Gefühlswelt, in Gedanken und Sprache so fremd gegenüberstehen als wären sie verschiedene Nationen, wie soll da eine andere Dramatik, eine andere bildende Kunst gedeihen als eine solche die durch den Hoftheater-Intendanten und den Galerie-Director mit Hofrathstitel repräsentirt wird? Gleicht nicht unser Zeitalter in seiner Zerworfenheit und Zerstreutheit dem geübten Poeten oder Schriftsteller der sich am schlimmen Tage mit seiner Composition traurig abmüht? Was er so zu Stande bringt, ist zum Theil so übel nicht, aber dem Ganzen fehlt der Hauch der Spontaneität, das Glück des Gedankens und des Ausdrucks, das nur aus der Stimmung entspringt. Und diese Stimmung, der gute Tag, wird für uns das seyn, wenn es anders möglich ist, daß die Deutschen wieder einmal werden was sie seit Jahrhunderten zu seyn verlernt haben — ein Volk mit Gemeingeist und Gemeingefühl. Dann wird die Kunst die wir so lange in allen Winkeln der Geschichte und bei allen Nationen mit der kritischen Laterne gesucht haben, das natürlichste Erzeugniß unseres eigenen Lebens seyn.

Es gibt viele, besonders Schulmeister im weitern Sinn, in dem der Ausdruck neuerdings gangbar geworden ist, die wenig darnach fragen ob sich die Zukunft unseres Volkes so oder so gestaltet, wenn sie nur über das Schicksal der Cultur beruhigt seyn könnten das ihnen durch die Katastrophe in welche der demokratische Geist der Zeit uns gestürzt, nicht wenig compromittirt scheint. Wir verbinden die Herren vielleicht, wenn wir zum Schluß einige Betrachtungen über diesen Gegenstand mittheilen.

Wenn uns etwas dafür bürgt daß unserer Bildung noch ein sehr langes Lebensziel gesteckt ist, daß unserm geistigen Leben noch die weiteste Entwicklung bevorsteht, so ist es der Zustand der Wissenschaft. Solange diese mit so zahllosen geraden und festen Linien in eine ferne Zukunft hinausweist, ist nach allem geschichtlichen Vorgang keine Gefahr daß der Mensch auf seinem Gang zu einem unbekannten Ziele verdrossen stillstehen oder gar entmuthigt umkehren werde. Die Wissenschaft in allen ihren Zweigen ist jetzt gerade auf den Standpunkten angelangt von denen sich übersehen läßt daß wir mit all unserm Wissen und Vermögen wohl erst wenige Schritte in der Bahn zurückgelegt haben die zu einer Herrschaft des Menschen über die Natur führt, für deren Ausdehnung wir gar keinen Maßstab besitzen. Von all den großen wissenschaftlichen Erscheinungen unserer Zeit fassen wir nun zunächst zwei ins Auge, die ganz besonders providentiell erscheinen, und auffallend an zwei frühere große Knotenpunkte der Cultur erinnernd bestimmt scheinen das geistige Werk, das mit letztern begonnen, auf höherer Stufe fortzuführen und zu ergänzen. Im fünfzehnten Jahrhundert wurde kurz nach der Erfindung des Bücherdrucks die neue Welt entdeckt, und in unserm Zeitalter, nicht lange bevor die Wissenschaft neben der Eisenbahn den elektrischen Telegraphen gebar, warf sie Anker an der Küste einer ganz andern, längst geahneten und behaupteten, vom religiösen Bedenken immer wieder weggestrittenen neuen Welt: es stellte sich die Ueberzeugung fest daß die Erde nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit noch eine andere Hälfte habe als die längst bekannte, daß ihr eine unermeßliche vorgeschichtliche Geschichte zukomme.

Mit Amerika, mit der bald auch eröffneten Südsee trat dem Europäer ein ungeheures, kaum geahnetes Stück lebender, zeitgenössischer Natur entgegen, an dessen wundervollem Anblick sich zuerst die Habsucht und der grimmige Bekehrungseifer, bald aber auch der edelste Forschungstrieb entzündeten. Die Wissenschaft brauchte Jahrhunderte um die von uns abgekehrte Seite der Erdkugel so aufzuschließen daß die Umrisse ihrer Länder und die Welt ihrer Völkerschaften, ihrer Thiere und Gewächse in einem klaren, keine wesentlichen Lücken zeigenden Bilde vor ihr lagen. Damit war die Erde nicht nur im Begriff, sondern in der Erfahrung völlig abgerundet, die Anschauung vom gegenwärtigen Verhältniß zwischen Wasser und Festland und die Geschichte des gleichzeitigen organischen Lebens des Erdballs in den Hauptzügen vollendet. Kaum aber war dieses große Werk vollbracht, so öffnete sich dem Geist die Aussicht in ein unendliches Leben der Erde in der Zeit. Es handelte sich jetzt für die Wissenschaft darum die Erdrinde Schale um Schale abzuwickeln und ein Bild der Vertheilung von Wasser und Land und der Höhenverhältnisse in jedem ihrer Zeitalter zu gewinnen; es galt den Stammbaum der jetzt lebenden organischen Geschlechter rückwärts in diese uralten Welten zu verfolgen, und mit den längst ausgestorbenen Lebensformen die versunkenen Landschaften zu bevölkern — ein Problem, unendlich schwerer und umfangreicher als jenes erste, aber würdig der geübteren Forschungskraft unserer Zeit. Jeder weiß ungefähr wie viel für die verschiedensten Wissenschaften Förderndes und Entscheidendes aus diesem mächtigen Schachte der Erkenntniß bereits zu Tage gefördert worden ist; die Arbeit des minirenden Geistes geht ununterbrochen fort, und wir ahnen daß unser, auf dem Weg auf dem wir die Geschichte der Erdbildung fördern, auch über die geheimnißvolle Wurzel des Menschengeschlechts die wichtigsten Aufschlüsse harren. Aber noch liegen die geologischen Räthsel in langen Perspectiven vor uns, und vielleicht sind wir bis jetzt in der Lösung dieser großen Aufgabe kaum so weit vorgeschritten als es die Erforschung der neuen Welt an dem Tage war wo Nuñez de Balbao vom Kamm der Cordillere zum erstenmal die Südsee erblickte. Wenn der Geist dort je zu dem Punkte gelangt auf dem er hier war als man zuerst die nordwestliche Durchfahrt suchte und nicht fand, so gelangt er gewiß nicht in gleichviel Jahrhunderten dazu.

Mit der Eröffnung dieser doppelten Aussicht in den irdischen Raum und die irdische Zeit erhielt der Mensch damals wie jetzt zugleich den Stoff und den Antrieb mit der äußern Welt seine innere Welt zu vervollständigen und so seine Bildung wesentlich zu fördern. Kaum deutet nun aber etwas so offenbar auf Plan und Absicht einer unsichtbar die Geschichte leitenden Gewalt, als daß in beiden Zeitaltern dem Menschen zugleich ein mächtiges äußeres Werkzeug zur Steigerung und Ausbreitung der Cultur in die Hand gegeben wurde. Die Geburtsstunde der neueren Zeit, der Schluß des Mittelalters, fällt zusammen mit der Erfindung des Bücherdrucks. Durch die Einleitung und fortwährende Steigerung eines bis dahin unmöglichen geistigen Verkehrs wurde die Presse das mächtige geschichtliche Organ zum Zerschlagen der alten Formen in Staat, Wissenschaft und Glauben, und zur Erschaffung und Erfüllung neuer. Aus der

Presse entsprang der spiritus rector des ganzen langen Zeitalters von der ersten offenen Empörung gegen die Satzungen der römischen Kirche bis auf diesen Tag, wo die Physik der Theologen und Staatsmänner umsonst nach Mitteln sucht der überhandnehmenden Verflüchtigung der Religion zu steuern. Nur durch den allseitigen Austausch der Gedanken, wie der Bücherdruck ihn vermittelt, konnte das riesenhafte Geisteswerk der letzten Jahrhunderte zu Stande kommen. Dieser wunderbaren Kunst verdankt der Mensch alles was ihn im Begreifen der Natur und seines eigenen Wesens und seiner Geschichte so groß und zum gewaltigen Bändiger und Ausbeuter der Elemente gemacht hat. Aber wie in allem, so mußte der Mensch auch hier mit der schönen Seite die schmutzige, mit der erhabenen die hohle, mit der Kraft die Schwäche, mit dem Segen den Fluch in den Kauf nehmen. Die Presse, indem sie die Cultur mehr und mehr steigerte und verbreitete, wurde die Quelle der Uebel die wir oben angedeutet, und so vieler andern über die uns erst in der jüngsten Zeit das Verständniß recht aufgegangen ist.

Während die Presse in so vielen Beziehungen mit dem Geist lebendig machte, tödtete sie in gleich viel andern mit dem Buchstaben. Sie wirkte nicht nur auf Hemmung des unbefangenen, gemüthlichen Verkehrs zwischen obern und untern Ständen; die Gemüther wurden überhaupt einander entfremdet, indem mehr und mehr das todte geschriebene Wort über den unmittelbaren Austausch lebendiger Gedanken, der litterarische Verkehr über den persönlichen, ächt menschlichen überwog. Sie verwandelte das alte väterliche Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein starres, abstractes; sie zog eine Kluft zwischen Regierenden und Regierten, zwischen dem Verklagten und dem Richter, indem sie Gesetz und Recht in die Fessel des Buchstabens schlug. Sie dämpfte den Volkshumor, vergällte die Volkslust, zerstörte alle Oeffentlichkeit des Lebens. Sie machte alles papieren, Gesetz und Verordnung, das ganze Getriebe des Staates, die Unterhaltung und die Andacht selbst. Und eben da wir anfangen uns dieser Schattenseiten unserer Cultur lebhaft bewußt zu werden, da in der Gesellschaft der rege Trieb erwacht ist sich zu besseren, reineren, vernünftigeren Zuständen emporzuringen, da der Mensch das tiefste Bedürfniß fühlt seinem in der Irre schweifenden Geist das Gegengewicht der Religion anzuhängen — in diesem Moment ist der Cultur ein wundervolles Doppelwerkzeug entsprungen, das durch unendliche Steigerung des körperlichen und geistigen Verkehrs den Gang aller Wissenschaften beschleunigen, unsere Herrschaft über die Natur unübersehbar ausbreiten, aber auch auf die Gestaltung unserer bürgerlichen und geselligen Verhältnisse den entscheidendsten Einfluß üben muß.

Die Welt, das sehen wir schon lange, will sich heute neu gebären, wie im Zeitalter der Reformation. Damals entsprang aus der Presse die umbildende Kraft, heute übernimmt die Rolle das Dampfroß, das über die Länder hinfliegt, und der Gedankenstrom, der mit mehr als Blitzesschnelle daneben herschießt. Wir ahnen es, die auf diesem Wege sich zugleich steigernde und neu gestaltende Cultur kann und wird so viele abgerissene Fäden ächt menschlicher Verhältnisse wieder verknüpfen, sie wird die geheimnißvolle Kraft des lebendigen Wortes wieder entbinden, sie wird durch die unmittelbare Reibung der Persönlichkeiten, durch das belebende Hinüber- und Herüberschlagen der geistigen Funken die Seelen reinigen, sie wird die unter der Last der Schriftlichkeit erlahmten Kräfte befreien und die durch einseitigen Druck der Bildung erstarrten Glieder des Geistes wieder geschmeidig machen; kurz sie wird die Gebrechen und Schwächen ihrer Vorgängerin, der Cultur des gegenwärtigen Zeitalters, heilen, und während sie es thut, noch dem ewigen Erbtheil der Menschheit frische Wunden schlagen und neue Schmerzen schaffen, von denen wir so wenig einen Begriff haben als das sechzehnte Jahrhundert die heutige Verwirrung voraussah, die eine Reformation an Haupt und Gliedern unabwendbar gemacht hat.

Um nur Eines zu berühren, so springt es in die Augen daß Eisenbahn und elektrischer Telegraph dem erwachten Trieb zur Herstellung und Behauptung der Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Mündigkeit aufs glücklichste in die Hand arbeiten müssen, wogegen freilich nicht abzusehen ist wie durch sie der Mensch werden soll was er werden muß, wenn er eine Zukunft haben will, innerlicher, frommer, dem verabschiedeten Gesetz und dem ungeschriebenen in seiner Brust gehorsamer. Was wissen wir aber von den möglichen Thaten des mächtigen Dämons, der jetzt noch ein Kind ist, der erst nach Menschenaltern seine volle Kraft entwickeln und erst nach Jahrhunderten seine Rolle ausgespielt haben wird, um sie einem andern zu übergeben? Könnte nicht der Mensch, indem er auf diesem neuen Bildungsgange die Natur immer besser beherrschen lernt, zugleich sich selbst besser beherrschen lernen, womit er von selbst wieder beherrschbarer würde? Einst werden alle civilisirten Länder mit einem dichten Drathnetz übersponnen seyn, durch das der Gedanke, die Thatsache, die Frage, der Befehl von Gränze zu Gränze so rasch überspringen wie der Funke zwischen der geriebenen Siegellackstange und dem Fingerknöchel. Was ein solches Rüstzeug der Cultur in der Gestalt einer ungeheuern, allgegenwärtigen galvanischen Batterie in den Geistern und Gemüthern wirken kann, was für Bildungen dadurch auf dem Boden der Geschichte und der Gesellschaft krystallinisch anschießen mögen, davon ahnen wir so wenig als die ersten deutschen Erfinder des Bücherdrucks, wenn sie entzückt die ersten gelungenen Erzeugnisse ihrer Presse betrachteten, einen Begriff hätten von dem Segen und dem Unsegen den ihre späten Kunstgenossen der Welt bringen sollten.

Fata viam invenient! Lassen wir uns muthig auf Flügeln des Dampfes in die neue Zeit hineintragen! Wer deßhalb an Deutschlands Zukunft verzweifelt, weil man uns in diesem Jahr so viel von dem wieder nehmen kann was wir im vorigen zu ungestüm und ungeschickt ergriffen, der mag ein sehr guter Patriot seyn, aber er hat sich nie klar gemacht daß sich die Geschichte durch keinen Seitensprung und keine Umkehr von ihrem Ziel entfernt, oder er hat es im Zorn vergessen.

Briefe aus Frankfurt und Paris 1848—1849.

Von Friedrich v. Raumer. Erster und zweiter Theil. 1849.

△ Fr. v. Raumers Aufenthalt in Paris als Abgeordneter der Frankfurter Versammlung ist in diesen Blättern bereits besprochen. Die Schilderung desselben ist der bedeutendste Theil des vorliegenden Buches, doch ist es auch von nicht geringem Interesse einen Geschichtskundigen, der sich auf den Stellen der Geschichte wo Verfassungen sich entwickeln und verfallen, lange aufgehalten, und die Länder deren Verfassungen als Muster gelten aufmerksam in der Nähe beobachtet hat, die Frankfurter Versammlung mit seinen Schilderungen und Reflexionen begleiten zu sehen. Er erkennt die große Wichtigkeit der Versammlung, der Aufschwung den sie in ihrem Anfang nahm imponirt auch ihm, auch ihn erfüllt die Hoffnung auf ein freies, starkes, einiges Deutschland mit jugendlicher Wärme. Aber die Möglichkeit des Mißlingens hält er sich doch beständig vor, sie verläßt ihn in der Mitte seiner schwungvollsten Hoffnungen nicht. „Dem Einzelnen, sagt er, ist ein unvermeidliches Lebensziel gesetzt; alle Weisheit und Tugend, alle Mäßigung und Besonnenheit können das nimmer abwenden. Solch nothwendiger Tod ist Völkern nicht vorbestimmt; sie sind unsterblich wenn sie das Rechte wollen und vollbringen. Ja sie können aus Todesgefahren (wie 1813) verjüngt hervorgehen; sie büßen aber schnell die hergestellte Jugendkraft wieder ein wenn sie dieselbe nicht üben oder mißbrauchen." Der Satz ist nur zur Hälfte wahr, aber das Vertrauen das er ausspricht, ist ein wahrhaftes, ein erhebendes. Dieses Vertrauen hindert den Verfasser aber nicht, in demselben Briefe in welchem er diesen Satz ausspricht (12 Jul. 1848), auf die Gefahren hinzudeuten die der Versammlung und ihrem Werke drohen, und diese Hindeutungen haben sich als vollkommen richtig bewiesen. „Der Reichstag hat eine große moralische Kraft und eine sehr hohe Meinung von sich selbst. Die letzte kann (Feigeren gegenüber) zum Sieg, oder (Gewandtern gegenüber) zum Sturze führen. Die Fürsten werden vereinzelt keinen Boden gewinnen. Wie aber wenn der Reichstag (und dazu ist er sehr geneigt) für die angepriesene Einheit Deutschlands zu viel thäte, zu viel von hier aus vorschriebe, auf örtliche und landschaftliche Wünsche und Ansichten keine Rücksicht nähme, und das Allgemeine über alle noch lebendigen Besonderheiten hinaufstellte? Dann könnte, ja würde sich Fehde erheben zwischen den ihr eigenthümliches Daseyn vertheidigenden deutschen Volkskammern und dem (nach französischer Weise) centralisirenden Reichstag, und Reichsoberhaupt und Fürsten würden die eine oder die andere Richtung mit vertreten müssen. Die Gironde war außer Stande Frankreich in einen Bundesstaat zu zerfällen; Gedanke und Gewohnheit der unbedingten Einheit war zu tief gewurzelt, und der Wille von Paris zu vorherrschend als daß man in Erneuerung landschaftlichen Lebens nicht mehr Verlust als Gewinn gesehen hätte. Verfehlen Reichstag und Reichsverweser das rechte Maß ihrer meist vom guten Willen der einzelnen Staaten abhängigen Einwirkung, so könnte in Deutschland das Umgekehrte eintreten." „Oft, heißt es an einer andern Stelle, erscheinen die Berathungen langsam und langweilig, spätere Zeiten (wo die Dinge sich perspectivisch zusammendrängen) werden finden daß wir im Sturme vorgeschritten sind. Wiederum haben wir noch nicht einmal den Anfang des Endes erreicht." „Trotz des lauten Geschreies, schreibt er am 15 Jul. 1848, über jene hannoverische Erklärung läßt sich ihr Inhalt, mit Rücksicht auf alles früher bestehende, fast durchweg vertheidigen; sie wird nur verwerflich, wenn ich der Reichsversammlung ganz unbedingte Rechte beilege, dergestalt daß Bedenken und Zweifel gegen ihre Ansichten und Beschlüsse schon als Verbrechen dargestellt werden. Allerdings aber behandelt man den König von Hannover jetzt gerade so wie er früher die hannoverische Verfassung behandelte; die Nemesis ergreift auch ihn." „Der Himmel fällt niemals

auf die Erde, bemerkt er um dieselbe Zeit, die Unterwelt kann sich aber auch nie dauernd da auferbauen wo von Natur die Sonne herrscht." „Die hiesige Versammlung, wiederholt er am 17 Jul. (wenn sie sich mit scheinbarer Allmacht in dieser Richtung zu weit verleiten läßt) möchte leicht ihre moralische Hauptgrundlage und Theilnahme einbüßen; es könnten (was die meisten mit zu großer Zuversicht für unmöglich halten) die Völkerstämme und die Regierungen sich einigen, und dieser französirenden, charakter- und physiognomielosen Einerleiheit und Centralisation widerstehen."

Nach seiner Rückkehr aus Paris im Januar 1849 erscheinen dem Verfasser die Angelegenheiten noch schwieriger und verwickelter. „Man rechnete mit unbenannten Zahlen und Größen, und freute sich dieses scheinbar allgemein gültigen Verfahrens, jetzt aber wo diese Größen sollen benannt und zu den Begriffen bestimmte Personen gefunden werden, zeigen sich erst, wie jeder Verständige vorhersehen konnte, die größten Schwierigkeiten. Sie können nur gehoben werden sobald man jene Allgemeinheiten modificirt und berichtigt. Hiezu haben aber die eingebildeten Väter des neuen, angeblich unfehlbaren und unabänderlichen Evangeliums nicht die mindeste Lust." „Unsere Aussichten werden täglich trüber," lesen wir vom 22 Febr. Die gewaltige Kraft einer großen mit den wichtigsten Gegenständen beschäftigten Versammlung hat ihre aufregende Wirkung auch an diesem historisch ruhigen Beobachter nicht verfehlt. Da er wahrnimmt daß die große und erhebende Aussicht welche der Anfang des Parlaments bot, zu verschwinden im Begriff ist, ergreift ihn ein heftiger Zorn gegen diejenigen die er als die Ursacher dieses Verschwindens betrachten muß, und er spricht diesen Zorn in den herbsten Worten aus. Es wird übrigens nicht unbillig seyn zu bemerken daß dem Verfasser im preußischen Kaiserthum das Heil Deutschlands erscheint, und daß er deßhalb alle diejenigen mit bittern Worten bedenkt die diesem Heile in, wie er dafürhält, particularistischen Gedanken entgegentreten. Hätte Friedrich Wilhelm IV die deutsche Kaiserkrone aus den Händen der Frankfurter Deputation entgegengenommen und auf sein Haupt gesetzt, hätten die Könige und Fürsten Deutschlands sich beeilt ihre Zustimmung zu geben, und wäre dadurch, da Oesterreich in jenem Moment im Kampf mit seinen aller Orten aufgeregten und tumultuirenden Völkern seine Stimme nicht zur Einsprache erheben konnte, die Hegemonie Deutschlands Preußen zugefallen, so würde keine Klage über particularistische Engherzigkeit Platz gefunden haben. Ruhigere und außer dem heftigen Streit der Parteien stehende Männer wiesen schon während des lauten Jubels über die Kaiserwahl auf die wahre Lage der Dinge hin, sie machten schon jenesmal darauf aufmerksam, wie den Fürsten durch ihre Stellung und Lage eine andere Ansicht dargeboten werde als diejenige welche jene Kaiserwahl und die Beschlüsse die derselben vorausgingen hervorrief, sie zeigten wie die Einigkeit, die Stärke und die Freiheit Deutschlands nur dadurch sicher und nachhaltig erreicht werden könne wenn man die einzelnen Glieder stärke um in ihrer Verbindung ein starkes Ganzes zu haben, und wie die Forderung an die Glieder sich einem Haupte zum Vortheil ihrer Kräfte zu entschlagen nicht weniger von particularistischen Begehrungen ausgehe als was man sonst Sondergelüste zu nennen liebte. Hoffen wir daß auf dem Wege auf welchen die Vorsehung nun die Angelegenheiten Deutschlands gelenkt hat, die Erfüllung der wesentlichen Wünsche erreicht werde, die bei den wahren Freunden des Vaterlandes der ganzen Bewegung des Jahres 1848 zu Grunde lagen. Nil desperandum! ruft der Verfasser wiederholt in diesen Briefen aus, und wir stimmen ihm vollkommen bei und hoffen daß, nachdem der Radicalismus besiegt und, wie nicht unwahrscheinlich ist, auch das andere Extrem in Preußen sich an der eignen überscharfen Schneide auf den Tod verwundet, die gerechte, billige, auf sittlichen Fundamenten ruhende Ueberzeugung aller Orten im Vaterlande den Sieg gewinnen, und wenn auch auf anderm Wege als man im Frühling 1848 hoffen zu dürfen glaubte, doch sicher das Glück des Vaterlandes nach Maßgabe menschlicher Mittel und Kräfte gründen werde.

Das Trauerspiel „Robespierre" von Griepenkerl.*)

In einem Punkt scheint die Meinung der verschiedensten Parteien hier einmal ziemlich gleichmäßig zusammenzutreffen, in der Ansicht daß Professor Griepenkerl in seiner Tragödie „Robespierre" der Nation ein reines bedeutendes Kunstwerk gegeben habe. Er hat das Trauerspiel gestern in einem kleinen Kreise gelesen und alle Erwartungen der Anwesenden übertroffen, so hoch sie auch gespannt seyn mochten durch das Lob welches dieser Dichtung bereits vorausgegangen war.

Das ist kein Tendenzstück für oder wider die Idee der Freiheit, aufgeputzt mit Schlagworten und Phrasen welche Beifall oder Mißbilligung erregen, jedenfalls aber Effect machen sollen; es ist keine Tragödie in der die göttliche Gerechtigkeit, welche über den Wolken unsichtbar zugesehen und zu Gericht gesessen hat, die Schuldigen am Ende erreicht, kein Trauerspiel in dem äußere feindliche Gewalten dem Helden entgegentreten und ihn vernichten. Es ist ein Stück Weltgeschichte in seiner harten eisernen Unerbittlichkeit. Die Vorkämpfer eines aus tiefer Unterdrückung mächtig emporgewachsenen Geschlechts schaffen vor unsern Augen die Geschichte um den Proceß der eigenen Entwicklung zu vollbringen, und gehen unter wenn sie diesen vollendet haben, weil sie über sich selbst nicht hinaus können.

Danton und Robespierre, die eigentlichen Helden des Drama's, sterben weil ihre Willenskraft erschöpft ist, weil sie selbst den Muth zum Vorwärtsgehen verlieren. Irre geworden an der Nothwendigkeit, an der Gerechtigkeit der Handlungen welche sie verübt, fühlen sie sich belastet vom Gewicht dieser Handlungen, und es erdrückt sie als Schuldbewußtseyn was sie stolzen Hauptes wie einen Siegerkranz getragen, solange sie an die Nothwendigkeit des Terrorismus glaubten den sie geübt.

Die Dichtung terrorisirt den Hörer. Wie eine Riesenwelle in mächtigem Sturm rollt sie heran, hoch und höher schwellend, bis sie donnernd zusammenbricht unter der eigenen Schwere und die schuldlosen Wesen mit hinabzieht in die finstere Tiefe welche an dem Ufer des furchtbaren Elements ihr Friedensdaseyn lebten.

Diese schuldlosen Wesen sind die Frauen: Louise, Dantons Gattin, Lucile, die Frau Camille Demoulins, und Therese Cabarens, die Amazone von Bordeaux, die Verlobte Talliens. Weil der Dichter begriffen hat daß alle Poesie in der Wirklichkeit, im Leben vorhanden ist, daß man nichts erfinden kann was reiner, schöner, erhabener wäre als die Natur des Weibes wie sie sich tausendfältig im täglichen Begegnen kund gibt, hat er drei Frauengestalten aus dem Leben gegriffen vor uns hingestellt die, gleich groß an Milde wie an Kraft, an Hingebung wie an Muth, Bilder der reinsten Weiblichkeit genannt zu werden verdienen — Louise, das Ideal sorglicher Mutterliebe, die in dem Gatten den Vater ihrer Kinder liebt; Lucile, das Weib das aufgegangen in der ausschließlichen Liebe für den erwählten Mann, nur Raum im Herzen übrig behält für ihr Kind, weil es das Kind ihres Mannes ist, und Therese, deren glühende Seele, fortgerissen von dem begeisternden Gedanken der Freiheit, eigentlich noch nach dem Manne sucht in dem dieses Ideal sich am meisten verkörpert hat, um diesen Mann zu lieben wie sie die Freiheit liebt.

Und auch diese Frauen tragen die Nothwendigkeit ihres Schicksals in sich, gestalten sie aus sich heraus. Louise überlebt Danton um ihrer Kinder willen, Lucile, außer sich gebracht durch die Verhaftung des geliebten Camille, ruft mit den leidenschaftlichen Worten ihres Schmerzes die Rache des Convents auf sich herab und stirbt mit dem Geliebten, während Therese, ungefesselt und frei, keinem Mann verbunden dessen Geschick das ihrige umflicht, fortschreitet in morgenschöner Frische wie das Gestirn der reinen Freiheitsidee.

Alle diese Personen sind so erfüllt von dem geistigen Gehalt ihrer Zeit, daß keine von ihnen mit ihrem Bewußtseyn in die Vergangenheit oder in die Zukunft greift, weil die Gegenwart sie ganz hinnimmt. Nur die zur Mode gewordenen Anspielungen auf die Römerzeit erinnern in ihrem Wesen daran daß es eine Welt gegeben hat vor dem Leben dieser Menschen. Dazu kommt daß kein äußeres, kein überirdisches Element den Ausgang der Dichtung erschafft, sondern daß sie, wie gesagt, die Nothwendigkeit ihres Werdens und ihres Endes in sich trägt. Das gibt dem Drama eine wunderbare Einheit, und der Leser wird ruhig davor, wie vor allem Unabweislichen, vor allem Unabänderlichen trotz der gigantischen Kämpfe die sich vor ihm vollenden. Nur das letzte Wort Theresens langt in die Zukunft und deutet aus dem chaotischen Untergange in die Möglichkeit eines neuen Werdens hinüber.

So abgeschlossen ist das Kunstwerk daß selbst das Parteigefühl, welches jetzt bei der Beurtheilung der meisten Dichtungen schwer in die Wage fällt, hier nicht lebhaft angeregt wird. Der Dichter trägt uns mit sich empor auf seinen Standpunkt, hoch über dem Kampfe der Parteien, der als Ephemere verschwindet vor der Betrachtung der historischen Thatsache, vor der schaudernden Ehrfurcht welche diese kämpfende, durch die Vernichtung schaffende Menschheit noch in ihren Verirrungen gewaltig uns aufzwingt. So dürfte am Trauerspiel „Robespierre" selbst die ängstlichste Sorge königlicher Theaterintendanzen nicht zu viel zu perhorresciren haben, und es ist unzweifelhaft daß das Drama auf der Bühne von noch größerem Erfolg gekrönt seyn wird als der trefflichen Vorlesung desselben von den Hörern zu Theil wurde. Ob aber das zur Convention gewordene falsche Pathos der Berliner Schauspieler, von dem nur einige wenige sich frei erhalten haben, geeignet ist eine lebensfrische Darstellung des Robespierre zu erzeugen, das möchte eine andere Frage seyn, und es

*) Aus einem Berliner Briefe des Morgenblatts.

bleibt am Ende nur die Hoffnung daß die Gewalt der Dichtung selbst über die Affectation und Unwahrheit der Darsteller den Sieg davon trägt.

Oesterreichische Monarchie.

— **Wien**, 21 Dec. Die Stellung des Slaventhums im österreichischen Einheitsstaate ist freilich eine ganz andere als die der slavischen Nation gegenüber von Deutschland. Haben wir nun gestern unsere Ueberzeugung daß aus diesen Völkern des Ostens niemals ein Nationalstaat erwachsen könne der mit selbständiger Kraft Deutschland zu bedrohen vermöchte, zu begründen versucht, so wollen wir heute das Oppositionsprincip ein wenig zergliedern, welches sich der Slaven bei dem centralistischen Neubau des Kaiserstaats nothwendigerweise bemächtigen muß. Solange die Stagnation in Oesterreichs politischem Leben fortdauerte, waren alle diese jetzt behandelten Fragen Canäle in denen kein Wasser floß; sie ruhten, wie überhaupt ein eiserner Schlummer alle Glieder des großen Reiches gefangen hielt. Denn der gegen Deutschland gerichtete Panslavismus der Litteratur entbehrte jeden realen Bodens; er war, wie gesagt, eine Nachahmung unserer heimischen Bestrebungen, die publicistische Polemik gegen das Nachbarland vermochte allein einige Aufmerksamkeit auf ihn zu lenken; an und für sich zeigte er sich so inhaltsleer daß man zu dem sonderbaren Füllsel greifen mußte, die Krystallisirung der allgemein wogenden Humanitätsideen als ausschließliche Aufgabe der Slaven hinzustellen — Deutschland gegenüber, dem selbst seine bittersten Feinde niemals die Suprematie im Reiche des Geistes wie der Sitte abgesprochen haben! Sobald jedoch nach Ueberwindung der Revolution — denn daß wir die Bestrebungen der beiden vergangenen Taumeljahre keiner Kritik unterziehen, möge man uns nicht verargen — der Gedanke des einheitlichen österreichischen Gesammtstaates sich ins Leben zu setzen begann, mußte die **Nationalität** der verschiedenen Völkerschaften an der untern Donau dazu dienen um die ökonomisch-politischen Verhältnisse die sich dieser Centralisation in einseitiger Richtung widersetzten, zu überkleiden. Die Magyaren haben sonderbarerweise unter dem Deckmantel der französischen Ideen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für die Aufrechthaltung ihres alten ungebrochenen Agriculturlebens gekämpft; der zähe Conservativismus der Feudalität verschmähte es nicht unter der Maske des nationalen Unabhängigkeitssinns die Kampfesprincipien einem Staate zu entlehnen dessen 4 Aug. 1789, wie Graf Arco-Valley in der bayerischen Kammer ebenso richtig als consequent kürzlich gesagt hat, dem alten feudalen Rechte durch ganz Europa den Fehdehandschuh ins Gesicht geworfen. In ihnen focht die republicanisirende Reaction gegen die gesetzliche Gewalt, welche allerdings durch die politische Anerkennung des Bürgerstandes im Staate den „Jacobinismus", wie die einstigen emigrirten französischen Edelleute im „Courrier de Londres" am Anfang unsers Jahrhunderts das nannten, in den ungebrochenen Agriculturstaat hineintrug. Daß die Slaven die Wiener Regierung in ihrem ernsten Kampfe treu unterstützten, war eine nothwendige Consequenz ihrer bisherigen Lage zu der herrschenden Gewalt in Ungarn. Die so lange im Lehnssystem niedergehaltenen Stände stritten für ihre ökonomische wie politische Gleichberechtigung, denn daß die siegenden Magyaren die Revolutionsideen alsbald abgelegt haben würden, ist nur zu unwiderleglich aus einzelnen Documenten belegt; es kämpfte, um es kurz zu sagen, die zum freien Bauernthum durchdringen wollende Leibeigenschaft gegen das als Sansculotten verkleidete Junkerthum der österreichischen Monarchie. Die Nationalität war dabei natürlich die ideelle Fahne, unter welcher die Schaaren gesammelt wurden. Denn wie wenig in den Schlachten an der untern Donau ein „Racenkampf" stattfand — auch eins von den vielen Wörtern, bei denen man sich vor lauter Allerlei gar nichts denken kann — beweisen die sogenannten Magyaronen, d. h. die Edelleute unter den Serben wie Croaten, die wohl wußten daß mit dem Fall Ungarns auch der alten Lehnswirthschaft zu Grabe geläutet werden würde.

Nach der Capitulation von Villagos sah sich die österreichische Regierung nunmehr einem frei gewordenen Bauernthum gegenüber, das ohne ein Streben für die Kraft des Gesammtstaats — so weit reichen seine Blicke nicht — dem ihm innewohnenden Wesen getreu seinerseits wieder in particularer Selbständigkeit zu verharren und demgemäß für die ganze Monarchie nur eine föderalistische Grundlage zu legen bemüht war. Wir haben hier nicht zu beweisen warum eine europäische Großmacht alle Kräfte ihres Landes in einem Punkte zusammenfassen muß, warum die Centralisation die Grundbedingung für jeden Staat abgibt der in den internationalen Verhältnissen ein Wort mitsprechen will; wir stehen, unserer Aufgabe, der reinen Zergliederung der Zustände getreu, einfach der Thatsache gegenüber daß Oesterreich sich jetzt in dem Processe der Concentration befindet. Gegen diese politische Verinnerlichung flüchtet sich nun das Bauernthum an der untern Donau noch einmal in den Mantel der Nationalität, denn Wien, der Knotenpunkt des Staats, ist — deutsch. Das Slaventhum ist die Standarte des föderalistischen Agriculturstaats geworden; und deßwegen kämpfen in seinen Reihen die sächsischen Bauern in Siebenbürgen ebenso gut als die Serben und Croaten, und deßwegen sieht Böhmen dem Kampfe so ruhig zu weil hier der Ackerbau nicht mehr die einzige Hauptquelle der Ernährung bildet. Wir wollen nächstens sehen welche Ansatzpunkte der Regierung bei ihren Bestrebungen in dieser Richtung zu Gebote stehen.

△ **Wien**, 24 Dec. Es ist keine leichte Aufgabe sich heute in den Straßen Wiens durch das Treiben und Drängen der Käufer durchzuarbeiten. Viele fashionable Equipagen durcheilen die Stadt um die Einkäufe für den „heiligen Abend" zu machen. Die herrlichsten Kaufläden sind gedrängt voll von Käufern, die nach kurzem Handeln die Geschenke mitnehmen welche nach altem Gebrauch an dem Christbaum des Armen ebensowenig fehlen als an dem des Reichen. Der Fisch-, Geflügel- und Wildpretmarkt zeigen heute einen seltenen animalischen Reichthum. Die Kirchenfeierlichkeit wird jedoch nicht wie sonst um Mitternacht stattfinden. Viele Soldaten haben Urlaub erhalten die Weihnachten in ihren heimathlichen Dörfern zuzubringen; schon dadurch widerlegen sich die Gerüchte von bedeutenden Truppenconcentrirungen in der Nähe Wiens. Feldmarschall Radetzky ist in Venedig angekommen. In Preßburg hat ein Israelit das städtische Bürgerrecht empfangen. Hr. Palazky tritt in der Narodni Noviny gegen die Centralisationspolitik des Ministeriums auf und verlangt: Autonomie der Provinzen, sofortige Einberufung der Provinziallandtage, Ernennung von sieben Provinzialministerien und Verwirklichung der Gleichberechtigung der Nationalitäten. Die Slaven, d. h. die Wortführer der extremen Partei, donnern in ihren Organen in oft lächerlicher Weise gegen die deutsche Hegemonie und gegen den „Dünkel" der Deutschen die Bildung nach dem Osten tragen zu wollen. Unsere Regierung weiß den Werth dieser Phrasen nach ihrem innern Gehalt zu schätzen und stört die Herren in ihrer Freude nicht. Der Dichter Karl Beck ist heute mit einem liebenswürdigen Mädchen aus Norddeutschland getraut worden.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 22 Dec. Unsere conservativen Blätter überbieten sich in Witzen und Spöttereien über die ächtdemokratische Weise in welcher die Koryphäen des Socialismus sich gegenseitig den Text lesen und die Wahrheit sagen. Der Stoff ist allerdings gut gewählt, nur Schade daß die rothe Presse berechtigt ist ihre Gegner an das Sprüchwort von dem Splitter und dem Balken zu erinnern und ihnen Spott mit Spott richtig zu vergelten. Und ich weiß nicht wer die Lacher auf seiner Seite hat, ob die Leute welche sich vorzugsweise die Partei der Ordnung nennen und sich diesem Titel zum Trotz fortwährend in den Haaren liegen und sich um des Kaisers Bart zanken, oder die Socialisten deren Klopffechtereien eine Art von Entschuldigung in dem mildernden Umstande finden daß es an ihnen gar nichts zu compromittiren gibt. Auch muß zugegeben werden daß der Federstreit zwischen Proudhon und P. Leroux, zwischen Proudhon und L. Blanc im Grunde nur ein persönlicher ist, für welchen man die radikale Partei als solche gar nicht verantwortlich machen kann, während die Partei der Ordnung in drei Heerhaufen zerfällt welche unter den Augen des schadenfrohen gemeinschaftlichen Feindes abwechselnd einander auf das grimmigste bekämpfen. Das hat aber eine ganz andere Bedeutung als die Dintenklecks womit sich ein paar Querköpfe beschießen. In diesem Augenblicke ist im Lager der „Ordnung" der Strauß entbrannt zwischen den Legitimisten und den Orleanisten, während der Dritte im Bunde, die Bonapartisten, schmunzelnd zuschaut. Die Revue des Deux Mondes hat die Legitimisten gewaltig in Harnisch gebracht. „Glauben die Sceptiker der Revue des Deux Mondes, ruft die Opinion publique aus, daß wir, deren Väter in der Vendée und auf den Feldern der Bretagne gestorben oder auf die Blutgerüste der Revolutionen gestiegen sind, solche unverschämte Vorschläge eingehen würden?" „Denn, sagt das legitimistische Blatt an einer andern Stelle, keine Verständigung über den Zweck, jeder für sich, das ist die Devise der politischen Intriganten welche in diesem Augenblick Himmel und Erde in Bewegung setzen. Frankreich ist der Einsatz eines Glückspiels. Gewinnt der Graf v. Chambord, desto besser für ihn, seine Vettern werden seine Unterthanen seyn; gewinnt ein Prinz von Orleans, desto besser für ihn, der Graf v. Chambord wird sein Unterthan seyn; gewinnt Louis Bonaparte, desto besser für ihn, der Graf v. Chambord und die Prinzen v. Orleans werden ihn anerkennen. Die Intriganten des Journal des Débats und der Revue des Deux Mondes irren sich gewaltig wenn sie glauben daß wir diesen entehrenden Pakt unterschreiben werden. Wir dienen Frankreich in loyaler Weise solange es sich unter dem Grundsatz des allgemeinen Stimmrechts selber regieren will, aber jede neue Usurpation werden wir mit um so größerer Entschlossenheit bekämpfen als jede neue Usurpation uns in

den Abgrund des Socialismus stürzen würde." Dieser Zorn wäre ein gerechter wenn man annehmen dürfte daß der Verfasser jenes Artikels der Revue im Namen Ludwig Philipps gesprochen hätte. Aber das ist nicht möglich, wie sehr er sich auch bemüht es glauben zu machen. Ludwig Philipp ist viel zu klug um nicht zu begreifen daß in Frankreich nur noch von der Republik und der **legitimen** Monarchie die Rede seyn kann; er ist viel zu klug um nicht zu begreifen daß **unter denselben Umständen** nur in den Februartagen ein **legitimer** Monarch **nicht** gefallen wäre, und er wird nach der Erfahrung die er gemacht hat sich hüten das Schicksal zum zweitenmal heraus zu fordern. Man braucht nicht zu seinen Freunden oder Anhängern zu gehören, um die gute Meinung von ihm zu haben daß er sich längst mit dem Gedanken vertraut gemacht der Graf von Paris könne sich nur als Nachfolger des kinderlosen Grafen v. Chambord eine königliche Zukunft versprechen. Was ihn abhält es laut zu erklären, ob die peinliche Ueberzeugung daß eine solche Erklärung zugleich die Verdammung seiner eigenen Thronbesteigung einschließen würde, oder wie ein hiesiges Blatt wissen will, der Widerstand der schlecht berathenen Herzogin v. Orleans, das mag dahin gestellt bleiben. Das schlimmste bei dem Streite ist daß er in einem Augenblicke geführt wird wo Einigkeit nothwendiger als je ist. Denn es gehört eine ungewöhnliche Verblendung dazu um aus der lächerlichen Polemik zwischen Proudhon und dem theologisirenden Leroux auf eine Spaltung unter den Demagogen zu schließen. Thatsache ist vielmehr daß sogar der frühere Unterschied zwischen Socialisten und Altrepublikanern verschwindet. Liberté, bis hierher ein bonapartistisch-republikanisches Blatt, hat die Fahne des Socialismus aufgepflanzt, Hr. Marrast erklärt er sey Socialist weil Republikaner, der National eingesteht daß es ohne socialistische Geschichte keinen Republikanismus gebe und in wilder Freude über diese untrüglichen Zeichen ruft die Voix du Peuple aus: „Es gibt keine Schattirungen mehr, es gibt nur noch zwei Parteien." Das sollten sich die Conservativen zu Herzen nehmen, und anstatt sich in einem unerquicklichen Hader zu ergehen, vor allen Dingen sich in die Verfassung setzen den langsam aber mächtig anrückenden Feind siegreich zurückzuschlagen. — Der Abbé Chantôme ist nicht gemeint sich von dem päpstlichen Breve, wovon ich in meinem vorigen Briefe sprach, einschüchtern zu lassen. In seiner Antwort auf dasselbe beschwert er sich darüber daß der Papst seine Doctrinen im allgemeinen verdamme, ohne die Punkte anzuführen worin sie gegen die Lehren der Kirche verstoßen. Sobald dieß geschehen und er von seinem Irrthum überzeugt sey, werde er keinen Anstand nehmen es feierlich zu erklären. Bis dahin aber werde er den von ihm eingeschlagenen Weg mit Beharrlichkeit verfolgen, und an der Meinung festhalten daß die Demokratie eine politische Form sey welche mit dem katholischen Dogma in keinem Widerspruche stehe, daß der Katholicismus vielmehr sich mit den Grundsätzen der Demokratie verbinden könne und müsse, und daß die kirchlichen Zustände bedeutende Reformen erheischen, die jeder Rechtgläubige und um so mehr jeder Priester erstreben und besprechen dürfe. Dieß sey der Grund seiner Doctrinen, denen eine große Anzahl von Priestern beipflichte.

Straßburg, 22 Dec. In Folge der vorgestern stattgefundenen Auflösung der im oberrheinischen Departemente gelegenen Division des Alpenheeres finden nun mehrfache Truppenbewegungen, die zugleich mit der Reduction der Armee im allgemeinen im Zusammenhange stehen, nach dem Innern statt. Die Besatzungen im Elsaß werden auf den **gewöhnlichen Stand des Friedensfußes** zurückgeführt. Die vollständige Auflösung des Alpenheeres wird wahrscheinlich sehr bald erfolgen. Der Minister des Innern hat durch Weisungen an die Präfecturen die Aufsicht über Verbreitung von Druckschriften verschärft. Die Departementalvorstände ihrerseits haben in dieser Beziehung die einzelnen Maires angewiesen ihre Aufsicht so viel als möglich auszudehnen. Im Oberelsaß, wo in verschiedener Weise auf die zahlreichen arbeitenden Classen einzuwirken gesucht wird, haben neulich Verhaftungen wegen Verbreitung mißliebiger Broschüren stattgefunden. Die Kalenderverkäufer sind namentlich sehr streng überwacht. Nach einer den hiesigen Blättern mitgetheilten (amtlichen) Note befleißen sich mehrere Personen, in einem Zwecke den zu erforschen unnütz sey, das Gerücht zu verbreiten als hätten viele deutsche Flüchtlinge die Ermächtigung erlangt in Straßburg oder im niederrheinischen Departemente zu wohnen. Dieses Gerücht sey ganz grundlos, und man müsse es im Interesse der Flüchtlinge selbst widerlegen. Seit dem Monate Julius nämlich haben bloß zwei Flüchtlinge die Erlaubniß erhalten in Straßburg zu wohnen. Der eine ist Hr. **Raveaux**, welchem der Minister des Innern die Stadt **Pau** zum Aufenthalt angewiesen hat, und welcher dorthin abreisen wird sobald sein zerrütteter Gesundheitszustand es ihm gestattet. Der andere ist Hr. Schröck, Buchhändler aus Leipzig, dessen Aufenthalt durch ministerielle Entschließung vom 10 August d. J. ermächtigt wurde.

Rußland.

Riga, 3 Dec. a. St. Gestern Abend starb der Capellmeister **Conradin Kreutzer** in einem Alter von 67 Jahren. (Rig. Z.)

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Veränderungen bei der k. k. Armee. H. Frhr. **Wetzlar** v. **Plankenstern**, Feldmarschall-Lieutenant und Divisionär, wurde Festungs-Commandant in Königgrätz. **Befördert wurden:** Zum Gen. Major der Oberst G. **August** v. **Auenfels**, Schloß-Commandant zu Maros-Vasarhely, zum interimistischen Festungs-Commandanten in Carlsburg. Zu **Obersten** die Oberstlieutenante: L. **Kaminsky** de **Burzymucha**, vom Drag. Reg. Nr. 1, im Reg.; W. Ritter v. **Mertens**, Commandant des 19. Jäger-Bats., in seiner Anstellung; A. **Diebel**, vom Militär-Fuhrwesen-Corps, im Corps, und J. Frhr. v. **Kropfreiter**, Commandant des Garn. Art. Districts in Böhmen, in seiner Anstellung. Zu **Oberstlieutenanten** die Majore: A. Graf **Zichy** de **Vasonkeö**, vom Hus. Reg. Nr. 7, im Reg.; J. **Jablonsky**, Commandant des 21., und C. **Teutsch**, Commandant des 23. Jäger-Bats., in ihrer Anstellung; J. Graf **Hodiz** und **Wolfrantiz**, vom Drag. Reg. Nr. 1, J. **Niederle**, Garn. Art. Posto-Commandant in Theresienstadt, Fr. **Lettany**, Garn. Art. Districts-Commandant in Galizien, und Fr. **Hoffer**, Commandant der Stabs-Dragoner-Division in Ungarn, in ihrer Anstellung. Zu **Majoren** die Hauptleute und die Rittmeister: Fr. **Menninger**, vom 7., zum Commandanten des 9. Jäger-Bats; C. **Leschke**, vom Inf. Reg. Nr. 8; J. **Uhl**, vom Kür. Reg. Nr. 2; A. **Pichler**, vom Drag. Reg. Nr. 1, im Reg.; G. **Bajzath** de **Peszak**, vom Hus. Reg. Nr. 8, beim Hus. Reg. Nr. 1; G. **Bellschan**, Garn. Art. Posto-Commandant in Königgrätz, in seiner Anstellung; J. **Bockh**, vom Garn. Art. District in Mähren, allda; J. **Okowalsky**, Local-Director der Feuergewehr-Fabrik in Stadt Steyer, beim böhmischen, G. **Nanschika**, vom 5. Art. Reg., beim slavonischen, und Fr. **Ferije**, vom 1. Art. Reg., beim böhm. Garn. Art. District; C. **Schulz** v. **Sternwald**, vom Inf. Reg. Nr. 24, zum Platzmajor in Tarnow; C. **Settele**, vom Drag. Reg. Nr. 6, zum Schloß-Commandanten in Fogaras; S. **Manoilovich**, Platzhauptmann zu Agram, zum Platzmajor allda. J. **Kleiser**, Major vom Inf. Reg. Nr. 41, wurde Schloß-Commandant zu Maros-Vasarhely. M. **Denk** v. **Ostenfeld**, Major vom Inf. Reg. Nr. 40, wurde Platzmajor zu Krakau. Fr. **Juther**, Platzmajor, wurde zu Carlsburg eingetheilt. F. **Knebel** Edler v. **Treuenschwerdt**, Platzmajor zu Carlsburg, wurde Platzmajor zu Hermannstadt. G. v. **Wernekingh**, Platzmajor in Hermannstadt, wurde Platzmajor in Carlstadt. A. **Plantak**, Platzmajor im Hauptquartier der aufgelösten Südarmee, wurde Platzmajor in Warasdin. C. **Tritschler**, Titular-Major, wurde Schloß-Commandant in Kronstadt. In **Pensionsstand** wurden versetzt: die Feldmarschall-Lieutenante: W. **Sontag** v. **Sonnenstein**, von der Artillerie, mit Feldzeugmeister-Charakter und Pension; **Auersperg**, C. Graf, Festungs-Commandant zu Königgrätz. Der Oberst A. Ritter v. **Pistrich**, im militär-geographischen Institut. Die Majore: M. **Arvay**, vom Fuhrwesen-Corps, mit Oberstlieutenant-Charakter und Pension; C. Frhr. v. **Busek**, vom Inf. Reg. Nr. 2, und P. **Gyurich** vom Ottochaner Gränz-Inf. Reg. Nr. 2. Die Hauptleute und der Rittmeister: W. **Jodel** und J. **Kubik**, vom Feuerwerks-Corps; J. **Jezics** Ritter v. **Jarisburg**, vom 2. Banal-Gränz-Inf. Reg. Nr. 11; B. **Linhardt**, vom Inf. Reg. Nr. 47; B. Frhr. v. **Kotz**, vom galizischen Beschäl-Departement, alle mit Majors-Charakter und Pension. Fr. Frhr. v. **Augustinetz**, Major in Pension, erhält Oberstlieutenants-Charakter und Pension; J. **Fuchs**, Hauptm. in Pension; L. **Natky** de **Salamonia**, Rittm., Bürgermeister in Brood, erhalten Majors-Charakter und Pension, und H. Graf **Sternberg**, Rittm. in der Armee, Majors-Charakter ad honores.

Fremde Orden erhielten: Der Feldmarschall J. Graf **Radetzky** den k. dän. Elephanten-Orden. Der Feldzeugmeister J. Frhr. v. **Haynau** den k. sicil. St. Januarius-Orden und das Großkreuz des kurh. Hausordens vom goldenen Löwen. Der General der Cavallerie C. **Boczkowsky** v. **Gorczkow** und der Feldmarschall-Lieutenant Fr. Graf v. **Wimpffen** das Großkreuz des k. sicil. milit. St. Georg-Ordens der Wiedervereinigung. Die Gen. Majore: L. **Pfanzelter** das Großkreuz des k. sicil. Ordens Franz I.; W. v. **Langenau** den russ. kais. St. Wladimir-Orden 3ter Cl. Den russ. kais. St. Annen-Orden 2ter Cl.: C. **Noesgen** v. **Floß**, Oberstlt. vom General-Quartiermeisterstab, und J. B. Frhr. v. **Josika** v. **Branyitska**, vom Hus. Reg. Nr. 3. Den russ. kais. St. Wladimir-Orden 4ter Cl.: L. v. **Sztankovits**, Oberst vom Inf. Reg. Nr. 31; M. Fürst **Jablonowsky**, Oberstlieut. vom Hus. Reg. Nr. 4; J. **Weymann**, Major vom Romanisch-Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 13; C. Frhr. v. **Grueber**, Major vom Hus. Reg. Nr. 3. Die Rittmeister: Ed. **Grohmann**, J. **Jahn**, Fr. **Suchodolsky** v. **Suchodoll**, vom Hus. Reg. Nr. 3; A. **Winkler**, vom Hus. Reg. Nr. 4; H. Graf **Caboga**, vom Chev. Reg. Nr. 2. Die Hauptleute: C. **Schroder**, vom Ingen. Corps; A. **Fellner** v. **Feldegg**, vom Inf. Reg. No. 31

und der Unterlieutenant J. Schebelka, vom Inf. Reg. Nr. 10. Den russ. kais. St. Annen-Orden 3ter Cl.: J. Worowansky, Hauptm. vom Pionier-Corps; Ed. Frhr. v. Sonnborn, Rittm. vom Hus. Reg. Nr. 1; C. Wassilko, Rittm. vom Hus. Reg. Nr. 3; Klarik, Hauptm. vom Inf. Reg. Nr. 37; C. Schroeder, Hauptm. vom Ing. Corps, und Schönermark, Ed. Frhr. v., Oberlieut. vom Inf. Reg. Nr. 14; Holdenstreit, Unterlieut. vom Inf. Reg. Nr. 37. Den großh. tosc. St. Joseph-Orden: C. Frhr. Bacani v. Fort Olivo, F. M. L., das Commandeurkreuz; H. Graf Cappi, Rittm. vom Uhl. Reg. Nr. 3, das Ritterkreuz. Das Ritterkreuz des k. hannov. Guelphen-Ordens: A. Graf Bellegarde, Rittm. vom Kür. Reg. Nr. 6. Das Ritterkreuz des k. bayer. Civilverdienst-Ordens: Fr. Palent v. Kielstädten, Major vom General-Quartiermeisterstab. Das Ritterkreuz des großh. oldenb. Haus- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig: Th. Piller v. Merk, Rittm. vom Hus. Reg. Nr. 12. Den russ. kais. St. Stanislaus-Orden 1ster Cl.: J. Obermayer, Militär-Verpflegs-Verwalter.

[5428]

Todes-Anzeige.

Allen unsern auswärtigen Verwandten und Freunden widmen wir die Anzeige von dem heute Morgens nach langem schwerem Leiden im 69sten Lebensjahr erfolgten Hinscheiden des

Herrn Philipp Adolph Freiherrn v. Herman

und bitten um stille Theilnahme an diesem uns tief betrübenden Verlust.

Augsburg, den 27 December 1849.

Henriette Freifrau v. Herman, geb. v. Lausberg, als Gattin.
Ulysses Freiherr v. Herman, als Sohn, im Namen seiner Geschwister.

[4883—84]

Bekanntmachung.

Die Bestellung der Briefe und Fahrpostsendungen betreffend.

Im Namen Seiner Majestät des Königs von Bayern.

Um die Bestellung der Briefe und Fahrpostsendungen mit der beschleunigten Beförderung derselben in Einklang zu setzen, sind **vom 1 Januar 1850** beginnend nachstehende Anordnungen sowie die den Vollzug sichernden Einrichtungen getroffen worden:

1) die mit jeder Post von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends eintreffenden Briefe müssen allenthalben alsbald nach Eintreffen und Behandlung der Posten bestellt werden, und selbst in den größeren Städten längstens innerhalb vier Stunden nach Ankunft der Post vollständig zur Bestellung gebracht seyn;
2) die zwischen 7 Uhr Morgens und 1 Uhr Nachmittags ankommenden Fahrpostsendungen müssen im Laufe des Nachmittags und die nach 1 Uhr Nachmittags bis 7 Uhr des andern Morgens eintreffenden Sendungen im Laufe des folgenden Vormittags zur Bestellung kommen;
3) da alle Briefe bei der Ankunft am Bestimmungsort rückwärts auf der Siegelseite gestempelt werden, so ist hiedurch jeder Brief-Empfänger in den Stand gesetzt zu ermessen, ob ihm der Brief rechtzeitig zukömmt.
   Wenn ein Adressat gegründete Vermuthung hat daß ihm der Brief oder die Sendung nach Maßgabe obiger Zeitbestimmung verspätet zugestellt wird, so hat er sich sogleich beim Empfange von dem Ueberbringer Tag und Stunde der Zustellung auf dem Brief oder Frachtbrief durch Namensunterschrift bescheinen zu lassen.
   Die Briefträger und Packer sind bei Strafe angewiesen auf Verlangen die bezügliche Zeitbestätigung abzugeben;
4) erwiesene Fahrlässigkeit in der Bestellung hat unnachsichtliche Bestrafung des Bediensteten zur Folge, begründet jedoch keinerlei Entschädigungs-Ansprüche an die Postanstalt.

Indem die unterfertigte Stelle diese allgemeinen Normen mit dem Bemerken daß die speciellen Bestimmungen über die Bestellungsweise nach Maßgabe der Localverhältnisse, Ankunft der Posten rc. durch die Bezirks-Postbehörden werden bekannt gegeben werden, zur öffentlichen Kenntniß bringt, wird die Ueberwachung des genauen Vollzuges unter die Controle des Publicums gestellt, und an dasselbe die Aufforderung gerichtet jede Verspätung in der Bestellung in der unter Ziffer 3 angegebenen Weise sogleich zu constatiren und der Local-Postbehörde zur Untersuchung und Ahndung anzuzeigen.

Von Seite der Postanstalt muß jedoch zur Erleichterung und Beschleunigung der Bestellung auch die Mitwirkung des Publicums in Anspruch genommen, und verlangt werden daß die Adressen auf Briefen und Sendungen deutlich und vollständig gefaßt und insbesondere auf den Adressen an Mieth-Einwohner in größern Städten stets die Wohnungen genau angegeben werden, weil außerdessen häufig Zeitverlust mit Ermittlung des Adressaten eintritt, und in einem solchen Falle ein Anspruch auf rechtzeitige Bestellung nicht gemacht werden kann. — München, den 17 December 1849.

General-Verwaltung der königl. Posten und Eisenbahnen.

v. Goeb. Lauber.

[4919—21]

Verzeichniß

der laut aufgenommenen Notariats-Protocolls am 5 December 1849 in der siebenten Verlosung der fürstlich Schwarzenberg'schen Anleihe d.d. 1 März 1838 per 5,000,000 fl. C.-M. gezogenen 50 Stück Partial-Obligationen à 1000 fl. C.-M. jede

Nr. 49. 86. 231. 316. 374. 748. 851. 954. 986. 1068. 1083. 1303. 1311. 1313. 1371. 1588. 1607. 1682. 1983. 2334. 2387. 2443. 2519. 2670. 2853. 2872. 2888. 2918. 3036. 3055. 3117. 3121. 3276. 3372. 3450. 3494. 3590. 3621. 3753. 3754. 3799. 3856. 4224. 4335. 4373. 4439. 4536. 4599. 4748. 4964

welche zufolge der über diese Anleihe ausgefertigten Hauptschuldverschreibung am 1 März 1850 bei dem fürstl. Schwarzenberg'schen Hauptzahlamte in Wien oder bei der fürstl. Schwarzenberg'schen Agentie-Cassa in Prag zurückbezahlt werden.

(4576—78) *** Wichtige Neuigkeit. ***

Bei Ignaz Jackowitz in Leipzig erschien so eben und ist im Buchhandel zu haben:

Das eigentliche Ziel der gegenwärtigen Politik Preußens.

Von Johann Sporschil.

gr. 8. Velinp. geh. im Umschlag 6 Ngr.

---

(340) In der J. G. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart ist erschienen:

Das Ausland.

Ein Tagblatt für Kunde des geistigen und sittlichen Lebens der Völker.

Monat November 1849.

Größere Aufsätze.

Der indische Archipel. — Die Halbinsel Kanin. — Die Ausbesserungen der Sophien-moschee in Konstantinopel. — Die Lage von Bassora. — Drei Briefe eines friesischen Steuer-manns über Californien. — Die Kirchen in Saragossa. — Ein Besuch des Buddhisten-tempels Ku-Schan. — Züge aus dem Leben von banater Räubern. — Sagen des russi-schen Volks. Zweiter Abschnitt. — Ein Wort über die jetzige Litteratur in Frankreich. — Etwas über die Mecca-Karawane in Damascus. — Hr. Disraeli. — Niebische Keilinschrif-ten und Sprache. — Die niederländische Ministerkrise. — Die Schneeberge im südlichen Afrika. — Das Lager des Chans der innern Kirgisenhorde. — Canada. — Die Indianer Californiens. — Der Chredir der Sudankarawanen. — Die Falklands-Inseln. — Bene-vent. I. II. — Bemerkungen über Spanien. — Einige Notizen über Centralamerika. — Al-gerien. — Nachrichten aus Californien. — Ein tüchtiger Reiter im Beludschenkrieg. — Ranchos und Rancheros in Californien. — Die Thürme von Golubacz.

Chronik der Reisen.

Reise nach Californien. V. Mendoza: Wanderung über die Cordilleren im Winter. — Das große Tafelland von Thibet. — Wanderung Sir John Richardsons zur Aufsuchung von Sir J. Franklin. — Die Fahrt des Capt. Sir J. Roß. — Ein Ausflug nach Seddu an der marokkanischen Gränze.

Kleinere Mittheilungen.

Ausgrabungen Rawlinsons zu Hillah. — Der Chagos-Archipel. — Abnahme der Be-völkerung in Irland. — Indische Münzen in den Ruinen von Sarai. — Angebliche phöni-cische Ueberreste in England. — Sonderbares Wetter in Rußland im Monat August. — Gas aus Traubentrestern. — Römisches Theater in England. — Heftigkeit des Monsuns in Indien. — Etwas über altnordische Literatur. — Unsicherheit der Nachrichten über Sir John Franklin. — Entdeckung von unterirdischen Gemächern in Frankreich. — Die un-entdeckte Indianerstadt im Norden von Guatimala. — Die Polarpflanze. — Medicinische Geologie. — Zunahme der irischen Bettelei in London. — Luftspiegelung am obern See. — Der französische Luftschiffer Arban. — Der Mosasaurus in England. — Hr. Du Courets Mission nach Afrika. — Carricatur auf Cremieux. — Fortschritte der Britanniabrücke. — Abnahme der Hinrichtungen in England. — Hölzerner Gasthof in Belgien für Californien gebaut. — Capt. Kittoe's antiquarische Nachrichten über Indien. — Die kartographische Aufnahme von England. — Astronomische Expedition nach Chili. — Neuerfundene Kanone. — Benützung der Ebbe zur Reinigung der Hafenstädte. — Die Abbildungen aus den indi-schen Höhlen.

Preis des Jahrganges 16 fl. od. 9 Rthlr. 10 Ngr. Sämmtliche resp. Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen auf diese Zeitschrift an. Erstere liefern sie täglich, letztere von 8 zu 8 Tagen oder je nach dem Wunsche der Abonnenten auch in monatlichen Heften.

(5358) **Allen Lehrern, Lehrer- und Schulfreunden Deutschlands bestens empfohlen!!**

Durch jede Buchhandlung ist zu beziehen:

Protokolle der zweiten allgemeinen deutschen Lehrer-Versammlung zu Nürnberg

gehalten vom 26 bis 29 September d. J.

10 Bogen Schillerform. br. 24 kr. oder 7½ Ngr.

Diese Protokolle geben die wörtliche Mittheilung der an bezeichneten Tagen in der alten Frankenstadt abgehaltenen Versammlungen. Sie bieten ein klares Bild über das reine unantastbare Streben eines auf die Neugestaltung unserer Verhältnisse einflußreichsten Standes, des gesammten deutschen Lehrerstandes: sie besprechen mit Ruhe, Umsicht und tiefer Sachkenntniß einzelne wahre Gebrechen unseres deutschen, namentlich des Volksschulwesens, und enthalten Beschlüsse resp. Vorschläge wie diesen Uebeln auf praktischem Wege abzuhelfen sey. Möge demnach diese Schrift bei allen Lehrern, Freunden der Schule, Schulbehörden und Regierungen die verdiente Aufnahme finden und all' das Gute bezwecken was darinnen so dringend gewünscht wird!

Fürth, im December 1849. **J. Ludw. Schmid's Buchhandlung.**

(4601) In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München — in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Briefsteller für Liebende beiderlei Geschlechts.

Enthält 76 Musterbriefe und ausgezeichnete Polterabendscherze und Hochzeitsgedichte von Gustav Wartenstein.

Vierte Auflage. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

Die Sprache des Herzens — die Gefühle der reinsten Liebe in den elegantesten Wendungen mit Gedichten der Liebe verbunden, bietet diese ausgezeichnete Schrift.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag u. Weiß in Regensburg — Geibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ernst'sche Buchhandlung in Quedlinburg.

[4698—99] **Vorladung.**

Der Sophia Berolzheimer, gebornen Hirsch, aus Ansbach, angeblichen Ehefrau des Moriz Wolf aus Eichstädt, ist der Beschluß des hiesigen Landgerichts vom 6. September l. J., die Ungültigkeit deren zu Heinersreuth dieß Gerichts vollzogenen Copulation betreffend, zu verkünden.

Nachdem der dermalige Aufenthalt der Sophia Berolzheimer, gebornen Hirsch, nicht ausgemittelt werden konnte und vermuthet wird daß selbe nach Nordamerika gereiset ist, so wird zur Verkündung des vorbezeichneten Beschlusses auf

Freitag, den 5. April 1850, Vormittags 10 Uhr,

Termin dahier anberaumt, wozu hiermit Sophia Berolzheimer, geborne Hirsch, öffentlich vorgeladen wird, in diesem Termine entweder in Person oder durch einen hinlänglich Bevollmächtigten dahier zu erscheinen.

Eschenbach, am 6. Dec. 1849.

Königliches Landgericht Eschenbach.

Bausch.

[4609—11] **Edictalladung.**

Joseph Anton Hofaker von Ottobeuren, geboren den 12 Juni 1775, hat sich bereits im Jahre 1796 von Hause entfernt und bei dem k. k. österreichischen Infanterieregiment Kerpen anwerben lassen. Ueber Leben und Aufenthalt des Joseph Anton Hofaker wurde seit dieser Zeit nichts mehr bekannt, und ein ihm später zugefallenes Vermögen unter pflegschaftliche Verwaltung gestellt.

Nach dem Antrage der Verwandten wird nun Joseph Hofaker von Ottobeuren oder seine rechtmäßige Nachkommenschaft aufgefordert, sich

binnen 6 Monaten

um so gewisser dahier zu melden und zu legitimiren, als ansonst Hofaker als todt erklärt und dessen in 473 fl. 50 kr. bestehendes Vermögen an seine nächsten Verwandten und zwar ohne Caution hinausgegeben werden würde. — Ottobeuren am 1 December 1849.

Königliches Landgericht.

Graf, Landrichter.

(4729—31) **J. A. S.**

des Generalmajors von Closmann in Rastatt, Anklägers

gegen

den Verleger der deutschen Reform, Hof-Buchdrucker Decker in Berlin, Angeklagten,

wegen Verleumdung resp. Ehrenkränkung durch die Presse.

20,371. **Beschluß.**

1. In Erwägung daß auf heute Tagfahrt zur Verhandlung anberaumt und der Angeklagte hierzu mittelst Verfügung vom 9. d. M. hierher vorgeladen war, um seine Vernehmlassung auf die Anklage bei Vermeidung des gesetzlichen Rechtsnachtheils abzugeben, derselbe aber dieser Ladung keine Folge gegeben hat, wird mit Rücksicht auf die Bestimmung des §. 6 des provisorischen Gesetzes vom 1. August v. J. über Preßvergehen und auf Anrufen des Klägers

erkannt:

die in der Anklageschrift vorgetragenen Thatsachen seyen für zugestanden anzusehen und der Angeklagte mit seinen weiteren Vertheidigungsmitteln auszuschließen.

2. Dem Angeklagten wird dieß auf öffentlichem Wege eröffnet, weil, wie in der Verfügung vom 9. d. M. bereits bemerkt wurde, die preußischen Behörden die Zustellung an den Angeklagten verweigern.

Karlsruhe, den 7. December 1849.

Großherzogliches Stadtamt.

Schäfer.

(4796—97) **Geschäftsführerstelle in einer Tuchfabrik.**

Eine Familie welche im Besitz einer nach neuester Art eingerichteten, seit langer Zeit bestehenden, vortheilhaftes darbietenden Tuchfabrik sich befindet, sieht sich veranlaßt dem bisherigen Leiter dieses umfassenden Geschäftes, welcher demselben eine lange Reihe von Jahren vorgestanden, wegen vorgerückten Alters aber solches allein fortzuführen nicht mehr im Stande ist, einen tüchtigen Mann an die Seite zu stellen, sey es gegen ein Salair nebst sonstigen Begünstigungen oder als Theilhaber mit einer Capital-Einlage von etwa zwanzigtausend Gulden.

Der Einzutretende muß gebildeter Kaufmann und mit der Wollenfabrikation ganz vertraut seyn. Derselbe kann ledig, wenn nicht zu jung, oder verheirathet seyn. In letzterm Fall kann Wohnung, Garten und sonstige Annehmlichkeiten zugesichert werden. — Die Buchhandlung von Paul Neff in Stuttgart wird frankirte Anträge an ihre Bestimmung befördern.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonnabend — Nr. 363. — 29 December 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (der Senat und die Conſtituante. Die Organiſation der Bundescommiſſion. Abſchied des Erzherzog-Reichsverweſers von den Soldaten. Ein franzöſiſcher Geſandter); München (Erzherzog Johann am 1 Jan. erwartet); Ulm (der Stand der Feſtungsbauten); Baden (ein Wahlmanifeſt); Heidelberg (Zöpfl für die erſte Kammer gewählt); Darmſtadt (am Vorabend der Stände-Eröffnung); Gera (die Ständeverſammlung aufgelöst); Koblenz (der Piusverein für Wählen); Aachen (der Prinz von Preußen. Ein Preßproceß. Die Telegraphenverbindung. Die rheiniſche Eiſenbahn; die Weiterführung der Düſſeldorfer); Berlin (Schelling verſpricht wieder zu leſen; Halle und Breslau (Beſchlüſſe nicht für den Erfurter Reichstag zu wählen); Mecklenburg (ein däniſcher Geſandter. Der engere ritterſchaftliche Ausſchuß für Strelitz); Schleswig-Holſtein (die Landesverſammlung bis zum 8 Jan. vertagt. Der König von Dänemark über die Friedensunterhandlungen); Wien (die Deputation des Vereins zum Schutz deutſcher Arbeit im nieder-öſterreichiſchen Gewerbverein. Der Bankhader. Die weſtliche Allianz. Palazky's Föderativdoctrin).

Großbritannien. Der Termin der Parlamentseröffnung. Lord Denman und Lord Campbell. Die Geldzeichnung für auswanderungsluſtige Arbeiterinnen. Zollſchutz und Freihandel; die iriſchen Grundherren. Die Bank.

Frankreich. Ein Jahr republicaniſcher Regierung. Interpellation wegen des Mehraufwands für Napoleons Grabmal. Das J. des Debats über die Einſetzung der Interimscommiſſion. Lamartine.

Italien. Rom (die Gerüchte über die Anleihe und des Papſtes Rückkehr. Stand der Bank.)

Türkei. Schumla. Berichte aus Konſtantinopel vom 5 und 14 Dec. Die Forderungen Rußlands und ſeine Stellung in den Donaufürſtenthümern. Die engliſche Flotte. Neue Verſicherungen der Ausgleichung. Abbas Paſcha nach Ober-Aegypten.

Ver. Staaten von Nordamerika. Die auswärtigen Verwickelungen. Canada. Indianerkrieg. Das Umſichgreifen in Centralamerika. Die Diplomatie.

Datum der Börſen: Wien 26 u. 27 Dec.

Deutſchland.

Frankfurt a. M., 25 Dec. Der franzöſiſche Geſandte Graf v. Salignac-Fenelon iſt nebſt Familie hier angekommen und im römiſchen Kaiſer abgeſtiegen. — Geſtern Vormittag beſuchte der Erzherzog-Reichsverweſer die Caſernen der öſterreichiſchen, bayeriſchen und Frankfurt'ſchen Truppen um ihnen ein Lebewohl zu ſagen. Das Auftreten des Prinzen, die Art und Weiſe wie er dabei zu den Soldaten und Officieren ſprach, die Herzlichkeit, die Innigkeit rief einen allgemeinen, wenn auch wehmüthigen Enthuſiasmus hervor. Der Erzherzog war tief ergriffen, mehrmals ſtockte ſeine Sprache, und die Thränen rollten unaufhaltſam über ſeine Wangen herab. Aber auch die Officiere und Soldaten waren ebenſo erregt, und nur wenige Augen blieben ungefeuchtet. Nur eine Stunde vorher war den verſchiedenen Corps bekannt gegeben daß der Reichsverweſer komme um ohne allen Pomp und Aufſtellung Abſchied zu nehmen. In allen drei Caſernen geſchah ſonderbarerweiſe, obgleich nicht verabredet, doch dasſelbe. Während der Erzherzog zu den Soldaten und Officieren ſprach, liefen die Muſiker weg, holten ihre Inſtrumente, und kaum hatte er geendet, da erſchallte an allen drei Orten das ſchöne Lied: „Gott erhalte unſern Kaiſer!" Möchte dieſes zufällige Uebereinſtimmen ein Zeichen der wirklichen Zukunft ſeyn! Sichtlich hatten in dieſen Augenblicken mächtige Eindrücke und Gedanken die Bruſt des Erzherzogs durchkreuzt; er ſah wie gerade dieſes Lied bei den drei verſchiedenen Corps den Enthuſiasmus auf den höchſten Gipfel ſteigerte. Das Weggehen war ein ergreifender Moment, von den Zimmern eilten Officiere und Soldaten dem Erzherzog in die Hofräume nach. Alles drängte ſich ihm zu, und jeder war glücklich der von ihm einen Händedruck erhielt. So wurde er, umringt von Soldaten und Officieren bunt durcheinander, bis zu ſeinem Wagen geleitet. (D. V.)

Die heutige Frankf. O.-P.-A.-Z. berichtigt einen „ſinnentſtellenden Druckfehler", der ſich in ihrem früheren Abdruck des vom Reichsverweſer an ſeine Miniſter gerichteten Abſchiedsſchreibens findet. Statt: „Bei der Beendigung unſerer geſellſchaftlichen Verbindung" (wie es nach der Fr. O.-P.-A.-Z. auch in der Allg. Ztg. Nr. 361 heißt) muß es heißen: „Bei der Beendigung unſerer geſchäftlichen Verbindung."

§§ **Frankfurt a. M.,** 27 Dec. Die Bundescommiſſion hat ihre Organiſation bewirkt. Das Departement der Juſtiz und des Innern iſt dem wirklichen Geh. Oberregierungsrath Matthis, das der Finanzen und des Handels dem Hofrath Baron Nell, das der Marine dem Grafen Goltz, das des Krieges dem General v. Eberle, das des Aeußern dem Legationsrath v. Biegeleben übertragen. Generalſecretär iſt Baron Brenner, Neffe des vormaligen Präſidialgeſandten Grafen Münch, geworden. Die Mitglieder der Bundescommiſſion übernehmen keine Referate. Ueber die Taxis-württembergiſche Angelegenheit verlautet noch nichts, und über die Bentinck'ſche nichts anderes als daß der gegenwärtige Beſitzer der Bentinck'ſchen Herrſchaften ehegeſtern hier eingetroffen iſt, um bei der Bundescommiſſion die Aufhebung der Beſchlüſſe des Reichsminiſteriums zu ſollicitiren. Wie man vernimmt, hat die Thätigkeit der Bundescommiſſion erſt mit vollendeter Organiſation des Dienſtes zu beginnen, und es iſt daraus zu erklären daß die geſpannteſte Erwartung noch nicht befriedigt werden kann.

Das Journ. de Francfort bringt unter dem 27 d. eine von obigem Brief theilweiſe abweichende Angabe über die Organiſation der Bundescommiſſion. Darnach iſt die Geſchäftsordnung letzterer ſo eingetheilt: für das diplomatiſche Fach Hr. v. Biegeleben; Inneres, Juſtiz und Handel Hr. geheime Regierungsrath Matthis; Finanzen Hr. Miniſterialrath Baron v. Nell; Marine Hr. Oberſtlieutenant v. Wangenheim. Das Kriegsweſen iſt in drei Sectionen getheilt, nämlich für die Bundestruppen Hr. Oberſtlieutenant v. Liel; für die Feſtungen Hr. General Eberle und für das Verproviantirungsweſen Hr. Intendanturrath Loos.

cc **Frankfurt a. M.,** 26 Dec. Wie es allgemein heißt, wird der Senat der Conſtituante die neue Verfaſſung mit Angabe der Punkte zurückſenden deren Veränderung er beantragt, und das Ganze der allgemeinen Abſtimmung nur dann unterbreiten wenn dieſelbe auf ſeine Vorſchläge eingeht. Im entgegengeſetzten Fall will er, mit Beziehung auf §. 46 der Congreßacte, vermöge deſſen alle Discuſſionen welche ſich über die Frankfurt'ſche Verfaſſung erheben zu der Competenz der Bundesverſammlung gehören, welche darüber zu entſcheiden hat (toutes les discussions qui pourraient s'élever sur sa constitution seront du ressort de la Diète germanique, et ne pourront être jugées que par elle), die Sache ihrer Erbin, der proviſoriſchen Bundescentralcommiſſion vorlegen, deren Entſcheidung nicht zweifelhaft ſeyn dürfte. Wir wünſchen von Herzen daß es nicht dazu kommen, und der Streit in der Familie im Kreiſe derſelben geſchlichtet werden möge. Dazu bedürfte es aber einer Mäßigung, die ſich bis jetzt in dieſem unſeligen Streit wenig verſpüren ließ.

Bayern. * **München,** 28 Dec. Se. kaiſ. Hoh. der Erzherzog Johann wird am 1 Jan. nebſt ſeiner Gemahlin, Gräfin Brandhof, und ſeinem Sohn dem Grafen v. Meran hier eintreffen und im Gaſthof zum bayeriſchen Hof ſein Abſteigquartier nehmen. Die hohen Herrſchaften werden den folgenden Tag hier zubringen, und am dritten Tage ihre Reiſe fortſetzen.

Württemberg. # **Ulm,** 27 Dec. Für den hieſigen Feſtungsbau iſt die Aufſtellung der neuen proviſoriſchen Centralgewalt von ſehr hohem und mannichfachem Intereſſe, denn jetzt muß es ſich in Bälde entſcheiden ob der zum Beſten von ganz Deutſchland ſo großartig begonnene hieſige Feſtungsbau mit der frühern Kraft zu Ende geführt werden, oder ob das ganze Unternehmen noch lange Zeit unvollendet bleiben und als neues Beiſpiel deutſchen Zuſammenwirkens dienen ſoll. Es ſteht zu erwarten daß die interimiſtiſche Bundescommiſſion, obwohl ihre Thätigkeit gewiß gleich anfangs gewaltig in Anſpruch genommen werden dürfte, vor allen Dingen das richtige Eingehen der Matricularbeiträge betreiben, nicht weniger

ernst die richtige Verwendung derselben anordnen, und recht bald neue Geldmittel hieher senden werde. Geschieht dieß nicht in kurzer Zeit, so müßten, da, wie bestimmt versichert wird, die für die letzten Monate von Bayern angewiesenen Vorschüsse demnächst völlig erschöpft seyn sollen, die etwa 600 dermalen noch hier beschäftigten Arbeiter entlassen, und somit der ganze Bau vollständig eingestellt werden. Jeder der mit dem complicirten Mechanismus eines solchen Baues, auf den hier seit 7 Jahren über 11 Millionen verwendet wurden, nur einigermaßen bekannt ist, weiß auch wie schwer und kostspielig es ist denselben wieder in Gang zu setzen wenn er längere Zeit ganz sistirt wurde. Vor allem kommt es darauf an im nächsten Jahre wenigstens die Hauptumwallung endlich ganz zu schließen, und die angefangenen vorgeschobenen Werke zum Abschluß zu bringen. Man lebt hier noch der Hoffnung daß der seitherige Reichsverweser auf seiner Rückreise hier durchkommen, und dann die Festungswerke, die im vorigen Jahre unter seiner Obhut so wesentlich gefördert wurden, in Augenschein nehmen werde.

* **Aus Baden,** 25 Dec. Die Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer sind zwar angeordnet, aber der Termin noch nicht festgesetzt; man ist einstweilen noch mit den Vorbereitungen zu den Wahlmännerwahlen beschäftigt, so daß vor Anfang des neuen Jahres die Wahlen der Abgeordneten wohl nicht werden stattfinden können. Der Zusammentritt der Stände dürfte sich daher noch bis Februar verzögern, also wahrscheinlich erst nach den Wahlen für das Erfurter Volkshaus die Kammern sich versammeln um das Bündniß nachträglich gutzuheißen. Inzwischen sind die Abgeordneten der liberalen Majorität der vorigen Kammer mit einer Ansprache an ihre Mitbürger hervorgetreten, die von 22 Namen unterzeichnet ist *) und insofern einige Bedeutung hat als sie eine Art von Programm einer Partei enthält die, durch die Ersatzwahlen noch um einige Stimmen verstärkt, auf dem bevorstehenden Landtage wahrscheinlich die Mehrheit bilden wird. Unter diesen 22 Namen finden wir von Rothen und Röthlichen begreiflicherweise niemanden unterzeichnet; aber auch die altconservative Rechte der früheren zweiten Kammer ist dabei nicht vertreten — es sind meist Anhänger der früheren liberalen Opposition, die nach dem März das Ministerium Bekk unterstützt haben. Die Ansprache läßt manches zwischen den Zeilen lesen: zunächst die Ermattung und Abspannung, die auf unserer Bevölkerung liegt, und aus der die 22 Unterzeichner die Gleichgesinnten zu erwecken suchen; dann die Verbitterung und Entzweiung denen die Ansprache ein Ziel zu setzen sucht. „Wir wenden uns, heißt es darin, an diejenigen alle die sich die alte treue Liebe zu unserm Heimathlande und seinen Bewohnern, die sich die Anhänglichkeit an die Verfassung, auch unter den Erschütterungen, Enttäuschungen und Leiden der letzten Zeit jung und ungeschwächt erhalten haben. Wir klagen niemanden als Urheber der Schicksale an die uns betroffen haben; in dem neuerweckten Antheil an allem was dem Vaterlande frommen kann, sehen wir eine bessere Bürgschaft der Zukunft als in Anklagen und Gegenanklagen, die nur altes Uebel aufrühren, ohne das gegenwärtige zu bessern. Feind sind wir nur der Gleißnerei und Lüge, deren Werke jetzt in erschreckender Klarheit vor unsern Augen stehen; Feind der unverbesserlichen Verstocktheit oben und unten, an welcher die Erfahrungen wie die Mahnungen der Zeiten spurlos vorübergehen. Aber allen denen welchen es Ernst ist mit dem Wohle des Vaterlandes, die unter der Zügellosigkeit wie unter der Willkür den lebendigen Sinn für geordnete politische Freiheit ungebeugt erhalten haben, allen denen für welche die Erfahrungen der jüngsten Zeit nicht ganz verloren sind, und die der Irrthum einer sturmbewegten Zeit nicht für immer verblendet und verstockt hat gegen den unvergänglichen Werth verfassungsmäßiger Rechtszustände — allen diesen reichen wir die Freundeshand und erblicken in ihnen Verbündete zu dem patriotischen Werke unserer innern Wiederherstellung.“ Die Ansprache verlangt vor allem Selbstthätigkeit der Bürger: sie selber sollen Hand ans Werk legen um Zucht und Ordnung, den Sinn für Gesetz und Recht zu wecken und zu pflegen, wenn sie sich nicht bescheiden wollen daß andere es gewaltsam für sie thun. Nur so, fährt die Ansprache fort, können die Rückkehr der verfassungsmäßigen Zustände angebahnt, die früher errungenen Freiheiten wiederhergestellt und durch die Bürgschaften des Gesetzes befestigt werden. Unter den neuherzustellenden noch zu begründenden Reformen nennt die Ansprache außer der freien Presse, Geschwornengerichten u. s. w. auch die Umgestaltung der privilegirten ersten Kammer. Helfen wir mit dazu, heißt es weiter, eine feste, kräftige und in der Handhabung der Gesetze muthige und unverdrossene Regierungsgewalt zu begründen, aber eine solche die ihre ganze Stärke nicht in der Willkür des eigenen Ermessens, sondern in vernünftigen Gesetzen finde. Unterstützen wir alles was dazu dienen kann eine Verwaltung zu begründen welche die Interessen des Volkes kennt, weckt und schützt, die mit freiwilliger Theilnahme und in lebendiger Berührung mit dem Volke selbst alle seine Bedürfnisse wahrnimmt und der freien Selbstthätigkeit der Bürger, wo sie kann, hülfeleistend zur Seite steht; nicht eine Verwaltung die sich dem Volke und seinen Interessen gegenüber gleichgültig abschließt, und in der kalten Erfüllung mechanischer Verrichtungen oder in kleinlichen Hemmungen ihren Regierungspflichten genügt zu haben glaubt. Vereinigen wir uns in dem patriotischen Streben ein treues, sittliches und braves Volk heranzubilden, unbeirrt durch die schwarzsichtige Meinung derer die über den traurigen Auswüchsen der jüngsten Zeit auch an dem Vorhandenseyn gesunder und lebensfähiger Keime haben verzweifeln wollen. Erhalten und pflegen wir die sittlichen und religiösen Grundlagen in der Familie und in der Gesellschaft, auf deren Trümmern der revolutionäre Aberwitz die Herrschaft seiner Selbstsucht und Despotie hat aufzurichten suchen.“ Zu dem allem wollen die Unterzeichner bereitwillig die Hände bieten, aber sie erwarten keine dauernde Besserung, solange sich die deutschen Verhältnisse nicht fester gestalten. „Die Krankheit die Baden zerrüttet hat“, sagt die Ansprache, „ist kein eingebornes Uebel, das nur unserm Lande angehörte; ihre Wurzeln reichen weit über den deutschen Boden, und wollen durch eine gemeinsame Heilung der deutschen Zustände abgegraben seyn. Begründen wir den deutschen Bundesstaat mit Nationalvertretung und einer festen Regierungsgewalt, den Bundesstaat mit dem Rechtsschutz für Alle, die Regierungen wie die Einzelnen, den Bundesstaat mit allen Bedingungen eines großen und freien politischen Lebens im Innern und nach außen, mit freier Lebensluft für alle schlummernden und unbenützten Kräfte in der Nation — dann wird den schwer erschütterten Einzelstaaten Deutschlands die Lebenskraft und Festigkeit zurückkehren. Wie die Dinge jetzt liegen in Deutschland, sehen wir uns in dem Anschluß an das Bündniß vom 26 Mai und in der Verfassung vom 28 Mai, in der Beschickung des neuen Verfassungsreichstags zu Erfurt die letzte Möglichkeit eröffnet jenes Ziel friedlich zu erreichen. Wir werden um so bereitwilliger diesem Ziele zu Hülfe kommen als wir darin allein die sichere Gewähr einer dauernden Wiederherstellung Badens erblicken. Ohne diese feste Gewähr besserer Zustände die den Rückweg zu einer heillosen Vergangenheit ein- für allemal abschneidet, und die ungeduldigen Gelüste einer unverbesserlichen Rückschrittspartei vereitelt, ohne diese feste Gewähr wird Baden — und Baden nicht allein — unrettbar einer neuen Krisis als Opfer fallen, und alle andern Mittel werden nur Auskünfte kurzer Dauer seyn; in jener Gewähr wird aber auch die revolutionäre Hoffnung ihr Ende finden, die schwankende Zuversicht der Patrioten neues Vertrauen schöpfen.“ In diesem Sinne fordern die 22 Unterzeichner ihre Mitbürger zur Theilnahme an den Wahlen auf und ermuntern sie nicht den Gefühlen des Schmerzes, der Verbitterung, der Ermüdung unmännlich und unthätig nachzuhängen. „Denn die Freiheit“, so lautet der Schluß, „und Glückseligkeit ziehen nur dem Muthe und der Thätigkeit nach; darum wollt Ihr sie auf festere Grundlagen neu befestigt sehen, die freie, glückliche und zufriedene Zeit, so sucht sie in Euch selber herzustellen, tretet einig zusammen, legt die Hände an zum unverdrossenen Aufbau, und die lohnenden Erfolge, der dankbare Segen der Nachkommen werden Euch nicht fehlen!“

* **Heidelberg,** 26 Dec. Die erste unter den Ergänzungswahlen für unsern bevorstehenden Landtag war die am 23 d. M. vorgenommene Wahl des Abgeordneten der hiesigen Universität zur ersten Kammer. Der gewählte Abgeordnete ist der Professor des Staatsrechts, Hofrath Zöpfl, welcher sich als einen besonnenn, das Wirkliche und das Ausführbare stets im Auge behaltenden Publicisten schon bewährt und außerdem sich als Prorector in der jüngsten schwierigen Zeit um die Universität sehr verdient gemacht hat. Man sollte meinen diese Momente rechtfertigten die Wahl hinreichend. Um so auffallender ist es daß ein Correspondent der Deutschen Zeitung, welcher mit so genauer Kenntniß des Wahlactes und mit so großer Eile über diese Wahl Bericht erstattete, derselben Motive politischer Parteisucht und andere noch gehässigere unterschiebt, welche man aus zuverlässiger Quelle für ganz grundlos erklären muß.

Gr. Hessen. *** **Darmstadt,** 26 Dec. Bisher wurden unsere Ständeversammlungen durch den Regenten in Person eröffnet, und zwar mit Ausschluß der Oeffentlichkeit im Thronsaal des Residenzschlosses. Nur der Landtag von 1834, der dem aufgelösten Landtag von 1833 folgte, machte hievon eine Ausnahme. Zeuge der zweiten Ausnahme ist der morgende Tag. Denn morgen soll die Ständeversammlung, mit Ausschluß der Oeffentlichkeit, in dem Saal der zweiten Kammer, und zwar durch den Ministerpräsidenten Jaup eröffnet werden. Ein um so bemerkenswertheres Wetterzeichen, da diese Ständeversammlung die erste ist die unter dem jetzigen Regenten eröffnet wird. Die erste Kammer wird kaum in hinreichender Anzahl repräsentirt seyn (ein neugewähltes Mitglied derselben ist Ministerialrath Emmerling, also wieder ein Staatsdiener), und die zweite Kammer wird viele Lücken zeigen. Die Candidaten für das Amt des Präsidenten derselben sind nach den beiden Parteien die Abgg. v. Gagern und Professor Hillebrand. Mag ersterer den Lehn-

*) Bassermann, Baum, Bissing, Blankenhorn-Krafft, Dennig, Häusser, Helmreich, Hildebrandt, Huber, Lamey, Malsch, Mathy, Meyer, Oster, Prestinari, Riesterer, Schmitt, Soiron, Stößer, Welcker, Weller, Zittel. Die Abgeordneten Becker, Buhl und Siegle sind dem Vernehmen nach nicht unterzeichnet, weil sie — durch das Loos ausgeschieden — eine neue Wahl nicht mehr annehmen werden.

sessel einnehmen oder nicht, immer wird er vorzugsweise die Blicke auf sich gerichtet sehen. Er weiß dieses, und von Interesse ist die Frage wie der beobachtete und überwachte Mann sich benehmen wird. Vielleicht gehört er zu denen von welchen Goethe sagt: „Das Höchste wozu der Mensch gelangen kann, ist das Bewußtseyn eigener Gesinnungen und Gedanken, das Erkennen seiner selbst, welches ihm die Einleitung gibt auch fremde Gemüthsarten zu durchschauen. Nun gibt es Menschen die mit einer natürlichen Anlage hiezu geboren sind, und solche durch Erfahrungen zu praktischen Zwecken ausbilden. Hieraus entsteht die Fähigkeit der Welt und den Geschäften in höherm Sinn etwas abzugewinnen." Gagern wird von morgen an einer Partei gegenüberstehen die er in der Paulskirche auf seiner Linken sitzen sah und welcher er, so oft er sie auch bekämpfte, doch gerecht zu seyn sich bemühte, weil er sich bestrebte „auch fremde Gemüthsarten zu durchschauen." Die gleiche Erscheinung mag sich wiederholen. Zur Beherrschung seines Temperaments, das ihn dort zuweilen über die Gränze führte, mag er sich umsomehr aufgefordert finden, da er an der Spitze der Minderheit stehen wird, während ihm in der Paulskirche die Majorität zur Seite stand.

F. Reuß. **Gera,** 22 Dec. Gestern Abend wurde unsere constituirende Versammlung, die ihre Aufgabe vollendet hat, aufgelöst.

Preußen. ⊠ **Aachen,** 23 Dec. Noch immer bewegt sich die Unterhaltung in Erinnerungen des jüngsten Aufenthalts des Prinzen von Preußen. Unter den Aeußerungen die man aus hohem Munde anführt, ist auch die: „man freue sich wohl am Rhein daß das Institut der Geschwornengerichte auch in den altpreußischen Provinzen jetzt eingeführt sey; die Geschwornen bewährten sich aber besser bei gemeinen Verbrechen denn bei politischen Processen." Man ist natürlich nur zu geneigt in solchen zufälligen Aeußerungen gleich eine Anspielung auf die letzten politischen Verdicte zu finden, und damit Waldeck's und Jacoby's Freisprechung in Verbindung zu setzen. In einer politisch bewegten Zeit wird das Institut der Jury sicherlich auch von den Leidenschaften des Moments nicht frei bleiben, und niemanden wird es wundernehmen wenn zu Brandenburg ein Steuerverweigerer für schuldig erklärt wird, während ein solcher in Schlesien und am Rhein unter dem Jubel des Volks freigesprochen wird, ohne daß man der böswilligen Voraussetzung Raum zu geben hätte als wären die Geschwornenlisten hier oder dort mit parteiischer Auswahl für Preß- und politische Processe ausgefertigt worden. Der Drucker eines benachbarten Stolberger Localblattes stand gestern wegen Aufnahme zweier Artikel, die des Mangels an Ehrfurcht gegen den König bezichtigt waren, vor den Assisen. Ganz abgesehen von der Unzurechnungsfähigkeit des guten Mannes traf das Erwartete ein: der Beschuldigte wurde freigesprochen. — Die elektrische Telegraphenverbindung welche von hier nach Berlin in ununterbrochener Thätigkeit ist, wird von Privaten, insbesondere von den norddeutschen Zeitungen stark benutzt. Sehr wünschenswerth wäre es wenn die belgische Regierung rascher Hand ans Werk legte, damit der hiesige Telegraph mit Ostende und Valenciennes in unmittelbarere Berührung träte, so daß die Londoner und Pariser Nachrichten mit Blitzesschnelle nach Deutschland gelangen könnten. Der Verkehr auf der rheinischen Eisenbahn ist ziemlich lebendig in Gütern, während die Jahreszeit für Reisende nicht lockend ist. Die Lage der ursprünglichen Actionnäre der rheinischen Eisenbahn scheint sich kaum verbessern zu können, denn die Weiterführung und Vollendung der Düsseldorfer Bahn, welche durch die beabsichtigte Zinsgarantie seitens des Staats verbürgt ist, und die sehr bald erfolgende Abschaffung aller Rheinzölle seitens Hollands, wozu die Anträge bekanntlich schon in den Generalstaaten gestellt sind, können die Aussichten der rheinischen Bahn nur verschlechtern. Durch den Wegfall der Rheinzölle wird Antwerpen nothwendig in Schatten treten, und der Güterverkehr von der belgischen und rheinischen Eisenbahn sich ablenken, während die Passagiere von und nach Norddeutschland künftighin nicht mehr den Umweg über Köln nehmen, und direct mit der Düsseldorfer Bahn gehen werden. Die Vollendung dieser Bahn ist für den Flor unserer Stadt von größter Wichtigkeit, abgesehen davon daß sie einem bisher sehr vernachlässigten und verwaisten Stadttheile neues Leben verleihen muß. Für die schwach ausgebeuteten, doch so reichen Kohlengruben unserer nächsten Umgegend werden durch Vollendung der Bahn ganz neue Ausfuhrwege eröffnet, welche unsere Grubenbezirke zu nie dagewesenem Gedeihen emporbringen müssen.

Koblenz, 22 Dec. Gestern Abend war Vorstandssitzung des hiesigen Piusvereins, in welcher das „Wählen oder Nichtwählen" zur Berathung kam. Der Vorstand entschied sich bedingt für das Wählen, und er wird sich mit dem Kölner Centralvorstand ins Benehmen setzen um ein einträchtiges Handeln für Rheinland und Westfalen anzubahnen. (D. Volkshalle.)

Berlin, 22 Dec. Im Anfang d. M. schickte die hiesige Studentenschaft eine Deputation an Hrn. Geheimenrath Professor Schelling mit der Bitte er möge lesen, wenn es ihm irgend möglich sey. Hr. Professor Schelling antwortete, nachdem er seine Freude über das Interesse der hiesigen Studirenden für Philosophie ausgesprochen hatte, er werde gleich nach Neujahr, wo die wichtigsten Vorarbeiten für die Herausgabe seiner neuesten Philosophie beendet seyen, zu lesen anfangen und dann, solange er Kraft dazu habe, den Katheder nicht mehr verlassen. Schelling hat seit sieben Jahren nicht gelesen; er ist Mitglied der Akademie der Wissenschaften und nicht an der Universität angestellt. (O.-P.-A.-Z.)

In Halle beschloß der deutsche Verein, nachdem die Frage über Wählen oder Nichtwählen in mehreren vorausgehenden Versammlungen erörtert worden war, bei den Wahlen für das Erfurter Volkshaus sich nicht zu betheiligen. In Breslau und vielen andern Städten hat die demokratische Partei dasselbe beschlossen.

Gr. Mecklenburg. **Schwerin,** 22 Dec. Der königl. dänische Kammerherr und Hofjägermeister v. Dirckingk-Holmfeld ist als Gesandter in außerordentlicher Mission beim großherzogl. Hofe beglaubigt worden.

Wie der Nordd. fr. Pr. geschrieben wird, will sich der aufgelöste engere Ausschuß im Strelitz'schen, und zwar in Neubrandenburg als engerer ritterschaftlicher Ausschuß für Strelitz constituiren, und ist dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz davon bereits Anzeige gemacht.

Schleswig-Holstein. **Kiel,** 23 Dec. Die Landesversammlung hat sich bis zum 3 Januar vertagt, nachdem zwei Tage lang in geheimer Sitzung das Kriegsbudget berathen worden ist. General Bonin und General Graf Baudissin sind nach dem Süden gereist, und es ist eine lebhafte Bewegung.

Times und Morning Chronicle vom 19 December bringen die Note des Königs von Dänemark in Erwiederung des durch den Baron v. Lilienkran ihm überbrachten „Privatschreibens der Mitglieder der Statthalterschaft." Diese Antwort lautet nach Angabe der genannten Blätter: „Se. Maj. der König ist sehr erfreut zu sehen daß seine Unterthanen, obgleich sie gefehlt und ihre Pflicht gegen ihn vergessen haben, dem Thron sich nähern mit dem Wunsche die Differenzen zu beenden die durch ihre Unbedachtsamkeit und Verblendung sich erhoben. Nichts würde Sr. Maj. dem König erfreulicher seyn als zu sehen daß Ordnung und Ruhe wiederhergestellt wäre in seinen Besitzungen, und daß seine Unterthanen befreit wären von denjenigen Uebeln die jetzt auf ihnen lasten. Allein Se. Maj. ist nicht gewillt eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern außerhalb Dänemark zu autorisiren, und Se. Maj. will mit keiner andern Macht in Friedensverhandlungen eintreten als mit derjenigen die bereits dieselben im Namen Deutschlands übernommen hat, d. h. mit Preußen. Die Angelegenheiten Schleswig-Holsteins werden im übrigen zur Verhandlung kommen bei der provisorischen deutschen Bundescommission, bei welcher Se. Maj. als Mitglied des deutschen Bundes repräsentirt seyn wird durch den Hrn. v. Bülow, der bereits in dieser Qualität nach Frankfurt — das M. Chronicle sagt „nach Dänemark" abgegangen ist."

Oesterreich. ss **Wien,** 25 Dec. Wir haben heute eine Fülle interessanter journalistischer Neuigkeiten, daß selbst der hitzige Streit des Lloyd mit der Reichszeitung davor in den Hintergrund tritt. Der Lloyd, von jeher ein heftiger Eiferer gegen das Bankprivilegium, hat ziemlichen Vortheil gegen die Reichszeitung, denn es ist sehr leicht das Monopol anzufechten, unter Umständen fast unmöglich es zu vertheidigen. Komisch ist der Streit durch die Frage geworden, ob die Bank solvent oder insolvent sey, nämlich in privatrechtlicher Bedeutung. Die Analogie paßt nicht, aber nimmt man das Gleichniß an, dann ist die Bank gewiß im materiellen Concurs, und daß der formelle noch nicht ausgebrochen verhinderte das Einschreiten des Staates, welcher den Zwangscurs decretirte wie in früheren Perioden nach verschiedenen Landesrechten der Fürst den insolventen Schuldner zu einem Moratorium privilegiren konnte. Die Reichszeitung sagt: insolvent ist derjenige dessen Passiva seine Activa übersteigen. Ei! wenn sich kein anderer Beweis fände, dann stäcke die Bank tief in der Insolvenz. Sie besitzt z. B. baar 30 Millionen und hat 250 Mill. Schulden an die Banknotenbesitzer. Dafür besitzt sie aber einen Schuldner der ihr 250 Mill. schuldig ist, nämlich den Staat. Diese 250 Mill. sind aber nur nominell 250 Mill., wie der Curs der Staatspapiere zeigt. Gesetzt also es käme zum Concurs, so würden jene 250 Mill. sub hasta an den Meistbietenden überlassen werden müssen, und sie würden wahrlich nicht höher anzubringen seyn als zum Curs der Staatspapiere. Ich will das Exempel nicht ausrechnen, denn es kommt überhaupt bei dem Streit nichts heraus. Gewiß ist der Lloyd gegen die Reichszeitung im Recht wenn er sein Veto gegen eine Dividendenvertheilung von $6^{2}/_{3}$ halbjähriger Procente einlegt, denn jene Gewinnste werden nur auf Kosten des großen Publicums gezogen. Die „Viertelszettel" nämlich, die geviertheilten ältern Banknoten, sind jetzt außerordentlich beliebt, weil sie täglich aus dem Verkehr verschwinden und doch so bequem

und unentbehrlich beim Wechseln geworden, während die kleinen 6- und 10 kr Papierchen sehr unansehnliche Leutchen sind. Außer unserer Geldfrage kommt aber heute die haute politique an die Reihe. Der Geist des alten Hamlet hat sich in Dänemark sehen lassen und verkündet bedeutsames. Die englisch-französisch-preußische Allianz oder, wie man hier mitunter die Sache nennt, das Defensivbündniß des liberalen Westens ist heute in einem Leitartikel der Reichszeitung förmlich auf die Bühne gebracht worden. Sie gibt uns sogar das Signalement des Wandelnden mit offenem Visir, grauem Bart und königlichem Auftreten; Hannover, vielleicht auch Sachsen sey Preußen zugesprochen, während England und Frankreich — doch das ist meine Vermuthung, am Mittelmeer — entschädigt würden. Ernst genug müßte die Frage werden wenn etwas der Sache zu Grunde läge; und daß dieß der Fall sey, schließen manche, weil sie es in der Reichszeitung lesen. Es wäre allerdings kindisch mit solchem gefährlichen Zündstoff in einem Leitartikel zu spielen, während möglicherweise nur eine Phantasmagorie dahinter steckt. Jedenfalls liegt noch alles unklar und fern. Klar und nahe aber für Oesterreich und Wien ist der Brief Palazky's in der Narodni Noviny, der heute das Tagsgespräch bildet. Der Champion der Tschechen agitirt gegen die Märzverfassung, wie es fast noch nie gewagt worden. Was seit dem Novemberprogramm in Kremsier von den jetzigen österreichischen Gewalthabern mit Aufbieten höchster und letzter Mittel, anfangs vorsichtiger, dann immer bestimmter und kräftiger geschaffen worden, und was jetzt dasteht, freilich noch halbvollendet, aber doch schon lebendig, das zersprengt Hr. Palazky mit einem Leitartikel in sieben Stücke. Das große Gesammtösterreich welches jetzt durch das Ministerium in Wien repräsentirt wird, wo es keine ungarische und keine siebenbürgische Staatskanzlei mehr gibt: diesen Staat verpufft Hr. Palazky in sieben getrennte nationale Reiche, denn das Central-Oesterreich ist ihm ein deutsches Oesterreich, und welcher Deputirte zu einem solchen Staate seine Zustimmung gäbe, der frevelt nach Hrn. Palazky an den höchsten Grundsätzen, ja weil er für etwas unsittliches sein Votum gibt, verpflichtet er sich zu gar nichts, denn für deutsche Oberherrlichkeit und Untergang der eigenen Nationalität stimmen ist unmoralisch, und wer sich zu etwas unmoralischem verpflichtet, verpflichtet sich nicht. Ein Grundsatz dem zu ihren Zeiten Jesuiten, Jacobiner und alle extremen Parteien gehuldigt haben, und der uns zwingt nochmals nachzusehen ob denn wirklich Hr. Palazky den Artikel der Narod. Nov. unterzeichnet, wie es sich denn abermals findet. Eine interessante Correspondenz findet sich heute in der „Ostd. Post" aus Lewa, welche sich ihrem Inhalt nach an das vorige anschließt. Es wird darin geklagt daß in Ungarn an und in den öffentlichen Aemtern die nationalen Farben und Wappen verschwinden und die österreichischen an die Stelle treten. Das ist höchst bezeichnend! Denn man sieht nicht die Insignien der Dynastie im Schwarzgelb und in dem Doppelaar, sondern das national-feindliche Deutschthum spreizt die Schwingen an den Salzämtern. Oesterreichisch werden heißt deutsch werden, denken die Ungarn so gut wie Palazky. „Ein Reichstag, sagen sie, bringt uns die deutsche Sprache als parlamentarische, unser nationalpolitisches Leben wird dadurch verdollmetscht, und es wäre ein Selbstmord wenn wir einwilligten." Morgen über alles noch ausführlicher.

Der Lloyd berichtigt seine Nachricht von der Erfindung des Locomotiv-Fabricanten Günther bezüglich der in derselben enthaltenen Ziffer von 50,000 Centnern dahin, daß nach eingezogener Erkundigung man statt 50,000 — 5000 Centner lesen müsse.

Wien, 25 Dec. Die Reduction der Armee scheint denn doch etwas ernstlicher gemeint zu seyn, als man aus der Reduction so weniger und kleiner Truppenkörper gegenüber dem Wiedereintritt des ungarischen und italienischen Contingents zu schließen geneigt war. Es tritt nämlich eine bedeutende Reduction in den Lieferungen aller Art ein. In einer außerordentlichen Sitzung des Gewerbvereins, welche Sonnabend stattfand, wiederholten die Abgesandten des „deutschen Vereins für vaterländische Arbeit" ihre Ansichten über die Möglichkeit eines gemeinsamen Wirkens. Hr. Degenkolb erörterte daß 28 Millionen Menschen, deren Consumtionsbedürfnisse viel höher sind als jene in Oesterreich, die Hand zu einer Einigung darbieten. Die kaiserliche Regierung habe das Prohibitivsystem als unzweckmäßig erkannt, und stehe im Begriff das Protectionssystem einzuführen, wodurch eine Annäherung um so leichter würde. Oesterreich sey so reich an allen Materialien daß es die Concurrenz des Zollvereins, besonders in Woll- und Seidenwaaren, in Glasproducten rc. nicht zu scheuen habe. Eine Provinz liefere das Eisen neben den Kohlenlagern zu den billigsten Preisen. Manches Einzelopfer müsse gebracht werden von beiden Seiten, aber der Gewinn im Ganzen wiege alles auf. Nicht als Preuße oder als Zollvereinsländer spreche er, sondern als Deutscher zu Deutschen, ohne die Interessen Oesterreichs zu verkennen; aber er hoffe es noch zu erleben daß die Einigung in Handel und Gewerbe nicht wie die politische Einigung in Schaum zerfließen werde. Auf die mit Beifall geschlossene Rede erwiderte Dr. Joseph Neumann daß er erst Oesterreicher und dann Deutscher sey! Bei dem Frankfurter Parlament habe er für die Einigung gestimmt trotz der voraussichtlichen bedeutenden Opfer Oesterreichs; jetzt aber stünden die Sachen anders, und Oesterreich sey verpflichtet vor allem seine eigene Industrie zu schützen. Man möge keine Mißdeutung in diese Worte legen, am wenigsten die einer Kränkung für die geehrten Gäste und deren preiswürdige Bestrebungen; allein die Sachlage erfordere das offene Bekenntniß wie Oesterreichs Industrielle denken und streben. Der Wink daß Ungarn durch deutsche Auswanderer, welche jetzt Capital, Hände und Kraft nach Amerika tragen, colonisirt werden solle, veranlasse die Bemerkung daß Oesterreich selbst seinen übervölkerten Strecken dorthin einen Abzugscanal graben müsse. Er warne vor jedem übereilten Schritt; man möge sich nicht zu einem Beschlusse drängen lassen; hingegen sey sein Antrag daß der geehrte Verein und dessen würdige Repräsentanten mit dem Ausschuß des Gewerbevereins sich in Verbindung setzen sollen. Dr. Meyer gab eine Entstehungsgeschichte des deutschen Zoll- und Steuervereins, und wies nach daß in diesem selbst auch große Differenzen herrschen. Dem Princip des Freihandelssystems anhängend müsse er doch für Oesterreich eine Ausnahmstellung beantragen. Fürst Hohenlohe antwortete daß hier gar kein Beschluß gefaßt werden könne, es sollten die Vorarbeiten geliefert werden welche den betreffenden Regierungen als Belege dienen mögen, ob und wie eine Einigung erwünscht und möglich sey. Er sey vollkommen damit einverstanden daß die Angelegenheit der Commission zugewiesen werde, und hiemit sey der Zweck ihrer Reise erreicht. Dieser Antrag wurde auch durch den Präses angenommen. Hr. Degenkolb gab noch Auskunft über die Garnspinnereien. Bei dem jetzt im Zollverein festgestellten Zolle könnten die österreichischen Spinnereien nicht bestehen; aber wenn ein Zoll nach dem Werth der Arbeit fixirt würde, von 3, 5 und 8 Thlr., so könnten die österreichischen Spinnereien nicht bloß bestehen, sondern würden die zollvereinsländischen für den Anfang überbieten. — Die von Hrn. Höfken redigirte „Austria" wird vom neuen Jahre an als Abendblatt in vergrößertem Format erscheinen.

* Die Wiener Post vom 26 und eine telegraphische Depesche vom 27 zeigt einen günstigen Börsenstand. (S. die Börsennachrichten.) Palazky's Föderativprogramm des Slaventhums, die westliche Allianz und eine unheimliche Sage daß der Verfassung eine Suspension bevorstehe, beschäftigten das Publicum, soweit dessen Aufmerksamkeit nicht durch die Christfeste in Anspruch genommen war. Das Verfassungsgerücht wird uns von unterrichteter Quelle als Tageslüge bezeichnet, während die westliche Allianz der Reichszeitung sich als das herausstellte, wofür wir sie gleich anfangs hielten: viel Irrthum und ein Körnchen Wahrheit. Die Berichte aus Konstantinopel (bis zum 14 Dec.) lauten friedlich.

Großbritannien.

London, 24 Dec. (Die Abendblätter fehlen.)

Bei der von dem sehr ehrenw. Sidney Herbert und Lord Ashley in Gang gebrachten Geldzeichnung zur Schaffung eines Auswanderungsfonds für arme Arbeiterinnen haben sich Königin Victoria und Prinz Albert mit 500 Pf. St. an die Spitze gestellt. Der Ueberschuß der weiblichen über die männliche Bevölkerung in England, und in London insbesondere, ist so groß daß wirklich nur durch Auswanderung in die Colonien zu helfen ist, wo das geschlechtliche Bevölkerungsverhältniß das gerade umgekehrte. — Der Punch stellt den Gegensatz von reich und arm — der wohl nirgend in der Welt so grell wie in dem handel- und fabrikgesegneten England — in zwei Bildern dar, deren eines pin-money, das andere needle-money unterschrieben ist. Beides heißt zu deutsch Nadelgeld, nur mit dem Unterschied: pin-money ist das für die menus plaisirs einer reichen Braut ausgeworfene Taschengeld, needle-money der armselige Taglohn den die unglückliche Näherin mit Aufopferung ihrer Gesundheit und ihres Augenlichts verdient. Beide aber sind, nach der christlichen Terminologie, „Schwestern in dem Herrn."

Lord Denman hat nun wirklich, seiner zunehmenden Gebrechlichkeit wegen (er ist im J. 1779 geboren), das von ihm so lange bekleidete Lordoberrichteramt in der Queensbench — die höchste Richterstelle des Landes, mit welcher ein Salar von 8100 Pf. St. (97,200 fl.) verbunden ist — niedergelegt, und Lord Campbell, vormals Lordkanzler von Irland und bisher Kanzler des Herzogthums Lancaster, ist zu dessen Nachfolger ernannt. Hr. Lalor Shiel, der gegenwärtige Münzmeister, wird vom Gerücht als Lord Campbells Nachfolger bezeichnet. Das wäre dann der erste katholische Cabinetsminister in England seit der Reformation, oder richtiger seit 1688.

Es ist nun gewiß daß die Eröffnung der Session am 29 Jan. erfolgen wird; aber zweifelhaft ist es ob durch die Königin persönlich, oder durch eine königliche Commission. Der so heftig ausgebrochene Kampf

zwischen der Protectionisten- und der Freihandelspartei wird dem Parlament vollauf zu thun geben, zumal da sich die irischen Angelegenheiten darein verflochten haben. Die vom Grafen Glengall entworfene Monster-Petition — welche die Times als den Ausfluß unverschämter Selbsucht einer vom Staat ohnehin mehr als billig gehätschelten Classe bezeichnet — erhält mehr und mehr Unterschriften, und auf den 17 Jan. ist eine große Generalversammlung irischer Grundherren in Dublin anberaumt. Hingegen scheinen die irländischen Pächter, welche die Grundeigenthümer zu ihren Bundesgenossen zu werben suchen, wenigstens in der Provinz Ulster, wo ein gewisses erbliches Anrecht der Pächter an Grund und Boden (tenant-right) besteht, einzusehen daß ihr Interesse mit dem der Landlords nicht ganz identisch ist. Sie haben in einem Meeting Beschlüsse in diesem Sinne gefaßt, welchen der von dem Geistlichen J. Thompson von Mogherally dabei ausgesprochene Satz zu Grunde liegt: „Es ist dieß von Seite der Grundherren ein Versuch den Pächtern Sand in die Augen zu streuen, sie mit einer Seifenblase zu täuschen und zu verlocken. Handelsfreiheit und niedriger Bodenzins verdienen allerwege den Vorzug vor Schutzzöllen und hohem Bodenzins. Die Rückkehr zum Schutzsystem kann keiner Volksclasse von Nutzen seyn."

Die Universität in der nord-irischen Stadt Belfast — eines der von Sir R. Peel geschaffenen irischen Collegien — ward am 20 Dec. feierlich eröffnet. Die in Cork und Galway sind es schon seit einiger Zeit.

Der M. Herald widerspricht der jüngsten Angabe des Konstantinopeler Correspondenten der Times daß Admiral Parker, wegen erneuter Mißverständnisse zwischen Rußland und der Türkei, seine Flotte, welche vermindert werden sollte, ganz in der Beska-Bay zurückgehalten habe. Vielmehr sind das Linienschiff „Prince Regent" von 90, und die Fregatte „Theils" von 36 Kanonen, wirklich abgesegelt, und auf dem Wege nach Lissabon, wo ersteres Schiff zu dem Geschwader unter Commodore Martin stoßen soll.

*** **London**, 22 Dec. Daß die Protectionisten-Bewegung einen sehr hohen Grad von Intensität erreicht hat, das läugnen jetzt selbst die entschiedensten Freihändler nicht mehr. Lange haben sie dieselbe ignorirt, dann verspottet, jetzt wächst sie immer heftiger heran, und nun tritt der wahre politische Standpunkt, der bis jetzt unter dem ökonomischen versteckt war, unverschleierter und greller auf. In einer Rede welche Cobden am 18 zu Leeds an seine Constituenten hielt, warf er der Aristokratie geradezu den Handschuh hin. Die glückliche Agitation der Protectionisten, wobei allenthalben der Adel den Pächtern an die Hand ging, hatte ihn sichtlich erbittert, und er sprach offen aus daß es an der Zeit sey das Erstgeburtsrecht und alle andern Ueberreste des Feudalwesens, die sonst überall abgeschafft seyen, auch in England zu vernichten, und das „ganze aristokratische System, unter dem England in den letzten 150 Jahren verwaltet worden sey, in Stücke zu reißen." Sie sehen, der Kampf wird sehr ernsthaft: was ich in meinen frühern Briefen so oft ausgesprochen, daß das Freihandelssystem sich mit dem bisherigen aristokratischen Güterbesitz nicht vertrage, das ist jetzt bis zur Evidenz hervorgetreten, und indem Hr. Cobden den Kampf auf das politische Feld versetzt, gibt er ihm eine neue und sehr gefährliche Richtung, denn der Kampf wird mit großer Erbitterung geführt werden. Die Minister sind, nachdem sie Jahre lang die Sache des Freihandels vertheidigt, außer Stand jetzt auf einmal wieder umzukehren, und einer neuen Fahne zu folgen; allen Umständen nach haben sie beschlossen an dem jetzigen Korngesetz nichts zu ändern, wenigstens selbst keine Aenderung vorzuschlagen, und den Gang der Dinge abzuwarten. Wird aber der Andrang zu groß, so werden sie das Parlament auflösen und dadurch den Protectionisten in die Hände arbeiten; dann aber wird Hr. Cobden mit all seiner Energie eine neue Reformbewegung beginnen, und Hr. Bright hat zu Manchester sich bereits dahin ausgesprochen daß das bisherige Wahlsystem geändert werden müsse. Der Geist der politischen Neuerung durchdringt allmählich auch Alt-England.— Ein anderer Gegenstand der in beschränkteren, aber darum nicht minder bedeutenden Kreisen die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist die seltsame Lage der Bank: sie hat jetzt 17 Millionen Pf. St. Gold in ihren Koffern, und 12 Millionen Pf. St. an Noten unbeschäftigt daliegen. Ein großer Theil ihres Gewinnstes liegt darin daß sie für die 14 Millionen Pf. St. welche die Regierung der Bank schuldet Noten ausgeben darf; mit diesen treibt sie ihre Discontogeschäfte. Dieser Gewinn ist jetzt so gut wie verloren, und wird demnächst völlig verloren gehen, da ihr fortwährend Gold zuströmt das sie zu dem fixen Preis annehmen und mit ihren Noten bezahlen muß. Steigt ihr Goldvorrath auf 20 Millionen, was im Laufe dieses Jahrs eben nicht unmöglich ist, so muß die Bank bedeutende Einbußen erleiden, und wird in die Regierung dringen sie aus dieser Lage zu befreien. Das ist die Frage der Goldwährung, die nicht minder heftigen wenn auch weit stilleren Kampf verursachen wird als die Frage über Protection und Freihandel. Die Regierung, durch letztere Frage schon erschüttert, scheint keine große Lust zu haben sich mit der erstern zu befassen.

Frankreich.

Paris, 25 Dec.

In der gestrigen Sitzung der gesetzgebenden Versammlung war auch der Mehraufwand für Napoleons Grabmal, der dem ehemaligen Minister Duchâtel zur Last fällt, Gegenstand einer Interpellation von Seite des Hrn. Desmousseaux de Givré, und es wurde beschlossen daß sowohl der Bericht des Hrn. d'Albert de Luynes, welcher den Anlaß zu der Polemik zwischen dem National und dem Moniteur gegeben, als der Bericht des Oberrechnungshofs der die Verwendung der 1,300,000 Fr. nachträglich gutgeheißen, gedruckt werde. Die Sache wird noch mehr von sich reden machen. Jedenfalls sind die Bauanschläge auf die leichtsinnigste Art überschritten worden, denn zuerst handelte es sich bloß um eine Verwilligung von ½ Mill., und jetzt, nach so vielen Ausgaben, werden noch 5 Mill. verlangt. Der Minister des Innern, Hr. F. Barrot, hat angezeigt daß er demnächst eine neue Vorlage über die Vollendung des Monuments machen werde, und dann hat auch Hr. Duchâtel eine Vorladung vor die Commission zu erwarten. Schon der Präsident Dupin hatte den Auftrag erhalten ihm zu schreiben, er scheint aber einem alten Freund nicht gern beschwerlich gewesen zu seyn und deßwegen den Brief unterlassen zu haben. In dieser Sitzung wurde auch der Commissionsbericht über die Erwerbung des Marstalls von St. Cloud vertheilt. Da der Ankaufspreis nach Angabe des Hrn. Bavin, Liquidators der Civilliste, nicht über 100,000 Fr. ausmacht, so ist vorgeschlagen diese Erwerbung für den Staat zu machen. — Das Journal la Réforme ist wegen eines Artikels „die französischen Exilirten vom 13 Jun. an ihre Brüder Demokraten in England" mit Beschlag belegt und zur Verantwortung gezogen. Das Charivari hat gegen das polizeigerichtliche Urtheil Recurs ergriffen.

Ein Jahr republicanischer Regierung! La Presse gibt davon folgenden chronologischen Ueberblick. 28 Dec. 1848: die Regierung bekämpft die Verminderung der Salzsteuer, welche gegen die Meinung des Finanzministers Passy beschlossen wird; 17 Jan. 1849: die Regierung schlägt vor die Angeklagten vom 15 Mai vor den Staatsgerichtshof in Bourges zu stellen; 26 Jan.: sie legt einen Gesetzentwurf gegen die Clubs vor; 28 Jan.: sie unterstützt den Rateau'schen Antrag welcher die Auflösung der verfassunggebenden Nationalversammlung bezweckt; 12 April: Expedition der französischen Republik gegen die römische Republik; 19 Mai: Abschaffung der Getränkesteuer gegen den Willen der Regierung; 29 Mai: Rückberufung des Hrn. Ferd. de Lesseps und Befehl Rom zu bombardiren; 13 Jun.: Paris und eilf benachbarte Departements in Belagerungszustand erklärt; 15 Jun.: Lyon und fünf benachbarte Departements in Belagerungsstand erklärt; 18 Jun.: Suspensiv-Verbote gegen mehrere Journale; 19 Jun.: Aufhebung des verfassungsmäßigen Vereinsrechts auf ein Jahr; 11 Jul.: Auflösung mehrerer Legionen der Pariser Nationalgarde; 27 Jul.: neues Gesetz gegen die Preßfreiheit; 9 Aug.: Gesetz über den Belagerungsstand welches die vollziehende Gewalt mit dem Recht des Suspensiv-Verbots gegen die Journale bewaffnet und, den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassungsurkunde zum Trotz, die Ausnahmsgerichte herstellt; 25 Aug.: Verwerfung des Antrags auf Abschaffung der Gesetze vom April 1832 und vom Mai und Junius 1848 (die Verbannung der Bourbons beider Linien), welcher von Hrn. N. Bonaparte (Jerome's Sohn) eingebracht ist und von der Regierung bekämpft wird; 29 Aug.: Aufrechthaltung des Belagerungsstands in Lyon und den fünf benachbarten Departements; 12 Nov.: Gesetzentwurf, durch welchen die Todesstrafe aus politischen Ursachen indirect hergestellt wird unter der Form der Deportation und Einsperrung in der Citadelle von Zaoudschi; Rundschreiben des Kriegsministers, das die Gendarmen als Censoren aufstellt und die Magistrate, unter denen sie stehen, ihrer Aufsicht unterwirft; 27 Nov.: Gesetz gegen die Arbeitercoalitionen zur Erhöhung oder Verminderung der Löhne; 13 Dec.: Gesetzentwurf der den Präfecten die Befugniß überträgt die Gemeindelehrer abzusetzen; 20 Dec.: Herstellung der Getränkesteuer. Sollte es möglich seyn daß man eine solche Zusammenstellung in einem Blatt liest dessen Herausgeber im Elysée, wie man sagt, den Hofmann spielt? Aber Hr. E. Girardin begnügt sich nicht mit einer nackten Sammlung der Thatsachen, er zieht als Resultat: lauter Maßregeln der Strenge und keine Reform, Fehler und keine Verbesserung, Ausgaben und keine Ersparniß, Worte und keine That. Ein Jahr das mit 1675 Mill. bereits beschlossener Creditbewilligungen und mit einem Deficit von 290 Mill. Fr. bezahlt wird.

Indem das J. des Débats die Einsetzung der Interims-Commission in Frankfurt anzeigt, sucht es sein Publicum wieder einmal über die deutsche Frage zu belehren, wenn es nicht gar den Dünkel hat Deutschland über sich selbst aufklären zu wollen. Was erfahren wir nun aus dem vier Spalten langen Artikel neues? Daß das Deutschland von 1848 mit seiner verfassunggebenden Reichsversammlung bloß ein Product der

Phantasie war, halb mittelalterliche, halb neu revolutionäre Nachahmung, daß aus dieser ganzen deutschen Zänkerei (bagarre allemande) ein einziger wahrhaft ausgezeichneter Mann hervorgegangen ist, H. v. Gagern, daß es nur ein wirkliches positives Element in Deutschland gibt, den Particularismus, und daß wo die deutsche Einheit Körper und Gestalt annehmen will, es nur ein maskirter Particularismus sey der unter dem Deckmantel der Einheit seine Selbstvergrößerung suche. Darin findet das J. des Débats den Erklärungsgrund warum Preußen mit Oesterreich einerseits sich verständigt um die deutschen Völker der quasi-absolutistischen Suprematie der Interimscommission zu unterordnen, andererseits sich entzweit um die Ehre zu haben die deutschen Völker mit einem Parlament zu beschenken. Was könnte Frankreich gegen ein deutsches Parlament haben? Wie oft hat es sich nicht als Beschützer der constitutionellen Freiheit, der Entwicklungen des Repräsentativsystems gegenüber dem Absolutismus in die Brust geworfen? Dieses Patronat hat es nun freilich eingebüßt, seitdem zwei der östlichen Mächte selbst die constitutionelle Fahne aufgepflanzt haben, aber man lebt gerne von der Erinnerung. Das J. des Débats kann daher nicht wohl direct gegen ein deutsches Parlament seyn, nicht einmal weil es den Vortheil Preußens dabei heraussieht, man solle das ja nicht denken, es versichert vielmehr daß ihm eine Vergrößerung Preußens vielleicht gelegen und beinahe rechtmäßig scheinen könnte, aber es fürchtet die Verminderung des Einflusses der kleinen Staaten die in seinen Augen „integrirende und nothwendige Theile der europäischen Ordnung" sind, und deßwegen stellt es sich auf die Seite des Wiener Cabinets als des Vertheidigers der kleinen Staaten, wenn es schon in dessen Noten wenig Geschmack für das parlamentarische System zu erkennen glaubt. Ueber die Geringschätzung mit welcher das J. des Débats die großen deutschen Nationalfragen abzufertigen pflegt, kann man sich in Deutschland darum leicht trösten, weil unwillkürlich zugleich eine Besorgniß sich verräth die eine Sache nicht erwecken könnte die man als lauter Phantasterei zu betrachten hätte. Es warnt selbst die Augen nicht zu verschließen vor dem was jenseits des Rheins vorgehe, denn es könnte für Frankreich eine große und unangenehme Ueberraschung geben. Wenn ein solcher Fall möglich ist, so kann das deutsche Volk doch nicht so ganz die träge Masse seyn, wie das J. des Débats meint, über der nur noch der Hauch der demagogischen Propaganda, wie der Geist des Sturms über todten Wassern, schwebt.

○ **Paris,** 24 Dec. Sie wissen daß seit einiger Zeit vielfach die Rede von der Absicht des Hrn. v. Lamartine war sich in der Türkei niederzulassen, wo, wie man sich erzählte, ihm die Regierung eine bedeutende Strecke Landes unentgeltlich abgetreten habe. Die Gerüchte gewannen an Consistenz als man den ehemaligen Maire von Macon und persönlichen Freund des Hrn. v. Lamartine, Hrn. Rolland, nach dem Orient abreisen sah, beauftragt, wie es hieß, die Angelegenheit zu einem definitiven Abschluß zu bringen. Ein Departementalblatt, die Bourgogne, will aus dem Munde zweier Personen, welche den Hrn. Rolland begleitet hatten, folgendes nähere über die neuen Besitzungen des berühmten Poeten erfahren haben. Die dem Hrn. v. Lamartine überwiesenen Ländereien sind in der Nähe von Smyrna gelegen. Sie haben ungefähr 18 Meilen an Umfang, und schließen fünf Dörfer ein, deren Bewohner gegen einen unbedeutenden Zins die Nutznießung des Bodens haben. Das Land ist von einer außerordentlichen Fruchtbarkeit und zu jeder Art von Bepflanzung geeignet. Das Schloß, denn es gibt auch ein Schloß, viel comfortabler als es in der Regel die türkischen Landsitze sind, liegt in der Mitte dieses kleinen Königreichs, und beherrscht einen fischreichen See von einer halben Meile Durchmesser. Nach der Aussage der beiden Reisenden ist dieser Ort der entzückendste Aufenthalt den die Einbildungskraft eines Dichters träumen kann. Unglücklicherweise hat jede Münze ihre Kehrseite. Um Ländereien von so bedeutendem Umfange anzubauen muß man, wie fruchtbar auch immer der Boden seyn mag, Geld haben, freilich nicht viel, aber doch etwas, und in unsern Zeiten, unter der guten Republik, zu deren Gründung der Sänger der „Girondisten" so gewaltig beigetragen hat, sind 300,000 Fr. schwerer zu finden als drei Millionen unter den verwünschten Monarchien. Hier verschwindet die Poesie und die Schwierigkeiten des Privatlebens beginnen. Es scheint indessen daß Genfer Bankiers, sich von dieser Speculation glänzende Vortheile versprechend, Anerbietungen gemacht haben, und daß man um das Geldgeschäft abzuschließen, nur die Ankunft der Papiere abwarte welche die Rechte des neuen Eigenthümers unangreifbar machen. In diesem Falle würde Hr. v. Lamartine im nächsten Frühjahr nach dem Orient reisen, um von seinen ausgedehnten Domänen Besitz zu ergreifen und die Einrichtung seiner neuen Colonie zu leiten. Die Araber, unter denen der Name Lamartine's seinen ganzen Zauber bewahrt hat, bitten in Masse um die Erlaubniß unter seinen Befehlen arbeiten zu dürfen, und die Bewohner des Landes bereiten ihm, sagt man, einen der sprüchwörtlichen Gastfreundschaft des Orients würdigen Empfang. In Erwartung der Dinge die da kommen sollen, fügt die Bourgogne hinzu, führt Hr. v. Lamartine ein einsames und trauriges Leben in seinem Schlosse zu Macon. Die Pforten dieser Wohnung, früher von einer zahllosen Menge von Besuchern umlagert, öffnen sich nur noch einigen Verwandten und Freunden, welche dem Cultus des Unglücks und des Genies getreu geblieben sind, und der Herr des Hauses sucht inmitten einer Familie die ihn anbetet, die Leiden der Krankheit, die Sorgen um ein zerrüttetes Vermögen und die Entzauberungen des politischen Lebens zu vergessen.

Italien.

⌐ **Rom,** 21 Dec. Obgleich die guten Nachrichten über des heiligen Vaters baldige Rückkehr und den Abschluß eines Anlehens von 40 Millionen Franken zur Tilgung des Papiergelds noch immer im Publicum als sehr wahrscheinlich angenommen sind, so tauchen doch manche Zweifel darüber auf, da man seit 6 Tagen vergebens auf eine officielle Bestätigung, oder doch wenigstens auf bestimmtere Erläuterungen wartet. Was am glaubwürdigsten scheint ist daß zur Verwirklichung beider Nachrichten Bedingungen gestellt sind deren Bestätigung noch erwartet wird. So soll der Papst die Verminderung des jetzigen Occupationscorps auf 6000 Mann gefordert haben, dazu aber die Versicherung daß diese zu seinem persönlichen Schutze vier Jahre in Rom bleiben würden. Die französische Regierung wünscht allerdings sobald als möglich einen namhaften Theil ihrer hier stehenden Truppen zurückzuziehen, es ist aber die Frage ob sie es jetzt schon für rathsam halten mag die Zahl bis auf 6000 herabzusetzen. Der General Baraguay d'Hilliers scheint der Meinung zu seyn 10,000 Mann zwischen Civitavecchia und Rom konnten den Erfordernissen des Dienstes und der Sicherheit genugsam entsprechen. 4000 Mann sind in den Anstalten ihrer nahen Abreise, die morgen oder übermorgen erfolgen soll, begriffen. Es sind zwei Infanterieregimenter, das 20ste welches von Civitavecchia direct nach Algier segeln wird; das 66ste, welches von allen am meisten von Fiebern und andern Krankheiten gelitten hat; drei Compagnien vom Geniecorps und eine Batterie. Diese letztern gehen nach Frankreich zurück. Was das Anlehen betrifft, so sollen die in Neapel festgesetzten Bedingungen nach Paris zur Bestätigung geschickt seyn. Soviel man hier davon zu wissen glaubt, wäre das Anlehen zu 84 Proc., und geistliche Güter würden als Garantie gegeben. Manche wollen an diesem letzten Umstande zweifeln, aber ich wüßte nicht welch andere Garantie die päpstliche Regierung den Darleihern anbieten könnte. Große Aufregung verursacht im hiesigen Handel, und überhaupt im Publicum der fast gewisse Fall der römischen Bank. Diese wurde zur Zeit Gregors XVI gebildet, und außer Bankiers betheiligten sich dabei mehrere der reichsten römischen Fürsten, als Borghese, Rospigliosi u. a. m. Das Capital der Bank war 600,000 römische Scudi, auf liegende Güter und Consolidati oder Staatspapiere garantirt, von welcher Summe, in Banknoten unter den Handel vertheilt, ein Drittel, also 200,000 Scudi, immer sollte baar in den Cassen liegen. Schon im Jahr 1848, bei den Finanzverlegenheiten Pius IX, ließ sich die Regierung das baare Geld von der Bank als Anlehen geben, und gab den Banknoten einen gezwungenen Curs, wodurch die Bank der Verpflichtung enthoben ward die Banknoten baar bei Präsentirung zu wechseln. Als die Republik kam und die Geldverlegenheiten größer als je geworden, wurde die Bank aufgefordert der republicanischen Regierung ein Anlehen von nicht weniger als 900,000 Scudi zu machen. Es war nicht leicht der Republik ein "Nein" zu antworten, die Bank suchte also die vortheilhaftesten Bedingungen zu erhalten, deren man ihr auch nicht karg ward; der Handel wurde geschlossen und die Banknoten wurden dem übrigen Papiergelt gleichgestellt und als Staatsgeld betrachtet, bis zum Sturz der Republik und der Ankunft der vom Papst eingesetzten Regierungscommission. Natürlicherweise wurde bei dieser sogleich eingekommen um die Anerkennung des der Republik gezwungenerweise gemachten Anlehens zu erhalten. Die Regierungscommission zeigte sich geneigt, nahm die Banknoten von der Maßregel der Herabsetzung von 35 Proc. des republicanischen Papiergelds aus und erneuerte den gezwungenen Curs bis zum 31 Dec. 1849; da aber die Cassen leer waren und die Commission folglich keinen Bajocco hatte, so ließ sie sich von der Bank 300,000 Scudi vorschießen, welche diese auch willfährig, in Hoffnung der fast gewissen, versprochenen Anerkennung des republicanischen Anlehens, auszahlte. Nun aber, da das Ende des Jahrs anrückte, mußte ein Entschluß gefaßt werden. Die Regierungscommission erklärte das gedachte Anlehen nicht anerkennen zu wollen, und verlangte wenigstens eine Herabsetzung wie in den republicanischen Scheinen; die Bank wollte sich dazu nicht verstehen, und erklärte dagegen daß wenn dieses geschähe, sie ihre Zahlungen unterlassen und falliren müßte. Kurz man konnte sich nicht einigen, und die Regierung erließ, da das Gerücht der vorhandenen Zwistigkeiten große Unruhe im Publicum verursacht hatte, den 16 eine Notification, in welcher sie erklärt die Bankscheine

zu ihrem vollen Werth durch Staatsscheine ersetzen zu wollen, sich vorbehaltend auf die Bank ihren Recurs zu nehmen, da sie in keinem Fall sich verpflichtet glaube die Schulden der Republik zu bezahlen. Es wurde eine Commission zur Liquidation und Untersuchung des Zustandes der Bank sowohl als zur Wiedereinziehung der im Umlauf befindlichen Bankscheine und zur Wahrung der Interessen der Regierung ernennt, und der Fall der Bank wird als so gewiß betrachtet daß in derselben Notification der letzte Artikel binnen kurzer Frist die Errichtung einer neuen Creditanstalt zu bilden verspricht.

Türkei.

Dem J. des Débats wird folgendes aus **Konstantinopel** vom 5 Dec. geschrieben: *) „Das Journal de Constantinople meldet daß die Gesandten Rußlands und Oesterreichs sich in der vorigen Woche zur Pforte begeben und dort eine Conferenz mit dem Großwessir gehabt haben. Man könnte daraus den Schluß ziehen die beiden Gesandten hätten ihre Beziehungen wieder angeknüpft; dieß ist jedoch nicht der Fall. Die Frage ist um keinen Schritt weiter gerückt, sondern der Status quo dauert noch immer fort. Allerdings kommen die Hindernisse nur von Rußland; wir müssen uns jedoch erinnern daß Oesterreich erklärt hat es werde nicht eher wieder in diplomatischen Verkehr mit der Türkei treten als bis Rußland dieß thue. Mittlerweile beschäftigt man sich damit die Internirung der von Oesterreich reclamirten Flüchtlinge zu regeln und, wie es scheint, hat man beschlossen sie nach Kionia zu schicken. Drei- oder vierhundert Italiener sind nach den Dardanellen geschickt worden, wo sie sich im größten Elend befinden. Ungefähr 300 Flüchtlinge aller Nationen befinden sich noch von allen Mitteln entblößt in Konstantinopel. Eine Subscription ist von einem englisch-französischen Comité eröffnet worden, um den dringenden Bedürfnissen dieser Unglücklichen abzuhelfen, und denen welche die Türkei zu verlassen wünschen die Mittel dazu an die Hand zu geben. Man sagt daß alle hohen Beamten der Pforte, sowie der Sultan selbst, Theil an der Subscription nehmen werden. Erst in 14 Tagen erwartet man die Antwort des Cabinets von Petersburg auf die Note der Pforte hinsichtlich der polnischen Flüchtlinge. Bis dahin müssen wir uns auf Vermuthungen über die Aufnahme die sie finden wird, beschränken. Rußland hat noch immer 40,000 Mann in den Donau-Fürstenthümern. Die Magazine sind unberührt und die Verproviantirungen für den Winter dauern fort. Kein Gegenbefehl ist bis jetzt gegeben worden. Man spricht sogar mit Bestimmtheit von der Bildung eines Reservecorps in Bessarabien. Die Pforte im Gegentheil hat ihr Occupationscorps auf 10,000 Mann reducirt. In Beziehung hierauf hat Hr. v. Titoff in diesen Tagen eine Depesche aus Petersburg überbracht, in welcher Hr. v. Nesselrode sein Erstaunen darüber ausspricht daß die Pforte diese Reduction vorgenommen habe zu einer Zeit wo die Ruhe noch nicht hinlänglich gesichert scheine, und wo die Stimmung der Gemüther, vor allem aber die Gegenwart der ungarischen Flüchtlinge an der Gränze jeden Augenblick Unruhen hervorrufen könne. Rußland sey weit davon entfernt die Sicherheit der Pforte zu theilen, und vor Wiederanknüpfung der Beziehungen mit dem Divan werde es keinen einzigen Mann aus den Fürstenthümern zurückziehen. Diese Mittheilung hat im Divan und unter den Diplomaten einige Besorgniß erregt. Es ist dieß dem Vertrage von Balta-Liman zuwider. Denn Rußland behält sich vor die Fürstenthümer nur zu räumen wenn es ihm gefällt, da es von ihm abhängt den gegenwärtigen Zustand des abgebrochenen diplomatischen Verkehrs zu verlängern. Vielleicht hofft Rußland auf diese Weise den Widerstand der Pforte zu besiegen und sie zur Nachgiebigkeit hinsichtlich aller Punkte zu zwingen, indem es dabei auf ihren Wunsch rechnet sich schnell von diesem Occupationsheere zu befreien, das wie das Schwert des Damokles über dem Haupte des Divan schwebt.

Ein Reisender schreibt über das der ungarischen Emigration angewiesene Exil: Schumla liegt in Bulgarien, in dem Winkel eines Thales, welches von zwei Reihen niederer Berge gebildet wird, an deren Seite sich amphitheaterartig Gärten und Pflanzungen bis zu den Gipfeln ziehen, welche die Stadt überragen und die reizendste Fernsicht gewähren. Ungefähr zehn Meilen von der Donau, vierzig von Konstantinopel entfernt, ist Schumla der Schlüssel des Gebirgs, welches die Ebenen Bulgariens gegen Rumelien begränzt, eine große und volkreiche Stadt mit beiläufig 60,000 Einwohnern. Sie besteht aus zwei Abtheilungen: der türkischen und der christlich-bulgarischen. Die erstere bildet den obern Theil der Stadt und zählt viele Moscheen, deren Dome und Minarets mit glänzenden Zinnplatten bedeckt sind, so daß man beim Sonnenschein die Stadt kaum ansehen kann. Abgesondert von diesem obern Theil der Stadt ist der untere, „Warisch" genannt — von weit kleinerem Umfange. In diesem sind ungefähr 300 Häuser, die von Juden, Griechen und Armeniern bewohnt werden. Jede dieser drei Nationen hat ein besonderes Gebäude zur Kirche. Als militärischer Punkt ist Schumla für das türkische Reich von höchster Wichtigkeit. Seine Festungswerke bestehen aus Erdbollwerken, die stellenweise durch starke Wartthürme flankirt sind, und dehnen sich drei englische Meilen in die Länge, eine in die Breite über einen sehr durchschnittenen Boden aus. Den Russen ist aus den Türkenkriegen Schumla's Trotz noch immer lebhaft im Gedächtnisse. Die christlichen Einwohner Schumla's leben einfach, sind freundlich, wohlwollend, und bilden dadurch einen Gegensatz zu den brutalen Türken, unter die sie gemischt sind. In den Straßen begegnet man häufig Gruppen von beiden immer streng getrennt, obwohl mit denselben Verrichtungen beschäftigt. Die Türken sind an Turban, Säbel, Pistolen und Yataghans zu erkennen, noch mehr an dem wilden Ausdruck, dem herrischen Wesen und der sorglosen Art von Verachtung die mit Widerwillen erfüllt. Nie gehen sie einem Christen aus dem Wege. Die Bulgaren tragen Mützen von Schaffellen, Jacken von ungefärbtem Tuch, weiße Tuchstrümpfe und Sandalen, aber nie Waffen. Weder Türken noch Bulgaren sympathisiren mit den Emigranten; nur den Polen ist es gelungen der Sprachähnlichkeit wegen einige Bulgarenstämme für sich zu gewinnen. Dem christlichen Theil der Emigration wurde der Grottenberg zum Aufenthalt angewiesen, während die Renegaten sich in Ibrahims Straza befinden. Kossuth erließ bei seiner Ankunft in Schumla ein Dankschreiben an die Türken, in welchem er denselben in gewohnter Weise für die wirksame Hülfe dankt welche sie seinen Landsleuten angedeihen ließen. Dessenungeachtet ist es gewiß daß es für einen christlichen Emigranten gewagt wäre sich dem Hause eines Türken zu nähern um von demselben etwas zu erlangen. Eine kleine Handpresse, welche Kossuth zur Erzeugung von Proclamationen mit sich führte, ließ der Kadi von Schumla mit Beschlag belegen. Der Verkehr mit der Emigration ist in jeder Beziehung sehr erschwert. Kossuth erschien in der Stadt ein einzigesmal und wurde von der Bevölkerung theilnahmlos empfangen. Er trägt ungarisches Nationalcostüm von schwarzer Farbe. Die Garnison Schumla's ist seit der Anwesenheit der Emigration bedeutend verstärkt worden. (Lloyd.)

Wien, 25 Dec. Unsere orientalische Post reicht bis zum 14 Dec. Der „Impartial de Smyrne" läßt sich aus Konstantinopel schreiben: Die Frage der ungarischen Flüchtlinge kann nun im Princip als vollständig gelöst betrachtet werden, und wird keine irgendwie ernstliche Schwierigkeit bereiten. Es sind noch einige sehr wesentliche Nebenpunkte festzustellen, die aber nicht lange darauf harren dürften. Die in Konstantinopel concentrirten Truppen sind zahlreich, da die Casernen für ihre Aufnahme nicht genügten, mußte man Khans und besondere Häuser für sie miethen. Am 8 Dec. präsidirte der Sultan einem geheimen Rath, dem sämmtliche Minister beiwohnten. Man kennt nicht die Motive dieser außerordentlichen Sitzung. Einige Tage nachher langte ein von der Pforte abgesandter Officier beim englischen Admiral Sir William Parker in der Besikabay an um ihn zu „becomplimentiren," wie sich das Journal ausdrückt. Der Sultan hat aus seinem Privatschatze 30,000 Piaster zur Unterstützung der vielen meist mittellosen Fremden angewiesen die sich jetzt in Konstantinopel befinden. Die HH. Stürmer und Titoff sollen, demselben Journal zufolge, seit dem 17 September, wo die diplomatischen Beziehungen zur Pforte abgebrochen wurden, gar keine Conferenz mit dem Großwessier gehabt haben, wo auch die gemachte Mittheilung als hätten der österreichische und der russische Botschafter mit dem Großvezier conferirt, zu berichtigen ist. In der großherrlichen Buchdruckerei wird soeben ein türkisch-griechisches Wörterbuch zur Ausgabe vorbereitet. Aus Aegypten langen die befriedigendsten Nachrichten ein; das Land ist vollkommen ruhig; Abbas Pascha hat eine Reise nach Ober-Aegypten angetreten. Die englische und französische Flotte behaupten noch immer ihre frühern Standpunkte; während von einer Seite als gewiß erklärt wird daß die englische bereits den Befehl erhalten hätte nach Malta zurückzusegeln, will man von anderer Seite wissen, sie werde in der Levante überwintern. (Lloyd.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

* **New-York,** 28 Nov. *) Der bevorstehende Congreß, die Botschaft des Präsidenten, die Verlegenheiten des auswärts fast überall in kleinliche Zänkereien gerathenen Staatssecretärs, ein finanzielles Deficit und die noch immer als wahres Hauskreuz sich zeigende Sklavenfrage sind gegenwärtig die hauptsächlichsten Gegenstände unserer Aufmerksamkeit. Der Präsident hält seine Botschaft so geheim, daß selbst die indiscretesten Zeitblätter nichts weiter als Vermuthungen über deren Inhalt bringen; sie wird hoffentlich besonnen und würdig seyn, wie alles was unsere auswärtige Politik sonst durchgängig auf eine kleinliche Weise

*) Unsere gestrigen Nachrichten über Triest reichten bereits bis zum 15. Die Landpost, welche schon seit 5 bis 6 Tagen hier seyn sollte, fehlt uns bis zur Stunde.

*) Wir verweisen auf den vier Tage neueren Brief in der Zeitung vom 25 Dec.

unser Zacharias thut, und zwar mit Ueberlegung thut. Hr. Clayton durfte sich dagegen in seinen Berichten verschiedene Blößen geben, da er aufgefaßt und gehandhabt hat. In dem Streite mit Poussin hat letzterer in seinem von Rufus Griswold unter der Pseudonyme „Ludwig" übersetzten Artikel des Journal of Commerce von New-York, die Schwächen Claytons ganz deutlich und mit unerbittlicher Consequenz aufgedeckt; in dem Verfahren gegen das deutsche Kriegsdampfschiff United States (jetzt „Hansa") hat v. Rönne ihn mit gewohnter Meisterschaft in die Enge getrieben und wird er durch die Modalität der von ihm verlangten und angenommenen Bonds in bittere Verlegenheit kommen. Diese von dem Hause Faber und Bierwirth für 600,000 Pf. ausgestellten Bonds konnten gesetzlich weder verlangt noch in dem ausgestellten Maaß angenommen werden, da nur die Eigner verdächtiger Kriegsschiffe solche Bonds zeichnen können, die genannten Zeichner aber nichts weniger als die Eigner des Schiffes sind, vielmehr in den betreffenden Bonds selbst sagen daß dasselbe der deutschen Centralgewalt zugehöre. Die verlangten und ausgestellten Bonds können nun verfassungsmäßig nur durch Congreßbeschluß zurückgegeben oder vernichtet werden; es muß mithin das ganze Verfahren der Kenntnißnahme des Congresses unterliegen, was sicherlich dem Hrn. Clayton keine Schmeicheleien in Aussicht stellt. Mit dem schwedischen Ministerium des Auswärtigen ist der letztere auch in Schwierigkeiten gerathen, da er sich unseres Geschäftsträgers Ellsworth in der leider nur zu bekannt gewordenen Schmuggelangelegenheit auf ungeschickte Weise angenommen hat. Man ist allgemein darauf gespannt wie diese vielen nutzlosen Zänkereien dem Volke werden officiell genießbar gemacht werden. Von England erwarten wir den neuen Geschäftsträger Bulwer in wenig Tagen und haben in den letzten Nachrichten aus Europa bereits Vermuthungen über dessen Instructionen gelesen, die aber freilich durchaus müßig sind. Was auf unserm Continent vorgeht, kann England in der Regel nur verderben, nicht aber ändern. So wird es Canada nicht halten können, so wenig uns auch an dessen Anschluß und zwar gerade jetzt wo das Gleichgewicht der Staaten in der Sklavenfrage von so hoher Bedeutung ist, gelegen seyn kann. Zwar hat sich der Großmeister der Orangemen in einem Manifeste gegen Annexation und für das Fortbestehen einer monarchischen Herrschaft (ob gerade der englischen?) ausgesprochen, allein dieß ist im Verhältniß zu den anglo-sächsischen Suprematieregungen von wenig Belang. Zudem fangen am Obern und Huron-See die Indianer an in offene Gewaltthätigkeiten gegen die canadische Bergwerkspolitik auszubrechen, welche in ihrem Bestreben dem ohnehin ganz unhaltbaren System unserer Bergwerks-Verkäufe und Verpachtungen zu schaden, es ganz übersah die Indianer für das von ihnen abgetretene Land zu entschädigen. Wir nehmen allerdings am Obern See 5 Doll. für ein Lot und verlangen Baarzahlung, Canada dagegen gibt ein Lot für 60 Cents und gestattet fünfjährige Zahlungsfristen. Dadurch haben sie in Canada in 64 Locationen eine Masse Ländereien vergeben, die sie den Indianern wegnahmen ohne dieselben zu entschädigen. Die Indianer haben sich deßhalb kürzlich aufgemacht und sind zunächst gegen die Quebec-Mining-Company bei Point la Maine zu Felde gezogen, über deren Schicksal wir noch keine Kunde haben. Was die Indianer gegen das Bergwerksregal, die Angloſachsen gegen die Franzosen haben, das haben die Halbblutigen gegen die Hudsonsbay-Company, und die Uebersiedelungen der vormals Selkirk'schen Red-River-Colonisten nach Pembina und Saint-Pauls sind schon lange Gegenstand des Aergers für die gedachte Compagnie, sowie des nicht geringen Vortheils für unser neues Territorium Minnesota gewesen. Auf diese Weise haben wir von den vielfachen Anlässen zu Mißvergnügen in Canada nur Gewinn und brauchen das Land selbst weniger, am allerwenigsten wenn wir es etwa gar titulo oneroso erwerben sollten, wogegen unser Süden gar sehr protestiren würde. Nächst Canada tritt uns England in der artigen Verkleidung der Muskitomajestät entgegen; allein auch da wird es das Interesse des Welthandels nicht hindern können, und nur die mit Dampfesschnelle um sich greifende Thätigkeit unseres Abgesandten nach Centralamerika Squier dürfte uns in einige formelle Verlegenheiten bringen können. Squier nämlich, ein im Westen gekräftigter ächter Yankee, ist ganz der Mann uns binnen 12 Monaten alle ehemals zum Staatenbunde von Centralamerika gehörigen Staaten in die Arme zu jagen. Mit dem Oelzweig unseres Goahead-Systems und dem Schilde der Monroe'schen Politik von 1823 (die übrigens schon von 1783 datirt) gerüstet, erobert er, wie einst die Mönche Vera Paz, ohne Schwertschlag Nicaragua, Honduras und, wenn es nöthig seyn sollte, Costa Rica und Guatemala. So hat er sich die Insel Tigre im Golfe von Fonseca von Honduras zeitweilig abtreten lassen, hinsichtlich deren sofort bei Beginn unserer Südsee-Dampfschifffahrt die Sicherung als Anhaltspunkt gewünscht wurde. Er hat dieß auf Grund des inmittelst einberichteten Vertrags mit Honduras durch Circular vom 28 Sept. d. J. bekannt gemacht, und dadurch unsere Fortschrittsmänner nicht wenig erfreut. Clayton kann diesem diplomatischen Marschall Vorwärts nur durch Zurückberufung steuern, der Congreß wird aber die abgeschlossenen Verträge doch genehmigen, denn das Squier'sche Fortschrittssystem ist erschrecklich populär. „Unser ist der Continent" und „je eher je besser" ist die Losung welche die Mehrzahl von uns leitet, und Squier ist ganz der Mann dieses Panier zu führen. Ein Einreden Englands werden wir aber um so weniger beachten, als wir unsere Fortschritte immer nur unter dem Banner der Civilisation ausführen. So eben (28 früh) trifft übrigens die Nachricht ein daß die Mannschaft der an der Muskitoküste gescheiterten amerikanischen Brigg M. C. Draper um von den Indianern geraubte Gegenstände zurückzufordern, den Grinzipalk-Fluß selbst hinauf bis Quamwatla gegangen sey und diese Indianerstadt verbrannt habe. Es wird darüber ein lebhafter Notenwechsel entstehen, da aber Squier wie ein Funken am Pulverfaß noch in Centralamerika ist, so sind englische Handstreiche gewiß nicht zu befürchten. Spanien scheint mit dem Abtreten Cuba's sich auch näher befreunden zu wollen, und die dahin abgesendeten Commission von sechs soll, wie verlautet, Vollmacht haben etwa anzuempfehlende Einleitungen zu treffen. Der Ankauf Cuba's wäre gewiß eine der populärsten Maßregeln unseres Cabinets, da er einem Bedürfniß der Union entspricht und nebenbei dem Süden mehr als erwünscht ist. Der Süden aber, dem die Barnburner Bewegung des Nordens gar arg mitgespielt hat, wird, wie schon die dermalige gesetzgebende Versammlung Kentucky's zeigt, seine Lebensfrage — die Sklaverei — allen andern Rücksichten voraussetzen. Einen Vorgeschmack hiervon haben wir bereits in dem Schriftenwechsel gehabt welcher unter dem 10 und 13 Nov. zwischen Foote von Mississippi und Clingman von Nordcarolina zu Washington stattgefunden hat, und welcher klar beweist daß sich Demokraten und Whigs des Südens einigen werden, sobald es gilt dem Abolitionismus und Barnburnerismus entgegenzuarbeiten. Mangum, auch einer der hauptsächlichsten Whigleiter, ist Clingman's Ansichten allenthalben beigetreten, und so hätten wir in Clingmans Briefe das Manifest der Whigpartei des Südens, von welchem dieselbe nicht abweichen wird. Die uns verkündete kleine Finanzdifferenz wird im allgemeinen ohne Bedeutung seyn. Durch unsere neuen Territorien, ja schon durch unsere zum dritten Theil ausgebeuteten neuen Staaten sind wir reich genug ein paar Millionen jährlich übersehen zu können, und zudem bringt uns jedes Jahr einen solchen Zufluß an Arbeitskräften und Geld daß wir selbst Californiens Gold nicht brauchen um ganz gemächlich auszukommen. Man könnte sogar sagen daß etwas Deficit gut ist, da es uns im Verwenden der uns zu Gebote stehenden Mittel vorsichtiger macht und die öffentliche Aufmerksamkeit auf unsern Finanzhaushalt richtet. Von einem Zurückgehen auf einen Schutztarif dürfte übrigens kaum die Rede seyn, da der Süden einem solchen Tarif unbedingt entgegen ist, und die Berücksichtigung der Wünsche des Südens beim bevorstehenden Congreß dem Interesse Pennsylvaniens wohl vorausgesetzt werden dürfte. Eine interessante Episode unserer Cabinetsthätigkeit in Bezug auf Deutschland ist die vielfach besprochene Erhöhung des Ranges der gegenseitigen diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten und Oesterreichs, und die Absendung des Obersten Watson Webb vom New-Yorker Courier und Enquirer nach Wien. Diese Erhöhung ist durchaus unpopulär, zumal da Preußen hinsichtlich einer solchen wieder zurückgegangen ist. Hr. v. Rönne kam als Gesandter zweiter Classe heraus, legitimirte sich aber gar nicht sondern trat als deutscher Abgesandter auf. Hr. v. Gerolt wird nun wieder nur als Geschäftsträger herauskommen, wie man sagt zugleich auch auf Wunsch Clayton's, der freilich die diplomatischen Zügel wohl nicht lange mehr führen wird. Auch Bodisco wird, vermuthlich mit neuen, bestimmten Instructionen wegen der Westküste bald wieder kommen, und seine Stellung dürfte in kurzer Zeit wichtiger werden als die aller andern europäischen Gesandten.

Handels- und Börsennachrichten.

♀ **Wien,** 26 Dec. Im Börsenkaffeehause herrschte heute, auf weitere Kauferdres aus Amsterdam, für 5proc. Metalliques lebhaftere Nachfrage und gingen dieselben auf $95\frac{3}{8}$–$\frac{1}{2}$, schlossen jedoch später wieder $95\frac{3}{16}$–$\frac{1}{8}$. Im neuen Anlehen und Eisenbahnactien wenig Umsatz und blieben Curse in denselben etwas matter. Die $4\frac{1}{2}$proc. Metall. $83\frac{3}{8}$–$\frac{1}{2}$, Nordbahnactien $109\frac{5}{8}$–$\frac{7}{8}$, Pesther $87\frac{5}{8}$–$\frac{3}{4}$ und Mailänder $83\frac{1}{2}$–$\frac{3}{4}$. Die Ablösungsfrage der letzteren durch den Staat ist zwar zur Stunde noch nicht entschieden; es unterliegt indeß kaum einem Zweifel daß sie in der Art und Weise wie bei den Pesther Actien stattfinden werde.

* **Wien,** 27 Dec., 4 Uhr Nachmittags. (Telegraphische Depesche aus Salzburg.) 5proc. Metall. $95\frac{3}{16}$; $4\frac{1}{2}$proc. $83\frac{1}{2}$; Bankactien 1181; Darlehen mit Verloosung vom J. 1834 $882\frac{1}{2}$, vom J. 1839 $272\frac{13}{16}$; Amsterdam 156; Augsburg $112\frac{1}{2}$ B.; Frankfurt $111\frac{1}{2}$; Genua $129\frac{1}{2}$; Hamburg 164 G.; Livorno 109; Mailand $100\frac{1}{2}$; Marseille $132\frac{1}{4}$; Paris 133 B. (Wir bitten das expedirende Telegraphenamt bei den künftigen Berichten auch um gefällige Mittheilung des Gold- und Silberagio.)

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. G. E. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Paläontologische Briefe.

III.

β Wer die endlose Mannichfaltigkeit von Pflanzen und Thieren einmal überblickt hat welche die Oberfläche der Erde allmählich belebt haben, der sieht sich nothwendig zur Frage veranlaßt ob denn irgendein erkennbares Gesetz die Ordnung ihres Auftretens geleitet habe; daher es nicht befremden kann zu sehen daß man schon mehrere solche Gesetze erkannt zu haben geglaubt und in Worten auszudrücken gesucht hat.

Zuerst ist es keinem Zweifel unterworfen daß im Anfang der Dinge die gleichzeitig mit- und nebeneinander bestehenden Wesen auf eine geringere Anzahl von Formen beschränkt gewesen sind, und an Mannichfaltigkeit nur allmählich zugenommen haben. Es gab im Anfang nicht so viele Classen und Ordnungen von Pflanzen und Thieren als deren später nach und nach auftraten und jetzt existiren. Neue sind überall zu den alten gekommen, verschwunden aber nur Abtheilungen von untergeordnetem Range, als Familien, Geschlechter und dergl., und weitaus nicht in der Anzahl wie jene. Verschwunden sind allmählich fast alle Arten welche nach und nach bis zur jetzigen Schöpfung existirt haben; aber nie haben wohl vor dieser so viele Arten im ganzen gleichzeitig bestanden als jetzt. Denn haben auch viele Sippen und Familien einst ebenso viele und manche selbst mehr Arten als jetzt enthalten, so waren doch die Sippen und Familien weniger zahlreich um Arten darzubieten. Der Reichthum, die Mannichfaltigkeit der Formen hat mithin von Anfang her stetig zugenommen. Zellenpflanzen, kryptogamische Gefäßpflanzen, Palmen und Nadelhölzer, Infusorien, Strahlenthiere, Weichthiere und Kerbthiere sowie auch einige Fische sind die ersten Bewohner der Erdoberfläche gewesen; während alle fruchtsamigen Gefäßpflanzen mit vollkommner Blüthe sowie Reptilien, Vögel, Säugthiere noch fehlten, und auch ein Theil der ersten nur erst in einer geringen Anzahl von Unterabtheilungen vertreten war. Jenes Fortschreiten zur Mannichfaltigkeit war daher zugleich ein Fortschreiten zur Vollkommenheit.

Denn es besteht allerdings auch ein Gesetz der stufenweisen Vervollkommnung der Organisation der Wesen von den ältesten Zeiten an bis zu und mit der jetzigen Schöpfung. Wie aber das ganze Pflanzen- und Thierreich sich nicht in eine Reihe aufstellen lassen, so würde es auch nicht möglich seyn jenen Vervollkommnungsgang in einer einfachen Reihe darzustellen. Auch erfährt dieses Gesetz manche Ausnahmen, wo es mit andern in Widerspruch gerieth oder gar sich ihnen unterordnen mußte. Diese stufenweise Vervollkommnung der Schöpfung hat, wie schon aus den früheren Erörterungen hervorgeht, nicht in der Weise stattgefunden daß immer vollkommenere Wesen die einfacheren und unvollkommneren verdrängt und ersetzt hätten, sondern nur indem sie sich zu ihnen gesellten. Die neu auftretenden Formen waren in der Regel keine Stellvertreter für die verschwundenen, und stunden in keiner nothwendigen Beziehung zu ihnen. Bei einem linearen Vervollkommnungsgange hätten zuerst alle Pflanzen, dann die Pflanzenthiere, darauf die Weich- und die Kerbthiere und endlich die Wirbelthiere auftreten müssen, der Mensch der letzte von allen. Wir sehen aber schon in den ältesten Felsschichten Pflanzen und Thiere beisammen, und beide Reiche entwickeln sich von da an nebeneinander zu höherer Vollkommenheit. Von den Pflanzen sowohl als von den Thieren sehen wir gleich anfangs Repräsentanten mehrerer Familien, Classen und selbst Kreise oder Unterreiche beisammen. Aber es sind doch nur unvollkommenere tiefer stehende Classen, bei den Pflanzen nämlich: Zellenpflanzen (Seetange), kryptogamische Gefäßpflanzen (Farnen, Schachtelhalme, Lykopodien rc.), blüthentragende Monokotyledonen (Palmen u. s. w.) und sogenannte nacktsamige Phanerogamen, nämlich Cycadeen und Nadelhölzer, von den letztern aber doch erst wenige; bei den Thieren: Pflanzenthiere, Weichthiere, Kerbthiere bis zu den kiementragenden Wirbelthieren oder Fischen hinauf; doch sind dieser letztern ebenfalls erst nur wenige, die aber bald rasch zunehmen. Bald vermindert sich die Zahl der unvollkommnen kryptogamischen Gefäßpflanzen, die wenigen Palmen erhalten sich, die Cycadeen und Nadelhölzer nehmen zu und werden die vorwaltenden Pflanzenformen; während unter den Thieren die Reptilien, welche bis jetzt nur durch einzelne seltene Repräsentanten vertreten gewesen, sich rasch zu großer Zahl, Mannichfaltigkeit und Höhe der Organisation erheben, oft zu kolossaler Größe gelangen und das Thierreich in den mittlern geologischen Zeitabschnitten durch dieses Auftreten vorzugsweise charakterisiren, wenn sie auch an Zahl gegen die Gesammtheit der übrigen Classen fortwährend sehr untergeordnet bleiben. Von Vögeln hat man in derselben Zeit nur Fährten, von Säugthieren nur die Reste von vier Beutelthier- und vielleicht Nagethierarten gefunden (von welchen die ersten hinsichtlich ihrer Fortpflanzungsweise am tiefsten in der ganzen Classe stehen und am nächsten an die eierlegenden Wirbelthiere angränzen). Erst mit der Tertiärzeit endlich treten in Masse die höheren, die fruchtsamigen (Angiospermen) Dikotyledonenpflanzen auf und erscheinen ebenso die Vögel und Säugthiere, von den schon erwähnten wenigen Vorläufern abgesehen. Der aufsteigende Entwickelungsgang der Schöpfung schließt also das frühere Erscheinen einzelner Arten vor ihrer ganzen Classe nicht aus. Endlich macht der Mensch den Schluß der Schöpfung, deren Culminationspunkt er als vernünftiges Wesen ist. Während jedoch auf diese Weise immer vollkommenere Classen von Pflanzen und Thieren zu den früheren unvollkommneren hinzutreten, erscheint keine dieser Classen auf einmal mit allen ihren Ordnungen. Auch diese treten erst nacheinander auf, und zwar gewöhnlich ebenfalls in aufsteigender Ordnung der Organisation (obwohl es davon einige Ausnahmen gibt), so daß mithin die höhere Ordnung einer tieferen Classe erst nach der tieferen Ordnung einer höheren Classe zum Vorschein kommen kann u. s. w. Ebenso verhalten sich die Ordnungen und Familien zu einander; gewöhnlich entwickeln sich auch die Familien einer Ordnung nach ihrer zunehmenden Organisationshöhe; aber die Ausnahmen werden häufiger. Bis zu den Geschlechtern läßt sich diese Erscheinung aber nicht verfolgen, da es ohnedieß schwer wird sie in aufsteigende Reihen nach ihrer Organisation zu ordnen. Dagegen spricht sich das Gesetz der voranschreitenden Vervollkommnung auch noch dadurch aus daß da wo mehrere Ordnungen oder Familien von ungleicher Vollkommenheit gleichzeitig miteinander erscheinen, gewöhnlich die unvollkommneren zuerst vorwaltend sind und dann abnehmen oder ganz aussterben, während die vollkommneren anfangs an Menge zurückstehen, dann überwiegend werden und entweder bis zur jetzigen Schöpfung in Zunahme bleiben oder doch langsamer als erstere wieder abnehmen. Eben hiedurch bethätigt sich das Gesetz der Vervollkommnung aber noch in einer andern Weise, weil die hinzukommenden höheren Gruppen auch die vorzugsweise an Zahl zunehmenden sind. Dieß wird hauptsächlich bei den Pflanzen und den Fischen auffallend. Die am spätesten auftretenden und zugleich vollkommensten Pflanzen sind die fruchtsamigen Dikotyledonen; diese liefern aber 50,000 von allen 70,000 lebenden Pflanzenarten. Die am spätesten auftretenden und zugleich vollkommensten Fische sind die ächten Knochenfische, Teleosti, und diese mögen wohl 7000 zu den 8000 lebenden Fischarten beitragen.

Geschichtliche Studien an den Frankfurter Bilderläden.

IV.

ff. **Frankfurt,** im Dec. Gegenwärtig leben wir im Stadium einer gelinden Reaction. Um sich hiervon zu überzeugen bedarf es weiter nichts als einer oberflächlichen Musterung unserer Bilderläden. Sogar an den Zufluchtstätten der specifisch demokratischen Bilderpolemik, an gewissen mit Mancherlei und Allerlei handelnden Läden verdrängen Cigarrenbündel, Bleistifte, Stahlfedern und ähnliche angenehme oder nützliche Kleinigkeiten immer mehr die letzten Nachzügler der politischen Caricatur, die unter den jetzigen Umständen freilich aufgehört haben mag ein einträgliches Geschäft zu seyn. Man ist solid geworden, man fühlt daß die Zeit vorüber ist wo das je toller je besser des Radicalismus noch den Heiligenschein der „Gesinnungstüchtigkeit" um Bart und Hauptbaar warf; auch möchte es für den Verkäufer nicht immer gerathen seyn die Aufmerksamkeit der „Reaction" durch demagogische Schaustellungen in zu hohem Grad auf sich zu ziehen. Wohl sieht man noch hier und da die Porträts von Männern der Paulskirche, die beiden gelungenen Blätter von Becht, die Clubs vom Casino und Augsburger Hof in charakteristischen Gruppen darstellend, mitunter wohl noch, obschon bereits seltener, die Bildnisse der polnischen und magyarischen Heerführer, aber neben ihnen und neben dem Bildnisse Blums hängt verträglich und oft in doppelten Exemplaren das Porträt des Prinzen von Preußen — den man nach den Märztagen auf

abgeschmackten Caricaturen als „Kartätschenprinz," einen „Bluthund" am Halsband führend, erblicken konnte — oder das Bildniß des jugendlichen Kaisers von Oesterreich oder das freundliche Gesicht des Marschalls Radetzky, oder die Gestalt irgendeines andern österreichischen Vorkämpfers der eisenharten Restauration, und selbst das Gesicht irgendeines „Mimen" oder Virtuosen, oder einer beliebten Schauspielerin wagt sich, was als Zeichen der vollendeten Reaction zu betrachten ist, hie und da schon hervor. Man begnügt sich, als ob man nie etwas höheres gekannt hätte, bereits mit der rein persönlichen Anspielung, wie denn namentlich die in Zeichnung und Gruppirung gelungenen „Frankfurter Bilder," sprechend ähnliche Abbildungen allgemein gekannter Frankfurter Stadt-, Straßen- oder Wirthshausberühmtheiten mit ihren Charakter kennzeichnenden Attributen, gegenwärtig sehr gesucht sind. Nur das erste Blatt dieser Bilder, zwei in ihren Neigungen sehr verschiedene weltberühmte „Geldgrößen" darstellend, und eines der letzten, das einen wohlgenährten freihändlerischen und einen witzig sarkastischen Reichsminister zum Gegenstand hatte, würden auch außerhalb des Frankfurter Gebiets Interesse erregen können.

Inzwischen füllen sich die vornehmeren Bilderläden in der Nähe und längs der Zeil mit den neuesten Proben der Kupferstechkunst, namentlich der französischen, neben der die deutsche, wie sich denken läßt, in seltenen wenn schon zum Theil gelungenen Proben vertreten ist, wie der Stich nach einem finnig erfundenen Gemälde von Karl Begas beweist: ein nackter, schöner, weißer Knabe, der von seiner schwarzen Wärterin gebadet wird, sucht mit dem Badeschwamm die schwarze Farbe von dem Gesicht der lachenden Mohrin abzuwaschen — also eine anmuthige Verbildlichung des Sprüchworts daß man keinen Mohren weiß waschen könne. Wer im vergangenen Jahr einem solchen harm- und tendenzlosen Genrebild eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hätte, würde sich der Gefahr ausgesetzt haben zu den nimmer weiß zu waschenden Mohren der Reaction gerechnet zu werden, die sich sogar in Revolutionszeiten beikommen lassen, neben dem Gedeihen, der Einheit und Freiheit des deutschen Vaterlandes, auch der Kunst Gedeihen, Einheit und Freiheit zu gönnen.

Man hatte diejenigen welche sich während der nun abgelaufenen Epoche über den Mangel an großen Kunstschöpfungen zu beklagen pflegten, immer auf eine künftige Zeit vertröstet wo große Ereignisse und vor allem der Kampf um Freiheit und Menschenrechte dem Künstler große Stoffe gewähren und ihn zu Meisterwerken der Kunst begeistern würden. Wir haben eine solche Zeit gehabt, und sie hat sich der Kunst und dem poetischen Schaffen nicht gerade sehr günstig bewiesen. Es liegt auch in der Natur der Sache daß die Helden und Märtyrer unserer Zeit erst nach Ablauf eines oder mehrerer Jahrhunderte die poetische Verklärung erhalten, die dazu nöthig ist wenn ein Künstler oder Dichter für dieses oder jenes Ereigniß des jetzt abgespielten geschichtlichen Drama's sich begeistern soll. Dann wird man vielleicht den einen oder andern der Gefallenen als einen zweiten Wilhelm Tell auf der Bühne in schönen Jamben sprechen hören und mit einem pathetischen Verse sterben sehen, während ihm gegenüber Fürst Windisch-Grätz als grimmer Geßler steht und sich blutig an der Demokratie rächt, weil ein Mitglied derselben in Prag seine Gattin ihm zur Seite durch einen Schuß todt niederstreckte. Jetzt haften wir noch mitten in der gemeinen Wirklichkeit, in der Gräßlichkeit der Gegenwart, wir erblicken im Fürsten Windisch-Grätz nur den eisernen Kriegsobersten, der genau und gewissenhaft nach Vorschrift handelte und einfach die Artikel des Kriegsgesetzes vollstreckte, und mit dem Freiheitshelden und Märtyrer haben wir vielleicht in Gesellschaft bei einem Glase Bier oder Wein eine Cigarre geraucht, wir haben in diesem oder jenem Augenblick sehr menschliche Schwächen an ihm entdeckt, wir haben ihn vielleicht manchen „schlechten Witz reißen" oder diese oder jene frivole Aeußerung thun hören, wir kennen seine Gestalt die vielleicht die eines gemüthlichen Hausvaters war, aber keineswegs dem Ideale entsprach das wir uns von der körperlichen Erscheinung eines Völkerbefreiers gemacht haben — kurz, wir fühlen uns wohl versucht über diese Ereignisse einen Zeitungsartikel, nicht aber ein dramatisches Gedicht zu verfassen. Die Kunst wird sich mithin wenig an den Zeitereignissen in directer Weise betheiligen können, mit Vorliebe in ihren Schöpfungen in frühere Zeiten zurückgreifen, frühere Zustände heraufbeschwören, also Stoffe wählen mit denen sie freier schalten, denen sie ein idealeres Gepräge aufdrücken kann.

Aber wenn die Kunst, solange sie Kunst bleibt, nicht revolutionär zu seyn vermag, so sey sie auch ebenso wenig reactionär. Treibe man in Leben und Kunst die allem Schönen, Edlen und Nützlichen förderliche conservative Grundstimmung, die ja in der Kunst und im Staate ebenso nöthig seyn wird als sie es in der Familie ist, nicht bis zum Aeußersten welches die Erstarrung aller Quellen des öffentlichen Lebens, die Verdumpfung der politischen Atmosphäre, eine bedenkliche Stockung in den fröhlich pulsirenden Blutadern der Kunst zur Folge haben würde. Die einseitige und rohe Herrschaft der Beamtenstube, der lästige und verderbliche Despotismus des Polizeibureaux, das Geheimwirthschaften der Diplomatie mit den Geschicken der Völker, der frivole und menschenverhöhnende Uebermuth eines Junker- und Geckenthums welches in sich ohne allen sittlichen Halt und bei äußerm Schliff und Firniß doch voll Gemüthsrohheit ist, und das sittliche Element im Menschen nur nach einem Coder voll willkürlicher und falscher Standesbegriffe und Kastenvorschriften beurtheilt, diese und so manche andere Fäulnisse und Verderbnisse, die unser Geschlecht tief durchdrungen hatten, mußten ein Ende nehmen oder werden ein Ende nehmen müssen, wenn nicht dieselben Erschütterungen die wir erlebt haben, nur in verstärktem Grade sich wiederholen, und alles Bestehende im tief-innersten Grunde aufwühlen sollen. Seyen wir so billig, und zugleich so politisch klug, einzuräumen daß es nothwendig, ja daß es die höchste Zeit war an dem Gebäude des politischen und socialen Lebens Fenster und Thüren zu öffnen, damit die stockend gewordene Lebensluft durch den Zutritt des demokratischen Windzugs erfrischt werde. Halten wir sie auch ja der Luftströmung der Demokratie, der ächten und wahren, fortdauernd offen, damit sie durch den Widerstand nicht zu einem Sturme erwachse der das mühsam gestützte, und eines gründlichen Ausbaues benöthigte Bauwerk aus seinen Grundpfeilern werfen und in einen Trümmerhaufen verwandeln würde. Man mache wohl einen Unterschied zwischen Revolutionen, die wie nothwendige Naturereignisse in die Sparren und Balken der Menschengeschichte plötzlich hereinbrechen, und deren dämonische Macht unwiderstehlich ist, da sie selbst diejenigen zu betäuben und moralisch zu erschüttern und zu brechen pflegen welche bei der Aufrechthaltung des alten künstlichen Systems am innigsten betheiligt sind; und zwischen den gemachten Putschen und Emeuten, die, im Dienste eines bloßen eigenwilligen Partei-Ausschusses künstlich und mechanisch bereitet, keine allgemeine Nothwendigkeit in sich haben, sich daher auch leicht durch mechanische äußere Gewaltmittel unterdrücken lassen, und in ihren Rückschlägen nur der jeder freien Entwickelung feindlichen Partei zu gute kommen. Der wahrhaft demokratische Geist bringt es zu einer mächtigen Schöpfung, wie das deutsche Parlament war, in welchem zum erstenmale die Abgeordneten aller deutschen Stämme zu einem gemeinsamen Werke sich die Hände reichten, und welches, obschon Absolutisten und Revolutionsmänner, Starrgläubige und Ungläubige und Particularisten aller Art seine Wirksamkeit schmälerten, immerdar die größte und idealste Erscheinung der deutschen Revolution bleiben wird; die falsche Demokratie bringt es höchstens zu Clubversammlungen, Verschwörungen hinter Schloß und Riegel, Militärmeutereien, Rumpfparlamenten und Negationen jeder Art bis zur absoluten Leerheit. Helden und Vorbilder der ächten Demokratie sind ein Washington und Franklin, die sich in der Paulskirche wahrlich nicht neben Hrn. Vogt und Hrn. Zitz gesetzt haben würden; Helden und Vorbilder der falschen im glücklichsten Fall ein Danton oder Robespierre, im unglücklichsten Fall ein Carrier, der die republicanischen Hochzeiten erfand, oder ein Collot d'Herbois, der sich an den Lyonern rächte weil sie ihn früher als Schauspieler ausgepfiffen hatten, oder ein Eulogius Schneider, dem das von ihm vergossene Blut nur eine pikante Zuthat zu einem lüsternen und üppigen Lebenswandel war. Leider läßt sich die aus allen Fugen der Schönheit und Gesetzlichkeit gerissene Caricatur überall leichter nachahmen, als das mit Adel und Schönheit umkleidete sittliche Musterbild.

Drei Missionen.

Von Oelsner-Monmerqué.

** Ueber v. Raumers Aufenthalt in Paris erhalten wir so eben einige Erläuterungen in der Schrift: „Drei Missionen. Politische Skizzen aus Paris von D. G. Oelsner-Monmerqué." Hr. Oelsner ging am 14 August 1848 in Auftrag des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten in Frankfurt, von da nach Paris. Sein officieller Auftrag ging dahin die Organisation des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu studiren und darüber zu berichten; seine Particularinstructionen aber machten ihm zur Pflicht den betreffenden Personen in Paris wissen zu lassen daß der Gesandte Deutschlands Erklärungen über eine wesentlich friedliche Politik mitbringen werde, und anzudeuten daß Deutschland die seitherige Zurückhaltung Frankreichs zu würdigen wisse, und daß es auf die gegenseitige Achtung und Sympathie der zwei freiesten Nationen Europa's zähle. Er sollte ferner erwähnen daß die Anerkennung der französischen Republik durch das regenerirte Deutschland, nach ausdrücklichem Beschluß der Nationalversammlung, eine von selbst verstandene Thatsache sey, sodann daß der Gesandte ein sehr freundliches Schreiben des Erzherzogs an General Cavaignac mitbringen werde. Es war ihm weiter aufgetragen den allgemeinen Charakter der deutschen Bewegung zu bezeichnen — namentlich auch in der Presse — nicht als eine ängstliche Transaction zwischen monarchischen und demokratischen Principien, sondern als einen festen und des Zieles vollkommen bewußten Entwick-

lungsgang der Nation zu einem Zustande in welchem die größte staatsbürgerliche Freiheit und eine kräftige nationale Einheit erreicht seyn werden, ohne die Vorzüge und Wohlthaten der durch die monarchischen Institutionen geschützten Individualitäten der Einzelstaaten zu opfern. Frankreich werde einen Fehler und einen Anachronismus begehen, wenn es jetzt zur alten Cabinetspolitik zurückkehre, welche auf die Uneinigkeit Deutschlands speculire. Die Besorgniß Deutschlands vor einer solchen Politik sey der einzige noch übrige Grund des Mißtrauens zwischen beiden Nationen. Auf Kosten der deutschen Einheit den Austriacismus oder den Prussianismus befördern, heiße sich nicht auf die Seite der Ordnung und des Friedens, sondern auf die Seite der Anarchie und des Krieges stellen. Werde die deutsche Nation um die Hoffnung der Einigung betrogen, so habe Frankreich zwei deutsche Mächte gegen sich wie früher. Gelinge die Einigung, so werde die ganze politische Constitution des föderativen Deutschlands friedlich und niemals so stark centralisirt seyn daß sie einen aggressiven Charakter annehmen könnte. Die provisorische Centralgewalt sey entschlossen alle schwebenden Fragen mit der größten Mäßigung zu behandeln, und habe davon rücksichtlich der schleswig-holsteinischen Verwicklung schon Beweise geliefert. Die beabsichtigte Vermehrung der Wehrkraft sey nicht durch ehrgeizige Absichten, sondern nur durch die hohe Gefahr der Lage Deutschlands, zum Zweck der Vertheidigung hervorgerufen worden. Oelsner sollte unverzüglich und genau über den Stand der italienischen Vermittlungsfrage berichten, und erwähnen daß der deutsche Gesandte Eröffnungen wegen Italien machen werde, wornach Deutschland, ebenso nur die deutschen Bundesländer Oesterreichs, am Kriege theilgenommen, doch der Unterhandlung und dem Abschluß des Friedens nicht fremd bleiben könne, weil die ganze künftige militärische und commercielle Lage der Südgränze Deutschlands in Frage stehe und die österreichischen Interessen, über die man verhandle, zugleich unmittelbar deutsche Interessen seyen. Man werde bei der Verhandlung zwar Oesterreich hinsichtlich derselben secundiren, sollte aber Oesterreich die italienische Freiheit und Nationalität übermäßig beschränken wollen, so werde Deutschlands Rolle eine versöhnliche und zu Gunsten Italiens vermittelnde seyn.

Bastide empfing Hrn. Oelsner schon am 17 August früh, sprach sich auf Oelsner Auseinandersetzung zustimmend zu den deutschen Ansichten über Italien aus, und versprach ihm baldigste Vorstellung bei Cavaignac. Schon am 20 August bewirkte Oelsner durch den Chef des Cabinets des Ministers Bastide, Hetzel, seine Einführung bei Cavaignac. Er schildert Cavaignac als einen jener Cavaliere von gutem Ton und militärischer Haltung, die unter dem Schein einer gewissen derben, aber keineswegs verletzenden Gutherzigkeit ihre Meinung und ihre Absichten zu verbergen wissen, und der die Kunst verstehe bei wichtigen Angelegenheiten niemals Ja zu sagen, weßhalb man ihm sehr geschickte Unterhändler entgegenstellen müsse. Auf die Anzeige von der Ankunft des deutschen Gesandten, antwortete Cavaignac: Hr. v. Raumer werde willkommen seyn, und gab in der italienischen Frage eine der complicirtesten und dunkelsten Antworten. Die Geschicklichkeit keine Versicherung zu geben, sich jedoch nie gänzlich zu weigern, das Talent viele Worte zu machen ohne etwas zu sagen, waren merkwürdig und auffallend. Doch hörte Oelsner so viel heraus daß Gefahr da sey Frankreich werde mit England gehen, und schrieb deßhalb an Heckscher: v. Raumer die größte Umsicht zu empfehlen. Als den gefährlichsten Mann für die deutsche Mission bezeichnet Oelsner den preußischen General v. W.,*) einen ausgezeichneten Officier und Weltmann, der mit der französischen Sprache und Denkweise ganz vertraut, Soldat wie Cavaignac, noch den Vortheil hatte den Präsidenten des Ministerraths und andere französische Generale persönlich und intim zu kennen. Dieser Mann war für die preußische und gegen die deutsche Sache in Paris außerordentlich thätig, und mit Erfolg. Oelsner gab sich alle Mühe zu verhindern daß v. Raumer gleich von Anfang in nähere Beziehung zu ihm träte, und zu oft mit ihm zusammenkomme. v. Raumer bezog aber auf Anrathen seines Reisegefährten, des preußischen Legationsraths B., dasselbe Hotel mit v. W., nicht die Wohnung die Oelsner ihm hatte einrichten lassen. Oelsner warnte noch da v. Raumer schon eingezogen war, erhielt aber zur Antwort: daß v. Raumer seinem Freunde v. W. versprochen habe in demselben Hause mit ihm zu wohnen, und daß er sein Wort halten müsse, daß v. W. dieselben Instructionen habe wie er, daß ihre Mandate sich also nicht widersprächen, und daß man ihr Zusammenwohnen als ein sicheres Zeichen der Uebereinstimmung ihrer resp. Regierungen nehmen werde. Oelsner bewirkte nun bei Bastide die Zusage einer gewöhnlichen Audienz für v. Raumer, der aber mit v. W. gemeinschaftlich am folgenden Tage einen Brief an Bastide mit der Bitte schrieb ihn als einfachen Privatmann zu empfangen, wenn er ihn noch nicht in officieller Weise annehmen könne. Der Brief ging ab, und Oelsner sah sich nun darauf beschränkt in der Presse zu wirken; die Redactionen machten ihm aber bald Schwierigkeiten, Hetzel sagte ihm daß bei Cavaignac und Bastide gegen ihn gewirkt werde, und rieth ihm sich in Frankfurt ausgedehntere Vollmachten zu holen. Oelsner bestimmte zwei einflußreiche Deputirte in seinem Sinne zu wirken, Hetzel versprach ihm dasselbe, und so ging er nach Frankfurt, wurde aber dort zurückbehalten. Hr. v. Raumer blieb in Paris, woselbst er (s. dessen Brief 66) „das Vertrauen und den Beifall der HH. Cavaignac und Bastide sich so sehr erwarb, daß sie ihre Zufriedenheit mit seinem Benehmen amtlich in Frankfurt zu erkennen gaben und den Wunsch aussprachen ihn länger in Paris in Thätigkeit zu besitzen." Oelsner erklärte diese Zufriedenheit dadurch daß v. Raumer für Cavaignac und Bastide, da dieselben im Angesicht der ohnmächtigen Politik der Centralgewalt sich mit der deutschen Einheit nicht mehr befassen wollten, der allerbequemste Reichsgesandte gewesen sey. Erst Anfang Decembers 1848 wurde Oelsner vom Reichsministerium wieder nach Paris geschickt; kurz nach seiner Ankunft erhielt v. Raumer einen congé illimité, wie es in dem Journal de Francfort vom 26 December verkündigt wurde.

*) Es ist bemerkenswerth daß Hr. v. Raumer von General Willisens Thätigkeit gar nichts bemerkt zu haben scheint. Wir erinnern uns nicht ihm in Raumers Briefen begegnet zu seyn!

Die Diplomatie, das Parlament und der deutsche Bundesstaat.

Von L. F. Wurm.

⊠ Ein neuer Beitrag zu der Geschichte der deutschen Reichsversammlung, welcher den Zeitraum vom December 1848 bis zum März 1849, also die Monate umfaßt in denen die Entscheidung der Hauptpunkte der Verfassungsfrage unter Sturm und Drang vorbereitet wurde und vor sich ging. Die Frage von dem Verhältnisse Oesterreichs zu dem zu errichtenden deutschen Bundesstaat tritt hier natürlich in den Vordergrund. In Uebereinstimmung mit der Stellung welche der Verfasser in der Paulskirche einnahm, faßt er jenes Verhältniß ganz im Sinn des bekannten Gagern'schen Programms auf, dessen Entstehung und lange zweifelhaftes Schicksal den eigentlichen Gegenstand seines Buches bildet. Ein guter Beobachter, vielbelesen und wohlbewandert in den mannichfach verschlungenen Gängen der Frankfurter Parlaments-, Partei- und Ministerial-Politik, gibt uns Hr. Wurm eine Reihe von publicistischen Bildern aus jenem ereignißvollen Zeitraume, welche durch ihre warme Färbung, durch ihren lebendigen Ausdruck, und durch allerlei pikantes Beiwerk mit welchem sie wie mit Randverzierungen umgeben sind, die Aufmerksamkeit des Beschauers im hohen Grade zu fesseln vermögen. Die Ereignisse um welche es sich handelt sind ihrem Ursprunge, ihrem Zusammenhange und ihrem Charakter nach so bekannt daß man nicht erwarten darf die Geschichte derselben noch durch wesentliche Züge bereichert zu sehen, und nur die Verarbeitung der bereits festgestellten Thatsachen ist es welche das Verdienst einer neuen Schrift über die Nationalversammlung ausmachen kann. Daher muß man sich denn bescheiden von Hrn. Wurm nicht sowohl überraschende Aufschlüsse zu erhalten als die Andeutung von Gesichtspunkten von denen aus sich das bereits vorhandene, aber noch nicht hinreichend geordnete Material bequem übersehen läßt.

Als Anhang hat Hr. Wurm seinen Darstellungen aus der Geschichte der beiden letzten Jahre die Schilderung eines constitutionellen Experiments in Oesterreich aus dem Jahr 1614 beigegeben, welches höchst anziehende Vergleichspunkte mit dem neuesten Versuche der Reconstituirung des Kaiserstaates darbietet. Das geschichtliche Ereigniß welches Hr. Wurm zur Sprache bringt, scheint bisher so wenig beachtet worden zu seyn daß wir nichts überflüssiges zu thun glauben wenn wir hier auf dasselbe aufmerksam machen. Kaiser Matthias, von den Türken gedrängt, welche den kurz zuvor zu Sitvatorok geschlossenen Frieden umgangen hatten, und förmlich zu brechen drohten, hatte vom Reichstag sowohl wie von den Ständen seiner Erblande vergebens eine angemessene Hülfe verlangt. Der Reichstag, wie gewöhnlich, gab sich die Miene als glaube er nicht an die Türkengefahr, und die Stände der Erblande machten es wie der Reichstag, standen gegen den Kaiser und seine Räthe „in höchster Diffidenz," und erklärten: „daß sie außer aller Königreich und Länder Zusammensonderung durch Ausschüsse nichts thun noch prästiren könnten." Diese Forderung welche in übereinstimmender Weise in allen österreichischen Ländern, mit alleiniger Ausnahme Tirols, erhoben und betrieben wurde, setzte den kaiserlichen Hof in die größte Verlegenheit. Zum Beweise daß man die Bedeutung eines solchen Schrittes in Wien sehr wohl verstand, spricht Khevenhüller die lebhafte Besorgniß aus daß die vereinigten Ausschüsse sich unterstehen möchten „Ihrer Majestät die Hände zu binden, nach dem

Scepter und Regiment zu greifen, leges fürzuschreiben, dero hochlöblichen Hauses Oesterreichs Recht und Gerechtigkeiten zu disputiren, miniren, ja wohl gar die Succession zu turbiren." So deutlich man aber auch die Gefahr erkannte, es war derselben nicht auszuweichen, zumal man sich gewärtigen mußte daß die vereinigten Ausschüsse, wenn der Kaiser sie nicht einberufen, aus eigener Machtvollkommenheit zusammentreten würden. Demnach schlugen die Räthe des Kaisers vor die Ausschüsse allerdings zu berufen, in dem Einberufungsschreiben aber die Gegenstände der Berathung genau zu bezeichnen, damit nur über die kaiserlichen Anträge berathen werde, und für den Fall daß der Länderausschuß über diese Anträge hinausgreifen sollte, angemessene Rüstungen zu veranstalten und Sachsen und Bayern zum Beistande aufzufordern. Diesen Vorschlägen gemäß wurde der vereinigte Ausschuß, da in Wien und Prag die Pest war, nach Linz einberufen, und von allen österreichischen Landen beschickt, außer von Tirol, welches die Versammlung vergebens zu hintertreiben versucht hatte. Die kaiserliche Autorität war dem Ausschusse gegenüber durch mehrere Erzherzoge vertreten. Die Anträge der Regierung beschränkten sich auf Maßregeln für den bevorstehenden Türkenkrieg. Um den Ständen die Verpflichtung zur Hülfe einleuchtend zu machen, berief man sich darauf daß der Friede zu Sitvatorok von ihnen mitunterzeichnet und besiegelt sey. Die Anträge wurden den Deputationen der verschiedenen Landtage abschriftlich mitgetheilt, und von jeder derselben besonders beantwortet. Nichtsdestoweniger gingen diese Antworten gleichlautend dahin daß an dem Frieden zu Sitvatorok festzuhalten und der Weg der Güte gegen die Türken durch eine Gesandtschaft zu betreten sey. Die Erzherzoge schlossen sich in einem eigenen Gutachten dieser Ansicht an, und schlugen überdieß vor „durch gewisse von Ihrer Majestät aus dero Königreichen und Ländern deputirte Räthe" eine Defensionsordnung aufstellen zu lassen und durch des Kaisers Ratification zum Gesetz zu erheben. Der Kaiser in seiner Rückäußerung erklärte sich mit der Antwort der Stände einverstanden, wies aber den Vorschlag der Einberufung neuer Ausschüsse zum Zweck der Aufstellung einer allgemeinen Wehrordnung zurück, indem er erklärte daß er die „absonderliche Handlung in jedem Lande des Defensionswerkes" vornehmen lassen werde. Damit wurden die vereinigten Ausschüsse, welche den österreichischen Landen an 200,000 Gulden gekostet hatten, entlassen, ohne daß in der österreichischen Verfassung eine Spur ihres Daseyns zurückgeblieben wäre. Die Verfassung vom 4 März ist der erste Versuch die Staatsidee, aus welcher die Linzer Versammlung von 1614 hervorgegangen war, wieder aufzunehmen. Wird die Idee welche vor zweihundert Jahren im Keime verdorrte, heute Wurzel schlagen? Wir müssen die Zukunft abwarten. Jedenfalls wird es gut seyn die Lehren der Geschichte zu benützen. (Dieser historischen Wahrscheinlichkeits-Rechnung von Wurm läßt sich vielleicht eine andere, nach den Daten der Gegenwart entgegenstellen. Als 1806 bis 1809 ein neues Preußen angebahnt wurde, zweifelte niemand daß der Schlußstein der Befreiung von Grund und Boden, der Städteordnung, der Gleichberechtigung der Stände, der Wehrhaftmachung des Volks — Stände, Reichsstände seyn würden. Und in Oesterreich wo zu allen jenen Reformen noch Preßfreiheit, öffentliches Gericht, Geschworne, große Bewegung des Handels und der Industrie, Grundänderung des Steuersystems, Eisenbahnen und Telegraphen, endlich ein eifersüchtiges Festhalten der Nationalitäten an den Gütern der Neuzeit gekommen, sollen die gleichen Ursachen die noch in allen Ländern zu freieren Verfassungen geführt, ganz die entgegengesetzten Wirkungen haben? Wurm ist ein zu guter Historiker und Politiker um das im Ernste glauben zu können.)

Rückblick.

zz **Wien.** 23 Dec. Es ist beinahe ein Jahr, als nach dem Gefechte bei Moor die Magyaren Ofen verließen und Fürst Windisch-Grätz über die Kettenbrücke in Pesth einzog. Damals konnte noch manches anders werden, wie es nicht geworden. Leute von Urtheil behaupteten nach jenem Ereigniß daß der Krieg entschieden sey, und höchstens noch von Räuberbanden in günstiger Jahreszeit würde fortgesetzt werden. Weßhalb es nicht so kam, und daß der Hauptfehler des Fürsten außer seinen nationalökonomischen Ansichten über revolutionäres Papiergeld darin bestand die Magyaren in einem großen Cirkel erdrücken zu wollen, anstatt, wie es später General Haynau gethan, ihnen entschieden auf den Leib, ins Herz des Landes zu rücken, darüber ist wohl Gelehrter und Ungelehrter, Laie und Militär ziemlich einig. Es kam anders, ob zum Glück ob zum Unglück, entscheidet sich danach je nachdem man Freund einer größern Centralisation ist, oder nicht. Gewiß ist es daß Ungarn jetzt eine andere politische Stellung hätte, wenn es sich damals an Fürst Alfred ergeben. Bems unerwartete Erfolge in Siebenbürgen, das Vertreiben der Generale Puchner und Lüders, Dembinski's geschicktes Manövriren hinter der Theiß, und Görgey's Marsch gegen Waitzen veranlaßten den Rückzug der kaiserlichen Armee bis Preßburg. Das Siegesvertrauen verleitete die Ungarn hierauf zu dem viel bereuten Streiche der Thronentsetzung, und was bisher immer noch den in gewisser Beziehung anständigen Titel Revolution geführt, erschien jetzt ganz unzweideutig als Rebellion. Dem Frevel gegen das monarchische Princip folgten sogleich die Eumeniden, nämlich die russische Armee, und das rhetorische Husarenvolk büßte seine Uebertreibungen durch eine vollständige Niederlage. Von dem großen Ungarland mit seinen stolzen Landtagen, dem eignen Hofstaat um den Palatin, den Großwürdenträgern, der Magnatentafel und dem Hause der Gemeinen ist wenig mehr übrig.

Gerade das ist auffallend in der neuesten Geschichte Oesterreichs daß alle hebenden Kräfte der Revolution die alten Formen gebrochen haben, aber zu andern Zwecken als wozu das Werk begonnen wurde. Zwischen Ungarn und Oesterreich sollten sich noch unzugänglichere Gründe öffnen und Abhänge erheben, und siehe! die aufgethürmten Massen füllen jetzt die Spalten, man schreitet über den geebneten Boden hinweg, und Ungarn ist was es nie gewesen, ein österreichisches Kronland, ist nicht mehr das stolze Land zwischen den Karpathen und der Türkei, sondern ein mäßiger, ringsum von politischen Gebieten begränzter Strich ohne große geographische Linien. Denkt man daran der Slovakei eine getrennte Administration zu geben wie man es im Banat versucht, so ist der Statthalter in Ofen nur auf dem halben Gebiet Statthalter, wo sonst der Palatin auf dem ganzen Palatin war.

Was sich hier an Ungarn dem Auge durch große Züge aufdrängt, finden wir in bescheidnerem Umfang in den andern Provinzen und ihren separaten Revolutionen wiederholt. Die Croaten hielten tapfer zum Kaiserhaus gegen die Ungarn, allein bedächtiger untersucht (wir sprechen dabei von den Croaten par excellence) wollten die Croaten ganz dasselbe wie die Ungarn: einen König für das dreieinige Königreich, einen Alterego mit einem Hofstaat, ein Parlament, eine gesonderte Verwaltung. Ebenso die Serben einen Woiwoden, und neben ihm einen allerhöchsten Popen. Den Tschechen war dasselbe Kunststück früher im Jahr 1848 mißglückt, denn der Verband mit den deutschen Landen war zu fest als daß er sich so leicht gelöst hätte, und dann waren die Leiter der tschechischen Bewegung immer geneigt sich einen legitimen Anschein zu erwerben nachdem sich die tschechische Demokratie auf dem Prager Congreß und den nachfolgenden Ereignissen allzu hussitenartig gezeigt. Und was ist Böhmen jetzt? Früher hatte es sogar Stände welche einmal versuchten Steuern nicht zu genehmigen; jetzt hat es nur einen Landtag der für Straßenbauten und Forstverwaltung, für Kirchen- und Schuladministration und für öffentliche Stiftungen und Kunstschätze sorgen wird. Außerdem hat Böhmen einen Statthalter und eine Telegraphenleitung die vom Regierungsgebäude in Prag bis zu dem Ministerium des Innern in Wien reicht.

So ließen sich noch andere Provinzen anführen, wo sich dasselbe überraschende Resultat zeigt daß die Revolution, hervorgerufen von Trennungsgelüsten, gerade zum Gegentheil, zu einem stärkern Trieb nach der Mitte führte. Die Geschichte wiederholt hier was damals in Frankreich geschah, wo die sogenannten Parlamente, von Ludwig XIV zum Schweigen gebracht, unter Ludwig XVI die Revolution förderten, und von dieser gänzlich unbeachtet gelassen als sie mit Hülfe der Girondisten gar Widerstand leisten wollten, von der Centralisationspolitik der Jacobiner im Norden, Nordwesten und in Lyon vernichtet wurden, bis dann Napoleon, ein Schüler jener Väter und ihr Leibeserbe, den Gedanken in vollendeter Schärfe verwirklichte. Jede Revolution welche die Existenz eines Staates angreift indem sie in vollständige Anarchie ausartet, wird immer zum Beweis der Nothwendigkeit dessen was sie zerstören wollte. Die Staatsidee, äußerlich vielleicht durch Waffengewalt hergestellt, wird in den Gemüthern viel kräftiger, eben weil die Entbehrung des Staats das Bedürfniß nach dem Staat gesteigert. Ja der Centralisationssüchtige meint: „Das alte Oesterreich war eigentlich gar kein Staat, es waren nur Reiche die unter sich ohne Berührung, gegen ihre Leiden und Schicksale ziemlich gleichgiltig waren. Dieß muß anders werden, wir müssen ein Schicksal und ein Leiden haben, keine Königreiche mehr, nur Kronländer, und viele kleine Kronländer, denn die Anziehungskraft steht zum Volumen in umgekehrtem Verhältniß, vor allem aber nur Abtheilungen, keine Theile." Es liegt fast die Weisheit der Natur in dem instinctartigen Werden, Gestalten und Verwandeln der Staaten, nur daß man so eigentlich nie weiß wo das Extreme und das Unnatürliche wieder anfängt. Das einige und untheilbare Oesterreich ist der Lichtstrahl in das verworrene Dunkel der Revolution gewesen, und wenn man darin vielleicht seine Kräfte unterschätzt, so will man doch ernstlich dem provinzialen und nationalen Particularismus kein Jota Berechtigung entgegen dem großen Princip zugestehen, während man in Deutschland umgekehrt die sogenannten Stammeseigenthümlichkeiten, die in der Regel in einem schlechten Dialekt, ei-

nigen Stammesflegeleien und höchstens in einem originellen Stammesleibgerichte bestehen, als kostbare Raritäten unter Glas setzen will. Oesterreich hat eine große Revolution durchgemacht, sie begann mit föderativen Abneigungen, und endigte in einem Staat der, gegen den frühern gehalten, die höchste Achtung verdient, und wenn auch manche schlimme Posten darunter sind — der Jahresschluß ist doch ein glücklicher. Deutschland dagegen — — o mein armes Vaterland!

Königlich württembergisches Manifest aus Anlaß der Auflösung der Ständeversammlung.

Wilhelm, König von Württemberg. Von dem aufrichtigen Streben beseelt den Forderungen einer fortgeschrittenen Zeit zu genügen, und alle von Uns ertheilten Zusicherungen in gewohnter Treue zu erfüllen, haben Wir die Versammlung der Abgeordneten des Landes berufen, um gemeinschaftlich mit denselben diejenigen Abänderungen der Verfassung welche durch die Abschaffung der Standesvorrechte des Adels nöthig werden oder sonst als zweckmäßig erscheinen, zu berathen und mit ihnen einen weiteren Grundvertrag in derselben Weise abzuschließen wie Wir zu Anfang Unserer Regierung mit Unserem Volk Uns über einen Staatsverfassungsvertrag geeinigt haben, zu dessen unverbrüchlicher Festhaltung sich die Abgeordneten des Volks im Namen des ganzen Landes auf das feierlichste verpflichteten, nachdem auch Wir gelobt hatten diesen Vertrag fest und unverbrüchlich zu halten und zu erfüllen, und gegen alle Eingriffe und Verletzungen zu schützen und in Kraft zu erhalten. Wir durften Uns der Hoffnung hingeben daß die nothwendigen Aenderungen der Staatsverfassung bei gegenseitigem guten Willen und einer aufrichtig angestrebten Verständigung sich in kurzer Zeit bewerkstelligen lassen und dadurch Unserer Regierung möglich gemacht werde der Beförderung des allgemeinen Wohls, insbesondere den durch die jüngsten Zeitereignisse so sehr geschwächten materiellen Interessen des Landes wieder die volle Kraft zuzuwenden, was nicht geschehen kann solange die ganze Staatsverfassung in Frage gestellt wird.

Die Erfahrungen die Wir seit Einberufung der Versammlung machten, haben aber Uns zu Unserem tiefen Bedauern überzeugt daß auf dem von der Mehrheit der Versammlung eingeschlagenen Wege das vorgesteckte Ziel durchaus nicht erreicht werden kann, vielmehr unter dem störenden Einfluß aufgeregter Leidenschaften das Wohl des Landes unbeachtet bleibt.

Schon mehrere Tage vor der Eröffnung der Versammlung hat sich die Mehrheit derselben in besonderer Zusammenkunft die Befugniß angemaßt die Gültigkeit einer k. Verordnung zum Gegenstand ihrer Berathung zu machen, und die Zurücknahme derselben als ein gesetzliches Recht des Landes in Anspruch zu nehmen, ungeachtet die Verfassungsurkunde ein solches Unternehmen einzelnen Ständemitgliedern verbietet, und, ganz abgesehen von positiven Bestimmungen, es in der Natur der Sache liegt daß es einer die Mehrzahl der Ständemitglieder in sich begreifenden Partei nicht erlaubt seyn kann vor der in den verfassungsmäßigen Formen von den gesammten Ständen zu pflegenden Berathung und Abstimmung sich zu einem Beschluß zu vereinigen, wenn nicht jede parlamentarische Verhandlung in der Ständeversammlung selbst zwecklos seyn und zu einem ebenso unnützen als verwerflichen Formenspiel werden soll.

Wenn schon diese Erfahrung Unsere gerechte Hoffnung auf ein von dem Geiste der Vaterlandsliebe geleitetes Zusammenwirken der Volksvertreter mit der Regierung bedeutend schwächen mußte, so ist dieselbe seit Eröffnung der Versammlung durch den bei den parlamentarischen Verhandlungen geoffenbarten Mangel an unbefangener Prüfung vollends ganz vernichtet worden.

Unter dem Vorgeben daß das positive Recht einem über demselben stehenden sogenannten Vernunftrecht weichen müsse, wurden aus der Mitte der Mehrheit der Versammlung Grundsätze kund gegeben und Folgerungen gezogen welche mit einer constitutionellen Monarchie in unversöhnbarem Widerspruch stehen und von der Willkür einer zufälligen Majorität von Abgeordneten die Verfassung und die Regierung des Staats abhängig machen müßten. Durch weise Abwägung der Befugnisse der Organe der Staatsgewalt sichert die constitutionelle Monarchie die Freiheit und die Ordnung und schützt die Rechte aller Bürger. Diese Verfassung kann aber nicht bestehen wenn das Recht des Regenten durch das jeweilige Belieben der übrigen zur Theilnahme an der Ausübung der Staatsgewalt berufenen Organe umgestürzt werden kann. Mag immerhin jede Verfassung der Vervollkommnung fähig, mag es begründet seyn die durch die Erfahrung und die Wissenschaft empfohlenen Fortschritte sich anzueignen, so darf dieses doch nur auf dem durch vollgültige Verträge vorgeschriebenen Wege und nicht durch Geltendmachung einer absoluten Machtvollkommenheit von Seite des einen vertragenden Theils, der Mehrheit der Volksvertreter, und noch weniger durch die Berufung auf die Herrschaft eines Naturrechts, welches sich jeder nach seinen Wünschen und dem Grade seiner Einsicht verschieden bildet, geschehen.

Durch die von der Mehrheit der Versammlung gefaßten Beschlüsse wird Unserer Regierung zugemuthet den deutschen Bundesstaaten gegenüber eine vollkommen feindselige Stellung einzunehmen, und jeder erreichbaren Neugestaltung der deutschen Verfassung fern zu bleiben. Jedem Unbefangenen leuchtet ein daß eine solche Mißachtung der verbündeten deutschen Staaten, wie sie von Uns verlangt wird, die nachtheiligsten Folgen für das ganze Land herbeiziehen müßte, und daß die übrigen deutschen Regierungen die Verletzung der Pflichten, welche sämmtliche deutsche Staaten aus rechtlichen und nationalen Gründen aneinander knüpfen, nicht dulden könnten. Wir sind überzeugt daß die weit überwiegende Mehrheit des Volkes nicht einverstanden ist mit der Uns angesonnenen Politik, welche die Untergrabung des Wohlstandes des Landes zur gewissen Folge hätte und Unserer Regierung jeden Einfluß auf die Ordnung der deutschen Angelegenheiten entziehen müßte. Wir werden auch fernerhin unter gewissenhafter Beachtung der Stimme des Landes dazu mitwirken daß eine kräftige nationale Einigung Deutschlands erreicht wird, und zu diesem Zwecke kein eigenes Opfer scheuen. Wir werden aber Anschlägen kein Gehör geben welche mit Verkennung der bestehenden Machtverhältnisse auf das Unmögliche gerichtet sind, und nur zum Verderben des Landes führen können. Während jedermann klar ist daß die Verfassung eines aus achtunddreißig Gliedern bestehenden Bundesstaats, welche nur von einem einzigen Mitglied anerkannt ist, nicht existirt und daher auch nicht beschworen werden kann, hat die Versammlung Unserer Regierung in sehr verletzender Weise den Vorwurf eines Bruchs der Gesetze gemacht weil sie einen unmöglich gewordenen widersinnigen Eid nicht schwören ließ. Das Urtheil aller derjenigen welchen der Eid eine heilige Sache ist hat das Weglassen der Worte „der Reichsverfassung" aus der Eidesformel gebilligt, und über den Widerspruch der Versammlung gerichtet. Endlich hat sich in den Berathungen der gegenwärtigen Abgeordneten eine Bitterkeit kundgegeben welche jede Aussicht auf eine Vereinigung ausschließt. Der verletzende Ton dessen sich manche Mitglieder befleißigten, die maßlose Tadelsucht, die schroffe Parteistellung, mußten jeden Erfolg ihrer Wirksamkeit hindern. Unter diesen offen vorliegenden Verhältnissen haben Wir Uns genöthigt gesehen von dem Uns zustehenden Rechte der Auflösung der Versammlung Gebrauch zu machen, und eine neue Wahl von Abgeordneten des Landes anzuordnen.

Die Zusammensetzung dieser neuen Versammlung ist in die Hand der wahlberechtigten Staatsbürger gelegt. Mögen sie die hohe Wichtigkeit des ihnen zustehenden Rechts gewissenhaft würdigen, und sich erinnern welche Verantwortung auf ihnen, insbesondere bei dieser bedeutungsvollen Wahl ruht. In Zeiten der politischen Parteiung darf auch der ruhige ordnungsliebende, gewissenhafte Staatsbürger nicht neutral bleiben. Er darf sich nicht darauf beschränken dem Parteigewühl fern zu bleiben und einen unthätigen Zuschauer dabei zu bilden; sondern er muß Partei nehmen für die Sache des Gesetzes, des Rechts und der Ordnung, damit nicht eine mißleitete und verblendete, verhältnißmäßig kleine Zahl die überwiegende bessere Mehrheit des Volks ohne Scheu in der Wahl ihrer Mittel einschüchtern und beherrschen kann. Nur wenn keine von vorgefaßten Meinungen eingenommenen oder von trügerischen republicanischen Bestrebungen beherrschten Männer, sondern wenn erfahrene, einsichtsvolle, leidenschaftslose Vertreter, welche das unzertrennliche Wohl des Königs und des Landes im Herzen tragen, aus der Wahl hervorgehen, ist eine befriedigende Lösung der wichtigen Aufgabe möglich. Nur von Männern welche selbständiges Urtheil und festen Willen besitzen und nicht zum voraus ihren Geist einer Partei gefangen geben, kann jene Besonnenheit und Mäßigung erwartet werden, welche unverblendet durch äußeren Schein das dargebotene Neue sorgfältig prüft und das bestehende Gute zu erhalten strebt. Eine solche Versammlung darf Unseres bereitwilligen Entgegenkommens versichert seyn, und es wird Uns die größte Befriedigung gewähren im Verein mit ihr das Grundgesetz des Landes von neuem festzustellen. Die Rechte des Landes und der einzelnen Bürger welche in den Grundrechten des deutschen Volks begründet sind, werden von uns ebenso geschützt werden wie die durch die Landesverfassung gewährleisteten Rechtsverhältnisse. Die Vollziehung der Ablösungsgesetze wird ihren ungeschmälerten Fortgang nehmen. Ueberhaupt wird die allseitige Verbesserung des Zustandes der producirenden Classen des Volks Gegenstand Unserer besonderen Fürsorge seyn. Während Unserer ganzen Regierung haben Wir dieselben Gesinnungen bethätigt, die gewissenhafte Festhaltung der Verfassung und die Beförderung des Besten des Landes haben stets Unsere Handlungen geleitet, und gerne rühmen Wir Uns die Anerkennung Unserer gewissenhaften Regentenfürsorge in der stets erprobten Liebe und Anhänglichkeit Unsers Volks erfahren zu haben. Möge auch jetzt Unser Vertrauen gerechtfertigt werden, und dem Zusammenwirken aller guten Bürger die Wahl solcher Volksvertreter gelingen welche fest auf dem Boden des Rechts stehen, die Rechte des Königs und des Landes mit gleicher Treue zu wahren bestrebt sind, und einen offenen unparteiischen Sinn für das Wohl des Landes bethätigen. Gegeben Stuttgart den 26 December 1849. Wilhelm. Herdegen. Schlayer.

Wächter-Spittler. Baur. Hänlein. Auf Befehl des Königs, der Cabinetsdirector: Maucler.

Neuestes.

Börse.

ꝟ **Frankfurt a. M.**, 26 Dec. In unserer Effectensocietät war heute ziemlich lebhaftes Geschäft. Namentlich wurden österr. Effecten auf die höhern Wiener, und sardinische 5proc. Oblig. (bei Rothschild) auf die höhere Pariser Notirung vom 24 d. M. zu bessern Preisen bezahlt. Schluß-Curse: 5proc. Met. 85, 4½proc. 74¾, 2½proc. 44⅞, Bankactien 1284, 500 fl.-Loose 158¼, 250 fl.-Loose 96¾, sardin. Oblig. 88, badische Loose 32$^{5}/_{16}$, Nordbahn 46, Berbach 85¾, span. 3proc. 29, Wien 107⅞ Geld.

Personal-Nachrichten.

Standeserhöhungen. Oesterreich. Der k. k. Reg. Rath J. J. Prechtl ist als Ritter des kais. österr. Leopold-Ordens, den Statuten dieses Ordens gemäß, in den Ritterstand des österr. Kaiserstaates erhoben.

Civildienstnachrichten. Oesterreich. In die nach der neuen Organisirung bei der Statthalterei, den Kreisregierungen und den Bezirks-Hauptmannschaften systemisirten Dienstesstellen sind ernannt: 1) im Kronland Mähren. A. Bei der Statthalterei: zum Concipisten 1. Cl. der Gubernial-Concipist A. Ebner; zum Concipisten 2. Cl. der 3. Kreis-Commissär Th. Ritter v. Friedhuber; zum Secretär der Gub. Kanzlist L. Pötschner. B. Bei beiden Kreisregierungen: zu Kreisräthen 1ster Cl.: die Kreishauptleute Th. Höck und Fr. Mussil. Zum Kreisrath 2ter Cl.: der Gub. Secretär J. Ritter v. Widmann. Zu Concipisten 1ster Cl.: der 1. Kreis-Commissär Fr. Büchse; der Kreis-Secretär A. Stella. Zu Concipisten 2ter Cl.: der Gub. Concipist P. Brachely; der Gub. Concepts-Praktikant F. Pfefferkorn. C. Bei den Bezirks-Hauptmannschaften: Zu Bezirks-Hauptmännern 1ster Cl.: die Gub. Secretäre K. Hübner, J. Chornitzer und G. Klingner; der überzählige Gub. Secretär H Frhr. v. Pillersdorff; die 1. Kreis-Commissäre M. Frhr. v. Forgatsch, A. Kwokal, G. Skalda; J. Ritter v. Znaimwerth, J. Wessely; der Gub. Registraturs-Director J. Ritter v. Sternfeld. Zu Bezirks-Hauptmännern 2ter Cl.: der 2. Kreis-Commissär M. Ott; die 3. Kr. Commissäre Fr. Marensky, J. Findeys, J. Jahn v. Venau, W. Drobnik, Fr. Winkler; die Amtmänner Fr. Speck, V. Flemmick, J. Miliczek, A. Schiller, J. Matzer, F. Schuster, J. Peter, Fr. Schweinitz, J. Novak. Zu Bezirks-Commissären 1ster Cl.: die 2. Kreis-Commissäre J. Hein, A. Krzenowsky, E. Rech, J. Victorin; die 3. Kreis-Commissäre W. Butschek und Fr. Sonntag; der galiz. 3. Kreis-Commissär Fr. Winkler; die 3. Kreis-Commissäre C. Ruber und A. Pompe; die Kreis-Secretäre A. Watzla, A. Laurent und A. Kaschenreuter; die Amtmänner J. Hoffmann, C. Schindelka, J. Rupp, A. Czibulka, C. Japp, J. Kratsmann, Fr. Wibiral, C. Augusta, J. Ullmann, J. Schebesta, J. Kasalowsky, J. Tutschek; der Syndicus J. Bartl. Zu Bezirks-Commissären 2ter Cl.: der Gub. Concipist F. Kroczak; der Cameral-Concipist J. Nitsch; der Kreis-Secretär J. Gastl; der Ministerial-Kanzelist J. Woraska; der Polizei Untercommissär J. Winkler; die Gub. Concepts-Praktikanten E. Hoffmann, J. Rothkugel, Fr. Weigel, E. Gobrezky, M. Lenlart, E. Matzenauer, G. Ritter v. Raber, J. Schrötter und B. Ritter v. Clumetzky; der Wiener stadthaupt. Concepts-Praktikant A. Gabriel; die Fiscal-Concepts-Praktikanten E. Schlosser, Fr. Domluwil und J. Friedl; der Polizei-Concepts-Praktikant E. Zinner; die Verwalter J. Kopriwa, V Schaffer und Fr. Mzehak; die Amtmänner E. Laab, J. Mitscha, J. Sporner, J. Fanderlik, W. Heytmanek, J. Gold und J. Mikschiczek; der Gerichtssubstitut J. Jahn; der Amts-Adjunct J. Mick. Zu Concepts-Adjuncten 1ster Cl.: die Gub. Concepts-Praktikanten H. Graf Königsegg, Ph. Hackler, W. Kramer, E. Paletz und J. Pirkl. — 2) Im Kronland Schlesien. A. Bei der zugleich die Functionen einer Kreisregierung ausübenden Statthalterei: zum Kreisrath 1ster Cl. Oberamtmann Fr. Weidlich; zum Statthalterei-Concipisten 1ster Cl. Kreis-Secretär J. Weirich; zum Statthalterei-Concipisten 2ter Cl. Gub. Concipist M. Fischer; zum Statthalterei-Secretär der Gub. Registrant Fr. Geißler. B. Bei den Bezirkshauptmannschaften: zu Bezirkshauptmännern 1ster Cl.: der mährisch-schlesische Landgerichtsrath M. Woitich; der Minist. Concipist M. Schneider. Zu Bezirkshauptmännern 2ter Cl.: der 1. Kreis-Commissär C. Scherz; die Oberamtmänner J. Schaschetzky und J. Sachs; der Syndicus J. Theimer. Zu Bezirks-Commissären 1ster Cl.: der 2 Kreis-Commissär Fr. Struschka; die 3. Kreis-Commissäre A. Herlth und F. Ruber; der Oberamtmann Fr. Walzel; die Verwalter Fr. Knesel, Fr. Hlavatsch und J. Riedl. Zu Bezirks-Commissären 2ter Cl.: der 2. Kreis-Commissär A. Kniebandl; der Gub. Concipist Ed. Brunner; die Gub. Concepts-Praktikanten C. Schrötter, J. v. Stellwag und J. v. Mihlbacher; die Verwalter B. Hiller, C. Persina, C. Jaschke und A. Malcher; der Amts-Adjunct C. Ruff. Zu Concepts-Adjuncten 1ster Cl.: die Gub. Concepts-Praktikanten J. Kastner und C. Lipka.

[5377] Bei **Kirchheim & Schott** in **Mainz** erscheint und ist in allen Buchhandlungen Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz zu haben:

Der Katholik; eine religiöse Zeitschrift

zur

Belehrung und Warnung.

Redigirt

von

Dr. Joh. Bapt. Heinrich und Christoph Moufang.

Jahrgang 1850.

Vierundzwanzig halbmonatliche Hefte in gr. 8. Preis 8 fl. oder 5 Rthlr.

Die wichtigen Tagesereignisse welche im Jahre 1844 auf dem religiösen und kirchlichen Gebiete sich zutrugen, ließen es damals der Redaction des Katholiken rathsam erscheinen, ihre seit zweiundzwanzig Jahren bestehende Monatschrift in eine Kirchenzeitung umzugestalten und dieselbe in einzelnen Nummern (drei halbe Bogen per Woche) auszugeben. Unterdessen haben die Verhältnisse sich wieder geändert; die Bewegung hat sich mehr auf den politischen Boden hinübergezogen, dabei aber ist eine ausführliche Besprechung der Principienfragen über Religion, Christenthum und Kirche jetzt besonders nothwendig geworden, da es keinem Tieferblickenden entgehen kann daß, wie auch immer der Kampf der Parteien nach außen hin sich gestalten mag, das Heil der Menschheit und die Rettung des Vaterlandes, so im allgemeinen wie im einzelnen, nur von der regenerirenden Kraft der Kirche ausgehen kann. Die Verständigung über das was in diesen unsern Zeiten hauptsächlich noth thut, bei dem Clerus und bei den für ihre Kirche sich lebendig interessirenden Laien zu vermitteln, in allem auf die in der Kirche selbst liegenden Heilmittel hinzuweisen, dabei die Leser über die wichtigsten kirchlichen Ereignisse und die bedeutendsten Erscheinungen der theologischen Litteratur in genauer Kenntniß zu erhalten, wird das eifrigste Bestreben der neuen Redaction seyn, welche sich nur durch die zugesicherte Mithülfe vieler und bedeutender Kräfte zu der ihr gewordenen schwierigen Aufgabe verstehen konnte.

Der „**Katholik**" wird sonach vom Januar 1850 an in vierundzwanzig halbmonatlichen Heften (jedes mindestens drei Bogen stark) erscheinen.

Die Versendung kann auf dem Wege des Buchhandels oder durch die Post geschehen. Alle Postbestellungen bittet man bei dem zunächst gelegenen Postamt zu machen.

Der Preis des Jahrganges bleibt wie seither auf **8 fl. rhn.** oder **5 Rthlr.** festgesetzt.

Alle Zusendungen bittet man an „die Redaction des Katholiken" entweder direct oder indirect durch die Verlagshandlung zu machen.

Mit dem **Katholiken** erscheint gleichzeitig unser fortwährend der größten Theilnahme sich erfreuendes **katholisches Volksblatt**:

Katholische Sonntagsblätter

zur Belehrung und Erbauung.

Herausgegeben

von **H. Himioben,**

Pfarrer zu St. Christoph in Mainz.

Die **katholischen Sonntagsblätter** erscheinen wöchentlich einmal in **Quartformat einen ganzen** enggedruckten **Bogen stark**. Unter welchen Bedingungen sie **von uns** selbst bezogen werden können, ist bekannt. Auf dem Wege des Buchhandels und in dem Großherzogthum Hessen, dem Herzogthum Nassau und der freien Stadt Frankfurt auch durch die Post kosten sie jährlich 3 fl. oder 1 Rthlr. 18 gGr. In letzterem Fall sind jedoch die Localpostämter anzuweisen, ihre Bestellungen nur bei dem großh. Oberpostamt in Mainz zu machen. **Die Verlagsbuchhandlung bittet ihr die Bestellungen für das nächste Jahr möglichst bald zukommen zu lassen.**

[4597] In der Kollmann'schen und Rieger'schen Buchhandlung in Augsburg — Palm'schen Hofbuchhandlung in München — in unterzeichneter und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Fremdwörterbuch für Jedermann:

Sammlung und Erklärung

von (6000) fremden Wörtern,

welche in der *Umgangssprache*, in *gerichtlichen Verhandlungen* und in *Zeitungen täglich vorkommen*, um solche richtig zu verstehen und richtig zu schreiben. Ein für Ungebildete nützliches Buch

Vom Dr. und Rector Wiedemann.

Zwölfte!! Auflage. Preis nur 12½ Sgr. oder 45 kr.

NB. In diesem vom Professor Petri empfohlenen Buche findet man über jedes vorkommende Fremdwort die genügendste Erklärung.

Zur Erhöhung der Feier bei Familienfesten:

☞ F. Schellhorn, **120** auserlesene

Geburtstags-, Hochzeits-, Neujahrs- und Abschiedsgedichte, Polterabendscherze, Stammbuchsverse und Gesellschafts-Räthsel.

Sechste!! Auflage. Preis 15 Sgr. oder 54 kr.

NB. Ein schönes Gedicht ist bei Familienfesten von großem Werthe. Diese Sammlung bester Gelegenheitsgedichte wurde mit solchem Beifall aufgenommen daß jetzt die sechste verbesserte Auflage davon erscheinen mußte.

Auch bei Neff in Stuttgart — Beck'sche Buchhandlung in Nördlingen — Montag u. Weiß in Regensburg — Heibel in Pesth — Gerold u. Sohn in Wien und in allen Buchhandlungen zu haben.

Ernst'sche Buchhandlung in Quedlinburg.

[5367] Bei J. C. B. Mohr in Heidelberg ist erschienen und versandt:

Archiv für die Civilistische Praxis. Herausgegeben von Francke, von Linde, von Löhr, Mittermaier, von Vangerow und von Wächter. Zweiunddreißigster Band. Drittes Heft.

Inhalt: XIII. Ueber das Princip des SC. Vellejanum. Von Hrn. Dr. Windscheid, ordentlichem Professor in Basel. (Schluß des Aufsatzes Nr. XII. im vorigen Heft.) — XIV. Ueber die Wirksamkeit der Staatsprocuratur als Organ der höchsten Staatsaufsicht und des Gesetzes in der bürgerlichen Rechtsverwaltung. Von Hrn. Gerau, Hofgerichtsrath in Darmstadt. — XV. Würdigung des Entwurfes eines allgemeinen Handelsgesetzbuches für Deutschland, welchen die durch das Reichsministerium der Justiz niedergesetzte Commission veröffentlicht hat. Von Hrn. Dr. Brinkmann, Docent der Rechte und außerordentl. Mitglied des Spruchcollegiums an der Universität zu Heidelberg. — XVI. Die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Civilproceßgesetzgebung und die Grundrichtung in derselben. Von Mittermaier. (Forts. des Aufs. XI. im vorigen Heft.) — XVII. Die Fragen über die Umgestaltung der deutschen Gerichtsverfassung nach den neuesten Ergebnissen der Gesetzgebungsarbeiten. Geprüft von Mittermaier. (Forts. des Aufs. X. im vor. Heft.)

Preis des Bandes von 3 Heften 2 Rthlr. oder 3 fl.

Kritische Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Gesetzgebung des Auslandes, in Verbindung mit mehreren Gelehrten und Staatsmännern des In- und Auslandes. Herausgegeben von Mittermaier, R. Mohl und Warnkönig. XXII Bd. 1s Hft. Preis des Bandes von drei Heften 2 Thlr. 16 ggr. oder 4 fl.

Inhalt: I. Ueber die Gerichtsbarkeit des Bundes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Hinblick auf das für Deutschland zu errichtende Reichsgericht. Von Hrn. Tittmann, Doctor der Rechte in Dresden. — II. Die Gesetzgebung über Erfindungspatente in Europa und Amerika. Von Hrn. Dr. Franz Makowiczka aus Prag. — III. Ueber die Bestrafung der im Auslande begangenen Verbrechen. Bemerkungen zu einem Gutachten der Pariser Rechtsfacultät. Von Hrn. Dr. Kostlin, Prof. in Tübingen. — IV. Belgisches Gesetz vom 15 Juli 1849 über den höhern Unterricht. Dargestellt von Warnkönig. — V. Die belgischen Leihhäuser. Von R. Mohl. — VI. Königliches niederländisches Gesetz vom 10 September 1849 über das Verhältniss der Ausländer, die Polizei über sie, über ihre Ausweisung und Auslieferung. Mitgetheilt von Mittermaier.

☞ Vollständige Exemplare, sowie eine grössere Anzahl von Bänden von beiden Journ. werden zu herabgesetzten Preisen erlassen.

[4733—34] Soeben erschien und kann durch jede Buchhandlung bezogen werden:

Der persönliche Schutz.

Nach dem englischen Originale bearbeitet von Dr. **Curtius**. Preis 10 Ngr. (36 kr. rhn., 30 kr. C.-M.)

Eine weitere Anpreisung dieses Werkes, welches früher nur zu einem ungemein hohen Preise verkauft wurde, dürfte überflüssig seyn, da der Werth und die Gediegenheit desselben bereits allgemein anerkannt sind.

(Jm. **Müller**, Separ.-Conto in Leipzig.)

[4885—87] Bei Theodor Bläsing in Erlangen ist erschienen:

Ueber die Hauptfrage der Psychologie für die Gegenwart von Dr. E. A. v. Schaden, o. ö. Professor der Philosophie. Programm zum Eintritt in den akademischen Senat der königl. Friedrich-Alexanders-Universität Erlangen. 1849. Preis 24 kr.

[5403] **Echo der Gegenwart und Aachener Anzeiger.**

Tagesgeschichte, Intelligenz und Verkehr.

Sonntags ausgenommen, täglich ein halber und so oft das Material es bedingt, ein ganzer Bogen in klein Folio. — Neben der politischen Tagesgeschichte und den wichtigsten Nachrichten für Handel und Verkehr, die Novitäten des geselligen Lebens, Kunst, Litteratur, Theater und Musik ꝛc. in ihr Bereich ziehend, werden diese Blätter auch für **1850** in der bisherigen Weise forterscheinen und möglichst wahr, stets neu, verständlich und für alle Stände interessant seyn. **Preis für 3 Monate** durch alle preuß. Postanstalten **nur 18 Sgr. 9 Pf.**

☞ Morgens ausgegeben, bringen diese Blätter die neuesten Nachrichten aus Frankreich, England ꝛc. früher als jede andere deutsche Zeitung, worauf wir Redactionen, Lese-Cabinets, Restaurationen noch besonders aufmerksam machen.

Aachen. **Die Redaction.**

[5395—97]

Die „Presse,“

herausgegeben und redigirt von August Zang,

erscheint in Folge der Unterdrückung dieses Blattes durch das Civil- und Militärgouvernement von Wien während der Dauer des Belagerungszustandes vom 25 December angefangen in **Brünn**.

Der Preis ist wie bisher:

für Brünn ganzjährig 6 fl.
„ „ vierteljährig 1 fl. 30 kr.
mit Postversendung ganzjährig 8 fl.
„ „ vierteljährig 2 fl.

Abonnementsgelder und Zuschriften aller Art bitten wir von nun an: „An die Redaction der Presse in Brünn“ einzusenden.

Denjenigen P. T. Abonnenten, welche vom 1 Januar 1850 aufs neue abonniren, wird für die im December l. J. in Folge der Suspendirung ausgebliebenen Nummern eine Vergütung von 20 kr. C.-M. berechnet, weßhalb dieselben gebeten werden, sich diesen Betrag unter genauer Angabe der auf ihrer bisherigen Postadresse enthaltenen Nummer oder unter Zulegung des letzten Abonnementsscheines von dem Abonnementsbetrag für das erste Quartal 1850 in Abzug zu bringen. **Die Redaction der „Presse.“**

[5374—76] Binnen zehn Tagen die **zweite** Auflage!

Soeben ist bei **Jasper, Hügel** und **Manz** in **Wien** erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu haben:

M. G. Saphir's

herz — scherz — und schmerzhaftes

Sylvester-Büchlein

für die Neujahrsnacht 1849 — 50,

oder:

Der „Humorist“ und der deutsche Michel gießen Blei,
Wer Lust hat, der komm' und steh' dabei!

Mit vielen Illustrationen.

Preis 30 kr. C.-M. oder 10 Ngr.

Inhalt: Hammer- und Glocken-Spiel. — Sylvester-Nachtwächter-Lied. — Monat Januar bis April. — Sylvester-Abend-Näschereien. — Deutsche Zopf-Höhen-Karte. — Was ist des Zopfes Vaterland? — Deutschlands Einheit auf andere Art. — Mißverständnisse. — Gedanken auf Tod und Leben. — Cholera-Portefeuille des Innern. — Kleines Jäger-Brevier. Dr. Sassafraß, Haus-, Taschen- und Herz-Apotheke. — Der Wind auf dem Stephansplatz. — Deutsche Wartburg. — Charivari-Album und Quodlibet. — „Der Humorist“ und der „deutsche Michel“ gießen Blei. — Eine schauderhafte Mordthat.

☞ **Sämmtlich Original-Artikel aus M. G. Saphir's Feder.** ☜

[4880—82] **Gasthofs-Verkauf oder Verpachtung.**

Ich bin gesonnen wegen Kränklichkeit und sonstiger Familien-Verhältnisse meinen rühmlich bekannten großen

Gasthof zum Kaiser von Oesterreich in Klagenfurt

aus freier Hand zu recht billigen Bedingnissen entweder zu verkaufen oder auch mit besondern Vortheilen in Pacht zu geben.

Dieses von Fremden und Einheimischen außerordentlich frequentirte Hotel bietet jedem rührigen Geschäftsmann das reichlichste Einkommen.

Kauf- oder Pacht-Liebhaber wollen sich wegen weiterer Auskünfte an mich selbst brieflich oder mündlich wenden.

Klagenfurt im December 1849.

Anna Jahn, verehelichte **West**,
Gasthofs-Eigenthümerin.

[5392—94] **Amtsmühlenverkauf in Colditz.**

Auf Anordnung des k. sächs. Finanzministeriums und bis auf dessen Genehmigung soll die Amts-Mahl-, Oel-, Schneide- und Walkmühle in Colditz mit Zubehör und Inventar

den 20 Februar 1850 früh 10 Uhr,

an Justizamtsstelle in Colditz an den Meistbietenden öffentlich verkauft werden.

Inventarienverzeichniß, Nutzungsanschlag und Kaufsbedingungen liegen an Amtsstelle in Colditz zur Einsicht bereit, können auch auf Verlangen gegen Bezahlung der gesetzlichen Gebühren in Abschrift mitgetheilt werden.

Rochlitz, Oschatz, Dresden und Colditz, den 8 December 1849.

Die zum Verkauf der Amtsmühle zu Colditz verordnete Commission.
v. Carlowitz. Schmidt. Preßler. Porsche. Klien. Legler.

[5386] In der Hurter'schen Buchhandlung in Schaffhausen erschien:

Heinrich V., Skizze von Herrmann Scharff von Scharffenstein. 36 kr.

[4651—53] **Bekanntmachung.**

Die Maria Schober, geb. Stahl aus Ansbach, ist am 11 Sept. 1842 mit Hinterlassung eines Ehemannes, des vormaligen Bedienten Caspar Schober, und eines Sohnes, des vormaligen Lieutenants Johann Friedrich Schober verstorben.

Da nun Caspar Schober und dessen Sohn Johann Friedrich Schober schon seit mehr als 20 Jahren verschollen sind, so werden dieselben sowie deren Erben und Erbnehmer aufgefordert sich um so gewisser

binnen neun Monaten

und spätestens

11 September 1850

schriftlich oder persönlich dahier zu melden, und das ihnen angefallene Erbe im Gesammtbetrage von 500 fl. circa in Empfang zu nehmen, als sie außerdem für todt erklärt werden.

Hof, am 28 Nov. 1849.

Königliches Landgericht.
Jäumer.

(4282—84) **Edict.**

Von dem kaiserl. königl. Civil- u. Criminal-Gerichte zu Botzen

als hiezu durch hohen Erlaß des k. k. Appellations- und Criminal-Obergerichtes für Tirol und Vorarlberg zu Innsbruck vom 30. October 1849, Zahl 4868, delegirten Gerichte wird hiemit der unbekannt wo abwesenden Frau Maria Anna Eleonora v. Paßinger zu Pösenstein, Wittwe des zu Karlsburg in Siebenbürgen verstorbenen k. k. Obersten Martin v. Hohe, bekannt gegeben daß auf Einschreiten des bisherigen freiwilligen Verwalters ihres Vermögens, Herrn Johann v. Müller in Brixen, für sie in der Person des k. k. Collegialgerichts-Advocaten Walter v. Walther zu Botzen ein Vermögens-Curator von Amtswegen bestellt wurde; zugleich wird benannte Frau Wittwe v. Hohe aufgefordert, von ihrem Aufenthaltsorte entweder dem gefertigten Gerichte oder dem für sie bestellten Curator binnen Jahresfrist Kenntniß zu geben.

Botzen, am 13. November 1849.

Emanuel Graf Hendl, Präses.
Franz Graf Terlago, } k. k.
Anton Koepf, } Räthe.
Vincenz Baron Graff, Sekr.

[5405—7] J. S.

großherzogl. Generalstaatscasse
gegen
den frühern Hauptzollamts-Assistenten Gögg in Mannheim, Forderung betreffend.

(Nr. 37,767). Das durch Beschluß vom 22 October d. J. mit Beschlag belegte Guthaben des Beklagten bei seinem Vater wird nunmehr der Klägerin an Zahlungsstatt zugewiesen.

Dieses wird dem landesflüchtigen Schuldner auf diesem Weg eröffnet.

Mannheim, den 16 December 1849.

Großherzogl. Stadtamt.
Mallebrein.
vdt. Ueberrhein.

[5409—11] **Samen-Offerte.**

Fichten-, Rothtannen-Samen, pinus picea d. R. liefere ich rein und gut das bayer. Pfund zu 10½ kr. franco Nürnberg. Außerdem offerire ich Kiefern-, Lärchen-, Weißtannen-, Schwarzkiefern-, Weihmuthskiefern-, Meerstrandskiefern-, Birken-, Ahorn-, Ellern-, nordische oder weiße Bergellern-, Rothbuchen-, Hainbuchen-, Eichen-, Ulmen-, Accazien-, Weißdorn-, Ginster-, Cedern-, Maulbeersamen, Apfelkerne und verschiedene andere Nadel- und Laubholz-Sämereien, worüber Preis-Courante von mir gefällig abzufordern sind.

H. C. Trumpff,
in Blankenburg a. Harz.

[5413—15] Ein sehr lucratives Geschäft in einer der ersten Residenzstädte Deutschlands ist wegen Kränklichkeit des Eigenthümers zu verkaufen, auch könnte ein Theil des Kaufschillings gegen hinreichende Sicherheit darauf stehen bleiben. Portofreie Anfragen unter der Chiffre S. L. F. Nr. 5413 besorgt die Exped. der Allg. Ztg.

[5398] Ein Hamburger Haus sucht für den Verkauf seiner importirten und Cigarren eigener Fabrik einen tüchtigen Agenten, und ersucht hierauf Reflectirende ihre Adressen nebst Referenzen gefälligst in der Expedition dieses Blattes unter Chiffre S. Nr. 5398 abzugeben.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl. Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen

Allgemeine Zeitung.

Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henrietta-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonnenzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Sonntag | Nr: 364. | 30 December 1849

Uebersicht.

Deutschland. Frankfurt (die vom Senat eingeführte Commission gegen die Abstimmung der Gesammtbürgerschaft über die neue Verfassung); München (Döllinger an der Universität reactivirt. Verspätung der Eisenbahnzüge. Graf Luxburg. Der Eisenbahnbau nach Salzburg soll im Frühjahr beginnen. v. Walther †); Pfalz (seltsame Meldungen); Stuttgart (die Minorität der Landesversammlung an ihre Mitbürger. Die Bundescentralcommission verbietet die Uebernahme der Post durch den Staat. Fürst Waldburg-Zeil); Darmstadt (beide Kammern constituiren sich); Trier (die „Kriegsrüstungen"); Berlin (die Schutzmänner und Waldeck. Die Kammerparteien und die Eisenbahnfragen. Die Spaltungen im Treubund. Der Staatsanzeiger über die gemeinsamen Erleichterungen im deutschen Postverkehr); Erfurt (die Deputation nach Berlin); Ratibor (Berathungen über Erleichterung des Gränzverkehrs); Wien (Palazky's Föderativ-Oesterreich. Wrbna's Selbstentleibung. Die böhmische Armee angeblich wieder verstärkt und die Auflösung der fünften Bataillons eingestellt. Jangs „Presse" wieder erschienen); Linz (Adalbert Stifter).

Großbritannien. Christfest. Admiral Colville †. General Tonson †. Spanien. Der Examiner über Rußland. Das Jewish Chronicle.

Frankreich. Liste der Irrthümer der Presse. Aushebung von 60,000 Mann. Die Angelegenheit der Mobilgarde nochmals vertagt. Stürmische Scene in der Nationalversammlung.

Niederlande. Ministerielle Erklärung über Limburg.

Italien. Neapel (der Papst. Milder Winter).

Rußland und Polen. Litterarische Zustände in den deutsch-russischen Ostseeprovinzen.

Ver. Staaten von Nordamerika. Bis zum 12 Dec. noch keine Präsidentenbotschaft. Die Voranschläge für 1850. Spannung zwischen den Süd- und Nordstaaten. Mosquitia. Die Einwanderung.

☞ **Datum der Börsen:** London 25; Paris 28; Wien 28; Augsburg 29 Dec.

Deutschland.

‖ **Frankfurt a. M.**, 27 Dec. Von mehreren Seiten wird heute die Nachricht verbreitet, die vom Senat zur Prüfung des Verfassungsentwurfs der Constituante niedergesetzte Commission habe mit großer Mehrheit (man sagt mit 9 gegen 2 Stimmen) ihr Gutachten dahin abgegeben daß der Entwurf nicht zur Abstimmung der Gesammtbürgerschaft zu bringen sey. Was — im Fall der Senat dieser Ansicht beitritt — der weitere Verlauf der Sache seyn werde, darüber sind die Meinungen getheilt. Die einen erwarten Vermittlungsanträge des Senats an die Constituante; andere glauben daß der Senat nach nunmehr beseitigter Centralgewalt sich beeilen werde dem Berliner Bündniß beizutreten und dann die Verfassungssache an den dortigen Verwaltungsrath (resp. das Schiedsgericht) zu bringen. Diese letztere Ansicht hat die geringere Wahrscheinlichkeit für sich, abgesehen davon daß für den Beitritt zum Berliner Bündniß die Zustimmung der Constituante nicht wohl zu umgehen wäre.

Bayern. **München**, 28 Dec. Von der gestern Abend am hiesigen Bahnhof noch erwarteten Artillerie trafen die Geschütze heute früh 6½ Uhr auf der Eisenbahn, und die Mannschaft und Bespannung Vormittag gegen 9 Uhr auf der Straße von Pasing kommend dahier ein. Ein Locomotiv des fraglichen Bahnzuges war zu Pasing von der Drehscheibe aus den Schienen gekommen, verarbeitete sich in den Boden und verhinderte dadurch deren weitere Fahrt. Mannschaft und Pferde mußten daher über Nacht in Pasing einquartiert werden. Der gestrige letzte von Augsburg kommende Personenzug (gewöhnliches Eintreffen Abends 8½ Uhr) traf erst heute früh 5 Uhr dahier ein. Der heutige Morgenzug konnte wie gewöhnlich früh um halb 6 Uhr, dagegen der von gestern Nachmittag 2 Uhr zurückgebliebene Güterzug erst heute früh 7½ Uhr von hier abgehen. In Folge der hierdurch eingetretenen Zeitstörungen in den gewöhnlichen Bahnzügen traf heute dahier kein Militärzug ein, und wird der nächste nach Schreiben von Augsburg morgen Samstag Mittags, dahier zu erwarten seyn. (N. N.)

e **München**, 29 Dec. Der vormalige k. Gesandte am Wiener Hof Graf Luxburg, welcher seit einigen Tagen sich hier niedergelassen, hat in der Abschiedsaudienz von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich höchst eigenhändig das Großkreuz des Leopoldordens empfangen. Sie wissen wohl bereits daß der Stiftspropst Ignaz Döllinger als Professor des Kirchenrechts an unserer Universität reactivirt worden ist. Seine Entfernung war injuria temporum in einer Periode geschehen deren Andenken besser ausgelöscht wäre. — Die Herstellung des Schienenweges von hier nach Salzburg wird im kommenden Frühjahr zuverlässig auf die eine oder andere Weise in Angriff genommen. — Nachschrift. So eben verbreitet sich die betrübende Nachricht von dem heute Nachmittags erfolgten Ableben des berühmten Pathologen und Chirurgen Geh. Raths v. Walther nach kurzem Krankenlager. Der Verlebte war Mitglied fast aller europäischen Akademien und einer großen Anzahl medicinischer und naturwissenschaftlicher Gesellschaften in den beiden Hemisphären, Comthur und Ritter vieler Orden. Er, der dem großen Anatomen Döllinger ein so ausgezeichnetes wissenschaftliches Denkmal in einer akademischen Schrift setzte, wird sicher von competenter Hand den wohlverdienten litterarischen Nachruhm in Ihrem Blatt ernten. Philipp v. Walther war ein Siebziger.

♂ **München**, 29 Dec. Diesen Mittag 11 Uhr starb nach kaum achttägigem Krankenlager der hiesige Universitätsprofessor und k. Leibarzt Geheimenrath Dr. Philipp Franz v. Walther, in nicht ganz vollendetem 68sten Lebensjahre. Die hiesige Hochschule hat in ihm ihre erste Celebrität, die deutsche Wissenschaft einen der größten Heroen dieses Jahrhunderts verloren. Der Einfluß den er seit mehr denn vierzig Jahren als Lehrer, Kliniker und Schriftsteller auf die gesammte Medicin und namentlich auf die wissenschaftliche Begründung der Chirurgie und Augenheilkunde geübt, die schöpferische Thätigkeit welche er in wahrhaft genialer Weise in dem ganzen Gebiete der Heilwissenschaft entwickelt hat, ist nicht auf die Gränzen des deutschen Vaterlands beschränkt geblieben, sondern der Ruhm derselben hat sich längst weit über sie hinaus verbreitet. Wir müssen es einer gewandteren Feder überlassen das thatenreiche Leben und großartige Wirken dieses seltenen Mannes würdig zu beschreiben, und wollen nur noch hinzufügen daß wie die Wissenschaft trauert über diesen schweren Verlust, so die zahlreichen Schüler Walthers, die in aller Welt zerstreut leben, bei der unerwarteten Kunde seines Todes gewiß sich tief erschüttert fühlen und voll Dankbarkeit sein Andenken segnen werden!

Aus der Pfalz, 23 Dec. Vier bayerische Officiere des 3ten Jägerbataillons das dem Neckarcorps im Juni beigegeben war, und von dem eine Abtheilung sich bei dem Gefecht am Hirschhorner Schloß betheiligt hat, haben den Zähringer Löwenorden zweiter und dritter Classe, wie auch fünf Unterofficiere und ein Jäger die silberne Verdienstmedaille erhalten, „in Anerkennung der erworbenen Verdienste bei der Bekämpfung des Aufstandes". Nun fügte es sich seltsam daß ein mit jener Auszeichnung beglückter Hauptmann zufällig zu jener Zeit von dem Podagra arg gepeinigt, folglich auch dienstunfähig war; ein zweiter decorirter Officier war damals gar nicht beim Bataillon, sondern machte Adjutantendienst in Frankfurt. Sicherm Vernehmen nach haben auch bereits Officiere die auf diese Art sich zurückgesetzt fühlen müssen, trotzdem daß General Peucker sie wegen ihres Verhaltens in einem Tagsbefehl lobte, auf Vernehmung und nähere Erörterung der Verhältnisse angetragen. Der Artillerielieutenant Graf v. Fugger, der bekanntlich im Mai zu dem pfälzischen Volksheere übergegangen und seither in Landau gefangen gehalten wurde, ist auf seine Verurtheilung hin begnadigt und dem Regiment wieder zugetheilt worden, ein Act der natürlich verschieden gedeutet wird. — So schreiben bayerische, auch Münchner Blätter dem Frankfurter Journal nach. Gewiß wird eine Widerlegung, vor allem der letzten Nachricht erfolgen.

Württemberg. **Stuttgart.** Mit dem 1 Jan. 1850, um welche Zeit unsere Post vom Staat übernommen wird, tritt dieselbe zugleich der

allgemeinen deutschen Postconvention bei, vermöge welcher der Postaufschlag für politische Blätter, die sechs- bis siebenmal wöchentlich erscheinen, nicht mehr als 50 Proc. vom Preis des Blattes betragen darf. (B.)

** **Stuttgart,** 29 Dec. Ein überraschendes Gerücht — im Lande von wahrscheinlich peinlicherem Eindruck als die Sprengung des Rumpfparlaments, der Sturz des Ministeriums Römer, die Auflösung der Revidirenden! Die neue Bundescentralcommission hat ihre Wirksamkeit begonnen mit dem Verbot der Vollziehung eines von der Regierung mit den Ständen verabschiedeten Gesetzes, die Expropriation von Taxis und die Uebernahme der Posten durch den Staat betreffend. Es ist hier nicht der Ort die verwickelte Rechtsfrage noch einmal durch das Sieb laufen zu lassen; aber alle Rechte von Taxis konnten ja gewahrt und vor die Tribunale des Landes, vor ein Austrägalgericht oder vor ein höchstes Bundesgericht gebracht werden. Taxis'sche Beamte haben in den Zeitungen gesagt die Summe welche Taxis bei der Postverwaltung zuletzt geblieben sey, habe jährlich nicht über 6000 fl. betragen. Wäre dieß wahr, so wäre es ja ein Streit um des Kaisers Bart. Hätte Taxis aber auch, für die höchst geringe Summe die er dem Staat zahlt, jährlich eine Million gewonnen, so wäre diese weniger zu beachten als der ungeheure Verlust der dem Lande und ganz Deutschland dadurch zugeht daß die Communicationen der Briefe, der Zeitungen und der Reisenden in dem Streit, wie er jetzt liegt, sich eingeklemmt finden. Das Land baut Eisenbahnen mit ungeheuren, fast unerschwinglichen Kosten, und nun sie hergestellt sind, bleiben sie für das wofür man sie am nöthigsten braucht, unbenützt! Man hatte anfangs für unmöglich gehalten daß ein so unnatürlicher Zustand dauern könne. Aber Monat für Monat, Jahr für Jahr schwindet, und die Sache bleibt beim Alten. Das Ministerium Römer, das so viel gewagt, wagte nicht das Gesetz durchzuführen das die Billigung des Königs, die Sanction der Stände, den Wunsch des Landes und die Nothwendigkeit der Dinge für sich hatte. Die Bundescentralcommission wahrt den Rechtszustand. Das muß geachtet werden. Aber die Centralcommission hatte, so wenig als das Reichsministerium Detmold, jene Vertretung der Interessen der Einzelregierungen um sich, die dem Lande eine Bürgschaft allseitiger Prüfung geben könnte. Das Verbot kann natürlich nur eine vorläufige Maßregel seyn. Immerhin verlängert es das unleidliche Provisorium. Unwillkürlich taucht dabei die Frage auf: wenn in Oesterreich oder Preußen die Regierung einen Entschluß gefaßt hätte, ähnlich dem der württembergischen Regierung, würde die Bundescentralcommission auch so rasch ein Nein entgegengesetzt haben, und würde dieß mehr beachtet worden seyn als Oesterreich und Preußen, Bayern und Hannover die Befehle der Reichscentralgewalt beachtet haben? Wenn erlaubt ist sich in dieser Beziehung einigen Zweifeln hinzugeben, so ergibt sich wenigstens Eines: die Nothwendigkeit die Bundescentralgewalt in Bälde mit einer die Rechte der Völker und Fürsten schützenden Verfassung zu umgeben, wie sie von allen Staaten zugesagt wurde. Geschähe dieß nicht, so wäre die Rückkehr zum alten Bundestag — wie neulich Stüve gesagt — ein goldener Weg, oder — die unbedingte Hingabe an das Bündniß vom 26 Mai.

I Stuttgart, 29 Dec. Der erste Act des Interims ist das **Verbot des Vollzugs des Gesetzes vom 17 Dec. wegen Aufhebung der Taxis'schen Postrechte in Württemberg.** Gestern soll die Entscheidung der Bundescommission hier eingegangen seyn. Daß ihr Folge geleistet werde, ist nicht zu bezweifeln. Die Nichtbeachtung der früheren Inhibitorien des Reichsministeriums hat, wie versichert wird, das Ministerium gleichzeitig mit Publication des ebenerwähnten Gesetzes in der Art in Frankfurt erläutert daß es schon seit Auflösung der Nationalversammlung die provisorische Centralgewalt nicht mehr anerkannt habe. Das ist mehr als die Erklärung Römers in der Kammer und ganz der preußische Standpunkt; es ist abzuwarten ob man denselben auch in andern Dingen einnehmen werde. In jedem Fall hat das Ministerium seine Ansicht geheim gehalten, weil es sonst nicht bis vor ein paar Wochen im Geschäftsverkehr mit dem Reichsministerium hätte bleiben, und einen Bevollmächtigten in der Person des Obertribunalraths v. Sternenfels bei demselben hätte in Function lassen können. Es wird erzählt das Reichsministerium habe bei seinem Abtreten Schreiben an alle deutschen Regierungen erlassen, welche die Stellung der provisorischen Centralgewalt fortdauernd anerkannt hatten; aber nach dieser späten verletzenden Erklärung Württembergs sey kein solches hier angelangt.

Stuttgart, 27 Dec. Die Abgeordneten der Minorität, Barchet, Dörtenbach, Frisch, Geigle, Huck, Merck, Mäulen, Murschel, Pantlen, Revscher, Römer, Walser, Wieland und Zwergern, haben eine öffentliche Ansprache an ihre Mitbürger gerichtet, gleichsam einen Rückblick auf ihre Thätigkeit in der aufgelösten Kammer, mit der Rechtfertigung einen Bruch mit der Regierung zu vermeiden gesucht zu haben, ohne dem Volke etwas zu vergeben. Sie schließen mit den Worten: „Unsere Landesverfassung muß eine den Grundrechten des deutschen Volkes entsprechende Abänderung erhalten, und die Verfassung Deutschlands muß so festgestellt werden daß fortan nicht bloß die Fürsten, sondern auch die Völker bei Ordnung der deutschen Angelegenheiten nach innen und nach außen ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, wenn nicht das Vertrauen auf die Regierungen gänzlich verschwinden und der Verarmung, der Gesetz- und Sittenlosigkeit, und der Schmach und Schande jeder Art Thür und Thor geöffnet werden soll. Die gerechten Forderungen des Volks nach Einheit, Freiheit, Macht, Wohlstand und Ehre können vielleicht eine Zeit lang gewaltsam niedergehalten werden; allein sie werden sich früher oder später Bahn brechen, dann aber zum Verderben derjenigen welche aus Selbstsucht nur Opfer verlangt, nicht selbst aber welche gebracht haben."

Fürst Waldburg-Zeil-Trauchburg hat am 23 December das ihm im Jahr 1847 verliehene Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone in die Hände des Königs zurückgegeben. Hierauf ist der Name des Fürsten auf königlichen Befehl aus der Liste der Großkreuze des Kronordens gestrichen, und sowohl sein Schreiben vom 23 Dec. als sein früheres auf den Empfang des Ordens bezügliches Dankschreiben veröffentlicht worden.

Gr. Hessen. * **Darmstadt,** 27 Dec. Heute constituirten sich beide Kammern. Die Präsidentenwahlen der ersten Kammer fielen conservativ aus; in der zweiten erhielten die Candidaten der Demokratie (Hillebrand, Glaubrech und Lehne) die Mehrheit.

Preußen. **Trier,** 19 Dec. In Betreff der über Preußens Kriegsrüstungen umlaufenden Gerüchte bemerkt die S. und M. Ztg.: „Wir halten es für nöthig das Räthsel des erwähnten Kriegsgeschreies zu lösen und hiemit zu veröffentlichen wie die Rüstungen sich auf eine lang ersehnte, kluge Verfügung des Kriegsministeriums reduciren, wonach gegenwärtig die von der Einstellung in das stehende Heer seit 5 Jahren zurückgestellten Dienstpflichtigen durch eine außergewöhnliche Kreis-Ersatzcommission durchgemustert werden, um die tauglich befundenen Ende d. M. den Truppentheilen der Landwehrinfanterie zum Ausbilden zu überweisen. Es hat diese Maßregel den „weisen" Zweck durch Einstellung dieser ausgehobenen Recruten die noch unter den Waffen befindlichen Wehrmänner der Stammcompagnien zu Prüm, Simmern, Koblenz, Brühl, Malmedy 2c. in die Heimath zu entlassen. Sobald die gedachten Conscribirten ausgebildet sind, werden nach Bedarf solche den Linienregimentern überwiesen, damit auch diejenigen Mannschaften welche im vierten Jahre dienen, dem heimathlichen Herde wieder zugeführt werden, und solches zwar um so mehr da von den im Jahr 1846 eingestellten ein, wenn auch geringer, Theil sich unter den Gewehren noch befindet, während der andere schon seit sechs Wochen entlassen ist."

∸ **Berlin,** 25 Dec. Der Polizeipräsident v. Hinkeldey veröffentlicht das Resultat einer von ihm angestellten Untersuchung über das Betragen der Schutzmänner am Tage von Waldecks Freilassung. Nach Angabe der demokratischen Presse und der im Publicum verbreiteten Gerüchte hatten sich viele Schutzmänner offenbare Brutalitäten zu schulden kommen lassen, sie wären ohne Grund in die Häuser eingedrungen, hätten ohne Grund Verhaftungen vorgenommen, ja sogar an einigen Orten gestohlen! Nach der Ermittelung des Hrn. v. Hinkeldey zerfallen alle diese Anschuldigungen in sich selbst, indem theils die Angeber und Zeugen, deßhalb vorgefordert, ihre Angaben vor der Behörde sehr modificirt oder ganz zurückgenommen haben, theils die absolute Unwahrheit des Gerüchts oder der Denunciation durch die Presse (z. B. in Bezug auf den Diebstahl) sich ergeben habe, oder endlich, wo die Constabler scharf und rauh eingeschritten, sey es nur geschehen nachdem sie von dem demokratischen Publicum aufs äußerste gereizt worden. Die betreffenden Fälle welche durch die Presse, anonyme Denunciationen, oder in der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntniß gekommen, werden in dieser Bekanntmachung einzeln gewürdigt, was zu billigen ist. Außerdem ist ermittelt worden, was ebenfalls durch Angabe der verschiedenen Namen bekräftigt wird, daß sehr viele Berliner Einwohner durch die umziehende Straßenbevölkerung zu Waldecks Ehren ihre Fenster zu illuminiren entweder mit Drohungen aufgefordert oder wirklich dazu gezwungen worden sind. Dieß ermittelte Factum ist wohl das wichtigste, insofern es dem Tumult einen Charakter beilegt, welcher ein ernsthafteres Einschreiten der Polizei zur Rettung der Freiheit der Einzelnen rechtfertigt. Daß die Polizei nicht allein zu einer Untersuchung, sondern auch zur Bekanntmachung des Resultats sich gedrungen fühlt, ist nur zu loben, und weicht von dem vormärzlichen Verfahren ab, wornach die Behörden durch eine derartige Rechtfertigung ihrer Autorität und Unfehlbarkeit etwas zu vergeben geglaubt hätten. Ob aber das Publicum, insoweit es erbittert ist, dadurch

befriedigt seyn wird, ist eine andere Frage, da die Untersuchung nur von den Obern der angeklagten Behörde selbst geführt ist. Um deßhalb zweifeln wir nicht an der Richtigkeit der Angaben, wir waren aber im voraus der Ueberzeugung daß bei einer Untersuchung nicht viel mehr herauskommen würde, denn wer ermittelt bei Prügeleien in Masse, und noch dazu in der Dunkelheit, auf wessen Seite die meiste Schuld ist, und die meisten Schläge gefallen sind? Das Volk haßt die Constabler, das ist gewiß, und wird die willkommene Gelegenheit sie zu necken nicht ungenützt gelassen haben, und die einmal gereizten Constabler werden, an einem Tage wo sie zu besonderer Wachsamkeit aufgefordert waren, auch ihrerseits ihre Machtvollkommenheit haben gelten lassen. Uebertreibungen dessen was sie begangen, lagen überdem im Partei-Interesse der Demokratie, die sich sonst, was den Erfolg betrifft den sie vom Proceß erwartet, so getäuscht sieht. Aber auch zugegeben die Rechtfertigung der Constabler im einzelnen an jenem Tage, so ist damit nicht gerechtfertigt, nämlich vor dem Richterstuhl der Klugheit, daß man sie überhaupt ausschickte um den Jubel der Waldeck'schen Partei in Zaum zu halten. Was hätten diese Manifestationen in einer Stadt schaden können mit dieser Garnison und dem Kern einer Bürgerschaft, über deren Gesinnungen wohl kein Zweifel mehr seyn kann. Erst im Moment wo wirkliche Excesse begangen wurden, und dahin rechne ich den Zwang zu illuminiren, war es Zeit die Autorität zu zeigen. Eine kluge Polizei mußte, nachdem sie im Processe selbst eine solche Niederlage erlitten, der Partei ihre Freude lassen, solange sie harmlos blieb. Mußte es ihr doch selbst von Werth seyn zu erfahren welche Häuser freiwillig Lichter anzündeten. Unbegreiflicher ist daß eine große Anzahl Bürger und Einwohner nach dem Waldeck'schen Processe und nach diesen widerwärtigen Ereignissen dem Polizeipräsidenten noch gratuliren konnten wegen seines Benehmens in dem Processe und seiner Ausdauer im Amt. Klugheit und Mäßigung sind leider freilich noch in keiner Constitution zur Bürgerpflicht erklärt. Gut und klug aber ist daß Hr. v. Hinkeldey am Schluß seiner Bekanntmachung auch zu Mittheilungen auffordert über vorgefallene Amtsüberschreitungen. — Weihnachten gehört der Freude an, und alles stimmt darin überein daß es eine unerwartet günstige Weihnachten sey welche die Rückkehr zum Vertrauen erzeige. Weihnachten und die Wahlen für Erfurt lassen für die Oppositionsstimmung nicht eigentlich Raum. Die deutsche Reform will uns aber auch beweisen daß sie in Bezug auf die Verfassung, wenn man die extremen Parteien ausnimmt, kaum mehr da sey. Die constitutionelle Partei und Presse sey, bis auf die paar doctrinären Fragen über §. 105 und 108, in allem Wesentlichen mit dem Ministerium einig, und ein Zweifel was in Bezug auf jene geschehen müsse, sey nicht mehr da, indem, wo die Kammern sich nicht geeinigt, der ursprüngliche Verfassungsentwurf seine Geltung behalte. Das ist juridisch richtig, und ebenso daß die constitutionelle Opposition zeitweilig, namentlich vor der bedeutungsvollen Wahl zum Reichstage schweigt, weil hier die Constitutionellen mit dem Ministerium Hand in Hand gehen zu können hoffen; das Schweigen ist aber kein Aufgeben von Grundsätzen, und außerdem bleiben noch manche Differenzpunkte auch im Materiellen. So ist es mehr als zweifelhaft ob die Kammer in den nächsten Eisenbahnfragen dem Ministerium beitritt. Gegen die Garantie der Düsseldorf-Aachener Bahn welche die rheinische ruinirt, erheben sich von allen Seiten Stimmen, und daß der Minister v. d. Heydt die Annahme für sich zur Lebensfrage machen will, dürfte doch kaum eine Nachgiebigkeit bewirken. Deßgleichen hat die Majorität der Actionnäre der märkisch-schlesischen Bahn, erklärt: daß sie sich nicht im Executionswege ihr Verwaltungsrecht nehmen lassen will. Auch diese Angelegenheit dürfte vor die Kammern kommen. Träte Hr. v. d. Heydt aus, so verlöre das Ministerium ein Mitglied über das in seinen Bureaux und im betheiligten Publicum zwar viele Klagen wegen zu rauher Behandlung laut geworden, das aber an Energie, Entschiedenheit und aufopfernder Thätigkeit schwer zu ersetzen wäre. Endlich erhält man durch gegenseitige Zeitungsinserate wenigstens etwas Licht über die innern Zwistigkeiten des Treubundordens. Der ausgeschiedene „Bund der Treuen mit Gott für König und Vaterland“ erklärt daß er kein neugestifteter, sondern der alte Treubund sey, da dieser gegründet worden auf das ächt constitutionelle Princip. Späterhin erst hätten sich andere hineingeschmuggelt, um das absolutistische Princip zu befördern. Um sich von diesen loszumachen und sich selbst treu zu bleiben, hätte der Bund der Treuen sich gesondert und einstweilen diesen Namen angenommen, um nicht mit denen verwechselt zu werden die sich „dem gesetzlosen sogenannten Bundesrathe unterwerfen.“ Der Name aber sey nur provisorisch. Zugleich erklärt der Secretär des Bundes der Treuen, W. Jäckel, daß er sein Amt als Rendant freiwillig niedergelegt habe, weil er nicht länger einem großen Rathe angehören wollte, „der nur Unfrieden und Haß unter die Brüder säet.“ Dann macht wieder der Treubund bekannt daß man ja niemanden Beiträge einzahle als wer eine so und so gezeichnete Quittung vorzeigen könne. Also auch hier äußerste politische Erbitterung in einer Partei wegen Meinungsneuerern und darneben schmutzige Geldverdächtigungen, dazu der Haß von einer Heftigkeit daß man den gemeinsamen Feind zu dessen Erheiterung zum Zeugen und Richter auffordert. Beides nichts neues unter der Sonne. Der Verein mit dem ältern Namen möchte den mit dem jüngern als äußerste Linke verstoßen und verdammen. Großmeister von jenem ist der General v. Ditfurth geworden. Ob damit ein Ausscheiden des Grafen v. d. Asseburg aus dem Bunde ausgesprochen ist, desselben Großmeisters der es erst vor kurzem geworden, wird behauptet und bestritten. Außerdem hat Hr. de Marle einen dritten Treubund stiften wollen, der alle treuen Seelen Gott, dem Könige, sich und ihrem Princip vereinigen sollte; dieser aber wäre ganz gescheitert, nach einigen am Toben und Lachen der Zuhörer, nach andern an der Polizei.

Berlin, 27 Dec. Der Pr. St.-Anz. berichtet über die Unterhandlungen der preußischen Postverwaltung mit den übrigen deutschen Postverwaltungen wegen Herbeiführung gleichmäßiger Grundsätze und Tarifbestimmungen für den gegenseitigen Postverkehr, daß sie in befriedigendem Fortgang begriffen sind. „Als nächstes Resultat,“ sagt der Artikel, „kann die gleichmäßige Regelung der Zeitungsprovision für den gesammten Wechselverkehr zwischen den deutschen Postverwaltungen bezeichnet werden, wobei die Verabredungen der Dresdener Postconferenz von 1847/1848 zur Grundlage gedient haben. Wie im übrigen die Verhandlungen liegen, läßt sich die zuversichtliche Erwartung aussprechen daß es gelingen werde auch in den sonstigen Grundsätzen, nach welchen der Postverkehr zwischen den deutschen Postgebieten behandelt wird, zweckmäßige Vereinfachungen und übereinstimmende Erleichterungen herbeizuführe .“

Erfurt, 24 Dec. Die Erfurter Zeitung berichtet daß die von den hiesigen Stadtbehörden nach Berlin entsandte Deputation, welche beauftragt war dem König sowie dem Verwaltungsrath des engern deutschen Bundesstaats den Dank der Stadt Erfurt für deren Erwählung zum Sitz des bevorstehenden Reichstags darzubringen, sich ihres Auftrags entledigt hat. Am 21 wurde sie vom König aufs „huldvollste empfangen.“ Was letzterer zu ihr sprach, wird nicht weiter erwähnt.

Natibor, 19 Dec. Seit Sonnabend berathen 21 österreichische und preußische Commissäre in Oderberg verschiedene sehr wichtige Punkte zur Erleichterung des Gränzverkehrs. In Betreff der Steuerabfertigung ist bis jetzt beschlossen daß die Wagen von Breslau und Krakau nach Brünn, Olmütz, Prag und Wien und umgekehrt durchgehen sollen ohne daß die Güterwagen an der österreichischen Gränze, in Oderberg, umgeladen werden. Dann sollen die Züge aus Wien und Prag um eine Viertelstunde früher abgehen, damit nicht so häufig als bisher die Züge aus Oesterreich in Oderberg ankommen, wenn die preußischen schon nach Breslau abgefahren sind. Endlich ist in Betreff des Paßwesens vorgeschlagen daß Oesterreich dem Verfahren beitrete welches in Preußen durch die Legitimationskarten gegen andere Bahnen besteht. (D. R.-Z.)

Oesterreich. ss **Wien,** 26 Dec. Ich schrieb Ihnen vor ein paar Monaten vertraulich daß man „im Reich“ von der Bedeutung der Nationalitätsfrage für Oesterreich einen ebenso geringen Begriff habe, wie man hier umgekehrt die deutsche Frage und ihre Bedeutung für die Deutschen ganz unterschätzt. Seit langer Zeit hat nichts eine solche Aufregung hervorgebracht als Hrn. Palazky's Aufsatz in der Narodni Noviny. Nicht das Verbot der Presse, nicht die Zusammensetzung des Interim, nicht der nahende Erfurter Reichstag vermochte ähnliches Interesse zu wecken, wie die Ansichten des Prager Professors. Auch muß hier erwähnt werden wie sich mit Recht die österreichischen deutschen Journale beklagen daß gegen sie unverhältnißmäßig streng der Ausnahmszustand behauptet wird, während sich magyarisch oder slavisch geschriebene Zeitungen in lustiger Freiheit ergehen können. Man hat auch Recht daran, denn ein deutsches Wort ist viel gefährlicher als ein magyarisches oder tschechisches, wie es in den Zeiten der seligen Censur erlaubt war die schlimmsten Theorien lateinisch oder griechisch in die Welt zu schicken ohne daß die Polizei davon gerührt worden wäre. Hrn. Palazky's Aufsatz ist nicht bloß eine kleine Revolution, sondern er ist die Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 zusammengenommen und noch einige mehr; es ist die offenbare Vernichtung Oesterreichs! Sieben Reiche will Hr. Palazky, und wie will er sie! Ein deutsches zuvörderst: nämlich Tirol, Oesterreich, den Norden Steiermarks und den Norden, Nordosten von Böhmen, Schlesien und ein Stück Mähren. Dieß ist das deutsche Reich! Zweitens ein tschechisch-slavisches, nämlich das südliche Böhmen, Mähren und die Slovakei von Ungarn. (Bemerken Sie wie hübsch arrondirt gerade das Tschechenreich seyn würde.) Drittens ein polnisch-russinisches Reich, Galizien. Viertens ein italienisches Reich. Fünftens ein ungarisches. Sechstens ein rumänisches, nämlich die Bukowina, Siebenbürgen, einen Theil vom Banat, die Mar-

marosch und Stücke der angränzenden Comitate. Endlich siebentens ein südslavisches Reich, nämlich die Woiwodina, wie die Serben sie verstehen, die drei Königreiche und „Slovenien" bis hinauf nach Klagenfurt und die slavischen Partien von Steiermark dazu. Es gehört der Muth des Hrn. Palazky dazu jetzt in der schönen Zeit, sieben Tage vor dem Beginn der neuen politischen Organisation, mit einer solchen naiven Landkarte vor das Publicum zu treten. Wir haben bisher Ursache gehabt die tschechische Partei in vielem zu bewundern, namentlich in ihrer Parteidisciplin und höchster stoischer Selbstverläugnung. Auf der slavischen Rechten in Kremsier saßen verzweifelte politische Prediger, welche sonst im Tschechenreiche von Dorf zu Dorf gezogen waren um für die Pfingsttage in Prag einen kleinen Hussitenputsch zu arrangiren. Dieselben Herren, ohne eine Miene zu verziehen, votirten später für und mit dem Ministerium, welches damals gegen das revolutionäre Schwarzrothgold in Wien zunächst seine Kräfte entfaltete. Dann bemächtigten sie sich bis zum Ueberdruß der Devise viribus unitis, schwärmten für das Haus Habsburg-Lothringen, welches von dem Slaventhum vor dem Untergang in der Rebellion gerettet worden, und waren gegen alle großen Männer Oesterreichs, gegen die Minister und gegen die Feldherren bis zur Peinlichkeit höflich. Ja, wenn sich jemand zur Loyalität hätte heranbilden wollen, so mußte er lernen österreichisch zu seyn wie ein Tscheche. Das ganze Geheimniß bestand aber darin daß sie hofften die österreichischen Gewalthaber würden aus Dankbarkeit tschechisch werden. Aber es wurde anders! Das Oesterreich viribus unitis, wofür sie einst Gut und Blut gelobten, wurde ein wirkliches Ding, ein einheitlicher großer Staat, aber kein tschechischer. Mit Schrecken sahen sie daß die Ungarn endlich ein geordnetes Gerichtswesen erhielten und vernünftige Gesetze rasch nachfolgen würden, aber die Proceßordnung war eine deutsche und das Gesetzbuch wird das österreichische Landrecht seyn mit einigen Verbesserungen! Sie merkten jetzt erst daß wenn aus Oesterreich ein geordneter, ein Rechtsstaat entstehen solle, er nur ein deutscher seyn könne. Die politische Organisation nach dem trefflichen Muster von Preußen schreckte sie nicht minder. Weit besser hätte man doch die Magyaren und die andern Völker in ihrem süßen vegetabilischen Durcheinander gelassen als ihnen ein höheres, geordnetes Daseyn auf Kosten ihrer Nationalität zu bringen. Ja, sonderbar genug, nach zehn Monaten merken Hr. Palazky und seine Jünger erst daß wenn ein Reichstag nach Wien käme, dieser Reichstag deutsch sprechen würde. Dann lieber keinen Reichstag, dann lieber kein Oesterreich viribus unitis, dann lieber keine Verfassung. In der That Hr. Palazky ist noch nationaler als constitutionell. Er will 1) auswärtige Angelegenheiten; 2) Krieg; 3) Finanzen; 4) Handel dem freien absoluten Schalten der Minister in Wien überlassen. Dagegen will er daß die Ministerien der HH. v. Schmerling, Thun, Bach alsbald außer Wirksamkeit treten und dafür Local- oder Nationalminister eingesetzt würden. Nun, Deutschland könnte diese Anerbieten acceptiren, mehr will man ja im Reich nicht als daß auswärtige Angelegenheiten, Krieg und Frieden und Handelspolitik von dem Parlament und der Reichsgewalt entschieden würden. Wir konnten dann mit Hrn. Palazky Oesterreich prächtig föderalisiren, nur daß wir Oesterreichs Zerfall nicht wünschen und deßhalb immer wieder für ein Centralministerium seyn müssen, damit ein Krieg, wie ihn ungarische Localminister gegen Oesterreich organisiren konnten, ferner nicht mehr möglich sey. Auch haben die Deutschgesinnten niemals Sympathien für die Verfassung vom 4 März gezeigt, soweit diese den Verband mit dem deutschen Vaterlande beeinträchtigte. Sie haben kein Blatt herausgegeben wie die „Union", wo täglich von der Einheit Oesterreichs gepredigt und das Kleindeutschthum angepriesen wird um hinterdrein den slavischen Glaubensgenossen in einem slavischen Blatt zu sagen: „Was ihr dort deutsch in der Union lest, müßt ihr cum grano salis verstehen, wir sind eigentlich nur für das eine und ungetheilte Oesterreich bis der Bruch zwischen Deutschland und Oesterreich erfolgt und die Deutschen vereinzelt neben uns stehen. Im Herzen sind wir gut föderalistisch und wenn Oesterreich darüber zu Grunde geht, was thut es? Slaven sind seine Erben und so bleibt das Areal immer in der Familie. Und den Rath geben wir euch noch. Ihr könnt als Deputirte stimmen und schwören wie ihr wollt, laßt ihr euch zu einer Maßregel herbei welche der Nationalität schädlich wäre, so seyd ihr daran nicht gebunden, denn „ein unmoralisches Versprechen ist nach göttlichem und menschlichem Recht nicht bindend." (Palazky's eigene Worte!) Aber das „Ereigniß" veranlaßt uns noch zu andern Betrachtungen. Die Tschechen und ihre Choragen waren immer sehr vorsichtige, verschwiegene, augenverdrehende Politiker. Obgleich es in Oesterreich notorisch ist daß die Slaven, die nationalen Slaven vorzüglich, eingefleischte Demokraten sind, so haben sie doch immer vortrefflich einen conservativen Anstand sich bewahrt, ja sogar mit einiger Discretion ein reactionäres Parfüm um sich verbreitet als kämen sie immer aus guter Gesellschaft. Wie kommt es also daß während die „Union" von demselben Tage mit brünstig gefalteten Händen ein sehr grobes Anathem gegen die Ostd. Post schleudert und sich auf die Brust schlägt: Ich danke dir Herr Gott daß ich besser österreichisch bin als jene Wiener Sünderin, welche die österreichische Note für Ernst hält und noch an den rechtlichen Bestand der deutschen Schlußacte glaubt — wie kommt es daß an demselben Tage der vorsichtigste der Tschechen, Hr. Palazky, der immer auf doppelten Socken ging, plötzlich ein Kriegsmanifest in die Welt schleudert und Oesterreich mit slavischen Revolutionen droht? Wir haben eine so hohe Meinung von dem politischen Sinn der Tschechen daß wir uns nach einer Erklärung sehnen, denn bloß Skandal machen oder den Wiener Blättern Stoff für eine Woche zu Leitartikeln geben, welche bei der außerordentlichen, ja leidenschaftlichen Abneigung der Wiener gegen die Tschechen verschlungen würden, das konnte Hr. Palazky nicht wollen. Das Wiener Cabinet einschüchtern ehe die politische Organisation ins Leben träte? Auch das wäre für Hrn. Palazky zu abenteuerlich. Oder war es der Schrei der Verzweiflung? Ein ächter Politiker verzweifelt nie, am allerwenigsten schreit er. Oder sollte Hr. Palazky vielleicht auch an die englisch-französisch-preußische Allianz glauben und das engste Bündniß Oesterreichs mit Rußland ihm im Traum erschienen seyn, daß er gedacht hat jetzt ist der Moment gekommen für die Slaven, jetzt erhebt eure Stimmen? In der That, ich kann Ihnen das Räthsel nicht lösen, denn ich glaube an jene Allianz des liberalen Westens nicht, weil mir dazu der Ehrgeiz und die Entschlossenheit in Potsdam fehlt, und die preußische Diplomatie zu ehrlich wäre um eine verächtliche Komödie in Frankfurt zu spielen, während sie im stillen mit dem Feinde von Deutschlands politischer und mit dem Feinde von Deutschlands industrieller Größe verbunden wäre. Auch bin ich zu der Vermuthung berechtigt daß die gestrige Reichszeitung nicht auf eine himmlische Inspiration, sondern auf das Gewissen der Redaction hin jene Allianz als möglich annahm. Erklären Sie sich also selbst Hrn. Palazky's Politik, ich dagegen freue mich auf die morgenden Wiener Journale (heute sind keine erschienen), denn es wird ein interessantes Schauspiel jenes journalistische Ungewitter welches gegen die Tschechenpartei Blitz und Donner schleudern wird! Ich habe oft nachsinnen müssen in den Stunden voll Unmuth, warum wir Deutsche und Großdeutsche noch an Oesterreich halten, welches nur Entsagungen von uns fordert und sich selbst immer mit einem Fuß außerhalb Deutschland betrachtet. Aber sowie ich irgendein slavisches Blatt zur Hand nehme, dann erwacht das Nationalgefühl in ganzer Stärke, und es wird mir klar wie man die deutschen Oesterreicher nicht den Slaven preisgeben, nicht im Stich lassen kann und daß es eigentlich Ehrensache ist mit Oesterreich auszuhalten. O wenn nur einmal ein tschechisches oder slavisches Ministerium in Oesterreich ans Ruder käme, man würde sehen wie die Deutschen endlich sich regten und von ihren Gegnern lernten in geschlossenen Gliedern zu fechten, Mann an Mann, den Hader um Kleinigkeiten aufschiebend. Das Palazky'sche Manifest ist unbezahlbar, und wäre es nur ein Parteistichwort, welches unvorsichtiger Grimm im Vergessen des Ortes und der Umgebung ausgestoßen hätte, um zum Verräther an sich selbst zu werden.

△ **Wien,** 27 Dec. Seit längerer Zeit hat in den hiesigen politischen Kreisen kein Journalartikel so vieles Aufsehen erregt als der Artikel Palazky's über die Politik des Kaiserstaats. Man sieht darin den Ausdruck eines mächtigen Parteichefs. Dieser bietet, neben vielem Unannehmbaren, doch auch Anknüpfungspunkte zu einer Verständigung, die jedenfalls früher oder später erfolgen muß wenn Deutschland nicht wieder ähnliche Schreckensjahre durchmachen will, wie sie die Zeiten der Religionskriege waren. Hr. Palazky selbst spricht die Besorgniß aus daß die nationalen Wirren ebenso enden dürften als die religiösen, und verlangt deßhalb Aufgebung der starren Centralisationspolitik. Er will die Befugnisse des Centralreichstags, dessen Bestand mit so heterogenen Elementen freilich sehr problematisch ist, dahin reduciren daß auf demselben bloß die Interessen des Kaisers und seiner Dynastie, die äußern Angelegenheiten, Land- und Seemacht, Reichsfinanzen, Handelsangelegenheiten und Communicationsmittel verhandelt werden sollen, während die Provinciallandtage alle übrigen Angelegenheiten der Provinzen selbständig und in ihren Sprachen zu verhandeln hätten. Die Regierung weiß eben so sehr als Hr. Palazky daß die Ursache des allgemeinen Unbehagens hauptsächlich aus der gährenden Nationalitätseifersucht hervorgeht, und würde wohl nicht abgeneigt seyn die unfruchtbaren Ideen einer Centralisation à tout prix zu modificiren; ob dieß jedoch durch den weitern Vorschlag des Hrn. Palazky in Bezug auf die Zersplitterung des Ministeriums des Innern, der Justiz und des Unterrichts in sieben Provincialministerien durchführbar sey, möchten wir sehr bezweifeln. Anderwärts bietet die Sprache die Bindungsmittel eines Staats; hier würde sie zum Werkzeug der Zerreißung. Ein Provinciallandtag mit solchen Prärogativen

wie Palazky sie beansprucht, würde der Kleinstaaterei, wenn nicht den noch schlimmern Separationsgelüsten Haus und Thür öffnen. Und sieben getrennte Ministerien für eine einheitliche Monarchie! Kaum war Ludwig Kossuth ungarischer Finanzminister, so belegte er den österreichischen Zucker mit einem hohen Zoll, während der ungarische Kriegsminister die ungarischen Truppen ausschließlich in Anspruch nahm. Hr. Palazky hat schon einmal als er seinen bekannten Brief an den Fünfziger-Ausschuß schrieb, viel Verwirrung bereitet, und wird mit diesem Programm des Slaventhums nicht weniger als damals zur Verwirrung der Gemüther und der Köpfe beitragen. — Wien hat den gestrigen Feiertag in aller Stille und Beschaulichkeit gefeiert. Die Gotteshäuser waren sehr zahlreich besucht, und zeigten daß der religiöse Sinn des Volkes nicht im Strome der Revolution untergegangen ist. Heute zeigt sich reges Leben und Treiben in den Straßen, die von endlosen Reihen von Spaziergängern bedeckt sind. Die Börse hat sich wieder erholt und die Geldcurse werden einen allmählichen Rückzug nehmen.

△ **Wien**, 27 Dec. Viel Aufsehen erregt die seit gestern verbreitete Nachricht von der Selbstentleibung des Generals Grafen Wrbna, der in Verona weilte. Derselbe war bekanntlich wegen seiner Mißgriffe bei der Schlacht von Kapolna von seinem Commando in Ungarn entfernt worden. — Lord Ponsonby ist nach Berlin abgereist. Unsere Börse erholt sich zwar wieder von dem panischen Schrecken, will jedoch noch immer nicht von den hohen Geldcursen weichen. Gestern hieß es wieder daß die böhmische Armee verstärkt werde, sowie man denn auch wissen will daß die beabsichtigte Auflösung der fünften Bataillons einstweilen verschoben werde. Die Stimmführer des Slaventhums führen überall eine so geheimnißvolle als pochende Sprache; das slavische Volk hingegen, welches durch die Regierung von der Robot erlöset wurde ist zufrieden und verhält sich ganz ruhig. Die Entwaffnung der Bauern wegen Wildfrevel ist an manchen Orten mit der größten Ruhe vor sich gegangen, ohne weitere Folgen herbeizuführen. — Die „Presse“ ist wirklich heute in Brünn wieder erschienen, mit einen Leitartikel von Zang, worin er die neuesten Erlebnisse seines Blattes schildert.

* Wiener telegraphische Berichte vom 28 Dec. zeigen den Stand der Fonds ungefähr auf gleicher Höhe wie gestern. Die Berichte aus Pesth über die dortigen Handels- und Gewerbsverhältnisse lauten günstiger.

* **Linz**, 16 Dec. Vor einigen Tagen entführte uns die Post Adalbert Stifter, den die Donau sich geweigert hatte nach Wien zu bringen.*) Er hat einen Ruf als Schulrath bekommen und hat Linz verlassen; wir halten den Augenblick für geeignet einige Worte über diesen ausgezeichneten Mann zu sagen, da er jetzt als Staatsbeamter ohnehin der Oeffentlichkeit verfallen ist, und zwar nicht nur wie früher durch seine belletristischen Arbeiten, sondern mit seinem Charakter und seiner Person; wohl mag er mit Recht sagen: „Lebt wohl ihr Berge, ihr geliebten Triften,“ denn der Weg den der Staatsmann einschlägt, ist himmelweit von dem harmlosen Hirtenpfade des Privatmannes verschieden — aber er kann auch sagen: „Ach es war nicht meine Wahl“, denn es scheint als habe er nicht nach einer Anstellung gesucht, sondern als sey er berufen worden um im Verein mit andern ausgezeichneten Männern dem kranken oder vielmehr in seinem Wachsthum gehemmten, etwas verkrüppelten Schulwesen Oesterreichs wieder aufzuhelfen. Hoffen wir daß Stifter eine von den unzerstörbaren Naturen ist die ihr eigenes gesundes Blut dem Staatskörper in die Adern einzuflößen im Stande sind ohne selbst dabei zu Grunde zu gehen — denn es bedarf des Herzblutes der besten — und wie es die Armee ohne Metapher freudig hergegeben hat, so mag sich auch der Civilstand dem Staate mit Leib und Leben opfern. Stifter ist eine jener Figuren aus der alten Nürnberger Schule. Untersetzt, kräftig, gesund und nicht leicht in Gefahr den Ermüdungen zu unterliegen denen er entgegengehen mag; er ist 43 Jahre alt, und hat bis jetzt seine Bekanntschaft mit der Welt nur durch einige Bände schöner Novellen die er Studien benannt hat, vermittelt. Diese Novellen sind noch dazu ohne alle politische Tendenz, was der Ungeschmack der Zeit vielfach getadelt hat. Indeß ist nicht der Novellenschreiber zum Schulrath gemacht worden, sondern der gediegene Mann von erprobter Redlichkeit, von unerschrockenem Charakter, von ausgebreiteten Kenntnissen, hat nur auch Novellen geschrieben — er hat auch gemalt — das hindert aber nicht daß er sich seit mehr als 20 Jahren mit Staatswissenschaften gründlich beschäftigt, daß er ein gründlicher Kenner alter Sprachen, vortrefflicher Mathematiker ist. Kurz auf seinen Schultern ruht eine Last von Wissen, dabei hat er eine außerordentliche Rednergabe die den gegebenen Gegenstand erschöpfend und anregend behandelt, und deren Schmuck eine seltene Correctheit der Diction ist, in der sich nie ein Wort wiederholt und die nie um den bezeichnenden Ausdruck verlegen ist. Der reine, sittliche Charakter seiner bis jetzt bekannten Schriften stimmt vollkommen mit dem seiner Sinnesart überein, und somit ist ihm eines der Haupterfordernisse zu einer Wirksamkeit die diese edle Richtung in der Jugend fördern soll, gegeben. Wir Oberösterreicher sahen ihn mit Schmerz nach Wien ziehen; nicht daß Wien wie die Seufzerbrücke ohne Rückweg wäre, aber es ist doch ein gefräßiges Ungeheuer das Geschmack an Leckerbissen hat, und schwer wieder herausgibt was einmal seinen Bann berührt hat. Aber Stifter, scheint uns, gehört Oberösterreich so eigenthümlich an wie dem Urias sein einziges Weib, und David konnte sich wohl mit seinen 300 begnügen: er ist ein Oberösterreicher und ward wenige Stunden von hier geboren und in Kremsmünster erzogen; er ist ein Kind dieses lachenden, mostreichen, weizenschweren Landes mit Strömen und Gebirgen, mit seinem gesunden und guten Volksschlage, der dem italienischen Kriege seine besten Helden geliefert hat (das zehnte Jägerbataillon recrutirt sich hier). Er kennt diese Bevölkerung wie den Baum vor seinem Vaterhause; die Landleute sind gewohnt sich an ihn zu wenden, mit ihm zu sprechen, ihn anzuhören. Um aber die Schulen hier auf einen guten Standpunkt zu bringen, gehört vor allem dazu daß die Bauern selbst zur Ueberzeugung kommen wie gut und nützlich ihren Kindern eine höhere Bildung sey; und hiezu möchte Stifter vor andern berufen seyn, während seine Stimme in Wien doch wohl ungehört verhallen könnte. Darum, und nicht aus Egoismus sahen wir Stifter ungern scheiden, und darum wünschen wir daß er mit den Lerchen zurückkehren möge.

*) Es ist in diesen Blättern gesagt worden daß er Schiffbruch gelitten hatte.

Großbritannien.

London, 25 Dec.

Es ist Christtag, ein Fest das in England besonders heiter begangen wird, und da gewissermaßen die Fastnacht vertritt. Die Minister befinden sich alle auf ihren Landsitzen. Die Vertheilung der königl. Weihnachtsgeschenke an Arme in London und Windsor ist dießmal besonders freigebig ausgefallen.

Lord Colville (geb. im J. 1768), Admiral der weißen Flagge und einer der Repräsentativpeers von England, ist gestorben; deßgleichen der verdiente Veteran Generalmajor Lonson, ein „Peninsular-Officier,“ 77 Jahre alt.

Die M. Post sucht neuerdings die „Russophobie“ als eine Chimäre darzustellen; allein die Mehrzahl der Londoner Blätter, und vor allen die Times, lassen sich nicht ausreden daß Rußland endlich die Ausführung lange gehegter Plane ernstlich im Schilde führe, und daß jener fromm gedämpfte Ukasenton bis zum nächsten Frühjahr zu einem unzweideutigen Bärenbrummen werden dürfte. Der Examiner schreibt: „Wiewohl der Czar klug genug ist, angesichts der festen Haltung Frankreichs und Englands, seine Entwürfe gegen die Integrität des osmanischen Reichs scheinbar aufzugeben, so ist es doch offenbar daß er dieselben nur hinausschiebt bis sich eine günstigere Gelegenheit darbietet und eine Erschlaffung unserer auswärtigen Politik ihm deren Ausführung möglich macht. Eine außerordentliche Truppenaushebung für 1850, $^{12}/_{1000}$ in den polnischen Provinzen, $^{8}/_{1000}$ im übrigen Reich betragend, ist bereits im Gang — eine Aushebung die zur Ausfüllung der durch den ungarischen Krieg in die Reihen der Armee gerissenen Lücken ganz außer Verhältniß steht. Die Occupationscorps in der Moldau und Walachei sind neuerlich vermehrt worden; alle starken Positionen in diesen Fürstenthümern werden von russischen Truppen besetzt, Proviant- und Munitionsmagazine in großem Maßstab angelegt, und, unter dem Vorwand der Cholera, die Hauseigenthümer in Bucharest und andern Städten genöthigt Zimmer mit allen Erfordernissen eines Hospitals versehen in Bereitschaft zu halten. Aber diese materiellen Kriegsrüstungen sind minder beunruhigend als der moralische Einfluß der von russischen Agenten unter den slavischen Bevölkerungen der Türkei so eifrig betriebenen Propaganda. Bosnien und Bulgarien schwärmen von Aussendlingen Rußlands, welches nicht ganz im Einklang mit seinem oft verkündigten Charakter als Generalfeuerlöscher der Revolution — die christlichen Unterthanen des Sultans zur Rebellion gegen ihren rechtmäßigen Monarchen aufhetzt. Der einzig wirksame Widerstand, der sich diesen Zettelungen entgegensetzen läßt, ist die Beseitigung aller gegründeten Ursachen der Unzufriedenheit, und diese Bahn ist in den letzten Jahren von der Pforte eingeschlagen worden. Sollte eine wirkliche Beschwerde noch unabgestellt geblieben seyn, so darf man deren schnelle Hebung von der Humanität des jungen Sultans erwarten. (Hier ein Seitenhieb auf Oesterreich.) In Bosnien und Bulgarien beschränken sich die russischen Machinationen einfach darauf Mißstimmung unter den christlichen Einwohnern zu erregen. In Serbien sind die politischen Verhältnisse verschiedener Art, und daher nehmen dort die Intriguen,

welche alle das nämliche Ziel im Auge haben, eine andere Gestalt an. Serbien, obschon der Pforte abgabenpflichtig und dem Namen nach unterthan, ist thatsächlich unabhängig und von einem eingebornen Fürsten seiner eigenen Wahl regiert. Die nationale Partei, welche bei weitem den größern Theil der Bevölkerung umfaßt und an deren Spitze der Fürst steht, hegt, wie warm sie auch von einem slavischen Stammgefühl beseelt ist, doch keineswegs den Wunsch daß Serbien eine russische Provinz werde; hingegen viele Mitglieder des Senats, hinter denen der Einfluß der Priesterschaft steht, sind Rußland völlig ergeben, und bereit den Ehrgeiz des Czaren und zugleich ihre eigene Vergrößerung zu fördern. Der Premierminister Petroniewitsch ward allgemein als ein Anhänger dieser abgesehen, aber die Schwäche und Unentschiedenheit seines Charakters machte ihn zu einem weniger thätigen Parteigänger als es den Ansichten des russischen Consuls genehm war. Unter dem Vorwand der Krankheit nimmt er jetzt seine Entlassung, und von der Ernennung seines Nachfolgers wird die Politik Serbiens und vielleicht, bis zu gewissem Maße, die Sicherheit des türkischen Reichs abhängen. Die Leiter der russischen Partei sind die Brüder Simitsch, und den rücktretenden Premier durch einen von diesen zu ersetzen ist der Plan der Partei. Der Fürst andererseits würde seinen Nachfolger gern in Hrn. Garaschinin sehen, einem redlichen und fähigen Patrioten. Geläng' es der russischen Partei einen der Brüder Simitsch zum Minister zu erheben, dann würde die Unzufriedenheit in Bosnien und Bulgarien von serbischen Sympathisers unterstützt, und Unruhen wären in diesen Provinzen zu erwarten. Ist andererseits Garaschinin der glückliche Candidat, so wird die Pforte sich wenigstens auf die Neutralität Serbiens stützen können; und selbst die Neutralität dieses Staats ist von nicht geringem Gewicht, wenn man dessen sowohl moralischen als materiellen Einfluß auf die angränzenden slavischen Bevölkerungen in Rechnung bringt. Seine undisciplinirten Haufen — eine Erhebung in Masse würde nicht weniger als 100,000 Streiter liefern — wären mächtige Bundesgenossen der Russen, wenn sie eine russische Invasion unterstützten. Der Einfluß des serbischen Namens würde noch größer seyn. Daher kann die Erprobung der Stärke zwischen den zwei Parteien, obgleich es sich scheinbar nur um die Wahl eines Ministers handelt, die wichtigsten Folgen für das Schicksal der europäischen Türkei haben. Rußland buhlt um die Freundschaft der Serben nicht bloß mit Berufungen an die Stamm- und Glaubensverwandtschaft, sondern auch mit greifbareren Zeichen seiner Gewogenheit. Der Czar machte ihnen unlängst 10,000 Flinten zum Geschenk — einem Volk von Kriegern eine willkommene Gabe. Andererseits ist das übermuthige Benehmen des russischen Consuls, der sich eine Art von Protectorat anzumaßen sucht, geeignet ein starkes Unabhängigkeitsgefühl hervorzurufen. Erst unlängst verlangte er die Ausweisung einiger ihm anstößigen Fremdlinge, welche aber Fürst Alexander schlechthin verweigerte; und als er ferner forderte daß die Professoren und Studenten des Lyceums in Belgrad ihm vorgestellt würden, ward von den Betheiligten die ihnen zugedachte Ehre entschlossen abgelehnt. Die Masse des Volks ist für ihren Fürsten, welchen der englische und der französische Consul unterstützen. Gleichwohl, da Rußland so viele Elemente der Intrigue zu seiner Verfügung hat, so wünscht Fürst Alexander seine Stellung zu verstärken, und in dieser Hinsicht betrachtet er den Handelsverkehr mit den westlichen Mächten als die wirksamste Corrective der russischen Tendenzen. Wie wir hören, beschäftigt den Fürsten dermalen ein Plan zu directen Verbindung Serbiens mit dem adriatischen Meer über Albanien, und eine solche Verbindung mit dem Meere wär' allerdings von übergroßer Wichtigkeit für Serbien. Wegen Mangels an Handelswegen bestand bisher der Hauptreichthum des Landes aus Schweineherden, die in großer Anzahl in den unermeßlichen Eichenwäldern gezüchtet werden; aber gewinnbringendere Ausfuhrartikel als Schweine, die jetzt auf den Dampfschiffen nach den ungarischen Märkten verführt werden, ließen sich finden in dem eichenen Zimmerholz, in Korn, namentlich in Mais, und in dem noch unbenützten Mineralreichthum des Landes. Die natürlichere Seeausmündung für Serbien wäre wohl der ungarische Hafen Fiume, namentlich wenn die von Kossuth projectirte Eisenbahn von der Donau bis zu diesem Hafen in Ausführung käme. Aber der Fürst von Serbien findet den Handel in Fiume durch die österreichischen Regulirungen gehemmt, und scheint von einem österreichischen Cabinet keine wahrhaft liberale Handelspolitik zu erwarten. Er scheint die materiellen Schwierigkeiten eines langen Binnen-Transits für geringer anzuschlagen als die moralischen Hemmungen einer obstructiven Regierung. Sollte der Plan des Fürsten Alexander sich irgend ausführbar erweisen, so würde er unsern wärmsten Beifall haben; denn obgleich die Erscheinung einer brittischen Flotte in den Dardanellen viel dazu beigetragen haben wird das Prästigium des russischen Namens zu zerstreuen und den rechtmäßigen Einfluß des englischen Namens selbst unter jenen fernen Binnenbevölkerungen zu erhöhen, so wäre doch das wirksamste und nachhaltigste Mittel, um die russische Anziehungskraft zu neutralisiren, die Verknüpfung derselben mit West-Europa durch die wechselseitigen Segnungen des Handelsverkehrs."

(Spectator). Nach allem scheint es doch daß die Königin Isabella Anstalten trifft den Thron von Spanien mit einem Erben zu beschenken. Wegen ihrer politischen Wichtigkeit wird die Sache, selbst in der spanischen Hauptstadt, mit einer kaltblütigen Detailneugier behandelt welche der jungen Dame höchst leidig seyn muß. (Zum Glück liest die unschuldige Isabella nichts als ihr Ballbüchlein; und überdieß könnte sie, als die Tochter ihrer Frau Mutter, einige nupta verba wohl vertragen). Der Tod unserer Königin Adelheid ist vom spanischen Hof, indem er bei seiner Traueranordnung über die strengen Erfordernisse der Etiquette hinausging, als Anlaß benützt worden sich der englischen Regierung indirect wieder zu nähern. Führte dieses Entgegenkommen zu wirklicher Aussöhnung, dann wär' es eine schöne Huldigung für das Andenken der geschiedenen Prinzessin, und in diesem Sinne möchte der brittische Hof dem spanischen auf halbem Wege begegnen.

Das Jewish Chronicle, eine von Juden für Juden herausgegebene Londoner Wochenschrift, enthält die sonderbare Notiz: „Heinrich Heine, der wohlbekannte getaufte Israelit, welcher seines Witzes und seines Unglaubens wegen so berühmt war, ist auf seinem Siechbette wieder Jude geworden, und erwartet nur die Wiederherstellung seiner Kräfte um öffentlich in die Synagoge zurückzukehren." Der Ursprung dieser Zeitungsente datirt sehr wahrscheinlich von Heine's vorjähriger Erklärung in der Allg. Ztg., worin er sich — denn „Wasser thut es freilich nicht" — einen sterbenden Juden nannte. Im neunzehnten Jahrhundert den Uriel Acosta zu spielen, dazu hat Heine sicherlich keine Lust. — Dasselbe Blatt meldet aus Galizien, daß die dortigen Juden sich in neuerer Zeit ernstlich mit Landbau und Handgewerben beschäftigen. Sehr wünschenswerth, aber, nach den in Frankreich, Holland und andern Ländern gemachten Erfahrungen, leider kaum wahrscheinlich.

Frankreich.

Paris, 26 Dec.

In den Tagen der Restauration, als die Gazette de France das vertraute Organ Villèle's war, hatte sie eine Rubrik: Tageslügen. Man vermißte in dieser Polemik die französische Urbanität, und nach einiger Zeit war sie wieder verschwunden. Jetzt scheint der Moniteur sie in etwas höflicherer Form wieder aufleben lassen zu wollen. Unter dem Titel: Liste der Irrthümer der Presse enthält das Blatt vom 24 Dec. eine Blumenlese, die auch als Charakteristik der Oppositionsblätter, der Salonsgerüchte und der mit Insinuationen so freigebigen Tagespolitik von Interesse ist. Die folgende Geschichte wurde zwar im Moniteur schon früher einmal berichtigt, man scheint es aber nicht für überflüssig zu halten den Widerspruch zu wiederholen, der übrigens sowohl in diesem als den weitern Fällen weder in einer Erklärung noch einem Commentar, sondern bloß in der Aufführung unter der obigen Rubrik besteht. Die Irrthümerliste ist folgende: „Ein Repräsentant, der sich in der Lage befindet gut unterrichtet zu seyn, versicherte heute im Conferenzsaal daß das verrufene Rundschreiben d'Hautpouls an die Gendarmerie von der Hand des Präsidenten der Republik corrigirt wurde, er führte selbst einen Paragraphen an, wir lassen errathen welchen, der ganz von Hrn. Bonaparte geschrieben sey. Welche erbauliche Enthüllung!" (National vom 15 Dec.). „Bloße Fragen. Sollte es wahr seyn daß wir in Folge dessen was sich, wie man sagt, zwischen dem Präsidenten der Republik und dem General Changarnier zugetragen hat, am Vorabend einer großen Veränderung stehen? Wie es scheinen könnte, erlaubt General Changarnier nicht mehr daß Hr. L. Bonaparte die Berichte des Hrn. Carlier direct empfängt. Man behauptet daß der Präsident einen Bericht über die öffentliche Stimmung verlangt hatte; und daß dieser Bericht welcher den schlimmen Eindruck der letzten Ernennungen sowie des Rundschreibens des Hrn. d'Hautpoul an die Gendarmerie nachwies, statt unmittelbar Hrn. L. Bonaparte übergeben zu werden, sich unterwegs verirrte und in das Cabinet des Hrn. Changarnier gerieth. Darüber großer Zorn des Präsidenten, der zu erkennen gab daß er Lust habe sich der Vormundschaft zu entwinden in der er gehalten wird. Hrn. Dupin, dem Muster-Schulder, so wird versichert, hat man es zu danken daß der Unwille des Hrn. L. Bonaparte wieder besänftigt wurde, ein Unwille der nichtsdestoweniger eine merkwürdige Enthüllung veranlaßt hat." (Liberté vom 17 Dec.) „Das Journal l'Ordre läßt diesen Morgen einen neuen Querstreich (coup de boutoir) des Elysée voraussehen. Wäre die Getränkesteuer nur erst bewilligt, so würde der Präsident unerwartet über das Ministerium herfallen um glauben zu machen daß er gegen diese Maßregel sey. So würde man mit einem Stein zwei Schläge thun: man hätte die

100 Mill. Auflage und er würbe sich Popularität. In Wahrheit, wenn das Vorgefühl dieses Journals sich verwirklicht, so müssen diese Herren das republicanische Frankreich für sehr dumm halten daß sie sich einbilden es werde sich durch diese aufgefrischten Comödien der Monarchie übertölpeln lassen." (Réforme, 19 Dec.) „Seit einiger Zeit ist man nicht aufmerksam genug auf den immer wachsenden Einfluß Englands auf unsere auswärtigen Angelegenheiten, selbst in Fragen die völlig außerhalb der internationalen Beziehungen stehen. Daß der Marquis v. Lansdowne sich für die Ernennung des Hrn. de la Hitte zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten interessirt, begreifen wir von seiner Seite, ohne jedoch zu begreifen wie und warum seine Intervention wirksam seyn konnte. Aber, was noch stärker ist, es scheint daß die Hartnäckigkeit einer gewissen Person die Getränkesteuer herzustellen hauptsächlich vom englischen Einfluß herkommt." (Réforme, 19 Dec.) „Das Organ der alten Minister bringt heute Worte in Verbindung mit einem Vorfall der ihnen eine wichtige Bedeutung gibt. Gestern Abend war eine Unterredung zwischen dem Präsidenten der Republik und Hrn. J. Favre. Man begreift nun was das Geflüster besagt wovon der Moniteur (in einem Sitzungsbericht) spricht; was in diesem Lachen auf der Ministerbank für eine Falschheit, übrigens Ironie liegt, und man wird endlich begreifen daß die verschiedenen Bewegungen die Mannichfaltigkeit der besondern Empfindungen noch nicht verriethen." (Siècle, 19 Dec.) „Eine sehr große Geldsumme, kürzlich durch eigene Gelegenheit aus England angekommen (50,000 Pf. St.), ist, sagt man, durch die Vermittlung des Hauses Rothschild zur Verfügung des Elysée gestellt worden. Der häufige Verkehr des Chefs dieses Hauses mit dem Staatschef erklärt hinreichend die Ernennung des Hrn. Chevalier zu dem Posten eines Generalsecretärs der Präsidentschaft. Man weiß daß Hr. Chevalier ein Schützling des Hauses Rothschild, Pereire u. Comp. ist." (Débats, 21 Dec.) „Noch heute sprach man in der Assemblée von der Ungewißheit der Dauer des Ministeriums. Jemand sagte: es wird vielleicht morgen verschwinden, vielleicht heute, niemand weiß es. Es weiß es selbst nicht. In seinen Augenblicken der Herzensergießung kann man dieß Geständniß von ihm hören." (Opinion publique.) „Man behauptet die Verhältnisse zwischen dem Hrn. Präsidenten der Republik und seinem Kriegsminister werden täglich schwieriger, seit der mitgetheilten Note in welcher das allzuverrufene Rundschreiben d'Hautpouls implicit verläugnet war. Alles zeigt an daß ein definitiver Bruch nahe bevorsteht." (Liberté, 22 Dec.) „Die ministerielle Modification, von der wir gestern sprachen, ist auch heute noch Gegenstand aller Unterhaltungen. Seltsame Beweggründe werden zu dieser neuen Veränderung angegeben. Es scheint einige Präfecten haben an Hrn. F. Barrot Berichte eingesandt die in Orthographie und Styl nicht vorwurfsfrei waren. Man erachtete daher höhern Orts für geeignet zu einer neuen Ausmerzung zu schreiten. Hr. F. Barrot schien nicht der Mann zu seyn um dem Präsidenten diesen neuen Dienst zu leisten. Er kennt, wie es scheint, das Verwaltungspersonal nur unvollkommen, und seine Wahlen, obwohl von dem Ministerium genehmigt, sind nicht sehr glücklich gewesen. Hrn. L. Faucher wurden Eröffnungen gemacht. Aber der Ex-Minister des 10 Dec. soll abgelehnt haben." (Réforme, 23 Dec.) In diesem Verzeichniß erscheint auch das J. des Débats, indem ein Artikel der Liberté irrthümlich ihm zugeschrieben ist. Dieß hat es höchlich übel genommen und sich vom Moniteur eine Berichtigung ausgebeten, was im Blatt vom 23 Dec. geschehen ist. Dieses Blatt bringt keine neue Liste, aber das Journal: l'Assemblée nationale bekommt dort auch eine Lection. Es hatte ebenfalls das Gerücht von einer Ministermodification verbreitet, der Moniteur erklärt sich ermächtigt es Lügen zu strafen und setzt nachdrücklich hinzu: „Es ist traurig daß ein ernstes, der Vertheidigung der Ordnung so ergebenes Blatt lügnerische Neuigkeiten zu leichtfertig aufnimmt und, indem es zu ihrer Beglaubigung beiträgt, mit der rothen Presse gemeinschaftliche Sache macht." Wenn auch solche Blätter sich am Ministerium versündigen, so könnte man fragen: wo ist denn die Regierungspresse?

Die Angelegenheit der Mobilgarde stand heute wieder auf der Tagesordnung, die Commission hatte die vorliegenden acht Amendements begutachtet. Jetzt verlangte aber die Regierung einen Aufschub, da sie selber einen abgeänderten Entwurf einbringen will, und die Sache wurde abermals vertagt. Die Versammlung ertheilte dann dem Recrutirungsgesetz, Berufung von 80,000 Mann aus der Altersclasse von 1849, und einigen Finanzgesetzen ihre Zustimmung, und ging sofort zur dritten Berathung des Fouquier-Herouel'schen Antrags auf Vervielfältigung der Wahlbezirke über. Diese Maßregel, auf welche die conservative Partei großes Gewicht legt, wird von der Opposition als eine Verfassungsverletzung betrachtet. In diesem Sinn argumentirte Hr. Miot mit so viel Anzüglichkeiten gegen die Majorität, indem er anhub: „Bürger Demokraten (links) Bürger Royalisten (rechts gewendet)", so daß er vom Präsidenten nach und nach dreimal zur Ordnung gerufen wurde, und die Versammlung ihm zuletzt das Wort entzog. Da er dennoch die Rednerbühne nicht verlassen wollte, so bedeckte sich der Präsident und die Sitzung wurde mitten unter der lebhaftesten Aufregung ausgesetzt. Hr. v. Corcelles war am 23 Dec. in Marseille angekommen.

Niederland.

Haag, 20 Dec. Die Limburger Frage kam in der zweiten Kammer zur Sprache, indem Graf Randwick sich gegen Aufhebung mehrerer Gesandtschaften deutscher Staaten aussprach, die aus Sparsamkeitsrücksichten beschlossen worden. Gerade in der Unbestimmtheit der deutschen Zustände sieht er Mitgrund zur Beibehaltung unserer Missionen, wobei er auch die Handelsrücksichten ins Auge faßt. Borel van Hoogelanden: Seines Dafürhaltens hätte das Gouvernement die jetzige Lage Deutschlands benutzen müssen um alle Bande zu lösen die Limburg noch an Deutschland fesselten. Der Minister des Aeußern erklärt, bei der jetzigen Lage Deutschlands könne man nicht aufmerksam genug auf das seyn was dort vorgehe. Wenn die Kammer es wünsche, werde man mit Einschränkung in den einzelnen deutschen Staaten sich wieder vertreten lassen. Was die Zustimmung zu dem Vertrage zwischen Oesterreich und Preußen vom September anlange, erklärt der Minister folgendes: Ich bin der Ansicht daß die Verträge die den deutschen Bund ins Leben gerufen, noch bestehen. Treten unvorhergesehene Zufälle ein, so haben wir uns die Mittel vorbehalten aus dieser Allianz uns herauszuziehen und aus dieser anormalen Lage zu kommen, in welcher wir uns Limburg gegenüber befinden. Das Großherzogthum Limburg findet sich zwischen Holland und Deutschland eingeschlossen, diese Lage wird später viele Schwierigkeiten erzeugen. Nichts wäre uns leichter gewesen als den Beitritt zu vermeiden, allein welche Haltung hätte das Gouvernement eingeschlagen wenn alle deutschen Staaten der österreichisch-preußischen Allianz beigetreten wären? Sie hätte nur eine feindselige seyn können, während wir nunmehr durch die stipulirten Vorbehalte nichts von der Suprematie Oesterreichs und Preußens zu fürchten haben. In der That können wir uns, wenn es uns zweckmäßig scheint, aus dieser Allianz zurückziehen. (W.-Ztg.)

Italien.

⚌ **Neapel**, 20 Dec. Das Weihnachtfest naht und noch ist kein Pontifex maximus in Rom, mit dem Hammer den ersten Schlag auf die vermauerte Portasanta der vaticanischen Basilica zu thun und das Jubeljahr zu eröffnen, wie man es auf dem Relief Papst Clemens' X in der Peterskirche dargestellt sieht. Das Jahr 1850 wird der Ehre und des Vortheils verlustig gehen, welcher zuerst dem Jahr 1300 zu Theil ward, anfangs auf eine Wiederkehr nach 100 Jahren bestimmt, dann, unter Umständen welche den gegenwärtigen gleichen, schon 1350 auf ein halb Jahrhunder vermindert um Rom während der Abwesenheit der Päpste etwas aufzuhelfen und das neuerungssüchtige Volk zu beruhigen; hierauf, während des Schisma, auf 33 Jahre festgesetzt und bereits 1400 auf 25, wobei es bis jetzt geblieben ist. Im Jahr 1825 fand das letzte Jubiläum statt — Leo XII schrieb es aus, obgleich viele der Meinung waren man sollte die Feierlichkeit unterlassen. Der Kirchenstaat hatte nach dem Aufhören der Consalvischen Administration damals schon die Richtung eingeschlagen welche unter Gregors XVI fünfzehnjähriger Regierung mit Consequenz verfolgt, seinem Nachfolger das Herrschen so schwer machen mußte, mochte er sich nun fur das Verharren auf der bisherigen, nachgerade unmöglich gewordenen Bahn entscheiden oder die der Reformen wählen. Hätte man auch das Jubeljahr eröffnet (was ja durch einen Legaten geschehen kann), wer weiß ob politische Conjuncturen, finanzielle Mißverhältnisse und Sanitätsrücksichten solchen Zudrang erlaubt hätten, wovon die beiden Villani, die Florentiner Chronisten des 14ten Jahrhunderts, erzählen, oder, wie Dante ihn schildert, indem er den Doppelzug der Pilgrime über die Engelsbrücke anschaulich darstellt. Noch ist Pius IX in Portici und noch ist die Zeit seiner Abreise nicht gewiß, obgleich man auf baldigen Entschluß gefaßt seyn kann, nachdem die meisten Angelegenheiten geordnet, die streitigen Punkte meist ausgeglichen sind, während seit dem Eintreffen des Generals Baraguay d'Hilliers die französischen Truppen auf die dem gegenwärtigen Bedürfniß entsprechende Zahl reducirt werden. Der Winter ist jetzt auch in Neapels Umgebung erschienen und mehrmals schon hat Schnee den Vesuv vom Fuß zur Spitze gedeckt; aber es ist ein milder Winter und überall erfreut das Auge noch heiteres Grün, und die Mehrzahl der Tage sind sonnig und heiter. So sind auch dem Papst manche Ausflüge aus seiner schönen Wohnung gestattet, von wo aus der Blick den ganzen Golf umfaßt. Am Feste der Empfängniß Mariä (8 Dec.) nahm er in der Basilica S. Francesco di Paola die Fahnenweihe vor und ertheilte dann den auf dem Platze zwischen der Kirche und dem Palaste aufgestellten Truppen den Segen. Das schönste Wetter begünstigte die Feier, zu welcher die königliche Familie von Caserta in die Stadt gekommen war, und

die Truppen, die einheimischen sowohl wie die Schweizer, zeichneten sich durch ihre vortreffliche Haltung aus. Unter denen welche vom Papste kürzlich Beweise der Anerkennung erhalten haben ist der berühmte Avellino zu nennen, welcher im Lande des classischen Alterthums gegenwärtig mit Recht als erster Repräsentant der antiquarischen Gelehrsamkeit betrachtet wird.

Rußland und Polen.

Die Süddeutsche Buchhändler-Zeitung enthält aus **Riga** eine Mittheilung die als Beitrag zur Kenntniß der Zustände in den deutsch-russischen Ostseeprovinzen nicht ohne Interesse ist. Im Julius d. J. — und es ist schon bezeichnend daß das was schon im Julius dort geschah, erst jetzt über die Gränze dringt — kamen zwei Petersburger Beamte, der Gendarmen-Oberst Stankiewitz und der Collegienrath Gregoriew, mit Extrapost vor den Buchhandlungen der HH. E. Götschel und N. Kymmel angefahren, die einander gegenüber liegen, und versiegelten beide Locale. Die beiden Beamten, die fast kein Wort Deutsch verstehen, befahlen daß sich aus den genannten Buchhandlungen niemand entferne bis die Versiegelung auch an der Wohnung des Hrn. Deubner vollzogen war. Die Leihbibliotheken theilten das gleiche Loos. Nach einer zwölftägigen Untersuchung, zu welcher zwei Censoren, ein Beamter des Generalgouverneurs und ein Mitglied des Raths beigezogen waren, wurden jedem der Genannten etwa 300 Bände und Hefte weggenommen, und nach Einsichtnahme der Briefe und Handlungsbücher die Wiedereröffnung der Geschäfte gestattet. Schon am 27 Aug. aber wurden diese in Folge eines von Petersburg eingetroffenen Befehls aufs neue geschlossen und seitdem nicht wieder eröffnet. Die weggenommenen Bücher waren als verbotene erklärt und eine Rechtfertigung der Betroffenen nicht zugelassen worden. Sie würden dargelegt haben daß das Gesetz nur vorschreibt die verbotenen Stellen „vor dem Verkauf" herauszuschneiden oder mit Schwärze unleserlich zu machen, daß aber die bei ihnen vorräthigen Bücher noch nicht verkauft seyen, und daß sie doch Bücher, die nach deutschem Buchhändlergebrauch unverkauft vielleicht an die Verleger zurückgehen, nicht verunstalten oder verstümmeln dürfen. (Unter anderm sind unzählige Stellen des Brockhaus'schen Conversationslexikon als verboten bezeichnet.) Erst im October kamen die Untersuchungsacten aus Petersburg zurück. Man begann sie ins Deutsche zu übersetzen. Erst wenn dieß vollendet, wird man eine Vernehmung der Betroffenen zulassen. Das Urtel geht vom Criminalgericht erst an den Rath, muß dann wieder ins Russische übersetzt und nach Petersburg zur Bestätigung gesendet werden. Da die Geschäfte inzwischen immer geschlossen bleiben, so besteht schon die vorläufige Strafe in dem halben oder ganzen Ruin derer die da angeschuldigt sind aus den Erzeugnissen deutschen Geistes die besten Stellen nicht gleich beim ersten Anblick vertilgt zu haben. Eine gleiche Razzia soll in Dorpat stattgefunden haben. Kann wohl ein Staat der in solcher Furcht vor deutscher Bildung lebt, Deutschland gefährlich genannt werden? (D. A. Z.)

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Eine neue Post, und zwar d. d. **New York** 12 Dec., ist am 24 d. M. mit dem Dampfboot „Caledonia" in Liverpool eingelaufen ohne die Präsidentenbotschaft mitzubringen. Das Repräsentantenhaus in Washington trat täglich zusammen, war aber bis zum 11 Dec. noch immer nicht organisirt. Dasselbe ballotirte an diesem Tage zum einunddreißigstenmale behufs der Sprecherwahl: Hr. Winthorp, der Candidat der Whigpartei, erhielt wieder 101 Stimmen, die erforderliche absolute Mehrheit ist aber 113. Die Locofocos, oder Demokraten, hatten Hrn. Cobb zurückgezogen, so daß nun Hr. Potter, aus Ohio, Hrn. Winthorp allein entgegenstand, und zwar mit 78 Stimmen im letzten Ballot. Das Publicum war über diese Verzögerung sehr ungeduldig, um so mehr als dieses Ballotspiel dem Lande täglich auf ungefähr 3000 Dollars zu stehen kam. Mittlerweile waren dem Congreß einstweilen die Budgets der verschiedenen Staatsdepartements vorgelegt. Der Gesammtvoranschlag der Ausgaben für das nächste Finanzjahr beträgt 51,781,403, oder, nach Abzug von 502,170 Dollars nicht verausgabter Bilanzen des vorigen Jahrs, 50,781, 233 Dollars. Davon treffen auf die Flotte 9,575,078 Dollars, 22 C., auf die Armee 5,864,137, Einsammlung der Zollerträgnisse 2,750,000, Häfen und Flußbauten 1,035,500, Pensionen 1,438,000 Dollars u. s. w. Der Minister Meredith empfiehlt mit Wärme: die bisherigen Werthzölle mit specifischen zu vertauschen, die Zölle von fremden Kohlen und Eisen beträchtlich zu erhöhen — kurz, einen Schutztarif einzuführen. Der 15 bis 20 Millionen Dollars betragende Ausfall in der Staatscasse aber soll durch eine Anleihe gedeckt werden. Sehr blühend ist der Zustand des Postwesens in der Union. Die Ausgaben des vorigen Jahrs betrugen 4,479,127, die Einnahmen 4,905,176 D., so daß ein Ueberschuß von 426,127 D. vorliegt. Man zählt 16,747 Postämter und 52,544,069 Postmeilen, während die Zahl der letztern sich im Jahr 1848 erst auf 41,012,579 belief. Wie schon erwähnt, schlägt der Generalpostmeister dem Congreß vor: das Porto vom einfachen, nicht über $\frac{1}{2}$ Unze wiegenden Brief für den ganzen Umfang der Vereinigten Staaten auf 5 Cents festzusetzen; was freilich noch immer um mehr als die Hälfte theurer als in England, doch sind auch die Entfernungen um so viel größer. — Die Spannung zwischen den Nord- und Südstaaten wegen der Sklavenfrage steigt von Tag zu Tag, und die Gemüther verbittern sich. Dieß geht so weit daß die Legislatur des Staates Süd-Carolina eine Resolution angenommen hat, wornach ein besonderer Convent der südlichen d. h. sklavenhaltenden Staaten nach Nashville, in Tennessee, ausgeschrieben werden soll. „Süd-Carolina," hat man da beigefügt, „muß ein militärischer Staat werden; denn solange die Union dauert, hat der Sklavenhalter keinen Frieden zu erwarten." Die Mosquito-Angelegenheit fährt fort viel böses Blut zu machen, namentlich weil das Eiland Tigre in der Fonseca-Bay, welches (wie neulich erwähnt) die Regierung von Nigaragua an die Vereinigten Staaten abgetreten, mittlerweile von den Engländern eigenmächtig besetzt worden. Die New-Yorker Zeitungen beschweren sich bitter über die HH. Squier und Chatfield, die brittischen Agenten im Mosquito-Land. — Im J. 1849 sind bis zum 4 Dec. bloß im Hafen von New-York 230,433 „Europamüde" eingewandert, während die Einwanderung 1848 in jenem Hafen nur 189,176 betrug. Und Amerika thut die Thore weit für noch mehr welche im J. 1850, zumal aus den „Vereinigten Staaten von Deutschland," nachfolgen werden.

Handels- und Börsennachrichten.

London, 25 Dec. Wegen des Weihnachtsfestes die Börse geschlossen.

Paris, 26 Dec. 3proc. 56.65; $4\frac{1}{2}$proc. 81; 5proc. 92.45; Bankactien 2455; belg. 5proc. $96\frac{1}{2}$; Anleh. v. 1842 $96\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$proc. $88\frac{1}{2}$; neap. 5proc. 86; röm. $85\frac{3}{4}$; span. act. 20; 3proc. $38\frac{1}{4}$; innere Schuld 30; piem. 5proc. 90.30; Oblig. v. 1849 935; Vers. E.-B. rechte 207.50; linke 168.75; Paris-Orleans 787.50; Rouen 552.50; Straßburg 358.75; Nordbahn 456.25; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 118.75; Orl.-Vierzon 331.25; Bordeaux 407.50; Boulogne-Amiens 182.50; Tours-Nantes 276.25; Montereau-Troyes 107.50.

* **München,** 29 Dec. Die heutige Getreidschranne enthielt im ganzen 12,097 Scheffel, wovon 10,462 Sch. verkauft und 2235 Sch. eingesetzt wurden. Mittelpreise: Weizen 11 fl. 41 kr. (gest. um 3 kr.), Korn 7 fl. 26 kr. (gest. um 8 kr.), Gerste 6 fl. 48 kr. (gef. um 2 kr.), Haber 4 fl. 43 kr. (gest. um 11 kr. Die Reste bestunden in 492 Sch. Weizen, 103 Sch. Korn, 1640 Sch. Gerste. Umsatzsumme 81,195 fl.

Augsburg, 29 Dec. Bayer. $3\frac{1}{2}$proc. Oblig. 84 P. 4proc. 91 P. 5proc. $100\frac{5}{8}$ P. Bankactien II. Sem. 638 G. Promessen 57 P. Oesterr. 5proc. Met. 86 P. Bankactien II. Sem. 1080 P. Würtemb. $3\frac{1}{2}$proc. $81\frac{1}{2}$ P. $4\frac{1}{2}$proc. $94\frac{1}{2}$ P.

* **Hamburg,** 26 Dec. Die Zahlungseinstellung des Hauses F. Reinhold u. Comp. erregte zwar an der Börse viel Censation, kam aber mehreren der Besucher nicht unerwartet. Es war ihnen bekannt daß das Haus bei den steigenden Conjuncturen der Baumwolle ansehnlich gewonnen, sich aber seitdem in überaus großen Speculationen in Eisenbahnactien bald auf Steigen, bald auf Fallen eingelassen hatte, die meistens unglücklich für dasselbe ausfielen. Heute ist ein Rundschreiben an seine Gläubiger erschienen, in welchem es die Activa auf 200,000 MB und die Passiva auf 40,000 MB. angibt. Letztere sollen überdieß sehr in Frage gestellt seyn, weil noch viele Wechselverbindlichkeiten dagegen haften. Seine Freunde wollen, wie es weiter heißt, 10 Procent hergeben, wenn sämmtliche Betheiligte binnen 14 Tagen in diesen Accord eingewilligt haben. In einer Nachschrift heißt es naiv: die Schlußzettel über zu liefernde Dividendenscheine werden hoffentlich ausgewechselt werden. Nun betragen aber diese mehrere Millionen und die Differenzen sind nicht zu ermitteln, bis die Direction der Eisenbahn die Dividende für das laufende Jahr erklärt hat.

* **Wien,** 28 Dec., 4 Uhr Nachmittags. (Telegraphische Depesche aus Salzburg.) 5proc. Metall. $95\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$proc. $83\frac{1}{4}$; Bankactien 1177; Nordbahn $1092\frac{1}{2}$; Donaudampfschiff. 509. Wechselcurse: Amsterdam 2 M. 155 G.; Augsburg 112; Frankfurt 3 M. 111; Genua 2 M. $128\frac{1}{2}$ G. Hamburg 2 M. 164; Livorno $109\frac{1}{2}$ B.; London 3 M. 11–14; Mailand 2 M. 101 B; Marseille 2 M. $131\frac{1}{2}$ G.; Paris 2 M. 132 G.; Silberagio (am 27 Dec.) $12\frac{1}{4}$, Goldagio 20–$20\frac{1}{4}$.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Zur Wesermündung und zur deutschen Flotte.

VI.

Größe der Kanonen. Wichtigkeit der Kriegsdampfschiffe. Die Cora. Brommy. Rückschau.

K. Die nähere Schilderung der Hansa (der in den Vereinigten Staaten gekauften Fregatte United States) übergehe ich, da dieselbe aus Ihren New-Yorker Briefen Ihren Lesern näher bekannt ist. Diese Dampfcorvetten und Dampffregatten haben zwar nicht viele Kanonen, höchstens zwölf. Dagegen sind darunter Kanonen ersten Kalibers: Achtundsechzigpfünder und sogar auch Hundertfünfundzwanzigpfünder. Von diesen letztern hat aber jedes Schiff in der Regel nur zwei, eine vorne und eine hinten. Die Kanonen sollen diese schweren Eisenmassen bis auf eine Entfernung von drei englischen Meilen werfen. Man sagte mir daß die Dampfschiffe überhaupt in der Marine das schwerste Geschütz haben müßten, weil sie für den Kampf in der Nähe ungeschickt seyen und besonders aus der Ferne wirken müßten. Bei Windstille ist ein unglückliches dänisches Linienschiff mitten zwischen den deutschen Dampfern so schlimm daran wie ein unbeholfener Elephant mitten zwischen gewandten Tigerkatzen. Diese dampfen rund um dasselbe herum, senden ihm aus großer Ferne, wo sie vor seinen Kugeln sicher sind, ihre Hundertfünfundzwanzigpfündiger zu, und rupfen es so bedeutend oder schießen es in Grund und Boden. Aber freilich wenn dann frischer Wind aufstößt, dann heißt es wieder: Dampfschiffe wahrt euch! Dann ist der Segler zuweilen rascher, und es gibt da mitunter fatale Schüsse, bei denen ein Dampfer dann fast wie Glas zerspringt. Die Schüsse in die Räder sind freilich noch nicht so schlimm wie die meisten sich gewöhnlich einbilden. Denn man kann sich ein gut Theil Schaufeln wegschießen lassen, und die Räder doch noch zum Fortkommen brauchen. Aber bei einem Schuß auf die Cylinder oder gar in den Kessel ist meistens das Herz des Dampfers getroffen, und er taumelt dann wie ein harpunirter Fisch. Leider haben wir erst ein Segelkriegsschiff in der Nordsee, und auch das ist nur ein schwaches, nämlich die „Deutschland." Man hatte es mir vielfach als einen sehr bösen Umstand bezeichnet daß bei einigen unserer Kriegsdampfer, die nicht gleich von vornherein auf den Krieg berechnet waren, die Maschinen zu hoch lägen, daß beim Arbeiten die obern Theile derselben über das Deck hervorragten. Allein die Officiere zeigten mir daß dieser Umstand doch nicht ganz so schlimm sey als man ihn sich dächte, denn es wäre ein leichtes durch Verbarrikadirung auf dem Deck auch diesen Theil der Maschine mit einem dicken Mantel zu umgeben, und ihr wenigstens denselben Grad von Sicherheit zu Theil werden zu lassen den sie hinter den hölzernen Schiffswänden genösse. Ganz gesichert ist übrigens nur der Theil der Maschine der sich im untersten Bauche des Schiffs unter dem Niveau des Wassers, durch das die Kugeln nicht durchdringen können, befindet. Man sucht die Maschinen auf den Kriegsschiffen immer so weit als möglich herabzudrücken. Es wäre schön wenn es einmal gelänge ganz damit unter Wasser zu kommen. Schraubenschiffe haben wir gar nicht unter unsern Dampfern.

Das Kleinod und der kleine Lion unserer Flotte ist jetzt die Cora, die erst kürzlich von England herübergeführt wurde. Sie wurde in Bristol gebaut, und bei ihr sind alle die raffinirtesten und allerneusten Erfindungen der Dampfschiffconstructionskunde ins Werk gesetzt. Sie wird von einem trefflichen Deutschen, dem Capitän Reichhardt, commandirt. Ich darf hier die Namen dieser mir bekannt gewordenen Männer ja wohl nennen, da offenbar doch Deutschland diese Männer, die an dem schwierigen Geschäft der Flottenbegründung arbeiten und deren Namen für immer in unsern Marine-Annalen eingetragen bleiben werden, kennen sollte. Cora ist der Name der Heldin in einem bekannten Bulwer'schen Roman (?)*), und solche Bulwer'sche oder englische Namen bekommen zuerst alle die für uns in England gebauten Schiffe. Dieß ist nöthig für die kurze Zeit der Existenz des Schiffs in einem englischen Hafen und für die Ueberfahrt nach Deutschland. Ohne einen solchen Namen könnte man ja vorher die schwimmende Holz- und Eisencomposition in England gar nicht bequem besprechen und einregistriren. Auch muß ja das Schiff auf der Reise zur Weser seinen Taufschein und Paß bei sich haben. In Deutschland werden sie dann aber umgetauft, und vertauschen ihren englischen Romannamen mit deutschen historischen Benennungen. Die Cora soll auf den Namen des Königs von Hannover „Ernst August" umgetauft werden, und man schmeichelte sich damals mit der Hoffnung daß der König bei Gelegenheit dieses Festes die Flotte besuchen werde. Ueberhaupt sprach man viel davon daß der König von Hannover der Protector der ganzen Flotte werden würde. Das ganze Deutschland sollte es zwar eigentlich seyn. Allein ist dieß nicht möglich, so ist doch ein König von Hannover noch immer etwas reelleres und fühlbareres als ein unmächtiger Reichsminister Jochmus. Die Hansen hat man bei der Nomenclatur der Flotte besonders bedacht. Denn erstlich gibt es da die Hansa im allgemeinen, und dann ist dieser Gesammtbegriff noch einmal wieder specificirt in den Dampfcorvetten: Hamburg, Lübeck, Bremen. Dieß waren die ersten Schiffe und Namen, sowie die Hansestädte die ersten waren die sich bei der Gründung der Flotte thätig zeigten. Dann kamen die Namen: Deutschland, Erzherzog Johann 2c. zur Zeit der Blüthe der Centralmacht. Jetzt scheint man sich nun mit den Namen, wie gesagt, dem König von Hannover zuzuwenden. Der Himmel weiß welche Namen und Protectoren noch den beiden Schiffen „Cazique" und „Inca", die noch für uns in Bristol liegen, bestimmt sind. Möchte doch eine „Borussia", ein gedeihliches „Erfurt" oder dergleichen darunter seyn.

Die Cora oder der Ernst August, sagte ich, sey unser Kleinod. Und als solches stellt sie sich auch in ihrer ganzen Einrichtung dem Auge des Laien dar. Mit Vergnügen schweifte mein Blick an den schön abgerundeten Wänden und Borden dieses nagelneuen Schiffs umher, und mit Entzücken bemerkte ich im Innern die sparsame und zweckmäßige Vertheilung des ganzen Raumes zu hunderterlei Zwecken. Man explicirte mir daß selbst die Kanonen der Cora und insbesondere ihr ganzer Ladungsapparat nach neuen Reformen construirt seyen. Auch sah ich Vorräthe von Kugeln und Kugelcompositionen wie ich sie zuvor noch nie gesehen hatte. Die Hauptverbesserung besteht aber in der Maschine. Mir hatte auf dem Hermann und fast noch mehr auf der Hansa, die nahe an 900, d. h. noch 200 Pferdekraft mehr hat als der Hermann, die Großartigkeit der gewaltigen Maschinerie imponirt. Hier auf der Cora erfreute ich mich nur noch mehr über die Compendiosität der Maschine und die durch Berechnung möglich gewordene Verringerung ihres Volumens. Sie steckt sehr tief in dem Bauche des Schiffes, die größere Hälfte unter Wasser, und schien mir kaum die Hälfte des Raumes der andern Schiffsmaschinen einzunehmen. Man sagte mir daß dieß in Folge der Einführung beweglicher Cylinder möglich geworden sey. Auf allen unsern übrigen Dampfern sind die Cylinder stehend und mit einem mächtigen Eisengebälk befestigt. Wie dieß aber zusammenhängt, kann ich nicht angeben.

Auch die Maschinerie zum Aufholen des Ankers wurde mir als ein Meisterstück neuester Schiffsbaukunst gezeigt. Die sonst so langwierige Arbeit des Ankeraufholens soll damit außerordentlich schnell verrichtet werden. Hinten am Spiegel, damit gar nichts fehle, hatte die Cora auch einen neuen aus England mitgebrachten Apparat hängen zur Rettung von Menschenleben. Wäre jedes Schiff mit einem solchen Apparate versehen, so hätte die Flotte nicht vielleicht schon so viele Unglücksfälle und Verluste von Matrosen durch Ertrinken zu beklagen.

Die Cora ist auch das einzige unserer Nordsee-Schiffe das gleich von vornherein bloß zum Zweck des Kriegs gebaut wurde. Alle die andern waren zuvor zu andern friedlichen Zwecken bestimmt. Die Hansa (ehemals United States), der Barbarossa (Britannia) und der Erzherzog Johann (Arcadia), waren freilich auch, wie viele englische und amerikanische Dampfboote, gleich auf den Kriegsfuß mit eingerichtet, und konnten daher von uns leicht armirt und verändert werden. Ihrer Pferdekraft nach rangiren unsere Dampfschiffe, soviel ich in Erfahrung bringen konnte, etwa so:

Hansa	880	Pferdekraft
Barbarossa	500	„
Erzherzog Johann	500	„
Cora	350 (?)	„
Hamburg	250	„
Bremen	250	„
Lübeck	250	„
zusammen circa	3000	Pferdekraft.

Ich sage, „soviel ich in Erfahrung bringen konnte." Denn allerdings war es mir wunderbar daß ich über diesen Punkt an Bord der Flotte selbst nicht immer die gewünschte genaue Auskunft erhalten konnte, obwohl ich darüber immer die englischen Maschinenmeister die ich bei den Maschinen fand selbst befragte. „Mein Schiff ist, glaube ich, angegeben zu so und

*) Wir glauben daß die drei peruanischen Namen Inka, Cazique und Cora zusammengehören, und vielleicht dem Sheridan'schen Stück „Pizarro" (Bearbeitung von Kotzebue's „Rolla's Tod"!) entnommen sind. A. d. A. Z.

so viel Pferdekraft," hieß es dann, „aber, mein lieber Herr, diese Pferdekraft ist ein sehr vager Begriff. Wir können auch allenfalls so und so viel fahren. Gewöhnlich aber fahren wir nur so viel." Von ihren Nachbarschiffen wußten sie dann in der Regel gar nichts. Ebensowenig konnte ich die genaue Anzahl der Kanonen der Flotte herausbringen, obwohl eine Berechnung darüber einige Officiere mehreremal mit mir anstellten. Eigentlich sollten doch diese Dinge jedem heranwachsenden patriotischen Schüler in Deutschland bekannt seyn. Im ganzen mochten hier 90 schlagfertige Kanonen auf den sieben vor mir liegenden Schiffen schwimmen. Rechne ich dazu auch noch die des in Braake liegenden Erzherzog Johann und dann auch noch die vierzig die ich in Bremerhaven am Kai liegen sah, so mögen hier an der Weser wenigstens 150 Kanonen der Flotte gehören. Ob die 30 Kanonenboote in Vegesack schon ihre eigenen Kanonen haben, vergaß ich leider zu erkunden. In Schleswig-Holstein haben wir etwa 50 Schiffskanonen, theils auf dem Wasser (auf dem Bonin und 10 Kanonenbooten), und in Preußen 18 Kanonen auf der Amazone und etwa 80 auf den Kanonenbooten der beiden armirten preußischen Postdampfschiffe, oder doch im Hafen für diese bestimmt. Dieß alles zusammen gäbe etwa 300 Kanonen. Rechnete man hiezu nun noch die 48 Kanonen der Gefion, die man doch hoffentlich nicht die Kühnheit haben wird Deutschland abzusprechen, und die 84 Kanonen von Christian VIII, von denen freilich viele noch auf dem Grund des Meeres liegen und von denen einige schon im vorigen mitgerechnet wurden, so wird man wohl nicht viel fehlschießen wenn man die Kanonenstärke der ganzen deutschen Flotte auf etwa 400 Geschütze angibt, wobei dann die in den verschiedenen Küstenbatterien, von denen viele auch noch zu Schiffszwecken gut seyn mögen, noch nicht einmal mitgerechnet sind.

Die Namen der Schiffe der deutschen Flotte sind schon häufig genannt, allein ich glaube nicht daß man dieser Namen so leicht überdrüssig wird. Ich will sie daher hier zum Frommen und Vergnügen des patriotischen deutschen Lesers noch einmal hersetzen, soweit ich sie vollständig zusammenbringen kann. Zuerst haben wir nicht ganz 100 Kanonenboote auf der Nord- und Ostsee. Alsdann an größern Schiffen folgende: 1) die Hansa, 2) den Barbarossa, 3) den Erzherzog Johann, 4) die Cora oder Ernst August, 5) Deutschland, 6) Hamburg, 7) Lübeck, 8) Bremen. Diese acht liegen alle auf der Nordsee. 9) den Bonin, 10) die Amazone, 11) zwei preußische armirte Postschiffe, 12) die Gefion oder die Eckernförde. Diese fünf liegen auf der Ostsee. 13) den Cazique, 14) den Inca. Diese beiden sind noch in Bristol.

Bei jedem dieser Schiffe muß sich aber der patriotische Leser eine kleine Bemerkung gefallen lassen. Von der Lübeck sagte mir jemand, ich weiß nicht ob es wahr ist, sie hätte faule Wände und ihr wäre nicht zu trauen. Die Hamburg und Bremen wie die Lübeck waren bloße Hull-Hamburger Postdampfschiffe. Die Deutschland ist ungeheuer viel kritisirt, und man traut ihr keine Kraft zu Heldenthaten zu. Der Bonin ist ein sehr schwaches Schiffchen, hat aber doch schon einmal einen Dänen dem er den Schornstein wegschoß, kampfunfähig gemacht. Hansa und Barbarossa haben die Maschine etwas hoch, sonst sind sie untadelig. Die Gefion ist noch nicht „geborgen," wie man behauptet. Unbedingt bewundert allein bleibt die Cora, und Inca und Cazique sollen ihr nichts nachgeben. Das eine dieser letzten Schiffe, Inca, erwartete man noch diesen Herbst auf der Weser. Capitän Reichhardt von der Cora, so sagte man mir, würde es heimholen. Leider wird der eingefallene harte Winter diesen Schwimmer noch fernhalten vom Ort seiner Bestimmung, aber hoffentlich wird er mit dem Cazique zugleich nach einigen Monaten als Frühlingsschwalbe uns begrüßen. Wir haben indeß zu unserm Trost bereits in den englischen Zeitungen gelesen daß der Inca schon seine Flügel gelüftet, und bei einer Probefahrt die Bewunderung und den Beifall aller Kenner erworben hat.

Wie die Mannschaft und die Officiere unserer Flotte, so sind auch jene Schiffe sehr verschiedenen Ursprungs. Einige wenige wurden in Deutschland selbst gebaut, die Kanonenboote, der Bonin, die preußischen Schiffe; eines in Amerika, die Hansa; die meisten in England, die Hamburg, Lübeck, Bremen (von Hull), der Erzherzog Johann und Barbarossa (von Liverpool), die Cora, Inca, Cazique (von Bristol). Da England uns die meisten Schiffe geliefert und auch den Acquisitionen von Schiffen von unserer Seite nichts in den Weg gelegt hat, so sollten wir Deutsche doch uns nicht oft so allzubitter gegen diese Macht äußern. Eines unserer Schiffe wurde sogar von Arabern aus Teakholz in Ostindien gebaut, nämlich die Deutschland. Dieß Teakholz ist ein öliches und daher leichtes, aber äußerst festes Holz, aus dem die Araber in Ostindien viele Schiffe bauen sollen.

Sehr leid that es mir daß ich nirgends unserm ausgezeichneten Commodore, Seezeugmeister und hoffentlich baldigem Admiral Brommy*) begegnete. Er wurde bald an Bord dieses Schiffes, bald jenes, bald in Bremerhaven erwartet. Ein Admiral und Aufseher muß zwar zu jeder Zeit überall sich erwartet machen lassen. Dieß ist recht. Ich entschlüpfte ihm aber auf diese Weise und traf ihn nirgends. Doch darf ich wohl sagen, und was schon viele gesagt haben bestätigen, daß dieser unser erster Marinechef auf der Flotte eine allgemeine Hochachtung und Anerkennung genießt, und daß ich mich freute zu hören daß er bei allen große Liebe und Zutrauen sich erworben hat.

*) Ist bereits Admiral.

Ich hatte auf den Barbarossa eine freundliche Einladung zur Tafel erhalten. Aber leider hatte ich mich bei der Besichtigung der Cora und Hansa zu lange verweilt, und konnte erst gegen die Zeit der Dämmerung meine Rückkehr zum Barbarossa möglich machen, wo denn von keinem Mahl mehr die Rede war. Ich war daher wohl der einzig nüchterne Mensch auf der ganzen Flotte. Doch hatten mich alle meine anderweitigen Genüsse und Anschauungen recht angenehm satt gemacht; und da eben die Musiker des Barbarossa die im Zwischendeck zusammensaßen (auch auf den andern Schiffen hatte ich Musikchöre gefunden), ein munteres Stück begannen, so setzte ich mich so lange bis mein Reiseboot bereit seyn würde, auf ein Kanonen-Ende nieder und ließ meinen patriotischen Phantasien freien Lauf, indem ich dabei in das rege Menschengewirre um mich herum hineinblickte. Es ist als wenn man durch ein Vergrößerungsglas in einen von tausend Infusorien belebten Wassertropfen schaute. An Bord eines armirten Kriegsschiffs, selbst wenn es so ruhig im Hafen liegt, da gibt es stets etwas zu thun; besonders auf diesen deutschen Kriegsschiffen die noch immer im Kriegszustand waren, und an denen auch noch immer irgendwo etwas einzurichten und auszuflicken war. Im Wasser verdirbt beständig etwas, was dann wieder zu bessern oder zu überputzen ist. Waschwasser hat man ja rund herum, und daher glaubt man auch alle Augenblick etwas zu waschen und abzuspülen zu haben. Kleidungen und andere Dinge müssen wieder getrocknet, Maschinen polirt und geölt, Taue und Segel getheert und geschmeidigt werden. Viele Matrosen und Seejunker standen zwar müßig herum, aber bald gab es dieß, bald jenes was sie in Bewegung setzte. Alle Augenblick erscholl die kleine schrillende Pfeife die ein nahendes Boot anmeldete. Und dann kam entweder eine Ordre an den Capitän, die einige Müssiggänger in Bewegung setzte, und vielleicht ein Boot abordnete. Oder es kam fremder Besuch von den benachbarten Schiffen. Oder es waren Handwerker die fertige Sachen herbeibrachten. In einigen Räumen wurde gestrichen und gemalt. In andern wurden Oefen gesetzt für die Officiere, die bei der nahenden Kälte anfingen zu frieren. Auf der einen Seite des Schiffs wurden Kugeln eingenommen, kleine Boote hatten sie herangebracht. Man ließ einen Eimer hinunter in den die Bomben hineinschlüpften. Zehn oder zwölf Mann liefen dann mit dem Strick davon, und der Eimer mit den Kugeln schwenkte sich in die Höhe. Zwischen durch gingen die Schildwachen mit gezogenem Säbel oder Gewehr hin und her, wo sie Raum finden konnten. Die Köche in den Küchen bekümmerten sich wieder um dieß alles nicht, und brieten und kochten für den Abend. In dem Maschinenraum, in welchen ich hineinblickte, wirthschafteten wieder auf ihre Weise die Maschinisten umher, als ginge sie das Getreibe da oben gar nichts an. Kurz da waren auf einem Raum der nicht viel größer war als die Bretter der Schaubühne, so vielerlei Scenen als ich noch nie auf einem Theater zusammengesehen habe. Dann und wann gab es auch in den Masten und im Segelwerk etwas zu thun. Die Burschen wurden hinauf- und herabgesandt um etwas festzubinden oder loszumachen.

Einmal wurde mir um einen guten deutschen Flottenjungen angst und bange. Es sollten gleichzeitig zwei Stricke an den vier Enden der beiden großen Querstangen (der Raaen) des Mastes gelöst werden. Und der Segel- und Masten-Inspector pfiff seine Pfeife und beorderte vier Burschen auf die vier Enden Raaen hinauf, die in schwindelnder Höhe über dem Schiff und Wasser schwebten. Diese Burschen wie die Katzen an den Strickleitern hinauf und rasch zu den äußersten Spitzen der Raaen hin balancirt! Drei von ihnen kamen sehr geschickt und sehr schnell damit zu Stande; nur einer war nicht so glücklich. Entweder war sein Knoten zu fest oder seine Hände zu steif. Kurz er konnte seinen Knoten, zu dem er ohne dieß unbehülflich kletternd zu spät angelangt war, nicht sogleich fertig bringen. Der Mast- und Segelmeister*) gepfiffen und einige Donnerwetter hinaufgesandt: „Nu kann denn der Schoopskopp do nich klor weeren?" Der arme Junge geiputet was er konnte, aber nicht fertig. „Herdohl, herdohl, mit dem Schoopskopp, mit dem Dreepst ...!" Ein anderer rasch hinauf commandirt den armen Tölpel abzulösen. Dieser andere flog durch alle die Leitern und Stricke wie ein Vogel hinauf. Bei der Raae angekommen, schritt er ganz aufrecht und schlank auf diesem langen Balken bis zur Spitze fort; nur mit einer Hand hielt er sich an

*) Ich weiß in diesem Augenblick seinen rechten Titel nicht.

dem Strick, den der erste noch immer zu lösen im Begriff stand. „Paß upp", sagte einer der von unten Gaffenden, „nun geiht dat Strick los, und dann koomt se beide herdohl und brekt den Hals!" In der That wurde der Strick schon schlaffer, und ich hatte nicht wenig Angst für den schlanken Burschen; doch kam er noch glücklich zur Spitze, wo ein anderes stärker befestigtes Tau ihm wieder neuen Halt gab, und wo er seinen ungeschickten Vormann wegbugsirte. Unter dem Gelächter und den lauten Verhöhnungen der unten Stehenden arbeitete sich dieser Unglückliche, mit Armen und Beinen sich anklammernd, wieder an der Raae zurück — ich sah ihn im Geist schon mehreremal auf die Kanonen herabfallen wie eine faule Birne vom Baum — und er kam am Ende noch später, ganz verdutzt und ohne sich zu muxen, unten an als sein Ersatzmann, der indeß bald das Tau herabgebracht hatte und noch den grausamen Spott verübte ihm geschickt über den Kopf wegzuklettern und sich unten das Lob und den Beifall Aller zu erwerben.

Was konnte jener arme Bursche dafür daß er noch so ungeübt und furchtsam war! Und war es denn nicht ganz unverantwortlich ihn noch zu hetzen und zu höhnen, da er doch über dem gähnenden Abgrunde des Verderbens hing! Aber so geht es auf den Schiffen her, wo des Einzelnen Leben und gesunde Gliedmaßen fast gar nicht berücksichtigt werden, damit das Ganze bestehe, und wo nicht nach dem guten Willen der Leute, sondern nach ihren Leistungen gefragt wird. Ja, und die Donnerwetter, Verhöhnungen und Kraftworte gehören auch dazu, wie Pfeffer und Salz oder wie Pech und Theer, die das Ganze zusammenhalten!

Zuletzt schenkte man mir noch zum Andenken die Abdrücke der Petschafte einiger Schiffe, und auch diese Kleinigkeit mag ich erwähnen, weil ich hoffe daß den deutschen Leser von seiner Flotte jeder geringste Umstand interessirt. Das Wappen der ganzen Flotte ist ein Anker, über dessen Styl ein deutscher Adler seine Flügel breitet und dessen Arme er mit den Krallen hält. Dieses Zeichen haben sie alle an ihren Mützen mit den deutschen Farben vereinigt und auf den Knöpfen. Die Wappen jedes Schiffes haben dasselbe Zeichen mit dem Namen des Schiffes herum: „Dampffregatte Barbarossa", „Dampfcorvette Hamburg" rc. Ich hätte nur gewünscht daß die Segel etwas geschmackvoller gestrichen gewesen wären. Doch das kann noch leicht gebessert werden.

Die Sonne neigte sich zum Untergang, und das Boot das mich und einige andere nach Bremerhaven zurückführen sollte, war bereit. Wir sagten unsern gefälligen Officieren Lebewohl. Mit mir stieg auch ein Matrose von einem Kauffahrer ein, der einen Freund auf der Flotte besucht hatte. Als wir abstießen, rief er diesem noch einmal zu: „Adjies, ohle Junge, hol dir hart!" (Lebe wohl, alter Junge, halte dich hart!) Ein ächter Seemanns-Abschiedswunsch. Denn in der That, das sich hart halten das ist den Seeleuten wohl vor allem nöthig. Freilich könnten wir andern es uns auch wohl zuweilen im Leben zurufen: „Alter Junge, halt' dich hart!" Man sollte diesen Ausdruck verbreiten und sprüchwörtlich in Deutschland machen.

Ich wendete noch einmal meinen Blick zu unserer theuren Errungenschaft zurück. Die sieben schwarzen Kriegsmänner (men of war) lagen alle der Reihe nach in langer Linie hinter einander sehr ernst da. In ihrem Kielwasser spielten eine Menge Möven, nach denen meine Reisegefährten schossen. Die Abenddämmerung ließ sich schon auf sie herab. Möchte, so dachte ich bei meinem Abschiedsblicke, durch diese trübe Dämmerung, in welche jetzt bei dem jammernswerthen Stand unserer deutschen Einigkeitsfrage die deutsche Flotte versinkt, doch bald wieder eine kräftige und wärmende Sonne hindurchbrechen und diese junge Meerespflanze bescheinen, daß sie weiter wachse und mächtig um sich treibe. Wenn etwas in der letzten Zeit so zu sagen durch eine demonstratio ad hominem erwiesen ist, so ist dieß die Nothwendigkeit einer Flotte für uns. Dänemark hat sich wie eine wilde Katze dem Elephanten Deutschland auf den Rücken gesetzt und ihm in die Seite gehauen, und wir können diesen Quälgeist nicht eher los werden als bis wir eine Flotte haben. Unsere Handels- und andern Interessen werden immer à la merci jedes beliebigen Miniaturstaates seyn, der ein paar Kaper armiren kann, solange wir noch keine Flotte haben. Unsere Schiffe, Auswanderer und alle unsere reisenden Leute irren wie wehrlose Schafe in der Welt umher, solange wir diesen Schafen keine armirte Flotte zur Seite geben. Wir dürfen nicht länger der Spott der Welt bleiben, und als die einzig Wehrlosen mitten unter den mit Flotten versehenen Skandinaviern, Engländern, Romanen, Türken, Aegyptern, Arabern, Chinesen, so zu sagen als eine ganz unerhörte Abnormität, als ein unicum dastehen. Wir dürfen nicht eher aufhören energisch und mit allen Kräften nach einer Flotte zu streben als bis Dänemark und die andern Staaten auch ihre Flotten abgeschafft haben.

Sollte es denn wirklich in Deutschland Leute geben welche die Nothwendigkeit einer Flotte noch jetzt läugnen, und die so harte Köpfe haben daß der Däne oder sonst ein anderes Volk erst noch einmal daranschlagen muß, noch einmal unsere Häfen und Kauffahrer brandschatzen, uns noch einmal für einige unberechenbare Millionen Schaden zufügen muß, bis ihnen die Augen aufgehen. Wenn aber noch bei der Mehrzahl der Deutschen der gesunde Menschenverstand überwiegt, so wird uns doch endlich eine anhaltige, ergiebige und gediegene Begeisterung für die Flotte aufgehen. Ja wenn noch eine Spur von Patriotismus und von Mitgefühl mit den leidenden Interessen des ganzen Vaterlandes in uns ist, so werden wir uns bei dem Anblick dieser fast vergessenen und verwaisten Flotte, die auf unsern Ruf lebendig geworden ist, und die wir nun im Stich lassen, vielleicht entschließen Frieden zu machen und einig zu werden. Wie ich höre, hat Hr. Saphir neulich irgendwo gesagt: „Die Deutschen wären fanatisch eingenommen für Unmöglichkeiten, aber ganz apathisch für das Mögliche und erreichbare Gute." Diese scharfe Bemerkung scheint bei der Flotte fast zuzutreffen. Solange wir sie noch nicht hatten, waren wir fanatisch dafür begeistert, jetzt da sie da ist und da bewiesen ist daß ihr Wachsthum möglich ist, sind wir ganz gleichgültig geworden. Und ich mußte auf meiner Reise durch Deutschland leider auf erstaunenswürdig viel Spott und Kälte, auf ebenso viel Flotten-Nüchternheit als vor einem Jahr auf Flotten-Trunkenheit treffen. Lassen wir Deutschen auch die Flotte wieder sinken, nachdem wir dafür mit Nesseln gepeitscht sind daß wir keine hatten, so mag man wohl an deutschem Sinn irre werden. Sollte man es glauben daß Sachsen noch bis Dato nicht die vielbesprochenen Flottenbeiträge von 200,000 Thalern, die so oft in den Zeitungen figurirten, bezahlt hat? Sollte Sachsen nicht diese Beiträge, und wenn es auch Kriegscontributionen im eigenen Lande ausschreiben müßte, als eine Ehrenschuld vorneweg bezahlen? Vermuthlich wie Sachsen werden auch wohl noch einige andere Staaten diese Ehrenschulden unbezahlt gelassen haben. Sollte man glauben — und doch haben es mich glaubwürdige Leute versichert — daß in Bremen, auch in Bremerhaven, und vermuthlich auch in vielen andern Orten, zur Zeit der Flottenbegeisterung bedeutende Summen für die Flotte gezeichnet worden sind die am Ende gar nicht ausgezahlt und gar nicht eincassirt wurden, und die jetzt eingefroren sind oder sonst anderweitig verwendet werden! Es herrscht fast ein Dunkel über die Geldquellen aus denen die Flotte sich bisher genährt hat. Gute Autoritäten sagen es seyen ihr durch den Reichsverweser österreichische Gelder zugeflossen, die ursprünglich für Bundesfestungen bestimmt gewesen. Jetzt kürzlich hat nun die hannoverische Kammer, der noblen Bettlerin, unserer Flotte ein kleines Almosen von 20,000 Thalern, die ihr wieder für ein paar Wochen das Leben fristet, zudecretirt. Hätten die hannoverischen Stände ausdrücklich dabei bemerkt daß sie diese Summe als ein Schärflein auf dem Altar des Vaterlandes opferten, daß sie an einer Heimzahlung oder Ausgleichung durch eine spätere Centralgewalt glaubten, daß sie auf eine Nachahmung ihres Beispiels von andern Staaten hofften, und hätten sie nicht ihrem Entschlusse einen so ganz scharfen zurückstoßenden und unbedingten Protest gegen die deutsche Centralgewalt beigefügt, so wollte ich mich über dieß Scherflein, so klein es ist, freuen. Aber in derselben Kammersitzung, wo hierüber beschlossen wurde, trat auch der Minister Stüve auf, und kündigte der Kammer „zu allgemeiner Freude und Genugthuung" an daß ein Theil der deutschen Flotte in der Geest „also im hannoverischen Gebiet" eingelaufen sey. Ich dachte hiebei an die oben citirte Aeußerung eines Matrosen: „He het em so nu binnen, so kann hk betolt moken." Ich habe fast die Kammer in Verdacht daß sie schon vorher ziemlich sicher über dieses Einlaufen auf „hannoverisches Gebiet" war, ehe sie ihren „großmüthigen" Entschluß faßte. Der grausam kalte Winter der so plötzlich hereingebrochen ist, hat leider die arme Flotte gar so rasch aus dem freien, neutralen deutschen Wasser des Weserstroms hinausgetrieben, und hat allem Schwanken der Entschlüsse und Zweifel, ob die Elbe oder Geest, Belgien oder das Mittelmeer zum Winteraufenthalt zu wählen sey, plötzlich ein Ende gemacht; und hat sie rasch gezwungen sich zweien Weserstaaten in die Arme zu werfen. Und am Ende muß ich mich doch der armen Menschen auf der Flotte willen noch freuen daß sie in diesem rauhen Unwetter doch noch irgendeine Zuflucht gefunden haben, wenn es auch noch nicht Germania ist an deren Busen sie ruhen. Der Winter hat es dahin gebracht daß uns England auch noch ein paar von unsern Schiffen „binnen behalten" hat, und sie bis zur Bezahlung festhalten wird. Wenn es schlimm geht, können die Dänen längst wieder bei Helgoland blokiren, ehe unsere verschiedenen Flottenabtheilungen sich zusammengefunden und aus dem Eise losgearbeitet haben.

Bei diesem allen noch kann man sich denken daß in keinem Theil von Deutschland die Erwartung und Spannung auf Einsetzung einer neuen soliden deutschen Centralmacht so groß ist, wie auf der Flotte. Von dem Gelingen dieses Werks hängt in Deutschland selbst so sehr vieles ab, auf

der Flotte aber alles. Möchten doch die Götter — denn ihre Hülfe brauchen wir wohl — uns dazu baldigst verhelfen!

Sprachkarten und Sprachen.

II.

Neueste National- und Sprachenkarte des österreichischen Kaiserstaats und der angränzenden Theile, mit genauer Angabe der politischen Gränzen, der Poststraßen u. s. w. Nebst einem historisch-ethnographisch-statistischen Texte.

Im Verein mit mehreren herausgegeben von **R. A. Fröhlich**. Wien, 1849.

B Den Völkern in ihrer Sprache und ihrem verwandtschaftlichen Verhältniß untereinander nachzugehen ist eine menschlich so interessante Aufgabe daß man sich seit Jahrhunderten um ihre Lösung bemüht hat. Lange Zeit schritt man dabei auf einem Wege vor auf dem sich ein Ziel zwar bald erreichen ließ, das richtige jedoch nie. Man fußte einseitig und hartnäckig auf der Bibel, und wie man im sechzehnten Jahrhundert bewiesen hatte, eine Weltherrschaft der Türken sey nicht zu befürchten weil die Danielische Weissagung nur eine assyrische, medische, griechische und römische, nicht auch eine türkische Weltmonarchie zulasse, so löste man noch im siebzehnten den gordischen Knoten der angegebenen Völkerverhältnisse durch einen Hinweis auf das erste Buch Mosis. Thomassin und Etienne Guichard leiteten (1610) die französische Sprache aus der hebräischen her. Der berühmte Landesbeschreiber der Herzogthümer Schleswig und Holstein führte (1652) die Völker der Erde mit diplomatischer Genauigkeit auf die Söhne und Enkel Noahs zurück. Kitthim, sagte er, ist ein Vater aller Kelten, Riphat gar gewiß ein Erz-Vater aller Slaven oder Wenden, von Magog, der auch Gog in der heiligen Schrift genennet wird, kommen die Ungarn, mit ihrem alten Namen Juger genannt, welches die weichere Aussprache ist von Guger oder Goger, von Dodanim endlich stammet dieß tapfere Volk der Deutschen, denn das im in Dodanim ist nur eine Endigung, die Nachkommen Dodans aber hießen die Dödischen oder Düdischen, nach schwäbischer Sprache die Deutschen. Und so halsbrechend verwegen auch in unsern Augen Ableitungen dieser Art erscheinen, bei den Lesern Danckwerths fanden sie einen verbreiteten Beifall. Sie paßten in den Ideenkreis der damals die Völker bewegte. Ihre Unzulässigkeit wurde in weitern Kreisen nicht eher erkannt als bis die Wissenschaften überhaupt entschiedener aus der Abhängigkeit von der Theologie sich loszureißen begannen. Jedoch auch dann als die Gelehrsamkeit schon auf sich selber sich zu stellen angefangen hatte, konnte man sich nicht alsogleich zu tieferen und weiteren Einblicken in die Völkerkunde durchfinden. Es fehlte an genauerm Wissen über die Hülfsquellen der letzteren. Sprachwissenschaft und Geschichte waren nur erst in unvollkommenen Anfängen vorhanden. In ähnlicher Einseitigkeit wie früher das jüdische Alterthum, diente nun das heidnische der Griechen und Römer als Hauptgrundlage des menschlichen Wissens. Was nicht in den Classikern stand, was nicht von Plinius oder Cicero behauptet worden war, hatte für den größern Theil der tonangebenden Gelehrten ebenso wenig Werth, wie für den Juristen was seine Acten verschwiegen, und die neueren Sprachen galten als ein Eigenthum des gemeinen Volks, mit dem sich zu beschäftigen des wissenschaftlich Gebildeten fast unwürdig erschien. Popowitsch klagte um 1750 daß ihm die ganze Zeit seines Aufenthaltes in Grätz und in Wien niemand vorgekommen sey der sich auf die Untersuchung und insonderheit auf die Geschichte der slavischen Sprachen gelegt habe. Im nördlicheren Deutschland wurde das Slavische lange nur in der oberflächlichen Weise jenes Fürsten behandelt der, weil er über deutsche und slavische Unterthanen gebot, letztern befahl ihrer Muttersprache nicht zu entsagen, da es zur Ehre des Landesherrn gereiche wenn vielerlei an Sitten und Sprachen verschiedene Völker seine Oberherrschaft anerkennten. Und Schlözer konnte noch im Jahr 1771 erklären, wenn er die Classification der slavischen Nationen wage, wenn er versuche die vorhandenen slavischen Mundarten zu überzählen, zu ordnen, und daraus ein slavisches Völkersystem nach Geschlechtern und Arten zu formiren, so müsse der billige Leser zufrieden seyn wenn er diese Materie hier vors erste nur aus dem Rohen herausgearbeitet finde, denn er habe wenige oder gar keine Vorgänger. So sehr wurde in der damaligen Zeit das was wir heut als wesentlichen Theil der Völkerkunde ansehen, nur als etwas „curioses" betrachtet, und ihre jetzige Blüthe verdankt die Ethnographie vor allem jenem ungeheuern Umschwunge der seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts alle Wissenschaften stürmisch mit sich aufriß.

Wie dieser mächtig eingriff in Philologie, Historie und Geographie, wie er zusammenhing mit der politischen Bewegung, wie er begünstigt ward dadurch daß an den großartigen politischen Schauspielen die seit 1789 fast ununterbrochen sich folgten, der Blick des Zuschauers sich gewöhnte großartige Verhältnisse zu suchen, wie er gefördert ward dadurch daß an dem Auftreten der Völker auf der Bühne der Thaten der Gelehrte erfuhr auch die ungebildete Masse sey eine Ziffer in der Summe des politischen Lebens, und wie eben darum der Fortschritt der Völkerkunde wesentlich in dem großen Entwicklungsgange der letzten Menschenalter seine Quellen findet, das alles ist bekannt und beachtet.

Ebenso bekannt aber vielleicht weniger beachtet ist ein scheinbar geringfügiger Umstand der zur Vervollkommnung der Ethnographie besonders seit einigen Jahren beigetragen hat. Schon lange nämlich wußte man daß gewisse Verhältnisse und Erscheinungen des Lebens sich durch das Wort schwerer verdeutlichen lassen als durch das Bild, und daß das Buch seinen Lesern nur tropfenweise beibringt was die Karte den Beschauer oft auf einen Blick zu lehren vermag: dennoch aber wandte man, wenn es darauf ankam Sprach- und Nationalitätsverhältnisse der Völker zu einander zu versinnlichen, noch vor etwa fünfzehn Jahren regelmäßig nur den gedruckten Buchstaben an. Auf das Auge des Lesers zu wirken unternahm man häufiger erst seit der Vervollkommnung der Kartenverfertigung und seit dem deutsch-dänischen Sprachstreit. Nachdem man in diesem die Kraft der Farben erprobt, wurde es üblich bei sprachlichen und nationalen Fragen mit dem erläuternden Buch eine erklärende Karte zu verbinden, und die neue Gewohnheit wirkte zunächst unmittelbar auf die Forscher zurück. Sie erleichterte ihnen die Arbeit indem sie ihnen die Uebersicht über den Stoff, die großartigere Auffassung der geographischen Bezüge fast von selbst in die Hand gab, in ihren weitern Folgen aber machte sie sich auch für jenes größere Publicum wohlthätig bemerkbar welches in der Mehrzahl seiner Mitglieder keine Zeit hat sich mit den Voruntersuchungen einer Wissenschaft zu beschäftigen, sondern von der letztern nur die großen Ergebnisse zu kennen begehrt. Je öfter man durch Karten die Hauptresultate der Ethnographie losgeschält von den Forschungen gab, desto mehr gewann für die Gebildeten die Wissenschaft selber an Interesse; die populären Werke über sie mehrten sich zusehends, und ihnen reiht sich ihrem Zwecke nach auch diejenige neueste Arbeit an deren Titel wir in der Ueberschrift dieser Zeilen angaben.

„Es gibt zwei Gesichtspunkte," sagt Hr. Fröhlich in seinem bescheidenen Vorwort, „aus denen sich eine litterarische Arbeit beurtheilen läßt: entweder ist sie eine neue, das Gebiet des menschlichen Wissens bereichernde Schöpfung, oder sie sammelt mit Bienenfleiß das Vorhandene, um es dem größern Publicum zugänglich zu machen. Die vorliegende Arbeit macht nur Anspruch auf das letztere. Inwiefern dieß ein Verdienst ist, überlassen wir der Entscheidung des Lesers. Was in Zeitschriften und Büchern sich vorfand, wurde hier gesammelt dargeboten."

Darüber indeß für welchen Leserkreis er arbeite, was dem größern Publicum zugänglich gemacht werden müsse, und wie es ihm mitzutheilen sey, scheint sich Hr. Fröhlich nicht ganz so klar geworden zu seyn wie wir es ihm bei der Anspruchslosigkeit seines Auftretens gewünscht hätten. Die Erläuterungen die er seiner Karte beigefügt hat, sind mehr nach Gutdünken als nach festem Plane gesammelt; sie bieten auf ihren 66 Seiten statistischen, historischen und politischen Inhalts einer jeden Classe von Lesern zugleich zu viel und zu wenig. Den Anfang und die Grundlage von ihnen, an die sich gleichsam alles übrige ergänzend reiht, bildet die Uebersicht welche J. Häufler in tabellarischer Form seiner in Pesth 1846 erschienenen Sprachkarte beigegeben hat, und die als vortrefflich in ihrer Art S. 1—14 abgedruckt erscheint *), eine Uebersicht die zur Zurechtfindung in den österreichischen Sprachverhältnissen allerdings sehr gut geeignet ist. Das übrige der Erläuterungen aber besteht fast ganz aus dem Abdruck von Zeitungsartikeln die manches beachtenswerthe enthalten, jedoch zum Theil nur mit großer Vorsicht benutzt werden dürfen, zum Theil nur wenig behauene Bausteine sind, Bruchstücke eines erst zu bildenden Ganzen. Ein längerer, etwas verändert aus dem Lloyd entnommener Aufsatz beschäftigt sich mit den Serben und deren Privilegien. Die Haupteinwanderungen derselben in Ungarn fanden im fünfzehnten Jahrhundert und am Schluß des siebzehnten statt, und waren durch die Furcht der Serben vor den Türken veranlaßt. Zu Ende des vorvorigen Jahrhunderts sah man „in jenen südlichen Gegenden des ungarischen Reichs, wo früher größtentheils Ungarn nebst Walachen wohnten, gleichsam einen Gürtel rascischer und serbischer Bewohner," die ihre eigenen Privilegien hatten und beachtet wissen wollten, eben darum aber sehr bald mit der österreichischen Regierung in Streitigkeiten geriethen. Von 1535 an wechselten Unzufriedenheit, Aufstände, Auswanderungen und Beschwichtigungen der genannten Bewohner in bunter Reihenfolge miteinander ab, die der Verfasser leider zu abgerissen und äußerlich darstellt, als daß man sagen könnte es sey dem interessanten Stoffe sein Recht widerfahren.

Mehr als dieser mit dem Jahr 1792 abschließende Aufsatz gehen auf

---

*) Eine ausführlichere Besprechung von Häuflers Sprachenkarte siehe in der Allg. Ztg. von 1846, Nr. 200.

die unmittelbare Gegenwart die folgenden Erläuterungen ein. Die Mehrzahl von ihnen enthält statistische Nachweisungen besonders über die südslavischen *) Völkerverhältnisse, die, wenn man sie untereinander vergleicht, die Ueberzeugung gewähren daß für ihren Gegenstand bis jetzt noch keine „sichere Eruirungsmethode" gefunden ist (vgl. S. 38, 39, 42). Eine aus Nr. 14 der Slovenija von 1849 abgedruckte, von Joh. Cerer in Triest verfaßte Uebersicht der Bevölkerung Istriens (mit Ausschluß der Stadt Triest) kommt zu dem Ergebniß daß sich in alt-österreichisch Istrien 74,772 Slaven und keine Italiener befinden, im ehemals venezianischen Istrien 69,691 Slaven und 54,200 Italiener, auf den quarnerischen Inseln 28,507 Slaven und 2000 Italiener, also in Istrien überhaupt 172,960 Slaven und 56,200, oder wie es am Schluß heißt, wohl eigentlich nicht mehr als 55,000 Italiener — Angaben die von der Wirklichkeit nicht allzuweit entfernt seyn möchten. Eine von Sembera herstammende Berechnung der Slaven in Niederösterreich besagt daß letztere in 42 Orten wohnen und sich auf 15,092 Seelen belaufen.

Was dann endlich die Karte des Hrn. Fröhlich betrifft, die wir von Irrthümern nicht ganz frei finden, so vermissen wir auf ihr, wie auf manchen andern Sprachkarten, ein recht scharfes Hervortreten der von Gebirgen gebildeten Naturgränzen, während doch gerade in Oesterreich diese Gränzen für die Nationalitätsfrage von Wichtigkeit sind, denn in Böhmen wird der gebirgige Ring des Königreichs fast ausschließlich von Deutschen bewohnt, das flache Mittelland ist die Heimath von Slaven; in Mähren ist der ebene Kern der Markgrafschaft von Slaven besessen, die umgebenden Gebirge gehören Deutschen vorzugsweise an; in Ungarn sind die niedern Gegenden der Theiß und der Donau der eigentlich magyarische Boden, von den Höhen des Königreichs herab schauen fast nur Slaven ins Land.

Trotz der so eben gemachten Ausstellungen indeß gewinnt man durch die Fröhlich'sche Karte so gut wie durch jede andere einen Ueberblick über die Sprachgebiete von Oesterreich. Man erkennt auf ihr leicht und deutlich das Gesetz nach welchem in den verschiedenen Ländern der Monarchie die Sprachfrage gegenwärtig eine verschiedene Gestalt annimmt. Je weiter diese Länder nach Osten zu liegen, desto mehr sieht man auf ihnen die Gebiete zahlreicher Mundarten einander mannichfach kreuzen und durchschneiden, einander zahllos zersprengen und umschlingen; je mehr sie dagegen dem Westen sich zuwenden, desto einfacher stellen auf ihnen die Nationalitätsverhältnisse sich dar; die Sprachmassen werden zusammenhängende, fester; sie dulden in dem Umkreis den sie beherrschen weniger fremde Sprachinseln, und die Farben mit denen jeder einzelne Sprachdistrict bezogen ist, heben sich am auffallendsten in Siebenbürgen, im Banat u. s. w. von einander ab. Das Gelbe des Erzherzogthums ist nur an seinem Ostrande durch sparsames Roth oder Grün unterbrochen; im übrigen dehnt es sich eintönig aus. Kein fremdes Spracheiland in ihm erinnert mehr den Beschauer an jene Zeiten, da auch hier einst die Völker durcheinanderwogten, an jene lange Entwicklungsgeschichte die das deutsche Element an seinen südöstlichen Gränzen durchgemacht hat — eine Geschichte deren Aeste sich mit dem Entwicklungsgang des deutschen Wesens im Nordosten verschlingen, während ihre Wurzeln bis in die Zeiten des fränkischen Reiches zurückgehen.

Daß der fränkische Stamm den Südosten Deutschlands bezwang, ist für die späteren Zustände des letztern ebenso maßgebend geworden wie für die des Nordosten der Umstand daß ihn der sächsische Stamm unterwarf.

Cobden in Triest und der italienische Zollverein.

S **Triest.** Haben Sie nicht schon Personen gekannt die man liebenswürdig finden, ja die man um mancher ihrer Eigenschaften willen bewundern müßte, wenn nicht die Manie der Eitelkeit sie beherrschte, die Sucht zumal bei jeder öffentlichen Gelegenheit hervorzutreten und sich — lächerlich zu machen? Von wirklicher Bedeutung, solange sie ihre Thätigkeit auf feste Ziele begränzen, verfallen sie leicht ins Abenteuerliche, Leere, Phantastische, wenn sie diese Schranken erst überschritten haben. Ursprünglich voll Wohlwollen, voll Eifer und Hingebung, tüchtig in ihrer Sphäre, scheitern sie an der Schwäche ihrers Charakters, an der Sucht zu gefallen und zu glänzen, die sie oft so weit verblendet daß sie selbst unbewußt der Spielball fremder Zwecke werden, nur um das große Wort zu führen. Zu diesen Männern gehört auch Richard Cobden, eine eigene, doch nicht mehr einzige Erscheinung dieser Art im modernen Großbritannien. Nachdem er im Kampfe gegen die brittischen Korngesetze durch eiserne Beharrlichkeit einen großen Erfolg für die englische Fabrication hatte erkämpfen helfen, für seine ausgezeichnete Thätigkeit dabei eine Nationalbelohnung empfangen und seine Baumwollmühlen verkauft hatte um fortan ganz Volksmann zu werden, glaubte er sich zunächst berufen den Apostel des Freihandels auf dem Continent zu spielen, ohne alle Rücksicht darauf wie hier die Verhältnisse sich gestaltet haben. Wer erinnert sich nicht lächelnd noch jener berühmten Cobdiade und all' der prunkenden Scenen, von denen die freihändlerischen Organe damals widerhallten, auf welche die andern Blätter aber die ganze Lauge ihres Hohnes schütteten? Seit dieser Zeit gefiel sich Hr. Cobden immer mehr in der Rolle Vorredner und Vorkämpfer gewissermaßen aller europäischen Utopien zu seyn und der Legion gutherziger doch schwachköpfiger Kosmopoliten den Ton vorzusingen, ohne dabei jedoch — das ist die praktische Seite brittischer Weltbürger — den guten Vortheil Englands je aus den Augen zu verlieren. Aber so manche Lanze er nun auch im edeln Eifer einlegte, meistens freilich gegen Windmühlenflügel, er erntete keinen neuen Lorbeer, ja er hatte besonders in seinen politischen Prophezeiungen so entschieden Unglück daß am Ende der Erfolg einer Sache gewiß schien, wenn er ihr Unheil geweissagt hatte.

Wer seiner Zunge Meister ist,
Der übt am besten — schlaue List.

Wir hier die vor einigen Jahren Gelegenheit hatten Hrn. Cobden in Triest kennen zu lernen, haben uns nicht gewundert daß derselbe Mann der eben in Paris den ewigen Frieden proclamirt hat, sich doch vor Aerger nicht zu fassen weiß über die glücklich durchgeführte innere Befriedung der österreichischen Monarchie. Nur hat der berüchtigte Brief Cobdens an den Minister Bach einen interessanten Vorfall aufgefrischt der hier stattfand, als Cobden von seiner italienischen Rundreise über Triest und Wien heimkehrte. Damals sprach er den jetzigen Minister Bach in Wien, und es gehört recht englische Anmaßung und Insolenz dazu den Mann heimtückisch begeifern zu wollen, der jetzt wie früher für die Freiheit im Rechte kämpft. Aber Hr. Cobden schweigt von seinem gleichzeitigen Zusammentreffen in Triest mit dem jetzigen Minister Bruck, und er thut wohl daran, denn nach den stattgehabten Ereignissen wird kein Unterrichteter mehr in Zweifel darüber seyn, weßhalb der Freihandelsapostel in Italien so vergöttert worden ist. Er predigte unter dem Aushängschilde der Lega doganа italiana, ob nun bewußt oder unbewußt, die Revolution, und ihre Anhänger in deren Schlingen er fortwährend

*) Gelegentlich wollen wir hier auf ein interessantes Document über die nordslavischen Völkerverhältnisse aufmerksam machen, das dem größern Publicum weniger bekannt zu seyn scheint. Es betrifft die Sprachzustände Böhmens um 1700, und wird von Pelzel in seiner Geschichte von Böhmen mit der Erzählung eingeleitet daß Peter der Große 1699 vom böhmischen Adel in Prag bewirthet ward. „Da die Vornehmsten vom Adel — fährt Pelzel fort — mit ihm zur Tafel speisten, bezeigte er sein Wohlgefallen besonders darin daß er mit ihnen slavisch sprechen konnte; denn damals war noch die böhmische Sprache die Muttersprache des Adels, obwohl einige schon angefangen hatten die deutsche derselben vorzuziehen. Man nahm auch schon zu dieser Zeit wahr daß die Einwohner vieler Ortschaften welche an die Deutschen stießen, die böhmische Sprache zu verlernen und die deutsche anzunehmen anfingen. Dieses mag dem Anton Phrosinus, einem reichen Bürger von Pilsen, Anlaß gegeben haben daß er (1700) eine Reise durch das ganze Königreich Böhmen unternommen, um auszuforschen welche Städte und Gegenden mit deutschen oder mit tschechischen Einwohnern besetzt wären. Nach geendigter dreijähriger Reise gab er ein Verzeichniß heraus welches wir hier abschreiben wollen. Er fängt mit dem Bechiner Kreise an, und sagt: Drei gute Theile dieses Kreises sind von puren Böhmen bewohnt, der vierte von Budweis bis hinter Kaplitz und bis an das Gränzstädtchen Mulcau ist mit deutschen Einwohnern vermischt. Der Prachiner Kreis hat drei Theile böhmischer Einwohner, der vierte um das Gebirge gegen Chrobolt, Wallern und Krummau ist deutsch. Der Pilsener Kreis ist halb böhmisch und halb deutsch; die erstern um Klattau, Nepomuk und Rokyczan, die deutschen wohnen gegen Plan, Tepel und Teinitz. Der Königgrätzer Kreis ist ganz böhmisch; einige Städte als Trautnau und Braunau nebst dem Riesengebirge sind deutsch. Im Bunzlauer Kreise sind drei Theile böhmisch, der vierte gegen Leipe ist deutsch. Der Czaslauer ist ganz böhmisch. Der Leutmeritzer Kreis ist eine Hälfte, die sich gegen Aussig erstreckt, deutsch, die andere um Melnik herum ist böhmisch. Im Saatzer Kreise ist alles deutsch, etwa vier Dörfer um Kathen und die Stadt Laun ausgenommen. Im Chrudimer Kreise ist alles böhmisch bis auf ein paar Dörfer, in welche die Grundherren deutsche Unterthanen eingeführt haben. Im Ellbogner Kreise sind lauter deutsche, nur etwa in zwei Ortschaften sind die Einwohner gemischt. Der Kraurzimer Kreis ist ganz böhmisch. einige deutsche Unterthanen welche man vor kurzem aus dem Reiche hingesetzt hat, kommen kaum in Betracht. Der Berauner und Rakonitzer Kreis sind ohne Ausnahme böhmisch. Im Moldauer Kreis sind auch nur Böhmen, einige Bergleute beim Bergwerke ausgenommen."

Vergleicht man diese Notizen von 1700, soweit es ihre Kürze zuläßt, und unter Berücksichtigung der inzwischen bei der Kreiseintheilung des Landes eingetretenen Veränderungen, mit dem gegenwärtigen Zustande der deutschen und tschechischen Sprachgränze in Böhmen, so findet sich daß die letztere augenblicklich nicht allzuviel anders laufen kann als sie vor anderthalb Jahrhunderten es that. Krummau, Wallern, Teinitz, Laun liegen noch zur Stunde scharf an der deutsch-tschechischen Sprachscheide, Plan, Tepel, Leipe u. s. w. sind von ihr verhältnißmäßig nur wenig entfernt. Die Frage freilich ob das Deutsche in Böhmen seit 1700 überhaupt zu- oder abgenommen hat, ist bekanntlich wieder eine andere als die, ob seine geographische Sprachgränze sich verändert hat.

gefangen blieb, schoben ihn vor von Stadt zu Stadt. In Venedig war er noch ganz in seiner Aufgabe und erntete nur Beifall. In Triest fand er zwar auch einzelne Jünger die ihn wie überall umringten; allein er mußte dennoch selbst fühlen daß vom Karst herab eine andere Luftströmung beginne. Daher war bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Gastmahl auch seine Anrede in französischer Sprache schlecht gesprochen, unbedeutend, schwankend, ohne Halt und Kern. Wir erinnern uns wie freudig es die Versammlung anregte, als Hr. v. Bruck ihm in längerer ernster Rede antwortete und ihm höflich, doch scharf bedeutete daß England im eigenen Hause noch viel aufzuräumen habe um die von ihm, dem Sendboten des Freihandels, aufgestellten Grundsätze zur Geltung zu bringen, während er bezüglich der Schifffahrt sich in Triest auf dem classischen Boden jener angestrebten Freiheit befinde. Sodann erhob sich einer jener Jünger der Einheit Italiens, Cobden wohlbekannt, ein abtrünniger Priester, Abbate Doct Ungaro, der weder Mitglied noch Gast der Gesellschaft, sondern ein Eindringling war — derselbe welcher sich später in der Assemblea Nazionale zu Rom durch seine burlesken Großthuereien so lächerlich gemacht hat — er erhob sich um in italienischer Sprache einen schwülstigen Aufsatz vorzutragen, in welchem er die Lega überschwänglich lobpries. Als er sich dabei jedoch vermaß auch schon verfängliche politische Anspielungen fallen zu lassen, da unterbrach plötzlich Hr. v. Bruck den Vorleser und ersuchte die Gesellschaft ihm Stillschweigen aufzulegen, indem er scharf betonend den Satz aufstellte daß ein italienischer Zollverein ohne Oesterreich gleichbedeutend sey mit einem Kriege gegen Oesterreich, und daß sich niemand täuschen möge über die Tragweite solcher Bestrebungen. Der Abbate mußte schweigen, und Hr. Cobden schwieg auch, da es ihm wohl klar geworden war daß sein sonst vielleicht erfolgreicher Kreuzzug in Triest sein Ende erreicht habe. Er zog bald nach Wien, wo er seine gründlichen Studien über Oesterreichs Zustände unter magyarischer Einflüsterung fortsetzte. Der arme Mann, er predigt jetzt den Weltfrieden, nachdem er die Brandfackel mitgeschwungen. Wenn Gewissensbisse ihn zu dem Schreiben an den Minister Bach getrieben haben, so hätte er ehrlich seyn sollen und um Gnade bitten für die Bethörten denen die Aussendlinge Englands brittischen Schutz hoffen ließen und auch wohl versprochen haben. Wahrlich nach allem dem werfen diese schillernden brittischen Apostel für Freihandel wie für ewigen Frieden doch ein eigenes Licht auf die englischen Zustände und die moralische Verworfenheit die darin sich hinter Glanz und Humanität zu verbergen sucht. Wär' ihr Reden eitel Wortgeklingel, man könnte darüber lächeln, aber es ist mehr und erscheint doppelt widerlich und faul als Speculation, als Ausfluß eines Eigennutzes, der nicht ansteht selbst mit dem Heiligen und mit Völkerglück zu spielen. Der obenerwähnte Vorfall hat übrigens in diesem Augenblick ein um so höheres Interesse, als jetzt durch die thatsächliche Anbahnung des italienischen Zollvereins jeder Unbefangene in der Lage ist selbst zu beurtheilen, wer von den damals Streitenden es mit Italien am redlichsten meinte, wer dafür am erfolgreichsten wirkte. Während das schöne Land von jener unbändigen, sich überstürzenden Agitation nur tiefes Unheil geerntet hat, sind die maßhaltenden Bestrebungen der andern darauf gerichtet diese Wunden bald wieder zu heilen und zugleich die Keime einer glücklicheren nationalen Entfaltung sorglich zu pflanzen. Leider nur hat sich auch hier zeigen müssen daß die Ideen Pflanzen sind welche zum Gedeihen erst mit Blut begossen werden sollen. Ueber das Zustandekommen eines italienischen Zollvereins unter den Auspicien Oesterreichs vermögen wir kaum noch einen ernsten Zweifel zu hegen, und der Minister dem man diese Wendung der Dinge wesentlich verdankt und der so eben die ersten Zollbande mit Modena und Parma geschlungen hat, er wird die wichtige Angelegenheit auch dem ganzen großen Ziele zuzuführen wissen. Bemerken Sie indeß wohl was das Ergebniß aller Unterhandlungen bekräftigen wird: diese werden in Italien durchaus in dem Sinne und auf einer solchen Grundlage geführt daß der italienische Zollverein kein Hinderniß und keinen Anstoß finde an der österreichisch-deutschen Zolleinigung und diese nicht an jenem, daß beide große Zollkörper aber dereinst, wenn sie es ihrem Interesse für angemessen halten, durch Oesterreich selbst ihre handelspolitische Vereinigung bewirken werden. Kein Zweifel jedoch daß Deutschland und Italien ihren handelspolitischen Anschluß an Oesterreich einst um so vortheilhafter finden werden, als sie dadurch ihrem Verkehr und dem Absatz ihrer Erzeugnisse außer den österreichischen zugleich wechselseitig die italienischen und die deutschen Märkte dauernd eröffnen.

Französisches Theater.

Paris, 17 Dec. Die neue Komödie von Emile Augier, deren baldige Aufführung ich Ihnen vor einigen Monaten anzeigte, ging am vorigen Samstag im Théâtre français zum erstenmal in Scene, und wurde so glänzend aufgenommen daß die Kritik selbst den Triumph nicht zu bestreiten wagt. Was in der litterarischen Welt einigen Namen hat, wohnte der Vorstellung bei, und man bemerkte die Bereitwilligkeit mit der Emile de Girardin, gleich einer fürstlichen Person, das Zeichen zum Beifall gab. Es schien als wollte er im Theater wie in seiner Presse der Anführer des Volkes seyn. Die Kritik bestätigt im ganzen das Urtheil des Publicums; selbst Janin, der bisher gegen Augier sehr streng war und das Orakel in der litterarischen Welt ist, bezeigt dießmal sein allerhöchstes Wohlgefallen. Nur die Romantiker sind wüthend darüber daß Augier so hübsche Verse zu Gunsten des Eherings und Strickstrumpfs verschwendet, und die Rechte der genialen Ungebundenheit den „grauen Freuden" einer ängstlich gewahrten Häuslichkeit geopfert habe. Daß sie im Ehebruch mehr Poesie finden als in der erlaubten Liebe, das ist allerdings barok, und des berühmten Satzes: das Häßliche ist das Schöne vollkommen würdig; aber darin haben sie nicht so ganz Unrecht, wenn sie den jungen Verfasser beschuldigen daß er zu sehr sehen läßt und zu didaktisch ausspricht wie gut er es gemeint. Ein Drama muß durch und durch sittlich, und zwar von der unerbittlichsten Sittlichkeit seyn; wer das Gegentheil behauptet, versteht nicht das ABC von der Sache; aber eine Lehre als Lehre vorgetragen, ist nicht dramatisch. Nur Beispiele sind es, nicht Regeln, und auf dem Theater wird das Gesetz Gottes nur durch die Bestrafung einer großen verruchten That oder einer Reihe von Verbrechen, sowie durch die Verspottung einer greifbaren Albernheit verkündet. Augier in seiner Gabrielle malt die Maxime zu sehr an die Wand; dadurch bekommt sein Stück ein zu ernstes Gesicht, und obgleich viel gelacht wird, so geschieht es größtentheils nur episodisch über treffende Witze und Späße die nicht aus der Handlung entspringen. Ich ziehe daher seine Aventurière, obgleich sie weniger gefallen, weil sie poetischer, und eine Art altitalienischer Posse, die er noch in seinem Pulte hat, weil sie toller und dichterischer zugleich ist, seinem vorgestern zum erstenmal gegebenen Schauspiel, so vortrefflich es sonst auch ist, entschieden vor. Augier ist, glaub' ich, auch ein wenig meiner Meinung, aber er kennt seine Leute und weiß wie gut ihnen hausbackne Moral in zierlichen Versen schmeckt. In Paris gibt es ja noch Aesthetiker beiderlei Geschlechts genug die „Menschenhaß und Reue" für das Meisterstück der deutschen Bühne halten würden, wenn sie nur wüßten daß Menschenhaß und Reue ein deutsches Stück und Kotzebue kein Franzose ist. Augiers tragischer College, Ponsard, hofft seine Charlotte Corday gegen Mitte Februars an die Bretter zu bringen welche die Welt bedeuten. Ponsard ist noch immer der erste französische Tragödiendichter des Tages, aber wenn die Arbeiten August Roberts, der wahrhaft shakspeare'sche Anflüge hat, weniger nach Art von Götz von Berlichingen zugeschnitten und somit aufführbarer wären, so dürfte Ponsard bald aus dem Sattel gehoben seyn. Ich habe Ihnen vor einigen Jahren über Roberts Reformation in Deutschland berichtet; sein seitdem erschienener Connetable von Bourbon ist nichts weniger als ein Rückschritt, und Robert verdient nach meiner Ansicht daß man Kritiker selbst von dem Gehalt eines Rötscher und Vischer auf ihn hinweist.

---

der unerschütterlichen Anhänglichkeit der Tiroler an Oesterreich und ihrer kühnen Wagnisse für dieses uralte unaussprechlich theure Band darstellt.

Hrn. Lewalds Behauptung in Betreff der ältesten Tochter des Andreas Hofer, **Anna**, ist eine so absurde Lüge, oder ein so lächerliches Mißverständniß, daß es für ganz unnöthig erachtet wird hierüber mehrere Worte zu verlieren.

St. Johann in Tirol, den 12 December 1849. **Ant. Peternader.**

[5422—24]

Bekanntmachung.

Die **k. k. priv. Azienda Assicuratrice in Triest** ladet hiemit ihre P. T. HH. Actionäre ein die am 1 Jänner 1850 fälligen vierprocentigen Zinsen entweder in Triest in ihrem Geschäfts-Bureau oder in Wien bei den Unterzeichneten erheben zu lassen.

Wien, im December 1849.

Die Haupt-Agentschaft für Oesterreich.
M. H. Weikersheim & Comp.

[5391]

Vorladung.

Verlassenschaft des Mathias Wetzel von Reute betreffend.

Mathias Wetzel von Reute, Gemeinde Opfenbach, geboren am 14 Mai 1778, hat seit mehr als 30 Jahren nichts mehr von sich verlauten lassen.

Es wird daher derselbe oder dessen allenfallsige Descendenz aufgefordert,

binnen 1 Jahr, 6 Wochen, 3 Tagen

um so gewisser von seinem Aufenthalte Nachricht zu geben, als er außerdem für todt erklärt, und sein in 879 fl. 7 kr. bestehendes Vermögen den Intestaterben desselben ohne Caution verabfolgt werden würde.

Weiler, am 18 Dec. 1849.

Königliches Landgericht.

Höfl, Landrichter.

[5381—83]

Bekanntmachung.

Der Müllergeselle Heinrich Ittner von Zell, diesseitigen Gerichtsbezirks, hat sich im Jahre 1836 vom Hause entfernt, und seit länger als 10 Jahren keine Nachricht von sich gegeben.

Die bekannten nächsten Erben desselben haben daher auf Todeserklärung und Ausantwortung dessen Vermögens, welches in 300 fl. besteht, angetragen.

In Folge dessen ergeht an den Müllergesellen Heinrich Ittner oder dessen unbekannte Erbnehmer die Aufforderung, sich binnen 9 Monaten und

längstens bis zum 11 September 1850

bei dem unterfertigten königl. Gericht entweder in Person oder durch genügend Bevollmächtigte zu melden, und daselbst weitere Anweisung zu gewärtigen, widrigenfalls das besagte Vermögen an die bis jetzt bekannten und zu den Acten legitimirten Erben ausgeantwortet werden wird.

Münchberg, am 1 Dec. 1849.

Königliches Landgericht.

Schrön, königl. Landrichter.

AUGSBURG. Das Abonnement bei allen auch den entferntesten Postämtern Bayerns beträgt ohne jeden weitern Postaufschlag vierteljährlich 4 fl. 15 kr., für das ganze Jahr 17 fl. im 24 fl.-Fuss od. 9 Thlr. 22 Sgr. pr. C.; für auswärts bei der hiesigen k. Oberpostamts-Zeitungs-Expedition, sodann für Deutschland bei allen Postämtern, ganzjährig, halbjährig und auch vierteljährig; für Frankreich in Strassburg bei G. A. Alexandre, in Paris bei demselben Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth und bei der deutschen Buchhandlung von F. Klincksieck Nr. 11, rue de Lille, und bei dem Postamt in Karlsruhe; für England bei Williams & Norgate, 14 Henriette-Street, Covent-Garden in London, für Nordamerika bei den Postämtern Bremen u. Hamburg, für Italien bei den k. k. Postämtern zu Bregenz, Innsbruck, Verona, Venedig, Triest u. Mailand, für Griechenland u. die Levante etc. bei dem k. k. Postamt in Triest. Inserate aller Art werden aufgenommen und der Raum der dreispaltigen Colonelzeile berechnet: im Hauptblatt mit 12 kr., in der Beilage mit 9 kr.

Allgemeine Zeitung.

Montag — Nr. 365. — 31 December 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Erzherzog Ferdinand d'Eſte. Dem Erzherzog-Reichsverweſer die Abſchiedsadreſſe und ein Bild von Frankfurt mit einer goldenen Gedächtnißmünze überreicht. Auch Württemberg ſpricht ſeine Bedenken über die Berufung des Erfurter Reichstags aus. Die Mediatiſirungsproclame der Frankf. O.-P.-A.-Ztg.); München (Hr. v. d. Pfordten. Bekanntmachung wegen des neuen Anlehens. Ueber die Benützung der Telegraphenlinien durch das Publicum. Erzherzog Johann erſt am 3 Januar zu erwarten. Graf W. Rechberg †); Baden (die Wahlen und die Stimmung der Bevölkerung. Ausgleichung der Quartierlaſt); Darmſtadt (die Conſtituirung der Kammern und ihre Eröffnung); Waldeck (Fürſtin Auguſte †); Köln (das Deficit und die Gemeindewahlen); Berlin (die Entſchlüſſe über die Verfaſſung); Wien (Orientirung in dem Palazky'ſchen Streit. Die Bank. Journalhaber. Die Unglückspropheten. Die weſtliche Allianz. Die neue Geſtaltung der Beamtenwelt. Die Statthalter von Niederöſterreich und Steyermark. Die Haynau-Stiftung. Ein Student von einer Schildwache erſchoſſen); Gratz (der Landtagsausſchuß verweigert eine angeſonnene Geldbewilligung).

Oeſterreichiſche Monarchie. Kronſtadt: Zuſtände, Stimmungen und Wünſche im ſiebenbürgiſchen Sachſenlande); Peſth (Verkündigung der Reichsverfaſſung.

Großbritannien. Tytler †. Prinzen von den Sandwich-Inſeln in London. Lord Dalhouſie bleibt in Indien. Das Märchen von einer Empörung öſterreichiſcher Gränzer. Angebliche Entdeckung des großen afrikaniſchen Binnenſees.

Frankreich. Das Geſetz über die Abtheilungen der Wahlbezirke angenommen. Errichtung eines Bataillons Pariſer Jäger. F. Barrot und das Miniſterium. Das Journal de Débats über Württemberg.

Niederland. Die zweite Kammer vertagt ſich bis zum 15 Jan.

Perſien. Ispahan in Anarchie.

Datum der Börſen: London 26; Paris 27; Wien, Frankfurt 29 Dec.

Deutſchland.

Frankfurt a. M., 25 Dec. Der Tod des jugendlichen Erzherzogs Ferdinand von Eſte, geboren den 20 Jul. 1821, hat den geweſenen Reichsverweſer tief erſchüttert und überhaupt in ſeinem Kreiſe eine allgemeine Trauer hervorgerufen. Ferdinand war Feldmarſchall-Lieutenant, er hat ſich ſowohl im italieniſchen als ungariſchen Feldzug durch perſönlichen Muth und Einſicht ſo ſehr hervorgethan daß die ſchönſten Hoffnungen auf ihn geſetzt wurden. Er war ein vollendeter Artillerie-Officier mit ausgezeichneten Kenntniſſen, namentlich war er in der Mathematik, in der er ſchon in ſeinem zehnten Jahre die erſtaunlichſten Fortſchritte gemacht hatte, ein wahrer Meiſter. Ferdinand, der Sohn des verſtorbenen Herzogs von Modena, hatte ſich vor kurzer Zeit erſt mit der am 17 Jan. 1831 gebornen Erzherzogin Eliſabeth verehelicht. Die junge Wittwe iſt eine Tochter des verſtorbenen Erzherzogs Joſeph, Palatins von Ungarn, und ſeiner noch lebenden Gemahlin Maria Dorothea, letztere eine Tochter des Herzogs Ludwig Friedrich Alexander von Württemberg. Da der einzige Bruder Ferdinands, der jetzt regierende Herzog von Modena, wahrſcheinlich kinderlos bleiben wird, die beiden Oheime desſelben, die Erzherzoge Karl Joſeph Ferdinand und Max, beide bekannte Ingenieurs, durch Frömmigkeit und Mildthätigkeit allgemein verehrt, unverheirathet ſind und in den ſiebenziger Jahren ſtehen, ſo wird wohl die Linie der Eſte ausſterben und das ſchöne Land und das ungeheure Privatvermögen dieſer Seite (ſie iſt die bei weitem reichſte) dem regierenden Kaiſer dereinſt zufallen, wenn ſich das Gerücht nicht beſtätigt daß die junge Wittwe in geſegneten Umſtänden ſey. Der eben verſtorbene Erzherzog war bei aller Soldatennatur ein wahrer und gefühlvoller Menſchenfreund. Die vielen Todesfälle die ſich in jüngſter Zeit in den Spitälern zu Brünn ereigneten, ließen in ihm den Gedanken rege werden daß vielleicht die Krankenpflege nicht die gehörige ſey. Damit niemand etwas vermuthen und nicht etwa Vorkehrungen veranlaßt würden, verließ der Erzherzog am 10 Dec. gegen 1 Uhr in der Nacht unerwartet ſein Bett, weckte ſeine Adjutanten ſelbſt auf, und erklärte mit ihnen zu dieſer ungewöhnlichen Stunde die Spitäler beſichtigen zu wollen. Eine halbe Stunde ſpäter erſchien er plötzlich in den Sälen des Spitals, ging mit den überraſchten Aerzten und Krankenwärtern von Bett zu Bett, jedem Einzelnen die Hand reichend, und ihn fragend ob er zufrieden ſey und ob ihm etwas mangle. Während deſſen ſah er ſelbſt mehrere ſterben. Hierbei waren mehrere Stunden verſtrichen, der Erzherzog war, trotz aller Verwarnungen und Bitten, nicht eher zu bewegen das Spital zu verlaſſen, bis er den letzten Kranken geſprochen hatte. Die tiefen Eindrücke, die vielen directen Berührungen mit den Kranken, und der Umſtand daß er und ſeine Begleitung nichts zu ſich genommen, mochten wohl die Schuld ſeyn daß ſchon an demſelben Tage er und die drei Perſonen ſeiner Begleitung an dem Typhus erkrankten. Der eine Adjutant ſtarb ſchon am 13 Dec., die beiden andern ſind ebenfalls rettungslos das Opfer ſtrenger Pflichterfüllung eines fürſtlichen Generals. Der oben erwähnte Oheim Erzherzog Ferdinand iſt derſelbe der ſich weigerte mit Mack bei Ulm den Franzoſen ſich zu ergeben, und ſich damals ſo tapfer mit der öſterreichiſchen Cavallerie durch die dichten feindlichen Reihen durchſchlug. Der gleichfalls erwähnte Oheim Erzherzog Max iſt derzeit Großmeiſter des deutſchen Ordens und der Erfinder und Erbauer der in der neuern Kriegsgeſchichte epochemachenden und nach ihm genannten Maximiliansthürme. Der Kaiſer hatte am 13 ſeine Leibärzte nach Brünn geſandt; aber als ſie ankamen, lag der Prinz ſchon rettungslos da, und hatte kurz vorher mit großer Reſignation und hoher Frömmigkeit die Sterbſacramente empfangen, nur bedauernd ſeine junge Wittwe und daß er dem Vaterland nicht mehr dienen könne. Auf die Nachricht des Todes kamen des Kaiſers Mutter und Bruder herbeigeeilt, das Wiederſehen ſoll eine herzzerreißende Scene geweſen ſeyn, aber die jugendliche Wittwe war nicht von der Leiche wegzubringen. Sie hatte während vier Tagen und Nächten ihren Gemahl nicht einen Augenblick verlaſſen, nicht einen Augenblick geſchlafen und ihm alles geleiſtet was in ſolchen Fällen nur einem Kranken geleiſtet werden kann. „Erſt dann," rief ſie im größten Schmerz der Mutter des Kaiſers zu, „könnt Ihr mich von meinem Manne trennen wenn die ehrwürdigen Capucinerväter mir durch die Schlöſſer die Gruft verſchloſſen haben." (D. Volksbl.)

** **Frankfurt a. M.**, 26 Dec. Dem Vernehmen nach hat nun auch die königl. württembergiſche Regierung, ſowie es von Seite Oeſterreichs und Bayerns bereits geſchehen, gegen die nachtheiligen Folgen welche die Zuſammenberufung des Erfurter Reichstags haben könnte, Verwahrung eingelegt.

|| **Frankfurt a. M.**, 28 Dec. Von dem hieſigen Senat iſt dem ſcheidenden Erzherzog eine goldene Gedächtnißmünze überreicht worden. — Die geſtern allgemein verbreitete Nachricht in Betreff des Gutachtens der Senatscommiſſion über den Verfaſſungsentwurf ſcheint voreilig geweſen zu ſeyn. Man vernimmt heute daß die Commiſſion ihre Berathungen noch nicht beendigt hat. — Aus Mainz iſt die Nachricht eingelaufen daß die Rathskammer ſich für Mohrs Entlaſſung aus der Haft ausgeſprochen, der Staatsanwalt aber hiegegen Recurs eingelegt hat. — Von Berlin iſt der Vorſchlag ausgegangen im Verkehr mit den Actien der Friedrich-Wilhelm-Nordbahn auch ferner 4 Proc. Zinſen zu berechnen, obgleich die Verzinſung aus dem Geſellſchaftsfond am 1 Jan. 1850 aufhört. Die hieſige Börſe wird ſich jedoch, wie man hört, dieſem allerdings nur auf Selbſttäuſchung hinauslaufenden Verfahren nicht anſchließen.

Am 28 Mittags empfing Erzherzog Johann eine aus dreißig Perſonen beſtehende Deputation, welche ihm die mit 2000 Unterſchriften bedeckte Abſchiedsadreſſe von Bürgern und Bewohnern Frankfurts überreichte. Rath Schloſſer hielt die Anrede, Dr. Jucho verlas die von Dr. Th. Creizenach verfaßte Adreſſe (wir haben ſie neulich mitgetheilt). Der Erzherzog dankte mit bewegter Stimme. In dem Empfangsſaale war

das schöne Bild Funck's aufgestellt, das dem Erzherzog bei dieser Gelegenheit überreicht werden sollte. Es ist eine Ansicht der Stadt Frankfurt und deren Umgegend, aufgenommen vom Hainerweg, Goethe's Lieblingsspaziergang. Der Oberlehrer Jeckel von Sachsenhausen begleitete die Ueberreichung mit einigen herzlichen Worten, in welchen unter andern angedeutet war daß Se. kais. Hoh. die Stadt in gefährlichen Zeiten vor großem Unheil bewahrt habe. Der Erzherzog trat vor das Bild und äußerte: „Es ist ein herrliches Bild, und für mich eine liebe Erinnerung. Ich kenne den Punkt recht wohl von dem die Ansicht aufgenommen ist. Es wird immer mein Wunsch seyn daß Ihr werthes Frankfurt seine Rechte und Freiheiten bewahrt. Die alte Kaiserstadt trägt noch die Spur des reichsstädtischen Wesens, das ein so kostbares Element war in der deutschen Vorzeit. Was ich selbst thun konnte, habe ich redlich erstrebt. Habe ich auch bei unheilvollen Gelegenheiten mit fester Hand eingreifen müssen, was ich vor allem befördern wollte, das war doch immer — Versöhnung. Das ist es ja auch (sich zum anwesenden Geistlichen, Consistorialrath Rehbock wendend), was Sie predigen! Ja, meine Herren, Festigkeit von der einen, Versöhnung und Friede von der andern Seite, für uns, für Deutschland! Wo ich auch immer weilen möge, wird es mich immer herzlich freuen zu hören daß es Frankfurt gut geht." Bevor die Deputation sich entfernte, sprach noch Se. kais. Hoh. im Tone der innigsten Rührung, welche sich allen Anwesenden mittheilte, nachstehende Worte: „Die Herren sind mir fast alle bekannt; wer aber von ihnen da eintrifft wo meine Heimath ist, er lasse nur sagen: ein Frankfurter ist da — und mein Haus soll ihm immer offen stehen."

* **Frankfurt.** Die Oberpostamts-Ztg., die in diesen Tagen erklärte daß sie die officiellen Kundgebungen der Bundescentralcommission empfange, fährt in ihren nichtofficiellen Leitartikeln fort den Repräsentativverfassungen und der Particularsouveränetät den Krieg zu machen. Bekanntlich werden diese Artikel meist einem Staatsmann zugeschrieben welcher der Bundescommission so fern steht als er der ehemaligen Reichscentralgewalt ferngestanden. Um so mehr sollte sich die Oberpostamts-Zeitung hüten Tag für Tag Doctrinen vorzutragen welche den ganzen constitutionellen Rechtsbestand Deutschlands — der Groß- und der Kleinmächte — auf den Kopf stellen. Dieses Verfahren ist um so unbesonnener, je bedrohlicher in gutunterrichteten Correspondenzen von Wien und Berlin das Hereinziehen Rußlands, Englands und Frankreichs in die Politik deutscher Mächte geschildert wird. Wie viel oder wie wenig zuletzt daran seyn mag — es steigert die innere Beunruhigung, die zu beschwichtigen das Bestreben Aller seyn sollte die es mit Deutschland wohlmeinen. Man vertheile die Artikel der O.-P.-A.-Ztg. in den Ländern wo Stände beisammen sind, oder welche gewählt werden, und man wird auf die unheilvollen Wirkungen nicht lange warten dürfen. Freilich stehen auf der einen Seite österreichische, auf der andern preußische Occupationstruppen bereit, aber die Einmischung des Auslands steht auf der Lauer, und auch sie würde nicht zögern hervorzutreten wenn die diplomatischen Verhältnisse wirklich so sich gestalten wie vertrauliche Briefe aus Wien und Berlin sie bezeichnen. Und unter solchen Umständen stellt die O.-P.-A.-Ztg. nichts geringeres in Aussicht als eine factische Mediatisirung aller deutschen Staaten durch Oesterreich und Preußen, ohne irgendeine wahrhaft constitutionelle Garantie. Die Bundescentralcommission aber ist zu Aufrechthaltung des bestehenden Rechts eingesetzt, und die Namen ihrer Mitglieder sind im Einklang mit dem Zweck der Institution.

Bayern. o **München,** 30 Dec. Das Regierungsblatt Nr. 66 bringt die officielle Dienstesnachricht daß Se. Maj. der König unterm 22 d. geruht den Vorsitz im Ministerrath dem Staatsminister Dr. v. d. Pfordten zu übertragen. Gleichzeitig enthält es die von mir schon berührte Bekanntmachung des Finanzministeriums über den Vollzug des jüngsten Anlehensgesetzes. Dieses Anlehen soll hiernach durch fünfprocentige Schuldscheine in Beträgen von 100, 500 und 1000 Gulden, auf Namen oder Inhaber lautend, verwirklicht werden. Ein wesentlicher Vorzug des dießmaligen Verfahrens gegen das frühere ist daß dem Darleiher freisteht zugleich mit der Anmeldung das Geld zu erlegen, und daß er in diesem Fall die Obligationen au porteur sogleich ausgehändigt erhält. Sonst mußte er sich wochenlang mit einem Haftscheine begnügen lassen. Auch Subscriptionen auf spätere Termine sind zugestanden. Der Schluß des Anlehens ist in der Bekanntmachung vorläufig auf den 1 März 1850 festgesetzt. Ferner enthält das Regierungsblatt die Vorschriften über die Benützung der Staatstelegraphen von Seite des Publicums. Erfreulich ist es darin die Wahrnehmung zu machen daß drei Telegraphenlinien von der bayerischen Regierung zur Verfügung gestellt werden, eine von München nach Salzburg, eine zweite von hier nach Augsburg, eine dritte von Augsburg über Nürnberg nach Hof. Ich habe in sichere Erfahrung gebracht daß die letztern beiden, sobald es die Witterung erlaubt, hergestellt werden sollen. Die Beförderung telegraphischer Depeschen findet auch nach Orten statt wohin keine ununterbrochene telegraphische Verbindung besteht. Diese werden von der Telegraphenstation an die nächste Ortspostanstalt zur Weiterbeförderung übergeben, und der Absender der Depesche hat zu bestimmen ob letztere mittelst der gewöhnlichen Post oder Estaffette geschehen soll. Eine jede zu befördernde Depesche muß mit Namen und Wohnort des Absenders unterschrieben seyn; sie darf in der Regel nicht mehr als 100 Wörter enthalten. Die Haupt-Telegraphenstationen sind Tag und Nacht geöffnet; bei den Zwischenstationen soll bei Nacht die Beförderung nur ausnahmsweise stattfinden. Das Personal ist zur strengsten Geheimhaltung der Nachrichten besonders verpflichtet. Eine Haftung in Bezug auf die Zeit der telegraphischen Correspondenzen wird von der Telegraphenverwaltung nicht übernommen; jedoch erstattet sie die Gebühren zurück wenn innerhalb 6 Stunden nach der Aufgabe der Notiz die Abtelegraphirung nicht erfolgen konnte. Bei den Gebühren wird die einfache Depesche der Berechnung zu Grunde gelegt. Einfach ist diejenige welche nicht mehr als 25 Wörter enthält. Für je 15 Wörter oder einen Bruchtheil von 15 Wörtern über 25 ist der dritte Theil der Taxe mehr zu entrichten. Die Taxe beträgt bei einer Entfernung von 12 Meilen oder weniger 3 Gulden; bei einer Entfernung von über 12 Meilen 6 Gulden. Dieß die Hauptbestimmungen. — Die Abreise des Erzherzogs Johann von der Mainstadt verzögert sich aufs neue durch das Unwohlseyn des Grafen v. Meran, seines Sohnes; der neuesten Bestimmung zufolge darf seine Ankunft hierselbst erst am 3 Januar Abends erwartet werden.

o **München,** 30 Dec. Graf Willibald Rechberg, in früheren Jahren bayerischer Gesandter an mehreren Höfen, ist heute Nacht mit Tod abgegangen. — Seit einiger Zeit hat der durch seine vorzüglichen Uebersetzungen in die italienische Sprache rühmlichst bekannte Ritter Andreas v. Maffei unsere Stadt zum Aufenthalt genommen; nachdem seine Bearbeitung Schillerscher Theaterstücke, dann mehrerer Gedichte Klopstocks, Moore's, Miltons einige Auflagen erlangt, ist derselbe gegenwärtig mit der Uebertragung von Goethe's Torquato Tasso ins Italienische beschäftigt, was schon wegen des Gegenstandes für die italienische Litteratur von Interesse seyn dürfte.

Gr. Baden. ** **Karlsruhe,** 26 Dec. Die Unthätigkeit welche in Betreff der zukünftigen Wahlen sich in vielen Bezirken bemerklich machte, scheint nachgerade aufzuhören. Man schreibt dieß gewissen Artikeln gegen das Repräsentativsystem in der Frankfurter Oberpostamtszeitung zu, als deren Verfasser man den Mann bezeichnet dessen Verwaltungssystem seit dem Frühjahr 1848 der Fluch des Landes genannt wurde. Doch sind in der Presse immer nur zwei Parteien vertreten, die eine die sich an die Namen Mathy-Bassermann knüpft, die andere als deren Haupt man den edeln Freiherrn zu betrachten gewohnt war welcher durch seine Reclamation gegen unsern letzten Bericht in offener Weise diese Zumuthung von sich abgelehnt hat. Die Stelle die ihn zu einer Berichtigung aufforderte, war indessen nur die Bezeichnung der Stimmung welche ein Artikel der Deutschen Zeitung hervorbrachte. *) Daß die letztere Partei auf eine thätige Theilnahme an den Regierungssorgen nicht verzichte, zeigen jene Blätter eines benachbarten Landes in welchen sie ihre Wünsche und ihr Verlangen niederlegt; die erstere Partei aber, ihre unversöhnliche Gegnerin, hat mit Ausnahme der Karlsruher Zeitung sich so ziemlich aller badischen Blätter bemächtigt. Ob die sogenannten „Rothen" — denn als Bezeichnung der nächsten Kundgebungen der ultrademokratischen Partei dürfte der Name nicht bezeichnend seyn (?) — nicht auch eine Stellung im Wahlkampfe einnehmen werden, ist in Frage gestellt. Daß sie ganz unthätig sey glauben wir nicht, nur wird ihr Wirken sich auf vertrauliche Besprechung unter sich beschränken müssen, da die neue militärische Polizeibehörde scharfes Augenmerk auf sie hat. Daran zu glauben daß sie ganz darnieder liege, daß die Stimmung der obern Landestheile von Baden überhaupt der jetzigen Lage des Landes und seinen Beschützern durchaus nicht abhold sey, wie Blätter des Landes behaupteten, wäre eine Sorglosigkeit die einerseits in ihren Folgen sich schwer rächen könnte, andererseits angesichts von Thatsachen dem Benehmen des Mannes gliche der sich die Augen verband um den Tag nicht zu sehen. Denn wo Bierhäuser über Bierhäuser, Wirthshäuser über Wirthshäuser „auf die Dauer des Belagerungszustandes" geschlossen werden müssen, wo es mitten unter preußischen Bajonnetten an Demonstrationen gegen die Conservativen nicht fehlt „welche geeignet sind dem Glaserhandwerke aufzuhelfen", wo selbst Personen des zartern Geschlechtes eingethürmt werden, weil sie Aeußerungen wie folgende gethan haben: „Sie wünschten nur ein 4 Fuß langes Messer in den Gedärmen preußischer Soldaten umzuwühlen;" da kann man doch wahrlich nicht von befriedigter Stimmung sprechen, selbst wenn man

*) „Beachtenswerth ist daß Hr. v. Andlaw, ohne zu widersprechen, des Gerüchtes Erwähnung thut, er habe dem Großherzog einen Abdankungsantrag überschickt." D. Ztg. vom 24 Nov. 1849 Nr. 325.

diese Thatsachen als vereinzelte bezeichnen wollte. Hier kann nur, neben materieller Erleichterung, ein aufrichtiges redliches Streben der Regierung helfen. Diese muß offen ihr System darlegen — und wir glauben daß es in der nächsten Kammersitzung geschehen werde — und zeigen daß sie über den Parteien stehe und die Barbarei gesetzlosen Treibens ebenso kräftig darniederhalten werde als die Gelüste jener die unter dem Schutze einer Armee, welche nichts weniger als ihrer Ansicht ist, vergessen machen wollen daß es ein Jahr 1848 gab, in welchem sie mehr zitterten als jeder andere. Was die erste Hülfe gegen die Verarmung ganzer Gegenden durch die Quartierlast betrifft, so hat jetzt die Regierung in lobenswerther Weise den Weg eingeschlagen welcher allein der richtige ist. Die Unkosten des ganzen Landes werden zusammengeschlagen, das Ganze soll sodann nach dem Steuerfuße vertheilt und so den hart betroffenen Gemeinden eine Entschädigung werden, welche sich auf 15 kr. für den Mann und angemessene Vergütung der Lieferungen belaufen wird. Ob eine andere Last, die kostspielige Reorganisation des badischen Armeecorps in Preußen, abgewendet werden kann, wird die nächste Zukunft zeigen. Man gibt sich heute noch der Hoffnung hin daß Bataillon nach Bataillon reorganisirt und eingeübt werde, sodann an der Stelle eines entsprechenden preußischen Truppenkörpers im Lande bleibe und zuletzt nur noch Rastatt eine aus Preußen und Oesterreichern gemischte Besatzung erhalten werde. Als Ort der Einübung wurde Baden-Baden bezeichnet zum großen Schrecken der dortigen Gemeindebehörde, welche ohnedieß an den bisherigen Besatzungskosten eine unverhältnißmäßige Last zu tragen vermeint.

Gr. Hessen. *† **Darmstadt,** 27 Dec. Heute haben es endlich unsere Kammern zu ihrer Constituirung gebracht. In der ersten, welche 25 Mitglieder zählen soll, müssen hievon mindestens 15 anwesend seyn. Es waren deren 16, und 9 Wahlen stehen noch aus. Sie ist indessen bis jetzt fast durchaus conservativ, und so fiel denn auch ihre Präsidentenwahl aus, welche die HH. Schenck, Oberappellationsgerichtsrath von Darmstadt, und Klipstein, Hofgerichtsdirector aus Gießen, traf. In der zweiten Kammer dagegen bestätigt sich die große demokratische Mehrheit, 35 Mitglieder waren anwesend von 50 (27 sind mindestens nöthig zur gesetzlichen Beschlußfassung), und die demokratischen Candidaten zu Präsidenten: 1. Professor Hillebrand aus Gießen, 2. Obergerichtsrath Glanbrech aus Mainz, und 3. Advocat Lehne aus Alzey erhielten 23 bis 25 Stimmen, also über ⅔. Die noch fehlenden 15 Mitglieder, wovon 4 verhaftet, 2 in der Schweiz, mehrere wahlbeanstandet rc., werden auch meistens zu den Demokraten gehören. Ebenso sind die gewählten Schriftführer, der Accessist Müller-Melchiors aus Mainz und Pfarrer Steinberger aus Grünberg, Demokraten. Candidat der Conservativen zum ersten Präsidenten war Hr. Reh (der letzte ordentliche Präsident der Nationalversammlung in Frankfurt); er hatte aber, haben wir recht gehört, nur 8 Stimmen. Gagern wurde absichtlich nicht vorgeschlagen. Er wird hauptsächlich die Debatte führen gegen die Demokraten. Morgen Mittag um 11 Uhr soll der Landtag durch Minister Jaup eröffnet werden. Niemand verspricht ihm aber eine lange Dauer. Man glaubt daß er gleich anfangs am Erfurter Parlamente scheitern werde, gegen welches die Demokraten entschieden sind. Von Jaup hofft man jedenfalls kräftige Ausdauer diesen schlimmen Gegnern gegenüber. Die Nachwehen des durch und durch demagogischen Wahlgesetzes müssen eben überwunden werden!

*** **Darmstadt,** 28 Dec. Die Eröffnung der Ständeversammlung geschah nicht gestern, wie noch vorgestern beabsichtigt war, sondern erst heute, da es bisher an der erforderlichen Anzahl der Mitglieder der ersten Kammer gebrach. Die Stände hatten sich im Saal der zweiten Kammer versammelt, wo sie die Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten Jaup vernahmen. Da die Sitzung nicht öffentlich war, so bin ich außer Stand, über den Inhalt dieser Rede zu berichten, die ohne Verzug in der Darmstädter Zeitung mitgetheilt werden wird, daher ich darauf verweise, mir nur die Mittheilung von Bemerkungen noch vor dem Commentar durch die Dankadresse vorbehalte. Beide Kammern haben bereits durch die Wahl ihrer Präsidenten sich ausgesprochen. Die erste Kammer wählte zwei Männer der s. g. constitutionellen Partei. Oberappellationsrath Schenck, Mitglied der Opposition auf dem Landtag von 1833 und ein Träger des Ministeriums Gagern und Jaup auf dem letzten Landtage in der zweiten Kammer, ein Mann von strengrechtlicher Gesinnung ohne ausgezeichnete Geistesgaben, ward zum Präsidenten, Hofgerichtsdirector Klipstein in Gießen, der noch auf keinem Landtage erschienen war, zum Vicepräsidenten erwählt. Beide gehören zu den nächsten persönlichen und politischen Freunden Gagerns der heute, neben seinem „Freund Wernher" sitzend, der Eröffnung der Ständeversammlung beiwohnte. Im Gegensatze wählte die zweite Kammer zu ihrem Präsidenten Hillebrandt, Professor in Gießen, Glaubreck, Obergerichtsrath in Mainz, und Lehne, (Advocat in Alzei), ersterer Präsident, die letzteren Vicepräsidenten. Der erste Beweis daß die Opposition die Mehrheit hat, ob sie gleich durch Verhaftungen, Wahlanfechtungen u. s. w. decimirt ist. Möge sie im Gebrauche ihrer Macht mäßig und vorsichtig seyn, und möge die ministerielle Minorität unter der sich Männer lebhaften Temperaments befinden, nicht übler Laune werden! Sie kann, da sie an Intelligenz reicher ist als die Opposition, zu welcher mancher gehört, von dem man mit Goethe sagen kann:

Mit dem polititischen Sinn
Doch immer Kilian Brustfleck bin,

diese intensive Stärke walten lassen.

Die Eröffnungsrede lautete nach ein paar formellen Eingangsworten: „Hochgeehrteste Herren! Während der Dauer des eilften Landtags hat eine wesentliche Umänderung im deutschen Vaterland begonnen. Se. königl. Hoh. haben alsbald die neuen Verhältnisse richtig erkannt. Das Edict vom 6 März 1848 erklärte, es solle dem hessischen Volk nicht vorenthalten bleiben was zur Gewähr politischer und bürgerlicher Freiheit gehört. Was hier zugesagt wurde, das ist — soweit es bereits möglich war — vollständig erfüllt. Ueber die öffentlichen Zustände Deutschlands wird unverzüglich umständliche Vorlage erfolgen. Die Staatsregierung mußte handeln, und sie hat gehandelt wie nach ihrer Ueberzeugung das Wohl des Staats es forderte; nicht bezweifelt sie die völlige Zustimmung der Stände. Durch Vereinbarung mit der vorigen Ständeversammlung sind nicht wenige Bestimmungen der Verfassungsurkunde geändert worden. Inwiefern weitere Veränderungen eintreten mögen, wird nach endlicher Gestaltung des deutschen Vaterlands zu erwägen seyn. Was zunächst die Gesetzgebung des Großherzogthums, welches ein monarchisch-constitutioneller Staat ist und immerdar bleiben wird, betrifft, so ist ihrer fortschreitenden Verbesserung die angelegentlichste Sorge der Regierung gewidmet. Für die diesseitigen Provinzen kann im Fach der Civilgesetzgebung ein Entwurf über die Beurkundung des Personenstandes, über das Eherecht und über die Hypotheken vorgelegt werden; sodann (zur weiteren Erfüllung der Zusagen im Edict vom März über Mündlichkeit und Oeffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens) die künftige Gerichtsorganisation, und wohl auch noch auf diesem Landtag eine Strafproceßordnung. Zeitgemäße Verbesserungen in andern Beziehungen, unter welchen der öffentliche Unterricht eine der ersten Stellen einnimmt, sind eingeleitet, und es wird den Ständen hierüber nach Beendigung der Vorarbeiten Vorlage gemacht werden. In financieller Hinsicht werden Ihnen bei der Uebergabe des Budgets Abänderungen der bestehenden Tranksteuer-Gesetzgebung vorgeschlagen werden. Die Staatsregierung wünscht über Erweiterung oder Abänderung des Winterhafens in Mainz mit Ihnen übereinzukommen. Da für Rheinhessen eine Eisenbahn, welche die Verbindung nach Süd und Südwest vermittelt, von entscheidender Wichtigkeit erscheint, so wird es der Staatsregierung nur zur Freude gereichen wenn eine hierzu gewünschte Hülfe von Seiten des Staats in Uebereinstimmung mit den Ständen gewährt werden kann. Das Großherzogthum ist im verflossenen Jahre und im laufenden manchen bedrohlichen Gefahren entgangen; Dank sey es dem guten Sinne des allergrößten Theils seiner Bewohner, der Festigkeit und Treue der Behörden, dem ausgezeichneten Verhalten des Militärs. Mit Gottes Hülfe wird, wenn ferner Gefahren eintreten sollten, dasselbe der Fall seyn, besonders wenn Sie von der Ueberzeugung ausgehen daß einem constitutionellen Staate vorzugsweise alsdann Heil widerfährt wenn die Stände mit der Regierung Hand in Hand gehen. Eintracht macht stark!"

F. Waldeck. **Arolsen,** 26 Dec. Unsere Fürstin Auguste (geb. den 1 Febr. 1768), Großmutter unseres jetzigen, noch minderjährigen Fürsten, ist heute früh plötzlich gestorben. Unterm 22 d. ist das Wahlgesetz zum Volkshause im Regierungsblatt veröffentlicht und die Wahl des Abgeordneten auf den 31 Jan. ausgeschrieben worden. (D. Z.)

Preußen. 0 **Köln,** 24 Dec. Die Gemeindewahlen für unsere Stadt sind auf den 18 k. M. anberaumt. Außer Tod und Krankheit hat die Revolution in ihren mannichfaltigen Wirkungen, unter denen auch die große Lästigkeit des Dienstes und ängstliche Unbehaglichkeit eine Rolle spielen, die Reihen des Stadtraths sehr gelichtet. Raveaux und d'Ester sind als nicht vorhanden zu betrachten: die Regierung hat auf ihre Abwesenheit den Paragraphen des Gesetzes angewendet daß ein Mitglied ausgeschlossen werden könne welches ohne Entschuldigung mehr als dreimal zu den Sitzungen fehlt. Es sind mehr als zwanzig Wahlen vorzunehmen, und man beginnt sich zu regen. Alle Parteien werden ihre Männer erhalten, die demokratische bringt den bekannten Justizrath Kyll in Vorschlag. Die Gewerbe, welche man eben in Innungen zu verbinden bemüht ist, werden sich die volle Geltung verschaffen, die ihnen stets gebührt hat. Im Jahr 1845 hatte hier wie überall in der Provinz das confessionelle Wesen allen Spielraum: dasselbe wird dießmal in Köln entweder gar nicht oder nur sehr untergeordnet zu Tage treten, vielleicht nur bei den jungen Liebhabern solchen Haders. Die große Verschuldung, in welche man durch den Hospitalbau, der eine halbe Million kostet, und durch den Hafenbau, dessen Rentbarkeit bezweifelt wird, gerathen ist, muß in Verbindung mit der

widerwärtigen Einkommensteuer bei der Mehrzahl als die Folie eines Wahlprogramms dienen, und die ausgeloosten Stadträthe werden durchgehends ihrer Bürde enthoben bleiben. Wie die Dinge einmal liegen, ist ein großes Deficit zu decken. Der Stadtrath alten Rechts und seligen Angedenkens hatte mit aller Vorsicht sich bestrebt die Finanznoth niemals klar zu stellen, um zur Abhülfe nicht das mindeste zu thun und zu verlangen. Die Vertrauensmänner des Oberbürgermeisters hinterließen den überschuldeten Nachlaß den Auserwählten des Volks, und diese fanden ihn mit der unaufschiebbaren Pflicht belastet Schulden machen zu müssen. Man hatte nur zwischen den Mitteln zu entscheiden: Erhöhung irgendeiner bestehenden Steuer, Einführung eines Octroi oder einer Einkommensteuer. Man wählte das letztgenannte Mittel. Eine nicht zu ferne Zukunft wird uns wahrscheinlich in derselben Schwankung finden die eben in Frankreich formell beendigt worden ist, und vielleicht hören wir schon bald das Feldgeschrei: Getränkesteuer! Einkommensteuer! Der Wahlkampf wird somit ein sehr solides Streitgebiet haben, wenn auch ohne Nutzen, da die Einkommensteuer in der Geschichte der Finanzen als unvermeidlich nachgewiesen ist. Vor Beginn des Kampfes hat sich inzwischen ein wichtiger präjudicieller Punkt erhoben. Nach dem Gesetz soll alle drei Jahre die Hälfte der Gemeindeverordneten ausscheiden, und zwar zum erstenmal durch das Loos. Und es ist die Möglichkeit nicht vorgesehen worden daß ein ganzes Collegium nicht mehr vorhanden seyn kann. Um sich nach dem muthmaßlichen Sinn des Gesetzes zu helfen, hat der Oberpräsident die Stellvertreter zu Gemeindeverordneten gemacht. Die Interpretation ist jedoch sehr gewagt, weil die Gemeindeordnung nur dem Volke die Wahl gibt.

ꝛ **Berlin,** 27 Dec. Dieser Tage erzählte man sich hier daß der König in dem vor wenigen Tagen zu Bellevue abgehaltenen Ministerrath die Abänderung mehrerer Paragraphen der Verfassung verlangt, und namentlich gegen denjenigen sich erklärt habe der die Aufhebung der Familienfideicommisse ausspricht, damit wenigstens die Möglichkeit künftig eine Pairskammer zu bilden bestehen bleibe! Wenn diese Nachricht begründet war, so scheint ein Nachgeben des Königs herbeigeführt worden zu seyn; denn heute hört man daß das Ministerium den wieder versammelten Kammern eine Vorlage machen werde, worin die Regierung erklärt: daß sie den übereinstimmenden Beschlüssen beider Kammern beitrete, und da wo diese von einander abweichen, die Bestimmungen der Verfassung vom 5 Dec. v. J. gelten sollen, mit alleiniger Ausnahme des §. 108 (Forterhebung der Steuern). In Bezug auf diesen soll nämlich die Regierung eingesehen haben daß er ihr in Wahrheit nicht die Vortheile biete, die eine völlige Abweisung des Beschlusses der zweiten Kammer rechtfertigen könnten; sie soll daher eine jenem Beschluß angenäherte Proposition machen wollen, von der sie hofft daß sie die Zustimmung beider Kammern erhalten werde. Der König wird auch diesen Winter nicht in Berlin, sondern in Charlottenburg zubringen, wo er sich gegenwärtig schon befindet. Als Grund wird angegeben daß ihm seine Aerzte eine tägliche mehrstündige Bewegung im Freien angerathen haben und Berlin dazu weniger bequeme Gelegenheit bietet als Charlottenburg. Die Anhänger der Ministeriums halten die Auflösung der württembergischen Kammer für ein günstiges Ereigniß. Sie hoffen in die neue Versammlung eine bedeutende Anzahl von Freunden des engern Bundesstaats gewählt zu sehen. Dabei scheinen sie freilich vorauszusetzen daß das Wahlgesetz noch eine Abänderung erleiden werde!

Oesterreich. — **Wien,** 26 Dec. Die Slaven haben einen Schreckschuß gethan; aber nicht die Lebenskraft der Palazky'schen Ideen erweckt das große Aufsehen, sondern die Rathlosigkeit der noch unorganisirten deutschen Partei gibt den schwingenden Resonnanzboden ab, der den Lärm eines gefallenen Steinchens zu einem Donner erhebt. Ihre andern Correspondenten werden Ihnen ohne Zweifel genug über die Ausgangserscheinungen des Kampfes berichtet haben, der jetzt in der Presse mit aller Hitze zwischen den das Centralisationsprincip vertretenden Deutschen und den föderalistischen Slaven geführt werden wird. Erlauben Sie daher mir nur, anknüpfend an meine Ihnen kürzlich eingesandten Briefe über dieß Thema, die Waffen zu mustern die man in Wien gegen den negierenden Föderalismus der Provinzen aufzuweisen hat. Daß ich dabei den berufenen Brief in der „Narodni noviny" keiner langen Kritik unterziehe, wollen Sie mir zugute halten. Palazky ist ein Doctrinär vom reinsten Wasser und als solcher trotz des gegenwärtig überall hallenden Echos seiner Worte in dieser Richtung auf die Dauer sehr ungefährlich. Der Mann welcher, sich auf die Verschiedenheit der Nationalitäten stützend, einen Föderativstaat anstrebt, in demselben aber die Finanzen, Handelsangelegenheiten und Communicationsmittel, Land- und Seemacht sammt den äußeren Angelegenheiten dem Gesammtministerium überläßt, welcher in seinen Protest gegen die Centralisation kein Wort von Freihandel und Schutzzoll einflicht, der kennt weder seinen eigenen Boden noch die politischen Hebel die er zur Verwirklichung seiner Ideen anzuwenden hat. Das Slaventhum bildet die agricolen Bestandtheile des Kaiserstaats, die österreichischen Tories, die Pflanzerpartei, wenn man die englischen oder amerikanischen Analogien hier herüberziehen will. Das ist sein eigentliches Wesen und darin besteht seine Hauptkraft; die Nationalitätsfrage ist nur die Form, die abgetrennt sich ebenso wirkungslos zeigen wird wie der Formalismus des Frankfurter Parlaments. Um den österreichischen Staat in seine nationalen Bestandtheile aufzulösen, müssen daher die Slaven die Consequenzen aus ihrer ökonomischen Grundlage ziehen; sie müssen die sich in den Anfängen schroff gegenüber stehenden Interessen von Ackerbau und Industrie auszubeuten suchen, um sich gegen das Aufblühen des beweglichen Eigenthums innerhalb ihres Territoriums zu schützen. Dazu gehörte aber vor allen Dingen daß man dem Gesammtministerium jene ökonomischen Hebel der Centralisation, eben die Beförderungsmittel des Bürgerstandes, entreiße. Sobald diese der einheitlichen Regierung verbleiben, kann sie immerhin der Form nach den verschiedenen Nationalitäten eine Sonderheit in Cultus, Justiz und Unterricht zugestehen; ja sie wird dieß um so eher thun als sie unter solchem Zugeständnisse ihren Concentrationsproceß am ungestörtesten vollziehen, d. h. das Slaventhum untergraben kann, ehe dasselbe darüber nur einmal zum Bewußtseyn kommt. Nicht die französische Sprache oder der Code Napoléon haben uns Straßburg und den Elsaß entfremdet, sondern das gänzlich veränderte Güterleben war es welches diese Provinzen fast eben so fest an Frankreich kittet, als England und Schottland durch ihre einheitliche Handelspolitik verbunden sind. Und auf der andern Seite ist der größte Theil von Posen durch das „alles in Fleisch und Blut verwandelnde" deutsche Bürgerthum für immer germanisirt, ohne daß Sprache oder Religion von Regierungswegen irgend angetastet worden wären! Kehren wir diese Betrachtungen um, so zeigen sich auf der Stelle die Waffen, die wir mustern wollten. Wir haben in einem unserer vorhergehenden Briefe gesagt daß es zwei Mittel gebe, um den stets zum Föderalismus hinstrebenden Agriculturstaat in ein compactes Ganze zusammenzufassen, nämlich ein darüber verbreitetes militärisch-bureaukratisches Netz nach russischem oder altpreußischem Vorbilde, oder die Beförderung des wahren Constitutionalismus, d. h. des politisch anerkannten Bürgerthums zwischen den agricolen Blöcken, dessen Fäden dann von selbst einen ökonomischen Schwerpunct bilden werden. Für Oesterreich gibt es freilich nur einen von diesen beiden Wegen, nämlich den letztern. Wenn das Ministerium die Bahn der absolutistisch-hierarchischen Centralisation einschlüge, so läge in der nationalen Form noch immer so viel Einfluß, um die Slaven insgesammt nach Rußland hinüberzuziehen. Wenn sie nur zwischen der Autokratie des Hauses Habsburg-Lothringen oder des Hauses Romanow zu wählen hätten, so würde die Nationalitätsfrage allerdings von entscheidender Wichtigkeit; und zwar dieß noch um so mehr als ihr Sieg dann zugleich eine Freiheitsfrage für die deutsche Bevölkerung involvirte. Beide Theile würden dann gemeinschaftlich auf die Auflösung Oesterreichs hinarbeiten, und wenn auch die Regierung eine lange Zeit diese Bestrebungen zu unterdrücken die Kraft hätte, so würde ein einziger Stoß von außen alle die im Innern ungelösten Dissonanzen zum wildesten Aufschreien bringen. Darum bleibt, wie gesagt, nur der andere Weg übrig. Hand in Hand mit der deutschen Bevölkerung muß das Ministerium alle ökonomischen wie politischen Hebel ansetzen, um sich überall in der gesammten Monarchie ein tüchtiges Bürgerthum heranzubilden. Wien ist der natürliche ökonomische Schwerpunkt des Staates, es wird dann in ganz gleicher Weise der politische des politisch vertretenen Bürgerstandes! Für den Augenblick muß freilich eine straff gegliederte Büreaukratie in mannichfacher Ermangelung der Träger des beweglichen Eigenthums noch aushelfen die staatliche Einheit zu bilden; allein Oesterreich darf ja nur nach ganz Deutschland hinübergreifen, um sich von dort seinen Bürgerstand zu holen. Das jetzige Ministerium steht am Scheidewege und die slavische Frage wird für Deutschland die Gelegenheit darbieten endlich aus seinen Zweifeln herauszukommen. Entweder wird jetzt zu Frankfurt der alte Bund wieder eingerichtet, die österreichische Verfassung suspendirt, der alte Absolutismus in ein neues Gewand gekleidet — dann würde sich bald eine deutsche Partei organisiren, die zu den Slaven mit klingendem Spiele überginge und Oesterreich vollendete seinen Regenerationsproceß nicht; oder der Constitutionalismus wird in Deutschland wie in Oesterreich zu einer Wahrheit; dann legen sich die festen Grundlagen eines mächtigen Staatsgebäudes, in welchem trotz seiner germanischen Einrichtung, die Slaven einst ebenso behaglich und friedlich wohnen werden wie wir. Es gibt kein Drittes!

ss **Wien,** 27 Dec. Unsere Journale haben sich außer dem Wanderer noch nicht entschieden und ausführlich über den Palazky'schen Artikel geäußert. Aber man druckt ihn nach und das Stadtgespräch ist auch noch heute Palazky und seine Ideen. Die Ostdeutsche Post läßt in einer Prager Correspondenz den böhmischen Professor sehr heftig angreifen. Es ist dieß insofern bezeichnend als die Ostdeutsche Post die

deutsche Richtung in Oesterreich und die Richtung Oesterreichs nach Deutschland vertreten will, also wenn auch nicht gerade den Palazky'schen, doch immerhin einen gemäßigten Föderalismus wollen muß. Der Lloyd erklärt sich im ganzen nicht ungünstig gegen jene Prager Ideen, und glaubt nicht, wie das Const. Bl. aus Böhmen, daß jener Artikel das sturmbedeutende weiße Wölkchen gewesen sey, also steht auch der Lloyd einem bedingten Föderalismus nicht fern. Unterdessen dauert die Polemik über die Bankfrage zwischen Lloyd und Reichszeitung fort, ja letztere bringt heute ein schweres Kaliber gegen das ehemalige als ministeriell ausgesagte Blatt, nämlich das Gutachten eines Rechtsgelehrten, nach welchem die Bankartikel des Lloyd „Angriffe gegen das Eigenthum" wären. Ist es an und für sich komisch wenn conservative Blätter in einem Lande wo es keine Parteien im gewissen Sinn gibt, sich anfeinden, so kommt noch eine dritte spaßhafte Verwicklung hinzu, nämlich eine sehr herbe Zurechtweisung der Reichszeitung durch die Wiener Zeitung. Ich schrieb Ihnen gestern schon von einem Artikel der gegen die Reichszeitung im amtlichen Blatt habe erscheinen sollen, und Sie finden ihn heute unmittelbar nach den amtlichen Nachrichten in der Wiener Zeitung. Ein Passus ist jedoch auf Bedenken der Redaction weggeblieben. Daß das Ganze eine Rechtfertigung jenes Abonnementverbots der „Presse" durch die Militärbehörde ist, welche Maßregel die Reichszeitung als unüberlegt bezeichnet hatte, wußten Sie schon aus frühern Berichten. Das Publicum ist natürlich auf eine seltsame Weise in die Irre geführt. Dort die Reichszeitung welche als ein Organ des Ministeriums gilt, hier die Wiener Zeitung welche als officielles Blatt anerkannt ist, und beide im Streit! Die Reichszeitung findet ein Verbot der Stadtcommandantur unüberlegt, die Wiener Zeitung dagegen findet jenes Unüberlegtfinden von „Regierungsmaßregeln" einer Zurechtweisung werth. — Heute geht eine Nachricht, Gerücht oder Sage, wie Sie wollen, durch die Stadt: daß die böhmische Armee heute Befehl erhalten habe nach Sachsen zu marschiren. Ich halte die Sache für unglaublich, obgleich ich von verschiedenen Seiten das Gerücht bestätigen höre. Da gar keine äußere Veranlassung vorhanden, in Sachsen auch nach Briefen neuesten Datums an Unruhe oder Aufregung nicht zu denken, in Frankfurt eben neue Bande sich knüpfen, und Oesterreich gewiß niemals in Nacht und Nebel ohne irgendeine eclatante Ursache ein Land überfallen würde, so ist die Nachricht nur Fabel. Veranlassung dazu hat möglicherweise gegeben daß heute drei Bataillone Linie und ein Bataillon Jäger mit der Nordbahn nach Böhmen abgegangen.— Baron Kübeck, k. k. Gesandter in Athen, ist von seinem Posten abberufen, und soll durch Graf Ingelheim ersetzt werden. Die Blätter sind jetzt seit einiger Zeit wieder voll von Klagen und Beschwerden daß man noch immer die alten Beschränkungen wegen Religion aufrechtzuerhalten bemüht ist. Bald verbietet man den Eltern ihr Kind gemischter Ehe nach der Religion des Vaters erziehen zu lassen, bis das Ministerium sich dreinmischen muß, bald sollen die Juden nicht in den Versteigerungen erscheinen dürfen, bal. sollen sie wie früher ihr eigenes Paßbureau haben.

● **Wien,** 26 Dec. In ihrer Sonntagsnummer vor Weihnachten brachte die Ostdeutsche Post eine Rückschau auf die Ergebnisse des laufenden Jahres, woran sie ihre Wünsche knüpft. Diese aber kreuzen sich auf eine seltsame Weise mit den Befürchtungen vor einem „Staatsstreiche" womit wir am ersten Tag des künftigen Jahres überrascht werden sollen — einer mit einem Ministerwechsel verbundenen Suspension der Verfassung. Man erzählt sich diese Ausgeburt einer Tageslüge mit einer ans Schauderhafte gränzenden Resignation; man nennt die Minister welche die Abtretenden zu ergänzen bestimmt sind — durchweg Namen vor denen selbst jeder nur zum Schein Constitutionellgesinnte drei Kreuze schlägt — ergeht sich im Detail über die Art und Weise wie die Suspension der Verfassung proclamirt werden wird u. s. f. Der Inhalt der Suspensionsacte aller staatsbürgerlichen Rechte ist zur Zeit noch in mystisches Dunkel gehüllt, da die Arbeiter in der Staatsdruckerei noch bei versperrten Thüren arbeiten, die bis zum Neujahrstage auch nicht mehr geöffnet werden. Daß derlei Faseleien erdacht werden. ist glaubbar, unglaublich aber daß sie von einem Theile der Bevölkerung nicht nur ernsthaft für wahr gehalten, sondern unter dem Siegel der strengsten Verschwiegenheit auch eifrigst weiter verbreitet werden. Allen denen welche der Erzählung dieses Märchens ein Thomaslächeln entgegensetzen, flüstert die unglückverkündende Neuigkeitspropaganda eifrig zu: nun, wenn Sie das nicht glauben, so werden Sie doch zugeben daß Welden eine andere Bestimmung erhält, und Clam-Gallas demnächst seine Stelle einnehmen wird? Setzt man auch dem ein ungläubiges Achselzucken entgegen, so rennt die lebendige Schnellpost wie besessen fort, denn sie gewahrte einen andern Bekannten dem sie dieselben Dinge auf dieselbe Weise wieder erzählt. Es ist als ob jeder Tag seine politische „Zeitungsente" verzehren müßte. Zwischenhinein wogt es durch die Straßen als ob die in den Buden und Läden ausgestellten Weihnachtsherrlichkeiten umsonst zu haben wären, und die Geschäftsleute versichern seit langen Jahren hätte der Christabend keine so ergiebige mercantilische Ausbeute zur Folge gehabt als eben heuer. Ueber den mit Trüffeln gemästeten Truthahn, den er zur Verherrlichung der Geburt des Heilandes der Gattin nach Hause trägt, vergißt der Kannegießer das Schicksal der armen Quiescirten, die bei Besetzung der politischen Aemter eine Niete gezogen haben, weil man bei der Auswahl der Fähigen von dem Gesichtspunkt ausging: der Mann für den Dienst, nicht der Dienst für den Mann. Eine in ihren Folgen fast ebenso wichtige Umwälzung wie jene im März des verflossenen Jahres haben wir im Verlaufe der letzten Wochen ziemlich geräuschlos durchgemacht. Wer die Gewalt der bureaukratischen Einrichtungen, welche selbst Metternichs Genius nicht zu zerschellen vermochte, sich vergegenwärtigt, wer die Tragweite zu ermessen im Stande ist welche die eben erfolgte Sprengung und Lockerung der Hierarchie der Beamteten in sich faßt, der wird staunen daß so Großes mit anscheinend so geringen Mitteln vollbracht werden konnte. Es ist vollbracht, und wir danken es dem Manne der gegenwärtig an der Spitze der Leitung unserer inneren Angelegenheiten steht, danken es ihm — was auch einige alles bekrittelnde Journale dagegen einwenden wollen — danken es ihm im Interesse des Fortschrittes, der Anforderungen des Zeitgeistes. Die bisher so schwerfällige Regierungsmaschine ist vereinfacht; gelenkiger und rascher sich bewegend, wird sie auch bald den noch übrigen Rest aus der alten Zeit von sich abgestreift haben und mit erneuter Kraft eingreifen in die Triebräder des Staatsmechanismus. Die Befürchtung einer Allianz zwischen England, Frankreich und Preußen hält unsere Conjecturalpolitiker in Athem, und nicht ganz mit Unrecht. Es ist etwas wahres an der Sache; eine mehr als oberflächliche Annäherung dieser drei Mächte scheint sich vorzubereiten, ob jedoch eine förmliche Allianz die Folge dieses sehr freundschaftlichen diplomatischen Verkehrs seyn wird, ist eine Frage die zur Zeit noch zu den zweifelhaften gehört. Käme eine solche Allianz, wie sie wirklich befürchtet wird, wirklich zu Stande, so wäre dieß ein Ereigniß welches den Weltfrieden bedeutender gefährden würde als alle bisherigen Versuche der Parteien des Umsturzes, und die Reduction der österreichischen Armee auf ein nur zur Aufrechthaltung der Ruhe im Innern hinlängliches Minimum dürfte noch lange auf sich warten lassen. Möglicherweise ist das Ganze nur ein diplomatisches Manöver um die Aufstellung des österreichischen Observationscorps in Böhmen zu paralysiren. Wir unserseits hoffen die süddeutschen Staaten werden dem Momente jene Beachtung widmen die er verdient.

* **Wien,** 28 Dec. Endlich sind die Statthalter von Niederösterreich und Steiermark, und zwar Hofrath Emminger und Dr. Burger dazu ernannt worden. Gestern trug sich hier ein bedauerliches Unglück zu. Die Wache am Josephinum hat einen Studenten der Medicin erschossen. Die Veranlassung war daß er Tabak rauchte und vielleicht herausfordernd an der Schildwache vorübergangen. Der Posten verbot ihm das Rauchen, und als sich der Student Schimpfwörter gegen den Soldaten ausstoßend entfernen wollte, gab dieser Feuer. Der junge Mensch ist hierauf nach vier Stunden gestorben! — Die heutige Wiener Ztg. berichtigt die neuliche Erklärung des Baron Pillersdorf in der Ostdeutschen Post, welche auch Sie im Auszug gegeben, dahin, daß von Seiten des böhmischen Landeschefs während des Märzministeriums das Ministerium in Wien nicht, wie Baron Pillersdorf behauptet habe, von den böhmischen Ständen bei der Landtagsausschreibung umgangen worden seyn. Aus den zahlreichen Beiträgen zur Haynau Stiftung für Invaliden des k. k. Heeres sowie der Insurgenten wozu Graf Karolyi 3000 fl., ein Pesther Handelshaus J. L. Boscovitz 2000 fl. neuerdings zugesteuert, sieht man die Früchte welche Versöhnung und Milde so rasch eingetragen. Wahrscheinlich haben Sie aus directen Briefen schon erfahren daß die siebenbürgische Nationsuniversität am 17 d. eröffnet worden, indessen ist man noch zu keiner Berathung vorgeschritten, weil nach der Kronstädter Ztg. die Deputirten von Schäßburg und Bistritz noch fehlen.

Graz, 23 Dec. Dem „Wanderer" wird gemeldet: In den intelligenteren Kreisen unserer Hauptstadt wird seit einigen Tagen ein Beschluß des steirischen Landtagsausschusses eifrig besprochen, durch welchen er am 15 d. M. eine Geldforderung der Regierung verweigerte. Vom Minister Bach gelangte eine Weisung an den hiesigen Landeschef: er solle einige Mitglieder des Landtagsausschusses dahin zu stimmen suchen, daß von dem Vermögen des Kronlandes das zur Hebung des Volksschulwesens nothwendige Geld flüssig gemacht werde. Zwei Mitglieder, an die sich Hr. v. Marquet wandte, erklärten aber für sich allein gar nichts bewilligen oder verweigern zu können, weßwegen der ganze Ausschuß zusammenberufen wurde. Dieser erklärte nun in der am 15 d. M. stattgehabten Sitzung: daß er zu einer solchen Bewilligung ebenfalls kein Recht habe, da dieses nur dem Landtage selbst zukomme. Allein selbst in dem Falle daß ihm das Recht zukäme, würde er das Geld nicht bewilligen, weil der

Landtag ohnedieß innerhalb vierzehn Tagen einberufen werden müsse, wenn das Ministerium der Verfassung gemäß handeln wolle und die Sache doch nicht so dringend sey; weil er ferner nur dann über Gelder des Kronlandes verfügen würde wenn er Gewißheit darüber hätte was mit denselben geschehe und ihm der Plan der Verwendung offen vorgelegt werde; weil es ferner sonderbar sey daß die Regierung tief eingreifende Reformen ins Leben geführt habe ohne den Ausschuß oder den Landtag auch nur im geringsten zu berücksichtigen, und jetzt auf einmal in einer Geldangelegenheit denselben zu finden wisse. Schließlich verwahrte sich der Ausschuß gegen jede Ordonnanz wodurch Gelder der Steiermark auf einseitige Art flüssig gemacht werden sollen, und erklärte die Regierung verantwortlich für solchen Vorgang. Diese Antwort ging mit 13 unter 15 Stimmen durch, und, was bezeichnend ist, es stimmten conservative und liberale Mitglieder zusammen.

Oesterreichische Monarchie.

• Kronstadt, 11 Dec. Sie haben aus unserm Burzenlande, dem Land wo vor sechshundert Jahren die deutschen Ritter hausten, schon seit lange nichts gehört. Ich will das Schweigen brechen und Ihnen das wissenswürdigste mittheilen. Unser herrliches Ländchen, das beim Ausbruch der siebenbürgischen Kämpfe der Schauplatz des Kriegs und der mannichfaltigsten Gräuelscenen war, welche unser fanatisirtes, nach den Früchten des sächsischen Fleißes lüsternes Nachbarvolk, die Szekler, zur Ausführung brachten, hat sich in den wenigen Monaten, in denen uns der holde Friede lächelte, in bedeutendem Maße erholt; unsere freundlichen Gränzdörfer gegen das Szeklerland, die dem Vandalismus am meisten ausgesetzt waren, leben wieder auf, wenn auch manche Wunde blutet und manches Auge um den Verlust eines unbarmherzig hingewürgten Gatten oder Vaters weint. Und unsere lebenskräftige und lebensfrohe Stadt, im Angesichte der von silbernen Bächen und Flüßchen durchzogenen und von üppigen Feldern und lachenden Dörfern bedeckten flachen Gaue, im Rücken die majestätischen Gebirge? Wenn sie im März nach dem Rückzug der österreichischen und russischen Truppen in die benachbarte Walachei, weil sie sich, dem Kriegsgeschicke nachgebend, dem siegenden Bem ergab — nicht in so hohem Maße zu leiden hatte wie ihre Schwesterstadt Hermannstadt, so hatte doch die Permanenz des Krieges sowohl dem Einzelnen als auch dem Ganzen durch ihren schädlichen Einfluß auf die Gewerbe, den Handel und jegliche Erwerbsthätigkeit fühlbare Wunden geschlagen. Die Cassen sowohl der Privaten als der Gemeinschaften waren leer geworden, und wenn wir uns nicht gerade in drückender Noth befinden, so haben wir dieß nur der Fruchtbarkeit dieses Jahrs, dem der Nation von der Regierung gemachten Anlehen, den milden Unterstützungen von nah und fern, sowie dem regern Verkehr der seit einiger Zeit zwischen uns und der Walachei herrscht, zu danken. Die von den Russen eingeschleppte Viehseuche hat große Verheerungen angerichtet; dieselbe herrscht noch beinahe im ganzen Land und übt eine schädliche Rückwirkung auf die Preise des Holzes und des Fleisches. Doch trotz alledem wäre unsere derzeitige Lage zu ertragen, und was die materielle Seite unsers Lebens betrifft, so könnten wir, wenn der junge Frieden von Dauer seyn sollte, beruhigt seyn. Sehen wir aber hinaus über die Gränzen unsers Burzenlandes in die übrigen Theile des zerrütteten Siebenbürgens, so bietet sich uns ein trauriges Bild dar. Ueberall Brandstätten wohin sich das Auge wendet; auf allen Seiten Drangsal und Verzweiflung. Hier die brodlosen Hinterbliebenen der dem Vandalismus anheimgefallenen zahllosen ungarischen Edelleute, von denen gewiß der 20ste Theil von den der Robotfesseln ledig gewordenen walachischen Unterthanen hingeschlachtet wurde; dort aber auch die Einwohner von beinahe 200 walachischen Dörfern, die von den erbitterten Ungarn und Szeklern eingeäschert wurden. Ein trauriges Bild gewähren die Ruinen der Bergstädte Zalathna und Abrutbanya, sowie die Trümmer von Groß-Enyed, Reen und den zahllosen Ortschaften die in Flammen aufgingen. Außerdem die Verheerungen der Walachen auf den ungarischen Edelhöfen, die schonungslose Zertrümmerung der zum Betrieb der Zalathnaer Goldbergwerke gehörigen Apparate u. dgl. Unser Vaterland bietet wahrlich ein trauriges Bild dar, und Jahrzehnde sind erforderlich bis die Folgen eines so blutigen Bürgerkriegs verwischt und die Wunden die derselbe geschlagen, verharscht seyn werden. Fürwahr ein trauriger Anblick von außen, und welcher von innen? Wenngleich die bevollmächtigten Commissäre, der Gouverneur v. Wohlgemuth und die Civilcommissäre Bach und Weiß gleich bei dem Antritt ihrer wichtigen Function das Princip der Versöhnung wählten und befolgten, wenn sie gleich den Grundsatz der Gleichberechtigung nie aus den Augen ließen und alles aufboten um den Hypermagyarismus zu versöhnen und das Gleichgewicht im polyglotten Siebenbürgen herzustellen, so muß man doch gestehen daß es ihnen nicht gelungen ist den Frieden dauerhaft zu begründen. Wie milde verfahren die hier aufgestellten Kriegsgerichte und wie gerecht waren alle Maßnahmen der Commissäre den besiegten Ungarn und Szeklern gegenüber! Und doch — wie unbefriedigend ist die Stimmung unter den letztern! Die ungarischen Damen geben ihre heimlichen Sympathien für die niedergekämpfte magyarische Revolution an gewissen symbolischen Armbändern zu erkennen, und die ungarischen Herren verrathen ihre Antipathien gegen Oesterreich und den nemet Kiraly durch passiven Widerstand und ein vielsagendes Stillschweigen. Und die Szekler? Sie liefern hübsch langsam die Kossuthnoten ein. Auch die in der Revolutionsperiode aus den sächsischen Städten verschleppten Gegenstände müssen ausgeliefert werden. Im übrigen wird ihnen gegenüber nicht mit derjenigen Strenge verfahren die sie verdienten. Wie viele Menschenopfer fielen ihrer grausen Mordlust anheim, wie viele Familien wurden durch sie zu Grunde gerichtet, wie viele Dörfer durch sie zerstört! Auf Hunderten von Wägen schleppten sie das gestohlene Gut in ihr Land; ihr erstes Werk war der Brand von Sächsisch-Regen — diesem folgten viele andere nach, und doch wurden ihren Städten keine oder unbedeutende Brandsteuern auferlegt, werden sie zu keinem Schadenersatz angehalten! Die Klausenburger Ungarn schickten eine Deputation nach Wien, die um Verminderung der ihrer Stadt auferlegten Lasten nachsuchen soll; unterdessen ist man in Hermanstadt mit der Repartition der Brandsteuern auf die einzelnen Bürger beschäftigt. Die Szekler Regimenter werden als Linienregimenter frisch organisirt und werden demnächst aus dem Lande marschiren. Was die Stimmung der Szekler anlangt, so ist es ja natürlich daß sie eine malcontente ist. Ja der Glaube, oder ich will sagen die Ueberzeugung von einem baldigen Umschwung hat bei ihnen tiefe Wurzeln geschlagen, und es gibt viele unter ihnen die unter dem sächsischen und walachischen Landvolke allerlei Gerüchte von einem nahe bevorstehenden Krieg ꝛc. verbreiten und dadurch die allgemeine Aufregung zu erhalten suchen. Die Russen haben das Szeklerland, mithin Siebenbürgen, mit Ausnahme einiger zurückgebliebenen Kranken, gänzlich verlassen. Die politische Administration schreitet auch hier vorwärts, und im nahen Haromszek wurden Maßregeln getroffen welche die Sicherheit des Lebens und des Eigenthums bezwecken. Die Geistlichen wurden aufgefordert sich von aller Politik fern zu halten und sich nach dem päpstlichen Canon LXXXV zu verhalten. Die communistischen Gelüste des walachischen Landvolkes sind noch immer nicht erloschen. Besonders dauern die Verheerungen der Wälder fort, nicht minder die Ansprüche auf herrschaftliche Besitzungen. Diese gründen sie auf Versprechungen ihrer Führer, welche sie dadurch zum Ergreifen der Waffen aneiferten. Indessen wurden diese Ansprüche von Seite des Gouvernements für null und nichtig erklärt, so daß derlei Bestrebungen künftighin nicht mehr vorkommen werden. Die politischen Agitationen haben auch noch nicht aufgehört. Auf der Basis der Gleichberechtigung möchten die Walachen die Vertretung nach der Seelenzahl, und besonders im Sachsenland die Anstellung nach numerischen und nicht nach scientifischen Verhältnissen ins Werk setzen. Die sächsische Nationalversammlung des vorigen Jahrs garantirte den auf Sachsenboden lebenden Walachen das Recht der Anstellung und Vertretung unter denselben Bedingungen als den sächsischen Candidaten; aber den maßlosen Forderungen der Walachen wird dieselbe jederzeit im Interesse des sächsischen Volkes, sowie der Civilisation entgegentreten, und hierin wird sie die Beistimmung aller Gebildeten für sich haben. Diese Angelegenheit wird hoffentlich bald ins Reine kommen, indem die vom Grafen der Sachsen in Hermannstadt zusammenberufenen Vertrauensmänner mit den Vorarbeiten zur nächsten Nationalversammlung oder Nationsuniversität fertig geworden sind, und die Nationsuniversität selbst, welche das Verhältniß des Sachsenlandes auf Grundlage des kaiserlichen Rescriptes vom 22 Dec. 1848 feststellen, demnach über die heiligsten Angelegenheiten des Sachsenvolkes berathen und beschließen soll, auf den 12 d. M., also morgen nach Hermannstadt anberaumt wurde. Die Wahlen zu dieser wichtigen Versammlung, die über das Wohl und Wehe unsers Volkes berathen soll, haben hier bereits stattgefunden, und zwar in der Kreisversammlung vom 8 d., der ersten die in den ziemlich strengen Ausnahmsverhältnissen abgehalten worden ist. In derselben wurde vorerst der Antrag daß die Stadt Kronstadt zur Deckung ihrer Schulden an dem Nationalanlehen sich mit 200,000 fl. zu betheiligen wünsche, daß ferner zur Unterstützung der Gewerbe 50,000 fl. und für den District ebenfalls 50,000 fl. in Anspruch genommen werden sollten, angenommen. Der zweite Gegenstand der Verhandlung war die Zuschrift der Nationsuniversität vom 6 Jan. d. J. in Bezug auf das kaiserliche Manifest vom 21 Dec. „an das Sachsenvolk", und das Rescript vom 22 „an die Nationsuniversität", in welchem den Sachsen das uralte Recht der Reichsunmittelbarkeit und die Vertretung auf einem allgemeinen österreichischen Reichstage gewährleistet wird. Beide Actenstücke wurden mit Enthusiasmus aufgenommen, und die lebhaftesten Wünsche ausgesprochen daß das kaiserliche Wort durch die nächste Nationalversammlung zur Wahrheit ge-

macht würde. Der dritte Gegenstand war die Wahl von zwei Abgeordneten zur nächsten Nationalversammlung, welche auf die Senatoren A. Roth und W. Schmidt fiel. Weil die Deputirten beinahe einstimmig gewählt wurden, faßte man den Beschluß denselben keine Instructionen mitzugeben. Ferner wurde mitgetheilt daß Se. Maj. der Kaiser zur Erleichterung des Landmanns die Naturalverpflegung des Militärs in Zukunft auf Staatskosten einzuleiten befohlen habe rc. Am Schluß machte der Vorsitzende einige Reflexionen über die neue Reichsverfassung, die auf der Basis der Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Kronländer beruhe, und deutete darauf hin daß diese Versammlung die letzte in dieser Weise gewesen sey, und hinfort im Sinne der Reichsverfassung bestehen werde. Von heute an werden wir mit gespannter Aufmerksamkeit nach Hermannstadt blicken, wo unsre heiligsten Angelegenheiten zur Sprache kommen, und die bangen Besorgnisse welche durch einige Maßnahmen der Regierung in uns rege gemacht worden sind, beseitigt werden sollen. Jetzt erst soll es sich zeigen ob uns Oesterreich, für das wir gekämpft und geblutet, alles das gewähren und zusichern wird was wir zu Gunsten des Magyarismus nicht aufgeben wollten. Wir glauben und hoffen daß uns die Regierung gerecht seyn werde, und leben der unverbrüchlichsten Ueberzeugung daß unsre Vertreter in Hermannstadt festhaltend am Rescript vom 21 Dec. und am §. 74 der Reichsverfassung dem Sachsenvolke eine Gewähr schaffen werden für seine politische und nationale Existenz. Wir sehen unsre Wohlfahrt nur in der Constituirung unsers Landes zum Kronland oder — was dasselbe ist — nur in der Unabhängigkeit vom siebenbürgischen Landtag, sowie in der unmittelbaren Unterstellung unter die Krone, die uns im erwähnten Rescript zugesagt wurde. Dann wünschen wir eine strenge Ausscheidung des walachischen Elements von unserm Gebiet wo solche thunlich ist, und sind gern bereit den unter uns verbleibenden Walachen volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Mögen unsre Wünsche erfüllt und die heiligsten Interessen des für Oesterreich so wichtigen Sachsenvolkes berücksichtigt werden!

* **Pesth,** 26 Dec. Heute wurde hier die Reichsverfassung in ungarischer und deutscher Sprache feierlich verkündigt.

Der zu Agram erscheinende Slavenski Jug secundirt Palazky. Er bringt in Nr. 220 einen leitenden Artikel voll des bittersten Hasses gegen Oesterreichs Neugestaltung und dessen jetzige Regierung. Die beabsichtigte Centralisation sey nicht mehr und nicht weniger als Germanisation. Wolle Oesterreich kein Föderativstaat werden, so müsse es zum Absolutismus zurückkehren. Das Slaventhum hasse den Germanismus ebenso gründlich als den Magyarismus. Wie die Magyarisation das magyar ország (Altungarn) zu Grunde gerichtet habe, so werde auch Oesterreich durch seine germanisirenden Tendenzen unfehlbar zu Grunde gerichtet werden.

Großbritannien.

London, 26 Dec.

Der ministerielle Globe versichert daß die Gerüchte von Krankheit des Marquis v. Dalhousie ganz grundlos seyen, und daß derselbe nicht daran denke die Generalstatthalterschaft von Indien abzudanken.

Patrick Fraser Tytler, der bekannte Geschichtschreiber Schottlands, ist am 24 Dec. zu Malvern gestorben. Er genoß eine Gelehrtenpension, die nun der Krone heimfällt.

Der in der Capstadt erscheinende South African Commercial Advertiser theilt in seiner Nummer vom 3 Nov. einen Brief des Reisenden Rutherfoord an den Geistlichen Moffat mit, wornach ersterem die größte geographische Entdeckung der Neuzeit, nämlich die Auffindung des lange vermutheten großen afrikanischen Binnensees im Norden der Capcolonie gelungen wäre. (Wir werden den Brief nachtragen.) In dem Verhältniß der Capcolonisten zur Deportationsfrage hatte sich bis zu obigem Datum nichts verändert.

Der Wiener Correspondent der Daily News gibt, nach angeblicher Courierpost aus Semlin, abenteuerlichen und schauerlichen Bericht über einen furchtbaren Aufstand der österreichischen Gränzregimenter in den Bezirken von Syrmien, Peterwardein und Towarnik, und zwar aus Unzufriedenheit darüber daß diese Bezirke durch das Organisationsdecret vom 18 Nov. von der Woiwodschaft ausgeschlossen worden. Die Zahl der Insurgenten soll 120,000 Mann mit 110 Kanonen betragen, die Croaten und die türkischen Serben im Begriff seyn mit ihnen gemeine Sache zu machen u. s. w. Es ist dasselbe Märchen das auch in einigen deutschen Zeitungen spukte.

Mit dem letzten amerikanischen Postschiff, der „Caledonia", sind der Erbprinz der Sandwich-Inseln, dessen Bruder, und Hr. Judd, der Premierminister Sr. hawaiianischen Majestät, in England angekommen, um, so heißt es, den Schutz der brittischen Krone gegen die Uebergriffe der Franzosen nachzusuchen. Sie berührten auf ihrer weiten Reise San Francisco in Californien, und besuchten dann die Stadt Washington, wo sie mit der Regierung einen, von Hrn. Eames, dem amerikanischen Consul in Honolulu vorbereiteten, für die Vereinigten Staaten sehr vortheilhaften Handelsvertrag abschlossen.

Frankreich.

Paris, 27 Dec.

Das Gesetz über die Abtheilungen der Wahlbezirke wurde gestern in dritter und letzter Berathung mit 412 gegen 208 Stimmen angenommen. Es hatte nur noch die transitorische Zusatzbestimmung erhalten daß in denjenigen Departements in welchen Nachwahlen bevorstehen, spätestens 20 Tage vorher die Generalräthe in außerordentlicher Sitzung zu versammeln sind, um nach Maßgabe dieses Gesetzes die Abtheilungen zu machen. Heute wurde endlich auch die Angelegenheit der Mobilgarde in der Art erledigt daß die Auflösung der Bataillone dieses Corps einen Monat vertagt, und der Regierung die nöthigen Fonds zur Verfügung gestellt werden um ein Bataillon „Pariser Jäger" zu bilden. So wird wenigstens einem Theil der abgedankten Mannschaft ein Unterkommen angeboten, sie müssen sich dann aber zu einer 5jährigen Dienstzeit anheischig machen. In der Schullehrerfrage ist es jetzt zwischen den Legitimisten und den andern Conservativen zum Bruch gekommen, die erstern sind aus dem Staatsrathsverein ausgetreten.

Was man nicht erleben kann — abermals drei bis vier Spalten des J. des Débats über deutsche Angelegenheiten, die man sonst nur von Zeit zu Zeit mit einem vornehmen Seitenblick abgefertigt hat, dießmal einzig und allein über Württemberg, als Vorwort zur Nachricht von der Auflösung der verfassungrevidirenden Versammlung. Es soll dieß eine gründliche Erörterung seyn, denn sie fängt ab ovo, mit einem Aufwand historisch-ethnographischer Gelehrsamkeit an, womit die französische Publicistik sich nicht allzu oft in Unkosten setzt, wozu ihr aber hier irgendeine gefällige Feder den Rohstoff geliefert haben könnte, der dann nur mit einigem französischen Firniß überzogen werden durfte um als Pariser Artikel in die Welt zu gehen. Das Thema ist, wie jedesmal wenn das J. des Débats das Wort über Deutschland nimmt, zu zeigen daß die deutsche Einheit eine Chimäre sey, daß man nur einen Blick auf das kleine Württemberg zu werfen brauche um sich zu überzeugen daß dieser Winkel deutscher Erde sich nie in einem größern Vaterland verlieren könne, weil er schon selbst ein vollständiges Vaterland mit der ganzen Individualität seines Charakters und der Eigenthümlichkeit seiner Existenz enthalte. „Nach Bayern," heißt es, „kommen im deutschen Bund, in der Reihenfolge der Wichtigkeit, die Königreiche Hannover, Sachsen, Württemberg und das Großherzogthum Baden. Unter diesen Secundärmächten ist Württemberg vielleicht die schwächste, weil Baden überhaupt nicht zählen kann, jetzt wo die Nullität seiner Regierung und die Bubenstreiche seiner Demagogen es dem Protectorat der preußischen Bajonnette überliefert haben. Württemberg ist nicht einmal wie Sachsen der Rest eines großen Staats, es ist im Gegentheil ein Staat der gewissermaßen durch Napoleons Hand aus Stücken und Trümmern gemacht wurde. Sowie das heutige Königreich Württemberg mit seinen ehemaligen Reichsstädten Ulm, Heilbronn, Hall, Eßlingen, mit seinen fränkischen Bezirken, mit seinen katholischen und feudalen (?) Bevölkerungen Oberschwabens gebildet ist, schreibt es sich nur von 1806 her, aber vor dem Königreich bestand das alte protestantische Herzogthum, welches fast die Hälfte davon ausmacht, schon seit Jahrhunderten im untern Schwaben, an beiden Ufern des Neckars, und war gleichsam der feste Kern um welchen ziemlich gleichartige Erwerbungen sich leicht gruppiren konnten." Ein sonderbarer Sprung von einem tiefliegenden Unterschied zwischen Alt- und Neu-Württemberg auf diese Gleichartigkeit der neuen Erwerbungen, erst hat man eine bruchstückartige Zusammensetzung, dann erhält man plötzlich ein „neues nationales Etablissement des schwäbischen Stamms." Zwar bleibt nicht unerwähnt daß ursprünglich auch die deutsche Schweiz, ein Theil Badens und Bayerns (ja auch das Elsaß, warum schweigt davon das J. des Débats?) zu Schwaben gehörten, aber diese Zerstücklung hindert nicht Württemberg zum pansuevischen Reich zu machen, das sich vollkommen selbst genügen könne, und zwar einzig auf Grund des Alt-Württembergerthums, in welchem sich der schwäbische Charakter ganz und gar erhalten habe. Nun wird das protestantische Württemberg geschildert als ein Land ohne Adel, ohne große Städte, mit wenig Industrie und Handel, mit einer Menge ummauerter Dörfer, einer Masse kleiner fleißiger aber armer Bauern, einer Aristokratie von Beamten und Geistlichen, und damit die Franzosen sich auch von der Liebenswürdigkeit des Volks einen Begriff machen können, werden ihnen diese Schwaben vorgeführt als Leute von schwerfälligen und unbehülflichen Formen, verlegenen und linkischen Manieren und etwas roher Genußsucht, allerdings mit dem Anerkenntniß daß unter ihnen von Zeit zu

Zeit einige jener seltenen Geister entstanden die dem gesammten Deutschland zur Zierde gereicht haben — von den Meistersängern (sic!) und den hohenstaufischen Kaisern bis auf Reuchlin, Melanchthon, Kepler, Schiller, Hegel und Schelling, wobei das gelehrte Alt-Württemberg und die Universität Tübingen als die Alma aller dieser Berühmtheiten nicht unwichtige Bereicherungen empfangen. Neben dieser glänzenden Elite wird zur Ergänzung beigefügt, sey das Gros der Nation — welch ein Gedanke — eine altwürttembergische Nation — von Natur ernst, anstellig und anhänglich an seine Gewohnheiten und Gebräuche, wiewohl sehr duldsam in der Praxis, und voll Eifer sich über alles zu belehren. Folgt ein Rückblick auf die württembergische Geschichte unter der jetzigen Regierung. „Sagen wir zuvörderst, heißt es weiter, daß Württemberg seit 1816 von einem Fürsten regiert wird dessen Weisheit und Festigkeit einer noch höheren Aufgabe gewachsen gewesen wäre. Der König Wilhelm hat sein neunundsechzigstes Jahr angetreten, er hat aber durch ganz frische Proben bewiesen daß das Alter die kräftigen Eigenschaften seiner Jugend nicht vermindert. Constitutioneller König seit 1819 war er es so aufrichtig als die Forderungen des Frankfurter Bundestags es ihm erlaubten, und er erwarb sich selbst eine gerechte Popularität, durch die Hochherzigkeit mit der er sich die Ungnade der absolutistischen Großmächte zuzog, indem er nicht alle ihre Zumuthungen erfüllte. Man hat selbst gesehen wie er in diesen letzten Zeiten dem blinden Mißvergnügen seines Volkes trotzte und nicht eher streitesmüde nachgab als nachdem er sein möglichstes versucht hatte um es auf der falschen Bahn aufzuhalten auf welche die Frankfurter Einheitsdoctoren es verleiteten, und als das ansteckende Beispiel der badischen Zuchtlosigkeit auch dem württembergischen Heer gefährlich werden wollte, sah man ihn unerschrocken mit seiner Person bezahlen und die Soldaten, indem er sich mitten unter sie warf, zu sich zurückführen. Mittelst dieser geschickten Mischung von Milde und Autorität wußte der König Wilhelm von seiner Hauptstadt das Loos von Karlsruhe abzuwenden ohne sie zum Loos Dresdens zu verurtheilen. Stuttgart hatte weder die Unterdrückung der rothen Republicaner noch die Befreiungskanonade der Preußen zu erdulden.“ Was nach der Meinung des J. des Débats Württemberg und alle kleinen Staaten in Deutschland jetzt als Aufgabe ihrer Politik zu betrachten haben, ist: sich jede preußische Einmischung ferne zu halten, ihre Polizei selber zu machen. Doch will es nicht behaupten daß es für Württemberg gerade viel besser wäre die Oesterreicher kommen zu lassen. Die Auflösung der Ständeversammlung scheint ihm der beste Weg um aus allen Schwierigkeiten hinauszukommen, und es findet diese Maßregel gegen ein demokratisches Parlament in Württemberg so nothwendig und lobenswerth als in Piemont. Eine deutsche Frage existirt nicht, sie wird ignorirt.

♀ **Paris**, 26 Dec. Es fehlt eine Regierung. Ferdinand Barrot ist ganz unvermögend, das Gefühl seiner Unzulänglichkeit wird allgemein. Es sind im Ministerium einige gute Elemente: Parrieu, Rouher sind gescheidte Leute, es fehlt ihnen nicht an Entschlossenheit und Schärfe des Geistes. Man spricht gut vom Marineminister. D'Haupoult mag viele Böcke schießen, aber er hat Herz und ist ein guter Soldat. Lahitte ist wenigstens ein Ehrenmann. Aber Ferdinand Barrot! Niemals ist ein traurigeres Schleppseil am Ruder des Staates niedergehangen, es gehört Zugvieh davor, am Ufer sich abmüdend, um ein so geleitetes Staatsschiff durch Klippen und Riff hindurchzuwinden. Es fehlt dieser Versammlung ebensowenig wie andern Versammlungen an Zeug um gutes zu thun und festes zu wirken, es fehlt ihr aber noch mehr als allen früheren Versammlungen an Leitung und Richtung. Ludwig Bonaparte muß jetzt einsehen daß nicht alles abgethan sey mit Ergebenheit für seine Person; Ferdinand Barrot hat zum wenigsten das Verdienst sich ihm ganz ergeben zu haben, aber das ist auch alles. Man munkelt viel hier von einem System des Präsidenten sich mit England und Preußen aufs engste zu verbinden als Widerpart Oesterreichs und Rußlands; England betreibt dieß aufs eifrigste: natürlich, weil es in Gegenwart und Zukunft nur ein Augenmerk hat, die Türkei; was kümmern es übrigens Frankreich und Preußen! Aber so wie Europa jetzt schwankt auf den Wogen der Demagogie, wie kann da noch die Rede seyn von einem Morgen der Politik, von irgendeinem festen Vorhaben auf die Zukunft? Unsere Demokraten und Demagogen entwirren sich von neuem, die Leute des National machen wieder bande à part von den Leuten der Réforme, von den Socialisten und Communisten, von denen sie aufs äußerste zurückgestoßen werden. Nie ist ein Land gewaltiger bearbeitet worden als heutzutage die Bauerschaft von unsern Demagogen. Auch rüstet sich die Regierung zum Kampf. Im Vordertreffen erscheinen Parrieu und Rouher mit ihrer Strenge gegen die Volksschullehrer und die Friedensrichter, welche in bedeutender Zahl den Socialisten und Communisten affiliirt worden sind. Nächstens wird Ferdinand Barrot mit einem Gesetzesvorschlag wider die Maires zu Felde rücken, welche in den ländlichen Gemeinden in großer Mehrzahl unter den Erbfeinden der Pfarrer und unter den wüthendsten Communisten gewählt wurden. Thayer rüttelt an der Post; der Socialismus bedient sich der Postboten zur Verbreitung seiner Broschüren um den lebendigen Zusammenhang täglich zu erhalten unter allen Theilen des Landes. Ein gewaltiges, festgewobenes, überall erdehntes Netz soll aufgetrennt werden, in dem das Landvolk durch sein Beamtengewimmel verstrickt worden ist; da diese Existenzen alle in der Bauerschaft mehr oder minder verzweigt sind, wird es Mühe kosten; alles hängt von der Intelligenz der höhern Beamten ab, von ihrer Leitung und Landeskunde — da steckt der Haas im Pfeffer; hat man ein tüchtiges Personal?

Niederland.

Haag, 28 Dec. Die zweite Kammer hat die Prüfung des Budgets für 1850 in ihrer gestrigen Sitzung durch Genehmigung der auf das Ministerium des Innern und auf die Civilpensionen bezüglichen Capitel beendigt. Sie hat ferner die Gesetzentwürfe in Betreff der Zusatz-Credite zum Budget von 1849 für die Departements des Kriegs und der Marine angenommen und sich sodann, da ihre Tagesordnung erschöpft war, bis zum 15 Jan. vertagt. Die erste Kammer hat die Discussion des Budgets auf morgen festgesetzt. (Köln. Z.)

Persien.

Das „Journal de Constantinople“ bringt über die persischen Zustände folgende bemerkenswerthe Notiz: „Seit einigen Monaten ist Persien häufig von Unruhen heimgesucht, die bald auf dem einen, bald auf einem andern Punkte ausbrechen. Die neuesten Nachrichten aus diesem Lande melden uns daß einer der angesehensten Männer von Ispahan, der Sohn des ehemaligen Mollah dieser Stadt, im Glauben daß ihm der Gouverneur ein Unrecht zugefügt, sich seines Palastes mit Hülfe von Clienten bemächtigte. Man sagt der Gouverneur sey noch mit 30 seiner Diener getödtet worden. In Folge dieser Ereignisse befand sich Ispahan, ohne irgendeine gesetzliche Autorität, in der größten Anarchie; man hoffte daß die Regierungstruppen, die zahlreich gegen die Stadt heranrückten, dort die Ruhe wieder herstellen würden. (Lloyd.)

Handels- und Börsennachrichten.

London, 26 Dec. 3proc. Consols $96^{1}/_{8}$; $3^{1}/_{4}$proc. $97^{3}/_{4}$.

Paris, 27 Dec. 3proc. 56.55; 5proc. 92.40; Bankactien 2400; belg. 5proc. $96^{1}/_{2}$; österr. Loose v. 1834 407.50; neap. 5proc. 96.50; röm. $85^{3}/_{4}$; span. 3proc. $38^{3}/_{4}$; innere Schuld $29^{7}/_{8}$; piem. 5proc. 90.70; Oblig. v. 1834 960; St. Germain E.-B. 410; Vers. rechte 206.25; linke 167.50; Paris-Orleans 780; Rouen 555; Straßburg 360; Nordbahn 456.25; Rouen-Havre 240; Mars.-Avignon 217.50; Straßb.-Basel 118.75; Orl.-Vierzon 335; Bordeaux 408.75; Boul.-Amiens 192.50; Tours-Nantes 277.50; Dieppe-Fecamp 180; Mont.-Troyes 110.

Frankfurt a. M., 29 Dec. Oesterr. 5proc. Met. $86^{3}/_{8}$; $4^{1}/_{2}$proc. $75^{1}/_{2}$; 4proc. 68; 3proc. $50^{3}/_{8}$; $2^{1}/_{2}$proc. $45^{1}/_{4}$; Bankactien 1288; 500fl.-Loose $158^{1}/_{2}$; 250fl.-Loose 97; preuß. 50Thlr.-Prämiensch. $101^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. Staatsschuldsch. $88^{3}/_{4}$; bayer. $3^{1}/_{2}$proc. Oblig. $83^{1}/_{2}$; Ludwigcanal $48^{1}/_{4}$; Ludwigsh.-Berbach $85^{1}/_{8}$; württemb. $4^{1}/_{2}$proc. $94^{3}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. $81^{1}/_{4}$; bad. 5proc. $99^{3}/_{8}$; $3^{1}/_{2}$proc. 79; Lotto-Anleh. à 50 fl. 54; 35fl.-Loose $32^{5}/_{8}$; darmst. $3^{1}/_{2}$proc. $82^{3}/_{4}$; 4proc. $88^{1}/_{2}$; $4^{1}/_{2}$proc. $93^{3}/_{8}$; 50fl.-Loose $72^{7}/_{8}$; 25fl.-Loose $29^{1}/_{4}$; kurh. Fried.-Wilh.-Nordbahn $45^{1}/_{8}$; 40Thlr.-Loose $32^{7}/_{8}$; nass. 5proc. $101^{3}/_{4}$; $3^{1}/_{2}$proc. 84; 25fl.-Loose $26^{1}/_{2}$; Frankfurt 3proc. $78^{1}/_{2}$; $3^{1}/_{2}$proc. $92^{5}/_{8}$, 88; Taunusbahn 299; holl. $2^{1}/_{2}$proc. $55^{1}/_{8}$; span. 3proc. innere Schuld 29; poln. 300fl.-Loose 110; 500fl.-Loose $80^{1}/_{4}$; sard. 36Fr.-Loose 33; Disconto 2.

♀ **Wien**, 28 Dec. Mit Ausnahme von Bankactien und Nordbahnactien welche billiger abgegeben wurden, herrschte auch an der heutigen Börse nur geringe Veränderung in den Cursen, und behaupteten sich Fonds ungeachtet der flaueren Stimmung und der ungünstigen Geldverhältnisse ziemlich fest. (S. den gestrigen telegraphischen Bericht.) Fremde Devisen sowie Comptanten flauer und im ganzen mehr angeboten. Goldagio für kais. Münzducaten $19^{1}/_{2}$ Proc.; Silberagio 12 Proc.; Nap. d'ors 9.8; Souvr. 15.40—45; Fried. 9; Preuß- 9.6; Sovrgs. 11; Imp. 19.14—16. — Die auch an der Börse verbreitet gewesene Nachricht daß die kaiserlichen Truppen in Böhmen die sächsische Gränze bereits überschritten hätten, wurde noch von mehreren Seiten bezweifelt, schien jedoch im allgemeinen keinen besondern Eindruck zu machen. — Beim Schlusse der Börse war übrigens die neueste norddeutsche (sowie die französische, belgische und englische) Post noch nicht eingetroffen.

* **Wien**, 29 Dec., 4 Uhr Nachmittags. (Telegraphische Depesche.) 5proc. Met. $94^{15}/_{16}$; $4^{1}/_{2}$proc. $83^{1}/_{8}$; 1839er Loose $272^{5}/_{16}$; Bankactien 1161; Wechselcurse: Amsterdam 2 M. 156 G.; Augsburg uso 112; Frankfurt 3 M. 111 G; Genua 2 M. $128^{1}/_{2}$ G; Hamburg 2 M. $164^{3}/_{4}$ G.; Livorno 2 M. $109^{1}/_{2}$ G.; London 3 M. 11-15 B.; Mailand 2 M. 101 B; Marseille 2 M. $132^{1}/_{2}$ B.; Paris 2 M. 133 B.

Verantw. Redaction: Dr. Gustav Kolb. Dr. A. J. Altenhöfer. Dr. C. A. Mebold.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung.

Uebersicht.

Skizzen aus dem Steinreiche.

Geschrieben für die gebildete Gesellschaft von Franz v. Kobell.

✱ Es ist selten daß in Deutschland die Resultate der Naturwissenschaften in durchaus faßlicher Weise für solche Leser bearbeitet werden denen zum eigentlichen Studium Zeit und Beruf fehlt. Was den Menschen unmittelbar berührt, die Thierwelt, die Vegetation, die Elementarkräfte, ist leichter zu behandeln, es spricht mehr an. Wir haben es hier bald mit verwandten und vorbildlichen Schöpfungen, bald mit den weithin waltenden Wirkungen zu thun, die auch den Menschen überall umgeben. Die Mineralwelt steht dagegen dem Menschen am fernsten. Wie nothwendig er ihrer bedarf, so ist doch ihre Anwendung in den wenigsten Fällen durch Unmittelbarkeit selbstverständlich, in den meisten bloß eine mittelbare, die tausendfältige chemische und mechanische Umformung voraussetzt, bis sie dem Bedürfniß entspricht. Und doch ruht die Technik in allen ihr Zweigen auf den Erden und Metallen, und doch ist die Masse der Brennstoffe welche alte Umwälzungen der Erdoberfläche späteren Generationen aufbewahrt haben, die Bedingung der weiteren Entwickelung der heutigen Industrie, ja der Bewohnbarkeit großer Länder. Es ist daher recht erfreulich daß in der ebenangezeigten Schrift ein Meister der Wissenschaft sich dazu versteht sein treffliches Talent klarer und faßlicher Darstellung auf Mittheilungen aus dem Steinreiche zu wenden. Er hat, wie es uns scheint, die großen Schwierigkeiten die sich in einem solchen Stoffe entgegenstellten, mit Glück überwunden. Schon die Reihenfolge in der er die Gegenstände gruppirt, ist sehr günstig gewählt. Er beginnt mit den Edelsteinen, führt dann die übrigen erdigen und brennbaren Fossilien mit den Salzen vorüber, läßt darauf die edeln Metalle folgen, und schließt mit den gewöhnlichen Metallen und Erzen. In dem Umfang von 250 Seiten sind mehr als 300 Gegenstände in so natürlicher Anordnung berührt und auf so einfache Weise, mit so verständiger Auswahl des Wichtigen und Faßlichen Belehrung über sie mitgetheilt daß auch der Kenner die Schrift mit Vergnügen durchlaufen, andere Leser aber, denen diese Dinge fremder sind, finden werden daß ihnen hier ein Verständniß geboten worden das sie anderswo in gleich ansprechender Weise vergebens suchen würden. Man denke sich dabei nicht eine bloße Aufzählung der Gegenstände. Der Verf. weiß sie vielmehr auf das lebendigste in Beziehung zu dem Bedürfniß des Menschen zu bringen, so daß dem Leser überall die Bedeutung der Mineralkörper klar vor Augen tritt. Wenn es nicht die Gränzen dieser Anzeige überschritte, so möchten wir gerne einige Stellen aus den trefflichen Abschnitten: Edelsteine und edle Metalle hier beifügen. Wir wollen aber dem Leser nicht vorgreifen, der gewiß wie wir dem Verfasser für das Vergnügen danken wird das ihm diese heitere und anspruchlose Arbeit verschaffte.

Die romantische Schule in ihrem innern Zusammenhang mit Goethe und Schiller, von Hermann Hettner.

☒ Der Waffenlärm ist verstummt, die Rednerbühne schweigt, und die Diplomatie, obgleich redseliger als je, findet nur noch eine halbe Aufmerksamkeit für ihre kleinen Geheimnisse und für ihren geräuschvollen Hader. Kurz die Politik hat eine Pause gemacht in welcher Kunst und Litteratur wieder einmal zum Worte kommen können, wenn sie sich eilen den vermuthlich sehr kurzen Augenblick zu benutzen, ehe die Nebenbuhlerin die ganze Scene wieder ausschließlich mit ihrer gewaltigen Stimme ausfüllt.

Indessen wo fängt das Gebiet der Litteratur an, und wo hört das Gebiet der Politik auf? Dank der Wendung welche die deutschen Geschicke seit ein paar Jahren genommen haben, ist die Gränzscheide zwischen beiden fast schon unkenntlich geworden, und es ist wenigstens der Platz gewonnen für den Ausbau der Einheit unseres nationalen Lebens. Die Zeit ist vorüber wo man die deutsche Nationalität ohne Scham und ohne Scheu für einen litterarischen Begriff ausgab, wo man dem deutschen Volke den Leipziger Büchermarkt als das einzige Forum anzuweisen wagte auf welchem es gemeinschaftlich zu verhandeln berechtigt und befähigt sey. Wir haben unsern Anspruch auf eine andere als eine litterarische Existenz zur Anerkennung gebracht, wenigstens so weit daß niemand mehr den Muth hat ihm öffentlich zu widersprechen, wiewohl es leider nicht an Versuchen fehlt uns um die Befriedigung desselben dadurch zu betrügen daß man uns statt des Brodes einen Stein bietet. Unser Schriftenthum seinerseits hat sich mit Macht auf die Bresche geworfen die seit dem März vorigen Jahres in das System der Staatspolizei gelegt ist, welches sich für die deutsche Politik ausgab, es hat sich mit der Politik der Zukunft in die gewonnenen Außenwerke des Platzes getheilt, und keine Cabinetsweisheit und keine Polizeikünste werden das Bündniß der erstgeborenen Zwillingskinder des Nationalgeistes wieder zu sprengen vermögen.

Die romantische Schule war eine Fehlgeburt jener jammervollen Periode der deutschen Geschichte in welcher unser Nationalleben, gedemüthigt und mißhandelt durch den äußern Feind, an Händen und Füßen geknebelt durch die einheimischen Sicherheitswächter, wie im Starrkrampf darniederlag. Der Genius des deutschen Volkes, angeweht von der frischen Luft eines neuen Jahrhunderts, begann sich endlich wieder zu regen, aber bei jedem Versuche des Aufschwunges streift er an die nackten Mauern eines Gefängnisses. Die ganze Gegenwart war öde, hoffnungslos. So weit der Blick reichte nirgends eine Erquickung für das Auge, eine Ermuthigung für das Herz, nirgends ein Halt an welchem sich der bürgerliche Sinn und der patriotische Stolz hätte aufrichten, nirgends ein thatsächlicher Stoff den der formenschöpferische Geist zum Kunstwerke hätte verarbeiten können.

In solcher Umgebung, unter solchen Bedingungen des Seyns und des Schaffens konnte selbst das Genie eines Goethe nicht zur vollen Blüthe und Frucht kommen. Nachdem er eine Zeitlang aus dem spärlichen Quell des wirklichen Lebens geschöpft und mit dem befruchtenden Wasser desselben seine Meisterwerke gezeitigt hatte, wendete er sich unmuthig und entmuthigt ab von der dürftigen Gegenwart, um in dem reichen Alterthum die Stoffe, die Formen, die Gesetze seines dichterischen Schaffens zu suchen — eine Verirrung welcher unsere Litteratur eine lange Reihe kühler Schaugerichte verdankt. Aehnlich war der Entwicklungsgang der Schiller'schen Muse, nur daß diese der Wahrheit und der Gegenwart doch stets näher blieb.

Wie die beiden Bannerträger der deutschen Poesie der unschönen Wirklichkeit dadurch zu entgehen suchten daß sie sich in das Alterthum zurückzogen, so flüchtete sich eine ganze Schaar nachgeborener Dichter in das Reich der souveränen Phantasie. Das Phantastische, die von allen Schranken und Gesetzen losgebundene Einbildungskraft, gilt Hrn. Hettner, gewiß mit Recht, für den Keim und das ursprüngliche Princip der romantischen Poesie. Unbefriedigt, beleidigt durch die Erscheinungen der wirklichen Welt, glaubte die Romantik sich am gründlichsten dadurch helfen zu können daß sie die wirkliche Welt gänzlich ignorirte, wo nicht gar geradezu läugnete, und daß sie in den ungemessenen Räumen der Phantasie ihre lustige Wohnung aufschlug. Diese Evolution des dichterischen Geistes läßt sich nicht besser schildern als mit den folgenden Worten unseres Verfassers. „Wir sehen, sagt er, eine aufgeregte phantastische Jugend vor uns, in süßlicher Empfindsamkeit scheu zurückbebend vor der Härte der rauhen Wirklichkeit, aber im Innersten berauscht und ergriffen von der Größe und von den Wundern des neu erwachten Kunstlebens, dem sie alle ihre Liebe, Thätigkeit und Begeisterung zuwendet. Die Phantasie hat eben ihre ewigen Rechte geltend gemacht; die Fesseln in welche die herrschende Prosa Leben und Dichtung geschmiedet hatte, sind ein- für allemal gesprengt. Was ist also begreiflicher und in gewissem Sinne sogar nothwendiger als daß sich aus der trunkenen poetischen Stimmung dieser empfindsam thatenscheuen Jugend eine Fraction herausbildet, die, weil nicht alle Blüthenträume reiften, aus verzweifelter Ungenüge am Wirklichen in die leere Luft greift, nach Phantomen jagt und diese mit eigensinnigem Trotz zu lebendiger Wesenheit verkörpern will? Eine Jugend welche die Anschauung predigt Kunst und Poesie, und deren Element und Organ die Phantasie, sey das allein Wesenhafte und Lebendige, alles übrige aber, Leben und Wirklichkeit sey als platte Prosa für das wahre Genie ohne Bedeutung und überhaupt vom Uebel? Der Cultus der Poesie ist ein neuer Dionysoscultus geworden. Die Jünglinge dieser Zeit sind ihre dithyrambischen Priester."

Indessen die Priester wie die Jünger des neuen Cultus wurden bald gewahr daß die ohne Halt- und Ruhepunkt im leeren Raum umhergetriebene Phantasie ihre Kräfte endlich erschöpfen müsse, und zuletzt todmatt zu Boden fallen werde. Nachdem das Bedürfniß eines von außen gegebenen stofflichen Elements unabweislich geworden, suchte und fand die romantische Schule das was ihr fehlte in den dämmernden Geheimnissen,

in der kirchlichen und ritterlichen Mystik des Mittelalters. Wie der christlich-feudalistische Zug welcher bald genug das ganze Wesen der Romantik beherrschte, obgleich er derselben ursprünglich völlig fremd gewesen, wie dieser Zug sich zuerst leise eingeschlichen, und dann mehr und mehr ausgebildet, bis er endlich zum mächtigen Vehikel der praktisch politischen Reaction wurde, das ist von Hrn. Hettner mit ebenso viel Scharfsinn als Belesenheit nachgewiesen worden.

Die romantische Schule hat sich aufgelöst, und die Poesie ist zu dem ewigen Jugendquell der lebendigen Geschichte zurückgekehrt. Die ersten Versuche welche unsere jungen Dichter mit der Wiederbelebung der historischen Poesie gemacht haben, finden an Hrn. Hettner einen sehr strengen und, wir fürchten sogar, ungerechten Richter. Selbst nicht einmal unsere sogenannten politischen Dichter möchten wir dem ausgesprochenen Urtheile des Verfassers unbedingt preisgeben, obgleich derselbe allerdings die Stimme einer gewissen vornehmen Kritik entschieden für sich hat. Indessen es ist hier nicht der Ort solche Streitfragen auszufechten, und wir begnügen uns deßhalb mit einer allgemeinen Verwahrung.

Am Schluß seiner Untersuchungen bespricht der Verfasser mit einigen Worten die Einwirkung welche der neue Geist unserer Zeit und unseres Volkes auf die bildende Kunst entweder bereits ausgeübt hat oder noch auszuüben verspricht. Auffallenderweise stoßen wir hier auf den Ausdruck sehr geringer Erwartungen. So Großes der Verfasser von der Litteratur der Zukunft hofft, so kleingläubig äußert er sich über die bevorstehende Entwicklung der bildenden Kunst, und insbesondere der Malerei. Ja er befürchtet daß die Kunst mit der religiösen Sphäre ihre eigentliche Heimath verloren habe, und er räth derselben sogar schließlich: „solange der einst vielbesprochene Cultus des Genius nicht thatsächlich eine religiöse Wirklichkeit geworden, sich an die herrlichen Gestalten der heiligen Sage, namentlich an die majestätische Hoheit der alttestamentlichen Figuren zu halten, vorausgesetzt nämlich daß sie diese in freiem wahrhaft historischem Styl behandelt, nicht wie unser heutiges Nazarenerthum noch immer so gern thut, mit religiöser Ascetik und tendenziöser Absichtlichkeit." Wir können uns mit dieser Auffassung nur halb einverstanden erklären. So wenig wir den Maler von dem Gebiet der biblischen Ueberlieferung ausgeschlossen sehen möchten, gerade ebenso wenig möchten wir ihn vorzugsweise auf dieselbe hingewiesen sehen. Es hieße nicht viel weniger als an der Kunst überhaupt verzweifeln wenn man sie mehr oder weniger auf denjenigen Kreis von Vorstellungen beschränken wollte in welchem sie sich seit nunmehr 500 Jahren unaufhörlich herumgedreht hat, so daß einem schwindelig wird vom bloßen Zusehen. Die biblischen Stoffe, es ist wahr, haben vor den meisten andern den großen Vortheil voraus daß sie von vornherein jedermann bekannt sind, daß jeder aus denselben herausgegriffene Moment dem Beschauer nicht nur sogleich verständlich, sondern auch der Mittelpunkt einer vorangegangenen und darauf gefolgten Handlung wird. Warum sollte denn aber die Nationalgeschichte nicht in ähnlicher Weise wie die biblische Gemeingut des Volkes werden? Die Malerei wird nicht am wenigsten dazu beitragen, wenn sie sich nur endlich dazu versteht die ausgefahrenen Geleise zu verlassen, und dem Volk die imponirenden Gestalten und die großen Momente seiner eigenen Vergangenheit vorzuführen. Wessen ist die Schuld wenn Hermann, wenn Karl der Große, wenn Friedrich der Rothbart noch keine typischen Figuren sind welche das Auge des Volkes an ebenso sichern Zeichen erkennt wie den Jünger Johannes, oder Judas Ischarioth, oder irgendeinen Kalenderheiligen? Der Maler aber welcher die Mühe des historischen Studiums scheut, oder der sich nicht schöpferische Kraft genug zutraut um aus dem rohen Material der deutschen Geschichte künstlerische Gestalten zu formen, warum nimmt er die neuen Stoffe deren er bedarf nicht wenigstens aus zweiter Hand, aus der Hand der Poesie, die ihm tausendfältig vorgearbeitet hat? Goethe, Schiller, Uhland — sie leben im Gedächtniß aller Deutschen welche überhaupt Sinn und Verständniß für künstlerische Leistungen haben, und der Maler welcher sich an sie anlehnt, ist eines dankbaren Publicums sicher. Aber unsere Maler scheinen — mit wenigen Ausnahmen*) — die Schätze gar nicht zu ahnen die ihnen zu Gebote stehen, ein Franzose mußte es seyn der die herrlichen Figuren des Faust zuerst in sinnlicher Erscheinung vor unsern Augen aufgehen ließ, und bis auf den heutigen Tag sollte sein Beispiel keinen oder nur ungenügende Nachahmer finden.

*) Cornelius, Kaulbach, Bendemann, Lessing, Schwind ꝛc.

Hamburg.

III.

※ **Hamburg,** 19 Dec. Was ich Ihnen in den beiden vorangehenden Artikeln über unsere politische Bewegung mittheilte, läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: der Brand von 1842 brachte das unbestimmte Verlangen nach Reformen zu klarem Ausdruck, der Senat aber verstand sich nicht zu den gewünschten Concessionen, so gemäßigt sie auch waren, und gab auf diese Weise selber einer Opposition Spielraum die sich inmitten der Erbgesessenen bildete, und ursprünglich veranlaßt wurde durch die Finanznoth und die allzugroße Gewalt der Rath- und Bürger-Deputation von 1842, aber immer mehr einen politischen Charakter annahm. Da erschien der März des Jahrs 1848, und mit ihm trat die demokratisch-liberale Partei auf die Bühne. Die Grundeigenthümer bewiesen nun daß — wie ich schon einmal bemerkte — ihre Opposition nicht weiter ging als die des Pariser Parlaments; die Reform-Deputation, gleichsam die Hamburger Notabeln, fingen ihre Sache so an daß von ihr ein Resultat ebensowenig zu erwarten war als von den französischen, und die Folge war daß Rath und Bürgerschaft die Erfahrung machten die freilich in neuester Zeit ganz andere Leute als Hamburger Senatoren und Erbgesessene machen mußten und — machen werden, die Erfahrung nämlich daß die bürgerliche Freiheit gleich der Sibylle ihre Forderungen um so mehr erhöht, je mehr sie sich mit ihren mäßigen Ansprüchen zurückgewiesen sieht, die liberale Partei verlangte, statt einer Reform-Deputation, eine constituirende Versammlung, sie drang durch und errang bei den Wahlen den entschiedensten Sieg. Aber dieser Sieg war eine Niederlage, und das Werk der constituirenden Versammlung mußte — wie gut es auch ausfallen mochte — immer als einsichtig, als der Ausdruck nicht der gesammten Bevölkerung, sondern Einer Partei erscheinen. Die conservative Partei war nicht besiegt, wenn sie nicht innerhalb der Versammlung genügend vertreten und in derselben durch die besseren Argumente ihrer Gegner geschlagen war; außerhalb derselben war sie ebenso gefährlich und vielleicht gefährlicher als selbst die roheren demokratischen Elemente. Die gemäßigten Liberalen erkannten diese Gefahr sehr wohl, und wie sie einerseits die äußerste Linke in der Versammlung vertreten zu sehen wünschten um sie unschädlich zu machen, so suchten sie andererseits die conservative Partei hereinzuziehen, und dieß um so mehr da zu ihr der größte Theil der Männer gehörte die in Hamburger Angelegenheiten vor allem eine Stimme zu haben schienen, da sie allerlei Ehrenämter bekleidet hatten.

Demgemäß machte der „Deutsche Club" als die Wahlagitation begann dem „Patriotischen Verein" das Anerbieten gemeinschaftliche Wahllisten zu entwerfen, aber dieser Verein vertraute zu sehr auf den Sieg den die Handels-Aristokratie bei den Wahlen zum Frankfurter Parlament errungen hatte, und wies hochmüthig, ja fast höhnisch jede Verbindung zurück. Die constituirende Versammlung mußte dafür büßen daß die Herren sich verrechnet hatten. Der Verein begründete alsbald ein Oppositionsblatt, das „Der Patriot" betitelt wurde, und in seinem Kreuzzuge gegen die constituirende Versammlung die Waffen der Berliner Kreuzzeitung führte, ohne deren Gewandtheit zu besitzen. Die constituirende Versammlung ließ sich aber nicht irre machen; sie arbeitete ruhig fort, und noch war kein halbes Jahr seit ihrem Zusammentreten verflossen, so erfolgte schon die erste Lesung der Verfassung und bald nach derselben die vorläufige Veröffentlichung durch den Druck. Jetzt begann der Sturm. Alles was Aristokratie hieß oder irgend privilegirt war reichte sich die Hand zum Bund gegen einen Feind der Rang und Reichthum und Privileg so wenig achtete, und statt die alte Verfassung ein wenig auszubessern, schonungslos sie niedergerissen und eine neue aufgerichtet hatte. Wie die Grundeigenthümer des alten Stadttheils nach dem Brande scheel herabblickten auf die glatten, modisch construirten Gebäude des neuen Stadttheils, so auf die neue Verfassung alle diejenigen die an der alten ein unerstürmbares Bollwerk, eine unübersteigliche Scheidewand besaßen für ihre vornehme Stellung oder ihr Privileg. Ja die Verfassungen contrastirten noch stärker als die beiden Theile der Stadt, denn die alte bot zwar, ähnlich wie der ältere Stadttheil hin und wieder ein vereinzeltes neues Gebäude zeigte, gewisse Punkte dar die allmählich sich verändert und ein modernes Gepräge empfangen hatten; sie war aber doch durchgehends noch mehr in Einem Styl — nenne man ihn Rococo oder hamburgisch — gehalten als die zur Altstadt degradirte Neustadt, und andererseits zeigte zwar der neue Stadttheil ein großes Streben nach Gleichheit und Gleichförmigkeit; er gewährte ferner selbst den untersten Classen der Bevölkerung, den Kellerbewohnern, früher nicht geahnte Vorzüge, ja endlich verwischte er fast den Unterschied von Grundbesitzern und Miethern; aber es gab hier doch noch die nicht geringen Unterschiede der Straßen und der Stockwerke, während in der neuen Verfassung keine Spur vorhanden war von Vermögensstufen, Classenwahl u. s. w. In der That die Reform war, um Wirths Lieblingswort zu gebrauchen, eine wurzelhafte, und wenn man auch in der neuen Verfassung allerdings nichts von einem Präsidenten oder von großem und kleinem Rath fand, sondern wie bisher einem einfachen „Rath," einer „Bürgerschaft" u. s. w. begegnete, so waren doch dieser Rath und diese Bürgerschaft von den bisherigen Gewalten so ver-

schieden wie die neuen Straßen von den alten, deren Namen sie überkommen hatten. Die bisherige Verfassung die auf dem Hauptreceß von 1712 beruht, wurzelt in der Lehre vom Kyrion, d. h. in dem Fundamentalsatz daß die höchste Gewalt ungetheilt und unzertrennbar bei Rath und Bürgerschaft seyn sollte. Den Rath läßt sie bestehen aus 24 Personen (von denen nach einer zur Regel gewordenen Praxis 13 Kaufleute und 11 Juristen sind); an seine Spitze stellt sie 4 Bürgermeister (3 Rechtsgelehrte und 1 Kaufmann); ihm zur Seite oder vielmehr dem Range nach über ihm, obwohl nur mit berathender Stimme im Senat vertreten, stehen 4 Syndici, ursprünglich staatsrechtskundige Consulenten des Raths, später eine Art von Staatsministern. Die Dauer aller dieser Aemter ist eine lebenslängliche, und bei eintretender Vacanz ergänzt der Rath sich durch sich selbst in der Weise daß 4 Vorschlagsherren ausgeloost werden, deren jeder einen Candidaten nennt, unter welchen dann das Loos entscheidet. Die andere Theilhaberin der Einen untrennbaren Gewalt umfaßt zunächst die drei bürgerlichen Collegien die im Zeitalter der Reformation entstanden, indem man den Gotteskasten-Verwaltern die Wahrung der bürgerlichen Interessen übertrug. Das erste derselben sind die Oberalten, 15 an der Zahl (aus jedem Kirchspiel 3); sie bilden in Verbindung mit neun Männern aus jedem Kirchspiel das Collegium der Sechziger, die zusammen mit ferneren 24 Männern aus jedem Kirchspiel das dritte Collegium, das der Hundertachtziger ausmachen. Dem letzten Colleg sind 30 Adjuncten beigegeben, die das zweite Colleg ernennt und aus denen es zugleich die Hundertachtziger ergänzt; die Oberalten ergänzen aus den Hundertachtzigern das Sechziger-Colleg und aus diesem sich selbst. Diese Collegien sind vorberathende Ausschüsse, die sich mit dem Senat über seine Anträge an die Bürgerschaft einigen; sie sind zum Besuch der Bürgerschafts-Convente verpflichtet, und sie bildeten nach dem Jahr 1712, als die übrigen Conventsberechtigten in Folge des von einer kaiserlichen Commission ihnen octroyirten Hauptrecesses zum passiven Widerstand ihre Zuflucht nahmen, so häufig die einzigen Besucher daß in den Jahren 1713—20 unter 133 angesetzten Versammlungen 105 unvollzählig waren (zur Vollzähligkeit gehören 195 Stimmen), und daß es nothwendig wurde jene schon erwähnten Adjunkten zu creiren und zum Besuch der Bürgerschaft zu verpflichten. Im Unterschiede von allen diesen Verpflichteten heißen die übrigen Conventsberechtigten Freiwillige, und zu diesen gehören die Grundeigenthümer welche in ihrem Grundstück 1000 Thlr. freies Geld (wenn es auf dem Gebiet liegt 2000 Thlr.) haben; außerdem aber, ohne Rücksicht auf Grundbesitz, die Aelterleute der Zünfte, die höheren Officiere der Bürgergarde, die Kämmereibürger (die Mitglieder der Finanzverwaltung), die Mitglieder des „Commercii," die Bankbürger und die Richter des Handels- und Niedergerichts.

Der früher erwähnte Commissionsentwurf der „patriotischen Gesellschaft" vom Jahr 1842 verfährt in Bezug auf diese Gewalten sehr säuberlich. Hinsichtlich des Raths wünscht er die richterlichen Functionen desselben auf wirkliche und selbständige Justizbehörden übertragen zu sehen; die Selbstergänzung hält er für ganz zweckmäßig; statt der Lebenslänglichkeit fordert er eine Altersgränze. Die bürgerlichen Collegien läßt er bestehen, verlangt aber eine veränderte Wahlart für dieselben und Wandelbarkeit des Oberalten-Collegiums; das tantiemenartige Aufrücken von einem Colleg ins andere soll durch wirkliche Wahl verdrängt werden, und die Oberalten sollen ihr Amt nicht mehr lebenslänglich, sondern nur auf zehn Jahre bekleiden. Der Bürgerschaft endlich soll jene Art der Initiative wieder zufallen welche ihr — wie man nachwies — grundgesetzlich gebührte; im übrigen beharrte man hinsichtlich derselben bei der bisherigen Zusammensetzung und bei der Abstimmung nach Kirchspielen.

Sehr viel anders verfuhr die constituirende Versammlung. Was die Bürgerschaft betrifft die sie voranstellt, so läßt sie an die Stelle der privilegirten und erbgesessenen eine Repräsentativ-Bürgerschaft treten, die aus 300 Mitgliedern besteht, alle zwei Jahre erneuert wird und bei geheimer Stimmenabgabe gewählt wird von sämmtlichen Staatsbürgern, d. h. von allen auf die Verfassung verpflichteten Staatsangehörigen, von denen andererseits jeder zur Bürgerschaft wählbar ist. Die bürgerlichen Collegien fallen selbstverständlich hinweg; an ihre Stelle, wenn man will, tritt ein Bürgerausschuß von dreißig Personen, der alle Jahre erneuert wird und in der Regel, gleich der Bürgerschaft, öffentliche Sitzungen hält. Er bewilligt kleinere, im Budget nicht vorgesehene Ausgaben, beschließt in dringlichen Fällen auf Antrag des Rathes in vorläufiger Weise, verlangt über Staatsangelegenheiten Auskunft vom Rath und veranlaßt die Berufung der Bürgerschaft. Der Rath endlich besteht hinfort nur aus 9 Mitgliedern die von der Bürgerschaft gewählt werden und ihr Amt auf 6 Jahre bekleiden, aber wieder wählbar sind; aus seiner Mitte ernennt er für die Dauer eines Jahres einen ersten und einen zweiten Bürgermeister zu Vorsitzenden. Die dem Rath beigegebenen sechs Syndici werden von diesem vorbehältlich der bürgerschaftlichen Bestätigung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt und können von ihm mit Genehmigung der Bürgerschaft entlassen werden. Das Recht des Gesetzvorschlages ist gleichmäßig bei dem Rathe und der Bürgerschaft; jeder Vorschlag, der von der letzteren ausgeht, ist einer zweimaligen Berathung und Abstimmung zu unterziehen; der Rath hat seine Bedenken gegen einen Bürgerschaftsbeschluß innerhalb 14 Tagen mitzutheilen, und dann ist es, damit der Beschluß Gesetz werde, nothwendig daß zwei Drittheile sämmtlicher Mitglieder der Bürgerschaft ihn bestätigen. Erhält er nur die einfache Majorität, so bleibt er bis zur nächsten Erneuerung der Bürgerschaft suspendirt, tritt jedoch dann sofort in Kraft wenn diese erneuerte Bürgerschaft mit einfacher Majorität sich für denselben erklärt. Doch kann die Bürgerschaft in solchem Fall durch Beschluß der Mehrzahl sämmtlicher Mitglieder ihre sofortige Erneuerung herbeiführen, nur daß dieser Beschluß nicht an demselben Tage gefaßt werden darf an welchem die Abstimmung über den beanstandeten Gegenstand selbst erfolgt ist. Die bisherige erbgesessene Bürgerschaft mußte ihre Ohnmacht erkennen wenn sie diesen Passus in der neuen Verfassung las. Sie hatte in der Praxis weder das Recht der Initiative noch auch ein endgültiges Veto, denn der Senat hat es verstanden der 1712 angeordneten aber auf die umgekehrten Fälle berechneten Entscheidungsdeputation die Deutung zu geben, als müsse die Bürgerschaft sich nach wiederholtem Nein unbedingt einer schiedsrichterlichen Instanz unterwerfen, die ihr wenig Chancen bietet, da sie zur Deputation die Hälfte der Mitglieder zu stellen hat, diese aber nicht unmittelbar von ihr gewählt, sondern aus einer größeren Zahl von Gewählten ausgeloost werden. Die Entscheidungsdeputation vom Jahre 1844, welche trotz des Veto der Bürgerschaft gegen die Elbzollverträge die Ratifikation der letzteren beschloß, ist ein ziemlich frischer Beweis wie völlig in praxi die gesetzgebende Gewalt des Rathes die der Bürgerschaft überwiegt.

Aus diesem kurzen Vergleich erklärt es sich hinlänglich daß nicht nur die bisherigen Gewalten, sondern auch die gesammte Aristokratie gegen die neue Verfassung aufs höchste eingenommen war, und daß die Geistlichen an dieser Opposition theilnahmen, erklärt sich hinlänglich, wenn man weiß daß die neue Verfassung Kirche und Schule trennt, und den Religionsunterricht für die neu zu gründenden Staatsschulen nicht geradezu ausschließt, aber als Sache der Religionsgesellschaften betrachtet. Bald nach Veröffentlichung des erwähnten Entwurfs, der zugleich die Uebergangsbestimmungen für die Einführung der neuen Verfassung enthielt, kündigten sich die Umtriebe gegen diese unverschämt genug durch eine Erklärung an die der constituirenden Versammlung am 23 Junius vorgelegt wurde. Sie war angeregt vom „patriotischen Verein", und zählte unter den 2200 Personen, von denen sie unterschrieben war, außer den Mitgliedern dieses Vereins, Collegien-Mitglieder und deren Verwandte und Freunde, nicht minder Freunde und Vettern des Raths, ferner Börsenmänner und deren Anhang, Erbgesessene, Handwerker, und zwar entweder solche die bei dem alten Zunftwesen ihren Vortheil fanden, oder solche die den reichen Kaufherren nicht sowoh anhingen als vielmehr von ihnen abhingen, endlich mehrere Geistliche, Lehrer und einige — Jesuiten. Einzelne dieser Unterschriften wurden desavouirt; nicht wenige waren ohne Zweifel unfreiwillig; aber jedenfalls war die Mehrzahl der Unterzeichner wirklich der neuen Verfassung feindselig. Diese Feindseligkeit kleidete sich natürlich in eine sehr moralische Form. Die Unterzeichner der Petition halten es, da die neue Verfassung ihnen mit Hamburgs Wohl unvereinbar erscheint, für ihre „Gewissenspflicht" zu erklären daß eine den „unabweislichen Bedürfnissen unseres Handelsstaats" entsprechende Verfassung gewisse „Garantien" gewähren müsse, und diese Garantien bestehen nach ihrer Meinung darin: da das Wahlrecht nur denen zusteht die entweder das Stadt- oder Landbürgerrecht haben, für dessen Erlangung der Nachweis eines genügenden Erwerbs gefordert wird oder eine directe Steuer entrichten; daß ferner der Rath nicht nur lebenslänglich ist, sondern bei der Wahl eines neuen Mitgliedes der Bürgerschaft den Wahlaufsatz vorzulegen hat (d. h. mit klaren Worten: sich selbst ergänzt), und daß endlich bei einem Dissens zwischen Rath und Bürgerschaft eine Erneuerung der letzteren stattfindet (d. h. im Sinne der Patrioten: der Senat soll, wie auch die Verfassung der Neuner-Commission dieß vorschreibt, gleich einem Monarchen, jede widerspänstige Bürgerschaft auflösen können). Der Präsident der constituirenden Versammlung beseitigte diese Erklärung durch die treffende Bemerkung: daß sie als solche keine Antwort zu erfordern scheine, im übrigen aber es sich von selbst verstehe daß die Mitglieder der Versammlung den guten Willen hätten sie in Erwägung zu ziehen, und gerade diese Beseitigung steigerte die Opposition der „Patrioten" bis zur Wuth. Die Patrioten aber kämpften nicht allein gegen die Versammlung. Schon nach 8 Tagen traf eine Erklärung ein die sich nicht so leicht beseitigen ließ: das war ein Conclusum des Senats, welches die constituirende Versammlung aufmerksam machen sollte daß die Feststellung der Uebergangsbestimmungen nicht in ihrer Competenz liege. Diese Erinnerung traf die Versammlung

offenbar an der wunden Stelle, die der ihr abgezwungene Eid ihr beigebracht hatte. Durch den Eid gebunden, konnte man für die Einführung der Verfassung nichts thun als die transitorischen Bestimmungen entwerfen, dieß aber war allerdings gegen den Buchstaben des Mandats, der nur auf Feststellung der Verfassung lautete. Und hierin lag nicht der einzige Anstoß; es gab noch einen schlimmeren. Wenn der Senat der Versammlung das Recht streitig machte Uebergangsbestimmungen zu entwerfen, so war er wenigstens selbst genöthigt diese zu erlassen; wenn er aber erklärte: zur Verwirklichung der Verfassung bedürfe es gewisser organischer Gesetze, und dann eine Rath- und Bürgerdeputation eingesetzt wurde um dieselben zu entwerfen, so war das gewünschte Mittel gefunden um die Einführung der Verfassung bis in alle Ewigkeit hinauszuschieben. Dieß Manöver zu verhindern, stellte Baumeister nach vollendeter zweiter Lesung den Antrag daß dem Senat die endgültig festgestellte Verfassung mit der Aufforderung überreicht werde die Wahlen zu der neuen Bürgerschaft auszuschreiben, daß aber bis zu dem Zusammentritt der letzteren ein von der Versammlung gewählter Ausschuß die nöthigen organischen Gesetze ausarbeiten möge, und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am 11 Julius wurde die Verfassung dem Senat überreicht, und sofort begann der Gesetzausschuß seine Arbeiten. Die Mitglieder desselben arbeiteten mit einem bewunderungswürdigen Fleiß, und dadurch gelang es ihnen bis zum 1 September, als dem festgesetzten Termin, ein Werk zu vollenden das selbst von conservativen Juristen als ein vortreffliches öffentlich gerühmt wurde. Aber all dieser Eifer und Fleiß sollte umsonst seyn!

Die Reaction war nämlich mittlerweile zur Blüthe gekommen, und an Ausschreibung der Wahlen war nicht gedacht worden. „Es ist bloß die Antichambre die in den Salon eindringen will!", sagte Graf Münster 1815; „es sind Schuster und Schneider, Menschen von ruinirten Finanzen, ehrgeizige Wühler, die uns die schmähliche Verfassung aufdringen wollen!" So ließ sich in minder diplomatischer Redeweise der „Patriot" in jeder seiner Nummern vernehmen — „à bas die ehrgeizigen Wühler!" Diese — „Räuber und Mörder!" „À bas!" riefen die Patrioten und Börsenmänner im Chor; „à bas die Clubs, à bas die Constituante!" Und mitten in diesem Lärm erhoben Commercium (die Handelskammer) und Ministerium ihre volltönenden Stimmen. Altadjungirte (frühere Börsendeputirte) und Börsendeputirte überreichten dem Senat eine Erklärung, und sprachen ihre Ueberzeugung dahin aus daß die neue Verfassung die allgemeine Wohlfahrt Hamburgs zu erschüttern drohe. Eine unter der Leitung aufgeregter Clubs aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Bürgerschaft biete keine Garantie daß sie nicht Besteuerungs- oder andere finanzielle Maßregeln beschließen würde die dem Handel und der ganzen Stadt einen unberechenbaren Verlust zuwege bringen müßten; der Rath aber könne nach der in der neuen Verfassung ihm angewiesenen Stellung kein genügendes Gegengewicht gegen solche Beschlüsse darbieten. Außerdem leide der Handel bei einer stets anhaltenden politischen Unruhe, wie die zweijährige Erneuerung der Bürgerschaft nothwendig eine solche mit sich führe. Die geistlichen Herren suchten mit jener exegetischen Kunst die an dem Text der Bibel bekanntlich schon wahre Wunder vollbracht hat, zur Ehre Gottes und der Frankfurter Reichsverfassung nachzuweisen daß die letztere in ihren Bestimmungen über den Unterricht ganz passabel christlich, die neue Hamburger Verfassung aber, die sich eben darum mit großem Unrecht auf die Grundrechte berufe, ganz und gar unchristlich, ergo ganz und gar nicht einzuführen sey. Mit Freuden nahm der Senat diese Erklärungen, die absichtlich bis nach der zweiten Lesung verschoben waren, entgegen, und gestützt auf diese Bundesgenossen, trat er nun auch selbst aus seinem Hinterhalt keck hervor und der Constituante entgegen. Am 25 Julius erließ er an die letztere die Mittheilung: so lange sie sich noch mit den organischen Gesetzen beschäftige, könne er ihr Verfassungswerk nicht als beendigt ansehen, werde also auch die Wahlen nicht ausschreiben; am 3 August ließ er ihr ein Conclusum zugehen, indem er mit Berufung auf die angefügten Erklärungen des Commerciums und Ministeriums gegen die neue Verfassung eine Kritik übte die ungefähr dieselben Argumente geltend machte welche wir aus den beiden Erklärungen angeführt haben.

Auf diese Argumente und die im übrigen gegen die Mitglieder der constituirenden Versammlung erhobenen Angriffe kann ich nicht ausführlich eingehen, ohne den Raum Ihrer Zeitung ungebührlich in Anspruch zu nehmen; einige Bemerkungen aber muß ich mir nothwendig erlauben. Was die persönlichen Angriffe betrifft, so waren diese meist ebenso niedrig als ungerecht. Nicht als ob lauter tüchtige und makellose Männer in der Versammlung gesessen hätten — im Gegentheil: es fanden sich dort manche Idioten in Sachen der Politik, und keineswegs waren alle von gleich gutem Ruf, keineswegs alle von einem gleich reinen, uneigennützigen Streben beseelt; aber der Kern der Versammlung, von dem die Verfassung recht eigentlich ausging, bestand durchweg aus ehrenwerthen, gebildeten Männern und einzelnen ausgezeichneten Juristen. Und das, meine ich, war genug, denn es ist nirgends mehr als in Hamburg eine Unmöglichkeit eine Versammlung von 188 Mitgliedern aus lauter Staatskundigen zu constituiren; am wenigsten aber hatten die Patrioten ein Recht die Versammlung wegen der in ihr befindlichen Nicht-Staatskundigen zu schmähen, da ihre Wahllisten gerade darauf angelegt waren möglichst viele Herren von dieser Sorte in die Versammlung zu bringen, um auf diese Weise den wenigen Stimmführern um so leichteres Spiel zu verschaffen. Was die Angriffe gegen die neue Verfassung betrifft, so erhellt aus dem Obigen daß sie sich übereinstimmend gegen das allgemeine Wahlrecht richten; man fordert eine Beschränkung desselben durch Census, Bürgerrecht, Ständewahlen u. s. w. Allein der Standpunct der Gerechtigkeit auf den eben die constituirende Versammlung sich stellt, läßt schwerlich eine derartige Beschränkung zu, und die Zweckmäßigkeitsgründe die für dieselben angeführt werden, sind wenigstens nicht unangreifbar. Der Census trennt die Angehörigen Eines Staates in zwei nothwendig feindliche Lager, und verleitet die Rechtlosen die Quelle ihrer socialen Leiden zugleich mit der Abhülfe ganz anderswo zu suchen als wo sie gesucht werden sollte; die Ständewahlen aber zersplittern das allgemeine Interesse, das jede constitutionelle oder legislative Versammlung zu vertreten hat, in Sonderinteressen; sie sind ohnehin, wenn sie streng durchgeführt werden sollen, bei der unendlichen Mannichfaltigkeit welche die Theilung der Arbeit in neuerer Zeit hervorgerufen hat, gar nicht mehr möglich. Freilich der Senat ist um das allgemeine Interesse wenig besorgt, er fürchtet im Grunde nur die Verletzung Eines Sonderinteresses; er vermißt in der neuen Verfassung jede Garantie „daß auch alle Interessen und vorzüglich (dieß „vorzüglich" hebt gerade das „alle" auf) diejenigen auf welchen die Wohlfahrt aller Classen der Bevölkerung wesentlich beruht, ihre genügende Vertretung finden." Doch selbst in dieser Beziehung hätten Senat und Commercium bei der neuen Verfassung ganz ruhig seyn können, denn das Eine gemeinte Sonderinteresse — und nur Eins ist offenbar gemeint — das Interesse des Handels, ist so sehr das Interesse aller Classen der Hamburger Bevölkerung daß es auch unter der neuen Verfassung gewiß ebenso sorgsam und wahrscheinlich viel sorgsamer berücksichtiget worden wäre als unter der alten, die bei den Bestimmungen über die Gewalten und Behörden bekanntlich auf die Kaufmannschaft sehr wenig Rücksicht genommen hat. Sie schreibt weder vor daß 13 Kaufleute im Rath sitzen sollen, noch hat sie für eine kaufmännische Bürgerschaft Sorge getragen; nur die Altadjungirten und Börsenleute müssen Kaufleute seyn, und das versteht sich schon von selbst. Das Bürgerrecht endlich ist vollends eine seltsame Beschränkung der Wahlfähigkeit, wenn man es abhängig macht von dem Nachweis eines genügenden Erwerbes, denn wie und nach welchem Maßstab ist dieser Nachweis zu liefern, und wo ist die Garantie für die Dauer der Erwerbsfähigkeit? An die Garantie aber, sollten wir meinen, müßte vor allem gedacht werden, wenn man das Wort Garantie als erstes und letztes im Munde führt. Garantien fordern die Patrioten, Garantien fordert das Commercium, Garantien fordert der Senat, denn alle diese Herren glauben weder an das Volk, noch gehorchen sie der Gerechtigkeit. Unsere Bevölkerung aber ist wenigstens nicht der Art daß man sie wie reißende Thiere zu fürchten hätte; wäre sie so beschaffen, dann hat jedenfalls der Senat selbst ein großes Unrecht begangen daß er es zweimal wagte das allgemeine Wahlrecht in Ausübung zu bringen. Allein dieses Unrecht darf man ihm nicht aufbürden; er fürchtet keineswegs den Umsturz aller Dinge von dem allgemeinen Wahlrecht und dem politischen Fieber das die zweijährige Erneuerung der Bürgerschaft hervorrufen soll, er fürchtet lediglich den Umsturz seiner patriarchalischen Willkürherrschaft; diese aber wollen er und seine Freunde um jeden Preis aufrechterhalten wissen, und darum kämpfen sie gegen die neue Verfassung, darum legt der Senat einen so starken Accent auf die „segensreiche Wirksamkeit" der alten. Unter der alten konnte der Senat die Bürgerschaft über gar vielerlei ungefragt lassen, denn nirgends hat sie die Gegenstände genau festgestellt die der Bürgerschaft vorzulegen sind; unter der alten übte er das Richteramt und eine ungemessene Strafgewalt; unter der alten war er unbeschränkter Herr des Landgebiets und seine ganze Verwaltung bedeckte ein undurchdringlicher Schleier; unter der alten war es möglich daß die Herren des Raths in ihrer Eigenschaft als Patrone der Aemter die Aelterleute kurz vor der jedesmaligen Bürgerschaftssitzung zu sich kommen ließen, und ihnen die Anträge so klar machten daß sie sich gedrungen fühlen mußten in der Sitzung dafür zu stimmen; unter der alten Verfassung war überhaupt dem Rathe vieles möglich was ihm unter der neuen nicht mehr möglich wäre. So war es denn freilich sehr erklärlich daß man an der obersten Behörde der neuen Verfassung die Stätigkeit und den collegialischen Charakter zugleich mit der nöthigen Anzahl vermißte; was man vermißte war eben der alte Rath in pessima forma. Vielleicht wäre es besser gewesen wenn die

constituirende Versammlung, wie es von einer Seite beantragt wurde, den Rath aus lebenslänglichen und wechselnden Mitgliedern zusammengesetzt hätte; ein solcher Rath gab allerdings der Verfassung einen mehr städtischen Charakter, aber den hatte sie ohnehin schon dadurch daß man für die verschiedenen Zweige der Verwaltung, und gewiß mit vollem Recht, die jetzige Einrichtung der bürgerlichen Deputationen beibehielt. Daß aber die Versammlung einen nur lebenslänglichen und selbst sich ergänzenden Rath hätte bestehen lassen sollen, war eine Forderung die ihr unmöglich von Unbefangenen gestellt werden konnte; sie wäre durch eine solche Bestimmung nicht nur in den härtesten theoretischen Widerspruch verfallen, indem sie andererseits eine wechselnde Repräsentativ-Bürgerschaft aufstellte, und ohne Frage aufstellen mußte, sie hätte auch bei den intimen Erfahrungen welche die Hamburger in Betreff des Corporationswesens erworben haben, ihr Mandat nach bestem Wissen und Gewissen eine Verfassung festzustellen aufs schwerste verletzen müssen. Die Forderung in Betreff des Raths war von Seiten des alten Raths gerade so wunderlich naiv als sein Bedenken wegen etwaiger gefährlicher Finanzexperimente und übermäßiger Belastungen; mit trefflicher Ironie antwortet die „Denkschrift“, welche die constituirende Versammlung durch drei ihrer hervorragendsten Mitglieder, Dr. Baumeister, Dr. Wolffson und Prof. Wiebel, ausarbeiten ließ: „es sey allerdings bedauerlich daß selbst bei der gerühmten Trefflichkeit der bisherigen Institutionen die Belastungen so nahe an die Gränze des Möglichen gesteigert werden mußten daß für die Verwirklichung etwaiger neu entstehender Bedürfnisse kaum noch Raum übriggeblieben ist.“ Die pharisäische Ermahnung aber die der Senat der constituirenden Versammlung ertheilt, „daß die Verbreitung ächter Religiosität“ „nie anders als ein Segen sowohl für den Menschen selbst als für den Staat seyn“ könne, ist in jeder Beziehung widerlich, und komisch in jeder Beziehung ist es wenn der Senat in einem Athem das alte Verhältniß von Kirche und Schule als das allein heilbringende vertheidigt, und zugleich behauptet daß die Verirrungen und Leidenschaften, unter deren Fehlgriffen und Ausbrüchen so viele blühende Städte unsers deutschen Vaterlandes bluteten, zum größten Theil ihren letzten Grund in der gesunkenen Religiosität haben.

Sie sehen, die Logik der Herren welche sich amtlich „hoch- und wohlweise“ nennen, ist nicht ganz geeignet die neue Verfassung als eine verderbenbringende erscheinen zu lassen; selbst aber eine bessere Logik vermöchte dieß schwerlich, obwohl die Verfassung so gut wie andere menschliche Dinge gewiß ihre Mängel hat. Nicht nur daß die oben erwähnte Einrichtung des Raths vielleicht besser gewesen wäre — wenn gleich sich auch wiederum gegen diese manches einwenden läßt — so ist die Zahl der Mitglieder der Bürgerschaft unstreitig zu groß, auch hätte für die Neuwahl derselben vielleicht eine etwas längere Periode nicht geschadet. Jedenfalls würden derartige Modificationen zur Einführung der Verfassung nichts geholfen haben, denn anders wäre sie unstreitig eingeführt worden. Als bei Gelegenheit der früher erwähnten Eidesfrage ein Theil der constituirenden Versammlung eine Modification der ihr vorgeschriebenen doppelsinnigen Eidesformel vom Senat verlangte, änderte dieser die Formel zwar nicht, gab aber in einem Conclusum vom 20 Dec. 1848 folgende Erklärung: „Das Gesetz will daß eine neue Verfassung durch die constituirende Versammlung festgestellt werde; es versteht sich demnach von selbst daß, sobald dieselbe von der constituirenden Versammlung vollständig und definitiv festgestellt seyn wird, dieselbe auch ohne Verzug ins Leben gerufen werden muß. Seinerseits wird der Senat seine deßfallsige Obliegenheit ungesäumt erfüllen.“ Nach solcher Erklärung, die später bei einer andern Gelegenheit wiederholt wurde, hätte der Senat gewiß seinerseits und selbstverständlich seine Obliegenheiten erfüllt, wenn es sich bei der neuen Verfassung nur um Modificationen gehandelt hätte die sich schon durch die erste Bürgerschaft erreichen ließen. Nicht um Modificationen handelte es sich, sondern um ein Princip, die Willkür sollte ferner gelten statt des Rechts; sie galt eben dem Senat als Recht, und darum war es auch im Grunde ganz „selbstverständlich“ daß er „seinerseits“ seine Obliegenheiten und sein Wort nicht erfüllte, während die constituirende Versammlung, die dem Recht huldigte, ihrem Wort musterhaft treu blieb. Am 25 Jul. gab der Rath, wie schon bemerkt, der constituirenden Versammlung seine Bedenken zu erkennen; Mitte Augusts rückten die Preußen ein und im September sprach der Rath es aus daß er die neue Verfassung nicht einführen werde. Doch diese Periode verdient einen neuen Artikel!

•

Wir verspären diesen weitern Artikel bis zum Neujahr, und fügen über den gegenwärtigen Stand der Hamburger Verfassungsfrage aus einem Hamburger Briefe vom 20 Dec. bloß folgendes bei: Das Sechziger-Collegium beschloß in seiner letzten Sitzung, weil — wie wenigstens der präsidirende Oberalte gemeint haben soll — man der Weihnacht wegen nicht füglich noch einmal in dieser Woche sich versammeln könne — die Berathung über die Verfassung der Neuner-Commission bis zum 2 Jan. auszusetzen. Die Commissarien des Senats wünschten diesen Beschluß rückgängig zu machen und wiesen hin auf die Dringlichkeit der Sache, aber die Herren Sechziger dachten: Festina lente! oder vielmehr sie dachten — denn Latein ist nicht ihre Sache — auf gut hamburgisch: Eile mit Weile! und beharrten bei ihrem Beschluß. Der „patriotische Verein“ treibt seine Pietät für den Berliner Treubund jetzt wirklich bis aufs äußerste; kaum hat der Treubund sich gespalten, so spaltet er sich auch. Der Grund dieser Spaltung liegt in einigen Anträgen des Dr. Knauth und Cons., die ihrem Kern nach darauf hinauslaufen dem Senat zu den Prärogativen welche die Neunerverfassung ihm einräumt, auch noch die Selbstergänzung zu sichern, und zugleich die liberale Partei zu einer rechtlosen, ja die Mitglieder der constituirenden Versammlung zu meineidigen Menschen zu machen. Dr. Knauth nämlich beantragt den Verlust aller politischen Rechte für diejenigen die sich nicht auf die von ihm noch zu amendirende Neunerverfassung verpflichten. Nun aber haben die Mitglieder der constituirenden Versammlung feierlich schwören müssen die bestehenden Gewalten und Behörden so lange anzuerkennen bis die von dieser Versammlung festzustellende Verfassung ins Leben getreten sey; sie müssen folglich, ihrem Eide gemäß, so lange bis die Verfassung der constituirenden Versammlung eingeführt ist, an der alten Verfassung festhalten und dürfen die Neunerverfassung nicht anerkennen, sie werden mithin durch den Knauthschen Antrag entweder eidbrüchig oder rechtlos. Der Antrag wurde zwar angenommen, aber nur mit 39 Stimmen, während 32 dagegen waren. In Folge dieser Abstimmung wurden mehrere Getreue ungetreu.

Aus dem Kirchenstaat.

..i.. **Città della Pieve,** im Kirchenstaat, 12 Dec. *) In diesen altetrurischen Städten wird es einem erst recht klar, wie zäh in Italien die neue Zeit an der alten, das Christenthum an dem Heidenthum hängt. Beide Vorstellungsweisen sind so miteinander verwachsen daß sie in dem Bewußtseyn des Volkes Theile eines und desselben organischen Ganzen bilden, weßhalb das Frühere ohne Gefahr für das Spätere nicht verletzt oder gar ausgerottet werden kann. Aus dem Umstand daß die christlichen Ideen die heidnischen Anschauungen zur Folie haben, erklärt sich gar manches in den Sitten und Gewohnheiten der Italiener. In Chiusi, das eine ganze vergrabene Welt unter sich hat, knüpfen sich gerade die tiefsten Empfindungen christlicher Frömmigkeit an Ueberreste des etrurischen Gottesdienstes. Nicht allein daß der aus einem Festungswerke in einen Campanile umgewandelte Thurm der Hauptkirche eine ausgegrabene uralte Glocke trägt, und daß den größten Schmuck der Kirche selbst eine etrurische Tempelsäule bildet; nicht genug daß der Kirchhof — der Führer nannte ihn sinnig nostra casa aeterna — denselben Hügel krönt in dessen Innerem die Todtenstraßen der Katacomben sich kreuzen, und daß die Mönche eines früher hier gestandenen Klosters ihren Brunnen mitten durch den Tuffstein des unterirdischen Leichenfeldes gruben — an gewissen Festtagen drängt sich die ganze Bevölkerung des Städtchens in diesen engen, dumpfen Höhlen zusammen, Kopf an Kopf, gleich als ob diese Bergbewohner urplötzlich in Troglodyten verwandelt worden wären. Alles wallfahrtet zu einem mit Drathgitter verwahrten Grabe, aus dem der halbverwitterte Schädel eines alten Etruskers hervorlugt, und nicht einer ginge beruhigten Gewissens nach Hause, wenn er nicht zuvor andächtig, als wäre es ein Knochen des berühmtesten Kirchenheiligen, diesen Schädel berührt hätte. Die katholische Kirche hat von jeher einen sehr feinen Tact bewiesen, indem sie solche menschliche Schwächen, denen jedoch ein schönes Gefühl von Pietät zu Grunde liegt, mit größter Nachsicht behandelte, nach Umständen sogar förderte, um desto nachdrücklicher die christliche Häresie und Sectirerei zu bekämpfen. Der Götterglaube ist unverfänglich: er verwandelt sich unter der Hand in lauteres Gold guten Christenthums, wogegen dogmatische Ketzerei das Unkraut des Zweifels und der Kritik in die Gemüther pflanzt. Eine andere Merkwürdigkeit Chiusi's finde ich darin daß mehrere Mitglieder der Familie **Bonaparte** hier aus und eingegangen sind. Mein Wirth wußte namentlich von dem alten Canino viel zu erzählen, der, nachdem er das für die alte Kunstgeschichte so hochwichtige Vetulonia der Etrusker in Canino entdeckt, von Zeit zu Zeit auch nach Chiusi herüberkam und Nachforschungen anstellte. Er beobachtete dabei ein so strenges Incognito, daß der einzige Diener den er bei sich hatte, unter dem Namen Santi, seine Wohnung gar nicht in der Stadt, sondern in einem benachbarten Dorfe nehmen mußte. Der junge Canino machte sich in der Gegend als tüchtiger Jäger einen Namen. Auch mit dem alten Louis Bonaparte war mein Wirth bekannt:

*) S. die Allg. Ztg. vom 28 Dec.

er nannte ihn den hinkenden Ludwig — il zoppo Luigi, eine Bezeichnung die mir durchaus neu war, und deren Richtigkeit ich nicht zu verbürgen im Stande bin. Auch will er das „Louischen" im Gefolge seines Vaters gesehen haben, ohne jedoch zu wissen daß das Louischen, von dem er weiter nichts als seine damalige Jugendlichkeit zu berichten hatte, unterdessen Präsident der französischen Republik geworden ist. Neben den Napoleoniden wird im goldenen Löwen zu Chiusi als ehemaliger Gast mit der größten Auszeichnung genannt Signore Gelardo, unser berühmter Archäologe Gerhard, der hier bedeutende Einkäufe machte, und in dieser Transfiguration seines Namens als Beispiel dienen kann, von der im Italienischen so häufig vorkommenden Vertauschung der Gaumenbuchstaben. Malghera ist ebenso richtig als Marghera und umgekehrt. Doch fast vergesse ich daß mein Brief aus Città della Pieve datirt ist. Sie müssen dieß damit entschuldigen daß wenn Perugino hier nicht geboren wäre, und seiner Vaterstadt einige wackere Bilder hinterlassen hätte, der Name dieses Ortes wohl nur auf Postkarten vorkäme. Vor einigen Tagen ist zudem auch die österreichische Garnison abgezogen und hat den Ort in seiner frühern trostlosen Langweiligkeit zurückgelassen. Auch aus andern kleineren Städten der Legationen zieht Oesterreich seine Garnisonen zurück, die alle an die Polinie, zum Theil über Florenz dirigirt werden. In Verona werden die Rüstungen auf das eifrigste betrieben. Das Wiener Cabinet trifft also Vorkehrungen für alle möglichen Fälle, und wird am Po die Ereignisse in Piemont, im Vorarlberg die weitern Schritte Preußens mit achtunggebietenden] Armeen abwarten. Fallen in Sardinien die Kammern so aus daß der Friede oder die Monarchie irgend ernstlich bedroht erscheint, wird Radetzky unverweilt in Turin einrücken, auch ohne daß man ihn ruft und unbekümmert um die Einsprache fremder Mächte. Mit Ausnahme Ancona's, Ferrara's und Bologna's bedarf es in den Legationen keiner Occupationstruppen: Città della Pieve wenigstens fängt keinen Krawall an, und falls es je wieder Soldaten nöthig hätte zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, so könnte dieß bloß seyn weil die Einwohner gleich unerfahrenen Kindern einer Bewahrung vor fremden Verführern und Ruhestörern bedürften. Die Schutzredner einer patriarchalischen Regierung mögen dieß sehr schön und sehr lobenswerth finden: was mich betrifft, so hat diese völlige Unselbständigkeit und Willenlosigkeit einen tief schmerzlichen Eindruck auf mich gemacht. Für keinen der die Geschichte des römischen Staates aus neuer und neuester Zeit auch nur halbwegs kennt, kann es ein Geheimniß seyn daß ein heruntergekommenes, verarmtes und immer mehr verarmendes Volk unter der weltlichen Herrschaft des Krummstabs steht: in dieser Beziehung ließ ich gleich Dante am Eingang zur Hölle alle Hoffnung hinter mir; allein zu meinem Leidwesen muß ich bekennen daß ich an Ort und Stelle selbst meine schlimmsten Befürchtungen weit übertroffen fand. Ein solches materielles, was sage ich? nein, geistiges, sittliches, ja, sogar physisches Verkommenseyn geht über alle Begriffe. In einer Stadt von 2000 Einwohnern kaum ein Duzend erträgliche Häuser, alles übrige jämmerliche Baracken; die Bewohner schmutzig, so blöde daß von einem vernünftigen Gespräche gar nicht die Rede seyn kann, und die gewöhnliche Antwort lautet: Ich weiß es nicht; keine ordentliche, anhaltende Arbeit, wozu es selbst an den gewöhnlichsten Werkzeugen fehlt; daher ein trübseliges Herumlungern und die Folge davon eine hottentottenmäßige Neugierde und eine Bettelhaftigkeit daß dem Fremden der eine Kirche betritt, sechs baumstarke Bursche auf dem Fuße folgen um für einen Bajock den Küster zu rufen; Polizei- und Mauthsoldaten vor der Kohlenpfanne ausgestreckt oder am Thore gaffend und weiter auf nichts bedacht als dem Reisenden die Hand entgegenzuhalten per la buona mano. Ich bin gewiß kein Fürsprecher polizeilicher Scherereien: allein daß man in den gegenwärtigen Zeitläuften die römische Gränze passiren kann, ohne nach seinem Passe, oder auch nur nach seinem Namen gefragt zu werden, ist selbst für einen ausgesprochenen Widersacher Delcaretto's befremdend. Mein verwöhnter Geschmack betrachtet es schon als ausgemacht daß eine Einwohnerschaft die nicht einmal des Jahrs ihre Fußbekleidung putzt — das geborne Sonntagskind der Deutschen „schmiert" seine Stiefel wenigstens jeden Feiertag — und wo im ersten und einzigen Wirthshause des Ortes man vergeblich nach einer Schuhbürste fragt, nicht in die Culturgeschichte des 19ten Jahrhunderts paßt, dessen zu geschweigen daß weder im Wirthshaus noch im Café eine Zeitung aufzutreiben ist. Müssen doch die Leute, wenn sie einen vernünftigen Bissen, ein gutes Stück Brod essen wollen, ins Toscanische hinübergehen, wie mich der Fuhrmann jenes dem schwedischen „Schüß" nach- oder richtiger vorgebildeten zweirädrigen Vehiculums versicherte, auf dem ich unter Sturm und Regen gestern hierher gelangte. Jedenfalls hat der Mann wahr gesprochen wie ich aus eigener, wenn auch nur eintägiger Erfahrung bezeugen kann. Daß ein solcher Schlag Menschen auch nicht eine Ahnung davon hat um was es sich während der letzten Zeit und namentlich im vergangenen Jahr handelte, ist mehr als natürlich. Woran liegt nun die Schuld? Etwa an dem Chaussée-Graben der im Val di Chiana als Gränzmarke zwischen Toscana und dem Kirchenstaate sich hinzieht? Kein Vernünftiger wird dieß behaupten wollen! Vielleicht am Klima und Boden? Auf der andern Seite des Thalgrundes in Chiusi weht dieselbe Luft, ist der Acker um nichts ergiebiger — und doch weilt dort ein aufgewecktes, rüstiges thätiges Völkchen. Sagen wir es gerade heraus: die geistliche Regierung hat diese üble Lage der Dinge im Kirchenstaate, wenn nicht allein, so doch allermeist herbeigeführt. Es ist einmal nicht anders: gewisse Attributionen sind unverträglich in der menschlichen Weltordnung, und der vortrefflichste Cardinal wird unter 10 Fällen 9mal ein schlechter Präfect seyn. Es gehört wirklich die verblendete Beschränktheit und die eitle Selbstgefälligkeit der französischen Diplomatie dazu, um sich einzubilden mit einer unter dem Schutz der französischen Bajonette ins Leben gerufenen Constitution sey die Sache abgemacht. Das Wiener Cabinet weiß recht wohl wie faul die römischen Zustände sind; aber es will sich nicht eine Last auf die Arme laden, und wenn es die Legationen auch fernerhin besetzt hält, so geschieht dieß lediglich um seine eigenen Gränzen zu schützen, und keineswegs um der von Gaëta und Neapel ausgehenden päbstlichen Politik unter die Arme zu greifen.

Genf und seine Festungswerke.

y **Bern,** 25 Dec. Ihre Genfercorrespondenz vom 12 Dec. nimmt die dortige Regierung gegenüber dem Nationalrathe in Schutz und spricht den Genfer Festungswerken kurzweg das Anathema als seyen sie unnütz. Aehnliche Ansichten wurden längst von Laien im Kriegswesen ausgesprochen, und hatten schon die Zerstörung der Schanzen in Bern und Solothurn und der in ihrer Art meisterhaft angelegten und gegen die dominirenden Anhöhen berechneten Festungswerke von Zürich zur Folge. Wir müssen diese Ansichten als irrig bezeichnen. Allerdings hatten die großartigen Kriege Napoleons den Credit der Festungswerke überhaupt erschüttert, denkende Militärs haben aber deßhalb nie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, und wenn die Kriegswissenschaft auch nicht auf die Ueberschätzung der Festungen wie sie vor Napoleon stattfand, zurückgekehrt ist, so räumte man ihnen doch einen bedeutenden Einfluß auf die Schicksale der Kriege ein. Zwar kam man auf das System großer Festungen und verwarf die Zersplitterung der Armeen in viele kleinere Plätze; an strategisch wichtigen Punkten des Kriegsschauplatzes ermangelte man aber nicht Vortheil auch aus den Befestigungen kleinerer Orte zu ziehen. Wir meinen die Kriege in Ungarn und Italien, in Dänemark, der Pfalz und in Baden haben die außerordentliche Wichtigkeit der festen Plätze evident bewiesen. Man sagt Genf liege außerhalb der muthmaßlichen wirksamen Vertheidigungslinie der Schweiz auf den Fall eines Angriffs von Frankreich her; das geben wir zu, aber Genf liegt auch nicht an einem für das Vertheidigungssystem der Schweiz wichtigen Punkte; ein von Genf her die Schweiz bekriegender Feind würde Position auf Position bekämpfen müssen, bevor er nur an der Aarlinie wäre, welche gewiß erst die eigentliche Vertheidigungslinie bildet; wenn dieser Feind eine dreißig Stunden lange Strecke durchmarschirt und durchgekämpft hätte, so würde er erst da angekommen seyn wo eine Hauptschlacht die Entscheidung des Feldzugs bedingen würde. Dieser Feind wird sich daher ohne Zweifel eher vom Elsaß her mit allen ihm zu Gebote stehenden Streitkräften auf das nur zehn Stunden von der Gränze stehende Aarau oder einen andern Punkt der Aarlinie werfen und so die Hülfsquellen und Contingente der östlichen und westlichen Schweiz trennen, und ein Sieg im Aargau würde den Fall der Westschweiz wohl unmittelbar zur Folge haben. Durch die Wichtigkeit der strategischen Lage Genfs würde seine Verwandlung in eine vollständige Festung jedenfalls nicht motivirt seyn, aber wir fragen: soll die Eidgenossenschaft jeden außerhalb ihrer Vertheidigungslinie befindlichen Ort so mir nichts dir nichts preisgeben, soll sie ohne weiters auf die großen Hülfsmittel einer so reichen Stadt verzichten? Soll der Bürger Genfs der so viele Jahre der Eidgenossenschaft bedeutende Opfer leistete, kein Recht haben wenigstens Schutz zu verlangen gegen plötzliche Ueberrumpelung durch ein Streifcorps? Die Folge der Schleifung der Genferbasteien wird seyn daß bei einer kleinern Differenz zwischen der Schweiz und Frankreich Genf von einem Tag auf den andern besetzt und dieses nicht wieder gewonnen werden könnte als mittelst eines gewaltigen Kriegs, daß bei einem größern Kriege, wenn Frankreich seine Massen auf dem kürzesten Wege den strategischen Punkten Aarberg, Olten, Aarau und Brugg zuwälzt, Genf sogleich nebenbei verschluckt wird, und falls die Entscheidung an den Ufern der Aar zu Gunsten der Schweiz ausfällt, Genf nur mit großem Aufwand von Zeit und Kräften wieder befreit werden kann. Werden hingegen die Befestigungen Genfs unterhalten

und zweckmäßig ergänzt, was nach Art. 21 der Bundesverfassung Aufgabe der Eidgenossenschaft ist, so kann sich Genf wahrscheinlich halten bis der Hauptschlag entschieden ist; der Feind muß entweder auf Genfs Hülfsquellen verzichten, oder er ist gezwungen sein Hauptcorps zu schwächen und einen Belagerungspark herbeizuschaffen. Der Vortheil welcher der Schweiz daraus erwächst, ist unbedingt die verursachten Kosten werth, während der Genfer, hinter den eine förmliche, wenn auch nicht lange Belagerung erfordernden Basteien im schlimmsten Fall eine viel günstigere Capitulation fordern kann als eine offene Stadt die der augenblicklichen Zügellosigkeit des überfallenden Feindes preisgegeben ist.

Personal-Nachrichten.

Militärdienstnachrichten. Oesterreich. Veränderungen bei der k. k. Armee. Befördert wurden: Oberstlt. Ed. Schwartz, vom Inf. Reg. Nr. 58, zum Obersten und Regiments-Commandanten beim Inf. Reg. Nr. 26; Oberstlt. J. Podhagski, vom Inf. Reg. Nr. 40, zum Obersten und Regiments-Commandanten beim Inf. Reg. Nr. 63; Oberstlt. C. Gaus, Grenadier-Bataillons-Commandant vom Inf. Reg. Nr. 9, zum Obersten und Commandanten dieses Regiments; Oberstlt. J. Frhr. Reichlin v. Meldegg, vom Inf. Reg. Nr. 26, zum Obersten und Commandanten beim Inf. Reg. Nr. 14; Oberstlt. Wilhelm Prinz zu Schleswig-Holstein-Glücksburg, vom Kür. Reg. Nr. 8, zum überzähligen Obersten beim Chev. Reg. Nr. 4; Oberstlt. Moriz Prinz zu Nassau, vom Huf. Reg. Nr. 12, zum überzähligen Obersten beim Huf. Reg. Nr. 9; Oberstlt. L. Frhr. v. Gablenz, Interims-Regts. Commandant beim Drag. Reg Nr. 5, zum Obersten und wirklichen Commandanten dieses Regts.; Oberstlt. J. Ivanovich v. Kolinensieg im Deutsch-Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 12, zum Obersten und Commandanten dieses Regts.; Oberstlt. M. Frhr. v. Blumenkron, im Romanen Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 13, zum Obersten und Commandanten dieses Regts. Major A. Richter v. Binnenthal vom Inf. Reg. Nr. 14, zum Oberstlt. im Reg.; Major Fr. Kücher, vom Inf. Reg. Nr. 63, zum Oberstlt. beim Inf. Reg. Nr. 40; Major C. Edler v. Cornelius, vom Inf. Reg. Nr. 63, zum Oberstlt. im Reg.; Major C. Wanner, vom Warasdiner St. Georger Gränz-Reg. Nr. 6, zum Oberstlt. im Reg.; Major Ph. Bogdanovich, vom Warasdiner St. Georger Gränz-Reg. Nr. 6, zum Oberstlt. beim Deutsch-Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 12; Major P. Ebeling Edler v. Dünkchen, vom Romanen-Banater Gränz-Inf. Reg. Nr. 13, zum Oberstlt. im Reg. Hauptm. D. Frhr. v. Balbi, vom Inf. Reg. Nr. 39, zum Major im Reg.; Hauptm. Fr. Schöbler, vom Inf. Reg. Nr. 49, zum Major im Reg. und Commandanten des combinirten Grenadier-Bataillons; Hauptm. J. Modler v. Brückenstein, vom Inf. Reg. Nr. 17, zum Platzmajor in Brescia. Versetzt und in die Wirklichkeit wurden gebracht die supernumerären Oberstlieutenante M. Frhr. v. Hallegg, vom Inf. Reg. Nr. 14, zum Inf. Reg. Nr. 58, und F. Schmid v. Dondorf, vom Inf. Reg. Nr. 26, zum Inf. Reg. Nr. 39; Major J. Mitesser v. Dervent, vom aufgelösten 2. syrmischen Frei-Bataillon, zum Warasdiner St. Georger Gränz-Inf. Reg. Nr. 6. Pensionirt wurden: Oberstlt. A. Gayer v. Gayersfeld, vom Inf. Reg. Nr. 9; Oberstlt. J. Tomaselli, vom Inf. Reg. Nr. 14, und Oberstlt. J. Berger, vom Inf. Reg. Nr. 63, alle drei mit Obersten-Charakter und Pension; Oberstlt. Fr. Lowetto, vom Broder Gränz-Inf. Reg. Nr. 7, und Oberstlt. M. Musulin, vom Gradiscaner Gränz-Inf. Reg. Nr. 8, beide in den zeitlichen Pensionsstand versetzt. Major G. M. Graf Lasberg v. Loismannsdorf und Ochsenburg, vom Inf. Reg. Nr. 14; dann Major L. Appel, vom Inf. Reg. Nr. 39, beide zeitlich; Major Ranko Edler v. Wittoß, vom Broder Gränz-Inf. Reg. Nr. 7, und Platzmajor B. Frhr. De Vaux zu Brescia, beide normalmäßig in den Pensionsstand versetzt.

[5539—97]

Die „Presse,“

herausgegeben und redigirt von **August Zang**,

erscheint in Folge der Unterdrückung dieses Blattes durch das Civil- und Militärgouvernement von Wien während der Dauer des Belagerungszustandes vom 25 December angefangen in **Brünn**.

Der Preis ist wie bisher:
für Brünn ganzjährig 6 fl.
„ „ vierteljährig 1 fl. 30 kr.
mit Postversendung ganzjährig 8 fl.
„ „ vierteljährig 2 fl.

Abonnementsgelder und Zuschriften aller Art bitten wir von nun an: „An die Redaction der Presse in Brünn“ einzusenden.

Denjenigen P. T. Abonnenten, welche vom 1 Januar 1850 aufs neue abonniren, wird für die im December l. J. in Folge der Suspendirung ausgebliebenen Nummern eine Vergütung von 20 kr. C.-M. berechnet, weßhalb dieselben gebeten werden, sich diesen Betrag unter genauer Angabe der auf ihrer bisherigen Postadresse enthaltenen Nummer oder unter Zulegung des letzten Abonnementsscheines von dem Abonnementsbetrag für das erste Quartal 1850 in Abzug zu bringen.

Die Redaction der „Presse.“

[5374—76] Binnen zehn Tagen die **zweite** Auflage!

Soeben ist bei **Jasper, Hügel** und **Manz** in **Wien** erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu haben:

M. G. Saphir's
herz — scherz — und schmerzhaftes
Sylvester-Büchlein
für die Neujahrsnacht 1849 — 50,

oder:

Der „Humorist“ und der deutsche Michel gießen Blei,
Wer Lust hat, der komm' und steh' dabei!

Mit vielen Illustrationen.

Preis **30 kr. C.-M.** oder **10 Ngr.**

Inhalt: Hammer- und Glocken-Spiel. — Sylvester-Nachtwächter-Lied. — Monat Januar bis April. — Sylvester-Abend-Näschereien. — Deutsche Zopf-Höhen-Karte. — Was ist des Zopfes Vaterland? — Deutschlands Einheit auf andere Art. — Mißverständnisse. — Gedanken auf Tod und Leben. — Cholera-Portefeuille des Innern. — Kleines Jäger-Brevier. Dr. Sassafraß, Haus-, Taschen- und Herz-Apotheke. — Der Wind auf dem Stephansplatz. — Deutsche Wartburg. — Charivari-Album und Quodlibet. — „Der Humorist“ und der „deutsche Michel“ gießen Blei. — Eine schauderhafte Morithat.

☞ **Sämmtlich Original-Artikel aus M. G. Saphir's Feder.** ☜

(5429) In allen Buchhandlungen (Augsburg bei M. Rieger) und Postämtern werden Bestellungen angenommen auf:

Jahreszeiten,
Hamburger Neue Modezeitung.
1850. 9ter Jahrgang.
Mit Pariser Original-Modebildern.

Diese **eleganteste** aller deutschen Modezeitungen, deren **prachtvolle** Modebilder in ganz Deutschland berühmt und geschätzt sind, wird auch für 1850 in zeitheriger Weise forterscheinen. Probenummern liegen in allen Buchhandlungen zur Ansicht. Der Preis bleibt: mit Damen- u. Herrenmoden 10 Rthlr., — mit den Damenmoden 8 Rthlr., — mit den Herrenmoden 6 Rthlr. — ohne Modebilder 5 Rthlr. Pr.-Crt.

[5394] Im Verlage des Unterzeichneten erscheint vom Jahre 1850 an und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Theologische Monatschrift.

Herausgegeben von den Professoren an dem bischöflichen Seminar zu Hildesheim. Der Preis für 12 Hefte, jedes 5 bis 6 Bogen stark, nach Umständen mit Beilage, beträgt pr. Jahr 3 Thlr. 6 Sgr. od. 5 fl. 36 kr. rhn.

Das erste Heft habe ich heute versandt und enthält 1) einen einleitenden Artikel „Unsere Aufgabe“ von Mattes. 2) Glaube und Unglaube im 18ten und 19ten Jahrhundert von Gambs. 3) Caraffa's Darstellung der Zustände Deutschlands und des Reichs im ersten Drittel des 30jährigen Krieges von Müller. 4) Ueber die Reformbewegungen unserer Zeit auf dem Gebiete der Kirche von Alzog. 5) Anhang. Neueste kathol. Litteratur vom 1 Julius bis 1 October 1849.

Mainz, den 20 November 1849. **Fl. Kupferberg.**

[5426—27] **Verkaufs- oder Verlehnungs-Antrag.**

Der Gasthof genannt zum

„Russischen Hof in Kissingen“

welcher an der letzt stattgefundenen Versteigerung desselben von den Hypotheken-Gläubigern erster Classe übernommen wurde, wird zum Verkauf aus freier Hand ausgeboten, und im Fall in der ersten Zeit kein solcher erzielt würde, könnte dieser Gasthof für die nächste Curzeit an einen tüchtigen und die gehörigen Bürgschaften darbietenden Mann verliehen werden.

Für nähere Auskunft beliebe man sich in frankirten Briefen an Burckhardt-Gemuseus in Basel zu wenden.

(5368) Bei J. C. B. Mohr in Heidelberg ist erschienen:

Heidelberger Jahrbücher der Literatur, unter Mitwirkung der vier Facultäten. XLIII. Jahrgg. 1850.

Dieselben erscheinen seit dem Jahre 1840 wieder in sechs Doppelheften, à 10 Bogen.

Mehrfachen Wünschen, schnellerer Verbreitung und bequemern Lesens entsprechend, erscheinen dieselben vom Jahrg. 1850 an, zwar gleichfalls in 6 Doppelheften, jedoch getheilt in 2 monatlichen Lieferungen, so dass am Schlusse jedes Doppelheftes die bisherigen 2 Bogen kürzerer Anzeigen, sowie der Umschlag und nöthige Intelligenzblatt zum ganzen Doppelhefte nachgeliefert werden, folglich jeden Monat eine Anzahl von 5 Bogen erscheint und durch den Buchhandel versendet wird. Durch die löbl. Postämter können selbe wie bisher in wöchentlichen Lieferungen bezogen werden. Die erste Lieferung des Jahrgangs 1850, also des 43sten, ist bereits versandt; das noch rückständige sechste Doppelheft des laufenden Jahrgangs 1849 folgt noch in diesem Jahre nach.

Der neue Jahrgang beginnt mit krit. Anzeigen von Geh. Rath Schlosser, Kortüm, v. Leonhard, Bähr etc., die allgemeines Interesse in Anspruch zu nehmen geeignet sind. Probenummern sind durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis des Jahrgangs is 6 Thlr. 16 ggr. oder 12 fl.

(5425) **Edictalladung.**

Nachdem der Aufenthaltsort des Moriz Wolf hierorts unbekannt ist, so wird demselben im Wege der Edictalladung hiemit eröffnet daß Kläger den ihm durch rechtskräftiges Erkenntniß vom 10/17 Juli l. Js. auferlegten Beweis unterm 2/4 Aug. durch Aufstellung zweier Beweis-Artikel angetreten, als Beweismittel den mit ihm außergerichtlich abgeschlossenen Kaufvertrag vom 25 Februar l. J. bezeichnet, zwei Zeugen benannt, sich zum Erfüllungseide erboten, und ihm, Beklagten, eventuell der Haupteid in negativer Fassung des Beweisthema's zugeschlossen hat.

Es ergeht daher an den Beklagten hiemit die Weisung,

binnen drei Monaten von heute an

mit einem allenfallsigen Gegenbeweise einzukommen, und sich über die in Bezug genommene Urkunde und den ihm eventuell deferirten Haupteid um so gewisser zu erklären, als er widrigenfalls mit einem Gegenbeweise ausgeschlossen, die Urkunde für anerkannt und der ihm zugeschobene Eid für verweigert erachtet werden würde.

Zugleich ergeht an den Beklagten der weitere Auftrag, binnen gleicher Frist von drei Monaten einen Insinuations-Mandatar hierorts aufzustellen, als widrigenfalls alle künftigen Erlasse lediglich an die Gerichtstafel geheftet und hiedurch für rechtsgültig zugestellt erachtet werden würden.

Beschlossen, den 14 Dec. 1849.

Kgl. Kreis- und Stadtgericht München.

Der kgl. Director: **Danhauser.**
Dr. Reber.

[4806—8] In Sachen des Handelsmanns
J. J. Marx in Mannheim
gegen
Carl Bernard in Kuppenheim,
Forderung betreffend,

Nr. 37709.
wird der Beklagte Carl Bernard durch unbedingten Befehl angewiesen, dem Kläger die Summe von 683 fl. 2 kr. nebst 6 Procent Zins aus 481 fl. 11 kr. vom 14 September 1849 an bei Vermeidung der Execution zu bezahlen. Dies wird dem landesflüchtigen Beklagten auf diesem Wege eröffnet.

Rastatt, den 20 November 1849.

Großherzogl. Oberamt.
Späth.

[5390] In Folge der von Schuster Heinrich Jenny von Schwendi hiesigen Kantons gegen seine abwesende Ehefrau Verena, geb. Tschudi, bei der unterzogenen Gerichtsstelle anhängig gemachten Ehescheidungsklage wird diese letztere hiermit aufgefordert,

binnen 6 Monaten a dato

sich inhier zu stellen, und besagt ihrem Ehemanne im Rechten einzuantworten; widrigenfalls wird auf einseitigen Vortrag des Klägers in contumaciam verfügt was Rechtens ist.

Glarus in der Schweiz, 11 Dec. 1849.
Für das Ehegericht des Kantons Glarus,
G. Dürst, Gerichtsschreiber.